THE UNIVERSITY
OF ILLINOIS
LIBRARY
328.4361
Au7a
1917/18 2

The person charging this material is responsible for its return to the library from which it was withdrawn on or before the **Latest Date** stamped below.

**Theft, mutilation, and underlining of books are reasons for disciplinary action and may result in dismissal from the University.**

UNIVERSITY OF ILLINOIS LIBRARY AT URBANA-CHAMPAIGN

SEP 2 1976
AUG 10 1976

L161—O-1096

# Stenographische Protokolle

über die

# Sitzungen

des

# Hauses der Abgeordneten

des

## österreichischen Reichsrates

## im Jahre 1917.

**XXII. Session.**

**II. Band.**

22. bis 47. Sitzung. (S. 1157 bis 2518.)

**Wien 1918.**
Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY OF ILLINOIS

328.4361
Au 72
1917/18²



# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 22. Sitzung, Dienstag, den 25. September 1917.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend: a) das Gesetz, womit Zivilpersonen ausnahmsweise der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden; b) das Gesetz über die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten, und c) das Gesetz über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse (559 der Beilagen). — 2. Bericht des Sozialversicherungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 6, wegen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (563 der Beilagen). — 3. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 7, wegen Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung (562 der Beilagen). — 4. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 6. September 1914, R. G. Bl. Nr. 238, über die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes (565 der Beilagen). — 5. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge (564 der Beilagen). — 6. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 5. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 99, betreffend das metrische Karat (561 der Beilagen).

## Inhalt.

**Allerhöchstes Kaiserhaus.**

Mitteilung des Präsidenten, betreffend den Allerhöchsten Dank für die Kundgebung des Abgeordnetenhauses aus Anlaß des Geburtsfestes Seiner Majestät (Seite 1166).

**Ansprache des Präsidenten,**

betreffend die Erfolge der Armee und die Ermächtigung, Seiner Majestät die Glückwünsche des Abgeordnetenhauses zu Füßen zu legen (Seite 1165).

**Personalien.**

Nachrufe des Präsidenten aus Anlaß des Ablebens der Abgeordneten Stahl und Dr. Damm (Seite 1165).

Abwesenheitsanzeige (Seite 1166).

Urlaubserteilungen (Seite 1166).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend das Erlöschen der Mandate der Abgeordneten Canduſſi, Dürich, Dr. Gregorin, Dr. Masaryk und Dr. Pitacco (Seite 1166).

898255

Zuschriften in Immunitätsangelegenheiten:

1. des Kreisgerichtes Eger, betreffend den Abgeordneten Spies (Seite 1166);

2. des Bezirksgerichtes Wolfsberg, betreffend den Abgeordneten Leopold Pongratz (Seite 1166);

3. des Landesgerichtes Zara, betreffend den Abgeordneten Biankini (Seite 1166);

4. des Kreisgerichtes Leitmeritz, betreffend den Abgeordneten Seliger (Seite 1166).

Zuweisung an den Immunitätsausschuß (Seite 1166).

Zurückziehung des Auslieferungsbegehrens des Bezirksgerichtes Werfen, betreffend den Abgeordneten Perwein (Seite 1166).

Aufforderung des Präsidenten an den gewesenen Abgeordneten Burival, den Saal zu verlassen (Seite 1180).

## Königin der Bulgaren.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend das Beileid des Abgeordnetenhauses aus Anlaß des Ablebens der Königin der Bulgaren (Seite 1166).

## Erklärung

des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler (Seite 1172).

## Regierung.

Zuschrift des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler, betreffend: die Ernennung des Geheimen Rates Dr. Ćwikliński zum Minister für Kultus und Unterricht, des Geheimen Rates Dr. Freiherrn v. Banhans zum Eisenbahnminister, des Geheimen Rates Dr. Ritter v. Schauer zum Justizminister, des Geheimen Rates Ritter v. Homann zum Minister für öffentliche Arbeiten, des Sektionschefs Dr. Freiherrn v. Wimmer zum Finanzminister, des Feldmarschalleutnants Czapp v. Birkenstetten zum Minister für Landesverteidigung, des Hofrates Dr. Freiherrn v. Wieser zum Handelsminister, des Geheimen Rates Grafen Silva-Tarouca zum Ackerbauminister, des Geheimen Rates Dr. Mataja, des Sektionschefs Dr. Ritter v. Žolger, des Sektionschefs Dr. v. Twardowski-Skrzypna und des Hofrates Dr. Horbaczewski zu Ministern die Enthebung des Sektionschefs Dr. Ritter v. Ertl von der Leitung des Ackerbauministeriums (Seite 1167 — Vorstellung durch den Ministerpräsidenten [Seite 1172]).

## Reichsgericht.

Zuschrift des Ministerpräsidenten, betreffend die Ernennung der Abgeordneten Dr. Koerner und Dr. Sylvester zu Mitgliedern des Reichsgerichtes (Seite 1167).

## Zuschriften des Herrenhauses,

betreffend:

1. die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit (556 der Beilagen — Seite 1167);

2. die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Bildung der Geschwornenlisten (557 der Beilagen — Seite 1168);

3. die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse (558 der Beilagen — Seite 1168);

Zuweisung an den Justizausschuß (Seite 1168);

4. die Sicherung einer Kriegssteuer von höheren Geschäftserträgnissen der Gesellschaften und vom Mehreinkommen der Einzelpersonen aus dem Jahre 1917 (Seite 1168);

5. das Dienstverhältnis der Lehrerschaft an staatlichen mittleren und niederen Unterrichtsanstalten (Lehrerdienstpragmatik) (Seite 1169);

6. die Abänderung einiger Bestimmungen über die Unfallversicherung der Arbeiter (Seite 1169);

7. die Neuregelung des Unterhaltsbeitrages für die Dauer des gegenwärtigen Krieges (Seite 1169);

8. die Unterstützung von Familien, deren Ernährer im feindlichen Auslande angehalten werden, sowie der Familien der Schiffsbemannungen der Handelsmarine, denen die Rückkehr aus den neutralen Ländern nicht mehr möglich war (Seite 1169).

## Sanktionierung

der Gesetze, betreffend:

1. die Verlängerung der Wahlperiode der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrates (Seite 1169);

2. die Ermächtigung der Regierung, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen (Seite 1170);

3. die Neuregelung des Unterhaltsbeitrages für die Dauer des gegenwärtigen Krieges (Seite 1170);

4. das Dienstverhältnis der Lehrerschaft an staatlichen mittleren und niederen Unterrichtsanstalten (Lehrerdienstpragmatik) (Seite 1170);

5. die Sicherung einer Kriegssteuer von höheren Geschäftserträgnissen der Gesellschaften und vom Mehreinkommen der Einzelpersonen aus dem Jahre 1917 (Seite 1170);

6. die Abänderung einiger Bestimmungen über die Unfallversicherung der Arbeiter (Seite 1170);

7. die Unterstützung von Familien, deren Ernährer im feindlichen Auslande angehalten werden, sowie der Familien der Schiffsbemannungen der Handelsmarine, denen die Rückkehr aus den neutralen Ländern nicht mehr möglich war (Seite 1170).

## Regierungsvorlagen,

betreffend:

1. die Milderung des Legitimationszwanges für Reisen nach und aus Baden, Vöslau und Gainfarn und für den Aufenthalt daselbst (555 der Beilagen — Seite 1171);

2. die Rechnungsabschlüsse über die Gebarung mit den staatlichen Meliorationsfonds in den Gebarungsperioden 1913 und erstes Halbjahr 1914, sowie der Verwaltungsjahre 1914/15 und 1915/16 (560 der Beilagen — Seite 1171);

3. die Fürsorgeerziehung (569 der Beilagen — Seite 1171);

4. das Jugendstrafrecht (570 der Beilagen — Seite 1171);

5. die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen (571 der Beilagen — Seite 1171);

6. die Tilgung der Verurteilung (572 der Beilagen — Seite 1171);

7. den Entwurf des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1917/18 (600 der Beilagen — Seite 1172);

8. die Führung des Staatshaushaltes vom 1. November 1917 bis 30. April 1918 (583 der Beilagen — 1172);

9. den Zentralrechnungsabschluß des österreichischen Staatshaushaltes für das Jahr 1914/15 (601 der Beilagen — Seite 1172).

## Verhandlung.

Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend:

a) das Gesetz, womit Zivilpersonen ausnahmsweise der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden;

b) das Gesetz über die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten, und

c) das Gesetz über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse (559 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Ofner [Seite 1180 und 1189], Justizminister Dr. Ritter v. Schauer [Seite 1184], Abgeordneter Seitz [Seite 1188 — Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 1189] — Abstimmung [Seite 1190] — dritte Lesung [Seite 1190]).

## Ausschüsse.

Zuweisungen:

1. der Regierungsvorlage 14 der Beilagen an den Finanzausschuß und der Regierungsvorlage 26 der Beilagen an den Wehrausschuß (Seite 1166);

2. der Anträge 180, 183, 189 und 292 der Beilagen an den Immunitätsausschuß, mit Befristung der Berichterstattung binnen 14 Tagen (Seite 1191).

## Antrag

des Abgeordneten Stern, betreffend den Tag der nächsten Sitzung (Seite 1191).

**Unterbrechung der Sitzung** (Seite 1180).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge

1. der Abgeordneten Hummer, Dr. Ritter v. Mühlwerth, Goll und Genossen, betreffend die Annahme und das Innehaben entgeltlicher Funktionen bei auf Erwerb abzielende Unternehmungen seitens höherer aktiver und gewesener Staatsbeamten sowie jener des Ruhestandes (573 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Staněk, Špaček und Genossen, betreffend die Regelung des Verhältnisses des Preises der landwirtschaftlichen Produkte zu denen der Industrie und Gewerbe (574 der Beilagen);

3. der Abgeordneten Hyrš, Staněk, Paďour und Genossen, betreffend die Hebung des Flachsbaues (575 der Beilagen);

4. des Abgeordneten Hráský und Genossen, betreffend die Änderung der Kaiserlichen Verordnungen über die Teilung der Katastralparzellen für den Sprengel der Ingenieurkammer in Böhmen (576 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Pavlok und Genossen, betreffend die Regulierung der Flüsse Morawka und Ostrawitza im Bezirk Friedek in Schlesien (577 der Beilagen);

6. der Abgeordneten Slavíček, Kratochvil, Mašata, Rudolf Malik und Genossen, betreffend die Zuteilung von Gerste an die Brauhäuser und von Kaffeersatzstoffen an die Cafetiers (578 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Średniawski und Genossen, betreffend die Feststellung der zur Ernährung der landwirtschaftlichen Bevölkerung erforderlichen Getreidemenge (579 der Beilagen);

8. der Abgeordneten Witoś, Siwula, Dyko und Genossen, betreffend Zuteilung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zu herabgesetzten Preisen an die kleinen Landwirte in Galizien, Errichtung von Reparaturwerkstätten, Enthebung der zur Ausführung der notwendigen Arbeiten erforderlichen Zimmerleute, Schmiede und Wagner vom Militärdienste und Beistellung der betreffenden Materialien (580 der Beilagen);

9. der Abgeordneten Dyko, Siwula, Witoś und Genossen, betreffend die Unterstützung der Gemeinde Kozodrza, Bezirk Ropczyce (581 der Beilagen);

10. des Abgeordneten Parrer und Genossen, betreffend den Notstand der Gemeinde Prellenkirchen, Bezirk Bruck an der Leitha (582 der Beilagen);

11. des Abgeordneten Parrer und Genossen, betreffend den Notstand der Gemeinde Kroatisch-Haslau, Bezirk Bruck an der Leitha (584 der Beilagen);

12. der Abgeordneten Klofáč, Stříbený und Genossen, betreffend die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf 4000 K (585 der Beilagen);

13. der Abgeordneten Hauser und Genossen, betreffend den Bau einer Lokalbahn Linz—Leonfelden (586 der Beilagen);

14. des Abgeordneten Hauser und Genossen, betreffend die Herstellnng der Lokalbahn von Prägarten nach Unterweißenbach (587 der Beilagen);

15. der Abgeordneten Grafen Lasocki, Dr. Steskowicz, Dr. Tertil, Ritter v. Wysocki und Genossen, betreffend die Bildung einer ständigen, aus Mitgliedern der beiden Häuser des Reichsrates bestehenden Kontrollkommission behufs Prüfung und Überwachung der Kriegswirtschaftsorganisationen und Zentralen (588 der Beilagen);

16. der Abgeordneten Forstner, Pongratz und Genossen, betreffend die Kranken- und Unfallversicherung jener Staatsbediensteten, welchen im Falle der Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit der Fortbezug der Bezüge nicht gewährleistet ist (589 der Beilagen);

17. des Abgeordneten Dr. Matakiewicz und Genossen, betreffend den Notstand in mehreren Gemeinden des Bezirkes Brzesko in Galizien (590 der Beilagen);

18. des Abgeordneten Exner und Genossen, betreffend die Beseitigung der Unzukömmlichkeiten des Postverkehres (591 der Beilagen);

19. des Abgeordneten Hanusch und Genossen, betreffend die Einreihung der Stadt Kratzau in die III. Aktivitätszulagenklasse (592 der Beilagen);

20. des Abgeordneten Gostinčar und Genossen, betreffend die Einreihung der k. k. Straßenarbeiter in den Status der Staatsdiener (593 der Beilagen);

21. des Abgeordneten Gostinčar und Genossen, betreffend den Notstand in Gradisce, Bezirk Litija in Krain (594 der Beilagen);

22. der Abgeordneten Richter, Wedra, Dr. Schürff, Kittinger und Genossen, betreffend die Versorgung der Betriebe der Schmiede, Schlosser usw. mit Schmiedekohle oder Koks (595 der Beilagen);

23. des Abgeordneten Wityk und Genossen, betreffend den Notstand in Borysław (596 der Beilagen);

24. des Abgeordneten Roškar und Genossen, betreffend den Notstand im politischen Bezirke Marburg (597 Beilagen);

25. der Abgeordneten Roškar, Dr. Korošec und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Bunčani, Bezirk Luttenberg (598 der Beilagen);

26. der Abgeordneten Einspinner, Neunteufel und Genossen, betreffend die Abänderung des Einquartierungsgesetzes (599 der Beilagen).

## Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Baczyńskyj und Genossen an den Finanzminister, betreffend das Vorgehen gegen den Kanzleioffizianten Szpytko in Kossiw (Anhang II, 729/I);

2. des Abgeordneten Dr. Banaś und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Soldaten polnischer Nationalität bei Erteilung der Urlaube (Anhang II, 730/I);

3. des Abgeordneten Dr. Banaś und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend das Vorgehen der Lederzentrale (Anhang II, 731/I);

4. des Abgeordneten Dr. Baxa und Genossen an die Regierung, betreffend die Behandlung der serbischen Gefangenen im Flüchtlingslager in Neusiedl (Anhang II, 732/I);

5. der Abgeordneten Hyrš, Měchura und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Erlassung einer Durchführungsverordnung über die Erhebung von Elementarschäden und die Grundsteuerabschreibung (Anhang II, 733/I);

6. des Abgeordneten Konečný und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Soldaten der Ersatzkompagnie für Hilfsdienste des Landsturmkommandos Nr. 19 in Loschitz (Anhang II, 734/I);

7. des Abgeordneten Konečný und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Versorgung der invaliden Mitglieder der Provisions- und Pensionsfonds der verstaatlichten Eisenbahnen und deren Hinterbliebenen (Anhang II, 735/I);

8. der Abgeordneten Konečný, Dr. Zahradnik und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend den Ersatz der dem deutschen Personal der Staatsbahnen durch den Erlaß über den Gebrauch der Dienstsprache bei den Staatsbahnen erwachsenen Schäden (Anhang II, 736/I);

9. des Abgeordneten Konečný und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Verwendung weiblicher Kräfte als Kondukteurinnen bei der Personenbeförderung in Brünn (Anhang II, 737/I);

10. der Abgeordneten Konečný, Stanĕk und Genossen an die Regierung, betreffend die Verwirklichung der Friedenssehnsucht der böhmischen Frauen in Mähren (Anhang II, 738/I);

11. des Abgeordneten Kubik und Genossen an die Regierung, betreffend die Handhabung der Verordnung des Handelsministers über die Beistellung von Fuhrwerken und Zugtieren seitens der Bezirkshauptmannschaften (Anhang II, 739/I);

12. des Abgeordneten Dr. Lahodyńskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Rückstellung der von der Gendarmerie beschlagnahmten Wertpapiere an den Volksschullehrer Matkowskyj (Anhang, 740/I);

13. der Abgeordneten Dr. Marek, Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Rückgabe des Schulgebäudes des St. Anna-Gymnasiums in Krakau zur Benützung durch die Schulbehörden (Anhang II, 741/I);

14. des Abgeordneten Mašata und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Regelung des Viehhandels (Anhang II, 742/I);

15. der Abgeordneten Navrátil, Šamalík, Valoušek und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Treiben der Zigeuner auf dem Lande (Anhang II, 743/I);

16. des Abgeordneten Prokeš und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Soldaten des Landsturmregiments Nr. 31 seitens des Kompagniekommandanten Oberleutnants Filip (Anhang II, 744/I);

17. des Abgeordneten Prokeš und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die ungenügende Approvisionierung der Städte Braunsberg und Frankstadt a. M. (Anhang II, 745/I);

18. des Abgeordneten Rusin und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der Bezirksbehörden in Galizien bei der Ausfolgung von Zuckerkarten an die Gewerbetreibenden und Genossenschaften (Anhang II, 746/I);

19. des Abgeordneten Siwula und Genossen an den Minister des Innern und an den Ackerbauminister, betreffend die Zuweisung von Schmiedekohle (Koks) an den Bezirk Ropczyce (Anhang II, 747/I);

20. des Abgeordneten Smikowski und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Entschädigung der Bauern Galiziens für die Fütterung evakuierten Viehes (Anhang II, 748/I);

21. der Abgeordneten Slavíček, Rudolf Malik und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Zuteilung von Saccharin an den Landesverband der böhmischen Gastwirtegenossenschaften in Mähren (Anhang II, 749/I);

22. des Abgeordneten Srdinko und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Ausgabe von bloß

deutschen Wertdrucksachen der Post durch die böhmischen Postämter (Anhang II, 750/I);

23. des Abgeordneten Smrček und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Verfolgung des Professors Matějiček der Realschule in Freiberg aus politischen Gründen (Anhang II, 751/I);

24. des Abgeordneten Smrček und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Affichierung bloß deutscher Fahrpläne der Staatseisenbahngesellschaft in Prager und anderen böhmischen Bahnhöfen in Böhmen und Mähren (Anhang II, 752/I);

25. des Abgeordneten Dr. Stránský und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verletzung des Wehrgesetzes im Falle des Dr. Drbal, Advokaten in Tischnowitz (Anhang II, 753/I);

26. der Abgeordneten Šamalík, Valoušek, Navrátil und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Sicherung der zur Ernährung und zur Fortführung der Landwirtschaft notwendigen Getreidemenge (Anhang, 754/I);

27. des Abgeordneten Stříbrný und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Assentierungen in den Bezirken Kufstein und Reute (Anhang II, 755/I);

28. des Abgeordneten Tetmajer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Gesuche um Ernteurlaube (Anhang II, 756/I);

29. des Abgeordneten Vojta und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Lage der Postmeister und Expedienten (Anhang II, 757/I);

30. der Abgeordneten Votruba, Hybeš, Konečný und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Einstellung der Tätigkeit des Turnvereines Sokol in Lösch (Anhang II, 758/I);

31. des Abgeordneten Witos und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Einhebung der Versicherungsprämien von den im Genusse der Unterhaltsbeiträge stehenden Soldatenfamilien (Anhang II, 759/I);

32. der Abgeordneten Witos, Jachowicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückhaltung der bereits gewährten militärischen Urlaube durch untergeordnete Behörden (Anhang II, 760/I);

33. des Abgeordneten Dr. Tobolka und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Approvisionierung des Bezirkes Turnau (Anhang, 761/II);

34. des Abgeordneten Dr. Tobolka und Genossen an den Minister Höfer betreffend die Approvisionierung des politischen Bezirkes Jungbunzlau (Anhang, 762/II);

35. des Abgeordneten Graf Baworowski und Genossen an die Regierung, betreffend das Vorgehen der deutschen Truppen bei Durchführung der Requisitionen in Ostgalizien (Anhang II, 763/I);

36. des Abgeordneten Gostinčar und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister für öffentliche Arbeiten und an den Finanzminister, betreffend die Teuerungszulagen der Straßenarbeiter (Anhang II, 764/I);

37. des Abgeordneten Gostinčar und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Provisionisten (Anhang II, 765/I);

38. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Wedra und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in Rußland und Italien (Anhang II, 766/I);

39. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister Höfer, betreffend den Anteil der deutschen, bulgarischen und türkischen Bundesgenossen an der Getreideernte Rumäniens und Serbiens (Anhang II, 767/I);

40. des Abgeordneten Dr. Schlegel und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Anforderung von Wildheu (Anhang II, 768/I).

41. des Abgeordneten Dr. v. Baechlé und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Versorgung der Stadt Wien mit Pferdefutter (Anhang II, 769/I);

42. des Abgeordneten Dr. Baxa und Genossen an die Regierung, betreffend die Approvisionierung von Prag (Anhang II, 770/I);

43. des Abgeordneten Dr. Eugen Lewicki und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern und an den Ackerbauminister, betreffend die Behandlung zurückgekehrter Flüchtlinge und die Requisitionen in den Bezirken Stanislau, Bohorodczany und Tłumacz (Anhang II, 771/I);

44. des Abgeordneten Graf Lasocki und Genossen an den Minister des Innern und an den Finanzminister, betreffend die Unterstützung der Familien der überseeischen Auswanderer (Anhang II, 772/I);

45. des Abgeordneten Dr. Lukavský und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Eisenbahnverhältnisse in Pilsen (Anhang II, 773/I);

46. des Abgeordneten Dr. Lukavsky und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Benützung der Schulgebäude in Pilsen zur Militäreinquartierung (Anhang II, 774/II);

47. des Abgeordneten Dr. Lukavsky und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Benützung des Gebäudes des Sokolvereines in Pilsen zur Militäreinquartierung (Anhang II, 775/II);

48. des Abgeordneten Dr. Lukavsky und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend die Vorfälle in Pilsen am 13. und 14. August 1917 (Anhang II, 776/II);

49. der Abgeordneten Eisenhut, Bogendorfer, Wille und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Versorgung der österreichischen Landwirtschaft mit Düngemitteln (Anhang II, 777/II);

50. des Abgeordneten Sever und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend eine Austauschaktion (Anhang II, 778/II);

51. des Abgeordneten Max Winter und Genossen an den Justizminister, betreffend die Handhabung der Zensur (Anhang II, 779/II);

52. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ermordung des Stefan Wytys in Hijsko, Bezirk Dobromil (Anhang II, 780/I);

53. des Abgeordneten Dr. Zahradnik und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Ernennung der Kanzleigehilfen der Staatsbahnen zu Kanzleiexpedienten (Anhang II, 781/I);

54. des Abgeordneten Dr. Kost' Lewyzkyj und Genossen an die Regierung, betreffend das Vorgehen der politischen Behörden gegen die ukrainische Bevölkerung in Ostgalizien (Anhang II, 782/I);

55. der Abgeordneten Stříbrný, Modráček und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verurteilung des Landsturmarbeiters Plavec der Ringhoffer Werke in Smichov wegen Meuterei und Insubordination (Anhang II, 783/I);

56. des Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen an den Ministerpräsidenten und Minister Höfer, betreffend das Anstellen vor den Verkaufsläden (Anhang II, 784/I);

57. des Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen an den Finanzminister, betreffend das Vorgehen einer Tabak-Hauptfirma beim Verschleiß von Rauchsorten (Anhang II, 785/I);

58. des Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Beschlagnahme der Zeitschrift „Deutsch Österreich" (Anhang II, 786/I);

59. des Abgeordneten Dr. Stracher und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Ausweisung und Abschiebung der galizischen und Bukowinaer Flüchtlinge aus Budapest (Anhang II, 787/I);

60. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an den Justizminister, betreffend die vom Obersten Gerichtshofe in slovenischer Sprache hinauszugebenden Urteile (Anhang II, 788/I);

61. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an den Justizminister, betreffend die sprachliche Gleichberechtigung beim Bezirksgerichte Pettau (Anhang II, 789/I);

62. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an den Justizminister, in derselben Angelegenheit (Anhang II, 790/I);

63. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern, an den Justizminister und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ermordung von vier Bürgern von Przemyśl (Anhag II, 791/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 25. September 1917:

die Regierungsvorlagen 555, 560, 569, 570, 571, 572 der Beilagen;

die Interpellationsbeantwortungen: ad 34, 211, 248, 488, 525, 601, 698, 704/I;

der Bericht des Preßausschusses 566 der Beilagen:

Privatversicherungsunternehmungen pro 1913;

Bericht über die Tätigkeit des Kriegsfürsorgeamtes von seiner Errichtung bis zum 31. März 1917.

An Druckschriften sind eingelangt:

Vom Ministerium für öffentliche Arbeiten:

50 Exemplare der „Statistik des Bergbaues in Österreich für das Jahr 1913".

Vom k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten:

50 Exemplare der „Statistik des Bergbaues in Österreich für das Jahr 1914", 1. Lieferung.

Vom k. k. Eisenbahnministerium:

20 Exemplare des „Berichtes über die Ergebnisse der k. k. Staatseisenbahnverwaltung für das I. Halbjahr 1914 und das Verwaltungsjahr 1914/15".

Vom k. k. Ackerbauministerium:

20 Exemplare des „Verzeichnisses der land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten in Österreich (nach dem Stande im Schuljahre 1916/17)".

Vom k. k. Handelsministerium:

12 Exemplare der Druckwerke „Statistik des auswärtigen Handels des Vertragszollgebietes der beiden Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie im Jahre 1914" (3 Bände) und „Statistik des Zwischenverkehres zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der heiligen ungarischen Krone im Jahre 1914".

Vom k. k. Ackerbauministerium:

20 Exemplare der Publikation „Anbauflächen und Ernteergebnisse in Österreich im Jahre 1916".

Von der k. k. statistischen Zentralkommission:

10 Exemplare der Warenpreisberichte, VI. Jahrgang, Nr. 34.

Vom k. u. k. Kriegsministerium:

530 Exemplare des „Berichtes über die Tätigkeit des Kriegsfürsorgeamtes des k. u. k. Kriegsministeriums während der Zeit von seiner Errichtung bis zum 31. März 1917".

Von der k. k. statistischen Zentralkommission:

10 Exemplare der Warenpreisberichte, VI. Jahrgang, Nr. 35:

10 Exemplare der Warenpreisberichte. VI. Jahrgang, Nr. 36.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Romanczuk**, **Simionovici**, **Tusar**, **Udržal**.

Schriftführer: Ritter v. **Lukaszewicz**, Dr. **Stojan**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Zolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle der Sitzungen vom 14. und 15. Juli sind unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt anzusehen.

Hohes Haus! Während der Sitzungspause haben sich auf den Kriegsschauplätzen bedeutende Ereignisse vollzogen. *(Das Haus erhebt sich.)* Im Osten haben unsere heldenmütigen Truppen den Feind zurückgeworfen und ganz Ostgalizien sowie den größten Teil der Bukowina von der feindlichen Invasion gesäubert. Im Süden haben die Truppen an der Isonzofront gegen eine vielfache Übermacht in geradezu unglaublicher Aufopferung und Hingabe die fortgesetzten Angriffe unserer Gegner zurückgewiesen *(lebhafter Beifall)* und den Weg zum heiß ersehnten, doch niemals erreichten Kampfziel Triest hoffentlich dauernd versperrt. *(Lebhafter Beifall.)* Währenddem haben unsere glorreichen Verbündeten im Osten die Russen weiter in das Land zurückgetrieben *(lebhafter Beifall)*, im Westen die wiederholten Angriffe der Gegner, die mit fabelhaftem Aufwande von Menschen und technischem Material durchgeführt wurden, siegreich zurückgeschlagen. Diese Ereignisse erwecken gewiß in uns allen nicht nur das Gefühl der unbeschränkten Bewunderung und der Dankbarkeit für unsere Armee *(lebhafter Beifall)*, sondern auch die Hoffnung, daß diese Erfolge unserer Truppen dazu beitragen werden, bei unseren Gegnern das Verständnis für die wahre Kriegslage und für die Friedensbereitschaft der Mittelmächte zu fördern *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)* und uns so dem heiß ersehnten ehrenvollen Frieden näher zu bringen. *(Wiederholter Beifall und Händeklatschen.)*

Ich bitte um die Ermächtigung, Seiner Majestät dem Kaiser als dem obersten Kriegsherrn unsere ehrfurchtsvollen Glückwünsche aus Anlaß der Erfolge unserer Armee und den Ausdruck unserer Dankbarkeit zu Füßen zu legen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Während der letzten Sitzung unseres Hauses ist unser Kollege Wenzel Stahl verschieden. Stahl, der ein Alter von nur 52 Jahren erreicht hat, hat unter seinen engeren Heimats- und Standesgenossen hohes Ansehen genossen. Sie haben ihm die verschiedensten Ehrenstellen übertragen und haben ihn schon im Jahre 1902 in den böhmischen Landtag und seit dem Jahre 1907 in den Reichsrat entsendet. Er hat hier stets in mannhafter und wirkungsvoller Art die Interessen seiner Standesgenossen und auch die Rechte seines Volkes vertreten. Er hat gewiß im Hause keine Gegner gehabt und hat die Sympathien aller Kollegen genossen. Wir werden ihm ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Einen weiteren schweren Verlust haben wir erlitten durch das am 17. August erfolgte Verscheiden unseres Kollegen Dr. Hans Damm.

Dr. Damm, der durch mehr als 20 Jahre zuerst als Vertreter des böhmischen Großgrundbesitzes, dann als Vertreter der Saazer Landgemeinden dem Hause angehört hat, hat nicht nur unter seinen Parteigenossen, sondern auch im Hause eine hervorragende Stellung eingenommen. Als Obmann der deutschen Agrarpartei hat er durch mehr als ein Jahrzehnt die Interessen seiner Standesgenossen in und außerhalb des Hauses in wirksamer Weise vertreten und ist jederzeit mit dem Feuereifer heiliger Überzeugung für die Rechte seines Volkes eingetreten.

In den Ausschüssen, in denen er tätig war, wie hier im Hause, hat er durch sein reiches Wissen, durch sein energisches, zielbewußtes Auftreten einen großen Einfluß ausgeübt. Alle diejenigen, die das Glück hatten, ihm näherzutreten, haben gewiß seinen edlen, lauteren Charakter erkannt und werden nur mit tiefem Schmerz seiner gedenken. Nicht seine Partei- und Volksgenossen

allein, gewiß das ganze Haus wird ihn schwer vermissen.

Die Herren haben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben und werden gestatten, daß diese Kundgebung dem amtlichen Protokolle der heutigen Sitzung einverleibt wird.

Der Herr Vizepräsident Pernerstorfer hat sich krank gemeldet.

Dem Herrn Abgeordneten Stumpf habe ich einen dreiwöchigen, dem Herrn Abgeordneten Jankovič einen vierwöchigen Urlaub erteilt.

Der Herr Abgeordnete Exzellenz Dr. Leo hat wegen Krankheit einen Urlaub bis Ende November dieses Jahres erbeten.

Nachdem ich ex praesidio nur einen vierwöchigen Urlaub bewilligen kann, ist ein Beschluß des Hauses notwendig. Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Urlaub bis Ende November zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Urlaub ist bewilligt.

Die Herren Abgeordneten

Viktor Canduss i-Ciardo (2. Wahlbezirk Istriens),

Josef Dürich (38. Wahlbezirk Böhmens),

Dr. Gustav Gregorin (3. Wahlbezirk Görz),

Dr. Tomáš G. Masaryk (4. böhmischer Wahlbezirk Mährens) und

Dr. Giorgio Pitacco (3. Wahlbezirk Triests) haben der in der Sitzung vom 3. Juli an sie gerichteten Aufforderung, binnen 30 Tagen im Hause zu erscheinen oder ihre Abwesenheit zu rechtfertigen, nicht Folge geleistet und daher im Grunde des § 6 des Gesetzes vom 11. Juni 1917, R. G. Bl. Nr. 253, und der Geschäftsordnung aufgehört, Mitglieder des Abgeordnetenhauses zu sein.

Wegen Vornahme der Ergänzungswahlen wurde das Erforderliche veranlaßt.

Auslieferungsbegehren haben gestellt:

Das Kreisgericht Eger wider den Herrn Abgeordneten Erdmann Spies wegen Vergehens nach § 5, St. G. und § 22 der Kaiserlichen Verordnung vom 24. März 1917, R. G. Bl. Nr. 131;

das Bezirksgericht Wolfsberg wider den Herrn Abgeordneten Leopold Pongratz wegen Übertretung der Preistreiberei;

das Landesgericht Zara wider den Herrn Abgeordneten Juraj Biankini wegen Vergehens nach §§ 488 und 491, St. G.

Diese Zuschriften wurden dem Immunitätsausschusse zugewiesen.

Weiters ist aus der Zeit vor Sessionsbeginn das Strafverfahren anhängig:

beim Kreis- als Strafgericht Leitmeritz wider den Herrn Reichsratsabgeordneten Josef Seliger wegen Vergehens nach §§ 488, 491, 493, St. G. und Artikel V des Gesetzes vom 17. Dezember 1862, R. G. Bl. Nr. 8 ex 1863.

Die bezügliche Anzeige wurde gleichfalls dem Immunitätsausschusse zugewiesen.

Das Bezirksgericht Werfen hat das in der Sitzung des hohen Hauses vom 5. Juni d. J. bekanntgegebene Auslieferungsbegehren wider den Herrn Abgeordneten Josef Perwein zurückgezogen.

Der Immunitätsausschuß wird sich daher mit dieser Angelegenheit nicht mehr zu befassen haben.

Ich bitte ferner zur Kenntnis zu nehmen, daß ich die Regierungsvorlagen Nr. 14 und Nr. 26 der Beilagen dem Finanz-, beziehungsweise dem Wehrausschusse zuweisen werde.

Anläßlich des Allerhöchsten Geburtsfestes hat das Präsidium im Wege der Regierung Seiner Majestät die Glückwünsche des Hauses dargebracht.

Hierüber ist dem Präsidium die folgende Zuschrift des Herrn Ministerpräsidenten zugekommen, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 18. August d. J. die Kundgebung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates anläßlich Allerhöchstdessen Geburtsfestes allergnädigst dankend zur Allerhöchsten Kenntnis zu nehmen geruht.

Hiervon beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren in Kenntnis zu setzen.

Wien, 21. August 1917.

Seidler."

**Präsident:** Anläßlich des am 12. d. M. erfolgten Ablebens Ihrer Majestät der Königin der Bulgaren habe ich, die Zustimmung des hohen Hauses voraussetzend, durch Vermittlung des Herrn Ministerpräsidenten das Beileid des hohen Hauses der königlich bulgarischen Regierung zum Ausdrucke gebracht.

Es ist eine Zuschrift des Herrn Ministerpräsidenten eingelangt, in welcher von den stattgehabten Veränderungen in der Regierung Mitteilung gemacht wird.

Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer R. v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 30. August d. J. in huldvollster Genehmigung meiner Anträge den mit der Leitung des Ministeriums für Kultus und Unterricht betrauten Sektionschef, Geheimen Rat Dr. Ludwig Ćwikliński zum Minister für Kultus und Unterricht, den mit der Leitung des Eisenbahnministeriums betrauten Sektionschef und Direktor der Nordbahn, Geheimen Rat Dr. Karl Freiherr von Banhans zum Eisenbahnminister, den mit der Leitung des Justizministeriums betrauten Sektionschef, Geheimen Rat Dr. Hugo Ritter v. Schauer zum Justizminister, den mit der Leitung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten betrauten Sektionschef, Geheimen Rat Emil Ritter Homann von Herimberg zum Minister für öffentliche Arbeiten, den mit der Leitung des Finanzministeriums betrauten Sektionschef Dr. Ferdinand Freiherrn von Wimmer zum Finanzminister, den mit der Leitung des Ministeriums für Landesverteidigung betrauten Sektionschef, Feldmarschalleutnant Karl Czapp von Birkenstetten zum Minister für Landesverteidigung, den Universitätsprofessor, Hofrat Dr. Friedrich Freiherrn von Wieser zum Handelsminister und den Großgrundbesitzer, Geheimen Rat Ernst Grafen Silva-Tarouca zum Ackerbauminister allergnädigst zu ernennen geruht; ferner haben Seine k. u. k. Apostolische Majestät den bisher mit der Leitung des Handelsministeriums betrauten Präsidenten der Statistischen Zentralkommission, Geheimen Rat Dr. Viktor Mataja, welcher gleichzeitig von dieser Leitung in Gnaden enthoben wurde, weiters den Sektionschef Dr. Ivan Ritter v. Zolger, den Sektionschef Dr. Julius v. Twardowski-Skrzypna und den Universitätsprofessor, Hofrat Johann Horbaczewski zu Allerhöchstihren Ministern huldvollst ernannt. Minister Dr. v. Twardowski-Skrzypna bleibt mit den von ihm in seiner bisherigen Eigenschaft versehenen Agenden betraut. Minister Dr. Mataja und Minister Dr. Horbaczewski werden die Vorarbeiten für die Schaffung eines Ministeriums für soziale Fürsorge einerseits und für Volksgesundheit andrerseits zu leiten haben, welche Zentralstellen an Stelle des in dem Allerhöchsten Handschreiben vom 1. Juli d. J. in Aussicht genommenen Ministeriums für Volksgesundheit und soziale Fürsorge zu errichten sein werden. Die besondere Aufgabe des Ministers Dr. Ritter v. Zolger wird es sein, sich fallweise über Wunsch des Ministerrates und unbeschadet der Zuständigkeit der verschiedenen Zentralstellen und sonstigen Verwaltungsinstanzen mit der einheitlichen Vorbereitung solcher mit dem Kriege zusammenhängender Verwaltungsangelegenheiten, die den Wirkungskreis mehrerer Ministerien berühren, zu befassen, um deren einvernehmliche Austragung oder Bereitstellung für die Beschlußfassung im Ministerrate zu erleichtern.

Schließlich haben Seine k. u. k. Apostolische Majestät den Sektionschef Dr. Moritz Ritter v. Ertl in Gnaden von der Leitung des Ackerbauministeriums zu entheben geruht.

Hiervon beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren Mitteilung zu machen.

Empfangen Euer Hochwohlgeboren den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

Seidler."

**Präsident**: Diese Zuschrift dient zur Kenntnis.

Es ist eine Zuschrift des Herrn Ministerpräsidenten eingelangt, in welcher von der Ernennung zweier Mitglieder des Reichsgerichtes Mitteilung gemacht wird.

Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 21. Juli 1917 die Reichsratsabgeordneten Dr. Eduard Koerner, Landesadvokat und Vizepräsident der Advokatenkammer in Prag, und Dr. Julius Sylvester, Hof- und Gerichtsadvokat in Salzburg, zu Mitgliedern des Reichsgerichtes allergnädigst zu ernennen geruht.

Hiervon beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren mit Beziehung auf die Note vom 28. Juni d. J., Nr. 4852 und 4127/A. H. XXI. Session, in Kenntnis zu setzen.

Wien, 27. Juli 1917.

Seidler."

**Präsident**: Diese Zuschrift dient zur Kenntnis.

Vom Präsidium des Herrenhauses sind Zuschriften eingelangt, in welchen die Mitteilung gemacht wird, daß das Herrenhaus drei Beschlüssen des Abgeordnetenhauses mit Änderungen beigetreten ist.

Ich bitte um die Verlesung.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 21. d. M. den mit der Zuschrift vom 14. Juli 1917, Z. 148/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, womit Zivilpersonen ausnahmsweise der Militärgerichtsbarkeit unterstellt

werden *(556 der Beilagen)*, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 4, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 21. Juli 1917.

Fürstenberg.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 21. d. M. den mit der Zuschrift vom 14. Juli 1917, Z. ad Nr. 148/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes über die Änderung einiger Bestimmmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten *(557 der Beilagen)*, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung mit der Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 4 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 21. Juli 1917.

Fürstenberg.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 21. d. M. den mit der Zuschrift vom 14. Juli 1917, Z. 213/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse *(558 der Beilagen)*, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 4, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 21. Juli 1917.

Fürstenberg.

Kowy,
Schriftführer."

**Präsident:** Auf Grund der in der Sitzung des hohen Hauses vom 15. Juli d. J. erhaltenen Ermächtigung habe ich diese Zuschriften dem Justizausschusse zugewiesen, dessen Bericht sich bereits auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung befindet.

Vom Präsidium des Herrenhauses sind Zuschriften eingelangt, welche von der erfolgten Verabschiedung mehrerer vom Abgeordnetenhause erledigten Gesetzentwürfe Mitteilung machen.

Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Dr. **Stojan** *(liest)*:

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 20. d. M. den mit der Zuschrift vom 15. Juli 1917, Z. 209/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Sicherung einer Kriegssteuer von höheren Geschäftserträgnissen der Gesellschaften und vom Mehreinkommen der Einzelpersonen aus dem Jahre 1917, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten."

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 10, Alinea 3 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 20. Juli 1917.

Fürstenberg.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 20. d. M. den mit der Zuschrift vom 12. Juli 1917, Z. 166/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes,

betreffend das Dienstverhältnis der Lehrerschaft an staatlichen mittleren und niederen Unterrichtsanstalten (Lehrerdienstpragmatik), auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen, ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten und hat bei diesem Anlasse die mitfolgenden Resolutionen beschlossen.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 20. Juli 1917.

Fürstenberg.

Kowy,
Schriftführer".

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 21. d. M. den mit der Zuschrift vom 6. Juli 1917, Z. 122/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen über die Unfallversicherung der Arbeiter, auf Grundlage mündlicher Berichterstattung in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 10, Alinea 3 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 21. Juli 1917.

Fürstenberg.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 21. d. M. den mit der Zuschrift vom 14. Juli 1917, Z. 208/A. H. mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Neuregelung des Unterhaltsbeitrages für die Dauer des gegenwärtigen Krieges, auf Grundlage mündlicher Berichterstattung in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten und hat bei diesem Anlasse die mitfolgende Resolution beschlossen.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 21. Juli 1917.

Fürstenberg.

Kowy,
Schriftführer."

Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 21. d. M. den mit der Zuschrift vom 15. Juli 1917, Z. 215/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien, deren Ernährer im feindlichen Ausland angehalten werden, sowie der Familien der Schiffsbemannungen der Handelsmarine, denen die Rückkehr aus den neutralen Ländern nicht mehr möglich war, auf Grundlage mündlicher Berichterstattung in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 21. Juli 1917.

Fürstenberg.

Kowy,
Schriftführer."

**Präsident:** Diese Zuschriften dienen zur Kenntnis.

Es sind Zuschriften der Regierung eingelangt, welche von der Allerhöchsten Sanktionierung mehrerer Gesetzentwürfe Mitteilung machen.

Ich bitte um deren Verlesung.

Schriftführer Dr. **Stojan** *(liest)*:

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 16. Juli 1917 dem von beiden Häusern des Reichsrates beschlossenen Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Verlängerung der Wahlperiode der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrates,

die Allerhöchste Sanktion allergnädigst zu erteilen geruht.

Hiervon beehre ich mich dem löblichen Präsidium Mitteilung zu machen.

Wien, 16. Juli 1917.

Für den k. k. Minister des Innern:
Simonelli."

„Ich beehre mich Euer Hochwohlgeboren mit Beziehung auf die Zuschrift vom 14. Juli 1917, Nr. 203/A. H., mitzuteilen, daß Seine k. u. k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 24. Juli d. J. dem von beiden Häusern des Reichsrates beschlossenen Entwurfe des Gesetzes, in welchem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen, die Allerhöchste Sanktion allergnädigst zu erteilen geruht haben.

Wien, 26. Juli 1917.

Seidler".

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschließung vom 27. Juli 1917 dem Gesetze, betreffend die Neuregelung des Unterhaltsbeitrages für die Dauer des gegenwärtigen Krieges, die Allerhöchste Sanktion allergnädigst zu erteilen geruht.

Ich beehre mich dem Präsidium hiervon mit dem Beifügen Mitteilung zu machen, daß die Kundmachung des Gesetzes im Reichsgesetzblatt und in der „Wiener Zeitung" veranlaßt wird.

Wien, 28. Juli 1917.

Der Leiter des Ministeriums für Landesverteidigung:
Czapp, Feldmarschalleutnant."

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 28. Juli 1917 dem von beiden Häusern des Reichsrates beschlossenen Gesetzentwurfe, betreffend das Dienstverhältnis der Lehrerschaft an staatlichen mittleren und niederen Unterrichtsanstalten (Lehrerdienstpragmatik), die Allerhöchste Sanktion allergnädigst zu erteilen geruht.

Hiervon beehre ich mich das Präsidium mit Beziehung auf die an das Präsidium des Herrenhauses gerichtete Zuschrift vom 12. Juli 1917, Z. 166/A. H., in Kenntnis zu setzen.

Wien, 30. Juli 1917.

Der Leiter des Ministeriums für Kultus und Unterricht:
Čwikliński."

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. August 1917 dem von beiden Häusern des Reichsrates angenommenen Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Sicherung einer Kriegssteuer von höheren Geschäftserträgnissen der Gesellschaften und vom Mehreinkommen der Einzelpersonen aus dem Jahre 1917, die Allerhöchste Sanktion allergnädigst zu erteilen geruht.

Hiervon beehre ich mich dem löblichen Präsidium Mitteilung zu machen.

Wien, 9. August 1917.

Der Leiter des k. k. Finanzministeriums:
Wimmer."

„Dem von beiden Häusern des Reichsrates im Juli laufenden Jahres beschlossenen Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen über die Unfallversicherung der Arbeiter, wurde am 21. August 1917 die Allerhöchste Sanktion erteilt.

Hiervon beehre ich mich das löbliche Präsidium in Kenntnis zu setzen.

Wien, 29. August 1917.

Der k. k. Minister des Innern:
Toggenburg."

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 17. August 1917 dem von beiden Häusern des Reichsrates beschlossenen Entwurfe eines Gesetzes, betreffend die Unterstützung von Familien, deren Ernährer im feindlichen Auslande angehalten werden, sowie der Familien der Schiffsbemannungen der Handelsmarine, denen die Rückkehr aus den neutralen Ländern nicht mehr möglich war, die Allerhöchste Sanktion allergnädigst zu erteilen geruht.

Hiervon beehre ich mich dem löblichen Präsidium die Mitteilung zu machen.

Wien, 11. September 1917.

Der k. k. Minister des Innern:
Toggenburg."

**Präsident:** Diese Zuschriften dienen zur Kenntnis.

Seitens der Regierung sind mehrere Zuschriften eingelangt, welche die Einbringung von Regierungsvorlagen ankündigen.

Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Dr. **Stojan** *(liest)*:

„In Gemäßheit des § 8 des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, hat das Gesamtministerium die Fortdauer der Verordnung des Statthalters in Niederösterreich vom 22. Juni 1917, L. G. Bl. Nr. 96 und Verordnungsblatt, beschlossen, durch welche der Legitimationszwang für Reisen nach und aus Baden, Vöslau und Gainfarn, wie er zufolge der mit der Zuschrift meines Amtsvorgängers vom 28. Mai 1917, Z. 8843/M. I., dem Präsidium behufs Einholung der Beschlußfassung des Reichsrates mitgeteilten Statthaltereiverordnung vom 3. Jänner 1917, L. G. Bl. Nr. 1, betreffend die Einführung des Legitimationszwanges für Reisen nach und aus Baden, Vöslau und Gainfarn und für den Aufenthalt daselbst bisher bestanden hatte, in einigen Punkten eine durch die gegenwärtigen Verhältnisse ermöglichte wesentliche Milderung erfährt. *(555 der Beilagen.)*

Als Ausweisdokument zu Reisen nach und aus Baden, Vöslau und Gainfarn wird nämlich neben der amtlichen (Eisenbahn-) Legitimation der Reichsratsmitglieder auch die amtliche Legitimation der Mitglieder des ungarischen Reichstages, der Offiziere des Ruhestandes, königlich ungarischen Staats- und Eisenbahnangestellten, der Notare und der Angestellten der Gemeinde Wien, sowie die von ungarischen, kroatisch-slawonischen, dalmatinischen oder bosnisch-hercegovinischen Paßbehörden ausgestellte Legitimationskarte zugelassen. Ferner wird die Statthalterei ermächtigt, der für die Einwohner des politischen Bezirkes Baden bestehenden Legitimationserleichterungen aus wirtschaftlichen Gründen auch andere niederösterreichische Gemeinden teilhaftig werden zu lassen.

Schließlich werden die Angehörigen der Länder der heiligen ungarischen Krone und die Landesangehörigen in Bosnien und der Hercegovina, die keine Legitimationskarten haben, in Bezug auf den Legitimationszwang den Inländern gleichgestellt.

Mit Beziehung auf den § 11 des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, beehre ich mich anverwahrt diese Statthaltereiverordnung, die in dem beiliegenden Stücke des L. G. Bl. für Niederösterreich abgedruckt ist, mit dem Ersuchen zu übersenden, die weitere verfassungsmäßige Behandlung dieser Ausnahmsverfügung einleiten zu wollen.

Wien, 20. Juli 1917.

Der k. k. Minister des Innern:
Toggenburg."

„Auf Grund der Allerhöchsten Ermächtigung vom 31. Juli 1917 beehre ich mich im Anschlusse die Rechnungsabschlüsse über die Gebarung mit dem staatlichen Meliorationsfonds in den Gebarungsperioden 1913 und erstes Halbjahr 1914, sowie in den Verwaltungsjahren 1914/15 und 1915/16 (560 d. B.) mit dem Ersuchen zu übermitteln, diese Rechnungsabschlüsse im Sinne des § 2 des Gesetzes vom 4. Jänner 1909, R. G. Bl. Nr. 4, der verfassungsmäßigen Genehmigung zuführen zu wollen.

Wien, 16. August 1917.

Der Leiter des k. k. Ackerbauministeriums:
Ertl."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, angeschlossen den Entwurf eines Gesetzes über die Fürsorgeerziehung *(569 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, den Entwurf als Regierungsvorlage der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 10. September 1917.

Schauer."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über das Jugendstrafrecht samt Erläuterungen *(570 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, ihn als Regierungsvorlage der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 10. September 1917.

Schauer."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, angeschlossen den Entwurf eines Gesetzes über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen *(571 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, den Entwurf als Regierungsvorlage der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 10. September 1917.

Schauer."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über die Tilgung der Verurteilung samt Begründung *(572 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übersenden, ihn als Regierungsvorlage der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 10. September 1917.

Schauer."

**Präsident:** Diese Regierungsvorlagen werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Es sind weiters Zuschriften des Herrn Finanzministers eingelangt, welche die Einbringung der Regierungsvorlagen über das Finanzgesetz für 1917/18, ein Budgetprovisorium für die Zeit vom 1. November 1917 bis 30. April 1918 sowie den Zentralrechnungsabschluß für das Jahr 1914/15 ankündigen.

Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Dr. **Stojan** *(liest)*:

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich den Entwurf des Finanzgesetzes für das Verwaltungsjahr 1917/18 (samt 33 Teilheften des Staatsvoranschlages) *(600 der Beilagen)* zur verfassungsmäßigen Behandlung zu übermitteln.

Wien, 24. September 1917.

Der k. k. Finanzminister:
Wimmer."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich den beiliegenden Entwurf eines Gesetzes über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. November 1917 bis 30. April 1918 *(583 der Beilagen)* im Abgeordnetenhause des Reichsrates einzubringen und zu ersuchen, diese Vorlage der verfassungsmäßigen Behandlung zuzuführen.

Wien, 24. September 1917.

Der k. k. Finanzminister:
Wimmer."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich unter Hinweis auf die hierortige Zuschrift vom 5. Mai 1917, Z. 36675, den Zentralrechnungsabschluß des österreichischen Staatshaushaltes für das Jahr 1914/15 *(601 der Beilagen)* zu übermitteln.

Der k. k. Oberste Rechnungshof hat bei Prüfung der in diesem Zentralrechnungsabschlusse nachgewiesenen Gebarung festgestellt, daß keine Anstände wahrgenommen wurden, welche ein Hindernis für die verfassungsmäßige Genehmigung dieser Staatsrechnung und die Erteilung des Absolutoriums durch den Reichsrat bilden könnten.

Wien, 24. September 1917.

Der k. k. Finanzminister:
Wimmer."

**Präsident:** Diese Regierungsvorlagen werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Das Wort hat Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident erbeten; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. **Seidler**: Hohes Haus! Ich erlaube mir zunächst das rekonstruierte Kabinett und insbesondere dessen von Seiner Majestät unserem allergnädigsten Herrn und Kaiser neu ernannte Mitglieder: Minister Dr. Ritter v. Zolger, Minister Dr. Horbaczewski, Handelsminister Dr. Freiherrn v. Wieser und Ackerbauminister Grafen Silva-Tarouca dem hohen Hause vorzustellen.

Als ich im Juni dieses Jahres zum erstenmale an dieser Stelle das Wort zu ergreifen die Ehre hatte, bezeichnete ich das Kabinett, an dessen Spitze ich von Seiner Majestät berufen worden war, ausdrücklich als ein provisorisches. Demgemäß stellte sich auch damals der Kreis jener Aufgaben, die von der Regierung zu erfüllen waren, als ein sehr enger dar. Seitdem haben die Verhältnisse sich wesentlich geändert. Das Kabinett, von dessen ernstlich versuchter Parlamentarisierung allerdings schließlich abgesehen werden mußte, verkörpert in seiner heutigen Zusammensetzung nicht mehr ausschließlich das Bestreben nach Befriedigung der momentanen Staatsbedürfnisse; es soll vielmehr gleichzeitig dem großen Werke des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Wiederaufbaues unseres gemeinsamen österreichischen Vaterlandes die Wege zu ebnen sich bemühen. Indem die Regierung auch diese Zielpunkte sich vor Augen hält, teilt sie gewiß das Empfinden dieses hohen Hauses, wie auch der gesamten Bevölkerung. Denn wenn in einer Zeit, wie sie die Weltgeschichte noch nicht gesehen hat, in einer Zeit, da die ganze Erde in Brand steht, da tausende und tausende unserer Brüder und Söhne in beispiellosem Heldenmut auf den Schlachtfeldern bluten und sterben, da die gewaltigsten Umwälzungen im Verhältnis der Völker untereinander und in ihrer inneren Struktur sich vollziehen, wenn in dieser Zeit unser aller gemeinsames Streben nur kleinen Dingen zugewendet bliebe, so würden wir auch alle dem berechtigten Vorwurf uns aussetzen, daß eine große Zeit ein kleines Geschlecht gefunden habe. Dem gegenwärtigen Kabinett sind somit Aufgaben von solcher Tragweite gestellt, daß eben nur eine konsolidierte und als dauernd gedachte Regierung an sie heranzutreten vermag.

Das Programm, das ich dem hohen Hause in den allgemeinsten Grundzügen darzulegen mir erlauben werde, ist in erster Linie ein sozial- und wirtschaftspolitisches.

In diesem Rahmen ist nun selbstverständlich vor allem an die zeitlich nächstliegenden Aufgaben, an die eigentlichen Staats- und Volksnotwendigkeiten gedacht.

Der Finanzminister wird Ihnen den Staatsvoranschlag für das Jahr 1917/18 vorlegen. Es ist der erste Voranschlag, der dem hohen Hause seit Kriegsbeginn zukommt und seine Ziffern werden eine ernste Mahnung sein, mit ganzer Kraft an die allmähliche Wiederherstellung der Ordnung unseres Staatshaushaltes zu schreiten. Neben der unbedingt gebotenen Sparsamkeit wird dieses Ziel nur durch Erhöhung bestehender und Schaffung neuer Einnahmen zu erreichen sein. Darauf bezügliche Gesetzvorlagen sind in Vorbereitung und werden dem hohen Hause ebenfalls in Bälde unterbreitet werden.

Außerdem liegen dem hohen Hause seit einigen Tagen folgende Gesetzentwürfe vor:

1. Über die Tilgung der Verurteilung;
2. über das Jugendstrafrecht;
3. über die Fürsorgeerziehung;
4. über die Verwendung der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen.

Der Gesetzentwurf über die Sozialversicherung wird von der Regierung einer neuerlichen Durchsicht unterzogen und soll ehemöglichst der verfassungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Ich erlaube mir außerdem mitzuteilen, daß die Regierung in kurzer Frist einzubringen gedenkt:

1. Den Entwurf eines Gesetzes über die Organisierung einer besonderen Fürsorgetätigkeit für Angestellte;
2. einen Gesetzentwurf über die Lehrerbildung;
3. einen Gesetzentwurf über die Militärversorgung;
4. den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die ausschließliche Berechtigung der Ziviltechniker zur Verrichtung bestimmter technischer Arbeiten;
5. den Entwurf eines Kohlengesetzes *(Zustimmung)*;
6. den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Änderung des Ausmaßes und der Einhebung der Maßen- und Freischurfgebühren.

Mag es sich hierbei um noch so wichtige Angelegenheiten handeln, so ist doch als die brennendste Frage diejenige der Volksernährung, wie überhaupt der öffentlichen Versorgung mit Bedarfsgütern zu betrachten; denn der ehrenvolle Friede, dessen baldiges Zustandekommen wir erhoffen wollen, kann nur gesichert werden, wenn unsere Waffen wie bisher siegreich bleiben, wenn aber auch zugleich unsere glorreichen Armeen bis ans Ende ihre Stütze finden im mannhaften Ausharren der Bevölkerung des Hinterlandes.

In dieser Erkenntnis hat die neue Regierung sofort nach ihrer Konstituierung die Behandlung der Ernährungsfragen in den Vordergrund ihrer Tätigkeit gestellt. Hierbei ist sie von dem Grundgedanken ausgegangen, daß die bestehenden kriegswirtschaftlichen Organisationsformen ohne schwere Erschütterung der Gesamtversorgung nicht aufgelöst werden können, daß wir aber ohne Selbsttäuschung, ohne jeden Respekt vor Theorien und Doktrinen und ohne jede Protektion von Sonderinteressen dasjenige ins Auge fassen und furchtlos durchführen müssen, was aus dem Gesichtspunkte des Gesamtwohles als zweckmäßig sich darstellt. *(Zustimmung.)* Jedenfalls hält die Regierung daran fest, daß eine kriegswirtschaftliche Verteilung des Vorhandenen unbedingt notwendig ist, daß aber als ebenso wichtig die Erhaltung der Schaffensfreude unserer produzierenden Bevölkerungsschichten sich darstellt. *(Zustimmung)*. Eine Lähmung oder Abschwächung der Produktionskraft darf unter keiner Bedingung eintreten *(lebhafte Zustimmung)*, andrerseits muß aber freilich auch den Produzenten aller Gebiete des Staates klar und deutlich und mit allem Nachdruck vor Augen geführt werden, daß das Durchhalten von der strikten Erfüllung jener Anordnungen abhängt, die zugunsten der Gesamtversorgung nach sachverständiger Prüfung als notwendig erkannt wurden. Unendlich schwierig ist im vierten Kriegsjahre die Lösung der Versorgungsfragen. Sie stellt insbesondere unsere Beamtenschaft, deren hingebungsvolle und selbstlose Pflichttreue auch in dieser ernsten Zeit wieder trefflich sich bewährt hat, vor vielfach ganz neue und daher umso ernstere Aufgaben. Aber der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn wir einander gegenseitig vertrauen und die Gemeinsamkeit des Zieles niemals außeracht lassen. Demnach bestrebt sich die gegenwärtige Regierung, jedweden Bureaukratismus nach Möglichkeit auszuschalten *(Beifall)*, sich mit dem Parlamente und der Bevölkerung in steter Verbindung zu halten *(Beifall)*, die freie Aussprache über Ernährungsfragen zu fördern und ihre Entschlüsse aus den wahren Bedürfnissen des Volkes abzuleiten.

Den vollen Anspruch auf eine solche Heranziehung hat die gesamte Bevölkerung durch mutiges Ausharren in schwerer Zeit sich erworben. Nicht in letzter Linie ist es der pflichtbewußten Arbeiterschaft zu verdanken, daß wir auch im Hinterlande die Stellung zu halten vermochten. *(Zustimmung und Beifall.)*

Die Regierung wird ferner dahin wirken, daß der in diesem Kriege so augenfällig erprobte Gedanke der unauflöslichen Verteidigungsgemeinschaft mit den Ländern der ungarischen heiligen Krone auch in wirtschaftlicher Hinsicht, nämlich durch eine gleichmäßige Versorgung der dies- und jenseitigen Bevöl-

kerung mit Bedarfsgütern, in steigendem Maße zur Geltung gelange. *(Zustimmung und Beifall.)*

Über Details zu sprechen ist hier nicht der Ort. Erwähnen möchte ich nur noch, daß die vielfach geforderte Umgestaltung des Ernährungsamtes in ein selbständiges Ernährungsministerium bereits in die Wege geleitet ist. *(Zustimmung.)*

Soviel über die nächstliegenden Aktionen, zu denen auch noch die Wahl der Delegationen gehört. Darüber hinaus aber handelt es sich um die Vorbereitungen für die Überleitung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft und um die nach dem Kriege unbedingt erforderliche Retablierung unseres gesamten sozialen und wirtschaftlichen Lebens.

Angedeutet sind die hier zunächst in Betracht kommenden Absichten der Regierung bereits insoferne, als — im Geiste der Allerhöchsten Thronrede — die Schaffung von zwei neuen Ministerien in unmittelbare Nähe gerückt ist: des Ministeriums für soziale Fürsorge und des Ministeriums für Volksgesundheit. Das erstere wird einen ausgedehnten sozialen Wirkungskreis vorfinden. Es wird insbesondere die Fürsorgeaktionen zugunsten der Kriegsbeschädigten und der Hinterbliebenen von Gefallenen auszugestalten, die Arbeitsvermittlung, die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Sozialversicherung auszubauen haben. Ich erwähne ferner die Organisation der Jugendpflege und Jugendfürsorge sowie die Bekämpfung der Wohnungsnot. Kein Zufall ist es, daß für die Förderung der Volksgesundheit die Errichtung eines besonderen Ministeriums ins Auge gefaßt ist. Die Pflege des öffentlichen Gesundheitswesens ist im Laufe der Kulturentwicklung mehr und mehr als eine Angelegenheit von höchster sozialer Bedeutung erkannt worden. Ganz besonders ist in diesem fürchterlichsten aller Kriege der ungeheure Wert der Hygiene und des öffentlichen Medizinalwesens klar zutage getreten. Wir alle zollen Dank der Sanitätspolizei und der ärztlichen Wissenschaft, die uns in dieser schrecklichen Zeit vor dem allseits befürchteten Auftreten verheerender Volksseuchen bewahrt haben. *(Zustimmung.)* Vollends wird in Zukunft dieser Zweig der Staatsverwaltung ganz wesentlich dazu beitragen, daß das wertvollste aller Güter erhalten werde: die körperliche und damit auch die geistige Kraft des Menschen.

Ich komme nunmehr zu den eigentlich wirtschaftlichen Aufgaben der näheren und ferneren Zukunft.

Hier wird es sich vor allem darum handeln, daß der Staat — in Erfüllung seiner teils rechtlichen, teils moralischen Verpflichtungen — rasch und energisch an die möglichste Ausgleichung jener schweren Schäden herantrete, von denen die dem Krieg unmittelbar ausgesetzten Gebiete so hart betroffen wurden. Die Regierung glaubt, versichern zu können, daß die Liquidierung der nach dem Kriegsleistungsgesetze zu gewährenden Beträge nunmehr glatt und ungehindert erfolgen und auch die schon längst eingeleitete Wiederaufbauaktion baldigst — soweit es die durch den Kriegszustand hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse, insbesondere die Schwierigkeiten der Beschaffung des Materials, gestatten — ein rascheres Tempo annehmen wird.

Mit dem Ende des Krieges wird an uns die Aufgabe herantreten, die gegenwärtige, aus der Not geborene Zwangswirtschaft allmählich wieder in normale Bahnen zurückzuführen. Die Privatwirtschaft stellt sich ja an und für sich als ein durch Jahrhunderte aufgebauter Organismus dar, innerhalb dessen eine gewaltige Summe von Erfahrungen und Kenntnissen vom Vater auf den Sohn, vom Chef auf seinen Nachfolger sich forterbt und der — mag auch der Erwerbsinn seine treibende Kraft sein — doch jedenfalls den Beweis erbracht hat, daß die Privatwirtschaft trotz vieler Mängel die Güterversorgung tatsächlich zu bewerkstelligen imstande ist. Von einer sofort nach Friedensschluß jäh eintretenden Auflösung aller unserer kriegswirtschaftlichen Einrichtungen kann jedoch wohl nicht die Rede sein. Mit Rücksicht auf die Valuta, die Rohstoffbeschaffung, die Beschränktheit des Schiffsraumes 2c. 2c. werden wir nur allmählich in die freie Wirtschaft zurückkehren können. Inzwischen wird — und dies ist schon eine Aufgabe der unmittelbaren Gegenwart — die staatliche Aufsicht über die Tätigkeit der Zentralen — in deren eigenem Interesse und in jenem der Allgemeinheit — durch die Mitwirkung des Parlamentes wirksamer zu gestalten und der Öffentlichkeit der möglichste Einblick in die Zusammenhänge des kriegswirtschaftlichen Betriebes zu gewähren sein. Vom „kaufmännischen Geiste" soll die Kriegswirtschaft in dem Sinne erfüllt sein, daß sie prompt und ohne jede bureaukratische Schwerfälligkeit arbeitet; vom öffentlichen Geiste aber insofern, als es sich hier um Institutionen handelt, die nicht auf Gewinn abzielen, *(Beifall)* sondern den Interessen der Allgemeinheit zu dienen berufen sind, so daß sie also auf den Konsum nicht jede Last überwälzen dürfen, die unter Ausnützung der geschäftlichen Konjunktur auf ihn überwälzt werden konnte. *(Sehr richtig!)* Auch möglichste Kostenersparung muß hier ein Leitgedanke sein.

Ganz wird aber selbst im Frieden die schärfere Betonung des gemeinwirtschaftlichen Gedankens nicht mehr verschwinden können. Des „sozialen Öles" kann die Maschinerie unserer Volkswirtschaft nicht mehr entbehren. *(Sehr richtig!)*

Nur wird im großen und ganzen die Frage der Zwangsorganisation in diejenige der staatlichen Beteiligung an den wirtschaftlichen Assoziationen sich aufzulösen haben, wobei auch eine wirklich wirksame Beaufsichtigung und gemeinwirtschaftliche Be-

einflussung dieser Vereinigungen von selbst sich ergeben wird.

Auch gegenüber der Privatwirtschaft werden wir auf eine sehr aktive Wirtschaftspolitik keineswegs verzichten können. Über das laissez faire laissez aller sind wir nun einmal längst hinaus. *(Beifall.)* Freilich durch Gesetze und Verordnungen allein kann das Wirtschaftsleben nicht zur Blüte gebracht werden. Vielmehr eröffnet sich hier ein weites fruchtbares Feld für die freie Verwaltungstätigkeit des Staates. Er ist ja — dessen sind wir uns gerade im Kriege wieder bewußt geworden — ein so mächtiger wirtschaftlicher Faktor, daß er durch Maßnahmen weit mehr als durch Maßregeln die Volkswirtschaft nach seinen gemeinnützigen Absichten zu beeinflussen in der Lage ist. *(Beifall.)* In normalen Zeiten läßt sich der Markt wohl leichter regulieren als reglementieren. Ich beziehe mich hierbei insbesondere auf die Fragen der Volksernährung, des Lebensmittelverkehres, der Teuerung, des Warenwuchers. Diese Probleme werden nach dem Kriege ihre Bedeutung keineswegs verlieren. Alle Erfahrungen sprechen aber dafür, daß sie nach der Methode der sogenannten „staatlichen Vorratswirtschaft" wirksamer gelöst werden können als durch Paragraphe und Polizeiverbote. *(Beifall.)*

Das Wichtigste ist und bleibt in der gesamten Wirtschaftspolitik die möglichste Förderung und Belebung der Produktion. *(Sehr richtig.)* Dieser Gedanke hat heute fast die Bedeutung eines Gemeinplatzes angenommen. Aber erst der Krieg hat dies bewirkt. Noch vor wenigen Jahren hat die These, daß den Ausgangspunkt jeder rationellen Wirtschaftspolitik die systematische und zielbewußte Produktionsförderung bilden müssen, in der öffentlichen Meinung leider nicht die entsprechende Resonanz gefunden. Ich selbst kämpfe seit vielen Jahren für das Prinzip, daß nach Möglichkeit der eigene Bedarf durch die eigene Erzeugung zu decken ist und daß wir uns in dieser Art vom Auslande — insbesondere von der Übersee — unabhängig zu machen bestrebt sein müssen. *(Beifall.)* Ich glaube sagen zu können, daß mir in dieser Beziehung die Entwicklung der Dinge nicht Unrecht gegeben hat. Ebenso hoffe ich mit dem von mir stets verfochtenen Satze recht zu behalten, daß es bei Einsicht und halbwegs gutem Willen fundamentale, unüberbrückbare Gegensätze zwischen den verschiedenen Wirtschaftsgruppen, insbesonders zwischen Landwirtschaft, Industrie und Konsum, nicht gibt und daß gerade die Steigerung der Erzeugung, in der ja das natürlichste und verläßlichste Mittel zur Verbilligung der Waren zu erblicken ist, den inneren wirtschaftlichen Frieden am sichersten herbeizuführen geeignet ist. *(Zustimmung.)*

Ich gelange nunmehr zu einem Thema, das meines Erachtens nicht nur in gleicher Weise für die Industrie und für die Landwirtschaft, sondern ganz allgemein für unsere wirtschaftliche und kulturelle Zukunft von eminentester Bedeutung ist und für das ich demnach die Aufmerksamkeit des hohen Hauses ganz besonders in Anspruch nehmen möchte. Es handelt sich um eine Aktion großen Stiles, nämlich die planmäßige, weitgreifende Ausgestaltung unserer Wasserwirtschaft.

Es ist bekannt, daß in unseren Gewässern noch reiche Schätze ungenützter Kraft verborgen liegen und daß es vor allem einer modernen Gesetzgebung bedarf, um sie der Industrie, dem Gewerbe, der Landwirtschaft, dem Bergbaue, dem Eisenbahnverkehr dienstbar zu machen. Was dies angesichts der steten, nach dem Kriege sicherlich noch steigenden Verteuerung aller übrigen Energiequellen — insbesondere der Kohle — bedeutet, brauche ich nicht zu sagen. Hiebei muß an dem Grundgedanken festgehalten werden, daß dem privaten Unternehmungsgeist möglichst freie Bahn zu schaffen, daß aber gleichzeitig für eine gemeinwirtschaftliche und insbesondere möglichst vollständige Ausnützung des in den Wasserkräften liegenden Nationalkapitals zu sorgen ist. Gerade hier aber wird es sich als eine Angelegenheit von höchster nationalökonomischer Bedeutung erweisen, daß die normative Regelung der Verhältnisse durch eine großzügige Wasserkraftpolitik ergänzt werde. *(Zustimmung.)* Denn es handelt sich nicht bloß darum, daß die Gefälle ausgenützt werden können, sondern daß sie auch tatsächlich ausgenützt werden. Die Regierung denkt nun daran, unter Gewährung jedweder staatlichen Hilfe solche Vereinigungen ins Leben zu rufen, die das erforderliche, sehr bedeutende Kapital aufbringen und unseren Staustufen alle technisch erhältlichen Kraftmengen entnehmen sollen. Außerdem aber könnte die rationelle Pflege der Gewässer, insbesondere die Erweiterung unseres wasserwirtschaftlichen Meliorationswesens aus Österreich ein Paradies schaffen *(Beifall)*, das unendlich viel mehr an Bodenfrüchten hervorzubringen vermöchte, als es bisher der Fall war. Hätten wir das alles früher beherzigt, so hätten wir uns manche Not und manchen Kummer erspart. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Im Zusammenhange mit der Umgestaltung unserer Wasserwirtschaft muß — und hierauf hat ja dieses hohe Haus oft und oft hingewiesen — das gesamte Elektrizitätswesen auf neue Grundlagen gestellt werden. *(Zustimmung.)* Ich möchte hier betonen, daß demnächst im Ministerium für öffentliche Arbeiten eine besondere Abteilung wird gebildet werden, die diese bis jetzt ganz zersplitterte Materie in zusammenfassender Weise wird zu behandeln haben. Außerdem wird ein besonderes, aus den beteiligten Ministern mit ihren Fachreferenten bestehendes Komitee sich fortdauernd mit dieser Angelegenheit befassen. Dem hohen Hause werden die

hier in Betracht kommenden Vorlagen baldigst zugehen. Bei der ganzen Angelegenheit kommt nicht nur das Elektrizitätsrecht, sondern auch die Bewirtschaftung der hydraulisch oder kalorisch erzeugten elektrischen Kraft in Frage. Ich denke an ein in modernen Formen sich vollziehendes Zusammenwirken der öffentlichen Faktoren (Staat, Länder, Gemeinden) mit dem Privatkapital. Das Endziel bleibt, daß ganz Österreich, wie es von einem Eisenbahnnetz durchzogen ist, so auch von einem weitverzweigten Leitungsnetz überspannt werde, daß in vielfältiger Verteilung billiges Licht und billige Kraft den größten und den kleinsten Betrieben, den Ortschaften und menschlichen Wohnungen zuführen wird. *(Zustimmung.)*

Die Produktion und der Verkehr werden hierdurch eine ungeheure Steigerung, die Volkswirtschaft einen ungeahnten Aufschwung erfahren. Glauben Sie nicht, sehr geehrte Herren, daß es sich hier um Aktionen einer fernen Zukunft handelt. Die Angelegenheit wird sofort in Angriff genommen werden und Österreich wird hiermit allen Kulturvölkern der Erde vorangehen. *(Beifall.)*

Was die Agrarpolitik anbelangt, so wird die landwirtschaftliche Produktion so rasch als möglich von allen Zwangsmomenten zu befreien sein. *(Zustimmung.)* In der Folge wird in Betracht kommen die rasche Demobilisierung der Landwirte, deren ausreichende Berücksichtigung bei der sachlichen Demobilisierung, ferner die Ansiedlung und Verwendung von Kriegsinvaliden; sodann aber die Intensivierung des landwirtschaftlichen Betriebes durch alle erreichbaren Hilfsmittel, insbesondere eine großzügige Aktion zur Erzeugung und Verteilung von Kunstdünger *(Sehr richtig!)*, hauptsächlich von Kalkstickstoff, wodurch wir unseren während des Krieges ausgeraubten Böden nicht nur ihre frühere Ertragsfähigkeit zurückgeben, sondern sie auch wesentlich zu steigern imstande sein werden. Das Subventionswesen muß auf eine neue Basis gestellt werden, wenn die durch die staatlichen Zuwendungen angestrebten Ziele wirklich erreicht werden sollen.

Sehr bedeutsam ist ferner die Verbesserung der Grundbesitzverteilung, namentlich die Schaffung neuer Grundlagen für die Kommassationen, Gemeinschaftsteilungen und Gemeinschaftsregulierungen sowie die Regelung der Forst- und Weideservituten. *(Beifall.)* Höchst wichtig ist die Bekämpfung der Güterschlächterei und der Bauernlegung und im Zusammenhange damit die Revision der kaiserlichen Verordnung vom 9. August 1915 über den Grundverkehr, dann aber — nicht in letzter Linie — die Reform des landwirtschaftlichen Fachunterrichtes *(Beifall)* im Sinne einer den praktischen Bedürfnissen des kleineren Landwirtes dienenden Unterweisung in Verbindung mit einer gegenwärtig leider nur in den bescheidensten Formen bestehenden Betriebsberatung. *(Abgeordneter Svejk: Kandidatenrede eines Abgeordneten!)* Ist keine Schande! *(Heiterkeit.)*

Erforderlich ist ferner auf dem Gebiete der Landwirtschaft der Ausbau des Assoziationswesens und der Interessenvertretung sowie der ganz unzulänglichen Statistik. Für all dies und vieles andere sind umfassende Vorarbeiten vorhanden; aber es bedarf eines neuen Geistes, um sie fruchtbar zu machen.

Zur Hebung des Kleingewerbes, dem durch diesen Krieg so schwere Lasten aufgebürdet worden sind, wird namentlich eine wesentliche Ausbildung der Gewerbeförderung und die Organisierung einer wirklich wirksamen Kredithilfe ins Auge zu fassen sein.

Um, sehr geehrte Herren, Ihre Geduld nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, möchte ich heute nur noch einzelne Gebiete berühren: das Berg-, das Eisenbahn-, das Währungs- und das Unterrichtswesen.

Eine wie große Bedeutung in staats- und volkswirtschaftlicher Beziehung dem Berg- und Hüttenwesen zukommt, hat gerade der gegenwärtige Krieg deutlich bewiesen. Dieser Tatsache wird die Regierung Rechnung zu tragen wissen. Der Bergbau muß sich frei entfalten; hierzu bedarf es vor allem eines auf modernen Grundsätzen aufgebauten Berggesetzes. Die Vorarbeiten hierfür sind seit langer Zeit im Gange; schon im Jahre 1911 ist eine administrativ-wissenschaftliche Kommission zu dem Zwecke eingesetzt worden, um die Grundlagen für eine Reform des Berggesetzes zu schaffen. Die Kommissionsverhandlungen, die schon zu einer Durchberatung der wichtigsten Materien des Berggesetzes geführt hatten, wurden durch den Krieg allerdings unterbrochen, werden aber demnächst wieder aufgenommen und möglichst rasch beendet werden.

Die nächste Aufgabe der Staatseisenbahnverwaltung während der Übergangswirtschaft wird in der vollständigen Behebung der Kriegsschäden bestehen, die an den Eisenbahnobjekten in den vom Feinde besetzt gewesenen Gebieten entstanden sind. Nach dem Kriege wird die Neuorientierung des Verkehres voraussichtlich die Schaffung neuer Bahnverbindungen mit einzelnen Verkehrsgebieten erheischen; jedenfalls aber werden zum Zwecke der Erzielung höherer Verkehrsleistungen umfassende Investitionen auf den bestehenden Staatsbahnlinien ausgeführt werden müssen. Durch eine angemessene Vermehrung des Wagenparkes soll insbesondere den Anforderungen eines gesteigerten Reiseverkehres Rechnung getragen und die klaglose Bewältigung des Frachtenverkehres — namentlich auch zur Zeit der Rüben- und Kohlenkampagne — gesichert werden. Alle diese Aufgaben bedingen allerdings ein

weitgehendes Investitionserfordernis. Um dieses Erfordernis zu bedecken und um die Kosten für die auch nach dem Kriege zugunsten des Personals fortdauernde Fürsorgetätigkeit aufzubringen, wird einerseits eine durchgreifende Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung, andrerseits eine Reform der Staatsbahntarife durchzuführen sein. Hierbei wird jedoch an die volkswirtschaftlichen und insbesondere die handelspolitischen Funktionen nicht vergessen werden dürfen, die den Eisenbahntarifen zukommen.

Ein von der Staatseisenbahnverwaltung stets im Auge behaltenes und nach dem Kriege noch mehr anzustrebendes Ziel wird die weitere Verstaatlichung der Privatbahnen sein. Insbesondere wird — im Interesse der Herbeiführung einer ökonomischen Verwaltung — die Verstaatlichung der im Staatsbetriebe stehenden Privatlokalbahnen angestrebt werden.

Als eine nicht unwichtige Ergänzung des Lokalbahnwesens ist der verhältnismäßig billige Automobilverkehr anzusehen. Im Zusammenhange mit der besseren Verwertung der Elektrizität wird die Regierung der Ausgestaltung dieses Verkehrsdienstes ihre besondere Fürsorge zuwenden.

Ernste Probleme werden auf dem Gebiete des Währungswesens zu lösen sein. *(Hört! Hört!)* Das vor 25 Jahren aufgerichtete Werk unserer Währungsreform hat im Frieden und besonders im Kriege unschätzbare Dienste geleistet. Ein geordnetes Währungswesen ist ja eine der unerläßlichsten Voraussetzungen für eine günstige Entwicklung der Volkswirtschaft. Es wird daher unser eifrigstes Bestreben sein, in enger Fühlung mit der königlich ungarischen Regierung die schweren Störungen unserer Währung, die der langandauernde Krieg unabwendbar mit sich bringen mußte, durch planmäßiges Vorgehen auf administrativem und legislativem Gebiete zu beseitigen.

Bezüglich des Unterrichts- und Kultuswesens möchte ich folgendes bemerken:

Die gewaltigen Probleme auf dem Gebiete der Volkswirtschaft sowie der sozialen Fürsorge, deren Bewältigung das Leben des Staates nach dem Kriege für lange Zeit ausfüllen wird, lassen es besonders wichtig erscheinen, daß die heranwachsenden Generationen auf die ihrer harrenden Aufgaben entsprechend vorbereitet werden. Dies bedingt, daß unser Schulwesen einen erhöhten praktischen Einschlag erhalte. *(Sehr richtig!)* Die Erfüllung des Wunsches nach einer nachdrücklicheren Betonung der Forderungen des praktischen Lebens bedeutet keineswegs ein Herabdrücken des Niveaus des Unterrichtes; immerhin erscheint es unerläßlich, das Studium auf die Bedürfnisse der Gegenwart und auf die das Leben der Zukunft beherrschenden Fragen einzustellen und einen Teil unserer Jugend auf den Weg der immer wichtiger werdenden fachlichen Vorbildung für wirtschaftliche Arbeit abzulenken. *(Beifall.)* Insbesondere ist es notwendig, durch zeitgemäße Umgestaltung der Bürgerschule eine Bildungsstätte zu schaffen, welche geeignet sein wird, durch Vermittlung eines der Unterstufe der Mittelschule zwar nicht gleichartigen, aber gleichwertigen Wissens die Jugend für die verschiedensten Zweige fachlicher Berufsarbeit gründlich vorzubereiten und die Untermittelschule wesentlich zu entlasten. *(Zustimmung.)*

Den seit einigen Jahren in den Vordergrund gestellten erziehlichen Aufgaben des Mittelschulbetriebes, namentlich in Rücksicht auf die körperliche Ausbildung, auf die staatsbürgerliche Schulung und auf die Stärkung des Gefühles der Zusammengehörigkeit zu dem großen Ganzen wird auch fernerhin die größte Aufmerksamkeit zugewendet werden.

Nicht mindere Sorgfalt soll den Universitäten und den anderen Hochschulen, die durch den Krieg in vielen Beziehungen eine starke Einbuße erlitten haben, zuteil werden; insbesondere wird auch das Möglichste geschehen, um den für das Vaterland heldenmütig kämpfenden Studierenden nach ihrer Rückkehr in die Heimat den Abschluß ihrer Studien unter günstigen Bedingungen und in tunlichst kurzer Zeit zu ermöglichen. *(Zustimmung.)*

Die erhöhte Inanspruchnahme der Lehrpersonen aller Kategorien und die Schwierigkeit der Lebensführung machten es dem Staat und den autonomen Organen zur Pflicht, der Lehrerschaft in ihren Existenzverhältnissen zu Hilfe zu kommen. Durch das Gesetz vom 28. Juli 1917 ist in dieser Hinsicht für die Lehrer an den mittleren und niederen staatlichen Lehranstalten das unter den gegebenen Umständen Mögliche vorgekehrt worden. Den Lehrern und wissenschaftlichen Hilfskräften der Hochschulen wurden gewisse Zuschüsse zu den normalen Bezügen gewährt. Was die Lehrerschaft an den Volksschulen betrifft, die die Ungunst der Zeit besonders stark empfindet . . . *(Abgeordneter Kasper: Und sehr viel leisten muß!)* . . . und sehr viel leisten muß, so hat die Regierung sich schon mehrfach bereit erklärt, für die Länder jenen Teil der den Lehrern zukommenden Teuerungszulagen, für dessen Deckung nicht mehr rechtzeitig aus eigenen Landesmitteln vorgesorgt werden konnte, vorschußweise aus den Staatskassen zu bestreiten. In den vom Kriege unmittelbar betroffenen Ländern ist dies ohne jede Bedingung gewährt worden. Im übrigen haben sich — es war dies durch die Verhältnisse geboten — die Personalbezüge der Lehrerschaft wiederholt derart gesteigert, daß die hieraus sich ergebenden finanziellen Lasten über die Kraft der minder steuerkräftigen Länder hinauszuwachsen beginnen. Es wäre daher wünschenswert, daß in dieser Frage ein einheitliches Vorgehen erzielt werde. Die

Regierung wird auch diese Angelegenheit mit Aufmerksamkeit und Wohlwollen verfolgen.

Ebenso wird der Seelsorgegeistlichkeit gedacht; zu ihren Gunsten sind bereits Verfügungen behufs Gewährung von Teuerungszulagen getroffen worden, während weitere, auf eine definitive Regelung der Bezüge abzielende Maßnahmen in Aussicht genommen sind.

Daß in einem Staate wie Österreich, dessen Bevölkerung sich stets durch hohe künstlerische Begabung ausgezeichnet hat, der staatlichen Kunstpflege nach dem Kriege gleichfalls erhöhte Bedeutung zukommen wird, brauche ich wohl kaum ausdrücklich zu betonen. Es wird eine ernste Sorge des Staates bilden, Kunst und Künstler vor den Folgen der wirtschaftlichen Not tunlichst zu bewahren und den idealen und künstlerischen Sinn unserer Bevölkerung im Kampfe um materielle Güter nicht verkümmern zu lassen.

Einige sehr wichtige und schwierige Probleme kann ich im Hinblick auf deren Zusammenhang mit der internationalen Lage zum Schlusse nur andeuten: die verfassungsmäßige Erledigung des Ausgleiches mit Ungarn und die Neuregelung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande, insbesondere zum Deutschen Reiche.

Der zweite Teil des Regierungsprogrammes ist politischer Natur. Gerade deshalb, weil wir den sozialen und wirtschaftlichen Fragen in erster Linie unser Augenmerk zuzuwenden genötigt sind, müssen wir auch in politischer Beziehung jene Schwierigkeiten hinwegzuräumen trachten, die in unserem Vaterlande einer gedeihlichen und wirklich fruchtbringenden Hingabe an die höchsten Kulturaufgaben leider entgegenstehen. In diesem Sinne habe ich selbst die große Frage der Reform unserer Verfassung, die das Prinzip der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung aller Nationalitäten auf Grundlage nationaler Autonomie unter Wahrung der Staatseinheit zur vollen Durchführung zu bringen hätte, in diesem hohen Hause aufgeworfen. Fast alle Parteien haben sich grundsätzlich zustimmend verhalten. Man hat mir nun zwar den Vorwurf gemacht, daß ich die Realisierung des allgemeinen Grundgedankens inhaltlich meiner im Verfassungsausschusse dieses hohen Hauses abgegebenen Erklärung dem Parlamente überlassen und der Regierung hierbei eine passive Rolle zugewiesen habe.

Ich bitte, mir jedoch die Bemerkung zu gestatten, daß dies denn doch eine mißverständliche Auffassung ist. Ich habe es allerdings für einen Akt der konstitutionellen Korrektheit gehalten, dem Parlament in dieser so hochwichtigen politischen Frage gewissermaßen den Vortritt zu lassen; ich habe jedoch schon damals — obwohl ich zu jener Zeit an der Spitze einer provisorischen Regierung stand — ausdrücklich erklärt, daß die Regierung bei dieser Aktion die ihr zukommende Rolle übernehmen werde. Und bald nachher habe ich in der Verfassungskommission des Herrenhauses mich bereit erklärt, die der Regierung vorschwebenden Leitsätze seinerzeit mitzuteilen. Nun, sehr geehrte Herren, diesen Leitsätzen hat das definitive Kabinett inzwischen zugestimmt; ich werde die Ehre haben, sie den Verfassungsausschüssen darzulegen. Über ihren Inhalt will ich heute nur soviel sagen, daß sie von dem Grundgedanken einer für den ganzen Staat im Rahmen der Kronländer — unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten — zu schaffenden Kreiseinteilung ausgehen *(Zustimmung — Zwischenrufe)* und als eine Modalität für die Regelung der nationalen Fragen wie auch eines zeitgemäßen Ausbaues der staatlichen und autonomen Verwaltung wenigstens eine Diskussionsbasis zu schaffen trachten. Materialien — besonders für Böhmen — liegen in reicher Fülle vor. *(Zwischenrufe.)*

In Ungarn, hohes Haus, ist die Befürchtung entstanden, daß die auf die Herstellung der nationalen Autonomie abzielenden Bestrebungen unmittelbare oder mittelbare Rückwirkungen auf die ungarischen staatsrechtlichen Verhältnisse und insbesondere auf den im Jahre 1867 geschaffenen Dualismus ausüben könnten. Aus den Zielpunkten aber, die ich wiederholt als diejenigen der Regierung bekanntgegeben habe, geht klar und deutlich hervor, daß derartige Befürchtungen völlig gegenstandslos sind. Die Regierung hält, was das staatsrechtliche Verhältnis zwischen den beiden Staaten der Monarchie betrifft, unverrückbar fest an dem dieses Verhältnis regelnden Staatsgrundgesetze, wie sie andererseits auf diesem Standpunkte auch insoweit beharren muß, als die Gerechtsame des österreichischen Staates in Betracht kommen, wobei ich insbesondere an das einen integrierenden Bestandteil Österreichs bildende Königreich Dalmatien denke. *(Lebhafter Beifall.)* Indem ich dies feststelle, kann ich es nicht für zulässig erklären, daß die auf die Ordnung der inneren österreichischen Verhältnisse gerichteten Absichten der Regierung verwechselt werden mit der Tendenz einzelner Äußerungen, die von dem Standpunkte der Regierung völlig abseits liegen und für die sie demnach eine Verantwortung nicht übernehmen kann.

Zur Bestellung des eigenen Hauses aber ist Österreich jedenfalls ausschließlich befugt. Auch in anderer Richtung kann und darf bezüglich des Grundgedankens der geplanten Verfassungsrevision nicht die geringste Unklarheit bestehen. Was wir anstreben, ist die innere Befestigung des Staates, der innigste Zusammenschluß all der Kräfte, über die er in so reichem Maße verfügt. Nachdrücklichst weist demnach die Regierung solche Ideologien zurück, die mit dem Staate sich in Widerspruch setzen und denen sonach das Eindringen in die Gestaltung

der öffentlichen Dinge unseres Vaterlandes ein für allemal verwehrt bleiben muß. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)* Die Regierung steht, wie in jeder Hinsicht so auch gegenüber derartigen Bestrebungen, von welcher Seite immer sie kommen mögen, unerschütterlich auf dem Boden des österreichischen Staatsgedankens. *(Zwischenrufe.)*

Sie ist felsenfest davon überzeugt, daß er vor den Augen der ganzen Welt siegreich sich behaupten wird.

Die Berechtigung zu dieser Erwartung schöpft die Regierung insbesondere auch aus der Betrachtung der auswärtigen Lage. Ich bitte das hohe Haus, bezüglich dieses Gegenstandes folgende Bemerkungen vorbringen zu dürfen:

Die Grundlagen unserer auswärtigen Politik sind Ihnen, meine sehr geehrten Herren, durch wiederholte offizielle Äußerungen der Regierungsstellen bekannt. Ihre leitenden Gedanken und die Methoden ihrer Durchführung haben seither keine Veränderung erfahren. Den Grundpfeiler dieser Politik bildet nach wie vor die Treue gegenüber unseren Verbündeten. *(Lebhafter Beifall.)* Jenen, welche glauben, den Friedensgedanken durch Mäkeln und Deuteln an dem Bündnisse der Mittelmächte zu dienen, mag gesagt sein, daß ihr Beginnen nur die Wirkung haben kann, daß bei den Feinden der schon halb erloschene Glaube an die Möglichkeit einer Störung des Bundesverhältnisses wieder erweckt und so die Dauer des Krieges mittelbar verlängert wird. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Als erste unter den Kriegführenden haben wir seinerzeit im Sinne der von Seiner Majestät wiederholt geäußerten Grundsätze mit unseren Verbündeten dem Wunsche und der Bereitwilligkeit Ausdruck verliehen, zum Abschluß eines vom Geiste der Versöhnlichkeit getragenen Friedens zu gelangen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Die am 28. Juli d. J. veröffentlichten offiziellen Erklärungen des Ministers des Äußern und die mit dem Standpunkte der kaiserlich deutschen Regierung übereinstimmende Friedensresolution des deutschen Reichstages vom 19. Juli d. J. haben unsere Bereitwilligkeit mit unseren Feinden auf der gekennzeichneten Grundlage in Verhandlungen zu treten, neuerlich bekräftigt. Bei dieser Gelegenheit haben wir es nicht unterlassen, auch die Bedingungen zu bezeichnen, unter denen wir zu der von uns angebotenen Verständigung bereit sind. Wir haben erklärt, daß unser Verteidigungskampf nicht auf Vergewaltigungen abziele, daß wir den wirtschaftlichen Krieg der Völker perhorreszieren und daß wir einen ehrenvollen und dauernden Frieden anstreben, welcher die Sicherheit gegen eine Wiederholung von Kriegen schaffen soll. Um dieses letztere Ziel zu erreichen, erachten wir es als wünschenswert, daß die Beziehungen der Völker in Hinkunft nicht mehr von der Gewalt der Waffen abhängen, sondern durch die Herrschaft des Rechtes geregelt werden. Dankbar und bereitwillig nehmen wir daher die sich in der gleichen Richtung bewegenden Anregungen des heiligen Vaters auf, die einen dauerhaften und gerechten Frieden herbeizuführen bezwecken. Wir glauben, daß Vereinbarungen erzielt werden könnten, die unter entsprechend wirksamen Sicherheiten eine gleichmäßige, gleichzeitige und schrittweise Herabminderung der Rüstungen auf ein zu vereinbarendes Maß ermöglichen und die zur vollen Freiheit der offenen See führen, so daß sich auf dieser Grundlage die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit für internationale Streitfälle aufrichten ließe.

Unsere Bereitwilligkeit, auf diesen Grundlagen zu einer Verständigung mit unseren Gegnern zu gelangen, ist durchaus ernst und aufrichtig; sie ist von dem Bewußtsein unserer Stärke und unserer absolut gefestigten Kriegslage getragen. *(Zustimmung und Beifall.)* Die Möglichkeit einer solchen Verständigung hängt aber davon ab, daß sich im Kriege bei unseren Feinden die Erkenntnis dieser Sachlage durchringe. Sollten sich unsere Gegner nicht bereit zeigen, die ihnen dargebotene Hand zu ergreifen, dann werden wir mit der auf unseren Kampferfolgen fußenden Entschiedenheit den Verteidigungskampf bis zum Äußersten fortsetzen, um so die ruhige Fortentwicklung der Monarchie für alle Zukunft zu sichern und ihr durch den weiteren Erfolg unserer Waffen die Segnungen eines gesicherten Friedens und des gegenseitigen Verstehens der heute noch feindlichen Völker zu verschaffen. *(Beifall.)*

Ein starkes Österreich aber, in dem sich alle Völker wohl fühlen, wird die beste Garantie für einen baldigen und dauernden Frieden sein. Schon deshalb erstreben wir die Reform der Verfassung und schon deshalb verurteilt die Regierung auf das entschiedenste die Verirrung gewisser Parteigänger, die in dem Gedanken liegt, daß das Heil Österreichs vom feindlichen Auslande zu erhoffen sei. *(Lebhafter Beifall.)*

Ich bin am Ende meiner Ausführungen. Ich bitte Sie, sehr geehrte Herren, in sozialer, wirtschaftlicher und politischer Beziehung der Regierung auf einem Wege zu folgen, den sie in der offenen und ehrlichen Absicht betritt, allen Ansprüchen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit zu entsprechen, in einer ernsten Zeit die allgemeine Wohlfahrt zu fördern und auch in nationaler Beziehung die Möglichkeit ungestörten Zusammenlebens anzubahnen. Heiß ersehnen wir auch diesen inneren Frieden, weil wir es nicht mehr ertragen können, daß unsere besten Kräfte im nationalen Streite sich zermürben und weil wir alle, die wir guten Willens sind, es zu erreichen wünschen, daß das Vaterland auch in politischer Beziehung aus der Schicksalsprobe des

Weltkrieges nicht nur nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgehe. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Der Ministerpräsident wird vielseitig beglückwünscht.)*

**Präsident:** Hohes Haus! Wie mir gemeldet wird, ist der gewesene Abgeordnete Herr Burival im Saale erschienen. *(Rufe: Nicht „gewesener!“ Er ist Abgeordneter!)* Er ist gewesener Abgeordneter: Es ist ihm ex praesidio auch verkündet worden, daß sein Mandat erloschen ist. Es kann gar kein Zweifel obwalten, daß er kein Recht hat, hier im Saale anwesend zu sein. *(Zwischenrufe.)* Nachdem Herr Burival der Aufforderung des Ordners, den Saal zu verlassen, nicht Folge geleistet hat, fordere ich ihn nunmehr auf, sofort den Saal zu verlassen, und mache ihn aufmerksam, daß er im Falle der Nichtbefolgung dieser Aufforderung sich des Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit schuldig macht. *(Nach einer Pause:)*

Nachdem Herr Burival dieser Aufforderung nicht Folge leistet, unterbreche ich die Sitzung bis zu dessen Entfernung. *(Die Sitzung wird um 12 Uhr 10 Minuten unterbrochen und um 2 Uhr 50 Minuten wieder aufgenommen.)*

Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Wir schreiten zur Tagesordnung. Erster Punkt der Tagesordnung ist der

Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend:

a) das Gesetz, womit Zivilpersonen ausnahmsweise der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden;

b) das Gesetz über die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten, und

c) das Gesetz über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse. *(559 der Beilagen.)*

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Dr. Ofner die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Ofner** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Wir müssen uns mit den Einbrüchen der Stürgkhschen Regierung in die Organisation der Gerichte leider nochmals beschäftigen.

Das Herrenhaus hat an unseren Beschlüssen eine Anzahl von Strichen vorgenommen. Es hat aus dem ersten Gesetze, betreffend die Militärgerichte, den Eingang gestrichen, in welchem wir das Gesetz als Ergänzung des Artikels 11 des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt und des § 1 des Staatsgrundgesetzes über die persönliche Freiheit erklärt haben. Das Herrenhaus vermeint nämlich, daß dieses Gesetz nur ein sogenanntes schlichtes Gesetz sei, keiner Zweidrittelmehrheit bedürfe und keine derartige Ergänzung sei. Im zweiten Gesetz über die Geschwornengerichte hat es den Artikel IV gestrichen, in welchem wir die Konsequenz dessen gezogen haben, daß das Haus einmütig die Verordnungen des Ministeriums Stürgkh über die dreijährige Einstellung der Geschwornengerichte als verfassungswidrig erklärt hat. Außerdem hat es noch ohne jeden Grund und Zweck ein Junktim zwischen den Gesetzen über die Militärgerichte und dem über die Geschwornengerichte verfügt.

Meine Herren! Wenn Sie nach dem tieferen Grunde forschen, aus welchem der Streit zwischen den beiden Häusern hervorgegangen ist, so finden Sie ihn in der verschiedenen psychologischen Beziehung der beiden Häuser zur Verfassung. Wir wollen die Verfassung, wir wollen das Parlament, wir wollen die Herrschaft der Staatsgrundgesetze und das Herrenhaus steht dem allen völlig kühl und gleichgültig gegenüber. *(Sehr richtig! — Abgeordneter Seliger: Und die Regierung?)* Im Einverständnisse mit der Regierung, wie der Berichterstatter des Herrenhauses sagt — eigentlich ist nicht die Regierung im Einverständnis mit dem Herrenhause, sondern das Herrenhaus im Einverständnis mit der Regierung. *(Sehr gut!)*

Es ist das Geheimnis aller Auslegung, ein Schatzkästlein der Auslegungspsychologie, die Erklärung der vielbesprochenen, vielbekritelten, vielbespöttelten Tatsache, daß dasselbe Gesetz von verschiedenen Menschen verschieden ausgelegt wird: daß nämlich jedes Gesetz von einem Zweck diktiert wird und daß deshalb nur die Auslegung dem Gesetze entspricht, deren Autor von demselben Zwecke geführt wird. Namentlich bei großen weittragenden politisch oder sozial organisatorischen Gesetzen ist die Grundstimmung, aus welcher das Gesetz hervorgeht, das allerwichtigste, und nur der kann das Gesetz richtig auslegen, der von derselben Grundstimmung erfüllt ist. Wenn dagegen ein Grundgesetz aus einer Zeit, welche Verfassung und Volk, welche Parlament und Schwurgericht liebt in einer Zeit ausgelegt wird und von Männern, welchen das gleichgültig ist, so erhält das Grundgesetz eine andere Färbung, einen anderen Ton und man kommt dann zu einer Auslegung, welche dem Geiste des Gesetzes durchaus nicht entspricht. Denn unsere arme Sprache hat nicht so viele und so klare Ausdrücke, um einen Gedanken derart ein-

deutig auszusprechen, daß nicht ein entgegengesetzter Wille aus den Worten oder Sätzen etwas anderes machen könnte.

Nun, meine Herren, werden Sie alles verstehen, wenn Sie hören, daß der Berichterstatter des Herrenhauses — dieser Satz ist die Erklärung alles dessen, was folgt — indem er den § 14 deuten will, Folgendes ausspricht *(liest)*: „Wir haben hier nicht . . . . eine Erörterung darüber zu pflegen, ob die Sistierung der Tätigkeit des Reichsrates eine begründete oder eine nicht begründete war. Das ist heute nicht zu entscheiden. Maßgebend ist nur, daß der Reichsrat nicht beisammen war und daß nach jenen Anschauungen, welche die Regierung vertrat, damals eine Zusammenberufung des Reichsrates nicht am Platze gewesen wäre . . ."

Meine Herren! Es versteht sich von selbst, daß diesen Satz nur jemand aussprechen kann, der keinen Funken konstitutioneller Empfindung hat. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Der § 14 geht von dem Standpunkte aus, daß die Gesetzgebung normal nur in der Weise arbeiten kann, daß der Reichsrat zustimmt.

Und nun heißt es, wenn der Reichsrat nicht versammelt ist und wenn eine Angelegenheit so dringend ist, daß der Reichsrat nicht berufen werden kann, daß die normale gesetzgeberische Tätigkeit nicht möglich ist, dann kann eine solche Verordnung stattfinden. Dieser Gedanke, es müsse die Dringlichkeit so groß sein, daß die normale gesetzgeberische Tätigkeit unmöglich ist, steckt für jeden, der konstitutionell denkt, im § 14 drin. Es kommt nur auf die Tatsache an, daß der Reichsrat versammelt ist und daß die Regierung vermeint, die Sache sei dringlich, das kann nur jemand sagen, der nicht am Parlament und an dem parlamentarischen Gesetzgebungsrecht hängt. *(Lebhafte Zustimmung.)* Aus diesem Gedankengange sind nun alle die verschiedenen Streichungen des Herrenhauses hervorgegangen. Ich will Ihnen das erörtern. Wir haben im ersten Gesetze uns einverstanden erklärt, daß Delikte, welche ganz zweifellos, unbestritten auch von der Regierung und unbestritten vom Herrenhause, unter die Jurisdiktion der Zivilstrafgerichte gehören, aus dem Grunde, weil keine Zivilstrafgerichte da sind, weil die Gerichtshöfe infolge der kriegerischen Ereignisse ihre Tätigkeit einstellen mußten, von Militärrichtern beurteilt werden. Aber, meine Herren, nicht etwa in Ausübung der Militärgerichtsbarkeit; denn dort, wo Militärrichter in ihrem Wirkungskreise urteilen, dort wenden sie auch ihr Gesetz an. Nein, es muß das Zivilstrafgesetz angewendet werden und der Verurteilte büßt seine Strafe im Zivilgefängnis. Es wird also eigentlich nach wie vor Zivilstrafrechtspflege geübt, nur borgen wir uns Militärrichter aus, weil wir keine Zivilrichter haben. So steht die Tatsache. Meine verehrten Herren! Ich erlaube mir auf meinen schriftlichen Bericht zu verweisen, auf dessen juristische Ausführungen ich hier nicht mehr eingehe. Ich spreche zu Ihnen nur von der Vernunft des Gesetzes, nur davon, daß niemand daran zweifelt, daß es sich hier gar nicht um eine Grenzfrage handelt *(Zustimmung)*, gar nicht darum, daß wir zu urteilen haben, ob ein Delikt vor ein Militär- oder ein Zivilgericht gehört. Nein, es ist zweifellos, es gehört vor das Zivilgericht. *(Lebhafter Beifall.)* Ebenso ist es vollkommen zweifellos, daß wir dem Täter seinen gesetzlichen Richter entziehen, seinen Richter, welcher unabsetzbar, unversetzbar und auf Lebenszeit bestellt ist. Den entziehen wir ihm zweifellos. Nur betrachten wir das als das geringere Übel, gegenüber dem, daß wir straflos rauben, morden, brandschatzen und plündern lassen sollen. Das erkennen wir an. Aber wir müssen der Wahrheit die Ehre geben, es ist wirklich eine Ausnahme, ein Durchbruch des Staatsgrundgesetzes. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wenn man uns sagt, die ganzen Jurisdiktionsnormen seien durch einfaches Gesetz gegeben, und der Grundsatz, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden kann entscheide gar nicht, durch welches Gesetz der gesetzliche Richter bestimmt wird, so unterscheidet man nicht zwischen Ausführungs- und Durchbruchsgesetzen. *(So ist es!)* Das Ausführungsgesetz wird ja durch das Staatsgrundgesetz gedeckt, aber auch durch dasselbe begrenzt, so wie beispielsweise eine Verordnung, welche ein gewöhnliches Gesetz auslegt. Sie steht der Verordnungsgewalt, zu, sie wird von der Exekutive geübt, aber im Rahmen des Gesetzes und durch das Gesetz begrenzt. Wenn wir nun hier erklären müssen, daß wir lediglich aus Not dem Mann wirklich seinen Richter entziehen, dann müssen wir auch sagen, wir handeln gegen den § 1 und müssen daher auch die Vorsichten anwenden, welche ein solcher Durchbruch verlangt.

Wenn es sich nun, meine Herren, um Delikte handelt, welche zum Schwurgerichte gehören, dann steht die Sache so, daß wir die Schwurgerichte einstellen und daß wir, während sonst als Ersatz des Schwurgerichtes ein ziviler Ausnahmssenat bestellt wird, in diesem Falle, weil dieser gewöhnliche Ersatz auch fehlt, für den Ersatz einen zweiten Ersatz suchen müssen, so wie wir es jetzt bei den Nahrungsmitteln machen, daß wir für den Ersatz einen Ersatz-Ersatz finden *(Heiterkeit)* und so haben wir die Militärrichter als Ersatz-Ersatz für die eingestellten Schwurgerichte. Wenn man also von der Voraussetzung ausgeht, daß die Einstellung der Schwurgerichte eine Zweidrittelmehrheit verlangt, soweit sie nicht durch das Gesetz vom 23. Mai 1878 gedeckt ist, das ja gleichfalls mit Zweidrittelmehrheit beschlossen worden ist, so ist es

selbstverständlich, daß auch in diesem Falle eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Freilich wird uns plötzlich auch das bestritten. Man sagt uns plötzlich, der Paragraph des Staatsgrundgesetzes, welcher von den Schwurgerichten spricht, sei eigentlich nur so ein allgemeiner Grundsatz, ein Verheißungsgesetz, das gar nicht unmittelbar befiehlt, die eigentlichen Gesetze über das Schwurgericht seien einfache Gesetze und könnten daher wiederum durch einfache Gesetze abgeändert werden. Hier, meine Herren, mögen Sie nun eine Folge dessen sehen, was ich vorhin als das Grundgesetz der Auslegung bezeichnet habe. Wir sehen die Folge der veränderten psychologischen Beziehung zum Schwurgerichte. Ich erinnere mich daran, daß bei einer Verhandlung im Verwaltungsgerichtshofe der Vertreter des Kultusministeriums bei einer Streitfrage sagte, das Kultusministerium betrachte derzeit die Frage aus einem anderen Gesichtswinkel, worauf ihm allerdings der Vorsitzende Lemayer damals antwortete: Für den Gerichtshof gebe es keinen anderen Gesichtswinkel als das Gesetz.

Die Geber unserer Verfassung, unserer Staatsgrundgesetze waren von Liebe zum Schwurgerichte erfüllt. Sie betrachteten das Volksgericht als die feste und nach ihrem Willen unerschütterliche Grundlage für eine volkstümliche Rechtsprechung. Man kann ja zweifeln, ob Schwurgericht oder Schöffengericht, aber die Verfasser unserer Gesetze hatten sich eben für das Schwurgericht erklärt und für sehr schwere Delikte erklärt man sich selbst in Deutschland, wo man das Schöffengericht mehr liebt als bei uns, noch immer für das Schwurgericht. Die Verfasser unseres Staatsgrundgesetzes haben aber das Schwurgericht als das eigentliche Volksgericht betrachtet. Das wollten sie nun festlegen und zwar einerseits gegenüber der Autokratie — insbesondere beim Schwurgerichtsverfahren betreffend politische Delikte — und andrerseits gegenüber einem Buchstabendienst, welcher die einzelne Straftat in das Prokrustesbett eines Paragraphen zwängt und vergißt, daß die Strafe niemals die einmal bereits begangene Tat aufheben kann — die ist ja geschehen —, daß das Strafrecht vielmehr immer an die Zukunft denken muß, immer den Täter und nicht eigentlich die Tat im Auge hat. Gegen diese beiden, welche damals die Rechtspflege beherrschten und auch noch das Rechtsleben der Gegenwart beherrschen, war das Geschwornengericht eingesetzt und deswegen hatten die Gesetzgeber es festrammen wollen und deshalb haben sie es in das Staatsgrundgesetz aufgenommen. Dem wäre doch nicht gedient, das ganze wäre doch auf Sand gebaut, wenn man Artikel 11 lediglich als eine Phrase betrachten wollte. Daß es keine Phrase war, das beweist das Gesetz vom 23. Mai 1873. Sobald man die Strafprozeßordnung eingesetzt hatte, sobald die Geschwornengerichte nunmehr eine wirkliche Institution geworden und damit durch das Staatsgrundgesetz gedeckt waren, mußte auch die Ausnahme, die man zulassen wollte, durch ein Staatsgrundgesetz aufgestellt werden. Das Gesetz vom 23. Mai 1873 ist also die direkte Widerlegung der mit dem Geiste der damaligen Zeit völlig unvereinbarlichen Auslegung, als ob der Artikel 11 lediglich eine Phrase sei. Meine Herren, wir haben bedauerlicherweise bei unseren Richtern für die Verfassung, für die großen Anforderungen, welche die Verfassung namentlich an die Richter stellt, kein besonderes Verständnis gefunden. Als wir am 6. Juli den Beschluß faßten, den Verordnungen, betreffend die Militärgerichtsbarkeit, die Genehmigung zu versagen, da waren es die Militärrichter, welche sofort die Folgen erkannten, klar zogen, klar aussprachen und begründeten, welche sofort die Akten an die Zivilstrafgerichte übersandten. Unsere Zivilrichter waren es, die Richter, die den Eid auf die Staatsgrundgesetze abgelegt haben, die Richter, welche die Wächter der Verfassung sein sollten, die sich unter dem Einflusse der Staatsanwaltschaften, denen der Herr Justizminister eine nichts weniger als klare Weisung gegeben hatte *(Zustimmung)*, die Akten zurücksendeten und sich für inkompetent erklärten, weil der § 11 der Militärstrafprozeßordnung hier Geltung habe. Die Militärrichter hatten gewußt, daß es sich nicht um eigentliche Militärgerichtsbarkeit handle, sondern nur um eine ausnahmsweise Substitution für das Zivilgericht, die mit dem Augenblicke aufhört, wo man die Verordnung aufhebt. Die Zivilgerichte aber und die Staatsanwaltschaften wußten es nicht. *(Zwischenrufe.)* Auf diese beschämende Tatsache weist auch unsere erste Resolution hin, die Ihnen vorliegt.

Wir kommen nunmehr zum zweiten Gesetze. Meine Herren! Es sollte sich von selbst verstehen, daß eine Verordnung, die verfassungswidrig ist, keine Gesetzeskraft haben kann, denn die Gesetze sind davon abhängig, daß sie in verfassungsmäßiger Weise zustande kommen. Ein Akt, der nicht im verfassungsmäßigen Wege zustande kommt, kann kein Gesetz sein. Nun antwortet man uns, daß gegen diese unsere Auffassung der Wortlaut des § 14 spreche; der § 14 sage nämlich, daß solche Verordnungen provisorische Gesetzeskraft haben, und zwar bis zu dem Momente, in dem ihnen die Genehmigung verweigert wird. Ich habe Ihnen das Unrichtige bereits in meinem ersten Berichte erklärt. Einer § 14-Verordnung kann aus zwei Gründen die Genehmigung versagt werden, erstens, weil sie verfassungswidrig und zweitens, weil sie unzweckmäßig ist. Im letzteren Falle ist sie verfassungsmäßig, wir wollen nur das provisorische Gesetz nicht in ein definitives Gesetz verwandeln. Diesen Fall haben der zweite und dritte Absatz des § 14 allein im Auge; denn, wenn die Verordnung nicht verfassungs-

mäßig zustande gekommen ist, dann ist sie gar nicht durch den § 14 gedeckt. *(Sehr richtig!)* Und hier finden Sie wiederum aus der Psychologie der Auslegung einen Gegensatz zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Es heißt nämlich im § 14, 1. Absatz: „Wenn sich die dringende Notwendigkeit solcher Anordnungen, zu welchen verfassungsmäßig die Zustimmung des Reichsrates erforderlich ist, zu einer Zeit herausstellt, wo dieser nicht versammelt ist, so können dieselben durch Kaiserliche Verordnung erlassen werden insofern — ich bitte zu beachten — insofern sie keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes bezwecken, keine dauernde Belastung des Staatsschatzes und keine Veräußerung von Staatsgut betreffen." Solche Verordnungen haben provisorische Gesetzeskraft, solche Verordnungen, welche dem ersten Satze entsprechen, insbesondere keinem Staatsgrundgesetze widersprechen, keine Abänderung eines Staatsgrundgesetzes bezwecken. Wenn eine Verordnung sich dessen untersteht, dann kann droben wie immer stehen: „§ 14-Verordnung", es ist doch keine § 14-Verordnung, denn sie ist nicht im Rahmen des § 14 gegeben; dann gilt sie auch nicht und kann auch keine Gesetzeskraft haben, denn wir können keiner verfassungswidrigen Verordnung Gesetzeskraft zuerkennen und es darf niemand unseren Gesetzgebern einen solchen Unsinn zumuten, daß sie einer gesetzwidrigen Verordnung Gesetzkraft zuerkannt hätten. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Die Beantwortung dieser Frage, meine Herren, ist aber allerdings darin, daß man der betreffenden Verordnung die Genehmigung versagt, noch nicht enthalten, aus der bloßen Nichtgenehmigung kann der Schluß, die Verordnung für verfassungswidrig, nicht gezogen werden, er muß vielmehr besonders gezogen werden, was durch zwei Faktoren geschehen kann.

Der erste Faktor ist der Richter und der zweite Faktor ist das Parlament. Der Richter ist nach § 7 des Grundgesetzes über die richterliche Gewalt nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet, Verordnungen auf ihre Gesetzlichkeit und Verfassungsmäßigkeit zu untersuchen. Es heißt dort nicht, er hat das Recht, sondern er hat sie zu untersuchen, er hat das Recht und die Pflicht. Nun ist es schon eigentümlich, daß unsere höchsten Gerichtshöfe erklären, die § 14-Verordnungen seien im Sinne des § 7 des Grundgesetzes über die richterliche Gewalt nicht Verordnungen, sondern Gesetze.

Meine Herren! Zwei Grundgesetze werden zu gleicher Zeit beraten, zu gleicher Zeit beschlossen und kundgemacht; in einem besonderen Einführungsgesetze wird sogar erklärt, sie bilden ein zusammenhängendes Ganzes. Und nun soll derselbe Ausdruck in dem einen Gesetze eine vollkommen andere Bedeutung haben als in dem anderen. Ist das verständlich?

Dazu kommt nun aber der bereits zitierte Satz 1 des § 14: Solche Verordnungen, welche keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes enthalten, haben provisorische Gesetzeskraft. Wenn diese Voraussetzung fehlt, nicht. Wenn es streitig ist, ob eine solche Verordnung vorliegt, so ist es doch Pflicht des Richters, diese Voraussetzung zu untersuchen, und es ist etwas zu wohlfeil, wenn alle unsere höchsten Gerichtshöfe erklären: wir lassen uns überhaupt nicht ein, wir gehen in diese Voraussetzung nicht ein; sobald einmal § 14 oben daraufsteht, ist für uns das ganz gleichgültig. Wo bleibt denn der Schwur auf die Verfassung? Deswegen, verehrte Herren, können wir uns auch nicht damit zufrieden stellen, daß in einer jüngsten Entscheidung des Kassationshofes gesagt ist, der Kassationshof könne dadurch in eine falsche Stellung kommen, er könnte beispielsweise eine Verordnung als verfassungswidrig erkären und das Parlament könnte dann die Verordnung genehmigen. Zunächst weiß ich nicht, seit wann sich unsere Gerichtshöfe scheuen, nach Recht und Wahrheit zu urteilen, weil möglicherweise etwas später stattfinden wird. Und außerdem besteht im Gegenfalle ganz dieselbe Schwierigkeit: Der Gerichtshof hat sich nicht gekümmert und wir erklären ihm derzeit, daß diese Verordnungen zweifellos dem Staatsgrundgesetz zuwider sind, daß er sich hätte kümmern und hätte dazu kommen müssen, daß sie dem Staatsgrundgesetz widersprechen. Aber außerdem ist das eine andere Frage. Wenn ein Minderjähriger einen Vertrag abschließt, der nicht genehmigt vor den Richter kommt, so ist der Gegner abzuweisen; wenn aber dann der Kaufvertrag genehmigt ist, dann ist er gültig. Ist da ein Widerspruch darin? Es ist ja unterdessen eine andere Tatsache eingetreten und diese Tatsache hat eben aus dem Nichtigen ein Anderes gemacht, das Gültigkeit hat. Die Beweisführung ist also ganz und gar unrichtig. Das ist der eine Faktor.

Der zweite Faktor ist das Parlament. Wenn das Parlament Verordnungen als verfassungswidrig erkennt, so muß es die Folgen ziehen — das ist seine Pflicht und Schuldigkeit. Es darf sich aber dann nicht damit begnügen, der Verordnung die Genehmigung zu verweigern, sondern es muß außerdem diese Folgen ziehen und die haben wir im Artikel 4, den eben das Herrenhaus gestrichen hat, gezogen. *(Rufe: Sehr richtig!)* Wir haben erklärt: Mit Rücksicht darauf, daß hier eine verfassungswidrige Verordnung ist, konnte sie die Gerichte nicht zuständig machen, und mit Rücksicht darauf, daß eine derartige unheilbare Unzuständigkeit in jedem

Moment des Prozesses, also auch von dem Kassationshof, in Betracht gezogen werden muß, haben wir erklärt: Was am 7. Juni rechtskräftig ist, darüber wollen wir den Schleier ziehen, von da an aber muß die Unzuständigkeit respektiert werden und darf kein weiterer Schritt geschehen, die Fälle müssen in das ordentliche Verfahren übergeführt werden. Bis dahin konnten wir die Gerichtshöfe entschuldigen, von da an nicht mehr, weil sie dann den Beschluß des Hauses gekannt und gewußt haben, daß die Verordnungen von uns als verfassungswidrig erkannt und erklärt worden sind. *(Zustimmung.)*

Das Dritte, was das Herrenhaus getan hat, ist das Junktim: Es hat zwischen den Militärgerichtsgesetzen und dem Schwurgerichtsgesetz ein Junktim gemacht. Warum? Man ist völlig verlegen; man liest, was der Berichterstatter gesagt hat und versteht es nicht, kann es nicht verstehen. Denn wenn beispielsweise das Herrenhaus gegen den Artikel 4 des Schwurgerichtsgesetzes keine Einwendung erhoben hätte, wohl aber gegen den Eingang des Militärgerichtsgesetzes, so wäre nicht der geringste Grund gewesen, warum das Schwurgerichtsgesetz nicht hätte sanktioniert werden sollen. Nichts an diesem Gesetze ist in Zusammenhang mit dem andern und nur dieser Zusammenhang kann ein Junktim begründen. Wir waren zu einem Junktim in folgender Weise gekommen: Zu dem Gesetze über das Militärgerichtsgesetz hatte der Abgeordnete Dr. Groß einen Antrag gestellt, der in dieses Gesetz kommen sollte.

Als nun aber die Regierung aus Anlaß des Antrages einen Gesetzesentwurf vorlegte, zeigte es sich, daß es aus formalen Gründen, aus Nützlichkeitsgründen besser sei, wenn man daraus ein besonderes Gesetz mache. Und nun haben wir den Umstand, daß dieses besondere Gesetz doch eigentlich ein Bestandteil des Militärgerichtsgesetzes ist, darin ausgedrückt, daß wir gesagt haben: beide gehören zusammen. Das hatte einen natürlichen Grund. Wie aber das Schwurgerichtsgesetz dazukommt, weiß kein Mensch und ich muß sagen: gerade aus diesem Grunde ist die Änderung von Wichtigkeit. Ich glaube, das eine Haus der Gesetzgebung hat das Recht, von dem anderen die entsprechende Achtung zu verlangen *(Lebhafte Zustimmung)*, und diese Achtung wird verletzt, wenn man in derartig völlig unbegründeter Weise Änderungen beliebt. Ich glaube, die Herren da drüben haben doch ein wenig die Zeit verkannt. Wir leben nicht mehr im Vormärz *(Zustimmung.)* wir leben nicht mehr in einer Zeit, in welcher in England die Herren auf Stühlen saßen und die gnädig zugelassenen Vertreter des Bürgertums auf einem Wollsack. Bei uns ist denn doch die demokratische Luft etwas stärker geworden, es weht eine gewaltige demokratische Welle durch Europa, die auch in Tetschen nicht Halt macht. *(Beifall.)* Wir verbieten uns derartige schlechte Scherze von seiten des hohen Herrenhauses. Wir verlangen denselben Respekt, den wir ihm zollen.

Dem letztgenannten formalen Antrag des Herrenhauses haben wir, soweit er irgendwelchen Grund hatte, darin nämlich, daß in dem zweiten Gesetze, in dem Großschen Gesetze, gleichfalls das Junktim ausgedrückt werden sollte, in Gottesnamen Rechnung getragen, obwohl auch das völlig unnötig war. Aber wir wehren uns absolut dagegen, daß zwischen dem Militärgerichtsgesetze und dem Schwurgerichtsgesetze irgendwelche Verbindung geschaffen wird.

Mit dieser geringen formalen Änderung stellt der Justizausschuß den Antrag, das hohe Haus wolle bei seinen Entschlüssen vom 14. Juli beharren. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Nachdem es sich bloß um die Beschlußfassung über die vom Herrenhausbeschluß abweichenden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses handelt, entfällt eine Generaldebatte und ich schlage vor, die Spezialdebatte über alle Punkte abzuführen und eröffne die Debatte.

Ich schlage ferner vor, die Rededauer auf 30 Minuten zu beschränken. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat beschlossen, die Rededauer auf 30 Minuten zu beschränken.

Es hat sich zunächst zum Worte gemeldet Seine Exzellenz der Herr Justizminister. Ich erteile ihm das Wort.

Justizminister Dr. Ritter v. **Schauer:** Hohes Haus! Vorausschicken möchte ich, daß die Regierung das Zustandekommen dieser drei Gesetze wünscht und bereit ist, es auf das angelegentlichste nach Kräften zu fördern. *(Hört! Hört!)* Die zwei ersten Gesetze sind Regierungsvorlagen, das dritte ist zwar aus der Initiative des hohen Hauses hervorgegangen, ich darf jedoch wohl sagen, daß Inhalt und Form von der Regierung herrühren. Die Regierung begrüßt dieses Gesetz, weil sie erwartet, daß es das Vertrauen in die Rechtsprechung noch verstärken werde.

Auf die beiden ersten Gesetze und ihre praktische Bedeutung möchte ich etwas näher eingehen, weil ich damit gleichzeitig auf die Resolutionsanträge, die gestellt worden sind, erwidern darf. Das erste Gesetz über die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit hat gegenwärtig keine sehr große praktische Bedeutung mehr — es hätte sie gehabt, wenn es im Juli zustande gekommen wäre — denn dank

der siegreichen Offensive unserer Armeen sind weite Gebiete von Ostgalizien, die bisher in den Händen des Feindes waren, frei geworden, ohne daß dort eine Gerichtsgewalt tätig war und es wäre daher für die Anwendung dieses Gesetzes dort genügend Anlaß gewesen. Inzwischen sind aber die Gerichtshöfe dort zum größten Teil wieder in Tätigkeit gesetzt worden und ich darf das wohl einigermaßen der Einwirkung des Justizministeriums zuschreiben. Es haben die Gerichtshöfe in Tarnopol, in Złoczów und in Czortków, wie sich dann herausgestellt hat, auch unter der Russenherrschaft ihre Tätigkeit fortgesetzt und sind daher weiter in Aktivität. Das Kreisgericht in Stanislau hat am 24. August seine Tätigkeit wieder aufgenommen, das Kreisgericht in Kolomea am 17. September, das Landesgericht in Czernowitz — wenigstens mit den Strafabteilungen — am 30. August. Gegenwärtig ist die Tätigkeit nur im Sprengel des Kreisgerichtes Brzezany eingestellt, weil das Gerichtshofgebäude von einem kaiserlich deutschen Militärlazarett besetzt ist und es vorläufig noch nicht gelang, ein Ersatzobjekt zu finden. Es wird sich aber in der nächsten Zeit finden lassen. Es erübrigt daher momentan als Anwendungsbereich dieses Gesetzes der Sprengel des Kreisgerichtes Rovereto, der Sprengel des Kreisgerichtes Brzezany — aber nur für ganz kurze Zeit — und Teile des Sprengels von Suczawa. Der Gerichtshofsitz ist noch in feindlichen Händen.

Der zweite Teil des Gesetzes, die Übergangsbestimmung, welche klarstellen sollte, was mit den bei Aufhebung der Kaiserlichen Verordnung noch nicht endgültig erledigten Rechtssachen zu geschehen hat, ist inzwischen ebenfalls gegenstandslos geworden, denn die anfangs zwischen den Gerichten strittige Frage ist mittlerweile durch die Entscheidungen der Obersten Gerichtshöfe klargestellt worden und — hiermit reflektiere ich ebenfalls auf den Resolutionsantrag — sobald mir das bekannt geworden war, habe ich unverzüglich diese Entscheidung den Staatsanwaltschaften mit einem Erlasse vom 27. August bekanntgegeben und sie angewiesen, *(liest:)* „bei ihren Anträgen sich an diese Entscheidung des Obersten Gerichts- und Kassationshofes zu halten und von den Militäranwaltschaften die Abtretung der noch bei den Militärgerichten anhängigen Untersuchungen, die zur Zuständigkeit der Zivilgerichte gehören, zu verlangen". Der Resolutionsantrag ist daher meines Erachtens gegenstandslos und ich wäre nicht in der Lage, ihm noch Rechnung zu tragen, weil dies schon geschehen ist. *(Abgeordneter Seitz: Wir werden die Akten, die gelaufen sind, die Erlässe, die erflossen sind, begehren!)* Er liegt hier. *(Abgeordneter Seitz: Alle Erlässe!)* Es sind nur zwei ergangen. *(Abgeordneter Seitz: Es sind nur zwei ergangen?)* Gewiß! *(Abgeordneter Seitz: Das können Sie erklären?)* Gewiß, sie liegen hier.

In der Hauptsache selbst sind die Punkte, in denen die Beschlüsse der beiden Häuser voneinander abweichen, von sehr verschiedener Bedeutung. Am leichtesten dürfte die Übereinstimmung bei dem dritten Gesetzentwurfe zu erzielen sein, denn in der Hauptsache besteht da keine Meinungsverschiedenheit. Die Differenz besteht nur in dem Junktim. Worin die Bedeutung des Junktims liegt, hat der Herr Referent schon hervorgehoben. Das Abgeordnetenhaus hat, um das Zustandekommen des Gesetzes über die Überprüfung der militärgerichtlichen Urteile zu sichern, das Zustandekommen des ersten Gesetzes von dem Zustandekommen dieses dritten Gesetzes abhängig gemacht. Das Herrenhaus hat dann alle Gesetze untereinander verbunden. Ich erlaube mir, ganz bescheiden zu bemerken, daß schon das Junktim des Abgeordnetenhauses nicht berechtigt war, denn zwischen diesen beiden Gesetzen bestand gar kein innerer Zusammenhang; ein innerer Zusammenhang bestand zwischen dem ersten und zweiten Gesetze. Das Junktim war ein taktischer Zug des Abgeordnetenhauses und diesen hat das Herrenhaus mit einem Gegenzug auf dem Schachbrett erwidert. Wenn das Abgeordnetenhaus gegen diese Bindung Stellung nimmt, wird die Regierung im Herrenhause für die Herstellung der Übereinstimmung in diesem Punkte angelegentlich eintreten und es wird, glaube ich, auch gelingen.

Wichtiger ist die Abweichung der beiden Beschlüsse hinsichtlich der Übergangsklausel des ersten Gesetzes. Jedoch meine ich, daß auch hier die Herstellung der Übereinstimmung möglich, wünschenswert und erreichbar ist.

Der Unterschied besteht in folgendem: Wie der Herr Referent ausgeführt hat, sollen nach dem Gesetzentwurfe in jenen Gebieten, wo die Zivilgerichte ihre Tätigkeit einstellen mußten, ersatzweise Zivilpersonen für gewisse strafbare Handlungen unter die Militärstrafgerichtsbarkeit gestellt werden. Das Abgeordnetenhaus erblickte darin eine Abänderung des Grundgesetzes über die persönliche Freiheit — „niemand darf seinem gesetzlichen Richter entzogen werden" — und einen Einbruch in das Grundgesetz über die richterliche Gewalt, daß über politische und schwere Verbrechen Geschwornengerichte entscheiden.

Diese seine Rechtsansicht bringt das Abgeordnetenhaus in der Eingangsklausel durch die bekannte Formel zum Ausdruck. Das Herrenhaus hat diese Klausel gestrichen. Insofern nun diese Klausel eine Auslegung des bestehenden Gesetzes formuliert, halte ich — und ich bitte zu warten, was ich noch sagen werde *(Heiterkeit)* — die Klausel auch noch heute für unrichtig. Es verstößt meines Erachtens nicht gegen das Grundgesetz über den Schutz der persönlichen Freiheit, wenn durch ein neues Gesetz an Stelle des Zivilrichters der Militärrichter zuständig

gemacht wird, denn dieses Grundgesetz richtet sich nicht gegen den Gesetzgeber, sondern gegen die Exekutive, und es verstößt auch nicht gegen das Grundgesetz über die richterliche Gewalt, wenn gewisse strafbare Handlungen vor das Ausnahmsgericht oder das Militärgericht gewiesen werden. *(Abgeordneter Seitz: Wortwörtlich widerspricht es, wenn schwere oder politische Verbrecher vor das Militärgericht kommen!)* Nein! Weil für die Ausnahmsgerichte und für die Militärgerichte im selben Staatsgrundgesetz ein Vorbehalt gemacht worden ist. Diese Auslegung ist nicht von mir, das ist die Auslegung, die das Parlament seit 30 Jahren sich zurechtgelegt hat. In einer ganz ununterbrochenen Reihe von Präjudizien sind solche Gesetze immer mit einfacher Majorität gemacht worden. *(Abgeordneter Seitz: Niemals sind politische Delikte von Zivilpersonen vor Militärgerichte gekommen!)* Es ist die Strafprozeßordnung vom Jahre 1873, wie ich festgestellt habe, ohne Konstatierung des Stimmenverhältnisses im Abgeordnetenhause und im Herrenhause angenommen worden, obwohl in derselben Strafprozeßordnung vom Jahre 1873 — also nach dem Jahre 1867 das denkbar schärfste Ausnahmsgericht —, das ist das Standgericht, zugelassen ist.

Vor das Standgericht kommen Aufruhr und Anstiftung zum Aufruhr, auch wenn sie durch die Presse begangen wird; es enthält also die Statuierung des Standrechtes von diesem Standpunkte aus, wenn Sie wollen, eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes und man hat trotzdem die Strafprozeßordnung mit einfacher Majorität angenommen.

Es handelt sich aber bei dieser Frage dem hohen Hause gar nicht um die Auslegung des geltenden Gesetzes, nicht darum, eine gegen jede wissenschaftliche Kritik gefeite Auslegung des Gesetzes zu formulieren, sondern darum, zu verhindern, daß in Zukunft auf dieses Gesetz als weiteres Beispiel Bezug genommen wird *(lebhafte Zustimmung)*, daß man mit einem gewöhnlichen Gesetze Zivilpersonen Militärgerichten unterstellen kann und daß man daher eine solche Änderung auch mit einer kaiserlichen Verordnung in Wirksamkeit setzen kann. *(Zwischenrufe.)* Das hohe Haus will die Reihe der parlamentarischen Präjudizien unterbrechen. Wie ich schon bei der ersten Verhandlung im hohen Hause ausdrücklich bemerkt habe — und ich darf daran erinnern —, ist die Regierung nicht daran interessiert, daß diese Klausel in das Gesetz aufgenommen wird oder nicht. Die Regierung ist daher bereit, noch einen Schritt weiterzugehen und im Interesse des Zustandekommens der drei Gesetze im Herrenhause für die Aufnahme der Klausel einzutreten, weil es sich jetzt nicht darum handelt, ein Gesetz zustandezubringen, das den Beifall der Staatsrechtlehrer finden kann, sondern um eine politische Frage, die bereinigt werden soll und kann, da sie verglichen mit der Bedeutung eines Zwiespaltes zwischen beiden Häusern des Reichsrates und dem Scheitern der vorliegenden Gesetze doch von geringerem Gewichte ist. *(Zwischenrufe.)*

Die wichtigste Abweichung zwischen den Beschlüssen der beiden Häuser ist im Gesetz über die Bildung der Geschwornenlisten zutage getreten und umso fühlbarer, als gerade dieses Gesetz am wenigsten einen weiteren Aufschub verträgt. Es handelt sich um die Frage, ob die Urteile des Ausnahmsgerichts, die am 7. Juli 1917 noch nicht rechtskräftig waren, durch das neue Gesetz auch dann aufgehoben werden sollen, wenn sie bei Beginn der Wirksamkeit des neuen Gesetzes schon rechtskräftig geworden sind. Für mich steht folgendes fest: Formell sind diese Urteile, wenngleich von einem Ausnahmsgerichte und nicht von einem Geschwornengerichte gefällt, nicht zu beanstanden. Denn mag politisch eine kaiserliche Verordnung noch so anfechtbar sein, für den Richter ist sie geltendes Recht, wenn sie ordnungsmäßig kundgemacht worden ist. *(Zwischenrufe.)* Ich kann daher den Ausführungen des verehrten Herrn Referenten in diesem Punkte nicht folgen.

Wenn das Gesetz den Richter verpflichtet, gewöhnliche Verordnungen zu prüfen, so stellt es dem Richter eine Aufgabe, die er lösen kann, denn der Richter hat zu prüfen, ob die Verordnung auf Grund eines bestehenden Gesetzes erlassen wurde. Wenn jedoch der Gesetzgeber den Richter nötigen würde, die Gültigkeit einer kaiserlichen Verordnung auf das Vorhandensein ihrer Voraussetzungen hin zu prüfen, dann stellt der Gesetzgeber den Richter vor eine Aufgabe, die er gar nicht zu lösen vermag *(Zustimmung)*; denn, wie soll der einzelne Richter prüfen, ob der Reichsrat mit Recht oder nicht mit Recht versammelt war? *(Abgeordneter Seitz: Das ist doch eine Tatsache!)* Der Herr Abgeordnete Ofner stellt es ja nicht auf die Tatsache ab, sondern er stellt es darauf ab, ob der Reichsrat mit Recht versammelt war oder nicht. Ich erinnere mich sehr genau an seine Ausführungen im Verfassungsausschuß. Und wie soll der einzelne Richter prüfen können, ob in einem bestimmten Zeitpunkte die dringende Notwendigkeit vorhanden war, einen Gegenstand zu regeln, der an sich durch ein Gesetz geregelt werden soll? *(Abgeordneter Seitz: Aber ob die Verordnung dem Staatsgrundgesetz widersprochen hat, kann er prüfen!)* Das könnte er prüfen, aber das Gesetz unterscheidet nicht. Ich kann mich nur daran halten, wie die Obersten Gerichtshöfe des Reiches in ständiger Praxis entschieden haben. Die Gültigkeit der kaiserlichen Verordnungen unterliegt nicht der Prüfung der Richter, sondern die Richter haben sie anzuwenden, insolange sie nicht aufgehoben sind. Was bis dahin auf

Grund der Kaiserlichen Verordnungen geschehen ist, ist formell nicht anzugreifen. Das gilt vom Standpunkte der Gesetzesauslegung.

Diese Frage sollte aber meines Erachtens auch vom Standpunkte des Gesetzgebers nicht anders beurteilt werden. Wie allseits zugegeben wird, würde es zu den schwersten Unzukömmlichkeiten führen, wenn man die vielen Tausende von Urteilen, die von Ausnahmsgerichten gesprochen und bereits zum großen Teile vollstreckt worden sind, hinterher durch ein Gesetz für unwirksam erklären würde. *(Zwischenruf. — Unruhe.)* Ganz abgesehen von der Verwirrung, die in die Rechtspflege unvermeidlich hineingetragen wird, wenn viele Tausende von Urteilen, die gefällt worden sind . . . *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte nicht zu unterbrechen!

Justizminister Dr. Ritter v. **Schauer**: Mit einemmale aufgehoben werden! Es sind nach längerer Zeit die Beweise verloren, zum Teile wenigstens verblaßt. *(Abgeordneter Seitz: Also stimmen wir die Volkshymne an auf dem Grabe der Justiz! — Lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte nicht zu stören.

Justizminister Dr. Ritter v. **Schauer**: Es geht nicht an, die vielen Hunderte von Verbrechen . . . *(Abgeordneter Seitz: Über dem Grabe hat man die Volkshymne gespielt, weil der Mann unschuldig war! — Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Herr Abgeordneter Seitz, Sie haben nicht das Wort. *(Andauernde Zwischenrufe und Lärm.)*

Justizminister Dr. Ritter v. **Schauer**: Das ist doch komisch. *(Andauernde Zwischenrufe und Lärm.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte, wahren Sie doch die Redefreiheit! *(Andauernde Zwischenrufe.)*

Justizminister Dr. Ritter v. **Schauer**: Lassen Sie mich doch reden! Ich habe doch diese Verordnung nicht erlassen. *(Andauernde Zwischenrufe und Lärm.)* Aber hören Sie mich doch an, meine geehrten Herren! *(Andauernde Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Wollen Sie, meine Herren, eine Verhandlung oder nicht?

Justizminister Dr. Ritter v. **Schauer**: Meine Äußerung bezieht sich . . . *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)* Aber, meine geehrten Herren, gestatten Sie mir, daß ich das aufkläre. *(Anhaltende Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Ich bitte, meine Herren, die Redefreiheit zu wahren. *(Zwischenrufe.)*

Justizminister Dr. Ritter v. **Schauer**: Gestatten Sie mir, daß ich das aufkläre. Ich habe nicht eine Äußerung abgeben wollen über den Inhalt Ihrer Erklärungen und über den Anlaß Ihrer Zwischenrufe, sondern, weil Sie mich Galgenminister nannten; das ist mir komisch vorgekommen. Verzeihen Sie, ich war doch nicht legislativer Sektionschef für Strafsachen. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Das könnten Sie doch wissen. *(Zwischenrufe.)* Über die Gültigkeit der Kaiserlichen Verordnungen habe ich kein Wort gesprochen, ob sie gerechtfertigt waren oder nicht. Ich beschäftige mich nur mit der Frage, was mit jenen Urteilen geschehen soll, die noch unter der Herrschaft der Kaiserlichen Verordnung gesprochen wurden und die am 7. Juli zufällig noch nicht rechtskräftig waren. Die geehrten Herren sind alle der Meinung, daß die Urteile, die früher rechtskräftig geworden sind, trotz der Anfechtung der Kaiserlichen Verordnung aufrecht bleiben sollen. *(Zwischenrufe.)* Dies hat doch der Herr Referent Dr. Ofner in seinem Berichte selbst verteidigt und er hat das meines Erachtens sehr treffend dargelegt. Ich reflektiere nun nur noch auf den Rest der Urteile.

Ich frage mich: Welcher tieferer Grund soll den Unterschied rechtfertigen zwischen dem Urteile, das am 7. Juli schon rechtskräftig war, und dem Urteile, bei dem über die Berufung oder Nichtigkeitsbeschwerde einige Tage später entschieden worden ist, oder bei dem auch nur die Rechtsmittelfrist, die im übrigen unbenützt blieb, über den 7. Juli hinausreichte? Nichts als bloßer Zufall wäre es, der darüber entscheidet, ob der eine verurteilt bleibt und seine Strafe zu verbüßen hat oder ob er noch die Chance erhält, daß ihn die Geschwornen vielleicht hauptsächlich deshalb, weil die Beweise gar nicht mehr zu erbringen sind, freisprechen. Die Sache steht so.

Von den Ausnahmsgerichten wurden zusammen 4764 Urteile gefällt, davon waren am 7. Juli 1917 rechtskräftig 4653 Urteile; 111 Urteile waren damals nicht rechtskräftig. Von diesen 111 Urteilen würden nach den Bestimmungen des Artikels IV des Gesetzes über die Bildung der Geschwornenlisten wegen der geringeren Strafe, die verhängt worden ist, 88 bestehen bleiben. Es handelt sich also beim Artikel IV nur um 23 Urteile. 4741 Urteile blieben unberührt und werden deshalb,

weil der Gerichtshof durch eine § 14-Verordnung zuständig gemacht wurde, nicht in Zweifel gezogen. Zwei Sachen endeten mit Freispruch, 21 Strafsachen müßten daher neuerlich verhandelt werden, darunter sind 12 Fälle von Mord, 4 Fälle des Mißbrauches der Amtsgewalt, 3 Fälle von Diebstahl, Betrug und Raub, eine Verurteilung wegen Aufwiegelung und eine wegen Beleidigung durch die Presse.

Bei dieser Sachlage halte ich den Artikel IV für unannehmbar und glaube, daß auch das Herrenhaus einem Beschlusse des hohen Hauses auf Kassierung dieser 21 Urteile nicht zustimmt und daß das Gesetz mit dem Artikel IV nicht zustande kommt. Die Folgen eines solchen Konfliktes zwischen beiden Häusern des Reichsrates *(Lebhafte Zwischenrufe)* wären aber, selbst wenn schließlich auf dem Wege einer Konferenz übereinstimmende Beschlüsse doch erzielt werden, recht ernste. Sobald nämlich das Gesetz über die Bildung der Geschworenenlisten zustande kommt, können 440 Personen, über die bisher die Untersuchungshaft aufrecht erhalten werden mußte, in Freiheit gesetzt, werden falls sie Kaution leisten. Viele Hunderte von für die Verhandlung reifen Strafsachen können der Erledigung zugeführt werden und mancher, der auf seine Freisprechung hoffen darf, würde in Kürze Rechtfertigung und Freiheit erlangen. Kommt aber das Gesetz nicht zustande, so werden die Angeklagten jedenfalls bis 1. Jänner 1918 und wegen Verrammelung der Tagesordnung der Gerichte wahrscheinlich noch viel länger auf die Verhandlung warten und in Haft bleiben müssen. Es sind nämlich am 1. September 1917 schon 520 Anklagen erhoben gewesen, über die, weil wir keine Geschworenengerichte haben, die Verhandlung nicht durchgeführt werden kann. *(Zwischenrufe.)* In Wien allein gegen 90 Schwurgerichtsfälle, das ist das vollbesetzte Verhandlungsprogramm von mehr als 3 Monaten. *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)*

Je früher dieses Gesetz in Kraft tritt, desto eher wird sich die Stockung in der Abwicklung der Strafsachen beheben lassen. Je mehr Zeit bis dahin verfließt, desto mehr Strafsachen werden sich ansammeln und infolgedessen das Strafverfahren und die Untersuchungshaft weit hinaus verzögern. Staatliches Interesse und Gründe der Humanität sprechen also dafür, daß dieses Gesetz sobald als möglich in Kraft tritt.

Ich bitte daher das hohe Haus dringend, es möge dem Herrenhause auf dem Wege zu einem Kompromisse entgegenkommen. Ein solches ist möglich und aussichtsreich, wenn das hohe Haus den vom Justizausschusse wieder aufgenommenen Artikel IV des Gesetzes über die Bildung der Geschwornenlisten in Übereinstimmung mit dem Beschlusse des Herrenhauses streicht *(lebhafte Zwischenrufe)*, hinsichtlich der beiden anderen Differenzpunkte, Eingangsklausel beim ersten Gesetz und Junktim, wird, wie ich hoffe, das hohe Herrenhaus dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses beitreten. Es handelt sich nicht bloß darum, daß die drei Gesetze überhaupt zustande kommen, sondern es knüpft sich das Interesse von vielen Unglücklichen daran *(lebhafte Zustimmung)*, daß die Gesetze so bald als möglich im Reichsgesetzblatte stehen. Durch Streichung des Artikels IV würden Sie Hunderten von Verhafteten die Kerkertore öffnen — und darum bitte ich Sie. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zahlreiche Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich eröffne die Debatte.

Zum Worte sind gemeldet pro die Herren Abgeordneten Seliger, Schweiger, Sever, Skaret, Forstner, Polke, Bretschneider, Hillebrand, Gröger, David, Pongratz;

kontra die Herren Abgeordneten Seitz, Glöckel, Schürff, Wedra, Kraft, Teufel, Hummer, Herold.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Seitz das Wort.

Abgeordneter **Seitz:** Hohes Haus! Ich glaube im Sinne der überwiegenden, großen Majorität des Hauses zu sprechen, wenn ich sage, es ist zweckmäßig, die fadenscheinigen, längst widerlegten Gründe, die der Herr Justizminister für seine unhaltbare Auffassung heute neuerlich vorgebracht hat, einer weiteren Antwort nicht mehr zu würdigen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt . . .

Abgeordneter **Seitz:** Ich bitte um das Wort zu einem formalen Antrage.

**Präsident:** Ich bitte.

Abgeordneter **Seitz:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Dieser Antrag ist unzulässig, weil bisher nur ein Redner gesprochen hat.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Seliger.

Abgeordneter **Seliger:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Antrag ist unzulässig, da erst ein Redner gesprochen.

Abgeordneter **Seliger:** Ich verzichte auf das Wort.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Seliger verzichtet auf das Wort. Nunmehr ist es möglich über den Antrag des Herrn Abgeordneten Seitz abzustimmen.

Der Herr Abgeordnete Seitz beantragt Schluß der Debatte. Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Schluß der Debatte ist angenommen.

Ich ersuche die eingetragenen Herren Redner, sich auf Generalredner zu einigen. *(Nach einer Pause:)* Zu Generalrednern wurden gewählt: Kontra der Herr Abgeordnete Dr. Schürff, pro der Herr Abgeordnete Forstner.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Schürff das Wort.

Abgeordneter Dr. **Schürff:** Ich verzichte!

**Präsident:** Ich erteile nunmehr dem Generalredner pro, Herrn Abgeordneten Forstner das Wort.

Abgeordneter **Forstner:** Ich verzichte!

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Forstner verzichtet gleichfalls auf das Wort. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter Dr. Ofner das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Ofner** *(von der Tribüne):* Meine Herren! Nur wenige Worte auf die Rede des Herrn Justizministers. Wir nehmen zur Kenntnis, daß der Herr Justizminister es als berechtigt anerkennt, daß wir verhindern wollen, daß eine Unterstellung von Zivilpersonen unter Militärgerichte durch einfaches Gesetz geschehe. Damit hat der Herr Justizminister auch zugestanden, daß dies durch einfaches Gesetz nicht zulässig, daß zu einer solchen Unterstellung Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Damit sind wir völlig einverstanden.

Was den Artikel 4 des Gesetzes über die Geschwornengerichte betrifft, so hat der Herr Justizminister gemeint, es sei bloßer Zufall, ob das Urteil rechtskräftig sei oder nicht. Ich möchte mir aber doch mit allem Respekte zu bemerken erlauben, daß unsere Strafprozeßordnung immer in bezug auf Rüge der Unzuständigkeit die Rechtskraft als das entscheidende Merkmal bezeichnet. Ich habe am 14. Juni in meinem Berichte ausdrücklich auf den § 475 der Zivilprozeßordnung hingewiesen, in welchem es heißt *(liest:)*

„Wurde in erster Instanz mit Unrecht die Zuständigkeit des Prozeßgerichtes ausgesprochen, so sind unter Aufhebung des erstrichterlichen Urteils die zur Einleitung des Verfahrens vor dem zuständigen Gerichte erforderlichen Anordnungen zu treffen."

Ebenso heißt es in § 42 der Jurisdiktionsnorm:

„Ist die anhängig gewordene Rechtssache den ordentlichen Gerichten entzogen, so hat das angerufene Gericht in jeder Lage des Verfahrens seine Unzuständigkeit und die Nichtigkeit des Verfahrens sofort durch Beschluß auszusprechen."

Das ist der Unterschied zwischen rechtskräftigen und nicht rechtskräftigen Urteilen. Ich habe legislatorisch hinzugefügt: wir wissen, daß wir einen gewissen Bruch mit der Konsequenz vollziehen, wenn wir sagen: in rechtskräftige Urteile wollen wir nicht eingreifen. Wir tun das aus dem Grunde, welchen auch schon der Herr Justizminister genannt hat, weil wir uns sagen, es sei bei einer großen Masse von Urteilen, bei denen vielleicht die Beweise schon verlorengegangen sind, unmöglich, die Urteile zu überprüfen. Aber, verehrte Herren, wenn am 7. Juli 21 Urteile noch nicht rechtskräftig waren, dann gibt es keine Zeugenschaften, welche verloren gehen können, dann gibt es keine Hindernisse, aus denen das ordentliche Gericht, welches nunmehr eingreift, nicht genau untersuchen, prüfen und urteilen könnte. Da versagen alle diese Gründe. Deswegen glaube ich, daß der Herr Justizminister den Gründen, welche er dafür anführt, daß es so wichtig wäre, daß dieses Gesetz zustande komme, am besten dadurch dient, daß er dem Herrenhause erklärt, es solle von seinem unberechtigten Widerstande ablassen. Denn ich habe es bereits erklärt und es geht dies auch aus dem Referate des Herrenhauses ganz deutlich hervor: nicht die Regierung, nicht der Herr Justizminister ist dem Herrenhause beigetreten, sondern das Herrenhaus ist dem Justizminister beigetreten *(lebhafte Zustimmung)* und wenn der Herr Justizminister den Anfang macht, wird ihm das Herrenhaus wiederum beitreten.

Nun möchte ich noch kurz auf die Resolutionen zurückkommen. Die erste Resolution behandelt den Streit zwischen Militär- und Zivilgerichten und ist nicht ganz außer Wirksamkeit, denn der zivile Kassationshof hat sich mit der Rückübergabe der Akten einverstanden erklärt, sich aber seine Entscheidung für diejenigen Fälle vorbehalten, wo das Urteil erster Instanz bereits gefällt ist. Hier hat er denselben Artikel 4 vorab genommen. Wir verlangen in dieser Resolution, daß auch die Akten über die Verhandlungen abgefordert werden und daß der Justizminister hier eingreift.

Was die anderen Resolutionen betrifft, so beziehen sie sich eigentlich auf das Militärverfahren und verlangen, daß für das Militärverfahren dieselben Garantien für ein unbefangenes und unbeeinflußbares Urteil gegeben werden, wie für das Zivilstrafverfahren. Das ist der Inhalt der gewiß berechtigten Resolutionen des Abgeordneten Dr. Witt.

Die Resolution des Abgeordneten Dr. Steinhaus können wir gleichfalls annehmen. Wie der Herr Justizminister erklärt hat, sind die in ihr enthaltenen Forderungen mit Ausnahme von Brzezany bereits erfüllt; die Resolution will nämlich, daß die ordentlichen Gerichte in gewissen Kreisgerichtssprengeln Galiziens schnellstens ihre Wirksamkeit wieder aufnehmen.

Die Resolution des Abgeordneten Dr. Wilhelm Neumann will, daß der Landesverteidigungsminister in bezug auf die Haft bei vorliegendem Flucht- oder Kollusionsverdacht ähnliches verfügt, wie der Justizminister in bezug auf Zivilpersonen. Das ist gewiß auch eine Forderung, die wir annehmen können und sollen.

Ich bitte daher, auch diese Resolutionen anzunehmen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich bitte die Plätze einzunehmen.

Wir haben zuerst über die Fassung des Einganges des ersten Gesetzes abzustimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den Eingang des ersten Gesetzes nach dem Ausschußantrag annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit den Eingang des ersten Gesetzes in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Wir haben weiter abzustimmen über den § 6 des ersten Gesetzes in der Fassung des Ausschusses.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche den § 6 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben.

§ 6 ist angenommen.

Wir haben weiter abzustimmen über Artikel III des zweiten Gesetzes, und zwar über Alinea 1, welches von der Fassung des Herrenhauses abweicht.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche Alinea 1 des Artikels III in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Alinea 1 des Artikels III ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über Artikel IV, der zur Gänze von der Fassung des Herrenhauses abweicht.

Ich bitte diejenigen Herren, welche Artikel IV in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Artikel IV ist angenommen.

Im Artikel VII ist lediglich über die Vollzugsklausel gemäß der Fassung des Ausschusses abzustimmen.

Ich bitte diejenigen Herren, welche diese Vollzugsklausel annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Artikel VII ist gleichfalls angenommen.

Das zweite Gesetz ist sohin in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Im 3. Gesetz ist nur der § 15 zur Abstimmung zu bringen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 15 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

§ 15 ist angenommen.

Berichterstatter Dr. **Ofner:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität beschlossen, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche die soeben gefaßten Beschlüsse in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die Beschlüsse über

a) das Gesetz, womit Zivilpersonen ausnahmsweise der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden;

b) das Gesetz über die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten, und

c) das Gesetz über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156 und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse *(559 der Beilagen)*,

in dritter Lesung angenommen.

Es gelangen nunmehr die Resolutionen zur Abstimmung. Wünschen die Herren über die Resolutionen einzeln oder zusammen abzustimmen? *(Rufe: Zur Gänze!)* Dann bitte ich die Herren, welche die Resolutionen 1, 2, 3 und 4 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Die Resolutionen sind angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Ich schreite nunmehr zum Schlusse der Sitzung.

Ich bin ersucht worden, den Antrag des Abgeordneten Roman Czaykowski und Genossen *(292 der Beilagen)*, betreffend die Zulassung der Abgeordneten Dr. Dimitrij Markow und Wladimir Kurilowicz zu den Sitzungen des Abgeordnetenhauses dem Immunitätsausschusse zuzuweisen. Wenn keine Einwendung dagegen erhoben wird *(nach einer Pause:)*, so werde ich diesem Antrage Rechnung tragen.

Außer diesem Antrage liegt eine Reihe von Anträgen vor, betreffend die Abgeordneten, deren Mandate durch gerichtliches Urteil verlustig erklärt worden sind. *(180, 183, 189 der Beilagen.)* Sie werden dem Immunitätsausschusse zugewiesen werden.

Ich schlage vor, dem Immunitätsausschusse eine vierzehntägige Frist zur Berichterstattung zu stellen.

Ich ersuche die Herren, die diesem meinem Vorschlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen und ich werde in der nächsten Sitzung nach Fertigstellung des Berichtes des Immunitätsausschusses den Gegenstand auf die Tagesordnung setzen.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen Mittwoch, den 26. September um 11 Uhr vormittags.

Erster Punkt der Tagesordnung: Erste Lesung über die Finanzvorlagen, wobei ich bemerke, daß die Beilagen zum Finanzgesetze usw. morgen früh verteilt werden.

Die weitere Tagesordnung ist die Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Herr Abgeordnete Stern zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Stern**: Mit Rücksicht auf die religiösen Gefühle des hohen Hauses erlaube ich mir, im Vereine mit vielen Mitgliedern des hohen Hauses den Antrag einzubringen, die morgige Plenarsitzung aufzulassen, und zwar aus folgenden Gründen: es ist heute das erstemal seit dem Bestehen der Verfassung, daß gerade am Versöhnungstage eine Sitzung stattfindet. Heute abends beginnt der jüdische Feiertag, das ist einer der größten Feiertage bei der jüdischen Bevölkerung, bei der ganzen jüdischen Nation. Dieser Tag wird in hebräischer Sprache Sabbath Sabbathon genannt, er ist einer der heiligsten Tage und die Juden haben das Recht zu verlangen, daß ihnen dieser Tag freigelassen wird, damit sie sich in ihren Bethäusern versammeln, um dort, wie es ihnen ihre religiösen Satzungen vorschreiben, Gebete zu verrichten.

Mein Antrag lautet — ich erlaube mir ihn zu verlesen *(liest)*:

„Mit Berufung auf das jeder Religionsgemeinschaft grundsätzlich zustehende Recht auf Berücksichtigung ihrer religiösen Feiertage, stellen wir den Antrag, am 26. September l. J. keine Plenarsitzung des hohen Hauses abzuhalten, und zwar mit Rücksicht darauf, daß der höchste Feier- und Festtag der Juden, das ist der Versöhnungstag, auf diesen Tag fällt.

Durch die eventuelle Abhaltung einer Plenarsitzung würden die Mitglieder des hohen Hauses jüdischer Religion in der Ausübung ihrer religiösen Pflichten gehindert sein, was gewiß den Intentionen des hohen Hauses nicht entspricht.

Wir bitten somit, Euer Hochwohlgeboren Herr Präsident mögen auf Grund des § 37 A der Geschäftsordnung für den 26. d. M. keine Plenarsitzung des hohen Hauses ausschreiben."

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, einen Antrag zu stellen.

Abgeordneter **Stern**: Ich bitte also, die nächste Sitzung nicht morgen Mittwoch, sondern übermorgen, Donnerstag abzuhalten.

Ich weise darauf hin, daß mein Antrag nicht nur von mir, sondern von einer großen Anzahl von Mitgliedern des Hauses und einem großen Teil des Klerus, insbesondere auch von den Herren Geistlichen Dr. Stojan, Dr. Zahradnik und Tertil unterschrieben ist. Ich bitte also, meinen Antrag anzunehmen und diesen Tag freizugeben.

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Stern stellt den Antrag, die nächste Sitzung nicht morgen Mittwoch, sondern übermorgen, Donnerstag, abzuhalten. Ich muß diesen Antrag zur Abstimmung bringen. Ich bitte, die Plätze einzunehmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Abgeordneten Stern, die nächste Sitzung erst Donnerstag abzuhalten, zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Es ist die Minderheit, es bleibt also bei meinem Vorschlag, daß die nächste Sitzung morgen stattfindet.

Ich bemerke noch, daß die Eintragung zum ersten Punkte der Tagesordnung bis morgen halb 11 Uhr vormittags in der Präsidialkanzlei stattfinden kann, wobei wie gewöhnlich die Anmeldung der einzelnen Redner nach der Geschäftsordnung durch zehn Abgeordnete zu unterstützen ist. Um halb 11 Uhr wird dann die Auslosung der Redner vorgenommen.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung 4 Uhr 20 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 23. Sitzung, Mittwoch, den 26. September 1917.

**Tagesordnung:** 1. Erste Lesung der Finanzvorlagen. 2. Bericht des Sozialversicherungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 6, wegen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (563 der Beilagen). 3. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 7, wegen Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung (562 der Beilagen). — 4. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 6. September 1914, R. G. Bl. Nr. 238, über die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes (565 der Beilagen). — 5. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge (564 der Beilagen). — 6. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 5. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 99, betreffend das metrische Karat (651 der Beilagen).

# Inhalt.

## Personalien.

Urlaubseinteilungen (Seite 1197 und 1236).

Mandatsniederlegung der Abgeordneten:

1. Delugan als Mitglied des Finanzausschusses (Seite 1236).
2. Dr. Conci als Mitglied des Immunitätsausschusses (Seite 1236).
3. Dr. Leo Winter als Mitglied des Verfassungsausschusses (Seite 1236).
4. Modráček als Ersatzmann des Verfassungsausschusses (Seite 1236).
5. Dr. Ritter v. Onciul als Ersatzmann des Immunitätsausschusses (Seite 1236).

## Verhandlung.

Erste Lesung der Finanzvorlagen (583, 600 und 601 der Beilagen — Redner: Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer [Seite 1197], die Abgeordneten Dr. Zahradnik [Seite 1206], Dr. Sylvester [Seite 1210], Dr. Adler [Seite 1212], Ritter v. Lukaszewicz [Seite 1221], Stapiński [Seite 1225], Ant. Němec [Seite 1228]).

## Ausschüsse.

Ersatzwahlen in den Immunitäts- und Verfassungsausschuß (Seite 1236).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge (Anhang I).

1. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen, betreffend die Entlassung unheilbarer Kranker und Invaliden aus der Armee (602 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Dr. Funk und Genossen, betreffend die Errichtung einer besonderen parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der von einzelnen Abgeordneten erhobenen Beschwerden gegen das Vorgehen der Militär- und Zivilbehörden während des Krieges (603 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen, betreffend die Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger (604 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Dr. Leo Winter, Jaroš und Genossen, betreffend die Ergänzung des Gesetzes über die Kriegsleistungen (605 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen, betreffend die Versorgung der galizischen Viehzüchter mit Heu und Stroh (606 der Beilagen);

6. der Abgeordneten Dr. Viškovský, Stanèk, Dr. Hruban, Klofáč Dr. Stránský, Šubrt, Tusar und Genossen, betreffend die Bemessung der Kriegs- und Teuerungszulage für ledige Beamte (607 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Dr. Mataja und Genossen, betreffend die Steuerfreiheit der Teuerungszulagen der Beamten und Angestellter der Länder, Gemeinden und öffentlichen Fonds (608 der Beilagen);

8. des Abgeordneten Hrásky und Genossen, betreffend die Führung des Balkanzuges über Prag (609 der Beilagen);

9. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen, betreffend die Zuweisung von Brennholz aus ärarischen und privaten Wäldern an die Bevölkerung (610 der Beilagen);

10. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die Arbeiten des übertragenen Wirkungskreises (611 der Beilagen);

11. der Abgeordneten Hummer, Kroy und Genossen betreffend die beabsichtigte Tariferhöhung bei der Aussig-Teplitzer Eisenbahn (612 der Beilagen);

12. der Abgeordneten Dr. v. Baechlé, Wollek, Hagenhofer, Dr. Schoepfer, Dr. Jerzabek, Zaunegger, Parrer und Genossen, betreffend die Ausstellung von Permanenzkarten für Landtagsabgeordnete zur Benützung sämtlicher Staatsbahnlinien ihres Kronlandes (613 der Beilagen);

13. des Abgeordneten Wüst und Genossen, betreffend die Dürre im Bezirk Podersam (614 der Beilagen);

14. des Abgeordneten Wüst und Genossen, betreffend die Dürre in den Bezirken Kaaden und Duppau (615 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Frankenberger und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Regelung des Obstverkehres in Oberösterreich (Anhang I, 792/I);

2. des Abgeordneten Dr. Lukavský und Genossen an den Handelsminister, betreffend die der Firma „Obchodní družstvo“ in Pilsen durch die Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin verursachten Schäden (Anhang I, 793/I);

3. der Abgeordneten Prokeš, Dr. Witt und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die militärische Postzensur in Mährisch-Ostrau (Anhang I, 794/I);

4. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Versorgung der Flüchtlinge mit Lebensmitteln aus Galizien (Anhang I, 795/I);

5. des Abgeordneten Schachinger und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Zuteilung von Kohlen für landwirtschaftliche Zwecke, für Schulen und für Haushaltungen in den Städten, Märkten und Dörfern Oberösterreichs (Anhang I, 796/I);

6. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Erschießung der Anastasie Gogol in Dubno, Bezirk Lańcut (Anhang I, 797/I);

7. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Hinrichtung des Landmannes Martyszko in Dubno, Bezirk Łańcut (Anhang I, 798/I);

8. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Versetzung der Landsturmsoldaten zum Etappendienste in Galizien zur Hebung der Landesproduktion (Anhang I, 799/I);

9. des Abgeordneten Smrček und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beurlaubung der zum Hilfs- oder Landsturmdienste ohne Waffe bestimmten Lehrpersonen (Anhang I, 800/I);

10. des Abgeordneten Hartl und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Vorgänge bei der neuerlichen Promotion des Dr. Rašin (Anhang I, 801/I);

11. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die finanzielle Lage der Südbahn (Anhang I, 802/I);

12. der Abgeordneten Klemensiewicz, Dr. Diamand, Moraczewski und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten und an den Finanzminister, betreffend die Brandschäden in Borysław (Anhang I, 803/I);

13. des Abgeordneten Hagenhofer und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Auslassung der Maschanzgeräpfel aus dem Verzeichnisse für Tafelobst (Anhang I, 804/I);

14. des Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die traurige Lage des Mittelstandes und die Maßnahmen zur Verbesserung derselben (Anhang I, 805/I);

15. der Abgeordneten Knirsch, Fahrner und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Einleitung einer Hilfsaktion für Arbeitslose (Anhang I, 806/I)

---

Zur Verteilung gelangen am 26. September 1917:

die Regierungsvorlagen 583 und 600 der Beilagen;

die Berichte 567 und 568 der Beilagen;

Interpellationsbeantwortungen ad 121, 300, 611, 692/I.

An Druckschriften sind eingelangt:

Vom k. k. Ministerium des Innern:

2 Exemplare der Publikation „Die privaten Versicherungsunternehmungen in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern im Jahre 1913".

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German, Jukel**, Ritter v. **Pogačnik, Simionovici, Tusar, Udržal.**

Schriftführer: **Serbu**, Dr. **Rychlik, Seliger, Fahrner.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Cwiklinski**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Zolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca.**

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 25. September d. J. liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Dem Herrn Abgeordneten Dr. Freißler habe ich einen achttägigen, den Herren Abgeordneten Schürl und Wille je einen 14tägigen Urlaub erteilt.

Wir kommen zur Tagesordnung. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Lesung der Finanzvorlagen. *(583, 600, 601 der Beilagen.)*

Ich erlaube mir im Sinne der Geschäftsordnung den Vorschlag zu machen, daß wir in der Generaldebatte die Rededauer auf 30 Minuten einschränken.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Vorschlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die Einschränkung der Rededauer auf 30 Minuten beschlossen.

Zum Worte sind gemeldet, und zwar pro die Herren Abgeordneten: Dr. Sylvester, Ritter v. Lukaszewicz, Němec, Dr. v. Langenhan, Wolf, Alois Brandl, Wedra, Hartl, Schreiter, Dr. Schoepfer, Pichler, Jedek, Grimm, Dr. Waldner, Hofer, Seidel und Dr. Steinwender; kontra die Herren Abgeordneten: Zahradnik, Dr. Adler, Stapiński, Hauser, Kadlčák, Dr. Petruszewycz, Friedmann, Dr. Laginja, Dr. Steskowicz, Dr. Šubrt, Sedlák, Konečný, Domes, Dr. Degasperi, Dr. Lorenz Pogačnik, Dr. Korošec, Dr. Eugen Lewickyj und Dr. v. Loewenstein.

Zum Worte hat sich zunächst gemeldet Seine Exzellenz der Herr Finanzminister; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Finanzminister Dr. Freiherr v. **Wimmer**: Hohes Haus! Ich habe mir erlaubt, das Finanzgesetz für das Verwaltungsjahr 1917/18 und gleichzeitig wegen des nahe ablaufenden Termines des gegenwärtigen Budgetprovisoriums den Entwurf eines weiteren Budgetprovisoriums dem hohen Hause zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen.

Meine Herren! Das Budget für 1917/18, das ich vorlege, ist das erste vollständige Budget während der Kriegszeit. Es gereicht mir zur Genugtuung, damit eine Forderung, die das hohe Haus in der Sommertagung gestellt hat, und ein Versprechen, das ich gegeben habe, trotz der technischen Schwierigkeiten, die sich unter den Kriegsverhältnissen der Aufstellung eines Voranschlages entgegengestellt haben, erfüllen zu können. Bei der Aufstellung des Budgets bin ich von dem Grundsatze der Totalität des Budgets ausgegangen, das heißt, daß es sämtliche Ausgaben und Einnahmen zu umfassen hat, also insbesondere auch die sämtlichen direkten und indirekten Kriegsausgaben. *(Bravo!)* Ich habe weiters den Grundsatz befolgt, daß nichts verschwiegen und nichts beschönigt werden soll. Der Voranschlag, der Ihnen vorliegt, zeigt daher mit voller Offenheit den gegenwärtigen Stand unser Staatsfinanzen.

Meine Herren! Es ist ein Bild von höchstem Ernst, das sich Ihnen in diesem Voranschlage zeigt. Die erschütternden Kämpfe der Monarchie um ihre Existenz finden hier ihren ziffernmäßigen Niederschlag und wer diesen Voranschlag aufmerksam betrachtet, wird sich eines Gefühls schwerer Beklemmung wohl nicht erwehren können. Aber wenn wir eine Heilung unserer Staatsfinanzen wollen, so ist der erste Schritt, daß wir uns selbst Rechenschaft geben über unsere finanzielle Lage, das wir der Wahrheit ins Auge schauen. *(So ist es!)* Ich glaube, in der Tatsache, daß wir diesen ersten

Schritt tun, kann jedermann wohl auch schon den Willen erkennen, zur Ordnung zu schreiten. Und wenn ich noch bedenke, welche Widerstandskraft und Leistungsfähigkeit unsere Volkswirtschaft in diesen Kriegsjahren gezeigt hat, so glaube ich, wir können uns der Hoffnung hingeben, daß, wenn wir den ernsten Willen zur Ordnung haben, wir auch den Weg finden werden.

Und nun gestatten Sie, meine Herren, daß ich die Hauptzüge des Voranschlages darstelle. Ich möchte nebenbei bemerken, daß ich in diesem Jahre dem Voranschlage kurze Erläuterungen beigegeben habe, die einen klaren Überblick über die sämtlichen Daten geben *(Beifall)*, und wenn die Herren diese Erläuterungen aufmerksam betrachten, so werden Sie vielleicht in diesen Erläuterungen auch schon die Grundzüge für die künftige formale Gestaltung des Budgets finden. Das hohe Haus hat den Wunsch geäußert, daß eine formale Umänderung, eine größere Klarheit und Übersicht erfolge, daß der historisch entstandene Aufbau des Budgets beseitigt werde und eine systematische Zusammenfassung erfolge. Dafür sind, glaube ich, schon Andeutungen in diesen Erläuterungen.

Meine Herren! Da ich fest entschlossen war, die gesamten Kriegsausgaben in das Budget einzustellen, hat sich selbstverständlich die Frage ergeben, für welchen Zeitraum die Kriegsausgaben zu präliminieren sind. Es ist klar, daß jeder begrenzte Zeitraum innerhalb des Verwaltungsjahres, sagen wir Ende Oktober oder Ende Dezember, ein willkürlich gegriffener Termin gewesen wäre. Ich habe mich darum, ich möchte sagen, für die pessimistischeste Auffassung entschieden und angenommen, daß der Krieg das ganze Jahr dauert, daß für das ganze Jahr die direkten und indirekten Kriegsausgaben zu bestreiten sind.

Es ist aber gleichzeitig im Artikel 1 des Finanzgesetzentwurfes doch auch der Fall, den wir ja alle innigst wünschen, vorgesehen, daß der Krieg früher zu Ende geht. Es wird nämlich in diesem Artikel 1 bestimmt *(liest)*: „Die in den vorübergehenden Staatsausgaben enthaltenen Quotenbeiträge Österreichs für die mobilisierte bewaffnete Macht sind nur im Falle der Fortdauer des Krieges und nur in monatlichen Teilbeträgen von durchschnittlich einem Zwölftel des für sie festgesetzten Gesamtbetrages zu verausgaben." Es ist also hier vorweg eine Begrenzung des Kredites für den Fall gesetzt, daß der Krieg, wie wir hoffen, früher zu Ende geht.

Die gesamten Staatsausgaben sind beziffert mit 22.169 Millionen, die gesamten Staatseinnahmen mit 4194 Millionen Kronen; es ergibt sich demnach ein Abgang von 17.975 Millionen Kronen. Selbstverständlich bilden den größten Teil dieses Abganges von 17.975 Millionen Kronen der Betrag an vorübergehenden Ausgaben, an direkten und indirekten Kriegsausgaben, die mit 16.809 Millionen Kronen im Budget enthalten sind.

Wenn wir die dauernden Ausgaben betrachten — die dauernden Ausgaben sind 5359 Millionen, die vorübergehenden 16.809 Millionen — wenn wir uns jetzt auf die dauernden Ausgaben beschränken und die Ziffer von 5359 Millionen mit den Ausgaben des letzten Friedensjahres 1913 vergleichen, so ergibt sich folgendes: im letzten Friedensjahre haben wir ein Erfordernis von 3461 Millionen gehabt, es sind daher die Ausgaben für 1917/18 gegen 1913 um 1898 Millionen gestiegen. Es hat vielleicht bis zu einem gewissen Grade etwas Beruhigendes, daß diese Steigerung fast ausschließlich auf den Zuwachs der Zinsen der Kriegsanleihen entfällt, das sind nämlich 1702 Millionen Kronen. Diese Zinsen sind eingestellt für den Schuldenstand am 30. Juni 1917, also für den Beginn des laufenden Verwaltungsjahres.

Wenn ich hier den Aufwand für die Verzinsung erwähne, so möchte ich gleich einiges betreffend die Kriegsschulden bemerken.

Die Kriegsschulden bis Ende Juni 1917 beziffern sich auf 41.256 Millionen Kronen. Hiervon entfallen auf Kriegsanlehen 23.228 Millionen Kronen, auf Vorschüsse von Banken und Sparkassen 6943 Millionen Kronen, auf ausländische Valutaanlehen 2405 Millionen Kronen und auf Vorschüsse der Notenbank 8679 Millionen Kronen. Diese Vorschüsse der Notenbank betragen also rund 20 Prozent sämtlicher Kriegsschulden zu Ende Juni 1917. Ich glaube, daß diese Ziffer eigentlich eher günstig als ungünstig beurteilt werden kann. Es ist für unsere wirtschaftlichen Kräfte jedenfalls ein außerordentlicher Betrag, den wir im Wege der Kriegsanleihen und durch normale Vorschüsse beschaffen konnten; soweit natürlich dieses normale Mittel nicht reicht, bleibt kein anderer Weg, als der an die Notenbank, und der ist im Vergleiche zu unseren Kräften nicht zu stark beschritten worden. *(Abgeordneter Kuranda: Frankreich und Currency notes in England!)* Der Zwischenruf führt mich auf die Verhältnisse in anderen Staaten. Wenn ich ihren Banknotenumlauf, in Kronen gerechnet, vergleiche, so hatte Rußland Ende Juli einen Banknotenumlauf von 33.847 Millionen Kronen, Frankreich Ende Juli von 19.240 Millionen Kronen. Unser Banknotenumlauf wird nicht publiziert, ich kann aber das eine erklären, daß er sich ständig unter der Höhe der Vorschüsse an die beiden Staaten der Monarchie bewegt. Daraus wollen die Herren ersehen, daß, wenn man mit anderen Staaten vergleicht .... *(Zwischenrufe)* — alles, was an Noten draußen ist, ... *(Abgeordneter Dr. Redlich: Inklusive des normalen Kontingentes?)* — alles, was an Noten draußen ist, nicht die Höhe der Vorschüsse an beide Staaten erreicht. *(Zwischenrufe.)*

Ich möchte bei diesem Anlasse nochmals auf den für unsere Verhältnisse doch großen Erfolg der Kriegsanleihen hinweisen und auch bei diesem Anlasse wiederholen, daß das Hauptverdienst des Erfolges gewiß der Bevölkerung gebührt, die vertrauensvoll ihre Mittel zur Verteidigung des Staates zur Verfügung gestellt hat. *(Beifall.)* Ich muß aber auch des Verdienstes unserer Kreditorganisationen gedenken, der Banken und insbesondere der Sparkassen, die namentlich bei der Heranziehung der kleinen Sparer Außerordentliches geleistet haben *(Zustimmung)*, der Kreditgenossenschaften und Versicherungsinstitute.

Meine Herren! Wir werden in der nächsten Zeit an die Aufnahme einer neuen Kriegsanleihe schreiten müssen. Jeder, der etwas besitzt und der etwas erwirbt, ist an dem Erfolge dieser Kriegsanleihe interessiert. Denn jeder Besitz und jeder Erwerb in der Monarchie wird auch in Zukunft von dem guten Ausgange des Krieges und daher auch von unserem finanziellen Durchhalten abhängen und wesentlich beeinflußt sein. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Meine Herren! Derzeit sind, man kann wohl sagen, die weitesten Volkskreise Besitzer der Kriegsanleihe; die kleinsten Sparer und auch diejenigen, die ihr Geld nicht in Kriegsanleihe angelegt haben, weil sie besonders vorsichtig sein und es deshalb in den Sparkassen anlegen wollten; sind doch auch daran interessiert *(Zustimmung)*; denn die Sparkassen haben ja auch Kriegsanleihe gezeichnet. *(Zustimmung.)* Aber gerade darin, daß die Kriegsanleihe in den breitesten Schichten der Bevölkerung untergebracht ist, sehe ich einen Anker für die Sicherheit und eine Versicherung der Kriegsanleihe. Denn, meine Herren, gerade darin, daß die weitesten Kreise Kriegsanleihe besitzen, liegt wohl eine Garantie dafür, daß der Besitzer von Grund und Boden oder von Aktien oder auch der besonders vorsichtige Besitzer von Bargeld keinen Vorzug vor dem Besitzer von Kriegsanleihe jemals wird genießen können. Daß keine Bevorzugung eintritt, dafür wird nicht nur die Regierung, sondern auch die gesamte Volksvertretung sorgen. *(Zustimmung.)* Es ist ganz und gar ausgeschlossen, daß der Besitzer von Kriegsanleihen jemals schlechter in diesem Staate wegkommen könnte als der Besitzer von anderen Vermögensobjekten.

Es ist, was die Post von schwebenden Schulden, Vorschüssen von Banken usw. anbelangt, wiederholt angeregt worden, daß statt dieser Kontokorrentvorschüsse Schatzwechsel begeben werden. Ich möchte jetzt zwar auf diese Detailfrage nicht näher eingehen, ich möchte aber bemerken, daß diese Frage vom Finanzministerium im Verlaufe des Krieges oft und eingehend, intern und auch mit externen Faktoren erwogen wurde und wir bisher nicht zu diesem Entschlusse gekommen sind. Ich möchte aber deshalb nicht absprechen, ob sich dieser Weg nicht vielleicht künftig als zweckmäßig erweisen wird, denn das hängt wirklich von der Lage der Verhältnisse ab.

Ich werde nunmehr die vorübergehenden Ausgaben in Kürze erörtern. Als vorübergehende Ausgaben sind die Quotenbeiträge für die bewaffnete Macht mit 12 Milliarden präliminiert, daß ist 1 Milliarde monatlich. Die Ziffer ist, glaube ich, vorsichtig, daß heißt relativ hoch gegriffen. Die direkten Kriegsausgaben haben nämlich an Quotenbeiträgen für die bewaffnete Macht im ersten Kriegsjahre 6327 Millionen, im zweiten Kriegsjahre 9513 Millionen und im dritten Kriegsjahre 11.452 Millionen Kronen betragen. Ich glaube, daß derzeit ein gewisser Beharrungszustand in der Höhe der Kriegsausgaben eingetreten ist und eine Milliarde monatlich wohl nicht überschritten werden dürfte.

Eine sehr große Post unter den vorübergehenden Ausgaben bilden die Unterhaltsbeiträge. Die Unterhaltsbeiträge haben noch im Jahre 1916/17 1650 Millionen Kronen jährlich betragen, sie sind jedoch infolge der Beschlüsse der beiden hohen Häuser des Reichsrates auf 3432 Millionen Kronen angewachsen. Diese Ziffer bedeutet, daß wir für Unterhaltsbeiträge annähernd das Drittel dessen monatlich ausgeben müssen, was wir für die mobilisierte Macht ausgeben müssen, und sie bedeutet ferner, daß die Unterhaltsbeiträge nahezu vollständig den gesamten Staatsausgaben des Jahres 1913 gleich sind. Ich möchte keine Rekriminationen gegenüber vollzogenen Tatsachen erheben; ich habe mich seinerzeit gegen diese nach meiner Meinung unmäßige Erhöhung gewehrt *(Sehr richtig!)*, aber die Konsequenzen der neuen Ordnung wollte ich dem hohen Haus doch vorlegen. *(Zwischenrufe.)*

Eine weitere vorübergehende Post ist das Erfordernis von 338 Millionen für die Kriegsflüchtlinge und Kriegsbeschädigte. Weiters werden 235 Millionen für allgemeine Kriegshilfen, insbesondere an Minderbemittelte angesprochen; für Wiederaufrichtung der Kriegsgebiete 232 Millionen, für Kriegshilfsmaßnahmen an Staatsbedienstete, Geistliche und Arbeiter 572 Millionen. Die letzte Post hat noch im Vorjahre nur 243 Millionen betragen, ist also um bedeutend mehr als das Doppelte gestiegen. Man könnte allerdings zweifeln, ob man diese Post unter die einmaligen oder unter die vorübergehenden Auslagen einstellen soll, weil ja die Teuerung nicht sofort bei Kriegsende verschwinden wird und auch dann noch gewisse Hilfsmaßnahmen für die Staatsbediensteten usw. notwendig sein werden; diese Ausgaben werden gewiß in irgendeiner Form, zum Teile wenigstens, auch in künftigen Budgets erscheinen. Aber schließlich habe ich sie bei

dem Schwanken, ob ich sie der einen oder anderen Seite zuteilen soll, den vorübergehenden Ausgaben zugezählt, weil sie einerseits rechtlich nur vorübergehend sind und weil andrerseits in den fortlaufenden Ausgaben von fünf Milliarden und so und so viel hundert Millionen Kronen auch verschiedene Ausgaben enthalten sind, die vorübergehend sind, aber später wesentlich sinken werden. Ich weise nur auf die riesige Steigerung sämtlicher Materialpreise bei den staatlichen Betrieben hin. Diese kann man natürlich jetzt nicht ausscheiden, aber sie werden eine Summe von jedenfalls einigen hundert Millionen ausmachen und in künftigen Budgets ausscheidbar sein. Ich glaube daher, daß die Scheidung zwischen dauernden und vorübergehenden Ausgaben, wie ich sie hier vorgenommen habe, ziffermäßig so ziemlich das Richtige trifft.

Meine Herren! Ich wende mich jetzt den Staatseinnahmen zu. Auch die Staatseinnahmen habe ich vorsichtig präliminiert. Man hätte mir vielleicht keinen besonderen Vorwurf daraus gemacht, wenn ich die Staatseinnahmen in einem Betrage eingestellt hätte, der unter normalen Verhältnissen zu gewärtigen ist; ich habe aber die Staatseinnahmen mit Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse eingestellt, so daß die Friedensziffern seinerzeit bei den gleichen Einnahmsquellen, gleichen Steuern usw. jedenfalls höher anzunehmen wären. Die Staatseinnahmen betragen 4194 Millionen, davon dauernde 3890 Millionen, vorübergehende 304 Millionen. Die vorübergehenden Einnahmen sind im wesentlichen die Kriegsgewinnsteuer, die mit 300 Millionen Kronen präliminiert ist. Es war im Jahre 1916/17 ein Eingang von zirka 90 Millionen an Kriegsgewinnsteuer zu verzeichnen, vorgeschrieben waren 169 Millionen. Die Bemessung war stark im Rückstande, sie geht aber jetzt rascher vor sich und wir können auf Grund des bestehenden Gesetzes einen Eingang von 300 Millionen Kronen erhoffen. Noch nicht berücksichtigt ist natürlich das neue Gesetz über die Kriegsgewinnsteuer für 1917, dann eventuell eine Kriegsgewinnsteuer für 1918, auch noch nicht die Kriegsgewinnsteuer der Österreichisch-Ungarischen Bank, die einen sehr erheblichen Betrag erreichen wird; über sie wird die Regierung in der nächsten Zeit eine Gesetzesvorlage einbringen.

Wenn ich die Staatseinnahmen wieder mit dem Erfolge des Jahres 1913 vergleiche, so ergibt sich folgendes: Im Jahre 1913 betrugen die Staatseinnahmen 3461 Millionen Kronen. Davon sind abzuziehen die Einnahmen aus Anleiheerlösen, die ja auch heuer im Budget nicht enthalten sind, das sind rund 338 Millionen Kronen, dann die Gebarungsüberschüsse früherer Jahre mit rund 42 Millionen, die Zufallseinnahme des Münzgewinnes mit 7 Millionen Kronen; es bleiben somit 3073 Millionen Kronen als normale Einnahmen des Jahres 1913. Die dauernden Einnahmen im Jahre 1917/18 sollen 3890 Millionen betragen; das ergibt also ein Plus von 817 Millionen und mit Hinzurechnung der Kriegsgewinnsteuer ein Plus von 1117 Millionen Kronen gegenüber dem letzten Friedensjahre. Ich glaube, meine Herren, auch das ist eine Ziffer, die nicht ungünstig ist. Daß es möglich war, in diesen Kriegsjahren gegenüber dem letzten Friedensjahre so wesentlich erhöhte Einnahmen zu erzielen, erscheint mir immerhin als eine anerkennenswerte Leistung unserer Volkswirtschaft.

Wenn ich nun die einzelnen Einnahmsposten vergleiche, so stehen in erster Linie die direkten Steuern mit 677 Millionen Kronen gegen 432 Millionen im Jahre 1913, das ist eine Steigerung um 57 Prozent. Die direkten Steuern sind in erster Linie durch die neuen Normen zu den erhöhten Kriegslasten herangezogen worden, in erster Linie die besitzenden Klassen, was durchaus in Ordnung ist.

Die Verzehrungssteuern, die sehr häufig als die Leistung der breiten Schichten bezeichnet werden, obwohl das nicht ganz richtig ist, zeigten einen Rückgang von 418 Millionen im Jahre 1913 auf 353 Millionen. Dieser Rückgang ist nicht eine Folge des Rückganges der Konsumfähigkeit; es ist durchaus nicht anzunehmen, daß die Konsumfähigkeit bei dem gesteigerten Lohnniveau, bei den Unterhaltsbeiträgen usw. wesentlich zurückgegangen ist; sondern dieser Rückgang ist ausschließlich, wie den Herren bekannt ist, eine Folge des Rückganges der Produktion bei den den Verzehrungssteuern unterliegenden Artikeln. So ist die Branntweinsteuer mit jedem Kriegsjahre zurückgegangen, weil die Rohprodukte zur menschlichen Ernährung und zur Viehfütterung herangezogen werden und infolgedessen die Produktion reduziert werden mußte. Der Steuerertrag ging von 100 Millionen auf 70 zurück, obwohl die Steuer in dieser Zeit erhöht wurde von 110, beziehungsweise 90 h auf 400, beziehungsweise 380 h. Den Landesfonds wird infolgedessen aus der Branntweinsteuer im laufenden Jahre eine Zuweisung nicht zukommen können. Das Überweisungsgesetz läuft bekanntlich zu Ende Dezember 1917 ab und die Regierung wird daher auch noch in diesem Jahre eine Gesetzesvorlage, betreffend die Überweisungen an die Landesfonds, einbringen. Ähnlich wie mit der Branntweinsteuer steht es mit der Biersteuer. Diese wurde von 34 auf 110 h erhöht, der Ertrag sinkt aber von 84 auf 25 Millionen Kronen, aber von diesen 25 Millionen müssen wir 77 Millionen an die Länder zahlen, so daß das Erträgnis der Biersteuer ein bedeutend negatives ist.

Die Zuckersteuer zeigt eine Erhöhung um 26 Millionen Kronen. *(Abgeordneter Dr. Redlich: Wie hoch ist die Gesamtsumme?)* Die Zuckerproduktion ist bekanntlich sehr stark zurückgegangen, trotz-

dem haben wir einen erhöhten Eingang, weil die Ausfuhr wesentlich reduziert, aber der Inlandskonsum gestiegen ist und infolgedessen natürlich auch die steuerpflichtige Erzeugung. *(Ruf: Der Zuckerkonsum ist gestiegen!)* Ja, der Zuckerkonsum ist gestiegen. Die Ziffern beim Zucker sind ganz genau, weil nicht ein Kilogramm Zucker ohne Kontrolle in den Konsum gelangen kann. *(Abgeordneter Dr. Redlich: Wird auch die industrielle Verwertung des Zuckers gerechnet?)* Diese wird auch gerechnet.

Die Mineralölsteuer zeigt im Gegensatze zum Zucker bei günstiger Produktion eine geringere Einnahme, weil wir für unsere Verbündeten ziemliche Quantitäten exportieren müssen und daher weniger der Inlandsbesteuerung unterliegt.

Neu ist die Zündmittelsteuer mit einem Erträgnisse von 18 Millionen Kronen.

Die Zölle liefern aus den bekannten Ursachen ungefähr nur annähernd die Hälfte dessen, was im Jahre 1913 einging.

Sehr günstig ist die Entwicklung der Gebühren. Auf diesem Gebiete ist eine große Anzahl neuer Abgaben und von Erhöhungen bestehender Abgaben eingeführt worden; die Erbgebühren, die Übertragungsgebühren, die Erhöhung der drei Skalen usw. Die Gebühren erhöhen sich von 265 Millionen auf 456 Millionen Kronen, also um 191 Millionen. Das Süßstoffmonopol, das auch neu eingeführt wurde, und zwar hauptsächlich zu dem Zwecke der Zuckerstreckung, ergibt ein Nettoerträgnis von 4·8 Millionen Kronen. Die Tabakpreise wurden wiederholt und ausgiebig erhöht. Das Bruttoerträgnis steigt um 171 Millionen, das Nettoerträgnis um 110 Millionen Kronen. Forste, Domänen, Berg- und Hüttenwerke zeigen begreiflicherweise wegen der großen Preissteigerungen sämtlicher Fabrikate günstige Ergebnisse; ebenso ist das Ergebnis der staatlichen Mineralölfabrik in Drohobycz ein zufriedenstellendes. Sehr ungünstig ist das Bild, das die Staatsbahnen bieten. Trotz der Steigerung der Tarife ergibt sich für das Jahr 1917/18 ein Betriebsabgang von 103 Millionen gegen einen Betriebsüberschuß von 196 Millionen Kronen im Jahre 1913, und zwar trotz der bereits durchgeführten Tariferhöhung. Die Postanstalt ergibt infolge der Tariferhöhungen ein Plus von 71 Millionen Kronen. *(Hört!)*

Meine Herren! Ich möchte nun eine kleine Berechnung betreffend die fortdauernde Gebarung, anstellen. Die fortdauernde Gebarung zeigt an Ausgaben 5360 Millionen Kronen, an Einnahmen 3890 Millionen Kronen, ergibt also ein Defizit von 1470 Millionen Kronen. Wenn ich berücksichtige, daß in den fortdauernden Einnahmen auch das Plus enthalten ist, das sich aus den neuen Steuern und den Steuererhöhungen ergibt und daß dieses Plus im Jahre 1917/18 nur mit dem Betrage von 720 Millionen Kronen eingestellt ist, weil man ja nicht annehmen kann, daß während der Kriegszeit alle erhofften Mehreinnahmen aus den Erhöhungen sich realisieren werden; wenn man berücksichtigt, daß die Mehreinnahmen aus den neuen Steuern 2c. für normale Zeiten auf 1050 Millionen Kronen geschätzt werden, so kann ich immerhin, wenn ich mich auf die Friedenszeiten einigermaßen einrichte, von dem Defizit von 1470 Millionen Kronen auch noch die 330 Millionen Kronen — das ist das Plus an Einnahmen in Friedenszeiten — abrechnen. Es bleibt also ein Defizit . . . *(Abgeordneter Kuranda: Auch in den nächsten Friedensjahren?)* Wir müssen uns in unserer Rechnung jetzt etwas bescheiden und uns gewisse engere Grenzen stecken. Wir können nicht auf einmal alles umfassen.

Wenn ich weiter berücksichtige, daß die Kriegsgewinnsteuer in diesem Jahre voraussichtlich mit 300 Millionen eingeht, so würde ein Defizit von 840 Millionen Kronen bleiben.

Ich bin mir ganz bewußt, daß das eine etwas unzulängliche Aufstellung ist. Aber, wenn ich frage, welche Ziele wir uns zunächst für unsere Aufgabe stecken sollen, so dürfen sie eben nicht zu weit gehen. Da komme ich allerdings zu dem Resultat, daß wir einen Betrag von rund 800 Millionen Kronen schon ehestens durch neue Einnahmen sicherstellen sollen. *(Sehr richtig!)*

Meine Herren! Für den Entwurf eines großen oder sogenannten großzügigen Finanzplanes ist die Zeit heute nicht gegeben. Es fehlen heute die Bedingungen und die Grundlagen, um einen derartigen Plan nur mit einiger Verläßlichkeit aufzustellen. Man kann ja über das, was in der Friedenszeit in finanzieller Beziehung geschehen soll, gewiß Diskussionen führen und ich halte das auch für außerordentlich angezeigt, aber von verantwortlicher Stelle jetzt einen Finanzplan für die Friedenszeit aufzustellen, hielte ich für ganz und gar unmöglich.

Ich möchte aber trotzdem einen Punkt berühren, der nach meiner Meinung für die Friedenszeit in Betracht kommt. Ich möchte es deshalb tun, weil ich das Anwachsen vorgefaßter Meinungen für nicht angezeigt halte.

Es wird gegenwärtig außerordentlich viel von einer großen Vermögensabgabe gesprochen, da hat sich dieser Gedanke beinahe schlagwortartig herausgebildet; es wird eine riesige Ziffer von 30 Milliarden genannt, die auf diesem Wege hereinkommen soll. *(Abgeordneter Hummer: Hier und in Ungarn zusammen!)* Ich habe aber von 30 Milliarden für Österreich gelesen *(Abgeordneter Hummer: Ich habe es nur auf 20 Milliarden geschätzt!)* Nach meiner Meinung ist es nun ganz unmöglich, mit

welchen Mitteln immer diese Ziffer zu erreichen. Aber nehmen wir selbst an, sie wäre erzielbar, so frage ich: was wäre damit erreicht?

Wir haben gegenwärtig eine Kriegsschuld von annähernd 42 Milliarden, wir präliminieren für das Jahr 1917/18 neue Schulden von 18 Milliarden, zusammen daher 60 Milliarden. Wenn wir selbst einen Betrag von 30 Milliarden im Wege einer großen Vermögensabgabe hereinbrächten, so blieben noch 30 Milliarden Kriegsschuld, zu ihr kommen dann außer der Verzinsung dieser Schuld noch die Kosten dessen, was zur Retablierung notwendig ist. *(Abgeordneter Dr. Redlich: Und die alten Staatsschulden!)* Von diesen sehe ich dabei ab.

Wären dadurch die Kriegsschulden mit einem Male verschwunden, dann wäre die Sache anders: es bleiben aber die kolossalen Mehranforderungen für den Staatshaushalt und die Mehreinnahmen für diese kolossalen Lasten; diese müßten dann aus einer durch eine so immense Vermögensabgabe vollständig ausgepreßten Volkswirtschaft geleistet werden. Darauf wollte ich aufmerksam machen. *(Abgeordneter Hummer: Die Rückwirkung auf die Zahlkraft des Geldes!)*

Es wird gesagt, durch eine solche Maßnahme wäre dann mit einem Schlage der alte Geldwert wieder hergestellt *(Abgeordneter Hummer: Nicht der ganze!)* oder annähernd wieder hergestellt und es wird darauf hingewiesen, daß eigentlich diese ganze Operation sozusagen schmerzlos vorübergeht. Es wird derjenige, der diese große Abgabe geleistet hat, dann das Vergnügen haben, daß er entweder ebensoviel oder mehr wie vor dem Kriege besitzt. Ich habe irgendwo gelesen, es stehe die Menge des umlaufenden Geldes in einem krassen Mißverhältnis zur Menge der vorhandenen Waren und auf einen Schlag werde dann dieses Mißverhältnis beseitigt sein. Alledem liegt die bekannte Quantitätstheorie zu Grunde, die ja einmal eine gewisse Rolle gespielt hat, die ich auch nicht in allen Einzelheiten ablehnen möchte, die in dieser Einfachheit aber zu einem schweren Irrtum führt. *(Zustimmung. — Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Ich erinnere mich, daß vor etwas mehr als 100 Jahren dieser Gedanke auch eine Rolle gespielt hat und daß man damals gedacht hat, mit einer plötzlichen Veränderung des ganzen Geldumlaufes die Situation auf einmal in Ordnung zu bringen. Ich glaube, das ist eine Erinnerung, die gewiß nicht erfreulich ist. Die Operation hat uns damals nicht gut angeschlagen und ich glaube, daß man sich auch jetzt in dieser Beziehung keiner Täuschung hingeben sollte.

Meine Herren! Ich bitte auch noch eines zu bedenken. Wenn man eine sehr große, umfassende Vermögensabgabe einführt, die wirklich riesige Summen bringen soll, dann muß man natürlich auch die große Masse der mittleren und kleineren Vermögen heranziehen. Das ist klar. Und da ist doch besondere Vorsicht geboten, denn gerade diese mittleren Klassen leiden am allermeisten unter den Kriegsfolgen. Ich möchte mich nicht grundsätzlich gegen eine Vermögensabgabe aussprechen; die Frage wird im Finanzministerium sehr eingehend studiert. Aber, meine Herren, es kommt wesentlich auf Art und Maß einer derartigen Abgabe an. *(Ruf: Progressiv muß sie sein!)* Gewiß, auch progressiv müßte sie sein, das ist nicht zu verkennen. Ich meine, daß solche Pläne, wie ich sie früher erwähnt habe, sich weit von dem Boden der realen Möglichkeit entfernen und ich habe es deshalb für notwendig gehalten, in diesem Stadium auf die Frage etwas mehr einzugehen, weil ich es für bedenklich halte, wenn der Gedanke, man könne alles mit einem Schlage in Ordnung bringen, zu weite Kreise erfaßt und zu allgemein nachgesprochen wird. Das kann unter Umständen als eine Art Narkotikum wirken und vielleicht von der Notwendigkeit, dauernde höhere Einnahmen zu schaffen, ablenken. Ich wiederhole: Der Gedanke einer Vermögensabgabe ist heute noch nicht aktuell, wenigstens nicht unmittelbar durchführbar. Ich verhalte mich nicht prinzipiell ablehnend, die Sache muß aber sehr gründlich erwogen werden und man darf sich nicht so überschwänglichen und unmöglichen Hoffnungen hingeben. Das würde meiner Meinung nach sehr bedenklich sein. *(Ruf: Man darf nicht unser Kapital nach Ungarn tragen!)* Gewiß, es kommen auch die Verhältnisse zum Auslande in Betracht. *(Abgeordneter Hummer: Das kann doch nur im ungefähren Zusammenhang mit Ungarn gemacht werden!)* Es kommt auch das Verhältnis zu Deutschland in Betracht, auch zum ganzen übrigen Ausland. Das sind Fragen, die heute nicht zu lösen sind, die man aber gewiß eingehend erwägen, studieren und ernstlich in Betracht ziehen muß.

Meine Herren! Ich kehre nun von diesen etwas phantastischen oder sehr hochfliegenden Plänen zu den mehr realen Ziffern zurück, nämlich zur Ziffer von zirka 800 Millionen Kronen, die ich früher genannt habe. Zur Deckung dieses Abganges werde ich zum Teil in der nächsten Zeit, zum Teil etwas später dem hohen Hause eine Reihe von Vorlagen unterbreiten. Sie werden ja wahrscheinlich nicht sehr sympathisch aufgenommen werden, denn neue Steuern und Steuererhöhungen sind immer unwillkommen. Aber, meine Herren, wir stehen vor dem Zwange der äußersten Notwendigkeit und es ist unsere eigene Existenz, die wir sichern, wenn wir zu neuen Steuern greifen.

Das Gebiet der Steuern ist natürlich ziemlich ausgenützt, namentlich auf dem Gebiete der direkten Steuern ist jetzt während des Krieges schon eine ausgiebige Erhöhung durchgeführt worden, wie ich schon erwähnt habe, um 57 Prozent. Auf dem

Gebiete der direkten Steuern wird also im gegenwärtigen Stadium nach meiner Meinung vorläufig ein neuer Eingriff schwer möglich sein. *(Abgeordneter Dr. Wichtl: Aber die Effektensteuer!)* Ich habe bereits eine Vorlage über eine Effektenumsatzsteuer fertiggestellt. *(Abgeordneter Dr. Redlich: Damit werden wir auch nicht glücklich werden!)* Gewiß, aber eine Reform ist notwendig. Die Steuer wird auch eine Erhöhung bringen, aber sie ist kein ausgiebiger Posten. Dann ist eine neue Weinsteuer in Vorbereitung — unsere gegenwärtige Weinsteuer, die aus dem Jahre 1839 stammt, ist total veraltet — und die Erhöhung der Zuckersteuer; der Zucker verträgt fraglos eine weitere Belastung. Ferner habe ich auf dem Gebiete der Gebühren eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht, die zum Teile im wesentlichen die Besitzenden treffen werden. Dann wird, anknüpfend an den Vorgang in Deutschland, eine Kohlensteuer erhoben werden, die sich bis zu einem gewissen Grade als eine Notwendigkeit erweist, weil wir sonst im Verhältnis zu Deutschland im Kohlenverkehr direkt geschädigt wären. Selbstverständlich ist es, meine Herren, daß auch eine weitere Erhöhung der Eisenbahntarife erfolgen muß. *(Zwischenrufe.)* Ein Betriebsdefizit von 103 Millionen schreit nach einer ausgiebigen Erhöhung der Tarife, deren Durchführung übrigens bereits im Zuge ist.

Meine Herren! Wenn wir von Steuererhöhungen sprechen, so glaube ich, daß wir uns eines gegenwärtig halten müssen, daß nämlich eine Krone Steuer, die man heute zahlt, weitaus nicht dasselbe ist, was die eine Krone früher war. Wenn wir heute bei gewissen fixen Steuern eine Erhöhung nicht durchführen, so bedeutet das fraglos eine relative Ermäßigung der bestehenden Belastung. *(Abgeordneter Hummer: Exzellenz wollen also erst die Steuerbewilligung haben und dann die Zahlkraft heben, das ist sicher praktischer!)* Das ist mir entschieden lieber. *(Abgeordneter Hummer: Jetzt begreife ich Ihre Argumentation gegen die Vermögenssteuer!)* Ja, meine Herren! Der Krieg hat eben tiefgreifende Wirkungen in unserem Geldwesen hervorgebracht. Wie in den meisten anderen kriegführenden Staaten mußte zur Erhöhung der im Anleiheweg aufgebrachten Mittel der Kredit der Notenbank in Anspruch genommen werden. In welchem Ausmaße dies seitens Österreichs geschehen ist, konnte die Öffentlichkeit bereits aus den Ausweisen der Staatsschulden-Kontrollkommission jeweils entnehmen. Die Inanspruchnahme von ungarischer Seite ist regelmäßig im Quotenverhältnis erfolgt, nur in der letzten Zeit hat Ungarn sich mit bescheideneren Ansprüchen begnügen können; das ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß bei uns die Bedürfnisse der Zivilverwaltung, insbesondere für die Unterhaltsbeiträge, wesentlich größer sind. Es ist das gar keine Frage; ich habe bei den Verhandlungen über die neuen Unterhaltsbeiträge vorausgesagt, daß wir die Notenbank für unsere Zwecke werden in höherem Maße in Anspruch nehmen müssen. So bedauerlich es an sich ist, daß zur Bedeckung der enormen Staatsausgaben während dieses Krieges auch das infolge der Belastung der Volkswirtschaft verderbliche Aushilfsmittel der Inanspruchnahme der Notenbank in größerem Umfange benützt werden mußte, so konnte ich doch schon darauf hinweisen, daß das Verhältnis zwischen den durch reguläre Kreditoperationen beschafften und den bei der Notenbank entlehnten Geldmitteln bisher ein relativ günstiges gewesen ist; dies insbesondere dann, wenn man in Betracht zieht, daß zur Finanzierung der Kriegsanleihen die Notenbank und die Kriegsdarlehenskassen fast gar nicht in Anspruch genommen, daß für die Kriegsanleihen-Finanzierung keine neuen Noten ausgegeben wurden und daß nach Erhebungen, die bei den Banken durchgeführt wurden, auch die Inanspruchnahme des Bankkredits für die Belehnung der Kriegsanleihen nicht so hoch gewesen ist, wie man eigentlich allgemein angenommen hat. Die Belehnung hat eine relativ nicht sehr große Summe beansprucht, deren Abstoßung in sehr naheliegender Zeit wahrscheinlich ist.

Die Verschuldung der beiden Staaten an die Österreichisch-ungarische Bank hat es mit sich gebracht, daß in beträchtlichem Umfange eine irreguläre Vermehrung des Banknotenumlaufes eingetreten ist. Es hat aber auch der Bedarf an Zahlungsmitteln um ein bedeutendes zugenommen. Zunächst hat sich während des Krieges in erfreulicher Weise das Barzahlen entwickelt, ein Brauch, der natürlich eine größere Notenmenge erfordert. Die Steigerung der Löhne, die militärische Besetzung großer Gebiete, in denen unsere Noten zirkulieren, beanspruchen eine größere Anzahl von Zahlungsmitteln. Dann ist auch nicht zu übersehen, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zweifellos eine geringere ist, denn es wird sehr viel Geld in den Militärkassen aufgehalten, es wird ferner fraglos viel thesauriert. Der große Notenumlauf wird also auch zum Teil kompensiert durch den wesentlich gestiegenen Bedarf an Umlaufsmitteln. Dennoch ist es von größter Wichtigkeit, durch Sparsamkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Aufwandes einer weiteren Expansion des Notenumlaufes vorzubeugen. Sparsamkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Aufwandes, das ist eines der wichtigsten Mittel, um den Notenumlauf zu restringieren.

Meine Herren! Zu einer besonders vorsichtigen und sparsamen Gebarung mahnt die Entwicklung der auswärtigen Wechselkurse. Das Bedürfnis der Heeresverwaltung und die unbefriedigenden Ernten, die wir zu überstehen hatten, haben es notwendig gemacht, daß große Quantitäten von

Lebensmitteln aus dem Auslande importiert wurden. Diese Importe konnten nicht wie sonst durch entsprechenden Warenexport kompensiert werden, da unsere Produktion infolge der verschiedensten Ursachen zurückgegangen ist, insbesondere weil Millionen von produzierenden Männern im Felde stehen, dann aber auch wegen des Mangels an Rohstoffen 2c. 2c. Der Export hat also außerordentlich gelitten; auch andere wichtige Aktiva unserer Zahlungsbilanz sind ausgeblieben. Die Auswanderergelder, die einen sehr großen Posten ausgemacht haben, versiegten, ebenso der Fremdenverkehr. *(Zwischenrufe.)* Dabei ist die Möglichkeit, Kredite im neutralen Ausland in Anspruch zu nehmen, außerordentlich begrenzt durch die Konkurrenz der verschiedenen kriegführenden Staaten. *(Ruf: Und Ungarn!)* Ungarn bildet kein Hindernis.

Da alle diese widrigen Umstände seit drei Jahren andauern, mußte ihr ungünstiger Einfluß in einer wesentlichen Erhöhung der fremden Wechselkurse zum Ausdrucke kommen. Der Zusammenhang dieser Erscheinung mit den genannten abnormen Verhältnissen berechtigt aber zu der Erwartung, daß die nach Wiederherstellung des Friedens in Angriff zu nehmende, auf Beseitigung des Disagios unserer Währung gerichtete planmäßige Tätigkeit in den wieder zur Geltung kommenden natürlichen Kräften der heimischen Volkswirtschaft die wirksamste Unterstützung finden wird. Inzwischen muß man allerdings darauf bedacht sein, alle unnötigen Zahlungen an das Ausland zu vermeiden, die spekulative Entwicklung des Devisenhandels zu unterdrücken, die Warenbezüge auf das notwendigste zu beschränken und andererseits alle sich darbietenden Exportmöglichkeiten nach Kräften auszunützen. *(Abgeordneter Kraft: Die notwendigen Waren sind doch einzuführen! Die Kinder müssen im Winter barfuß herumgehen, weil wir von der Schweiz keine Schuhe bekommen!)* Das ist ja auch beabsichtigt. Zur Erreichung dieser Zwecke wurden mehrere außerordentliche Maßnahmen getroffen.

Es wurde die Devisenzentrale errichtet, die den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln in einer Art vermittelt, die den öffentlichen Interessen entspricht. Eine besondere Wirksamkeit wird die Devisenzentrale in jenem Zeitpunkte zu entfalten vermögen, in welchem bei Wiederaufleben des Verkehres reichlichere Zuflüsse kommen und dann zum allgemeinen Wohl werden verwendet werden können. Durch Einfuhrverbote für entbehrlichen Waren, später durch allgemeine Einfuhrverbote, durch Errichtung von Zentralstellen für die Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr und durch eine gewisse staatliche Einflußnahme auf den Warenverkehr ist die entsprechende Verwendung der fremden Valuten sichergestellt.

Es ist selbstverständlich, daß sich bei der Einfuhrzentrale fortwährend Kämpfe abspielen; aber schließlich kann nur das eingeführt werden, was wir bezahlen können, nämlich das, wofür wir die entsprechende Valuta zur Verfügung haben oder was uns direkt kreditiert wird. Wenn bei der Menge von Ansprüchen die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, wie es die Regel ist, muß eine ganze Anzahl von Ansprüchen zurückstehen, weil man sich dann sagt: Das ist zwar notwendig, aber es gibt noch notwendigere Anforderungen, die befriedigt werden müssen. Es ist oft sehr hart, wie dann entschieden wird; aber es ist eben eine Zwangslage. *(Abgeordneter Kraft: Es sind zu wenig Kompensationsmittel vorhanden. Das ist der Kern der Sache!)* Gewiß. Daß unter den widrigen Verhältnissen im Laufe der drei Kriegsjahre auch ein namhafter Teil des Goldschatzes der Bank verbraucht wurde, um den Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln zu decken, ist nicht erstaunlich und soll nicht zu übertriebenen pessimistischen Betrachtungen Anlaß geben. Es ist eine der wesentlichsten Funktionen des Goldschatzes der Notenbank, in außerordentlichen Zeiten, wenn die anderen Mittel für den internationalen Zahlungsausgleich sich als unzulänglich erweisen, die notwendigen Auslandszahlungen zu ermöglichen. An die Wiederherstellung unseres Goldwesens wird erst nach Friedensschluß geschritten werden können, aber sie wird dann eine der vornehmsten Sorgen der Regierung und des Parlaments bilden.

Österreich hat die Vorteile der Ordnung des Währungsverhältnisses in den letzten 25 Jahren kennen gelernt und wird sie in Zukunft um so weniger missen wollen, als es zweifellos ist, daß wir diesen Krieg finanziell nur durchhalten konnten, weil wir die Währungsreform hatten. Wir würden längst nach meiner Überzeugung finanziell nicht mehr aufrecht stehen, wenn nicht die große Tat der Währungsreform vor 25 Jahren geschaffen worden wäre.

Meine Herren! Einer Erscheinung, die mit der Geldentwertung oder Geldflüchtigkeit zusammenhängt, möchte ich noch Erwähnung tun. Seit längerer Zeit haben die Vorgänge an der Börse die besondere Aufmerksamkeit auf sich gezogen *(Abgeordneter Dr. Wichtl: In unliebsamer Weise!)* Gewiß. Es ist klar, daß in einer Zeit, in der alle Warenpreise außerordentlich steigen, auch die Preise der Aktien und aller Effekten steigen müssen. Aber andererseits ist es klar und offensichtlich, daß an der Börse außerordentliche Übertreibungen vorkommen und daß Bewertungen stattfinden, die mit dem möglichen Ertrage der Aktien in krassem Mißverhältnisse stehen. Es ist ja gar keine Frage, daß die Börse eine notwendige und nützliche Funktion zu versehen hat, es ist aber auch zweifellos, daß Aus-

artungen des legitimen Effektenhandels zum Börsenspiel volkswirtschaftlich von größtem Nachteile sind. Ich möchte den Anlaß benützen, um von dieser Stelle aus der laxen Auffassung entgegenzutreten, die in der Beteiligung am Börsespiel nichts Bedenkliches sieht. *(Rufe: Sehr richtig!)* Gegenwärtig beteiligen sich sehr weite Gesellschaftskreise am Börsespiel. Ich sage es aber ganz offen, nach meiner Auffassung ist derjenige, der sich am Börsespiel beteiligt — vielleicht drücke ich mich zu scharf aus — mit einer levis macula behaftet. *(Zustimmung. — Abgeordneter Dr. Wichtl: Das ist eine gravis macula!)* Ich bitte, ich will Milde walten lassen, aber es kann unter Umständen allerdings eine schwere Bemakelung bilden. Ich möchte dies hier hervorheben und der laxen Auffassung, die leider in weite Kreise gedrungen ist, ganz nachdrücklich entgegentreten. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Es ist natürlich ein altes Problem, wie man den Übertreibungen und den Ausschreitungen der Börse entgegentreten könnte. Nach meiner Meinung gibt es wirklich kein anderes Mittel, als Krediteinschränkung oder Entziehung, denn ohne Kredit, ohne Börsereport kann es kein Börsespiel geben. Und da obliegt nach meiner Auffassung den Banken eine gewisse Verpflichtung. *(Rufe: Sehr richtig!)* Es ist ja eine sehr bequeme Sache, die flüssigen Mittel — diese konzentrieren sich vor allem bei den Banken — im Börsereport zu verwenden. Es braucht keiner besonderen Kunstfertigkeit, es besteht dabei kein besonderes Risiko. Aber diese Verwendung der flüssigen Mittel ist nach meiner Meinung volkswirtschaftlich nicht gerade die nützlichste. *(Zustimmung.)* Nun, meine Herren, erfreulicherweise haben die Banken in den letzten Tagen eine einschneidende Einschränkung, teilweise auch eine Entziehung des Börsereports beschlossen. Es wird abzuwarten sein, welchen Erfolg diese Maßnahme haben wird, insbesondere ob sie wirklich konsequent durchgeführt wird, dann wird, je nach Maßgabe dieses Erfolges, zu erwägen sein, ob zu weiteren Maßnahmen zu greifen sein wird. *(Zwischenrufe.)* Es gibt ja in unserem Wirtschaftsleben nicht nur auf dem Gebiete der Börse irreguläre Erscheinungen und Ausschreitungen, ich möchte aber die Geduld der Herren mit diesen Themen nicht weiter in Anspruch nehmen.

Meine Herren! Ich habe als unsere wichtigste Aufgabe die Herstellung der Ordnung im Staatshaushalte und in unserem Geldwesen bezeichnet. Beide Aufgaben stehen miteinander in der innigsten Wechselbeziehung: Ohne Ordnung im Staatshaushalte werden wir unsere Valuta nicht ordnen und ohne Ordnung der Valuta werden wir nicht zur Beseitigung des Defizits gelangen. Das Mittel zur Heilung beider Krankheiten ist eigentlich das gleiche: eine dauernde Heilung, eine dauernde Ordnung im Staatshaushalt, eine dauernde Ordnung der Valuta ist nur möglich aus den Überschüssen der wirtschaftlichen Produktion. Die erste Voraussetzung der Produktion ist die Arbeitskraft des Individuums. Ich betrachte daher alle Maßnahmen, die zur Hebung der Volksgesundheit und der Volksbildung bestimmt sind, sofern sie rationell getroffen werden, als eminent produktive Ausgaben, die daher vom Staate zu fördern sind. Aber, meine Herren, die Arbeitskraft und der Arbeitswille braucht auch eine Arbeitsgelegenheit. Mit Unternehmerfeindlichkeit kommen wir nicht zu wirtschaftlicher Entwicklung. *(Zustimmung.)* Auch die Unternehmungen und selbst, wenn es große Aktienunternehmungen sind, sind der Förderung würdig. Allerdings wird sich der Staat seinen Anteil an dem Unternehmergewinn nehmen *(Zustimmung)*, sei es in Form von Steuern oder sei es vielleicht künftig in einer neuen erst zu schaffenden Form. Aber wenn man das will, so muß vor allem der Gewinn da sein und es muß die Unternehmungslust lebendig erhalten werden.

Wenn ich hier von der Förderung der Produktion durch Hebung der Volksgesundheit und Volksbildung spreche, wenn ich von der Förderung der Industrie und selbstverständlich auch der landwirtschaftlichen Produktion spreche, so bin ich mir bewußt, daß auch staatliche Mittel werden herangezogen werden müssen. Es ist mir klar, daß alle Maßnahmen zur Hebung der Produktion Geld kosten und daß andrerseits unsere Mittel beschränkt sind. Um so mehr ist es unsere Pflicht, mit diesen Mitteln ökonomisch vorzugehen, das heißt nach dem Grundsatze: mit dem relativ geringsten Aufwande den relativ größten Erfolg zu erzielen. Es ist mitunter bei uns vorgekommen, daß man aus sogenannten politischen Rücksichten sogenannte volkswirtschaftliche Aktionen und Unternehmungen fördern wollte oder gefördert hat, und da hat es sich auch sehr häufig ereignet, daß man mit dem größten Aufwand den geringsten Erfolg erzielt hat. *(Zustimmung.)* Diesen Luxus können wir uns künftig nicht mehr gönnen! Für unsere Ausgabenwirtschaft dürfen andere als sachliche Erwägungen nicht maßgebend sein, ich werde mich nicht auf diesen Weg begeben, andere als sachliche Erwägungen werde ich nicht gelten lassen und hoffe, daß das hohe Haus mich beim konsequenten Festhalten dieses Grundsatzes unterstützen wird.

Meine Herren! Bei einer rationellen, sparsamen und dabei doch produktiven Ausgabenwirtschaft, glaube ich, wird die Bevölkerung auch eher dafür Verständnis finden, daß die Einnahmen trotz allem erhöht werden müssen. Die Bevölkerung hat dann dafür Sinn, wenn sie den Eindruck gewinnt, daß die Einnahmen in einer ökonomischen und

rationellen Weise verwendet werden. Wenn es gelingt, daß das hohe Haus und die Regierung in diesem Sinne zusammenwirken, dann hoffe ich, meine Herren, wir werden es schaffen! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Der Minister wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem ersten Redner gegen, dem Herrn Abgeordneten Dr. Zahradník.

Abgeordneter Dr. **Zahradník:** Vysoká sněmovno! Spadl mi včera kamen se srdce, když promluvil pan ministerský předseda. Bál jsem se nějakých námluv, nějakých polovičatých slibů, bal jsem se aby snad některý oportunista od nás ne dal se poplésti, tak, že by zatoužil potom po salonu rakouských narodů — Vidni.

Konečně vláda promluvil ústy svého ministerského předsedy a řekla jasné a rozhodne slovo — a to zní, jak ani jinak jsem nečekal — ne. — Zůstanete nadale spjati centralisticko-německou obručí, budete na dále jezdit s penězi do Vidně pro milost a tak zvané pravo, my udělame si „doma“ sami pořádek a stydte se, kdo volate svět na pomoc. Sedmašedesátka jest pro nas „noli me tangere“ a ideologie Vaše jest popletená nemožná a nerakouská. — Trpte dále vy zde v Rakousku, a budou trpěti stejně dale vaši bratři v Maďarii. Neznáme Vaši vlasti — pro nás je vlasti jen chimera nami vybudovaná — Rakousko.

Děkuji slavné vládě za podobné jasné prohlášení a doufam, že po tomto slově přejde chuť každému z tábora českého poděkovati ještě této vládě, a že neodváží se nikdo z našeho tábora jediným snad pohledem uchazeti se o přízeň za to, co nám zase včera udělala.

Poněvadž však pan ministerský předseda ne umí česky a velká většina členu jeho kabinetu také nerozumí jazyku jednoho z největších narodu této říše a ja tych pece rad, aby take slavná vláda nám vývodům mohla věnovati pozornost prominte mně, že budu mluviti nadále po německu.

Hohes Haus! Mit einer gewissen Spannung habe ich gestern die Rede des Herrn Ministerpräsidenten erwartet; erstens war es ein öffentliches Auftreten einer verneuerten, vermehrten, dergeit definiven Regierung, in deren Namen der Herr Ministerpräsident gesprochen hat und zweitens haben wir schon vor geraumer Zeit gelesen, daß diese Erklärung ein Privatissimum des Herrn Ministerpräsidenten ist, daß er selbst daran arbeitete, daß gewissermaßen in dieser Erklärung sein eigenes Ich, seine eigene Überzeugung, sein ganzes Tun und Lassen ruht. Deshalb hat diese Erklärung für mich einen doppelten Wert. Es ist also eine offizielle Erklärung der österreichischen Regierung und zweitens ist es eine offizielle Erklärung des Herrn Dr. v. Seidler, in dessen Händen zur Zeit die Geschicke dieser Reichshälfte ruhen.

Wie ich im Eingange meiner Rede in meiner Muttersprache erwähnt habe, danke ich seiner Exzellenz für die Offenheit und Aufrichtigkeit, mit welcher er gesprochen hat. Seine Exzellenz hat einen großartigen Plan entworfen — um mich vor allem auf das Wirtschaftliche zu beschränken — einen Plan, der auf ganze Dezennien hinausgeht. Ich habe große Gesten gerne; aber wenn man zu einem so großen mächtigen Schritte ausholen will, muß man trachten, daß der andere Fuß, auf den man sich stützt, um zum zweiten Schritte auszuholen, recht fest steht, denn sonst kann einem das Unglück passieren, daß man ausrutscht und im wichtigsten Augenblicke umfällt. Seine Exzellenz hat das bewährte Losungswort vergessen: carpe diem! Rechne mit dem Tag, an dem Du lebst. Er hat großartige Rechnungen auf lange Sicht gemacht, hat aber vergessen, mit der Gegenwart zu rechnen *(Sehr richtig!)* und da werde ich so frei sein, Seiner Exzellenz ein bißchen zu Hilfe zu eilen. Seine Exzellenz hätte bei seiner bewährten Offenheit und Aufrichtigkeit sagen sollen: meine Herren, ich habe ein n großartigen Plan, aber ich muß Ihnen offen gestehen, die Zeit, in welcher wir uns befinden, ist furchtbar, ist trostlos, geben Sie mir den Rat, wie ich auskomme. Er hätte sagen sollen: unsere Länder sind ausgehungert, sind entvölkert und entkräftet, sind am Rande des Abgrundes. Er hätte uns fragen und hören können, was wir über die fruchtbarsten Länder dieser Monarchie werden sprechen müssen, über Böhmen und Mähren, die Futterkammer und Goldkammer dieser Monarchie. Wenn man dann solche Erlässe von den Zentralämtern in Wien herausgibt, wie zum Beispiel das Ernährungsamt den Erlaß Z. 77542, Departement 2, vom 16. September, wo man eine großartige Kartoffelernte ins Kalkül zieht, was überhaupt nicht einmal zur Hälfte zutrifft, weil man bei uns infolge dieser furchtbaren Dürre und Mißernte mit einem Ertrage von 90 Meterzentner pro Hektar rechnet, wobei ich Sie versichere, wir wären froh, wenn wir 40 Meterzentner pro Hektar haben würden — wenn man auf einer solchen Basis die Zukunft aufbaut, dann hat man es verloren. Mit solchen Ideologien können wir absolut nicht rechnen. Seine Exzellenz hätte sagen sollen, das Volk dort hat jetzt nichts zu essen, hat keine Schuhe, keine Kohle, kein Kleid, nichts, was das gewöhnliche Leben notwendig hat. Was wird, frage ich, das Volk nach 3 bis 4 Monaten machen? Ich habe Seiner Exzellenz und auch unserem Statthalter offen gesagt: paßen Sie auf, nach 4 Monaten

werden sich die Leute bei uns für eine Kruste Brot erschießen und Sie haben die Augen immer nur zu, sie wollen der furchtbaren Wahrheit nicht ins Auge schauen! Das hätte Seine Exzellenz sagen sollen, Seine Exzellenz hätte mit diesem schrecklichen Ernste dieser Gegenwart rechnen sollen. Seine Exzellenz sollte verkleidet in unsere Bezirke Beneschau, Tabor, Blašim, Selčan, gehen, sich die Menge von Gendarmen, die verschiedenen Kommissionäre und Agenten anschauen, welche den armen Leuten 5 bis 6 Kilo aus den Taschen rauben, welche alles kontrollieren, welche die Waggons durchschreiten, er sollte das Weinen und Wehklagen dieser Leute hören. *(Abgeordneter Janovec: Auch in Westböhmen! — Zwischenrufe.)* Das ist ein Raubzug, ein Ausplündern dieser gottgesegneten Länder. Man vergißt, meine Herren, es ist eine eiserne Logik: unsere Bauern bearbeiten schon zum viertenmale während des Krieges ihre Felder, Millionen von unseren Leuten stehen in den Schützengräben und 2 bis 3 fremde Leute leisten nicht das auf dem Gute, was der Bauer selber bei seiner Arbeit leistet. Unser Vieh ist entkräftet, unsere Maschinen und Geräte sind ruiniert, es gibt keinen Dünger und wäre auch, meine Herren, diese furchtbare Dürre nicht gekommen, Sie hätten diese Erträge nicht gehabt, denn es geht bergab und wird weiter bergab gehen. Die Herren sitzen aber beim grünen Tische und machen ihr Kalkül. *(Zwischenrufe.)* Die Herren geben ihre kaiserlichen und ministeriellen Verordnungen heraus. Gut, die Verordnung geht an den Herrn Grafen Coudenhove, der gibt sie an den Bezirkshauptmann, dieser gibt sie an den Gemeindevorsteher weiter. Aber, meine Herren, jemand ist da, dem man keine kaiserliche Verordnung geben kann, und das ist das Feld, das ist die Kuh. Denen kann man nicht befehlen, daß sie mehr tragen und mehr Milch geben sollen; da steht man ratlos. Ich sage das deshalb, meine Herren, um Sie aufmerksam zu machen, damit Sie ja nicht vielleicht überrascht werden, bis Sie hören werden — nicht etwa von Unzufriedenheiten; die Herren konnten schon vor mehreren Wochen in Asch — das ist kein böhmisches Gebiet — Plakate lesen: „Besser ein rascher Tod als ein langsames Aushungern." Das haben die Flugblätter in Asch vermeldet und bei uns, meine Herren, sagen die Leute heute schon ganz laut: Es ist gescheiter, man erstickt mich, wenigstens werde ich nicht langsam Hungers sterben.

Nun, da kommt Seine Exzellenz und macht, ohne auf diese traurige Gegenwart zu achten, großartige Pläne. Du mein Leber Gott, wie ich die Pläne gehört habe, habe ich mir gedacht: Umsonst, umsonst, das alles haben wir schon in diesem Hause längst vergessen. Er hat über einen großartigen Wasserwirtschaftsplan gesprochen. Meine Herren! Ich bin kein Techniker, aber was habe ich nur selber schon in diesem Hause, seit ich Abgeordneter bin, über diesen Plan gesprochen! Wie viele Jahre sind es schon her! Ich selber sitze an der Moldau. Wie hätte der Minister für öffentliche Arbeiten heuer lachen können, hatte er das gehabt, was wir schon vor Jahren der Regierung ans Herz gelegt haben, die Ausnützung der Wasserkräfte an der Moldau, wo er in der nächsten Nähe von Prag Tausende und Tausende von Pferdekräften hätte. Aber versteht sich, meine Herren, es war, sagen wir es aufrichtig, ein böhmisches Gebiet. *(Abgeordneter Hrásky: Deswegen nationale Konzessionen!)* Ganz richtig, wie Kollege Hrásky sagt: Alles wurde als nationale Konzession betrachtet. Die ganze Welt ging mit Riesenschritten an uns vorbei, nur wir waren in diesem Reigen immer die letzten. Ich muß offen gestehen, ich kam immer ganz trostlos vom Ausland zurück, wo ich gesehen habe, wie das Ausland sich rührt und was es macht und wie man in Österreich rückständig ist.

Er hat über die großartigen Pläne auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens gesprochen. Da ist es noch ärger als auf dem eben erwähnten Gebiete. Seine Exzellenz soll sich nur die Protokolle des Staatseisenbahnrates zur Hand nehmen, er soll in den Protokollen dieses hohen Hauses blättern und er wird eine Unmasse Anträge finden, welche alle dahin zielen, das Eisenbahnwesen zu heben. Nichts Neues wird er uns sagen. Aber er hätte dort auch gefunden — und wenn nicht, so hätte er dieses Buch hier, unsere letzte Interpellation zur Hand nehmen sollen — wie man im Eisenbahnministerium seine Aufgabe aufgefaßt hat. Er hätte sich überzeugt, daß es eigentlich unseren Eisenbahnministern und unserer Generaldirektion nicht daran gelegen war, die Leistungsfähigkeit zu heben; aber wehe dem Wächter und wehe dem Arbeiter, wenn er nicht deutsch reden könnte. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Der Teufel soll die Leute holen, sie sollen sich die Köpfe zerschlagen, es sollen Zusammenstöße stattfinden, aber die Herren von der Generaldirektion, die haben herumgeschnüffelt, die haben in den Direktionen und bei den Stationen ihre Spione gehabt und die haben überall herumgesucht, damit sie ja nur einen einzigen Lumpen finden, der es wagen würde, mit dem Untergebenen ein aufrichtiges Wort in der Muttersprache zu sprechen, mag er noch so gut und ehrlich sein auf fachlichem und sachlichem Gebiete. Das ist Nebensache. Hier wird Politik getrieben. Wir werden noch einmal mit dem Herrn Baron Forster und seinem verruchten System abrechnen. Das eine kann ich Ihnen sagen, daß in der kleinsten Hütte keiner so verflucht wird, wie er. Da muß vor allem getrachtet werden, daß seine Leute wie Speil, Appel, Mrazek, Strzizek, daß solche Leute bei der böhmischen Nordbahn wie Konečny, Jesser in Olmütz, Stein-

maßler in Pilsen, in ihren Positionen festgehalten werden, damit das Eisenbahnwesen recht stramm deutsch bleibt. Dann wundern Sie sich nicht, wenn solche Karten im Umlauf sind *(zeigt eine Ansichtskarte vor)*, wie zum Beispiel diese Karte „Reichsbund deutscher Eisenbahner Österreichs, Gesellschaft mit beschränkter Haftung". Da steht ein Eisenbahner mit einer großdeutschen Fahne vor dem Geleise, vor ihm stehen drei Slaven in Nationaltracht, halten in der Hand eine Eisenbahnerkappe und einen Eisenbahnermantel und der deutsche Eisenbahner ruft auf sie: „Dem Stande zum Wohle, dem Volk zu Nutz, dem Bruder zum Hort, dem Feinde zu Trutz." Also der Feind, das sind wir. Das sind Karten. So könnte ich, ich will mich eben mit dieser Sache nicht lange befassen, ganze Litaneien und Bücher darüber schreiben. Und da kommt dann Seine Exzellenz auf andere Gebiete, berührt auch aufrichtig und ganz richtig die Hebung der Kultur hier in Österreich. Da will man uns etwas sagen von der Hebung der Kultur. Durch jene Ämter, welche es treffen, mit einem Handstrich das Legat des Erzbischof Kohn für die zweite Universität zu streichen, welche sich erlauben, in diesen Zeiten, wo unsere Leute ihr Blut vergießen, das böhmische Volk derart zu ohrfeigen, denn das ist meine Herren, eine moralische Ohrfeige. Der Herr Ministerpräsident könnte diesen Worten mehr Aufmerksamkeit schenken als mit dem Heine dort sich immer zu unterhalten. Vielleicht werden wir einmal für den Herrn Ministerpräsidenten sehr begehrenswert sein. Nachdem wir dieses gehört haben, können wir seinen Worten keinen Glauben schenken.

Nun, Seine Exzellenz befaßt sich in seiner Rede, und zwar sehr eingehend mit der Politik. Zuerst haben wir gehört, daß die Rede des Herrn Ministerpräsidenten speziell wirtschaftlich sein und sich speziell auf wirtschaftlichem Gebiete bewegen wird. Aber ich muß offen gestehen, ich sehe und finde das Schwergewicht dieser Rede, eigentlich in ihrem politischen Teile. Ich greife aus der ganzen Rede diesen Satz heraus: „Ein starkes Österreich aber, in dem sich alle Völker wohl fühlen, wird die beste Garantie für einen baldigen und dauernden Frieden sein". In dem sich alle Völker wohl fühlen!

Meine Herren! Daß sich ein Volk irgendwo wohl fühlt, läßt sich nicht reglementieren. Die Macht hat die hohe Regierung nicht, um zu befehlen: Ihr Böhmen, ihr müßt euch in Österreich wohl fühlen, wir befehlen das. Das ist eine große Kunst und diese Kunst hat Österreich seit seinem Bestande nicht gelernt, so zu regieren, daß sich die Völker Österreichs hier wohl fühlen. Das sage ich Ihnen auf Grund jahrhundertelanger Erfahrung unseres Volkes. Speziell wir sollen uns wohl fühlen. Wofür? Wie benimmt man sich gegen uns?

Wie die herrschenden Kreise trachten, das böhmische Volk mit Liebe an sich zu fesseln, beweist unter vielen, vielen solchen Beweisen diese kleine Karte. *(Hört! Hört!)* Es ist eine offizielle Karte des Roten Kreuzes, Kriegsfürsorgeamt, Kriegshilfsbureau Nr. 202. Da steht ein Landsknecht in mittelalterlicher Tracht, gestützt auf ein Henkersschwert. Der sagt *(liest)*:

„Hab' ich mein Schwert zu Handen,
Red' ich das Teutsch gar fein,
Und werde wohl verstanden
In Welschland und Böheim."

*(Abgeordneter Vacek: Man betrachtet Böhmen als Feindesland! — Lebhafte Zwischenrufe.)* Das ist eine Gemeinheit, ich habe dafür nur diese Benennung. Ich möchte den Herrn Erzherzog Salvator und den Grafen Nostitz, die zwei Spitzen des Roten Kreuzes, fragen, was sie zu dieser Gemeinheit sagen. *(Zwischenrufe.)* Sie brauchen sich keine Mühe zu geben, diese Karte zu kassieren, ich habe sie photographieren lassen, sie bleibt also für alle Zukunft aufbewahrt.

In einer Zeit, wo unsere Leute an der Isonzofront das Kanonenfutter bilden, wo unsere Bauern die letzten Kartoffeln und ihr letztes Korn hergeben, erlauben, erfrechen sich die Herren, ein Volk, wie das unsere, auf solch gemeine Art und Weise zu beleidigen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Ich als Mitglied des Roten Kreuzes schäme mich und erkläre, daß ich diese Mitgliedschaft niederlege. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Ich erachte es unter meiner Würde und niemand soll zu mir kommen und sagen, daß ich illoyal bin. Mich ohrfeigen lassen und dafür zahlen, da wäre ich ein Hund. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen — Zwischenrufe.)*

Ein weiteres Beispiel dafür, wie man gegen uns vorgeht! Von Wien aus können sie in allen Sprachen der Welt telegraphieren: magyarisch, rumänisch, französisch, nur nicht böhmisch. Das wäre das Ende Österreichs. Wer weiß, meine Herren, ob Sie nicht einmal froh wären, wenn Sie von Wien aus nach Böhmen ein böhmisches Telegramm schicken könnten. Sie haben es noch nicht so sicher in der Tasche, es kommt vielleicht eine Abrechnung, die Ihnen nicht gefallen wird. *(Zustimmung.)* Es braucht nicht immer Ihre Rechnung in Erfüllung zu gehen, es kann auch umgekehrt ausfallen.

Vizepräsident **Jukel**: Ich erlaube mir, Herr Abgeordneter, darauf aufmerksam zu machen, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist.

Abgeordneter Dr. **Zahradnik**: Ich habe vom Klub die Erlaubnis, noch für einen anderen Herrn zu sprechen, wir haben zwei Redner statt drei.

Vizepräsident **Jukel**: Es ist nur zulässig, daß ein Redner die für ihn bestimmte Zeit spricht.

Abgeordneter Dr. **Zahradnik**: Man hat uns absichtlich gereizt. Ich muß offen gestehen, 90 Prozent unserer Bevölkerung ist überzeugt, daß die berühmten Flugblätter Rennenkampfs und des russischen Zaren in Mähren Falsifikate waren, welche hier in Österreich gedruckt wurden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Die Gewißheit dessen hat mir eine Entdeckung verschafft, bei welcher ich furchtbar erzitterte. Ich glaube es, daß die Herren den Mut hatten, das zu tun, da sie den Mut hatten, hier in Österreich die Proklamation des Lenin zu drucken. *(Hört! Hört!)* Die Proklamation, die Lenin an die russischen Arbeiter gerichtet hat, wurde hier in Wien heuer gedruckt. Das sind Dinge, die einmal herauskommen müssen. Rechnet man so mit uns, dann rechnen wir so.

Dabei verargt es der Herr Präsident dem böhmischen Volke oder der erdrückenden Mehrheit der böhmischen Abgeordneten, wenn sie zu Wien kein Vertrauen haben, wenn sie ihre Geschicke und Desiderien nicht auf den Tisch dieses Hauses, sondern auf den großen Tisch der ganzen Welt legen wollen. Wie kann man uns das verargen? Man spricht in einem fort von kleinen Völkern. Ich kenne keine kleinen Völker, für mich ist jedes Volk, auch das kleinste, gerade so wert, wie das größte. *(Sehr richtig!)* Es dürfen keine Vorrechte herrschen auf der Welt. Der Engländer und der Deutsche haben dasselbe Recht wie der letzte Zigeuner, wie der Rumäne, wie der Däne. Das moralische Recht, das Recht auf Achtung und auf Selbstbestimmung muß jedem, auch dem kleinsten Volke in gleichem Maße zugesprochen werden. *(Abgeordneter Fahrner: Und was ist's mit den Deutschböhmen?)* Dem deutschen Volke haben wir dieses Recht niemals abgesprochen. Man will uns zu einem kleinen Volke herabdrücken. Es wäre schließlich keine Schande, aber ich glaube nicht, daß die mehr als 10 Millionen Tschechoslawen ein so kleines Volk sind. Und die Herren Magyaren können sagen, was sie wollen, wir lassen unsere Brüder, die Slowaken, in ihrer Umarmung nicht. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir wollen, daß diese Leute auch als Menschen atmen, daß auch sie auf Kultur und menschliches Recht Anspruch haben, und wenn sie es dort nicht bekommen, dann wollen wir es ihnen hier bei uns zu Hause geben.

Die Herren sprechen vom Frieden. Es ist jetzt kein Wort auf der Welt, welches so willkommen wäre, wie das Wort Friede.

Ich begreife das, die Welt ist ermüdet, die Welt ist entkräftet und jedermann wartet mit Sehnsucht auf den Augenblick, wo man wird sagen können: nun ist es aus mit dem Blutvergießen. Aber, meine Herren, glauben Sie, daß unsere Leute deswegen ihr Blut vergießen, daß ihr Militarismus, Imperialismus, Germanismus noch weiter wüten? *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Glauben Sie, deshalb haben unsere Leute das alles ertragen? Nein, da täuschen Sie sich sehr! Wenn die Millionen von der Front zurückkehren, dann werden sie eine andere Sprache sprechen; sie werden sich nicht um die k. k. Regierung kümmern, wie sie es will, sondern die werden sagen, wir haben uns etwas Neues, etwas Anderes erkämpft, wir haben für die Freiheit, für die Gleichheit, für die Gleichberechtigung und dafür gekämpft, daß niemals mehr auf der Welt diese furchtbare Blutblüte aufkommen kann. Unsere Leute kämpfen und vergießen ihr Blut deshalb, damit es niemals mehr möglich sei, etwas derartiges auf der Welt zu sehen. Ja, meine Herren, diesen Frieden, einen vollen Frieden der gleichberechtigten Völker, einen vollen Frieden der gleichberechtigten Menschen, einen vollen Frieden der freien Menschen, den sehnen wir herbei, den wollen wir. Aber einen Frieden, der unsere Ketten weiterschmiedet, der uns weiterknechtet, den wollen wir nicht. Lieber ausbluten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* So spreche nicht nur ich allein und nicht nur unser Volk. Fragen Sie alle Völker Österreichs und ich bin überzeugt, auch manche von den deutschen Herren sind derselben Überzeugung. Fragen Sie den deutschen Mann draußen auf dem Lande, fragen Sie die Bataillone, die an die Front ziehen, und sie werden ihnen sagen: nur damit meine Kinder und Kindeskinder nicht so marschieren müssen wie ich und damit niemals mehr diese Welt das Unheil sehen möchte, wie es jetzt ist.

Für uns sind diese Friedensströmungen eine großartige Genugtuung. Wir haben den Krieg nicht gewollt. Sie haben gejubelt, wie der Krieg ausgebrochen war. *(Lebhafter Beifall.)* Nun, ich glaube, heute vergeht manchem die Lust und manchem der Siegesjubel; mancher wäre heute froh, wenn schon die letzte Stunde dieses furchtbaren Krieges schlagen würde. Wir wissen, man gibt sich alle mögliche Mühe, um den Frieden zu schließen. Es arbeiten alle möglichen Kräfte daran. Schauen Sie, meine Herren, ich habe den Mut zu sagen: es tut mir leid, daß der Papst an uns vergessen hat. *(Sehr richtig!)* Der Papst hat die Polen gekannt, der Papst ruft die irischen Bischöfe nach Rom, aber von unserem Volke weiß er nichts. Nun, wir werden auch das überleben und werden ohne diese Hilfe auch zu unserem Rechte kommen. *(Zustimmung.)*

Ich will die Herren nicht lange in Anspruch nehmen. Die Herren Deutschen haben in einer

Erklärung feierlichst versichert, daß sie niemals der Majorität Böhmens nachgeben werden, sie haben erklärt, sie werden sich der Majorität in Böhmen nicht fügen. Ich drehe das um und sage: Verargen Sie es uns nicht, wenn wir der Majorität hier nicht weichen werden. *(Zustimmung.)* Wir halten fest an dem, was wir Ihnen am 30. Mai gesagt haben. Ich sage Ihnen noch aufrichtig, ich habe keine Angst davor, es Ihnen zu sagen: Wir halten fest an dem, das die Sozialdemokraten in Stockholm gesagt haben, wir wollen einen selbständigen böhmischen Staat mit den Attributen der Souveränität. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)* Wozu sollte ich schweigen! Ja, die ganze Souveränität wollen wir haben, wir werden nicht nachgeben. *(Rufe: Wir werden auch nicht nachgeben!)* Gut, Sie wollen uns nicht weichen, wir werden Ihnen, der Majorität, auch nicht weichen, wir werden auf dem beharren, was wir beschlossen haben, und ich versichere Sie, es dürfte sich in Böhmen kein einziger Abgeordneter zeigen, kein einziger, sage ich, der nur mit einem einzigen Wort daran rütteln wollte; er würde vom Volke hinweggefegt werden. *(Abgeordneter Fahrner: Da werden Sie auf Granit beißen!)* Von diesem Granitbeißen könnten wir manches erzählen; ich könnte es auch umdrehen und sagen: Vielleicht werden sich andere Elemente die Zähne ausbeißen an dem Granit des böhmischen Volkes. Wir haben wohl manches im Kriege verloren, aber unsere Volkskraft haben wir Gott sei Lob und Dank noch nicht verloren. *(Zustimmung.)*

Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat uns gewarnt und hat erklärt, wir werden uns hier in Österreich selbst Frieden und Ordnung machen; er hat sich verbeten, daß Elemente sich finden, welche mit unseren Desiderien nach auswärts gehen wollen. Ich sage es Ihnen, ob es Ihnen gefällt oder nicht: Ich bin überzeugt, das, was wir wollen, bekommen wir von Ihnen nicht. Sie können es uns überhaupt nicht geben. Wir erklären weiter, daß die Frage des böhmischen Volkes etwas größeres, etwas wichtigeres ist auf der Welt, als daß wir sie hier in Wien lösen könnten. *(Zustimmung.)* Wir lassen uns von Zisleithanien nicht umgrenzen und wir warten nicht auf die Gnade oder Ungnade jener Elemente, welche es mit dem böhmischen Volk nie aufrichtig gemeint haben. *(Bravo!)* Deswegen wundern Sie sich nicht, es ist kein Hochverrat, es ist ein Notschrei des ganzen Volkes.

Wir rufen von dieser Stelle der ganzen Welt zu: Die böhmische Frage darf nicht von der Oberfläche verschwinden, die böhmische Frage ist da und bleibt da, über die böhmische Frage wird man auf dem Weltkongreß verhandeln müssen, weil es das böhmische Volk wünscht und verdient. Ich habe geschlossen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Sylvester das Wort.

Abgeordneter Dr. **Sylvester**: Hohes Haus! Mein sehr verehrter Herr Vorredner hat in fetten Lettern seiner Stimmung Ausdruck gegeben und ich hatte manchmal den Eindruck — ich bin ihm genau gefolgt —, als wäre er ein Redner aus jenen Parlamenten, denen wir in harter Feindschaft gegenüberstehen. *(Zustimmung.)* Er hat Dinge vorgebracht, die ich von dieser Stelle aus nie und nimmer gesagt hätte, wenn sie auch wahr wären. Ich will auf die Einzelheiten seiner Rede nicht eingehen, ich bedauere, daß ein katholischer Priester hier solche Haßreden hält. *(Zustimmung.)* Und ich habe es auch sonderbar gefunden, daß ein katholischer Priester auch solche Worte gegen den Papst vorbringt.

Auch über gewisse Kleinigkeiten, die vorgekommen sein sollen, die ich selbst bedauere, hat er gesprochen, zum Beispiel über Karten usw. Das sind aber einzelne Fälle, die man doch nicht generalisieren soll. Auch auf Ihrer Seite kommen Dinge vor, die wir als sehr anstößig und beleidigend ansehen, aber wir werden sie gewiß nicht generalisieren und Sie dafür nicht verantwortlich machen. Es ist das eine traurige Tatsache, die eine Folgeerscheinung der Haßreden ist, die hier gehalten werden.

Und nun wende ich mich den Worten Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten zu. Seine Exzellenz hat gestern eine umfangreiche Programmrede gehalten. Er hat eine Programmrede gesprochen, die wir hier schon wiederholt gehört haben. Ich selbst habe bereits 16 Ministerpräsidenten in ähnlicher Weise und ähnlichen schönen Reden sprechen hören.

Ich muß sagen, der Herr Ministerpräsident ist gewiß ein ehrlicher, ein braver, ein fleißiger Mann. Er hat ein Programm der ministeriellen Kleinarbeit gegeben, Ministerium ist an Ministerium gereiht, jedes Ministerium hat sich geäußert, seine Grundsätze klargelegt. Wir sehen, wenn wir die Programmrede verfolgen, das Eisenbahnministerium, das Handelsministerium, das Kultusministerium, das Ministerium für öffentliche Arbeiten und können genau auch seine Rede in Ministerien abteilen. Ich möchte das Ministerium aus diesem Grunde ein „Ministerium der Kleinarbeit" nennen. Ich hoffe aber, daß trotzdem aus dieser Kleinarbeit eine Großarbeit werde und daß alle diese Ziele und Programme, die verlautbart worden sind, sich verwirklichen mögen.

Wenn der Herr Ministerpräsident beispielsweise vom Eisenbahnministerium spricht, daß wieder Verstaatlichungen geschehen sollen, so möchte ich ihn aufmerksam machen, er möge sein Hauptaugenmerk auch auf die Südbahn richten. Es ist ein Wunsch und ein jahrelanges Petit der Alpenländer, daß dieses große Bahnnetz verstaatlicht werde. Das Arbeitsministerium hat hingewiesen auf das Elektrizitätsgesetz, das in Angriff genommen wird und darauf, daß die Wasserwirtschaft gefördert werden müsse, weil ja ungeheure Kräfte in unseren Gletschern liegen usw. Das hätte vor zehn Jahren ganz anders gewirkt. Damals hat sich das Privatkapital auf die Ausbeutung der Wasserkräfte gestürzt und wir hätten alle Wasserkräfte in den Alpen längst ausgenützt, wenn nicht von seiten der Ministerien die größten Hindernisse bereitet worden wären. Da war der Hemmschuh gelegen und wir würden heute keine Kohlennot haben, wenn diese elektrischen Kräfte ausgebeutet worden wären. Ich will die Hoffnung daran knüpfen, daß es endlich in dieser Beziehung anders werden wird.

Es wurde auch von unseren Handelsverträgen gesprochen. Ich will hierzu nichts sagen, weil ja die Verhandlungen im vollen Zuge sind; nur einen Wunsch möchte ich daran knüpfen, es möge die Freiliste möglichst lange werden. Ich will heute nicht die Frage der Zollunion, des wirtschaftlichen Zusammenschlusses, der Bevorzugungen usw. hier erwähnen, ich sage nur, es möge eine möglichst große Freiliste herauskommen und dann ist ohnedies die innigste Wirtschaftsvereinigung gegeben, die uns einerseits mit Ungarn, andrerseits mit dem Deutschen Reiche verbinden wird.

Der Herr Vorredner hat heute auch von Imperialismus, von Germanismus usw. gesprochen und hat diese beiden Gedanken in Verbindung gebracht.

Meine Herren! Der Imperialismus ist nicht in Deutschland erstanden, der Imperialismus hat seine Wiege in einem ganz anderen Lande, der Imperialismus ist in England erwachsen *(Zustimmung)*, aber ich habe in diesem Parlamente nie ein Wort gehört, in welchem dieser imperialistische Gedanke Englands irgendwie näher ausgeführt worden wäre. Allerdings wurde in Broschüren unseres gewesenen Mitabgeordneten Dr. Alexander Peez und anderer auf den imperialistischen Gedanken, der eigentlich doch diesen Krieg hervorgerufen hat, hingewiesen. Aber wenn die Herren die Entente zu Hilfe rufen, so ist es notwendig, hier endlich darauf hinzuweisen, daß die Wiege des Imperialismus England ist. England hat jetzt 400 Millionen Einwohner und beherrscht nahezu die ganze Erde. England hat die Freiheit der Meere unterdrückt und England ist eigentlich an allem schuld. Und welches ist das ausgebeutetste, das am schlechtesten regierte Land in Europa? Das ist Irland. Und der große irische Patriot Roger Casement wurde vor nicht allzu langer Zeit hingemordet, alles nur infolge des imperialistischen Gedankens Englands. Und darum, wenn man hier fortwährend die Souveränität des tschecho-slovakischen Volkes, wenn man hier die Souveränität der Südslawen fordert und die Unterstützung der Entente verlangt, so begreife ich nicht, wie man darauf bauen kann, da England Irland in ungeheuerlicher Weise unterdrückt und alles hinmordet. Von einem Lande, das so gegen seine eigenen Staatsgenossen vorgeht, kann doch nie erhofft werden, daß es im Interesse eines anderen Volkes auftreten werde. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Und wenn endlich von der Freiheit der Meere gesprochen wird, so müßten wir einen neuen Krieg mit England führen, um zur „Freiheit der Meere" zu kommen. Wenn wir von der „Freiheit der Meere" sprechen, müssen wir insbesondere das Mittelmeer in Betracht ziehen. Aber auf das Mittelmeer hat England seine schwere Tatze gelegt, es steht in Gibraltar, es steht in Malta, in Cypern und Suez. Und wir können nicht einmal aus der Adria hinausfahren, ohne in ein rein englisches Meere zu kommen. Da ist der Hebel anzusetzen und da müssen wir einen neuen Krieg gegen England führen, damit das Mittelmeer frei werde. Ich habe schon vor Jahren den Satz geprägt: Das Mittelmeer seinen Anrainern. Es wurde dazumal im englichen Parlament interpelliert und natürlich eine nichtige Antwort gegeben. Aber da liegt eigentlich der Hund begraben. Die Freiheit der Meere wird erst dann eintreten, wenn England in Gibraltar, in Malta, in Cypern und in Suez zurückweicht. *(Sehr richtig!)*

Und nun, meine Herren, möchte ich auch noch auf Frankreich hinweisen. Frankreich ist heute eigentlich nur mehr eine Dependance von England; England steht ja schon in Calais und wird auch Calais in absehbarer Zeit nicht lassen. Frankreich gibt sich der Kollektivillusion hin, es werde Elsaß-Lothringen bekommen. Das Volk ist krank und wird immer kränker werden, wenn es von diesem Gedanken nicht abgebracht wird.

Und Italien, meine Herren! Italien, mit dem wir jetzt vielleicht bald im härtesten Kampf leben werden, ist ein Land, welches uns eigentlich einigen sollte. Gegen Italien gibt es keine Gegnerschaft mit den Südslawen, gegen Italien müssen wir und die Südslawen in gleicher Weise ankämpfen. Die Freiheit der Adria muß gegen die Italiener geschützt werden sowohl von uns als von den Slowenen, wie von den Kroaten, von den Serben, von den Albanern und den Griechen, alle müssen wir zusammenstehen, damit das Adriatische Meer nicht ein „mare nostro" werde. Da gibt es unter uns

keine Gegnerschaft und in diesem Punkte möchte ich auch an die Südslawen den Appell richten, sie mögen die Deutschen und die Griechen und Kroaten unterstützen, damit die Adria ein freies Meer bleibe.

Und nun, meine Herren, komme ich noch zu dem vierten Reiche, zu Rußland. Es wurde uns wiederholt vorgeworfen, daß wir den Verhältnissen in Rußland und den einzelnen Völkern Rußlands gleichgültig gegenüberstehen. Das ist nicht der Fall. Ich habe schon vor mehr als 20 Jahren eine Kundgebung unterschrieben, die die Finnen an Europa gerichtet haben. Mancher Parteigenosse hat damals gelächelt, aber ich hatte schon damals die finnische Geschichte studiert und habe gesehen, daß kein Volk in Europa mehr unterdrückt wird als die Finnen. *(Abgeordneter Dr. Hrásky: Noch mehr wie die Böhmen? — Heiterkeit.)* Daher begrüße ich es, wenn Finnland jetzt mehr Autonomie gewährt werden soll, wenn Finnland ein freies Land wird. In gleicher Weise freue ich mich aus vollstem Herzen, wenn die Ukraine frei wird. Ich habe immer ein tiefes Verständnis für die ukrainische Bewegung gehabt, wenn verlangt wurde, daß eine Selbständigkeit dort eintritt. Ich habe immer gesagt, es ist am besten, der Ukraina Autonomie zu gewähren, dann wird sich das Land heben, die Ukraina wird dann an das Meer angeschlossen werden. Es ist daher zweckmäßig, daß es auch hier und vom deutschen Standpunkte aus ausgesprochen wird, daß die Selbständigkeit dieser Länder — möge sie auch bis zur Souveränität gehen — gefördert werden möge. Das gleiche gilt auch von Esthland, Livland und Litauen.

An sie alle, meine Herren, möchte ich aber eine Bitte richten. Ich war ja lange Zeit, durch sechs Jahre Ihr Präsident und habe die Schmerzen der einzelnen Nationen genau kennen gelernt; viele haben sich mir im engeren Kreise anvertraut und ich kann mich auch in den Geist und die Gemütsstimmung der Einzelnen hineinversetzen; ich habe mit jeder einzelnen Partei in diesem hohen Hause mitgefühlt, habe sie verstanden oder wenigstens zu verstehen gesucht.

Meine Herren! Wir sind an dieser harten Scholle in Österreich einmal zusammengekettet, wir können nicht auseinandergehen, und wenn Sie auch zu einer selbständigen Staatlichkeit, zur „Souveränität" gelangen, wir bleiben doch immer beisammen, wir sind zusammengewürfelt und die Fragen, die dann entstehen, die sind noch viel schwieriger als die, die jetzt in dem Gesamtstaate Österreich zu lösen sind. Wir werden uns auch dann auseinanderzusetzen haben, aber diese Auseinandersetzung wird noch viel schwieriger sein. Denken Sie doch den Gedanken der Selbständigkeit durch, dann werden Sie vielleicht zu einem ganz anderen Resultat kommen als heute. Der Gedanke eines tschechoslowakischen Reiches, der Gedanke eines südslawischen Reiches ist an sich für Sie sehr schön. Wie lange wird das alles aber vorhalten? Einige Jahre und Sie werden untereinander und mit den dazwischen geschobenen Völkern in einen sehr harten Kampf kommen. Wir sind nun einmal auf einer Scholle zusammengewürfelt, zusammengestoßen, wir müssen uns hier vertragen und darum möchte ich solche Reden, wie sie der sehr geehrte Herr Vorredner hier gehalten hat, nie mehr in diesem Hause hören. Vertragen wir uns, setzen wir uns zusammen und beraten wir uns in Ruhe über die künftige Ausgestaltung und dann wird es auch in Österreich besser werden. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Adler. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Hohes Haus und sehr gechrte Herren! Unsere jetzige Arbeitsperiode ist gestern durch eine Rede des Herrn Ministerpräsidenten eröffnet worden, die durch ihre Reichhaltigkeit uns alle festgehalten, fasziniert hat. Wir waren erstaunt über die lange Reihe von Absichten, die die derzeitige Regierung hat. Ich wünsche vom Herzen, daß ein gewisser Prozentsatz von den Hoffnungen, die bei Naiven durch dieses Programm etwa erweckt werden könnte, auch in Erfüllung gehe. Aber, meine Herren, wir dürfen uns nicht verhehlen — den guten Willen der Regierung, des Herrn Ministerpräsidenten insbesondere, in allen Ehren — der gute Wille ist viel, aber er ist nicht alles. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß das, was uns der Herr Ministerpräsident entrollt hat, nicht nur ein Verzeichnis der Dinge war, die zu erstreben sind, sondern vor allem ein Verzeichnis der Rückständigkeiten, unter denen wir leiden *(Sehr richtig!)*, ein Verzeichnis dessen, was bei uns fehlt. Es war nicht nur ein Katalog unserer Hoffnungen, sondern ein Katalog der Sünden Österreichs, der uns da verlesen wurde. *(Zustimmung.)* Und wir müssen uns sagen: Wenn es schon nicht früher zustande gebracht wurde, welche Vorbedingungen sind heute dafür da, daß es anders werden kann?

Wir stehen inmitten eines Leichenfeldes — und da spreche ich jetzt nicht von den Hunderttausenden, die draußen an allen Grenzen liegen, begraben und noch unbegraben, die geblutet haben; ich spreche nicht von dem Verluste an Volkskraft, der allen Völkern zugefügt wurde —, ich spreche zunächst von dem Leichenfelde, das wir in Österreich haben, ein Leichenfeld und ein Trümmerfeld, das geschaffen wurde im Innern des Landes durch die unverantwortlichen Exzesse des Kriegsabsolutismus, unter dem wir gelitten haben. *(Sehr richtig!)* Daß dieses Haus zusammentritt, wird schon als ein

Wunder, als ein Erfolg, als etwas Ungeahntes und fast nicht mehr zu Gewärtigendes betrachtet.

Meine Herren! Rekriminationen haben nur dann Zweck, wenn sie fruchtbar sind. Ich wünsche nicht die Schuldfrage aufzuwerfen. Wir wünschen nicht, die Schuldfrage in Bezug auf den Krieg, auf die Veranlassung des Krieges im internationalen Verkehre aufzuwerfen. Sie wissen, daß wir das nicht wünschen; wir haben unsere guten Gründe dafür, weil uns das dem Frieden, nach unserer Überzeugung, nicht näher bringt. Darum aber, meine Herren, verzichten wir nicht auch für die Zukunft auf die Untersuchung der Schuldfrage an dem Kriege auch hier. *(Sehr richtig!)* Und wenn Sie mir ein Wort gestatten — es soll für niemanden verletzend sein, aber für Viele eine Erinnerung; ich erinnere Sie daran: als wir von dem Baseler internationalen Sozialistenkongreß zurückgekommen sind, wo wir unter der größten Bewegung der Arbeiterschaft der ganzen Welt eine Friedensresolution beschlossen haben, deren einzelne Teile bis in das Einzelne heute eigentlich die Zielpunkte der ganzen Friedensbewegung, alles dessen, was Aussicht hat verwirklicht zu werden, sind, da konnten wir in diesem Hause unseren Beschluß nicht einmal zur Kenntnis bringen *(So ist es!)*, konnten vor den Arbeitern Österreichs nicht einmal aussprechen, was sie selbst durch ihre Delegierten in Basel ausgesprochen haben. Das war ein Jahr vor dem Kriege. Ich erinnere Sie daran!

Meine Herren! Der Krieg ist gekommen. Wir haben gegen ihn gekämpft bis zur letzten Minute, mit allen Mitteln, die zu unserer Verfügung gestanden sind. Sie wissen, wer unsere Gegner waren. Sie wissen, wie man uns bekämpft hat. Da ist der Krieg gekommen und wir haben getan, was wir tun mußten. Wir haben uns den Verhältnissen angepaßt und von der Arbeiterklasse zu erhalten gesucht, was sich durch unser Mitarbeit erhalten ließ. Das war unsere Haltung. Aber darum haben wir die Abrechnung nicht aufgegeben.

Aber, meine Herren, wenn schon die Schuldfrage im internationalen Verkehr zu dieser Stunde nicht am Platze ist, so wage ich es, ehrlich gesagt, gar nicht, sie auch für uns in Österreich, im Inlande, aufzuwerfen. Auch das ist uns bis zu einem hohen Grade in diesem Moment verwehrt. Aber so wie in der Frage nach dem Frieden in der Welt die eigentliche Schuldfrage heute lautet: Wer widersetzt sich dem Frieden? Wer ist Schuld daran, daß der Krieg fortgesetzt wird? — wie er angefangen hat, darüber werden wir später reden —, so müssen wir heute fragen: Wer ist in Österreich schuld und was ist daran schuld, daß wir in Österreich, innerhalb des Reiches nicht zu friedlicher Arbeit, zu einem gemeinsamen Zusammenwirken kommen, wie es alle Völker brauchen? Das ist die innere Schuldfrage.

Meine Herren! Darauf haben wir von dem Herrn Ministerpräsidenten eine Antwort bekommen, die ja in ihrer Allgemeinheit gewisse Aussichten eröffnet, aber ich gestehe, sie genügt nicht. Wenn ich sage, wir haben in Österreich ein Trümmerfeld, so meine ich nicht nur die Menschen, sondern die Einrichtungen: Desorganisation überall, Zersetzung, physische und vor allem auch psychische Zersetzung, bis in Gegenden und Schichten, wo es der gewöhnliche Sterbliche sich nicht immer vorstellt, Verzweiflung an der Zukunft, vollständiger Mangel an Selbstvertrauen. Nun, meine Herren, wenn diese Empfindung weiter vorwalten sollte, dann ist uns mit den Aussichten, die uns der Herr Ministerpräsident eröffnet, wahrhaftig nicht gedient.

Mein unmittelbarer Herr Vorredner, Kollege Sylvester, hat Ihnen gesagt, die Kleinarbeit, die da vorgeschlagen wurde, ist etwas Wichtiges. Es gibt keinen, der das mehr schätzt, als ich und ein reeller Fortschritt auf irgend einem Gebiete wird mich immer, so gut es meine Kräfte vermögen, als Mitarbeiter und Förderer finden. Ich bin darin so optimistisch wie nur einer von Ihnen, aber, meine Herren, das hilft uns nicht über den Berg. Wenn wir nicht dazukommen, die einzige Seite, die dieser Krieg uns günstiger gestaltet hat, zu benützen, wenn wir nicht dazukommen, eine Neugestaltung des Zusammenlebens der Völker in diesem Reiche durchzusetzen, so werden alle diese wirtschaftlichen Schönheiten, die ich gewiß nicht unterschätze, verloren sein. Brot ist wichtig und war nie wichtiger als jetzt, wo es so viele entbehren müssen. Daran ist gar nicht zu zweifeln. Aber die Menschen leben nicht vom Brot allein und wir müssen den Moment nützen — die eine Seite; so wie wir international den Moment nützen müssen, um den Zwist, um die Folgen des Kapitalismus und Imperialismus nach Menschenmöglichkeit aus der Welt zu schaffen, so müssen wir in Österreich diesen Moment nützen, wo die Dinge endlich in Fluß sind. Mehr ist nicht zu sagen. Was durch Jahrzehnte und Generationen unbeweglich war, ist heute flüssig geworden; es sind Möglichkeiten eröffnet, Möglichkeiten, die nach abwärts und zur hilflos-impotenten Verwüstung führen können, die aber, wenn sie richtig erfaßt werden, zu einem Neubau, der unser und der Zukunft würdig ist, führen. Meine Herren! Die Regierung hat natürlich darin eine schwere Aufgabe und sie wird, muß ich schon sagen, dadurch allein nicht erfüllt, wenn sie dem Verfassungsausschuß ein paar Leitsätze für die nationale Abgrenzung, für die Kreiseinteilung usw. vorsetzt. Sehr notwendig ist: wir brauchen ein Substrat, wir brauchen eine Anknüpfung. Aber was wir von einer Regierung auch brauchen würden, das wäre die Kraft, die suggestive Kraft, die Vertreter

dieser Völker zusammenzuführen und sie in einer Diskussion zu vereinigen, den festen Willen, nicht nur Material hinzusetzen, sondern auch die Schöpferkraft loszumachen, zu befreien. Nicht als ob ich, meine Herren, alles auf die Tätigkeit des Parlaments setzen würde und als ob ich meinen würde, daß das Parlament, das so viel kann, in diesen Dingen alles kann. Der parlamentarische Kretinismus — eine Diagnose, die Karl Marx gefunden und gestellt hat — liegt mir völlig fern. Ich weiß, es handelt sich darum, was in den Massen, in den Völkern draußen vorgeht und diejenigen, die sich einbilden, daß es hier nur auf Couloirabmachungen und auf Ausschußabstimmungen ankommt, ohne daß in den Massen dasselbe empfunden wird, ohne zu wissen, daß wir nur verwirklichen können, was draußen lebt und leben kann, die geben sich groben Täuschungen hin.

Meine Herren! Ich bedaure sehr, daß Karl Marx damals diesen parlamentarischen Kretinismus als eine unheilbare Krankheit bezeichnen mußte. Hoffen wir, daß nicht zu viele hier davon erfaßt sind. Aber was wir brauchen, was notwendig ist, das ist das Bewußtsein, daß die alte Zeit vorbei ist *(So ist es!)*, daß wir mit dem, was war, brechen müssen — das ist keine historische Auffassung, nicht das Gewesene, ist das Substrat der Historie und des historischen Weiterarbeitens, sondern das Gewordene, und geworden, meine Herren, sind die Dinge ganz anders; das hat nicht der Krieg bewirkt, sondern das hat der Krieg enthüllt. Geworden ist, daß sich die Völker nicht mehr durch den Korporalstock und aus dem Bureaukratenzimmer, aber auch nicht mehr durch den Galgen kommandieren lassen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Das ist eine erledigte Sache. Wir haben zu viel Blut gesehen, als daß noch ein Volk Blut fürchten würde, wir haben zu viel Elend gesehen, als daß ein Volk sich noch schonen würde im Kampfe um sein Höchstes, um seine Existenz. *(Beifall.)*

Meine Herren! Dem müssen Sie Rechnung tragen. An unsere Arbeit müssen wir gehen, durchdrungen von dem Gedanken: wir müssen ein neues Österreich, wollen wir einmal sagen — bei dem Namen wird es wohl bleiben — aufbauen, aber je weniger dieses neue Österreich dem alten gleichschaut, um so besser wird es sein. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Meine Herren! Wir haben hier vom Herrn Ministerpräsidenten gehört, daß die Regierung an dem alten österreichischen Staatsgedanken festhalten wird. Niemand von uns hat etwas anderes erwartet und ich glaube fast, daß dem alten österreichischen Staatsgedanken durch die Hilfe des von mir sehr verehrten Dr. Seidler so wenig geholfen sein wird, wie durch die Hilfe und Überzeugungstreue sehr vieler seiner Vorgänger. Von den Reden der Ministerpräsidenten kann der österreichische Staatsgedanke einmal nicht leben *(Sehr richtig!)*, mögen sie noch so warm, mögen sie noch so ehrlich gemeint sein. Das ist eine Unmöglichkeit.

Der österreichische Staatsgedanke ist schließlich ein schönes Wort, aber im Laufe der Zeiten und im Laufe der Entwicklung der Völker sind mit dem Begriffe verschiedene Dinge verbunden worden. Für mich und für meine Partei zum Beispiel ist der österreichische Staatsgedanke nicht der Volksstaat, auch nicht der freie Volksstaat, sondern der Völkerstaat und der freie Völkerstaat. Nicht einen Moment lassen wir die Tatsache aus den Augen, daß Österreich das Resultat der Notwendigkeit des Zusammenwohnens dieser Völker ist, daß Österreich nur bestehen kann, wenn man das als den Inhalt dieses Staatsgedankens ansieht. Die Völker, nicht aber die Einschränkungen, sondern die Entwicklung der Völker, nicht, was für Opfer diese Völker zunächst bringen müssen, um den vermeintlichen Staatsgedanken herrschend zu machen und herrschend zu belassen, sondern das, was die Völker und jedes einzelne Volk zu seiner Entwicklung braucht und welche Forderungen alle zusammen darum an den Staat stellen müssen, das ist der Staatsgedanke.

Die Forderungen der einzelnen Völker an den Staat sind keine Beeinträchtigung des Staatsgedankens. Natürlich spielt das Wort „Staat", je nachdem man es definiert — Worte sind eben Worte — eine sehr verschiedene Rolle, so, wie ich sehe, daß nunmehr auch das Wort Souveränität beginnt, in diesem Wurstkessel von Begriffen, der jetzt sich gebildet hat und immer weiter geht, hineingeworfen zu werden.

Meine Herren! Wir haben eine sehr temperamentvolle Rede vom ersten Redner in der Debatte gehört, der die Souveränität des tschechischen Volkes usw. gewünscht hat und überzeugt ist, daß sie das Resultat des Krieges, respektive des Friedens sein wird. Alle Achtung, allen Respekt, ja, ich sage, ich sympathisiere mit den Bestrebungen des tschechischen Volkes nach selbständiger Entwicklung und Betätigung aller seiner Kräfte, ökonomisch, kulturell, politisch, alles; aber, meine Herren, die Tatsache können alle diese Wünsche nicht aus der Welt schaffen, die Tatsache, daß wir eben zusammenleben müssen, die Tschechen mit den Deutschen und mit einem halben Dutzend Nationen. Nicht wahr? Und da macht das Wort „Souveränität" die Sachen ein bißchen zweideutig. Ich sage das im Zusammenhange mit Dingen, die ja von dem Herrn Redner nicht direkt, glaube ich, genannt worden sind, die aber in der letzten Zeit eine große Rolle gespielt haben. Ich sage das schon im Zusammenhange mit der Art und Weise, wie man sich die Ordnung in Böhmen usw. vorstellt. Wir Sozialdemokraten waren seit dem Jahre 1848 die ersten, die die Idee von

damals, eine wirkliche Autonomie der Nationen zu schaffen, aufgegriffen und auf die Tagesordnung gesetzt haben, für uns zunächst, ungehört und verhöhnt. Heute ist dies ein Schlagwort geworden. Wir sind von der Vorstellung durchdrungen, daß wir nicht anders leben können, als mit Gewährung dieser Selbständigkeit an jede Nation, mit Gewährung eines einheitlichen Zusammenlebens, ich möchte sagen, einer Personalität an die Nation. Wir wollen das und wollen darin so weit gehen, als es irgendwie möglich ist, ohne Dinge unmöglich zu machen, die eben nur gemeinsam gemacht werden können.

Aber, was wir nicht wollen, das ist: Wenn wir deutschen Sozialdemokraten den anderen Nationen gewähren — nicht im Sinne etwa einer Spende oder einer Gnade, sondern einer Anerkennung ihres Rechtes auf selbständige und freie Entwicklung innerhalb dieses Nationenverbandes, den Österreich darstellt —, so sind wir andrerseits nicht geneigt, uns nehmen zu lassen, was wir den anderen gewähren. *(Zustimmung.)* Das ist kurz unser Standpunkt in dieser Beziehung, ich hoffe, Sie werden mich verstehen. So wie wir glauben, daß es weder für die Deutschen noch für das Reich ein Vorteil ist, irgendeiner Nation, auch der tschechischen, eine deutsche Fremdherrschaft aufzudrängen, ebenso wollen wir für unser Volk freie Gesamtentwicklung haben in diesem Lande und wollen keiner Fremdherrschaft in keinem Teile dieses Reiches unterstellt sein. Das müssen die Tschechen begreifen, die tschechischen Politiker aller Parteien und darin wird für sie wohl auch eine Grenze liegen müssen — ich sage nicht des Wünschbaren. Aber wenn sie das, was sie wünschen, in irgendeinen Zusammenhang bringen wollen mit dem Erreichbaren, wenn sie nicht Utopien nachjagen wollen, die sie nirgends erreichen können, weder hier noch an irgendeinem Konferenztisch der Welt, weil sie mit den Tatsachen im Widerspruche stehen, wenn sie das nicht wollen, dann werden sie das Wort von der „Souveränität" den uns einmal aufgezwungenen Tatsachen anzupassen verstehen.

Ich gestehe, es ist nicht leicht; es ist für die anderen Nationen nicht leicht und für uns nicht leichter. Wenn ich gesagt habe, es ist uns von dem Kriegsabsolutismus ein Trümmerfeld zurückgelassen worden, so habe ich zu wenig gesagt. Es ist durch eine unverantwortliche Politik während dieser drei Jahre, abgesehen vom Kriege, im Innern eine Vergiftung zwischen den Nationen zurückgelassen worden *(Zustimmung)* und jeder Denkende mußte ächzen und weinen, möchte ich sagen, während dieser Zeit — sprechen durfte er ja nicht, wir sind ja mit dem Knebel im Munde herumgegangen —, ächzen darüber, weinen darüber, wenn er gedacht hat, was man durch gewaltsame, gewalttätige, unnütze, nicht nur überflüssige, sondern auch augenblicklich gemeinschädliche Maßregeln an den Völkern verbrochen hat. Da spreche ich nicht von dem, was die Individuen erlebt haben, ich spreche nicht von den Verlusten an Blut und Gut für die Völker, sondern von dem, was wir für die Zukunft, für unsere Entwicklung, für unser politisches Zusammenleben, was wir für Verwüstungen haben schaffen lassen müssen während dieser Zeit. Warum? Weil es der Traum von einigen Leuten war, man könne in Österreich die nationale Frage so wie alles in der Welt mit dem § 14 ordnen *(Sehr richtig!)* und weil wir eine Regierung gehabt haben, die rechts gefoppt hat und links gefoppt hat *(Sehr gut!)*, die Hoffnungen erweckt hat da und dort und auf beiden Seiten getäuscht hat.

Meine Herren! Das Resultat aber haben wir heute. Und nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich Sie bitte: Lassen Sie diese gegenseitige Vergiftung, lassen Sie diesen Groll, der sich angesammelt haben muß, lassen Sie ihn nicht so weit gehen, daß er unsere Zukunft völlig unmöglich macht und ruiniert. Lassen wir die Toten ihre Toten begraben! Seien wir uns bewußt, daß wir neu anfangen müssen; sehr neu, sehr tief müssen die neuen Fundamente gelegt werden und der irrt sich sehr, der glaubt, daß er auf dem Alten nur ein Scheingebäude aufrichten kann. *(Sehr richtig!)* Er würde sich sehr betrügen. Aber lassen wir wenigstens das, lassen wir den Rückblick, lassen wir auch — und das ist nicht zum mindesten an unsere deutschen Herren gerichtet — lassen wir auch die alten Träume endlich fahren von der Mission, der wir entweder hier nicht gewachsen sind oder die wir vielleicht nicht haben, die aber keinesfalls geeignet ist, uns ein Recht auf Herrschaft irgendeiner Art zu geben.

Und die slawischen Herren und insbesondere die uns ja am nächsten stehenden tschechischen Parteien möchte ich auch bitten, sie mögen die alten Dinge ruhen lassen. Ich erinnere mich an eine Zeit, wo man in einer gewissen freimütigen Stimmung von den „vergilbten Pergamenten" gesprochen hat, die nicht mehr Geltung haben können. Sie haben nach dem Kriege nicht mehr Geltung und nicht mehr bindende Kraft als vor dem Kriege, täuschen Sie sich doch darüber nicht.

Meine Herren! Wir können nicht davon leben, was die Ahnen gemacht haben, sondern wir müssen bedenken, daß wir selber Ahnen sind *(Sehr gut!)*, und daß es von unserer Kraft, von unserer eigenen Weisheit, von unserer eigenen Entschlossenheit zur Gerechtigkeit abhängt — auch wenn manches alte Vorurteil dabei bluten muß —, daß es von unserer Energie und von unserer Opferwilligkeit als Einzelne und als Ganzes abhängt, ob wir auf diesem Boden, auf dem wir nun einmal unweigerlich gestellt sind, ob wir wollen oder nicht — es gibt

Leute, die das Wort vom österreichischen Vaterland, vom gemeinsamen Vaterland nicht gern hören, aber es ist doch das Land, auf dem wir leben und auf dem wir Väter geworden sind, und auf dem unsere Kinder sind. Sprechen Sie nicht vom Vaterland, sprechen Sie vom Lande unserer Kinder! Wir müssen zusammen darauf leben, wir sind darauf angewiesen, stellen Sie sich an, wie Sie wollen!

Meine Herren! In diesem Zusammenhange möchte ich doch ein paar Worte meinem unmittelbaren Vorredner, dem von mir sehr geschätzten Herrn Dr. Sylvester widmen. Herr Dr. Sylvester hat hier auseinander gesetzt, daß die nationale Gerechtigkeit nicht in Böhmen anfangen soll, sondern in Irland — so ungefähr. Daß der Imperialismus nicht in Österreich erfunden ist, sondern, eine englische Erfindung ist, das sind lauter . . . *(Abgeordneter Hanusch: Alte Weisheiten!)* . . . Nein, ich möchte nur sagen, es sind bewährte Zitate aus sehr vielen Leitartikeln. Meine Herren! Die Frage, ob der Imperialismus wirklich englisches Patent hat oder ob der Imperialismus nur darum von England kommt, weil England das erste am meisten kapitalitisch entwickelte Land war, während die anderen sehr gut gelernt haben, *(Heiterkeit)* will ich nicht entscheiden. Wir wieder lernen ja überhaupt schwer, es sei denn, daß es etwas schlechtes zu lernen gibt; wir haben ja schon auf dem Balkan gezeigt, daß wir Unfug genug stiften können. Wir haben uns also nichts vorzuwerfen.

Meine Herren! Ich bin insbesondere für die letzten Worte, die der Herr Abgeordnete Sylvester hier gesprochen hat, sehr empfänglich. Aber ich möchte ihm eines sagen: die Sache mit der nationalen Gerechtigkeit — mit der verhält es sich immer sehr merkwürdig. Die Menschen halten die nationale Gerechtigkeit für einen Exportartikel, der nur im Auslande zu verwenden ist *(Heiterkeit)*. Für den inländischen Konsum scheint er ihnen nicht zu passen. *(Erneute Heiterkeit.)* Das ist etwas, was sich nicht etwa bloß auf unser Parlament hier bezieht, sondern ich könnte dieselbe Redensart mit mindestens ebensoviel Recht auch im englischen Unterhause gebrauchen. Ganz gewiß, darüber ist gar kein Zweifel. Aber weil die Engländer alle Nationen befreien wollen, insbesondere die, von denen sie am wenigsten wissen — die Unwissenheit ist überhaupt eine internationale Macht geworden *(Heiterkeit)*, ich bitte und auch eine internationale Gefahr; daß man in Amerika so wenig eine Ahnung hat, wie es in Österreich und im Südosten Europas aussieht, das ist eine ganz ernste Gefahr geworden, weil die Engländer, sage ich, alle Völker befreien wollen, nur ihre nicht, das ist für uns noch kein Grund, daß wir den Ball wieder zurückwerfen. Bei dem Ballspiel kommt gar nichts, aber auch nicht das geringste heraus.

Ich gebe Herrn Dr. Sylvester ganz recht, es ist so. Aber wir sind doch die Nächsten dazu. Und eins möchte ich Ihnen doch sagen: es gibt keinen, mir wenigstens bekannten, Staat, der so mitten in seinem Zentrum darunter leidet wie wir. Für die Herrschenden in England sind alle die Länder, Indien, Kanada und selbst Irland bis zu einem gewissen Grade noch immer Außenbezirke. Aber uns in Österreich packt das Problem bei der Wurzel. Und wenn wir das Problem der nationalen Gerechtigkeit damit von uns wegschieben, daß wir sagen: die anderen sollen anfangen, dann versündigen wir uns nicht nur am Frieden, sondern vor allem an uns selber. *(Zustimmung.)* Ich möchte also bitten, daß wir uns mit solchen Leitartikelstoffen nicht gegenseitig über die Erfordernisse unserer unmittelbarsten auf die Nägel brennenden Not hinweglügen.

Es wäre sehr verlockend, meine Herren, auf eine Reihe von Einzelheiten, die der Herr Ministerpräsident berührt hat, einzugehen. Ich hoffe aber, daß nach mir noch Redner meiner Partei zu Worte kommen werden, die das dann im einzelnen besser sagen werden, als ich es in der kurzen Zeit jetzt sagen könnte. Zwei Dinge will ich aber doch kurz berühren.

Natürlich hat der Herr Ministerpräsident von der Ernährung und von den Maßregeln auf diesem Gebiete reden müssen. Er hat sehr gute Worte gewählt, er hat von der Hebung der Produktivität der Landwirtschaft gesprochen, von dem Sichfreihalten von Theorien und Abstraktionen und dem Fernhalten der Bureaukratie in diesen Dingen; das ist alles recht schön, aber für uns, für das Stadtvolk, das in Österreich in den letzten Jahren doch eine größere Bedeutung gehabt hat als je, für die ganze industrielle Arbeiterschaft fehlt da ein Wort der Energie gegenüber den agrarischen Gelüsten *(Sehr richtig!)* und die schönsten Worte können uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Praxis gerade in der letzten Zeit eine gewisse Schwächlichkeit, ein gewisses Nichtfesthalten, ein gewisser Mangel an Energie gegenüber den Agrariern sich gezeigt haben.

Auf der anderen Seite haben wir die Industriearbeiterschaft. Wenn uns auch der Herr Ministerpräsident im Zusammenhang mit dem neuen Fürsorgeministerium versprochen hat, man werde sich dort um den Arbeiterschutz kümmern, so ist das ja sehr schön, aber auch da, meine Herren, stimmen die Taten mit den Worten nicht ganz überein. Ich hätte schon gewünscht — bitte, es ist kein Vorwurf, der Herr Ministerpräsident hat ja so viel zu reden gehabt, daß er das nicht auch sagen konnte — daß er ein Wort darüber gesagt hätte — was auf anderen Gebieten nachzuholen ist, das hat er ja erzählt — daß wir auf dem Gebiete des

Arbeiterschutzes eine Periode, wenn nicht der Reaktion, so doch des Stillstandes und der absoluten Versumpfung hinter uns haben und daß dem abgeholfen werden muß. Das hätte ich doch etwas unterstrichen gewünscht.

Meine Herren! Es wird jetzt anerkannt und gehört zu den ständigen Begleiterscheinungen einer jeder größeren ministeriellen Programmrede so ziemlich in allen Ländern: der Krieg hat unter anderem auch die Entdeckung gebracht, daß man ohne Arbeiter weder im Frieden leben noch Krieg führen kann und er hat weiter die Entdeckung gebracht, daß die Arbeiter überall ihre Pflicht, an der Ernährung und an der Existenz des Staates mitzuarbeiten, die Bedingungen dafür zu schaffen, auch dort, wo sie den Krieg an sich mit Abscheu *(Sehr richtig!)*, mit Haß, mit Ingrimm angesehen haben, voll erfüllt haben. Auch dort haben sie gesagt, die Soldaten müssen essen, die Soldaten müssen sich verteidigen, solange Krieg ist, ist eben Krieg und sie haben ihre Pflicht — das wird anerkannt — getan.

Aber, meine Herren, von Komplimenten und Anerkennungen allein kann die Arbeiterschaft nicht leben. *(Zustimmung.)* Und wir haben — ich spreche jetzt nur von dieser einen Seite — wir haben neben dem Mangel an Ernährung — darüber werden andere Leute reden, die in den Details und technisch mehr davon verstehen — Anzeichen, daß man jetzt unter dem vermeintlichen Drucke des Krieges Vergewaltigungen an der Arbeiterschaft und ihren Organisationen ausübt, die in direktem Widerspruche stehen mit dieser Anerkennung. *(Zustimmung.)* Wir brauchen keine Militarisierungen *(Zustimmung)*, und wenn irgendeine Gesellschaftschichte mit dem Säbel zu regieren ist, die Arbeiterschaft ist es nicht *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, das mögen die Herren sehr ernstlich zur Kenntnis nehmen. *(Rufe: Sehr richtig!)* Wir sind durchaus nicht gesonnen, einen erheblicheren Teil der Verantwortung auf unsere Schultern zu nehmen, einen höheren Teil als es uns für die ganze Ernährungsorganisation und für alles, was damit zusammenhängt, trifft; wir sind durchaus nicht gesonnen, alle diese Dienste zu verrichten, die wir — natürlich für das Volk, und für das Volksganze — verrichten, aber wenn man uns behandeln will wie Kulis, wenn man uns behandeln will wie Soldaten von annodazumal — verstehen Sie wohl —, da sagen wir: nein, da tun wir nicht mit, dazu sind wir nicht verpflichtet, sondern im Gegenteil, dadurch daß wir unsere Mithilfe verweigern, retten wir das Ganze. *(Zustimmung.)* Ich möchte darauf alle Herren, die es angeht, und das ist auch außerhalb dieses Hauses, das geht auch an das löbliche gemeinsame Ministerium, aufmerksam zu machen.

Die neuen Ministerien, die gegründet werden, sind ja sehr schön, ich wünsche ihnen das Beste. Ich hätte gewünscht — es wäre vielleicht darüber zu reden gewesen — die Zusammenfassung aller Arbeiterdinge in ein Arbeitsministerium. Es wird ja jetzt wieder eine Zersplitterung herauskommen, aber es ist besser als es war, es wird sich vieles bessern, das gebe ich ja zu, insbesondere das Gesundheitsministerium wird ja endlich unser Sanitätswesen aus dieser Aschenbrödelstellung herausbringen, in der es sich jetzt befindet.

Ich hoffe, daß die Sozialpolitik nicht vollständig durch andere Dinge ersäuft werden wird in diesem Fürsorgeministerium; das wird alles von den Personen abhängen, die dort tätig sind. Aber was an uns liegt, wird geschehen, wir werden schieben und arbeiten so viel als möglich. Ich lasse mich darauf nicht weiter ein, wir werden ja darüber Gesetzentwürfe bekommen und wir werden dann darüber zu sprechen haben.

Nun, meine Herren, aber natürlich die Voraussetzung für jede Zukunft, die Voraussetzung für alle Arbeit, die Voraussetzung für die Entwicklung unseres Lebens, das ist, daß der Krieg aufhöre, daß endlich nicht mehr geschossen wird; das ist die Voraussetzung. Wir wissen, daß wir auch dann noch eine Zeitlang werden hungern müssen, darüber geben wir uns keiner Täuschung hin. Übergangswirtschaft! Das ist eine sehr schöne Sache. Ich hoffe, man wird bis dahin endeckt und festgestellt haben, wohin der Übergang führen soll, hoffentlich nicht zurück ans alte Ufer, sondern „zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag."

Alles in Ehren, das wird geschehen müssen; aber die Vorbedingung dafür ist, daß wir zu einem Frieden kommen. *(Zustimmung.)*

Ich will nicht in die Wundmale, die wir alle an unserem Körper tragen, die Finger legen, ich will die Greuel, das Entsetzliche, das wir seit drei Jahren jeder einzelne erlebt haben und noch täglich erleben, nicht aufzeigen, es ist nicht notwendig und Sie erwarten das von mir nicht. Es steht lebhabt vor ihren Augen und auch die größte rhetorische Kraft, die mir ja nicht zur Verfügung steht, würde nicht ausreichen, das Entsetzen auch nur annähernd zu schildern, diese Hölle, in der wir leben mußten und heute noch leben.

Es ist das für mich der Beweis für eine ganz neue Sache, für eine Größe des Anpassungsvermögens der Menschen, die alle Gelehrten, alle Naturwissenschafter nie geahnt haben, nämlich, daß es möglich wäre, daß sich die europäische Menschheit an diesen Zustand anpassen konnte in dem Grade, daß man überhaupt noch schlafen kann, daß man überhaupt noch miteinander verkehren kann, daß wir hier ruhig miteinander sprechen — das ist etwas ganz Ungeheures, daß man sich fast schämt,

es zu sagen, — daß man sich fast gewöhnt hat, dahinzuleben, ohne daran zu denken, daß, während wir hier sprechen, an drei oder vier Fronten Menschen wahllos und zwecklos *(Sehr richtig!)* gemordet werden mit allen möglichen Instrumenten, die die glorreichen Errungenschaften der technischen Wissenschaft zur Verfügung stellen. *(Sehr richtig!)* Aber der Mensch hat sich angepaßt und wir leben — allein fragt uns nur nicht wie — aber wir leben.

Die wichtigste unserer Lebensäußerungen ist, daß dem ein Ende gemacht werde. Und Sie wissen, meine Herren, daß das sozialistische Proletariat diese Not von Anfang an empfunden hat und daß, als im Frühjahre der Ruf nach Stockholm ergangen ist, geradezu ein Sturm durch die Massen bis hoch hinauf, auch in andere Schichten, gegangen ist: Jetzt ist es zu Ende! Warum? Das Signal dafür war die russische Revolution. Und in der Tat, meine Herren — das müssen wir bekennen — wenn dieser Krieg das Eingangstor zu Umwälzungen und neuen Dingen ist, die wir vielleicht noch gar nicht ermessen können, so ist die russische Revolution ein Ereignis von vielleicht noch einschneidenderer Bedeutung.

Rußland, der Zarismus, war ein Alp, der auf allen gelegen ist, Rußland war der Unterstützer und die Grundlage fast aller reaktionären Dinge in der Welt, Rußland war der Bundesgenosse aller Tyrannei und aller Schurkerei, die auf allen österreichischen Thronen — Pardon — auf allen europäischen Thronen, meine ich selbstverständlich *(Zwischenrufe)*, und von allen europäischen Staatsmännern begangen worden sind. Aber Rußland hat — und das lassen Sie mich hier einschalten — für uns in Österreich noch eine spezifische Bedeutung gehabt.

Der Zarismus war für uns Österreicher und für Deutschland die schwarze Folie, der dunkle Hintergrund der Reaktion, auf dem sich unsere Zustände zwar nicht hell, aber so ein bißchen lichter ausgenommen haben. *(Rufe: Sehr gut!)*

Wir konnten uns bei wohlwollendem Urteil für besser halten, als andere sind. Diesen Hintergrund, das will ich nur sagen, das ist ein Rückfall in die erste Hälfte meiner Rede, diesen Rückhalt und diesen Schirm hinter uns, diesen Hintergrund haben wir verloren. *(Rufe: Sehr richtig!)* Das Dunkelste, was es heute in Europa gibt, das sind leider wir. *(Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!)* Wir haben keine Folie mehr, wir können uns nicht mehr entschuldigen.

Es wird niemand mehr unsere Tugenden und unseren Fortschritt an etwas messen, was tiefer steht, sondern man wird uns messen und mit doppelt so strengem Maßstabe daran messen, daß nicht nur im Westen, sondern auch im Osten der Tag angebrochen ist, daß es hell ist und trotz alledem nicht mehr dunkel werden wird. Das macht unsere Aufgabe hier einerseits leichter — es beseitigt eine Reihe von Hindernissen in verrotteten Gehirnen, denen aber vielleicht doch noch ein bißchen Lichtschein beizubringen ist —, aber es macht unsere Aufgabe um so verantwortlicher, um so dringer und sie liegt mit um so schwererer Wucht als Pflicht auf uns. Wir dürfen nicht zurückbleiben, wir müssen vorwärts. Diese Funktion der russischen Revolution wird nicht geändert und läßt sich nicht ändern durch den Wust von Zeitungsnachrichten, die in den verschiedenen Kaffeehäusern, wo die Journalisten zusammenkommen, zu neun Zehntel erfunden sind oder in den Kanzleien der Auswärtigen Ämter diktiert werden. *(Rufe: So ist es!)* Lassen sie sich dadurch nicht zu sehr irreführen! Die russische Revolution kann natürlich nicht — wie es ja keine Revolution jemals konnte — wie eine Rakete geradlinig zum Himmel steigen, sondern ist selbstverständlich ein schwerer Prozeß, der sich durch Krisen, Krisen schwerster Natur durchringen muß, um zum Siege zu kommen. So einfach gestalten sich die Dinge in einer revolutionären Zeit nicht. Aber das wissen wir: Mögen Wechselfälle in dieser Revolution kommen, welche immer — und sie sind noch in allen großen Revolutionen gekommen — die Revolution ist unbesiegbar, sie ist eine Tatsache, die aus der Weltgeschichte nicht mehr gelöscht werden kann, und wir sind verpflichtet, daraus die Konsequenzen zu ziehen. *(Rufe: So ist es!)* Wir waren sehr befriedigt, daß beim Ausbruch der russischen Revolution unser Auswärtiges Amt — und auch jenes in Deutschland ähnlich, wenn auch nicht so deutlich — ausdrücklich konstatiert hat, daß es ihm fern liegt, etwa reaktionäre Versuche in Rußland zu begünstigen oder die Revolution durch auswärtiges Eingreifen etwa zurückdämmen zu wollen. Es ist etwas Selbstverständliches, aber, meine Herren, in Österreich freut man sich auch über das Selbstverständliche, wenn es zutrifft. Ich wünsche nur, daß man dabei bleibe. Die Politik des auswärtigen Amtes wird verdächtigt, als ob sich ihre Stellung in dieser Beziehung geändert hätte, als ob sie aus kontrarevolutionären Strömungen Profit ziehen wollte oder glauben würde, Profit ziehen zu können, als ob sie mit dem Trugbild eines Separatfriedens ihr Spiel treiben wollte. Dieser Verdacht existiert und er wird dadurch gefördert, daß man in Deutschland nicht so klar spricht, wie es wünschenswert wäre. Ich bin davon überzeugt, daß der Graf Czernin daran nicht denkt. Die Worte, die der Ministerpräsident über die allgemeine Politik gesprochen hat, werden das nur bestätigen . . . *(Präsident gibt das Glockenzeichen)* Ich habe noch einiges zu sagen. Ich weiß nicht, ob mir die Geschäftsordnung das Wort läßt. Einer meiner

Parteigenossen wird mir noch ein paar Minuten abtreten; die werden ihm dann abgezogen werden. *(Heiterkeit.)* Es geht fürs Allgemeine.

Es ist durchaus notwendig und nützlich, daß wir auch in dieser Beziehung — und ich hoffe, meine Konstatierung wird hier im Hause unwidersprochen bleiben, höchstens noch erhärtet werden —, daß wir der russischen Revolution gegenüber durchaus auf dem Standpunkte stehen, den Österreich, die österreichisch-ungarische Politik von Anfang an eingenommen hat; selbstverständlich, aber anerkennenswert.

Meine Herren! Der Ruf zum Frieden ist natürlich überall vernehmbar. Täuschen Sie sich darüber nicht und lassen Sie sich nicht täuschen; auch nicht durch gefärbte Berichte und durch die Anschauung, daß die Regierungen alles sind und die Massen nichts. Auch bei unseren Gegnern im Kriege, bei dem sogenannten feindlichen Auslande, haben die Massen nicht den Wunsch, weiter gemordet zu werden. Es sind ja gewisse schwere Suggestionen zu überwinden, auch bei uns. Wenn man die Stimmung in unserer Bevölkerung und die Stimmung in unseren Massen nur nach dem beurteilt, was unsere Staatsmänner reden und was in den mehr oder minder öffiziösen Zeitungen steht, so würde man von der Stimmung in unseren Massen ein sehr falsches Bild bekommen. *(Sehr richtig!)* Aber im Auslande ist man nicht so töricht, es so zu machen. Wenn Sie glauben, daß man etwas verrät, daß man dem Auslande Neuigkeiten erzählt, wenn wir bekennen, daß wir den Frieden bis zum letzten Mann, und so dringend wollen, wie nur irgend etwas, woran unser Leben hängt, so verraten wir dem Auslande gar nichts Neues. Die wissen es genau so und der Schluß, den wir von uns auf sie ziehen, den ziehen sie von sich auf uns. Aber es ist natürlich schwierig, die Dinge endlich zum Klappen zu bringen. Wir Sozialdemokraten selbst und ich persönlich als einer der Vertrauensmänner der Sozialdemokraten, leiden ja darunter, leiden unter der Schwierigkeit, sich zu verständigen, unter der rein physischen, technischen Schwierigkeit, leiden unter der zu Kriegszwecken aufgepeitschten Leidenschaft der Massen, wie sie früher war und die jetzt allerdings einer allgemeinen Abneigung im Kriege Platz gemacht hat, leiden aber vor Allem unter den Schlagworten, die hinausgegeben und als Friedensbedingungen in die Welt hinausgerufen werden.

Aber eines ist sicher — und das hat sich immer mehr durchgerungen — die Völker und auch unser Volk wollen nicht umsonst geblutet haben. Das heißt aber nicht, wie die Alldeutschen draußen meinen, daß sie darum etwa Belgien und Kurland haben wollen, oder wie hier gewisse Gruppen meinen, daß wir den halben Balkan noch zu allen anderen Schmerzen, die wir ohnehin schon haben, noch dazu bekommen sollen *(Heiterkeit und Rufe: Sehr richtig!)*, sondern das heißt: sie wollen mit der Wurzel ausrotten, was diesen Krieg herbeigeführt hat. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Das wäre das Einzige, was die Frucht dieses Krieges sein kann und darum ist es unsere Überzeugung und ist von uns längst ausgesprochen worden, daß die Voraussetzung eines Friedens nur der feste Entschluß der Staatsmänner und der Völker sein kann, die diesen Staatsmännern ihre Aufträge möglichst unverblümt zu geben haben, der feste Entschluß, ein neues Völkerrecht zu begründen.

Es ist eine wahre und große Genugtuung und eine große Hoffnung für uns, daß beinahe mit denselben Worten, mit denen sich vor fünfzig Jahren Karl Marx an die Internationale gewendet hat, um die Linien zu kennzeichnen, die für ein Zusammenleben der Völker möglich sind, der ausgesprochen hat: Die großen Prinzipien der Gerechtigkeit, der Liebe und der Moral, die im Privatverhältnis, im Verhältnis der einzelnen zu einander maßgebend sind, müssen auch im Verhältnis der Staaten zu einander maßgebend werden und es müssen Einrichtungen dafür geschaffen werden, daß fast mit denselben Worten der Papst in seiner letzten Kundgebung das Ziel ausgesprochen hat. Meine Herren! Bemerken Sie wohl! Die Voraussetzungen des Friedens und von Friedensverhandlungen ist, daß dieses Ziel vorerst im Auge behalten wird. Denn im einzelnen — das werden wir alle begreifen, die jemals verhandelt haben — wird man sich leichter Konzessionen machen und leichter einander näher kommen können, wenn man vorher festgestellt hat: Am Ende soll nicht eine Absperrung und eine gegenseitige Bedrohung sein, sondern am Ende soll sein ein verträgliches Zusammenleben aller Völker zu gemeinsamer Kulturarbeit. Das ist wichtig, so wichtig, daß ich es an die Spitze aller Verhandlungen für den Frieden stellen möchte.

Darüber läßt sich auch unschwer eine Einigkeit erzielen. Schwer ist es natürlich mit den Einzelheiten. Da muß ich gestehen, daß, so sehr wir anerkennen, was von Österreich-Ungarn und von Deutschland, vom deutschen Reichskanzler und vom Grafen Czernin zum Lobe des Friedens gesagt und an Wünschen nach dem Frieden geäußert wurde, so sehr ich das anerkenne, und so sehr ich mich darüber freue, so sehr ich wünsche, daß das fortgesetzt wird, das Alles genügt nicht.

Meine Herren, das muß ich hier offen sagen. Denn, wenn ich frage, wer ist schuld, daß der Krieg fortgeht, so sind es zwei Gruppen: erstens diejenigen, die durch Taten sündigen, durch Wünsche, durch Bestrebungen, durch das Streben nach Annexionen, die das direkt sagen. Sie werden jeden Tag mehr zu einer verschwindenden Minorität verurteilt, hüben und drüben, in der Entente wie in

den Zentralstaaten werden die Annexionisten und diejenigen, die glauben, daß man mit Gewalt noch Völker zwingen kann, immer mehr zurückgedrängt. Aber die Staatsmänner, die darauf schon verzichtet haben, die den Verständigungsfrieden wollen, wie der deutsche Reichskanzler in der Antwort an den Papst geschrieben und wie uns der Herr Ministerpräsident hier zitiert hat, auch sie begehen einen Fehler, nicht durch das, was sie sagen, aber eine Unterlassungssünde. Wir leben in Zeiten, wo man deutlich und klar sprechen muß. Und wenn sich auch der Herr Ministerpräsident in seinen Ausführungen, die er den Friedensbestrebungen gewidmet hat, gleich dem deutschen Reichskanzler auf die sogenannte Friedensresolution des Deutschen Reichstages vom 19. Juli bezogen hat, die ausdrücklich von der Ablehnung des Gedankens an erzwungene Gebietseroberungen, vom Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung spricht, wenn er sich auch darauf beruft, so genügt das nicht für die Zwecke, denen diese Äußerungen dienen müssen. Denn, meine Herren, nicht darum allein handelt es sich, den Staatsmännern nach London und Paris das zu sagen, sondern darum handelt es sich, den friedenswilligen und friedenssehnsüchtigen Massen zu sagen, der Vorwand, daß hier noch eroberungssüchtige Elemente, die Einfluß haben, da sind, ist eitel Lüge, er existiert nicht.

Wir brauchen eine offene, greifbare Sprache. Heute reden die Staatsmänner nicht mehr nur zu einigen Herren, die ihnen zufällig zuhören, sondern sie reden zur Welt, und sie sollten nur solche Worte reden, die man im Auslande nicht verschweigen, die man nicht verdrehen und die man nicht falsch interpretieren kann. *(Zustimmung.)*

Sowohl in der wirklich weitgehenden warmen Antwort, die der Kaiser an den Papst gerichtet hat, die wir rückhaltlos als eine wirklich herzliche und offenbar empfundene Äußerung anerkennen müssen, die ein Friedensbekenntnis ist, aber fehlt die Erwähnung und noch mehr fehlt bei Michaelis das Wort: Wir wollen keine Eroberungen machen. So wie das Wort Belgien und Kurland drüben fehlt, so fehlt das Wort Serbien und Rumänien bei uns. *(Lebhafter Beifall.)* Und, meine Herren, das gerade brauchen wir.

Wir wissen schon, daß das niemand Vernünftiger will und daß dem Unvernünftigen sogar die Trauben sauer sind. Wir wissen schon, daß keiner in Österreich, der helle ist, noch weiter Eroberungen machen will. Wir wissen schon, daß wir alle doch genug daran haben, daß wir unfähig sind, die polnische Frage anders als provisorisch zu lösen, ein Provisorium, von dem wir nicht wissen, wie lange es dauern wird und wie es uns und natürlich den Polen selber anschlagen wird. Wir wissen schon, wie sehr wir darunter leiden, daß die südslawische Frage eigentlich durch den Krieg nicht vollständig gelöst wird. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, daß alles das unter den neuen Bedingungen des Zusammenlebens der Völker in Österreich allmählich den Lösungen wird zugeführt werden können, in einer vernünftigeren Weise, als es durch den Krieg überhaupt möglich wäre. Auf dem Wege der Gewalt kann man nichts mehr richten, im Verkehr der Völker nicht mehr. Wir wissen es, aber man sollte nach außen auch sagen, daß wir es wissen. Der Leser in London und der Leser in Paris liest die Berufung auf die Friedensresolution vom 19. Juli im deutschen Reichstag, wenn er überhaupt zu lesen bekommt, was unser Ministerpräsident gesprochen hat: das versteht er nicht; aber ein Wort: Belgien und Serbien, das versteht er. Und das fehlt, meine Herren. Das ist eine Unterlassung und, halten Sie das nicht für eine Kleinlichkeit, das ist ein wichtiges Moment dafür, daß wir zum Frieden kommen. Es muß Farbe bekannt werden, es muß deutlich gesprochen werden, es muß von den allgemeinen Reden, so schön sie sind, endlich zu den einzelnen Tatsachen geschritten werden.

Meine Herren! Hoffen wir, daß wir bald hier und in Berlin Worte hören, die das leisten. Wenn man mir sagt — und den Einwand mache ich mir selber und jeder Vernünftige täglich —: Reden Sie doch mit Lloyd George, reden Sie doch in Frankreich mit Painlevé oder einem der Herren, so werde ich sagen: ja, wenn ich mit ihm reden könnte, aber mit dem reden andere Leute. Aber meine Pflicht hier ist es, dafür zu sorgen, daß nicht Lloyd George und Painlevé, die genau wissen, wie viel es geschlagen hat, sondern daß die Massen in England und in Frankreich den Mut bekommen, sich dazu zu bekennen, daß der Friede möglich ist ohne Verletzung eines Volkes, ohne Unterdrückung eines Volkes, daß der Friede möglich ist, weil da drüben bei den Zentralmächten nicht, wie sie meinen und wie man ihnen einredet, Sklaven leben, sondern weil auch da freie Menschen leben, die die Demokratie wollen und die die Freiheit durchsetzen werden und den Frieden. *(Beifall und Händeklatschen.)* Zu diesen Massen muß gesprochen werden und zu den Massen spricht man nicht mit Redensarten, spricht man nicht mit noch so schönen Worten. Ich muß sagen, es wird ein beneidenswerter Aufwand gemacht, bitte, ich lese es immer wieder mit Freude, aber wir brauchen eine deutliche, konkrete Sprache.

Meine Herren! Wir, die wir in schwerster Zeit unsere Arbeit hier aufnehmen — das Budget ist gestern hier eingebracht worden und wie es aussieht, wissen wir ja, auch ohne daß wir es gelesen haben —, wir, die wir in ernstester Zeit Pflichten zu erfüllen haben, die schon in normaler Zeit fast über

menschliche Kraft gehen, wir sollen uns an dem Gedanken stärken und erheben, daß, wenn auch wir in einer Zeit leben, die so vieles zu Grabe getragen hat, wenn da demoliert, zerstört wurde an Menschen, an Kulturleben, an Massen menschlichen Gehirns, ganz blutig, anatomisch genommen, in denen die Arbeit von Jahrhunderten und Jahrtausenden aufgespeichert war, wenn bedenkenlos, rücksichtslos verwüstet wurde, wenn wir bedenken, daß ganze Länder bis zu einem Grade zerstört worden sind, daß die Pflugschar lange wird nicht gehen können, ohne befürchten zu müssen, einen Blindgänger von damals aufzustöbern, wir, die wir alles das sehen, uns nicht entmutigen lassen. Es ist furchtbar, was wir erlebt haben, aber so furchtbar es sei, tun wir unsere Pflicht, und dazu ist nicht nur für die einzelnen, auch für die Parteien, für die Völker ein wenig Selbstverleugnung und, meine Herren, sehr viel Mut, sehr viel Überzeugung notwendig, daß die alte Zeit vorbei ist, daß die neue Zeit kommen muß, die mit dem Frieden beginnt und die zur Freiheit führt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt nun der Herr Abgeordnete Ritter v. Łukaszewicz; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ritter v. **Łukaszewicz:** Hohes Haus! Im Namen der ukrainischen Bevölkerung Bukowinas und deren legalen Vertretung des Verbandes der Bukowinaer ukrainischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten erlaube ich mir, in Verhinderung unseres hochgeschätzten verdienstvollen Obmannes des Herrn Abgeordneten Ritter v. Wassilko vor allem Seiner Majestät, unserem glorreichen, gütigen, herrlichen Kaiser und der unter seiner Führung stehenden heldenmütigen Armee unseren ergebensten, aus vollstem Herzen kommenden tiefstgefühlten Dank für die Befreiung unserer teuren Heimat, der Bukowina, auszusprechen.

Unser politisches Programm lautet vor wie nach: Wir halten treu und fest zu unserem vielgeliebten Kaiser und zu unserem teuren Vaterlande Österreich.

Unser Verhalten zur Regierung hängt ab von ihrer Stellungnahme zu den ihr bekannten, in zahlreichen Memoranden und Denkschriften überreichten Forderungen auf nationalem und wirtschaftlichem Gebiete.

In der Berufung eines Ukrainers in den Rat der Krone erblicken wir Bukowinaer Ukrainer den guten Willen der jetzigen Regierung, eine grundsätzliche Systemänderung gegenüber den Ukrainern durchzuführen, weshalb wir auch für das Budget stimmen werden.

Wir werden aber auch deshalb für das Budget stimmen, weil wir es für unsere patriotische Pflicht halten, dem Staate in einer Zeit, wo wir uns dem Ende dieses fürchterlichen Weltkrieges nähern, alles zu geben, was zur erfolgreichen Beendigung des Krieges erforderlich ist.

Wir verlangen aber und fordern, daß der Staat und die Regierung endlich einmal auch gegenüber unserem Volke seine Pflicht erfüllt und die nationale Gleichberechtigung der Ukrainer nicht nur auf dem Papiere, sondern auch in der Wirklichkeit, durch Berücksichtigung unserer Forderungen nach nationaler Autonomie, Errichtung einer ukrainischen Universität in Lemberg, Berücksichtigung und Respektierung unserer Sprache im Amte, Gleichberechtigung und Gleichstellung der Bukowinaer Ukrainer in der griechisch-orientalischen Kirchenfrage, Anstellung ukrainischer Kräfte in den Staatsämtern usw. durchführt.

Auf wirtschaftlichem Gebiete müssen wir jene Berücksichtigung fordern, jene Schadloshaltung verlangen, die uns nach der Schwere und Größe der Opfer, die wir in diesem Weltkriege für das Vaterland gebracht haben, gebührt. Kein Volk unserer glorreichen Monarchie hat solche Opfer für den Staat gebracht, wie das ukrainische.

Jahrelang bewegten sich die eigenen und die feindlichen Heeresmassen über das ukrainische Territorium. Keine Stadt, kein Dorf, kein Anwesen, kein Haus blieb vom Kriege unberührt.

Die vielen Brandstätten, die großen Ruinen, die von den Schützengräben durchzogenen Felder und Wälder, die zerstörten Fabriken und gewerblichen Betriebe, die Sie rechts und links der Bahn und auf den Straßen sehen, sie alle sprechen eine deutliche Sprache für die unermeßlich großen, schweren Opfer, die unser Volk für das Vaterland getragen hat.

Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten, der im Laufe dieses Monates einen Teil unseres Gebietes bereist hat, wird auf Grund des Augenscheines bestätigen müssen, daß der von der Bevölkerung erlittene Schaden ein enormer ist. Und da derselbe nicht durch Verschulden der Bevölkerung verursacht wurde, ist es Pflicht der Regierung, alle Schäden, die ja für den Staat getragen wurden, zu vergüten.

Leider ist bis nun eine klare Sprache von der Regierung im Gegenstande nicht geführt worden.

In der gestrigen Regierungserklärung Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten ist nur von einer Vergütung der Kriegsleistungen, nicht aber auch der Kriegsschäden die Rede.

Eine Vergütung der Kriegsschäden ist im Deutschen Reiche bereits gesetzlich festgelegt worden.

Wir wünschen und wollen, daß auch bei uns in Österreich denen, welche die schwersten Opfer für das Vaterland getragen haben, der Schaden gutgemacht werde.

Aber auch die Kriegsleistungen sind bei uns zu Lande in der Bukowina noch gar nicht vergütet worden, ja nicht einmal Vorschüsse werden gewährt.

Ich bitte das Finanzministerium, bei welchem die bezüglichen Akte liegen, endlich einmal die Frage der Bevorschussung der Kriegsleistungen ernstlich in Angriff zu nehmen.

Dafür dauern aber seit der Befreiung der Bukowina die militärischen Requirierungen und noch dazu in weit erhöhtem Maße an.

In welcher Weise sie heutzutage bei uns vorgenommen werden, darüber will ich mich nicht des näheren auslassen. *(Zwischenrufe.)* Ich berufe mich diesfalls nur auf die Zeugenschaft sämtlicher Insassen, Bürgermeister, der Gendarmerie, der k. k. Bezirkshauptmannschaften, jener Gemeinden, durch welche die reichsdeutschen und magyarischen Truppen durchgezogen sind oder in denen dieselben gestanden sind.

Bezeichnend ist es, daß in Rosch, einer Vorstadt von Czernowitz, die deutsche Bevölkerung wegen der Art der Requirierungen durch deutsche Truppen beim damaligen Stadtkommandanten von Czernowitz, dem heldenmütigen Oberst Fischer, Klage geführt hat. Fast alle Futtermittel sind bei uns vom Militär requiriert worden. Ja selbst der Landeskrankenanstalt und der Landesirrenanstalt ist das Futter, welches für die Pferde der Anstalt bestimmt war, weggenommen worden, ohne daß dafür eine Vergütung bezahlt worden wäre, so daß heute den Kranken die Lebensmittel nicht zugestellt werden können.

Infolge dieser Requirierungen der Lebensmittel und des Viehfutters ist die bäuerliche Bevölkerung gezwungen, auch noch das wenige ihnen verbliebene Vieh abzustoßen, so daß wir der Gefahr des Verlustes unseres ganzen Viehstandes entgegengehen, wenn nicht im Gegenstande in Bälde Abhilfe geschaffen wird. Aber nicht nur die Futtermittel, auch die Lebensmittel, Kartoffel usw. werden bei uns in einer nicht gerade zweckmäßigen Art requiriert. Es werden nämlich von den Soldaten einzelne Sträucher herausgerissen, zwei bis drei Kartoffel herausgenommen, während der Rest, 15 bis 20 Stück, zwecklos zugrunde geht. Auf welche Weise das Vieh vom reichsdeutschen Militär bei uns requiriert wird, dafür will ich nur ein Beispiel anführen, das sich in Samuszyn, Bezirk Zastawna, zugetragen hat. Da hat der Rittmeister Zimmermann des 11. ostpreußischen Dragonerregiments, Eskadron 3, in den Monaten August und September dieses Jahres mit Umgehung der Gemeindevorstehung, des Bürgermeisters, der Bezirkshauptmannschaft und der Landesregierung einen Auftrag an die Insassen des Inhalts erlassen, daß sie ihren gesamten Viehstand zusammentreiben. Er ließ jeder Bauernwirtschaft nur ein Viehstück zurück, während er alle anderen Viehstücke für das reichsdeutsche Militär requirierte, und zwar zum Preise von 450 bis zu 1000 Mark, für Borstenvieh wurden in dieser Gemeinde Preise von 20 bis 150 Mark bezahlt. Für solche Viehstücke und das Borstenvieh bekommt man im Westen mindestens den dreifachen Preis. Infolge solcher Requirierungen ist die 4000 Seelen zählende Gemeinde Rarancze ohne Lebensmittel und schon heute müssen dieser Gemeinde die Lebensmittel zugeführt werden. Wenn die Requirierungen in dieser Art weiter andauern, dann fürchte ich, daß wir in der Bukowina im Laufe von drei Monaten überhaupt nichts zu essen haben werden, daß wir es dann weitaus schlechter haben werden als die Herren in den Städten. Bei uns zulande werden in der jetzigen Zeit, wo die Landwirte durch die Bestellung des Feldes, durch die Ernte und den Anbau so stark in Anspruch genommen sind, die noch verbliebenen wenigen Bauern, die Mädchen und Buben, die Schulkinder zu Schützengrabenarbeiten in einer Entfernung von 30 bis 40 Kilometer von ihrem Domizilort genommen. *(Abgeordneter Dr. Baczyński: Und Sie stimmen für das Budget!)* Ja, aus Dank für die Befreiung des Landes. *(Zwischenrufe.)* Ich glaube, daß diese Art der Verwendung denn doch nicht im Interesse des Staates gelegen ist und liegen kann, weil dadurch das Feld seiner Bearbeitung entzogen und daher auch weniger Lebensmittel erzeugt werden. Infolge der wiederholten Russeninvasion und der vielen militärischen Requisitionen . . . *(Abgeordneter Dr. Baczyński: Unter den Russen war es besser!)* — das kann ich nicht sagen — infolge der wiederholten Russeninvasion, sage ich, ist bei uns zulande fast gar kein Pferd zurückgeblieben, aber auch die wenig zurückgebliebenen Pferde werden vom Militär requiriert. So haben die k. k. Feldhaubitzregimenter Nr. 203 und 204 in Kadobestic, Bezirk Zastawna, beim Bauern Michael Romaniuk und anderen Insassen die noch vorhandenen wenigen Pferde requiriert und für ein Pferd, für welches der Inhaber noch im Jahre 1915 1500 bis 2000 K gezahlt hatte, eine Bescheinigung auf 850 K ausgestellt. Durch diese Requirierungen wird eine Bewirtschaftung der Felder unmöglich gemacht. *(Abgeordneter Dr. Baczyński: Es werden nicht einmal Bescheinigungen ausgestellt!)* Ich gebe dem Herrn Kollegen vollkommen recht, daß man sich tatsächlich heutzutage bei uns glücklich schätzen muß, wenn man in den Besitz eines militärischen Requirierungsscheines kommt, denn tatsächlich wird das Gros der militärischen Requirierungen nach wie vor auch ohne Bescheinigungen durchgeführt.

Wir wollen unser heldenmütiges Militär, dessen Tapferkeit wir bewundern, in allem unterstützen, ich bitte jedoch, da ich weiß, daß Requirierungen in dieser Art gegen den Willen des Armeeoberkommandos und unserer großen Heerführer vorgenommen werden, das Militär, auch auf die so schwer heimgesuchte Bevölkerung Rücksicht zu nehmen und den auf weitestgehende Schonung unserer armen Bevölkerung gerichteten Wunsch Seiner Majestät unseres erhabenen Monarchen zu berücksichtigen. *(Fortgesetzte Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Baczyńskyj.)*

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik**: Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Ritter v. **Lukaszewicz**: Vom patriotischen Standpunkte ist dies um so dringender notwendig, als die in mehreren Kriegsgebieten gewesenen ukrainischen Regimenter Bereziński, Zaanurskyj, Bohdan Chmelneckyj, Doroschenko-Polk, im allgemeinen mit der Bauernschaft gut umgegangen sind und der Bauer, der sich von der Herzensgüte unseres herrlichen Monarchen gelegentlich dessen Besuches in der Bukowina überzeugt hat, es nicht begreifen kann, warum in einer, die Bevölkerung so gar nicht schonenden Art und Weise die Requirierungen vorgenommen werden.

Mit Rücksicht auf diese soeben geschilderten Verhältnisse und mit Rücksicht auf die auch den kompetenten Behörden, wie ich glaube, zur Anzeige gebrachten Fälle kann ich im Interesse der Erhaltung des österreichischen Staatsgedankens und der Erhaltung des Patriotismus die Regierung nicht genug bitten, von dieser Art der Requirierungen sowie überhaupt von allen Requirierungen in unserem unter allen Kronländern wirklich am schwersten geprüften Lande Umgang zu nehmen.

Auch sieht die bäuerliche Bevölkerung nicht ein, warum sie in einer Zeit, wo sie die Ernte hereinbringen und den Anbau vollziehen muß, zu Schützengräbenarbeiten gegen eine Vergütung von 3 K herangezogen wird, während die städtische Bevölkerung, insbesondere aber die Bevölkerung, welche nicht im engsten Kriegsgebiete lebt, zu dieser Art der Kriegsleistungen gar nicht herangezogen wird.

Eine eigentümliche Erscheinung ist die Auffassung über Kriegsbeute, welche bei uns zulande seitens des reichsdeutschen Militärs geübt wird. Es werden nämlich seitens der reichsdeutschen Truppen jene Flächen, welche durch drei bis vier Jahre unbebaut geblieben sind und deren Bebauung dann die Russen entweder mit der Frucht des Eigentümers oder mit der eigenen veranlaßt haben, als Kriegsbeute in Beschlag genommen, eine Vergütung wird aber den Eigentümern nicht bezahlt. Nun bitte ich, sich vorzustellen: Der Eigentümer hat in den Jahren 1914, 1915 und 1916 seine Ernte ganz verloren, im Jahre 1917 ist auf seinem eigenen Grund und Boden angebaut worden, und zwar mit seiner Frucht, aber über Auftrag der Russen, und er bekommt aus dem Ertrage gar keine Vergütung, die Ernte wird vielmehr als Kriegsbeute erklärt. Bis jetzt hat der Staat weder Kriegsleistungen vergütet noch Kriegsschäden überhaupt ersetzt, nun wird nach vier Jahren, so wie der Bauer oder Besitzer auf obige Art irgend einen Ertrag von seinem Boden gewonnen hat, dieser Ertrag als Kriegsbeute in Beschlag genommen. Ich glaube, daß das nicht recht ist und das auch diesen Leuten eine gewisse Vergütung bezahlt werden muß.

Ich glaube, jeder der hochgeehrten Herren, der in dem jetzt befreiten Gebiete war, wird sich haben überzeugen können, daß heute eine Bebauung der Felder ohne intensive Unterstützung seitens der Regierung nicht möglich ist, weil uns die landwirtschaftlichen Geräte, die Pferde, die Viehstücke, kurz alles, was zum Betriebe der Landwirtschaft notwendig ist, abgeht. Um aber doch im Interesse des Staates, im Interesse unserer heldenmütigen Armee den Betrieb der Landwirtschaft zu ermöglichen, hat sich der Bukowinaer Landeskulturrat und die Landesregierung an die beteiligten Ministerien mit der Bitte um Gewährung eines Kredites von 35 Millionen Kronen zum Zwecke der Anschaffung von Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen, Viehstücken und anderen zum Betriebe der Landwirtschaft notwendigen Erfordernissen gewendet. Bis nun haben die Ministerien im ganzen 5 Millionen Kronen bewilligt, die natürlich nicht hinreichen, weshalb wir bitten müssen, den Betrag in jener Höhe, wie er von der Bukowinaer Landesregierung angesprochen wurde, zu bewilligen. Auch bitten wir, daß das Militär unentgeltlich Pferde zur Bebauung der Felder beistelle.

Eine unserer weiteren Hauptforderungen bildet die, daß die Möglichkeit der Rückkehr unserer Flüchtlinge wie am schnellsten geschaffen werde. Es handelt sich speziell um die bäuerlichen Flüchtlinge, deren Instradierung in die Heimat auch im eminenten Interesse des Staates liegt, weil bekanntlich bei uns infolge der wiederholten Russeninvasionen weite und große Flächen unbebaut blieben und eine Bebauung derselben wegen Mangels an Arbeitskräften nicht möglich ist. Um diese Felder bebauen zu können, um dem Staate und der Armee Lebensmittel zu geben, müssen die Flüchtlinge so rasch als möglich nachhause rückinstradiert werden.

Die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gemeinden und Ortschaften liegt nicht nur im Interesse der betroffenen Bevölkerung, sondern auch im Interesse des Staates, und wir bitten die Regierung, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und schon jetzt alles zu tun, damit

mit Beginn des Frühjahres auch dieser Wiederaufbau in die Wege geleitet werden kann.

Eine weitere Forderung betrifft die Enthebung der Landwirte. Bei uns zulande in der Bukowina, und ich glaube auch in Ostgalizien ist bezüglich der Enthebungen der Landwirte nicht derselbe Maßstab angelegt worden wie im Westen. Wir verlangen für den Osten der Monarchie keine andere Behandlung bezüglich der Enthebung der Landwirte als sie im Westen geübt wird; insbesondere gilt das bezüglich der ukrainischen Bauern. Ebenso bitten wir bei den jetzt ausgeschriebenen Musterungen in bezug auf die Tauglichkeitserklärung jenen Maßstab anzulegen, wie bei der westlichen Bevölkerung.

Die Approvisionierung unserer Bevölkerung mit Lebensmitteln und Holz wird, wie ich schon vorhin erwähnte, infolge der so intensiv vorgenommenen Requirierungen bei unserer Landwirtschaft in ein ganz besonders akutes Stadium treten. Insbesondere handelt es sich schon jetzt um die Beschaffung von Beheizungsmaterial und dieses kann wenigstens auf die Art erleichtert werden, wenn die Regierung dem diesbezüglichen, von den Lokalbehörden gestellten Antrag auf Entforstung der in der Nähe der Stadt gelegenen Religionsfondswaldungen entspricht, ebenso, wenn auch die Regierung da wir ja keine Verkehrsmittel haben, Lastautomobile zur Bringung des Holzes beistellt. Es sind bereits entsprechende Anträge seitens der kompetenten Lokalbehörden in der Bukovina gestellt worden und wir verlangen, daß diese Anträge von den Zentralbehörden voll und ganz berücksichtigt werden.

Eine weitere Bitte geht auf die Eröffnung der Volksschulen und Mittelschulen. Welche Wirkung die Schließung der Schulen für einen Zeitraum von drei Jahren auf die Schuljugend hat, glaube ich, meine Herren, nicht besonders erwähnen zu sollen. Sie lesen ja hier im Westen in den Blättern viele Klagen über die Verwahrlosung der Jugend; wie groß muß dieselbe erst bei uns zu Lande sein, wo wir ja durch volle drei Jahre keine Schulen gehabt haben, wo die Kinder diese Greuel des Krieges, diese Verwüstungen selbst gesehen haben! Und da scheint es mir denn doch dringend notwendig zu sein, daß für die Eröffnung der Volksschulen vorgesorgt werde *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Auch für die Lehrerschaft muß gesorgt werden!)*, ebenso auch der Mittelschulen. Selbstverständlich muß auch, wie der Herr Kollege ganz richtig bemerkt hat und was ich selbstverständlich sagen wollte, auch für die Lehrerschaft gesorgt werden. Was speziell die Eröffnung der Mittelschulen betrifft, so ist mir sehr darum zu tun, daß dieselben schon aus dem Grunde eröffnet werden, damit den Studenten die Möglichkeit der Ablegung der Prüfungen, wie es im Westen der Fall ist, gegeben werde, insbesondere jener Prüfungen, die zur Erlangung des Einjährig-Freiwilligen-Rechtes notwendig sind, speziell daß die Kriegsmatura von denselben abgelegt werden kann. Daß in einem Lande, wo sich jahrelang die eigenen und feindlichen Heeresmassen über ein und dasselbe Territorium hin und her bewegten, die Steuerkraft, die Vermögenskraft der Bevölkerung eine minimale sein muß, daß in einem Lande, welches derartigen Verwüstungen und Verheerungen ausgesetzt ist, eine notorische Armut herrscht, das, glaube ich, wird und muß mir jeder objektiv denkende Mensch zugeben. Ich würde infolgedessen die Regierung wirklich ernstlich ersuchen, daß nicht, wie wir es bei der zweiten Invasion erlebt haben, gleich nach dem Einzuge unserer Truppen das Steueramt mit dem Steuerexekutor kommt, denn ich glaube, daß es doch nicht angeht, in einer Entfernung von acht bis zehn Kilometer von der Front gleich die Steuer einzuheben.

Meine Herren! Infolge der Invasion ist auch ein großer Teil, ich möchte sagen, der überwiegende Teil der Staatsbeamtenschaft geflohen. Die Beamten wurden aufgefordert zu fliehen und sind natürlich diesem Auftrage nachgekommen. Dank dem Entgegenkommen Seiner Exzellenz des Herrn Statthalters von Niederösterreich Baron Bleyleben, unseres früheren Landespräsidenten, ist die Mehrzahl der geflüchteten österreichischen Staatsbeamten und Staatsbediensteten in provisorische Dienste der Statthalterei, beziehungsweise der der Statthalterei unterstehenden Betriebe aufgenommen worden. Ich kann im Namen meines Verbandes Seiner Exzellenz für dieses Entgegenkommen nicht genug danken. Diese Beamten sind dadurch, daß sie einberufen worden sind, in den Bezug der rangklassenmäßigen Diäten gekommen. Nun sind die Beamten nach der Befreiung der Bukowina in ihren Dienstort zurückberufen worden, den Frauen, den Familien aber ist die Rückkehr nicht gestattet worden. Die Beamten müssen also ihren Dienst in ihrem gegenwärtigen Dienstorte versehen, während ihre Familien hier in Wien oder anderswo im Westen verbleiben müssen, ihre Bezüge wurden aber insofern restringiert, als ihnen die Zulagen, die Diäten gestrichen wurden. Sie müssen heute einen doppelten Haushalt führen und sind dabei auf ihre einfachen Bezüge angewiesen. Ich glaube, daß es denn doch gerecht wäre, daß die Beamtenschaft Zulagen in der Höhe der bisher bezogenen Diäten erhalte. Dies scheint mir umso gerechter zu sein, ... *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Sie wissen nur für die Beamten zu sprechen! Der Beamte leistet keinen Militärdienst, er ist enthoben, nun soll er wenigstens etwas bescheidener leben! Die Bauern haben alles verloren und bekommen keine Zulagen!)* Ich habe mich schon der Bauern angenommen. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Baczyńskyj.)* Dies scheint mir umso gerechter zu sein, als ja fast alle

Flüchtlinge um ihr Hab und Gut gekommen sind und daher auch Neuanschaffungen machen müssen. *(Fortgesetzte Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Baczyńskyj.)* Bezüglich der Bauernschaft gebe ich ja dem Herrn Kollegen vollkommen recht, nur habe ich ja meine Rekriminationen in puncto der Bauernschaft bereits vorgebracht. *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Diese Beamten sind Fremdlinge im Lande!)* Wir haben auch unsere ukrainischen Beamten. *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Einige!)* Ja, es sind leider nicht viele. *(Fortgesetzte Zwischenrufe des Abgeordneten Baczyńskyj.)* Ich glaube also, daß es nur eine Forderung der Gerechtigkeit wäre, wenn nicht nur der Staatsbeamtenschaft, sondern auch den Staatsbediensteten, also den Unterbeamten und Staatsdienern für die Dauer des Krieges Zulagen in entsprechender Höhe gegeben würden. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Baczyńskyj.)*

Ich glaube, meine hochverehrten Herren, daß die Erfüllung der von mir aufgestellten Forderungen im Interesse des Staates, aber auch im Interesse der Befriedigung unserer so schwer heimgesuchten Bevölkerung dringend notwendig ist. Ich glaube, daß es nicht angeht, jene Bevölkerung, welche gerade die schwersten und größten Opfer für unser so teures Vaterland gebracht hat, auf diese Art zu behandeln, ich glaube vielmehr, daß da wirklich die Intentionen unseres erhabenen Monarchen, welche außerordentlich volksfreundlich sind, welche auf die weitestgehende Schonung unseres Volkes und auf Berücksichtigung seiner Wünsche hinzielen, auch von Seite des Militärs und der Behörden Berücksichtigung finden sollten.

In dem Umstande, daß diese Regierung mit der Ernennung eines ukrainischen Ministers in bezug auf die Ukrainer weiter gegangen ist als die übrigen, erblicken wir ein Unterpfand für ihren guten Willen, unsere weiteren berechtigten Forderungen zu berücksichtigen, weshalb wir Bukowinaer Ukrainer für das jetzige Budget stimmen werden. *(Bravo! Bravo!)*

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik**: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Stapiński das Wort.

Abgeordneter **Stapiński**: Wysoka Izbo! Pułkownik Roja, wódz Czwartaków, który przez trzy lata zwycięzko walczył na czele 4. p. p. Legionów, na Węgrzech, na Bukowinie, nad Stochodem itd. itd. — ten sam pułkownik Roja, który wielokrotnie zatykał dziury powstałe na froncie przez ucieczkę Madjarów i ratował linię bojową austryacką, ten sam pułkownik Roja został teraz w charakterze porucznika wcielony do landszturmu austryackiego, gdzieś w Gracu. Stało się to pomimo, iż nominacya jego na pułkownika nastąpiła ze strony naczelnej komendy armii a brzmiała „na cały czas trwania wojny“ i pomimo, iż z ran odniesionych w bojach stan zdrowia pułkownika Roji pozostawia wiele do życzenia. Tak potraktowano pana Roja, który dużo, dużo krwi polskich ochotników przelał ku pożytkowi państw centralnych, prawda z wiarą, iż tą drogą dojdzie do wolnej zjednoczonej Polski. Za cóż tak postąpiono? Za to, że pułkownik Roję nie chciał czynić gwałtu sumienia swoim kochanym żołnierzom, nie chciał nadużywać swego stanowiska do rozkazywania, by pewną przysięgę składali.

To jeden fakt. Drugi jest jeszcze boleśniejszy. Brygadier Piłsudzki, właściwy twórca kadrów wojska polskiego w organizacyach strzeleckich, które się potem zamieniły na Légiony, Piłsudzki, bodaj główny sprawca zwycięztwa pod Limanową, Krzywopłotami, nad Stochodem i dziesiątek innych zwycięstw. Piłsudzki, któremu wodzowie pruscy i austryaccy publiczne wyrazy podzięki i uznania obwieszczali, ten oto Piłsudzki został aresztowany i wywieziony do aresztu w Prusach. Tak postąpiono z Piłsudzkim, uwielbianym przez naród, a ukochanym przez wojsko polskie.

A trzeci fakt naboleśniejszy: Tych samych Legionistów, którzy u boku wojsk pruskich i austryackich trzyletnie boje przebyli, na śmierć tysięcy ukochanych przyjaciół towarzyszów broni patrzyli i mnóstwo ran odnieśli, — tych oto żołnierzy polskich i bohaterów w nagrodę za to wszystko umieszczono w obozach jeńców i nie pozwalają narodowi, aby im tam choć ciężką dolę ulżył przez użyczenie pomocy w dostarczaniu żywności.

A pierwszy pułk Legionów, jak słychać, wysłano na front włoski, bodajże na śmierć niechybną, zapewne na górze San Gabriele, gdzie już tysiące żołnierzy polskich zginęło z 20., 10., 45. i innych pułków rekrutowanych z Polski.

To już powinno wystarczyć za wyjaśnienie, co się dziać musi i co się rzeczywiście dzieje w sercach polskich, a co wyjaśnia ten ciężki proces, jaki przechodzi przedstawicielstwo w tym czasie. Naród nie życzy sobie i nie dopuści do tego, aby posłowie jego użyczali poparcia rządowi, który tak z polskim narodem postępuje, naród musi poddać rewizyi swój stosunek do państwa, które taką czarną niewdzięcznością się odwzajemnia i swemu sojusznikowi na takie gwałty pozwala.

Naród zapisuje sobie w sercach i pamięci, co się stało z aktem z 5. listopada 1916, naród polski pilnie bada, co wart jest akt mocarstw centralnych z 12. września 1917. Przekonaliśmy się i przekonujemy ciągle, że państwa centralne żarty sobie stroją z proklamacyami, które dotych-

czas ani na krok sprawy polskiej naprzód ku szczęśliwemu rozwiązaniu nie posunęły.

Dodajmy do tego to ogałacanie Polski z lasów, z żywności, z ludzi, ze wszystkiego, to łudzenie obietnicami odbudowy, która się kończy na składaniu stosów aktów papierowych, a będziemy mieli obraz opieki i przyjaźni, jakiej doznajemy ze strony państw centralnych.

Mylne są rachuby rządów zaborczych na wewnętrzne niesnaski w narodzie polskim. Naród cały już dostateczną otrzymał naukę i uświadomienie, że tylko na podstawie określonej uchwałą z dnia 28. maja 1917 może uzyskać szczęście narodowe. Nikt i nic nie zdoła sprowadzić narodu polskiego z drogi wiodącej do wolnej, zjednoczonej Polski. Przecierpieliśmy dużo przez czas długich lat niewoli, przetrwamy jeszcze i te ciosy straszne, jakie na nas spadają teraz, jak na początku nadmieniłem, ale do wolnej, zjednoczonej Ojczyzny dojść musimy.

Hohes Haus! Es gibt gewiß in der Geschichte kein zweites Beispiel, das mit dem, was jetzt die Polen durchleben, zu vergleichen wäre. Wir haben unsere Freischaren, die sogenannten Legionen gebildet, um für unsere Freiheit zu kämpfen. Zu der Zeit, als die Legionen gegründet wurden, war die Sachlage so, daß als unsere erste Aufgabe die Befreiung Polens vom Zarismus, vom Zarentum Rußlands angesehen wurde. Diese Legionen haben wirklich drei Jahre lang unermüdlich auf allen Schlachtfeldern gekämpft, sie haben in Ungarn gefochten, sind bei der ersten Befreiung Kolomeas durch die Karpathen gezogen und an der Spitze dieser freiwilligen Jungen stand unser Oberst Roya. Dieser Roya, dieser Held, der vom Armeeoberkommando für die Kriegsdauer zum Obersten ernannt worden war, ist jetzt degradiert und als Leutnant im österreichischen Landsturm nach Graz geschickt worden, nur deshalb, weil er seine Truppen in einer so delikaten Sache, wie es ein Schwur ist, nicht durch seine Macht zwingen wollte, diesen Schwur zu leisten. Er hat ihnen freien Willen gelassen, er hat ihnen gesagt, er kann sie in dieser Sache nicht zwingen. Das hat ihm so geschadet, daß er vom Obersten zum Leutnant degradiert, entlassen und nach Graz geschickt worden ist.

Der Begründer der Legionen, Brigadier Pilsudski, einer der Hauptfaktoren des Sieges bei Limanowa — denn die Magyaren waren schon flüchtig, als er mit seinen Legionen dieses Loch verstopft hat und dadurch auch wirklich den Gang des Kampfes gewendet hat —, Pilsudski und seine Schar, die bei Lowczówek dem Vordringen der Russen Halt gemacht haben, er ist der Held, der am Stochod nicht einmal, sondern zehnmal die durch die Magyaren entstandenen Lücken gestopft hat, um die Linie zu halten, dem alle Oberbefehlshaber von der reichsdeutschen Seite und von der österreichischen Seite alles Lob gespendet haben, dieser Brigadier sitzt jetzt eingesperrt. Das erste Regiment der Legionen, sozusagen der Kader der ganzen Formation, wo die Freiwilligen aus Russisch-Polen grundsätzlich den Bestand ausgemacht haben, dieses Regiment ist jetzt als Landsturm an die italienische Front geschickt worden. Wahrscheinlich war das, was geschieht und warum ich den Herrn Landesverteidigungsminister bisher umsonst gefragt habe, noch zu wenig, wieso es kommt, daß am San Gabriele nur die polnischen und die ruthenischen Soldaten kämpfen, wie so es kommt, daß vom 20. Infanterieregiment nur neun Offiziere und nur 130 Soldaten zurückgeblieben sind, ebenso vom 45. Infanterieregiment und vom 10. Infanterieregiment nur wenige. Wieso kommt es, daß zu all diesen Guten noch das erste Regiment der Legionen dorthin geschickt worden ist? *(Zwischenrufe.)* Man hat hier gesagt, daß die Isonzolinie auf die Weise gehalten wird, daß von jedem Regiment ein Bataillon geschickt worden ist. Ich habe der Sache nachgeforscht, habe mich aber überzeugt, daß das nicht wahr ist, daß das nämlich in der Gegend des Monte San Gabriele nicht stichhältig ist. Ich habe mit einem von den neun überlebenden Offizieren von dieser Kampflinie vor drei Tagen gesprochen, er hat es verneint und gesagt, daß nur ein Regiment von der Bukowina dort ist, sonst nur ruthenische, polnische und am Abhange des Berges auch tschechische Regimenter. Ich möchte die Herren Deutschen, die Helden, bitten, sie sollten diesen wichtigen Punkt für Triest halten, sie sollten doch zeigen, wie süß es ist, für das Vaterland zu sterben. Aber das uns immer zu deklarieren, dann aber den schrecklichsten Kampf die Slawen auskämpfen zu lassen, das geht denn doch nicht! *(Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Das ist der erste Punkt, dem ich dem hohen Hause hier vorzeigen wollte, um zu begründen und zu erklären, wieso es dazu kommt, was jetzt in der polnischen Nation, in der polnischen Repräsentation hier im Hause geschieht.

Es ist wirklich zu schwer, darüber weiter zu sprechen, aber gehen wir noch weiter. Die Zentralmächte haben uns am 5. November das sogenannte Königreich Polen gegründet, also dieses und jenes geschaffen und beinahe das ganze Jahr damit verbracht. *(Zwischenrufe.)* Am Ende ist es dazu gekommen, daß auch die Bravsten unter den Vertretern der Zentralmächte ihre Resignation gegeben haben, und so ist aus dem Akte vom 5. November nichts geworden. Dann ist der 12. September l. J. gekommen und man hat uns wieder sehr erfreut sein lassen, man hat uns wieder einen Staat gegründet, indem wir nichts zu beschließen und auszuführen haben, denn der Generalgouverneur Beseler verfügt über das, was uns freisteht oder nicht; alles, was wir beschließen, kann er in 14 Tagen null und nichtig machen, alles, was er

will, kann er selber in diesem Staate anordnen. So einen Staat hat man uns geschaffen und man läßt uns sehr erfreut und sogar dankbar sein. Dafür verlangt man von uns, daß wir Rußland den Krieg erklären, daß wir den Beschluß der polnischen Nation vom 28. Mai zunichte machen, das heißt, daß wir unsere Ideale für alle Ewigkeit streichen, und außerdem verlangen sie, daß wir uns vor der ganzen Welt für diese Akte der Zentralmächte dankbar erklären.

Wir sollen also den Zentralmächten für diese zwei Kreationen dankbar sein, wir sollen uns an die Zentralstaaten anschließen. Wofür? Sagen wir schon, wie hier einer der deutschen Vorredner gesagt hat: Vergessen wir die Vergangenheit, gedenken wir jetzt nur der Gegenwart! Aber was geschieht eben in der Gegenwart? In der Gegenwart wird unser Vermögen mit allen Mitteln vernichtet, unsere Wälder in Polen verschwinden von der Oberfläche, unser Volk verhungert, bei uns wird mit aller Gewalt requiriert, bei uns wird in dieser Zeit germanisiert. In einer so rein polnischen Station wie Tarnów können Sie keine polnische Aufschrift mehr finden, außer die eine: „Pieniądze w pogotowiu" „Das Geld bereithalten!" Nur diese Mahnung ist in polnischer Sprache abgefaßt, aber bei den Zugängen und Abgängen der Schalter, bei den Warnungen vor Dieben u. dgl. finden Sie keine Spur von der polnischen Sprache, alles ist nur in der deutschen Sprache gedruckt und verkündet.

Meine Herren! Man läßt uns dankbar sein und Krieg für die gemeinsame Sache erklären unter Umständen, wo es bis jetzt in rein polnischen Kreisen des Gouvernements Beseler noch nicht gestattet ist, polnische Briefe zu schreiben und polnisch zu adressieren. Wir sollen dafür, daß wir noch jetzt, zur Zeit des Krieges in dieser Weise germanisiert werden, uns noch anschließen und gemeinsam den Krieg erklären! *(Ruf: Magyarische Briefe werden angenommen!)* Magyarische ja, alle anderen, nur die polnischen nicht.

Wenn wir an das Los unserer Arbeiter denken: was geschieht mit den polnischen Arbeitern? Sie schmachten eingesperrt, mit Gewalt verschickt, in Deutschland; polnische Fabriken stehen still, in den polnischen Gegenden sind alle Fabriken zugesperrt worden, alle Arbeiter sind nach Deutschland geschickt worden und werden dort zwangsweise in den Fabriken gehalten. Es wird ihnen nicht einmal erlaubt, einen Urlaub zu nehmen, um ihre Familien im Königreich Polen besuchen zu können. Das sind die Akte von Freundschaft, für die wir so dankbar sein sollen, wie die Herren meinen, daß wir zusammen mit ihnen einen Bund schließen und gemeinsam den Krieg erklären sollen. Sonst wundert mich das nicht seitens der Preußen, aber seitens Österreichs kränkt uns und wundert uns das, was bei uns in Galizien geschieht. Ich sage offen, wie ich es hier schon ein paarmal gesagt habe:

Unsere Parole, die Parole der Polen war dennoch, mit Österreich zu gehen. Wir sind dessen eingedenk, daß der Verfall Polens beinahe zu derselben Zeit eingetreten ist, wie der Verfall Österreichs. Wir sind geteilt worden, aber zu derselben Zeit ist auch Österreich nicht größer geworden. Wir verdanken unser Los hauptsächlich den Preußen. Wie ich mich erinnere, hat Preußen auch Österreich etwas weggenommen. Kurz und gut, bei uns war die Stimmung: Mit Österreich. Das war eine Volksstimmung, nicht nur in Galizien, sondern auch eine Überzeugung und Stimmung in Russisch-Polen. Noch in den Jahren 1912 und 1913 haben sich in den Versammlungen zu Krakau, wo all die Vertreter von Kongreßpolen anwesend waren, auch die Allpolnischen, alle diese Vertreter für das Zusammengehen und Zusammenwirken mit Österreich ausgesprochen. Und was haben wir seitens Österreichs dafür? *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Die Auslieferung der Ukrainer!)* Verehrtester! Ich kann nirgends etwas sehen, daß wir davon einen Profit hätten. *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Das ist wahr, Sie haben keinen Profit und unterdrücken doch!)* Ich war in meinem Leben immer Vertreter der Befreiung und habe immer gewirkt unter der Parole: Frei mit Freien, gleich mit Gleichem. *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Das waren Worte!)* Nein, ich kann nur sagen, daß das polnische Volk im großen und ganzen mit dem ruthenischen, dem ukrainischen Volk immer gut gelebt hat. *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Mit den Schlachzizen!)* Mit den Schlachzizen, Verehrtester, hat das polnische Volk nur dann gut gelebt, wenn Wahlen da waren, aber beinahe gleichzeitig waren auch die ukrainischen Bauern mit den polnischen zusammen. *(Heiterkeit. — Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Machen Sie mit den Schlachzizen Ordnung, dann wird es schon besser gehen!)* In Westgalizien haben wir keine Schwierigkeiten mit den Schlachzizen, da haben wir schon ziemlich alles parzelliert. *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Ein paar sind noch geblieben!)* Aber sehr wenige.

Außer diesem Irrtum, den wir seitens Österreichs erlebt haben, daß alle diese schrecklichen Vorkommnisse mit den Legionen seitens Österreichs durchgeführt worden sind, daß Österreich diese Legionen nach der südlichen Front geschickt hat, daß es ihre Nominierungen für die Kriegsdauer zunichte gemacht hat, daß es sich kurz und gut dem preußischen Akte angeschlossen hat, sehen wir, was jetzt in Galizien vor sich geht. Wir sehen, wie beispielsweise die Hilfe für die Notleidenden geleistet wird. In Österreich sind, wie mir bekannt ist, im allgemeinen 300 Millionen Kronen für diese Hilfsaktion gegeben worden und ganz Galizien, sowohl West-

wie Ostgalizien hat von diesem Gelde, wie mir bekannt ist, nur 8 Millionen Kronen bekommen. Dem meist geplünderten, dem meist verwüsteten Lande, dem Lande, das dreimal Durchmärsche hin und zurück durchgemacht hat, wo ganze Dörfer und Städte, ganze Gegenden von der Erde verschwunden sind, diesem Lande ist nur ein solcher Bruchteil der Abhilfe gegeben worden. Jetzt sagt man uns, daß in Galizien erst dann die Kartoffeln unter den Bauern verkauft werden können, nachdem wir 20 Millionen Meterzentner nach dem Westen geliefert haben. Woher diese 20 Millionen Meterzentner nehmen? *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Wir haben eine Mißernte sondergleichen, unser Acker hat uns nicht einmal 15 Prozent der gewöhnlichen Ernte gegeben. In ganzen Gegenden wurde Hafer gar nicht geerntet, weil nichts zu ernten war, von der Gerste höchstens 25 bis 30 Prozent und in den fruchtbarsten Gegenden ist der Roggen durch den Frost am 22. und 23. Mai zugrunde gegangen. *(Abgeordneter Parrer: Ist es war, daß in Westgalizien zirka 20.000 Hektar Wiesen nicht gemäht worden sind?)* Es ist möglich. Zum zweitenmal wurde gar nichts gemäht. *(Abgeordneter Parrer: Aber zum erstenmal?)* Zum erstenmal wird erst jetzt gemäht, in Krosno, in meinem Wahlbezirk, werden erstklassige Wiesen erst jetzt gemäht, weil keine Arbeiter zu bekommen sind und weil eben bei uns in Galizien . . . *(Lebhafte Zwischenrufe. — Abgeordneter Dr. Kolessa: Die Barackenlager sind voll von Menschen! Wozu diese Quälerei?)* Wenn schon davon die Rede ist, werde ich Ihnen von unseren Landarbeiterkolonnen erzählen. Nach Krosno ist eine solche Kolonne geschickt worden und wissen Sie, wer diese Landarbeiter waren? Kaufleute, Handlungsgehilfen aus Wien! *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Beim Vizebürgermeister von Krosno waren drei solcher Arbeiter eingestellt, die haben die ganze Zeit hindurch geschlafen, denn sie sind ja auf dem Felde nicht zu gebrauchen, sie haben keine Ahnung von dieser Arbeit. Es ist beinahe die Regel, daß ein Bauer, also ein Fachmann, als Arbeiter in eine Wirtschaft in der Nachbarschaft geschickt wird, während sein eigenes Gut so ein Fachmann aus Wien bearbeitet. *(Abgeordneter Dr. Velich: Bei uns in Böhmen auch! — Abgeordneter Parrer: Auch in Niederösterreich!)*

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik**: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen, er hat nur mehr drei Minuten Redezeit.

Abgeordneter **Stapiński** *(fortfahrend)*: Meine Herren! Es ist noch still in den Zeitungen von den Krankheiten, die jetzt in unserem Lande herrschen. Sie wissen von der Ruhr in Krakau, vom Typhus wird schon weit und breit gesprochen, es wird aber nicht verlautbart. Da weise ich darauf hin, daß auf ganze Bezirke kein einziger Arzt da ist *(Zustimmung und Zwischenrufe)*, zum Beispiel im ganzen Bezirk Pruchnik in der Bezirkshauptmannschaft Jaroslau. Sonst sind auf 80.000 bis 90.000 Einwohner ein oder zwei Ärzte. Und dabei diese Unterernährung! Man spricht davon, daß bei uns in Galizien die Verpflegung besser sei, als zum Beispiel in Wien. Das ist aber nicht wahr. Wer einmal in Krakau oder Lemberg unter die arme Bevölkerung kommt, wird sich überzeugen müssen, daß zwar Verordnungen darüber, was jeder zu bekommen hat, bestehen, daß aber wohl Brotkarten, Zuckerkarten und anderen Karten, jedoch kein Brot, kein Zucker und auch sonst nichts zu bekommen ist. *(Zwischenrufe.)* Meine Herren! Da mir nur wenig Zeit zur Verfügung steht, werde ich mich in diese Einzelheiten nicht einlassen. Ich habe diese paar Tatsachen nur angeführt, um das hohe Haus darüber aufzuklären, wie die Lage der Polen geschaffen ist. Der Polenklub war immer eine Stütze jeder Regierung. Die Polen waren für jede Regierung zu haben. Die Polen haben zu Österreich gehalten, das ganze polnische Volk war für Österreich. Als Anerkennung und als Gegenleistung dafür ist uns nun das beschieden worden, was wir jetzt mit den Legionen, mit unserem Lande und mit der Bevölkerung durchmachen. Deswegen kann das hohe Haus nur die Versicherung entgegennehmen, daß die Zeit, wo die Polen für jede Regierung zu haben waren, vorüber ist und daß für die Zukunft auch die Polen daran denken werden, daß sie nur mit den Geschädigten und Bedrückten gegen diejenigen, die uns so behandelt haben, zusammengehen und zusammenstimmen werden. Wir werden gegen das Budget stimmen. *(Beifall.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Němec.

Abgeordneter **Němec**: Vážení pánové! Slyšeli jsme včera programové prohlášení vlády páně Seidlerovy čís. 2, v němž jaksi naznačoval svůj program a také vytkl, jakým způsobem chce postupovati. V programu tom nepověděl nic určitého, jsou to jen samé vytáčky, narážky. Tu a tam něco naznačuje, že má tušení o tom, že jest nutno prováděti velké a důkladné reformy, ale o tom, čeho nejvíce potřebujeme, o tom se vyslovil jen čistě akademicky, a sice jest to cesta, kterou máme nastoupiti, abychom se dostali k mírovému jednání.

O tom nemluvil skoro nic, poněvadž to jsou všeobecné poznámky, které činil, jež však nic určitého nenaznačují a také nikdo nic určitého z toho neví, jakým způsobem chce rakouská vláda nastoupiti cestu mírovou. Nic určitého nepověděl o tom. Ale něco překvapilo, že velice málo se

vyslovil pan ministerský předseda o otázce výživy obyvatelstva, že velice málo mluvil o otázce sociální. Mluvil tam sice o sociálním oleji, ale myslím, že sociální olej se promění záhy v rukou takového rakouského ministerského předsedy ve vodu, a to dosti špinavou a kalnou.

Podivno jest, že pan ministerský předseda neřeší dnes žádnou otázku politickou, a což je nejvážnější a v této době nejvýznačnější, nemluví o urovnání poměrů českého národa ke státu rakouskému a ani slovem se nezmínil o našem prohlášení z 30. května, ani slovem se nezmínil o zbudování českého státu samostatného.

Tím myslím, že tomuto státu, jemuž v první řadě má sloužiti, neučinil žádných zvláštních služeb, poněvadž kdo nedovede sáhnouti ke kořenu všech záležitostí, které dnes hýbají celým světem, které dnes hýbají celým státem, ten dle mého názoru nemůže pro sebe si osobovati schopnost, že dovede tento stát postaviti na pevnou základnu.

My dělníci čeští sociálně-demokratičtí nalezli jsme svůj poměr k tomuto státu, ale tento stát nenalezl ještě poměr svůj k nám, on ho nenalezl k nikomu. Tento stát vinou svých vlád stojí ve vzduchu a nemá nikde žadné pevné opory. Tím myslím, velectění pánové, jest již dán náš poměr k vládě páně Seidlerově sám sebou.

Meine Herren! Der Herr Ministerpräsident hat uns gestern ein Regierungsprogramm vorgelegt, wie es weitschweifiger in diesem Hause wohl selten gehört wurde. *(Abgeordneter Tomášek: Weniger wäre mehr!)* Ja gewiß, wäre weniger mehr, wenn es aber bestimmt umgrenzt und bestimmt ausgedrückt wäre. In diesem Programm, welches gestern der Herr Ministerpräsident vorgelegt hat, weicht er den wichtigsten Lebensfragen unseres Staates aus. Er sprach kein Wort von der Demokratisierung dieses Staates, aufgebaut auf dem Selbstbestimmungsrecht aller Völker Österreichs. Was aber das Bemerkenswerte an der ganzen Sache ist, sein Programm deckt sich vollkommen mit den Forderungen des Deutschen Nationalverbandes, welche einige Tage zuvor verkündet wurden. Die Erhaltung des deutschen Charakters des Staates, die Erhaltung seiner jetzigen Form, des Dualismus, ist trotz des Krieges die wichtigste Sorge unseres Ministerpräsidenten. Das einzige, was die Deutschnationalen sagen, sagt er auch; die Deutschnationalen erklären: „Eine Neuordnung der internationalen politischen Verhältnisse wird nur dann zugelassen werden, wenn durch diese Neuordnung weder unsere nationale Stellung noch die Voraussetzungen für einen starken Staat gefährdet werden. Wir halten fest an der dualistischen Form der Monarchie, die sich für das Bundesverhältnis zum Deutschen Reich und im Kampfe um den Bestand der Monarchie bewährt hat". Ob gerade der Dualismus jene Form ist, welche diesen Staat so fest und sicher gemacht hat, das will ich heute nicht untersuchen, aber ich meine im Gegenteil — es sagen das alle Kenner der österreichischen Verhältnisse und es hat vor wenigen Stunden einer der Herren Vorredner hier gesprochen von dem „dunkelsten Punkte in Europa", der dieses Österreich ist und mit Recht hat er das gesagt, denn es entspricht vollkommen den Tatsachen — gerade aus dieser dualistischen Form dieses Staates, wo einerseits die nichtmagyarischen Völker den magyarischen und die nichtdeutschen Völker den deutschen ausgeliefert sind, sollte man eine Lehre ziehen. Statt dessen aber soll und muß diese Form heute unverrückbar feststehen und wenn die Völker dabei zugrunde gehen und der Staat als solcher auch zusammenbricht, das ist den Herren einerlei, der Dualismus, diese alte Form, muß erhalten bleiben. *(Zwischenruf.)*

Es will aber der Herr Ministerpräsident doch etwas geben. Er sagt nämlich, daß er selbst die Frage der Reform unserer Verfassung, das Prinzip der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung aller Nationalitäten auf der Grundlage der nationalen Autonomie unter der Wahrung der Staatseinheit zur vollen Durchführung zu bringen, aufgeworfen habe. Aber die ganze Verfassungsreform löst sich ihm auf in der zu schaffenden Kreiseinteilung, das ist die Verfassungsreform, die sich unser Herr Ministerpräsident vorstellt und von der er meint, daß sie den Bedürfnissen aller Völker Österreichs vollkommen genügen würde. Früher einmal, vor langen Jahren, war ja die Kreisverfassung ein sehr nützliches Ding, die tschechisch-bürgerlichen Politiker haben danach gerufen, aber das dürfte jetzt schon an die 40 Jahre her sein und heute sind andere Zeiten; doch hat man die Kreiseinteilung auch damals nicht als Surrogat für die staatsrechtlichen Forderungen verlangt, sondern als einen Behelf der Verwaltung, die damals schon im argen lag, was ja heute nicht besser geworden ist. Wenn Sie, meine Herren, meinen, daß die Kreiseinteilung das Mittel ist, um dem Staate alles zu geben, was er braucht, dann täuschen Sie sich.

Es ist absolut unmöglich, sich mit einer solchen Reform zu begnügen, weil sie nicht an die Wurzel des Übels greifen würde, das darin besteht, daß sich die nichtdeutschen Völker Österreichs nicht entwickeln können, daß aber auch das deutsche Volk durch die Bedrückung der anderen in seiner freien Entwicklung behindert ist. So stehen die Sachen. Die Magyaren weisen selbstverständlich die Gründung eines selbständigen tschechischen Staates ab und dies um so mehr, als sie erklären, sie lassen sich die Slowaken nicht nehmen, die sie mit allen Mitteln eines magyarischen, bethyarischen Raffinements bedrücken und kujonieren, daß es schon nicht mehr

weiter geht. Wenn diese aber erklären: Also gut, wenn ihr uns nicht liebt, so laßt uns aus, dann sagen die Magyaren: O nein, wir lieben euch zwar nicht, aber wir brauchen euch, ihr müßt bei uns bleiben, weil wir — wahrscheinlich — sonst niemand hätten, den wir beherrschen und — wie Sie sagen — dem wir eine „höhere magyarische Kultur beibringen" könnten. Die Magyaren erklären selbstverständlich, daß jede dieser Forderungen eine Änderung der Verfassung im Gegensatze zur dualistischen Form ist und daß dies Hochverrat ist, und sie haben dort im Parlament gerufen — ich glaube, es war Tisza —, man sollte in Österreich auch Gesetze schaffen, welche die ungarische, die magyarische Reichshälfte vor Hochverrat, der aus Österreich dorthin verpflanzt wird, schützen. Nun, ich glaube, die Ungarn sollten am allerwenigsten von Hochverrat reden, denn sie waren ja jahrelang Hochverräter. Alle die Herren, die heute an der Regierung sitzen, waren sie denn nicht alle, wenigstens die Majorität, des Hochverrates beschuldigt, weil sie dasselbe angestrebt haben, was die Slowaken und Tschechen anstreben? Also mit dem Hochverrat möge man uns schön in Ruhe lassen, denn heute ist der Hochverräter, morgen jener und zum Schlusse sind wir alle Hochverräter, wenn wir unser Recht verlangen und wenn wir verlangen, daß uns alles das, was die anderen besitzen, was die anderen anstreben, auch zuteil werde. *(Zustimmung.)*

Der Herr Ministerpräsident begreift, daß die böhmische Frage zu lösen ist. Das geht ihm wohl ein, er scheint es zu fühlen, daß da etwas geschehen muß, aber es ist sehr eigentümlich, daß der deutsche Nationalverband dasselbe auch vor ihm gesagt hat, wenn auch mit anderen Worten. Der deutsche Nationalverband sagte nämlich *(liest)*: „Am reifsten ist die Frage und am dringendsten deren Lösung in Böhmen, die den Tschechen nichts nimmt und den Deutschböhmen die Selbstregierung und Selbstverwaltung sichert. Auf einen gesonderten Staat im Staate muß von den anderen Nationalitäten ebenso verzichtet werden, wie wir Deutschen darauf verzichten." Ja, die Herren Deutschen, unsere Nachbarn und unsere Mitbewohner, verzichten wohl auf einen besonderen deutschen Staat, sie verlangen aber, daß dieser Staat deutsch bleibe, insbesondere, daß alle die nichtdeutschen Nationalitäten gezwungen werden, deutsch zu werden *(Zustimmung)*, daß man sie germanisieren soll. *(Abgeordneter Dr. v. Langenhan: Aber!)* Das verlangen die Deutschen — ich werde das ja nachweisen — und deswegen sagen sie dann: ja wir wollen keinen besonderen Staat im Staate bilden, weil sie meinen, daß der ganze österreichische Staat, ganz Zisleithanien ein einziger deutscher Staat werden soll. *(Abgeordneter Dr. Lodgman: Leider unmöglich!)* Ich quittiere den Ausruf: Leider unmöglich, es ist der erste Schritt zu einer besseren Einsicht und ich glaube, auch zu einer eventuellen Verständigung, die uns allen nottut. Dann bedenken Sie folgendes — ich will dabei nur kurz mit einigen Worten dieses deutschböhmische Problem streifen —, warum ist der Krieg ausgebrochen? Der Krieg ist verschuldet worden durch die Entwicklung des Kapitalismus, welcher den Imperialismus zeitigte; und der Militarismus, der immer bereit steht, wo es möglich ist, anzubinden zum Schutze des Kapitalismus, das ist der eigentliche Schuldtragende. Den Anstoß zum Krieg hat Deutschland mit Österreich gegeben, das weiß ja doch jeder von uns. Von ihnen ist es gemeinsam ausgegangen. Nun aber gut! Der eigentliche Grund des Krieges ist folgender: Deutschland hat nicht mehr genügende Absatzmärkte für seine Waren, Deutschland mußte neue Absatzmärkte schaffen, welche durch die englische Kriegsmacht Deutschland abgesperrt werden. Die englische Kriegsmacht nämlich beherrscht das Meer und läßt Deutschland nicht hinaus. Also Deutschland braucht neue Märkte und die Deutschen in Böhmen sagen, wenn die Tschechen an eine Änderung des heutigen staatsrechtlichen Verhältnisses schreiten würden, dann sind wir nicht zu halten, dann gehen wir weg, dann gehen wir nach Deutschland. Dadurch würden Sie die Beschwernisse Deutschlands nur vermehren, weil Deutschland keine industriellen Bezirke, sondern Absatzmärkte braucht und sie den natürlichen Absatzmarkt, der im böhmischen Hinterland für sie zu suchen ist und auch die Kornkammer und die Lebensmittelkammer, die in Böhmen und Mähren für sie zu suchen ist, verlieren würden.

Sie würden also, wenn Sie sich die Sache von der Nähe besehen, dabei nur verlieren, und deswegen wäre es das beste für uns und auch für Sie, meine Herren, und nicht weniger auch für den Staat, wenn es zu irgend einem Ausgleich kommen würde, natürlich zu einem solchen Ausgleich, der uns jede Entwicklungsmöglichkeit, jede Entwicklungsfähigkeit zur vollständigen staatlichen Selbständigkeit garantieren würde. Anders geht es nicht, und wenn Sie darüber nachdenken, meine Herren, so werden Sie finden, daß es auch anders nicht zu machen ist. Denn wenn Sie die Geschichte aller Länder und die Geschichte aller kleinen Nationen nachlesen, so werden Sie finden, daß der Drang nach staatlicher Selbständigkeit in jeder Nation nicht nur zu finden ist, sondern daß er um so stärker wird, je entwickelter, je fähiger, je stärker die Nation innerlich wird. *(Rufe: Ganz richtig!)* Sie sehen also, das ist etwas, was wir Ihnen nicht als irgend ein Novum vorbringen, sondern es ist der alte Gang der eisernen Entwicklung, von der wir in Österreich auch nicht verschont bleiben können, und wenn es den Herren Deutschen noch so wenig paßt. Sie würden viel

besser daran tun, nachzudenken, wie die Dinge zu regeln sind, daß sie uns beiden entsprechen, als zu erklären: Nie und nimmer werden wir uns auf das einlassen, was den Tschechen zu irgendeiner staatlichen Selbständigkeit verhelfen soll.

Meine Herren, es ist ja selbstverständlich, daß wir, die tschechischen Sozialdemokraten, auf unserem alten Programm stehen, auf dem Programm, Österreich sei umzubilden in einen Nationalitätenbundesstaat. Das haben wir schon vor Jahren gesagt und nicht wir tschechischen Sozialdemokraten allein, sondern alle zusammen, gemeinsam haben wir das gesagt, es war unser gemeinsames Programm und es ist selbstverständlich, daß wir an der Erklärung des Český svaz vom 30. Mai d. J. unverrückt festhalten. *(Bravo! Bravo!)* Das ist selbstverständlich. Und diese Erklärung haben wir auch in Stockholm vor der sozialistischen Internationale ausführlich dargelegt, wir haben auch dort gesagt, wir stehen auf der Grundlage der Demokratisierung jedes Staatswesens, aufgebaut auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Und, meine Herren, die von der sozialistischen Internationale haben das nicht nur als selbstverständlich betrachtet, die haben sich gewundert, daß es in Mitteleuropa heute noch ein Volk gibt, welches solche Forderungen aufstellen muß, nachdem sie der Meinung waren, daß eine so selbstverständliche Forderung schon längst hätte erfüllt werden sollen. Wir können auch nicht anders. Wir stehen fest auf diesem Standpunkte als Menschen, als klassen- und zielbewußte sozialdemokratische Arbeiter, wir stehen auf diesem Standpunkt als Tschechen und wir halten an ihm auch als Bürger dieses Gesamtstaates fest. Sie können tun, was Sie wollen, Sie können uns sekkieren, drangsalieren und persequieren, wie Sie wollen, aber von dieser Forderung werden Sie uns nicht abbringen und Sie werden auch nicht die Kraft haben, uns von der Durchführung dieser Forderung abzuhalten. Aber wir wissen es ganz genau, daß wir nicht die nötige Kraft zur Erhaltung des Gesamtstaates aufbringen könnten, wenn er uns jede Entwicklungsmöglichkeit und Entwicklungsfähigkeit benehmen würde. Allein wir sagen, daß dieser Staat nicht alles das übernehmen darf, was heute krachen geht, den Kapitalismus, den Imperialismus und den Militarismus. Wir wollen einen freien demokratischen Staat, aufgebaut auf anderen Prinzipien; denn ein Staat, der dieses ganze Erbe übernehmen würde, würde uns nicht genügen, nicht entsprechen und auch nicht der tschechischen Nation als Gesamtheit jenes Rückgrat verschaffen, welches sie als Nation zur weiteren Entwicklung notwendig braucht.

Zur Konsolidierung des Parlamentes fordern wir die Einberufung aller unschuldig verurteilten und amnestierten Abgeordneten. Es sind dies tschechische Abgeordnete, ruthenische Abgeordnete und es ist dies auch ein slowenischer Abgeordneter. Wir fordern, daß ihre Mandate erneuert werden, nachdem heute klar und deutlich nachgewiesen ist, daß diese Prozesse rein politischer Natur waren, daß diese Beschuldigungen bei den Haaren herbeigezogen wurden und daß sich diese Leute eigentlich nichts zuschulden kommen ließen. Deshalb fordern wir, daß ihre Mandate erneuert werden. Weiters fordern wir die Ausschreibung von Neuwahlen für die erledigten Mandate. Das ist auch etwas, was wirklich gemacht werden muß, weil eine ziemliche Anzahl von Abgeordneten fehlt und dieses Haus als solches nicht vollständig, nicht vollzählig ist und nicht einberufen werden kann, nachdem zirka 41 Mandate durch den Tod der Mandatsträger erledigt sind und erneuert werden sollen.

Wenn Sie sich die letzten politischen Prozesse näher besehen — und ich habe mir Mühe gegeben, speziell den Krámař-Prozeß aus allernächster Nähe kennen zu lernen — so werden Sie finden, daß diese Prozesse einen dauernden Schandfleck der österreichischen Justiz bilden werden. *(Zustimmung.)* Diese Prozesse waren nichts anderes als ein Kampf des böhmischen Volkes mit dem militärischen Absolutismus. *(Zustimmung.)* Diesen Kampf mit dem militärischen Absolutismus — und diesen Vorwurf kann ich den Deutschen nicht ersparen — mußten wir allein führen. Die Deutschen haben bei diesem Kampfe nicht mitgearbeitet, nicht mitgewirkt, obwohl ein erklecklicher Teil von ihnen denselben Prinzipien huldigt wie wir, derselben Anschauung ist wie wir. Das Kriegsüberwachungsamt, das alles dies geleitet hat — denn es hat sich niemand gefunden, der soviel Gehässigkeit aufgebracht hätte — ist aufgelöst worden, aber es wurde eine interministerielle Konferenz geschaffen, die eigentlich dasselbe bedeutet wie das Kriegsüberwachungsamt, denn bei uns fragt man nicht, wer eine solche Institution inszeniert hat, welchen Zweck sie hat, sondern man muß immer acht geben, wie sich eine solche Institution in ihrer Tätigkeit äußern wird.

Man weiß heute ganz genau, daß man nach dieser dreijährigen Persekutions- und Drangsalierungszeit nicht nur alles gut heißt, was an dem tschechischen Volke, an den tschechischen Arbeitern verbrochen wurde, sondern man ist sogar gesonnen, die Leute, die, ich möchte sagen, den Prügel abgegeben haben, mit dem man uns geschlagen hat, wie zum Beispiel einen Sedlacek, zu Oberstaatsanwälten zu machen. Er hat diese blutigen Urteile gefällt, er war derjenige, der solche Richter bedroht hat, die nicht genügend hohe Strafen den armen Leuten zudiktiert haben, die gar nichts verbrochen haben, die von jemandem denunziert oder sonst infolge irgendeiner unvorsichtigen Äußerung der Militärjustiz ausgeliefert wurden. Wer braucht eine

solche interministerielle Konferenz? Der Militarismus! Ich glaube, der Militarismus hat uns in den drei Jahren dieses furchtbaren Krieges so viele Wunden geschlagen, so viele Güter vernichtet, daß es Jahrzehnte dauern wird, bevor nur ein Teil alles dessen verwischt wird, was der Militarismus angestiftet hat. Da sollte man dem Militarismus nicht die Befugnis einräumen, daß er durch diese interministerielle Konferenz den entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung und auf die Gerichtsbarkeit, kurz und gut auf unser ganzes Leben im Staate besitzt. Je mehr wir diesen Militarismus einschränken, desto besser ist es für uns, aber auch desto besser für diesen Staat, der an diesem Militarismus zugrunde gehen wird, wenn er nicht imstande sein wird, diesen Militarismus einzudämmen.

Meine Herren! Wir wollen darüber hinweggehen, es ist schon genug darüber gesprochen worden. Ich will aber nur einige Worte darüber verlieren, wie man uns behandelt hat. Es ist heute schon von einem der Herren Vorredner darüber gesprochen worden, aber ich meine, wir können nicht oft genug und nicht laut genug den Herren von der Regierung zu Gemüte führen, daß wir uns alles dessen genau bewußt sind, was an uns verbrochen wurde, und daß wir dadurch auch den Herren zeigen wollen, sie sollen in diesem Sinne nicht mehr weiter fortfahren, weil sie selbst den Boden abgraben würden, auf dem sie notgedrungenerweise stehen müssen. Man hat bei uns alle verfassungsmäßigen Rechte suspendiert. Die Presse hat man geknebelt, man hat die militärische Zensur eingeführt, man hat uns das Reden in unserer Muttersprache verboten, man hat uns geradezu die Zunge herausgerissen, man hat den tschechischen Beamten in den Ämtern aufgetragen, sie sollen nicht einmal im Privatverkehre tschechisch sprechen, sie sollen in ihrer Familie nicht tschechisch sprechen, sie sollen ihre Kinder deutsch erziehen, nachdem sie Bedienstete des österreichischen Staates sind, der nach außen deutsch ist und auch deutsch bleiben muß. Meine Herren! Man hat bei uns das Naderertum großgezogen, Internierungen, Konfinierungen, Verhaftungen, Verurteilungen waren an der Tagesordnung. Warum? Die Tschechen sollen nicht verläßlich sein. Um sie zur Verläßlichkeit zu erziehen, hat man sie geschuhriegelt, drangsaliert und füsiliert; so weit ist man gegangen, damit sie treuer und verläßlicher werden. Die Verläßlichkeit zu Österreich hat man mit diesen Mitteln den Leuten einimpfen wollen. Hat jemand durch diese drei Jahre irgendwo einen organisierten Verrat oder, wie gesagt wurde, diesen Hochverrat, der in der Luft schweben sollte, zum Ausdrucke kommen sehen? Hat jemand etwas gemacht? Wenn wirklich die Verhältnisse in Böhmen so arg gewesen wären, so hätte man während dieser drei Jahre irgendeinen Putsch denn doch arrangieren können. Das ist nicht geschehen, ein Beweis also, daß hier nichts war, daß nichts vorgelegen ist, sondern daß nur das Kriegsüberwachungsamt alles das gesehen und in Verbindung mit dem Hauptquartier in Teschen diese unfaßbare Persekution eingeleitet hat, um den Leuten Liebe und Anhänglichkeit zu Österreich einzuprägen. Es ist wirklich, glaube ich, ein Akt der Pietät, wenn ich hier sage, daß sich in Österreich ein Blatt gefunden hat, und zwar die „Arbeiter-Zeitung" in Wien, welche einen Teil dieser schändlichen Persekution aufgedeckt und gezeigt hat, wie weit bei uns das Rechtsbewußtsein bei den Justizbeamten gesunken ist. *(Beifall.)*

Ich bitte, meine Herren, sich vorzustellen, daß man bei uns soweit gegangen ist, daß man den Zeitungen Artikel zugesendet hat. Diese Artikel waren Polemiken gegen die betreffende Partei, deren Organ die Zeitung war, oder gegen deren Parteigrundsätze, und es wurde gleichzeitig die Drohung beigefügt: Wenn Du das nicht veröffentlichst, werde ich Dich unterdrücken! Man hat bei uns Blätter unterdrückt, welche zu wenig feierlich oder zu wenig enthusiastisch für die Kriegsanleihe waren. Man hat von Arbeiterblättern in einer Zeit, wo die Arbeiter nichts zu essen hatten, verlangt, sie sollen die Kriegsanleihe propagieren; nachdem dies nicht geschehen ist, wurden diese Blätter unterdrückt. Man ist noch weiter gegangen. Ich weiß nicht, ob es den anderen auch so ergangen ist, aber ich und einige meiner Kollegen sind vor die Polizei zitiert worden und dort hat man uns verhört, ob wir Kriegsanleihe gezeichnet haben. Man hat uns so herabgesetzt, heruntergedrückt, so lächerlich gemacht durch dieses Vorgehen, daß es nicht mehr weiter geht. Aber die Herren haben sich auch selbst lächerlich gemacht, denn als man uns alles konfisziert hat, als unsere Staatsanwalte, als irgendein Reserveleutnant oder ein ausrangierter alter Wachtmeister, der zum Offizier geworden ist, darüber zu wachen hatte, was Österreich nützt und frommt, was er streichen soll, da hat man bei uns gemeint, daß man im Ausland nichts davon erfahren wird, daß die Leute im Ausland glauben werden, daß alles, was in diesem Blatt steht, auch diese Polizeiartikel, in der Redaktion geschrieben worden ist. Die Leute haben aber herausgefunden, daß das Polizeimache ist, sie haben herausgefunden, daß das ein Zeichen des tiefsten Verfalles jedes Rechtsbewußtseins in Österreich ist. Wenn man uns obendrein noch dabei des Verrates bezichtigt hat, so haben die Leute im Ausland es nicht als den Ausfluß irgendwelcher wohlwollender behördlicher Maßnahmen betrachtet, sondern sie haben ganz richtig erklärt, daß das der Gipfel der Unterdrückung ist, der unverschämtesten Unterdrückung, die man sich in einem Staate zuschulden kommen lassen kann.

Wir haben, meine Herren, im Preßausschuß über diese Verhältnisse gesprochen und es ist richtig,

daß der Herr Minister des Innern da gesagt hat: Nun, es sind halt auch Dummheiten geschehen. Ja gewiß, jeder einzelne, auch jede Regierung und insbesondere eine österreichische Regierung hat ein Recht, Dummheiten zu machen, doch es gibt eine gewisse Grenze, bis zu der man Dummheiten machen darf; aber die österreichischen Regierungen haben nichts anderes gemacht, nur lauter Dummheiten, ihre ganze Regierungstätigkeit war eine ununterbrochene Kette von lauter Dummheiten und ich fürchte, meine Herren, nach den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten wird es künftighin nicht viel besser werden.

Man hat sich aber damit noch nicht begnügt. Die Fabriken sind bei uns, damit man dem Arbeiter auch gehörig zu kosten gibt, daß er Mitglied oder Angehöriger des tschechischen Volkes ist, zu Zwangsarbeitshäusern umgewandelt. Die Löhne waren so niedrig, daß die Leute sich unmöglich das Allernotwendigste zum Leben verschaffen konnten. Aber wenn einer gesagt hat, er habe zu wenig Lohn, er könne mit seiner Familie bei diesem Lohn nicht auskommen, so war das nicht etwa ein Vergehen, das man mit Entlassung bestraft, sondern das war ein Verbrechen, das war Empörung, das war Meuterei, das war Hochverrat.

Beim letzten Streik hat man bei uns einen Arbeiter zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt, weil er gesagt hat, er könne nicht arbeiten, weil er hungrig ist und nichts zu essen hat. Einer hat drei Jahre bekommen, der andere hat anderthalb Jahre schweren Kerker bekommen und jetzt werden 39 solche Arbeiter bei dem Gerichte verhört und, ich weiß es nicht, abgeurteilt, vielleicht auch zu schweren Kerkerstrafen, weil sie gestreikt haben, nicht, um eine Lohnerhöhung durchzusetzen, sondern um Lebensmittel, die ihnen laut behördlicher Anweisung zugesprochen wurden, zu erzwingen. Meine Herren! Ich glaube, es geht nicht mehr weiter. Man hat uns geradezu behördlich die Empörung aufzwingen wollen. Ich glaube, wenn die Herren, die nicht Arbeiter sind, sich vielleicht in die Lage hineindenken, daß man ihnen nichts zu essen gibt, daß man sie zu arbeiten zwingt und daß man, wenn sie sagen, sie haben Hunger, sie können nicht mehr weiter, ihnen sagt, sie sind Meuterer, sie sind Empörer, so würden sie doch sagen müssen, weiter kann man einen Menschen doch nicht mehr verfolgen, weiter geht es nicht, wie es diese Herren machen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich einige Worte zu unseren Reihen selbst sagen. Es haben sich Herren von anderen Parteien unter die Arbeiter gemischt und haben den Arbeitern gewissermaßen moralische Unterstützung zugesagt, wenn sie in den Streik treten wollen. Und diese Herren kommen jetzt und wenden sich gegen uns, obwohl wir damals gegen den Streik waren, denn die Sachen sind bei uns nicht so wie anderswo, wir wußten ja, daß man uns den Fuß vorgesetzt hat, daß man die Leute zu irgendeiner Revolte bringen wollte, um dem böhmischen Volke den nötigen Aderlaß zu geben und daß man auch bei dieser Gelegenheit sagen könnte, sehet, diese Tschechen sind doch Empörer, sie sind doch Meuterer und sind doch vielleicht Hochverräter usw., weil sie jetzt so etwas anzetteln wollen.

Weil wir aber diese bösen Absichten unserer Behörden erkannt haben, so haben wir den Arbeitern davon abgeraten. Und jetzt werden wir von Mitgliedern der anderen Parteien beschimpft, daß wir diejenigen sind, welche die Schuld tragen, daß die Arbeiter verurteilt wurden, nachdem wir gesagt hätten, das war ein politischer Streik. Nein, im Gegenteil, wir haben den Leuten gesagt, tragt keine politischen Momente hinein, sonst wird die Sache schlechter werden, sonst wird man dann sagen, daß ihr keinen Hunger habt, daß es euch gut geht und daß der Streik nur eine Frivolität ist. Dies wollte ich hier nur sagen und die Herren aufmerksam machen, daß sie alle die Arbeiter zu wenig kennen, wenn Sie meinen, daß die Arbeiter sich von Ihnen einfangen lassen. Wenn Sie ihre Standesangelegenheiten besorgen, sind wir Sozialdemokraten noch nie in Ihre Versammlungen eingedrungen, um Ihnen dort unser Programm, unsere Ansichten aufzuzwingen und wir möchten Sie bitten, dies in Zukunft und gerade aus Rücksicht für das Wohl und Wehe der tschechischen Arbeiter, der breitesten Schichten, der Unterlage des tschechischen Volkes, zu unterlassen. Meine Herren! Durch diese Dinge und durch alles das, was geschehen ist, ist eigentlich die Wilsonsche Formel: Frieden nur mit den Vertretern freier demokratischer Völker, ausgerüstet mit dem Selbstbestimmungsrechte, Gestalt, eine Basis bekommen. Sie hätte sie nicht, aber sie hat sie gerade durch diese Persekutionen bekommen und durch diese Behinderung jeder Entwicklung hat diese Formel Gestalt, hat sie Leben bekommen. Wem es in Österreich ernst ist um den Frieden, der muß diesen Weg betreten, sich auf diese Basis stellen.

Die Herren vom Nationalverband wollen auch den Frieden, sie verlangen einen ehrenvollen Frieden und sagen darüber *(liest)*:

„Dieselbe Haltung verlangen wir auch von der Regierung, deren Pflicht es ist, Auslassungen entgegenzutreten, die das feindliche Ausland zur Einmischung in unsere inneren Verhältnisse ermutigen und im Verein mit unbedingt pazifistischen Kreisen die Mittelmächte zwingen wollen, einen Frieden anzunehmen, der mit den Existenzbedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches unvereinbar ist."

Was unsere Monarchie anbelangt — nun gut; aber was sorgen wir soviel um das Deutsche Reich? Die Herren in Deutschland sollen sich selbst darum kümmern, wie sie zu einem Frieden kommen. Da kommen wir in ein Vasallenverhältnis zu Deutschland und das haben wir, glaube ich, nicht nötig. Die Deutschen waren immer sehr vorsichtig, wenn es sich um uns gehandelt hat, ich erinnere Sie nur an das Jahr 1866 und an die spätere Zeit, wir haben also gar keinen Grund, uns an die Deutschen zu binden. Wir haben zu sagen: Wir wollen den Frieden, wir werden für den Frieden arbeiten, weil er nicht nur im Volksinteresse gelegen ist, sondern auch ein eminentes Staatsinteresse bedeutet; was die anderen machen, geht uns nicht sonderlich an. Wenn wir unsere eigenen Wege gehen werden, werden wir viel besser vorwärts kommen, als wenn wir uns an einen Staat binden, der uns zum Beispiel nach der Annexion Bosniens und der Herzegovina im Jahre 1908 für seine Hilfe die Absatzgebiete für unsere Waren auf dem Balkan abgejagt hat. Diese Freundschaft ist also nicht so ganz einwandfrei und wir haben es gar nicht notwendig, uns auf sie zu verlassen und auf ihr unsere ganze Zukunft aufzubauen.

Glaubt der Nationalverband, daß es notwendig ist, das zu tun, was in Deutschland geschieht, dann soll er trachten, daß auch anderes geschieht, wie in Deutschland. Dort ist die deutsche Friedensnote unter Zuziehung des Parlamentes gemacht worden — ist bei uns dergleichen geschehen? Wo sind die Herren von den deutschbürgerlichen Parteien, warum tun sie nicht auch so etwas, warum zwingen sie nicht die Regierung dazu? *(Abgeordneter Tomášek: Den Antrag Pantz haben sie abgelehnt!)* Diesen Antrag haben sie abgelehnt, sie sollten aber, wenn sie sich schon auf das deutsche Beispiel stützen, den Frieden mit aller Macht forcieren. Wir wissen ja ganz genau, der Friedenswille entwickelt sich immer mehr und mehr.

Es war zuerst ein ganz einfaches Anbot, man hat gesagt, wir wollen den Frieden, wenn jemand kommt, und wenn jemand kommt, wir wollen einen ehrenvollen Frieden schließen. Dann hat man aber gesagt, einen Frieden ohne Annexionen und ohne Entschädigungen. Darauf wurde uns geantwortet: Nur mit der Demokratie, aufgebaut auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Auch das hat man bei uns angenommen, wiewohl man von Demokratie vor einigen Jahren in Österreich nicht öffentlich sprechen durfte, wollte man nicht eingesperrt werden. Ich kenne mehrere meiner Parteigenossen, die alle gesessen sind, als sie für das allgemeine und gleiche Wahlrecht öffentlich in Versammlungen und auf Meetings eingestanden sind. Aber man hat sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, man hat das akzeptiert. Nun aber regiert man bei uns absolutistisch frisch und fröhlich weiter und, wie gesagt, aus den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten scheint gar nicht hervorzuleuchten, daß man eine grundlegende Änderung in dieser Form des Regierens machen will oder daß man gar zu einer Demokratisierung unserer heute noch veralteten Institutionen schreiten wird.

Und nun, meine Herren, kommt die Botschaft des Papstes und der Papst sagt, es solle dahin gearbeitet werden, einen dauernden und gerechten Frieden zu erringen, und zwar durch Einschränkung der Rüstungen und durch Schlichtung der Streitigkeiten zwischen den Nationen und Staaten durch obligatorische Schiedsgerichte. Und sehen Sie, meine Herren, auch das akzeptiert man und sagt, wir wollen einen ehrenvollen Frieden. Und ich meine, wenn die Sachen so weiter gehen werden, so wird man noch mehr akzeptieren. Wenn man das aber weiß, dann sollte man, glaube ich, früher damit kommen und nicht warten, bis es vielleicht zu spät sein wird. Wir verlangen zu diesen Forderungen noch etwas. Wir sind natürlich sehr verwundert, daß der Papst nicht früher mit seinem Vermittlungsvorschlag gekommen ist, aber wir sind auch jetzt noch dafür dankbar, daß er dies in letzter Stunde getan hat, weil er dadurch eine große Schuld abgetragen hat, die der Katholizismus auf sich geladen hat. Denn der Katholizismus ist eigentlich der Grund und die Quelle, aus der die kapitalistische Entwicklung hervorgegangen ist. Er trägt somit einen Teil seiner Schuld ab, wenn er sich jetzt durch seinen Vertreter, den Papst, dafür einsetzt, daß Friede werde. Wir nehmen jede Hilfe an und sind für jede Hilfe, die uns in dieser Richtung zuteil wird, dankbar.

Meine Herren! Wir verlangen weiters, das über Krieg und Frieden nur das Parlament zu entscheiden habe. Dieser Antrag ist ja schon oft wiederholt worden. Ich habe schon im Jahre 1908 bei Gelegenheit der Spannung zwischen Serbien und Österreich einen solchen Antrag namens des Sozialdemokratischen Verbandes hier im Hause gestellt und vertreten. Wir verlangen weiters die Abschaffung der geheimen Diplomatie und fordern die Demokratisierung der auswärtigen Politik. Die auswärtige Politik darf kein Eigentum, keine Domäne großer Herren, Adeliger usw. sein, die mit den Volksinteressen gar nichts gemein haben, die volks- und staatsfremd, ja man kann auch sagen zeitfremd sind. Diese Herren sind nicht berufen, die Geschicke des Staates zu lenken.

Wir müssen zum Frieden kommen, ob wir wollen oder nicht, ob so oder so, denn es drängt uns dazu die Ernährungsfrage, die Bekleidungsfrage, die Kohlenfrage, die Wohnungsfrage, es drängt uns dazu das Lebensinteresse nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Beamten, der Lehrer, aller

dieser mittleren Schichten, die auf Erwerb angewiesen sind und deren Löhne, beziehungsweise Gehälter nicht den erhöhten Lebensmittelpreisen entsprechend aufgebessert wurden. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung hat in diesem Kriege ein Fiasko erlitten. Man mußte zu anderen Mitteln greifen, um die Distribution der Lebensmitteln durchzuführen; die jetzige Art und Weise ist nicht die richtige, sie entspricht nicht den Bedürfnissen des Volkes, sie entspricht auch nicht den Bedürfnissen des Staates. Imperialismus und Militärismus sind in diesem Kriege verkracht und da meint man, daß es heute möglich ist, durch Aufpfropfung der sozialistischen Distribution auf diese kapitalistische Grundlage den Staat und seine Wirtschaft zu retten.

Ich will nicht auf Details eingehen, eines muß ich aber doch anführen. Bei uns, speziell in Nordschlesien, werden die kleinen Leute abgefangen, wenn sie ein paar Kilogramm Kartoffeln oder Mehl tragen. Diese armen Leute faßt man so scharf an, dagegen duldet man, daß ganze Züge, vollbeladen mit Kartoffeln, mit Mehl, mit Eiern *(Hört! Hört!)*, mit allen möglichen Lebensmitteln nach Deutschland fahren, ja, man stellt sogar Separatzüge zur Beförderung dieser Lebensmittel ein. Das sollte doch nicht geschehen; wenn wir auch in einem sehr untergeordneten Verhältnis zu Deutschland zu stehen scheinen, sollte man den Herren in Deutschland doch sagen: Wenn ihr nichts herauslaßt, lassen auch wir nichts heraus. Die Reziprozität ist das beste Mittel, um die gegenseitige Freundschaft zu erhalten.

Die jetzige Art der Kriegswirtschaft ist ein Mittel geworden, um Einzelnen zu helfen; die Kriegswucherer, die Kriegslieferanten haben schweres Geld verdient. Den Reichen ist leider bis jetzt kein Abbruch geschehen, die Zeche haben eigentlich nur die Armen zu bezahlen, während die Reichen bei dieser Wirtschaft nur gewonnen haben. Meine Herren! Stellen Sie sich einen Arbeiter vor, der bedrückt wird von seinem kapitalistischen Wirtschaftsherrn, von seiner Behörde, von dem militärischen Verwalter, der in Gestalt irgend eines alten ausrangierten Stabsoffiziers dort in der Fabrik sein Unwesen treibt, die Leute kujoniert, beschimpft und auf Wunsch des Fabrikanten oder seiner Direktoren einsperrt. *(Abgeordneter Dr. Witt: Oder an die Front schickt!)* Das „An-die-Front-schicken" ist eine sehr verdächtige Maßregel, denn sie beweist, daß die Herren vom Militär das An-der-Front-sein als Strafe betrachten, das sollten sie im eigenen Interesse nicht dulden, weil es dann anders aussieht als es in Wirklichkeit die Herren haben wollen. Heute können Sie ja dem Arbeiter nicht mehr sagen, für welche Ziele und Zwecke er kämpft, und das kann ihm heute niemand mehr sagen, denn der Krieg hat sich schon nicht erst heute sondern bereits von zwei Jahren erschöpft, jetzt wird nur mehr herüber und hinüber geschossen, ohne Ziel und ohne Zweck, man weiß nicht mehr warum. Jeder spricht vom Frieden, aber während wir hier vom Frieden sprechen wird dort geschossen und weiter gemordet. Jeder sagt, er wolle einen ehrenvollen Frieden haben, ohne Annexionen und ohne Kriegsentschädigung, er wolle niemanden etwas nehmen, und trotzdem können die Leute nicht zusammenkommen. Den Arbeitern kann man wirklich nicht sagen, daß sie das alles dulden sollen, und zwar um so weniger als gerade diese Klasse nichts zu verlieren hat. Was haben die Arbeiter zu verlieren? Wenn sie heute kämpfen müssen, so müssen sie es tun für die Erhaltung des Wohlstandes und des Vermögens der reichen Bevölkerungsschichten, sie selbst haben weiter nichts zu verlieren. Und da ist es sehr gefährlich, wenn man gerade die Arbeiter so kujoniert und ihnen das Leben geradezu zur Unmöglichkeit machen will. Wenn sie meine Herren die Verhältnisse betrachten, so werden Sie sehen, was auch die Ärzte in den Arbeiterkrankenkassen sagen, daß die Morbilität und die Mortalität steigt, daß aber auch die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zurückgeht. Das Gefährlichste an der Sache aber ist, daß, je länger der Krieg dauert, desto größer die Verwüstungen und die Unmöglichkeit werden wird, sie wieder gut zu machen.

Wir Sozialdemokraten haben gesucht, die tschechische Bevölkerung und speziell die Arbeiter, vor einer außergewöhnlich starken — eine gewöhnliche Persekution hat ja bei uns überhaupt nie aufgehört — Persekution zu schützen. Man hat uns das verleiden wollen, man hat unsere Arbeiter so behandelt, als wären die die größte Gefahr in dem Momente, wo sie Lohn haben und essen wollen. Nun, meine Herren, Sie können ja tun und lassen, was Sie wollen, wir raten Ihnen aber, doch zu bedenken, daß Sie uns nicht niederhalten werden, Sie sind's nicht imstande, und wenn Sie alle Ihre Energie aufwenden wollen, so werden Sie uns weder als Arbeiter, noch weniger aber als Nation behindern und niederhalten können. Wenn Sie sich aber mit allen Prinzipien der Demokratie und des Selbstbestimungsrechtes in Widerspruch stellen wollen, so, glaube ich, werden Sie es auch nicht lange aushalten, denn sie haben so viele Feinde außen, daß Sie wahrlich gut daran täten, sich nicht innere Feinde zu schaffen, sondern zu trachten, daß diejenigen, die mit Ihnen wohnen, die diesen Staat erhalten und beschützen müssen, auch zufrieden sind. Befolgen Sie, meine Herren, unseren Rat und stützen Sie sich lieber auf ein freies Volk, als auf niederknüppelte Heloten. Das ganze Verhalten der österreichisch-ungarischen Regierung vor und während des Krieges bietet uns keine Gewähr für die Errin-

gung der für uns notwendigen Freiheit, zu uneingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten und -fähigkeiten und deswegen können wir auch der jetzigen Regierung nicht die Mittel bewilligen, aus denen sie ihre Kraft schöpfen will zu unserer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Behinderung und unserer nationalen Bedrückung. Wir werden aus diesen Gründen gegen das Budget stimmen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich breche die Verhandlung ab.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Delugan, als Mitglied des Finanzausschusses;

Conci, als Mitglied des Immunitätsausschusses;

Winter Leo, als Mitglied des Verfassungsausschusses;

Modráček, als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;

Onciul, als Ersatzmann des Immunitätsausschusses.

Soferne diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(niemand meldet sich)* — und dies ist nicht der Fall —, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen in den Immunitäts- und in den Verfassungsausschuß sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Dem Herrn Abgeordneten Vizepräsidenten Romanczuk habe ich einen einmonatigen Urlaub erteilt.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen Donnerstag, den 27. d. M. vormittags 11 Uhr mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Wird eine Einwendung dagegen erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt also dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 4 Uhr 55 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 24. Sitzung, Donnerstag, den 27. September 1917.

**Tagesordnung:** **1.** Fortsetzung der ersten Lesung der Finanzvorlagen. — **2.** Bericht des Sozialversicherungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 6, wegen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (563 der Beilagen). — **3.** Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 7, wegen Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung (562 der Beilagen). — **4.** Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 8. September 1914, R. G. Bl. Nr. 238, über die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes (565 der Beilagen). — **5.** Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge (564 der Beilagen). — **6.** Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 5. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 99, betreffend das metrische Karat (561 der Beilagen).

# Inhalt.


## Personalien.

Zuschrift des Bezirksgerichtes Rzeszów, betreffend eine Immunitätsangelegenheit des Abgeordneten Bomba (Zuweisung an den Immunitätsausschuß — Seite 1241).

Mandatsniederlegung der Abgeordneten:

1. Jesser als Mitglied des Sozialversicherungsausschusses (Seite 1289);
2. Prášek als Mitglied des Budgetausschusses (Seite 1289);
3. Čech als Ersatzmann des Budgetausschusses (Seite 1289);
4. Votruba als Mitglied des Wehr-, kriegswirtschaftlichen, Unterhaltsbeitragsausschusses und als Ersatzmann des Eisenbahnausschusses (Seite 1289).

Urlaubserteilung (Seite 1290).

## Verhandlung.

Fortsetzung der ersten Lesung der Finanzvorlagen (583, 600 und 601 der Beilagen — Redner: die Abgeordneten Hauser [Seite 1241], Dr. v. Langenhan [Seite 1248], Kadlčák [Seite 1251], Wolf [Seite 1255], Dr. Petruszewycz [Seite 1264], Alois Brandl [Seite 1267], Friedmann [Seite 1269], Wedra [Seite 1273], Dr. Laginja [Seite 1277], Dr. Schoepfer [Seite 1281], Šubrt [Seite 1285]).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 23. Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in den Immunitäts- und Verfassungsausschuß (Seite 1241).

Ersatzwahlen in den Sozialversicherungs-, Budget-, Wehr-, kriegswirtschaftlichen, Unterhaltsbeitrags- und Eisenbahnausschuß (Seite 1290).

Zuweisung des Antrages 453 der Beilagen an den landwirtschaftlichen Ausschuß (Seite 1290).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge

1. des Abgeordneten Dr. Funk und Genossen, betreffend die Regelung der Verhältnisse der österreichischen Staatsdienerschaft (616 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Vojta und Genossen, betreffend die Regelung der Kongrua der niederen katholischen Geistlichkeit (617 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Dr. Bugatto und Genossen, betreffend die Einführung des obligatorischen Bekenntnisses der nationalen Zugehörigkeit (618 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Klofáč, Stříbrný und Genossen, betreffend den Schadenersatz für Untersuchungshaft (619 der Beilagen);

5. der Abgeordneten Roškar, Pišek und Genossen betreffend die Requisitionen landwirtschaftlicher Produkte (620 der Beilagen);

6. des Abgeordneten Dr. Kost' Lewyckyj, Onyszkewycz, Dr. Baczyńskyj und Genossen, betreffend den provisorischen Ausbau der verwüsteten Gebiete Ostgaliziens (621 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Dr. Kost' Lewyckyj und Genossen, betreffend die Befreiung des bürgerlichen Kleingrundbesitzes bis zu drei Hektar des angebauten Ackerbodens von den Kartoffelrequisitionen, beziehungsweise von der Beteiligung an den abzugebenden Kartoffelkontingenten (622 der Beilagen);

8. des Abgeordneten Dr. Adolf Groß und Genossen, betreffend die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit (623 der Beilagen);

9. des Abgeordneten Dr. Ofner und Genossen, betreffend die Aufhebung des Institutes der öffentlichen Agenten (624 der Beilagen);

10. des Abgeordneten Goll und Genossen, betreffend die Lieferung von Heiz- und Betriebskohle an die Landgemeinden (625 der Beilagen);

11. der Abgeordneten Pirker, Goll, Hofer und Genossen, betreffend die Überlassung der Häute von notgeschlachtetem oder umgestandenem Vieh an die Besitzer zur Verarbeitung für Leder zum Hausgebrauch (626 der Beilagen);

12. des Abgeordneten Dr. Roller und Genossen, betreffend die Gebarung der Kriegszentralen (627 der Beilagen);

13. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Zabukovje, Bezirk Rann (628 der Beilagen);

14. der Abgeordneten Dr. Verstovšek, Hladnik und Genossen, betreffend die Unterstützung der Angehörigen von in den Vereinigten Staaten befindlichen Österreichern (629 der Beilagen).

### Anfragen

1. der Abgeordneten Klofáč, Stříbrný und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Volksernährungsverhältnisse in Prag (Anhang II, 807/I);

2. der Abgeordneten Klofáč, Stříbrný und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend den Erlaß des Statthalters Grafen Coudenhove gegen die Erhöhung der Arbeiterlöhne (Anhang II, 808/I);

3. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zuteilung von niederösterreichischen Landsturmmännern an bosnisch-hercegowinische Truppenkörper (Anhang II, 809/I);

4. des Abgeordneten Stříbrný und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Dienstverhältnisse der Gesanglehrer (Anhang II, 810/I);

5. der Abgeordneten Wagner, Jedek und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Ablieferung von Heu und Stroh für den Heeresbedarf (Anhang II, 811/I);

6. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Verletzung der Rechte der ukrainischen Sprache durch den Bezirkshauptmann in Mostyska (Anhang II, 812/I);

7. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an die Regierung, betreffend die Versorgung der galizischen Landbevölkerung mit Salz, Zucker, Petroleum, Brennholz und Schuhleder (Anhang II, 813/I);

8. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister Höfer, betreffend das Verbot der Vermahlung von Getreide für den eigenen Bedarf der Landbevölkerung durch die Bezirkshauptmannschaft Mostyska (Anhang II, 814/I);

9. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Verletzung der Rechte der ukrainischen Sprache durch den Bezirkshauptmann in Mostyska (Anhang II, 815/I);

10. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Verletzung der Rechte der ukrainischen Sprache durch den Getreidebezirksinspektor in Przemyśl (Anhang II, 816/I);

11. der Abgeordneten De Carli, Delugan und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Anzahlungen an die Flüchtlinge der Bezirkshauptmannschaften Borgo, Riva und Rovereto für die von der Behörde requirierten Gegenstände (Anhang II, 817/I);

12. des Abgeordneten De Carli und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Festsetzung von Richtpreisen für die Tiroler Weine (Anhang II, 818/I);

13. des Abgeordneten Goll und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Lieferung von Heiz- und Betriebskohle an die Landgemeinden (Anhang II, 819/I);

14. des Abgeordneten Alois Rieger und Genossen an den Minister für Landesverteidigung wegen Gewährung von Teuerungszulagen an die Gendarmerie (Anhang II, 820/I);

15. des Abgeordneten Alois Rieger und Genossen an den Minister für Landesverteidigung wegen Gewährung von Teuerungszulagen an die Militärpensionisten sowie deren Witwen und Waisen (Anhang II, 821/I;

16. der Abgeordneten Josef Mayer, Wilhelm Maixner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die ungleiche Behandlung der Offiziere rücksichtlich der Offiziersdiener (Anhang II, 822/I);

17. des Abgeordneten Josef Mayer und Genossen an den Finanzminister, betreffend den Kurs der Kronen (Anhang II, 823/I);

18. des Abgeordneten Dr. Čehelskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die durch die österreichisch-ungarischen Truppen während des Krieges verursachten Schäden im Bezirke Rohatyn (Anhang II, 824/I);

19. des Abgeordneten Dr. Čehelskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen eines ungarischen Feldwebels gegen Anna Stys in Babyn, Bezirk Kalusz (Anhang II, 825/I);

20. des Abgeordneten Dr. Čehelskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Leutnants Huber der Schützeneskadron des 10. Dragonerregiments gegen die ukrainischen Soldaten (Anhang II, 826/I);

21. des Abgeordneten Pik und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Heranziehung ausgetauschter Kriegsgefangenerinvaliden zum abermaligen Dienste im Felde (Anhang II, 827/I);

22. der Abgeordneten Staněk, Udržal, Dr. Višković und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister Höfer und an den Ackerbauminister, betreffend die Verteilung des Kartoffellieferungskontingents (Anhang II, 828/I).

23. des Abgeordneten Staněk und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister für Landesverteidigung und an den Ackerbauminister, betreffend die Gefährdung der landwirtschaftlichen Betriebe durch Zurückhaltung der unentbehrlichen Arbeiter im Militärdienste (Anhang II, 829/I);

24. des Abgeordneten Heine und Genossen an den Minister Höfer und an den Ackerbauminister, betreffend den Abschuß des Wildes für Zwecke der Volksernährung (Anhang II, 830/I);

25. der Abgeordneten Habermann, Pik und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der politischen Behörden gegen die Bevölkerung anläßlich des Transportes von Lebensmitteln auf den Eisenbahnen (Anhang II, 831/I);

26. des Abgeordneten Dr. Głąbiński und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Verbot der Veröffentlichung eines Artikels des „Kuryer Lwowski“ (Anhang II, 832/I);

27. der Abgeordneten Hladnik, Dr. Pogačnik und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Versorgung der Weinproduzenten Krains mit Kristallzucker zur Herstellung von Haustrunk (Anhang II, 833/I);

28. des Abgeordneten Dębski und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Konfiskation des Zeitungsartikels „Antwort“ (Anhang II, 834/I);

29. der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidi-

gung und an den Minister des Innern, betreffend die Heranziehung eines Polen zur Dienstleistung in der österreichisch-ungarischen Armee und Nichtauszahlung des Unterhaltsbeitrages an dessen Frau (Anhang II, 835/I);

30. der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Moraczewski und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend die Vernichtung des Eigentumes der Salinenarbeiter in Kałusz durch Soldaten. (Anhang II, 836/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 27. September 1917:

Interpellationsbeantwortungen: ad 39, 153, 162, 188, 257, 270, 329, 439, 449, 469, 503, 508, 514, 522, 528, 569, 660/I

An Druckschriften sind eingelangt:

Vom k. k. Finanzministerium:

100 Exemplare des Zentralrechnungsabschlusses des österreichischen Staatshaushaltes für das Jahr 1914/15.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Tusar**, **Udržal**.

Schriftführer: **Čech**, Dr. **Grandi**, Dr. **Stumpf**, Dr. **Pogačnik** Lorenz.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet. Das Protokoll über die Sitzung vom 25. September 1917 ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten; jenes über die Sitzung vom 26. September 1917 liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Bei den gestern vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Immunitäts- und den Verfassungsausschuß wurden 120 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 61. Gewählt erscheinen mit je 120 Stimmen in den Immunitätsausschuß als Mitglied Dr. Ritter von Onciul, als Ersatzmann Dr. Conci; in den Verfassungsausschuß als Mitglied Abgeordneter Modráček, als Ersatzmann Dr. Leo Winter.

Ein Auslieferungsbegehren hat gestellt das k. k. Bezirksgericht in Rzeszow wider den Herrn Abgeordneten Anton Bomba wegen Übertretung nach § 411 Strafgesetz.

Diese Zuschrift wird dem Immunitätsausschusse zugewiesen werden.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Erster Gegenstand derselben ist Fortsetzung der ersten Lesung der Finanzvorlagen. *(583, 600, 601 der Beilagen.)*

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Hauser; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Hauser**: Meine Herren! Fast von allen Rednern ist bisher rückhaltslos anerkannt worden, daß der Ministerpräsident Exzellenz Seidler ein großartiges Programm und weitgreifende Pläne vor dem hohen Hause entrollt hat. Wenn man daran glauben könnte, daß dies alles verwirklicht wird, möchte man fast sagen, er habe eine Zauberformel hier ausgesprochen, um Österreich zu verjüngen. Ich will auch noch hinzufügen, daß die Gebärde, mit der er seine Rede vorgebracht hat, so schlicht und so gewinnend war, daß ihm wohl von keiner Seite die Sympathie als einer reellen, ernst zu nehmenden Persönlichkeit versagt werden kann. Wenn es ihm aber nicht beschieden sein sollte, all das viele, was er uns hier vorgetragen hat, auch durchzuführen, ein Trost wird ihm bleiben, der Trost des lateinischen Dichters: „In magnis voluisse sat est", in großen Dingen ist es genug, wenn man einen guten Willen bewährt hat.

Doch die Rede des Ministerpräsidenten läßt sich nicht für sich allein in Betracht ziehen. Sie ist an die Adresse des österreichischen Volkshauses gerichtet und bedeutet für das österreichische Parlament die Einladung zu einer reichlichen, zu einer nutzbringenden, zu einer volkstümlichen, zu einer vaterlandsfreundlichen Arbeit und man kann sehr gespannt sein, welche Antwort das österreichische Parlament auf die Aufforderung zur Arbeit geben wird. Die erste Antwort, welche gegeben wurde, war ein Spaß, ein Witz, den ich nicht qualifizieren kann.

Hochverehrte Herren! Der Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat uns ein ausgiebiges Bukett offeriert und in diesem Bukett von Blumen, wer saß darin? Der ehemalige Abgeordneter Dr. Buřival. Es kann ja das von einer gewissen Seite als ein großer, schöner Spaß betrachtet werden, aber ich mache darauf aufmerksam, daß er einen ernsten Hintergrund hat. Wenn man sich auf diese Weise im österreichischen Parlament benimmt, dann darf man sich nicht darüber wundern, wenn die Freunde des österreichischen Parlaments immer weniger und die Feinde und Gegner immer mehr werden. *(Lebhafte Zustimmung.)* Das österreichische Parlament hat viele, es hat mächtige Gegner, angefangen von dem Salon der Ausgeschiedenen und Ausgeschlossenen bis hinauf in alle Regionen. Und wenn wir hier das Parlament zu solchen Späßen ausnutzen, dann wundert es mich nicht, daß wir nach allen Richtungen diskreditiert werden. *(Lebhafter Beifall.)*

Aber man hat auch schon Antwort in verschiedenen Reden gegeben. Es sind von allen Seiten Absagen gekommen. Ich muß mich darüber wundern; denn wenn sonst jemand am Tische sitzt, wo ihm Speisen offeriert werden und er ist sehr hungrig, dann greift er zu. Es ist gestern besonders von den Rednern der Sozialdemokratie mit Recht angeführt worden, daß das Programm des Ministerpräsidenten auch ein Verzeichnis von Rückständigkeiten ist. Wir sind in Österreich hungrig, wir verlangen nach Reformen und man sollte glauben, wenn ein Ministerpräsident uns ein solches Programm entwickelt, dann greifen die Abgeordneten zu.

Aber die Situation ist so, wie im Evangelium: Es war ein großes Gastmahl bereitet, aber zum Hausvater wollte niemand kommen; der eine hatte ein paar Ochsen gekauft, der andere hat sich mit etwas anderem entschuldigt. Die Herren hier entschuldigen sich aber gar nicht und kommen nicht.

Meine Herren! Von verschiedenen Seiten und insbesondere von tschechischer Seite ist angeführt worden, sie können mit unserer Regierung nichts anfangen, weil sie von ihr fortwährend unterdrückt werden.

Meine verehrten Herren! Solche Übertreibungen halten auf die Dauer doch nicht stand. Wer kann so etwas glauben? Wo sind die Unterdrückungen? *(Abgeordneter Lisý: Dort oben in Böhmen!)* Ich bitte: das, was Sie leiden und ausstehen müssen, das müssen auch wir leiden; das sind die Leiden des Krieges, die auch wir ertragen müssen, und wir haben uns noch nie als Unterdrückte betrachtet. Ich gestehe auch, daß das vielleicht auch Dummheiten einer kopflosen Verwaltung sind. Aber wie kommen denn Sie dazu, daß Sie uns das Parlament entzweischlagen wollen, wo Sie sonst keine Gelegenheit haben, Ihr Volk vor den Beschwernissen zu schützen und vor den Dummheiten in acht zu nehmen. *(Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Die Unterdrückung des tschechischen Volkes ist uns jetzt in den verschiedenen Sitzungen des Parlamentes und auch in anderen Vorgängen draußen so recht klar geworden. *(Sehr richtig!)* Haben Sie, verehrte Herren, die Rede gelesen, welche der ehemalige Abgeordnete Dr. Rašin bei der Promotion in Prag gehalten hat? Haben Sie die Reden gehört, die die Herren hier im Parlamente gehalten haben? Ich möchte Ihnen raten, daß Sie zu Ihrem Freunde Wilson oder nach England, Frankreich oder nach Rußland gehen und dort sollen Sie das so machen, da werden Sie sehen, was Ihnen passiert! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)*

Über die Drangsale des Krieges ist kein Zweifel. Aber Sie, meine Herren, tragen daran nicht schwerer als wir und wenn wir sie tragen müssen, dann sollen auch Sie sie tragen, denn wir gehören doch schließlich zusammen. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)*

Ich will mich vorläufig mit der Rede des Herrn Ministerpräsidenten befassen. Es ist gewiß ein guter Griff des Herrn Ministerpräsidenten, daß er sich in erster Linie mit der Not der Zeit, mit der Not des Krieges befassen will. Er hat erklärt, er wolle in erster Linie den Ernährungsfragen an den Leib rücken. Über die Notwendigkeit brauchen wir, meine Herren, kein Wort zu sprechen. Die Ernährungsfrage muß ebenso dringend gelöst werden, wie die militärische Fürsorge notwendig ist und wenn wir mit der Ernährung nicht aushalten könnten, so könnten wir auch mit dem Kriege nicht aushalten. *(Zustimmung.)* Ich will jedoch nicht fragen, ob es mit der Inangriffnahme der Ernährungsfragen nicht schon zu spät ist und ich wünsche der Regierung, daß sie dabei eine glückliche Hand hat.

Gleich wichtig wie die Ernährungsfrage ist die Kohlenfrage. Die Kohlenfrage muß jetzt unbedingt gelöst werden; die Zeit ist vorgerückt und die Regierung kann sich nicht darauf verlassen, daß der Himmelvater alle Tage gratis so einheizt, wie es jetzt noch geschieht. Es wird bald die kalte Zeit kommen und dann werden wir sowohl in den Privatwirtschaften als auch in den öffentlichen Wirtschaften keine Kohlen haben. Diese Frage muß unbedingt sofort in Angriff genommen werden.

Gewiß allen sympathisch sind so einige Leitsätze wirtschaftlichen Charakters, welche uns der sehr geehrte Herr Ministerpräsident hier vorgebracht hat. „Das Wichtigste", sagte er — und da stimmen wir wohl alle zu —, „ist die Förderung und Belebung der Produktion. Der eigene Bedarf des Staates", sagte er weiter, „muß durch eigene Erzeugung gedeckt werden, unabhängig vom Auslande und besonders von der Übersee".

Meine Herren! Mit einer gewissen Wehmut muß man hier ausrufen: zu spät erkannt! Wenn man das früher erkannt und auch durchgeführt hätte, dann würden wir uns jetzt im Kriege viel leichter durchbringen und viel wohler befinden.

Sehr sympathisch hat es mich berührt, daß der Herr Ministerpräsident erklärt hat, er sei kein Freund von Polizeiverordnungen und Paragraphen. Mit Polizeiverordnungen und Paragraphen und anderen Verordnungen sind wir so übersättigt, daß wir schon förmlich Ekel empfinden, und ich muß sagen, daß der Augenblick, wo wir endlich wieder einmal das Polizeiregime los sein werden, von uns allen auf das Heißeste ersehnt wird. Es gilt ja jetzt niemand mehr als der Gendarm und der Polizeimann. Was ist heute am Lande der Bürger-

meister, was in seinem Bureau selbst der Bezirkshauptmann — wenn der Gendarm nicht will, dann geht es nicht! Die Gendarmerie ist gewiß sehr brav und man kann sie loben, aber ein Gendarmerie- und Polizeiregime verlangen wir uns nicht. *(Zustimmung.)*

Unsere Partei hat jederzeit an dem Grundsatze festgehalten, daß es unter den einzelnen wirtschaftlichen Gruppen und Ständen einen unüberbrückbaren Gegensatz nicht gibt, nicht geben kann und nicht geben darf und ich freue mich sehr darüber, daß auch die jetzige Regierung sich zu diesem Grundsatze bekennt.

Wir haben mit dem Kriege nach außen genug, es brauchen nicht auch noch die Stände untereinander verhetzt zu werden *(Zustimmung)*; sie sollen miteinander gut auskommen, sie sollen Geduld miteinander haben und sollen einander mit Wohlwollen behandeln; und wenn hie und da ein Fehler ist, so soll man nicht, weil einer gefehlt hat, einen ganzen Stand angreifen und verdammen.

Ich mache darauf wegen des mir wirklich unbegreiflichen Kampfes besonders aufmerksam, den die Herren von der Sozialdemokratie gegen den Bauernstand führen. Auch der sehr verehrte interessante Redner der Sozialdemokratie von gestern hat es sich nicht nehmen lassen, noch einen Hieb auszuteilen und zu bemängeln, daß die Regierung gegenüber der Bauernschaft und der Landwirtschaft zu wenig Energie entwickelt. Schauen Sie sich, meine Herren, die Verhältnisse an, wie sie sind, fragen Sie den Bauer, und dann werden Sie von seiten der Behörden den Bauern gegenüber eine solche Energieentwicklung finden, daß Sie vollständig genug haben. *(Zustimmung.)* Man ruft jetzt fortwährend „Demokratie". Ich möchte sagen, der Kern des Volkes, der Brunnen, aus dem das Volk sich immer wieder in seiner Kraft und Intelligenz verjüngt, das ist unsere Bauernschaft. *(Beifall.)* Wie kann denn eine demokratische Partei, wie kann denn die sozialdemokratische Partei einen so gehässigen Kampf gegen die Bauernschaft führen! Und es sind ja nicht einmal die Bauern, die man trifft, es sind ja die Bauersfrauen, welche heute gebeugt sind von Kummer und Sorge und abgerackert sind durch die viele Arbeit, die sie infolge des Arbeitermangels und des Einrückens ihres Mannes verrichten müssen. Ich muß sagen: wenn schon hie und da ein Auswuchs des Eigennutzes auch bei einem Bauern im Kriege zutage getreten ist — die Instinkte des Menschen haben sich ja in diesem Kriege manchmal recht brutal enthüllt —, so muß man doch anerkennen, daß es nur vereinzelte Fälle sind und nur ein kühler Tau gegen die Bewucherung und das Raubsystem, welches andere, die Kriegswucherer und die Kriegsgewinner, betreiben. *(Beifall und Händeklatschen.)* Ich möchte deswegen glauben, daß die Bekämpfung der Kriegswucherer für den Haß der Sozialdemokratie ein viel würdigeres Ziel wäre als die Bauern. *(Zustimmung.)*

Dann, meine verehrte Herren, möchte ich doch noch eines anführen. Es nützt ja nichts, wenn die Bauern fortwährend beschimpft werden. Glauben Sie, daß der Bauer ein solcher Mensch ist, der vor einer Beschimpfung gleich zusammenschrickt und den man einschüchtern kann? Dadurch, daß man die Bauernschaft beschimpft, wird man nicht mehr Lebensmittel haben. Es ist viel besser, wenn man mit ihnen gut umgeht und ihnen die Sache erklärt und klar macht: dann werden sie willig sein und jederzeit auch das ihrige leisten. Übrigens muß man anerkennen — und es ist auch von maßgebender Seite immer anerkannt worden —, daß die Bauernschaft in diesem Kriege Unerreichtes und Großartiges geleistet hat. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Es ist auch ungerecht, die Bauern so zu bekämpfen. Wer ist denn jetzt während der Kriegswirtschaft in seiner Freiheit mehr beengt als der Bauer? Es wird ja alles, was er hat, von seiten des Staates bewirtschaftet. Es wird ihm ohnehin alles weggenommen, es wird ihm der Preis diktiert und doch schreit man fortwährend über die Brotwucherer und dergleichen. Das ist ungerecht. Die Herren sollen einmal fragen, zu welchem Preis die Bauern ihr Produkt an die Zentrale abgeben müssen und zu welchem Preis die Zentrale es verkauft, dann werden Sie sehen, wo die Wucherer sind.

Was die Requisitionen anbelangt, so will ich dabei nicht länger verweilen; sie sind sattsam bekannt, sie sind oft sehr notwendig — das anerkennen wir —, sie werden aber auch oft gemacht, wenn sie nicht notwendig sind und sie werden oft in einer drückenden Form gemacht, die schon gar nicht notwendig ist. Aber, meine Herren, es ist doch merkwürdig: jetzt, in der Zeit einer so großen Futternot, requiriert man von den Bauern Futter. Dies ist begreiflich, denn die Pferde fallen an der Front um. Es ist auch an einer öffentlichen Stelle ausgesprochen worden, daß in Westgalizien 25.000 Joch Heu nicht abgemäht worden sind. Wenn man also das Heu so notwendig braucht, so hätte man wohl auch die Arbeitskräfte finden können, um sich dieses Heu zu verschaffen.

Der hochverehrte Herr Ministerpräsident hat angekündigt, daß die Bauernschaft ehestens von allem Zwang befreit werden wird. Meine Herren, sonst wünschen wir gar nichts. Es wird hier so oft von Freiheit gesprochen; man gönne sich auch das Vergnügen, daß wir einen freien Bauern haben *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, der nicht

immer gegängelt ist, sondern der auch selbst etwas über sich sagen und über sich verfügen kann.

Der Herr Ministerpräsident hat auch eine Fürsorgeaktion für den Gewerbestand angekündigt. Wer möchte da nicht mitarbeiten und dabei sein? Wer stimmt da nicht zu? Meine verehrten Herren! Wenn gestern in drastischer Weise der Sprecher der Sozialdemokratie von einem Leichen- und Trümmerfelde gesprochen hat, und zwar mit Recht, denn ein Leichen- und Trümmerfeld ist es, in dem wir stehen, so muß man sagen, ein Leichen- und Trümmerfeld befindet sich auch in den Reihen unserer Gewerbetreibenden. *(Zustimmung.)* Blühende Zweige des Gewerbes und des Handwerkes sind durch den Krieg leider fast vollständig vernichtet worden.

Zum Beispiel der Wirtestand, der Stand der Gastwirte, ein Stand, der angesehen und auch teilweise wohlhabend war, ist heute mit wenigen Ausnahmen so gut wie vernichtet, ruiniert nach allen Richtungen. *(Sehr richtig!)* Das gleiche, meine verehrten Herren, gilt bezüglich des Kleinhandels und deswegen, weil eben im Gewerbe so vielfach eine Not ist, bin ich so dafür, daß unsere Bauernschaft besonders die armen, die kleinen Gewerbetreibenden und die Arbeiter in der Stadt mit dem, was diese zur Nahrung und Erhaltung ihres Lebens brauchen, entsprechend versorgt. Ich habe das auch den Bauern und den Bürgermeistern gegenüber immer offen ausgesprochen. Der Nährstand hat auch seine Pflichten, er hat die Pflicht, nicht allein sich, sondern auch die anderen, zu ernähren, und ich freue mich, es hier sagen zu können, daß ich mit meinen Belehrungen in dieser Beziehung immer ein verständnisvolles Ohr bei der Bauernschaft gefunden habe. Sie sehen das ein, aber reden muß man mit ihnen. Ich habe ihnen erklärt: Liebe Freunde, was würdet ihr sagen, wenn ihr in der Stadt als ein kleiner Mann, mit einer Familie von fünf oder sechs Kindern, leben müßtet ohne Milch, ohne Kartoffeln, ohne Lebensmittel, was würdet ihr machen? Jeder hat es bedauert und war bereit, alles zu tun, um diese Not zu lindern. Es muß ein Ausgleich und ein gegenseitiges Verständnis sein, aber nicht der Krieg aller gegen alle verkündigt werden. *(Zustimmung.)*

Wenn man so die Kleingewerbetreibenden anschaut und wenn man sieht, wie sie jetzt in erd harten, traurigen Kriegszeit Schaden gelitten haben, und wenn man auf der anderen Seite die protzigen Figuren der Kriegsgewinner und Kriegswucherer sieht, dann meine verehrten Herren, darf sich niemand wundern, wenn man Bitterkeit im Herzen empfindet. Und diese Bitterkeit wächst, wenn man sich sagen muß, es war bis jetzt in Österreich nicht möglich, zu unserer Schande sei es gesagt, es war nicht möglich, im parlamentarischen Wege eine Kriegsgewinnsteuer durchzuführen.

Es ist das nicht unsere Schuld, aber meine verehrten Herren, es muß gesagt werden, es ist das eine Schande für den österreichischen Reichsrat *(Zwischenruf)*. Deswegen, meine Herren, begrüße ich es, wenn die Regierung wirklich mit dem Versprechen ernst macht, daß heute die Zeit mit dem laissez faire laissez aller vorüber ist, deswegen begrüße ich es, wenn die Regierung es wagt, auch diesen Kriegswucherern an die Gurgel zu fahren, und nicht allein sich damit begnügt, das arme darbende Volk mit Verordnungen zu verteidigen, sondern diese Leute fest angreift und diese Schädlinge der Volkswirtschaft unschädlich macht. *(Sehr richtig!)*

Hebung des Kleingewerbes, Hebung und Regelung der Valuta! Meine verehrten Herren! Alles, was zur Förderung und Erhaltung eines gesunden und lebenskräftigen Mittelstandes beiträgt, wird jederzeit unsere tatkräftigste und aufrichtigste Unterstützung finden. Es ist selbstverständlich, daß man dem Herrn Ministerpräsidenten auch nur Beifall zollen kann, wenn er jetzt in großem Stil die wasserwirtschaftlichen Bestrebungen realisieren will. Er will ja ganz Österreich elektrisieren. *(Heiterkeit.)* Das ist sehr schön von ihm. Aber es hat gestern schon der Herr Abgeordnete Dr. Sylvester darauf aufmerksam gemacht und ich möchte es auch in Erinnerung rufen, daß die Regierung bis jetzt in diesen Dingen wenig Glück gehabt hat. Vielleicht wird sie es in Zukunft geschickter anfangen, notwendig ist das jedenfalls.

In den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten ist auch ein ganz kurzer Passus über die Schule enthalten. Es wäre ganz deplaciert, bei dieser Erörterung irgendeinen Streit über die Schule vom Zaune zu brechen. Wir sind ja hier in diesem Hause so verschiedene Leute mit den verschiedensten Ansichten über die Schule, daß ich darüber gar nicht weiter reden will. Was mich aber interessiert, ist das eine, daß jetzt endlich auch von der Regierungsbank zugegeben wird, daß die Volksschule in ihrer jetzigen Gestalt absolut nicht für alle taugt, und das ist es ja, was wir bis jetzt immer behauptet haben. Es ist unmöglich, die gleiche Volksschule für die Stadt und die gleiche Volksschule für das Land zu haben. *(Zustimmung.)* Es ist unmöglich, die gleiche Volksschule für diejenigen zu haben, welche weiter studieren wollen, und diejenigen, die sich einem praktischen Berufe widmen wollen. Deshalb begrüßen wir es, daß die Volksschule einen praktischen und einen fachlichen Einschlag bekommt, besonders die Bürgerschule. Die Bürgerschule ist ja heute nicht Fisch und nicht Fleisch. Es wird in der Bürgerschule sehr viel durchgenommen, viel zu viel nach meiner Anschauung. Das Lehrziel ist zu hoch,

die Schüler können es nicht erreichen. Daher sind die Lehrerfolge beim größten Eifer und beim größten Fleiß oft sehr gering. Wenn in dieser Beziehung eine Umgestaltung erfolgt, so kann man das nur aufs wärmste begrüßen. Selbstverständlich setze ich voraus, daß der Herr Ministerpräsident und auch seine verehrten Herren Mitarbeiter die Wichtigkeit der religiösen und ideellen Grundlagen für die Erziehung und Bildung des Volkes in entsprechender Weise würdigen werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Feste Menschen, religiöse Charaktere sind zu keiner Zeit notwendiger gewesen als heute, nicht allein für sich selbst, sondern auch für die Öffentlichkeit und besonders auch für die Volkswirtschaft. *(Zustimmung.)*

Der Herr Ministerpräsident ist eigentlich ein sehr unmoderner Mensch. *(Heiterkeit.)* Er hat ein Wort ausgesprochen, das in dem Lexikon so vieler Leute, die heute den Ton angeben, gar nicht mehr existiert. Das ist das Wort „Sparsamkeit".

Meine Herren! Sparsamkeit! Gestern haben wir aus dem Exposé unseres sehr verehrten Herrn Finanzministers ersehen, wohin es führt, wenn man gar nicht spart, wie tief verschuldet wir jetzt sind und nicht wissen, wie wir unsere Schulden verzinsen und zurückzahlen sollen.

Niemand sagt ein Wort, wenn es sich um Ausgaben handelt, die für die Kriegführung unbedingt notwendig sind. Darüber sei gar kein Wort gesprochen, das ist selbstverständlich. Aber manche Auslagen, die im Hinterlande gemacht werden, sind zur Kriegführung nicht notwendig. *(Zustimmung.)* Ich finde es zum Beispiel zur Kriegführung gar nicht notwendig, und das wird uns dem Siege nicht näherbringen, wenn in einem Gefangenenlager, wo es auch ein Leutnant oder Oberleutnant tut, drei Oberste kommandieren. *(Hört! Hört! — Zwischenrufe.)* Die wissen natürlich nicht, was sie tun sollen, ärgern sich gegenseitig, ärgern die Mannschaft und die Leute, die das sehen, weil das Geld bei den Fenstern hinausgeworfen wird. Wenn man hier in Niederösterreich, wie ich höre, ein staatliches Gestüt errichten will — es ist noch gar nicht so weit, es wird noch seine Wege haben — aber die Mannschaft ist schon dort, der Oberstleutnant ist schon dort, alle anderen möglichen Leute sind schon dort. Was ist denn das für eine Wirtschaft? *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Man soll doch nicht glauben, daß das Volk das nicht sieht. Man soll nicht glauben, daß das Volk sich das nicht merkt, man soll nicht glauben, daß das Volk sich darüber nicht ärgert — und mit Recht, weil ja das Volk das alles zahlen muß. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Ruf: Eine Mißwirtschaft!)* Jawohl, das ist eine Mißwirtschaft, man kann es nicht anders kennzeichnen.

Wenn wir deswegen — ich habe das schon in einer früheren Rede im Namen unserer Partei getan — mit aller Energie und Entschiedenheit auch in der Militärwirtschaft Vernunft und Ordnung verlangen, dann wissen wir uns mit unserer ganzen Bevölkerung völlig einig. Es ist selbstverständlich, daß zur Vernunft und Ordnung auch die Sparsamkeit gehört und insbesondere ist es Sache eines ehrenhaften Menschen, den Kreuzer, den er nicht selbst zahlt, sondern aus der Tasche eines anderen nimmt, zehnmal umzuwenden, bevor er ihn ausgibt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Und wir verlangen eine Militärwirtschaft, welche die Leute dort verwendet, wohin sie gehören. Was wir in dieser Beziehung schon erlebt haben, das geht ja ins Aschgraue und gehört in die Märchenbücher. Wenn einer ein Ingenieur ist, dann wird er sicher irgendwo in einer Küche verwendet und wenn ein Bauer einen Arbeiter braucht, bekommt er einen Klavierstimmer. *(Zustimmung und Heiterkeit.)* Das ist doch nur beim Militär möglich.

Was weiter zu einer geordneten Militärwirtschaft gehört, ist die rationelle Verwendung der Leute. Mir hat erst unlängst ein Bauer gesagt, es sind irgendwo beim Militär drei Pferde zu betreuen und dazu sind sieben Bauern bestellt worden — sieben Bauern für drei Pferde. *(Hört! Hört!)* Die Bauern wären zuhause sehr notwendig, bei diesen Pferden aber lungern sie herum, haben nichts zu tun. Und das gleiche ist bei anderen Ständen der Fall. Wir würden in Oberösterrrich unsere Lehrer sehr notwendig brauchen *(Sehr richtig!)*, es sind solche dabei, welche nicht kriegsdiensttauglich sind. Glauben Sie, sie lassen uns die Lehrer nach Hause, daß sie die Kinder unterrichten? Nein, sie müssen beim Militär herumsitzen in einer Kanzlei, müssen die Kanzlei auswischen und ausputzen — das ist wichtiger und wird für unseren Sieg viel dienlicher sein, als wenn sie Kinder unterrichten. Dann, meine Herren, ich weiß es bestimmt: mit den Ärzten wird beim Militär geradezu Verschwendung getrieben. *(Lebhafte Zustimmung.)* Wir haben in Österreich ganze Gerichtsbezirke, wo man keinen Arzt findet, die arme Bevölkerung muß ohne ärztliche Hilfe dahinsterben, es ist oft nicht möglich, einen Arzt zu bekommen. Das ist die Mißwirtschaft, die wir beklagen und die wir öffentlich geißeln müssen. Wir erwarten, daß sie ehestens beseitigt wird. Ich habe ferner schon in meiner letzten Rede gesagt, es mögen doch die Leute — welche zu Tausenden in den Spitälern herumkugeln —, die schon vor der Superarbitrierung stehen, einmal nach Hause geschickt werden. *(Lebhafte Zustimmung.)* Sie werden nicht superarbitriert, kommen nicht nach Hause, sie sind in den Spitälern und Kasernen und leider geht es

ihnen in den Spitälern und noch mehr in den Kasernen meist schlecht. Ich schäme mich, es hier offen aussprechen zu müssen, daß diese Leute Hunger leiden und man tut wirklich ein gutes Werk, wenn man einem solchen armen Teufel ein Stückchen Brot gibt. Sehen Sie, das kann man nicht leiden und nicht dulden, da muß Abhilfe geschaffen werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Sehr bedauere ich, daß ich auch noch eines hinzufügen muß. Sie wissen, es ist sehr viel für unsere Verwundeten geschehen, der Staat hat etwas getan, besonders aber hat auch das gute Herz des Volkes alles getan, was nur möglich war. Ich war deswegen geradezu betroffen, als ich unlängst einem armen Verwundeten begegnete, der mir erzählte, er habe einen Durchschuß durch die Lunge, Granatschuß, also gefährlich. Er ist am ganzen Körper verwundet. Er hat mir erzählt: der Kampf bei den Sieben Gemeinden war mörderisch, wir haben uns gewehrt, was wir konnten. Der Kampf, die Verwundungen, die Schmerzen, das ist alles nichts. Aber der Hunger, den ich in einem Spitale im Hinterlande habe leiden müssen, den könnte ich nicht mehr aushalten. *(Lebhafte Hört! Hört!-Rufe.)* Meine Herren! Er hat mir erzählt, es waren viele in diesem Spitale und sie haben in der Nacht nicht schlafen können, nicht etwa vor Schmerzen, sondern vor lauter Hunger. Ich sage das hier öffentlich, meine Herren, weil es etwas ist, was auch abgestellt werden muß und was jeden Patrioten tief ins Herz hinein empört *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Es sei mir gestattet, hochverehrte Herren, nur mit einem Worte hier zu sagen, daß die Art und Weise der Erledigung der Enthebungsgesuche ganz verfehlt ist. Das muß rascher gehen. Wenn man auf die Erledigung eines Enthebungsgesuches ein halbes Jahr und länger warten muß, so hat das keinen Wert. Das sollte man auch in den Ministerien einsehen, es gehört ja nicht viel dazu. Man hat alles konzentriert, hat alles in eine Hand gelegt und jetzt geht gar nichts vorwärts. Man muß die Sachen dezentralisieren, dann wird alles rascher gehen. Dann möchte ich insbesondere darauf aufmerksam machen, daß man doch nicht so hartherzig bei der Enthebung von Handwerkern sein sollte, die man auf dem Lande so notwendig braucht. *(Sehr richtig!)* Was habe ich mich bemüht, um Faßbinder zu erhalten, ich habe fast gar nichts erreicht. Wagner, Schmiede usw. sind alle zu Hause notwendig wie ein Bissen Brot. In dieser Beziehung hat man leider auf der Regierungsbank wenig oder gar kein Verständnis. *(Zwischenrufe.)* Es ist ja ganz recht, die militärische Bereitschaft und militärische Kraft, aber auch die Kraft zuhause ist notwendig und wenn irw unsere Wirtschaft zuhause nicht in entsprechender Weise fortführen können, ist dem Kriege überhaupt die Basis und die Grundlage entzogen. *(So ist es!)*

Sehr dankbar sind wir Seiner Majestät unserem allergnädigsten Kaiser für die Gnade, daß er wenigstens die älteren Jahrgänge von der Front abkommandiert und zurückberufen hat. *(Lebhafter Beifall.)* Die Lasten, welche an der Front zu tragen sind, gehören auf jüngere Schultern, ältere Leute gehören zurück. Wir bitten aber auch dringend, daß man wenigstens die Fünfzigjährigen, die im Jahre 1867 geboren, vollständig aus dem Heeresverbande ausscheide. *(Lebhafte Zustimmung. — Zwischenrufe.)*

Noch ein anderes Kapitel, meine Herren! Es ist ein recht kitzliches Kapitel und deswegen möchte ich es nur andeuten. Wir hängen mit Leib und Seele an jenen, die an der Front kämpfen. Das sind unsere Verwandten, das sind unsere Leute. Tagtäglich, ja fast stündlich wandern unsere Gedanken, unsere Glück- und Segenswünsche und unsere Gebete wie Feldpostbriefe hinaus zu unseren Lieben in den Bereich des Kampfes und der Gefahr. Und wenn sie uns zurückmelden, es geht ihnen gut, dann freut es uns, wenn sie uns Nachricht geben, daß es ihnen nicht gut geht, dann geht es auch uns nicht gut, dann sind wir in Trauer. Und wenn wir von einem Offizier hören, er war uns so viel, daß er uns Vater und Mutter ersetzt, dann freut es uns und einen solchen Mann segnen wir und sind ihm dankbar. Wenn wir aber von der Front hören, daß alte Männer von einem kaum ausgemusterten Kadetten, von einem so jungen Herrn in unqualifizierbarer Weise behandelt werden *(lebhafte Zwischenrufe)*, dann freut uns das nicht, dann sind wir darüber nicht nur traurig, sondern bis in die tiefste Seele hinein empört. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Was wir wünschen und wünschen müssen, ist, daß die Kinder des Volkes an der Front gut behandelt und auch gut gehalten werden. *(Langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Da möchte ich nur noch eines erwähnen. Für uns, die wir gläubige Christen sind, ist es ein großer Trost und eine Beruhigung, wenn wir wissen, daß unsere Leute an der Front auch in seelsorgerischer Beziehung gut betreut sind. Ich bedauere, daß ich hier konstatieren muß, daß auch in dieser Beziehung manches zu wünschen übrig bleibt. *(Sehr richtig!)* Die Militärkuraten leisten oft Übermenschliches, aber die Organisation und die Wirkungsmöglichkeit der Kuraten sind unzulänglich.

In Deutschland steht die Sache sowohl bei den Katholiken als auch bei den Protestanten be-

bedeutend besser. In Deutschland werden zur Militärseelsorge auch solche Geistliche zugelassen, welche nicht im Militäretat sind und welche nicht vom Militär bezahlt werden. Bei uns sträubt man sich dagegen mit Händen und Füßen. Ich habe diesen Vorschlag über Bitte eines hochintelligenten, tiefreligiösen Offiziers einmal an jener maßgebenden Stelle, welche die Militärseelsorge in Österreich zu leiten hat, unterbreitet und habe darauf einen Brief bekommen, so ganz ohne Verständnis, vikiert, ja, fast entrüstet, daß man es wagt, in dieser Beziehung einen Rat zu geben. Darüber muß in den Delegationen ein Wort gesprochen werden. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Am nächsten liegt uns jetzt die Not des Krieges und deswegen liegt uns auch am nächsten — ich möchte sagen, es ist der erste Pol, um den sich unser ganzes Sinnen und Denken, Wünschen und Streben bewegt — der Gedanke und der Wunsch nach dem Frieden, daß endlich diese Not ein Ende finde und daß endlich diese Menschenschlächterei aufhöre.

Deswegen, verehrte Herren, sind wir Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XV. für seine Friedensnote und für seine fortwährende, unablässige Friedenssorge, deswegen sind wir unserem erlauchten Kaiser Karl für seine Friedensbereitwilligkeit, welche er jetzt wieder geäußert hat, zum tiefsten Dank verpflichtet. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Ich möchte hier meinen großen Schmerz und mein aufrichtigstes Bedauern aussprechen, daß hier in diesem hohen Hause von einer Seite, von der man sich dessen nicht versehen konnte, der Heilige Vater in einer unqualifizierbaren Weise behandelt wurde. *(Lebhafte Zustimmung und Pfui!-Rufe.)*

Wir wünschen einen baldigen, einen ehrenhaften, einen dauernden Frieden.

Wenn ich zum Schluß noch einen politischen Gedanken aussprechen soll, so muß ich sagen, daß wir von der christlichsozialen Partei so „veraltet" sind, daß wir noch immer an dem österreichischen Staatsgedanken festhalten. Wir können ihn noch nicht unter das alte Gerümpel werfen, wie es gestern der hochverehrte Redner der Sozialdemokratie getan hat. Der hochverehrte Redner der Sozialdemokratie hat auch gesagt: Ein neues Österreich auf neuen Grundlagen. Auch da stimmen wir nicht überein; ein neues Österreich, ja, ein demokratisches Österreich, ja, aber ein Österreich auf den ehrwürdigen, alterprobten Grundlagen. *(Beifall und Händeklatschen.)* Der hochverehrte Herr Redner der Sozialdemokratie hat gesagt, die neuen Grundlagen müssen tief gelegt sein. Meine Herren! Die alten Grundlagen sind tief in den Jahrhunderten begründet, in einer alten Geschichte und in den Herzen des weitaus größten Teiles des österreichischen Volkes. *(Beifall und Händeklatschen.)* Wir können uns von dem österreichischen Staatsgedanken nicht trennen. Und, meine Herren, was will man uns dafür bieten? Ich habe noch nichts gehört, was unserem alten Österreich ebenbürtig an die Seite gestellt werden könnte. Verehrte Herren! Auch die Erfahrungen der russischen Revolution gemahnen zu einer großen Vorsicht. Früher haben Sie in diesem Hause immer nur von der glorreichen russischen Revolution gehört. Dieses Wort ist schon verstummt und gestern war die Stimme des Redners gar gedämpft, als er über die russische Revolution sprach. Meine Herren! Es ist ja auch schwer, über alle diese Grausamkeiten, über diese Tyrannei, über diese Unduldsamkeit der russischen Revolution, über dieses Meer von Blut, in dem die russische Revolution watet, hinwegzukommen, und deswegen hat auch der verehrte Redner der Sozialdemokratie gar kein Wort zur Verteidigung sagen können, er hat uns nur angeraten, daß wir das, was darüber in den Zeitungen geschrieben wird, nicht glauben sollen. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)*

Wir halten an dem alten Österreich, allerdings in neuer Auflage, fest, wir sind bereit, an dem neuen Österreich auf demokratischer Grundlage mitzubauen, wir sind bereit, den Ausgleich unter den Völkern zu unterstützen. Wir stehen dafür ein, daß die Völker miteinander in Frieden leben. *(Beifall und Händeklatschen.)* Eine Unterdrückung anderer Völker kennen wir nicht und wollen wir nicht. Unsere Partei ist seit jeher bekannt als eine Partei der Mäßigung, als eine Partei der Versöhnlichkeit, als eine Partei des Ausgleiches und der Gerechtigkeit. Meine verehrten Herren! Wir sind deswegen von unseren eigenen Volksgenossen oft angefeindet worden, aber ich sage nur eines: Es gibt kein gemütlicheres Volk als das deutsche Volk der Alpenländer; aber auch die Gemütlichkeit hat ein Ende *(lebhafter Beifall und Händeklatschen und Rufe: Sehr richtig!)* und wenn man uns von dieser Seite drüben mit dem hussitischen Morgenstern droht und unser Österreich entzweischlagen will, dann kann ich den Herren sagen, da werden Sie auf Granit beißen *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, da werden Sie eine deutsche Antwort bekommen, daß Sie zeitlebens daran denken. *(Neuerlicher lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Meine Herren! Es liegt mir fern, bei der Regierung Scharfmacherei zu betreiben, aber ich muß auch der Regierung sagen, auch in dieser Beziehung muß das laissez faire, laissez passer ein Ende haben. Auch die Regierung muß, wenn es sich um Österreich handelt, deutsche Reden halten. Gestern hat der Sozialdemokrat Adler mit Recht von der

Diplomatie klare Worte verlangt, an denen nicht gedeutelt werden kann. Auch von der Regierungsbank erwarten wir klare Worte gegenüber jenen Leuten, die ihr Heil und die Sicherung ihrer Sonderinteressen vom feindlichen Auslande erwarten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wir sind, meine Herren, für ein einiges, für ein starkes Österreich, für das leben und sterben wir. Und wir sind auch solche Träumer, die sich von der Hoffnung nicht trennen können, daß Österreich noch eine große Aufgabe zu lösen hat und wir sind der Hoffnung, daß Österreich auch in Zukunft ein gastliches Dach bleiben werde für alle Völker. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. v. Langenhan das Wort.

Abgeordneter Dr. v. **Langenhan:** Hohes Haus! Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat uns in seiner vorgestern gehaltenen Rede ein ausführliches wirtschaftliches Programm gegeben und auch Einiges über Politik gesagt. Aus dem wirtschaftlichen Programm, welches im Vergleiche zu den politischen Ausführungen außerordentlich umfangreich ist, erkennt man den hervorragenden Fachmann und ausgezeichneten Volkswirtschaftspolitiker, welcher die wirtschaftliche Materie genau kennt und genau weiß, was Österreich in wirtschaftlicher Hinsicht braucht.

Nachdem die Redezeit, welche mir zugebilligt worden ist, außerordentlich kurz ist, so bin ich zu meinem großen Bedauern nicht in der Lage, über die wirtschaftlichen Fragen ausführlich zu sprechen, weil ich mehr über Politik sprechen möchte; daher nur wenige Worte über den wirtschaftlichen Teil.

Vor allem möchte ich diejenigen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten begrüßen, welche über die Wasserwirtschaft gehandelt haben, und hoffe, daß die von Seiner Exzellenz gegebenen Anregungen nicht nur Anregungen und Pläne bleiben, sondern daß dieselben auch zur Durchführung gelangen im Interesse der Volkswirtschaft in Österreich, im Interesse der industriellen Produktion.

Ich möchte auch mit einigen Worten auf das zurückkommen, was der Herr Ministerpräsident über die Notwendigkeit der Währungsreform gesagt hat. Bei dieser Gelegenheit kann ich es nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß der wichtigste Faktor für die Verbesserung unserer Valuta schon heute im Kriege, aber insbesondere erst im Frieden die Österreich-ungarische Bank ist, eine Institution, welche nach dem einstimmigen Urteile aller Fachleute die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt hat und auch nicht erfüllen konnte, vor allem deswegen, weil der Generalsekretär dieser Bank den Anforderungen nicht entsprochen hat, weil die Generalräte der Österreichisch-ungarischen Bank schon nach dem Statute nur Figuren sind und weil auch der hervorragendste Gouverneur allein diese umfangreichen und wichtigen Geschäfte zu bewältigen und zu führen nicht in der Lage ist.

Ich kann es auch nicht unterlassen, auf einen eigentümlichen Gegensatz hinzuweisen, welcher über die Behandlung der industriellen und gewerblichen einerseits und landwirtschaftlichen Interessen andrerseits für die Zukunft seitens des Herrn Ministerpräsidenten hervorgekommen ist. Der Herr Ministerpräsident hat bei Besprechung der industriellen Angelegenheiten für die Zukunft auseinandergesetzt, daß eine mehr gemeinwirtschaftliche Betätigung notwendig sein wird und daß, wie Seine Exzellenz weiter gesagt hat, die Frage der Zwangsorganisation in diejenige der staatlichen Beteiligung an den wirtschaftlichen Assoziationen sich auszulösen haben wird, wobei auch eine wirkliche, wirksame Beaufsichtigung und Beeinflussung dieser Vereinigungen notwendig sein wird. Einige Sätze nachher spricht Seine Exzellenz von der Behandlung der landwirtschaftlichen Produktion und sagt wörtlich *(liest)*: „Was die Agrarpolitik anbelangt, so wird die landwirtschaftliche Produktion so rasch als möglich von allen Zwangsmomenten zu befreien sein." Nach diesen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten hat man die Empfindung, daß beabsichtigt ist, diese beiden Produktionsarten, die gewerbliche und die agrarische Betätigung, mit zweierlei Maß zu messen und ich sehe nicht ein, welches der Grund für eine so verschiedene Beurteilung dieser beiden Produktionsarten ist. Denn beide Produktionsarten sind gleich wichtig und es kann nur eine Art der Behandlung der Produktion geben.

Ich freue mich selbstverständlich auch über den großen Aufschwung, den die Landwirtschaft während des Krieges genommen hat, und die finanzielle Gesundung, welche er ihr gebracht hat. Es muß aber doch einmal auch von einem Abgeordneten hier im Parlamente darauf hingewiesen werden, wie außerordentlich groß das Verdienst der österreichischen Industrie in diesem Kriege gewesen ist und von wie großer Bedeutung und Wichtigkeit die Industrie für die Fortführung des Krieges war. Es ist in der letzten Zeit vielfach Übung geworden, über alles, was Handel, Gewerbe und Industrie ist, recht abfällig zu urteilen und Angehörige dieser Stände zumindest über die Schulter anzusehen, ihnen nur Eigennutz und Gewinnsucht zuzumuten. Man vergißt dabei vollkommen, in wie hervorragender, ja in wie

ausschlaggebender Weise die österreichische Industrie an dem bisherigen günstigen Verlauf des Krieges beteiligt ist, wie glänzend es die Industrie verstanden hat, sich den Kriegsbedürfnissen anzupassen, sich häufig unter Riskierung des ganzen Vermögens auf die Kriegsnotwendigkeiten umzustellen, und wie industrielle Arbeitgeber, Beamtenschaft und Arbeiterschaft rastlos und nimmermüde für die Erfordernisse des Krieges gearbeitet haben. In gewissen Teilen der Öffentlichkeit sieht man jedoch das alles nicht, man sieht nur immer die großen Kriegsgewinne, die einzelne Industrien oder Industrielle gemacht haben, und glaubt daraus das Recht ableiten zu dürfen, über diesen Stand in Bausch und Bogen abzuurteilen und ihn an den Pranger zu stellen.

Wenn der Staat das Geld, welches im Kriege verdient worden ist, braucht, dann soll er es in der Weise und in dem Maße, wie es eben notwendig erscheint, im Wege der Steuer wieder einheben. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Einhebung alle, die im Kriege verdient haben, gleichmäßig behandelt werden müssen. Die Hetze jedoch, die gegen die Industrie gemacht wird, ist unberechtigt und sehr bedauerlich, besonders bedauerlich ist es aber, daß ihr von Seiten der Regierung absolut nicht entgegengetreten wird. Pflicht und Aufgabe der Regierung wäre es, irrtümlichen Auffassungen von oben, demagogischen von unten, entgegenzutreten und gerade unser gegenwärtiger Ministerpräsident, welcher ja durch seine vielen wirtschaftlichen Ämter, die er vor seinem jetzigen Amte mit Erfolg geführt hat, genaue Kenntnis über die Verhältnisse hat, wäre berufen, aufklärend zu wirken. Der Herr Ministerpräsident brauchte sich auch gar nicht fürchten, daß er zum Beispiel von Seite der industriellen Arbeiterschaft deswegen Widerspruch erfahren würde, denn gerade die Arbeiterschaft kennt die Leistungen der Industrie, wie ja überhaupt in den Kreisen der Arbeiterschaft und der Arbeiterparteien ein großes Verständnis für die handelspolitischen Interessen der Industrie vorhanden ist. Meine Herren! Die „Arbeiter-Zeitung" kann in ihrer gestrigen Nummer mit großem und berechtigtem Stolze darauf hinweisen, daß Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident in seiner vorgestrigen Rede erwähnt hat, daß das bisherige Durchhalten, das Ausharren in dieser schweren Zeit zum großen Teile der Arbeiterschaft, dem Pflichtbewußtsein der Arbeiterschaft zu verdanken ist. Es ist dies zweifellos richtig, nur möchte ich darauf hinweisen, daß es noch andere Stände gibt, die vielleicht in noch höherem Maße um dieses Ausharren Verdienste haben, das sind alle diejenigen Stände, welche vor dem Kriege gemeiniglich unter dem Sammelnamen „Mittelstand" zusammengefaßt worden sind, aber infolge der Kriegsverhältnisse eigentlich das heutige Proletariat bilden, die am meisten gelitten haben, die die verschämten Armen bilden und auf die, meiner Ansicht nach, bisher viel zu wenig Rücksicht genommen worden ist. Ich habe in der gestrigen Sitzung des hohen Hauses an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten eine Interpellation gerichtet, in der ich diese Verhältnisse auseinandergesetzt habe, und ich möchte mir bei dieser Gelegenheit gestatten, den Herrn Ministerpräsidenten auf diese Interpellation besonders aufmerksam zu machen.

Und nun wende ich mich den politischen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zu. Bei Besprechung der wirtschaftlichen Fragen hat Seine Exzellenz an einer Stelle gesagt, wir seien über das System des laissez faire, laissez aller, bereits längst hinaus. Ich bedauere konstatieren zu müssen, daß in der inneren Politik das genaue Gegenteil davon der Fall ist, daß in der österreichischen inneren Politik dem System laissez faire, laissez aller, seitens keiner Regierung in gleichem Maße freier Lauf gelassen wurde, wie seitens der des gegenwärtigen Herrn Ministerpräsidenten. Noch niemals konnten staatsfeindliche Elemente ihre Agitation derartig frei und ungehindert betreiben, wie in den letzten Monaten. *(Zustimmung.)* Noch nie konnte unberechtigte politische Anmaßung, politische Überhebung und politische Gewalttätigkeit solche Orgien feiern wie jetzt. *(Zustimmung.)*

Der Herr Ministerpräsident sagte, daß er die innere Befestigung des Staates anstrebe, durch seine Art zu regieren erreicht er genau das Gegenteil. Gestatten Sie, meine Herren, daß ich diese meine Auffassung nur ganz kurz begründe.

Vor allem muß man der Regierung den Vorwurf machen, daß bisher vieles versäumt wurde, was der inneren Befestigung des Staates hätte dienen können. Auf der einen Seite hat die Regierung stets die größte Nachsicht und Duldung walten lassen gegenüber den staatsfeindlichen Bestrebungen und Agitationen in manchen Teilen unserer slawischen Bevölkerung, welche den Zweck haben, das Gefüge dieses Staatswesens auseinander zu zerren und auseinander zu reißen und hat nichts dazu beigetragen, um den Staatsgedanken in diesem Teile der Bevölkerung zu befestigen. Auf der anderen Seite aber hat die Regierung die staatstreue deutsche Bevölkerung, welche unentwegt auf dem Boden des österreichischen Staatsgedankens gestanden ist, durch plötzliche Regierungsmaßnahmen aller Art überrascht und auf das Alleräußerste verletzt. Es sieht gerade so aus, als ob wir in einer Zeit leben würden, in welcher Untreue belohnt und Treue mißhandelt wird. *(Zustimmung.)*

Die Regierung duldet in der slawischen Presse eine geradezu maßlose Agitation für die Föderalisierung unseres Staatswesens im slawischen Sinne. Sie tritt derartigen Bestrebungen auch dann nicht entgegen, wenn sie unseren dualistischen Staats-

genossen treffen und provoziert diesen dadurch zu Gegenstößen. Insbesondere der öffentlich und geheim betriebenen Propaganda, für den seit gestern sogar souverän werden sollenden tschechischen Staat fühlt sich die Regierung nicht veranlaßt entgegenzutreten. National-revolutionären Aufständen, wie sie in Pilsen und Prag vor einiger Zeit stattfanden, begegnet die Regierung mit größter Milde und sie duldet es, daß diese Aufstände, welche ihre Grundlage nur in der maßlosen tschechischen Agitation hatten und dazu dienen sollten, die Wehrfähigkeit Österreichs zu mindern, mit schlechten Ernährungsverhältnissen begründet werden.

Die deutschen Preßstimmen, welche den wahren Sachverhalt auseinanderzusetzen versuchen und der Öffentlichkeit mitzuteilen bestrebt sind, werden rücksichtslos unterdrückt; den tschechischen Zeitungen wird hingegen die wütendste Hetze gegen unseren treuesten Bundesgenossen *(Abgeordneter Fahrner: Das hört man oben gerne!)* — das glaube ich nicht — gestattet und die Verbreitung direkter Unwahrheiten, wie beispielsweise die, daß bei uns deshalb Nahrungsmangel herrsche, weil angeblich besonders aus Böhmen Nahrungsmittel nach Deutschland ausgeführt werden, geduldet. All dies wird geduldet obwohl die Regierung weiß, daß genau das Gegenteil der Fall ist, daß wir nicht nur in der Rohstoffbeschaffung und in der Beschaffung aller möglichen Kriegsgeräte, sondern auch in der Beschaffung von Nahrungs- und Lebensmitteln bereits vielfach auf unseren Bundesgenossen angewiesen waren und obwohl sie weiß, daß die Bevölkerung bei unseren Bundesgenossen sich eine viel eingeschränktere Lebensführung als bei uns gefallen lassen muß. *(Zustimmung. — Zwischenrufe.)* All' dem wird seitens der Regierung nicht einmal ein offizielles Dementi entgegengesetzt. Die Regierung läßt es zu, daß der Statthalter Graf Coudenhove, der es, weil er in größerer Weitsicht die Schädlichkeit dieser Agitationen einsah, unternahm diesen Unwahrheiten und Hetzereien entgegenzutreten, von tschechischer Seite geradezu wütend angegriffen wird, und sie gewährt ihm gegen diese Angriffe keinen energischen Schutz.

Die Regierung muß doch wissen, daß die Haltung der tschechischen Bezirke in Ernährungsfragen für die weitere Kriegführung des Staates ebenso schädlich ist, wie ihre antiösterreichischen Agitationen. Trotzdem werden die tschechischen Bezirke bei den notwendigen Requisitionen mit außerordentlicher Nachsicht behandelt, während den minder ertragreichen dicht bevölkerten deutschen Industriegebieten das Notwendigste weggenommen wird, so daß dort vielfach — denken Sie nur an das Riesengebirge und das Niederland — Unterernährung und Elend herrscht. Es scheint, daß die Regierung die Statistik der Requisitionen in den deutschen und tschechischen Bezirken Böhmens nicht sehen will, denn sonst müßte ihr das augenfällige Mißverhältnis in der Ablieferung von Getreide auffallen und sie müßte sich wohl zu einem energischen, ausgleichenden Einschreiten veranlaßt fühlen. Wie kann es die Regierung dulden, daß deutsche Bezirke Böhmens effektiv hungern, während tschechische noch im Überflusse schwelgen?

Wenn die Regierung den Gedanken, dem sie seinerzeit im Verfassungsausschusse Ausdruck gab, daß sie sich selbst bei Neugestaltung des Verfassungslebens in Österreich nur eine passive Rolle zubilligt, vorgestern zu korrigieren für notwendig fand, so ist dies ebenso begrüßenswert wie der Umstand, daß sie heute endlich einmal erklärt, sie werden dem Gedanken der nationalen Autonomie unter Wahrung der Staatseinheit und im Rahmen der Kronländer Rechnung tragen. Es hat leider lange gebraucht, bis sich die Regierung zu diesem Standpunkte durchgerungen hat; denn bisher hat sie es leider vermissen lassen, den staatsrechtlichen slawischen Erklärungen in irgend einer Form entgegenzutreten und den darauf bezüglichen Österreich zersetzenden Agitationen entgegenzutreten. Die Regierung darf sich daher nicht wundern, wenn in den deutschen Reihen ihren Worten allein nicht geglaubt wird und wenn wir unsere Haltung ihr gegenüber erst von ihren Taten abhängig machen.

Seine Exzellenz erklärte an irgend einer Stelle seiner vorgestrigen Rede, daß die Regierung felsenfest davon überzeugt ist, daß sich der österreichische Staatsgedanke siegreich vor der ganzen Welt behaupten werde und sagt wörtlich: „Die Berechtigung zu dieser Erwartung schöpft die Regierung insbesondere auch aus der Betrachtung der auswärtigen Lage."

Ich glaube, diese Wendung ist mehr als eine bloße Übergangswendung zu seinen Ausführungen über die äußere Politik, denn nach allem, was ich hier gesagt habe, glaube ich wirklich nicht, daß man dieses Bewußtsein der Erhaltung des österreichischen Staatsgedankens aus der Betrachtung der inneren Lage mit irgendeiner Berechtigung schöpfen könnte. *(Sehr gut!)*

Das Erfreulichste in den Ausführungen von Exzellenz Seidler ist seine Erklärung über die äußere Politik. Ich muß wohl annehmen, daß der Herr Ministerpräsident diese Erklärung im Einvernehmen mit dem Minister des Äußern abgegeben hat und daher haben wir wohl die Beruhigung, daß diese Äußerungen die Stellungnahme und den Standpunkt des Ministers des Äußern beinhalten. Daß diese Erklärung sich mit einer gewissen Schärfe und Festigkeit gegen jene wendet, die an dem guten Bundesverhältnis zu makeln und zu deuten suchen, erfüllt uns mit besonderer Genugtuung. Es wird der gemeinsamen Regierung aber unmöglich sein, ihre angedeutete bundestreue Politik durchzuführen,

wenn die österreichische Regierung zuläßt, daß die Ententefreunde in Österreich ihre wilde Agitation gegen alles, was deutsch ist und gegen einen glücklichen Ausgang dieses schrecklichen Krieges ungestört und ungehindert fortführen können. *(Sehr gut!)*

Die Erfolge unserer heldenhaften Armeen sind derart, daß wir mit fester Zuversicht und ungebrochenen Mutes der weiteren militärischen Entwicklung ruhig entgegensehen können. Auch unsere Lage im Hinterlande wird uns den weiteren Widerstand ermöglichen. Die Ernte hat ein gutes Ergebnis gehabt, besonders die Winterfrucht gedieh günstig, so daß wir mit Mehl und Brot unbedingt das Auslangen finden werden, besonders da uns aus der rumänischen Ernte, ebenso wie im Vorjahre, so auch heuer reichliche Zuwendungen zufließen werden. Auch die in diesem Jahre besonders gute Obsternte wird uns die Situation erleichtern. Wenn auch die Futtermittel infolge der überaus großen Trockenheit des Sommers als gering veranschlagt werden müssen, so ist auf diesem Gebiete durch rumänische Aushilfe doch auch einiges zu erwarten. Die Kartoffelernte — und die Kartoffel ist wohl für uns eine der Hauptnahrungsmittel — kann ebenfalls als gut bezeichnet werden und wir müssen nur die Erwartung aussprechen, daß hier die Regierung einen entsprechenden Verteilungsmodus anwendet, welcher verhindert, daß wie es schon wiederholt vorgekommen ist, Kartoffeln verderben. Die vorhandenen Nahrungsmitteln bürgen also für die Möglichkeit der Ernährung der Bevölkerung.

Eine weitere Gewähr für unsere günstige Kriegslage bildet der Verlauf der Revolution in Rußland und die günstigen Erfolge des U-Bootkrieges.

Sie alle, meine Herren, lesen ja jeden Tag die Zeitungsberichte, die wir über die Verhältnisse in dem früher so mächtigen russischen Reiche erhalten. Sie alle kennen die Desorganisation, welche die Revolution dortselbst hervorgerufen hat. Sie wissen von den militärischen Konsequenzen und Sie können selbst beurteilen, wie lange es noch dauern kann, bis dieser, einst so kräftige und mächtige Gegner, dieser Koloß, uns nicht mehr ein gefährlicher Feind sein wird. An unserer Front nimmt man diesbezüglich schon einiges wahr.

Der U-Bootkrieg, der einzige Kampf, durch den man dem englischen Gegner an den Leib rücken kann, nimmt einen höchst erfreulichen Fortgang. Die Statistik des vernichteten Schiffsraumes, die Verminderung der Zufuhren nach England und die Verbesserung, Vergrößerung und Vermehrung der Unterseeboote ist allgemein bekannt und trotz aller Großsprecherei der Engländer wissen diese wohl am besten, welche große Lebensgefahr diese Unterseeboote für das engliche Volk darstellen. Ich bin nicht gerne Prophet, aber Sie werden sich davon überzeugen, trotz aller Skepsis, die ja gerade bei uns in vielen Kreisen besteht, daß der U-Bootkrieg einer der hauptsächlichsten, entscheidendsten Faktoren für die baldige Mürbemachung von England, für die baldige Herbeiführung eines günstigen Friedens bilden wird. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Alle diese eben von mir angeführten Tatsachen sollten die Entente wohl zur Einsicht bringen, daß es wohl besser wäre, einen raschen Frieden herbeizuführen, zu dem die Mittelmächte, wie ja wiederholt auch vorgestern ausgeführt worden ist, wiederholt die Hand geboten haben. Wenn die Entente das heute nicht tut, so ist ihre Haltung hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sie glaubt, die Mittelmächte werden nicht aushalten können, und insbesondere ist es unser Staat, auf dessen Zusammenbruch bei unseren Feinden gerechnet wird. Die schon früher erwähnten Erscheinungen unserer inneren Politik, denen von der Regierung nicht entgegengetreten wird, bestärken naturgemäß unsere Feinde in diesen ihren Hoffnungen.

Hohes Haus! Ich muß meine Ausführungen schließen, da meine Zeit um ist, und will zum Schlusse nur sagen, daß ich für das Budget stimmen werde, weil ich als österreichischer Patriot dem Staate in dieser schweren Kriegszeit nicht die Mittel zum Leben und zum Kriegführen verweigern will. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Kadlčák; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kadlčák:** Slavná sněmovno! Z řad lidu, a to všech vrstev a všech jazyků ozývají se dvě hesla, aneb řekněme dvě přání, dvě prosby, dvě žádosti: Parlamente, poskytni nám mír a opatři nám chleb! Všechno ostatní pak národové ať již Čechové nebo Němci nebo jiní kladou do řady druhé. Kdybychom sebe ostřejšími slovy a vývody navzájem zde chtěli sporné otázky projednati a o tom, co máme neb nemáme dělati, se poučovati, to všechno nemá takového významu jako přání národů po míru a chlebu.

Velectění pánové, kdybych měl mluviti podle svého srdce a svědomí, musil bych nyní odpovídati s tohoto místa pánům předřečníkům, kteří uznali za vhodno slovy neobyčejně ostrými a prudkými způsobiti náladu, která však vede ke všemu jinému jen ne ke společnému dohodnutí slovy, která nás rozlučují.

Než právě proto, že mám ohled na přání z lidu vyšlá, právě proto, že chci tlumočiti zde, co lid nyní žádá a čeho potřebuje, což považuji za nejpřednější státní potřebu, nechám bez odpovědi vývody předřečníků v naději, že se najdou

pánové z našeho tábora, kteří po zásluze a náležitým způsobem odpoví.

Lituji, že s té strany *(ukazuje na levici)* padla slova, která do nynější doby se naprosto nehodí, že padla slova, která by snad výtečně působila na nějaké voličské schůzi, ale v parlamentě místa míti nemají, nejméně v době, kdy všichni žijeme ve strastech, utrpeních a hrozných škodách.

Hohes Haus! Es ist schwer, heute in der Atmosphäre, die durch diese, ich möchte fast sagen, Hetzreden erzeugt wird, eine ruhige sachliche Aussprache zu führen. Ich bin in sehr starker Versuchung, dem Beispiele einiger meiner Vorredner zu folgen. Ich bin jedoch ein böhmischer Abgeordneter der katholischen Couleur und da darf ich, wenn auch in meinem Herzen alles fiebert, meinen Gefühlen nicht so Ausdruck geben, wie ich es wollte, und muß mich eines ruhigen Tones befleißen und wenn möglich auch Worte finden, durch welche selbst das bitterste, was uns vorgeworfen wird, niedergedrückt wird, damit eine ruhige Auffassung aller Streitfragen Platz greife.

Neprozradím tajemství, řeknu-li, že v cílech konečných jsme všichni poslanci českého lidu za jedno, ale v taktických prostředcích a v postupu se poněkud lišíme. Jedni myslí, že musí jíti přímo k cíli přes hory a doly, druzí myslí, že bude nejlépe, půjdou-li opatrněji, třebas okolo těch hor, ale jistě k cíli. Ten rozdíl mezi námi jest, to si upřímně povězme.

Však i my trváme loyálně a věrně na stanovisku prohlášení ze dne 30. května, které učinil Český Svaz, které jsme my podepsali a k němuž se celou svou vnitřní silou hlásíme ve smyslu dávného českého programu státoprávního, k jehož vyznavačům se otevřeně hlásíme.

My jistě nebudeme překážeti, najdou-li jiní cesty účinnější a jistější k cíli vedoucí. Nebudeme nikoho rušiti, když k uskutečnění státoprávního ideálu českého dle starého či národního programu jinými směry se bráti budou. Jen když cesta nastoupená povede k uskutečnění státního našeho ideálu, našeho programu, na kterém naše strana od počátku svého trvání až po dnes stojí. Víte, že jsme státoprávníky v nejryzejším smyslu slova a prosím, aby toto prohlášení na všech stranách správně bylo slyšeno a také dle toho náš postup byl posuzován.

Katolický lid český cítí a vítá každý krok, který vede k této idei, ale, pánové, nesmíme zapomínati, že žijeme v době nesmírně nebezpečné.

Wir leben mitten im Kriege. Wir wissen nicht, wie lange der Krieg noch dauern wird, wir wissen nicht, welche Opfer er von uns, und von allen anderen verlangen wird, und aus diesem Grunde begrüßen wir es und sind wir auf das innigste überzeugt, daß jeder, der zum Ende des Krieges etwas beitragen kann und beiträgt, von uns den Ausdruck der größten Hochachtung und unseren Dank verdient.

Proto katolický lid český cítí a vítá kroky, které podniká svatý Otec v nejšlechetnějších úmyslech, aby nám zajistil čestný a trvalý mír v době dozírné. My tyto snahy vítáme, poněvadž jsme všichni jati touhou, aby konečně hrozné krveprolití čestným a trvalým mírem bylo zakončeno. My zajisté nelišíme se v tom od ostatních, neboť my trpíme jak oni a snad i více než oni. Nedávno padlo slovo z místa povolaného:

Die Länder Böhmen und Mähren haben in diesem Kriege das Staatsganze ausgehalten. Böhmen und Mähren waren nicht nur die Vorratskammer, was die Ernährung anbelangt, Böhmen und Mähren waren auch die Hauptvorratskammer der Kraft, welche den feindlichen Anschlag zurückgewiesen hat. Wenn einmal die Abrechnung kommt — und wir fürchten diese Abrechnung nicht, weil wir dann auch mit unserer Rechnung kommen werden, was wir geleistet, was wir bezahlt haben, wie unsere Söhne und Brüder geblutet, was unsere Regimenter in der ersten Front getan haben — dann werden wir nicht in der zweiten Linie stehen, so wie manche Herren, die heute den Staatsgedanken gepachtet haben, und meinen, daß alle anderen in Österreich nichts bedeuten, daß auf alle anderen gar keine Rücksicht genommen werden muß, nur auf sie, die da glauben, daß nach ihren — ich will ein gelindes Wort sagen — Einfällen alles regiert, verwaltet und behandelt werden muß. *(Bravo! Bravo!)*

Bohužel s české strany padla výtka, že projev svatého Otce neuspokojil všechny, že svatý Otec domněle zapomněl na český národ a tu nemějte nám za zlé, když tu jménem svého klubu prohlásím, že se nás to dotklo velice nemile a velice bolestně *(Výborně!)*, tím bolestněji, že se našel ihned člen české sociální demokracie, který zde s tohoto místa po zásluze vzdal díky svatému Otci za to, co pro mír, tedy i pro nás učinil. *(Výborně!)*

Wir müssen in dieser Hinsicht ein wenig nachdenken lernen. Ich will ja die Persönlichkeit, die das hier gesagt hat, nicht angreifen und wir wollen hoffen, daß hierbei keine anderen Tendenzen mitgespielt haben. Aber unerwähnt kann es nicht bleiben. Papst Benedikt hat über viele Nationen gesprochen — das wird doch niemand leugnen — er hat aber für alle das gleiche Recht verlangt und das ist die Hauptsache. Und wenn er zum Beispiel von Belgien, Polen ꝛc. ausdrücklich spricht, so wissen wir ja alle, daß es sich um besetzte Gebiete handelt.

Wenn der Papst über Armenien gesprochen hat, so wissen wir, denen diese Frage nicht unbe-

kannt ist, daß der heilige Vater sich traditionell im Sinne vieler seiner Vorgänger eines Volkes annimmt, welches Jahrhunderte mit allerschwersten Opfern wegen seiner christlichen Gesinnung auf das furchtbarste verfolgt wurde.

Gottlob sind die Länder der Krone Sv. Václava dank der Tapferkeit unserer glorreichen Armee, in der unsere böhmischen Regimenter hervorragendes geleistet haben, weder vom Feinde besetzt, noch unmittelbar vom Kriege bedroht worden.

Damit will ich nicht gesagt haben, daß wir gar keine Schwierigkeit hatten, daß wir vom Kriege nicht betroffen worden sind. Aber jedenfalls muß man zugeben, daß wir nicht direkt von einer Invasion betroffen worden sind und das mag die Ursache gewesen sein, daß Seine Heiligkeit die böhmische Nation nicht mit Namen angeführt hat. Soviel über diese Angelegenheiten.

Ich glaube, wir haben als Böhmen alle Ursache, dem Papste dankbar zu sein und noch mehr als Menschen, denn wenn jemand auf der Welt die Macht darstellt, die hier eingreifen kann, so ist es der heilige Vater und er ist dieser seiner Pflicht hochherzig und erfolgreich nachgekommen. Es gibt keinen Menschen, der ein bißchen Gefühl und Rechtsbewußtsein hätte und das nicht einsähe. Der Papst war der erste und er ist auch, ich möchte sagen, der mächtigste Faktor auf dem Wege zum Frieden. Die Wbrte, die der Papst zu den gekrönten und ungekrönten Häuptern der Staaten gesprochen hat, zeugen von etwas anderem, als man ihm zuschreibt; es waren nicht nur Worte väterlicher Fürsorge, sondern es waren scharfe Warnungsrufe; hätte man sie befolgt, wir hätten vielleicht heute schon den Krieg beendet und das wünschen wir alle, ohne Unterschied der Zungen.

Hohes Haus! Man wirft uns vor, fast in jeder Sitzung, fast an jedem Tage, daß wir uns zur Regierung nicht besonders freundschaftlich stellen, daß wir ihr Schwierigkeiten machen und dadurch — erst vor einer Weile habe ich es von einem hochgeehrten Herrn gehört — das Parlament vernichten. Ja, meine Herren, wenn das Parlament nichts anderes zu tun hätte, als das böhmische Volk zu drangsalieren, zu verfolgen, nach Möglichkeit zu vernichten, dann würden wir ganz bestimmt ohne Unterschied der Partei dazu behilflich sein, daß das Parlament diese Arbeit nicht lange tut. Aber Gott sei Lob und Dank, das Parlament kommt gar nicht in eine solche Gefahr. Es sind wohl einige Herren hier, die sehr große Lust hätten, fest einzugreifen und, wenn es ginge, das böhmische Volk möglichst, sagen wir zu evakuieren, es aus seinem angestammten Vaterlande vielleicht nach dem Franz Josefsland zu übersiedeln. Das Geschäft wäre gewiß nicht schlecht für die Herren, die es wünschen. Wir aber lassen uns nicht evakuieren, da wir doch in unseren Stammsitzen, in unserer Heimat sind. Niemandem von uns kann nachgewiesen werden, wann seine Vorfahren in sein Vaterland gekommen sind, von den anderen Herren aber kann man das sehr leicht beweisen, denn deren älteste Vorfahren waren im zwölften Jahrhundert bei uns durch die Gnade der böhmischen Könige und Bischöfe angesiedelt, das ist eine geschichtliche Wahrheit, an der sich nicht rütteln läßt. Wenn wir uns nun im angestammten Vaterlande nach unserer Art einrichten wollen — eigentlich sind wir schon längst eingerichtet, wir wollen nur unsere Einrichtung beibehalten, die uns die Herren immer auseinander werfen — so dürfen das die Herren nicht als einen Kampf gegen den Staatsgedanken auffassen, denn unser Staatsgedanke ist der ältere, er ist auch der festere. Wir wissen, worauf er fundiert, die Herren aber wissen noch nicht, worauf ihr Staatsgedanke ruht, denn Gewalttätigkeit ist doch kein Fundament für einen Staatsgedanken; da müssen es sich die Herren schon gefallen lassen, daß wir nicht zu allem schweigen, was uns geschieht, und daß wir der hohen Regierung, die ja fast alle 14 Tage sich definitiv einbürgert und immer ein großartiges Programm bringt, an dem wir durch 100 Jahre genug zu arbeiten hätten, um dann wieder zu verschwinden, nicht das volle Vertrauen entgegenbringen und noch weiter gehen als die Herren Deutschen. Diese lassen — nach dem berühmten Worte: „Und der König absolut, wenn er meinen Willen tut — durchblicken, wenn die Regierung ihren Willen tut, werden sie ihr vielleicht ein bißchen dienen. Wir aber sagen ganz offen: Weder dieser noch einer anderen Regierung, die dieselben Bestrebungen zeigt, werden wir Gefolgschaft leisten. Wir sind nicht Leute, die Spektakel machen, wir gehören zu einer sehr ruhigen Richtung, was uns sehr oft vorgeworfen wird, aber wir sind gewöhnt, unser Wort, das wir gesprochen haben, auch einzulösen und loyal zu halten. Wenn wir nun der hohen Regierung sagen, wir werden mit euch nach parlamentarischer Art vielleicht auch fertig werden, dann kann sie versichert sein, daß das nicht bloß gesprochen ist, sondern daß dahinter der ernste Wille steht.

Nicht daß wir den einzelnen Herren der Regierung feindlich gesinnt wären, im Gegenteil, wir haben einzelne recht lieb, aber als Ganzes, als Vollstrecker der Staatsgewalt können wir sie vorderhand nicht unterstützen und müssen sie im Gegenteil parlamentarisch bekämpfen. Um nur eine Ursache anzuführen: Ein Herr, von dem es mir sehr weh getan hat — ich sage es offen — hat hier eine Hetzrede gehalten, wie sie im Buche steht, es war ein Herr von der drüberen Seite, und hat gemeint, daß wir eigentlich zu unserer Stellung absolut keinen Grund haben, daß wir gar nichts anführen können,

was als Bedrängnis gedeutet werden kann. Da möchte ich den Herrn darauf verweisen, er möge sich die Mühe nehmen und die Interpellation des Český klub durchlesen. Dort wird er gewiß einige Anhaltspunkte finden. Wenn das nicht genügt, so werde ich als Mährer — wir Mährer sind ja ruhig, die Brüder aus Böhmen sagen, wir sind dumm, weil wir uns alles gefallen lassen, worüber wir jetzt nicht verhandeln wollen — ihm etwas anführen. Der Erzbischof von Olmütz Dr. Kohn, von dem man bei seinen Lebzeiten auch bei uns verschiedenartig gedacht und gesprochen hat, hat in seinem letzten Vermächtnis sein ganzes Vermögen zur Gründung einer böhmischen Universität in Mähren geschenkt. Er hat ein Testament hinterlassen, er kann nicht dafür, wenn es ein Advokat schlecht gemacht hat, er hat es ja nicht selbst gemacht, er hat sich, um ja nicht zu fehlen, einen Advokaten genommen. Freilich, er hätte vorsichtig sein sollen, aber darüber zu richten, sind wir nicht berufen. Was geschah nun? Ein christlichsozialer Minister — wenigstens hat man ihn so geschimpft — hat das umgestoßen und aus dem Vermächtnis des Dr. Kohn etwas gemacht, was wir als bittere, unverdiente, wie soll ich sagen, unfreundliche Tat empfinden. Wir empfinden es als Akt höchster Unfreundlichkeit — der damaligen Regierung natürlich, die jetzige kann es vielleicht noch gut machen, wir werden ja sehen — daß das Vermächtnis weiland Dr. Kohns seinen testamentarischen Verfügungen entfremdet wurde. Diese Unfreundlichkeit, wenn ich mich sehr zart ausdrücken soll, gewinnt an Bedeutung, wenn wir uns die hochherzigen Worte Seiner Majestät des Kaisers und Königs Karl ins Gedächtnis rufen, die in der Thronrede niedergelegt sind, wo der Kaiser über die ungemein hohe Bedeutung der Universität als Kulturstätte gesprochen hat. Und weil die Regierung und die Regierenden sich so kulturfeindlich gegen das böhmische Volk gezeigt haben, daß sie selbst die Mittel, die aus unseren Quellen geschöpft worden sind, ihrem Zwecke entfremdet und uns das vorenthalten haben, was in jedem Kulturstaate von selbst gemacht werden sollte, daß sie die zweite Universität in Mähren unmöglich macht, das ist auch eine der Ursachen, warum wir ganz zugeknöpft sind, wenn wir mit der hohen Regierung etwas zu verhandeln haben.

Wenn ich auch im Namen meines Klubs spreche, so bin ich doch kein politischer Sprecher. Da werden sich andere finden, die die Sache gewiß besser und gründlicher mit den Herren ausmachen werden, die es für gut befunden haben, uns nicht nur zu reizen, sondern auch zu denunzieren und uns vor der ganzen Welt bloßzustellen, als wären wir alle zusammen ohne Unterschied die ärgsten Hochverräter. Dieses Thema will ich nun nicht weiter berühren, sondern mich auf ein Feld begeben, wo ich mehr zu Hause bin.

Da komme ich zu einer Frage, die besonders dem Landvolke, aber wohl auch den Städtern sehr nahe liegt und das ist die Flüchtlingsfrage. Meine Herren! Wir haben hier einen Ausschuß, der für das Wohl der Flüchtlinge sorgt. Wir haben einen Ausschuß, der dafür sorgt, daß nichts geschehe, was ihnen schaden würde. Übrigens war das nicht einmal nötig, denn jeder Gendarm, jeder Polizeimann, jeder Schreiber bei der Bezirkshauptmannschaft hat die erste und heiligste Pflicht, dafür zu sorgen, daß niemanden von diesen Flüchtlingen nicht nur kein Haar gekrümmt wird, sondern daß er nicht einmal von der Seite schief angesehen wird. Da fällt mir die Erzählung von dem Igel ein — sie ist ja bekannt. Mir scheint, wir haben einen ordentlichen Igel in den Pelz bekommen. Bei Gott, ich bin kein Antisemit. Ich fühle und ehre in den Flüchtlingen unglückliche Menschen und wünsche ihnen das größte Wohlergehen. Damit ich nicht auf Nebengeleise und in ein gefährliches Fahrwasser gerate, will ich nur eines darüber bemerken.

V časopise „Den“ bylo uveřejněno ondy toto *(čte)*: „Nedávno podivila se veřejnost uslyševši, jak štědře se chová stát k uprchlíkům či vystěhovalcům“ — míněni jsou zvláště uprchlíci z Haliče a Bukoviny, což podotýkám proto, aby nám bylo rozuměno a aby páni z jihu nemyslili, že jsme tak nemilosrdní lidé. — „Dostávají denně 4 koruny“ — když žena muže, který je ve frontě, má dostati 80 h denně, musí aspoň čtyři poslanci choditi po všech možných úřadech, aby těch 80 h milostivě udělily. — „Takový pán od Tarnopole dostane 4 K, jeho Sára také 4 K a sárátko dostane každé 4 K, takže některé rodiny dostávají 30 až 40 K, mají-li některého příslušníka na vojně — to jest dosti řídký případ, poněvadž jsou velmi opatrní, pokud jde o konání této povinnosti —, dostanou napřed vystěhovalecký příspěvek a pak vyživovací a pak nám vyprávějí, že mají bídu. Kolik má dělnická, úřednická nebo učitelská rodina? To již musí býti důkladný, skoro zlatý límec, aby to přivedla na 10 K denně, o takovou rodinu se nikdo nestará, naopak takovým rodinám mnozí z nás vyčítají, že je jim lehko žíti, poněvadž mají peněz jako železa. Tito uprchlíci však při 30 až 40 K denně ještě prý se mají zle. Kolik však dostanou rodiny vojínů a těch, kdo pracují těžce? Pracují tito uprchlíci také? Všechno budou dělati, jen ne pracovati, pro ty práce nebyla stvořena, pro ty jest jen kšeft a kdyby sami sebe měli prodávati, budou handlovati a handlovati tak, že nám dech dochází.

U nás na Valašsku je taková chudoba, že se zdá, že není možno, aby tam někdo se uživil, ale takový vystěhovalec tam zbohatne.“ *(Výkřik!)* Věřím, že v Haliči máte lepší zkušenosti, než my. — „Opatření, aby haličtí vystěhovalci pracovali,

nepomohla, u nás nepracují, nýbrž pomáhají naše potraviny stráviti. Náš dobrý lid srdce upřímného přijal je z útrpnosti, rozdělil se s nimi i o příbytek.

V chalupě jest ku př. jizba a kuchyň, majitel jest v kuchyni a Sára ve světnici a ještě dostane majitel přísný rozkaz, jak má vystěhovalce ošetřovati, jak se má starati o jejich blaho, jak má jejich byt čistiti. Jeho žena chodí roztrhaná, poněvadž nemá času spravovati, vždyť musí veškeren svůj čas věnovati hostem. To jest příčina, proč žádáme, aby ti pánové co nejdříve bude možno byli posláni zase do své vlasti. *(Hlas: Oni nechtějí.)*

Es hilft nichts, die Herren werden sich schon bemühen müssen, daß sie baldigst in ihre angestammte Heimat zurückkommen. Wir werden sie mit unseren Glückwünschen gewiß begleiten.

Eine zweite Frage betrifft die Requirierungen, wie sie bei uns betrieben werden, und anderweitige Verfügungen der hohen Ämter. Wie bei uns zum Beispiel Heu requiriert wird, das beweist folgende Zuschrift, die ich von dem Herrn Kollegen Valoušek bekommen habe. Da steht geschrieben *(liest)*:

„Dle výnosu c. k. okresního hejtmanství v Holešově bylo naší obci dne 30. července 1917 pod čís. 43650 Úřadem pro výživu ve Vídni nařízeno, aby naše obec do 1. září odevzdala 10.000 kilogramů sena a 3500 kilogramů slámy.

Pak nařízením na základě § 12 ze dne 29. května 1917, by naše obec nejpozději do 1. října opět dodala 11.000 kilogramů sena a 6.500 kilogramů slámy.

Dle zjištění skutečného stavu o množství pícnin nachází se v naší obci shora uvedených pícnin, a sice 239·50 kilogramu sena a 338·50 kilogramu slámy.

Naproti tomu však jest ve zdejší obci 35 koní, 177 kusů hovězího dobytka, 92 koz, 3 ovce a 102 kusy dobytka ušipaného.

Pro okamžité odevzdání vyplnila předepsaná obec svoji povinnost pro válečnou potřebu dodáním pro určené množství 2.100 kilogramů sena.

Dle rozpočtu po srážce odevzdaného sena stačí shora uvedená pícе pouze na 36 dní, tak že při nejlepší vůli i snad s přinucením nelze podepsané obci žádné seno a slámu dodati, aniž z této vyvézti."

Pro všecek dobytek mají tedy pícе jen na 36 dní.

Und trotzdem wurde die Gemeinde unter Androhung der schwersten Strafen gezwungen, die letzten Vorräte abzugeben. Und das geschieht nicht in einem Dorfe, sondern in einem ganzen Wahlbezirke. Ich war beim Statthalter, beim Ernährungsminister, beim Ackerbauminister usw., alle haben mir versprochen, daß man die Gemeinden schonen werde. Wie aber die Schonung in der Praxis aussieht, darüber habe ich hier einen amtlichen Bericht.

Vizepräsident Dr. **German**: Herr Abgeordneter, ich mache Sie aufmerksam, die halbe Stunde ist bereits um.

Abgeordneter **Kadlčák** *(fortfahrend)*: Ich werde nur noch zwei Sachen vorbringen und dann sofort schließen. Ich könnte Ihnen hier einen Bericht vorlesen, der zeigt, wie die Bezirkshauptmannschaften unser Volk bei den Requirierungen behandeln. Ich habe auch ein Parere eines Arztes in der Hand, das dartut, welche Folgen die Unterernährung in dem reichen Mähren hat; und noch viele andere Sachen.

Da ich aber nur noch zwei Minuten Zeit habe, so muß ich zum Schlusse noch ein Wort über die Schulverhältnisse in Mähren sagen. Unsere Schulen sind beinahe alle gesperrt. Wir haben keine Lehrer, denn die sind eingerückt, wir haben zu Hause fast nur Lehrerinnen und einige andere Frauen, die eine angemessene Bildung haben; die Schulen sind vom Militär besetzt, kurz und gut, das Schulwesen ist vollkommen zugrunde gerichtet. Und die wenigen Lehrer, die noch zu Hause sind, werden langsam aussterben, weil sie nichts zu essen haben. Es wäre doch an der Zeit, daß man bei der Behandlung der Frage über die Notlage der Angestellten sich auch der Lehrerschaft erinnern würde. Wozu auch die Einberufung des Landtages notwendig ist.

Ich hätte noch so vieles zu sagen, allein da die Zeit verstrichen ist, bleibt mir nichts anderes übrig, als das an anderer Stelle die Ergänzungen vorzubringen. Damit schließe ich. *(Beifall. — Redner wurde beglückwünscht.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Wolf das Wort.

Abgeordneter **Wolf**: Hohes Haus! Die Beschränkung der Redezeit in dieser Budgetdebatte hat auf verschiedene Leute verschieden gewirkt und wurde von ihnen verschieden aufgenommen. Solche Leute, die gewöhnt waren, die Kaskaden ihrer Beredsamkeit plätschernd und rieselnd jeden Tag über Gott und die Welt sich ergießen zu lassen und die nicht aufhörten, bevor nicht von den großen Grundzügen bis zu den Einzelheiten alles erörtert war, die mögen es als eine Beschränkung ihrer Persönlichkeit empfinden, wenn sie sich hier nicht voll austoben dürfen. Und die machen immer den Versuch, möglichst viele halbe Stunden von den anderen Parteigenossen zu der ihnen zustehenden halben Stunde

hinzuzulegen, um doch ihrem inneren Drange einigermaßen Genüge leisten zu können. Diesen Drang habe ich noch nie empfunden, ich pflege mich kurz und knapp und klar auszudrücken und könnte eigentlich in weit weniger als einer halben Stunde fertig sein, wenn ich meine Meinung über die gegenwärtige Lage und über dieses hohe Parlament, über die Regierung und über alles mögliche ganz kurz ausdrücken müßte.

Ich will also ganz kurz sein, ich sage: Dieses Parlament ist nicht einen Schuß Pulver wert! Es war eine Schande, eine Frivolität und ein Unsinn, daß man in dieser drangvollen, fürchterlich schweren Zeit sich zu all den anderen Sorgen, zu den anderen Kümmernissen, die man hatte um den Bestand, um die Aufrechterhaltung des Staates, noch den Unfug leistete, dieses Parlament einzuberufen. *(Sehr richtig!)* Nun werden wieder die Ankläger kommen und werden sagen: der Mann, der doch vom Volke auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählt ist, der untergräbt die Grundlagen des konstitutionellen Lebens. O nein, meine Herren! Das Parlament ist nur ein Mittel zum Zweck, kann aber nicht Selbstzweck sein. Es ist ein Wahnsinn, ein Parlament zusammenzuberufen, in dem man der Kräfte nicht sicher ist, die zu einem gesunden und richtigen Ziele lenken und leiten sollen, in dem man nicht weiß, was man mit diesen wie ein Chaos durcheinanderwirbelnden und durcheinanderwogenden Kräften anfangen soll. Was fängt denn die Regierung jetzt mit diesem Parlamente an? Vor diesem Parlamente muß sie in jedem Augenblick kapitulieren, vor diesem Parlamente muß der Staatsgedanke die Waffen strecken. Kurz und gut, dieses Parlament ist eigentlich eine Schädigung des gesunden Grundgedankens des Parlamentarismus und es war eine Frivolität — ich wiederhole das —, dieses Parlament einzuberufen, bevor man wenigstens, wenn man schon nicht unsere Neuordnungsforderungen erfüllen wollte, bevor man hier für eine sichere und verläßliche Majorität gesorgt hat. *(Zustimmung.)* Denn was nützen die Kräfte, die Kräfte, die nach allen Richtungen auseinanderstreben und aus denen eine Resultierende nach einem einheitlichen Ziele zu gewinnen ganz undenkbar ist?

Nach allen Richtungen der Windrose werden hier die Rosse auseinandergetrieben, die Rosse, die droben auf dem Parlament stehen und von denen der Volkswitz behauptet, die Rösser seien eigentlich hier drin.

Denn ein Parlament, in welchem die Kräfte nach allen Richtungen auseinanderstreben, ein solches Parlament kann nicht zum Wohle und zum Gedeihen des Ganzen wirken, und ich komme immer wieder zu meinem ceterum censeo: Es war ein Wahnsinn und eine Frivolität, dieses Parlament einzuberufen.

Nun, die Beweisführung dafür, meine Herren, kann ich mir wohl ersparen, denn jeder, der mit ruhigem Blick die Ergebnisse der bisherigen Tagung des Parlaments überschaut, wird mir nicht Unrecht geben können.

Was ist denn aus dem Parlament herausgekommen? Immer nur Versuche, den Staat in seiner Existenz zu stören, dem Staate jede Möglichkeit einer Entwicklung zu rauben, den Staat sogar zu zwingen, darauf zu verzichten, was durch das Blut, durch das Opferblut tausender seiner treuen Söhne für die künftige Zukunftsentwicklung gewonnen worden ist.

Das sind die bisherigen Ergebnisse dieser parlamentarischen Tagung, die ich eigentlich als eine Entartung des Parlamentarismus bezeichnen möchte. *(Sehr richtig!)*

Nun, meine Herren, vor dieses Parlament ist Seine Exzellenz der neue, aus einem provisorischen zum definitiven Ministerpräsidenten gewordene Herr Ministerpräsident getreten. Na, schön. Und er schüttete ein Füllhorn von Gaben über uns aus, ein Füllhorn, aus dem es für alle etwas herunterregnete, die darnach verlangend wie nach einem Manna die Hände streckten.

Ich glaube, mit dieser herrlichen und von mir mit innerster Rührung und aufrichtiger Zustimmung angehörten Rede — ich meine den ersten Teil — hätte Seine Exzellenz der verehrte Herr Ministerpräsident überall in Österreich kandidieren können *(Heiterkeit)*, bei Agrariern und bei Industriellen, in Stadt und Land, bei Gewerbetreibenden und bei Beamten. Für jeden war etwas da, es war eine Fülle von Gaben und wir haben uns schon gefreut: Jetzt ist der große Mann gekommen, jetzt ist die Energie der Regierung erwacht, hier in diesem fürchterlichen Niedergang aller wirtschaftlichen Dinge bei uns in Österreich einmal ein bißchen Ordnung zu schaffen und die Vorbereitung zu treffen für eine große künftige Entwicklung. Auf einmal guckte dort hinten durch die Tür ein grinsendes Gesicht herein; wenn man mit dem Operngucker hingeschaut hätte, hätte man gesehen, daß es der Herr Buřival, der Privatmann Buřival ist; eigentlich aber war es das böhmische Staatsrecht. Und nun hatte die Regierung die Aufgabe, dieses Staatsrecht, welches das Grundübel alles politischen und wirtschaftlichen Elends bei uns in Österreich ist *(lebhafte Zustimmung)*, abzuwehren, und da war Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident von einer Güte, von einer Sanftmut, von einer Zärtlichkeit und Liebenswürdigkeit, mit der man vielleicht in kulturell hochstehenden Kreisen verkehren kann, in der man aber nicht mit Tigern verkehrt. In einer Menagerie arbeitet man nicht mit Versprechungen, nicht mit

Streicheln, sondern arbeitet mit der Peitsche. *(Zustimmung. — Lebhafte Zwischenrufe.)*

Meine Herren, das ist das einzige Mittel, hier gegenüber einer solchen Renitenz gegen den Staatsgedanken Ordnung zu schaffen — das einzige Mittel, das allereinzigste und wird es bis ans Ende der Zeiten bleiben. Denn, verehrte Herren, der Versuch, einen blutlechzenden Tiger durch Bibelsprüche zu besänftigen oder dadurch, daß man ihm in möglichst gutgewähltem Vortrage Bérangers Gedichte vorliest, der wird wahrscheinlich vergeblich sein, und den böhmischen Löwen, der jetzt den zweigeringelten Schwanz in großer Erregung schüttelt und der da glaubt, er sei jetzt der Herr der Welt, mit Versprechungen, mit Besänftigungen wieder zur Ruhe bringen zu wollen, das ist ein Wahnsinn, auf den wir Deutsche in Österreich uns nicht mehr einlassen dürfen, und wenn die Regierung sich darauf einlassen wollte, so würde sie bald an den Trümmern Österreichs stehen.

Nun, verehrte Herren, der Herr Ministerpräsident hat das Füllhorn wirtschaftlicher Gaben über uns ausgegossen und dabei schaute ihm auf der einen Seite der Vertreter des tschechischen Staatsrechtes und auf der anderen Seite der Vertreter südslawischer Herrschafts- und Machtgelüste über die Schulter. Er hat sich infolgedessen nicht recht ausdrücken können, es war ein Seiltanzen, es war ein Bestreben, um Gotteswillen doch nicht die Geschichte jetzt zum Krachen kommen zu lassen, es war aber keine Spur von Energie darin, von einem festen Willen, durch tatkräftiges Eingreifen die Dinge hier endlich auf den rechten Weg zu bringen.

Ich habe aus der Rede Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten nicht die geringste Beruhigung für den weiteren Bestand dieses Staates, nicht die geringste Beruhigung für eine gesunde Entwicklung der Dinge erhalten; Gott sei Dank sind wir nicht darauf angewiesen gewesen, daß wir erst aus seiner Rede eine Beruhigung bezüglich der Zukunft unserer Nation hätten schöpfen müssen. Wir sehen nur daraus, daß wir in Hinkunft bezüglich der Sorge um unsere Nation auf uns selbst angewiesen sein werden und daß wir bei dieser Regierung, bei der Regierung dieses Staates keine oder nicht die nötige Unterstützung mehr werden finden können.

Hat es denn nicht auf alle geradezu wie ein Possenspiel, wie eine Groteske gewirkt, daß in demselben Augenblick, als Seine Exzellenz der Ministerpräsident eine solche Anforderung an die wirtschaftliche Zukunftsarbeit dieses hohen Hauses stellte, die Bewegung losging, die dadurch entfesselt wurde, daß dort auf einmal ein ganz und gar nicht hierher gehöriger Herr, ein gewisser Buřival, erschien. Auf einmal war die Situatian geändert. Ich habe mich damals gewundert; Teufel noch einmal, dachte ich mir, wie kommt denn das, daß die Tschechen, die doch sonst von einem so furchtbar rebellischen Temperament sind und die durch die jüngsten Dinge in ihrem Temperament noch gesteigert sind, wie kommt denn das, daß die so verschiedenen Andeutungen — auf weiteres hat sich der Herr Ministerpräsident nicht eingelassen — in den Ausführungen des Ministerpräsidenten ohne Antwort lassen, ohne die Antwort, die wir hier schon gewohnt sind? Es braucht nur einer das Wort „tschechisch" auszusprechen oder irgend etwas, was den Herren nicht paßt, so geht es dort sofort los wie in einem Wasserglas, in welches man Brausepulver hineingeworfen hat; ein Sturm im Wasserglas. Sie haben das aber ruhig angehört. Ich war ganz überrascht und erstaunt.

Ich habe aufmerksam den Ausführungen Seiner Exzellenz zugehört und infolgedessen die übrigen Vorgänge im Hause nicht beobachtet. Da höre ich, daß mittlerweile der Buřival im Hause erschienen ist. Offenbar haben die Herren getrachtet, die Aufmerksamkeit nicht auf diese Sache zu lenken, oder waren sie befangen und benommen von der Bedeutung dieses für sie wichtigen Augenblickes und haben deswegen eine Entgegnung auf die Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten unterlassen. Und dann hatten wir die Bescheerung. Jetzt ist der Buřival da. Wissen Sie, was das bedeutet? Das bedeutet nichts anderes, als daß diese Tore aufgemacht werden sollen für alle die, die wegen ihrer hochverräterischen, gegen den Staat feindseligen Haltung, wegen einer Haltung, die das Blut von Tausenden von Söhnen dieses Staates gekostet hat, ihre Mandate verloren haben.

Ich komme dabei auf den Amnesticerlaß zu sprechen, der offenbar erlassen wurde in einer vollständigen Verkennung der Folgen, die ein solcher Schritt unbedingt haben mußte. Und ich bekenne mich freimütig dazu, daß ich an allen Stellen, wo ich überhaupt zu dieser Zeit zu Worte kommen konnte, vier Wochen vorher bereits vor einer solchen Amnestierung gewarnt habe. Ja, wenn eine Kindesmörderin begnadigt werden soll . . . *(Zwischenrufe.)* Ruhe jetzt, wenn ich rede! *(Gelächter und Zwischenrufe.)* Jawohl! Gehen Sie dort hinüber. Auf dieser Seite haben wir das Recht zu reden und wir werden uns von ihnen nicht terrorisieren lassen. Nur bitte ich den Herrn Präsidenten, dafür zu sorgen, daß die durch die Unterbrechungen dieser Leute mir entzogenen Minuten mir nicht . . . *(Rufe: Polizei!)* Nein, ich rufe den Präsidenten, den auch Sie mitgewählt haben!

**Präsident:** Herr Abgeordneter Wolf, ich bitte, mir die Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses zu überlassen.

Abgeordneter **Wolf**: Ich bekenne mich freimütig dazu, daß ich vor diesem Amnestieerlaß alle in Betracht kommenden Faktoren gewarnt habe, gewarnt habe mit dem Hinweis auf die Folgen und nicht etwa, weil ich ein Tigerherz im Busen trage. Ich bin ein Mensch, der mit Menschen fühlt, und wenn es sich um die Begnadigung einer Kindesmörderin, wenn es sich um die Begnadigung eines Menschen handeln würde, der im Drange des Hungers Brot gestohlen, veruntreut hätte, so wäre ich der erste, der dafür eintritt, daß diesem Mann oder diesem Weib Nachsicht der Strafe gegönnt würde. Ich bin auch dafür, daß jemand . . *(Zwischenrufe.)* Ruhig, wenn ich rede! *(Gelächter.)* Jawohl, das verlange ich. Wir haben Ihre Leute drüben auch nicht gestört.

**Präsident**: Ich bitte, Herr Abgeordneter Wolf, mir die Aufrechterhaltung der Ordnung des Hauses zu überlassen. *(Lebhafte, langanhaltende Zwischenrufe. — Großer Lärm. — Abgeordneter Teufel: Hier ist Ordnung zu machen! Was erlaubt sich eigentlich das Präsidium! Solche Kerle müssen zur Ordnung gerufen werden! Hier ist Redefreiheit für uns ebenso wie für die tschechischen Hochverräter und Gauner. — Großer Lärm.)* . . Ich rufe den Herrn Abgeordneten Teufel zur Ordnung. *(Neuerliche lebhafte und anhaltende Zwischenrufe.)* Ich bitte um Ruhe, meine Herren. *(Der Lärm hält unvermindert an. — Lebhafte anhaltende Zwischenrufe der Abgeordneten Prokeš, Lisý und Teufel. — Abgeordneter Lisý schlägt auf die Ministerbank.)* Ich rufe den Herrn Abgeordneten Lisý zur Ordnung. *(Neuerliche lebhafte Zwischenrufe der Abgeordneten Lisý, Prokeš und Teufel. — Großer Lärm.)* Ich bitte um Ruhe, meine Herren! *(Neuerliche lebhafte Zwischenrufe.)* Ich bitte, meine Herren, die Verhandlung nicht zu stören; so ist doch eine Verhandlung nicht möglich. *(Neuerliche lebhafte Zwischenrufe des Abgeordneten Prokeš.)* Herr Abgeordneter Prokeš, Sie haben nicht das Wort.

Abgeordneter **Wolf**: Sie Vertreter der demokratischen Idee des Parlamentes! Haben Sie das Wort? *(Zwischenrufe des Abgeordneten Prokeš.)* Dann müssen Sie mir das Wort lassen. Also seien Sie jetzt wieder schön ruhig. *(Neuerliche Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Herr Abgeordneter! Ich bitte, in Ihrer Rede fortzufahren.

Abgeordneter **Wolf**: Ich fühle mich absolut nicht berufen, das Geschrei zu übertönen. Jetzt, wenn Ruhe ist, werde ich weiter sprechen.

Ich habe von der Amnestie gesprochen und erklärt, daß ich rechtzeitig die Faktoren, die dabei in Frage kommen, vor den Folgen gewarnt habe, ich habe weiter erklärt, welch ein warmes, weiches Herz ich für alle habe, die gefehlt haben, daß ich die Begnadigung einer Kindesmörderin ohneweiters unterstützen würde, auch die Begnadigung eines Menschen, der aus Hunger gestohlen hat und ich würde auch die Begnadigung aller derer nicht im geringsten behindert haben, so weit eine Behinderung meinerseits möglich wäre, wenn sie sich darauf beschränkt hätten, ideal für ein böhmisches Staatsrecht zu schwärmen und die Gründung eines Staates in diesem Sinne anzustreben. Das wäre so ein Idealismus gewesen, den man schließlich ablehnen und bekämpfen kann, dem man aber nicht durch Scharfrichter und nicht durch Richter überhaupt entgegentreten muß. Aber, meine Herren, die haben etwas ganz anderes getan, die haben die Seele des tschechischen Volkes in einer Weise vergiftet, daß die Gesamtheit des tschechischen Volkes mit wenigen, ganz wenigen, an den Fingern der zwei Hände aufzuzählenden Ausnahmen von diesem Gedanken so durchdrungen war, daß sie an der Front meuterten, daß Lücken in unserer Front entstanden und daß infolgedessen Tausende und Abertausende von Söhnen deutscher und auch tschechischer Mütter fallen mußten, um die Lücken wieder halbwegs auszufüllen. *(Zwischenrufe.)* Und das ist es . . . *(Lebhafte Zwischenrufe und Lärm.)* Jawohl, so ist es, aber . . . *(Zwischenrufe.)* Jawohl, so ist es . . .

**Präsident**: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Ich bitte, nicht fortwährend zu unterbrechen. *(Zwischenrufe der Abgeordneten Prokeš und Teufel.)*

Abgeordneter **Wolf**: Und nun denken Sie einmal . . . *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Herr Abgeordneter Prokeš, Sie haben nicht das Wort. Ich bitte, nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Wolf**: Schreien Sie in Ihrer Volksversammlung, Herr Kollege, aber lassen Sie mich hier reden. Schauen Sie, meine Herren, die Möglichkeit einer parlamentarischen Verhandlung ist doch nur dadurch gegeben, daß man auch den Gegner reden läßt. *(Fortgesetzte Zwischenrufe und Lärm.)* Himmelsakrament, das ist doch zum Teufelholen! Habe ich das Wort oder nicht?

**Präsident**: Herr Abgeordneter Prokeš, ich bitte, die Verhandlungen nicht zu stören. Herr Abgeordneter Wolf, ich bitte fortzufahren.

Abgeordneter **Wolf**: Ist denn der Tscheche schon alles hier in der Welt, daß um Gotteswillen die tschechische Anmaßung und Frechheit so weit geht, auch hier den Parlamentarismus umzustülpen? *(Zwischenrufe des Abgeordneten Prokeš.)* Es ist eine Frechheit, eine Frechheit *(lebhafte Zwischenrufe)*, eine Frechheit. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Prokeš und fortgesetzter Lärm.)* Sie, gehen Sie nach Steinhof.

**Präsident**: Herr Abgeordneter Prokeš, ich bitte, endlich Ruhe zu halten. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Wolf in seiner Rede fortzufahren. *(Zwischenrufe.)*

Abgeordneter **Wolf**: Ich bitte, Herr Präsident, um Unterbrechung der Sitzung, bis ich Ruhe habe. Ich verlange, daß ich in Ruhe reden kann. Ich bin gewählt und dulde nicht, daß ich von tschechischen Narren hier unterbrochen werde. Ich lasse mir das nicht gefallen. *(Zwischenrufe der Abgeordneten Prokeš und Lisý.)*

**Präsident**: Ich bitte, die Verhandlungen nicht zu stören! Ich bitte, Herr Abgeordneter, die Rede fortzusetzen!

Abgeordneter **Wolf**: Die Unterbrechungen zwingen mich erstens zu der Bitte an den Herrn Präsidenten, die dadurch vergeudete Zeit mir nicht in Anrechnung zu bringen und zweitens dazu, immer das zu wiederholen, was ich schon vorher gesagt habe. Ich wiederhole also nochmals, daß ich die Amnestie aller Verbrecher, die aus Hunger, Not, schweren inneren seelischen Trieben und Konflikten begangen wurden, begreiflich erachten würde, daß ich auch ein aus Schwärmerei für das Ideal eines böhmischen Staatsrechtes begangenes Verbrechen verzeihlich erachten würde, daß ich es aber für unverzeihlich erachte, daß Tausende und Abertausende von anderen nichttschechischen und auch tschechischen Söhnen Österreichs ihr Blut deswegen lassen mußten, weil Teile der tschechischen Armee oder des tschechischen Volkes vergiftet waren von diesem Gedanken, derentwegen diese Leute verurteilt wurden, die man jetzt wieder amnestiert hat.

Meine Herren, dieser Amnestieerlaß — ich kann nur diejenigen dafür verantwortlich machen, die ihn konstitutionell rechtsgültig gegengezeichnet haben — hat einen Passus enthalten, bei dem jeder, der die Politik und der das tschechische Volk auch nur ein wenig kennt, geradezu die Hände ringen mußte. Da war ein Passus, wo es hieß *(liest)*:

„So führt die Hand eines Kindes die Verirrten ins Vaterhaus zurück."

Jetzt wissen wir, wie das Vaterhaus ausschaut: das ist nämlich das hohe Haus. Da kommt durch jede Tür einer herein und uns, dem deutschen Volke, die wir unendliche Opfer in treuer Hingebung für diesen Staat gebracht haben, uns mutet man jetzt zu, mit denselben Leuten hier beisammen zu sitzen, die den Opfertod Tausender von Deutschen verschuldet haben und die an dem österreichischen Staatsgedanken solchen Verrat geübt haben, wie das offensichtlich und offenkundig und gerichtsordnungsmäßig bewiesen, stattgefunden hat. *(Zustimmung. — Zwischenrufe.)* Ja, Herr Kollege, ich komme auch darauf zu sprechen.

Meine verehrten Herren! Während der Rede Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten erschien Herr Buřival hier auf dem Platze. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, nicht fortwährend zu unterbrechen!

Abgeordneter **Wolf** *(fortfahrend)*: Dann wurde eine Obmännerkonferenz einberufen und da ließ man sich in einen Handel ein. Darüber kein Wort der Kritik, das wollen wir hier beiseite lassen. Aber vielleicht habe gerade ich, ohne mich im geringsten vordrängen und arrogant zeigen zu wollen — das überlasse ich gerne anderen —, das Recht, daran zu erinnern, daß dieses Vorkommnis hier im Hause nicht ohne Vorspiel war. Es gab eine Zeit — es ist schon 20, 21 Jahre her —, wo ich ein junggewählter Abgeordnete war, und da war man hier von seiten der Regierung im Begriffe, das deutsche Recht in diesem Staate zu erdrosseln. Damals gab es Konflikte zwischen uns und der Regierung und zwischen uns und der Majorität des Hauses. *(Lebhafte Zwischenrufe des Abgeordneten Prokeš.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter Prokeš, bitte nicht immer zu unterbrechen, Sie haben nicht das Wort.

Abgeordneter **Wolf**: Bevor Sie schreien und Ihre Lungen übermäßig strapazieren, möchte ich Ihnen sagen, daß damals Vorsitzender der von Ihnen so heiß geliebte Dr. Kramář war. *(Andauernde Zwischenrufe und Lärm.)* So halten Sie doch endlich einmal — Ruhe *(Heiterkeit)* und seien Sie so gütig, mich reden zu lassen. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe! *(Andauernde Zwischenrufe)*.

Abgeordneter **Wolf**: Also seien Sie doch zum Teufel schon einmal ruhig! Das ist doch unanständig!

**Präsident**: Ich bitte fortzufahren.

Abgeordneter **Wolf**: Ja, ich fahre in dem Augenblick fort, wo es ruhig ist; ich habe aber nicht die Aufgabe, die Stimme dieser Herren, das Gebrüll des tschechischen Löwen zu übertönen. Dazu fühlt sich auch meine starke Stimme außerstande.

Damals war also Vorsitzender der Dr. Kramář, dem Sie in heißer Liebe entgegenschauen und der wahrscheinlich in Nachwirkung der Buřival-Geschichte demnächst hier im Hause erscheinen soll; ich werde noch darauf zu sprechen kommen. Ich wurde damals infolge der Lex Falkenhayn, also vollkommen widerrechtlich, als Besitzer des Mandats aus diesem Saale durch Polizei hinausgeschleppt, die Herr Dr. Kramář als Vorsitzender im Verein mit dem ersten Präsidenten Abrahamowicz in dieses Haus berufen hat. *(Hört! Hört!)* Sehen Sie, meine Herren, so behandelt man Deutsche hier und so behandelt man Tschechen. Als der Tscheche Buřival hier hereingekrochen kam — denn er hat sich heimlich eingeschlichen — da hat man kein Mittel gekannt, um ihn hinauszubringen, trotzdem er nicht Besitzer des Mandats ist. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Ich bitte nicht immer zu unterbrechen!

Abgeordneter **Wolf** *(fortfahrend)*: Meine Herren! Ich will darüber nicht weiter sprechen, meine Zeit geht zu Ende und ich habe noch einiges zu sagen, ich mache aber aufmerksam, daß ich die durch Ihre Unterbrechungen mir weggenommene Zeit selbstverständlich mir nicht nehmen lasse. Weder durch einen Südslawen noch durch einen Nordslawen werden wir uns künftig in Österreich etwas von dem, was uns gebührt nehmen lassen, denn da würden Sie auf Granit beißen. *(Lebhafter Beifall.)* Das merken Sie sich, meine Herren. *(Zwischenrufe.)* Ich bitte, wieder eine Minute mir gutzurechnen. *(Zwischenrufe seitens des Abgeordneten Prokeš.)*

**Präsident**: Ich bitte Herr Abgeordneter Prokeš, stören Sie doch nicht immer die Verhandlung, Sie haben nicht das Wort.

Abgeordneter **Wolf**: Bitte, wieder eine Minute mir zuzurechnen. Aber, meine Herren, ist das nicht ein Wahnsinn, in einem solchen Parlamente soll verhandelt werden, jetzt über das Budget und dann sollen wir über Verfassungsänderungen verhandeln. Denken Sie sich, verehrtester Herr Ministerpräsident, einmal nach solchen Szenen, wie soll in einem solchen Hause über eine Verfassung, über eine Neuordnung verhandelt werden? Es ist ein Wahnsinn. Eine neue gesunde Verfassung für Österreich ist im parlamentarischen Wege nicht zu erlangen und wird nur auf anderem Wege zu erreichen sein. Wenn man nicht die Kraft, nicht den Mut und nicht die Entschlossenheit dazu hat, dann ist überhaupt alles vergebens. Und da soll man mit den Tschechen paktieren und versuchen, wie vielleicht künftighin eine Dynastie der Habsburger von des tschechischen Löwen Gnade in Mitteleuropa existieren kann. — *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Man darf auch nicht vergessen *(Fortwährende Zwischenrufe seitens des Abgeordneten Prokeš.)* Ein Herr, wie Sie, gehört nicht ins Parlament, sondern gehört für gewisse Parteien zur Verwendung zur Sprengung von Versammlungen. Dazu haben Sie vielleicht einiges Talent, aber zu sonst etwas habe ich bisher bei Ihnen kein Talent entdeckt. Sie tun mir leid, ich bedaure Sie von Herzen. Es ist außerordentlich böse für einen Menschen, an einer Stelle zu stehen oder an eine Stelle gestellt zu werden, für die er absolut gar keine Eignung mitbringt.

Nun, meine Herren, ich möchte Sie nur aufmerksam machen, wohin dieses Verhalten von Ihnen führen wird. Jetzt bringen Sie den Buřival herein, am nächsten Tage schaut dieser und jener von den verurteilten Hochverrätern herein. Und mit diesen sollen wir dann zusammensitzen. Das werden wir nicht tun. Das werden wir unter gar keinen Umständen tun. Es hat hier in diesem Hause mit Ausnahme der Episode Kramář, der die Polizei in dieses Haus hereingeführt hat, Ihr Freund, Ihr Führer, Kramář, derselbe Kramář, der Österreich an Rußland und Serbien verraten hat, mit Ausnahme dieser Episode Kramář noch eine verhältnismäßige Freiheit, sogar eine bessere Freiheit gegeben als in den übrigen, sogar als im englischen Parlamente.

Wenn Sie aber so weiter wirtschaften, rufen Sie die Parlamentswache geradezu herein und es ist selbstverständlich, daß wir dann, wenn der Parlamentarismus nicht durch tschechische Agitation und durch diese Manöver vollständig vernichtet werden soll, lieber das geringere Übel, nämlich die Parlamentswache, wählen, als daß wir hier unsere Knochen unter den Zähnen des böhmischen Löwen knirschen hören. *(Lebhafte Zwischenrufe. — Abgeordneter Prunar: Der böhmische Löwe frißt nicht Zucker! — Anhaltende stürmische Zwischenrufe. — Abgeordneter Teufel: Das ist eine persönliche Gemeinheit, für die Sie eine Ohrfeige verdienen! Eine Ohrfeige sollte man Ihnen geben! — Lärm.)*

**Präsident**: Herr Abgeordneter Teufel, ich rufe Sie zur Ordnung! *(Anhaltende Zwischenrufe*

*und Lärm.)* Herr Abgeordneter Prokeš, stören Sie nicht immer! Herr Abgeordneter Wolf, ich bitte fortzufahren.

Abgeordneter **Wolf:** Ich bitte, Herr Präsident, mir wieder fünf Minuten gutzurechnen.

**Präsident:** Ich bitte fortzufahren.

Abgeordneter **Wolf:** Meine Herren, Sie werden mir zugeben, daß es nicht ganz leicht ist, bei einer so beständigen Unterbrechung durch so geistvolle Zwischenrufe, wie sie da gemacht werden ... *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter Prunar, Sie haben nicht das Wort. *(Abgeordneter Prokeš: Das ist ein Skandal!)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter Prokeš, ich rufe Sie zur Ordnung. *(Anhaltende Zwischenrufe der Abgeordneten Prokeš und Prunar.)* Herr Abgeordneter Prunar, ich rufe Sie zur Ordnung! Herr Abgeordneter Prokeš, ich rufe Sie neuerlich zur Ordnung!

Abgeordneter **Wolf:** Wirklich, da hat der Mann recht, es ist ein Skandal! *(Fortgesetzte Zwischenrufe.)* Parlamentswache! Kramář, Parlamentswache herbei!

Als in der Zeit, da Kramář präsidierte, solche Dinge vorkamen, hat er ohneweiters die Parlamentswache hereingerufen und wir wurden hinausgeschleppt. Mir wurde damals der rechte Daumen verletzt. Sie sehen also, meine Herren, daß man mit den Tschechen viel glimpflicher umgeht. Die Tschechen liebt man so sehr, sie sind so sanft und so lieb und gut *(Heiterkeit)*, daß sie freundlich behandelt werden müssen. Und dann soll man nicht vergessen, was für Opfer die Tschechen während dieses Krieges für den Staat gebracht haben! Wie ungeheuer haben sie sich betätigt, um diesen Staat aus einer seiner furchtbarsten Krisen zu retten! Scheffelweise haben sie das Geld herbeigeschleppt zur Kriegsanleihe *(Heiterkeit. — Sehr gut!)* und als es an den Feind ging, da geizten die tschechischen Regimenter geradezu um die Ehre, zu allererst überlaufen zu dürfen. *(Heiterkeit. — Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

So ist es und das muß gesagt werden. Und wer das vergißt, dem muß es in die Ohren gerufen werden und wir werden dafür sorgen, daß man es auch oben nicht vergesse, daß auch Seine Majestät der Kaiser, der in einem konstitutionellen Staate immerhin noch ein wichtiger und ausschlaggebender Faktor ist und nach unserem Wunsche bleiben soll, davon immer mehr und mehr unterrichtet werde.

Dann dürfen aber auch solche Dinge nicht geschehen, wie der Amnestieerlaß, dessen Folgen jedes kleine Kind voraussehen konnte, und die Ratgeber Seiner Majestät des Kaisers sind dafür verantwortlich zu machen, daß in einer so krisenhaften und schweren Zeit eine solche politische Ungeheuerlichkeit, wie dieser Amnestieerlaß, überhaupt vorkommen konnte. *(Lebhafte Zustimmung.)* Ich hoffe, daß man für die Hinkunft gewarnt ist, daß man in Hinkunft auch die Warnungen aufrechter und ehrlicher Leute nicht in den Wind schlagen und daß man nicht wieder derartige Dinge unternehmen wird, deren Folgen sich jetzt in einem allgemeinen Zerfall nicht nur der parlamentarischen, sondern der politischen Dinge überhaupt zeigen. Denn, meine Herren, ist es etwas anderes als ein Zerfall aller Ordnung, der parlamentarischen und politischen Dinge zu nennen, wenn wir gegen die Gerichtsordnung in einer Weise anstürmen sehen, wie es in der gestrigen Sitzung des Hauses der Fall war? Es handelt sich darum, einen Menschen zu begnadigen, der wegen Ermordung des Ministerpräsidenten angeklagt und verurteilt ist und da wurde hier in einer Weise vorgegangen, die jeden Rechtsgrundsatz auf den Kopf stellt. Beinahe käme es noch dazu, daß der Ermordete mit allgemeinem Schimpf und allgemeiner Schmach bedeckt werde und daß man dem Mörder, dem feigen, tückischen, hinterlistigen Mörder *(Sehr richtig!)* ein Denkmal vielleicht unter Assistenz der gesammten österreichischen Volksvertretung setze. Und der Mann, der ermordet wurde, das ist ein Mann, der voll Entschiedenheit und Überzeugung erklärt hatte, daß eine Neuordnung in Österreich notwendig sei. Und daß diese Neuordnung mit unseren Anschauungen übereinstimmte und nicht mit den tschechischen, das liegt in der Natur der Dinge. Und der, der ihn ermordet hat, das ist ein Mensch, der voll Phantasterei schwärmt für eine Demokratie, wie sie jetzt durch die russische Revolution wieder lebendig gemacht wurde, eine Demokratie, die aber überall, wo sie sich bisher noch irgendwie betätigen konnte und sollte, kläglich Schiffbruch gelitten hat. *(Zustimmung.)*

Und nun von der Demokratie zum Frieden. Wir sehnen uns nicht mehr und nicht weniger als Sie alle nach dem Frieden, wir brauchen den Frieden. Ein Wahnsinn aber war es, um den Frieden zu winseln und dieses Winseln zu verstärken in einer Zeit, wo unsere Lage an den Fronten immer besser wurde. Das hat natürlich bei den Gegnern den Eindruck der Schwäche hervorgerufen, hat sie natürlich zu einer Überspannung ihrer Forderungen gereizt. Und wie der Friede ausschauen wird, den wir jetzt bekommen werden, das weiß ich nicht. Ich hoffe zu Gott, daß man

erst einmal in diesem Parlamente noch rechtzeitig mit den Strömungen fertig wird, die gegen einen gesunden, vernünftigen, österreichischen Frieden *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* im Werke sind, und daß man draußen im Deutschen Reiche in gleicher Weise mit denen fertig wird, die da die Macht der jüdischen Presse *(Sehr richtig!)* und den Einfluß des Judentums auf die leicht bestimmbare Seele des Volkes dazu ausnützen, um das deutsche Volk, das Deutsche Reich zu einem nichtdeutschen, zu einem dem Deutschen Reiche gefährlichen und eine Wiederholung des Krieges in Aussicht stellenden Frieden zu veranlassen. *(Beifall.)* Friede so rasch als möglich, aber ein Friede, wie ihn Österreich und ein Friede, wie ihn das Deutsche Reich braucht, um in der weiteren Entwicklung nicht behindert zu sein. *(Zwischenrufe.)*

Vor allem anderen aber muß denen entgegengetreten werden — und das hat Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident zwar getan, aber nicht in der von uns verlangten, vorausgesetzten und erwarteten Entschiedenheit — deren innerpolitische Ziele sich mit den Entente-Bestrebungen vollständig decken. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Denn wenn Sie den Buřival und den Kramář und tutti quanti zu all denen, die hier schon in so herrlicher Auslese beisammensitzen, noch ins Haus hereinbringen, so ist hier ein starker Bundesgenosse eines Wilson, ein starker Bundesgenosse eines Lloyd George, ein starker Bundesgenosse aller derjenigen, welche den Krieg, den sie verloren haben, nunmehr doch wenigstens dazu benützen wollen, um dem siegreichen Gegner dauernd ein Unheil ins Haus zu setzen, eine Höllenmaschine, die, in kurzer Zeit explodierend, das Haus auseinanderschleudern wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Denn das, was man uns von Seite der Entente als ein Friedensziel diktieren will, das haben Sie in Ihren staatsrechtlichen Erklärungen verkündigt und das bedeutet nichts anderes als die föderative Umgestaltung Österreichs, nichts anderes, als Österreich aus einem Einheitsstaat zu einem zerbröckelnden Konglomerat umzugestalten und das bedeutet — und das sage ich mit besonderer Betonung dorthin, wo es gehört werden soll — nichts anderes als eine Depossedierung der habsburgischen Dynastie und darum sollen die sich kümmern, die das am allermeisten angeht. Ich warne nur. *(Zahlreiche, lebhafte Zwischenrufe. — Abgeordneter Votruba: Germania irredenta!)* Germania irredenta ruft da ein Herr Gegner.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich mache den Herrn Redner aufmerksam, daß seine Redezeit unter Zurechnung von 50 Prozent für Unterbrechungen abgelaufen ist. Ich bitte zu Ende zu kommen.

Abgeordneter **Wolf**: Ich bitte um Verzeihung, verehrter Herr Präsident, ich habe genau gezählt und gerechnet, mir sind durch die Unterbrechungen 22 Minuten gestohlen worden. Die lasse ich mir nicht nehmen und ich verwahre mich auch. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich bitte mit mir nicht zu polemisieren. Ich habe dem Herrn Redner ohnedies die Hälfte der Redezeit mehr zugestanden, ich bitte nun zu schließen.

Abgeordneter **Wolf**: Ich bitte, die Hälfte der Redezeit wären 15 Minuten, ich habe gerechnet, es wurden mir 22 Minuten geraubt, ich habe also noch 7 Minuten.

**Präsident**: Ich bitte nicht zu polemisieren, ich bitte zu schließen!

Abgeordneter **Wolf**: Ich bitte schön, ich beharre auf meinem Recht, ich lasse mir mein Recht nicht nehmen! *(Zwischenruf.)*

**Präsident**: Ich bitte mich nicht zu stören! Der Herr Abgeordnete Wolf hat eine halbe Stunde Redezeit, ich habe ihm schon um die Hälfte mehr konzediert.

Abgeordneter **Wolf**: Es tut sehr mir leid, aber ich habe genau gerechnet, mindestens 22 Minuten haben mir die Herren genommen. Übrigens lasse ich mir die jetzige Zeit, die verstrichen ist, nicht wieder einrechnen.

**Präsident**: Ich bitte, Herr Abgeordneter, jetzt zum Schlusse zu kommen, ich müßte Ihnen sonst das Wort entziehen!

Abgeordneter **Wolf**: Ich werde mich also kurz fassen, aber 7 Minuten habe ich noch. Ich hätte sehr gern noch über Verschiedenes gesprochen, über die Volksernährung, über die Requisitionen und über das verschiedene Ergebnis derselben im tschechischen und im deutschen Gebiet. Da möchte ich nur ein Beispiel anführen. Die Bezirkshauptmannschaft Braunau in Böhmen setzt sich aus drei Gerichtsbezirken zusammen: Weckelsdorf, Braunau und Politsch. Davon ist Politsch tschechisch und gehört nicht zu meinem Wahlbezirk. In diesen drei Gerichtsbezirken wurden Requisitionen für Getreide vorgeschrieben und da hat von dem vorgeschriebenen Quantum der Bezirk Braunau 80 %, der Bezirk Weckelsdorf 86 % und das tschechische Politz nur 32 % geliefert. *(Lebhafte Hört! Hört! Rufe.)* Sie sehen daraus, welche Opferwilligkeit bei Tschechen besteht, um das allgemeine Ganze zu fördern. Dabei darf nicht vergessen werden,

daß von den drei Bezirken Politz der fruchtbarste ist.

Ich kann jetzt nur kursorisch auf diese Dinge eingehen, ich muß kurz sein. Ich will noch ein Wort über die Kohle sprechen. Hohe Regierung! Wenn es jetzt im kommenden Winter mit der Kohle so bestellt bleibt, wie es bei den jetzigen Produktionsverhältnissen vorauszusehen ist, so wird in Deutschböhmen und in anderen Gegenden dieses Reiches Not und Elend einkehren. Bei uns im Riesengebirge, im Erzgebirge und im Adlergebirge hungern die Leute. Wenn zu diesem Hunger, der sie ohnedies zu Skeletten herabgebracht hat, im Winter noch die Kälte kommt, dann ist keine Macht der Erde imstande, diese Leute von Schritten der äußersten Verzweiflung zurückzuhalten, um so weniger, als sie wissen, daß drüben im tschechischen Gebiet noch Buchten aus weißem Mehl gegessen werden und in eitel Lust und Herrlichkeit gelebt wird. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Ich komme nun ganz kurz auf die politischen Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten zu sprechen, von dem ich zu meiner Freude konstatiere, daß er sich während meiner Ausführungen sehr eingehend mit einem Vertreter einer anderen Anschauung zu unterhalten geruht, trotzdem ich als Vertreter des Nationalverbandes und der deutschradikalen Partei spreche und deswegen doch auch das Recht in Anspruch nehmen kann, von Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten gehört zu werden. Er soll den Tschechen oder Slaven, oder wer immer es ist, der mit ihm über seine Privatangelegenheiten spricht, die sich wahrscheinlich um die Enthebung irgendeines Tschechen handeln werden, auf eine spätere Zeit verweisen, ich verlange von Seiner Exzellenz, daß er uns ebenso anhört wie alle anderen. Das müssen wir uns nicht gefallen lassen. Seine Exzellenz der verehrte Herr Ministerpräsident hat uns in seinen Ausführungen die Kreiseinteilung in Aussicht gestellt. *(Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Nun fängt wieder ein anderes Stückel vom böhmischen Löwen zu brüllen an. Seine Exzellenz hat uns bezüglich der Neuordnung in Österreich, die er sich freilich ganz anders vorzustellen scheint, als sie hier in Österreich notwendig wäre, auf den Verfassungsausschuß gewiesen.

Meine Herren! Auf den Verfassungsausschuß kann sich nicht etwa das deutsche Volk, sondern der Staat — und darüber haben Sie, meine Herren von der Regierung zu wachen — mit seinen unabweislichen Notwendigkeiten ebensowenig verlassen wie auf dieses Parlament. Ich glaube, es wäre eine Selbsttäuschung und eine Täuschung aller in Betracht kommenden Faktoren, wenn man bei irgend jemand die Hoffnung erwecken wollte, daß im Wege des Verfassungsausschusses hier in diesem Österreich Ordnung geschaffen werden könnte. *(Sehr richtig!)* Stolz und beinahe mit Pathos hat Seine Exzellenz versichert, es sei eine Kreiseinteilungsvorlage für den Verfassungsausschuß zu erwarten und damit sei — ich bitte, jeder Anhänger der Sprachreinigung halte an sich — eine „Diskussionsbasis" gegeben. Jetzt haben wir eine „Diskussionsbasis"! Mit welcher Freude werde ich nächstens vor eine Volksversammlung treten, wie stolz werde ich den Leuten dort mitteilen können: „Kinderln, Leutln, seid's ruhig, wir haben schon eine Diskussionsbasis:" *(Heiterkeit.)* Und welche Freude werden die Bauern haben, wenn sie hören, jetzt kann es nimmer schief gehen, der Ministerpräsident hat g'sagt, wir hab'n schon eine Diskussionsbasis.

Meine Herren! Mit solchem Zeug sollte man uns doch nicht zum Narren halten.

**Präsident:** Ich bitte, Herr Abgeordneter, es ist Ihre Redezeit selbst mit Zurechnung der von Ihnen in Anspruch genommenen 22 Minuten bereits überschritten. Ich bitte zu schließen.

Abgeordneter **Wolf:** Ich spreche, solange ich will. *(Rufe: Schluß!)*

**Präsident:** Ich bitte zu schließen, Herr Kollege.

Abgeordneter **Wolf:** Ich eile zum Schlusse. Wir haben also die Diskussionsbasis. Bei der Kreiseinteilung muß natürlich sehr sorgfältig beachtet werden, daß die Kreiseinteilung, die wir für Böhmen verlangen, etwas anderes ist, als die Kreiseinteilung für irgend ein anderes Land Österreichs. Wir wollen die Kreiseinteilung für Böhmen, haben aber niemals das Verlangen gestellt — und wir können es unseren alpenländischen Genossen nicht aufzwingen — sich auch in den anderen Ländern dafür zu begeistern. Darüber sollen sie selbst entscheiden.

Ich muß nun zum Schluß schreiten. *(Zwischenrufe.)*

Ich glaube, daß das Ihnen Freude macht, mir aber macht es wieder Freude, daß es Ihnen eine Freude macht und Sie wissen, warum.

Ich will zum Schluß eine kurze Geschichte erzählen, weil ich einen Abschluß finden muß. *(Zwischenrufe.)* So halten Sie doch den Mund.

**Präsident:** Ich bitte zu schließen.

Abgeordneter **Wolf:** Ich muß doch schließen.

**Präsident:** Nun ja, ich bitte.

Abgeordneter **Wolf**: Es ist einmal ein kunstsinniger und kunstfreudiger König in eine Gemäldegalerie gekommen, zu einer Zeit, wo der kubistische und futuristische Wahnsinn sich mit dem Pinsel austobte. Da stand der König plötzlich vor einem Gemälde und rang die Hände — es war ein Tierstück — und sagte: Um Gotteswillen, das ist ja ein blauer Ochs und eine grüne Kuh und gar noch ein violettes Kalbl. Da kam schon der Maler heran, der die Erregung des Königs gemerkt hatte, verneigte sich und wurde ihm vorgestellt. Der König sagte: Um Gotteswillen, ich habe doch in meinem ganzen Leben noch keinen blauen Ochsen oder eine grüne Kuh oder ein violettes Kalbl gesehen. Ja, sagte der Maler, entschuldigen Majestät, ich sehe das eben so. Da klopfte ihm der leutselige Monarch auf die Schulter und sagte: Ja, lieber Freund, dann hätten Sie eben kein Maler werden sollen, sondern etwas anderes. Ich habe nie gehört, daß der Monarch diesen Mann zum Hofporträtisten oder zum Hofmaler ernannt hätte. Nun, meine Herren, wir haben in unseren Regierungen — ich will die gegenwärtige außer Spiel lassen —, die wir nacheinander folgen sahen, so viele Männer, die uns immer eine grüne Kuh und einen blauen Ochsen und ein violettes Kalbl gemalt haben, so viele Leute, die in der Politik farbenblind waren, die nicht gemerkt haben, daß die einzige staatsverläßliche Kraft hier in diesem Staate die deutsche sei *(Zwischenrufe)* und die nicht gemerkt haben, daß alles, was die Tschechen und die Südslawen politisch tun und erstreben, gegen den Bestand Österreichs und gegen die Dynastie gerichtet ist. *(Zustimmung.)* Wir haben so viele farbenblinde Männer gehabt, die es nicht verstanden haben, wie hier in Österreich regiert werden soll und denen man hätte auf die Achsel klopfen und sagen müssen: Ja, lieber Freund, Sie hätten alles andere auf der Welt, aber nur um Gotteswillen kein Minister werden sollen!

Ich hoffe, daß wir beim gegenwärtigen Ministerpräsidenten und wenigstens bei einem Teile der Mitglieder des Kabinetts in der Lage sein werden, am Schlusse ihrer Amtstätigkeit nicht die Folgen solch entsetzlicher Farbenblindheit in politischer Beziehung konstatieren zu müssen. *(Lebhafter Beifall, Händeklatschen und Heil!-Rufe.)*

**Präsident**: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Petruszewycz das Wort.

Abgeordneter Dr. **Petruszewycz**: Zwei wichtige politische Fragen stehen auf der Tagesordnung: das Regierungsprogramm des neuen Ministeriums, das uns vorgestern Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident mitgeteilt hat, und der neue Staatshaushaltvoranschlag. Es ist merkwürdig, daß im parlamentarischen Leben Österreichs die beiden obgenannten Ereignisse, ich meine eben diese verheißungsvollen Regierungsprogramme und die immer peinliche Angelegenheit der Budgetbewilligung für gewöhnlich paarweise aufzutreten pflegen und in einem eigentümlichen psychologischen Zusammenhange stehen. Das Verhältnis ist das der geraden Proportion, je größere Lasten den im Reichsrate vertretenen Völkern aufgebürdet werden sollen, ein desto rosigeres Programm wird uns von der Regierung aufgetischt. Diesmals mußte das neue Ministerium ein möglichst verheißungsvolles Programm, selbstverständlich im Sinne eines österreichischen Staatsmannes, erfinden, weist doch das vorgeschlagene Budget wirklich märchenhafte Ziffern auf! 22 Milliarden neuer Auslagen, denen nur 4 Milliarden Staatseinnahmen gegenüberstehen, das will heißen, neue 18 Milliarden Staatsschulden, die zu den bisherigen 42 Milliarden sich gesellen sollen. Für unseren Staat sind die Summen geradezu eine übermäßige Last. Österreich hat keine Kolonien, unsere Industrie ist nicht hoch entwickelt und es ist auch keine Hoffnung vorhanden, daß in den nächsten Dezennien die gar nicht glänzende wirtschaftliche Lage Österreichs sich in dem Maße bessern sollte, daß wir diese Milliarden nicht allzuschwer zu spüren bekommen. Deswegen ist jede Vermehrung der Kriegskosten ein Hineintreiben des Staates und seiner gesamten wirtschaftlichen Lage in den gänzlichen Ruin um so mehr, da mit einer Kriegsentschädigung gar nicht zu rechnen ist. *(Sehr richtig!)*

Meine Herren! Erwägen Sie, daß diese phantastischen Mengen Geldes, dem Zwecke dienen sollen, die Weiterführung des blutigen Weltkrieges zu ermöglichen, und daß daher jeder von uns bewilligten Milliarde noch eine ganze Reihe von schrecklichen Opfern für die ganze Bevölkerung Österreichs folgen wird, wieder Hunderttausende von Gefallenen und Krüppeln, wieder Hunderttausende von wirtschaftlich zugrunde gerichteten Existenzen.

Und diese Forderungen werden an uns in einem Augenblicke gestellt, wo unseren Finanzen sowieso ein völliger Staatsbankerott droht und die gesamte Bevölkerung wirtschaftlich und körperlich bereits im äußersten Maße erschöpft ist *(Sehr richtig!)*. Es versteht sich von selbst, daß ein so kostbares „Menü" mit einer gewissen Anmut serviert werden mußte; die bittere Pille soll uns eben das verlautbarte Programm versüßen und um den Preis dieses Programmes will die Regierung die Mehrheit für das Budget erstehen. In dieser Hinsicht erlaube ich mir nun zwei Bemerkungen zu machen: Erstens ist jedes Programm nur ein leerer Wortschwall — seinen inneren Wert richtig zu schätzen hat uns in Österreich die Erfahrung nur zu oft gelehrt!

Herr Ministerpräsident! Nicht Worte und Versprechungen können für eine Regierung Vertrauen

ewinnen, sondern Taten und die Tatsachen sprechen egen die Exzellenz.

Binnen der ganzen Zeit, seit welcher Sie an er Spitze der Regierung stehen, hat man in unserem Kronlande keine Spur Ihres Einflusses entdecken önnen. Überall herrscht Anarchie und Rechtlosigeit. *(Sehr richtig!)* Die beiden Armeen, die österreichische sowie die deutsche ziehen auf die zurückroberten Bezirke los und ihre Tätigkeit ist rein ernichtend. *(Hört! Hört!)* Die Einen und die Anderen entblößen die Bevölkerung ihrer letzten Güter, Lebensmittel und das Vieh fallen dem emeinen Raube zum Opfer *(Hört! Hört!)*, Zehnausende unserer Bevölkerung bleiben obdachlos, aber es ist bis jetzt nichts unternommen worden, um sie wenigstens vor Hunger und Unwetter zu schützen, obwohl schon jetzt Hunderte und abermals Hunderte derweil an Hunger und Kälte zugrunde gehen. *(Zwischenrufe.)*

Diese Bevölkerung, die während der russischen Invasion im Wohlstand lebte, nagt jetzt am Hungerstuche, nachdem sie von dem, von Ihnen regierten Staate zurückerobert wurde. *(Sehr richtig!)*

Auch in politischer Hinsicht haben sich die Verhältnisse seit Ihrem Regierungsantritt nicht gebessert, im Gegenteil verschlechtert. Unserer Nation fremde Verwaltungsorgane herrschen in unserem Lande, welche, die unglückliche Lage und Depression des Volkes sich zunutze ziehend, das Ukrainertum in seiner eigenen Heimat auszurotten suchen. Die ukrainischen Inschriften auf den Eisenbahnen und Ämtern wurden schon während des Krieges und bleiben bis an den heutigen Tag entfernt, sowie auch die ukrainische Sprache selbst aus dem Verkehr der Behörden mit den Parteien. Die Selbstverwaltung der ukrainischen Gemeinden wurde sistiert, indem die Gemeindevertretungen aufgelöst und zu Regierungskommissären lauter Polen, in den betreffenden Gemeinden ganz fremde Personen ernannt wurden. Alle Ämter werden fast ausschließlich mit Polen besetzt und die ukrainischen Beamten werden nach Westgalizien versetzt und weit von der Heimat verwendet.

Sogar der Wiederaufbau des ukrainischen Teiles Galiziens wurde den Polen anvertraut, was zur Folge hat, daß die für diesen Zweck vom Staate bestimmten Millionen entweder in Westgalizien investiert werden oder in die Taschen des polnischen adeligen Großgrundbesitzes fließen, während die ukrainischen Bauern obdachlos zugrunde gehen, ohne eine Aussicht auf die Wiederherstellung ihrer Wirtschaftshöfe zu haben. *(Rufe: Sehr richtig!)*

Der Herr Statthalter von Galizien hat unlängst ganz unzweideutig seiner Stellung der ukrainischen Bevölkerung gegenüber Ausdruck gegeben. Nach einer amtlichen Aufsichtsreise in Ostgalizien, in jener wahren Hölle des blutigen Elends von Hunderttausenden landwirtschaftlicher Bevölkerung *(Rufe: Hört! Hört!)*, hat er öffentlich verlautbart, wie er den Wiederaufbau verstehe; auf Grund seiner Wahrnehmungen meine er nämlich, vor allem sei es der Großgrundbesitz, der eine rasche Wiederherstellung erheische. *(Rufe: Hört! Hört!)*

Dieser Staatsmann kennt also nicht die hunderttausende ukrainischer Bauern, die Hungers sterben, die in Straßengräben und in den Wäldern übernachten müssen, er verliert nur die Tränen über das Schicksal des Adels, der ohnehin seine Brieftaschen mit dem vom Staate für den Wiederaufbau des ganzen Kronlandes bestimmten Millionen vollgestopft hat.

Zweite Tatsache: Derselbe Staatsmann hat unlängst in Lemberg für Ostgalizien, also für den ukrainischen Teil des Kronlandes, ein Rettungskomitee gegründet. Vernehmet nun, wie dasselbe zusammengestellt wurde: Es wurden 32 Mitglieder ernannt, darunter 26 Polen und — sage und schreibe — 6 Ukrainer! *(Zwischenrufe.)* Ist das nicht ein Hohn, ist das nicht eine Provokation der ganzen ukrainischen Nation?

Wenn der Statthalter auf diese Weise handelt, was Wunders, daß die untergebenen Beamten vor Übergriffen und Mißbräuchen nicht zurückscheuen? Der Herr Statthalter läßt dies alles zu. Zum Beispiel folgender Beweis:

Nach den in unserer Provinz in Kraft stehenden Staats- und Landesgesetzen steht im ukrainischen Teile Galiziens jeder Partei das Recht zu, mit den Ämtern in ihrer Muttersprache zu verkehren. Die Gemeinden haben das Recht inne, ihre Amtssprache selbst zu bestimmen. Die Behörden sind verpflichtet, den Parteien und den Gemeinden in derselben Sprache, in welcher sich die letzteren an sie gewendet haben, Antwort zu geben. Der Bezirkshauptmann in Mościska, der Herr Trembakowicz, steht aber über dem Gesetze. Als die Gemeinde Czerniawa, in der die ukrainische Sprache als die Amtssprache gilt, im Auftrage desselben Bezirkshauptmannes ihm einen Ausweis der Abbrändler in ukrainischer Sprache vorlegte, hat dieser die betreffenden Schriften mit dem Befehle, dieselben in der polnischen Amtssprache auszufertigen, zurückgeschickt, und zwar unter gleichzeitiger Strafandrohung für den Fall, als die Gemeinde es wagen würde, sich jemals wieder an die Bezirkshauptmannschaft in der ukrainischen Sprache zu wenden. Als nun die ukrainische Presse sich aus diesem Anlaß öffentlich beschwerte, hat der Statthalter vom Bezirkshauptmann eine Erklärung dafür abverlangt. Der Bezirkshauptmann führte zu seiner Entschuldigung an, er habe vom Geschilderten keine Kenntnis gehabt, der betreffende Erlaß an die Gemeinde sei nämlich von einem Kanzleibeamten ver-

faßt worden und er, der Bezirkshauptmann, habe ihn, ohne ihn gelesen zu haben, unterfertigt. *(Zwischenrufe.)*

Für den Herrn Statthalter hat das vollkommen genügt und er hat sich um die Angelegenheit nicht mehr bekümmert. Der Herr Statthalter hat aber zwei Dinge vergessen. Erstens dem Bezirkshauptmann aufzutragen, den Erlaß rückgängig zu machen. Soweit wir wissen, ist es bis jetzt nicht geschehen. Zweitens, den Bezirkshauptmann dafür, daß er solche Erlässe, ohne sie gelesen zu haben, unterfertigt, zur disziplinären Verantwortung zu ziehen. Ich hebe hervor, daß insoweit meine Auskünfte reichen, derselbe Bezirkshauptmann schon hierauf an alle übrigen Gemeinden des Bezirkes von Mościska einen gleichlautenden Erlaß mit dem Verbote der ukrainischen Sprache gerichtet hat und daß alle diese Verordnungen ebenso bis jetzt nicht widerrufen worden sind sowie, daß derselbe Bezirkshauptmann alle ukrainischen Eingaben in der Regel nur in der polnischen Sprache beantwortet.

Herr Ministerpräsident! Das sind die Tatsachen, die Ihren Worten gegenüberstehen! Und dies alles geschieht zu der Zeit, wo Hunderttausende unserer Soldaten für den Staat verbluten, und zu der Zeit, wo wir jetzt in der russischen Ukraina die vollste Selbstverwaltung mit eigener Regierung und selbstverständlich auch die vollste Gleichberechtigung der ukrainischen Sprache in Ämtern und Schulen schon erlangt haben. Unsere Bevölkerung der nunmehr wiedereroberten 23 Bezirke hat sich dies alles nicht nur angeschaut, sondern sie war auch selbst im Genusse der Freiheit der jenseitigen Ukraina.

Das was sie in Österreich in unabsehbarer Zeit kaum zu erhoffen hatte, wurde jenseits gleich nach dem Ausbruch der Revolution ohne weiters zugestanden: die eigene ukrainische Verwaltung, ein ukrainischer Statthalter, die ukrainische Amtssprache, ukrainische Schulen, das allgemeine, gleiche und unmittelbare Wahlrecht in die Bezirks- und Gemeindevertretungen und, was die Hauptsache ist, unser Volk wurde mit einem Male der feindlichen polnischen Herrschaft los. In wirtschaftlicher Hinsicht hat die Bevölkerung seitens der ukrainischen Regierung einen möglichst günstigen Schutz genossen. Mit der Rückkehr Österreichs war dies alles wie ein schöner Traum vorbei. Die eigene und die Bundesarmee behandeln das ukrainische Ostgalizien wie ein Feindesland, den Hungertod in ihrem Gefolge bringend, die zurückgekommene polnische Verwaltung vernichtet alle nationalen Errungenschaften. Und was für Rückschlüsse muß nun die unglückliche Nation daraus ziehen. Ist denn das der k. k. Regierung vollkommen gleichgültig?

Mit was für einem Schamgefühle traut sich nun der Staat von uns die Bewilligung seines Budgets zu verlangen, eines solchen Budgets dazu, dessen überwiegender Teil der Ausgaben der Weiterführung des Krieges dienen soll. Wir Ukrainer erklären jede Verlängerung des Krieges für ein einfaches Staatsverbrechen.

Unsere Kräfte, das muß man sich klar sagen, sind schon am Rande der Erschöpfung. Unsere Soldaten verhungern, unsere Bevölkerung im Hinterlande verhungert, jeder weitere Monat des Krieges bringt uns einen immer größeren Niedergang unserer Valuta, jeder Monat weiterer Kriegsführung verschlimmert unsere Lage. Ein baldigster Friedensschluß ist ein Gebot der äußersten Notwendigkeit.

Wir Ukrainer sind für den Frieden um so mehr, da wir von der weiteren Kriegsführung nichts mehr zu hoffen haben. Wir sind in den Krieg mit den größten Hoffnungen eingetreten, daß uns die Zentralmächte verhelfen werden, die russische Ukraina von dem zaristischen Joch zu befreien und einen selbständigen ukrainischen Staat zu bilden. Anstatt dessen haben wir erlebt, daß Ostgalizien den Russen durch ein ganzes Jahr, und 23 Bezirke unseres Podoliens sogar auf drei Jahre preisgegeben wurden, nur deshalb, weil unsere militärischen Faktoren es vernachlässigt haben, sich zur Abwehr frühzeitig vorzubereiten.

Dagegen war unser Militär genug tapfer, um unsere unschuldigen Leute zu Tausenden und Tausenden aufzuhängen, Mädchen und Frauen zu morden. Das war unser Lohn für die Begeisterung.

Und nach drei Jahren des Krieges mußten wir das erleben, daß die russischen Ukrainer, die infolge der russischen Revolution ihre Freiheit erlangten, bereits in der Lage sind, von der Notwendigkeit einer Befreiung der galizischen Ukrainer von dem österreichisch-polnischen Joche zu sprechen.

Das ist die erste Bemerkung zum verlautbarten Regierungsprogramm. Nun folgt die zweite. Dieses Programm hat man sich möglichst anmutig herzustellen bemüht. Doch ist man dem alten System der österreichischen Staatsweisen treu geblieben. In der österreichischen Geschichte kommt immer wieder dieselbe Wahrheit an den Tag, und zwar die, daß Österreich immer um eine Stunde zu spät kommt, mit dem einzigen Unterschied, daß in diesem Falle das angekündigte Regierungsprogramm nicht um eine Stunde, sondern mindestens um volle vier Jahre verspätet ist. *(Zustimmung.)* Es ist möglich, daß vor dem Kriege dieses Programm uns zur vollen Genugtuung gereicht hätte, jetzt aber, nachdem während der drei Kriegsjahre ein großes Meer von Blut und Tränen vergossen wurde und wir eine ganze Hölle voll Qualen und Leiden durchgemacht haben, mutet uns dieses Programm an wie eine bösartige Ironie, wie ein Hohn über alle bis jetzt unterdrückten Völker Österreichs. Wir haben somit gekämpft und unser Blut vergossen, um dieser

meistens widernatürlichen, auf eine einfach verbrecherische Weise künstlich zusammengekitteten Organismus von österreichischen Kronländern beim Leben zu erhalten. Ihr behauptet, die Geschichte habe dieselben zusammengeschweißt. Gerade aber die Berufung auf die Geschichte erweist sich als unrichtig, denn dieselbe lehrt, daß das annektierte Galizien gerade geteilt werden sollte. Erst Österreich hat daraus eine einheitliche Provinz geschaffen. Und dies ist erst vor ein paar Jahrzehnten geschehen. Was hat man daher von der geschichtlichen Überlieferung zu reden? Würde denn wirklich die Entente Recht behalten, indem sie behauptet, daß der Krieg noch viel zu kurz dauert und daß es noch dreier weiterer Kriegsjahre bedarf, um die österreichischen Staatsmänner zur Besinnung zu bringen? Die ganze Welt hat schon allen Völkern ihr Recht auf die volle Freiheit ohne Rücksicht auf die künstlichen Staats- und Landesgrenzen anerkannt, nur die österreichische Regierung läßt sich keineswegs dazu bewegen, die Tore seines Völkerkerkers aufzusperren. Aber vergebens meine Herren! Spannen Sie den Bogen nicht zu stark! Bringet das Schicksal nicht in Versuchung, damit nicht auch an Euch der Geist der Zeit, der unaufhaltsame Gang der Geschichte seine Rache nehmen wollte, wie es schon jemandem zur Zeit dieses Krieges zu Teil geworden ist. Denn die Völker sind nur bis zu einem gewissen Zeitpunkte duldsam, aber weh dem Staate, welcher sich über die berechtigte Erbitterung seiner Bevölkerung und der um ihr Recht kämpfenden Völker leichtfertig hinwegsetzt.

Herr Ministerpräsident! Auf Ihre Vorschläge hinsichtlich der Verfassungsreform werden wir nie eingehen. *(Zustimmung.)* Unsere nationalen Gebiete innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie — ich meine beiderseits der Karpathen — müssen schon einmal als bodenständiges ukrainisches Land behandelt werden. Alle ukrainischen Gebiete dieses Staates, wie auch die neu eroberten ukrainischen Gebiete müssen in einen separaten Selbstverwaltungskörper vereinigt werden *(Beifall)*, der von der Vorherrschaft irgend welcher fremden Elemente frei bleiben und in einem unmittelbaren Zusammenhange mit der österreichischen Monarchie stehen möge. Auf keine anderen Vorschläge werden wir eingehen, wir gehen nie mit den Polen unter ein gemeinsames Dach *(Beifall)*, wir wollen reichsunmittelbar sein und werden dafür kämpfen, sei es bis zu unserer vollständigen Erschöpfung. Das ist unser Programm.

Unsere Pflichten dem Staate Österreich gegenüber haben wir erfüllt, sogar weit darüber. Möge nun Österreich seine Pflichten uns gegenüber in Erfüllung bringen. Wir werden gegen das Budget stimmen. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Alois Brandl.

Abgeordneter Alois **Brandl**: Hohes Haus! Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat uns in seinen Ausführungen einen Arbeitsplan entworfen, der uns mit großen Hoffnungen erfüllt hat. Eines war darin vielleicht zu vermissen, daß er den Mittelstand nicht stark betont hat; er hat zwar einzelne Teile aus dem Mittelstande herausgegriffen, aber den Mittelstand als solchen nicht betont. Ich begreife es auch, denn es ist heute nicht modern, vom Mittelstand zu sprechen; in einer Zeit, wo alles nach Demokratie ruft, will man vom Mittelstand nichts hören und es gibt Kreise, die daran gehen und die Zeit als die geeignetste glauben, heute den Mittelstand ruinieren zu können. Ich glaube, es dürfte das nicht der Fall sein können, denn nach dem Kriege werden wir sehen, daß der Mittelstand geradezu notwendig sein wird. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, die geographische Lage Österreichs bedingen einen gesunden Mittelstand und wenn der Mittelstand entsprechend erhalten wird, so werden auch die Kriegsschäden am ehesten geheilt werden können.

Zu den Ständen, die dem Mittelstande angehören, gehört in erster Linie der Bauernstand. Der Bauernstand hat außerordentlich viel auf seinem Gebiete geleistet. Wenn wir einen Gradmesser hätten, der die Leistungen des Bauernstandes, des Gewerbestandes, des Beamtenstandes während der Kriegszeit anzeigen könnte, so müßten wir jetzt sagen, geradezu zur Erhaltung des Staates Österreich ist es unbedingt notwendig, den Mittelstand zu erhalten. Die Bauern haben mit der Herbeischaffung von Landesprodukten nicht nur für das Heer, sondern auch für die Bevölkerung gesorgt und gewiß ist die Produktion von Lebensmitteln ungleich wichtiger, als selbst die Munitionserzeugung. Man kann Munition ja nur dann erzeugen, wenn auch Lebensmittel vorhanden sind, damit die Erzeuger der Munition leben können. *(Sehr richtig!)* Draußen im Felde waren es Tausende und Abertausende von Angehörigen des Bauernstandes, die dort ihr Leben und ihre Gesundheit haben lassen müssen. Aber auch unser Beamtenstand hat außerordentlich viel leiden und leisten müssen, Entbehrungen jeder Art, und aus den Beamten- und Lehrerfamilien sind Tausende unserer wackeren Reserveoffiziere hervorgegangen, die draußen als Zugskommandanten und als Offiziersaspiranten ihr Leben lassen mußten.

Ganz ebenso ist es mit dem Gewerbestand. Heute Vormittag hat schon der Herr Landeshauptmann Hauser darauf hingewiesen, in welcher bedrängten Lage sich der Gewerbestand befindet, und mit Recht, denn nicht etwa der Krieg als

solcher hat dem Gewerbestand außerordentliche Erschwerungen gebracht, sondern die Verordnungen und die Maßnahmen seitens der Zivilverwaltung und seitens der Heeresverwaltung waren es, die den Gewerbestand am ärgsten geschädigt und eigentlich am meisten empört haben. Viele von den Gewerbetreibenden werden bei ihrer Rückkehr eine verödete Werkstätte finden, Tausende von ihnen werden in das Proletariat hinuntersinken, obwohl der Gewerbestand alles daransetzt hat, seine Arbeit fortzusetzen. Er hat sich um Heereslieferungen beworben, aber wie hat es damit ausgesehen? Wir haben ja gesehen, daß es im Kriegsministerium für einen Christenmenschen nicht leicht ist, sich Eingang zu verschaffen. Auch Abgeordnete finden nicht immer das nötige Gehör, während die Juden sich dort heimisch fühlen.

Es war für die Gewerbetreibenden außerordentlich schwierig, irgend etwas zu erreichen. Sie konnten auch nicht liefern, denn es hat ihnen dazu das Fett gefehlt, das Öl zum schmieren *(Heiterkeit)*, und wie der Leinweber-Prozeß dargetan hat, braucht man dazu sehr viel Fett. Einer davon hat 80.000 K solches Fett vergeudet und die Herren, die dazu berufen sind, diese Lieferungen zu vergeben, mußten mit einer derartigen Schmiere geschmiert werden. Es ist gewiß außerordentlich bedauerlich, daß dies in einem Rechtsstaate vorkommen darf, daß k. k. Staatsbeamte sich dazu hergeben, einerseits den Staat zu betrügen und andrerseits die Leute auszunützen.

Glauben Sie nicht, meine Herren, daß etwa dieses Geld, das der Betreffende als Provision gibt, aus seinem Sacke gezahlt wird: nein, das sind ja ebenfalls wieder Staatsgelder. Einer dieser Fabrikanten hat, wie wir das im Leinweber-Prozeß ja gehört haben, bei der Erzeugung von Zwieback einen Backlohn von nicht weniger als 72 K für 100 Kilo Zwieback erhalten, während kleinere Betriebe nur 14 K für das gleiche Quantum erhalten haben. *(Hört! Hört!)* Man sieht daher, daß diese Gelder lediglich vom Staate wieder hereingenommen und auf diese Personen überwälzt werden.

Derartige Vorkommnisse sollten in einem Rechtsstaate und in einer Zeit, wo mit dem Gelde gespart werden soll, unmöglich sein, und gestern wurden wir ja auch wieder vom Finanzminister aufgefordert, in der künftigen Zeit zu sparen. Leider findet man bei diesen Leuten für diese Art der Ersparung kein Verständnis. Wir sehen, daß es dem Gewerbestand während der Kriegszeit sehr mies und schlecht ergangen ist. Wir werden aber umlernen und uns neu aufraffen müssen. Das wird auch geschehen, aber dazu brauchen wir die Hilfe der Regierung. In der Zeit vor dem Kriege hat die Regierung sich um den Gewerbestand äußerst wenig gekümmert und mehr in theoretischer als praktischer Form. Wir brauchen in allererster Linie ein entsprechendes gewerbliches Unterrichtswesen. Das Unterrichtswesen, welches vor dem Kriege bestanden hat, die gewerblichen Fortbildungsschulen, haben für den Gewerbestand so viel wie gar keine Bedeutung gehabt. Sie war manchmal noch schlechter, noch minderwertiger als vielleicht der verkürzte Unterricht auf dem Lande. Sie hat gar keine Bedeutung gehabt. In einer Schule hat vielleicht der eine eine einklassige Volksschule, der andere eine zweiklassige, der dritte fünf Volksschulklassen, ein anderer die Bürgerschule gehabt, auch Leute, welche die unteren Klassen einer Mittelschule besucht hatten, waren darunter, dann waren wieder solche darunter, die der deutschen Unterrichtssprache nicht mächtig waren. So hat man alle zusammengepfercht.

Man wußte, der Lehrer konnte beim Unterricht nicht das richtige Niveau anlegen. Hatte er zu hoch gegriffen, so mußte ihm der Bürgerschüler sagen, er habe das längst vergessen, was der Lehrer vorgetragen hat, und hat er hoch gegriffen, so haben die anderen Schüler nicht folgen können. Hier brauchen wir eine ganze Umgestaltung des gewerblichen Unterrichtswesens, vielleicht aber nicht nur des gewerblichen Unterrichtswesens, sondern auch der Volksschule. Und da hat heute unser Landeshauptmann schon darauf hingewiesen, daß unsere Volksschule notwendig einer Reform bedarf. Die Volksschule soll praktisch eingerichtet werden, um auch späterhin für den praktischen Erwerb irgend etwas erzielen zu können. Die Organisationen, die im Gewerbestande platzgegriffen haben, waren fachliche Genossenschaften. Aber auch diese haben tatsächlich vollkommen versagt. Sie waren verkümmert dadurch, daß sie der Gewerbebehörde erster Instanz unterstehen, konnten sie sich eigentlich nie frei entwickeln. Der Bureaukratismus in diesen Genossenschaften hat alles anders gehalten als es für den Gewerbestand dienlich war, um hier etwas praktisches zu erzielen. Es wird dem Gewerbestande nie an Kraft fehlen, er wird sich auch selbst helfen können, wenn er von seiten der maßgebenden Stellen unterstützt wird. Ohne Mittelstandspolitik wird es in Österreich unmöglich zu existieren sein. Die Theorie, daß es bei uns so werden soll wie in England, ist für uns in Österreich ein Ding der Undurchführbarkeit. Wir sind schließlich doch geographisch ein Hinterland, welches nicht in der Lage ist, die Produkte so auf den Weltmarkt zu werfen, wie England. Wir werden untereinander leben müssen und wenn die Gewerbetreibenden, der Bauernstand, der Beamtenstand, wenn sich alle diese Stände nicht gegenseitig bekämpfen, sondern gegenseitig sich leben lassen, dann wird auch in Zukunft für uns kein Bangen sein können. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile das Wort dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten **Friedmann**.

Abgeordneter **Friedmann**: Hohes Haus! Ich stehe noch unter dem Eindruck der Szene, die sich vor ungefähr einer Stunde hier abgespielt hat, ein Eindruck, der für mich um so drückender ist, als ich fest durchdrungen bin von der Notwendigkeit des Parlamentarismus, zumal in diesen Zeiten, in denen die gesamte Bevölkerung hieher blickt und von hier eine Erleichterung und eine Mitarbeit erwartet, auf Grund welcher wir zu einem Frieden kommen können. Auf den Lippen eines jeden für das Wohl dieses Staates besorgten Mannes muß die bange Frage schweben, wie derartige Szenen auf unsere Truppen wirken müssen, die mit unglaublichem Heldenmut die Grenzen des Reiches schützen.

Ich will mich bemühen, den Eindruck, unter dem ich stehe, in mir zu überwinden.

Zunächst habe ich namens meiner engeren Parteifreunde die Erklärung abzugeben, daß wir durchaus auf dem Boden jener bedeutungsvollen Friedenskundgebungen stehen, welche in der Thronrede, in den Äußerungen unseres Ministers des Äußern und in der Antwort Seiner Majestät auf die Papstnote enthalten sind, Erklärungen, die nicht ihren Grund haben in einer Schwäche oder in einem Abnehmen unserer Kräfte. Denn unsere und unserer Bundesgenossen militärische Stellung gibt weder Anlaß dazu, noch liegt ein Grund zur Sorge vor, daß wir trotz der gebotenen notwendigen Einschränkungen bezüglich unserer Versorgung in Gefahr kämen. Aber diese Kundgebungen, sie sind ein Widerhall des innigen und lebhaften Wunsches der Gesamtbevölkerung, daß es endlich gelingen möge, zu einem Frieden zu kommen, zu einem gerechten Völkerfrieden, zu einem Frieden natürlich nur, der mit unserer Ehre und mit unserer Würde vereinbar ist. *(Zustimmung.)*

Meine Herren! Es fehlt nicht an Leuten und Versuchen, derartige Friedenswünsche in Gegensatz zu bringen zu den Stimmungen und Bestrebungen unserer Bundesgenossen im Deutschen Reiche, und ich glaube, es soll jede Gelegenheit ergriffen werden, um zu erklären, daß dieses in dem Kriege so glänzend bewährte Bündnis zwischen den Mittelmächten nicht nur eine Lebensbedingung für beide Reiche ist, sondern daß wir verlangen müssen, daß es gefestigt, ausgebaut und im Wandel der Zeiten gegen alle Unsicherheiten und Angriffe geschützt werde. *(Beifall.)*

Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat vorgestern auf Grund seiner tiefen Kenntnisse unseres Wirtschaftslebens und unserer wirtschaftlichen Bedürfnisse ein reichhaltiges Programm entwickelt und die Ziffern, die der Herr Finanzminister gestern bei der Einbringung des Finanzgesetzes vorgetragen hat, auch sie sprechen eine furchtbar ernste Sprache.

Aber an all die unermeßlichen, die unendlich schweren und großen Aufgaben, die unser harren, wir werden an sie, nur schreiten können — es ist das gestern von dieser Stelle aus sehr beredtem Munde ausgeführt worden — wenn wir zur Ordnung im Innern, kommen. Ich begrüße es, daß zum erstenmal von der Ministerbank von der Kreiseinteilung und von der nationalen Autonomie gesprochen worden ist. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß jede Nation in diesem Staate ihr nationales Eigenleben haben muß, allerdings im festen Staatsverband. Diese vom Gerechtigkeitssinn diktierten Absichten dürfen aber nicht mißverstanden werden und nicht entschieden genug kann protestiert werden gegen Konstruktionen und Wünsche, wie sie hauptsächlich in den Deklarationen der Tschechen zum Ausdruck gekommen sind. Ich glaube es aussprechen zu dürfen, daß der Versuch der Verwirklichung von Absichten, deutsche Minoritäten zurückzustellen, den schärfsten, entschiedensten Kampf aller Deutschen in Österreich hervorrufen müßte *(Zustimmung)*, der Deutschen, die immer die Träger des Einheits- und des Staatsgedankens gewesen sind, seit Jahrzehnten und auch im Jahre 1867, als der große Riß durch die Einheit des Reiches ging.

Meine Herren! Der Herr Ministerpräsident hat, wohl aus taktischen Gründen, als er von der Kreiseinteilung, der nationalen Autonomie sprach, hinzugefügt: innerhalb der Kronlandsgrenzen.

Ich werde hier nicht über die Länderautonomie sprechen, ich möchte mir nur die Bemerkung gestatten, daß ich glaube, daß weder die befriedigende Lösung der Kreiseinteilung das starre Kronlandsgrenzensystem zuläßt, noch daß alle diese wirtschaftlichen Fragen unter dem Ausbau der Länderautonomie gelöst werden können, einer Länderautonomie, die im fortwährenden Konflikt mit der Staatsgewalt ist. Meine Herren! Das Primäre muß die Staatsverwaltung und die Reichsgesetzgebung sein. Wir können die Vervielfältigung der Verwaltung, das Gegeneinander der Behörden in all den Fragen, in den Gewerbefragen, in den Straßen-, den Sanitätsfragen usw. unmöglich brauchen, von der finanziellen Belastung gar nicht zu sprechen.

Am meisten fällt dies in die Augen, wenn wir unter den vom Herrn Ministerpräsidenten aufgezählten wirtschaftlichen Programmpunkten an die Wasserwirtschaftsfrage denken, die der Herr Ministerpräsident mit Recht mit ganz besonderer Wärme betont hat. Denn nach diesem Kriege brauchen wir eine Wirtschaft, welche alle unsere Energiequellen nach Möglichkeit erfaßt und mit ihnen wirtschaftlich

und haushälterisch umzugehen weiß. Und eine der der ersten Stellen nimmt hier sicherlich die Wasserenergie ein. Aber, meine Herren, wie sollen wir denn zur Ausbeutung unserer Wasserkräfte kommen, wenn wir warten müssen, bis noch dreizehn dieser historisch-politischen Individualitäten auf Grund des Rahmengesetzes ihr Wassergesetz erledigt haben? Ich weiß wohl, daß die Landeskulturfragen den Landtagen unterstehen. Aber die Regelung der Wasserkraftfragen drängt und ich möchte glauben, es würde, ohne einen Kompetenzkonflikt herbeizurufen, durchaus möglich sein, ein besonderes Wasserkraftgesetz als Reichsgesetz zu beschließen, selbstverständlich mit allen den Fragen der Enteignung, die dazu gehören.

Der Herr Ministerpräsident hat uns auch in Aussicht gestellt — er hat dies aus Anlaß der Mitteilung getan, daß er ein Elektrizitätsgesetz einbringen wird —, daß eine Stelle im Ministerium für öffentliche Arbeiten geschaffen werden soll, in der alle diese Fragen der elektrischen Energie und Wasserkraft zusammenfließen. Ich glaube, es müßte eine Stelle sein, die noch weiter ausgebaut wird und das ganze Gebiet unserer Kraftwirtschaft zu umfassen hätte: Kohle, Gas, Beleuchtungs- und Kraftzentralen, Feuerungen, Erdöle und ihre Derivate, Verwertung der Abfallstoffe, all das, was ich kurz unter dem Sammelnamen unserer Energiequellen verstehe. Ich will mich hier auf Einzelheiten nicht einlassen, welche Vorlagen noch notwendig wären außer dem reichhaltigen Bukett, daß der Herr Ministerpräsident uns gebracht hat. Das Elektrizitätsgesetz wird ja selbstverständlich auch die Leitungsfrage regeln. Aber dringend braucht unsere Produktion auch ein Wegegesetz.

Eines habe ich in dem Programm vermißt, und das ist die Erwähnung einer außerordentlich wichtigen Angelegenheit, nämlich die Erbauung von Wasserstraßen in Österreich. Meine Herren! Die Wasserstraßen sind nicht eine Konkurrenz der Eisenbahnen, die Frage liegt nicht so, daß wir sagen sollen: Bahnen oder Wasserstraßen, sondern wir werden beide brauchen und ich glaube nicht, daß wir nach diesem Kriege, wo die Anspannung aller Kräfte und die größte Sparsamkeit notwendig sein wird, uns weiter den Luxus werden gönnen können, Massengüter mit Eisenbahnen zu transportieren, während die Staaten im Westen ein reichhaltiges Wasserstraßennetz haben, welches sie immer weiter ausbauen werden.

Es ist ja nicht möglich, im Rahmen der kurzen Zeit, die einem gegeben ist, so wie es wünschenswert wäre, auf die wirtschaftlichen Fragen einzugehen. Ich weiß wohl, daß die Budgetdebatte in erster Linie eine politische Debatte ist, aber die Bevölkerung verlangt, daß auch wirtschaftliche Arbeit geleistet werde und ich glaube mir daher mit Recht zubilligen zu dürfen, das Hauptgewicht meiner Ausführungen auf die Wirtschaftsfragen zu legen.

Produktionspolitik! Ja, selbstverständlich. Aber zur Produktionspolitik gehören nicht nur bezügliche Gesetze, dazu gehört auch ein moderner Geist in unserer Verwaltung und in diesem Hause. Ich bin außerordentlich freudig berührt gewesen, als vorhin der Herr Abgeordnete Langenhan dieses Thema anklingen ließ. Wir können nicht Produktionspolitik mit ausgesprochener Produzentenfeindlichkeit treiben. Schauen Sie nach Deutschland, meine Herren! Denken Sie, wie sich dort Industrie und Gewerbe entwickelt haben! Dort hat man den Unternehmungsgeist, die freie Initiative nicht so bekämpft, wie es leider bei uns Übung geworden ist.

Der Herr Ministerpräsident hat auch von der Ersatzwirtschaft gesprochen. Der Ersatzwirtschaft wird eine außerordentliche Bedeutung zukommen. Aber Sie werden auch nur dann erreichen, daß sich hier Produktionsstätten gründen, welche zunächst die Ersatzartikel studieren, welche Versuche machen und das Risiko übernehmen, um zur Erzeugung von Ersatzstoffen zu schreiten und uns, soweit dies möglich ist, von der Übersee und vom Auslande unabhängig zu machen, wenn Sie all diesen Leuten die Schaffensfreude nicht nehmen und sie nicht der Möglichkeit berauben, auch das Risiko einzugehen, das bei derartigen Studien und Unternehmungen unvermeidlich ist. Naturgemäß konnte ja die Regierungserklärung nur kursorische Andeutungen enthalten. Nach meinem Geschmack vielleicht etwas zu knapp ist bei dieser Gelegenheit das Gewerbe bedacht worden. Der Herr Ministerpräsident hat in dankenswerter Weise davon gesprochen, daß das Schulwesen mehr auf die praktischen Bedürfnisse, zumal in den nach dem Kriege kommenden Zeiten, eingestellt sein müsse. Aber mit der Bürgerschule allein wird uns nicht gedient sein, denn wir wollen ja eine Ablenkung des Zudranges zu den Mittelschulen, zu den Realschulen und Gymnasien. Wir müssen daher auch andere Schulen, gewerbliche Fortbildungsschulen, in genügender Zahl haben, damit sich jene Leute, welche sich für einen praktischen Beruf ausbilden wollen, fortbringen können. Vor wenigen Tagen haben die Prüfungen jener jungen Leute stattgefunden, die aus der Bürgerschule kommen oder ein bis zwei Lehrjahre hinter sich haben und die nun beflissen sind, die Gewerbeschule durchzumachen. Die Zahl der Bewerber ist so ungeheuer groß, daß mehr als zwei Drittel zurückgewiesen werden müssen. Was soll nun mit diesen Leuten geschehen? Ist es nicht besser, für sie Schulen zu schaffen und vielleicht mehr auf eine Restriktion unserer in allzu großer Zahl bestehenden Gymnasien und Realschulen hinzuwirken? *(Zustimmung.)*

Meine Herren! Selbstverständlich durfte und konnte in einem so reichhaltigen Programme der Regierung die Übergangswirtschaft nicht fehlen. Eine gewisse Nuance in den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten war zu konstatieren, indem er bei der Landwirtschaft anerkannt hat, daß sie möglichst bald ihre Freiheit wieder erlangen müsse — ein Standpunkt, dem ich nicht opponieren will. Aber er hat bezüglich der übrigen Produktionskreise von einem allmählichen Übergang gesprochen. Hier kommt es natürlich auf das Tempo und die Intensität an. Gestatten Sie mir, meine Herren, einige Worte über die Übergangswirtschaft. Wir sind in diesen Krieg — es soll das kein Vorwurf sein, den anderen kriegführenden Staaten ist es ebenso gegangen — ohne Vorbereitung eingetreten, wir hatten kein Beispiel, wir mußten in aller Eile organisieren. So entstanden die Zentralen, wie ich sie schlechtweg nennen will, autonome Körperschaften, gemischtwirtschaftliche Betriebe, die unbedingt notwendig waren. Die Kommission, die sich mit ihrer Gebarung beschäftigt, ist mit ihren Arbeiten noch nicht zu Ende und es wird ja erst nach Abschluß dieser Arbeiten möglich sein, einen Überblick zu gewinnen, inwieweit Anwürfe gerechtfertigt sind, welche Übelstände bestehen und wie sie abzustellen sind. Wir mußten in diesem Kriege, in einem ziemlich hermetisch abgeschlossenen Wirtschaftsgebiete lebend, mit unseren Materialien auskommen. Der hauptsächlichste Besteller ist der Staat, man konnte schließlich und endlich, wenn auch nicht zum Nutzen unserer Wirtschaft, des Handels und der Kaufmannschaft eintraten. Wenn aber der Krieg zu Ende sein wird, wenn sich die Tore öffnen werden, wenn die Konkurrenz anheben wird, dann, fürchte ich, werden wir mit diesem komplizierten Apparat unser Auslangen nicht finden können. Gewiß wäre es undenkbar, sofort die freie Wirtschaft walten zu lassen, aber die Vorbereitungen, die für die Übergangszeit getroffen werden, müssen immer unter dem Gesichtspunkte getroffen werden, daß wir möglichst beweglich und schnell unsere Wirtschaft wieder demobilisieren, denn sonst laufen wir Gefahr, daß die anderen einen Vorsprung gewinnen, den wir nie einholen können.

Meine Herren! Die Zwangssyndikalisierung, wie sie in den Zentralen ihren Ausdruck findet, würde ich über das Maß des unbedingt Notwendigen hinaus nach dem Kriege für sehr gefährlich halten. Man behauptet, sie wäre notwendig zum Schutze der Kleinen. Ich fürchte aber gerade, daß diese Syndikate — auf das Wort kommt es ja nicht an, lassen Sie mich diese Organisationen schlechthin vom Staate organisierte Kartelle nennen — nicht zum Besten der Kleinen, ja auch nicht zum Schutze der mittleren Industrien und aller Gewerbe, die daran interessiert sind, sein werden. Eine Drosselung der Einfuhr führt zur Verringerung des Umsatzes, zur Verteuerung der Produkte, zur Belastung des Konsums. Die Vertrustung bewirkt einen Schutz der Untüchtigkeit. Die Leute, die in den Zwangssyndikaten vereinigten, sollen ihre Zuteilung der Rohstoffe bekommen, sie sollen sich um den Absatz nicht zu kümmern haben, so daß die Konkurrenz entfällt und der Export leidet.

Ich will nicht von Haus aus scharf und absprechend über die Übergangswirtschaft urteilen, wir brauchen ja unbedingt eine Übergangswirtschaft, aber wir müssen sehr vorsichtig sein. Ich bin für Vorbereitungen, für Schützengräben als Reserve, sie dürfen aber nur bei äußerster Notwendigkeit bezogen werden und wenn die Ereignisse selbst auf diese Notwendigkeit hinweisen. Heute weiß niemand, wie sich nach diesem furchtbaren Krieg das Wirtschaftsleben gestalten wird.

Der ursprüngliche Gedanke für die Schaffung der Übergangswirtschaft war die Rohstoffbeschaffung. Meine Herren! Ich fürchte, wir werden alle möglichen Mittel anwenden müssen, um nur überhaupt Rohstoffe hereinzubekommen und eine Organisation zum Schutze unserer Valuta gegen die Rohstoffeinfuhr werden wir, glaube ich, nicht brauchen. Ich vertraue da viel mehr auf den privaten Kredit, auf private Hände, welche sich bemühen werden, Rohstoffe zu beschaffen. Gewiß darf der Staat nicht untätig zusehen; ich kann ihn mir als Einkäufer denken als Mitkäufer, um die Rohstoffe an die Kleinen und Schwachen zu verteilen. Ich kann mir vorstellen, daß der Staat, der die Zahlungsmittel zur Beschaffung der Rohstoffe zur Verfügung stellt, kontrolliert, kurz ich meine eine mithelfende Tätigkeit.

Die Frage der Rohstoffbeschaffung durch den Staat hat aber noch ein großes Bedenken, an dem ich nicht vorübergehen möchte. Wir leben ja mit Ungarn in einem sogenannten gemeinsamen Wirtschaftsgebiete, daß heißt es ist im Kriege nicht gemeinsam, es ist gemeinsam nur soweit es den Ungarn Vorteile bringt, und sie wählen die Nichtgemeinsamkeit, wenn sie für sie von Vorteil ist. Wenn wir aber die staatliche Organisation der Rohstoffeinfuhr haben, so müssen wir zu einer Kollaboration mit Ungarn kommen und da taucht vor meinem geistigen Auge ein Wort auf, vor dem ich eine Heidenangst habe, daß Wort „Quote", den dann müssen Sie diese Rohstoffbezüge ja quotenmäßig mit den Ungarn irgendwie aufteilen und was Quotenverhandlungen mit Ungarn bedeuten, brauche ich an dieser Stelle nicht zu sagen.

Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat uns erklärt, daß aus internationalen Gründen

über den Ausgleich und über die Fragen der künftigen handelspolitischen Beziehungen zu dem deutschen Reiche nähere Mitteilungen nicht gemacht werden können. Wenn man die Geschichte des Ausgleiches seit dem Jahre 1867 verfolgt, so findet man eine frappante Ähnlichkeit mit der jetzigen Zeit. Damals entstand der Ausgleich nach einem Kriege über den Kopf der österreichischen Volksvertretung hinweg. Seither wurde ja der Ausgleich alljährig, so oft und so weit es ging, parlamentarisch erledigt. Aber meine Herren, wir dürfen uns keiner Täuschung hingeben, diese parlamentarische Erledigung war schließlich eine Formsache, das war anzunehmen oder abzulehnen, und da die Ungarn immer die Stärkeren waren, so hatten sie die größeren Vorteile daraus gezogen. Der kommende Ausgleich aber ist eine Frage von ganz unendlicher Bedeutung, dieser Ausgleich wird uns für die Zukunft in einer Weise binden und präjudizierlich sein, daß es Pflicht des Hauses ist, über die Ausgleichsfrage nicht wie in früheren Jahrzehnten hinwegzugehen, sondern wir müssen die Möglichkeit haben, in statu nascendi während des Werdeganges der Ausgleichsverhandlungen unseren Einfluß geltend zu machen.

Ich bin nicht so naiv zu glauben, daß man Ausgleichsverhandlungen, welcher Art immer, im offenen Hause pflegen kann, aber wir haben einen Ausschuß und ich glaube, in diesem Ausschusse sollte die hohe Regierung über den derzeitigen Stand der Verhandlungen Mitteilungen machen. Wir haben in unserem Ausgleichsgesetze mit Ungarn einen § 36, der die Deputation bezüglich der Quote obligatorisch erklärt, aber auch gleichzeitig bestimmt, daß aus beiden Vertretungskörpern eine Deputation zur Erstattung von Vorschlägen gewählt werden kann. Die Regierung hat also Mittel genug, sich der Mitarbeit der Volksvertretung in dieser schwierigen Frage zu bedienen, und wir werden in der Ausgleichsfrage umso besser abschneiden, je mehr die Regierung die Volksvertretung hinter sich hat, denn das war ja immer der große Vorteil der ungarischen Regierung. Wir dürfen nicht vergessen, daß der wirtschaftliche Ausgleich mit Ungarn keine rein wirtschaftliche Frage ist, sondern daß in ihr ein außerordentlich schwerwiegendes Politikum liegt. Im Waffenlärm können wir mit Ungarn den Ausgleich nicht abschließen. Auch ich stehe auf dem Standpunkte, den die jetzige ungarische Regierung einnimmt, wenn auch von einem anderen Gesichtspunkte aus, daß wir nur ein Provisorium schaffen können. Es würde wirklich nichts verschlagen ein ein- oder zweijähriges Provisorium zu schaffen. Einen definitiven Ausgleich — ich will über die Zeitdauer mich nicht weiter aussprechen — können wir erst machen, bis wir klar sehen. Halten Sie mich für keinen Imperialisten, wenn ich so sage: Wissen wir denn schon genau, wie die Landkarte im Südosten aussehen wird? Wissen wir denn heute schon, in welches Verhältnis jenes am 5. November 1916 deklarierte Königreich Polen zu Österreich treten wird? Und, meine Herren, kennen wir das finanzielle Kräfteverhältnis zwischen den beiden Reichshälften, wie es durch den Krieg geworden ist? Kennen wir die Monopolpläne der österreichischen und der ungarischen Regierung? Mit einem Worte: haben wir alle die Substrate, die notwendig sind in dieser schweren Zeit für 10 bis 20 Jahre, um einen Ausgleich mit Ungarn zu schließen? Ich glaube, nein. Aber immerhin wäre es notwendig, dieses eminent wichtige Thema, das ja im Hause nicht erörtert werden kann, in dem zuständigen Ausschusse zur Austragung zu bringen.

Aber das, was heute nicht zweifelhaft zu sein braucht, ist die große Frage, wie denn die handelspolitischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Monarchie zum Deutschen Reiche sich gestalten werden. Ich weiß, diese Frage, die seit Kriegsbeginn manche Geister beschäftigt, hat auch ihre Gegner gefunden. Ich werde hier Bekanntes nicht wiederholen.

Ich bin innig davon durchdrungen, daß im Interesse beider Reiche eine möglichst innige wirtschaftliche Gemeinschaft ein Ding der Notwendigkeit ist. Ich bin überzeugt davon, daß die Handelsverträge, die wir nach diesem Kriege mit dritten Staaten abzuschließen haben werden, günstiger ausfallen werden, wenn wir gemeinsam mit einem wirklich ehrlich verbundenen Kompaszizenten, wie es das Deutsche Reich ist, verhandeln, zu unserem und zu Deutschlands Besten. Ich bin auch davon überzeugt, daß alle die Herren, die vielleicht heute noch Zollfanatiker sind, von den Ereignissen werden belehrt werden, daß nach diesem Kriege die Zölle eine ganz andere, eine viel untergeordnetere Rolle spielen werden, als es vordem der Fall war. Ich brauche nur das Wort Valuta auszusprechen, um dies zu begründen. Und wenn alle diese Argumente nicht richtig wären, so möchte ich in Form einer Frage ein Argument vorbringen. Nehmen wir an — es kann ja niemand in die Zukunft sehen — Polen würde in irgend einer Form zu Österreich kommen. Ja glauben Sie, meine Herren, daß dieses Polen . . . .

Vizepräsident **Simionovici** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter **Friedmann**: Ich eile sofort zum Ende. Darf ich mich vielleicht nur einige

Minuten in Polen aufhalten? Glauben Sie, daß, wenn Polen zu Österreich kommt mit seiner starken Industrie, es Polen und daß wir es vertragen können, daß diese Frage allein nicht schon zu einer möglichsten Verbreiterung des Wirtschaftsgebietes und zu einer Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reiche führen muß? Es wäre sehr verlockend, von diesem wirtschaftlichen Thema auf die politische Frage Polens einzugehen und insbesondere auf die Stellung Galiziens und das merkwürdige Verhalten der Herren Polen, seitdem das Wort von der Sonderstellung so stark aufgeflattert ist. Eines möchte ich sagen: wie immer die Frage Galiziens, wie immer die Frage Polens geregelt werden wird, aus wirtschaftlichen Gründen kann Österreich nie und nimmer zulassen, daß die Verbindung Galiziens mit Österreich eine andere würde als eine innige wirtschaftliche Zusammengehörigkeit, untrennbar und unlösbar. Wir Deutschen in Österreich, die wir den Standpunkt der Gerechtigkeit allen Nationen gegenüber vertreten wollen, wir müssen auch fordern, daß in diesen Gebieten ein Schutz der Minderheiten garantiert werde.

Meine Herren! Die mahnende Glocke des Herrn Präsidenten zwingt mich, zum Schlusse zu eilen. Ich möchte nur noch einen kleinen Wunschzettel an das hohe Haus und an die hohe Regierung richten. Wir haben noch so viele § 14-Verordnungen zu erledigen und die Herren Referenten mögen die Güte haben, sich zu sputen —, daß wir doch niemals mit den ganzen § 14-Verordnungen, sei es auf dem Wege der Annahme oder der Ablehnung oder Abänderung fertig werden können. Unter diesen Verordnungen liegt mir besonders eine sehr am Herzen, nämlich jene Kaiserliche Verordnung, mit welcher die Landsturmpflicht auf das 50. Lebensjahr ausgedehnt wurde. Aber auch nach dieser Verordnung haben diejenigen, welche das 50. Lebensjahr erreicht haben, ein Recht darauf, aus dem Heeresverbande entlassen zu werden. *(Ruf: Sie rücken aber freiwillig ein, weil sie die Unterstützung haben wollen!)* Es gibt aber genug Leute, welche nicht freiwillig weiter dienen wollen, und es wäre die erste Pflicht des Hauses, auch diesen Leuten zu ihrer Entlassung zu verhelfen.

Und weil ich gerade vom Militär gesprochen habe, möchte ich die hohe Regierung bitten, sich dafür einzusetzen, daß allen den Landsturmleuten, welche eingerückt sind, doch nicht die Möglichkeit genommen werde, an Versammlungen teilzunehmen. Die Leute sind reif genug, um im Militärrock zu stecken und für uns sich einzusetzen; sie sind also reif genug, an Versammlungen, beziehungsweise am politischen Leben teilzunehmen. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Simionovici**: Als nächster Redner erscheint in der Liste der Herr Abgeordnete Wedra; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Wedra**: Hohes Haus! Durch den Krieg sind die Lebensbedingungen nicht allein des Staates, sondern auch aller Bürger von Grund aus umgewandelt worden. Die Staatsschulden sind, wie ja Seine Exzellenz der Herr Finanzminister jetzt bekannte, bereits vervierfacht worden, und wenn der Krieg — Gott schütze uns davor — noch länger währen sollte, kommen wir in die Verfünffachung hinein, eine Schuldenlast, die uns zu einer kapitalistischen Knechtschaft verdammt, die uns und unseren Kindeskindern das Mark aus den Knochen saugen wird. Besitzverteilungen von ungeahnten, geradezu traumhaften Formen haben sich in dieser kurzen Zeit eingestellt. Vermögen sind über Nacht entstanden, Hunderte von Rothschilds kennt die Steuerbehörde nun. Auf der anderen Seite finden wir aber im Mittelstande eine ungeheure Zahl von vernichteten Existenzen, die in die Hunderttausende geht.

Eine Freude ist uns während dieses Krieges geworden — es ist dies zwar eine unangenehme Freude — nämlich die, daß die absolutistisch-bureaukratische Verwaltung Schiffbruch gelitten hat, bankerott geworden ist. Die Lobredner jener Bewegung in der amtlichen Verwaltung, die die reine Bureaukratie bedeutet, priesen die Zeit, in der nun endlich ohne Abgeordnetenhaus ein gewisses Ausleben dieser Verwaltung sich einstellen könne. Doch diese Lobredner sind nun verstummt. Ein wirres Durcheinander von Verordnungen, die einander gejagt haben, hat sich eingestellt, eine Verordnung hob die andere auf, eine jagte die andere, so daß sich schließlich die Verwaltungsorgane selbst nicht mehr auskannten, was eigentlich gemeint sei. Immer kamen die Verordnungen erst dann, wenn, wie der Volksmund sagt, die Kuh aus dem Stalle war. Der Volksmund hat da einen ausgezeichneten Witz geprägt. Sie werden verzeihen, wenn ich Ihnen im Sinne des Volksmundes die Frage stelle: „Wann wird der Krieg endlich ein Ende haben?" Darauf die humorvolle Antwort: „Bis kein Papier mehr da zu Verordnungen ist!" Es scheint fast so zu sein. Schließlich ist der Bureaukratie bange geworden vor ihrer eigenen Gottähnlichkeit und sie hat selbst nach Einberufung des Parlaments gestrebt, um eine Entlastung zu finden.

Zu jenen Ständen, die durch den Krieg am allermeisten gelitten haben, müssen wir wohl die Festbesoldeten aller Kategorien zählen. Die Teuerung der Lebensbedingungen in Einklang zu bringen mit dem spärlich geringen Gehalt war eine Kunst im wahren Sinne des Wortes eine brotlose Kunst. Wenn auch das Erwerbsleben wuchtige Schläge erdulden mußte — aber einen derartig ausnahmslos in seiner Ge-

samtheit getroffenen Stand, wie es der Beamtenstand und der Stand der Festangestellten in dieser Kriegszeit gewesen ist, können wir sonst nirgends aufweisen. Nicht nur Verarmung ist eingetreten, sondern im wahren Sinne des Wortes Verelendung, und was das allerschlimmste ist, das ist, daß bei dieser erschwerten Lebenshaltung auch eine Abnahme nicht nur der körperlichen, sondern auch der seelischen Kräfte eingetreten ist. Es ist geradezu zu verwundern, daß so mancher Arme aus diesem Stande imstande gewesen ist, um diese gefährliche Klippe, die den Charakter zu zerschellen droht, ungefährdet herumzukommen. Wir niederösterreichischen Abgeordneten haben zu wiederholten Malen bei der Regierung vorgesprochen, zu wiederholten Malen haben wir im Verbande verlangt, daß die Regierung endlich ein Herz für die Beamtenschaft zeige, für die Festangestellten aller Kategorien und auch für die staatlichen Arbeiter; Hilfe hat sich wohl eingestellt, aber die Hilfsaktion ist verspätet und nicht ausgiebig genug gekommen. *(Ruf: Für die Postbeamten überhaupt noch nicht!)* Gewiß auch nicht allseitig. Und der vornehmste Arbeitsgeber, den der Staat eigentlich vorstellen sollte, der ist nicht der nobelste Arbeitgeber gewesen! Darüber ein Wort zu verlieren, ist wohl nicht notwendig. Nur eines müssen wir verlangen, wenn der Krieg noch weiter währen sollte, staatliche Hilfe, auf daß der Beamtenstand nicht wirtschaftlich noch tiefer herabsinke, noch mehr seelisch zusammenbreche, als es bisher der Fall gewesen ist.

Zu den Opfern des Krieges gehört auch der Gewerbe- und der Handwerkerstand. Sie werden alle wissen, daß so manches Geschäft, das sich vor der Kriegszeit eines ganz guten Zulaufes, eines gewissen Wohlbefindens erfreute, nun gesperrt ist. Die zurückbleibende Frau mußte Schulden machen, das Geschäft ist zugrunde gegangen und wenn der Mann aus dem Felde zurückkehrt, so wird er sein Häuschen verkauft, die Kunden verlaufen finden, seine Existenz ist zugrunde gerichtet. Aber noch viel schlimmer wird es jenen Armen ergehen, die invalid zurückkommen. Die invaliden Gewerbetreibenden werden unserer vollsten Unterstützung bedürftig sein. Ich glaube, sie wird ihnen auch vom Hause gerne zuteil werden. Jene versunkenen Existenzen wieder an die Oberfläche zu bringen, ihnen eine Basis zu geben, auf daß diese Ärmsten unter den Armen neuerlich wieder zu einer Gesundung ihres Geschäftes kommen, sich wieder eine neue Existenz aufbauen können, dazu ist wohl nicht allein der Staat und das Land berufen, sondern alle Berufsgenossenschaften, das Gewerbeförderungsamt, alle gewerbefördernden Faktoren, darunter auch die Handels- und Gewerbekammern. Vor allem werden wir die Gefahr beseitigen müssen, daß diese zurückkehrenden Armen nicht sofort in die Hände von herzlosen Gläubigern fallen. Es ist auf das tiefste zu bedauern, daß die gewerblichen Zentralkassen, deren Gründung vor vielen Jahren hier im Hause behandelt wurde, durch die Untätigkeit des Reichsrates nicht zur Verwirklichung kamen.

Eine der vornehmsten Aufgaben wird wohl sein, den gewerblichen Mittelstand wieder zu retten, der durch den Krieg die schwersten Schäden erdulden mußte.

Über die Versorgung mit Rohstoffmaterial ist bereits gesprochen worden. Der Friede wird ein derartiger sein müssen, daß der Regierung die Möglichkeit geboten wird, den gewerblichen Mittelstand mit den zum Betriebe seines Geschäftes notwendigen Rohstoffen zu versehen. Daß dazu natürlich die gewerblichen Hilfskassen mit Unterstützung des Staates dienen werden müssen, bedarf erst keiner weiteren Erörterung.

Die trefflichen Worte Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte und über die Umwertung derselben in elektrische Kraft müssen wir auf das herzlichste begrüßen. Nur bedauern wir, daß so spät an solche Unternehmungen gedacht wird. Die Worte sind gehört worden, die Taten werden vielleicht erst nach Jahren, nach Jahrzehnten folgen. Im niederösterreichischen Landtag hat der Herr Abgeordnete Kittinger schon vor Jahren darauf hingewiesen, die Wasserkräfte des Landes diesen Zwecken nutzbar und dienstbar zu machen. Leider ist dies nicht geschehen. Andere Staaten haben uns bereits überflügelt, so Italien und Frankreich, wo große staatliche Beträge für diese Zwecke verwendet wurden. Wenn wir dem Gewerbestande den Wettbewerb mit der aufstrebenden Industrie und den Großbetrieben ermöglichen wollen, wird es notwendig sein, daß auch auf diesem Gebiete die staatliche Hilfe mächtig eingreife.

Auch in der Frage des Befähigungsnachweises wird mit Rücksicht auf die Invalidenfürsorge eine Neuorientierung erfolgen müssen. Das soziale Gebot, den Kriegsbeschädigten den Übergang von einem Handwerk zum anderen zu ermöglichen, da zweifellos Kriegsbeschädigte rasch ein neues Handwerk werden lernen müssen, um den bürgerlichen Beruf zu finden und nicht der öffentlichen Mildtätigkeit anheimzufallen, wird eine Durchsicht und Änderung der Vorschriften über den Befähigungsnachweis für diese Übergangszeit erfordern.

Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat in seiner Programmrede auch der Landwirtschaft gedacht. Geben wir uns keiner Täuschung hin! Wenn wir auch heuer noch zum Frieden kommen sollten, so wird die Lebensmittelknappheit sicher noch bis zum Ende des Jahres 1919 andauern. Gewiß noch eine lange Zeit! Daß wir aus der Ferne, aus den Kolonien durch die Hilfe der Entente Lebens-

mittel oder Rohstoffe in ausreichendem Maße erhalten könnten und würden, ist unwahrscheinlich. Wir sind also auf die eigenen Kräfte und deshalb auf eine vermehrte und vertiefte Erzeugung auf allen Gebieten der Landwirtschaft angewiesen. Wir müssen nun leider gestehen, daß auf diesem Gebiete die Regierung in den letzten Jahren zwar Worte fand, aber sehr wenig an Taten zu sehen war.

Ich habe selbst zu wiederholten Malen mit meinen Kollegen angeregt, daß die Regierung betreffs der Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdüngermitteln helfend eingreifen möge. Es ist nichts geschehen. Betreffs der Festsetzung von Höchstpreisen bei Düngermitteln ist eine verspätete Verordnung erschienen. Der Luftstickstoff wird in Deutschland bereits durch Umbildung zu Kunstdüngezwecken verwendet. Daß sich auch auf diesem Gebiete in Österreich ein Fortschritt einstelle und Fabriken gebaut würden, um den Luftstickstoff zu Düngemitteln in Verwendung zu bringen, dazu hat sich die Regierung nicht herbeigelassen. Während Hunderte von Munitionsfabriken entstanden sind, wurde für diesen Zweck keine Fabrik gebaut, während wir in Deutschland bereits einige sehen. *(Ruf: Auch in Ungarn ist eine gebaut worden!)* Ja, auch in Ungarn. Der Boden ist erschöpft, es ist geradezu ausgeschlossen, daß er das zu bringen imstande ist, was die Zukunft von ihm ansprechen wird. Darum müssen wir auf diesem Gebiete eine gewisse Unterstützung der Regierung nicht für die Bauernschaft, sondern für die Konsumenten selbst verlangen. Denn nur dann, wenn der Bauernstand zur Erzeugung gekräftigt ist, ist es auch denkbar, daß der Konsument voll und ganz auf eine entsprechende Lebensmittelzufuhr rechnen kann.

Daß auf dem Gebiete der Aufbewahrung und Aufspeicherung von Lebensmitteln in den letzten Jahren Fehler geschehen sind, wissen wir alle. Wenn man im ersten Jahre gefehlt hat, so nimmt es nicht Wunder; aber es kann uns schon wundernehmen, daß sich im zweiten Jahre Fehler eingestellt haben; aber geradezu verdammenswert ist es, daß im dritten Jahre noch sinnlose Aufspeicherungen und unvernünftige Aufbewahrungen geschehen, welche Lebensmittel ruinieren und so den Lebensunterhalt der Allgemeinheit ungemein erschweren. Die „Arbeiter-Zeitung" hat erst in dieser Woche eine ganze Reihe solcher Fälle aufgezählt. Wo liegt da der Fehler? Gibt es nicht eine Verantwortlichkeit, die in diesem schweren, wichtigen Falle ihres Amtes waltet und rücksichtslos diejenigen straft, die in einer derart leichtsinnigen Weise dem Volke die Lebensmittel vermindern? Aber ich glaube, die Vielseitigkeit unserer Ressortverwaltung, die Einspruchsmöglichkeit dieses und jenes Ressorts ist hier wieder die Ursache und hat uns die Lebensmittel entzogen oder verderben lassen. Daran ist, glaube ich, immer noch der alte österreichische Amtsschimmel schuld, der uns schon so viel Sorge und Kummer bereitet hat, dieses hartlebige, nicht umzubringende Vieh, das trotz der Futtermittelnot nicht verhungern kann und sich immer noch seine Sprünge leistet. Wenn der Krieg zu Ende geht, werden wir, meine Herren, einen zweiten Krieg anfangen müssen, einen Krieg gegen diesen Amtsschimmel. Da werden wir ihn von vorne angreifen, von der Front, wie der militärische Ausdruck lautet, aber auch von der Flanke; und wenn alles nichts nutzt, werden wir Sprengpatronen an einer Stelle verwenden, daß dieses Vieh endlich einmal in die Luft gehe.

In Deutschland sind bereits viele Kartoffeltrocknungsanstalten in Kartoffelgebieten errichtet worden. Bei uns hören wir wenig davon. Das ist eine unverantwortungslose Rückständigkeit. Wenn der Krieg auf der einen Seite Milliarden verschlungen hat, so hätte man zur Erhaltung der Lebensmittel wohl noch einige hundert Millionen widmen können.

Man wirft dem Bauernstand vor, daß sich bei ihm Entschuldung eingestellt hat. Gewiß, wir anerkennen das. Diejenigen, die volks- und heimatsliebend sind, müssen es begrüßen, daß geradezu die Grundlage des staatlichen Lebens, unser Bauernstand, zur Entschuldung gekommen ist. Seine Einnahmen sind keine reinen Einnahmen gewesen, sie bestanden ja im Verkaufe jenes Viehes und jener Mengen, die ihm abgezwungen wurden oder die er wegen des Mangels an Futtermitteln abstoßen mußte. Dies hat ja schon Seine Exzellenz, der Vorgänger des jetzigen Herrn Ackerbauministers, in rühmenswerter Weise gesagt.

Ich will Ihnen, meine Herren, um eine komische Note in die Sache zu bringen, nur das eine sagen, daß in der jetzigen Zeit der Bauer das Bild eines Wassersüchtigen bietet. Der Wassersüchtige ist auch angeschwollen, er zeigt das Bild eines kerngesunden Mannes. Dann kommt der Arzt, stellt die Krankheit fest und, wie der Volksmund sagt: Der Kranke wird angezapft. Er wird nun mager und bietet das Bild eines kranken Menschen. So wird auch die Zeit kommen, wo nach dem Kriege auch der Bauer angezapft wird. Die Maschinen, die Wirtschaftsgeräte, das Haus, die Felder, kurz alles ist durch die Kriegszeit vollständig verwahrlost. Der Bauer wird bei seiner Rückkehr aus der Front gezwungen sein, Tausende für Neuanschaffungen und Reparaturen zu investieren und seine Spareinlagen werden schwinden wie der Schnee vor der warmen Märzensonne.

Lassen Sie mich nun, meine Herren, als Vertreter eines weinbautreibenden Kreises auch etwas über Weinbau sprechen. Der Krieg hat ungeheure Erschwernisse für die Weingebiete gebracht.

*(Abgeordneter Reifmüller: Wird der Wein billiger werden?)* Er wird in einigen Jahren schon billiger werden. Durch den Mangel an Kupfervitriol zur Bekämpfung unserer Blattkrankheiten bei den Reben sind unsere Weingärten sehr im Ertrage zurückgegangen. Im heurigen Jahre hat wohl die Gunst der Witterung eine Besserung gebracht. Aber gehen Sie hinaus in die weinbautreibenden Bezirke, so werden Sie ein jämmerliches Bild im Stande der Weingärten sehen. Ganze Flecken sind kahl geworden. Warum? Weil es uns schon seit drei Jahren an Schwefelkohlenstoff fehlt, um die Weingärten durch Einspritzung vor der Reblaus zu bewahren. Seien Sie versichert, wenn wir binnen zwei Jahren nicht genügend Schwefelkohlenstoff in Niederösterreich bekommen — in Südmähren ist es ja nicht anders — so werden wir samt und sonders in Niederösterreich um unseren Weinbau kommen. Dies wäre ein ungeheures Verhängnis für Niederösterreich Bei uns sind viele Kleinwirtschaften mit einem Viertelweingarten und und nur einigen Joch Feld. Der Wein bringt soviel, daß sich die Besitzer zur Not fortbringen. Gehen die Weingärten zugrunde, gehen auch diese Armen wirtschaftlich zugrunde, werden dann das Land verlassen und sich als Fabriksarbeiter verdingen. Deshalb appelliere ich infolge der dringlichen Notwendigkeit an die Regierung, daß sie, wenn der Krieg zu Ende geht, unter allen Umständen und raschestens dafür sorge, daß unsere Weinhauerschaft genügend Kupfervitriol zur Bespritzung der Weingärten bekomme, sowie daß ihr auch in ausreichender Menge Schwefelkohlenstoff zur Verfügung gestellt werde, auf daß wir den heimischen Weinbau zu retten imstande sind. In dieser Hinsicht werden mir auch jene Herren Kollegen aus den Südländern und den anderen Ländern zustimmen, weil sie unter denselben Fatalitäten zu leiden haben, wie unsere Bezirke. Wenn das nicht rechtzeitig und rasch geschieht, wird der sangesfrohe niederösterreichische Weinbauer am Ende unter Tränen das alte Liedchen wiederholen, daß ehedem einmal gesungen wurde: „Im Keller nix, im Beutel nix, der Teufel hol' die ganze Wix!"

Lassen Sie mich einige Worte über die Mittelschulbildung in Niederösterreich sprechen. Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat am 1. April 1917 im Verordnungsblatte die statistischen Angaben über die mit dem Öffentlichkeitsrecht versehenen Gymnasien und Realschulen im Schuljahre 1916/17 veröffentlicht. Aus diesem statistischen Berichte erkennen wir, daß wir Niederösterreicher, besonders auf dem flachen Lande, außerordentlich benachteiligt sind gegen die anderen Kronländer. Während in Böhmen 83 Gymnasien sind, von welchen 73 vom Staate erhalten werden, während in Galizien gar 123 Gymnasien sind, die alle vom Staate erhalten werden, haben wir in Niederösterreich einschließlich Wiens 42 Gymnasien, von denen nur 22 in Staatsverwaltung stehen.

Bei den Realschulen ist der Unterschied ein noch gewaltigerer. Da sind 45 Realschulen in Böhmen, die alle in Staatsverwaltung stehen, in Niederösterreich aber haben wir 25 Realschulen, von denen nur 19 in Staatsverwaltung sind. Von den staatlichen Mittelschulen auf dem flachen Lande Niederösterreichs, mit Ausnahme Wiens, erhält der Staat nicht eine einzige Realschule: 2 Millionen Einwohner im Stammlande der Monarchie haben nicht eine einzige staatliche Realschule. Meine Herren! Bei aller Bescheidenheit werden Sie mir doch zugestehen, daß dies eine Ungerechtigkeit ist, wie sie nicht krasser irgendwo zu finden ist. Auf dem flachen Lande sind 4 Realschulen und diese 4 Realschulen erhält die Landesverwaltung. Eine einzige Realschule, und zwar die in Laa an der Thaya wird von einem Mittelschulverein erhalten, welcher mit allergrößter Mühe die Schule über die Klippen des materiellen Lebens hinwegbringt. Wenn die Ausbildungsmöglichkeiten der Mittelschuljugend von seiten des Staates nur mit einem Achtel auf dem flachen Lande bedacht sind und fünf Achtel von der Landesverwaltung besorgt werden, so werden Sie doch aus diesem Bilde erkennen, daß das ganze Stammland Niederösterreich auf dem flachen Lande sehr, sehr benachteiligt ist, und darum werden Sie mir recht geben, wenn ich die Forderung aufstelle, die gemeinsame Forderung der bürgerlichen Abgeordneten Niederösterreichs, die da nach der Verstaatlichung der Realschule in Laa strebt. Es ist das eine Notwendigkeit, denn wir wollen in Niederösterreich nicht verkürzt sein gegenüber den anderen Kronländern. Wir haben dasselbe Recht wie die anderen Kronländer und verlangen, daß auch endlich einmal Niederösterreich in gleicher Weise von dem Sonnenscheine der Regierung bedacht werde, wie er Böhmen, Galizien und anderen Kronländern zuteil geworden ist.

Seine Exzellenz hat auch einige Worte über die Lehrerbildung gesprochen. Ich begrüße das Aufwerfen dieser Frage, würde aber nur den Nachsatz hinzufügen, daß wir deutschnationalen Abgeordneten unter allen Umständen nur eine Reform der Lehrerbildung im fortschrittlichen Sinne wünschen. Gerade jetzt hat der Krieg gezeigt, wie notwendig es ist, daß wir auf dem Lande draußen sehr intelligente Lehrer besitzen, denn in ihren Händen ruht heute draußen das Schicksal des Volkes, durch ihre Hände geht geradezu alle Arbeit, sei es dieser oder jener Art. Darum verlangen wir auch, daß die Bildung der Arbeit entsprechend sei, das heißt, daß den Nachkommen wenigstens eine erhöhte Bildung zuteil werde.

**Präsident:** Ich bitte zum Schluße zu kommen.

Abgeordneter **Wedra:** Schon? *(Heiterkeit.)* Aber, meine Herren, warum machen Sie nicht Zwischenrufe? Ich bitte um Zwischenrufe, damit ich noch ein wenig reden kann. Ich will zum Schluße eilen. Wir niederösterreichische Abgeordnete waren Freunde der Zweistaatlichkeit, des Dualismus. Wir sind es auch gewesen, die mit dem Abgeordneten Dobernig als die ersten die Annäherung an Ungarn angestrebt haben. Wir sind es auch, die in der allernächsten Nähe Ungarns stehen und auch in Betreff der Lebensmittelversorgung unter dem Damoklesschwert der ungarischen Engherzigkeit zu leiden haben. Meine Herren! Wien hat zu Friedenszeiten mindestens die Hälfte seiner Lebensmittel aus Ungarn bezogen. *(Ruf: Dreiviertel!)* Ich sage, nur die Hälfte und heute müssen wir leider es erleben, das Niederösterreich, jenes Land, daß im südlichen Teile eine große Industrie aufweist, im nördlichen Teile zwar agrarisch bedacht ist, aber doch nicht einen so guten Ackerboden hat, daß es imstande wäre, Wien voll und ganz mit Lebensmitteln zu versorgen, von Ungarn wenig bedacht wird. Darum die argen Nöte in Wien. Wir verlangen unter allen Umständen, daß auch Ungarn die Liebe unseres Landes mit gleicher Liebe auf anderen Gebieten vergelte. Heute hören wir Stimmen, daß Ungarn ein Übermaß von Kohle von uns verlangt, daß Ungarn verlangt, daß der Bedarf an Kohle für Ungarn im vollen Maße bestritten werde. Nun, da hätten wir schließlich ein Zwangsmittel in der Hand, um Ungarn zu zwingen, daß auch die Lebensmittel in ähnlicher Weise von Ungarn Österreich zukommen, wie wir gewillt sind, auch ihnen Kohle zu geben. Aber daß Ungarn mit Kohle voll und ganz versorgt werde und wir in der Haupt- und Residenzstadt des Reiches, in Wien darben und hungern müssen, das wäre ein unerhörter Zustand. Davor möchte ich die Regierung im vollen Ernste warnen, denn es würde und könnte dem Fasse den Boden ausschlagen und zu bösen Unannehmlichkeiten führen.

Daß wir in Niederösterreich für einen Frieden schwärmen, der uns nicht allein das adriatische Meer, sondern auch die Donau frei macht, ist selbstverständlich. Durch unser Land fließt der Donaustrom, Handel und Wandel gehen auf der Donau und die Tore derselben dürfen nicht versperrt sein weder durch die Engländer, noch durch die Franzosen und Russen. Deswegen kann der Friede sich nur auf diesem Wege bewegen, der uns das Donaugelände in betreff der Versorgung mit gewerblichen und Industrieartikeln vollständig frei macht.

Von dieser Stelle aus würde ich auch noch sagen, daß die Freiheit der Meere zu sichern ist, denn durch die Verminderung der Rohstoffe würde die Gefahr bestehen, daß die Industrie zusammenbrechen würde. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Die Industrie würde zusammenbrechen und den Schaden würden jene Elemente haben, die immer für einen Verständnisfrieden schwärmen, einen Frieden, der uns in Knechtschaft bringen würde, der uns in aller Zukunft es unmöglich machen würde, die Sozialversicherung, die Arbeitslosenversicherung in gute Wege zu leiten. Auf Jahrzehnte hinaus entstünde ein Stillstand in der sozialpolitischen Gesetzgebung und den Schaden hätten nur der Mittelstand und die untersten Schichten unseres Volkes, das sind die Arbeiter. Und darum wollen wir einen ehrenvollen Frieden, der den Triumph unserer Waffen bedeutet. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Laginja; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Laginja:** Hohes Haus! Wir stehen in der ersten Lesung des Voranschlages, und zwar des ordentlichen Voranschlages für die Periode 1917/18, eines Indemnitäts-Gesetzentwurfes für weitere sechs Monate vom 1. November 1917 und in der Debatte über eine sehr umfangreiche Programmrede der neuen Regierung, beziehungsweise des Herrn Ministerpräsidenten.

Schon ein so umfangreicher Stoff, wie der ist, den wir zu verhandeln haben — obwohl nur in der ersten Lesung — würde für jeden Redner, der an die Reihe kommt, gewiß eine weit längere Zeit erheischen. Ich werde kein Geheimnis verraten, wenn ich konstatiere, daß jedem von uns leider nur eine halbe Stunde zur Prüfung dieser so höchst wichtigen Gegenstände zur Verfügung steht. Deshalb habe ich, wenn auch nicht gezwungen, weil ich nicht gezwungen werden kann, diesmal auf eine, wenn auch kurze Einleitung in meiner kroatischen Muttersprache verzichtet, weil ich Wert darauf lege, daß die hohe Regierung, die der kroatischen Sprache bekanntlich nicht mächtig ist, wenigstens in Schlagworten unsere Stellung diesen großen Fragen gegenüber zur Kenntnis nimmt und damit es nicht geschehe, wie schon einmal, wo der Anfang meiner Rede, die ich im Monate Juni hier gehalten habe, nach der stenographischen Aufnahme des kroatischen Teiles etwas anders wiedergegeben wurde, als ich in der Tat gesprochen habe.

Meine Herren! Unser Voranschlag umfaßt Milliarden, das ist schon eine bekannte Sache. Die Zinsen allein der bereits bestehenden Kriegsschulden betragen bekanntlich 1702 Millionen Kronen, eine Milliarde, sieben Zehntel und etwas darüber. Es lohnt sich, der Bevölkerung möglichst zu veranschau-

lichen, was das bedeutet. Ich habe mir eine kleine Berechnung gemacht und komme zu folgendem Resultate. Wenn man 100 Kronennoten der Breite nach zusammenlegt, so bekommt man von je sechs Stück ungefähr 1 Meter Länge. Wenn man nun die 1702 Millionen Zinsen auf diese Weise ausdrücken würde, so bekäme man eine Entfernung von rund 2700 Kilometer, das ist etwa die fünffache Eisenbahnlinie Triest—Wien. Ich glaube, eine annähernde Vorstellung von der Größe dieser unserer Schulden, beziehungsweise der jährlich zu bezahlenden Zinsen auf die bisherigen Schulden können sich da diejenigen — und das ist die Mehrheit der österreichischen Staatsbürger — bilden, welche von einem Einkommen von nur etlichen Stücken 100 Kronenzettel leben müssen; wenn die auf der Bahnlinie Triest—Wien drei, vier Meter zusammen ausmachen, ist das schon sehr viel. Sie müssen aber mit den anderen Staatsbürgern zusammen rund 2770 Kilometer belegen, um die zur Zahlung der Zinsen der Kriegsschulden nötigen 100-Kronenzettel zusammenzubringen.

Das erste, worüber man sprechen muß, sind die Fragen des Friedens und die Frage der Ernährung in unserem Staate. Daß wir alle den Frieden wünschen, steht außer Zweifel. Insbesondere müssen wir Vertreter der südlichen Länder und Vertreter der drei südlichen slawischen Stämme, der Kroaten, Slowenen und Serben dieser Monarchie den Frieden auf das sehnlichste wünschen, weil wir durch den Krieg am meisten betroffen sind. Wir sind Seiner Majestät und Seiner Heiligkeit dem Papste ungemein dankbar für die von ihrer Seite ergangenen Erklärungen und Wünsche. Wir möchten nur von dieser Stelle an Seine Heiligkeit einen weiteren Appell richten er möge sich eines historischen Geschehnisses bei dieser Gelegenheit erinnern, daß nämlich vor etwa 1200 Jahren die Völkerschaften, die wir heute vertreten, in die Reihe der zivilisierten Völker durch die Annahme der christlichen Religion getreten sind. Damals war die römische Kurie die Depositärin, die Repräsentantin dessen, was wir heute modern die europäische Diplomatie nennen, und daß bei jener Gelegenheit ein Friedensbund geschaffen wurde, nach welchem unsere Vorfahren mit der Annahme der christlichen Religion sich verpflichteten, keine Eroberungszüge zu machen, wogegen die Diplomatie ihnen den Sieg über diejenigen sicherte, welche in ihr Vaterland eindringen wollten. Sollte jemand in ihr Land eindringen — nämlich in das Land der Kroaten; damals waren wir mit den Slowenen bis in die kärntnerischen Gaue, bis in die Grenzen Tirols eines und dasselbe — so wird Gott sie rächen, indem er den Sieg dem Schüler Christi, Petrus gewähren wird. Si quis eorum (Croatorum) terram invaderit, vindex eorum Deus esset, concilians victoriam Petro Christi discipulo.

Wir appellieren an alle diejenigen, die in Wahrheit den Frieden wünschen, sich dessen zu erinnern und uns zu helfen, daß wir aus unserem Lande jede Fremdherrschaft weg haben *(Bravo!)*, heiße nun diese Fremdherrschaft wie immer *(Sehr gut!)*, sei sie nun eine Herrschaft einer oder zweier mit uns in derselben Monarchie lebenden Volksstämme oder zweier über uns in verschiedenen Gebieten der Monarchie gebietenden Regierungen oder seien es Fremde außerhalb unserer Monarchie.

Hohes Haus! Der Herr Ministerpräsident hat eine ungemein umfangreiche Programmrede in wirtschaftlicher Beziehung gehalten und hat soviel des Guten erzählt, daß wir mit bestem Willen nur annehmen müssen, daß er selbst sehr schwer glauben kann, daß eine Regierung, und sei sie auch eine definitive Regierung, wie er sie genannt hat, alles dasjenige ausführen kann, was da vorgebracht wurde.

Ich kann mich wegen der Kürze der Zeit nicht in Einzelheiten einlassen. Ich kann nur, wie gesagt, mit Schlagworten einiges hervorheben, um die Unmöglichkeit der Ausführung dieses Programmes zu erweisen. Es ist nicht von heute und nicht von gestern, daß nicht nur wir Südslawen, sondern die ganze Volksvertretung, über Vernachlässigung auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung klagt und Vorschläge und Andeutungen vorbringt, wie auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens Wandel geschaffen werden müßte. Wir haben in der ganzen Zeit des sogenannten verfassungsmäßigen Lebens die traurige Erfahrung gemacht, daß, wenn in irgendeiner Beziehung ein Schritt nach vorwärts gemacht wurde, gewiß in einer anderen Beziehung zwei Schritte nach rückwärts gemacht worden sind, so daß wir von einem Fortschritte bei uns überhaupt nicht sprechen können. Einen gewissen Fortschritt haben vielleicht die zwei in unserer Monarchie herrschenden Volksstämme, die Deutschen und die Magyaren aufzuweisen. Aber mir scheint — ich bin ja nicht so eingeweiht in die inneren Verhältnisse dieser zwei Volksstämme — daß sie ihre Fortschritte nur dort gemacht haben, wo es hieß, uns andere Staatsbürger zurückzudrängen und zu unterdrücken. *(Zustimmung.)* Denn sonst würden wir nicht tagtäglich, wenn nicht stärkere, so doch ebenso starke Beschwerden von deutscher Seite in bezug auf die öffentliche Verwaltung hören, wie wir sie hören. Jene Beschwerden, wie sie sie da vorbringen, treffen vielleicht im Herzen ihrer Länder zu, aber an den Peripherien, wo es heißt, uns zu bedrücken und etwas wegzunehmen, sind sie gewiß nicht geschädigt worden. Wir haben zu so langen und so großartig angelegten programmatischen Reden aus Erfahrung kein Vertrauen mehr. Wir sind sogar überzeugt, daß beim besten Willen nicht der hundertste Teil dessen im Laufe der Zeit, welche einer Regierung in

Österreich überhaupt gegönnt ist, ausgeführt werden könnte, was da alles vorgebracht wurde und zwar auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Man sagt uns beispielsweise — erlauben Sie, meine Herren, daß ich nur einige Beispiele anführe — wir werden das wasserwirtschaftliche Programm durchführen, wir werden Meliorationen, die damit im Zusammenhange stehen, durchführen, wir werden die Ausnützung der Wasserkräfte zur Erzeugung von Motorkraft 2c. fördern. Man verspricht uns sogar ein durchgehendes Netz für die elektrische Leitung durch den ganzen Staat. Nun, meine Herren, erlauben Sie mir ein Beispiel dafür zu geben. Unmittelbar vor der Okkupation Bosniens, das heißt einige Jahre vorher, hat sich unsere Regierung mit der Frage der Narentaregulierung befaßt. Es ist ein Gesetz erflossen, die Narenta ist reguliert worden, soweit, daß die Schiffe bis knapp an die hercegovinische Grenze bis nach Metković fahren konnten. Zugleich hätte das ganze Narentatal melioriert werden sollen. Fragen Sie nun die alten Leute dort, wie die Sache ausgefallen ist, und Sie werden einstimmig nur Beschwerden darüber hören, die beweisen, daß es in bezug auf den Grund und Boden, der melioriert hätte werden sollen, ärger aussieht als damals, als die Narenta noch nicht reguliert war.

Das ist nur ein Beweis dafür, daß wir diesen Versprechungen der Regierung nicht viel Glauben schenken können, weil wir durch die Praxis der österreichischen Regierungen überhaupt zu der Überzeugung gelangt sind, daß uns diese Verwaltung nicht paßt. Ich bitte um Entschuldigung, ich kann mich nicht feiner ausdrücken. Seit dem ersten Tage, wo wir unser Volk irgendwo verfassungsmäßig vertreten, in den Landtagen, im Parlamente 2c. haben wir immer das Prinzip hervorgehoben, daß wir, was unsere Bevölkerung anbelangt — um die anderen Völker brauchen wir uns nicht zu kümmern, weil sie ja eine Masse Intelligenz haben und für sich genug sorgen können — zum Beispiel das Volksschulwesen, so verstehen, daß die Volksschule auf dem Lande vorwiegend eine kleine landwirtschaftliche Schule, wenn ich mich so ausdrücken darf, sein soll, die Volksschule in den Märkten und Städten dagegen vorwiegend eine gewerbliche Volksschule. In dieser Beziehung hat man, wenigstens was unsere Länder anbelangt, nicht einen Schritt vorwärts getan. Die Volksschule ist bei uns so, wie sie vor 50 Jahren war, sie bringt uns gar nichts für die große Masse der Bevölkerung, sie ist überhaupt nichts wert.

Das wollte ich in bezug auf den öffentlichen Unterricht sagen. Über den Kultus brauche ich nicht weiter zu sprechen, es genügt, wenn ich behaupte, daß die niedere Geistlichkeit bei uns auf dem Lande unter den schwierigsten Verhältnissen leben muß und daß insbesondere jetzt, wo die Lebensmittel so karg bemessen werden und in den Gegenden, wo der Geistliche keinen eigenen Grund und Boden bebauen kann, weil er weder Eigentümer noch Nutznießer eines solchen ist, das Leben unserer Geistlichen geradezu ein Hungern ist. In dieser Beziehung hat sich die staatliche Regierung bisher bei weitem nicht so gekümmert, wie es die Ehre dieses Standes und seine Verdienste der Bevölkerung und auch der Öffentlichkeit gegenüber verdienen würden.

Meine Herren! Nehmen wir beispielsweise bei uns unten die öffentlichen Ämter. Wir werden Tag für Tag inmitten des Krieges und in der Zeit, wo es das höchste Gebot wäre, Ruhe zu stiften, germanisiert; die Bevölkerung darf sich nicht beschweren, aber ist bereits so indolent geworden, daß sie sich überhaupt nicht beschweren will, weil sämtliche Beschwerden bis jetzt zu nichts geführt haben. Ich brauche diesbezüglich insbesondere nur an unsere Grenzländer, in nationaler Beziehung als solche betrachtet, an Kärnten und Steiermark zu denken. *(Bravo! Bravo!)* Nicht die Amtssprache jener Ämter, die in höherem Sinne gesamtstaatlich sind, sondern die Amtssprache jener Ämter, die für ganz kleine Kreise, zum Beispiel für Gerichtsbezirke, für Steuerbezirke, für Bezirkshauptmannschaften 2c. bestellt sind, gebrauchen ausschließlich die deutsche Sprache. Und da sagt man uns: wir germanisieren ja nicht, wir wollen euch ja nicht nähertreten, wir wollen eure Nationalität nicht vernichten. Der faktische Zustand aber, die Tatsachen lehren uns etwas anderes und das ist, daß unsere Bevölkerung unter diesen Verhältnissen leidet, weil sie gegen Recht und Gesetz nicht ihre Nationalität, nicht ihr eigentliches Wesen so entwickeln kann, wie es sein sollte, und wie man sagt, daß es uns freisteht.

So erscheint mir, meine Herren, die ungemein umfangreiche Programmrede Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten nicht vielleicht, wie sie in einem Zwischenrufe charakterisiert wurde, als eine Programmrede eines Abgeordnetenkandidaten, sondern vielleicht eher als eine Rede, die ein Lehrer halten würde vor etlichen jungen Leuten, die die Matura absolviert haben und die in die Welt hinausgehen müssen und ihre Stellen besetzen sollen in verschiedenen Richtungen des öffentlichen Lebens. Da wird ihnen die ganze Schwere, aber auch die ganze Hoffnung auseinandergesetzt, was da zu machen notwendig wäre und wo sie alle und mit allen Kräften mitzuwirken haben. Es ist eine Art Idealismus, nach meiner Ansicht aber eine sonderbare Art von Idealismus, so etwas den Vertretern der verschiedenen Nationen Österreichs vor die Augen zu stellen, was beim besten Willen nicht zum hundertsten Teile von Seite einer Regierung

ausgeführt werden kann. Denn, ich glaube, meine Herren, die Regierung Seiner Exzellenz Ritter v. Seidler befindet sich in einer Hauptfrage in einem Irrtum.

Ich will ja nicht prophezeien, aber ich frage, wenn es zum Beispiel dazu kommt, daß diese definitive Regierung von der Volksvertretung nicht die Ermächtigung bekommt, die Staatsgeschäfte weiter zu führen — ich muß mich da korrigieren, diese Ermächtigung hat sie — aber die Auslagen für die Führung der Geschäfte in Anspruch zu nehmen, wenn sie eines schönen Tages ohne diese Bewilligung bleibt, was muß geschehen? Entweder muß diese Regierung zurücktreten oder muß sie dem Parlamente, wie man gewöhnlich sagt, Adieu sagen, das Parlament nach Hause schicken. Was ärger sein wird, darüber will ich nicht urteilen, das ist Sache der hohen Regierung und derjenigen, die auf unser Parlament etwas halten oder vielleicht nicht halten; aber von unserem Standpunkte aus, insbesondere vom Standpunkte unseres Klubs muß ich schon jetzt sagen, daß die hohe Regierung uns bei einer solchen Eventualität ganz gleichgültig finden würde. Ob sie geht oder ob wir gehen, das ist für uns alles eins; unsere Nation, diejenigen, die wir vertreten, soweit sie am Leben geblieben sind, die werden nicht gehen, die werden bleiben und die werden ihre Rechte verlangen, sei es von dieser oder von einer kommenden Regierung. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Ich glaube, nun zur Hauptsache übergehen zu müssen, und zwar zu dem kürzeren Teile der Rede Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten, nämlich zu dem eigentlichen politischen Programm. Dieses politische Programm steht nach meiner Ansicht in sehr engem Zusammenhange mit dem wirtschaftlichen Programm. Politisch sagen die Nationen: Wir Polen, wir wollen ein einheitliches Staatsgebilde. Und was sie weiter nicht sagen, aber was sich vielleicht nach der Geschichte und nach der Kenntnis dieser Nation vermuten läßt, ist die weitere Konsequenz einer solchen Stellung der polnischen Nation, nämlich eine ganz freundschaftliche Gesinnung und ein ganz freundschaftliches Leben mit den anderen Nationen dieser Monarchie und vielleicht aus freien Stücken, aus gutem Willen ein engerer Verband als es derjenige wäre, welcher eventuell zwangsweise zwischen den übrigen Teilen der Monarchie und einem freien Polen erhalten würde. Die Vertreter der böhmischen Nation sagen: Wir wollen einen selbstständigen Staat im Bunde der anderen Länder und Völker dieser Monarchie. Wir Kroaten, Serben und Slowenen — ich gehe alphabetisch vor — wir haben am 30. Mai d. J., als wir in die neue Session eintraten, erklärt, daß wir einen national selbständigen politischen Körper fordern, in welchem sämtliche Länder der Monarchie, die von unserem Volke, unserer Nation bewohnt sind, vereinigt werden sollen und daß wir das verlangen auf Grund des nationalen Prinzips und des kroatischen Staatsrechtes. Meine Herren, das ist das Minimum dessen, was wir . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Kollege, Ihre Redezeit ist um.

Abgeordneter Dr. **Laginja**: Ich bitte sehr, Herr Präsident, nur fünf Minuten und berufe mich da auf die gestern bei Herrn Abgeordneten Dr. Adler geübte Praxis.

**Präsident**: Ich bitte um Entschuldigung, das stimmt gar nicht, der Herr Abgeordnete Dr. Adler hat für drei Redner gesprochen.

Abgeordneter Dr. **Laginja**: Ich bin gleich fertig, Herr Präsident, haben Sie die Güte!

Nun, meine Herren, die Nationen Österreichs, und zwar die industriellste, die reichste Nation, wie die Tschechen es sind, dann die polnische Nation, die so wichtig ist durch ihre Geschichte sowie vermöge ihrer geographischen Lage und ihrer Kultur, und unsere Nation unten im Süden der Monarchie, welche wichtig ist wegen der Adria und wegen aller großen weltwirtschaftlichen Fragen, die damit zusammenhängen, diese großen Nationen stellen ihr Programm fest und sagen: wir wollen das so und so, weil wir die Zeiten für eine solche Regelung des Komplexes der Völker und der Länder unter den Habsburgern für gekommen erachten. Und was sagt zu diesen großartigen Fragen, welche gewiß nicht nur unsere Monarchie, nicht nur die österreichische Regierung, sondern die Welt interessieren, eine definitive österreichische Regierung? „Ich gebe euch die Kreiseinteilung!" *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Das sind solche Gegensätze in der grundlegenden politischen Ansicht, daß es zwischen diesen drei Nationen und der Regierung, die jetzt am Ruder ist, beim besten Willen beiderseits absolut nicht möglich ist, zu einer Einigung zu kommen *(Bravo!)*

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Kollege, zu schließen.

Abgeordneter Dr. **Laginja**: Einen Moment, Herr Präsident! Ich bitte sehr, ich spreche ja jetzt so selten, daß es sich vielleicht wirklich lohnt, etwas Gnade mit mir zu üben. *(Heiterkeit.)*

Was das politische Programm anbelangt, so muß ich speziell auf zwei Dinge noch ganz kurz reflektieren. Aus dem wirtschaftlichen Programm,

welches von Seite unserer Regierung da vorgebracht wurde, ist zu ersehen, daß die Regierung einer gewissen Idee, welche vor kurzer Zeit von deutscher Seite in die Öffentlichkeit gekommen ist, höchstwahrscheinlich nicht feindlich gegenübersteht.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Kollege, zum Schlusse zu kommen, Sie haben Ihre Zeit schon um zehn Minuten überschritten!

Abgeordneter Dr. **Laginja**: Zum Schlusse erwähne ich, daß, wenn die hohe Regierung die Beschlagnahme oder sogar, wie man befürchtet, die Enteignung unserer Schiffahrt, unseres Schiffsraumes ins Auge fassen sollte, sie sich ja davor hüten möge, denn das wäre nicht mehr eine rein österreichische Frage, das wäre etwas mehr, denn das lassen wir uns unten absolut nicht wegnehmen. Ich bitte Exzellenz in Betracht zu ziehen, daß das wenige, was wir an unseren Schiffen in der Adria haben, der Schweiß unseres Angesichtes, der Schweiß unserer Matrosen ist, welche bis vor wenigen Jahren nicht einmal eine Lebensversicherung gehabt haben, welche ihr Leben opferten ohne irgendeine gerechte Entschädigung.

Also wie gesagt, das würden wir unter keinen Umständen dulden, denn dasjenige, worauf die Regierungen im Falle der Subventionierung das Recht haben, nämlich über die Itineräre, über die Frachtsätze, über die Wegeregelung 2c. zu sprechen, das haben sie bisher auch geübt und das können sie auch weiter in den betreffenden Subventionsverträgen verlangen.

Was endlich die Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten in Bezug auf Dalmatien anbelangt, so muß ich ganz kurz hervorheben, daß sich Österreich und Ungarn in dieser Beziehung so stark befehden, daß wir nach meiner Ansicht nicht aus eigener Initiative zu sagen brauchen: das wird ein anderer Faktor regeln, sondern es liegt auf der Hand, auf Grund der Erklärungen des Dr. Wekerle vom 12. d. M. und der Erklärungen Seiner Exzellenz unseres Ministerpräsidenten vom 25. d. M., daß ein Einvernehmen, eine Einigung zwischen Österreich und Ungarn darüber, wem Dalmatien gehört, ausgeschlossen ist; denn dort sagt man: nach dem vom König beschworenen Staatsgrundgesetz gehört Dalmatien zu den Ländern der heiligen Stephanskrone und Sie, Exzellenz Herr Ministerpräsident, sagen: auf Grund des österreichischen Staatsgrundgesetzes gehört Dalmatien zu Österreich. Und wir Kroaten, Serben und Slovenen sagen Ihnen, Exzellenz, und dem Herrn Dr. Wekerle: es wird sich ein Dritter finden, welcher sagen wird: dieses Land Dalmatien gehört derjenigen Nation, deren Könige dort begraben sind, die die Sprache dieses Landes spricht und deren Leben in Dalmatien gelebt wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich erteile dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Schöpfer, das Wort.

Abgeordneter Dr. **Schöpfer**: Hohes Haus! Der Herr Obmann unserer Vereinigung hat am Schlusse seiner heutigen Rede mit sehr beredten und warmen Worten der Friedenssehnsucht des ganzen Volkes Ausdruck gegeben. Allein zum Friedenschließen gehören zwei Teile. Es kann der eine Streitteil noch so friedliebend sein, wenn der andere um jeden Preis Unfrieden haben will, dann bleibt in einem solchen Falle, wie ihn unser Weltkrieg darbietet, nichts anderes übrig, als auch im Kriege auszuhalten, so schwer es ist und so viele Opfer es kostet, und durchzuhalten, bis der Friede erzwungen ist. Wir dürfen uns dabei keiner Täuschung hingeben: in diesem Weltkriege wird der Friede durch Waffenerfolge allein nicht erreicht. Ich glaube, darüber sind wohl alle klar. Auch die besten Waffenerfolge brauchen ihre Mithilfe und eine der wichtigsten Mithilfen liegt in den Stimmungen der Bevölkerung. *(Sehr richtig!)* Wenn im Ganzen des Volkes eine Stimmung erzeugt ist, die das Mitarbeiten ausschließt, dann kann es dazu kommen, daß auch die großartigsten Erfolge auf dem Gebiete der Kriegführung nicht zum Ziele führen. Daß die Stimmungen zum Frieden das ihre beitragen, beweist uns der Gang der Dinge in Rußland. Nicht als ob dieses Reich mit kriegerischen Erfolgen gar so zu prunken hätte; allein von Rußland wissen wir ja, daß es im Laufe der Jahrzehnte, ja der Jahrhunderte, sogar auf dem Umwege über viele Niederlagen immer größer geworden ist. Aber endlich hat die Stimmung des Volkes oder der Völker vollständig versagt und heute ist das mächtige Rußland, das einen großen Teil der Erde inne hat, vom Kriege sozusagen ausgeschaltet. Was heute noch geschieht, dieses Mitarbeiten, das sind vielleicht noch Zuckungen, aber das ist keine Kriegführung mehr, wie sie eines so mächtigen Weltreiches würdig wäre.

Und die Flammenzeichen am italienischen Himmel machen auch darauf aufmerksam, daß es bei unserem südlichen Nachbarn mit den Stimmungen allmählich nicht mehr so ist, wie damals, als der „sacro egoismo", dieses Schlagwort, die Gemüter erhitzt hat. Und es ist sehr die Frage, ob es Italien gegenüber noch eines gewaltigen Waffenerfolges bedarf, um durch die Stimmungen auch diesen Kampfgenossen unserer Feinde von der Kriegführung auszuschließen.

Sehr geehrte Herren! Wir müssen hier von den Gegnern lernen und dürfen uns nicht bloß darüber trösten, daß anderswo die Stimmungen versagen: wir müssen das auf uns selbst anwenden und das Möglichste tun, damit die richtige Stimmung bei uns erhalten wird. Und diese Stimmung steht in unlösbarem Zusammenhange mit dem Können. Man muß es aushalten können. Denn ohne das Können wird nie die richtige Stimmung erreicht werden.

Sehr geehrte Herren! Gestatten Sie mir, daß ich als Abgeordneter eines Landes, das in diesem Kriege ganz besonders zu leiden hat, von dem ein großer Teil engstes Kriegsgebiet ist — in meinem Wahlbezirke ist der berühmte Col di Lana —, auf etwas aufmerksam mache. Wenn im Hinterlande, wenn, wie wir sehen, in Böhmen die Stimmung sehr zu beachten ist, so müssen Sie doch in einem Lande, das so unter dem Kriege unmittelbar leidet, von dem ein großer Teil unmittelbares Kriegsgebiet ist, ganz besonders auf die Stimmung achtgeben und es auch ermöglichen, daß das Volk aushalten kann. Wir haben im Laufe des Krieges in wiederholten Deputationen und Vorstellungen darauf aufmerksam gemacht, daß Tirol im Vergleiche zu manchen anderen Kronländern ungerecht behandelt wird. Wir haben auch selten einen Widerspruch erfahren; man hat uns die Ungleichheit der Behandlung zugegeben. Ja, Sie sind halt Kriegsgebiet! hat es geheißen. Aber auch in Angelegenheiten, wo eine gleichmäßige Behandlung möglich gewesen wäre, sind wir ganz ungleich, schlecht behandelt worden. Wir werden es nicht unterlassen, immer und immer wieder die Regierung und die andern maßgebenden Kreise aufmerksam zu machen, daß man Tirol nicht ausnahmsweise behandeln soll.

Ich führe ein paar Beispiele an. Wir sind ausnahmsweise behandelt worden bei der Feststellung der Preise: es war dies bei den Weinpreisen, bei den Viehpreisen und auch bei den Heupreisen der Fall. Unsere landwirtschaftliche Bevölkerung hat anerkannt, daß die Preise, die sich bei uns gebildet haben, die bei den Requirierungen geboten wurden, gewiß viel besser sind, als die Friedenspreise, aber man hat es nicht begriffen, warum in Tirol zum Beispiel ganz bedeutend niedrigere Viehpreise sind, als in Kärnten und Salzburg. Dies hat besonders in den Grenzgebieten sehr übles Blut gemacht und man hat sich gefragt, ob denn die Tiroler sich um das Reich weniger verdient gemacht haben, ob sie weniger bereitwillig waren, Gut und Blut einzusetzen; der Patriotismus der Tiroler wurde ja doch bis in die jüngsten Tage immer gelobt. Dann begreift aber die Bevölkerung nicht diese Art der Behandlung. Weiter hat man gesagt, die Preise sind ja gut; darauf ist aber die Antwort doch sehr leicht. Wenn die Preise gerecht sind, warum überbietet man denn in anderen Kronländern noch die Preise? Sind sie dort aber gerecht, dann sind sie auch für Tirol am Platz. Gerade diese Ungleichheit der Behandlung hat bei uns — ich muß das sagen — auf die Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung einen sehr nachteiligen Einfluß genommen. Übrigens liegt die Sache so, daß von den niedrigen Preisen erst recht die konsumierende Bevölkerung nichts hat, im Gegenteil, sie hat den Schaden davon. Ich mache auf eines aufmerksam: Wir haben eine ganz ungesunde Relation zwischen den Preisen des Schlachtviehes und des Nutzviehes. Die Schlachtviehpreise sind bei uns zu niedrig. Was ist die Folge davon? Die Landwirte in der Nähe der Stadt kaufen sich im Herbst kein Vieh mehr ein; sie sollen hohe Viehpreise für das Nutzvieh zahlen, wenn aber die Kühe ausgemolken sind, sollen sie dann mit großem Verluste, mit dem Verluste von 1000 K bei einer Kuh, das Vieh später wieder abstoßen. Das kann man den Landwirten nicht zumuten. Und was ist die Folge davon? Die Folge davon ist, daß die Bevölkerung in der Stadt jetzt noch weniger Milch bekommen wird, als bisher, wo ehedem die Klagen schon so laut zu den Behörden emporgedrungen sind.

Wir haben eine ganz augenfällige ungleiche Behandlung in bezug auf die Heulieferungen. Wir haben darüber Vorstellungen gemacht, daß man jetzt das Heu einfach fortnimmt und da hat es geheißen, die Organisation der Futtermittelzentrale in den anderen Kronländern funktioniert nicht. Also deswegen, weil die Verwaltung in den anderen Kronländern Schiffbruch erleidet, müssen wir in Tirol es büßen. Es ist selbstverständlich, daß das zahlreiche Militär an der Front seinen Bedarf decken muß; wenn dieses für sich sorgt und wenn sie, weil eine Organisation nicht funktioniert, ihre Gewaltmittel anwendet, so ist das von ihrem Standpunkt aus begreiflich; aber was ist die Folge davon? Die Folge davon ist eine fortschreitende Verbitterung oder Erbitterung in der bäuerlichen Bevölkerung und ich mache hier aufmerksam, daß man diese Sache nicht gering schätzen möge, denn auch hier kann es einmal heißen, daß ein Tropfen das Glas zum Überfließen bringt.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einen verwandten Gegenstand berühren, um eine Bitte vorzubringen. Bei uns hat bekanntlich die Alpwirtschaft eine überaus große Bedeutung und man ist sehr dankbar dafür — übrigens ist es im Interesse des Staates selber geschehen —, daß es heuer wieder ermöglicht wurde, den alpwirtschaftlichen Betrieb durch die Beurlaubung der Senner aufrecht zu erhalten. Nun geht die Alpwirtschaft zu Ende, Ende September und Anfangs Oktober wird das Vieh von den Alpen abgetrieben. Nun ist aber

damit die Wirtschaft nicht zu Ende, denn das Vieh muß, soweit es nicht abgestoßen wird, im Tale erhalten werden und die Senner müssen jetzt als sogenannte Fütterer in Arbeit bleiben. Es ist im vorigen Jahre auch gelungen, die Beurlaubungen hiefür rechtzeitig zu erreichen, aber heuer hört man nichts davon und da kann der Fall eintreten, daß in ein paar Wochen, wenn die Regierung nicht noch schnell allgemeine Vorsorge trifft, das Vieh nach Hause kommt, aber nicht mehr die Bedienung hat, und was die Folge davon sein wird, kann sich der Herr Ackerbauminister selber ausmalen. Ich glaube, die Folgen werden nicht bloß für den landwirtschaftlichen Betrieb bei uns, sondern auch für die Städte und für die Militärversorgung überaus bitter sein und darum muß ich hier im Gesamtinteresse, insbesondere auch im Interesse der konsumierenden Bevölkerung dringend ersuchen, daß rechtzeitig für die Fortsetzung des viehwirtschaftlichen Betriebes in den Tälern vorgesorgt werde.

Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident — und jetzt gehe ich zu seiner Programmrede über, um ein paar Punkte zu berühren — hat uns einen großen, großen Tisch reichlich gedeckt, so daß die einen ihm ein langes Leben als Ministerpräsident gewünscht haben, um auch nur einen Teil durchzuführen und die anderen gesagt haben, das sei eine Kandidatenrede, die einen im Vorwurfe, die anderen in Zustimmung. Ich habe mir auch gedacht, daß vielleicht weniger mehr gewesen wäre. Übrigens schadet es nichts, wenn auch für fernere Zukunft etwas in Aussicht gestellt wird. Aber trotzdem nach meiner Ansicht weniger mehr gewesen wäre, habe ich doch einiges darin vermißt. Ich habe eines vermißt, was mir bei der durch den Krieg geschaffenen Sachlage überaus wichtig und auch dringlich erscheint. Seine Exzellenz hat wohl von der Bekämpfung der Güterschlächterei und des Bauernlegens gesprochen; er hat kurz die Ansiedlung und Verwendung von Kriegsinvaliden erwähnt, aber er hat mit keinem Worte die Frage der Bodenverschuldung erwähnt. Das habe ich vermißt. Eine Regelung auf diesem Gebiete ist heute ebenso wichtig wie früher, aber viel dringender als früher. Auch das Parlament hat sich wiederholt mit der Frage der Bodenentschuldung beschäftigt und da wurde immer der Einwand gemacht: es geht nicht mehr, die Verschuldung ist schon so groß, daß man die Mittel nicht mehr aufbringt, sie zu beseitigen. Wer könnte es machen? Der Staat. Das würde vielleicht Milliarden kosten, übrigens eine Summe, die heute einen gar nicht mehr erschreckt. Nun ist aber durch die Kriegsfolgen die Bodenentschuldung zu einem guten Teil vollzogen worden. Es ist den Bauern nicht bloß das abgenommen worden, was sie sonst abgestoßen hätten, es ist auch in ihr Inventar eingegriffen worden und die Preise, die sie bekommen haben, waren im Vergleiche zu den Friedenspreisen gut. Die Leute sind dadurch und auch durch den Zwang zur Sparsamkeit in die Lage gekommen, vielfach einen guten Teil ihrer Schulden zurückzuzahlen. Wir stehen also einer teilweisen Entschuldung gegenüber. Nun ist sehr zu fürchten, daß man weiter sagen wird: Was braucht ihr noch? Die Entschuldung ist ja geschehen. Wir haben zum guten Teil einen schuldenfreien oder nur wenig belasteten Bauernstand, also können wir uns jener Mühe überheben, die früher nutzlos gewesen wäre und jetzt überflüssig ist.

Sehr geehrte Herren! Wir haben aber jetzt noch eine andere Erscheinung, und diese macht die Sache sehr gefährlich. Wir haben bereits eine furchtbare Überzahlung der Güter. Es kommen Fälle vor, die man früher nie für möglich gehalten hätte. Nicht bloß die Entwertung des Geldes, sondern auch die jetzt erkannte große Bedeutung von Grund und Boden, der Überfluß von Geld in den Kapitalistenkreisen, das alles führt dazu, daß jetzt mit einer gewissen Hast nach dem Boden gegriffen und mit allen möglichen Kunstgriffen getrachtet wird in den Besitz von Grund und Boden zu gelangen. Es werden übermäßige Preise, es werden Spekulationspreise geboten. Nun ist ja immer, wie die Erfahrung lehrt, der hohe Güterpreis der Verschuldung vorangegangen. Es ist das ein Gesetz des inneren logischen Zusammenhanges, der durch die Erfahrung bewiesen ist, der aber auch aus der Natur der Sache folgt. Und darum war es ein zeitgemäßer, nie notwendiger, den Riegel vorzuschieben durch geeignete Maßnahmen, als gerade jetzt. Und wenn diese Zeit jetzt versäumt wird, dann wird später das Übel noch viel größer sein, als jenes war, das man glaubte, wegen seiner Größe nicht mehr heilen zu können.

Und darum muß ich an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, der ja als ehemaliger Ackerbauminister und langjähriger Beamter im Ackerbauministerium die Sachlage kennt und an den Herrn Ackerbauminister selbst das dringende Ersuchen richten, dieser Frage volle Aufmerksamkeit zu schenken und darauf hinzuwirken, daß die Arbeiten wiederum aufgenommen, aber auch rasch fortgeführt werden, denn hier kann, wenn die Zeit versäumt wird, vieles verloren sein.

Sehr geehrte Herren! Mit der Frage der Agrarreform oder der Reform des Agrar- oder Bodenrechtes hängt die von Seiner Exzellenz in der Programmrede gestreifte Frage der Versorgung der Kriegsinvaliden innigst zusammen. Es hat ganz kurz geheißen: „Die Ansiedlung und Verwendung von Kriegsinvaliden kommt in Betracht.“ Gestatte mir das hohe Haus über diesen Gegenstand einige

Worte zu sagen. Die Ansiedlung der Kriegsinvaliden, aber nicht bloß der Kriegsinvaliden, sondern der Krieger überhaupt, insoweit sie hiefür geeignet und gewillt sind, Ansiedlungen zu übernehmen, ist eine Sache des Dankes, ist eine Dankesschuld an die Verteidiger des Vaterlandes. Wer hat mehr Recht, ein sicheres Fleckchen Erde zu bekommen, um es zu bewirtschaften und seine Produkte wiederum der Öffentlichkeit zuzuführen, als derjenige, der mit den größten Gefahren, mit Hintansetzung der persönlichen Sicherheit und mit der Hingabe seines eigenes Lebens, wenn es sein mußte, diesen Boden verteidigt hat? Niemand, glaube ich, schätzt auch mehr, was vaterländischer Boden heißt, als der Soldat, der sein eigenes Heim solange verlassen mußte. *(Zustimmung.)*

Eine möglichst zahlreiche Ansiedlung von Kriegern und Invaliden ist auch im höchsten Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik gelegen. Fast nichts wird gegenwärtig mehr beklagt, als der Rückgang der Geburtsziffern, und man rechnet aus, wie viele Armeekorps im Laufe der Zeit durch diese soziale Krankheitserscheinung verloren gehen. Im Deutschen Reiche hat man das erkannt und auch im Interesse einer gesunden Bevölkerungspolitik ist speziell in Preußen schon seit Jahrzehnten eine zielbewußte Aktion auf dem Gebiete der Innenkolonisation erfolgt und gerade jetzt während des Krieges haben auch die anderen Bundesstaaten angefangen, auf dem gleichen Gebiete tätig zu sein. Bei uns wäre so viel zu tun, wären so viel Möglichkeiten, wäre so viel Anlaß. Es ist darum bedauerlich, daß diese wichtige Frage nur mit ein paar Worten abgetan wurde. Vielleicht ist in Wirklichkeit schon viel geschehen, viel vorbereitet . . . . *(Abgeordneter Zaunegger: In unserer Gemeinde werden Kriegerheimstätten errichtet!)* Ich habe mich um die Sache bemüht, ich bin in Tirol im Landesausschuß Referent für diese Angelegenheiten. Wir sind auch daran, Kriegerheimstätten zu gründen, aber, wenn ich ins Ackerbauministerium gegangen bin, um mich zu erkundigen, so habe ich, offen gestanden, eher einen Rückschritt als einen Fortschritt gemerkt. *(Hört! Hört!)* Es wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als daß das hohe Haus trachtet, auch hier die Initiative zu ergreifen, mit gutem Beispiel voranzugehen und die Regierung auf diesem Gebiete nach sich zu ziehen.

Ich habe früher gesagt, daß die Frage mit der Reform des Bodenrechtes sehr innig zusammenhängt. Ich betone aber: wenn man nichts anderes tun würde, als kleine oder größere Ansiedelungen den heimkehrenden Kriegern und besonders den Invaliden zu gewähren und man würde die Freiheit des Grundverkehres lassen, so würde es vielleicht nicht zwei Dezennien dauern, dann ist die ganze Wohltat wiederum verschwunden und ein großer Teil der zugeteilten Heimstätten sind nicht mehr Heimstätten, sie sind ebenfalls den Weg der Spekulation gegangen.

Deshalb, sehr geehrte Herren, handelt es sich hier darum, daß man mit voller Überzeugung an einer Wahrheit festhält und dieser Wahrheit auch zum Durchbruch verhilft, daß nämlich Grund und Boden nicht Gegenstand reinen Privateigentums ist, über das jeder nach seiner Willkür verfügen darf. Wenn der Krieg irgendetwas auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik gelehrt hat, dann ist es die Wahrheit, daß Grund und Boden für die Gesamtheit ist, in dem Sinne, daß er so verwaltet werden muß, daß er der Gesamtheit dient. *(Bravo! Bravo!)* Wenn diese Wahrheit zum Durchbruche geführt wird und wenn daraus die Konsequenzen gezogen werden, dann kann man sich auf vielen Gebieten die Heilung einzelner Wunden ersparen, weil sie aus der gesunden Kraft die dadurch erzeugt wird, von selbst geheilt werden.

Und nun zum Schlusse noch ein Wort über jene Frage, die jetzt alle Gemüter erregt — wir haben die Zuckungen der Aufregung in diesem hohen Hause schon wiederholt und auch in der letzten Stunde wiederum erfahren. Es ist das die Frage der Verfassungsreform. Es behauptet wohl niemand, daß eine Neugestaltung nicht notwendig ist. Ich habe mich hierüber im Verfassungsausschusse in einer Weise geäußert, daß mancher gesagt hat, es sei dadurch die schwüle Situation etwas erleichtert worden. Aber eines darf man nicht glauben: daß wir eine Verfassungsreform brauchen, durch die das Gefüge des Staates gelockert wird. *(So ist es!)* Beim Ausbruche des Krieges ist mit elementarer Gewalt in ganz Österreich das Gefühl zum Durchbruche gekommen, daß wir mehr Zusammenhalt brauchen, als wir früher gehabt haben. An eine Lockerung darf nicht geschritten werden.

Es dürfen darum auch nicht die zentrifugalen und die österreichfeindlichen Kräfte gestärkt werden und da darf man sich nicht begnügen mit dem Bedauern, daß diese Kräfte auch hier in diesem Hause tätig sind, sie müssen bekämpft werden. Es muß aber auch das andere geschehen: Die Forderung, daß die einzelnen Nationen in diesem Reiche sich wohl befinden, muß auch erfüllt werden und da darf nicht alles über einen Kamm geschoren werden. Man darf auch nicht glauben, daß die Neuordnung des Gebäudes hinreicht, um diese Angelegenheiten zu regeln. Ich meine, die Ruthenen wären sehr froh, wenn sie ohne nationale Autonomie den Zustand hätten, den zum Beispiel die Italiener in Tirol auch ohne nationale Autonomie haben. Und darum gilt es nicht bloß, das Gebäude zu reformieren, es sind auch die Menschen zu reformieren, und vielleicht hätten diejenigen, die am lautesten nach der Reform der Verfassung schreien, am meisten

Ursache, bei sich selbst ihre eigene Verfassung im Innern zu reformieren. *(Sehr gut!)*

Was wir heute in diesem Hause gehört haben, ist freilich einer solchen Forderung und Erwartung nicht günstig. Aber es wird nichts anderes nutzen, in diesem Reiche wird nicht früher Ruhe werden, man wird sich nicht früher zu einer dauerhaften friedlichen Zusammenarbeit zum gemeinsamen Wohle finden, bis nicht auch alle jene, die es bewohnen oder darin maßgebend sind, bei sich selbst eine Reform durchführen, jene Reform, die das friedliche Zusammenarbeiten möglich macht. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Šubrt.

Abgeordneter **Šubrt:** Hohes Haus! Ich hatte die Absicht, lediglich über die peinlichsten Sorgen des Tages, über die Magenfrage und über das geradezu empörende Vorgehen der staatlichen Verpflegungsorgane zu sprechen und mich rein politischer, nationaler und sprachlicher Ausführungen ganz zu enthalten. Der Herr Redner der Christlichsozialen hat mich jedoch gezwungen, von dieser meiner Absicht ein wenig abzukommen.

Wir alle verehren den Herrn Dechant Hauser. Er ist ein lieber Mensch und ein angenehmer Gesellschafter. Sobald er jedoch homo publicus wird, wird er ungemütlich und kratzbürstig. Seitdem die Partei, in deren Namen er hier gesprochen, sich vor den Wagen des unduldsamsten Germanismus hat anspannen lassen, unterläßt er es niemals, seiner Feindseligkeit gegen das böhmische Volk die Zügel schießen zu lassen.

Er hielt sich über die Affaire Burival auf. Ich muß sagen, daß ich den Mangel an Rechtsgefühl, den er dabei bekundet hat, nur bedauern kann. Er besprach sie vom Standpunkt der Anständigkeit. Es sei mir erlaubt, zu erklären, daß wir Lektionen darüber aufs entschiedenste uns verbitten müssen von einer Seite, die mit der Schändung dieses Saales den unglorreichen Anfang gemacht hat. In der Sache selbst will ich den verehrten Obmann der christlichsozialen Partei bloß mit einer Variation einen bekannten Ausspruch sagen: nicht die Anständigkeit steht auf der Tagesordnung, sondern das Recht, das primärste Recht der Abgeordneten, deren Immunität. *(Bravo!)* Diese zu verteidigen, ist Pflicht eines jeden Mitgliedes des Hauses und es ist eine Anmaßung, jemandem daraus einen Vorwurf zu machen, wenn er an seiner subjektiven Rechtsüberzeugung festhält.

Meine Herren! Mit derselben Naivität, mit der in den Münchner Fliegenden Blättern der Backfisch die Mutter fragt: „Mama, was ist das, ein Leutnant?", fragte der Herr Abgeordnete Hauser: „Wo sind die Unterdrückungen der Tschechen?" Unsere Antwort darauf würde leider sehr lang ausfallen. Ich möchte nur eines dem Herrn Obmann der in Wien herrschenden Partei in Erinnerung bringen: das Martyrium der tschechischen Privatschulen in Wien. Die Herren von Wien wollen eine Moschee hier errichten — wir haben gar nichts dagegen —, die magyarische Sprache obligat einführen, auch dagegen haben wir gar nichts, aber sie sinnen und trachten immerfort nach einem Vorwand, nach einem Gewaltmittel, um hier jedes tschechische Wort im Elementarunterricht zu unterdrücken und begehen Akte der Unterdrückung, die eine Schmach und Schande vor Gott und den Menschen sind. Würde ich Herrn Hauser nicht sehr schätzen, ich würde ihm zurufen: Hochwürden, machen Sie sich mit solchen Fragen, wie die Ihre gewesen, nicht lächerlich.

Hohes Haus! Die Regierung hat in ihrem Programm, in welchem sie jedem Stande etwas versprochen, jedem ein Sträußchen gegeben hat, auch über die Ernährungsfrage gesprochen und betont, daß weder eine Schwächung noch eine Lähmung der Produktionskraft eintreten darf, und weiter, daß sie in den Ernährungsfragen in steter Verbindung mit dem Parlament und der Bevölkerung bleiben will.

Dadurch, daß die Regierung zu dieser Erkenntnis und Überzeugung erst jetzt kommt, beweist sie selbst, daß es in den vergangenen Zeiten nicht der Fall war.

Und da muß ich konstatieren und betonen, daß die ganze Approvisionierung im laufenden Jahre sich wesentlich verschlechtert, ja in mancher Beziehung, sowohl was die Sicherung der Produktion, als auch was die Regelung des Verbrauches betrifft, gänzlich versagt hat. Der Zentralismus im öffentlichen Approvisionierungsdienst hat sich als ungeeignet erwiesen, ebenso wie die bureaukratische Führung der Approvisionierungsaktion, welche zur Mitarbeit vielleicht nur gewisse Kreise herangezogen hat, die sich für ihre Mitarbeit gut bezahlen ließen. *(So ist es!)* Unter dieser Wirtschaft haben wir fürchterliche Zeiten erlebt.

Die Unbemittelten haben fast alle verloren, dagegen sind Leute, die Kapital oder Frechheit, beziehungsweise beides besitzen, reich geworden.

Am meisten haben die Angehörigen der mittleren städtischen Schichten der Bevölkerung, besonders diejenigen, welche auf ein fixes Gehalt angewiesen sind, und die Gewerbetreibenden, die ihr ganzes Gewerbe verloren haben, gelitten.

Heutzutage ist die Situation der städtischen Bevölkerung wirklich verzweifelt. In den Approvisionierungsangelegenheiten ist es unbedingt notwendig, nicht nur zu sprechen, sondern auch zu handeln,

weil das Volk Taten sehen muß, wenn es das letzte bißchen Vertrauen zu den Organen der öffentlichen Verwaltung nicht verlieren soll.

In der Zeit, wo die Preistreibergesellschaften die Preise aller Lebensmittel diktiert haben, hat sich fast niemand gefunden, der energisch gegen sie aufgetreten wäre.

Gegen die kleinen, meist armen Verkäufer aufzutreten, hat man immer Courage genug gehabt und hat sie mit der ganzen Strenge des Gesetzes verfolgt, die großen und reichen Herren, welche die Teuerung und Not verschuldet haben, ließ man aber laufen.

Die Errichtung des Ernährungsamtes bei uns ist sicher eine gute Idee gewesen und wir selbst haben von ihm Abhilfe in einer ganzen Reihe von Beschwerden erwartet, allerdings nicht gleich, aber allmählich, bis der ganze neue komplizierte Apparat sich einarbeitet und Wurzeln faßt. Obwohl ich anerkennen muß, daß das Ernährungsamt sich die größte Mühe gibt und den besten Willen hat, dort abzuhelfen, wo es notwendig ist, kann ich nicht mit Stillschweigen eine ganze Reihe von Sachen übergehen, welche keineswegs befriedigt haben und wo man Abhilfe schaffen muß. Das Ernährungsamt kann mit Erfolg nur dann arbeiten, wenn seine Organe imstande sein werden, die Aufgaben, die man ihnen stellt, zu lösen. Und da müssen wir eingestehen, daß das nicht der Fall ist. Pflicht des Amtes ist, nicht nur alles das zu erreichen, was da ist und was notwendig ist, sondern auch die Sorge um die Erzeugung dieser Bedarfsartikel der Volksernährung durch möglichst große Unterstützung der Produzenten, durch das Überlassen und Verschaffen aller Mittel, die zur Produktion notwendig sind.

Ich will hinweisen auf einige ungesunde Erscheinungen in der ganzen Organisation, die sehr oft vorgekommen sind und vor denen man sich hüten muß, weil die Approvisionierungsverhältnisse im kommenden Jahre mehr Sorgen, ja auch größere Beschränkung als voriges Jahr erfordern werden und es werden neue und neue kriegswirtschaftliche Vorkehrungen notwendig sein, um eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel und anderer unentbehrlicher Lebensmittel zu erzielen. Es ist notwendig, daß die Ämter genau dafür Sorge tragen, daß jede Approvisionierungseinheit aus dem eigenen Gebiete oder aus der nächsten Umgebung approvisioniert werde, daß der überflüssige Transport von Getreide und Mehl entfalle. Um so notwendiger ist es in den gegenwärtigen Zeiten, wo der Eisenbahnverkehr ohnedies wesentlich beschränkt ist, daß die Bahnen nicht durch überflüssige Transporte noch mehr belastet werden.

Eine andere Sache, welche man besprechen und welche man einer ordentlichen Revision unterziehen muß, ist die Institution der Kommissionäre, denen der Einkauf des Getreidevorrates nach der Deckung des Bedarfes der Produzenten anvertraut ist. Am Anfang hat man bestimmt, daß zu dieser Funktion legitime Kaufleute und landwirtschaftliche Genossenschaften berufen werden, aber es sind Fälle vorgekommen, daß zu Kommissionären Leute bestellt wurden, die sich vor dem Kriege nie mit dem Getreideanbau oder Getreidehandel beschäftigt haben, Leute, welche die ganze Zeit etwas anderes waren und ganz ohne Fachkenntnisse sind, welche aber Protektion bei den k. k. Bezirkshauptmannschaften hatten, und das hat genügt. Es ist notwendig, daß der Einfluß der Kommissionäre, welche in der ersten Reihe nicht für die Ernährung des Volkes, sondern für den eigenen Nutzen Sorge tragen, auf die Aufgabe beschränkt bleibe, die im Rahmen der ganzen Organisation ihnen gebührt, also auf die Aufgabe rein technischer zur Getreideannahme bestimmter Hilfsorgane ohne selbständige Disposition.

Es ist zu wünschen, daß die Interessen der Kommissionäre nicht in den Vordergrund gestellt werden, wie es geschieht. Es ist erstaunlich, was sich diese Leute alles erlauben, und zwar unter dem Schutze der Bezirkshauptmannschaften. Die Institution der Kommissionäre, so wie sie heute ausschaut, schadet der Sache und bedroht für die Zukunft jede Wirtschaft. Manche Kommissionäre benehmen sich so, daß der Feind im Lande sich nicht ärger benehmen könnte.

Ihr Auftreten gegenüber den Parteien und den Vorstehern der einzelnen Gemeinden ist grob. Ich verweise auf die Interpellation, welche ich unlängst vorgelegt habe und in der ich einige Beispiele geschildert habe. Es ist entsetzlich, wie der Einkauf, der sich auf das Getreide nach der Bedeckung des Bedarfes der Produzenten beschränken soll, durchgeführt wird. Manches Bauerngut schaut wie nach einer Plünderung aus. Es gibt Fälle, wo der Häuslerin, deren Mann eingerückt ist und welche Mutter von fünf Kindern ist, der letzte Rest, einige Kilogramm Korn und Kartoffeln weggenommen worden sind. Wehe dem Vorsteher, der es wagt, jemanden gegen den Herrn Kommissionär zu verteidigen. Gleich werden ihm Beschimpfungen und Drohungen zuteil: „Ich werde Sie einsperren lassen! Ich werde Sie einrücken lassen!“ Nach dem Herrn Kommissionär ist das Einrücken eine Strafe, obwohl wir nur vom Felde der Ehre und des Ruhmes hören.

Es ist notwendig, die ungeeigneten Organe zu beseitigen, mögen sie wie immer heißen: Kommissionäre, Kontrollore, Inspektoren — es gibt schon so viele Inspektoren, daß sich niemand darin auskennt — kurz, alle diejenigen, gegen welche die Beschwerden begründet sind und welche die gute Organisation nur hindern.

Der Herr Ministerpräsident hat uns die Absicht der Regierung mitgeteilt, in Verbindung mit der Bevölkerung zu sein. Dasselbe hat man auch den autonomen Körperschaften mit dem Hinweise darauf mitgeteilt, daß sich die Regierung überzeugt habe, daß es notwendig ist, erfahrene Männer und Volksorganisationen zu Hilfe zu nehmen, wenn die Ernährungsorganisation ihren Zweck erreichen soll. Zu dieser Überzeugung sollte aber die Regierung schon früher kommen, und zwar gleich am Anfang des Krieges und nicht erst heute. Heutzutage betrachte ich eine solche Erklärung ganz anders, heutzutage, wo die Ernährungsorganisation, geführt durch den Beamtenapparat, versagt hat, sucht man jemanden, der die Verantwortung mittragen würde. Und darum beginnt man wirtschaftliche Räte bei den Bezirkshauptmannschaften usw. zu gründen.

Wir danken bestens für die Einladung zur Mitwirkung, welche nichts anderes bedeutet als die Verantwortung für die Fehler und Sünden der Vergangenheit zu tragen. Wir sind keiner Arbeit auf dem Gebiete des Approvisionierungsdienstes ausgewichen und die durch unsere Bezirke und Gemeinden erzielten Resultate sind der beste Beweis davon. Ich bin überzeugt, daß die öffentliche Approvisionierung nicht versagt hätte, wenn ihre Durchführung den Gemeinden und Bezirken unter Mitarbeit der Fachmänner der Produktion, Handels- und Verbrauchsverhältnisse und der Vertreter der Konsumenten anvertraut worden wäre. *(Sehr richtig!)* Daß es trotzdem bisher zu keiner ernstlichen Erschütterung in der Volksernährung gekommen ist, muß man nur dem übermenschlichen Aufopfern, der äußersten Anspannung aller Kräfte, dem Riskieren der Gesundheit und dem stillen Heldenmut der breitesten Massen danken. *(Zwischenrufe.)*

Aber diese heldenmütige Aufopfernng hat ihre Grenzen. Bei dieser Gelegenheit muß ich die Behauptung zurückweisen, daß die Demonstrationen, die in einigen Städten stattgefunden haben, politischen Charakter gehabt hätten. *(Zwischenrufe.)* Wo immer wir auch die Ursachen solcher Exzesse untersucht haben, überall haben wir uns überzeugt, daß es ausschließlich Ausbrüche der Verzweiflung waren, hervorgerufen durch Hunger und Not, daß in allen Fällen der leere Magen gesprochen hat. *(Zwischenrufe.)* Wer unter das Volk geht, sieht diese Not, das Vegetieren von Tag zu Tag, sieht, wie die Bevölkerung den Krankheiten, besonders der Tuberkulose, Dysenterie usw. verfällt. Wenn wir die Ursache dieser Krankheiten, welche ganze Schichten der Bevölkerung ergreifen, nicht kennen würden, vielleicht würde sich jemand finden, der behaupten würde, daß sie auch politischen Charakter tragen. *(Sehr gut!)* Einige Demonstrationen sind aber nur durch die Ungeschicklichkeit der politischen Verwaltung verschuldet worden. Ich kenne zum Beispiel einen Fall, wo das Volk zum Bezirkshauptmann gekommen ist, um die Mehlzuweisung bitten.

Er hat aber die Deputation des Volkes ziemlich brüsk abgewiesen, obwohl er noch einen Vorrat von 70 Meterzentner Mehl hatte. Hier darf man sich nicht wundern, daß die hungernde Menge sich in der Aufregung auf die Vorräte stürzt, welche vorhanden sind, die man ihm aber verweigert. Aber auch andere Umstände haben eine große Rolle gespielt, welche ich erwähnen muß, Es ist die Angst vor der Zukunft. Das Volk war Zeuge dessen, wie man mit der Ernte des vorigen Jahres gewirtschaftet, wie man alles bis zum letzten Kilogramm requiriert und ausgeführt hat und da befürchtet man, daß dasselbe mit der heurigen, bedeutend geringeren Ernte geschehen könnte.

Die Raubwirtschaft der Statthaltereibehörden in Böhmen war einfach schauderhaft. Es scheint fast, als ob, nachdem die scharfe politische Persekution einigermaßen aufgehört hat, eine wirtschaftliche Persekution eingetreten wäre. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)*

Wenn wir alles das in Betracht ziehen, so sehen wir vor uns eine schreckliche Zukunft. Unter dem Regime, das bei uns herrscht, wird die städtische Bevölkerung zugrunde gerichtet, die Güter werden ausgeplündert sein, es werden weder die nötigen Kräfte, noch die Gespanne zum Anbauen des Bodens vorhanden sein.

Schreckliche Zustände erlebt das ganze Volk, aber die Leiden des Volkes in den gemischtsprachigen Gegenden sind nicht zu beschreiben. Dort wird das Volk, das bei den Gemeinden um sein Brot bettelt, abgewiesen, ja davongejagt, und zwar nur darum, weil es nicht der deutschen Nation angehört. *(Hört! Hört! — Abgeordneter Schreiter: Wo denn, Herr Kollege, Namen nennen!)* Bei Pilsen. Das sind Fälle, welche wir gesammelt haben. — Und alle Beschwerden sind vergebens. Ich muß noch die Beschlagnahme der Waren und Lebensmittel auf den Bahnhöfen und Landstraßen erwähnen, vorgenommen auf Grund von Verordnungen der Bezirkshauptmannschaften durch Gendarmen und Beamte der politischen Verwaltung.

Ohne Unterschied konfisziert man Nahrungsmittel, auch solche, welche nicht unter Sperre stehen und welche man nur mit großer Not und Mühe aufgetrieben hatte, ja ich kenne sogar einen Fall, wo das Kartoffelsuchen ein Menschenleben gekostet hat. *(Hört! Hört!)* Man konfisziert alles, vernichtet auch sehr viel, das Mehl wird weggeworfen, die Milch wird ausgeschüttet usw. *(Hört! Hört!)* Während wir vor Angst um jedes Körnchen Getreide und um jeden Tropfen Milch zittern, wird durch das Vorgehen unserer Behörden, durch das

brutale Auftreten einiger Funktionäre häufig vernichtet, was das Leben erhalten könnte. Was in Böhmen seitens der Behörden auch gegen die Erlässe des k. k. Ernährungsamtes geschieht, ist kaum zu glauben.

Erinnern wir uns nur an den Widerstand des Statthaltereireferenten und der Kartoffelfiliale der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, besser gesagt ihres Präsidenten in Angelegenheit der Kartoffellieferungsverträge. Da diese Verträge, die den direkten Verkehr der Konsumenten mit den Produzenten zu mindest durch Vermittlung der Gemeinden sichern sollten, trotz allen Widerstandes akzeptiert wurden, sucht die Filiale im Bunde mit der Statthalterei immer neue und neue Schwierigkeiten in den Weg zu legen, um nur die Lieferungen zu erschweren, und bemüht sich, unter allen Umständen die Lieferungsaktion der Vertragskartoffeln durch den Verband der Produzenten zu hintertreiben, vielleicht um nachher den Beweis führen zu können, daß ohne die Zentralen und ihre Zuschläge die Versorgung einfach nicht geht. Bei jeder Gelegenheit stoßen wir auf dieses unglückliche Eingreifen der Statthalterei. Die Kohlenfrage bietet ein neues Beispiel dafür.

Obwohl im kriegswirtschaftlichen Ausschuß, sowie in dem diesbezüglichen Erlaß den autonomen Behörden eine gewisse Mitwirkung zugesichert wird, obwohl der böhmische Städteverband wie die deutsche Wirtschaftszentrale gewisse Vorschläge und Anregungen gegeben haben, obwohl auch die Regierung selbst erklärt, daß sie in allen Approvisionierungsfragen mit der Bevölkerung in steter Verbindung bleiben wolle — trotz alledem handelt die Statthalterei gerade entgegengesetzt, indem sie solche Vorschläge und Anregungen ignoriert und durch ihr Vorgehen beweist, daß sie sich um alle derartige Weisungen nicht schert. Da muß man fragen: Wie ist diese Schreckenswirtschaft möglich? Wer gibt den Befehl zu einem derartigen Vorgehen? Nur zweierlei ist möglich — entweder weiß die Regierung von allem, was die Statthalterei treibt oder der Statthalter handelt so gegen die Regierung. Geschieht dies mit Zustimmung der Regierung, dann ist diese allein Schuld an der verzweifelten Lage, in der wir uns heute befinden. Es läßt sich doch nicht denken, daß sich der Statthalter als Beamter alles das erlauben könnte. Die Regierung würde doch sicher ein Mittel finden, um das Nötige vorzukehren. Wenn die Regierung will, daß man ihren Erklärungen und insbesondere den Versicherungen in der Rede des Herrn Ministerpräsidenten wenigstens teilweise Glauben schenkt, dann möge sie die Verhältnisse in Böhmen untersuchen und die nötige Remedur schaffen.

Ich bin der Ansicht, daß die ganze Frage in Böhmen glatt erledigt werden könnte, wenn der böhmische Landtag einberufen würde *(Zustimmung)*, dem die Sorge und die Aufsicht über die Bedürfnisse des Landes obliegt und der seine Aufgabe sicher erfüllen würde.

Der Herr Ministerpräsident hat die Notwendigkeit der Errichtung eines Gesundheitsministeriums erwähnt, da die Pflege der öffentlichen Hygiene als eine Angelegenheit von großer sozialer Bedeutung erkannt wird. Ich erkläre offen, daß ich diesen Entschluß der Regierung vom Herzen begrüße, aber ich sage ebenso offen, daß man, wie mit allem, auch mit dieser Sorge um die Gesundheitspflege in Österreich zu spät kommt. Seit Jahren haben wir Anträge gestellt und nach der Errichtung eines Gesundheitsministeriums gerufen, aber immer umsonst.

Heute wird dieses Ministerium ein großes Feld für seine Tätigkeit finden. Von allen Seiten werden ganze Massen von Erkrankungen gemeldet, insbesondere an Tuberkulose und Ruhr mit einem großen Prozentsatz an Todesfällen, der um das vierfache höher ist, als der normale Prozentsatz. Beide Krankheiten breiten sich beängstigend aus und die Ursache davon ist zweifellos die heutige Unterernährung, verschuldet durch den allgemeinen Mangel und durch den Konsum von Nahrungsmitteln, zu deren Verdauung der menschliche Organismus nicht geeignet ist. Die bedenklichen Zustände infolge des Mangels an Nahrungsmitteln und des drohenden Kohlenmangels werden weitere böse Folgen zeitigen. Da muß man denn fragen, ob sich die Regierung mit entsprechender Sorgfalt um das kostbarste Gut, die Gesundheit des Volkes, gekümmert hat. Und da muß man leider mit einem Nein antworten, wenigstens, soweit es sich auf die Militärverwaltung bezieht. Hier wurde zweifellos viel verschuldet, besonders im Kampf gegen die Tuberkulose. Tausende Menschen sind gestorben, Tausende erwarten den Tod und Tausende ein elendes Siechtum, sich und ihrer Umgebung zur Last, nur infolge des Krieges und der gewissenlosen Behandlung dieser Unglücklichen.

Eine ganze Reihe von Wehrpflichtigen wurde gemustert, trotzdem sie schon die Keime der Krankheit aufwiesen, ja sogar in einem vorgeschrittenen Stadium der Tuberkulose waren. Bei den Musterungen wurden sie für geeignet erklärt, bei Antritt des Dienstes gar nicht oder nur oberflächlich untersucht und nach kurzer Zeit füllten sich die Krankenhäuser. Es gibt zahlreiche Fälle, wo Landsturmpflichtige Familienväter nach dreimonatigem Dienst in sterbendem Zustande nach Hause geschickt wurden. In solchen Fällen wäre es wahrhaftig an der Zeit, eine Untersuchung gegen diejenigen Ärzte einzuleiten, die entweder aus Unkenntnis, aus Leichtsinn oder aus Angst, um nicht selbst an die Front zu müssen, oder über Befehl durch ihre Entscheidung den Tod nützlicher Mitglieder der menschlichen Gesellschaft

verschuldet haben. Es ist für einen Arzt sicher schwer das zu sagen, aber ich tue dies unter dem Eindruck des schrecklichen Elends, welches ich täglich sehe, und ich tue dies gerade als Arzt, der aus eigener Erfahrung diese unglaublichen Dinge kennen gelernt hat. Aber ich frage noch weiter, ob die Regierung, die doch von der großen Zahl der Krankheitsfälle wissen muß, dafür sorgt, daß allen den Leidenden allgemeine Hilfe, insbesondere aber die ärztliche Hilfe zuteil werde. Auch da sehen wir, daß es nicht der Fall ist. Städte und Bezirke stehen ohne Ärzte da. Die Ärzte sind größtenteils zum Militärdienst einberufen, und es wäre gut, gründlich zu untersuchen, ob soviel Ärzte nötig sind, da an einigen Orten mehr zugeteilt sind als Bedarf vorhanden ist. Eine solche Revision ist notwendig.

Promluviv o jednání vlády pokud se týká vykořisťování naší země, a o nepřátelském vystupování proti našemu národu, musím se ještě zmíniti o jiných věcech, které dokazují, jak nepřátelsky vláda vystupuje proti nám.

Jest to zejména otázka amnestovaných úředníků, učitelů a žáků. Úředníci a učitelé nejsou dosud rehabilitováni, žáci středních a jiných škol veřejným právem nadaných dostávají dekrety, kterými se jim oznamuje, že se vylučují ze škol. Vláda postupuje s největší libovůlí a neprovádějíc amnestii nařízenou Jeho Veličenstvem. *(Slyšte.— Potlesk.)* Jest zajisté také spravedlivo, aby amnestovaným poslancům byly jejich mandáty vráceny; jest také důležito a nutno, aby ty okresy, které jsou uprázdněny úmrtím — chce-li vláda, abychom poněkud jí věřili, že chce býti ve spojení s obyvatelstvem, chce-li býti ve spojení s jeho zástupci —, jest její povinností, aby v těch okresích, které nejsou obsazeny, vypsala doplňovací volby. *(Souhlas.)*

Chci ještě jednu zajímavou věc sděliti a zmíniti se o výnosu katolických biskupů v Čechách ku kněžstvu o povinnostech kněžstva k vrchnostem a o sebeurčovacím právu národa a státu, zejména království českého. *(Slyšte!)*

Presidium c. k. místodržitelství pro království české výnosem ze dne 15. června upozorňuje na rozličné v národě našem prý úmyslně šířené bludy a žádá, aby duchovenstvo vhodným způsobem proti nim zakročilo. Výnos katolických biskupů nese se tam, aby kazatelen zneužito bylo k politickým agitacím. V době, kdy z politických důvodů zakazují se nám schůze, zamezuje se nám styk s naším voličstvem, současně pak s téže strany se zneužívá kazatelen.

Jest dlouhá řada toho, co vláda proti nám kuje, a dlouho by trvalo, než bych aspoň část toho vypočítal; já jedině prohlašuji vzhledem k tomu, co se děje se strany vlády, že my budeme státi ustavičně proti vládě opositčně *(Bouřlivý souhlas a potlesk.)* a že my pro rozpočet, nemajíce zcela žádné důvěry k vládě, hlasovati nebudeme.

Ku konci dovolil bych si ještě jen několik slov. Včera ujal se slova milý kolega náš a poslanec Zahradník, ujal se slova jako zástupce venkovského lidu a vřele se zastal jeho potřeb a přání. A za to nyní se všech stran vrhají se na něho, že jako kněz prý promluvil štvavou řeč. Já tvrdím, že kolega Zahradník zde nezastupuje žádný vikariát, že zde nezastupuje kanonii Strahovskou, kolega Zahradník je poslanec český, jest poslanec českého lidu a že jest jeho povinností jako takového ze srdce a ze všech sil hájiti práva tohoto lidu. *(Bouřlivý souhlas a potlesk.)*

Velectění pánové! Když dovolí si skutečně štvavé řeči pronésti s druhé strany katolický kněz *(Výkřik: Poslanec Hauser!)*, tomu se nic nevyčítá, vše jest v pořádku. *(Výkřiky.)*

Ich habe mit dem Herrn Dechanten Hauser begonnen und ich will kurz mit ihm schließen.

Er versicherte wehmütig, wie schwer es sei, sich von der jetzigen Struktur des Staates zu trennen und von den ehrwürdigen, alt erprobten Grundlagen Abschied zu nehmen. Ich fühle menschlich und begreife wohl den Schmerz eines solchen Abschiedes. Allein Hochwürden ist ein echter und guter Deutscher und wird es mir, dem Tschechen, nicht verübeln, wenn ich als Arzt diesen Schmerz zu lindern mich bemühe *(Heiterkeit)*, indem ich ihm die klassischen Worte zitiere:

„Das Alte stürzt, es ändern sich die Zeiten,
Und neues Leben blüht aus den Ruinen."

*(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich breche die Verhandlung ab.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Jesser als Mitglied des Sozialversicherungsausschusses;

Prášek als Mitglied des Budgetausschusses;

Čech als Ersatzmann des Budgetausschusses;

Votruba als Mitglied des Wehr-, kriegswirtschaftlichen-, Unterhaltsbeitragsausschusses und als Ersatzmann des Eisenbahnausschusses;

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses. Wenn keine Einwendung erhoben wird

*(nach einer Pause)*, und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Dem Herrn Abgeordneten Vizepräsidenten Tusar habe ich einen achttägigen Urlaub erteilt.

Den Antrag Nr. 453 der Beilagen der Herren Abgeordneten Bauchinger und Genossen, betreffend Erlassung eines Gesetzes über die Veräußerung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken, werde ich dem landwirtschaftlichen Ausschusse zuweisen.

Die konstituierende Sitzung des Gebührenausschusses findet heute Donnerstag den 27. d. M., nach Schluß der Hausſitzung in Abteilung I statt.

Als nächsten Sitzungstag schlage ich vor morgen Freitag, den 28. September, 11 Uhr vormittags mit der heutigen Tagesordnung.

Ist ein Einwand dagegen? *(Niemand meldet sich.)* Dann bleibt es dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 5 Uhr 20 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 25. Sitzung, Freitag, den 28. September 1917.

**Tagesordnung: 1.** Fortsetzung der ersten Lesung der Finanzvorlagen. — **2.** Bericht des Sozialversicherungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 6, wegen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (563 der Beilagen). — **3.** Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 7, wegen Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung (562 der Beilagen). — **4.** Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 8. September 1914, R. G. Bl. Nr. 238, über die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes (565 der Beilagen). — **5.** Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge (564 der Beilagen). — **6.** Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 5. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 99, betreffend das metrische Karat (561 der Beilagen).

# Inhalt.


### Allerhöchstes Kaiserhaus.

Zuschrift des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler, betreffend den Dank Seiner Majestät für die Huldigung des Abgeordnetenhauses (Seite 1337).

### Personalien.

Zuschrift des Bezirksgerichtes Poděbrad, betreffend die Auslieferung des Abgeordneten Kulich (Zuweisung an den Immunitätsausschuß [Seite 1295]).

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Dr. Leo als Ersatzmann des Budgetausschusses (Seite 1337).

### Verhandlung.

Fortsetzung der ersten Lesung der Finanzvorlagen (583, 600 und 601 der Beilagen — Redner: die Abgeordneten Schreiter [Seite 1295], Sedlak [Seite 1300], Hartl [Seite 1305], Kalina [Seite 1309], Wagner [Seite 1313], Domes [Seite 1317], Grim [Seite 1321], Dr. Degasperi [Seite 1325], Hofer [Seite 1329], Dr. L. Pogačnik [Seite 1334]).

### Ausschüsse.

Ergebnis der in der 24. Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in den Sozialversicherungs-, Budget-,

Wehr-, kriegswirtschaftlichen, Unterhaltsbeitrags- und Eisenbahnausschusses (Seite 1295).

Ersatzwahlen in den Budget- und Immunitätsausschuß (Seite 1338).

Zuweisung:

1. der Regierungsvorlagen 40, 42 und 560 der Beilagen an den Budgetausschuß (Seite 1338);

2. der Regierungsvorlagen 569, 570, 571 und 572 der Beilagen an den Justizausschuß (Seite 1338).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge (Anhang I).

1. des Abgeordneten Dr. Neumann und Genossen, betreffend die Einsetzung eines Ausschusses zur Förderung des Friedens (630 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Hrásky, Dr. Formánek, Špaček, Svejk und Genossen, betreffend den Umbau des Bahnhofes in Kolin (631 der Beilagen);

3. der Abgeordneten Seitz, Hillebrand und Genossen, betreffend die Abschaffung der Todesstrafe (632 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Forstner, Sever und Genossen, betreffend die Auszahlung der erhöhten Witwen- und Waisenpension an die Angehörigen der vor dem Feinde im Felde vermißten Staatsbediensteten (633 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Freiherrn v. Hock und Genossen, betreffend die Abschaffung der Vorrechte der Religionsdiener bei Erfüllung der Wehrpflicht (634 der Beilagen);

6. des Abgeordneten Freiherrn v. Hock und Genossen, betreffend die Erneuerung der Gewerbegesetzgebung (635 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Wróbel und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Approvisionierung des Bezirkes Chrzanow (Anhang II, 837/I);

2. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Futtermittelnot in den Gerichtsbezirken Baden, Liesing, Mödling und Schwechat (Anhang II, 838/I);

3. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Spekulationsgeschäfte an der Wiener Börse (Anhang II, 839/I);

4. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra, Dr. Waber und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Verkehrsverhältnisse auf den österreichischen Eisenbahnen (Anhang II, 840/I);

5. des Abgeordneten Hagenhofer und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Nichtbeachtung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses vom 10. Juli 1917, über die Belassung der notwendigen Nahrungs- und Futtermitteln bei den Landwirten (Anhang II, 841/I);

6. des Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister des Innern, betreffend die Abberufung aller deutschen Flüchtlinge aus dem slowenischen Teile der Steiermark (Anhang II, 842/I);

7. des Abgeordneten Dr. Conci und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Verweigerung der Bewilligung der Heimkehr der internierten oder konfinierten Personen (Anhang II, 843/I);

8. der Abgeordneten Glöckel, Skaret und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Wiederverwendung der Schulgebäude für den Unterricht (Anhang II, 844/I);

9. des Abgeordneten Heine und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Teuerungszulagen für Offiziere und Militärbeamte des Hinterlandes (Anhang II, 845/I);

10. des Abgeordneten Dr. Okunewskyj und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die ukrainische Volksschule in Horodenka (Anhang II, 846/I);

11. der Abgeordneten Dr. Roller, Hartl und Genossen an den Handelsminister, betreffend den Mangel an Schuhwerk für den Zivilbedarf (Anhang II, 847/I);

12. der Abgeordneten Daszyński, Fürst Lubomirski, Witos, Zieleniewski, Dr. Głąbiński und Genossen an die Regierung, betreffend die Nichteinteilung von deutschen Mannschaften in gewisse für die Isonzoarmee bestimmten Formationen (Anhang II, 848/I);

13. des Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Austausch der Kriegsgefangenen auf Basis einer Altersgrenze (Anhang II, 849/I);

14. des Abgeordneten Ptaś und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Verteilung des Zuckers im Bezirke Limanowa, Galizien (Anhang II, 850/I);

15. des Abgeordneten Habermann und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der Organe der Bezirkshauptmannschaft Kralowitz bei Pilsen (Anhang II, 851/I);

16. des Abgeordneten Grafen Lasocki, Anton Lewicki und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Rehabilitierung des wegen Hochverrates verurteilten Kaplans Franz Kotula (Anhang II, 852/I);

17. des Abgeordneten Dr. Matakiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Versorgung der enthobenen 51- und 52jährigen erwerbsunfähigen Militärpersonen und ihrer Familien (Anhang II, 853/I);

18. der Abgeordneten Rudolf Müller, Tomschik und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zustände in dem Interniertenlager zu Drosendorf (Anhang II, 854/I);

19. des Abgeordneten Max Winter und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Selbstmord eines Soldaten des Infanterieregiments Nr. 83 (Anhang II, 855/I);

20. des Abgeordneten Hillebrand und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen des Bezirkshauptmannes in Klattau (Anhang II, 856/I);

21. der Abgeordneten Hillebrand, Dötsch und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Landsturmsoldaten in Albanien (Anhang II, 857/I);

22. des Abgeordneten Jokl und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Versorgung der Apotheken des Bezirkes Freudenthal mit Mäusegift (Anhang II, 858/I);

23. des Abgeordneten Jokl und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Lederzuweisung an Schlesien (Anhang II, 859/I);

24. der Abgeordneten Gröger, Tomschik, Rudolf Müller, Dr. Schachert, Resel, Josef Pongratz, Muchitsch und Genossen an die Regierung, betreffend die geplante Militarisierung der Eisenbahner (Anhang II, 860/I);

25. des Abgeordneten Dr. Waber und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Überanstrengung der ältesten Jahrgänge der in Wien verwendeten Landsturmmänner (Anhang II, 861/I);

26. der Abgeordneten Prokeš, Dr. Witt und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Nichtentlassung der aus dem Militärdienste reklamierten, für die Kohlenförderung unentbehrlichen Bergleute (Anhang II, 862/I);

27. der Abgeordneten Prokeš, Dr. Witt und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend die Nichtbeachtung der Vorschriften über die Unterhaltsbeiträge seitens der Bezirksunterhaltskommissionen in Mähren und in Schlesien (Anhang II, 863/I);

28. des Abgeordneten Slavíček und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verpflegung der im Etappendienste stehenden Mannschaften (Anhang II, 864/I);

29. des Abgeordneten Slavíček und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Auswechslung älterer Jahrgänge durch jüngere im Etappendienste (Anhang II, 865/I);

30. des Abgeordneten Dr. Višković und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Sicherstellung des Beheizungsmaterials für Volksschulen und andere Lehranstalten (Anhang II, 866/I);

31. des Abgeordneten Dr. Conci und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Veröffent-

sichtigung der Erlässe der Bezirkshauptmannschaft Mezolombardo nur in deutscher Sprache (Anhang II, 867/I).

32. der Abgeordneten Witos, Jachowicz, Dyk o und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, wegen Verlängerung der den Landwirten bis zum 30. September gewährten Urlaube und Hinausschiebung des Einrückungstermines für die bei der letzten Musterung assentierten 17jährigen (Anhang II, 868/I);

---

Zur Verteilung gelangen am 28. September 1917:

Interpellationsbeantwortungen ad 651 und 665 I.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Dr. **Ravnihar**, Dr. **Formánek**, Dr. Ritter v. **Mühlwerth**, Dr. **Ruebenbauer**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 26. September 1917 ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten; jenes über die Sitzung vom 27. September d. J. liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Bei den gestrigen Ersatzwahlen für Ausschüsse wurden mit sämtlichen abgegebenen 116 Stimmen gewählt:

Sozialversicherungsausschuß: Kittinger;

Budgetausschuß: zum Mitglied Vacek, zum Ersatzmann Šubrt;

Wehrausschuß: Prunar;

Kriegswirtschaftlicher Ausschuß: Prunar;

Unterhaltsbeitragsausschuß: Prunar;

Eisenbahnausschuß: zum Ersatzmann Prunar.

Ein Auslieferungsbegehren hat gestellt das Bezirksgericht Podèbrad wider den Herrn Abgeordneten Franz Kulich wegen Übertretung nach §§ 411, 496 St. G.

Diese Zuschrift wird dem Immunitätsausschusse zugewiesen werden.

Wir schreiten zur Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Lesung der Finanzvorlagen. *(583, 600, 601 der Beilagen).*

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schreiter.

Abgeordneter **Schreiter:** Hohes Haus! Der Herr Ministerpräsident hat in gerechter Berücksichtigung der Forderungen des Volkes und derer, die draußen an der Front ringen, die wirtschaftlichen Fragen in den Vordergrund seiner Rede gestellt. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch wir diesen wirtschaftlichen Fragen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden haben, schon deswegen, weil von ihrer günstigen Erledigung die Kraftentwicklung des Staates und die Grundstimmung des Volkes abhängig sind und weil zweifellos auch — und dies gilt insbesondere in bezug auf die Ernährungsfragen — die Stimmung des Heeres an der Front davon beeinflußt wird, wie sie gelöst werden. Wer draußen ringt und kämpft, wer durch Monate und durch Jahre im Schützengraben liegt, wer jede Stunde bereit sein muß, sein Blut zu vergießen und ins Grab zu sinken, der wird von einem ganz anderen Geist erfüllt sein, wenn er weiß, daß im Hinterlande Ordnung ist, wenn er die Beruhigung hat, daß seine Mutter, seine Kinder, seine Brüder, seine Schwestern, überhaupt seine Angehörigen nicht darben müssen, daß sie vielmehr durch entsprechende Versorgung mit Unterhaltsbeiträgen und mit den wichtigsten Nahrungsmitteln vor der größten Not geschützt sind.

Der Herr Ministerpräsident hat also mit Recht diese Fragen in den Vordergrund gestellt, und ich werde mir gestatten, gerade sie einer Erörterung zu unterziehen und mich von dem Politischen, soweit nicht unbedingt nötig, fernzuhalten.

Was die Unterhaltsbeiträge betrifft, haben wir wohl ein Gesetz, das im allgemeinen entspricht; es ist aber die volle Lösung in der Richtung einer gleichmäßigen Handhabung bei den einzelnen Bezirkshauptmannschaften und Ländern im Geiste der Gesetze noch nicht erfolgt. Es gibt eine ganze Anzahl von Bezirkshauptmannschaften, bei denen nicht so vorgegangen wird, wie es die Gesetzgeber erwarteten. Hier muß dringend Abhilfe geschaffen werden.

Was die angekündigte Schulreform anbelangt, begrüßen wir sie im Sinne der Ausführungen des Kollegen Wedra, der gestern eingehend darüber gesprochen hat und dem wir zustimmen.

Die soziale Gesetzgebung drängt mit Macht an die Tore des Parlaments, die Teuerungszulagen für die Festangestellten, besonders die Lehrer der meisten Kronländer und vieles andere, werden vom Staat und Land in absehbarer Zeit bewilligt werden müssen. Wenn ich hier nur einige Worte zu der letzten Frage spreche — sie wird ja bei der Einzelerörterung über den Staatshaushalt gründlich beleuchtet werden —, so fühle ich mich als Vertreter Deutschböhmens und Mitglied des dortigen Landesschulrates dazu berufen. Es ist eine Tatsache, daß die deutschböhmische Lehrerschaft während des ganzen Krieges, obwohl sie die größten Blutopfer gebracht, die weitestgehende Fürsorgearbeit geleistet hat, am härtesten darben mußte, daß ihr das Notdürftigste vorenthalten wurde, daß ihr das nicht einmal rechtzeitig gegeben worden ist, was ihr schon auf Grund eines Entwurfes der Schulkommission vor Jahren gebührt hätte und daß sie auch heute noch jene Teuerungszulagen, welche im allgemeinen während des Krieges bewilligt worden sind, erhält. *(Zustimmung.)* Die Regierung wird die Aufgabe haben — und ich begrüße die Äußerung des Herrn Ministerpräsidenten in dieser Beziehung —, Sorge dafür zu tragen, daß in dieser schweren Zeit der größten Not, bei der jetzigen ungeheuren Teuerung hier Ordnung geschaffen werde.

Man hätte geglaubt, daß nach den Äußerungen des Herrn Ministerpräsidenten die wirtschaftlichen Fragen und insbesondere die wichtigste derselben, die Ernährungsfrage, eine Erörterung finden werden, wie sie eines Parlaments würdig wäre. Aber, meine Herren, das wäre weit gefehlt; alles andere ist von jener Seite des Hauses geschehen. Es ist begreiflich, daß unter den dermaligen Verhältnissen völkische Angelegenheiten, äußere Politik, die Friedensfrage und vieles andere sich vordrängen und behandelt werden müssen. Es ist ganz naturgemäß, daß sie die Geister bewegen und vieles andere in den Hintergrund stellen. Aber wenn diese verschiedenen völkischen Fragen in einer Weise, wie es in der ganzen Zeit her von slawischer Seite geschehen ist, ausschließlich und in gehässigster Form besprochen, wenn sie in die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen in einer Weise hineingezogen werden, daß der gerechte Zorn alle Abgeordneten, welche arbeiten wollen, ergreifen muß, so ist eine ersprießliche Arbeit in diesem Hause unmöglich. Merkwürdig ist es dabei noch, daß diejenigen am lautesten nach Frieden rufen, welche den Krieg in dieses Haus und in diesen Staat hereintragen.

Während sie den Weltbrand löschen zu wollen vorgeben, suchen sie das eigene Haus anzuzünden, auf das es lichterloh brenne, während sie die Befreiung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker predigen, wie es von der rechten Seite des Hauses so oft verkündet wird, suchen sie die Deutschen der Sudetenländer unter das tschechische Staatsrecht zu beugen. Und in dieser Beziehung stoßen in der letzten Zeit alle in dasselbe Horn. Wenn man hört, daß in einer Versammlung der tschechischen Sozialdemokraten das „Hej slované“ gesungen worden ist, unter dessen Klängen Führer und Abgeordnete des Wahlkreises wegen seiner zu wenig radikalen Haltung in nationalen Dingen die heiligen Hallen der tschechisch-sozialdemokratischen Versammlung unter Bedeckung der Polizei verlassen mußten, so kann man sich eine Vorstellung machen, welcher Geist dort waltet und ob unter dem Einfluß dieses Geistes und bei der Duldung, die er von seiten der Regierung erfährt, in diesem Hause eine werktätige Arbeit möglich sein wird. *(Zustimmung.)* Man wundert sich darüber, daß gestern in der Rede des Abgeordneten Wolf der gerechte Zorn aufflammte über all das, was hier seit Beginn der Tagung geschehen ist. Man hat uns Deutsche in der niederträchtigsten und gemeinsten Weise beschimpft, man hat unseren Bundesgenossen, das Deutsche Reich, verdächtigt, beleidigt und in den Kot gezogen *(lebhafte Zustimmung)*, man hat unsere deutschen Offiziere als eine rohe Horde, als eine gemeine Soldateska hingestellt *(Zustimmung und Zwischenrufe)*, man hat die Rechte dieses Hauses verletzt und es hat sich niemand auf der Ministerbank erhoben, um diesen Unverschämtheiten in entsprechender Weise gegenüberzutreten. *(Lebhafte Zustimmung.)* Ist es da nicht ganz naturgemäß, daß wir unter solchen Verhältnissen zur Selbsthilfe greifen und das aussprechen, was fast das ganze deutsche Volk empfindet? Ist es nicht ganz selbstverständlich, daß die Töne widerklingen, die von drüben uns entgegengeklungen sind?

Wenn es so weiter geht, dann werden hier noch ganz andere Worte gesprochen und den Herren Slawen wird eine Antwort zuteil werden, die sie vielleicht nicht erwartet haben. *(Abgeordneter Hummer: Sie spielen mit dem Feuer! Sie können sich dabei aber die Fingerln verbrennen!)* Ja, vielleicht verbrennen sie sich dann selbst die Finger, daß die Tschechen die wirtschaftlichen und insbesondere die Ernährungsfragen zurückstellen oder sie in entstellender Weise behandeln, sich auch in dieser Beziehung als die Vernachlässigten hinstellen, entspricht ihrer ganzen Art und Kampfesweise. Wenn daher Pater Zahradník, Stránský oder Prášek mit solchen Äußerungen kommen und ihre bekannten Tiraden loslassen, so braucht uns das nicht besonders aufzuregen, denn die Herren können wir nicht ernst nehmen, sie wären pathologisch zu behandeln. Aber wenn heute zum Beispiel selbst ein Dr. Šubrt sich darüber beklagt, daß die Tschechen, namentlich in den gemischtsprachigen Gegenden, in bezug auf Ernährungsfragen von den Deutschen

schlecht behandelt und zurückgesetzt werden, so ist das ebenso wahr, als wenn er gesagt hat, daß die magyarische Sprache in den Schulen Wiens als obligatorischer Gegenstand eingeführt worden ist, und wenn er sich darüber beklagt hat, daß für die Hunderttausende armer tschechischer Kinder in Wien überhaupt keine tschechische Schule besteht. *(Abgeordneter Dr. Subrt: Das ist Tatsache! Das war bei Pilsen!)* Verzeihen Sie, Herr Kollege, wenn Sie gesagt hätten, es ist das in einer Gemeinde vorgekommen, so ließe ich es mir noch gefallen, denn ein Einzelfall ist immer möglich. Aber Sie haben ganz allgemein, pauschal gesprochen. Ich erkläre, wenn unsere deutschen Minderheiten in Prag, Pilsen und anderen tschechischen Orten so behandelt würden, wie die tschechischen in bezug auf die Ernährungsfrage bei uns, so wären sie nicht allein zufrieden, sondern würden sich glücklich schätzen. *(Zustimmung.)* Dagegen muß hervorgehoben werden, daß wir Deutschen in ganz Böhmen in dieser Hinsicht unglaublich zurückgesetzt sind. Ich bin überzeugt, daß das von Dr. Subrt Angeführte für die Herren nur eine Verlegenheitsphrase ist für das Unrecht, das der deutschen Bevölkerung in Böhmen und den Sudetenländern überhaupt geschehen ist. Die Ernährungsfragen spielen doch in den tschechischen Gegenden, abgesehen von einigen Industrieorten und äußeren Teilen der Landeshauptstadt, keine solche Rolle, wie in den hochentwickelten Industriegegenden der Sudetenländer. Die Tschechen leben in den gesegnetsten Gegenden, die den größten Teil des tschechischen Volkes vor dem Äußersten schützen, während in den Gauen unseres deutschen Böhmerlandes äußerste Not herrscht und im Erzgebirge die staatstreue Bevölkerung des Hungers stirbt.

Die Herren Tschechen sind mit uns einig, daß uns Ungarn nicht genügend entgegenkommt und manches vorenthält. Das trifft gewiß zu. Schon der Umstand, daß die Kopfquote Ungarns immer eine bedeutend höhere war als die unsere, schon die Tatsache, daß es drüben noch Lebensmittel gegeben hat, während wir vergebens danach gerufen haben, schon die Erfahrung, daß, trotzdem wir offiziell nichts bekommen konnten, mit Überschreitung des Höchstpreises von Ungarn noch sehr viel zu beziehen war, zeigen am besten, daß diese Vorwürfe berechtigt sind. Wenn es möglich ist, daß uns Ungarn von den versprochenen 2000 Waggons Frühkartoffeln nur zwei Waggons liefert, wenn aber andrerseits in den letzten Tagen Hunderte von Waggons an Händler im Offertwege über den Höchstpreis zur Einfuhr angeboten worden sind, so beweist das, daß die Behandlung unserer Reichshälfte von seiten Ungarns zweifellos keine brüderliche ist. Wir nehmen aber an, daß es besser werden wird, weil es Ungarn übernommen haben soll, für die Bedürfnisse des Heeres aus eigenem zu sorgen.

Die Vorwürfe gegen Ungarn sind also gewiß gerechtfertigt. Aber wenn sie die Herren von jener Seite des Hauses erheben, wenn die Tschechen sich darüber beschweren, so haben sie durchaus kein Recht dazu, weil sie selbst uns im eigenen Lande das Nötigste vorenthalten. Wie oft sind nicht in den tschechischen Zeitungen der Wert des tschechischen Bodens, die große Fruchtbarkeit der Gebiete des inneren Böhmens und Mährens, die fruchtbare Hanna gepriesen worden! Wie hat man sich in den tschechischen Agrarkreisen dagegen verwahrt, daß der Ertrag Deutschlands, Hollands, Belgiens usw. pro Hektar höher, beinahe doppelt so hoch sei, als bei uns! Da hat man immer darauf hingewiesen, irgendwo anders in Österreich mag das richtig sein, für das tschechische Gebiet aber, für die fruchtbaren Gegenden, wo eine außerordentlich tüchtige Landwirtschaft sitze, die vorzüglich wirtschafte, sei das nicht richtig. Die Tschechen seien in bezug auf den Ertrag des Bodens infolge der guten Wirtschaft den anderen zumindest gleich, wenn nicht überlegen.

Jetzt auf einmal, zur Zeit der Aushungerungspläne von seiten Englands, sagt man, daß man nicht genügenden Ertrag habe. Gewiß, der Ertrag der Landwirtschaft ist heute nicht so groß, wie er vor dem Kriege gewesen ist. Dies gilt im allgemeinen und gewiß auch für die deutschen Gebiete. Aber wenn wir einen kurzen Vergleich ziehen zwischen dem, was die deutschen, und dem, was die tschechischen Bezirke abliefern, dann kommt man doch zu einer anderen Anschauung, zu der nämlich, daß hier nicht allein der Minderertrag ausschlaggebend ist. Durch die deutschen Bezirke wurden vom Hektar bebauten Bodens an Körnerfrüchten abgeliefert: Saaz 11·21 Meterzentner, Eger 10·62 Meterzentner, Brüx 10·67 Meterzentner — ich bitte, ein Kohlengebiet! —, Bilin 8·10 Meterzentner und Dux, ebenfalls reinstes Kohlengebiet, 7·54 Meterzentner; die Höchstleistung der tschechischen Bezirke bleibt weit dahinter zurück. An der Spitze Laun, eines der fruchtbarsten Gebiete, welches 8·28 Meterzentner abliefert, und Schlan mit 7·69 Meterzentner, dagegen stehen die tschechischen Bezirke — ich will mit Zahlen nicht zu lange Zeit in Anspruch nehmen — in bezug auf die Mindestabführung an erster Stelle.

Daraus ist ersichtlich, daß Deutschböhmen, obwohl es ein Bedarfsland und in starker Not ist, mehr gibt, wie es auch schneller liefert als das tschechische Gebiet. *(Zustimmung.)* Dafür aber muß Deutschböhmens Bevölkerung hungern und darben. Wenn die Herren vielleicht Einwürfe machen sollten, dann möchte ich ihnen das Urteil eines tschechischen Mitgliedes des Ernährungsrates entgegenhalten, eines Vertreters der Konsumentenkreise, das so ziemlich am besten das Verhalten der deutschen und der tschechischen Landwirtschaft in bezug auf die Abfuhr

kennzeichnet. Es ist ein sehr hartes, aber gerechtes. Wenn ich diese Worte spräche, die da Ihr Volksgenosse gebraucht hat, dann würde wahrscheinlich ein noch größerer Sturm darüber aufbrausen, als gestern gegen den Abgeordneten Wolf.

Wir sehen ja, wie die Verhältnisse liegen. Im tschechischen Gebiet gibt es weißes Mehl und Gebäck, sogar noch Salzstangerln, wie sie mir letzthin dort angeboten worden sind, reines Kornbrot usw., in unseren deutschen Gegenden aber finden wir oft wochenlang kein Brot, kein Mehl. *(Abgeordneter Heine: Der Tetschener Bezirk ist einer der schlechtest versorgten Bezirke!)* Gewiß, ich werde darauf noch zu sprechen kommen. Rohe Rüben wurden zum Beispiel in Pohlitz an der Elbe von den Industriearbeitern gegessen, ohne jedes Zubehör abgekocht, Brot aus Kleie, Baumrinde und Moos gemischt wird im Erzgebirge genossen, das unerhört leiden und dulden muß — solches wurde auch dem Ernährungsamte vorgelegt. Selbst Futtermittel für das Vieh wurden dort fast in allen Orten von der Bevölkerung mit Heißhunger verschlungen. Die Herren haben also gar keine Ursache, über Bevorzugung der Deutschen, beziehungsweise Zurücksetzung der Tschechen im deutschen Gebiete zu klagen, das Gegenteil ist wahr. Lesen Sie doch die Berichte der Statthalterei über den Gesundheitszustand in Deutschböhmen; hören Sie den Ruf der Ärzte und erfahren Sie, daß Hunderte dem Hungertode nahe sind; gehen Sie hinauf und schauen Sie mit eigenen Augen die Not der Tausende, die darben und hungern und vorzeitig ins Grab sinken, während ihre Söhne, Väter, Gatten und Brüder an der Front für den Staat bluten und sterben müssen!

Ich erhebe Einsprache dagegen, was von Herrn Dr. Subrt gesagt worden ist, die Krawalle in einigen tschechischen Ortschaften seien aus wirtschaftlichen Gründen hervorgegangen. Ich verweise auf Pilsen: dort brauchte man doch nicht jene Geschäfte zu plündern, die alles andere als Lebensmittel verkauften.

Das Erzgebirge hätte eher ein Recht darauf und doch duldet es ruhig. Wie ist es möglich, daß diese Armen still ihr Leid ertragen, wahre Helden des Hinterlandes, während die tschechische Bevölkerung gesättigt ist, während Mehl, Brot, Butter zu riesigen Preisen von dort verkauft werden? Wenn die Tschechen an der Sprachgrenze manchmal mitdarben müssen, so haben sie das eine für sich, daß sie mit dem Rucksack zu ihren Volksgenossen, zu ihren Brüdern, Verwandten und Bekannten gehen können, die sie doch unterstützen, so daß sie besser leben als die bodenständigen Deutschen, besonders die Bergarbeiter unserer heimischen Zone. Ich frage die Regierung, wie man einer solchen Zurücksetzung des staatstreuen Deutschböhmerlandes, das mehr geblutet hat als vielleicht alle anderen Gaue Österreichs, von Eger angefangen bis hinüber nach Trautenau, von den eisernen 6ern, den 42ern und 9ern bis zu den 92ern u. a., zusehen kann. Gibt es in diesem Staate keine Macht, Ordnung zu schaffen und gleiches Recht zur Geltung zu bringen?

Wir anerkennen den guten Willen und die nimmermüde Tätigkeit Seiner Exzellenz des Herrn Ministers Höfer. Wir wissen, daß ein großer Teil der politischen Behörden ihre Pflicht tut, im deutschen Gebiet allerdings sehr häufig oft mit Übereifer. Das zeigen die verschiedenen Einsprüche gegen allzu weitgehende Beschlagnahmen, beziehungsweise Requirierungen. Aber Tatsache ist es, daß ein Teil der politischen Behörden, und zwar in den tschechischen Gebieten durch Lauheit, Gleichgültigkeit und stille Duldung an diesen Hinterziehungen und Vorenthaltungen mitschuldig ist *(Zustimmung)*, so daß ich es mit Ruhe aussprechen kann: wir begrüßen es mit großer Freude, wenn eine Untersuchung eingeleitet würde, wie sie gestern der Abgeordnete Šubrt gegen den Statthalter verlangt hat. Wir würden das mit der größten Freude begrüßen, weil wir wissen, daß nach dieser Untersuchung die Ankläger auf der Anklagebank sitzen und die Angeklagten stolz und frei den Verhandlungssaal verlassen würden. *(Abgeordneter Pacher: Es kommt darauf an, wer mit der Untersuchung beauftragt wird! Wenn das wieder die Brüderln drüben sind, bei denen kommt nichts heraus!)* Natürlich, wenn die mit der Untersuchung beauftragt werden sollten, dann können Sie überzeugt sein, daß die Wahrheit nicht an den Tag käme. Hier ist von seiten der Regierung, von seiten des Ministerpräsidenten einzusetzen.

Der Herr Ministerpräsident und das neue Ministerium sind ja noch nicht lange im Amte; wir können sie also gerechterweise deshalb nicht für die Zustände bislang verantwortlich machen, da diese Zustände größtenteils vor ihrem Amtsantritt herrschten. Aber auch heute obliegt ihnen die Pflicht, mit eiserner Hand Ordnung zu schaffen. Wir verlangen nichts, als gleiches Recht für alle, wir verlangen kein Vorrecht, wir dulden aber auch keine Zurücksetzung. Wir fordern gleichmäßige Behandlung und gerechte Verteilung. Vom Herrn Ministerpräsidenten hätte ich erwartet, daß er seine Stellung in dieser Hinsicht in seiner Rede schärfer und energischer betont hätte. Er kam wie „das Mädchen aus der Fremde" und streute das Füllhorn seiner Gaben über das Haus. Wir hätten uns mit weniger zufrieden gegeben, mit der energisch betonten Erklärung: die neue Regierung wird auf dem Gebiete der Volksernährung die Beseitigung aller Miß- und Übelstände als ihre oberste Aufgabe betrachten, insbesondere Ungarns Überschuß heranzuziehen und weiter mit fester Hand eine gerechte Verteilung der Lebensmittel sowohl in

bezug auf die Aufbringung des Erzeugten, wie auch in der Richtung der Abgabe des Aufgebrachten an die Verbraucher vorzunehmen und sich durch keinerlei Rücksichten hiervon abhalten zu lassen. Wie nötig dies ist, beweist folgender Fall: Es ist hier der Bezirk Tetschen genannt worden. Tetschen, Bodenbach und die Landgemeinden gehören heute zu den schlechtest versorgten Bezirken. Es wurde wiederholt mit allen Mitteln getrachtet, Mehl für Brot zu bekommen. Da kam die Firma Odkolek aus Prag, und sie ist imstande, vollkommen genügend Mehl zu bekommen, um die Gemeinden Tetschen, Bodenbach und einige Landgemeinden zu versorgen. Angestellte der Firma Odkolek erklären: Wenn ihr bei uns backen läßt, so bekommt ihr regelmäßig euer Brot. Wenn die Firma Odkolek Mehl erhalten kann, warum sollen es nicht auch die Gemeinden und deren Bäckereien bekommen können? Soll unser Kleingewerbe, der Bäckerstand usw. ruiniert werden? Woher das Vorrecht für die Firma Odkolek? Woher hat die Firma Odkolek dieses Mehl? Und wenn die Firma Odkolek aus ihren Vorräten dieses Mehl haben kann, dann ist es selbstverständlich, daß es auch den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden muß. Ich will nicht noch mehr Fälle anführen, aber die beschränkte Redezeit gebietet mir, davon abzusehen. Wir erwarten nun aber vom Herrn Ministerpräsidenten, daß das, was von ihm nicht ausgesprochen wurde, um so sicherer werde gehandhabt werden, und zwar um so mehr, als diese Pflicht der Regierung schon aus dem Verhalten der Tschechen uns gegenüber und in diesem Hause bezüglich der Ernährungsfragen für die Regierung selbst sich notwendiger Weise wegen der erhobenen Beschuldigungen ergibt. Was wir in Bezug auf die Ernährungsfragen weiter fordern — ich will das nur in ganz kurzen Sätzen namhaft machen — ist, daß die Förderung der Bodenerzeugung, die an und für sich ja nicht erzielt werden kann, dadurch erfolge, daß unrichtige Requirierungen, der Entzug von Saatgut, der es mit sich gebracht hat, daß in weiten Gebieten, daß Tausende Hektar, die mit Kartoffeln hätten angebaut werden können, mit Rüben besteckt werden mußten, obwohl der Boden sich hiezu schlecht eignete, daß ferner große Grundstücke, wie beispielsweise im Duxer Bezirk 20 Hektar fruchtbaren Bodens, nicht angebaut werden konnten, künftig unterbleiben.

Wir verlangen ferner eine entsprechende Förderung der Einfuhr und eine rechtzeitige Herbeischaffung, denn es ist eine Tatsache, daß in dieser Hinsicht bedeutende Fehler begangen wurden. Eine Erhöhung der Einfuhr ist unbedingt notwendig, namentlich in Gemüse. Wir bekommen aus Holland, Dänemark und anderen Staaten noch genügend Ware, nur muß diese rechtzeitig herbeigeschafft werden, deshalb müssen da die Kompetenzschwierigkeiten, wie sie gelegentlich der letzten Besprechung mit dem Herrn Ministerpräsidenten und den Ressortministern erörtert wurden, beseitigt und eine schnelle Einfuhr ermöglicht werden. Es müssen aber auch alle verfügbaren Kräfte herangezogen werden und wenn die Zentralen nicht in der Lage sind, alles Greifbare herbeizuschaffen, so muß der legitime Handel stärker herangezogen werden. Es ist eine Tatsache, daß die Devisenzentrale in dieser Hinsicht viele Schwierigkeiten bei der Einfuhr gemacht hat, wodurch uns manches Notwendige verloren gegangen ist.

Wir hoffen, daß die uns in der letzten Besprechung beim Herrn Ministerpräsidenten gemachten Zusagen über Beseitigung der Hemmungen Wandel schaffen werden. Wir wollen aber auch — und das ist sehr notwendig — den Schutz des Vorhandenen; es ist ungeheuerlich, wie zum Beispiel die Kartoffeln im Herbste 1916 behandelt worden sind, zu einer Zeit, wo die Fäulnis schon ungeheuren Schaden brachte. Die Einmietung war mangelhaft, ungeschulte Leute räumten die Wagen mit eisernen Krücken, die Wagen fuhren mit den Rädern mitten durch die Kartoffelhaufen usw. *(Abgeordneter Pacher: Alles nur zu dem Zwecke, damit die Schnapsbrenner die Kartoffeln bekommen!)* Ja, das ist möglich. Es sind mindestens 15 bis 20 Prozent des Vorhandenen auf diese Weise verloren gegangen.

Ich könnte noch eine Unmenge von Fällen über das Verderben anderer Lebensmittel anführen, ich könnte von der schlechten Einlagerung von Mehl und Kleie sprechen. Wir haben Proben davon unmittelbar den Ministern vorgelegt. *(Abgeordneter Pacher: Selbst die wollten sie nicht essen! — Heiterkeit.)* Sie erklärten, daß sie zwar keine Fachmänner seien, es aber nicht begreifen können, wie man so etwas dem Vieh als Nahrung vorsetzen wolle. Der deutsch-landwirtschaftliche Zentralverband mußte drahtlich die Einstellung der Versendung veranlassen, weil er es nicht dulden konnte, daß durch solches Futter das Vieh erkranke.

Auch Fleisch ist viel zugrunde gegangen, Kälber, die nach Karlsbad geführt werden sollten und eine Menge Gänse, die an der Grenze vernichtet werden mußten.

Wohin Sie immer blicken, meine Herren, ist durch diese Nachlässigkeiten ein Großteil des Vorhandenen dem Verbrauch entzogen worden. Wir wollen uns einer Einschränkung des Verbrauches unterziehen, wenn sie nötig und unverschuldet ist, dann aber muß sie auch eine völlig gleichmäßige sein, weil wir es nicht dulden können, daß die einen bevorzugt und die anderen zurückgesetzt werden.

Wir verlangen ferner von der Regierung eine vernünftige Preispolitik, und zwar für alle Erzeugnisse. Wenn es möglich ist, daß bei dem Verkaufe von Äpfeln im heurigen Jahre vor nicht zu langer

Zeit, wie im Ernährungsrat angeführt wurde, ein Händler, der einen Waggon Äpfel übernommen und weiterverkauft hat, 4800 K verdienen konnte, also mehr, als die Erzeugung und alles andere kostete, so ist das geradezu ungeheuerlich. Unter dem Eindrucke dieser Mitteilung und anderer Gründe, beschloß der Ernährungsrat die Herabsetzung der Preise für Äpfel auf Grund eines früher gestellten Antrages.

Endlich verlangen wir die Unterdrückung des Schleichhandels, aber nicht, wie man es jetzt gewohnt ist, daß man dem armen Teufel, der seinen Wochenlohn nimmt und, weil er nichts zu kaufen bekommt, mit dem Rucksack hinausgeht, sofort das Zeug wegnimmt und ihn und seine Familie hungern läßt, sondern jenen Schleichhandel, der für 1 Kilogramm Butter nachgewiesenermaßen bis 60 K, für 1 Kilogramm Mehl 20 K usw. zahlt und dadurch die Bevölkerung zur Lebensmittelhinterziehung heranzieht und die Preise unerhört hinauftreibt. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Meine Zeit ist ja noch nicht zu Ende, und da die Herren gestern auch ihre Zeit überschritten haben, so bitte ich noch um ein wenig Geduld. Ich werde bald fertig sein.

Wir verlangen weiter die Anlegung eiserner Bestände in den Hauptstädten und in den Industrieorten, vor allem aber in den verkehrsarmen Gegenden des Erzgebirges, des Böhmerwaldes und des Adlergebirges und anderer Gebiete der Sudetenländer, weil wir in der Winterszeit in Gegenden, wo es keine Bahnverbindung gibt und kein Gespan zur Verfügung steht, nicht in der Lage sind, diese Gemeinden zu versorgen und daher Hunger und Not Einzug halten mußten, namentlich wenn nicht für eine rechtzeitige Versorgung vor dem Winter, und zwar zu einer Zeit, wo die Transportschwierigkeiten noch nicht so groß sind, Vorsorge getroffen wird.

Endlich verlangen wir — ich kann mich hierüber nicht ausführlich aussprechen —, daß wir entsprechend mit Kohle versorgt werden, und auch da sollen wiederum in erster Linie diejenigen Gegenden berücksichtigt werden, die keine Verbindungen haben; zu wünschen ist insbesondere, daß bei Eintritt der Kontingentierung am 15. Oktober die Schulen in entsprechender Weise mit Kohlen versorgt werden, damit es nicht wieder vorkomme, daß einzelne Schulen mehrere Monate gesperrt werden müssen und so der ganze Unterricht darnieder liegt.

Ich glaube, wenn diese Richtlinien von der Regierung berücksichtigt werden — den besten Willen dazu hat sie ja durch den Mund Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten im Hause und durch die beiden Fachminister im Ernährungsrate ausgesprochen —, dann können wir einigermaßen beruhigt der Zukunft entgegensehen.

Den politischen Anforderungen von seiten der Tschechen aber halte ich zum Schlusse meiner Ausführungen folgendes entgegen. Die Herren drüben rufen nach dem tschechischen Staate, den ihnen die Entente geben soll, den sie vom Friedenstisch als gutes Gericht für sich beanspruchen. Sie verlangen aber auch zugleich von der Staatsgewalt und von diesem Volkshause ihr selbständiges Königreich, in welchem auf dem Wege der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, wie sie sie auffassen, alles Deutsche ausgerottet werden sollte. Wir danken hierfür.

Wir nehmen an und erwarten, daß die Regierung es genug sein lasse des grausamen Spieles, diesen Größenwahn wie bisher selbst noch zu fördern, es wäre der Weg zum unausbleiblichen Zerfalle des Staates. Doch das ist seine, seiner Leiter und Lenker Sache. Wir erklären aber auch, daß wir fest entschlossen sind, mit allen Mitteln, und sei es auch unter der Aufopferung der eigenen Person, zu verhindern, daß wir mit Ihnen in einen tschechischen Staat eingepfercht werden, möge er diese oder jene Form haben, und wir erklären weiter, daß ein Sturm Deutschböhmen durchbrausen würde, wenn man auch nur einen Versuch hierzu machen wollte. Wir wollen und werden freie Herren auf Deutschböhmens freiem Boden sein; wir wollen unser Selbstbestimmungsrecht, aber nicht von fremder oder gar von Feindeshand, sondern vom Staate, dessen Pflicht es ist, es zu geben in seinem Rahmen. Und dieses freie Deutschböhmen wird erstehen, ob früher oder später, ob mit oder ohne Hilfe der österreichischen Regierungen, weil die aus dem Kriege und dessen Lehren sich ergebende Völkerentwicklung unaufhaltsam dahin treibt und weil Deutschböhmens mühsam zurückgehaltener gerechter Zorn und erwachende völkische Bewegung es sich erkämpfen wird. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Sedlák das Wort.

Abgeordneter **Sedlák:** Slavná sněmovno! Jest třeba dáti konečné výraz politování, že jsme nuceni při svých vývodech v tak důležité době, kdy se projednávají otázky nejen přítomnosti, ale také budoucnosti tohoto státu, omeziti se na krátké a co možná nejstručnější vývody. Nezbývá nám téměř nic jiného, než abychom uvedli pouhý rejstřík svých názorů, přesvědčení a přání, abychom vystačili s tím časem, který nám jednací řád nyní vyměřuje.

Hohes Haus! Wir stehen wohl in der Verhandlung über das Budget, aber ich konstatiere — leider muß ich es sagen —, daß wir uns bis jetzt am wenigsten mit dem Budget und mit der ganzen Wirtschaft und Wirtschaftslage des Staates befaßt

haben. Zudem ist noch — ich weiß nicht, ob es nur ein Zufall war — zur Verhandlung über das Regierungsprogramm und die Rede des Ministerpräsidenten das Exposé des Herrn Finanzministers hinzu gekommen. Mit diesen beiden Reden möchte ich mich etwas näher befassen. Natürlich kann ich nicht dem Bedürfnisse aus dem Wege gehen, daß ich, wie jeder von uns, über die Politik einige Worte sage. Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat uns einen ganz angenehmen, großnächtigen Strauß von schönen Sachen präsentiert. Es ist nur die Frage, ob wir das alles, was er in seinen Ausführungen angedeutet hat, auch praktisch und finanziell werden ausführen können. Denn wenn ich das Exposé Seiner Exzellenz des Herrn Finanzministers betrachte, so finde ich, daß er mit dem, was er sagte, so ziemlich an den Sachen, die vom Herrn Ministerpräsidenten vorgebracht worden sind, vorbeigeredet hat. Wir finden nicht und vermissen in den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten irgendeine Erwähnung über die Forderungen und über die Bedürfnisse der nichtdeutschen Völker in Österreich, nämlich der slawischen und romanischen Völker, als wenn die nicht da wären. Man muß doch voraussetzen, daß Seiner Exzellenz alles das, was am 30. Mai hier vorgebracht worden ist, genau bekannt ist, und er fand in seinem politischen Programme nichts anderes dazu zu sagen, als daß ihm daran gelegen ist, den Dualismus aufrecht zu erhalten.

Nun, diese Frage des Dualismus ist ja keine neue Frage, weder bei der böhmischen Delegation, noch in diesem hohen Hause; denn seit Uranfang unseres Parlamentarismus haben unsere ersten Männer — ich erlaube mir nur den Dr. Palacký zu nennen — auf die Gefahren der dualistischen Einrichtung dieser Monarchie aufmerksam gemacht. Sie ist ja nach unserer ungeteilten Anschauung nur dazu errichtet worden, um in der anderen Reichshälfte von den Magyaren die slawischen Völker und das rumänische Volk und in dieser Reichshälfte leider von den Deutschen die nichtdeutschen Völker beherrschen zu lassen. Daß sich das auf die lange Dauer selbstbewußte und in einem gewissen Grade hochentwickelte Völker gefallen lassen, das ist doch nicht zu erwarten und das sollte insbesondere ein Ministerpräsident, der die Leitung der Geschäfte des Staates in einer so wichtigen Zeit in die Hände nimmt, gewiß beherzigen.

Man spricht bei uns, meine Herren, sehr viel, ich möchte sagen, gar zu viel vom österreichischen Patriotismus und vom österreichischen Staatsgedanken. Dabei vertreibt man aber alle nichtdeutschen Völker aus den Grenzen dieses Reiches durch Unterdrückung, durch Drangsalierung und alle möglichen geradezu undenkbaren Sachen, die dann natürlich nicht das bewirken, was man vielleicht durch diesen Zwang bezwecken möchte, nämlich Liebe, Ergebenheit und Treue zu dieser Staatseinrichtung. *(Rufe: Sehr richtig!)* Meine Herren! Es werden uns alle die Rechte vorenthalten, die allen anderen Staatsbürgern in diesem Reiche vollinhaltlich eingeräumt sind, in sprachlicher, in kultureller, in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Man macht uns die Erfüllung der Pflichten des Staatsbürgers dem Staate gegenüber unendlich schwer. Es sind diese Dinge ja in dieser Debatte bereits von anderen Rednern ausführlich behandelt worden und ich will mich nur auf einige Beispiele der Art der Behandlung unserer Leute beschränken.

Ich habe zufällig eine Erledigung des Militärkommandos Innsbruck in die Hände bekommen, wo es unter Ablehnung eines Gesuches eines Soldatenbewerbers um Enthebung für Erntearbeiten ausdrücklich heißt *(liest)*: „Diesem Ansuchen kann nicht entsprochen werden, die nach Böhmen zuständige Mannschaft ist von der Beurlaubung ausgeschlossen." *(Rufe: Hört! Hört!)* Meine Herren, wenn das ein Militärkommandant direkt aufzuschreiben sich erlaubt und sogar verfügt, daß das den Leuten in die Hand zugestellt werde — was soll man dann darüber denken?

Was uns erwarten würde, wenn es in Österreich nach dem Willen der einzelnen Herren von der gegnerischen Seite gehen sollte, das können wir genau in einem Artikel lesen, der am 29. Juli d. J. im „Berliner Tageblatt" erschienen ist und als Verfasser den Fürsten Liechtenstein nennt. Es heißt da *(liest)*: „Die Erhaltung Österreichs von Tetschen und Teschen bis Triest als eines einheitlichen Gebildes, innerhalb dessen zwar jedem Volke die Möglichkeit freier materieller Betätigung gegeben ist, dem Deutschtum kraft seiner geschichtlichen Stellung, seiner kulturellen Bedeutung und seiner numerischen Überlegenheit die erste, die führende Rolle zufällt — die Unantastbarkeit dieses Programmes bildet für uns eine außerpolitische Frage ersten Ranges."

Meine Herrn, da haben wir es, was wir zu erwarten haben, wenn es nach dem Willen — ich glaube, Gott wird uns davor schützen — dieser Herren gehen sollte. Also die Oberherrschaft; sie wollen das Herrenvolk, das sie bis jetzt gespielt haben, noch weiter spielen und verlangen von uns daß wir freiwillig darauf eingehen. Das ist ausgeschlossen; ausgeschlossen für uns Böhmen, die böhmischen Abgeordneten und das böhmische Volk, denn unser Programm ist ein Programm des ganzen Volkes, ausgeschlossen für die Südslawen und im allgemeinen ausgeschlossen für alle nichtdeutschen, insbesondere auch für die romanischen Völker. *(Rufe: So ist es!)* Auf diese Basis werden uns die Herren trotz aller ihrer Bemühungen kaum noch bringen können. Sie haben die passende Zeit

längst versäumt; sie hätten uns — und ich spreche da insbesondere zu den deutschen Kollegen aus Böhmen — sie hätten uns haben können in den Jahren 1848 und 1849, wo wir gerade so wie sie für den Freisinn enthusiasmiert waren, aber sie sind sofort mit ihrem Herrscherwillen aufgetreten und es ist dann nicht möglich gewesen, mit ihnen weiter gemeinschaftlich vorzugehen.

Ich habe nur noch eine einzige Frage zu berühren. Es wird gegen uns ziemlich scharf Sturm gelaufen wegen der Frage der ungarischen Slowaken. Das ist für uns eine nationale Frage. Man hat sie nicht nur von seiten der Entente, wie man uns entgegenhält, sondern sogar in der Antwortnote des deutschen Reichskanzlers berührt. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen soll nach dem Kriege endlich einmal zur Geltung kommen. Sie werden sich gewiß an diesen Satz in der Antwortnote des deutschen Reichskanzlers an den Generalvikar der päpstlichen Kurie, Gaspari, zu erinnern wissen, wo er ausdrücklich sagt, es müsse den einzelnen Völkern die Möglichkeit ihrer Existenz, ihrer Fortentwicklung gewährt werden. Leider hat unser Herr Ministerpräsident ein ähnliches Wort in seinen Ausführungen nicht gefunden.

Ich habe schon eingangs meiner Rede erwähnt, daß Seine Exzellenz uns durch einen reichausgestatteten Strauß von ganz schönen und angenehmen wirtschaftlichen Dingen erfreuen, überraschen oder milde stimmen wollte. Er hat davon gesprochen, sowohl die landwirtschaftliche als auch die industrielle Produktion fördern zu wollen; er hat von Wasserstraßen, von der Ausnützung der Wasserkräfte gesprochen, er hat alle möglichen Dinge angeführt, die gewiß zur Hebung unserer Volkswirtschaft beitragen müßten und könnten, wenn sie nur auch wirklich zur Ausführung gelangen würden. Aber das Bedauernswerte dabei ist, daß in den Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Finanzministers kein Sterbenswörtchen darüber enthalten war, wie diese Dinge finanziell ausgeführt und gefördert werden könnten.

Erlauben Sie mir einige Worte gerade über diese Frage. Wir leiden in Österreich alle, ohne Ausnahme, und vielleicht die Deutschen noch mehr wie wir, an dem Fehler, daß wir alle Angelegenheiten möglichst scharf, möglichst abfällig kritisieren. Wir haben immer darüber geklagt, was uns fehlt und wie schlecht es bei uns ist; die einzelnen Völkerschaften haben sich gegenseitig angegriffen und eine jede hat von der anderen behauptet: Das sind Landesverräter, Staatsverräter, so daß es schließlich nicht anders kommen konnte, als daß die ganze Außenwelt, das ganze Ausland glauben mußte: Österreich steht vor dem Abgrund. Ich will gewiß kein Schönfärber sein, aber gestatten Sie mir, daß ich einige Worte darüber sage, was wir doch haben, daß wir auch wirtschaftlich nicht so schlecht und miserabel dastehen, wie wir allgemein geschildert werden. Und da will ich einige Worte über die Entwicklung unserer landwirtschaftlichen Industrien sagen. Ich berufe mich auf die Worte Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten, der da gemeint hat, es sei notwendig, sie zu fördern. Wir haben, wie allgemein bekannt ist, in Böhmen eine hochentwickelte Zuckerindustrie, hochentwickelte Brennereien, eine hochentwickelte Brauereiindustrie, sehr viele Mühlen und Zichoriendarren in Massen. All diese Industrien sind in bezug auf die Anlieferung von Rohstoffen ganz unabhängig vom Auslande und können in demselben Moment, wo der Friede geschlossen wird, sofort ihre Erzeugnisse über die Grenze werfen. Diese Erzeugnisse: Zucker, Spiritus, Bier usw. bedeuten für Österreich Gold und wenn wir unsere Valuta in genügender Weise regulieren wollen, so müssen wir die Erzeugnisse dieser landwirtschaftlichen Industrie parat haben. Aber was ist geschehen? Wir haben unsere famosen Zentralen: die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, die Futtermittelzentrale, die Kartoffelzentrale, Zuckerzentrale, die „Geos", die Lederzentrale usw.; ich weiß gar nicht, wie sie alle heißen. Aber die hohe Regierung hat nicht dafür gesorgt, daß die Produktion gefördert werde. Durch alle diese Zentralen hat man ausschließlich Konsumpolitik getrieben, ohne irgendwie eine Produktionspolitik zu betreiben. *(Zustimmung.)*

Meine Herren! Es heißt allgemein, die Geschichte sei die Lehrerin. Ich kann das in bezug auf die Verhältnisse, wie sie dermalen in unserem Reiche herrschen, nicht sagen. Ich möchte im Gegenteil behaupten, daß wir von der Geschichte in dieser Beziehung gar nichts gelernt haben. Ich habe hier einige Zitate aus dem berühmten Werke von Hypolit Taine, über die Verhältnisse während der sogenannten großen Revolution in Frankreich und hier heißt es *(liest)*:

„In Chevreuse hat man Gerste eines so fürchterlichen Geruches, daß der berichtende Beamte sagt: die Unglücklichen müssen von einem schrecklichen Hunger gepeinigt werden, um es zu essen. In Fontainebleau gibt der halb verdorbene Roggen mehr Kleie als Mehl, und das Brot, obwohl schlecht, ist Gegenstand scharfer Kämpfe, es kann nicht anders verabfolgt werden als durch kleine Fensterchen; und trotzdem werden einige, die auf diese Art ein Stück erhielten, unterwegs beraubt von noch wütenderen Hungerleidenden.

In Nangis verbietet das Amt dem einzelnen, auf dem Markte mehr anzukaufen als zwei Maßeln.

Ein Augenzeuge sagt: Je mehr sich der 14. Juli näherte, um so mehr ist der Hunger gewachsen, jeder Bäckerladen war von einer Menge Leute umgeben, denen das Brot mit der größten

Sparsamkeit verabfolgt wurde. Das Brot war gewöhnlich schwarz, erdig, herb, hat im Halse Entzündungen und im Magen Schmerzen verursacht.

Ich habe in den Lagerräumen ein Mehl von bicheulicher Qualität gesehen; es lag auf Haufen elber Farbe, hatte einen schrecklichen Geruch und war so hart, daß es wiederholt mit Hacken angehackt werden mußte, um einzelne Stücke abzuhauen.

Durch ganze zwei Monate gibt es jeden Morgen nicht mehr Mehl als für einen, höchstens zwei Tage. Das Brot wird immer kostbarer, vor den Bäckerläden werden die Reihen der Wartenden nicht kürzer und fruchtlos bringt der Approvisionierungsausschuß ganze Nächte in der Arbeit zu; sie bleiben immer in Bedrängnis.

Die Kommissäre, die mit der Verteilung betraut sind, schweben beständig in Todesgefahr. Und wie es schon zu sein pflegt, die Furcht vor dem Mangel, vermehrt den Mangel; in einem Nachtzimmer einer alten Frau fand man 16 Brote à 4 Pfund. Zu alledem kommt noch der Mangel an Arbeit und Verdienst.

Das Volk muß, um ein schlechtes Brot zu bekommen, ganze Stunden Queue stehen — „das sind unsere Fronten" —, „sie raufen in den Reihen, rissen sich das Nahrungsmittel aus den Händen. Die Arbeit hört auf, die Werkstätten sind verlassen, und mancher Arbeiter, der im Zuwarten einen Tag verbraucht hat, kommt mit leeren Händen nach Hause."

Der Schluß dieser Verhältnisse wird folgendermaßen geschildert *(liest)*:

„Es sind Maximalpreise festgesetzt worden, über die niemand verkaufen durfte: Brot, Mehl, Getreide, Grünzeug und Obst, Most, Bier und gebrannte geistige Getränke, rohes und gesalzenes Fleisch, Speck, Vieh, frische, gesalzene, geräucherte oder eingelegte Fische, Butter, Honig, Zucker, Tafelöl, Brennöl, Kerzen, Holz zum Heizen und Holzkohle, Steinkohle, Salz, Seife, Soda und Kali, Leder, Eisen, Stahl, Gußeisen, Blei und Kupfer, Hanf und Flachs, Wolle und Leinen, Wollstoffe, Holzschuhe, Schuhe überhaupt und" — auch die Herren Raucher werden nicht ausgelassen — „Tabak."

Meine Herren! Das sind doch Photographien unserer hiesigen Verhältnisse und, wie ich gesagt habe, die Geschichte war in dieser Beziehung keine echte Lehrerin, wir haben aus den Verhältnissen dort, die, wie bekannt, zur großen Revolution geführt haben, nicht das Mindeste gelernt.

Nun komme ich, Exzellenz, zu Ihren Ausführungen. Seine Exzellenz, der Herr Ministerpräsident, hat in seinen Ausführungen auch die Frage der Wasserstraßen und die Ausnützung der Wasserkräfte berührt. Es ist mir außerordentlich willkommen, daß ich darüber einige Worte sagen kann, nur weiß ich nicht, wie weit mir das noch mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit gestattet sein wird. Hätten wir, meine Herren, bereits vor dem Kriege dasjenige, was gesetzlich statuiert war — es war ja das Jahr 1912 als Termin für den Ausbau der Wasserstraßen in Böhmen bestimmt — ausgeführt, hätten wir den Donau-Elbe- oder Donau-Oder-Kanal ausgeführt gehabt, ich frage — und ich bin nicht im geringsten Zweifel über die Antwort aller anwesenden Herren — wie anders wären wir in bezug auf die Ernährung gestanden? Aber das ist es nicht allein, und Seine Exzellenz hat es auch betont, wofür ich ihm Dank sage: man soll trachten, die Wasserkräfte entsprechend auszunützen. Die alte römische aqua profluens, die weiterfließende Welle des Wassers führt immer bestimmte Kräfte mit sich; bei uns sind sie bereits aufgestapelt, und zwar in den Stauwehren bei der Kanalisierung der Elbe; aber dieses aufgestapelte Wasser, welches alle diese Kräfte beinhaltet, welche im Laufe des ganzen Flußstromes angesammelt werden konnten, läuft unbenützt, jedoch mit Tausenden und Abertausenden von Schäden weiter, welche dadurch, weil diese Wasserkräfte nicht ausgenützt werden, verursacht werden. Ich könnte Ihnen darüber Dinge erzählen, die ich aus eigener Wahrnehmung kennen gelernt habe, was alles die Elektrizität, wenn sie entsprechend behandelt wird, leisten kann.

Ich habe elektrische Motoren tief in Brunnen, tief in den Erdboden versenkt, ich hatte sie auf einer Konsole stehen, auf Tischplatten einer Arbeitsmaschine angebracht, kurz und gut in allen möglichen Lagen und Stellungen gesehen und sie haben geradezu einwandfrei gearbeitet. Ich will damit nur beweisen, daß die elektrische Kraft, wenn sie einmal zur motorischen überführt wird, alles leisten kann und wie anpassungsfähig sie diesen Bedürfnissen gegenüber ist. Es ist ja bekannt und ich will darüber nicht weiter sprechen, daß in Italien sogar durch Benützung der Wasserkräfte bereits Eisenbahnen, und zwar in einer ziemlich großen Ausdehnung von mehr als 100 Kilometern in Betrieb gesetzt werden. Aber das ist nicht das Wichtigste, was ich für erwähnenswert halte. Sogar in sozialer Richtung würde die angewandte Elektrizität in einem ganz bedeutenden Maße etwas schaffen können. Warum haben wir diese große Wohnungsschwierigkeit, die Ernährungsschwierigkeit, überhaupt die Schwierigkeiten in den Lebensbedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung in unseren großen Städten und Industriezentren? Weil die Arbeiter sich an der Quelle der Kraft ansammeln müssen, wo die Fabrik mit ihrem Dampfbetrieb steht. Hätten wir den elektrischen Betrieb in allen unseren Städten eingeführt, so könnten wir durch eine einfache Draht-

leitung die Arbeitskraft in die Wohnung eines jeden Arbeiters und Handwerkers bringen. In gut geleiteten Fabriken ist ja das Prinzip der Arbeitsteilung auf das Beste durchgeführt, aber dieses Prinzip könnte geradezu eine ideale Ausgestaltung finden, wenn wir jedem Arbeiter die motorische Kraft in seine Behausung liefern könnten. Der Arbeiter würde bei seiner Familie zuhause bleiben — auch die moralischen Verhältnisse wären wohl viel besser — und könnte die ihm zur Arbeit zugewiesenen Maschinenbestandteile in seiner eigenen Wohnung mit Hilfe seiner erwachsenen Kinder erzeugen, er würde vielleicht auch mehr erzeugen und das Zusammensetzen der ganzen Maschine könnte dann in der Fabrik erfolgen.

Ich habe vor einer Reihe von Jahren Pforzheim in Deutschland besucht und mehrere Hundert Werkstätten gesehen, die sich mit Manufakturwaren, Broschen, Ringen, mit dem Polieren usw. befassen. Das waren einfache Handwerker, die unter ihrer Tischplatte an ihrem Eßtisch einen Motor angebracht haben, der für sie gearbeitet hat. Hat man aufgehört, so wurde das Tischtuch ausgebreitet und auf dem Tisch gegessen, nachher wurde wieder gearbeitet. Eine solche Vereinfachung der Erzeugung wäre ja ein ungeheurer Vorteil nicht nur in bezug auf den Erwerb, sondern auch in sozialer Beziehung. Eine Unterlassungssünde ist es, wenn die in den Alpenländern, in Böhmen, in den Karpathen reichlich vorhandenen Wasserkräfte nicht ausgenützt werden.

Aber — und da wende ich mich an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten — bei der Ausführung hat es seine Schwierigkeit. Die Wasserläufe, insbesondere die größeren, soweit sie schiffbar und flößbar sind, stehen eigentlich im Eigentum des Staates, der allein darüber verfügt. Nun sind bei uns schon Bestrebungen zutage getreten, die Ausnützung unserer geradezu idealen Wasserverhältnisse im Lande Böhmen zu ermöglichen. Bekanntlich kommt das gesamte Wasser in Böhmen in einer einzigen Rinne zusammen und verläßt Böhmen so ziemlich in der Mitte des Landes. Für die Ausnützung der Wasserkräfte zur Elektrizitätserzeugung wäre das geradezu ein ideales Verhältnis, aber wir können leider nichts erreichen, trotzdem auch schon der Verwaltungsausschuß des Königreiches Böhmen, der leider an die Stelle unseres Landesausschusses getreten ist, sich bemüht hat, die hohe Regierung zu veranlassen, daß die Ausnützung dieser Wasserkräfte gestattet wird, da es auch meiner Überzeugung nach ein sehr großer Fehler wäre, wenn man einzelnen Privatunternehmungen es überlassen würde, diese Wasserkräfte auszunützen, weil das ja dann ein Erwerbsunternehmen wäre, wogegen es ein Unternehmen von öffentlichrechtlichem Charakter wäre, wenn die Ausnützung im Betriebe des Landes oder des Staates erfolgen würde.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte zum Schlusse zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter **Sedlák**: Das ist noch nicht möglich, Herr Präsident. Ich bitte, mir noch einige Worte zu gestatten.

Hier aber tritt das Hindernis ein. Das Arbeitsministerium würde wohl auf die Ausführung dieser Sache eingehen und ich bin überzeugt, daß auch der Herr Ministerpräsident, der in diesen Wassersachen ein fachkundiger Sachverständiger ist, auch einverstanden wäre, aber da ist das Eisenbahnministerium dagegen und sagt: wir legen die Hand auf sämtliche Wasserkräfte, weil wir sie eventuell einmal für den Bahnbetrieb brauchen könnten. Es kommt aber gar nicht dazu, ein Projekt wird hierfür nicht gearbeitet und das ist nicht eine Sache, welche man von einem Tag zum anderen auszuführen imstande wäre. Ich glaube, die Ausarbeitung eines Projektes wäre möglich. Man wendet uns ein, es würde viel Geld kosten, wenn man die Wasserkräfte faßen müßte. Ich habe bereits angeführt, daß die Wasserkräfte, so weit es in Böhmen bei der Elbekanalisierung möglich war, bereits gefaßt sind. Es ist nichts mehr notwendig als die entsprechenden Turbinen aufzustellen diese sind nicht so teuer — und das Leitungsnetz auszuführen, und zwar ein einheitliches Leitungsnetz, nicht für jede Sektion ein anderes. Ein einheitliches Leitungsnetz für das ganze Land wäre unbedingt notwendig.

Damit ich mich bei dieser Frage nicht zu lange aufhalte, möchte ich mir zwei Anregungen erlauben und ich bin recht froh, daß Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident eben anwesend ist. Dieses Hindernis, welches von seiten des Eisenbahnministeriums entgegengestellt wird, könnte vielleicht dadurch beseitigt werden, daß man eine generelle Konzession an das Land gibt, die Wasserkräfte auszunützen, aber mit dem Vorbehalte, daß, falls der Staat und das Eisenbahnministerium in die Notwendigkeit versetzt sind, diese Wasserkräfte in Anspruch zu nehmen, dieselben gekauft werden können; also ein Vorkaufsrecht. Wenn das der Fall wäre und wenn wir die Wasserkräfte gehörig ausnützen könnten, würden wir an Kohle bedeutend ersparen, weil wir sämtliche Industrien, welche entlang dieser Wasserläufe stehen, mit Antriebskraft versehen könnten. Wir würden dadurch Kohle ersparen und dadurch würden wir wieder Gold bekommen. Die zweite Anregung ist die Erklärung der Donau-Elbe- und der Donau-Oderkanäle für internationale Wasserstraßen.

Was die landwirtschaftliche Förderung betrifft, so ist die Drosselung unserer bereits erwähnten landwirtschaftlichen Industrie ein ungeheurer Fehler und ich muß die hohe Regierung bitten, auch in

dieser Beziehung alles mögliche zu veranlassen, daß dieser Fehler endlich einmal beseitigt wird. Ich werde die Herren nicht mit statistischen Daten belästigen — ich habe die Daten bei der Hand, ich werde sie jedoch nicht mehr vorbringen — aber ich versichere Sie, daß die Anbaufläche bereits so gesunken ist, daß wir um ganze 30 Prozent weniger im Ertrage unserer Bodenfrüchte im Vergleiche zum zehnjährigen Durchschnitt haben. Diese Daten sind nicht vielleicht zusammengesucht aus verschiedenen Aufstellungen, sondern das ist die amtliche Statistik. Wenn Sie das nachsehen, so werden Sie sich von der Wahrheit der Sache überzeugen. Ich spreche nicht vom Standpunkte eines Agrariers, sondern ich spreche vom Standpunkte eines Volkswirtschaftlers und würde es lebhaft wünschen, daß wir dadurch Mittel finden, um das schöne Programm Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten leichter ausführen zu können. Wir müssen das um so mehr tun, als wir uns schließlich jeden Tag dem Frieden mehr nähern und zur Friedenswirtschaft hinüberkommen, wo wir unseren Kredit im Auslande heben, wenn wir unsere Valuta in entsprechender Weise reparieren. Das ist nur in dieser Beziehung möglich. Damit schließe ich. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Abgeordneten Hartl.

Abgeordneter **Hartl:** Hohes Haus! Zu dem von Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten entwickelten Regierungsprogramm, das in seiner über das im Laufe der nächsten Jahre Erreichbare weit hinausgehenden Überfülle eigentlich nur eine Liste des Wünschenswerten darstellt, haben sich bereits so viele Redner auch von dieser Seite des hohen Hauses geäußert, daß ich mich, um Wiederholungen zu vermeiden, nur auf die Erörterung einzelner Punkte beschränken werde.

Seine Exzellenz hat gleich an die Spitze seines Programmes den Hinweis auf die unbedingt gebotene Sparsamkeit gestellt und es wird niemanden in diesem hohen Hause geben, der nicht von der Notwendigkeit der größten Sparsamkeit in der Staatswirtschaft überzeugt wäre. Dem gegenüber ist aber von einzelnen Rednern bereits darauf hingewiesen worden, daß vielfach und insbesondere in gewissen militärischen oder militärisch geleiteten Einrichtungen die wünschenswerte Bedachtnahme auf die Finanzlage des Staates nicht immer wahrzunehmen ist. Ich möchte den in dieser Richtung angeführten Beispielen noch eines hinzufügen durch den Hinweis auf die sogenannten Beschwerdekommissionen, mit deren Leitung Generäle oder Stabsoffiziere betraut wurden, denen hierfür recht beträchtliche Zulagen gewährt werden, die in ihrer Gesamtheit jedenfalls eine große Summe ergeben. Dabei bleibt es immer noch fraglich, ob ein hoher Offizier, der im allgemeinen in seinem Ideenkreise der Gedankenwelt des Industriellen wie der des Arbeiters gleich fern stehen dürfte, eine besondere Eignung zur Leitung solcher, den Ausgleich widerstrebender Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bezweckenden Kommissionen besitzt.

Aber weit höher als die Vergeudung von Geldern schätze ich die Verschwendung ein, die sich das militärische Getriebe in mancher Hinsicht mit den Menschen und ihrer Arbeitskraft leistet. Schon in den ersten Kriegsmonaten ist gerade von uns die seither unausgesetzt wiederholte Forderung erhoben worden, jene Männer, welche zu Diensten im Hinterlande kommandiert sind, nach Möglichkeit in ihrer Heimat oder in deren Nähe zu verwenden. Diese Forderung ist von der größten Wichtigkeit besonders für selbständige Gewerbetreibende und Kaufleute, da diese durch die bloße Möglichkeit, ihren Angehörigen in der Fortführung des Geschäftes, wenn auch nur mit sachkundigem Rate, beizustehen, sich und ihrer Familie die Aufrechterhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz zu sichern vermögen. Dabei ist in keiner Weise eine Beeinträchtigung des Dienstes zu befürchten, der im Gegenteile von ortsvertrauten Leuten in vielfacher Hinsicht besser versehen werden kann, als von ortsfremden.

Dies alles ist auch anerkannt und es ist die tunlichste Erfüllung der besagten Forderung zugesichert worden. Die Durchführung ist aber weit hinter diesen Zusagen zurückgeblieben. Es ist mitunter geradezu ergreifend, die Klagen solcher Gewerbetreibender zu hören, die ihr Geschäft, die mühsam errungene Frucht schwerer, jahrzehntelanger Arbeit, den Stolz ihres Lebens, verfallen sehen, nur weil ihrer Bitte um Transferierung in die Heimat nicht willfahrt wird.

Erst gestern ist mir wieder eine solche Klage zugekommen. Sie betrifft einen Schlossermeister aus Reichenberg, der mir folgendes schreibt *(liest)*:

„Es sind nun schon acht Wochen verflossen und noch keine Nachricht. Ich könnte ja in meinem Betriebe in Reichenberg Arbeiten für das Heer durchführen und so fürs Vaterland von größerem Nutzen sein als hier, um so mehr, als ich seelisch schon ganz niedergebrochen bin. Bitte, unterstützen Sie mich in meiner schweren Lage, da ich ja überdies schon $50^3/_4$ Jahre alt bin. Es ist ein gutes Werk, das Sie an mir tun."

Es wird eine Riesenaufgabe sein, all die wirtschaftlichen Schäden, unter denen gerade die eingerückten Gewerbetreibenden zu leiden haben, halbwegs gut zu machen, und gerade deshalb ist jede unnötige Vermehrung dieser Schäden auf das schärfste zu tadeln. Alle militärischen Stellen sollten

vielmehr darin wetteifern, jede mit dem Interesse des Dienstes vereinbare Vermeidung oder Milderung solcher Schäden durchzuführen. Einen Weg zu diesem Ziele habe ich mit dem Gesagten angedeutet.

Und nun möchte ich noch einen Wunsch aussprechen, der zum Teile bereits vom Herrn Prälaten Hauser geäußert wurde, den Wunsch, unsere ältesten Mannschaften sowie solche, die schwere Verwundungen und Gesundheitsschädigungen zu beklagen haben, so rasch als möglich in die Heimat zu entlassen. *(Zustimmung.)* Man muß zu Beispielen greifen, um den Mangel an Wohlwollen und Verständnis, der mitunter zutage tritt, darzulegen.

Wir hatten in der Reichenberger Invalidenfürsorge einen Mann, der das rechte Auge verloren hatte und außerdem durch einen Schuß durch den Unterkiefer schwer verwundet war. Der Mann hatte, nachdem er so gut als möglich ausgeheilt war, den Postoffiziantenkurs mit gutem Erfolg absolviert und wurde daraufhin beim Postamt Reichenberg angestellt. Wir freuten uns natürlich mit ihm, daß ihm dadurch eine Lebensstellung gesichert war. Wie schmerzlich war aber die Enttäuschung, als der Mann bei neuerlicher Musterung als zu Hilfsdiensten geeignet erklärt wurde und zu seinem in Ungarn liegenden Ersatzkörper einrücken mußte, um dort irgendwelche untergeordnete Dienste zu leisten. Der Mann, der so schwer gelitten hat, wurde aus einer Stellung, in der er dringend benötigt wurde und die ihm einen Ersatz für seinen früheren Erwerb bieten sollte, wieder herausgerissen. Erst auf Grund mehrfachen Einschreitens ist vor wenigen Tagen seine Entlassung erwirkt worden. Ich glaube nicht, daß ein solcher Vorgang dem öffentlichen Wohle zu dienen vermag.

Der Herr Ministerpräsident hat auch einen Gesetzentwurf über die Militärversorgung angekündigt. Ich will hier der Regierungsvorlage nicht vorgreifen, möchte aber doch schon jetzt den Wunsch aussprechen, daß die Versorgung unserer Invaliden, denen ja das schwerste Los zugefallen ist, in einer dem Geiste der Gerechtigkeit und Humanität entsprechenden großzügigen Weise geregelt werde. Wie ich in einem in diesem hohen Hause eingebrachten Antrage eingehender dargelegt habe, halte ich eine nach reichsdeutschem Muster nach dem Grade der verminderten Erwerbsfähigkeit abzustufende Invalidenrente nebst Kriegs- und Verstümmelungszulagen, ferner die Zulässigkeit der Ablösung dieser Zulagen durch eine nach versicherungstechnischen Grundsätzen bemessene Abfindungssumme zwecks Begründung oder Festigung der wirtschaftlichen Existenz für unbedingt geboten. Auch die Gewährung von Zusatzrenten für solche, die vor dem Kriege höhere Einkommen bezogen, die ihnen infolge schwerer Kriegsbeschädigungen verloren gegangen sind, erscheint mir als eine unabweisliche Forderung der Gerechtigkeit. Ebenso wie die Versorgung unserer Kriegsverletzten wird auch die Fürsorge für die Hinterbliebenen der im Kriegsdienste Gestorbenen auf eine neue, von Engherzigkeit und Kleinlichkeit freie Grundlage gestellt werden müssen.

Im Zusammenhange mit diesen Fragen möchte ich auch auf die „staatlichen Unterstützungen" verweisen, die auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 12. Juni 1915 den Invaliden und ihren Angehörigen, sowie den Hinterbliebenen Gefallener zuerkannt wurden, sofern dieselben keinen Unterhaltsbeitrag beziehen. Diese „Unterstützungen", welche die schwere Benachteiligung gegenüber den mit Unterhaltsbeiträgen bedachten Familien wenigstens in bescheidenstem Ausmaße mildern sollten, sind karg genug bemessen. Sie betragen für einen Invaliden je nach der Verminderung der Erwerbsfähigkeit 5, 10 oder 15 K monatlich, für die Ehefrau 5 K, für die Kinder je 3 oder 5 K, für die Eltern je 5 K. Ähnlich sind die Sätze für die Hinterbliebenen nach Gefallenen.

Wie schon erwähnt, sind diese Unterstützungen im Hinblicke auf die ungleich reichlichere Versorgung durch die Unterhaltsbeiträge eingeführt worden. Nachdem nun durch das Gesetz vom 27. Juli d. J. die Unterhaltsbeiträge eine so ausgiebige Erhöhung erfahren haben, erscheint es mir unumgänglich, auch die erwähnten „staatlichen Unterstützungen" durch entsprechende Erhöhung damit in Einklang zu bringen.

Ich bitte die hohe Regierung, die diese Frage bereits in Erwägung gezogen haben soll, auch hierin nicht kleinlich und allzubedenklich vorzugehen. Handelt es sich doch auch hier darum, denjenigen, die am schwersten für die Gesamtheit gelitten haben, einen auch bei größter Freigebigkeit doch nur höchst bescheidenen Ersatz für das entfallene Einkommen zu bieten. Wobei wir nicht vergessen dürfen, daß das Größte und Wesentlichste ihres Opfers unersetzlich bleibt.

Endlich erlaube ich mir noch eine höchst dringliche Angelegenheit zu besprechen. Sie betrifft die Unterstützung der aus dem feindlichen Auslande vertriebenen Familien, deren Ernährer bei Kriegsausbruch als Zivilgefangene zurückgehalten wurden. Diese Familien haben bisher weder Unterhaltsbeiträge noch Flüchtlingsgebühren bezogen und waren, da sie zumeist aller Mittel entblößt in der Heimat ankamen, lediglich auf die Unterstützung der Heimatsgemeinde und die private Wohltätigkeit angewiesen, die nicht immer mit dem wünschenswerten Feingefühl geboten wird. Diese Familien leiden auch seelisch unter diesen trostlosen Verhältnissen um so schwerer, als sie sich vor ihrer Vertreibung zumeist in behaglichen wirtschaftlichen Verhältnissen befanden.

Nun ist die Regierung durch ein Gesetz ermächtigt worden, auch diesen Familien Unterhaltsbeiträge zu gewähren und es ist auch vor Kurzem bereits im Wege der Tagespresse die Aufforderung an die betreffenden Familien ergangen, ihre Ansprüche bei der zuständigen politischen Behörde anzumelden. Als sie aber dieser Aufforderung entsprachen, wurde ihnen mitgeteilt, daß diesen Behörden noch keine amtliche Verständigung zugekommen sei. Ich hoffe, daß dieses Versäumnis ehestens gutgemacht und damit einer von der Kriegsnot besonders schwer heimgesuchten Gruppe Unterstützungsbedürftiger endlich eine gewisse Beruhigung gewährt werde.

Und nun bitte ich, mir zu gestatten, auch einige Bemerkungen zu dem politischen Teil des Regierungsprogrammes zu machen. *(Hört! Hört!)*

Wir Abgeordnete, die wir unser an Eidesstatt abgegebenes Gelöbnis, für das Wohl dieses Staates zu arbeiten, ernst nehmen, haben die Pflicht, mit voller Offenheit und rücksichtsloser Entschiedenheit aufzutreten, wenn wir die Wohlfahrt oder gar den gesicherten Bestand des Staates, sei es durch bösen Willen feindseliger Kräfte oder durch Schwächlichkeit und Zaghaftigkeit der zum Schutze des Staates in erster Linie berufenen Stellen, gefährdet sehen. *(Sehr richtig!)*

Und in dieser Hinsicht kann ich den Vorwurf nicht zurückhalten, daß Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident entweder die schweren Gefahren, die in gewissen innerpolitischen Vorgängen liegen, nicht erkennt, daß ihm das politische Augenmaß für die Bedeutung dieser Vorgänge und der sich hieraus entwickelnden Folgen fehlt oder daß er die zur Bekämpfung dieser Vorgänge unbedingt nötige Festigkeit und Entschlossenheit nicht aufzubringen vermag. *(Sehr richtig!)*

Ich habe natürlich die gegen das Gefüge der Monarchie und damit gegen den gesicherten Bestand des Staates gerichtete, durch den unseligen Amnestieerlaß geradezu neu aufgepeitschte Bewegung im tschechischen Volke im Sinne. *(Sehr richtig!)*

Was sich hier im Hause selbst abgespielt hat, von der staatsrechtlichen Erklärung des Herrn Abgeordneten Stanèk bis zu der vor drei Tagen vom Abgeordneten Zahradník vorgebrachten Forderung nach einem souveränen tschechischen Staate mußte mit all den verschiedenen Zwischenfällen allein genügen, dem Herrn Ministerpräsidenten die Augen zu öffnen für die ernsten Gefahren, die dem Staate von dieser Seite drohen. *(So ist es!)*

Und wenn ihm das nicht genügt, was sich hier vor seinen Augen abspielt, dann lasse er sich einen wahrheitsgetreuen Bericht erstatten über das, was im tschechischen Teile Böhmens vor sich geht. Dort ist eine stille Revolution am Werke, mit dem kaum verhüllten Zweck, uns in dieser schweren Zeit, in der der Staat der straffsten Zusammenfassung aller seiner Kräfte bedarf, nach innen und außen zu schwächen *(So ist es!)* und dadurch unseren Feinden, aus deren Lager noch heute Männer, wie Masaryk und Dürich, eine gegen unsere Monarchie gerichtete, weitverzweigte Verschwörung leiten, in die Hände zu arbeiten.

Ich lenke die Aufmerksamkeit Seiner Exzellenz zunächst auf die Vorkommnisse in den letzten Juli- und ersten Augusttagen. Als unsere glänzend geführte neue Offensive gegen Rußland Tarnopol und Kolomea wieder in unseren Besitz brachte, haben tschechische Abgeordnete, die sonst der Arbeiterbewegung ferne stehen und für die Leiden der Arbeiterschaft nicht allzuviel Herz zeigen, unter Ausnützung der durch die Ernährungsschwierigkeiten bedingten Erregung in Prag Volksversammlungen von höchst bedenklichem Charakter veranstaltet, und als unsere siegreichen Truppen in Czernowitz einzogen, wurden rasch die Streiks in Prag und Pilsen inszeniert. *(Hört! Hört!)* Das ist kein zufälliges zeitliches Zusammentreffen, hier liegt ein unschwer zu erkennender innerer Zusammenhang vor. Unsere glänzenden militärischen Erfolge sollten eben durch Anzettelung innerer Wirren in ihrer Wirkung auf die Entente und vielleicht auch auf die maßgebende Stelle des eigenen Reiches abgeschwächt werden. *(Abgeordneter Hummer: Das gibt ja der Zahradnik ohneweiters zu! Er sagte hier öffentlich dem Ministerpräsidenten, er sei der letzte österreichische Minister, den er begrüße!)* Gewiß!

Die gekennzeichnete Tendenz der tschechischen Arbeiterbewegung geht auch aus den Forderungen hervor, zu denen die verhetzten Arbeitermassen gedrängt wurden. Die vollständig erlogene Behauptung, daß die Lebensmittelnot in Böhmen durch massenhafte Ausfuhr von Nahrungsmitteln nach Deutschland herbeigeführt sei, spielte in dieser Verhetzung eine Hauptrolle. Damit sollte Mißtrauen und Erbitterung gegen unseren treuen Bundesgenossen, der uns gerade damals wieder so kräftige Hilfe geleistet hatte *(Sehr richtig!)*, wachgerufen und das vertrauensvolle Verhältnis zwischen den beiden durch den Krieg zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengeschlossenen Reichen vergiftet werden.

Nebenbei liefen freilich noch andere Absichten. Nicht nur die erlogene Ausfuhr von Lebensmitteln nach Deutschland, auch die Abgabe des Überflusses aus den gesegneteren Gauen Tschechisch-Böhmens an die darbenden deutschböhmischen Industriebezirke sollte unterbunden und das tschechische Sprachgebiet zu einem abgeschlossenen, selbständigen Ernährungsgebiete gestaltet werden. *(Sehr richtig!)*

Und nebenbei wurde ein Sturm gegen den Statthalter Grafen Coudenhove, dem man gewiß nicht einseitige Begünstigung der Deutschen nachsagen kann, unternommen, zu dem von einem tschechischen Blatte offen ausgesprochenen Zwecke, den Statthalterposten mit einem entschiedenen Anhänger des tschechischen staatsrechtlichen Programms zu besetzen, mit einem Manne, der, wie es bei den Lobkowitzen oder Schwartzenbergen der Fall wäre, nach den Traditionen seines Hauses ein geeigneter Vermittler zwischen dem tschechischen Volke und dem „Könige" wäre.

Der Herr Ministerpräsident hat gewiß mit Recht die Frage der Volksernährung als die brennendste bezeichnet. Daraus folgt aber, daß alles, was sich auf dem Gebiete dieser Frage abspielt, mit der größten Aufmerksamkeit und Energie verfolgt werden müßte. Dazu gehört vor allem die Sicherung einer gleichmäßigen Aufbringung und Verteilung der in die staatliche Bewirtschaftung einbezogenen Lebensmittel. Wie es in dieser Hinsicht in Böhmen und auch in Mähren aussieht, hat Kollege Schreiter bereits besprochen und die verschiedenen statistischen Zusammenstellungen erweisen die Richtigkeit seiner Ausführungen.

Aus einem bezüglichen Ausweise der Prager Statthalterei geht hervor, daß die zum großen Teile in unfruchtbarem Gelände liegenden deutschen Bezirke Böhmens *(Hört! Hört!)* auf jeden Hektar bebauter Fläche durchschnittlich um ein volles Drittel mehr Getreide abgeliefert haben als die in den gesegneten Gefilden Innerböhmens gelegenen tschechischen Bezirke. *(Hört! Hört!)*

Und ähnliches zeigt sich in Mähren. Nach einer vom Genossenschaftsinstruktor Hilmer veröffentlichten, nach Bezirken zusammengestellten Statistik haben die tschechischen Gemeinden Mährens von der ihnen zur Lieferung aufgetragenen Buttermenge nur 34 vom Hundert, die deutschen Gemeinden aber 64 vom Hundert, also nahezu das Doppelte aufgebracht. Das sind Verhältnisse, die für uns Deutsche nachgerade unerträglich werden. Haben wir schon im unmittelbaren Kriegsdienst unverhältnismäßig mehr Opfer an Gut und Blut gebracht *(Sehr richtig!)*, so sollen diese Opfer noch durch Hunger und Unterernährung ins Ungemessene gesteigert werden, nur weil es den berufenen Behörden nicht gelingt oder nicht beliebt, eine Gleichmäßigkeit in der Abfuhr und Zuteilung der wichtigsten Lebensmittel zu erzwingen. *(Abgeordneter Hummer: Die Tschechen geben einfach nichts her!)* Ja, weil dort alles unter einer Decke zusammenarbeitet, diejenigen, die abzuführen und diejenigen, die die Abfuhr zu sichern haben. *(Sehr richtig!)*

Und zu der Not, unter der Deutschböhmen so unsäglich leidet, kommt auch noch der freche Hohn. So hat sich die „Národný Politika" vom 31. August in einem geradezu aufhetzenden Artikel die Behauptung geleistet, daß das in Wirklichkeit unter den schwersten Ernährungssorgen, insbesondere unter dem Mangel an Mehl und Brot, leidende Reichenberg „einen solchen Überfluß an Mehl habe, daß es sich keinen Rat weiß, wie es das ihm fortwährend zugeteilte Mehl verbrauchen soll". *(Abgeordneter Kraft: Ist das berichtigt worden?)*

Das ist ja nicht erst zu berichtigen. Wenn jemand behauptet, $2 \times 2 = 5$, brauche ich das auch nicht zu berichtigen; die Verlogenheit ist eine so offenkundige, daß eine Berichtigung ganz überflüssig ist. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Kalina.)* Herr Kollege, das Wort habe ich; ich bitte, Herr Präsident, gegen solche Unterbrechungen einzuschreiten. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Dafür hat ein anderes tschechisches Blatt zwar die Lebensmittelnot Deutschböhmens anerkannt, sich dabei aber zu der Erklärung verstiegen, die Lebensmittelfrage in Böhmen zeige, daß die Deutschen hinsichtlich der Ernährung von den Tschechen abhängen und sich daher unter das Joch des tschechischen Staatsrechtes beugen müssen. *(Hört! Hört!)*

Dieser Gedanke, die Ernährungsnot zu einer politischen Knechtung des deutschböhmischen Volkes auszunützen, wirkt wie eine kleinliche Karrikatur des großen Aushungerungsplanes, auf den England den Krieg gegen die Mittelmächte aufbaute.

Ich brauche wohl kaum hinzuzufügen, daß ich diese tschechische Drohung nur als ein Beispiel für die unglaubliche Verstiegenheit der tschechischen Politik angeführt habe, ein Beispiel, das aber einen lehrreichen Einblick in die Gedankenwelt und in die Ethik dieser Politik eröffnet. *(Sehr gut!)*

Für die Regierung aber muß das eine ernste Mahnung sein, endlich einmal nach dem Grundsatze gleichen Rechtes auch hinsichtlich des Ernährungsdienstes in Böhmen Ordnung zu schaffen. Wir fordern dies mit aller Entschiedenheit, auch deshalb, weil wir nicht zugeben können, daß durch eine weitere Steigerung der Lebensmittelnot unsere gequälte Bevölkerung zu Ausbrüchen der Verzweiflung getrieben wird, die man dann politisch gegen sie auszubeuten versuchen würde. *(Sehr gut!)*

Ich will mich nun noch kurz einigen politischen Vorkommnissen der letzten Tage zuwenden, die Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten auch zu denken geben sollten.

Zunächst dem Zusammenschluß tschechischer Parteien zu einem staatsrechtlichen Klub mit dem Präsidium Klofáč-Stransky. *(Hört! Hört!)* Die bloße Nennung des Namens Klofáč erweckt Vorstellungen von gefährlichsten Umtrieben gegen unseren Staat, von geheimen Unterhandlungen mit seinen verbissensten Feinden, und der andere, Dr. Stransky, ist der Mann, der den traurigen Mut hatte, in

diesem Hause das Schicksal des tschechischen Volkes dem Friedenskongresse, das soll sagen: unseren Feinden anzuvertrauen. *(Zustimmung.)*

Die Herren können natürlich in ihr Präsidium wählen, wen sie wollen, aber uns müssen sie gestatten, daß wir das Demonstrative dieser Wahl richtig einschätzen und uns danach einrichten. *(Sehr gut!)*

Und nun noch eines: Vor einer Woche wurde Herr Dr. Rašin, der begnadigte Hochverräter, an der tschechischen Universität aufs neue promoviert *(Hört! Hört!)* und er benutzte diese feierliche Gelegenheit, um zu erklären, daß er und seine Genossen von den Ideen, die zu ihrer Verurteilung geführt, bis zum Tode nicht lassen werden und daß die Zuhörer durch ihre Anwesenheit bezeugen, daß sich die tschechische Intelligenz mit diesen Ideen solidarisch fühle. Man kann der politischen Charakterstärke und der Gesinnungstreue dieser Männer volle Achtung zollen; wenn aber die Betätigung dieser Gesinnungstreue doch nichts anderes bedeutet, als die Wiederaufnahme der hochverräterischen Umtriebe, die dem Staate und vor allem unserem deutsch-österreichischen Volke so unsäglich schwere Opfer an Gut und Blut gebracht haben, dann muß ich fordern, daß die Leiter des Staates sich nicht blind stellen gegen die Gefahren, die aus solchen, unter dem jubelnden Beifalle der Zuhörer erfolgten Versicherungen zu erkennen sind.

Auch in diesen Dingen und in ihnen in erster Reihe darf es für einen österreichischen Ministerpräsidenten kein laissez faire, laissez aller geben. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich bitte, meine Herren, nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter **Hartl** *(fortfahrend)*: Auch in diesen Dingen wäre es Pflicht des Ministerpräsidenten und der betreffenden Ressortminister gewesen, unverzüglich mit Energie einzugreifen. Die schwächliche Erklärung Seiner Exzellenz, „daß die Regierung solche Ideologien nachdrücklich zurückweist, die sich mit dem Staate in Widerspruch setzen und denen demnach ein Eindringen in die Gestaltung der öffentlichen Dinge unseres Vaterlandes verwehrt bleiben muß", ist nicht dazu angetan, den neuerlichen Ansturm der Tschechen gegen den Staat abzuwehren.

Hierzu gehört ein offener klarer Blick für die wirklichen Verhältnisse, eine volle Erkenntnis der ernsten Gefahr und ein kräftiger, unbeugsamer Wille, dieser Gefahr entgegenzutreten, bevor sie Kräfte an sich zieht, die stark genug sind, den Staat zu zertrümmern und zu verderben. *(Sehr richtig!)*

In der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten haben wir die Bekundung eines solchen festen Willens vollkommen vermißt. Wir fürchten, daß Exzellenz Dr. v. Seidler nicht der Mann ist, den von ihm gekennzeichneten staatsfeindlichen Ideologien das Eindringen in unser öffentliches Leben zu verwehren. Hat er doch durch Gegenzeichnung des unheilvollen Amnestieerlasses den gefährlichsten Vertretern dieser Ideologien selbst den Weg in die Freiheit gebahnt und damit die Wiederaufnahme ihrer staatsfeindlichen Umtriebe ermöglicht.

So lange der Herr Ministerpräsident nicht erkennt, welch unheilbaren Schaden diese Amnestie dem Staate zugefügt, und so lange er nicht entschlossen ist, diese Erkenntnis auch der Krone gegenüber mit pflichtgemäßer Offenheit und Entschiedenheit zu vertreten — so lange können wir die Politik des Herrn Ministerpräsidenten nur mit den größten Besorgnissen und ohne jedes Vertrauen verfolgen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Kalina das Wort.

Abgeordneter **Kalina:** Slavná sněmovno! Jest. myslím, jen pro budoucnost, pro historii zajímavo, když mluvíme v této sněmovně, poněvadž, vážení pánové, většina posluchačstva v této sněmovně není vlastně přítomna. Jedná se jen o to, abychom pro budoucnost pevně stanovili rozdíly mezi Vaším a mezi naším stanoviskem, které bylo v Čechách, v zemích koruny české, které bylo v českém národě od staletí poctivé, upřímné a které bylo nepokrytecké. *(Souhlas.)* U Vás byl opak. Mám za svoji povinnost otevřeně promluviti dnes v této sněmovně v den, kdy český lid světí den svatováclavský proto, poněvadž byl v symbolu koruny svatováclavské vtělen ideál českého národa, vlastní český stát.

I zesnulý poslední panovník Jeho Veličenstvo František Josef I. sám v roku 1871 výslovně před celým světem jako čestný muž a kavalír prohlásil, že uznává rád, jakého lesku propůjčila jeho rodu koruna svatováclavská, že uznává práva království a že jest ochoten přísahou korunovační práva tohoto království potvrditi. *(Potlesk. — Souhlas.)*

Mám dnes za povinnost svoji proti všem útokům, které zde byly učiněny dnes i dříve a každý skoro den se strany německé, jedno prohlásiti: „Český národ nikdy neuznal otrocké postavení své v tomto státě. Český národ nikdy neuznal, že změny státoprávní, že změny ústavy a také změny správy mohou něco měniti na jeho od staletí trvajícím, nedotknutelném právu státním. *(Potlesk.)*

Všichni čeští poslanci, kteří šli do této sněmovny, v první schůzi vždy prohlásili, že trvají na tom, co jejich předkové tak dlouho svojí prací, krví a životem hájili a za co tisíce a tisíce

českých lidí i v dobách míru musili trpěti v žalářích a snášeti persekuce. *(Souhlas. Potlesk.)*

My znovu zde před celým světem stavíme se tak, jací jsme byli vždy. Byli jsme vždy poctiví, upřímní, loyální a žádní pokrytci. *(Výborně.)*

Když čeští poslanci mluvili o českém státu, když mluvili o neodvislosti zemí koruny české, vždy vystupovali lidé naši jako royalisté. My nemůžeme za to, že dnes v lidu propuká jiné mínění, ježto páni s levé strany po leta ženou politiku do docela jiných kolejí, poněvadž lid náš ztrácí víru v plnění slova se strany panovníka, poněvadž se nenašli ministerští předsedové, kteří byli by radili důtklivě, že slovo dané panovníkem musí býti za každých okolností dodrženo. *(Výborně. Potlesk.)*

To není naší vinou. To jest tragickou vinou pánů s levé strany, to jsou hříchy, které se staletí páchaly na českém národě. My s hrdostí můžeme říci, že my jsme vždy byli otevření a bez výhrad. Tenkráte, když se začal český národ kompromitovati, ztrácel půdu pod nohama. *(Tak jest! Potlesk.)*

Hohes Haus! Der letzte Vorredner wie auch die Redner vor ihm sind wieder mit einer so großen Wut gegenüber dem tschechischen Volke und gegenüber den böhmischen Abgeordneten aufgetreten, daß ich es wirklich als meine Pflicht erachte, auf diese Auslassungen der Herren kurz zu antworten.

Meine Herren! Wir sind — das erkläre ich als Radikaler und als Schriftführer und Geschäftsführer des neugebildeten böhmischen staatsrechtlichen Klubs offen und aufrichtig — keine Gegner der deutschen Nation als solcher *(Bravo! Bravo!)*, wir sind wahre Demokraten, wir sind es so, wie unsere Väter und Vorfahren es waren. Wir wollen niemand unterjochen, wir wollen niemand eine Injurie zufügen, wir wollen aber auch selbst leben nach der Parole: Leben und leben lassen! Auch der größte Radikale unter uns, meine Herren, will der deutschen Nation nichts übles zufügen. Solche sind wir und waren, insbesondere als wir noch an der Universität studierten, die hier in derartig denunziatorischer Weise angegriffen wurde, an der Universität, von der Sie ein andermal als einem Hort der Freiheit und Unabhängigkeit sprechen, die aber hier von den Herren Pacher, Teufel und Hummer und den anderen Herren, die nichts anderes in ihrem ganzen Leben gekonnt haben, als nur denunzieren und fortwährend Mißtrauen unter die Nationen zu streuen, an der Universität, an der wir seinerzeit als junge Leute die großen Lehren des Rechtes, der Sozialisation des Staates und der Menschheit vernahmen, an der wir die große Kultur aller Nationen kennen lernen wollten, wir waren und wir sind bis jetzt immer diejenigen gewesen, die den großen Männern des deutschen Volkes, so dem großen Philosophen Herder die größte Anerkennung entgegenbrachten. Aber wie weit haben sich die Herren von der Sorte der Hartl und Konsorten von dem Ideal des großen Schiller und Goethe und Herder entfernt, wie fern liegen ihnen jetzt die großen Kämpfe um die Freiheit, die Brüderlichkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. *(Bravo!)*

Da nutzt gar nichts hier im Hause, wenn Sie wieder denunzieren! Es ist in der Kriegszeit leider zu einem untrennbaren Merkmal der Deutschnationalen geworden, nur zu denunzieren, nur nach der Polizei gegen die Nationen und gegen die eigenen Leute zu rufen — waren ja nicht einmal die Denker unter der deutschen Nation frei von dem Mißtrauen, von der Unterschätzung dieser Leute. Und weswegen? Weil diese vernünftigen Leute unter den Deutschen hier anerkannt haben, daß die Mißwirtschaft, die Unaufrichtigkeit und Ungerechtigkeit, die vor dem Kriege geherrscht hat, nicht weiter gehen kann, wenn Sie wirklich die Herrschaft der lothringischen Dynastie retten wollen. *(Bravo!)*

Meine Herren! Was bedeutet das, wenn Herr Hartel und die Redner vor ihm einige Bezirkshauptleute in Böhmen denunzieren? Ich bitte, meine Herren, gehen Sie nach Böhmen — und das gleiche gilt für Galizien, Niederösterreich, Oberösterreich und alle übrigen Königreiche und Länder, die im Reichsrate vertreten sind — was sind eigentlich die Bezirkshauptleute? Das sind arme Angestellte dieses zentralistischen Systems und des Polizeisystems in diesem Reiche. *(Zustimmung.)* So ein Bezirkshauptmann am Lande mag manchmal ein guter Böhme, manchmal wieder ein guter Deutscher sein, doch wir wissen, daß die Bezirkshauptleute es wagen und leider auch nicht wagen dürfen, in den Sachen des hungernden Volkes nach oben ein freies Wort zu sprechen. Jetzt werden sie hier wieder denunziert und es wird der Minister des Innern aufgefordert: „Bitte, sperren Sie diese Bezirkshauptleute ein, suspendieren Sie sie!" Dann kommt wieder ein anderer Herr und ruft: „Wo ist Seine Exzellenz der Herr Unterrichtsminister? Warum schreitet er nicht ein?" An der Prager Universität hat nämlich ein ehrlicher Mann ehrlich gesprochen. Das darf nicht sein. Wir dürfen nur Heuchler haben in Österreich, die vor den Herren schön sprechen, aber nicht an das glauben, was sie sagen. Das muß angenagelt werden. Sie sprechen zwar schön, aber Sie glauben nicht daran. Wir sagen aber aufrichtig das, was wir glauben. Und das geschieht in einer Zeit, wo auch in der deutschen Nation Männer aufstehen und vom Selbstbestimmungsrecht der Völker sprechen. Sie glauben, daß Sie mit diesen Mitteln etwas ausrichten werden? Sie kennen nicht die Geschichte, welche lehrt, daß wenn ein arbeitsames, ein fleißiges Volk verfolgt wird, dies nur unaufhaltsam zu weiteren, schwereren Kämpfen führt. In den Zeiten der Sybariten, wo die Leute alles im Überfluß

haben, denken sie vielleicht nicht so viel an die geistigen und politischen Ziele. Wenn aber eine Nation durch ein solches System zur Verzweiflung getrieben wurde, dann steht das ganze Volk auf, um das Joch der Sklaverei von sich abzuschütteln. Glauben Sie, Sie Patrioten, die Herren Hummer, Pacher und Wolf: Niemand hat die Entente so viel im Munde, niemand unterrichtet die Entente so gut über die Verhältnisse hier in Österreich als sie, meine Herren Deutschnationalen. Wir danken Ihnen dafür. Wir brauchen nicht darüber zu sprechen. Sie sprechen davon und wir können ohneweiteres dazu schweigen. Nur sind wir es jetzt einmal schon satt, daß hier solche Leute als Retter des sogenannten Österreich auftreten. Wir sind offen auch nach oben hin.

Die Herren Wolf und Hartl predigen uns jetzt einen österreichischen Patriotismus. Sie haben gesehen: ein seines Mandates beraubter Abgeordneter kommt hieher und muß sich sein Recht erzwingen, die Herren rufen aber wieder einmal nach der Polizei. Es ist wirklich bedauerlich, daß wir jetzt einen Präsidenten haben, der in den Zeiten, wo er in der Opposition war, sogar ein Freidenker war, jetzt aber zum Sklaven dieser Regierung geworden ist, die in einer Zeit, wo sogar Seine Majestät anderer Meinung war und ist — die selige wie die jetzige — doch nichts von Freiheit wissen will, weil es sich um die weitere Unterdrückung des böhmischen Volkes handelt, jetzt vielleicht bloß mit Handschuhen. *(Zwischenruf: Der Wolf!)*

Entschuldigen Sie, daß ich über seine Sache spreche, aber es muß einmal sein. Der Herr Wolf! Als der Herr Ministerpräsident hier seine Rede hielt und wie alle Ministerpräsidenten vor ihm wieder über den österreichischen Staatsgedanken sprach, habe ich in einem Zwischenrufe gefragt: Was für einen Staatsgedanken haben Sie? Ich habe gesagt: „Keinen österreichischen Staatsgedanken kenne ich!" Alle die Ministerpräsidenten haben vielleicht Systeme im Kopfe gehabt, aber einen großen Gedanken haben sie niemals gehabt. Sie hatten den Absolutismus, den Zentralismus, den Dualismus, den Germanismus, den Bureaukratismus, den Klerikalismus usw. und wie viele ismen es noch gibt, gepredigt, aber sagen Sie mir: wo gab es, sagen wir nur seit den Zeiten dieses Hauses, also seit der Dezemberverfassung ein Ministerium, einen Ministerpräsidenten, welcher wirklich einen großen, freien, weitgehenden Staatsgedanken gehabt hat und ihn durchzuführen trachtete? Und ich habe weiter im Zwischenrufe gesagt: „Staatsrechtlich haben wir kein Österreich! Nur die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder: Und unter denen ein Oberösterreich und Niederösterreich!"

Dieser Zwischenruf entspricht euerer Verfassung, das war eine Mahnung. Wir kennen verfassungsrechtlich und staatsrechtlich kein Österreich und die Minister müssen sich das schon angewöhnen; die Verfassung kennt nur die im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder und wir haben wirklich nur ein Oberösterreich und Niederösterreich; und wenn Sie fortwährend mit diesem Worte „Österreich" herumfuchteln, so beleidigen Sie und provozieren sie eigentlich damit den verfassungsrechtlichen Sinn auch derjenigen gläubigen Leute, die auf die Verfassung noch etwas geben. Als ich also diese Zwischenrufe gemacht hatte, sagte der Herr Wolf ungefähr: Jetzt hat ein wahrer Patriot gesprochen!

Meine Herren! Herr Wolf! Erinnern Sie sich nicht, daß er und andere Herren auch fortwährend einen Staatsgedanken im Kopfe gehabt haben? Aber dieser Staatsgedanke, dieses Losungswort war: Hoch Hohenzollern! Im böhmischen Landtage und in diesem Hause wurde es gerufen. Der Herr Wolf, der österreichische Patriot, der damals, als es sich um die Badeni-Verordnungen handelte, hier — es ist merkwürdig — von drei Sitzungen ausgeschlossen, wo der Herr Schönerer aus diesem Saale weggeführt wurde, damals haben Sie einen Staatsgedanken gehabt: Hoch Hohenzollern! Und im böhmischen Landtage, als es sich um die Obstruktion handelte, wie haben sie da dem böhmischen Volke geantwortet, als es sich um Abwehr eines Unrechts handelte und darum, um wirklich Frieden im Lande zu stiften, nicht aber durch Amtsgewalt? „Hoch Hohenzollern!" haben sie gerufen und in dem böhmischen Landhause haben sie die „Wacht am Rhein" in einer Zeit gesungen, wo dieses Lied auch von dem alten Kaiser noch als ein Lied verstanden wurde, das gegen die Selbständigkeit der Dynastie gerichtet ist.

Meine Herren! Sagen Sie ein Beispiel, wo unsere Kollegen auf eine solche Weise vorgegangen wären! Gehen Sie noch weiter, meine Herren, und Sie werden sehr viele Beispiele dafür finden, daß diese Herren einen Staatsgedanken gehabt haben, aber jedesmal war dieser Staatsgedanke Großdeutschland und erst weit, sehr weit hinter diesem Großdeutschland kam ein kleines Österreich.

Meine Herren! Sie wundern sich, daß die Welt jetzt auf einmal erwacht ist. Sie glauben, daß Sie uns jetzt mit Polizeiverordnungen, mit neuen Persekutionen von dem abbringen werden, was die ganze Welt will und was alle Nationen wollen müssen: die Freiheit, Selbständigkeit, Souveränität der Nationen, Brüderlichkeit aller Nationen und aller Menschen. Das ist ein großer Gedanke, für den unsere Väter gekämpft haben vor Jahrhunderten, für den sie eingesperrt waren und Hunderttausende an Geldstrafen zahlen mußten. Aber sie sind ehrliche Männer geblieben, sie waren keine Heuchler und sie

waren immer das, was unsere großen Männer der ganzen Welt gepredigt hatten. Sie denunzieren die Universitäten! Wir haben einen Komenius, einen der größten Männer der ganzen Welt gegeben, der in die ganze Welt hinausgejagt wurde, aber anstatt Feindseligkeit gegenüber den Nationen nur die hohe Kultur gepredigt und der ganzen Welt ein neues System der Bildung geschaffen hat. Den Denunziationen des Herrn Wolf stelle ich den großen Palacky gegenüber, den großen Denker und Propheten, der immer gepredigt hat: Seid gerecht, seid loyal gegenüber diesem arbeitsamen Volke.

Er hat am Ende seines Lebens mit Bedauern, aber auch mit Überzeugung konstatiert, daß er zu anderen Lehren gelangen mußte; er hat gesagt, daß er sich leider geirrt, denn er hatte alles auf die Hoffnung und Überzeugung gestellt, daß wirklich einmal in diesem Reiche Gerechtigkeit walten wird. Er hat sich geirrt, aber als Denker und Historiker hatte er aus der Historie seines Volkes die Hoffnung und Überzeugung gewonnen, daß ein arbeitsames Volk niemals aus der Welt geschafft werden kann. Damals hat er gesagt, wir sind so mächtig, wir sind in unserer Historie und in unserem ganzen Wesen so geartet, daß wir alles überleben müssen; es ist fraglich, ob in den Wirren der Zeit Österreich das aushalten wird. Er hat fast vor 50 Jahren den Ausspruch getan: Wir waren vor Österreich, wir werden auch nach Österreich sein. Unter „Österreich" hat er auch alle Verfassungen verstanden, die uns aufoktroiert wurden, die Verfassungen, in denen dem Adel und allen den Privilegien, der Bureaukratie und dem Zentralismus die große Macht gelassen wurde, ganz gegen die Meinung des böhmischen Volkes, welches immer auf der Basis der Demokratie gestanden ist und immer gegen die Vorherrschaft des Adels, des Klerikalismus und des Zentralismus gekämpft hat. Wir wollten immer eine demokratische Verfassung im Lande und auch in diesem Staatsgebilde, und der Palacky steht nun jetzt als ein großer Prophet vor uns. Lesen Sie, meine Herren, die Gedenkblätter des Palacky, seine letzten Worte und Sie werden lesen, daß dieser Mann vor fast 50 Jahren, nach dem deutsch-französischen Kriege direkt in einer sozusagen gottbegnadeten Inspiration gesprochen hat. Er hat damals ungefähr gesagt: Es wird einmal infolge dieser Strömungen zu einem großen Kampfe zwischen dem Slawentum und dem Deutschtum kommen; in diesem Kampfe mag die Entscheidung schwanken, das Ende wird aber sein, daß vielleicht das ganze deutsche Volk einmal mit Zinsen alle Milliarden zurückzahlen wird, welche es einem freien Volke auferlegt hat.

Meine Herren, haben wir den jetzigen Krieg gewollt, haben wir diese kriegerische Hetze und dieses ganze leidvolle Elend heraufbeschworen? Wir nicht, meine Herren! Auch die Radikalen — ich auch — haben sich dagegen gewahrt und ich habe die stenographischen Protokolle als Beweis dafür. Wir haben vor dem Kriege mit Serbien gewarnt, wir haben damals den christlichsozialen Präsidenten Pattai aufgefordert, als hier damals der Beschluß einstimmig gefaßt wurde, für den Frieden, auch für den Frieden einzuschreiten. Ich selbst habe von meinem Sitz aus den Präsidenten, selbst als er zum Kaiser berufen wurde, gefragt: „Wollen Sie im Namen des ganzen Hauses, das alle Völker des Reiches repräsentiert, dem Kaiser sagen, daß niemand den Krieg will? und ihm bitten, daß er sich gegen den Krieg und für den Frieden entscheide! Aber wer wollte den Krieg? Die Herren vom Wiener Rathaus und die Deutschnationalen unter Führung des Pollauf und anderer. *(Widerspruch.)* Ja, lesen Sie das in den Zeitungen, lesen Sie über alle diese Abenteuer in Albanien und Sie werden sehen, was damals diese Demonstrationen hier in Wien bedeutet haben. Wir haben gegen den Krieg demonstriert, als noch Zeit dazu war, sie haben für den Krieg demonstriert, als die höchste Gefahr des Krieges bestand. Jetzt, meine Herren, — das ist der Fluch der bösen Tat — leiden Sie unter ihm gerade so wie wir, und wir noch mehr, aber in der großen Zeit mußte es auch einmal dazu kommen, daß wir auch an uns selbst denken, und wir müssen auch an uns denken. Das glorreiche Königreich Böhmen hat die große Herrschaft der habsburg-lothringischen Monarchie begründet. Ohne die freie Entscheidung des böhmischen Volkes und seiner Stände hätten sie bisher kein Reich der habsburg-lothringischen Monarchie gehabt. Im Jahre 1526 haben die Stände der böhmischen Nation freiwillig, durch eine freie Wahl diese Dynastie auf den Thron der böhmischen Krone berufen und das freie Recht der Wahl steht bis heute fest, meine Herren. Auch die pragmatische Sanktion, auf die Sie sich so oft berufen, wurde wieder nur durch den zustimmenden Beschluß des Landtages bei uns zum Gesetz, zu einem böhmischen Staatsgrundgesetz, zu einem Landesgrundgesetz gemacht. Und niemals ist dieses Recht der Nation erloschen und auch dieses Recht hat der selige Kaiser trotz aller Ministerpräsidenten anerkannt als er erklärt hat, daß die böhmische Krone seinem Hause den größten Glanz verliehen hat, dieses Recht hat das Königreich behalten und er war gewillt, dieses Recht wieder zu bestätigen. Es ist nicht dazu gekommen. Jetzt, meine Herren, sehen Sie, daß es Mißgriffe der Regierung waren, die nun im Weltkriege bitter gebüßt werden. Das Volk des glorreichen Königreiches war gewohnt, unter dem Banner seiner Könige und Fürsten und auch seiner eigenen Führer unzähligemal in fremden Diensten für fremde Interessen zu dienen. Sie wissen, daß ein böhmischer König die Devise gehabt

hat: „Ich dien." Was haben die böhmischen Könige davon gehabt und was hat das Volk davon gehabt? Das böhmische Volk hat auch für die Freiheit und für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen in Europa vor Jahrhunderten gekämpft! Jetzt in der großen Zeit der Weltgeschichte wollen wir nur eigener Nation, nur unserem Volke dienen und uns selbst eine bessere, große Zukunft zu erkämpfen von der Europa, für deren Befreiung unsere Vorfahren vor Jahrhunderten gekämpft und geblutet hatten.

Meine Herren! Das Königreich, ohne dessen Kraft, ohne dessen Arbeit, ohne dessen Reichtum dieser Krieg überhaupt nicht auszuhalten wäre, wird fortwährend vor der ganzen Welt denunziert. Die ganze Welt weiß, was die böhmische Krone für diese Monarchie gilt und fortwährend denunzieren hier die Leute das unterjochte Volk. Wer von den Königen und Kaisern und Diplomaten in der Welt liebt wirklich das Volk in seinem ganzen Denken und Leben? Das sind alles andere Interessen. Aber die Diplomaten und die Regierungen sind sehr sachlich, sind sehr nüchtern und diese wissen, daß wirklich hier mitten in Europa ein selbständiges Volk existieren muß — ja, Exzellenz, Sie werden sich noch daran erinnern — ein selbständiges, freies Volk und Staat, daß der beste Hort der Freiheit wird auch dafür, daß nicht in Zukunft einmal die lothringische Dynastie zu einem untergebenen Fürstenhause der Hohenzollern wird. Wir wollen, daß der Krieg zu gutem Ende geht; wir wissen, daß diesem Kriege in einer Woche vielleicht ein Ende gemacht werden kann. Man braucht nur zu sagen: Ich mache diese Großdeutschlandspolitik nicht weiter mit, und es wird ein Ende sein. *(Beifall.)*

Meine Herren! Ich wollte hier über Verfassungsbrüche an der Landesautonomie und über das Programm des Herrn Ministerpräsidenten sprechen, aber die Herren haben uns provoziert! Wir mußten antworten! Wir fürchten uns nicht. Wenn Sie vielleicht meinen, daß Dr. Rašín und Herr Dr. Kramář und unsere Zeitungen und andere der Verfolgten vor einer Drohung weichen, da. meine Herren, irren Sie sich.

Die Böhmen waren seit Jahrhunderten gewöhnt, für einen großen Gedanken auch ihr Leben hinzugeben.

Meine Herren! Mit Persekutionen in den Zeiten des Absolutismus haben Sie die Völker des Reiches nicht unterbekommen, meinen Sie, daß Sie jetzt im 20. Jahrhundert, wo die ganze Welt für die Freiheit kämpft, mit Ministern, mit Kriegsüberwachungsämtern und mit Staatspolizei und mit dem Hummer und dem Teufel und dem Wolf die Völker unterdrücken werden? Meinen Sie, daß Ihnen das gelingen wird? Nein. Ich kann nur sagen: Wir Böhmen und wir Slawen, wir danken Ihnen, meine Herren, für die Reden, die Sie halten. Ich weiß, Sie haben Verbindungen mit den Ländern der Entente, wir stehen mit dieser in keiner Verbindung. Sie wissen jedes Wort, das hinter den Grenzen gesprochen wird. Wir nicht. Aber das weiß ich sicher, wir könnten hier Reden halten und könnten eine Zunge des Hus und Peter Skarga haben und wir wären nicht so weit gekommen, als wenn Sie sprechen und die ganze Welt das liest, was Sie sagen, und auf einmal hat sie ein wahres Bild des glücklichen, gerechten Österreich. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel**: Zum Worte gelangt nun der Herr Abgeordnete Wagner (Steiermark); ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Wagner** (Steiermark): Hohes Haus! Nach langer Zeit, nach mehreren Jahren befinden wir uns wieder in einer Budgetdebatte. Es ist daher begreiflich, daß sich viele Abgeordnete zum Wort melden, weil sie viele Wünsche ihrer Wähler zu vertreten haben. Wir haben aber auch ein Regierungsprogramm vor uns, welches wir vor drei Tagen vom Ministerpräsidenten gehört haben.

Mit dem Regierungsprogramm, das Seine Exzellenz entwickelt hat, könnten wir uns im großen und ganzen einverstanden erklären. Aber fraglich ist es, ob es möglich sein wird, diese Programmpunkte auch zur Durchführung zu bringen. Wenn man schon viele Jahre Abgeordneter ist und im Laufe der Zeit so viele Programmreden gehört hat, weiß man, daß viele Programmpunkte eben Programm geblieben und nicht zur Durchführung gekommen sind. Ob es möglich sein wird, dieses Programm in einem kranken Parlamente angesichts der Vorfälle, die wir gestern erlebt haben, und bei denen von einer Arbeitsfreudigkeit sehr wenig zu merken ist, durchzuführen, kann man heute nicht beurteilen. Vielleicht kommt es dazu, bestimmt rechnen kann man darauf nicht. Wenn es aber dazu käme, so wären wir glücklich, weil es im Interesse des Volkes und des Staates wäre.

Was die politische Frage anbelangt, so hat Seine Exzellenz angedeutet, daß er gegenüber der zweiten Reichshälfte eine feste Haltung einnehmen werde, was wir nur freudig begrüßen und an einem gemeinsam zu erhaltenden, starken Österreich festhalten. Er hat weiters erklärt, daß er sich mit Friedensverhandlungen einverstanden erklären würde. Auch da sind wir sehr einverstanden und wünschen von ganzem Herzen, daß endlich einmal der Friede eintritt. Jeder Abgeordnete hätte dahin zu wirken, daß mit den Friedensverhandlungen begonnen werde.

Mag es vielleicht einzelne Kriegsgewinner oder Kriegswucherer geben, die nicht daran denken,

daß so viele Familien unglücklich geworden sind, daß Hunderttausende ihr Leben lassen mußten, daß Hunderttausende als Krüppel oder Kranke zurückkehrten, das Volk denkt gewiß anders, es wünscht den Frieden und das Abgeordnetenhaus sollte von dem gleichen Wunsche beseelt sein.

Ich möchte nun einige Worte an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister richten, und zwar Worte des Dankes. Seine Exzellenz hat am 7. Juli gelegentlich einer Interpellationsbeantwortung betreffend Ernteurlaube günstige Zusagen gemacht. Ich möchte aber Seine Exzellenz, wie ich es schon im Privatgespräch getan habe, neuerlich aufmerksam machen, daß es nicht genügt, im Hause Versprechungen zu geben, denn wir sind überzeugt, daß solche Versprechungen nichts nützen, wenn nicht die entsprechenden Aufträge bis hinunter an die Kompagniekommandanten ergehen. Ich kenne die Verhältnisse und weiß, daß manche Kompagniekommandanten überhaupt keine Urlaube gewähren, weil sie die ländlichen Verhältnisse nicht kennen. Ich habe sogar Entscheidungen in der Hand, wo das Landesverteidigungsministerium entschieden hat, den Mann, weil landwirtschaftlich unentbehrlich, zu entheben; der Sohn ist aber eingerückt, nicht vielleicht im Felde, sondern er ist im Hinterlande bei einer Russenwache und wurde erst spät mit Urgenz an das Landesverteidigungsministerium freigelassen. Sollte man da nicht besser solche für den Wirtschaftsbetrieb unentbehrliche Leute nach Hause lassen, als daß sie dort ihre Zeit zubringen? Wenn sie auch etwas leisten, als Kriegsgefangenwächter genügt bald jemand, da kann und muß man nicht landwirtschaftliche Arbeiter und Besitzer dazu nehmen.

Nun einige Worte an den Herrn Minister für Volksernährung — er ist zwar nicht anwesend, aber vielleicht kommen sie ihm zur Kenntnis. Ich möchte ihn ersuchen, die Beschlüsse seines Beirates genau zu überprüfen, denn es scheint dort keine günstige Stimmung für die Landbevölkerung zu herrschen. Vor allem aber möchte ich vor einer vorzeitigen Fruchtabnahme warnen. Denn wenn die Frucht, wie es oft geschehen ist, vorzeitig oder unreif abgenommen wird und sie kommt dann in größeren Mengen zusammen, dann verdirbt sie. In dieser Richtung ist sehr viel gefehlt worden, wir könnten wohl viel leichter durchhalten, wenn nicht so viel Frucht durch vorzeitige Abnahme und unverständige Behandlung zugrunde gegangen wäre. Es mag sein, und die neuesten Mitteilungen sprechen dafür, daß man da jetzt etwas klüger vorgeht, etwas langsamer in der Abnahme ist. Es ist auch viel besser, wenn man die Frucht beim Besitzer in der Scheune läßt, da trocknet sie gut aus; es ist ja alles beschlagnahmt, es kann ohnedies nichts verkauft werden, der Staat kann sie ohnedies zu jeder Zeit übernehmen.

Die Riesengeduld der Landbevölkerung ist schon zu viel in Anspruch genommen, dazu kommt noch die übermäßige Abnahme von Lebensmitteln und das Festhalten der Zentralen an ihrer Wirtschaft. So scheint es, daß auch der tief eingewurzelte Patriotismus der Landbevölkerung langsam abzunehmen beginnt. Ich möchte daher auf einige wichtige Punkte hinweisen, die die Landbevölkerung schwer treffen. Vielleicht ist es gut, wenn es hier gesagt wird, vielleicht richten sich die Zentralen doch noch rechtzeitig danach — es kann die Zeit kommen, wo auch bei der Landbevölkerung anders gesprochen wird. Mit Geduld, Fleiß und Ausdauer erfüllen die Landwirte, Männer und Frauen, einander gegenseitig unterstützend, ihre Pflicht, vom frühen Morgen bis in den späten Abend, ohne Überstundenbezahlung nach sozialdemokratischer Art, sie brauchen keine Zeiteinteilung, sie beginnen ihre Arbeit, wenn es tagt, sie beenden sie bei künstlicher Beleuchtung. So schaffen sie ohne Bezahlung für ihre Existenz und leisten die großen Abgaben. Man sollte daher annehmen, daß man ihnen die zur Leistung einer so schweren Arbeit notwendigen Lebensmittel beläßt. Das ist aber leider oft nicht geschehen. Die letzten Arbeiter, der Besitzer, dessen Söhne werden vom Hofe genommen — wer soll die Arbeit leisten? Und den wenigen, die noch zu Hause sind, beläßt man nicht die notwendige Nahrung. Bitten um Enthebung und um Urlaub finden oft keine Erledigung. Ich habe Fälle gesehen, wo monatelang keine Erledigung kam und als sie endlich eintraf, war die Ernte- oder Anbauzeit vorüber. Das sind Zustände, die nicht haltbar sind und die die nachteiligsten Wirkungen erzeugen müssen. Denn das ist nicht denkbar. Womit soll man denn arbeiten? Mit einzelnen Kriegsgefangenen? Ohne Leitung ist das auch nichts; sie sind ja eine Beihilfe, aber ohne einen solchen Mann im Hause kann man die Wirtschaft nicht bearbeiten.

Was nun die Abnahme betrifft, so wird Heu, Stroh und Futtermittel abgenommen, so daß der eigene Bedarf nicht gedeckt erscheint. Die Lebensmittel wurden früher um 25 Prozent reduziert, jetzt ist das nicht mehr der Fall. Zum fleischlosen Tag ist auch noch am Mittwoch ein brotloser Tag eingeführt worden. Das ist wieder ein Beweis, daß man bei den Zentralen nicht das richtige Verständnis hat, sonst müßten die Leute begreifen, daß es nicht möglich ist, den ganzen Tag schwere Arbeit zu verrichten, wenn man nicht hierzu die notwendige Nahrung hat.

Dann gibt es wieder andere Fälle. Es ist zum Beispiel die Verordnung über den Druschzwang hinausgegangen. Das ist eine gefährliche Verordnung, weil man den Druschzwang zu einer Zeit angeordnet hat, wo vielleicht in manchen Gegenden,

allerdings nicht überall, der Sommerweizen oder der Hafer noch gar nicht reif waren. Hier war aber der Auftrag: wenn bis zum 15. Oktober nicht alles ausgedroschen ist, dann ist so und so viel Strafe. Meine Herren! Das ist gar nicht möglich und denkbar. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß der Druschzwang schon wegen der anderen Arbeiten erschwert ist, dann kommt auch noch folgendes hinzu. Wenn man die Frucht in nicht getrocknetem Zustande nimmt und sie zusammenschüttet, dann verdirbt sie. Das ist dann ein allgemeiner Nachteil für den ganzen Staat.

Wir haben noch verschiedene andere Klagen. So zum Beispiel die Mühlensperren. Bei uns sind sehr strenge Mühlensperren eingeführt, andrerseits herrscht eine gewisse Zurückhaltung mit Mahlbescheinigung. Es ist vielleicht nicht schlecht, wenn die Mahlbescheinigungen nicht für längere Zeit ausgestellt werden. Aber nicht alle Besitzer haben genügend Zugtiere, sie können nicht mit eigenem Zug in die Mühle fahren, sie müssen Fuhrwerk dingen. Die Fuhrwerke sind aber selten und kostspielig und oft ist der ganze Tag verloren. Jetzt soll man also auf einmal Kräfte aufnehmen und sich Kosten machen. Daher verlangen wir mit allem Ernste, daß Mahlbescheinigungen nicht für zwei, sondern für drei bis vier Monate ausgestellt werden. Alle zwei Monate in die Mühle fahren oder Fuhrwerk aufnehmen, das bedeutet für einen größeren Besitz eine unnötige Härte, die man den Landwirten auferlegt, ohne daß man einen Vorteil davon hätte.

Wenn ich nun auf die Requirierungen zu sprechen komme, so hätte ich dazu ziemlich viel zu sagen. Aber machen wir die Sache kurz, damit wir nicht langweilig werden. Wir haben nicht bloß eine Requirierung gehabt, sondern es waren zwei, drei, vier, fünf, ja wir hatten sogar noch eine sechste militärische Requirierung. Wir haben zwar keine Angst vor militärischen Requirierungen, durchaus nicht, das ist auch nicht notwendig. Aber es ist eine Beleidigung für den ganzen Nährstand, wenn er so behandelt wird, daß auf einmal acht bis zehn Bosniaken mit geladenem Gewehr und 40 Vorratspatronen im Rucksack aufmarschieren, als wenn die Besitzer Verbrecher wären. Es ist ja zum Schlusse nicht so arg gegangen, sie haben nicht geschossen, denn die Besitzer haben sich nicht gewehrt und mehr als vorhanden, kann man ja ohnedies nicht geben. Der Fehler war, daß voriges Jahr — und wahrscheinlich auch heuer — in Steiermark die Aufnahme nach Flächenberechnung gemacht wurde, was ganz falsch war. Es wurde pro Hektar berechnet, so und so viel muß Ertrag da sein. Man hat nicht abgerechnet, was bei Mißernte, bei Hagel, Hochwasserschäden, Tieren usw. verloren geht.

Es wurde ein wunderbarer Ausweis geliefert, der nachgewiesen hat, daß Steiermark eigentlich Überfluß hat. Die Berechnung ist natürlich eine falsche gewesen, man ist darauf bestanden, man wollte soviel als nur möglich herauspressen, man hat geglaubt, daß die Besitzer ihre Vorräte verheimlichen; daher kamen die fortwährenden Nachsuchungen, die in den verschiedenen Gemeinden Beunruhigung hervorgerufen haben. Endlich ist man darauf gekommen, daß die ganze Aufnahmeberechnung eine irrige war und ist in diesem Jahre zu einer neuen Methode übergegangen. Ob diese stimmen wird oder nicht, weiß ich noch nicht, die Abrechnung ist bisher nicht erfolgt. Es wurde zwar versprochen, daß jeder Besitzer eine solche Abrechnung erhalten wird, bisher haben wir sie aber nicht bekommen. Vielleicht haben verschiedene Vorsprachen seitens Abgeordneter dazu beigetragen, daß man jetzt vorsichtiger vorgeht, die jetzigen Ablieferungen sind eigentlich mehr freiwilliger Art. Der Bauer gibt sehr gerne her, was er übrig hat, denn er muß Geld haben, da sich die Ausgaben verzehnfacht, nicht verdoppelt haben. Was aber nicht möglich ist abzugeben, kann er nicht abgeben.

Auch die ungleichmäßige Behandlung der Länder in bezug auf die Viehabnahme ist ein Gegenstand, der wirklich der Besprechung würdig ist; vielleicht sind wir in Steiermark da am meisten im Kerbholz, zumal wir viele Kriegsgefangenenlager haben, andrerseits sind auch die Steirer gute Leute. Wir bekommen um 2 K weniger als in anderen Ländern, die gleiche Ware und Qualität wird bei uns schlechter gezahlt. Es macht böses Blut, daß erstens zuviel abgeliefert werden muß — wir haben heute vielleicht schon ein Drittel des Viehstandes abgeliefert — und daß man, wenn man abliefert, weniger bekommt als in anderen Ländern. Schauen wir nur nach Ungarn. Dort bekommt man um 2, 3 K pro Kilogramm mehr. Soll da nicht Gleichheit herrschen? Wie kommen wir dazu, höhere Kosten zu haben und dagegen mindere Erträgnisse zu erzielen? Wir werden einfach ausgesaugt und müssen auch in bezug auf Kosten quotengemäß zwei Drittel des Heeresbedarfes decken. Die Ungarn heimsen den Profit ein, während wir draufzahlen müssen.

Es wird uns Bauern oft vorgeworfen, daß wir Kriegsgewinner, Brot- und Getreidewucherer sind. Was die Fruchtpreise anbelangt, so sind sie bei uns folgendermaßen aufgestellt: 100 Kilogramm Hafer kosten 26 K, Getreide 28 K, Buchweizen 24 K, Bohnen 40 K, Mais 26 K und Erdäpfel heute 17 K, früher 9 K. Die Leute, die damals den Preis von 9 K festgesetzt haben, haben nicht das geringste Verständnis für die Landwirtschaft. Ich möchte ihnen nur wünschen, daß ihnen jemand einen Hektar Boden schenkt und sie sollten dort arbeiten, damit sie lernen, was die Produktion der

Landwirtschaft für Kosten und Mühe macht. *(Abgeordneter Eisenhut: Da laufen Sie am ersten Tag davon!)* Ja freilich. Der Karren scheint da ganz verfahren, deshalb sind nun die Zentralen eifrig daran zu studieren, was sie der Landwirtschaft auftragen sollen. Ob aber die Landwirtschaft die Arbeit leisten kann, dafür haben sie kein Verständnis. So kann es nicht weitergehen, da muß man Einhalt gebieten. Die Zentralenwirtschaft wird von uns nicht als gut angesehen und ich möchte sagen, weg davon, zurück zum Freihandel, es wird besser gehen, wenigstens ersparen wir uns die Kosten, die jetzt der Zwischenhandel verschlingt. Der Bauer muß heute so viel abgeben und wenn er dann zum Beispiel das Samengetreide wiederum zurückkaufen will, so muß er dafür zwei- und dreimal mehr bezahlen, als er selbst beim Verkaufe erhalten hat. Das ist eine Folge dieses Zwischenhandels und der Bauer fragt sich, wer dieses Geld einsteckt und wie er dazu kommt, daß er als Wucherer usw. beschimpft werde.

Diese Ansicht, daß der Bauer Wucher treibe, ist eine irrige und zeigt, daß die Leute die Verhältnisse nicht kennen; daher muß man sie ihnen erklären, so daß jedermann in die Lage kommt nachzurechnen: Wenn der Besitzer nicht mehr einnimmt als so und so viel, dann kostet die Ware so und so viel; wie kommt es aber, daß sie tatsächlich mehr kostet? Wo kommen die Mehrkosten hin? Das muß eben gesagt werden, darauf muß aufmerksam gemacht werden, denn das ist ein wichtiges Moment. Der Landmann ist bestrebt, so viel als möglich zu produzieren; er tut es gern. Hier aber fehlt die Unterstützung seitens der Regierung. Wenn wir genügend Kunstdünger, billige Bahnfrachten usw. zur Unterstützung der Landwirtschaft erhalten, so wäre es uns vielleicht möglich, etwas mehr zu produzieren. Vor allem gehört aber dazu auch das Zugtier, das wir dazu nötig haben, und männliche Arbeitskräfte.

Man hört so oft davon — vielleicht wird das in die Leute hineingetragen —, als ob ein Gegensatz zwischen Stadt und Land bestehe, als ob da ein großer Unterschied wäre. Es mag ja einer sein. Aber in dieser Beziehung wäre es nicht notwendig, ihn zu verschärfen, denn wir liefern den Städten, was wir können. Die Preise der Waren sind vom Lande aus nicht so hoch, wenn sie aber in der Stadt zu hoch sind, dann soll man sich dorthin wenden, wo sie in die Höhe getrieben werden.

Wenn die Viehablieferung wie bisher durchgeführt wird, dann besteht wirklich die große Gefahr, daß eine Ablieferung von Fett, Fleisch, Milch, Eiern usw. nicht mehr geschehen kann, denn wenn uns nicht die nötigen Futtermittel belassen werden, wenn wir nicht mehr die unbedingt notwendige Anzahl von Zug- und Nutztieren haben, wie soll man da liefern können? Das ist ausgeschlossen. Daher ist es notwendig, daß hier warnend eingegriffen wird. Ich habe in Anbetracht der zu großen Inanspruchnahme der Landwirtschaft bei der Heu- und Strohablieferung mich an den Herrn Statthalter gewendet und ihm Vorstellungen gemacht, daß es mit den Fett- und Milchabgaben usw. abwärts gehen muß und daß sie schließlich werden ganz eingestellt werden müssen; ich habe ihn aufmerksam gemacht, daß infolge der Viehabnahme auch ein großer Düngermangel eingetreten ist, und wenn Grund und Boden nicht öfters gedüngt werden kann, dann leidet auch die Ernte darunter und es geht sehr rasch abwärts. Das muß berücksichtigt werden, das verlangen wir im Interesse des Staates und natürlich auch in unserem eigenen Interesse.

Eines muß ich noch erwähnen, was ich ja bereits angedeutet habe; es betrifft diese furchtbare Abnahme. Ich habe so viel Gelegenheit, auch in der Stadt zu sein und da höre ich, wie so oft geschimpft wird über die Landwirte, daß sie wenig liefern, daß sie nicht liefern wollen und das manche gar nichts liefern, andrerseits aber auch, daß sie zu teuer sind mit ihren Produkten. Ja, wenn die Leute wissen würden, wie es eigentlich steht, wenn sie wissen würden, wie schwer es ist zu produzieren, besonders deswegen, weil man uns alle möglichen Schwierigkeiten macht, dann würden sie vielleicht anders reden.

Eine Angelegenheit will ich noch kurz streifen, ich bin nahezu herausgefordert worden dazu. Es handelt sich um die zweite rückhaltlose Abnahme der Kirchenglocken.

Es wäre vielleicht die Frage aufzuwerfen: Würde es nicht genügen, wenn vielleicht überall nur eine Glocke abgenommen würde, da wie man hört, die früher abgenommenen Glocken noch vielfach nicht aufgebraucht sind.

Weiters wird mir mitgeteilt, daß die jetzigen zur Abnahme bestimmten Kirchenglocken zur Verarbeitung nach Ungarn wandern, was ebenfalls auffallend erscheint und Bedenken erregt. Warum kommen diese Glocken nach Ungarn? Sie könnten doch auch hier zu den Zwecken verarbeitet werden, für welche sie abgenommen werden.

Die Glockenabnahme im allgemeinen macht bei der Bevölkerung einen deprimierenden Eindruck. Denn die Landbevölkerung hat sich an die Töne der Glocken, sei es nun zur Freude oder zum Leide, gewöhnt. Damit aber dieses Tönen der Glocken nicht einmal ganz aufhöre, wie es jetzt zu befürchten ist, so glaube ich, daß dort, wo die Abnahme aller Glocken nicht dringend notwendig ist, sie teilweise verbleiben könnten.

Und nun zum Schlusse! Wir haben das Regierungsprogramm, welches sehr reichhaltig ist, gehört und es liegt nun in den Händen der Abgeordneten selbst, dasselbe zur Verwirklichung zu bringen. Wie sich aber gestern wieder gezeigt hat, ziehen manche den Skandal der Arbeit vor.

Wenn es nun schon pflichtvergessene Abgeordnete gibt, die sich um das Volkswohl wenig kümmern, so möchte ich laut aussprechen, diese Abgeordneten sollen hinaus kommen zu den Wählern und die Wähler sollen besser organisiert sein und von denjenigen Abgeordneten, die nicht arbeiten wollen, direkt verlangen, daß sie arbeiten. Warum sind denn die Abgeordneten ins Parlament geschickt worden? Gewiß, um zu arbeiten. Und wenn ein Abgeordneter nicht arbeiten will, so soll man ihm das Vertrauen entziehen. Ich möchte die Wähler sehen, die damit nicht einverstanden wären. Leider dürfte es auch solche Wähler geben, die vielleicht mit einem solchen Verhalten der Abgeordneten einverstanden sind. Gebe Gott, daß es anders werde. Damit schließe ich. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel**: Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Domes.

Abgeordneter **Domes**: Sehr verehrte Herren! Bevor ich auf den Gegenstand eingehe, mit dem ich mich beschäftigen will, erkläre ich namens meiner Parteigenossen, daß der Herr Abgeordnete Wolf gestern wieder in einer etwas ungehörigen Weise das Haus belästigt hat, und erkläre weiter, daß er sich bei dieser Gelegenheit eine Beschimpfung unseres Parteigenossen Fritz Adler geleistet hat. Ich erkläre, daß Dr. Fritz Adler viel zu hoch und die Persönlichkeit des Abgeordneten Wolf viel zu niedrig ist, als daß der Geifer des Abgeordneten Wolf die Persönlichkeit des Fritz Adler erreichen könnte. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Nun, meine Herren, zum Gegenstande. Die Regierung hat durch den Mund des Herrn Ministerpräsidenten vorgestern erklärt, daß sie bestrebt ist und bestrebt sein will, die Schaffensfreude der produzierenden Bevölkerung zu erhalten, und sie erklärte weiter, daß es dem Pflichtbewußtsein der Arbeiterschaft zu danken ist, daß wir unsere Stellung auch im Hinterlande zu behaupten vermochten. Nun, die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, die Schaffensfreude der produktiven Bevölkerung zu erhalten, steht meiner persönlichen Überzeugung nach sehr im Widerspruch mit den Maßnahmen, die die Regierung und die staatlichen Gewalten praktizieren, und ich fürchte sehr, die Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten stehen in einem argen Mißverhältnis zu den Tatsachen, unter denen die Arbeiterschaft, besonders die industrielle Arbeiterschaft zu leiden hat. Die industrielle Arbeiterschaft ist während der ganzen Zeit des Krieges unter dem Zwange des Kriegsleistungsgesetzes tätig. Das Kriegsleistungsgesetz, angesprochen als ein Notgesetz, ist eine Knebelungsmaschinerie der industriellen Arbeiterschaft geworden, das Kriegsleistungsgesetz, als Notgesetz angesprochen, ist zu der furchtbarsten Plage für die Arbeiterschaft geworden. Und wundern Sie sich nicht, meine Herren, daß ab und zu in Böhmen, auch im deutschen Gebiet, im Süden und im Norden die Arbeiterschaft zu verschiedenen Zeiten endlich der Empörung über diese Knebelung des Gesetzes Ausdruck verliehen hat. Den Herren Unternehmern ist dieses Kriegsleistungsgesetz ein willkommenes und, wie ich glaube, auch ein ihren Interessen sehr dienliches Instrument für die Ausbeutung der Arbeitskräfte. Dem Arbeiter hat man durch das Gesetz die Freizügigkeit genommen, das Versammlungsrecht kassiert, die Öffentlichkeit durfte auch durch die Presse nicht informiert werden und alle Beschwerden und alle Klagen der Arbeiterschaft über den unerhörten Druck, über die Gewalttätigkeiten, die sich die Herren Unternehmer, die Herren Industriemagnaten gegenüber der Arbeiterschaft geleistet haben, wurden unterdrückt.

Es ist für die Herren Unternehmer, für die Herren Fabrikanten, für die sogenannten produzierenden Stände während der Kriegsnot der großen Volksgesamtheit wirklich das goldene Zeitalter eingetreten. Für die Herren Fabrikanten existiert nicht die Gefahr, die Produkte, die sie erzeugen, nur für den Krieg mehr erzeugen, nicht an den Mann zu bringen; die Herren Unternehmer nützen die Not des Staates, schreiben die Preise vor und der Staat muß diese Preise zahlen. Aber während die Herren Fabrikanten einerseits von der Kriegsverwaltung und von der Staatsverwaltung hohe Preise zu erzielen vermögen, drücken sie andrerseits die Löhne der Arbeiterschaft und haben sie in unglaublichster Weise herabgedrückt. Nur wenige Bestimmungen gibt es im Kriegsleistungsgesetz, die auch den Schutz der Arbeiter beinhalten; es sind die §§ 6, 9 und 18, die auf das Arbeitsverhältnis Bezug haben. In diesen Bestimmungen wird erklärt, daß ohne Einverständnis mit dem Arbeitnehmer der Arbeitgeber kein Recht hat, an den bestehenden Arbeitsbedingungen eigenmächtig eine Änderung vorzunehmen, und es steht in demselben Gesetze, daß die Kriegsverwaltung bei der Übernahme eines Betriebes für die Kriegsverwaltung den Unternehmer vertraglich zu verpflichten hat, daß an den vereinbarten Arbeits- und Lohnbedingungen durch den Unternehmer eigenmächtig nichts geändert werden darf. Wie schaut aber die praktische Betätigung, die praktische Handhabung dieser gesetzlichen Bestimmung aus? Die Arbeiter, die in der Regel im Akkord arbeiten, waren jedesmal vor die Tatsache gestellt,

Lohnreduzierungen hinnehmen zu müssen, wenn sie durch Fleiß, durch Überanstrengung etwa einige Kronen mehr verdienten. In allen Betrieben ausnahmslos hat man durch Organe der Kriegsverwaltung den Arbeitern erklärt, sie mögen ihre ganze Kraft ausgeben, hat man den Arbeitern erklärt: Spannt an, was ihr könnt, der Verdienst bleibt euch gesichert, der Unternehmer ist nicht berechtigt, euch etwas von dem wegzunehmen, was ihr durch Arbeit erworben habt. Und die Arbeiter haben sich zu Beginn des Krieges und bis heute hineingelegt und alle ihre Kräfte ausgegeben, um einige Groschen mehr zu verdienen, man hat sogar Prämien ausgesetzt. Als nun die Herren Fabrikanten gesehen haben, welche Arbeitskraft in dem Menschen liegt, als sie durchgekostet haben, welche Kraft in dem Arbeiter steckt und als sie die Verdienste gesehen haben, dann sind die Akkordpreisreduzierungen gekommen. Akkordpreisreduzierungen sind Lohnreduzierungen, die Akkordpreisreduzierung steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes. Aber es gab während der ganzen Zeit der Kriegsperiode in Österreich keine Behörde, kein Gericht, kein Amt, bei dem die Arbeiterschaft die Möglichkeit hatte, ihr Recht, ihr von dem Unternehmern vergewaltigtes Lohnrecht durchzusetzen.

Zu dem Zwange, den das Kriegsleistungsgesetz den Arbeitern auferlegt, kommt allerdings noch ein Instrument, daß die Gewalt der Unternehmer ungeheuer verstärkt hat: der militärische Leiter. Mit der Stellung unter Kriegsleistung ist in jedem Betrieb ein militärischer Leiter vom Range eines Leutnants, Oberleutnants bis zum Hauptmann gekommen. Dem militärischen Leiter steht nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht das Recht zu, sich in das Arbeitsverhältnis einzumengen. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat der militärische Leiter nicht das Recht, irgendwie auf die Bestimmungen des Arbeitsverhältnisses Einfluß zu nehmen. Das hat nicht lange angehalten. Denn die militärischen Leiter sind sehr bald die Organe der Herren Industriellen geworden, die Organe der Kriegsgewinner, die Organe der Wucherer, der Feinde der Arbeiterschaft. *(Zustimmung.)* Haben die Arbeiter die Absicht gehabt, sich über ungesetzliche Lohnreduzierungen bei Gericht zu beklagen, so hat sie an der Ausübung dieses ihres gesetzlichen Rechtes zunächst der militärische Leiter gehindert. Er hat sie dadurch gehindert, daß er den Arbeiter nicht weggelassen hat, er hat sie dadurch gehindert, daß er den Arbeiter, der eine Beschwerde hatte und war sie noch so berechtigt, einfach deswegen, weil der Arbeiter sich beklagt und zur Wehre gesetzt hat gegen ungesetzliche Lohnreduzierungen, eingesperrt, 10 bis 30 Tage Kasernarrest, 15 Tage verschärften Arrest verhängt hat *(Hört! Hört!)*, nur deswegen, weil sich der Arbeiter gegen die, ich möchte sagen, Lumperei der Kapitalisten zur Wehre gesetzt hat, nur deswegen, weil er sich nicht gefallen lassen wollte, daß er zur Not des Krieges noch die Gewalttätigkeit der Unternehmer hinnehmen sollte. *(Zustimmung.)* Mit dem Einsperren sind allerdings die Strafmaßnahmen, die die Herren militärischen Leiter in den verschiedenen Fabriken über die Arbeiter verhängten, nicht erschöpft. Hat sich ein Arbeiter, ganz gleichgültig, ob in Prag oder in Graz, ob in Wien oder in Wiener-Neustadt, über ungehörige Behandlung beklagt, hat sich ein Arbeiter über die gewalttätigen Lohnreduzierungen beklagt und hat das Einsperren nicht gefruchtet, nichts genützt, dann hat der militärische Leiter im Sinne der Bestrebungen unserer Herren Industriellen ein anderes sehr wirksames Mittel entdeckt: Einrücken. *(Hört! Hört!)* Die Herren Fabrikanten haben sich eine ganz eigene Methode zurecht gelegt.

Die Arbeiter werden bei der Kriegsverwaltung für die Notwendigkeiten der Produktion angesprochen. Es besteht Arbeitermangel. So und so viele im Betriebe beschäftigte Arbeiter haben nicht genügt; die Unternehmer sprechen deshalb von der Kriegsverwaltung Arbeitskräfte an. Die Kriegsverwaltung gewährt das Ansuchen und stellt den Herren Industriellen Arbeitskräfte zur Verfügung.

Wenn nun die auf diese Weise in die Fabrik gekommenen Arbeiter sich gegen die Gewalttätigkeiten der Fabrikanten aufgelehnt haben, so waren sie innerhalb der nächsten 24 Stunden schon wieder an der Front.

Sie werden begreifen, meine Herren, daß die Arbeiterschaft unter solchen Umständen im allgemeinen darauf verzichtet, die Gerichte in Anspruch zu nehmen. War doch die Inanspruchnahme des Gerichtes oder einer Behörde für den rechtsuchenden Arbeiter mit der Strafe verbunden, sofort an die Front geschickt zu werden.

Ich will hier eines erklären: die Arbeiter haben ihre Schuldigkeit auf den Schlachtfeldern erfüllt. *(Beifall.)* Aber die Arbeiterschaft lehnt es ab, daß sie strafweise an die Front geschickt wird, wenn sie nicht geneigt ist, die Gewinn- und Profitgelüste der Herren Fabrikanten ganz zu erfüllen. Die Arbeiterschaft lehnt es ab, strafweise deshalb an die Front geschickt zu werden, weil sie sich gegen die Vergewaltigung ihres Rechtes durch die Unternehmer wehrt. *(Lebhafte Zustimmung.)* Das Kriegsleistungsgesetz gibt der Arbeiterschaft nicht die geringste Handhabe, sich gegen solche Strafverfügungen zu wehren.

Der Arbeiter wird an die Front geschickt, obgleich es ihm passieren kann, daß sich im nächsten Momente wieder ein andrer Fabrikant um ihn bewirbt und daß ihm dort wieder dasselbe passiert, wenn er sich bei dem nächsten Industriellen mit dem

gleichen Verlangen einstellt und nicht gesonnen ist, sich in seinen Lohnrechten durch den Unternehmer benachteiligen zu lassen.

Im § 5 des Kriegsleistungsgesetzes steht, daß für Lohnstreitigkeiten die bisher in Betracht kommenden Behörden und Gerichte kompetent sind. Vielleicht nimmt sich jemand die Mühe zu untersuchen, wie viele Klagen der Arbeiter bei den Gewerbegerichten, Bezirksgerichten und bei den Behörden eingereicht wurden. Fast gar keine. Man meidet das Gericht und muß es meiden; denn wenn sich die Arbeiterschaft über ein Unrecht beklagt, so ist sie bei den gegenwärtigen Bestimmungen und bei der praktischen Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes der Gefahr ausgesetzt, daß ihr sofort eine noch größere Strafe droht.

Wie haben es die Herren Fabrikanten verstanden, dieses Kriegsleistungsgesetz nach und nach ihren kapitalistischen Profitinteressen dienstbar zu machen? Die Arbeitszeit wurde bis in das Unmögliche ausgedehnt: 14, 15, selbst bis 18 Stunden täglich wurde in allen Industrien gearbeitet; die Löhne wurden dabei konsequent gedrückt, die vereinbarten Akkordpreise nicht gehalten. Und wenn sich der Arbeiter gewehrt hat, dann wurde er bestraft und er konnte sein verletztes Recht nirgends zur Geltung bringen.

Im § 9 des Kriegsleistungsgesetzes wird gesagt, daß die Kriegsleister nicht auf die Kriegsartikel zu verpflichten sind. Es gibt, meine sehr verehrten Herren, in der ganzen Kriegsindustrie fast keine Fabrik mehr, wo die Arbeiter nicht auf die Kriegsartikel vereidigt worden sind. *(Hört! Hört!)*

Wir fragen uns doch: warum denn diese Maßnahmen? Den Anfang damit haben allerdings die militärischen Betriebe gemacht. Trotz der Bestimmung, die im § 9 sagt, daß Kriegsleister nicht auf die Kriegsartikel zu vereidigen sind, wurden zu Anfang des Krieges in der Munitionsfabrik in Wöllersdorf alle Arbeiter, die ihr von den Arbeitsvermittlungsanstalten zugewiesen wurden und die dorthin in der Hoffnung gegangen sind, lohnenden Verdienst zu finden, gleich einige Tage darauf — es waren zu der Zeit 5000 bis 6000 Arbeiter schon angesammelt — auf das Exerzierfeld geführt und ohne Rücksicht auf das Alter oder ob sie wehrfähig waren oder nicht und ob ihre physische Verfassung sie überhaupt wehrfähig machte oder nicht, auf die Kriegsartikel eingeschworen. Nachdem sie eingeschworen worden waren, hat man dieser Arbeiterschaft mitgeteilt, daß sie nunmehr Soldaten sind, zur Arbeit gehen müssen und für die Arbeit Soldatenlöhnung bekommen. *(Hört! Hört!)*

Diese Methode wurde schließlich auf alle militärischen Betriebe angewendet. Allerdings mußte sich die Militärverwaltung sehr bald davon überzeugen, daß sie mit dieser Methode nicht fortkommt, denn es ist doch das Unmöglichste eingetreten; vormittag war ein Dreher oder Schmied, der bei seinem Werkzeug gestanden ist, er war schon Kriegsleister, denn die militärischen Fabriken waren von vornherein unter das Kriegsleistungsgesetz gestellt, er hat aber am Vormittag noch fünf oder sechs Kronen verdient, zu Mittag stand er vor einer Assentkommission, er wurde assentiert und es wurde ihm bedeutet, wieder auf seinen Arbeitsplatz zu gehen; er machte wieder denselben Gegenstand, er arbeitete wie am Vormittag, aber er bekam am Nachmittag nur mehr acht Kreuzer. *(Hört! Hört!)* Da hatte es sich allerdings dann ereignet, daß zwei oder mehrere Kollegen in den verschiedenen Fabriken nebeneinander gestanden sind, der eine über 45, beziehungsweise 50 Jahre, dem mußte der Fabrikant, respektive die Militärverwaltung den normalmäßigen Lohn zahlen, daneben der nunmehr assentierte, beziehungsweise gemusterte und auf die Kriegsartikel eingeschworene Arbeiter, dem bedeutet wurde, er ist nun Soldat. Es hat sich zwar weder äußerlich an ihm etwas geändert, er stand in derselben Montur, noch hat sich etwas an der Tätigkeit, die er verrichtete, geändert, es wurde ihm nur gesagt: „Du bist Soldat, Du kriegst acht Kreuzer, Du mußt aber so viel leisten, wie der andere, der acht oder zehn Kronen pro Tag verdient."

Die Kriegsverwaltung mußte aber doch erkennen, daß dieser Zustand nicht angeht, und der Kriegsminister wurde durch viele, viele Interventionen der sozialdemokratischen Abgeordneten darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Vorgang absolut ungesetzlich, daß die Abnahme des Kriegseides gesetzwidrig ist, und daß die Erklärung, daß die Arbeiter nur deswegen, weil sie in den Fabriken stehen, Soldaten sind, eine gesetzwidrige Handlung beinhaltet. Es hat viele, viele Mühe und einen großen Aufwand von Nachweisungen gekostet, daß diese Handlung der Militärverwaltung ungesetzlich ist, und sie ist schließlich gezwungen worden, dem Lohnrecht der Arbeiter in den militärischen Betrieben wieder Geltung zu verschaffen.

Was aber in den militärischen Betrieben gelungen ist, ist noch lange nicht in den Privatbetrieben gelungen. Ich möchte die Herren nicht mit den Namen der einzelnen Besitzer solcher Fabriken belästigen, Sie verzeihen mir aber: einige Herren gehören an den Schandpfahl, umsomehr, als bis heute die Arbeiter bei diesen Fabrikanten noch immer unter der alten Ungerechtigkeit und Gesetzwidrigkeit stehen und sich nicht zu helfen vermögen.

Für die Pulverfabrik in Blumau bei Wiener Neustadt haben im Offertwege die Firmen Rella & Co., Rella & Neffe, Fleischel, Metallbank und noch andere von der Militärverwaltung militärische Bauten im Kostenbetrage von mehr als 100 Mil-

lionen zur Ausführung erhalten. Die Arbeiter wurden auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes zu diesen Firmen kommandiert, beziehungsweise einberufen. Viele Hunderte von Wiener Arbeitern, viele Hunderte und Tausende von Arbeitern aus anderen Gebieten wurden aus ihren Stellungen herausgerissen, obgleich sie schon in anderen Betrieben zu ihrem normalmäßigen Lohn unter Kriegsleistung gestanden sind, und wurden diesen Firmen als Kriegsleister zur Verfügung gestellt. Diesen Arbeitern wurde nun ein Lohn von täglich 2 K 70 h zugesprochen, Arbeitern, die tarifmäßig als Professionisten verschiedener Art Taglöhne von 7 bis 8 K rechtmäßig zu beanspruchen hätten. Die Arbeiter haben sich bei den sozialdemokratischen Abgeordneten und vor allem bei ihren Gewerkschaften über diese Nichtachtung ihrer Rechte durch die Militärverwaltung und die betreffenden Unternehmer beschwert und die Gewerkschaften und die sozialdemokratischen Abgeordneten haben beim Kriegsminister interveniert. Der verflossene Kriegsminister Krobatin, dem die Arbeiter, wie ich glaube, manches zu verdanken haben, war noch der einzige Mensch in Österreich, der einigermaßen darauf gesehen hat, daß das Arbeiterrecht nicht so sehr vergewaltigt wird, wie es nach den Gelüsten verschiedener Herren gegangen wäre. Er hat versprochen, die Angelegenheit zu untersuchen. Jetzt wird die Sache schon drei Jahre untersucht und ist noch immer nicht erledigt. Die Arbeiter haben schließlich bei der in Wien errichteten Beschwerdekommission eine Beschwerde eingereicht. Die Beschwerdekommission hat an das Kriegsministerium ein Gutachten abgegeben, daß die Arbeiter auf den normalmäßigen Lohn Anspruch haben, sie erklärt sich aber für inkompetent, eine Entscheidung zu treffen, weil die betreffenden Firmen nicht unter das Kriegsleistungsgesetz gestellt sind. *(Ruf: Warum dann die Arbeiter?)* Ganz richtig. Die Firmen führen Bauten für die Pulverfabrik in Blumau aus, die Firmen bekommen zur Ausführung dieser Bauten Kriegsleister vom Militärkommando zugewiesen und diese Arbeiter werden nun durch die Herren Fleischel, Rella und Konsorten um ihr Lohnrecht geprellt. Sie gehen zur Beschwerdekommission klagen und die Beschwerdekommission muß sagen, sie sei inkompetent zu entscheiden, obwohl das Recht der Arbeiter zweifellos ist. Sie kann in dieser Beziehung eine Entscheidung nicht treffen und tritt den Akt an das Kriegsministerium ab. Der Akt liegt beim Kriegsministerium und den Arbeitern ist bis heute noch nicht Recht geworden.

Es wird eine neue Eingabe an das Kriegsministerium gemacht, eine neuerliche Beschwerde an die inzwischen in Wiener-Neustadt errichtete Beschwerdekommission gerichtet. Die Wiener-Neustädter Beschwerdekommission erklärt sich wieder für unkompetent aus denselben Gründen, erklärt aber weiter, die Arbeiter sind keine Kriegsleister — sie sind in aller Form als Kriegsleister einberufen worden — sie sind keine Kriegsleister, sie sind Landsturmarbeiter und als solche haben sie nicht das Recht auf den normalmäßigen Lohn. Der Herr Landesverteidigungsminister ist jetzt nicht da, aber ich hätte doch einmal von der kompetenten Stelle hören mögen, wo im Gesetze ein Anhaltspunkt dafür ist, daß die Kriegsleisterarbeiter als Landsturmarbeiter zu behandeln und unter diesem Titel die Rechte der Lohnarbeiter zu kassieren sind. Nach den Bestimmungen des Wehrgesetzes gibt es überhaupt nur Landsturmsoldaten und diese werden im Etappengebiet verwendet, und die Voraussetzung, um Soldat zu sein, ist die Assentierung und die Musterung. Die Arbeiter sind weder gemustert, noch assentiert, alle sind sie aus ihren Betrieben im Wege des Magistrats oder der politischen Behörden den Firmen in Blumau zugeführt worden, und damit diese Firmen die Löhne nicht zu bezahlen brauchen, werden die Arbeiter als Landsturmarbeiter deklariert. *(Zwischenruf.)* Damit erschöpft sich die Vergewaltigung der Arbeiter noch lange nicht; damit sind die Mißstände und die Vergewaltigung und Entrechtung, welche die Arbeiterschaft während dieses dreijährigen Krieges zu erdulden hat, noch lange nicht erschöpft. *(Vizepräsident Jukel gibt das Glockenzeichen.)* Ich bin eigentlich noch nicht am Anfange meiner Ausführungen und der Herr Präsident mahnt mich bereits, daß meine Redezeit abgelaufen sei. Was ich von den Fabriken usw. gesagt habe, das gilt für alle Betriebe, das gilt für Pilsen, für Witkowitz, für die Alpine Montan sowie für die Wiener Industriellen.

Nachdem, meine Herren, die Arbeiterschaft die Möglichkeit nicht hatte, bei dem Staate, bei seinen Institutionen, bei den Behörden, bei den Gerichten ihr Recht zu finden und ihrer Empörung durch Streiks Luft machte, sind die betreffenden Arbeiter militarisiert worden. Ich habe vergeblich gesucht, wo ein Anhaltspunkt für die Militarisierung ist; ich habe mich vergeblich bemüht, in gesetzlichen Bestimmungen einen Anhaltspunkt dafür zu finden, ob die Militärverwaltung berechtigt ist, so glattweg eine Militarisierung vorzunehmen. Es existiert in den Wehrgesetzbestimmungen keine einzige Stelle, die der Kriegsverwaltung das Recht gibt, deswegen zu militarisieren, weil die Arbeiter sich gegen die Vergewaltigung der Unternehmer wehren und aus dem Arbeiter, der sein Recht wahrt, einen Meuterer zu machen, deswegen zu militarisieren, damit man den Arbeiter, der sein Recht gegenüber dem Unternehmer wahrt, zum Verbrecher machen, beziehungsweise ihn militärstrafgesetzlich aburteilen kann. Und diese Militarisierung ist aus keinem anderen Grunde erfolgt. In der Maschinenfabrik in Königinhof

streiken einige Leute. Wie es mit den Approvisionierungsverhältnissen dort gestanden ist, wissen Sie. Ein Arbeiter erklärt, er kann vor Hunger nicht arbeiten, der Arbeiter wird auf Grund der Militarisierung dem Landwehrdivisionsgerichte eingeliefert und wegen § 327, beziehungsweise 314 zu drei Jahren schweren Kerkers verurteilt. *(Hört! Hört!)* Dasselbe ist vielen Arbeitern in Pilsen passiert und auch in anderen Orten. Es gibt in Österreich keine Kompetenz, die das Recht des Arbeiters sichert, und ich bin fest überzeugt, daß die Versicherungen des Herrn Ministerpräsidenten durchaus ungenügend sind. Die Arbeiterschaft nimmt die Versicherungen des Herrn Ministerpräsidenten, daß die Regierung . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich muß den Herrn Redner aufmerksam machen, daß seine Redezeit abgelaufen ist.

Abgeordneter **Domes**: . . . bestrebt sein wird, die Schaffensfreude der produzierenden Volksschichten zu erhalten, so zur Kenntnis, wie sie die Übergehung von der Gerechtigkeit ihren Interessen gegenüber bisher zur Kenntnis nehmen konnte. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Grim; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Grim**: Hohes Haus! Vor einem leeren Hause habe ich zu sprechen und es gereicht weder mir zur besonderen Ehre noch auch dem Hause, daß man so viele sieht, die man nicht sieht. Ich will mich in politische Ausführungen nicht einlassen, weil schon viele Redner in mehr oder weniger temperamentvoller Weise es getan haben. Ich will nur über einige Beschwerden meiner Wählerschaft sprechen.

Vom Herrn Ministerpräsidenten ist uns ein großes Arbeits- und Wohlfahrtsprogramm vorgeführt worden, dessen Durchführung wir mit Sehnsucht begrüßen würden. Wir haben aber ein solches Programm schon wiederholt gehört und sind immer enttäuscht worden, weil vieles nicht zur Ausführung gekommen ist, dessen Ausführung wir wünschten. Mir persönlich — und ich spreche wohl im Sinne vieler — ist es nicht verständlich, daß in diesem Hause ein solcher Streit inszeniert werden konnte, obwohl doch jeder Abgeordnete weiß, warum er da ist. Denn ich glaube kaum, daß irgendeinem Abgeordneten in irgendeiner Wählerversammlung der Auftrag erteilt worden ist, hier zu provozieren. Trotzdem ist ein nationaler Streit hier entbrannt. Ich weiß nicht, warum wir uns in diesem Hause gegenseitig bekämpfen sollen, wo wir doch gleiche wirtschaftliche Ziele verfolgen. Wir müssen zur Einheit und gemeinsamen Arbeit gelangen, wenn wir das Haus nicht auf den Kopf stellen wollen, und das wollen wir doch nicht. Es scheint aber, daß manche da sind, die das Haus zerstören wollen.

Hohes Haus! Als Landgemeindevertreter weiß ich nur zu gut, wie groß und berechtigt die Beschwerden der Landbewohner sind. Wir haben keine Leute, keine Arbeitstiere, keine Maschinen, nichts ist vorhanden, alles ist eingeschränkt. Am meisten leiden darunter die Frauen und Kinder, die alles leisten müssen. Sonst ist in der Regel niemand vorhanden. Früher haben wir über die große Dienstbotenmisère geklagt und heute haben wir alle Arbeitskräfte, die wir hatten, verloren, alle verloren, sie sind draußen in den Schützengräben — nein, leider schon in die Ewigkeit hinübergegangen. Die Hinterbliebenen zuhause schinden und rackern sich, um bei den mißlichen Versorgungsverhältnissen ihr Möglichstes für die Allgemeinheit beizutragen.

Im feindlichen Italien werden Prämien ausgesetzt für Frauen, die sich der Landwirtschaft widmen. In unserem lieben Österreich aber werden die Frauen eingesperrt, weil sie ihre Pflicht getan haben. *(So ist es!)* Es ist traurig, das zu sagen, aber es kommt vor. Bei uns will man nur mit Drangsalen, mit Strafen und Einsperren die Leute erziehen, und da soll man nun noch Lust und Liebe zu Arbeit und zur heimatlichen Scholle haben, Patriot sein und sorgen, um etwas für die große Allgemeinheit zu erzeugen.

Was die Enthebungen anbelangt, die speziell für die Landwirtschaft von großer Wichtigkeit wären, so weiß jeder einzelne Abgeordnete ein Lied zu singen, wie schwer es ist, Enthebungen durchzusetzen. Man muß von Pontius zu Pilatus gehen, um nur einen Akt zu erfragen, der vielleicht vor 3, 4 Monaten eingereicht worden ist, und gelingt es, einen solchen Akt auszugraben, dann dauert es wieder geraume Zeit, bis er erledigt wird — geht er zum Armeekommando, ist der Mann an der Front, dann ist überhaupt nichts zu tun. Sonderbarerweise aber verschwinden manche Akte gänzlich. Mir selbst ist es schon passiert, daß Gesuche, die ich persönlich überreicht habe, mir einfach abgestritten worden sind, sie seien nicht da. Unlängst habe ich einen Fall mit angehört: ein Akt ist verschwunden, obwohl der betreffende Herr ihn rekommandiert aufgegeben hat. Ich weiß nicht, welchen Wert die Rekommandation noch hat, trotz Aufgabeschein war der Akt nicht aufzufinden. Und so geht es vielen. Die Arbeit zu Hause bleibt stehen, weil man hofft, die Enthebung werde doch noch erfolgen, indessen aber liegt der Akt begraben in den untersten Räumen; vielleicht werden unsere Nachfahren in 50 Jahren, wenn das Ministerium einmal aus-

geräumt wird, dort finden, daß einer einmal um eine Enthebung angesucht hat.

Diesbezüglich kann ich auch die Bezirkshauptmannschaften nicht ganz von Schuld freisprechen. Ich kenne Bezirkshauptmannschaften — ich bedaure, das aussprechen zu müssen — dort werden die Leute gewissermaßen gefoppt, es heißt, das Gesuch sei fort, es werde unterstützt, indessen ist es gar nicht weggegangen und geht auch gar nicht weg. Mir selbst hat der Militärreferent einer Bezirkshauptmannschaft, ein Offizial, gesagt — das, was die Bürgermeister schreiben, ist alles nicht wahr. Da kann kann man sich einen Begriff machen, wie es um den bäuerlichen Stand bestellt ist. Da darf es einen nicht wundern, wenn die bäuerlichen Besitzungen haufenweise zugrunde gehen — jetzt, wo die Bauern angeblich Millionen verdienen! — worüber aber kein Beweis erbracht werden kann, höchstens der, daß der etwaige Verdienst als Strafgeld abgenommen wird.

Bezüglich der Enthebungen muß ich einen Fall erwähnen.

Die Braunviehzuchtgenossenschaft Amstetten besitzt ein Weidegut von 312 Joch, das einen Wert von 170.000 K repräsentiert. Auf diesem Weidegut sind 146 Kalbinnen und 6 Pferde aufgetrieben, welche einen Wert von gering gerechnet 1/4 Million repräsentieren, und bei diesem Weidegut, das unlängst von seiten des Ackerbauministeriums, der Statthalterei und der Landesbehörden inspiziert und dem ein vollkommenes Lob ausgesprochen wurde, muß selbstverständlich ein Weideleiter vorhanden sein. Der ist allerdings vorhanden, aber er ist im Jahre 1870 geboren und wurde bei einer der letzten Musterungen für geeignet befunden. Er ist nicht mehr ganz jung, er ist 47 Jahre alt. Man hat nun geglaubt, daß dieser Weideleiter, der höchst notwendig ist, enthoben werden würde. Ich kann Ihnen nun zu meinem Bedauern im Namen dieser Genossenschaft sagen, daß er schon dreimal im Jahre 1917 enthoben und dreimal wieder einberufen wurde. Trotzdem das Ackerbauministerium und alle Behörden angegangen wurden, ist dieser Mann wieder eingerückt und es ist soweit gekommen, daß er mit 47 Jahren an die albanische Front gekommen ist. Was ist der Grund? Es wird jeder von uns in militärischen Angelegenheiten in Hülle und Fülle von seinen Wählern zu tun bekommen haben und wissen, was da mitgespielt haben mag. In diesem Falle ist ein Gendarmeriewachtmeister der einzige Attentäter; er ist ein Feind der Bauernschaft und ein Feind dieser Braunviehzuchtgenossenschaft, er ist es, der den Mann immer wieder einrückend macht. Ich habe diesen Fall unlängst persönlich erhoben, und es tut mir leid, daß der Herr Landesverteidigungsminister nicht da ist, ich habe ihm diesbezüglich eine Zuschrift seitens der Braunviehzuchtgenossenschaft übergeben. Am 5. September hat man den Mann regelrecht mit Erlaß der Militärbehörde bis Ende Oktober enthoben. Siehe da, am 6. September bringt der betreffende Gendarmeriewachtmeister ein Telegramm — von wo, weiß ich nicht — daß der Mann sofort einzurücken hat. Der Gendarmeriewachtmeister hat ihm gedroht, falls er nicht einrückt, würde er ihn abführen.

Solche Fälle kommen bei uns vor. Ich habe mich diesbezüglich an das Landesverteidigungsministerium gewendet und da sagte mir ein höherer Offizier — ich will den Namen nicht nennen — na, da hat er halt dem Gendarmen zu wenig gegeben. Das ist traurig, wenn man so etwas sagen muß, aber es kommt vor. Die Braunviehzuchtgenossenschaft hat dem Gendarmen nichts gegeben und vielleicht war das der Grund. Es ist aber erstaunlich, daß dieser Gendarm so viel Rechte hat. Ich werfe ja keinen Stein auf alle Gendarmen, aber solche Fälle sind nicht vereinzelt, sondern es gibt ihrer viele und ich muß mein Bedauern darüber aussprechen. Ich bitte das verehrte Ministerium, solche Fälle aufzugreifen, denn das führt zu keiner guten Saat. Die Braunviehzuchtgenossenschaft, die ja bestrebt ist, etwas Vieh für die Zukunft zu erzeugen, was wir ja leider brauchen, ist dadurch insofern betroffen, weil durch die heurige Trockenheit die Futterbestände so gering sind, daß nichts vorhanden ist und daß wir für das nächste Jahr den Viehstand um mehr als die Hälfte werden reduzieren müssen.

Nun steht das Vieh in der Weide ohne Betreuung. Der Abtrieb steht vor der Tür. Die Weide ist ja an den Gebirgsketten, wo Niederschläge stattgefunden haben, nicht schlecht, es steht etwas Futter. Jetzt wollen die Leute das Vieh drin lassen, so lange es geht. Sie können es aber nicht, weil das Vieh herrenlos ist, die Koppeln werden durchbrochen und es ist niemand da, der sie ausbessern würde. Infolgedessen ist die Genossenschaft gezwungen, das Vieh vorzeitig abzutreiben, weil es dem Gendarmeriewachtmeister nicht behagt hat, diesen Mann dort zu lassen.

Speziell was die Heulieferung anlangt, die wir ja alle demnächst zu gewärtigen haben — ich weiß ja nicht, wie die Verhältnisse in den verschiedenen Kronländern sind — ist im allgemeinen die Heu- und Futterernte sehr schlecht. Es ist uns durch einen Ministerialerlaß ein Quantum vorgeschrieben, das verhältnismäßig so gering ist, daß wir unser Auslangen wohl schwer finden würden. Nun haben wir aber ganz sonderbarerweise von unserer Bezirkshauptmannschaft einen Statthaltereierlaß zugeschickt bekommen, der geradezu dem widerspricht, was in der Ministerialverordnung steht. Das hohe Haus wird gestatten, daß ich einige Punkte daraus zitiere. Es heißt dort:

„Die Festsetzung der zulässigen Verbrauchsmenge von Heu und Stroh durch die Statthaltereiverordnung vom 7. Juli 1917, L. G. Bl. Nr. 177, darf nicht dahin verstanden werden, daß die auf den Viehstand des einzelnen Produzenten entfallende Futtermenge unter allen Umständen belassen werden muß."

Das heißt also, daß man wegnehmen kann, soviel man will. Es heißt weiter:

„Den Produzenten ist durchaus kein Anspruch auf Belassung der für das ganze Jahr rechnungsmäßig auf den Viehstand entfallenden Futtermenge eingeräumt worden."

Das, meine Herren, sagt schon, daß die Statthalterei ganz andere Verfügungen trifft als der Ministerialerlaß. Jetzt kennt man sich wirklich schon nicht mehr aus, was man machen soll. Die Bürgermeister sind ja, glaube ich, dazu gar nicht berufen, irgend welche Einwendungen zu erheben, sie haben nur die Entscheidungen zu befolgen. Die selbstverständliche Folge wird natürlich die Befolgung des Wortes sein: Schütze Dich selbst, dann ist Dir geholfen. Wir werden natürlich trachten, in unserem eigenen Interesse und im Interesse der Bevölkerung, die wir versorgen, daß uns etwas Vieh bleibt. Will die Regierung das hintertreiben, so tragen wir keine Verantwortung dafür. In Zukunft werden Milch und Fett eine Rarität, eine Spezialität sein, die nicht zu haben sein wird. Wenn die Weidezeit vorüber sein wird, werden rapid die Milch- und Fettmengen verschwinden. Vielleicht wird dann wieder der Landwirtschaft der Vorwurf gemacht werden, daß sie daran schuld ist, wir wollen aber die Verantwortung ablehnen. Wenn die Regierung durchaus will, daß die ganze Bevölkerung und damit auch der Bauernstand zugrunde gerichtet werde, soll sie es auf ihre Verantwortung tun.

Es ist ganz sonderbar, daß man auf der einen Seite Heu abliefern muß, auf der anderen Seite aber selbst kein Heu hat. Als man früher das Vieh an die Viehverwertungsgesellschaft abliefern mußte, war das Vieh nicht aufzubringen, ich selbst habe Kommissionen überallhin herumgeschickt, jeder wollte seinen Viehstand erhalten. Jetzt ist die schlechte Grummeternte eingetreten und auf einmal überrennen sämtliche Wirtschaftsbesitzer den Bürgermeister und bitten ihn, um Gottes Willen ihnen ihr Vieh abzunehmen. Jetzt aber sagt wieder die Regierung, wir sollen um 60 Prozent weniger Vieh liefern. Die Ungarn, die früher wenig Vieh hergegeben haben und die jetzt auch anscheinend wenig Futtermittel haben sollen, liefern nämlich in unendlichen Mengen Vieh nach Wien. Jetzt müssen wir wegen den Herren Ungarn unser Futter hergeben und unser Vieh behalten. Wie sich das halten soll, weiß ich nicht.

Bei dieser Heulieferung tritt noch ein ganz sonderbarer Standpunkt zu Tage. Es kommen gewisse Händlergewinne vor, denn das Heu wird um 17 K abgeliefert, während man, wenn man es kaufen will, 27 K dafür geben muß.

Ja, meine Herren, ob das notwendig ist, das weiß ich nicht. Jedenfalls aber führt es zu keinem guten Ende. Wir haben viele Bauern, die Kleinvieh besitzen — davon will ich schon gar nicht reden — sie sind gezwungen, es zu schlachten, denn sie können es nicht erhalten, weil sie kein Futter dafür bekommen. Aber schauen wir uns die Geschichte näher an. Wir haben in Niederösterreich von Seite des Landeskulturrates mit Hilfe von Unterstützungen aus Stadt und Land, durch zahlreiche Agitationen und Versammlungen, dahin getrachtet, reinrassiges, marktfähiges, schönes, ertragsreiches Vieh einzustellen. Das kostet schweres Geld. Erst in den letzten Jahrzehnten haben wir in dieser Beziehung einen Fortschritt zu verzeichnen und die Leute haben nicht gespart in der Voraussicht, daß der Ertrag steigen und die Produktion bedeutend gehoben werde. Und jetzt muß dieses teuere Vieh verschleudert werden. Mastvieh ist ja keines vorhanden, weil man kein Futter dafür hat. Es ist leider traurig, es kommen Fälle vor, wo die Bauern, die noch vorhanden sind — sie sind allerdings schon alt — darüber weinen, wenn sie ein Stück Vieh von $1^1/_2$ Jahr zum Tore hinaustreiben müssen. Das wird sich bitter rächen und man wird ja sehen, was dabei herauskommt.

Schauen wir uns aber die Geschichte bezüglich des Heues näher an. Wir wissen doch schon seit Jahren, daß die Hochwildjagdbesitzer alles an sich reißen, durch Häusererwerb, durch Großankäufe von Grundkomplexen, um dem Vergnügen der Jagd zu fröhnen und zu huldigen. Dorthin, hören wir ab und zu, wird Heu angeliefert, was sie nur brauchen, wird ihnen zur Verfügung gestellt, damit die Hirsche sehr viel zum Fressen haben, sie selbst aber liefern nichts. Die Großjagdbesitzer tragen auch nichts zur Verpflegung der Konsumenten bei, im Gegenteil, sie leben nur selbst. Was nützt es, wenn ein Kontingent aufgestellt wurde mit der Bestimmung, daß ein gewisser Prozentsatz abgeliefert werden muß, dabei aber keine Kontrolle vorhanden ist, ob diese aristokratischen Landwirte auch abliefern? Es wird ihnen ja im Gegenteil das Heu, das andere notwendig brauchen, noch zugewiesen. Das sind Dinge, die unhaltbar sind und wo es Pflicht der Regierung ist einzugreifen, wenn überhaupt die Absicht besteht, den Bauernstand und die Landwirtschaft zu erhalten.

Es wurde schon von unserem sehr geschätzten Herrn Obmanne Hauser das Gestüt in Wieselburg erwähnt. Mir scheint aber, er ist da nicht ganz gut unterrichtet, weil er, wie ich glaube, gesagt hat, daß

dort noch keine Pferde vorhanden sind. Ich habe dem Bürgermeistertage in Mank angewohnt, also in nächster Nähe von Rottenhaus, wo sich das Pferdegestüt befindet, die dortigen Bürgermeister haben sich bitter darüber beschwert, daß sie Heu liefern müssen und sie haben gesagt, sie weigern sich direkt, dieses Heu dorthin zu liefern, sie seien sehr patriotisch und liefern für das Militär so viel als sie entbehren können, aber dorthin liefern sie nicht, für solche Sporte zu liefern, dazu sind sie nicht zu haben. Es ist auch richtig, daß sich dort drei Obersten und Militär in Hülle und Fülle befinden; natürlich sind sie verschiedener Konfession. Andersgläubige, das ist ganz einerlei, aber sie sind dort, um von den Schützengräben frei zu sein. Zu diesen nun muß das Heu hingeliefert werden, damit sie dort daraus Streu machen. Das sind ganz unhaltbare Zustände.

Von der Zentralwirtschaft, die in unserem Staate jetzt herrscht, hat der Herr Ministerpräsident gesagt, daß die Zentralen eine Wohltat seien und daß es notwendig war, eine Zentralisierung, eine Kriegswirtschaft einzuführen. Ja, meine Herren, wir sind gewiß auch seiner Anschauung. Eine Zentrale in der heutigen Zeit wäre vielleicht von großer Bedeutung, aber die Führung dieser Zentrale läßt viel zu wünschen übrig, dort haperts wohl sehr stark, Verehrteste. Schauen wir uns diese Sachen etwas näher an.

Und nun die Kriegswirtschaft. Es wird uns da von seiten des Herrn Ministerpräsidenten Sparsamkeit empfohlen. Ja, wir wollen sparen, wir müssen auch sparen, schon der lieben Zukunft wegen, weil wir einmal sehr tief in unsere Taschen werden greifen müssen, um unsere Schulden zahlen zu können. Aber schauen wir diese Wirtschaften einmal etwas näher an, Wirtschaften, bei denen auch gespart werden könnte. Schauen wir uns zum Beispiel die Gefangenenlagerwirtschaft an. Dort hapert es wohl sehr stark. Ich kenne nur ein Lager, nämlich das in meiner nächsten Nähe mit einem Fassungsraum von 28.000 Mann. Unlängst habe ich dort Erhebungen angestellt und habe eine Anfrage an Seine Exzellenz gerichtet. Ich habe erfahren, daß dort 4200 Mann sind, welche zum großen Teile dem Offiziers- und Mannschaftsstande angehören, daß aber an Gefangenen sehr wenige dort sind. Ich bitte, zu bedenken, es sind drei Oberste dort und es wird dort in Hülle und Fülle Schindluder getrieben. Die städtische Bevölkerung in der Nähe hat sich über die dortigen Verhältnisse bitter beschwert, und zwar aus dem Grunde, weil diese 4200 Mann zusammen monatlich 140 Stück Vieh zum Konsum beziehen, 140 Stück Vieh, während die Stadt nebenan mit ihren 9000 Einwohnern — man höre und staune — 30 Stück pro Monat bezieht. Wer das Fleisch von all diesem Vieh bekommt, darüber könnte ich Ihnen Zuschriften zeigen, die ich aber leider zufällig nicht hier habe. Nun, jeder, der ein solches Lager in seiner Nähe hat, wird ja wissen, wie es bei dieser ganzen Geschichte zugeht. Ich will von dieser Lagerwirtschaft nichts weiter vorbringen, nur das Eine, daß dort an einem Tage 40 Fettschweine verschwunden sind, weil es geheißen hat, es kommt Inspizierung. Die Fettschweine sind verschwunden; wohin, das weiß kein Mensch. Die Inspizierung ist gekommen, aber gefunden hat sie nichts: es ist jedoch schließlich nachgewiesen worden, daß diese Geschichte auf Tatsachen beruht.

Um nun von den Zentralwirtschaften etwas zu sprechen — so sind zu unserem Herrn Ministerpräsidenten vor einiger Zeit — es dürften schon 4 bis 5 Wochen sein — etliche Chefs dieser Zentralwirtschaften gekommen und haben sich darüber beschwert, daß in der Maitagung von allen Seiten — ich muß das ja mit Befriedigung konstatieren — und auch von den ärgsten Gegnern des Parlaments und des Abgeordnetenhauses gegen die Zentralen losgezogen und losgedonnert wurde — mit vollem Rechte. Diese Leute haben sich also in einer Audienz beim Ministerpräsidenten beschwert und gesagt, sie wollen ihr Amt unter solchen Umständen nicht weiterführen, sie lassen sich nicht anflegeln, nachdem sie ja doch alles getan haben, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat. Er hat alles bestätigt und gesagt, er empfinde es selbst mit großem Bedauern, daß diese Angriffe erfolgt sind, er sei überzeugt, daß diese Zentralstellen mit voller Gewissenhaftigkeit, Aufmerksamkeit und Gerechtigkeit geführt werden und er werde in der Zukunft ihnen jederzeit zur Seite stehen und trachten, daß die Zentralen nicht beanstandet werden. Nun habe ich schon verschiedene Sachen bei den Zentralen mitgemacht und kann nur sagen, daß das nicht ganz berechtigt ist oder vielmehr, daß es nicht unberechtigt ist, wenn irgend jemand sich über die Zentralen nicht gerade lobend ausspricht.

Schauen Sie unsere Getreideverhältnisse etwas näher an. Wir haben zum Beispiel in meiner Gegend ein großartig eingerichtetes Lagerhaus, in welchem Hunderte Waggons eingelagert werden könnten. Was ist nun dort geschehen? Weil es einem Generalkommissär nicht gefallen hat, oder vielmehr, weil er den Verdienst nicht in seine Tasche bekommen hätte, hat er es unmöglich gemacht, daß das Getreide unserer Gegend dort eingelagert werde und dasselbe wird in kleinen Räumen, sogar in Kellerräumen untergebracht. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich habe ja erst angefangen.

**Präsident:** Ihre halbe Stunde ist um.

Abgeordneter **Grim** *(fortfahrend)*: Ja, es geht doch nicht an, daß man das so macht und das Lagerhaus ganz und gar leerstehen läßt.

Ich habe noch über eine Zentrale etwas zu sagen — da sind so sonderbare Namen in der Welt jetzt aufgetaucht, die müssen wohl morgenländischer Abstammung sein; da heißt es zum Beispiel „Miles", „Rohö", „Geos" usw., das müssen Namen morgenländischer Abstammung sein, anders kann ich mir sie sonst nicht erklären. Da ist also die „Geos", das ist die Obst- und Gemüsezentrale. Wir stehen in der letzten Zeit — ich bin von einer Obstgegend und habe da etwas mitgemacht — mit gebundener Marschroute bei unseren Obstbäumen. Ohne jemanden zu fragen, ist ein Syndikat gebildet worden, das hat alles in Händen und seit 3 Tagen sind unsere Bahnhöfe gesperrt und wehe dem, der über 50 Kilo Obst verkaufen würde; er würde diesen Syndikatsmitgliedern zum Opfer fallen. Nun, meine Herren, es wäre ja alles richtig und schön, aber betrachten wir die Spannung, die dahinter steckt. In früheren Zeiten ist ein gewöhnlicher Obsthändler zufrieden gewesen, wenn er, wie es in unserer Gegend war, 60, 70 K pro Waggon verdient hat; heute verdient das Syndikat 1400 K und die „Geos" 1400 K pro Waggon! *(Hört! Hört!)* Es besteht also eine Spannung von sage 2800 K pro Waggon und das muß das verehrte Konsumentenpublikum zahlen. Ja, meine Herren, brauchen wir das, ist das notwendig?

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte noch einmal, zum Schlusse zu kommen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter **Grim**: Ich habe nicht mehr viel. Unterbrechen Sie mich nicht, Herr Präsident, Sie halten mich nur auf!

Und dabei ist konstatiert worden — ich habe es erst vor ein paar Tagen gelesen — daß 17 Waggons Obst am Ostbahnhof verdorben sind, weil man sie hin und hergeschickt hat, weil man nicht gewußt hat, wo sie hingehören. Diese 17 Waggons sind total verdorben. Und das nennt man Zentralenwirtschaft, weil der freie Handel ausgeschaltet worden ist.

Nun, meine Herren, etwas über die Kohlennot. Ich brauche da nicht viel zu erzählen; wir alle wollen warm haben im Winter, frieren tut uns alle. Nun wird da über den Waggonmangel geklagt. Und nun sehen Sie auf der einen Seite, daß 17 Waggons Obst durch 14 Tage spazieren geführt werden, von einem Bahnhof zum anderen, und auf der anderen Seite sagt man: Kohle wäre ja unter Umständen vorhanden, aber Waggons sind keine da! Das verstehe ich nicht ganz gut. Die Bevölkerung muß darben, sie will um teures Geld Kohle kaufen, bekommt aber keine. Speziell um die Schmiedekohle ist es sehr traurig bestellt und das kommt insbesondere für die Landwirtschaft in Betracht: Wenn einmal einer da ist, der nicht kriegsdiensttauglich ist, so kann er nicht arbeiten, weil er keine Kohle hat. Wir haben eine Besprechung gehabt . . . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte den Herrn Redner nochmals, zu schließen, ich kann nicht zugeben, daß die Rededauer ins Ungemessene verlängert wird!

Abgeordneter **Grim**: Na ja, gewiß! — Was ferner die Holzschlägerung anbelangt, so sollten uns da Arbeitssoldaten zugewiesen werden. Aber wer sind diese Arbeitssoldaten? Wir haben ja schon viele Arbeitssoldaten zugewiesen bekommen, da sind verschiedene Exemplare darunter, zum Beispiel Orgelstimmer, Frauenkleidermacher, Advokaten, Apotheker und alles mögliche. Nun sage mir einer, daß für den Bauer jeder gut genug ist — das versteht keiner. Ein Bauer, der Landwirtschaft betreibt, muß eine große Intelligenz haben, er muß über alles vollständig unterrichtet sein, sonst ist er kein Landwirt. Ich glaube, es wäre wohl besser, wenn diesbezüglich bei Enthebungen über Auftrag der Behörde angeordnet würde, daß derjenige, der einen großen Waldbezirk hat, so und so viel Raummeter Holz abliefern muß, dann kriegt er ein oder zwei Söhne enthoben, aber nicht, daß man sagt: Wenn du Kriegsanleihe zeichnest, kriegst du fünf Tage Urlaub!

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte zu schließen, Herr Redner, sonst müßte ich Ihnen das Wort entziehen.

Abgeordneter **Grim**: Ich schließe. Ich möchte nur an das hohe Haus appellieren, daß die Landwirtschaft diesbezüglich doch gerechte Unterstützung finde und schließe mit den Worten, die unser großer Feldherr Moltke einst gesprochen: Ein Land geht ohne Schuß zugrunde, wenn die Landwirtschaft vernachlässigt wird! *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident**: Ich erteile dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Degasperi das Wort.

Abgeordneter Dr. **Degasperi**: Hohes Haus! Wenn die Debatte sich nur mit dem Staatshaushalt befassen müßte, so würde ich auf das Wort verzichten, denn man kann von jemanden, dessen Haus in Brand gesteckt oder geplündert wurde, nicht erwarten, daß er sich auch mit dem öffentlichen Haushalte befasse und ich würde mich weigern, die Fiktion aufrecht zu erhalten, als ob ein Volk,

das in der Praxis als ein feindliches, als ein erobertes Volk behandelt wird, gleichzeitig durch seine Vertreter als ein ebenbürtiger Teil über die Verwaltung des Staatsganzen mitzusprechen und mitzubestimmen könne. Aber diese Tribüne ist die letzte freie Stätte, die uns nach der Unterdrückung jeder bürgerlichen Freiheit zu Hause geblieben ist, und andrerseits wäre es schade, der Regierung den Vergleich zwischen den schönen Leitsätzen ihres Programms und der Praxis ihrer Lokal-Militär- und Verwaltungsbehörden vorzuenthalten.

Zu einer solchen Gegenüberstellung bietet die Rede des Ministerpräsidenten reichlich Gelegenheit. Er hat ein schönes Wort gesprochen, als er gesagt hat, daß die Kriegsschäden vom Staate rasch und energisch gutgemacht würden. Ich hoffe, daß er das in dem Bewußtsein dessen ausgesprochen hat, was das heißt, insbesondere in bezug auf unser Land; ich hoffe, daß er weiß, daß bei uns hunderte von Millionenwerten zugrunde gegangen sind; ich hoffe, daß er weiß, daß viele Orte zwischen Etsch und Brenta und andere zum Teil geplündert wurden, daß alles, was der Fleiß von Jahren und Jahrhunderten gesammelt hat, in wenigen Tagen vernichtet wurde. Und wenn ich an das Schicksal der schönen und reichen Stadt am Leno, an Rovereto denke, so krampft sich mir das Herz zusammen. Adhaeret lingua mea faucibus meis. Niemand wagt, die Wahrheit über diese tote Stadt zu sagen. Ein schreckliches Geheimnis ist über sie ausgebreitet, denn nach der Deportierung der ganzen Bevölkerung durfte keine Zivilperson bis jetzt hinein, nicht einmal der freigewählte Bürgermeister und spätere Regierungskommissär, unser Kollege Baron Malfatti, trotz Bewilligung des Armeeoberkommandos. Aber hie und da sickert die Wahrheit doch durch. Es gibt Leute, die dabei waren, die es gesehen haben, die es notiert haben. Man weiß, daß die Plünderung vor nichts Halt gemacht hat, weder vor den öffentlichen Anstalten, noch vor den Privathäusern, daß in den Museen sogar der Spiritus, in welchem die Schlangen und die wissenschaftlichen Präparate konserviert wurden, ausgetrunken wurde, daß Madonnenstatuen ausgeraubt und nackt zurückgelassen wurden, daß Bibliotheken geplündert wurden und daß in den benachbarten Feldern noch lange Zeit alle möglichen Hausgeräte und Möbel, Uhrwerke und Nähmaschinen lagern, als Reste eines großen Schiffbruches, während vieles andere von den Hausgeräten, von den Möbeln den Weg über den Brenner gefunden hat und es ist manchem Roveretaner passiert, in den nördlichen Provinzen sein eigenes Hab und Gut in fremden Händen wiederzusehen.

Nun will der Ministerpräsident das alles gut machen. Ich nehme ihn beim Wort. Vorläufig soll er mindestens sofort eine gemischte Kommission einsetzen in der auch die Bevölkerung vertreten ist, damit wenigstens der Schaden festgestellt wird. Das Vertuschen hilft nicht mehr.

Es wird einmal ein Tag kommen, an welchem die deportierte Bevölkerung wieder den Boden der Stadt ihrer Väter betreten wird, und da wird ein Schmerzensruf erschallen, der von ganz Europa gehört werden wird.

Indessen aber hat man in Rovereto in diesen Tagen eine große offizielle Extrarequisition angefangen und wohl auch zum Teile schon durchgeführt, eine Requisition, durch welche alle Wolle, alles Metall, Papier, alle Maschinen, Wasserleitungen, Gasleitungen, Dampfleitungen, sowohl private wie die der öffentlichen Anstalten requiriert werden; in dieser Beziehung werden auch die Kirchen nicht verschont und man fragt sich, warum diese Stadt, die schon so viel hergeben mußte, jetzt noch einer zweiten allgemeinen Requisition, die sonst nirgends vorkommt und die dem § 28 des Kriegsleistungsgesetzes nicht entspricht, unterzogen werden muß.

Der gute Wille des Herrn Ministerpräsidenten wird eine leichtere Arbeit in denjenigen Ortschaften haben, die nicht ganz evakuiert wurden, zum Beispiel in Trient. Bis zur Offensive im Mai 1916 ist in dieser Beziehung in Trient nicht viel vorgekommen; später aber waren Diebstähle und Plünderungen an der Tagesordnung. Man hat dort jedoch eine ordentliche Schadenerhebungskommission organisiert, die viel zu tun hatte. Aber die betreffenden Akten liegen noch jetzt bei der Stadtverwaltung mit dem Vermerke: Zur Aufbewahrung und Hinterlegung der Akten rückübermittelt, da die Ausforschung der Täter aussichtslos ist. Es war nämlich unmöglich, die Truppenabteilungen genau anzugeben oder, wo es möglich war, hat die Intendanz den betreffenden Akt an den Kommandanten der betreffenden Abteilung zur Äußerung geschickt und in vielen Fällen haben die Offiziere so ähnlich geantwortet wie ein Leutnant, dessen Fall ich vor mir habe und welcher schrieb: Ich weise jede Diebstahlsverdächtigung auch gegen den Geringsten meiner Leute zurück. Wer gehabt hat, hat gehabt. Ich glaube aber, daß in diesem Falle jedenfalls der Staat zur Vergütung verpflichtet ist. Nach § 19 des Kriegsleistungsgesetzes sind Schäden, die im Zusammenhange mit der Einquartierung entstehen, nach diesem Gesetze zu vergüten. Die Innsbrucker Statthalterei jedoch hat in einem Erlasse vom 10. Juli 1916, Nr. 509, angeordnet, daß solche Schäden nicht als Kriegsleistungen zu betrachten und daher auch nicht nach dem allgemeinen Verfahren zu behandeln sind, und in einem Erlaß des Landesverteidigungsministeriums vom Mai 1917 ist gesagt, daß hinsichtlich der Erhebungen der Kriegsschäden in Bälde Weisungen ergehen werden. Diese Weisungen sind jedoch noch

nicht ergangen. Nach dem Versprechen des Herrn Ministerpräsidenten wollen wir hoffen, daß die Raschheit wenigstens darin bestehen werde, daß diese Weisungen endlich ergehen.

Ich möchte übrigens bemerken, daß auch die Liquidierung von Kriegsleistungen stark im Rückstande ist. In Trient sind Ansuchen der Jahre 1914 und 1915 noch unerledigt. Wir werden weiter in den Ausschüssen Gelegenheit haben zu fragen, wieso es gekommen ist, daß von der evakuierten Bevölkerung des Valsuganatales 4000 Stück Vieh, die in Pergine gesammelt wurden, von der Intendanz durchschnittlich mit 200 bis 300 K pro Stück, das heißt ungefähr zu 70 bis 80 h pro Kilogramm Lebendgewicht angekauft wurden, während in einem Erlasse des Landesverteidigungsministeriums vom 17. Juli 1915 ganz klar angeordnet war, dieses Vieh mit 2 K pro Kilogramm Lebendgewicht zu bezahlen. Dasselbe ist auch im Bezirke Cles bezüglich des requirierten Viehes der evakuierten Bevölkerung geschehen und ich glaube auch anderswo, obwohl ich das nicht konstatieren konnte.

Ich komme nun zu den normalen Requirierungen bei der nicht evakuierten Bevölkerung. Wenn dabei nach einer proportionellen Kontingentierung verfahren wird, so ist dagegen nichts einzuwenden; der Krieg ist nun einmal da und requiriert wird überall. Aber daß Grenzgebiete Extraabgaben zur allgemeinen proportionellen Kontingentierung zu zahlen haben, höhere Lasten auf sich nehmen müssen, dagegen protestieren wir. Wir haben in Nonsberg und im Fleimstal zum Beispiel eine Abgabe von enormen Mengen von Heu und Futtermitteln auf uns nehmen müssen, ohne daß die Heumengen, die vom Militär früher an Ort und Stelle angekauft wurden, in Anschlag gebracht werden konnten, und die Statthalterei hat in einem Erlasse vom 30. Juli 1917 erklärt, daß kein Abzug vom allgemeinen Kontingente für die vom Militär gepachteten Gründe und Weiden zu gewähren sei. Nachdem aber bei uns viele Gründe und Weiden vom Militär gepachtet sind, ist das eine Extraabgabe, die uns aufgebürdet wird.

Wie rücksichtslos bei diesen normalen Requirierungen seitens der politischen Behörde vorgegangen wird, kann man aus einem Erlasse der Bezirkshauptmannschaft Cles vom 19. Mai 1917 ersehen, wo es heißt *(liest)*:

„An das k. k. Bezirksgendarmeriekommando und sämtliche Postenkommanden mit Ausnahme von Pizzano.

Es ist mit allem Nachdruck und mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß das seitens der Gemeinden an das k. u. k. Militär-Verpflegsmagazin in Malé noch zu liefernde Heuquantum unter allen Umständen ehestens zur Abfuhr kommt. Die Haustiere der einzelnen Besitzer müssen sich mit Grasfütterung begnügen. Sämtliches in den Gemeinden noch vorhandenes Heu muß an die Fassungsstation (alle Frachtenbahnstationen) abgeführt werden.

Postenkommandant persönlich verantwortlich.

Auf Reklamationen und Einsprüche der Gemeindevorsteher und Besitzer darf keine Rücksicht genommen werden. Widerspenstige verhaften und dem nächsten Etappenstationskommando einliefern.

Zwangsmaßregeln jeder Art gestattet. Das Heu muß, und zwar sofort, aufgebracht werden.

Der k. k. Statthaltereirat."

Umgekehrt aber, bei der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, wie Fleisch und Fettstoffen, hat man bei uns das sogenannte Rebelland Trentino wieder entdeckt, das heißt zur Versorgung der Stadt Trient wurden nur italienische Bezirke zugewiesen. Nachdem diese Bezirke, die ich früher erwähnt habe, erschöpft sind, ist die Stadt Trient in unverhältnismäßiger Weise gegenüber den deutschen Städten Tirols im Nachteile.

Was nun die politischen Pläne des Kabinetts betrifft, so lasse ich mich in eine Diskussion darüber nicht ein. Es wäre naiv von mir, von der nationalen Autonomie zu sprechen oder von der Stellung, die unser Landesteil gegenüber dem deutschen Landesteile in der Zukunft haben wird, in einer Zeit, wo wir vollkommen der herrschenden Nation ausgeliefert sind, wo unser Landeshauptmannstellvertreter Dr. Conci noch nicht an der Landesverwaltung teilnehmen konnte, wo wir überhaupt ganz von der Mehrheit verwaltet werden, wir keine Stimme haben und kein Gehör finden.

Ich werde aber nur ein Wort noch über das Kapitel der Internierungen sagen. In der Sitzung vom 15. Juli 1917 hat das Haus den Beschluß gefaßt, die Regierung aufzufordern, allen interniert oder konfiniert gewesenen Personen die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen. Der Minister hat auch erklärt, daß das Armeeoberkommando die Armeekommanden angewiesen hat, in der Beziehung in liberaler Weise vorzugehen. Ich richte nun die Frage an den Herrn Minister des Innern, welcher Prozentsatz von den früheren Konfinierten oder Internierten nach Hause zurückgekehrt ist. Nach unserer Meinung höchstens 2 Prozent. Das hängt wohl vor allem vom Präsidium der Innsbrucker Statthalterei ab, das man eine Verfolgungszentrale nennen könnte, an deren Spitze eigentlich ein Mann ist, auf den der Spruch aus „Faust" angewendet werden könnte: „Ich bin der Geist, der stets verneint." Wie in der Beziehung vorgegangen wird, ist aus der Interpellation meines verehrten Herrn Kollegen Dr. Conci zu ersehen und ich möchte ihr nur einen Fall zur Illustration entnehmen. Eine Witwe

aus Rovere della Luna, Therese Bolner, eine Bäuerin, hat fünf Söhne an der Front, zwei sind gefallen und der dritte ist Kriegsinvalide. Sowohl sie wie der Kriegsinvalide wurden in Katzenau interniert und bei der allgemeinen Amnestie entlassen. Man hätte nun erwarten können, daß sie nach dem Gesichtspunkte der Billigkeit und Humanität, dessen Berücksichtigung der Minister des Innern versprochen hat, nachhause gehen dürfen, um so mehr, als sie Landwirte sind, einen eigenen Besitz haben und einen sehr großen Schaden erlitten haben. Aber im Gegenteil: man hat den Vielgeprüften die Heimkehr verweigert. Es ist auch bei dem Verfahren, das angewendet wurde, ganz klar, daß niemand heimgehen darf, denn wer ist eigentlich die Instanz, an die man sich wendet? Das ist doch immer wieder derselbe Gendarm, der die Leute weggeführt hat, oder derselbe Unteroffizier, der sie verhaften ließ, und wenn er einmal von seinem früheren Standpunkte abgehen soll, so hält er das für eine persönliche Niederlage. Da helfen keine öffentlichen Rücksichten.

Es gibt Gemeinden, die darum nachgesucht haben, daß der Gemeindearzt nach Hause gehen könne, weil dort die Not in dieser Beziehung groß sei: Es wird verweigert. Es gibt Pfarrkinder, die gebeten haben, daß der Pfarrer nach Hause gehen dürfe, weil die Pfarre verwaist ist: es wird verweigert. Es gibt eine Menge Lehrer, die nach Hause gehen wollen, um ihre Pflicht dort auszuüben: es wird verweigert. Ja, was soll man denn sagen, wenn selbst unser Fürstbischof noch von der Diözese ferngehalten wird. Meine Herren! Die revolutionäre Regierung von Rußland hat den Erzbischof von Lemberg nach Hause gelassen, obwohl er ein fremder Staatsangehöriger war, und das katholische Österreich hält noch einen Fürstbischof von seiner Diözese fern, dem nur das vorgeworfen werden kann und vorgeworfen wurde, was der Papst in seiner letzten Instruktion als heilige Pastoralpflicht angeordnet hat. Was glauben aber die Machthaber in dieser Beziehung zu erreichen? Ich war einige Zeit im Lande und ich kann sagen: nie war der Bischof Endrici dem Herzen seines Klerus und des Volkes so nahe wie jetzt, wo er verbannt ist, nie war sein Einfluß so mächtig wie in dem Momente, wo er nur durch das mannhafte Schweigen wirken kann, und in der Diözese fühlt bei den solennen kirchlichen Gelegenheiten des Jahres ein ganzes Volk, daß — um es mit Dante zu sagen — l'ombra sua torna ch'era dipartita. *(Sehr gut.)*

Aber wie soll sich unsere Intelligenz über diese Behandlung beklagen, wenn überhaupt ein ganzes Volk so behandelt wird, wenn auch die Bauern und die Flüchtlinge so behandelt werden? Als hier von den Internierungen die Rede war, wurde von der Ministerbank das Prinzip eigentlich nicht gutgeheißen. Trotzdem finden wir im allgemeinen Erlasse über die Repatriierung der Flüchtlinge vom 1. September, daß das Prinzip dort wieder aufgestellt wird, es wird nämlich nicht allen Flüchtlingen, die evakuiert wurden, gestattet, nach Hause zurückzukehren, sondern es werden Ausnahmen statuiert. Es wird eine individuelle Behandlung der Gesuche eingeführt. Die Bezirksbehörde des Reiseszieles hat nach Erhalt der Legitimation im Einvernehmen mit der zuständigen militärischen Behörde zu prüfen, ob der betreffende Flüchtling vertrauenswürdig ist. Meine Herren, das ist doch dasselbe. Man hat nur den Namen geändert, statt verläßlich hat man vertrauenswürdig geschrieben. Es ist schade, daß wir das letztemal, als wir das Flüchtlingsgesetz besprochen haben, nicht Kenntnis gehabt haben von dem Geheimerlaß der Bezirkshauptmannschaft Lilienfeld vom 14. März d. J., wo ganz offen erklärt wird, daß alle Flüchtlinge eigentlich Internierte sind. In dem Erlaß wird gesagt *(liest)*: „An alle Gemeindevorsteher usw. Gegenstand: Italienische Kriegsflüchtlinge, Konfinierung. „Mit Rücksicht darauf, daß beinahe die meisten Flüchtlinge als politisch nicht ganz verläßlich zu betrachten sind, und aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung eine direkte Überwachung dieser Personen notwendig erscheint, wird deren Konfinierung in den einzelnen bisherigen Aufenthaltsgemeinden notwendig. Die im dortigen Gemeindegebiete sich aufhaltenden italienischen Flüchtlinge sind daher zu verständigen, daß ein Wechsel der Aufenthaltsgemeinde und der Wohnung innerhalb derselben ohne behördliche Bewilligung durchaus unstatthaft ist und entsprechende Folgen nach sich ziehen wird. Die genaue Evidenzhaltung und strenge Überwachung der italienischen Flüchtlinge wird daher angeordnet."

Es ist doch ganz klar, es handelt sich also hier nicht um Ärzte, Priester, Advokaten, um die sogenannte Intelligenz, die als wenig verläßlich betrachtet werden, nein, es handelt sich um ein ganzes Volk, ein ganzes Volk wurde evakuiert, besser gesagt, deportiert und gegen ein ganzes Volk hat sich diese politische Maßregel gerichtet. Die Sünde war also nicht vielleicht irgendein kleines Faktum, das nachher jedem Internierten vorgeworfen wurde, sondern es war die Erbsünde, die uns allen anhaftet, die Erbsünde, als Italiener geboren zu sein. *(So ist es!)*

Dieser Geist, der sie alle verbannt hat, wütet noch weiter unter denjenigen, die zu Hause geblieben sind. Allerdings, die Einberufung des Parlaments hat automatisch eine gewisse psychische Erleichterung gebracht, aber im Lande sind dieselben Männer geblieben, welche dieselbe Gewaltpolitik fortsetzen. Die Zentrale dieser Verfolgungen, wie ich früher erwähnt habe, ist die Innsbrucker Statthalterei, das heißt das Präsidium derselben. Das Haus hat im Juli in derselben Sitzung, die ich früher erwähnt habe, die Regierung aufgefordert, die in der

Hast der Zeit und bei den bekannten „unklaren Verhältnissen" durchgeführten Disziplinarprozesse gegen Beamte und öffentliche Funktionäre zu revidieren und der Minister hat versprochen, in dieser Beziehung dem Wunsche des Hauses entgegenzukommen. Nun frage ich, wie viele Prozesse sind revidiert worden, ich weiß von keinem. Im Gegenteil, derselbe Geist wütet noch weiter und das Präsidium der Statthalterei ist sogar dazu gekommen, die Gemeinden anzuweisen, den Vertrag mit dem Gemeindearzte zu lösen, mit der allgemeinen Begründung, daß der Arzt, der dort 20 bis 30 Jahre wirkt, plötzlich als nicht ganz patriotisch angesehen wird. Am ärgsten geht es natürlich den Lehrern. Es kommt vor, daß ein Lehrer in einem allgemein durchgeführten Disziplinarprozesse nur eine Rüge bekommt. Das Verbrechen war also klein. Aber die Folge ist sehr schwer. Es wird gleichzeitig an alle Bezirksschulräte geschrieben, daß sie die betreffenden Lehrer nicht mehr anstellen sollen. So werden die Lehrer eigentlich entlassen.

Auch auf die Priester wird ein besonderes Augenmerk gerichtet und auch viele von jenen, welche nicht interniert waren, blieben in ihrer Pfarre konfiniert. In meinem Wahlbezirke darf nicht einmal zur Ablegung der Beichte ein Priester aus einer Gemeinde in eine benachtbarte Gemeinde gehen.

Um zu einem anderen Argument zu kommen, möchte ich nur darauf hinweisen, daß auf Anordnung der Militärbehörden in manchen Ortschaften alle italienischen Aufschriften verschwunden und durch deutsche ersetzt worden sind. Alle, nicht nur die öffentlichen, sondern auch die privaten. In meinem Wahlbezirke, wo ich während des ganzen Krieges nicht war, habe ich nach meiner Rückkehr keine einzige italienische Aufschrift mehr gefunden, weder privat noch öffentlich, alles ist verschwunden. Es kann uns auch passieren, daß wir bei dem teilweise mit unserem Geld finanzierten und gebauten Lokalbahnen keine Fahrkarte bekommen, wenn wir sie in italienischer Sprache erbitten.

In diesem terrorisierten Ländchen nun von 300.000 Einwohnern fühlen und gerieren sich gewisse Beamte als kleine Tyrannen.

Der eine formuliert sein Regierungsprogramm, das kaum mit den Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten übereinstimmen dürfte, in dem Spruche: „Man soll die Leute in ihrem Dreck lassen." *(Hört! Hört!)* Der andere kulminiert seine Leistungen in dem schändlichen Totentanz, den er um einen Galgen herum inszenieren ließ, ein dritter hat — nach einer Interpellation des Dr. Conci — öffentlich, in einem Erlaß die Prügelstrafe eingeführt. *(Heiterkeit.)* Das Volk schaut verwundert und erschrocken an und fragt sich, ob es den Boden, den sich „seiner Hände Fleiß erschaffen" und auf dem es nur zusammenschleichen kann, noch sein Eigen nennen darf.

Und diese Tyrannchen glauben, weil es still geworden ist, daß es ein Friedhof sei. Aber lasset einmal den Geist der Freiheit durch diese Totenbeine wehen und sie werden, wie einst vor dem Propheten sich zusammenfinden und lebendige freie Männer bilden.

Wir können ruhig mit dem großen deutschen Dichter sagen: „Laßt die Rechnung der Tyrannen anwachsen, bis ein Tag die allgemeine und besondere Schuld auf einmal zahlt." *(Bravo! Bravo!)*

Dieser Tag muß und wird kommen. Ein sicheres Ergebnis dieses Krieges steht schon fest, das der Entscheidung auf den Schlachtfeldern vorangegangen ist, es ist der Sieg des Prinzips der nationalen Demokratie. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hofer.

Abgeordneter **Hofer**: Hohes Haus! Schwer lastete auf der Bevölkerung in Österreich die parlamentslose Zeit, die bis zum Beginn der vorigen Session über drei Jahre gedauert hat. Durch die Obstruktion auf jenen Bänken wurden dieses Haus und seine Arbeiten zerschlagen, wir wurden nach Hause geschickt und an die Stelle der Verfassung trat der Absolutismus mit seiner Willkür. Für diese traurigen Zustände wurden vielfach auch wir Deutsche verantwortlich gemacht, was uns aber nicht treffen konnte, denn unser Herz und Gewissen sagt uns, daß wir alles getan haben, um dieses Haus arbeitsfähig zu erhalten; die Schuld dieser parlamentslosen Zeit und der Willkürherrschaft kann eben nur jene treffen, die durch ihren Mutwillen die Zertrümmerung dieses Hauses herbeigeführt haben. *(Zustimmung.)*

Es kam der furchtbarste aller Kriege mit seinen Schrecknissen und tieftraurigen Erscheinungen, und mehr denn je erscholl der Ruf nach parlamentarischem Leben, um jene Auswüchse, welche auf verschiedenen Gebieten an der Front und im Hinterlande zutage getreten sind, wenigstens teilweise eindämmen zu können. Ich will auf einen toten Mann keinen Stein werfen, aber großes Unheil auf finanziellem Gebiete, auf dem Gebiete der Ernährung usw. wäre abgewendet worden, wenn die wichtige Mitarbeit der Volksvertretung nicht ausgeschaltet worden wäre *(sehr richtig!)*; gar nicht zu reden von der oft unmenschlichen und niedrigen Behandlung der Soldaten an der Front, wie wir sie erlebt haben. Unsere treuen, tapferen Soldaten, die der russischen Übermacht entgegengeworfen worden sind, sie können ein Lied singen von dieser elenden

und niedrigen Behandlung, wie sie ihnen vielfach von den Offizieren zuteil geworden ist. *(Sehr richtig!)* Mir wurde ein Fall erzählt, daß ein Bauer vom Lavanttal, der während eines Marsches nur zwei Äpfel aufgeklaubt hatte, abends angebunden wurde, und als man ihn abnahm, fiel er tot zusammen. *(Hört! Hört!)*

Nun sind wir seither zum zweiten Male zur Arbeit einberufen worden und ich glaube, jeder einzelne von uns soll von dem Pflichtbewußtsein durchdrungen sein, nun seine ganze Kraft einzusetzen, um die Arbeit zu leisten, welche von der Bevölkerung erwartet wird und die sie auch berechtigt ist von uns zu fordern, damit die großen Schäden und tiefen Wunden, die der Krieg gebracht hat, nach Möglichkeit geheilt werden. Denn es wäre unverantwortlich und tief traurig, wenn wir beim Friedensschlusse, der, wie wir hoffen, nicht mehr allzuferne ist, uns unvorbereitet fänden. *(Zustimmung.)*

Nun hat uns Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident bei Eröffnung der Sitzung am Dienstag das Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Regierung vorgeführt. Er hat es ein in erster Linie soziales und wirtschaftpolitisches genannt. Dieses Programm ist sehr umfangreich. Aber selbst beim größten Optimismus müssen wir sagen, der Worte sind von allen Regierungen nun genug gefallen, wir wollen endlich auch Taten sehen. *(Sehr gut!)* Denn gerade die Landwirtschaft ist es gewesen, die seit jeher auf das stiefmütterlichste behandelt worden ist. Und wenn in diesem Hause Stimmen laut geworden sind für die Hebung der Produktion, für die Hebung der Landwirtschaft, so haben sich immer dagegen Stimmen erhoben und man hat darauf verwiesen, daß die Ernährung in Österreich ja von den Lieferungen des Auslandes recht leicht bewerkstelligt werden kann. Nun, meine Herren, wir wissen ja, das Ackerbauministerium wurde sozusagen zum Aschenbrödel herabgedrückt und wir haben sehr wenig von den Segnungen und Arbeiten desselben empfunden. Jetzt aber, wo dieser furchtbare Weltkrieg gekommen ist und mit ihm auch die Absperrung nach außen hin, hat man es erst erkannt, wie wichtig die Hebung der Produktion im Inlande selbst ist und wie man eigentlich darangehen sollte, die Produktion wie immer möglich in die Höhe zu bringen. Meine Herren! Die Zeit ist furchtbar ernst, aber spät, sehr spät, wenn nicht zu spät, haben es die Regierung und die konsumierende Bevölkerung erkannt, daß es eine heilige Pflicht und Schuldigkeit ist, in erster Linie die Produktion im Lande zu heben, um uns vom Auslande unabhängig zu gestalten. *(Beifall.)* Weite Kreise der Bevölkerung haben früher ein sorgenloses Leben geführt und sich um die Landwirtschaft gar nicht gekümmert. Sie haben sich gar nicht darum gekümmert, welch schweren Sorgen und Mühen der Bauer unterworfen ist. Wir erinnern uns noch alle, wie die Sozialdemokratie hier im Hause die Teuerungsanträge zu einer Zeit eingebracht hat, wo das Kilogramm Fleisch bis zu 2 K gekostet hat *(Hört! Hört!)* und die Getreidepreise auf einen Tiefstand herabgedrückt waren, der den Zusammenbruch des gesamten Bauernstandes in nicht allzuweite Ferne rückte. Gewiß lastet die lange Kriegszeit auf der gesamten Bevölkerung. Wir verkennen auch die traurige Lage der Festbesoldeten nicht, wir wissen, wie schwer es heute ist, auszukommen. Während aber auf der einen Seite für die Festbesoldeten eine entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge einzutreten hat, hat für die arbeitende Bevölkerung der Arbeitsgeber aufzukommen, der den Lohn zu zahlen hat, wie er den heutigen Verhältnissen eben entspricht.

Der ganze Krieg hat wohl auf die Landwirtschaft am meisten gedrückt und gewirkt, hat doch der Bauernstand heute in dieser schweren Zeit die größten Lasten zu tragen. Wenige alte Männer, Frauen und Kinder sind es, welche die Arbeit zu leisten haben, denn die anderen stehen an der Front. Es ist nachgewiesen, daß bis auf einem geringen Prozentsatz die Bauern, deren Söhne und die landwirtschaftlichen Arbeiter die Schützengräben verteidigen. Wohl kein Stand im Staate erscheint heute so rechtlos als dies beim Bauern der Fall ist. Alle seine Erzeugnisse sind beschlagnahmt, die Preise hierfür werden aber ganz einfach von der Regierung diktiert, ganz gleich, ob sie den Erzeugungskosten entsprechen oder nicht. *(Sehr richtig!)* Es ist eine traurige Erscheinung, daß es gerade gewisse Blätter sind, die eine systematische Verhetzung gegen den Bauernstand betreiben *(so ist es!)*, ich weiß nicht, ob im Unverstand oder absichtlich. Aber daß diese systematische Verhetzung vorhanden ist, können wir nahezu tagtäglich in diesen Blättern lesen; sie ist aber tieftraurig und zu beklagen, denn was kann durch diese Verhetzung entstehen, nur das eine, daß der Bauer aus seiner Gutmütigkeit herausgebracht und auf jenen Boden gestellt wird, wo der Klassenkampf zum Schaden der Allgemeinheit in hellen Flammen emporlodert. Was dann kommen soll, meine Herren, das können Sie sich selbst denken. Daher ist es, glaube ich, besser am Platze, wenn wir in inniger Eintracht zusammenarbeiten, daß der Städter mit dem Bauer Hand in Hand geht, damit wir, wenn es zum Friedensschlusse kommt, unsere Ernährung im erhöhten Maße selbst zu bewerkstelligen in der Lage sind, denn es wird noch lange, lange dauern, bis endlich einmal wieder geordnete Verhältnisse eintreten werden.

Meine Herren! Wenn wir uns gerührt, wenn wir unser Recht in den Blättern vertreten haben, da ist vielfach der weiße Fleck erschienen. Das muß uns am meisten aufregen, denn es ist aufs schwerste zu

verurteilen, daß wir mit unseren Forderungen und berechtigten Wünschen in den Blättern nicht zum Worte kommen konnten.

Ein trauriges Kapitel ist auch die Fetterzeugung. Herr Dr. Renner hat in seiner Rede bei der Ernährungsdebatte folgende Worte gesprochen: „Die Hauptquelle der menschlichen Ernährung sind die Fettstoffe, die zum menschlichen Aufbau unerläßlich sind". Wie sich aber der Dr. Renner und die Regierung die Fetterzeugung ohne jegliches Kraftfutter für unser Vieh denken, bleibt allen, die mit der Landwirtschaft je einmal zu tun gehabt haben, ein Rätsel. *(Sehr richtig!)* Vielleicht tragen die 4000 Waggons Gerste, welche zur Erzeugung von Dünnbier bestimmt sind, zur Hebung der Fett- und Milcherzeugung bei, das ist ja möglich, ich weiß es nicht, aber die Regierung scheint der Meinung zu sein, daß man die Bevölkerung mit Dünnbier abspeisen soll. *(Sehr gut!)* Was bedeuten denn die zu Futterzwecken belassenen 15 Prozent Gerste, wovon noch das Saatgetreide in Abzug zu bringen ist? Für uns in den Alpenländern, wo die Anbauflächen nicht vorhanden sind, sind diese 15 Prozent so wenig, daß wir Gefahr laufen, daß unser gesamter Viehstand, die Schweine mit samt den Rindern, zugrunde geht. Wer je mit der Landwirtschaft etwas zu tun gehabt hat, muß wissen, daß es ganz ausgeschlossen erscheint, die Aufzucht der Schweine und Kälber zu bewerkstelligen, wenn das nötige Kraftfutter fehlt und wenn man nahezu sämtliche Milch abliefern muß. Merken Sie es sich, meine Herren! Jetzt haben wir die furchtbare große Dürre, wir haben vielleicht höchstens ein Drittel der sonstigen Ernte an Heu und Grummet gewonnen; es muß ein großer Teil des Viehstandes geschlachtet werden bis herunter zu den zweijährigen Tieren. Es wird eine große Viehnot eintreten, wenn nicht das nötige Kraftfutter uns belassen wird, damit die Aufzucht der Kälber schneller bewerkstelligt werden kann, denn bekanntlich hat man ohne Kraftfutter drei Jahre und darüber hinaus nur verkümmerte Tiere, die wie Kälber aussehen. Das Kalb muß wie ein Kind gepflegt werden, sonst schaut aus der ganzen Viehzucht nichts heraus.

Dr. Renner hat hier im Hause auch von dem „Mehr-Opfer-bringen" der Landwirtschaft gesprochen. Diese Worte sind als ein ganz ungerechter Vorwurf aufzufassen.

Weiß man es denn noch immer nicht, daß der größte Teil der Bauern und deren Söhne und die männlichen landwirtschaftlichen Arbeiter an der Front stehen, während sich andere Kreise der weitestgehenden Enthebung erfreuen? Unsere Leute sind draußen in den Schützengräben, Leute aus anderen Kreisen aber begegnen uns auf Schritt und Tritt in Unmenge und man hat oft das Gefühl, daß sie hier im Hinterlande als Enthobene wohl sehr wenig oder gar nichts zu tun haben. Man scheint es in diesen Kreisen noch gar nicht zu wissen oder man will es vielleicht auch nicht wissen, daß sich beim Anbau und bei den Erntearbeiten Greise und Kinder abmühen und alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Felder zu bebauen und die Ernte einzubringen. Ja, weiß man es denn noch immer nicht, daß es bei der Landwirtschaft keine Arbeitszeit gibt? Frühmorgens muß heute der Bauer mit seinen Kindern auf das Feld hinaus und spät abends, wenn die Fittiche der Dämmerung sich herunterfenken, kann er erst nach Hause gehen und oft muß er dann erst noch im Stalle und im Hause die notwendigen Arbeiten verrichten. *(Zustimmung.)*

Meine Herren! Sie dürfen nicht glauben, daß die Bäuerin nur das Hauswesen zu besorgen hat, sie hat daneben noch die Betreuung der Kinder, sie muß in den Stall und auf das Feld hinaus, sie muß sozusagen die erste und letzte Person im Hause sein, und wenn für die Menschen im Hinterlande Auszeichnungen gegeben wurden, so würden es diese Bäuerinnen sein, die sie wohl an erster Stelle verdienen würden. *(Beifall und Händeklatschen.)* Diese Bäuerinnen sind auch schon durch ihre Überanstrengung vor der Zeit alt geworden, die große Sorge zu Hause lastet allein auf ihren Schultern und dazu tritt noch die andere Sorge: der Mann im Schützengraben, jeden Tag kann die Botschaft seines Heldentodes kommen. *(Zustimmung.)*

Es muß ja, meine Herren, zugegeben werden, daß der Krieg die Teuerung mit sich gebracht hat. Was aber hier in Wien und anderen größeren Städten die Lebensmittelpreise in erschreckender Weise in die Höhe schnellen ließ, das ist der unreelle Zwischenhandel und der Umstand, daß österreichische Waren mit ungarischen verwechselt werden, indem man auf dem Markte ganz einfach sagt, daß sei ungarische Ware und sie auch zu ungarischen Preisen verkauft. Es wäre daher Pflicht und Schuldigkeit unserer Regierung — ich habe das auch im Ernährungsausschusse vertreten —, eine Preiseinheit mit Ungarn herbeizuführen. Unsere Söhne bluten gemeinsam auf den Schlachtfeldern und daher wäre es auch am Platze, in dieser schweren Zeit eine Einheit auf volkswirtschaftlichem Gebiete anzubahnen und herbeizuführen. Man lebt hier in Wien tatsächlich noch einmal so teuer und vielleicht noch mehr als bei uns in Kärnten und wohl auch in anderen Provinzstädten. Ungarn hat uns im Frieden mit Getreide, Mehl und Speck überschwemmt. Wir erinnern uns doch noch alle daran. Die Preise wurden bei uns heruntergedrückt, so daß unsere Existenz gefährdet erschien. Die Ungarn sind bis ins Haus gekommen und haben waggonweise Getreide, Speck und Mehl hereingeführt. Heute aber

sagen sie: In Ungarn wächst nichts, die Ernte ist schlecht, daher kann nichts geliefert werden. Bei ihnen aber kann sich jede Person ein Schwein kaufen und das entsprechende Quantum Kukuruz wird ihr zugewiesen, wir jedoch müssen unsere Schweine zuerst einstellen, da wir nicht das nötige Kraftfutter haben und die Regierung lieber Bier brauen läßt, als unseren Viehbestand aufrecht zu erhalten sucht. Man hat uns nun trotz aller Bemühungen heuer wieder die Hausmühlen gesperrt. Auch im vorigen Jahre war es so. Da ist die Gemeinde von der Bezirkshauptmannschaft beauftragt worden, die Hausmühlen zu sperren. Die Bürgermeister mußten natürlich gehorchen, schickten ihre Organe hinaus, die Hausmühlen wurden versiegelt und wir sind ohne Mehl dagestanden; dann ist in dem strengen Winter eine Vereisung unserer Gebirgsbäche erfolgt und es ist eine Mehlnot eingetreten, wie wir sie größer noch nie gehabt haben. Dann hat man allerdings einige Mühlen aufgesperrt, aber wegen der Vereisung der Bäche konnten sie nicht in Betrieb gesetzt werden. Nun hat uns die Bezirkshauptmannschaft den Rat gegeben: Führen Sie nur das Getreide hinüber in die Kriegsmühle und nehmen Sie dann das Mehl mit zurück. Ja, wir mußten unser gutes Getreide hinführen und elendes Mischmehl zurücknehmen. Das sind Dinge, die in der Zukunft nicht aufrechterhalten bleiben können, sollen wir nicht das ganze Vertrauen zu unserer Regierung und zu unserer Wirtschaft im Reiche verlieren. Heuer wird es ja wieder so sein. Die große Trockenheit hat natürlich die Bäche nahezu ausgetrocknet und wenn nicht jetzt ehestens die entsprechende Anzahl Mühlen geöffnet wird — einige sind ja offen gelassen worden, die aber viel zu wenig und unzulänglich sind —, so wird heuer die Kalamität eine noch größere sein, als sie im vorigen Jahre gewesen ist.

Meine Herren! Gegen die Bauernschaft will man überhaupt die ganze Staatsgewalt aufgeboten wissen, das haben wir ja auch im Ernährungsausschusse von den Vertretern der Sozialdemokratie erfahren. Es ist aber eine merkwürdige Erscheinung, wenn es gegen den Bauernstand geht, dann wünscht die Sozialdemokratie, es soll die ganze Staatsgewalt aufgeboten werden; wenn es sich aber um ihre Belange handelt, dann sind sie seit jeher die heftigsten Gegner, auch gegen die kleinste Staatsgewalt, die in Anwendung gebracht wurde, gewesen. Aber der Bauer soll vogelfrei sein, gegen den Bauer wünscht man die ganze Staatsgewalt aufzubieten, gegen jenen Stand, der in treuer Pflichterfüllung an der Front und zu Hause sein menschenmöglichstes getan hat, gegen den will man die Regierung aufhetzen, daß sie mit der ganzen Staatsgewalt gegen die Bauernschaft Österreichs vorgehe. *(Zwischenrufe.)* Herr Dr. Adler hat ja auch hier im Hause in seiner Rede die Worte gebraucht: Die Regierung hat sich nun wieder von den agrarischen Gelüsten beeinflussen lassen. Nun, meine Herren, was für agrarische Gelüste sollen das sein? Die schwere Arbeit, die Entbehrungen und Mühen, um unseren Wirtschaftsbetrieb aufrechtzuerhalten? Andere Gelüste kann er ja doch nicht gemeint haben; denn wir haben noch nie irgendwelche Gelüste gezeigt und haben nie unberechtigte Forderungen gestellt, wir sind ja froh, wenn uns das belassen wird, was uns gebührt. Wir erhalten ja einen derart kleinen Prozentsatz von unseren Erzeugnissen daß es uns nahezu nicht mehr möglich ist, die nötigen Hilfskräfte zu ernähren.

Denken Sie weiter einmal an unsere Enthebungen. Hier an diesem Platze hat Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister uns versprochen, die weitestgehenden Enthebungen der im Hinterlande befindlichen Landwirte und deren Söhne durchzuführen.

Nun, es mag ja sein, daß gerade hier, an der Zentralstelle, auch teilweise die Bauern und deren Söhne, die sich im Hinterlande befinden, enthoben wurden, daß sie von der Front enthoben werden, verlangen wir gar nicht. Was ist nun eingetreten? Die Bezirkshauptmannschaft bekam die Verständigung vom Landesverteidigungsministerium: Der und der ist enthoben unter Zahl so und so viel, vom so und so vielten, das geht hinaus an die Gemeinde, die Gemeinde stellt es der Frau oder sonst jemand von den Angehörigen des Betreffenden zu; aber wer nicht kommt, das ist der Enthobene, weil beim Kader oder Ergänzungsbezirkskommando die Feldwebelgesellschaft sitzt, die in ihrer zahlreichen Menge an den Tischen gar nicht Platz hat und es nicht der Mühe wert findet, alles zu erledigen und der betreffende Offizier sich um die Angelegenheit überhaupt nicht kümmert. *(Zustimmung.)* Viele kommen gar nicht zurück, manche kommen erst in der letzten Woche und müssen in acht Tagen schon wieder einrücken. Damit ist uns nicht gedient. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich bitte, Herr Präsident, ich werde nicht mehr lange aufhalten, aber es ist doch noch manches zu behandeln. Ich bitte um etwas Verlängerung.

**Präsident:** Verlängerung kann ich keine geben.

Abgeordneter **Hofer** *(fortfahrend)*: Bei uns in Kärnten hat man uns die Branntweinkessel abgenommen, bis auf wenige Ausnahmen mußten wir sie abliefern. Jetzt können wir nicht einmal mehr von dem Fall- und Beerenobst unseren Jausenschnaps erzeugen. Die wenigen Kesseln, die uns gelassen worden sind, reichen nicht zu, um die Obstmassen zur Branntweinerzeugung verwenden zu können. Und dann noch etwas. Wenn man auch diese

Maische versteuert, woraus dieser Branntwein erzeugt wird, so ist es verboten, denselben zu verkaufen. Der Bauer zahlt die Steuer und darf den Branntwein nicht verkaufen.

Das ist wieder eine von der Regierung erlassene Verordnung, die nur den Großbrennereien das Monopol gibt, ihren Schnaps abzusetzen, während der Bauer, der in ganz gleicher Weise Steuer entrichtet, seine Erzeugnisse nicht einmal dem nächsten Gastwirt, der ganz froh sein würde, im Winter einen solchen Obstschnaps zum Ausschank zu erhalten, verkaufen darf. Ich verlange daher im Namen unserer gesamten Bauernschaft, daß dieser Erlaß ehestens abgeändert werde in dem Sinne, daß wir den Obstbranntwein, den wir erzeugen und wofür wir Steuer zahlen, auch verkaufen können. Das ist, glaube ich, kein unbilliges, sondern ein berechtigtes Verlangen.

Meine Herren! Uns wird alles requiriert, uns wird alles abgenommen, wir haben kein Recht. Wenn aber die Regierung uns auch nur das Geringste liefern soll, was wir notwendig brauchen, zum Beispiel Petroleum und Leder, so erhalten wir nichts. Wie sollen wir jetzt im Herbst die Arbeiten leisten? Denn bei uns ist im Herbst die Arbeitszeit nicht kürzer als im Sommer, wir müssen nach dem Nachtessen Kürbisse schälen oder Rüben abschneiden, kurz, wir müssen bis 10 oder 11 Uhr nachts arbeiten; das haben wir schon im Frieden getan, um so notwendiger ist es jetzt, wo wir einen solchen Mangel an Arbeitskräften haben. Wir bekommen kein Petroleum.

Wie sollen wir ferner ohne Lederschuhe die Arbeit leisten im Winter im Gebirge, wo das Heu von den Bergen herunterzuführen ist, zum Teil auch das Holz und die Streu heruntergezogen werden muß oder wenn im Winter bei Schnee Dünger eine steile Lehne hinaufgeführt werden muß? Da kann man mit Holzschuhen nichts machen, da muß man andere Schuhe haben, mit denen man hinaus kann in den Schnee. Ich habe nun erfahren, daß die Armeeverwaltung bei uns in Kärnten einer Fabrik die zehn Millimeter-Ledersohlen zum Verkaufe freigegeben hat und es wurden von dieser Fabrik allein 13.000 Kilogramm nach Wien eingesendet. Ich weiß nicht, wie es in den anderen Ländern ist, aber bei uns ist diese Menge Leder freigegeben worden und geht an die Lederbeschaffungsstelle hier in die Hegelgasse. Wir bekommen nun nichts zurück. Hier wird es den großen Fabrikanten zugewiesen und wir können barfuß laufen. Da ist keine Regierung da, die Remedur schafft. Wie sollen wir nun unsere Arbeit leisten?

Es ist daher höchste Zeit, daß uns die nötigen Ledermengen zugewiesen werden, sonst müßten wir die Arbeit einstellen, weil wir ohne das nötige Schuhwerk in der nassen Witterung und im Schnee nicht arbeiten können.

Da der Herr Präsident bereits das Glockenzeichen gegeben hat, eile ich zum Schlusse. Ich möchte nur noch über die Steuerverhältnisse sprechen. Es ist jetzt gang und gäbe, daß man in dem weitesten Kreis der Meinung ist, der Bauer habe große Gewinne eingesackt und während der Kriegszeit viel verdient. Das kann nur derjenige sagen, der die Verhältnisse nicht kennt. Ich sage: Ein Kriegslieferant hat in manchen Ländern mehr verdient, als der gesamte Bauernstand unserer Monarchie. Was ist aber die Folge dieser Meinung? Die Steuerbehörden geben jetzt sogar schon an den kleinsten Besitzer die Einkommensteuerbögen hinaus, und wenn sie dann wahrheitsgetreu ausgefüllt zurückkommen, so wird ihnen kein Glauben geschenkt und die Bauern werden vor das Steuerreferat zitiert, wobei sie oft einen Weg von 30 oder 40 Kilometer hin und zurück machen müssen; sie brauchen dazu zwei Tage und das Ergebnis kann selbstverständlich kein anderes sein als eine Null. Aber man hat die Leute geplagt, man hat die Frau geplagt, wenn der Mann eingerückt ist. Das ist unser fiskalischer Standpunkt. Der Herr Finanzminister soll hier Remedur schaffen. Man soll doch diese armen Leute nicht mit den Einkommensteuerbögen belästigen. Man soll froh sein, wenn diese Leute überhaupt noch oben auf den Bergen bleiben und nicht herunterwandern in die Städte, um dort im Proletariat unterzugehen und mitzuhelfen, die Menge der Unzufriedenen zu vermehren, was eine direkte Gefahr für den Bestand des Staates in der Zukunft wäre. *(Beifall.)*

**Präsident**: Ich bitte den Herrn Redner, zu schließen.

Abgeordneter **Hofer**: Es wäre ja noch vieles zu sagen, da aber meine Redezeit abgelaufen ist, will ich schließen und kann nur sagen: Mit großer Bewunderung müssen wir zu unserer ausgezeichneten, tapferen Armee emporblicken. Mit wahrem Heldenmut verteidigt sie die Grenzen gegen den welschen Erbfeind und wenn nicht alle Zeichen trügen, gehen wir einem baldigen Frieden, der wohl von uns allen ersehnt wird, entgegen.

Dieser Friede muß aber ein ehrenvoller Friede sein *(Beifall)*, aus dem wir nicht als Abhängige hervorgehen. Unser Bauernstand aber wird draußen an der Front und zu Hause seine Pflicht wie bisher voll und ganz erfüllen. Die Regierung aber möge diesem Stande, der wohl die schwersten Blutopfer getragen hat und noch zu tragen haben wird, und auch im Hinterlande die schwersten Lasten zu tragen hat, die Erfüllung seiner berechtigten Forderungen nicht versagen. Aber jene Elemente und Kreise sind zurückzuweisen, die mit ihren Tendenzen und For-

derungen die Einheit des Staates Österreich gefährden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Lorenz Pogačnik das Wort.

Abgeordneter Dr. Lovro **Pogačnik:** Visoka zbornica! Prvič mi je dana prilika, govoriti v imenu ljubljenega naroda, ki ga imam čast zastopati v tej visoki zbornici.

Zavedam se, da govorim v zgodovinskem času, v času, ko gre za bitje ali nebitje našega naroda, v času, ko je ta narod v zgodovinski borbi dokazal, da ga ni bolj junaškega, bolj nadarjenega kakor je narod Hrvatov, Slovencev in Srbov. Ni pa tudi naroda, ki bi bil toliko pretrpel, ki bi bil tako zatiran, bil tako razcepljen in imel toliko sovražnikov kakor naš narod. Toda sile, ki so do vojske v narodu spale, so se vzbudile, in nikdo jih več ne vniči. Za vedno smo zahrepeneli po svobodi. Za to hočemo delati in se boriti, ker: „Prost mora biti, prost moj rod, na svoji zemlji svoj gospod!“ *(Lebhafter Beifall.)*

Meine Herren! Mein Herr Vorredner aus unserem Klub, der Klubobmann Dr. Laginja, hat schon unseren Standpunkt bezüglich der Regierungserklärungen klipp und klar dargelegt. Ich habe seine Erklärungen nur in gewissen Beziehungen zu ergänzen, beziehungsweise zu bekräftigen.

Der Herr Ministerpräsident hat uns sein politisches Programm entwickelt, worin er gesagt hat *(liest)*: „Die Verfassungsreform soll das Prinzip der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung aller Nationalitäten auf Grundlage nationaler Autonomie unter Wahrung der Staatseinheit zur vollen Durchführung bringen. Sie soll von dem Grundgedanken einer für den ganzen Staat im Rahmen der Kronländer — unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten — zu schaffenden Kreiseinteilung ausgehen.“ *(Abgeordneter Spinčić: Kärnten!)* Jawohl, Kärnten! Wie diese staatsgrundgesetzlich gewährleistete Gleichberechtigung in unseren Ländern ausschaut, das sieht man in Kärnten. Dort leben 100.000 Slowenen. Im Jahre 1861 hatten sie noch 28 slowenische Volksschulen. Die Regierungen Österreichs, welche die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Gleichberechtigung zu wahren hatten, haben es dazu gebracht, daß wir heute nur drei slowenische Volksschulen besitzen. *(Rufe: Hört! Hört!)* Vor sieben Jahren sind durch das k. k. Reichsgericht drei Entscheidungen in dieser Frage gefällt worden. Die Gemeinden Strojna, Rinkenberg und Moos, lauter rein slowenische Gemeinden in Kärnten, in denen keine Katze deutsch versteht, hatten beschlossen, daß ihre Volksschulen slowenisch eingerichtet sein sollen. Sie wollten, nebenbei gesagt, auch deutsch lernen, aber als Slowenen wollten sie eine slowenische Volksschule haben. Was ist da geschehen? Die k. k. Landesregierung in Klagenfurt hat gesagt: Nein, dort gibt es keine Slowenen, glaube ich, oder sonst eine Lüge. Zweitens hatte das Unterrichtsministerium die Unverfrorenheit, die Landesregierung zu unterstützen und hat ebenso dagegen entschieden.

Aber das Reichsgericht in Wien hat in allen drei Fällen geurteilt, daß sowohl von der Landesregierung in Kärnten, als auch vom Unterrichtsministerium unsere Staatsgrundgesetze mit Füßen getreten wurden. Wir haben noch heute die drei Schulen nicht, obwohl seitdem sieben Jahre vergangen sind. Mir scheint es und wir befürchten auch, daß gerade diese verbrecherische Unterdrückung der Slowenen als eine Landesbesonderheit in Kärnten gilt *(Beifall)* und auch als eine Besonderheit von der jetzigen Regierung berücksichtigt wird. Ich glaube, der Nepotismus in Österreich ist verflucht alt und auch die jetzige Regierung wird im nepotischen Schlafe weiterleben. Das sind unsere Volksschulen — von Triest gar keine Rede. In Triest, wo fast 80.000 Slowenen leben, haben diese auch heute noch nicht die ihnen gesetzlich gebührenden Volksschulen. Nur aus Gnade sind unsere eigenen Volksschulen vom Staate anerkannt worden.

Und wie schaut unser Mittelschulwesen aus? Im ganzen Küstenlande, also in drei Ländern, haben wir zwei Mittelschulen, in ganz Kärnten, in ganz Steiermark haben wir nicht eine vollständige Mittelschule. Dagegen besitzen die 5 Prozent Deutschen in Krain zwei vollständige Gymnasien und eine Realschule. *(Hört! Hört!)* Ist das die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Gleichberechtigung, die uns von unseren Regierungen zuerkannt und gegeben wird?

Daß in Salzburg eine Hochschule entstehen wird, davon weiß jeder Mann in Österreich. Daß aber wir Slowenen und Kroaten eine eigene Universität in Österreich bekommen sollten, davon weiß kein Mensch was zu reden, auch die jetzige Regierung schweigt wohlweislich dazu. Nicht einmal die Reziprozität der Gleichberechtigung der Prüfungen an der Universität Zagreb wird unserer Jugend zuerkannt. Ist das die Gleichberechtigung? Es darf sich daher die Öffentlichkeit nicht wundern, warum wir so erbost, so gekränkt sind, warum wir uns so unheimlich in diesem Staate finden. *(Beifall.)*

Ein Blick in unser Justizwesen, welches der frühere Justizminister Hochenburger so hochgezüchtet hat, ist verflucht traurig. Das Justizwesen in unserem Süden ist durch den Hochenburger verlottert worden. *(Sehr richtig!)* Im Oberlandesgerichtssprengel Graz gibt es für unsere Praktikanten einen numerus clausus, der mit jedem Tage ein numerus clausissimus wird: Wer ein Slowene ist, bekommt keine Stelle. Man wird sagen, für

Kärnten haben wir keine Kärntner Slowenen und die Krainer Slowenen können wir in Kärnten nicht dulden.

Ja, meine Herren, die Kärntner Slowenen haben trotz Druckes und Verfolgungen doch intelligente, fesche, brave Richter dem Staate gegeben. Und wo sind sie? Alle sind in das Sibirien von Krain vertrieben worden, nach Möttling oder anderswo, nicht einer ist in Kärnten geblieben, denn er paßt den Deutschen nicht. Da sind nur hochgezüchtete, fremde Elemente, die der Sprache nicht einmal mächtig sind oder die gewissen Kursler oder am liebsten die Renegaten. Ältere Justizbeamte, ältere Richter werden von ihren deutschen oder renegatischen Kameraden aus dem Dienste in die Pension hinausgeekelt, und das ist System. Alle Präsidentenstellen in Krain, Steiermark und Kärnten, auch alle anderen maßgebenden Stellen sind mit Fremden besetzt, alle Kollegien haben deutsche Mehrheiten. Die Sache geht in letzter Zeit so weit, daß es slowenischen richterlichen Beamten und Bediensteten nicht einmal erlaubt ist, einander in der Muttersprache zu grüßen. *(Hört! Hört!)* Das geschieht sogar in Laibach, meine Herren! Ich sage Ihnen offen meine Überzeugung heraus: Ich fürchte niemanden, und wie ich in der Schwarmlinie den Feind nicht gefürchtet habe, so fürchte ich auch eine österreichische Regierung nicht, um ihr die Wahrheit zu sagen. Unsere Gerichte sind zu einer Hochburg der Germanisation geworden und wir können die Hallen unserer Justitia auch jetzt nur mit einem Gefühl der Schauerlichkeit *(Zwischenrufe)*, ja des Schauers betreten.

Meine Herren! Schauen wir ein wenig in unsere Statthaltereien und Landesregierungen hinein! Da wird jeder gerechte Mensch finden, daß die Sache dort noch ärger aussieht, denn man sieht dort lauter land- und volksfremde Elemente, denen das Schicksal unseres Volkes anvertraut ist. In ganz Kärnten gibt es nicht einen Bezirkshauptmann, der der slowenischen Sprache mächtig ist. *(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)* Auch in Südsteiermark kann keiner slowenisch. Selbst im Herzen des slowenischen Volkes, in Laibach bei der Landesregierung, ist nur ein einziger Slowene Referent und auch dessen Referat ist so zusammengeschrumpft wie bei keinem anderen. Wohl, es gibt auch Ausnahmen und oft sind diejenigen Deutschen gerade sehr brav und gut, die nicht einmal der deutschen Sprache mächtig sind, aber das eine behaupte ich, und das ist ein gewichtiges Moment bei uns: eine der größten Gefahren Österreichs sind die k. k. Renegaten. *(Zustimmung.)*

Das Eisenbahnwesen ist ein Kapitel, das speziell behandelt werden wird, denn unsere Eisenbahner sind die rechten Märtyrer der letzten Jahre geworden.

Der Herr Ministerpräsident will also die Kronländer beibehalten und er will sie in Kreise zerbröckeln.

Ja, meine Herren, daß heißt nicht vereinigen, sondern weiter teilen. Divide et impera! Eine weitere zentralistisch-germanisatorische Tendenz liegt in seinem Programm. Meine Herren, nicht in der Zerbröckelung, sondern in der Vereinigung liegt das Heil der Völker und in der Zufriedenheit der Völker liegen die Grundfesten des Habsburgerreiches, denn das Volk, das ist der Staat, das Volk, dessen bessere Zukunft und dessen Wohlfahrt, das ist die Aufgabe aller Regierungen.

Meine Herren! Ich bin zwar der Benjamin des Hauses, aber ich sage ihnen offen: Ich habe mir draußen im Felde und bei der Truppe, wo ich drei Jahre lang ehrlich meinen Dienst geleistet habe, oft gedacht, ob es doch in diesen geschichtlichen Zeiten in Österreich einen Mann geben wird, welcher genug Energie, aber auch genug Mut besitzen wird, aus diesem alten Hause, aus diesem Schutt etwas Neues, etwas Schönes, etwas Herrliches aufzubauen. Nein, von Filigranarbeiten haben wir letzthin gehört, eine Fassadeverschönerung ist die Kreiseinteilung.

Meine Herren! Wir wollen ein besseres Haus aufbauen. Weg mit dem alten Schutt, weg mit den Landesgrenzen. Ich sage Ihnen offen, ich habe mir eine Woche Ruhe nach Jahren gegönt und da bin ich in die Sannthaler Alpen gegangen. Da sagte mir ein Freund: Du, da ist die Grenze. Meine Herren! Ich habe mich rechts, links, nach vorne, nach rückwärts umgeschaut, aber ich muß Ihnen sagen, ich habe eine Grenze dort nicht gefunden. *(Zustimmung.)*

Meine Herren! Weg mit dem Dualismus der privilegierten und der unterdrückten Völker! Weg mit dem bureaukratischen Zentralismus! Aber vereinigt, was die Natur vereinigt hat; zurück zur Natur, das soll unser Losungsspruch sein. Es entstehe ein Reich, ein Bund freier, vereinigter, demokratisch regierter, zufriedener Völker unter dem hehren Zepter Habsburgs. *(Lebhafter Beifall.)* Das ist unser Programm. Dieses Programm unterscheidet sich offenbar von dem Programme des Herrn Ministerpräsidenten und seiner Regierung, und es ist nur eine logische Folge davon, daß wir für sein Budget nicht werden stimmen können.

Ich muß mich mit dem Programm noch ein bischen befassen, denn ich höre und lese von Stimmen, die sagen, daß der Landespräsident von Krain, Graf Attems, Leute unter vier Augen vernimmt, ob sie für unsere Deklaration sind oder nicht. *(Hört! Hört!)* Meine Herren! Ich sage dem Herrn Attems offen ins Gesicht, wer von den Slowenen ihm sagen wird, daß er nicht für unsere Freiheit ist, daß er gegen unsere Deklaration ist,

er sei entweder ein bewußter Lügner oder ein Knecht. *(Abgeordneter Dr. Korošec: Er hat den Fürstbischof Jeglič bei der Regierung denunziert!)* So, sogar dieser beste Kirchenfürst, dieser herrliche Mann der Kirche und feste Stütze des Thrones wird ihm nicht genug patriotisch sein. Darauf haben wir nur eine Antwort: Wir sind uns bewußt, daß mit uns unser ganzes Volk, unsere ganze Intelligenz ist, auch unsere Soldaten eines Geistes sind. Wir wollen sein ein freies Volk von Brüdern, wir wollen keine Knechtschaft mehr. Meine Herren! Von der deutschen Seite hört man ja auch: Wir haben geblutet, auch wir haben Opfer geleistet. Ja, meine Herren. Ihr seid aber auch die Privilegierten des Hauses, Ihr seid die hochgezüchteten erstgeborenen Söhne. Jedoch, nicht um einen Heller mehr habt Ihr geopfert als wir, nicht ein Tropfen Blut ist bei Euch mehr geflossen als bei uns, im Gegenteil, unsere Treue dem Hause Habsburg haben wir mit Strömen von Blut, mit Hekatomben der besten Söhne bewiesen. Es sind ganze Dörfer von der Männerwelt ausgestorben. Der tapferste und treueste Soldat Seiner Majestät ist und bleibt der Südslawe.

Im Mittelalter wäre ein jeder von den Slowenen, Kroaten und Serben für seine Kriegsleistungen wenigstens Baron geworden.

Er will jedoch nur einen Lohn für diese Leistungen haben, das ist die Freiheit seines Volkes. *(Lebhafter Beifall.)*

Aber nicht nur in politischer Beziehung, auch in sonstigen Beziehungen haben wir genug Grund, unzufrieden zu sein. In Istrien, Dalmatien und Bosnien herrscht der Hunger, herrscht der Tod. Am ersten Tage, als ich nach Hause in die Ferien kam, sind mittags bettelnde, hungernde Istrianer vor meiner Türe gesessen, die meine Frau ausgespeist hat. Es ist nicht ein Tag vergangen, an dem nicht Leute aus Istrien vom Baron Fries — nicht mit Brotkarten, sondern mit Bettelkarten nach Laibach gekommen wären. *(Hört! Hört!)* Es ist ja schön, in Triest zu sitzen und zu regieren. Aber in ein Bauernhaus hineinzuschauen, in das Haus des istrianischen Karstlers, wo Tod und Hunger herrscht, da kommt Baron Fries-Skene nicht. Istrien grenzt an meinen Wahlbezirk und einfache istrianische Bauersfrauen haben mir gesagt: für unseren Statthalter existieren wir nicht.

In Istrien sollte eine Approvisionierungszentrale geschaffen werden, Baron Fries-Skene will sie nicht. *(Zwischenrufe.)* In Makarsko ist den Bauern das ganze Öl weggenommen worden, zu 6 K den Liter. Um 30 K kann er es nicht zurückhaben! Es ist eine Tatsache, daß der kroatische Sabor beschlossen hat, für die Approvisionierung Istriens und Dalmatiens zu sorgen und es sind Verhandlungen eingeleitet worden. Was war der Effekt davon? Die drei nächsten Bezirke von Kroatien sind zum engeren Kriegsgebiete geschlagen worden, so daß das, was die darbende Bevölkerung bekommen sollte, ein anderer bekommen wird. *(Abgeordneter Jarc: Es wird requiriert!)* Ich komme sofort zu den Requisitionen.

Was die Requisitionen anbelangt, so sage ich: Ihr Herren aus den anderen Kronländern Österreichs, Ihr habt nicht einmal im Traume das gesehen, was in unserem Kronlande geschieht. Wir sind im engeren Kriegsgebiete. Und wer ist da berechtigt zu requirieren? Nach dem Kriegsleistungsgesetze die Bezirkshauptmannschaft. *(Zwischenrufe.)*

Die Behörde hat bekanntgegeben, daß nur die Landesstelle für Futtermittel Heu requirieren darf. In der Tat schaute dies jedoch so aus: In der Frühe ist der Vertreter der Landesstelle gekommen, mittags der Vertreter der Einkaufsstelle des einen, am Nachmittag der Vertreter des höchsten Korps, abends kam eine Kolonne, am dritten Morgen die zweite, mittags die dritte Kolonne usw. Und dann kommen noch einzelne Patrouillen mit Bajonett und Gewehr und fordern vom Bauer, er soll und muß Heu hergeben. Unser Bauer ist ein loyaler Mensch, er hat das im Kriege bewiesen — wir sind überhaupt zu gute Menschen —, infolgedessen gibt er, er muß es ja gegenüber der Brachialgewalt tun. *(Sehr richtig!)*

Schauen wir uns nur eine Gemeinde in meinem Wahlbezirke an! In dieser Gemeinde sind im Laufe von drei Wochen rund 15 Waggons Heu requiriert worden. *(Hört! Hört!)* Ich höre, daß in anderen Kronländern zwei, drei oder vier Waggons auf eine Gemeinde kommen. Dazu sind in dieser Gemeinde eine Unmasse von Bataillonen einquartiert und außerdem wurden 400 Magyaren mit 900 Pferden hineingeworfen, die in 14 Tagen alles abgeweidet haben, was noch grün geblieben ist. In einigen Bezirken ist einzelnen Besitzern sogar der letzte Halm abgenommen und für das eigene Vieh nichts zurückgelassen worden. Ich kenne einen Fall, wo für das Jagdpferd des Bezirkshauptmanns Heu requiriert wird, für das Vieh des Bauers gibt es aber kein Heu.

Was ist die natürliche Folge davon? Daß unsere Bauern ihr letztes Vieh massenhaft zum Verkaufe bringen. Ja, meine Herren, unsere Landwirtschaft ist in ihren Grundlagen erschüttert, die Existenzbedingungen des Volkes sind gefährdet. *(Beifall.)*

Noch ein Kapitel muß ich besprechen: die Weiden. Denn es sind so krasse Fälle vorgekommen, daß zum Beispiel im Reka- oder im Wippachtale, einem Paradies von Obst und Weintrauben, die Pferde in die Weingärten hineingetrieben worden sind und dort alles abgeweidet haben. *(Abgeordneter Dr. Benkovič: Wo es nicht notwendig war!)*

Natürlich war es absolut nicht notwendig. Ich selbst habe einmal beim Armeekommando interveniert, die Pferde mögen aus diesem Obstparadies genommen werden. Selbst bin ich Almen abgegangen, wo Tausende von Pferden weiden könnten; es sind dort herrliche Weiden nicht weit von Straßen und Bächen. Ich hoffe, daß dies auch geschehen ist.

Wer ist denn Schuld an diesen Mißständen? In erster Linie der Krieg, dann die Bureaukratie. Sie hat nämlich nicht den Mut, den Soldaten die Wahrheit ins Gesicht zu sagen. Ich habe jedoch bis jetzt noch immer gefunden, daß gerade so wie die Hose eines Generals blutrot ist, in seiner Brust auch ein blutiges Menschenherz schlägt und daß, wenn es einem General von der Zivilbehörde nur gesagt würde: dort oben ist eine bessere Weide, dann wird er bestimmt die Pferde zur Weide hinaufschicken.

Dann sind schuld daran gewisse Subkommandanten, welche vergessen, daß sie nicht im feindlichen, sondern im eigenen Lande sich befinden.

Und schuld ist wohl auch die moralische Minderwertigkeit gewisser Truppenteile. Aber Gott sei Lob und Dank sind das nur die Drückeberger, denn über jedes Lob erhaben sind unsere wackeren Marschkompagnien, sind unsere wackeren Feldtruppen. Das ist psychologisch auch erklärlich, denn wer einmal dem Tod fürs Vaterland tapfer ins Auge geschaut hat, wer dieses Elend, diese Opfer selbst mitgemacht hat, der hat auch ein Herz für das eigene Volk; wer sich aber im Hinterlande drückt, wer nur für seinen eigenen Magen und für seine eigene Zukunft sorgt, der vergißt, daß neben ihm seine Mitmenschen, seine Mitbürger wohnen, die eben solche Staatsbürger sind wie er. *(Bravo! Bravo!)*

Ich komme zum Schlusse. Es ist eine unleugbare Tatsache, daß alle Völker der Welt, nicht nur wir und nicht nur unsere Feinde, sondern auch die Neutralen den Frieden wünschen. Die ganze Welt will den Frieden. Da ist es mir sehr befremdend gewesen, daß sich auch hier im Hause Herren gefunden haben, welche sagen, sie sind nicht für den Verständigungsfrieden, sondern sie verklausulieren immer noch ihren Friedenswunsch mit gewissen Forderungen, Eroberungssachen usw.

Als ein Patriot, welcher sein Vaterland und seinen Kaiser liebt, welcher als Vater von sechs Kindern das auch erwiesen hat, indem er freiwillig an die Front ging, behaupte ich: es ist die allgemeine Überzeugung der Menschheit, es ist die Überzeugung aller Völker sowie unseres Volkes, daß es keinen Sieger und keinen Besiegten geben wird. Es wird keinen deutschen Frieden geben, es wird nur einen wahren, einen Menschheitsfrieden geben, auf den alle hoffen, die guten Willens sind. *(Bravo!)* Und ich sage noch zum Schlusse, meine Herren: wir wollen nur den wahren Frieden haben, den Frieden der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Völker der Welt. Wir danken daher unserem geliebten Monarchen, der der einzige unter den gekrönten Häuptern der Welt ist, der offen seinen Friedenswillen bekundet hat. Wir bitten in unseren Gebeten, der liebe Gott möge die Bemühungen des heiligen Vaters segnen. Wir bitten aber auch Gott, er möge jeden Mund, jeden Schritt, jede Tat, jeden Menschen segnen, der uns von diesem grausamen Morden die Erlösung bringt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich breche die Verhandlung ab.

Auf die über Ermächtigung des hohen Hauses vom 25. d. M. Seiner Majestät auf telegraphischem Wege dargebrachte Huldigung ist mir eine Zuschrift des Herrn Ministerpräsidenten zugekommen, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Dr. **Ravnihar** *(liest)*:

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben die vom Abgeordnetenhause des Reichsrates anläßlich der ersten Sitzung auf telegraphischem Wege zum Ausdruck gebrachte Huldigung mit herzlichstem Danke allergnädigst zur Allerhöchsten Kenntnis zu nehmen geruht.

Hiervon beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren in Kenntnis zu setzen.

Wien, am 27. September 1917.

Seidler."

**Präsident:** Das Ausschußmandat hat zurückgelegt der Herr Abgeordnete Leo als Ersatzmann des Budgetausschusses.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort durchführen und gleichzeitig die Ersatzwahl für den verstorbenen Herrn Abgeordneten Damm in den Immunitätsausschuß vornehmen lassen. Ich ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Der Finanzausschuß hat über Ersuchen des Budgetausschusses beschlossen, beim Präsidium des Hauses zu beantragen, die Überweisung der Regierungsvorlagen Nr. 40 der Beilagen, betreffend außerordentliche Maßnahmen hinsichtlich der Geschäftsführung der österreichisch-ungarischen Bank, und Nr. 42 der Beilagen, betreffend die Vornahme von Kreditoperationen zur Bestreitung der Auslagen für außerordentliche militärische Vorkehrungen aus Anlaß der kriegerischen Verwicklungen, an den Budgetausschuß zu verfügen.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall, werde ich diesem Ersuchen entsprechen und die bezeichneten Vorlagen dem Budgetausschusse zuweisen.

Die Regierungsvorlagen, betreffend ein Gesetz über die Fürsorgeerziehung *(569 der Beilagen)*, ein Gesetz über das Jugendstrafrecht *(570 der Beilagen)*, ein Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen *(571 der Beilagen)* und ein Gesetz über die Tilgung der Verurteilung *(572 der Beilagen)* werde ich dem Justizausschusse,

und die Regierungsvorlage, betreffend die Rechnungsabschlüsse über die Gebarung mit dem Meliorationsfonds für das Jahr 1913, das erste Halbjahr 1914 sowie die Verwaltungsjahre 1914/15 und 1915/16 *(560 der Beilagen)* dem Budgetausschusse zuweisen.

Der Justizausschuß hält heute Freitag den 28. d. M. nach Schluß der Haussitzung im Lokale XIX Sitzung. Tagesordnung: Antrag des Abgeordneten Dr. Adolf Groß und Genossen, betreffend Haftung des Staates für von staatlichen Bediensteten oder Militärpersonen in Ausübung des Dienstes geübten Rechtsverletzungen. *(336 der Beilagen.)*

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Dienstag, den 2. Oktober 1917, 11 Uhr vormittags, mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Wird eine Einwendung dagegen erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, es bleibt daher bei meinem Vorschlage und ich erkläre daher die Sitzung für geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 4 Uhr 35 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 26. Sitzung, Dienstag, den 2. Oktober 1917.

**Tagesordnung:** 1. Fortsetzung der ersten Lesung der Finanzvorlagen. — 2. Bericht des Sozialversicherungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 6, wegen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (563 der Beilagen). — 3. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 7, wegen Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung (562 der Beilagen). — 4. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 8. September 1914, R. G. Bl. Nr. 238, über die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes (565 der Beilagen). — 5. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge (564 der Beilagen). — 6. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 5. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 99, betreffend das metrische Karat (561 der Beilagen).

# Inhalt.


## Personalien.

Mandatsniederlegung der Abgeordneten Biankini und Jankovič als Mitglieder des Eisenbahn-, des Abgeordneten Vacek als Mitglied des Budgetausschusses (Seite 1379).

Urlaubserteilung (Seite 1379).

## Zuschrift

des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler, betreffend ein Verzeichnis der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 24. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 307, erlassenen Ministerialverordnungen und Kundmachungen (Seite 1343 — Zuweisung an den kriegswirtschaftlichen Ausschuß [Seite 1345]).

## Verhandlung.

Fortsetzung der ersten Lesung der Finanzvorlagen (583, 600 und 601 der Beilagen — Redner: die Abgeordneten Dr. Waldner [Seite 1345], Dr. Ravnihar [Seite 1347], Seidel [Seite 1351], Dr. Eugen Lewicki [Seite 1355], Dr. Steinwender [Seite 1360], Daszyński [Seite 1362], Serbu [Seite 1368], Dr. Rybář [Seite 1373] — Zuweisung an den Budgetausschuß [Seite 1378]).

Mündlicher Bericht des kriegswirtschaftlichen Ausschusses über ein Gesetz, betreffend Vergeltungsmaßregeln auf rechtlich-wirtschaftlichem Gebiete anläßlich der kriegerischen Ereignisse (Redner: Berichterstatter Dr. v. Langenhan [Seite 1378] — Abstimmung und 3. Lesung [Seite 1379] — 643 der Beilagen).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 25. Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Immunitäts- und Budgetausschuß (Seite 1343).

Ersatzwahlen in den Eisenbahn- und Budgetausschuß (Seite 1379).

Zuweisung:

1. der Regierungsvorlage 583, 600 und 601 der Beilagen und der Anträge 200, 208, 238, 251, 293, 302, 312, 319, 383, 398, 401, 441, 443, 448, 470, 473, 516, 522 der Beilagen an den Budgetausschuß (Seite 1378 und 1380).

2. der Anträge 217 und 221 der Beilagen an den Ausgleichsausschuß (Seite 1380).

3. der Anträge 365, 425, 463, 495, 506, 525, 526, 527, 529 und 533 der Beilagen an den Eisenbahnausschuß (Seite 1380).

4. der Anträge 466, 471, 472, 493, 499, 513, 532, 541 und 547 der Beilagen an den Ernährungsausschuß (Seite 1380).

5. der Anträge 214, 236, 252, 285, 324, 325, 344, 363, 367, 381, 390, 400, 402, 477 und 484 der Beilagen an den Finanzausschuß (Seite 1380).

6. der Anträge 362 und 375 der Beilagen an den Flüchtlingsausschuß (Seite 1380).

7. der Anträge 273, 406, 478, 485, 524 und 535 der Beilagen an den Gewerbeausschuß (Seite 1380).

8. der Anträge 447, 467, 474, 514 und 540 der Beilagen an den Justizausschuß (Seite 1380).

9. der Anträge 360, 361, 364, 373, 426, 427, 452, 462, 515, 546, 588 und 642 der Beilagen an den kriegswirtschaftlichen Ausschuß (Seite 1379 und 1380).

10. der Anträge 211, 256, 260, 270, 300, 310, 323, 332, 359, 415, 421, 431, 440, 504, 531, 534, 542 und 543 der Beilagen an den landwirtschaftlichen Ausschuß (Seite 1380).

11. der Anträge 384, 385, 389, 393, 394, 404, 405, 408, 451, 464, 491, 496, 505, 508, 509, 512, 521, 539 und 544 der Beilagen an den Notstandsausschuß (Seite 1380).

12. des Antrages 444 der Beilagen an den Preßausschuß (Seite 1380).

13. der Anträge 207, 209, 228, 235, 255, 297, 303, 388, 423, 432, 433, 492 und 537 der Beilagen an den sozialpolitischen Ausschuß (Seite 1380).

14. der Anträge 186, 192, 223, 237, 245, 288, 301, 403 und 519 der Beilagen an den Sozialversicherungsausschuß (Seite 1380).

15. der Anträge 387, 409, 422, 449, 460, 461, 468, 475 und 500 der Beilagen an den Staatsangestelltenausschuß (Seite 1380).

16. der Anträge 349, 350, 354, 366, 391 und 476 der Beilagen an den Unterhaltsbeitragsausschuß (Seite 1380).

17. der Anträge 299, 331 und 442 der Beilagen an den Unterrichtsausschuß (Seite 1380).

18. der Anträge 227, 254, 338, 368, 489 und 497 der Beilagen an den volkswirtschaftlichen Ausschuß (Seite 1380).

19. der Anträge 191, 201, 277, 298, 304, 315, 370, 376, 377, 399, 420 und 528 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 1380).

20. der Anträge 190, 242, 396, 419, 469 und 507 der Beilagen an den wasserwirtschaftlichen Ausschuß (Seite 1380).

21. der Anträge 450, 483, 498, 511, 530, 536 und 538 der Beilagen an den Wehrausschuß (Seite 1380).

22. der Anträge 224, 314, 333, 417, 517 und 518 an den Weinbauausschuß (Seite 1380).

23. der Anträge 306, 465 und 545 der Beilagen an den Wiederherstellungsausschuß (Seite 1380).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. des Abgeordneten Roman Czajkowski und Genossen, betreffend die Zulassung der Abgeordneten Markówa und Kuryłowicz zu den Sitzungen des Abgeordnetenhauses (636 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Godovic über Idria nach St. Lucia (637 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen, betreffend die Einreihung von Laibach in die I. Aktivitätszulagenklasse (638 der Beilagen);

4. des Abgeordneten Kraus und Genossen, betreffend die Einreihung der Stadt Dauba in die III. Aktivitätszulagenklasse (639 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Dr. Matakiewicz und Genossen, betreffend die Versorgung der Zivilkriegsinvaliden und deren Angehörigen (640 der Beilagen);

6. des Abgeordneten Dr. Ritter v. Mühlwerth und Genossen, betreffend den Schutz der Beratungsfreiheit der gesetzgebenden Vertretungskörper (641 der Beilagen);

7. der Abgeordneten Budzynowskyj, Dr. Petruszewycz, Stanèk, Dr. Korošec, Dr. Głąbiński, Dr. Ritter v. Iſopescul, Dr. Faidutti, Reizes und Genossen, betreffend die Einstellung der Evakuierungen und Requisitionen (642 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Hruban und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Nichtzustellung der Zeitschrift „Nasinec“ aus sprachlichen Rücksichten (Anhang I, 869/I);

2. des Abgeordneten Mašata und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Ackerbauminister, an den Minister Höfer, an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend die Zuweisung von Getreide für Saatzwecke und von Futtermitteln für das Vieh an den Bezirk Wlaschim (Anhang I, 870/I);

3. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Schädigung der galizischen Pferdezucht durch die staatlichen Organe (Anhang I, 871/I);

4. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Behandlung der Bergleute in Brzescze (Anhang I, 872/I);

5. des Abgeordneten Stanèk und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Ackerbauminister, an den Minister Höfer und an den Minister des Innern, betreffend die Versorgung der Landbevölkerung mit Nahrungsmitteln (Anhang I, 873/I);

6. des Abgeordneten Šamalík und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Zensur und die Beschlagnahme der den Reichsratsabgeordneten zugesendeten Briefe (Anhang I, 874/I);

7. des Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen an den Justizminister, betreffend die Justizverhältnisse im slowenischen Gebiete (Anhang I, 875/I);

8. des Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Justizminister, betreffend die Konfiskationspraxis in Marburg (Anhang I, 876/I);

9. des Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Justizminister in derselben Angelegenheit (Anhang I, 877/I);

10. der Abgeordneten Witos, Dyło, Jachowicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Reklamationen der Volksschullehrer in Galizien (Anhang I, 878/I);

11. der Abgeordneten Dr. Benkovič, Pišek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Beurlaubung, beziehungsweise Entlassung von Volksschullehrern der Klasse C (Anhang I, 879/I);

12. des Abgeordneten Dr. Grandi und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, an den Ackerbauminister und an den Minister Höfer, betreffend die Beschlagnahme der heurigen Weinernte im Bezirke Cles (Anhang I, 880/I);

13. des Abgeordneten Huber und Genossen an den Justizminister, betreffend die Ausübung der Zensur beim Kreisgerichte Ried (Anhang I, 881/I);

14. der Abgeordneten Dr. Kindermann, Dr. v. Langenhan, Dr. Ferzabek und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Wünsche und Beschwerden der Landwirte der Bezirke Schluckenau, Rumburg und Warnsdorf (Anhang I, 882/I);

15. der Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend eine Zeitungsmitteilung über eine Äußerung des Justizministers zu einem ungarischen Journalisten (Anhang I, 873/I);

16. der Abgeordneten Wilhelm Maixner, Anforge und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Heu- und Strohrequisitionen (Anhang I, 884/I);

17. des Abgeordneten Schoiswohl und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Nichteinberufung des Arbeitsbeirates (Anhang I, 885/I);

18. des Abgeordneten Spinčić und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend die Ernährungsfrage in Istrien (Anhang I, 886/I);

19. der Abgeordneten Dr. Witt, Prokeš und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die durch das Kommando der Südwestarmee angeordnete Wäschekonfiszierung bei Mannschaftspersonen (Anhang I, 887/I);

20. der Abgeordneten Dr. Witt, Prokeš und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend eine Zeitungsmitteilung über eine Äußerung des Justizministers zu einem Journalisten (Anhang I, 888/I);

21. der Abgeordneten Dr. Witt, Prokeš und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Enthebung der nicht frontdiensttauglichen Lehrer vom Kriegsdienste (Anhang I, 889/I);

22. der Abgeordneten Kienzl, Niedrist und Genossen an den Minister des Innern und an den Justizminister, betreffend die Vorgänge bei der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck (Anhang I, 890/I);

23. des Abgeordneten Iro und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister Höfer, an den Minister des Innern und an den Ackerbauminister, betreffend die Freigabe des Stückgutverkehres in Kartoffeln (Anhang I, 891/I);

24. der Abgeordneten Friedmann, Ganser und Genossen an den Minister Höfer, betreffend das Verbot des Einkaufes von Kartoffeln in der Umgebung Wiens (Anhang I, 892/I);

25. der Abgeordneten Dr. Michel, Dr. Kindermann, Kraft und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Lage des Ärztestandes (Anhang I, 893/I);

26. des Abgeordneten Ganser und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Angelegenheit des juridischen Frauenstudiums (Anhang I, 894/I);

27. des Abgeordneten Dr. Bobirsky und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der kriegsgefangenen Einjährig-Freiwilligen (Anhang I, 895/I);

28. des Abgeordneten Freiherrn v. Hock und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Durchführung einer Kalenderreform im Osten des Reiches (Anhang I, 896/I);

29. der Abgeordneten Glöckel, Pernerstorfer, Smitka und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Verwendung von schulpflichtigen Kindern in der Munitionsfabrik in Wöllersdorf (Anhang I, 897/I);

30. des Abgeordneten Potoczek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückhaltung von untauglichen Soldaten bei den Kadern (Anhang I, 898/I);

31. der Abgeordneten Staněk, Sedlák, Hyrš und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister Höfer und an den Ackerbauminister, betreffend die Ernährung der Selbstversorger und ihrer Arbeiter (Anhang I, 899/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 2. Oktober 1917:

Interpellationsbeantwortungen: ad 26, 49, 325, 345, 348, 432, 444, 466, 608, 638, 656/I;

die Anträge 573 bis 582, 584 bis 599 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Dr. **Stojan**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 27. und 28. September d. J. sind unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Bei den in der letzten Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Immunitäts- und in den Budgetausschuß wurden 110 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt demnach 56 Stimmen. Gewählt erscheinen mit je 110 Stimmen als Mitglied des Immunitätsausschusses der Herr Abgeordnete Goll, als Ersatzmann in den Budgetausschuß der Herr Abgeordnete Dr. Rychlik.

Es ist eine Zuschrift der Regierung eingelangt, mit welcher in Gemäßheit des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes die auf Grund dieses Gesetzes in der Zeit vom 24. Juli bis 25. September l. J. erlassenen Ministerialverordnungen und Kundmachungen vorgelegt werden.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschrift samt dem derselben beiliegenden Verzeichnisse der Verordnungen und Kundmachungen.

Schriftführer Dr. **Stojan** *(liest)*:

„Auf Grund des § 3 des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vom 24. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 307, wonach die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen dem Reichsrate, falls er versammelt ist, spätestens am Ende jedes Kalendervierteljahres vorzulegen sind, beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren ein Verzeichnis der auf Grund des eingangs zitierten Gesetzes in der Zeit vom 24. Juli bis 25. September l. J. erlassenen Ministerialverordnungen und Kundmachungen samt zwei Exemplaren der betreffenden Reichsgesetzblätter mit dem Ersuchen zu übermitteln, dieses Material dem Abgeordnetenhause zur Kenntnis zu bringen.

Wien, 30. September 1917.

Seidler m. p."

Verzeichnis

der erlassenen Verordnungen und Kundmachungen.

A. Verordnungen:

Im Bereiche des Finanzressorts:

Verordnung des Finanzministeriums im Einvernehmen mit den Ministerien des Innern und des Handels sowie dem Amte für Volksernährung vom 28. Juli 1917, betreffend die Erzeugung von Biersatz, R. G. Bl. Nr. 320.

Im Bereiche des Justizressorts:

Verordnung des Gesamtministeriums vom 30. Juli 1917, womit die Verordnung vom 26. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 34, über den Schutz der Mieter geändert wird, R. G. Bl. Nr. 323.

Im Bereiche des Handelsressorts:

Verordnung, betreffend die Wirtschaftsverbände der Lederindustrie, R. G. Bl. Nr. 312.

Verordnung, betreffend den Verkehr mit Rohgummi, Guttapercha, Balata, Gummimischungen, Gummilösungen, Factis, Gummiabfällen und daraus hergestellten Regeneraten, R. G. Bl. Nr. 325.

Verordnung, betreffend die Errichtung eines Kriegsverbandes der Kautschukindustrie, R. G. Bl. Nr. 326.

Verordnung, betreffend die Regelung des Verkehres mit Kerzen, R. G. Bl. Nr. 328.

Verordnung, betreffend die Festsetzung von Preisen für Kerzen, R. G. Bl. Nr. 329.

Verordnung, betreffend die Errichtung eines Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie, R. G. Bl. Nr. 333.

Verordnung, mit welcher die Ministerialverordnung vom 8. April 1916, R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Errichtung eines Kriegsverbandes der Öl- und Fettindustrie, abgeändert wird, R. G. Bl. Nr. 335.

Verordnung, betreffend den Verkehr in Eisenmaterialien, R. G. Bl. Nr. 336.

Verordnung, betreffend die Beschlagnahme des Mohns, R. G. Bl. Nr. 341.

Verordnung, mit welcher die Ministerialverordnung vom 23. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 336, betreffend die Beschlagnahme aller Arten von Glyzerin, Glyzerinwässern und Seifensiederunterlaugen, abgeändert wird, R. G. Bl. Nr. 345.

Verordnung, betreffend Preis- und Erzeugungsvorschriften für Häute, Felle, Leder und Maschinenriemen, R. G. Bl. Nr. 352.

Verordnung, betreffend die Inanspruchnahme und Ablieferung von Kaninchenfellen, R. G. Bl. Nr. 353.

Verordnung, betreffend den Verkehr in Spaltleder und Spaltledersohlen, R. G. Bl. Nr. 354.

Verordnung, betreffend den Verkehr in Maschinen-, Näh-, Binde-, Schlagriemenleder und -riemen, R. G. Bl. Nr. 355.

Verordnung, betreffend die Erzeugung und den Vertrieb von Seife, Seifenpulver, Wasch- und Scheuermitteln, R. G. Bl. Nr. 359.

Verordnung, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Knoppern, R. G. Bl. Nr. 361.

Verordnung, betreffend die Errichtung eines Wirtschaftsverbandes der Porzellanindustrie, R. G. Bl. Nr. 366.

Verordnung, mit welcher die Ministerialverordnung vom 2. August 1917, R. G. Bl. Nr. 333, betreffend die Errichtung eines Wirtschaftsverbandes der Papierindustrie, abgeändert wird, R. G. Bl. Nr. 381.

Verordnung, betreffend Vorkehrungen für die Bekleidung der Bevölkerung, R. G. Bl. Nr. 383.

Im Bereiche des Ministeriums für öffentliche Arbeiten:

Verordnung des Ministers für öffentliche Arbeiten im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien vom 1. September 1917, betreffend die Regelung des Verbrauches von Kohle, Koks und Briketts, R. G. Bl. Nr. 369.

Verordnung des Ministers für öffentliche Arbeiten im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien vom 1. September 1917, betreffend Sparmaßnahmen beim Verbrauche von Gas, Elektrizität und Brennstoffen, R. G. Bl. Nr. 370.

Im Bereiche des Volksernährungsamtes:

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien, betreffend das Verbot der Vernichtung von Knochen, vom 26. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 308.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Ackerbauministerium, betreffend die Verwendung von Getreide und Mahlprodukten zu Futterzwecken, vom 26. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 309.

Verordnung des Amtes für Volksernährung, betreffend den Verkehr mit Kaffeesurrogaten aus Feigen und Lupinen, vom 20. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 310.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien, betreffend die Regelung des Verkehres mit Kartoffeln der Ernte des Jahres 1917, vom 26. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 311.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Eisenbahnministerium, mit welcher die Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 31. Mai 1917, R. G. Bl. Nr. 246, betreffend die Regelung des Verkehres mit frischem Obst, teilweise abgeändert wird, vom 30. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 324.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Ackerbauministerium und dem Finanzministerium, mit welcher die Übernahmspreise für einige im Jahre 1917 geerntete Getreidegattungen festgesetzt werden, vom 31. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 327.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Eisenbahnministerium, betreffend die Einführung von Transportbescheinigungen für Genußessig, vom 2. August 1917, R. G. Bl. Nr. 330.

Verordnung des Amtes für Volksernährung, betreffend das Verbot der Herstellung von Branntwein aus Obst, vom 4. August 1917, R. G. Bl. Nr. 331.

Verordnung des Amtes für Volksernährung, betreffend das Verbot des Verkaufes von Obstkonserven aus der Ernte 1917, vom 4. August 1917, R. G. Bl. Nr. 332.

Verordnung des Amtes für Volksernährung, betreffend die allgemeine Regelung des Verbrauches von Getreide und Mahlprodukten, vom 15. August 1917, R. G. Bl. Nr. 339.

Verordnung des Amtes für Volksernährung, betreffend das Verbot der Verwendung von Bienenhonig, Obst, Obsterzeugnissen und Rückständen von Obst zur Biererzeugung, vom 17. August 1917, R. G. Bl. Nr. 342.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien, betreffend die Regelung des Verkehres mit Süß-

wasserfischen, vom 16. August 1917, R. G. Bl. Nr. 343.

Verordnung des Amtes für Volksernährung, mit welcher die Verordnung vom 10. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 287, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für frische Gurken, abgeändert wird, vom 20. August 1917, R. G. Bl. Nr. 344.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien, mit welcher die Ministerialverordnung vom 1. September 1916, R. G. Bl. Nr. 284, betreffend das Verbot der Verarbeitung von Gerste auf Braumalz, teilweise außer Kraft gesetzt wird, vom 22. August 1917, R. G. Bl. Nr. 348.

Verordnung des mit der Leitung des Amtes für Volksernährung betrauten Ministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, betreffend die Verabreichung von Speisen und Getränken in Privatheilanstalten, vom 23. August 1917, R. G. Bl. Nr. 351.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, betreffend die Organisation und den Wirkungskreis der Spirituszentrale, vom 24. August 1917, R. G. Bl. Nr. 357.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern, betreffend die Beschlagnahme von Heu und Stroh alter Fechsungen, vom 24. August 1917, R. G. Bl. Nr. 364.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien, betreffend die Verarbeitung von Obst zu Obstkonserven sowie die Regelung des Verkehres mit Obstkonserven, vom 1. September 1917, R. G. Bl. Nr. 368.

Verordnung des Amtes für Volksernährung, betreffend die Verarbeitung von frischem Gemüse zu Dauergemüse und die Regelung des Verkehres mit Dauergemüse, vom 5. September 1917, R. G. Bl. Nr. 372.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien, betreffend die Organisation und den Wirkungskreis der Brauerzentrale, vom 11. September 1917, R. G. Bl. Nr. 374.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern, mit welcher die Ministerialverordnung vom 11. August 1916, R. G. Bl. Nr. 255, betreffend die Regelung des Bezuges von versteuertem Zucker zum Zwecke der Verbesserung des Leseproduktes (des Weinmostes und der Weinmaische), sowie der Erzeugung von Tresterwein, ergänzt, beziehungsweise abgeändert wird, vom 10. September 1917, R. G. Bl. Nr. 375.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien, betreffend den Verkehr mit Roßkastanien und Eicheln, vom 14. September 1917, R. G. Bl. Nr. 378.

Verordnung des Amtes für Volksernährung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium, betreffend die Erzeugung von Bier aus niedergradigen Würzen, vom 15. September 1917, R. G. Bl. Nr. 379.

Im Bereiche des Ackerbauministeriums:

Verordnung des Leiters des Ackerbauministeriums im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern vom 27. August 1917, betreffend die Regelung des Rindviehverkehres, R. G. Bl. Nr. 367.

Verordnung des Ackerbauministeriums im Einvernehmen mit dem Amte für Volksernährung vom 21. August 1917, betreffend den Verkehr mit Saatkartoffeln, R. G. Bl. Nr. 347.

B. Kundmachungen:

R. G. Bl. Nr. 322, auf Grund der Ministerialverordnung vom 12. März 1917, R. G. Bl. Nr. 105, betreffend die Einschränkung des Rotationsdruckpapierverbrauches der Zeitungen im Monat August 1917.

R. G. Bl. Nr. 358, auf Grund der Ministerialverordnung vom 12. März 1917, R. G. Bl. Nr. 105, betreffend die Einschränkung des Rotationsdruckpapierverbrauches der Zeitungen im Monat September 1917.

R. G. Bl. Nr. 360, auf Grund der Ministerialverordnung vom 25. August 1917, R. G. Bl. Nr. 359, betreffend die Erzeugung und den Verkehr mit Seife, Seifenpulver, Wasch- und Scheuermitteln.

R. G. Bl. Nr. 362, auf Grund der Ministerialverordnung vom 9. August 1917, R. G. Bl. Nr. 335, betreffend die Abänderung des Statutes des Kriegsverbandes der Öl- und Fettindustrie.

R. G. Bl. Nr. 384, auf Grund der Ministerialverordnung vom 21. September 1917, R. G. Bl. Nr. 383, betreffend Ausnahmen von der Bedarfsscheinpflicht für Bekleidungs- und Wäschewaren (Freiliste).

**Präsident:** Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause)*, werde ich dieses Material dem Kriegswirtschaftlichen Ausschusse zuweisen.

Wir kommen zur Tagesordnung: Fortsetzung der ersten Lesung der Finanzvorlagen.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Waldner; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Waldner:** Hohes Haus! Das Wirtschafts- und Kulturprogramm des Ministerpräsidenten in seiner überreichen Fülle setzt natürlich

ein Parlament voraus, das zur Verwirklichung des Programms bereit und von der Pflicht zur Wohlfahrtsarbeit durchdrungen ist. Statt dessen folgen sich hier die politischen Stöße, die an den Bestand des Hauses gehen, fast Tag für Tag. Eine Regierung ist gestürzt, eine zweite ist vor uns mit farbloser Neutralität, wie man sagen kann, und dennoch ist das, was hier erklärt, was hier beschlossen und was hier geplant wird, nicht nur der Regierung, sondern auch dem hohen Hause an seinen Bestand greifend. Und dabei scheint es, hohes Haus, daß von jenen, welche die Zukunft ihres Volkes aus Feindeshand empfangen wollen, die Zertrümmerung dieses Hauses geradezu beabsichtigt ist. *(Sehr richtig!)* Ganz folgerichtig, denn wer sein Schicksal in die Hand des Feindes legt und auf den Erfolg des Feindes seine Hoffnung stützt, der kann nicht an der Aufrechterhaltung, sondern kann nur an der Zerstörung der in dem Parlamente verkörperten Staatskraft das Interesse haben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

So stehen wir einer Regierung ohne Mehrheit und einer Mehrheit ohne Verbundenheit, ohne inneren Zusammenhang, ohne jede Kohärenz gegenüber, ein geradezu chaotischer Zustand. Bei diesem Zustande wird sich die Absicht des Ministerpräsidenten, das Haus auf die sachliche Arbeit, auf sein Wohlfahrtsprogramm abzuleiten und es politisch zu neutralisieren, schwerlich erfüllen. Trotz dieser guten Absicht wird das Haus bleiben, was es ist: ein politischer Tummelplatz in dieser schwersten Kriegs- und Volksnot. *(Sehr richtig!)* Ob der Ministerpräsident mit seiner Regierung in sich die Kraft hat, auf diesem Tummelplatze das Steuer zu führen und sich und das Haus zu erhalten, das steht noch bei ihm verborgen. Die bisher bei ihm zutage getretene zaghafte Zurückhaltung in der Hoffnung, daß sich die Dinge hier von selbst einrenken werden, ist jedenfalls die schlechteste politische Lenkmethode. *(Zustimmung.)*

Jenen aber, welche die Hand an den Bestand des Hauses legen, sei es durch die geplanten Immunitätsanträge, deren Beschließung in diesem Hause das Parlament zu einem Konvent gegen den Rechtsstaat machen würde *(Sehr richtig!)*, sei es durch die Verweigerung der formalen Handlung der Erstreckung des Budgetprovisoriums, rufe ich zu, daß, wenn je das Parlament eine Volksnotwendigkeit war, so war es dies jetzt in dieser furchtbaren Kriegszeit. Niemals noch war das Parlament eine stärkere Volksnotwendigkeit als gegenwärtig. *(Zustimmung.)* Die Einberufung des Reichsrates und die wiedererlangte Abgeordnetenimmunität hat jene tausendfältigen Unbilden, Gesetzwidrigkeiten und Bedrückungen, unter denen die Bevölkerung litt, wie mit einem Schlage wenn nicht behoben, so doch außerordentlich erleichtert.

Die Heimsendung, der Zusammenbruch des Hauses würde das Wiederaufleben all dieser Unbilden und Bedrückungen im Gefolge haben. Die Bevölkerung erblickt und empfindet nun einmal im Reichsrate ihren Schutz und Schirm. Frevelmut kann diesen Schutz und Schirm wieder niederreißen wollen.

Gestatten Sie mir nun, daß ich aus der Fülle des Wirtschaftsprogramms der Regierung einen einzigen Punkt herausheb und mit kurzen Worten beurteile, den Mittelpunkt, den Hauptpunkt des Programms: Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Man fragt sich: Wie ist es möglich, daß in einem Regierungsprogramm die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion auf einmal als eine Staatsaufgabe wie eine neue Entdeckung aufsteigt? Ist nicht das Ackerbauministerium das Ministerium zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion? Sind nicht die ungezählten landwirtschaftlichen Korporationen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion geschaffen und haben nicht die Landtage als Gesetzgebungs- und Verwaltungsorgane auch die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion unter ihren Aufgaben und Pflichten? Wozu also auf einmal ein Förderungsprogramm für die landwirtschaftliche Produktion? Sehr einfach. Wenn dieses Programm einen Sinn haben und einen Inhalt bekommen soll, so kann dieser Inhalt nur die Tatkraft und die Anwendung endlich durchschlagender Mittel zur Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion sein. Und es sei hervorgehoben, daß vor allem die Errichtung einer Stelle im Ackerbauministerium unumgänglich notwendig ist, welcher die Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ausschließlich zur Pflicht gemacht wird, in welcher sich alle Bestrebungen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion vereinigen und von welcher Stelle aus alle Anregungen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ausstrahlen müssen. Denn das ist die Ursache, daß alle diese Förderungsanstalten, wie Ackerbauministerium, Korporationen und Landtage, die Rückständigkeit unserer landwirtschaftlichen Produktion nicht zu überwinden vermochten, daß es an der zentralen, konzentrierten Tatkraft und der Anwendung durchschlagender Mittel zu diesem Zwecke fehlte. Wenn es nicht zur Schaffung einer solchen Stelle kommt, sie heiße nun Kommissariat oder heiße wie immer, wird das Schlagwort des Ministerpräsidenten verhallen wie so viele Förderungsschlagworte, die wir schon gehört haben.

Weiters ist es notwendig, daß der Staat und das Ackerbauministerium die Versorgung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit Kunstdünger auf die erste Stelle setzt. Denn ohne diese Versorgung und ohne die Steigerung der Kunstdüngerproduktion ist an eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion nicht zu denken. Und da ist vor allem die Schaffung von Fabriken für Stickstofferzeugung not-

wendig. Diese Fabriken müssen eine gemeinwirtschaftliche, nicht bloß eine privatwirtschaftliche Konstruktion haben. Es ist weiters notwendig, daß die Kainitversorgung vom Staate ausgeht und der Kainit nicht mehr von auswärts bezogen werden muß, und es ist endlich notwendig, daß auch die Phosphaterzeugung und die Phosphatversorgung eine Angelegenheit des Staates wird, kurz, daß das Kunstdüngerwesen nicht einfach den einzelnen Korporationen überlassen, sondern zentral, mit Nachdruck, tatkräftig und zielbewußt vom Ackerbauministerium aus geleitet wird. *(Zustimmung.)*

Ich beschränke mich auf diese wenigen Andeutungen, obwohl selbstverständlich dieser Gegenstand nach allen Richtungen hin der Erörterung wert wäre. Der Kern dessen, was ich sagen will, ist: es muß eine eigene Stelle zur Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Ackerbauministerium errichtet werden und diese Stelle muß die Initiativkraft und Tatkraft in die Ausführung derjenigen Maßnahmen bringen, welche eben zur Produktionssteigerung notwendig sind; sonst wird die landwirtschaftliche Produktion auch noch weiter so rückständig bleiben, wie sie es jetzt ist.

Hohes Haus! Der Herr Ministerpräsident hat die Friedensbereitschaft neuerlich zum Ausdruck gebracht und hat damit aus der Sehnsucht unser aller bis in die letzte Hütte gesprochen. Wie kommt es nun, da diese Friedenssehnsucht nicht nur bei uns, sondern auch in den Volksmassen der Gegner, ja dort oft bis zu Revolten gesteigert, vorhanden ist, wie kommt es nun, daß trotzdem die Friedensbereitschaft der Mittelmächte unerwidert bleibt und keinen Schritt dem Frieden näher bringt? Das Hindernis liegt klar am Tage. Es ist unsere siegreiche Kriegs- und Okkupationslage. Auf dieser für sie ungünstigen Grundlage wollen die Gegner die Friedensverhandlungen nicht beginnen, um so weniger als ihre Ziele Eroberungsziele und mehrere Gegner auf diese Ziele solidarisch miteinander verflochten sind. Sie wollen früher noch die Kriegs- und Okkupationslage überwinden, sie wollen uns zu Boden bringen, um entweder zu einem Diktatfrieden zu kommen oder wenigstens die Wagschalen bei den Friedensverhandlungen geichgestellt zu machen. Dieser Lage gegenüber sehe ich nicht, wie friedenstechnische Mittel, noch hinzugefügt der Deklaration unseres Friedenswillens, uns dem Frieden näher bringen sollen. Nicht an uns ist hiernach die Schuld, daß es nicht zum Frieden kommt, sondern unzweifelhaft einzig und allein an den Gegnern. Was aber immer das Schicksal des weiteren Krieges sein mag, ein Erfolg, der größte, der errungen werden konnte, ist bereits errungen und durch das Blut unserer Söhne erkämpft: der Panslavismus, der Erzfeind der Monarchie und dieses Staates *(Sehr richtig!)*, der Urheber dieses Krieges, der Alp, der auf unserer äußeren und auf unserer inneren Lage lastete, der Rückhalt und Inspirator, von welchem aus die nationalen Bestrebungen zur Zersetzung dieses Staates und bis zur Souveränität gravitieren, dieser Panslavismus liegt zertrümmert am Boden. Er hat sich gegen seinen eigenen Träger, den Zarismus, gekehrt, er hat diesen gestürzt und ist selbst in einer Revolution von unabsehbaren Folgen in der Tiefe versunken. Wenn je die Geschichte eine Gerechtigkeit übte, so hat sie hier ihres Amtes gewaltet und ihr Hochgericht gehalten.

Der Zusammenbruch des Panslavismus ist von gar nicht zu ermessenden politischen Folgen für unseren Staat. Endlich ist dieser Staat bei der Ordnung seiner nationalen Angelegenheiten auf sich selbst gestellt und nicht mehr unter auswärtigem Einfluß. Die auf sich gestellten Volksstämme werden sich nun jene Selbstbeschränkung auferlegen müssen, welche den Staatsbestand, die Staatseinheit und die Staatskraft sichert. Es bleibt noch übrig, daß ein etwaiger Versuch der Feinde, bei den Friedensverhandlungen auf unsere inneren Verhältnisse und ihre Ordnung Einfluß zu nehmen, abgewehrt wird. Erst nach dieser Abwehr wird der Zeitpunkt zur nationalen Reformarbeit in diesem Staate und in diesem Hause gekommen sein, früher nicht. *(Sehr richtig!)* Ein Jahrhundert, hohes Haus, ist verflossen, seitdem die Monarchie und die Welt vom Napoleonismus befreit wurde, größer ist das Ereignis und die Bedeutung der Zertrümmerung des Panslavismus. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Ravnihar.

Abgeordneter **Ravnihar:** Visoka zbornica! Kratka doba, ki je odmenjena mojemu govoru, mi ne dovoli mnogo besedi v materinem jeziku. Storim to zavaljo načela.

Cenjeni tovariši! Živimo v dobi, najvažnejši za naš narod. Gre mu za vprašanje „to be or not to be“. Velikanska odgovornost zadeva narodove zastopnike, zakaj še pozni rodovi bodo kazali na nas v dobrem ali slabem pomenu, češ, ti so bili, ki so odločevali usodo narodovo.

Zavedajmo se, da delamo zgodovino svojega naroda, kakor jo dela priprosti naš človek v strelskem jarku. Ta zavest naj nas spremlja pri vseh naših dejanjih in nehanjih, zlasti takrat, kadar nam je braniti temeljne naše pravice napram nasprotniku, ki nam hoče vskratiti ta prava. Povejmo čisto jasno in odločno, kaj hočemo, in da moramo to svoje hotenje poizkusiti izvršiti z vsemi svojimi duševnimi in telesnimi silami brez ozira na žrtve, s katerimi naj bo venčana konečna zmaga pravične naše stvari. *(Odobravanje.)*

Hohes Haus! Das geäußerte Verlangen nach Vereinigung aller von den Südslawen bewohnten Gebiete zu einem unabhängigen, von jeder Fremdherrschaft freien Staatskörper ist keine leere Phrase, kein leicht hingeworfenes Wort, sondern es ist das tiefempfundene Wollen unseres gesamten Volkes. Es ist zwar ein Empfinden seines Herzens, allein in erster Linie ist es der Erguß seiner Seele. Dies hat Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident nicht verstanden, als er unsere Deklaration vom 30. Mai mit einer leichtfertigen Geste abzutun gedachte. Vielleicht haben ihm diese Antwort jene Gendarmen eingegeben, die bei uns auf dem Lande draußen beim Volke die Aufgabe hatten, der Originalität unserer Erklärung nachzuspüren, in Erfahrung zu bringen, ob sie im Volke Wurzel gefaßt habe, ob sie aus dem Volke herausgekommen oder nicht vielmehr dem kranken Gehirn einiger politischer Hitzköpfe entsprungen sei. Es ist übrigens für uns gleichgültig, von wem dem Ministerpräsidenten seine politischen Auslassungen diktiert worden sind; für uns genügt es, zu wissen, daß wir vom Chef einer österreichischen Regierung — mag er nun Stürgkh, Clam oder Seidler heißen — vor den Kopf gestoßen wurden, daß er unsere Erklärungen bagatellisiert, verhöhnt, ja geradezu verdächtigt hat. Wir begnügen uns damit, dies zu konstatieren, wie wir auch feststellen können, daß sich der Chef der österreichischen Regierung in der schroffen Zurückweisung unserer Erklärung, unseres staatsrechtlichen Petitums in seltsamer und charakteristischer Übereinstimmung mit dem Chef der ungarischen Regierung befindet, vor dem er wieder einen tiefen Kotau machen zu müssen glaubte, und daß er sich andrerseits die tags vorher vom Deutschen Nationalverband aufgestellten Thesen zu eigen gemacht hat. *(Zustimmung.)*

Es kann somit festgestellt werden, daß von allen maßgebenden Faktoren in dieser Monarchie, an die unser Appell in letzter Stunde gerichtet worden war, unsere magna charta als indiskutabel zurückgewiesen wurde, daß wir von dieser Seite zur Behebung unseres bisherigen traurigen Zustandes nichts mehr zu erwarten haben; denn die armselige angebliche Autonomie, die uns nicht etwa von der Regierung, sondern von den alpenländischen Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes in großmütiger Weise zugestanden wird, bedeutet nichts anderes als die Petrifizierung des bisherigen Zustandes, als die Legalisierung der Entrechtung und Knechtung unseres Volkes. *(Zustimmung.)* Für eine derartige Autonomie bedanken wir uns im voraus.

Wir waren vom Exposé des Herrn Ministerpräsidenten nicht überrascht. Wir hätten aber eine andere Antwort erwartet und wir hätten eine andere Antwort im Interesse des Staates gewünscht, jenes Staates, welcher derzeit vom Herrn v. Seidler regiert wird. Wir wissen, daß der Staatsmann noch nicht geboren ist, der den österreichischen Staatsgedanken, den wahren österreichischen Staatsgedanken, nicht etwa, so wie es geschehen ist, einen deutschen Staatsgedanken, für Österreich richtig erfassen würde. Alle bisherigen Regierungen verstehen darunter die immer größer und größer werdende Selbständigkeit Ungarns. Hier wäre der Hebel für die Staatseinheit anzusetzen gewesen. Und andrerseits verstehen die Regierungen darunter die Vorherrschaft des Deutschtums in dieser Reichshälfte — das soll man eigentlich nicht sagen — in diesem Staate, mit allen Attributen dieser Vorherrschaft des Zentralismus, des Absolutismus und des Germanismus usw. Der jetzige Ministerpräsident beabsichtigt gemäß seinem „definitiven" Programme, wie er sich äußerte, an diesem Zustande gar nichts ändern zu wollen. Wir danken ihm für seine Aufrichtigkeit. Wir wissen wenigstens, woran wir sind. Unsere Schuld wird es nicht sein, wenn dieser Staat an der Unfähigkeit der leitenden Staatsmänner, ihn zu begreifen, totkrank dahinsiechen wird. Wir haben ihnen Gelegenheit gegeben, diesen kranken Körper nach dem Rezepte der Gleichstellung und Zufriedenstellung aller ihn bildenden Nationen zu heilen. Man hat diese Art der Heilung zurückgewiesen. Gut. Wir lassen uns jedoch nicht hindern, daß wir nunmehr auf unsere eigene Rettung bedacht sein werden. Sacro egoismo! Wir weisen aber dann jeden Vorwurf, als ob wir keinen Sinn für einen österreichischen Staatsgedanken, keinen Sinn für eine Staatseinheit hätten, mit aller Entschiedenheit zurück. Einen Staatsgedanken allerdings, der unsere Unfreiheit, der unsere ewige Unterordnung unter eine Fremdherrschaft zum Gesetze erhebt, der für uns ein Staatsgebiet, auf dem sich unser Volk politisch, kulturell und wirtschaftlich ausleben könnte, perhorresziert, einen derartigen Staatsgedanken können wir, und das wird uns niemand übelnehmen dürfen, nicht in uns aufnehmen. Dann sind aber die Hochverräter nicht wir, sondern diejenigen, die uns das Mitwohnen in diesem Staate zur Unmöglichkeit machen. *(Zustimmung.)*

Wir waren loyal. In der Sommertagung haben wir für das Budgetprovisorium gestimmt, von dem Gedanken ausgehend, daß, wenn wir schon in diesem Staate leben, wir dem Staate geben sollen, was er zu seiner Existenz braucht. Nicht Vertrauen zur Regierung, nicht Liebe zum Staate, der uns nicht liebt, hat damals unser Votum veranlaßt. Unser Votum war getragen von dem Pflichtgefühl, wie es von unserem Volke auf den Schlachtfeldern in seltener heroischer Selbstverleugnung tagtäglich bezeigt wird. Aber alles hat seine Grenze. Heute uns das zuzumuten, daß wir dasselbe tun sollten, was wir im Juni gemacht hatten, daß hieße

so viel, als die Hand zu küssen, welche die Peitsche hält. *(Zustimmung.)* Wir waren loyal, indem wir dem Ministerpräsidenten Zeit und Gelegenheit ließen, über unsere Erklärungen nachzudenken und daraufhin eine klare und wohldurchdachte Antwort zu fassen. Wir haben die Genugtuung, nunmehr eine klare und deutliche Antwort erhalten zu haben. Wir waren loyal, indem wir eine allerdings sehr schwache Hoffnung hegten, unser Programm, unser staatsrechtliches Petitum unter Mitwirkung und Mithilfe einer staatlichen Regierung verwirklicht zu sehen. Wir taten somit alles, was nur möglich war, um der Regierung die Gelegenheit zu bieten, unserer Nation die Existenzmöglichkeiten zu garantieren. Unsere zur Aussöhnung mit diesem Staate ausgestreckte Hand wurde brüsk ausgeschlagen. Werden Sie uns nunmehr staatsfeindlich nennen dürfen, wenn wir erklären, daß wir unser Ziel auf andere Weise, ohne Mitwirkung einer Regierung zu erreichen suchen werden? Denn, daß wir es erreichen werden, davon sind wir fest und unerschütterlich überzeugt. So sehr in sich gerecht, so sehr im Natur und Menschenrechte begründet erscheint unser Programm, daß es sich seinen Weg durch ganz andere Hindernisse, als sie von einer, wenn auch definitiven Regierung, aufgerichtet werden, zu bahnen wissen wird. *(Zustimmung und Beifall.)*

Deshalb haben wir die Erklärungen des Ministerpräsidenten während seiner Rede mit Schweigen, dann aber mit Gleichmut und ohne Aufregung entgegengenommen. Wir haben uns nicht einmal entrüstet, als der Ministerpräsident konform mit dem Nationalverband erklärt hat, in unseren Erklärungen die Abspiegelung gewisser Ideologien erblicken und sie mit dem Namen der Entente verquicken zu müssen. Selbst diese schwere Verdächtigung hat uns kalt gelassen. Ich möchte aber, ohne uns verteidigen zu wollen, nur das eine bemerken, daß unser Programm zu existieren begonnen hat, seitdem die Südslawen politisch zu leben angefangen haben, daß unser altes Programm im Volke festwurzelt und im Volke verankert war, bevor noch eine Entente geboren wurde. *(Zustimmung.)*

Wenn sich aber schon eine uns feindliche Gruppe ein ähnliches Programm mit den gewiß gerechten Prinzipien der Selbstbestimmung und der Freiheit der Völker zu eigen gemacht hat, sollen wir deswegen dieses unser altes Programm fallen lassen? Und wird dieses alte Programm deswegen ein unrechtmäßiges? Von einer klugen Regierung — und dies hat sich Graf Czernin auch im ersten Augenblick gedacht — würde dem die Spitze abgebrochen und diese Prinzipien würden sua sponte, ohne Einwirkung irgendeines fremden Staates, schon von allem Anfang an zur Durchführung gebracht worden sein. Ich möchte sagen: Hic Rhodus, hic salta! Hier wäre ein gangbarer Weg zum Frieden, dem wir uns — wenigstens für unsere Monarchie — auf halbem Weg näherten, wenn wir den Völkern der Monarchie das geben würden, was wir unmittelbar nach dem Ausbruch der russischen Revolution in unserem amtlichen Communiqué selbst verherrlicht haben.

Aber ich frage: Wenn dies in Zeiten der größten Not — und die ist ja nicht mehr ferne — von irgendeiner Seite, sei es auch eine feindliche Macht oder ein neutraler Staat oder sogar der Papst, zur Bedingung gemacht würde, brächte ein Staatsmann den Mut auf, zu sagen, er verzichte lieber auf den Frieden, als jene an sich durchaus billigen Bedingungen erfüllen zu wollen? Könnte er diese Verantwortung vor diesem Staate, vor der Dynastie, vor den diesen Staat bildenden Nationen, vor den Vätern und Müttern, vor den Gattinnen und Geschwistern übernehmen, und erklären, lieber den Krieg weiterführen, lieber den Staat untergehen lassen, als eine gerechte, wenn auch ihm nicht genehme Forderung erfüllen zu wollen?

So muß das verstanden werden und dann wird es nicht schwer fallen, sich von den Schlagworten einer angeblichen Einmischung oder Einwirkung fremder Mächte in unsere inneren Verhältnisse loszulösen. Man predigt einen falschen österreichischen Staatsgedanken, wenn man die Gleichstellung und Selbstbestimmung der österreichischen Nationen, die gerade in dem ihre Freiheit beschützenden Staate das sie Einigende fänden, zurückweist, um so falscher, weil man dabei die Autonomie eines, nämlich des deutschen Volkes, bestehen läßt. Die Deutschen in Österreich haben heute viel mehr als eine bloße Autonomie, sie bestimmen nicht nur ihre eigenen Geschicke, sie maßen sich vielmehr die Bestimmung der Geschicke aller übrigen Völkerschaften an. *(Zustimmung.)*

Wohin das geführt hat, beweist die Vergangenheit, beweist die blutige Gegenwart. Und an der Spitze dieser verfehlten Politik marschieren die österreichischen Regierungen mit der ganzen Macht der deutschen Bureaukratie. Wenn die Bureaukratie früher mehr minder verhüllt aufgetreten ist, so hatte sie gleich zu Beginn dieses Krieges die Maske fallen lassen und ihre von Haß, Feindschaft, Schadenfreude verzerrten Züge grinsten uns österreichischen Slawen entgegen. Sie trat in Zivil auf, sie trat noch vielmehr in militärischer Uniform auf. Dieser Bureaukratie, dem Vormund aller österreichischer Regierungen, haben wir die unerhörten politischen Persekutionen zu verdanken, diese Bureaukratie hat alle die Internierungen, Konfinierungen, die P. u.-Bezeichnungen mit allen ihren Folgen auf dem Gewissen. Sie hat die Blutgerichte an und hinter der Front aufgerichtet. In Laibach ist während dieser Zeit ein neuer Friedhof entstanden,

der mit dem Namen eines solchen Bureaukraten in militärischer Uniform bezeichnet wird. *(Hört! Hört!)*

Ich möchte Ihnen nur einen Fall vorführen, aus dem Sie ersehen mögen, auf welche Weise bei uns das Standgericht seines Amtes gewaltet hat. Wie bekannt, wurden zu Anfang des Krieges die Bergwerke militarisiert. Darunter versteht man unter anderem, daß die Bergarbeiter unter militärische Disziplin und unter militärische Gerichtsbarkeit gestellt werden. Im Bergwerke von Sagor oder Trifail war ein Arbeiter, der sehr schwere Arbeit leisten mußte. Er wurde schließlich seiner Arbeit überdrüssig und in seiner Beschränktheit entschloß er sich, sie zu verlassen und sich nach einer anderen Arbeit umzusehen. Er machte sich auf und davon und ging nach Laibach, um dort einen anderen Dienst zu suchen. Dort wird er aber am Bahnhof aufgegriffen, ausgefragt, woher und wohin, wird vor das Standgericht gestellt und dieses findet nach dem Wortlaut des Gesetzes, ihn des Verbrechens der Desertion schuldig sprechen und verurteilen zu müssen: er wurde zum Tode verurteilt. *(Hört! Hört!)* Aber es kommt noch besser. Der Gerichtshof war einstimmig der Ansicht, daß der Mann eben wegen seiner Beschränktheit der Gnade zu empfehlen sei, aber der Gerichtsherr in Adelsberg sagte nein, es muß ein Exempel statuiert werden, und der Mann, der keine Ahnung gehabt hat, daß er ein Deserteur sei, wurde erschossen. *(Hört! Hört!)*

Ich könnte ja noch andere Fälle zitieren, zum Beispiel den eines bekannten Finanzrates in Laibach. Im Amte wurde zwischen Kollegen über das Kriegsbrot gesprochen, das damals sehr schlecht war, und der Finanzrat, ein Slowene, erklärte, es müsse doch ein Unterschied gemacht werden, für alle könne dieses Kriegsbrot nicht gelten, einem kranken oder alten Magen könne es nicht bekommen; der deutsche Kollege erklärte, nein, es dürfe kein Unterschied gemacht werden, alle müssen gleich behandelt werden; und da sagte der slowenische Finanzrat leichthin: Ach was, der Kaiser — es war noch der alte Kaiser — ißt gewiß nicht dieses schwarze Brot. *(Abgeordneter Dr. Benkovič: Nein, er hat gesagt: Ich bin neugierig, ob der Kaiser dieses schwarze Brot ißt!)*

Der deutsche Kollege hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Sache zur Anzeige zu bringen. *(Zwischenrufe.)* Der Finanzrat wurde vor das Standgericht gestellt, dieses sprach ihn aber mangels an subjektivem Verschulden frei; der Gerichtsherr in Adelsberg jedoch sagte wieder quod non, kassierte das Urteil, verwies die Sache an das Feldgericht und dort mußte der Finanzrat wegen Majestätsbeleidigung verurteilt werden. *(Abgeordneter Dr. Benkovič: Mußte!)* Jawohl, mußte! Ich könnte ja noch weitere solche Fälle erzählen, aber es ist ein Fall wie der andere, sie gleichen sich vollkommen.

Die Massenmorde in Bosnien, Serbien und Galizien sind in der Gefolgschaft dieser Bureaukratie. Und da haben die Herren noch den Mut, sich öffentlich abbilden zu lassen bei diesen Hinrichtungen.

Ich könnte Ihnen einige Abbildungen vorweisen, wo sich die Herren bei den Hinrichtungen photographieren ließen und diese Abbildungen nach allen Seiten der Welt verschickten. *(Abgeordneter Dr. Benkovič: In Bosnien wurden an einem Tage von einem Feldgericht über 150 Leute verurteilt und aufgehängt!)* Ja, meine Herren, furchtbare Anklagen sind in diesem Hause in der letzten Zeit erhoben worden. Es sind Namen genannt und die Schuldigen bezeichnet worden. Hat man aber bis heute gehört, daß auch nur einer von allen diesen verurteilt oder auch nur zur Verantwortung gezogen worden wäre, daß diese Verbrechen — anders kann man diese Taten nicht nennen — geahndet worden wären? *(Abgeordneter Dr. Tresič-Pavičić: Dekoriert wurden Sie!)* Ja, dekoriert und befördert wurden sie. Die Bureaukratie hält ihre schützende Hand über das Haupt dieser Herren und sorgt dafür, daß ihnen kein Haar gekrümmt werde. Die Persekutionen dauern an und nur in den wenigsten Fällen, in welchen uns Abgeordneten Gelegenheit geboten war, zu intervenieren, wurde davon abgestanden. In diesem bösen Geiste wird in diesem Staate regiert und das System erklärt durch den Mund des Herrn Ministerpräsidenten, daran nichts ändern zu wollen. Und da wundert man sich, daß wir den Plan der Parlamentarisierung des Ministeriums rundweg abgelehnt haben! Was bedeutet für uns ein Ministerium, das schon seiner Zusammensetzung nach nicht das wahre Bild Österreichs bietet? Was bedeutet für uns ein Ministerium, das nicht bereit wäre, unseren primitivsten Forderungen gerecht zu werden? Wir haben die Beschickung eines Ministeriums rundweg abgelehnt, weil wir nicht eine Kulisse für ein Schauspiel nach außen abgeben wollten. *(Zustimmung.)*

Wenn wir Hoffnung auf eine Besserung vom Grund aus hätten, würden wir mit Freuden einem Untersuchungsausschuß aus diesem hohen Hause zustimmen, welchem Untersuchungsausschuß alle diese Fälle von Persekutionen, darunter wären auch viele Urteile von Militärgerichten, zuzuweisen wären. Die Untersuchung müßte unnachsichtlich, ohne jede Rücksicht vor sich gehen und vor keinem Hofrat und keinem General stehen bleiben.

Meine Herren! Als die Kunde davon hinausdrang, daß es vielleicht zu einem solchen Untersuchungsausschuß kommen könnte, hat sich ein Funktionär des Militärgerichtes in Laibach

geäußert: Ja, aber vorher müßten viele, viele Akten verbrannt werden. *(Hört! Hört!)* Allein wir haben keine Hoffnung auf Besserung, denn einer Regierung, die durch eine dreijährige harte Prüfungszeit sich nicht eines Besseren belehren ließ, ist einfach nicht zu helfen. Ja freilich, wenn man in der Einbildung lebt, die Deutschen dieses Staates hätten größere Opfer auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht, und wenn diese Behauptung immer wiederkehrend von der Regierung unwidersprochen bleibt, so ist so manches erklärlich. Allein eine einwandfreie Statistik — und nicht eine solche, wie sie bei unseren Volkszählungen geübt wird, würde uns eines Besseren belehren. Durch sie würde nachgewiesen werden, daß — abgesehen von Ungarn, wo mit Menschen- und anderem Material noch ganz anders gespart wird als bei uns — in den slawischen Gegenden ganz anders gemustert wurde als in deutschen. *(Hört! Hört!)*

Aus Bosnien wurden 60jährige Männer in den Militärdienst gestellt, sie figurieren aber in den Listen als unter 50 Jahre alt. Es würde nachgewiesen werden, daß in unseren Gegenden ganz anders requiriert wird als in deutschen. Wenn in deutschen Gegenden nur halbwegs so verfahren wird, wie bei uns, dann werden von den opferfreudigen Deutschen Deputationen unter Anführung von Abgeordneten nach Wien geschickt. Es würde durch die Statistik nachgewiesen werden, daß der Prozentsatz an Gefallenen und Invaliden bei uns ein ungewöhnlich hoher ist, ja, daß manche Ortschaften geradezu an Männern ausgestorben sind. Und rechnet man noch den in Istrien, Dalmatien und Bosnien wütenden Hunger dazu, rechnet man dazu die verwüsteten, der feindlichen Invasion preisgegebenen Gegenden, die ruthenischen, polnischen, südslawischen Gebiete — deutsche Gebiete kommen ja überhaupt nicht in Betracht —, Gegenden, die eine volle Wiederherstellung gar nicht zu erwarten haben, denn dieser Staat wird alle diese Gebiete — wie es das braune Buch, das uns auf den Tisch gelegt wurde, beweist — gar nicht wieder herstellen können; wird man da noch an der Behauptung von den größeren Opfern auf seiten der Deutschen festhalten können? Und wenn schon, gebührt den Deutschen deswegen eine besondere Begünstigung, ein besonderer Lohn? Die Fabel von den größeren Opfern der österreichischen Deutschen in diesem Kriege muß demnach gründlichst zerstört werden. *(Zustimmung.)*

Die falsche, dem Urwesen dieses Staates fremde Politik findet ihren Niederschlag in dem vorgelegten Finanzgesetz. Die 42 Milliarden Kriegsschulden, denen sich, wie das Finanzgesetz behauptet, im heurigen Finanzjahre noch 12 Milliarden hinzugesellen sollen, bedeuten die Minderung unseres gesamten Volksvermögens um mehr als die Hälfte, sie bedeuten unser wirtschaftliches Unterliegen in diesem Kriege. Dazu wäre es aber nicht gekommen, wenn sich dieser Staat von einer Politik hätte leiten lassen, die seinem Wesen einzig entsprochen haben würde, und die von den slawischen Parteien aufrichtig zum Wohle und zum Nutzen dieses Staates, selbstverständlich auch zu unserem eigenen Wohle, immer vertreten wurde. Hätte man diese Politik befolgt, so wäre unsere Monarchie in diesen Krieg nicht verwickelt worden, ich behaupte sogar, es wäre zu diesem Krieg überhaupt nicht gekommen. *(Zustimmung.)* Es würde sich lohnen, diesen Gedanken weiter auszuspinnen, leider fehlt mir die Zeit dazu, doch wird sich vielleicht noch ein anderes Mal Gelegenheit dazu bieten. In Verfolgung dieses Gedankens sage ich, daß es uns ein leichtes ist, von unserer Seite die Verantwortung für diesen Krieg, den wir nicht gewollt haben, mit allen seinen Folgen ablehnen zu können.

Wir stehen somit vor einem Fait accompli im wahren Sinne des Wortes. Wir Südslawen haben aus dem Munde des Herrn Ministerpräsidenten vernommen, welchem Schicksal wir in diesem Staate überlassen werden sollen. Für den Ministerpräsidenten scheint die Sache damit abgetan, nicht so für uns. Wir werden die Geschicke unseres Volkes selbst in die Hand nehmen. Wir erklären immer wieder: Wir halten an unserem Programm fest, welches in der Deklaration vom 30. Mai als Minimalprogramm zum Ausdruck gekommen ist. Möge der Ministerpräsident überzeugt sein, daß auch wir unseren Platz an der Sonne zu erobern wissen werden. *(Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht).*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Seidel.

Abgeordneter **Seidel:** Hohes Haus! Wenn wir den Verlauf der Budgetdebatte in diesem Jahre beobachten, so müssen wir vorerst konstatieren, daß sich eigentlich noch kein einziger Redner gefunden hat, der sich mit der Materie der Vorlage beschäftigt hätte. Wir haben keine Kritik der hohen Ziffern gehört, alles scheint gleichgültig über die Finanzwirtschaft geworden zu sein. Ein Teil der Redner hat sich mit der Hauptfrage des Tages, mit der Sorge um das Volkswohl, mit der Ernährungsfrage beschäftigt und der andere Teil der Redner ist in gewohnter Weise wiederum in jenen rüden Ton zurückgefallen, den wir schon seit Jahrzehnten hier im Hause hören und der auch vor dem Kriege zum Zerfalle des Hauses geführt hat und führen mußte. Nun frage ich jene Herren auf der rechten Seite des hohen Hauses: was bezwecken Sie heute mit ihren Anrempelungen der Regierung, mit

Ihrem Raunzen und Schnauzen? Sie haben ja ohnedies schon zwei Ministerien gestürzt, was wollen Sie eigentlich vom Ministerium Seidler noch haben? Ihr Tun und Lassen, Sie werden schon entschuldigen, kommt mir vor wie das trotziger Jungen, die nie aus den bitteren Erfahrungen früherer Zeit die Lehre zu ziehen wissen. Was fordern Sie eigentlich vom Ministerium Seidler? Von diesen trotzigen Jungen hat ja ohnedies jeder schon seine Spielpuppe darin sitzen, die lediglich aus Ihrem Interesse hineingekommen sind. Und glauben Sie, wenn Sie das Ministerium Seidler stürzen, daß sich dann noch ein charakterfester Mann finden wird, der diesen Platz auf der Ministerbank einnimmt und sich den Anrempelungen aussetzt? Ja, Puppen können zurückkehren und Eintagsfliegen, aber nicht ernste Männer. Wenn Sie das Parlament und die Volksvertretung wünschen, so verstehe ich Ihr Tun und Lassen nicht. Ebensowenig aber verstehe ich das Vorgehen unserer deutschen Sozialdemokraten. Sie waren es ja, die der Regierung die heftigsten Vorwürfe darüber gemacht haben, daß sie das Volkshaus nicht einberufen hat und heute gehen sie wieder mit jenen Zerstörern der volkstümlichen Politik und machen sich mitschuldig an all dem Tun und Treiben dieser Leute. Ich weiß, daß gerade unter den deutschen Sozialdemokraten die erfahrensten und auch versiertesten Politiker sitzen, ihr heutiges Vorgehen aber ist mir unbegreiflich. Sie müssen doch auch schon gehört haben, was draußen die Volksstimme sagt. Im Volke heißt es: Wir können uns das Vorgehen der Sozialdemokraten nur damit erklären, daß wir glauben, sie erfüllen für ihren Märtyrergenossen, will ich ihn nennen, den jungen Adler, eine Pflicht der Dankbarkeit. Sie nehmen sich seiner an. Auch ich muß erklären, daß mir der junge Adler viel mehr leid tut als ich ihn eigentlich verurteilen möchte, und gerade weil er mir leid tut wegen seines verfehlten Lebens, weil ich annehme, daß seine Erziehung nicht die beste war, so verstehe ich Ihr Vorgehen nicht. Sie schänden diesen Mann ja direkt, wenn Sie ihn in die Reihe jener Hochverräter stellen wollen, um derentwillen die ganze Hetze eingeleitet wurde. Fragen Sie sich, warum denn das Haus auf einmal so toll geworden ist. Einzig und allein nur, um den Hochverräter Kramář wiederum ins Haus zu bringen. Und diesen Leuten, deren Gebaren sitzen die deutschen Sozialdemokraten auf. Das ist meine Auffassung und ich glaube, Sie können mir nicht widersprechen.

Ich will mich mit dieser Angelegenheit nicht weiter befassen, sondern ich gehe zu jener Seite über, die sich tatsächlich mit der Hauptfrage des Tages, mit der Kriegsnot, beschäftigt. Da muß ich zunächst konstatieren, daß, wenn wir einen Blick hinaus in das Lager unserer Abwehrmannschaft tun, wir ohne Sorge bleiben können; denn bisher hat sich unsere Armee in jeder Beziehung siegreich bewährt. Und an ihrer Seite steht ihr treuer, fester Bundesgenosse, auf den wir das vollste Vertrauen setzen können. Der Ausgang des Krieges, abgesehen von den vielen Blutopfern, die er uns gekostet hat, braucht uns keine Sorge zu machen; dagegen aber, meine Herren, müssen wir Sorge fühlen, ob wir auch weiterhin das Nötige aufbringen werden, um den tapferen Streitern draußen das zu geben, was in erster Linie erforderlich ist, um sie kampffähig zu erhalten. Wir müssen auch daran denken, ob es möglich sein wird, die Volksernährung im Hinterlande aufrecht zu erhalten, denn die Not im Hinterlande ist so groß geworden, daß sie bereits an alle Türen klopft.

Wenn ich von der Not im Hinterlande spreche und anregen möchte, daß da alles getan werden soll, um dieser Not Einhalt zu tun, so glaube ich, müssen wir in erster Linie jenen Stand ins Auge fassen, denn ich hier direkt als Nährvater des Volkes bezeichnen muß, und das, meine Herren, ist gewiß der Bauernstand. Ich rechne dem Bauernstande noch jenen Teil des Großgrundbesitzes zu, welcher in eigener Regie, in eigener Bewirtschaftung seine Felder bebaut, wo der Leiter der Wirtschaft auch der Besitzer ist. Und wenn ich mich sozusagen in Widerspruch setze zu dem andern Teile des Großgrundbesitzes, mit den feudalen Herren u. dgl., so tue ich dies mit Absicht, denn ich zähle einfach diese Herren zu den Zehrern, aber nicht zu den Mehrern. Nun frage ich Sie, meine Herren: Wie haben die Bauern vor dem Kriege als Volksernährer sich bewährt? Sie müssen mir zugestehen, daß der Lebensmittelmarkt in allen Belangen gut versorgt war, ja, eine fast üppige Lebensweise hat Platz gegriffen, die in ihrer weiteren Ausdehnung eigentlich hätte zu Sorgen führen sollen. Und wenn ich etwas begrüße, was der Krieg als Folge mit sich gebracht hat, so muß ich sagen, die günstige Wirkung des Krieges ist das Einhalten mit dem Schlemmerleben, das vor dem Kriege so sehr zutage getreten ist.

Wenn hier im hohen Hause von agrarischen Gelüsten gesprochen wurde, so finde ich das höchst merkwürdig; denn denken sie zurück an jene Zeit schon vor dem Kriege, wo der Bauer unentwegt das Beste, was er produziert hat, nicht nur seine Eier, sondern auch seine Hühner, seine Enten und seine Gansern zu Markte brachte; und ich kann ruhig behaupten, daß nicht 50 Prozent von unseren Bauernweibern draußen wissen, wie man ein Backhenderl bereitet, noch weniger, wie es schmeckt, das Beste, was der Bauer erzeugt hat, hat er jederzeit hergegeben. Aber, frage ich Sie, hat der Bauer dafür Dank geerntet? Das Gegenteil. Er wurde schon damals als Wucherer, als Volksaussauger überall bezeichnet.

Ja, das allerbitterste, was er dulden mußte, war, daß der arme, von der Arbeit ermattete Bauer nur zu oft mit gekrümmtem Rücken, auf den Eichenstock gestützt, als Karikatur in den Witzblättern der Städte erschien. Das war der Dank, den der Bauer für alle seine Mühe und Not geerntet hat. Nun sollte man glauben, es müßte heute besser geworden sein. Allerdings kommen ja viele Kreise zur Einsicht, daß der Bauernstand in erster Linie erhalten werden muß, aber noch nie in meinem Leben ist dieser Stand so sekkiert und gemaßregelt worden, und zwar nicht allein von dem Volke, sondern hauptsächlich von denjenigen, die die Regierungsmacht in der Hand haben, die sie weiter an einzelne Körperschaften übertragen haben.

Um Ihnen zu zeigen, wie draußen der Geist unter den jetzt etwas gedrückten Konsumenten über den Bauernstand ist, bitte ich Sie, von einem Artikel Kenntnis zu nehmen, der am Sonntag in der deutschen „Arbeiter-Zeitung" gestanden hat. Dieser Artikel trägt die Überschrift „Der Herr Vetter". Im großen und ganzen frozzelt er auch wieder den Bauer, aber er gibt auch umgekehrt dem Städter seinen Hieb. Er zeigt so recht deutlich, wie der Konsument heute kriecht und versucht, von dem Bauer etwas herauszupressen, ihm vielleicht auch noch das letzte abzulocken, was er hat. Ich will nur einen Satz hier zitieren, der so recht deutlich zeigt, wie man die Bauernfreundlichkeit auch bei unseren Konsumenten auffaßt. Freund Eduard gibt seinem anderen Freunde einen guten Rat, wie er es gemacht hat, daß er seine Vorratskasten füllt, wie er dazugekommen ist, alles zu haben, was er braucht, wie er hinausgewandert ist, um das zu holen, was eigentlich nach dem Gesetze verboten ist. Und da heißt es *(liest)*:

„Und wenn Du den Vetter einmal hast, dann ist es außerordentlich wichtig, die verwandtschaftlichen Bande recht zärtlich zu gestalten. Wenn mein Vetter früher einmal alle zwei Jahre zu uns kam, wie wenig Hehl haben wir daraus gemacht, wie gerne wir ihn wieder zum Tempel draußen hätten. Keine Katze hat ihn angeschaut. Dann aber, wie unser leerer Küchenkasten anfing, Sehnsucht nach agrarischen Beziehungen zu zeigen, monatelange Arbeit hat es mich gekostet, uns das abgeneigte Vettergemüt wieder zuzuwenden."

So, meine Herren, wertet man heute auch noch den Bauern. *(Abgeordneter Forstner: Das ist doch nur ein Spaß!)* Es mag ein Spaß sein, es steht aber in einer Zeitung und charakterisiert tatsächlich die Stimmung, die gegenüber dem Bauernstand herrscht.

Um nun wieder zu zeigen, in welcher Art man gegen den Bauernstand vorgeht, bitte ich Sie, mit mir zurückzugehen bis zum Anfang des Krieges. Ich muß konstatieren, daß die Ernte 1914 eine ganz normale war. Es lagerten noch bedeutende Vorräte aus dem Jahre 1913 und unser Heer war vollständig gut versorgt. Doch mit Ende des Erntejahres 1914/15 war bereits alles aufgezehrt, alle Vorräte waren verschwunden. Man wußte nicht zu sparen und zurückzuhalten, sondern man hat alles in vollen Töpfen hinausgeworfen, selbst den Samen, den sich der Bauer reserviert hatte, mußte er abliefern. Er hatte nämlich nach seinen Erfahrungen festgestellt, daß speziell für Wintergetreide alter Samen viel widerstandsfähiger gegenüber den Witterungseinflüssen ist. Er hat konstatiert, daß speziell beim Roggen der neue Samen den Fährnissen der Witterung, den Schneelagen im Winter, den Einflüssen von Tau- und Frostwetter im Frühjahre nicht genügend Widerstand leistet. Das scheinen diejenigen, die heute das Schicksal des Bauern in der Hand haben, gar nicht zu wissen. Denn trotz aller Vorstellungen bei dem früheren Ackerbauminister, uns wenigstens den gewohnten alten Samen wieder zu belassen, wurde er uns abgenommen und die Folge davon war? Die Mißernte bei Roggen und Weizen.

Sie werden selbst nicht verstehen, woher so was kommen kann. Das alte Samenkorn trocknet ein Jahr lang auf dem Boden, es stirbt sozusagen schon halb ab und braucht infolgedessen, wenn es wieder in den Boden kommt, viel längere Zeit, bis es seine Lebenskraft erhält. Es sproßt langsam empor, bekommt aber dafür eine viel stärkere Wurzelbildung. Und gerade diese stärkere Wurzelbildung ist das, was das Wintergetreide braucht. Das junge Korn der letzten Ernte dagegen ist noch voll und ganz lebensfähig, es sproßt schnell empor, bekommt einen schönen langen Stengel, aber die Wurzelausbildung bleibt zurück. Speziell bei uns im Gebirgsgelände ist ein solcher Samen direkt eine Gefahr für die Wirtschaft. Deshalb kann ich ruhig behaupten, daß der Ausfall in Roggen und Weizen in den letzten zwei Jahren zumeist auf diese Unterlassung zurückzuführen ist. Speziell in diesem Jahre haben wir in Weizen solche Unmasse von Brand, die dem Erntestatistiker in seinen Aufstellungen wohl einen starken Strich durch die Rechnung machen wird. Ich kann konstatieren, daß beim Drusch die Arbeiter zeitweilig aus den Scheunen flüchten mußten, weil sie den vielen Ruß nicht aushalten konnten. Ein Umtausch von Samengetreide, wie wir es früher gewöhnt waren, war nicht möglich. Wenn wir früher Getreide geerntet haben, so haben wir das, was wir als Samen nicht für richtig erkannt haben, einfach beim Nachbarn, der gutes Getreide geerntet hatte, umgetauscht oder aber wir gingen zum Großgrundbesitzer und erhielten dort einen guten Samen gegen einen geringen Preisaufschlag. Heute muß das alles durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt geschehen;

das ist ein sehr langer und auch kostspieliger Weg und es ist nicht zu verwundern, wenn die Bauern draußen diesen Weg nicht gehen wollen, sondern sich einfach sagen: Regierung, wenn du es nicht besser haben willst, für mich reicht es aus, ich baue das an, was du mir gelassen hast.

Noch toller ist der Vorgang der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt bezüglich der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Das wichtigste Nahrungsmittel für das Volk ist heute die Kartoffel.

Auch da muß ich konstatieren, daß im Jahre 1914 die Kartoffeln voll und ganz ausgereicht haben. Volk und Militär hatten mehr als genügend, ja vor Beginn der Ernte waren noch so große Vorräte in den Lagern der Militärverwaltung, daß sie sie an unsere Kartoffeltrocknungsfabriken abgeben mußten, damit sie dort auf Trockenschnitt verarbeitet werden konnten; sonst wären sie einfach dem Verderben anheimgefallen. Dann kam das Jahr 1916. Die Kartoffelernte fiel in die Zeit ständiger Niederschläge. Wenn jemals die Benützung der vom Staate so hoch subventionierten Kartoffeltrocknungsfabriken notwendig war, so war es gerade in diesem Jahre. Der Bauer hatte sich schon gewöhnt, die Kartoffeln gut zu sortieren. Er führte die schlechten in die Fabrik zum Trocknen, die gesunden lagerte er für sich ein, als Samen und zum eigenen Verbrauch und ebenso gute Kartoffeln lieferte er auch auf den Markt. Alle Vorstellungen bei dem damaligen Ackerbauminister blieben unberücksichtigt. Wir wurden gezwungen, die Kartoffeln einfach zu liefern, ohne Rücksicht auf den Wert und so unterließ der Bauer die gewohnte Auslese, diese wäre für ihn wertlos geworden, da die Kartoffeltrocknungsfabriken geschlossen blieben. Es hat sich daher jeder Bauer diese Arbeit erspart und die Folge davon war, daß nicht allein durch den Waggonmangel und die schlechte Aufbewahrung von seiten der Städter Tausende von Waggons Kartoffeln zugrunde gingen, weil die kranken Kartoffeln die gesunden ansteckten und das ganze Lager zum Faulen brachten.

Was die Kriegsgetreidegesellschaft bei ihrem Vorgange an Unverstand und Unvernunft geleistet hat, geht schon bis ans höchste; sogar alle praktischen Erfahrungen, die der Landwirt bei der Bestellung seiner Felder gemacht hatte, durfte er nicht anwenden.

Ich habe versucht, in einer Denkschrift den jetzigen Herrn Ackerbauminister für die Vorgänge, die sich draußen abspielen und die den Bauer hart treffen, zu interessieren und habe in dieser Denkschrift alle Schäden klargelegt, die er als unser Fachminister in erster Linie abzustellen hätte. Doch der Erfolg dieser Denkschrift ist ein sehr zweifelhafter. Ich habe schon acht Tage früher, als das Haus jetzt zusammenberufen wurde, Seiner Exzellenz dem jetzigen Herrn Ackerbauminister diese Denkschrift überreichen wollen, ich konnte sie jedoch nur im Präsidialsalon niederlegen, weil Seine Exzellenz damals nicht anwesend war. Am ersten Tage des Zusammentrittes dieses hohen Hauses habe ich nun Seine Exzellenz gefragt, was er zu dieser Denkschrift zu sagen hat und seine Antmort war, daß er davon gar nichts wußte. Es waren schon zehn bis zwölf Tage vergangen und sie lag noch immer ruhig drüben im Bureau des Ackerbauministeriums und bis heute weiß ich noch nicht, wie der Herr Ackerbauminister darüber denkt. Wenn Seine Exzellenz Graf Silva-Tarouca glaubt, daß er seinen Namen nur als Dekorum dem Ministerium Seidler leiht, dann muß ich ihn höflichst bitten, den Platz zu verlassen, denn wir brauchen kein Dekorum, wir brauchen einen Mann der Tat, aber nicht jemanden, der sich nur aus Herablassung dazu hergibt, unser Minister zu sein.

Die allerbittersten Erfahrungen haben wir bei den Ansuchen um Enthebungen gemacht. Die weitestgehenden Versprechungen wurden uns von seiten des Ministers hier im Hause gemacht, aber in Wirklichkeit ist gerade das Gegenteil hiervon geschehen. Selbst diejenigen, die schon enthoben waren, wurden neuerlich einberufen und so ist es gekommen, daß einzig und allein der alte müde Vater wieder zum Pfluge greifen muß, wenn er noch lebt, oder daß die Bauersfrau, die ohnehin mit allem anderen überlastet ist, auch noch für die Bestellung der Felder sorgen muß.

So sehen die agrarischen Gelüste aus, von denen es beliebt, in diesem hohen Hause zu sprechen. Müde und fast arbeitsunfähig sind die Bauern draußen und nur ihrer Vaterlandsliebe, ihrer Liebe zur Scholle und ihrer angestammten Kaisertreue ist es zu danken, daß sie heute tatsächlich noch den Pflug ziehen.

Die merkwürdigsten Erfahrungen aber haben wir bezüglich der Milchlieferung gemacht. Die Milchfrage ist ja heute unsere größte Sorge, denn nicht einmal das Kind hat das, was es zu seiner Lebensfähigkeit braucht. Deshalb kommt es mir so merkwürdig vor, daß die bestellten Wächter draußen erst heute dazu kommen, zu fragen, ob es bei den Großgrundbesitzern nicht etwas zu holen geben dürfte.

Ich bin, meine Herren, in meiner Heimat Mitglied der sogenannten Wirtschaftskommission. Bei den Sitzungen dieser Kommission ist auch ein Vertreter des Ernährungsamtes anwesend; dieser fragte einmal einen Gutsbesitzer, wieviel Milch er als Deputat an seine Melkerinnen, Schaffnerinnen u. dgl. abgibt. Da hörten wir, daß der kleine Gutsbesitzer schon seinen Melkerinnen drei Liter und darüber gibt und wir erfuhren auch von seiten dieses Beisitzers des Ernährungsamtes, daß es in Schlesien eine Herrschaft gibt — die größte Herrschaft in Schlesien —, die die Hälfte der gesamten

Milch für sich und die Beamten verbraucht, während die andere Hälfte lediglich in ein einziges Haus nach Wien fließt. In den Kuhställen dieser großen feudalen Herrschaften sehen wir das Vieh sich noch im Heu suhlen, es ist genau so gemästet wie früher; gehen Sie aber in die Bauernställe und sehen Sie sich die abgemagerte Kuh an, von der man befriedigende Leistungen fordert und der man den letzten Heustengel requiriert.

Ich gestehe offen, ich habe auch meine Arbeiter zu Hause, aber ich kann sie nicht in Deputat nehmen. Einen Teil habe ich in eigener Kost, und wenn es mir einfiele, ihnen die Brotration zuzuwiegen, wie es Vorschrift ist, hätte ich bald keinen einzigen Arbeiter im Hause. Ich muß ihnen das Brot auf den Tisch legen und mit dem, was übrig bleibt, muß ich und meine Familie vorlieb nehmen. Aber abgesehen davon bin ich auch nicht in der Lage, den anderen Arbeitern, die ich brauche, das Notwendige zu liefern, was sie tatsächlich zu ihrer Arbeitsfähigkeit fordern könnten. Ich habe ihnen eine Zeitlang täglich einen Liter Milch geliefert, jetzt kann ich nur einen halben Liter geben. Bei den großen Herrschaften bekommt die Vormelkerin noch drei oder vier Liter Milch. Was mag erst der Oberverwalter oder der Oberdirektor beziehen? Das hat man nie gewußt, das hat man nie erhoben, darüber fängt man jetzt erst an, nachzudenken. Es ist auch nicht zu verwundern, denn wer sitzt denn im Ernährungsamt und in der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt? Einige hohe Großgrundbesitzer, einige Nichtkenner unserer agrarischen Verhältnisse, aber ich kann keinen einzigen wirklichen Bauern nennen, der dort Sitz und Stimme hätte. Nicht ein wirklicher Praktiker ist dort und ich muß sagen, es hat mich unlängst bei einer Sitzung der höchsten agrarischen Stelle, die hier in Wien unter Vorsitz des Herrn v. Hohenblum stattgefunden hat, sehr eigentümlich berührt, als ich Seine Exzellenz den Leiter des Ackerbauministeriums, dann einige Vertreter des Ernährungsamtes und einen Berichterstatter über die Obstverwertungsfrage anwesend fand, der mir so vorkam wie ein jugendlicher Hilfsarbeiter, der daran ist, die Gesellenprüfung zu machen.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich möchte den Herrn Redner aufmerksam machen, daß die Redezeit abgelaufen ist.

Abgeordneter **Seidel** *(fortfahrend)*: In diesem jungen Herrn sollten die Fachkenntnisse sitzen, die man von einem berufenen Vertreter dieser hohen Stelle fordert. In dieser Weise wird heute gewirtschaftet und ich kann hier zum Schlusse nur den einen Warnungsruf vorbringen: Der Bauer ist geduldig, er erträgt alles, aber er fängt heute an darüber nachzudenken, wie er im Verhältnis zu den anderen Ständen behandelt wird. Er wird müde, er wird matt und ich sage Ihnen offen: die Ruhe der passiven Resistenz würde ihm wunderbar wohltun. Es braucht da nur ein kleiner Funken hinausgestreut zu werden und das ganze Reich sitzt am Boden, wenn Sie heute den Bauernstand aufrührerisch machen, denjenigen, der heute tausend Wächtern unterstellt ist und nichts mehr sein Eigen nennen darf — das einzige, was ihm überlassen wurde, ist, daß er noch pünktlich seine Steuern bezahlen darf. Der Bauer ist nicht sein eigener Herr, er ist ein Robotter des Staates geworden, er ist weit in jene Zeit zurückversetzt worden, wo er nichts anderes war und robotten mußte. Deshalb, meine Herren, möchte ich der Regierung zurufen, sie soll sich das überlegen und soll Einhalt tun mit der Drosselung und Knebelung dieses Standes; der Bauer gibt selbst, was er geben kann, er ist so kaisertreu und braucht keinen Wächter über sich. Wie sehen denn diese Wächter aus? Sie sind wohl berufen, doch nicht immer auserwählt.

Meine Herren! Ich will nicht weitergehen, meine Zeit ist abgelaufen; aber eines will ich noch hervorheben. Wenn ich von der passiven Resistenz gesprochen habe, so wollte ich damit nicht etwa sagen, daß wir Volksvertreter zu den Bauern hinausgehen, um die Bauern aufzuhetzen, wir wenden im Gegenteil alle möglichen Mittel an, um die Bauern in ihrer alten Denkungsweise zu erhalten, und das ist uns bis heute gelungen. Wir brauchen nur hinzuweisen auf unsere tapfere Armee, auf die Erfolge unserer Waffenbrüder, der Name des Generals Hindenburg begeistert den Bauern heute ebenso wie zu Anfang des Krieges und heute am 70. Geburtstage Hindenburgs kann ich meine Rede nicht besser schließen, als daß ich diesem wackeren Helden ein Heil zurufe. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Zum Worte gelangt der Abgeordnete Dr. Eugen Lewickyj; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. Eugen **Lewickyj**: Hohes Haus! Wenn wir Ukrainer in dieser Debatte das Wort ergreifen, so geschieht es nicht nur deshalb, um gegen die jetzige Regierung Stellung zu nehmen. Ich glaube, meine Herren, die Zeit, welche wir jetzt durchleben, ist zu wichtig, es stehen zu wichtige Fragen auf der Tagesordnung, als daß man sich darüber nur äußern sollte, ob man diese oder eine andere Regierung wünscht. Es stehen jetzt die Fragen über die Zukunft ganzer Völker, nicht nur dieser Monarchie, sondern auch solcher über der Grenze derselben auf der Tagesordnung und ich glaube daher, daß wir Ukrainer auch in diesem

Hause jetzt, wo sich der Friedensschluß nähert, unsere Stellung, unser Verhältnis zu diesem Staate zur Rede bringen müssen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir aber vorerst eine allgemeine Bemerkung erlauben: Es wirkt auf manche Kreise befremdend, daß in der jetzigen Debatte auch von anderer Seite die politisch-nationale Frage aufgeworfen wurde.

Meine hochverehrten Herren! Man braucht sich darüber nicht zu wundern, denn man kann von den Vertretern der Völker nicht verlangen, daß sie in einem so wichtigen Momente über ihre Existenzfragen vergessen und sich mit der Regierung zu einer Debatte über die Steuern und reine Budgetfragen setzen. Und wenn schon irgendein Volk das Bedürfnis hat, seine Stellung dem Staate gegenüber hier zu äußern, so ist es das ukrainische Volk, denn in dieser Monarchie ist kein anderes Volk in einer so schlimmen und traurigen Lage wie eben das ukrainische. *(So ist es!)*

Meine hochverehrten Herren! Es sind Zustände bei uns in unserem Lande, welche nicht nur sehr viel zu wünschen übrig lassen, sondern es wurde sogar unsere ganze Zukunft in Frage gestellt. Und in einem solchen Moment können die Vertreter des ukrainischen Volkes gewiß nicht schweigen.

Hohes Haus! Es herrscht beinahe allgemein die Anschauung, daß das Kronland Galizien ein einheitliches Land, eine historische Individualität sei. Ich muß insbesondere auf dieses Moment hinweisen, weil alle Regierungsprogramme, die wir zu hören bekommen haben, sich auf das geschichtlich Gewordene berufen, die Kronländer als etwas Unantastbares ansehen und nur in ganz kleinem Maßstabe irgend eine Reform durchführen wollen. Wenn das eine blutige Ironie ist, so ist es eine blutige Ironie insbesondere auf das Kronland Galizien. *(Zustimmung.)* Das jetzige Kronland Galizien ist nur auf künstliche Weise entstanden. Geschichtlich genommen ist Ostgalizien das alte ukrainische Fürstentum Halicz und Wladimir und ist an das Kaisertum Österreich im Jahre 1772 gelangt, während Westgalizien erst bei der dritten Teilung Polens inkorporiert wurde. Ostgalizien, das eigentliche Kronland Galizien, ist die nationale Erbschaft des ukrainischen Volkes, des bodenständigen Volkes *(Beifall)*, und wir können es nicht ruhig hinnehmen, daß dieses bodenständige, historische Land im Jahre 1860 durch ein Oktroi mit den polnischen Ländern, mit dem Großfürstentum Krakau und Umgebung, zu einem einheitlichen Land zusammengeschweißt wurde. Auf diese Weise hat man unsere historischen Rechte und unsere natürlichen Rechte mit Füßen getreten, man hat uns auf künstliche Weise der künstlich geschaffenen polnischen Majorität im eigenen Lande schutz- und hilflos ausgeliefert.

Meine Herren! Wir haben erwartet, daß man doch der Geschichte wird Rechnung tragen wollen. Ich verweise auf die kaiserliche Entschließung vom 27. Februar 1847, wonach das Königreich Galizien, also Ostgalizien zusammen mit der Bukowina, ein besonderes Gouvernement bilden sollte; ebenso sollte Westgalizien, das polnische Land, ein besonderes Gouvernement mit Krakau als Hauptstadt bilden.

Welche Folgen hat es nun, meine Herren, daß gegen die historischen Rechte des ukrainischen Volkes das jetzige Kronland Galizien geschaffen wurde? Wenn wir uns der Mühe unterziehen, alle ukrainischen Reden seit der konstitutionellen Ära in diesem Parlamente durchzublättern, so wird man daraus eine unaufhörliche, ununterbrochene Klage des ukrainischen Volkes entnehmen, einen mächtigen Protest gegen die Vergewaltigung, der wir in diesem Staate unter der Patronaz der obersten Machtfaktoren ausgeliefert wurden. Die ganze Politik, die gegen uns geführt wurde, gipfelte darin, aus dem ukrainischen Volke, im eigenen Lande, einen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Proletarier zu machen. *(Zustimmung.)* Vor dem Ausbruch des Krieges war es tatsächlich schon gelungen, die ganze Verwaltung des Landes in polnische Hände zu spielen — das ukrainische Volk aus der Verwaltung des Landes vollständig auszuschalten!

Ich gehe nun in meinen Ausführungen weiter.

Trotz obgeschilderter trauriger Lage war es doch das österreichische Volk in diesem Staate, welches sich beim Ausbruch des Krieges als eines der ersten an die Seite der Zentralmächte stellte. Das ukrainische Volk hat seine Blüte, seine Jugend ins Feld geschickt, es hat die ukrainische Legion gegründet. In der ukrainischen Bevölkerung herrschte eine allgemeine Begeisterung, weil man erwartete, daß die Zentralmächte das zarische Rußland stürzen und die jenseits liegende Ukraina befreien werde.

Meine Herren! Ich frage nun, welche Belohnung und welche Orientierung von oben kam in diesem Momente, wo wir mit einer solchen Begeisterung den Krieg mitgemacht haben? Es war schon hier davon die Rede. Es wurde eine allgemeine Verfolgung des ukrainischen Elementes in Galizien inszeniert, Tausende der überzeugtesten Ukrainer verhaftet und wie die gemeinsten Staatsverbrecher in eine schreckliche Haft genommen . . . *(Abgeordneter Dr. Cehelskyj: Nein, die werden nicht so behandelt!)* Gewiß, nicht einmal die werden auf eine solche Weise behandelt, denn man hat die Leute ohne allen Grund aus ihren Familien herausgerissen, ohne daß sie etwas auf den schweren Weg mitnehmen konnten, sie wurden gepeitscht und verfolgt, man hat auch den Mob gegen sie mobilisiert, damit er die verhafteten Ukrainer, darunter auch

manche ukrainische Würdenträger, auf ihrem Leidenswege mißhandelt und provoziert. Und das alles geschah unter der Patronanz der polnischen Verwaltung in Galizien und der staatlichen Organe.

Über die Hinrichtungen ist hier schon ebenfalls gesprochen worden, ich will das nicht zum zweiten Male hervorheben, weil ja schon jeder weiß, wie verbrecherisch man dort gegen das ukrainische Volk vorgegangen ist. Während der ersten Russeninvasion hat es sich aber, meine Herren, gezeigt, daß eben das ukrainische Element, die überzeugten Ukrainer, die einzige Stütze Österreichs in Ostgalizien waren, denn am meisten verfolgt wurden von der russisch-zaristischen Regierung eben diejenigen Ukrainer im Lande, die Österreich noch nicht weggeschleppt hatte und die noch zufällig zurückgeblieben waren. So hat sich die österreichische Regierung zusammen mit der russischen Regierung gegen das ukrainische Volk gewendet! Allein, trotzdem es sich herausgestellt hat, daß die eigentlichen Russophilen in Ostgalizien die polnischen Großgrundbesitzer waren, daß die allpolnische Beamtenschaft zusammen mit Bobrinski und anderen unter einer Decke spielten, trotzdem kam dann die Sonderstellung Galiziens, kam jene Orientierung von oben, welche das ukrainische Land den Polen auf immer ausliefern sollte!

Und nun, meine hochverehrten Herren, es drängt sich unwillkürlich die Frage auf, wie man zu einer solchen politischen Idee überhaupt gelangen konnte? Man hat gesagt, die Polen sollen dadurch entschädigt werden, daß man ihnen ein Kleinpolen aus Galizien macht! Aber kein Mensch mit fünf Sinnen, meine Herren, wird begreifen, wofür denn die Polen entschädigt werden sollten? Etwa dafür, daß man ihnen das Königreich Polen befreit hat? Oder dafür, daß die ostgalizischen Großgrundbesitzer zusammen mit den Allrussen gegen den Staat gegangen sind? Denn einen anderen Grund für die sonderbare Entschädigung kann man wohl nicht finden! Man sprach aber von Entschädigung und wollte diese Entschädigung auf Kosten des ukrainischen Volkes durchführen! *(Zustimmung.)*

Hohes Haus! Ich gehe zum zweiten Kapitel über, zum Thronwechsel. Da muß ich sagen, daß trotz aller schweren Erfahrungen, die wir durchgemacht hatten, wir Ukrainer doch beim Thronwechsel manche Hoffnungen gehabt, es werde besser werden. Ich verweise dabei nur auf den überaus günstigen Eindruck, welcher bei allen Völkern Österreichs dadurch hervorgerufen wurde, daß sich die Krone mit den Vertretern des Volkes ins Einvernehmen setzte und die Umgestaltung Österreichs auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der wahren Demokratie in Anregung brachte. Es stand nämlich in der Thronrede folgendes *(liest)*:

„Ich ... will im Sinne der konstitutionellen Idee regieren, die Wir als ein Erbe der Väter übernommen haben, und im Geiste jener wahren Demokratie, die gerade während der Stürme des Weltkrieges in den Leistungen des gesamten Volkes an der Front und daheim die Feuerprobe wunderbar bestanden hat!"

Meine hochverehrten Herren! Bald nach der so viel verheißenden Thronrede kam die Äußerung des gewesenen Ministerpräsidenten Clam-Martinic vom 12. Juni 1917, wo dieselben Ideen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Umgestaltung Österreichs auf nationaler Grundlage, auf der Grundlage der Freiheit und der Demokratie, noch unterstrichen werden. Und nun vergleichen Sie, meine Herren, die obigen zwei Äußerungen mit der Regierungserklärung des jetzigen Ministerpräsidenten! Die Demokratie ist da vollständig verschwunden, von irgend einer demokratischen Umgestaltung des Staates ist in dieser Erklärung kein Wort mehr enthalten und was das nationale Programm anbelangt, so haben wir für diese erhabenen Worte, die wir in der Thronrede und in den ersten Äußerungen des gewesenen Ministerpräsidenten gelesen haben, einen Ersatz *(Heiterkeit)*, und zwar einen sehr schlimmen Ersatz in der Bemerkung bekommen, man müsse das geschichtlich Entstandene, die veralteten Kronländer nämlich, erhalten, es soll nur eine Kreiseinteilung für manche Völker gemacht werden, wobei noch hervorgehoben wird, daß manche Verschiedenheiten dabei berücksichtigt werden müssen — das letztere scheint auf uns Ukrainer gemünzt zu sein! Da haben wir, meine hochverehrten Herren, schon in dieser kurzen Zeit ein Decrescendo in unserer Staatspolitik bekommen. Ich will dabei nicht fragen, welches der Grund war, daß eine derartige Zurücksetzung der erhabenen Losungsworte über die wahre Demokratie und das Selbstbestimmungsrecht der Völker erfolgt ist. Es ist möglich, daß die schwere finanzielle Lage dabei mitgespielt hat; ich fürchte aber, daß es vielmehr die Folge der Siege von Riga und am Isonzo war, denn man glaubt offenbar, jetzt die Phrasen beiseite lassen zu können, da wir militärisch gut stehen und uns um das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht mehr kümmern müssen. *(Zustimmung.)*

Diesen Eindruck muß, meine Herren, jeder haben, der alle die Erklärungen in den Zeitungen und auch die Erklärungen des jetzigen Ministerpräsidenten liest. Und wenn, meine Herren, die Regierung sich auf den Standpunkt stellt, das Ausland darf sich in die inneren Verhältnisse nicht einmischen, so muß man dem Chef der Regierung zugestehen, daß er die Souveränität des Staates gewahrt hat. Allein in einem irrt man sich dabei, und zwar, wenn man glaubt, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Demokratie

ein Exportartikel und eine Erfindung der Ententemächte sei. Nein, meine Herren, diese zwei neuen Prinzipien sind aus den Wunden aller Kulturvölker entstanden *(Zustimmung)*, sie sind das Produkt der schrecklichen Niedermetzelung von Millionen von Menschen, sie sind das Gemeingut aller Völker der Welt, welche sehen, daß sich das schreckliche Unglück über die Menschheit ein zweites Mal nicht wiederholen darf und welche eingesehen haben, daß das neue Europa, wenn schreckliche Kriege verhütet werden sollen, auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der wahren Demokratie aufgebaut werden muß. Daher haben die neuen Ideen mit den Ententemächten nichts zu tun — es ist der neue Zeitgeist, der überall eindringt und sich auf seinem Vormarsche nicht aufhalten läßt. *(Zustimmung.)*

Meine Herren! Gestatten Sie mir nun eine Frage: Wie hat man in der Zwischenzeit, seit der Thronrede bis heute, die Prinzipien des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und der Demokratie dem ukrainischen Volke gegenüber in Galizien praktiziert? Sie werden sehen, meine hochverehrten Herren, wie es damit bestellt ist.

Als in Kiew die ukrainische Regierung etabliert wurde und infolgedessen in den besetzten Teilen Ostgaliziens die Ukrainer ans Ruder kamen, haben wir überall ukrainische Beamte gehabt. Es war nach vielen Jahrhunderten der Unterdrückung das erstemal, daß sich die ostgalizische ukrainische Bevölkerung in ihrem Heime, das erstemal, daß sie sich zu Hause fühlte. Da kam aber der sogenannte Befreiungskrieg und man hat das ukrainische Volk tatsächlich von den ukrainischen Beamten befreit. *(So ist es!)* Man hat uns befreit von den Errungenschaften, welche die Demokratie gebracht hat. *(Sehr gut!)* Man hat dort wiederum die verhaßten polnischen Beamten eingeführt, man hat dort wieder den jüdischen Wucherer hineingebracht. Und nun bitte ich sich nur vorstellen zu wollen, meine Herren, welche Empfindungen das ukrainische Volk haben muß, wenn es da einen Vergleich zieht! Und da drängt sich noch eine Frage auf: Wo ist der politische Sinn der Regierung, welche so etwas zuläßt? Wir ukrainische Abgeordnete haben zu wiederholten Malen unsere Pflicht getan und wir haben die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß wir im besetzten Teile Ostgaliziens bereits unsere Autonomie gehabt haben, und wenn sich die Regierung auf den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stellt, so sollte doch dieser Zustand gewahrt werden, so sollten wir dort doch unsere ukrainischen Beamten bekommen! Statt dessen kommt aber das alte schlachzizische Polen wieder in unser Haus! So schaut, meine Herren, unser Selbstbestimmungsrecht aus! In der ganzen politischen Verwaltung Galiziens haben wir bloß einen einzigen ukrainischen Bezirkshauptmann und haben nur einen einzigen Beamten in der Landesregierung gehabt, den hat man aber jetzt nach der Befreiung Ostgaliziens ebenfalls beseitigt. *(Abgeordneter Dr. Zahajkiewicz: Man hat uns von ihm befreit!)* Ja, man hat uns befreit!

Und jetzt, meine Herren, kommt die zweite Befreiung der ostgalizischen Bevölkerung, die Befreiung von den restlichen Lebensmitteln. Wir haben der Regierung gegenüber zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß die ukrainische Bevölkerung am meisten unter dem Krieg gelitten hat. Ganze Ortschaften sind verschwunden, ja selbst in Ortschaften, die sich nicht direkt in der Kriegszone befinden, sind die Häuser und Felder ruiniert. Alles, was an Lebensmitteln nur vorhanden war, hat man in Ostgalizien weggenommen. Wir haben nur verlangt, daß jetzt, wo unsere Truppen in Galizien vorgerückt sind, ein strenger Befehl erlassen werde, daß alle Kriegsrequisitionen bei dieser Bevölkerung, welche sich für ganz Österreich dort verblutet, endlich einmal eingestellt werden.

Was wir aber, meine hochverehrten Herren, von unseren Leuten vernehmen, das sind schon nicht mehr Kriegsrequisitionen, sondern Übergriffe, welche sich auf dem Gebiete des Strafgesetzes bewegen. *(Rufe: Raub!)* Es ist uns gewiß, meine Herren, nicht angenehm, hier offen darüber sprechen zu müssen, aber wenn man unser Volk ruiniert und wenn wir zu wiederholtenmalen unsere Pflicht der Warnung getan haben, so können und dürfen wir nicht mehr schweigen. Allerdings wollen wir das Gesagte nicht verallgemeinern, aber wir glauben auch, daß es ein Gebot der Ehre der Armee und eines Rechtsstaates sei, daß derartige Übergriffe nicht mehr stattfinden. *(Zustimmung.)*

Meine hochverehrten Herren! Es soll Galizien wieder hergestellt, wieder aufgebaut werden. Was macht man da mit dem Selbstbestimmungsrecht der Ukrainer auf diesem Gebiete? Es wurde eine Zentrale in Krakau gegründet und ihr ein Beirat beigestellt, der zu zwei Dritteln oder noch mehr aus Polen besteht; die Beamten sind fast ausschließlich Polen. Und da wird mit den Geldern gewirtschaftet — die Steuergelder sind es, Gelder, die aus der Staatskasse ausbezahlt werden! Wir Ukrainer haben nichts anderes als die Teilung dieser Zentrale verlangt; wir wollen unsere eigene Zentrale haben und wir sollten die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Gelder dort unter öffentlicher Kontrolle verwendet werden. Eine gewiß ganz gerechte Forderung! Aber wiewohl es schon das zweite Jahr ist, daß wir diese Forderung wiederholen und wiewohl man uns dieses Recht im Prinzipe zuerkannt hat, ist es doch nicht dazu gekommen! Es wird nämlich weitergewirtschaftet, auf weitere Millionen gewartet, und zwar ist es

in erster Linie die konservative polnische Partei, die auf die Staatsgelder wartet, die doch in erster Linie für das zugrunde gerichtete Volk bestimmt sind.

Nach der Befreiung Ostgaliziens unternahm der jetzige Statthalter in Galizien eine Rundfahrt, um sich von den Beschädigungen zu überzeugen. Was haben wir darüber in der amtlichen „Lemberger Zeitung" zu lesen bekommen? Der Großgrundbesitz ist geschädigt, die polnischen Großgrundbesitzer müssen mit Millionen gespeist *(Hört! Hört!)*, ihre Taschen vollgefüllt und ihre finanzielle Lage repariert werden. Die Bauern aber, die alles verloren haben, die zum Beispiel auf der Zone zwischen Stanislau und Tarnopol — ich bitte, sich die amtlichen Berichte vorlegen zu lassen — zu Tausenden herumgehen und betteln, weil sie überhaupt keine Unterkunft mehr haben, die hat man auf der Inspektionsreise nicht gesehen, nur die polnischen Großgrundbesitzer! Und das geschieht in der Zeit des Demokratismus, in der Zeit wo hinter der Grenze in Rußland an einer sozialen Reform, an einer durchgreifenden Bodenreform gearbeitet wird. Und doch ist eben jetzt die Zeit gekommen, auch in Ostgalizien eine gerechte Bodenreform durchzuführen. Ich verweise dabei auf die Meinung eines so hochstehenden Gelehrten, wie es der gewesene Universitätsprofessor Dr. Philippovich war, der zu wiederholtenmalen in Broschüren und größeren Abhandlungen nachgewiesen hat, daß es höchste Zeit sei, in Galizien den Großgrundbesitz zu parzellieren, weil bei uns eine derartige Zwergwirtschaft und Pulverisierung des ganzen Grundbesitzes Platz gegriffen hat, daß wir tatsächlich keinen Bauernstand mehr, sondern nur meist glebae adscripti, Lohnarbeiter, haben. Obwohl also jetzt die Zeit gekommen wäre, eine gerechte Bodenreform durchzuführen und den Großgrundbesitz zu parzellieren, kommt man uns mit der amtlichen Erklärung, es sollen die schweren Millionen der Staatshilfe in Ostgalizien in erster Linie für den polnischen Großgrundbesitz bestimmt werden.

Meine Herren! Sie sehen nun, in welcher Lage sich das ukrainische Volk Ostgaliziens auf allen Gebieten seines nationalen und sozialen Lebens befindet. Und wenn man darüber hinaus hinzufügt, daß wir noch immer in Unsicherheit darüber gelassen werden, was mit Ostgalizien geschehen soll! Wenn man immer noch Andeutungen macht: vielleicht wird man unser Land an das Königreich Polen abtreten; wenn noch immer hinter den Kulissen zwischen den polnischen Aktivisten, den polnischen Passivisten und den österreichischen Machthabern gehandelt wird, ob man Galizien vielleicht an das Königreich Polen abtreten soll, dann werden Sie, meine verehrten Herren, begreifen, daß wir in diesem Momente ein Aut — aut! stellen müssen, daß wir nicht schweigen können, sondern verlangen müssen, daß unser Verhältnis zu diesem Staate ehestens aufgeklärt werde. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Wir haben in der programmatischen Erklärung vom 30. Mai gesagt *(liest)*: „Die Vertreter des ukrainischen Volkes heben mit besonderem Nachdrucke das unverjährte Staatsrecht des ukrainischen Königreiches Galizien und Lodomerien hervor, verlangen, daß die ukrainischen Gebiete der ehemaligen Krone des Königs Daniel von Halytsch als besonders staatsrechtliche Einheit im Rahmen der gesamtstaatlichen Organisation wiederhergestellt werden und erheben gegen die Absicht, diese ukrainischen Gebiete auch weiterhin mit den polnischen in eine staatsrechtliche Einheit zusammenzupressen sowie die letztere mit einer besonderen Autonomie auszustatten, feierlichen Protest.

Kraft gleicher unverjährbarer historischer Rechte sind auch das Cholmland, Podlachien und Wolhynien, als mit dem ukrainischen Königreiche Galizien und Lodomerien geschichtlich verbunden, ukrainische Gebiete und dürfen in der Zukunft nie mit polnischen Gebieten vereinigt werden. Daher erheben die Vertreter des ukrainischen Volkes eine Verwahrung dagegen, daß selbst der kleinste Teil dieser ukrainischen Gebiete je an das zu schaffende Königreich Polen angegliedert werde."

Das ist, meine Herren, unsere Minimalforderung und von dieser Minimalforderung werden wir unter keiner Bedingung ablassen. *(Beifall und Händeklatschen.)* Und wenn noch immer mit verschiedenen Andeutungen über die Jagellonenkönige auch im letzten an die Polen gerichteten Patente vom 12. September d. J. von maßgebender Stelle gespielt wird, Andeutungen, die die höchsten Befürchtungen in unserem Volke hervorrufen müssen, so wollen wir auch offen und feierlich erklären, daß wir für den Fall, daß man uns in diesem Staate nicht befreien, sondern neuerlich unter die Fremdherrschaft geben sollte, uns vorbehalten, im geeigneten Momente zu verlangen, daß wir im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes der Völker selbst über unsere Zukunft entscheiden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Hohes Haus! Wir Ukrainer Österreichs sind nicht mehr die Waisen, die von allen Verlassenen und Entrechteten, wie wir es früher waren! Dort in Rußland, in der russischen Ukraina, erhebt sich das Dreißigmillionenvolk und baut seine bessere Zukunft; es entsteht eine neue Macht, welche an die Macht Wladimirs des Großen und Jaroslaws des Weisen erinnert. Und daher erklären wir österreichische Ukrainer im Momente unserer Bedrängnis und der nationalen Gefahr, daß unsere Herzen mit denjenigen unserer Brüder in Kijew zusammen schlagen, daß wir uns mit ihnen als ein Volk

erachten und als ein Volk fühlen. In hoc signo vincemus! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Steinwender das Wort.

Abgeordneter Dr. **Steinwender**: Meine Herren! Es ist schwer, in einer Debatte zu sprechen, die auf den Zusammenhang mit dem Gegenstande der Beratung fast vollständig verzichtet, und es ist schwer, in einer Zeit zu sprechen, in der die Frage aufgeworfen wird, ob denn nicht vielleicht große Parteien und ganze Nationalitäten dem Staate das verweigern, was er zur Wehr und zum Bestande braucht. Vielleicht hat allerdings das Defizit von 18 Milliarden einigen Rednern die Rede verschlagen und vielen Abgeordneten die Courage. Mir nicht. Ich werde tatsächlich über das Budget sprechen als der einzige Redner, wie ich glaube, in der ganzen Debatte. Aber ich werde nicht viel kritisieren, ich werde nur versuchen, hie und da etwas zu korrigieren.

Wir haben an Mobilisierungskosten 12.000 Millionen eingestellt. Daß es zu einer solchen Summe gekommen ist, daran trägt auch teilweise die Preistreiberei der Militärverwaltung die Schuld. *(Zustimmung.)* Gott sei Dank, das ist vorüber, die Preise werden jetzt nicht mehr weiter hinaufgetrieben, aber die Teuerung bleibt für den Staat einerseits und andrerseits für die Einwohner. Es wird aber eine Zeit kommen, wo man über diese Verschwendung — und es war nicht bloß Verschwendung dabei — Rechenschaft fordern wird.

Was aber entschieden nicht zu bleiben braucht, das ist die Verschwendung, die mit den Menschenkräften getrieben wird. Hunderttausende und Hunderttausende von Mindertauglichen befinden sich auf allen möglichen Dienstplätzen, wo sie nicht notwendig wären *(Zustimmung)*, in Kanzleien, bei Wachtdiensten, bei allen möglichen Bedienungen usw. Das sind aber nicht bloß Mindertaugliche, sondern wir haben auch alte Jahrgänge, die längst nach Hause gehören und die, ohne wirklich etwas wert zu sein, weiter im Dienste gehalten werden. Italien zum Beispiel hat seine 48jährigen Männer nach Hause geschickt, bei uns soll das nicht gehen. Wenn man die Zahl der Einberufenen auf den Bedarf reduzieren würde, so würden täglich Millionen erspart werden für die Armee und Millionen an Unterhaltsbeiträgen, die Volkswirtschaft hätte Arbeiter und es würde produziert werden.

Ich werde nur ein einziges Beispiel geben. Es ist mir, allerdings schon vor mehreren Monaten, ein Bericht über die Zustände im Lager von Lebring bei Graz in Steiermark zugekommen. Dort befinden sich beim Arbeitersammelkader, beim Austauschkader, beim Hilfsdienstbataillon wenigstens 10.000 Mann, außerdem so und so viele Gefangene und viele Tausende von Bosniaken, die dort abgerichtet werden. Es sind im ganzen 30.000 bis 40.000 Mann dort. Chargen, die im Dienste so notwendig wären, werden nach Lebring geschickt, Enthebungen, die vom Kriegsministerium angeordnet werden, werden nicht durchgeführt.

An große Unternehmungen werden dann die Leute abgegeben, zum Beispiel Bäcker, Schuster, Schneider usw., an Walzwerke, Buchdrucker, Zeichner, Zahntechniker, Dachdecker und allerhand Handwerker nach Eisenerz ins Bergwerk, aber die Landwirtschaft bekommt keine Arbeiter und in den Wäldern wird nichts aufgearbeitet. Nein, die Leute müssen beisammensitzen, herumlungern, hungern und stehlen. Diese Zustände in Lebring sollten endlich einmal untersucht werden. Die Beschwerden, die darüber eingegangen sind, sind vom Kommando einfach zurückgewiesen worden und ein höherer Offizier, der sich darum kümmerte, sogar auf das energischeste verwarnt worden, sich ja nicht mehr darum umzuschauen. Ich bitte entschieden, die Zustände sowohl in diesem wie in anderen Lagern zu untersuchen.

Wir könnten also bei den Ausgaben für das Militär schon bedeutend sparen, ohne unsere Wehrkraft im mindesten zu schwächen: im Gegenteil, das Mitschleppen von Mindertauglichen beschwert mehr als es nützt. *(Zustimmung.)*

Eine zweite große Summe der Ausgaben sind die Unterhaltsbeiträge, die jetzt schon mit 3432 Millionen Kronen eingestellt sind, also fast so hoch, als im Frieden unsere gesamten Ausgaben waren. Es ist ohneweiters zuzugestehen, daß das Unterhaltsbeitragsgesetz schlecht war; daß auch die späteren Verordnungen daran zu wenig korrigiert haben und daß auch das Gesetz von den Behörden schlecht und schikanös ausgeführt wurde. Es war daher ein neues Gesetz unbedingt notwendig; ich will auch nicht sagen, daß man zuweit gegangen ist: Man hat aber Dinge gemacht, die absolut unbegreiflich sind. Der Beitrag für den Kopf beträgt in Wien zum Beispiel 2 K, der Höchstbetrag in Wien macht 12 K, also das Sechsfache des einfachen Betrages, aus. In den Orten mit der ersten und zweiten Aktivitätszulagenklasse macht jedoch der Höchstbetrag schon das $6^2/_3$fache und in den Orten mit der dritten Aktivitätszulagenklasse das $7^1/_2$fache aus. Das ist kein Verhältnis. Man muß aber noch weitergehen. In Wien wird man mit 2 K gewiß darben; aber daß es in Wien nur um 25 Prozent teurer ist, als draußen auf dem Lande, das ist nicht richtig. Wenn Sie das richtige Verhältnis zwischen Wien, wo ich gewiß nichts abstreichen will, und den kleinen Orten auf dem flachen Lande herstellen, so ersparen Sie Hunderte von Millionen, Sie bringen aber auch die Arbeit auf dem Lande

wieder in Schwung. Wie viele Weiber gibt es, die jetzt einfach mit ihren Kindern vom Unterhaltsbeitrag leben und gar nichts arbeiten. Reduzieren Sie das auf einen vernünftigen Betrag, so werden sie arbeiten. Nicht einen einzigen Bauern werden Sie bei uns finden, der damit zufrieden ist — nicht etwa aus Neid, er gönnt seinen Dienstboten alles, aber sie hören auf zu arbeiten und wollen sich einmal des Nichtstuns freuen.

Wir geben also hier um viele Hundert Millionen zu viel aus und schädigen um noch mehr die Volkswirtschaft. Ich glaube, wir müssen darangehen, das in Ordnung zu bringen, ohne Rücksicht auf Popularität. Wir wollen an den Beiträgen in den großen Städten absolut nichts ändern, aber auf dem Lande muß das den Verhältnissen des Landes angepaßt werden, sonst ist es der größte Schaden für das betreffende Land und die betreffende Gegend selbst.

Diese zwei Punkte möchte ich also hervorheben: das Nachhausesenden der überzähligen Mindertauglichen und eine Reform der Unterhaltsbeiträge.

Über die Ausgaben, wie sie hier eingesetzt sind, nur ein einziges Wort. Wir können natürlich jetzt im Kriege eine durchgreifende Verwaltungsreform nicht machen, aber für manche Dinge wäre gerade jetzt die richtige Zeit. Man merkt aber davon im Budget gar nichts.

Jetzt wäre zum Beispiel die Zeit, überflüssige Ämter und Anstalten zu beseitigen. Ich bitte Sie: was für ein Geschrei wird im Frieden sein, wenn irgendwo ein Bezirksgericht oder Steueramt aufgehoben wird. Jetzt geht das von selbst. Jetzt sind so große Veränderungen vorgekommen, daß der Abzug von ein paar Beamten den Ort wirklich nicht geniert.

Man muß nur Courage haben; aber man hat keine. Gewiß wird man damit keine großzügige Reform machen, aber Ersparungen wird man durch Einziehung von überflüssigen Ämtern und Anstalten erzielen; ich meine damit gerade Mittelschulen; das könnte jetzt am allerbesten gemacht werden.

Bezüglich der Einnahmen noch ein kurzes Wort. Unter den Einnahmen figurieren 720 Millionen aus neugeschaffenen Erhöhungen und Neueinführungen. Das Defizit beträgt 1469 Millionen Kronen oder mit Abzug dessen, was man an Eingängen der Kriegssteuer abrechnet, 1169 Millionen. Nun berechnet der Herr Finanzminister den Abgang mit 800 Millionen, weil einmal im Frieden die neuen Steuern mehr eintragen werden. Aber im Frieden werden auch neue Ausgaben kommen; man kann also das Defizit nicht mit 800 Millionen berechnen, sondern muß es mindestens mit 1200 Millionen rechnen, man muß, da die nächste Kriegsanleihe schon vor der Türe steht, eigentlich schon mit einer Zinsenrate für die nächste Anleihe rechnen und da genügen die vom Herrn Finanzminister in Aussicht gestellten Veränderungen absolut nicht.

Aber so unbedeutend sie auch sind, ich glaube nicht, daß wir dafür stimmen können, wenn nicht auch dort hingegriffen wird, wo die größeren Einkünfte und Vermögen sind. Wir werden unmöglich die Zuckersteuer usw. erhöhen, die Kohlensteuer einführen, wenn nicht auf die direkten Steuern gegriffen wird. Das können wir heute schon sagen, obwohl ich dazu von niemandem eine Ermächtigung bekommen habe, aber es ist nicht möglich, ohne ein gewisses Gegengewicht neue Millionen auf die Massen zu werfen. Wir werden insbesondere auch die Kriegssteuer in entsprechender Form durchführen müssen, und zwar rasch. Es sieht genau so aus — das gegenwärtige Ministerium ist ja, da es noch nicht lange im Amt ist, unschuldig daran —, als ob man absichtlich den Ertrag der Kriegsgewinnsteuer herabgesetzt hätte. Gerade so. Am 16. April 1916 ist die Kriegsgewinnsteuer herausgekommen und am 11. September 1917 sind die Strafbestimmungen durchgeführt worden. Nach 16 Monaten! Was ist das für eine Wirtschaft! Überall sonst setzt man die Strafen dann fest, wenn das Gesetz in Wirksamkeit tritt, bei uns sind die Strafen um sieben Monate später gekommen, aber die Ausführungen zu diesen Strafparagraphen erst jetzt vor 14 Tagen. Es sieht genau so aus, als hätte man den großen Gewinnern Zeit lassen wollen, sich in Sicherheit zu bringen. Dieser Verdacht wird natürlich durch andere Momente, die unter den Finanzministern Leth und Spitzmüller vorgekommen sind, noch verstärkt.

Geradezu bestürzt aber war ich über die Ausführungen des Herrn Finanzministers über die Vermögensabgabe. Ja, mein Gott, der Herr Finanzminister sagt, er sei nicht grundsätzlich dagegen, die Frage werde noch studiert und dergleichen. Das nützt uns nichts. Die Vermögensabgabe ist in Deutschland in bescheidener Form schon längst eingeführt, steht längst auf der Tagesordnung und jetzt studiert man erst daran. Und dann meint der Herr Finanzminister, mit 30 Milliarden ist nichts gemacht, da fehlt noch immer die Hälfte. Wenn man Schulden macht, so ist es aber immerhin besser, man zahlt die Hälfte als nichts. *(Zustimmung.)* Oder es wird gesagt, der Gedanke ist nicht aktuell. Ja, wann ist er denn aktuell? Es ist sehr die Frage, ob es nicht besser wäre, einen Teil der Vermögensabgabe jetzt zahlen zu lassen als fortwährend neue Anleihen zu machen. Daß unsere Kapitalisten nach Ungarn oder Deutschland auswandern werden, wird eingewendet. Man nehme ihnen nur einmal einen Teil ihres Vermögens ab, dann kommt auch keine zweite Vermögenssteuer mehr, außer, wenn man es so macht, wie es den

Anschein hat. Natürlich, wenn man eine minimale Vermögenssteuer mit einem Erträgnisse von einigen Milliarden macht, kommt eine zweite und eine schreckliche nach, aber wenn wir Ordnung machen, ist uns das Kapital hier sicher.

Und was die Beziehung zu Deutschland anlangt, so geht es im Einvernehmen mit Deutschland auch nicht. Deutschland ist viel reicher, hat im Verhältnisse zu unserem Nationalreichtum viel geringere Kriegsausgaben, es hat nicht die finanzielle Schandwirtschaft, wie wir; wir können uns nicht nach Deutschlands Beispiel richten. Wir müssen es leider schärfer machen, als es in Deutschland notwendig ist.

Nun, so wird es nicht gehen. Der Krieg hat eine furchtbare Vermögensverschiebung herbeigeführt und wenn wir da ruhig zusehen, wird in absehbarer Zeit der Mittelstand bis weit hinauf, der industrielle, der kaufmännische, der gewerbliche Mittelstand, verschwinden und der angestammte Grundbesitz wird aufgesaugt und aufgekauft werden. Davor stehen wir, das wollen wir nicht und daher werden wir uns dem entgegenstellen, ohne Neid, ohne Groll, aber auch ohne Schonung. Wir verlangen daher von der Regierung, daß die Vermögensabgabe endlich einmal Gestalt bekomme. Eingeführt wird sie selbstverständlich erst nach der Kriegssteuer, aber sie muß jetzt schon Gestalt gewinnen. Wir verlangen von der Regierung, daß sie sich bei der Deckung des Defizits nicht mit einer teilweisen Deckung begnüge, sondern die ganze Summe decke und selbstverständlich dorthin greife, wo das Vermögen ist. Das ist unsere Meinung und die habe ich jetzt vorgebracht, damit wenigstens etwas über das Budget gesprochen werde. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Abgeordneten Daszyński das Wort.

Abgeordneter **Daszyński:** Hohes Haus! Die Wiener Regierungspresse hat meine heutige Rede im vorhinein als eine Art von Sensation erklärt. Man hat gesagt, daß die Lage der Regierung und des Staates eine so schwere ist, daß die Verwirrung im Parlament und die Gegensätze der Parteien so große sind, daß der Schlüssel der Lage sich einzig und allein in den Händen des Polenklubs befindet und deshalb wolle man unsere Stellungnahme gegenüber der Regierung und dem Budget im vorhinein als entscheidend kennzeichnen. Das lehnen wir ab. Es ist nicht wahr, daß die Entscheidung in der Hand des Polenklubs liegt und ich werde Beweise vorbringen, daß es auch von der Regierung nicht so aufgefaßt worden ist, als wäre die Haltung des Polenklubs in der gegebenen Lage ausschlaggebend. Wir haben dem hohen Hause auch nichts außerordentlich neues zu erklären. Noch am 16. Mai haben wir unsere Forderungen festgestellt und nacheinander dem Ministerium des Herrn Grafen Clam-Martinic und dem Ministerium des Herrn Dr. Seidler unsere Wünsche und Forderungen vorgelegt. Wir müssen mit Bedauern feststellen, daß bisnun kein einziger dieser Wünsche verwirklicht worden ist, obwohl diese Wünsche gar keine Politik bezwecken, obwohl sie gar nicht politisch gemeint sind. Obwohl diese Wünsche einem jeden Lande gegenüber ohne Rücksicht darauf, ob sich die Vertreter des Landes in der Opposition oder in der Regierungsmajorität befinden, verwirklicht werden sollen, wurde keiner dieser Wünsche bisnun von der Regierung berücksichtigt.

Und noch etwas: Wie ist es in Österreich beliebt, eine Regierung zustande zu bringen? Hat man uns gefragt, ob der Herr Dr. Seidler und seine Regierung den Wünschen des Hauses und unseres Klubs entspricht? Hat man sich je bei der Bildung des Ministeriums nach der Meinung des Hauses gerichtet? Man weist darauf hin, daß wir zwei polnische Beamte im Ministerium haben. Aber ich frage: Können diese beiden Herren, diese beiden Exzellenzen, sich als Ausdruck des polnischen Volkes im Ministerium betrachten? Sind sie nicht als damals vielleicht zufällig als die ältesten Sektionschefs nominiert worden? Hat man die Meinung des Polenklubs eingeholt, ob diese beiden Herren den Ausdruck der Politik des Polenklubs in der Regierung darstellen sollen? Das war nicht der Fall. Um die Stellung dieser Regierung möglich zu machen, hat der Herr Ministerpräsident beliebt, ein ganzes Verzeichnis von frommen Wünschen uns vorzulegen, von frommen Wünschen, die zugleich das Verzeichnis der Mängel des österreichischen Staates darstellen. Und dann tut man so verwundert, daß wir darauf nicht eingehen können. Aber, meine Herren, mit frommen Wünschen und mit ihrem vollständigsten Verzeichnis ist der furchtbaren Lage des Staates und des Hauses wahrhaftig jetzt nicht gedient. Wir fordern etwas weniger, wir fordern die Angabe des Weges und der Mittel, durch welche der Herr Ministerpräsident die Majorität in dem hohen Hause zustande bringen will. So lange die Regierung auf diese Frage gar keine Antwort zu erteilen imstande ist, ist das Zuschieben der Verantwortlichkeit dem Parlamente oder dessen einzelnen Parteien eine Ungehörigkeit. Worauf kann sich die Regierung stützen? Sie kann hinweisen auf den verehrten deutschnationalen Verband als auf die Regierungspartei. Nun gut. Aber in welchem Charakter tritt uns der deutschnationale Verband gegenüber? Sind es deutsche Politiker, die unter dem deutschnationalen Programm hier auftreten oder ist es eine par excellence österreichische privilegierte Partei? Denn das ist die entscheidende Frage. Wir würden schon im stande sein, mit den

deutschnationalen Herren uns zusammenzusetzen, und ich glaube, auch die anderen Parteien des Hauses würden dazu geneigt sein, um die Zukunft Österreichs zu besprechen. Aber dann müssen wir wissen, daß wir mit den Vertretern des deutschen Volkes konferieren. Wenn man uns aber erklärt, wir alle, die ganze Majorität des Hauses, wären nicht Österreich und nur der deutschnationale Verband ist Österreich, dann muß uns das empören, dann müssen wir dagegen protestieren. Entweder oder. *(Zwischenruf.)*

Aus diesem Zwiespalt können Sie nicht herauskommen, Herr Professor, und ihre Partei soll sich endlich entscheiden. Ist sie eine deutschnationale Partei, vertritt sie die Interessen des deutschen Volkes in Österreich oder ist sie die Staatspartei, katexochen? Denn dann, meine Herren, schauen die Verhältnisse ganz anders aus. Der Herr Abgeordnete Wolf hat wahrhaftig uns die Aufgabe in diesem Hause nicht leicht gemacht, indem er gegen alle Nichtdeutschen einen solchen furchtbar groben und provozierenden Ton angenommen hatte, daß man sich wirklich fragen muß: Wohin will der Herr Abgeordnete Wolf und seine verehrte Partei? Treten der Herr Abgeordnete Wolf und die radikalnationalen Deutschen als Staatspartei auf, nehmen sie sich das Privilegium gegen alle anderen Völker als gegen Staatsverräter aufzutreten? Dann ist es etwas ganz anderes. Sie müssen sich auch entscheiden, meine Herren, ob sie eine deutsch-böhmische oder eine deutsch-kärntnerische Politik machen. In Deutschböhmen sind Sie gegen die Majorität, in Kärnten und Steiermark sind Sie gegen die Minorität der Bevölkerung. Und was hat man von dieser Seite mit uns getrieben? Vor dreiviertel Jahren hat man noch erklärt, die Polen sollen aus dem Parlamente weg. Wir haben das akzeptiert. Was tut man jetzt mit uns? Wie beschimpft man uns jetzt! Was erlaubt man sich uns gegenüber, indem man uns an dieses Parlament anketten will! Wo ist die Konsequenz dieser Politik? Woran sollen wir uns halten angesichts dieser deutschen Politik? Was sind Sie, meine Herren? Sind Sie deutsche Patrioten, ausgezeichnet! Dann sind wir polnische Patrioten, dann können wir uns mit Ihnen auseinandersetzen und die Interessen unserer Völker besprechen. Sind Sie aber Vertreter des Staates, des Galgens, der staatlichen Ämter, sind Sie Vertreter derjenigen, die gegen die Amnestie hetzen, gegen den Kaiser und trotz des Kaisers *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, sind Sie diejenigen, die für sich ein besonderes Privilegium beanspruchen, dann ist es etwas ganz anderes.

Solange die deutschnationale Politik zwischen diesen zwei Begriffen schwankt, solange sie nicht imstande ist, zu präzisieren, was eigentlich die Deutschen in diesem Staate sind, solange ist diese zweifache Rolle niemandem erträglich, solange ist es ausgeschlossen und unmöglich, daß wir irgendeine Stellung zu ihren Wünschen und Forderungen einnehmen. Sie wollen als Deutschnationale national sein, als Verbündete der Herren Christlichsozialen wollen Sie österreichisch-staatlich sein. Nun entscheiden Sie sich, denn von Ihnen, meine Herren, von Ihrer Konsequenz hängt ja soviel im Staate ab. Sie haben 10 Millionen Köpfe Ihres Volkes im Staate, wahrhaftig es ist nicht die letzte Kraft dieses Staates, es ist auch nicht die schwächste Kraft. Sie haben für sich die Intelligenz und das Vermögen, Sie haben eine ausgezeichnete Stellung in diesem Staate, Sie haben alles, was Sie nur wünschen. Sie haben die zentrale Gewalt, Sie haben das Oberste Militärkommando in den Händen Ihrer Nationsgenossen. Aber Sie sind nicht die Majorität des Staates, Sie müssen mit uns rechnen, die wir zweimal so stark sind als Sie. *(Lebhafte Zustimmung.)* Sie müssen mit diesen Tatsachen rechnen und, wenn Sie das nicht imstande sind, so dürfen Sie nicht das Recht der Führung beanspruchen.

Von Ihnen hängt auch ab, was wir im Parlament zu leisten imstande sind, denn Sie gebärden sich so, als ob Sie die größte Zahl der Abgeordneten hier hätten. Sie haben die Ausschüsse in Ihrer Hand, Sie haben das Präsidium in Ihrer Hand, Sie und nicht wir sind in großem Maße für dieses Parlament verantwortlich. Ihre Presse schreibt aber so, als ob nicht Sie, sondern nur wir für das Parlament verantwortlich wären. *(Abgeordneter Dr. Sommer: Weil Sie die Majorität haben!)* Entschuldigen Sie, es gibt in dem Hause heute keine Majorität. Durch Sie, meine deutschnationalen Kollegen, gibt es keine und kann es unter diesen Verhältnissen keine geben.

Und ich frage Sie, meine Herren: Was bedeutet Ihre Hetze gegen das Parlament? Ich frage Sie nüchtern und ruhig: Was bedeutet die Rede des Herrn Abgeordneten Wolf? Was bedeutet Ihr Beschluß, die Obmannstellen in den Ausschüssen niederzulegen? Was bedeutet das Geschimpfe gegen dieses Haus des Volkes? Ich werde es Ihnen klar sagen: Für uns bedeutet das die Rückkehr zum Galgen *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, für uns bedeutet das die Rückkehr zum Despotismus, die Rückkehr zu dem willkürlichen Absolutismus, den wir drei Jahre lang ausgekostet haben, und wir sind wahrhaftig diejenigen, die, wenn schon, denn schon, an diesem Hause festhalten werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Nun aber ist es der Herr Abgeordnete Wolf, der Mann des deutschen Volkes, der unseren Genossen beschimpft, der jeden beschimpft, der gegen Stürgkh und für das Parlament war. Zu welchem Zwecke denn? Sagen Sie uns, meine Herren,

sagen Sie uns den Zweck, vielleicht gehen wir mit, aber schieben Sie die Verantwortlichkeit nicht auf uns.

Nun, Ihre Presse. In einem jeden Lande würde die Presse an der Seite des Parlaments sein, wo dieses Parlament um die Rechte des Volkes kämpft. Was machen wir denn seit einigen Monaten, seit wir einberufen worden sind? Wir machen ja nichts anderes, als die mühsame Arbeit, das Trümmerfeld des Absolutismus wegzuräumen, das Gebiet zu reinigen, auf dem wir uns bewegen sollen. Es sind wahrhaftig nicht leicht zu beseitigende Trümmer, es sind ja etwa 20 Milliarden Schulden, die gesetzwidrig kontrahiert wurden, es sind Tausende von Urteilen, die gegen das Gesetz erflossen sind, das alles, meine Herren, wogegen wir kämpfen, ist ja die Vernichtung der bürgerlichen Begriffe im Staate *(Sehr richtig!)*, was ja Ihnen, meine Herren Deutschnationalen, sehr am Herzen liegen sollte. Denn wer ist denn berufen, die bürgerliche Ordnung gegen die Soldateska und gegen den Absolutismus zu verteidigen, wenn nicht Sie, wenn nicht das deutsche Bürgertum? Anstatt dessen proklamiert Herr Wolf die Vernichtung des Abgeordnetenhauses mit klaren Worten und Ihre Presse, diese ganze Wiener Presse, die zugleich Regierungspresse ist, wird aufgehetzt gegen dieses Parlament, auch in dem Falle, wo dieses Parlament in der Ausübung des primitivsten Rechtes des Volkshauses begriffen ist, nämlich die Kontrolle über die Exekutivorgane zu üben, wo dieses Parlament seine Würde in Schutz nimmt, indem es die Vorgänge kritisiert, durch welche die Kontrahierung von so hohen Schulden möglich war. Und Schritt auf Schritt, meine Herren, greift diese Presse dieses Parlament an, gerade wo es am tätigsten, gerade wo es am arbeitsamsten ist, und weist darauf hin, daß dieses Parlament sich in Auflösung befinde. Und deswegen frage ich Sie: Welche Zwecke, welche Intentionen hatte Ihre Partei, als sie auch in diesen Chorus des Hasses gegen das Volkshaus eingestimmt hat?

Und wenn die Regierung, die über diese Presse verfügt, das als Mittel, das als den Weg betrachtet, uns einzuschüchtern und uns mit Peitschenhieben zur Regierungsmajorität zu jagen, dann, meine Herren, soll sie wissen, daß das nicht geeignete Mittel sind, daß wir das nicht erlauben werden, daß das unserer Würde ins Gesicht schlägt.

Aber was soll ich über diese Regierung denken, wenn sie es nicht der Mühe wert gefunden hat, mit dem Polenklub auch nur eine halbe Stunde zu reden über unsere Forderungen und über ihre Pläne? *(Ruf: Hinter den Kulissen!)* Entschuldigen Sie, meine Herren, das sind nicht Kulissen! Ein Land stellt vor fünf Monaten seine Forderungen auf, es unterbreitet diese Forderungen der Regierung und bekommt bis heute nicht ein Wort der Antwort. Ich frage einen jeden Klub hier im Hause: auf welchem Wege sonst wollen Sie der Regierung Ihre Forderungen bekanntgeben, da wir ja unsere Forderungen hier im Hause aufgestellt und veröffentlicht haben? Die Regierung aber hat weder in ihrer Rede, in der amtlichen Rede des Ministerpräsidenten, noch privat hinter den Kulissen auch nur ein Wort über die Forderungen der größten Provinz Österreichs verlautbart.

Unsere Stellung birgt aber gar keine Geheimnisse, wie die sensationslüsterne Wiener Presse es darstellen will. Was fordern wir denn? Einen zivilen Statthalter. In der Bukowina, wo der Krieg doch genau so wütet, wie in unserem Lande *(Abgeordneter Dr. Tertil: Noch mehr!)*, ja noch mehr, wo zwei Drittel des Landes noch unlängst unter feindlicher Invasion war, blieb bis heute der zivile Statthalter auf seinem Posten. In Istrien und im Küstenlande dasselbe. Wir fragen die Regierung, warum soll Galizien zum dritten Male ein General, dem Lande fremd durch seine Geburt, fremd durch das Milieu seines Lebens und über die Geschäfte des Landes vollständig unorientiert, aufgezwungen werden? Wie kommen wir denn dazu? Wenn Sie diese Forderung als ungebührlich betrachten, dann haben wir miteinander gar nichts zu reden!

Wir fordern weiter, daß der Wiederaufbau des Landes energischer als bisher betrieben werde. Wir stellen fest, daß nach anderthalb Jahren des Bestandes der Wiederaufbauzentrale hunderttausende von Menschen dem vierten Kriegswinter obdachlos, buchstäblich obdachlos entgegensehen.

Wir fordern, meine Herren, daß die feindselige Wirtschaft der Zentralen dem Lande gegenüber aufhöre. Ich glaube, das ist eine vollständig legitime Forderung.

Wir fordern endlich, daß die Schande beseitigt werde, und daß nach drei Jahren, nachdem die Pferde, die Wagen, das Vieh und alles Gut bei der Bevölkerung requiriert worden ist, die Regierung endlich diese Kriegsleistungen bezahle. *(Hört!)* Wenn das ungebührlich ist, meine Herren, wenn wir damit einen politischen Schacher treiben sollen, so hört in diesem Hause jede Politik auf.

Wir werden ja Gelegenheit haben, unsere Stellung zum Budgetprovisorium in der zweiten Lesung des Budgets näher zu präzisieren. Schon jetzt aber wollen wir feststellen, daß wir keine Politik gegen den Staat und keine Politik gegen das Parlament führen und daß unsere in Krakau gefaßten prinzipiellen Beschlüsse vom 28. Mai sich gerade auf das Vertrauen gegenüber der Dynastie und dem staatlichen Interesse Österreichs gründen. Wir wollen aber feststellen, daß wir nicht gesonnen sind, die Interessen des polnischen Volkes der Politik einer Regierung anzuvertrauen, die sich unserem

Lande gegenüber entweder feindselig oder gleichgültig verhält. *(Sehr richtig!)* Wir stellen fest, daß unsere Forderungen mit der laufenden Politik gar nichts gemeinsam haben und daß, ohne den Umstand zu berücksichtigen, ob der Polenklub sich in der Opposition oder in der Regierungsmajorität befindet, diese Forderungen von einer jeden rechtlich fühlenden Regierung erfüllt und verwirklicht werden sollten. *(Beifall.)*

Aber wir sehen in diesem hohen Hause keine Stütze für diese Regierung. Und alle Versuche der Regierungspresse und der Regierungspolitiker, uns durch brutale Angriffe oder Fälschungen einzuschüchtern, erachten wir für nicht geeignet, eine Majorität zu verschaffen. Wir weisen insbesondere die Versuche der Presse zurück, die öffentliche Meinung über die Politik des Polenklubs durch anonyme Stimmen aus dem Lager der sogenannten „konservativen Polen" irrezuführen und erklären, daß es keinen einzigen Polen, auch nicht den „konservativen Polen" geben kann, der den Mut hätte, zu behaupten, daß der Polenklub für die Regierung zu haben wäre, wenn nur die Kriegsleistungen in Galizien bezahlt werden würden. *(Beifall.)* Dieser „konservative Pole" spukt ja seit Monaten in den Wandelgängen des hohen Hauses herum. Ich fordere die Wiener Presse auf, den Namen dieses „konservativen Polen" anzugeben und wenn diese Presse nicht imstande ist, den Namen ihres Informators anzugeben, so behaupten wir, daß es eine bewußte Unwahrheit dieser Presse ist, als ob es solche „konservative Polen" geben würde. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Die Tragik unserer Lage besteht darin, daß weder die Regierung noch die Abgeordneten der westlichen Provinzen Österreichs es sich zu Gemüte führen wollen, daß in Galizien der Weltkrieg geführt wird. Man betrachtet uns, unsere Forderungen und unsere Klagen, als ob wir die alte Politik der kleinen Trinkgelder hier weiter führen sollen. Man betrachtet unser Weinen als nicht echt, man langt mit gieriger Hand nach dem letzten Stückchen Nahrungsmittel, das noch aus dem Lande zu holen ist, und zugleich droht man dem Lande als einem feindlichen Lande. Wie der Geist ausschaut, der in unserem Lande die Führung, den Befehl und die Oberhand hat, will ich Ihnen, meine Herren, an einem Armeebefehl näher erklären. Vor mir liegt ein Schriftstück, welches lautet:

„K. u. k. 5. Korpskommando, Nr. 1166/12, vom 30. Juli 1915, Punkt III:

Die stabilen Armeekommanden haben durch die Gemeindevorstände zu verlautbaren:

Im Armeegebiete ist es die Pflicht eines jeden Bürgers, einen jeden Offizier zu grüßen *(Hört! Hört!-Rufe und Lachen)* — bitte, meine Herren, das ist noch nicht der Gipfelpunkt — „durch Verbeugung" *(Zwischenrufe und erneutes Gelächter)* „um so seine Loyalität zu bezeugen." *(Zwischenrufe).* Bitte, es geht noch weiter, meine Herren, das ist noch nicht zu Ende. „Wer nicht loyal sein wird, wird als Staatsfeind betrachtet und so behandelt werden." *(Hört! Hört! — Zwischenrufe.)*

Das hat auf Befehl des 5. Armeekorps der Herr Leiter der Bezirkshauptmannschaft in Przemyślany am 3. August 1915, Z. 329, allen Gemeindevorständen zur Darnachachtung verlautbaren lassen. Der Mann heißt Popiel.

So schaut der Geist aus, der über das Land unbeschränkt verfügt. Aus diesem Geiste werden alle Quälgeister geboren, unter denen das Land schwer zu leiden hat; objektiv und subjektiv, durch die Notwendigkeiten des Krieges selbst sowie durch die Willkür der Kommandanten geschieht so viel im Lande, daß es Ihr Mitgefühl, meine Herren, auf der Regierungsbank, Ihre Hilfe, Ihren hilfsbereiten, tätigen Schutz unverzüglich herbeiführen sollte, wenn Sie eine Regierung des Staates sein sollen. Nicht das Verzeichnis frommer Wünsche, sondern die rasche, tätige Hand der Regierung braucht das Land. Taten und nicht Worte erheischen wir von Ihnen, meine Herren, denn im Lande geschieht ein Unglück nach dem anderen. Es ist zuerst die Notwendigkeit des Krieges: da haben wir eine gewaltsame Evakuierung ganzer Länderstriche, da gebe ich Ihnen bekannt, daß zum Beispiel neulich bei Tarnopol ein Landstrich von 5 Kilometer Breite und 200 Kilometer Länge vollständig evakuiert wurde; 25.000 Menschen werden gewaltsam aus ihren Hütten und ihren Dörfern vertrieben. Wie geschieht das meine Herren? Gerade für den Herrn Landesverteidigungsminister wäre es sehr am Platze, sich damit näher zu befassen. *(Ruf: Er hat nicht die Macht!)* Das hat nichts zur Sache, der Herr ist Vertreter der militärischen Macht unserem Hause gegenüber und uns verantwortlich.

Es geschieht oft so, daß plötzlich die Bevölkerung binnen einer halben Stunde von ihren Wirtschaften hinausgetrieben und einige Meilen nach Westen hinaufgeschoben wird, damit dann die Soldaten die Hütten ausrauben, ausrauben *(Zustimmung)* unter der Abwesenheit der armen Menschen, die kaum imstande sind, Weib und Kind und das allernotwendigste in einer Stunde zusammenzuraffen und mit sich zu schleppen; unter der Abwesenheit der ganzen Bevölkerung des Dorfes wird das Dorf ausgeplündert, ohne daß der Bauer weiß, wer ihm ausplünderte, und ohne daß er sich beschweren kann, weil er ja auf niemand hinweisen kann; und dann wird er als Verleumder behandelt. *(Abgeordneter Cehelskyj: Sogar die Fensterscheiben werden*

*gestohlen!)* Aber was, die Fensterscheiben, ganze Häuser, Herr Kollege! Ich kann hinweisen auf vier Gemeinden, die vollständig von der Erdoberfläche verschwunden sind, und zwar zwischen Sereth und Strypa und an Stelle der Häuser und Wirtschaftsgebäude werden Sie ganze Wälder von Kräutern und Disteln auf diesem von Gott begnadeten Boden wuchern sehen. Die Häuser werden demoliert, das ganze Holz, Fenster und Türen usw. werden zum Ausbau der Schützengräben verwendet. Ich sage, daß das objektive Notwendigkeiten dieses Krieges sind, nicht wahr, der Krieg braucht es? Ob er es aber gerade in der Form braucht, wie es bei uns beliebt wird, das ist die große Frage und dagegen erheben wir hier den feierlichsten Einspruch. Nun, meine Herren, es wird aber weiter requiriert. Zwei große Armeen leben vom Lande; alles wird requiriert, Vieh, Pferde, Rubel, die in der Tasche gefunden werden — ich bitte, nehmen Sie das zur Kenntnis, Exzellenz — Rubel werden requiriert, Möbel werden requiriert, Pianos werden requiriert *(Heiterkeit)* — ob für den Schützengraben, das frage ich Sie — Hausgeräte, Mehl, Brot, Kartoffel, Fett, Fleisch, Getreide, alles was vorgefunden wird, Kleider, Wäsche, werden den Ärmsten, die auf diesen Dornenweg des Flüchtlings sich begeben, vor allem noch zu Hause weggenommen. Ob das objektive Notwendigkeit des Krieges ist, das wage ich zu fragen, Exzellenz. Nachdem man alles requiriert hat, plündert man, plündert man, ich wiederhole das schwere Wort und die schwere Anklage. Man mäht ganze Felder von grünem Getreide nieder *(Zustimmung)*, um die wertvolle Frucht im unreifen Zustande den Pferden hinzuwerfen. Man gräbt unbarmherzig ganze Äcker von jungen Kartoffeln, ohne sie ausreifen zu lassen, aus, man vernichtet Wälder ohne Rücksicht auf die Schutzbestimmungen des Armeekommandanten *(Zwischenruf)*, man konfisziert alles Eßbare, was man tagsvorher festgestellt als die unumgänglichen Vorräte, um die Bevölkerung vor Hunger zu beschützen. Man macht an einem Tage Statistik, damit der Überschuß über das Bedürfnis festgesetzt werde, denn in diesen Überschuß sollen sich zwei Armeen teilen. Aber am nächsten Tage erscheint der preußische Unteroffizier und konfisziert unbarmherzig alles Eßbare, das er im Dorfe vorfindet. *(Zwischenrufe.)* Man nimmt diesem ganzen Landstriche alles Petroleum und alle Kerzen, die nur vorzufinden sind und so ist Ostgalizien in diesen langen Nächten in vollständige Dunkelheit eingehüllt. Was macht man damit? Es kommt da wieder das objektive Bedürfnis der Ernährung der Armeen vom Lande, wie der Fachausdruck lautet; aber wir sehen, meine Herren, mit Erstaunen und Empörung, daß das Land beraubt wird, damit die Nahrungsmittel nach Deutschland ausgeführt werden. *(Lebhafter Beifall. — Rufe: Skandal! — Abgeordneter Hartl: Jetzt kommt die Hetze gegen Deutschland!)* Hören Sie die Tatsachen. *(Abgeordneter Hartl: Jetzt kommt die Hetze gegen Deutschland! — Lebhafte Zwischen- und Gegenrufe. — Große Unruhe.)* Ich will die Tatsachen anführen. Wenn Sie, meine Herren Kollegen, von Galizien nach Wien fahren — und das tun wir zweimal in jeder Woche — so werden Sie in Oderberg Zeugen folgenden Vorgehens sein. *(Hört! Hört!)* Große Ballen aus Holz oder große Säcke, die ein erwachsener Mann kaum imstande ist zu tragen, vollgefüllt mit Nahrungsmitteln, mit Fleisch, Fett, Butter, Eiern, kurz mit allen Eßwaren, das nur möglich ist, werden Sie von den deutschen Soldaten hingeschleppt sehen und da werden Sie sehen, wie zu dem sie erwartenden Zuge zwei bis drei Leute einem solchen Offiziersdiener behilflich sein müssen, damit das in den deutschen Zug gehe.

Vor drei oder vier Tagen wurden in Krakau acht plombierte Waggons, deutsche Waggons, vorgefunden, die mit allen möglichen eßbaren Sachen . . . *(Lebhafte Zwischenrufe und Gegenrufe. — Anhaltende große Unruhe.)*

Herr Präsident, ich hoffe, daß diese nicht durch mich verursachten Störungen mir doch zu meinen 30 Minuten zugerechnet werden.

Also nicht nur die Privatausfuhr, sondern unter Plomben sich befindende acht Waggon, nach Deutschland bestimmt, wurden in Krakau geöffnet und es wurde nicht Munition gefunden, sondern lauter 5 Kilo-Pakete, zum Versand bei der ersten deutschen Poststation nach allen möglichen Richtungen des Deutschen Reiches. *(Hört! Hört!)* In den Munitionszügen hat man zahlreiche Gänse und geschlachtete Schweine vorgefunden. *(Abgeordneter Teufel: Die polnischen Juden verkaufen ja Ihr ganzes Land!)* Der Herr Kollege spricht von polnischen Juden. Ich werde Ihnen zitieren, wer die polnischen Juden anweist zu kaufen. Herr Teufel, bitte hören Sie zu. Weil Sie von polnischen Juden sprechen, so werde ich die polnischen Juden anführen. Ich habe hier ein Schriftstück, welches lautet *(liest)*:

„Herr Moritz Rosenbaum und Josef Bleich" — wahrhaftig nicht kerndeutsche Namen — aus Tarnopol — noch dazu! — „sind berechtigt, für das Felddivisionsamt 6, Infanteriedivision in Zagrobela, Lebensmittel in Mikuliñce, Strusiów Trembowla einzukaufen und nach Tarnopol zu schaffen. Tarnopol, am 29. August 1917." Unterschrift: „Zauder, Feldzahlmeister."

Also da haben Sie die polnischen Juden.

Meine Herren! Aber das verblaßt alles gegenüber einer Tatsache, die jetzt in dem wiedereroberten Ostgalizien praktiziert wird. Und nun lade ich Sie ein, meine Herren deutschnationalen Abgeordneten,

ich appelliere an Ihren Rechtlichkeitssinn, an Ihre bürgerlichen Begriffe, an das, was Sie sozusagen im vorhinein mit sich in dieses Haus hereinbringen. Es ist das der neue Begriff in Ostgalizien, also in einem österreichischen Lande: der Begriff der „Kriegsbeute". Wissen Sie, was Kriegsbeute in der Praxis bedeutet? Die Kriegsbeute bedeutet, daß das Getreide, das aus dem Samen stammt, der von den Russen überlassen worden ist, ohne Entschädigung als Kriegsbeute konfisziert wird; das bedeutet, daß, wenn sich ein russisches Fohlen verirrt hatte und der ruthenische oder der polnische Bauer sich ein Pferd aus diesem Fohlen großgezogen hatte, ihm dieses Pferd als Kriegsbeute abgenommen wird. Pferde, die auf der öffentlichen Versteigerung gekauft worden sind, also nach den bestehenden österreichischen Gesetzen das Eigentum des Käufers bilden, werden ihm abgenommen, ohne daß ihm ein Heller dafür gezahlt wird. Aber noch ärger. Es ist im Dorfe Nastassów bei Tarnopol ein Kinderheim. Die arme Lehrerin bekam von den Russen Vorräte von verschiedenen Nahrungsmitteln für die 40 oder 47 Kinder, Waisen, die da untergebracht waren. Als die russische Invasion vertrieben wurde, haben die Deutschen alle eßbaren Nahrungsmittel des Kinderheimes als Kriegsbeute konfisziert. *(Hört! Hört! — Zahlreiche Zwischenrufe.)* Ich nenne den Namen, ich nenne den Ort. Wer hat den Mut, dies in Schutz zu nehmen? Wer will sich damit beflecken, daß er für die Beraubung der Bevölkerung ist? *(Zwischenrufe.)*

Wie die Sachen aussehen, dafür will ich Ihnen nicht meinen Standpunkt, sondern den Standpunkt der österreichischen Beamten, des Herrn Statthalters und des Ministeriums anführen. Nach der Befreiung der östlichen Bezirke ließ anfangs die deutsche Armee die österreichischen Beamten nicht in die Bezirke zu und nun war der ruthenische und der polnische Bauer, der Besitzer wie der Proletarier, einer Armee gegenüber und hatte seinen eigenen Beamten nicht, zu dem er kommen und bei dem er sich beschweren könnte. Als aber das Armeeoberkommando und die Statthalterei endlich mit der Forderung durchgedrungen sind, sie seien die Wirte und sie haben die Pflicht, für die Bevölkerung zu sorgen, da haben sie direkt Bankerott erlitten. Das habe ich aus den offiziellen Aussagen des Herrn Obersten Lamezan, der bei der Statthalterei attachiert ist, um über diese landwirtschaftliche Fürsorge zu wachen. Die Regierung hat versprochen, für dieses Gebiet von einer halben Million Joch Grund 60.000 Pferde zu liefern. Nicht einmal sechs Pferde wurden bis nun geliefert. Die Regierung hat versprochen, das Aufräumen des Gebietes, die Reinigung von Drahtverhauen, von Geräten, von Leichen und Tierkadavern zu besorgen. Nicht einen Schritt hat sie in dieser Hinsicht getan. Die Regierung hat versprochen, Dampfpflüge zu liefern und für eine halbe Million Joch wurden — hören Sie, meine Herren — drei Dampfpflüge bis nun geliefert. Die Regierung, das heißt, die Statthalterei hat versprochen, zur momentanen Aushilfe 15 Millionen Kronen zu geben. Die Zentralregierung hat nur fünf zugestanden. Was von dieser Summe bis nun ausgezahlt wurde, weiß niemand. Die Regierung hat beschlossen, daß das Brotmehl zur Ernährung der Bevölkerung des wiedereroberten Gebietes aus dem bisherigen galizischen Kontingente zu bestreiten sei; der Staat kümmert sich nicht mit seinem Mehlkontingent um diese neu eroberte Provinz, sondern von unserem Elend wird noch das ostgalizische Elend genährt werden müssen. Was das nach sich ziehen wird, das wissen Sie; das ist der nackte Hunger im Winter. Aber diese Wirtschaft in Ostgalizien ist nur die Fortsetzung der früheren und der bisherigen Wirtschaft im ganzen Lande.

Nun jetzt, meine Herren, zur Evakuierung. Man hat jetzt an Evakuierten, nachdem sie ihre Arbeit bei der Ernte und bei der Aussaat hier in Westösterreich geleistet haben, genug und man läßt sie zurückkehren in ihre Gemeinden. Aber diese Gemeinden sind vollständig demoliert; anstatt 50 Häuser sind nur fünf und die Bevölkerung von 50 Häusern drängt sich jetzt in fünf Häuser und erwartet mit bangen Gefühlen die Rückkehr von einigen Zehntausenden, wenn es nicht Hunderttausende sein werden, für den Winter. Und die Regierung wäscht sich die Hände wie Pilatus und sagt: zwei Monate gebe ich ihnen noch die Flüchtlingsunterstützung und dann mögen sie krepieren.

Und, meine Herren, wie lautet ein Telegramm, das ich von dem evakuierten Komitee in Lemberg vorgestern erhalten habe. Hören Sie nur! *(Abgeordneter Neunteufel: Da zeigt sich die ganze Absicht einer Hetzrede! — Lebhafte Gegenrufe.)*

Vizepräsident **Udržal**: Ich bitte um Ruhe, meine Herren.

Abgeordneter **Daszyński**: Ich muß, meine Herren, . . . *(Abgeordneter Neunteufel: Es ist nichts anderes als eine Hetzrede! — Fortgesetzte Zwischenrufe.)*

Vizepräsident **Udržal**: Ich bitte um Ruhe, meine Herren. Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu stören, denn er wird sehr bald schließen müssen.

Abgeordneter **Daszyński**: Ich muß, meine Herrn, den Herren Kollegen, die so heftig protestieren, einen Dank aussprechen. Sie haben es

zum ersten Male dazu gebracht, daß die Polen und Ruthenen von Ostgalizien sich in einem Proteste zusammengefunden haben. Das Telegramm lautet *(liest)*:

„Die wiedereroberten Bezirke haben bisnun nicht ein Körnchen Saatgetreide erhalten, im Gegenteile, was die Russen angebaut hatten, wurde als Kriegsbeute beschlagnahmt, während gerade das zur Ernährung und Aussaat hätte bleiben sollen. Mit der Frucht wird auch das Stroh weggenommen. Die zurückkehrenden Evakuierten sind mit keinerlei Nahrung versehen. Von seiten der Bezirkshauptmannschaften keine Aktion in dieser Richtung. Wir bitten unverzüglich um Intervention."

So schauen die Dinge in Ostgalizien aus. Es ist keine Übertreibung, keine Gehässigkeit, keine Politik, was wir hier vorbringen, es ist die Pflicht eines jeden Abgeordneten, eine beraubte, dem Hunger preisgegebene Bevölkerung so rasch als möglich in Schutz zu nehmen. Wir sind gegen den Begriff der Kriegsbeute auf österreichischem Gebiete.

Man kann eine Kriegsbeute in einem fremden Lande zur Geltung bringen, obwohl es auch da vollständig unangebracht ist, aber Kriegsbeute in Österreich zu proklamieren, ist doch eine Nullifizierung Österreichs. Da wir uns nicht gefallen lassen wollen, in unserem eigenen Lande außerhalb des Gesetzes gestellt zu werden, so sprechen wir das im hohen Hause aus und bitten die hohe Regierung, darüber nicht hinwegkommen zu wollen, sondern das sehr scharf zu kontrollieren, worüber die Bevölkerung klagt; denn wenn es einmal feststeht, daß die österreichische Regierung auf österreichischem Boden den österreichischen Staatsbürgern gegenüber ihre Hoheitsrechte, die staatlichen Souveränitätsrechte zugunsten irgend wessen preisgibt, dann soll sich die Regierung nicht wundern, wenn ganze Nationen daraus sehr unerwünschte Konklusionen und Konsequenzen ziehen. *(Beifall und Händeklatschen.)* Deswegen, meine Herren, habe ich gesprochen. Es ist nichts präjudiziert hier, wir schauen der Regierung zu; sie soll beweisen, daß sie es mit den Forderungen, die die Bevölkerung und ihre Vertretung hier im Abgeordnetenhause erhebt, ernst meint. Wir wollen eine ernste Regierung dem Ernste unserer Forderungen gegenüber. Wenn sie es an Ernst mangeln lassen wird, dann wird sie sich selbst die Schuld an den Folgen zuschreiben müssen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Udržal**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Serbu; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Serbu**: Domnilor! Fii poporului român de sub coroana Habsburgică se luptă cu neasemănată bravură pe toate câmpurile de luptă pentru apărarea patriei şi a tronului. Poporul român din Bucovina, unde şi astăzi bântuie lupte sângeroase a îndurat cele mai dureroase neajunsuri pe urma repetitelor invaziuni şi ocupaţiuni inimice. El a adus şi aduce încă necurmat cele mai grele sacrificii de bun şi sânge, nutrind în sufletul său convingerea, că Austria, care se va renaşte din acest nemărginit potop de sânge, îi va pregăti şi lui condiţiuni mai favorabile de trai, îngăduindu-i libera şi neîmpiedecata desvoltare a culturei sale naţionale.

Ca reprezentant legitim al acestui popor introduc oraţiunea mea de astăzi în însăşi limba sa, ca să fie mărturie şi în afară, că şi acest popor reclamă cu toată tăria egala îndreptăţire alăturea cu celelalte popoare al imperiului nostru, care î-şi va putea întemeia tăria şi viitorul sau pe libertatea, înflorirea şi devotamentul popoarelor sale.

Hohes Haus! Die Milliarden der Finanzvorlage kennzeichnen am besten die vorläufigen Wirkungen dieses größten Krieges aller Zeiten. Über die Ursachen dieses ungeheuren Weltbrandes in einer für unsere Feinde überzeugenden Weise hier zu diskutieren, wäre vergebliche Mühe. Für uns Österreicher steht es fest, daß wir einen Krieg nicht gesucht und nicht gewünscht haben und ebenso unterliegt es keinem Zweifel, daß wir nur zur Wahrung unseres Ansehens und zur Verhinderung einer Zerstückelung unseres Vaterlandes zu den Waffen greifen mußten. Unsere Feinde behaupten, sie kämpfen für Freiheit und Menschenrechte, für Kultur und Zivilisation und haben sich nicht gescheut, zunächst im geheimen, später aber offen vor der ganzen Welt sich mit einem Mörderstaate zu verbinden, um unter dem Deckmantel des Schutzes eines ihrer Ansicht nach unschuldigen Kleinstaates ihre eigennützigen Absichten der Verwirklichung zuzuführen. Der grauenhafte Mord in Sarajevo, dem auch ein der Politik fernstehendes, unschuldiges Weib zum Opfer fallen mußte, hat in den Ententestaaten nicht, wie bei Kulturstaaten zu erwarten war, Empörung und das Bedürfnis nach Sühne hervorgerufen, vielmehr den willkommenen, von unseren Feinden sehnsuchtsvoll erwarteten Anlaß gegeben, die Zertrümmerung der österreichischen Monarchie endlich der Verwirklichung zuzuführen. Freilich hat die Entente die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Innerhalb der drei langen, fürchterlichen Kriegsjahre hat sie unzählige Niederlagen erlitten, aber ungeachtet dessen ist sie zum Bewußtsein ihrer Ohnmacht noch nicht gekommen und schleppt fort und fort neue Bundesgenossen heran, um mit Hilfe dieser nunmehr, nicht wie sie behauptet, der Kultur und Zivilisation zum Rechte zu verhelfen, sondern ausschließlich, um der Rache ihrer Völker zu entgehen und um ihr Prestige vor der Mit- und Nachwelt zu retten.

Senegalen, Insulaner, Kannibalen und Indianer wurden übers Meer nach Europa geschleppt, um die Katastrophe von der Entente abzuwenden, doch alle Mühe ist umsonst. Felsenfest stehen unsere und unserer Verbündeten Armeen im Kampfe gegen die Völker des ganzen Erdballs. Viele unserer Feinde sind zu Boden gestreckt, Könige irren heimatlos in den Ententestaaten umher und selbst der allmächtige Zar fiel den Intrigen des herrschsüchtigen England zum Opfer und wurde von seinem eigenen Volke nach Sibirien verbannt.

Die Ententediplomatie hat es aber auch verstanden, die mit den Zentralmächten durch Bündnisverträge gebundene Staaten zum Verrat zu verleiten und hat dadurch den Begriff der Entente über Treu und Glauben, über Kultur, Zivilisation und Völkerrecht wohl am besten charakterisiert.

Nach dem Treubruch Italiens folgte der Treubruch Rumäniens. Dieses Königreich, das bei Einhaltung des mit Österreich-Ungarn bestehenden Bündnisvertrages, ja selbst bei Verharren in der Neutralität mit Rücksicht auf seine Lage inmitten des Weltbrandes die größte Rolle in der Weltgeschichte hätte spielen können, wurde von einer gewissenlosen Regierung und von einem degenerierten Herrscher zum Selbstmord verleitet und ins Verderben gestürzt. Die Kriegserklärung Rumäniens durch den sogenannten Kronrat war ein gewissenloser Staatsstreich, denn nach der Verfassung des Königreiches Rumänien muß jeder Staatsakt von der Kammer und dem Senate beschlossen werden. Man hat sich aber gescheut, Kammer und Senat einzuberufen, weil man genau wußte, daß, mit Ausnahme der bezahlten Kriegshetzer in Bukarest und Jassy, das ganze rumänische Volk an der Spitze mit Carp, Marghiloman, Stare und Arion gegen den Krieg war.

Leider muß ich aber auch feststellen, daß der einstige Diktator unserer Monarchie, Graf Tisza, nicht wenig dazu beigetragen hat, daß die rumänische Oligarchenpartei sich trotz aller dagegen sprechenden Vernunftsgründe zur Kriegserklärung an Österreich-Ungarn entschlossen hat. *(Sehr richtig!)* Ich behaupte nicht viel — und Exzellenz Graf Czernin wird mir im stillen recht geben müssen —, wenn ich sage, daß Graf Tisza Rumänien zum Kriege gegen die Zentralmächte direkt aufgehetzt hat.

Wir Rumänen Österreich-Ungarns haben am 28. August 1916 mit Schrecken die unheilvolle Kunde von der Kriegserklärung Rumäniens vernommen und haben es nicht unterlassen, unseren Standpunkt gegenüber derselben sofort zu präzisieren. Um so schmerzlicher berührten uns daher die gehässigen Auslassungen des Privatdozenten an der Münchner Universität Dr. Eugen Lerch — „Vossische Zeitung" Nr. 464 — und des Hermann Kienzl in seiner zu Beginn dieses Jahres erschienenen Schrift gegen das Rumänentum, Gehässigkeiten, die der deutschen Gelehrten unwürdig sind und die wir, da sie das ganze rumänische Volk verunglimpfen, auf das entschiedenste zurückweisen müssen.

Nahezu eine Million der rumänischen Nation angehörigen Söhne Österreich-Ungarns stehen in Waffen und verteidigen heldenmütig die Grenzen unserer Monarchie.

Es ist daher, gelinde gesagt, eine unverzeihliche Frivolität, wenn deutsche Gelehrte Schmähschriften gegen eine Nation veröffentlichen, deren Söhne Schulter an Schulter mit den deutschen Verbündeten im heldenmütigen Kampfe gegen eine Welt von Feinden ihr Vaterland verteidigen.

Hohes Haus! Der unheilvolle Krieg hat die blutgetränkte Schwelle des dritten Jahres überschritten. Die Sehnsucht und der Ruf nach dem Frieden wird in allen kriegführenden Staaten dringender und stürmischer. Dies ist eine natürliche Sache in den feindlichen Staaten und vom Standpunkte der Humanität begreiflich in den verbündeten Staaten. Die Form aber, in welcher dieser Friedensruf in diesem hohen Hause mitunter zum Ausdrucke kommt, hat mich, offen gesagt, befremdet. Dieser Ruf artet zuweilen in ein Wehklagen und Gejammer aus, welches unserer Völker und unserer Heldensöhne, die im Vergleiche zum Hinterlande Unermeßliches standhaft erdulden, dem Feinde Hieb auf Hieb versetzen und ihn zu Boden strecken, einfach unwürdig ist. *(Sehr richtig!)* Wir und unsere Verbündeten sind auf allen Linien die Sieger. Ungeachtet dessen haben die Zentralmächte sich herbeigelassen, zuerst und wiederholt dem Feinde die Hand zu einem für beide Teile ehrenvollen Frieden zu bieten. Unsere Feinde haben hochmütig die Friedenshand von sich gewiesen und verharren auch jetzt in ihrem Trotze. Soll der Friede in die Welt einziehen, muß dieser Trotz gebrochen werden. Durch päpstliche Noten und durch internationale Konferenzen wird meiner Ansicht nach — soweit man den Charakter Englands kennt — dieser Trotz nicht gebrochen werden. Die Waffen allein werden und müssen die Entscheidung bringen. Damit aber die Träger dieser Waffen auch im Kampfe so gestählt werden, daß sie uns den baldigen und sicheren Frieden bringen, müssen wir im Hinterlande den Kopf hochhalten, uns als wahre Sieger, die wir sind, benehmen und das Wehklagen nach dem Frieden, das nur unseren Feind in seiner Ausdauer stärkt, endlich einmal aufgeben. *(Zustimmung.)*

Die Wirkungen des Krieges können wir Bukowinaer am besten beurteilen und trotz des ganzen unermeßlichen Unglücks, das unser Land

heimgesucht hat und noch heimsucht, und trotz der riesigen Opfer, die wir dem Vaterlande dargebracht haben, sind wir Bukowinaer fest entschlossen, mutig und mannhaft bis zum siegreichen Ende auszuharren. Auch wir wünschen sehnlichst den Frieden herbei, aber dieser Friede darf nie und nimmermehr ein Friede um jeden Preis sein. *(Bravo! Bravo!)*

Und nun gestatten Sie mir, meine Herren, die Wirkungen dieses Krieges auf mein engeres Heimatland Bukowina hier kurz zu besprechen, um der Regierung im Rahmen der mir zur Verfügung stehenden Zeit die Unterlagen für die Wiederaufrichtung dieses Landes zu geben. Vorausschicken möchte ich, daß trotz aller Opfer, die mein Heimatland für Kaiser und Thron gebracht hat, man nicht annehmen darf, als ob die von den Vertretern der verschiedenen Parteien hier in diesem hohen Hause bei der früheren Budgetdebatte vorgebrachten Beschwerden über rücksichtslose Maßnahmen und Willkürakte an den Grenzpfählen der Bukowina Halt gemacht hätten.

Wenn ich mich auch mit den Ausführungen des Abgeordneten v. Wassilko in seiner am 16. Juni gehaltenen Rede in Widerspruch setze, muß ich hier in diesem hohen Hause feststellen, daß in diesem Belange, gleichwie in Galizien und den südlichen Kronländern, auch in der Bukowina volle Gleichberechtigung geherrscht hat. Arretierungen, Justifizierungen, Konfinierungen, Disziplinierungen, Evakuierungen und Requisitionen waren auch in der Bukowina an der Tagesordnung und haben so manches unschuldige Opfer gefordert. Für die Bevölkerung der Bukowina waren aber diese Leiden um so drückender und schmerzlicher, als sie ihr vom Feinde und vom Freunde zugefügt wurden. Denn nach jeder russischen Invasion kam über die unglückliche Bukowina eine magyarische, die mitunter in ihren Wirkungen viel ärger als die feindliche war. So wurde beispielsweise der Kurort Dorna Watra von den magyarischen Truppen der 5. Kavallerietruppendivision vollständig geplündert und devastiert. Nicht nur, daß aus den Häusern sämtliche Einrichtungsstücke entwendet wurden, sondern es wurden auch alle Türen, Fenster und Fußböden herausgerissen und verbrannt und beim Abzuge selbst die Öfen in boshafter Weise demoliert. Die Bosheit dieser Herren ging aber so weit, daß sie im ersten Stockwerke des Offizierskurhauses und des Priesterheims Pferde untergebracht haben. Um aber auch bei der bäuerlichen Bevölkerung ungehindert Plünderungen vornehmen zu können, wurden ganze Gemeinden des Bezirkes Dorna Watra zwangsweise unter dem Vorwande der Unverläßlichkeit der Insassen evakuiert und diese nach dem Westen abgeschoben.

Was sich aber die erwähnte Kavallerietruppendivision in Requisitionen geleistet hat, das steht wohl einzig in der Geschichte dieses Krieges da. Ich habe hier mehrere Requisitionsbefehle, die ich den Herren nicht vorenthalten möchte. Ich glaube, daß diese am besten die Situation der armen Bevölkerung charakterisieren.

Ein Requisitionsbefehl lautet *(liest)*:

„K. u. k. 11. Korpskommando. (Gem. Z. 440/17.)

Requisitionsbefehl.

Zur Requisition von 10 Stück Betten, 8 Stück Kästen, 25 Stück Tischen, 30 Stück Sesseln, 8 Stück Spiegeln, 10 Nachtkästchen, 10 Stück Waschkasten samt Waschbecken, 4 Stück Divans nebst Vorhängen, Teppichen, Waschservicen, zwecks Ausgestaltung der Bordelle in Dorna Kandreni, haben 4 Mann der Stabskompagnie 1/30 mit 10 Fuhrwerken nach Dorna Watra abzugehen.

Feldpost 131, am 19. Februar 1917.

K. u. k. Korpskommando. Jaeger m. p.
Oberst."

*(Zwischenrufe: — Abgeordneter Dr. Sommer: Haben Sie sich überzeugt, ob das nicht ein Faschingsscherz ist?)* Nein, ich bitte, das sind Abschriften von Befehlen.

Dann habe ich einen zweiten Requisitionsbefehl *(liest)*:

„Platzkommando, Hauptquartier des k. u. k. 11. Korps. (Gem. Z. 574/17.)

Dienstzettel.

Feldpost 131, am 9. Jänner 1917.

Zwecks Requisition von 1 Stück Divan, 8 Paar Fenstervorhängen, 10 Stück Wanddekorationen für Bordell in Dorna Kandreni, haben 2 Mann der Stabskompagnie 1/30 nach Dorna Watra abzugehen.

K. u. k. 11. Korpskommando, Platzkommando. Stein m. p.
Oblt."

*(Zwischenrufe.)*

Und ein drittes Stück *(liest)*:

„Platzkommando, Hauptquartier des k. u. k. 11. Korps.

Requisitionsschein.

Zur Requisition von 1 Stück Divan, 3 Paar Vorhängen, 3 Stück Roßhaarpolstern, für das ad Bef. d. 7. A. K. q. Nr. 50203, v. 26./10. 1916, in Dorna Kandreni zu errichtende Freudenhaus

haben 2 Mann der Stabskompagnie 1/30 nach Dorna Watra abzugehen.

Feldpost 131 am 13. Jänner 1917.

K. u. k. 11. Korpskommando,
Platzkommando.

Stein m. p.
Oblt."

*(Zahlreiche Zwischenrufe.)*

Ich bemerke, daß diese Freudenhäuser ausschließlich für Offiziere errichtet wurden und daß für Mannschaften derartige k. u. k. Institute nicht bestehen.

Der mit der Leitung der Gemeindeangelegenheiten von Dorna Watra betraute katholische Pfarrer Dr. Weber wurde gezwungen, diese Requisitionen bei seinen Pfarrlingen vorzunehmen und sie zur Abfuhr nach Dorna Kandreni zu bringen. *(Abgeordneter Dr. Rybář: Vielleicht auch einzuweihen? — Heiterkeit.)* Ich glaube, meine Herren, daß wir das Kriegsleistungsgesetz nicht zu dem Zwecke votiert haben, damit Einrichtungsstücke und Dekorationen für Offiziersfreudenhäuser von den Staatsbürgern requiriert werden, und müssen daher gegen derartige empörende Requisitionen in der energischesten Weise Protest erheben und von der Armeeleitung fordern, daß sie diesen unerhörten Vorgang der gebührenden Ahndung zuführt und die Sacheigentümer auf Kosten der Schuldtragenden vollständig schadlos hält. Denn man kann wohl nicht von den Bürgern verlangen, daß sie ihre in Freudenhäusern in Verwendung gestandenen Einrichtungsgegenstände wieder in Gebrauch nehmen. *(Abgeordneter Dr. Langenhan: Sie werden wohl auch etwas lädiert sein! — Heiterkeit.)*

Wie die magyarischen Truppen im nördlichen Teile der Bukowina, beispielsweise in Wiżnitz, gewirtschaftet haben, wird am besten durch den klassischen Ausspruch eines dortigen Bauern charakterisiert.

Als der Bezirkshauptmann von Wiżnitz nach der zweiten Invasion nach Wiżnitz zurückkam und einen Bauern fragte, wie es ihm eigentlich unter der russischen Herrschaft ergangen sei, meinte dieser, es sei ganz gut gegangen, die Russen hätten alles bezahlt, was sie genommen haben, hätten auch nie die Leute mißhandelt; später aber, meinte er, sei der Zar böse geworden, habe die Kosaken abgezogen und dafür die Honvéd hereingeschickt. Und da war es aus mit uns! *(Heiterkeit.)*

Ich glaube, daß dieser klassische Ausspruch des einfachen Bauern die Vorgangsweise der Magyaren wohl am besten charakterisiert.

Neben den seelischen und physischen Leiden der Bevölkerung der Bukowina hat das Land selbst an seinem Leibe so viele und schwere Wunden erhalten, daß es der unendlich großen Fürsorge des Staates bedarf, um diese Wunden zur Heilung bringen zu können.

Tausende Wirtschaften, ganze Dörfer und Städte, zahlreiche Guts- und Meierhöfe, viele Industrieanlagen sind durch den Feind dem Erdboden gleichgemacht, ganze Wälderkomplexe vernichtet worden.

Alle landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte sind verschleppt oder zerstört worden, die Felder sind verwildert, zum großen Teile durch strategische Vorkehrungen ganz außer Kultur gesetzt und bedürfen nach dem Kriege einer kostspieligen Melioration und intensiven Pflege, um wieder urbar gemacht zu werden. Am allerschwersten aber trifft die Bukowina die Vernichtung ihres gesamten Viehstandes infolge von Maßnahmen, die ich des näheren in einem späteren Zeitpunkt zu besprechen mir vorbehalte.

Schon jetzt möchte ich aber hier öffentlich feststellen, daß alle in diesem Belange gegen den Bukowinaer Landeskulturrat und dessen Präsidenten erhobenen auf Ablenkung berechneten Anschuldigungen vollständig unwahr sind und daß Präsident Dr. Stefanowicz für die Bukowina so Außerordentliches geleistet hat, daß die Bevölkerung dieses Landes ihm hierfür nicht genug dankbar sein kann.

Während die Landwirte, Gutsbesitzer und Industriellen unserer vom Kriege verschont gebliebenen Provinzen in der Lage waren, die Kriegskonjunktur auszunutzen, ihre Produkte mitunter auch um zehnfache Preise abzusetzen, während die Kaufleute und Gewerbetreibenden der westlichen Provinzen ruhig ihrem vielfach gesteigerten Erwerb nachgehen konnten und alle miteinander Millionenverdienste eingeheimst haben, sind in der Bukowina nicht nur die Bauern, Kaufleute und Gewerbetreibenden, sondern auch viele Gutsbesitzer und Großindustrielle zu Bettlern geworden. Es ist daher für die Regierung und den Staat ein Gebot der Pflicht, einen materiellen Ausgleich zwischen Ost und West vorzunehmen, um die von der Kriegsfurie wiederholt heimgesuchte Bukowina aus staatlichen Mitteln schadlos zu halten und wiederherzustellen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich, anschließend an die Rede des Herrn Abgeordneten Daszyński, vorbringen, daß dieselben Requisitionen gegenwärtig auch in der Bukowina stattfinden, und zwar seitens der deutschen Armee. Ich möchte mir erlauben, an die hohe Regierung die Bitte zu richten, daß sie die notwendigen Schritte unternehme, damit diesen Requisitionen Einhalt getan werde, denn man kann nicht verlangen, daß ein Land, das, wie ich schon erwähnt habe, sechs Invasionen mitgemacht hat, alle noch vorhandenen Vorräte hergebe.

Meine Herren! Da beide Reichshälften nach außen hin eine einheitliche Monarchie bilden, erachte ich es für meine Pflicht gegenüber Kaiser und

Reich, nicht minder meiner Nation gegenüber, die Frage der stammverwandten ungarländischen Rumänen hier kurz zu berühren. Angesichts der Zukunft der Gesamtmonarchie und im Interesse der Großmachtstellung unseres Reiches können wir ebensowenig die wahre Lage der Dinge in Ungarn als fremd und für uns gleichgültig betrachten, als das traurige Schicksal der Rumänen und der anderen entrechteten nichtmagyarischen Nationen durch unser Totschweigen noch mehr verschlimmert und die Lebensinteressen der Gesamtmonarchie dadurch empfindlich geschädigt werden würden.

Die jahrhundertlange Unterdrückung der Nationalitäten in Ungarn, insbesondere jene unserer rumänischen Stammesbrüder ist wohl der ganzen Welt bekannt. Es ist daher kein Zufall, wenn die Sozialisten rein magyarischer Nation vor wenigen Wochen in Stockholm die Knechtung der nichtmagyarischen Nationen klar und deutlich bestätigt und für Siebenbürgen die Autonomie verlangt haben.

Auf kulturellem, nationalem und politischem Gebiet sind die ungarländischen Rumänen gefesselt, jeder Freiheit beraubt und der Willkür der magyarischen Oligarchie preisgegeben. Daß sich die Unterdrückung und Verfolgung unserer Brüder im Weltkriege auf das äußerste verschärft und zu einem Martyrium ausgebildet hat, ist ja nach der jahrhundertlangen Tradition der magyarischen Politik gar nicht verwunderlich.

Als weiland Kaiser Franz Joseph I. im August 1914 seine Völker zu den Waffen rief, folgten mit Begeisterung diesem Rufe 800.000 Söhne des rumänischen Volkes in Ungarn und Siebenbürgen. Sie haben auf allen Schlachtfeldern dieses Weltkrieges ihren Heldenmut, ihre Treue zu Kaiser und Thron, ebenso ihre Vaterlandsliebe auf das glänzendste bewiesen. Geradezu bis zur Selbstverleugnung ging aber auch die Aufopferung des kaisertreuen Rumänenvolkes im Hinterlande.

Sie alle, Kombatanten und Nichtkombatanten, haben ihr Leben, ihr Hab und Gut der Dynastie und ihrem Vaterlande zum Opfer gebracht, geleitet von der einzigen Hoffnung, daß die Überlebenden und ihre Nachkommen nach jahrhundertelanger Knechtschaft die Sonne der Freiheit erblicken werden. Und wie beginnt die Verwirklichung dieser Hoffnung? Ein Interniertenlager riesigen Umfanges, ein großes Gefängnis für Rumänen aller gesellschaftlichen Schichten ist während des Krieges in Westungarn entstanden. Fast alle ungarländischen Rumänen werden durch eigens hierzu erdachte Mittel und Zeugen zu Hoch- und Vaterlandsverrätern gebrandmarkt und als solche behandelt, in voller Mißachtung aller ihrer dem ungarischen Vaterlande gebrachten Opfer.

Mit Eifer verfolgen die am Ruder befindlichen Magyaren die Sperrung der noch restlichen, aus eigenen Mitteln der Rumänen erhaltenen konfessionellen Schulen und in jüngster Zeit die Magyarisierung der konfessionellen Priesterseminarien und pädagogischen Lehranstalten. Graf Tisza verspricht in seiner am 24. Mai 1917 in der Arbeitspartei gehaltenen Rede, nach Anerkennung der patriotischen Haltung aller Nationalitäten nichtmagyarischer Zunge, den Rumänen die Expropriierung der rumänischen Kirchengüter und die Kolonisierung dieser Latifundien mit Magyaren, um, wie er sagt, die Vermehrung der vom ungarisch-nationalen Gesichtspunkte aus vollkommen verläßlichen Klasse der kleinen Grundbesitzer in solchen Teilen des Landes herbeizuführen, wo dies für die nationale Sache besonders notwendig ist.

Aber nicht genug damit. Zur noch radikaleren Durchführung der Magyarisierung wird den ungarländischen Rumänen sogar die Internierung der Waisen nach gefallenen Rumänen in magyarische Waisenhäuser in nahe Aussicht gestellt. *(Lebhafte Rufe: Unerhört!)* Dies alles zum Danke für das von unseren Stammesbrüdern zum Schutze ihres ungarischen Vaterlandes vergossene Blut, zum Danke für all die jahrhundertelangen Leiden eines Viermillionenvolkes, welches ein Jahrtausend hindurch mit dem Magyarenvolke ein Vaterland und einen Staat gebildet hat.

Es schwindet aber für unsere rumänischen Stammesbrüder in Ungarn und Siebenbürgen wohl jede Hoffnung, wenn man von der Entrüstung der magyarischen Chauvinisten hört, welche am 22. Juni im ungarischen Reichstage entfesselt wurde, als der rumänische Abgeordnete Pop mit Bezug auf die Programmrede des Grafen Esterhazy, die bescheidene Hoffnung aussprach, daß die ungarländischen Rumänen, die ihr Leben für Thron und Vaterland eingesetzt haben, nunmehr aus der jahrhundertelangen Unterdrückung befreit werden.

In diesem düsteren Lichte zeigt sich die hochherzige Politik der Magyaren, welche sie durch ein Jahrtausend hindurch — wie Graf Tisza in seiner bereits gedachten Rede sich ausgedrückt hat — gegenüber den Nationalitäten Ungarns geübt haben.

Was die politischen Freiheiten der Rumänen in Siebenbürgen betrifft, so will ich kurz erwähnen, daß vier Millionen Rumänen im ungarischen Reichstag bloß fünf Vertreter haben und daß eben diese Rumänen in die Delegationen keinen Vertreter entsenden können.

Das Leben unserer ungarländischen Stammesbrüder war und ist eine große Tragödie. Möge die Zukunft und der Wille unseres gemeinsamen Monarchen das Schicksal des rumänischen Volkes in Ungarn und Siebenbürgen zum Besseren wenden!

Das Reichs- und dynastische Interesse erfordert es gebieterisch, daß sämtliche Rumänen der Monarchie in einem autonomen nationalen Körper vereinigt werden. Wenn es den Rumänen Ungarns

und Siebenbürgens freigestellt werden wird, über ihr Schicksal zu entscheiden, bin ich dessen sicher, daß sie wie ein Mann für den Anschluß an uns österreichische Rumänen eintreten werden, damit wir alle gemeinsam uns frei entwickeln können unter Habsburgs und Österreichs Schutz als einiges Volk in demselben Reich und unter demselben Herrscher. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Rybář das Wort.

Abgeordneter Dr. **Rybář:** Hohes Haus! Unsere gegenwärtige oppositionelle Haltung wird uns von vielen Seiten verübelt. Man zeigt eine gewisse Enttäuschung, man zeigt sogar Entrüstung und Empörung über unser Vorgehen. Man kann es einfach nicht begreifen, daß wir in diesem Momente, in diesem ernsten Momente — so können wir es täglich in den Zeitungen lesen — dem Staate nicht das geben wollen, was des Staates ist, ja, daß wir unserer Armee nicht das Notwendigste bewilligen wollen. Die Sache verhält sich hier ebenso, wie mit einem andern Vorwurfe, den wir auch zum wiederholten Male hier und außerhalb des Hauses hören müssen: Daß wir gegen das deutsche Volk Haß zeigen.

Meine Herren! Es ist vielleicht jetzt der Moment, daß wir diesbezüglich einige Aufklärungen geben.

Was zunächst die uns imputierte oder vorgeworfene feindselige Gesinnung gegen das deutsche Volk, gegen die Deutschen als solche betrifft, so möchte ich zunächst fragen, welche Gesinnung denn die Deutschen unserem Volke gegenüber an den Tag legen. *(Zwischenrufe.)* Wir, die wir unten im Süden an der Grenze leben, wissen sehr wohl, von welchen Gesinnungen die dortigen Deutschen, von den höchsten bis zu den tiefsten Schichten, unserem Volke gegenüber beseelt sind. Unser Volk wird nicht einmal mit seinem nationalen Namen genannt, schon die Bezeichnung unseres Volkes ist in dem Munde unserer Gegner und bedeutet natürlich auch für uns ein Schimpfwort; sie nennen uns nicht Slowenen, sondern sie nennen uns Windische; sie wollen uns nicht einmal das Recht auf den Gebrauch unseres nationalen Namens zugestehen. *(Zwischenrufe.)* Sie werden zugeben, meine Herren, daß das schon ein starker Beweis der feindseligen Gesinnung der Deutschen uns gegenüber ist und Sie dürfen sich dann auch nicht wundern, wenn unser Volk diesen Gesinnungen gegenüber ebenfalls nicht von freundschaftlichen Gesinnungen beseelt ist, denn nur Liebe erzeugt Gegenliebe, während Druck Gegendruck erzeugt.

Wie weit der Haß der Deutschen auch in anderer Beziehung gegen alles Slawische, besonders aber alles Slowenische geht, beweist aus der letzten Zeit der Nichtgebrauch unserer slowenischen Orts-, Fluß- und Bergnamen. Gerade dort, wo jetzt die heftigsten Kämpfe sich abspielen, wo unsere Monarchie gegen den Erbfeind — er wird ja als der heimtückischeste Feind bezeichnet — den Kampf führt, dort ist slowenischer Boden und doch würden Sie das, meine Herren, aus den Berichten unseres Kriegspressequartiers und unserer Zeitungen nicht schließen können, denn fast alle Orte werden nur mit fremden, mit italienischen Namen angeführt und wo die slawischen Namen sich überhaupt nicht verheimlichen lassen, werden sie mit italienischer Orthographie, in italienischem Gewande angeführt. *(Zwischenrufe.)*

Wir haben dagegen Beschwerde geführt, es hat aber alles nichts genützt. Und warum nützt es nichts? Weil man, trotzdem man die Italiener als Erbfeinde bezeichnet, immer noch lieber ihre Sprache als die unserige gebraucht. *(Rufe: So ist es!)*

Ich, meine Herren, bin so objektiv, daß ich es mit Freude begrüße, daß jener bekannte Militärerlaß, der den Gebrauch von deutschen Namen für die südtirolischen Orte angeordnet hat, von allerhöchster Stelle aufgehoben wurde, denn es ist gewiß eine Ungeheuerlichkeit, daß für diese Orte, die rein italienisch sind, deutsche Namen erfunden oder aus einer uralten Zeit hervorgeholt wurden. Daß man aber bei uns, wo slowenischer Boden ist, wo eine rein slowenische Bevölkerung lebt, die fremden Namen weiter gebraucht, ja daß man sie mit Vorliebe gebraucht, ja noch weiter, daß unser Generalstab soweit geht und die ganz neuen Erfindungen des italienischen Generalstabes in seine Berichte aufnimmt und unsere Ortschaften, wie Dutovlje mit Dottogliano, Komen mit Cominiano u. s. w. bezeichnet, das zeigt ein solches Maß von Haß, daß wir wirklich staunen müssen.

Nun, ich habe gesagt, Sie dürfen sich nicht wundern, wenn wir diese Gefühle mit ähnlichen beantworten. Aber das ist nicht das Einzige. Unsere ganze geschichtliche Entwicklung bringt es mit sich, daß die Deutschen uns gegenüber immer nur als Bedrücker, als das herrschende Volk aufgetreten sind. *(Sehr richtig!)* Schon seit dem ersten geschichtlichen Auftreten der Slowenen in Mitteleuropa waren es die Deutschen, welche in unsere Gebiete mit Feuer und Schwert eingedrungen sind, einen Teil der Bewohner ausgerottet, den anderen unterworfen und die Unterworfenen dann zur dienenden Schichte gemacht haben. Sie wurden die Grundherren, die Slowenen wurden die Dienenden, diejenigen, welche tributpflichtig waren, diejenigen, welche für die Deutschen arbeiten mußten. Der beste Beweis dafür ist, daß unser Name sogar zur Bezeichnung für den Diener geworden ist, aus „Slawen" hat man „Sklaven" gemacht. Es kam also auf diese Weise zu dem früheren nationalen Gegensatze auch noch der soziale und so blieb es durch das ganze Mittelalter hindurch. Die

Grundherren, die adeligen Grundbesitzer, alle waren Deutsche und alles, was um sie herum war, war deutsch, sie gebrauchten nur die deutsche Sprache; die Dienenden waren die Slowenen. Es ist also begreiflich, daß sich aus diesem nationalen und gleichzeitig sozialen Gegensatze ein Haß entwickelt hat, der sich dann auch weiterhin bis in die neueste Zeit verpflanzte. Aber in der neuen Zeit kam noch ein neuer Stoff dazu. Durch die Revolution des Jahres 1848, überhaupt durch die freiheitliche Bewegung, durch die sogenannten Menschenrechte, durch die Aufhebung der Leibeigenschaft, durch die Abschaffung der Robott wurde zwar der soziale Gegensatz gemildert, aber um so heftiger wurde der nationale: denn das Volk, welches jetzt im individuellen Besitze der politischen Rechte war, dieses Volk wollte natürlich auch in die höheren Klassen aufsteigen, fand sich da aber gegenüber der herrschenden Klasse, die aus Deutschen bestand, die ihm den Aufstieg in die höheren Klassen mit allen Mitteln verwehrte. Bis in die neueste Zeit hinein waren alle unsere Behörden, war der größte Teil der Schulen, im Anfang überhaupt alle Schulen, war das Militär, kurz und gut alles, was gegenüber uns die Staatsgewalt repräsentiert, deutsch, durch und durch deutsch, nicht nur dem Namen, nicht nur der Sprache nach, sondern auch dem Geiste nach. Diese nationale Unterdrückung empfand natürlich in erster Linie der Intelligente, der mit denselben Geisteswaffen ausgestattet war, wie sein deutscher Nachbar, er dürfte aber in keine höhere Beamtenstelle kommen, er durfte nicht aufsteigen, er durfte nicht in die Klasse der Herrschenden, in die Klasse der Regierenden kommen. Noch bis zum heutigen Tage sind uns alle höheren Beamtenstellen verwehrt und wenn ein slowenischer Beamter es durch seinen Fleiß, durch seine Begabung so weit bringt, daß er bis zu den höchsten Stellen vordringt, an die höchste Stelle, an die Spitze des Amtes, dorthin ist ihm der Zugang verwehrt, er wird präteriert und an seiner Stelle kommt ein deutscher Beamter. Ich könnte Namen anführen, ich will aber diesen unseren Konnationalen nicht schaden.

Man wird uns sagen: Ja, Ihr habet doch einen Minister bekommen! *(Zwischenrufe: Das hat soeben Hofrat Kuranda bemerkt.)* Richtig, ich habe das ja erwartet, wirklich wir haben einen Minister bekommen. Ich bitte, schon das, daß wir, seit Österreich besteht, seit wir Slowenen zu Österreich, gehören, erst im Jahre 1917, nach der russischen Revolution einen Minister unseres Stammes, unserer Sprache bekommen haben, schon das, meine Herren und hochverehrter Herr Hofrat, spricht Bände.

Aber was hat man uns gegeben? Ist das vielleicht eine Teilnahme an der Regierungsgewalt, ein Minister ohne Portefeuille, ein Minister, für welchen man ganz neue Ausdrücke erfinden müßte, um seinen Wirkungskreis überhaupt beschreiben zu können. Verstanden, glaube ich, hat niemand, was unser Minister zu tun hat, was sein Wirkungskreis ist. Wir stehen natürlich diesen Herren sehr sympathisch gegenüber, gewiß; aber daß wir das als irgendein Entgegenkommen unseren Wünschen, unseren Bestrebungen gegenüber betrachten würden, das ist ausgeschlossen. Es hat fast den Anschein, als ob man uns auch ein Stückchen Zucker hinwerfen wollte, damit wir glauben: nun ist auch für uns eine bessere Ära angebrochen, nun werden wir auch einmal in die Reihe der Hofräte und sogar der Exzellenzen vorrücken. Nein, meine Herren, so naiv sind wir nicht. Wir verstehen sehr gut, was für eine Bedeutung das hat. Ich wiederhole: Wir stehen Seiner Exzellenz Dr. Zolger natürlich sehr sympathisch gegenüber, aber als irgendeine Erfüllung unserer berechtigten Wünsche, insbesondere aber der Bestrebung, an der Regierungsgewalt teilzunehmen, betrachten wir seine Ernennung absolut nicht.

Ich habe gesagt: in erster Linie ist es die Intelligenz, welche diese Unterdrückung, diese Zurücksetzung fühlte; aber auch der Bauer. Und warum? Auch der Bauer kam bei jedem Schritt in Berührung mit dieser deutschen oder durch deutsche Beamte repräsentierten österreichischen Staatsgewalt. Wenn er Steuer zahlte, so kam er in ein Amt, wo deutsche Beamte saßen und ihn als Deutsche behandelten; ebenso, wenn er bei der Bezirkshauptmannschaft zu tun hatte. Die Bezirkshauptleute slowenischer Nationalität in slowenischen Gegenden könnte man, glaube ich, an den Fingern einer Hand herzählen und wo sie sind, dürfen sie ja keine Sympathien für die Slowenen zeigen, denn ein solcher Bezirkshauptmann wird sofort als serbophil bezeichnet und auch behandelt, wie es auch einigen politischen Beamten geschehen ist. Auch hier könnte ich Ihnen wieder Namen anführen, ich tue es aus leicht begreiflichen Gründen nicht. In den Amtsstuben wird dem Bauer ganz einfach immer zu fühlen gegeben, daß er einer inferioren Nationalität angehöre, ja er wird nicht selten auch mit Schimpfworten bedacht, unter denen eben das „Windische" die Hauptrolle spielt. Kommt er dann zum Militär, so ist die Bezeichnung „Windischer Trottel" ebenso häufig wie das Kommißbrot. Windischer Trottel ist ganz einfach jeder slowenische Rekrut.

Ich gebe ohneweiters zu: es gibt Offiziere, die einen solchen Begriff von der Menschenwürde haben, daß sie sich nicht so erniedrigen, aber die große Mehrzahl — und auch jetzt im Kriege — ist gerade gegenüber unseren slowenischen und überhaupt den südslawischen Soldaten in einer Weise vorgegangen, daß es die größte Empörung hervorgerufen hat. Meine Herren, ich spreche aus Erfahrung und kann das, was ich sage, auch beweisen.

Sie können begreifen, daß eine solche Behandlung dort, wo man die schwerste Steuer, die Blutsteuer zahlt, die größte Empörung hervorrufen muß. *(Sehr richtig!)*

Und wie ist es in der Schule? In allen Grenzgebieten und in früherer Zeit sogar in Krain, bis in das Herz des slowenischen Kronlandes, waren alle Schulen deutsch und sie sind es in einem großen Teile von Südsteiermark heute noch; in Kärnten gibt es überhaupt nur eine slowenische Volksschule. In allen diesen Schulen wurde nicht nur das Deutsche gelehrt, sondern es wurde auch getrachtet, dem jungen Slowenen die Liebe zu seiner Muttersprache auszutreiben. In Kärnten geht das so weit, daß man in der Volksschule nicht einmal die Lateinschrift in deutscher Sprache lehrt, damit das Kind ja nicht auch slowenische Bücher in die Hand nehmen könnte. Der Gebrauch des Slowenischen wurde direkt verboten und die Schulen waren nicht selten, wo derjenige Schüler, welcher ein slowenisches Wort gebrauchte, einen Esel auf den Rücken bekam, den er dann den ganzen Tag herumtragen mußte. Schon in das Kind suchte man also den Haß gegen die eigene Muttersprache zu pflanzen, erzielte aber natürlich das Gegenteil: man erweckte die Reaktion, man erweckte den Haß gegen die Schule und gleichzeitig auch gegen denjenigen, der das alles getan hat, gegen den Lehrer, gegen den Deutschen, ebenso gegen den deutschen Lehrer wie gegen den deutschen Beamten usw.

Wie war es nun jetzt im Kriege? Schon vor dem Kriege war das alles in unserem Volke, schon vor dem Kriege fühlte unser Volk diese Bedrückung, diese Zurücksetzung, diese Mißachtung seitens der Deutschen. Und nun kam der Krieg. Da ist etwas geschehen, was dem deutschen Volke nicht zur Ehre gereicht. Ich weiß sehr wohl und in Privatgesprächen ist mir das oft entgegengehalten worden; man sagte mir: Aber, meine Herren! Warum beschuldigen Sie das ganze deutsche Volk? Das sind doch nur einzelne; wir wollen uns nicht mit diesen Beamten indentifizieren, die dort gegen euch gewütet haben. Ich bin überzeugt, daß diejenigen, die so sprechen, vollkommen bona fide sind und daß es sie wirklich schmerzt, daß alle diese schrecklichen Greuel da unten verübt wurden und daß es auch für sie Greuel sind. Aber hinter allen diesen Beamten, mit welchen unser Land übersät ist — denn, wo irgendein Amt ist, dort sitzt ganz gewiß auch ein deutscher Beamter und wo kein Regierungsamt ist, dort sind Eisenbahnen und die Eisenbahnen sind die Domäne der Deutschen; von welchem Geiste die deutschen Eisenbahner beseelt sind, meine Herren! — Sie haben den Ausruf des Obereisenbahners, unseres Kollegen Heine hier im Hause wohl noch in guter Erinnerung, der ist charakteristisch für die ganze Klasse der deutschen Eisenbahner — hinter allen diesen Beamten also, ob es Regierungsbeamte oder Eisenbahner sind, steht überall der deutsche Volksrat. Jeder solche Beamte ist ein deutscher Besitzstand, für den sich der ganze deutsche Volksrat bis hinauf zum Dobernig mit aller Kraft einsetzt. Ja in ganz slowenischen Gegenden, wo es einheimische Deutsche nicht gibt, ist jeder Posten, auf dem einmal ein Deutscher gesessen ist, bereits deutscher Besitzstand, der den Deutschen nicht entrissen werden darf. Aber das ist noch nicht das Ärgste, daß die deutschen Beamten gegen uns gewütet haben; es ist ja zum großen Teil — ich will es bis zu einem gewissen Grade zugeben — geschehen, weil es von oben gewünscht, ja weil es von gewisser Seite sogar anbefohlen wurde.

Aber was wir am meisten den Deutschen verübeln, das ist, daß sich die deutsche Intelligenz zu Denunziantendiensten hergegeben hat, und da hat es in der deutschen Intelligenz in unseren Gegenden keinen Unterschied gegeben, denn Lehrer, Beamte, Kaufleute oder wer immer haben ihre Kollegen, ihre Nachbarn denunziert. Ich könnte, meine Herren, hunderte und hunderte Fälle anführen, aber ich werde Ihnen nur einen Fall anführen, wie weit das gegangen ist. An einer deutschen Mittelschule in Triest war als Katechet ein Slowene angestellt, aber Sie dürfen nicht glauben, daß das ein südslawischer Hetzer war. Nein, meine Kollegen, die ihn sehr gut kennen, werden bestätigen, er gehörte derjenigen Richtung an, die das nationale Moment in der Politik sogar bis zu einem gewissen Grade bekämpft. Er war einfach katholischer Priester und nichts anderes, katholischer Priester slowenischer Nationalität, aber nicht ein nationaler Heißsporn, als was jeder gilt, der bei uns national bewußt ist. Als zu Beginn des Krieges ein gewisser Paroxysmus alle ergriffen hat und auch in Triest wie in anderen Gegenden der gewöhnliche Gruß, das „Gott strafe England" war — auch in den Gasthäusern hat man diese Aufschrift gelesen —, da hat er es als katholischer Priester als seine Pflicht erachtet, die Schüler auf das Unpassende und Unchristliche dieses Grußes aufmerksam zu machen und hat ihnen gesagt, man solle nicht sagen „Gott strafe England", sondern „Gott sei uns armen Sündern gnädig", denn wir sind alle vor Gott Sünder. Wegen dieses Ausspruches, der doch nur den katholischen Gedanken zum Ausdruck bringen will, ist er suspendiert und in gerichtliche Untersuchung gezogen worden *(Hört! Hört!)*, wurde er eingesperrt und ist heute noch suspendiert. Und wissen Sie, meine Herren, woher man das erfahren hat?

Seine Kollegen waren die Angeber, seine Kollegen, wie so viele andere zum Beispiel in Görz, Südsteiermark, Kärnten usw. Das ist das Traurigste,

was wir in diesem Kriege erlebt haben, und Sie dürfen sich nicht wundern, wenn ein Gefühl der Bitterkeit in uns zurückgeblieben ist und wenn im Volke sich auch ein Gefühl des Hasses entwickelt hat, das, wie Sie wissen, in der ganzen Welt gegen die Deutschen besteht, eben weil sie mit solchen Eigenschaften unter die fremden Völker kommen.

Sie führen, meine Herren, gegen uns öfter Äußerungen von Bauern oder, wie vor kurzem ein Kollege, die Äußerungen seines Offiziersdieners und sonstigen Infanteristen ins Treffen, mit denen sie im Kriege zusammengekommen sind, daß nämlich diese die sogenannten Hetzer verabscheuen, daß sie von all diesem nichts wissen wollen, daß sie mit den Deutschen in Frieden leben möchten, kurz und gut, daß sie niemanden mehr lieben als die Deutschen und niemanden mehr verabscheuen, als diese sogenannten Hetzer — das sind nämlich wir Abgeordnete. Was würden Sie, meine Herren, sagen, wenn wir, um die politische Meinung der Deutschen zu erfahren, nach, sagen wir, Stixneusiedl gehen und dort irgendeinen Knecht Namens Sebastian Hinterhuber fragen würden, wie er über die politische Lage denkt? Sie würden uns wahrscheinlich auslachen und sagen: wenn Sie wissen wollen, wie die Deutschen denken, dann wenden Sie sich an uns, an die Führer des Volkes, nicht aber an irgendeinen Pfeifendeckel oder Knecht aus Buxdehude oder Stixneusiedl. Nicht wahr? Uns gegenüber aber wenden Sie diese Taktik an. Wenn ein armer Teufel, der dort im Schützengraben gelegen ist oder am Exerzierplatz war und von seinem Offizier hin- und hergetrieben wurde, in seiner Angst und um sich dem Offizier gefällig zu erweisen, über seine Abgeordneten geschimpft hat, so wird das als die Äußerung des slowenischen Volkes hingestellt, so wird der Stab gebrochen über die Abgeordneten und über ihre Bestrebungen. Ja, meine Herren, wie erklären Sie es dann, daß diese selben Leute, wenn sie zur Wahlurne schreiten, nicht solche sogenannte deutschfreundliche Slowenen wählen, sondern immer gerade die „Hetzer"? Das zeigt eben, daß das Volk, wenn es wirklich so sprechen kann und darf, wie es im Herzen denkt, mit uns übereinstimmt und nicht mit dem, was ihm von Deutschen bezahlte Agitatoren und Agenten vielleicht beibringen wollen. *(Zwischenruf.)*

Wenn Sie das, meine Herren, erwägen, werden Sie vielleicht langsam begreifen, daß wir bei einer solchen Gemütsverfassung des Volkes, wo es sich um die wichtigsten Interessen, ja um die Lebensinteressen handelt, hier in Wien nicht vielleicht durch eine kleine Konzession für eine Schule oder sonst eine Konzession die ganze Zukunft unseres Volkes aufs Spiel setzen oder verkaufen werden. Nein, meine Herren, unser Volk ist durch den Krieg politisch so reif geworden, daß es heute ganz einfach es nicht verstehen würde, wenn wir solche Regierungen, die so etwas durchgeführt haben, wie das ist, was im Kriege geschehen ist, unterstützen würden und wenn wir — darüber werde ich noch sprechen — eine Regierung unterstützen würden, die sich gegen unsere Hauptforderung feindlich ausgesprochen hat.

Nun komme ich eben zu dieser Forderung und das wäre der zweite Teil meiner Ausführungen. Wie ist es zu dieser Forderung gekommen, zu dieser sogenannten staatsrechtlichen Deklaration vom 30. Mai l. J.? Im Jahre 1848, als die Slowenen zu politischem Leben erwachten, begeisterten sie sich wie alle anderen Völker, für die politische Freiheit und die Gleichberechtigung und setzten sich auch nach Kräften dafür ein. Die politische Freiheit ist damals erkämpft und auch die Gleichberechtigung ist damals gesetzlich festgelegt worden, denn das, was wir heute im Artikel 19 haben, wurde ja schon im Jahre 1848 festgelegt. Nun, meine Herren, wir sind ebenso enttäuscht worden, wie die Arbeiter enttäuscht wurden. Auch die Arbeiter erhofften sich ihr Heil von der politischen Freiheit, aber diese Freiheit, die politische und wirtschaftliche Freiheit, hat ihnen auch die Freiheit des Ausbeutens seitens der wirtschaftlich Mächtigen gebracht. Da haben sie gesehen, daß sie mit der Freiheit allein nichts anfangen können und ebenso ist es uns geschehen. Trotz des Artikels 19 und der früheren gleichlautenden Bestimmungen ist die Fremdherrschaft dieselbe geblieben.

Wir konnten es im Anfang nicht verstehen, aber wir waren auch dann ebenso wie früher von allen politischen und nationalen Rechten ausgeschlossen und auf die Gnade und Ungnade des herrschenden Stammes, der herrschenden Klasse angewiesen. Später, als wir schon halbwegs zur Einsicht kamen, begeisterten sich unsere Vertreter für die Länderautonomie, in dieser Beziehung dem Beispiele der Polen und Tschechen folgend. Aber da kamen wir vom Regen in die Traufe, denn durch die Länderautonomie bekamen wir zwei Herren, während früher nur die Regierungsgewalt uns drückte, wurden wir dann auch noch durch die Ländergewalt, durch die sogenannten autonomen Behörden, die fast in allen unseren Kronländern in fremden Händen sind, unterdrückt und wurden uns unsere Rechte von ihnen vorenthalten. So erleben wir eine neue Enttäuschung und wir mußten prüfen, auf welchem Wege wir doch zu dem kommen, was uns gebührt, wie wir unsere Selbständigkeit erringen könnten. Da setzte sich langsam aber sicher endlich die Überzeugung durch, daß wir nichts von der Gleichberechtigung, nichts von der Länder- und Gemeindeautonomie zu erwarten haben, sondern daß für uns die nationale Autonomie nötig ist, und zwar nicht bloß die nationale Selbstverwaltung, sondern auch die nationale Selbstregierung, ausgestaltet mit allen Rechten

und Attributen der staatlichen Unabhängigkeit. Das, meine Herren, ist der Grund gewesen, warum wir dann zu unserer Deklaration gekommen sind. Ganz einfach: Wir wollen nicht mehr dienen, wir wollen nicht mehr beherrscht sein, wir wollen nicht um jede Schule, um jedes kulturelle und nationale Bedürfnis erst an die Gnade der Herrschenden appellieren, wir wollen nicht bitten und betteln, sondern wir wollen über alle diese unsere Bedürfnisse selbst entscheiden.

Das ist der Standpunkt, den wir heute einnehmen und auch schließlich die Deutschen begreifen werden. Setzen Sie sich, meine Herren, in unsere Lage, setzen Sie sich an unsere Stelle, was würden Sie dazu sagen, wenn in Krems, in St. Pölten usw. slowenische oder böhmische Beamte sitzen würden, wenn Ihre Richter, wenn Ihre Lehrer Slowenen und Böhmen wären, wenn in Ihren Schulen nicht deutsch, sondern slowenisch oder böhmisch gelehrt werden würde, wenn Sie in Wien, in welches Ministerium Sie auch immer kommen, überall nur auf Fremde, auf Angehörige einer anderen Nationalität stoßen würden, die vielleicht bis zu einem gewissen Grade objektiv sein, die aber nie mit Ihnen fühlen können, die ganz einfach nicht Söhne Ihres Volkes sind und daher nicht die Psychologie und die Bedürfnisse Ihres Volkes fühlen und verstehen können.

Nun, meine Herren, werden Sie fragen: Ja, was hat das mit dem Budgetprovisorium zu tun? Das Budgetprovisorium ist, wie schon der Name sagt, etwas Provisorisches, das heißt, im politischen Leben wird der Votierung des Budgetprovisoriums nicht die Bedeutung beigemessen, die der Abstimmung über das ordentliche Budget innewohnt. Es ist keine Vertrauensfrage. Weiter sagt man uns: Wie könnt Ihr nur — ich habe das gleich eingangs meiner Rede erwähnt — in diesem Momente der Armee, die für Euch kämpft, die gerade heute unten am Isonzo Euch vor dem Einfalle der Italiener schützt, wie könnt Ihr dieser Armee das versagen, was sie zur Fortführung des Krieges bedarf? Wie könnt Ihr taub und blind sein gegenüber dem schönen wirtschaftlichen und sozialen Programm, das der Herr Ministerpräsident in der Dienstagsitzung hier vorgelegt hat? Wie könnt Ihr nicht begreifen, daß das alles im Interesse des Staates, im Interesse der Allgemeinheit ist? Nun, meine Herren, ich werde Ihnen auf diesen Vorwurf, auf diese Frage mit einem Gleichnis antworten. Dem Mieter eines Hauses ist es ganz gleichgültig, ob der Hausherr viele oder wenige Schulden hat, ob auf seinem Hause Hypotheken sind oder nicht. Der Miteigentümer, der Mitverwalter des Hauses hat wohl ein Interesse daran, daß diese Schulden gezahlt werden, daß sie verschwinden, dem Mieter ist das gleichgültig.

Noch ein zweites Gleichnis möchte ich anführen. *(Abgeordneter Kuranda: „Mieter" in dieser Beziehung in diesem Saale gebraucht, das ist ein gefährliches Wort!)* Wir betrachten uns auf unserem Boden nicht als Mieter, aber wir werden als solche behandelt *(Lebhafte Zustimmung)* und darum wehren wir uns dagegen.

Aus diesem Gleichnis können Sie, meine Herren, entnehmen, in welcher Gemütsverfassung wir uns befinden. Wenn man uns nicht mitverwalten, mitregieren läßt, wenn man uns als Unterdrückte, als Beherrschte behandelt, so haben wir eben kein Interesse an all dem. Was geht uns das Elektrizitätsgesetz, was geht uns das Berggesetz usw. an, wenn wir um unsere nackte Existenz kämpfen, wenn wir erst unsere Zukunft sicherstellen müssen? Sie, meine Herren, können das nicht begreifen, denn Sie haben sich in dieser Lage nie befunden. Wer aber, wie wir, durch so viele Jahre immer vergeblich hier anklopft und immer sieht, daß er eben nur anklopfen, nur bitten und betteln darf, daß er aber nie mitentscheiden darf, weil andere darüber entscheiden, und zwar nur ein Stamm in diesem Lande, der muß zu dieser Überzeugung kommen.

Übrigens ist das nicht nur unsere Ansicht. Wenn Sie die „Arbeiter-Zeitung" von Samstag gelesen haben, so werden Sie auch die Antwort darin finden. *(Präsident gibt das Glockenzeichen).* Ich sehe, ich muß zum Schluß eilen und muß mir daher meine weiteren Ausführungen für einen anderen Moment vorbehalten. Aber auf etwas möchte ich noch hinweisen. Unsere südslawische Deklaration hat klar und deutlich vor aller Welt verkündet, was unsere Forderung ist. Diese Deklaration wird vom Ministerpräsidenten zurückgewiesen, sie wird als mit dem österreichischen Staatsgedanken unvereinbar hingestellt, sie wird geradezu, wenn auch nicht expressis verbis, so doch ziemlich klar als Hochverrat erklärt.

Nun erlauben Sie mir, meine Herren, daß ich hier etwas vorlese, was eine Antwort auf diesen Vorwurf gibt. Es heißt *(liest)*:

„Noch einmal, gewiß zum allerletztenmal, gibt uns das Schicksal Gelegenheit, die Einigung aller Südslawen selbst in die Hand zu nehmen, ein Werk von ungeheuer großer kultureller und nationaler Tragweite zu schaffen, und dabei — dem Wohle von Millionen dienend — auch die politischen und volkswirtschaftlichen Interessen der übrigen Völker Österreich-Ungarns zu fördern. Ein freies, geeintes Südslawenvolk wird und muß aus diesem Kriege erstehen. Die Frage geht nur dahin, ob mit oder gegen Österreich, mit oder gegen Habsburg. Ersteres würde uns zu neuen Höhen emporführen, letzteres unser Schicksal besiegeln."

Das hat nicht vielleicht ein serbophiler Hetzer geschrieben, das hat nicht vielleicht ein südslawischer Agitator und Chauvinist gesagt, das hat der Deutsche Chlumecky geschrieben. Wenn er zu dieser Erkenntnis gekommen ist, dann können wir dem Ministerpräsidenten, der in seiner Rede vom vorigen Dienstag die Befürchtung ausgesprochen hat, es könnte ihm der Vorwurf gemacht werden, daß eine große Zeit ein kleines Geschlecht gefunden hat, entgegenrufen: der Vorwurf ist ihm gegenüber nicht unbegründet. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft, die Debatte geschlossen.

Nachdem im Laufe der ersten Lesung kein Antrag auf Zuweisung der Vorlagen gestellt worden ist, habe ich die Vorlagen zuzuweisen und weise die Vorlagen 583, 600 und 601 der Beilagen dem Budgetausschuß zu.

Da die Vorlage über das Budgetprovisorium die Ermächtigung zur Aufnahme eines Anlehens enthält, kann sie nicht als befristete Vorlage im Sinne der §§ 71 und 72 der Geschäftsordnung behandelt werden. Ich beantrage dagegen im Sinne des § 39 der Geschäftsordnung dem Budgetausschuß zur Berichterstattung über das Budgetprovisorium eine 14tägige Frist zu geben.

Ich ersuche die Herren, die der Erteilung dieser vierzehntägigen Frist zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat beschlossen, eine vierzehntägige Frist zur Berichterstattung über das Budgetprovisorium zu geben.

Was die beiden anderen Vorlagen betrifft, die Vorlagen über den Staatsvoranschlag und über den Staatsrechnungsabschluß, so gebe ich dem Budgetausschusse im Sinne des § 72 der Geschäftsordnung für den Staatsvoranschlag eine zweimonatige, für den Staatsrechnungsabschluß eine viermonatige Frist zur Berichterstattung.

Ich breche die Verhandlung ab.

Ich bin vom Obmanne des kriegswirtschaftlichen Ausschusses, dem Herrn Abgeordneten Seitz, darauf aufmerksam gemacht worden, daß ein dort heute angenommener Gesetzentwurf, betreffend Vergeltungsmaßregeln auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete anläßlich der kriegerischen Ereignisse, außerordentlich dringend ist. Ich erlaube mir also im Sinne des § 36 der Geschäftsordnung den Antrag zu stellen, daß die zweite Lesung dieses Gesetzes sofort auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt werde.

Ich ersuche die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, die zweite Lesung dieses Gesetzes sofort auf die Tagesordnung zu stellen.

Ich beantrage nunmehr nach § 40 der Geschäftsordnung, das hohe Haus wolle von der Drucklegung des Berichtes absehen.

Ich ersuche die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat auch diesem Antrage mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit zugestimmt.

Ich bitte demnach den Herrn Berichterstatter Dr. v. Langenhan, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Dr. v. **Langenhan** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Bald nach Beginn des Krieges begannen unsere Feinde auch den wirtschaftlichen Krieg gegen uns. Ihnen allen sind ja die Formen dieses wirtschaftlichen Krieges bekannt. Eine dieser Formen war auch die Sequestrierung der österreichischen Unternehmungen im feindlichen Auslande und die Konfiszierung österreichischer Vermögen dortselbst. Um Vergeltungsmaßregeln treffen zu können, mußte nun unsere damalige Regierung eine Kaiserliche Verordnung herausgeben, da ja das Parlament nicht versammelt war.

Da in der letzten Zeit in Portugal und in Italien neuerlich Ausnahmsverfügungen gegen uns geschaffen worden sind, tritt wieder die Notwendigkeit an uns heran, in Österreich Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen. Es wäre nun ein unwürdiger Zustand, wenn, während das Abgeordnetenhaus versammelt ist, auf Grund einer Kaiserlichen Verordnung, einer § 14-Verordnung solche Erlässe geschaffen würden. Darum hat der kriegswirtschaftliche Ausschuß in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dem hohen Hause vorzuschlagen, es sei diese Kaiserliche Verordnung in ein Gesetz umzuwandeln, welches zu lauten hätte *(liest)*:

„Gesetz

vom . . . . . ,

betreffend Vergeltungsmaßregeln auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete anläßlich der kriegerischen Ereignisse.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde ich anzuordnen wie folgt:

§ 1.

Die Regierung wird ermächtigt, kraft des Vergeltungsrechtes Verordnungen oder Verfügungen rechtlicher oder wirtschaftlicher Art über die Behandlung von Ausländern und ausländischen Unternehmungen zu erlassen und Maßregeln zu treffen, die geeignet sind, die unmittelbare oder mittelbare Vollziehung von Leistungen in das feindliche Ausland zu verhindern.

§ 2.

Wer vorsätzlich den auf Grund des § 1 erlassenen Vorschriften zuwiderhandelt, wird wegen Vergehens mit strengem Arrest von 1 Monat bis zu 1 Jahr bestraft.

Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu 50.000 K verhängt werden, die in den Staatsschatz fließt.

§ 3.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Kaiserliche Verordnung vom 16. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 289, außer Kraft.

Mit dem Vollzuge wird Mein Minister des Innern im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Ministern beauftragt."

Ich beantrage namens des kriegswirtschaftlichen Ausschusses die Annahme dieses Gesetzentwurfes.

**Präsident:** Da dieser Gesetzentwurf nur einen meritorischen Paragraphen hat, werden wir General- und Spezialdebatte unter einem abführen.

Ich eröffne die Debatte. Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche diejenigen Herren, die die §§ 1, 2 und 3 sowie Titel und Eingang des Gesetzes in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Gesetz auch in zweiter Lesung angenommen.

Zu einem formalen Antrag hat sich der Herr Berichterstatter zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Dr. v. **Langenhan:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Wünscht jemand zur Frage der Dringlichkeit das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche diesem Antrage die Dringlichkeit zuerkennen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität beschlossen, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Gesetz, betreffend Vergeltungsmaßregeln auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete anläßlich der kriegerischen Ereignisse, in dritter Lesung angenommen. *(643 der Beilagen)*

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es ist mir ein Antrag übergeben worden der Abgeordneten Dr. Budzynowskyj, Dr. Petruszewycz, Stanek, Dr. Korošec, Dr. Głąbiński, Dr. v. Iſopescul-Grecul, Faidutti und Reizes, betreffend die Einstellung der Evakuierungen und Requisitionen *(642 der Beilagen)*. Mit Rücksicht auf die große Dringlichkeit der Angelegenheit weise ich diesen Antrag sofort dem kriegswirtschaftlichen Ausschusse zu.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten: Biankini als Mitglied des Eisenbahnausschusses; Jankovič als Mitglied des Eisenbahnausschusses, Vácek als Mitglied des Budgetausschusses.

Soferne diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses. Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel.)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen.

Die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Der Herr Abgeordnete Franz Bernt hat einen Urlaub bis Ende November d. J. erbeten.

Zu dieser Urlaubserteilung ist ein Beschluß des Hauses notwendig.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Urlaub bis Ende November zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Urlaub ist bewilligt.

Den Antrag Nr. 588 der Beilagen des Abgeordneten Grafen Lasocki und Genossen habe ich dem kriegswirtschaftlichen Ausschusse zugewiesen.

Der Justizausschuß hat das Ersuchen gestellt, die Überweisung des Antrages der Herren Abgeordneten Dr. Leo Winter, Jaroš und Genossen, auf Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Kriegsleistungen *(303 der Beilagen)*, an den sozialpolitischen Ausschuß zu veranlassen.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause)* und dies ist nicht der Fall, werde ich diesem Ersuchen entsprechen und diesen Antrag dem sozialpolitischen Ausschusse zuweisen.

Es ist im Laufe der Session eine große Anzahl von Initiativanträgen eingebracht worden, die jetzt den einzelnen Ausschüssen anzuweisen sind.

Ich werde also zuweisen:

Dem Ausgleichsausschuß Nr. 217 und 221 der Beilagen;

dem Budgetausschuß die Anträge Nr. 200, 208, 238, 251, 293, 302, 312, 319, 383, 398, 401, 441, 443, 448, 470, 473, 516 und 522 der Beilagen;

dem Eisenbahnausschuß Nr. 365, 425, 463, 495, 506, 525, 526, 527, 529 und 533 der Beilagen;

dem Ernährungsausschuß Nr. 466, 471, 472, 493, 499, 513, 532, 541 und 547 der Beilagen;

dem Finanzausschuß Nr. 214, 236, 252, 285, 324, 325, 344, 363, 367, 381, 390, 400, 402, 477 und 484 der Beilagen;

dem Flüchtlingsausschuß Nr. 362 und 375 der Beilagen;

dem Gewerbeausschuß Nr. 273, 406, 478, 485, 524 und 535 der Beilagen;

dem Justizausschuß Nr. 447, 467, 474, 514 und 540 der Beilagen;

dem kriegswirtschaftlichen Ausschuß Nr. 360, 361, 364, 373, 426, 427, 452, 462, 515 und 546 der Beilagen;

dem landwirtschaftlichen Ausschuß Nr. 211, 256, 260, 270, 300, 310, 323, 332, 359, 415, 421, 431, 440, 504, 531, 534, 542 und 543 der Beilagen;

dem Notstandsausschuß Nr. 384, 385, 389, 393, 394, 404, 405, 408, 451, 464, 491, 496, 505, 508, 509, 512, 521, 539 und 544 der Beilagen;

dem Preßausschuß Nr. 444 der Beilagen;

dem sozialpolitischen Ausschuß Nr. 207, 209, 228, 235, 255, 297, 388, 423, 432, 433, 492 und 537 der Beilagen;

dem Sozialversicherungsausschuß Nr. 186, 192, 223, 237, 245, 288, 301, 403 und 519 der Beilagen;

dem Staatsangestelltenausschuß Nr. 387, 409, 422, 449, 460, 461, 468, 475 und 500 der Beilagen;

dem Unterhaltsbeitragsausschuß Nr. 349, 350, 354, 366, 391 und 476 der Beilagen;

dem Unterrichtsausschuß Nr. 299, 391 und 442 der Beilagen;

dem volkswirtschaftlichen Ausschuß Nr. 227, 254, 338, 368, 489 und 497 der Beilagen;

dem Verfassungsausschuß Nr. 191, 201, 277, 298, 304, 315, 370, 376, 377, 399, 420 und 528 der Beilagen;

dem wasserwirtschaftlichen Ausschuß Nr. 190, 242, 396, 419, 469 und 507 der Beilagen;

dem Wehrausschuß Nr. 450, 483, 498, 511, 530, 536 und 538 der Beilagen;

dem Weinbauausschuß Nr. 224, 314, 333, 417, 517 und 518 der Beilagen;

endlich dem Wiederherstellungsausschuß Nr. 306, 465 und 545 der Beilagen.

Bei den eben vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Eisenbahn- und in den Budgetausschuß wurden 180 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 91 Stimmen.

Gewählt erscheinen mit je 180 Stimmen als Mitglieder in den Eisenbahnausschuß die Herren Abgeordneten Dr. Korošec und Dr. Vukotić, als Mitglied in den Budgetausschuß der Herr Abgeordnete Prášek.

Der Ernährungsausschuß hält morgen Mittwoch, den 3. d. M., nach der Haussitzung im Lokale XX Sitzung. Tagesordnung:

1. Spiritusfrage.
2. Besprechung des Arbeitsprogrammes.

Der Eisenbahnausschuß hält morgen Mittwoch, den 3. Oktober l. J. im Saale Nr. I um 9 Uhr 30 Minuten vormittags mit eventueller Fortsetzung um 4 Uhr, respektive gleich nach der Haussitzung Sitzung. Tagesordnung: Resolution Kadlčák (Eisenbahnspracherlaß). Berichterstatter: Abgeordneter Wróbel. Korreferent: Abgeordneter Kroy.

Das Subkomitee des Eisenbahnausschusses hält Donnerstag, den 4. d. M., um 10 Uhr 30 Minuten vormittags in Abteilung IV Sitzung.

Das Subkomitee des Justizausschusses für Haftung des Staates hält Donnerstag, den 4. d. M., um 10 Uhr vormittags in Abteilung XIX Sitzung.

Der Immunitätsausschuß hält Mittwoch, den 3. Oktober, um 10 Uhr vormittags, in Abteilung XIX, Sitzung. Tagesordnung:

1. Zuteilung des Einlaufes.
2. Erstattung der Referate.

Der Notstandsausschuß hält morgen Mittwoch, den 3. d. M., um 10 Uhr vormittags, in Abteilung XX, Sitzung. Tagesordnung: Notstandsanträge.

Der Verfassungsausschuß hält morgen Mittwoch, den 3. d. M., um ½10 vormittags, in Abteilung XXI, Sitzung. Tagesordnung: Referate (Kriegsüberwachungsamt).

Das Subkomitee des Wiederherstellungsausschusses hält morgen Mittwoch, den 3. d. M., um 9½ Uhr vormittags, im Lokale XXII, Sitzung. Tagesordnung:

1. Die Konstituierung.
2. Die eingebrachten Resolutionen.

Der Budgetausschuß hält morgen Mittwoch, den 3. Oktober, um 10 Uhr vormittags Sitzung.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen Mittwoch, den 3. Oktober, 11 Uhr vormittags mit folgender Tagesordnung:

1. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung;

weiters als Punkt

6. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 312, über die Geschäftsführung der auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1896, R. G. Bl. Nr. 156, errichteten Bergbaugenossenschaften *(568 der Beilagen)*;

7. Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 16. September 1915, R. G. Bl. Nr. 281, die die Ausdehnung der Bestimmungen des § 9 des Bruderladengesetzes vom 28. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 127, auf Bruderlademitglieder, welche im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche unmittelbar oder mittelbar Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leisten, zum Gegenstande hat.

Wird eine Einwendung dagegen erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, es bleibt daher bei meinem Vorschlage und ich erkläre daher die Sitzung für geschlossen.

## Schluß der Sitzung: um 3 Uhr 50 Minuten nachmittags.

---

### Berichtigung zum Protokoll der 25. Sitzung.

Auf Seite 1325, Spalte 2, Zeile 26, soll es statt „Waldbezirk" lauten: „Waldbesitz".

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 27. Sitzung, Mittwoch, den 3. Oktober 1917.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Sozialversicherungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 6, wegen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (563 der Beilagen). — 2. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 7, wegen Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung (562 der Beilagen). — 3. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 8. September 1914, R. G. Bl. Nr. 238, über die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes (565 der Beilagen). — 4. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge (564 der Beilagen). — 5. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 5. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 99, betreffend das metrische Karat (561 der Beilagen). — 6. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 312, über die Geschäftsführung der auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1896, R. G. Bl. Nr. 156, errichteten Bergbaugenossenschaften (568 der Beilagen). — 7. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 16. September 1915, R. G. Bl. Nr. 281, die die Ausdehnung der Bestimmungen des § 9 des Bruderladengesetzes vom 28. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 127, auf Bruderlademitglieder, welche im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche unmittelbar oder mittelbar Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leisten, zum Gegenstand hat (567 der Beilagen).

## Inhalt.

### Personalien.

Mandatsniederlegungen:

1. der Abgeordneten Tomášek, Biankini als Mitglieder und des Abgeordneten Dr. Schachert als Ersatzmann des Budgetausschusses (Seite 1408);

2. des Abgeordneten Franz Soukup als Mitglied und des Abgeordneten Witt als Ersatzmann des Immunitätsausschusses (Seite 1408);

3. des Abgeordneten Tomášek als Mitglied des Wehrausschusses (Seite 1408);

4. der Abgeordneten Dr. Baczyńskyj, Dulibić, Dr. Krek als Mitglieder und der Abgeordneten Dr. Sesardić und Dr. Gregorčič als Ersatzmänner des kriegswirtschaftlichen Ausschusses (Seite 1408);

5. des Abgeordneten Dr. Baljak als Mitglied und der Abgeordneten Abram und Fon als Ersatzmänner des Justizausschusses (Seite 1408);

6. des Abgeordneten Pernerstorfer als Mitglied und des Abgeordneten Dr. Adler als Ersatzmann des Verfassungsausschusses (Seite 1408);

7. des Abgeordneten Dr. Krek als Mitglied und des Abgeordneten Dr. L. Pogačnik als Ersatzmann des Flüchtlingsausschusses (Seite 1408);

8. des Abgeordneten Dr. Baljak als Mitglied und der Abgeordneten Jaklič und Dr. L. Pogačnik als Ersatzmänner des Gewerbeausschusses (Seite 1408);

9. des Abgeordneten Grim als Mitglied des landwirtschaftlichen Ausschusses (Seite 1408);

10. des Abgeordneten Dr. Bobrowski als Ersatzmann des Ernährungsausschusses (Seite 1408).

Urlaubserteilung (Seite 1409).

## Verhandlungen.

Bericht des Sozialversicherungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 6, wegen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (563 der Beilagen — Generaldebatte — Redner: Berichterstatter Smitka [Seite 1387 und 1401], die Abgeordneten Wohlmeyer [Seite 1391], Widholz [Seite 1395], Albrecht [Seite 1397], Forstner [Seite 1397], Dr. Leo Winter [Seite 1400] — Spezialdebatte — Redner: Abgeordneter Josef Pongratz [Seite 1402], Berichterstatter Smitka [Seite 1403] — Abstimmung [Seite 1401 bis 1403] — dritte Lesung [Seite 1404] — 649 der Beilagen).

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 7, wegen Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung (562 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Smitka [Seite 1404] — Abstimmung und dritte Lesung [Seite 1404 und 1405]).

## Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Tomášek, Stanèk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Tötung des Dragoners Mauritz durch einen Offizier am Wiener Ostbahnhof (Redner: Abgeordneter Tomášek [Seite 1406], Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Czapp v. Birkenstetten [Seite 1407], Abgeordneter Stanèk [Seite 1407]).

## Ausschüsse.

Ersatzwahlen in den Budget-, Immunitäts-, Wehr-, kriegswirtschaftlichen, Justiz-, Verfassungs-, Flüchtlings-, Gewerbe-, landwirtschaftlichen und Ernährungsausschuß (Seite 1409).

**Unterbrechung der Sitzung** (Seite 1406).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge

1. der Abgeordneten Dr. v. Loewenstein, Dr. Lazarski, Dr. Korošec, Dr. Okunewskyj, Dr. Straucher, Delugan und Genossen, betreffend die Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes und die Vergütung von Kriegsschäden (644 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Dr. Čehelskyj und Genossen, betreffend den Notstand der Gemeinden Mlodau und Burgau, Bezirk Czesaniw (645 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Wüst und Genossen, betreffend die Einsetzung eines Zuckerrübenausschusses (646 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Kraft, Dr. Schürff, Wedra und Genossen, betreffend die Schaffung einer Abteilung im k. k. Amte für Volksernährung zur Beteilung des legitimen Kleinhandels mit Verbrauchsgütern (647 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Kudlich und Genossen, betreffend die Trockenheit der Bezirke Jägerndorf, Olbersdorf und Zuckmantel (648 der Beilagen).

## Anfragen

1. des Abgeordneten Jedek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend das Verhalten der k. k. Militärbauleitung in Linz in bezug auf die Beistellung von Pionieren und Lastautomobilen und das Vorgehen des Bezirkshauptmannes in Pöggstall (Anhang I, 900/I);

2. des Abgeordneten Dr. Stölzel und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Unterhaltsbeiträge der Frauen der Reserve- und Landsturmoffiziere (Anhang I, 901/I);

3. des Abgeordneten Ritter v. Łukaszewicz und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Einlösung des russischen Geldes durch die Militäroperationskassen in den befreiten Gebieten Galiziens und der Bukowina (Anhang I, 902/I);

4. des Abgeordneten Ritter v. Łukaszewicz und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Gewährung von Zulagen an die Staatsbeamten in der Bukowina (Anhang I, 903/I);

5. des Abgeordneten Prokeš und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des militärischen Fabriksarztes in der Waggonfabrik Nesselsdorf, gegen die kranken Arbeiter (Anhang I, 904/I);

6. des Abgeordneten Dr. Neumann und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Einschränkung des Betriebes öffentlicher Badeanstalten (Anhang I, 905/I);

7. des Abgeordneten Prokeš und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Mannschaftsmißhandlungen bei der 2. Ersatzkompagnie des Infanterieregiments Nr. 1, in Spachendorf (Anhang I, 906/I);

8. des Abgeordneten Grafen Lasocki und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister des Innern, betreffend die Entlassung von Staatsangehörigen des Königreiches Polen aus der Internierung (Anhang I, 907/I);

9. der Abgeordneten Tomášek, Stanĕk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Tötung des Dragoners Mauritz durch einen Oberleutnant am Wiener Ostbahnhof (Anhang I, 908/I);

10. der Abgeordneten Pik, Habermann, Modráček, Dr. Witt und Genossen an die Regierung, betreffend die in Budapest gehaltene Friedensrede des Ministers des Äußern (Anhang I, 909/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 3. Oktober 1917:

ie Regierungsvorlage 601 der Beilagen;

nterpellationsbeantwortungen ad 231, 350, 534, 538, 558 und 668/I.

ie Anträge: 602 bis 636, 642 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Tusar**, **Udržal**.

Schriftführer: **Wollek**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident:** Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll der Sitzung vom 2. Oktober liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Wir gelangen zur Tagesordnung: Der erste Punkt derselben ist der Bericht des Sozialversicherungsausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 6, wegen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes *(563 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abgeordneten Smitka, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Smitka** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! In dem schriftlichen Berichte, den ich im Auftrage des Sozialversicherungsausschusses erstattet habe, habe ich mich darauf beschränkt, die dringliche Notwendigkeit der Änderung des Krankenversicherungsgesetzes darzulegen. Es sollte das nicht eine Rechtfertigung der § 14-Verordnung vom 4. Jänner 1917 sein, sondern vielmehr eine Anklage gegen das System Stürgkh, das es uns, sowohl dem Sozialversicherungsausschusse wie auch dem Hause, unmöglich gemacht hat, diese so dringend notwendige Reform und den Ausbau der Sozialversicherung hier auf legislativem Wege durchzuführen. Der gegenwärtige Entwurf ist nur eine Teilreform des Kapitels Krankenversicherung in dem ganzen Komplexe der Sozialversicherung überhaupt, eine Teilreform, die sich im wesentlichen auf die Versicherungsleistungen beschränkt. Wichtige Fragen, wie die Ausdehnung der Versicherung auf weitere Kreise der Arbeiterbevölkerung, die Frage der Gestaltung einer einheitlichen Organisation der Versicherung, die Frage der Judikatur für die Versicherten bei Erhebung ihrer Ansprüche gegenüber den Krankenkassen, alle diese Fragen sind offen geblieben. Der Ausschuß hat sie offen gelassen aus zweierlei Gründen: Erstens weil er jetzt in der Zeit, wo bereits auf Grund der § 14-Verordnung die Statuten in den einzelnen Kassen in Ausarbeitung sind, nicht eingreifen wollte, um die Sache nicht zu verzögern, und zweitens aber auch, weil diese Fragen doch in einem innigen Zusammenhange stehen mit den Fragen des ganzen Komplexes der Sozialversicherung und erst bei dieser eine, wie wir hoffen, für die Versicherung entsprechende Lösung finden werden.

Ich möchte Ihnen nun, meine Herren, in möglichst knapper Form das Wesen, den Zweck und den Inhalt der Vorlage schildern. Das, wie mir scheint wichtigste, was die Vorlage bringt, ist der Ausbau des Mutter- und Kinderschutzes, der Mutter- und Kinderfürsorge. Die Wöchnerinnenunterstützung, die nach den bisherigen Bestimmungen durch vier Wochen nach der Entbindung gezahlt wurde, wird auf sechs Wochen verlängert. Es wird weiters den Krankenkassen die Möglichkeit geboten, der schwangeren Frau durch vier Wochen vor der Entbindung Unterstützung zu gewähren. Es wird ferner die Stillprämie eingeführt, das heißt, es soll der Mutter, die dem Kinde die natürliche Nahrung reicht, eine Prämie gegeben werden, die es ihr einerseits ermöglicht, für sich selbst entsprechende Nahrung zu kaufen und die andererseits die Mütter anspornen soll, dem Kinde die natürliche Nahrung zu geben. Diese Stillprämien sind im Gesetze für die Dauer von zwölf Wochen vorgesehen, können aber durch das Statut der Krankenkasse bis auf 26 Wochen verlängert werden.

So sorgt das Gesetz für die Frau und Mutter für die Zeit vor und nach der Entbindung. Es wird aber im Gesetze den Krankenkassen auch die Möglichkeit geboten, die Entbindung selbst so zu

gestalten, daß alle die Gefahren, die heute der Mutter drohen, möglichst verringert, möglichst beseitigt werden. Sie alle wissen ja, meine Herren, unter welchen Umständen manchmal die Arbeiterfrau entbindet, unter welchen allen Anforderungen der Sanität widersprechenden Verhältnissen, und Sie alle wissen, welche Gefahren für die Gesundheit, ja für das Leben der Mutter diese Verhältnisse mit sich bringen. Die Krankenkassen können nun, was auch bisher schon geschehen ist, der Wöchnerin ärztliche Hilfe und den Hebammenbeitrag gewähren, sie können aber auch Entbindungsheime errichten, wie es der Wiener Verband bereits in mustergültiger Weise, gegen das frühere Gesetz, ohne gesetzliche Grundlage, getan hat. In diesen Entbindungsheimen ist der Mutter die Möglichkeit geboten, unter den denkbarst günstigsten hygienischen und sanitären Verhältnissen ihre schwere Stunde zu verbringen. Es wird aber weiter den Kassen die Möglichkeit geboten, der Mutter geschulte Pflegerinnen als Beraterinnen an die Seite zu geben, die ihr bei der Pflege und weiteren Wartung des Säuglings beistehen, die auch bei allen Erscheinungen, die sich vielleicht als Folge der Entbindung bei der Frau zeigen und wo Unverständnis und Vernachlässigung manchmal zu schweren Krankheiten führen, rechtzeitig Vorsorgen zu treffen. Durch die Beistellung dieser Pflegerinnen wird auch hier mancher Übelstand, der heute vorhanden ist, beseitigt werden.

Anschließend daran ist die Sorge der Krankenkasse für die Säuglinge geboten. Sie kann dafür sorgen, daß der Mutter, die nicht selbst stillt, Milch zur Verfügung gestellt wird und daß der Säugling bei allen Krankheitserscheinungen auch sofort die nötige ärztliche Behandlung erfährt. Aber nach dem neuen Gesetz verfolgen die Krankenkassen das Kind auch auf seinem weiteren Lebenswege, und zwar durch die Familienversicherung, deren Einführung durch dieses Gesetz auch ermöglicht wird.

Durch die Familienversicherung wird mit einem geringen Beitrage nicht nur der Arbeiter, sondern auch seine Familie versichert und es wird auch den Kassen die Möglichkeit geboten — und das ist in der Familienversicherung meiner Auffassung nach das Wichtigste, Notwendigste und Dringendste —, Vorsorge zu treffen für das Kind, für die Erhaltung der Gesundheit des Kindes; Erholungsheime, Tagesaufenthaltsstätten und ärztliche Hilfe für Kinder, ebenso Wartungs- und Pflegepersonen, alle diese Dinge sind durch diese Vorlage den Krankenkassen ermöglicht und sie sind dazu angetan, die Gesundheitsverhältnisse zu heben.

Ich glaube, hohes Haus, in dieser knappen Form, in der ich Ihnen diese Seite der Vorlage ausgeführt habe, erkennen Sie schon, daß es sich hier um ein großes Problem der Bevölkerungspolitik handelt, daß die Krankenkassen hier beizutragen haben werden, um das Problem der Bevölkerungserhaltung zu lösen, das heute nicht so steht, recht viele Kinder zu haben, sondern so steht, die vorhandenen Kinder zu erhalten. Es wurde bis heute auf diesem Gebiete ein großer Raubbau getrieben, die Kindersterblichkeit, insbesondere in den Arbeiterbezirken, ist Ihnen ja allen bekannt und es soll nach dieser Richtung hin durch den Einfluß der Krankenkassen eine Änderung geschaffen werden.

Die Familienversicherung, meine Herren, beinhaltet aber nicht bloß für die Kinder — obwohl das das Wichtigste ist — eine Hilfeleistung, sondern sie beinhaltet auch eine Beistellung der Hilfsmittel der modernen Wissenschaft, der ärztlichen Behandlung, der Medikamente für die sonstigen Angehörigen der Familie, die ebenfalls von großer Bedeutung ist.

Des weiteren ist in der Vorlage eine nicht unbeträchtliche Erhöhung des Begräbnisgeldes vorgesehen. Das Begräbnisgeld kann in der Sonderklasse bis zu 600 K ausgedehnt werden. Es soll diese Erhöhung des Begräbnisgeldes in der Vorlage nicht ein schönes Leichenbegängnis bedeuten, sondern es soll der Frau, den Hinterbliebenen noch einige Kronen in der Hand lassen, um sie so vor der ersten bittersten Not zu schützen.

Das weitere Wichtige in dieser Vorlage ist die Anpassung der Krankenunterstützung an den tatsächlichen Lohn durch Einführung des Lohnklassensystems. Ich habe in dem schriftlichen Berichte schon auf die Bedeutung dieser Sache hingewiesen und möchte hier nur kurz noch einiges anführen. Von seiten der Arbeitgeber wurde vielfach die Beschwerde erhoben, daß durch das Lohnklassensystem die Arbeitgeber mit einer großen administrativen Arbeit belastet werden. Ich möchte konstatieren, daß in dem Gesetze in dieser Richtung alles getan ist, um diese Arbeit zu erleichtern. Die Meldung über eine Lohnänderung, die eine Änderung der Lohnklasse nach sich zieht, ist nur nach Abschluß des Beitragsmonates vorgeschrieben. Sie braucht nur dann gemeldet zu werden, wenn die Lohnerhöhung mehr als vier Wochen dauert, so daß hier, soweit es der Zweck und der Sinn des Gesetzes möglich macht, ein Entgegenkommen den Unternehmern gezeigt worden ist. Aber selbstverständlich ist es, daß, wenn die Krankenkassen ihre Unterstützungen den Löhnen anpassen sollen, es notwendig ist, daß sie den Lohn wissen, weil anders die Sache an und für sich nicht durchzuführen ist.

In der Frage der Ärzte ist auch in dieser Vorlage ein Fortschritt gegenüber dem alten Gesetze zu verzeichnen. Es ist den Kassen die Pflicht auferlegt, mit den Ärzten schriftliche Verträge zu schließen und sie können mit den Ärzteorganisationen Rahmenverträge schließen mit den grundlegenden

Bestimmungen, innerhalb welcher dann mit den einzelnen Ärzten Verträge abzuschließen sind, für die Schlichtung der Streitigkeiten, die entstehen können, wird eine von der Landesbehörde eingesetzte Einigungskommission gebildet, welche paritätisch zusammengesetzt ist und die Entscheidung über strittige Ansprüche aus dem Vertragsverhältnisse ist dem Schiedsgerichte der Unfallversicherungsanstalt unterstellt.

Eine wichtige Neuerung von nicht geringer Bedeutung ist die Einführung eines außerordentlichen Fonds in der Versicherung. Wer in den Krankenkassen zu tun hat, weiß, daß für den Beamten oder Funktionär der Krankenkassen einer der schwersten Momente der ist, wo der Mangel der Invaliditätsversicherung so klar und deutlich in Erscheinung tritt. Wenn der Arbeiter ausgesteuert ist, wenn er die nach dem Statute vorgeschriebene Zeit hindurch die Unterstützung bekommen hat, ist er in den meisten Fällen schon an und für sich in einer großen Notlage, weil die Krankenunterstützung immerhin nicht ausreicht, um das zu decken, was er braucht. Nun kommt in dieser großen Notlage noch die Stunde, wo ihm der Funktionär der Kasse sagen muß: Sie bekommen von heute an keine Unterstützung mehr. Hier soll nun der besondere Fonds teilweise helfend eingreifen. Es wird den Krankenkassen die Möglichkeit geboten, wenn auch nicht die volle früher bezogene Unterstützung, so doch wenigstens einen Teil derselben den Mitgliedern für einige Zeit zu gewähren, damit sie dadurch über die schwersten Zeiten etwas leichter hinwegkommen. Durch den besonderen Fonds ist es aber auch den Krankenkassen ermöglicht, Maßregeln zur Vorbeugung und Bekämpfung von Volksseuchen und zur Unterstützung solcher Bestrebungen zu treffen. Welche Bedeutung gerade für die Krankenkassen die Mittel der Vorbeugung haben, brauche ich Ihnen wohl nicht des näheren auseinanderzusetzen. Es ist doch ein Nonsens, wenn eine solche Institution, wie es die Krankenkassen heute bereits sind, sich nicht darum kümmern würde, die Krankheiten möglichst zu verhüten, sondern wenn sie nur auf dem Standpunkt stünde, die Unterstützungen auszuzahlen, aber sich nicht weiter darum zu kümmern, was vor, beziehungsweise nach dieser Zeit mit dem Manne geschehen ist

Die Mittel für diesen besonderen Fonds müßten durch Beiträge aufgebracht werden, zu denen auch die Arbeitgeber ihre Zustimmung zu geben haben. Gestatten Sie mir, dazu zu bemerken, daß, so weit wir in Wien der Sache nun nähertreten und sie zu verwirklichen trachten, man sich meines Wissens bis heute von keiner Seite der Arbeitgeber gesträubt hat, diese Mittel den Kassen auch zur Verfügung zu stellen.

Meine Herren! Wenn die Krankenkassen alle diese und noch andere große Aufgaben, die ich Ihnen nur in kurzen Zügen, nur perspektivmäßig geschildert habe, erfüllen sollen, so bedarf es einer gesunden Grundlage ihrer Organisation. Wir haben heute in Österreich zirka 3400 Krankenkassen und haben darunter Kassen mit 18, 20 und 50 Mitgliedern. Daß solche Krankenkassen nicht in der Lage sind, das zu leisten, was das alte Gesetz verlangt, um so weniger daher in der Lage sind, das zu leisten, was das neue Gesetz fordert, ist klar, und es muß einer der wichtigsten Bestandteile der Reform der ganzen Sozialversicherung sein, diese Gebilde zu beseitigen und erst dann zuzulassen, wenn sie eine gewisse Größe erreicht haben.

Die jetzige Vorlage sucht dieser Frage auf einem etwas anderen Wege beizukommen, auf dem Wege nämlich, daß sie Verbandsbildungen, freie Verbände ermöglicht, die alle diese Kassen zusammenfassen, und durch das Zusammenfassen, durch die vereinte Kraft dann das leisten können, was die einzelne Kasse unmöglich leisten kann. Wenn dieser Weg auch eine teilweise Verbesserung in bezug auf die Organisation bedeutet, so ist er doch nicht so eingeschlagen worden, wie wir uns vorstellen, und es wird noch manches übrig bleiben, was wir in späterer Zeit ändern müssen, insbesondere darum, weil die Krankenkassen nicht gezwungen sind, solchen Verbänden beizutreten, sondern es vielfach ihrer freiwilligen Entscheidung überlassen bleibt, einem Verbande beizutreten oder nicht, und wir ja wissen, wie es draußen praktisch ist, daß mancher Vorstand der Krankenkasse glaubt, seine Selbständigkeit einzubüßen und dadurch vielfach den an und für sich nützlichen Beitritt zu einem Verbande verhindert.

Die Verbände haben zur Aufgabe, die Anstellung gemeinsamer Ärzte, die Beistellung von Medikamenten und therapeutischen Behelfe, die Errichtung von gemeinsamen Apotheken, Erholungsheimen, Heilstätten usw., alles Einrichtungen, die die einzelnen Kassen nicht treffen können. Die Bezirksverbände haben ja bis heute nicht viel geleistet und werden nun nach dieser neuen Vorlage aufgelöst. An ihre Stelle treten die freiwilligen Verbände, wie sie in der Vorlage vorgesehen sind.

Neben diesen vielen Verbesserungen bringt aber die Vorlage auch eine für die Arbeiterschaft ziemlich fühlbare Verschlechterung. In dem heutigen Krankenversicherungsgesetz heißt es, daß die Unterstützung ausbezahlt wird, wenn die Krankheit länger als drei Tage dauert, daß aber durch das Statut bestimmt werden kann, daß die Krankenunterstützung auch vom ersten Tage an ausbezahlt werden könne. Es ist das die sogenannte relative Karenz. Hier wird nun im Gesetz über Verlangen der Regierung eine zwei-

tägige absolute Karenz eingeführt, das heißt, für die ersten zwei Tage bekommt der Kranke keine Unterstützung. Die Gründe, warum die Regierung das verlangte, sind rein fiskalischer Natur: Die großen Lasten und die großen Beitragserhöhungen, die dieses Gesetz selbstverständlich nach sich ziehen wird, sollten insofern etwas gemildert werden, als diese zweitägige Karenz eine rechnungsmäßige Ersparnis bedeuten soll, damit die Beiträge nicht so hoch gestellt werden müssen, wie es sonst der Fall sein würde. Weiters glaubt die Regierung, durch diese Maßregel auch die unkontrollierbaren, unberechtigten Krankmeldungen zu treffen. Ich habe ausdrücklich betont, eine rechnungsmäßige Ersparnis.

Der Ausschuß hat einen Antrag, der auf die Herstellung der Bestimmungen des alten Gesetzes gerichtet war, abgelehnt, und zwar in der Erwägung, daß nunmehr, nachdem in den verschiedenen Krankenkassen des Reiches die Kassenleitungen unmittelbar vor der Durchführung dieser jetzt geltenden § 14-Verordnung stehen, eine so grundlegende Änderung, die die ganzen Berechnungen der Beiträge umwerfen würde, eine nicht unwesentliche Verzögerung der Einführung dieses Lohnklassensystems und aller Vorteile, die das Gesetz an und für sich bietet, bedeuten würde. Diese Hinausschiebung glaubte der Ausschuß nicht verantworten zu können und er hat, ohne auf die Berechtigung der Argumente, die von seiten der Regierung angeführt wurden, des näheren einzugehen, diesen Antrag abgelehnt.

Ich glaube, es wird Aufgabe der späteren Zeit sein, auch in dieser Beziehung Änderungen zu schaffen, denn nach meiner, und ich glaube jedes Sachverständigen festen Überzeugung, wird diese Ersparnis, die die Regierung hier will, faktisch nicht erreicht oder mindestens nicht in dem Umfang erreicht, wie es sich rechnungsmäßig darstellt.

Meine Herren! Es sind zu dem Gesetze auch zwei Minoritätsanträge eingebracht; der eine bezieht sich auf die erwähnten zwei Tage Karenz, der andere Minoritätsantrag ist von dem Herrn Abgeordneten von St. Pölten gestellt. Gegenüber dem Minoritätsantrag des Herrn Abgeordneten Wohlmeyer möchte ich nur bemerken, daß in demselben die Ansichten der kleingewerblichen Kreise, wenigstens soweit sie in Wien vorhanden sind, nicht zum Ausdrucke kommen. Wir können die Tatsache verzeichnen, daß sehr maßgebende kleingewerbliche Kreise in Wien für das Gesetz und für diese Erhöhung der Beiträge gestimmt, gesprochen und gewirkt haben. Auch nach dieser Richtung hin hat der Krieg eine Änderung gebracht. Weiteres habe ich zu dem Antrage nicht zu bemerken.

Hohes Haus! Ich bin mit der Schilderung dessen, was das Gesetz im großen und ganzen bringt und in jener knappen Form, wie ich es besprochen habe, fertig. Ich möchte mir nur gestatten, zum Schlusse noch eine Bemerkung zu machen, wie ich glaube, im Einverständnis mit dem ganzen Ausschuß. Der Herr Ministerpräsident hat bei seiner letzten programmatischen Rede davon gesprochen, daß eine Vorlage über den Ausbau der Sozialversicherung dem Hause vorgelegt werden wird. Ich möchte von dieser Stelle aus betonen, meine Herren, daß wir von der Regierung erwarten, daß diese Vorlage so rasch als möglich vorgelegt wird. Wir stehen jetzt infolge des Krieges noch vor ganz anderen Problemen, vor ganz anderen Erscheinungen der Invalidität als früher und es ist notwendig, daß die Frage der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter so bald als möglich gelöst werde und — ich glaube im Namen des Ausschusses zu sprechen, wenn ich sage — in einer Form gelöst werde, die alle Seiten befriedigt. Wenn sich die hohe Regierung bei ihrem Entwurfe von dem Gedanken leiten läßt, ohne Rücksicht auf irgendwelche politischen Rücksichten nur das durchzuführen, was sachlich notwendig ist, so wird die Regierung, glaube ich, alle Parteien des Hauses auf ihrer Seite finden. Wir als Partei würden auch manche Opfer unserer Ansichten auf diesem Gebiete bringen, wenn wir sehen, daß diese Opfer, die wir bringen, sachlich notwendig sind. Der Entwurf aber, den wir früher im Sozialversicherungsausschusse zur Beratung gehabt haben und mit dem — ich kann es ruhig behaupten — auch die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Innern nicht so sympathisierten, wie sie es vielleicht durch ihre Abstimmung zum Ausdrucke gebracht haben. Dieser Entwurf war nicht von sachlichen Notwendigkeiten getragen, sondern vielmehr von irgendwelchen politischen und bureaukratischen Rücksichten. Ich hoffe, daß der Entwurf über die Alters- und Invaliditätsversicherung bald kommt und so aussehen wird, wie es im Interesse der Sache gelegen ist.

Ich bitte Sie, meine Herren, den Bericht des Sozialversicherungsausschusses zur Kenntnis zu nehmen und das Gesetz anzunehmen.

**Präsident:** Zu diesem Gegenstande sind als Regierungsvertreter im Hause erschienen die Herren Exzellenz Sektionschef Dr. Beck, Freiherr v. Mannagetta, Ministerialrat Dr. Kaan und Ministerialrat Schäffer.

Ich werde mit Rücksicht darauf, daß das Gesetz nur einen geringen Umfang hat, eine Generaldebatte und dann eventuell nur eine Spezialdebatte durchführen lassen. Wird keine Einwendung dagegen erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es wird also in dieser Weise vorgegangen werden.

Es sind zu dem Gesetze zwei Minoritätsanträge angemeldet, und zwar einer vom Herrn Abgeordneten Pongratz, der zweite vom Herrn Abgeordneten Wohlmeyer.

Der Herr Abgeordnete Pongratz, dessen Antrag in die Spezialdebatte gehört, hat seinen Antrag zurückgezogen.

Der Minoritätsantrag des Herrn Abgeordneten Wohlmeyer, der in der Generaldebatte zur Behandlung zu kommen hätte, kann in dieser Form nicht zur Abstimmung gebracht werden, da er keinen Antrag auf einen Beschluß enthält. Es bleibt dem Herrn Abgeordneten Wohlmeyer überlassen, seinen Antrag abzuändern und als besonderen Antrag einzubringen.

Ich eröffne die Generaldebatte und beantrage als Rededauer für die einzelnen Redner eine Zeit von 30 Minuten. Ich bitte die Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat beschlossen, daß die Rededauer auf 30 Minuten eingeschränkt werde.

In der Generaldebatte haben sich zum Worte gemeldet, und zwar pro die Herren Abgeordneten Widholz und Forstner, kontra die Herren Abgeordneten Wohlmeyer, Albrecht und Dr. Leo Winter.

Ich erteile dem ersten Kontraredner, Abgeordneten Wohlmeyer, das Wort.

Abgeordneter **Wohlmeyer**: Hohes Haus! Ich habe mir in dieser Frage schon aus dem Grunde das Wort erbeten, um meinen Antrag, der a seinerzeit im Ausschusse aufgenommen wurde, richtig zu formulieren. Ich habe außerdem im Berichte eine Begründung meines Minoritätsvotums gegeben und ich werde die Ausführungen, die ich in der Begründung gebracht habe, hier infolge der beschränkten Redezeit, weil ich mich nicht wiederholen will, nicht mehr vorbringen, verweise aber als Ergänzung dessen, was ich jetzt vorbringen werde, auf die Begründung, die ich im Berichte angeschlossen habe.

Meine verehrten Herren! Als Sozialpolitiker arbeite ich gewiß schon mehrere Jahrzehnte an der Arbeiterschutzgesetzgebung mit. Ich habe schon im Jahre 1899 hier im Hause einen Antrag über die Errichtung einer allgemeinen staatlichen Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversorgung und einer Volkspensionskasse eingebracht, habe diesen Antrag in den Jahren 1907, 1910 und 1911, Beilage Nr. 432, hier wiederholt eingebracht und habe auch auf dem Gebiete der anderen Arbeiterschutzgesetzgebungen, der Alters-, Invaliden-, der Unfall-, der Krankenversicherung usw. mitgearbeitet. Wir haben uns aber seinerzeit — wir christliche Volksvertreter waren doch gewiß die ersten in Österreich, die für die Arbeiter sich eingesetzt haben — die Versicherung gewiß anders gedacht, als wie sie zur Durchführung gekommen ist.

Meine verehrten Herren! Es wurde vom Herrn Referenten gesagt, daß diese ganze Vorlage nur dazu da sei, um den Kranken, den Wöchnerinnen erhöhte Unterstützungen und Beiträge zu gewähren, um Erholungsheime 2c. schaffen zu können; er hat sogar davon gesprochen, daß man Fonds für die Alters- und Invalidenversicherung von seiten der Krankenkassen schaffen wolle, selbstverständlich mit dem großen Einkommen, das ihnen jetzt durch dieses neue Gesetz zukommt, weil man heute noch nicht sagen kann, wann die Alters- und Invalidenversicherung, die ja in Beratung steht, eigentlich zustande kommen wird, ja weil sie überhaupt noch in Frage steht.

Ich habe schon in meiner Begründung ausgeführt, daß ich es sehr begrüße, wenn die Kranken von den Krankenversicherungsanstalten, von den Krankenkassen etwas mehr erhalten. Die Krankenkassen wären aber schon heute gewiß in der Lage gewesen, das zu tun, denn sie sind sehr gut situiert. Unsere Krankenkassen, die bei uns draußen zumeist in sozialdemokratischer Hand und Leitung sich befinden, besitzen heute Millionen-Reservefonds, sie stehen sich sehr gut, was schon daraus hervorgeht, daß sie nicht nur die Krankenversicherung, sondern zum Großteil auch die Parteiorganisation mit diesen Mitteln bestreiten. *(Abgeordneter Reumann: Das ist schon ein alter Kohl!)* Ich bitte sehr, ich werde das beweisen und habe es hier im Hause schon zur Genüge bewiesen. *(Abgeordneter Reumann: Das gelingt Ihnen nicht! Es wäre sehr angenehm für Sie, wenn Sie es beweisen könnten, aber Sie können es nicht beweisen!)* Gut, ich werde ja darüber noch reden.

Das jetzige Gesetz . . . *(Unruhe.)* Ich bitte sehr, man hört gar nichts, Herr Präsident!

Das jetzige Gesetz, das wir beraten, ist ein gewaltiger Vorstoß auf dem Gebiete der Arbeiterschutzgesetzgebung. Es handelt sich da um neue Milliarden. Das Krankenversicherungswesen kostet uns schon Milliarden und das geht auf Kosten des Gewerbestandes und der Industrie, dazu trägt der Staat nichts bei. *(Abgeordneter Reumann: O je!)* Wir werden ja darüber noch sprechen, wie der Gewerbestand dabei aussieht.

Die Genossenschaftskrankenkassen und die übrigen Kassen, die seinerzeit durch das Gesetz an die erste Stelle gestellt wurden, haben sich gewiß sehr gut bewährt. Wir selbst haben in St. Pölten eine Baugenossenschaftskrankenkasse gehabt, wo die Beiträge, die vom Lohn des Arbeiters zu leisten waren, nur ein Viertel dessen betrugen, was sie

bei der Bezirkskrankenkasse zu leisten hatten. Sie erhielten aber dieselben Leistungen und Unterstützungen von der Kasse, als ihnen die Bezirkskrankenkasse gewährt — bei einem Viertel der Beiträge! Die Beiträge sind dann in die Höhe geschnellt, als wir zur Bezirkskrankenkasse übergehen mußten, weil der dortige Bezirkshauptmann gesagt hat, er werde mit den einzelnen kleinen Kassen aufräumen, er wolle eine Zentralisation, weil er, wenn nur eine Kasse die Sache in der Hand hat, viel weniger Arbeit damit hat. Darum sind die Genossenschaftskrankenkassen, die sich ganz gut bewährt haben, damals umgebracht und wir gezwungen worden, der Bezirkskrankenkasse beizutreten und ihr ungeheure Summen zuzuführen.

Die Beiträge sind, wie ich schon in meiner Begründung ausgeführt habe, dann enorm in die Höhe geschnellt. Damals betrug der Höchstlohn, der bezirksübliche Taglohn, der von den Bezirkshauptmannschaften bestimmt worden ist, 4 K. Jetzt wird der Beitrag vom vollen Lohnbetrag geleistet. Da kommen wir ja mit dem Gesetze auf das Vierfache der Beiträge hinauf, der Beitrag schnellt in eine ungeheure Höhe hinauf. *(Abgeordneter Forstner: Er ist schon in die Höhe geschnellt!)* Ich weiß schon. Darüber beklagt sich heute schon der Gewerbestand, wo er im Kriege kein Geschäft hat und geradezu stagniert. Aber warten Sie, bis das Geschäftsleben im Gewerbestande angeht, dann werden Sie schon hören, was der Gewerbestand dazu sagen wird. Jetzt, wo er so schlecht situiert ist, teilweise zugrunde geht und unterstützungsbedürftig ist, ist das ein harter Schlag gegen ihn. Es sind ja bis heute schon Gewerbetreibende infolge der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Heranziehung des Gewerbestandes zugrunde gegangen, denn ihm wird das alles aufgelastet, der Staat trägt nichts dazu bei. *(Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Sie haben heute in einem Ausschusse einen Bericht wegen der Arbeitszeit der Jugendlichen und der Frauen verhandelt und da haben Sie — eigentlich hat es die Regierung getan, aber jedenfalls auf Ihren Einfluß hin, denn die Herren haben ja heute einen großen Einfluß nach oben *(Zwischenrufe)* — da hat also die Regierung sogar Beschlüsse der Internationalen Konferenz für Arbeiterschutz in Bern zur Begründung dieses Gesetzes angeführt. Ja, wenn schon diese Konferenzbeschlüsse angeführt werden, dann möchte ich doch darauf verweisen, daß das damals nur Beratungen waren, deren Beschlüsse aber noch in keinem Staate durchgeführt worden sind. *(Zwischenrufe.)* Sie können ja dann sprechen! Auch in Bern wurde damals der Antrag gestellt, daß man die Kranken- und Unfallversicherung so wie bei uns durch private Institutionen durchführe. *(Zwischenrufe.)* Ich bin kein Freund der Engländer, überhaupt jetzt, nachdem wir sie gründlich kennen gelernt haben. Aber wissen Sie, mit welchem Hohn dieser Antrag von den Franzosen und Engländern zurückgewiesen wurde, die gesagt haben: Was, eine solche humanitäre Institution, die das ganze Volk umfaßt, die Milliarden kostet, soll man einer privaten Gesellschaft übergeben? Das muß doch der Staat in die Hand nehmen! Und gehen Sie nach England, dort ist die Durchführung eine staatliche.

Wenn Sie sich also schon auf die Konferenz in Bern berufen wollen, dann müssen Sie es in diesem Sinne tun. Ist es nicht unerhört, daß eine solche Institution privaten Kreisen übergeben wird? Und noch dazu die ungeheuren Summen, die durch die Gesetzgebung direkt der Sozialdemokratie in die Hände gespielt worden sind! *(Abgeordneter Reumann: O weh!)* Ich bitte sehr, Sie haben zwei Drittel der Vertreter in den Bezirkskrankenkassen, dadurch haben Sie die Herrschaft. *(Abgeordneter Reumann: Sie sollten auch einmal umlernen, Herr Wohlmeyer, bei Ihnen wäre es schon Zeit!)* Es wird schon die Zeit kommen, wo Sie zur Erkenntnis gebracht werden, wenn Sie selbst nicht darauf kommen.

Ich kann Sie versichern, meine verehrten Herren, die Bezirkskrankenkasse hat bei uns zum großen Teil die Sozialdemokratie in der Hand. Die Sozialdemokratie ist eine Kampfpartei, die uns ja direkt feindlich gegenüber steht. Nun, einer solchen Partei gibt man doch eine solche Institution nicht in die Hand. *(Abgeordneter Forstner: Weil sie Ihnen feindlich gegenüber steht!)* Wir Christlichsozialen verlangen sie auch nicht, gewiß nicht, wir wollen, daß der Staat das in die Hand nimmt und durchführt und nicht eine politische Kampfpartei gegenüber der anderen. Ich habe auch Briefe von Arbeitern draußen in den Fabriken, wo Sie Ihre Parteimänner als Funktionäre von den Krankenkassen sitzen haben, die sich darüber beklagen, daß der sie drangsaliert und sagt: Das bewillige ich Ihnen nicht, treten Sie der Partei bei! *(Abgeordneter Forstner: Das kommt in einer Krankenkasse vor? Ausgeschlossen!)* Öfters, nicht einmal! *(Abgeordneter Forstner: Sagen Sie mir eine!)*

Ich bitte sehr, lesen Sie meine Interpellationen, die ich schon vor vielen Jahren hier eingebracht habe, wo ich Namen, Daten und Ziffern angeführt habe und wo ich Ihnen alles sage. — Meine Herren! In der St. Pöltner Bezirkskrankenkasse sitzen in Pöchlarn und überall, wo Fabriken sind, einzelne Agitatoren der sozialdemokratischen Partei. Gehen Sie in die Parteikasse, da sitzen lauter sozialdemokratische Agitatoren! *(Abgeordneter Forstner: Was hat das zu sagen?)* Wir wissen ja und ich habe es Ihnen ja durch meine Interpellationen hier im Hause bewiesen, Sie sitzen dort und besorgen

die Krankenkassengeschäfte und dabei auch die Organisation mit. *(Abgeordneter Forstner: Wieso?)* Weil sie die Leute drangsalieren und zum Beitritt zwingen! *(Abgeordneter Forstner: Führen Sie einen konkreten Fall an!)* Ich bitte, ich habe Briefe zu Hause, ich habe es Ihnen schon durch Interpellationen hier im Hause vorgebracht, schauen Sie die Interpellationen an. *(Abgeordneter Bretschneider: Da ist es schade ums Schmalz!)* Ja natürlich! Was ich Ihnen gesagt habe, bin ich jederzeit zu beweisen im Stande. Ich habe es hier auch schon bewiesen durch Interpellationen.

Nun, meine verehrten Herren, können Sie sich diese ungeheueren Summen, die dem Gewerbestand herausgezogen werden, vorstellen. *(Zwischenrufe.)* Und dann ist es mir auch von den Arbeitern selbst gesagt worden — viele kommen ja zu mir, sich beschweren, aber es läßt sich heute gar nichts machen.

Das Gesetz und diese Zuwendungen sind auch nur für einen Teil der Arbeiter, nämlich für die industriellen und gewerblichen Arbeiter, die krankenversicherungspflichtig sind, für die landwirtschaftlichen und anderen Arbeiter nicht. *(Abgeordneter Forstner: Leider noch nicht!)* Jawohl, wir streben sie an und sind daran, eine zu schaffen, aber nicht eine solche, wie die Bezirkskrankenkassen es sind. *(Abgeordneter Forstner: Das geht aus Ihren bisherigen Ausführungen schon hervor!)* Jawohl.

Jetzt, in dieser Zeit wird dieses Gesetz gemacht, wo der Gewerbestand und die ganze Bevölkerung durch die Verhältnisse so arg betroffen sind, wo ja bei uns in Österreich durch die finanzielle Gestaltung und durch unsere Finanzgruppen das ganze Volk ausgebeutet, drangsaliert und durch Kartelle und Monopole besteuert wird, wo diese einen Staat im Staate bilden. Genau so ist es jetzt auch mit den Humanitätsinstituten. Die Zustände sind total verfahren und auf eine ganz verfehlte Basis gestellt, solange das nicht verstaatlicht wird. Die Herren klagen immer, daß ich Ihnen Vorwürfe mache. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, das hat Ihnen der Staat und die Regierung selbst in die Hand gespielt. Wir kennen ja die ungeheuren Gehalte, die Dr. Verkauf und Ornstein usw. beziehen. Es sind auch viele Funktionäre der Krankenkassen, die da herinnen sitzen, sie werden alle von dem Kapital, das dem Gewerbestand und der Industrie herausgezogen wird, erhalten. *(Abgeordneter Forstner: Ein Drittel zahlt das Gewerbe, zwei Drittel zahlt der Arbeiter selbst!)* Das ist eben auch eine solche Behauptung, die Sie seit langem aufstellen und die ich schon lange widerlegt habe. Wir haben seinerzeit, durch Streiks gezwungen, den Arbeitern diese Krankenkassenbeiträge daraufzahlen müssen. *(Abgeordneter Forstner: Tun Sie es lieber nicht!)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter Forstner, Sie haben nicht das Wort!

Abgeordneter **Wohlmeyer:** Wie kommt es, daß, wo es sich um Milliarden handelt, die dem Gewerbestand und der Industrie herausgezogen werden, nicht einmal die Parität in der Vertretung besteht, daß die Arbeitgeber, von denen das ganze Geld stammt, nur ein Drittel haben und die Arbeitnehmer zwei Drittel? Wir haben uns schon lange angeboten, wir zahlen gerne die Hälfte, 50 Prozent, aber wir wollen die Parität. Da hat es aber geheißen: darauf gehen wir nicht ein! *(Abgeordneter Forstner: Die Hälfte soll der Staat zahlen, verlangen Sie in Ihrer Resolution! — Abgeordneter Reumann: Für solche Vorstandsmitglieder würden wir uns sehr bedanken!)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter **Wohlmeyer:** Dann würden aber auch die Verwaltungskosten und die ganze Sache viel billiger ausfallen, als es jetzt ist, wenn wir das erreichen.

Nun, meine Herren, dann die schiedsrichterlichen Erkenntnisse. Es ist bei der Unfallversicherung und bei der Krankenversicherung so, daß die Arbeiter inappellabel — ein für allemal entscheiden, es gibt gar keinen Rekurs dagegen. *(Abgeordneter Forstner: Bei der Unfallversicherung auch?)* Ja. Wenn das Kreisgericht ein Urteil fällt oder selbst das Ministerium oder die Bezirkshauptmannschaften, da gibt es einen Rekurs bis zum Obersten Gerichtshof und Verwaltungsgerichtshof, hier aber gibt es für verunglückte oder kranke Arbeiter keinen weiteren Rekurs, sondern der betreffende Arbeiter ist an die Entscheidung gebunden. Und jetzt mitten in der Kriegszeit, wo dem Gewerbestande so mitgespielt wurde, wo er zum großen Teile selbst zugrunde gegangen oder mindestens unterstützungsbedürftig ist, jetzt will man ihm eine solche Belastung zugunsten der Krankenkassen auferlegen, die so gut situiert sind, daß sie es aus eigenen Mitteln hätten bestreiten können. *(Zwischenrufe.)* Die Bezirkskrankenkasse könnte aus eigenem bestreiten, was sie jetzt durch diese großen Zuwendungen den Kranken verspricht. *(Abgeordneter Forstner: Wie lange könnten sie denn das bestreiten? Ein paar Wochen vielleicht und dann wären sie fertig mit ihrem Gelde!)* Wir wissen ja, wenn die Organisationskosten ausgeschaltet werden, dann würden sie glänzend auskommen und diese Zuwendungen den Kranken machen können. *(Zwischenrufe.)*

Ich habe auch den Antrag gestellt, daß, wenn das Gesetz wirklich beraten und beschlossen werden

sollte, der Teil der Erhöhung, der auf den Gewerbestand entfällt, dann vom Staate getragen werden müßte, denn es geht nicht an, daß man .... *(Zwischenrufe.)* Ja, ich bitte sehr, die Herren Sozialdemokraten .... *(Abgeordneter Forstner: Ah, Sie sagen: „Die Hälfte nehmen wir auf uns", die muß aber der Staat zahlen und dafür wollen Sie die Parität!)* .... Oder die Parität, gewiß, jawohl, die sprechen wir an.

Der Herr Referent hat auch davon gesprochen, daß in das Versicherungsgebiet, dessen Erweiterung Sie planen, auch die Dienstboten, also von Privaten, eventuell auch von Landwirten, einbezogen werden sollen. Dagegen werden sich wohl alle Landwirte ꝛc. entschiedenst wehren.

Wir haben in Niederösterreich im Landtage soeben einen Antrag eingebracht, der auch von mir stammt, wo ich den Vorschlag gemacht habe, eine Dienstbotenkasse für landwirtschaftliche Dienstboten zu schaffen, wobei nach Ermittlung im ganzen Jahre 4 K zu zahlen sind. Das ist auch dort bereits ausgearbeitet. *(Abgeordneter Forstner: Da werden Sie was hergeben können!)* Die ganze Behandlung und Verpflegung während der Krankenzeit. *(Abgeordneter Forstner: Wo denn?)* Ich bitte sehr, wir haben in den Städten draußen, in Sankt Pölten zum Beispiel, und überall solche Kassen, die schon seit Jahrzehnten bestehen und sich vollkommen bewährt haben. Mit vielleicht 2 bis 3 K pro Mann Krankenkassenbeitrag in der Woche, kann der Bauer nicht existieren, wenn er das zahlen soll. *(Abgeordneter Löw: Das wäre traurig, wenn er 2 K nicht zahlen könnte bei den heutigen Verhältnissen! Das werden Sie doch niemand weismachen können!)* In der Woche? Für einen Arbeiter? Na, ich danke sehr. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter **Wohlmeyer** *(fortfahrend)*: Nun, meine Herren! Weil der Herr Referent zuvor gesagt hat, daß der Kleingewerbestand für dieses Gesetz gestimmt hat, so möchte ich erwähnen, daß ich Zuschriften über mein Einschreiten im Ausschusse von Gewerbetreibenden und gewerblichen Verbänden nicht nur unserer, sondern auch anderer Parteirichtungen habe. *(Abgeordneter Reumann: Die möchte ich kennen, die Ihnen schreiben!)* Es genügt wohl, wenn ich Ihnen sage: ich habe sie. *(Abgeordneter Reumann: Das genügt mir nicht!)* Ich habe sie sogar hier, worin sie mir zustimmen und mich bitten, daß ich ihre Sache in diesem Sinne weiter vertrete. *(Zwischenruf.)*

Meine verehrten Herren! Ich will zum Schlusse kommen und möchte jetzt den Antrag stellen, den auch schon der Herr Präsident angeregt hat. Ich stelle den Minoritätsantrag in folgender Fassung *(liest)*:

Es wird beantragt:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Die k. k. Regierung wird aufgefordert, eine Vorlage bezüglich der Verstaatlichung des Krankenversicherungswesens auszuarbeiten und dem Hause ehestens vorzulegen."

Bei Nichtannahme dieses Antrages wird beantragt:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

2. Die Parität in der Krankenkassenvertretung ist herzustellen und zu beschließen, daß von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je die Hälfte in die Vertretung der Kassenverwaltung, des Überwachungsausschusses ꝛc. gewählt werden. Eventuell ist die Beitragsleistung mit je 50 Prozent festzusetzen."

Ich glaube, das ist doch ein gerechter, billiger Antrag, der Ihnen auch entsprechen wird *(Zwischenrufe)*, weil wir damit rechnen, daß die Kosten der Krankenversicherung sich bedeutend erniedrigen, weil dann die Verwaltungskosten sich ermäßigen und auch die Agitationskosten und Kosten für die Parteiorganisation entfallen werden .... *(Abgeordneter Forstner: Weisen Sie mir einen Fall nach, wo jemand die Krankenkasse für die Agitation benützt hat!)* Sie können das aus den Interpellationen entnehmen, die ich hier schon vor Jahrzehnten eingebracht habe und in denen ich auch Namen und nähere Umstände angeführt habe.

Weiter *(liest)*:

„3. Daß gegen schiedsgerichtliche Erkenntnisse der Krankenkassen weitere Rechtsmittel geschaffen werden und zulässig sind.

4. Daß der Staat die auf den Gewerbestand entfallenden erhöhten Kosten übernimmt."

Das ist insbesondere jetzt in der Kriegszeit notwendig, denn die Gewerbetreibenden sind heute zum großen Teile unterstützungsbedürftig.

„5. Daß Beschlüsse über Verbandsgründungen entfallen."

Damit werden viele solcher Krankenkassen, die sich heute noch nicht in sozialdemokratischen Händen befinden, zufrieden sein, weil sie ja sonst majorisiert und brutalisiert werden.

Nun komme ich zum Schlusse. Es handelt sich hier um eine wichtige Frage, die man nicht jetzt in der Kriegszeit so mir nichts dir nichts abtut; es soll eine Frage geregelt werden, wo es sich um Milliarden handelt, wo der Gewerbestand herangezogen wird, wo man einer parteipolitischen Kampfpartei das ganze Humanitätswesen, den ganzen Arbeiterschutz übergeben und ihr die Möglichkeit geboten hat, aus den anderen ihr gegenüberstehenden Parteien diese Kosten herauszuziehen.

Da muß eine Verstaatlichung stattfinden, das darf so nicht weitergehen, um so weniger aber dürfen solche Gesetze jetzt in der Kriegszeit beschlossen werden. Das ist eine Gefährdung des Gewerbestandes. Sie, meine Herren Sozialdemokraten, stehen sich so gut in Ihren Krankenkassen, daß Sie heute den Kranken gewisse Zubesserungen geben können. *(Zwischenrufe.)* Ihre Stellung und Ihre Situation ist eine äußerst günstige.

Ich bitte Sie nun zum Schlusse, diese meine Anträge anzunehmen.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Wohlmeyer stellt folgenden Minoritätsantrag. *(Wiederholt denselben.)*

Ich ersuche jene Herren, welche diesen Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung. Ich mache darauf aufmerksam, daß dieser Antrag zwar die Form einer Resolution hat, daß er aber im Widerspruch mit dem ganzen Antrage des Ausschusses steht und daher bei der Generaldebatte zur Abstimmung zu gelangen hat, so daß diejenigen, welche für diesen Antrag stimmen, natürlich nicht für das Eingehen in die Spezialdebatte stimmen können.

Ich erteile dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Widholz das Wort.

Abgeordneter **Widholz:** Meine hochverehrten Herren! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zwei Anträge zu begründen, die einvernehmlich von den Mitgliedern des Sozialversicherungsausschusses akzeptiert werden. Ich möchte aber, bevor ich dazu übergehe, nur einige Worte dem sehr verehrten Herrn Kollegen Wohlmeyer, der unmittelbar vor mir gesprochen hat, widmen. Wir kennen uns lange und er wird es mir nicht verübeln, wenn ich ihm sage, daß er dasjenige, was er uns heute über die Krankenversicherung gesagt hat, der Tendenz nach schon sehr oft wiederholt hat und ich finde nur immer, daß der Herr Kollege die Sache so von oben herab behandelt, ohne eingehende Studien über das Wesen der Kranken- und der Unfallversicherung zu machen. Das, glaube ich, ist bei der Polemik, die man einer so hochwichtigen Sache widmet, nicht gut. Herr Kollege Wohlmeyer spricht davon, daß die Krankenkassen Millionenfonds haben. Ich kann alle Kassenfunktionäre aufrufen, sie werden mir bezeugen, daß die Regierung zeitweilig die Vorstände auffordert, dafür zu sorgen, daß die Reservefonds auf die im Gesetze vorgeschriebene Höhe gebracht werden, weil keine der Kassen den gesetzlich vorgeschriebenen Fonds bis heute aufgebracht hat. Es sind jetzt 30 Jahre seit der Schaffung der Krankenversicherung, aber wir werden ganz wenige Kassen haben, die diese Fonds aufweisen können. Die Kriegsjahre haben aber die Krankenkassen auf eine harte Probe gestellt und ich bin überzeugt, wenn nicht die Remedur durch die Änderung des Gesetzes kommt und der Krieg noch längere Zeit anhält, werden wir die vom Herrn Kollegen Wohlmeyer als so hoch gepriesenen Fonds verschwinden und die Kassen zusammenbrechen sehen.

Auf die Äußerungen politischer Natur, die in den früheren Jahren so gerne gebraucht wurden, daß nämlich die Sozialdemokraten zu gleicher Zeit Funktionäre der Krankenkassen und auch politische Agitatoren sind, will ich nicht des näheren eingehen. Aber ich glaube, das können wir ganz offen sagen: Jeder, der hieher entsendet ist, tritt für eine bestimmte politische Partei ein, trotzdem er neben diesen politischen Anschauungen und Grundsätzen auch noch auf dem einen oder anderen wirtschaftlichen Gebiete tätig ist, und er geniert sich gar nicht, diese seine politischen Ansichten auf das von ihm vertretene wirtschaftliche Gebiet zu übertragen. Ich weiß nicht, warum speziell uns ein Vorwurf daraus gemacht werden könnte, wenn wir als Funktionäre der Krankenkassen andererseits auch Politik treiben. Das kann doch nicht diffamierend sein. Und als bloße Konstatierung einer Tatsache, Herr Kollege, wollten Sie es doch offenbar nicht vorbringen, denn es hatte ja den Zweck, zu beweisen, daß diejenigen Verwaltungen, die in unseren Händen sind, schlecht sind. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Wohlmeyer.)*

Der Antrag aber, der hier gestellt wird, kann wohl nicht zur Annahme gelangen. Ich finde darin aber auch einen ungeheuren Widerspruch. Wenn ich auf der einen Seite die Verstaatlichung haben will und auf der anderen Seite in eventum einen Antrag stelle, der gewissermaßen grundlegende Bestimmungen dieser Vorlage einer Änderung unterziehen will, so geht das meiner Meinung nach nicht zusammen und es ist nicht möglich, das im Hause zu machen. Herr Kollege Wohlmeyer wissen doch, daß diese Vorlage gewissermaßen im Einvernehmen aller Kollegen im Sozialversicherungsausschusse zustande gebracht wurde, dem Sie ja angehören und dessen Beratungen Sie ja beigewohnt haben. Ich war also der Meinung, daß eine solche Rede, wie

die des Herrn Kollegen Wohlmeyer war, im Hause nicht zu gewärtigen sein wird.

Damit will ich mich den zwei Anträgen zuwenden, die ich zu stellen übernommen habe. Der Herr Referent hat darauf hingewiesen, daß wir dermalen in Österreich 3390, rund 4000 Krankenkassen haben. Diese 4000 Krankenkassen sind in ihren Größenverhältnissen natürlich verschieden. Die Bezirkskassen bringen uns einen Durchschnitt von 2736 Mitgliedern, die Betriebskassen von 683, die Baukassen von 121, die Genossenschaftskassen von 486 und die Vereinskassen einen Durchschnitt von 2600 Mitgliedern. Wenn ich die Bezirkskassen und Vereinskassen wegnehme, so muß ich sagen, daß die anderen Kassen durchaus nicht darnach angetan sind, große sozialpolitische Agenden zu übernehmen und im Interesse der Versicherten und der Öffentlichkeit durchzuführen. Wir haben während der achtjährigen Beratung im Sozialversicherungsausschusse wiederholt Anträge gestellt, die dahin gehen, daß die kleinen Kassen unter 1000 Mitgliedern aufgelöst werden sollen, weil bei so kleinen Kassengebilden eine rationelle Verwaltung nicht möglich ist, weil aber auch andrerseits die Versicherungsgrundlage in ihrer Festigkeit und die Zuversicht der Mitglieder leidet. Die Leistungsfähigkeit schwindet bei kleineren Krankenkassen und wir haben heute noch Krankenkassen von 15 Mitgliedern, wie uns anläßlich einer Konferenz in der letzten Zeit mitgeteilt wurde. Was kann eine solche Kasse leisten? Einer der Herren hat in der Konferenz gesagt: wenn ein Mitglied nach Inkrafttreten der neuen Bestimmungen des Gesetzes entbinden wird, so wird alles daraufgehen, was an Kapitalien in der Kasse vorhanden ist. Wenn wir diesen Übelstand auch heute nicht mehr beheben können, so glauben wir doch, ihn wenigstens in der Weise einschränken zu sollen, daß nicht noch neue Kassen geschaffen werden.

Ich beantrage deshalb, daß im Artikel VIII als Schlußsatz angefügt werde *(liest)*:

„Bis zur Neuregelung der Krankenversicherung der Arbeiter, längstens aber auf die Dauer von drei Jahren bleibt die Neuerrichtung oder Neuzulassung von Krankenkassen zur Durchführung der gesetzlichen Versicherung eingestellt."

Das ist eine Bestimmung, die, glaube ich, den Zwecken des Gesetzes um so mehr entspricht, weil nunmehr den Kassen zugemutet wird, größere Aufgaben zu erfüllen und sie in einer gewissenhaften und strengen Weise durchzuführen.

Nun zur zweiten Angelegenheit. Seit dem Bestande der Krankenversicherung, also seit 30 Jahren, genießen die Krankenkassen die Gebühren- und Stempelfreiheit. In letzter Zeit wurde bei einem Bezirksgerichte infolge eines Prozesses einer Kasse eine Stempelgebühr für das Erkenntnis aufgetragen und der Verwaltungsgerichtshof hat sich dem erstrichterlichen Urteil angeschlossen mit der Begründung, daß § 75 des Krankenversicherungsgesetzes eine Gebührenbefreiung für gerichtliche Erkenntnisse nicht vorsehe, so daß von nun ab die Kassen in dieser Beziehung gebühren- und stempelpflichtig wären. Die Belastung, die hieraus für die Kassen entstehen würde, wäre ungeheuer drückend. Wir glauben aber auch, daß es, nachdem hier öffentlichen Interessen gedient wird, unbillig wäre, nunmehr nach einem 30jährigen Bestande der Krankenversicherung den Kassen diese Last aufzubürden. Infolgedessen ist es notwendig, die Gebührenfreiheit ausdrücklich den Krankenkassen auch in Ansehung der gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Entscheidungen einzuräumen. Es ist im Unfallversicherungsgesetze, welches die Gebührenbefreiung ausspricht, im § 56 eine Bestimmung, welche sagt, daß alle Amtshandlungen und Urkunden von der Gebühren- und Stempelpflicht befreit sind, sofern es sich um Konflikte zwischen Anstalt, Unternehmer und Arbeiter handelt. In der Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes ist im § 75 aber nur die Rede davon, daß die Gebührenfreiheit gegeben ist, wenn zwischen den Krankenkassen und den Arbeitern ein Konflikt zur Abwicklung gelangt. Auch in dieser Beziehung ist eine Ergänzung der Bestimmung des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes wünschenswert.

Ich werde, wie ich schon vorhin sagte, im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Sozialversicherungsausschusses nunmehr beantragen, daß im Artikel VII der Vorlage anstatt des im Punkt 5 angeführten Absatzes folgende Bestimmung aufgenommen werde.

Der § 75, Absatz 1, des genannten Gesetzes wird in seiner bisherigen Fassung aufgehoben und hat zu lauten wie folgt *(liest)*:

„Alle zur Begründung und Abwicklung der Rechtsverhältnisse zwischen den in diesem Gesetze bezeichneten Krankenkassen einerseits und den Versicherten oder ihren versicherungspflichtigen Arbeitgebern andrerseits erforderlichen Verhandlungen und Urkunden mit Einschluß der gerichtlichen und schiedsgerichtlichen Entscheidungen, dann die von den Arbeitgebern und Kassen nach diesem Gesetze zu erstattenden Anzeigen, vorzulegenden Ausweise und sonstigen Eingaben samt deren Beilagen sowie die Verträge zwischen den Krankenkassen (Kassenverbänden) und deren Ärzten sind von den Stempel- und unmittelbaren Gebühren befreit."

Ich glaube, meine Herren, zur Begründung nichts weiter sagen zu müssen; der Antrag liegt im Interesse der Versicherung, im Interesse der Sache

selbst und ich bitte Sie nun um die Annahme der beiden von mir gestellten Anträge. *(Beifall.)*

**Präsident:** Diese beiden Anträge gehören in die Spezialdebatte und werden dann behandelt werden.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Albrecht das Wort.

Abgeordneter **Albrecht:** Hohes Haus! Die Krankenkassen haben, solange sie als Zwangsverbände den Arbeiter-Unfallversicherungsanstalten angegliedert werden, die Vorteile der Portopauschalierung genossen und haben dadurch nicht unerhebliche Beträge in Ersparung gebracht. Diese Vorteile wurden ihnen nun mit Inkrafttreten der im hohen Hause in Verhandlung stehenden Kaiserlichen Verordnung einseitig genommen, und zwar, wie ich glaube, in einem ungünstigen Zeitpunkt, in einem Zeitpunkt, wo die einzelnen Kassen gewiß durch die umfangreichere Ausgestaltung ihrer Geschäftsagenden eine größere Korrespondenz zu pflegen haben werden, außer sie sparen übernatürlich mit den schriftlichen Erledigungen und Urgenzen, was nicht zu empfehlen ist, was aber ganz bestimmt Nachteile sowohl für die Kassen als für die versicherten Mitglieder im Gefolge haben wird und Zwistigkeiten und Differenzen werden nicht ausbleiben. Die einzelnen Kassenorganisationen haben daher bei den maßgebenden Stellen wiederholt Schritte unternommen, um diese Verfügung rückgängig zu machen, leider aber bisher erfolglos, denn sie wurden immer mit der Begründung abgewiesen, daß die Regierung die Absicht habe, alle Portobefreiungen und Pauschalierungen aufzuheben und bei den Krankenkassen der Anfang gemacht werden muß, weil sich gerade der jetzige Moment hierzu eignet.

Man kann nun über die Absicht der Regierung verschiedener Meinung sein, man kann sich auch mit dieser Absicht befreunden, aber das setzt unbedingt voraus, daß alle Bevorzugten von dieser Maßnahme gleichzeitig getroffen werden, denn sonst wird nur Ungerechtigkeit und Unzufriedenheit erzeugt.

Ich möchte es als eine Tatsache hinstellen, daß gerade die Krankenkassen die Portopauschalierung, die Portoerleichterung am ehesten verdienen. Es bekundet zumindest wenig Voraussicht von seiten der Regierung, daß man gerade in einem Zeitpunkte, wo man den Krankenkassen größere Leistungen vorschreibt, wo von den Versicherten und den Arbeitgebern größere Beiträge gefordert werden, daran geht, die Entziehung der Begünstigung der Portopauschalierung einzuführen und die Kassen dadurch empfindlich zu belasten. Fürwahr, es ist gerade nicht der günstigste Augenblick. Die Regierung kann und darf nicht mit der einen Hand den Kassen und den Versicherten etwas geben und mit der anderen Hand wieder nehmen. Ich bin überzeugt, daß ich namens aller Krankenkassenvertreter spreche, wenn ich gegen diesen einseitigen und — ich möchte sagen — rücksichtslosen Vorgang der Regierung entschiedenst protestiere. Ich will nur hoffen, daß das letzte Wort von seiten der Regierung noch nicht gesprochen ist und empfehle daher dem hohen Hause die Annahme folgender Resolution *(liest)*:

„Die hohe Regierung wird aufgefordert, den Krankenkassen die ihnen vor Inkrafttreten dieser in Verhandlung stehenden Kaiserlichen Verordnung zugestandene Portopauschalierung unverzüglich wieder unter bestimmten Voraussetzungen zuzubilligen."

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Albrecht beantragt folgende Resolution *(wiederholt dieselbe)*.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Resolution unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Die Resolution ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Forstner.

Abgeordneter **Forstner:** Meine Herren! Herr Kollege Wohlmeyer hat über einzelne Fragen der Krankenversicherung in einer Art gesprochen, die deutlich zeigt, daß er diese Fragen wohl viel zu wenig kennt. Man könnte über seine Bemerkungen ruhig zur Tagesordnung übergehen, wenn Herr Kollege Wohlmeyer es nicht auch für notwendig gefunden hätte, die Krankenkassenfunktionäre zu verdächtigen, und zwar ihnen zu unterschieben, daß Gelder, die für die Krankenkassen eingenommen werden, zu politischen Agitationszwecken verwendet werden. Dagegen möchte ich mich auf das Entschiedenste verwahren. Die Behörde, die die Krankenkassen zu kontrollieren hat, wird gewiß in der Lage sein, konstatieren zu können, daß Krankenkassengelder zu Agitationszwecken in der politischen Partei niemals verwendet wurden. Der Herr Kollege Wohlmeyer kann sicher sein, daß in Wien der Magistrat, dessen Chef der Bürgermeister Dr. Weiskirchner ist und der als politische Behörde erster Instanz die Krankenkassen zu kontrollieren hat, in bezug auf die Kontrolle gewiß nicht das Mindeste unterläßt, ja man könnte sogar über die Amtsführung des Magistrats das eine sagen, daß sie die von Christlichsozialen verwalteten Krankenkassen begünstigt und bei diesen Kassen etwas duldet, was bei von Sozialdemokraten verwalteten Kassen ohne Zweifel zu deren Auflösung führen würde.

Wenn der Herr Kollege Wohlmeyer die Frage aufwirft, ob das Gewerbe die nach dem jetzigen Gesetz in Geltung tretenden hohen Beiträge leisten könne, so möchte ich die Gegenfrage auf-

werfen: Wie ist es bei den heutigen Teuerungsverhältnissen möglich, daß ein Arbeiter, sagen wir in Wien, mit einem Krankengeld von täglich 2 K 28 h leben und seine Familie erhalten soll? Der Mann ist krank, bedarf einer besseren Pflege und teurerer Nahrung als ein gesunder Mensch und seine Familie muß auch leben. Ich kann mir nicht denken, wie das jemand mit einem Krankengeld von 2 K 28 h täglich leisten kann.

Wenn die Regierung sich veranlaßt gesehen hat, die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917 zu erlassen, die jetzt in ein Gesetz umgewandelt wird, so ist sie von dem Standpunkt ausgegangen, daß die Arbeiter mit dem bisherigen Krankengeld das Auskommen nicht finden können. Wenn der Herr Abgeordnete Wohlmeyer sagt, daß in den von Sozialdemokraten verwalteten Krankenkassen die Mitglieder zum Beitritt in die sozialdemokratischen Organisationen veranlaßt werden, so wäre ich ihm sehr dankbar, wenn er uns nur einen einzigen Fall nennen könnte, wo jemand veranlaßt wurde, einer sozialdemokratischen Organisation beizutreten. Die Versicherung können Sie entgegennehmen, daß wegen unkorrekten Vorgehens den Krankenkassen kein Vorwurf gemacht werden kann. Der Herr Kollege Wohlmeyer aber spricht davon, daß die Unternehmer die Hälfte der Beiträge leisten und dafür die Parität im Vorstande und im Überwachungsausschuß für sich in Anspruch nehmen, aber andrerseits verlangt er, daß der Staat die Leistung der Hälfte der Beiträge auf sich nehmen soll. *(Abgeordneter Wohlmeyer: Nur die Erhöhung!)* Da würden die Unternehmer fast leer ausgehen! Herr Kollege, ein altes Sprichwort sagt schon: Wenig Geld, wenig Musik. Die Krankenkasse möchte ich sehen, die mit 4 K Jahresbeitrag etwas leisten kann. *(Zwischenruf seitens des Abgeordneten Wohlmeyer.)* Ja, vorhanden ist sie schon, daran zweifle ich nicht. Was aber die Krankenkasse leisten kann, davon reden wir. Was soll die Krankenkasse bei 4 K Jahresbeitrag den Mitgliedern geben? Da können die Leute, wenn sie erkranken, nicht einmal den Arzt bezahlen, geschweige denn Medikamente. Es wäre gewiß billig, den Leuten zu sagen, wir machen es billiger mit 4 K Jahresbeitrag. Darauf würden die Arbeiter sicher auch eingehen. Aber wir können das nicht sagen, weil wir es nicht leisten könnten, und aus 4 K kann man nicht mehr machen.

Ich glaube vielmehr, daß wir uns mit der jetzigen Reform der Krankenversicherung deshalb ganz ernst werden befassen müssen, weil den Krankenkassen in Hinkunft eine erhöhte Bedeutung zukommt. Es kommen die Kriegskrüppel zurück und jene Personen, welche während der militärischen Dienstleistung körperlichen Schaden erlitten haben. Es sind jene Personen, welche jetzt während des Krieges infolge der Teuerungsverhältnisse unterernährt sind, deren Körper geschwächt sind, welche den Krankheiten nicht so Widerstand leisten können, oder auch jene Personen, die jetzt beim Militär dienen, selbst auch im Hinterlande und von der minderen und schlechten Menage ihren Körper nur schlecht ernähren können, die uns in die Krankenkassen als Arbeiter kommen und den Krankenkassen sicherlich erhöhte Kosten verursachen werden. Auch die Kriegsleistungsarbeiter, welche jetzt in zwölfstündiger Arbeitszeit schwer ausgebeutet werden, kommen mit geschwächtem Körper in die Krankenkassen und werden erst nach dem Kriege die Krankenkassen belasten und in letzter Linie die Bevölkerung selbst, welche infolge der Ernährungsschwierigkeiten nicht mehr die körperliche Kraft haben, den Krankheiten Widerstand leisten zu können. Und alle jene Fehler, welche in der Ernährungsfrage gemacht worden sind, werden die Krankenkassen doppelt zu spüren bekommen. Es ist Tatsache, daß Arbeiter mit ihren Familien in der jetzigen Zeit oft auch ohne Grund brotlos gemacht werden. Stellen Sie sich vor, wenn jemand in der heutigen Zeit keinen oder einen minderen Verdienst hat, wie er bei diesen Teuerungsverhältnissen zu leben gezwungen ist. Alle Augenblicke hört man in Wien, daß diese oder jene Schichte Arbeiter zu feiern gezwungen ist. In der letzten Zeit zum Beispiel werden die Kriegskaffeefabriken vielleicht auf Wochen eingestellt, weil die Zufuhr des Rohmaterials nicht so durchgeführt werden kann wie früher. Tausende von Arbeitern werden jetzt Wochen hindurch feiern müssen. Wovon werden diese sich ernähren? Nehmen wir einen zweiten Beruf, die Wiener Chauffeure.

Die Kriegsverwaltung hat das Benzin mit Beschlag belegt, die Autobesitzer bekommen kein Benzin, die Chauffeure sind seit Monaten beschäftigungslos, trotzdem in Wien Benzin genügend vorhanden ist. Das Benzin, das zum Drusche beschafft und nicht verbraucht wurde, liegt in Wien, wird aber an die Automobilunternehmungen nicht abgegeben, so daß die Leute gezwungen sind, feiern zu müssen.

In dem Entwurfe, der uns hier vorliegt und der fast die wörtliche Abschrift der Verordnung vom 4. Jänner 1917 bedeutet, ist eine Ausnahmsbestimmung in bezug auf die Betriebskrankenkassen der Seeleute geschaffen. Ein Grund, warum die Betriebskrankenkassen der Seeleute ausgenommen wurden, ist nicht ersichtlich, die Regierung hat es bisher unterlassen, dem Hause oder in der Verordnung darüber irgend welche Aufklärungen zu geben.

Die Ausnahmsbestimmungen in diesem Gesetze scheinen aber nicht für die Seeleute zu gelten, sondern mehr für die Reedereien. Man hat die Reedereien davon ausnehmen wollen, diese zwei Drittel der höheren Beiträge zu leisten. Die See-

leute mußten 25 Jahre lang kämpfen, bis sie endlich der Kranken- und Unfallversicherung teilhaftig geworden sind. Es hat in den Hafenstädten Streiks und Demonstrationen gegeben, es ist sogar Blut geflossen, bis endlich den Seeleuten ihr 25 Jahre lange vorenthaltenes Recht auf Kranken- und Unfallversicherung zuteil geworden ist. Jetzt haben sie es endlich und man hätte annehmen können, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes auch für die Seeleute gelten. Aber gerade in diesem Falle hat man die Betriebskrankenkassen der Seeleute ausgenommen, während jene Seeleute, welche in Bezirkskrankenkassen versichert sind, der Vorteile dieses Gesetzes teilhaftig werden.

Es muß wohl bei dieser Gelegenheit die Frage aufgeworfen werden, ob es denn überhaupt Betriebskrankenkassen der Seeleute gibt, und diese Frage muß entschieden verneint werden. Die Betriebskrankenkassen der Seeleute, welche in Triest bestehen, sind eigentlich keine Betriebskrankenkassen, sondern die Reedereien leisten an den Sekretär der Arbeitgeberorganisation ein Pauschale für die Verwaltung und ersetzen ihm bar die Auslagen, welche er für die Seeleute der einzelnen Reedereien an Krankenunterstützung und sonstige Spesen ausbezahlt.

Es ist also gar keine Krankenkasse.

Die sogenannte Kasse hat keine eigene Verwaltung und keine einzige der Bestimmungen des bestehenden Gesetzes ist bei Schaffung der Krankenkassen in Wirksamkeit gesetzt worden.

Es besteht kein Vorstand, es hat noch niemals eine Generalversammlung stattgefunden.

Die Arbeiter haben in dieser Krankenkasse nichts zu reden.

Die Höhe der Krankenunterstützung ist wohl im Statut festgelegt, wird aber eigentlich von den Reedern bestimmt.

Es hat zum Beispiel ein Mann, der auf Grund der bisher in Geltung befindlichen ortsüblichen Taglöhne ein tägliches Krankengeld von 2 K 78 h bekommen hätte sollen, nur ein solches von 2 K ausbezahlt erhalten.

Es wurde dagegen remonstriert und der betreffende Beamte erklärte einfach, daß diese Reduzierung über Auftrag der Reeder erfolgt sein soll, und zwar haben sich die Herren Reeder die Sache so zurecht gelegt, daß jugendliche Seeleute und das Hilfspersonale täglich 1 K, Unteroffiziere und Professionisten 2 K und Schiffsoffiziere 4 K Krankengeld erhalten sollen.

Also in Triest bei dieser sogenannten Betriebskrankenkasse ist es möglich, daß die Reeder den Auftrag geben können, was für ein Krankengeld an die Leute ausbezahlt werden soll. Und diese sonderbare Krankenkasse, von der man das Statut nie zu Gesicht bekommen hat, die keinen Vorstand hat, deren Vorstand niemand bestimmt hat, in der noch niemals ein Bericht erstattet worden ist, in der keine einzige der im Krankenversicherungsgesetze festgelegten Bestimmungen eingehalten worden ist . . . *(Ruf: Was sagt die Aufsichtsbehörde dazu?)* Darauf komme ich noch später . . . . soll weiter bestehen bleiben, ja, das neue Gesetz soll wohl deshalb für die Betriebskassen keine Anwendung finden, weil sie bei ihrer derzeitigen Organisation außerstande sind, die Bestimmungen des neuen Gesetzes durchführen zu können.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die Festsetzung des Krankengeldes mit 60 Prozent des ortsüblichen Taglohnes wurden bisher von den Betriebskrankenkassen in Triest nicht eingehalten. Es existiert niemand, der weiß, wer das Statut bestimmt hat, niemand, der weiß, wer für die Verwaltung verantwortlich ist.

Es war plötzlich eine Verwaltung dieser Krankenkassen da, der Sekretär der Unternehmerorganisation bezieht, wie gesagt, von den Reedereien ein Pauschale für die Verwaltung, zahlt das Krankengeld an die Arbeiter aus und regressiert dann die Beträge für die Unternehmungen, um deren Arbeiter es sich gehandelt hat.

Es existiert kein Vorstand, kein Überwachungsausschuß, keine Generalversammlung, sondern das Sekretariat der Unternehmerorganisation schaltet und waltet, wie es ihm beliebt. Niemand vermag Auskunft zu geben über die Einnahmen und Ausgaben der Kasse. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Ansammlung des Reservefonds existieren für die Betriebskrankenkassen der Seeleute in Triest nicht.

Diese Betriebskrankenkassen sind ungesetzlich und willkürlich gegründet.

Die Leitung haben die Reeder bestimmt.

Den Seeleuten wurde bei Gründung versprochen, daß die Reedereien die ganzen Beiträge leisten werden, als Köder wurde ihnen das erzählt. In Wirklichkeit haben sich aber die Reeder das Recht vorbehalten, die Mitglieder in jedem Moment zur Leistung der Beiträge heranzuziehen.

Gegen diese sonderbare Art der Kassengründung und der Führung der Geschäfte haben sich die Berufsorganisationen der Seeleute ausgesprochen, gegen diese Gründung der Betriebskrankenkassen haben sich die Arbeiter ausgesprochen, hat sich die Seebehörde in Triest ausgesprochen, selbst der Statthalter von Triest, Prinz Hohenlohe, hat sich gegen deren Errichtung ausgesprochen, aber die Reedereien, die großen kapitalistischen Unternehmungen haben es in Wien beim Ministerium durchgesetzt, daß das Statut der Betriebskrankenkassen genehmigt worden ist. *(Hört! Hört!)* Seit 1914, also nahezu vier Jahre, schaltet und waltet der Sekretär der Unternehmerorganisation in Triest, tut was er will, hat kein Statut, keinen Vorstand, keine Kontrolle, keine

Generalversammlung über sich, weder Einnahmen noch Ausgaben werden kontrolliert.

Was sagen Sie dazu, Herr Kollege Wohlmeyer, da haben Sie eine Unternehmerorganisation! Die hält sich an keine einzige Bestimmung, tut was sie will, während sich die Arbeiter streng an das Gesetz halten müssen. Warum rufen Sie nicht in diesem Falle nach Staatsaufsicht? *(Abgeordneter Wohlmeyer: Auch das soll verstaatlicht werden!)* Es bleibt sich gleich, Gesetz und Ordnung muß überall eingehalten werden, ob es sich um Arbeiter oder Unternehmer handelt. Aber das ist bei uns in Österreich das große Malheur, daß nach Gründen der Opportunität von der Regierung vorgegangen wird, wie mans gerade brauchen kann. Wie kann denn die Bevölkerung vor dem Gesetz Respekt haben und sich daran halten, was vorgeschrieben ist, wenn die Regierung selbst sich nicht darum kümmert, die die in erster Linie das Gesetz einzuhalten hat? Wenn ein armer Teufel einen Laib Brot stiehlt, wird er schwer bestraft, wenn die Regierung sich nicht an das Gesetz hält und in willkürlicher, verbrecherischer Weise tut, was sie will, dann kümmert sich niemand darum. Alle Denkschriften und Beschwerden, die wir in dieser Sache eingebracht haben, waren wirkungslos, weil es sich hier um reiche Reedereien handelt, um Großkapitalisten. Da ist das Recht der Arbeiter schnuppe, da können sie tun was sie wollen, sie kommen nicht zu dem ihnen gesetzlich zustehenden Recht, sie können ihre eigene Krankenkasse nicht verwalten, haben keinen Einfluß auf deren Verwaltung, keinen Einfluß auf die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, auf die Höhe der Krankenkassenleistungen. Alles, was bisher getan wurde, um die Regierung von dieser Ungesetzlichkeit in Kenntnis zu setzen, ist völlig unbeantwortet geblieben.

Ich muß also die Regierung noch einmal auf das eindringlichste darauf aufmerksam machen, diese ungesetzlichen Betriebskrankenkassen der Seeleute in Triest endlich aufzulösen. Sie bestehen zu Unrecht und überdies werden die bei ihnen gegen Krankheit versicherten Seeleute der Vorteile dieses neuen Gesetzes nicht teilhaft; sie bekommen aber auch nicht einmal jene Beträge, welche im alten Gesetze als Mindestleistungen fixiert worden sind, sondern das Krankengeld, das die Reeder in Triest ungesetzlicherweise für die Arbeiter bestimmt haben. Es ist in allen Sozialversicherungsgesetzen die Selbstverwaltung der Arbeiter festgelegt. Und gerade hier, bei den Betriebskrankenkassen in Triest hält man diese Bestimmungen von der Selbstverwaltung der Arbeiter einfach nicht ein.

Ich habe eine Resolution vorgelegt und bitte das hohe Haus, sie anzunehmen. Eine besonders dringende Aufforderung möchte ich an die Regierung richten, diese ungesetzlichen Betriebskrankenkassen der Seeleute endlich aufzulösen. Die Resolution lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, die von den Reedereien in Triest ohne Hinzuziehung der Versicherten errichteten Betriebskrankenkassen aufzulösen, weil diese keiner der gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, und zu veranlassen, daß die Seeleute aller Kategorien bei den bestehenden Bezirkskrankenkassen gegen Krankheit versichert werden."

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Forstner hat eine Resolution eingebracht, welche lautet: *(wiederholt dieselbe)*.

Ich bitte jene Herren, die diese Resolution unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht)*. Die Resolution ist hinreichend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Leo Winter.

Abgeordneter Dr. Leo **Winter:** Meine Herren! Wenn wir der Vorlage in der Fassung des Ausschusses zustimmen, so wollen wir damit nicht sagen, daß wir mit der Vorlage die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft in bezug auf die Krankenversicherung für erledigt erachten würden. Die Verordnung hat nichts geändert an dem Umfang der Krankenversicherung, so daß namentlich die landwirtschaftlichen Arbeiter weiterhin außerhalb der Krankenversicherung geblieben sind. Wir sind der Anschauung, daß besonders jetzt, während einer Zeit, wo die Landwirte doch auch ihren Anteil an der Kriegskonjunktur haben, eine Krankenversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter bei den Landwirten auf keinen Widerstand gestoßen hätte.

Die Verordnung hat auch die Übelstände der Organisation, über welche bereits in der Debatte gesprochen wurde, unberührt gelassen, so daß die Zwergkassen weiter bestehen bleiben, obzwar sie jetzt weniger denn je den gesteigerten Anforderungen werden gewachsen sein. Wenn wir, trotzdem wir diese Mängel der bestehenden Krankenversicherung kennen, keine Abänderungsanträge stellen, so geschieht es deswegen, weil wir wünschen, daß die Krankenkassen für ihre Tätigkeit die feste Basis eines Gesetzes bekommen und daß sie vor der Labilität der § 14-Verordnung, auf Grund deren sie bisher arbeiten, bewahrt werden.

Ich habe mich aber, meine Herren, zum Worte gemeldet, um auf einen Übelstand aufmerksam zu machen, der sich während des Krieges entwickelt hat und die Krankenkassen arg schädigt. Das beste Gesetz hat für die Krankenkassen keine Bedeutung, wenn nicht eine genügende Anzahl von Leuten vorhanden

ist, welche das Gesetz in Durchführung bringen können. Bei den Krankenkassen handelt es sich dabei um Beamte und um Ärzte. Ohne diese zwei Faktoren kann die Krankenversicherung nicht durchgeführt werden. Nun sind während einer Zeit, wo die Krankenkassen ihre ganze Organisation umwandeln mußten, wo sie neue Kataster anlegen müssen, wo die Verwaltungsarbeiten bei den Krankenkassen bedeutend gestiegen sind, gerade während dieser Zeit die Beamten in einer großen Zahl zur militärischen Dienstleistung einberufen worden.

Wir haben Krankenkassen in Böhmen, wo alle Beamten einberufen wurden und wo sich die Frau irgendeines Beamten gefunden hat, die diejenigen Beiträge, die die Unternehmer freiwillig leisten, entgegennimmt und das Krankengeld auszahlt. Selbstverständlich zahlen die Kassen bei einer solchen Wirtschaft darauf, weil die Beiträge weder vorgeschrieben noch eingetrieben werden können, so daß die Kassen und damit selbstverständlich auch die Mitglieder auf diese Weise arg geschädigt werden. Damit steht auch im Zusammenhange, daß die militärischen Behörden keine Rücksicht darauf nehmen, daß eingearbeitete Ärzte den Kassen belassen werden. Wir bekommen hier fast jeden Tag Briefe von Krankenkassen, wo um Intervention beim Landesverteidigungsministerium wegen Enthebung irgendeines Arztes angesucht wird. Diese Zustände sind unhaltbar und die Versicherungsinstitute, deren Tätigkeit doch im öffentlichen Interesse liegt, haben das größte Interesse daran, daß darin eine Änderung eintrete.

Deswegen beantrage ich eine Resolution, wonach die Regierung aufgefordert wird, zu veranlassen, daß die für die Aufrechthaltung der Tätigkeit der Krankenkassen notwendigen Beamten und Ärzte von der militärischen Dienstleistung enthoben werden.

Ich bitte das hohe Haus, diese Resolution anzunehmen. Es handelt sich jetzt interministeriell auch um die Enthebung dieser für die Tätigkeit der Krankenkassen notwendigen Leute, und wenn das hohe Haus diese Resolution annehmen wird, so wird das Sozialversicherungsamt wenigstens einen notwendigen Rückhalt haben, um diese Forderung bei den militärischen Behörden durchzusetzen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter Dr. Leo Winter stellt den Antrag *(verliest den Resolutionsantrag)*.

Ich ersuche die Herren, die den Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Resolutionsantrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Smitka** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Ich möchte nur einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Wohlmeyer machen. Wir haben die Krankenversicherung jetzt ungefähr 13 Jahre in Verhandlung. Der Herr Kollege Wohlmeyer ist Mitglied aller dieser Ausschüsse gewesen, in denen dieser Gegenstand verhandelt wurde. Ich möchte das hohe Haus darauf aufmerksam machen, daß die Bestimmungen dieses Gesetzes sich auf die Beschlüsse des Sozialversicherungsausschusses vor dem Kriege stützen, an welchen der Herr Kollege Wohlmeyer ja auch mitgewirkt hat. Ich glaube nicht, daß es angeht, heute nach so langer Zeit hier nun zu beantragen, wiederum von vorne anzufangen und die Krankenversicherung wiederum auf einer ganz anderen Basis aufzubauen. Ich meine aus dem Grunde, daß das hohe Haus den Antrag des Herrn Abgeordneten Wohlmeyer absolut nicht annehmen kann.

Was die weiteren Anträge anbelangt, so möchte ich den Antrag des Herrn Kollegen Widholz befürworten, der dahin geht, daß nun eine Neugründung von Krankenkassen nicht mehr stattfinde; ebenso den zweiten Antrag desselben Herrn Kollegen auf Gebührenfreiheit, wobei ich bemerke, daß das Finanzministerium seine Zustimmung zu diesem Antrag ausgesprochen hat sowie den dritten Antrag, die Resolution des Herrn Abgeordneten Albrecht auf Portopauschalierung, ebenso auch die Resolutionen Forstner und Dr. Winter, die erstere, die sich auf die Auflösung der Betriebskrankenkassen der Seeleute, die letztere, die sich auf die Militärbefreiung der notwendigen Krankenkassaärzte und Beamten bezieht.

**Präsident:** Ich bitte, die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen.

Wir haben zunächst abzustimmen über das Eingehen in die Spezialdebatte.

Es liegt nun ein Antrag des Herrn Abgeordneten Wohlmeyer vor, der sich als Gegenantrag darstellt und daher zuerst zur Abstimmung zu gelangen hat. Dieser Antrag lautet *(liest)*:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, eine Vorlage bezüglich der Verstaatlichung des Krankenversicherungswesens auszuarbeiten und dem Hause ehestens vorzulegen."

Für den Fall der Nichtannahme dieses Antrages ist vom Herrn Abgeordneten Wohlmeyer

ein Eventualantrag gestellt worden, welcher lautet *(liest)*:

Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Die Parität in der Krankenkassenvertretung ist herzustellen und zu beschließen, daß von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern je die Hälfte in die Vertretung der Kassenverwaltung, des Überwachungsausschusses ꝛc. gewählt werden. Eventuell ist die Beitragsleistung mit je 50 Prozent festzusetzen.

2. Daß gegen schiedsgerichtliche Erkenntnisse der Krankenkassen weitere Rechtsmittel geschaffen werden und zulässig sind.

3. Daß der Staat die auf den Gewerbestand entfallenden erhöhten Kosten übernimmt.

4. Daß Beschlüsse über Verbandsgründungen entfallen."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Abgeordneten Wohlmeyer zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Es ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.

Ich ersuche nun diejenigen Herren, welche dem Eventualantrage des Herrn Abgeordneten Wohlmeyer zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Es ist die Minderheit. Dieser Eventualantrag ist ebenfalls abgelehnt.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche in die Spezialdebatte über dieses Gesetz eingehen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das Haus hat das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter die Spezialdebatte einzuleiten? *(Nach einer Pause:)* Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Wort.

Ich eröffne die Spezialdebatte. In der Spezialdebatte hat sich der Herr Abgeordnete Josef Pongratz zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Josef **Pongratz**: Meine Herren! Ich habe zu § 6 der Vorlage einen Minoritätsantrag gestellt, welcher bezwecken soll, daß der gegenwärtige Zustand, wie er sich durch das Gesetz vom 30. März 1888 herausgebildet hat, bestehen bleibe.

Es ist unzweifelhaft richtig, daß durch die im neuen Gesetze beantragte Karenzfrist von zwei Tagen eine beträchtliche Schädigung der Arbeiterschaft eintritt.

Es sind das lange erworbene Rechte, die nicht durch eine Kaiserliche Verordnung oder ein Gesetz beeinträchtigt werden sollen.

Das alte Gesetz hat vorgesehen, daß in dem Falle, als die Krankheit länger als drei Tage dauert und der Kranke erwerbsunfähig ist, vom vierten Tage an das Krankengeld ausbezahlt wird. Diese Bestimmung hat sich von vornherein als vollständig undurchführbar erwiesen, weil ja der Arbeiter, der drei Tage krank und erwerbsunfähig war, nicht darauf verzichten konnte, daß er für diese drei Tage kein Krankengeld bekommen soll, zumal ja das Krankengeld einen teilweisen Ersatz für den Lohnverlust bilden sollte. Infolgedessen haben fast die meisten Krankenkassen durch ihr Statut bestimmt, daß das Krankengeld bereits bei länger als eintägiger Krankheit bezahlt werden kann. Dieser Rechtszustand hat sich durchwegs eingelebt.

Durch die neue Kaiserliche Verordnung aber, beziehungsweise jetzt durch diese Vorlage wird eine absolute Karenzfrist von zwei Tagen festgesetzt, so daß keine Krankenkasse mehr in der Lage ist, das Krankengeld vom zweiten Krankheitstage an zu bezahlen. Deshalb glaube ich, soll der bisherige Zustand wiederhergestellt werden und ich würde beantragen, daß im § 6, Punkt 2, in der zweiten Zeile statt des Wortes „dritten" zu setzen ist „ersten". Das hätte dann zur Folge, daß das Krankengeld gleich vom zweiten Tage an gezahlt werden kann.

Weiters soll im § 6, Punkt 2, Absatz 2, nach den Worten „Ein arbeitsfreier Tag ist als" eingeschaltet werden „erster oder", so daß dadurch, daß ein arbeitsfreier Tag als erster Krankentag anzusehen ist, dieser Tag nicht gezählt wird. Ich glaube, diese Anträge nicht weiter begründen zu sollen, weil sie ja in der Sache selbst vollständig klar sind. Ich bitte das Haus, diese Abänderungsanträge anzunehmen. *(Bravo!)*

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Pongratz stellt zum § 6, Punkt 2, Zeile 2, den Antrag, statt des Wortes „dritten" das Wort „ersten" zu setzen; weiters im § 6, Punkt 2, Absatz 2, nach den Worten „Ein arbeitsfreier Tag ist als" die Worte „erster oder" einzuschalten.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Anträge unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Anträge sind unterstützt und stehen in Verhandlung.

Wünscht noch jemand in der Spezialdebatte zu sprechen? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Spezialdebatte ist geschlossen.

Es hat außerdem der Herr Abgeordnete Widholz zwei Anträge zu Artikel VII und VIII an-

gemeldet, die bereits schriftlich unterstützt sind und auch in Verhandlung stehen.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abgeordneter **Smitka** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Ich möchte zu dem Antrage des Herrn Abgeordneten Pongratz nur einige Worte sagen. Ich bin hier einigermaßen in Verlegenheit, nachdem mein Parteigenosse diesen Antrag gestellt hat und meine persönliche Ansicht sich mit dem Antrage deckt. Ich spreche aber hier als Berichterstatter des Ausschusses. Der Ausschuß hat aber den Antrag abgelehnt, so daß ich bitte, meine Stellungnahme nicht als die Stellungnahme nach meiner eigenen Überzeugung und nach der meiner Partei anzusehen, sondern eben als die des Vertreters des Ausschusses im hohen Hause aufzufassen.

**Präsident**: Wir werden abstimmen.

Zum Artikel I ist kein Abänderungsantrag gestellt.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den Artikel I, wie er vorgedruckt ist, annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Artikel I ist angenommen.

Zum § 6 sind zwei Abänderungsanträge vom Abgeordneten Pongratz gestellt worden, die beide den Punkt 2 betreffen; ich ersuche diejenigen Herren, die den § 6 mit Auslassung des Punktes 2 annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* § 6 ist mit Ausnahme von Punkt 2 angenommen.

Nun ersuche ich diejenigen Herren, welche den Punkt 2 mit Auslassung des Wortes „dritten" in der zweiten Zeile annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Nun kommt die Abstimmung über den ersten Antrag Pongratz, der in der zweiten Zeile des Punktes 2 das Wort „dritten" durch das Wort „ersten" ersetzt haben will.

Ich ersuche diejenigen Herren, die für den Antrag Pongratz sind, wonach es „ersten" heißen soll, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die für den Ausschußantrag sind, wonach es hier „dritten" heißen soll, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Ausschußantrag ist angenommen.

Damit entfällt auch die Abstimmung über den Einschaltungsantrag des Herrn Abgeordneten Pongratz im letzten Alinea des Punktes 2.

Zu den §§ 6a, 6b, 6c, 6d, 6e, 6f, 6g, 7, 7a, 7b, 7c, 9, 9a, 9b, 9c, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 40, 40a, 47, 49, Artikel II, Artikel III, Artikel IV, Artikel V und Artikel VI sind keine Abänderungsanträge gestellt worden.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Paragraphen und Artikeln nach den Ausschußanträgen annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Zu Artikel VII hat der Herr Abgeordnete Widholz einen Abänderungsantrag gestellt. Es soll nämlich der dritte Absatz des Artikels VII lauten *(liest)*:

„Der § 75, Absatz 1, des genannten Gesetzes wird in seiner bisherigen Fassung aufgehoben und hat zu lauten wie folgt:

„Alle zur Begründung und Abwicklung der Rechtsverhältnisse zwischen den in diesem Gesetze bezeichneten Krankenkassen einerseits und den Versicherten oder ihren versicherungspflichtigen Arbeitgebern andererseits erforderlichen Verhandlungen und Urkunden mit Einschluß der gerichtlichen und schiedsrichterlichen Entscheidungen, dann die von den Arbeitgebern und Kassen nach diesem Gesetze zu erstattenden Anzeigen, vorzulegenden Ausweise und sonstigen Eingaben samt deren Beilagen, sowie die Verträge zwischen den Krankenkassen (Kassenverbänden) und deren Ärzten sind von den Stempel- und unmittelbaren Gebühren befreit."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche den Artikel VII mit vorläufiger Hinweglassung des Absatzes 3 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Artikel VII ist angenommen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die den Absatz 3 in der Fassung des Herrn Abgeordneten Widholz annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Absatz 3 ist in der Fassung des Herrn Abgeordneten Widholz angenommen.

Zu Artikel VIII hat der Herr Abgeordnete Widholz einen neuen Absatz als vierten Absatz beantragt, welcher lautet *(liest)*:

„Bis zur Neuregelung der Krankenversicherung der Arbeiter, längstens aber auf die Dauer von drei Jahren, bleibt die Neuerrichtung oder Neuzulassung von Krankenkassen zur Durchführung der gesetzlichen Versicherung eingestellt."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche den Artikel VIII so, wie er vorgedruckt ist, annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Artikel VIII ist angenommen.

Nunmehr ersuche ich diejenigen Herren, welche den Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Widholz

als Schlußsatz annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Auch dieser Zusatzantrag ist angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Herren, welche Artikel IX, Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Artikel IX, Titel und Eingang des Gesetzes sind angenommen und damit ist das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter **Smitka** *(von der Tribüne)*: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die das soeben in zweiter Lesung beschlossene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Gesetz, betreffend Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes *(649 der Beilagen)* auch in dritter Lesung angenommen.

Es sind weiters drei Resolutionen von den Herren Abgeordneten Albrecht, Forstner und Dr. Leo Winter beantragt.

Der Herr Abgeordnete Albrecht beantragt folgende Resolution *(liest)*:

„Die hohe Regierung wird aufgefordert, den Krankenkassen die ihnen vor Inkrafttreten dieser in Verhandlung stehenden Kaiserlichen Verordnung zugestandene Portopauschalierung unverzüglich wieder unter bestimmten Voraussetzungen zuzubilligen."

Ich ersuche diejenigen Herren, die für diesen Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Albrecht stimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Dieser Resolutionsantrag ist angenommen.

Der Herr Abgeordnete Forstner stellt den Antrag *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, die von den Reedereien in Triest ohne Hinzuziehung der Versicherten errichteten Betriebskrankenkassen aufzulösen, weil diese keiner der gesetzlichen Bestimmungen entsprechen, und zu veranlassen, daß die Seeleute aller Kategorien bei den bestehenden Bezirkskrankenkassen gegen Krankheit versichert werden."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dieser Resolution zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Resolution ist angenommen.

Endlich stellt der Herr Abgeordnete Dr. Leo Winter folgenden Resolutionsantrag *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, zu veranlassen, daß die für Aufrechterhaltung der Tätigkeit der Krankenkassen notwendigen Beamten und Ärzte von der militärischen Dienstleistung enthoben werden."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dieser Resolution zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolution ist angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Wir kommen nun zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, das ist der Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 4. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 7, wegen Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung *(562 der Beilagen.)*

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Smitka, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Smitka** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Die Vorlage des sozialpolitischen Ausschusses ist nur eine logische Folge der eben beschlossenen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes. In diesem Gesetze wird die Schutzfrist der Wöchnerinnen von vier auf sechs Wochen verlängert; es muß also dementsprechend auch in der Gewerbeordnung die Bestimmung, daß die Wöchnerinnen sich der gewerblichen Arbeit zu enthalten haben, von vier auf sechs Wochen ausgedehnt werden. Etwas anderes beinhaltet dieses Gesetz nicht und ich bitte um seine Annahme.

**Präsident**: Nachdem das Gesetz nur zwei meritorische Paragraphen hat, werde ich General- und Spezialdebatte zusammenfassen, falls kein Einwand dagegen erhoben wird. *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, es bleibt dabei.

Wünscht jemand das Wort in der Generaldebatte? *(Niemand meldet sich.)*

Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Wir schreiten zur Abstimmung und ich ersuche diejenigen Herren, die Artikel I, II, III und IV sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter **Smitka**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Wünscht jemand zur Frage der Dringlichkeit das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität beschlossen, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat das Gesetz, betreffend die Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung *(gleichlautend mit 562 der Beilagen)* in dritter Lesung angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Ich breche die Verhandlung ab.

Es ist mir eine Anfrage der Abgeordneten Tomášek, Staněk und Genossen überreicht worden, deren dringliche Behandlung im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung beantragt wird. Ich bitte um deren Verlesung, worauf wir abstimmen werden.

Schriftführer **Wollek** *(liest)*:

„Anfrage der Abgeordneten Tomášek, Staněk und Genossen an den Herrn Minister für Landesverteidigung wegen der Tötung des Dragoners Mauritz durch einen Offizier am Wiener Ostbahnhofe."

Montag, den 1. d. M. wurden abends am Wiener Ostbahnhofe zirka 35 Mann der Handmaschinengewehrabteilung des Dragonerregimentes Nr. 3 einwaggoniert. Als vor der Abfahrt des Zuges einer der ins Feld abgehenden Soldaten, namens Mauritz, aus dem Waggon ausgestiegen war, um noch von den am Bahnhofe anwesenden und knapp neben dem Waggon stehenden Bekannten Abschied zu nehmen, trat an ihn ein Oberleutnant heran — in welcher dienstlichen Funktion er dort erschienen war, ist den Fragestellern noch nicht bekannt — und versetzte Mauritz nach einem kurzen Wortwechsel einige Ohrfeigen. *(Pfuirufe.)* Mauritz suchte mit der Hand die weiteren Schläge abzuwehren und stieß dabei den Offizier von sich. Der letztere zog mit Blitzesschnelle sein Seitengewehr aus der Scheide und stach gegen Mauritz los. *(Hört! Hört!)* Mauritz blieb sofort als Leiche liegen. *(Hört! Hört! — Zwischenrufe des Abgeordneten Kalina.)*

**Präsident**: Ich bitte um Ruhe, meine Herren.

Schriftführer **Wollek** *(in der Verlesung fortfahrend)*: Diese Handlungsweise gegen einen Soldaten, der noch dazu sich freiwillig zum viertenmale ins Feld gemeldet hatte und mehrfach ausgezeichnet war . . . *(Lebhafte Zwischenrufe und Lärm.)*

**Präsident**: Ich bitte, meine Herren, doch verlesen zu lassen.

Schriftführer **Wollek** *(in der Verlesung fortfahrend)*: . . . kann weder mit den Gefühlen der Menschlichkeit noch mit den Befugnissen eines Offiziers in Einklang gebracht werden und erheischt entsprechende Sühne.

Die Unterzeichneten erlauben sich daher zu fragen:

„„1. Ist der angeführte Vorfall Eurer Exzellenz bekannt?

2. Ist Eure Exzellenz geneigt, für eine sofortige Untersuchung des Falles und die gerechte Ahndung desselben Sorge zu tragen sowie dem Hause das Ergebnis der gerichtlichen Schritte ehestens bekanntzugeben?

3. Welche Maßnahme gedenkt Eure Exzellenz zu treffen, daß derartige Vorkommnisse sich unmöglicherweise wiederholen können?""

Gleichzeitig wird im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung der Antrag gestellt, es möge dem Fragesteller die mündliche Begründung der Anfrage im Laufe der heutigen Sitzung gestattet und sodann über den Gegenstand eine Debatte eröffnet werden.

Wien, 3. Oktober 1917.

| | |
|---|---|
| | Tomášek. |
| Habermann. | Staněk. |
| Kalina. | Bechyně. |
| Votruba. | Prunar. |
| Sedlák. | Prokeš. |
| Svoboda. | Filipinský. |
| Jaroš. | Dr. Winter. |
| Smrček. | Stránský. |
| Lišý. | Dr. Funk. |
| Hrášky. | Rychtera. |

| | |
|---|---|
| Němec. | Potorny. |
| Dr. Witt. | Srdinko. |
| Ždárský. | Hyrs. |
| Klofáč. | Mastalka. |
| Masata. | Dr. Šubrt." |

**Präsident:** Die Anfragesteller beantragen, daß im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung dem Fragesteller zur Begründung der Anfrage das Wort erteilt und dann die Debatte darüber eröffnet wird.

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir zur Abstimmung schreiten können. *(Nach einer Pause:)* Es ist der Antrag gestellt, gemäß § 69 der Geschäftsordnung die Debatte über die Anfrage zu eröffnen.

Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat beschlossen, die Debatte zuzulassen.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Tomášek, als Fragesteller das Wort zu ergreifen.

Die Eintragung für die Debatte findet nach der Rede des Anfragestellers statt.

Vizepräsident **Jukl** *(den Vorsitz übernehmend)*: Die Rededauer in dieser Debatte beträgt 20 Minuten.

Abgeordneter **Tomášek**: Herr Vizepräsident, ich bitte um 10 oder 20 Minuten Pause, damit der Herr Landesverteidigungsminister inzwischen verständigt wird und hier erscheinen kann.

Vizepräsident **Jukl**: Diesem Wunsche entsprechend, unterbreche ich die Sitzung.

*(Die Sitzung wird um 1 Uhr 15 Minuten nachmittags unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 1 Uhr 40 Minuten nachmittags.)*

**Präsident:** Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Tomášek das Wort.

Abgeordneter **Tomášek**: Meine Herren! Ich habe in der heutigen Sitzung eine Anfrage eingebracht, deren sachlichen Inhalt ich für so schwerwiegend halte, daß ich es für notwendig erachte, denselben auch in dieser Form unverzüglich zur Kenntnis des hohen Hauses und des betreffenden Herrn Ministers zu bringen.

Montag, den 1. Oktober abends sollten zirka 35 Mann der Handmaschinengewehrabteilung des Wiener Dragonerregiments Nr. 3 am Ostbahnhofe einwaggoniert werden, um an die Front abzugehen. Mit ihnen sind am Bahnhofe auch ein paar Angehörige und Bekannte der ins Feld abgehenden Soldaten eingetroffen, um sie vor der Abfahrt und Verabschiedung noch zum letztenmal begrüßen zu können. Nicht lange vor der Abfahrt des Zuges, der in jenem Augenblicke noch nicht zusammengestellt war, trat aus dem für die Mannschaft bestimmten Waggon ein Dragoner namens Mauritz heraus, um mit einigen knapp am Waggon stehenden Bekannten ein paar freundschaftliche Worte zu wechseln. Er war nicht allein von der Mannschaft außerhalb des Waggons, es standen noch mehrere dort in einer Gruppe im freundschaftlichen Gespräche mit ihren Angehörigen.

Aus einer mir nicht bekannten Ursache trat an den Mauritz ein Oberleutnant heran, es kam zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der Offizier dem Soldaten einige Ohrfeigen versetzte. *(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! — Zwischenrufe.)* Der geohrfeigte Mann suchte sich mit der Hand gegen die Schläge zu schützen und stieß dabei den Offizier in die Brust. Mit den Worten: „Der will sich produzieren!" zog in demselben Augenblick der Oberleutnant seine Seitenwaffe, ein Bajonett, aus der Scheide und stieß sie blitzschnell dem Mauritz in die Brust. *(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! und Pfui!-Rufe.)* Der ins Herz getroffene Mann stammelte noch die Worte: „Ich tu' mich nicht ....." — „produzieren", hat er wohl sagen wollen — brach aber zusammen und blieb nach kurzem Röcheln tot. *(Lebhafte Rufe: Hört! Hört! — Zahlreiche Zwischenrufe.)*

Der Offizier befahl, den auf der Erde Liegenden zur Bahnhofwache zu führen *(Zwischenrufe)*, was jedoch folgende Bemerkung eines Soldaten zur Folge hatte: „Der Mann läßt sich nicht mehr führen, Herr Oberleutnant, er ist tot, Sie haben ihn niedergestochen! *(Zwischenrufe.)*

Es ist selbstverständlich, daß dieser Vorfall alle Anwesenden, nicht nur die Zivilpersonen, sondern auch die Mannschaft in die größte Aufregung versetzt hat.

So trug sich der unerhörte Vorfall nach den schlichten Angaben eines Augenzeugen zu.

Meine Herren, was soll ich als Abgeordneter zu dieser schier unglaublichen Vorgangsweise eines Offiziers gegen einen ins Feld abgehenden Mann hinzufügen? Was sind das für Verhältnisse, wenn so etwas überhaupt möglich ist?

Aber, meine Herren, zur näheren Beleuchtung dieses unerhörten Falles will ich noch etwas anderes anführen. Der erstochene Mann hat sich sowie die übrigen Männer dieser Abteilung freiwillig ins Feld gemeldet. *(Lebhafte Zwischenrufe und Rufe: Hört! Hört! — Abgeordneter Lisý: Ist der Offizier auch schon an der Front gewesen?)* Das konnte

ich nicht konstatieren. — Aber nicht nur das; der Mann war schon dreimal im Feld *(lebhafte Rufe: Hört! Hört!)* und daß er dort seine Pflichten wirklich gewissenhaft erfüllt hat, davon hat seine mehrfache Dekorierung gezeugt — der Mann hat nämlich an seiner Brust mehrere Auszeichnungen getragen. *(Zwischenrufe.)* So behandelt man einen Krieger, der wiederholt für sein Vaterland sein Leben zu opfern bereit war. *(Abgeordneter Hillebrand: Wie heißt der Offizier?)* Den Namen konnte ich auch nicht eruieren. *(Abgeordneter Němec: Ob der Offizier auch im Felde war?)* Das ist die Frage, und auch, ob er auch dekoriert oder ausgezeichnet worden ist. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Ich frage Sie, war vielleicht die Ursache dieses Vorfalles so schwerwiegend und so groß, daß man deshalb das Leben eines braven Soldaten vernichten mußte? Gab es nicht andere Möglichkeiten, wenn der Soldat sich etwas zuschulden kommen ließ, ihn der Bestrafung zuzuführen? *(Zwischenrufe.)*

Der Fall ist so kraß und so entsetzlich, daß ich sicher bin, das ganze Haus wird mit mir eines Sinnes sein, wenn ich sage: Diese Vernichtung eines Soldatenlebens darf nicht ohne Sühne bleiben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Deshalb habe ich in meiner Anfrage an den Herrn Landesverteidigungsminister das Ersuchen gestellt, daß Sorge getragen werde, diese Angelegenheit durch eine sofortige Untersuchung zu beleuchten, daß das Ergebnis dieser Untersuchung dem Hause möglichst bald vorgelegt und daß der Schuldtragende entsprechend bestraft werde . . . *(Abgeordneter Staněk: Ist der Offizier schon verhaftet?)* Das weiß ich auch nicht. *(Abgeordneter Staněk: Ist er schon verhaftet, Exzellenz?)* . . . sowie daß alles geschehe, damit solche Fälle sich nicht mehr wiederholen können. *(Zwischenrufe.)*

Da stehe ich nun das zweitemal vor der Frage, wieso ein solcher Fall sich überhaupt ereignen konnte. *(Zwischenrufe.)* Meine Herren, ich bin überzeugt, in diesem Falle widerspiegelt sich der alte militaristische Geist, den wir so oft schon vor dem Kriege an den Pranger gestellt haben. *(Lebhafte Zustimmung.)* Und ich frage: Wie kann so ein Fall mit dem Geiste der Demokratie, der in der letzten Zeit — sagen wir angeblich — auch hier bei uns sich zum Worte gemeldet hat, in Einklang gebracht werden?

Unlängst — und mit dieser Bemerkung schließe ich — haben wir, meine Herren, zwar einen Antrag angenommen, das Kriegsüberwachungsamt, das Amt der militaristischen Bureaukratie aufzuheben. Wäre es nicht bei solchen Vorfällen hoch an der Zeit, daß sich das Volkshaus aufraffe und sich die Frage stelle, ob nicht ein anderes Kriegsüberwachungsamt kreiert werden sollte *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, und zwar ein Kriegsüberwachungsamt seitens des Volkshauses selbst *(neuerlicher Beifall)*, um durch scharfe öffentliche Kontrolle solche gräßliche Mißgriffe unmöglich zu machen?

Ich habe gesprochen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte hat sich gemeldet Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Minister für Landesverteidigung, Feldmarschalleutnant Ritter v. **Czapp:** Hohes Haus! Ich muß meinen Ausführungen vor allem vorausschicken, daß ich von der in Rede stehenden Angelegenheit erst vor wenigen Minuten das erste Mal gehört habe. Naturgemäß bin ich daher dermalen noch nicht in der Lage, dem hohen Hause irgend welche Mitteilungen über den traurigen Fall machen zu können. Selbstverständlich werde ich jedoch sofort nach Einlangen des Ergebnisses der Erhebungen, die ich zwischenzeitig telephonisch bereits angeordnet habe *(Beifall)*, dem hohen Hause genau detailliert und wahrheitsgetreuest Mitteilung machen *(Beifall)* und kann ich schon heute das hohe Haus versichern, daß die Verschuldensfrage auf das Strengste geprüft werden *(Beifall)* und, falls tatsächlich ein Verschulden vorliegt *(lebhafte Zwischenrufe)*, der Schuldtragende nach dem Gesetze zur Verantwortung gezogen werden wird. *(Beifall.)*

Ich bitte die hohen Herren, davon überzeugt sein zu wollen, daß niemand den tieftraurigen Vorfall, dem das kostbare Leben eines Menschen zum Opfer fiel, mehr bedauern kann und bedauert, als ich selbst. Ich werde immer bereit sein, das ganze Gewicht meiner Stellung dafür einzusetzen, daß solche Vorfälle nach menschlicher Voraussicht vermieden werden. *(Lebhafter Beifall.)*

Auch werde ich Vorsorge treffen, daß, wenn sich je noch solche Vorfälle ereignen sollten, sie mir je eher zur Kenntnis gebracht werden. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Zu einem formalen Antrag hat sich der Herr Abgeordnete Staněk zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Staněk:** Hohes Haus! Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung hat uns wirklich aus dem Herzen gesprochen. *(Anhaltende Zwischenrufe und Unruhe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter **Staněk** *(fortfahrend)*: Wenn wir aber diese Worte wirklich so ernst nehmen

sollen, wie sie, ich hoffe, Seine Exzellenz uns persönlich hier vorgetragen hat, dann ist auch etwas anderes notwendig, meine Herren, nämlich, daß nicht nur dieser Fall hier behandelt wird, sondern daß vom Parlamente aus den Soldaten an der Front und im Hinterland offen erklärt wird, daß sie beim Rapport vorsprechen können, und daß der Offizier oder Vorgesetzte, der sich erlaubt, einen Mann mit seiner Beschwerde zurückzuweisen, auf das strengste bestraft werde, sowie ferner, daß solche Vorfälle hier offen verhandelt werden. Wenn wir an dieser Sache nur so vorübergehen, daß wir uns in diesem Falle mit einer kurzen Beantwortung und mit der strengsten Untersuchung zufrieden geben, so kommen wir mit dieser Wirtschaft, die ich nicht mit dem richtigen Namen benennen will, in diesem hohen Hause nicht weiter. Es muß einmal offen in den Zeitungen stehen, daß die Soldaten Menschen sind, daß sie Staatsbürger sind, und daß ihre Rechte hier von den Abgeordneten auf das äußerste gegen jedermann gewahrt werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter, ich bitte, sich auf einen formalen Antrag zu beschränken!

Abgeordneter **Stanek:** Sofort, Herr Präsident, seien Sie nicht ungeduldig! Wir müssen von dieser Stelle aus sagen, daß wir, wenn sich das wiederholen sollte, bereit sind, um eine Audienz bei Seiner Majestät, unserem Oberbefehlshaber, anzusuchen und ihm das vorzutragen *(Beifall)* und wir werden sehen, ob das ganze Haus, wenn es in dieser Sache vorspricht, einmal gehört und diese Wirtschaft aufhören wird.

Ich stelle deshalb den Antrag, die Debatte nicht weiter fortzusetzen, sondern zu verschieben, bis Seine Exzellenz mit den Tatsachen hierher kommt und uns sagen wird, was mit dem Offizier geschehen ist.

Ich frage Seine Exzellenz noch einmal, ob ein solcher Mörder nicht schon im Arreste sitzen sollte? *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Stanek stellt den Antrag, die Debatte über diesen Gegenstand zu verschieben, bis Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister über die in Frage stehende Angelegenheit nähere Auskünfte geben kann.

Die Geschäftsordnung sieht eine solche Verschiebung der Debatte nicht vor, ich nehme aber keinen Anstand, trotzdem diesen Antrag zur Abstimmung zu bringen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Antrage, daß die Debatte bis zur näheren Aufklärung durch Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister aufgeschoben werde, zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die Verschiebung der Debatte beschlossen.

Ich schreite nunmehr zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Tomášek als Mitglied des Budgetausschusses;

Biankini als Mitglied des Budgetausschusses;

Schacherl als Ersatzmann des Budgetausschusses;

Soukup Franz als Mitglied des Immunitätsausschusses;

Witt als Ersatzmann des Immunitätsausschusses;

Tomášek als Mitglied des Wehrausschusses;

Baczyńskyj als Mitglied des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses;

Dulibić als Mitglied des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses;

Krek als Mitglied des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses;

Sesardić als Ersatzmann des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses;

Gregorčič als Ersatzmann des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses;

Baljak als Mitglied des Justizausschusses;

Abram als Ersatzmann des Justizausschusses;

Fon als Ersatzmann des Justizausschusses;

Pernerstorfer als Mitglied des Verfassungsausschusses;

Adler als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;

Krek als Mitglied des Flüchtlingsausschusses;

Pogačnik Lorenz als Ersatzmann des Flüchtlingsausschusses;

Baljak als Mitglied des Gewerbeausschusses;

Jaklič als Ersatzmann des Gewerbeausschusses;

Pogačnik Lorenz als Ersatzmann des Gewerbeausschusses;

Grim als Mitglied des Landwirtschaftlichen Ausschusses;

Bobrowski als Ersatzmann des Ernährungsausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses. Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* — und dies ist nicht der Fall —, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen

lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird durch die Kanzlei vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Dem Herrn Abgeordneten Bobrowski habe ich einen achttägigen Krankheitsurlaub erteilt.

Der Wehrausschuß hält morgen Donnerstag, 4. Oktober um 10 Uhr vormittags in Abteilung I Sitzung.

Als nächsten Sitzungstag schlage ich vor: Donnerstag, den 11. d. M., 11 Uhr vormittags, mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung und weiters als letzten Punkt derselben: Bericht und Anträge des Preßausschusses, betreffend Aufhebung der politischen Zensur *(566 der Beilagen)*.

Wird eine Einwendung dagegen erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt also dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 2 Uhr 5 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 28. Sitzung, Donnerstag, den 11. Oktober 1917.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 8. September 1914, R. G. Bl. Nr. 238, über die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes (565 der Beilagen). — 2. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge (564 der Beilagen). — 3. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 5. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 99, betreffend das metrische Karat (561 der Beilagen). — 4. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 312, über die Geschäftsführung der auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1896, R. G. Bl. Nr. 156, errichteten Bergbaugenossenschaften (568 der Beilagen). — 5. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 16. September 1915, R. G. Bl. Nr. 281, die die Ausdehnung der Bestimmungen des § 9 des Bruderladengesetzes vom 28. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 127, auf Bruderlademitglieder, welche im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche unmittelbar oder mittelbar Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leisten, zum Gegenstand hat (567 der Beilagen). — 6. Bericht und Anträge des Preßausschusses, betreffend Aufhebung der politischen Zensur (566 der Beilagen).

# Inhalt.

## Personalien.


Nachruf des Präsidenten aus Anlaß des Ablebens der Abgeordneten Dr. Krek und Folis (Seite 1419).

Abwesenheitsanzeigen (Seite 1419 und 1473).

Urlaubserteilungen (Seite 1419, 1473 und 1474).

Zuschrift des Bezirksgerichtes Sokołów, betreffend die Auslieferung des Abgeordneten Fila (Seite 1420 — Zuweisung an den Immunitätsausschuß [Seite 1420]).

Mandatsniederlegungen (Seite 1473):

1. des Abgeordneten Grafen Lasocki als Mitglied des Budgetausschusses;
2. des Abgeordneten Dr. Ravnihar als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;
3. des Abgeordneten Gostinčar als Ersatzmann des Ausgleichsausschusses;
4. des Abgeordneten Hladnik als Ersatzmann des Bodenentschuldungsausschusses.
5. des Abgeordneten Prunar als Mitglied des kriegswirtschaftlichen Ausschusses;
6. des Abgeordneten Votruba als Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses;

7. des Abgeordneten Šubrt als Mitglied des Budgetausschusses;

8. des Abgeordneten Romanczúk als Mitglied des Budgetausschusses.

## Königin der Bulgaren.

Dank der bulgarischen Regierung für das Beileid des Abgeordnetenhauses anläßlich des Ablebens der Königin der Bulgaren (Seite 1419).

## Zuschrift des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler,

betreffend ein Verzeichnis der auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassenen kriegswirtschaftlichen Verordnungen (Seite 1420 — Zuweisung an den kriegswirtschaftlichen Ausschuß [Seite 1436]).

## Regierungsvorlage,

betreffend die Änderung des Gesetzes vom 9. März 1897, R. G. Bl. Nr. 195, über die Besteuerung des Umsatzes von Effekten (Effektenumsatzsteuer) (651 der Beilagen — Seite 1436).

## Beantwortung

der dringlichen Anfrage der Abgeordneten Tomášek, Stanèk und Genossen vom 3. Oktober 1917, betreffend die Tötung des Dragoners Moritz durch einen Offizier am Ostbahnhof — durch Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutenant Czapp v. Birkenstetten (Seite 1437).

## Verhandlung.

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 8. September 1914, R. G. Bl. Nr. 238, über die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes (565 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Widholz [Seite 1438] — 3. Lesung [Seite 1439] — 673 der Beilagen]).

Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge (564 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Einspinner [Seite 1439] — 3. Lesung [Seite 1440] — 674 der Beilagen]).

Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 5. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 99, betreffend das metrische Karat (561 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Einspinner [Seite 1440] — 3. Lesung [Seite 1440]).

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 312, über die Geschäftsführung der auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1896, R. G. Bl. Nr. 156, errichteten Bergbaugenossenschaften (568 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Reger [Seite 1441] — 3. Lesung [Seite 1443]).

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 16. September 1915, R. G. Bl. Nr. 281, die die Ausdehnung der Bestimmungen des § 9 des Bruderladengesetzes vom 28. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 127, auf Bruderlademitglieder, welche im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche unmittelbar oder mittelbar Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leisten, zum Gegenstand hat (567 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Reger [Seite 1443] — 3. Lesung [Seite 1444]).

Bericht des Preßausschusses, betreffend die Aufhebung der politischen Zensur (566 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Zenker [Seite 1444 und 1472], Abgeordneter Dr. Šmeral [Seite 1455], Minister des Innern Graf v. Toggenburg [Seite 1458], die Abgeordneten Dr. Trylowskyj [Seite 1461], Daszyński [Seite 1463], Hillebrand [Seite 1467] — Abstimmung [Seite 1473]).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 27. Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Budget-, Immunitäts-, Wehr-, kriegswirtschaftlichen, Justiz-, Verfassungs-, Flüchtlings-, Gewerbe-, landwirtschaftlichen und Ernährungsausschuß (Seite 1436).

Erstreckung der dem Immunitätsausschusse zur Erstattung des Berichtes über die erloschenen Mandate erteilten 14tägigen Frist auf weitere 14 Tage (Seite 1437).

Ersatzwahlen in den Verfassungs-, Ausgleichs-, Bodenentschuldungs-, kriegswirtschaftlichen, sozialpolitischen, Budget-, Sozialversicherungs-, volkswirtschaftlichen, wasserwirtschaftlichen und Flüchtlingsausschuß (Seite 1473).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge (Anhang I)

1. des Abgeordneten Oklešťek und Genossen, betreffend die Errichtung eines Schleppgeleises vom Bahnhofe Olmütz, Neugasse an die Lokalbahn Olmütz—Czelechowitz zum Verpflegsmagazin in Powel (653 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Biňovec und Genossen, betreffend die Entlastung der Bediensteten der Staatsbahnen von persönlichen und Hypothekarschulden durch unverzinsliche Darlehen (654 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Hrásky und Genossen, betreffend die Sicherung brennbarer Waren beim Eisenbahntransporte in offenen Wagen gegen Funkenflug (655 der Beilagen);

4. des Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen, betreffend Zuerkennung von Pensionen und Erziehungsbeiträgen an Witwen und Waisen von erst im Ruhestande verehelichten Staatsbediensteten (656 der Beilagen);

5. der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Klemensiewicz, Ritter v. Moraczewski und Genossen, betreffend die Einreihung der Salinensteiger in die Kategorie der Staatsbeamten (657 der Beilagen);

6. der Abgeordneten Dr. Waber, Freiherrn v. d'Elvert, Dr. v. Hofmann, Dr. Schürff, Kemetter und Genossen, betreffend die Fortführung der Notstandsaktion für die Staatsangestellten (658 der Beilagen);

7. der Abgeordneten Unterkircher und Genossen, betreffend die Brandkatastrophen in den Gemeinden Haiming und Rietz, Bezirk Imst, Tirol (659 der Beilagen);

8. des Abgeordneten Londzin und Genossen, betreffend die Nichtabgabe von Heu, Stroh und Hafer aus den von Trockenheit heimgesuchten Bezirken Ostschlesiens (660 der Beilagen);

9. des Abgeordneten Freiherrn v. Hock und Genossen, betreffend die Erweiterung der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes (661 der Beilagen);

10. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen, betreffend die Brandkatastrophe in Lacko bei Dobromil (662 der Beilagen);

11. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen, betreffend die Brandkatastrophe in Makowa Rusty-kalna, Bezirk Dobromil (663 der Beilagen);

12. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen, betreffend den Ausbau der Station Domžale an der Lokalbahn Stein—Laibach (664 der Beilagen);

13. des Abgeordneten Al. Rieger und Genossen, betreffend den Notstand der Gemeinden im Bezirke Sternberg (665 der Beilagen);

14. des Abgeordneten Al. Rieger und Genossen, betreffend die Beschaffung von Kunstdünger für die Landwirtschaft (666 der Beilagen);

15. des Abgeordneten Čech und Genossen, betreffend die Organisation und Tätigkeit des „Gemeinsamen Zentralnachweisebureaus" in Wien (667 der Beilagen);

16. des Abgeordneten Dr. Głąbiński und Genossen, betreffend die Zulassung von Frauen zum chemisch-technischen Studium an der polytechnischen Hochschule in Lemberg (668 der Beilagen);

17. der Abgeordneten Hillebrand, Jokl, Palme und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindefunktionäre für die während des Krieges für den Staat geleistete Mehrarbeit (669 der Beilagen);

18. der Abgeordneten List, Pichler, Waldl und Genossen, betreffend die Kunstdüngerproduktion (670 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Baxa und Genossen an die Regierung, betreffend die Beschlagnahme von Obst in 34. Bezirken Böhmens zugunsten eines deutschen Syndikats (Anhang II, 910/I);

2. des Abgeordneten Biňovec und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Gewährung von Geldaushilfen an die Bediensteten der Staatseisenbahnverwaltung (Anhang II, 911/I);

3. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ausfolgung eines dem Soldaten Kohoutek gebührenden Betrages (Anhang II, 912/I);

4. des Abgeordneten Hráský und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Verfolgung böhmischer Eisenbahnbeamter und Angestellter an den Strecken der Staatseisenbahngesellschaft seitens des Direktors Ostheim (Anhang II, 913/I);

5. der Abgeordneten Kadlčák, Valoušek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Aufhebung der Enthebung der Landwirte und telegraphische Einberufung derselben zum Kriegsdienste (Anhang II, 914/I);

6. des Abgeordneten Kadlčák und Genossen an den Justizminister, betreffend eine Zeitungsnotiz über den Kanzleioffizianten Johann Langer (Anhang II, 915/I);

7. des Abgeordneten Kraus und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Beschlagnahme von Speck durch die ungarische Regierung bei Transporten nach Österreich (Anhang II, 916/I);

8. des Abgeordneten Dr. Lukavský und Genossen an den Handelsminister und an den Minister Höfer, betreffend die Mehl- und Broterzeugung in der Dampfmühle und Großbäckerei der Firma J. D. Halbmayer in Pilsen (Anhang II, 917/I);

9. des Abgeordneten Dr. Lukavský und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Konfiskationspraxis in Pilsen (Anhang II, 918/I);

10. des Abgeordneten Mašata und Genossen an den Minister Höfer und an den Ackerbauminister, betreffend die Preisdifferenzen zwischen Schlachtvieh und Fleisch (Anhang II, 919/I);

11. der Abgeordneten Pik, Habermann, Němec und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Kundmachung der Einberufung der zum Landsturmdienste ohne Waffe ungeeigneten Landsturmmänner (Anhang II, 920/I);

12. des Abgeordneten Onyszkewycz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Justizminister, betreffend die im Jahre 1914 unschuldig verurteilten und hingerichteten Staatsbürger im Bezirke Rudky, Galizien (Anhang II, 921/I);

13. des Abgeordneten Rydlo und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister für Landesverteidigung und an den Handelsminister, betreffend Maßnahmen behufs Belassung gewisser Stoffe aus heimischen Fabriken (Anhang II, 922/I);

14. des Abgeordneten Rydlo und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Ackerbauminister und an den Minister Höfer, betreffend die Verhältnisse der Landwirte der Bezirke Opočno und Neustadt (Anhang II, 923/I);

15. der Abgeordneten Staněk, Sedlák und Genossen an den Ackerbauminister, an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend die Getreide- und Rauhfutterrequisitionen (Anhang II, 924/I);

16. des Abgeordneten Dr. Stojan und Genossen an den Minister des Innern, an den Finanzminister und an den Handelsminister, betreffend die Unterstützung der Familien überseeischer Auswanderer und die Vermittlung von Geldsendungen aus Amerika (Anhang II, 925/I);

17. des Abgeordneten Svoboda und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückhaltung enthobener und superarbitrierter Personen im aktiven Militärdienste (Anhang II, 926/I);

18. der Abgeordneten Šamalík, Navrátil, Valoušek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung der Soldaten des Jahrganges 1867 (Anhang II, 927/I);

19. des Abgeordneten Dr. Višňovský und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Sicherung der Thomasschlacke für Düngerzwecke (Anhang II, 928/II);

20. des Abgeordneten Votruba und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ernährung des Heeres im Hinterlande (Anhang II, 929/I);

21. des Abgeordneten Votruba und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Verhältnisse der Aushilfsbriefträger bei den Landpostämtern (Anhang II, 930/I);

22. des Abgeordneten Dr. Dinghofer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zuwendung von Teuerungszulagen an die Kassenbeamten der k. u. k. Operationskassen (Anhang II, 931/I);

23. des Abgeordneten Dr. Bodirsky und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Durchführung des Allerhöchsten Handschreibens vom 11. September 1917 über die Versetzung von Militärpersonen auf der feindlichen Stellung nicht ausgesetzte Posten (Anhang II, 932/I);

24. der Abgeordneten Eisenhut, Bogendorfer, Wille und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Einstellung der Trab- und Wettrennen (Anhang II, 933/I);

25. der Abgeordneten Dr. v. Iſopescul, Dr. Faidutti und Genossen an die Regierung, betreffend die Umwandlung von Landsturmarbeiterkompagnien in Baukompagnien bei der Isonzoarmee und die Nichteinteilung deutscher Mannschaften in dieselben (Anhang II, 934/I);

26. des Abgeordneten Jokl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die dem Lande Schlesien zur Ablieferung an die Heeresverwaltung vorgeschriebene Futtermenge (Anhang II, 935/I);

27. des Abgeordneten Dr. Lukavský und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Nichterledigung der Gesuche um Entlassung aus dem ungarischen Staatsverbande (Anhang II, 936/I);

28. des Abgeordneten Dr. Onyszkewycz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Finanzminister, betreffend die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge für die Angehörigen der zur Kriegsdienstleistung Herangezogenen im Bezirke Rudky (Anhang II, 937/I);

29. der Abgeordneten Prokeš, Dr. Witt und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlastung der Stadtgemeinde Mährisch-Ostrau rücksichtlich des Wohnungs- und Nahrungsmittelmangels (Anhang II, 938/I);

30. der Abgeordneten Prošek, Staněk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung der Jahrgänge 1865, 1866 und 1867 (Anhang II, 939/I);

31. des Abgeordneten Wagner und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die gleichmäßige Aufteilung der Viehablieferung auf das ganze Reich (Anhang II, 940/I);

32. der Abgeordneten Dr. Witt, Prokeš und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Einrechnung des Kriegsdienstes in die Dienstzeit für Lehrer ohne Lehrbefähigungsprüfung (Anhang II, 941/I);

33. des Abgeordneten Zaunegger und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die durch die Höchstpreise hervorgerufenen Approvisionierungsschwierigkeiten (Anhang II, 942/I);

34. der Abgeordneten Čech, Dr. Lukavský und Genossen an den Minister des Innern und an den Handelsminister, betreffend den Waffenhandel in Prag und Pilsen (Anhang II, 943/I);

35. des Abgeordneten Kuranda und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die zeitweilige Schließung der öffentlichen Bäder in Wien (Anhang II, 944/I);

36. des Abgeordneten Grafen Lasocki und Genossen an den Minister des Innern, betreffend Mißstände bei der Flüchtlingsfürsorge (Anhang II, 945/I);

37. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Errichtung von Holzniederlagen in der Bukowina (Anhang II, 946/I);

38. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Eröffnung der Volks- und Mittelschulen in der Bukowina (Anhang II, 947/I);

38. der Abgeordneten A. Němec, Jaroš, Hnatek und Genossen an den Justizminister, betreffend die Ernennung des Hofrates Dr. Sedláček zum Oberstaatsanwalt in Böhmen (Anhang II, 948/I);

40. des Abgeordneten Ritter v. Singalewicz und Genossen an die Regierung, betreffend die Nichteinteilung deutscher Mannschaften in die für die Isonzoarmee bestimmten Formationen (Anhang II, 949/I);

41. der Abgeordneten Staněk, Klofáč, Habermann und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Einberufung der bis jetzt für ungeeignet Befundenen zum Landsturm ohne Waffe (Anhang II, 950/I);

42. des Abgeordneten Wüst und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend soziale Reformen für den Gewerbestand nach dem Kriege (Anhang II, 951/I);

43. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend eine Zeitungsnotiz über die Verhältnisse bei der Kohlengewerkschaft in Trifail (Anhang II, 952/I);

44. der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Daszyński, Dr. Marek, Klemensiewicz und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Belassung der in Galizien unentbehrlichen Ärzte (Anhang II, 953/I);

45. des Abgeordneten Heine und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Besetzung der Sektion für Elektrizitätswesen im Arbeitsministerium mit einem Juristen (Anhang II, 954/I);

46. des Abgeordneten Dr. Herold und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die zeitweise Enthebung der Studierenden der Medizin (Anhang II, 955/I);

47. des Abgeordneten Ritter v. Moraczewski und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Behandlung der Tabakarbeiter in Galizien (Anhang II, 956/I);

48. des Abgeordneten Schreiter und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die unzulängliche Unterbringung der deutschen Staatslehranstalten in Prag und den Vororten (Anhang II, 957/I);

49. des Abgeordneten Unterkircher und Genossen an den Handelsminister, an den Ackerbauminister und an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister Höfer, betreffend die Lederbeschaffung für die Fußbekleidung der Landbevölkerung (Anhang II, 958/I);

50. der Abgeordneten Dr. Bišťovský, Dr. Velich und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zuwendung der Zulage im „höheren Ausmaße" an militärische Organe mit wissenschaftlicher technischer Vorbildung (Anhang II, 959/I);

51. des Abgeordneten Wolf und Genossen an den Justizminister, betreffend die Beschlagnahme der „Reichenberger deutschen Volkszeitung" (Anhang II, 960/I);

52. der Abgeordneten Marchl, Dr. v. Hofmann, Einspinner, Held, Neunteufel und Genossen an die Regierung, betreffend die gegen slowenische Staatsbürger durchgeführten Strafamtshandlungen (Anhang II, 961/I);

53. des Abgeordneten Hummer und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Einreihung der Steueramtsbeamten in eine höhere Gruppe (Anhang II, 962/I);

54. der Abgeordneten Dr. Matakiewicz, Dr. Tertil und Genossen an den Justizminister, betreffend den Mangel an Richtern und Kanzleibeamten beim Kreisgerichte Tarnów (Anhang II, 963/I);

55. der Abgeordneten Dr. Straucher, Dr. Trylowskyj und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Rückkehr der galizischen Flüchtlinge und die Verabfolgung von Beleuchtungs-, Brenn- und Heizmaterialien an dieselben (Anhang II, 964/I);

56. des Abgeordneten Wityk und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Aufhebung der Gemeinderäte in Drohobycz und Turka und Einsetzung von Gemeindekommissären (Anhang II, 965/I);

57. der Abgeordneten Max Winter, Sever und Genossen an den Justizminister und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verurteilung eines Artilleriehauptmannes wegen Verbrechens der Überschreitung der Dienstgewalt, der Meldungsvorschriften, wegen Verbrechens der Ehrenbeleidigung und Entlassung aus dem Offiziersstande (Anhang II, 966/I);

58. des Abgeordneten Marchl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebungen der Militärpersonen in Steiermark (Anhang II, 967/I);

59. der Abgeordneten Witos, Dr. Ruebenbauer, Rusin und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die militärischen Unterhaltsbeiträge in Galizien (Anhang II, 968/I);

60. des Abgeordneten Witos und Genossen an den Ackerbauminister und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung und Beurlaubung der zur Erhaltung der Familien und zur Führung der Landwirtschaft notwendigen Landwirte (Anhang II, 969/I);

61. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung eines Soldaten des Proviantamtes Nr. 1605 (Anhang II, 970/I);

62. der Abgeordneten Svěcený, Biňovec und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verwahrungs- und Untersuchungshaft bei den Militärgerichten und den Zustand in den Garnisonsarresten in Prag (Anhang II, 971/I);

63. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Einführung des Frontdienstes im Bezirke Mostyska (Anhang II, 972/I);

64. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an die Regierung, betreffend die Wiederherstellung des Bezirkes Mostyska (Anhang II, 973/I);

65. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister für Landesverteidigung und an den Ackerbauminister, betreffend die landwirtschaftliche Abteilung in Sądowa Wysnia (Anhang II, 974/I);

66. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Vorschriften über die Einstellung von Unterhaltsbeiträgen (Anhang II, 975/I);

67. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Rückverlegung des Amtssitzes der Bezirkshauptmannschaft Mostyska aus Sądowa-Wyszna nach Mostyska (Anhang II, 976/I);

68. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge (Anhang II, 977/I);

69. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Nichtauszahlung der Kriegsleistungsgebühren (Anhang II, 978/I);

70. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verkürzung einer Grundwirtin im Bezirke Mostyska beim Pferdeverkauf an die Pferdeassentkommission (Anhang II, 979/I);

71. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend einen Unterhaltsbeitrag (Anhang II, 980/I);

72. und 73. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Ackerbauminister, betreffend Enthebungsangelegenheiten (Anhang II, 981 und 982/I);

74. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Assentierung eines Nichtstellungspflichtigen (Anhang II, 983/I);

75., 76., 77., 78. und 79. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Tötung mehrerer Landwirte im Bezirke Dobromil durch eine ungarische Militärabteilung (Anhang II, 984, 985, 986, 987 und 988/I);

80. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Tötung eines Bauernmädchens im Bezirke Dobromil durch eine ungarische Militärabteilung (Anhang II, 989/I);

81. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Tötung eines Landmannes im Bezirke Dobromil durch ungarische Soldaten (Anhang II, 990/I);

82. und 83. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an die Regierung, betreffend Brandkatastrophen im Bezirke Dobromil (Anhang II, 991 und 992/I);

84. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Internierung des griechisch-katholischen Pfarrers in Kroszienko (Anhang II, 993/I);

85. und 86. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Unterhaltsbeiträge (Anhang II, 994 und 995/I);

87. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an die Regierung, betreffend die Wiederherstellung des Hauses des ukrainischen Lesevereines „Proswita“ in Kroszienko (Anhang II, 996/I);

88. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verletzung der Rechte der ukrainischen Sprache bei der Drucksortenausgabe in Angelegenheit der Kriegsdienstleistungen (Anhang II, 997/I);

89. des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Eisenbahnminister, betreffend die Nichtberücksichtigung der ukrainischen Sprache bei den militärischen Aufschriften am Bahnhof in Przemyśl (Anhang II, 998/I);

90. des Abgeordneten Jokl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend einen widerrechtlich eingehobenen Ersatz an Spitalsverpflegskosten (Anhang II, 999/I);

91. des Abgeordneten Sever und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung eines Ersatzreservisten durch Oberleutnant Toifl (Anhang II, 1000/I);

92. des Abgeordneten Hillebrand und Genossen an den Minister Höfer, betreffend den Preiswucher mit sogenannten „ungarischen Waren“ (Anhang II, 1001/I);

93. des Abgeordneten Bretschneider und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Volksschule in Traisen (Anhang II, 1002/I);

94. des Abgeordneten Max Winter und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verhältnisse bei der Bahnbetriebs-Ersatzabteilung in Kleinmünchen (Anhang II, 1003/I);

95. des Abgeordneten Seidel und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Verfügungen des Ernährungsamtes und der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt (Anhang II, 1004/I);

96. der Abgeordneten Smitka, Leuthner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebungen der Arbeiter im Zentralmagazin Wien-Deutschmeisterplatz für die Erzeugung von Offiziersuniformen und -schuhen (Anhang II, 1005/I);

97. des Abgeordneten Löw und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Durchführung des Gesetzes über die Unterhaltsbeiträge (Anhang II, 1006/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 11. Oktober 1917:

die Regierungsvorlage 651 der Beilagen;

die Anträge 637 bis 641, 644 bis 648 der Beilagen;

der Bericht 650 der Beilagen;

Anfragenbeantwortungen: ad 8, 51, 84, 107, 109, 111, 123, 154, 169, 368, 371, 425, 445, 454, 625, 646, 720, 883/I.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Dr. Ritter v. **Mühlwerth**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef Dr. Franz **Müller**, Ministerialsekretär Dr. Franz **Benda** des Handelsministeriums, Ministerialrat **Swoboda** des Ministeriums des Innern.

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 2. und 3. Oktober d. J. sind unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Hohes Haus! Abermals hat der Tod *(das Haus erhebt sich)* zwei unserer Kollegen aus unserer Mitte gerissen. Am 8. l. M. ist in Laibach der Abgeordnete Dr. Johann Krek verstorben, der noch in der Sommersession voll Eifer und Tatkraft an den Verhandlungen des Hauses teilgenommen und mit bewährter Beredsamkeit wiederholt in die Verhandlungen des Hauses eingegriffen hat.

Krek hat zuerst dem Hause in den Jahren 1897 bis 1900, dann ununterbrochen seit dem Jahre 1907 angehört, er war vermöge seiner reichen Kenntnisse und seiner eifrigen Bestrebungen vom Hause in zahlreiche Ausschüsse entsendet worden, hat auch in der laufenden Session als Obmann des Ausgleichsausschusses wie als Mitglied anderer Ausschüsse fungiert und hat dort seine Kenntnisse, namentlich in sozialpolitischen, aber auch in nationalen Fragen in hervorragender Weise zu verwerten verstanden.

Krek hat unter seinen engeren Volks- und Parteigenossen eine ganz hervorragende Stellung eingenommen, wie dies bei seiner Befähigung sehr begreiflich war. Gewiß wird er aber nicht nur von seinen Parteigenossen, sondern vom ganzen Hause vermißt werden und wir werden ihm alle ein freundliches, ehrenvolles Andenken bewahren.

Am 9. Oktober ist unser Kollege Josef Folis hier in Wien an den Folgen einer Operation verschieden. Folis, der in seiner Heimat für die nationalen Organisationen in hervorragender Weise tätig war, der Mitbegründer politischer Organisationen der Ukrainer war, hat dem Hause ununterbrochen seit dem Jahre 1907 angehört. Er hat wiederholt in Fragen der Finanzreform und der Teuerung im Hause das Wort ergriffen und hat auch in den Ausschüssen sich außerordentlich wirkungsvoll nicht nur in wirtschaftlichen Fragen, sondern auch in der Vertretung der Interessen seines Volkes betätigt. Auch ihm werden wir gewiß alle ein ehrenvolles Andenken bewahren.

Die Herren haben sich zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben und werden gestatten, daß diese Trauerkundgebung dem Protokolle der heutigen Sitzung einverleibt werde. *(Zustimmung.)*

Der Herr Abgeordnete Karl Müller hat sich krank gemeldet.

Wie ich dem hohen Hause in der Sitzung vom 25. September zur Kenntnis brachte, habe ich anläßlich des Ablebens Ihrer Majestät der Königin der Bulgaren das Beileid des hohen Hauses der königlich bulgarischen Regierung durch Vermittlung des Herrn Ministerpräsidenten zur Kenntnis gebracht.

Laut einer mir heute zugekommenen Mitteilung des Herrn Ministerpräsidenten hat die königlich bulgarische Regierung im diplomatischen Wege ersucht, ihre gerührte und tiefe Dankbarkeit für die Teilnahme an der Trauer Bulgariens dem hohen Hause zu übermitteln.

Dem Herrn Abgeordneten Biankini habe ich einen 15tägigen, dem Herrn Abgeordneten Jvčević einen zweiwöchigen Urlaub und dem Herrn Abgeordneten Baljak einen solchen bis Ende Oktober erteilt.

Ein Auslieferungsbegehren hat gestellt das Bezirksgericht Sokolów wider den Herrn Abgeordneten Blazej Fila wegen Übertretung nach § 496 St. G.

Diese Zuschrift wird dem Immunitätsausschusse zugewiesen.

Es ist eine Zuschrift der Regierung eingelangt, mit welcher in Gemäßheit des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes die auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassenen Ministerialverordnungen und Kundmachungen vorgelegt werden.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschrift samt dem derselben beiliegenden Verzeichnisse der Verordnungen und Kundmachungen.

Schriftführer Dr. Ritter v. **Mühlwerth** *(liest)*:

„Auf Grund des § 3 des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vom 24. Juli d. J., R. G. Bl. Nr. 307, wonach die auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassenen Verordnungen dem Reichsrate vorzulegen sind, beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren ein Verzeichnis der auf Grund dieser Kaiserlichen Verordnung erlassenen Ministerialverordnungen und Kundmachungen samt je zwei Exemplaren der betreffenden Reichsgesetzblätter mit dem Ersuchen zu übermitteln, dieses Material dem Abgeordnetenhaus zur Kenntnis zu bringen.

Wien, 4. Oktober 1917.

Seidler."

Verzeichnis

der auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassenen kriegswirtschaftlichen Verordnungen.

Verordnungen des Gesamtministeriums, welche auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassen wurden:

1. Allgemeines.

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 314, betreffend die Kohlenversorgung.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 13, betreffend die Versorgung der Landwirtschaft mit stickstoffhaltigen Düngemitteln.

R. G. Bl. Nr. 58, betreffend die Regelung des Absatzes von Kleie.

R. G. Bl. Nr. 224, betreffend die Versorgung der Landwirtschaft mit phosphorhaltigen Düngemitteln.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 111, betreffend die Einführung der Sommerzeit für das Jahr 1916.

R. G. Bl. Nr. 383, betreffend die Errichtung eines Amtes für Volksernährung.

R. G. Bl. Nr. 401, betreffend den Beginn der Wirksamkeit des Amtes für Volksernährung.

R. G. Bl. Nr. 402, betreffend das Statut des Amtes für Volksernährung.

Im Jahre 1917:

R. G Bl. Nr. 34, betreffend den Schutz der Mieter.

R. G. Bl. Nr. 49, betreffend den Anbau ölhaltiger Feldfrüchte.

R. G. Bl. Nr. 115, betreffend die Einführung der Sommerzeit für das Jahr 1917.

R. G. Bl. Nr. 206, betreffend Begünstigungen zur Berichtigung von Rückständen an Zinsen verbücherter Forderungen und an Steuern und öffentlichen Abgaben.

R. G. Bl. Nr. 216, betreffend die Ausgestaltung der Organisation der Kohlenversorgung.

R. G. Bl. Nr. 260, betreffend die Errichtung eines Wirtschaftsamtes des mährisch-schlesischen Industriegebietes in Mährisch-Ostrau.

2. Bilanzen.

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 362, betreffend die Errichtung von Bilanzen während des Krieges.

Im Jahre 1915:

R. R. Bl. Nr. 181, betreffend die Errichtung von Bilanzen während des Krieges.

R. G. Bl. Nr. 381, betreffend Bilanzen und Abweichungen von statutarischen Bestimmungen während des Krieges.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 168, betreffend Bilanzen und Abweichungen von statutarischen Bestimmungen während des Krieges.

R. G. Bl. Nr. 424, betreffend Bilanzen und Abweichungen von statutarischen Bestimmungen während des Krieges.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 269, betreffend Bilanzen und Abweichungen von statutarischen Bestimmungen während des Krieges.

Verordnungen des Ministeriums des Innern, welche auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassen wurden:

I. Kredit.

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 349, betreffend die Geschäftsführung des Galizischen Bodenkreditvereines in Wien.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 107, betreffend die Geschäftsführung des galizischen Bodenkreditvereines in Wien.

II. Handel, Industrie, Gewerbe.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 201, betreffend das Verbot der Verwendung einiger für Heilzwecke benötigter Stoffe.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 368, betreffend das Verbot der Beleuchtung von Gräbern und Grüften auf Friedhöfen.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 13, betreffend Regelung des Vertriebes mit Gummisaugern.

III. Rechtspflege.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 196, betreffend die Statuten und Versicherungsbedingungen der Versicherungsanstalten auf Gegenseitigkeit.

IV. Allgemeine Fürsorgemaßnahmen.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 19, betreffend Regelung der öffentlichen Sammeltätigkeit für Zwecke der Kriegsfürsorge.

R. G. Bl. Nr. 129, betreffend Vorsorgen für erwerbslos gewordene Mitglieder der Krankenkassen.

Verordnungen des Justizministeriums, welche auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274 erlassen wurden:

Geschäftsaufsicht.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 393, betreffend den Einfluß der Geschäftsaufsicht auf die Dauer der Haftung der Mitglieder von Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Verfahren in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 11, betreffend Ausnahmsbestimmungen auf dem Gebiete des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsangelegenheiten für Militärpersonen und ihnen Gleichgestellte.

Erntehoffnungskäufe und Vorauskäufe.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 91, betreffend Ungültigkeit von Käufen der künftigen Ernte der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 139, betreffend Ungültigkeit von Käufen der künftigen Ernte Österreichs.

Bierabnahme.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 188, betreffend die Ungültigkeit von Bierabnahmeverpflichtungen.

Versicherungswesen.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 229, betreffend die Übertragung der Geschäfte des Schiedsgerichtes für Pensionsversicherung in Triest an das Schiedsgericht für Pensionsversicherung in Wien.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 38, betreffend den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf die Frist zur Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen aus der Seeversicherung.

Verordnungen des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, welche auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassen wurden:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 406, betreffend einige Sparmaßnahmen bei der Beleuchtung und Beheizung.

R. G. Bl. Nr. 417, betreffend Sparmaßnahmen bei der Beleuchtung und Beheizung.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 48, betreffend Sparmaßnahmen bei der Beleuchtung und Beheizung.

R. G. Bl. Nr. 152, betreffend Regelung des Verkehrs mit Kohle, Briketts und Koks.

R. G. Bl. Nr. 217, betreffend die Dienstinstruktion der Kohlenversorgungsinspektoren.

R. G. Bl. Nr. 220, betreffend die Bestellung von Kohlenversorgungsinspektoren.

R. G. Bl. Nr. 281, betreffend die Änderung des Standortes des Kohlenversorgungsinspektors für die Revierbergamtsbezirke Falkenau und Elbogen.

Verordnungen des Finanzministeriums, welche auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassen wurden:

Kreditwesen, Banken, Börsen:

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 346, betreffend die Abwicklung der laufenden Kaffeetermingeschäfte an der Triester Börse.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 71, womit die Aus- und Durchfuhr von Gold und Silber verboten wird.

R. G. Bl. Nr. 85, betreffend das Verbot des Agiohandels mit Landesgoldmünzen der Kronenwährung.

R. G. Bl. Nr. 100, betreffend die „Galizische Kriegskreditanstalt".

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 86, betreffend das Verbot, ausgeloste 4½ prozentige amortisable Staatsschatzanweisungen vom Jahre 1914, die sich im Zeitpunkte der Auslosung im Inlande befanden, im Auslande zur Einlösung zu bringen.

R. G. Bl. Nr. 260, betreffend die „Städtische Kriegskreditanstalt für Galizien".

R. G. Bl. Nr. 412, betreffend die Anmeldung ausländischer Wertpapiere.

R. G. Bl. Nr. 421, betreffend den Handel und Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln und Beschränkungen im Verkehre mit dem Auslande.

R. G. Bl. Nr. 431, betreffend die Feststellung des Preises von Wertpapieren durch die Wiener Börsekammer und über die Bewertung von Wertpapieren bei Ermittlung der Stempel- und unmittelbaren Gebühren sowie der Effektenumsatzsteuer.

Öffentliche Abgaben (Steuern, Gebühren, Verbrauchsabgaben):

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 46, betreffend Einschränkung der Verwendung von Kartoffeln zur Branntweinerzeugung.

R. G. Bl. Nr. 153, betreffend Beschränkung der Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 169, betreffend Beschränkung der Branntweinversteuerung.

R. G. Bl. Nr. 214, betreffend Abänderung der Verordnung vom 6. Juni 1915, R. G. Bl. Nr. 153, wegen Einschränkung der Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 220, betreffend Beschränkung der Branntweinversteuerung.

R. G. Bl. Nr. 227, betreffend die leihweise Überlassung von Brennvorrichtungen zur Branntweinerzeugung.

R. G. Bl. Nr. 250, betreffend Beschränkung der Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 293, betreffend die Einschränkung der Verwendung bestimmter Rohstoffe zur Branntweinerzeugung in der Betriebsperiode 1915/16.

R. G. Bl. Nr. 325, betreffend Beschränkung der Spiritusversteuerung.

R. G. Bl. Nr. 346, betreffend Beschränkung der Biererzeugung.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 57, betreffend die Versendung von Zucker nach Ungarn und nach Bosnien und Hercegovina.

R. G. Bl. Nr. 85, betreffend die Einschränkung der Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 145, betreffend das Verbot der Verwendung von Zucker zur Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 252, betreffend Einschränkung der Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 287, betreffend Einschränkung der Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 333, betreffend Einschränkung der Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 377, betreffend Einschränkung der Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 382, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung und Zeichnung der fünften österreichischen Kriegsanleihe.

R. G. Bl. Nr. 1, betreffend die Bewertung ausländischer Geldsorten und inländischer Handelsmünzen bei Ermittlung der Stempel- und unmittelbaren Gebühren sowie der Effektenumsatzsteuer.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 201, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der sechsten österreichischen Kriegsanleihe.

R. G. Bl. Nr. 43, betreffend die Fassung der Verordnung des Gesamtministeriums vom 9. Mai 1917, R. G. Bl. Nr. 206, verfügte Erweiterung des Vorzugspfandrechtes für Steuern und öffentliche Abgaben (fußt auf der sub 21 angeführten Verordnung des Gesamtministeriums).

Verordnungen des Ministeriums für Landesverteidigung, welche auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassen wurden:

Metalle:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 28, betreffend Verwendung der Vorräte an bestimmten Metallen und Legierungen.

R. G. Bl. Nr. 67, betreffend die Ablieferung der im Sinne der Ministerialverordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 28, in Anspruch genommenen Metalle und Legierungen; Verfügungen.

R. G. Bl. Nr. 81, betreffend die Verwendung der Vorräte an bestimmten Metallen und Legierungen (berichtigt mit Kundmachung des Ministeriums des Innern vom 30. März 1915, R. G. Bl. Nr. 89).

R. G. Bl. Nr. 102, betreffend die Verwendung der aus bestimmten Metallen bestehenden Betriebseinrichtungen.

R. G. Bl. Nr. 144, betreffend die Aufhebung der Inanspruchnahme bestimmter Metalle und Legierungen.

R. G. Bl. Nr. 145, betreffend die Verwendung und Ablieferung bestimmter Metalle und Legierungen.

R. G. Bl. Nr. 283, betreffend die Inanspruchnahme und Ablieferung von Metallgeräten.

R. G. Bl. Nr. 320, betreffend die Verwendung und Ablieferung bestimmter Metalle und Legierungen (berichtigt mit Kundmachung des Ministeriums des Innern vom 3. November 1915, R. G. Bl. Nr. 336).

R. G. Bl. Nr. 354, betreffend die Abänderung der Verordnung der Inanspruchnahme und Ablieferung von Metallgeräten.

R. G. Bl. Nr. 401, betreffend die Ablieferung von Metallgeräten.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 68, betreffend die Inanspruchnahme und Ablieferung von Metallgeräten.

R. G. Bl. Nr. 119, betreffend die Verwendung bestimmter Metalle und Legierungen und die Verwendung von Weißblech.

R. G. Bl. Nr. 120, betreffend die Verwendung und Ablieferung von Blei und Gegenständen aus Blei.

R. G. Bl. Nr. 122, betreffend die Verwendung und Ablieferung von Zinn und Gegenständen aus Zinn.

R. G. Bl. Nr. 123, betreffend die Verwendung von blei- oder zinnhaltigen Rückständen und von Weißblechabfällen.

R. G. Bl. Nr. 181, betreffend die Ablieferung von Metallgeräten.

R. G. Bl. Nr. 182, betreffend die Ablieferung von Zinngeräten.

R. G. Bl. Nr. 235, betreffend die Inanspruchnahme von Metallgeräten.

R. G. Bl. Nr. 380, betreffend die Inanspruchnahme des Kupfermaterials auf Gebäuden für Kriegszwecke.

R. G. Bl. Nr. 405, betreffend die Inanspruchnahme und Ablieferung der Kupferzylinder der Badeöfen.

R. G. Bl. Nr. 434, betreffend die Inanspruchnahme von Metallgeräten.

R. G. Bl. Nr. 435, betreffend die Inanspruchnahme und Ablieferung von Türbeschlägen aus Lagervorräten.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 68, betreffend die Inanspruchnahme von Türbeschlägen für Kriegszwecke und deren Austausch.

R. G. Bl. Nr. 104, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige elektrischer Leitungen und die Verwendung der hieraus gewonnenen Metalle.

R. G. Bl. Nr. 143, betreffend die Inanspruchnahme und Ablieferung von Metallen der Platingruppe.

R. G. Bl. Nr. 233, betreffend die Verpflichtung zum Metallausbau aus Betriebs- und Industrieanlagen.

R. G. Bl. Nr. 271, betreffend die Inanspruchnahme und Ablieferung von Gegenständen aus Kupfer, Kupferlegierungen, Nickel und Aluminium.

Stickstoffhältige Stoffe:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 51, betreffend die Verwendung der Vorräte an bestimmten stickstoffhältigen Stoffen.

R. G. Bl. Nr. 142, betreffend die Ablieferung der im Sinne der Ministerialverordnung vom 3. März 1915, R. G. Bl. Nr. 51, in Anspruch genommenen stickstoffhältigen Stoffe.

Gummibereifungen:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 225, betreffend die Inanspruchnahme von Gummibereifungen.

Hanfbindfaden:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 343, betreffend die Inanspruchnahme und Ablieferung von Hanfbindfaden (Spagat) für Kriegszwecke.

Verordnungen des Handelsministeriums, welche auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassen wurden:

1. Allgemeines:

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 317, betreffend die Ausfolgung von Waren aus öffentlichen Lagerhäusern ohne Rückstellung des Lagerscheines.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 136, betreffend die Errichtung einer Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft.

R. G. Bl. Nr. 137, betreffend die Errichtung eines Generalkommissariates für Kriegs- und Übergangswirtschaft.

R. G. Bl. Nr. 223, betreffend die Erlassung eines Statutes für den Hauptausschuß für Kriegs- und Übergangswirtschaft.

2. Ausfuhr, Einfuhr:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 197, betreffend die Regelung des Ausfuhrverkehres nach Rumänien.

R. G. Bl. Nr. 303, betreffend die Einfuhr einiger Rohstoffe aus der Türkei und Bulgarien in Postsendungen.

3. Schafwolle:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 109, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Wolle.

R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Verpflichtung der Anzeige der Vorräte an Schafwolle.

R. G. Bl. Nr. 150, betreffend die Beschränkung der Verwendung von Schafwollvorräten und des Verkehres mit denselben.

R. G. Bl. Nr. 313, betreffend die Inanspruchnahme der Schafwollvorräte.

R. G. Bl. Nr. 314, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 2. Juni 1915, R. G. Bl. Nr. 150.

R. G. Bl. Nr. 315, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 5. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 109.

R. G. Bl. Nr. 316, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 14. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 121.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 52, betreffend Vorarbeitungsbeschränkungen und Anbotverfahren für Materialien der Wollindustrie.

R. G. Bl. Nr. 113, betreffend die Errichtung eines Kriegsverbandes der Wollindustrie.

R. G. Bl. Nr. 156, betreffend die Inanspruchnahme der Schafwollvorräte und Festsetzung von Höchstpreisen für Wolle, die Vorratsaufnahme von Schafwolle, Kammzug und Wollgarnen sowie über Verkehrs- und Verarbeitungsbeschränkungen für Schafwolle.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 80, betreffend die Verarbeitung von Schafwolle, Kammzug, Kämmlingen, Wollabfällen, Kunstwolle und Tierhaaren, allein oder in Verbindung mit anderen Spinnmaterialien.

Andere tierische Haare:

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 184, betreffend die Regelung des Verkehres mit Tierhaaren.

Baumwolle:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 225, betreffend das Verkauf- und Verarbeitungsverbot sowie Anzeigepflicht für bestimmte Baumwollmaterialien.

R. G. Bl. Nr. 268, betreffend die Vorratserhebung von Baumwolle und baumwollenen Gespinsten und Beschränkung der Verarbeitung von Baumwolle.

R. G. Bl. Nr. 269, betreffend die Vorratserhebung von Baumwollwaren sowie Verarbeitungs- und Veräußerungsbeschränkungen von Baumwollgarnen und -waren.

R. G. Bl. Nr. 335, betreffend die Verarbeitungs- und Veräußerungsverbot, Anbotzwang und Anzeigepflicht für bestimmte Baumwollmaterialien.

R. G. Bl. Nr. 356, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 15. September 1915, R. G. Bl. Nr. 268.

R. G. Bl. Nr. 395, betreffend die Vorratserhebung von Baumwolle und baumwollenen Gespinsten und Beschränkung der Verarbeitung von Baumwolle.

R. G. Bl. Nr. 396, betreffend die Vorratserhebung von Baumwollwaren sowie Verarbeitungs- und Veräußerungsbeschränkungen von Baumwollgarnen und -waren.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 100, betreffend die Veräußerungsbeschränkung und Anbotzwang für Baumwolle, Baumwollgespinste und aus diesen hergestellte Erzeugnisse.

R. G. Bl. Nr. 273, betreffend die Errichtung eines Kriegsverbandes der Baumwollindustrie.

R. G. Bl. Nr. 283, betreffend die Verarbeitungs- und Veräußerungsbeschränkungen von Baumwollgarnen, baumwollenen Web- und Wirkwaren und baumwollener oder halbwollener gewebter oder gewirkter Männerwäsche.

R. G. Bl. Nr. 432, betreffend die Abänderung des § 3 der Ministerialverordnung vom 13. April 1916, R. G. Bl. Nr. 100.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 219, betreffend die Vorratserhebung von Verbandstoffen und Erneuerung von gebrauchtem Verbandmaterial.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 219, betreffend die Verkaufsbeschränkung für Flachs.

R. G. Bl. Nr. 267, betreffend den Verkehr mit Flachs.

R. G. Bl. Nr. 56, betreffend Ergänzung der Ministerialverordnung vom 15. September 1915, R. G. Bl. Nr. 267.

R. G. Bl. Nr. 114, betreffend die Errichtung eines Kriegsverbandes der Leinenindustrie.

R. G. Bl. Nr. 115, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Flachsgarne.

R. G. Bl. Nr. 116, betreffend Vorratserhebungen von Stengelflachs, ausgearbeitetem Flachs und Flachswerg sowie Leinengarn und Beschränkung der Verarbeitung von ausgearbeitetem Flachs und Flachswerg.

R. G. Bl. Nr. 117, betreffend Vorratserhebung von Leinenwaren sowie Verarbeitungs- und Veräußerungsbeschränkungen von Leinengarnen und Leinenwaren.

R. G. Bl. Nr. 230, betreffend die Ausdehnung der Ministerialverordnung vom 15. September 1915, R. G. Bl. Nr. 267, auf die Flachsernte des Jahres 1916.

R. G. Bl. Nr. 296, betreffend nachträgliche Bestimmungen zur Ministerialverordnung vom 26. April 1916, R. G. Bl. Nr. 117.

R. G. Bl. Nr. 398, betreffend nachträgliche Bestimmungen zur Ministerialverordnung vom 26. April 1916, R. G. Bl. Nr. 117.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 2, betreffend den Verkehr mit Flachs.

R. G. Bl. Nr. 205, betreffend Vorratserhebungen und Regelung der Verarbeitung und des Verkehres in Leinengarnen und Leinenwaren.

Hanf und Jute:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 374, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für verarbeiteten Hanf.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 316, betreffend Errichtung eines Kriegsverbandes der Hanf- und Juteindustrie.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 210, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Garne, welche ganz oder zum Teil aus Hanfmaterial hergestellt sind, sowie für Bindfaden, Schnüre und Packstricke.

R. G. Bl. Nr. 211, betreffend Vorratserhebung von Hanfmaterial, von einfachen und gezwirnten Garnen, die ganz oder zum Teil aus Hanfmaterial erzeugt sind, ferner betreffend Verarbeitungsbeschränkungen und Abgabepflicht von Hanfmaterial.

R. G. Bl. Nr. 212, betreffend die Vorratserhebung von Waren, welche aus Hanfgarnen oder aus mit Hanf gemischten Garnen erzeugt sind, ferner betreffend Verarbeitungs- und Veräußerungsbeschränkungen sowie Abgabepflicht von Hanfgarnen, Hanfmischgarnen und aus solchen hergestellten Waren.

Seide:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 315, betreffend die Errichtung eines Kriegsverbandes der Seidenindustrie.

Hadern:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 306, betreffend Regelung des Verkehres mit Hadern.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 71, betreffend Transportbescheinigung für Hadern.

Säcke:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 65, betreffend die Anmeldung von Säcken.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 272, betreffend Anmeldung von Säcken.

Stoffe und Konfektion:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 357, betreffend Vorratserhebung von Militärtuchen, anderen reinwollenen, halbwollenen und manipulierten Stoffen, konfektionierten Mänteln für Männer und Männeranzügen sowie Decken.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 104, betreffend Vorratserhebungen von wollenen und halbwollenen Web- und Wirkstoffen, daraus konfektionierter Waren, dann Wirkwaren und Decken.

R. G. Bl. Nr. 130, betreffend Verbot beschleunigter Verkäufe von Web-, Strick- und Wirkwaren.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 251, betreffend Verkehrsbeschränkungen für getragene Kleidungsstücke.

4. Öle und Fette:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 210, betreffend Regelung des Verkehres mit Raps, Rübsen, Rüböl und Ölkuchen.

R. G. Bl. Nr. 302, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an Raps und Rübsen.

R. G. Bl. Nr. 308, betreffend die Beschlagnahme der Traubenkerne.

R. G. Bl. Nr. 386, betreffend Beschlagnahme aller Arten von Glyzerin, Glyzerinwässern und Seifensiederunterlaugen.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 22, betreffend das Verbot der Verarbeitung von Neutralfetten auf Schmier- und Leimseifen.

R. G. Bl. Nr. 71, betreffend Einfuhr von tierischen und pflanzlichen Ölen und Fettstoffen sowie einiger verwandter Produkte aus dem Zollauslande.

R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Errichtung eines Kriegsverbandes der Öl- und Fettindustrie.

R. G. Bl. Nr. 106, betreffend Erlassung eines Statutes des Kriegsverbandes der Öl- und Fettindustrie.

R. G. Bl. Nr. 155, betreffend die Verwendung und Verarbeitung von tierischen und pflanzlichen Ölen und Fetten zu technischen Zwecken.

R. G. Bl. Nr. 198, betreffend Aufhebung der Ministerialverordnung vom 4. Jänner 1916, R. G. Bl. Nr. 7, und Beschlagnahme der Leinsamenvorräte.

R. G. Bl. Nr. 208, betreffend Regelung des Verkehres mit Raps, Rübsen, Rüböl und Ölkuchen.

R. G. Bl. Nr. 257, betreffend die Beschlagnahme des Mohnes.

R. G. Bl. Nr. 274, betreffend die Regelung des Verkehres mit Rohfett von Rindern und Schafen.

R. G. Bl. Nr. 297, betreffend die Beschlagnahme der Traubenkerne.

R. G. Bl. Nr. 302, betreffend die Beschlagnahme der Leinsamen der inländischen Ernte 1916.

R. G. Bl. Nr. 344, betreffend das Verbot der Herstellung von Senf aus nichtentöltem Senfsamen.

R. G. Bl. Nr. 419, betreffend die Verwendung des beschlagnahmten Leinsamens.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 85, betreffend Durchführungsbestimmungen zur Verordnung vom 21. März 1916, R. G. Bl. Nr. 71.

R. G. Bl. Nr. 159, betreffend Regelung des Verkehrs mit Raps, Rübsen, Rüböl und Rapskuchen.

5. Papier- und Zeitungswesen:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 154, betreffend Herstellung und Lieferung von Erzeugnissen der Zellulose-, Holzstoff-, Pappen- und Papierindustrie.

R. G. Bl. Nr. 215, betreffend Regelung des Verkehres mit Altpapier.

R. G. Bl. Nr. 254, betreffend die Einschränkung der Papiererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 346, betreffend Anzeigepflicht der Vorräte an Schwefelkies und Zellulose.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 59, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 23. Mai 1916, R. G. Bl. Nr. 154.

R. G. Bl. Nr. 105, betreffend Regelung des Verkehres mit maschinenglattem holzhaltigem Druckpapier in Rollen.

R. G. Bl. Nr. 106, betreffend die Einschränkung des Rotationsdruckpapierverbrauches der Zeitungen im Monat März 1917.

R. G. Bl. Nr. 132, betreffend die Einschränkung des Rotationsdruckpapierverbrauches im Monat April 1917.

R. G. Bl. Nr. 138, betreffend Abänderung und Ergänzung der Ministerialverordnung vom 10. Juli 1916, R. G. Bl. Nr. 215.

R. G. Bl. Nr. 190, betreffend die Einschränkung des Rotationsdruckpapierverbrauchs der Zeitungen in den Monaten Mai und Juni 1917.

R. G. Bl. Nr. 273, betreffend die Einschränkung des Rotationsdruckpapierverbrauchs der Zeitungen im Monat Juli 1917.

R. G. Bl. Nr. 322, betreffend die Einschränkung des Rotationsdruckpapierverbrauchs der Zeitungen im Monat August 1917.

6. Chemische Industrie:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 50, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an bestimmten stickstoffhaltigen Stoffen.

R. G. Bl. Nr. 136, betreffend die Regelung des Verkehres mit Knochen und Knochenfett.

R. G. Bl. Nr. 137, betreffend die Festsetzung eines Höchstpreises für Knochenmehl.

R. G. Bl. Nr. 205, betreffend die Regelung des Verkehres mit Knochen und Knochenfett.

R. G. Bl. Nr. 206, betreffend die Festsetzung eines Höchstpreises für Knochenmehl.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 87, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 11. Mai 1916, R. G. Bl. Nr. 136.

R. G. Bl. Nr. 164, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Ammoniaksoda und Ätznatron und Festsetzung von Höchstpreisen für diese sowie für tristallisierte Soda und Feinsoda.

7. Häute und Leder:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 14, betreffend Verbot der Veranstaltung von freiwilligen Versteigerungen von Häuten und Fellen.

R. G. Bl. Nr. 53, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an Leder und an Bedarfsmaterialien der Lederindustrie.

R. G. Bl. Nr. 140, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Häute und Leder.

R. G. Bl. Nr. 197, betreffend die Ergänzung der Ministerialverordnung vom 26. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 140.

R. G. Bl. Nr. 198, betreffend die Regelung des Verkehres in Rinds- und Roßhäuten.

R. G. Bl. Nr. 199, betreffend Verbot der Beschwerung von Leder.

R. G. Bl. Nr. 243, betreffend Verkehr in Häuten und Leder.

R. G. Bl. Nr. 259, betreffend Verkehr in Häuten.

R. G. Bl. Nr. 297, betreffend Höchstpreise und Verkehrsregelung für heimische Gerbstoffe.

R. G. Bl. Nr. 298, betreffend Regelung des Verkehres in Knoppern.

R. G. Bl. Nr. 299, betreffend Regelung des Verkehres in Eichen- und Fichtenrinde.

R. G. Bl. Nr. 300, betreffend Beschwerung von Leder.

R. G. Bl. Nr. 306, betreffend die Frist zur Anzeige der Vorräte an Leder und an Bedarfsmaterialien der Lederindustrie.

R. G. Bl. Nr. 393, betreffend die Höchstpreise für Kalbfelle, Kalbleder und Spaltleder.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 28, betreffend Vorbehalt von Leder für den Militärbedarf.

R. G. Bl. Nr. 29, betreffend das Verbot der Erzeugung von bestimmten Ledersorten.

R. G. Bl. Nr. 30, betreffend die Anzeige der Vorräte an Leder und an Bedarfsmaterialien der Lederindustrie.

R. G. Bl. Nr. 79, betreffend die Regelung des Verkehres in Eichen- und Fichtenrinde.

R. G. Bl. Nr. 80, betreffend die Regelung des Verkehres in Knoppern.

R. G. Bl. Nr. 81, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für heimische Gerbstoffe.

R. G. Bl. Nr. 112, betreffend Begünstigungen für eingeführte Leder, Häute, Felle und Gerbstoffe.

R. G. Bl. Nr. 177, betreffend die Erzeugung und Verwendung von Maschinenriemenleder und Maschinenriemen.

R. G. Bl. Nr. 192, betreffend den Vorbehalt von Leder bestimmter Gattungen für Militärbedarf.

R. G. Bl. Nr. 193, betreffend den Verkauf von Erzeugungsabfällen aus der Lederverarbeitung.

R. G. Bl. Nr. 194, betreffend den Verkehr in Rindshäuten, Roßhäuten und Kalbfellen.

R. G. Bl. Nr. 355, betreffend den Lederverkehr.

R. G. Bl. Nr. 356, betreffend die Herstellung und Verkauf von Spaltleder und Spaltledersohlen.

R. G. Bl. Nr. 357, betreffend den Verkehr in Rindshäuten, Roßhäuten und Kalbfellen.

R. G. Bl. Nr. 358, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Tornisterkalbfelle und verschiedene Ledersorten.

R. G. Bl. Nr. 359, betreffend die Gerbevorschriften und Herstellung von Gerbeextrakten.

R. G. Bl. Nr. 360, betreffend die Anzeige der Vorräte an Leder, Häuten und Fellen und die Lagerung der Ledervorräte.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 29, betreffend die Inanspruchnahme von Schaf-, Lamm- und Ziegenfellen sowie Konfektionsabfällen (Höchstpreise).

R. G. Bl. Nr. 30, betreffend den Verkehr in Schweinshäuten.

R. G. Bl. Nr. 31, betreffend die Höchstpreise für Schweinehäute.

R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Preisbeschränkungen für Schuhwaren.

R. G. Bl. Nr. 95, betreffend die Vorschriften für die Preisberechnung von Schuhwaren.

R. G. Bl. Nr. 96, betreffend die Erzeugungsvorschriften für Lederschuhe.

R. R. Bl. Nr. 97, betreffend den Ledererſatz für Schuhwerk.

R. G. Bl. Nr. 98, betreffend weitere Erzeugungsvorschriften für Schuhwaren.

R. G. Bl. Nr. 99, betreffend den Verkehr in Maschinenriemenleder, Maschinenriemen und Konfektionsabfällen.

R. G. Bl. Nr. 100, betreffend die Errichtung von Wirtschaftsverbänden der Lederindustrie.

R. G. Bl. Nr. 144, betreffend den Verkehr in Eichen- und Fichtenrinde und Lohe.

R. G. Bl. Nr. 145, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für heimische Gerbstoffe.

R. G. Bl. Nr. 231, betreffend den Verkehr in Kitzfellen.

R. G. Bl. Nr. 232, betreffend die Inanspruchnahme von Kaninchenfellen.

8. Transportmittel:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 163, betreffend die Beistellung von zum Lastentransporte benötigten Fahrzeugen und Tieren.

9. Maschinen:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 392, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige verfügbarer Antriebsmaschinen, elektrischer Maschinen und Transformatoren.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 42, betreffend die Anzeige von Werkzeugmaschinen.

R. G. Bl. Nr. 262, betreffend die Anzeige von Werkzeugmaschinen.

R. G. Bl. Nr. 263, betreffend den Verkehr in Werkzeugmaschinen.

Alteisen:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 9, betreffend den Einkauf von Alteisen für Einschmelz- und Paketierzwecke.

R. G. Bl. Nr. 39, betreffend den Einkauf von Alteisen für Einschmelz- und Paketierzwecke.

R. G. Bl. Nr. 212, betreffend Abänderung der Verordnung Nr. 39 ex 1916.

Gießereieisen:

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 44, betreffend die Errichtung eines Kriegsverbandes der Eisengießereien.

R. G. Bl. Nr. 236, betreffend die Erweiterung des Kriegsverbandes der Eisengießereien und betreffend den Verkehr in Gußbruch.

Harz- und Harzprodukte:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 389, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige und betreffend die Abgabe von Vorräten an Kolophonium und Terpentinöl.

R. G. Bl. Nr. 390, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Harz, Kolophonium und Terpentinöl.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 184, betreffend die Regelung des Verkehres in Rohharz und Harzprodukten.

R. G. Bl. Nr. 185, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Harz- und Harzprodukte.

R. G. Bl. Nr. 251, betreffend Höchstpreise für Harz und Harzprodukte.

Zentralrequisitionskommission:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 66, betreffend die Bestellung der Zentralrequisitionskommission.

Metalle und Metallegierungen:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 27, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an bestimmten Metallen und Legierungen.

R. G. Bl. Nr. 29, betreffend die Bewilligung zur Verarbeitung und Veräußerung bestimmter Mengen der gemäß Ministerialverordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 28, für Kriegszwecke in Anspruch genommenen Metallsorten.

R. G. Bl. Nr. 80, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an Zink.

R. G. Bl. Nr. 82, betreffend die Bewilligung zur Verarbeitung und Veräußerung bestimmter Mengen der gemäß Ministerialverordnung vom 29. März 1915, R. G. Bl. Nr. 81, für Kriegszwecke in Anspruch genommenen Metallsorten.

R. G. Bl. Nr. 83, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an Halb- und Fertigfabrikaten aus bestimmten Metallen und Legierungen.

R. G. Bl. Nr. 89, betreffend die Berichtigung eines Fehlers in der Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung vom 29. März 1915, R. G. Bl. Nr. 82, betreffend die Verwendung der Vorräte an bestimmten Metallen und Legierungen.

R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der aus bestimmten Metallen bestehenden Betriebseinrichtungen.

R. G. Bl. Nr. 285, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Blech- und Gußwaren (Ersatz für Metallgeräte).

R. G. Bl. Nr. 287, betreffend die Einstellung des Belegscheinverkehres in requirierten Metallen.

R. G. Bl. Nr. 391, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der aus Blei (auch Hartblei) hergestellten Gegenstände.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 63, betreffend die Einschränkung der Verwendung von Aluminium, Blei, Kupfer und Kupferlegierungen, Nickel, Zinn und Gummi.

R. G. Bl. Nr. 118, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an bestimmten Metallen und Legierungen.

R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige von Gegenständen aus Zinn.

R. G. Bl. Nr. 124, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Blech- und Gußwaren (Ersatz für Metallgeschirre).

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 119, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Blech- und Gußwaren.

R. G. Bl. Nr. 142, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige von Metallen der Platingruppe.

Kriegsleistungen:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 65, betreffend die Vergütungssätze für bestimmte Metalle und Legierungen.

R. G. Bl. Nr. 143, Kundmachung, mit der die Kundmachung vom 19. März 1915, R. G. Bl.

Nr. 65, betreffend Vergütungssätze für bestimmte Metalle und Legierungen, ergänzt wird.

R. G. Bl. Nr. 253, betreffend die Vergütungssätze für Kupfergeschirr.

R. G. Bl. Nr. 284, betreffend die Festsetzung von Vergütungssätzen für Metallgeräte.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 175, betreffend die Festsetzung von Vergütungssätzen für Blei, Zinn, Zinnlegierungen und Gegenständen aus Blei und Zinn.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 227, betreffend die Inanspruchnahme von Glocken.

R. G. Bl. Nr. 239, betreffend die Festsetzung von Vergütungssätzen für Metalle der Platingruppe.

Regelung des Verkehres in Eisenmaterialien.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 43, betreffend den Verkehr in Eisenmaterialien.

10. Mineralölprodukte:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 377, betreffend die Regelung des Verkehres mit Mineralölprodukten, Benzol und Teerölen.

R. G. Bl. Nr. 378, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für einige Mineralölprodukte.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ministerialverordnung vom 18. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 377, über die Regelung des Verkehres mit Mineralölprodukten, Benzol und Teerölen.

R. G. Bl. Nr. 128, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ministerialverordnung vom 18. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 378, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für einige Mineralölprodukte.

R. G. Bl. Nr. 144, betreffend das Verbot gewisser Arten der Verwendung von Erdöl.

R. G. Bl. Nr. 272, betreffend die Regelung der Verwendung von Schwefelsäure bei der Herstellung von Erzeugnissen der Mineralölindustrie.

R. G. Bl. Nr. 323, betreffend die Regelung des Verkehres mit Erdöl (Rohöl), mit daraus hergestellten Produkten (Mineralölprodukten), mit Teer und Teerprodukten.

R. G. Bl. Nr. 324, betreffend die Erlassung von Durchführungsbestimmungen zur Ministerialverordnung vom 20. September 1916, R. G. Bl. Nr. 323, betreffend die Regelung des Verkehres mit Erdöl (Rohöl), mit daraus hergestellten Produkten (Mineralölprodukten), mit Teer und Teerprodukten.

R. G. Bl. Nr. 411, betreffend die Regelung des Verkehres mit Petroleum.

R. G. Bl. Nr. 425, betreffend die Abänderung des mit der Ministerialverordnung vom 18. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 378, festgesetzten Höchstpreise für Wintervulkanöl.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 55, betreffend den Verkehr mit destilliertem Steinkohlenteer und Steinkohlenteerpech.

R. G. Bl. Nr. 60, betreffend die Überwachung des Verkehres mit Petroleum.

R. G. Bl. Nr. 128, betreffend die Festsetzung eines Höchstpreises für Handelsbenzol.

R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für rohen Steinkohlenteer und destillierten Steinkohlenteer.

R. G. Bl. Nr. 146, betreffend die grundsätzlichen Bestimmungen über den Bezug und die Verarbeitung von Rohöl.

R. G. Bl. Nr. 171, betreffend Regelung des Verbrauches von Petroleum in der Zeit vom 13. Mai bis 31. August 1917.

R. G. Bl. Nr. 181, betreffend die Verarbeitung von Paraffin.

11. Regelung der Arbeitszeit:

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 54, betreffend das Verbot der Nachtarbeit bei der Bereitung von Brot oder sonstigen Backwaren.

R. G. Bl. Nr. 75, betreffend das Verbot der Nachtarbeit bei der Bereitung von Brot oder sonstigen Backwaren in Wien und Schwechat.

12. Kautschuk.

Im Jahre 1915.

R. G. Bl. Nr. 73, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an Rohgummi und Kraftwagenbereifungen.

R. G. Bl. Nr. 324, betreffend die Außerkraftsetzung der Ministerialverordnung vom 18. März 1915, R. G. Bl. Nr. 73, über die Verpflichtung zur Anzeige von Rohgummi und Kraftwagenbereifungen.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 204, betreffend die Anzeigepflicht für Billarde und Billardbanden.

13. Seehandelsschiffe:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 87, betreffend den Betriebszustand für abgerüstete oder handelsuntätige Seehandelsschiffe.

R. G. Bl. Nr. 255, betreffend Veräußerung österreichischer Seehandelsschiffe an das Ausland.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 246, betreffend die Beförderung von Waren zwischen ausländischen Häfen sowie die Überlassung von Schiffsraum an das Ausland.

14. Organisation der Kaufmannschaft:

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 257, betreffend die Errichtung von Organisationen der Kaufmannschaft für die Kriegs- und Übergangswirtschaft.

Verordnungen des Ackerbauministeriums, welche auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassen wurden:

I. Vieh- und Fleischverkehr:

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 285, betreffend die Beschränkung der Kälberschlachtung (mit Wirksamkeit bis 31. Dezember 1914).

R. G. Bl. Nr. 353, betreffend das Verbot des Schlachtens hochträchtiger Rinder und Sauen, sowie die Einschränkung des Schlachtens von Kälbern und Jungvieh.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 114, betreffend Einschränkungen der Schlachtung von Rindern und Schweinen.

R. G. Bl. Nr. 115, betreffend den Handel mit Vieh.

R. G. Bl. Nr. 383, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 8. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 114.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 134, betreffend die Beschränkung der Schlachtung von Ziegen.

R. G. Bl. Nr. 149, betreffend die Vornahme der Schafschur.

R. G. Bl. Nr. 153, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 8. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 114.

R. G. Bl. Nr. 298, betreffend die Einschränkung der Schlachtung von Rindern und Schweinen.

R. G. Bl. Nr. 321, betreffend die Regelung des Rindviehverkehres.

R. G. Bl. Nr. 395, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der mit Ministerialverordnung vom 30. Juni 1910, R. G. Bl. Nr. 126, erlassenen Marktordnung für den Wiener Zentralviehmarkt in St. Marx.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 56, betreffend die Beschränkung der Schlachtung von Schafen.

R. G. Bl. Nr. 62, betreffend die Regelung des Schweineverkehrs.

R. G. Bl. Nr. 117, betreffend die Schlachtung von Rindern und Schweinen.

R. G. Bl. Nr. 192, betreffend die Regelung des Rindviehverkehrs.

II. Getreide-, Mehl-, Futtermittelverkehr und Feldbestellung:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 5, betreffend Verbot des Verfütterns von Getreide und Mehl.

R. G. Bl. Nr. 38, betreffend die Sicherstellung der Feldbestellungsarbeiten für den Frühjahrsanbau 1915.

R. G. Bl. Nr. 40, betreffend die Einschränkung des Futterrübenbaues im Jahre 1915.

R. G. Bl. Nr. 45, betreffend die Abrechnung der Rübenlieferungsverträge.

R. G. Bl. Nr. 55, betreffend die Bebauung brachliegender Grundstücke.

R. G. Bl. Nr. 111, betreffend Sicherstellung der Futter- und Weidenutzung im Jahre 1915.

R. G. Bl. Nr. 317, betreffend die Bebauung brachliegender Grundstücke.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 53, betreffend Sicherstellung der Futter- und Weidenutzung im Jahre 1916.

R. G. Bl. Nr. 59, betreffend die Sicherstellung der Feldbestellungsarbeiten für den Frühjahrsanbau 1916.

R. G. Bl. Nr. 331, betreffend die Regelung des Verkehres mit Leimleder.

R. G. Bl. Nr. 349, betreffend den Verkehr mit getrockneten Zuckerrübenschnitten.

R. G. Bl. Nr. 350, betreffend den Verkehr mit Futterrüben.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 65, betreffend die Beförderung von Futterrunkelrübensamen und Gemüsesamen.

R. G. Bl. Nr. 74, betreffend die Sicherstellung der Feldbestellungsarbeiten und die Bebauung brachliegender landwirtschaftlicher Grundstücke im Frühjahre 1917.

R. G. Bl. Nr. 161, betreffend Sicherstellung der Futter- und Weidenutzung im Jahre 1917.

III. Pflanzenschutz, Saatgut und Kartoffeln:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 252, betreffend die Sicherung der Herstellung von Perozid.

R. G. Bl. Nr. 292, betreffend die Beschlagnahme von Kupfervitriol.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 7, betreffend Sicherstellung des Saatgutes für den Anbau von Lein.

R. G. Bl. Nr. 54, betreffend die Transportbescheinigungen für Kleesamen.

R. G. Bl. Nr. 352, betreffend die Verwendung von Baustellen zur Gewinnung von Nahrungs- und Futterpflanzen.

R. G. Bl. Nr. 362, betreffend den Verkehr mit Saatkartoffeln und die Preisbestimmung für solche.

R. G. Bl. Nr. 396, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Rotkleesamen.

R. G. Bl. Nr. 413, betreffend die Richtigstellung eines Fehlers in der Verordnung des Ackerbauministers im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern vom 24. November 1916, R. G. Bl. Nr. 396.

R. G. Bl. Nr. 433, betreffend die Ergänzung der im § 7 der Ministerialverordnung vom 24. November 1916, R. G. Bl. Nr. 396, enthaltenen Liste der Samenkontrollstationen.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 50, betreffend die freiwillige Anmeldung zum Anbaue von Mohn.

R. G. Bl. Nr. 67, betreffend die teilweise Änderung der im § 1 der Ministerialverordnung vom 24. November 1916, R. G. Bl. Nr. 396, festgesetzten Höchstverkaufspreise für Rotkleesamen.

R. G. Bl. Nr. 177, betreffend die teilweise Änderung der Ministerialverordnung vom 18. Oktober 1916, R. G. Bl. Nr. 362.

IV. Forstwirtschaft und Baumkultur:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 55, betreffend die Vorsorgen für die Dauer der durch den Krieg verursachten außerordentlichen Verhältnisse für den Betrieb forstlicher und gewerblicher, mit der Verarbeitung und Verwertung von Stoffprodukten beschäftigter Unternehmungen.

R. G. Bl. Nr. 327, betreffend die Aufnahme von der in Ministerialverordnung vom 16. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 184, begründeten Verpflichtung zur Harzgewinnung.

R. G. Bl. Nr. 364, betreffend den Schutz des Nußbaumes.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 149, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Edelkastanienholz und Maßnahmen zum Schutze des Edelkastanienbaumes.

R. G. Bl. Nr. 160, betreffend die Regelung des Verkehrs mit Holz.

V. Mischdünger:

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 102, betreffend das Verbot der Herstellung von Mischdünger.

VI. Schrebergärten:

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 118, betreffend die Pachtzinse für Schrebergärten.

VII. Pferde:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 245, betreffend den Handel mit Pferden.

Verordnungen des Amtes für Volksernährung, welche auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, R. G. Bl. Nr. 274, erlassen wurden:

Kundmachung des Ministerpräsidenten, betreffend den Beginn der Wirksamkeit des Amtes für Volksernährung vom 30. November 1916, R. G. Bl. Nr. 401.

Kundmachung des Ministerpräsidenten, betreffend das Statut des Amtes für Volksernährung vom 30. November 1916, R. G. Bl. Nr. 402.

1. Allgemeines:

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 70, betreffend Inverkehrsetzung bestimmter Lebensmittel in Österreich.

R. G. Bl. Nr. 86, betreffend die Bestellung von Ernährungsinspektoren.

R. G. Bl. Nr. 93, betreffend die Verjährung der von den politischen Behörden zu ahndenden Übertretungen der aus Anlaß des Krieges erlassenen wirtschaftlichen Vorschriften.

R. G. Bl. Nr. 116, betreffend die Bildung von Ernährungsinspektionsbezirken.

R. G. Bl. Nr. 198, betreffend die Bildung von Ernährungsinspektionsbezirken.

2. Bier, Malz, Melasse:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 36, betreffend das Verbot der Malzerzeugung aus Gerste und die Heranziehung der Malzdarren zur Maistrocknung.

R. G. Bl. Nr. 76, betreffend die Regelung des Absatzes von Malzkeimen zur Versorgung der Preßhefeindustrie.

R. G. Bl. Nr. 213, betreffend die Außerkraftsetzung der Ministerialverordnung vom 15. Fe-

bruar 1915, R. G. Bl. Nr. 36, betreffend das Verbot der Malzerzeugung aus Gerste und die Heranziehung der Malzdarre zur Maistrocknung.

R. G. Bl. Nr. 282, betreffend die Regelung des Verkehres mit Melasse und Osmosewasser.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 173, betreffend die Beschränkungen hinsichtlich der Veräußerung von Malz.

R. G. Bl. Nr. 239, betreffend die Errichtung eines Kriegswirtschaftsverbandes der Preßhefeindustrie.

R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Errichtung einer Brauerzentrale.

R. G. Bl. Nr. 248, betreffend die Regelung des Absatzes von Malzkeimen zur Versorgung der Preßhefeindustrie.

R. G. Bl. Nr. 284, betreffend das Verbot der Verarbeitung von Gerste auf Braumalz.

R. G. Bl. Nr. 308, betreffend die Richtigstellung eines Fehlers in der Verordnung des Finanzministers im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern vom 2. September 1916, R. G. Bl. Nr. 287, wegen Einschränkung der Biererzeugung.

R. G. Bl. Nr. 288, betreffend Einschränkung des Bierausschankes.

R. G. Bl. Nr. 299, betreffend die Einschränkung des Ausschankes von Bier.

R. G. Bl. Nr. 325, betreffend die Regelung des Verkehres mit Melasse und Osmosewasser.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 90, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 3. August 1916, R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Errichtung einer Brauerzentrale.

R. G. Bl. Nr. 252, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 1. August 1916, R. G. Bl. Nr. 239, betreffend die Errichtung eines Kriegswirtschaftsverbandes der Preßhefeindustrie.

3. Branntwein und Spiritus:

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 297, betreffend die Beschränkung der Verwendung gewisser Stoffe zur Branntweinerzeugung in der Betriebsperiode 1914/15.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 331, betreffend die Errichtung einer Spirituszentrale und den Verkehr mit Spiritus.

R. G. Bl. Nr. 332, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für mit dem allgemeinen Denaturierungsmittel denaturierten Spiritus.

R. G. Bl. Nr. 367, betreffend die Unwirksamkeitserklärung für Lieferungsverträge über Spirituosen.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 14, betreffend die Einfuhr von Spiritus aus dem Zollauslande.

R. G. Bl. Nr. 231, betreffend die Einfuhr gebrannter geistiger Flüssigkeiten aus dem Auslande.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 46, betreffend den Bezug von gebrannten geistigen Flüssigkeiten aus Ungarn, Bosnien und der Hercegovina.

R. G. Bl. Nr. 162, betreffend die Regelung des Verkehres mit versteuertem raffinierten Spiritus und Spirituosen.

R. G. Bl. Nr. 163, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für versteuerten raffinierten Spiritus, Inländerrum und Schankbranntwein.

4. Dünger:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 51, betreffend die Verwendung der Vorräte an bestimmten stickstoffhaltigen Stoffen.

5. Eier:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 48, betreffend die Regelung des Eierhandels.

R. G. Bl. Nr. 75, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 20. Februar 1916, R. G. Bl. Nr. 48, betreffend die Regelung des Eierhandels.

R. G. Bl. Nr. 146, betreffend neue Bestimmungen zur Regelung des Eierhandels.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 165, betreffend das Verbot der Verwendung von Eiern bei der Erzeugung alkoholischer Getränke und die Beschränkung der Verabreichung von Eiern in Gast- und Schankgewerbebetrieben.

6. Einfuhr und Ausfuhr:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 31, betreffend die Einfuhr von mehreren Warengattungen aus dem Zollauslande.

R. G. Bl. Nr. 70, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 6. Februar 1916, R. G. Bl. Nr. 31, betreffend die Einfuhr von mehreren Warengattungen aus dem Zollauslande.

R. G. Bl. Nr. 320, betreffend die Einfuhr von mehreren Warengattungen aus dem Zollauslande.

7. Fette und Öle:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 276, betreffend die Regelung des Verkehres mit Rohfetten, Fettprodukten und Speiseölen.

8. Fische:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 365, betreffend die Regelung des Verkehres mit Süßwasserfischen.

R. G. Bl. Nr. 369, betreffend die Einführung von Transportbescheinigungen für Heringe.

9. Fleisch, Speck, Schweine, Rindsdärme:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 113, betreffend die Sicherstellung der Fleischversorgung.

R. G. Bl. Nr. 348, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Schweinefett, Schweinespeck und Schweinefleisch.

R. G. Bl. Nr. 366, betreffend den Verkehr mit Schweinefett, Schweinespeck und Schweinefleisch.

R. G. Bl. Nr. 370, betreffend die Inkraftsetzung der Ministerialverordnung vom 13. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 366.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 78, betreffend den Bezug von Schweinefett, Schweinespeck und Schweinefleisch aus den Ländern der ungarischen Krone.

R. G. Bl. Nr. 133, betreffend die Einfuhr von Schweinefett und Schweinespeck aus dem Zollauslande.

R. G. Bl. Nr. 211, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für lebende Schweine und für Schweineprodukte.

R. G. Bl. Nr. 218, betreffend die Einschränkung des Verbrauches von Fleisch und Fett.

R. G. Bl. Nr. 285, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 14. Juli 1916, R. G. Bl. Nr. 218.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 73, betreffend die Transportbescheinigungen für Rindsdärme.

R. G. Bl. Nr. 89, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 14. Juli 1916, R. G. Bl. Nr. 218.

R. G. Bl. Nr. 176, betreffend das Verbot des übermäßigen Fleischbezuges.

10. Futter und Futtermittel:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 232, betreffend die Errichtung einer Futtermittelzentrale.

R. G. Bl. Nr. 238, betreffend den Verkehr mit Futtermitteln.

R. G. Bl. Nr. 355, betreffend die Transportbescheinigung für Futtermittel.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 24, betreffend die Abänderung des § 3 der Ministerialverordnung vom 14. August 1915, R. G. Bl. Nr. 238.

R. G. Bl. Nr. 232, betreffend die Organisation der Futtermittelversorgung.

R. G. Bl. Nr. 277, betreffend den Verkehr mit Futtererzeugnissen.

R. G. Bl. Nr. 330, betreffend die Regelung des Verkehres mit Roßkastanien, Eicheln und Bucheckern (Buchelkerne).

11. Getreide, Mehl, Brot, Gebäck.

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 301, betreffend die Einschränkung der Verwendung von Weizen- und Roggenmehl bei der gewerbsmäßigen Broterzeugung.

R. G. Bl. Nr. 302, betreffend das Verbot des Austausches und der Zurücknahme des an Gast- und Schankgewerbetreibende und Händler gelieferten Gebäckes.

R. G. Bl. Nr. 324, betreffend die Erzeugung und Inverkehrsetzung von Mehl.

R. G. Bl. Nr. 325, betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Getreide und Mehl.

R. G. Bl. Nr. 347, betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Hafer.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 24, betreffend die Erzeugung und Inverkehrsetzung von Brot und Gebäck.

R. G. Bl. Nr. 52, betreffend die Berichtigung eines Fehlers in der Verordnung des Handelsministers vom 30. Jänner 1915, R. G. Bl. Nr. 24, betreffend die Erzeugung und Inverkehrsetzung von Brot und Gebäck.

R. G. Bl. Nr. 70, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 30. Jänner 1915, R. G. Bl. Nr. 24.

R. G. Bl. Nr. 92, betreffend die Abänderung des § 10 der Ministerialverordnung vom 28. November 1914, R. G. Bl. Nr. 324.

R. G. Bl. Nr. 94, betreffend das Verbot der Verwendung von Brot zum Putzen von Tapeten und Fußböden.

R. G. Bl. Nr. 128, betreffend das Verbot des Verfütterns von grünem Getreide.

R. G. Bl. Nr. 155, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 28. November 1914, R. G. Bl. Nr. 324.

R. G. Bl. Nr. 205, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 28. November 1914, R. G. Bl. Nr. 324.

R. G. Bl. Nr. 230, betreffend die Aufhebung der Vorschriften, betreffend die Erzeugung und Inverkehrsetzung von Mehl und betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Getreide und Mehl.

R. G. Bl. Nr. 231, betreffend die Erzeugung und Vertrieb von Brot und Gebäck.

R. G. Bl. Nr. 270, betreffend die Einfuhr von Getreide, Hülsenfrüchten und Mahlprodukten aus dem Zollauslande.

R. G. Bl. Nr. 379, betreffend die Erzeugung und den Vertrieb von Brot und Gebäck.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 11, betreffend die Ergänzung der Ministerialverordnung vom 20. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 379.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Abänderung der Ministerialverordnung vom 20. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 379.

R. G. Bl. Nr. 214, betreffend die allgemeine Regelung des Verbrauches von Getreide und Mahlprodukten

12. Heu und Stroh:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 12, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Heu und Stroh.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 111, betreffend die Beschränkung der Verwendung von Heu.

R. G. Bl. Nr. 175, betreffend das Verbot der Verwendung von Gras und Heu zur Bestreuung von Straßen, Wegen und Plätzen.

R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Regelung des Verkehres mit Heu und Stroh.

R. G. Bl. Nr. 256, betreffend die Festsetzung von Preisen für Heu und Stroh.

13. Kaffee und Zichorie:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 62, betreffend die Einführung von Transportbescheinigungen für Kaffee.

R. G. Bl. Nr. 186, betreffend die Regelung des Verkehres mit Kaffee.

R. G. Bl. Nr. 266, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ministerialverordnung vom 18. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 186.

R. G. Bl. Nr. 314, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ministerialverordnung vom 18. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 186.

R. G. Bl. Nr. 376, betreffend die Regelung des Verkehrs mit gedörrten Zichorienwurzeln aus der Ernte 1916 und Festsetzung eines Höchstpreises für gedörrte Zichorienwurzeln.

R. G. Bl. Nr. 394, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Ministerialverordnung vom 18. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 186, betreffend die Regelung des Verkehres mit Kaffee.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 17, betreffend die Einführung von Transportbescheinigungen für Zichorienwurzeln und Zichorienmehl.

R. G. Bl. Nr. 103, betreffend die Regelung des Verkehres mit Zichorienwurzeln aus der Ernte 1917.

R. G. Bl. Nr. 230, betreffend die Regelung des Verkehres mit Kaffeemischungen und Kaffeesurrogaten.

R. G. Bl. Nr. 264, betreffend die Fristerstreckung für den Verkauf von Kaffeemischungen und Kaffeesurrogaten.

14. Kartoffeln:

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 345, betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 25, betreffend die Festsetzung des Höchstpreises für Kartoffelstärkemehl.

R. G. Bl. Nr. 86, betreffend das Verbot der Verwendung von Kartoffelstärke, Kartoffelstärkemehl und Mehl jeder Art zur Herstellung von Seife.

R. G. Bl. Nr. 216, betreffend die Aufhebung der Ministerialverordnung vom 19. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 345, betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln.

R. G. Bl. Nr. 276, betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln.

R. G. Bl. Nr. 295, betreffend die Festsetzung von Höchpreisen für (trockene) Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 138, betreffend die Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln.

R. G. Bl. Nr. 244, betreffend die Regelung des Verkehres mit Kartoffeln der Ernte des Jahres 1916.

R. G. Bl. Nr. 256, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen und von Übernahmspreisen für Kartoffeln.

R. G. Bl. Nr. 336, betreffend die Regelung des Verkehres mit Kartoffeln der Ernte des Jahres 1916.

R. G. Bl. Nr. 340, betreffend die Errichtung eines Kriegswirtschaftsverbandes der Kartoffeltrocknungsindustrie.

R. G. Bl. Nr. 342, betreffend die Errichtung eines Kriegswirtschaftsverbandes der Kartoffelstärkeindustrie.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 91, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln.

15. Mais:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 96, betreffend die Ausmahlung von Mais und die Aufhebung der Höchstpreise für Mais und Maismehl.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 267, betreffend den Verkauf von grünen Maiskolben.

R. G. Bl. Nr. 348, betreffend das Verbot für den Verkauf von grünen Maiskolben.

16. Maschinen:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 166, betreffend die Verpflichtung zur Anzeige der Vorräte an Ernte- und Dreschmaschinen.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 266, betreffend die Verpflichtung zur Überlassung der Dreschmaschinen.

17. Milch:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 345, betreffend die Regelung des Verkehres mit Milch.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 15, betreffend die Versorgung der Bevölkerung mit Molkereiprodukten und mit Schweinefett.

18. Obst und Gemüse:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 290, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für frische Zwetschken sowie Dörrzwetschken und Zwetschkenmus und Verkehr mit Dörrzwetschken und Zwetschkenmus.

R. G. Bl. Nr. 339, betreffend die Regelung des Verkehres mit frischen Zwetschken.

R. G. Bl. Nr. 372, betreffend die Einführung von Transportbescheinigungen für Äpfel.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 25, betreffend den Verkehr mit Peluschken und Lupinen.

R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Regelung des Verkehres mit Gemüse und Obst.

R. G. Bl. Nr. 193, betreffend die Verarbeitung von frischem Gemüse zu Dauerware.

R. G. Bl. Nr. 221, betreffend die Inverkehrsetzung von Gemüse und Obst sowie von Gemüse und Obstpräparaten, die nach Österreich eingebracht werden.

R. G. Bl. Nr. 246, betreffend die Regelung des Verkehres mit frischen Obst.

R. G. Bl. Nr. 288, betreffend die Einführung von Transportbescheinigungen für Gurken.

19. Rüben:

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 310, betreffend die Nichterfüllung von Rübenlieferungsverträgen.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 69, betreffend den Verkehr mit Futterrübe.

20. Tee:

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 351, betreffend die Einführung von Transportbescheinigungen für Tee.

21. Wildbret:

Im Jahre 1914:

R. G. Bl. Nr. 336, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für den Verkauf von Hasen und Hirschwildbret in Wien.

Im Jahre 1915:

R. G. Bl. Nr. 217, betreffend die Aufhebung der Ministerialverordnung vom 6. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 336, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für den Verkauf von Hasen und Hirschwildbret in Wien.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 341, betreffend die Regelung des Verkehres hinsichtlich einzelner Wildgattungen.

R. G. Bl. Nr. 367, betreffend die Richtigstellung eines Fehlers in der Ministerialverordnung vom 4. Oktober 1916, R. G. Bl. Nr. 341, betreffend die Regelung des Verkehres hinsichtlich einzelner Wildgattungen.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 185, betreffend die Regelung des Verkehrs hinsichtlich einiger Wildgattungen.

22. Zucker:

R. G. Bl. Nr. 195, betreffend die Regelung des Verkehres mit Zucker.

Im Jahre 1916:

R. G. Bl. Nr. 45, betreffend die Preise für Zuckerrüben im Betriebsjahre 1916/17.

R. G. Bl. Nr. 61, betreffend die Regelung des Verkehres mit versteuertem Zucker.

R. G. Bl. Nr. 88, betreffend den Verkaufspreis für gesperrten unversteuerten Rohzucker.

R. G. Bl. Nr. 89, betreffend die Verwendung der Zuckerrübe der Ernte 1916.

R. G. Bl. Nr. 132, betreffend die Ergänzung der Ministerialverordnung vom 4. März 1916, R. G. Bl. Nr. 61, betreffend die Regelung des Verkehres mit versteuertem Zucker.

R. G. Bl. Nr. 158, betreffend die Regelung des Bezuges von versteuertem Zucker zum Zwecke der Erzeugung von Wein.

R. G. Bl. Nr. 159, betreffend die Verwendung von versteuertem Zucker für die Obstverwertung in den Haushalten.

R. G. Bl. Nr. 255, betreffend die Regelung des Bezuges von versteuertem Zucker zum Zwecke der Verbesserung der Leseprodukte (des Weinmostes und der Weinmaische) sowie der Erzeugung von Tresterwein.

R. G. Bl. Nr. 335, betreffend die Regelung des Verkehres mit Rübenzucker.

Im Jahre 1917:

R. G. Bl. Nr. 51, betreffend Zuckerrübe und Rohzucker im Betriebsjahre 1917/18.

R. G. Bl. Nr. 107, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für bestimmte Gattungen von Zuckerwaren (Zuckerl, Kandiszucker).

R. G. Bl. Nr. 112, betreffend die Verkehrsregelung sowie die Festsetzung von Höchstpreisen für Kunsthonig und Zuckersirup.

R. G. Bl. Nr. 120, betreffend das Verbot der Erzeugung und des Vertriebes von Zuckerbäckerwaren in Bäckereien.

R. G. Bl. Nr. 166, betreffend das Verbot der Verwendung von Zucker bei der gewerbsmäßigen Herstellung einiger Waren und der Verabreichung von Zucker in bestimmten Betrieben.

R. G. Bl. Nr. 224, betreffend die Ergänzung der Ministerialverordnung vom 29. September 1916, R. G. Bl. Nr. 335, über die Regelung des Verkehres mit Rübenzucker.

R. G. Bl. Nr. 225, betreffend die Ergänzung der Verordnung vom 6. Februar 1917, R. G. Bl. Nr. 51, betreffend Zuckerrübe und Rohzucker im Betriebsjahre 1917/18.

R. G. Bl. Nr. 276, betreffend die Abänderung der Verordnung vom 14. März 1917, R. G. Bl. Nr. 112, betreffend Verkehrsregelung sowie Festsetzung von Höchstpreisen für Kunsthonig und Zuckersirup.

R. G. Bl. Nr. 277, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für bestimmte Packungen von Zuckerwaren (Zuckerln und Kandiszucker).

**Präsident:** Wenn keine Einwendung erhoben wird *(Niemand meldet sich)*, und dies ist nicht der Fall, werde ich dieses Material dem kriegswirtschaftlichen Ausschusse zuweisen.

Es ist eine weitere Zuschrift der Regierung eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Dr. Ritter v. **Mühlwerth** *(liest)*:

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, in der Anlage einen Gesetzentwurf wegen Änderung des Gesetzes vom 9. März 1897, R. G. Bl. Nr. 195, betreffend die Besteuerung des Umsatzes von Effekten (Effektenumsatzsteuer) *(651 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, denselben der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 9. Oktober 1917.

Der k. k. Finanzminister:
Wimmer."

**Präsident:** Diese Regierungsvorlage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Bei den in der Sitzung vom 3. Oktober l. J. vorgenommenen Ausschuß-Ergänzungswahlen wurden mit sämtlichen abgegebenen 130 Stimmen gewählt, und zwar in den

Budgetausschuß: als Mitglieder Prokeš und Sesardić, als Ersatzmann Adler;

Immunitätsausschuß: als Mitglied Witt, als Ersatzmann Franz Soukup;

Wehrausschuß: Witt;

Kriegswirtschaftlichen Ausschuß: als Mitglieder Okunewskyj, Sesardić und Gregorčič, als Ersatzmänner Dulibić und Krek;

Justizausschuß: als Mitglied Fon, als Ersatzmänner Glöckel und Baljak;

Verfassungsausschuß: als Mitglied Adler, als Ersatzmann Pernerstorfer;

Flüchtlingsausschuß: Als Mitglied Pogačnik Lorenz, als Ersatzmann Krek;

Gewerbeausschuß: als Mitglieder Pogačnik Lorenz und Vukotić, als Ersatzmann Jaklič;

Landwirtschaftlichen Ausschuß: Bauchinger;

Ernährungsausschuß: als Ersatzmann Diamand.

In einer der letzten Sitzungen hat das hohe Haus beschlossen, dem Immunitätsausschusse zur Erstattung des Berichtes über die verschiedenen Anträge, betreffend die erloschenen Mandate, eine 14tägige Frist zu erteilen. Der Herr Obmann des Immunitätsausschusses hat sich namens des Ausschusses an mich mit dem Ersuchen gewendet, diese Frist zu erstrecken.

Ich stelle also den Antrag:

Das hohe Haus möge die dem Immunitätsausschusse gesetzte Frist von 14 Tagen auf weitere 14 Tage erstrecken.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diese Frist auf weitere 14 Tage erstreckt.

Ich erteile das Wort Seiner Exzellenz dem Herrn Minister für Landesverteidigung.

Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant v. **Czapp:** Hohes Haus! In der Sitzung vom 3. d. M. habe ich in vorläufiger Beantwortung der von den Herren Reichsratsabgeordneten Tomasek und Genossen gestellten Anfrage in Aussicht gestellt, in kürzester Zeit dem hohen Hause über den Vorfall am Ostbahnhof, bei dem der Dragoner Josef Moritz ums Leben gekommen ist, näheren Aufschluß zu geben.

Wie ich vorausgesetzt habe, hat die Militärbehörde unverzüglich die nötigen Amtshandlungen zur Aufklärung des Falles eingeleitet und mir liegt jetzt ein am 5. d. M. erstatteter Bericht des k. u. k. Militäranwaltes in Wien des folgenden Inhaltes vor:

„Die Erhebungen des k. u. k. Militäranwaltes an Ort und Stelle über den Vorfall am 1. Oktober abends am Ostbahnhof in Wien haben bisher folgendes Resultat ergeben:

Der am 1. Oktober abends abgehende Transportzug des Dragonerregiments Nr. 3 zeigte auf dem Wege zum Ostbahnhof und dortselbst einen derartigen Grad von Disziplinlosigkeit und Insubordination, daß der Kommandant Leutnant Bondy sowie die Begleitoffiziere des Infanterieregiments Nr. 4, Oberleutnant Reckzügel und Leutnant Zertik, wiederholt einschreiten mußten.

Selbst die Chargen versagten vollkommen. So weigerte sich Korporal Pürrer, der, wie auch ein großer Teil der übrigen Mannschaft, stark betrunken war, in die Einteilung zu treten, weshalb ihn Oberleutnant Reckzügel in die Einteilung hineindrängte, wobei er ihm eine Ohrfeige versetzt haben soll.

Dieser Vorfall dürfte dann zu dem Gerücht geführt haben, Leutnant Zertik habe dem Dragoner Josef Moritz eine Ohrfeige gegeben.

Die Maßregelung des Korporals Pürrer wurde von den Leuten des Dragonerregiments Nr. 3 eifrig und erregt besprochen, wobei abfällige Kritik an den Offizieren des Infanterieregiments Nr. 4 geübt wurde. Am lautesten war Dragoner Moritz, der erklärte, er ließe sich so etwas nicht gefallen, bei ihm wäre ein Leutnant „so klein". Dabei machte er eine entsprechende Geste mit der Hand gegen den Erdboden. Diese Äußerung und Bewegung wiederholte er in provozierender Weise, als Leutnant Zertik vorüberkam.

Leutnant Zertik faßte den Dragoner Moritz vorne bei der Bluse und zog ihn aus der infolge der Geste gebückten Stellung zu sich hinauf. Dragoner Moritz rief nun mehrmals: „Lassen Sie mich aus!" und versetzte, als Leutnant Zertnik ihn nicht losließ, diesem einen Schlag mit der geballten Hand ins Gesicht, so daß dem Leutnant die Kappe herunterfiel. Darauf zog Leutnant Zertik das Bajonett und stach den Dragoner in die Brust. Niemand dachte aber daran, daß der Stich tödlich sein könne *(Zwischenrufe)*, um so weniger, als zugleich Leutnant Zertik befahl, den Mann sofort abzuführen und die Kameraden dem Dragoner Moritz zuriefen, er solle keine Dummheiten machen, weil sie das Umfallen für einen Spaß hielten. Der Mann brach sofort zusammen, da der Stich eine Verletzung des Herzens und Verblutung in die linke Brustfellhöhle zur Folge hatte.

Der Mann wurde fortgetragen, wobei sich auch Leutnant Zertik um ihn bemühte. Dann erstattete Leutnant Zertik sofort dem Bahnhofkommando die Meldung. Der Transport ging ab.

Der geschilderte Sachverhalt stützt sich auf die Aussagen fast aller unmittelbar in Wien zur Verfügung gestandenen oder im kurzen Wege erreichbar gewesenen Zeugen.

Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Falles und die Notwendigkeit der eidlichen Vernehmung aller in Frage kommenden Zeugen hat auf Grund der vorgeschilderten vorläufigen Erhebungen der k. u. k. Militärkommandant in Wien als zuständiger Kommandant gegen den Leutnant in der Reserve Karl Zertik und den Oberleutnant in der Reserve Josef Reckzügel, beide des Infanterieregiments Nr. 4, das gerichtliche Ermittlungsverfahren angeordnet und die Durchführung desselben im Sinne des § 143 MStPO. dem k. u. k. Divisionsgerichte Wien überlassen.

Behufs fortlaufender Meldung der weiteren Entwicklung der Angelegenheit, beziehungsweise größter Beschleunigung des Verfahrens wurde das Divisionsgericht Wien auf den in dieser Richtung ergangenen Erlaß des Kriegsministeriums besonders verwiesen." Dies der Wortlaut.

Angesichts des im Zuge befindlichen gerichtlichen Verfahrens bin ich naturgemäß nicht in der Lage, mich dermalen über die Sache weiter zu äußern und dadurch etwa dem zuständigen Richterspruch irgendwie vorzugreifen. Jedenfalls wolle das hohe Haus aus dem Berichte des Militäranwalts entnehmen, daß die in der Anfrage des Herrn Abgeordneten Tomášek gegebene Darstellung des Sachverhaltes von dem tatsächlichen Hergang in wesentlichen Punkten abweicht. Ich bitte das hohe Haus nunmehr die rechtskräftige Erledigung der Sache durch das zuständige Gericht abzuwarten.

Wie das hohe Haus schon aus dem Schlußsatze des von mir verlesenen Berichtes des Militäranwaltes entnommen hat, hat das Kriegsministerium bereits die größte Beschleunigung des Verfahrens angeordnet und ich werde nicht ermangeln, das Ergebnis des Verfahrens dem hohen Hause seinerzeit unverzüglich mitzuteilen.

**Präsident:** Das hohe Haus hat in der letzten Sitzung beschlossen, die Debatte über diesen Gegenstand bis zum Vorliegen der Antwort Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers auszusetzen. Nachdem die soeben verlesene Antwort Seiner Exzellenz nur eine vorläufige ist, glaube ich im Einverständnisse mit dem hohen Hause und der Obmännerkonferenz vorzugehen, indem ich die Debatte über diesen Gegenstand bis auf weiteres vertage. *(Zustimmung.)*

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Erster Gegenstand derselben ist der Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 8. September 1914, R. G. Bl. Nr. 238, über die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes *(565 der Beilagen)*.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Widholz; ich ersuche denselben, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Widholz** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Die Kaiserliche Verordnung vom 6. September 1914 sollte bezwecken, den Sozialversicherungsinstituten die Weiterführung der Geschäfte zu erleichtern. Durch den Abzug der einzelnen Funktionäre ins Kriegsgebiet war es immer schwerer möglich, die Geschäfte weiterzuführen, und die Regierung sah sich genötigt, diese Verordnung hinauszugeben, um den Vorständen jene Agenden zu übertragen, die in der Regel durch die Delegiertenversammlungen besorgt werden. Es war — so können wir sagen — wirklich eine Verfügung der Not und wir haben dadurch in den Sozialversicherungsanstalten Gelegenheit erhalten, die Geschäfte ungestört fortzuführen.

Der sozialpolitische Ausschuß hat diese Kaiserliche Verordnung insofern abgeändert, als er sie in ein Gesetz umgeformt und im § 1 einen neuen Absatz eingefügt hat, der etwas weitergeht als die Kaiserliche Verordnung und den Vorständen auch das Recht der Kooptierung von Mitgliedern einräumt, falls sie durch die Kriegsverhältnisse abgezogen werden. Die Regierung hatte diese Ermächtigung den Vorständen in einer speziellen Ministerialverordnung gegeben. Der sozialpolitische Ausschuß ist jedoch der Meinung, daß diese Bestimmung eine legislatorische sei und hat infolgedessen dem § 1 den Anhang, der in Fettdruck vorliegt, angeschlossen.

Der Vollkommenheit wegen möchte ich nur sagen, daß sich im § 2 ein kleiner Druckfehler eingeschlichen hat. Der sozialpolitische Ausschuß hatte die Absicht, diese Bestimmung auch auf die Genossenschaften und Gehilfenausschüsse auszudehnen und hat infolgedessen auch das Handelsministerium an der Durchführung dieses Gesetzes interessiert. Nachdem aber diese Bestimmung nicht aufgenommen worden ist und die Gehilfenausschüsse und Genossenschaften einer ganz separaten Verordnung unterstellt werden sollen, muß der letzte Satz im § 2 entfallen. Ich bitte deshalb, das Gesetz in der vorliegenden Fassung zu genehmigen. *(Abgeordneter Dr. Winter: Ministerium des Innern bleibt!)* Das erste bleibt, nur der Satz: „und für die Genossenschaften und Gehilfenausschüsse vom Handelsministerium" wird gestrichen.

**Präsident:** Ich schlage vor, General- und Spezialdebatte in eine Debatte zu vereinigen. *(Zustimmung.)* Es ist kein Einwand dagegen, es wird also so vorgegangen.

Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die in die Spezialdebatte eingehen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Haus hat das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Ich ersuche nun diejenigen Herren, welche die §§ 1, 2, mit der Auslassung, die der Herr Berichterstatter angeregt hat, 3, 4, 5, Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter **Widholz**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich ersuche diejenigen Herren, die der sofortigen Vornahme der dritten Lesung zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche das in zweiter Lesung beschlossene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Gesetz, betreffend die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes auch in dritter Lesung genehmigt *(673 der Beilagen)* und damit den Gegenstand erledigt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 17. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 127, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienst herangezogenen Lehrlinge *(564 der Beilagen)*.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Einspinner.

Ich habe mitzuteilen, daß zu diesem Gegenstande im Hause als Regierungsvertreter erschienen sind Exzellenz Sektionschef Müller und Herr Ministerialsekretär Dr. Benda.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Einspinner** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Die Regierung hat mit R. G. Bl. Nr. 127 vom 17. Mai 1915 eine Verordnung erlassen, nach der die Lehrzeit jener Lehrlinge, die anläßlich des gegenwärtigen Kriegszustandes vor dem stellungspflichtigen Alter als Landsturmpflichtige zum Landsturmdienste herangezogen wurden, als beendet gilt, sofern der Lehrling am Tage der Einrückung zur militärischen Dienstleistung eine mindestens zweijährige Lehrzeit hinter sich hat.

Der Gewerbeausschuß stimmt gegenständlich zu, stellt sich jedoch auf den Standpunkt, daß diese Verordnung als Gesetz zu beschließen sei, und bitte ich das hohe Haus, diesem Antrage die Zustimmung zu erteilen.

Der Gewerbeausschuß hat zwei Resolutionen beschlossen. Die eine Resolution lautet *(liest)*:

„Durch den § 1 des Gesetzes, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge soll den Lehrlingen, welche unter dessen Bestimmungen fallen, ausschließlich nur die weitere Lehrzeit erspart werden, keineswegs aber sonstige Voraussetzungen der Gewerbeordnung zur Erlangung der Gesellen- oder Meisterrechte."

Die andere Resolution lautet *(liest)*:

„Dieses Gesetz hat nur bei jenen Lehrlingen Anwendung zu finden, welche zu einer Zeit zum Kriegsdienste einrücken mußten, in welcher diese Pflicht mit dem 18. Lebensjahre allgemein eintrat."

Diese zweite Resolution ist durch einen Fehler als § 2 im Texte des Gesetzes gedruckt worden. Es hat also der als § 3 gedruckte Paragraph als § 2 des Gesetzes zu gelten und der als § 4 gedruckte Paragraph als § 3; der als § 2 gedruckte Absatz entfällt im Gesetz, wäre aber als Resolution zu beschließen.

**Präsident**: Wenn keine Einwendung erhoben wird, werden wir Generaldebatte und Spezialdebatte unter einem abführen. *(Nach einer Pause:)* Es ist keine Einwendung erfolgt, wir werden daher so vorgehen.

Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche die Herren, welche § 1 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* § 1 ist angenommen.

Ich ersuche nun die Herren, welche § 2 und § 3 des Gesetzes — das sind die als § 3 und § 4 gedruckten Texte — sowie Titel und Eingang des Gesetzes in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die §§ 2 und 3 sowie Titel und Eingang des Gesetzes in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Berichterstatter **Einspinner**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)*

Ich bitte die Herren, welche diesem Antrage zustimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, sofort die dritte Lesung vorzunehmen.

Ich ersuche nunmehr die Herren, welche dem soeben in zweiter Lesung beschlossenen Gesetze auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Gesetz, betreffend die Lehrzeit der vor dem stellungspflichtigen Alter zum Landsturmdienste herangezogenen Lehrlinge auch in dritter Lesung beschlossen *(674 der Beilagen)*.

Der Gewerbeausschuß hat ferner zwei Resolutionen beantragt. Die eine ist in der Ausschußvorlage als § 2 des Gesetzes gedruckt, sie lautet *(liest)*:

„Dieses Gesetz hat nur bei jenen Lehrlingen Anwendung zu finden, welche zu einer Zeit zum Kriegsdienste einrücken mußten, in welcher diese Pflicht mit dem 18. Lebensjahre allgemein eintrat."

Die andere ist im Berichte des Ausschusses als Resolution abgedruckt.

Ich bitte die Herren, welche diesen beiden Resolutionen zustimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat auch diesen Resolutionen die Zustimmung erteilt. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 5. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 99, betreffend das metrische Karat *(561 der Beilagen)*.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter **Einspinner** *(von der Tribüne)*: Seit dem Jahre 1872 währte in Österreich im Juwelenhandel bezüglich der Gewichtsanwendung ein ganz und gar ungesetzlicher Zustand. Unbeschadet des Artikels V des geltenden Gesetzes vom 23. Juli 1871, R. G. Bl. Nr. 16 ex 1872, nach welchem die Anwendung des Karats im öffentlichen Verkehr untersagt war, wurde das alte Karatgewicht beim Handel mit Diamanten, Perlen und wertvollen Edelsteinen angewendet. Es konnte kein anderes Gewicht angewendet werden, weil bei der Einführung des metrischen Gewichtes am 1. Jänner 1876 vergessen wurde, ein anderes Juwelengewicht einzuführen.

Im Gegenstande wurde im Reichsrate am 29. Dezember 1913 eine Regierungsvorlage unterbreitet, die damals jedoch nicht mehr zur Beratung und Beschlußfassung kam. Die Regierung hat dann eine bezügliche Ministerialverordnung herausgegeben. Der Gewerbeausschuß beantragt, es möge der beiliegende Entwurf eines Gesetzes, er ist gleichlautend mit der Verordnung, betreffend das metrische Karat, zum Beschlusse erhoben werden. Ich bitte das hohe Haus diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich General- und Spezialdebatte in eine Debatte zusammenfassen. *(Nach einer Pause:)* Da keine Einwendung erhoben wird, werde ich so vorgehen. Ich eröffne die Debatte.

Wünscht jemand in der Debatte das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Herren, welche die §§ 1, 2, 3, 4 und 5 sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat das Gesetz in der Fassung des Ausschusses in der zweiten Lesung angenommen.

Zu einem formalen Antrage erteile ich dem Herrn Berichterstatter das Wort.

Berichterstatter **Einspinner:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Wünscht jemand zur Frage der Dringlichkeit das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche diesem Antrage die Dringlichkeit zuerkennen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität beschlossen, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Gesetz, betreffend das metrische Karat *(gleichlautend mit 561 der Beilagen)* in dritter Lesung angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 312, über die Geschäftsführung der auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1896, R. G. Bl. Nr. 156, errichteten Bergbaugenossenschaften *(568 der Beilagen)*.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Reger. Ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Reger** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 3. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 312, beschäftigt sich mit der Gebarung der Bergbaugenossenschaften. Die Bergbaugenossenschaften sind eine Institution, die sich bei den Bergarbeitern allerdings keines besonders guten Leumunds erfreut. Sie wurden zu einer Zeit des Verfalles des österreichischen Parlamentarismus errichtet, in einer Zeit, in welcher auch die sozialpolitische Arbeit im Parlament vollständig ruhte und keine sozialpolitischen Gesetze zustande kamen. Im Gegenteil, man hat damals auf allen Gebieten der Sozialpolitik eine bedeutende Reaktion bemerken können. Die Bergbaugenossenschaften wurden 1896 auf Betreiben des damaligen Ackerbauministers Grafen Falkenhayn entgegen den Wünschen der organisierten Bergarbeiterschaft errichtet. Ich habe schon bemerkt, daß sie sich bei den Bergarbeitern keines besonders guten Leumundes erfreuten. Als eine Art Zwangsorganisation hatten sie die Aufgabe, die freie Organisation der Bergarbeiterschaft zu zerstören oder mindestens zu hemmen, wenn nicht ganz unmöglich und überflüssig zu machen. Diese holde Mission ist ihnen zum Glück nicht gelungen und so haben sie in allen Revieren Österreichs mit der Zeit jede Bedeutung verloren. Eine Ausnahme bildet aber das Ostrau-Karwiner Kohlenrevier, wo es dank der klassenbewußt und sozial denkenden Majorität der dortigen Arbeiterschaft gelungen ist, die Zwangsgenossenschaft in ein wirksames Instrument der Aufklärung, der Organisation und der sozialen Arbeit umzuschmieden.

Es würde uns zu weit führen, wenn ich über die einzelnen Arbeiten dieser Bergbaugenossenschaft ausführlich berichten oder eine umfassende Geschichte der Tätigkeit ihrer II. Gruppe entwickeln wollte. Ich könnte auf die zahlreichen vor mir liegenden Berichte, und zwar sowohl auf die Berichte der zweiten Gruppe, wie auch der gesamten Bergbaugenossenschaft zusammen verweisen. Ich begnüge mich mit dem Wichtigsten. Die Bergbaugenossenschaft hat im Jahre 1909 ein Rekonvaleszentenheim für kranke Bergarbeiter in Groß-Kuntschitz in Mähren errichtet. Ich habe hier eine kleine Zusammenstellung dessen, was in diesem Rekonvaleszentenheim für die Bergarbeiter geleistet wurde. Dieser Zusammenstellung entnehme ich folgende Daten: In dem Berichtsjahre 1909 waren dort in Verpflegung 47 Bergarbeiter durch 1216 Tage, im Jahre 1910 568 Bergarbeiter durch 17472 Tage, im Jahre 1911 819 Bergarbeiter durch 23058 Tage, im Jahre 1912 814 Bergarbeiter durch 21683 Tage und im letzten Berichtsjahre 1913 1268 Bergarbeiter durch 28809 Tage. Von den Jahren 1914, 1915 und 1916 liegen keine Berichte mehr vor, aus dem Grunde, weil das Sanatorium in Groß-Kuntschitz der Militärverwaltung zur Verfügung gestellt wurde. Kranke Soldaten, meistens kranke und sieche Bergarbeiter, die im Kriege verwundet oder krank geworden sind, werden jetzt dort verpflegt und wieder hergestellt. Nebenbei will ich noch bemerken, daß dieses Sanatorium aus gemeinsamen Mitteln der beiden Gruppen der Unternehmer und der Bergarbeiter errichtet wurde. Die beiden Gruppen haben zu gleichen Teilen die Kosten der Errichtung getragen und tragen auch die Lasten der Erhaltung des Sanatoriums. Außerdem hat die zweite Gruppe, das ist die Gruppe der Bergarbeiter, beschlossen, daß diejenigen Bergarbeiter, welche sich im Sanatorium befinden, aus dem Vermögen der zweiten Gruppe einen Zuschuß zu ihrem Krankengeld erhalten, und zwar in demselben Ausmaß, wie es die Bruderlade gibt, so daß die Kosten der Verpflegung im Sanatorium von der Bruderlade bestritten werden, während die zweite Gruppe den Bergarbeitern die Krankenunterstützung leistet. Die Summe dieser Ausgaben ist mir momentan nicht bekannt, weil der letzte Bericht fehlt.

In den Jahren 1911, 1912 und 1913 hat sich die zweite Gruppe der Bergbaugenossenschaft mit der Idee befaßt, ein Frauensanatorium und ein Waisenhaus zu errichten. Anfangs bestand die Absicht, zwei große Waisenhäuser zu errichten mit entsprechend großen Schulen, eines für polnische Waisen in Bistraj bei Bielitz und ein zweites für tschechische Waisen in Groß-Kuntschitz. Nachdem sich jedoch gezeigt hat, daß sich die Errichtungskosten zu hoch stellen würden und die zweite Gruppe nicht imstande wäre, die erforderlichen großen Kapitalien aufzubringen, hat man sich begnügt, nur in Bistraj eine entsprechende Realität anzukaufen, dort ein Waisenhaus für die Kinder der Bergarbeiter und auch ein Frauensanatorium zu errichten. Allerdings hat diese Geschichte einer Anzahl von Leuten nicht gepaßt und es muß hier hervorgehoben werden — ich glaube, ich mißbrauche mein Amt nicht, wenn ich das tue — daß die Unternehmer, als sie gesehen haben, daß die Bergarbeiterschaft so ein-

trächtig zusammenarbeitet und auf diese Weise ein großes nützliches Werk zustande bringt, durch welches die Waisen der Bergarbeiter aus dem Proletariermilieu der Bergarbeiter herausgerissen werden, daß diese Bergarbeiterwaisen nicht mehr an die Fron des Grubenkapitals zurückkommen werden, daß sie eventuell in diesem Waisenhause entsprechend herangebildet, vielleicht aus dem Revier verschwinden, zu einer besseren Arbeit kommen und so auf eine höhere Lebensstufe gelangen, auf alle Weise das Zustandekommen des Waisenhauses hintertreiben wollten und keine Mittel gescheut haben, um dieses Ziel zu erreichen. Wieviel den Bergbauunternehmern daran gelegen ist, insbesondere solche Schulen zu zerstören, waren sie nicht müde, uns oft und eindringlich auf alle mögliche Weise ins Gesicht zu sagen. Das schönste Beispiel hat unser Freund, der Herr Abgeordneter Cingr erlebt. Es hat sich einmal der Fall ereignet, daß der Herr Abgeordnete Cingr mit einer Bergarbeiterdeputation beim Bergbaudirektor Mladek in Dombrowa wegen Errichtung einer Bürgerschule für die Bergarbeiter vorsprach. Der Bergbaudirektor Mladek hat ihm in tschechischer Sprache geantwortet, was ich jetzt in deutscher Sprache wiedergeben werde: „Ja was denken Sie denn, wer wird dann die Schlepperarbeiten in der Grube besorgen, wenn die Bergarbeiter ihre Kinder in die Bürgerschule schicken?" Das ist der Grund, warum die Unternehmer alle möglichen Mittel anwenden, um die sozialen Unternehmungen der II. Gruppe der Bergbaugenossenschaft im Ostrau-Karwiner Reviere zugrunde zu richten. Und wenn jemand sich vielleicht denkt, daß hier soziale oder politische Streitereien unter den Bergarbeitern selbst schuld daran waren, wenn er nur dasjenige, was in die Augen sticht, was in der Öffentlichkeit, in der Presse oder in aufgeregten Versammlungen zutage tritt, berücksichtigt, wenn er sich dadurch trügen läßt, dann ist er ein kurzsichtiger Mann und versteht von der Sache überhaupt nichts. Nicht die sozialen, nicht die nationalen, nicht die politischen oder gewerkschaftlichen Streitereien zwischen den Sozialisten, zwischen den Zentralisten und Separatisten, Polen oder Tschechen, waren daran Schuld, daß die Errichtung der Waisenhäuser in Frage gestellt wurde, sondern eine zielbewußte und intrigante Arbeit der Bergbauunternehmer; sie waren nach Kräften bestrebt, diese Sache zu zerstören. Es ist ihnen nicht gelungen, im Gegenteil, die Genossenschaft hat sich mit allen Mitteln gewehrt, sie besteht noch weiter und wird auch imstande sein, ihre Anstalten langsam auszubauen.

Die zweite Gruppe hat jetzt Hoffnung, daß eine Sanierung ihrer finanziellen Lage eintreten wird, und wenn die Regierung ihre Pflicht tut, und wir verlangen das, wenn sie energisch eingreift und auch mit den Unternehmern ein gescheites und eindringliches Wort spricht, so wird die Sanierung zu Nutz und Frommen der Bergarbeiter zustandekommen und für die Zukunft zu einer großen Wohltat für die gesamte Bergarbeiterschaft des Revieres werden.

Wieviel das Sanatorium für die Frauen geleistet hat, kann ich Ihnen in Ziffern anführen. Das Sanatorium wurde im Jahre 1914 eröffnet. Vom 1. Jänner bis 1. August 1914 waren dort 208 Frauen durch 6344 Tage verpflegt. Das Waisenhaus wurde nicht eröffnet, weil eben diese verschiedenen Umstände, von denen ich bereits gesprochen habe, den Ausbau verhinderten. Nach Ausbruch des Krieges wurde das Frauensanatorium für die Kriegszeit in ein Offizierssanatorium umgewandelt. Wieviel Offiziere dort bisher verpflegt wurden, darüber fehlen mir gegenwärtig die Daten, ich könnte sie mir aber ebenfalls verschaffen und vorbringen, jedoch sind sie für die Sache nicht maßgebend.

Ich meine, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo die Regierung energisch eingreifen und helfen soll, dieses Sanatorium für die Frauen weiter zu erhalten und das Waisenhaus zu errichten und auszubauen, denn nach dem Kriege werden noch viel mehr Waisen die Pflege benötigen, als es vorher der Fall war. Es fehlen uns vollständig die Ziffern und Daten, aber wir wissen, es werden viele Zehntausende von Waisen sein, die eine Verpflegung, eine Beschützung vor dem ärgsten Elend erheischen werden. Und für diese wird nicht ein Waisenhaus genügen, sondern es werden mehrere solche Waisenhäuser notwendig sein. Deshalb wäre es eine vollständig verfehlte Taktik, jetzt in diesem Momente das Begonnene zu zerschlagen. Daher haben wir uns geeinigt, dem hohen Hause den Antrag zu stellen, die Kaiserliche Verordnung in ein Gesetz umzuwandeln, weil wir befürchten, daß eventuelle Wahlen in diesem Momente ein vollständiges Umwerfen der Verhältnisse hervorrufen müßten und eine Umwälzung, welche der ganzen Sache nur schädlich wäre. Die sonstigen Bergbaugenossenschaften in Österreich entweder funktionieren nicht oder haben keine Bedeutung, für alle anderen Bergarbeiter ist also diese Sache vollständig gleichgültig, ob gewählt wird oder nicht.

Übrigens können dort, wo es der Vorstand beschließt, daß Wahlen vorzunehmen sind, dieselben vorgenommen werden, aber es ist notwendig, der Bergbaugenossenschaft in Mährisch-Ostrau aufzuhelfen, damit sie die finanzielle Sanierung durchführen und ihren Pflichten nachkommen kann. Nachdem alles gemacht sein wird, wird man zu Neuwahlen schreiten können. Wir sind vollständig sicher, daß auch die Leitung der Bergbaugenossenschaft sich danach sehnt, sobald als möglich die Neuwahlen

vorzunehmen, und ich bin sicher, daß das Ministerium nicht eine Minute länger zögern wird, als es notwendig ist, die Neuwahlen anzuordnen, damit die Sache dort in Ordnung gebracht werde. Übrigens möchte ich noch bemerken, daß die Delegierten der zweiten Gruppe der Bergbaugenossenschaft des Mährisch Ostrau-Karwinerrevieres verschiedene andere Ämter bekleiden, sie bekleiden Ämter in verschiedenen wirtschaftlichen Ausschüssen und Komitees, in wirtschaftlichen Ämtern, in Bezirks-, Kreis- und anderen Ämtern, überall sind sie darin, und jetzt Neuwahlen auszuschreiben, hieße, alle diese Mandate zu annullieren und sich der Gefahr aussetzen, daß andere, neue Leute, vielleicht nicht schlechtere, aber jedenfalls Leute hineinkommen, die in den laufenden Angelegenheiten nicht genügend orientiert sind und infolgedessen dort eine Mißwirtschaft eintreten könnte. Deshalb ersuchen wir das hohe Haus, dem Antrage des Ausschusses beizupflichten und dem vorliegenden Gesetzentwurfe seine Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Wenn kein Einwand erhoben wird, werde ich die General- und die Spezialdebatte über diesen Gegenstand zusammenfassen. *(Nach einer Pause:)* Da kein Einwand erhoben wird, werde ich so vorgehen.

Ich eröffne die Debatte. Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich ersuche diejenigen Herren, welche die §§ 1, 2, 3, 4 sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Die §§ 1, 2, 3, 4 sowie Titel und Eingang des Gesetzes sind angenommen, somit das Gesetz in zweiter Lesung genehmigt.

Berichterstatter **Reger:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Wünscht jemand zur Frage der Dringlichkeit das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche diesem Antrage die Dringlichkeit zuerkennen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität beschlossen, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Gesetz, betreffend die Geschäftsführung der auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1896, R. G. Bl. Nr. 156, errichteten Bergbaugenossenschaften *(gleichlautend mit 568 der Beilagen)* in dritter Lesung angenommen.

Wir gelangen nun zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung, das ist der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 16. September 1915, R. G. Bl. Nr. 281, die die Ausdehnung der Bestimmungen des § 9 des Bruderladengesetzes vom 28. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 127, auf Bruderlademitglieder, welche im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche unmittelbar oder mittelbar Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leisten, zum Gegenstande hat *(567 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Reger, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Reger** *(von der Tribüne)*: Bei der großen Menge der verschiedenen Kaiserlichen Verordnungen, die erschienen sind, könnte man sagen, daß diese Kaiserliche Verordnung eine von denjenigen ist, die wirklich notwendig war. Sie war deshalb notwendig, weil eine große Menge von österreichischen Staatsbürgern im Deutschen Reiche als Bergarbeiter vor dem Kriege beschäftigt war und nun bei uns Kriegsdienste leistet. Diesen Bergarbeitern muß man natürlich ihre Rechte an den dortigen Knappschaftskassen wahren; das ist aber nur unter der Voraussetzung möglich, daß wir diese selben Rechte auch den deutschen Staatsbürgern, welche bei uns im Bergbau beschäftigt waren, dort aber Kriegs- oder Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten, auch bei unseren Bruderladen gewähren. Das war der Zweck der Kaiserlichen Verordnung. Dieser Zweck ist nun allerdings erreicht worden.

Nun stellt der sozialpolitische Ausschuß auch den Antrag, daß ausdrücklich gesagt wird: „insolange die Gegenseitigkeit gewährleistet ist". Der Ausschuß stellt den Antrag, diesen Zwischensatz in das Gesetz einschalten zu wollen. Diese Einschaltung ist deshalb notwendig, weil in einzelnen Staaten des Deutschen Reiches diese Bestimmung in das Knappschaftsgesetz nicht aufgenommen wurde oder vielleicht noch nicht aufgenommen sein dürfte. Um nun unserem Standpunkt entsprechenden Nachdruck zu verleihen, ersuchen wir, diese Einschaltung in das Gesetz aufnehmen zu wollen.

**Präsident:** Da das Gesetz nur aus einem meritorischen Paragraphen besteht, entfällt eine Generaldebatte.

Wünscht jemand in der Spezialdebatte das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche die §§ 1, 2 und 3 sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter **Reger**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nun diejenigen Herren, welche dem in zweiter Lesung beschlossenen Gesetze auch in dritter Lesung zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz betreffend die Ausdehnung der Bestimmungen des § 9 des Bruderladengesetzes vom 28. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 127, auf Bruderlademitglieder, welche im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche unmittelbar oder mitelbar Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leisten, ist auch in dritter Lesung angenommen *(gleichlautend mit 567 der Beilagen)* und damit dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist: Bericht und Anträge des Preßausschusses, betreffend die Aufhebung der politischen Zensur. *(566 der Beilagen.)*

Ich habe zu diesem Gegenstande zu bemerken, daß Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern sich entschuldigen läßt, weil er gezwungen war, zu der in Baden stattfindenden Versammlung der Waffenbrüderlichen Vereinigung zu fahren. Er wird aber so bald als möglich im Hause erscheinen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Zenker** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Das Parlament ist das wichtigste und wirksamste Werkzeug der Demokratie, ihre feste und unerschütterliche Grundlage ist aber die Preßfreiheit. Es ist keine Laune der Weltgeschichte, daß alle großen Volksbewegungen, welche mit dem Untertanen- und Herrschaftsstaate aufräumten und die Fundamente der Demokratie legten, ihren Ausgangspunkt von dem Kampfe um die Preßfreiheit nahmen und in ihren ersten Entwicklungsstadien sich meist auch mit der freien Presse als Erfolg begnügten. Denn der Absolutismus hat zu allen Zeiten die Zensur wie einen eisernen Schlagbalken über die Bahn zur Demokratie und zur freien Entwicklung gelegt. Der Grad der Preßfreiheit in einem Staate ist gleichzeitig der verläßlichste Gradmesser für die politische Freiheit und Demokratie in dem betreffenden Staate im allgemeinen, und so oft in einem Staate der Absolutismus neue Kräfte schöpfte und erstarkte, so oft ist auch die Zensur die treue und unerläßliche Begleiterin dieses Wandels. Ohne Preßfreiheit ist die Demokratie ein blutiger Hohn und ein Spott für die Völker. Wir leben in einer Zeit, wo das Wort von der Demokratie oder richtiger gesagt, von der „wahren" Demokratie — denn es ist immer schon eine verfängliche Geschichte, wenn man solche Dinge durch das Wort „wahr" einzuschränken sucht —, in aller Munde ist, und Leute, die vor kurzer Zeit noch die Berührung mit dem „Demos" für etwas infektiöses gehalten hatten, beeilen sich heute von der Demokratie in einem Tone zu sprechen, als ob die Vorstadtgasthäuser Wiens ihre gewöhnlichsten Vergnügungslokale wären.

Wie ernst man diese Beteuerungen, daß das Ziel unserer Mühen und Kämpfe, unserer blutigen Opfer und Entbehrungen die Demokratie sei, wirklich zu nehmen hat, geht aus dem Verhalten der heute Österreich beherrschenden Kreise und Kräfte zur Zensur und zur Presse hervor. Im schroffsten Gegensatz zu dem vorgeblichen Streben nach der Verwirklichung der wahren Demokratie steht das Festhalten an jenen veralteten Grundsätzen und Anschauungen, die schon in unseren letzten Kriegen nicht mehr richtig und begründet waren. Als der Krieg ausbrach, war das offizielle Österreich vollständig von der Überzeugung durchdrungen, daß ein Krieg nur unter gleichzeitiger Unterbindung und Vernichtung sämtlicher staatsbürgerlicher Grundrechte zu führen sei. Am 25. Juli 1914 — ich bitte sich dieses Datum recht gut zu merken —, am 25. Juli 1914 erschien eine offenbar schon lange vorbereitete Verordnung des Gesamtministeriums, welche auf Grund des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, sämtliche in den Artikeln 8, 9, 10, 12 und 13 des Staatsgrundgesetzes verbürgten und gewährleisteten staatsbürgerlichen Rechte zeitweilig für alle im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder suspendierte. Mit dieser Verordnung, soweit sie sich auf den Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes bezieht, der die Preßfreiheit gewährleistet und die Zensur in jeder Form abschafft, haben wir uns zu beschäftigen, wenn es sich darum handelt, die Rechtmäßigkeit und Zulässigkeit der heute nach mehr als dreieinviertel Jahren noch immer ungeschwächt geltenden Zensur zu beleuchten.

Das Gesetz vom 5. Mai 1869 ist schon seiner ganzen Entstehungsgeschichte und seinem weiteren

Lebensschicksal nach sehr typisch für jene österreichischen Gesetze, die von den Gesetzgebern eigentlich geschaffen wurden, um einen Mißbrauch der Verordnungsgewalt der Regierung zu hindern und die gesetzlich gewährleistete Verfassungsmäßigkeit zu schützen, die aber später gerade zu Werkzeugen wurden, um die österreichische Verfassung in den Grund zu bohren und vollständig zu vernichten. In den Jahren 1867 und 1868 waren in Böhmen lebhafte Unruhen, welche die damalige Regierung nur durch Waffengewalt niederwerfen zu können glaubte. Sie hat damals Verfügungen auf Grund einer § 14-Verordnung erlassen. Als sich dann im Jahre 1868 das Abgeordnetenhaus wieder versammelte und ihm die § 14-Verordnungen vorgelegt wurden, hat sich die damalige Verfassungspartei nicht mit dem Gedanken befreunden können, daß mit Hilfe des § 14 so weitgehende, die persönliche Freiheit und die verfassungsmäßigen Grundrechte einschränkende Maßregeln der Regierung getroffen werden können, und sie hat daher für besondere Ausnahmsfälle ein Gesetz geschaffen, in welchem der Regierung auch besondere Ausnahmsrechte und eine teilweise Suspendierung der staatsbürgerlichen Rechte eingeräumt wurden. Es heißt im § 1 dieses Gesetzes *(liest)*:

„Im Falle eines Krieges sowie wenn der Ausbruch kriegerischer Unternehmungen unmittelbar bevorsteht, dann im Falle innerer Unruhen sowie wenn in ausgedehnter Weise hochverräterische oder sonst die Verfassung bedrohende oder die persönliche Sicherheit gefährdende Umtriebe sich offenbaren, können zeitweilig und örtlich nach Maßgabe des gegenwärtigen Gesetzes auf Grund des Artikels 20 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 142, über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger, die Bestimmungen der Artikel 8, 9, 10, 12 und 13 . . ., suspendiert werden."

Es heißt also ausdrücklich, daß diese Rechte zeitweilig und örtlich suspendiert werden können, Daß bei dem Worte „örtlich" tatsächlich nur an die Suspendierung dieser Rechte für einzelne Gebiete des Staates gedacht wurde, geht aus dem ganzen weiteren Texte des Gesetzes hervor, schon aus dem letzten Absatze des § 1, in welchem es heißt *(liest)*: „In der Kundmachung", die hier vorgeschrieben ist, „ist der Umfang des Gebietes, für welches die Ausnahmsverfügungen zu gelten haben, genau zu bezeichnen." Und im § 2 heißt es dann wieder: Diese Verfügung muß in den amtlichen Blättern kundgemacht *(liest)*: „in die amtliche Zeitung des Landes eingerückt werden, in welchem das Gebiet gelegen ist, für welches diese Verfügung zu gelten hat."

Ich glaube, hier ist klar und deutlich umschrieben, daß diese Verfügungen nur für jenen Teil des Staatsgebietes Geltung haben und nur auf ihn ausgedehnt werden können, in welchem die im Eingange des § 1 dieses Gesetzes bestimmten Ausnahmsverhältnisse eingetreten sind. Den Ausnahmsverhältnissen sollen eben Ausnahmsverfügungen entsprechen und das ist in dem Gesetze klipp und klar gesagt.

Eben so sehr ist durch das Wort „zeitweilig" eine Grenze gesteckt. In der österreichischen Praxis gibt es nun allerdings solche Grenzen für die Auslegungsmöglichkeit solcher Worte nicht. Wir haben ja in der traurigen Geschichte der Staatsschuldenkontrollkommission erlebt, daß man unter einer „schwebenden Schuld" eine 40jährige Staatsanleihe in der Höhe von 20 oder gar 25 Milliarden versteht. Ebenso hat es der Regierung beliebt, unter „zeitweilig" eine Zeit von dreieinviertel Jahren zu verstehen, innerhalb welcher alle Staatsbürgerrechte durch eine Ausnahmeverfügung einfach suspendiert werden. Nicht hinweg zu argumentieren ist aber die örtliche Beschränkung dieser Ausnahmsverfügungen. Seine Exzellenz, der Herr Minister des Innern, den ich leider jetzt nicht hier sehe, . . .

**Präsident:** Er ist entschuldigt.

Referent Abgeordneter **Zenker** *(fortfahrend)*: . . . . er ist entschuldigt, aber ich sehe auch keinen Vertreter hier — hat im Preßausschusse, als diese Frage angeschnitten wurde, erklärt, in einem modernen Kriege, wie es der gegenwärtige ist und den man nie voraussehen konnte, sei selbstverständlich das ganze Staatsgebiet Kriegsgebiet. Ob die äußeren Möglichkeiten und Erscheinungsformen dieses Krieges die Gesetzgeber des Jahres 1868 absolut nicht voraussehen konnten, möchte ich bezweifeln; denn zwei Jahre, bevor dieses Gesetz gegeben wurde, war Österreich gleichfalls in einen Krieg verwickelt, der zwar nicht die ungeheuren Dimensionen und nicht die Dauer dieses Krieges hatte, der aber in gewissen Dingen diesem Kriege außerordentlich ähnlich war.

Auch damals kämpfte Österreich nach mehreren Fronten; es war nicht bloß das eine Königreich Böhmen in Mitleidenschaft und dann Mähren und Schlesien — denn der Aufmarsch hatte sich ursprünglich in Mähren vollzogen — Kriegsgebiet, sondern der Krieg wurde auch gegen Italien in den damals noch in unserem Besitze befindlichen italienischen Gebieten geführt.

Es waren also die südlichen Provinzen und die nördlichen Kronländer engeres Kriegsgebiet und, was meist übersehen und zufällig oder absichtlich vergessen wird, in den damaligen östlichen Provinzen der Monarchie, in dem heute selbständigen Ungarn, herrschte eine ähnliche Geistes- und Gemütsverfassung, wie sie heute wirklich oder angeblich — das habe ich hier nicht zu untersuchen

— in anderen Gebieten unseres Staates sein soll. Die Legion Klapka mitten im Kriege und gegründet im Einvernehmen mit den leitenden diplomatischen und militärischen Kreisen Preußens war auch kein Kinderspiel, und es ist notwendig, daß wir einmal auf dieses historische Antezedens hier hinweisen. Die damaligen inneren und außerpolitischen Verhältnisse der Monarchie ähnelten den heutigen außerordentlich und die Gesetzgeber des Jahres 1868 konnten sehr wohl eine Möglichkeit, wie sie heute eingetreten ist, voraussehen, weil sie eine solche in ganz frischer Erinnerung hatten. Es ist also nicht richtig, zu sagen, daß die Gesetzgeber das nicht ahnen konnten und die Regierung daher heute den ganzen Staat als Kriegsgebiet erklären muß und erklären mußte.

Aber Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern hat auch noch etwas anderes vergessen, er hat nämlich das Datum der Verordnung des Gesamtministeriums übersehen. Diese Verordnung des Gesamtministeriums, welche sämtliche staatsbürgerliche Rechte für das ganze Staatsgebiet aufhebt, datiert vom 25. Juli 1914, ist also offenbar vorbereitet gewesen, denn am 25. Juli 6 Uhr abends war erst die Beantwortungsfrist für das Ultimatum an Serbien abgelaufen und die Kriegserklärung an Serbien ist erst am 28. Juli erfolgt. Ich bitte sehr, diese Suspendierung aller staatsbürgerlichen Rechte ist nicht im Weltkriege erflossen *(Abgeordneter Tomašek: Noch im Frieden!)*, sie ist im Frieden erflossen, im Frieden geschrieben worden und sie ist nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, als wir noch nicht einmal mit dem Zwergstaate Serbien im Kriegszustande uns befanden, als aber auch vom Weltkriege keine Rede war, erlassen worden und ich glaube, das werden mir die Herren von der Regierungsbank gewiß zugeben; denn wenn sie behaupten wollten, daß man damals den Weltkrieg vorhergesehen hätte, dann würden sie sich in einem sehr bösen und für Berchthold und andere Herren sehr bedenklichen und gefährlichen Widerspruch zu den allgemein verbreiteten historischen Andeutungen über den Ursprung und die Vorgeschichte des Krieges befinden. *(sehr richtig:)* Man hat für das ganze Reichsgebiet — ich spreche jetzt von der Verordnung im allgemeinen, natürlich bezieht sich das zunächst auf die Zensur — die bürgerlichen Rechte suspendiert, zu einem Zeitpunkt, wo allenfalls die Voraussetzungen auf Grund des Gesetzes vom 5. Mai 1869 gegeben gewesen wären, sagen wir, in Dalmatien dieses Gesetz und seinen § 7 zur Geltung zu bringen. Allenfalls in Dalmatien, denn in Bosnien und Kroatien haben wir ja nichts zu reden. Es hat also die Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914 nicht den Anspruch, sich auf das Gesetz vom Jahre 1869 zu berufen, und sie ist nach der Überzeugung des Preßausschusses auch formalgesetzlich nicht berechtigt.

Man könnte selbstverständlich diesen wirklich außerordentlichen Verhältnissen gegenüber auch außerordentliche Rücksichten üben, wenn sich die Regierung auch im Rahmen der unvorhergesehenen Kriegsnotwendigkeiten, in den Grenzen gehalten hätte, welche die Rücksicht auf ein freies, mündiges und selbstbestimmend gewordenes Volk gebieten sollte. Das aber ist auch gleich vom ersten Augenblick an nicht geschehen, sondern die Zensur hat sofort wie ein Gießbach das ganze öffentliche und Presseleben überschwemmt und davon nichts mehr übrig gelassen. Man hat gesagt, daß die Zensur notwendig sei, um die militärischen Interessen des Staates zu wahren, um den kämpfenden und kriegführenden Staat gegen Komplikationen zu schützen, und daß infolgedessen vielleicht eine über die ja ohnedies für militärische Mitteilungen im Kriege bestehenden Bestimmungen hinausgehende militärische Zensur notwendig sei. Es hat der Preßausschuß in seinem Antrage auch ohne Debatte anerkannt, daß eine gewisse militärische Zensur, welche operative, militärorganisatorische Fragen u. dgl. betrifft, im Kriege vollständig unerläßlich sei, und wir wissen ja genau, daß auch in anderen sehr freiheitlichen, sogar noch freiheitlicheren Staaten, als es Österreich ist, solche Zensurierungen militärischer Mitteilungen die allgemeine Regel sind. Allein die österreichische Regierung hat sich nicht auf die militärische Zensur beschränkt, dazu hätte sie auch gar nicht der Berufung auf das Gesetz von 1869 bedurft, sondern sie hat von allem Anfang an das ganze Gebiet der Politik und, wie Sie sehen werden, auch der nichtpolitischen Publizistik in die spanische Jungfrau der Zensur eingezwängt und mit tausend Stacheln erdrückt.

Vor allem war es natürlich die äußere Politik, welche unter strengste Zensur gestellt wurde. Man konnte in den ersten Tagen, in der kritischen Zeit vom 25. Juli bis zum 3., 4. August, wo die Pourparlers zwischen den einzelnen Kabinetten begonnen hatten und geführt wurden, von denen so unendlich viel für den Frieden Europas abhing, es allenfalls verstehen, daß die Regierungen sich dagegen zu sichern trachteten, daß nicht durch eine müßige Preßhetze vielleicht gefährliche Verschärfungen der diplomatischen Beziehungen erfolgen. Ob der Ton der Presse, wie er in jener kritischen Woche unter Zulassung der Zensur oder vielleicht sogar über Anstiften der Zensur in der österreichischen Presse angeschlagen wurde, gerade wesentlich zur Erleichterung und Entspannung der diplomatischen Lage beigetragen hat, das will ich hier nicht untersuchen, weil ich ja keine Geschichte der österreichischen Journalistik schreibe: es wäre ja nur die Frage, ob denn die Zensur sich damals als ein besonders ge-

eignetes Mittel erwiesen habe, diplomatische Verwicklungen zu beseitigen beziehungsweise zu verhüten. Aber jedenfalls konnte man damals noch ein Auge zudrücken, und die Bevölkerung hat es auch getan. Aber es ist dann diese Praxis der Zensurierung der äußeren Politik auch weiter aufrechterhalten worden und heute noch gilt es als eines der stärksten Argumente, daß die äußere Politik unter der Preßfreiheit einen gefährlichen Schaden leiden könnte, obwohl ich vielleicht, wenn ich allerdings in anerkennenswerter Weise von unserem eigenen Minister des Äußern absehe, sagen könnte, daß die wenigen Fäden, die zwischen den kriegführenden Mächten gesponnen wurden, am meisten durch die öffentliche Diskussion in der Presse gepflegt und gehegt werden, daß die Presse in den kriegführenden Staaten heute das einzige Mittel der Verständigung und Annäherung ist. Wie nichtsdestoweniger ein Blatt in Österreich ausschaut, welches sich mit einer eigenen Meinung über die auswärtige Politik hervortraut, dies möchte ich Ihnen hier an einem Bilde zeigen. Es ist nicht aus Rußland, sondern die Überschrift ist „Karlsbader Anzeiger", eine hochpolitische Zeitung, eine Zeitung von weltbewegender Bedeutung. Und diese Konfiskation rührt nicht aus dem Jahre 1914 her, sondern aus dem Jänner 1917. Sie können sich beiläufig vorstellen, welche gefährlichen Dinge für die Welt- und Friedensfrage in diesem Blatte gestanden haben.

Mehr aber noch als auf die auswärtige Politik hat sich die Zensur auf die innere Politik von allem Anfang an geworfen. In einem Kriege, welchen das ganze Staatsvolk zu führen hat, ohne Unterschied der Nation und ohne Unterschied der politischen Parteien, in welchem der Burgfrieden triumphierend verkündet wurde, in einem Kriege, der nur durchzuhalten ist durch das Aufgebot der äußersten Opfer an Gut und Blut seitens der Völker, war es dem Österreicher nicht gestattet, über die innere Politik, über die inneren politischen Verhältnisse zu sprechen und zu schreiben, weder im Anfang, noch später als die Frage der Neuordnung in unserem Bundesgenossenstaat, im Deutschen Reiche, bereits offiziell erörtert und von allen Seiten beleuchtet wurde und als die Frage der Neuordnung ganz Europas, der Demokratisierung Europas geradezu zur Kardinalfrage des Weltfriedens gemacht wurde; in dieser Zeit war die österreichische Presse geknebelt und geknechtet und mundtot gemacht, während gleichzeitig die parlamentarische Tribüne vollständig ausgeschaltet war. Während der Ära Stürgkh durfte über Verfassung und Parlament überhaupt kein Wort gesprochen werden. *(Zwischenrufe.)* Es durfte das Wort Verfassung und Parlament in den Zeitungen nicht ausgesprochen werden, geschweige denn eine noch so schüchterne und bescheidene Frage, wann denn endlich einmal auch der österreichische Reichsrat einberufen würde, gestellt werden.

Ein Artikel über die Einberufung des kroatischen „Sabor" wurde konfisziert, damit die Österreicher nicht erfahren, daß man selbst in Kroatien, gewiß nicht ein Land der politischen Freiheit, eine parlamentarische Vertretung besitzt. Selbstverständlich durfte über die eigene Regierung und über Veränderungen in der Regierung nicht geschrieben werden.

Was geht das das Volk an, ob Minister entlassen werden, ob neue Minister kommen. Darüber durfte nichts verlautbart werden, ehe nicht die offizielle Kundmachung erfolgt war. Eine Kritik an dem politischen Verhalten unseres damaligen Leiters der inneren Politik war selbstverständlich ausgeschlossen, aber es war auch nicht gestattet, über die Verhältnisse in Ungarn und über Tisza zu sprechen und zu schreiben. Die ungarischen Parlamentsberichte, die in den ungarischen Zeitungen gedruckt wurden und natürlich in Wien auflagen und gierig verschlungen wurden, die uns erzählten, daß im ungarischen Parlament über unsere Angelegenheiten gesprochen wurde, in welchen nostra res behandelt wurde, diese Parlamentsberichte durften von den österreichischen Blättern nicht gebracht werden und wir mußten uns begnügen mit einer mimiographierten Vervielfältigung, die ein ungarischer Journalist vorgenommen hatte. Aus diesen geschmuggelten Berichten mußten wir uns in Kenntnis dessen setzen, was denn die ungarischen Politiker, das ungarische Abgeordnetenhaus und die ungarischen Minister über uns denken, wie schön sie uns in Schutz nehmen und in unserem Namen sprechen.

Selbstverständlich war Tisza „Tabu" und er war es noch lang über das System Stürgkh hinaus. Als Koerber kam und ein wenig Ellbogenfreiheit schuf, scheiterte er dennoch an dem ehernen Felsen der Unantastbarkeit und Immunität Tiszas und es durfte auch damals nichts über Ungarn gebracht werden. Es scheint überhaupt, daß die österreichische Zensurbehörde von Ungarn strengste Weisungen entgegengenommen hat und zu allen Zeiten, auch heute noch, entgegennimmt. Ich will Ihnen dafür ein ganz charakteristisches Beispiel aus der letzten Zeit erzählen und es freut mich, daß Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern nunmehr auch zu meinen Zuhörern gehört. Sie wissen ja, daß vor einiger Zeit Wekerle den österreichischen Staatsanwalt angerufen hat, gegen alle verdächtigen und gefährlichen Menschen, die sich in die ungarischen Verhältnisse einmischen — so lautet der Ausdruck — das heißt, die eine Kritik an der dualistischen Regierungsform üben. Unmittelbar darauf ist in Österreich ein Buch konfisziert worden, das im Jahre 1911 erschienen ist und eine europäische

Sensation war. Es war Seton Watsons berühmtes Buch „Corruption and Reform in Hungary", die Besprechung und dokumentarische Darstellung der ungeheuerlichen Wahlkorruption in Ungarn. Dieses Buch läuft seit 1911, also seit sechs Jahren in ungezählten Tausenden englischen und deutschen Exemplaren durch ganz Österreich und Ungarn und die österreichische Regierung hat sich vor einigen Wochen bereit gefunden, um den brüllenden Löwen jenseits der Leitha zu befriedigen und zu beruhigen, dieses so gefährliche Buch nachträglich zu konfiszieren.

Es durfte aber auch über Dinge hier nicht gesprochen werden, die uns sehr bedeutend interessiert haben. Das waren alle jene Angelegenheiten, die irgendwie mit den angeblichen oder wirklichen — ich will das auch wieder nicht untersuchen — hochverräterischen Umtrieben in gewissen Teilen der Monarchie im Zusammenhange stehen. Sie müssen es ja begreifen, daß man hier selbstverständlich all diesen abenteuerlichen Gerüchten nicht gleichgültig gegenüberstand, denn wenn alles das, was damals mangels einer ordentlichen, freien Berichterstattung durch das Gerücht verbreitet wurde, wahr gewesen wäre, dann wäre für uns Österreicher allerdings Anlaß zu den größten Bedenken gewesen.

Über all das durfte nicht gesprochen und geschrieben werden. Über die Hochverratsprozesse tschechischer Reichsratsabgeordneter, über die Vorgänge in Mähren und Böhmen durfte keine Zeile gedruckt werden, und das Urteil im Prozeß Kramář wurde erst von den reichsdeutschen und von den ungarländischen Zeitungen besprochen und dann erst, nachdem es in ganz Wien verbreitet war, durften auch die Wiener Zeitungen einen dürftigen Auszug bringen. Einer Wiener Zeitung, welche ein Porträt des Kramář brachte mit der Unterschrift „Reichsratsabgeordneter Kramář" wurde die Unterschrift „Reichsratsabgeordneter Kramář" konfisziert. Die Bevölkerung sollte nicht wissen, daß es einen Kramář gibt, das wäre an und für sich außerordentlich gefährlich gewesen.

Aber es kannte diese Zensur gar keine Grenzen. Selbst eine Rede unseres Kaisers, des damaligen Thronfolgers, die er an ein deutsches Regiment hielt, wurde konfisziert, also für staatsgefährlich erklärt.

Nicht bloß in der inneren Politik, sondern auch in allen rein administrativen Fragen, in Fragen der Verwaltung umgab sich die Regierung mit dem sicheren Schutzwall der Zensur. In der inneren Politik wird man das verstehen, denn diese war ja so, daß auch die mildeste Kritik die größte Erregung in der Bevölkerung hätte hervorrufen können. Ganz anders war es mit den Fragen der Verwaltung und insbesondere mit denen der Ernährung. In Deutschland hat man von offizieller Stelle aus die Bevölkerung und die Presse geradezu zur Mitarbeit, zur Kritik in allen wirtschaftlichen Fragen aufgerufen, in Österreich wurde jede Erörterung, jede Mitteilung und jede Kritik *(Ruf: Jeder Vorschlag!)*, jeder Vorschlag wirtschaftlicher Natur als eine Gefahr für den kriegführenden Staat angesehen. Und die Blätter, welche sich getrauten, auch nur einen Vorschlag pro tempore futuro zu machen, wurden schonungslos konfisziert. Ich kann Ihnen hier nicht die ganze Geschichte der Zensur erzählen, aber einen ganz kleinen Ausschnitt zur Illustration dieser einen Behauptung will ich liefern.

Am 20. Mai 1916 wurden folgende Blätter wegen eines und desselben Artikels konfisziert: Die „Arbeiter-Zeitung" — aber jetzt passen Sie auf: das „Extrablatt", die „Reichspost", das „Deutsche Volksblatt", das „Fremdenblatt", das „Neue Wiener Journal" und die „Wiener Zeitung". Allen diesen Blättern wurde ein und derselbe Artikel getilgt, und dieser Artikel war ein Bericht der handelspolitischen Kommission der Stadt Wien, der damals bereits gedruckt war und durch die „Rathaus-Korrespondenz", also durch eine magistratische offizielle Korrespondenz an die Zeitungen ausgeschickt worden war und die Zensur bereits einmal passiert hatte. Wegen dieses Artikels wurde, wie Sie sehen, eine ganze Reihe höchst aufrührerischer Organe als da sind „Fremdenblatt", „Wiener Zeitung", „Extrablatt" konfisziert, weil sie diese offizielle Mitteilung über Wiener Ernährungsverhältnisse gebracht hatten, reine nackte statistische Tatsachen; Sie werden doch zugeben, daß der Herr Bürgermeister Weiskirchner und der Wiener Magistrat gewiß nichts tun werden, was zur Aufreizung der Bevölkerung beitragen könnte. Grund dieser Konfiskation war ein in der Nacht eingelangter Befehl des Armeeoberkommandos, in welchem man sich über die illoyale Haltung der Wiener Presse in allen Ernährungsfragen beschwerte und ihr geradezu den Vorwurf machte, daß sie die Hoffnungen des Feindes auf die Aushungerungsmöglichkeit Österreichs fördere und stütze.

Hohes Haus! Wer den Tenor der gesamten Wiener Presse in diesem Kriege beobachtet hat, der muß hier wirklich an sich halten, um nicht zu lächeln. Einige Tage später wurde im Zusammenhang mit dieser versuchten Veröffentlichung der „Rathaus-Korrespondenz"-Berichte ein Runderlaß des Ministeriums des Innern an sämtliche Länderstellen zur weiteren Beförderung an die Zivilbehörden hinausgegeben, von dem ich Ihnen als ein klassisches Denkmal der österreichischen Zensur im Kriege ein Stück vorlesen will *(liest)*:

„Die Widerstandskraft der feindlichen Armeen und Völker nährt sich stets von neuem an der Hoffnung, daß es der Entente gelingen werde, die Mittelmächte auszuhungern. Das militärische Interesse erfordert gebieterisch, daß dieser Hoffnung der

Boden entzogen werde. Die Preßbehörden sind deshalb in Verschärfung der gegebenen Direktive angewiesen: Alle die Knappheit an Lebensmitteln oder anderen Gegenständen des täglichen Lebens behandelnde Nachrichten oder Erörterungen, die durch den Umfang oder Art der Darstellung die Lebensmittelfrage in den Vordergrund schieben, die einheimische Bevölkerung beunruhigen" — die Mitteilungen beunruhigen also die Bevölkerung, nicht der Lebensmittelmangel — „oder das Ausland in seinem Widerstande bestärken können, ferner alle auf Zaghaftigkeit oder Kriegsmüdigkeit deutenden Klagen über Teuerung im allgemeinen oder Preissteigerungen im besonderen und über die der Bevölkerung auferlegten Entbehrungen sind unbedingt und mit aller Strenge zu unterdrücken. In zweifelhaften Fällen ist der strengere Maßstab anzuwenden." Das alte juristische Prinzip lautet: in dubiis mitius sequimur. Hier ist ein neuer Rechtsgrundsatz aufgestellt: in zweifelhaften Fällen ist der strengere Maßstab anzuwenden *(liest)*:

„Besondere Aufmerksamkeit ist den Überschriften zuzuwenden, Streichungen einzelner Worte oder Absätze sind zu vermeiden, nötigenfalls ist der ganze Artikel zu streichen. Diese Richtlinien sind auch bei der Beurteilung von Artikeln zu beobachten, die in deutschen Blättern über deutsche Verhältnisse erschienen sind." Die österreichische Zensur maßte sich also an, auch über die Interessen Deutschlands zu wachen und zu entscheiden, ob Deutschland sein eigenes Interesse wahre oder nicht. Auch Artikel, die in Deutschland erschienen sind — sie sind natürlich dort frei, offen und unbehindert erschienen — dürfen in den österreichischen Blättern keine Aufnahme finden.

Meine Herren! Ich werde mir noch erlauben, einige Worte zur Kritik dieser Zensurerlässe zu sprechen. So wie in den Ernährungsfragen war es in allen anderen Fragen. In Rechtsfragen, in Fragen der Finanzpolitik — überall herrschte die strengste Mundsperre und die unerbittlichste Zensur. An einem und denselben Tag oder wenigstens innerhalb weniger Tage wurde hier eine Reihe von Verfügungen getroffen, welche Ihnen zeigen werden, wie uferlos die Zensur war. Es hat sich das alles, glaube ich, im Laufe einer Woche abgespielt.

Es wurde verboten, jede Veröffentlichung erstens über die bekannten Defraudationen des Materialverwalters des Wiener Bankvereines, Katz, die ziemlich beträchtlich waren, die aber eigentlich noch in die Friedenszeiten fielen, die mit der Politik und den Kriegsfinanzen nicht das geringste zu tun hatten. Denn dieser Materialverwalter hat bei Bleistiften, Papier und Federn die Bank und die Kontrahenten betrogen und auf diese Weise Hunderttausende defraudiert *(Abgeordneter Schiegl: Auch das Gefälle! Die Fachblätter durften aber nicht darüber schreiben!)* Auch das Gefälle, es durfte aber darüber keine Zeile gebracht werden, weil dadurch das Ansehen der betreffenden Bank leiden könnte. Es ist ein altes Rechtsprinzip in Österreich, daß, wenn man einer Korruption auf den Grund geht, dadurch das Ansehen der öffentlichen Institution leiden könnte. Es wurde der Zensurbehörde gegenüber geltend gemacht, daß ja durch die vollständige Verschweigung dieser Sache nicht die Bank, aber das Ansehen der österreichischen Presse in gefährlicher Weise leiden könnte, denn bei den vielen Menschen, die davon wußten — das hat ja die Zensur nicht verhindern können, daß die Öffentlichkeit alles gewußt hat, was sie zu veröffentlichen verboten hat — mußte der Verdacht entstehen, daß die Presse vom ersten bis zum letzten Blatt bestochen sei. Das hat dem Ansehen des Staates nicht gefährlich geschienen, daß die Würde der gesamten österreichischen Presse in den Kot gezerrt werden könnte, aber daß der Wiener Bankverein in seinem Ansehen Schaden leiden könnte, das war eine sehr ernste Sorge der Zensurbehörde. In derselben Woche hat eine Dame, die Tochter eines Hofrates, auf einen Prinzen Coburg ein Attentat verübt — eine bekannte Liebes- und Skandalgeschichte, wie sie in Großstädten hundertmal vorkommt, — nachdem es sich aber um einen Prinzen Coburg gehandelt hat, durften davon die Zeitungen kein Wort erzählen, obwohl die Geschichte in Wien allgemein bekannt war und erzählt wurde. In der gleichen Woche hat sich unser damaliger Generalstabschef Conrad v. Hötzendorf vermählt, eine Angelegenheit, die gar niemanden etwas angeht. Die Zeitungen haben aber nun einmal die Gepflogenheit, auch solche Privatdinge zu melden; da wurde ein Verbot erlassen, über die Vermählung des Conrad v. Hötzendorf etwas zu bringen, und als ein Blatt diesem Verbot doch zuwiderhandelte, wurde es, ich glaube auf 8 oder 14 Tage eingestellt. Offenbar hat man im Kriegsüberwachungsamt geglaubt, daß die bewaffnete Macht Gefahr laufen könnte, wenn die Entente erfahren würde, daß unser disponierender Feldherr sich unter den Pantoffel begeben habe. *(Heiterkeit.)*

Ich will Sie ja nicht zu sehr behelligen, aber einige Entscheidungen der Zensurbehörde aus den Jahren 1915 und 1916 muß ich doch vorbringen, um in die Tragik des Gegenstandes auch etwas Humor hineinzubringen. Eine Wiener Zeitung fragte an, ob sie eine Karikatur Jonescus, welche diesen natürlich lächerlich machen sollte, veröffentlichen dürfe. Darauf erhielt sie den Bescheid: „Gegen eine Karikatur Jonescus ist nichts einzuwenden, das Wort „Rumänien" darf aber nicht vorkommen." *(Heiterkeit.)* Es wäre natürlich eine große Gefahr

gewesen, wenn die Wiener Leser erfahren hätten, daß es ein Rumänien gebe. Eine Entscheidung vom 30. Oktober: „Polemiken gegen den Bürgermeister von Wien und Zeitungspolemiken sind nicht mehr gestattet, um im Auslande nicht den Eindruck eines in der Bevölkerung bestehenden Zwiespaltes zu erwecken." *(Heiterkeit.)* Glauben Sie wirklich, daß wir diesen Krieg unter einer Käseglocke geführt haben, daß durch Zensurverfügungen die Tatsache verschleiert wird, daß es in Österreich einigen Zwiespalt unter der Bevölkerung gibt? Übrigens kann sich der Bürgermeister von Wien für den besonderen Schutz, welchen ihm die Zensurbehörde hier hat angedeihen lassen, persönlich bedanken, ich bin nicht sein Vertreter. Eine weitere Entscheidung: „Über einen von Frau Hedwig Krausz und Komplizen an dem Grafen Degenfeld und dem Grafen Tisza verübten Betrug darf nichts gebracht werden." Ein Herr Degenfeld, Graf noch dazu, und ein Graf Tisza, wenn es auch nicht der bekannte Graf Tisza ist, dürfen mit einem Betrug nicht in Zusammenhang gebracht werden. Eine Entscheidung vom 6. November: „Von Wetterberichten dürfen nur die Ausschickungen der meteorologischen Anstalt gebracht werden." *(Heiterkeit.)*

Eine Entscheidung vom 7. November: „Der Name des Architekten Grosselfinger, jenes Einarmigen, der die erste Lehranstalt für Krüppel in Wien eingerichtet hat, darf in den Blättern nicht erscheinen" usw.

Man sollte nicht wissen, daß es Leute gibt, die in diesem Kriege einen Arm verloren haben. Eine Entscheidung vom 8. Dezember: „Es darf nicht gebracht werden: Alles, was den Export von Getreide" — wir exportieren nicht so viel Getreide — „und seine Ankunft in Deutschland betrifft. Nachrichten über die Belehnung der Zwischenscheine der dritten österreichischen Kriegsanleihe durch deutsche Kassen, auch wenn die Nachricht durch das Wolffsche Bureau kommt".

Ich kann ja hier nur eine ganz kleine Blütenlese dieser Dinge vorbringen, für die es einen parlamentarischen Ausdruck nicht gibt, wenn man sie richtig bezeichnen will. Ich will nur noch eines Falles gedenken, um zu zeigen, wie weit diese Dinge gegangen sind. Eine österreichische Fachzeitung, ein in den weitesten Kreisen unbeachtetes, höchstens in den engsten Fachkreisen bekanntes Blatt, „Schönmanns Schuh- und Lederindustrie" hat — ich zitiere ja das Blatt nicht, um darüber ein Urteil abzugeben, aber es ist bezeichnend — am 12. August 1917 einen Artikel geschrieben, in welchem sie verlangt, daß die Lederzentralen das Leder, das nicht für militärische Zwecke zu verwenden ist, herausgeben. Ich will mich jeder Beurteilung dieses Artikels, die mir auch nicht zusteht, enthalten. Die Antwort auf diesen Artikel war, daß unter Berufung auf die Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914 und die Bestimmung des § 7 dieses Gesetzes das Erscheinen und die Verbreitung der periodischen Druckschrift vollständig eingestellt wurde. Ohne Begrenzung, ohne Limitierung wurde diese Zeitung vollständig eingestellt. *(Zwischenruf.)*

Nun, hohes Haus, so schaut die Auslegung dieses nach meiner Überzeugung mit Unrecht angerufenen Gesetzes vom 5. Mai 1869 aus. Um die militärischen Interessen des Staates vor publizistischen Ausfällen und Gefahren, deren Möglichkeit ich nicht leugne, zu bewahren, hat man aus der österreichischen Presse einen Friedhof gemacht und hat Zustände geschaffen, so unerträglich, so lächerlich und vor der Weltgeschichte nicht zu verantworten, wie sie nur noch die Geschichte der vormärzlichen Zensur erzählt. Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern hat im Preßausschusse gesagt: Ja, mein Gott und Herr, nach dem § 7 des Gesetzes vom 5. Mai 1869 hätten wir ja viel weitergehende Rechte gehabt; nach diesem Gesetze könne ja ohne jede Motivierung das Erscheinen der Blätter oder von Druckschriften eingestellt werden und die Regierung habe ja ohnedies bescheiden gehandelt, wenn sie diese Methode der Zensurierung angewendet hat. Ich gebe zu, ich bin erstaunt über den Grad von Bescheidenheit, mit welcher die österreichische Zensur aufgetreten ist und bis zur Stunde immer noch auftritt.

Die österreichische Regierung hätte, wenn man bloß den toten Buchstaben des Gesetzes vor Augen hat, allerdings das Recht, die Zeitungen einzustellen, und die Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli hätte eigentlich kürzer folgendermaßen lauten sollen: Nach Maßgabe des Gesetzes vom 5. Mai 1869 usw. werden zeitweise für alle im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder sämtliche Zeitungen Österreichs eingestellt. Dazu hätte sie nach der Interpretation Seiner Exzellenz des Ministers des Innern das Recht gehabt, das formale, tote Buchstabenrecht.

Aber gerade diese Interpretation zeigt Ihnen, wie absurd die Berufung auf das Gesetz vom Jahre 1869 ist. Sie werden zugeben, daß die Gesetzgeber vom Jahre 1868 niemals die Intention gehabt haben, einer Regierung solche Vollmachten zu geben; sie haben ja dieses Gesetz nur gegeben, um ihr nicht die Möglichkeit zu bieten, mit dem § 14 zu wirtschaften, also in Ausnahmsfällen Ausnahmsverfügungen zu treffen; es ist ausdrücklich ein Ausnahmsgesetz. Wenn aber die Interpretation der Regierung und die Berufung auf das Gesetz richtig wäre, dann hätten die Gesetzgeber damals wirklich der Regierung die Vollmacht gegeben, die gesamte österreichische Presse als nicht existent zu behandeln, sie zu zerstören und zu vernichten. Das beweist, wie

unrichtig und absurd die Berufung auf das Gesetz vom Jahre 1869 ist.

Man sagt, daß die Gefährlichkeit gewisser politischer Umtriebe in Österreich zu dieser Maßregel getrieben hätte und daß insbesondere die nichtdeutsche Presse solche Ausnahmsmaßregeln als eine Art Notrecht notwendig gemacht hätte.

Hohes Haus! Ich habe mich in meinen kurzen Berufungen auf die Zensurpraxis und die einzelnen Fälle absichtlich nur auf Vorkommnisse beschränkt, die sich in der deutschen Presse, in der Wiener Presse vorwiegend, ereignet haben. Es ist nicht wahr, daß es die politische Gefährlichkeit einzelner Nationen war, welche diese Maßregel notwendig machte, weil man uns Deutsche ganz genau so behandelt hat. Und ich lege, mit Rücksicht auf diese Seite des hohen Hauses, den größten Wert darauf, festzustellen, daß diese Angelegenheit nicht etwa eine Angelegenheit zum Schutze der einen oder anderen suspekten Nation, einer „p. u.-Nation", sondern eine Angelegenheit aller österreichischen Völker ist. Die deutsche Presse in Wien wurde in derselben Weise mißhandelt, verhöhnt und gedrosselt wie die nichtdeutsche Presse, und das loyale Wien, in welchem es keine hochverräterischen Umtriebe gegeben hat und bis zur Stunde keine solchen gibt, wurde ganz genau so bevormundet und wie ein kleines Kind am Gängelbande geführt, wie dies bei der tschechischen, slowenischen oder italienischen Presse der Fall gewesen ist.

Ebenso gravierend für die Handhabung dieser Pressezensur ist die Frage, wer denn eigentlich zensuriert. Im Anfange wußte man das nicht. Wer das Gesetz vom 5. Mai 1869 liest, muß die Überzeugung gewinnen, daß die Regierung verpflichtet sei, auch die Detailverordnungen, die Ausführungsverordnungen zu veröffentlichen, welche die Verfügungen enthalten, die an Stelle der suspendierten Staatsgrundgesetze treten; denn es geht nicht an, daß man einfach aus den 20 Artikeln des Staatsgrundgesetzes die fünf wichtigsten herausgreift und dafür ein nichtklandestines, sondern ein manifestes Vakuum treten läßt; und insbesondere wenn man das österreichische Preßgesetz, das auch nicht so revolutionär und so demokratisch ist, in seiner Gänze außer Kraft setzt, so hätte man doch erwarten können, daß die Regierung nunmehr gesagt hätte, es werden in Zukunft folgende Bestimmungen gelten: Zensurbehörde werde diese oder jene sein und diese Stelle werde diese und jene Richtlinien einzuhalten haben. Von all dem ist nichts geschehen und man wußte anfangs nicht einmal, wer zensuriert. *(Zwischenruf.)* Später haben wir das schon erfahren. Wenn man zum Justizminister kam und sich gegen den Staatsanwalt beschwerte, so sagte er: „Mich geht das nichts an."

Wenn man zu einer politischen Behörde kam und sich beschwerte, so sagte man einem: Da müssen Sie zum Kriegsministerium gehen. Kam man aber zum Kriegsministerium, so hieß es: Das geht die Zivilbehörden an, hier werden nur militärische Artikel zensuriert. Es konnte passieren, daß ein sehr hochstehender gemeinsamer Funktionär im Jahre 1916 mich fragen konnte: Sagen Sie mir, wer zensuriert eigentlich? Wer macht eigentlich diesen ganzen Blödsinn? Später haben wir erfahren, wer dieser Zensor eigentlich ist. Das war das Kriegsüberwachungsamt, das ein vielköpfiges *(Zwischenruf)* — so ein Wort will ich nicht gebrauchen — nach einer eigentümlichen Konstruktion errichtetes Amt war, das verfassungsrechtlich absolut nicht begründet war, aber auch verfassungsrechtlich ganz unmöglich war, weil es gleichzeitig gemeinsame und staatliche Vertreter enthielt, ein Amt, welches sich nicht vorgestellt hatte, von dem man nichts wußte als den ersten Nadererlaß — das war das erste Lebenszeichen. Dieses Amt, das aber gleichwohl eine Exekutive hatte, das nicht bloß zensurierte, sondern auch, wie wir aus den Verhandlungen im Ausschusse und auch hier im Hause wissen, konfinierte, internierte und noch einige andere angenehme Geschäfte besorgte. Dieses Amt war in Wirklichkeit ein Sammelsurium von Leuten, welche dort ohne jede gesetzliche Vollmacht zusammengekommen waren, um Österreich in der Weise zu retten, wie wir es hier an einzelnen krassen Beispielen gezeigt haben. Und so ist es erklärlich, daß derartige Dinge herauskamen. Es zensurierte ja nicht bloß der Vertreter der politischen Behörde als eigentlich zuständiges Organ des Ministeriums des Innern, sondern da war auch der Vertreter des Justizministeriums, der zensurierte auch, dann war der Vertreter des Ackerbauministeriums, der zensurierte auch, dann war der Vertreter des Militärs, der zensurierte selbstverständlich; dann waren auch die Vertreter des Ernährungsamtes, die zensurierten auch, sie zensurierten noch bis vor ganz kurzer Zeit. Daß das Ernährungsamt eine Zensurbehörde ist, ist gewiß ein staatsrechtliches Novum. Aber es zensurierte sogar das fürsterzbischöfliche Ordinariat! Auch dem wurden gewisse gefährliche Dinge vorgelegt, und wenn es ein „Ne admittatur" dazuschrieb, so fiel eben das Richtbeil über den betreffenden Artikel.

Nun, lange hat das Kriegsüberwachungsamt das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen, das muß man sagen, denn kaum, daß wir aufgeklärt waren über die wirkliche Natur und Tätigkeit des Kriegsüberwachungsamtes, brach es auch scheinbar in sich zusammen. Aber es war nur eine Kinovorstellung, es war nicht der wirkliche U-Bootkrieg gegen die Zensur des Kriegsüberwachungsamtes. Das Kriegsüberwachungsamt besteht unter einem Pseudonym weiter und arbeitet genau so heute wie

in den Jahren 1914, 1915, 1916 und im durchlaufenen Teil des Jahres 1917; es wird weiter konfisziert, es werden weiter Blätter eingestellt, es werden ganz dieselben Torheiten und Verbrechen gegen die Publizistik des Staates heute begangen wie in den früheren Jahren. Man kann uns heute, wo das Parlament tagt, allerdings nicht mehr eine amtliche Mitteilung des Wiener Magistrats in der „Wiener Zeitung" konfiszieren, aber wo es möglich ist, uns politisch den Mund zu drosseln, dort geschieht es ebenso wie früher.

Ich habe Ihnen vorhin eine Zeitung gezeigt, die aus dem Jahre 1917 stammt, aus einer Zeit, wo Clam-Martinic die Zensur „abbaute". *(Redner weist ein Zeitungsblatt vor.)* Das war der Abbau der Zensur! *(Heiterkeit.)* Es wurde nicht mehr getilgt, sondern es wurde nach russischem Muster schwarz überstrichen. Wahrscheinlich war das mit eine Bestrebung, den Sonderfrieden mit Rußland zu fördern, ein Annäherungsversuch an die dortigen Geistesverhältnisse. Diese Einstellung eines Fachblattes wegen eines unangenehmen Artikels ist in der jüngsten Zeit erfolgt. Und schauen Sie sich unsere Presse heute und gestern und jeden Tag an, und Sie stoßen immer wieder auf dieselben unabsehbaren Schneefelder, welche der Stift des Zensors in den Zeitungen verursacht.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch auf einen Punkt aufmerksam machen, der zwar nicht ganz genau zur Zeitungszensur paßt — das heißt indirekt wird er auch ein Teil der Zeitungszensur —, der aber eine Sache ist, die uns als Parlament außerordentlich angeht. Um dem Kriegsüberwachungsamt die Geschäfte zu erleichtern, hat man schon seinerzeit bei der Wiedereröffnung des Hauses die Frage aufgeworfen, wie man denn das Haus zensurieren könne. Denn, daß es ohne Zensur abgehe, das ist etwas, was in ein österreichisches Beamten- und Polizistenhirn absolut nicht hineingeht; die Gefahr wäre zu groß: ein unzensuriertes demokratisches Parlament. Natürlich, die wahre Demokratie erfordert diese Zensur. Im Anfang haben wir uns gegen gewisse Wahrnehmungen in diesem Hause hier gewehrt und verwahrt und haben versucht, den Militärzensor, der sich draußen häuslich niedergelassen hatte, hinauszubringen. Unser hochverehrter Herr Präsident hat uns auch wiederholt die Zusage oder das Versprechen gegeben, daß die Zensur der Parlamentsberichte ausschließlich in seinen Händen liege und von niemand anderem geübt werden würde. Nichtsdestoweniger ist der Militärzensor wieder im Hause, er sitzt wieder da *(Widerspruch)* — dann amtiert er hier aus einem anderen Grunde; es haben sich Stabsoffiziere in der „Reichsratskorrespondenz" niedergelassen . . . *(Abgeordneter Friedmann: In Zivil!)* ja, in Zivil, und es wird die Zensur wieder geübt. Sie wird nicht nur durch die „Reichsratskorrespondenz" geübt, sondern sie wird auch weiter draußen geübt. Die politischen Beamten gehen selbst über die „Reichsratskorrespondenz" hinweg. Hier liegt mir ein italienisches Blatt vor, in welchem die Rede eines italienischen Kollegen, die hier im Hause gehalten wurde und im stenographischen Protokoll erschienen ist, samt der Überschrift — erinnern Sie sich an die Instruktion: es ist besonders auf die Überschriften zu achten, die sind besonders gefährlich — weggelassen werden mußte. Es handelt sich hier um eine Rede unseres Kollegen Degasperi. In einem zweiten Fall wurde sogar der Bericht der „Reichsratskorrespondenz konfisziert. *(Abgeordneter Reizes: Zeigen Sie es dem Herrn Präsidenten!)* Hier im „Bolletino" wurde ein Bericht der „Reichsratskorrespondenz" über die Flüchtlingsangelegenheiten vom Bezirkshauptmann in, ich glaube in Trient . . . *(Abgeordneter Dr. Degasperi: Das ist in Wien konfisziert worden!)* — Sie sehen also, wir haben kein privilegium odiosum, Sie brauchen keine Angst zu haben — in extenso als staatsgefährlich konfisziert.

Hohes Haus! Zur Begründung dieser ihrem Charakter nach nicht näher zu bestimmenden Zensurpraxis wurde alles mögliche angeführt, in erster Linie das mi itärische Interesse. Nun, ich kenne einen Staat, der uns sehr eng verbunden ist und der, man mag über die Politik dieses Staates denken wie man will, doch ganz bestimmt und unbestreitbar eine unanfechtbare Autorität dafür ist, was vom militärischen Standpunkt gefährlich ist oder nicht, und das ist Deutschland. In Deutschland ist man ohne diese Zensur vom ersten Tage an ausgekommen und man kommt auch heute dort ohne diese Zensur aus. Es ist auch nicht wahr, daß die Veröffentlichung solcher Nachrichten, wie sie hier in den Instruktionen angeführt wurden, aus dem innerpolitischen Leben, aus den Verwaltungsvorgängen eine Gefahr für den Staat bedeuten könne. Ich muß noch einmal die Frage stellen: Glauben Sie wirklich, daß Sie einen Krieg wie diesen, wo Millionen und Millionen hinüber und herüber fluktuieren, unter einer Glasglocke führen können? Glauben Sie wirklich, Sie können Österreich auf den Isolierschemmel stellen? Wir hatten ja während des ganzen Krieges immer noch eine gewisse Anzahl ausländischer Vertreter hier. So lange die betreffenden Staaten neutral waren, waren auch Italien, Rumänien, Amerika diplomatisch vertreten, hatten ihre diplomatischen Agenten und ihre offiziellen Spione, die Militärattachés, hier und sie konnten hinaus berichten. Sie haben Korrespondenten ausländischer Zeitungen hier, welche hinausberichten können, und Sie glauben, Sie sind in der Lage, zu verhindern, daß man im Ausland über die innerpolitischen, über die wirtschaftlichen Zustände

Österreichs genau so gut unterrichtet ist wie wir über England? Haben wir nicht auch den Prozeß Casement gekannt, haben wir nicht mit dem Prozeß Casement in England eine große politische Agitation betrieben? Und da meinen Sie, die Engländer haben nicht gewußt, daß bei uns ein Prozeß Kramář geführt wird, und Sie glauben verhindern zu können, daß der Feind etwas von unseren inneren Schwierigkeiten erfahre? Oder meinen Sie, daß man erst den Krieg hat abwarten müssen, um die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs, ihre Verworrenheit, ihre verhängnisvolle Zerfahrenheit, und um unsere wirtschaftlichen Ressourcen kennen zu lernen? Unsere zuständigen Stellen rechnen ja auch die wirtschaftlichen Ressourcen Englands ganz genau ziffermäßig aus.

In Deutschland rechnet man genau, wann unter Beachtung des Neubaues von Schiffen usw. der U-Botkrieg zu einer vollständigen Vernichtung der englischen Flotte wird führen können. Und da meinen Sie, England besitze nicht dieselben Mittel, sich über die österreichischen finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Ressourcen zu unterrichten? Es wäre ganz unbegreiflich, daß sie sich einer solchen Täuschung hingeben konnten, wenn man nicht wüßte, wie die Sache doch in Wirklichkeit liegt. Ich habe zu Beginn meines Referates darauf hingewiesen, daß diese berühmte Verordnung vom 25. Juli 1914 herrührt, aus einer Zeit also, wo noch gar kein Krieg war, wo man noch nicht einmal Serbien den Krieg erklärt hatte. Das war eine vorbereitete Verordnung und es stand bei den österreichischen Behörden von allem Anfang an fest, daß in einem Krieg absolutistisch regiert werden würde und daß sich dieser Absolutismus nicht anders halten könne als durch eine eherne, ehernherzige und ehernstirnige Zensur.

Wer den Kampf mitgemacht hat, den wir in der letzten Session im Preßausschusse gegen den Justizminister Hochenburger geführt haben, wo er mit allen Kräften und Mächten angestrebt hatte, den Preßprozeß auf ein vormärzliches Niveau herabzudrücken, wo er alle Versuche gemacht hatte, die Immunität des Hauses, soweit sie durch die Presse berührt wird, zu untergraben und zu ruinieren und überhaupt die Preßfreiheit zu knebeln, wer das alles miterlebt hat, der weiß, daß das eine lang vorbereitete Taktik war, die nicht durch die überraschende Notwendigkeit dieses Krieges verursacht ist, sondern die in dem Kalkül der rückständigen österreichischen Bureaukratie begründet ist: der Krieg muß in der Despotie und im Absolutismus geführt werden. Das ist der wahre Grund dieser Zensur. Und dann später — das ist der Fluch der bösen Tat —, dann konnten Sie nicht mehr helfen, dann mußten Sie von einem Verbot zum anderen, von einer Widersinnigkeit zur anderen, von einer Grausamkeit zur anderen schreiten. Nicht die Preßfreiheit ist geeignet, den Staat zu schädigen, denn die Preßfreiheit heilt die Wunden selbst, die sie schlägt. Sie haben immer nur eine Zeitung im Auge, sie denken immer nur, sagen wir, an die „Neue Freie Presse“ oder an die „Národní Listy“. Sie müssen die Presse als ein Ganzes nehmen, nur als ein solches ist sie wirklich der wahre Ausdruck und das Organ der öffentlichen Meinung. Und wenn Sie die Presse ohne Unterschied freigeben, dann wird auch aus derselben Publizistik heraus das Heilmittel gegen eventuelle Fährlichkeiten und Noxen, die in den Zeitungen enthalten sein können, entstehen. Sie haben es uns ja unmöglich gemacht, gegen gewisse Dinge aufzutreten. Sie haben es uns unmöglich gemacht, gewisse wirkliche oder vorgebliche Gefahren kennen zu lernen, auf ihre Tatsächlichkeit zu prüfen und eventuell mit der ganzen Entrüstung eines guten Österreichers dagegen aufzutreten.

Wir mußten kuschen und haben natürlich auch dann gekuscht, wenn es sich darum gehandelt hat, eventuell das Wort mit entsprechendem Nachdruck für Österreich zu erheben. Nicht die Preßfreiheit, sondern die Zensur ist der eigentliche Schädling. Die Zensur hat die österreichische Presse in eine Uniformität und in eine uninteressante verächtliche Rolle hineingepreßt, welche das gesamte Zeitungswesen, aber auch alle mit dem Zeitungswesen verbundenen öffentlich-rechtlichen Funktionen im Ansehen der gesamten Bevölkerung des Inlandes und auch des Auslandes auf das entschiedendste geschädigt hat, schon in materieller Hinsicht — es hat ja niemand mehr die Wiener Zeitungen gelesen, sondern wer etwas wissen wollte, hat sich deutsche oder ungarische Zeitungen gehalten. Ausländische Zeitungen durften wir überhaupt und dürfen wir bis zur Stunde nicht lesen. Dieselben Blätter, die im Deutschen Reiche in jeder Verkaufsstelle frei zu haben sind, die „Times“, „Temps“, „Corriere“ usw., diese Blätter dürfen wir nicht nach Österreich einführen und wer es dennoch tut, macht sich einer sehr strafbaren Handlung schuldig. Aber um so mehr reichsdeutsche und ungarische Blätter werden verschlungen und es ist das österreichische Zeitungswesen auf das empfindlichste geschädigt auf Kosten eines Imports, der zumindest die geistige Valuta in Österreich nicht besonders gehoben hat.

Vor allem anderen aber haben sie die öffentliche Meinung des eigenen Staates vollständig desorientiert. In einer Zeit, in welcher die Frage der Selbstbestimmung der Völker, die Frage der Demokratie den Brennpunkt des gesamten europäischen Lebens und Webens bildet, wo die Friedensfrage sich immer deutlicher und klarer auf die Frage der Demokratie und der Mündigkeit der Völker zuspitzt,

in dieser Zeit haben Sie unsere ohnedies schon weit genug gediehene politische Unreife noch weiter verstärkt, haben Sie uns die Möglichkeit genommen, uns über die Vorgänge im Auslande, aber auch im Innlande zu orientieren, haben Sie die ganze wichtige Frage der inneren Neuorientierung glücklicherweise auf einen Zeitpunkt hinausgeschoben, wo es zu spät ist, wo wir wieder einmal vor der alten, berüchtigten österreichischen Zwangslage stehen.

Jetzt, womöglich in sechs Wochen, sollen wir die Verfassungsfrage nach den von Exzellenz Seidler uns mitgeteilten Grundzügen geschwind und rasch lösen, während man uns mehr als drei Jahre hindurch nicht ein Wort über diese Frage reden und in der Presse schreiben ließ. Und wenn Sie meinen, daß durch die Zensur im Inlande Beunruhigung vermieden werden konnte, so sage ich, genau das Gegenteil ist der Fall, denn der Mangel einer zuverlässigen Berichterstattung hatte natürlich die Wirkung, daß die unglaublichsten Gerüchte sich beständig gebildet haben. Wien war in eine schwüle Atmosphäre von Gerüchten gehüllt; jede Schlacht, die an den Fronten geschlagen wurde, jedes politische Ereignis das sich abspielte, wurde in die schauerlichste Märchensphäre gewickelt und kam so vor das Publikum. Ich möchte wissen, wie viel Verurteilungen wegen beunruhigender Gerüchte lediglich darauf zurückzuführen sind, daß Sie die Presse geknebelt haben. Aber glauben Sie nicht, daß Sie dem Ausland gegenüber mit der Zensur etwas Gutes gestiftet haben! Sie haben dem verbündeten Ausland gegenüber uns in den Ruf und Verdacht eines unmündigen Knaben gebracht und wir werden auch dementsprechend behandelt. Ganz mit Unrecht. Aber unsere Verbündeten müssen nach dem, was sie hier durch die Praxis der Zensur erlebt haben, glauben, daß wir ein vollständig unmündiges Volk seien, welches sofort irgendeine Torheit begeht, wenn man es einen Augenblick vom Gängelband der Zensur freigibt. Und wie die Meinung über uns in dem neutralen und feindlichen Ausland trotz oder wegen der Zensur war, das zeigen ja die Verhältnisse. Diese ganz wahnwitzige Anschauung der Entente über den Verfall Österreichs ist das Werk der Zensur, diese wahnwitzige Anschauung über unsere politischen Feindseligkeiten, diese Übertreibungen sind das Werk der Zensur. Stellen Sie sich vor, auch im Ausland liest man Zeitungen, auch im Ausland denkt man nach und wenn man in Frankreich, wenn man in Paris und London eines schönen Tages liest, daß heute in Wien das „Extrablatt", die „Reichspost", das „Deutsche Volksblatt", das „Fremdenblatt" und die „Wiener Zeitung" konfisziert wurden, was müssen sich da die Leute von uns denken! Jene wissen ja, welches die Parteifärbung dieser Blätter ist. Was müssen sie denken, wenn schon die „Wiener Zeitung" staatsgefährliche Artikel zu veröffentlichen versucht und wenn das „Fremdenblatt", dieses erzoffiziöse Blatt, das jeden Augenblick als Organ des Auswärtigen Amtes im Ausland zitiert wird, konfiskabel schreibt und wenn die erzösterreichische „Reichspost" konfisziert werden muß. Ja, den Kommentar, den ich Ihnen vorhin für diese Konfiskationen gegeben habe, den besitzen die draußen nicht, die glauben, in Österreich brennt alles lichterloh, da liegt der eine dem andern in den Haaren, da schlägt man sich tot und da ist es nur mit dem Maschinengewehr möglich, die Ordnung halbwegs aufrechtzuerhalten. Das sind die Wirkungen dieser Zensur, dieses kindlichen Glaubens, daß man die Völker in dieser großen Zeit nur mit der Zuchtrute eines strengen, unbarmherzigen und rücksichtslosen Vormundes behandeln kann.

Hohes Haus! Das, was der Preßausschuß Ihnen hier vorlegt, ist das Minimum dessen, was gegenüber den ungeheueren Verfehlungen der Zensur überhaupt geleistet werden kann. Es lag nicht in der Kompetenz des Preßausschusses, Ihnen den Vorschlag zu machen, die Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914 aufzuheben. Wir müssen das natürlich einem anderen, berufeneren Faktor überlassen. Der Preßausschuß konnte sich nur mit dem Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes, der durch diese Verordnung suspendiert wurde, befassen und infolgedessen hat er seine Entschließungen nur in die Form einer Aufforderung gekleidet. Aber ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich sage, daß es auch in Österreich keine Regierung geben wird, die einer Aufforderung, welche hier mit dem gebotenen Nachdruck und in der gebotenen Einstimmigkeit erteilt wird, nicht auch sofort und bedingungslos nachkommen wird. Mit der Ummodelung der Firma des Kriegsüberwachungsamtes in eine interministerielle Konferenz, oder wie es jetzt heißt, wird es nicht getan sein. Mit so kleinen Mittelchen werden Sie uns nicht auskommen. Wir wollen die Aufhebung der Zensur in allen jenen Belangen, die nicht rein militärische Interessen betreffen, wir verlangen das klipp und klar und dulden keine spitzfindigen und sophistischen Wenn und Aber. Es ist nicht wahr, daß ein freies Volk einen solchen Krieg nicht führen kann, es ist wahr, daß nur ein freies Volk diesen Krieg führen und durchhalten kann, und es ist wahr, daß ein geknechtetes und ein geknebeltes Volk weder mit seinem Blut noch mit seinem Gut in diesem Kriege wird bis zum äußersten durchhalten können. Im ureigentlichen Staatsinteresse verlangen wir die sofortige Hinwegräumung dieses Schandmals aus dem traurigsten Kapitel der österreichischen Geschichte. Es ist tief beschämend, daß mehr als 125 Jahre nach der französischen Revolution, daß nahezu 70 Jahre nach der Revolution des Jahres 1848, daß 50 Jahre nach Einführung der Ver-

fassungsmäßigkeit in Österreich hier ein Berichterstatter an offizieller Stelle die Abschaffung dieser Schandzensur fordern muß, und wir sind fest überzeugt, daß keine Regierung für die Dauer dieser offenen, klaren und unzweideutigen Forderung nach Abschaffung der Zensur widerstreben wird. Wenn Sie für militärische Zwecke gewisse Vorsichtsmaßregeln brauchen, sind wir nicht einsichtslos genug, Ihnen die zu verweigern. Aber wir sehen nicht ein, warum diese Vorschriften nicht gesetzliche sein sollen. Wenn das Militär eine Zensur braucht, so machen Sie uns Vorschläge, wir werden sie prüfen und wir werden der Armee im Felde, wir werden dem Volk in Waffen geben, was es braucht, aber auf gesetzliche Weise, denn auf ungesetzliche Weise darf von jetzt ab in Österreich nichts mehr geschehen. Deshalb, hohes Haus, bitte ich Sie, die Anträge des Preßausschusses, welche lauten *(liest)*:

„1. Die Regierung wird aufgefordert, die politische Zensur, die mittelst Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 158, für das ganze Staatsgebiet eingeführt worden ist, sofort abzuschaffen.

2. Die Regierung wird aufgefordert, Vorschläge für die gesetzliche Regelung der militärischen Zensur im Kriege zu erstatten."

einstimmig anzunehmen und damit für dieses hohe Haus und für die österreichische Volksvertretung einen Ehrentag zu schaffen und ein Ende des schmachvollen vormärzlichen Zeitalters herbeizuführen, das wir durchlebt haben. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zu diesem Gegenstand ist als Regierungsvertreter im Hause erschienen Herr Ministerialrat Swoboda.

Ich eröffne die Debatte und erlaube mir den Vorschlag zu machen, für die einzelnen Redner die Rededauer auf 30 Minuten zu beschränken. Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Vorschlage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die Einschränkung der Rededauer auf 30 Minuten beschlossen.

Als Redner sind eingetragen, und zwar pro die Herren Abgeordneten Dr. Adler und Hillebrand; kontra die Herren Abgeordneten Dr. Šmeral, Dr. Ritter v. Mühlwert, Dr. Trylowskyj und Daszyński.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Šmeral das Wort.

Abgeordneter Dr. **Šmeral:** Slavná sněmovno! Nemohu se zbaviti dojmu, že nejsme si všichni plně vědomi důležitosti této debaty.

Hohes Haus! Ich kann mich nicht des Eindruckes entledigen, daß wir uns alle nicht vollkommen der Wichtigkeit dieser Debatte bewußt sind. Bei dem Antrage des Ausschusses handelt es sich nicht nur darum, eine Schmach, einen Wahnsinn der vergangenen drei Jahre gutzumachen, es handelt sich darum, daß wir uns selbst als Parlament zu einem wirklichen Leben durchsetzen. Ein bekannter englischer Staatsmann hat den Ausspruch getan: „Nehmet uns das Parlament, nehmet uns die Verfassung, laßt uns nur die Freiheit der Presse, dann ist die Freiheit schon gesichert, denn dann werden wir uns alle anderen Rechte und Freiheiten zu erobern imstande sein!" Meine Herren! Ich habe die Überzeugung, daß all das Schreckliche, das wir in den vergangenen drei Jahren des Krieges politisch durchleben mußten, unmöglich gewesen wäre, wenn wir die Freiheit der Presse gehabt hätten. Die Mehrzahl der großen politischen Schwierigkeiten, mit denen wir jetzt hier im Hause und im Staate zu rechnen haben, hätten sich überhaupt nicht entwickelt, wenn wir durch drei Jahre nicht die vollkommene Knebelung der Presse hätten erleiden müssen. Die Knebelung der Presse war die einzige mögliche Grundlage, auf der sich der Absolutismus entwickeln konnte. Der Absolutismus wäre in der jetzigen Zeit auch während des Krieges nicht denkbar gewesen, wenn es ihm nicht ermöglicht worden wäre, die Tatsachen dem Volke vorzuenthalten und das Volk über die Entwicklung der öffentlichen Dinge nur so zu informieren, als es seinem Bedürfnisse entsprochen hat. Hätte man in der Presse schreiben können, so wären die politischen Prozesse nicht möglich gewesen. Wenn es vor zwei Jahren möglich gewesen wäre, wie es jetzt die „Arbeiter-Zeitung" tun kann, über jeden politischen Prozeß sofort in seinem Anfang, nicht mit gehässigen Angriffen, nicht mit unsachlicher Kritik, sondern rein sachlich in der Presse vor der ganzen Öffentlichkeit zu referieren, ich glaube, fast nicht ein einziger von den politischen Prozessen wäre zu Ende geführt worden. Der Prozeß Kramář ist nur deshalb möglich gewesen, weil die Zeitungen unfrei waren. Die Prozesse der nationalsozialen Abgeordneten waren nur deshalb möglich, weil die Presse unfrei war. Wenn wir jetzt im Hause den Fall Buřival haben, wenn die Frage der Anerkennung der durch die Urteile kassierten Mandate eine politisch so brennende und für die Majorität dieses Hauses so schwer lösbare ist, so muß ich sagen, alle diese Hindernisse der normalen Entwicklung der politischen Dinge bei uns bestehen nur deshalb, weil die Presse in der früheren Zeit vollkommen unterdrückt war.

Ich gehe weiter und sage: Wenn die österreichische Presse früher frei gewesen wäre, wäre Stürgkh nicht tot, würde Stürgkh leben, denn,

wenn die Presse hätte warnen und den Stimmungen Ausdruck geben können, die sich im Volke während dieser schrecklichen Jahre der absolutistischen Praxis ansammeln mußten, wäre es nicht zu dem Schuß des Dr. Friedrich Adler gekommen. Wenn wir Preßfreiheit hätten, so wäre das ganze militärische Regime nicht möglich gewesen, über das ich hier nicht vom Standpunkte der Qualen sprechen will, die es der Bevölkerung, den Individuen, den Nationen verursacht hat, sondern das ich hier als das ungeheuerste Unglück des ganzen Staates erklären muß.

Meine Herren! Das militärische Regime der ersten drei Kriegsjahre war ein Regime nicht nur der Gewalt, nicht nur der Brutalität, sondern, was das Schrecklichste dabei ist, es war auch ein Regime der größten Unerfahrenheit, der größten Unwissenheit, der größten Dummheit. *(So ist es!)* Nichts kann für das politische Leben des Staates gefährlicher werden, als wenn die Kreise, die eine absolute Macht und Verantwortung in die Hand bekommen, politisch so absolut dumm sind, wie wir das in den ersten drei Jahren des Krieges gesehen haben. Denn die Taten der Gewalt treffen nur die einzelnen. Die Folgen der Taten der Gewalt können gut gemacht werden. Aber, was an dem Staat durch die Unwissenheit und Dummheit des früheren Regimes verbrochen wurde, das vollkommen gutzumachen ist nicht mehr möglich. Auch wenn wir mit der größten Anspannung der Kräfte arbeiten, so werden wir den Staat aus dem Wirrwarr, in den ihn die Dummheit des militärischen Regimes geführt hat, nur langsam und in beschränktem Maße retten können.

Meine sehr geehrten Herren! Auch die politische Zensur können wir wohl mit keinem wirksameren Argumente bekämpfen, als wenn wir beweisen, wie außerordentlich dumm sie war. Wenn ich mich hier auf den gesetzlichen Standpunkt stellen wollte, so weiß ich ja, daß in den ersten drei Jahren des Krieges die Nichtachtung der Gesetze der normale Zustand war. Das frühere Regime hat gemeint, daß im Kriege alle Gesetze im Staate Nebensache geworden sind, daß man sich über sie leichten Herzens hinwegsetzen kann. Der Ruf nach Gesetzlichkeit ist nicht immer von Erfolg gekrönt gewesen. Aber ich glaube, wenn wir bei dieser Gelegenheit der Regierung beweisen, daß ihre Maßnahmen nicht nur ungesetzlich waren, sondern daß sie wegen ihrer inneren Unvernunft das Ziel nicht erreichen konnten, das ihr vor Augen schwebte, so wird doch eine Tendenz hervorgerufen werden, in dieser Praxis eine Wendung, eine wesentliche Besserung durchzuführen.

Ich möchte nur an einzelnen Fällen, die ich beispielsweise anführe, zeigen, auf welchem geistigen Niveau sich die Zensurpraxis bewegte. Ich werde in erster Reihe Fälle anführen, die für die Zensurpraxis in Böhmen charakteristisch sind, ich muß aber bemerken, daß die Willkür und die Dummheit der politischen Zensur nicht nur auf Böhmen und auf das Gebiet der tschechischen Nation beschränkt waren. Vor dieser Unvernunft und vor diesem Unrecht waren wir in mancher Beziehung alle gleich, bei allen Nationen hat die Zensur gewütet.

Ich möchte zunächst auf die allgemeine Tendenz der Zensur in Böhmen aufmerksam machen.

Der Zensur in Prag genügte nicht die unbeschränkte Möglichkeit, alles was im Widerspruche mit dem Gesetze, aber auch alles, was im Widerspruche mit den Ansichten der entscheidenden Stellen über den Krieg stand, unmöglich zu machen. Die Zensur in Böhmen hat sich nicht auf dieses Negativum beschränkt, sondern sie hat der tschechischen Presse direkt vorgeschrieben, in welchem Sinne, in welchem Geiste und in welcher Tendenz sie schreiben müsse. *(Abgeordneter Tomášek: Sie haben ganze Artikel eingeschmuggelt!)* Darüber wurde schon in der Interpellation des tschechischen Verbandes gesprochen, ich will das hier nicht ausführlich wiederholen, ich komme noch kurz darauf zurück. Ich will einen Fall, der als der krasseste gelten kann, anführen. Unserem sozialdemokratischen Blatte ist ein schriftlicher Akt des Polizeipräsidiums zugekommen, in welchem dem Blatte mit Einstellung gedroht wird, und zwar aus folgenden Gründen: Es ist ein Befehl des Armeeoberkommandos an die Armee ergangen. Das „Právo Lidu“ hat diesen Befehl, der spät in der Nacht in die Redaktion gekommen ist, an der guten Stelle der zweiten Seite des Blattes mit ziemlich großen Lettern, also in einer auffälligen Form, veröffentlicht. Darauf bekamen wir eine Entscheidung der Polizeidirektion, worin es heißt — ich zitiere nur beiläufig, ungefähr dem Sinne nach: „Es wurde bemerkt, daß einzelne Blätter nicht mit genügender Begeisterung für die patriotischen Ziele des Krieges schreiben. In der Zeit des Krieges genügt es nicht, wenn die Zeitung nur ihre gesetzlichen Schranken einhält, sondern es ist notwendig, daß jedes Blatt aktiv zur Erzeugung derjenigen Stimmung beiträgt, die zum Durchsetzen der Kriegsziele notwendig ist. Auch Ihr Blatt hat sich einer ähnlichen Unterlassung schuldig gemacht, und zwar aus dem Grunde, weil es den am so und sovielten erlassenen Befehl der Obersten Armeeleitung nicht an der Spitze des Blattes, an erster Stelle der ersten Seite, sondern auf der zweiten Seite veröffentlicht hat. *(Hört! Hört!)* Ich mache Sie darauf aufmerksam und bemerke, daß das Blatt sich alle Konsequenzen zuschreiben müßte, wenn sich das noch einmal wiederholen sollte.“

Ich bemerke dabei, daß wir aus früherer Zeit her den ganz bestimmten Auftrag der Polizeidirektion hatten, daß an der ersten Stelle des Blattes die offiziellen Kommuniqués der General-

stäbe veröffentlicht werden müssen, so daß aus diesem Grunde, um diesen Befehl durchführen zu können, es technisch nicht möglich war, den genannten Befehl an der ersten Stelle zu bringen. Ich führe das nur hier beispielsweise an, damit man sehe, was für einen Mut und was für ein Selbstbewußtsein die Zensur gehabt hat. Daß in die Prager Blätter fertige Artikel von der Polizei geliefert wurden und daß die Blätter, wenn sie nicht eingestellt werden wollten, diese Artikel veröffentlichen mußten, ist jetzt schon allgemein bekannt und ist, wie bemerkt, in der tschechischen Interpellation vorgelegt worden; auch im Ausschusse wurde darüber gesprochen.

Meine Herren! Ich würde mir vorstellen, daß es vom Standpunkte eines Machthabers im Staate möglich ist, daß jemand auf den Gedanken kommt, so viel Macht in der Praxis betätigen zu wollen. Aber da müßte man erwarten, daß wenigstens halbwegs vernünftige Leute oder Ämter eine solche Macht in die Hand bekommen. Was kann man aber über die intellektuelle Fähigkeit der die Zensur ausübenden Stellen sagen, wenn wir mit folgenden Tatsachen rechnen müssen: In Prag hat die Zensur „aus politischen Gründen" aus einem Wörterbuch das Schlagwort „Sultan" entfernt. In dem Wörterbuch hieß es: „Sultan ist der Name des türkischen Kaisers; in der tschechischen Sprache wird dieser Name auch als Bezeichnung bei den Hunden benutzt." Dieser Ausdruck, der in einem alten Wörterbuch steht, mußte aus „politischen Motiven" unterdrückt, entfernt werden. *(Zwischenrufe.)*

Einige Theaterstücke wurden von der Zensur deshalb unterdrückt, weil in der Konversation hie und da ein französisches Wort vorkam. *(Gelächter.)* Bitte sehr, es waren nicht nur tschechische Originalstücke, auch die Übersetzungen deutscher Theaterstücke durften in dem Prager Nationaltheater aus diesem Grunde nicht aufgeführt werden.

Unsere Stockholmer Kundgebung wurde in ganz Österreich von der Zensur unterdrückt, obzwar dieses Verbot der Veröffentlichung schon deswegen ein absoluter Unsinn war, weil die Kundgebung von Stockholm in die ganze Welt telegraphiert wurde und weil die reichsdeutsche und ungarische Presse diese Kundgebung im Wortlaute veröffentlichte.

Ein anderer Fall, der bezeichnend ist für das Niveau der Zensur: In einem nordböhmischen Blatt wurde die Karte der Bocche di Cattaro konfisziert, die ganz getreu nach einem Schulatlas abgedruckt worden war.

Hier in Wien erfuhr ich vor einiger Zeit im Gespräche mit den Mitgliedern eines politischen Vereines, daß diesem Vereine durch die Zensur eine Publikation unterdrückt wurde, weil dort folgender Satz stand: „Wir wollen parlamentarische Verhältnisse" *(Zwischenrufe, Gelächter.)* Fast wie eine Anekdote klingt — ich nehme wieder ein Wiener Beispiel, damit auch die nichttschechischen Herren Kollegen es kontrollieren können — was dem Chefredakteur des hiesigen „Abend", einem anerkannt guten deutschen Schriftsteller geschah. Er hat ein Manuskript der Zensurstelle zur Zensur eingereicht. Das Manuskript ist zurückgekommen mit einem schriftlichen Bemerken, das orthographische Fehler enthielt, es war von einem Offizier, wahrscheinlich von einem magyarischen, geschrieben, der der Zensurstelle hier zugeteilt ist und der das Manuskript mit folgenden Worten zurückschickte: es ist zu erwägen, ob der Chefredakteur des „Abend" seine Artikel nicht in einem besseren Deutsch schreiben sollte. *(Gelächter. Zwischenrufe.)*

Die Praxis der Zensur ist so weit gegangen, daß zum Beispiel ein offiziöser Aufsatz des Ministeriums des Äußern über das Verhältnis zu Italien vom Kriegsüberwachungsamte sistiert wurde. Ich glaube, es entbehrt auch nicht eines pikanten Beigeschmacks, wenn ich das Schicksal anführe, das eine Kundgebung weiland Seiner Majestät des früheren Kaisers durch die Zensur erfahren hat. Als nach dem ersten Jahre des Krieges Kaiser Franz Joseph sein bekanntes Manifest, den Dank an die Bevölkerung, herausgab, und als der Text dieses Manifestes bereits von den Redaktionen in ihren Blättern aufgenommen worden war, hat die Zensur dieses Manifest mit der Begründung konfisziert, daß es nicht möglich ist, daß die Zeitungen diesen Dank an die Völker früher herausgeben als er in der Wiener Zeitung erschienen ist. Es mußte aus diesem Grunde damals eine Extraausgabe der Wiener Zeitung in der Zahl von 10 Exemplaren *(Hört! Hört!)* herausgegeben werden, damit der Dank des Kaisers das Licht der Öffentlichkeit erblicken konnte. *(Ruf: Zu dumm!)* Meine Herren! Sie sagen hier zu dumm. Man sagt mir entschuldigend, daß das ein Resultat der Dummheit sei, aber, meine Herren, ich glaube eine schrecklichere Anklage unserer Verhältnisse ist nicht denkbar, als wenn wir uns vorstellen, daß eine so ungeheuere, eine absolut unbeschränkte Macht in die Hand einer so unbegrenzten Dummheit gegeben ist. *(Beifall und Händeklatschen.)* Wenn das Kriegsüberwachungsamt diese Witze machen konnte, über die wir lachen, so konnte es in derselben Machtvollkommenheit Bluturteile fällen lassen *(So ist es!)*, es konnte das Parlament unmöglich machen, es konnte das ganze Regime der Gewalt der Unfreiheit aufrecht erhalten, das wir und der Staat so lange ertragen mußten.

Meine Herren! Wohin hat diese Wirtschaft der Zensur politisch geführt? Wenn die Presse nicht spricht, wenn durch sie keine Warnung ausgesprochen wird, dann kann die Willkür alles machen, was sie will, aber dann führt sie den Staat in eine solche Sackgasse, in der wir uns eben jetzt befinden.

Auch denjenigen, die sie schützt, schadet die Willkür und die Unfreiheit der Presse. Es war die Zeit, wo man meinte, unter dem Deckmantel der Preßknebelung die Politik in diejenigen Bahnen führen zu können, die durch die Worte Oktroi und Staatssprache zu bezeichnen sind. Und damals gab es unter den deutschen Politikern einen Teil, der meinte, daß es klug und zweckmäßig wäre, diesen Stillstand unter dem Schutze der Zensur auszunützen, um die Voraussetzungen durchzuführen. Können Sie sich vorstellen, meine Herren, wie es heute in diesem Parlamente wäre, wenn das Oktroi damals durchgeführt worden wäre und wenn wir hierher gekommen wären und die Staatssprache auf dem Tische gefunden hätten? Stellen Sie sich vor, meine Herren, was für ein Hindernis für die gesunde Entwicklung . . .

Vizepräsident **Simonovici** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bereits verstrichen.

Abgeordneter Dr. **Šmeral** *(fortfahrend)*: Stellen Sie sich vor, was für eine ungeheuere Komplizierung der ganzen Situation die Prozesse, beziehungsweise die unerledigten Mandate gemacht haben. Alle diese Sachen, aus denen wir uns jetzt nur schwer herausarbeiten können. Und in welcher Situation, in welcher ganz unlösbaren Situation wären wir gestanden, wenn diese Politik damals wirklich zu Ende geführt worden wäre!

Meine Herren! Das einzige Mittel zur Beruhigung der öffentlichen Meinung, das einzige Mittel zur Gesundung der öffentlichen und politischen Verhältnisse, das einzige Mittel zur Rettung des Parlaments und der Verfassung ist die politische Preßfreiheit. Ich fordere von hier aus, daß nicht nur die politische Zensur im Innern abgeschafft werde, ich fordere auch, daß die Grenzen des Staates auch für die auswärtige Presse geöffnet werden. *(Sehr richtig!)* Ich war im Auslande und kann daher beurteilen, daß nichts anderes so viel politischen Schaden verursachen kann, als wenn das Volk von auswärtigen Informationen vollständig abgesperrt ist und wenn dann allen möglichen Gerüchten und Vorstellungen selbstverständlich Raum geschaffen wird. Wir brauchen aber auch die Preßfreiheit, um dem Chaos in unserem wirtschaftlichen Leben ein Ende machen zu können. Die Anarchie in unseren wirtschaftlichen Maßnahmen, der Wucher mit den Nahrungsmitteln, die ungeheuere Bereicherung einer kleinen Minorität des Volkes wäre nicht möglich, wenn die Zeitungen frei sprechen könnten und gegen diese Verbrechen jeden Tag einzuschreiten in der Lage wären. Wir verlangen, meine Herren, daß die Knebelung der Presse sofort aufhöre. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Simonovici**: Zum Worte hat sich gemeldet Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Minister des Innern Graf v. **Toggenburg**: Hohes Haus! Mit dem in Verhandlung stehenden Antrage wird die Regierung aufgefordert, die mit der Verordnung vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 158, für das gesamte Staatsgebiet eingeführte politische Zensur abzuschaffen und Vorschläge über die gesetzliche Regelung der militärischen Zensur zu erstatten.

Indem ich die Ehre habe, zu diesem Antrage namens der Regierung Stellung zu nehmen, möchte ich mir erlauben, zunächst auf eine Stelle der Begründung des Ausschußantrages zurückzukommen, in welcher der gegenwärtige Zustand der Zensur als ungesetzlich bezeichnet wird.

Die bezogene Verordnung vom 25. Juli 1914 beruht auf dem Gesetze vom 5. Mai 1869, R. G. Bl. Nr. 66, welches der Regierung zu Friedenszeiten unter gewissen Voraussetzungen, zu Kriegszeiten ohne weiteres gestattet, den Ausnahmszustand zu verhängen und hierbei auch die Suspension des Artikels 13 des Staatsgrundgesetzes über die Preßfreiheit mit den im § 7 näher bezeichneten Wirkungen zu verfügen; hiernach sind die Verwaltungsbehörden berechtigt, das Erscheinen und die Verbreitung von Druckschriften einzustellen, wobei das Gesetz keine einschränkende Anordnung trifft, wann und unter welchen Voraussetzungen die Einstellung des Erscheinens und der Verbreitung von Druckschriften erfolgen kann.

Speziell der geehrte Herr Berichterstatter hat bereits auf die für uns sehr naheliegende Rechtfertigung hingewiesen: Wenn wir die Einstellung verfügen durften und sie nicht verfügten, so war das immerhin lobenswert; es war immerhin lobenswert, wenn wir uns nur auf die Ausscheidung einzelner Stellen beschränkten. Ich möchte das aber nicht so sehr als eine Rechtfertigung bezeichnen, als vielmehr als bindende Pflicht der Verwaltungsorgane, den Ausnahmszustand auf diesem Gebiete jedenfalls nur mit äußerster Schonung zu handhaben und Folgen, die aus diesem Gesetze gezogen werden können, in den engsten Grenzen zu halten. Es ist nicht leicht, meine Herren, heute vor Sie hinzutreten: Sie haben die Beispiele, welche den bisherigen Zustand als unerfreulich erscheinen lassen, in allen Ihren Reden gut gewählt. Ich möchte nur zur Rechtfertigung hervorheben, daß es von zu vielen Faktoren abgehangen hat, wie da vorgegangen wurde, so daß da mitunter sehr traurige Fehler begangen wurden.

Bei diesem Anlasse möchte ich nicht verabsäumen, der außerordentlichen Dienste zu gedenken, die die loyale Presse Österreichs, von allem Anfange

in mit patriotischer Begeisterung in den Reihen der Kämpfer stehend, in diesen schweren Zeiten dem Staate geleistet hat. Dieser loyalen Presse gebührt von allen Seiten uneingeschränktes Lob und vollste Anerkennung.

Die Regierung möchte je eher je lieber auf die Zensur verzichten; seien Sie überzeugt, daß ebenso wenig wie Sie, auch wir keine Freude an der Einschränkung der freien Meinungsäußerung haben und daß wir gerne der Presse jene Freiheiten geben möchten, auf die sie ohne Zweifel allen Anspruch hat.

Die harten Zeiten, die wir alle durch mehr als drei Jahre durchmachen, verlangen jedoch von jedermann ohne Unterschied Opfer und so muß leider auch die Freiheit der Presse jenen Schranken unterworfen werden, welche die Führung eines Krieges von früher nie geahnten Dimensionen notwendig machte.

Der Presse kommt in diesem Kriege eine ganz außerordentliche Bedeutung zu. Aber gerade diese Bedeutung erfordert andrerseits, daß den Ausführungen der Presse eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werde.

Während in anderen Zeiten für die Kriegführung zumeist nur rein militärische Gesichtspunkte maßgebend waren, erstreckt sich dieser Krieg, wie wir ja alle wissen, auch auf andere Gebiete und namentlich auch auf das ganze wirtschaftliche Leben.

Genügte es daher in früheren Kriegen, die Presse nur einer Kontrolle auf streng militärischem Gebiete zu unterwerfen, so könnte mit solchen Maßnahmen derzeit das Auslangen nicht gefunden werden, sie wären für die gegenwärtigen, ins Riesenhafte gewachsenen Verhältnisse viel zu enge.

Wollen wir unsere Kriegsziele erreichen und zu einem erfolgreichen Abschlusse des Krieges gelangen, so ist es unumgänglich nötig, gewisse Beschränkungen in der Berichterstattung auf alle jene Gebiete auszudehnen, die in diesen Krieg einbezogen wurden.

Wir haben auf militärischem Gebiete große Erfolge erzielt, Erfolge, die dem Gegner, will er uns niederringen, nur die Hoffnung lassen, auf anderem als militärischem Gebiete unser Herr zu werden. Die Feinde verfolgen daher mit größter Aufmerksamkeit unser öffentliches Leben, sie haben ein sehr feines Ohr selbst für die leiseste Regung von Mutlosigkeit unsererseits; wir müssen auf der Hut sein, wir dürfen keine Unvorsichtigkeiten durch Äußerungen begehen, welche Handhaben für die Aufrichtung des gesunkenen Mutes der feindlichen Völker bieten könnten.

Es sind uns wiederholt Äußerungen der feindlichen Presse bekannt geworden, in welchen Darstellungen und Mitteilungen unserer Presse eine Deutung gegeben wurde, die gewiß nicht in der Absicht dieser Presse gelegen war, trotzdem aber von den Feinden zu unserem Nachteile verwertet wurde, . . . *(Abgeordneter Dr. Rybář: Das läßt sich nicht vermeiden!)* Sehr schwer — das gebe ich vollkommen zu . . ., insbesondere um den Kampfesmut in den eigenen Reihen anzufachen und für die Verlängerung des Krieges Stimmung zu machen.

Je mehr wir uns der von allen ersehnten Friedenszeit nähern und je stärker sonach die Diplomatie in den Vordergrund tritt, um so vorsichtiger müssen die Nachrichten über außenpolitische Angelegenheiten behandelt werden.

Es kann daher beispielsweise die Veröffentlichung von scheinbar belanglosen Vorgängen und Äußerlichkeiten, wie Zusammenkünfte von Ministern, Diplomaten, Besprechungen und Konferenzen, von großer Bedeutung und von schädlichem Einfluß für die Durchführung von Aktionen sein.

Hervorheben möchte ich hierbei, daß gerade auf diesem Gebiete bei der Handhabung der Zensur eine Einflußnahme jener Faktoren notwendig erscheint, welche allein in der Lage sind, die Folgen unzeitgemäßer Veröffentlichungen zu beurteilen.

Aufgabe der Regierung ist es, diese öffentlichen Interessen zu schützen; dies ist aber nur dann möglich, wenn der Regierung auch das geeignete Mittel hierzu eingeräumt wird. Diesem Zwecke soll die Kriegszensur, auf welche ganz zu verzichten derzeit wohl noch schwer ist, dienen.

Ich möchte hierbei darauf hinweisen, daß Österreich keineswegs der einzige Staat ist, der die nicht auf rein militärische Fragen beschränkte Kriegszensur ausübt.

Sie besteht auch in Ungarn, wo sie erst vor einigen Monaten durch einen in der Tagespresse verlautbarten Erlaß des königlich ungarischen Justizministers neugeregelt wurde und sich unter anderem gleichfalls auf die mit der Kriegführung zusammenhängende auswärtige Politik bezieht. *(Abgeordneter Dr. Šmeral: Wo ist bei uns die Zensur konzentriert?)* Ich komme darauf zurück, desgleichen fehlt sie nicht in Deutschland und in den anderen mit uns verbündeten Staaten.

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß auch die übrigen kriegführenden Staaten die Preßzensur ungemein scharf handhaben und daß dort vielfach viel weiter als bei uns gegangen wird. Diesbezügliche Nachrichten aus Amerika lassen keinen Zweifel darüber.

Die italienische Zensur ist eine besonders scharfe, wie gerade letzhin der „Corriere della Sera“ klagte. Ebenso haben französische Blätter ihre weißen Flecke, viel weiter geht aber England. Dort kann die Regierung auf Grund eines Kriegsdekretes nicht nur die Zeitungen selbst einstellen, sondern auch die Druckereien mit Beschlag belegen.

*(Abgeordneter Dr. Rybař: Das ist auch bei uns geschehen!)* Aber nicht auf Grund der Zensurvorschriften, sondern in anderer Form. Es besteht in England direkt die Möglichkeit, die Druckerei einer eingestellten Zeitung zu beschlagnahmen und so einfach die ganze Existenz des Blattes zu vernichten. Und wenn ein Blatt in England dahin kommt, trotzdem irgendwie unter einem anderen Namen wieder aufzuerstehen, so wird ihm sein Erscheinen durch Verweigerung des Papierbezuges unmöglich gemacht.

Trotz allem halte ich es aber für unbedingt geboten vorzubeugen, daß bei den Beschränkungen der Presse nicht über das Maß des dringend Notwendigen hinausgegangen und namentlich, daß die Zensur nicht auf Fragen ausgedehnt werde, die mit der Kriegführung in keinem Zusammenhange stehen. Ich gebe zu, daß in dieser Richtung gewisse zu weitgehende Gewalten zur Anwendung gekommen sind.

Im Laufe der Jahre sind mannigfache Klagen über die Handhabung der Zensur laut geworden, und ich stehe nicht an zu erklären, daß diese Klagen in vielfacher Beziehung einer Berechtigung nicht entbehren.

Ein vollkommen klagloser Zustand und insbesondere auch eine vollständige Gleichmäßigkeit in der Handhabung der Zensur wird allerdings — wie wir uns nicht verhehlen dürfen — kaum je zu erzielen sein; es darf nicht übersehen werden, daß die Zahl der mit diesen Geschäften in allen Verwaltungsgebieten betrauten Funktionäre eine überaus große ist und daß bei keinem anderen Zweige der Verwaltungstätigkeit das subjektive Empfinden des öffentlichen Organes so in den Vordergrund tritt, wie gerade bei der Ausübung der Zensur. Dazu kommt noch die Hast, mit der die Arbeit zumeist in der Nacht in kürzester Frist bewältigt werden muß, die Verantwortung, die dem Zensor auferlegt wird, was alles dazu beiträgt, daß nicht alle Zensoren immer gleicher Ansicht sind und manche von ihnen infolge Ängstlichkeit mitunter mehr inhibieren als unbedingt notwendig wäre.

Um jeden Preis muß aber getrachtet werden, soweit irgend möglich, Ordnung in die Zensurverhältnisse zu bringen und den Klagen, die offenbar begründet sind, Rechnung zu tragen. Hierher gehören insbesondere die Beschwerden über die Unsicherheit auf dem Gebiete der Zensur, ihre Ausdehnung auf Veröffentlichungen, die mit der Kriegführung nichts zu tun haben, sowie über die unklaren Verhältnisse, die sich auf die Beschwerdemöglichkeit beziehen.

Die Regierung hat daher eine Neuregelung der Zensur in Aussicht genommen, die im wesentlichen dahin geht, zu veranlassen, daß die vorgelegten Pflichtexemplare von den zuständigen Preßbehörden erster Instanz — wie es auch zu Friedenszeiten der Fall war — stets zunächst in der Richtung geprüft werden, ob ein nach den allgemeinen Strafgesetzen zu ahndender Tatbestand vorliegt. Ist dies der Fall, so ist das im Preßgesetze, beziehungsweise in der Strafprozeßordnung vorgesehene Verfahren einzuleiten.

Liegt ein strafbarer Tatbestand nicht vor, kann eine weitere Beanstandung durch die Zensur auf Grund des Ausnahmsgesetzes nur dann erfolgen, wenn es sich um die Veröffentlichung von Nachrichten handelt, durch die tatsächlich die Interessen der Kriegführung ernstlich beeinträchtigt werden könnten. Um der bisherigen Unsicherheit und weiteren Übergriffen zu begegnen, wird zugleich getrachtet werden, jene Gebiete, auf welche sich die Kriegszensur bezieht, näher zu umgrenzen. Eine genaue Aufzählung der speziellen Fälle, die hier in Betracht kommen, ist naturgemäß nicht möglich; doch lassen sich die allgemeinen Umrisse wenigstens durch Anführung von Beispielen näher bestimmen. Immer muß aber der Grundsatz zur Richtschnur dienen, daß die Zensur nur dort berechtigt ist einzugreifen, wo ein unmittelbarer oder mittelbarer Zusammenhang mit den Interessen der Kriegführung besteht. Hauptsächlich handelt es sich also — wie bereits früher angedeutet — um Nachrichten, die militärische Fragen betreffen oder in das Fach des auswärtigen Amtes einschlagen. Ausdrücklich soll aber betont werden, daß Fragen rein politischer Natur oder solche, die die Kriegführung überhaupt nicht berühren, der Zensur nicht unterliegen.

Gleichzeitig wird schließlich veranlaßt werden, daß die Ausübung der nicht durch Verstöße gegen das Strafgesetz, sondern durch die militärischen und außenpolitischen Rücksichten veranlaßten Zensur künftighin von den politischen, beziehungsweise Polizeibehörden zu übernehmen ist, denen sie im Sinne des Gesetzes tatsächlich zusteht. Bisher sind nämlich diese Agenden dort, wo Staatsanwaltschaften ihren Sitz haben, aus praktischen Erwägungen, namentlich, da sie schon zu Friedenszeiten über entsprechende Kräfte zur Handhabung der Preßkontrolle verfügten, von den Staatsanwaltschaften namens der politischen Verwaltung besorgt worden.

Wenn auch die staatsanwaltschaftlichen Organe der ihr übertragenen Aufgabe mit großer Aufopferung oblagen und die politische Verwaltung, die während des Krieges durch andere wichtige Agenden sehr in Anspruch genommen ist, in dankenswerter Weise bedeutend entlasteten, so hatte diese Einrichtung doch den Nachteil, daß bezüglich der Beschwerdemöglichkeit gegen solche Verfügungen der Staatsanwaltschaften nicht volle Klarheit herrschte und die Anomalie bestand, daß für die Amtsführung der der Justizverwaltung unterstehenden Organe in letzter Instanz ein anderes Ressort die Verantwortung zu tragen hatte.

Künftighin wird also die Regel gelten, daß die Prüfung der Druckschriften in bezug auf das Vorhandensein eines strafbaren Tatbestandes in erster Reihe den staatsanwaltschaftlichen Organen unter Aufsicht der ihnen organisationsgemäß übergeordneten Behörden obliegt. Wenn eine Konfiskation verfügt wird, hat die Zeitung den Anspruch auf die Ausfertigung eines mit Gründen versehenen Erkenntnisses, dessen Aufrechterhaltung von der gerichtlichen Bestätigung abhängt, und stehen der Partei die weiteren in der Strafprozeßordnung normierten Rechtsmittel offen.

Muß die Unterdrückung einer Zeitungsnachricht auf Grund des Ausnahmsgesetzes von der politischen, beziehungsweise Polizeibehörde verfügt werden, so hat die Partei gleichfalls das Recht, die Fällung eines Erkenntnisses zu verlangen und bleibt ihr der Rechtszug im administrativen Instanzenzuge — also Beschwerde an die politische Landesstelle, in letzter Instanz an das Ministerium des Innern — gewahrt.

Auf diese Weise wird — wie zu hoffen ist — größere Klarheit in die Zensurverhältnisse gebracht werden, indem man hiernach auch dem normalen Friedenszustande näher kommt.

Die auf dem Artikel IX der Strafgesetznovelle beruhende Verordnung, betreffend die Verpflichtung der Vorlage von rein militärischen Artikeln zur Genehmigung, müßte selbstverständlich unverändert bleiben.

Auch bliebe es den Zeitungsredaktionen weiterhin unbenommen, sonstige Artikel, insbesondere solche, die die auswärtige Politik berühren, den ständigen Behörden vor der Drucklegung zur Durchsicht vorzulegen, um sich zu vergewissern, daß nicht etwa erst bei der Hinterlegung des Pflichtexemplares eine Beanstandung seitens der Zensur erfolgt und hierdurch der ominöse weiße Fleck entsteht. *(Abgeordneter Wolf: Es wird doch kein Pflichtexemplar hinterlegt, sondern der Abzug!)* Ja, der Bürstenabzug.

Zur Hintanhaltung von Übergriffen wird gegebenenfalls die in Aussicht genommene und bereits erwähnte Anordnung beitragen, daß dem freien Ermessen des Zensors viel weniger Spielraum gelassen wird, indem die rein politischen Artikel nur mehr gerade so wie im Frieden auf Grund des Strafgesetzes, nicht aber von der politischen Zensur beanstandet werden können und daß der Kreis der der Zensur noch unterliegenden Gebiete näher umschrieben wird.

Dieser Umstand im Zusammenhange mit der Regelung der Kompetenzen und der gesicherten Beschwerdemöglichkeit — speziell auf diesem Gebiete sind mir immer Klagen zugekommen — wird hoffentlich eine Besserung gegenüber dem von Rednern, ich möchte sagen, von allen Herren gerügten bisherigen Zustande zur Folge haben.

Auch für die möglichst allseitige Beschleunigung bei der Handhabung der Zensur wird Sorge getragen werden; um Verzögerungen hintanzuhalten, wird es auch notwendig sein, daß die staatsanwaltschaftlichen und politischen Behörden, zwischen denen die Kompetenzen in bezug auf die Preßpolizei künftighin geteilt sein sollen, im kürzesten Wege miteinander verkehren und soweit als möglich die bezüglichen Amtshandlungen im selben Raume und zur selben Zeit vornehmen.

Hohes Haus! Niemand als die Regierung selbst, der ja dabei die unangenehmste und undankbarste Aufgabe zufällt, bedauert mehr, daß die Presse nicht von jeder Fessel befreit und ihr die gewiß wünschenswerte Freiheit gegeben werden kann. Aber die hochwichtigen Interessen, die auf dem Spiele stehen, erheischen bei Fortdauer des Krieges noch den besonderen Schutz, wie ich ihn eben dargelegt.

Die Regierung glaubt jedoch mit der Regelung der Zensur, wie ich sie in großen Umrissen entwickelt habe, den Intentionen der Antragsteller und dem Bedürfnisse der Presse, soweit als es die Verhältnisse gestatten, gerecht werden zu können.

Vizepräsident **Simionovici:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. **Trylowskyj.** Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Trylowskyj:** Hohes Haus! Gleich zu Anfang des Krieges konnten wir wahrnehmen, daß unsere Zensur die Absicht hatte, alles, was zugunsten des ukrainischen Volkes ausgelegt werden könnte, zu unterdrücken und nur das in Druck erscheinen zu lassen, was zuungunsten unseres Volkes sprach. Man hat unseren Feinden erlaubt, uns anzuschwärzen und zu verläumden, man hat gestattet, uns in den schrecklichsten Farben als Verräter darzustellen, während es uns nicht erlaubt war, uns auf demselben Wege, auf dem Wege der Presse, zu wehren und zu verteidigen.

Und wenn wir versucht haben, unsere Feinde zu entlarven und zu zeigen, daß der eigentliche Russophilismus in ihrem und nicht in unserem Lager ist, so hat man unsere Broschüren und Artikel konfisziert und unterdrückt. Ich erwähne nur zum Beispiel die berühmte Broschüre des ukrainischen Schriftstellers Dr. Lozyńskyj „Über das Russophilentum bei den Polen"; es waren lauter Artikel, welche wortgetreu aus dem Polnischen in das Ukrainische übersetzt wurden. Nur einige Tage hat sich diese Broschüre, die in Deutschland gedruckt wurde, der Freiheit in Österreich erfreut, dann wurde sie konfisziert, mit einem Worte, man wollte

nicht zugeben, daß die breitere Öffentlichkeit die Wahrheit über dieses arme, verleumdete Volk erfahre. So ist es auch mit der anderen Presse, besonders mit unserer Presse in deutscher Sprache geschehen. Es handelte sich eben darum, daß die breiteren Massen des Publikums in Österreich und im Auslande nicht über die wahre Lage der Dinge informiert werden.

Wir haben zu Anfang des Krieges zwei in deutscher Sprache erscheinende Blätter in Wien gehabt: das „Ukrainische Korrespondenzblatt" und die „Ukrainischen Nachrichten". Wenn nun ein Artikel in einer oder der anderen Zeitung erschien, welcher den wahren Sachverhalt im Lande darstellte, wurde er gleich unterdrückt. Ich führe zum Beispiel einen sehr schönen Artikel des seligen ukrainischen Legionärs Meleń an, eines Sozialdemokraten, welcher längere Zeit während der ersten Invasion im Lande war, dem es gelungen ist zu entfliehen und der in den „Ukrainischen Nachrichten" einen sehr interessanten Artikel über die Stimmung beim ukrainischen Volke während der russischen Invasion veröffentlicht hat. Dieser Artikel wurde nicht zugelassen, sondern gleich unterdrückt, nur darum, weil dort günstig über unser Volk geschrieben wurde. Dasselbe passierte auch einem anderen in unserer Öffentlichkeit bekannten Mann, dem Landtagsabgeordneten Dr. Makuch, welcher einen ähnlichen Artikel in derselben Zeitung veröffentlichen wollte, was ihm selbstverständlich nicht gelungen ist. Allein das ging noch weiter. Manches wurde in Galizien in ukrainischer Sprache zu drucken gestattet — denn sonst haben unsere Landsleute nur das aus den Zeitungen erfahren, was sie ohnehin schon wußten —, aber man hat nicht gestattet, dasselbe, was in Lemberg in ukrainischer Sprache gedruckt werden durfte, hier in deutscher Sprache erscheinen zu lassen, nur aus dem Grunde, damit nicht weitere Kreise der deutschen Öffentlichkeit, damit nicht die übrigen Behörden usw. erfahren, wie eigentlich die Sache im Lande steht. Wir haben ja erfahren, daß unser Volk unter diese vier Auserwählten gehört, welche von der Militärbehörde als Verräter gestempelt wurden. Man hat wahrscheinlich darum, um die Behörde zu rechtfertigen, nicht gestattet, unser Land und unser Volk im wahren Lichte erscheinen zu lassen.

Wir könnten auch einen ganzen Haufen von solchen Fällen anführen, welche die Sache bald im heiteren Licht, bald in einem traurigen Licht erscheinen lassen. Ich führe nur einige Tatsachen beispielsweise an. Unser Kollege, der Herr Professor Dnistrianskyj, hat im Jahre 1915 im „Ukrainischen Korrespondenzblatt" ein Zitat aus dem Geschichtswerk Helferts über das Jahr 1848 angeführt. Dieses Zitat, welches die damaligen Beziehungen der Polen zu den Ukrainern behandelte, wurde unterdrückt. Es wurde nicht erlaubt, den Helfert zu zitieren, obwohl Helfert niemals in Österreich konfisziert wurde. Im selben Jahre 1915 hat derselbe Herr Abgeordnete Dr. Dnistrianskyj im „Dilo" einen Artikel zu veröffentlichen versucht, welcher eine Entgegnung auf die Ausführungen der bekannten Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform beinhaltete. Man hat ihm nicht gestattet, über dieses Thema zu schreiben, und als er persönlich den Herrn Staatsanwalt Mager befragte, warum das eigentlich geschehe, hat Herr Mager ihm erklärt, das sei nicht zeitgemäß und hat ihm nicht gestattet, über die Verwaltungsreform in Österreich zu schreiben.

Noch ein ganz interessanter Fall. Wir haben in Wolhynien drei Kommissariate der ukrainischen Legion gehabt, welche dort in verhältnismäßig kurzer Zeit 38 ukrainische Schulen gründeten. Das hat den Polen nicht gefallen und sie haben so lange intrigiert, bis man die ukrainischen Legionäre aus dem Kreise Wladimir-Wolhynski entfernte, und so sind von 19 Volksschulen nur zwei geblieben. Die anderen wurden bis zu diesem Zeitpunkte nicht eröffnet. Unser Kommissariat in Wladimir-Wolhynski hat versucht, einen Kalender für die dortige ukrainische Bevölkerung herauszugeben. Der Kalender hieß: „Ukrainischer Kalender für die orthodoxe Bevölkerung in Wolhynien". Der Kalender erschien in Lemberg und der dortige Staatsanwalt hat ihn freigelassen. Aber jemand von der militärischen Behörde war es eingefallen, daß ein Kalender für die orthodoxen Ukrainer etwas Unloyales ist. Man hat den Kalender nach Wien zum Überwachungsamte geschickt. Es dauerte ein, zwei, drei Monate, es war schon März, April, der Kalender kann nicht erscheinen, man will ihn nicht freilassen. Ich habe nach diesem Kalender geforscht und habe ihn endlich nach langem Suchen im Ministerium für äußere Angelegenheiten gefunden. Erst im Juni oder Juli wurde der Kalender freigelassen und erst im August konnte er erscheinen. Auf diese Weise hat man getrachtet, daß die Bevölkerung in Wladimir-Wolhynski nicht einmal einen eigenen Kalender in der Muttersprache bekommt.

Ich könnte noch einen sehr interessanten Fall anführen. Unsere Legion, respektive die Zentralleitung derselben hat hier in der Kriegsausstellung einen Pavillon für die ukrainische Legion errichtet und dort befinden sich Gegenstände, welche sich nicht nur auf die jetzige Legion beziehen, sondern auch solche Gegenstände, welche mit der ukrainischen Legion in den Jahren 1848 und 1849 im Zusammenhange stehen. Der ganze Pavillon war ein Dorn im Auge unserer Feinde. Man kann sich denken, was für weitgehenden Einfluß unsere nationalen Feinde haben, wenn man die Begebenheiten bei der Eröffnung dieses Pavillons in Betracht zieht. Am 1. August v. J.

wurde diese Ausstellung der ukrainischen Legion eröffnet und ich habe dabei eine Eröffnungsrede gehalten. Das amtliche Communiqué der Kriegsausstellung lautet *(liest)*:

„Abgeordneter Dr. Trylowskyj hielt eine Ansprache, in der er zunächst das Entstehen der Legion erörterte und hervorhob, daß das ukrainische Volk mit Begeisterung die Gelegenheit ergriffen habe, um im Kampfe gegen den Erbfeind seine Treue zu Kaiser und Reich beweisen zu können und mitzuhelfen bei dem großen Werke der Befreiung ihrer Brüder aus der russischen Knechtschaft. Redner verwies auf die Bestrebungen, die seit dem Jahre 1848 betätigt wurden, um das ukrainische Volk für die Verteidigung seiner nationalen Heiligtümer zu organisieren. Damals wurde mit Genehmigung des Kaisers das erste Bataillon ukrainischer Gebirgsschützen aufgestellt und die Mutter unseres Kaisers, Weiland Erzherzogin Sophie, stiftete dem Bataillon eine prachtvolle Fahnenschleife, die seither in der ukrainischen Nationalgalerie aufbewahrt wurde und jetzt im Pavillon der Kriegsausstellung zu sehen ist, ebenso wie die Fahne der kaisertreuen ukrainischen Nationalgarde von Jaworiw. Dr. Trylowskyj betonte sodann, daß der knappe zur Verfügung stehende Raum es leider nicht gestattet habe, das reiche Ausstellungsmaterial zur Gänze unterzubringen, über welches die Zentralleitung der Legion verfüge. Es wurde aber immerhin das Sehenswerteste ausgesucht und die Zentralleitung hoffe, daß die Ausstellung der ukrainischen Legion jenes Interesse finden werde, das sie verdiene. Redner schloß mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf die Person unseres Kaisers."

Hohes Haus! Dieses ganze Communiqué wurde konfisziert, es wurde nur zugelassen: „Der Abgeordnete Trylowskyj hielt eine Ansprache und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser." Die Tatsache, daß die Ukrainer so patriotisch waren, daß sie bereits im Jahre 1848 und 1849 für Österreich gutwillig in den Kampf gezogen sind, wurde unterdrückt. Man wollte nicht gestatten, daß die Behörden und das Publikum überhaupt erfahren, daß die Ukrainer bereits 1848 und 1849 freiwillig für das Reich geblutet haben. Und als meine Rede in vollem Umfange in der bekannten Czernowitzer, jetzt in Wien erscheinenden Zeitschrift „Neue Illustrierte Zeitung" erschien, wurde die ganze Rede konfisziert. Außerdem wurde auch das Porträt meiner Wenigkeit konfisziert und, da dagegen kein Rekurs ergriffen wurde, ist für alle Zeit, so lange Österreich existieren wird — man weiß ja, Austria erit in orbe ultima —, meine Photographie konfisziert und darf nicht vervielfältigt werden. Weder meinen Bekannten noch meinen Wählern darf ich eine Photographie schicken, sie wurde von der österreichischen Kriegszensur konfisziert.

Das geschah zur Zeit des Stürgkhschen Regimes, aber dasselbe geschieht auch jetzt. Exzellenz sind ja doch auch für die Freiheit der Presse, nur soll es weder den militärischen Operationen schädlich sein, noch das Ansehen des Reiches in irgendwelcher Weise gefährden.

Was soll man aber dazu sagen, daß die Reden unseres Klubobmanns konfisziert werden? Man läßt nicht zu, daß die Programmrede unseres Klubobmanns in dem hier erscheinenden ukrainischen Korrespondenzblatte veröffentlicht werde! *(Hört! Hört!)* Man gestattet nicht, daß die Wähler erfahren, was wir tun und was wir anstreben.

Ich war vor einigen Tagen bei meinen Wählern und die haben mich gefragt: „Was macht Ihr? Wir wissen nicht, was Ihr im Parlament macht." Was sollte ich aber darauf antworten? Tatsächlich werden unsere Reden und Interpellationen nicht gedruckt, da sie von der Zensur unterdrückt werden. Die Leute wissen nicht, was im Parlament geschieht. Wie können sie gute Patrioten sein? Sie wissen nicht, daß wir um das Wohl des Landes kämpfen, daß das sogar mit einem gewissen „Erfolge" geschieht. Man paktiert mit dem ukrainischen Klub, man hört, was dessen Präsidium im Namen des ukrainischen Volkes von der Regierung verlangt, aber was das Präsidium, was der Klubobmann hier im Hause vorbringt, das darf nicht gedruckt werden, das dürfen die Wähler, das darf überhaupt niemand erfahren.

Ich möchte also Seine Exzellenz bitten, diesem Unfug der Zensur ein Ende zu machen. Es ist höchste Zeit, daß das geschehe. Soll das Parlament nicht zu einer Komödie herabsinken, sollen die Wähler und das Publikum wissen, was im Parlament geschieht, so muß unbedingt eine Änderung in dieser Beziehung Platz greifen. Ich schließe mit der Erklärung, daß wir für den Antrag des Preßausschusses stimmen werden. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Daszyński.

Abgeordneter **Daszyński:** Hohes Haus! Das Interesse an dieser Debatte scheint nicht allzu groß zu sein, aber es wäre ein Irrtum, dieses geringe momentane Interesse einem geringen Interesse des Landes und der ganzen Öffentlichkeit gleichzustellen. Das Land und seine ganze Presse haben sich von den tiefen Wunden noch nicht erholt, welche ihnen die Zensur im Verlaufe der letzten drei Jahre geschlagen hat, und die ganze Presse hofft fest auf dieses Parlament, daß durch seine bloße Einberufung die Regierung zur Einkehr, ich möchte sagen zur gesunden Vernunft gebracht wird.

Ich werde mich über das Wesen der Zensur im Kriege nicht verbreiten. Aber es ist etwas

Abscheuliches, etwas Menschenunmögliches, gleichzeitig von Millionen von Menschen die höchste Anspannung ihrer Kräfte zu fordern, sie in einen Enthusiasmus, in einen Rausch möchte ich sagen, zu versetzen, der sie befähigt, alle Opfer zu tragen, gegen ganze Völker vorzugehen, ihre ganze Jugend herzugeben und zugleich diesen seelischen Bewegungen die brutalen, dummen, unmöglichen Fesseln der Zensur anzulegen. Es ist ein solcher Widerspruch zwischen einem sich erhebenden Volke und zwischen dieser ganzen Meute von hinausgesendeten Leuten, die jedes Wort dieses Volkes beaufsichtigen, daß, meine Herren, schon in diesem Umstande allein unsere ganze moralische Schwäche sich offenbart.

Und erst die Handhabung dieser Zensur! Diese drei Jahre sind ja ein schreiender Beweis, wie moralisch unvorbereitet dieser Staat und seine Ämter und seine Regierung in den großen Krieg eingetreten sind. Es ist direkt ein Mißtrauen gegen ganze Völker als die Grundlage, als der Ausgangspunkt des Krieges zu betrachten. Ich war so unglücklich, am 27. Juli 1914 hier zu sein. Ich habe damals mit einem aktiven Minister gesprochen und da hat er sich gerühmt: „Na, sehen Sie, Herr Abgeordneter, wie schön wir das gemacht haben, daß wir zuerst alle Reservisten aus Böhmen herausgenommen hatten, damit niemand im Lande bleibe, um gegen diesen Krieg zu protestieren." Wissen Sie, mit einem solchen Mittelchen greift man in das ganze Volk hinein und man glaubt, daß das eine Kriegspolitik ist. Man vermutete nicht, daß dieser Krieg so lange dauern werde, daß er so lange die Anspannung aller Kräfte erfordern werde, und man hat sich ganz im alten Geiste, im alten Gleise dahintrottend nur für die ersten Wochen, für die ersten Monate vorbereitet, ohne die Größe des Momentes zu erkennen.

Und die ganze Geschichte dieser Zensur ist ja nichts anderes als ein Beweis für die Kleinlichkeit und die Schäbigkeit des amtlichen Geistes in Österreich. Man hat, meine Herren, das menschliche Wort, das geeignetste Ausdrucksmittel der Seele, in Ketten geschlagen, ohne zu beachten, was daraus werden wird, werden muß, man hat sich nicht gescheut, Leute, die direkt einfältig, dumm und borniert waren, als Hüter des menschlichen Wortes im Kriege aufzustellen. Was soll ich zu einer Tatsache sagen, wie der, die ich Ihnen anführen werde?

Am 13. August 1914, also mehr als eine Woche nach der Kriegserklärung Österreichs, an Rußland, wurde der „Naprzód", mein Blatt in Krakau konfisziert, und zwar wegen Angriffe gegen Rußland als eine „befreundete Staatsmacht", Rußland galt also noch am 13. August 1914 als die befreundete Staatsmacht, weil der Idiot 20 Jahre hindurch Rußland in Schutz genommen hatte, weil er es sich nicht vorstellen konnte, daß das zarische Rußland gegen uns ist. Und dieser Mann hat ganz ruhig die Angabe der Konfiskationsgründe wegen der Angriffe auf die „befreundete Staatsmacht" unterschrieben. Was soll ich dazu sagen? Und das ist inappellabel, es ist kein Rat gegen diesen Mann. Und wenn ich mit einer Beschwerde aufgetreten bin, so hat man gesagt, natürlich, du bist kein guter Patriot, weil du gegen die Verfügungen der österreichischen Staatsbehörden in einer solch schweren Zeit auftrittst. Ich will nicht sagen, daß einzig und allein die Dummheit der Leute das Motiv der konfiszierenden Staatsanwälte waren, es war auch noch etwas anderes, es war die Feigheit, die herangezüchtete Feigheit des Beamten, der avancieren will, und der alle zwei bis drei Tage irgendeine Anweisung aus Wien bekommt: Das ist erlaubt und das ist unerlaubt. Und da sagt er sich, es ist auf alle Fälle besser, wenn ich konfisziere, denn dann habe ich nichts verbrochen, was unerlaubt ist. Daß der Presse eine Wunde geschlagen wird, daß die Presse erschüttert wird, daß ganze Postzüge für die Expedition des Blattes deswegen nicht in Frage kommen, daß schließlich der Redakteur nicht weiß, woran er sich zu halten hat und daß das große Publikum Gott weiß was hinter diesen weißen Flecken vermutet, das geht diesen strebsamen Beamten nichts an. Er konfisziert auf alle Fälle, denn dann geschieht kein Unglück, höchstens nur ein weißer Fleck.

Es ist aber auch eine tiefe Unwissenheit und ein Mangel an allgemeiner Bildung unter diesen Beamten zu verspüren.

Sie mögen sehr gute Staatsanwälte, sie mögen sehr eifrige Polizeikommissäre gewesen sein, Dieben und Hehlern vielleicht ausgezeichnet nachgejagt haben, aber sie sind plötzlich berufen, ein Zensuramt auszuüben, und da geschieht nun eine Unmöglichkeit nach der andern.

Ich werde nicht die Zahl der Tatsachen hier ungebührlicherweise vermehren, aber es sind Dinge geschehen, die wirklich schon der Vernunft spotten.

Was wollen Sie, meine Herren, zu einer Konfiskation sagen, die sich folgendermaßen darstellt: Das „Neue Wiener Journal" bringt von der Front, von seinem Kriegskorrespondenten eine Depesche, daß in Beßarabien reichlicher Schneefall ist. Wir drucken es ab, wir werden aber konfisziert, und zwar aus militärischen Rücksichten, damit die Russen nicht via Krakau von einem polnischen Tagblatt erfahren, daß in Beßarabien an der russischen Front Schnee fällt!

Wir haben dagegen protestiert. Die Konfiskation wurde damit begründet, daß zufolge einer höheren Weisung die meteorologischen Verhältnisse des Landes dem Feinde nicht preisgegeben werden dürfen, der ja nur darauf lauert, zu erfahren, ob

an der Front Schnee fällt oder nicht. Das ist schon wirklich Mangel an notwendigster Überlegung. Oder unser Blatt wurde konfisziert wegen des Abdruckes aus dem „Pester Lloyd", daß zwischen dem Lovcen und irgendeinem Punkte an der Küste die Entfernung in der Luftlinie 90 Kilometer beträgt. Vergebens habe ich dem Staatsanwalt erklärt, der Feind könne das ja durch Ausmessung auf der erstbesten Landkarte erfahren, es brauche doch nicht erst das Krakauer Blatt „Naprzód" konfisziert zu werden, um zu erfahren, daß von dem Lovcen bis zu irgendeinem Orte an der Küste die Entfernung in der Luftlinie 90 Kilometer beträgt.

Nein, sagte er, die Verhältnisse an der Front sind derartige, daß man den Feind nicht aufklären soll. So schaut die militärische Zensur aus.

Sehr oft hat der Zensor so seines Amtes gewaltet, daß wir direkt nicht wußten, ob der Mann nicht ein Russophile ist, ein russischer Agent. Ich werde wiederum ein Beispiel anführen. Wir haben die Folgen der russischen Invasion in Boryslaw in einer Zuschrift aus Boryslaw geschildert. Die Schilderung zerfiel in zwei Teile.

Der erste Teil handelte von der humanen Betätigung der russischen Kommandeure, in der ersten Phase der Invasion brauchten die Russen nicht inhuman zu sein.

Der zweite Teil beschrieb das furchtbare Wüten der Russen beim Verlassen des Ortes, indem sie Schächte, Ölreservoirs anzündeten, Öl ausfließen ließen usw. Zu meiner Verzweiflung lese ich, daß der zweite Teil konfisziert wird, während der erste Teil geblieben ist, wo die Russen als humane Gegner, als Leute, die sich der Bevölkerung gegenüber sehr milde und menschlich verhielten, geschildert wurden.

Als wir wiederum an den Staatsanwalt appellierten und ihn fragten: Ja, wie ist denn das möglich, sagte er: Ich bin ihnen nicht verantwortlich, ich habe meine Weisung vom Kriegsüberwachungsamt und ich halte mich streng an diese Weisung.

Ich habe zwei Memoranden an die Regierung des seligen Grafen Stürgkh geschickt, in welchem ich eine große Anzahl dieser Hirnrissigkeiten des Krakauer Zensors nur einem Blatte gegenüber beschrieb. Bisnun habe ich nicht einen Hauch von einer Antwort auf diese meine Klagen bekommen, drei Jahre lang. Im Gegenteil, wenn wir uns dann später gegen die Regierung Stürgkh wenden mußten wegen der Nichteinberufung des Parlaments, wegen all dieser Schande, die seit Juni dieses Jahres im Parlament mit Zuhilfenahme der hohen Regierung, die jetzt vor uns steht, eifrig beseitigt wird. Wie wir in der harmlosesten Weise irgendwelche Bemerkungen gegen die Regierung Stürgkh machten, war die ganze Meute der Zensur hinter uns her. Es war wirklich eine Schande, vor der Welt zu erscheinen, es war, als ob wir uns bemühten, dem Publikum absichtlich so viel weiße Flecke als möglich zu bieten; manchmal erschienen 50 Prozent des Blattes als weißer Fleck. Charakteristisch ist, was ich nach dem gewaltsamen Tode des Grafen Stürgkh von einem Staatsmann, einem alten Herrn über 70 Jahre, gehört habe, der mit mir eine Stunde nach dem Tode des Grafen Stürgkh über diese schwere Zeit gesprochen hat. Er sagte: Mein Herr, jeder vernünftige Mensch mußte wissen, wozu diese Regierung führte; denn den seligen Kaiser von seinen Völkern vollständig absperren, das hungrige Land unterdrücken und noch dazu die Presse knebeln, ist so, als ob man unter einem verschlossenen Dampfkessel heizt bis zu dem Momente, wo der Kessel zerspringen muß. Die Unvernunft der Stürgkhschen Zensur führte zum Stürgkhschen tragischen Tode und das ist das größte, das frivolste Spiel mit den gesündesten Maximen der Kunst, die Staaten und Völker zu lenken, so die Zensur auszuüben, wie die Regierung Stürgkh sie ausgeübt hat. Im Lichte dieser Zensur spiegelte sich die ganze Niedertracht der Absichten der vorigen Regierung, sie spiegelte sich dadurch, daß man sich nicht scheute, die Zensur zu gebrauchen zum Schutze des gemeinen Wuchers. Der Wucher stand bei uns unter dem Schutze der Zensur *(Zustimmung)*, es wurde hier nach Jahren im Budgetausschusse öffentlich erklärt, daß die Zentralen deswegen so verschlampt, so vernachlässigt waren, so wirklich ohne jede Kontrolle krumm gewachsen, weil die öffentliche Meinung, die öffentliche Kritik im Interesse des Wuchers zensuriert wurde. Meine Herren! Man stellte sich so, als ob die Zensur das Wohl des Staates immer im Auge hätte. Aber das Wohl des Staates war sehr oft die Unversehrtheit eines unfähigen, geschlagenen Generals, der seine Truppen in das Verderben geschickt hatte, dessen Leichtsinn ganze Abteilungen von Kavallerie auf die Maschinengewehre loskommandierte. Solche Generale hatten wir in den ersten Monaten schon fünf oder sechs Dutzend in Österreich gehabt. Niederlage auf Niederlage sauste auf das Volk und auf den Staat und es wurde alles zerrüttet, was noch zusammenhielt, es wurde jeder Glaube genommen, es wurde der tiefste Stand erreicht; gerade damals wütete die Zensur zum Schutze dieser Generale. Und bis heute noch sind wir nicht frei, um diese Niederlagen auch in der krassesten Form irgendwie in der Presse zu besprechen. Bis heute sind wir nicht frei, meine Herren, das schändliche Vorgehen der einzelnen Kommandanten, die henkten — in einigen Stunden wurden ja Dutzende von unschuldigen Leuten gehenkt — bis heute haben wir nicht die Freiheit erlebt, nicht diese Urteile, denn das sind

ja keine Urteile, diese blutige Schande Österreichs irgendwie frei zu besprechen. Die „Arbeiter-Zeitung" und die sozialistische Presse in Österreich hat wahrhaftig einen guten Dienst geleistet, indem sie die Urteile ohne Komentar zitierte. Aber glauben Sie mir, meine Herren, daß eine Menge von diesen Urteilen unmöglich wäre, wäre der Gedanke lebendig, daß es morgen in der Zeitung nicht besprochen, sondern gedruckt wird. Aber das war ja alles Geheimnis. Es waren zwei Reihen von geistigen Leben. Die eine Reihe war falsch unterschrieben: bis zum Siege durchhalten, Schulter an Schulter, offiziell verlogen, für die Kinder; die andere Reihe der Gedanken und das andere geistige Leben lautete: es ist alles nicht wahr, es ist alles falsch, es ist alles erlogen, es ist alles offiziell, warum? Weil man darüber nicht schreiben darf, weil die Zensur nicht zuläßt, daß einmal die Wahrheit gesprochen werde. Und das ist, meine Herren, der Krebsschaden unseres geistigen Kriegslebens und Erlebens die drei Jahre lang; und damit soll aufgehört werden nicht nur im Interesse dieses Hauses, nicht nur im Interesse der Opposition, der Parteien usw., sondern im Interesse des Staates, damit dieser Staat nicht zur Karikatur herabsinke in der Familie der großen Völker der Welt. Denn das, was sich die österreichische Presse unter dem Drucke der Zensur erlaubte, diese Verlogenheit, dieses kindliche Lallen von Unwahrheiten, die jede Pensionärin als Unwahrheiten erkannte, das stempelt uns zu einem Volke nicht der Phäaken — denn das waren wir einmal — aber der Phäaken, die in die niedrigsten Heloten umgewandelt sind. Meine Herren, im Interesse des Ernstes der Opfer, die noch zu tragen sind, im Interesse der menschlichen Möglichkeit der Existenz dieses Staates, im Interesse der Verwaltung selbst müßte die Regierung für die Freiheit der Presse, für die vollständige Freiheit der Presse eintreten. Denn ich behaupte, daß es nicht wahr ist, daß wir etwas im militärischen Sinne zu verbergen hätten. Es ist wichtiger für uns, ob es regnet oder nicht regnet, als ob dort hunderttausend Soldaten oder hundertfünfzigtausend Soldaten aufgestellt sind; denn wenn es nicht regnet, haben wir keine Futtermittel, kein Heu und kein Stroh, und dann haben wir keinen Viehstand und haben keine Milch, keine Butter und kein Fett. Und da können wir auch nicht durchhalten, wenn die Regierungspresse Gott weiß wie heiser sich schreit nach dem Durchhalten. Und es ist nicht wahr und nicht möglich, meine Herren, daß nach drei Jahren im vierten Kriegsjahre die Gegner nicht wissen, wie wir bestellt sind. Und wir verlieren gar nichts, wenn wir diesen oder jenen General kritisieren. Im Gegenteil, wenn es einmal freisteht, auch über die militärischen Dinge zu sprechen in den Grenzen, die wir ja selbst gern anerkennen wollen, die von uns selbst abgesteckt werden können, dann kommt das köstlichste Gut wiederum zurück, das Vertrauen, daß die österreichisch-ungarische Armee durch Leute kommandiert wird, die die öffentliche Kritik vertragen, die nicht hinter der Zensur sich verstecken.

Aber, meine Herren, was sollen gewöhnliche Sterbliche über die Zensur klagen, wenn der Kaiser selbst konfisziert wurde. Ja, meine Herren, es war nach dem 15. August 1915, dem erhebenden Tage der Einnahme von Warschau, und auf Grund einer austro-polnischen Politik, auf Grund einer Politik, der Kaiser Franz Josef der I. huldigte, die er durchführen wollte, hat der Polenklub sich hier feierlich versammelt — ich gehörte damals noch nicht zum Polenklub — und am 10. August hat er in einer feierlichen Depesche dem Kaiser Franz Josef den polnischen Jagellonenthron und die Stadt Warschau als seine dritte Residenzstadt angeboten. Diese Depesche wurde in ihrer Gänze konfisziert. Und als es nach einigen Monaten dazu kam, daß der Polenklub in Krakau am 29. April tagte, hatte damals der Polenklub auch eine Huldigungsdepesche an den Kaiser abgesendet, daß alle Polen auf ihn hoffen und daß die Polen die Zuversicht aussprechen, es möge seiner Weisheit, seiner Beliebtheit, seiner greisen Milde in Europa gelingen, die polnischen Wünsche, die zugleich die österreichischen Wünsche darstellten, zu verwirklichen. Und der alte Kaiser hat in seiner Art und Weise, in huldvollster Weise geantwortet, aber die Depesche des Kaisers wurde am 1. Mai in allen Blättern in Krakau konfisziert — nichts mehr, nur die Depesche des Kaisers mit der Unterschrift sogar! Und als wir fragten, wer das verfügen konnte in Österreich, hat man uns einen tschechisch-österreichisch klingenden Oberstleutnants-Namen genannt. Da haben wir natürlich den Kopf in Demut gebeugt *(Heiterkeit)*, denn irgendein Wenzel in österreichischer Uniform, in österreichischen Diensten war mächtiger als der Kaiser von Österreich und apostolische König von Ungarn. Denn wenn der Oberstleutnant den Kaiser konfiszieren konnte und nicht der Kaiser den Oberstleutnant, so ist es evident, daß der Oberstleutnant in Österreich regiert und nicht der Kaiser und nicht der Minister. Und es war so mit Hilfe der Zensur. Ich erinnere an die Worte von einem Kronrate, vom Grafen Stürgkh gesprochen am Anfang des Krieges: Als sich der Kaiser an den Grafen Stürgkh wendete und ihn fragte: Warum gehen Sie nicht analog vor wie Ihr ungarischer Kollege? sagte damals der Graf Stürgkh: Majestät ich kann jeden Tag verhaftet werden! Und es ist so, daß, wo die Depeschen des Kaisers konfisziert werden konnten, auch der Minister jeden Tag verhaftet werden konnte. Und das ist die Folie, auf der sich das Kriegsüberwachungsamt entwickelte in diesen unseligen drei Jahren; das ist die unheimliche Sphäre eines

Fehmgerichtes, wo der Herr Hofrat Svoboda über den Wässern thronte, drei Jahre lang!

Der unscheinbare, urban denkende Polizeibeamte war diese drei Jahre lang tatsächlich unser regierender Herrscher, war unsere Regierung, war alles auf dem Gebiete des geistigen Lebens. Es ist wirklich so gewesen, daß, wenn wir zu irgendeinem Minister gekommen sind wegen der Konfiskationen, er gesagt hat: Nein, das ist nicht meine Sache! Wir sind zum Justizminister gegangen — nein, das war nicht seine Sache; zum Minister des Innern — es war nicht seine Sache; zum Ministerpräsidenten — es war nicht seine Sache, und zum Herrn Svoboda durften wir nicht gehen, weil wir dort einfach nicht eingelassen wurden, weil es wirklich ungeheure Mühe kostete, um in das Kriegsüberwachungs-Amtsgebäude sich hineinzuwagen, denn da war ein System von Türen und von Adjutanten, von Gott weiß was allem eingeführt, alles in einer sehr feinsinnigen Weise eingerichtet, damit ja niemand in das Sanktissimum, in das Allerheiligste eindringen könne, wo der Herr Polizeirat oder Hofraf Svoboda thronte, und verfügte, was zu drucken und was zu unterdrücken war.

Meine Herren! Wir erachten es als eine sehr gesunde Reaktion, daß wir diese Einrichtung mit Stumpf und Stiel ausrotten, daß vom Kriegsüberwachungsamt nichts bleiben soll, was an frühere Zeiten erinnern könnte. *(Abgeordneter Dr. Witt: Leider werden wir die Möglichkeit nicht haben!)* Ich bitte, Herr Doktor, wir werden die Möglichkeit haben, wir haben das Budgetrecht in unseren Händen! *(Abgeordneter Dr. Diamand: Machen wir nur Gebrauch davon!)* Ja, machen wir nur Gebrauch davon und Sie werden sehen, daß der Herr Hofrat Svoboda gerne konstitutioneller Beamter werden wird. *(Heiterkeit!)* Ich kenne den Herrn Hofrat als einen sehr tüchtigen Regierungsvertreter seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten, und ich weiß, daß der Herr Hofrat Svoboda sich nicht steifen wird. *(Abgeordneter Glöckel: „Svoboda" heißt doch „Freiheit!" — Lebhafte Heiterkeit!)*

Wollen Sie, daß das Wort „Durchhalten" nicht zum Spott und Gelächter der Straßenkinder wird, so müssen Sie hier auf dem Gebiete der Zensur, welche Sie nichts kostet — nur unsere Schande kostet sie —, energisch vorgehen. Weg mit den Fesseln und Ketten des freien Wortes im Kriege, wo ganze Völker ihr Leben in die Schanze schlagen, wo im Hinterlande ein ganzes Geschlecht mit dem Hunger ringt und mit dem noch schrecklicheren Gedanken, was wir in dem kommenden Winter erleben werden! Nieder mit Zensur! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der nächste Redner, der Herr Abgeordnete Hillebrand.

Abgeordneter **Hillebrand:** Meine Herren! Wir haben hinter uns eine dreijährige Epoche ausgefüllt mit Akten unerhörtester Gewalt, die die Regierung auf allen Gebieten geübt hat, die ihr erreichbar waren; ein Regime so furchtbar und schrecklich, wie es auch in diesem unglücklichen Reiche vorher völlig unbekannt war. Wir haben hinter uns drei Jahre, ausgefüllt mit Schmerz und Schande, drei Jahre voll der empörendsten Dinge, die hier schon bei verschiedenen Anlässen mit so erschütternder Wucht zur Sprache kamen. Das Regime, von dem ich spreche, begann mit der Ausschaltung des Parlamentes. Wir wissen, daß der damalige Chef der Regierung, Graf Stürgkh, aus guten Gründen sich zu diesem System entschloß. Ein feudaler Großgrundbesitzer, der seinerzeit in ungründigem Haß dem allgemeinen gleichen Wahlrecht entgegengetreten war und der in diesem Hause des gleichen Wahlrechtes seine Niederlage verkörpert fand. Graf Stürgkh, wollte von diesem Hause im vorhinein nichts wissen. Der Haß gegen das Wahlrecht lebte fort in ihm und überdies war es ja natürlich um so vieles bequemer, ohne das Haus und ohne die Kritik dieses Hauses in Österreich zu schalten und zu walten, zu regieren. Mit der Ausschaltung des Hauses begann diese Schreckenszeit und man geht wohl nicht fehl, wenn man glaubt, daß die Ausschaltung des Parlamentes auch schon deswegen geschah, um freie Hand zu bekommen für die nachfolgende Zeit, für die Zeit dieses Weltkrieges. Eine § 14-Wirtschaft setzte ein, die wir überall wahrgenommen haben, mit der jetzt aufzuräumen eine so ernste und wichtige Arbeit dieses Hauses ist. Die Justiz war geschändet, das Recht war zerschlagen, eine Herrschaft des Galgens machte sich in den verschiedensten Provinzen des Reiches breit; dazu die Unterbindung jeder Kritik, die völlige Knebelung der Presse, wie wir sie kaum im Vormärz in Österreich gekannt und gehabt haben.

Merkwürdig und tief beklagenswert ist es, daß das Wüten der Zensur in Österreich zunächst auf so geringen Widerstand bei den bürgerlichen Parteien stieß, daß unsere bürgerlichen Parteien wenigstens dieses Bollwerk der Freiheit, für das die Großväter des heute lebenden Geschlechtes im Jahre 1848 auf die Barrikaden stiegen, so leichterdings preisgegeben, so schwächlich verteidigt haben. Servil und teilnahmslos ließ man in immer wachsendem Maße die Zensur über unsere Presse herfallen und den letzten Rest von Freiheit in der Meinungsäußerung zerstören und vernichten. Es mutet uns angesichts der Tatsachen, die uns hier vorgetragen worden sind, und der Tatsachen, die wir alle schaudernd erlebt haben, so seltsam an, wenn man daran erinnert, daß alles das trotz der klaren Bestimmung des Artikels 13 des Staatsgrundgesetzes möglich war, wo es heißt: „Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift

und Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern." Wo waren da wohl die gesetzlichen Schranken, beziehungsweise die Schranken der Gesetzlosigkeit?

Es gab nichts, was von dem Wüten der Zensur verschont geblieben wäre. Rücksichtslos und schrankenlos setzte die Zensur ein und drei Jahre hindurch haben wir dieses System der Knebelung wehrlos ertragen müssen. Wehrlos deswegen, weil wir die berufene Stätte, an der wir Kritik hätten üben können, das Parlament, entbehren mußten, wehrlos deswegen, weil auch jede Klage und jede Beschwerde in der Presse selbst unmöglich war, bei der Regierung selbst aber keinerlei Gehör fand. Es mußte erst, angeregt und unmittelbar veranlaßt durch das Aufflammen der russischen Revolution, der Moment kommen, wo man die Einberufung des Reichsrates im Hinblick auf die Interessen der auswärtigen Politik für unerläßlich hielt, wo einigermaßen begonnen werden konnte mit dem Abbau all des Ungeheuerlichen, mit dem Abbau des tausendfachen Unrechtes, das an den Völkern dieses Reiches innerhalb dieser drei Jahre verübt worden ist. Wir haben zum Teil schon mit den § 14-Verordnungen aufgeräumt und es ist eine wahre Lust, zu sehen, mit welcher Entschlossenheit und Entschiedenheit das Parlament nunmehr mit dieser § 14-Wirtschaft abzurechnen sich ernsthaft entschlossen hat. Es sind die Schreckensurteile, die die Völker dieses Reiches heimgesucht haben, hier in diesem Saale an den Pranger gestellt worden. In der letzten Zeit war es ja auch schon möglich, das draußen in der Presse zu tun. Nun sind wir daran, einen weiteren Schritt zu tun und mit der Knebelung der Presse aufzuräumen, die nicht minder eine Schande, die nicht minder eine schwere Schädigung, des ganzen öffentlichen Lebens ist, mit der Knebelung der Presse, die mit bewirkt hat, daß sich dieses System Stürgkh so lange zu halten in der Lage war, mit der Knebelung der Presse, die die Ursache vielfachen Unglücks ist, das wir ruhig ertragen mußten.

Worauf stützt sich diese ganze Zensur, die wir beklagen und die wir beseitigt wissen möchten? In keinem unserer Gesetze ist die Zensur vorgesehen. Allein schon aus diesem Grunde ist sie verwerflich, müssen wir uns gegen sie aufbäumen, müssen wir erklären, daß wir sie für völlig unmöglich, für durchaus verfehlt und unleidlich erachten. Das, was unter dem Namen der Zensur in diesen Jahren verübt worden ist, basiert rechtlich auf dem Gesetze über den Ausnahmszustand vom 5. Mai 1869. Aber auch dieses Gesetz gibt der Regierung keineswegs rechtlich die Möglichkeit, die Zensur in dieser Form zu üben, wie es tatsächlich geschehen ist. Trotz dieses Gesetzes über den Ausnahmszustand fehlt die rechtliche Basis völlig. Das, was hier war, war nicht das Recht, es war eben nur die Gewalt, die Tatsache, daß die Regierung die Möglichkeit der Unterdrückung alles dessen hatte, was, weil ihr unbequem und unangenehm, aus irgend einem Grunde der Veröffentlichung entzogen werden sollte. Eine Verschärfung hat die Tätigkeit der übrigen Zensoren, wie Sie alle wissen — und oft genug wurde hier darüber gesprochen — durch das famose Kriegsüberwachungsamt gefunden, dessen rechtliche Basis bis heute noch immer nicht erklärt worden ist.

Wir wissen ja, daß, wenn man jetzt auch versucht, der Sache eine neue Form zu geben, daß dieses Kriegsüberwachungsamt unter dem neuen Namen und in der neuen Form nicht minder eine ungesetzliche Institution ist, wie sie es früher war. Wenn irgendein Zensor nach der Auffassung bestimmter Herren vielleicht noch zu milde war, dann mußte das Kriegsüberwachungsamt her, und wenn es diesem schien, daß der eine oder der andere Zensor irgendeinen mißliebigen Artikel vielleicht nicht rasch genug gestrichen hatte, dann griff es von selbst ein.

Das bedeutete eine Verschärfung des Absolutismus, soweit es sich um die Presse handelt, eine Verschärfung des unerträglichen Druckes, der auf der ganzen Öffentlichkeit lastete. Die Zensoren, die auf unsere Presse losgelassen waren, waren an keinerlei Gesetze gebunden, nicht die Schranken des Strafgesetzes waren maßgebend für das Walten des Zensors, sondern ganz nach freiem Ermessen, ganz nach Willkür, nach eigenem Gutdünken, unbeengt und unbeschränkt von irgendwelchem Paragraphen, die seine Tätigkeit hätten hemmen können, konnte der Zensor sein Amt ausüben. Willkür und nichts als Willkür bei allem!

Man sagt uns, diese Zensur sei zum Schutze der militärischen Interessen notwendig. Verzeihen Sie, aber mir will scheinen, daß das Argument im vorhinein völlig lächerlich ist. Wo ist denn das Kind, das heute noch daran glaubt, daß man in der Tat durch die Zensur in der Lage wäre, zu verhüten, daß das Ausland diese oder jene Nachricht erfährt, die man nicht hinauslassen will! Wir wissen, daß trotz dieser Zensur das Ausland über verschiedene Dinge unterrichtet war, die man dem Ausland gerne verschwiegen hätte. Der Schutz der militärischen Interessen soll es sein, der vor allem das Walten der Zensur entschuldigt. Wie steht es rechtlich damit? In dem Artikel IX der Strafgesetznovelle vom Jahre 1862 heißt es *(liest)*:

„Jede durch Druckschriften veröffentlichte Mitteilung über den Plan und die Richtung militärischer Operationen des kaiserlichen Heeres oder der kaiserlichen Flotte, über die Bewegung, Stärke und den Aufstellungsort von Truppen und Schiffen, über den Zustand von Befestigungswerken, endlich

über die Aufbewahrung oder den Transport von Kriegserfordernissen begründet, wenn aus deren Beschaffenheit oder aus den obwaltenden Umständen erkennbar war, daß dadurch die Interessen des Staates gefährdet werden könnten, oder wenn ein besonderes Verbot solcher Mitteilungen erlassen wurde, sofern nicht eine schwerer verpönte Handlung darin erkannt wird, ein Vergehen, welches an den Schuldigen mit einer Geldstrafe von 50 bis 500 Gulden, zur Zeit eines bereits ausgebrochenen oder unmittelbar drohenden Krieges aber mit Arrest von vierzehn Tagen bis zu drei Monaten zu bestrafen ist."

Darauf stützt sich die ganze militärische Zensur. Das besondere Verbot, von dem in diesem Artikel gesprochen wird, ist dann durch die Verordnung des Ministeriums des Innern gemeinsam mit dem Ministerium der Justiz, vom 25. Juli 1914, erflossen, wonach also, wie in diesem Artikel gesagt ist, Mitteilungen über den Plan und die Richtung militärischer Operationen des kaiserlichen Heeres oder der Flotte, über die Bewegung, Stärke und den Aufstellungsort von Truppen und Schiffen, über den Zustand von Befestigungswerken, über die Aufbewahrung oder den Transport von Kriegserfordernissen nach dieser Bestimmung nicht gebraucht werden dürfen. Das ist die Grundlage der ganzen militärischen Zensur. Einzig und allein diese Mitteilungen können demnach verboten und unterdrückt werden.

Wie aber war es in Wirklichkeit? In Wirklichkeit war es doch so, daß alles, was nur einigermaßen mit dem Militarismus in irgendeinem Zusammenhang gebracht werden konnte, miteinbezogen und von der Zensur unterdrückt wurde. Eine Kritik über die Kriegführung an und für sich war die ganze Zeit hindurch völlig unmöglich und ist es heute noch. Und doch ist keiner unter uns, der nicht wüßte, daß auch eine Kritik an der Kriegführung zeitweise ganz nützlich und vorteilhaft, im Interesse des Staates gelegen gewesen wäre. Eine Kritik der Kriegführung, eine Kritik an den Handlungen einzelner Befehlshaber usw. schloß sich im vorhinein völlig aus und das, was über die Kriegführung geschrieben werden konnte, war nichts anderes als eine kindische servile Verherrlichung, eine Lobpreisung alles dessen, was mit dem Militarismus irgendwie zusammenhing.

Alles, was von irgendjemandem, von irgendeinem Gewalthaber, selbst von irgendeinem kleinen Beamten draußen, von irgendeinem wohlhabenden Menschen in einem Orte vielleicht unangenehm hätte empfunden werden können, alles das wurde rücksichtslos und ohne Bedenken einfach unterdrückt.

Aber, meine Herren, die Zensur hat sich doch nicht nur dann ausgetobt, wenn es sich um irgendwelche militärische Dinge oder um Dinge handelte, die man mit einer Vergewaltigung der Vernunft vielleicht doch noch irgendwie mit militärischen Operationen in Zusammenhang hätte bringen können. Es gab nichts, was vor den Wahnsinnsexzessen dieser Zensur irgendwie geschützt gewesen wäre. Auf allen Gebieten hat die Zensur ganz gleichermaßen gewütet. Ich möchte nur in Erinnerung bringen, wieviel Unheil diese Zensur wohl dadurch gestiftet hat, daß sie viele sehr bedeutsame und sehr notwendige Artikel — beispielsweise nur in der „Arbeiter-Zeitung" — über die Lebensmittelversorgung einfach gestrichen, unterdrückt hat. Es ist gar kein Zweifel: Hätten diese Artikel in die Öffentlichkeit gelangen können, wäre das öffentliche Gewissen aufgepeitscht worden, wäre eine Kritik möglich gewesen, es stünde heute um unsere Lebensmittelversorgung zweifellos besser, als es so der Fall ist. *(Zustimmung.)* Und wenn wir heute dem Hunger überliefert sind, wenn wir vielfach nicht mehr wissen, wie wir die Sterblichkeit eindämmen können, die in erschreckendem Maße da und dort überhand nimmt, so ist es nicht zuletzt eine Folge des grauenvollen und schamlosen Wütens der Zensur die ganzen Jahre hindurch. Ich erinnere mich beispielsweise, daß in dem von mir redigierten Blatte ein Artikel über die Einführung von Brotzuschußkarten für Schwerarbeiter erscheinen sollte — damals waren sie noch nicht eingeführt. Von diesem Artikel ist nicht ein Buchstabe von der Zensur übrig gelassen worden, er wurde glatt gestrichen. Vierzehn Tage darauf kam die Verordnung, durch welche die Brotzuschußkarte von der Regierung eingeführt wurde! Vor vierzehn Tagen die Besprechung der Sache durch die Zensur verhindert und gleich darauf die praktische Durchführung dessen, was im sozialdemokratischen Blatt verlangt war!

Es wurde von meinem Vorredner darauf verwiesen, wie die Zensur sich zu einer Schutzeinrichtung für den schamlosesten Wucher aufgetan hat. Ich möchte als ein Beispiel dafür darauf hinweisen, daß es in dem von mir geleiteten Blatt selbst unmöglich war, auch nur einen Ausspruch von Martin Luther, der die Wucherer charakterisiert, abzudrucken. Der Wucher war ein Heiligtum des Staates geworden, er war unantastbar und man durfte ihm ja kein böses Wörtchen sagen. Der schrecklichste und gefährlichste Feind, den wir in diesem Kriege haben, die Ausplünderung und Ausraubung der Bevölkerung durch gewissenlose Kriegsgewinner ist durch diese Zensur gefördert und geschützt worden und sie ist deshalb mitverantwortlich dafür, wenn wir heute solche Zustände haben.

Meine Herren! Ich kann mir nicht versagen, wieder im Zusammenhange der Besprechung des Schutzes des Wuchers durch die Zensur, auf ein Beispiel hinzuweisen, das Ihnen allen wohl seinerzeit recht auf-

fallend war. Ich denke an den bekannten Prozeß Kranz. In diesem Prozesse wurde festgestellt, daß der nachher verurteilte Herr Kranz bei dem Sektionschef des Kriegsministeriums Jarzebecki Beschwerde darüber führte, daß er in der Presse angegriffen werde. Stellen Sie sich vor: daß Herr Kranz in der Presse angegriffen wird, das geht natürlich nicht und der Sektionschef Jarzebecki beeilte sich auch, schleunigst zu erklären, er, der Sektionschef werde nur zu Major Schimek gehen und „der macht es dann schon". Und es ist wirklich so gemacht worden, daß die Kritik an Herrn Kranz unmöglich geworden ist. Auch hier setzte die Zensur einfach ein. Ein anderes Beispiel. Ich will zeigen, wie von der Zensur nichts verschont blieb. Die Ortsgruppe des XVIII. Bezirkes der „Freien Schule" plante seinerzeit eine Versammlung, in der darüber gesprochen werden sollte, daß im erzbischöflichen Palais hier in Wien geheime Beratungen in Anwesenheit eines Vertreters des Unterrichtsministeriums, wenn nicht des Ministers selbst, mit dem Zwecke stattfänden, eine Abänderung des Reichsvolksschulgesetzes durchzuführen. Wenn das, was die Herren dort im erzbischöflichen Palais planten, so harmlos gewesen wäre, so hätte man schließlich die Öffentlichkeit nicht zu scheuen gehabt, hätte man nicht so geheim getan und hätte noch weniger Ursache gehabt, der Besprechung durch die Ortsgruppe der „Freien Schule" auszuweichen. Was ist aber geschehen? Die Einladungen, die der Verein „Freie Schule" zu dieser Versammlung ausgab, wurden einfach von der Zensur beschlagnahmt, und als dann der Rekurs ergriffen worden ist, da hatten die Einberufer der Versammlung wohl das Bewußtsein, sie haben von einem Rechtsmittel Gebrauch gemacht, ihr Recht aber haben sie bis heute nicht erhalten, denn, Herr Minister des Innern, bis heute ist dieser Rekurs immer noch nicht erledigt worden. Auch das ist ein Kapitel der Tätigkeit unserer Zensur. Daran, daß über die Behandlung und über die Verpflegung unserer Soldaten lange Zeit hindurch gar nichts gesagt werden konnte, daran will ich nur kurz erinnern. Ich erinnere mich, wie einmal wieder in einem sozialdemokratischen Blatte eine Notiz erscheinen sollte mit der Überschrift „Freuden und Leiden der Soldaten". Wissen sie, was der Zensor getan hat? Die beiden Worte „und Leiden" wurden gestrichen! Daß der Soldat auch Leiden zu ertragen hat, durfte nicht ausgesprochen werden und so lautete die Überschrift nur „Freuden der Soldaten". *(Heiterkeit.)* Nun war die Öffentlichkeit beruhigt und ganz zweifellos waren sich die Frauen und Kinder der Soldaten durchaus darüber einig, daß das militärische Dienen ein eitles Vergnügen sei, eine Freude, die durch keinerlei Leid irgendwie beeinträchtigt wird.

Ich erinnere schließlich noch, um zu zeigen, wie weit man gegangen ist, daran, daß die Zensur seinerzeit, als das Parlament erschlagen war, es gewagt hat, eine Rede des damaligen Präsidenten dieses Hauses, Herrn Dr. Sylvester glatt zu streichen. Aber mehr noch. In meinem Blatte ist es passiert, daß zur Zeit der Regierung Stürgkh eine Rede des Ministers Stürgkh selbst gestrichen wurde. *(Heiterkeit.)* Nicht nur wir waren staatsgefährlich, auch Graf Stürgkh selbst erschien dem Konzeptspraktikanten oder dem, der gerade die Zensur ausübte, als ein viel zu gefährlicher Umstürzler, als daß man seine Rede hätte abdrucken können. *(Zwischenruf.)*

In diesem Zusammenhange sei es mir gestattet, auch hinzuweisen auf die unglaubliche Perfidie, mit der Einstellung von Blättern vorgenommen worden sind. An Stelle von vielen Beispielen soll es mir genügen, auf ein einziges hinzuweisen. Ich meine die Einstellung der sozialdemokratischen „Volksstimme" in Warnsdorf. Sie erfolgte aus Anlaß des Todes des früheren Monarchen. Begründet wurde die Einstellung damit, daß dieses Blatt die Nachricht vom Tode des Kaisers auf der zweiten, anstatt auf der ersten Seite veröffentlicht hat. *(Hört! Hört! — Lachen.)* Man muß wohl sagen, da hört sich wahrhaftig das Maß des Erträglichen auf.

Es ist in einer so beispiellos kühnen Art gewütet worden, daß man sich wirklich wundern muß, wie die Öffentlichkeit diesen Zwang und diesen Druck so lange ertragen konnte. Man wundert sich freilich weniger, wenn man bedenkt, daß die Zensur sich doch selbst hier im Hause so einnisten konnte, wie es tatsächlich geschehen ist. Hier im Hause hat sich dieser Zensurbeirat unter der Vormundschaft und Leitung des Kriegsüberwachungsamtes heimisch gemacht. Aber nicht nur, daß wir den Beirat hier im Hause hatten, schon die seinerzeitige Bestimmung, daß die Blätter lediglich diejenigen Berichte über die Reichsratsverhandlungen bringen dürfen, die in der „Reichsrats-Korrespondenz" erschienen sind, war doch eine maßlose Vergewaltigung des offensten und klarsten Rechtes *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, eine Zensur, so schamlos und unerhört, daß wir schon sagen müssen, man wird das nicht länger ertragen dürfen, und wir hoffen, das Parlament wird immer und immer von neuem sich zur Wehr setzen, wenn man irgendwie versucht, die Freiheit der Rede und die Berichterstattung über die Reden hier im Hause von neuem anzutasten. Wenn lediglich das gedruckt werden darf, was in der „Reichsrats-Korrespondenz" veröffentlicht ist, so ist doch völlig klar, daß alles das, was der Regierung mißliebig erscheint, schon im vorhinein gestrichen ist. *(Zustimmung.)* Dann aber setzt in der Praxis erst noch die Zensur des Provinzzensors ein und verstümmelt die Berichterstattung über die Parlamentsverhandlungen weiter.

Ja, wie kann man sich denn erdreisten, mit solcher Frivolität über die klare Bestimmung des § 28 des Preßgesetzes hinwegzuschreiten, der ausdrücklich feststellt, daß wahrheitsgetreue Mitteilungen über die Verhandlungen des Reichsrates straffrei sind, daß jemand, der solche Mitteilungen verbreitet, nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Daran kann auch der Ausnahmszustand, daran kann auch die Tatsache nichts ändern, daß die Regierung die Möglichkeit hat, Blätter zu unterdrücken. Praktisch ist es ja allerdings so: Wenn auch der § 28 des Preßgesetzes die Unverfolgbarkeit der Berichterstattung über die Verhandlungen des Reichsrates ausspricht, so hat die Regierung doch die Möglichkeit gehabt, ein Blatt, das sich dem ungesetzlichen Zwang nicht fügen will, einfach ohne jede Begründung zu unterdrücken, es aus der Welt zu schaffen.

Darum ist die Konsequenz dieser Tatsache, daß, wenn wir von dieser Art Zensur endgültig erlöst und befreit sein wollen, der Ausnahmszustand überhaupt beseitigt werden muß. *(Zustimmung.)* Solange wir unter dem Ausnahmszustand leben, sind wir vor derartigen Vergewaltigungen selbst hier im Hause nicht sicher. Die Zensur hier im Hause ist ja noch immer nicht ganz aus der Welt geschafft. Glauben Sie denn, verehrte Herren, daß wir imstande sein werden, die Zensur im Reiche draußen gänzlich zu besiegen, wenn uns die Kraft ermangeln sollte, zunächst hier im Hause selbst Ordnung zu machen *(Zustimmung)*, wenn wir nicht die Kraft haben, die Immunität der Parlamentsreden gegenüber allen Übergriffen, mögen sie kommen woher immer, zu schützen und zu bewahren?

Da müssen wir also zweifellos Ordnung machen und der Regierung gegenüber so deutlich sein, daß sie uns nicht mißverstehen kann.

Ich sagte vorhin schon, die Beschwerden, die wir über das Wüten der Zensur geführt haben, waren fruchtlos. Es hat uns nichts genützt. Man bekam auf Beschwerden meist überhaupt keine Antwort. Warum denn, weshalb dieses ganze schreckliche Wüten der Zensur überhaupt? Die Zensur, wie wir sie ausgekostet haben die ganzen Jahre hindurch, war ein Teil der ganzen Stürgkherei, sie war ein Ausdruck und eine Notwendigkeit dieses Regimes des Schreckens und der Gewalt. Ohne diese Zensur, ohne die Unterdrückung jeder Kritik, ohne diese Gewalt, die man der öffentlichen Meinung antat, wäre es unmöglich gewesen, daß diese Herrschaft des Galgens und des Unrechtes drei Jahre hätte fest verankert sein, daß sie so lange hätte dauern können. Das sind Folgen, die auf dem Reiche lasten, Folgen, die wir immer noch verspüren, Folgen, die viele mit ihrem Leben zahlen mußten *(Sehr richtig!)*, Folgen, die sich noch immer ausdrücken in dieser Stickluft, die nicht ganz verschwunden ist, in der wir leben müssen. Wir haben diese Tatsache der Unterdrückung jeder Kritik auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens teuer und schwer bezahlen müssen.

Nun ist es ja wahr, daß es in der jüngsten Zeit etwas besser geworden ist. Es hat uns heute der Herr Minister des Innern erklärt, daß eine Neuregelung der Zensur Platz greifen soll, daß mit den Zensurgreueln in der Form, wie wir sie bisher erlebt haben, gebrochen werden soll. Der Herr Minister gedenkt, wie er sagt, zunächst die Verfolgung der dem Strafgesetze widersprechenden Artikel in der Form zu veranlassen, wie sie vor dem Kriege üblich war, und er fügte dann hinzu, daß eine neue Art der Verfolgung eintreten soll, wegen solcher Artikel, die Fragen behandeln, welche die Auslandspolitik betreffen oder welche militärische Dinge zum Gegenstand haben. Der Herr Minister rät uns, solche Artikel künftig einfach dem betreffenden Beamten vorzulegen.

Exzellenz, wir müssen darauf sagen: Nein, darauf wollen wir nicht eingehen! Wir sind über die Zeiten des Vormärz hinaus und das wäre schlimmer noch als im Vormärz. Wir wollen diese Vorzensur nicht und wir glauben auch, daß Offenheit das zweckmäßigste ist. Es hat gar keinen Zweck, sich in solche Geheimnistuerei zu kleiden, aus Gründen, die ich früher schon erörtert habe.

Nun, meine Herren, meine Zeit ist um. Ein Wort noch zu den Anträgen, die uns vom Ausschusse vorgelegt worden sind. Kein Zweifel, die große Mehrheit des Hauses ist wohl entschlossen, gegen die Zensur anzukämpfen, sie, wenn irgend möglich, abzuschaffen, die politische Zensur wenigstens, wie es in dem Antrage heißt, zu beseitigen. Nun aber liegen die Dinge doch so, daß sich die politische Zensur aus der Zensur überhaupt nicht so herausschälen läßt. Der Begriff ist unklar und unbestimmt. Wir haben auch gesehen, daß überall, in allen Staaten, wo versucht worden ist, auf ähnliche Art die Frage zu lösen, die Versuche kläglich gescheitert sind. Wir müssen, wenn wir über die Zensur hinwegkommen wollen, ganze Arbeit machen, wir müssen, wie ich schon vorhin sagte, die Ausnahmsverfügungen überhaupt aufheben. Dann werden wir auch mit der Zensur fertig sein. Nur so können wir zu einem vernünftigen Ende kommen. Wenn der Verfassungsausschuß und das Plenum dieses Hauses Ernst machen wollen, so steht dem gar nichts im Wege und es kann die Beseitigung der Ausnahmsverfügungen zweifellos geschehen.

Der Antrag, den uns der Ausschuß unterbreitet, ist nach unserer Auffassung nicht zureichend, er ist ungenügend und wir halten ihn auch nicht für glücklich formuliert, für einigermaßen unklar. Nichtsdestoweniger werden wir Sozialdemokraten für den Antrag stimmen, weil wir glauben, daß

der Antrag immerhin geeignet ist, der Regierung klar zu machen, daß es so nicht weitergehen darf, weil wir den Antrag für besser halten, als wenn er nicht zum Beschlusse erhoben werden würde, aber für eine völlige Lösung erachten wir ihn, wie gesagt, nicht. Wir müßten, wenn wir volle Klarheit haben, mit der Zensur gründlich aufräumen wollen, wir müßten uns zu einer größeren, zu einer entschlosseneren Tat aufraffen, wir müßten zeigen, daß es uns ernst ist, mit unserem Kampfe, daß wir nicht zugeben wollen, daß alle unsere Freiheitsrechte in Grund und Boden getreten werden, daß wir uns gegen jede derartige Vergewaltigung entschlossen aufbäumen. Wir müßten zeigen, daß wir uns wirklich auf unsere Würde besinnen und müßten den Ausnahmszustand aufheben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Friedmann hat einen Zusatzantrag eingebracht, welcher lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, das Verbot des Bezuges ausländischer Zeitungen aufzuheben."

Ich bitte jene Herren, die diesen Antrag unterstützen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Nachdem die Rednerliste erschöpft ist, erkläre ich die Debatte für geschlossen.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Zenker** *(von der Tribüne)*: Ich will Sie nicht lange mehr aufhalten und habe dies um so weniger notwendig, als sich ja aus den Ausführungen sämtlicher Herren Redner eine vollständige Einmütigkeit in der Beurteilung der Zensur und in der Erkenntnis kundgegeben hat, daß mit diesem System unter allen Umständen und sofort aufzuräumen sei. Wir anerkennen die Offenheit, mit der Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern selbst Kritik an den bestehenden Verhältnissen übt und die Fehler und Schäden der Zensur zugegeben hat. Es ist ja auch nicht zu leugnen, daß in dem, was er als die Absicht der Regierung behufs Verbesserung der dermaligen Preßrechtsverhältnisse uns mitgeteilt hat, ein gewisser Fortschritt, wenn schon nicht in der Sache, so doch in der Erkenntnis der maßgebenden Kreise gelegen ist. Wenn wir dies aber auch anerkennen, so muß man auch uns zubilligen, daß wir mit einem solchen Zugeständnis unmöglich zufrieden sein können.

Die persönliche Zuverlässigkeit Seiner Exzellenz des Herrn Ministers des Innern steht außer Frage; aber man muß verstehen, wenn wir in Österreich nach so vielen Zwischenfällen und so vielen Enttäuschungen, die wir erlebt haben, kein Vertrauen besitzen, nicht etwa zur einzelnen Person, sondern zum ganzen System, in dessen Rahmen die Personen wechseln, wie die Tage im Jahre. Was uns jetzt ein einsichtiger Regierender und Machthaber zugesteht, daß kann die Laune des Schicksals oder die politische Konjunktur noch am selben Abend in das Gegenteil verkehrt haben. Deshalb möchte ich das hohe Haus bitten, sich nicht mit Teilvorschlägen zufrieden zu geben und nicht mit Versprechungen, kämen sie auch von einer noch so achtenswerten Persönlichkeit, sondern die Bestimmung seiner Schicksale und die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte selbst in die Hand zu nehmen und aus eigenem freien Willen zu beschließen, daß es mit diesem System der Zensur ein für allemal ein Ende habe.

Der unmittelbare Herr Vorredner hat erklärt, mit seiner Partei für diese Anträge stimmen zu wollen, obwohl er dieselben eigentlich nicht für weitgehend genug erachtete. Hohes Haus! Ich habe bereits in meinem Referate ausgeführt, daß wir uns selbst dessen bewußt sind, daß es nur ein halber Schritt ist, wenn wir unsere Anträge nur in die Form einer Aufforderung kleideten. Es lag aber außer der Kompetenz des Preßausschusses, weiterzugehen, insbesondere so weit zu gehen, als es der unmittelbare Herr Vorredner getan hat. Ich bin aber überzeugt, daß, wenn das hohe Haus einen solchen Wunsch äußert oder wenn der Verfassungsausschuß aus eigenem mit ähnlichen Anträgen, wie sie der Herr Abgeordnete Hillebrand hier geäußert hat, vor das hohe Haus hintritt, dieses dieselbe Einmütigkeit, die sich in der Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit geäußert hat, dieselbe Einmütigkeit, die sich heute hoffentlich auch in der Beseitigung der Zensur äußern wird, auch bekunden wird, wenn es gilt, mit den letzten Überresten eines wohl vorbereiteten, systematischen Absolutismus aufzuräumen.

Hohes Haus! Wir wollen heute nicht bloß der Presse ihre Freiheit geben, wir wollen heute nicht bloß unsere verfassungsmäßigen Rechte schützen. Wenn wir den Beschluß, der Ihnen vorliegt, fassen, wollen wir vor Europa und vor der ganzen Welt zeigen, daß wir nicht dieses unmündige Volk, dieses der Befreiung bedürftige Volk sind, für welches man uns hält. Wir wollen, daß hier nicht bloß von der Demokratie die Rede ist, sondern daß die Demokratie auch Wirklichkeit und Wahrheit werde, wir wollen uns nicht bloß demokratisch gebärden, sondern wir wollen der Welt beweisen, daß in

Österreich die Demokratie wirklich auf dem Wege ist. Das werden wir nur können, wenn wir allen Lockungen und Drohungen zum Trotz beschließen: Es gibt keine Zensur in Österreich. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Ich empfehle schließlich den Antrag Friedmann, betreffend die Zulassung des Bezuges der auswärtigen Presse dem hohen Hause gleichfalls zur Annahme.

**Präsident:** Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Wir werden abstimmen.

Der Preßausschuß hat zwei Anträge dem hohen Hause unterbreitet. Wünschen die Herren, daß diese Anträge nochmals verlesen werden? *(Rufe: Nein!)* Es ist nicht der Fall. Ich bringe daher diese beiden Anträge zusammen zur Abstimmung.

Ich bitte die Herren, die für diese Anträge sind, die Hand zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat den Anträgen des Preßausschusses zugestimmt.

Weiters stellt der Abgeordnete Friedmann den Resolutionsantrag *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, das Verbot des Bezuges ausländischer Zeitungen aufzuheben."

Ich ersuche diejenigen Herren, die dieser Resolution zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Die Resolution Friedmann ist gleichfalls angenommen.

Damit ist auch dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt und die Tagesordnung erschöpft.

Ich schreite zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Lasocki als Mitglied des Budgetausschusses;

Ravnihar als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;

Gostinčar als Ersatzmann des Ausgleichsausschusses;

Hladnik als Ersatzmann des Bodenentschuldungsausschusses;

Prunar als Mitglied des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses;

Votruba als Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses;

Šubrt als Ersatzmann des Budgetausschusses;

Romanczúk als Mitglied des Budgetausschusses.

Soferne diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(Niemand meldet sich)* und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen, gleichzeitig mit den Ersatzwahlen für die nach dem verstorbenen Herrn Abgeordneten Dr. Krek erledigten Ausschußmandate, und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach einer Pause.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird von der Kanzlei vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Der Budgetausschuß hält heute Donnerstag, den 11. d. M., nach Schluß der Hassitzung in Abteilung II Sitzung. Tagesordnung: Budgetprovisorium.

Der Ernährungsausschuß hält heute Donnerstag, den 11. d. M., im Lokale XX Sitzung. Tagesordnung: 1. Spirituspreisfrage. 2. Besprechung des Arbeitsprogrammes.

Der Flüchtlingsausschuß hält heute am Donnerstag, den 11. d. M., eine halbe Stunde nach Schluß der Hassitzung in Abteilung IV Sitzung. Tagesordnung: Bericht des engeren Komitees über die Repatriierung.

Der Staatsangestelltenausschuß hält heute Donnerstag, den 11. d. M., nach Schluß der Hassitzung in Abteilung I Sitzung. Tagesordnung: Referatsverteilung.

Der Gebührenausschuß soll sich endlich heute nach der Hassitzung konstituieren; ich glaube, es ist der neunte Versuch. *(Heiterkeit.)*

Das Subkomitee des Finanzausschusses, betreffend die Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten, hält Freitag, den 12. d. M., um 9 Uhr vormittags in Abteilung I Sitzung.

Der Herr Abgeordnete Fahrner hat sich krank gemeldet.

Dem Herrn Abgeordneten Wohlmayer habe ich einen zehntägigen Urlaub und dem Herrn

Abgeordneten Serbu einen solchen bis 1. November d. J. erteilt.

Als nächsten Sitzungstag schlage ich vor Dienstag, den 16. Oktober, 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

„Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Vorfälle in Wagna (650 der Beilagen)."

Ist ein Einwand dagegen? *(Niemand meldet sich.)* Dann bleibt es dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 3 Uhr 45 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 29. Sitzung, Dienstag, den 16. Oktober 1917.

**Tagesordnung:** Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Vorfälle in Wagna (650 der Beilagen).

## Inhalt.


### Personalien.

Urlaubserteilungen (Seite 1481, 1538).

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Prunar als Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses (Seite 1538).

### Regierungsvorlagen,

betreffend:

1. die Weinsteuer (676 der Beilagen — Seite 1481);
2. die Erhöhung der Schaumweinsteuer (677 der Beilagen — Seite 1482);
3. die Abänderung gesetzlicher Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge (680 der Beilagen — Seite 1482).

### Verhandlung.

Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Vorfälle in Wagna (650 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Degasperi [Seite 1482 und 1524], die Abgeordneten Dr. Ritter v. Halban [Seite 1483], Dr. Faidutti [Seite 1486], Einspinner [Seite 1490], Minister des Innern Graf v. Toggenburg [Seite 1495], die Abgeordneten Rauch [Seite 1499], Dr. Straucher [Seite 1503], Graf Lasocki [Seite 1508], Pittoni [Seite 1510], Dr. Bugatto [Seite 1513], Goll [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 1520], Dr. Laginja [Seite 1520], Dr. Freißler [Seite 1524] — Abstimmung [Seite 1525]).

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Schürff, Kraft, Wedra und Genossen, betreffend die Belieferung des österreichischen Marktes mit ungarischem Schweinefleisch und Speck (Redner: Abgeordneter Dr. Schürff [Seite 1526], Minister Höfer [Seite 1529], die Abgeordneten Dr. Liebermann [Seite 1531], Dr. Freißler [Seite 1533], Kraft [Seite 1536]).

### Ausschüsse.

Ergebnis der in der 28. Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in den Budget-, sozialpolitischen, Sozialversicherungs-, Verfassungs-, volkswirtschaftlichen, wasserwirtschaftlichen, Ausgleichs-, Bodenentschuldungs-,

kriegswirtschaftlichen und Flüchtlingsausschuß (Seite 1481).

Zuweisung (Seite 1539):

1. der Regierungsvorlage 428 der Beilagen an den Budgetausschuß;

2. der Regierungsvorlagen 555 und 680 der Beilagen an den Verfassungsausschuß;

3. der Regierungsvorlagen 651, 676 und 677 der Beilagen an den Finanzausschuß;

4. des Antrages 658 der Beilagen an den Staatsangestelltenausschuß.

Ersatzwahlen in den Ausgleichs-, Wehr-, Bodenentschuldungs-, Finanz- und sozialpolitischen Ausschuß (Seite 1538).

**Unterbrechung der Sitzung** (Seite 1499, 1531).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge (Anhang I)

1. des Abgeordneten Dr. Roller und Genossen, betreffend das Dienstverhältnis der in Erfüllung der Wehrpflicht an der Ablegung der Fachprüfungen verhinderten Staatsbeamten und Staatsbediensteten (681 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Dr. Roller und Genossen, betreffend die Verlängerung des Bezuges der Erziehungsbeiträge für die im Kriegsdienst stehenden vaterlosen Söhne von Staatsbediensteten (682 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Ritter v. Moraczewski und Genossen, betreffend die durch die feindliche Invasion in Galizien und der Bukowina betroffenen Arbeiter (683 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Vojta, Dr. Šubrt, Hyrš und Genossen, betreffend die Zuerkennung des Anspruches auf Erlangung des Offiziersgrades an die bei der Marine als Einjährig-Freiwillige dienenden Absolventen der höheren Gewerbeschule (684 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Onyszkewycz und Genossen, betreffend die Entlassung der zu Hilfsdiensten als landwirtschaftliche Arbeiter (Gruppe C) tauglichen Soldaten aus der Armee (685 der Beilagen);

6. des Abgeordneten Ritter v. Moraczewski und Genossen, betreffend die staatliche Unterstützung der Eisenbahnbediensteten des Ruhestandes aus Anlaß der Kriegsverhältnisse (686 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen, betreffend die Zulassung der Frauen zur Teilnahme an politischen Vereinen (687 der Beilagen);

8. der Abgeordneten Kroy, Kraus und Genossen, betreffend die Versorgung der Postbediensteten mit Lebensmitteln, Kleidern und Schuhen (688 der Beilagen);

9. des Abgeordneten Siegele und Genossen, betreffend den Notstand des Bergdorfes Wenns in Tirol (689 der Beilagen);

10. des Abgeordneten Höher und Genossen, betreffend den Notstand in der Gemeinde Reinpolz, Bezirk Gmünd (690 der Beilagen);

11. des Abgeordneten Unterkircher und Genossen, betreffend den Notstand im Ötztale in Tirol (691 der Beilagen);

12. des Abgeordneten Dr. Biały und Genossen, betreffend die Heu-, Stroh- und Haferrequisitionen in Galizien (692 der Beilagen);

13. des Abgeordneten Dr. Višňovský und Genossen, betreffend die Verweigerung der Mahlausweise, sowie Abgabe von Zucker, Tabak und anderen Bedarfsartikeln an Landwirte (693 der Beilagen);

14. des Abgeordneten Dr. Anton Lewicki und Genossen, betreffend das Brandunglück in Wola Rusinowska, Bezirk Kolbuszowa (694 der Beilagen).

15. der Abgeordneten Knirsch, Fahrner und Genossen, betreffend die Abänderung des Handlungsgehilfengesetzes [Festsetzung von Mindestgehältern] (695 der Beilagen).

## Anfragen

1. des Abgeordneten Biňovec und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Zuweisung unentbehrlicher Nahrungsmittel an die Bewohner des Bezirkes Kralup durch die Verpflegszentralen in Prag (Anhang II, 1007/I);

2. des Abgeordneten Haberman und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückhaltung beschlagnahmter Schriften amnestierter Personen durch die Militärgerichte (Anhang II, 1008/I);

3. des Abgeordneten Haberman und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verhaftung eines österreichischen Staatsangehörigen wegen Hochverratsverdachtes (Anhang II, 1009/I);

4. der Abgeordneten Haberman, Pik und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend die Krautrequisition im Bezirke Pilsen (Anhang II, 1010/I);

5. der Abgeordneten Haberman, Pik und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Erschießung eines Arbeiters bei der Kartoffelnachlese auf einem Felde in Lihn (Anhang II, 1011/I);

6. der Abgeordneten Kadlčák, Valoušek und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verhältnisse bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt und ähnlichen Zentralen (Anhang II, 1012/I);

7. der Abgeordneten Prošek, Staněk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Kompagniekommandanten Ehinger gegen einen herzkranken Landsturmmann (Anhang II, 1013/I);

8. des Abgeordneten Srdinko und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Heu- und Strohrequisition im Bezirke Königgrätz (Anhang II, 1014/I);

9. des Abgeordneten Vaněk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend eine Unterhaltsbeitragsangelegenheit (Anhang II, 1015/II);

10. des Abgeordneten Vodňanský und Genossen an den Justizminister, betreffend die Zurückweisung einer böhmischen Klage seitens des Bezirksgerichtes Kaaden (Anhang II, 1016/I);

11. des Abgeordneten Votruba und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Konfiskation der Zeitschrift „Obchodní Obzor“ (Anhang II, 1017/I);

12. des Abgeordneten Votruba und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Nichteinladung von Vertretern böhmischer kaufmännischer Korporationen in Mähren zu den Beratungen über Ernährungsfragen (Anhang II, 1018/I);

13. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Holzversorgung der Bezirke Baden, Mödling und Schwechat (Anhang II, 1019/I);

14. der Abgeordneten Ritter v. Moraczewski, Dr. Steskowicz, Tetmajer und Genossen an den Ministerpräsidenten nnd an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Vorfälle in der polnischen Legion (Anhang II, 1020/I);

15. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Justizminister, betreffend die Erstreckung der Verordnung über den Schutz der Mieter auf Galizien (Anhang II, 1021/I);

16. des Abgeordneten Gruber und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Freigabe von Benzin für die Automobillinie Edlitz—Kirchschlag (Anhang II, 1022/I);

17. des Abgeordneten Gruber und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Beistellung von Sprengmitteln zur Rodung von Baumstümpfen (Anhang II, 1023/I);

18. des Abgeordneten Ritter v. Haller und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern, an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister Höfer, betreffend die Futterrequisitionen in Galizien (Anhang II, 1024/I);

19. der Abgeordneten Iro, Spies und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung der Soldaten aus den Jahren 1867 und 1868 (Anhang II, 1025/I);

20. des Abgeordneten Dr. Hołubowycz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister Höfer, betreffend die Militärrequisitionen im Bezirke Ternopil in Galizien (Anhang II, 1026/I);

21. des Abgeordneten Dr. Hokubowycz und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Evakuierungen im Bezirke Ternopil (Anhang II, 1027/I);

22. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Verfolgung des Tagblattes „Prawo Ludu“ (Anhang II, 1028/I);

23. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Erhaltung des Viehstandes in der Bukowina (Anhang II, 1029/I);

24. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Überlassung des in den nicht mehr benötigten Schützengräben vorhandenen Holzmaterials an die Bevölkerung (Anhang II, 1030/I);

25. des Abgeordneten Marchl und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Abziehung der Kriegsgefangenen aus Untersteiermark (Anhang II, 1031/I);

26. der Abgeordneten Ritter v. Moraczewski, Klemensiewicz und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Beschleunigung der Erledigung von Disziplinarangelegenheiten und betreffend die Eisenbahnärzte in Galizien und der Bukowina (Anhang II, 1032/I);

27. des Abgeordneten Ritter v. Moraczewski und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend eine Enthebungsangelegenheit (Anhang II, 1033/I);

28. des Abgeordneten Ritter v. Moraczewski und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Behandlung des Bahnpersonals (Anhang II, 1034/I);

29. des Abgeordneten Ritter v. Semaka und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend die Requisitionen bei der ländlichen Bevölkerung in der Bukowina durch reichsdeutsche Truppen (Anhang II, 1035/I);

30. des Abgeordneten Śmigowski und Genossen an die Regierung, betreffend die Unterstützung der Familien der in Amerika befindlichen Staatsangehörigen (Anhang II, 1036/I);

31. des Abgeordneten Spenul und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Finanzminister, betreffend die Flüssigmachung der Kriegsunterstützung für die Stadt- und Land-Volksschullehrer in der Bukowina (Anhang II, 1037/I);

32. des Abgeordneten Wityk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Einquartierung der kaiserlich deutschen und der königlich ungarischen Rekruten in Drohobycz (Anhang II, 1038/I);

33. der Abgeordneten Biňovec, Marek und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Ernennung der Mitglieder des Staatseisenbahnrates (Anhang II, 1039/I);

34. des Abgeordneten Dr. Jäger und Genossen an den Handelsminister und an den Minister Höfer, betreffend die von österreichischen Händlern im neutralen Auslande gekauften und im Deutschen Reich beschlagnahmten Waren (Anhang II, 1040/I);

35. der Abgeordneten A. Němec, Jaroš, Hnátek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die strafrechtliche Verfolgung des Franz Freiherrn v. Ringhoffer (Anhang II, 1041/I);

36. der Abgeordneten Gall, Dr. Głąbiński und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ausübung der österreichischen Hoheitsrechte durch die deutsche Armee in Ostgalizien (Anhang II, 1042/I);

37. der Abgeordneten Dr. Benković, Dr. Janković, Roškar, Dr. Korošec, Brenčič, Pišek und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Heu- und Strohrequisitionen in Steiermark (Anhang, 1043/I);

38. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Verkehrsverhältnisse auf der Südbahn und den Wiener Lokalbahnen (Anhang II, 1044/I);

39. des Abgeordneten Wüst und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend das Vorgehen des Amtsleiters der Bezirkshauptmannschaft Preßnitz (Anhang II, 1045/I);

40. der Abgeordneten Staněk, Udržal, Dr. Viškovský und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Ackerbauminister, an den Minister Höfer und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Maßnahmen gegen den Mangel an Brennmaterial in Böhmen (Anhang II, 1046/I);

41. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Selbstmord eines Soldaten (Anhang II, 1047/I);

42. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Anwendung der Disziplinarstrafen des „Anbindens“ und der „Spangen“ beim Militär (Anhang II, 1048/I).

Zur Verteilung gelangen am 16. Oktober 1917:

ie Regierungsvorlagen 675, 676, 677 der Beilagen;

Anfragenbeantwortungen: ad 14, 46, 55, 130, 150, 167, 179, 182, 205, 208, 216, 233, 234, 240, 263, 278, 388, 395, 422, 443, 482, 496, 510, 552, 578, 670, 672/I;

er Bericht des Gewerbeausschusses 652 der Beilagen;

er Bericht des Budgetausschusses 675 der Beilagen;

ie Beschlüsse des Abgeordnetenhauses 673 und 674 der Beilagen;

die Anträge 653 bis 670 der Beilagen.

An Druckschriften sind eingelangt:

Vom k. k. Handelsministerium:

10 Exemplare der Geschäftsordnung des Generalkommissariats für Kriegs- und Überwachungswirtschaft.

Vom Landeskulturrate für das Königreich Böhmen:

3 Exemplare des Jahresberichtes über die Tätigkeit des Landeskulturrates im Jahre 1916.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Tusar**, **Udržal**.

Schriftführer: Ritter v. **Lukaszewicz**, Dr. **Rychlik**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 11. Oktober d. J. ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Bei den in der letzten Sitzung vorgenommenen Ausschußwahlen wurden gewählt:

In den Budgetausschuß als Mitglieder: Angerman, Okunewskyj; als Ersatzmann: Čech.

In den Sozialpolitischen Ausschuß als Mitglieder: Hladnik, Prunar.

In den Sozialversicherungsausschuß als Mitglied: Korošec.

In den Verfassungsausschuß als Mitglied: Ravnihar; als Ersatzmann: Jarc.

In den Volkswirtschaftlichen Ausschuß als Mitglied: Hladnik.

In den Wasserwirtschaftlichen Ausschuß als Mitglied: Demšar.

In den Ausgleichsausschuß als Mitglied: Gostinčar; als Ersatzmann: Pogačnik L.

In den Bodenentschuldungsausschuß als Mitglied: Hladnik; als Ersatzmann: Demšar.

In den Kriegswirtschaftlichen Ausschuß als Mitglied: Votruba; als Ersatzmann: Hladnik.

In den Flüchtlingsausschuß als Ersatzmann: Laginja.

Dem Herrn Abgeordneten Mlčoch habe ich einen einmonatigen Urlaub erteilt.

Wie ich dem hohen Hause in der Sitzung vom 25. September zur Kenntnis brachte, habe ich dem Herrn Abgeordneten Stumpf einen dreiwöchigen Urlaub erteilt.

Nunmehr ist der genannte Herr Abgeordnete um Verlängerung dieses Urlaubes bis 16. November eingeschritten.

Hierzu ist ein Beschluß des Hauses erforderlich.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche der Urlaubserteilung bis 16. November zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Urlaub ist bewilligt.

Es ist ein Antrag der Abgeordneten Knirsch, Fahrner und Genossen, betreffend die Abänderung des Handlungsgehilfengesetzes (Festsetzung von Mindestgehältern) überreicht worden. Da dieser Antrag nicht die nötige Anzahl von Unterschriften trägt, muß ich die Unterstützungsfrage stellen.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, den Antrag zu verlesen.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest den Antrag der Abgeordneten Knirsch, Fahrner und Genossen, betreffend die Abänderung des Handlungsgehilfengesetzes [Festsetzung von Mindestgehältern] [695 der Beilagen]).*

**Präsident:** Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist genügend unterstützt und wird geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Es sind Zuschriften der Regierung eingelangt, welche die Einbringung von Regierungsvorlagen betreffen.

Ich bitte um deren Verlesung.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, in der Anlage einen Gesetzentwurf, betreffend die Weinsteuer *(676 der Beilagen)*,

mit dem Ersuchen zu übermitteln, ihn der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 10. Oktober 1917.

Der k. k. Finanzminister:
Wimmer."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, in der Anlage einen Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Schaumweinsteuer *(677 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, ihn der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 10. Oktober 1917.

Der k. k. Finanzminister:
Wimmer."

„In der Anlage beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden *(680 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, diesen Entwurf der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 17. Oktober 1917.

Seidler."

**Präsident:** Diese Regierungsvorlagen werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Wir gelangen nun zur Tagesordnung.

Gegenstand derselben ist der Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Vorfälle in Wagna *(650 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Degasperi** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Dem vorliegenden gedruckten Berichte möchte ich nur eine kurze Erklärung hinzufügen.

Dem Ausschusse lag es vollständig fern, über die gesamte Verwaltung in Wagna und über die Maßnahmen, die dort zugunsten der Flüchtlinge getroffen wurden, ein abschließendes Urteil zu fällen. Jene Mitglieder des Hauses, welche seit Kriegsanfang sich mit der Flüchtlingsfürsorge befassen, wissen die Schwierigkeiten, die dort überwunden werden mußten, und die Unsumme von Arbeit, die dort geleistet wurde, voll und ganz zu würdigen. Die Resolutionen dürfen daher nicht in dem Sinne gedeutet werden, als ob man verdienstvollen Beamten ihre Leistungen absprechen wollte, sie sind vielmehr der Ausdruck des festen Willens, den das hohe Haus schon bei der Votierung des Flüchtlingsgesetzes bekundet hat, daß die Flüchtlinge von nun an nicht allein als zu unterstützende Arme, sondern als volle Staatsbürger zu behandeln sind und daß die Lager daher nicht allein Niederlassungen von Obdachlosen sein dürfen, sondern als provisorische Gemeinden und Städte behandelt werden müssen, in welchen der Flüchtling aus seiner passiven Rolle heraus zur praktischen Mitarbeit und Betätigung herangezogen werden muß. Das ist aber nur möglich, wenn die Beamten gegenüber den Flüchtlingen nicht nur als Verwaltungsbehörde, sondern als moralische Führer aufzutreten imstande sind. In diesem Sinne sind die allgemeinen Resolutionen in Punkt 4 und 5 zu verstehen.

Das ist übrigens nicht nur ein auf verfassungsmäßigen Grundsätzen beruhendes Postulat, sondern für jeden kühlen Beobachter eine Forderung, die aus Zweckmäßigkeitsgründen erfließt. Der Mangel an Lebensmitteln, an Brennmaterial und an allen möglichen Bedarfsartikeln ist nämlich überall im Wachsen, draußen aber zersplittert sich der Widerstand der Reaktion der Konsumenten an den verschiedenen wirtschaftlichen Faktoren, in einem Lager aber konzentriert sich dieser Widerstand allein gegen den Staat; um so mehr muß der Vertreter dieses Staates alle Eigenschaften und Fähigkeiten besitzen, die ihn zu einer vermittelnden und aufklärenden Rolle befähigt. Wir sind uns übrigens, indem wir hier das gute Recht der Flüchtlinge vertreten, auch unserer Pflicht bewußt, auf die Flüchtlinge selbst in dem Sinne einzuwirken, daß in den Lagern Ordnung und Gesetzmäßigkeit herrsche. Wir haben in diesem Sinne eingewirkt, wir sind bereit, dies auch weiter zu tun, aber die Regierung und das Herrenhaus müssen auch ihre Pflicht tun; wir werden unsere gewiß erfüllen.

**Präsident:** Zu diesem Gegenstande ist als Regierungsvertreter Herr Ministerialsekretär Dr. Heinrich Montel vom Ministerium des Innern im Hause erschienen.

Ich schlage vor, die Rededauer in der Debatte auf 30 Minuten zu beschränken. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Vorschlage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat beschlossen, die Rededauer auf 30 Minuten zu beschränken.

Zum Worte sind gemeldet, und zwar sämtlich pro, die Herren Abgeordneten: Dr. Ritter v. Halban, Dr. Faidutti, Einspinner, Pittoni, Graf Lasocki, Fon, Rauch, Dr. Bugatto, Dr. Laginja.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. v. Halban das Wort.

Abgeordneter Dr. v. **Halban**: Hohes Haus! Es mag in diesen Zeiten, in denen so viele Menschenleben geopfert werden, auffallen, daß das hohe Haus heute in diesem Ausmaße mit einem vereinzelten Falle befaßt wird. Der Grund hierfür ist jedoch darin zu suchen, daß, obwohl es sich um einen Einzelfall handelt, derselbe doch nur verständlich erscheint auf Grund der Gesamtlage der Flüchtlinge, auf Grund des gesamten Flüchtlingswesens, auf Grund der ganzen Kette von Geschehnissen, aus denen dieser traurige Vorfall hervorgegangen ist. Hohes Haus! Ich riskiere wohl den Vorwurf der Banalität, wenn ich sage, daß dieser schrecklichste aller Kriege, der unserer friedfertigen Monarchie aufgezwungen wurde, vieles mit sich gebracht hat, was wohl hätte verhütet werden können. Es ist doch Aufgabe einer jeden Staatsverwaltung, vorausblickend die nötigen Maßregeln zu ergreifen, damit nicht Zustände eintreten, welche sich dann förmlich in geometrischer Progression potenzieren, so daß man schließlich Übeln gegenübersteht, denen gegenüber auch der beste Wille der gegenwärtigen Regierung in vielen Fällen machtlos ist. Im allgemeinen kann sich unsere Monarchie rühmen, daß sie während dieses Krieges die Angehörigen feindlicher Staaten viel menschlicher behandelt, als es anderwärts geschah. *(Sehr richtig!)* Dafür aber hat sie ihrer eigenen Bevölkerung ganz überflüssigerweise eine namenlose Pein *(Sehr richtig!)*, eine ganze Menge von Entbehrungen auferlegt, die man wohl hätte verhüten können, ohne selbstverständlich den Bedürfnissen der Kriegführung in irgendeiner Weise nahezutreten oder gar Abbruch zu tun.

Wie kam es dazu? Nun, meine Herren, ich muß da auf die Vergangenheit zurückgreifen und daran erinnern, daß man uns fortwährend Überraschungen erleben ließ, nämlich Überraschungen, die man wohl hätte vermeiden können, wenn man die Sachlage richtig aufgefaßt und wenn man es vorgezogen hätte, mit der Wucht der Erscheinungen und der Ereignisse und mit ihrem Ausmaß, mit ihrer Art zu rechnen, anstatt Vogelstraußpolitik zu spielen. Man durfte ja über gewisse Möglichkeiten überhaupt nicht sprechen, wenn man nicht als kleinmütig oder gar als Staatsfeind erscheinen wollte. Obwohl es beispielsweise notorisch war, daß Rußland durch seine hinterhältige Mobilisierung einen Vorsprung vor uns hatte, durfte man nicht mit einer Rückzugsmöglichkeit oder der Möglichkeit einer Invasion rechnen, weil es sonst hieß, daß man Panik verbreite. Ganz anders geschah es anderwärts: In Preußen hat man sich nicht geniert zu erklären, daß die Grenzgebiete der feindlichen Invasion ausgesetzt seien.

Infolgedessen wurden sowohl die Behörden als auch die Bevölkerung belehrt, wie sie sich zu verhalten haben. Es wurden Verzeichnisse jener angelegt, die die Absicht hatten, im Falle einer Invasion ihre engere Heimat zu verlassen, es wurde im vorhinein bestimmt, wohin sie sich zu begeben hätten und was mit ihnen zu geschehen habe.

Das alles wurde bei uns unterlassen, eine falsche Auffassung vom staatlichen Prestige hat vielmehr dahin geführt, daß man dann Überraschungen erlebte. Und was geschah? Als bereits die ersten Grenzorte von der feindlichen Invasion bedroht waren, sorgte man da für den Abtransport der Bevölkerung und ihrer Habe? Durchaus nicht. Die einzige Sorge bestand dazumal darin, den Rückzug zu verheimlichen, aus den Flüchtlingen ein Staatsgeheimnis zu machen, damit sie ja keine Panik verbreiten und überhaupt nicht mit anderen Teilen der Bevölkerung in Berührung kommen. Das war die Hauptaufgabe und diese wurde gelöst. Man hat sie so gelöst, daß tatsächlich das Hinterland einige Wochen hindurch — denn länger ging es ja doch nicht — getäuscht wurde. Ich darf wohl fragen, ob man zur Erreichung eines so kurzsichtigen und kurzfristigen Zieles die Opfer der Bevölkerung auferlegen durfte, die man ihr auferlegt hat? Denn die Erreichung dieses kurzsichtigen und kurzfristigen Zieles haben Tausende von Staatsbürgern mit dem Tode, mit Krankheiten, mit furchtbarer Nervenpein, mit menschenunwürdigen Transportverhältnissen usw. bezahlt.

Nicht anders geschah es bei den offiziellen Räumungen. Es wurde zwar am 11. August des Jahres 1914, also schon nach Kriegsbeginn, eine Kaiserliche Verordnung erlassen, betreffend den Schutz der zu Zwecken der Kriegführung aus ihrem Aufenthaltsorte zwangsweise entfernten Zivilpersonen; also am 11. August 1914, nachdem wir den Feind bereits in den Grenzbezirken des Landes hatten, hat sich die Regierung aufgeschwungen, bei Seiner Majestät die Erlassung einer solchen Kaiserlichen Verordnung zu erwirken.

Ich muß sagen, daß die Begründung sehr edel gedacht ist, und ich kann auch einzelnen Punkten dieser Kaiserlichen Verordnung durchaus nicht das Zeugnis versagen, daß sie fürsorglich gedacht waren; aber, meine Herren, es war zu spät. Nicht ein einziges Wort dieser Kaiserlichen Verordnung ist je in Wirksamkeit getreten, und ich weiß faktisch nicht, was das hohe Haus tun soll, nachdem uns jetzt diese § 14-Verordnung vorliegt und wir irgendwie über sie schlüssig werden sollen. Wir im Flüchtlingsausschuß wußten, was wir damit zu tun haben, auch das hohe Haus hat uns zugestimmt, indem es den ominösen § 9 des Flüchtlingsgesetzes akzeptiert hat, aber das hohe Herrenhaus stößt sich daran.

In dieser Kaiserlichen Verordnung war die Rede davon, daß man Räumungen vorbereiten soll, das heißt, daß man Verzeichnisse anlegen soll, so wie es in Preußen schon vorher geschehen ist, und daß man für den Abtransport der Leute, für Arbeitsgelegenheit, für ihren Unterhalt usw. sorgen soll. Aber, wie gesagt, die Militärbehörden zogen es vor, die politische Verwaltung nicht einmal in Kenntnis davon zu setzen, wenn irgendwo Räumungen erfolgt sind. Die politische Verwaltung kam also gar nicht in die Lage, überhaupt auch nur ein Wort von dieser Kaiserlichen Verordnung zu verwirklichen, denn offenbar galt für die Militärverwaltung eine Kaiserliche Verordnung nicht. *(Hört! Hört!)* Die Voraussetzungen des § 1 dieser Kaiserlichen Verordnung sind niemals eingehalten worden und die Evakuierten wurden ebenso wie die freien Flüchtlinge ihrem Schicksale überlassen. Auch sie wurden als Staatsgeheimnis gehütet, damit man nicht zufällig im Hinterland erfahre, daß es Räumungen und Rückzüge gegeben hat, als ob man nicht lieber die Bevölkerung hätte darüber aufklären sollen, daß selbst die heldenmütigste Armee, die unter solchen Umständen, wie sie uns zu Beginn dieses Krieges begleiteten, als Rußland, wie ich schon vorher sagte, in hinterhältiger Weise, unter Anwendung von Mitteln, die man nicht genügend brandmarken kann, seine Mobilisierung im Geheimen durchgeführt hatte, als ob wir uns dessen zu schämen hätten, daß wir einem solchen räuberischen Überfall gegenüber mit den heldenmütigsten Truppen nicht standhalten konnten. Das hätte jedermann verstanden und gewürdigt und der Respekt, das Zutrauen und die Liebe zur Armee wären dadurch in gar keiner Weise beeinträchtigt worden.

So kam es zur Aufführung einer Art chinesischer Mauer zwischen den Geflüchteten und der bodenständigen Bevölkerung, und zwar sowohl zwischen jenen Flüchtlingen, die freiwillig geflohen sind, als auch jenen, welche behördlich geräumt werden mußten. Auch die Behörden bekamen keine Weisung. Die lächerlichsten und furchtbarsten Gerüchte fanden Verbreitung. Man verwechselte die Evakuierten mit politisch Verdächtigen, aus dem sehr einfachen Grunde, weil die einen wie die anderen von jeder Berührung mit der bodenständigen Bevölkerung abgeschlossen wurden. Man kann doch nicht verlangen, daß die bodenständige Bevölkerung diesen Unterschied verstehe. Sie sah, daß ganze Züge von Leuten transportiert werden, denen das Betreten der Stationen verweigert wurde, die man von den Labestellen ausschloß, denen man nicht ein Glas Wasser reichte. Woher hätte unsere Bevölkerung, deren Rechtsbegriffe noch lange nicht so verwirrt waren wie die Rechtsbegriffe gewisser Organe, auch nur ahnen sollen, daß das unbescholtene Menschen und nicht etwa politisch Verdächtige sind? Vor allem hat dazu der Stil der Berichte und, sagen wir offen, die auch bei uns ziemlich verbreitete Unkenntnis der Geographie beigetragen. Ich selbst war Ohrenzeuge, wie ein dem Gelehrtenstande angehöriger Mann, dessen Namen ich, wie die Herren begreifen werden, nicht nennen möchte, Tarnów und Tarnopol verwechselte und als er von der Abweisung eines russischen Kavallerievorstoßes bei Tarnów hörte, meinte er: „Was machen die Flüchtlinge noch in Wien, Galizien ist doch frei?" Er meinte, Tarnów und Tarnopol sei ein und dasselbe und es handle sich bloß um die Verteidigung der Reichsgrenzen, während die Russen bereits bei Tarnów standen und aus naheliegenden Gründen Hunderttausende von Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina das Hinterland füllten.

Die Perfektionierung der chinesischen Mauer zwischen der bodenständigen Bevölkerung und den Flüchtlingen war aber das Barackensystem. Die Bevölkerung mußte diese polizeiliche Abschließung als einen Beweis politischer Unverläßlichkeit betrachten. Sie konnte es anders nicht verstehen, denn anders läßt es sich auch nicht erklären. Die Bevölkerung war tagtäglich Zeuge von allen möglichen Ausnahmsmaßregeln gegen die Flüchtlinge, sie sah, daß die Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften, ja sogar Statthaltereien ihnen Arbeitsbücher verweigerten *(Ruf: Hört! Hört!)*, sie sah, daß man ihnen überhaupt jede Möglichkeit einer freien Bewegung, eines ehrlichen Erwerbes sperrte. Die Bevölkerung konnte nicht darauf kommen, daß es da einen Unterschied zwischen Arrestanten und Flüchtlingen gebe.

Und dennoch bestand dieser Unterschied; der Unterschied zwischen Arrestanten und Flüchtlingen reicht sogar sehr weit, aber zugunsten der Arrestanten. Denn unsere Justizverwaltung kann sich dessen rühmen, daß das Vorgehen in den Haftanstalten bei uns im Vergleich mit anderen Staaten ein ziemlich humanes ist. Die Leute sind nicht schlecht untergebracht, in gewöhnlichen Zeiten auch nicht gerade schlecht verpflegt; sie haben Ärzte, Spitalseinrichtungen usw., sie wurden mit einem Worte stets viel besser behandelt als die Flüchtlinge, die man in den damals notdürftig zusammengezimmerten Baracken und Konzentrationslagern unterbrachte und für die natürlich in jener Zeit nicht vorgesorgt war. Und als die Bevölkerung immer mehr in den Wahn hineingeriet, daß die Flüchtlinge politisch unverläßliche Leute seien, da konnte die Regierung erst recht sagen, man müsse sie von der bodenständigen Bevölkerung fern halten, weil die bodenständige Bevölkerung gegen die Flüchtlinge aufgebracht sei. Und erst nach einem halben Jahre gelang es unseren wiederholten Bitten beim Ministerium des Innern vom damaligen Minister des Innern zu erwirken, daß eine Belehrung an die Behörden und an die Bevölkerung heraus-

gegangen ist. Aber da war es zu spät. Die Konzentrationslager haben inzwischen einen derart furchtbaren Charakter angenommen, daß alle unsere Bitten und Warnungen vergebens geblieben sind.

Ich will mich nicht in die Frage einlassen, wer das Barackensystem erfunden hat. Darüber wird man erst nach dem Kriege sprechen können und auch darüber, warum man daran festgehalten hat. Aber eines darf ich sagen: Den Mann, der das Barackensystem erfunden hat, beneide ich nicht *(Zustimmung)*, er wird vor Gott und vor dem Staate Tausende vernichteter Existenzen zu verantworten haben *(Zustimmung)*, er wird vor Gott und Österreich zu verantworten haben, daß Tausende Staatsbürger, die als Staatsfreunde, als ergebene, loyale Bürger hierhergekommen sind, weil sie sich dem Feinde nicht zur Verfügung stellen wollten, entweder hier gestorben oder mit Mißtrauen gegen den Staat in ihre Heimat zurückgekehrt sind. *(Zustimmung.)* Es ist ja dann, namentlich unter den Ministern Hohenlohe und Schwarzenau vieles gebessert worden und wir hatten dazumal die Hoffnung, daß es möglich sein wird, irgendwie diese Polizeiwillkür einzudämmen. Ich habe mir dazumal, und zwar am 24. Oktober 1916, erlaubt, an das Ministerium des Innern eine Eingabe zu richten, wo ich nur um legale Verhältnisse in den Flüchtlingslagern bat. Ich sagte da, daß wir von der Voraussetzung ausgehen, daß es dem hohen Ministerium wohl ferne liegen muß, ein Barackenlager, in dem unbescholtene Staatsbürger untergebracht sind, als einen für Sträflinge bestimmten Aufenthaltsort zu behandeln. Ich habe weiter auch darauf angespielt, daß Sträflinge insofern besser behandelt werden, als für sie wenigstens ein Strafhausreglement besteht, während in den Barackenlagern, oft gewiß gegen die Intentionen der Zentralregierung, was ich in loyalster Weise hervorheben möchte, tatsächlich Polizeiwillkür herrschte. Diese Eingabe, die ich in meinen Akten verwahre, weil ich mich derselben nicht zu schämen brauche, ist unbeantwortet geblieben.

Wir haben später mit Zustimmung dieses Hauses, dem alle Flüchtlinge dafür Dankbarkeit bewahren werden, einen Gesetzentwurf beschlossen. Wir haben in diesem Gesetzentwurfe einiges betont, einiges abstellen wollen, was, wenn es abgestellt worden wäre, vielleicht den Fall von Wagna verhütet hätte. Wir haben sodann eine Reihe von Resolutionen diesem hohen Hause namens des Ausschusses unterbreitet, das hohe Haus hatte die Gewogenheit, dieselben einstimmig anzunehmen. Aber das Gesetz fand keine Gnade in den Augen des Herrenhauses und die Resolutionen sind ebenfalls zum größten Teile bis heute unerledigt geblieben.

Nun sehen Sie aus dem Berichte und aus dem, was unsere Vertrauensmänner dort gesehen und erhoben haben, daß, wenn man zum Beispiel nicht andersprachige Beamte verwendet hätte, wenn man anstatt der Polizeiwillkür wenigstens eine reglementmäßige Ordnung eingeführt hätte, es zu diesem Waffengebrauche nicht gekommen wäre.

Seine Exzellenz der gegenwärtige Herr Minister des Innern hat, was wir mit großer Anerkennung und Dankbarkeit begrüßten, die Polizeiwillkür abzustellen versprochen. Aber nahezu drei Jahre hat sie gedauert. Nun soll es endlich anders werden und es soll mit dem Namen des letzten Opfers die Wohltat geordneter Zustände für Tausende anderer Mitbürger endlich verbunden werden.

Aber, hohes Haus, unwiederbringlich bleibt dasjenige, was jahrelang auf diesem Gebiete gesündigt wurde. Anstatt einer Stärkung des Glaubens an den Staat ist das Mißtrauen in viele Herzen eingekehrt. Die Leute kamen her und dachten, daß sie im Hinterlande, in diesem glücklichen Hinterlande, welches von Kriegsverwüstungen nichts weiß, mit offenen Armen empfangen werden. Sie kamen hierher, eingedenk des Spruches, daß der Österreicher ein Vaterland hat, und sie fanden eine Aufnahme, die an die furchtbarsten Konzentrationslager erinnert.

Meine Herren! Chotzen und Wagna haben ihre Märtyrergeschichte, welche Generationen hindurch in den Herzen der Flüchtlinge und ihrer Nachkommenschaft leben wird. Ist es doch in Leibnitz geschehen, daß man im Spätherbst des Jahres 1914 plötzlich in der Nacht Tausende von Menschen ohne jede gesetzliche Basis zu Kriegsdienstleistungen nach Serbien schickte, von wo kaum ein Drittel lebendig zurückkam. Und nun sind in Wagna, in dem ehemals so viel Leid den polnischen Flüchtlingen zugefügt wurde, italienische Tränen geflossen und es hat italienisches Blut diesen Boden berieselt.

Nun möge das Abgeordnetenhaus, wenn auch erst so spät, zu der Genugtuung sich bestimmen lassen, welche der Ausschuß dem hohen Haus in seinen Anträgen zu unterbreiten die Ehre hat. Diese Genugtuung schuldet das Volkshaus — ich sage direkt, es schuldet sie — dem Andenken jener Tausende, welche die Barackenfriedhöfe bevölkern, es schuldet sie aber auch dem Prestige und der Ehre des Staates und der Ehre der österreichischen Verwaltung. Sie werden aus den Anträgen entnehmen, daß uns jede Rachsucht ferne lag. Wir beantragen da durchaus keine Strafexpedition gegen jene, die in früheren Zeiten ein Verschulden getroffen hat, weil wir der gegenwärtigen Verwaltung — ich meine das Ministerium des Innern, Seine Exzellenz den Herrn Minister und den gegenwärtigen Referenten — keine übermäßigen Aufgaben und keine Schwierigkeiten aufbürden wollten.

Ich glaube daher, daß jedermann, auch jeder, der mit dem Flüchtlingswesen oder, sagen wir, mit dem früheren Flüchtlingsunwesen weniger vertraut ist als wir, die wir uns im Ausschusse damit zu befassen hatten, finden wird, daß diese Resolutionen durchaus nicht so geartet sind, daß sie etwa als eine Rache gegen die Organe bezeichnet werden könnten, sondern daß sie nur dasjenige enthalten, was jeder von den Herren gewiß in seinem Herzen billigen wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Tusar**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Faidutti; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Faidutti**: Hohes Haus! Es ist für mich äußerst peinlich, in der Angelegenheit der Flüchtlinge das Wort in einem Augenblicke zu ergreifen, da wir unter dem Eindruck der Geschehnisse in Wagna stehen.

Von dort gelangen zu uns schmerzerfüllte Berichte, deren viele uns dem Inhalte nach — nachdem sie sich wiederholen — schon von früher her bekannt sind. Solche Berichte, die aber auch andere Flüchtlingslager betreffen, wurden regelmäßig behufs Abhilfe zur Kenntnis der kompetenten Faktoren gebracht. Keiner dieser Berichte beinhaltete jedoch derart schwere Fälle wie der, mit dem wir uns eben befassen.

Ich muß leider die Bemerkung fallen lassen, daß zuständigenorts nicht immer die richtige Erkenntnis zu finden ist für die Lage der unglücklichen Flüchtlinge, die schließlich doch auch österreichische Staatsbürger und aller Rücksicht würdig sind, da sie ja zwangsweise vom eigenen Grund und Boden unter den denkbar traurigsten Verhältnissen und unter Zurücklassung aller Habseligkeiten vertrieben wurden, um in fremden Gegenden Aufenthalt zu nehmen, woselbst sie zur Not, zu Entbehrungen, zum Leiden verurteilt sind, zu denen sich nur zu oft noch der Schmerz um den Verlust lieber Familienangehöriger gesellt.

Ich würde jedoch die Gastfreundschaft ungerecht schätzen, wenn ich es unterlassen würde, in tiefster Dankbarkeit jener Edlen in verschiedenen Gegenden zu gedenken, die uns im schrecklichsten der Unglücksfälle mit Rat und Tat beiseite standen und stehen. Ich kann Sie versichern, meine Herren, daß unsere Flüchtlinge der Wohltaten, die ihnen seitens dieser edlen Seelen zuteil wurden, nie vergessen werden. *(Bravo! Bravo!)*

Die Regierung hat ihrerseits große Geldbeträge für die Flüchtlingsfürsorge verausgabt — speziell in den Flüchtlingslagern; dies haben wir dem Exposé des Finanzministers Baron Spitzmüller entnommen. Es wurden eigene Abteilungen für die Flüchtlingsfürsorge ins Leben gerufen, welchen Hunderte von Organen zugeteilt wurden. Leider brachten den Flüchtlingen allgemein weder die erwähnten Auslagen noch die Tätigkeit dieser Organe jene Linderung der traurigen Lage, der sie gewidmet waren, wiewohl nicht in Abrede gestellt werden kann, daß dieselben in vielen Fällen doch auch gute Wirkungen nicht verfehlt haben.

Alldort, wo sich diese Wirkungen nicht bemerkbar machten, konnte man wahrnehmen, daß die Art und Weise der Behandlung der Flüchtlinge sich auf eine Grundlage stützt, die dem Charakter unseres Volkes gänzlich widerspricht. Wiederholt wurden sowohl seitens der Flüchtlinge als auch seitens deren Vertreter Bitten, Klagen, Beschwerden vorgebracht. Die katholische italienische Volkspartei hat schon im Jahre 1916, und zwar im Monate Februar diese Beschwerden in einem Memorandum an die hohe Regierung bekannt gegeben — dasselbe haben dann fünf, sage fünf Landesausschüsse getan, welche durch den Krieg betroffen sind — und zwar in einem Memorandum an die verschiedenen Ministerien, ohne daß wir, weder die katholische italienische Volkspartei noch die Landesausschüsse von Tirol, Görz und Gradiska, Kärnten, Triest und Istrien bis jetzt eine Antwort bekommen hätten. Dies alles also ohne Erfolg, denn teils wollte man den Klagen kein Gehör schenken, teils zog man in Zweifel, ob die Vertreter der Flüchtlinge zur Beschwerdeführung legitimiert seien. Und derart wurde die Unzufriedenheit unter den Flüchtlingen immer mehr genährt.

Ich will diese Tatsache durchaus nicht generalisieren. Ich anerkenne vollkommen den Ernst der Absichten der k. k. Regierung und den guten Willen vieler ihrer Angestellten und kenne auch die Schwierigkeiten, mit denen die Flüchtlingsfürsorge insbesondere bezüglich der Approvisionierungsfrage zu kämpfen hat; ich gebe auch zu, daß Schwierigkeiten auch im Seelenzustande, in dem sich die armen Flüchtlinge angesichts ihrer traurigen Lage befinden, zu suchen sind.

Jedoch trotz dieser Schwierigkeiten glaube ich, hätte die Regierung die eigenen Absichten weit besser realisieren und die Lage der Flüchtlinge weit erträglicher gestalten können, wenn sie den wiederholten dringenden Rufen des Zentralhilfskomitees — ich spreche hier von Flüchtlingen aus dem Süden — und dessen Nebenstellen, der Delegierten und der Vertrauensmänner Gehör geschenkt haben würde und wenn man rechtzeitig daran gegangen wäre, mit zweckentsprechenden Normen die Fürsorge für offizielle und nichtoffizielle Flüchtlinge zu regeln, dies aber mit weniger Rundschreiben oder, wenn man will, mit weniger Ungestüm in den vielleicht genialen Vorkehrungen, wohl aber mit

mehr Zuvorkommenheit und väterlicher Fürsorge, wie dies in Unglücksfällen und im Notstande erforderlich ist.

Wir sind dem jetzigen Minister des Innern dankbar für seine jüngst erlassenen Verfügungen und für sein Vorhaben, diese Frage endgültig zu regeln, es ist jedoch eben diese definitive Regelung, die wir durch den vom Abgeordnetenhause votierten Gesetzentwurf anstreben.

Zur Illustrierung dessen, was ich bisher angeführt habe, sollen die Vorkommnisse in Wagna dienen, die heute den Gegenstand der Verhandlung bilden.

Die Verhältnisse in diesem Flüchtlingslager sind mir aus eigener Anschauung sehr gut bekannt. Sofort nach der Kriegserklärung Italiens, am 24. Mai 1915, begab ich mich nach Leibnitz, um bei der Ankunft der Flüchtlingstransporte zugegen zu sein und den Flüchtlingen beistehen zu können. Hier wurde nämlich eine Perlustrierungskommission für Kriegsflüchtlinge aus dem Süden ins Leben gerufen, von welcher aus die Flüchtlinge nach verschiedenen Richtungen der Monarchie dirigiert wurden. Tagelang habe ich die herzzerreißenden Szenen, die die Flüchtlinge darboten, mitanschauen müssen und ich habe auch feststellen können, daß die Flüchtlinge in Leibnitz-Wagna von solchen staatlichen Organen empfangen wurden, die meistens weder mit den Eigentümlichkeiten noch mit der Sprache der eingetroffenen Flüchtlinge vertraut waren. Um dem abzuhelfen, wurde meinerseits als Landeshauptmann eine Anzahl von Angestellten des Görzer Landesausschusses der Perlustrierungskommission zur Verfügung gestellt und bald darauf konnte ich die Errichtung einer Expositur des Görzer Landesausschusses in Leibnitz erwirken. Sämtliche Organe derselben hatten den Auftrag, in den Dienst der Flüchtlingsfürsorge zu treten und nach Kräften den Flüchtlingen beizustehen. Einige dieser Organe versahen den Dienst als Begleiter der Flüchtlingstransporte nach Ungarn.

Es ist dieser Expositur als Verdienst anzurechnen, daß sich die Unterbringungs- sowie die Approvisionierungsverhältnisse der Wagna passierenden Flüchtlinge wesentlich gebessert hatten. Desgleichen hat die Expositur einen großen Anteil an der Aktion zur Vereinigung der Angehörigen einzelner Familienmitglieder sowie der Insassen einzelner Gemeinden, die bei der Evakuierung zerstreut worden waren.

Nachher wurde diese Expositur aufgelöst. Nichtsdestoweniger hat inzwischen der Görzer Landesausschuß nach Kräften dahingewirkt, um die speziell in Ungarn untergebrachten Flüchtlinge nach Österreich befördern zu lassen. Bald hierauf wurde den Flüchtlingen unter anderem auch das Flüchtlingslager in Wagna als Wohnstätte zugewiesen.

Angesichts der Übersiedlung der Flüchtlinge nach Wagna hat der Görzer Landesausschuß mehrere seiner Angestellten der k. k. Barackenverwaltung in Wagna zur Verfügung gestellt und auch Landtagsabgeordnete traten in den Dienst derselben, woselbst sie mit verschiedenen Funktionen betraut wurden, die einige von ihnen noch heute zufriedenstellend versehen.

Anfangs ließen die sanitären Verhältnisse im Flüchtlingslager in Wagna viel zu wünschen übrig. Auf Grund meiner Wahrnehmungen an Ort und Stelle habe ich zu erwirken getrachtet, daß hygienische Maßnahmen bezüglich der Schlafräume und der Kost zur unverzüglichen Anwendung gelangen.

Die große Sterblichkeit unter den Flüchtlingskindern in Wagna konnte erst abnehmen, als es gelang, auf Grund statistischer Daten von der k. k. Regierung die nötigen Vorkehrungen zu erlangen. Unzählige Anträge habe ich allerorts gestellt, um die Approvisionierung des Lagers in Wagna von dem vorbestandenen Spekulantenkonsortium auf die Lagerverwaltung selbst (eigene Regie) zu übertragen, um auf diese Weise die Approvisionierung der Flüchtlinge auf eine gesundere Grundlage zu stellen. In dieser Beziehung hat der jetzige Leiter des Lagers, Dr. Wolte, uns angehört; seine Vorkehrungen sind zwar heute nicht in vollem Maße durchgeführt, nichtsdestoweniger aber sind seit Einführung der Eigenregie die Approvisionierungsverhältnisse besser geworden.

Bei verschiedenen Anlässen habe ich an Ort und Stelle feststellen können, daß die Behandlung der Flüchtlinge in Wagna eine derartige war, daß sie die größte Unzufriedenheit unter den Flüchtlingen wecken mußte: die Approvisionierung unzureichend, weil derselben nicht die erforderliche Sorgfalt zugewendet wurde; die schroffe Behandlung der Flüchtlinge, die bestrebt waren, sich Zubußen außerhalb des Lagers zu holen; strenge Bestrafungen der Flüchtlinge, die darin eine Ungerechtigkeit erblickten; das Verfahren gegen die Flüchtlinge im allgemeinen, als ob dieselben keine freien Staatsbürger wären; die zuweilen äußerst ungewogene Haltung der Angestellten den Flüchtlingen gegenüber, dies sind alles Momente, die allmählich unter den Flüchtlingen die Gewißheit erwecken müssen, daß sie als minderwertige Bürger betrachtet werden, welche Gewißheit ihre Seelen tief verletzen muß.

In derartigen Verhältnissen, über deren Entwicklung ich eine kurze Übersicht gegeben habe, steckt die Ursache solcher Vorkommnisse, wie sie sich jüngst in Wagna abgespielt haben.

Man unterließ es wohl nie, die Aufmerksamkeit der Barackenverwaltung auf die beklagenswerten Zustände und Vorkommnisse unter den Flüchtlingen zu lenken und der Wahrheit zu Liebe muß man

auch gestehen, daß bei der Übernahme der Barackenverwaltung durch den Bezirkskommissär Dr. Wolte der Schein erweckt wurde, als ob es nun mit dem starren Exklusivismus, der jeden nicht zum Verwaltungskörper gehörigen Faktor von der Teilnahme an der Verwaltung vollständig ausschloß, sein Ende hätte. Ich war also angenehm überrascht, als ich fand, daß sich der neue Leiter bereitwillig zeigte, auf die Vorschläge und Wünsche, betreffend die Aufbesserung des Schicksales unserer Flüchtlinge, einzugehen.

Zu bedauern ist, daß sich die Beeinflussung nur auf einzelne Tatsachen, nicht aber auf das ganze System erstrecken konnte. Man beschränkte sich nämlich auf einzelne Zugeständnisse in der oder jener Angelegenheit, während man im allgemeinen beflissen war, Methoden zu gebrauchen, die geeignet waren, die Unzufriedenheit zu schüren und Anlaß zu immer neuen Beschwerden und Kritiken zu geben. Dies war tatsächlich in einem solchen Umfange der Fall, daß weder die leitenden Organe des Lagers noch die vorgesetzten Behörden darüber in Unkenntnis sein konnten.

Es war ein verhängnisvoller Irrtum, Ratschläge von sich abzuweisen und die so oft — zuerst schon im Juni 1915 — angeregte Institution eines Flüchtlingsrates, worin die wichtigeren Angelegenheiten besprochen werden sollten, immer wieder hinauszuschieben. Zu lange Zeit hat die Regierung zugewartet und als sie sich am 16. Juli 1917 dazu entschlossen hat, war es die Barackenverwaltung, die erst am 6. Oktober, somit drei Monate nachher, einen „Beirat zur Mitwirtung der Flüchtlinge an den Geschäften der Lagerverwaltung" ins Leben gerufen hatte. Zu spät war man auch zu der Überzeugung gekommen, daß den eindringlichen Bitten der Flüchtlinge, sowohl im Barackenlager als auch in den Gegenden außerhalb der Kriegszone, um die Rückkehrsbewilligung in ihre Heimat hätte Gehör geschenkt werden müssen, wodurch man auch verhütet hätte, daß die Wirtschaften der Flüchtlinge, bestehend aus Vorräten an Feldfrüchten, Hausgeräten, Ackerbaumaschinen 2c., fremder Willkür überlassen worden wären. Die flehentliche Bitte, die man bei allen Behörden so oft vernommen hatte, fand leider kein Gehör. Und als nach zwei Jahren die Landesbehörden den Erlaß, betreffend die Rückkehr der Flüchtlinge, veröffentlichten, war derselbe keineswegs von der einen oder anderen Barackenverwaltung aus Absicht, Menschennot zu lindern veranlaßt, sondern war nur eine natürliche Folge der zunehmenden Mißstimmung und der sich häufenden Beschwerden der Flüchtlinge, die durch so lange Zeit fern von ihrer Heimat gehalten wurden. Ein anderer Irrtum, der hauptsächlich die bedauernswerten Vorkommnisse, die sich jüngst in Wagna ereignet haben, veranlaßt hat und auf welchen so oft fruchtlos hingewiesen wurde, war das Polizeisystem, welches im Barackenlager von den Gendarmerieorganen, Soldaten, Feuerwehr und zu diesem Zwecke eingedienstete Flüchtlingen ausgeübt wurde und dem Barackenlager den Charakter eines Internierungslagers gab. Wenn man dann auch in Erwägung zieht, daß viele dieser Organe eine unzureichende Bildung besitzen und daß sie meistens auch der Sprache der Flüchtlinge nicht fähig sind, so kann man sich leicht vorstellen, wie sie ihres diesbezüglichen Amtes walten, wenn sie von der Vorstellung ausgehen, daß sie es mit Verbrechern oder mindestens mit verdächtigen Personen zu tun haben.

Ich weiß ganz bestimmt, daß es diesbezüglich in anderen Lagern ganz anders ausschaut, daß daselbst Systeme eingeführt sind, die der Beschaffenheit unseres Volkes viel zuträglicher sind und auch ein besseres Mittel gegen Übertretungen der Gesetze und Verordnungen bieten. Niemand könnte es auch in Abrede stellen, daß auch unter unseren Flüchtlingen Übertretungen vorkommen, die natürlich strenge, aber ohne Voreiligkeit bestraft werden sollen, sobald es die Umstände erheischen; aber der Strafe soll der Endzweck nicht vorweggenommen werden, welcher eben in der Aussicht auf Besserung liegt und somit nicht eine allgemeine Unordnung im Lager veranlassen kann.

Und wenn uns der Vorwurf gemacht wird, daß alle Volksvertreter der Flüchtlinge zusammen mit den Fürsorgebehörden für die Einhaltung der Ordnung und des moralischen Selbstbewußtseins verantwortlich sein müssen — wie wir es dieser Tage gehört und auch in etlichen Zeitungen gelesen haben —, so kann ich nichts anderes sagen, als daß ich damit vollkommen einverstanden bin und diese Forderung geradezu unterstreiche, aber zugleich muß ich auch die Frage aufwerfen: Warum überwacht, warum gestaltet man uns den Verkehr mit unseren Flüchtlingen so schwer, gleichsam als ob man in uns der Barackenverwaltung und ihren Schützlingen feindlich gegenüberstehende Personen sehen würde, denen man jede Einmischung in die brennenden Fragen der Verwaltung, der Flüchtlingsfürsorge unmöglich machen müsse? Nochmals wiederhole ich es: Warum ist man eben auf diesem Gebiete so weitgehend in der Duldsamkeit, daß man höchstens nur die krassesten Fälle zu treffen bestrebt ist und nicht daraufhin ausgeht, mit allen Mitteln die Ausbreitung des Übels zu bekämpfen und die aufsteigenden Gefahren durch schnelle und entscheidende Maßnahmen, die der einzelne Fall erheischt, abzuwenden versucht?

Ich komme nun auf unsere Kinder zu sprechen. Es ist nutzlos, daß ich hier auf ihr Naturell, welches tatsächlich lebhaft, lärmend, ruhelos erscheint, zurückkomme. Darunter werden sich zweifels-

ohne auch übermütige Subjekte befinden, welche Zurechtweisungen und Bestrafungen verdienen. Doch auch hier muß auf ihre gegenwärtige Lage Bedacht genommen werden, nämlich vor allem auf die Abwesenheit der Familienhäupter, die entweder bereits tot sind oder aber auf dem Schlachtfelde kämpfen oder in den Spitälern hinsiechen; die ständige Suche der Mütter nach Nahrungsmitteln, um die elende Barackenkost aufzubessern, der Mangel an Lehrkräften — denn auf 4000 Schüler kommen kaum neun Lehrer, während die übrigen Lehrkräfte nur Lehrerinnen sind — *(Zwischenruf des Abgeordneten Einspinner)*, die Absonderung in eingezäunte und vollends abgesperrte Aufenthaltsorte, der Mangel der Kost, an die sie zu Hause gewohnt waren und an der es immer noch einigermaßen fehlt, obwohl die Barackenverwaltung in lobenswerter Weise bestrebt war, diesbezüglich eine besondere Fürsorge den Kindern und Schülern angedeihen zu lassen, die natürliche Neigung, schlechte Beispiele Älterer, die nur zu oft beschäftigungslos im Lager herumstreifen, nachzuahmen, dies alles erklärt gewissermaßen die Entgleisungen der Jugend. Zu deren Hintanhaltung und zur Bekämpfung sogenannter „Unsitten" müßten den Sicherheitsorganen wohl andere Mittel als Bajonette und Gewehre zur Verfügung stehen. In unseren Gegenden greift man nämlich unter solchen Umständen, wie zum Beispiel bei Straßenaufläufen, mögen dabei auch Frauen beteiligt sein oder nicht, einfach zu den Spritzen, ein probates Mittel, welches ich auch den wohlverdienten Feuerwehrmännern von Wagna aufs wärmste empfehlen möchte und vor allem ihrem Anführer zur besonderen Beherzigung anraten würde.

Eine laute Drohung, ausgedrückt in der von Flüchtlingen gesprochenen Sprache, würde wohl viel mehr nützen als die zahlreichen, wenig sittlichen Epitheta, die auf ihre und ihrer Landesangehörigen Abkunft abzielen.

Aber der Knabe Anton Pucli, meine Herren, das Opfer des 4. Oktober, gab nie Anlaß zu derlei Einschüchterungen und Strafen, denn er war, wie alle einstimmig behaupten, ein ruhiger Knabe, von sanftem Naturell, zugetan der Mutter, die ihn vergötterte. Wie aus Zeugenaussagen hervorgeht, bückte er sich am verhängnisvollen Tage zu Boden, nicht um Steine aufzuheben, die er dann gegen ein Sicherheitsorgan geschleudert hätte, sondern man fand ihn mit den Händen in der Tasche auf dem Boden, der noch die Spuren seines unschuldigen Blutes aufweist.

Bezüglich des Schulwesens wurde in Wagna vieles getan, jedoch, meine Herren, es wäre zu wünschen, daß die Erzieher der Jugend in den Lagern, seien es die Geistlichen, seien es die Laien, eine größere Freiheit genießen würden und daß denselben ein größerer Einfluß eingeräumt wäre, sowohl in, als auch außerhalb der Schule; es wäre zu wünschen, daß die berufenen Stellen bei der Befreiung der für die Jugenderziehung unentbehrlichen Lehrerschaft nicht mit der bisher geübten Strenge vorgehen würden und daß man die Seelsorgestellen, und speziell die der Religionslehrer, mit der erforderlichen Beschleunigung besetzen würde, um nicht die fünf- und mehrmonatlichen Verzögerungen in den Ernennungen sich wiederholen zu sehen.

Die Verwilderung der Jugend greift infolge der herrschenden traurigen Zeiten immer mehr um sich, jedermann hebt dies hervor, jedermann beklagt es. Es kann somit nicht Wunder nehmen, wenn diese Erscheinungen auch in den Flüchtlingslagern zutage treten. Man trachte aber, eine Remedur zu schaffen, insbesondere bezüglich jener Klasse der Jugend, die nicht mehr in Waisenanstalten untergebracht ist. In Görz hatten wir eine solche Anstalt für verlassene Kinder, die nach Wagna übersiedelt war. In Görz mußte die in der Anstalt untergebrachte Jugend bis zu jenem Zeitpunkte verbleiben, bis sich dieselbe einem Berufe oder Gewerbe widmen konnte; in Wagna wurde für die Entlassung aus der Anstalt die 14jährige Altersgrenze festgesetzt. Nun ist es aber eben dieses Alter, dem die allergrößte Wachsamkeit zuteil werden muß! Man solle dies ernstlich erwägen.

Zu den bisher angeführten Ursachen, die die Verhältnisse im Flüchtlingslager schwierig gestalten, könnte ich auch andere, generelle anführen, die durch die gegenwärtige schreckliche Zeit veranlaßt wurden. Dies sind insbesondere die Approvisionierungsschwierigkeiten, die nachlassende Disziplin, die täglich sich mehrenden drückenden Sorgen und andere noch, die alle in den Flüchtlingslagern betrachtet werden können: die reduzierte Anzahl unserer Beamtenschaft, die gewiß nicht wohlwollende Behandlung seitens einiger subalternen Organe, die oft hervorgehobene Parteilichkeit in der Behandlung seitens der Beamtenschaft, der Mangel an unmittelbarem Kontakte zwischen den Vorgesetzten und den Flüchtlingen in allen jenen Unstimmigkeiten und Zwistigkeiten, die mit wenigen Worten beigelegt werden könnten.

Ich wünschte, daß mit der äußeren Entwicklung des Flüchtlingslagers die Zufriedenheit der Flüchtlinge gleichen Schritt halten würde. Tatsächlich ist das Flüchtlingslager in Wagna eines der modernsten Lager, wenigstens bezüglich einiger Einrichtungen, zum Beispiel die Kirche, die dem heiligen Karolus, zur Erinnerung an Seine Majestät den Kaiser, geweiht wurde, die Krankenanstalten, die Elektrizitätsanlage, die Waschküche, die Bäder, die landwirtschaftliche Kolonie. Dies alles ist imstande, einen wohltuenden Einfluß auf die Flüchtlinge auszuüben und auch die Besucher des Lagers gaben stets ihrer Bewunderung für diese Einrich-

tungen Ausdruck. Und das Verdienst hierfür muß Herrn Dr. Wolte zugeschrieben werden. Wo etwas anzuerkennen ist, bin ich immer gerne dazu bereit, ich habe das schon wiederholt hervorgehoben.

Und nun möchte ich fragen: warum konnten diese Fortschritte keinen Wiederhall in der Zufriedenheit der Flüchtlinge finden? Es hätte derart gewirkt werden können, daß jedermann zufriedengestellt wäre und dies würde der beste Lohn für alle diejenigen sein, die bei den guten Einrichtungen gewirkt haben.

Man wird mich fragen können: „Was tun die Beamten Eurer Nationalität?" Sie opfern sich mit Hingabe für ihre Brüder, verrichten mit Eifer, was ihres Amtes ist. Es wird darunter auch einige Ausnahmen geben, aber fast alle, ohne Unterschied, fürchten, ihre Stimme zum Tadel oder Ratschlag zu erheben.

Hohes Haus! Ich bin überzeugt, daß wir tief erschüttert sind wegen der jüngsten Ereignisse in Wagna und der damit verbundenen Ursachen und Wirkungen. Unser tiefster Wunsch ist, daß sich so etwas nicht mehr wiederhole. Die Liebe zu unseren Mitmenschen, den Flüchtlingen, verlangt von uns, daß wir alles aufbieten, um jede Mißstimmung zwischen der einheimischen Bevölkerung und unseren Flüchtlingen hintanzuhalten, oder, wo sie besteht, zu beseitigen. *(Zustimmung.)*

Das Parlament hat diese unumgängliche Notwendigkeit erkannt, indem es für ein Flüchtlingsgesetz gestimmt hat und ebenso hat diese Notwendigkeit auch das k. k. Ministerium des Innern erkannt, indem es die jüngst verlautbarten Vorkehrungen getroffen hat. Es ist auch kein Anlaß zum Zweifel vorhanden, daß das Herrenhaus zögern würde, seiner hohen patriotischen und humanitären Pflicht nachzukommen.

Aber, meine Herren, wir dürfen auch nicht vergessen, daß die endgültige Lösung der Flüchtlingsfrage sowie aller noch so brennenden Fragen nur im Friedensschluß liegt und ich betone es, in einem Frieden, den alle Völker so sehnsüchtig erwarten und der von Seiner Heiligkeit dem Papste Benedikt XV. angeregt sowie von unserem jungen Herrscher, der nur für das Wohl seiner Völker besorgt ist, so energisch gefördert wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Einspinner das Wort.

Abgeordneter **Einspinner:** Hohes Haus! Der Flüchtlingsausschuß verlangt im ersten Punkt seiner Anträge: Das Abgeordnetenhaus wolle die Darstellung des Ausschusses über die Vorfälle am 4. Oktober in Wagna zur Kenntnis nehmen usw. Wer aber die Verhältnisse in Wagna kennt und die Entwicklungsgeschichte der jetzigen dortigen Zustände, ungetrübt von Leidenschaft und böser Absicht, also objektiv beurteilt, der kann und wird die Darstellung des Flüchtlingsausschusses als das beurteilen, was sie ist: als eine parteiische, einseitig gefärbte Meinungsabgabe. *(Widerspruch. — Zwischenrufe.)* Der traurige Vorfall am 4. Oktober, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, wäre überhaupt nicht eingetreten, wenn nicht skrupellose Verhetzung der Flüchtlinge in Wagna seit vielen Monaten eifrig am Werke gewesen wäre. Dadurch wurden Elemente stark, die auch nicht ein Wort der Verteidigung verdienen und die nur von Leuten beschirmt werden können, denen das Gefühl des allereinfachsten Anstandes abgeht. *(Zwischenrufe.)*

Die Wahrheit über das verhängnisvolle Ereignis am 4. Oktober ist die: Nachmittags an diesem Tage fanden im Barackenlager Wagna, das derzeit von ungefähr 14.000 Flüchtlingen italienischer Nationalität bewohnt wird, Arretierungen von zwei gemeingefährlichen Individuen statt, von denen eines mit gezücktem Messer auf einen Beamten losging, während das andere die Torwache beschimpfte und ohrfeigte. Die die Verhaftung vornehmenden Gendarmen wurden während der Eskorte von allen Seiten mit Steinen beworfen. Auch Erwachsene haben geworfen. Ein Gendarm, der abseits stand, wurde ebenfalls mit Steinen beworfen, worauf er, nachdem seine Abwehrworte nicht den mindesten Erfolg hatten, von der Waffe Gebrauch machte. Sein Schuß traf unglücklicherweise einen Knaben. Der Knabe wurde getroffen, als er sich um einen Stein bückte. Das gerichtliche Verfahren wird diese Tatsache erhärten. Dieser an und für sich gewiß bedauerliche Vorfall wurde nun dazu benutzt, um im Flüchtlingsausschusse über die deutsche Beamtenschaft in Wagna herzufallen. Die Herren Abgeordneten Bugatto und Pittoni brachten mit der ihnen eigenen lebhaften Phantasie eine entstellte Schilderung des Sachverhaltes und waren gleich damit bei der Hand zu behaupten, dieser Vorfall sei ein Ausdruck der bestehenden Mißstimmung gegen die Verwaltung. Unter der Verwaltung sind die deutschen steirischen Beamten zu verstehen, deren öffentliche Pflicht es ist, auf Ruhe und Ordnung im Lager zu sehen. Der Flüchtlingsausschuß entsendete sodann einige Abgeordnete zur Information über diese Vorfälle am 4. Oktober nach Wagna. Diese Abgeordneten konnten sich überzeugen, daß die beiden Arretierungen und der damit im Zusammenhange stehende Todesfall in keinem Zusammenhang mit den sonstigen Verhältnissen im Lager stehen.

Zum Berichte dieser Abgeordneten an den Flüchtlingsausschuß ist folgendes zu bemerken: Die Feststellung des Tatbestandes durch die nach Wagna entsandten Abgeordneten erfolgte lediglich durch

Einvernahme von Flüchtlingen, welche zum Teil von vornherein gegen die Gendarmerie eingenommen waren. *(Abgeordneter Dr. Degasperi: Wir können doch nicht die Gendarmerie einvernehmen!)* Ich bitte, ich werde darauf zurückkommen, Herr Kollege!

Außer den beiden italienischen Wachleuten wurden keine bei den Verhaftungen unmittelbar beteiligten Personen einvernommen.

Doch wie dem auch sein mag, eines steht fest, daß es sich bei den Vorfällen in Wagna zunächst um zwei Verhaftungen gewöhnlicher Art handelt, wie sie in jeder Stadt tagtäglich vorkommen und die nur durch den gewiß traurigen Schluß erhöhte Bedeutung erlangten. In jedem der beiden Fälle handelt es sich um die Verhaftung von verkommenen Individuen, welche mit dem Messer, eines auf einen Beamten, das andere auf einen Wachmann losgegangen waren. Daß sich die Verhaftung zweier solcher gewalttätiger Menschen nicht in sehr ruhigen Formen abgespielt hat, wird jedermann ohneweiters klar sein. Aus diesem Vorfalle jedoch politisches Kapital schlagen zu wollen und in einem Berichte an das Abgeordnetenhaus einen Schluß auf die Lebensverhältnisse und die Stimmung der Flüchtlinge zu ziehen, muß entschieden bedauert und zurückgewiesen werden. *(Sehr richtig!)* Es wäre gewiß lächerlich zu behaupten, die Stimmung einer Stadt sei sehr gedrückt, weil an einem Tage zufälligerweise zwei messerstechende gewalttätige Burschen mit Anwendung von Gewalt in den Arrest gebracht werden mußten. Daß die Jugend solche Vorfälle mit Interesse verfolgt, daß die Menge zumeist in Unkenntnis der Vorgeschichte für den in der Minderheit befindlichen Arrestanten Partei nimmt, ist eine alltäglich zu beobachtende Erscheinung, der man nicht nur in Wagna begegnen kann. Ob die Gendarmen vorschriftsmäßig vorgegangen sind oder nicht, kann und darf nur auf Grund einer gerichtlichen Untersuchung *(Sehr richtig!)*, bei welcher alle beteiligten Personen einvernommen werden, festgestellt werden. Der Berichterstatter führt sieben Punkte an, welche die Stimmung der Flüchtlinge im Lager charakterisieren sollen. Diese sieben Punkte befassen sich aber durchwegs nur mit der Behandlung dieser beiden Arrestanten durch die Gendarmerie und mit zufälligen, in Wirklichkeit ziemlich bedeutungslosen Äußerungen von Gendarmen und Flüchtlingen. Aus diesen sieben Punkten, die sich, wie gesagt, nur mit der Gendarmerie beschäftigen, werden ganz eigenartige Schlußfolgerungen auf die Verwaltung in Wagna gezogen. Zu diesen „Schlußfolgerungen" muß Folgendes gesagt werden:

Die Herren Vertrauensmänner des Flüchtlingsausschusses haben sich zunächst nicht der Mühe unterzogen, die Einrichtungen des Lagers, die Verpflegs- und Wohnungsverhältnisse usw. kennen zu lernen. Bezeichnend ist, daß der Informator des Abgeordneten Pittoni ein wegen Hochverrates zum Tode verurteilter Irredentist, ein Flüchtling aus Pola ist, der erst vor einigen Monaten zufolge Amnestie freigelassen wurde und früher gar nicht in Wagna war. Bestimmte Fälle von schlechter roher Behandlung von Flüchtlingen durch Beamte oder bestimmte Versäumnisse, welche sich die Verwaltung hätte zuschulden kommen lassen, wurden von keiner Seite angeführt. Die Stimmung im Lager soll angeblich nur aus dem Grunde so gedrückt sein, weil sich fünf Beamte der steiermärkischen Statthalterei, zwei Konzeptsbeamte, ein Kanzleibeamter, ein Ingenieur und ein Rechnungsbeamter, die die italienische Sprache nicht vollkommen beherrschen und außerdem, weil sieben nicht den Flüchtlingen entnommene weibliche Kanzleikräfte im Lager angestellt sind. Der Herr Minister wird gewiß in der Lage sein, genaue Daten zu liefern, wie viel Angestellte den Flüchtlingskreisen entnommen sind und wie viele Angestellte aus Steiermark sich im Lager befinden.

Diesen 7 weiblichen deutschen Kanzleikräften aus Steiermark stehen 40 weibliche Kanzleikräfte aus den Reihen der Flüchtlinge gegenüber. Von etwa 250 Angestellten des Lagers, die Arbeiter nicht eingerechnet, sind etwa 30 Nichtflüchtlinge, also 30 Nichtitaliener. Diese Nichtflüchtlinge sind durchwegs auf Posten, für welche eine besondere Befähigung und unbedingte Verläßlichkeit verlangt werden muß. Die Tatsache, daß jemand Flüchtling ist, kann noch lange keinen Anspruch auf eine Stellung bei der Verwaltung geben, wenn die nötige Eignung für die Stelle nicht vorhanden ist. Tatsache ist, daß gerade jene Beamten, welche mit den Flüchtlingen in unmittelbare Berührung kommen und denen die eigentliche Fürsorge für den Flüchtling obliegt, durchwegs italienischer Nationalität sind. *(Zwischenrufe.)*

Man wird daher nicht fehl gehen, wenn man den Grund zu einer angeblichen Mißstimmung im Lager nicht in der Verwendung dieser wenigen steirischen Beamten sieht, sondern in einer von außen in die Flüchtlinge hineingetragenen Hetze, die nur den Zweck verfolgt, die Leitung des Lagers in die Hände von Parteipolitikern zu bringen, um sodann mit großen Staatsmitteln Parteipolitik betreiben zu können. *(Abgeordneter Dr. Degasperi: Dort sind ja keine Wähler!)* Es sind sehr viele Ihrer Wähler dabei! Das erzählen Sie uns doch nicht!

Was für positive Beschwerden wurden dem Hause gegen die Verwaltung eigentlich vorgebracht? Daß zwei Messerstecher unter Gewaltanwendung in den Arrest gebracht werden mußten, daß ein Gendarm zu seiner Verteidigung von der Waffe

Gebrauch machte und unglücklicherweise einen Knaben tödlich traf, kann doch nicht als Argument für eine schlechte Verwaltung angeführt werden! Der Herr Abgeordnete Bugatto führt aber in der „Zeit" und in der „Neuen Freien Presse" am Sonntag, den 8. Oktober einige positive Beschwerden an. Die Brotportion des Flüchtlings soll in einzelnen Fällen nicht 150 Gramm betragen! Es wäre ihm schlechtes hartes Pferdefleisch vom Vortage gezeigt worden, der Käse wäre nach Ansicht „eines Teiles der Ärzte" ungenießbar gewesen! Das sind nicht einmal Argumente für eine schlechte Verpflegung, geschweige denn für eine schlechte Verwaltung. Bei der Verköstigung von 16.000 Menschen wird es gewiß täglich vorkommen, daß die eine oder andere Portion nicht entspricht.

Damit ist gewiß nicht bewiesen, daß alle Flüchtlinge schlecht verpflegt sind. Tatsache ist übrigens, daß der weitaus überwiegende Teil der steirischen Bevölkerung weniger Brot bekommt; und da handelt es sich zumeist um schwer arbeitende Menschen, während in Wagna fast 1000 Männer sind, die nicht arbeiten wollen; Frauen und Kinder meine ich nicht, das wissen Sie sehr genau! Wir haben es in den letzten Monaten wiederholt erlebt, daß Teile der einheimischen Bevölkerung oft tagelang gar kein Brot hatten. Der Speisezettel des Lagers von Wagna weist im Monat September nicht weniger als 25 Fleischmahlzeiten auf. *(Zwischenruf.)* Welche unserer Familien hat das Gleiche? Wer ist heute in der Lage, sich Käse zu beschaffen? Und dennoch finden wir in der Speiseliste des Flüchtlingslagers zu Wagna nicht weniger als 18 Käseausgaben im Monat September. Welche Menge dies bei 16.000 Personen bedeutet, kann sich jeder selbst ausrechnen. Auf jeden Flüchtling entfallen täglich 25 Gramm Zucker für seinen Kaffee. Fragen Sie, ob andere Leute das Gleiche haben. Auf jeden entfallen täglich 10 Gramm Fett. Unsere einheimische Bevölkerung soll 6 Gramm pro Tag erhalten. *(Abgeordneter Dr. Degasperi: Das steht nur in diesen Zetteln!)* Das ist Tatsache! Diese Tatsachen werden Sie nicht aus der Welt schaffen; aber es ist Ihnen natürlich unangenehm, wenn hier vor der Öffentlichkeit entgegen Ihren Ausführungen die Wahrheit festgestellt wird.

In der Morgenausgabe des „Grazer Volksblattes" vom Donnerstag, den 11. Oktober, wird berichtet, daß auf jeden Flüchtling per Tag 212 Gramm Mahlprodukte entfallen, also ein Quantum weit über die gesetzliche Vorschrift. Während die übrige Bevölkerung in Steiermark mit größter Sorge dem Winter entgegensieht, ist das Lager in Wagna die einzige Stätte in Steiermark, die bereits jetzt mit Holz und Kohle für den Winter versorgt ist. Die Spitäler dort sind mit einem Luxus ausgestattet, um den sie jede andere Krankenanstalt beneiden könnte! Für die Kinder ist durch Errichtung von Kinderheimen, Kindergärten, Volksschulen, Musikschulen, gewerblichen Lehranstalten, Handarbeitsschulen usw. in gerade verschwenderischer Weise vorgesorgt. In der angrenzenden Stadt Leibnitz hat man für die Kinder keine Schule, während in Wagna über 30 Klassen im vollen Betriebe sind.

Als früher der Herr Kollege Dr. Faidutti dem Hause mitgeteilt hat, daß dort nur acht männliche Lehrkräfte sind, während die übrigen Lehrkräfte weiblich sind, habe ich den Zwischenruf gemacht: „Wie ist das sonst wo?" Da hat sich ein Herr darüber aufgehalten. Meine verehrten Herren! Wir haben in Steiermark — und das ist wohl auch anderswo jetzt während des Krieges so der Fall — große Städte, wo große Schulen keine einzige oder nur eine männliche Lehrkraft haben. So stehen die Dinge. Sie haben gar keine Ursache, sich über etwas zu beschweren, was überall so ist. Warum wünschen Sie eine Ausnahme? Für die Säuglinge in Wagna besteht eine eigene Säuglingsfürsorge. Jeder Säugling erhält täglich einen Liter Naturmilch mit Nährmehl. Alle übrigen Kinder vom vierten Lebensjahre an erhalten einen halben Liter Milch täglich usw. Wie sieht es da bei unseren Kindern aus?

Das Lager in Wagna ist wohl die einzige Stelle, welche in der Lage ist, den Kranken Reis zu verabreichen.

Die Beschäftigungsanstalten, Nähschule, Schusterei, Korbflechterei, Wagnerei usw. beschäftigen mehrere tausend Personen. Alle diese Einrichtungen sind doch gewiß nicht Beweise für eine schlechte Verwaltung. Ich kann übrigens einen Zeugen dafür anführen, daß alle diese Einrichtungen auch ganz richtig als große Wohltaten aufgefaßt wurden. Der Herr Landeshauptmann von Görz, Abgeordneter Faidutti, mein unmittelbarer Herr Vorredner, sagte mir einigemale, daß die Einrichtungen und die Behandlung der Leute in Wagna alles Lob und volle Dankbarkeit verdiene. Auch der einheimischen Bevölkerung zollte er für ihre Gastfreundschaft Worte der Anerkennung und des Dankes. Und jetzt auf einmal sollen dort unerträgliche Zustände sein? Worin liegen also die Mängel? Wohl darin, daß die leitenden Personen nicht italienischer Nationalität sind und sich nicht in den Dienst von italienischen Parteipolitikern stellen! Die wahre Stimmung des Lagers wird viel besser als durch den uns vorliegenden Bericht charakterisiert durch die Verlautbarung der Lagerverwaltung vom 2. Oktober 1917: daß Gesang und Tanzunterhaltungen in den Baracken derart überhand genommen haben, daß strenge Strafen angedroht werden müssen, falls die Unterhaltungen über 10 Uhr abends ausgedehnt werden. *(Hört! Hört!)*

Die Bewohner der Stadt Leibnitz bestätigen einhellig, daß fast täglich in den Abendstunden im Barackenlager lauter Gesang und Musik ertönt. Äußert sich eine niedergeschlagene Stimmung so? Im Ausschußberichte heißt es: „in Wagna wird zuviel mit der Polizei operiert". Den Beweis hierfür bleibt der Berichterstatter aber schuldig. Aus der Tatsache, daß sich in Leibnitz eine Wachabteilung, eine Feuerwehr-Lagerwache und sechs Gendarmen befinden *(Rufe: achtzehn!)*, folgert er, daß sich der Flüchtling „gehemmt, überwacht und bedrückt auf jedem Tritt und Schritt" fühlt. Was soll der notwendige Wachsoldat, was die Feuerwehr und selbst der Gendarm dem Flüchtling anhaben können, wenn er sich anständig benimmt? *(Abgeordneter Dr. Bugatto: Was brauchen sie mit dem Bajonett herumzugehen?)* Das alles reizt Sie auf? Dann dürfen Sie nicht auf die Gasse gehen, weil sie da auf Schritt und Tritt die Polizei sehen! *(Zwischenrufe.)* Das ist sehr merkwürdig. *(Zwischenrufe.)* Erlauben Sie, wenn Sie sich von einem Bajonett, das ein Wachorgan umgehängt hat, aufreizen lassen, so ist das ein sehr merkwürdiger Zustand.

Die Feuerwehr, die dazu bestimmt ist, das Gut der Flüchtlinge vor Feuersgefahr zu schützen, kann doch nicht lediglich aus dem Grunde, weil einige Feuerwehrmänner nicht italienisch sprechen, in den Flüchtlingen ein „bedrückendes Gefühl" auslösen! Die Lagerwache besteht nur aus Flüchtlingen, aber auch die hat sich jetzt den Unwillen einiger Herren zugezogen, weil zwei dieser Wachleute gegen den Messerhelden Juressich eingeschritten sind und sich nicht von ihm totstechen ließen. Die Aufgabe der militärischen Wachabteilung ist lediglich, Unbefugten den Zutritt ins Lager zu verwehren, damit in diese Massenansammlung von Menschen nicht ansteckende Krankheiten eingeschleppt werden. Den Flüchtlingen, die im Lager bereits aufgenommen sind, steht der Ein- und Ausgang frei. *(Rufe: Seit einigen Tagen!)* Auch diese Einrichtung, die doch nur dem Interesse des Flüchtlings dient, wird angefochten. Der Herr Minister des Innern hat sich der Ansicht der italienischen Abgeordneten angeschlossen und sich für die Abschaffung des Disziplinarstrafrechtes ausgesprochen. Weder der Herr Minister noch die Herren beschwerdeführenden Abgeordneten sind bisher in die Lage gekommen, ein so großes Massenquartier zu leiten, sonst wäre es wohl nicht möglich, die ordentlichen Flüchtlinge, die sich gewiß auch der Ruhe und Ordnung erfreuen wollen, in einer derartigen Weise der Beunruhigung und Belästigung schlechter Elemente auszusetzen! *(Zwischenrufe.)* Was für eine Gefahr liegt zum Beispiele bei den Holzbauten in dem Ausbruche eines Feuers? Die Lagerleitung darf nun einen gewissenlosen Raucher, der auf einem Strohsacke liegend, rauchend betreten wird — und das kommt tagtäglich vor —, nicht mit einer kleinen Disziplinarstrafe an das Verbot des Rauchens erinnern, sondern dieser Mann muß nach unserem echten alten überlieferten System zunächst aufgeschrieben werden. Dann kommt das Amtsverfahren. Gegen das spätere Straferkenntnis steht dem Manne das Berufungsrecht an die Statthalterei in Graz zu. Die Berufung hat natürlich auch verschiedene Wirkung. Die Erledigung der Berufung erfolgt infolge der Überlastung der zweiten Instanz, die viel wichtigere Agenden zu erledigen hat, in der Regel erst nach einigen Monaten. Wo ist indessen nun der Schuldige hingekommen? Eine Unmenge von Beamten werden beschäftigt, viel Papier wird beschrieben wegen einer Kleinigkeit, die vernünftigerweise in 2 Minuten ohne viel Schreibereien erledigt sein könnte. *(Zwischenrufe.)* Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie voreilig oft von Leuten, die die Verhältnisse nicht kennen, gegen Vorschriften, die aus der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit heraus geschaffen wurden, losgegangen wird. Damit soll gewiß nicht den Übergriffen der Polizeigewalt das Wort geredet werden.

Ein anderes Beispiel ist das Lärmen und Schreien in den Baracken. Der Ruhestörer darf natürlich nicht sofort mit einer Disziplinarstrafe zur Vernunft gebracht werden, sondern es muß sich erst ein kompliziertes Strafverfahren entwickeln. Man kann nur eines hiezu bemerken: „arme Flüchtlinge, deren Interessen von ihren Landsleuten so vertreten werden!" Selbstverständlich sollen jene Angelegenheiten, welche gerichtliche Ahndung erfordern oder wo der Tatbestand einer Aufklärung bedarf, nach den bestehenden Vorschriften behandelt werden. Allein reine Übertretungen der Hausordnung müssen im kürzesten Wege geahndet werden, wenn der Zweck erreicht werden soll. Es wird doch niemanden einfallen, einen Institutsdirektor, der einen ungezogenen Jungen knien läßt oder auf einige Stunden einsperrt, der Tyrannei und Grausamkeit zu beschuldigen. *(Zwischenrufe.)* Oder sollte vielleicht auch dieser ein Strafregister mit dem Jungen aufnehmen?

Der Herr Minister des Innern hat in seiner Antwort an den Flüchtlingsausschuß am 5. Oktober 1917 forsch erklärt: „er werde mit der größten Rücksichtslosigkeit gegen den schuldtragenden Beamten vorgehen". Trotzdem der Herr Minister damals noch keine Ahnung von dem Vorfalle hatte, drohte er sofort mit der größten Rücksichtslosigkeit! Die wird wohl bei uns in Österreich anscheinend nur dann angewendet, wenn ein deutscher Beamter in Frage kommt. Die Untersuchung hat ergeben, daß die steirische Beamtenschaft mit dem traurigen Vorfalle nicht im geringsten Zusammenhange steht. Und doch soll gegen sie „rücksichtslos" vorgegangen werden! Der deutsche Beamte wird, wenn er seine Pflicht tut, „rücksichtslos" behandelt. *(Zwischenrufe.)* Das sind unsere Beamten, das sind

deutsche Beamte, deren ich mich hier annehme. Genau so, wie es Ihre Pflicht ist, sich Ihrer Beamten anzunehmen, genau so nehme ich mich unserer Beamten an. *(Zwischenrufe.)*

Ein Beispiel für die glänzenden Informationen und die Gewissenhaftigkeit des Herrn Abgeordneten Pittoni: In der Sitzung des Flüchtlingsausschusses behauptete er laut Bericht der „Arbeiterzeitung", der Leiter des Lagers hätte seine Unfähigkeit dadurch erwiesen, daß er den Minister erst nach zwei Tagen über den Vorfall informiert hat. Jedermann ist es bekannt, daß der Beamte der Bezirkshauptmannschaft seinen Bericht der Statthalterei zu erstatten hat und nicht dem Minister. Eine einfache Anfrage des Herrn Pittoni bei der Statthalterei in Graz hätte ihn belehrt, daß die Statthalterei bereits zwei Stunden nach dem Vorfalle genaue telephonische Meldung erhalten hat. Doch bei deutschen Beamten braucht man es ja nicht so genau zu nehmen.

Meine Herren! Daß ein Barackenlager keine fashionable Villenanlage ist, du lieber Gott! das ist wohl klar. Was aber in dieser vorübergehenden Noteinrichtung zum Wohle der Leute in Wagna geschehen konnte, ist im überreichen Maße geschehen. Eines steht unter allen Umständen fest: wer die sehr bescheidenen Wohnungsverhältnisse. . . . *(Abgeordneter Dr. Bugatto: Also tauschen wir!)* Ich kann Sie versichern, verehrter Herr Kollege, daß bei uns im Lande Steiermark und wohl auch im übrigen Österreich Tausende von heute hungernden Familien mit den Familien in Wagna sofort tauschen würden. Das garantiere ich Ihnen. *(Zwischenrufe.)*

Eines steht unter allen Umständen fest: wer die sehr bescheidenen Wohnungsverhältnisse der unteren Bevölkerungsschichten im Küstenlande kennt, muß konstatieren, daß deren dortige Wohnungszustände um Vieles zurückstehen hinter Wagna. Haben dort die Leute etwa auch prächtig ausgestattete Bäder, ausgezeichnete hygienische Einrichtungen, umfangreiche Kanalanlagen usw.? Dort wäre nach dieser Richtung für die italienischen Herren Abgeordneten ein sehr dankenswertes Arbeitsgebiet schon seit Jahrzenten vorhanden gewesen. Doch es handelt sich ihnen ja nicht um die Durchführung von wirklichen Verbesserungen, sondern nur darum, den Staat und seine Verwaltung vor den Flüchtlingen und auch vor dem Auslande zu diskreditieren und Stimmung gegen die einheimische deutsche Bevölkerung zu machen. *(Zwischenrufe).* Den Flüchtlingen wird nicht gesagt, welche Opfer an Gut und Blut gerade die alpenländische Bevölkerung im Kriege gebracht hat. Es wird ihnen nicht gesagt, welche Entbehrungen sich die Arbeiter, Beamten und der Mittelstand in den Städten auferlegen muß und unter welchen schwierigen Verhältnissen eine Arbeiter- oder eine Beamten-, überhaupt fast jede Familie in der Stadt ihre Nahrungsmittel zusammentragen muß. Für den Flüchtling ist sowohl bei der Verpflegung als bei der Bekleidung und Unterkunft vollauf gesorgt. Daß die Verpflegung nicht so ist, wie in Friedenszeiten, wird ja gewiß der Fall sein, allein es ist zu bedenken, daß der Flüchtling in diesen Punkten von jeder Sorge befreit ist und insbesondere befreit ist von der Sorge um die Beschaffung von Nahrungsmitteln. Daß bei großen Betrieben, wie es eine solche Flüchtlingsstadt ist, sich Anstände ergeben können, wird jedermann klar sein. Das Zusammenleben von so vielen Tausenden in einem verhältnismäßig kleinen Raum erfordert sehr viel Selbstbeschränkungen und setzt Einsicht des Bewohners voraus. Dies ist bei den italienischen Flüchtlingen in Wagna nicht zu beobachten. Wir werden jedoch nicht fehl gehen, wenn wir den Grund zu einer eventuellen Unzufriedenheit nicht bei den Flüchtlingen selbst suchen, sondern in dem verhetzenden Treiben von unverantwortlichen Elementen.

Der Abgeordnete Pittoni hatte durch zweieinhalb Jahre Gelegenheit, sich in der Flüchtlingsfürsorge für seine Landsleute zu betätigen. Er zog es vor, hübsch ruhig und sicher im Hintergrunde zu bleiben. *(Zwischenruf.)* Erst am 8. Oktober 1917, also nach zweijährigem Bestande des Flüchtlingslagers in Wagna, kam Pittoni auf einige Stunden in das Lager und präsentierte sich den Flüchtlingen plötzlich als Retter von aller Not, ohne in Wirklichkeit die geringste Ahnung von den Einrichtungen des Lagers, von den Schwierigkeiten, welche die Verwaltung einer so großen Flüchtlingsstadt mit sich bringt, zu haben. Mit welchen Schwierigkeiten die Verwaltung des Lagers zu kämpfen hat, beweist folgendes: Von der tatlustigen italienischen Jugend wurden innerhalb drei Tagen nicht weniger als 800 Fensterscheiben an den eigenen Wohnbaracken eingeschlagen. *(Hört!)* Da Glas in solchen Mengen nicht zu erhalten ist und auch nicht genug Arbeitskräfte zu erhalten sind, um die immer von neuem zertrümmerten Fensterscheiben einzusetzen, mußte die Barackenverwaltung Plakate anschlagen lassen, die förmlich ein Kulturdokument bilden. „Keine Fensterscheiben zerschlagen, non rompere le lastre, weil kein Glas mehr erhältlich!" Da spricht der Herr Minister „von einer unter den Kindern im Lager herrschenden Unsitte, sich mit Steinewerfen zu vergnügen!" Das Steinewerfen scheint überhaupt eine Spezialität der südlichen Jugend zu sein. In der Lagerzeitung vom 2. Oktober findet sich wiederum eine Notiz, worin sich die Verwaltung an die Eltern der Kinder wendet, doch darauf hinzuwirken, daß sie von diesem Treiben endlich ablassen. Die Reinlichkeit in den Orten des Küstenlandes ist ja jedem Reisenden zur Genüge bekannt. Wohin jedoch die Duldung solcher

Unreinlichkeiten in einem so engen Raum, wie es ein Lager ist, führen kann, wird jeder sanitäre Sachverständige besser zu schildern vermögen. Die Anhaltung zur Ordnung und Reinlichkeit wird jedoch von den Flüchtlingen als grausame Strenge von seiten der Verwaltung empfunden und die Führer des Volkes, statt die Gelegenheit zu einer Hebung der kulturellen Verhältnisse unter den Leuten zu benutzen, bestärken ihre Konnationalen in ihrem Widerwillen gegen Ordnung und Reinlichkeit. Es wäre auch sehr wertvoll, vom Ministerium endlich einmal die genauen Ziffern zu erfahren, was den Flüchtlingen in Wagna während ihres Aufenthaltes an Wäsche, Kleidern, Schuhen, Seife u. dgl. ausgefolgt wurde. Im weiten Umkreise des Lagers ist es nämlich bekannt, daß die Flüchtlinge Kleider, Schuhe, Wäsche usw., kurz alle Gebrauchsgegenstände, die sie von der Verwaltung erhalten, nicht für sich verwenden, sondern bei der Bauernbevölkerung in Geld umsetzen. *(Abgeordneter Dr. Degasperi: Alle?)* Das habe ich nicht gesagt. Es ist auch allgemein bekannt, daß seit der Zeit des Aufenthaltes der Flüchtlinge in Wagna große Mengen Lebensmittel nach dem Süden befördert wurden.

Es ist gerichtsordnungsmäßig festgestellt, daß man in der Mitte der Maisfelder des politischen Bezirkes Leibnitz 300 bis 400 abgerebelte Maiskolben auf einem Haufen zusammengeschlichtet fand, die sich Flüchtlinge zum Abtransport in der Nacht zurechtgerichtet hatten *(Hört!)*; Kartoffelausgrabungen sind auf der Tagesordnung und viele Flüchtlinge wurden beim Felddiebstahl betreten. An Korn, Bauweizen, Gerste, Hafer, Bohnen ꝛc. schleppten die Flüchtlinge 6 bis 30 Kilogramm schwere Säcke weg, ohne die Herkunft nachweisen zu können. Es kommt wiederholt vor, daß Flüchtlinge vor der Einfahrt in die Station Leibnitz vollbepackte Säcke aus dem Zug auf den Bahnkörper werfen, die dann andere Flüchtlinge wegschleppen. Des Nachts konnte man zu allen Stunden auf den Straßen gegen Wagna schwerbepackte Leute scharenweise gehen sehen. *(Hört! Hört!)*

Bei einer Hausdurchsuchung beim Flüchtling Dr. Rosso wurden 4 Säcke Bauweizen im Gewichte von zirka 300 Kilogramm vorgefunden. *(Hört!)* Wer sich den Leuten etwas zu sagen erlaubt, wird sofort mit Steinen beworfen und ist seines Lebens nicht sicher. Und das sind keine Kinder, die sich — wie der Herr Minister so zart sagt — „mit Steinewerfen vergnügen".

Daß unter solchen Verhältnissen die Stimmung der schwerarbeitenden Bevölkerung gegen die Lagerinsassen keine gute ist, das darf und muß wohl verstanden werden.

Überhaupt, ich spreche es ruhig aus: Die Regierung möge unter solchen Umständen trachten, mit diesem ganzen Flüchtlingslager Wagna aus Steiermark zu verschwinden. *(Beifall.)* Entweder Ordnung und Schutz der einheimischen Bevölkerung oder weg aus dem Lande mit Leuten, die sich nicht einordnen wollen in die Gesetze und Sitten, die im deutschen Lande Steiermark nun einmal gelten.

Ich warne die Regierung davor, es etwa darauf ankommen zu lassen, daß sich die Bevölkerung selbst schützt! Es wäre zu wünschen, daß die Regierung den Mut aufbringt, vor allem klarzumachen, daß jeder Versuch scheitern wird, pflichtgetreue deutsche Beamte von schweren Posten zu verdrängen und durch willfährige Werkzeuge gewisser Leute zu ersetzen. *(Abgeordneter Dr. Bugatto: Es gibt nur österreichische Beamte!)* Also sagen wir österreichische deutsche Beamte. Sie werden doch nicht unseren deutschen Beamten ihre Nationalität abstreiten wollen. *(Vizepräsident Jukel gibt das Glockenzeichen.)* Ich bin sofort fertig.

Ergibt eine ordentliche aktenmäßige amtliche Untersuchung die Unfähigkeit eines Beamten für ein bestimmtes Amt, dann wird niemand auf dessen weiterer Belassung auf dem Posten bestehen. Aber wir sind in Steiermark Gott sei Dank noch nicht so weit, wie es die Herren im Süden zu sein scheinen, daß Beamte, die ihre Pflicht tun, so mir nichts dir nichts ausgewechselt werden müssen, wenn es ein Abgeordneter, der für diesen Posten eine andere, willfährige Person in Aussicht hat, wünscht.

Hand weg von unseren deutschen Beamten in Steiermark! rufe ich den Herren Abgeordneten aus dem Süden zu, die mit ihrem Geschrei gar nichts anderes bezwecken wollen, als die Verwaltung in Wagna restlos in die Macht ihrer Partei zu bekommen.

Zum Schlusse beantrage ich folgendes *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhause über den Vorfall im Barackenlager Wagna am 4. Oktober l. J. nach Abschluß und auf Grund der im Zuge befindlichen gerichtlichen Untersuchung und über die sonstigen Verhältnisse daselbst auf Grund objektiver amtlicher Erhebungen Bericht zu erstatten."

Ich bitte Sie, diesem meinem Antrage zuzustimmen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich bitte die Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist unterstützt und steht in Verhandlung.

Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern hat das Wort.

Minister des Innern Graf v. **Toggenburg**: Hohes Haus! Die Aufforderung, die der Herr Vorredner an mich gerichtet hat, kann ich nicht zur

Gänze erfüllen, weil mir abschließende Berichte derzeit noch nicht vorliegen. Aber was bisher vorliegt, bestätigt zweierlei: erstens, daß es sich um ein Unglück gehandelt hat, welches überall vorkommen kann, welches nicht durch ganz spezielle Verhältnisse hervorgerufen worden ist; zweitens, daß auf seiten der Beamtenschaft des Lagers keinerlei Verschulden vorliegt. *(Hört! Hört!)*

Der Herr Vorredner hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich die strengste Verfolgung eventuell Schuldtragender im Ausschusse zugesichert habe. *(Rufe: Rücksichtslose!)* Ob ich das Wort „rücksichtslose Verfolgung" gebraucht habe, weiß ich nicht; wenn ich es gebraucht habe, kann ich es auch jetzt wiederholen, weil ich Rücksichten gegen ein Verschulden in dieser Zeit nicht kenne. *(Beifall. — Abgeordneter Einspinner: Wenn es vorliegt!)* Pardon, Herr Abgeordneter, ich habe gegen niemand einen Vorwurf erhoben, sondern ich habe gesagt, ich werde rücksichtslos vorgehen, wo ich ein Verschulden finde. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Von der Annahme eines Verschuldens gegenüber einer bestimmten Person — das werden mir die Herren des Ausschusses bezeugen — war mit keinem Hauch die Rede. *(Lebhafte Zustimmung.)* Damit diesbezüglich kein Mißverständnis besteht, will ich sofort hier bekräftigen, daß speziell der Lagerleiter — eben davon hat der Herr Abgeordnete gesprochen — Bezirkskommissär Dr. Wolte, ein ausgezeichneter erstklassiger Beamter ist. Dieser Bezirkskommissär Dr. Wolte hat als Lagerleiter gar keinen anderen Fehler, als daß er die italienische Sprache soviel wie gar nicht beherrscht. Dieser junge Beamte — ich habe ihn gerade gestern gesprochen — hat sich redlich bemüht, sich diesen Vorteil anzueignen, er hat sich bemüht, italienisch zu erlernen.

Jeder von Ihnen, jeder Deutsche und jeder Herr einer andern Nation weiß, welches angenehme Requisit eines Beamten es ist, wenn er mit der Sprache der von ihm Verwalteten vertraut ist. Damit haben nationale Fragen gar nichts zu tun. Ich sage immer, der größte Vorteil für einen österreichischen Minister wäre es, wenn er alle Sprachen unseres Staates beherrschte, er würde ganz anders zu den Herzen der verschiedenen Nationen gelangen können. *(Beifall.)* Leider gibt es niemanden.

Was nun die deutschen Beamten dort anbelangt, so haben nicht nur die Beamten in Wagna, sondern auch ihre Kollegen in anderen Lagern wahrlich während der ganzen Zeit redlich ihre Pflicht erfüllt. Sie dürfen die schier unüberwindlichen Schwierigkeiten nicht unterschätzen, vor denen diese Männer gestanden sind.

Wenn in einem Staate — nicht nur bei uns, sondern überall, wo Derartiges nie zuvor vorgekommen ist — 800.000 Flüchtlinge gleichzeitig in Bewegung sind und für diese armen Menschen nun in irgendeiner Weise so rasch als möglich vorgesorgt werden soll, daß dann die Beamten, die durch die Kriegseinberufungen auf beinahe 50 Prozent restringiert sind, nicht manchmal den Kopf verlieren und Fehler machen sollen, kann niemand verlangen. Ich glaube also, unsere Beamtenschaft hat sich im Gegenteil auf das glänzendste bewährt.

Ich gebe dem Herrn Abgeordneten Einspinner ohne weiteres zu, daß sich unter diesen Beamten speziell in Gebieten, wo Flüchtlingslager stehen, sehr viele Beamte deutscher Nationalität befunden haben und daß diese genau so wie alle österreichischen Beamten, ohne Rücksicht auf die Nationalität — insofern sie meinem Ressort unterstehen, kann ich das beurteilen — sich überall geradezu ausgezeichnet benommen haben. Der österreichische politische Beamte hat wirklich getrachtet, seine Pflicht zu erfüllen. Wo es ihm nicht gelungen, dort war es in der durch die furchtbaren kriegerischen Verhältnisse hervorgerufenen Lage begründet.

Ich habe auch dankbar zur Kenntnis genommen, daß alle Herren heute die Verdienste und den guten Willen der Lagerverwaltung speziell in Wagna anerkannt haben, und ich weiß das hoch zu schätzen, weil es ja nur zu nahe liegt, daß bei derartigen Anlässen, wo sich das Mitgefühl manchmal in eine gewisse Leidenschaftlichkeit umwandelt, zuweilen ein ungerechter Vorwurf gemacht werden kann. Es ist dies heute im Hause nicht geschehen. Die ganzen Verhältnisse in Wagna hängen natürlich überhaupt mit der Frage zusammen, ob die Barackenlager für die Unterbringung von Flüchtlingen geeignet sind oder nicht. Darüber läßt sich zweifellos verschiedener Anschauung sein. Im Anfang glaubte man, ohne Barackenlager nicht durchzukommen, und zwar wegen der von mir schon besprochenen riesigen Anzahl von Flüchtlingen. Jedenfalls haben wir in der Folge gesehen, daß diese großen Wohlfahrtseinrichtungen, wie sie in diesen Lagern widerspruchslos anerkannt bestehen, in einer andern Form nicht hätten geschaffen werden können. Diese Spitäler, diese Schuleinrichtungen, die Säuglingsheime und vor allem die religiösen Einrichtungen, diese Kirchenfürsorge mit eigenem Gottesdienst in ihrer Nationalität, hätte auf dem flachen Lande nie in dieser vollkommenen Weise eingeführt werden können, wie in den Barackenlagern. Ich glaube also, gewisse Vorteile bieten auch die Baracken.

Wenn immer wieder hervorgehoben wird, was für Fehler die Flüchtlinge machen, so ist es ganz selbstverständlich, daß bei einer Bevölkerung, die aus ihrem Boden herausgerissen ist *(Lebhafte Zustimmung)*, unter Verhältnissen, die ihr ganz fremd, ja manchmal widerwärtig sind, die guten Eigenschaften sehr bald in den Hintergrund treten und die schlechten zum Vorschein kommen. *(Abgeordneter Rauch: Hören Sie, Herr Einspinner, das will*

*der Herr Einspinner nicht hören! — Zwischenrufe. — Abgeordneter Einspinner: Die Arbeit der Hetzer macht das ihrige, zum Beispiel der Abgeordnete Ponton. Den werden Sie doch kennen? Ich werde Ihnen ein Privatissimum über diesen Herrn halten!)* Auch dieser Einwurf hat natürlich eine gewisse Berechtigung. Wenn man den Leuten, die es selbstverständlich nicht immer so zufriedenstellend wie daheim haben, das suggeriert, was bei ihnen ungünstiger liegt als unter anderen Verhältnissen, so ist nicht zu vermeiden, daß sie zu einer gewissen lebhafteren Klage angespornt werden. Aber ich glaube, daß derartige Fehler früher mehr vorgekommen sind als heute. *(Zustimmung.)* Was ich jetzt beobachte ist, daß in den Lagern nicht mehr eine so weitgehende Unzufriedenheit herrscht. Speziell was Wagna anbelangt, habe ich mich genau erkundigt, die Leute dort sind nicht gedrückt. Es ist ein Volk, das gar nicht geeignet ist, gedrückt zu sein; der friaulische Italiener ist immer bei guter Laune und läßt sich diese Laune schwer verderben. Es ist wirklich ein durch und durch gutmütiges Volk. *(Zwischenruf seitens des Abgeordneten Einspinner.)* Der Herr Abgeordnete Einspinner verübelt es mir, daß ich im Ausschusse das Steinwerfen der Jugend eine „Unsitte" nannte. Nun, ich finde, daß in einem gewissen jugendlichen Alter jede leichtere Verfehlung als Unsitte bezeichnet werden muß und nicht als Verbrechen. *(Lebhafte Zustimmung. — Zwischenruf seitens des Abgeordneten Einspinner.)* Insolange es sich um Kinder handelt, ist es zweifellos eine Unsitte. Diese ganze Fenstereinwerferei war tatsächlich von Kindern gemacht. Das waren größtenteils unbewohnte Baracken, gegen welche diese Lausbuben mit Steinen geworfen haben, wobei sie in drei Tagen 800 Scheiben zerstört haben. *(Abgeordner Einspinner: Bei uns ist das nicht üblich und in anderen Kulturländern auch nicht! — Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich bitte nicht zu glauben, daß ich da polemisiere, aber ich glaube, wenn wir heute unsere deutschen Buben in ein Lager einsperren und die von früh bis abends dort bleiben, so werden sie auch ungezogen werden. Der Vater ist weg, die Brüder sind weg. *(Abgeordneter Einspinner: Wenn ihnen nur nicht alle Tage gesagt werden würde, daß nichts dabei ist, wenn man fremdes Eigentum vernichtet!)* Die Frau Pucli hat den Mann und vier Söhne im Felde. Warum soll nun dieser kleine Pucli nicht auch ungezogen gewesen sein und gewiß auch Steine geworfen haben —, ob er es nun im konkreten Falle getan hat oder nicht, ist gleichgültig — warum soll er nicht das gleiche gemacht haben, wie die übrigen Buben? Das alles ist an und für sich gar nicht tragisch zu nehmen, daß Steine geworfen wurden.

Das traurige ist, daß sich Kinder und halberwachsene Kerle dort angewöhnt haben, bei kleinen Aufläufen, Arretierungen — auch in Wien entstehen Aufläufe, wenn jemand arretiert wird — dem Hallo dadurch Ausdruck zu geben, daß sie Steine werfen. Der Herr Abgeordnete Einspinner hat ganz richtig gesagt, an diesem Tage war gewiß keine Veranlassung zu dem Unglück vorhanden, es sind zwei Arretierungen vorgekommen, die vollkommen gerechtfertigt waren; es mußten nämlich zwei gewalttätige Menschen unbedingt verhaftet werden. Es entstand dabei ein Auflauf, der gar nicht so klein war, wie er mir ursprünglich geschildert wurde, denn es haben sich 200 bis 300 Personen teilweise als lärmende Zuschauer betätigt, teilweise als steinewerfende Teilnehmer. Die letzteren waren größtenteils Kinder, aber auch einige halberwachsene Jungen befanden sich unter ihnen, bei denen das Steinewerfen jedenfalls schon sehr bedauerlich ist. Der eine Gendarm ist nun bei diesen Szenen in eine Lage gekommen, in der er sich nicht mehr zu helfen gewußt hat. Er hat gedroht, abgemahnt, es hat aber alles nichts genützt. Dann hat er sich durch ein konstantes Neigen des Kopfes und des Oberleibes den Steinwürfen zu entziehen getrachtet; das hat aber seine Angreifer nur noch mehr angeregt. *(Zwischenrufe).* Der Mann hat sich nun in der Zwangslage zu befinden geglaubt, von der Waffe Gebrauch machen zu müssen. Es ist außerordentlich traurig, daß diesem Schuß ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist, und speziell traurig, wenn man sich in die Lage der Mutter versetzt: der Mann im Feld, die Söhne im Feld und nun stirbt ihr der einzige Bub, den sie zu Hause hat, auf diese tragische Weise. Darüber ist gewiß nur eine einzige Stimme des Bedauerns im Hause, aber auch der arme Gendarm ist zu bedauern, dem dieses Unglück passiert ist und ich muß es unbedingt zurückweisen, wenn heute gegen einen Gendarmen, der keine andere Absicht gehabt hat, als seine Pflicht im Lager zu erfüllen, die Beschuldigung erhoben wird, daß er bei dem Unglücksfall ungerechtfertigt vorgegangen sei. Das muß unbedingt zurückgewiesen werden. Der Gendarm ist sofort in militärstrafgerichtliche Untersuchung gezogen worden, damit der Sachverhalt bis ins letzte Detail genau aufgeklärt werden kann, und es wird ganz gewiß geschehen, was zu geschehen hat, wenn jemand seine Pflicht nicht oder nicht ganz erfüllt hat. Was bis heute vorliegt, spricht alles nur zugunsten des Gendarmen. Sollte sich aber doch herausstellen, daß er voreilig von der Waffe Gebrauch gemacht hat, so würde der Arme natürlich die Konsequenzen zu tragen haben.

Das alles klingt eigentlich nur tröstlich. Wir können alle feststellen, daß ein Verschulden von keiner Seite vorliegt, außer unmittelbar von Faktoren, bei denen eben ein Verschulden nicht so ernst genommen

werden kann, weil sie noch nicht zurechnungsfähig sind, nämlich von Kindern.

Bei diesen Erhebungen konnte ich eigentlich Ungesetzliches hinsichtlich der Zustände in Wagna nicht feststellen, außer dem sogenannten Disziplinarstrafrecht. Der geehrte Herr Abgeordnete Einspinner hat geglaubt, daß es mit praktischen Nachteilen verbunden ist, wenn ich die Anordnung getroffen habe, dieses Disziplinarstrafrecht zu beseitigen. Man kann aus Rücksicht für praktische Vorteile sich manchmal vielleicht praeter legem bewegen. Zur Zeit einer vollkommen parlamentarischen Auffassung aber, wie wir sie heute genießen, stehe ich auf dem Standpunkt, daß ich etwas, was im Gesetze nicht begründet ist, überhaupt für unmöglich halte *(lebhafter Beifall)*, auch dann, wenn ich es für praktisch halten würde. Nun steht die Sache mit dem Disziplinarstrafrecht aber so, daß man nicht annehmen darf, daß die Vorteile, die heute damit verbunden sind, nicht auch mit einer gesetzlichen Regelung zu erzielen wären. In allen Städten wird derjenige, der einen Exzeß begangen hat, sofort festgenommen, es wird nicht erst ein langes Strafprotokoll mit ihm aufgenommen oder ihm ein Rekurs mit aufschiebender Wirkung eingeräumt, sondern der Polizeimann packt den Mann einfach beim Krawattl und steckt ihn ins Loch, ohne daß daran ein besonders kompliziertes Verfahren geknüpft würde. Ganz das gleiche wird zweifellos auch in Wagna und in jedem anderen Lager stattfinden, wo sich irgendein Exzeß ereignet. Aber es muß im Ausmaße der Strafe ein Unterschied gemacht werden. Ich möchte mit keinem Worte behaupten, daß bisher irgendeine Unzulässigkeit oder eine Eigenmächtigkeit in Wagna stattgefunden hätte, es sind keine konkreten Fälle oder diesbezügliche Klagen weder in Wagna noch anderswo zu verzeichnen. *(Abgeordneter Reizes: Ja, ohne Protokolle!)* Darauf komme ich noch. Der Mann wird, wenn nötig, sofort seiner verdienten Züchtigung zugeführt in Form eines kleinen Arrestes, aber wir haben wenigstens die Möglichkeit, den Mann post factum gesetzlich zur Rechenschaft zu ziehen dadurch, daß er zu Protokoll genommen wird, sich rechtfertigen kann und eventuell ein Rechtsmittel hat. *(Abgeordneter Einspinner: Haben Sie heute genügend Beamte dafür? Ich weiß, daß bei uns keine Beamte sind!)* Gewiß, Herr Abgeordneter, so viel geschieht wirklich nicht. Verzeihen Sie, es würde der Beamtenstand nicht deshalb eine Vermehrung benötigen, weil das Verfahren, wie Sie wissen, in kleinen Bagatellstrafsachen ein sehr summarisches ist, aber es ist dann wenigstens in einem Gesetze begründet. Gerade was die erwähnten disziplinaren Ausschreitungen bei Feuersgefahr betrifft, stelle ich mir vor, daß auf Grund des § 7 der Kaiserlichen Verordnung ein Verbot ergeht, mit einem Lichte dort zu hantieren und dergleichen. Derartige Vorschriften werden auf Grund des bestehenden Gesetzes gemacht und ihre Übertretung ist auf diese Weise gesetzlich zu ahnden. Aber ich möchte noch beifügen, daß dieses Disziplinarstrafrecht, das so sehr angefeindet wird, wirklich zum größten Teile im Interesse der Flüchtlinge selbst geübt wurde. Es klingt vielleicht etwas absurd, aber es ist so; so manche Flüchtlinge begehen kleine Delikte, die unter das Strafgesetz fallen und welche, wenn sie bei Gericht abgeurteilt werden, den betreffenden Mann seiner Unbescholtenheit berauben. Nunmehr ist das einfach im Disziplinarwege abgeurteilt worden, im kurzen Wege mit einer kleinen Strafe und der Mann ist wiederum hinausgegangen; die ganze Disziplin ist also aufrechterhalten worden, ohne dem Manne zu schaden. Das ist der Grund, warum in den Lagern größtenteils das Disziplinarstrafrecht besteht. Es ist aber für mich kein Grund, einen ungesetzlichen Zustand aufrechtzuerhalten, sobald er als ungesetzlich releviert wird.

Ich behalte mir, wie gesagt, noch vor, die eventuellen Tatsachen, die irgendeinen neuen Gesichtspunkt in das Unglück als solches bringen könnten, auf Grund der amtlichen Daten, wie sie vorgeführt werden, dem hohen Haus zur Kenntnis zu bringen. Einstweilen, glaube ich, können wir mit dem Ausdrucke der innigsten Teilnahme für die arme Mutter — diese Teilnahme wird ihr gewiß von keiner Seite verwehrt werden — die Diskussion über den traurigen Fall als solchen zum Abschlusse bringen.

Was das Flüchtlingswesen im allgemeinen anbelangt, ist gerade heute wieder eine Schwierigkeit hervorgetreten, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, die Schwierigkeit, die die Regierung hat, die Interessen der Flüchtlinge so zu vertreten, daß dabei nicht die Interessen des Hinterlandes geschädigt werden. Diese beiden Interessengruppen zu vereinen, ist die schwierigste Aufgabe, die nur dann gelöst werden kann, wenn die hier anwesenden berufenen Vertreter des Hinterlandes und die berufenen Vertreter der Flüchtlinge in ihrem Wirkungskreise zusammenarbeiten und bei den Flüchtlingen dahin wirken, daß sie zwar ihre vollen Rechte beanspruchen dürfen, nicht aber gleichzeitig solche Vorteile und Dinge anstreben, die dem Hinterlande eine unerträgliche Last auferlegen, den Bürgern des Hinterlandes dagegen vor Augen führen, was für unglückliche Menschen die Flüchtlinge sind, trotz aller Vorteile, die sie, wie heute hier erwähnt wurde, besitzen. Ich von mir aus kann nur urteilen, daß, wenn man mich mit allen materiellen Vorteilen heute fern von meiner Heimat Tirol *(lebhafte Zustimmung)* in Galizien in einer Ebene, in ein Konzentrationslager mit ausgezeichneter Verpflegung, mit großartigen Sanitätsanstalten, mit allen möglichen Vorteilen interniert, ich mich so

wahnsinnig unglücklich fühlen werde *(Zustimmung)*, daß ich trotz allem eben auch meine unangenehmen Eigenschaften hervorkehren werde.

Das Hinterland wieder darf man auch nicht ungerecht beurteilen. Sie müssen sich in die Lage eines kleinen südsteirischen Städtchens hineindenken, welches in normalen Zeiten dort sein eigener Herr ist in seiner eigenen Gegend, welches seine kleinen Feldwege gegen jeden unbefugten Eintritt bewachte, welches sich frei bewegen konnte ohne immer wieder irgendwelchen Begegnungen ausgesetzt zu sein, die ihm den Eindruck machen, daß es von Fremden umgeben ist. Sie müssen sich hineindenken in dieses gewisse ganz kleinliche, wenn sie wollen, auch egoistische, aber schließlich uns allen anhaftende heimatliche Selbstbewußtsein. Und nunmehr stehen die paar Einwohner — ich glaube es sind 2000 — einer bis zu 18.000 Flüchtlingen anschwellenden fremden Bevölkerung gegenüber. Daß es da zu Reibereien und Klagen kommt, das muß man auch als vollkommen begreiflich erachten; denn eine derartig kleine Bevölkerungsgruppe wie die dortige Bevölkerung wird schließlich Angst haben, diese 18.000 überschwemmen sie, nehmen ihr alles weg, schaden ihr auf Schritt und Tritt. Das ist auch zu rechtfertigen und deshalb bitte ich, von meinen nicht geheuchelten aufrichtigen Gefühlen für die Flüchtlinge ausgehend, die Flüchtlingsvertreter, auf die Flüchtlinge einzuwirken, daß sie das Hinterland nicht zu feindlichen Gefühlen irgendwie anregen, und die Vertreter des Hinterlandes bitte ich, daß sie darauf einwirken, zu bedenken, was das für unglückliche rücksichtswürdige Menschen sind und daß sie auf ein gutes Zusammenleben für die hoffentlich nicht mehr allzulange Zeit, die wir überhaupt auf dieses Elend noch angewiesen sind, hinarbeiten. *(Beifall.)* Mehr wird sich keiner freuen, wenn der Frieden kommt, als die armen Leute, die im Konzentrationslager sind, wenn sie wieder nach Hause kommen können, aber zufrieden wird auch der Hinterlandsmann sein, wenn er sieht, daß die armen Leute wieder in ihre Heimat kommen und daß er selbst die Überschwemmung durch fremde Elemente nicht mehr zu fürchten braucht.

Wenn Sie weiter im Laufe meiner Tätigkeit hier vielleicht noch manchmal Gelegenheit haben werden, über irgend etwas zu klagen, was das Flüchtlingswesen betrifft, so werde ich Ihnen gewiß die Berechtigung dazu nicht absprechen. Ich bitte Sie aber, unseren bescheidenen guten Willen anzuerkennen und zu bedenken, der allmächtige Krieg legt nicht nur Ihnen Fesseln auf, sondern bindet auch uns die Hände auf Schritt und Tritt, so auch in unseren Vollmachten, in unseren Möglichkeiten, die wir haben, um auf diesem Gebiete allgemein befriedigende Vorsorge zu treffen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Wiederholte laute Rufe seitens eines Galeriebesuchers.)*

Vizepräsident **Udržal**: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Rauch das Wort. *(Der Galeriebesucher setzt seine Rufe fort.)*

Ich bitte die Herren Ordner, Ruhe zu schaffen.

Ich unterbreche die Sitzung.

*(Die Sitzung wird um 1 Uhr 15 Minuten unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 1 Uhr 25 Minuten nachmittags:)*

Vizepräsident **Udržal**: Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Rauch das Wort.

Abgeordneter **Rauch**: Hohes Haus! Fürwahr, wenn ich nach der Rede des Kollegen Einspinner zum Worte gelangt wäre, weiß ich nicht, wie meine Rede ausgefallen wäre, denn der Eindruck, den diese Rede bei uns Vertretern der Flüchtlinge hervorrufen mußte, war jedenfalls kein besonders günstiger. Freilich, Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern, der nach dem Abgeordneten Einspinner gesprochen hat, einem Minister, der wirklich ein Herz, der ein Verständnis für die Bedürfnisse der Flüchtlinge hat und der wirklich von uns allen verehrt werden muß, einem solchen Minister wie dem gegenwärtigen Minister des Innern muß von allen Flüchtlingen der allerherzlichste Dank zuerkannt werden. Vielleicht ist manchem der Herren Kollegen die Debatte über das Flüchtlingswesen hier schon zu viel; ich vermute es und übrigens haben das auch schon manche Reden der deutschen Herren Kollegen gezeigt. Aber den Herren sind nicht nur die Reden hier lästig, den Herren sind auch die Flüchtlinge selbst lästig, sie möchten die Flüchtlinge gern weg haben, das ist der Eindruck der Reden, die sie hier über das Verhalten der Flüchtlinge halten. Wir könnten uns allerdings revanchieren, doch müssen wir sagen, daß wir gute österreichische Patrioten sind und dies nicht tun wollen. Freilich wäre es uns viel lieber gewesen, wenn wir in Galizien als Hinterland geblieben wären und den Herren in Steiermark und Schlesien das Vorderland gelassen hätten. Dieses Vorrecht, dieses Vergnügen hätten wir den Herren von den anderen Provinzen gerne gelassen. Leider sind wir aber ein Grenzland und obwohl wir und auch die südliche Bevölkerung als Grenzland durch den Krieg so viel zu leiden haben, wollen die Herren im Hinterland das noch nicht anerkennen und behandeln uns wirklich als lästige — ich wiederhole es — als lästige Mitbürger hier in ihren Ländern.

Meine sehr verehrten Herren! Diejenigen, die das nicht mitgemacht haben, die die Leiden dieser Flüchtlinge in den Barackenlagern überhaupt nicht mit angesehen haben, können sich keinen Begriff davon machen, wie diese unglücklichen Menschen leiden. Der Herr Einspinner sagt: Die bodenständige Bevölkerung hat auch nichts zu essen und wohnt auch gar nicht so großartig in ihren Behausungen. Aber das ist doch das Plus, das Sie von den Flüchtlingen verlangen. Die Herren behaupten: Wir bluten hier für Galizien. Das hören wir leider viel zu oft. *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Galizien blutet für ganz Österreich!)* Das ist eben dasjenige! Ich habe schon früher erwähnt: Es wäre mir viel lieber, wenn der Herr Kollege Freißler oder der Herr Kollege Einspinner dieses Vergnügen mitgemacht hätten. Ich nehme das Beispiel an mir selbst. Ich habe zu Hause eine Wohnung von sechs Zimmern, wie der Herr Einspinner — ich weiß nicht, wo sein Haus ist — oder wie der Herr Kollege Freißler in Troppau. Wie komme ich dazu, mein Haus, meine sechs Zimmer zu verlassen und in die Welt zu gehen und der Herr Freißler und der Herr Einspinner können sich hier breitmachen und über die Flüchtlinge urteilen, ob sie in den richtigen Verhältnissen leben, ob sie wirklich tanzen und singen oder nicht oder ob sie ein paar Kartoffeln mehr einkochen oder nicht und über uns Gericht halten. Mir wäre es lieber, wenn es umgekehrt wäre. Ich wäre neugierig, wie es der Herr Freißler machen würde. Ich weiß nicht, ob er die Kartoffeln selbst einkaufen würde, um sie zu kochen. Es ist leicht zu kritisieren, das gebe ich zu, aber man muß es früher selbst ausgekostet haben. Er müßte vorher wirklich Flüchtling werden. Ich bedaure wirklich, daß keiner von diesen Herren dieses Brot gekostet hat. Jetzt sind sie nicht einmal da, sie wollen es eben nicht hören. Sie sagen nur: Die Flüchtlinge nehmen der bodenständigen Bevölkerung das Brot weg, sie handeln, sie ziehen umher usw. Meine Herren! Sie vergessen, daß diese Grenzgebiete total ruiniert sind, sie haben alles verloren, was sie nur hatten. Dafür hat aber das Hinterland, das den Herrn Freißler und den Herrn Einspinner beherbergt, es jetzt angenehm. Dort haben sich die Leute Millionen gemacht. *(Rufe: Milliarden!)* Die Länder, aber die Einzelnen haben sich Millionen gemacht. Das ist diesen Herren recht und es ist ihnen auch recht, daß die Flüchtlinge ihr ganzes Hab und Gut verloren haben. Damit wollen sie aber nicht rechnen, daß es geradeso österreichische Staatsbürger sind, die auch das Recht zu arbeiten haben, wenn schon nicht zu Hause in Galizien oder in Görz, so doch in Wien oder in Troppau; sie haben auch das Recht, sich einen Erwerb zu suchen. Was ist aber geschehen? Von einem Erwerb war keine Rede. Da kam der Herr Freißler und da kamen die Bürgermeister von da und dort und sagten: Die Flüchtlinge dürfen kein Gewerbe betreiben. Warum? Ist es nicht genug, wenn man einem das Haus nimmt, muß man ihm auch die Arbeit wegnehmen? Da beklagt sich der Herr Einspinner heute, daß die Flüchtlinge in Wagna — es sind vielleicht tausend Flüchtlinge — nichts gearbeitet haben. Der Herr Einspinner will, sie sollen auf sein Kommando arbeiten, wie er es vorschreibt.

Was macht aber die Bevölkerung, die dort wohnt? Mit den Flüchtlingen kann man nicht so kommandieren, wie der Herr Einspinner will. Es muß ihnen die richtige Arbeit geboten werden, die Arbeit, die sie zu Hause hatten. Die Leute, Schuster, Schneider, auf das Feld hinaus schicken, damit sie dort Erdäpfel ausnehmen, aber in ihrem Fache nicht arbeiten, das geht nicht. Wir haben leider erlebt, daß man während der ganzen Kriegszeit keinem Handwerker sein Handwerk auszuüben erlaubte.

Es liegen hunderte Rekurse noch heute unerledigt im Handelsministerium, weil man gesagt hat, man will keine Konkurrenz schaffen, weil der Herr Einspinner meint, der Flüchtling soll nur das arbeiten, was er ihm vorschreibt. Das sind doch keine Leibeigene des Herrn Einspinner! Hat er das Recht, zu verfügen, was und wie dieser Flüchtling arbeiten soll?

Die Verfolgung ging aber noch viel weiter. Sie haben eine Verordnung des Justizministers gesehen, durch die er sogar den Advokaten verboten hat, hier ihren Beruf auszuüben. Warum? Ist es nicht genug, wenn dieser Advokat seinen Wohnort verlassen mußte und sein ganzes Hab und Gut verloren hat? Muß ihm hier auch noch seine Beschäftigung verboten werden? Glaubt der Herr Einspinner, daß auch dieser Flüchtling auf den Feldern Kartoffel herausnehmen soll? Das würde ihm gut passen; die Arbeit teilt er ihm zu, aber die Millionen und, wie hier bemerkt wurde, die Milliarden, die gehören dem Westen an. Die mag nur das Hinterland, das wird mit den Milliarden schon fertig werden. Alle Kriegsanleihen sind ja hier geblieben.

Und nicht nur das, daß wir von diesen Milliarden nichts haben, wir haben ja auch das, was wir schwer in Jahrzehnten und Jahrhunderten erworben haben, verloren. Keiner der Herren von jener Seite zeigt Geneigtheit, hinzufahren und das Land auch anzuschauen, wie es aussieht. Er soll nachschauen, ob irgendeine Werkstätte oder irgendein Heim dort ist. Der Herr Einspinner wohnt hier gemütlich. Ich muß in einem kleinen Zimmer wohnen. Warum? Weil der Herr Einspinner von sich nichts abgeben will. Ich glaube, es sollte

gesetzlich geregelt werden; dort, wo eine Invasion vor sich geht, wo die Bevölkerung als Flüchtling betrachtet werden muß, dort müßte zwangsweise der Herr Einspinner von seinen sechs Zimmern fünf abgeben. *(Ruf: Er soll Kartoffeln graben!)* Ja, er sollte Kartoffeln graben gehen — ich bin neugierig, ob er mit dieser Beschäftigung zufrieden sein wird —, aber nicht, daß er weiter seine sechs Zimmer behält, weiter seine Beschäftigung hat, weiter seine Millionen verdient, und mit uns schmeißt er herum, als wenn wir wirklich ein Ball und gar keine Menschen wären.

Wenn ich nun, meine verehrten Herren, zu dem eigentlichen Thema komme, so muß ich sagen, daß ich glaube, daß die von den Kollegen der südländischen Bevölkerung hier vorgebrachten Berichte über die Verhältnisse in Wagna, obwohl ich nicht dort war, gewiß vollkommen auf Wahrheit beruhen. Denn ich habe mich jahrelang mit den Flüchtlingen befaßt und ich muß sagen, es waren schreckliche Reisen, welche ich da durchzumachen hatte. Ich kann die Herren versichern, sooft ich von einem Lager nach Hause kam, habe ich die Nacht durchweint, wenn ich mitansehen mußte, wie unsere Brüder und unsere Kinder dort in den Flüchtlingslagern zugrunde gehen.

Es würde den Herren doch zu viel werden, wenn wir alle diese Beobachtungen und faktischen Tatsachen, die wir in diesen Flüchtlingslagern mitangesehen haben, hier zur Sprache bringen würden. Sie haben ja gesehen, welche Wut bei den anderen Herren heute die Rede des Herrn Ministers des Innern hervorgerufen hat. Warum? Weil er ein Mensch mit Herz ist. Leider, leider haben wir in dieser ganzen langen Flüchtlingszeit Minister gehabt, bei denen ein Herz gar nicht vorhanden war. Ja, es hat sich ein Minister gleich zu Anfang, wie wir Flüchtlinge geworden sind, sogar die Bemerkung erlaubt: Ja, es kommen zuviel Flüchtlinge jetzt nach dem Westen. Wer weiß, was wir machen werden, wer weiß, ob wir nicht gezwungen sein werden, die Freizügigkeit aufzuheben. *(Abgeordneter Dr. Diamand: Heinold!)* Ja. Und so ein Minister gefällt den Herren. Die Freizügigkeit! Freilich! Man soll aber die Freizügigkeit dem Herrn Freißler oder Einspinner nehmen, da möchte ich mir die Herren anschauen, was sie dazu sagen würden. *(Zwischenrufe.)* Ja, das ist es.

Ich kam einmal zum Minister des Innern, natürlich nicht dem gegenwärtigen, und habe ihm gesagt: Exzellenz, es muß doch irgendwo eine Verantwortung da sein, es muß doch irgend jemand in Österreich sein, der das verantworten kann, daß man Flüchtlinge nicht wie Gefangene behandeln, nicht internieren kann. Der Herr Einspinner meint, es wäre nichts Ungeheures, wenn hinter einem Menschen, auch wenn er ein Flüchtling ist, den ganzen Tag ein Mann mit dem Bajonett einhergeht.

Ich möchte den Herrn Einspinner sehen, was er sagen würde, wenn er den ganzen Tag ein Bajonett hinter sich sieht. Die Leute waren in einer geradezu fürchterlichen Erbitterung; sie fragten fortwährend: Sind wir denn Verbrecher, Gauner?

Dann soll man uns in ein richtiges Kriminal, aber nicht in ein Flüchtlingslager geben. Aber das war nicht zu machen. Als ich diese Beschwerden dem Minister vortrug, da hat er gewagt zu sagen: Herr Abgeordneter, Sie sind jetzt nicht immun! Das war die Stürgkh'sche Schule und es hat den Herren und nicht nur dem Stürgkh und Handel behagt, daß die Immunität den Abgeordneten gefehlt hat. Es mißfällt den Herren von der anderen Seite auch heute noch, denn sie bedauern, daß wir die Immunität haben. *(Abgeordneter Dr. Diamand: Heine!)* Heine, ja; es sind verschiedene Sachen. Die Herren bedauern, daß endlich dieses System aufgehört hat. Der Minister hat mir die Immunität fortwährend vor der Nase gehalten, gemeint, daß ich sie nicht habe und erklärte, er wird die Beamten auffordern, gegen mich die Anzeige zu erstatten. So weit ist es gekommen. *(Abgeordneter Stern: Die Beamten in den Flüchtlingslagern?)* Ja, diese Beamten. Und das wagt in Österreich ein Minister zu sagen. Freilich, jetzt wundern sie sich, wenn die Flüchtlinge wirklich so zugrunde gegangen sind. Glauben Sie aber, wenn solche Reden, die die Abgeordneten Einspinner und Freißler im Parlamente halten, in der Provinz gelesen werden, daß das viel dazu beiträgt, daß die Lage der Flüchtlinge gebessert wird? Nein, *(Ruf: Das war auch nicht ihre Absicht!)* Das war auch nicht die Absicht, wie Sie sagen, das ist wohl richtig. *(Abgeordneter Dr. Diamand: Aber er ist immun!)* Ja, er kann schon alles sagen, das ist richtig. *(Abgeordneter Einspinner: Ich habe in der Zeit, als ich nicht immun war, mehr gesagt als andere Herren!)* Für wen? Für sich. *(Abgeordneter Einspinner: Für mein Volk!)* Für Ihr Volk, das glaube ich, weil Sie die Minister zur Verfügung gehabt haben. Sie haben die Regierung Stürgkh für sich gehabt und da konnten Sie alles sagen; wir aber haben den Stürgkh nicht für uns gehabt, das ist das ganze und das tut Ihnen leid. Friede seiner Asche! *(Abgeordneter Einspinner: Sie scheinen sich über meine Parteizugehörigkeit nicht klar zu sein!)* Sehr klar. Ich bin weit entfernt zu behaupten, daß überhaupt gar keine Beamten ihre Pflicht erfüllt haben und die Verwalter die ärgsten waren. Das ist nicht richtig. Es hat auch solche gegeben, die taten, was auch nur möglich war. Das gebe ich zu. Es sind in vielen Orten Mährens und Böhmens und sogar Schlesiens Komitees, die vieles leisten, das muß ich besonders hervorheben; leider gibt es

auch viele, von denen das Gegenteil richtig ist. Ich muß auch von dieser Stelle hervorheben, daß zum Beispiel die Leitung der Wiener Zentralstelle sich in wunderbaren Händen befindet; Herr Dr. Schwarz-Hiller leistet für die Flüchtlinge Übermenschliches, das muß man ihm unbedingt anerkennen. *(Abgeordneter Parrer: In Bruck an der Leitha werden die Kinder wie Engel aufgezogen!)* Das habe ich auch gehört. Es gibt viele solcher Orte, das darf uns aber nicht hindern, daß wir diejenigen Beamten, die die Flüchtlinge schlecht behandeln, nicht hervorheben. Im Gegenteil, dazu sind wir ja da.

Ich muß das hier speziell deshalb hervorheben, weil sich in vielen Provinzen Österreichs hochgestellte österreichische Beamte und vielleicht, wie Kollega Einspinner sagt, deutsche Beamte eine Hetze gegen die Flüchtlinge zu arrangieren erlaubt haben. *(Abgeordneter Einspinner: Nur Namen nennen!)* Ich werde Ihnen den Namen nennen: Das ist der Herr Hofrat Rott bei der Landesregierung in Troppau. Ich fürchte mich gar nicht den Namen hier offen zu nennen. Er inspiriert die ganze Hetze gegen die Flüchtlinge, denn er duldet das, er führt das Ganze und will damit nur eines erzielen, nämlich die Flüchtlinge aus Schlesien endlich einmal loszuwerden. Das ist kein Vorgehen von einem österreichischen Beamten. *(Abgeordneter Einspinner: Nur nicht generalisieren!)* Wir generalisieren ja nicht. Damit Sie, Herr Kollega Einspinner, nicht meinen, daß ich heute zum erstenmal diesen Namen nenne, berufe ich mich hier auf Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, dem ich seit Monaten, vielleicht seit seinem Amtsantritt immer und fortwährend diesen Namen vorbringe — nicht, Exzellenz? *(Minister des Innern Graf Toggenburg: Es konnte aber gar nicht festgestellt werden, was dem Herrn Hofrat Rott irgendwie zum Vorwurf gemacht werden könnte!)* Ich habe es aber vorgebracht. *(Abgeordneter Dr. Ritter v. Mühlwerth: Vorbringen läßt sich leicht etwas! — Zwischenrufe.)*

Ich habe unzählige Male im Flüchtlingsausschuß hervorgehoben, daß die Flüchtlinge mit der größten Anerkennung, mit der größten Dankbarkeit und mit der größten Hochachtung die Bevölkerung Schlesiens erwähnen. Sie sagen, daß das gute und freundliche Leute sind, die mit den Flüchtlingen Mitleid haben. Aber was geschieht? Es kommen ein paar lumpige Bürgermeister, es kommen k. k. Beamte, die können das nicht leiden und man arrangiert förmliche Fackelzüge für diese Beamten, damit endlich einmal mit den Flüchtlingen aufgeräumt wird. Das ist heute bei uns in Schlesien möglich. *(Ruf: machen Sie Frieden und die Flüchtlinge gehen nach Hause!)* Ja, meine Herren, die Flüchtlinge wollen ja nach Hause. *(Abgeordneter Dr. Ritter v. Mühlwerth: Wenden Sie sich an die Entente! Als wenn das von uns abhinge!)* Aber Herr Kollega v. Mühlwerth, Sie haben meine Rede zu Anfang nicht gehört. Alles das, was die Herren leiden, leiden auch unsere Söhne und Brüder, sie sind auch im Felde und wir werden mit den Steuern ebenso herhalten müssen wie Sie Herr v. Mühlwerth, aber das Plus haben Sie nicht: Sie haben Ihr Heim, Sie haben Ihre Wohnung und Sie haben Ihr Vermögen, ich will nicht sagen, erhalten, aber zumindest... *(Ruf: Man hat ja Mitleid!)* Ein schönes Mitleid hat heute die Rede des Herrn Einspinner gezeigt. Ich danke für dieses Mitleid! *(Abgeordneter Einspinner: Erlauben Sie, das war doch eine sehr objektive Rede! — Gelächter und Zwischenrufe.)* Ja nach Ihrer Meinung, Herr Kollega!

Meine sehr verehrten Herren! Ich ersuche Sie, immer an dieses Plus zu denken, das die Flüchtlinge leisten, nicht an das, was Sie und alle anderen leiden. Die Flüchtlinge sind unglückliche Menschen, die ihr ganzes Hab und Gut dort verloren haben und hier Vater, Mutter und Kinder verlieren. Manche von ihnen kehren zurück, manche auch nicht. Aber das wollen Sie nicht wissen, meine Herren, das spielt bei Ihnen keine Rolle. *(Abgeordneter Einspinner: Das ist uns vollkommen klar! Erkundigen Sie sich nur, welche Aufnahme die Leute in Steiermark gefunden haben! Der Herr Landeshauptmann wird Ihnen bestätigen, ob die Leute den Flüchtlingen nicht Gastfreundschaft bewiesen haben!)*

Vizepräsident **Udržal**: Herr Abgeordneter Einspinner, Sie haben nicht das Wort.

Abgeordneter **Rauch**: Die Bevölkerung wird ja gelobt, aber ich meine ja gerade die Hetzer, Herr Kollega. *(Abgeordneter Einspinner: Da müssen Sie sich an eine andere Adresse wenden!)* Ich weiß nicht, an welche Adresse. *(Abgeordneter Dr. Diamand: Der Adressat wird sich melden! — Heiterkeit!)*

Wir haben es ja gesehen: Ich muß offen sagen, Herr Kollega Einspinner, daß Ihr Angreifen des Herrn Ministers heute wirklich beispielgebend war. Wenn der Minister etwas Herz hat, das war Ihnen schon nicht recht. *(Abgeordneter Einspinner: Herz ist das? Für ein Herz waren wir! — Zwischenrufe.)* Wenn er mit der armen Mutter, die ihr Kind verloren hat, Mitleid hat, so ist das Herz. Also, meine verehrten Herren, ich habe das schon früher erwähnt, ich habe gar nicht die Absicht, den Herren das Flüchtlingselend während der Flucht zu beschreiben, ich habe jetzt schon gar nicht die Absicht, das Elend der Flüchtlinge während ihres Aufenthaltes hier im Hinterlande zu beschreiben, ich habe auch nicht die Absicht, den Herren das Leben in den Barackenlagern zu beschreiben, denn das wäre zu traurig. Und wenn Sie meinen, wie schon der Herr Abgeordnete Einspinner gemeint hat, daß da eine Parteipolitik mit den Wählern ge-

trieben wird und wir warten sollen, bis diese Kinder die nicht begraben sind, einmal Stimmberechtigung haben, müßte ich lange leben. *(Zwischenrufe.)* Herr Kollege Einspinner! Ich soll heute in den Barackenlagern Parteipolitik treiben! Da wäre ich sehr blöde, das werde ich nicht machen. Ich glaube, es hätte besser gepaßt, wenn gerade die Herren Kollegen Einspinner und Freißler in Barackenlagern gewohnt hätten, um die armen Mitbürger von Österreich vom Elende zu retten und ihnen zu helfen. Das hätte mir besser gefallen, wenn die Herren ihre Zeit dort verbracht hätten. *(Abgeordneter Einspinner: Ist geschehen, wo es möglich war! Die Leute werden dort ja besser verpflegt, als die eigenen Leute verpflegt werden! Das ist Tatsache! — Zwischenrufe.)* Also, meine Herren, ich glaube, ich bin am Ende. Ich erlaube mir nur noch eines zu sagen. Ich glaube die Herren bitten zu dürfen, für die Resolutionen zu stimmen, die der Flüchtlingsausschuß einstimmig gefaßt hat, und ich bedaure es sehr, daß der Herr Kollege Einspinner erwähnt hat... *(Abgeordneter Einspinner: Weil ich eine gerichtsordnungsmäßige Untersuchung verlange!)* Sie wissen noch gar nicht, was ich sagen will. *(Abgeordneter Einspinner: Ich verlange eine gerichtsordnungsmäßige Untersuchung, nicht eine Privatuntersuchung von ein paar Leuten!)* Ich bitte, Herr Kollege, lassen Sie mich doch ausreden, dann können Sie wieder schreien. Der Herr Kollege Einspinner meint, der Flüchtlingsausschuß habe Beschlüsse gefaßt, die parteipolitisch sind, die einseitig gefaßt wurden. Und das ist eben das Traurige. *(Abgeordneter Einspinner: Dafür haben Sie den Beweis geliefert!)* Meine Herren! Gerade die Vorgänge, die Beratungen und Beschlüsse im Flüchtlingsausschusse zeigen uns eben, was für ein großes Interesse und was für ein Herz die Herren von jener Seite für die Flüchtlinge haben. Der Flüchtlingsausschuß ist doch vom ganzen Hause gewählt.

Und wer nimmt Teil an dessen Beratungen? Die Vertreter der Unglücklichen nehmen an diesen Beratungen teil. Die Herren von jener Seite haben kein Interesse an diesem Ausschusse. Sie haben doch einen Vertreter im Ausschusse *(Zwischenrufe seitens des Abgeordneten Einspinner)*, Ihre Partei ist dort doch vertreten. Hat Ihre Partei im Ausschusse dagegen gesprochen als diese Resolution gefaßt wurde? Ich kann mich nicht erinnern.

War nicht auf der Einladung ausdrücklich gesagt: „Die Ereignisse in Wagna"? Aber die Herren kommen hierher und halten Reden gegen Wagna, dazu sind Sie da. *(Abgeordneter Einspinner: Ich halte sie für Wagna, nicht gegen!)* Ja, in Ihrem Sinne! In unserem Sinne ist das nicht. Lachen Sie nur, nehmen Sie es nur von der scherzhaften Seite! Lassen Sie sich, meine Herren, von den Herren nicht beirren, denn wenn die Herren wirklich ein Interesse daran gehabt hätten, wären Sie im Ausschusse erschienen. Das ist der Platz für die Beratung, dort hätten die Herren alle Ihre Einwendungen erheben sollen. *(Abgeordneter Einspinner: Ich bin ja nicht Mitglied!)* Aber Ihre Kollegen. *(Abgeordneter Einspinner: Ich habe das Recht, hier im Hause zu sprechen, genau so wie Sie! Ich lasse mir das Recht nicht nehmen!)* Aber Sie haben Kollegen, die in dem Ausschusse sitzen.

Meine Herren! Ich, der ich in dreijährigem Herumreisen alle Flüchtlingslager und Flüchtlingsorte gesehen und das Elend konstatiert habe, muß offen sagen, daß die Illustration der Zustände von Wagna vielleicht noch hinter den Verhältnissen zurückbleibt. Deshalb bitte ich Sie, die Resolution des Flüchtlingsausschusses anzunehmen.

Vizepräsident **Udržal**: Zum Worte gelangt der nächste Kontraredner, der Herr Abgeordnete Dr. Straucher; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Straucher**: Verehrte Herren! Als Sohn des östlichsten Kronlandes der Monarchie, als Vertreter der Stadt Czernowitz, einer Stadt und eines Landes, die nun zum drittenmal vom Feinde heimgesucht sind, und die unsagbaren Bitternisse, schweren Leiden und unerträglichen Widerwärtigkeiten dieses furchtbaren Krieges in ihrem ganzen schrecklichen Umfange erdulden, aber auch als Flüchtlingsdelegierter, dessen Aufgabe es ist, die westösterreichischen Bezirke, so weit sie von Flüchtlingen bewohnt sind, aufzusuchen, die Verhältnisse zu studieren und sich mit allen einschlägigen, die Flüchtlinge betreffenden Fragen vertraut zu machen, erachte ich es nicht nur für mein Recht, sondern auch für meine Pflicht, in dieser Angelegenheit das Wort zu ergreifen.

Ich hätte nicht geglaubt, daß die überzeugenden Ausführungen des Herrn Obmannes des Flüchtlingsausschusses, des Herrn Abgeordneten Dr. Halban, irgendwelchem Widerspruch oder einer Opposition im Hause begegnen würden. Seine Erörterungen waren ebenso sachlich wie zutreffend und zeugen von einer großen Kenntnis der in Verhandlung stehenden Angelegenheit. Und nun, meine Herren, hören wir Bedenken, Rekriminationen, Einwürfe, Ausflüchte!

Ich muß aber zugeben, daß Seine Exzellenz, der gegenwärtige Minister des Innern, seit seinem Amtsantritte in verständnisvoller, gewissenhaftester Weise bemüht ist, die bisher zutage getretenen Übelstände womöglich zu beheben, jedenfalls wesentlich zu mildern. Und dies ist ihm auch zum großen Teile gelungen. Ich konstatiere mit besonderer Genugtuung, daß die Verhältnisse bei den Flüchtlingen und in den sogenannten Barackenlagern, die wir

früher als Mordstätten bezeichnet haben, bessere geworden sind.

Wie war es denn, meine Herren? Sofort nach Ausbruch des Krieges ergoß sich ein großer Flüchtlingsstrom aus dem Osten des Reiches, aus Galizien und der Bukowina — wir waren ja dem ersten Anprall der Russen ausgesetzt — und diese vielen Tausende Flüchtlinge — die Regierung hatte damals auf diesem Gebiete leider keine Erfahrungen — wählten anfänglich ihren Aufenthaltsort nach Belieben, oder sie wurden teils in Gemeinden des österreichischen Westens dirigiert, und teils in Barackenlager abgeschoben.

Meine Herren! Die Barackenlager im Herbst 1914 waren derart primitiv, derart mangelhaft, unzulänglich und unbrauchbar, daß es jeder Beschreibung spottet; mit einem Worte, sie waren für Menschenunterbringung wegen ihrer baulichen Gebrechen, sanitären Übelstände und völlig unzulänglichen administrativen Einrichtungen völlig ungeeignet. Vieh wird in besseren Stallungen untergebracht, als damals unglückliche, gehetzte Menschen in den Baracken. Frauen, Kinder, Säuglinge, Kranke, gebrechliche und erwerbsunfähige Greise, Personen jeglichen Alters und Geschlechtes — die meisten Gatten und Söhne waren ja im Felde — sie alle wurden in den Barackenlagern und Flüchtlingsgemeinden untergebracht und haben ein wahres Martyrium erduldet.

Als dann der Durchbruch bei Gorlice glückte, und der größte Teil Galiziens sowie fast die ganze Bukowina frei geworden waren, kehrte ein namhafter Teil der Flüchtlinge in die Heimat zurück. Die damaligen Maßnahmen der Regierung zeigten aber die gleichen Mängel und Unkenntnis der wahren Verhältnisse, wie die letzthin erflossenen Verordnungen. Ohne vorherige gründliche und verläßliche Erhebungen, ob die Rückkehr von Flüchtlingen in ihre heimatlichen Ortschaften auch möglich sei, hat man einfach eine zwangsweise Heimkehrverordnung erlassen. Und es ist bezeichnend für die verblüffende Unkenntnis in den entscheidenden Kreisen und für die Mangelhaftigkeit der Erhebungen, daß solche Verordnungen noch später, und selbst im Juni vorigen Jahres ergangen sind, ergangen zu einer Zeit, da die große russische Offensive bereits wieder im Gange war. Anstatt sich die gemachten Erfahrungen zunutze zu machen, verfällt nun die Regierung wieder in denselben Fehler wie vor zwei Jahren. *(Zustimmung.)* Man hat die Flüchtlinge einfach nach Hause dirigiert, ohne vorher verläßlich zu erheben, ob eine Rückkehr auch möglich ist. Ich bitte nicht zu übersehen: diesen Flüchtlingen ist ja ihr Hab und Gut völlig geraubt, die meisten Orte sind eingeäschert, auch die Wohnstätten verbrannt oder zerstört. Einrichtung, Werkzeuge, Gerätschaften, Kleider, kurz alles, was nötig ist, damit die heimkehrenden Flüchtlinge ihre früheren Wohnungen oder neue benützen können, damit sie sich eine Erwerbsmöglichkeit schaffen, ist geraubt. Und ohne genügende amtliche Erhebungen hierüber ist die Maßnahme zur zwangsweisen Heimkehr der Flüchtlinge verfügt worden.

Und das gleiche wiederholt sich heute. Jüngst hat die Regierung eine Verordnung erlassen, inhaltlich deren die meisten galizischen Flüchtlinge bei sonstiger Abschiebung in ihre Heimat zurückkehren sollen. Da heißt es in der Verordnung: In diesen und jenen Bezirken, mit Ausnahme der einen oder der anderen Ortschaft. Das heißt, diese Orte sind noch vom Feinde besetzt oder bedroht oder vollkommen unsicher. Und wer soll heimkehren? Die kampffähigen Elemente, also die Gatten und Söhne, sind ja draußen im Felde, wenn nicht unter der Erde; es kehren also heim die armen, meist erwerbsunfähigen Frauen, Kinder, Greise, Kranke, Gebrechliche 2c. Und womit kehren sie heim? Sie haben die tröstende Aussicht, daß ihnen blos für einige Wochen der wohl erhöhte, aber noch immer dürftige staatliche Unterstützungsbeitrag verabfolgt werden wird. Aber sich eine Erwerbsmöglichkeit zu schaffen, ist fast durchgehends unmöglich. Überdies ist, selbst wenn sie Mittel besäßen, die Beschaffung von Kleidungs- und Einrichtungsstücken, namentlich von gewerblichen Werkzeugen und Gerätschaften derzeit völlig ausgeschlossen. *(Zustimmung.)*

Es ist bezeichnend, daß aus fast allen Orten, aus welchen die Flüchtlinge in ihre galizische Heimat heimkehren sollen, die dringende Bitte laut geworden ist, man möge ihnen außer der erhaltenen dürftigen Kleidung, Wäsche und Beschuhung auch noch die Strohsäcke, Kotzen und Decken mitgeben; so arm und entblößt sind sie aller Kleidungsstücke, daß sie in ihrer Heimat nicht das geringste besitzen und nicht einmal die primitivsten Bedürfnisse befriedigen können — sie bitten und betteln überdies, man möge ihnen unentgeltlich Brenn- und Beleuchtungsmaterial geben — sie kommen doch in verlassene, verarmte Ortschaften zurück.

Meine Herren! Fragen Sie sämtliche Kollegen aus Galizien und der Bukowina, es sind weit über Hundert — und unter diesen werden sich, wenn Sie nicht allen Glauben schenken wollen, doch einige finden, denen jedermann Glaube beimessen muß —, ob sich eine Stimme unter uns findet, welche die Richtigkeit meiner Ausführungen bestreiten würde, oder behaupten könnte, daß all das, was ich hervorhebe, nicht vollkommen wahr und berechtigt ist! *(Zustimmung.)*

Deshalb erheben wir immer Klagen und Beschwerden; nicht Anklagen, zu denen wir ja vollauf berechtigt wären. Die Regierung wolle doch die ergriffenen Maßnahmen beheben oder weitestgehend mildern! Wir haben vorläufig bloß um Bewilligung eines angemessenen Aufschubes gebeten, um durch kompetente

amtliche Organe die von mir angedeuteten Erhebungen durchzuführen. Ist dann die Rückkehr möglich, dann ist für uns nichts erwünschter als die Rückkehr, ist sie aber nicht möglich, dann hieße es, die Leute durch die zwangsweise Abschiebung in die sogenannte Heimstätte, einfach in den sicheren Tod treiben. Vergessen Sie auch nicht, meine Herren, wir stehen vor dem Winter, vor der rauhen Jahreszeit! Was sollen diese Leute anfangen, wenn das Familienoberhaupt, der Ernährer, im Kriege ist? *(Abgeordneter Reitzes: Es ist bis zum 30. November verlängert worden!)* Ja, man hat schon zweimal den Termin verlängert, aber ehe diese Verlängerung und Milderung den politischen Behörden in den Flüchtlingsgemeinden kundgemacht wird, wüten die Amtsorgane und die Gendarmen und jagen die Leute wie das gehetzte Wild. Es sind Fälle vorgekommen, in denen Kinder von den Schulbänken weggerissen und mit Brachialgewalt abgeschoben wurden. Quo jure? Die Verordnung des Gesamtministeriums vom 25. Juli 1914, mittels deren die verfassungsmäßigen Rechte kraft des Gesetzes vom 5. Mai 1869, suspendiert wurden, zitiert ausdrücklich gemäß diesem Gesetze jene verfassungsmäßigen Rechte, die suspendiert werden dürfen. Unter diesen befindet sich aber der Artikel IV, der von der Freizügigkeit handelt, nicht. Dieses Verfassungsrecht kann nicht suspendiert werden. Trotzdem wurde mit dem verfassungsmäßigen Rechte der Freizügigkeit willkürlich umgesprungen. Die Ausgewiesenen erhielten gar keinen Bescheid, sie konnten im instanzenmäßigen Wege keine Rechtsmittel ergreifen. Sie wurden einfach mittels Brachialgewalt im Wege der polizeilichen Organe oft aus den Betten gerissen, zur Bahn gebracht und in die zerstörte Heimat abgeschoben! Kein Mensch kümmerte sich um das Schicksal dieser Unglücklichen, die alles verloren haben, und deren Angehörige im Felde stehen, mit ihrem Blute das Reich verteidigen! Und wenn sich da eine Stimme auf der linken Seite des hohen Hauses findet, welche das beschönigen oder ignorieren will, so muß ich sagen: das ist herzlos und kein gutes Zeichen für die Betätigung des gesamtstaatlichen Solidaritätsgefühles. Wir wollen ja das gesamtstaatliche Bewußtsein gehoben sehen; durch die gegnerische Haltung der Linken, durch Nörgeleien, Gleichgültigkeit oder gar Herzlosigkeit gegen das unsägliche Unglück unserer Flüchtlinge wird unsere Zusammengehörigkeit nicht gefördert.

Meine Herren! Man spricht immer so leichthin von den Barackenlagern, ohne ihre entsetzlichen Schattenseiten zu kennen. Wenn jene statistischen Daten einmal das Licht der Welt erblicken werden, welche uns beweisen werden, wie viele ungezählte Tausende und Abertausende Flüchtlinge in diesen Barackenlagern umgekommen sind und wie sie umgekommen sind, wie viele Tausende auf ihren Leidenswegen auf der Flucht in die Barackenlager und in die Flüchtlingsbezirke zugrunde gegangen sind, so wird das eine entsetzliche, furchtbare Statistik sein. Wir wissen leider nur allzu gut, wie unsere Heimatsorte gelichtet sind, wie Krankheit und Tod gewütet haben. Namentlich die Kindersterblichkeit in den Barackenlagern war eine grauenerregende. Ich will Ihnen durchaus nicht willkürliche Angaben machen, sondern ich will Ihnen einige Tatsachen als Beispiele anführen, auf Grund verläßlichster Erhebungen, um beispielsweise die traurigen Zustände zu demonstrieren, die im Barackenlager in Deutsch-Brod, aber auch in anderen Barackenlagern, geherrscht haben. Da erzählt eine Frau Namens Elsa Salzmann, gebürtig aus Stanislau, derzeit in Wien, XX., Rauscherstraße 21, 2. Stock, Tür 11, wohnhaft. Ich gebe die genauen Daten an, damit Sie sich, meine Herren, durch Nachforschungen von der Richtigkeit überzeugen können. Sie sagt *(liest)*:

„Im August 1916 bin ich von Stanislau geflüchtet und kam sofort in das Flüchtlingslager nach Deutschbrod. Nach einigen Wochen wurde ich infolge der schlechten Kost und Nahrung krank und wurde in das Barackenspital gebracht, wo ich 14 Tage verblieb.

Ich wollte arbeiten und fand auch in der Schule als Bedienerin Beschäftigung. Ich befand mich ohne Kleider und Schuhe und mußte so zwei Monate leben, bevor ich das Nötige erhielt. Da ich bloß 7 Kwöchentlich in der Schule verdiente, wusch ich noch einen Monat Strohsäcke und Vorhänge für das Ärar.

Durch das große Elend und die Entbehrungen sowie infolge der unmenschlichen Behandlung, die ich im Barackenlager erfuhr, wurde ich krank und konnte nicht mehr arbeiten. Den Barackenarzt bat ich, da ich sehr stark hustete und Blut spuckte, er möchte mir etwas Milch verschreiben, worauf er mir antwortete: „Ist da ein großer Friedhof!" *(Hört!)*. Ich erwiderte ihm: „Warum, gnädiger Herr Doktor, ist da ein großer Friedhof? Ich bin eine Mutter von drei Kindern, mein Mann ist im Kriege, die armen Flüchtlinge sind doch keine Hunde."

Weil ich ihm das sagte, ging er zum Kommissär Dr. Kotalik, bei welchem er mich anzeigte, daß ich ihm gesagt habe, er sei ein Arzt für Hunde und nicht für Leute. Aus diesem Grunde wurde ich für 48 Stunden in einen kalten dumpfen Arrest gesperrt. *(Hört.)* Im Arrest erlitt ich einen Blutsturz, und als ich die Gendarmen bat, mir etwas Wasser zu bringen, verweigerten sie mir diese Bitte. Ich eilte hierauf zum Fenster und als ich den Chefarzt erblickte, rief ich ihm zu, warum er mich unschuldig einsperren ließ. Infolge des Blutsturzes wurde ich aus dem Arrest entlassen, um nach drei Tagen wieder für 24 Stunden eingesperrt zu werden, weil ich verlangte, man möchte mir etwas zum Anziehen geben

und einen Zettel für Milch." Das ist die Humanität, meine Herren! Vergessen Sie nicht die Erbitterung, die sich in der Menschenbrust dieser Leute aufhäuft!

Solche Herzlosigkeiten waren nicht selten! *(Fährt fort:)*

„Vor zirka sechs Wochen wurde mein sechsjähriges Kind, Isidor Salzmann, krank, und ich habe mich an den Arzt mit der Bitte gewendet, dem Kinde etwas Grieß und Milch zu verschreiben, worauf mir der Arzt bedeutete, daß das Kind das Spital braucht. Ich bat den Arzt, mir das Kind zu lassen, da ich hoffte, es mit ein wenig besserer Nahrung wieder gesund zu pflegen. Er nahm es mir aber dennoch weg und brachte es in das Spital, wo es am dritten Tage starb.

Um nicht noch selbst zugrunde zu gehen und meine armen zwei Kinder mutterlos da zu lassen, denn mein Blutverlust wurde infolge der barbarischen Zustände in Deutschbrod immer ärger, flüchtete ich mit meinen Kindern bei Nacht aus dem Lager und begab mich hier in das Spital zum Zwecke einer Operation. Selbst wenn ich hier sterbe, wo ich unter Menschen bin, preise ich Gott, daß ich meine Kinder diesen ..... in Deutschbrod habe entreißen können." Muß da nicht das Blut erstarren?

Hören Sie einen zweiten Fall *(liest)*:

„Nathan Reich, Baumeister aus Dembica, derzeit Wien, II., Schöngasse Nr. 3/14, sagt am 2. Jänner 1917 folgendes aus:

„Ich bin von Königgrätz in das Barackenlager in Deutschbrod transferiert worden. Als ich eines Tages den Kommissär Strupp um einen Passierschein bat — ich hatte bereits Freitag abends meine für den ganzen Samstag ausgefaßte Ration von einem Viertel Brot, eine Zwiebel und einen Hering gegessen" — hören Sie, Herr Kollege Einspinner, die reichliche, ausgesuchte Kost, die die armen Flüchtlinge in den Barackenlagern genießen, Hering, Zwiebel. *(Abgeordneter Ritter v. Mühlwerth: Ich werde es ihm gleich erzählen!)* Es wäre nur zu wünschen, daß er sich auch informieren ließe — „und war am Samstag früh sehr hungrig und wollte mir deshalb in der Stadt etwas zum Essen einkaufen —, hat er mich beim Kragen gepackt und unter schmählichen Beleidigungen herausgeworfen. Noch denselben Samstag bin ich zum Bezirkshauptmann darüber Beschwerde führen gegangen. Aus Rache dafür hat mich der Kommissär bei der Bezirkshauptmannschaft denunziert, was zur Folge hatte, daß ich zwei Monate in Untersuchungshaft saß." — Hören Sie: Zwei Monate Haft für nichts!

Und für nichts und wieder nichts? So mißbräuchlich wurde das famose, ganz gesetzwidrige Disziplinarstrafrecht gehandhabt. Das sagt nicht ein des Schreibens und Lesens unkundiger Mensch, sondern ein Baumeister, ein gebildeter Mann, eine ernste Standesperson. Ich habe Ihnen den Namen genannt, wollen Sie den Fall erheben lassen. Zwei Monate Haft, durch einen hiezu unbefugten Funktionär des Barackenlagers gegen einen unschuldigen Menschen verhängt. Und in den ungesunden Arrestlokalen der Baracken! Das sind die berüchtigten Disziplinarstrafen in den Barackenlagern *(liest)*: „Ich bin ein vermögender Mann, hatte genügend Bargeld bei mir, wies es vor, bat wiederholt um meine Freilassung, indem ich auf das Widersinnige hinwies, daß der Staat mich unterstütze, der ich auf diese Unterstützung nicht angewiesen sei, ich zeichnete sogar Kriegsanleihe (die Bestätigung wurde vorgewiesen), allein eine Befreiung aus diesem schrecklichen Kerkeraufenthalte war nicht zu erreichen.

Die Baracken sind naß; wenn der Schnee am Dache schmilzt, fließt das Wasser in die Baracken hinein. Man verwehrt den Leuten, welche bereit sind, auf jede Unterstützung zu verzichten, die Freizügigkeit und läßt sie nicht aus den Baracken heraus.

Bei Verteilung von Kleidern herrscht die ärgste Protektionswirtschaft seitens der Kommandanten der Baracken. Wenn jemand vom Arzte einen Krankenzettel erhält und dieser Krankenzettel dann in die Verpflegungskanzlei zur Unterschrift des Chefarztes kommt, wird er in den meisten Fällen von diesem zerrissen.

Die Behandlung der Internierten ist die denkbar grausamste. Schläge, Stöße, Fußtritte, die gemeinsten Beschimpfungen sind an der Tagesordnung". Das ist schon so üblich.

Ich will Ihnen weitere Details nicht, insbesondere nicht die Moral und Sittlichkeit betreffenden Übelstände und Verfehlungen noch vorlesen, sondern noch drei andere Fälle anführen, damit Sie die Summe der Verzweiflung dieser unglücklichen Flüchtlinge in ihrer ganzen Größe erkennen.

*(Liest)*: „Silber Mendel Ber aus Stanislau, derzeit Porvar, letzte Post Borszovar, Komitat Veszprim, Ungarn, sagt am 2. Jänner 1917 folgendes aus:

„Vom 9. August bis 29. Oktober 1916 war ich im Barackenlager in Deutschbrod (Baracke Nr. 45).

Ich kam hin, um meine Frau und meine Kinder, die auf der Flucht verloren gegangen waren, zu suchen. Bezirkskommissär Strupp hielt mich dort fest und sagte, ich müsse eine Quarantäne abwarten. Es vergingen so 32 Tage, im Verlauf derer ich öfters um Entlassung bat. Vergebens. Endlich erhielt ich einen Passierschein, um in der Stadt etwas zum Essen einzukaufen. — Auf meine Frage, was ich dann beginnen soll, antwortete der Kommissär: „Sie können machen, was Sie wollen." — Ich

kehrte nicht mehr ins Lager zurück und begab mich nach Wien, wo ich von einer Freundin meiner Familie, cand. med. Fanny Markmann, erfuhr, daß meine Frau samt Kindern sich in Porvar, Komitat Veszprim, befindet.

Ich habe dort auch tatsächlich meine Frau gefunden. Nach einer Erholungszeit von einem Monat erhielt ich vom dortigen Ortsrichter eine Bestätigung, daß meine Frau und meine sechs Kinder sich in Porvar aufhalten, und daß auch ich dort aufgenommen wurde. — Mit dieser Bestätigung ausgerüstet, fuhr ich nach Deutschbrod, wurde aber erst nach Intervention des Rabbiners Berkesz zum Kommissär vorgelassen. Ich selbst wartete vor dem Tore, und als der Kommissär sich vom Rabbiner verabschiedet hatte, winkte er mir mit den Worten ganz freundschaftlich zu: „Ah, das ist ja der Herr!" Aber, als ich zu ihm trat, stellte er mich sofort zur Rede, warum ich eigenmächtig das Barackenlager verlassen habe. Ich brachte ihm seine seinerzeitige Aufforderung in Erinnerung, daß ich in der Stadt einkaufen und dann machen könne, was ich wolle. Hierauf packte mich der Kommissär beim Kragen und übergab mich einem Wachmanne mit dem Auftrage, mich für 48 Stunden einzusperren. Ich saß von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends, ohne die geringste Nahrung zu bekommen, in einem ungeheizten Arrest, der überdies so eng war, daß man sich weder setzen, noch legen konnte." Das soll Humanität oder überlegene westliche Kultur sein!

Und nun hören Sie, meine Herren, noch den vorletzten Fall *(liest)*:

„Frieda Hilfenrad, gebürtig aus Kolomea, wohnhaft in Lemberg, sagt am 11. Jänner 1917 folgendes aus:

„Fünf Monate war ich im Barackenlager Deutschbrod. Die dortigen, furchtbaren, aller Beschreibung spottenden Zustände, besonders aber das überaus schlechte und ungesunde, oft in halbrohem Zustande verabreichte Essen, sowie die kalten und feuchten Lagerstätten verursachten den Tod zweier meiner Kinder: Regine, im Alter von dreieinhalb Jahren, und Sophie, zehn Monate alt. Die Verhältnisse in Deutschbrod lassen sich überhaupt nicht vorstellen. Die ärgsten Verbrecher können in den Strafanstalten nicht so behandelt werden, wie wir in Deutschbrod. Die Sterblichkeit kleiner Kinder ist erschreckend groß. Täglich rafft der Tod 18, 20 bis 25 Kinder im zartesten Alter hinweg! Ich selbst hatte Gelegenheit, während meines Aufenthaltes im dortigen Spital, wo ich mein zehn Monate altes Kind stillte, das dann starb, zu beobachten, wie man täglich mehrere Kindesleichen forttrug. In der Zeit meines Aufenthaltes in Deutschbrod sind nach Aussage einer Persönlichkeit, der mein und meiner Leidensgenossen Schicksal sehr zu Herzen ging, über 300 Kinder gestorben. Typhus und Scharlach erfordern infolge ungenügender, den Wert von Menschenleben mißachtender sanitärer Maßnahmen, die selbstredend nicht imstande sind, die menschenunwürdigen Wohnungs- und Nahrungsverhältnisse zu regeln, die meisten Opfer.

Als ich so auch mein jüngstes, zehn Monate altes Kind verloren hatte, kehrte ich vom Spital nicht mehr ins Barackenlager zurück, sondern entwich vor drei Tagen heimlich, die Unbewachtheit der Straße benützend, aus dem Spital und fuhr mit dem Sechsuhrzug von Deutschbrod nach Wien, wo es mir gelang, mein drittes, sterbenskrankes Kind im Wilhelminenspital unterzubringen, während ich und mein viertes Kind vollständig obdachlos dastehen."

Zum Schluß noch folgender Fall *(liest)*:

„Srul Kugelmaß aus Kolomea sagt am 11. Jänner 1917 folgendes aus:

„Seine Frau ist im Alter von 35 Jahren vor wenigen Wochen im Flüchtlingslager in Deutschbrod gestorben; als Todesursache gibt der Genannte an, daß der Tod infolge eines bei einem Brande im Barackenlager ausgestandenen Schreckens eingetreten sei.

Nun steht er mit seinen sechs Kindern im Alter von achtzehn Monaten bis zwölf Jahren, die er mitgebracht, vollständig ratlos da.

Der Bittsteller mußte schon gestern am 10. Jänner 1917, zum 36. Infanterieregiment nach Freudenthal einrücken, konnte jedoch dieser seiner Verpflichtung nicht nachkommen, da seine Kinder vollständig schutz- und obdachlos bleiben und er bis nun in seiner Hilflosigkeit seine armen Würmchen niemandem zur Obsorge zu überlassen in der Lage war."

Ich will bezüglich dieses Falles nur erwähnen, daß der Mann endlich bei der vorgesetzten Behörde Verständnis fand und für kurze Zeit enthoben worden ist; so sei ihm später gelungen, eine Zufluchtstätte für seine sechs Kinder zu finden. Die Leiden, Qualen und Seelenpein dieser tiefunglücklichen Menschen machen es uns zur heiligen Pflicht, zu helfen. Das, meine Herren, sind nur so einzelne Beispiele, und wir erfahren hier nur selten von den krassen, oft haarsträubenden Vorkommnissen, die sich in den Barackenlagern ereignet haben. Auch darüber wird nicht Gras wachsen; die Aufzeichnungen sind vorhanden, und es wird durchaus kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Verwaltung der Barackenlager sein, das da zutage gefördert werden wird.

Ich muß aber wahrheitsgemäß feststellen, daß die gegenwärtigen Zustände besser sind; sie sind wohl nicht vollständig zufriedenstellend, allein der gegenwärtige Minister des Innern ist redlich

bemüht, nach Möglichkeit und nach Maßgabe der gegebenen Verhältnisse die eingerotteten Übelstände zu beseitigen; sein diesbezüglicher Erlaß vom 17. Juli d. J., der auf meine diesbezügliche Interpellation vom 20. Juni d. J. erfloß, ist eine in hohem Grade anzuerkennende Maßnahme. Wir wollen deshalb hoffen, daß bei seiner bisher betätigten energischen Hand und seinem warmfühlenden Herzen die etwa noch bestehenden trostlosen Übelstände zur Gänze werden behoben werden. Diese Tätigkeit Seiner Exzellenz des Herrn Ministers des Innern wird ihm einst gewiß sehr hoch angerechnet werden. Ich bitte ihn, in der Frage, um die es sich jetzt handelt, nämlich betreffend die vorzeitige Heimkehr der galizischen Flüchtlinge, alles das gütigst vorkehren zu wollen, was ich in meiner letzten, an ihn gerichteten Interpellation gebeten habe.

Zum Schlusse sei mir noch gestattet, folgendes vorzubringen.

Das hohe Haus hat sich seinerzeit ein Ehrendenkmal gesetzt, indem es nahezu einstimmig die Anträge des Flüchtlingsausschusses, betreffend die Erhöhung der staatlichen Unterstützung und wegen Einführung einer guten, zielbewußten Verwaltung, einer Art Selbstverwaltung in den Barackenlagern und in mehreren einschlägigen Belangen, insbesondere auch in der Frage des Unterhaltsbeitrages, beschlossen hat. Heute, meine Herren, kommt der Flüchtlingsausschuß initiativ mit überaus nützlichen Anregungen, die jeder von uns nur mit Freude und Genugtuung begrüßen sollte. Ich als Vertreter des östlichsten Kronlandes, der ich die schrecklichen Leiden und den grenzenlosen Jammer der Flüchtlinge sowie die erschreckende Verarmung der Bevölkerung meines Heimatslandes genau kenne, sage dem Flüchtlingsausschusse und seinem verehrten Obmann, dem Herrn Referenten, für seine ausgezeichneten, warmfühlenden und von großer Sachkenntnis zeugenden Ausführungen aufrichtigen Dank und bitte zugleich die hohe Regierung, all das energisch und ehetunlichst zu verwirklichen, was der Ausschuß beschlossen hat. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Grafen Lasocki das Wort.

Abgeordneter Graf **Lasocki:** Hohes Haus! Die Ereignisse in Wagna wecken in uns Polen Erinnerungen an die Zeit, in welcher polnische Flüchtlinge in demselben Lager geweilt haben. Sie hatten dort Hunger und Kälte zu leiden, wurden unter militärischer Bewachung eingesperrt, mißhandelt und durften nicht einmal den Gottesdienst besuchen. Es haben sich damals besonders krasse Mißbräuche und Gesetzesverletzungen, die an den armen Flüchtlingen begangen worden sind, ereignet. Ich will bloß an den einen Fall erinnern, als man 4000 Männer — darunter 65jährige Greise und 14jährige Knaben — von ihren Familien in der Nacht weggerissen, nach Serbien expediert und ihnen dort weder eine Unterkunft noch Nahrung geboten, noch einen Lohn gezahlt hat und wo ein großer Teil dieser Flüchtlinge zugrunde gegangen ist. Ein Teil kehrte nach Wagna zurück und brachte Flecktyphus mit, welche Epidemie dann monatelang im Lager herrschte. Ich frage nun, so wie ich bereits in wiederholten Eingaben und in einer im hohen Hause eingebrachten Interpellation gefragt habe, ob der betreffende Beamte, beziehungsweise die betreffenden Beamten, die an diesem Ereignissen schuld waren, zur Verantwortung gezogen worden sind? Meines Wissens ist dies nicht geschehen.

Dies ist aber nicht der einzige Fall, wo Schuldige ihr Verschulden an den Flüchtlingen nicht gesühnt haben. Ich will an die Ereignisse in Chotzen erinnern. Da ist im Februar 1916 die Flecktyphusepidemie ausgebrochen, die man in folgender Weise bekämpft hat: Frauen und Kinder, darunter auch Knaben bis zu acht Jahren, wurden in Gruppen zu 60 oder 70 in die Badeanstalt zusammengetrieben, dort mußten sie durch mehrere Stunden in einem kalten Vorraum, die Mütter neben ihren Kindern splitternackt stehen *(Hört! Hört!)*, so daß sie sich Erkältungen holten und eine Menge dieser Frauen und Kinder infolge dieser Erkältungen gestorben sind. *(Hört! Hört!)* Dann wurden diese splitternackten Frauen — das waren anständige Bauersfrauen und Mädchen — von Männern untersucht — nicht bloß von Ärzten, sondern auch vom Personal — und von jungen Burschen, Friseurgehilfen, am ganzen Leib, nicht bloß am Kopfe geschoren. Viele dieser Frauen sind hierbei in Ohnmacht gefallen, viele sind infolge Aufregung erkrankt und man kann sich die Erbitterung, das Schamgefühl dieser anständigen Frauen denken. Die große Empörung, die darüber im Lager entstanden ist, und Interventionen bei den kompetenten höheren Stellen haben die Einstellung dieser unwürdigen Verhältnisse herbeigeführt. Die Flecktyphusepidemie wurde dadurch nicht gedämpft, sie hat im ganzen eineinhalb Jahre lang gedauert; es gab Tage, an denen 160 bis 170 Flecktyphuskranke im Lager sich befanden. Daß die sanitären Verhältnisse im Lager vollkommen unentsprechend waren, daß die sanitäre Leitung ihrer Aufgabe gar nicht gewachsen war, beweisen nicht bloß Berichte von Laien, zahlreiche Berichte, die ich eingebracht habe, sondern auch Gutachten von Sachverständigen, unter anderem ein Gutachten des Universitätsprofessors Dr. Emil Godlewski. Ich werde natürlich nicht den ganzen Bericht zitieren, sondern nur auszugsweise einige Sätze. Er schreibt folgendes *(liest)*:

„In sanitärer Beziehung ist die Einrichtung der Spitäler zwar musterhaft, aber die oberste Leitung derselben läßt außerordentlich viel zu

wünschen übrig. Ich traf sehr viele Plätze in den Spitälern unbesetzt, dagegen in den Baracken kranke Kinder, welche unter den ärgsten Verhältnissen, die die Unterbringung in Baracken hervorruft, liegen. Die Behandlung der Leute in den gesperrten Baracken ist gegen alle Grundsätze der Menschlichkeit. Daß die ganze sanitäre Fürsorge nicht entsprechend ist, beweist am besten die Tatsache, daß in den Chotzener Baracken dauernd Flecktyphus herrscht, trotzdem man es mit einer Bevölkerung zu tun hat, die abgesperrt ist, und die Leute, die frisch ankommen, einer Quarantäne unterworfen werden."

Den besten Beweis für die Verhältnisse, die im Lager geherrscht haben, gibt schon die Ziffer, die doch offiziell festgestellt ist, wonach im Jahre 1916 im Chotzener Barackenlager bei einem Jahresdurchschnitt von zirka 12.500 Barackeneinwohnern 2628 Personen gestorben sind. Der leitende Arzt dieser Baracken, der Oberbezirksarzt Dr. Pelikan, hat eine Auszeichnung erhalten, und zwar für Zivilverdienste im Kriege; ich frage, ob eine Sterblichkeit von 2628 Personen bei einer Einwohnerzahl von zirka 12.500 und ob eine anderthalbjährige Dauer von Flecktyphus, bekanntlich eine Folgeerscheinung von Unreinlichkeit und Unterernährung, wirklich als ein Zivilverdienst im Kriege anzusehen ist?

Ich will da an einen Fall erinnern, der den traurigen Vorfällen in Wagna ähnelt, obwohl das Ergebnis nicht so tragisch war. Es wurden im Spätherbst 1916 polnische Flüchtlinge nach Gußwerk, in eine rauhe Gebirgsgegend, expediert. Man hat ihnen versprochen, sie in privaten Unterkünften gemeindeweise unterzubringen. Als sie nach Gußwerk kamen, hat man sie in ein Massenquartier, und zwar in ein elendes Massenquartier geschleppt. Die Leute haben dagegen remonstriert und ersucht, man möge sie in privaten Unterkünften, wie es ihnen amtlich versprochen worden war, unterbringen. Darauf wurden sie von Gendarmen gepackt, mit dem Bajonett bedroht, mit Kolbenstößen traktiert, den Frauen die Kleider am Leibe zerrissen, kurz, sie wurden in rohester Weise behandelt und in einer Art beschimpft, die auch ihre nationalen Gefühle tief verletzte. Meines Wissens ist deshalb niemand zur Verantwortung gezogen worden, obwohl ich diesbezüglich sofort eine Beschwerde eingebracht habe. Ich habe die Leute auch später wiederholt besucht und gefragt und sie haben mir geantwortet, daß niemand von denen, die ich als Zeugen angeführt hatte, in dieser Sache verhört wurde.

Ich verweise schließlich auf die schändlichen Verhältnisse, die sowohl in administrativer als auch in sanitärer Hinsicht in der Perlustrierungsstation Ungarisch-Hradisch herrschten und werde hier bloß wieder die Sterblichkeitsziffern anführen, die nach meiner Ansicht die deutlichste und beredteste Sprache sprechen. Noch heuer, wo sich die Verhältnisse bedeutend gebessert haben, sind in den ersten vier Monaten bei einer Bewohnerzahl von durchschnittlich zirka 1400 nicht weniger als 215 Personen gestorben. Sowohl der administrative Leiter, Statthaltereisekretär Janúschtik, der Leiter der dortigen Bezirkshauptmannschaft, als auch der sanitäre Leiter, Dr. Salpeter, haben ihre Pflichten den Flüchtlingen gegenüber arg vernachlässigt. In dieser Station wurden die Flüchtlinge auch mißhandelt und geradezu ausgebeutet.

Wenn ich diese Fälle erwähne, so tue ich es nicht deshalb, um den jetzigen Leiter der Flüchtlingsfürsorge aus diesem Grunde verantwortlich zu machen. Denn ich muß anerkennen, daß sich die Verhältnisse seit fast einem Jahre und speziell in den letzten Monaten tatsächlich bedeutend gebessert haben und man merkt es, daß wirklich ein humanerer Zug, bessere Intentionen und eine bessere Fürsorge für die Flüchtlinge beim Ministerium des Innern bestehen. Nach meiner Ansicht wird jedoch der gute Wille Seiner Exzellenz des Herrn Ministers und der gute Wille des Referenten nicht viel nützen, wenn man nicht gleichzeitig auch bei den unteren Instanzen eingreift. Das beste ist doch, Exempel zu statuieren, und es unterliegt gar keinem Zweifel, daß wenigstens diejenigen, welche sich besonders krasse Mißbräuche zu schulden kommen ließen, zur Verantwortung gezogen und daß wenigstens krasse Mißbräuche, die an den Flüchtlingen begangen worden sind, gesühnt werden. Selbstverständlich müßten nach Tunlichkeit die Leute auch schadlos gehalten werden und ihnen, beziehungsweise ihren Hinterbliebenen, soweit sie noch zu ernieren sind, beziehungsweise soweit sie sich melden, der volle Schadenersatz gewährt werde. Es muß einmal mit dem System der Willkür und Ungesetzlichkeit, welches geherrscht hat, gebrochen werden. Es muß auch den Leuten, die sich in den Baracken befinden, die volle Freizügigkeit gewährt werden.

Wenn ich von den Baracken spreche, so kann ich nicht umhin, auch der Interniertenbaracken Erwähnung zu tun, in denen sich leider auch jetzt noch unschuldige Leute befinden. Ich will unter andern auch von Staatsangehörigen des Königreiches Polen sprechen, die trotz aller humanen Anordnungen Seiner Majestät des Kaisers noch immer nicht befreit sind. In den Baracken in Drosendorf, Illmau und auch in Ungarn, unter andern in Maros-Vásárhely, befindet sich noch bis heute eine ziemlich bedeutende Anzahl von Polen. Jedesmal, wenn ich nach Krakau komme, kommen zu mir die verzweifelten Eltern: Da kommt ein alter Veteran aus dem polnischen Aufstand gegen die Russen aus dem Jahre 1863, Lukomski, und fragt nach seinem Sohn; es kommt eine alte, gebrechliche Mutter, Biliński, und fragt nach ihrem Sohn; es kommt auch eine Frau Dreher, deren zwei Söhne auch im Interniertenlager sind, und viele andere. Alle diese Inter-

nierten haben in der österreichischen Armee gedient. Manche derselben sind sogar ausgezeichnet worden, andere haben es im Dienste zu Unteroffizieren gebracht, bevor sie über Reklamationen ihrer Angehörigen aus dem Heeresverbande entlassen wurden. Sie sind nunmehr bloß wegen ihrer Staatszugehörigkeit zum Königreiche Polen interniert. Das Königreich Polen ist doch kein feindlicher Staat und man muß doch trachten, dessen Sympathien zu erwerben. Es ist aber nicht der richtige Weg dazu, wenn man die Angehörigen dieses Königreiches weiter grundlos in Internierenlagern behält. Ich möchte da dringend verlangen, daß die Leute endlich im Sinne der edlen Intentionen Seiner Majestät entlassen werden und in ihre Heimat zurückkehren dürfen.

Wegen der Vorfälle in Wagna spreche ich den Flüchtlingen aus dem Süden und ihren Vertretern mein tiefstes Mitgefühl aus und ich wünsche ihnen, daß sie ebensobald in ihre Heimat zurückkehren dürfen, wie es schon zum größten Teile bei uns Polen geschehen ist. *(Bravo! Bravo!)*

Vizepräsident Dr. **German:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Pittoni.

Abgeordneter **Pittoni:** Meine Herren! Wieso dieser Bericht des Flüchtlingsausschusses, der in so ruhiger und objektiver Weise gehalten ist und der in Anträge mündet, die gegen gar keine Seite, Partei, Nation des Hauses verstoßen, dem Abgeordneten Einspinner Gelegenheit zu einer so gehässigen Rede und zu solchen auch persönlichen Angriffen gegen mich und andere Kollegen bieten konnte, ist mir ganz unerklärlich. Es ist ja keine nationale Debatte, keine nationale Sache und wenn man da nationale Gehässigkeit hereinbringt, so kann man das nur aus einer herrschenden nationalistischen Psychopathie herleiten, die aus gewissen Gehirnen nicht auszurotten ist. *(Sehr richtig!)* Wir sollen in Wagna gehetzt haben? Wissen Sie, meine Herren, was ich den Flüchtlingen in Wagna in einer Ansprache gesagt habe? Ich habe sie vor allem getröstet und nachdem ich während der Demonstration gehört hatte, daß sie auch Ausdrücke gegen das deutsche Volk ausgestoßen hatten, habe ich mein Bedauern ausgedrückt, daß so etwas möglich war, und habe meinen Nationsgenossen gesagt, sie hätten kein Recht, wenn ein Gendarm deutscher Nationalität gegen sie brutal vorgegangen ist, oder wenn deutsche Beamte sie nicht befriedigt haben, das ganze deutsche Volk dafür verantwortlich zu machen. Deutsche Mütter leiden jetzt so wie unsere unter den Lasten des Krieges und man müßte Rücksicht auf die bodenständige Bevölkerung nehmen, die ebenso unter der Not leidet wie die Flüchtlinge. So habe ich unter den Flüchtlingen „gehetzt" und Sie haben gehört, wie darauf die Antwort des Herrn Abgeordneten Einspinner gelautet hat.

Auf die persönlichen Angriffe des Abgeordneten Einspinner möchte ich nur erwidern, daß ich fortfahren werde, zu meinem Volke so zu sprechen, wie ich in Wagna gesprochen habe, daß das deutsche Volk ein großes Volk bleibt und alle Achtung verdient, trotzdem es leider nur zu zahlreiche Einspinner besitzt *(Beifall und Händeklatschen)*, die man aber dem deutschen Volke nicht entgegenhalten kann, schon aus dem Grunde, meine Herren, weil leider alle Völker, die hier im Hause vertreten sind und die hier nicht vertreten sind, und auch mein Volk zu viele Einspinner besitzen, die das eine Volk gegen das andere hetzen. Und so hat kein Volk das Recht, den ersten Stein zu werfen. *(So ist es!)*

Es ist im Berichte kein Wort der Gehässigkeit gegen die österreichischen Beamten oder gegen die deutschen Beamten von Wagna, es ist auch in den Reden kein gehässiges Wort gegen die Beamten ausgesprochen worden. Ich habe im Ausschusse am ersten Tage, als die Nachricht von der Erschießung des Kindes aus Wagna gekommen ist, in der Erregung und nachdem ich seit Monaten Tag für Tag aus Wagna himmelschreiende Briefe bekommen hatte und seit Monaten gesehen habe, daß man den Leuten nicht helfen kann, mir gedacht, daß dies nur die Folge eines Systems ist und kein Zufall sein kann und daß diejenigen dafür verantwortlich sind, die dieses System geschaffen haben und diejenigen, die es noch aufrecht halten. Mitverantwortlich ist auch die Verwaltung, die nach zwei drei Jahren Wirksamkeit zugelassen hat, daß sich dort solche Verhältnisse unter der Bevölkerung und unter den bewachenden Organen entwickeln. Und ohne den betreffenden Beamten zu kennen, ohne ein Wort des Hasses oder der Verachtung oder irgend eines feindlichen Gefühles auszusprechen, habe ich gesagt: Man muß diesen Beamten, der sich unfähig gezeigt hat, die Psychologie der Leute zu erfassen und ein Lager in diesem Sinne zu führen, absetzen. Nach der Untersuchung, die wir in Wagna durchgeführt haben, habe ich dasselbe wiederholt. Ich habe sogar betont: Ich kenne den betreffenden Herrn nicht, er wird mir als einer der leistungsfähigsten Beamten beschrieben und ich untersuche nicht einmal, ob das wahr ist; ich nehme das hin und glaube es gern, daß er einer der besten Beamten der steiermärkischen Statthalterei ist, einer der besten Juristen und einer der besten Verwaltungsbeamten; ich habe das ohneweiters zugegeben, aber, meine Herren, ich habe gesagt: zur Führung eines Flüchtlingslagers genügen nicht juristische Kenntnisse und genügt nicht trockener administrativer Sinn, sondern für solche Stellen, denen wir Tausende und Abertausende von armen Flüchtlingen anvertrauen wollen, brauchen wir auch

Menschen von Gefühl. *(Sehr richtig!)* Es genügt nicht, ein gescheiter Jurist zu sein, gut zu verwalten, schöne Baracken aufzuführen, schöne Kirchen und schöne Spitäler zu errichten — übrigens sind auch viele Millionen dafür zur Verfügung gestanden —, das genügt nicht; ein Mann, der nach so langer Zeit seine Aufgabe nicht richtig erfaßt hat, daß er nämlich der Vater, der Beschützer dieser armen Flüchtlinge in der Fremde sein muß, der paßt nicht zu einer solchen Aufgabe. *(Lebhafte Zustimmung.)* Das habe ich gemeint.

Meine Herren! Um alle Argumente, welche gegen unsere Anträge angeführt werden können, mit einem abzutun, genügt es, wenn wir die Frage entgegenstellen: Warum geht es in anderen Lagern ohne Schießerei und ohne Gendarmen? In anderen Lagern wird die Ordnung ohne Gendarmen aufrechterhalten und es ist dasselbe Volk aus Istrien und aus Friaul; es spricht dieselbe Sprache und denselben Dialekt. Warum geht es anderswo und warum soll es in Wagna nicht gehen? Ich habe, meine Herren, auch von Abgeordneten Böhmens und Mährens gehört, daß sie mit unseren Flüchtlingen sehr zufrieden sind, daß unsere Flüchtlinge sehr arbeitsam sind, daß sie etwas leisten können, daß sie sehr reinlich sind, daß die Leute mit ihnen sehr gut auskommen. Warum soll das nicht auch in der Steiermark sein? Ich habe den Eindruck, meine Herren, daß der Herr Abgeordnete Einspinner heute wohl aus der Stimmung der Bevölkerung der betroffenen Bezirke gesprochen hat, aber ohne über die Entstehung dieser Stimmung nachzudenken und ohne zu überlegen, ob es nicht besser gewesen wäre, zu tun, was ich gegenüber unseren Flüchtlingen getan habe, die Flüchtlinge zur Toleranz zu mahnen. Selbstverständlich leiden die Steirer unter der Not und empfinden es als eine Belastung, daß Tausende und Tausende von Flüchtlingen noch dort untergebracht werden — das ist selbstverständlich — und daß in dem Volke vorläufig nur die Sorge um das tägliche Brot vorherrschend ist und nicht das Gefühl der Gastfreundschaft, das ist auch erklärlich. Ich habe schon einmal gesagt, mit dem Hunger kann man nicht vernünftig reden. Aber um so mehr ist es unsere Pflicht, die Pflicht der Vertreter, unsere Leute aufzuklären, und so wie ich zu unseren Flüchtlingen gesprochen habe, so wäre es, glaube ich, Pflicht des Abgeordneten Einspinner gewesen, zu seiner steiermärkischen Bevölkerung zu sprechen und ihr die Leiden dieser armen Flüchtlinge auseinander zu setzen, warum sie flüchten mußten und was sie noch mehr zu ertragen haben unter den Lasten des Krieges als alle übrigen Staatsbürger, und er hätte gewiß in den Herzen der steiermärkischen Bevölkerung Nachhall gefunden. Aber selbstverständlich, wenn fortwährend ein katholisches steierisches Blatt, das „Grazer Volksblatt", gegen die Flüchtlinge hetzt und wenn ein steiermärkischer Abgeordneter hier eine solche Rede hält, können wir nicht erwarten, daß Gefühle des Mitleides und der Gastfreundschaft in der Bevölkerung Steiermarks erweckt werden.

Meine Herren! An der Untersuchung in Wagna haben Abgeordnete verschiedener Parteien teilgenommen, darunter auch ein deutscher Abgeordneter, trotzdem wirft der Herr Abgeordnete Einspinner uns vor, eine parteiische Schilderung der Vorkommnisse gemacht zu haben, die eine skrupellose Verhetzung der Flüchtlinge zum Zwecke hätte. Welches Interesse hätten wir an einer skrupellosen Verhetzung der Flüchtlinge und welche Parteipolitik können wir heute in Wagna betreiben, abgesehen davon, daß es dort keine Wähler gibt und daß es meistens Frauen und Kinder sind und daß auch die Vorkämpfer des Frauenwahlrechtes nicht eine so große Hoffnung haben, daß sich das Frauenwahlrecht unter solchen Bedingungen in Österreich so rasch wird einführen lassen? Aber abgesehen davon, daß dort keine Wähler, keine Erwachsenen sind, sind doch Abgeordnete der verschiedenen Parteien hingegangen. Für welche Partei habe ich agitiert? Für meine oder die des Dr. Bugatto? Meine Herren, wir haben für keine Partei agitiert, wir haben auch nicht für unsere Nation agitiert, wir haben gesprochen für die Verständigung zwischen dem italienischen und dem deutschen Volke, jetzt, in diesen schwierigen Zeiten, wo unsere Leute die Empfindung haben, durch die deutschen Gendarmen, durch deutsche Beamte von der deutschen Bevölkerung verfolgt zu werden. Wir haben diesen Mut gehabt! Diese Agitation haben wir betrieben!

Offenbar ist die abweichende mündliche Berichterstattung des Abgeordneten Einspinner von den Verwaltungsorganen von Wagna inspiriert; ich kann mir schwer die Sache anders vorstellen. Seinen Behauptungen gegenüber behaupte ich, sowie es im Ausschußberichte steht, daß der Fall des Pucli, der Fall des Waffengebrauches gegen das elfjährige Kind, in engstem Zusammenhange steht mit den vorher vorgenommenen Verhaftungen von zwei Personen, von denen eine, ein Soldat, nicht zum Lager gehört, der andere ein geistesgestörter Superarbitrierter ist, der, anstatt in eine Kuranstalt geschickt zu werden, ins Lager von Wagna geschickt wurde. *(Hört! Hört!)* Es wurden zwei Verhaftungen vorgenommen, die eine gegen einen betrunkenen, kranken Soldaten, die zweite gegen einen superarbitrierten Geistesgestörten und diese Verhaftungen wurden mit einer solchen Brutalität vorgenommen, daß sie die anwesenden Frauen und Kinder empört und entrüstet haben.

Trotzdem sind nur bei der zweiten Verhaftung, als die Frauen und Kinder zum zweitenmal sahen,

daß die Gendarmen von Wagna anfingen, Prügel, Ohrfeigen, Faustschläge und Fußtritte zu versetzen *(Hört! Hört!)*, die ersten Steine geflogen. Es waren aber keine lebensgefährlichen Steine, denn dort — wir sind überall herumgegangen — gibt es nur Schotter. Es waren nur Schottersteine, also eine Waffe, die den Gendarmen nicht lebensgefährlich werden konnte. Nach unserer Auffassung ist es schon erwiesen, daß der Waffengebrauch nicht am Platze war. Mögen jetzt die gerichtlichen Untersuchungen weitergehen, wir werden die Mitteilungen darüber abwarten und werden dann auch unsere Meinung aussprechen.

Es ist nicht wahr, daß wir unsere Feststellungen nur nach Einvernahme von Flüchtlingen niedergelegt haben. Nein, wir sind auch in das Verwaltungsgebäude zu den Verwaltern gegangen und haben uns auch dort die Schilderungen und die offizielle Tatbestandsaufnahme der Verwaltung mitteilen lassen. Daß wir die Gendarmen nicht einvernommen haben, ist doch selbstverständlich, dazu hatten wir kein Recht. Wir waren keine offizielle Untersuchungskommission, sondern waren Entsendete des Flüchtlingsausschusses und konnten die Gendarmen nicht zitieren.

Wir haben uns allerdings nicht die Mühe genommen — was uns der Herr Abgeordnete Einspinner vorgeworfen hat — die schönen Einrichtungen von Wagna zu besichtigen. Wir sind nicht hingegangen, um als angenehme Gäste der Verwaltung herumgeführt zu werden in die Kirche, in das Spital, in die schönsten Baracken — es sind einige villenartig eingerichtet — uns ein Konzert vorführen zu lassen usw., wie man es sonst mit hohen Gästen tut. Dazu sind wir nicht nach Wagna gegangen. Sondern wir sind hingegangen unter dem furchtbaren Eindruck eines getöteten Kindes, wir sind hingegangen im Auftrage des Flüchtlingsausschusses, um die Lage zu prüfen, um Flüchtlinge zu vernehmen und dem Ausschuß berichten zu können, wie sich der traurige Vorfall ereignet hatte. Wir hatten keine Zeit, obwohl wir wußten, daß schon ein Konzert der Kinder für den Nachmittag vorbereitet war, uns mit solchen Dingen abzugeben und die Verwaltung mag sich vielleicht beleidigt gefühlt haben, daß wir uns für die schönen Dinge, die sie sonst gern Gästen vorzeigt, keine Zeit genommen haben. Aber unsere Aufgabe war eine andere. Wir machen es nicht so wie der Herr Abgeordnete Einspinner, der sich nur die schönen Seiten der Barackenlager erzählen läßt. Wir sind schon unter einem furchtbaren Eindruck hingekommen und gleich beim Eingange des Lagers haben wir den ersten richtigen Eindruck erhalten von dem von Tausenden von Kreuzen besäten Friedhof, der links vom Eingange liegt. Und als wir dann besonders in die älteren Baracken eindrangen und sahen, wie dort unsere Leute hausen, da hatten wir ganz andere Empfindungen als die, die der Herr Abgeordnete Einspinner uns zumuten möchte.

Es ist nicht wahr, meine Herren, was der Herr Abgeordnete Einspinner hier behauptet, daß mein Zeuge ein wegen Hochverrates verurteilter und dann begnadigter Irredentist gewesen wäre. Erstens habe ich allein keine Zeugen verhört und vorgenommen, nur wir alle zusammen haben Zeugen vernommen, und unter den Zeugen, die über diese Vorkommnisse selbst ausgesagt haben, war kein solcher. Es mag unter den Leuten, die am Abend nach Beendigung unserer Aufnahmen zu uns gekommen sind und die uns und mir völlig unbekannt waren, einer gewesen sein, der wegen Hochverrat bestraft war und dann begnadigt wurde, aber mein und unser Zeuge für die Erhebungen war er nicht. Bevor der Herr Abgeordnete Einspinner in so scharfer Weise hier als Ankläger auftritt, hätte er schon die Pflicht, sich genauer zu erkundigen, sich vertrauenswürdigere Auskünfte zu verschaffen.

Wenn man fortwährend den Luxus der Spitäler, der Kirchen, der Säuglingsheime und anderer Einrichtungen rühmt und wenn man daraus schließt, daß die Flüchtlinge sich nicht zu beklagen haben, so können wir dem nicht zustimmen. Es ist auf diesem Gebiete, zum Beispiel auf dem Gebiete der Kirchen, ganz bestimmt zuviel geleistet worden. Es sind zuviel Hunderttausende von Kronen für provisorische Kirchen ausgegeben worden. Es ist auf dem Gebiete der Spitäler und der Säuglingsheime, dort wenigstens, viel gemacht worden. Aber das genügt nicht. Man hat von seiten der Lokalverwaltung und früher auch von seiten der zentralen Regierung nie die psychologische Verfassung der Leute und ihre Bedürfnisse erfaßt. Man hat geglaubt, ein wenig Pflanz genügt. Das genügt nach außen und für die hohen Gäste, die sie einladen und die dann vielleicht zu Dekorationen verhelfen können. Das genügt aber nicht für das Volk und für die Volksvertretung. Das Volk verlangt etwas anderes und wir in seinem Namen auch. Man behauptet, daß die Verpflegung eine glänzende wäre und daß die Flüchtlinge im September an 25 Tagen Fleischkost hatten. Warum erzählt der Herr Abgeordnete Einspinner nicht vom August, vom Juli, vom Juni, wo monatelang mittags und abends gekochte Kürbisse verabreicht wurden? Warum erzählt er von diesen Monaten nichts? Und daß unsere Kinder, die noch am Leben sind — viele sind am Friedhof — glänzend genährt ausschauen würden, wird Herr Abgeordneter Einspinner wohl nicht behaupten wollen. Wir wissen, daß die andere Bevölkerung auch leidet, aber warum soll er der eigenen Bevölkerung sagen, daß die Flüchtlinge besser leben, wo es gar nicht wahr ist? Wir sagen unseren Flüchtlingen aufrichtig, daß auch die Steirer, die bodenständige Bevölkerung, leiden müssen und daß alle unter dem Hunger leiden.

Daß man es unseren Flüchtlingen als eine ganz besondere Lasterhaftigkeit anrechnet, daß sie manchmal singen und daß sie sogar manchmal tanzen, dazu, meine Herren, gehört wohl Mut. Wenn sie manchmal singen oder Harmonika spielen, so ist deswegen ihr Los nicht weniger traurig oder ihre Lage nicht weniger verzweifelt, und deswegen ist es nicht weniger wahr, daß viele Mütter, die dort sind, von der Heimat mit 5 bis 6 Kindern weggezogen sind und jetzt nur ein, zwei Kinder oder gar keines mehr am Leben haben.

Der Herr Abgeordnete Einspinner wirft uns vor, unser Zweck wäre nur, Gehässigkeit zu säen und den Staat vor der Bevölkerung und vor dem Auslande herabzusetzen. Wenn wir das wollten, meine Herren, brauchten wir nur eines: uns nicht zu kümmern, uns nicht zu plagen, uns von diesem Hause fern zu halten und die Dinge gewähren zu lassen, wie sie unter der Ära Stürgkh begonnen wurden und wie sie jetzt noch nachwirken. Man braucht nicht zu reden, man braucht nicht zu schreiben und nicht zu handeln, um Gefühle der Entfremdung und Gefühle des Hasses in den Völkern zu erwecken. Aber — das habe ich schon im Ausschuß gesagt — eben das hat mich in Wagna erschreckt, daß ich aus dem Munde unserer Friauler und unserer Istrianer, die nie das geringste Gefühl des Hasses oder überhaupt ein feindseliges Gefühl gegen die Deutschen gehegt haben, gehört habe, wie sie geschrien haben: Abasso i tedeschi! Eben weil dies geschehen ist und weil dies geschehen konnte, müssen wir eingreifen; diese Stimmung haben nicht wir verursacht, sondern das System, das dem Herrn Abgeordneten Einspinner anscheinend so genehm war und noch immer so genehm wäre. Dieses System und diejenigen, die für dieses System sind und sich dafür noch äußern, sind es, die den Staat, die ihr Volk im Inlande und gegenüber dem Auslande herabsetzen. *(Lebhafter Beifall.)*

Noch ein paar Mitteilungen betreffs der Gendarmen! Auch die Gendarmen sind in Wagna unzufrieden und sie haben allen Grund, unzufrieden zu sein. Wie viel diese ihre Unzufriedenheit zu einer nicht entsprechenden Behandlung der Flüchtlinge beiträgt, das läßt sich selbstverständlich hier nicht ermessen, daß die Gendarmen aber unzufrieden sind, und Grund dazu haben, ist wahr. Die Gendarmerie wird nämlich im Flüchtlingslager zu allerlei Diensten verwendet, die am allerwenigsten dazu geeignet sind, daß die Gendarmerie, die die „Ruhe und Ordnung" im Flüchtlingslager aufrechterhalten sollte, Achtung genießen könnte. Die Gendarmen müssen bei der Obsteinsiederei Posten stehen, damit kein Obst gestohlen werde. Allgemein ist aber bekannt, daß eine Menge Obst verfault. Das hat nun zur Folge, daß die Gendarmerie vielfach dem Gelächter der Flüchtlinge ausgesetzt ist.

Dann ist es das sogenannte Parademachen beim Tabakanstellen bei der Tabakverkaufshütte. Die Gendarmen müssen dort unter den Flüchtlingen eingepfercht stehen und da sie stets mit aufgepflanztem Bajonett ihren Dienst verrichten müssen, so müssen sie aufpassen, daß sie nicht dem einen oder dem anderen mit dem Bajonett die Augen ausstechen. Auch dort sind die Gendarmen dem Gelächter ausgesetzt, weil sie nur für die Flüchtlinge „Ordnung" machen müssen. Die Verwaltungsbeamten bekommen ihren Tabak natürlich, ohne daß sie sich anstellen müssen.

Es ist auch allgemein bekannt, daß die Gendarmen von der Barackenverwaltung noch für andere „besondere" Dienste verwendet werden. So muß am Abend stets ein Gendarm nächst dem Haupteingang vor dem Kasino stehen, um zu verhindern, daß ausgehungerte Flüchtlinge sehen können, wie der Regent des Flüchtlingslagers mit mehreren Herren und verschiedenen Damen sich trotz des vierten Kriegsjahres noch immer an guten und seltenen Speisen gütlich tun kann. Natürlich ist diese Beschäftigung der Gendarmen nur geeignet, sie gegenüber den Flüchtlingen lächerlich zu machen.

Wir könnten noch verschiedene andere Dinge vorbringen, wenn man uns herausfordert und wenn der Herr Abgeordnete Einspinner so fortfahren wird, werden auch wir von der so reinen Objektivität unseres Berichtes absehen und als Gegenwehr zu anderen Mitteln greifen müssen. Vorläufig haben wir es als unsere Aufgabe, unsere Pflicht aufgefaßt, alles mögliche zu tun, um jede Mißstimmung zwischen Flüchtlingen und bodenständiger Bevölkerung auszurotten, um für die Versöhnung und für die Verständigung zu reden und zu handeln. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Bugatto das Wort.

Abgeordneter Dr. **Bugatto:** Hohes Haus! Ich habe die Pflicht, in diese Debatte einzugreifen, weil mir als Mitglied des Hilfskomitees für die Flüchtlinge aus dem Süden seit mehreren Monaten das Lager von Wagna zur Besichtigung und Kontrolle anvertraut ist. Ich habe die Pflicht, nachzuweisen, daß ich bei der ersten Meldung über den traurigen Vorfall am 4. Oktober allen Grund hatte, als Ankläger aufzutreten. Ich habe die Herren, die vom Flüchtlingsausschusse delegiert wurden, begleitet, nicht um sie zu beeinflußen, nicht um das Referat über die Angelegenheit zu übernehmen, sondern weil ich so schwere Anklagen gegen die Regierung erhoben hatte und weil diese Herren untersuchen mußten, ob ich mich nicht eventuell als Mitangeklagter auch zu verantworten hätte. Ich

fühlte mich als solcher, ich fühlte mich aber nicht als Mitschuldigen und die Untersuchung, die durchgeführt wurde, gibt mir die Genugtuung — eine traurige Genugtuung, weil ich es lieber hätte vermieden sehen wollen, daß meine Mahnrufe ungehört geblieben waren —, daß die Untersuchungskommission konstatieren mußte, daß es zu diesen Vorfällen nicht gekommen wäre, wenn man auf die Aufforderungen und Mahnungen meinerseits gehört hätte.

Schon im Jänner 1916 hat meine Parteigruppe im Görzer Landtage Vorschläge gemacht, um die Mißstimmung zwischen der Bevölkerung und den verwaltenden Beamten zu beheben. Wir hatten schon damals gebeten, daß die Gruppierung innerhalb der Baracken grundsätzlich gemeindeweise, nach der Herkunftsgemeinde, zu erfolgen habe und daß innerhalb der Gemeindebaracken die Familien zu sammeln, jedoch gegenseitig abzuscheiden wären. Den Familiengruppen wäre die Wahl von Vertrauensmännern anheimzustellen, im Falle keiner Einigung hätte die Barackenleitung den Gruppenvertreter unter Berücksichtigung der Eigenart der Gruppe zu bestellen. Die Gruppenvertreter wären fallweise einzeln oder gemeinsam zu Rate zu ziehen, besonders bei Neueinführungen, Verpflegungs- und Beschäftigungsfragen. Gegen Mißbräuche und Übergriffe der Gruppenvertreter wäre mit größter Strenge vorzugehen. Der Zutritt zu den Baracken und der Ausgang wären im Geiste der größtmöglichen Bewegungsfreiheit zu regeln und Einschränkungen, welche das Gefühl der Bedrückung und Bestrafung erwecken, tunlichst zu vermeiden. Dies haben wir damals beantragt. Was im Jänner 1916 aktuell war, war bis in die letzten Tage aktuell. Auch die interne Haus- und Lagerordnung sollte nach jenen Vorschlägen mehr den analogen Verwaltungs- und Disziplinarvorschriften größerer Obdachlosenheime oder ähnlicher Humanitätsanstalten als jenen der Straf- und Zwangsarbeitsanstalten oder der militärischen Kasernen entsprechen. Die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung hätte nicht durch Militärpersonen, sondern wie im Frieden in der Heimat durch Zivilpolizeiorgane und subsidiär durch die k. k. Gendarmerie besorgt zu werden. Überhaupt sollte getrachtet werden, den Baracken den Charakter von Strafkolonien, welchen sie in der Psychologie des Flüchtlings angenommen haben, abzustreifen und so weit als möglich denselben den Charakter von großen Asylen mit Großgemeindeeinrichtungen zu geben. So lauteten unsere Anträge.

Ich kam zum erstenmal ins Lager von Wagna erst im Mai 1916, und zwar nach längerer Krankheit, und habe sofort an das Komitee, das mich entsendet hatte, einen Bericht erstattet, der dann sowohl der Lagerverwaltung als auch der Bezirkshauptmannschaft und der Statthalterei sowie dem Ministerium des Innern zur Kenntnis gebracht wurde. Mein Bericht beginnt mit den Worten *(liest)*:

„Das erste was mir auffallen mußte, war die strenge Absperrung des Lagers. Nur in Begleitung eines Lagerbeamten konnte ich nach Ausstellung eines Besuchscheines in das Büro des Leiters gelangen."

So hat damals die freie Niederlassung der Flüchtlinge aus meinem Wahlkreise ausgesehen und bis in die letzten Tage vor diesem traurigen Vorfall ist es so geblieben. Ich hatte eine Legitimation des Ministeriums des Innern. Sie genügte aber nicht, weil die Posten, welche dort mit aufgepflanztem Bajonett stehen, das Ministerium des Innern nicht kennen; sie kennen nur den gelben Schein, den der Barackenverwalter ausstellt.

Daß die Leute damals schon am Einkauf von Lebensmitteln verhindert wurden, habe ich ebenfalls in meinem Berichte vom Mai 1916 hervorgehoben, sowie auch, daß das weitere schlechte Folgen mit sich bringt.

Ich hatte schon bei diesem ersten Berichte jene Anerkennung nicht versagt, welche der Herr Abgeordnete Einspinner heute von den Vertretern der Flüchtlinge verlangte. Ich hatte schon damals folgendes gesagt *(liest)*:

„Es muß anerkannt werden, daß, was Einrichtungen und Anlagen anbelangt, Großzügigkeit und Freigebigkeit walten und den Flüchtlingen sehr vieles geboten wird, wovon sie in der Heimat keine Ahnung hatten und was sie nicht recht würdigen. Jetzt sehen sie vorläufig immer noch das, was ihnen genommen wurde.

Wiewohl aber die Gemütsstimmung der Lagerinsassen die gewaltigen Opfer der staatlichen Fürsorge nicht voll zu würdigen scheint, kann ich nicht umhin, meinen Gesamteindruck darin zusammenzufassen, daß nur die großen Schwierigkeiten des Problems selbst" — ich war damals noch so naiv, das zu glauben — „und die Einwirkung äußerer Ereignisse die Herstellung des Gleichgewichtes zwischen Aufwendungen und Erfolg retardieren."

Ich beantragte dann eine Milderung der Absperrungsmaßregeln, mindergeeignete Funktionäre des Lagers nach und nach durch Landesgenossen der Flüchtlinge zu ersetzen, Errichtung einer Invalidenschule — die aber bis heute noch nicht errichtet ist —, Repatriierung nach Istrien — die heute erst aktuell geworden ist — und endlich Bewilligung des Unterhaltsbeitrages an die anspruchsberechtigten Familien, damit sie sich eventuell außerhalb des Lagers niederlassen können.

Wäre irgend etwas von diesen Anregungen durchgeführt worden, so wäre die Stimmung im

Lager bedeutend erleichtert worden. Es kam aber nicht so.

Im August 1916 berichtete ich weiter *(liest)*:

„Geklagt wird über das Verbot des Einkaufes von Lebensmitteln seitens der Flüchtlinge und über die Beschlagnahme gekaufter Waren; auch über die Kost wurden mehr Klagen laut als beim früheren Besuche.

Es sind wieder mehrere sprachenkundige Funktionäre der Lagerverwaltung abgegangen; hierdurch erschwert sich immer mehr der Ersatz mancher minder geeigneter Kräfte."

Im Dezember 1916 berichtete ich *(liest)*:

„Die Herabsetzung der Nahrungsmenge an den gewohnten Mahlprodukten (Brot, Polenta) hat auf die Dauer in der Lagerbevölkerung eine tiefe Verstimmung hervorgerufen. Sie empfinden es auch als Zurücksetzung, daß ihnen die Möglichkeit benommen ist, die Ergänzung des Abganges auf eigene Mühe und Kosten zu versuchen. Dermalen erscheint mindestens behufs Gleichstellung der Flüchtlinge mit den anderen Konsumenten eine Verfügung der kompetenten Stellen dringend geboten."

Vor einem Jahre sagte ich schon das. Weiter berichtete ich *(liest)*:

„Die Erschwerung der freihändigen Lebensmittelbeschaffung, welche eine Ursache besonderer Unzufriedenheit bildet, macht sich mit der zunehmenden Unzulänglichkeit der Lagerkost immer fühlbarer und immer größer wird der Drang, die bezüglichen einschränkenden Bestimmungen zu umgehen."

„Andrerseits sind die Verfügungen der politischen Behörden immer strenger geworden und werden seitens der Gendarmerie mit wachsender Pünktlichkeit gehandhabt." Selbstverständlich konnte die Animosität gegen die Gendarmerie unter diesen Umständen nur zunehmen. Weiter berichtete ich *(liest)*:

„Der Flüchtling erhält im Lager nicht, was andere außerhalb des Lagers erhalten; außerhalb des Lagers ist er nicht berechtigt, sich das Fehlende nachzuschaffen; hat er sich aber durch Arbeit ein Geld verschafft und will damit seiner Familie eine Kostzubuße zuwenden, so wird er vom Produzenten und vom Verkäufer übervorteilt, schädigt seinerseits den einheimischen Konsumenten durch Entziehung und Überzahlung der Vorräte und schwebt außerdem immer in Gefahr, Geld und Ware einzubüßen und bestraft zu werden.

Dieser Zustand ist unhaltbar und könnte nur durch einheitliche zentralbehördliche Regelung geordnet werden.

Entweder werden die Flüchtlinge zu den Bezirks- und Landesangehörigen gezählt und dann wäre ihnen die Rechtsgleichheit mit den anderen Bezirks- und Landesangehörigen zu wahren, oder sie werden — wo immer sie sich aufhalten — als eine durch die Kriegsereignisse geschaffene Sondergruppe von Konsumenten betrachtet und dann wären sie grundsätzlich aus den Konsumverbänden der heimischen Zivilbevölkerung auszuscheiden und paritätisch mit derselben, aber direkt, durch die (militärischen oder zivilen) Zentralorganisationen zu betreiben." Ich führe das an, weil das Argumente sind, die ich heute zum ersten Male dem Herrn Abgeordneten Einspinner entgegenhalten kann. Dann habe ich weiter in meinem Berichte gesagt *(liest)*:

„Ein weiterer Grund zur Unzufriedenheit im Lager von Wagna ist die Verspätung der Kleiderbeteilung.

Das Hereinbrechen der rauhen Jahreszeit vor Durchführung der Winterbeteilung hat eine größere Unruhe hervorgerufen.

Ich habe der Austeilung von Kleidungsstücken beigewohnt und war von dem beklemmenden Ungestüm der zur Empfangnahme vorgeladenen Flüchtlinge peinlich berührt. So konnte ich mir auch manche Klagen erklären, die mir über die Schroffheit der Organe der Kleideraustellung zur Kenntnis gebracht worden waren."

Andere Klagen, über Unregelmäßigkeit in der Zahlung des Barzuschusses und sonstige Beschwerden wurden damals auch vorgebracht. *(Liest)*:

„Anlaß zur Unzufriedenheit ist in Wagna immer noch in der Behandlung der Flüchtlinge seitens mancher mit ihnen in direktem Kontakte stehenden Funktionäre gegeben. So sehr anerkannt werden muß, daß 16.000 bis 18.000 Flüchtlinge, aus verschiedenen Orten und Elementen zusammengewürfelt, ein schwer zu behandelndes Volk sind, muß es doch auffallen, daß bei Klagen in dieser Beziehung immer dieselben Namen genannt werden" — ob es jetzt deutsche oder nicht deutsche Beamte sind, es sind immer dieselben Herren, gegen welche die Flüchtlinge sich beschweren — „während gegen die Mehrzahl der im unmittelbaren Parteienverkehre stehenden Angestellten keine Einwendungen laut werden. Selbst wenn die vox populi im Unrechte wäre, erscheint es nicht klug, an der Verwendung eines bestimmten Mannes auf einem bestimmten Posten auch dann festzuhalten, wenn er ohne Schaden abseits des Parteienverkehres verwendet werden könnte" — das ist gewiß keine gegen irgendeine Nationalität gehässige Forderung — „und wenn durch einen unauffälligen Austausch ein fortwährender Quell von Rekriminationen unterdrückt werden könnte."

Blieb vollkommen unbeachtet. *(Liest)*: „Viel kommentiert wird die Aufnahme neuer Angestellter,

für deren Anstellung keine Notwendigkeit besteht, während solche Posten, die notwendig sind, billiger und besser durch Flüchtlinge besetzt werden könnten." Gilt auch heute noch trotz der vom Abgeordneten Einspinner vorgebrachten Daten, auf die ich noch zurückkommen werde. *(Liest:)*

„Ferner möchte ich neuerdings betonen — sagte ich im Dezember — daß Personen, die die Sprache der Flüchtlinge nicht sprechen, mit dem unmittelbaren Parteienverkehre überhaupt nicht zu betrauen wären. Es ergibt sich in solchen Fällen doch nur die Notwendigkeit, dem Betreffenden einen Dolmetsch beizugeben, was aber nicht die Möglichkeit von Mißverständnissen ausschließt, so daß nach und nach ein, wenn auch unbegründetes Mißtrauen Platz greift und nicht selten auch peinliche Auftritte vorkommen."

Das geht die ganze Zeit fort, seitdem ich das Lager in Wagna besuche, bis zu den letzten traurigen Ereignissen. *(Liest:)* „Ein unsanftes Wort des ungeduldig gewordenen Beamten wird von der Partei nicht verstanden und übel aufgefaßt; Aufklärungen und Belehrungen des Beamten haben keine Wirkung, Erwiderungen der Partei sind nutzlos und können überflüssige Verstimmungen hervorrufen. Aus diesen rein praktischen Gründen wiederhole ich meine Bitte um entsprechenden Austausch der in Frage kommenden Funktionäre."

Gilt bis auf den heutigen Tag. — Über die Strafen im Lager von Wagna habe ich damals auch schon berichtet, und zwar *(liest)*: „Wagna hat eine sehr komplizierte Polizei: die Barackenwachleute, die Soldaten, die Gendarmen und die Feuerwehr als ausübende Organe; die Barackenkommissäre, die Polizeireferenten (es gibt deren mehrere) und der Lagerleiter als verfügende Organe. Zur Verfügung der Einsperrung im Arrest ist jeder der Referenten, Kommissäre, ja sogar die Feuerwehr befugt."

Das ist das berühmte summarische Disziplinarrecht, welches Seine Exzellenz der Herr Minister jetzt abschaffen will, welches aber der Herr Abgeordnete Einspinner aufrecht erhalten möchte. *(Liest:)*

„In den seltensten Fällen kann sich der Lagerleiter mit jedem noch so geringfügigen Polizeifall gleich befassen und sofort verurteilen oder verhaften. So muß es kommen, daß bei geringfügigen Verstößen der Betroffene, die Strafe abbüßt, ob sie am Platze war oder nicht. Mann muß sich in die Lage derjenigen versetzen, die grundlos, sehr häufig weil der Gendarm die vorgebrachte Rechtfertigung nicht versteht oder nicht gelten lassen will, stundenlang im Arrest sitzen, ohne sich irgendeines Verschuldens bewußt zu sein, während vielleicht die Angehörigen wegen ihres Nichtheimkommens oder wegen der rätselhaften Einsperrung in banger Sorge sind. Für anständige Elemente, die von einer solchen Maßregel betroffen werden, ist ein solcher Vorfall sehr deprimierend und demoralisierend; für leichtsinnige Elemente aber eine sehr schädliche Beeinflussung und Angewöhnung an Strafformen, die das bürgerliche Strafgericht mit so großer Vorsicht anwendet.

Ich wiederhole auch diesmal die Bitte: etwas weniger Repression, etwas mehr aufklärende Tätigkeit." -

Das ist der springende Punkt der Forderungen meinerseits als Vertreter der Bevölkerung seit jeher und das ist der springende Punkt der heutigen Anträge des Ausschusses. *(Liest:)*

„Daß unter den eben geschilderten Verhältnissen die Unruhe und Unzufriedenheit der Flüchtlinge bei ihrer erklärlichen individuellen Erregbarkeit und bei der Leichtigkeit der Massensuggestion immer häufiger und deutlicher zum Ausdruck gelangt, ist nicht zu verwundern.

Ich hatte schon in meinem ersten Berichte bemerkt, daß die Großzügigkeit der Anlagen und die Freigebigkeit der Aufwendungen im Lager von Wagna leider mit der Gemütsstimmung der Lagerinsassen nicht in der wünschenswerten Harmonie stehen.

Das Gleichgewicht, welches diesbezüglich anzustreben wäre, ist seither nicht erreicht worden, im Gegenteil, der Abstand hat sich bedeutend vertieft." Heute ist er ein Abgrund geworden.

„Der wichtigste Grund liegt zweifellos in der Verschlechterung der Ernährung; doch kämpfen auch andere, bescheidenere Lager mit den gleichen objektiven Schwierigkeiten, ohne auf die gleichen subjektiven Widerstände zu stoßen.

Es sind eben dort manche subjektive Ursachen des Unbehagens nicht vorhanden, welche auch aus dem Lager von Wagna gebannt werden müßten, damit dieses schönste und kostspieligste Lager auch das relativ zufriedenste werden könne."

Ich habe dann bei dieser Gelegenheit eine Liste jener Funktionäre angelegt, gegen die sich die Volksstimmung immer gewendet hat. Ich habe keine Namen angeführt, sondern nur die Funktionen, die sie ausüben. Mir ist ganz nebensächlich, welcher Sprache und welcher Nation sie angehören; ich habe nur gewußt, daß sie nicht die tauglichen Männer sind, und habe gebeten, die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Ich habe mich zum Schlusse erbötig gemacht, wenn es gewünscht würde, die Namen zu nennen und die Liste fortzusetzen. Das blieb vollständig unbeachtet.

Im Jänner 1917 habe ich berichtet *(liest)*:

„Die Zahl der arbeitsfähigen Flüchtlinge ist noch immer ziemlich bedeutend."

Keine Schuld der Flüchtlinge; und wenn es wahr ist, daß heute 1000 Männer unbeschäftigt sind, so trifft daran die Verwaltung die Schuld, nicht etwa die Flüchtlinge. Es ist aber nicht wahr, es sind viel weniger Männer unbeschäftigt und sie sind nur deswegen unbeschäftigt, weil man sie nicht zu einer ihnen entsprechenden Beschäftigung heranzieht.

Ich habe damals besonders auch auf den Kostenaufwand für das Lager hingewiesen, besonders auf den übermäßigen Kostenaufwand für Gehälter an die Angestellten. Ich habe gebeten, man möge endlich konstatieren, wie viel eigentlich dieses Lager an Regiekosten dem Staate Auslagen verursacht. Es ist mir nicht gelungen genau zu konstatieren, was an Entlohnungen für die Angestellten ausbezahlt wird und in welchem Verhältnisse das zu den allgemeinen Kosten des Lagers steht. Einige Daten sind:

Der Kostenaufwand für das Lager betrug im Monat September 1916 258.758 K 61 h, wovon durch eigene Einnahmen 67.257 K 91 h gedeckt wurden. Die staatliche Aufwendung betrug also 191.500 K 70 h.

In diesen Kosten sind nicht inbegriffen erstens die von der Statthalterei besorgte Verproviantierung des Lagers und zweitens die Gehälter für die ständigen Angestellten des Lagers, welche ebenfalls direkt von der Statthalterei ausbezahlt werden.

Wie hoch die Kosten der Lebensmittelbeschaffung im September gewesen sind, konnte ich nicht erfahren; die Ausgaben für die ständig Angestellten — 126 an der Zahl — betrugen pro September rund 30.000 K. Überdies hat die Barackenverwaltung an Personalbezügen pro September ungefähr 20.000 K ausgegeben, so daß ungefähr 50.000 K an Gehältern ausbezahlt wurden, ohne Rücksicht auf die Bezüge in den Werkstätten und Betrieben.

Im Mai 1917 habe ich wieder berichtet *(liest)*:

„Die Brotration ist, trotz der vom Ernährungsamte in Aussicht gestellten Vermehrung der Mehlzuweisungen an das Lager, unverändert geblieben."

Und wenn man mir heute sagt, die Flüchtlinge bekommen 212 Gramm Brot und Mehl, so kann das vielleicht für einige Tage stimmen. Sicher ist aber, daß zu einer Zeit, in welcher die allgemeinen Beschränkungen in der Brot- und Mehlzuweisung nicht bestanden, sie in Wagna schon eingeführt worden waren, daß also diese Flüchtlinge schon durch 16 Monate fortwährend eine Ration Brot bekommen, die viel geringer ist als die der sonstigen Bevölkerung in Steiermark und außerhalb Steiermarks. Daß diese Entziehung an Brot die Leute unruhig machen muß, ist für jeden begreiflich, der weiß, was das Brot für die Nahrung dieser südländischen Flüchtlinge bedeutet.

Ich berichtete weiter *(liest)*:

„Die Absperrung des Lagers ist noch strenger geworden. Die Flüchtlinge dürfen gegenwärtig nur viermal im Monat auf je einen Tag ausgehen; diese neue Verschärfung hat eine erhöhte Unzufriedenheit hervorgerufen."

„Daß die Strafpolizei im Lager zu streng gehandhabt wird, habe ich schon wiederholt betont; eine Änderung hierin ist nicht wahrzunehmen."

„Über die Ausfolgung der Barmittelunterstützung sind noch immer dieselben Klagen zu hören, über die ich bereits berichtet habe."

„Im Personale sind die gewünschten Änderungen nicht vorgenommen worden; die Zahl der Angestellten wurde noch vermehrt, wobei die Anmeldungen aus den Kreisen der Flüchtlinge vielfach unbeachtet blieben. Neue, von auswärts kommende Angestellte wirken gewöhnlich auf die Lagerbewohner verstimmend."

„Alles in allem mußte ich leider konstatieren, daß die Stimmung im Lager eine schlechtere geworden ist und mußte daher nochmals bitten, daß den bisher unbeachtet gebliebenen Vorschlägen mehr Beachtung geschenkt wird." Ich sprach dann von der berühmten Kundmachung der Bezirkshauptmannschaft, welche die Abnahme der Lebensmittel von Flüchtlingen ohne Rücksicht darauf, ob sie legal oder nicht legal angekauft worden waren, anordnete.

Es kam dann die Parlamentseröffnung, es kam der Antritt der gegenwärtigen Regierung. Ich unterließ es nicht, Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern auf die wiederholten Bitten und Klagen aufmerksam zu machen, die ich vorgebracht hatte und ich erklärte ihm, ich sei über die Mißerfolge meiner Bemühungen schon so deprimiert, daß ich mein Mandat als Delegierter zurücklegen würde, wenn ich nicht die Hoffnung hätte, daß Seine Exzellenz mit Energie Ordnung machen werde. Ich bekam in einer längeren Besprechung mit Seiner Exzellenz die Zusicherung, daß das Möglichste geschehen wird. Sobald sich der Flüchtlingsausschuß konstituiert hatte, ergriff ich die Gelegenheit, um anzuregen, daß man doch ein Gesetz schaffen möge, in welches die wichtigsten Kriterien, welche für die Verwaltung der Flüchtlingslager unsererseits als notwendig erkannt werden, aufgenommen werden. Diese Anregung fand einen fruchtbaren Boden und wurde vom ganzen Hause angenommen. In den Entwurf des Gesetzes haben wir damals den Grundsatz aufgenommen *(liest:)*

„daß in solche Niederlassungen als Organe, welche mit den Flüchtlingen in unmittelbarem Verkehr stehen, einschließlich der Seelsorger, Ärzte und Lehrer nur solche Personen zu bestellen sind, welche die Sprache der Flüchtlinge vollkommen beherrschen

und mit ihren Landesverhältnissen, Sitten und Gebräuchen vertraut sind.

Den Insassen der Sammelniederlassungen ist eine Mitwirkung an der Verwaltung durch von den Flüchtlingen gewählte Vertrauenspersonen unter Anlehnung an die Einrichtungen der Gemeindeorganisation einzuräumen."

Bei der Besprechung dieses Gesetzentwurfes hat Seine Exzellenz, der Herr Minister des Innern, ausdrücklich gesagt *(liest)*:

„Die Verwaltung der Lager wird womöglich durch Personen besorgt, welche mit Sprache und Sitten der Flüchtlinge voll vertraut sind, und die Mitwirkung der Flüchtlinge selbst an der Verwaltung ist ein Postulat, dessen volle Berechtigung und Zweckmäßigkeit durchaus nicht angezweifelt werden kann."

Warum aber bei dieser apodiktischen Anerkennung der Richtigkeit unseres Postulates weder in früherer Zeit die Regierung Einsicht genug hatte, um diesem Postulate Rechnung zu tragen, noch auch nachher ihm gerecht geworden ist, ist bis heute noch ein Rätsel.

Doch das Ministerium des Innern hat mehr getan. Es hat am 16. Juli einen Erlaß hinausgegeben, in welchem es erklärt hat *(liest)*:

„Das Ministerium des Innern plant, die in den Flüchtlingslagern untergebrachte Bevölkerung in viel weitergehender Weise, als dies bisher der Fall war, an den Verwaltungsgeschäften der Barackenvorstehungen mitwirken zu lassen, da die durch die lange Dauer des Krieges bedingte Schaffung stabiler Verhältnisse im Verwaltungsapparate der Flüchtlingslager einerseits, sowie andrerseits nicht minder das besondere Interesse, welches die staatliche Flüchtlingsfürsorge an einer tunlichst auf Grund unmittelbarer Fühlungnahme mit der geflüchteten Bevölkerung zu bewerkstelligenden klaglosen und verständnisvollen Befriedigung der Bedürfnisse der Lagerinsassen hat, die Heranziehung der Flüchtlinge zu einem der Geschäfte der viel verzweigten Verwaltung des Flüchtlingslagers notwendig erscheinen läßt.

Diesem Bedürfnisse administrativer und praktisch-sachlicher Natur ist nach zweifacher Richtung hin gerecht zu werden."

Daß dieses Bedürfnis administrativer und praktisch-sachlicher Natur aber erst so spät erkannt wurde, ist auch ein trauriges Merkmal der Leichtfertigkeit, Oberflächlichkeit und Blindheit der früheren Ära, die sich diesem klaren Postulate widersetzt und diese klaren Einblicke nicht gewonnen hat.

Das Ministerium des Innern ordnet also an, daß *(liest)*:

„1. eine tunlichst weitgehende Heranziehung entsprechend befähigter und verläßlicher Insassen des Flüchtlingslagers zu Dienstleistungen im Lagergebiete verfügt werde, und daß

2. durch Bildung eines Verwaltungsausschusses mittels einer barackenweise, beziehungsweise zimmer- und familienweise vorzunehmenden Wahl von männlichen und weiblichen Vertretern aus den verschiedensten Flüchtlingskreisen vorgesorgt werde."

„Der Verwaltungsausschuß hat das Recht der Beschwerdeführung und sachlich motivierten Antragstellung an die Barackenverwaltung und der Beratung des Vorstandes oder dessen Stellvertreters in allen Fragen, welche die Ausübung und Kontrolle des exekutiven Dienstes im Lager betreffen."

Wäre das in früherer Zeit geschehen, wäre es wenigstens auf Grund dieses Erlasses geschehen, so hätten wir heute diese Debatte nicht. Es ist aber nicht geschehen und deswegen kann ich die Anklagen, die ich schon oft erhoben habe, heute nur wiederholen: die Regierung ist an den Vorfällen schuld.

Im Herrenhause hat Seine Exzellenz erklärt *(liest)*:

„Die Regierung legt aber größtes Gewicht darauf, daß eine derartige Umarbeitung nicht irgendwie zu einer Verschleppung der nach unserem gemeinsamen Wunsche so rasch als möglich durchzuführenden Fürsorgeaktion führe und ist deshalb bereit, im administrativen Wege die derzeitige Flüchtlingsfürsorge sofort derart auszugestalten, daß sie in allen wesentlichen Belangen die Bestimmungen des Gesetzentwurfes zur Verwirklichung bringt."

Das ist eben, wie ich erklärt habe, nicht geschehen.

Noch etwas, um zu zeigen, daß selbst die beste Rede des Ministers und der beste Erlaß des Ministeriums des Innern nicht genügen, um Remedur zu schaffen, wo Remedur dringend notwendig ist. Am 6. August hat das Ministerium des Innern wieder angeordnet *(liest)*:

„Für die Verwaltung der Sammelniederlassungen gilt der Grundsatz, daß als Organe, welche den unmittelbaren Verkehr mit den Flüchtlingen zu pflegen haben, einschließlich der Seelsorger, Ärzte, Lehrer und Lagerinspektoren und des Küchenpersonals, wenn möglich solche geeignete verläßliche Personen zu fungieren haben, welche die Sprache der Flüchtlinge beherrschen und mit ihren Landesverhältnissen, Sitten und Gebräuchen vertraut sind."

„Das Wachpersonal der Sammelniederlassungen ist, insoferne in einzelnen Lagern es noch nicht geschehen sein sollte, auf jenen Stand zu reduzieren, welcher ausreichend ist, um Ordnung und Sicherheit im Lager aufrechtzuerhalten, das dort befindliche Staatseigentum zu bewachen und die

Einhaltung von notwendigen Epidemietilgungsvorschriften zu gewährleisten. Die Landsturmwachen sind — soferne sie nicht überhaupt entbehrlich sind — womöglich durch — eventuell aus Kriegsinvaliden oder Flüchtlingen — zu bildende Abteilungen beeideter Zivilwachleute zu ersetzen."

Ist in Wagna nicht geschehen. Wäre der Landsturmposten nicht am Eingange gestanden und wäre er nicht gegen den betrunkenen Urlauber mit dem Bajonette eingeschritten, so wäre der ganze Krawall nicht entstanden. Folglich ist nicht der renitente Arrestant an dem Vorfalle schuld, nicht die aufgeregte Volksmasse und nicht der Auflauf der Kinder, sondern die Tatsache, daß die Landsturmwache, die dort nichts zu suchen hat, sich in einen Handel eingemischt hat, welcher zwischen dem Zivilpolizisten und einem betrunkenen Soldaten entstanden war.

In einem Promemoria, welches eine Deputation des Hilfskomitees für die Flüchtlinge aus dem Süden Seiner Exzellenz im Laufe des September vorgebracht hat, wurde wieder gebeten, daß die Verwaltungsorgane nach und nach im Sinne der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und der Intentionen der Regierung umgewandelt werden. Es geschah aber nicht.

Und nun kurz über die Frage der Beamten. Der Herr Abgeordnete Einspinner hat glauben machen wollen, als ob nur ganz wenige Beamte der Sprache nicht mächtig sind. Erstens würde es genügen, wenn diese wenigen Beamten diesen Mangel hätten, weil gerade diese Beamten diejenigen sind, welche die Macht und die Autorität im Lager haben, während die anderen nur Mitläufer sind. Nun habe ich aber eine Nachweisung, aus welcher hervorgeht, daß vom Militärdienste als unentbehrlich und unersetzlich 115 Funktionäre des Lagers enthoben sind. Von diesen 115 Funktionären, die eigentlich militärdienstpflichtig wären, sind 60 nicht küstenländischer Abstammung; folglich kann es nicht stimmen, daß nur 4 Personen im Lager nicht die Sprache können.

Es sind 60 Beamte, welche aus anderen Gegenden stammen und unentbehrlich und unersetzlich sind. Von den 55 anderen sind die meisten Lehrer. Lehrer können andere nicht sein, denn sie müssen ja die Sprache der Kinder kennen. Nun wurde bei Überprüfung des Standes seitens der Barackenverwaltung angegeben, daß von den 60 nicht küstenländischen Beamten 21 vielleicht weggenommen werden könnten. Die anderen sollen wirklich nicht weggenommen werden können. Von den 55 küstenländischen Beamten, darunter zumeist Lehrern, hat man 34 als entbehrlich angegeben, so daß sich wieder das Verhältnis zuungunsten der landesgenössischen Beamten ändern müßte. Gerade heute habe ich die Mitteilung bekommen, daß das Ministerium für Landesverteidigung nicht in der Lage ist, die weitere Enthebung zweier junger Beamten zu erwirken, welche im Lager wirklich notwendig und unentbehrlich sind, welche die Leute beherrschen und ihnen zureden, welche sie belehren können, während andere, die diese Gaben nicht haben, ohneweiters weiter enthoben werden. Über die Eignung dieser letzteren Beamten werde ich nur den Fall eines Beamten nennen, welcher noch immer im Lager Dienste tut, obwohl er sich bei seiner eigenen Behörde ganz unmöglich gemacht hat. Ich glaube nicht, daß der Abgeordnete Einspinner dem deutschen Volke eine Ehre macht, wenn er gerade diesen oder solche Beamte als deutschen Besitzstand verteidigt. Es hat ihn übrigens niemand von uns wegen seiner Nationalität, sondern nur wegen seiner Unfähigkeit angegriffen. Da stand im „Grazer Tagblatt" vom 24. September 1917 eine Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshofe zu lesen, in welcher dieser Beamte — der Name ist ja nebensächlich — gegen das Finanzministerium Beschwerde erhoben hat, weil er zwangsweise pensioniert wurde. Der Beschwerdeführer selbst sagte *(liest)*:

„Das Finanzministerium habe an ihn im Jahre 1916 eine Zuschrift gerichtet, daß er wegen der seit 14 Jahren bestehenden Zwistigkeiten sich als zur ordnungsmäßigen Versorgung seines Dienstes bleibend unfähig erwiesen habe, weshalb seine Versetzung in den dauernden Ruhestand erfolge. In einem früheren Schreiben seiner vorgesetzten Behörde war ihm bedeutet worden, falls er seine Umgangsformen und sein Wesen nicht gründlich ändere, werde seine Versetzung aus Graz erfolgen. Anstatt der angedrohten Versetzung aus Graz, erfolgte jedoch seine Versetzung in den dauernden Ruhestand."

Dieser Herr wurde auch bei der öffentlichen Verhandlung als ein ganz unverträglicher Beamter geschildert, der unmöglich in seinem Berufszweige weiterdienen kann, im Lager in Wagna kann er aber weiterdienen, dort dient er heute noch, gibt heute noch zu Ärgernissen Anlaß und läßt sich, wenn er einmal einen Raufhandel aufführt, durch Abfindung den Prozeß ersparen. Es ist also nicht Gehässigkeit gegen die deutsche Nation, auch nicht Gehässigkeit gegen die Personen, sondern die Notwendigkeit, taktvollere Beamte und solche Beamte, welche sich der Psyche der Flüchtlinge anpassen können, zu bekommen. Ich bitte nur die Namen der einzelnen Herren zu hören, welche enthoben sind und Sie werden gleich daraus entnehmen, daß das keine italienischen Beamten sind, sondern lauter Herren, welche die Sprache der Flüchtlinge nicht kennen und welche vielleicht auch nicht einmal der deutschen Nationalität angehören. Namen wie Aurada, Jaunschovsky, Buczarski, Valeszini, Frankl usw. und die Namen der Ärzte, welche Kapellner,

Laube, Mannheimer heißen, können ganz gut internationale Namen sein und sie haben mit der hier voll Entrüstung vorgebrachten nationalen Hetze gar nichts zu tun. Das sind Herren, welche wir durch andere ersetzt haben möchten, welche die Sprache der Flüchtlinge kennen, damit zugleich auch derlei Mißverständnisse zwischen den Nationen vermieden werden.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte zum Schlusse zu kommen, die Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Dr. **Bugatto**: Es tut mir sehr leid, daß die halbe Stunde bereits vorüber ist, denn ich wollte noch ein Beispiel dafür vorbringen, wie die Persekution der Flüchtlinge heute noch von auswärts gezüchtet wird: denn nicht nur im Lager wird schikaniert, sondern auch außerhalb des Lagers. Die Bezirkshauptmannschaft hat endlich einmal eine Kundmachung herausgegeben, in der angeführt wird, welche Lebensmittel nicht gekauft werden dürfen. Diese Kundmachung war nun eine allgemeine; früher waren solche Kundmachungen immer gegen die Flüchtlinge allein gerichtet. Während man aber die Kundmachung für alle anderen verlautbart hat, ist sie für die Flüchtlinge nicht übersetzt und im Lager noch nicht affichiert worden. Trotzdem werden aber die Flüchtlinge nach dieser Kundmachung, die sie nicht kennen, bestraft. Die Bezirkshauptmannschaft hat aber gleichzeitig eine Instruktion an die Gendarmerie herausgegeben, in der es heißt *(liest)*:

„Es wird neuerlich eingeschärft, daß andere als die in der Kundmachung bezeichneten Lebensmittel nur dann abgenommen werden dürfen, wenn sie in einer derart großen Menge oder unter solchen Umständen angetroffen werden, daß der Verdacht der Übertretung allgemeiner gesetzlicher Bestimmungen (insbesondere des Strafgesetzes) begründet erscheint."

Das Wort „nur" deutet darauf hin — so sagt man mir — daß in anderen Fällen nicht eingeschritten werden kann, ich aber verstehe es so, daß der Gendarm berechtigt ist, immer einzuschreiten, wenn eine große Menge vorhanden ist oder wenn ihm die Umstände Grund zur Annahme zu geben scheinen, die Ware sei unrechtmäßig erworben. Das kann ein Gendarm leicht herausfinden, daß die Möglichkeit einer unrechtmäßigen Erlangung der Vorräte vorliegt.

Ich habe gewiß genügend oft darauf hingewiesen, daß in Wagna ein Erregungszustand besteht und daß manche Organe, welche dort die Flüchtlingsfürsorge versehen, nicht entsprechen. Ich habe auch auf die Mittel hingewiesen, die anzuwenden wären, um die bestehende Spannung und Mißstimmung zu bannen. Nachdem das alles nicht beachtet wurde, ist mir, glaube ich, nichts anderes möglich, als zu sagen: Die erhobenen Anklagen bestehen noch heute aufrecht und es ist die Erlangung eines Freispruches, es ist der Versuch der Rettung vor dem Urteile der Mütter von Wagna der Regierung auch heute nicht gelungen. *(Beifall.)*

**Präsident**: Zur formalen Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Abgeordnete **Goll** gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Goll**: Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Goll beantragt Schluß der Debatte.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Antrag auf Schluß der Debatte zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag auf Schluß der Debatte ist angenommen.

Es sind noch folgende Redner eingetragen: Laginja, Stern, Hruska, Dulibić, Vukotić und Rybář. Ich ersuche die Herren, sich auf einen Generalredner zu einigen. *(Nach Vornahme der Wahl)*: Zum Generalredner wurde der Herr Abgeordnete Dr. Laginja gewählt.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Laginja.

Abgeordneter Dr. **Laginja**: Hohes Haus! Der Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Vorfälle im Lager von Wagna, die sich am 4. Oktober l. J. zugetragen haben und anläßlich welcher ein Knabe namens Anton Pucli, als unschuldiges Opfer fiel, beantragt dem hohen Hause zur Annahme verschiedene Anträge.

Diese fassen sich kurz zusammen, wie folgt:

1. Daß wir die Darstellung jener Vorfälle zur Kenntnis nehmen und über den Waffengebrauch, dem ein unschuldiges Kind zum Opfer fiel, unser inniges Bedauern aussprechen und eine sofortige energische Untersuchung gegen den betreffenden Gendarmen fordern;

2. daß wir die Behandlung der Flüchtlingslager, als wären es Anstalten zur Einschränkung der persönlichen Freiheit, auf das schärfste verurteilen;

3. daß wir lebhaft bedauern, daß der von uns beschlossene Gesetzentwurf zur Regelung der Flüchtlingsfürsorge seitens des Herrenhauses bisher noch nicht in Verhandlung gezogen wurde.

Für alle diese drei Punkte werde ich bereitwilligst stimmen, und zwar, was den letzten Punkt anbelangt, unter der Voraussetzung, daß in der Zwischenzeit, das heißt, seit dem Datum des Berichtes, seit 9. Oktober, bis heute, 16. Oktober, zu unserem weiteren Bedauern seitens des Herren

hauses nichts geschehen wäre, was zur Annahme des erwähnten Gesetzbeschlusses auch vom Herrenhause geführt hätte.

Wenn das Gegenteil inzwischen geschah, werden wir unseren Irrtum gerne anerkennen.

Die weiteren zwei Anträge des Ausschusses gehen dahin, daß wir mißbilligen mögen die Weiterverwendung von Autoritätsorganen in den Flüchtlingslagern, welche die Sprache der Flüchtlinge nicht kennen und mit deren Sitten und Gebräuchen nicht vertraut sind, und daß wir die Regierung auffordern, auch die Verwaltung des Lagers von Wagna im Sinne der Beschlüsse der Volksvertretung sofort zu reorganisieren und binnen Monatsfrist über die Durchführung dieser Reorganisation dem Hause Bericht zu erstatten.

Auch gegen diese zwei Anträge habe ich nichts einzuwenden. Ich muß aber bei der Besprechung derselben zwei Momente zur Sprache bringen, welche für die von mir vertretene Bevölkerung von hauptsächlicher Wichtigkeit sind.

Das eine ist, daß es ein Irrtum ist, wenn alle in Wagna untergebrachten Flüchtlinge, besser gesagt untergebrachten Evakuierten, weil es keine Flüchtlinge in der Mehrzahl sind, sie sind zwangsweise von ihren Heimstätten verjagt worden, wenn diese alle der Nationalität nach als Italiener betrachtet und darnach behandelt werden, und daß, wenn dem dennoch so ist, dann an der betreffenden Bevölkerung, soweit sie slawischer, vorzugsweise kroatischer Nationalität ist, die größte Sünde begangen wird.

Der überwiegendste Teil der Flüchtlinge in Wagna stammt von Pola und dessen Vororten, dann von den übrigen Orten des gleichnamigen politischen Bezirkes. Ich glaube kaum, daß sich in der allerletzten Zeit in dieser Beziehung etwas namhaftes zugunsten der italienischen Flüchtlinge verändert hätte.

Bereits im Jahre 1900 gab es nach der Volkszählung in Pola und seinen Vororten ohne die zu der gleichnamigen Gemeinde gehörigen zahlreichen Landgemeinden 6334 Kroaten und Slowenen gegenüber 20.914 Italienern, also der ersteren gab es doch über 30 Prozent. Diese Zahl hat sich seit 1900 teils natürlich durch Zuwachs, teils durch das erstarkte nationale Bewußtsein bis zum Kriegsausbruch unstreitig bedeutend erhöht.

Dies beweist der Umstand, daß es in Pola selbst und in seinen Vororten unmittelbar vor dem Kriege eine dreiklassige Knabenvolksschule und eine dreiklassige Mädchenvolksschule in dem Vororte Siana, eine zweiklassige Knaben- und eine zweiklassige Mädchenvolksschule im Vororte Croatia, Besenghistraße, eine zweiklassige gemischte Volksschule in der Stadt selbst in der Castropolastraße gab und eine einklassige gemischte Volksschule in der Verudellastraße, sämtliche mit kroatischer Unterrichtssprache und ausschließlich für Kinder slawischer Eltern, etwa über 700 an der Zahl.

Viele slawische Eltern flüchteten in der ersten Zeit nach Wagna, weil verlautete, dort sei es bedeutend besser als anderswo, und es hat sich in der Tat herausgestellt, daß Wagna gegenüber den anderen Lagern, insbesondere gegenüber Gmünd ein Paradies war.

Von jenen vielen Volksschulklassen haben die Kinder kroatischen Ursprungs in Wagna nicht eine einzige; in der Seelsorge ging es nicht besser. Gmünd war das materielle Grab tausender Kinder kroatischer Evakuierter aus der Umgebung von Pola, Wagna war und ist die Entnationalisierungsstätte der kroatischen Kinder zugunsten der italienischen Sprache und Nationalität. Denn ich glaube, meine hochverehrten Herren, mit Bestimmtheit behaupten zu können, daß es in Wagna in Bezug auf die Seelsorge und die Sanitätsorgane für die Evakuierten kroatischer Nationalität ebenso schlecht bestellt ist als in Bezug auf die Schulen.

Es ist daher nur natürlich, wenn ich auch von dieser Stelle meine Stimme dafür erhebe, daß in Wagna und überall, wo es slowenische und kroatische Evakuierte oder Flüchtlinge gibt, auch auf ihre Sprache volle Rücksicht genommen werde, und zwar nicht nur bei Anstellung von Verwaltungs- und Polizeiorganen, sondern auch bei der Organisierung von Unterrichtsanstalten und Anstellung von Seelsorgern.

Allein, hohes Haus, alle diese Anträge, die uns vorgelegt wurden und für welche ich — mangels eines Besseren — stimmen werde, sind weit entfernt das Übel zu entfernen und die Gemüter zu beruhigen. Das erlösende Wort für meine guten Landsleute aus dem Bezirke Pola kann nur eines sein: die Rückkehr zu ihren Heimstätten. Und diesem Gegenstande werde ich heute am rechten Platz und zu rechter Zeit wiederum ein Wort sprechen. Da ist das zweite der erwähnten Momente.

Es ist allgemein bekannt, hohes Haus, daß unsere Leute dort unten nicht nur aus der Stadt Pola und den nächsten Vororten, sondern auch aus den ganzen zwei Gerichtsbezirken, nämlich aus Pola und Dignano (Vodnjan) nicht geflüchtet sind, weil es eine Bevölkerung ist, die nicht gewohnt ist, zu flüchten, die auch den Krieg nicht so sehr fürchtet, wie man annehmen würde. Es bestand kein unmittelbarer Anlaß, diese Bevölkerung zum Verlassen ihrer Heimstätten zu zwingen, das muß wiederum einmal festgestellt werden.

Der Feind war nicht da, der Hunger war damals noch nicht da, es gab überhaupt keinen Grund, die Leute nicht in ihren Häusern und auf ihren kleinen, in der Umgebung sehr zerstreuten, also schon deswegen nicht leicht gefährdeten

Wirtschaften zu lassen. Man hat sie aber entfernt und welches Unheil daraus entstanden ist, das dürfte dem hohen Hause aus den bereits gehörten Verhandlungen hier und aus den Zeitungsnachrichten zur Genüge bekannt geworden sein. Was ich früher erwähnte, ist nur ein Teil der Qualen, ein Teil des zugefügten Schadens. Was in Gmünd geschehen ist, war geradezu eine Schlächterei unter unserer jüngeren Generation. Und wenn der Staat auch Millionen für die Barackenlager und ihre Verwaltung auswürfe, es gibt nichts, was dieser Bevölkerung die Rückkehr in ihre Heimstätten ersetzen könnte. Sie lebt hier unter einem weit rauheren Klima, sie lebt, ob in Lagern, ob zerstreut, ihren Nachbarn, ihren Beamten, den Wachen gegenüber in fremdem Lande. Die Leute werden als Fremde betrachtet und obwohl sie mit kleinen Ausnahmen, deren es überall gibt, zu einer sehr disziplinierten und gutmütigen Bevölkerung gehören, werden sie insbesondere jetzt, wo die Nahrungsmittel knapper geworden sind, angefeindet und in einer Weise behandelt, die wirklich jeder Menschlichkeit spottet.

Ich habe mit Vergnügen vernommen, daß die maßgebenden Faktoren sich endlich entschlossen haben, die Leute aus den Gerichtsbezirken Dignano und Rovigno, ausgenommen das Städtchen Dignano und ausgenommen einen Teil von Barbariga, bekanntlich eine Festung an der Küste, nachhause zu lassen. Es gibt aber absolut keinen Grund, dasselbe nicht auch der Bevölkerung der Umgebung von Pola und speziell auch der Bevölkerung der Stadt Pola selbst, beziehungsweise ihrer Vororte, zugute kommen zu lassen.

Über die Gefahr von seiten des Feindes können die militärischen Faktoren anderer Ansicht sein als wir, aber wir glauben, daß sie diesbezüglich nicht schwärzer sehen dürfen als wir selbst. Die Ereignisse der letzten Monate haben gezeigt, daß die Bevölkerung Polas in den kurzen Momenten der Gefahr, wenn auch diese Gefahr keine geringe war, kaltes Blut bewahrt und aus ihren Heimstätten nicht flüchtet. Bei den Bombenwürfen, welche sich in den letzten Monaten, wie wir aus den Zeitungen ersehen haben, ein paarmal zugetragen haben, ist keine einzige Seele aus der Stadt Pola oder aus der nächsten Umgebung geflüchtet. Wenigstens ist uns so etwas nicht bekannt. Und wenn es eine Gefahr gäbe, so wäre diese Gefahr für die nächste Umgebung, für die Landgemeinden der politischen Gemeinde Pola absolut nicht vorhanden, weil mit Wissen und Bewilligung und vielleicht auch mit Billigung der Militärbehörden die Bevölkerung der Stadt Pola und ihrer Vororte mit den angrenzenden Landgemeinden derselben politischen Gemeinde ohneweiters Tag und Nacht verkehrt und irgendeine Störung diesbezüglich nicht zu befürchten ist.

Die Gefahren anderer Natur von seiten dieser Bevölkerung, wie etwa Spionage oder ähnliches, sind absolut nicht zu befürchten, weil die Bevölkerung jener Gebiete genügend Beweise ihrer Anhänglichkeit und ihrer Treue gegenüber der Monarchie gegeben hat, sie tagtäglich gibt und noch weiter geben wird. Es bleibt einzig und allein die Erwägung, daß diese Bevölkerung, die nach Hause käme, nicht genügende Nahrungsmittel hätte. Nun, meine Herren, ich wage zu behaupten, daß dasjenige, was diese Bevölkerung an Nahrungsmitteln in Wagna, in Steinklamm, in der Umgebung von Oberhollabrunn und wo sie sich sonst niedergelassen hat, bekommt, sie auch in Pola und Umgebung finden werde. Wasser gibt es überall und etwas zum Vermengen und Schwärzen des Wassers wird man auch unten finden.

Die ganze Unstichhältigkeit dieser Prozedur liegt darin, daß in den einzelnen Dörfern um Pola herum ein Drittel, ein Viertel, ja sogar die Hälfte der Bevölkerung ruhig zu Hause geblieben ist, während die anderen armen Kerls, die etwas furchtsamer waren oder auf das Bajonett des Gendarmen, das nicht so ernst gemeint war, zu viel gegeben haben und fortgeflogen sind, evakuiert wurden. Das ist ein Widerspruch in sich selbst und etwas Unlogisches. Entweder waren alle zu evakuieren oder es hätten alle zu Hause bleiben müssen. Was die Nahrung anbelangt, so wollte ich sagen, dasjenige, was sie in den Lagern bekommen, werden sie unstreitig auch zu Hause bekommen, denn der Staat ist verpflichtet, für die Leute regelmäßig zu sorgen, ob sie sich nun in einem Flüchtlingslager oder irgendwo sonst außerhalb der Heimat oder in der Heimat befinden und nicht genügende Nahrungsmittel aus Eigenem haben.

Meine Herren! Vom nationalökonomischen Standpunkt ist geradezu schrecklich, wenn man alle die Nachteile bedenkt, welche dieser Bevölkerung durch die Evakuierung, durch die zwangsweise Entfernung aus ihren Häusern entstanden sind. Auf Millionen werden die entgangenen Gewinne und die faktisch zugefügten Schäden berechnet und es ist dies keine Übertreibung, denn man muß wissen, daß beinahe ebenso viele Landstürmer von allen möglichen Gebieten der Monarchie als zu Hause Besitzer gewesen wären, dort angesiedelt wurden, um angeblich die verlassenen Wirtschaften zu bewirtschaften. Und was diese Bewirtschaftung bedeutet hat, ist nicht zu beschreiben. Wenn die Leute nach Hause zurückkehren, so finden sie die Gerätschaften, die sie zurückgelassen haben, nicht mehr vor, sie finden auch nicht mehr die Möbel, die Kleidungsstücke, die Nahrungsmittel vor, die sie in ausreichendem Maße zurückgelassen haben. Ich selbst kann das hier feierlich und öffentlich behaupten, weil ich als Advokat

für die Leute eingeschritten bin; ich habe dokumentierte Fälle vor mir, wo der betreffende Ortsvorsteher berichtet hat, daß nichts vorgefunden worden ist. Da gab es Öl, Käse, da gab es noch ziemlich gut erhaltene Kleidungsstücke und alles mögliche, denn die Bevölkerung bestand nicht aus Bettlern, sondern aus ansässigen, sehr fleißigen Landleuten, welche sich mit Viehzucht, mit Milchwirtschaft und anderem beschäftigt haben. Millionen sind verloren gegangen.

Meine Herren! Ich habe hier ein Schreiben von einem Geistlichen dieser Gegend. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten werde ich mir gestatten, nur ein wenig davon vorzulesen und nach Möglichkeit getreu deutsch wiederzugeben. *(Liest:)*

„Kazao sam mu kako je narod bio nenadno u 12 sati evakuiran, a da nije mogao urediti svoje poslove i ponamjestiti vitalne svoje stvari, tako svaka župa trpi do 1 milijun štete godišnjih na vinu, a u budućnosti još i gore, jer sad im je na kratko odsječen zadnji prut na lozi, te ne dodjuli ove godine i ne urede li, loza će propasti za uvijek.

Drugi milijun kruna ima pojedina župa štete u blagu. Na primjer moja je župa predala vojničkoj rekviziciji 305.000 kruna blaga, to jest goveda i ovaca, a danas nebi to mogla dobiti niti za $1\frac{1}{2}$ milijun kruna.

Ne čudite se gospodine zastupniče: posjednici, koji su imali 60 ovaca, na povratku nijesu mogli kupiti nego 6—7 ovaca. Takova je dakle bila cijena, kad su oni predali svoje blago, a takova je opet danas, kad ga kupuju. Onda su im ovce bile procijenjene na 20—24—26 kruna, a danas moraju za svaku platiti do 200 kruna! Pa ništa zato, samo da bi se povratili, tako bi se nešto ranjcima, vunom, sirom, travom, drvima pridigli i pripomogli, jer danas blago daje sto po sto dobitka. Inače evakuirci u ovoj drugoj grani gospodarstva takodjer gube godišnjih po župi 1 milijun kruna. Vojnički-radnici rade većinom što je pri putu, a najbolja polja postrance izostavljaju. Naš je jedan kmet učinio više vina (koji je svedj obitelju od kuće) nego su oni u dvije župe, a tako isto i grane. (U Marčani i Filipani ih je najmanje 500—600!)

Medjutim kuće su se na mnogim mjestima počele rušiti, jer preko dvije godine zapuštene i zanemarene. Naroda je u mojoj župi poginulo cijeli peti dio. Neka su sela spala na polovicu sa dušama, a neka i niže. U mnogim kućama ne ima muškog baštinika. Vojaci se vraćaju s bojnog polja, kidaju kosu i pitaju se zašto sam se borio!? Gdje su mi žena, gdje moja djeca: moja kuća je danas grobnica! Moja obitelj pokoljena u baracam!“

„Eine Million Kronen Schaden erleidet jede Pfarre wegen des unvernünftigen Rebenschnittes und wenn die Leute nicht heuer kommen“ — das Schreiben datiert vom 22. August — „und wenn sie ihre Weingärten selbst nicht in Ordnung setzen, werden dieselben für immer zugrunde gehen.

Eine andere Million Kronen hat jede Pfarre Schaden am Nutzvieh. Meine Pfarre hat zum Beispiel im Wege der Requisition an das Militär Rindvieh und Schafe um 305.000 K verkauft; heute würde man dieselbe Menge nicht um anderthalb Millionen anschaffen können. Wundern Sie sich nicht, Herr Abgeordneter; einzelne Besitzer, welche zu 60 Schafe gehabt haben, konnten bei der Rückkehr nur sechs bis sieben Köpfe kaufen. Groß ist der Unterschied des Preises als man verkaufte, dem jetzigen gegenüber, als man das Vieh kauft. Damals war ein Schaf 20, 24 bis 26 K geschätzt“ — es versteht sich nämlich das Weibchen hier, das Milch gibt — „heute muß man für ein Schafsweibchen bis 200 K zahlen. Es macht dennoch nichts, wenn die Leute nur zurückkehren könnten. Sie könnten sich langsam helfen und ihre Wirtschaften wieder herstellen, etwas mit dem Erlös von Lämmern, etwas von Wolle, etwas vom Käse, vom Heu, vom Brennholz.

Das Vieh wirft heutzutage 100 Prozent ab. Sonst verlieren die Evakuierten auch Millionen, denn die Militärarbeiter bauen meistens nur dasjenige an, was längs der Straße liegt, die besten Grundstücke, die abseits liegen, lassen sie stehen. Ein unseriger Bauer, welcher mit seiner Famlie ununterbrochen zu Hause blieb, hat mehr Wein produziert, als sie (die Militärarbeiter) in zwei Pfarren. Ebenso an Nahrungsmitteln.

In Marčana und Filipan gibt es deren 500 bis 600!“ Also ungefähr soviel Militärarbeiter als es Familienväter gab, die fortgeschleppt wurden. „Die Häuser begannen schon an mehreren Stellen zusammenzustürzen, weil durch zwei Jahre verlassen und vernachlässigt. Ein ganzes Fünftel der Bevölkerung meiner Pfarre ist gestorben. Einige Ortschaften sind an Seelenzahl zur Hälfte, andere noch tiefer herabgesunken. In vielen Häusern gibt es keinen männlichen Nachkommen. Die aus dem Kriegsfelde heimkehrenden Soldaten reißen sich die Haare und fragen sich: Um was habe ich gekämpft? Wo ist mein Weib, wo sind meine Kinder? Mein Haus ist heute ein Grab. Meine Familie ist in den Baracken hingeschlachtet worden.“

Das ist die Stimme eines ernsten, sich seiner Pflichten voll bewußten und seine Bevölkerung heiß liebenden Seelsorgers. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Budzynowskyj).*

**Präsident:** Ich bitte Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Dr. **Laginja:** Nach dem, was ich gesagt habe, kann ich füglich schließen mit der Bemerkung, daß ich keine speziellen Anträge und keine Resolution stelle. Die hohe Regierung hat zur Genüge durch die vielen Andeutungen und Beschwerden Anlaß, die Leute, um die es sich handelt, in ihre Häuser zurückkommen zu lassen. Unter den vielen Hunderten von kroatischen Arbeitern im Seearsenal sind Familienväter, deren Familien draußen leben müssen, und diese Leute gehen tagtäglich 1 bis 2 Stunden nach ihren Heimstätten, nach Premontore, Medulin und Pomer und müssen sich abends erst zu Hause etwas zum Speisen bereiten, in der Früh müssen sie eben diesen Weg wieder zurücklegen. Von einem Ordnen des Bettes, von einem ordentlichen Familienleben ist da selbstverständlich keine Rede. Und während Hunderte und Hunderte feiler Dirnen ohne besondere Schwierigkeit nach Pola reisen und wieder zurückkehren können *(Hört! Hört!)*, wird es den Weibern und Kindern dieser so disziplinierten, guten und getreuen Arbeiter nicht erlaubt, nach Pola zu kommen und ihr Familienleben zu führen.

Zum Schlusse, meine Herren, erlaube ich mir im Namen des verehrten Herrn Kollegen Stern, welcher nicht mehr zum Worte gelangen konnte, zu erklären, daß er für die Bevölkerung mosaischer Konfession, welche unlängst in Pest drangsaliert und gegen welche eine förmliche Hetze eingeleitet worden sein soll, Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern für seine energische Verwendung gegen die Abschiebungen seinen besten Dank sage. Damit schließe ich.

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Freißler das Wort.

Abgeordneter Dr. **Freißler:**

Gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Rauch stelle ich tatsächlich richtig, daß die Reibungen, die sich in Schlesien bei der Unterbringung der galizischen Flüchtlinge gezeigt haben und die ihren Ursprung teils in der ungeheuren wirtschaftlichen Not des Landes, teils in gewissen Kulturwidrigkeiten einzelner dieser Flüchtlinge hatten, inzwischen nicht unwesentlich verringert sind. Über meinen Antrag hat sich bei der schlesischen Landesregierung ein Beirat gebildet, welcher von allen maßgebenden Referenten der Regierung bezüglich Approvisionierung, Sanitätswesen 2c. vom Zentralkomitee für jüdische Flüchtlinge in Schlesien und von dem Abgeordneten Jokl und meiner Wenigkeit beschickt ist. Dieser Beirat bespricht alle wesentlichen Vorfälle, bringt sie zu einer einvernehmlichen Lösung und hat, durchaus entgegen den Ausführungen des Abgeordneten Rauch, erst am Samstag der vorigen Woche die erwähnte Besserung der Verhältnisse, wenigstens für die deutschen Gegenden des Landes, einmütig festgestellt. *(Hört! Hört!)*

Ich stelle tatsächlich fest, daß die schlesischen Bürgermeister über die Beschimpfungen des Abgeordneten Rauch erhaben sind. *(Beifall.)* Wir wählen uns unsere Bürgermeister selbst, brauchen in dieser Hinsicht keine Belehrungen *(Sehr richtig!)* und sprechen dem Abgeordneten Rauch jede Zuständigkeit mangels jeglicher Information sogar zu einer Kritik, geschweige denn zu Beschimpfungen ab. *(Sehr richtig!)*

Ich stelle tatsächlich fest, daß der Hofrat v. Rott, Stellvertreter des Landespräsidenten in Schlesien, mit unermüdlichem Eifer und mit peinlichster Objektivität, die ihn oft genug mit den Wünschen der heimischen Bevölkerung in einen Gegensatz gebracht hat, auf allen Gebieten der kriegswirtschaftlichen Verwaltung, so auch insbesondere auf dem Gebiete des Flüchtlingswesens ebenso rastlos wie gerecht seines Amtes waltet und zu den pflichttreuesten und eifrigsten Beamten gehört, so daß die vom Abgeordneten Rauch gegen ihn erhobenen Angriffe vollständig hinfällig und aus der Luft gegriffen sind und auf das entschiedenste zurückgewiesen werden müssen. *(Hört! Hört!)* Ich stelle daher tatsächlich fest, daß die auf Schlesien bezüglichen Ausführungen des Abgeordneten Rauch entweder leichtfertige, ohne jede Kenntnis der Verhältnisse vorgebrachte Behauptungen oder bewußte Unwahrheiten sind. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort? *(Berichterstatter Degasperi: Ich bitte!)*

Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter **Degasperi** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Einspinner hat Worte gebraucht, aus denen man die Verdächtigung heraushörte, als ob es sich hier um eine Polemik gegen die „deutschen" Beamten oder um eine Protektion für freiwerdende Stellen handeln würde. Ich muß mich namens des Ausschusses gegen jeden Schein derartiger Verdächtigungen verwahren. Wenn wir sprachkundige Beamte fordern, so geschieht es im Interesse der Sache und im Sinne des von allen Parteien beschlossenen Gesetzentwurfes.

Ich möchte noch folgendes hinzufügen: Der Herr Abgeordnete Einspinner hat uns zum Vorwurfe gemacht, daß wir bei unserer Untersuchung oder besser gesagt, bei unserer Besichtigung und Information einseitig vorgegangen sind, daß heißt, daß wir nicht die Gendarmen verhört haben. Ich bitte zu bemerken, daß wir dazu nicht das Recht

en. Wir haben uns aber — allerdings nach Einvernahme der Flüchtlinge — auch zur ackenverwaltung begeben und haben auch dort ormationen eingeholt. Übrigens möchte ich kon- eren, daß unsere Schlußfolgerungen und unser icht im wesentlichen mit dem von Seiner ellenz dem Herrn Minister des Innern im schuß mitgeteilten Bericht der Behörde überein- mt. Wir brauchen daher für unsere Schluß- erungen nicht wieder erst auf ein anderes chtliches Verfahren zu warten und ich kann t den Antrag des Abgeordneten Einspinner, eigentlich ein Vertagungsantrag ist, nicht an- nen.

Man hat sich ferner über die große Erregung Flüchtlinge wegen der Lebensmittelbeschlagnahme ndert. Demgegenüber möchte ich nur bemerken, wenn etwas Ähnliches in Wien geschieht, auch große Erregung herrscht. Ich bitte die Herren, Beispiel den Bericht des Wiener Stadtrates en Zeitungen vom Samstag zu lesen, wo von großen „Unwillen", von großer „Beunruhigung" rochen wird, weil der Rucksackverkehr für Kar- ln nicht zugelassen wird. Bei den Flüchtlingen es sich aber nicht um Kartoffeln allein, sondern haupt um alle Lebensmittel gehandelt, die egung war also wirklich am Platze oder min- ns sehr verständlich.

Endlich konstatiere ich, daß wir gewiß nicht ucht haben, eine nationale Hetze ins Lager inzubringen, im Gegenteil, mir scheint, daß dies, ißt oder unbewußt, seitens des Abgeordneten spinner geschehen ist. In dieser Beziehung ich aber hervorheben, daß in manchen Lagern denzen zutage getreten sind — ich meine onale Tendenzen —, über welche wir in nor- en Zeiten gewiß nicht hinweggekommen wären, en gegenüber wir aber mit Rücksicht auf das visorische des Ganzen Enthaltsamkeit geübt haben. bitte daher die Vertreter der bodenständigen ölkerung, dasselbe zu tun, damit nicht einmal diese Holzbaracken die Fackel des nationalen eites hineingeworfen wird, denn für den Brand, daraus entsteht, würden nicht wir, sondern die effenden Herren verantwortlich sein.

Ich bitte die Anträge des Ausschusses anzu- nen.

**Präsident:** Ich bitte die Herren, die Plätze unehmen, wir werden abstimmen.

Der Herr Abgeordnete Einspinner hat einen rag folgenden Inhaltes eingebracht *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhause über den Vorfall im Barackenlager Wagna am 4. Oktober l. J. nach Abschluß und auf Grund der im Zuge befindlichen gerichtlichen Untersuchung und über die sonstigen Verhältnisse daselbst auf Grund objektiver amtlicher Erhebungen Bericht zu erstatten."

Ich fasse diesen Antrag als Gegenantrag gegen den Ausschußantrag auf und werde ihn, da er vertagenden Charakter hat, zuerst zur Abstimmung bringen. Sollte er abgelehnt werden, so kommt der Ausschußantrag zur Abstimmung. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich in dieser Weise vorgehen. *(Zustimmung.)*

Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Antrag des Abgeordneten Einspinner zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ich bitte die Schriftführer, das Stimmenverhältnis festzustellen. *(Nach Auszählung des Hauses:)* Der Antrag Einspinner wurde mit 100 gegen 71 Stimmen abgelehnt.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Ausschußanträge. Die Ausschußanträge setzen sich aus fünf Resolutionen zusammen. Wünschen die Herren die Resolutionen zu hören? *(Rufe: Nein!)* Es ist nicht der Fall. Ich werde, wenn kein Einwand erhoben wird, die Resolutionen zusammen zur Abstimmung bringen. *(Rufe: Getrennt!)* Es wird getrennte Abstimmung verlangt.

Ich ersuche daher diejenigen Herren, welche der ersten Resolution zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche der zweiten Resolution zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ist gleichfalls angenommen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die der dritten Resolution zustimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die der vierten Resolution zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Endlich ersuche ich diejenigen Herren, welche der fünften Resolution zustimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Resolution ist gleichfalls angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Es ist mir vom Herrn Abgeordneten Doktor Schürff im Sinne des § 69 G. O. eine dringliche Anfrage überreicht worden, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Dr. **Rychlik** *(liest)*:

„Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Schürff, Kraft, Wedra und Genossen, betreffend die Belieferung des österreichischen Marktes mit ungarischem Schweinefleisch und Speck, an Seine Exzellenz dem Herrn Minister für Volksernährung.

Schweinefleisch und Schweinespeck und Schmalz gehören jetzt zu den Seltenheiten und sind aus Ungarn nur zu Phantasiepreisen erhältlich. Dieser Zustand widerspricht der Tatsache, daß Ungarn auch jetzt noch über außerordentlich große Vorräte an Schweinen verfügt, diese aber nur gegen ungewöhnlich hohe Überzahlungen des gesetzlichen Höchstpreises abgibt. Der Höchstpreis für Schweineschmalz beträgt 8 K 52 h, für Schweinespeck 7 K 60 h. Trotzdem mußten die österreichischen Einkäufer im letzten Winter und Frühjahr für Speck 10 K und für Schmalz 14 bis 16 K bezahlen. Bis Mai dieses Jahres stiegen diese Preise langsam, vom Juni an aber wieder sehr stark, so daß im September für Speck 26 K und für Schmalz 32 K bezahlt werden mußten. Dazu kommt noch, daß die ungarischen Lieferanten vor keinem Mittel zurückschrecken und zum Beispiel bei Fetteinkäufen Fässer und Kisten mit einem kleineren Gewichte in die Rechnungen einstellen, als sie wirklich haben, daß dem Speck ganz unglaubliche Mengen von Salz bis zu 30 Prozent beigemengt werden und zu Speckpreisen berechnet wurden, daß die Fleischsendungen meist nur aus Knochen bestehen usw. Diese Sendungen können vor der Absendung meistens nicht kontrolliert werden, weil der österreichische Käufer nicht in jedem Dorfe, wo 500 oder 1000 Kilogramm Fett eingekauft werden, einen Vertrauensmann haben kann und weil bei nicht sofortiger Absendung die Gefahr besteht, daß der Stuhlrichter mit der Begründung, daß in seinem Verwaltungsbezirke Mangel herrsche, die Ausfuhr trotz der Bewilligung der Regierung verhindern kann.

Diese Zustände sind der ungarischen Regierung sicherlich nicht unbekannt und trotzdem ist von ihr bis jetzt nichts geschehen, um diesen Zuständen, unter denen die Versorgung Österreichs mit Schweinefleisch, Speck und Schmalz so furchtbar leidet, ein Ende zu machen.

Leider ist die Lebensmittelnotlage der österreichischen Städte und Märkte eine solche, daß diese sogar die oben angeführten Wucherpreise annehmen müssen, um sich mit dem allernotwendigsten zu versehen.

Da nun kein Zweifel besteht, daß diese ungarische Fleischwucherei weiterbetrieben wird und auch die Preise eine weitere Steigerung wegen der passiven Haltung der ungarischen Regierung in dieser Frage erfahren werden, erscheint es dringend notwendig, dieser Ausplünderung der österreichischen Konsumenten mit aller Tatkraft entgegenzutreten. Die österreichische Regierung hat die Pflicht, gegen solche Ausschreitungen des ungarischen Handels und gegen solche verbrecherische Überschreitungen der geltenden ungarischen Höchstpreise bei der ungarischen Regierung sofort Protest zu erheben und auf Abhilfe zu dringen. Alle Möglichkeiten, wie diesen unhaltbaren Zuständen abgeholfen werden kann, müssen geprüft werden, so auch der dem österreichischen Ernährungsamte von einer großen ungarischen Organisation gemachte Vorschlag, das gesamte österreichische Zivilkontingent zu den Höchstpreisen und gegen Deckung der Spesen aufzubringen, wenn sie das Monopol für die Lieferung erhält. Bedauerlicherweise blieb dieser Vorschlag acht Wochen unerledigt, weil der vom Vertreter des Ernährungsamtes in Ungarn eingeforderte Bericht angeblich nicht eingelangt ist.

Diesen Mißständen mußte wegen der herrschenden Fleisch- und Fettnot in Österreich raschestens ein Ende bereitet werden, da sich aus ihrer Fortdauer unabsehbare Konsequenzen für unser wirtschaftliches Durchhalten ergeben könnten.

Daher stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung folgende Anfragen:

„1. Ist Seine Exzellenz geneigt, sofort die notwendigen Schritte zu unternehmen, um zwischen Österreich und Ungarn wieder das einheitliche Wirtschafts- und Versorgungsgebiet herzustellen und dadurch eine gleichmäßige Versorgung mit Lebensmitteln für beide Reichshälften zu sichern?

2. Ist Seine Exzellenz bereit, der ungarischen Regierung die Schaffung einer gemeinsamen Organisation zur Eindämmung des Lebensmittelwuchers in Ungarn nahezulegen?

3. Ist Seine Exzellenz in der Lage, mitzuteilen, welche Vorsorgen zu einer gleichmäßigen Verteilung aller unentbehrlichen Nahrungsmittel in beiden Staatshälften getroffen wurden, beziehungsweise bei der ungarischen Regierung vorgeschlagen wurden?"

**Präsident:** Ich bitte, meine Herren, die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen. Der Herr Anfragesteller stellt den Antrag, daß ihm im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung gestattet werde, diese Anfrage zu begründen und daß darüber die Debatte eröffnet werde.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diesem Antrage zugestimmt.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Schürff zur Begründung seiner Anfrage das Wort.

Bezüglich der Eintragung in die Rednerliste werde ich nachher die Sitzung auf fünf Minuten unterbrechen und wir werden die Eintragung im Präsidialsalon vornehmen.

Abgeordneter Dr. **Schürff:** Hohes Haus! Der Krieg hat uns in seinen Detailerscheinungen in vieler Hinsicht sehr unangenehm überrascht. Es

eser häßlichen und aufregenden Erscheinungen ist e gänzliche Umgestaltung der wirtschaftlichen Beehungen Österreichs zu Ungarn und insbesondere e dadurch eingetretene Verwirrung und Verwahrung auf dem österreichischen Lebensmittelmarkte. ls Hauptursachen dieses bedenklichen Zustandes, r in seinen traurigen Wirkungen insbesondere die eiten Massen unseres Volkes, die Bevölkerung r Städte und Märkte erfaßt, sind anzuführen: ie Absperrung, die Ungarn gegenüber Österreich rgenommen hat und die sich daraus ergebende gleiche Versorgung beider Reichshälften. Die Aberrung selbst ist, wenn wir die Ausgleichsgesetze, so die geltenden Bestimmungen für unsere wirtaftlichen Beziehungen mit Ungarn in Betracht hen, geradezu ein Hohn auf das geltende Ausichsgesetz vom Jahre 1867. Im Artikel I des sgleichsgesetzes heißt es *(liest)*: „Die Länder ider Teile bilden während der Dauer dieses indnisses und im Sinne desselben zusammen ein oll- und Handelsgebiet, umgeben von einer geinsamen Zollgrenze. Infolgedessen wird keinem e beiden Teile während der Dauer des Bündses das Recht zustehen, Verkehrsgegenstände, lche aus dem Ländergebiete des einen Teiles in s Ländergebiet des anderen Teiles übergehen, mit n-, Ausfuhr- und Durchfuhrabgaben welcher Art imer zu belasten und zu diesem Zwecke eine ischenzollinie zu errichten."

In der Begründung der Regierungsvorlage s österreichisch-ungarischen Ausgleiches vom Jahre 08 ist dieser Artikel I durch die sogenannte yalitätsklausel noch interpretiert und näher errt. In dieser heißt es *(liest)*:

„Beide Regierungen verpflichten sich, alle geffenen Abmachungen sowie die Bestimmungen des ll- und Handelsbündnisses gewissenhaft und in ister Gegenseitigkeit durchzuführen. Da es im nne der gegenseitigen loyalen Handhabung dieser stimmungen gelegen ist, daß die wirtschaftlichen ziehungen beider Staaten zueinander nicht bedert werden, sollen die Angehörigen jedes der den Staatsgebiete während der Dauer dieses ll- und Handelsbündnisses alle Vorteile, die ihnen olge der Erneuerung des Zoll- und Handelsdnisses hierdurch gesetzlich gesichert sind, auf dem biete des anderen Staates genießen und den dwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen der Staatsgebiete in jedem einzelnen derselben ichmäßig ein freier Verkehr gewährleistet werden." *Hört! Hört!)* Die Tendenz dieser Loyalitätsklausel — das muß festgestellt werden — richtet sich gegen en Absperrungsversuch von der einen und anen Seite. Daher ist die nunmehr im Kriege zuide gekommene Zweiteilung des Wirtschaftsgebietes, sich in ihren Folgen so unangenehm, insbedere für Österreich gestaltet, im vollsten Widerspruche mit dem Ausgleichsgesetze und insbesondere mit dieser Klausel, die eine wichtige Ergänzung des Gesetzes darstellt. Es ist diese Durchbrechung bisher bestandener, Jahrhunderte alter geschäftlicher und wirtschaftlicher Beziehungen, die förmlich über Nacht eingetreten ist und den Lebensmittelmarkt Österreichs, ich möchte sagen, in ein Chaos verwandelt hatte, tief bedauerlich, weil dadurch die ganze Lebenshaltung der österreichischen Bevölkerung auf das schwerste betroffen wurde. *(Zustimmung.)*

Dies zeigt sich insbesondere in der ganzen Fleischversorgung, die Österreich seit Kriegsbeginn, besonders in der letzten Zeit aufweist. Die große Bedeutung Ungarns für die Fleischversorgung Österreichs will ich an einigen Zahlen, die ich der Statistik des Zwischenverkehres entnommen habe, hier mitteilen. Österreich bezog im Jahre 1913 1,305.659 Stück Schlachtvieh im Werte von 259·1 Millionen Kronen, im Jahre 1914 1,221.880 Stück Schlachtvieh im Werte von 277·4 Millionen Kronen. Österreich bezog ferner aus Ungarn lebendes Geflügel im Jahre 1913 rund 4,000.000 Stück im Werte von 6·7 Millionen Kronen, im Jahre 1914 3,300.000 Stück im Werte von nahezu 6 Millionen Kronen.

Totes Geflügel bezog Österreich von Ungarn im Jahre 1913 rund 110.000 Meterzentner im Werte von 17·7 Millionen, im Jahre 1914 97.000 Meterzentner im Werte von 19·1 Millionen. Ich will die weiteren Angaben über Wildbret 2c. übergehen und insbesondere darauf hinweisen, daß frisches Fleisch in folgenden Mengen eingeführt wurde, und zwar im Jahre 1913 143.400 Meterzentner im Werte von rund 20 Millionen Kronen, im Jahre 1914 136.000 Meterzentner im Werte von 20·4 Millionen Kronen.

Die schwierigsten Verhältnisse haben sich für Österreich durch die Einschränkung der Fleischeinfuhr aus Ungarn auf dem Schweinemarkt ergeben und da gestatten Sie mir auch noch die diesbezüglichen Ziffern mitzuteilen. Österreich bezog im Jahr 1913 aus Ungarn 894.000 Stück Schweine im Werte von 129 Millionen Kronen, im Jahre 1914 nur mehr 779.000 Stück, welche jedoch schon einen höheren Wert, und zwar 133 Millionen repräsentierten. Die Schweineschmalzeinfuhr Österreichs aus Ungarn betrug im Jahre 1913 117.000 Meterzentner im Werte von 16 Millionen Kronen, im Jahre 1914 106.000 Meterzentner im Werte von 16 Millionen. Speck bezog Österreich aus Ungarn im Jahre 1913 82.000 Meterzentner im Werte von 10 Millionen, im Jahre 1914 70.000 Meterzentner im Werte von 9·8 Millionen Kronen. Die Ausfuhr von Schweinefleisch, Fett und lebenden Schweinen, Rindern und Rinderfleisch ist jetzt aus Ungarn nach Österreich kontingentiert. Außerhalb

des Kontingentes ist eine Ausfuhrbewilligung notwendig. Ich möchte kurz erwähnen, daß diese Ausfuhrbewilligung nur schwer zu erhalten ist und noch lange keine Garantie dafür bietet, daß die Waren tatsächlich nach Österreich kommen. Die Hindernisse, die sich derartigen, mit einer Ausfuhrbewilligung ausgestatteten Fleischsendungen entgegenstellen, sind, wie sie wissen, zunächst in den militärischen Requisitionen zu suchen und in einer noch viel größeren Macht in Ungarn, dem Stuhlrichter, der unter dem Vorwande, daß sich in seinem Verwaltungsgebiete ein Mangel eingestellt habe, diese Ausfuhr trotz Ausfuhrschein verhindern kann.

In der nachteiligsten Weise wird aber die Einfuhr aus Ungarn durch die Höchstpreise beeinflußt, die in Ungarn gelten und die weitaus höher sind als bei uns in Österreich. *(Zustimmung.)* Ich will über die traurige Wirkung dieser Verschiedenheit hier nicht näher sprechen, weil meine Aufgabe die ist, Ihnen in Kürze die Dringlichkeit meiner Anfrage darzulegen. Die Absicht, die in dieser Ungleichheit der Höchstpreise liegt, ist jedoch eine ganz offen zutage liegende und sie geht dahin, die Ausfuhr nach Österreich zu beschränken und höhere Gewinne, insbesondere bei den Heereslieferungen zu erzielen, zu denen dann Österreich nach der Quote wieder 63·6 Prozent beizutragen hat.

Alle diese Zustände haben begreiflicherweise in unserer Bevölkerung daß größte Mißbehagen und die größte Unzufriedenheit hervorrufen müssen und ich behaupte, daß die Ungleichheit der Höchstpreise eine der Hauptursachen der österreichischen Lebensmittelnot geworden ist, denn der Unterschied, der diesbezüglich zwischen den Höchstpreisen und den tatsächlichen Erstehungspreisen besteht, bestätigt dies. Ich verweise darauf, daß die Höchstpreise für Schweineschmalz in Ungarn 8 K 52 h betragen, für Schweinespeck 7 K 60 h, daß der wirkliche Preis jedoch bereits im vergangenen Winter für Speck 10 K und für Schmalz 14 bis 16 K betrug, daß dagegen im September 1917, also vor einigen Wochen, Speck in Ungarn 26 K und Schweineschmalz 32 K kostete. Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese Preise noch fortwährend steigen, während nach dem Urteile von Fachmännern längst ein Abbau und Sinken der Preise eingetreten sein müßte.

Die österreichische Bevölkerung, welche den Ursachen dieser unhaltbaren Zustände hinsichtlich der Versorgung des österreichischen Marktes mit Fleisch aus Ungarn nachforscht, kann sich natürlich nicht erklären, warum denn gegen diese Zustände in Ungarn nicht eingeschritten wird. Und wir, meine verehrten Herren, die wir die Pflicht haben, die Interessen der österreichischen Bevölkerung zu vertreten, müssen fragen: Wo bleibt bei derartigen Zuständen, wo bleibt bei derartigen Preistreibereien, wie sie in Ungarn betrieben werden, die ungarische Regierung? Wir haben zu wiederholtenmalen Gelegenheit gehabt, zu hören, daß sich die ungarische Regierung über manche Dinge, die sich in Österreich ereignet haben, recht unwillig geäußert hat. Auch uns steht das gleiche Recht zu, an die ungarische Regierung die Mahnung zu richten, in dieser Richtung Ordnung zu machen. Die Zustände, wie sie gegenwärtig auf dem österreichischen Fleischmarkte bestehen, sind für die Dauer unhaltbar. Sie wissen, die breiten Massen unseres Volkes in den Städten und Märkten degenerieren unter dem Fettmangel. Ich verweise Sie nur auf das Aussehen der Kinder und Greise in den Städten und Märkten *(Zustimmung)*, welche von Tag zu Tag mehr verfallen; ja, wir wissen nicht, wie diese armen Geschöpfe den Winter überdauern werden. Wir beobachten, daß unser Arbeiter- und Bürgertum entkräftet ist; wir sehen die traurigen Folgen an den blassen, mageren Gesichtern, an der Leistungsunfähigkeit der Leute und wir müssen mit Bedauern feststellen, daß leider dieser rücksichtslosen Konjunkturpolitik in Ungarn bisher noch nicht Halt getreten wurde. Ich mache Sie noch auf folgendes aufmerksam: Wir stehen jetzt im Herbst und spüren bereits den Fettmangel in seiner ganz außerordentlichen Härte. Wie wird es diesbezüglich erst im Winter aussehen, wenn die Bevölkerung außerdem noch unter der Kälte zu leiden hat und nicht einmal die nötige Fettmenge zur Ernährung bekommt *(Zustimmung.)* Es ist kein Wunder, wenn die Bevölkerung die Geduld verliert und wenn die Bevölkerung sich nunmehr in einem wirtschaftlichen Kriegszustande mit der ungarischen Reichshälfte zu befinden glaubt.

Dazu kommt, meine verehrten Herren, daß diese Frage außer ihrer wirtschaftlichen Bedeutung eigentlich auch noch eine politische Seite hat. Die wirtschaftliche Abschließung Ungarns von Österreich ist eine systematische, denn wir merken, daß uns nicht bloß das Fleisch vorenthalten wird, sondern wir sehen ja auch, daß dieselben Verhältnisse sich hinsichtlich der Einfuhr von Gemüse, Obst usw. gezeigt haben. Es wird Ihnen allen, meine Herren, auffallen, daß gerade von deutscher Seite diese unangenehmen Folgen, die sich aus der Absperrungspolitik Ungarns und aus der ungenügenden Versorgung des österreichischen Lebensmittelmarktes mit Fleisch und anderen ungarischen Nahrungsmitteln ergeben, hier zur Sprache gebracht werden und daß gerade wir Deutsche uns verpflichtet fühlen, diese Frage hier anzuschneiden. Wir sind, meine Herren, in diese traurige Lage gezwungen worden, denn die Lebensmittelnot trifft die Deutschösterreicher am meisten; wir müssen aber konstatieren, daß wir als treue Freunde Ungarns und als Anhänger des Dualismus gezwungen sind, die Mahnung an die ungarische

Reichshälfte zu richten, in dieser Frage nachzugeben und der österreichischen Reichshälfte jene Lebensmittel zur Verfügung zu stellen, die zu ihrem Durchhalten notwendig sind. Man hat uns bisher mit Belehrungen, mit schönen Worten und Loyalitätserklärungen sozusagen satt füttern zu können geglaubt. Wir danken für diese Erklärungen und Loyalitätsversicherungen, wir bitten aber um mehr reale Beweise bundesbrüderlicher Gesinnung und diese realen Beweise bundesbrüderlicher Gesinnung können eben darin bestehen, daß die ungarische Regierung an die österreichischen Konsumenten mehr Fleisch, mehr Fett, mehr Obst, mehr Gemüse als bisher abgibt.

Darum, meine Herren, glaube ich, daß diese Frage, die ich hier angeschnitten habe, eine dringliche Sache ist *(Zustimmung)* und daß ich jedenfalls auch in Ihrem Namen sprechen kann, wenn ich Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung bitte, in dieser Frage energisch aufzutreten und bei der ungarischen Regierung dahin zu wirken, daß der österreichischen Bevölkerung die zum Durchhalten notwendigen Nahrungsmittel in reichlichem Maße zur Verfügung gestellt werden.

Aber, meine Herren, wir hören in der letzten Zeit sehr bedauerliche Nachrichten und insbesondere jene haben uns tiefbetrübt, daß ungarische Abgeordnete gleichsam einen Spionagedienst in Österreich darüber eingerichtet haben, ob wir reichlich versorgt sind, ob wir genug zu leben haben oder nicht. Ich muß sagen, meine Herren, wir österreichischen Abgeordneten hätten in dieser Hinsicht einen gleichen Schritt nicht unternommen; wir wären in solcher Mission nicht nach Ungarn gegangen und hätten in Ungarn in dieser Weise nicht Erhebungen gepflogen. Uns hätten die Angaben der Regierung und Statistik jedenfalls genügt.

Die Aufgabe der österreichischen Regierung ist es daher, die österreichischen Interessen tatkräftigst zu vertreten und insbesondere die Bevölkerung vor den unangenehmen Folgen einer ungenügenden Lebensmittelversorgung zu schützen.

Ich möchte daher mit folgenden Worten schließen: Wir haben mit vereinten militärischen Kräften den furchtbaren Anschlag unserer Feinde auf den Bestand und die wirtschaftliche Zukunft dieses Staates abgeschlagen. Mit vereinten wirtschaftlichen Kräften beider Staatshälften müssen wir das Durchhalten ermöglichen, um den militärischen Erfolg unserer Monarchie und unserer treuen Bundesgenossen nicht zu gefährden. Darum weg mit allen Hindernissen, die für unser wirtschaftliches Durchhalten im Laufe des Krieges künstlich aufgerichtet wurden. Darum Wiederherstellung des früheren Wirtschaftszustandes zwischen Österreich und Ungarn. Und an Eure Exzellenz richte ich die Bitte: Exzellenz! Mobilisieren Sie die Kräfte, die der Regierung in dieser Richtung innewohnen, mobilisieren Sie damit auch die Kräfte, die in dieser Frage dem Parlamente innewohnen. So wie unsere treuen Bürger draußen an den Fronten den Wünschen und Befehlen ihres Kommandierenden jederzeit gefolgt sind, so werden wir auch in dieser Frage, wo es gilt, der österreichischen Bevölkerung die notwendigen Mittel zum wirtschaftlichen Durchhalten zu verschaffen, Ihnen, Exzellenz, Gefolgschaft leisten und Sie können sicher sein, an dem Parlamente die stärkste Stütze zu finden. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Es hat sich zum Worte gemeldet Seine Exzellenz der Herr Minister für Volksernährung. Ich erteile ihm das Wort.

Minister Generalmajor **Höfer:** Hohes Haus! Auf die soeben an mich gerichtete dringende Anfrage erlaube ich mir, folgendes zu erwidern:

Nach dem gegenwärtig gültigen Übereinkommen mit Ungarn liefert uns Ungarn Kontingente an Vieh und an Fett. An Rindern beträgt dieses Kontingent monatlich 4000. In den vergangenen zwei Monaten haben wir dieses Kontingent auf 6000 erhöht und haben außerdem von Ungarn eine einmalige Anlieferung von 30.000 Rindern erwirkt. *(Ruf: Zu welchen Preisen?)* Ich komme dann auf die Preise. Wir streben jetzt an, das Monatkontingent von 4000 auf 8000 Rinder zu erhöhen, und ich glaube, daß uns die ungarische Regierung in der Hinsicht entgegenkommen wird.

Die Rinder, die wir kaufen, sind Hochprimaqualität, weil es ja sehr unrationell wäre, wenn wir Sekundaware auf Stückzahl kaufen würden. Es würden uns viele Meterzentner an Gewicht entgehen. Es sind Hochprimarinder, die natürlich einen ziemlich hohen Preis haben. Höchstpreise sind in Ungarn für Rinder nicht festgesetzt, aber es stellt sich der Preis per Lebendgewicht ungefähr auf 5 bis 6 K. Dadurch erklären sich die außerordentlich hohen Rinderpreise bei uns. Der Aufkauf dieser Rinder erfolgt teils durch die Viehverwertung, teils durch freien Einkauf. Die Bewilligung zur Ausfuhr der gekauften Rinder erteilt das königlich ungarische Ackerbauministerium.

Was die Schweine anbelangt, so bekommen wir ein Kontingent von 12.000 Stück im Monat und wir sind jetzt daran, die Erhöhung dieses Kontingents auf 16.000 zu erwirken. Der Einkauf erfolgt durch die Viehverwertung. Es sind nach der sogenannten Budapest-Köbányaer Usance Höchstpreise festgestellt, die 5 bis 6 K ausmachen. Die Verteilung der gekauften Schweine geschieht prozentuell auf die einzelnen Verwaltungsgebiete in Österreich, wobei natürlich die Eigenproduktion jedes Kronlandes berücksichtigt wird. Die Bewilligung zur

Ausfuhr erteilt für jede Partie das königlich ungarische Ackerbauministerium.

Nun bekommen wir noch ein Kontingent an sogenannter toter Ware. Das sind Bacons, dann Speck, Fett und auch Wurstzeug. Dieses Kontingent beträgt monatlich 90½ Waggons; eine Erhöhung auf 120 Waggons monatlich streben wir an. Die Preise sind, so wie der hochverehrte Herr Vorredner erwähnt hat, Höchstpreise von 7½ bis 8½ K. *(Abgeordneter Vaněk: Die Ware aber miserabel!)*

Der Transport dieser sogenannten toten Ware spielt sich derart ab, daß wir Blankotransportscheine von Ungarn bekommen; der Einkauf geschieht in Ungarn hauptsächlich durch Stadtgemeinden und durch Industrien, die bekommen dann die Blankotransportscheine von uns und führen die Ware ein.

Nun ist es gar kein Zweifel, daß um die Höchstpreise nicht immer das volle Kontingent zu haben ist und daß bei den Einkäufern das Bestreben besteht, um jeden Preis Ware zu bekommen. Es entsteht dadurch ein Überzahlen der Höchstpreise, das sich namentlich in der letzten Zeit, wo die Futternot eine so außerordentlich große ist, noch erheblich gesteigert hat. So kommt es, daß die Ware zu uns zu — man kann sagen — exorbitanten Preisen auf den Markt kommt. Es kommen auch gewisse Unzukömmlichkeiten vor und wo uns solche bekannt geworden sind, haben wir uns an die ungarische Regierung gewendet *(Abgeordneter Schiegl: Ohne Erfolg!)* und ich muß zugeben, daß wir auch Entgegenkommen gefunden haben. Ich habe heute zum Beispiel, gerade bevor ich in das hohe Haus gegangen bin, ein Stück Speck bekommen, welches wesentlich übersalzen war. Ich habe gleich Veranlassung getroffen, daß dem nachgegangen und die königlich ungarische Regierung um Abhilfe ersucht wird. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Nun handelt es sich darum, diese Anstände radikal zu beseitigen. Es geht in dieser Art mit dem freien Einkauf und dem Überzahlen der Höchstpreise nicht weiter, da muß das Aufbringungssystem geändert werden. Zu diesem Zwecke beabsichtigt die königlich ungarische Regierung eine zentrale Wirtschaft einzuführen *(Zwischenrufe)*, nämlich die Beschaffung durch einheitliche Aufbringung. In diesem Falle könnten wir dann die Ware etwa durch ein vereinbartes Kontingent erhalten.

Das ist das wirksamste Mittel, um diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Wir sind eben im Begriffe, mit der königlich ungarischen Regierung diesbezüglich zu verhandeln.

Um eine gewisse Unabhängigkeit vom freien Einkauf zu besitzen, haben wir verschiedene Mittel in Bewegung gesetzt, selbst Fett zu erzeugen und unsere Fettversorgung möglichst unabhängig zu bewirken. Zu diesem Zwecke haben wir Mastungen in Angriff genommen, und ich muß hier feststellen, daß uns die k. u. Regierung in dieser Beziehung, Entgegenkommen gezeigt hat; auch hinsichtlich der noch schwebenden Frage des Mastungsfutters hoffe ich, zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Wir werden in Nagy-Tétény, in dieser großen Mastanstalt, 10.000 ungarische sogenannte Herrschaftsschweine bester Qualität einstellen. *(Zwischenrufe.)* Diese 10.000 Schweine werden dann durch weitere 10.000 Schweine vermehrt, die wir in Kroatien mit Eicheln vormästen und dann in Tétény der endgültigen Mast zuführen. Ein drittes Kontingent von 10.000 Schweinen ist allenfalls noch in Aussicht stehend, so daß wir dann in Tétény bestenfalls 30.000 Schweine hätten. Ich erwähne noch, daß wir ähnliche Mastungen auch in Serbien durchführen wollen. Dort macht es die Militärverwaltung und gibt uns dafür ein Kontingent an Schweinen. *(Zwischenrufe. — Ruf: Geben Sie uns die Futtermittel, wir werden mehr produzieren!)* Das können wir jetzt nicht, weil wir den Mais nicht haben, wir sind momentan auf auswärtigen Mais angewiesen.

Wenn wir rumänischen Mais bekommen, was erst im Frühjahr der Fall sein wird, und wenn wir einiges von diesem Mais bei der menschlichen Ernährung entbehren können, werden wir die Mastungen selbstverständlich in erster Linie bei uns bewirken. *(Zwischenrufe.)* Ich bitte, das Quantum Kartoffeln, welches dem Landwirte zurückbleibt, ist ohnehin ein ziemlich bedeutendes. *(Zwischenrufe. — Ruf: 170 Kilogramm werden für eine Person gerechnet, auf den Viehstand wird gar keine Rücksicht genommen!)* Von der Kartoffelernte, die wir mit zirka 70 Millionen Meterzentner schätzen, nehmen wir nebst dem Armeebedarf 17 Millionen für die Nichtversorger in Anspruch, alles übrige bleibt dem Landwirt. *(Zwischenrufe.)*

Über die Frage des einheitlichen Wirtschaftsgebietes möchte ich mich nur kurz äußern. Dadurch, daß auf die wichtigsten Artikel Transportscheine eingeführt wurden, besteht natürlich, trotz der freien Grenze, eigentlich eine Grenzabsperrung, indem es freigestellt ist, Transportscheine zu geben oder nicht. Diese Absperrungen haben sich sogar zwischen den einzelnen Kronländern, ja sogar zwischen den einzelnen Bezirken gezeigt. Wir haben diese Bezirksabsperrungen endgültig aus der Welt geschafft. Man muß bedenken, welche Konsequenzen eine gänzliche Freigabe der Grenze hätte. Gewiß wäre es ideal, wenn man vollkommen frei jenseits der Grenze einkaufen könnte, aber es muß eine Grundbedingung vorhanden sein und die Grundbedingung dafür ist eine gleichartige Preislage hüben und drüben. Denn wenn unter den jetzigen Verhältnissen, wo die ungarischen Preise ja wesentlich höher sind wie die unseren, die Grenze frei

wäre, so wäre die große Gefahr vorhanden, daß die hohen ungarischen Preise noch unsere Ware hinüberziehen und somit der Fall einträte, daß die österreichischen Artikel nach Ungarn gingen. *(Zwischenrufe.)* Der Hebel muß also bei den Preisen angesetzt werden.

Die Schwierigkeit ist, die Preise möglichst gleichzustellen. *(Zwischenrufe.)* Wir finden, daß die Preise der agrarischen Produkte in Ungarn zu hoch sind, die Ungarn wieder finden, daß die Industrieartikel, die von uns erzeugt werden, im Preise zu hoch sind. *(Zwischenruf.)* Damit in dieser Hinsicht ein möglichster Einklang der Preise eintrete, wurde in einer gemeinsamen Aussprache mit der königlich ungarischen Regierung beschlossen, daß die beiderseitigen Zentral-Preisprüfungskommissionen diese Frage in Angriff nehmen und man sich darüber klar werde, wie es möglich ist, einen Abbau der ungarischen agrarischen Preise und einen gewissen Abbau der österreichischen Industriepreise zu erwirken. *(Zwischenrufe.)* Der Austausch der übrigen Lebensmittel an Brotgetreide, an Gemüse, Fleisch ꝛc. erfolgt in der Weise, daß alljährlich — gewöhnlich im Oktober, wir stehen auch jetzt vor Verhandlungen mit der königlich ungarischen Regierung — die Kontingente gegenseitig abgemacht werden. Es wird auf Grund der beiderseitigen Vorlage des Wirtschaftsplanes, des Bedarfes und der vorhandenen Ernteergebnisse vereinbart, welches Kontingent Ungarn an Österreich hinsichtlich der Bodenprodukte, des Brotgetreides und der Futtermittel zu geben habe. Diese Verhandlungen werden in wenigen Tagen in Budapest stattfinden. *(Abgeordneter Schiegl: Werden da die gleichen Rationen festgestellt?)* Wir werden selbstverständlich dort mit allem Nachdrucke unsere Interessen vertreten. Natürlich hat es Österreich insofern schwierig, weil es an Lebensmitteln ein Bedarfsland ist. Das bitte ich zur geneigten Kenntnis zu nehmen. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Ich unterbreche die Sitzung auf 10 Minuten und ersuche jene Herren, die sich an der Debatte beteiligen wollen, sich im Präsidialsalon in die Rednerliste eintragen zu wollen.

*(Die Sitzung wird um 5 Uhr 10 Minuten unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 5 Uhr 20 Minuten):*

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Es haben sich in dieser Debatte zum Worte gemeldet die Herren Abgeordneten: Dr. Liebermann, Dr. Freißler, Kraft, Fink, Goll, Marek, Aust, Starck, Dr. v. Hofmann, Ritter v. Semaka, Dr. Steskowicz, Dr. Rybář, Dr. Velich, Muchitsch, Ritter v. Lukaszewicz, Dr. Dulibić, Dr. Višković, Rauch, Friedmann, Pokorný, Sever, Jarc, Pik, Wedra, Kolessa, Waber, Tusar, Heilinger.

Ich mache aufmerksam, daß die Rededauer in dieser Debatte nach der Geschäftsordnung auf 20 Minuten beschränkt ist.

Ich erteile dem ersten Herrn Redner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Liebermann das Wort.

Abgeordneter Dr. **Liebermann:** Meine Herren! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um zunächst zu erklären, daß wir uns den Ausführungen des verehrten Herrn Antragstellers vollständig anschließen. Wir billigen vollständig seinen Standpunkt und seine Anschauung, daß sich die diesseitige Reichshälfte, daß sich sämtliche Faktoren, sowohl die Regierung als auch die Bevölkerung dagegen wehren müssen, daß in unsere Ernährungsverhältnisse von auswärts eine Konfusion hereingetragen werde. Aber hiermit ist der Nagel noch nicht auf dem Kopfe getroffen.

Die Anfrage des Herrn Kollegen Schürff hat in mir Erinnerungen wachgerufen, die nach Anhörung seiner Rede in mir die Überzeugung festigten, daß einen großen Anteil an der Ernährungskalamität, worunter unsere Bevölkerung leidet, auswärtige Faktoren haben. Meine Herren! Ich komme von meinem Wahlbezirke, ich habe drei Tage dort verbracht und ich muß Ihnen sagen, daß die wirkliche, wahre Hungersnot und Erbitterung, die dort herrscht, jeder Beschreibung spottet. Was sich vor unseren Augen abspielt, das sind keine Irrtümer mehr, keine Mängel, das sind Verbrechen, die an der Bevölkerung verübt werden. Die Bevölkerung meiner Heimatstadt Przemyśl hat in diesem Kriege viel gelitten, sie hat zwei furchtbare Belagerungen ausgestanden, sie hat die Invasion über sich ergehen lassen müssen, aber sie hält wacker stand und sie war im Rechte, von dem Staate eine gewisse Fürsorge zu verlangen und zu erwarten, daß sie für alle diese Leiden schadlos gehalten werde. Aber wir haben es gelernt in Österreich bescheiden zu sein und wir haben darauf in Würdigung der wirklichen Verhältnisse verzichtet. Das jedoch haben wir vorausgesetzt, daß wir wenigstens mit dem übrigen Teil der Bevölkerung gleichgestellt werden. Es traf aber nicht zu.

Meine Herren! Seit zehn Tagen bekommt die große Masse der Bevölkerung kein Stückchen Brot. *(Hört! Hört!)* Das ist eine nackte Tatsache, keine Übertreibung. Glauben Sie, meine Herren, daß sie es nicht erhält, weil das Mehl oder Getreide fehlt? Nein, als Strafe. Diese Maßnahme wurde von den Organen der Regierung als Strafe über die Stadt verhängt. *(Zwischenrufe.)* Und nun hören Sie mich an. Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt hat das Prinzip aufgestellt, daß, wenn ein Bezirk nicht das entsprechende Quantum Getreide abliefert, dann der ganze Bezirk überhaupt kein

Körnchen Mehl zu bekommen habe. Wenn also der Bauer oder der Großgrundbesitzer sein Mehl nicht abliefert, so wird hierfür die städtische Bevölkerung bestraft. Und das spielt sich seit zehn Tagen in Przemyśl ab, daß die städtische Bevölkerung kein Mehl, kein Stückchen Brot bekommt zur Strafe dafür, daß die Bauern und Großgrundbesitzer ihr Getreide nicht abliefern wollen oder können.

Ich frage nun den Herrn Minister, wie er diese unerhörten Barbareien seiner unteren Organe verantworten kann, dieses toll und blind wütende Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung. Und da muß man noch erwägen, meine Herren, daß die Landwirte im Bezirke ihr Getreide deshalb nicht abliefern können, weil die Arbeitskräfte fehlen. Die jungen und alten Landwirte hat man eingezogen und es gibt wenig Leute auf dem Lande, um die nötigen Arbeiten zu verrichten. Und während seit zehn Tagen die Bevölkerung in der so sehr gepriesenen Stadt hungert, rollen — das wird auch dem Herrn Eisenbahnminister interessieren, was ich jetzt erzähle — während also die Bevölkerung in den Städten hungert, rollen in vielen vollbeladenen Waggons Lebensmittel der Grenze zu, auf heimliche und verstohlene Weise. *(Hört! Hört!)* Ich bitte, meine Herren, diese Tatsachen, die ich Ihnen vorführen werde, aufmerksam anzuhören. Es wird daraus auch eine Lehre für die Regierung hervorgehen. Die Regierung möge von der deutschen Regierung, von den reichsdeutschen Behörden lernen, wie man das Verpflegungsgeschäft besorgt, wie man die eigene Bevölkerung mit allen erdenklichen Mitteln und auf allen erdenklichen Wegen versorgt. Aus diesen Tatsachen wird hervorgehen, daß eine geheime Organisation in unserem Staate, in unserem Lande herrscht, aufgebaut zu dem Zwecke, um planmäßig und systematisch das Land — ich habe da in erster Reihe Galizien im Auge, aber in zweiter Reihe leidet darunter auch der Staat — um Land und Staat auszuplündern.

Am 27. September wurden in Krakau drei Waggons Lebensmittel mit der Bestimmung nach Deutschland angehalten, am 28. September wieder drei Waggons, deklariert als Akten; in den Waggons waren aber Zwetschken anstatt der Akten. Am 5. Oktober wurde in Chyrów bei Przemyśl bei dem Zuge 1286 ein Waggon unter Begleitung von deutschen Soldaten angehalten, mit der Adresse: Kanonengießerei Spandau und deklariert als unbrauchbare Kanonenrohre. Der Frachtbrief trägt, wenn es den Herrn Eisenbahnminister interessiert, weil auch er hier als geschädigte Partei erscheint, die Nummer 11/5623 usw., die näheren Daten kann ich ihm bei Gelegenheit, wenn er sie wünscht, mitteilen. Dieser Waggon wurde zufälligerweise geöffnet, man vermutete darin unbrauchbare Kanonenrohre. In diesem Waggon waren aber 1400 Pakete, adressiert an 1400 verschiedene Parteien in Deutschland; die Absender waren Soldaten und Offiziere bis zum General. Die Pakete waren bestimmt für alle Richtungen Deutschlands, also für Hannover, Hamburg usw. Dieser Waggon wurde angehalten und natürlich wurde das alles kommissionell festgestellt. Ich habe mich zu gleicher Zeit an den Herrn Ernährungsminister in der Sache gewendet; was er unternommen und was er verfügt hat, weiß ich nicht, das entzieht sich meiner Kenntnis. Am 26. Oktober kam dasselbe vor in der Station Rzeszów.

Da wurden zwei Waggons angehalten, abgesendet vom deutschen Gerätedepot Nr. 102, adressiert an das Artilleriedepot Breslau, deklariert als Munition. Die Waggons wurden durch einen Zufall geöffnet, auf ihren Inhalt geprüft und da ergab sich, daß sie überhaupt keine Spur von Munition enthielten, dagegen waren die ganzen Wagen beladen mit verschiedenen Paketen. Im ersten Waggon waren 258 Frachtbriefe, bestimmt für einzelne Parteien und da waren Fett, Getreide, Obst, Mehl usw., kurz verschiedene Lebensmittel enthalten. Der erste Waggon enthielt also 258 Frachtbriefe, der zweite enthielt 920 Pakete, alles deklariert als Kriegsgut. Der eigentliche Aufgeber dieser Waggons war das Militärgüterpaketamt 104, deutsche Feldpost 269. Am 8. Oktober wurden in derselben Station wiederum zwei Waggons mit Lebensmitteln, deklariert als Munition, abgesendet, wieder von einem Munitionsdepot und wieder adressiert an eine Behörde, an ein staatliches Institut in Deutschland.

Meine Herren! Das sind nur einige Beispiele, denn diese Waggons mit Lebensmitteln, die heimlicherweise aus unserem Lande ausgeführt werden, zählen nach Hunderten. *(Zustimmung.)*

Aus diesen Tatsachen ersehen Sie aber eines, meine Herren: daß diese geheime Ausfuhr organisiert ist von den deutschen Militär- und Zivilbehörden. Warum? Wie könnte diese Aktion, diese geheime Ausfuhr durchgeführt werden, wenn sie nicht geleitet und durchgeführt wäre von den deutschen Behörden? Der Aufgeber ist ein deutsches Kommando, der Empfänger ist eine Kanonengießerei oder ein Artilleriezeugsdepot in Breslau, wieder ein staatliches Institut. Die einzelnen Absender zählen nach Tausenden, das sind Soldaten und Offiziere; die Empfänger im Heimatlande sind wieder Tausende von Parteien. Eine solche Aktion muß unter der Patronanz der deutschen Regierung und der deutschen Behörden vor sich gehen, denn ohne diese Annahme wäre das überhaupt undenkbar.

Ich frage Sie, meine verehrten Herren von der Regierung, was wollen, was werden Sie unternehmen, um unsere Bevölkerung in Schutz zu nehmen

gegen die Anschläge, die von einem Bundesgenossen gegen ihre vitalsten Ernährungsinteressen unternommen werden, gegen Anschläge, die nicht besser durchgeführt werden könnten von dem grimmigsten Feinde? Was gedenken Sie zu tun, um die Bevölkerung dagegen zu schützen? *(Zwischenrufe.)* Ich verurteile nicht die deutschen Soldaten und die deutschen Offiziere; das sind Menschen und die tun das, gedrängt von menschlichem Gefühl: sie haben Familien, ihre Familien leben in großer Not — die Lebensmittelnot ist groß in Deutschland — und ich begreife dieses menschliche Gefühl des einzelnen, das ihn zu einem solchen Vorgehen drängt. Ich weiß nicht, meine Herren, ob ich als Familienvater in einer ähnlichen Lage dieser Versuchung widerstehen könnte; aber von einer Regierung, von einer Behörde, die unter der Leitung unseres Bundesgenossen steht, habe ich das Recht, zu verlangen, daß sie die Gesetze unseres Landes achte, daß sie sich nicht gegen die Verfügungen unserer Behörden auflehne, daß sie nicht Verwirrung in unsere vitalsten Interessen hineintrage.

Meine Herren! Wir stehen ja in Reih' und Glied auf dem Schlachtfelde und in den Schützengräben, wir wissen, daß ein Bündnis zwischen uns und Deutschland besteht, wir respektieren es, wir fügen uns diesem Bündnisse und wir sind bereit, auch die Polen, alle Pflichten, die aus diesem Bündnisse für den Staat und die Bevölkerung sich ergeben, auf uns zu nehmen. Aber diese Anschläge, diese geheimen, verstohlenen illoyalen Anschläge gegen unsere Ernährung, das ist ein kriegerischer Akt, den auch der grimmigste Feind gegen uns unternehmen könnte. Und wenn Herr Schürff von der Regierung verlangt hat, daß sie an die ungarische Regierung die Mahnung richte, sie möge loyal sein, sie möge uns in unserer Not unterstützen, sie möge die Verpflichtungen, die sich aus unserem gegenseitigen staatsrechtlichen Verhältnisse ergeben, loyal erfüllen, so muß ich dieser Mahnung auch meine Bitte anschließen, muß auch ich von der Regierung verlangen, daß sie auch ein ernstes Wort mit der deutschen Regierung rede. Ein ernstes Wort! Die Regierung hat die Pflicht, der deutschen Regierung ans Herz zu legen, daß sie nicht durch diese geheime Ausfuhr, die sich über die Gesetze und die Behörden in unserem Vaterlande hinwegsetzt, gegen uns und unsere Behörden vorgeht. Ein ernstes Wort! Unsere Regierung hat die Pflicht, hart und stark zu sein auch gegenüber dem Bundesgenossen und nicht zusammenzuknicken vor der deutschen Regierung. Das, was ich hier in meiner Rede geschildert habe, ist bekannt. Es wurden eine Anzahl von Beschwerden an die Regierung abgesendet, um diesem Vorgehen abzuhelfen. Bisnun ist nichts getan. Ein jeder Kommandant, auch der Statthalter, knickt vor jedem deutschen Offizier zusammen, auch wenn er unsere Gesetze mit Füßen tritt. Wir haben das Recht, zu verlangen, daß das Bündnisverhältnis, das uns mit Deutschland vereint, auf dem Prinzip der Parität aufgebaut ist und nicht auf dem Grundsatz des Vasallentums. Knicken Sie nicht vor den Deutschen zusammen, sprechen Sie mit ihnen ein Manneswort und sagen Sie, daß das der Würde unseres Staates ins Gesicht schlägt, wenn fremde Soldaten, wiewohl sie auch Bundesgenossen sind, sich über die Verfügungen unserer Behörden und unserer Regierung hinwegsetzen, sie mit Füßen treten und dabei die vitalsten Ernährungsinteressen unserer Bevölkerung preisgeben!

Ich richte die dringende Bitte an die Regierung, daß sie das tut und daß sie das eilig tut. Die Sache verträgt keine Verzögerung, die Sache hat Eile. Ich muß Ihnen sagen, daß es leicht ist, hier Worte von Patriotismus und, wie der Herr Schürff gesagt hat, vom Durchhalten usw. zu sprechen. Sie, meine Herren von der Regierung, haben es leicht, uns an das Durchhalten zu mahnen; Ihnen geht es gut, Sie haben alles und die Opfer, die Sie, abgesehen von der schweren ministeriellen Bürde, dem Staate bringen, sind gering. Aber, meine Herren, die Bevölkerung draußen, die arbeitende, hungernde Bevölkerung, die gibt dem Staate alles: ihre Gesundheit, ihre Kinder, ihr Leben, kurz alles, was ihr eigen, gibt sie her und erhält dafür nichts, nicht einmal den Bissen Brot! Und deshalb sage ich Ihnen: die Sache hat Eile. Sie haben heute von der Galerie gehört, wie Ihnen der Ruf nach dem Frieden entgegengeschleudert wurde. Wenn Sie mit dieser selben bureaukratischen Langsamkeit die Ernährungsinteressen behandeln wie bis heute, so wird es Ihnen ebenso wie heute von der Galerie an allen Ecken und Enden des Reiches von der Bevölkerung entgegentönen: Brot oder Frieden! *(Beifall.)*

Wir wollen ein Ende dieser Qualen durch eine gerechte, objektive und energische Wirtschaft, die Sie in die Ernährungsverhältnisse hineinbringen sollen. Wenn Sie aber dazu nicht fähig sind, wenn Sie nicht den Mut haben, unserem deutschen Bundesgenossen die Wahrheit zu sagen und von ihm zu verlangen, daß er unsere Gesetze und Behörden respektiert, dann schließen Sie Frieden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Freißler.

Abgeordneter Dr. **Freißler:** Hohes Haus! Der unmittelbare Herr Vorredner hat in außerordentlich temperamentvoller Weise eine Reihe von Fragen berührt, von denen ich zunächst einmal feststellen möchte, daß sie mit dem jetzt zu beratenden Gegenstande in keinem Zusammenhange stehen. Wenn wir es nicht verstehen, eine Debatte beim Gegen-

stande zu halten, sondern alle möglichen, in diesem Kriege gewiß nicht spärlichen Probleme hereinziehen, so werden wir niemals zu einer wirksamen Gestaltung dieser Debatte gelangen können. Ich gehe daher auf die von dem Herrn Vorredner vorgebrachten Behauptungen in diesem Zusammenhange nicht ein, behalte mir aber so wie meine näheren Freunde vor, bei passenderer Gelegenheit darauf eingehend zu antworten.

Meine Herren! Die Anfrage des Herrn Kollegen Dr. Schürff betrifft einen Angelpunkt unserer Ernährungs- und Kriegswirtschaft überhaupt. Die Großmachtstellung der Monarchie beruhte und beruht auf der Wirtschaftsgemeinschaft mit Ungarn. Auf diese Grundlage hat sich die ganze Volkswirtschaft eingestellt, auf dieser Grundlage bauen sich die gesamte außenpolitische Handlungsfähigkeit der Monarchie, insbesondere auch die Leistungsfähigkeit der Armee, die Bündnisfähigkeit, kurz alle Voraussetzungen des staatlichen Lebens auf. Nur kurz will ich feststellen, daß wir als österreichische Reichshälfte bei der Schaffung dieser Voraussetzung nicht allein der empfangende Teil gewesen sind, sondern die Aufrechterhaltung des gemeinsamen Wirtschaftsgebietes, namentlich auf dem Gebiete der Handelspolitik, Jahrzehnte hindurch mit großen Gegenwerten unserer Volkswirtschaft ausgestattet haben.

So sind wir in den Krieg eingetreten. Während nun die außerordentliche Verschiebung der ganzen volkswirtschaftlichen Verhältnisse im Kriege eine Verdichtung der Beziehungen zu der anderen Reichshälfte wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht erfordert hätte, trat eigentlich eine Zuspitzung ein, die bei uns in der kürzesten Zeit außerordentlich empfindlich wurde.

Leider Gottes wurden Galizien und die Bukowina, die eine so außerordentliche Bedeutung für die Aufrechterhaltung der Volksernährung in unserer Reichshälfte besitzen, da sie ja nach der Statistik für die wichtigsten Körnerfrüchte allein zirka 40 bis 45 Prozent der Anbaufläche der österreichischen Länder darstellen und daher mindestens, wenn man schon die geringe Intensität der Wirtschaft in Galizien und in der Bukowina in Betracht zieht, mit etwa einem Drittel am Ertrage unserer Getreideversorgung beteiligt sind, durch die kriegerischen Ereignisse bald ausgeschaltet und wir waren auf die ungarische Zufuhr dadurch mehr als je im Frieden angewiesen.

Gleichwohl machte sich eine fortschreitende Absperrungspolitik der ungarischen Reichshälfte bemerkbar, die aber nicht etwa mit Hilfe von Zwischenzöllen betrieben wurde, denn Zölle haben wir bis heute im Verkehr mit Ungarn bekanntlich nicht; aber die Zollgemeinschaft hindert auch nicht eine nahezu vollständige Unterbindung des Warenverkehres, ein Gesichtspunkt, der uns auch in anderem Zusammenhange bei der Beurteilung des Wertes von Zollinien sehr wertvoll sein wird.

Am allerwichtigsten ist aber für uns in der Beziehung zu Ungarn die vollständige Heterogenität des kriegswirtschaftlichen Regimes, der Mangel einer jeglichen Anpassung an die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen, die in unserer Reichshälfte notwendig geworden sind. Denken die Herren zum Beispiel an die Brotversorgung. Schon bei der Aufbringung des Getreides besteht in Ungarn bis zum heutigen Tage ein ganz anderes System: es ist das Deputatistenwesen ganz anders geordnet, nach alten Gebräuchen, wie ich zugebe, die sich aber mit irgendeiner Ökonomie in der Getreidegebarung gar nicht vereinbaren lassen. Ferner ist in Ungarn trotz aller unserer Einsprachen die Getreideversorgung der privaten Haushalte zum viertenmal während des Krieges bis in den Dezember sozusagen freigegeben worden, eine Methode, die bekanntlich zu einer Zersplitterung der ganzen Vorräte führt, so daß in den Frühjahrsmonaten dann die Behauptung, man hätte nichts mehr für den Export, richtig ist, weil man alles zerteilt und zersplittert und dem Zugriffe des Staates entzogen hat. Eine Verbrauchsregelung gab es in Ungarn bekanntlich zuerst gar nicht, dann führte man sozusagen einige Scheingefechte auf und bis heute ist von irgendwie wesentlichen und wirksamen Vorschriften, betreffend die Drosselung des Verbrauches, kaum die Rede.

Wie oft trifft man bei uns die Brotkarte ohne Brot, drüben aber das Brot ohne Brotkarte! Auch sind bis heute noch im ungarischen freien Handel Mahlprodukte erhältlich, ziemlich ohne Hemmungen — es ist eigentlich nur eine Geldfrage. Wenn man sie aber herüberbringen wollte, so werden sie an der Grenze abgenommen; auch die kleinsten Quantitäten wandern zum Beispiel ins Preßburger Stadthaus und gehen dort unter Umständen zugrunde. Denken Sie an andere Gebiete, vor allem an die Preisbildung, die uns eigentlich jedes Nahrungsmittelregime und jeden ordentlichen staatlichen Einfluß auf die Preise unmöglich macht. Wir sehen das beim Brotgetreide, bei den Futtermitteln, beim Zucker, bei den Rüben, beim Spiritus und so weiter. Für die ungarischen Brauereien gibt es Gerste, unsere blühende Bierindustrie muß stehenbleiben! Und wir sehen die ungleiche Wirtschaftspolitik insbesondere beim Fett. Es hat uns Seine Exzellenz von dem Kontingente an Schweinen erzählt, die wir zu erwarten haben; wir sind sehr dankbar dafür und werden uns gewiß sehr freuen, wenn diese Kontingente möglichst hoch sein werden, aber noch weit wichtiger als diese Kontingente wäre uns ein Anteil an der ungarischen Futterernte, die drüben nicht in dem Maße katastrophal ausgefallen ist, wie in unserer Reichshälfte. Es liegen im Gegenteil heute bereits ungarische Schätzungen

über das Ergebnis der Maisernte vor, die auch uns, wenn wir einen Anteil davon erhielten, die Produktion im eigenen Lande, auf die wir das größte Gewicht legen müssen, ermöglichen könnten. In Ungarn ist jetzt eine Vorschrift erlassen worden, wonach jeder Haushalt soviel Mais zu den Höchstpreisen bekommt, als zur Auffütterung von zwei Schweinen notwendig ist. Es wird also eine Art Privatmästerei dort gestattet, ein Beweis, daß die nötigen Maismengen da sind.

Aber auf allen Gebieten der Wirtschaftsverwaltung, meine Herren, wickelt sich ja das Regime anders ab. Zu den allerwichtigsten Aufgaben, die uns eigentlich jetzt schon während des Krieges, jedenfalls aber nach dem Kriege erwachsen werden, gehört die Regelung der sogenannten Übergangswirtschaft. Wir sind uns klar, daß ohne ein hier nicht zu besprechendes System staatlicher Eingriffe die Wunden, die der Krieg unserer Volkswirtschaft geschlagen hat, überhaupt kaum mehr geheilt werden können und wir sind uns klar, daß dazu so neuartige, so weitausgreifende und großartige Organisationen notwendig sind, daß man sich jetzt schon mit ihrem Aufbau befassen muß. Diese Organisationen werden sich auf die Valutafragen, auf die handelspolitischen Probleme, auf die Sozialpolitik, auf die inneren Verbrauchsregelungen und dergleichen nach dem Kriege beziehen, kurz, fast ausschließlich auf Fragen, die ihrer Natur nach in beiden Reichshälften wenigstens gleichartig gelöst werden müssen, wenn nicht im voraus ein Versagen des ganzen Systems zu befürchten sein soll. Da erklärt nun Seine Exzellenz der Herr ungarische Ministerpräsident laut einer Zeitungsmeldung vom 26. August *(liest)*:

„Ich werde mich wahrscheinlich nicht für das vom Sektionschef Riedl geschaffene österreichische System der Übergangswirtschaft, sondern für die deutsche Form, für die der ehemalige Bürgermeister von Köln den Entwurf ausgearbeitet hat, entscheiden."

Nun war man natürlich neugierig, was das für eine deutsche Form ist, und hat sich beim ehemaligen Bürgermeister von Köln über seine Entwürfe erkundigt, insbesondere auch darüber, wodurch sie sich von dem unterscheiden, was man bei uns vorhat. Da wurde nun festgestellt, daß der ehemalige Bürgermeister von Köln und jetzige Unterstaatssekretär im Deutschen Reiche sich mit dieser Frage überhaupt niemals befaßt und keinerlei Entwurf vorgelegt hat. Was geht daraus hervor? Daß man sich in Ungarn mit der Frage der Übergangswirtschaft zunächst einmal gar nicht ernstlich befaßt, jedenfalls aber Gewicht darauf zu legen scheint, grundsätzlich etwas anderes zu machen, das unsere ganze Volkswirtschaft aus den Krisen, in denen wir uns heute schon befinden, in neue Krisen hineinbringen kann. So gäbe es zahllose Beispiele, die sich aber dem Rahmen der heutigen Debatte entziehen.

Nun, meine verehrten Herren, das sind aufreizende und gefährliche Zustände, gegen die wir Stellung nehmen müssen. Wir tun das nicht in der Absicht, die Gemeinsamkeit des Wirtschaftsgebietes in den beiden Reichshälften zu zerreißen oder etwa einen förmlichen Wirtschaftskrieg gegen die ungarische Reichshälfte zu predigen; etwa zu befürworten, daß unsere Regierung die Machtmittel, die sie Ungarn gegenüber selbst in der Hand hat, zum Beispiel auf dem Gebiete der Petroleum-, der Zucker- und der Kohlenversorgung, auf dem Gebiete der Versorgung mit verschiedenen Industrieartikeln, landwirtschaftlichen Maschinen, Geräten usw. im Sinne einer Absperrung gegen die ungarische Reichshälfte anwenden soll. Im Gegenteil: wenn wir ein Überströmen des ungarischen Überschusses an Ernährungsprodukten in unsere Reichshälfte wünschen, so müssen wir auch damit einverstanden sein, daß die Überschüsse unserer Erzeugung der ungarischen Reichshälfte zugute kommen. Das wollen wir auch. Und was insbesondere unsere Industrieartikel betrifft, so könnten wir beim Vorhandensein halbwegs entsprechender Organisationen in Ungarn die dortige Bevölkerung viel besser, viel billiger und viel reichlicher versehen, als sie heute unter der Wirkung eines gerade in Ungarn zu manchen merkwürdigen Blüten ausgebildeten Zwischenhandels tatsächlich versorgt wird. Jedenfalls wollen wir unsere Regierung auf diese unsere Machtpositionen nachdrücklich aufmerksam machen und hoffen, daß es durch eine entsprechende Taktik gelingen werde, einen besseren wirtschaftlichen Ausgleich der gegenseitigen Überschüsse herbeizuführen, als er gegenwärtig besteht. Schon hört man in unserem Volke, das böse Wort von der „Societas leonina", schon sind große Teile der Öffentlichkeit geneigt, das große Problem des Verhältnisses der beiden Reichshälften zueinander nach diesen schlimmen Erfahrungen einfach abzutun und für alle Zukunft als erledigt zu betrachten. Diese Stimmungen haben einen tiefen Grund und sind begreiflich, aber gleichzeitig gefährlich und es muß ihnen entgegengewirkt werden. Darum sprechen wir aus, daß wir die Gemeinsamkeit, aber eine wirkliche, des Wirtschaftsgebietes auch weiterhin wünschen. Wir waren schon im Frieden davon durchdrungen, daß die Zeit nach großen Wirtschaftsgebieten drängt und jeder, der in diesem Kriege wirtschaftspolitisch auch nur etwas gelernt hat, muß zugeben, daß diese Forderung der Zeit für die Zukunft zu einer gebieterischen geworden ist. Infolgedessen wollen wir unabhängig von allen Fragen staatsrechtlicher Selbständigkeit und dergleichen, die hier zunächst außer Betracht

bleiben, das Wirtschaftsgebiet im Lebensinteresse beider Teile gemeinsam erhalten, aber wir sehen unter den gegebenen Verhältnissen die Voraussetzung dafür nur, wenn eine gründliche Änderung der ganz einseitigen wirtschaftspolitischen Praxis in Ungarn eintritt. Und unsere Regierung soll wissen, daß sie im Gegensatze zu den Zeiten der ersten Jahre des Krieges, in welchen sie ohne Parlament die Geschicke führen zu können glaubte, bei der Vertretung dieser Forderung gegenüber der ungarischen Reichshälfte das ganze österreichische Parlament hinter sich haben wird. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kraft das Wort.

Abgeordneter **Kraft:** Hohes Haus! Es ist ein gar merkwürdiger Zustand eingerissen, ein latenter Zustand, daß keine wirtschaftliche Frage erörtert werden kann, ohne daß nicht von irgendeiner Seite — siehe meinen Vorredner von drüben — die politische Frage in den Vordergrund geschoben und in einer Art ausgeschrotet wird, welche die wirtschaftliche vollständig unterdrückt. Man hätte die wirtschaftliche Frage gewiß auch von dieser Seite beleuchten können, aber nicht in einer Art, die, ich möchte sagen, heute unter diesen weltpolitischen Zuständen für uns wenigstens vollständig unerträglich ist.

Nun, meine Herren, möchte ich auf die eigentliche Sache selbst übergehen. Wir haben in der Fettfrage mit Ungarn die schlimmsten Erfahrungen gemacht. Der Herr Kollege Freißler hat bereits betont, daß in den weitesten Kreisen schon die Frage aufgetaucht ist — ich möchte dies hier klipp und klar sagen —, ob denn die Personalunion nicht für uns weitaus besser gewesen wäre. Es haben sich Statistiker und Wirtschaftspolitiker damit befaßt, zu berechnen, unter welchen Bedingungen wir nach Ungarn nach Ausbruch des Krieges hätten liefern können und welche Bedingungen wir hätten fordern können, und dabei haben sich die Verhältnisse nicht so schlecht erledigt. Diese Tatsachen durften ja seinerzeit unter dem Regime Stürgkh nicht erörtert werden, aber es hat sich tatsächlich herausgestellt, daß unsere Versorgung, wenn wir Kompensationen gegeben und gefordert hätten, unter Umständen weitaus günstiger ausgefallen wäre, als es heute der Fall ist. Die Teuerung und die Versorgung liegt ja mit 90 Prozent auf Seite des österreichisch-ungarischen Verhältnisses. Die Preisbewegung, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, kurzum der ganze Komplex der Frage hängt mit der ungarischen Frage innig zusammen und wenn wir uns heuer der Frage des ungarischen Ausgleiches nähern werden, so werden wir Gelegenheit haben, uns darüber zu äußern.

Eines greife ich heraus, die Auslandsbezüge von Fett. Wir beziehen über Deutschland Fett. Davon fallen Deutschland 60 Prozent zu, Österreich 40 Prozent. Von diesen 40 Prozent Fett bezieht fünf Zwölftel Ungarn und sieben Zwölftel Österreich. Ja, wozu braucht Ungarn, das ohnehin einen gewissen Fettüberfluß hat, diese fünf Zwölftel Prozent? Offenbar nur, um dieses Fett wieder zu erhöhten Preisen nach Österreich zurückzuführen. Aus solchen Verhältnissen entsteht die kolossale Teuerung des Fettes, die natürlich zu der Teuerung der übrigen Artikel hinzukommt. Ungarn führt also Fett zurück. Ich möchte unseren verehrten Herrn Minister für öffentliche Ernährung bitten, seinen Einfluß dahin zu üben, das Ungarn zumindest auf jenes Fettquantum verzichtet, welches durch die Auslandsbezüge der Monarchie gemeinsam zugeführt wird.

Die ungarischen Fettpreise, von denen Seine Exzellenz der Minister Höfer bereits gesprochen hat und deren regulärer Preis nicht zu halten ist, haben auch dazu geführt, daß vor kurzem ein vertraulicher Erlaß des Ministeriums an die Bezirkshauptleute hinausgegangen ist, wonach ihnen intimiert wurde — wie das schöne Wort bei uns lautet —, daß man auf den Höchstpreisen nicht mehr bestehen soll, daß man — ich kenne den Erlaß nicht ganz genau, er wurde mir so mitgeteilt, daß ich ihn nicht vollständig wiedergeben kann — bei den Einkäufen sowohl, die man selbst macht, als auch bei den Einkäufen, die man durch andere in Ungarn ausführen läßt, nicht mehr auf den Höchstpreis dringen soll.

Einige Daten, die ich aus dem „Bund deutscher Städte" habe, möchte im mitteilen *(liest)*:

„Es wird immer schwieriger und gefährlicher, die vom k. k. Amt für Volksernährung, beziehungsweise von der Özeg zur Verfügung gestellten Transportscheine für ungarisches Fett, Speck und Selchfleisch auszunützen." Die Herren, die selbst an Versorgungsorganisationen beteiligt sind, werden diese Tatsache vielleicht bestätigen können. Wiewohl im Herbst wieder reichlicher Ware vorhanden ist, steigen die Preise fortwährend. Schließlich finden sich die österreichischen Bezieher in Anbetracht der Fettnot mit den Preisen ab und lassen sich auch gefallen, daß für Fässer und Kisten unter dem Titel Selbstkostenpreis ganz ungeheure Preise eingestellt werden, für Speckkisten bis zu 60 K, für Fettfässer bis zu 100 K.

Womit man sich aber nicht abfinden kann, das ist der Umstand, daß mit der Ware selbst Manipulationen vorgenommen werden, welche nur als Betrug bezeichnet werden können. Bei Schweineschmalz ist dies noch am schwierigsten, dennoch ist es vorgekommen, daß Fässer zwar oben und unten Schmalz, in der Mitte aber eine Menge anderer Bestandteile, Stroh, Holz, selbst Schmutz enthalten.

Bei Speck wird der betrügerische Wucher am stärksten getrieben. Nicht nur wird der Speck übermäßig gesalzen, sondern es wird außerdem noch Salz in die Kisten gegeben und zum Speckpreise berechnet, da die findigsten Händler schneiden den Speck an der Schwarte ein und stopfen Salz dort ein, so daß es bei Übernahme größerer Mengen leicht übersehen werden kann. Es kommt vor, daß derartige Speckssendungen 30 und mehr Prozent Salz enthalten. Regreßansprüche sind sehr schwer durchzusetzen, weil man sich an die ungarischen Gerichte nur mit dem Anspruch auf Ersatz des Höchstpreises wenden kann, und so muß man sich in den meisten Fällen mit einem sehr wehmütigen Ausgleich begnügen, der natürlich zum Schaden der österreichischen Verbraucher ausgeht. Ein spezieller Fall, der bereits Gegenstand einer Anfrage im Abgeordnetenhause war, soll auch hier angeführt werden.

An die Gemeinde Röhrsdorf in Böhmen wurden auf Grund des auf 500 Kilogramm lautenden Transportscheines mehrere Kisten Speck geschickt, deren Bruttogewicht 650 Kilogramm betrug. Dieser Speck wurde auf der Grenzstation Szakolcza aufgehalten, die Kisten geöffnet und so viel Speck entnommen, bis das Bruttogewicht 500 Kilogramm ausmachte. Bei der Ankunft stellte sich heraus, daß nur etwa 250 Kilogramm Speck vorhanden war, das übrige machten die Kisten und das in den Kisten enthaltene Salz aus. Es gibt zwei Möglichkeiten, entweder das Salz war schon in den Kisten, dann hätte man an der Grenzstation das Salz entfernen müssen, da der Transportschein auf Speck und nicht auf Salz lautete, oder aber, das Salz war nicht in den Kisten, dann bleibt nur die Annahme übrig, daß man entnommenen Speck an der Grenzstation durch Salz ersetzt hat. In beiden Fällen handelt es sich um eine beabsichtigte Schädigung der österreichischen Verbraucher durch ungarische Behörden oder deren Organe.

Und dazu kommt noch, daß diese Öffnung der Kiste und die Entnahme von Speck unter dem Titel „Speckschmuggel" geschehen ist. Es wurde nämlich gesagt, daß der Transportschein nur auf 500 Kilogramm lautete, dagegen 650 Kilogramm versschickt wurden, ergo waren soundso viele Kilogramm zu viel; da wurde — das ist das Bezeichnende — die Entnahme von Speck unter dem Titel „Speckschmuggel aus Ungarn nach Österreich" durchgeführt.

Endlich muß auch darauf hingewiesen werden, daß der Bezug von Selchfleisch aus Ungarn ähnliche Erfahrungen bringt. Eine österreichische Stadt kaufte prima Schäßburger Selchfleisch ohne Kopf und ohne Füße, erhielt aber mit der Sendung so viele Füße, daß, wie der Lebensmittelreferent der Stadt mitteilte, auf jedes Schwein zum mindesten 16 Füße kommen. Eine andere Stadt, die die gleiche Ware bezog, erhielt fast nur Knochen, von denen allerdings einiges Fleisch abgeschabt werden konnte, das aber nach dem Gutachten eines Sachverständigen keinesfalls als Fleisch verkauft, sondern höchstens zur Bereitung als Schinkenfleckerln verwendet werden kann.

Solchen Zuständen ein Ende zu machen, wäre wohl das k. k. Amt für Volksernährung berufen und verpflichtet. Wenn es unmöglich ist, durch Besprechungen mit der ungarischen Regierung bessere Zustände herbeizuführen, so bleibt nichts übrig, als mit Repreßivmaßnahmen vorzugehen.

Wir sind dabei sicherlich im Nachteil, weil wir in vielen wichtigen Lebensmitteln auf Ungarn angewiesen sind. Allein die Tatsache, daß Ungarn sich gegen Österreich schon fast vollständig abgesperrt hat, so daß man in wirtschaftlicher Beziehung eigentlich von einem feindlichen Land sprechen muß — es sei nur darauf verwiesen, daß Gemüsebezüge aus Ungarn fast unmöglich sind und daß keinerlei Aussicht besteht, Kartoffeln aus Ungarn zu bekommen — wäre es doch vielleicht möglich, daß wir durch eine Zurückhaltung jener Artikel, die Ungarn von uns beziehen muß, beispielsweise Kohle, Zeitungspapier und andere, die ungarische Regierung veranlassen, wenigstens darauf zu sehen, daß im Handelsverkehr mit Österreich die bestehenden Bestimmungen und vor allem ein Mindestmaß von Handelsmoral eingehalten werden.

Wir sind zwar beim Kapitel „Fett", aber weil für Fett auch Marmelade einen entsprechenden Ersatz bildet, ein Kohlehydrat darstellt, das zur Ernährung mindestens ersatzweise gut verwendet werden kann, möchte ich heute auch mitteilen, daß wir in betreff Marmelade ebenfalls in einem außerordentlich ungünstigen Zustande sind.

Heute ist es noch ganz unklar, wie die Marmelade bewirtschaftet werden soll. Die Höchstpreisverordnung ist noch nicht erschienen, die Versendung von Marmelade ist verboten. Einzelne Fabriken sind mit fertiger Ware derart überfüllt, daß sie an der Weiterarbeit gehindert sind. Abgesehen davon liegt in der fertigen Ware ein bedeutendes Kapital, welches nicht umgesetzt werden kann. Marmeladenbezüge wären für verschiedenen Konsumzentren bereits dringend notwendig, sind aber nicht erlaubt. Einzelne Ausnahmen werden freilich gemacht, beispielsweise darf eine sehr große Wiener Firma Marmelade sogar verkaufen. Wie es heißt, hält die „Geos" absichtlich mit der Verordnung zurück, um die Marmeladefabrikanten mürbe zu machen. Wenn dies wahr ist, so ist es ganz verkehrt, weil es auf Kosten der Erzeugung geschieht. Außerdem ist es ganz überflüssig, weil die „Geos" zur Festsetzung der Höchstpreise doch nicht die Zustimmung der Erzeuger braucht.

Meine sehr verehrten Herren! Es liegt hier wieder der Fall von Zentralenwirtschaft vor, über die ja bereits sehr viel gesprochen wurde und deren

Unzulänglichkeit man eigentlich nur in dem Zusammenwirken des Ernährungsamtes und der betreffenden Zentrale erblicken kann, andrerseits in allen jenen Kinderkrankheiten, die solche Organisationen durchmachen müssen, wenn sie große volkswirtschaftliche Funktionen übernehmen müssen, die früher der freie Handel durchgeführt hatte. Nun ist es selbstverständlich, daß man im Kriege den freien Handel nicht schalten und walten lassen kann, wie er will, es ist aber auch selbstverständlich notwendig, eine solche Sache wie die Marmeladefabrikation derart vorzubereiten, daß die Wirkung nicht vereitelt wird.

Noch ein Kapitel ist das der Gemüse- und Obstlieferungen aus Polen. Das Militärgeneralgouvernement in Lublin hat die polnische Obsternte und die Gemüselieferungen beschlagnahmt und zwei Großhandelsfirmen mit dem Lieferungsmonopol ausgestattet. Für unsortiertes Obst wurde ein Preis von 70 K bewilligt, um 20 K mehr als die österreichischen Höchstpreise, obwohl das polnische Obst beträchtlich schlechter ist als die meisten österreichischen Sorten. Nun ist der Bedarf der Heeresverwaltung in Polen bedeutend kleiner als die Obsternte. Die Preise wurden aber durch Monopolerteilung derart in die Höhe getrieben, daß man für Österreich polnisches Obst gar nicht kaufen kann; beispielsweise wird für Wirtschaftsobst in Kisten 1 K 22 h pro Kilogramm verlangt, während Tiroler Edelobst um 1 K 10 h pro Kilogramm verkauft werden muß.

Ähnliche Verhältnisse sind bezüglich des Gemüses. Die „Geos" hat ein polnisches Syndikat zur Aufbringung des überschüssigen Obstes und Gemüses gegründet. Hinsichtlich des Obstes hat das Syndikat vollständig versagt mit Rücksicht auf die oben geschilderten Verhältnisse, und ohne seine Schuld. Bezüglich des Gemüses wurden langwierige Verhandlungen geführt. Es hieß, daß man vom Syndikat werde beziehen können, daß man auch direkt werde einkaufen können und sich bezüglich der Preise und sonstigen Bedingungen mit dem Syndikat auseinanderzusetzen habe. Es wird Herren geben, welche sich an die seinerzeitige Eiergesellschaft „Ovo" erinnern, wo ähnliche Verhältnisse geherrscht haben. Mehrere gemeinsame Einkaufsorganisationen haben auf derartige Mitteilungen der Geos hin umfangreiche Vorarbeiten gemacht, bis plötzlich mitgeteilt wurde, daß die Geos selbst das ganze Gemüse aufbringen und verteilen werde. Nach den gemachten Erfahrungen ist zu fürchten, daß auf diese Art viel weniger polnisches Gemüse nach Österreich kommt und bei der schlechten Krauternte geradezu eine Gefahr bedeutet. Auch ist die ganze Aktion verspätet, da mit der Versendung bereits begonnen werden konnte und in zahlreichen Konsumzentren großer Gemüsemangel herrscht. Es ist dringend zu fordern, daß den gemeinnützigen Organisationen der Einkauf in Polen freigegeben wird.

Durch ein Übereinkommen des Volksernährungsamtes mit dem Militärgeneralgouvernement in Lublin wurden die Gemüselieferungen aus Polen bei der Geos zentralisiert. Man kann nun durch die Geos Gemüse aus Polen erhalten. Die Geos erklärt, sie liefere Gemüse, übernehme aber keinerlei Verantwortung, weder hinsichtlich der Sorten, die geliefert werden, so daß die Bezieher nicht einmal wissen, ob sie Rüben, Möhren oder irgend etwas anderes erhalten werden, noch auch bezüglich der Qualität. Der Hauptmacher in Polen ist ein gewisser Herr — dessen Namen ich hier nicht nennen will — der während des Krieges viele Millionen verdient haben soll. Er hat natürlich nicht das mindeste Interesse daran, viel zu liefern, sondern zu möglichst billigen Preisen einzukaufen und mit möglichst großem Gewinn zu arbeiten. Es läßt sich denken, daß er, da er mit einem Monopol ausgestattet ist, die Preise so zu drücken vermag, daß er bei festgesetzten Verkaufspreisen viel mehr verdient, wenn er nur die Hälfte oder ein Drittel liefert, als bei der doppelten und dreifachen Quantität, wenn er höhere Preise bezahlen muß.

Ich bitte, Exzellenz, ich möchte Ihnen alle diese Fakten bezüglich des Obstes und Gemüses und der „Geos" zur Erwägung vorlegen und Sie bitten, im Interesse der Volkswohlfahrt und Volksernährung dieselben gründlich zu prüfen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich breche auch diese Verhandlung ab.

Das Ausschußmandat hat zurückgelegt der Herr Abgeordnete Prunar als Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses.

Da dieser Herr Abgeordnete weniger als vier Ausschüssen angehört, bedarf er zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderliche Ersatzwahl sofort vornehmen lassen, gleichzeitig mit den für die durch das Ableben der Herren Abgeordneten Dr. Damm und Stahl freigewordenen Ausschußmandate erforderlichen Ersatzwahlen, und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Ich habe dem Herrn Abgeordneten Einspinner einen Urlaub in der Dauer von drei Wochen erteilt.

Die Regierungsvorlage Nr. 428 der Beilagen (Meliorationsfondspräliminare 1916/17) werde ich dem Budgetausschusse;

die Regierungsvorlage Nr. 555 der Beilagen (Legitimationszwang für Reisen nach und aus Baden, Bainfahrn und Vöslau) dem Verfassungsausschusse;

die Regierungsvorlage Nr. 651 der Beilagen (Effektenumsatzsteuer); Nr. 676 der Beilagen (Weinsteuer) und Nr. 677 der Beilagen (Erhöhung der Schaumweinsteuer) dem Finanzausschusse;

die Regierungsvorlage Nr. 680 der Beilagen (Abänderung des Wirkungskreises einzelner Ministerien anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge) dem Verfassungsausschusse;

den Antrag Nr. 658 der Beilagen (Abgeordneter Dr. Waber und Genossen, betreffend die Fortführung der Notstandsaktion für die Staatsangestellten) dem Staatsangestelltenausschusse zuweisen.

Die nächste Sitzung beantrage ich für morgen, Mittwoch, den 17. Oktober, 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Ergänzungswahl für den Staatsgerichtshof,
2. Fortsetzung der laufenden Debatte,
3. Zweite Lesung des Budgetprovisoriums *(675 der Beilagen)*.

Ist ein Einwand dagegen? *(Niemand meldet sich.)* Dann bleibt es dabei.

Ich bitte noch, die Anmeldungszettel bis morgen ½11 Uhr vormittags in der Kanzlei abzugeben, wo dann um ½11 Uhr die Auslosung stattfinden wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 6 Uhr 15 Minuten abends.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 30. Sitzung, Mittwoch, den 17. Oktober 1917.

**Tagesordnung: 1.** Ergänzungswahl in den Staatsgerichtshof. — **2.** Fortsetzung der Debatte über die dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Schürff, Kraft, Wedra und Genossen, betreffend die Belieferung des österreichischen Marktes mit ungarischem Schweinefleisch und Speck. — **3.** Zweite Lesung des Budgetprovisoriums (675 der Beilagen).

## Inhalt.


### Personalien.

Anwesenheitsanzeigen (Seite 1545).

Mandatsniederlegungen in Ausschüssen (Seite 1582):

1. des Abgeordneten Josef Mayer als Ersatzmann des Ausgleichsausschusses;
2. des Abgeordneten Anforge als Ersatzmann des Wehrausschusses;
3. des Abgeordneten Paulik als Ersatzmann des Bodenentschuldungsausschusses;
4. des Abgeordneten Jiráček als Mitglied des Ernährungsausschusses;
5. des Abgeordneten Baumgartner als Mitglied des Staatsangestelltenausschusses;
6. des Abgeordneten Thurnher als Mitglied des Staatsangestelltenausschusses;
7. des Abgeordneten Weiß als Ersatzmann des Staatsangestelltenausschusses.

### Staatsgerichtshof.

Ergänzungswahlen in den Staatsgerichtshof (Seite 1545 und 1582).

### Verhandlung.

Fortsetzung der Debatte über die dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Schürff, Kraft, Wedra und Genossen, betreffend die Belieferung des österreichischen Marktes mit ungarischem Schweinefleisch und Speck (Redner: die Abgeordneten Fink [Seite 1545], Goll [Seite 1548], Muchitsch [Seite 1552], Aust [Seite 1555], Starck [Seite 1557], Dr. v. Hofmann [Seite 1561], Ritter v. Lukaszewicz [Seite 1564], Dr. Dulibić [Seite 1566], Krützner [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 1569], Dr. Višković [Seite 1569]).

Zweite Lesung des Budgetprovisoriums (675 der Beilagen Redner: Berichterstatter Dr. Steinwender [Seite 1572], Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer [Seite 1573], die Abgeordneten Dr. Okunewskyj [Seite 1575], Graf Barbo [Seite 1579]).

## Beantwortung

der Anfragen der Abgeordneten Dr. Zahradnik und Prokeš, betreffend den in der 29. Sitzung von einem Galeriebesucher verursachten Zwischenfall — durch den Präsidenten (Seite 1582).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 29. Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in den Ausgleichs-, Wehr-, Bodenentschuldungs-, Finanz- und sozialpolitischen Ausschuß (Seite 1545).

Zuweisung:

1. der Regierungsvorlagen 130 und 160 der Beilagen an den Unterrichtsausschuß (Seite 1545);
2. des Antrages 279 der Beilagen an den Unterrichtsausschuß (Seite 1545);
3. des Antrages 235 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 1583);
4. des Antrages 423 der Beilagen an den kriegswirtschaftlichen Ausschuß (Seite 1583).

Ersatzwahlen in den Ausgleichs-, Wehr-, Bodenentschuldungs-, Ernährungs- und Staatsangestelltenausschuß (Seite 1582).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. des Abgeordneten Ritter v. Moraczewski und Genossen, betreffend die Brandkatastrophe in Stryj (696 der Beilagen);
2. des Abgeordneten Hráský und Genossen, betreffend die Rückverlegung der Filialwagendirigierung der Nordwestbahn von Wien nach Nimburg (697 der Beilagen);
3. der Abgeordneten Kraft, Dr. Schürff und Genossen, betreffend den Ausgleich Österreichs mit Ungarn (698 der Beilagen);
4. des Abgeordneten Smrček und Genossen, betreffend die Zulassung der Frauen zum Studium an den technischen Hochschulen (699 der Beilagen);
5. der Abgeordneten Lukšch, Brunner und Genossen, betreffend die Aufhebung der Kaiserlichen Verordnung vom 16. März 1917, R. G. Bl. Nr. 124 (700 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Hueber und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Einschränkung des Verkehres für Zivilpersonen am Salzburger Bahnhof (Anhang I, 1049/I);
2. des Abgeordneten Lutschounig und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend den Wildabschuß in Kärnten (Anhang I, 1050/I);
3. der Abgeordneten Schachinger, Hötzendorfer, Alois Brandl und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Auflassung des Mittagszugpaares Nr. 1423 und 1424 auf der im Staatsbetriebe stehenden Mühlkreisbahn (Anhang I, 1051/I);
4. des Abgeordneten Sever und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Wettbewerb des Kriegspresseamtes mit Theaterunternehmungen und Verwendung von Soldaten für Bühnenzwecke (Anhang I, 1052/I);
5. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, in einer Enthebungsangelegenheit (Anhang I, 1053/I);
6. des Abgeordneten Gröger und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend das Verderben von zwei Waggons Rinderhäute (Anhang I, 1054/I);
7. des Abgeordneten Gröger und Genossen an den Justizminister, betreffend die Ausdehnung des Mieterschutzes auf Kärnten (Anhang I, 1055/I);
8. des Abgeordneten Ritter v. Haller und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, an den

Minister Höfer, an den Minister des Innern und an den Justizminister, betreffend die Requisitionen im Bezirke Zywiec (Anhang I, 1056/I);

9. der Abgeordneten David, Schiegl, Volkert und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen gegenüber der Mannschaft des Heeres in bezug auf die Zeichnung von Kriegsanleihe (Anhang I, 1057/I);

10. des Abgeordneten Hladnik und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beschlagnahme der Kirchenglocken und der Orgelzinnpfeifen (Anhang I, 1058/I);

11. des Abgeordneten Pittoni und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der Behörden gegenüber den aus der Konfinierung oder Internierung freigelassenen Staatsbürgern (Anhang I, 1059/I);

12. der Abgeordneten Lukšch, Brunner und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Erhöhung der Grundsteuer durch einen außerordentlichen Kriegszuschlag von 80 Prozent (Anhang I, 1060/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 17. Oktober 1917:

e Regierungsvorlage 680 der Beilagen;

nfragenbeantwortungen: ad 310, 280, 296, 848, 934 und 949 der Beilagen;

ericht des sozialpolitischen Ausschusses 671 der Beilagen;

ericht des Gesundheitsausschusses 672 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Ritter v. **Lukaszewicz**, **Marek** Sigismund, Dr. **Stojan**, **Wollek**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl Czapp v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef Dr. v. **Grimm**, Ministerialrat Dr. **Kraupa** des Finanzministeriums, Ministerialrat Dr. **Rodler** des Eisenbahnministeriums.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 6. Oktober d. J. liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Der Herr Abgeordnete Held hat sich krank gemeldet.

Die in der gestrigen Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen für Ausschüsse haben folgendes Ergebnis:

Abgegeben wurden 118 Stimmzettel, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 60. Gewählt erscheinen mit je 118 Stimmen in den Ausgleichsausschuß als Mitglied Josef Mayer, in den Wehrausschuß als Mitglied Anforge, in den Bodenentschuldungsausschuß als Ersatzmann Kletzenbauer, in den Finanzausschuß als Ersatzmann Kletzenbauer, in den sozialpolitischen Ausschuß als Mitglied Votruba.

Der Staatsangestelltenausschuß hat das Ersuchen gestellt, die ihm zugewiesenen Regierungsvorlagen Nr. 130 und 160 der Beilagen (betreffend Anrechnung der militärischen Dienstzeit bei Zulassung zur Lehrbefähigungsprüfung, beziehungsweise betreffend Führung des Ingenieurtitels) sowie den ihm zugewiesenen Antrag der Herren Abgeordneten Held und Genossen, Nr. 279 der Beilagen, betreffend Verhältnisse der staatlichen Turnlehrer, dem Unterrichtsausschusse zu überweisen.

Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich diesem Ersuchen entsprechen und die bezeichneten Vorlagen sowie den erwähnten Antrag dem Unterrichtsausschusse zuweisen.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bilden Ergänzungswahlen in den Staatsgerichtshof.

Ich ersuche die Herren Abgeordneten, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Die Stimmenzählung wird durch die Kanzlei vorgenommen werden.

Zweiter Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Debatte über die dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Schürff, Kraft, Wedra und Genossen, betreffend die Belieferung des österreichischen Marktes mit ungarischem Schweinefleisch und Speck.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Fink; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Fink**: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Schürff hat an die Regierung eine Anfrage in bezug auf die Verhältnisse, welche zwischen Österreich und Ungarn bezüglich Schweine- und Fettbezug aus Ungarn bestehen, gerichtet. Wir Christlichsozialen halten diese Anfrage für zweckmäßig, notwendig und dringlich. Es hätte zwar der Herr Abgeordnete Dr. Schürff die Anfrage sicherlich allgemeiner halten und etwa dahin präzisieren können, was Ungarn während des Krieges uns gegenüber in der Frage der Ernährungs- und Preispolitik beliebt; nun aber hat er das hauptsächlich auf Vieh, Fleisch und Fett beschränkt und ich will mich möglichst an den Gegenstand halten und will daher in der Hauptsache nur von Vieh, Fleisch und Fett und von dem, was damit unmittelbar zusammenhängt, nämlich von Futtermitteln reden, obwohl es sehr verlockend wäre, auch, sagen wir, über das

wichtigste, über die Brotfrucht, über die Erfassung, die Aufbringung, die Verteilung der Rationen der Brotfrucht in Ungarn und in Österreich und überhaupt über das gemeinschaftliche wirtschaftliche Versorgungsgebiet Österreich-Ungarn zu sprechen; ich will jedoch darüber hinweggehen und mich genau an das Thema halten.

Wir haben während des Krieges gesehen, daß in Ungarn die agrarischen Produkte noch mehr als in Österreich in ihren Preisen von Monat zu Monat gestiegen sind. Das hat dann im Herbst 1916 dazu geführt, daß zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung Verhandlungen über den Bezug von Vieh und Fett aus Ungarn gepflogen wurden und es wurde denn auch vor etwa zehn Monaten zwischen den beiden Regierungen diesbezüglich eine Vereinbarung getroffen. Die Vereinbarung hat sich darauf bezogen, wieviel Rindvieh wir aus Ungarn bekommen, wieviel Schweine und wieviel Fett wir aus Ungarn monatlich bekommen sollen; sie hat sich weiter darauf bezogen, welche Preise für Schweine, und zwar für die verschiedenen Kategorien Fettschweine, Fleischschweine, Magerschweine im lebenden und gestochenen Zustande gelten sollen und was für Speck und was für Schweineschmalz gefordert werden dürfe. Tatsächlich ist es diesbezüglich in allen diesen Belangen zu einer Vereinbarung zwischen Österreich und Ungarn gekommen. Die Preise sind in der Weise festgesetzt worden, daß die in Ungarn einen Monat vor der Vereinbarung in Übung befindlichen Preise als Höchstpreise angenommen wurden. Die Preise waren so hoch — wenn man österreichische Verhältnisse in Betracht gezogen hat —, daß in Österreich für die Verbraucher die unangenehme Tatsache zutage trat, daß die Preise für diese Artikel um ein Viertel bis ein Drittel erhöht wurden.

Das war gewiß nicht angenehm für unsere Verbraucher; aber sie haben sich mit dieser Tatsache abgefunden, weil sie geglaubt haben, es sei eine verbindliche Vereinbarung und wir werden das vereinbarte Kontingent bekommen, und es werde nun wenigstens jetzt einmal der Preissteigerung eine Schranke gesetzt, die Vereinbarung werde gehalten werden. Die österreichische Regierung hat dann in der Beziehung auch einige Voraussicht gezeigt und hat sich gesagt: Ja, wenn wir aber jetzt unsere Händler, unsere Fleischer und Selcher diese vereinbarten Quantitäten aus Ungarn beziehen lassen, ja selbst wenn wir den Ländern und Gemeinden den Bezug einräumen, so ist doch die Gefahr vorhanden, daß es vielleicht bald zu einem gegenseitigen Konkurrieren und zu Preissteigerungen kommt. Sie hat sich damals gesagt, diese Bezüge aus Ungarn müssen zentral gemacht werden und hat in Österreich zentrale, von der Regierung legitimierte Stellen mit dem Bezuge betraut, bezüglich des Fettes die „Dezeg", bezüglich des Viehes die österreichische Viehverwertungsgesellschaft, beide unter Beigabe von österreichischen Beamten. Nun, die Sache ist einen, vielleicht zwei Monate insofern gegangen, daß diese österreichischen Stellen die Artikel aus Ungarn zu dem vereinbarten Preise beziehen konnten, jedoch nicht in dem vereinbarten Ausmaße. *(Hört! Hört!)* Und von Monat zu Monat, von Woche zu Woche konnten sie um den vereinbarten Preis weniger bekommen, so daß sie schon nach ganz kurzer Zeit sich sagen mußten: entweder müssen wir in Ungarn viel teurer einkaufen oder den Bezug einstellen. *(Lebhafte, andauernde Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich bitte den Redner nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter **Fink** *(fortfahrend)*: Diese österreichischen Stellen haben daher erklärt: wir werden nicht weiter beziehen. Die österreichische Regierung hat das genehmigt, hat sich dabei auch gesagt, was sie schon früher vermutet hat, daß geschehen würde, nämlich, daß jetzt höhere Preise kommen werden. Sie hat dem dadurch etwas begegnen wollen — wenn man alles ganz objektiv vorbringen will —, daß sie die einzelnen Länder zum Bezug der ungarischen Schweine auf bestimmte Komitate angewiesen hat. Und bezüglich des Schmalzes hat man geglaubt, etwas regelnd eingreifen zu können, wenn sie von 77 Waggons, die wir monatlich an ungarischem Schweineschmalz bekommen sollten, dieses Quantum auf die Stadt Wien und auf die einzelnen Länder aufgeteilt hat. So haben wir zum Beispiel in Vorarlberg nur ein Viertel Waggon monatlich beziehen dürfen und, wie gestern Seine Exzellenz der Herr Minister Höfer gesagt hat, hat sie den einzelnen Beziehern, hauptsächlich den Gemeinden und Ländern, Blankobezugscheine ausgefolgt.

Nun ist aber einerseits nicht eingehalten worden, daß diese Einkäufer nur in den ihnen angewiesenen Komitaten eingekauft haben, die ungarische Regierung hat da auch gar nicht kontrolliert und diese preistreibende Wirkung hat sofort eingesetzt, sowohl bei dem Preise der Schweine, aber auch noch mehr bei dem Preise des Schweineschmalzes, wo auch gar keine Kontingentierung auf bestimmte Gebiete stattgefunden hat. Und wir haben erfahren müssen, daß wir anstatt eines Preises von 8 oder 9 K schon im Frühling und im Vorsommer für ungarisches Schweineschmalz einen Preis von 15 und 16 K bezahlen mußten, was im Effekte dem gleichkommt, daß man bei jedem Waggon Schweineschmalz, den Österreich aus Ungarn bezieht, zu dem vereinbarten Höchstpreise zirka 70.000 K von Österreich nach

Ungarn mehr zahlt *(Hört! Hört!)* und für 77 Waggons daher zirka 5½ Millionen Kronen monatlich mehr an Ungarn nur für Schweinefett bezahlt. *(Neuerliche Rufe: Hört! Hört!)*

Aber dabei ist es nicht geblieben. Sie haben schon gestern gehört, daß die Preise rapid weiter gestiegen sind und daß man im September und Oktober von Ungarn nur dann noch Schweineschmalz bekommen kann, wenn man zirka 32 K pro Kilogramm bezahlt *(Hört! Hört!)*, was für Österreich eine Mehrzahlung pro Waggon von 140.000 K oder in einem Monat für 77 Waggons eine Mehrzahlung von 11 Millionen Kronen ausmacht. *(Hört! Hört!)* Das ist nur bei Schweineschmalz und nur in einem Monat! Dazu kommen dann noch Schweine, Schweinespeck, Vieh und alles andere.

Ich habe gesagt, ich werde mich auch mit Futtermitteln befassen; die gehören unbedingt dazu. Denn aus Futtermitteln erzeugt man Vieh, Fleisch und Speck, es steht das also unbedingt damit im Zusammenhang. Die Futtermittelpolitik, die Ungarn während des Krieges betrieben hat, ist folgende: Während wir in normalen Zeiten aus Ungarn sehr viel Futtermittel bezogen haben, hat Ungarn gleich zu Beginn des Krieges die Abfuhr der Futtermittel nach Österreich fast gänzlich eingestellt. *(Hört! Hört!)* Nicht bloß das; Ungarn ist so weit gegangen, daß es von den Auslandsbezügen das, was an Futtermitteln zum Beispiel aus Rumänien bezogen werden konnte, immer für sich verlangt hat, und weil Ungarn gewußt hat, daß Österreich so sehr an Nahrungsmittel angewiesen ist, hat es gesagt: ihr könnt die Nahrungsmittel zu einem größeren Teile aus dem Auslande beziehen, aber die Futtermittel müssen für uns bleiben. Das ist auch wieder eine ungarische Preispolitik gewesen. Denn wenn man zum Beispiel beim Mais einen Preis von 40 oder selbst 50 h pro Kilogramm annimmt, so gibt, wenn man die heutigen oder auch die früher bestandenen Preise für Schweine und jetzt in Betracht zieht, das doch eine viel größere Ausbeute an Maisgewinn, als wenn man den Mais für die menschliche Ernährung verkaufen würde. Man kann allgemein annehmen, daß man aus fünf Kilo Mais bei Schweinen ein Kilo Fett erzeugt. Fünf Kilo Mais kosten, ein Kilo zu 50 h gerechnet, 2 K 50 h, das Fett kostet aber 10, 15 und 20 K und noch mehr und um soviel mehr gewinnen die Ungarn, wenn sie den Mais an das Vieh verfüttern. Das ist auch mit ein Grund, daß auch die Ungarn nicht einmal herbeilassen uns gelegentlich mit Mais zu versorgen, obwohl sie zwar im letzten Jahre keine sehr guten Maisernten hatten — das muß man zugestehen — aber im Vorjahre und heuer eine gute Maisernte gehabt haben.

Nun wird die ungarische Regierung sagen, daran ist nicht die Regierung schuld. Das kann ich nun nicht gelten lassen, weil es die ungarische Regierung in der Hand hätte, den vereinbarten Preisen Geltung zu verschaffen und die Preise selbst nicht übermäßig hoch anzusetzen. *(Zustimmung.)*

Es gibt aber noch ein Moment, das uns klar zeigt, daß die Regierung selbst daran beteiligt ist. *(Zustimmung.)* Die Regierung vereinbart mit der Heeresverwaltung die Preise, die die Heeresverwaltung für die Bezüge aus Ungarn zahlen muß und da wird es dann Sache der Delegationen sein, zu untersuchen, was man den Ungarn zum Beispiel für Vieh, für Schweine und Fett zahlen muß, um beurteilen zu können, ob die Heeresverwaltung eine gewisse Gerechtigkeit darin walten läßt, was man den Ungarn für ihre Artikel zahlt und was den Österreichern. *(Zustimmung.)* Wenn es wahr ist, daß zum Beispiel heute die Ungarn der Heeresverwaltung den Meterzentner Heu zu 34 K *(Hört! Hört!)* Plus 6 K für Pressen, Plus 8 K für Regiespesen, zusammen also um 48 K abgibt *(Rufe: Unerhört!)*, wenn es weiter wahr ist, daß die Ungarn auch damit nicht zufrieden sind und daß heute sich dort Bestrebungen geltend machen, den Grundpreis von 34 auf 50 K und somit den Gesamtpreis auf 64 K zu erhöhen, so wird das gewiß ein Moment sein, wo wir in den Delegationen mit den Ungarn und mit der gemeinsamen Regierung *(Sehr richtig!)* ein ernstes Wort werden reden müssen, denn wir haben in Österreich auch ein Interesse daran, wie viel man den Ungarn von der Heeresverwaltung zahlt, und zwar deshalb, weil wir rund zwei Drittel dessen, was man ihnen zahlt, selbst zahlen müssen. *(Sehr richtig!)*

Es freut mich, daß eben Seine Exzellenz der Herr Minister vom Amte für Volksernährung gekommen ist, denn ich kann nun auf seine Rede, die er gestern gehalten hat, zurückkommen. Seine Exzellenz hat uns gesagt, daß die Regierung einsieht, daß da große Unzukömmlichkeiten bestehen und hat erklärt, es werde nun radikale Abhilfe geschaffen werden. Er hat weiter erklärt, daß insbesondere auch in bezug auf die Preisbildung in der nächsten Zeit zwischen Österreich und Ungarn im Verein mit den beiderseitigen Preisprüfungskommissionen Vereinbarungen dahin getroffen werden sollen, daß es eher zu einem Abbau der Preise komme. *(Zwischenrufe.)* Nun waren das radikale Worte. Es hat Seine Exzellenz gewiß, als er das vorgebracht hat, bemerkt, daß bei den Zuhörern einige Zweifel laut geworden sind. *(Sehr gut!)* Ich habe nun kein Recht, den guten Willen Seiner Exzellenz, unseres Ernährungsministers oder der Regierung anzuzweifeln, aber ich meine, dieser gute Wille wird nur unter zwei Voraussetzungen zur Tat werden; die eine Voraussetzung ist, daß den radikalen Worten

radikale, energische, nachhaltige Taten folgen *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)* und die zweite Voraussetzung ist, daß wirklich auch das eintrifft, was uns Seine Exzellenz von Ungarn gesagt hat, daß nämlich auch Ungarn einsieht und den Willen hat, daß es auch in seinem Interesse gelegen ist, daß da Wandel geschaffen wird.

Diesbezüglich will ich zum Schluß nur noch folgendes sagen.

Wir wissen, daß unsere Feinde offen und verstohlen, aber immer als Kriegsziel die Eroberung und Aufteilung Österreich-Ungarns hingestellt haben. Wir wissen ferner, daß unsere Feinde aber bald eingesehen haben, daß ihnen das mit all ihrer Übermacht an Personenzahl und an Kriegsmaterial nicht gelingen wird, und zwar deshalb, weil sie sich überzeugt haben, daß Österreich und Ungarn im Vereine mit ihren treuen Verbündeten an der äußeren Front einheitlich fest dastehen. Die Feinde haben gesehen, daß die Ungarn zum Beispiel Schulter an Schulter mit den Österreichern gegen die Eroberungspläne unseres verräterischen südlichen Nachbarn in Österreich kämpfen, und ebenso haben sie gesehen, daß wieder die Österreicher Schulter an Schulter mit den Ungarn gegen die Eroberungspläne der Russen und Rumänen in den Karpathen und in Siebenbürgen kämpfen. Also in dieser Beziehung besteht eine einheitliche Front unter einer einheitlichen Leitung und ich nehme gar keinen Anstand, auch hier zu sagen, daß die Ungarn in dieser Beziehung bis jetzt ihren Mann gestellt haben. Nun hat sich aber die Entente gesagt: nachdem ich mit den mörderischen Waffen und mit meiner Überzahl nicht das Land wegnehmen und aufteilen kann, so greife ich zu einem anderen Mittel, nämlich zur Aushungerung der Mittelmächte. Das ist ein völkerrechtlich ganz verwerfliches Mittel, das nicht bloß unsere kämpfenden Männer trifft, sondern auch Frauen und Kinder. Nun wäre es aber die Pflicht Österreich-Ungarns, auch diesem Bestreben unserer Feinde eine einheitliche innere Front entgegenzustellen. *(Beifall und Händeklatschen.)* Es soll uns freuen — und ich bin überzeugt, daß in dieser Beziehung, so viele Schwierigkeiten und Gegensätze wir sonst untereinander haben, das ganze Haus hinter der Regierung stehen wird —, wenn es entweder offiziell zur Schaffung eines gemeinsamen wirtschaftlichen Oberkommando in Österreich-Ungarn käme *(Zustimmung)* oder aber, wenn die Regierungen die Vereinbarungen, die sie abmachen, auch halten und selbständig in ihren Ländern durchführen würden. Beides wird uns freuen und dieses Haus wird beides unterstützen. Es ist unbedingt notwendig, daß in dieser Beziehung einheitlich vorgegangen wird.

Der Herr Minister hat uns gestern gesagt, Ungarn erhebe gegen uns, was die Preisbildung betreffe, den Vorwurf, daß die von Österreich nach Ungarn gelangenden Industrieerzeugnisse übermäßig hohe Preise haben und Ungarn habe das als Entgegnung vorgebracht, wenn unsere Regierung sich darüber beklagt hat, daß die in Ungarn reichlich vorhandenen landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu exorbitant hohen Preisen nach Österreich kommen. Nun meine ich so: wenn die wirklich radikalen Bestrebungen der Regierung dazu führen würden, jene Wucherer — möchte ich sagen — zu treffen, die es in Österreich in der Schwerindustrie, in der Kohlenindustrie usw. gibt *(Zustimmung)*, wenn sie dazu führen würden, in Ungarn die Fleisch-, Vieh- und Fettwucherer zu treffen, dann würde das zur Folge haben, daß man diesen Wucherern das Handwerk legt und sie gegenseitig ausliefert und dann wäre es möglich, die Preise zu regulieren und etwas abzubauen. Es würde das dann aber den wohltätigen Eindruck bei allen redlich arbeitenden Schichten der Bevölkerung, bei den Arbeitern, bei den Festangestellten, bei den kleinen und mittleren Bauern, kurz bei allen arbeitenden Ständen, sowohl in Österreich als auch in Ungarn machen, und das würde der beste Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn sein. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile nun das Wort dem Herrn Abgeordneten Goll.

Abgeordneter **Goll:** Hohes Haus! Jeder österreichische Staatsbürger weiß und empfindet es, daß der Mangel an Nahrungsmitteln und die Unzufriedenheit die unter der Bevölkerung Platz gegriffen hat, nicht zum geringen Teile auf das passive Verhalten der Ungarn gegenüber der Beschickung unseres heimischen österreichischen Lebensmittelmarktes zurückzuführen ist. Ich schließe mich daher den Ausführungen des ersten Herrn Redners in dieser Debatte, meines verehrten Kollegen Dr. Schürff, vollkommen an und will in dieser Beziehung nicht weiter darauf eingehen. Aber nicht minder ist die Unzufriedenheit und die Erbitterung in den Kreisen der österreichischen Bevölkerung über die Preispolitik, welche von seiten Ungarns auf dem Lebensmittelmarkte getrieben wird. Es bezieht sich das sowohl auf die Vieh- als auch auf die Getreidepreise. Diese Preispolitik hat aber für uns Österreicher, auch wenn wir nicht Konsumenten sind, auch wenn wir nur Steuerträger sind, eine ganz besondere Bedeutung, und zwar deshalb, weil ein großer Teil unserer Bevölkerung, ein ziemlich hoher Prozentsatz derselben, in der Verpflegung unserer Heeresverwaltung steht, deren Ausgaben durch das gemeinsame Budget gedeckt werden müssen. Ich will hier nur ein Beispiel anführen.

Nehmen wir zum Beispiel an, die Heeresverwaltung braucht für die Verpflegung unserer

Pferde in der Armee 10 Millionen Meterzentner Hafer. Ich weiß es nicht, aber ich muß sagen, sie dürfte mehr in Anspruch nehmen. Bei diesen 10 Millionen Meterzentner Hafer würde Österreich nach seiner Quote 6,400.000 Meterzentner in natura abzuliefern haben. Wir wissen alle, daß der österreichische Landwirt für jeden Meterzentner dieses an die Heeresverwaltung abgegebenen Hafers 30 K bekommen hat. Die Ungarn hätten nach unserer Quote 3,600.000 Meterzentner in natura abzuliefern, aber wir wissen auch, daß der ungarische Landwirt für jeden Meterzentner Hafer, den er der Heeresverwaltung zur Verfügung stellt, 40 K bekommen hat. *(Hört! Hört!)* Ich bitte, meine Herren, nehmen wir nun einmal den Bleistift zur Hand und rechnen wir aus, was die Beistellung der österreichischen Quote an diesem Futtermittel für die Heeresverwaltung ausmacht. Da finden wir, daß die Heeresverwaltung für die 6,400.000 Meterzentner Hafer 192 Millionen Kronen ausgeben muß, dagegen erhalten aber die Ungarn für die 3,600.000 Meterzentner Hafer 144 Millionen. *(Hört! Hört!)* Wenn Sie nun diese zwei Zahlen addieren, so finden Sie, daß das die gemeinsame Ausgabe der Heeresverwaltung 336 Millionen für das Hartfutter ausmacht. Dividieren Sie nun diese Summe von 336 Millionen durch unseren Quotenschlüssel, so finden Sie, daß die österreichische Reichshälfte für dieses eine Produkt 215 Millionen zahlen muß, während die Ungarn nur 121 Millionen zahlen. *(Hört! Hört!)* Man sieht daher, daß die österreichische Reichshälfte der ungarischen Landwirtschaft noch 23 Millionen daraufzahlen muß, geradezu eine Prämie, damit sie ihrer quotenmäßigen Verpflichtung zur Lieferung in natura nachkommt.

Das ist aber nicht alles. Die Ungarn bekommen außer diesen 23 Millionen noch eine andere Prämie, denn, wie mir bekannt ist, zahlt die Heeresverwaltung auch für den österreichischen Hafer die ungarischen Preise. Nur bekommt diese ungarischen Preise nicht der österreichische Landwirt in die Hand, sondern die österreichische Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, und wenn Sie die Bilanz dieser Anstalt anschauen, so werden Sie finden, daß in der Abrechnung für das Jahr 1916 ein Gewinn von 35 Millionen aus diesem Hafergeschäft eingestellt ist. *(Abgeordneter Dr. Wichtl: Wer kriegt das?)* Ich habe in der kriegswirtschaftlichen Kommission es für notwendig befunden, an den Vertreter der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt die Frage zu richten, was mit diesem Differenzfonds aus dem Hafergeschäfte geschieht, und es ist mir geantwortet worden, daß diese 35 Millionen dazu verwendet wurden, um die Verluste, die durch die rumänische Einfuhr entstanden sind, zu decken. *(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)* Es ist ja begreiflich, daß die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt Verluste, die sie aus ausländischen Geschäften erfährt, decken muß, aber es ist ungerechtfertigt, daß diese Deckung auf Kosten der österreichischen Landwirte geschieht. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Wenn wir nun, nachdem ich schon bei dem Hafergeschäft der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt bin, die ungarischen und österreichischen Haferpreise vergleichen, und wenn wir dieselben in Steuergelder umrechnen, so müssen wir uns sagen, daß, wenn wir volkswirtschaftlich rechnen wollen, die gemeinsame Finanzverwaltung dem österreichischen Landwirt den Haferpreis nicht höher anrechnen kann als mit 24 K, wogegen der Preis dem ungarischen Landwirt mit 46 K angerechnet werden kann.

Nun hat gestern Seine Exzellenz der Herr Minister für Volksernährung auch über unser Verhältnis zu Ungarn gesprochen und ist besonders auf die Fleisch- und Fetteinfuhr aus Ungarn eingegangen. Ich will darauf nicht näher eingehen, ich möchte nur eine Frage herausgreifen, die Seine Exzellenz gestern angeschnitten hat. Ich möchte nämlich — und das soll kein Vorwurf sein — ich will damit nur eine gewisse Warnung aussprechen. Seine Exzellenz hat uns mitgeteilt, daß die österreichische Regierung eine Mastanstalt errichtet hat, in welcher 10.000 Stück Schweine aufgestellt und mit ungarischem Mais gemästet werden sollen. Ich finde es ja erklärlich, daß diese Schweine in Ungarn gemästet werden, weil ich davon überzeugt bin, daß es die ungarische Regierung kaum zugeben wird, daß der Mais nach Österreich ausgeführt und hier verfüttert wird. Das ist mir zu gut bekannt. Aber das Prinzip der Mästung ist dasselbe, ob diese Mästung in Österreich oder in Ungarn vorgenommen wird. Nach den Erfahrungen, die wir mit so großen Mastanstalten gemacht haben, muß ich sagen, daß in dieser Massenaufstellung von Tieren zu Mastzwecken eine eminente Gefahr für die Fleisch- und Fettproduktion liegt, weil das Risiko der Seuchengefahr zu groß ist, und daß es wohl richtiger wäre, dieses Geschäft jenen zu überlassen, die in erster Linie dazu berufen sind, Schweine zu mästen, der Landwirtschaft und dem Bauernstand. *(Zustimmung.)* Diesen Kreisen soll man die Futtermittel zuweisen, sie soll man beauftragen, Schweine zu mästen und Fleisch und Fett zu produzieren.

Es ist leider im Laufe dieses Krieges so manches anders geworden, als es vordem war, es haben sich Elemente eingedrängt, welche angeben, es besser zu verstehen als der Bauer, wie man Schweine mästet, Vieh züchtet usw. Man hat heute noch nicht alle Daten zur Hand, ich kann auch nicht alle Fehler aufzählen, die durch diese Einmischung unberufener Elemente in den Betrieb der Landwirtschaft schon geschehen sind. Aber eine Erscheinung möchte ich erwähnen: Es gibt heute viele industrielle Unternehmungen, welche Vieh aufstellen, von der

Futtermittelzentrale dann die nötigen Futtermittel fordern und diese Futtermittel werden den Landwirten abgenommen *(So ist es!)* und diesen Unternehmungen zur Verfügung gestellt. Das Bezeichnende dabei ist, daß von den berufenen Organen unserer Wirtschaftszentralen diese Betriebe ganz übersehen werden.

In einzelnen Fabriksbetrieben werden Milchkühe aufgestellt, aber von einer Milch- oder Butterlieferung an die Buttersammelstellen ist keine Rede. Ich wollte das nur erwähnen und Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung bitten, da einmal ein wenig Nachschau zu halten.

Nun hat Seine Exzellenz in seiner gestrigen Rede auch der Kartoffelbewirtschaftung Erwähnung getan und gemeint, daß ja ein ziemlich großes Quantum Kartoffeln den Landwirten zur freien Verfügung verbleibe, wenn wir unsere Ernte mit 70 Millionen Meterzentner annehmen und davon 20 Millionen für die Konsumzentren und die Heeresverwaltung in Anspruch nehmen.

Ich bitte vielmals zu verzeihen, wenn ich dieser Rechnung eine Gegenrechnung gegenüberstelle. Es sieht allerdings so aus, wenn man von 70 Millionen 20 Millionen abzieht, bleiben der Landwirtschaft 50 Millionen Meterzentner. Aber in Wirklichkeit ist ja die Sache anders. Wenn wir unsere Anbaufläche, die übrigens auch geringer ist, als sie vor dem Kriege war, mit 750.000 Hektar annehmen, so ist der Berechnung unserer Regierung mit 70 Millionen Ernteertrag ein Hektarertrag von 90 Meterzentner zugrunde gelegt.

Wir haben im Laufe der letzten zehn Jahre zwar schon höhere Hektarerträge gehabt, ich bin aber der Meinung, daß wir heuer einen Durchschnittsertrag von 90 Meterzentner pro Hektar nicht haben werden *(Zustimmung)*, ich bin vielmehr der Ansicht, daß unser heuriger Ernteertrag vielleicht an den Ertrag des Jahres 1913 heranreichen wird, das heißt 80 Meterzentner pro Hektar. Dadurch verringert sich sofort die Summe von 70 Millionen auf 60 Millionen. Wenn wir dann diese Hektarerträge in Betracht ziehen und die Aufteilung vornehmen, die aus der ganzen Ernte vorgenommen werden muß, so ergibt sich für die Ablieferung, die jeder Landwirt abzustellen hat, pro Hektar 27 Meterzentner. Wenn wir das Saatgut in Abrechnung bringen, so macht das 22 Meterzentner, immer noch eine Anbaufläche von 750.000 Hektar gerechnet; aber es wäre sehr wünschenswert, daß wir diese Anbaufläche vergrößern, wofür wir dann noch ein größeres Quantum Saatgut brauchen würden. Wenn wir den Ausfall durch die Aufbewahrung mit 10 Prozent annehmen, so sind das zusammen 59 Meterzentner pro Hektar. Wenn wir dann die Selbstversorger in Rechnung stellen, die nach dem statistischen Jahrbuch für die Landwirtschaft 14 Millionen Köpfe betragen, von denen ich allerdings jetzt alle jene abziehen muß, die in Verpflegung der Heeresverwaltung stehen und alle jene, die keine Kartoffelproduzenten sind — das sind die Landwirte der Alpenländer —, so bleibt immer noch eine Konsumentenzahl von 9 Millionen. Wenn Sie diesen Konsumenten dieselbe Kopfquote zugestehen, so brauchen wir pro Hektar 21 Meterzentner.

Sie sehen, meine Herren, daß eigentlich nach dieser Berechnung für den Landwirt für den freien Verkehr nichts übrig bleibt.

Ich habe mich verpflichtet gefühlt, das zu sagen, weil in der Presse immer wieder darauf hingewiesen wurde, daß die österreichische Regierung dem Landwirt viel zu viel Kartoffeln zur freien Verfügung überlassen hätte.

Nun, meine Herren, muß ich jetzt auch über einige Erscheinungen, die bei uns in Österreich auf dem Gebiete unseres Wirtschaftslebens zutage treten, sprechen. Denn auch sie sind die Ursache der Unzufriedenheit mit unserer ganzen Kriegswirtschaft, welche unter der Bevölkerung Platz gegriffen hat. Da muß ich vor allem etwas richtigstellen. Es ist allgemein die Meinung verbreitet und wird durch die Presse immer wieder in die breiten Schichten der Bevölkerung getragen, daß der österreichische Bauernstand mit der staatlichen Bewirtschaftung unzufrieden sei. Das ist nicht richtig, der österreichische Landwirt versteht ganz genau und weiß ganz gut, daß eine staatliche Verbrauchsregelung besonders in den jetzigen Zeiten dringend notwendig ist. Ihm handelt es sich nicht darum, ob diese Produkte der staatlichen Verbrauchsregelung und Bewirtschaftung unterzogen werden, sondern was die Unzufriedenheit in den landwirtschaftlichen Kreisen hervorruft, ist nicht die staatliche Bewirtschaftung, als vielmehr die Art und Weise, wie mit diesen Produkten gewirtschaftet wird. *(So ist es!)* Die Bevölkerung sieht, daß die Zentralen, welche zum Zwecke der staatlichen Bewirtschaftung gebildet wurden, durch ihre Organe draußen sehr viele Fehler begehen. Die Bevölkerung sieht, daß auf der einen Seite Mengen von Lebensmitteln verderben, während auf der anderen Seite Mangel an Nahrungsmitteln herrscht; die Bevölkerung empfindet es als nicht gerechtfertigt, wenn die Organe unserer Wirtschaftszentralen draußen als Amtspersonen auftreten und Anordnungen treffen, welche sie in ihrem Betrieb ganz besonders stören. Ich will daher auf einige solcher Erscheinungen aufmerksam machen und möchte Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung bitten, daß den Ursachen dieser Erscheinung nachgegangen und diese womöglich beseitigt werden. Die Bevölkerung begreift es nicht, wenn ein Landwirt verhalten ist, zum Beispiel die erzeugte Butter der Approvisionierungskommission um 9 K 36 h abzuliefern,

während der neben dem Landwirt wohnende Postbeamte, Lehrer oder sonstige Fixangestellte gezwungen ist, sich diese Butter wieder bei der Approvisionierungskommission zu holen und dort gleich 14 K oder sogar 14 K 80 h dafür zu zahlen. Die Bevölkerung kann sich nicht erklären, wieso durch die einfache Zuweisung das Produkt sofort verteuert wird. Das trifft auch bei der Getreidezuweisung und bei der Futterzuweisung an die Nichtselbstversorger zu. Ein Distriktsarzt, der zwei Pferde erhalten muß, begreift es nicht, daß sein Nachbar, der Landwirt, den Hafer mit 30 K abgeben muß, während er ihn von der Approvisionierungskommission um 42 K zugewiesen bekommt. Diese Erscheinungen sind es, welche die Bevölkerung mit unserer Kriegswirtschaft unzufrieden machen und nicht die staatliche Bewirtschaftung als solche. *(Sehr richtig!)*

Bezüglich des Fleischverkehres möchte ich erwähnen, daß es vielfach vorkommt, daß in Bezirken, wo die Bevölkerung mit Fleischkarten beteilt ist, das ganze Schlachtvieh aus dem Bezirke in andere Konsumorte weggeschickt wird, während derselbe Bezirk Schlachtvieh wieder aus einem anderen Bezirk zugewiesen bekommt, das ganz abgemagert ankommt; auch das Schlachtvieh, das aus ersterem Bezirk weggeschickt wird, kommt gewiß ganz abgemagert am Bestimmungsorte an, besonders wenn es weite Transporte mitzumachen hat. Ich habe bereits einmal in diesem hohen Hause Gelegenheit gehabt, über diese Transporte von Schlachtvieh zu sprechen. Es war bei einer Teuerungsdebatte im Jahre 1909, wo ich den Antrag gestellt und die Ansicht vertreten habe, daß es — selbst in Friedenszeiten — einen großen Schaden bedeutet, wenn man Lebendvieh in die Konsumorte disponiert. Jeder Fachmann weiß, daß auf Viehtransporten Tausende von Meterzentnern Fleisch verloren gehen, weil das Vieh auf dem Transporte abmagert und wir haben seinerzeit verlangt, daß die Eisenbahnverwaltung Kühlwaggons anschafft, damit man nicht das Lebendvieh in die Konsumorte disponieren muß, sondern vielmehr Fleisch hindisponieren kann. Das wäre aber jetzt im Kriege ganz besonders wichtig, da wir mit dem Fleisch sparen sollen und ich möchte sehr bitten, daß für die Versorgung der Garnisonen — ich will nicht sagen der Fronten, denn diese sind wohl zu weit, zumal wir im Sommer vorwiegend warme Witterung gehabt haben — von den betreffenden Viehverwertungsstellen nicht lebendes Vieh zudisponiert wird, sondern daß dieses Vieh geschlachtet und den Garnisonen Fleisch zugewiesen wird. Wir haben durch die Zuschiebung von lebendem Vieh an die Konsumzentren Tausende und aber Tausende Meterzentner von Fleisch verwirtschaftet.

Nun muß ich noch etwas über die Erscheinungen sagen, die bei der Kartoffelaufbringung zutage getreten sind. Bei der Kartoffelaufbringung hat es sich ereignet, daß die Besitzer von Kartoffelvorräten von einer Kommission vorgeladen wurden . . . . *(Vizepräsident Ritter v. Pogačnik gibt das Glockenzeichen.)* Herr Präsident! Ich bin sofort fertig . . . . anzugeben, wieviel Vorräte sie haben. Diese Vorräte wurden von den betreffenden Besitzern schätzungsweise angegeben. Als aber die Kommission zur Abnahme schritt, hat es sich herausgestellt, daß manche mehr als 200 Kilogramm, andere weniger hatten. Die überzählige Menge wurde nun konfisziert, aber nicht bezahlt. Ich bitte, es wurden in einzelnen Gemeinden größere Mengen auf diese Weise konfisziert, ohne daß die Leute etwas dafür bezahlt erhalten hätten. Es würde uns nun doch interessieren, einmal zu wissen, was mit diesen konfiszierten Kartoffelmengen geschehen ist. Ich finde es ungerechtfertigt, daß man die Kartoffeln den betreffenden Besitzern nicht bezahlt hat. *(Ruf: Das kann nicht sein!)* Man hat sie nicht bezahlt. Diese Vorräte wurden als verheimlicht angenommen, trotzdem sie nicht verheimlicht waren, trotzdem sie genau so auf demselben Platz gelagert sind wie alle anderen Kartoffeln. Ich bin der Meinung, daß dies ungerechtfertigt ist und daß diese Vorräte als nichtverheimlicht anzusehen und daher zu bezahlen sind.

Ich möchte daher sehr bitten, daß diese Vorkommnisse genau erhoben werden und daß die betreffenden Besitzer zu ihrem Rechte kommen. *(Vizepräsident Ritter v. Pogačnik gibt das Glockenzeichen.)* Ich schließe sofort.

Aber ich muß noch etwas erwähnen und das sind die Verfügungen und Verordnungen der Organe der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, die den Landwirten nie als Kaufleute entgegentreten, sondern immer als Amtspersonen *(Zustimmung)*, jenen Landwirten, die bei der Aufbringung des Getreides betroffen werden. Da kommt es vor, daß, trotzdem die Eisenbahnstation ganz nahe liegt, die Landwirte verhalten werden, ihre Getreidevorräte 20 und 25 Kilometer weit in entfernte Mühlen zu führen. Das hindert den landwirtschaftlichen Betrieb. Der betreffende Besitzer oder seine Dienstleute müssen eine Tagreise machen, bis sie das Getreide abstellen können. Wir haben weder das nötige Fuhrwerk noch die nötigen Arbeitskräfte. Wenn nun das aus zwingenden Gründen geschehen muß, so bin ich der Meinung, daß man den betreffenden Landwirten wenigstens die Zeit und den Fuhrlohn vergütet, was sie doch durch diesen weiten Transport verdienen.

Es wäre sehr interessant, auf diese Frage noch näher einzugehen, da aber meine Redezeit vorüber ist, so muß ich schließen. Ich werde vielleicht noch dazu kommen, bei einer anderen Gelegenheit diese Frage näher zu besprechen. Weil ich der Regierung

nicht den Vorwurf machen will, daß sie die Schuld an allen diesen Vorkommnissen trägt, so werde ich mir bei nächster Gelegenheit erlauben, auf diese Frage einzugehen, denn ich bin überzeugt, daß diese sogenannten Beiräte der Regierung, die ihr in der parlamentslosen Zeit diese Ratschläge erteilt haben, viel mehr schuld sind an unserer Mißwirtschaft als die Regierung selbst. Da ich annehme, daß ich bald Gelegenheit haben werde, über diese Frage zu sprechen, schließe ich. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik**: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Muchitsch das Wort.

Abgeordneter **Muchitsch**: Meine Herren! In der in Verhandlung stehenden Interpellation kommt der Fettfrage zweifellos die größte Bedeutung zu; ich will mich daher nur mit dieser Frage beschäftigen. Wir haben in unserem Ernährungsregime eine ganze Reihe grober Fehler und Mängel zu beklagen, aber sicher ist, daß wir in der Fettfrage am ärgsten daran sind, daß wir in der Fettfrage den größten Fehler konstatieren müssen. Zu dem ungeheuren Mangel, der an Fettstoffen herrscht, kommt ein so furchtbar wucherischer Preis, daß die Arbeiter tatsächlich das nicht mehr auszuhalten vermögen. Viel zu spät, glauben wir, ist in dieser Frage mit der notwendigen Energie eingegriffen worden. Solange das Parlament nicht tagte, solange wir unter dem unseligen Regime Stürgkh zu leiden hatten, hat in der Ernährungsfrage eine gewisse Sorglosigkeit und Gleichgültigkeit geherrscht; das unterliegt für uns gar keinem Zweifel. Wenn rechtzeitig eingegriffen worden wäre, würde mancher Fehler, der dann später zutage getreten ist, nicht gemacht worden sein; insbesondere aber hätte man es verhindern können, daß die Preispolitik in Ungarn eine so wucherische geworden ist und diese Preispolitik in Ungarn es mit sich gebracht hat, daß auch die Preise unserer eigenen Nahrungsmittel sich immer mehr und mehr diesen ungarischen Wucherpreisen angepaßt haben. Heute, muß man beinahe sagen, ist es vielleicht schon etwas zu spät, noch das zu erreichen, was insbesondere in der Fettfrage eine unbedingte Notwendigkeit ist. Die Lage ist unerträglich geworden, die Masse der Arbeiter ist der Verzweiflung nahe, denn ohne Fett kann man nicht leben, das dürfte wohl jedem klar sein. Aber nicht nur die Tatsache treibt die Arbeiter zur Verzweiflung, daß sie Fett nicht bekommen oder in viel zu geringer Menge bekommen, daß also ein so furchtbarer Mangel vorhanden ist, sondern vielmehr noch die Tatsache, daß für Fett, für das absolut notwendige und unentbehrlichste Nahrungsmittel geradezu Phantasiepreise bezahlt werden müssen. *(Ruf: Und nicht zu bekommen auch gegen Fettkarte!)* Ich sage ja, es ist ein so ungeheurer Mangel und dazu kommt noch, daß man für jene Menge, die man überhaupt zu kaufen bekommt, Phantasiepreise bezahlen muß. *(Ruf: Die Hauptsache ist die Fettkarte!)* Ja, Karten haben wir genug, aber Fett haben wir keines. Der Höchstpreis ist 8 K 50 h, aber zum Höchstpreise gibt es heute nirgends mehr Fett zu kaufen. In Ungarn werden — es ist uns das auch vom Kollegen Fink früher gesagt worden — schon Preise bis zu 32 K pro Kilogramm verlangt. Es wird auch jeder Preis, der in Ungarn gefordert wird, bezahlt. Unter der Duldung der ungarischen und natürlich auch unter der Duldung der österreichischen Regierung, also beider Regierungen, wird der in Ungarn bestehende Höchstpreis von 8 K 50 h überschritten, das heißt, er steht schon längst nur mehr auf dem Papier, er wird von niemand eingehalten und so kommt es, daß wir heute in Ungarn schon 32 K für das Fett bezahlen müssen, und wenn nicht möglichst rasch und — ich möchte sagen — mit eiserner Faust zugegriffen wird, dann werden wir wahrscheinlich noch höhere Preise zahlen müssen. *(Abgeordneter Sever: Eiserne Faust gegen die Ungarn?)* Die wäre aber notwendig, sie wäre absolut notwendig. *(Abgeordneter Sever: Notwendig wäre sie schon, aber ich vertraue nicht darauf!)* Ja, ich vertraue auch nicht darauf, aber ich muß sagen, daß es notwendig ist, mit eiserner Faust zuzugreifen, denn so geht die Sache einfach nicht mehr weiter.

Ich bitte, meine Herren, wir bekommen aus Ungarn auch Speck. Wir müssen für diesen Speck, den wir aus Ungarn bekommen, schon 25, 26 K und noch darüber pro Kilogramm bezahlen. Wir bekommen in Steiermark — wenigstens vielfach — statt Fett diesen ungarischen Speck, und zwar nach der Fettkarte. *(Zwischenrufe.)* Und nun bekommt die Arbeitersfrau, die in einem Arbeiterkonsumverein — auch der bekommt nichts anderes zugewiesen — oder in einer Abgabestelle der Betriebe oder der Gemeinde, wo immer eingekauft wird, ein Kilogramm Speck um 26 K, geht dann nach Hause und will daraus Fett gewinnen, schmilzt also diesen Speck und nimmt nun zu ihrem Schrecken wahr, daß sie aus einem Kilogramm Speck nicht einmal ein halbes Kilogramm Fett bekommt, ja es ist konstatiert worden, daß von einem Kilogramm Salzspeck oft nur 22 Prozent Fett erzielt worden sind. Nun kostet dieses Fett dann nicht 32 K, sondern dieses Fett kostet dann mehr als 50 K pro Kilogramm. Meine Herren! Sie können sich vorstellen, von welchen Gefühlen so eine Arbeitersfrau oder der Arbeiter selbst und von welchen Gefühlen die Masse beherrscht wird, wenn sie in einer so unerhört niederträchtigen Weise bewuchert wird, wenn es dazu kommt, daß der Arbeiter nahezu einen

Wochenlohn, den ganzen Lohn, den er in einer Woche verdient, hergeben soll, damit er sich, wenn er eine mehrköpfige Familie hat, jenes Quantum Fett anschaffen kann, das er innerhalb einer Woche brauchen würde. Für das Fett allein muß er also seinen ganzen Arbeitsverdienst hingeben irgendeinem ungarischen Magnaten, irgendeinem ungarischen Wucherer oder auch irgendeinem österreichischen Wucherer, denn ich konstatiere, daß man auch unser inländisches Fett nicht mehr zu unseren Höchstpreisen bekommt, sondern daß wir auch für unser inländisches Fett, für das Fett, das wir selbst produzieren, dieselben Preise bezahlen müssen wie für das ungarische Fett. Das heißt doch nichts anderes, als das Fett zu einem Nahrungsmittel zu machen, das nur mehr den reichen Leuten, den Kriegsgewinnern, zugänglich ist; das heißt doch nichts anderes, als wie die arbeitende und schaffende Menschheit systematisch zugrunde richten. Etwas anderes bedeutet das nicht.

Wir haben gestern von seiner Exzellenz dem Herrn Ernährungsminister gehört, daß die Regierung Verhandlungen mit der ungarischen Regierung darüber führt, daß die Kontingente an Schweinen, die wir aus Ungarn bekommen, erhöht werden sollen. Selbstverständlich sind wir ganz damit einverstanden, daß wir mehr Lebendschweine oder auch tote Schweine aus Ungarn hereinbekommen. Aber wir müssen uns denn doch die Frage vorlegen, warum denn diese Dinge, über die jetzt mit der ungarischen Regierung verhandelt wird: Erhöhung der Einfuhrkontingente, Erhöhung der Mast in Ungarn — es sollen 30.000 Schweine dazu eingestellt werden — nicht schon längst gemacht wurden. Wir haben das in jenen Körperschaften, die sich während der ganzen Kriegsdauer vorwiegend mit Ernährungsfragen beschäftigt haben, immer und immer wieder verlangt, wir haben insbesondere darauf hingewiesen, daß eine systematische Schweinezucht und Fettproduktion sowohl in Ungarn als auch und insbesondere bei uns in Österreich notwendig ist. Leider haben wir alle diese Forderungen immer wieder ohne jedweden Erfolg erhoben. Es ist von Seiner Exzellenz dem Herrn Ernährungsminister auch gesagt worden, es wird der Versuch gemacht werden, die Preise abzubauen, in Ungarn die Preise der Nahrungsmittel, also auch des Fettes, und in Österreich die Preise unserer Industrieerzeugnisse, und hierzu sollen die beiden Zentralpreisprüfungsstellen berufen werden, die sollen sich mit dem Abbau der Preise beschäftigen.

Ich glaube kaum, daß irgend jemand in Österreich glauben wird, daß durch irgendeine Entscheidung der Preisprüfungsstellen ein Abbau der Lebensmittelpreise erreicht wird. Böse Zungen behaupten, daß diese Preisprüfungsstellen nicht Stellen sind, die die wirklichen Richtpreise angeben oder den Versuch machen, die Preise abzubauen, sondern daß es Stellen sind, die dazu beitragen, daß die Preise noch immer mehr hinaufgetrieben werden. Das wird wenigstens behauptet. Es ist daher gewiß nicht viel davon zu erwarten und es ist bedauerlich, daß erst jetzt, wo die Not sozusagen absolut unerträglich geworden ist, jetzt, wo man es nicht mehr aushalten kann, der Versuch gemacht wird, dort die Lebensmittelpreise, hier die Preise der Industrieartikel abzubauen, obwohl immer wieder und oft genug an maßgebender Stelle darauf hingewiesen wurde, daß es unmöglich ist, die Preise immer mehr und mehr in die Höhe schnellen zu lassen, daß ein Abbau der Preise eine absolute Notwendigkeit ist. Es ist nach unserem Dafürhalten fraglich, ob auf diesem Wege, den der Herr Ernährungsminister in der Frage des Abbaues der Preise einzuschlagen gedenkt, ein Erfolg wird erzielt werden können, zumal zu diesen Stellen, die hierzu beitragen sollen, ein sehr geringes Vertrauen besteht.

Ich habe früher gesagt: Wir bekommen auch unser Fett nur mehr zu ungarischen Preisen zu kaufen. Es ist überhaupt eine ganz unerhörte Tatsache, daß die Preistreiberei, die wir in beinahe allen Nahrungsmitteln zu verzeichnen haben, immer auf die ungarischen Preise zurückgeführt wird. Wir haben das selbst beim Obst gesehen. Was immer man kauft, wird als ungarische Ware ausgegeben und wir müssen die unerhörtesten Preise für die Nahrungsmittel zahlen. Nun muß ich schon sagen, daß der Mangel an Nahrungsmitteln, insbesondere der Mangel an Fett schwer zu ertragen ist, aber noch schwerer, fast überhaupt nicht zu ertragen ist es, wenn man weiß, daß man in der unverschämtesten Weise ausgewuchert wird.

Ich habe ein Rundschreiben der deutschen Wirtschaftszentrale für Böhmen hier; das ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, zu dem Zwecke gegründet, um die deutschböhmischen Gemeinden mit Nahrungsmitteln zu versorgen. In diesem Rundschreiben, aus dem ich nur einige Stellen verlesen will, heißt es *(liest)*:

„In Anbetracht der immer bedrohlicher werdenden Fettnot in den deutschen Konsumgebieten Böhmens haben wir uns bemüht, die Wiederaufnahme des Bezuges von ungarischem gesalzenen Rohspeck sowie von ungarischem Schweinefett zu ermöglichen.

Vor allem haben wir uns an die k. k. Statthalterei in Prag mit der Bitte um ausdrückliche Gestattung gewendet, daß wir diese Waren über den geltenden Höchstpreisen kaufen und verkaufen dürfen. Mit dem Erlaß vom 20. September 1917, St. Z. 252, 578 Dep. L, hat die k. k. Statthalterei eröffnet, daß sie gegen die Erwerbung von ungarischem Schweinespeck und Schweinefett über den geltenden Höchstpreisen unter der Voraussetzung nichts einzuwenden hat, wenn die Preisdifferenz

von den kaufenden Kommunen, Korporationen oder Betrieben getragen wird" — dieser Satz wird aber durch den sofort nachfolgenden Satz aufgehoben — „beziehungsweise wenn der Verkaufspreis die Anschaffungskosten zuzüglich der üblichen Provision der deutschen Wirtschaftszentrale nicht überschritten wird."

Weiter heißt es *(liest)*:

„Dagegen stößt die Beschaffung der Ware selbst, da auch in Ungarn die Schweinezucht zufolge des herrschenden Mangels geeigneter Futtermittel immer mehr zurückgeht, auf sehr bedeutende Schwierigkeiten. Immerhin aber würden wir wahrscheinlich kleinere Mengen — monatlich etwa 50 Zentner Speck und 25 Zentner Fett — vorläufig noch aufbringen können; die Bedingungen sind aber derart harte, daß wir selbst Bedenken tragen, unseren Kunden den Bezug zu empfehlen.

Vor allem ist es ganz unmöglich, von vornherein einen bestimmten Einkaufspreis festzusetzen. Wir müssen vielmehr unseren Einkäufer ermächtigen, bei sich ihm bietender Gelegenheit sofort zum Preise zu kaufen, der eben jeweils von anderen Abnehmern gezahlt wird. Dieser Preis dürfte sich, ohne daß aber hierfür eine bestimmte Gewähr übernommen werden kann, bei gesalzenem Rohspeck zwischen 30 K und 35 K für das Kilogramm ungarisches Originalnettogewicht bewegen und bei gesalzenem Schweinefett noch um etwa 5 K höher sein."

Also für Speck werden 30 bis 35 K und für das Fett noch um 5 K mehr verlangt. Wenn dieser Speck, der 30 bis 35 K kostet, in Fett verwandelt werden soll, so wird ein Kilogramm dieses Fettes aus diesem Speck auf 70 K und darüber zu stehen kommen.

Meine Herren! Bedarf es da noch irgendwelcher Worte, um festzustellen, daß dieser Zustand ein absolut unhaltbarer ist. Das geschieht also trotz des dortigen Höchstpreises. Wenn die Behörden, die Statthaltereien, die Gemeinden und alle, die in Ungarn Fett einkaufen, sagen: na also, wenn zum Höchstpreise nichts zu haben ist, so zahlt halt das, was man drunten verlangt, damit nur Fett herkommt, so hat das ja einige Berechtigung; aber damit werden die Preise immer mehr hinaufgetrieben und wir bekommen Preise, die als Phantasiepreise zu betrachten sind und die wenigstens die übergroße Masse der Bevölkerung absolut nicht mehr erschwingen kann. Es muß also diesem unerhörten Zustande entgegengewirkt werden, und zwar, wie ich meine, durch eine andere Aufbringung. Und da möchte ich sagen, es ist nicht der richtige Weg, daß man es jedem ermöglicht, in Ungarn das Fett einzukaufen, sondern der Einkauf sollte eigentlich von einer Stelle aus besorgt werden. Wenn die Regierung, wenn unser Amt für Volksernährung, wenn die österreichische Regierung nicht imstande ist, das Fett in Ungarn zum Höchstpreise aufzukaufen und es der Bevölkerung in Österreich zugänglich zu machen, dann soll man diesen von den ungarischen Produzenten geforderten Preis bezahlen, soll das Fett nach Österreich einführen, es aber der Arbeiterschaft bei uns zum ungarischen Höchstpreise zugänglich machen. *(Sehr richtig!)* Das geht so nicht weiter, daß der Arbeiter 30, 40, 50, 60 und 70 K für 1 Kilogramm Fett bezahlen soll. Das ist eine absolut unmögliche Sache. Wenn die Regierung nicht imstande ist, das Fett zum Höchstpreise nach Österreich zu bringen, so soll sie, wie bei anderen Dingen, auch beim Fett draufzahlen *(Zustimmung)*, dann soll der Staat, auch wenn es Hunderte von Millionen sind, beim Fett zuzahlen, aber der Bevölkerung muß man das Fett zu einem erschwinglichen Preise zugänglich machen. So geht das einfach nicht weiter, das ist ein ganz unmöglicher Zustand.

Wenn aber das der Fall wäre, wenn die Regierung beim Fett draufzahlen müßte, dann würde es wahrscheinlich auch beim Fett anders werden, als es ist, dann würden sich die Herrschaften etwas mehr darum bekümmern, ob der Preis erträglich ist oder nicht. Man hat sich bei anderen Artikeln mehr gekümmert, was wir insbesondere beim Getreide sehen. Daraus geht auch hervor, daß auch in der Frage der Fettbeschaffung und der Fettaufbringung es zu solchen Zuständen, wie wir sie heute zu verzeichnen haben, nicht hätte kommen dürfen. Der Herr Ernährungsminister hat gemeint, es sei eine radikale Abhilfe notwendig; das ist ganz richtig, nur befürchten wir, daß es mit dem von Seiner Exzellenz dem Herrn Ernährungsminister, gemeinten Radikalismus nicht gehen wird. Radikale Abhilfe ist notwendig und es ist schon diese Äußerung des Herrn Ministers ein außerordentlicher Beweis dafür, zu welchen Zuständen wir in der Fettfrage gekommen sind *(Sehr richtig!)*, wenn der Minister selbst sagt, es sei radikale Abhilfe notwendig. Wir glauben aber nicht, daß in der Anrufung der Preisprüfungsstellen eine radikale Abhilfe zu erwarten steht, wir glauben nicht, das eine Mast von 30.000 Schweinen, obzwar wir dies begrüßen, genügen wird, wir glauben nicht, daß die Erhöhung der Kontingente allein dazu führen wird, sondern wir würden eine radikale Abhilfe nur darin erblicken, daß der ungarischen Regierung mit Nachdruck gesagt wird: so geht es nicht mehr weiter, diesen Wucher können wir uns nicht länger gefallen lassen. Es muß also das Fett zu erträglichen Preisen beschafft werden und wenn die österreichische Regierung hierzu nicht imstande ist, dann soll sie die Mittel dazu hergeben, die notwendig sind, um der Bevölkerung in Österreich das Fett zu solchen Preisen zugänglich zu machen, die noch bezahlt werden können. Wir möchten daher in ganz kurzen

Worten sowohl dem Ernährungsminister, als auch der Regierung sagen: so geht es nicht mehr weiter! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Aust.

Abgeordneter **Aust**: Slavná sněmovno! Přihlásil jsem se ke slovu k pilnému návrhu pana dra. Schürfa, abych osvětlil do jisté míry s mého hlediska a ze zkušeností nabytých otázku vyživovací, otázku vyživování zejména pracujícího lidu a zvláště s ohledem na poměry u nás v Čechách a neváhám říci také na poměry ve všech českých zemích. *(Tak jest!)*

Považuji za nejvýš nutné, aby sněmovna, dokud ještě je čas a dokud by nepřišla příliš pozdě, zaujala určité konkretní stanovisko v otázce vyživování obyvatelstva tohoto státu, aby zejména vytýčila zde své stanovisko k nehospodářství, nedostatečné organisovanosti úřadu pro výživu lidu. *(Tak jest!)*

Sněmovna musí se postaviti na ochranu obyvatelstva této říše, musí se postaviti na ochranu života a zdraví milionů pracujícího lidu *(Výborně!)* a jich rodin. Řekl jsem, že považuji organisaci výživy obyvatelstva za nedostatečnou. V této sněmovně bylo podáno již několik interpellací ohledně působnosti našich ústředen. Ústředny ve značné míře selhaly. *(Tak jest!)* Ony nejsou organisací, kde spravedlivě se dělí všem, co jim po právu patří k zajištění existencí *(Výborně! — Tak jest!)*, nýbrž jsou ústřednami, jsou úřady, kde bují protekcionářství *(Souhlas. — Potlesk)* a kde se soustavně pracuje ke zdražování životních potřeb. *(Tak jest!)*

Slavná sněmovno! Z úst úředníka slyšel sem tento výrok: „My sice stanovíme maximální ceny, to jest pro foro, ale ve skutečnosti čím budou požívatiny dražší, tím méně se jich spotřebuje a tím déle s nimi vydržíme.“ *(Slyšte!)*

Slavná sněmovno! Jest v tomhle prohlášení lidské soucítění, jest v něm ona ohleduplnost k trpícímu obyvatelstvu, jest v tomto prohlášení ono lidské nazírání na potřeby obyvatelstva této říše v době, kdy toto obyvatelstvo, zejména jeho pracující třídy hájí tento stát svou krví svým životem a kdy pracující třídy v dílnách stejně svým zdravím a životem zaopatřují potřeby státu?

Považuji za nutné říci: Tak nelze se dívati na hrdiny práce, tak nelze se dívati na ty, kdo státu dávají všechno, své zdraví i svůj život! Proto považuji za nutné, aby změněna byla organisace ústředen, a sice jestliže v celém postupu aprovisačním byla nejdříve vytýčena zásada centralisace a když uvázlo centrální zaopatřování, prohlášena byla tak zvaná soběstačnost čili nutnost, aby jednotlivé země samy kryli svoji potřebu, a na konec došlo se k tak zvané autonomii, totiž, že obecní starostové a obecní aprovisace se mají starati o zajištění výživy a prostředků k výživě nutných pro obyvatelstvo, pak považuji za možné, aby celá pochybená organisace ústředen byla změněna a aby zřízeny byly tak zvané zemské ústředny, aby v nich byly uplatněny nejprve potřeby obyvatelstva každé jednotlivé země a teprve pak, je-li nadprodukce, jestliže jest více než obyvatelstvo potřebuje, jest možno, přejíti přes hranice země, pak jest teprve možno, jak se praví, rukou nedílnou a společnou zajistiti a zabezpečiti existenci obyvatelstva ostatního. *(Správně!)*

Myslím, že sněmovna musí v nejbližší době zasáhnouti v tyto otázky proto, aby nebyla činěna zodpovědnou za to, že nic neučinila, pokud byl ještě čas, a aby pánové z ústředen a vyživovacího úřadu nemohli si pilátovsky umýti ruce a říci: „My udělali, co jsme mohli, ale tam neučinilo se, co se učiniti mohlo,“ a aby se tak vina za útrapy, které stávají a které ještě přijdou a za mnohem těžší ještě věci, které z důsledku toho dostaviti se musí, nemohla svalovati se na zástupce lidu, zejména ne na zástupce pracujících tříd. *(Výkřiky!)*

Můžeme dožadovati se, aby sněmovna z poslanců zvolila kontrolní komisi pro rozdělování potravin a pícnin *(Výborně!)*, poněvadž víme, že někomu se přiděluje více, někomu méně. Víme docela dobře, že jsou celé okresy, kde se nedostane obyvatelstvu ani toho, co dle předpisů jest přikázáno. Před nedlouhou dobou prožili jsme kruté chvíle. Celé obce nedostaly mouky a po celé měsíce neměly chleba. Dělníkům z továren muničních a horníkům nestačí dávka, která jim jest předepsaná. Jak krutě působí pak v rodině těchto dělníků, když ani této nepatrné dávky chleba a mouky se jim nedostane! Venkovské obce prý se mají zásobiti samy, mají si sobě stačiti, ale těmto venkovským obcím vezme se všechno, co by mohlo existenci obyvatelstvu poskytnouti a pak se jim řekne: Vy máte obyvatelstvo zabezpečiti, vy nesmíte připustiti, aby v obci samotné byl hlad. *(Hlas: Zmrzneme po tmě o hladu.)*

Tak jest! Musím vylíčiti ještě jedno. Jedná se o české dělníky, o věc českou v celém rozsahu. Nemáme totiž ve vyživovacím úřadu po stránce politické žádného zastoupení, nemáme práva nahlídnouti do vnitřní organisace, nevíme, co se tam děje; my víme a jen slyšíme stále, že se celé vlaky obilí vyvážejí za hranice *(Tak jest!)*, že se celé vlaky tuku vyvážejí za hranice a že tisíce a tisíce vagonů jiných požívatin má býti vyvezeno takléž.

Domníváme se, že má býti utajeno a utuláno, že má býti ze země České vyveženo 22 tisíc vagonů brambor, které jsou a zůstanou na dále nejdůležitější výživou pracujících tříd. To všechno slyšíme a přesvědčili jsme se, že ve mnohém jest to pravda, ale když jsme na věc poukázali, Jeho Excellence pan ministr výživy řekl nám: Pánové, vy se nesmíte klamati; vlaky obilí, které jezdí do Německa, to jest rumunské obilí, které jest přikázáno Německu a které nejkratší cestou béře se přes Čechy anebo přes Moravu a za něž dostane se nám bramborů.“ Tomuto ujištění Jeho Excellence pana ministra pro výživu můžeme věřiti, ale nemusíme. My musíme míti kontrolu fakt o tom, že jeho výroky byly správny, musíme míti přesvědčení, že nás ani on neklame, ač on jest jemný muž a kavalír; v jednání avšak on sám může býti klamán.

Učinil jsem některé náměty, které snad budou podkladem pro příští jednání sněmovní. Jsem ovšem přesvědčen, že záchrana v celém rozsahu jest nemyslitelna a nemožna *(Slyšte!)*, jsem přesvědčen, že měsíce únor a březen znamenají katastrofu v tomto státě. *(Zajisté!)* Jsem ale také přesvědčen, že kdyby se mělo zabrániti hroznými důsledkům neorganisovanosti celé soustavy aprovisační, a měla zjednati úleva, bylo by třeba odstraniti příčinu všech těchto běd, bylo by třeba ukončiti válku, bylo by třeba uzavříti čestný mír, který by oblažil všechny národy rakouské. *(Hlučný potlesk. — Výborně!)*

Jest jisto, že válka jest příčinou běd a rozvratu hospodářského a mravního úpadku a že chceme-li odstraniti tyto bědy, musíme odstraniti příčinu její, musíme pracovati k ukončení války samé. A tu, slavná sněmovno, musím protestovati jak jmenem svým, tak jmenem celého klubu českých sociálnědemokratických poslanců *(Výborně!)* proti tomu, že Jeho Excellence pan ministr vojenství vydal zákaz, kterým má býti také umlčen projev, který se stal za včerejší schůze. Co bylo řečeno s galerie? „V době, kdy statisíce na frontě krvácejí, kdy statisíce lidí umírá hladem, zabývá se sněmovna malichernostmi, na místě aby pracovala pro mír. *(Hlučné výkřiky.)* Každý přeje si míru a na vás jest,“ pravil setník na galerii, tedy člen naší armády, „abyste zjednali podmínky pro mezinárodní smírčí soudy.“

Slov těch nepromluvil on, ale slova ta pronesly jeho ústy miliony obyvatelů tohoto státu. *(Poslanec Prokeš: I důstojníci!)* Ano. To jest jediné vroucí přání milionů civilního obyvatelstva tohoto státu a neváhám říci, že kdyby měl býti slyšen hlas armády, i miliony vojáků prohlásily by totéž a žádaly by za ukončení války čestným mírem, aby mohly se vrátiti ku své práci, aby mohly budovati na poli hospodářském, kulturním a politickém své příští štěstí. *(Výkřiky: Durchhalten!)* Ano, Batocki také řekl „vydržeti“, ale když mu zabavili bedny potravin, které ho každého týdne docházely, pak prostě odstoupil se svého úřadu, poněvadž nemohl býti živ z toho, co jest k živobytí předepsáno. Jest přece naprosto vyloučeno a já považuji za šílence lidi, kteří se domnívají, že výživa člověka jest a musí býti zajištěna potravinami, které jsou mu předepsány, ale které se mu nedodávají.

Slavná sněmovno! Má se dnes pilným návrhem pracovati k tomu, aby poměr mezi námi před Litavou a za Litavou, tedy mezi námi a magnáty uherskými byl v záležitosti vývozu tuků, špeku, masa atd. nějak lidštěji upraven a aby obyvatelstvo tohoto soustátí nebylo vháněno přímo do náruče zoufalství tím, že nedostává se mu nejpotřebnější potraviny, že nedostává se mu tuku.

Slavná sněmovno! Kdyby organisace vyživovacího úřadu byla náležitá, kdyby tento úřad měl pochopení pro racionelní hospodářství, nemusili bychom trpěti nouzi o tuky, ale prosím, z Čech, Moravy a Slezska se vyváží seno, zbavují se tedy hospodáři a pěstitelé dobytka potraviny pro dobytek. *(Poslanec Prokeš: Máme posílati dobytek z Moravy na výkrm do alpských zemí! — Výkřiky.)* . . . Prosím, pánové, abyste mě výkřiky snad nepřipravili o čas . . .

V Haliči jest otava dosud nesklízena, Tyroly, Dolní a Horní Rakousy oplývají senem a krmivem a u nás musí býti odporáženo sta a tisíce kusů dobytka a dojnic, poněvadž není pro ně píce. Tisíce ba statisíce kilogramů másla, které se u nás sebralo, transportuje se pryč. Jest nám vyměřena dávka 120 gramů pro osobu na týden, nedostaneme však po měsíce ani gram . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, die Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter **Aust**: Ich bin gleich fertig.

A ještě to, co se vyrobí, odváží se pryč. Protestujeme proti tomu, aby vývoz děl se způsobem, za který nemáme žádné kompensace, protestujeme proti vývozu brambor, které jsou důležitou výživou pracujícího lidu, protestujeme proti vývozu jiných požívatin, kterých jest u nás nedostatek a které jinde přicházejí mnohdy na zmar následkem nedostatečné dopravy a nedostatečného rozdílení.

Ale ptám se, je-li to, co nám bylo . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist verstrichen.

Abgeordneter **Aust**: Nur noch zwei Minuten.

**Präsident:** Ich bitte, ich kann da nicht handeln lassen, die Redezeit ist nach der Geschäftsordnung festgesetzt. Ich bitte also zu schließen.

Abgeordneter **Aust** *(fortfahrend):* Velectění pánové! S tohoto místa dožadujeme se na vládě, aby se vší energií pracovala k tomu, aby se nám dostalo z Uher potřebné dávky tukové.

Připojuji se k vývodům kolegy Muchiče, který upozornil na úžasné ceny tuků, který nám prodávají naši přátelé za Litavou. Z Uher dostáváme také salám za 18 K kilogram, který v Čechách můžeme vyrobiti za 7 K 20 h až 8 K 20 h. Považuji tuto politiku magnátů uherských za prostý útok na existenci českého lidu pracujícího *(Výborně!)*, považuji tuto politiku zdražovací za útok na existenci celého národa našeho a my v tomto směru musíme také vyvoditi důsledky. Tři léta pracují k tomu, aby nás utlačili *(Bouřlivý souhlas)*, a když jsme jim nepovolili, chtějí nás hladem donutiti k pokornosti a oddanosti.

Pracující lid hyne, tisíce lidí zoufá každým dnem a já varuji, pánové, aby s tímto utrpením tisíců českého lidu se zahrávalo, varuji pány, aby se nedomnívali, že eskortami, zavíráním, persekucemi a posádkami vojenskými dovedou potlačiti touhu českého dělnictva po volnějším a lepším žití, než bylo dosud.

Bude míti naše vláda tolik moci, aby mohla donutiti magnáty uherské ku splnění občanských povinností?

Nedostane se jí stejné odpovědi, jaká byla pronesena ve sněmovně uherské! Kde padla veliká frase:

My zásobovati budeme naší armadu, ostatní nechť snaží se konati povinnost zásobovací pro ostatní obyvatelstvo!

Byla to, velectění pánové, ušlechtilá . . .

**Präsident** *(unterbrechend):* Ich bitte, Herr Abgeordneter, die Rede zu schließen.

Abgeordneter **Aust:** Ich bitte nur eine Minute!

Byla to ušlechtilá snaha, byla to láska k armádě, k čackým našim hrdinům na válečném poli? Né! Bylo to pouhé posvěcení lichvy armádních dodavatelů, které se v tomto případě dálo, poněvadž přesvědčili jsme se, do jaké míry vojenské zásobovací sbory kupovaly za maximální ceny.

Zakupováno bylo za dvoj- až trojnásobnou cenu. Miliardy zisku docílili magnáti uherští za své zásobování armády a tato politika vrhá své stíny do našeho soustátí, přivodujíc nesmírné zdražování všech potřeb životních, že dělnictvu jsou tyto nedosažitelnými a miliony obyvatelstva přímo ožebračuji.

**Präsident** *(unterbrechend):* Ich ersuche den Herrn Redner zum letztenmal, zu schließen, da ich ihm sonst das Wort entziehen müßte.

Abgeordneter **Aust** *(fortfahrend):* Končím. Snad bude mi ještě dána příležitost, aby podrobněji v debatě, která o otázkách výživovacích bude rozvinuta snad v nejbližší době, osvětlil mnohé věci, které osvětlení vyžadují.

Končím prostým prohlášením: Lid nenechá se zdeptati, lid nechce hladem zemříti a bude bojovati za své žití a svobodu. *(Hlučný potlesk. — Řečníku se blahopřeje.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Starck das Wort.

Abgeordneter **Starck:** Hohes Haus! Daß die baldige Erfüllung des Dringlichkeitsantrages Schürff eine der dringendsten Notwendigkeiten ist, darüber gibt es wohl keinen Zweifel. Es ist aber unrichtig, wenn von seiten Ungarns, wie man heute schon finden kann, behauptet wird, daß in diesem Hause Hetzreden gehalten werden. Wo bleibt da die Zensur? Jedenfalls haben gewisse Kreise ein Interesse daran, daß nach außenhin die Sache falsch dargestellt werde und daß seitens der ungarischen Presse und der betreffenden Interessenten nicht der innere Kern der Angelegenheit erfaßt werde. Wenn nichts anderes, so ist dies selbstverständlich der Umstand, daß die Arbeitskraft, die Kriegsindustrie, die Bergarbeiter, ja die gesamte Bevölkerung auf Fett angewiesen sind und Fettstoffe in gewisser Beziehung unersetzlich sind. Darüber weiter ein Wort zu verlieren ist überflüssig. Ärzte, Kommissionen, Professoren aller Wissenschaften, die sich mit derartigen Dingen beschäftigen, bestätigen dies und die tägliche Beobachtung sagt uns dies selbst. Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten Homann, hat in Aussicht gestellt, daß den Schwerarbeitern, den Kriegsindustriearbeitern genügende Nahrungsmittel, Fleisch und Fettstoffe zugeführt werden sollen. Man hat gesagt, daß Ungarn gegenüber durch Kohle eine Kompensation gemacht wird. Es ist aber die merkwürdige Erscheinung zu beobachten, daß österreichische Kohle durch Deutschland heute nach Ungarn kommt, so daß ich befürchte, daß Exzellenz Homann mit dieser Kompensation wenig Erfolg haben wird. Wir sind uns der gewaltigen Situation bewußt, die der Weltkrieg geschaffen hat. Deutschösterreich insbesondere weiß, daß es keine Leichtigkeit ist und daß man mit jeder Faser seines Herzens daran hängt, jenes Durchhalten zu ermöglichen, welches eine Besserung, wenn man so sagen

soll, für die Zukunft bringen muß, für jene Zukunft, wo es überhaupt nur ein Programm geben soll, das man auch jetzt schon haben sollte, das Programm der Barmherzigkeit nach allen Seiten. Es sind ungeahnte Tausende von Witwen und Waisen und Invaliden, und wer zählt die vielen Toten, die in Österreich gefallen sind? Die Mehrheit bildet auf jeden Fall das Proletariat, das immer wieder nach den verschiedenen Musterungen in den Schützengräben vorrückt und das Proletariat im Hinterlande, welches die Interessen Amerikas und Englands fördern muß, die im Interesse einer Frau Wilson, die in der Lotterie, das heißt an der Börse spielt und derentwegen der Krieg kein Ende nehmen und auch die Ernährungsfrage nicht so leicht aus der Welt geschafft werden kann.

Man möge jetzt einen Brief an Herrn Wilson schreiben und ihm gratulieren, daß es diese Gesellschaft ist, die den Massenmord an den Proletariern vollzieht, an der gesamten menschlichen Gesellschaft vollzogen hat.

Ich will aber bei der Sache bleiben, wenn auch die politischen Verhältnisse von den Wirtschaftsverhältnissen nicht zu trennen sind, sondern mit ihnen in innigem Zusammenhang stehen. Ich will mich mit der Fettfrage beschäftigen. Was verstehen wir unter der Viehverwertungsgesellschaft? Wir haben gesehen, daß man dem mächtigen Großhandel die Organisation übergab, um mäßige Preise zu erhalten, um die Zufuhr von Fettstoffen und Fleisch leichter möglich zu machen. Wir können aber sagen, daß sich nichts besonderes geändert hat, daß im Gegenteil, sozusagen der Bock zum Gärtner gemacht wurde.

Von seiten der ungarischen Regierung wurde ein Kontingent von 30.000 Stück Hornvieh bewilligt. Für die Beschaffung, respektive für den Ankauf von Ungarn erhielt einzig und allein die Viehverwertungsgesellschaft das Recht. Die Verträge zwischen Österreich und Ungarn waren derart abgefaßt, daß sich Österreich verpflichtete, die Viehbeschaffung nur beim Produzenten durchzuführen, um den Viehhandel zur Vermeidung von Zwischengewinnen gänzlich auszuschalten.

Es war doch selbstverständlich, daß in einem Monat beim Produzenten nichts zu beschaffen war. Und was tat die Viehverwertungsgesellschaft, um dieses Quantum aufzubringen?

Sie gab ganz einfach den ungarischen Viehhändlern Einkaufsbewilligungen, und selbstverständlich wurde von der Viehverwertungsgesellschaft kein einziges Stück vom Produzenten direkt gekauft, sondern wieder von ungarischen Viehhändlern. Und wie geschah die Verteilung des Einkaufes in Österreich?

Die Viehverwertungsgesellschaft, respektive die Regierung, übergab den Einkauf ganz einfach sechs Kommissionären, welche keine Viehhändler, sondern am Wiener Platze tätige Kommissionäre sind und noch niemals Vieh vom Produzenten gekauft haben. Dagegen wurde der wirkliche Viehhändler, der schon jahrelang mit den Produzenten sowie mit den Marktverhältnissen vertraut war, gänzlich ausgeschaltet. Der Viehhandel ist schon seit 1½ Jahren gänzlich ausgeschaltet.

Bei diesem soeben erwähnten Geschäft erhielten die Kommissionäre, die von der Viehverwertungsgesellschaft bestimmt wurden, und zwar: Josef Saborsky's Söhne 5200 Stück, Liechtenschein und Bruder 1900 Stück, Kaufmann 1000 Stück, Brüder Spiegel 2500 Stück. Sie erhielten 2 Prozent vom Bruttobetrag an Provision ausbezahlt, und zwar pro Stück mindestens 70 K, so daß an diesem Geschäft sowohl die Viehverwertungsgesellschaft, als auch die Kommissionäre über 2½ Millionen Kronen verdienten. Wäre die Lieferung an die wirklichen Viehhändler verteilt worden, so hätte die Regierung viele Millionen erspart, das Volk aber hätte das Fleisch gewiß billiger bekommen.

Diese festgestellte Tatsache genügt, um zu beweisen, daß, wenn es sich um den heiligen Profit handelt, auch die österreichischen Viehgroßhändler, die gegenwärtig eingesetzt sind, es wunderbar verstehen, mit den übrigen im Reiche des heiligen Stephan wohnenden, jenes Verhältnis herbeizuführen, bei dem sie sich beide bereichern können. Unter diesen Umständen ist es logisch, daß die Viehpreise ins Unermeßliche steigen und daß eine Verbilligung nicht herbeigeführt werden kann. Unter solchen traurigen Verhältnissen stehen wir nun. Wenn ein Teil dieser Riesengewinne dazu verwendet wird, um in Österreich die Produktion zu heben, in eine Schweinezucht und Schweineversicherung einzuführen, damit keine Verluste entstehen, wenn einmal die Zucht nicht geraten sollte, so bin ich überzeugt, daß es in gewissen Fällen gar nicht notwendig wäre, an Ungarn zu appellieren.

Meine Zeit ist gemessen, ich kann nur kurz besprechen, was dringend notwendig ist. Unter solchen traurigen Verhältnissen steht die gesamte österreichische Bevölkerung, insbesondere die schwerarbeitende Bevölkerung, auf die wir unsere Hoffnung setzen. Wir sind uns bewußt, daß die Herren vom Ministerium, die Herren von oben, alles mögliche tun, um Abhilfe zu schaffen. Ich anerkenne die Bemühungen des Ministers für öffentliche Arbeiten, des Landesverteidigungsministers und des Ministers für Volksernährung Höfer. Ich habe oft in dieser Richtung Fühlung genommen und ich muß sagen, daß die Herren vom ehrlichsten Willen beseelt sind. Die Verhältnisse sind aber so, daß schon im Volk

der Ruf laut wird: Es wird Ihm nicht gelingen, über die Korruption Herr zu werden, denn sie sind zu stark miteinander verwachsen. Wer damit gemeint ist, kann sich jeder an den fünf Fingern abzählen. Gemeint ist der ehrliche Wille Seiner Majestät des Kaisers. Das Volk sagt, er wird über die Korruption nicht Herr werden, weil die Kriegsmillionengewinner und verschiedenen Finanzgewalten, die von Amerika nach England und Frankreich auch nach Deutschland und Österreich herübervielen, durch ihre politischen Auguren, immer das beste gleich im Anfang zu ersticken suchen. Nicht nur, daß die schwerarbeitende Bevölkerung und überhaupt die ganze Bevölkerung, insbesondere aber die Bergarbeiter und die Kriegsindustriearbeiter unter dem Fettmangel gewaltig leiden und zusammenbrechen, so ist auch der Umstand noch maßgebend, daß man bei diesem Nahrungsmangel ihnen überhaupt die Arbeitsfreude raubt. Man hat zum Beispiel gesagt, es sei notwendig, die Bergarbeiter in Massen zu entheben, und es sei auch notwendig, die betreffenden schweren Bestimmungen zu beseitigen. Sie dürften auch zum Teil beseitigt sein durch das vernünftige Eingreifen des Armeeoberkommandos und der betreffenden zuständigen Stellen. Das aber besteht weiter, daß ein großer Teil der Bergarbeiter Deutschböhmens in dieser Richtung einer heiligen Feme unterworfen ist.

Wer es wagt, gegen die fettlose Nahrung Stellung zu nehmen, wer es wagt, gegen das Einkaufssystem der einzelnen Werksbeamten Stellung zu nehmen oder gegen die Verteilung der Lebensmittel überhaupt, wo zuerst die Beamten und der Pfarrer des Dorfes gefüttert werden müssen und der Arbeiter nichts bekommt von Fleisch, von Eiern, die der Bauer bringen muß, damit er Kohle erhält, wenn der einzelne sich im Wege des Gesetzes oder der Beschwerdekommission rührt, dann tritt die heilige Feme in Kraft. Sie besteht darin, daß die enthobenen Bergarbeiter einrückend gemacht werden, und zwar dadurch, daß der Unternehmer erklärt, der Mann sei entbehrlich. Er wird aber dann nicht dort verwendet, wo er notwendig wäre, sondern er wird eine Zeit lang als Verbrecher behandelt, sein Name steht in den Büchern rot angestrichen, man schiebt ihn, wer weiß wohin. Wenn man diese Leute anständig behandeln würde und kämen sie auch an die Front, es läge nichts daran, aber sie werden sozusagen als Hochverräter behandelt und sind doch die ehrlichsten und bravsten Menschen der Welt.

Ich ersuche den Minister für Landesverteidigung, dahin zu wirken, daß solche Erscheinungen und Schuftigkeiten nicht mehr vorkommen können, daß es in Zukunft unmöglich gemacht werde, daß die Bergarbeiter für ewige Zeiten die Sklaven der Werkbesitzer bleiben sollen, die Bergarbeiter, die nicht imstande sind, sich Nahrungsmittel zu verschaffen, die keine Verwandten unter den Agrariern haben, die nichts besitzen, nichts haben und nicht hamstern können und die gar nicht in der Lage sind, jene Leistungen herbeizuführen, die von den unwissenden höheren Beamten gefordert werden, die nur die Leistung, nicht aber auch die Familienverhältnisse, unter welchen die Bergarbeiter leben, in Betracht ziehen. Unter solchen Umständen kommt dann die Zeit, wo das Vertrauen zusammenbricht, das wir zur Zeit noch besitzen, das Vertrauen, welches jenen Zustand herbeiführen soll, daß Österreich und seine verbündeten Mächte nicht zu Vasallen von England und Amerika herabsinken. Deswegen ist es notwendig, daß die kompetenten Behörden endlich einmal veranlassen, daß die enthobenen Bergarbeiter, welche man unter einem falschen Verdachte der Arbeit entzieht, zunächst einer Beschwerdestelle, respektive einem Schiedsgerichte vorgeführt werden, wo es sich herausstellen muß, warum das gemacht worden ist; und wenn man sieht, daß den betreffenden Leuten Unrecht geschehen ist, soll man ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen, wie es einem Staatsbürger gebührt.

Es ist richtig, daß wir — besonders die Deutschen Österreichs, die deutsche arbeitende Bevölkerung Österreichs — fürchterlich unter diesen wirtschaftlichen Zuständen zu leiden haben. Ich stimme zwar mit denen nicht ganz überein, welche sagen, es besteht ein Boykott von Seite des neuen kommenden Polen oder es bestehe ein Boykott von Seite der Tschechen gegen die Deutschen Österreichs; ich stimme auch nicht damit überein, daß man sagt, Ungarn hat uns wirtschaftlich abgesperrt; ich fasse die Sache so auf, daß bei der Lage, die der Krieg geschaffen hat, das letzte aufgebracht werden muß, um einen geordneten Zustand aufrecht zu erhalten, um die Mannschaft im Felde nicht hungern zu lassen und auch gesetzlich das zu erreichen, was alle sich zum Ziele gesetzt haben, nämlich den Feind dazu zu bringen, daß er endlich das gutgemeinte Friedensangebot anerkennen muß. Aber das eine steht fest, daß wir notwendig hätten, daß die Deutschen sich mit den Tschechen vereinigen; denn wenn eine deutsch-tschechische Vereinigung zustandekommt, besitzen wir die Macht dazu.

Aber es gibt Hetzer, die von dem Streite zwischen Deutschen und Tschechen leben, es sind die geheimen Hetzer, die hinter den gewaltigen Kriegsgewinnen sich verstecken; diese Hetzer zittern davor, daß eine Einigung zwischen Deutschen und Tschechen zustandekommt. Es gibt eine Reihe von Leuten, die täglich Angst haben, es könnte eine Einigkeit zustandekommen und sie könnten durch diese Einigkeit ihre wirtschaftliche Macht verlieren, es könnte die von ihnen getriebene Ausbeutung behindert werden und aus diesem Grunde sind sie von der

Ansicht durchdrungen, daß dieser Streit fortdauern müsse. Mögen sich denn Deutsche und Tschechen zusammentun, zu dem Statthalter gehen und sagen: Es ist genug, weiter geht es nicht: was wir abgeben können, Exzellenz, das geben wir ab, aber jetzt müssen wir eine Zeit lang geschützt werden, damit das arbeitende Volk und der Staat überhaupt nicht zusammenbrechen.

Wenn derartige Dinge, wie die erwähnten, heute noch hier in Österreich existieren, so ist das sehr zu bedauern; denn was nützt es uns, wenn wir uns zum Beispiel auf den Standpunkt stellen und sagen: Ja, der Dualismus oder der Ausgleich mit Ungarn muß geändert werden.

Ich weiß nicht, wie weit wir in dieser Sache seinerzeit Stellung nehmen werden, aber während des Krieges dürfte es sehr schwer sein, eine so bedeutende Frage anzuschneiden, wie die, betreffend die Selbständigkeit Ungarns, den Dualismus, oder die Frage, ob Österreich ein einheitlicher Staat sein soll, oder ob die Vereinigten Staaten von Österreich-Ungarn entstehen sollen mit einem kleinen Zentralparlament oder ob der Dualismus aufrecht bleiben soll, wie bisher. Zur Zeit dürfte das nicht gut angehen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil gegenwärtig Ungarn die politische Macht in der Monarchie in der Hand hat. Wir haben ja gesehen, daß eigentlich der Politiker Recht hatte, der zu Beginn des Krieges hier in Österreich an der Spitze stand, nämlich Graf Stürgkh, mit dem jetzt so viel Leichenschänderei getrieben wird. Ich sage, Graf Stürgkh ist nicht schuld an den heutigen Zuständen in Österreich, sondern das österreichische Parlament selbst. Graf Stürgkh ist manchem Minister nachgelaufen und hat gesagt: Bleibt beisammen, auch das Parlament soll beisammen bleiben. Aber es war nicht möglich infolge der leidenschaftlichen Stimmungen, die sich hier in diesem Hause durch verschiedene Hetzereien entwickelt haben. Nicht Graf Stürgkh, sondern die damalige Nebenregierung, die wir auch heute wieder zu spüren anfangen, ist es gewesen, die es unmöglich gemacht hat, jene erträglichen Zustände herbeizuführen, wie sie auf dem Gebiete des Ernährungswesens notwendig gewesen wären. Ab und zu konnte man auch den Namen Weiskirchner hören, daß nämlich der Bürgermeister von Wien Stellung nahm gegenüber dem Ackerbauminister und gegenüber dem Ministerpräsidenten und auch gegen Ungarn aufgetreten ist und dann später Koerber und noch irgendwelche; das waren die einzigen politischen Männer, die wir in Österreich beobachten konnten, die zu diesem traurigen Zustande Stellung nehmen konnten. Das eine steht fest, daß in Zukunft ein anderer Zustand Platz greifen muß, daß es aber heute nicht angeht, in dieser Beziehung auch nur den leisesten Anschein zu erwecken, damit die ungarische Gentry nicht das Recht habe, daraus zu deduzieren, daß wir gegen die Ungarn feindlich auftreten. Wir wollen nicht gegen die Ungarn feindlich auftreten, aber wir wissen, daß in Ungarn ebenfalls zahlreiche Nationen wohnen, daß auch Deutsche dort sind, und wir wissen, daß Ungarn ohne Österreich nicht sein kann, daß aber auch Österreich nicht ohne Ungarn sein kann. Wir wissen, daß auch ein selbständiges Königreich Böhmen zugrunde gehen würde, wenn nicht, ich möchte sagen, diese Vereinigten Staaten von Österreich-Ungarn aufgebaut und errichtet würden.

Ich will mich nicht in weiteren politischen Auslassungen ergehen, ich will nur sagen: weder Dualismus noch Personalunion! Ich will sagen, daß der Zustand Platz greifen muß, daß diese echte und wahre Demokratie herrscht, die ganz gut in einer Monarchie herrschen kann, die ganz gut wirklich mit der sozialen Frage sich beschäftigen kann, denn in Zukunft dürfte es nichts anderes geben als jene wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft zu finden, die uns uferlose Forderungen zwar hintanhält, aber die realistisch sagen muß: es muß das arbeitende Volk, es müssen die wirtschaftlichen Angelegenheiten in den Vordergrund gerückt werden, es muß eine Art soziale Kaisermonarchie entstehen, wenn Österreich nach dem Kriege nicht ein Land der Auswanderung werden soll, wenn in Österreich nicht ein Zustand werden soll, wo Krüppel und Invalide trotz der sozialpolitischen Fanfaren, die von Professoren und in unserem Hause geblasen werden, zugrunde gehen, wenn Österreich nicht ein Staat werden soll, in dem dann die Witwen und Waisen und Invaliden hungernd zugrunde gehen, weil sie vielleicht als Mittel zur Konkurrenz gegen den noch verbliebenen gesunden Arbeiter ausgespielt werden.

Deswegen bin ich der Ansicht, daß es notwendig ist, die Dinge klar zu sehen, wie sie sind. Die Sozialdemokratie ist unmöglich geworden, es gibt keine Sozialdemokratie mehr, denn Karl Marx hat durch Friedrich Adler gesprochen. Es war ein Unsinn, was von ihm geschehen ist, aber er war vielleicht im ehrlichen Bewußtsein, so handeln zu müssen. Die Sozialdemokratie existiert nur dem Namen nach; in Wirklichkeit nicht mehr, denn zu Beginn des Krieges hätte sich zeigen müssen, ob die Sozialdemokratie noch lebt, ob es in Europa und in Amerika noch eine Sozialdemokratie gibt oder nicht. Ich sage, es gibt nur bezahlte Kreaturen, sowohl in Amerika als in England, Frankreich und Rußland, die vom Kapital und von den jeweiligen Regierungen bezahlt gewesen sind, und darum mußte die Sozialdemokratie Bankerott erleiden und wenn man krampfhaft sich bemüht, durch Stockholm und den Grafen Czernin und später durch Bern den Anschein zu erwecken, die Proletarier aller Länder

wollen den Frieden, so gebe ich zu, das ist wahr, die ganze Welt will den Frieden, die Amerikaner, die Franzosen, die Russen und die Italiener, aber den Frieden kann nicht die Demagogie herbeiführen, sondern die Wahrheit, und die Wahrheit besteht darin, daß wir gegen Italien siegen müssen und gegen Rußland weiter siegen müssen, weil eine elende erbärmliche Demagogie den Krieg verlängert. Und deswegen sage ich und richte den Appell an die Ungarn — wir wissen, daß man sagt, sie versorgen die Armee — sie sollen weiter gehen und alle Parasiten von der menschlichen Gesellschaft entfernen und an deren Stelle die Wahrheit setzen und sollen doch erkennen . . .

Vizepräsident **Tusár** *(unterbrechend)*: Ich mache den Herrn Redner aufmerksam, daß seine Zeit abgelaufen ist.

Abgeordneter **Starck**: Ich bin sofort fertig! . . . und sollen doch erkennen, daß an deren Stelle die Wahrheit zu setzen ist, daß wir siegen müssen. Es darf keinen Hagen gegen Siegfried geben, sondern die Mittelmächte müssen weiter ausharren in Hunger, Not und Tod und keiner Welt wird es möglich sein, uns zu besiegen. Wir wollen aber nicht einen Siegesfrieden, sondern jenen Frieden, der unsere Mühe erkennen läßt, damit es möglich ist, das Programm der Wahrhaftigkeit auf der ganzen Welt der Erfüllung nahe zu bringen.

Vizepräsident **Tusár**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Hofmann v. Wellenhof; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Hofmann v. Wellenhof**: Ich fühle mich verpflichtet, auch diese Gelegenheit zu benützen, um die besonders traurigen Ernährungsverhältnisse der Alpenländer und insbesondere des Landes Steiermark zur Sprache zu bringen und neuerlich die Aufmerksamkeit der Regierung darauf zu lenken.

Vor kurzer Zeit erst hat Seine Exzellenz der Herr Ernährungsminister in Steiermark geweilt und hat dabei Gelegenheit gefunden, viele Wünsche und Beschwerden auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung aus den verschiedensten Kreisen und Schichten der Bevölkerung und des Landes entgegenzunehmen. Und alle diese Wünsche liefen in letzter Linie nur darauf hinaus, daß wenigstens eine gleichmäßige Beteilung, eine gleichmäßige Berücksichtigung des Landes und eine Gleichstellung im Bezuge der Lebensmittel mit anderen Gebieten des Reiches gewährleistet und durchgeführt werden möge. Es war nicht etwa eine Bevorzugung, die man in irgendwelcher Hinsicht verlangte, sondern eben nur die Durchführung einer gewissen Gleichmäßigkeit gegenüber der Benachteiligung, die auf so manchem Gebiete bis jetzt leider in unseren Alpenländern und insbesondere in Steiermark festzustellen war. In der Tat liegt hier noch immer ein Hauptgrund der steigenden Verbitterung in weiten Kreisen unserer alpenländischen Bevölkerung und insbesondere von Steiermark, dessen Bewohner doch wahrlich an Gut und Blut die größten Opfer in diesen schweren Jahren gebracht haben, dessen kriegerische Söhne sich den Ehrennamen des „Eisernen Korps" erworben haben, das so hervorragend, so beispielgebend sich bei der Aufbringung der Kriegsanleihen und auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge erwiesen hat, dessen Kriegsindustrie so hervorragende Leistungen hervorbringt, darin, daß diese Gleichmäßigkeit eben noch immer nicht durchgeführt ist.

Ganz abgesehen von Ungarn, das uns ja heute noch als das Land erscheint, wo Milch und Honig fließt und noch viele andere gute Dinge zu haben sind, ganz abgesehen davon ist diese Gleichmäßigkeit nicht einmal in den verschiedenen Kronländern, nicht einmal in den verschiedenen Gebieten Österreichs herbeizuführen, der Regierung bis jetzt gelungen. Es wurde so oft schon der Vergleich mit einer belagerten Festung herangezogen, deren Einwohner Freud und Leid gleichmäßig miteinander tragen müssen; die alle trachten müssen, so gut oder so schlecht als möglich, aber gemeinsam durchzuhalten. Dieser Vergleich stimmt aber leider durchaus nicht; er stimmt nicht, weil ja in der belagerten Festung wirklich eine streng gleichmäßige Beteilung mit allem Notwendigen wirklich gewährleistet und durchgeführt ist, was aber bei uns noch lange nicht der Fall ist.

Deshalb also gerade zeigt sich eine immer mehr wachsende und immer tiefer gehende Beunruhigung und Verbitterung der Gemüter, weil man sich eben bewußt ist, daß nicht alle Bewohner dieses Reiches in gleichmäßiger Weise von den naturnotwendig traurigen Folgen des Krieges betroffen sind, sondern die einen ein immer noch verhältnismäßig leichteres Los, die anderen ein schwereres zu tragen haben. Verschärft werden natürlich diese Gefühle noch sehr wesentlich durch die an allen Ecken und Enden versagende Organisation, durch die Fülle der einander jagenden, sehr oft einander widersprechenden, einander aufhebenden Verordnungen, Verfügungen, behördlichen Maßnahmen, Verbote usw. aller möglichen Art, durch den Unfug des geradezu blödsinnigen Spazierenführens der Lebensmittel, wodurch die ohnehin schon bestehenden Transportschwierigkeiten noch ins Unendliche gesteigert werden, durch das massenhafte, und zwar ganz überflüssig herbeigeführte Verderben kostbarer Lebensmittel, verursacht teils durch die Unkenntnis derjenigen, die damit zu tun haben, weil man damit Leute betraut hat, die sich nicht auskennen, teils durch die eingewurzelte österreichische Schlamperei.

Es sei mir nun gestattet, einige Bemerkungen über die Versorgung, beziehungsweise Nichtversorgung unseres Landes mit Fett vorzubringen. Da sieht es besonders traurig aus. Auf Grund einer Zusammenstellung aller der steiermärkischen Statthalterei zur Verfügung stehenden Fettmengen einerseits und des Fettbedarfes des ganzen Landes andrerseits, wobei beim Bedarf natürlich nur die sogenannte Fettkarte — denn sie ist eigentlich sehr mager, sie beträgt ja nur ein halbes Kilo auf den Kopf für vier Wochen — zugrunde gelegt ist, was ohnehin schon sehr wenig ist, also dieses Bedarfes andrerseits würde sich eine Eindeckung dieser Fettkarte für die besonders Bevorzugten — das sind die Eisenbahner, dann die Angehörigen des Kriegsverbandes steiermärkischer Konsumanstalten und Konsumvereinigungen der für die Heeresverwaltung arbeitenden Industrie- und Bergbaubetriebe mit 60 Prozent —, dann für die Stadt Graz mit einigen Umgebungsgemeinden im Hinblick auf die Schwierigkeit der Beschaffung sonstiger Lebensmittel mit 50 Prozent, für alle übrigen Verbraucher des Landes aber mit 34, sage und schreibe vierunddreißig Prozent ergeben. Diese Gegenüberstellung gibt also, man kann wohl sagen, ein geradezu erschreckendes Ergebnis. Bei 34 Prozent entfallen auf den Kopf in der Woche statt 12 nur 4 Deka. Das ist eine Menge, mit der im Haushalt überhaupt gar nichts anzufangen ist. Wenn jemand diese vier Deka nach Hause bringt, so hat er eigentlich nur einen Fettfleck auf dem Papier. Es hat das auch die Statthalterei in ihrem Bericht an das Volksernährungsamt ausdrücklich zugeben müssen.

Im Lande selbst kann bei den fortwährenden Viehrequisitionen, von denen das Land Steiermark anerkanntermaßen ganz besonders empfindlich und in ganz hervorragendem Maße betroffen worden ist, sehr wenig aufgebracht werden. Bezeichnend übrigens dafür, wie man am grünen Tische des Volksernährungsamtes die Verhältnisse oft gründlich falsch beurteilt, mag folgendes sein. Mit dem Erlaß vom 11. Jänner d. J. wurde das Land beauftragt, als Zwangskontingent täglich 5000 Kilo Butter aufzubringen; das wären in einem Monat 150.000 Kilogramm. Statt dessen betrug die tatsächlich zustande gekommene Aufbringung im Monat Mai 1917 zum Beispiel statt 150.000 Kilogramm nur 100 Kilogramm — nicht etwa 100.000, sondern 100. *(Abgeordneter Dr. Schürff: Ein kleiner Rechenfehler!)* Das ist ein kleiner Rechenfehler, und zwar hat die Statthalterei selbst diesen Rechenfehler dem Volksernährungsamt gegenüber damit, und zwar ganz richtig aufgeklärt, daß erstens die Milchergiebigkeit der Kühe wegen des höchstempfindlichen Futtermangels natürlich auf ein Mindestmaß herabgesunken ist, so daß sie nicht ein Zehntel der gewöhnlichen Menge beträgt und daß zweitens — und das ist besonders bemerkenswert — das Hauptaugenmerk im Sinne der früheren Weisungen desselben Volksernährungsamtes ja darauf gerichtet sein müsse, die Lieferung der Konsummilch nicht zu gefährden, daher eine Heranziehung der Milch zur Butterbereitung bei dem großen Milchmangel gar nicht ins Auge gefaßt werden könne und dürfe, da die ohnehin in geringem Maße erhältliche Milch ein Lebensmittel ist, das unbedingt beschafft werden muß und das auf keinen Fall entbehrt oder noch weiter vermindert werden kann.

Der Fettbedarf des Landes Steiermark wäre also bei einer vollen Einlösung der Fettkarte für vier Wochen 311.000 Kilogramm, das sind 31 Eisenbahnwagen. Nun sind verfügbar, aber nur auf dem Papier verfügbar, was ich besonders betone, monatlich nach der Berechnung der Statthalterei rund 150.000 Kilogramm. Davon stammen aus Ungarn — damit kommt wieder die Wichtigkeit unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn zutage —, erstens einmal ein Kontingent für die Landeseinkaufsgesellschaft, die sogenannte Stelest, an Fett und Schweineprodukten von 20.000 Kilogramm, sodann 660 lebende Schweine auch für die Landeseinkaufsgesellschaft mit einem Durchschnitt von 20.000 Kilogramm, weiters für die Stadt Graz ein Kontingent von 60.000 Kilogramm an Fett- und Schweineprodukten, zusammen also 100.000 Kilogramm. Es würden also bei einem Bedarf von 150.000 Kilogramm zwei Drittel davon, nämlich 100.000 Kilogramm von Ungarn in Anspruch zu nehmen sein. Nun wird aber auch dieses Kontingent von 100.000 Kilogramm, das ohnehin nur den Mindestbedarf des Landes sicherstellen soll, durchaus nicht immer und wenn, dann erst nach langen und großen Schwierigkeiten aufgebracht. Dazu kommt die mangelhafte Beschaffenheit, worauf auch schon von einigen Seiten verwiesen wurde. Beim Speck zum Beispiel muß sehr viel minderwertiges Zeug mitgekauft werden, zum Beispiel Schweifstücke u. a. und namentlich ganz dicke Schichten Salz, so daß oft kaum ein Drittel vom eigentlichen Fettwert vorhanden sein soll.

Was die Schweine betrifft, so sollen eigentlich Fettschweine geliefert werden, das heißt also Schweine mit einem Fettertrage von 70 bis 80 Prozent. Statt dessen werden sehr häufig ganz elende Tiere mit kaum 20 Prozent Fettertrag geliefert. Sie können sich denken, was das für einen Ausfall bedeutet. Dabei wird ganz übereinstimmend berichtet, daß die ungarischen Vieh- und Schweinemärkte noch immer so reichlich beschickt werden, daß meist eine große Anzahl von Fettschweinen wieder nach Hause getrieben, das heißt nicht verkauft werden. Dazu kommt aber noch — davon war auch schon die Rede — die merkwürdige Art der Aufbringung — das ist ja echt österreichisch — die

das Fett so furchtbar verteuert und den Bezug rein vom Zufall abhängig macht. Der allein richtige Vorgang sollte ja in einer Zentralisation des Einkaufes durch die österreichische Regierung bei der ungarischen Regierung bestehen, wodurch doch die Möglichkeit angemessener Preise erzielt werden könnte, wodurch vor allem anderen das ganze naturnotwendig verteuernde Agentenwesen und der ganze Zwischenhandel mehr oder weniger ausgeschlossen und eine gleichmäßige Belieferung aller Kronländer allein erzielt werden könnte. Sonst ist sie gar nicht denkbar. Leider scheint aber dieser Vorgang bis jetzt noch nicht zu erreichen zu sein, jetzt müssen die einzelnen Länder — es bleibt ihnen nichts anderes übrig — ihre Unterhändler und Aufkäufer überall herumschicken, einander gegenseitig überbieten und die Preise selbst in die Höhe treiben. Dabei sind sie ganz auf die Ehrlichkeit ihrer Zwischenhändler und Agenten angewiesen. Ohne daß ich diesen nahetreten will, ist es doch ein Verhältnis, das schon vom kaufmännischen Standpunkte aus nicht als ganz gerechtfertigt angesehen werden kann; denn es dürfen immer nur die sogenannten Höchstpreise auf die Rechnung gesetzt werden und was wirklich gezahlt wird, ist streng genommen nicht festzustellen. Das ist auch wieder eine österreichische Eigentümlichkeit, daß der österreichische Höchstpreis von 8 K 70 h, der in einer Zeit von anno dazumal noch richtig war, bis heute noch immer aufrecht erhalten wird. Die alte Ministerialverordnung, die längst schon ins alte Eisen gehört, ist tatsächlich noch immer aufrecht, während in ganz Österreich selbstverständlich schon seit Jahren auch nicht annähernd Fett um einen solchen Preis zu erhalten ist. Die Statthalterei selbst zum Beispiel — es ist früher schon von einem Vorredner erwähnt worden — zahlt jetzt Speck und Fett mit 27 bis 28 K, ich glaube jetzt schon zu 30 K, vor wenigen Tagen aber jedenfalls noch mit 27 bis 28 K und verkauft das Fett mit 31 K, den Speck mit 27 K. Das ist natürlich ein Preis, der für weite Kreise der erwerbenden und arbeitenden Bevölkerung einfach als unerschwinglich bezeichnet werden muß. Dabei sind uns aber schon empfindliche Erhöhungen angekündigt und zum Teil auch eingetreten. Heute schon hören wir, daß die ungarischen Einkaufspreise demnächst auf 40 bis 50 K steigen werden und Kundige behaupten, daß sie bis zum Frühjahr auf 80 bis 100 K gestiegen sein werden, wenn die Dinge ihren Weg so weiter gehen wie bisher.

Jedenfalls sind also die Preise tatsächlich, wie gesagt, längst so, daß sie für die großen Massen nicht mehr erschwinglich sind und daß ein so unentbehrlicher Bedarfsartikel wie das Fett den großen Massen überhaupt nicht mehr zugänglich ist. Es ist daher auch mit Recht — ein Vorredner hat heute schon davon gesprochen — ausgesprochen worden, es bleibe nichts anderes übrig, als daß die Regierung eine gewisse Menge Fett zu diesen ungarischen fabelhaften Preisen einkauft und zu den österreichischen „amtlichen" Höchstpreisen abgibt; den Unterschied muß sie aus ihren eigenen Mitteln, aus den Fonds zur Beschaffung billiger Lebensmittel draufzahlen.

Noch ein Wort über eine Erscheinung, die in den letzten Monaten im Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn immer mehr zutage getreten ist. Es tritt nämlich immer deutlicher das planmäßige Bestreben der ungarischen Regierung hervor, überhaupt keinerlei Rohprodukte mehr aus Ungarn herauszulassen, sondern nur Finalprodukte, um eben der ungarischen Industrie, der ungarischen Verarbeitung einen entsprechend hohen Gewinn zu verschaffen. Wir sehen das bei verschiedenen Artikeln, wir sehen das vor allem anderen schon lange bei Getreide und Mehl. Getreide kommt ja schon lange nicht mehr herüber; Mehl allerdings kommt herüber, aber das ist sehr begreiflich, da der Mahllohn für den Meterzentner in Österreich 3 K 60 h, in Ungarn dagegen 5 K 20 h beträgt, daher der ungarischen Mühlenindustrie ein großer Gewinn verbleibt. Dasselbe ist in neuerer Zeit zum Beispiel beim Kraut der Fall. Das Kraut wird neben den Erdäpfeln in den nächsten Monaten eine große Rolle spielen. Wir haben bekanntlich in vielen Gegenden Österreichs eine sehr schlechte Krauternte gehabt, in Steiermark geradezu eine Mißernte und zwar aus verschiedenen Gründen. Es hat nun der steirische Kriegsverband im Verein mit anderen Körperschaften Frischkraut in Ungarn bestellt und es ist gelungen, zunächst einen festen Schluß auf 800 Eisenbahnwagen Frischkraut abzuschließen; die ungarische Regierung verweigert aber die Ausfuhr. Sie vertröstet uns darauf, daß diese Menge später vielleicht als Sauerkraut ausgeführt werden könnte. So ist es der Gemeinde Wien ergangen, ebenso ist es mit den Paradeisern gegangen; man hat Paradeiser gekauft, sie dürfen aber nicht ausgeführt werden, wohl aber später als Paradeismark.

Zum Schlusse noch eines: Ich habe früher von der Gleichmäßigkeit gesprochen. Neulich ist uns an maßgebender Stelle in bezug auf die Kartoffelverteilungspläne mitgeteilt worden, daß angeblich in den Sudetenländern und in Galizien ein größerer Durchschnittsanteil auf die Bevölkerung entfallen soll als in den Alpenländern, nämlich 150 Kilogramm auf die Selbstversorger und 100 Kilogramm auf die Verbraucher, in den Alpenländern aber nur 100 Kilogramm auf die ersteren und 80 Kilogramm auf die letzteren. Sollte das wirklich berechtigt sein, so müßte die allgemeine Empörung einen sehr hohen Grad erreichen. Das soll damit begründet worden sein, daß die Lebensgewohnheiten der Bevölkerung das mit sich bringen, die dort mehr an die Kartoffelnahrung gewöhnt sei. Natürlich müßten wir dann mehr Fett beanspruchen,

weil unsere Bevölkerung an fette Mehlspeisen, Sterz usw. gewöhnt ist. Davon verlautet aber nichts. Ich möchte also die Regierung, wenn wirklich jene Absicht bestehen sollte, ernstlich davor warnen, denn sonst würde auch die Geduld der loyalsten und der treuesten Bevölkerung — und das ist gewiß unsere steirische — ihre Grenze erreichen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Ritter v. Lukaszewicz; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ritter v. **Lukaszewicz:** Hohes Haus! Die leider fast alltäglich zunehmende Teuerung der allernotwendigsten Lebensmittelartikel hat insbesondere für die ärmeren Klassen unerträgliche Zustände geschaffen, deren Remedur dringend notwendig ist.

Die Lebensmittelpreise haben eine derartige Höhe erreicht, daß die Mehrzahl der Bewohner dieselben nicht mehr erstehen kann. Welche Folgen dies auf die Ernährung und Gesundheit der Bevölkerung hat, brauche ich nicht zu betonen. Es muß daher hier am schnellsten Abhilfe geschaffen werden und scheint mir der in der dringlichen Anfrage angeregte Weg der Schaffung eines einheitlichen Wirtschafts- und Versorgungsgebietes zwischen Österreich und Ungarn der richtige zu sein.

Ich glaube, daß Ungarn, das auf uns ebenso angewiesen ist, wie wir auf Ungarn, auch daran ein Interesse haben muß, um uns mit Lebensmitteln, deren es genug hat, entsprechend zu versorgen.

Haben wir ja doch für Ungarn geblutet. Und wenn unsere heldenmütigen Armeen den russischen Ansturm in den Karpathen nicht aufgehalten hätten, wäre Ungarn ebenso wie die Bukowina und Galizien, welche in normalen Zeiten unser Staatsgebiet zum großen Teile mit Fleisch und Getreide versorgte, von den russischen Heeresmassen überflutet und devastiert worden.

Während Galizien und Bukowina, die jahrelang Kriegsschauplatz sind, und woselbst Requirierungen im denkbar größten Ausmaße vorgenommen wurden, in der Produktion der Lebensmittel gänzlich unterbunden waren, hat Ungarn, das ja vorwiegend agrikol ist, den landwirtschaftlichen Betrieb voll und ganz ausüben können und auch tatsächlich im vollen Ausmaße erhalten. Wir aus Ostgalizien und der Bukowina sind durch den Krieg zu Bettlern geworden, während Ungarn seine Bodenprodukte mit reichem Gewinne absetzt und sich bereichert. Die ungarische Landwirtschaft hat im Gegensatze zu der unserigen aus dem Kriege auch andere Vorteile in landwirtschaftlicher Beziehung gezogen.

Unser bestes Vieh, unsere besten Pferde, die evakuiert wurden und den Weg über Ungarn nehmen mußten, sind zumeist in Ungarn verblieben, so daß Ungarn an Nutz-, Zucht- und Schlachtvieh sowie an Pferden gegenwärtig einen Höchststand verzeichnet wie nie zuvor. Welche Schwierigkeiten, meine Herren, uns ungarischerseits bei der Instradierung des Flüchtlingsviehes in den Weg gelegt wurden und was Ungarn alles daran setzte, um unser Vieh in Ungarn zu behalten und es spottbillig zu erstehen, ist in ämtlichen Berichten niedergelegt worden, ich will mich daher nicht des näheren damit befassen. Ich verweise nur auf die Berichte der Bukowinaer Landesregierung und der galizischen Statthalterei, die Berichte des Landesgendarmeriekommandos aus Galizien und der Bukowina und diese sprechen nicht vom Wohlwollen Ungarns uns gegenüber. Sie registrieren lediglich die wahren Tatsachen, die direkt das Übelwollen Ungarns bezeugen.

Wir haben in Österreich nicht das Gefühl der freundnachbarlichen Behandlung durch Ungarn, welches seine Bodenproduktionspreise sehr hoch stellt, wiewohl die Lebensmittelerzeugungspreise in Ungarn mit Rücksicht auf die billige Arbeitskraft und die zahlreichen zur Verfügung stehenden Gefangenen, die dort in der Landwirtschaft verwendet werden, weit niedriger zu stehen kommen als bei uns. Ungarn scheint vielmehr diese hohen Preise mit Absicht zugelassen zu haben, um den Lebensmittelwucher zu steigern, sich auf unsere Kosten zu bereichern und die Ausfuhr zu uns zu unterbinden.

Insbesondere gibt Ungarn uns die zur Vieh- und Schweinefütterung erforderlichen Früchte nicht heraus. Daher kommt es, daß wir den großen Mangel an Fett haben, daß wir im Lande Fett nicht erzeugen können und daß Ungarn dann die Preise ihrer Fette nach Belieben diktieren kann. Ungarn scheint zu vergessen, daß wir doch aufeinander angewiesen sind und daß wir Ungarn, wie ich schon vorhin ausgeführt habe, mit unserem Blut geschützt haben. Es muß daher ein einheitliches Wirtschafts- und Versorgungsgebiet geschaffen werden, es müssen die Übernahmspreise für Ungarn und für das aus Polen kommende Getreide die gleichen sein. Ungarn muß die gleichen Preise erhalten, wie wir sie mit Rücksicht auf die konsumierende Bevölkerung festgesetzt haben. Es geht doch nicht an, daß die Getreidepreise in Ungarn, in einem Agrarlande, wo, wie ich mir zu erwähnen erlaubte, die Arbeitsverhältnisse weit besser und billiger sind, wo Verwüstungen nicht vorgekommen sind, um 8 bis 10 K pro Meterzentner höher stehen, als dies bei uns der Fall ist. Infolge dieser verschiedenen Preislagen strömt auch zum großen Teile österreichisches Getreide nach Ungarn hinüber, wird dort mit dem höheren ungarischen Preise qualifiziert und geht dann als ungarisches Getreide nach Österreich.

Dem kann nur auf die Art begegnet werden, daß eben ein einheitlicher Getreidepreis, aber auch

ein einheitlicher Viehpreis bestimmt wird. Ungarn nimmt für ein Kilogramm Lebendgewicht ungefähr 5 bis 6 K, während bei uns die Viehpreise in den einzelnen Kronländern, weil die Sache kronlandsweise geregelt ist, verschiedene, jedenfalls aber weit kleinere als in Ungarn sind. Die Wiener zahlen das Vieh so teuer, weil sie vorwiegend Vieh ungarischer Provenienz bekommen und die einzelnen Kronländer die Stadt nicht entsprechend beliefern können. Wir glauben, es würde nur dem Prinzip der Gerechtigkeit entsprechen, wenn auch bezüglich des Viehes in Ungarn eine Gleichstellung der Preise erfolgen würde. Durch die Einheitlichkeit der Preise würde auch dem Lebensmittelwucher begegnet werden und es wird nicht das bei uns billiger angekaufte Getreide nach Ungarn wandern, um von dort als ungarische Ware zu höheren Preisen zu kommen.

Auch die dritte Anregung, welche auf die Gleichheit der Verteilung der Lebensmittel in beiden Reichshälften hinausgeht, ist sehr zu begrüßen. Sie ist zu begrüßen sowohl vom sozialpolitischen Standpunkt, als auch wirtschaftlichen und vom Gesundheitsstandpunkt. Wir glauben daß Ungarn an der möglichst billigen Beistellung der Lebensmitel an Österreich auch ein politisches Interesse haben sollte, weil doch die Ungarn nicht zu viel Sympathien bei uns genießen und sich durch ihre Politik Österreich gegenüber auch die Sympathien verscherzen, die sie noch besitzen.

Gestatten Sie, meine Herren, daß ich nach diesen allgemeinen Ausführungen nunmehr zu unserem unter allen Kronländern Österreichs am härtesten und schwersten betroffenen Kronlande, zur Bukowina, übergehe. Ich muß leider konstatieren, daß mit der Befreiung unseres Landes durch unsere heldenmütige Armee die Teuerung der Lebensmittel in der Bukowina mit jedem Tage in erschreckender Weise zunimmt. *(Sehr richtig!)* Wir haben schon heute den Hungertyphus im Bezirke Wiznitz und wir bitten die Regierung, wir bitten Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, der die Güte hat, meinen Ausführungen Gehör zu schenken, aus patriotischen Gründen diesem Bezirke, für den unser sich allergrößter Wertschätzung erfreuende Obmann Abgeordneter v. Wassilko bereits interveniert hat, möglichst schnelle Hilfe angedeihen zu lassen, damit er möglichst rasch mit den erforderlichen Lebensmitteln, insbesondere aber mit dem von unserer Bevölkerung so gern gegessenen Maismehl versorgt wird. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten, allein ich glaube, daß es bei einer gewissen Intensität gehen muß.

Ich fürchte sehr, daß das Schicksal des Bezirkes Wiznitz auch auf andere Bezirke übergreifen wird *(Abgeordneter Dr. Straucher: Hat schon übergriffen!)*, zum Teile, wie der Kollege Doktor Straucher richtig bemerkte, schon übergriffen hat. Ich verstehe es, daß wir, die wir im engsten Kriegsgebiete liegen, mehr Leiden ertragen müssen als die nicht im engsten Kriegsgebiete liegenden Länder, allein eben deshalb, weil wir diese Leiden ertragen, verdienen wir auch von seiten der Regierung weit mehr Berücksichtigung und Wohlwollen.

Und dann sind es die militärischen Requisitionen, welche die Lebensmittelnot der Bukowina hauptsächlich verursacht haben. Wir verstehen vollkommen, daß die militärischen Lebensmitteltransporte wegen der zerstörten Kommunikationen bei dem raschen Nachdrängen hinter dem Feinde nicht nachkommen konnten und daß infolgedessen das uns befreiende Militär, dem wir ja zu Danke verpflichtet sind, die Lebensmittel in erster Linie im Lande requirieren mußte. Aber auch diese Requisitionen haben eine Grenze und es sollte nur soviel requiriert werden, daß der im Lande verbliebenen Bevölkerung das zum Lebensunterhalte Erforderliche bleibt.

Und wie werden diese Requisitionen vorgenommen? Sie werden nicht im Wege der politischen Behörde, nicht im Wege der Gemeindevorstehung angesprochen. Das reichsdeutsche Militär — ich habe hier die 81. preußische Infanteriedivision im Auge — hat sich an alle diese Vorschriften nicht gehalten, sondern was es brauchte, einfach genommen.

Wir wären dankbar, wenn das Militär, wenn es schon bei uns diese Requisitionen vornehmen mußte, uns wenigstens jene Preise bezahlt hätte, welche es anderwärts für requirierte Lebensmittel bezahlt. Aber auch dies ist bei uns nicht geschehen. Sämtliche Futtermittel wurden bei uns schonungslos requiriert und meist nicht bezahlt, und hat das reichsdeutsche Militär sogar auf österreichischem Boden bei österreichischen Staatsbürgern österreichische Erzeugnisse als Kriegsbeute beschlagnahmt, selbstverständlich ohne irgend welche Zahlung zu leisten. Durch diese Wegnahme der Futtermittel sind unsere Bauern gezwungen, das wenige noch verbliebene Vieh zu verkaufen. Da ist es wohl Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß diese requierierten Futtermittel im Interesse der Erhaltung wenigstens des noch vorhandenen Viehstandes uns zur Gänze sofort rückerstattet und weitere Requisitionen eingestellt werden.

Wären diese Requisitionen für die operierende Armee erfolgt, so ließe sich das noch halbwegs vertreten. Ich bitte aber die Ausweise der preußischen Feldpost vorzunehmen und Sie werden sehen, daß der Großteil der requirierten Lebensmittel von dem requirierenden reichsdeutschen Militär an die Angehörigen nach Hause verschickt oder von den beurlaubten reichsdeutschen Soldaten mitgenommen wurde. Das sind doch nicht militärische Bedürfnisse und da verdienen wir einen nachhaltigen Schutz, den ich hiemit auch erbitte. Ich berufe mich auf die

Ausweise der preußischen Feldpost und rufe zu Zeugen sämtliche Insassen der Bukowina, die Gemeindeämter, die Bezirkshauptmannschaften, die k. k. Landesregierung, die Bahnorgane, die österreichischen Militärkommandos in den einzelnen Gemeinden und in den Bahnstationen, die Landesgendarmerie, sämtliche Gendarmerieposten des Landes, welche meine Angabe bestätigen werden, daß die Requisition nicht nur für die operierende Armee, sondern in vielleicht weit größerem Maße gerade für den Export, für die Versendung an die Angehörigen nach Deutschland gemacht worden sind.

In der Gemeinde Szubranetz wurden 600 Beschwerden im Gegenstande erhoben, sämtliche wurden von der Gendarmerie auf ihre Richtigkeit geprüft und leider ergaben die Erhebungen der Gendarmerie, daß sämtliche eingebrachten 600 Beschwerden berechtigt sind.

Die Bezirkshauptmannschaften werden bei uns, sofern es sich um militärische Requisitionen handelt, überhaupt gar nicht respektiert, von den Gemeindeämtern nicht zu sprechen. Ob dies in Ordnung ist, überlasse ich der Beurteilung der kompetenten Faktoren. Gesetzlich ist dies jedenfalls nicht. Auch vom menschlichen Standpunkte läßt sich nicht rechtfertigen, daß dem ukrainischen Bauer als Lohn für seine Treue zu Kaiser und Reich, sowie für die Tapferkeit der ukrainischen Soldaten und Legionäre das letzte weggenommen und er dem Hunger ausgesetzt wird.

Die Requirierungen dauern auch heute in gleichem Maße wie bei dem Einzuge unserer und der verbündeten Armee an, wiewohl Nachschübe für die operierende Armee infolge der Herstellung der Kommunikationen möglich sind. Ich habe die einzelnen Bezirkshauptleute im Gegenstande gesprochen, sie alle haben nicht das Gefühl, daß sie beim reichsdeutschen Militär irgend Gehör finden. Wir sind daher der Meinung, daß denn doch derartige Dinge nicht stattfinden sollten und daß in diesem Belange eine Remedur, und zwar wie am schnellsten geschaffen werden muß.

Ich will das hohe Haus mit meinen Ausführungen nicht ermüden und möchte damit schließen, daß die Regierung bezüglich unseres Landes jenes Wohlwollen und jene Rücksicht üben möge, die wir in bezug auf das bei uns operierende Militär und in bezug auf unseren Staat geübt haben und die das ukrainische Volk mit Rücksicht auf die Größe und Schwere der für Kaiser und Reich gebrachten Opfer verdient. Wir verlangen, daß uns der Staat und die Regierung ganz nach unserem Verhalten qualifiziere und entschädige. Wir verlangen, daß bei uns in der Bukowina — und Seine Majestät waren ja in der Bukowina und haben sich von dem Zustande des Landes und von der Gesinnung des Volkes überzeugt — eine gewisse Rücksichtnahme auf die Bevölkerung geübt werde und der Wille des Kaisers auf Schonung der Bevölkerung respektiert wird.

Mein hochverehrten Herren! Wir haben in der Bukowina bis jetzt durch den Krieg mindestens 40 Prozent unserer Bevölkerung eingebüßt. Wenn die Requirierungen in dem Maße weiter durchgeführt werden, wenn der Hunger, der ja bereits in einzelnen Bezirken herrscht, weiter um sich greifen sollte, dann laufen wir Gefahr, einen weiteren Verlust von 30 bis 40 Prozent an Bevölkerung zu erleiden, ja ich möchte sagen, einer Entvölkerung der Bukowina entgegenzugehen. Wir glauben, daß dies eine sehr seriöse Frage ist, eine so seriöse Frage vom österreichischen Standpunkt, daß wir, die wir das Einfallstor sind und an der Reichsgrenze wohnen, von der Regierung die größte Schonung und die größte Unterstützung erfahren müssen. Alle politischen Gründe sprechen dafür, daß die Regierung diese arme, so schwer geprüfte Bevölkerung der Bukowina in Schutz nehme und hier Abhilfe schaffe.

Ich schließe mich also den Ausführungen des Kollegen Schürff vollkommen an und stimme darin überein, daß eine Besserung in der Lebensmittelfrage nur durch Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes erzielt werden kann. Ich richte daher an die Regierung die Bitte, auf Ungarn allen Einfluß dahin zu nehmen, daß sich Ungarn zu diesem einheitlichen Wirtschaftsgebiete hergibt, daß es uns mit Vieh und Getreide beliefere und uns das Auslangen in diesem großen Weltkrieg, bis zur erfolgreichen Beendigung desselben, ermögliche. Damit habe ich meine Ausführungen geschlossen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Dulibić das Wort.

Abgeordneter Dr. **Dulibić:** Hohes Haus! An dem ganzen Elend in der Versorgung unserer Bevölkerung ist, wie allgemein zugegeben wird, der Umstand schuld, daß Österreich und Ungarn, wenigstens in bezug auf die Versorgung der Bevölkerung, jetzt während des Krieges nicht einheitlich organisiert sind und kein einheitliches Wirtschafts- und Ernährungsgebiet bilden. Deshalb sind die beklagten Zustände entstanden, welche unerträglich sind. Gegen solche Zustände kehrt sich auch die vorliegende Anfrage, gegen diese Zustände wendet sich die Stimme der ganzen Bevölkerung; aber bis jetzt war alles vergebens und wird — wir müssen es befürchten — auch in aller Zukunft vergebens bleiben. Und doch bilden Österreich und Ungarn einen eminent agrarischen Länderkomplex, der bei zielbewußter, einheitlicher Organisation, bei ehrlicher und gerechter Verteilung der Lebensmittel, die gesamte Bevölkerung hinreichend und relativ billig

mit Lebensmitteln versorgen könnte. Statt dessen aber sehen wir, daß sich Österreich und Ungarn gegenseitig bekämpfen, es scheint fast wie ein Wirtschaftskrieg auf Leben und Tod und wir werden in jeder Beziehung ausgebeutet. Unsere Beziehungen zu Ungarn sind nicht klar und wenn man sie benennen wollte, würde kein Staatsrechtler uns eine Auskunft geben können.

Ich möchte sie mit einem neuen Begriff bezeichnen „inländisches Ausland". Wir wissen genau, wie wir den feindlichen Ländern, welche mit uns Krieg führen, gegenüberstehen, auch unsere Beziehungen zu den Neutralen sind geregelter, wir wissen wenigstens, woran wir sind, wir kennen ihre Vorschriften und Anordnungen bezüglich der Ausfuhr, der Einfuhr und der Preise u. dgl., welche Anordnungen auch befolgt werden, wir können uns darnach richten und Mittel und Wege suchen, uns zu helfen. Im Innern unserer Monarchie aber sind die Verhältnisse ganz andere. Hier herrscht eine völlige Unordnung, Verwirrung, Ausbeutung, eine gegenseitige Bekämpfung, die Bestechung und die Korruption, Folgen dieser Zustände greifen immer mehr um sich, der Schleichhandel wird immer größer. Gegenüber solchen Erscheinungen haben wir kein Mittel und es kann von seiten unserer Regierung Ungarn gegenüber nichts gemacht werden, um diesen erbärmlichen Zuständen ein Ende zu bereiten. Und doch hören wir von allen staatlichen Faktoren, daß sich der Dualismus bewährt hat. An dem Dogma des Dualismus darf niemand rütteln, es wurde sogar demjenigen der Kerker angedroht, der an der Richtigkeit dieser Auffassung, daß sich der Dualismus glänzend bewährt hat, Zweifel hegen wollte.

Ich habe keine Hoffnung, daß es uns jetzt besser ergehen wird, denn nach dem, was wir von Seiner Exzellenz dem Herrn Ernährungsminister gehört haben, ist wenig Hoffnung dazu vorhanden, solange die Grenzabsperrung besteht.

Der Verkehr zwischen Österreich und Ungarn müßte frei sein; nur auf dem Papier, nur in den Gesetzen steht, daß wir keine Zwischenzölle haben; materiell, wenn auch nicht formell, haben wir sie aber doch, denn wir zahlen die Zölle in den exorbitanten Preisen, die von uns gefordert werden. Seine Exzellenz hat hinsichtlich der Grenzabsperrung richtig gesagt, daß es ideal wäre, wenn der Verkehr innerhalb unserer Monarchie, also mit unserem „inneren Auslande" frei wäre. Seine Exzellenz sagt aber zu gleicher Zeit, daß dafür eine Grundbedingung vorhanden sein müßte, und zwar eine gleichwertige Preislage hüben und drüben. Dazu erlaube ich mir zu bemerken, daß mir das Gegenteil richtig erscheint, nämlich die Abschaffung der Grenzsperre ist eben die Grundbedingung für die Herbeiführung einer gleichwertigen Preislage. Wenn wir aber jetzt von der Regulierung der Preislage etwas erwarten, so glaube ich, werden wir damit nichts erreichen.

Wer unter diesen Zuständen am meisten zu leiden hatt, das sind unsere südlichen Länder Istrien und Dalmatien. Ich werde nicht die ganze Misere jetzt wieder aufrollen. Bezüglich Istrien sind die Zustände ausführlich und gründlich in einer Interpellation erörtert worden, die vom Herrn Professor Spinčić eingebracht wurde; bezüglich Dalmatiens wurden bei verschiedenen Anlässen und in verschiedenen Reden in diesem hohen Hause laute Klagen erhoben. Wir im Süden haben nicht mit zwei Regierungen zu kämpfen, wie irrtümlich im hohen Hause während dieser Debatte hervorgehoben wurde, sondern wir haben, wie ich schon oftmals betonte, mit vier Regierungen zu kämpfen, nämlich mit der Regierung in Sarajevo, in Agram, in Budapest und in Wien.

In dieser Debatte ist die Rede von Schweinefleisch, Schweinefett, Schmalz u. dgl. Und da werden sich die Leute bei mir zu Hause gewiß wundern, daß ich dazu das Wort ergreife. Denn das sind Luxussachen, auf welche 99 Prozent unserer Bevölkerung schon seit zwei Jahren ganz verzichtet haben. Ich glaube, bei uns hat man in dieser Beziehung bereits den Geschmack verloren, so daß niemand mehr weiß, wie diese Nahrungsmittel schmecken. Ich habe das Wort ergriffen, um darzulegen, daß unsere Ansprüche ganz bescheiden sind. Wir hatten nämlich das Verlangen nach ein wenig mehr Maismehl, aber auch das konnten wir nicht erreichen.

Und doch, meine Herren, in der anderen Reichshälfte — das ist allgemein bekannt — gibt es allerlei Nahrungsmittel im Überflusse. *(Zustimmung.)* Davon kann sich jeder überzeugen, der dorthin eine Reise unternimmt. Einen Überfluß gibt es sowohl in den Städten als auch auf dem flachen Lande. Das können Sie an den Gesichtern selbst ersehen, und während dort auf der anderen Seite solche Zustände herrschen, sterben bei uns unzählige Leute vor Hunger. Das ist keine Übertreibung, das wurde auch oft schon hervorgehoben, hat aber wenig genützt. Auch heute gibt es keinen Tag, wo nicht solche Fälle gemeldet werden.

Und wirklich, wovon soll unser Volk leben? Wir hatten eine sechsmonatige Dürre. Durch diese ganzen sechs Monate ist kein Tropfen Regen in Dalmatien gefallen, alles auf dem Felde ist verbrannt. Unsere Bevölkerung hat kein Getreide, kein Gemüse, kein Obst und kein Kraut. Wir sind nur darauf angewiesen, was wir von unseren österreichischen Zentralen bekommen; aber das ist zu wenig um zu leben, denn außer den 20 Dekagramm Mehl bekommen wir nichts oder nur solche Kleinigkeiten, die gleich Null sind. Mit diesen 20 Dekagramm Mehl, welche sowohl die schwerarbeitenden als auch

die anderen Personen erhalten, sollen wir unser Leben fristen. Aber auch diese 20 Dekagramm bekommen wir nicht immer voll, denn es sind Monate vergangen, wo wir nicht einmal dieses Quantum hatten. Und auch jetzt bekommen wir nicht das gemahlene Getreide, sondern Korn; die Bevölkerung bekommt also 20 Dekagramm Mehl mit der Kleie; das ist also wieder weniger als das festgesetzte Minimum, das wir bekommen sollen. Es ist eine Tatsache, welche hier nicht bekannt sein wird, daß die große Mehrzahl unserer Bevölkerung seit beinahe zwei Jahren kein Brot gekostet hat. Unsere Bevölkerung kann nämlich von den 20 Dekagramm Mehl, die man ihr gibt, kein Brot backen und essen, denn unsere Bauern haben gesehen, daß das Brot sogleich aufgezehrt wird und der Hunger dann noch ärger ist. Wie lebt man also dort mit dem Mehl, das man bekommt? Es wird aus dem Mehl mit ein wenig Salz eine Mehlsuppe bereitet, wie ein Brei, und das wird täglich gegessen. Das macht unsere Bevölkerung aus Sparsamkeitsgründen, um dieses kleine Quantum zu strecken, denn sonst hätte der Hunger noch schwerere Folgen. Aber von dieser Mehlsuppe, die sich unser Volk bereitet, kann man nicht leben.

Ich muß zugeben, daß in der letzten Zeit unsere Bevölkerung wenigstens das Minimum, nämlich diese 20 Dekagramm Mehl bekommt, aber dennoch muß man mir wohl von der anderen Seite zugeben, daß das eben gar nicht genügend ist. Es wurde auch dafür vorgesorgt, daß wir einen Reservevorrat bekommen, nämlich wegen unserer schlechten Verbindungen. Aber auch das, sage ich, kann wenig dazu beitragen, daß die schwere Not in Dalmatien gelindert wird. Wenn unzählige Leute aus dem Volke vor Hunger sterben, so dürfen wir davon gar nicht reden, denn wenn man bei uns davon spricht, daß Menschen in diesem oder jenem Dorfe vor Hunger gestorben sind, so werden die betreffenden Leute, die das erzählen, als staatsfeindliche Elemente betrachtet; ja es hat sich ereignet, daß einige Pfarrer, welche doch in den Matriken die Ursache des Todes verzeichen müssen, deshalb, weil sie der Wahrheit entsprechend in den Matriken als Ursache des Todes Hunger angegeben haben, zur Verantwortung gezogen wurden. Wir sind in der traurigen Lage, daß wir vor Hunger sterben und dabei behaupten müssen, daß wir satt sind.

Vieles hat man uns versprochen und ich möchte hoffen, daß diese Versprechungen auch eingehalten werden; aber bis jetzt ist davon gar keine Spur zu finden. Man hat uns gesagt, daß wir Kartoffeln bekommen werden, aber diese Kartoffeln kommen nicht.

Wenn jetzt Frost einsetzt, weiß ich nicht, wann und auf welche Weise Kartoffeln aus dem hohen Norden zu uns kommen sollen.

Wir konnten nie unserer Regierung die Überzeugung beibringen, daß die hauptsächlichste Nahrung unserer Bevölkerung neben dem Brot das Maismehl ist. Man hat schon im Anfang das Maismehl ebenso traktiert wie das Brotmehl überhaupt und das Maismehl kommt in das Kontingent von 20 Deka täglich, welches für die Ernährung der Bevölkerung bestimmt ist. Man kann sich nicht überzeugen, daß das Maismehl bei uns auch in Friedenszeiten alles das ersetzt, was in den wohlhabenderen Provinzen der Bevölkerung an Nahrungsmitteln zur Verfügung steht. Das Maismehl ersetzt bei uns auch in Friedenszeiten die Kartoffeln, die Bohnen, Rollgerste, Gemüse, Reis, Mehlteigprodukte u. dgl. Jetzt während des Krieges haben wir alle diese Gottesgaben nicht, wie sie ja auch in Friedenszeiten nur sehr wenig da waren, das Maismehl ist uns vorenthalten, Polenta kann nicht gemacht werden und unser Volk muß hungern. Da muß man doch eine Remedur schaffen und die ist auch leicht zu erreichen. Wir wissen, daß es in Ungarn zum Beispiel Maismehl genug gibt, aber in Ungarn werden mit diesem Maismehl eben die Schweine gefüttert, um mit dem Schweinefleisch und Schweinefett und Schweineschmalz große Gewinne zu erzielen. Und so stehen wir vor der Erscheinung, daß man einerseits Leute verhungern läßt, um andrerseits andere Leute auszubeuten und auszuplündern.

Die Leiden der Bevölkerung spotten jeder Beschreibung, Welchen Quälereien, welchen Verfolgungen, welchen Schikanen unsere Bevölkerung ausgesetzt ist, das grenzt ans Unglaubliche. Wenn jemand aus Dalmatien sich in Österreich oder in Kroatien Slavonien oder in Ungarn ein wenig Lebensmittel zu hohen Preisen anschafft und nach Dalmatien bringen will, dann begegnet er den allergrößten Schwierigkeiten, den allergrößten Schikanen. Der Weg nach Dalmatien führt entweder über Fiume oder über Bosnien. In Fiume kommen allerlei Gendarmen, Polizisten und Finanzwachleute und schnüffeln in dem Gepäck herum, ob dort nicht ein Ei oder ein paar Kilo irgendwelcher Nahrungsmittel sich befinden. Es wird dann sequestriert und die armen Leute werden gepeinigt. In Bosnien ist dasselbe; wenn die Leute — es sind ja nur Kleinigkeiten, die man im Gepäck mitbringen kann — etwas in Ungarn oder Kroatien anschaffen und glücklich mit der Steinbeisbahn nach Hause fahren wollen, so werden sie in verschiedenen Stationen in Bosnien angehalten, da wird das Gepäck untersucht und alles sequestriert.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte den Herrn Redner zu schließen.

Abgeordneter Dr. **Dulibić**: Ich bin gleich fertig, ich schließe sofort. Meine Herren, ich war

Zeuge eines solchen Vorkommnisses, wo die Leute, die Mütter und Frauen, die Kinder geschrien, geheult, geflucht und geweint haben u. dgl.; ich mußte in einer Station, in Sanskimost, aussteigen, bin zum Bezirksvorsteher gegangen und habe ihn gegeben, Abhilfe zu schaffen: warum soll man die Leute schikanieren wegen einiger winziger paar Kilo Lebensmitteln, die sie nicht in Bosnien gekauft haben? Ich war mit den Leuten gereist und war Zeuge, daß sich die Leute das nicht in Bosnien angeschafft haben, sondern in Kroatien — warum soll man ihnen das nehmen? Da hat der Bezirksvorsteher sie endlich doch gelassen, indem er sagte, es handelt sich bloß um Kleinigkeiten. Aber in einer anderen Station, in Drvar, sind wieder andere Gendarmen und Polizisten gekommen und haben alles sequestriert. Das ist ein Martyrium. Wenn Hyänen in Menschengestalt an der Spitze eines Landes stünden, könnte man, glaube ich, nicht solche Maßnahmen treffen. Erzbischof Stadler wollte von seinen Produkten dem Lande Dalmatien 10 Waggons Getreide spenden, da wurden eine Menge Gesuche an das gemeinsame Finanzministerium, an die Regierung und Gott weiß wen gerichtet und doch war nicht einmal das zu erreichen.

Ich muß schließen und kann daher diese Dinge jetzt nicht des weiteren darstellen, aber vielleicht bietet sich eine andere Gelegenheit, wo ich wahrheitsgemäß darlegen werde, wie unsere Bevölkerung malträtiert wird und was für Zustände das sind. Da ich schließen muß, so möchte ich mir nur die Frage erlauben, ob überhaupt ein Staat, der ein Land wie Dalmatien so vernachlässigt und so verhungern läßt . . .

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Redner zu schließen.

Abgeordneter Dr. **Dulibić:** . . . und es nicht vor solchen Verfolgungen schützt, wirklich verdient, dieses Land zu besitzen. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zu einem formalen Antrag hat sich der Herr Abgeordnete Krützner zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Krützner:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Krützner beantragt Schluß der Debatte. Ich ersuche jene Herren, die dem Antrag auf Schluß der Debatte zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Es sind noch eingetragen die Herren Abgeordneten Višňovský, Velich, Rauch, Friedmann, Pokorný, Sever, Jarc, Pik, Wedra, Kalina, Volkert, Forstner, Waber, Rybář, Hillebrand, Kittinger, Tusar, Moraczewski, Heilinger, Stanek, Vacek, Donát, Spaček, Srbinko, Vojta, Švejk, Pavlok.

Ich ersuche die Herren, sich auf einen Generalredner zu einigen. *(Nach Vornahme der Wahl:)* Zum Generalredner ist gewählt Herr Abgeordneter Dr. Višňovský; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Višňovský:** Slavná sněmovno! Zabýváme-li se dnes ve čtvrtém roce války na základě pilného návrhu otázkou našeho poměru k Uhrám, tu lze říci dle starého citátu: „Pozdě, ale přece.“ Myslím však, že by se spíše mělo říci: „Přece, ale pozdě.“

Es liegt eine bittere Ironie darin, wenn gerade die deutschen Parteien mit dem Antrag kommen, daß wir uns mit Ungarn in bezug auf die Zufuhr von Lebensmitteln nach Österreich auseinandersetzen. Die Ironie liegt darin, daß gerade die deutschen Parteien bekanntlich die Urheber des Dualismus sind und die ganze Misere, die ganzen Schwierigkeiten im Ernährungswesen in Österreich in erster Linie oder doch zum größten Teile auf die Schädigungen, die dieser unnatürliche Zustand des Dualismus gebracht hat, zurückzuführen sind. Und jetzt stehen gerade die Herren, die die Urheber des Dualismus waren, selbstverständlich aus politischen Rücksichten hier und wollen eine Besserung dieser Verhältnisse anstreben. Sie stehen da wie der betrogene Ehemann in Molières Lustspiel, der bekannte Georges Daudin, der zu sich sagt: „Tu l'as voulu, Georges Daudin“: du hast es ja selber gewollt, Georges Daudin. Jetzt pochen die Herren an die Türen und Pforten Ungarns und die Pforten öffnen sich nicht, höchstens um teures Geld und um schweres Gold.

Meine Herren! Ungarn ist unterdessen groß und mächtig geworden, Ungarn ist politische und wirtschaftliche Macht geworden, Budapest ist der Sitz der politischen und wirtschaftlichen Macht. Nur über Budapest kann man heute zu Europa sprechen und Graf Czernin muß sich nach Budapest begeben, um da über Politik sprechen zu dürfen, auf einem Bankett beim Ministerpräsidenten Weckerle; denn bekanntlich werden heute bei dem großen Mangel an Lebensmitteln große Reden nur bei reichlichen Banketten gehalten. Da kann nun Graf Czernin seine Reden über den befristeten Friedenswillen halten, und die sentimentalen Sätze über die Abrüstung nach dem Kriege verkünden; was während des Krieges erfolgt, hat uns Graf Czernin selbstverständlich nicht gesagt, das ist er Europa schuldig geblieben.

Ich übergehe nun zu der dringlichen Anfrage, die in Verhandlung steht. Es handelt sich um die Schaffung eines einheitlichen Ernährungsdienstes zwischen Österreich und Ungarn. Ich frage nun: Welche sind eigentlich die Mittel und Wege, auf welchen wir zu diesem Ziele gelangen könnten? Sollen pragmatische Bestimmungen des Dualismus geändert werden? Das scheint mir unmöglich zu sein. Es bliebe nur der einzige Weg, im Wege der politischen Einflußnahme und durch die wirtschaftliche Organisation den Ungarn etwas abzuringen. Aber da frage ich: Haben wir in Österreich, hat die österreichische Regierung diesen Einfluß, um in Ungarn etwas erzielen zu können? Wir haben ja gesehen, daß Österreich dreieinhalb Jahre lang Ungarn gegenüber machtlos war und ich fürchte, es wird leider auch weiter so bleiben.

Kollege Dr. Freißler hat gestern ganz richtig die Frage berührt, daß Ungarn von uns Kohle, Petroleum und verschiedene andere Produkte braucht und daß wir auf dem Wege der Kompensationen von Ungarn andere Artikel, also Lebensmittel erhalten könnten. Aber, meine Herren, die Sache steht ganz anders: wir sind Ungarn tributär, während Ungarn uns nur Konzessionen um teures Geld macht, wenn wir etwas von Ungarn brauchen.

Es ist viel von der Waffengemeinschaft zwischen Österreich, Ungarn, Deutschland usw. gesprochen worden. Aber wir wissen ja, daß der Krieg nicht bloß auf der äußeren, sondern auch auf der inneren Front geführt wird, und wir müssen bedenken, welche dieser beiden Fronten die wichtigere ist und einmal die entscheidende sein wird. Und da, auf dieser inneren Front versagt alles; da hat sich Deutschland gegen uns abgesperrt, es hat sich Ungarn abgesperrt und gerade da, wo wir uns am meisten hätten unterstützen sollen, da versagt die ganze Waffengemeinschaft. Der Aushungerungskrieg ist ja bekanntlich auch eine Waffe, eine gefährliche Waffe und wird vielleicht die gefährlichste werden. Gerade dieses Gebiet der Volksernährung ist in diesem Kriege am meisten vernachlässigt worden. In jeder Beziehung sind Vorbereitungen getroffen worden. Wir haben uns lange vor dem Kriege mit verschiedenen gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen für den Kriegsfall beschäftigt, aber von der Ernährungsfrage hat niemand etwas gewußt. Militärisch waren wir vorbereitet, die Mobilisierung ging klaglos von statten; aber man hat sich überhaupt keinen Gedanken darüber gemacht, wie man das Volk und sogar die Armee in einem längeren Kriege wird ernähren können. Zunächst hat man zu verschiedenen Palliativmitteln gegriffen. Man hat gemeint, daß Maximalpreise und die verschiedenen anderen Mittel, die von Professoren und sonstigen Köpfen vorgeschlagen wurden, vollkommen genügen werden. Bald aber hat man gesehen, daß diese Mittel nicht die richtigen sind, daß man Maximalpreise ohne Ware haben kann, wie wir dann später gesehen haben. Nun hat man in Österreich erst nach drei Vierteljahren ein Getreidemonopol geschaffen. Meine Herren! Das österreichische Getreidemonopol ist recht eigentümlich. Österreich, welches 16 bis 20 Millionen Meterzentner Getreide jährlich von Ungarn bezogen hat, schafft ein Monopol. In Österreich entfiel vor dem Kriege auf den Kopf der Bevölkerung vom eigentlichen Brotgetreide samt Gerste inklusive Saatgut etwa 1·6 Meterzentner; in Ungarn aber entfielen auf den Kopf der Bevölkerung zirka drei Meterzentner, also doppelt soviel.

Nun hat man sich in Ungarn und in Österreich abgeschlossen und das österreichische Monopol bekommt als Wiegengeschenk das große Defizit von etwa 15 bis 16 Millionen Meterzentner Getreide, die wir vor dem Kriege aus Ungarn bezogen haben. Damit sollten wir wirtschaften. Mit sinkendem politischen Kurse in Österreich und steigendem politischen Kurse in Ungarn sinken auch jährlich diejenigen Quoten, die uns Ungarn an Getreide gewährt hat. Ungarn übernimmt zwar die Militärlieferungen, weil sie besser bezahlt werden, dann füttert Ungarn das Vieh und am Schlusse, in der Periode 1916/17 bekommen wir von Ungarn nur mehr noch ganz verschwindend kleine Quantitäten an Mais, sonst gar nichts. Die Folge davon ist selbstverständlich die allergrößte Disparität in der Ernährung und in den Kopfquoten zwischen Österreich und Ungarn. Schon die offiziellen Kopfquoten sind schreiend disparitätisch, aber wie schauen die nichtoffiziellen erst aus, denen wir in Ungarn begegnen! Unseren offiziellen Quoten stehen aber wieder die nichtoffiziellen, die kleineren gegenüber, während in Ungarn das Gegenteil der Fall ist. So schwach man in Österreich gegenüber Ungarn als einer starken Macht war, so stark war man bei uns gegen die Schwachen. Da wir selbstverständlich nur auf uns selbst angewiesen waren, war es natürlich nötig, hier mit etwas größerem Nachdrucke die Requisitionen vorzunehmen. Ich sage, mit einem gewissen Nachdrucke; man hätte nämlich darauf achten sollen, daß das Gesetz, beziehungsweise die Kaiserliche Verordnung über die Versorgung mit Getreide, auch gehörig durchgeführt wird. Aber was ist geschehen? Das Gesetz ist auf die Seite geschoben worden und man hat auch auf diesem Gebiete ein absolutistisches Regime eingeführt. In Böhmen sind nicht mehr Requisitionen, sondern zum Schluß sogenannte Kontributionen, und zwar nicht praeter, sondern contra legem durchgeführt worden. Diese sogenannten Kontributionen sind ohne Rücksicht auf den Eigenbedarf der Landwirtschaft ausgeschrieben worden. Der Eigenbedarf des Landwirtes — heißt es in dem bezüglichen Erlasse der k. k. Statthalterei für Böhmen — ist etwas Sekundäres; also der Hunger der Landwirte ist sekundär. Die Landwirte werden auf diese Weise zu einer

minderwertigen Schichte herabgedrückt, für die der Hunger gar nichts bedeutet. Es ist auch eine traurige Erscheinung, daß heuer gerade vor der Ernte der Hunger in den Produktionsgebieten am meisten gewütet hat. Es sind militärische Assistenzen herangezogen worden, alles mögliche ist durchwühlt worden, um ein paar restliche Kilo Getreide herauszubringen. Da hat man Geld gehabt, Millionen sind für diese militärischen Assistenzen verausgabt worden. Ein Meterzentner auf diese Weise requirierten Getreides ist auf Hunderte von Kronen gekommen. Daß man aber die Produktion gefördert, daß man dieses Geld auf eine andere Weise angelegt hätte, darauf ist man leider nicht gekommen.

Ich hätte vieles auf diesem Gebiete zu besprechen, aber ich glaube, unsere Partei wird Anlaß nehmen, die gesamten ernährungs- und produktionspolitischen Fragen, die sich auf dieses Gebiet beziehen, noch einmal in diesem Hause zur Sprache zu bringen. Ich habe das Gefühl, und das ist auch aus dieser Debatte herausgeklungen, daß dieses Haus noch eine größere Ernährungsdebatte braucht, damit wir die Grundlagen der Versorgung für das nächste Jahr hier besprechen und festlegen können. Es wäre nicht nur über die bereits erwähnten Requisitionen zu sprechen, sondern auch über die verschiedenen Mittel, deren sich die Regierung bei der Aufbringung von Getreide, von Fettstoffen usw. bedient, namentlich über die Entziehung von Mahlausweisen, Zuckerkarten und anderen Artikeln nicht nur gegenüber einzelnen Landwirten, sondern in ganzen Gebieten in solchen Fällen, wo das ausgeschriebene Kontingent nicht voll abgeliefert wurde. Die Regierung ist sich dessen bewußt, daß diese Maßnahme ungerecht, sogar ungesetzlich und widerrechtlich ist, aber sie ist bestrebt, sie als durch dringende Notwendigkeit geboten zu rechtfertigen.

Weiter wären die Requisitionen von Heu und Stroh zu besprechen, die in der letzten Zeit überhand nehmen und zu katastrophalen Folgen für unsere Viehzucht führen können. Mit der größten Anstrengung hat die böhmische Landwirtschaft und überhaupt die Landwirtschaft der Länder der böhmischen Krone die Viehzucht noch auf der heutigen Höhe erhalten wollen, sie hat aber dabei sehr wenig Verständnis gefunden. Es hat geheißen, daß das Vieh der Feind des Menschen sei. Das Fleisch will man essen, aber das Vieh will man ausrotten. Wie sich die Herren die Sache eigentlich vorstellen, kann ich wirklich nicht sagen. Bis einmal der letzte Ochs unter dem Beil und das letzte Schwein unter dem Messer sinkt, dann werden die Bureaukraten noch die große Genugtuung haben, daß wir diese beiden großen Feinde bei uns in Österreich schließlich doch losgeworden sind.

Die Ernährungspolitik stützt sich bei uns meist auf die Maximalpreise und auf die Requisitionen; aber die arme Produktion! In der letzten Zeit sind Tausende von Kriegsgefangenen, die in der Landwirtschaft tätig waren, eingezogen worden, weil man sie anderswo gebraucht hat. Die Enthobenen, die letzten Leute, die noch draußen waren, müssen jetzt einrücken. Es heißt sogar, daß die Nichtgemusterten — und die Sache ist hier ja besprochen worden — einberufen werden. Druschkohle, Benzin, Petroleum bekommt man überhaupt nicht oder nur tropfenweise und dabei werden fortwährend neue Lieferungen an Getreide und Kartoffeln verlangt. Die Regierung erfüllt nicht ihre Pflicht, aber von den Landwirten verlangt sie die prompteste Erfüllung der Pflichten. Ich habe bereits die Ausschreibung der Kartoffellieferungen gelesen, wo es heißt, die Landwirte müssen soundso viel bis zu dem und dem Tage abliefern, sonst werden sie mit Geldstrafen bis zu 20.000 K bestraft. Aber die Landwirte sollen die Regierung fragen: was ist es mit der Druschkohle, mit Benzin? Da sollte man auch Strafen anwenden, wenn die Regierung ihre Pflicht nicht erfüllt. Es handelt sich da nicht bloß um das Interesse der Landwirte, sondern um das allgemeine Interesse. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Meine Herren! Ich möchte ganz kurz noch die Fettfrage berühren. Dieser Komplex ist ja sehr wichtig. Der Fettmangel ist bei uns eine so große Gefahr geworden, daß ich fürchte, daß die Integrität der Monarchie durch den Fettmangel mehr bedroht ist, als durch alle möglichen Offensiven an der Isonzofront. *(Sehr richtig!)*

Ich bedaure, daß mein Freund Professor Dr. Velich heute nicht zum Worte gelangen konnte, denn er hätte diese Sache von wissenschaftlicher Seite beleuchten können. Es ist eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn man sagt, daß durch Kohlenhydrate oder durch andere Mittel das Fett ersetzt werden könne. *(Sehr gut!)* Die größten Kapazitäten der Wissenschaft haben in der letzten Zeit auf Grund wissenschaftlicher Untersuchungen bestätigt, daß namentlich Kinder ohne ein gewisses Minimum von Fettstoffen nicht leben können und daß sie, wenn ihnen dieses Minimum nicht gegeben wird, zugrunde gehen. Das ist ein größerer Massenmord als derjenige, von dem wir täglich an der Isonzofront hören.

Bei den Frauen ist es dasselbe. Die größten Störungen der Gesundheit werden bei diesen durch den Fettmangel herbeigeführt. *(Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)*

Nun, meine Herren, bekomme ich leider zum zweitenmal das Zeichen vom Herrn Präsidenten.

Es ist auch von der Landwirtschaft gesprochen und dieselbe kritisiert worden in bezug auf die Erfüllung ihrer Pflicht für die Volksernährung. Die Landwirtschaft, insbesondere die der Länder der böhmischen Krone hat, das muß man hier erklären,

Riesiges geleistet. Heute ist sie die gelästerte, aber die Zukunft und die Geschichte werden ihr einmal Gerechtigkeit widerfahren lassen und die ungerechten Urteile korrigieren. Jetzt ist jedoch die Landwirtschaft an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Ad impossibile nem tenetur. Unmögliches kann man von der Landwirtschaft nicht verlangen. Nicht die Landwirtschaft versagt, sondern das Bündnis mit Ungarn hat versagt, der Dualismus hat versagt, die Regierungen haben versagt, die nicht den Mut und die Kraft gehabt haben, gegen Ungarn scharf und energisch vorzugehen. Die Landwirte zu drangsalieren . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Dr. **Višković** *(fortfahrend)*: . . . und die agrikulturellen Länder auszuplündern, das hat man verstanden. Aber jetzt sollte die Regierung ihre Pflicht tun in bezug auf den Schutz der Produktion und namentlich auch gegenüber Ungarn in bezug auf die notwendigen Zufuhren. Wenn die Regierung diesen Sieg in der Sache der Zufuhren nicht erringt, dann sind alle Heldentaten unserer Braven an den äußeren Fronten vergeblich gewesen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Dieser Gegenstand der Tagesordnung ist erledigt.

Wir gelangen nunmehr zur zweiten Lesung des Budgetprovisoriums. *(675 der Beilagen.)* Wünscht der Herr Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten? *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Ich bitte!)* Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(von der Tribüne)*:

Hohes Haus! Ich bitte, die Vorlage, wie sie ist, unverändert anzunehmen. Sie enthält gegenüber der von der Regierung eingebrachten Vorlage zwei Abänderungen.

Erstens haben wir die Begebung von nicht amortisabler Rente von der Anlehensermächtigung ausdrücklich ausgeschlossen. Es wird doch einmal eine Zeit kommen — wenn auch erst nach Jahrzehnten —, wo von der dauernden Verschuldung des Staates nicht mehr die Rede sein kann. Aber so weit denken wir ja nicht. Denken wir nur an die nächste Zeit! Wir sind verpflichtet, den Kurs unserer alten Rente zu stützen. Er wird ohnedies leiden, wenn der unvermeidliche Zusammenbruch auf dem Markt der Dividendenpapiere kommt. Da wird die unschuldige Rente ohnedies mitbetroffen werden. Wir müssen also den Kurs der Rente nach Möglichkeit stützen und deswegen schließen wir die Begebung weiterer Rente aus.

Eine weitere Abänderung betrifft die Aufnahme eines Antrages des Abgeordneten Tomschik, durch welchen die Regierung ermächtigt wird, zur Aufbesserung der Lage der Eisenbahnbediensteten weitere 100 Millionen zu verausgaben. Dagegen haben im Ausschuß nur, ich glaube, drei bis vier Herren gestimmt, aber auch diese nicht so sehr aus materiellen, wie aus formellen Gründen. Was die Regierung für das Eisenbahnpersonal in der nächsten Zeit wird ausgeben müssen, das weiß sie selbst noch nicht. Sie wird jedenfalls das tun, was sie tun muß. Die Personalausgaben beim Staatsbahnbetriebe sind vor drei Jahren im Voranschlage 1914/15 mit 360 Millionen veranschlagt gewesen und sind jetzt mit 670 Millionen veranschlagt, also um 310 Millionen mehr. Aber wir wissen nicht, ob wir damit auskommen. Sachlich haben wir gegen diese Ermächtigung nichts einzuwenden, formell steht aber die Sache anders.

Diese Ermächtigung braucht die Regierung nicht, denn sie muß ja, wenn es nottut, über die Sätze des Voranschlages ohnedies hinausgehen. Weil also die Regierung diese Ermächtigung tatsächlich schon besitzt und zweitens weil die Eisenbahner von der bloßen Ermächtigung nichts haben, aus diesen formellen Gründen haben ein paar Herren dagegen gestimmt. Ich bitte aber in getreuer Erfüllung meiner Pflicht als Berichterstatter, diesen Antrag anzunehmen.

Ich will noch nicht schließen, aber jedenfalls kurz reden, weil wir die Zeit wirklich für etwas anderes brauchen als für das Budgetprovisorium. Wir müssen endlich das reguläre Budget hernehmen. Wir müssen doch sehen, wie es ausschaut, wir müssen ein Grauen bekommen vor der Gestaltung unserer Verhältnisse, wir müssen trachten, sie auch zu bessern. Nun steht es ja, meine Herren, so: Der Herr Finanzminister hat gesagt, er wolle eine Deckung für 800 Millionen haben. Unser Abgang beträgt aber nach Abzug aller unmittelbaren und mittelbaren Kriegsausgaben nicht 800, sondern heute schon nach dem Budget 1469 Millionen.

Dazu kommen noch weitere Posten. Es ist nichts eingestellt für die Überweisungen an die Länder oder zu wenig eingestellt um ungefähr 100 Millionen. Es ist ferner nicht eingestellt der vermehrte Zinsendienst des ersten Halbjahres. Wenn Sie das dazunehmen, so beträgt der Abgang nicht 800 Millionen, sondern tatsächlich nahezu 1800 Millionen. Wie wir einer solchen Deckung auch nur nahekommen, das bitte ich die Herren, sich gefälligst zu überlegen.

Zunächst müssen wir allerdings die Erwartung aussprechen, daß das Herrenhaus seine Pflicht tut.

Das Herrenhaus hat jetzt schon über drei Monate die Vorlage, betreffend die Kriegssteuer, liegen.

Wenigstens 100 Millionen sind darüber verloren gegangen *(Zwischenrufe)* und jetzt will das Herrenhaus die Sache so erledigen, daß, je mächtiger eine Gesellschaft ist, sie desto weniger zu zahlen hat. Hoffentlich wird das Herrenhaus trotzdem die Vorlage so erledigen, wie wir sie beantragt haben. Damit kommt ein großer Teil der Bedeckung sofort zustande.

Wir werden dann auch andere Einnahmen erschließen, ich muß aber das, was ich schon einmal gesagt habe, wiederholen: Indirekte Abgaben allein können von uns nicht bewilligt werden, nur im Notfalle können sie bewilligt werden, wenn die starke Heranziehung der direkten Steuern nicht ausreicht. Ohne Begleitung von Erhöhungen bei den direkten Steuern werden wir kaum in der Lage sein, Erhöhungen auf dem Gebiete der indirekten Steuern zu bewilligen. Wir müssen dahin greifen, wo das Geld ist, es ist nun einmal jetzt nicht bei den großen Massen, es war nie dort und ist es heute weniger als je; man muß dorthin greifen, wo gerade während des Krieges das Geld sich amassiert hat. Greifen wir dort fest zu, dann wird auch der Börsenschwindel mit einem Tage zu Ende sein. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich schlage vor, daß wir General- und Spezialdebatte über den vorliegenden Gesetzentwurf zusammenziehen. Wenn keine Einwendung erhoben wird *(niemand meldet sich)*, und es ist nicht der Fall, wird in dieser Weise vorgegangen werden.

Ich erlaube mir ferner den Antrag zu stellen, daß die Rededauer für diese Debatte auf 30 Minuten beschränkt wird. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die Einschränkung der Rededauer auf 30 Minuten beschlossen.

Als Redner in dieser Debatte sind eingetragen wo die Herren Abgeordneten Graf Barbo, Schöpfer, Hummer, Luksch, Loser, Freiherr v. Lantz, Dobernig, Marckhl, v. Loewenstein, Matakiewicz, Faidutti, Angerman, Wichtl, Herzabek, Kraft, Knirsch, Huber M., Londzin, Höher, Ritter v. Wassilkó, Halban, Parrer, Raszyński, Głąbiński, Heilinger; kontra die Herren Abgeordneten Okunewskyj, Seliger, Marek J., Wityk, Stranský, Biňovec, Mašata, Roškar, Mèchura, Tresić, Benković, Knyszkewicz, Korošec, Udržal, Domes, Pavlok, Franta, Ganser, Diamand.

Es sind mir Zusatzanträge zu dem in Verhandlung stehenden Gesetzentwurf übergeben worden, die ich gleich zur Mitteilung bringen will *(liest)*:

„Zusatzantrag der Abgeordneten Teufel, Hummer, Bodirsky, Schreiter und Genossen.

Das hohe Haus wolle beschließen:

Im § 4 ist am Schlusse anzufügen:

Die Regierung wird ferner ermächtigt, jene Beträge zu verausgaben, welche notwendig sind, um die den Staatsbediensteten gewährten Teuerungszulagen ab 1. Jänner 1918 um 50 Prozent zu erhöhen und auf Rechnung dieser Erhöhung die ersten drei in den Monaten Jänner, Februar und März 1918 fällig werdenden Raten im vorhinein am 1. November 1917 zur Auszahlung zu bringen."

„Zusatzantrag der Abgeordneten Teufel, Hummer, d'Elvert, Pacher, Bodirsky, Felzmann, Albrecht und Genossen.

Das hohe Haus wolle beschließen:

Im § 4 ist am Schlusse anzufügen:

Die Regierung wird weiters ermächtigt, den Ländern unter von ihr festzusetzenden Bedingungen zum Zwecke der Gewährung, beziehungsweise Erhöhung von Teuerungszulagen der Lehrpersonen an den Volks- und Bürgerschulen für das Jahr 1917 Vorschüsse im Höchstbetrage von 60 Millionen Kronen zur Verfügung zu stellen und die Überweisung der notwendigen Beträge nach Maßgabe der Zahl der in den einzelnen Ländern an den Volks- und Bürgerschulen angestellten Lehrpersonen zu bewirken."

**Präsident:** Diese Anträge sind gehörig gezeichnet und stehen daher in Verhandlung.

Seine Exzellenz der Herr Finanzminister hat sich zum Worte gemeldet; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Finanzminister Dr. Freiherr v. **Wimmer:** Hohes Haus! Ich habe erst vor kurzem Gelegenheit gehabt, vor dem hohen Hause eingehend über unsere finanzielle Lage zu sprechen. Ich glaube mich daher heute ziemlich kurz fassen zu können.

Vor allem möchte ich auf die große Bedeutung der Bewilligung des vorliegenden Budgetprovisoriums hinweisen. In Friedenszeiten, meine Herren, bedeutet die Bewilligung des Budgetprovisoriums die Schaffung der verfassungsmäßigen Grundlage für die Fortführung des normalen Staatshaushaltes. Heute handelt es sich um viel mehr. Es handelt sich darum, daß dem Staate in schwerer Bedrängnis die Mittel bewilligt und zur Verfügung gestellt werden, deren er zur Fortführung des Kampfes um seine Existenz bedarf.

Für diesen Zweck ist in das Budgetprovisorium eine Anforderung auf einen Anlehenskredit von 9 Milliarden Kronen aufgenommen.

In wenigen Wochen, meine Herren, soll die siebente Kriegsanleihe zur Zeichnung aufgelegt werden. Schon aus markttechnischen Gründen erscheint ein Verschieben auf einen späteren Termin nicht zweckmäßig. Überdies bewirkt jedes Hinausschieben der Kriegsanleihe ein weiteres Anschwellen des Banknotenumlaufes, denn die Kriegsanleihen, wie wir sie periodisch aufnehmen, sind das geeigneteste, beinahe möchte ich sagen das einzige Mittel, um den Überschuß an Banknoten abzuschöpfen und je länger wir damit zögern, desto stärker muß selbstverständlich der Banknotenumlauf anschwellen. Jeder, der Kriegsanleihe zeichnet, und wenn es auch der kleinste Sparer ist, trägt zur Eindämmung des Banknotenumlaufes bei.

Daß wir aber diesen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse notwendigen Schritt unternehmen können, dafür ist die Voraussetzung die verfassungsmäßige Bewilligung des Ihnen vorliegenden Budgetprovisoriums. Der Ausschuß hat an der Vorlage der Regierung im Anlehensparagraphen eine Änderung, eine Ergänzung vorgenommen. Darnach soll die Regierung nicht berechtigt sein, nichtamortisable Rente aufzulegen. Es ist das eine Wiederholung desselben Vorganges, der schon bei dem jetzt laufenden Budgetprovisorium eingehalten wurde. Ich habe schon damals, im Juni dieses Jahres, Gelegenheit gehabt, mich gegen eine derartige Einschränkung der Ermächtigung der Regierung zu äußern. Ich möchte auch heute darauf hinweisen, daß es unzweckmäßig ist, die Finanzverwaltung bei den Verhandlungen über die Aufnahme eines Anlehens in der Wahl des Anlehenstypus zu beschränken und insbesondere, glaube ich, wäre am wenigsten Anlaß, die an sich zweckmäßigste Form des Anlehens, nämlich eine ewige Rente, vorweg auszuschließen. Ich kann mich also prinzipiell nur gegen eine derartige Beschränkung aussprechen, muß aber allerdings zugeben, daß ich für die nächste Kriegsanleihe nicht die Absicht habe, eine nichtamortisable Rente zur Zeichnung aufzulegen, weil gegenwärtig verschiedene Zweckmäßigkeitsgründe dagegen sprechen. Das sind aber Umstände, die sich von heute auf morgen auch ändern können, und darum wäre es gewiß besser, der Regierung eine derartige Beschränkung nicht aufzuerlegen.

Eine weitere Ergänzung oder Änderung der Regierungsvorlage wurde durch Aufnahme der Bestimmung vorgenommen, daß für die Staatsbahnbediensteten ein Betrag bis zum Maximum von 100 Millionen Kronen als Teuerungszulage aufgewendet werden soll. Da möchte ich doch darauf hinweisen, daß in dem Entwurfe des Finanzgesetzes bereits ein Betrag von rund 560 Millionen Kronen für Kriegszulagen für Staatsbedienstete enthalten ist, wovon etwa 240 Millionen Kronen auf die Staatsbahnbediensteten entfallen. Diese Beträge sind vor einigen Monaten im Einvernehmen mit dem hohen Hause, und zwar im wesentlichen unter Verdoppelung der bis dahin gewährten Teuerungszulagen festgesetzt worden. Im § 1 des Budgetprovisoriums wird der Regierung im allgemeinen die Ermächtigung erteilt, Ausgaben zu bestreiten, und zwar ohne eine ziffermäßige Beschränkung. Die Regierung ist also schon nach § 1 berechtigt, auch über die gegenwärtig im Budget enthaltenen Beträge hinaus, wenn sich die unbedingte Notwendigkeit ergibt, Aushilfen an die Staatsbahnbediensteten zu erteilen. Es ist also nach meiner Meinung etwas Überflüssiges, ein Superfluum, wenn man noch in einem besonderen Paragraphen anordnet, daß für die Staatsbahnbediensteten 100 Millionen Kronen verausgabt werden können.

Man könnte das sogar so auslegen, daß für die Staatsbahnbediensteten nicht mehr als 100 Millionen Kronen ausgegeben werden dürfen, obwohl schon im Budgetentwurf ein höherer Betrag vorgesehen ist. Natürlich wird es nicht so ausgelegt, aber bei wörtlicher Interpellation könnte man zu diesem Resultate kommen. Ich möchte damit nur sagen, daß diese Bestimmung entbehrlich ist, daß die Notlage der Staatsbahnbediensteten wie der Staatsbediensteten überhaupt eine sehr große ist und die Regierung ist, obwohl der bisher in Aussicht genommene Betrag außerordentlich hoch ist — 560 Millionen Kronen pro Jahr sind ja keine Kleinigkeit und schließlich müssen sie alle Staatsbürger zusammen aufbringen — in Würdigung der schwierigen Lage der Staatsangestellten bereit, auch noch weitere Aufbesserungen vorzunehmen. Ich würde somit grundsätzlich gegen den soeben hier zur Verlesung gebrachten Antrag, daß eine 50% Erhöhung der Teuerungszulagen, beginnend vom 1. Jänner nächsten Jahres mit Vorwegnahme einer Rate als Vorschuß für dieses Jahr bewilligt wird, keine Einwendung erheben.

Meine Herren! Wir erbitten ein sechsmonatiges Budgetprovisorium, sechs Monate deshalb, weil nach den Erfahrungen unter Umständen die Verhandlung des Budgets sehr lange Zeit erfordert. Es würde aber durchaus nicht den Intentionen der Regierung entsprechen, wenn die Behandlung des Budgets weit hinausgeschoben würde. Im Gegenteil, eine rasche und gründliche Behandlung ist durchaus erwünscht und angezeigt und gerade von meinem Standpunkt als Finanzminister muß ich sagen, je intensiver sich das hohe Haus mit dem Voranschlag befaßt, desto besser ist es für die Staatswirtschaft; denn eine Vertiefung in das Budget kann, glaube ich, in vielen Beziehungen nur sehr förderlich sein. Die Ziffern des Voranschlages machen ja schon an sich einen hinlänglich ernsten Eindruck, vielleicht wird es sich aber erst bei sehr eingehender Behandlung des Budgets, bei eingehender Behand-

lung der Ausgaben- und Einnahmeposten voll ins Bewußtsein einprägen, was diese Ziffern zu bedeuten haben, was sie für unsere Volkswirtschaft sind. Vor allem würde ich aus diesem Grunde großen Wert darauf legen, daß sich das hohe Haus eingehend mit dem Budget befasse, denn ich muß gestehen, daß bisher die an sich eigentlich laut sprechenden Ziffern des Voranschlages verhältnismäßig wenig Beachtung gefunden haben. Noch immer höre ich von so vielen Seiten das Wort: Geld spielt heute keine Rolle. Meine Herren! Gerade das Gegenteil ist der Fall. Es war nie so dringend notwendig, daß wir in unserer Gebarung ökonomisch vorgehen und trachten, auch unsere Einnahmen zu erhöhen als gerade jetzt. Ich kann die Herren nur dringend bitten, das definitive Budget baldigst in Behandlung zu nehmen.

Wenn das Budget in Beratung gezogen wird, glaube ich, daß auch die Behandlung der Steuervorlagen in den Vordergrund rücken muß. Das steht ja in unmittelbarem Zusammenhange, es handelt sich um die Deckung des Defizits, das im Budget ausgewiesen ist. Die bisher in Wirksamkeit gesetzten Steuermaßnahmen bewegen sich überwiegend auf dem Gebiete der direkten Steuern. Es ist durchaus entsprechend gewesen, daß man zunächst an die direkten Steuern herangegangen ist. Es ist aber andrerseits natürlich, daß jetzt bei den neuen Vorlagen die indirekten Steuern mehr in den Vordergrund rücken müssen. *(Zwischenrufe.)* Es wäre eine Täuschung, wenn man annehmen würde, daß es selbst bei vollständiger Ausschöpfung der direkten Steuern möglich wäre, ohne ausgiebige Heranziehung der indirekten Abgaben die Finanzen in Ordnung zu bringen. Es wäre ja sehr erwünscht, wenn es anders ginge, aber ich kann Sie versichern, meine Herren, ohne ausgiebige Heranziehung der indirekten Steuern ist ein Auslangen nirgends möglich.

Der Herr Berichterstatter hat gestern im Finanzausschusse einige Anträge auf eine weitere Erhöhung verschiedener direkter Steuern gestellt. Es ist jetzt nicht die Zeit und nicht der Ort, um auf dieses Thema näher einzugehen. Ich glaube, daß ich mich mit dem Herrn Berichterstatter in manchen Punkten werde begegnen können. Ich möchte aber eines schon jetzt hervorheben. Unsere Steuerpolitik wird in Zukunft mehr als je mit der Produktionspolitik in einem engen Konnex stehen müssen, und wir dürfen nicht übersehen, daß eine intensive Entwicklung unserer Wirtschaft, eine intensive Ausgestaltung unserer Landwirtschaft und eine kräftige Entwicklung der Industrie die Voraussetzungen sind, auf denen eine künftige Ordnung unserer Wirtschaft sich aufbauen muß. Man darf diesen einen Gesichtspunkt, die Rücksicht auf die Produktionspolitik auch bei den Maßnahmen, die auf dem Gebiete der direkten Steuern in Aussicht genommen sind, nicht außeracht lassen. Auf das Konto der direkten Steuern gehört übrigens auch die Kriegsgewinnsteuer, die hoffentlich einen recht erheblichen Betrag bringen wird, und ebenso ist die Vermögensabgabe bereits in die Wege geleitet. Der Finanzausschuß hat aus eigener Initiative die Einberufung einer Enquete über die Frage der Vermögensabgabe veranlaßt. Ich kann dies nur dankbarst begrüßen und hoffe, daß auf diesem Wege das schwierige Problem eine gründliche und sachliche Erörterung erfahren wird.

Meine Herren! Ich bitte überhaupt überzeugt zu sein, daß ich jede auf die Ordnung unserer Finanzen gerichtete Anregung des hohen Hauses eingehendst würdigen und dankbarst begrüßen werde; denn nur durch enges Zusammenwirken von Parlament und Regierung wird es möglich sein, eine Ordnung in unseren Finanzen herzustellen. Ich bitte aber die Herren um Gegenseitigkeit, ich bitte auch mir einiges Sachverständnis und einigen guten Willen zuzubilligen, guten Willen in dem Sinne., daß ich bei meinen eigenen Anträgen und bei meiner Stellungnahme zu Anträgen niemandem zuliebe und niemandem zuleide handle, sondern daß ich nur eines im Auge habe: das Wohl, das Interesse des Staates, das identisch ist mit dem Wohle des Volkes.

Ich habe mich veranlaßt gesehen, auf das Gebiet der Besteuerung etwas überzugreifen, weil es außerordentlich aktuell ist. Im übrigen bitte ich das hohe Haus, das Budgetprovisorium anzunehmen.

Vizepräsident Dr. **German**: Als Regierungsvertreter sind zur Verhandlung des Budgetprovisoriums im Hause erschienen: Für das Finanzministerium Sektionschef Dr. v. Grimm und Ministerialrat Dr. Kraupa, für das Eisenbahnministerium Ministerialrat Dr. Rodler.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Okunewskyj das Wort.

Abgeordneter Dr. **Okunewskyj**: Hohes Haus! Ich knüpfe an die Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Ministers an, welcher soeben gesprochen hat und der erklärte: Das Wohl des Staates und das Wohl des Volkes verlangen und erheischen dringend die Bewilligung des Budgets. Da fragte ich mich: Entspricht das den Interessen meines Volkes und bin ich denn berechtigt, vom Standpunkte des Wohles des ukrainischen Volkes in Österreich für das Budget zu stimmen? Bin ich denn nach den Erfahrungen von drei Jahren dieses Krieges berechtigt, zu sagen: Der Staat hat für dein Volk nach Möglichkeit alles getan, was er tun konnte und du sollst nun in der Stunde der Gefahr mit gutem Gewissen ja sagen. Mitten im Kriege habe ich einmal die Bemerkung einer ausländischen Zeitung gelesen, welche auf die Verhältnisse in Rußland anspielte

und dahin lautete: Wenn der Staat ein Volk niederdrücken will und es drangsaliert, so hat schon der alte Tacitus gesagt, eröffnet er damit das Tor für den Feind und durch dieses Tor dringt dieser in das Territorium des betreffenden Volkes ein. Rußland hat das lange nicht verstanden. In das Tor sind ihm die Feinde eingefallen. Tut Österreich nicht dasselbe mit meinem Volke? fragte ich mich. Vor einigen Tagen — am Freitag war es — ist eine allgewöhnliche Erscheinung im Budgetausschuß zutage getreten. Bis zu diesem Momente war es nämlich nicht sicher, ob die Regierung die Majorität für dieses Budget bekommt. Auf einmal steht der Repräsentant des Polenklubs auf und erklärt: Wir haben schon mit der Regierung alles abgemacht, wir bewilligen das Budget. Und in diesem Momente schreibt die „Neue Freie Presse" voll Freude *(liest)*:

„Der Minister muß jetzt den Weg fortsetzen zu einer freien und mutigen Politik, ohne bängliche Schonung für Gruppen, die im österreichischen Abgeordnetenhause nach Wilson rufen."

Auf wen ist das gemünzt? denke ich mir, nicht etwa auf mich und meine Nation nebst Tschechen und Südslawen?

Nachdem die Regierung mit Polen fertig war, kümmert sie sich um andere Nationen nicht, verhandelt mit anderen Parteien nicht, oder verhandelt so, daß nichts daraus geworden ist. Wie glücklich — sagte ich mir in diesem Momente — sind in politischer Beziehung die Polen! Als der Krieg ausgebrochen war, da streckte ihnen Nikolaj Nikolajewitsch die Hand entgegen und erklärte, sie bekämen die Autonomie. Nach einer gewissen Zeit überbieten das die Mittelmächte und offerieren ihnen — freilich aus dem Gebiete der Russen — ein selbständiges Polentum. Von ihnen sprach auch Wilson und er schadete ihnen nicht, von ihnen als dem unglücklichen Volke sprach auch der Papst. Wie glücklich sind sie. Die unangenehme Trennung von Warschau und Krakau haben sie, wie Kollege Daszyński erzählt, damit pariert, daß sie unserem Kaiser die polnische Krone offerierten und dieses Anbot scheint angenommen zu sein. Von meinem Volke spricht niemand, nur droht man hier. Als die russischen Behörden im Jahre 1914 nach Galizien kamen, haben sie unsere Kulturinstitutionen niedergedrückt, sogar Bibliotheken und Buchhandlungen und Versicherungsanstalten wurden gesperrt, man durfte einem Bauer die Versicherung nicht auszahlen. Das hat die nationalistische Richtung Rußlands gemacht. Von uns spricht weder Wilson noch der Papst, obwohl wir auch Katholiken sind. Und was tat während des Krieges die österreichische Regierung? Sie erklärte uns nach ihrer These ganz einfach vogelfrei. Dieses Ausstrecken der Hände unserer Nation nach der Kultur und dieses bißchen Kultur, das wir wirklich bekommen, das wir reichlich honoriert haben nicht nur mit den Soldaten, sondern auch mit 12.000 Mann Freiwilligen, das honoriert die österreichische Regierung mit Thalerhof und dann mit 30.000 Erschießungen und Galgen, und wie ich gestern aus kompetentem Munde gehört habe, sind diese 30.000 zu wenig, es ist weit, weit darüber hinaus. *(Abgeordneter Svejk: System Heine!)* Ja. Ist das der Lohn für diese Nation, die das alles getan hat? Da muß sich die Repräsentanz des Volkes wirklich fragen: Haben wir uns nicht geirrt? Uns kennt niemand! Und das Volk fühlt es heraus und prägt sogar ein Gedicht darauf und sagt: Der Sohn stirbt an der Front für Kaiser und Vaterland, der Vater wird an einen Ast gehängt — beide namenlos. Das ist unser Schicksal: beide „namenlos"!

Der frühere Statthalter Korytowski sprach einmal zu unserem Ministerpräsidenten Worte, welche er dann auch uns wiederholt hat: Ihr ukrainischen Abgeordneten seid eigentlich Offiziere ohne Armee. Ich glaube, er hat vielleicht recht gehabt, weil das Volk mit seinem Volksinstinkte und seinen Überlieferungen nicht verstand, welche Richtung und warum wir diese Richtung einnehmen. Meine Herren! Was haben wir für den Staat in diesem Momente nicht alles getan? Nicht nur, daß wir die Jugend freiwillig hingegeben haben, nicht nur, daß wir geschwiegen haben, daß man diese Jugend zu Nachrichtendiensten und zum Treubruch an den ukrainischen russischen Soldaten mißbraucht und moralisch verdorben hat, nicht nur, daß wir geschwiegen haben oder nur halblaut gesprochen haben, als man uns gemordet hat, während hier im Hause schon gesprochen wurde — wir haben alles hingenommen, als 42 Personen in Przemyśl von den Honvéds niedergemetzelt wurden oder daß junge, bartlose Offiziere und Kadetten auf uns wie auf Hunde geschossen haben, und wir haben uns geduckt und geglaubt: Mein Gott, vielleicht liegt das im Interesse des Staates darüber zu schweigen, zu schweigen, daß so viele Galgen aufgerichtet wurden. Wir haben wohl gewußt, daß die ganze Vergangenheit unseres Volkes auf andere Bahnen gelegt war, daß es fast durch Jahrtausende mit den Polowcen, Peczenigen, dann Tartaren und Türken gekämpft hat, daß es durch Jahrhunderte gegen Konstantinopel stürmte, und auf einmal mußten wir im Interesse des Staates unsere ganze Geschichte auf den Kopf stellen und als Freunde nach Konstantinopel gehen. Als Entgelt dafür kommt dann der Honvéd und da er findet, daß es in diesem Lande etwas anders ist als auf seinem ungarischen Globus, die Kirchen sind anders, die Schrift ist anders, das gefällt ihm da nicht und er mordet also nach links und rechts. Attilas Blut wird in ihnen wach, er raubt nach

links und rechts und wir haben nie gehört, daß deswegen die Behörde etwas veranlaßt hätte. Wir haben weiter niemals gehört, daß zum Beispiel gegen den Herrn Stadler, den Kommandanten dieser Abteilung des Grazer 27. Regimentes, das gegen unsere Leute in Thalerhof so gewütet hat, und gegen seinen Feldwebel Piller eine Verhandlung geführt wurde. Wir haben die Volksinstinkte niedergedrückt, wir haben, wie gesagt, unsere ganze Geschichte, Instinkte und Überlieferungen auf den Kopf gestellt wegen eines bißchen Kultur, wegen Ehrgefühl in diesem Kriege, und was hat uns diese westliche Kultur als Lohn gebracht? Das war bitter und das Volk wendet sich vielleicht deshalb von uns ab, weil es uns, ich fürchte, mit Recht nicht versteht.

Man sagt, man hat uns in der letzten Zeit von Kakusz bis zur Ebene befreit. Ja, aber dieser Befreier in der Pickelhaube kommt und nimmt uns alles! Und mit welcher Brutalität nimmt er uns alles, der deutsche Soldat. Ich habe zum Beispiel hier ein Schriftstück an den Magistrat von Horodenka in der Hand, welches lautet *(liest)*: „An den Magistrat von Horodenka! Zeige hiermit an, daß für 15 Mann, nachdem die Bewohner von Hoffgasse gegen Bezahlung zur Verpflegung nichts abgaben, nach deutscher Militärgewaltregelung herbetreibe. Offiziersstellvertreter Luger." Solche Schriftstücke habe ich sehr viele. Wenn Sie mir gestatten, werde ich hier zunächst einen ruthenischen Brief verlesen, den ich dann später auch übersetzen werde. *(Liest)*:

Як дійдете ще коли в парляментї до слова, то виголосїть о пімсту взиваючу промову против всякої дальшої офензиви, що ширить там Польщу, де була Україна, що як в Куровци в одній громадї нїмецька ґвардия краде 80 коней людям, потім на наш крик обіцює по 150 К, але дотепер ще не заплатила, що кидає всю бараболю нашу на паству зголоднїлим воякам, весь овес і ячмінь і сїно зголоднїлим коням, що по евакуації не дали доси людям належної їм запомоги анї причинків за синів, батьків, мужів. З нашого Поділя все вивозять при кождій нагоді. Мілїони пропадають а мимо того сини його народу як війско все ще „nicht ganz verlässlich!" Погань собача!

Einen ähnlichen Brief habe ich bekommen vom Borszczower Bezirke, der lautet:

„Das Volk ist nicht mehr im Stande, das zu ertragen, was man ihm zufügt, und gerät in Verzweiflung. Was hier die Magyaren treiben, haben die Russen sogar in kleinem Maß nie getrieben. Von den Feldern und Scheunen haben die Magyaren alles, buchstäblich alles weggenommen; die Kartoffeln haben sie ausgerissen mit den erst aufkeimenden Stengeln — selbstverständlich fanden sie zwei, drei erbsenkleine Kartoffeln unter der Pflanze, wodurch Hunderttausende von Meterzentnern verloren gegangen sind. Bei der Division will man gar nichts bezahlen, sondern läßt sich die diesbezüglichen Soldaten herbeiführen, was unausführbar ist. Die Bienenstöcke sind ausgeplündert, umgestürzt oder verbrannt, Bienenschwärme mit Feuer oder siedendem Wasser vernichtet. Hühner, Gänse, Enten sämtlich gestohlen. Das Militär nimmt alles, buchstäblich alles, ohne was zu lassen: Fuhrwerke, Schnüre, Leinwand, Pelze, Kleider, Küchengeräte usw. Die Häuser der Evakuierten werden nicht nur gänzlich ausgeraubt, sondern auch demoliert, auseinandergeschleppt, niedergerissen. In Nemyhorod wurde die Kirche ausgeplündert, auch die Meßkelche geraubt, das heilige Sakrament wurde hinausgeschmissen. Die Bevölkerung ist höchst gereizt. Das Volk hat keine Lust Äcker zu bebauen, da das Militär die Pferde auf den aufkeimenden Herbstsaaten weidet und zerstampft dieselben. Die Kukuruzfelder wurden von dem Militär gänzlich ausgeplündert. Infolge der Fütterung mit Kukuruz sind hunderte von Militärpferden zugrunde gegangen. Das Volk sagt, daß wenn so überall gehaust wird, dann müssen wir ausgehungert werden und den Krieg verlieren.

Ich möchte noch mehr darüber schreiben, aber ich fürchte, daß man mich wegen der Beleidigung der Armee anklagen kann. Ich muß aber sagen, daß im Mittelalter die Raubritter und bei uns die Tataren nicht ärger gehaust haben.

Auch die Zivilverwaltung ist unter jeder Kritik. Der Bezirkshauptmann in Borszczów ist ein Pole, der ukrainisch nichts versteht. Kein einziges Schriftstück von der Bezirkshauptmannschaft erschien in der ukrainischen Sprache. Man sagt in der Bezirkshauptmannschaft, daß sie keinen einzigen Dragoman haben. Wenn wir ihnen einen vorgeschlagen haben, hat das dennoch nichts geholfen, alles erscheint nur polnisch. Die Schulen sind gesperrt, weil sie größtenteils zerstört sind. Das haben wiederum die Magyaren getan, denn die Russen verließen die Schulgebäude in der Ordnung. Sogar Schulunterricht gab es während der Russenzeit. Auf den ganzen Bezirk haben wir ein einziges Postamt, wochenlang bekommt man keine Briefe und keine Zeitungen, wogegen während der Russenzeit wir jeden Tag ukrainische Zeitungen aus Kijew bekamen. Damals, nach der Revolution, waren gute Zeiten. Es war allgemeine Versammlungs- und Vereinsfreiheit, wir Ukrainer organisierten uns gut. Überall haben wir einen Dorfrichter gehabt. Auch der Gouverneur war ein Ukrainer. Dies alles ist wie von einem Ruck verschwunden und Polenherrschaft mit Magyarenräubereien gekommen."

Meine Herren! Ich bin aus einem Bezirke hieher gekommen, wo ich die Regierung des Doroszenko mit eigenen Augen gesehen habe. Diese ukrainische

Regierung gab uns Mehl, Brot, Reis, Leder, Tee, Zucker. Es gab damals in jedem Privathause Milch, Fleisch, man offerierte uns für Schule, für öffentliche Zwecke Geld. Das haben wir allerdings zurückgewiesen. Für das Volk haben sie Teehäuser gegründet, Schulen errichtet, ärztliche Hilfe und Arzneien unentgeltlich gegeben, sie haben uns nicht gestört, uns zu organisieren, wie wir wollten, wir haben überall Macht und Einfluß gewonnen. Als die Gemeindevorstände zu wählen waren, waren die besten Leute mit reinsten Händen aufgestellt.

Aber es kamen die Befreier in Pickelhauben und ungarische Honvéd. Im Nu war alles weg. Statt zu geben, haben sie genommen, sie haben alles requiriert, was ihnen möglich war und dabei nichts oder sehr wenig gezahlt. Wir fühlten in diesem Moment eine Deklassierung unseres Volkes. Wir mußten in die Vorstädte hinaus, uns verfolgten höhnische Blicke. In die Stadt zog der polnische Bezirkshauptmann mit irgend einer Wahlhyäne, die wir von früher her kannten; der Bezirkshauptmann erklärte offen: „Wir können mit Ihnen nicht ukrainisch sprechen, weil wir vom Westen kommen und wenn Sie mir ein ukrainisches Gesuch überreichen, muß ich es lange liegen oder unbeantwortet lassen, weil wir in diesem Gedränge keine Zeit finden, um so etwas zu erledigen." Wenn unser Volk das alles sieht und wenn es mit dem verglichen hat, was vor einigen Monaten war und jetzt ist: der eine hat unsere Sprache verstanden, der andere nicht, der eine singt ukrainische Lieder, der zweite schimpft oder plündert und mordet: so ist allzu verständlich, daß das Volk stutzte und in seinem Innersten fragte: Wer ist von diesen beiden der Feind und wer ist der Freund? Das Blut, dasselbe Blut und Gefühl, sagte das übrige. Der Sohn stirbt dafür für Kaiser und Vaterland, der Vater wurde am Aste gehängt. Beider Name unbekannt.

Namenlose Nation! Neulich erfuhr ich aber schon hier in Wien, daß wir doch einen Namen haben. Ich erfuhr es aus authentischer Quelle, daß ein hoher österreichischer Offizier, der in unserem Lande vor dem Kriege über Freiheit, Leben und Tod zu verfügen hatte, daß er uns doch einen Namen gegeben habe. Er verfügte nämlich die Arretierung eines hochstehenden ukrainischen Patrioten. Man machte ihm Vorstellungen, daß er sich geirrt haben muß, weil dies ein grundehrlicher Mann war und ukrainischer Überzeugung. „Was Ukrainer, Ruthenen, Rusniaken — alles Schufte!" *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Da haben wir endlich den Namen. Und ich frage: Bin ich berechtigt, in diesem Staate für das Budget zu stimmen, wenn ich von einem hohen österreichischen Offizier so genannt werde? *(Sehr richtig!)* Habe ich mit meinem Volke die Lebensbedingungen in diesem Staate, wenn ich in der Stunde der Gefahr, wo ich alles hingegeben habe, so behandelt werde? Habe ich mich nicht geirrt, habe ich nicht zuviel für die westliche Kultur gegeben?

Erkenne dich selbst! ruft mir mein Gewissen zu und so stehen wir auf dem Scheidewege. Man sagt uns: Menschen, was wollt Ihr? Minister habt Ihr bekommen! Ministerfähig seid Ihr geworden. Ein Erzherzog ist zum Empfange Eures Erzbischofs nach Lemberg hingefahren. Ja, aber was hat das Volk davon? Freilich unterschätzen wir das nicht, aber wie kann man das in diesem Kriege als etwas Großes betrachten? Im Kriege, wo die ganze Völkergeschichte auf neue Bahnen geleitet wird, wo mächtige Kaiser und Könige von der Oberfläche verschwinden und wahrscheinlich große Mächte zerfallen werden. In dieser wichtigen Stunde fragten wir uns: Was sollen wir tun? Aus dem Munde des geehrten Kollegen Daszyński vernahmen wir, daß gewisse Abmachungen zwischen Polen und der Krone bezüglich des künftigen Polenreiches bestehen sollen, da ist selbstverständlich, daß wir uns fragten, will uns die Krone die Möglichkeit und die Sicherung einer nationalen Existenz geben? Wir wollen dann ehrlich und trotz alledem bei Österreich bleiben. Uns schwebte noch die Stellung der Deutschen in der Schweiz vor und wir dachten uns, wenn das deutsche Volk in der Schweiz einen Böcklin der Kulturwelt gibt, trotzdem er kein Reichsdeutscher ist, so kann es auch mit uns sein. Wir verhehlten uns aber auch nicht, welche Aufgabe wir zu erfüllen haben, wenn wir das dem Volke sagen. Teilung der Ukraina und Galiziens! Entfremdung durch Religion, Sitten, Schule. Wir fragten uns: Sind wir berechtigt, für alle Zukunft das zu sagen? Wir haben es ehrlich gemeint und uns mit der Zukunft vertröstet, daß es vielleicht gehen wird. Aus den Ostslawen, wo wir mit allen Fäden an das schwarze Meer gebunden sind, von wo das Christentum zu uns gekommen ist und wo die Ausgrabungen uns immer daran erinnern, daß wir Slawen aus dem Osten sind, wollten wir das Volk eigenmächtig teilen und Westslawen werden. Gewähren Sie uns, meine Herren, einen Einblick in die Vorgänge unserer Seelen, als wir diese Teilung in unserem Geiste zugunsten Österreichs vorzunehmen gedachten und wir da geplündert, beraubt, gehängt, mit „Schuften" beschimpft werden. Die Seelenqualen waren fürchterlich, denn wenn wir nach der Ukraina kommen und hören, daß dort dasselbe Lied gesungen wird, dieselbe Kirche, dieselbe Schrift, dieselbe Ethnographie, dieselben Bauten, dieselben Gefühle wie bei uns und wir dann alles und das alles soll Feind sein, das alles sollen wir in die Schanzen schlagen für die „westliche Kultur", ist das vielleicht ein zu großes Unternehmen. Wir haben es unternommen und in dieser Seelenver-

fassung trat unser ukrainisches Präsidium an unseren Ministerpräsidenten heran und fragte ihn, ob er uns die Versicherung geben könne, daß wir für den Fall der Vereinigung Westgaliziens mit dem künftigen Polenreiche, dem künftigen Königreiche Polen, dem wir auf seinem ethnischen Territorium alles beste wünschen, nicht ausgeliefert werden.

Kann uns der Kaiser dies versprechen? Im ersten Moment sagte uns der Ministerpräsident dies zu und versprach es höherenorts vorzubringen. Aber nach einer gewissen Zeit läßt man uns durch Hintermänner sagen, daß wir dieses Versprechen vom Kaiser nicht bekommen können. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Und jetzt sammeln wir: Der Kollege Daszyński sagt uns, unser alter Kaiser hat den Polen in Krakau gesagt, „wir verstehen uns gut". Die österreichische Habsburger Dynastie wird das Schicksal des Polenreiches in die Hand nehmen, man hat dem Kaiser Franz Joseph die Jagellonenkrone angeboten usw. usw., aber diese Idee brachte uns schon einmal Feuer und Schwert. Ja, was steht uns jetzt bevor? Wir sehen, es verschiebt sich unter österreichischer Patronanz unsere nationale Grenze von der Weichsel nach den Wesor, den Bug, dem Zbrucz und unser Volksstamm verschwindet in Cholm und Wolhynien. Die innere Verwaltung und die Bezirkshauptleute in Galizien arbeiten mit Hochdruck in derselben Richtung, man will uns nirgends verstehen, nirgends mitfühlen, das alles gibt uns den Beweis: Man will in diesen Momenten des Krieges uns am schnellsten ausrotten und streut dabei Sand in die Augen. Ja, da müssen wir uns fragen: Abgeordnete, wenn ihr früher mit eurer Orientierung geirrt habt, ist das vielleicht verzeihlich, weil ihr nicht alles voraussehen konntet, aber jetzt, nach der russischen Revolution, wo ihr das seht? Wenn wir das alles sehen, ist es nicht Feigheit zu schweigen? Ja, wir haben den ersten Schritt getan, wir haben uns an den Höchsten gewendet und fragten ihn, ob er uns in diesen blutigen Jahren wenigstens die Sicherheit unserer zukünftigen Existenz sichert. Wenn wir das nicht bekommen, meine Herren, was haben wir dann hier zu suchen? Solche Momente kehren wahrscheinlich in 100 Jahren nicht wieder. Den mit Blut geschriebenen Wechsel präsentieren wir der Regierung und sagen ihr: Wo sind wir denn, wohin gehst du eigentlich mit uns? Und die Regierung sagt: Das kann euch nicht gesagt werden. Und wohlgemerkt, die Grenze Polens ist nach Osten immer offen. Dazu kommt, daß polnische Vertreter anfangs gesagt haben, daß sie nur auf ein Meer Anspruch erheben und ich habe es richtig verstanden: Sie erheben nur Anspruch auf ihren Zutritt zum Baltischen Meer, weil dort die Wiege ihres Volkes stand. Durch Kanalisierung oder Verträge oder irgendwie wollen sie zu Danzig kommen. Gut, das ist ihre Sache. Aber neulich las ich eine Rede eines polnischen Kollegen und da wird schon von zwei Meeren gesprochen, vom Baltischen und vom Schwarzen Meer, also jagellonische Idee. Das ist schon was anderes. Neulich habe ich in Galizien Gelegenheit gehabt, den Arbeitsminister an diese Sache zu erinnern, aber von ihm erhielt ich auch keine Antwort. Statt, daß wir gehört hätten, daß die Regierung sich einmal befleißen würde, die Interessen der Scholle zu vertreten und uns, den Ukrainern in Galizien, ein Emporium am Schwarzen Meere, sei es auch im Vertragswege auf der Friedenskonferenz, zu verschaffen, statt bei uns das uns teure Bestreben unserer eigenen Wolhynier-Haliczer Dynastie wachzurufen, spricht man zu uns nur von der jagellonischen Idee, vom polnischen Drang nach Osten, was uns sofort an „Feuer und Schwert" des Sienkiewicz erinnert. Ja, in diesem Moment müssen wir fragen: Können wir dazu schweigen? Nein, es wäre Feigheit. Selbst auf die Gefahr hin, daß, wie die „Neue Freie Presse" schreibt, wir würden niedergerannt werden, müssen wir sagen, daß jetzt die vorletzte Stunde ist und als Ausdruck dessen werden wir, da wir parlamentarisch momentan nichts anderes machen können, gegen das Budget stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Grafen Barbo.

Abgeordneter Graf **Barbo**: Hohes Haus! Wenn ich heute das Wort ergreife, so geschieht es aus dem innersten Gefühl einer zu erfüllenden Pflicht. Als Vertreter des südlichsten deutschen Wahlkreises, der Sprachinsel Gottschee, deren Männer in dem schweren Kampfe, den wir jetzt durchleben, sich so heldenmütig in den Reihen unserer Armee schlagen, deren Bevölkerung mit unübertrefflichem Opfermut die schwere Lage in dieser schweren Zeit erträgt, als Anwalt sämtlicher in den südlichsten Provinzen des Reiches mehr oder weniger zerstreut lebenden Deutschen und für meine Person als altösterreichischer Krainer, sehe ich mich genötigt, zu den von slowenischer Seite hier im Hause vorgebrachten Forderungen und Aspirationen Stellung zu nehmen.

Ich will mich bei meinen Ausführungen der größtmöglichen Leidenschaftslosigkeit und Objektivität befleißen, so schwer mir, offen gesagt, das erstere wird, in Anbetracht der Maßlosigkeit dieser Forderungen und in Anbetracht der Art und des Zeitpunktes, zu welchem diese vorgebracht werden. *(Sehr richtig!)* Den Anspruch auf Anerkennung der Objektivität aber glaube ich erheben zu können, nachdem ich nichts weniger als ein Feind des slowenischen Volkes bin, seit meinem vor vielen Jahren erfolgten Eintritt in das politische Leben, stets für einen Ausgleich der nationalen Gegensätze in unserem

Lande mit Wort und Tat eingetreten bin. Trotz allem, was wir gehört haben, hege ich auch heute noch die Hoffnung, daß ein solcher Ausgleich der nationalen Gegensätze möglich wäre. Hierzu gehört nur vor allem der gute Wille. Aber, meine sehr verehrten Herren Gegner, kann man bei Ihnen einen guten Willen sehen? Kann man an einen guten Willen glauben, wenn Sie Forderungen aufstellen, deren Erfüllung die brutalste Vergewaltigung Ihrer deutschen Mitbürger bedeuten würde? Kann man bei Ihnen an einen guten Willen glauben, wenn Sie in einem Zeitpunkt, wo unsere heldenhafte Armee in einem schweren Kampfe mit dem Feinde steht, mit dem Erbfeinde unserer Monarchie, dem Feinde Ihrer Nation, an den Toren des Landes kämpft, die Mittel für die Führung dieses Kampfes nicht dieser Regierung, sondern jeder Regierung verweigern wollen, wenn Ihre maßlosen Wünsche und Forderungen nicht erfüllt werden? *(Beifall.)* Nein, meine Herren, Sie sind auf einem falschen Wege. Auf diesem Wege können Sie nur die Sympathien eines jeden wahren Österreichers verscherzen, auf diesem Wege können Sie von jedem, der österreichisch fühlt, für alle Ihre Wünsche, und wären sie auch bedeutend geringer als wie die hier deklarierten, nur ein entschiedenes quod non hören. *(Bravo! Bravo!)* Meine Herren! Ich sage auch, der Weg, den Sie jetzt eingeschlagen haben, ist nicht entsprechend und würdig der Vertreter eines Volkes, welches sich in diesem Kampfe treu und tapfer geschlagen hat. Der slowenische Soldat ist mit Begeisterung in den Kampf gezogen, nicht für die Schaffung eines selbständigen slowenischen oder sogar südslawischen Staates, sondern er ist in den Kampf getreten zur Verteidigung der Monarchie, zur Erhaltung des österreichisch-ungarischen Staatsgebildes in ungeschmälertem Maße.

Meine Herren! Ich kenne das slowenische Volk. Ich lebe seit meiner Kindheit mitten unter demselben und ich verkehre gern und offen mit demselben, und ich kann Ihnen sagen, im slowenischen Volke, bei den slowenischen Bauern ist nicht die Spur des Wunsches nach einem selbständigen slowenischen oder gar südslawischen Staate vorhanden. *(So ist es!)* Dieser Wunsch ist eine Pflanze, eine Giftpflanze, welche erst in dasselbe hineingetragen werden soll.

Meine Herren! Würden Sie dem slowenischen Bauern sagen, er soll kroatisiert werden, was ja die unweigerliche Folge eines Zusammenfassens von Slowenen und Kroaten in ein eigenes Staatsgebilde wäre, er würde Ihnen eine Antwort erteilen, von der Sie wenig Freude hätten. Hätten Sie den Mut, dem slowenischen Volke zu sagen, daß es wirtschaftlich geschädigt werden soll? Und eine wirtschaftliche Schädigung müßte erfolgen, wenn Sie das Land Krain von den anderen Provinzen, auf welche es wirtschaftlich angewiesen ist, wegreißen und mit anderen Provinzen zu einem Staate verbinden würden, welche andere Provinzen wirtschaftlich noch schlechter stehen als das Land Krain. Krain ist ein armes Land und ist auf die Unterstützung des Staates in weitgehendem Maße angewiesen, in bedeutend größerem Maße, als dies bisher der Fall war.

Die Aufgabe von uns Krainer Abgeordneten beider Nationalitäten wäre es, auf die Bedeutung Krains als des Hinterlandes von Triest, des einzigen Hafenplatzes Österreichs, hinzuweisen und eine demgemäße Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Interessen zu erreichen. Statt dessen wollen Sie das Land von den besser situierten Provinzen wegziehen und es mit anderen verbinden. Das müßte doch unbedingt einen wirtschaftlichen Rückgang zur Folge haben.

Meine Herren! Ich würde ja von Ihrem Standpunkt vollkommen begreifen, wenn Sie sagen würden: Lieber kroatisiert, als germanisiert! Allein so steht die Sache nicht, denn je näher verwandt zwei Nationalitäten sind, desto leichter wird die eine von der anderen entnationalisiert.

Und wie sieht es denn mit der Unterdrückung und Germanisierung der Slowenen aus? Das slowenische Volk hat sich in Österreich noch zu einer Zeit entwickelt, da man in Österreich wirklich von einer deutschen Herrschaft sprechen konnte, ja, zu einer Zeit, da Krain auch noch eine Provinz des alten Deutschen Reiches war, hat es seine Schriftsprache gebildet. Es hat seine Schriftsprache im vergangenen Jahrhundert auf eine für eine so kleine Nation sehr achtenswerte Stufe gebracht. Ja, meine Herren, ist das eine Unterdrückung der Slowenen?

Nach Krain kamen im Laufe von mehreren Jahrhunderten deutsche Kolonisten. Diese haben dem slowenischen Volke das Gewerbe gelehrt, sie haben nicht wenig zur Gründung und Erweiterung der Städte beigetragen. Noch heute erinnern viele Namen, darunter auch Namen von slowenischen Führern, an diese Zeit. Was ist mit diesen deutschen Kolonisten geschehen? Sie sind slowenisiert worden, denn die Slowenen werden ja unterdrückt. *(Heiterkeit.)* Bis zum Ende der siebziger Jahre wählte die Mehrzahl der Städte Krains deutsche Vertreter in den Landtag und in den Reichsrat. Diese Städte sind alle, mit Ausnahme der stramm deutschen Stadt Gottschee, slowenisch geworden. Kann man da von einer Unterdrückung der Slowenen sprechen?

Die Slowenen haben in Krain nicht nur selbstverständlich ihre Volksschulen ganz nach Wunsch und Bedarf, sie haben slowenische Mittelschulen und, weil die slowenischen Lehrbücher nicht vorhanden waren, wurden slowenische Professoren beurlaubt,

sie erhielten jahrelange Urlaube, um die slowenischen Lehrbücher verfassen zu können. Sie haben ein slowenisches Mädchenlyzeum in Laibach, die Deutschen haben es nicht. Sie haben eine slowenische Staatsgewerbeschule, die Deutschen haben sie nicht. Und während in anderen Ländern Stadt oder Land mit ihren Mitteln für den Bau von Staatsgewerbeschulen aufkommen mußten, haben die Slowenen für ihre Staatsgewerbeschule das Geld vom Staat, der sie so unterdrückt, erhalten.

Meine Herren! Sie wollten eine slowenische Universität, und da gar keine Voraussetzung für sie vorhanden war, erhielten slowenische Mittelschulprofessoren, erhielten Juristen Urlaube, sie erhielten namhafte Unterstützungen, wurden an andere Universitäten geschickt, um sich dort als Professoren für die zukünftige slowenische Universität ausbilden zu können.

Der Slowene findet in Krain, was ja ganz in der Ordnung ist, bei Gericht sein Recht in slowenischer Sprache. Die politische Verwaltung verkehrt mit slowenischen Parteien, mit slowenischen Gemeinden ausschließlich in slowenischer Sprache, ja selbst Deutsche erhalten vor Gericht und Bezirkshauptmannschaft vielfach slowenische Zuschriften. *(Hört! Hört!)*

Die Eintragungen in die Grundbücher erfolgen in slowenischer Sprache. Als im Jahre 1908 in Krain eine Deutschenhetze arrangiert wurde, wurden unter anderem auch die Tafeln friedliebender deutscher Kaufleute mit Gewalt entfernt und die Leute wurden gezwungen, rein slowenische Tafeln anzubringen. *(Zwischenrufe.)* Ja, es ging so weit, daß selbst Deutsche gezwungen wurden, ihre alten deutschen Namen slowenisch zu schreiben. Meine Herren, ist das eine Unterdrückung der Slowenen? *(Abgeordneter Ravnihar: Sprechen Sie von Kärnten und Steiermark!)* Darauf können wir auch noch kommen. Sie beschweren sich aber über allgemeine Unterdrückung.

Die Ortstafeln waren doppelsprachig und sie waren doch in erster Linie deswegen auch in deutscher Sprache, damit sich der Fremde orientieren kann. Diese Ortstafeln wurden entfernt und durch rein slowenische ersetzt. Als einige Bezirkshauptmannschaften die unerhörte Kühnheit hatten, den Gemeinden aufzutragen, wieder die doppelsprachigen Tafeln anzubringen, erhoben zahlreiche Gemeinden, über ausgiebige Agitation von Laibach aus natürlich, dagegen den Rekurs und die Landesregierung von Krain hat es bis heute noch nicht gewagt, die Entscheidung zu treffen. *(Zwischenrufe.)*

Meine Herren! So sieht die Unterdrückung der Slowenen aus, wegen welcher Sie einen slowenischen oder gar einen südslawischen Staat verlangen, frei von Fremdherrschaft. Und was verstehen Sie unter dem Worte „Fremdherrschaft"? Die Entfernung jedes objektiven nichtslawischen Beamten und wenn er selbst ein Deutschkrainer ist und wenn er auch vollkommen slowenisch kann. Glaubt denn jemand, der die Verhältnisse in Krain kennt — und ich kenne sie genau, denn ich bin über zwölf Jahre Mitglied des krainischen Landesausschusses —, glaubt denn einer, daß in einem selbständigen slowenischen oder südslawischen Staate Objektivität und Gerechtigkeit herrschen würden? Haben Sie nicht selbst unter sich die Erfahrung gemacht, daß der politische Gegner Objektivität und Gerechtigkeit nicht findet? Sie haben die autonomen Behörden, bei welchen Sie die ausschließliche Herrschaft ausüben: Sind dort Objektivität und Gerechtigkeit zu Hause? Es gibt einen namhaften Teil unter Ihnen, welcher diese Machtfülle, welche Ihnen gegeben ist, lieber eingeschränkt und durch die staatliche Autorität ersetzt wissen würde, und nun verlangen Sie eine ungemessene Erweiterung dieser Machtbefugnisse um eines Schlagwortes willen?

Und wie stellen Sie sich denn eigentlich die Verwirklichung Ihres südslawischen Staates vor, zu welchem Teile von Österreich und Teile von Ungarn weggerissen werden sollen? Glauben Sie vielleicht, daß der Kaiser von Österreich dem König von Ungarn den Krieg erklären soll, damit Ihre Wünsche in Erfüllung gehen? *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Nein, meine Herren, dieser Utopie geben Sie sich nicht hin und darum müssen auch Sie selbst diese Ihre Forderungen als eine Utopie erkennen, und Sie stellen sie nur auf, um mittels ihrer die nationale Autonomie zu erlangen.

Aber so lange Sie, meine Herren, auf diesem jetzt beschrittenen Wege weiterschreiten, so lange wir nicht genau wissen, was Sie unter nationaler Autonomie verstehen, so lange kann für jeden Deutschen — und da gibt es keinen Unterschied zwischen Sudeten- und Alpendeutschen, es kann da auch keinen Unterschied zwischen freiheitlichen und christlichsozialen Deutschen geben — nur ein entschiedenes Nein die Antwort sein. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* So lange sich Bestrebungen geltend machen, welche die Lockerung, ja die Zerreißung des Staatsgefüges bezwecken, welche Forderungen und Bestrebungen im wohlverstandenen Interesse an der Unschädlichmachung der Monarchie von der Entente aufgegriffen wurden, so lange kann auch keine Regierung, sei es diese oder eine kommende, paktieren, denn dann verdient sie nicht den Namen einer österreichischen Regierung. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Meine Herren! Nur noch ein Wort vom rein österreichischen Standpunkt. Die nichtdeutschen Gebiete Österreichs können und werden nicht germani-

siert werden. Die Deutschösterreicher wollen den Staat nicht beherrschen, aber sie wollen ihn zusammenhalten. *(So ist es!)* Erblicken Sie, meine Herren, doch nicht immer in dem Deutschen den Geßlerhut für Ihre Nationalität, das er nicht ist und nicht sein will *(Zustimmung)*, erblicken Sie in dem Deutschen das, was er sein will, das ist ein Bindeglied für alle Nationalitäten hier im Staate, welche sich sonst frei entwickeln und betätigen können. *(Sehr gut!)* Der Deutschösterreicher will den Staat nicht beherrschen, sondern er will der Kitt des Staates sein. Das ist die Mission, welche die Deutschen in Österreich haben. Möge niemals die Zeit kommen — und leider Gottes glaubt mancher, die Zeit sei schon nahe bevorstehend —, daß die Deutschen an der Möglichkeit, diese ihre Mission erfüllen zu können, verzweifeln müssen. *(Sehr gut!)* Ich sage das Ihnen, meine Herren, und sage das vor allem der Regierung und jeder kommenden Regierung: Dies wäre das Ende des Staates. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Ihnen, meine sehr geehrten slowenischen Kollegen, rufe ich noch zu: Unter den Trümmern dieses Staates wäre auch Ihre Nation begraben! Denken Sie an das Schicksal Ihrer Konnationalen im Königreiche Italien. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Mit Rücksicht darauf, daß heute eine wichtige Sitzung des Staatsangestelltenausschusses und andere Ausschußsitzungen stattfinden, breche ich die Verhandlung ab.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Mayer Josef als Ersatzmann des Ausgleichsausschusses;

Anforge als Ersatzmann des Wehrausschusses;

Paulik als Ersatzmann des Bodenentschuldungsausschusses;

Jiráček als Mitglied des Ernährungsausschusses;

Baumgartner als Mitglied des Staatsangestelltenausschusses;

Thurnher als Mitglied des Staatsangestelltenausschusses;

Weiß als Ersatzmann des Staatsangestelltenausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause)* und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

**Präsident:** Hohes Haus! Die gestrige Sitzung ist durch einen Galeriebesucher gestört worden, indem derselbe unbefugterweise durch Zwischenrufe in die Verhandlung eingegriffen hat. Der Herr Vizepräsident Udržal, der in dem Augenblicke den Vorsitz führte, hat die Entfernung des Galeriebesuchers veranlaßt, bis zur Durchführung dieser Verfügung die Sitzung unterbrochen und dann nach kurzer Zeit die Sitzung ohne weitere Störung wieder aufgenommen. Dieser an sich vollkommen bedeutungslose Zwischenfall ist nun von verschiedenen Seiten außerordentlich aufgebauscht worden, so zwar, daß sich sogar die Staatsanwaltschaft veranlaßt gesehen hat, die Berichterstattung über diese so hochwichtige Angelegenheit zu inhibieren. Infolgedessen haben die Herren Abgeordneten Zahradník und Prokeš schriftliche Anfragen an mich gerichtet, was ich zu tun gedenke, um derartigen Übergriffen der Staatsanwaltschaft entgegenzutreten.

Ich möchte vor allem feststellen, daß die Entscheidung darüber, was die „Reichsratskorrespondenz" über die Sitzungen des Hauses berichtet, ausschließlich dem Präsidium zusteht. Es handelt sich aber hier nicht um die „Reichsratskorrespondenz", sondern um anderweitige Preßmitteilungen und es ist richtig, daß von seiten der Behörden verfügt wurde, daß eine Mitteilung über dieses Ereignis nicht hinausgegeben werden kann, weil man annahm, daß durch solche Mitteilungen die militärische Situation unseres Vaterlandes gefährdet werden könnte. *(Heiterkeit.)* Nachdem ich — und ich glaube das hohe Haus mit mir — die ganze Sache, die jedenfalls von einem unzurechnungsfähigen Menschen ausgegangen ist, für vollständig bedeutungslos halte, habe ich bei der Regierung gegen dieses Vorgehen entschieden Verwahrung eingelegt und hoffe, daß die Handhabung der Zensur in Hinkunft eine entsprechende sein wird. *(Beifall.)*

Bei der heute vorgenommenen Wahl von zwei Mitgliedern des Staatsgerichtshofes wurden 126 Stimmzetteln abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 64 Stimmen.

Gewählt erscheinen mit je 126 Stimmen Dr. Ernst Jäger, Hof- und Gerichtsadvokat, Landeshauptmannstellvertreter in Linz, und Dr. Max Mayr, Hof- und Gerichtsadvokat, Mitglied des Landesausschusses in Linz.

Der Sozialpolitische Ausschuß hat das Ersuchen gestellt, den ihm zugewiesenen Antrag der Herren Abgeordneten Friedmann und Genossen, Nr. 235 der Beilagen (Abänderung der Kompetenz mehrerer Ministerien anläßlich der Errichtung der Ministerien für Volksgesundheit und soziale Fürsorge) an den Verfassungsausschuß und den Antrag des Herrn Abgeordneten Roller und Genossen, Nr. 423 der Beilagen (Notstand der Handwerker und kleinen Gewerbeleute) an den Kriegswirtschaftlichen Ausschuß zu überweisen.

Wenn keine Einwendung erhoben wird, *(niemand meldet sich)* werde ich diesem Ersuchen entsprechen und die bezeichneten Anträge dem Verfassungs-, beziehungsweise dem Kriegswirtschaftlichen Ausschusse zuweisen.

Die nächste Sitzung schlage ich für morgen Donnerstag, den 18. Oktober, 11 Uhr vormittags vor mit folgender Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums.

Ist ein Einwand dagegen? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt also bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 4 Uhr nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 31. Sitzung, Donnerstag, den 18. Oktober 1917.

**Tagesordnung:** Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums (675 der Beilagen).

## Inhalt.


### Personalien.

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Prokeš als Mitglied des Budget- und der Abgeordneten Jiráček und Svoboda als Mitglied, beziehungsweise als Ersatzmann des Gewerbeausschusses (Seite 1640).

Abwesenheitsanzeige (Seite 1640).

### Verhandlung.

Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums (675 der Beilagen — Redner: die Abgeordneten J. Marek [Seite 1590], Dr. Schoepfer [Seite 1594], Seliger [Seite 1598], Hummer [Seite 1602], Wityk [Seite 1606], Lukšch [Seite 1609], Dr. Stránský [Seite 1615], Loser [Seite 1621], Mašata [Seite 1625], Knirsch [Seite 1630], Biňovec [Seite 1634], Kraft [Seite 1637]).

### Anfrage

des Abgeordneten Dębski an den Präsidenten, betreffend die Beantwortung einiger an den Minister für Landesverteidigung gerichteten Anfragen (Beantwortung durch den Präsidenten [Seite 1640]).

### Ausschüsse.

Ergebnis der in der 30. Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in den Bodenentschuldungs-, Ernährungs- und Staatsangestelltenausschuß [Seite 1589];

Ersatzwahlen in den Budget- und Gewerbeausschuß (Seite 1640 und 1641).

Zuweisungen (Seite 1640 und 1641):

1. der Anträge 177 und 588 der Beilagen an den Gewerbeausschuß;
2. des Antrages 621 der Beilagen an den Wiederherstellungsausschuß;
3. der Anträge 579, 620, 622 und 629 der Beilagen an den Ernährungsausschuß;
4. der Anträge 591, 599, 602, 634 und 667 der Beilagen an den Wehrausschuß;
5. der Anträge 611, 654, 666 und 669 der Beilagen an den Budgetausschuß;
6. der Anträge 586, 587, 609, 612, 613, 631, 637, 653, 655 und 664 der Beilagen an den Eisenbahnausschuß;
7. des Antrages 585 der Beilagen an den Finanzausschuß;
8. der Anträge 576, 619, 623, 624, 632 und 641 der Beilagen an den Justizausschuß;
9. der Anträge 595, 604, 610, 625, 627, 647 und 660 der Beilagen an den kriegswirtschaftlichen Ausschuß;
10. der Anträge 575, 577, 580, 626 und 670 der Beilagen an den landwirtschaftlichen Ausschuß;
11. der Anträge 581, 582, 584, 590, 594, 596, 597, 598, 606, 614, 615, 628, 645, 648, 659, 662, 663 und 665 der Beilagen an den Notstandsausschuß;
12. des Antrages 605 der Beilagen an den sozialpolitischen Ausschuß;
13. der Anträge 589, 592, 593, 607, 608, 616, 617, 633, 638, 639, 656 und 657 der Beilagen an den Staatsangestelltenausschuß;

14. des Antrages 640 der Beilagen an den Unterhaltsbeitragsausschuß;

15. des Antrages 668 der Beilagen an den Unterrichtsausschuß;

16. der Anträge 618 und 661 der Beilagen an den Verfassungsausschuß;

17. der Anträge 574 und 635 der Beilagen an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge (Anhang I)

1. der Abgeordneten Wedra, Dr. Schürff, Dr. Waber und Genossen, betreffend die Entlastung der Staatsbeamten, der Angestellten in staatlichen Betrieben von Personal- und Hypothekarschulden durch unverzinsliche Darlehen (701 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Potoczek und Genossen, betreffend den Notstand in Piwniczna, Bezirk Nowy Sącz (702 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Šamalík und Genossen, betreffend die Befreiung von verwitweten Vätern unversorgter Kinder vom Landsturmdienste (703 der Beilagen);

4. des Abgeordneten Votruba und Genossen, betreffend die Gewährung einer Kriegszulage an die Privatbeamten (704 der Beilagen);

5. der Abgeordneten Dr. Leo Winter, Jaroš und Genossen, betreffend den Unterricht über die soziale Gesetzgebung in den Gewerbe- und Fortbildungsschulen (705 der Beilagen);

6. der Abgeordneten Hartl, Dr. v. Langenhan, Dr. v. Licht und Genossen, betreffend die Erhöhung der staatlichen Unterstützungen für Invalide und deren Angehörige und für die Hinterbliebenen gefallener Mannschaftspersonen (706 der Beilagen).

### Anfragen

1. der Abgeordneten Čech, Votruba und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Bewilligung von Urlauben für Kaufleute, Handwerker und Gewerbetreibende während der Weihnachts- und Neujahrszeit (Anhang II, 1061/I);

2. der Abgeordneten Eisenhut, Bogendorfer, Parrer, Wille und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend lizitatorische Schrottholzverkäufe (Anhang II, 1062/I);

3. des Abgeordneten Hybeš und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Löhne der für das Militärärar in Hronow und Groß-Poritsch arbeitenden Webereien (Anhang II, 1063/I);

4. des Abgeordneten Jachowicz und Genossen an die Regierung, betreffend das Vorgehen der galizischen Bezirkshauptmannschaften anläßlich der Beistellung von Arbeitskräften für die Gutshöfe (Anhang II, 1064/I);

5. der Abgeordneten Dr. Jerzabek, Höher und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Übergriffe der Baumwoll- und Hadernzentrale (Anhang II, 1065/I);

6. des Abgeordneten Lišý und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der Gendarmerie- und Finanzorgane gegen einen Militärinvaliden am Bahnhofe in Turnau (Anhang II, 1066/I);

7. der Abgeordneten A. Němec, Aust und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beschwerden der beim Militärwachkorps für Zivilgerichte in Wien dienenden Landsturmmänner über schlechte Behandlung und Verköstigung (Anhang II, 1067/I);

8. des Abgeordneten Dr. Neumann und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Einstellung der Tätigkeit der österreichischen Friedensgesellschaft (Anhang II, 1068/I);

9. des Abgeordneten Onyszkewycz und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Haltestelle Konjuszky-Simjaniwski (Anhang II, 1069/I);

10. des Abgeordneten Ritter v. Singalewicz und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Steuernachlässe und die Einstellung der Exekutionen bei Einhebung der Steuer in Ostgalizien (Anhang II, 1070/I);

11. des Abgeordneten Dr. Tobolka und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die sprachliche Gleichberechtigung in der Amtierung des Kriegshilfsbureaus des Ministeriums des Innern (Anhang II, 1071/I);

12. des Abgeordneten Dr. Wichtl und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Teuerungszulagen der der Telegrammzensur zugewiesenen Postbeamten (Anhang II, 1072/I);

13. der Abgeordneten Dr. Winter, Ant. Němec und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Transferierung böhmischer Metallarbeiter in entfernte Betriebe (Anhang II, 1073/I);

14. des Abgeordneten Wilhelm Maixner und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Konfiskation des „Dorfboten" in Budweis (Anhang II, 1074/I);

15. des Abgeordneten Dębski und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend die Heranziehung eines Polen zur Dienstleistung in der österreichisch-ungarischen Armee (Anhang II, 1075/I);

16. des Abgeordneten Dr. Dnistriańskyj und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister für Landesverteidigung, an den Ackerbauminister und an den Minister Höfer, betreffend das Vorgehen der Behörden in Lubyeza Kamerolna, Bezirk Rawa ruska, gegen die arbeitende Bevölkerung (Anhang II, 1076/I);

17. des Abgeordneten Dr. Dnistriańskyj und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister für Landesverteidigung, an den Ackerbauminister und an den Minister Höfer, betreffend die Approvisionierung des Bezirkes Rawa ruska (Anhang II, 1077/I);

18. der Abgeordneten Hládnik, Dr. Pogačnik, Dr. Jankovič und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Petroleumbeschaffung auf dem Lande (Anhang II, 1078/I);

19. des Abgeordneten Rydlo und Genossen an den Handelsminister, an den Minister für Landesverteidigung, an den Finanzminister und an den Minister Höfer, betreffend die Zuweisung einer angemessenen Beschäftigung für staatliche Lieferungen an die Weber im Bezirke Neustadt an der Mettau (Anhang II, 1079/I);

20. des Abgeordneten Rydlo und Genossen an den Minister Höfer, an den Minister für Landesverteidigung und an den Ackerbauminister, betreffend die Vernichtung der Milchproduktion in Böhmen (Anhang II, 1080/I);

21. der Abgeordneten Dr. Schacherl, Muchitsch und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Behandlung der personaleinkommensteuerpflichtigen Arbeiter im Bezirk Leoben (Anhang II, 1081/I);

22. der Abgeordneten Dr. Schacherl, Resel, Pongratz und Genossen an den Minister Höfer, betreffend das Vorgehen der Zuckerzentrale (Anhang II, 1082/I);

23. des Abgeordneten Średniawski und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Beschlagnahme von Viehfutter in Galizien (Anhang II, 1083/I);

24. des Abgeordneten Dr. Čehelskyj und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Unterhaltsbeiträge (Anhang II, 1084/I);

25. des Abgeordneten Gostinčar und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Zurechnung der im Gemeindepolizeidienste in Laibach zugebrachten Dienstjahre an Mannschaften der Laibacher Staatspolizei (Anhang II, 1085/I);

26. der Abgeordneten Ritter v. Haller, Freiherrn v. Goetz und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebungen vom Militär, beziehungsweise vom Landsturmdienste in Galizien (Anhang II, 1086/I);

27. der Abgeordneten Staněk, Udržal, Sedlák und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verordnung über die Neuregelung der Enthebungen (Anhang II, 1087/I);

28. der Abgeordneten Zaunegger, Hauser und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend den Zugsverkehr auf der Strecke Lambach—Gmunden (Anhang II, 1088/I).

---

Zur Verteilung gelangt am 18. Oktober 1917:

Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Frage der Repatrierung der Flüchtlinge (678 der Beilagen).

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Tusar**, **Udržal**.

Schriftführer: **Seliger**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 16. Oktober 1917 ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten; jenes über die Sitzung vom 17. Oktober l. J. liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Bei den am Schlusse der gestrigen Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen wurden 125 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 63. Gewählt erscheinen mit je 125 Stimmen:

In den Bodenentschuldungsausschuß als Mitglied: Paulik;

in den Ernährungsausschuß als Mitglied: Modráček;

in den Staatsangestelltenausschuß als Mitglieder: Zaunegger, Jerzabek; als Ersatzmann: Baumgartner.

Wir gelangen zur Tagesordnung, das ist Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums *(675 der Beilagen)*.

Es sind mir zu diesem Gegenstande wieder einige Anträge übergeben worden, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer **Seliger** *(liest)*:

„Zusatzantrag der Abgeordneten Mr. Hummer, Teufel und Genossen:

Das hohe Haus wolle beschließen:

Nach § 3 des Budgetprovisoriums sind als neuer Absatz folgende Bestimmungen einzufügen:

„Der Finanzminister ist ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse im Einvernehmen mit dem Amte für Volksernährung den Verkaufspreis (Höchstpreis) für den gegen Entrichtung der Konsumabgabe aus einer Brennerei oder einem Freilager wegzubringenden Branntwein mit einem 20 K pro Liter Alkohol nicht übersteigenden Betrag festzusetzen und anzuordnen, daß ein im Verordnungsweg zu bestimmender Teilbetrag des jeweils festgesetzten Verkaufspreises an den Staatsschatz abzuführen ist.

Im Falle von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht wird, ist von dem Branntwein, der in der Produktionsabgabe unterliegenden Brennereien erzeugt wird, für die der Steuerbemessung zugrunde gelegte Alkoholmenge außer der Produktionsabgabe ein Betrag einzuheben, welcher dem jeweils festgesetzten Preisanteil des Staates entspricht.

Auf den an den Staat zu entrichtenden Preisanteil sowie auf die nach dem vorausgehenden Absatze an Stelle des Preisanteiles einzuhebenden Beträge haben die Bestimmungen des Branntweinsteuergesetzes sinngemäße Anwendung zu finden.

Für die aus den Ländern der ungarischen heiligen Krone oder aus Bosnien und der Hercegovina eingebrachten überweisungspflichtigen gebrannten geistigen Flüssigkeiten, ferner für die über die Zollinie eingeführten und bei einer österreichischen Zollstelle der Einfuhrverzollung unterzogenen gebrannten geistigen Flüssigkeiten ist außer der entfallenden Branntweinabgabe (Branntweinsteuerzuschlag), und zwar gleichzeitig mit dieser und auf dieselbe Art von jedem Hektolitergrad der bezogenen Alkoholmenge, ein Betrag zu entrichten, welcher dem gemäß Absatz 1 jeweils festgesetzten Preis-

anteile des Staates entspricht. Diese Bestimmung findet auf den im Überweisungsverfahren bezogenen Branntwein nur dann Anwendung, wenn nicht die Überweisung des im versendenden Ländergebiete entrichteten Betrages Platz greift (Absatz 4).

Der Finanzminister wird ermächtigt, für den nach den Ländern der ungarischen heiligen Krone oder nach Bosnien und der Hercegovina versendeten Branntwein den für diesen Branntwein entrichteten Preisanteil des Staates, beziehungsweise die gemäß Absatz 1 entrichteten Beträge ganz oder teilweise dem Versender rückzuvergüten oder aber der Finanzverwaltung des empfangenden Ländergebietes zu überweisen, soferne ein gleiches Vorgehen in den Ländern der ungarischen heiligen Krone und in Bosnien und der Hercegovina geübt wird.

Im Falle der Überschreitung des festgesetzten Höchstpreises für Branntwein ist der den Höchstpreis überschreitende Teilbetrag des Verkaufspreises vom Verkäufer an den Staat abzuliefern.

Von wem, in welchem Zeitpunkte und unter welchen Modalitäten für jene versteuerten gebrannten geistigen Flüssigkeiten, welche im Geltungsgebiete dieses Gesetzes am Tage des Inkrafttretens der Höchstpreisfestsetzung im freien Verkehr vorhanden sind sowie aus den Ländern der ungarischen heiligen Krone oder aus Bosnien und der Hercegovina bezogen wurden, jedoch an dem vorbezeichneten Tage noch nicht eingelangt sind, nachträglich ein dem Preisanteil des Staates entsprechender Betrag einzuheben ist, ist im Verordnungswege zu regeln.

Die auf Grund dieser Bestimmung einfließenden Beträge haben zur teilweisen Bestreitung der Auslagen, zur Erleichterung der Lebensführung der mindestbemittelten Volksschichten zu dienen."

„Zusatzantrag zum Budgetprovisorium der Abgeordneten Teufel, Hummer, Kraus, Pacher, K. H. Wolf, Glöckner, Dr. Michl und Genossen.

Das hohe Haus wolle beschließen:

Nach § 4 des Budgetprovisoriums ist folgende Bestimmung einzufügen:

„Die Regierung hat einen Betrag von 200 Millionen Kronen zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds noch im Laufe des Budgetjahres 1917/18 bereitzustellen, mit der Maßgabe, daß aus diesem Fonds unverzinsliche Darlehen und nicht rückzahlbare Hilfen bestehend in barem Gelde, Rohstoffen oder Arbeitseinrichtungen denjenigen Gewerbetreibenden gewährt werden, welche nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienste daran gehen, ihre Existenz wieder aufzubauen oder welche infolge der Kriegsereignisse den Verlust oder eine arge Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz erlitten haben.

Die Regierung ist verpflichtet, die Satzungen für den gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds längstens innerhalb drei Monaten dem Abgeordnetenhause zur Kenntnisnahme vorzulegen."

„Eventualantrag der Abgeordneten Teufel, Hummer und Genossen.

Für den Fall der Annahme des Antrages der Abgeordneten Teufel, Hummer, d'Elvert, Pacher, Bodirsky, Felzmann, Albrecht zum § 4: Entschließung:

Das hohe Haus wolle beschließen:

Die Regierung wird aufgefordert:

„1. Dafür Sorge zu tragen, daß die Teuerungsbeihilfen aus dem auf Grund des § 4 des Budgetprovisoriums bewilligten 60 Millionen Kronen-Fonds ohne Rücksicht auf die Höhe der Dienstbezüge und bereits gewährter Teuerungszulagen gleichmäßig in den einzelnen Ländern, jedoch in Abstufungen nach Maßgabe der Dienstzeit und des Familienstandes verteilt werden, und zwar unter Einbeziehung der Lehrerpensionisten-, -witwen und -waisen.

2. Alles einzuleiten, damit die Auszahlung der bewilligten Teuerungsbeihilfen unbedingt noch im Laufe des Monates November vor sich gehe."

**Präsident**: Diese Anträge sind gehörig gezeichnet und stehen in Verhandlung.

Der nächste Redner in der Rednerliste ist der Herr Abgeordnete Jaroslav Marek; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Jaroslav **Marek**: Hohes Haus! Wieder einmal wird über ein Budgetprovisorium in diesem Hause verhandelt, wieder dieses bedeutungsvolle Merkmal der ungesunden Verhältnisse in diesem Reiche. Nicht immer durch die Schuld des Hauses selbst wurde die Durchberatung eines ordentlichen Jahresbudgets durch eine Reihe von Jahren schon im Frieden unmöglich gemacht.

Entweder war dem Hause die Möglichkeit, eine Budgetvorlage zeitgemäß durchzuberaten, nicht gegeben oder es waren die Verhältnisse im Staate eben solche, bei denen es nicht zu erwarten war, daß die Regierung die zur Abstimmung nötige Majorität in diesem Hause finden wird. Und dann geschah etwas, was in allen anderen konstitutionellen Staaten unmöglich ist; anstatt Beseitigung der Regierung, wurde das Parlament beseitigt und mit Hilfe des § 14 wurde das Budget zum Gesetz erhoben. Warum war es aber nicht möglich, die für die Annahme des Budgetgesetzes nötige Majorität des Hauses zu gewinnen? Das läßt sich kurz beantworten: Es genügt, in das Innere, in den Gedankengang der den Staat bewohnenden Völker einzusehen, es genügt, die Gefühle der Völker mit Bezug auf ihr Leben in diesem Staate zu kennen, um zu wissen, daß es den Vertretern dieser Völker hier im Hause unmöglich ist, durch Bewilligung eines Jahresbudgets der jeweiligen Regierung ein Vertrauen auszusprechen.

Und auch heute sind wir, die böhmischen Sozialdemokraten, verpflichtet, unsere Unzufriedenheit mit dem bei uns waltenden Regime offen und klar auszusprechen. Bei der ersten Lesung der Vorlage wurde unsere Meinung, was die politischen Gesichtspunkte anbelangt, seitens meiner Klubkollegen zum Ausdrucke gebracht und ich will mich deshalb nur mit einigen Erscheinungen des gegenwärtigen Lebens befassen.

Meine Herren! Seit dem Jahre 1911 wohne ich in einer der Städte meines Wahlbezirkes. Die Stadt selbst liegt in einem der fruchtbarsten und an Erdfrüchten gesegnetsten Landstriche. Und in dieser Stadt, deren Umgebung die Natur mit ihren Geschenken so reichlich begabt hat, habe ich in den letzten sechs Monaten mehr Freunde und Bekannten zu Grabe begleitet, als es der Fall war während der ganzen sechs Jahre vorher. *(Hört!)* Es genügt nicht, daß uns draußen auf den Schlachtfeldern die uns am nächsten Stehenden zu Zehn und Hunderten vorzeitig ins Grab sinken, auch hier zu Hause legen wir aus dem kleinen Reste der Zurückgebliebenen einen nach dem andern in kurzen Intervallen in die Erde hinein. Nach den Ursachen dessen zu fragen, ist überflüssig. Das sind die Konsequenzen der Unterernährung. Durch die Unterernährung ist heutzutage auch die einstmals felsenfeste Gesundheit untergraben und dort, wo es bei anderen Verhältnissen möglich war, auch weniger Gesunde am Leben zu erhalten, tritt heute der Tod auf. Jedesmal, wenn ich gezwungen bin, die traurige Pflicht des letzten Geleites zu erfüllen, schweben mir in meinen Gedanken zweierlei Fragen vor, deren eine ich gleich, deren andere ich später zu besprechen mir erlauben werde.

Die erste Frage ist die: Wenn hier, in einem von Natur aus so reich begabten Landesteile, wo die Verbindung zwischen der Stadt- und Landbevölkerung noch nicht ganz aufgehört hat, der Tod in solcher Art wütet, wie muß es erst in den von der Natur aus armen Gegenden und wie erst in den großen Proletarierzentren aussehen? Wenn soviel Not mit allen ihren Konsequenzen hier zu konstatieren ist, wie groß muß sie erst dort sein, wo die Möglichkeit, etwas zu kaufen, überhaupt fehlt? Damit ist aber nicht gesagt, meine Herren — und die Anzahl der Begräbnisse aus unserem engen Kreise bestätigen es —, daß der Umstand, daß wir in einem an Früchten reichen Landesteile leben, eine besondere Wirkung auf unser Leben hat.

Es wird um uns herum zwar genug erzeugt, aber nicht für uns wird es erzeugt; die wirtschaftlichen Verhältnisse der großen Majorität der Bevölkerung sind solche, daß diese Majorität zwar die Erdfrüchte wachsen und reifen sehen kann, jedoch nur sehen — kaufen kann sie sie nicht. Sind wir doch eine Stadt, wo ein Drittel der Bevölkerung die Angestellten der Staatsbahnen bilden und einen weiteren großen Teil bilden die übrigen Staatsangestellten, das spricht für sich selbst. Und das, was bei uns zu sehen ist, herrscht überall dort, wo diese Unglückseligen beschäftigt sind. Hat die Regierung bisnun den festen Willen, das Leben den Staatsangestellten zu ermöglichen, aus eigener Initiative an den Tag gelegt?

Der während der Sommersession seitens des Staatsangestelltenausschusses durchberatene und vom hohen Hause angenommene Antrag auf Zuerkennung der erhöhten Teuerungszulagen für die Staatsangestellten wäre im Jahre 1915 zwar gut gewesen, damals lebten wir im ersten Stadium der Teuerung, war aber zu kleinlich im Vergleich mit den heuer herrschenden Verhältnissen.

Das was den Staatsangestellten für einen Monat an Teuerungszulage zuerkannt wurde, reicht in überwiegender Anzahl der Fälle nicht einmal zur Bezahlung eines Kilogramms Fett aus, wie die gestern geschlossene Debatte auch gezeigt hat.

Und so kommen wir — es ist uns schon wirklich zuwider — von neuem auf die Teuerung zu sprechen. Man kann höchstens von denen sprechen, die sie patronisieren. Wir kommen von einem Gegenstand zum anderen. Bei einem möchte ich mich aber doch aufhalten. Meine Herren, nur im Kopfe eines Narren oder eines Verbrechers konnten die heurigen Maximalpreise für Obst entstehen. Wem wurde damit geholfen, daß ein Kilogramm Obst aller Gattungen mehr als eine Krone kostete? Es wurde nur den bemittelten Klassen geholfen, denn nur die können es bezahlen. Und wer wurde bestohlen? Die Armen, und in erster Linie ihre Kinder. Es ist doch allgemein bekannt, daß wenigstens zwei Monate im

Jahre die Kinder der Armen die Möglichkeit gehabt haben, sich am Obst sattzuessen. War das heuer möglich? Ist es möglich, wenn eine Zwetschke bereits drei Heller und ein Apfel zehn bis zwanzig Heller kostete? Jeden Augenblick lesen oder hören wir einen offiziellen oder inoffiziellen Aufruf zugunsten der Kinder. Alles das erscheint uns heute als Phrase. Helfet den Kindern! wird uns zugerufen. Aber womit? Von der Milch für die Kleinsten angefangen bis zu dem Obst bei den größeren — alles das ist für die Kinder der Armen nur ein Traum, ein Märchen.

Von der ganzen Bevölkerung sind natürlich die am schlechtesten daran, die nicht imstande sind, die Ausgaben auf die anderen zu überwälzen, und das sind in erster Linie die Staatsangestellten. Hier muß geholfen werden, und zwar rechtzeitig und ausgiebig.

Aber nicht nur das Einkommen der Staatsangestellten für heute ist zu regeln, sondern die Grundsätze der Entlohnung sind zu überprüfen und neu auszugestalten. Ein für allemal wird es nötig sein, mit den Grundsätzen, unter welchen der Staatsdienst bisnun angetreten wurde, zu brechen. Die Grundsätze des Staates als Arbeitgeber waren die schlechtesten. Die junge, frische Kraft des Menschen um elenden Lohn oder Gehalt auszunützen und mit dem Hinweis, daß es dem Menschen in seinem Alter besser gehen werde, zu trösten, hat sehr viel Ähnlichkeit mit jener Lehre, die sich mit der Geduld im irdischen Leben und mit der Entschädigung in der Ewigkeit befaßt. Aber wie diese Lehre gerade im Kriege an Anziehungskraft unter den Menschen verloren hat, ebenso muß das ihr analog aufgebaute System im Staatsdienste verschwinden.

Ich werde mich mit der Lage der Staatsangestellten nicht sehr lange befassen und will nur eines sagen: Es ist unmöglich und es wäre geradezu lächerlich, wenn jemand noch behaupten wollte, daß in der Zukunft und in der allernächsten Zukunft im Staatsdienste noch ein Diener mit 900 K, ein Unterbeamter mit 1200 K und ein Beamter mit 1600 K anfangen kann.

Auf diesem Gebiete ist es höchst nötig, ein für allemal mit der Theorie der Vergangenheit zu brechen. In jenen Jahren, in welchen der Mensch für sich und seine Familie am meisten braucht und wo auch die größten Anforderungen im Dienste an ihn gestellt werden, muß ihm auch ein entsprechender Ersatz für die verbrauchte Kraft gesichert sein.

Bis jetzt wurde auf alle unsere diesbezüglichen Anträge in dem Sinne geantwortet, daß dies erst eine Aufgabe nach dem Kriege sein wird. Wir sind dagegen der Meinung, daß dies sobald als möglich geschehen soll, bevor die Depression der Gemüter der Staatsangestellten in eine Katastrophe ausgehen wird. *(Zustimmung.)* Eine durchgreifende Erhöhung der Anfangs- und Endgehälter und Löhne sowie eine starke Kürzung der Vorrückungsfristen ist zu einem kategorischen Imperativ geworden. Eine Reihe von Anträgen wurden sowohl der Regierung als auch den einzelnen Ministerien überreicht und warten ihrer Lösung. Vor einem warnen wir aber im voraus: Nur nicht wieder Halbheiten, kein Provisorium, sondern eine weitgehende definitive Regelung. *(Rufe: Sehr richtig!)*

Ich will mich weiters nunmehr mit einer Erscheinung befassen, die einen Beweis dafür geben wird, in welchem Geiste bei uns regiert wird, wer bei uns regiert und wie bei uns regiert wird. Es wird daraus weiters zu entnehmen sein, wie sehr das Leben der Menschen seinen Wert verloren hat und was sich so manche Personen erlauben, die auf einen wichtigen Posten gestellt sind.

Anfangs November 1916 wurde der Primararzt des städtischen Krankenhauses in Prerau plötzlich zum Militärdienst einberufen; das ist etwas, was ja auch woanders vorgekommen sein wird. Dazu erlaube ich mir nun folgendes zu bemerken: Das städtische Krankenhaus wurde im Jahre 1913 mit einem Kostenaufwande von 1,300.000 K errichtet und insbesondere wurde dem chirurgischen Pavillon die größte Sorge gewidmet, weil in Prerau eine der größten Bahnanlagen ist und die Geleise dort sowohl früher als auch heute sehr oft mit menschlichem Blute gefärbt sind. Vor der Errichtung des Krankenhauses sind die verunglückten Menschen bei einer Überführung nach Olmütz oder Leipnik gewöhnlich infolge Verblutung gestorben. Außerdem befinden sich in Prerau auch noch zahlreiche Industrieunternehmungen. Die Errichtung des Krankenhauses und namentlich des chirurgischen Pavillons war also höchst nötig. Nach der Einberufung des Primararztes, des einzigen Chirurgen in der Stadt, ist eine Deputation des Gemeinderates zum Stationskommandanten, Obersten Klier, gegangen, um ihn zu bitten, was für die Enthebung des Primararztes zu machen ist. Die Antwort, die sie bekommen hatten, ist merkwürdig.

Der Stationskommandant erklärte in dem Momente, als ihm der Zweck der Abordnung bekannt war, kategorisch, daß die Einberufung des Primararztes eine strafweise ist *(Hört! Hört!)* und daß er den Arzt dem Militärkommando zur Disposition gestellt habe.

Die Einrückung ist also eine Strafe und keine Ehre, wie es die Kriegsmoral haben will. Hier haben wir es durch eine militärische Autorität bestätigt. Und weiters: es wird jemand verurteilt, ohne ihm eine Gelegenheit zur Rechtfertigung zu ermöglichen und über die Interessen der Bevölkerung entscheidet die Willkür eines Obersten.

Der Oberst hat zwei Gründe angeführt, weswegen der Primararzt strafweise einrücken mußte,

und zwar: erstens, daß der Primararzt in den epidemischen Baracken des städtischen Jubiläumsspitals gegen die Grundsätze der Menschlichkeit die an Dysenterie erkrankten Soldaten nicht behandeln und ihnen keine Arzneien vorschreiben wollte und zweitens, daß er Schwierigkeiten dem hiesigen Militärkommando verursachte. *(Abgeordneter Dr. Winter: Was für Schwierigkeiten?)* Das hat er nicht gesagt, er hat keine einzige Begründung einer Schwierigkeit angegeben. Dazu muß ich folgendes sagen: Das Ministerium des Innern hat bei dem städtischen Krankenhaus zwei Baracken für epidemische Krankheiten errichtet, die am 15. Mai 1915 eröffnet wurden. Seit der Zeit bis zum Oktober 1916 war trotz aller Bemühungen der Bezirkshauptmannschaft das Ministerium nicht zu bewegen, die errichteten Baracken entweder der Gemeinde zu übergeben oder die nötigen Ärzte selbst beizustellen. Es waren zwar Ärzte dort zeitweise kommandiert, aber was für Ärzte. Einer mußte, da er lungenkrank und außerdem Morphinist war, von den städtischen Ärzten selbst in Pflege genommen werden. Mehrere Male waren die Baracken ohne Arzt und da haben die Ärzte des Krankenhauses immer geholfen, und zwar trotz aller Gefahr, daß die Infektionskrankheiten in das Krankenhaus übertragen werden. Eine Beschwerde des Primararztes über die Zustände in den Baracken folgte der anderen, jedoch vergeblich. Mit dem Ministerium des Innern war nicht zu reden, die besten Vorschläge des Gemeinderates schlugen fehl.

Um der allgemeinen Unzufriedenheit ein Ende zu setzen, hat endlich der Bezirkshauptmann eine Enquete auf den 26. September 1916 bei der Bezirkshauptmannschaft einberufen. Das Resultat dieser Enquete ist ein Protokoll, in dem es heißt, daß bis längstens 5. Oktober 1916 die Baracken durch die Stadt verwaltet werden. Das ist auch geschehen. Noch am 7. Oktober war der Sekundararzt in den Baracken, in den nächsten Tagen bis zum 12. Oktober war niemand dort, aber nicht deswegen, weil es vereinbart wurde — früher war nichts vereinbart und trotzdem sind die Ärzte immer hingegangen, wenn die Baracken nicht leer waren —, sondern deswegen, weil zu dieser Zeit schon länger dort Rekonvaleszenten lagen, die weder einen Arzt noch Arzneien benötigten, und was die Diät anbelangt, so wurde sie von der Krankenhauskanzlei besorgt. Neue Fälle waren überhaupt nicht gemeldet. Dann wurde eine Anzeige erstattet und die Folge davon war die Einberufung des Primararztes. Die Verhältnisse in Prerau haben sich — ich bin genötigt, ein wenig abzuschweifen — während der Kriegsjahre so gestaltet, daß es nicht zu beschreiben ist. Bei uns war zum Beispiel ein Offizier am Bahnhof aufgestellt, der eine besondere Aufgabe hatte, nämlich die Überwachung der Bevölkerung. Sie verstehen sehr gut, meine Herren, was damit gemeint ist, und Sie werden es noch besser verstehen, wenn ich Ihnen sage, daß es ein Bevollmächtigter des traurig berühmten Generals Matuška von Mährisch-Ostrau war. Dieser Herr hat natürlich zur Erfüllung seiner Aufgabe Mitarbeiter gesucht, aber auf was für eine Weise? Er hat zum Beispiel eine Frau zwingen wollen, ihm Nachrichten über gewisse Familien und Personen zu bringen. Da die Frau sich geweigert hatte, dies zu tun, hat man die erste Gelegenheit benutzt, wenn schon nicht an ihr, so doch an ihrem Manne Rache zu üben, der einer der bestqualifizierten Unterbeamten der Bahn war, wovon auch die Nordbahndirektion überzeugt ist. Dieser Mann wurde versetzt, und weil die Frau infolge ihres Berufes ihm nicht folgen kann, leben die beiden seit der Zeit getrennt. Sie dürfen sich nicht wundern, meine Herren, wenn bei uns eine Denunziation über die andere emporgewachsen ist. Eine solche Denunziation betrifft auch den Primararzt, aber es war nicht deswegen, weshalb er eingerückt ist. Diese Denunziation ist beim Militärgericht in Krakau eingelangt und das Militärgericht hat eine Anfrage an die Bezirkshauptmannschaft gerichtet, sie möge sich über das Verhalten des Primararztes äußern. Die Antwort, meine Herren — ich kann sie nicht traurig nennen, ich weiß keinen Ausdruck dafür —, zeigt, was sich manche Beamte erlauben. Die Beschreibung des Primararztes war folgende: Er ist ein tschechischer Chauvinist. Sie begreifen, meine Herren, die Niederträchtigkeit, die darin liegt. Unterschrieben hat es der jetzige Leiter der Bezirkshauptmannschaft — mir scheint — in Trebitsch, Herr Novak. Dem Militärgericht, über dessen Weisheit schon unser Havlíček sich vortrefflich geäußert hat, war das doch zu wenig und es hat eine ausführlichere Beschreibung verlangt. Die war nun so dumm und so wenig stichhaltig, daß das Militärgericht nach dem ersten Verhöre des Angeklagten die Untersuchung eingestellt hat.

Das sind also die Verhältnisse bei uns. Vielleicht würden Sie denken, meine Herren, daß der Herr Oberst ein guter Vater seines Regiments sein muß, wenn er den Primararzt deshalb einrücken ließ, weil er die Soldaten nicht behandeln wollte. Ich kann Ihnen aber sagen, daß das nicht wahr ist. Wir haben über ihn hier schon viele Beschwerden vorgebracht und gerade gestern habe ich vom Herrn Landesverteidigungsminister eine Antwort bekommen, die merkwürdig ist. Ich habe das Kriegsministerium unter anderem darauf aufmerksam machen müssen, daß ein Mann, der samt Montur 40 Kilogramm wog, in die Marschkompagnie eingeteilt wurde. *(Hört! Hört!)* Und was schreibt mir der Herr Landesverteidigungsminister als Antwort? *(Liest:)*

„Da es wiederholt vorgekommen war, daß Leute absichtlich hungern, um körperlich herabzukommen und sich so dem Frontdienst zu entziehen,

befahl der Ersatzbataillonskommandant die Überwachung der Ernährung dieses Mannes."

Also, meine Herren, ich frage, wenn man jemanden — sie haben ihm zu essen gegeben, er hat um 3 Kilogramm zugenommen — füttern will, ist er nur deswegen in die Marschkompagnie einzureihen, um ihn füttern zu können? Kann er nicht in anderer Weise gefüttert werden in einer anderen Kompagnie? Es sind viele andere solche Fälle vorgekommen, vor denen bei uns niemand sicher ist, nämlich zum Beispiel die Urlauber auf das Stationskommando wegen der Adjustierung zu zitieren. Sie können sich vorstellen, bei der heutigen Adjustierung der Soldaten, was das bedeutet. Aber der Herr Oberst hat andere Sorgen gehabt. Es war eine Unternehmung und das merkwürdigste ist, wie es möglich war, daß ein Truppenkörper ein Vermögen von mehr als einer halben Million ersparen konnte. Ich werde kurz sagen, was das ist. Das Vieh wird um den Maximalpreis angekauft. In der Regie wird es von Soldaten abgeschlachtet und den Kompagnien wird das Fleisch verkauft. Also ein ganz reelles Unternehmen im wahren Sinne des Wortes, weil man das Fleisch auch anderswo bekommen konnte für das Regiment. Aber wer ist eigentlich das Regiment? Sind es nicht die Tausende von Soldaten, die es bilden? Oder können wir sagen, dieses Eigentum wird dem Staate zurückgegeben. Hat es aber einen Sinn, Hunderttausende anzuhäufen in einer Zeit, in welcher die Soldaten von Haus zu Haus um ein Stückchen Brot oder ein bißchen Essen betteln gegangen sind?

Aber, meine Herren, noch vor einigen Monaten hat es geheißen, Eigentum des Offizierskorps. Jetzt heißt es wahrscheinlich anders. Man hat von einer Untersuchung gehört. Wir erwarten vom Kriegsministerium die Antwort. Nach der Antwort werden wir uns schon einrichten.

Nun, meine Herren, will ich zu dem Falle vom Primararzte, dem einzigen unseren Chirurgen, zurückkehren. Die Stadt hat um seine Enthebung angesucht. Was haben wir gesehen? Wir haben ein Achselzucken und die Ratlosigkeit bei den Verwaltungsbehörden, obwohl die Notwendigkeit eines Chirurgen für die Stadt anerkannt wurde, gesehen. Von der Militärverwaltung, die ersucht wurde, dem Primararzte die Gelegenheit zur Rechtfertigung zu ermöglichen oder ihn zu entheben, haben wir überhaupt keine Antwort bekommen. Und da muß ich schon sagen, daraus ist ersichtlich, wer bei uns regiert. Schließlich kann ich noch den vorgestrigen Vorfall erwähnen. Der ist die beste Illustration dafür, wer bei uns regiert. Ein Hauptmann ruft das Abgeordnetenhaus zu seiner Pflicht auf, die Bedingungen für den Frieden zu schaffen, und der Kriegsminister verbietet den Zeitungen, über diesen Vorfall zu schreiben. Der Kriegsminister stellt sich also über alle Behörden, über die Regierung, ja selbst über die gesetzgebende Körperschaft, er sistiert einfach die Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit.

Dieser eines sogenannten Verfassungsstaates unwürdige Zustand ist einfach nicht zu ertragen. Die größten Feinde des Staates sind die Bedrücker jeder Freiheit der Bevölkerung, sie tragen so die Empörung unter die Staatsbürger. Über dem Kriegsministerium bleibt uns nur noch eine einzige Instanz übrig und die ist das Armeeoberkommando. Das Armeeoberkommando und den Herrn Befehlshaber der ganzen bewaffneten Macht ersuche ich von dieser Stelle aus im Namen der schon schwer genug geprüften Bevölkerung, allen den Übergriffen gegen die Interessen der Bevölkerung ein Ende zu setzen.

Zum Schlusse komme ich zur zweiten Frage, von der ich am Anfange meiner Rede gesprochen habe. Wie lange wird dieser Kreuzweg der Völker auf das Weltgolgatha noch dauern, wie lange werden wir ausgesetzt den Schlägen von außen und innen? Die Antwort auf diese Frage wird einmal die Menschengeduld erteilen.

Eines sollen die Herren, die die Geschicke der Staaten bisnun lenken, nicht vergessen: Was ewig bleibt, was den Groll aller Zeiten zu bewältigen imstande ist, das ist die Arbeit, die edle Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit *(Zustimmung)* und mit ihr, obzwar mit Opfern, auch diejenigen, die sie verrichten. Eine vorübergehende und nur zeitlich geduldete Erscheinung ist aber der Militarismus mit allen seinen Erscheinungen. Er gab uns seine Macht zu spüren, er hat aber damit in den Gemütern der Völker eine Reinigungsarbeit durchgeführt, die ohne seine Wirkung in Jahrzehnten nicht zu bewältigen war.

Wir stimmen, mit Ausnahme des vorletzten Absatzes des § 4, womit den Eisenbahnern wenigstens teilweise geholfen werden soll, gegen das Budget. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Schoepfer.

Abgeordneter Dr. **Schoepfer**: Hohes Haus! Seine Exzellenz der Herr Finanzminister hat in seiner, bei der ersten Lesung des Budgets gehaltenen Rede unsere finanzielle Lage grau in grau, wenn nicht noch dunkler gemalt und er hat dabei gewiß nicht übertrieben. Die wiederholte Aufforderung zur Sparsamkeit ist auch gewiß am Platze. Nichtsdestoweniger werden wir nicht umhin können, neue, größere und manche sehr große Ausgaben zu machen, weil eine zwingende Notwendigkeit dafür vorliegt.

Es sei mir gestattet, auf eine solche Ausgabe hinzuweisen, die so groß sein wird, daß, wenn einmal die Ziffern bekannt werden, man erschrecken

dürfte. Diese Anforderung ist aber so zwingend, sie ist so gerecht, und ihre Befriedigung so unaufschiebbar, daß man staunen muß, daß uns der bezügliche Gesetzentwurf noch nicht vorliegt. Ich meine damit die Versorgung der Kriegsinvaliden, der Kriegerwitwen und -waisen. *(Zustimmung.)* Unser Klub hat schon vor dem Kriege wiederholt auf die ganz ungenügende Militärversorgung hingewiesen und diesbezügliche Anträge gestellt, wodurch er gewiß dazu beigetragen hat, daß die Frage schon vor dem Kriege in Fluß gekommen ist und Verhandlungen eingeleitet wurden, um ein neues, den Verhältnissen angepaßtes Gesetz zu schaffen.

Dann ist der Krieg ausgebrochen und infolge seiner Ausdehnung und langen Dauer sind die Bedürfnisse mit elementarer Wucht hervorgetreten. Die Versorgung ist so dringend geworden, daß ihr nicht aus dem Wege gegangen werden kann. Wenn ich nun zu dieser Frage spreche und auf ihre Dringlichkeit hinweise, so tue ich es nicht bloß aus eigener Überzeugung, sondern auch im Namen und über speziellen Auftrag unserer Vereinigung. *(Zustimmung.)*

Es liegt auch ein ganz besonderer Grund vor, die Frage jetzt zu behandeln, weil vor wenigen Tagen Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister eine darauf bezügliche Anfrage des Herrn Abgeordneten v. Mühlwerth beantwortet hat. Die Antwort ist bei allem Wohlwollen, das aus ihr hervorleuchtet, so ausgefallen, daß sie zu denken gibt. Daß hier geholfen werden müsse, darüber sind sich alle so klar, daß jedes Wort überflüssig ist. Es handelt sich darum, was und wann es geschehen soll.

Nun hat Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister, wie schon erwähnt, als das Was in Frage stand, mit Worten aufrichtigen Wohlwollens gesprochen. Allein er hat doch einige Redensarten in seine Beantwortung eingeflochten, die zu denken geben. Es heißt darin, daß das „eine unserer allerschwierigsten Fragen" sei, daß „die finanzielle Tragfähigkeit des Staates berücksichtigt" werden müsse, daß „die Ausdehnung und die Dauer des Krieges die Schwierigkeiten noch mehr gesteigert habe, um so mehr als es sich um Vorsorgen handle, deren finanzielle Rückwirkung auf viele Jahre hinaus sich fühlbar machen werde". Und am Schlusse seiner Beantwortung hat er gesagt, daß die Sache geregelt werden wird, allerdings „im Rahmen der staatsfinanziellen Möglichkeiten".

Sehr geehrte Herren! Das sind Worte, die man an und für sich nicht ablehnen kann, aber von dieser Seite her und mit so wiederholter Betonung gesprochen, geben sie der Befürchtung Raum, daß, wenn uns diese Vorlagen einmal überreicht werden, wir es mit einem Flickwerk werden zu tun haben. Und, meine Herren, ein armseliges Flickwerk in dieser Frage darf es nicht geben. *(Lebhafte Zustimmung.)* Auch wir haben in unserem Antrag auf die Leistungsfähigkeit des Staates hingewiesen, aber, meine Herren, ein militärischer Minister, der diese Frage mit solchen Vorbehalten beantwortet, kommt in eine Verlegenheit. Ich bin zwar ganz fest überzeugt, daß Seine Exzellenz das geflügelte Wort: „Geld spielt keine Rolle" ablehnen wird; aber leider ist dieses Wort wahr. Viele ausführende militärische Organe haben dieses Wort im Munde geführt, man hat es hundertmal gehört: „Geld spielt keine Rolle" *(Zustimmung)*; und viel, viel öfter als es gesagt wurde, wurde es praktisch geübt, hat das Geld wirklich keine Rolle gespielt. *(Lebhafte Zustimmung.)* Das Geld ist nicht selten mit unglaublicher Verschwendung hinausgeworfen worden.

Ich glaube, es gibt keinen in der ganzen Monarchie, der es mit Reich und Kaiser ernst meint, der nicht mit größter Bereitwilligkeit alle Ausgaben, die während des Krieges in militärischer Hinsicht notwendig waren und noch notwendig sein werden, ja sogar die bloß nützlich sein werden, genehmigen und selbst dazu beitragen würde. Wir haben es, um von den Kriegsanleihen zu schweigen, erlebt, daß arme Dienstboten ihre letzten Ersparnisse auf den Altar des Vaterlandes gelegt und bei sich gesagt haben: „Geld spielt da keine Rolle"; aber um so mehr hätte es auf der anderen Seite eine Rolle spielen sollen, wo das Geld des Volkes zur Verwendung gekommen ist. *(Sehr richtig!)*

Sehr geehrte Herren! Hat das Geld immer eine Rolle gespielt, wenn es notwendig war oder vielleicht auch nicht notwendig war, gewisse militärische Bauten aufzuführen *(Sehr richtig!)*, sie mit dem Luxus auszustatten, den man da und dort findet, während an der Front die Soldaten, und zwar nicht bloß die gemeinen Soldaten, sondern auch Offiziere sich oft in den allerelendesten Kavernen monatelang aufhalten müssen? Hat das Geld eine Rolle gespielt bei der Bedeckung des gewaltigen Kriegsbedarfes? War es notwendig, die Preise so hinaufzutreiben, wie es wirklich oft geschehen ist? *(Sehr richtig!)* Würde es heute so viel Millionäre geben, die von dunklen Existenzen zu großen Männern emporgestiegen sind, würde es so ungeheure Kriegsgewinne geben, wenn nicht ein furchtbarer Kriegswucher eingetreten wäre, der geduldet und gefördert wurde, denn man hat ihn entstehen, bestehen und immer größer werden lassen? Dessen Geist dann auf den ganzen Handel und Wandel übergegangen ist? So gilt heute wirklich: „Geld spielt keine Rolle". *(So ist es!)* Ich frage: Hat man bei diesem ganzen System, für das ich nicht den einzelnen verantwortlich mache, die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen genügend beachtet, die jetzt angerufen wird, wo es sich um die Versorgung der invaliden Krieger und Militärwitwen und -waisen

handelt? Hat man sich gedacht, daß das alles im Rahmen der staatsfinanziellen Möglichkeiten geschehen muß?

Der Herr Landesverteidigungsminister hat mit Recht gesagt, man solle nicht Versorgungsgenüsse in utopischer Weise bieten, die von den Staatsfinanzen nicht ertragen werden können. Aber ich erlaube mir die Frage: Wird wohl der Wucher, der heute auf der Tagesordnung ist, von den Staatsfinanzen ertragen werden können? *(Sehr richtig!)* Oder glaubt man vielleicht, daß dieser Wucher mit den Staatsfinanzen nichts wird zu tun haben, nachdem er die Volkskraft ausbeutet und aussaugt *(Abgeordneter Hauser: Das Durchhalten in vielen Kreisen unmöglich macht!)* und das Durchhalten unmöglich macht? Es gilt als himmelschreiende Sünde, wenn man dem Arbeiter den verdienten Lidlohn vorenthält, und ich frage Sie: Ist es vielleicht weniger himmelschreiend, wenn man denjenigen, die ihre Gesundheit, ihre Glieder dem Vaterlande geopfert haben, die notwendige Versorgung so lange vorenthält, wie es bis dato geschehen ist *(lebhafter Beifall)* und wenn man nebenbei einen solchen Wucher und eine solche Bereicherung derjenigen duldet, die meilenweit vom Schuß sind? *(Sehr richtig!)*

Damit bin ich bei der zweiten Frage: Wann wird das geschehen, wann werden wir einmal das Gesetz vorgelegt bekommen, in welchem die Versorgungsansprüche der Militärwitwen und -waisen und der Invaliden geregelt werden?

Seine Exzellenz der Herr Landesverteidungsminister hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß durch die Regelung des Unterhaltsbeitrages ziemlich viel geschehen ist. Der Unterhaltsbeitrag, besonders in seiner neuesten Fassung, bietet auch vielen Angehörigen von Kriegern, vielen Witwen und Waisen eine auskömmliche Versorgung. Allein es gibt viele, die einen Unterhaltsbeitrag nicht beziehen und dennoch das volle Anrecht auf eine Versorgung haben, weil sie den Familienerhalter verloren haben. Und die Invaliden selbst, um von diesen zu reden, werden vom Unterhaltsbeitrag nicht berührt; und es gibt Tausende und Tausende von Kriegsinvaliden mit verstümmelten Gliedern, die heute als Bettler herumgehen, weil die Versorgung eine vollständig ungenügende ist und die freiwillige Wohltätigkeit nicht nachkommen kann. Die Antwort, die Seine Exzellenz auf das Wann gegeben hat, gibt eine Hoffnung, sehr geehrte Herren, allein keine Befriedigung. Seine Exzellenz hat darauf hingewiesen, daß seit dem Jahre 1914 verhandelt werde, der fortdauernde Krieg habe selbstverständlich neue Verhandlungen notwendig gemacht, das Operat sei fertig und er gibt der Hoffnung Raum, der Gesetzentwurf werde in Bälde vorgelegt werden können. Übersehen Sie aber nicht, sehr geehrte Herren: Diese „Hoffnung" beweist, daß die Sache eigentlich noch nicht spruchreif ist, und wir stehen jetzt schon im vierten Kriegsjahre, Zeit genug, eine solche Angelegenheit zu regeln, zumal es das Deutsche Reich verstanden hat, sie schon Jahre vor dem Kriege in einer Weise zu regeln, die zu erreichen wir bei der jetzigen Verschiebung des Geldwertes kaum hoffen dürfen.

Meine Herren! Wenn der Einberufungsbefehl angeschlagen und der Termin angegeben wird, es sei am 15. März oder wann immer einzurücken, wehe dem Soldaten, der Tag oder Stunde versäumt! *(Sehr richtig!)* Und wenn das Sturmsignal ertönt, wehe dem Soldaten, der die Minute versäumt! Wenn er sich nun aber als Krüppel dem Staate stellt, da dürfen Monate, da dürfen Jahre versäumt werden, bis sich der Staat ordentlich seiner erinnert. *(Beifall.)* Wie der erste Aufruf des Kaisers an seine Völker, des obersten Kriegsherrn, durch die Lande gegangen ist und der Landsturm aufgerufen wurde, da sind in Tirol Hunderte und Hunderte von Landstürmern gekommen und haben sich gemeldet, obwohl sie sich noch nicht zu melden hatten, und wochenlang mußten sie herumstehen, bis sie endlich eingereiht wurden. Wenn diese Leute jetzt als Invalide zurückkommen, wo ist dann auf Seite des Staates die Eile, die sie selber gezeigt haben, als es galt, dem Rufe des Vaterlandes zu folgen? Darum, hohes Haus, darf hier nicht mehr gewartet werden. *(So ist es!)* Ich spreche gewiß allen im hohen Hause aus Herz und aus der Seele, wenn ich an die hohe Regierung die dringende Aufforderung richte, uns endlich einmal jene Vorlage zu bieten, auf Grund deren wir in die Lage kommen, die berechtigten Ansprüche dieser armen Leute einigermaßen zu befriedigen. *(Beifall.)*

Dies muß um so mehr geschehen, weil diese Angelegenheit eine Vorfrage bildet für eine andere sehr wichtige Frage, die auf der Tagesordnung der öffentlichen Erörterung steht, nämlich die Ansiedlung der Kriegsinvaliden und der Kriegerwitwen, die immer eine Unmöglichkeit bleiben wird, wenn nicht vorher die finanziellen Ansprüche dieser Armen ordentlich geregelt werden. Beweis dafür der Vorgang im Deutschen Reich.

Sehr geehrte Herren! Wenn ich in solcher Weise für diese zahllosen Unglücklichen ein warmes Wort gesprochen habe, so fällt es mir nicht ein, andere Bevölkerungsklassen im Hinterlande zu übersehen. Ein sehr großes Verdienst um das Durchhalten und um die friedliche Kriegsarbeit im Hinterlande hat sich bei uns in Tirol und ganz gewiß auch in den anderen Kronländern der Lehrerstand erworben. *(Bravo! Bravo!)* Gerade der Lehrerstand hat unter der zunehmenden Teuerung furchtbar gelitten *(Zustimmung)*, weil die Gehälter bei der fortschreitenden Teuerung vollständig ungenügen

geblieben sind und den Ländern nicht die Möglichkeit geboten war, in gesetzlicher und ausreichender Weise diese Angelegenheit zu regeln. *(Sehr richtig!)* Die Landesausschüsse mußten eigentlich mit Überschreitung ihrer Befugnis den Lehrern Teuerungszulagen gewähren und man hat sich, auch der Landesausschuß von Tirol, an die Regierung um eine Aushilfe gewendet, da die Landesfinanzen einfach nicht ausgereicht haben. Es wurden endlich Vorschüsse zugesichert. Was bedeutet heute ein Vorschuß an das Land, zum Beispiel an Tirol, von dem ein ziemlicher Teil Kriegsgebiet ist, wo die Steuerkräfte derart zurückgegangen sind? Dann haben sich die Vertreter der Länder an die Regierung gewendet und es ist endlich das Wort „Zuschuß" gefallen. Da haben die Vertreter die Bitte gestellt, es mögen 50 Prozent der den Lehrern gewidmeten Zulagen vom Staate durch Zuschuß gedeckt werden. Ich weiß nicht, wie die Angelegenheit steht, es soll Hoffnung sein; aber ich glaube, die Hoffnung wird steigen, wenn das Abgeordnetenhaus durch ein einheitliches Votum diese Bitte unterstützt.

Und darum stelle ich namens unserer Vereinigung folgenden Antrag *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern die von ihnen während dieses Krieges dem Lehrerstande gewidmeten Teuerungszulagen durch nicht rückzahlbare Staatszuschüsse in der Höhe von 50 Prozent der jeweils bewilligten Summe zu ersetzen". *(Beifall).*

Sehr geehrte Herren! Man darf nicht übersehen, daß durch den Krieg sehr viele in ihrem Wohlstande betroffen wurden, die nicht an der Front waren. Es sind die Erwerbsmöglichkeiten umgestülpt worden; wie schon erwähnt, sind ungeheure Gewinne gemacht worden. Aber gerade die kleinsten Existenzen wurden auf das schwerste getroffen. *(Sehr richtig!)* Und das gilt besonders vom Gewerbestande. Diese Angelegenheit hat gestern unsere Vereinigung in Beratung gezogen und dabei den Herrn Abgeordneten Loser beauftragt, die Sache eingehend zu behandeln und einen Antrag einzubringen, der auf die Unterstützung jener Gewerbetreibenden hinausgeht, die durch die Kriegslage in die Gefahr gekommen sind, um die Existenz gebracht zu werden. Es gibt heute schon Tausende und Tausende, die aus dem Proletariat nicht mehr erstehen werden.

Im Berichte des Budgetausschusses ist eine Resolution des Herrn Abgeordneten Kraft enthalten, die sich auf eine für die Gemeinden sehr wichtige Angelegenheit bezieht. Sie betrifft die Militärbequartierung. Der gegenwärtige Zustand dieser Angelegenheit ist ganz unhaltbar. Im Kriegsleistungsgesetze werden einfach die Bestimmungen für die Friedenszeit auf den Krieg angewendet, es wird aber eine Ministerialverordnung in Aussicht gestellt, es wird im Gesetze selbst dem Ministerium die Bevollmächtigung gegeben, die Angelegenheit im Verordnungswege zu regeln. Allein die Regelung ist nicht erfolgt.

Hohes Haus! Ich habe im Laufe dieses Jahres eine Petition in dieser Angelegenheit von mehr als 1000 Gemeinden der verschiedenen Länder dem Landesverteidigungsministerium überreicht, eine Abschrift Seiner Exzellenz dem früheren Landesverteidigungsminister, den damaligen Ministern des Innern und der Finanzen übergeben. Was ist mit diesem Petitionssturm, der vom Ratgeber für die Gemeindestube angeregt wurde, geschehen? Die darin gestellte Bitte ist so billig, so gerecht, daß diese Petition nicht unter die Bank geworfen werden darf. Wir und andere Parteien haben auch bezügliche Anträge gestellt. Ich begrüße die Resolution, allein die Resolution genügt nicht; es muß die Angelegenheit im Wehrausschusse eingehend erörtert werden, die Regierung muß dazu Stellung nehmen und es muß die Verordnung, die im Gesetz in Aussicht gestellt wurde, endlich einmal auch erlassen werden.

Nun, meine sehr geehrten Herren, werden Sie sagen: Ja, woher denn das Geld? Wie dann eine Ordnung der Finanzen, wenn die Ansprüche in einer solchen Weise steigen? Ganz gewiß, es wird eine sehr harte Nuß sein, die Regelung unserer Finanzen; diese wird eine der schwierigsten Aufgaben, sie wird die Schicksalsfrage in Österreich sein. *(Sehr richtig!)* Aber ich sehe hier zwei Lichtpunkte, nämlich erstens den ungeheueren Reichtum, der jetzt vorhanden ist, denn er ist vorhanden; wenn man suchen wird, wird man also die Mittel finden. Man braucht dazu nur den ordentlichen Willen und die Energie. Jene Energie, meine Herren, die es ermöglicht, einen solchen Krieg gegen die äußeren Feinde zu führen, die muß es auch ermöglichen, die finanzielle Ordnung im Staate herzustellen. Und nachdem im Kriege Hunderttausende kleiner Leute verbluten müssen, wird es doch keine Unmöglichkeit sein, von dem Überflusse im Innern des Reiches dasjenige zu finden, was dem Staate über seine Not hinaushilft. *(Lebhafter Beifall.)*

Der andere Lichtpunkt ist die unerschöpfliche Produktionskraft unseres Bodens, die Produktionskraft der geistigen Arbeit, die Produktionskraft der Millionen arbeitender Hände und die Produktionskraft der Maschine, die in den Dienst der Arbeit eingestellt wurde. Es wird aber nach dem Kriege notwendig sein, daß gerade die Produktionskräfte möglichst gefördert werden. Und nachdem die Bodenkraft die Grundlage aller anderen physischen Kräfte ist, wird es eine dringende Aufgabe des Parlaments

und der Regierung sein, jene Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die schlummernden Produktionskräfte zu wecken, wie dies auch im Programme Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten verkündet wurde. Hoffentlich wird bei der Budgetdebatte Gelegenheit sein, die Frage weiter zu behandeln, bis unsere Vereinigung mit Anträgen hervortreten wird, die geeignet sind, in diesen Fragen die Richtung zu weisen. *(Beifall.)*

Zum Schlusse noch ein kurzes Wort. Es kommen Erscheinungen vor, die auf politischem Gebiete zu denken und zu Besorgnissen Anlaß geben. Daß Parteien, deren Wähler als Soldaten sich so sehr in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben, die so mit den anderen gewetteifert haben in Treue und Tapferkeit, hier in diesem Hause sich abseits stellen, hier Schwierigkeiten machen, hier eine Haltung einnehmen, die unseren Feinden nur zur Freude gereichen kann, das muß den aufrichtigen Österreicher mit schwerer Besorgnis erfüllen.

Aber, meine Herren, noch etwas muß uns mit Besorgnis erfüllen: Ist man jetzt seitens der Regierung nicht vielleicht schon wieder daran, die politische und nationale Handelspolitik zu betreiben, Nationen vielleicht gegen einander auszuspielen oder einseitig zu bevorzugen? Wir finden es begreiflich, wenn die Vertreter der Ukrainer unzufrieden sind. Gestern hat der Sprecher der galizischen Ukrainer sich über die Christlichsozialen beklagt, daß wir zu wenig Herz für sie haben. Meine Herren, das ist nicht wahr. Wir fühlen sehr die schwere Notlage dieses Volkes und die ungeheure Wichtigkeit des urkrainischen Volksstammes, seine Wichtigkeit für Österreich und die ganze Monarchie beim Friedensschlusse und nach demselben. Nachdem dieser Volksstamm in Österreich einen für uns sehr großen, aber einen im Verhältnis zur ganzen Nation nur kleinen Bruchteil bildet, der Bruchteil einer Nation ist, dem heute in Rußland drüben, im vor kurzem noch zaristischen Rußland, das Morgenrot der Freiheit winkt, möchte ich an die hohe Regierung dringend das Ersuchen richten, daß sie bei der Behandlung der verschiedenen Völker Österreichs es ja nicht mehr versuchen möge, das eine Volk gegen das andere auszuspielen *(Lebhafte Zustimmung)*, auch nicht die Deutschen gegen die Slowenen und auch nicht die Deutschen gegen die Tschechen, sondern alle Völker als gleichberechtigte Teile dieses Staates betrachte und als solche sie behandle. Es muß die gegenseitige Verständigung kommen. Dann und nur dann werden wir auch ein sehr ruhiges, ein glückliches, enggeschlossenes Österreich und ein gutes Zusammenwirken aller Völker und Nationen haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Der Abgeordnete Dr. Schoepfer hat folgende Resolution beantragt: *(Wiederholt dieselbe.)*

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diese Resolution unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolution ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Seliger, das Wort.

Abgeordneter **Seliger**: Meine Herren! Die unmittelbar politischeste Frage in diesem Augenblick ist die Ernährungsfrage. Uns liegt ein Budgetprovisorium vor und wir sollen darin der Regierung für sechs Monate eine erkleckliche Anzahl von Milliarden an laufenden Einnahmen und Ausgaben und außerdem eine ganz bedeutende Summe für außerordentliche, für Kriegszwecke bewilligen. Da müssen wir uns vor allem die Frage stellen: Wie wird die Regierung ihrer Pflicht gerade in der im Augenblick allerdringendsten Frage nachkommen, wie wird sie die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen imstande sein? Das ist für uns in diesem Augenblick der Prüfstein dafür, ob die Regierung der großen Aufgabe, die ihr gestellt ist, auch gewachsen sein wird. Es hat der Herr Ministerpräsident in seiner Rede beim Wiederzusammentritt des Hauses ja auch ein paar Worte dieser Seite der Aufgaben der Regierung und des Parlamentes gewidmet. Allerdings, was er über den augenblicklichen Teil der Ernährungsfrage gesagt, das war sehr mager und er selbst hat zugegeben, daß die Notwendigkeit der Produktionssteigerung, die er in den Vordergrund stellte, selbst schon zu einem Gemeinplatz geworden ist. Ja, man kann wirklich sagen, alle Spatzen von den Dächern pfeifen es herunter: „Man muß die Produktion steigern". Aber das hat mit der augenblicklichen Sachlage nichts zu tun. Und ich fühle mich verpflichtet, gerade den augenblicklichen Stand der Ernährungsfrage hier kurz zu kennzeichnen, trotz der Vereinsamung der Ministerbank, die lediglich unterbrochen ist durch die Anwesenheit Seiner Exzellenz des Herrn Justizministers, für den freilich das Problem vielleicht auch von seinem fachlichen Standpunkte aus von ganz ungeheurer Bedeutung ist: Vom Gesichtspunkte der Kriminalistik. Ich will aber trotz dieser Vereinsamung meine Mahnungen an die Ministerbank richten und mich nicht scheuen, trotz der Abwesenheit derjenigen Herren Minister, die es in erster Linie angeht, meine Rekriminationen und meine Anklagen gegen die Regierung vorbringen, die zum großen Teil schuld ist an der Furchtbarkeit der Situation, in der wir uns in diesem Augenblick befinden.

Meine Herren! Vielleicht war die Lage in der ganzen Ernährungspolitik niemals so furchtbar ernst wie gerade in der gegenwärtigen Zeit. Wer die Dinge kennt, wer sie aus der Nähe zu betrachten in der Lage ist, der weiß: Das System der geordneten und methodischen Aufbringung der Lebens-

mittel, die erste Bedingung für die Versorgung der Menschen überhaupt, hat vollständig versagt; es hat versagt in der unmittelbarsten Vergangenheit bei der Aufbringung des Gemüses, es versagte schon von Anbeginn bei der Aufbringung von Fett und Butter; aber in diesem Augenblick stockt auch — und das ist eine ungeheure Gefahr — die Getreideaufbringung. Wir sind in Böhmen neben Mähren das Land, wo in der diesseitigen Reichshälfte der Monarchie der Weizen noch am besten gedeiht und wo wir mit einer verhältnismäßig großen Weizen- und Kornernte rechnen können. Wir können uns aber jetzt in diesem Lande kaum für eine Woche mit Getreide oder mit Mehl versorgen. Die Aufbringung der Kartoffelernte befindet sich in der gleichen Lage: Wir bringen kaum für den Tag das Notwendige auf und wenn Seine Exzellenz der Herr Minister Höfer vor kurzer Zeit im kriegswirtschaftlichen Ausschuß von einer Kopfquote von etwas über zwei Kilogramm Kartoffeln gesprochen hat, so kann ich ihm sagen, daß wir in Böhmen jetzt mitten in der Ernte nicht einmal in der Lage sind, in allen Industrie- und Arbeiterbezirken der Bevölkerung ein Kilogramm zuzuweisen. *(Hört! Hört!)* Soweit sind wir jetzt inmitten der Kartoffelernte, in der Hochsaison der Kartoffel mit den Anlieferungen, mit den Zuschüben an die Bedarfsbezirke zurück. Und das liegt nicht nur an der Art der Aufbringung, es liegt auch am Verkehr, am System des Verkehres, an den Transportschwierigkeiten. Wir haben nicht mehr Fuhrwerke genug, um die Kartoffeln vom Produktionsorte zur nächsten Eisenbahnstation zu bringen; hier schon stockt — abgesehen von dem schließlich auch in Betracht kommenden Mangel an Händen zur Ernte — die Kartoffelzufuhr. Es mangelt uns an Waggons und wenn wir die Mengen an Kartoffeln aufbringen sollten, die uns der Herr Ernährungsminister für die erste Periode der Versorgung, das ist für die Eindeckung des Winterbedarfes, in Aussicht gestellt hat, dann müßten wir mehr als das Doppelte von dem verfrachten können, was wir heute verfrachten. Wir sind es aber nicht in der Lage und werden daher, wie die Dinge heute stehen, nicht imstande sein, die Bevölkerung in diesem Winter hinreichend mit Mehl und Kartoffeln versorgen zu können. Das ist die Signatur in der Ernährungsfrage des Augenblicks.

Meine Herren! So betrachtet, muß ich sagen, habe ich den Eindruck, als stünden wir schon jetzt vor dem Chaos, vor dem Zusammenbruche. Er drückt sich nicht allein in diesen Schwierigkeiten, die ich kurz gekennzeichnet habe, sondern auch darin aus, daß es der Regierung nicht gelungen ist, das System der Bewirtschaftung aufrecht zu erhalten, daß es vollständig durchbrochen wurde, durchbrochen von den Behörden, durchbrochen von der Bevölkerung, von allen Kreisen der Bevölkerung, da sich niemand an diese Regel hält und jeder macht, was er will, weil jeder unter dem Eindrucke dieser unmittelbarsten Not steht, nur an sich denkt und keinen Sinn, kein Atom von Gefühl mehr für das Gemeinsame und dafür hat, daß die allgemeine Versorgung nur aufrechterhalten werden kann durch das Einordnen in eine Ordnung und in ein System, das die Sicherstellung der Quote von Lebensmitteln, die nach der gesamten Menge, die wir haben, auf den einzelnen entfällt, möglich macht.

Dazu kommt noch die Preispolitik der Regierung. Was haben wir da erlebt! Auch hierin hat die Regierung keinen festen Grundsatz, sie läßt sich abdrängen. Wir haben es erlebt, daß die einmal festgesetzten Kartoffelpreise plötzlich zur Verwunderung niemandes mehr als der Bauern selbst auf telegraphischem Wege um einen erheblichen Betrag erhöht worden sind. Es wurde von meinem geehrten Herrn Vorredner davon gesprochen, was jetzt für eine Auffassung herrscht: Geld spielt keine Rolle. Das mag in gewissen Kreisen der Fall sein. Aber in der großen Masse der Arbeiter spielt auch der Heller, der letzte Heller eine ungeheure Rolle für die Ernährung. *(Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)*

Wie können Sie von den Arbeitern, die in Mähren, in Schlesien, in den Gebirgsgegenden Böhmens und in den größten und stärksten Industriegebieten leben, verlangen, einen so horrenden Preis für die Kartoffeln, für das Notwendigste und Einzige, was sie haben, um sich physisch aufrechterhalten zu können, zu bezahlen? Wenn Sie von Arbeiterlöhnen sprechen, so haben Sie immer die Vorstellung von den Löhnen einer Anzahl von Munitionsarbeitern. Aber das ist, meine Herren, nur ein kleiner Bruchteil. Es ist wahrhaftig, an der großen Masse der Armen, der Arbeiter gemessen, wirklich nur ein Ausnahmsfall, wenn ein Arbeiter in der Lage ist, mit dem, was er verdient, die ihm zugewiesene Menge öffentlich bewirtschafteter Lebensmittel zu kaufen. Mehr kann er nicht; auch der beste Munitionsarbeiter, der am meisten verdient, kann sich nicht Fett und Butter und Speck um die Preise kaufen, zu denen sie ihm heute überhaupt noch geboten werden. Aber das ist, wie gesagt, ein Ausnahmsfall; man muß doch an die Millionen von Menschen denken, die über ein Einkommen verfügen, das nicht um eine Krone gestiegen ist gegen das Einkommen vor dem Kriege. Es gibt Hunderttausende von Arbeitern, die heute mit einem viel geringeren Einkommen vorlieb nehmen müssen; die zahllosen Textilarbeiter in den Textilgebieten Böhmens, Mährens und Schlesiens sind auf die Unterstützungen angewiesen, die ihnen durch das Einwirken der Organisation in Gemeinschaft mit den Unternehmungen gesichert worden sind.

Es ist ganz klar, daß eine Preiserhöhung bei den Kartoffeln unter diesen Menschen eine furchtbare Erbitterung hervorrufen muß und daß diese Leute nicht mehr imstande sind, sich bei diesen Kartoffelpreisen mit Kartoffeln zu ernähren und gezwungen sind, Gras zu essen, hinauszugehen auf die Weide, wo früher Kühe und Schafe geweidet haben, dort die Gräser zu holen, um sich davon ein Essen herzurichten, das undefinierbar ist, aber jedenfalls eine furchtbare Schädigung ihres physischen Zustandes bedeutet.

An der Entwicklung der Dinge bis zu diesem Grade ist die Regierung mitschuldig. Wir wissen sehr wohl, daß als Voraussetzung für ein System der Ordnung, für ein System, das die restlose Aufbringung der für die Ernährung der Gesamtbevölkerung notwendigen Nahrungsmittelmenge bewirken soll, die Staatsgewalt allein nicht genügt, sondern dazu eine der unerläßlichsten Bedingungen das willige Sicheinordnen aller Gesellschaftsklassen in ein solches System ist.

Wenn die Aufbringung der notwendigen Lebensmittelmenge gewaltlos vor sich gehen soll, ist das die unerläßlichste Vorbedingung und diese Vorbedingung zu schaffen, wäre Aufgabe der Regierung gewesen, allerdings nicht nur erst dieser, sondern aller vorausgegangenen Regierungen, der Regierung vor allem, unter der dieser unselige Krieg ausgebrochen ist. Und dann hätte sie vor allem verhindern müssen, daß dieser Krieg eine Konjunktur werde und nicht die Ideologie der Kriegskonjunktur in allen jenen Kreisen schaffe, die etwas zu verkaufen, etwas herzugeben haben. Aber, meine hochverehrten Herren, um die Bevölkerung aller Klassen in dieses System einzugliedern, sie willig zu machen, mitzutun, dazu gehört auch Stetigkeit, Planmäßigkeit, konsequentes Fortschreiten auf der einmal eingeschlagenen Bahn. Kein Wanken, kein Hin und Her, kein Herüber- und Hinüberschwanken, wie wir das gerade in letzter Zeit gesehen haben.

Da ist gestern das Wort von der inneren geschlossenen Front gefallen. Der Herr Kollege **Fink** hat in der Debatte über die Fettfrage gesagt, es wäre Aufgabe gegenüber dem Aushungerungskriege unserer Feinde, die innere geschlossene Front der Ungarn und Österreicher herzustellen. Sehr richtig und wir stimmen diesen Worten zu, aber vor allem wäre es auch notwendig, daß wir in unserem eigenen Lande die einheitliche Front herstellen *(lebhafter Beifall)*, die einheitliche Front aller Klassen, die daran interessiert sind, daß wir in diesem Kriege nicht die uns zugedachte Niederlage erleiden. Aber wollen Sie das eine einheitliche Front nennen, wenn auf der einen Seite die Menschen scharenweise zugrunde gehen, verhungern und auf der anderen Seite nichts als Bereicherung und wieder nur Bereicherung zu sehen ist? Das wäre die Aufgabe der Regierung gewesen, das hätte ihre systematische methodische Politik sein müssen, alle Klassen dieses Staates einzufügen in diese einheitliche geschlossene Front und nicht einen Zustand werden zu lassen, wie er heute ist, wo der schärfste innere wirtschaftliche Ausbeutungskrieg tobt, der jemals in der kapitalistischen Ordnung getobt hat *(Beifall und Händeklatschen)*, wo alles darauf hinausgeht, den noch Ärmeren auszuplündern und auszuschinden, demjenigen, der noch einen Heller in der Tasche hat, auch diesen Heller noch herauszuziehen. Was sehen wir aber, meine Herren, bei der Regierung? Anstatt der konsequenten Politik des Einordnens, des Einfügens aller Bevölkerungsschichten in dieses eine System der einheitlichen wirtschaftlichen Verteidigungsfront ein beständiges Zurückweichen vor den Sondereinflüssen, die einmal von dieser und das anderemal von jener Seite sich geltend machen, einmal von den Agrariern, einmal von den industriellen, einmal von den handelsbeflissenen Kriegswucherern ausgehen und jedesmal ein Durchbrechen des bereits aufgebauten Systems bewirken. Immer wieder macht die Regierung Konzessionen an die Kriegskonjunktur und immer wieder sehen wir dasselbe Spiel: die Durchbrechung des einmal bereits festgelegten Ordnungsdienstes.

Dazu kommen dann noch die bestimmten psychologischen Einwirkungen, wenn wir Reden hören, wie sie auch von der Regierungsbank gehalten worden sind, daß man niederknien und auf den Knien denen danken muß, die nicht genug hohe Getreide-, die nicht genug hohe Kartoffel- und nicht genug hohe Fleisch- und Obstpreise haben können. Man muß sich doch auch vorstellen, welche Wirkung solche Reden auf diese Menschen haben müssen. Wenn Sie ihnen unausgesetzt und fortgesetzt immer einreden werden: Ihr habt eure Pflicht getan und ihr habt Übermenschliches geleistet, man muß euch auf den Knien dafür danken, daß ihr agrarische Hausfrauen die Butter nicht an die Sammelstellen des öffentlichen Ernährungsdienstes abführt, sondern daß ihr sie verheimlicht und auf Schleichwegen zum dreifachen, vierfachen und fünffachen Preis verkauft und sie den Arbeitern entzieht, ja, meine hochverehrten Herren, dann ist das eine Anerkennung und eine Förderung dieser Konjunkturideologie. Die Folge davon ist, daß die früher da und dort gelegentlich stattgefundene Durchbrechung des Systems des Ernährungsdienstes heute zu einer vollständigen Gesetzlosigkeit auf der ganzen Linie geführt hat. Wer ist denn noch da, hohe Regierung, der die Verordnungen des Ernährungsministers, der die Verordnungen des Ernährungsamtes, der die Verordnungen irgendeines Ministeriums noch ernst nimmt? Wer ist denn noch da, der sie überhaupt befolgt? Dieser Sinn der Gesetzlosigkeit, der Miß-

achtung, der Verachtung aller behördlichen Maßnahmen namentlich auf dem Gebiete der Ernährungspolitik, der herrscht in allen Kreisen — das ist ganz selbstverständlich — und die Menschen, die noch vor zwei Jahren, die noch vor einem Jahre sich eingefügt haben in die Beschränkungen, wie sie unser Ernährungsdienst gesetzt hat, die nicht gehamstert haben, die nicht preisgetrieben haben und die noch einen Sinn für Menschlichkeit gehabt haben, bedauern es heute auf das lebhafteste und fühlen sich als die Dummen in diesem Staate, weil sie die einzigen sind, die einer Regierung aufgesessen sind, die Verordnungen erlassen und ein Ernährungssystem aufgebaut hat, aber nicht imstande war und nicht die Kraft und den Willen hatte, es auch konsequent bis zum äußersten durchzuführen.

Meine Herren! Was ist die weitere Erscheinung? Mit diesem Zurückweichen vor den Sondereinflüssen, mit diesem Immer-nur-einen-Schritt-zurückgehen schwächen Sie die Position der Behörden draußen und es ist nicht zum wenigsten die Schuld der Regierung, wenn wir heute in Böhmen und wohl auch in den anderen Kronländern bei allen Ämtern von der Statthalterei bis herunter zur letzten Bezirkshauptmannschaft von den Beamten ins Ohr geflüstert bekommen: die Agrarier machen passive Resistenz bei der Aufbringung von Getreide und Kartoffeln. Ja, meine Herren, wenn entgegen der Wirksamkeit, entgegen den Anordnungen, entgegen dem festen und konsequenten Zugreifen der Statthaltereien und der Bezirkshauptmannschaften die Regierung immer jedem Einflusse nachgibt, und das durchbricht und aufhebt, was einmal angeordnet worden ist, um Gottes willen, in welche Situation kommen die Statthaltereien und die Beamten? Sie werden natürlich dann als diejenigen angeklagt und öffentlich in den Reden und in der Presse gebrandmarkt, die eigentlich die Schinder des Volkes sind. Die Regierung, so heißt es dann, ist ganz gut, sie trägt gewissen Einflüssen und Bedürfnissen Rechnung, aber sie erschüttert die Stellung der ganzen Verwaltungsbeamtenschaft, sie unterminiert den ganzen Verwaltungsapparat. Meine Herren! Wir haben in letzter Zeit ein sehr merkwürdiges Schauspiel der österreichischen Verwaltungspraxis erlebt. Einer, der am meisten mitgeholfen hat, das System des Ernährungsdienstes zu durchbrechen und der sich am feindseligsten gegen den Ernährungsminister und dessen Intentionen benommen hat, das ist unser Eisenbahnminister. Sie hätten nur den Zustand auf den Eisenbahnen sehen sollen, trotz der Verordnung des Ernährungsamtes, trotz des Verbotes durch das Ernährungsamt, das heißt durch den Minister Höfer, daß in solcher Weise, wie es in der letzten Zeit geschehen ist, der private Verkehr mit Kartoffeln stattfinden darf. Trotzdem haben die Eisenbahnen den Schleichhandel mit Kartoffeln nicht nur in der Weise geduldet, daß sie den Leuten die Kartoffeln zentnerweise als Handgepäck in die Eisenbahnkupees hineinnehmen ließen, sondern sie haben sie als Reisegepäck in dem Hüttelwagen befördert. Seine Exzellenz Höfer verbietet und Seine Exzellenz der Eisenbahnminister durchbricht die Verbote und Verordnungen seines Kollegen.

Meine Herren! Wer soll dann noch glauben, daß irgendeine Verordnung, die erlassen wird, Wert und Geltung für die Menschen haben soll. Die Folge davon ist ein vollständiges Zusammenbrechen unseres Ernährungsdienstes und die Kehrseite davon fortgesetzte Verelendung der Massen, Zunahme der Sterbefälle in ungeheurem Maße. Wir verzeichnen in Böhmen im letzten Jahre eine Verdoppelung der Todesfälle gegen das letzte Friedensjahr. Ich könnte Ihnen, wenn es die Zeit mir erlauben würde, Statistiken aus unseren Krankenkassen in Böhmen anführen, die beweisen würden, wie ungeheuerlich die Morbidität und Mortalität angewachsen ist und wie tief die Geburtenzahl heruntergesunken ist. Unsere Bevölkerung wird unter diesem System dezimiert. Dazu kommt eine riesige Zunahme der Kinderarbeit trotz der hohen Löhne. Ich möchte Sie durch unsere deutschböhmischen Industriegebiete führen, in unsere Glasfabriken, in unsere Metallfabriken. Ich bedaure sehr, daß der Herr Unterrichtsminister nicht hier ist und es nicht hört. Hunderte und Tausende von Kindern in Böhmen, vom 6. und 7. Lebensjahre angefangen, sind des nachts von abends 6 Uhr bis morgens 5, 6 Uhr in den Fabriken als Hilfskräfte beschäftigt *(Hört! Hört!)*, die natürlich tagsüber nicht in die Schule gehen können. Wir sind bei diesem System, das natürlich seine Wurzel auch in den elenden Ernährungszuständen hat, weil die Arbeiter sich nicht anders helfen können, als die Kinder in die Fabrik mitzunehmen, damit sie etwas verdienen, damit man das teure Fett oder Fleisch kaufen kann oder ein Quentchen davon, zurückversetzt in die Zustände am Ende des 17. und anfangs des 18. Jahrhunderts in England *(lebhafte Zustimmung)*, in jene Zustände, die Friedrich Engels in seiner bekannten, hervorragenden Schrift so scharf gekennzeichnet und worin er der ganzen Welt ein Bild gegeben hat von der Niederträchtigkeit der Wirkungen der industriellen Entwicklung auf das Menschenmaterial zu jener Zeit in England. Dagegen sehen wir auf der anderen Seite Prozesse gegen hungernde Arbeiter, die man zu jahrelangem Kerker verurteilt, nur aus dem einfachen Grunde, weil sie ihrem Meister gesagt haben: Herr, ich kann nicht mehr arbeiten, ich habe nichts gegessen, ich habe so viel Hunger im Leib, ich habe die Kraft nicht mehr dazu. Weiter, meine Herren, sehen wir Instruktionen des Kriegsministeriums und des Ministeriums des

Innern an die Unterbehörden, Instruktionen und Weisungen, dahingehend, daß bei irgendwelchen Unruhen in Fabriksbetrieben, bei Streiks ꝛc. das Standrecht auch ohne offizielle, im Gesetz vorgeschriebene Verkündigung geübt werden kann und soll *(Hört! Hört!)*, und worin es weiters heißt, daß man Rädelsführer streng anfassen, aber dann Milde üben und ihnen vor der Vollstreckung des Urteiles 12 Stunden Zeit lassen soll, wenn die Arbeiter sofort zur Arbeit zurückkehren und bittlich werden. *(Erneuerte lebhafte Rufe: Hört! Hört!)*

Mit diesen Mitteln wird die Regierung der Lage nicht Herr werden und sie wird sich endlich dazu entschließen müssen, auf dem Gebiete der Ordnung des Ernährungswesens das zu schaffen, was notwendig ist.

Meine Herren! Man wird freilich sagen und uns einwenden: Vom Redenhalten im Parlament werden die Leute auch nicht satt. Aber die Partei, die ich vertrete, kann als Opposition nichts anderes tun, als ihrer Kampfstellung gegen die Regierung in der Weise Ausdruck zu geben und das System dadurch bekämpfen, daß sie gegen das Budgetprovisorium stimmt.

Meine Herren! Vorgestern hat sich hier in diesem Hause ein Fall ereignet, der gestern noch ein kleines Nachspiel gehabt hat. Es ist gesagt worden, daß der Herr, der den Zwischenfall auf der Galerie hervorgerufen hat, ein Unzurechnungsfähiger war. Aber es sind nicht alle unzurechnungsfähig, die den Frieden wollen *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen)* und der Mann da oben hat sich vielleicht nur im Orte geirrt oder er ist vielleicht zu früh gekommen. Aber es steht die Gefahr vor dem Tore: Wenn die Dinge so weitergehen, werden Sie nicht mehr einen herunterrufen hören: „Wir wollen den Frieden", dann werden vielleicht Hunderte da hinaufsteigen und werden uns und der Regierung in die Ohren schreien: „Wir wollen den Frieden, wir wollen Brot!" Und daß es zu diesem Äußersten nicht komme *(Zwischenrufe des Abgeordneten Dr. Wichtl. — Anhaltende lebhafte Gegenrufe. — Großer Lärm. — Vizepräsident Tusar gibt wiederholt das Glockenzeichen)* . . . das, meine Herren, halten wir für die Pflicht der Regierung, und da sie diese Pflicht nicht erfüllt, werden wir gegen das Budgetprovisorium stimmen. *(Lebhafter Beifall. — Andauernde Zwischenrufe und Gegenrufe.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich ersuche um Ruhe, meine Herren! Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hummer.

Abgeordneter **Hummer**: Hohes Haus! Es gehört gewiß nicht zu den anziehendsten Aufgaben, in der zweiten Lesung über ein Budgetprovisorium zu sprechen, denn im allgemeinen sind an die Entscheidung über eines Provisoriums, das die Fortführung des Staatshaushaltes ermöglichen soll, keine großen Entscheidungen geknüpft. *(Andauernde Unruhe. — Vizepräsident Tusar gibt das Glockenzeichen.)* Schon in der ersten Lesung pflegen ja die großen Reden abzuebben und in der zweiten Lesung handelt es sich in der Regel eigentlich nur darum, festzustellen, ob das, was die Parteien von der Regierung verlangt haben, auch gegeben wurde. *(Unruhe.)* Hochverehrter Herr Kollega, streiten Sie nicht! Hören Sie mir jetzt lieber zu! *(Heiterkeit.)*

Ein Provisorium wird ja in der Regel nur dann notwendig, wenn entweder das Haus unfleißig ist und mit seiner Aufgabe nicht fertig wird, oder wenn das Haus die Regierung nicht haben will, sich aber doch nicht traut, sie beim ordentlichen Budget zu Fall zu bringen, endlich wenn von der Regierung etwas verlangt wird und man ihr nicht traut, daß sie das Versprochene auch wirklich halten wird. Das sind in anderen Staaten die Ursachen, warum man ein Budgetprovisorium in Verhandlung zieht und das Budget nicht erledigt. Bei uns in Österreich sind alle diese Ursachen auch maßgebend, aber es kommt noch eine sehr wichtige dazu, nämlich die, daß eine Reihe von Parteien durch die Nichterledigung des Budgets und durch möglichst viele Budgetprovisorien um so öfter die Gelegenheit zu erlangen hofft, den Staat zu würgen und die üblichen Erpressungen an ihm zu begehen.

Diesmal ist ja das Budgetprovisorium etwas hinausgehoben über die gewöhnlichen: Es soll für die Dauer von sechs Monaten bewilligt werden, und zwar nachdem wir bereits ein viermonatiges Budgetprovisorium bewilligt haben, so daß also noch zwei Monate, noch zwei Zwölftel, zu bewilligen bleiben. Da drängt sich mir die Frage auf, warum wir denn überhaupt mit dem Budgetprovisorium weiterarbeiten, warum wir nicht, um es kurz zu machen, auch die zwei Monate miteinbezogen und das Budget so erledigt haben, wie es uns vorgelegt worden ist. Auf etwas Anderes wird es ja wohl doch nicht hinauslaufen. Es wird also die Beratung des ordentlichen Budgets nichts anderes für uns bringen als wieder einen Zeitverlust. Wir werden hier nichts Neues hören, wir werden hier nur mehr hören. Es wird eben ein Spruch Altmeister Goethes wahr werden: Getretener Quark wird breit, nicht stark.

Erlauben Sie also, daß ich, nachdem die politischen und die Ernährungsfragen in der ersten Lesung des Budgets gewiß bereits auf das Äußerste ausgeschöpft wurden, einmal etwas Sachliches zum Budget sage und darin möchte ich mich an die Mahnung des heutigen Referenten über den Gegenstand, Doctoris Steinwender, halten. Ich glaube, es wäre vor allem anderen unsere Aufgabe, wenn wir schon an die Beratung des Budgets gehen, die

Bedeckungsfrage zu lösen. Ich bin mir vollkommen essen bewußt, daß bei einem Abgange von 18 Milliarden nicht daran zu denken ist, die Bedeckung etwa aus den laufenden Einnahmen zu schaffen. Aber wir müssen eine Trennung der Ausgaben in solche, die durch den Krieg bedingt sind, die für die Kriegführung gemacht werden und in solche Ausgaben vornehmen, die zwar durch den Krieg erhöht worden sind, von denen wir aber annehmen können, daß sie uns viele, viele Jahre erhalten bleiben werden. Für diese müssen wir aus den laufenden Einnahmen eine Bedeckung schaffen. Ich glaube allerdings, daß die Schätzung des Herrn Finanzministers, der von 800 Millionen Kronen als dem Abgang gesprochen hat, etwas zu niedrig ist. Ich bin der Meinung, daß insbesondere mit dem, was wir noch in diesem Budgetprovisorium beschließen wollen, der Abgang ein viel größerer sein wird. Ich gehe sogar über die Schätzungen des Herrn Dr. Steinwender hinaus, und behaupte, es dürfte der Abgang etwa 1800 Millionen im Minimum betragen.

Meine Herren! Bedecken kann man einen solchen Betrag nicht, indem man irgend ein paar Steuern zusammenklaubt, die man in verstaubten Regalen findet, weil man sie dort auf Lager liegen hat, wie die Zinnsoldaten mit den abgebrochenen Köpfen. Man muß, glaube ich, einen Finanzplan anlegen. Ich gebe zu, daß das nicht leicht ist, weil sich unsere Ausgaben fortwährend ändern und immer größer werden und daher der heute aufgestellte Finanzplan vielleicht schon in zwei bis drei Monaten nicht mehr ausreichen würde. Da muß man eben für die neuhinzuwachsenden Ausgaben wieder einen Finanzplan machen. Denn es muß das, was man braucht, um die Ausgaben decken zu können, entsprechend aufgeteilt werden.

Der Herr Referent und ein großer Teil dieses Hauses machen es sich ungemein leicht. Sie sagen einfach, es ist den Gesellschaften und allen Leuten, die etwas haben, alles zu nehmen. Wenn man so einen Redner hört, so macht es oft den Eindruck, daß es ihm Freude macht, den Leuten das Geld wegzunehmen. In dieser Sache unterscheide ich mich wesentlich von Rednern dieses Kalibers.

Ich bin kein Fiskalsadist, sondern ich bekenne mich als Fiskalökonom, da ich auf keinen Fall das Objekt, von dem ich Steuern bekommen will, schädigen will, im Gegenteil, man muß darauf bedacht sein, das Steuerobjekt zu erhalten. Mit der Konfiskation des Vermögens kann man aber kein Steuerobjekt erhalten. Das sollten auch diejenigen bedenken, die eine entsprechnde Besteuerung jener Kreise, von denen man sagte, daß sie es haben, erleben möchten.

Wir werden also bis zu einer gewissen Grenze der Besteuerung bei den Leuten, die es haben, gehen können, aber wir werden nicht den Ast abschneiden dürfen, auf dem ein großer Teil unserer Wähler sitzt, wir werden nicht die Industrie schädigen dürfen. Gegen eine Besteuerung der Bankgewinne habe ich nichts einzuwenden, im Gegenteil, ich werde mit allem Nachdrucke dafür eintreten.

Wo ich aber etwas Vorsicht anraten möchte, das wäre die maßlose Besteuerung der Industrie. Die Industrie abzuschnüren wäre wohl das Gefährlichste, was wir in diesem Staate erleben können.

Außerdem werden wir natürlich eine sehr weise Sparsamkeit Platz greifen lassen müssen, eine große Sparsamkeit schon darum, weil ja ein großer Teil dieses hohen Hauses auf dem Standpunkte eines Friedens ohne Entschädigungen steht, das heißt eines Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen, wie der schöne Ausdruck lautet. Meine Herren! Ich möchte Ihnen dabei nur eines zu bedenken geben: Wir dürften jetzt schon ungefähr 7 Milliarden jährlich für das aufzubringen haben, was wir schuldig geworden sind, das nicht mitgerechnet, was wir normal zu zahlen haben und was normalerweise zu unseren Zahlungen hinzukommt. Wir werden also in Hinkunft 10 bis 12 Milliarden jährlich aufzubringen haben. Erklären Sie mir, meine Herren, wie Sie das machen wollen, dann werde ich Ihnen sehr dankbar sein. Ich, der ich ein wenig in die Finanzwirtschaft dieses Staates hineingeschaut habe, vielleicht ein Bischen mehr als andere, finde keinen Weg, wenn nicht ein Teil unserer Kriegsschulden in irgend einer Form — ich will nicht sagen, in welcher — auf andere Schultern, außerhalb dieses Staates abgewälzt wird. *(Sehr richtig!)* Damit ist eigentlich auch meine Kritik an der Forderung eines Friedens „ohne Annexionen und Kontributionen" gegeben, das heißt, ich muß einen solchen Frieden, selbst auf die Gefahr hin, ein sehr populäres Wort damit von mir wegzustellen, ablehnen. Wir werden unter allen Umständen, auch wenn wir von auswärts Geld bekommen oder wenn die anderen etwas von uns übernehmen oder wir einen Landzuwachs bekommen, wodurch der Kreis der Giranten unserer Schulden vergrößert wird, sehr sparsam sein müssen.

Mit dieser von mir hier proklamierten Sparsamkeit stehen scheinbar die Anträge im Widerspruch, die meine Partei in diesem hohen Hause zum Budgetprovisorium gestellt hat. Nur in einem scheinbaren Widerspruche deshalb, weil wir durch eine Erhöhung der Zahlkraft des Geldes das furchtbare Übel, unter dem die Festbesoldeten, namentlich die Angestellten des Staates, aber auch die der Länder und unter diesen in erster Linie die Lehrer furchtbar leiden, soweit irgend möglich herabmindern

wollen. Meine Herren! Das ist noch Zukunftsmusik, wir können nicht daran denken, das augenblicklich zu tun. Die Not dieser Stände ist aber eine so ungeheure, daß wir sofort etwas tun müssen. Wir stehen daher vor der Tatsache, das kleinere Übel wählen zu müssen, nämlich neue Gelder aus dem Staatssäckel zu geben, um diese Stände zu erhalten. Wir haben also den Antrag gestellt, daß den Staatsbediensteten eine 50prozentige Erhöhung der bisher bezogenen Teuerungszuschläge zuteil werde. Ich kann mich nicht darauf einlassen, zu berechnen, wie viel das auf den Kopf ausmachen wird, ich kann aber das eine verraten, daß 70 Millionen Kronen als erste Rate für die ersten drei Monate Jänner, Februar, März — diese Rate wäre am 1. November zu bezahlen — erforderlich sein werden, wozu noch die zweite Rate mit neuerlich 70 Millionen Kronen kommt. Meine Herren! Wir haben nicht mehr verlangt, weil wir eben von der Erkenntnis durchdrungen sind, daß wir sparen müssen, daß der Staatshaushalt nur aufrecht zu erhalten sein wird, wenn wir die größte Sparsamkeit an den Tag legen. Daher möchte ich mich einer Kritik des Antrages des Abgeordneten Tomschik enthalten, der bekanntlich prima vista 100 Millionen Kronen für die Eisenbahnbediensteten verlangt. Da der Antrag aber gestellt ist und da der Herr Finanzminister gegen diesen Antrag eigentlich nicht Stellung genommen hat und er es doch in erster Linie verantworten muß, ob ein solcher Antrag ohneweiters in Vollzug gesetzt wird, so erkläre ich, daß wir auch für diesen Antrag stimmen werden.

Es handelt sich noch um einen zweiten Antrag bezüglich der Lehrer. Meine Herren! Die Lehrer haben diesem Staate in diesem Kriege unendlich viel geleistet und soweit es an uns ist, soll diese Leistung anerkannt werden. Leider kann der Reichsrat nach der bestehenden Gesetzgebung nur sehr schwer helfend den Lehrern beispringen, er muß den Umweg über die Landesverwaltungen wählen. Aber wir können den Landesverwaltungen einen Betrag zur Verfügung stellen, der es ermöglicht, den Lehrern eine Teuerungszulage zu bewilligen. Wir haben dazu den Betrag von ungefähr 60 Millionen Kronen ins Auge gefaßt, weil es sich etwa um 100.000 Hausstände handeln dürfte, die hinsichtlich einer solchen Teuerungszulage in Betracht kommen. Die Regierung nennt das Vorschüsse. Wir hätten viel lieber das Wort „Zuschüsse“ gehört, denn im wesentlichen werden sich die Vorschüsse von den Zuschüssen nur dadurch unterscheiden, daß die Vorschüsse ratenweise werden abgestritten werden, daß die Länder also nichts zurückzahlen werden, daß sie aber auch sozusagen der moralischen Dankespflicht gegenüber dem Reiche enthoben sind, weil sie sagen: eigentlich geschenkt ist das nicht, es ist nur geborgt. Es handelt sich nun darum, wie soll diese 60 Millionen Kronen zur Verteilung kommen. Da hat sich die Notwendigkeit ergeben, auf das System der bisherigen Zuwendungen gar kein Rücksicht zu nehmen, sondern in allen Ländern nur nur abgestuft nach dem Dienstalter und Familienstand ohne Rücksicht auf den Grundgehalt, ohne Rücksicht auf bisher bezogene oder schon gewährte Teuerungsaushilfen gleichmäßige Beträge zur Auszahlung zu bringen, weil es sich darum handelt, schnell Hilfe zu bringen, da diese Hilfe dann doppelte Hilfe ist. Es müssen sowohl die Lehrer als auch die Staatsbeamten spätestens im November in den Besitz dieser Aushilfe kommen, wenn sie noch zeitgerecht kommen soll, um Anschaffungen zu ermöglichen, die der kommende Winter notwendig macht.

Wir dürfen aber, wenn wir aller Stände gedenken, wenn wir die Not aller Stände anerkennen, gewiß nicht an dem Brotstande, an dem Gewerbestande, vorübergehen. Auch dem Gewerbestande muß, ich sage nicht, geholfen werden, denn die Gewerberetterei, von der man oft in Versammlungen hört und die so entsetzlich nach Bier riecht — das heißt, jetzt riecht sie nicht mehr nach Bier, aber sie erweckt die Erinnerung an leere Biergläser — mit dieser Gewerberetterei werden wir nicht weit kommen. Was wir tun können, ist dem aus dem Felde Zurückkehrenden, der am Grabe seiner Habe steht, die Möglichkeit zu bieten, seine Existenz wieder aufzubauen; und was wir weiter tun können, ist, daß wir jedem, der durch die Kriegsereignisse seine Existenz verloren hat oder schwer geschädigt wurde, an die Hand gehen, ihm, sei es durch Bargeld oder durch Zuweisung von Rohstoffen oder Arbeitseinrichtungen zu helfen. Und dahin zielt unser Antrag, der verlangt, daß die Regierung einen Betrag bis zu 100 Millionen Kronen zur Bildung eines Kredit- und Hilfsfonds für die Gewerbetreibenden bereitstelle. Wir haben diese Anträge selbstverständlich nicht so ins Blaue hinein gestellt, denn meine Partei gehört nicht zu jenen, die ganz unbedacht derartige Dinge unternehmen, sondern wir haben uns mit der Regierung ins Einvernehmen gesetzt, um zu erfahren, ob die Anträge auch Aussicht auf Durchführung haben. Denn, meine Herren, was heißt das, wenn das Haus in einem Budgetprovisorium beschließt, „die Regierung wird ermächtigt“? Das heißt, die Regierung „kann“; dazu muß das Wollen kommen. Ob die Regierung will, das zu erkunden ist Sache der Parteien beim Einbringen derartiger Anträge.

Ich bin nun in der angenehmen Lage, mitteilen zu können, daß die Regierung diesen Anträgen nicht feindlich gegenübersteht, sondern ihre Notwendigkeit anerkennt und daß wir daher die Aussicht haben, das, was von uns beantragt wird, wenn das hohe Haus, wie ich nicht zweifle

timmt, auch verwirklicht zu sehen. *(Abgeordneter . Rybář: Solange der Papiervorrat reicht!)* chverehrter Herr Kollege! Wenn Sie mir zuge- t haben, so müssen Sie wissen, daß ich auch ür eintrete, daß die Bedeckung geschaffen werde, ist selbstverständlich. Ins Blaue hinein Schulden chen, das trifft jeder. Aber rufen Sie nicht immer ch einem Frieden ohne Entgelt und nach einem ieden ohne Entschädigung. Da fängt die Geschichte . Das ist ungeheuer leicht, verlangen und Papier- en drucken zu lassen; aber an die Bedeckung und Hereinbringung dieser Papiergeldschuld ist nicht denken . . . . *(Abgeordneter Dr. Rybář: Aber werden Sie lange warten!)* Worauf? *(Abgeord- er Dr. Rybář: Auf diese Entschädigung!)* rten wir es ab! Ich glaube nicht, daß Sie eine ße Freude darüber haben können, wenn wir hts bekommen; Ihre Interessen sind genau die- ben wie die unseren; wir wohnen in diesem aate so nahe nebeneinander, daß das Unglück Deutschen auch das Unglück der Tschechen, owenen und der übrigen ist. Glauben Sie nicht, nn Sie diesen Staat zertrümmern und hinmachen, ß Sie dann wunderbar dastehen werden und daß Unglück nur den Nachbar trifft. Hier gilt nicht Spruch: Heiliger Florian, Feuerpatron, ver- on unsere Hütten, zünd andre dafür an. Der ruch gilt nicht, denn Ihre Hütten brennen mit unseren. *(Abgeordneter Dr. Rybář: Aber ob gland die Entschädigung zahlen wird!)* Wir ssen die Entschädigung bei unseren Anrainern hmen. So viel können Sie mir zumuten, daß ich ht die Entschädigung in Amerika suchen werde; rt, wo das Faustpfand ist, muß die Entschädi- ng genommen werden. *(Zustimmung.)*

Ich komme aber zwanglos durch diesen Zwi- enruf — über den ich mich übrigens sehr ge- ut habe, weil er mir Gelegenheit gegeben hat, eine Anschauungen in diesem Punkte klar zum sdrucke zu bringen — ich komme also zwanglos der Frage der Bedeckung und da drängt es ich, nicht nur für die Gewerbetreibenden etwas sprechen, nicht nur für die Fixangestellten, sondern ch für die Mindestbemittelten. Für diese Mindest- mittelten stellen wir einen Antrag, der verlangt, ß der Staat einen Anteil bekomme an dem Ge- inne, welchen diejenigen haben, die die Schnaps- st unter die Menschheit tragen. Wir verlangen, ß ihnen zum mindesten ein Teilchen ihrer Riesen- winne abgenommen werde. *(Sehr richtig!)* Das also eine Kriegssteuer, eine Kriegsgewinnsteuer it der Aussicht, sie wirklich hereinzubringen, was ir bei anderen Kriegsgewinnsteuern bekanntlich cht ganz sicher in der Hand haben.

Wir wollen denjenigen, die der Menschheit Schnaps rkaufen, gewiß nicht die Ware sichern. Wir werden ber dazu gedrängt. Ich gebe zu, daß wir Spiritus, daß wir Alkohol brauchen. Aber dieser Alkohol wird nicht im Lande bleiben, wenn die ungeheure Preisdifferenz zwischen dem Alkohol in Österreich und dem Alkohol in Ungarn bestehen bleibt. Wie liegen denn da die Dinge? Wir zahlen gegenwärtig eine Stammsteuer für das Kontingent von 90 K und für das Exkontingent von 110 K; dazu kommt in Österreich ein Zuschlag von 290 K, so daß der Kontingentspiritus 380 K, der Exkontingentspiritus 400 K kosten soll. Wie viel er tatsächlich kostet, darüber werde ich später reden.

In Ungarn beträgt die Stammsteuer für Kontingentspiritus 90 h, für Exkontingentspiritus 110 K, dazu kommt ein Zuschlag von 70 K und jetzt speziell ein Gewinnanteil von 220 K, so zwar, daß die Spannung ausgeglichen wird und der Spiritus in Österreich und in Ungarn gleich viel kostet oder wenigstens kosten sollte. Nun haben die Ungarn den Gewinnanteil des Staates um 1430,- respektive um 1450 K pro Hektoliter erhöht. Das führte dazu, daß der Preis drüben 2000 K pro Hektoliter beträgt. Was wird die Folge sein? Die Ungarn werden nach Wien, beziehungsweise nach Österreich fahren und werden hier billigen Spiritus kaufen — das können sie tun, denn die Spannung zwischen 400 K und 2000 K ist eine ungeheure — sie werden diesen billigen Spiritus hinüber bringen und hierauf wird dieser inzwischen dort teurer gewordene Spiritus in Form von Schnäpsen nach Österreich zurückkommen und wir werden zugunsten Ungarns ungeheuer draufzahlen. Das darf nicht geschehen. Wir müssen also zunächst verhindern, daß die Spannung zu groß wird, weil es schließlich und endlich, wenn es sich um solche Beträge handelt, schon lukrativ wird, wenn man in kleinen Flaschen den Spiritus über die Grenze bringt. Das muß also verhindert werden. Und dann muß vor allem andern verhindert werden der ungeheure Preistrieb, dem wir ausgesetzt sein würden. Wie der Antrag konstruiert ist — ich will ihn mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht noch einmal vorlesen — wenn wir bei dem Antrage, wie er dort steht, bleiben, wird die Finanzverwaltung einen gewissen Einfluß auf die Einhaltung der Höchstpreise haben. Mir sind die Gefällsgerichte bei weitem lieber, wenn es sich um die Verurteilung handelt, als die jetzt in Wirksamkeit befindlichen Gerichte, die sich mit der Preistreiberei beschäftigen sollen, weil in der Regel eine Verurteilung nicht erfolgt. Ich meine, es wird auch die Finanzwache Gelegenheit haben, mit einzugreifen und die Einhaltung der Preise mit zu beobachten, und daher ist mir die Teilnahme des Finanzministeriums bei der Überwachung der Höchstpreise von größtem Wert.

Nun, meine Herren, es wird eingewendet werden, daß man dem armen Volke den Schnaps,

das einzige Labegetränk, nicht verteuern dürfe. Das mag ja vielleicht, aus dem Wahlkreisinteresse des einen oder des andern Herrn Kollegen gesprochen, richtig sein; die überwiegende Mehrheit derer, die in diesem Hause sitzen, hat aber nicht die Schnapstrinker zu ihren Wählern, sondern andere Leute. Über die Qualität der andern Leute und der Schnapstrinker will ich hier nicht reden, ich will keinen Schnapstrinker beleidigen, habe aber meine eigene Meinung über ihn.

Wir werden uns also nicht vor ein paar Schnapstrinkern fürchten und vor allem darum nicht, weil, wenn der Höchstpreis von 20 K eingehalten wird, auch die Schnapstrinker mit uns zufrieden sein können. Die Schnapstrinker werden deshalb mit uns zufrieden sein, weil jetzt der niederträchtigste Zwetschkenfusel pro Liter zwischen 40 und 60 K kostet — über die versüßten Schnäpse wollen wir gar nicht reden. Durch die versüßten Schnäpse werde ich mir meine karg zugemessene Redezeit nicht wegnehmen lassen, über diese versüßten Schnäpse werden wir mit dem Herrn Finanzminister außerhalb dieses Saales oder meinetwegen auch in diesem Saale, aber nicht während der offiziellen Redezeit reden.

Wem kommt aber der Gewinnanteil des Staates zugute? Das Geld soll in vollem Umfange den Mindestbemittelten zugute kommen und ich wollte den sehen in diesem Hause, der es wagen würde, dagegen zu stimmen, daß man dem Volke anstatt Schnaps Brot und Fleisch bringt! Daher bitte ich Sie, meine Herren, die von uns gestellten Anträge anzunehmen. Diese Anträge sind im Volksinteresse, sie sind aber auch im Staatsinteresse. Damit schließe ich. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Wityk das Wort.

Abgeordneter **Wityk:** Високая палато! Я буду против буджету голосувати, а то із слідуючих причин.

Hohes Haus! Wir kommen jetzt in den vierten Winter des Krieges. Es war ein Schimmer, daß dieser Krieg heuer zu Ende sein wird, leider ist es anders gekommen. Alle haben die Hoffnung auf einen baldigen Frieden verloren und die Völker Europas werden unter diesen Verhältnissen sich noch lange untereinander schlachten müssen, bis es zu einem Schlusse kommt, der für uns ganz sicher ist, und zwar ein solcher Schluß, daß alle diejenigen, die uns bedrücken, alle diejenigen, die diesen Krieg veranlaßt haben und die dazu aufhetzen, daß dieser Krieg weitergeführt wird, einmal zugrunde gehen und alle Völker Europas siegen werden. Wir sehen jetzt vor uns sich etwas ähnliches abspielen, wie die Religionskämpfe in der Vergangenheit. Damals hat es geheißen: Cuius regio eius religio. Die Fürsten haben sich geschlagen und wer oben war, dessen Religion war auch oben. Aber nach langen Kämpfen und Kriegen hat das aufgehört und jetzt schlachtet man sich nicht wegen der Religion ab. So muß es auch mit den nationalen Fragen kommen. Jetzt gilt der Grundsatz: Cuius regio eius natio. Wer regiert, der regiert über Nationen. Aber dieser Krieg muß einmal herbeiführen, daß so wie damals die religiösen Kämpfe verschwunden sind und die Religion gewissermaßen freigegeben wurde, auch alle Nationen frei werden. Es wird vielleicht noch lange gekämpft werden müssen, bis dieses Prinzip der Freiheit der Nationen siegen wird. Wehe aber denjenigen, die diesen Krieg verlängern! Sie werden als erste und am meisten dafür büßen.

Wir sehen, daß jetzt in Österreich und Deutschland die Kriegshetzer wieder die Wut ergriffen hat. Es sind hier und in Deutschland Vereinigungen entstanden, die zum Krieg hetzen, die von dieser Hetze zum Krieg leben. Wir haben auf einmal diese Empörung bei den Deutschradikalen gesehen. Das ist keine vereinzelte Erscheinung, sondern sie steht in Fühlung mit den verschiedenen nationalistischen Strömungen in Deutschland, sie steht in Fühlung hier mit unseren Herrenhäuslern, die wiederum ein Interesse daran haben, den Krieg zu verlängern, weil dort lauter Kriegswucherer sitzen. Wenn Sie die Liste der Herrenhausmitglieder hernehmen, so werden Sie sehen, daß sich im Herrenhause alle diejenigen zusammenfinden, welche an diesem Kriege am meisten verdienen. Es kann uns daher nicht wundern, daß sie monatelang die durch das Haus beschlossenen Militärjustizgesetze verlängern, daß sie jetzt gegen die Kriegssteuer hetzen, daß sie auch, wenn es wirklich zu Vermögensabgabe kommen wird ...

**Präsident** *(unterbrechend):* Ich bitte, Herr Redner, ich kann nicht zugeben, daß das andere Haus des Reichsrates in seiner Gänze in dieser Weise beschuldigt wird.

Abgeordneter **Wityk** *(fortfahrend):* Das ist eine Tatsache. Das geschieht so. Und solange das geschieht, solange das Herrenhaus gegen die wahren Interessen des Volkshauses, gegen die Beschlüsse des Volkshauses und die Notwendigkeiten des Volkes vorgeht, solange werden wir gegen das Herrenhaus kämpfen, bis es einmal dazu kommt, daß dieses Herrenhaus verschwindet *(Beifall)*, das alle diese Gesetze, die das Volk braucht, verhindert. Wir sind dessen sicher, daß, wenn es wirklich zur Vermögensabgabe kommt, sie dort im Herrenhause ins Stocken kommen wird. Und wie stellen wir uns die Vermögensabgabe vor? Wir stellen sie uns nicht als ein fiskalisches Mittel vor, wir stellen sie uns vor als ein Mittel der sozialen Volkswirtschaft, daß der Staat, even-

tuell die Nationen, in alle Vermögen eingreifen, und daß diese Vermögen nicht den verschiedenen Großgrundbesitzern, Erzherzogen zukommen, sondern nur den Nationen zufließen. Deshalb wollen und müssen wir verlangen, daß der Großgrundbesitz, der bei uns ein Heiligtum ist, auch bei uns einmal verschwindet. In Schweden und Norwegen ist er schon längst verschwunden; in Rußland befaßt man sich jetzt damit, wie man den Großgrundbesitz verteilen soll, damit die breiten Schichten der Bevölkerung wirklich Boden haben und Nahrungsmittel daraus ziehen können. Bei uns ist der Großgrundbesitz sakrosankt, niemand soll ihn antasten, obwohl die Großgrundbesitzer die größten Wucherer sind, die von diesem Kriege leben und an ihm gewinnen. Wenn wir von dem ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle scharfe Beschwerden über das österreichische Parlament hören, so stecken auch hier die Großgrundbesitzer dahinter, die dort an diesem Kriege wirklich horrende Summen verdienen. Dieser Großgrundbesitz muß einmal verschwinden. Dasselbe ist bei uns in Galizien der Fall, wo die einen Millionenwerte an Grundstücken haben, die Bauern aber emigrieren müssen, weil sie gar nichts besitzen. So stellen wir uns die Vermögensabgabe vor: Nicht fiskalischen Zwecken soll sie dienen, damit der Krieg weiter wüten könne, sondern es muß hier auf die Weise eingegriffen werden, daß wirklich eine gründliche Reform durchgeführt wird, und daß die Bauern, das arbeitende Volk, das diesen Grund bebaut, von diesem Grunde der Großgrundbesitzer wirklich Nutzen hat. *(Zustimmung.)*

Wenn wir von der Vermögensabgabe sprechen, so möchte ich den Herrn Abgeordneten Kuranda — oder vielleicht nicht so sehr ihn, als andere Herren, weil hier auch die Religion mitspielt — bitten, zu dieser Enquete auch die großen Stiftsherren der Klöster heranzuziehen, die jetzt wie die Vögel des Himmels wenig arbeiten und doch genug zu leben haben. Man soll auch dort hineingreifen und man wird Milliarden finden; und Sie werden wissen, womit Sie die Notwendigkeiten des Staates und des Volkes decken können, ohne wieder an die indirekten Steuern denken zu müssen.

Seine Exzellenz der Herr Finanzminister Wimmer hat gestern mit seiner süßen Miene gesagt: „Meine Herren! Es muß zu den indirekten Steuern gegriffen werden!" Das heißt, daß die Kartoffeln teurer werden, das Salz teurer, der Tabak, Zucker usw. noch teurer wird. Das ist das, was Seine Exzellenz Wimmer uns vorschlägt, und das wird durchdringen, weil sich das Herrenhaus nur für dieses Gesetz und nicht für die direkten Steuern und die Vermögensabgabe einsetzen wird.

Meine Herren! Das Volk leidet schon überall enorm an Hunger. Wir müssen uns also gegen diese indirekten Steuern als gegen den Wucher, gegen die Preistreiberei des Finanzministeriums sehr verwahren.

Meine Herren! Wir haben sehr schlechte Aussichten für das Ende des Krieges. Zwar hat Seine Exzellenz der Minister des Äußern Graf Czernin über Schiedsgerichte gesprochen; aber hat man ihn hier schon jemals sprechen gehört?

Vorgestern haben wir wenigstens einen Hauptmann hier sprechen gehört, aber Graf Czernin darf auch auf der Galerie nicht sprechen, kann nicht sprechen, weil es ihm nicht paßt. Über diese höchste und wichtigste Frage der Menschheit Europas hat er in Budapest irgendwo in einem Chambre separé unter den schon gut angeheiterten Herren — wir wissen ja, wie es in Ungarn zugeht — diese sehr wichtige und höchst bedeutungsvolle Rede vorgeplauscht, aber vor dem Hause, das maßgebend ist darüber zu sprechen, vor einer gesetzgebenden Körperschaft hat er sich nicht geäußert, sondern nur irgendwo dort in einem Chambre separé. Meine Herren! Wie schaut dieses Österreich aus, wenn der Minister des Äußern irgendwo bei Hartmann oder Sacher über die höchsten Kriegsziele redet, über die Schicksale der Völker, wenn man ihn aber im österreichischen Parlamente nie sieht! Ist das nicht eine Anomalie der Ordnung, ist das nicht etwas, worüber man lachen müßte, wenn es nicht zum Weinen wäre? Wie schauen wir aus? Hier wird über das und jenes geredet, aber die wichtigsten Fragen werden im Ballhaus entschieden, wo irgendwo in einem Winkel Graf Tisza, Graf Czernin und wieder ein anderer Graf zusammenkommen oder ein Prinz oder jemand von Deutschland. Dort wird über unser Schicksal entschieden *(Ruf: Ohne uns!)*, selbstverständlich ohne uns, ja gegen uns und wir erhalten nur einmal eine Botschaft in der Person Seiner Exzellenz des Dr. Seidler, der so unglücklich kommt und sagt: Graf Czernin hat mir dies und das hier vorzulesen gegeben. Ist das ein verfassungsmäßiger Staat, ist das eine verfassungsmäßige Ordnung, oder ist da nicht etwas, was man wirklich dringend ändern müßte, das aber nicht geändert werden wird, weil unsere Verhältnisse nicht vom Abgeordnetenhause abhängen, sondern von einer Klique und Kamarilla, von einer Klique im Herrenhause und vom ungarischen Großgrundbesitz. *(Zustimmung. — Abgeordneter Dr. Straucher: Selbst die Delegationen sind noch nicht einberufen!)* In den Delegationen wird ja auch nur fort geplauscht werden und auch das nicht viel. Dasselbe gilt bezüglich des Kriegsministers. Das vierte Jahr dauert schon der Krieg und wir hatten schon einige Kriegsminister. Hat aber einer der Abgeordneten schon die Ehre gehabt, den Kriegsminister persönlich zu sprechen? Niemand von uns

hat ihn bis jetzt gesehen, obwohl wir hier Milliarden beschließen. *(Zustimmung.)* Wer hat ihn gesehen, vor wem ist er verantwortlich? Vor niemandem. *(Ruf: Was hätten Sie davon?)* Wir Abgeordnete hätten wenigstens das davon, daß wir seine Ziele hören könnten. Was haben wir davon, daß wir den Landesverteidigungsminister hier sehen? Er ist noch unglücklicher als der Kriegsminister. Das ist eben die ganze Verfassung. Es ist gleich, wie beschaffen der Kriegsminister Stein im Deutschen Reiche ist, aber er ist und spricht zu den Abgeordneten und ebenso der Kanzler Michaelis oder andere. Was sie sprechen, ist eine andere Sache. Aber bei uns kommen nicht einmal die wichtigsten Faktoren ins Haus, wir sind hier wirklich nicht einmal wie ein großer Landtag oder Bezirksrat, sondern wir haben ein Haus, das von Zufallsabstimmungen abhängt. Heute hören wir, daß, wenn die Polen nicht für das Budget stimmen, wir schon den § 14 haben werden.

In einem solchen Staate können wir auf nichts anderes hoffen als nur darauf, daß die Völker wirklich einmal ans Ruder kommen und über sich selbst entscheiden. Das wird sich noch lange hinziehen und lange dauern, aber es muß dazu kommen.

Meine Herren! Wenn wir über die jetzige Lage der Regierung sprechen, so sehen wir, daß man dringend die Stimmen für das Budget verlangt und sucht.

Ich als ukrainischer Sozialdemokrat stimme prinzipiell gegen dieses Budget, aber man zwingt die einzelnen Völker förmlich, für das Budget zu stimmen, sonst sind sie Volksverräter. Man zwingt zum Beispiel die ukrainischen Abgeordneten, für das Budget zu stimmen, sonst sind sie stigmatisiert. Man sagt ihnen, sie haben einen Minister als Geschenk bekommen und nun sind sie nicht artig.

Meine Herren! Ein Minister ist schon etwas, aber ein Minister ist noch nicht die Volksnotwendigkeit, ein Minister ist noch nicht die Erfüllung aller Forderungen und die Stillung aller Qualen des Volkes. Ich erinnere mich noch an die Zeiten, als hier noch Badeni war: Da sind unsere Bauern, die das Glück haben, immer gedrückt und geschraubt zu werden, als Deputation hier vor das weiße Haus des Kaisers gekommen. Und was hat der gottselige Kaiser Franz Joseph unserer Bauerndeputation gesagt? Ihr seid nicht artig, ich habe euch eben einen Kardinal ernannt und ihr kommt her und beschwert euch! Der alte Kaiser war also sehr gekränkt, natürlich, weil Badeni ihm das so zugeflüstert hat. Dasselbe ist mutatis mutandis auch hier der Fall. Jedenfalls ist ein Minister etwas anderes als ein Kardinal, aber es wird keiner Nation einfallen, für einen Minister die Forderungen des Volkes preiszugeben. Wir schätzen gewiß den Minister Dr. Horbaczewski hoch, weil er kein politischer Minister ist, sondern für die Volksgesundheit zu sorgen hat. Aber sehen wir uns diese Regierungsvorlage über das Budgetprovisorium an. Dort ist gar nicht für den Unterhalt dieses Ministers vorgesorgt, es steht gar nicht darin, wovon dieser Minister und dieses Ministerium leben wird. Wofür sollen sich also die Ukrainer erwärmen, wenn im Budget nicht einmal für das Ministerium für Volksgesundheit vorgesorgt ist? Minister Dr. Horbaczewski ist gewiß eine Kapazität auf wissenschaftlichem Gebiete und wir wissen, daß er, wenn man ihn weiter in diesem Ministerium leben lassen wird, dort genau dasselbe leisten wird, wie die erste wissenschaftliche Stütze. Aber wir Ukrainer können uns nicht dazu hergeben, für das Budgetprovisorium zu stimmen, und ich werde Ihnen in kurzen Worten erklären, warum. Das ukrainische Volk ist dasjenige Volk, welches am meisten gegen alle sich wehren muß. Das ukrainische Volk wird jetzt von deutschen Truppen, wie wir in einer Fülle von Fällen gehört haben, bedrückt und ausgesaugt, das ukrainische Volk wird von den privaten und zivilen Bezirkshauptleuten ausgesaugt, das ukrainische Volk wird ausgesaugt von den Magyaren.

Meine Herren! Jeder von unseren Ministern schmeichelt sich bei den Magyaren ein; Exzellenz Seidler hat sich eingeschmeichelt, hat im „Pesti Napló“ ein großes Interview gehabt. Exzellenz Schauer hat sich auch eingeschmeichelt, es ist ihm aber schlecht ausgefallen, denn er mußte widerrufen; ja, der neue Fürsorgeminister Mataja hat sich auch eingeschmeichelt bei den Magyaren. Können wir eine solche Regierung unterstützen? Was sind die Ungarn für uns? Ich werde Ihnen ein paar Fälle erzählen.

In meinem Wahlbezirke Turka sind 60 Leute von den Honvéds ermordet und aufgehängt worden. Auf welche Weise? In das Dorf Pyslop bei Turka kommen, als die Russen weg waren und Turka ganz verbrannt war, auf einmal Honvéds, und diese rufen alle Männer, Weiber und Kinder, wie sie waren, beinahe ganz nackt, in der Kälte zusammen und treiben sie auf eine Wiese.

Hierauf treiben sie diese Leute in die griechisch-katholische Kirche und sperren sie dort ein und halten diese Bauern dortselbst, wie sie waren, ohne Essen, drei Tage und drei Nächte eingesperrt. *(Hört! Hört!)* Am dritten Tage kommt ein Honvédmajor und sagt, weil er weder polnisch, noch ukrainisch, noch deutsch verstand, nichts anderes als: „Kroupa kradla! Kroupa kradla! Kroupa kradla!“, was ihm jemand zugeflüstert hat, das heißt „Graupen gestohlen! Graupen gestohlen! Graupen gestohlen!“ Dann hat er alle Honvéds abkommandiert, diese haben die Bauern umzingelt, und es wurde außer dem Dorfe einen ganzen Tag ein sogenanntes Gericht gehalten.

Niemand hat diese Honvéds verstanden, sie haben wohl geschrien und die Bauern sind ohne Essen auf der Wiese vier Tage geblieben.

Auf einmal rufen die Honvéds sieben Gemeindevorsteher und lesen ihnen in ungarischer Sprache vor, alle sieben Gemeindevorsteher sollen aufgehängt werden.

Meine Herren! Ich möchte empfehlen, es möge eine Kommission hingehen und erforschen, ob das nicht alles richtig ist. Was geschah weiter? Diese Bauern, diese sieben Gemeindevorsteher werden vorwärts getrieben und man hat ihnen befohlen, für sich Gräber zu bauen. Jeder baut ein Grab für sich selbst. Als alle Gräber gebaut waren, stellte man jeden der sieben Gemeindevorsteher vor ein Grab; auf einmal erfolgte das ungarische Kommando zum Schießen. Alle fallen. Ob jeder schon tot war oder vielleicht der eine oder andere noch lebte, weiß ich nicht, aber sofort sind alle, ob tot oder lebendig, begraben worden. Wenn man so etwas hört, bleibt einem der Verstand stehen. In der Gemeinde Rozlucz sind fünf Bauern gehenkt worden, in der Gemeinde Jawora bei Turka 3 Bauern, einer nach dem andern. Ein anderer Fall. Ein angesehener Bauer, dessen Namen ich nicht angeben kann, erzählte mir folgendes: Eines Tages sah ich eine ungarische Wache vier kleine Bauernbuben führen; einer derselben ist zehn Jahre, ein anderer elf Jahre alt. Diese Wache führt also mit aufgepflanztem Bajonett diese Buben durch Turka. Ich stehe, sagt dieser Bauer, vor meinem Tor, da kommt die Patrouille zu mir, sagt mir etwas auf ungarisch und zeigt, sie will essen. Ich habe die Soldaten bewirtet und habe die jungen Burschen gefragt: woher kommt ihr? Aus Zdzianna. Wohin werdet ihr geführt? Hängen werden sie uns. Die Burschen fragten: Sagen Sie, wo ist in Turka der Strang? Da sagte der Bauer: O, Kleiner, hier ist der Strang auf jedem Ast. Warum seid ihr gefangen? Die Ungarn sind gekommen, unsere Kühe waren auf der Weide, wir sind gelaufen, die Kühe zu holen, und da hat man geschrieen: Ruski, Ruski, das heißt Russen, hat uns gefangen genommen und jetzt werden wir gehängt. Am anderen Morgen sind sie weitergegangen und seither ist von diesen Burschen jede Spur verschwunden. *(Zwischenrufe.)*

In dem Dorfe Krywa sind vier Bauern von Honvéds aufgehängt worden. Ein gewisser Goldreich hat sie angezeigt, weil sie ihm Lämmer nicht um billigen Preisen geben wollten. Bei Borysław, wo die Bevölkerung auf einer höheren Kulturstufe steht, ist in Bania kotiwska ein aufgeklärter ukrainischer Gemeindevorsteher namens Miniw gehenkt worden. Der ist mit einem gewissen Eidekus in Streit geraten. Da kam eine Honvédpatrouille daher und während des Streites ruft der Eidekus: Schaut, das ist ein Russophiler! Die Honvéds ergreifen sofort den Bauer und führen ihn — das war 9 Uhr abends — nach Nahujewyczi, wo ein ungarischer General war. Während der Nacht wird der Mann verhört, er kann etwas deutsch, polnisch und ruthenisch sprechen, der General aber nur magyarisch. *(Abgeordneter Dr. Cehelskyj: Honvédisch! — Heiterkeit.)* Jawohl, honvédisch. Was ist weiter geschehen? Der General läßt den Bauer hängen, das ganze Dorf läuft sofort zusammen, weil es gehört hat, daß der Gemeindevorsteher hängen soll, es findet ihn aber schon im Kot liegen.

Das ist bei uns honvédisch-magyarische Wirtschaft. *(Abgeordneter Dr. Witt: Wir haben den General Matuschka gehabt, der hat es genau so gemacht!)* Es gab auch andere solche Fälle, ich kenne diesen. Diese Wirtschaft besteht in anderer Form weiter. Die Magyaren requirieren alles. Wo ein Weib einige Eier oder etwas Milch für ihre Kinder hat, sofort nehmen sie es ihr und, weil es an der ungarischen Grenze ist, schaffen sie es nach Ungarn.

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte, Herr Redner, die Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter **Wityk**: Das ist nur ein Teil dieser Martyrologie. Ich könnte Ihnen noch sehr viele solcher Fälle erzählen — auch der Bezirkshauptmann von Turka, Zakotyński, hat sehr viel getrieben, es ist aber leider keine Zeit hierzu. Wie können wir — uns für diese Regierung, für diesen Staat, für diese Gesellschaftsordnung erwärmen, wenn bei uns die Bauern hungern und solche Qualen erleiden müssen?

Wir wissen das Eine, daß einmal das Gericht kommen wird gegen alle diese Bedrücker, gegen die, die den Krieg verursacht haben und die gegen alle anderen Völker mit solcher Rücksichtslosigkeit vorgehen. Mit dieser Hoffnung allein leben wir. Wir wissen, daß unser ganzes Volk einmal frei sein wird, die Zeit wird kommen, wo freie Völker sich selbst beherrschen werden, und mit ihr die freie, unabhängige Ukraine. Ich habe gesprochen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Luksch.

Abgeordneter **Luksch**: Hohes Haus! Da mir auf Grund der neuen Geschäftsordnung nur eine knapp bemessene Redezeit zusteht, will ich von einleitenden Worten absehen und gleich darauf eingehen, was ich hier im Interesse derjenigen, die mich in dieses Haus gesendet haben, im Interesse des deutschen Bauernstandes, im Interesse des deutschen Volkes und vielleicht nicht in letzter Linie im Interesse des Staates vorzubringen habe. Ich

beabsichtige zuerst politische Fragen zu behandeln, hoffentlich bleibt mir noch genügend Zeit, dann auch wirtschaftliche Fragen zu besprechen.

Meine sehr verehrten Herren! Das blutige, nun schon seit mehr als drei Jahren andauernde, in der Weltgeschichte einzig dastehende Ringen, in welchem über das Schicksal, vielleicht über Sein und Nichtsein dieses Staates, ja, über die Stellung Europas zu den anderen Weltteilen entschieden wird — Europa ist ja im Begriffe, Selbstmord zu begehen — hat wohl, so wünschen und hoffen wir, seinen Höhepunkt erreicht: und wenn wir die Vorkommnisse in Rußland und insbesondere, das ist das Wichtigste, wenn wir uns den Abwehrkampf unserer herrlichen Truppen im Vereine mit den Truppen unserer Verbündeten, mit denen uns ein unzerreißbares Band verknüpft, vor Augen halten, dann hat es den Anschein, als hätte dieses Ringen seinen Höhepunkt schon überschritten, als werde bald ein Umschwung eintreten. Gewiß, schwer hat unser Volk alles bisherige ertragen, geradezu übermenschlich sind die Opfer, die es gebracht hat, doch ich fürchte, daß die Prüfungen noch nicht abgeschlossen sind, daß vielleicht gerade in den nächsten Monaten an unsere Zähigkeit, an unsere sittliche Kraft, an unseren unbeugsamen Willen, durchzuhalten, noch gewaltige Anforderungen werden gestellt werden. Zwar, unsere Fronten, die stehen fest, das wissen wir, und unbegrenzt ist das Vertrauen zu unseren Helden, die auf blutiger Walstatt mit ihren Leibern den Boden der Heimat schützen. *(Bravo!)* An ihrer ungebrochenen Widerstandskraft, das ist gewiß in erster Linie aller Deutschen Überzeugung, werden auch in Zukunft alle Angriffe der Feinde ohnmächtig zerschellen. Voll Bewunderung blicken wir auf die Leistungen unserer und der mit ihr verbündeten Armeen. Unser aller heißer Dank ist ihnen gewiß und ich hoffe, das Vaterland weiß, was es seinen Söhnen schuldet, und es wird diesen Dank nicht nur mit Worten abstatten.

Aber, meine Herren, — und das ist das Fürchterlichste dabei — man muß sich geradezu an den Kopf greifen — nicht nur die äußeren Feinde haben wir abzuwehren, nicht minder gefährlich, ja vielleicht noch gefährlicher für den Bestand dieses Staates sind seine inneren Feinde, welche heute daran sind, Sturm zu laufen gegen diesen Staat und in erster Linie dessen Einheit zu stören, welche heute der Meinung sind, es sei der Moment gekommen, um im Trüben zu fischen; sie hoffen, wenn der Krieg für uns ungünstig ausgeht — man muß sich an den Kopf greifen — für sich Nutzen herauszuschlagen. *(So ist es!)* Sie wollen aus dem Unglück, in welchem sich dieser Staat heute befindet, für sich Kapital herausschlagen.

Wenn ich mir nur einen kurzen Rückblick gestatten darf, will ich erwähnen, daß das gesamte Volk in Österreich vor der Einberufung des Reichsrates denselben als den Bringer von Erhebung, Rat, Trost und Hilfe in dieser schweren Zeit begrüßt hat. Auch unser junger Kaiser hat dies in seiner Thronrede zum Ausdruck gebracht, aber, der Kaiser und wir alle wurden in den Hoffnungen, die man in diesen Reichsrat gesetzt hat, bitter enttäuscht. Wenn sich auch die Völker verjüngt haben, wie es in einem Teil der Thronrede heißt, die tschechischen, die slawischen Völker, die tschechischen, die slawischen Abgeordneten haben sich nicht verjüngt, im Gegenteil, sie dreschen die Phrasen weiter, wie es früher der Fall war. Leider werden sie in diesem Verhalten noch durch die Politik der Regierung bestärkt und unterstützt, trotz alledem, was draußen an den Fronten vorgekommen ist — ich erinnere nur an die Interpellationsbeantwortung des Herrn Landesverteidigungsministers — machen sie, als ob nichts vorgekommen wäre, sie drohen und hetzen mehr, als es vor dem Krieg der Fall war.

Wir Deutsche aber haben und werden nie vergessen, was sich draußen an den Fronten zugetragen hat. *(Sehr richtig!)*

Die erste Tagung begann bekanntlich mit der Annahme eines Paragraphen in der Geschäftsordnung, der meiner Meinung nach bestimmt nur Unordnung in diese Geschäftsordnung hineinbringen wird, denn das Babylon bleibt nicht aus, wenn es auch jetzt künstlich zurückgehalten ist. Sie begann mit den staatsrechtlichen Erklärungen der tschechischen und slawischen Parteien — da konnten wir uns lebhaft vorstellen und hatten einen Vorgeschmack davon, wie ein solcher slawischer Staat für uns Deutsche ausschauen würde —, die wüstesten Beschimpfungen erreichten geradezu ihren Höhepunkt und das heißt hier schon etwas.

Meine Herren! Was die Erfüllung dieser staatsrechtlichen Wünsche anbelangt, so wurde diese Frage schon von vielen Rednern von verschiedenen Seiten beleuchtet und auch gestern wiederum hat sie ein Klubkollege in ausgezeichneter Weise behandelt. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Erfüllung dieser staatsrechtlichen Forderungen in erster Linie das Ende dieses Staates *(Sehr richtig!)*, das Ende dieser Monarchie bedeutet, ja, ich gehe noch weiter, sie bedeutet das Ende der habsburgischen Dynastie *(So ist es!)*, deren deutschfeindliche Berater es, wie es heute den Anschein hat, förmlich darauf ankommen lassen wollen. Wir können unserem jungen und gewiß von den besten Absichten für sein Volk beseelten Kaiser nur zurufen: Landgraf werde hart, bevor es zu spät ist!

Was wir Deutsche zu erwarten hätten, wenn diese Abmachungen, die die früheren Abgeordneten Masaryk und Dürich mit unseren Feinden draußen schließen, zur Tat werden würden, das wissen wir,

dann wissen wir alle, was uns Deutschen in diesem Staate bevorstehen würde. Ich sage als Vertreter des deutschen Bauernstandes und ich glaube, daß alle Vertreter der Sudetenländer mit mir übereinstimmen werden, daß wir unverrückbar auf dem Standpunkt stehen, wir kennen keinen engeren Verband der Länder der Wenzelskrone, wir kennen nur drei voneinander ganz unabhängige Länder Böhmen, Mähren und Schlesien und wir werden uns niemals in ein böhmisch-mährisch-schlesisch-slovakisches Königreich einpferchen lassen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zahlreiche Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe, meine Herren.

Abgeordneter **Lukšch** *(fortfahrend)*: Ich befinde mich da nur im Einverständnis aller Sudetenländer, ich befinde mich im Einverständnis aller deutschen politischen Parteien und ich freue mich, daß hier vor ein paar Tagen der Obmann der christlichsozialen Vereinigung Hauser die Erklärung abgegeben hat; ja, meine Herren, täuschen Sie sich nicht, es gibt keinen eisernen Ring mehr, das ist vorüber! Auch die deutschen Alpenländer wissen, was sie heute ihrem deutschen Volke schuldig sind, und ich freue mich, daß auch die Sozialdemokraten, vielleicht nicht gerade dem eigenen Triebe, sondern der Not gehorchend, in den Sudetenländern einstimmig den Willen kundgegeben haben, daß wir Deutschen jedem Versuch, uns vom Reiche abzuschnüren, jedem Versuch, uns vom Reiche und von unseren Stammesbrüdern in den anderen Kronländern zu trennen, den allerschärfsten Widerstand entgegensetzen werden. Wir wollen reichsunmittelbar sein, wir wollen zum Reiche gehören. Wir brauchen kein Mittelding zwischen uns und diesem Reiche.

Es gehört überhaupt eine Portion Kühnheit — ich hätte beinahe einen anderen Ausdruck, der vielleicht nicht ganz parlamentarisch ist, gewählt — dazu, wenn man heute, wie es von Ihnen so gern gemacht wird, dem Wilson, Lloyd George, Asquith, Kerensky und tutti quanti gar so gern nachspricht, nachäfft, nämlich die Worte: Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmungsrecht; in demselben Augenblick aber wollen Sie uns vergewaltigen, wollen mehr als drei Millionen Deutsche in den Sudetenländern gegen ihren ausgesprochenen klaren Willen einfach in dieses neue böhmische Königreich einpferchen. Und wenn Sie daher von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht der Völker reden, so ist das meiner Ansicht nach eine bewußte Unwahrheit — um wieder keinen beleidigenden Ausdruck zu gebrauchen —, weil Sie nichts anderes wollen, als uns einfach majorisieren und unsere nationale Existenz in diesem Staate nach und nach unmöglich machen. *(Zustimmung. — Zwischenrufe.)* Sie haben ja schon die Majorität hier im Hause, man sieht ja, wie Sie vergewaltigt wurden! Andererseits werden wir Deutsche von der Notwendigkeit durchdrungen sein, dem in der Thronrede angekündigten Versuch, Verfassung und Verwaltung im Staate und in den einzelnen Kronländern zu ordnen, unsere Mitarbeit nicht zu versagen, selbstredend sofern bei dieser Neuordnung in erster Linie das staatliche Gefüge nicht geschwächt, sondern gestärkt wird und sofern die deutschen Interessen dabei nicht gefährdet werden.

Meine Herren! Sie berufen sich immer auf die Mehrheit, die Sie hier haben und meinen eben, durch diese zusammengewürfelte Mehrheit uns zu vergewaltigen. Aber, meine Herren, gar so einig sind Sie miteinander nicht, Sie haben die größten Interessengegensätze, wie wir erst vor ein paar Minuten gehört haben, Sie alle, die Polen, die Ruthenen, die Slowenen und die Italiener. *(Zwischenruf.)* Uns Deutsche wollen Sie nun durch eine solche Majorität vergewaltigen. Man kann nicht oft genug die Worte wiederholen — vielleicht haben sie manche von Ihnen nicht gehört —, die ein Kollege von diesem Platze aus gesagt hat; leider sind seine Worte nur zu wahr. Er sagte: Wenn wir Lebenden nicht die Mehrheit sind, so rufen wir die Toten auf, die für dieses Vaterland gefallen und gestorben sind *(Beifall und Händeklatschen)* und dann haben wir die große Mehrheit. *(Zwischenrufe.)*

Meine Herren, unbegreiflich, unverständlich und ich muß geradezu sagen, unverzeihlich ist bei allen diesen Vorkommnissen das Verhalten der Regierung und der leitenden Kreise, die doch in allererster Linie das größte Interesse haben sollten an der Einheit, die gleichbedeutend ist mit dem Bestande dieses Staates, und die auch das größte Interesse haben sollten an der mächtigen Zunahme und Größe dieses Staates. Leider kann man feststellen, daß die Regierung und die leitenden Kreise den maßlos — man kann sie einfach utopisch nennen — gestiegenen Forderungen, diesem Terrorismus, der gegen die Regierung heute ausgeübt wird, nicht mit Energie entgegengetreten. Es ist daher begreiflich, daß die Stimmung draußen bei unserer Bevölkerung sehr schlecht ist, viel schlechter als sie es zu Badenis Zeiten war.

Ich glaube, kein Geheimnis zu verraten, wenn ich sage, grenzenloses Mißtrauen gegen die Staatsverwaltung erfüllt die Massen, Spott und Hohn ergießt sich über die Abgeordneten, die sich gleich leichtgläubigen Kindern durch einige freundliche Worte und geheimnisvolle Zusagen unter vier Augen von den leitenden Persönlichkeiten täuschen lassen. Das ist heute die Stimmung draußen bei der Bevölkerung. Die schöne und geradezu stärkende Begeisterung für ein starkes Österreich der Zukunft

ist unter Mithilfe der Regierung und der leitenden Kreise für lange, lange Zeit dahin. Wer heute, so unglaublich es klingt und so sehr ich es verurteile, draußen von einer österreichischen Staatsidee spricht, der begegnet spöttischem Lächeln. Und man fragt uns Politiker, wie wir die Staatsidee zu verwirklichen gedenken, da die leitenden Kreise und Faktoren sie, wie es den Anschein hat, eigentlich selbst schon aufgegeben haben.

So unangenehm dies ist, so muß ich es doch hier vorbringen, um die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß sie, wenn sie auf diesem Wege fortschreitet, ganz bestimmt den Staat dem Abgrunde entgegenführt. Die Regierung gibt sich zwar den Anschein, unparteiisch zu sein. Gewiß, die Regierung muß unparteiisch sein, insbesondere in einem Nationalitätenstaat, wie es der unserige ist. *(Abgeordneter Konečný: Sie ist es nicht!)* Sie haben vollständig recht. Darf es überhaupt eine Unparteilichkeit zwischen Staatstreue und Staatsfeindschaft geben? *(Sehr richtig!)* Darf es eine Unparteilichkeit geben zwischen staatsgefährlicher Gesinnung, wie sie heute nicht nur hier in Worten, sondern auch draußen öffentlich bekundet wird, und zwischen rückhaltloser Pflichterfüllung, wie sie gerade die Deutschen in diesem Kriege musterhaft gezeigt haben? *(Lebhafte Zustimmung. — Zwischenrufe des Abgeordneten Iro. — Lärm.)*

**Präsident** *(gibt das Glockenzeichen)*: Ich bitte, nicht zu unterbrechen. Herr Abgeordneter Iro, Sie haben nicht das Wort! *(Andauernde Zwischenrufe und Lärm.)*

Abgeordneter **Lukisch**: Gerade die letzten Ereignisse und die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz . . . *(Andauernde laute Zwischenrufe des Abgeordneten Iro und Gegenrufe.)*

**Präsident**: Herr Abgeordneter Iro, Sie haben nicht das Wort! *(Zwischenrufe des Abgeordneten Lisý.)*

Abgeordneter **Lukisch**: Herr Lisý, lesen Sie die Interpellationsbeantwortung des Landesverteidigungsministers durch und reden Sie nicht. Das sind Dokumente. *(Neuerliche lebhafte Zwischenrufe.)* Frivole Politiker, frivole Kerle seid Ihr. Sie grinsen hier, während unsere Leute draußen fallen. *(Großer Lärm und anhaltende lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Ich bitte, meine Herren, um Ruhe!

Abgeordneter **Lukisch** *(fortfahrend)*: Die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz haben gezeigt, daß eigentlich in diesem Staate, so traurig es ist, daß man es hier sagen muß . . . *(Neuerliche laute Zwischenrufe des Abgeordneten Iro und Gegenrufe.)*

**Präsident**: Herr Abgeordneter Iro, Sie haben nicht das Wort. *(Andauernde große Unruhe.)* Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter **Lukisch**: Ich bitte, Herr Präsident, mir diese verlorene Zeit vorzumerken. Gerade die Ereignisse auf den Kriegsschauplätzen haben gezeigt, daß in diesem Staate nur ein staatserhaltendes Element ist und das sind die Deutschen. *(Lebhafte Zwischenrufe und Lachen.)* Und da lachen Sie, das ist sehr bezeichnend; dann sind Sie eben Hochverräter, wenn Sie nicht für die Erhaltung dieses Staates sind.

Die Deutschen sind es, die eben in diesem Kriege die größten Opfer an Blut und an Gut gebracht haben. Lesen Sie nur die Ziffern nach, wenn Sie sagen, Sie haben etwas für den Staat geleistet; schauen Sie sich die Kriegsanleihezeichnungen an. Das sind Ziffern, die Sie nicht hinwegleugnen können, Sie leugnen ja verschiedenes hinweg, aber das werden Sie nicht hinwegleugnen können, da sind Sie nun wieder ruhig. Die Regierung hat trotz alldem, was vorkommt, diesen konzentrischen Angriffen leider bis heute noch immer nicht, was so notwendig gewesen wäre, die mächtige Autorität des Staates entgegengehalten. Es kann doch heute kein Zweifel darüber bestehen, daß jetzt am Ende des Krieges, wo es sich um das Ganze handelt, die von dem tschechischen Radikalismus genährte Hoffnung unserer Feinde auf den inneren Zerfall in diesem Staate der letzte Rettungsanker unserer Gegner bildet und daher den Kriegswillen bei ihnen aufrechterhalten hilft. Das ist es ja eben, warum der Krieg bis heute noch nicht beendigt ist. Und Sie, meine Herren, nähren diese Hoffnung weiter. *(Abgeordneter Lisý: Sie wollen den Krieg weiter führen!)* Das ist der größte Unsinn, wenn jemand sagt, daß wir den Krieg wollen, das ist eine bewußte Lüge. Demgegenüber muß doch endlich einmal die Regierung die Kraft aufbringen, für die Verteidigung der Staatsinteressen aktiv einzuschreiten. Das muß sie einmal machen, das ist meine Ansicht. Sie muß sich endlich zu einer Gegenoffensive aufraffen gegen die Abbröckelung des Staatsgedankens, welche heute infolge des Verhaltens der Regierung einen so bedenklichen Umfang angenommen hat.

Die Regierung ist in erster Linie verpflichtet, den Kampf aufzunehmen und ihn auch mit Entschiedenheit weiterzuführen.

Sie reden von Freiheit, meine Herren. Nicht gegen die Freiheit soll das, was wir hier von der Regierung fordern, sein, sondern es ist gegen die Zügellosigkeit, die eben das ganze Staatsgefüge

untergräbt. Dagegen ist eigentlich das gerichtet, was wir wollen. Wenn die Regierung sich tatsächlich zu solchen Schritten aufraffen wird, so wird sie doch ganz bestimmt — ich hoffe es wenigstens; es ist traurig, daß man hier nur die Hoffnung aussprechen kann, daß in Österreich die staatstreuen Bürger wahrscheinlich noch die Mehrheit sind — sich auf die Mehrheit der staatstreuen Bürger stützen können — und auch bei Ihren Nationen sind es noch die konservativen Elemente, wenn es deren heute auch schon wenige sind — die heute in stummer Erbitterung die Orgien des Radikalismus verurteilen, ohne einen Stützpunkt für eine Gegenwehr an einer starken Regierung zu finden. Und daher, meine Herren, ist der Ruf nach einer starken Regierung heute schon sehr laut geworden und dieser Ruf wird nicht mehr verstummen. Was sehen wir aber, meine Herren? Anstatt diesen Herausforderungen entgegenzutreten, wird der in seiner Art in der Weltgeschichte einzig dastehende Amnestieerlaß hinausgegeben, der das Maß des für uns Deutsche Erträglichen zum Überschäumen bringen, der die tiefste Erbitterung beim deutschen Volke hervorrufen mußte. Warum? Nicht wegen des Amnestieerlasses an sich, sondern in der Form, in der er hinausgegeben wurde, konnten wir nichts anderes sehen, als einen feindlichen Akt gegen unsere deutschen Interessen. Ich will auf den Amnestieerlaß nicht eingehen, fällt mir doch gar nicht ein, aber fragen wir uns doch, ob der Zweck, den dieser Amnestieerlaß haben sollte, erreicht worden ist. *(Sehr richtig!)* Hier von diesem Platze aus hat seinerzeit Kollege Dobernig seinem Zweifel Ausdruck gegeben, ob man mit diesem Amnestieerlaß das erreichen wird, was man damit beabsichtigt hat. Er hat vorausgesagt, daß das nicht der Fall sein wird und daß er Recht gehabt hat, das beweist ja Ihr Auftreten hier bei jeder Rede. Aber nicht nur hier sehen wir das, wir sehen das auch an dem Verhalten Ihrer Führer draußen im Lande, zum Beispiel, wenn wir uns, wie hier in einem Zwischenruf richtig bemerkt wurde, die gestrige Feier des jetzt zum Nationalheiligen und Märtyrer gestempelten Kramář vor Augen halten. *(Zwischenrufe.)* Wir sehen, daß bei Ihnen einer den anderen an Radikalismus zu überbieten trachtet und daß Sie nicht müde werden, die Leidenschaften in Ihrem Volke aufzupeitschen und die nationalen Gegensätze zu verschärfen, obwohl gerade derzeit alle Gegensätze in der inneren Politik angesichts der obersten Aufgabe, das Wohl des Vaterlandes zu sichern, schweigen sollten. *(Sehr richtig!)* Gerade das Gegenteil davon nehmen wir leider wahr. Und wenn ich sage, die tschechischen Abgeordneten und Führer sind jetzt daran, die Leidenschaften in ihrem Volke aufzupeitschen, so füge ich noch hinzu, daß ihnen das vollständig gelingt. Und warum? Weil bei Ihnen vom obersten angefangen bis zum letzten Mann hinunter — sei es Fürst Schwarzenberg oder Prokeš oder wie er heißen möge — jeder einzelne ein Chauvinist und nationaler Fanatiker ist. *(Lachen und zahlreiche lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter **Lukšch** *(fortfahrend)*: Wir sehen und können feststellen, wie der tschechische Feudaladel es in ausgezeichneter Weise versteht, auf geheime Art und Weise seinen Einfluß bis in die höchsten Stellen schon seit Jahrzehnten und Jahrhunderten — und insbesondere scheint dies in den letzten Monaten der Fall gewesen zu sein — zum Unheil, zum Unglück dieses Staates auszuüben. Andere verstehen es wieder anders. Wenn man sich ihre Führer ansieht — ich sehe zum Beispiel gerade den Abgeordneten Stránský; der versteht es in einer anderen Art und Weise sein Volk aufzupeitschen; er zitiert hier häufig die Nationalhelden Rieger und Palacký, obzwar die etwas ganz anderes haben wollten als er. Wir hören nur zu oft die schönklingenden Worte des Agrariers, Seiner Majestät wirklichen geheimen Rates Prášek, der hier von dieser Stelle aus, trotzdem wir im engen Bündnis mit Deutschland sind, ruft: „Los von Deutschland!" *(Zwischenrufe.)* Es ist derselbe Prášek, Minister a. D., oder besser gesagt Minister i. P., der trotz der doppelten Pension, die er bezieht, beim Voranschlag gegen die Post stimmen wird, in der seine Pension enthalten ist. Ich sehe dort auch einen, von dem wir zu häufig und zum Überdruß anstatt Worte der Liebe, der Nächstenliebe, nichts anderes als Worte des Hasses in jeder seiner Reden hören. Man kann den betreffenden infolge der Art seines Auftretens mit Peter Arbuez vergleichen; es ist der bekannte Pater Zahradník, Pater Zahradník, der Vertreter der Religion der Liebe. *(Zahlreiche Zwischenrufe. — Abgeordneter Zahradník: Ihr seid die Religion, nicht wahr?)* Das steht fest, Pater Zahradník, daß man aus Ihren Worten eher alles andere als Liebe und Nächstenliebe, wie sie unsere Religion predigt, herausfinden kann. Sie, und leider sind es auch viele andere, haben die Nation über die Religion gestellt und Sie sind es sogar gewesen, der das Oberhaupt der Kirche hier angegriffen hat.

Meine Herren! Sie reden vom Selbstbestimmungsrecht. Schauen Sie sich draußen unsere deutschen Gemeinden an, wir haben selten bei uns eine deutsche Gemeinde, in der nicht ein tschechischer Priester ist. Denken Sie sich einen Pater Zahradník in einer deutschen Gemeinde als Priester! *(Zahlreiche, lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter **Lukſch:** Was die Überbietung im nationalen Radikalismus anbelangt, so kann man sie auch bei den tschechischen Sozialdemokraten feststellen, ob sie nun Modráček, Prokeš usw. heißen, während die deutschen Sozialdemokraten — meine Herren, verzeihen Sie, ich weiß nicht, ob das Wort „deutsche" das richtige ist, vielleicht ist es richtiger, sie „der deutschen Sprache sich bedienende Sozialdemokraten" zu nennen. *(Zahlreiche Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter **Lukſch:** Meine Herren! Die deutschsprechenden Sozialdemokraten — ich kann sie nicht anders nennen —, die sich nicht geändert haben, während sich alle andern geändert haben, fallen uns eigentlich in dem Kampf — und es ist doch ein Abwehrkampf, den wir zu führen haben — in den Rücken. *(Neuerliche lebhafte Zwischenrufe. — Großer Lärm.)* Ich bitte, Herr Präsident, ich kann in diesem Lärm nicht sprechen. *(Anhaltende lebhafte Zwischenrufe des Abgeordneten Zahradnik.)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter Zahradnik, ich bitte, nicht zu stören! *(Neuerliche anhaltende Zwischenrufe des Abgeordneten Zahradnik.)* Herr Abgeordneter Zahradnik, Sie haben nicht das Wort!

Abgeordneter **Lukſch:** Sehen Sie, meine Herren! Das ist ein Priester! *(Lebhafte langanhaltende Zwischenrufe. — Großer Lärm.)*

**Präsident:** Ich bitte, meine Herren, wenn Sie eine geordnete Verhandlung wollen, so bitte ich vor allem um Ruhe. *(Der Lärm hält unvermindert an. — Erneute Zwischenrufe des Abgeordneten Zahradnik.)* Ich bitte um Ruhe, meine Herren! Ich bitte, den Redner nicht zu stören, sonst ist er nicht imstande, seine Ausführungen zu Ende zu führen. Mit Rücksicht auf die fortwährenden Störungen muß ich ihm ohnehin diese Zeit dazu gewähren. *(Neuerliche Zwischenrufe.)*

Abgeordneter **Lukſch:** Wo ist die Redefreiheit? *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)* Ich muß schon sagen, daß unsere deutschsprechenden Sozialdemokraten eigentlich in dem Kampf — und es ist ja ein Abwehrkampf, den wir zu führen haben, nichts anderes — nur zu häufig geschlossen mit den Tschechen uns in den Rücken fallen. *(Zwischenrufe.)* Unsere Sozialdemokraten haben nicht gesehen, was alles in dem Kriege vorgegangen ist. Der Krieg ist leider spurlos an ihnen vorübergegangen. Sie haben nichts gelernt, sie haben nichts vergessen. Sie sehen nicht, wie die Sozialdemokraten nicht nur in den uns feindlichen Staaten, sondern auch die anderen Sozialdemokraten hier im Hause ihr internationales Programm schon längst über den Haufen geworfen haben. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Ich bitte, meine Herren, den Redner nicht zu stören. Den Herrn Redner mache ich darauf aufmerksam, daß seine Zeit Plus 10 Minuten schon um ist. Ich bitte ihn, zum Schlusse zu kommen.

Abgeordneter **Lukſch** *(fortfahrend):* Meine Herren! Wenn ich auf die Sozialdemokraten zu sprechen gekommen bin, so verweise ich nur auf den ehemaligen Führer der Sozialdemokraten Daszyński. Seinerzeit, wenn er hier aufgestanden ist, da haben die Schlachzizen — er hat sie so genannt — gezittert. Heute ist er ihr Obmann geworden und ich weiß nicht, wer darum mehr zu beneiden ist, der Daszyński oder der Polenklub. Er hat sich ganz gut in diese Rolle hineingefunden, und eigentlich ist das Anpassungsvermögen an diese Rolle nicht nur zu bewundern, sondern geradezu zu beneiden. Ich verarge es ihm nicht; er ist eben heute ein Nationaler und nicht mehr ein Internationaler. *(Zwischenrufe.)* Das werden Sie doch nicht glauben, daß der Herr Abgeordnete Daszyński heute noch international ist. *(Zwischenrufe.)* Ich sage nur, beim Polenklub. *(Zwischenrufe und Lärm.)*

Meine Herren, wenn das der selige Jaworski, der ehemalige Obmann des Polenklubs, erfahren könnte, müßte er sich dreimal im Grabe umdrehen über das, was sich heute alles abspielt. *(Zwischenrufe.)* So hören Sie doch auf, das wird Ihnen doch nicht helfen. *(Lebhafte Zwischenrufe und Unterbrechungen.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren! *(Zwischenrufe.)*

Abgeordneter **Lukſch:** Nein, ich schimpfe nicht, mir fällt es nicht ein, über die Polen zu schimpfen. Ich schimpfe doch gar nicht, ich sage nur, wie sich Herr Daszyński geändert hat. Das sind keine Schimpfworte, ich stelle nur fest, was ist, aber ohne zu schimpfen. *(Zwischenrufe.)* Ich glaube, ein polnisch-nationales Lied zu kennen, welches heißt: „Polen ist noch nicht verloren!" Nun, hoffentlich geht dieses Polen unter der Führerschaft des Daszyński auch nicht verloren; ich wünsche es sehnlichst, wenn wir auch auf den Standpunkt der Sonderstellung Galiziens stehen.

Aber eines will ich insbesondere erwähnen und betonen; wenn Polen noch nicht verloren gegangen ist, so

aben Sie das nicht dem Daszyński, sondern nseren und den deutschen Truppen unter der enialen Führung Mackensens zu verdanken *(Beiall)*, den heldenmütigen Kämpfen in Galizien, wo oviel deutsches Blut geflossen und Hunderttausende uf den Schlachtfeldern gefallen sind. Anstatt Dank erden diese Helden, die deutschen Truppen, von en polnischen Führern Daszyński, Liebermann usw. beschimpft. *(Beifall und lebhafte wischenrufe.)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter Kroy, Sie aben nicht das Wort! *(Zwischenrufe und ärm.)*

Abgeordneter **Lukšch:** Wenn hier ein Abgeordneter ruft, unsere Truppen hätten recht ehabt, daß sie sich ergeben haben, dann hört überaupt alles Verhandeln mit Ihnen auf. Ja, meine erren, vor Gorlice da las man es anders. Das ort „Dank" kennen die Polen und auch die uthenen nicht, aber — ich will kein Prophet ein — daß Sie solchen Undank zeigen, daß heute er Obmann des Polenklubs unsere und die eutschen Truppen, die dieses Galizien befreit aben, auf das Erbärmlichste beschimpft, das ird sich einmal bitter an den Polen rächen. o ändern sich die Zeiten und mit ihnen die ozialdemokraten. Nur unsere Sozialdemokraten ndern sich leider nicht. *(Abgeordneter Rydlo: pricht Ihr Papa auch deutsch?)* Meine Vorfahren aren in meiner deutschen Heimatsgemeinde seit ahrhunderten ansässig und waren gute deutsche auern. Weder mein seliger Vater noch meine utter haben ein Wort tschechisch gekannt. Das ollte ich und mußte ich auf diesen dummen wischenruf sagen.

**Präsident:** Ich bitte, Herr Redner, Sie prechen jetzt bereits 3/4 Stunden. Ich bitte, zum chlusse zu kommen!

Abgeordneter **Lukšch:** Ich habe doch nicht esprochen, die andern Herren haben gesprochen. enn ich auf den Amnesticerlaß nur noch kurz zu prechen komme, der von der Regierung leider gegenezeichnet worden ist, so muß ich feststellen, daß die Regierung nicht nur ihre Zustimmung gegeben hat, aß den größten Verbrechern an diesem Staate, an eren Händen das Blut so vieler Tausender klebt, ie soviel Unglück und Unheil über diesen Staat ebracht haben, ihre Strafe nachgesehen wird, ondern daß unsere Regierung jetzt daran geht — natürlich wird sie erst warten, bis die Tschechen hr sagen, wie das gemacht wird —, daß diese Verbrecher wieder durch diese Türen hereinkommen. Ob diese Belastungsprobe, meine Herren, nicht etwa nur von uns Deutschen, sondern von jedem Menschen, der nur einen Funken Staatsgefühl hat, wird ertragen werden können, will ich dahingestellt sein lassen und ich will abwarten, was da kommen wird. *(Beifall.)*

Aber durch solche Maßnahmen, meine Herren, durch eine solche Regierungspolitik, werden jene Bestrebungen im tschechischen Volke gefördert, welche mit zum Ausbruch des Krieges geholfen haben und welche ja auch während des Krieges noch bestehen, wie ja der Herr Lišý oder wer es war, selber zugibt, der gesagt hat, es sei ganz gut, daß die Soldaten sich ergeben haben. Es ist ja unglaublich, meine Herren, daß man so etwas hier hört. Die Interpellationsbeantwortung des Herrn Ministers für Landesverteidigung zeigt uns ja klar, daß eigentlich der Krieg schon längst zu unseren Gunsten beendet wäre, wenn nicht — und das sagen hervorragende Militärpersonen — die tschechischen Truppen uns in den Rücken gefallen wären. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Herr Abgeordneter, ich bitte zu schließen.

Abgeordneter **Lukšch:** Ich bedauere sehr, daß ich mit Rücksicht auf die Aufforderung des Herrn Präsidenten schon schließen muß; ich habe gewiß keine halbe Stunde gesprochen, meine Redezeit ist mir leider durch Lärm, Zwischenrufe und Schreien verloren gegangen. Ich schließe mit den Worten: Auch bei uns wird die Geduld ausgehen, wir können das nicht länger ertragen und wir werden daher auch vor keinem Mittel zurückschrecken, um das Staatsschiff aus jener Lage zu reißen, in der es dem sicheren Untergang entgegengeht. Und sollten unsere Worte ungehört verhallen, so werden wir den Worten auch Taten folgen lassen. Ich werde trotz alledem für das Budget stimmen, nicht aber, um der Regierung das Vertrauen zu votieren, sondern um dem Staat die Mittel, die er zu seinem Weiterleben unbedingt notwendig hat, zu bewilligen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Stránský.

Abgeordneter **Dr. Stránský:** Slavná sněmovno! Mám za to, že není třeba polemisovati s panem poslancem Lukschem *(Tak jest! — Souhlas)*, nejen že není třeba, ale jest také pod důstojností českého národa *(Výborně! — Potlesk)*, aby jeho zástupcové zde s takovými pustými nadávkami pouštěli se v nějaký boj. *(Tak jest! — Potlesk.)*

Ich bin der Meinung, meine Herren, daß es unter der Würde der Vertreter der böhmischen

Nation wäre, wenn sie mit dieser Art von Redeweise im Parlament hier polemisieren wollten. *(Beifall und Händeklatschen.)* Wir sind hergekommen, um mit Männern zu kämpfen, nicht aber mit Knaben, welche mit wüsten, aus den Zeitungen herausgelesenen, mißverstandenen und noch dazu schlecht gelesenen Phrasen hier debütieren, nicht um ihr Volkstum, sondern um ihre Mandate zu stützen. *(Beifall und Händeklatschen.)* Ich werde also nicht an die Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners anknüpfen. Dagegen werde ich mir erlauben, an die Worte eines Vorredners anzuknüpfen, welcher Dienstag hier, wenn auch nur ein kurzes, aber doch ein Wort ausgesprochen hat, und zwar nicht von dieser Rednertribüne, nicht von den Bänken der Abgeordneten, sondern von der Galerie. Der Herr Präsident hat ihn wohl für unzurechnungsfähig erklärt, aber ich weiß nicht, ob ich es da, wenn ich den Inhalt dessen, was der Mann von der Galerie gerufen hat, mir vergegenwärtige, nicht mit einem Wahnsinn zu tun habe, von dem es heißt: ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode! Meine Herren! Dieser Mann hat dem Hause zugerufen... *(Abgeordneter Dr. Zahradnik: Sagen Sie, wer es war, ein Hauptmann!)* Ich weiß nicht, ob es ein Hauptmann war oder ein Oberleutnant, ich kenne den Mann nicht. Dieser Mann hat dem Parlamente zugerufen, es möge doch darüber sprechen, was das ganze Reich, was die ganze Bevölkerung heute bewegt, das ist der Friede *(Ruf: Was der Kaiser will!)*, was auch der Kaiser will und es möge sich nicht mit Lappalien abgeben. An diesen Mahnruf, meine Herren, will ich anknüpfen und ich glaube tatsächlich, daß wir uns eigentlich fragen sollten: Was tut das Parlament angesichts dessen, worunter heute die ganze Welt wie unter einem Banne steht? Denken Sie, meine Herren, daß wir es zu tun haben mit dem Tode von neun Millionen Menschen in kurzer Zeit; neun Millionen Menschen sind teilweise erschlagen, erschossen oder zu Krüppeln geschlagen worden. *(Ruf: Oder gehenkt!)* Die in Österreich nicht vom Feinde erschlagen worden sind, von denen ist ein großer Teil aufgehenkt worden. Mit dem Galgen hat man hier in einer Art und Weise gearbeitet, daß in jenem Zeitpunkte, wo wir die Bukowina wieder erobert haben, es die Krone für nötig fand, eine Weisung hinauszugeben, man möge diesmal mit dem Hinrichten nicht so voreilig sein, wie es früher der Fall war. Nicht genug daran, was die Mannschaften in der Front alles ausstehen müssen, schauen Sie sich nur an, was im Hinterlande vorgeht! Der Hunger, der leibhaftige Hunger grinst uns von allen Enden und Ecken des Reiches an, die Leute sterben hin, die Leute fallen wie die Fliegen, weil sie unterernährt sind, die Kinder und Säuglinge können nicht ernährt werden, weil es keine Milch gibt, Krankheiten verbreiten sich in einer Art und Weise, daß mich ein sachverständiger Arzt versicherte, drei Generationen wenigstens sind in Gefahr, uns verloren zu werden.

Meine Herren! Zu dem allen gesellt sich noch die Not, die Not nicht nur in der Ernährung, sondern auch in der Bekleidung, die Not an Kohle. Der Winter, wahrscheinlich ein strenger Winter, steht vor der Tür. Und angesichts solcher Zustände, angesichts dieses großartigen Elends, angesichts der Verwilderung der Jugend, mit der wir es zu tun haben, angesichts der aufsteigenden Mortalität und der sinkenden Nativität, angesichts der großen Milliardenschulden, die wenigstens, wenn der Krieg noch zwei Jahre dauern sollte — und er wird wahrscheinlich noch zwei Jahre dauern, wenn wir nichts dazu tun werden, um den Frieden herzustellen —, 100 Milliarden erreichen werden, können wir sagen, es werde kein Österreich geben. Wenn es 100 Milliarden Schulden geben wird, dann ist es nicht nötig, daß der Feind das Reich zerstückelt. Dieses Elend wird hinreichen, um das Reich zu zerstückeln. Meine Herren! Angesichts dieser Umstände, angesichts dieses Elends muß man sich doch fragen: Was geschieht von seiten jener Elemente, in deren Hände die Völker der Monarchie ihr Schicksal gelegt haben? Was geschieht seitens der Regierungen, was geschieht seitens des Parlaments, um den notwendigen Frieden herzustellen? Denn, wenn es uns nicht gelingt, in nächster Zeit und in Bälde den Frieden zu sichern, dann ist es absolut ausgeschlossen, daß dieses Reich und seine Bevölkerung noch gerettet werden kann.

Was geschieht, meine Herren? Wir haben in der letzten Zeit von einem maßgebenden Faktor im Reiche, von jenem Herrn, der heute die äußere Politik verwaltet und uns vor aller Welt zu vertreten hat, wir haben vom Minister des Äußern Grafen Czernin eine Rede gehört, die er in Budapest am 2. Oktober bei einem Diner gehalten hat. In dieser Rede hat der Herr Minister unter anderem gesagt *(liest)*:

„Die Millionen, welche kämpfen, einerlei ob im Schützengraben oder im Hinterlande, wollen wissen, warum und wofür sie kämpfen, sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, warum der Friede, den die ganze Welt erwünscht, noch nicht eingetreten ist."

In diesen Worten liegt eine tiefe, große Wahrheit. Ja, unsere Armeen wollen wissen, warum und wofür sie kämpfen. Das gesteht und gibt der Minister selbst zu. *(Zwischenrufe.)* Er sagt damit indirekt, er gibt damit indirekt zu, daß dieser Krieg keinen Grund, daß dieser Krieg keine Ursache habe. Und wir fügen noch hinzu: Er hat nicht bloß jetzt keinen Grund und keine Ursache, er hat dieser

Grund und diese Ursache auch nie gehabt. *(Beifall.)*

Und doch, meine Herren, müssen wir uns fragen, wieso wir eigentlich in dieses unsagbare Elend geraten sind. Wer hat uns hineingebracht? Es hat uns hineingebracht die unselige Sehnsucht gewisser Kreise, deren Vertreter, Herr Lukſch, hier eben vor mir gesprochen hat, die unselige Sehnsucht, die Vorherrschaft des Deutschtums in diesem Reiche zu erhalten. Wäre nicht dieser Kampf nach der Vorherrschaft des Deutschtums im Reiche, dann bin ich fest überzeugt, wäre es nicht zu dem Konflikt mit Serbien gekommen. Denn, wenn Sie, meine Herren, heute sich der Mühe unterziehen und die zwei Noten vom Juli des Jahres 1914 vergleichen, welche zwischen Österreich und Serbien gewechselt wurden, so werden Sie daraus ersehen, daß Serbien damals bereit war, uns jedwede Satisfaktion für das zu geben, was in Sarajewo geschehen ist. Aber unser Auswärtiges Amt unter der Leitung des Grafen Berchtold hat darauf bestanden und hat gemeint, darauf bestehen zu müssen, daß Serbien unter anderem auch zustimmt, daß die Monarchie bei der Untersuchung gegen die Schuldigen durch ihre Behörden im Lande Serbien mitinterveniert. Diese bloße Kleinigkeit wollte Serbien nicht konzedieren, alles andere hat es uns konzediert. Es hat uns konzediert, daß es den sogenannten Sühneartikel in der Amtszeitung veröffentlichen wird, es hat konzediert, daß es die Odbrana auflösen will, es hat alles Mögliche tun wollen, nur diese einzige Bedingung wollte es nicht akzeptieren, weil sie mit der Souveränität des serbischen Staates unvereinbar war. *(Abgeordneter Kuranda: Und das wollte Serbien auch konzedieren, aber Rußland und England haben es verhindert!)* Damals war von Rußland und England noch keine Rede. *(Abgeordneter Kuranda: Am 28. Juli!)* Fälschen Sie nicht die Geschichte, die Geschichte läßt sich nicht fälschen.

Weil man also auf diese einzige Bedingung in Serbien nicht eingegangen ist, mußte dieses unsagbare Elend über Österreich, über ganz Europa, heute kann man sagen, über die ganze Welt kommen. Und um so trauriger ist es, wenn wir heute konstatieren müssen, daß derselbe Mann, welcher durch seine Ungeschicklichkeit damals den Krieg verschuldet hat, daß derselbe Graf Berchtold in der nächsten Nähe der Krone sich befindet. Der Träger der Krone ist heute gewiß nicht verantwortlich für diesen Krieg, weil er ihn nicht begonnen, nicht erklärt hat, aber wenn in seiner nächsten Nähe solche Männer sind, die ein derartig schweres Verschulden an dem Unglück der österreichischen Völker trifft, dann läuft man Gefahr, daß die Krone schlecht informiert wird über den Zustand, wie er tatsächlich in der Bevölkerung ist.

Nun, meine Herren, das steht einmal fest und alle Welt weiß es bei uns, daß wir um jeden Preis den Frieden zu erzielen trachten müssen. Und wenn der Krieg nicht unter anderem aus dem ganzen öffentlichen Leben ein großes verlogenes und lügnerisches Lager gemacht hätte, dann wäre davon auch jeder überzeugt. Denn mit wem Sie auch sprechen, auch mit Abgeordneten deutscher Zunge, welche hier von den großen Zielen sprechen und nichts von einem Frieden wissen wollen, solange jenen nicht der Sieg erkämpft ist, auch diese Abgeordneten werden Ihnen im Privatgespräche zugeben, daß alles schlecht steht und daß es notwendig ist, den Frieden herzustellen. Unsere Zeitungen, die da von Begeisterung unserer Soldaten und unserer Armeen schreiben, die wissen ganz gut, daß heute niemand mehr für diesen Krieg begeistert ist. *(So ist es!)* Und aus den Worten des Ministers, die ich eben zitiert habe, geht ja am besten hervor, daß von einer Begeisterung doch dort nicht die Rede sein kann, wo der Soldat nicht mehr weiß — wie der Minister sagt — warum er kämpfen soll, warum er sich in diesem Kriege befindet. *(Sehr richtig!)* Man komme uns also nicht mit dieser Lüge von einer Begeisterung, man spreche nicht davon, man schreibe nicht darüber und die Wahrheit wird hervorkommen. Und wenn die Wahrheit hervorkommen wird und wenn sie die Gemüter der ganzen Bevölkerung beherrschen wird, dann bin ich überzeugt, daß die Parlamente der einzelnen Staaten selbst die Unterhandlungen über den Frieden in die Hand nehmen müssen. Und ich versichere Sie, solange dieser Friede nicht von Volk zu Volk wird hergestellt werden, solange wird er nicht hergestellt werden, sondern man wird den Krieg solange fortsetzen, bis tatsächlich nicht bloß unsere materiellen, nicht bloß unsere ideellen Güter vernichtet sind, sondern bis wir auch seelisch, physisch und wirtschaftlich so heruntergekommen sein werden, daß wir jahrzehntelang, wenn nicht noch länger, eine Gesellschaft von Bettelvölkern repräsentieren werden. *(Zwischenrufe.)*

Was hat der Graf Czernin, unser Repräsentant, in dieser Frage eigentlich getan? Er hat in jener Rede, von der ich Ihnen einen Satz bereits zitiert habe, versucht, die Bedingungen aufzustellen, unter welchen der Friede herzustellen wäre. Aber ich muß von vornherein erwähnen, teils sind diese sogenannten Bedingungen keine Friedensbedingungen, wie ich mir darzutun erlauben werde, teils sind sie unzureichend, erschöpfen sie nicht die Umstände, unter welchen tatsächlich der Friede gestiftet werden könnte.

Graf Czernin sagt, er wünsche den Verständigungsfrieden. Meine Herren, diesem Worte werden Sie heute sehr oft in den Zeitungen begegnen, aber ich kann mir nicht helfen, ich muß

doch sagen, der Ausdruck ist nichts anderes als eine typische deutsche Phrase. Was ist das: „Verständigungsfrieden?" Wenn sich Graf Czernin mit dem feindlichen Auslande verständigen könnte, dann hätte er schon den Frieden, und wenn er den Frieden hätte, brauchte er sich nicht zu verständigen. Er wollte wahrscheinlich etwas anderes sagen. Darauf werde ich noch zurückkommen. Aber er sagt dann, es sei nötig, erstens der Aufbau einer neuen Weltordnung, Verzicht auf militärische Rüstungen, Einsetzung von Schiedsgerichten; die Kriege müssen als Mittel der Politik bekämpft werden, also eine vollständige internationale Weltabrüstung.

Meine Herren! Das sind keine Friedensbedingungen, das ist nur die Bezeichnung jenes Zustandes, der nach geschlossenem Frieden Ruhe und Frieden den Völkern erhalten und sichern soll. Aber das sind noch keine Bedingungen, mit denen man unsere Feinde an den Konferenztisch bringen wird, denn sie sprechen von ganz anderen Bedingungen und mit diesen sollte sich Graf Czernin befassen, wenn er schon öffentlich über die Sache spricht, wenn dies auch nicht in den Delegationen, wo er eigentlich verantwortlich sprechen sollte, sondern bei irgend einem Diner geschehen ist. Er sollte sich ernstlich mit jenen Momenten befassen, die tatsächlich als Friedensbedingungen nicht bloß bezeichnet und angesehen werden können, sondern auch als solche gelten. Und da muß ich bemerken, wenn er diese von mir vorgelesenen Momente als Friedensbedingungen bezeichnet, tut er nicht recht daran und er ist nicht sehr bescheiden, wenn er sie als eigene Gedanken hinstellt, denn das ist alles made in America, das ist amerikanische Arbeit, das sind jene Ideen, mit denen Wilson operiert hat, nicht als er uns den Krieg erklärt hatte, sondern als Amerika mit uns noch im tiefsten Frieden lebte.

Was nun die tatsächlichen Friedensbedingungen anbelangt, so gebe ich zu, daß Graf Czernin zwei von ihnen berührt hat. Er sprach von einem Verzicht auf Gebietszuwachs. Und deshalb meine ich auch — und damit komme ich wieder zum Begriff „Verständigungsfrieden" —, daß er eigentlich damit sagen wollte, er sei bereit, einen Verzichtfrieden zu schließen. Gut, er verzichtet auf Gebietszuwachs. Darin findet er gewiß die Zustimmung der österreichischen Völker, zumindest derjenigen, die für Gerechtigkeit und Moral in der Politik Sinn haben. Ich bin überzeugt, daß der Abgeordnete Lukšch nicht bereit sein wird, zu verzichten. Zweitens erklärt er auch, er verzichte auf Entschädigungen. Auch darin stimmt gewiß das Parlament in Österreich mit ihm überein.

Aber, meine Herren, Graf Czernin ist einer dritten Bedingung ausgewichen, welche eine große Rolle in diesem Kampf spielt, der sich zwischen den einzelnen Staaten Europas und Amerikas entwickelt hat. Graf Czernin hat absichtlich verschwiegen — oder er hat, wie ich Ihnen klarlegen werde, die Sache sogar ein wenig retouchiert —, daß die Entente auch einen Verzicht auf jedwede Fremdherrschaft verlangt. Das ist aber ein sehr wichtiger Punkt, unter welchem der Friede geschlossen werden kann. Graf Czernin hat gesagt *(liest)*: „Was haben wir nicht schon alles gehört in diesen Kriegsjahren! Wir haben gehört, daß Deutschland vernichtet und die Monarchie zerstückelt werden muß. Dann gab man es billiger. Man wollte sich damit begnügen, unsere internen Verhältnisse umzugestalten. Jetzt scheinen sich unsere Gegner in einer dritten Phase zu befinden, indem sie weder unserer Existenz noch unser staatliches Selbstbestimmungsrecht als Bedingungen verlangen, sondern mehr oder weniger große Grenzrektifikationen fordern."

Meine Herren! Hier ist eine ganz kleine Eskamotage vorhanden, die einem durch politische Erfahrungen geschärften Auge nicht entgehen kann. Graf Czernin sagt, daß die Entente früher unsere internen Verhältnisse umzugestalten versucht hat. Jetzt scheint sie es nicht mehr zu tun, will er sagen. Das ist nicht wahr. Die Welt besteht darauf. Denn die Welt will nicht bloß einen Weltfrieden stiften, sondern sie will einen Völkerfrieden *(lebhafter Beifall)*, weil sie davon überzeugt ist, daß der Weg zu dem Weltfrieden nur über den Völkerfrieden führt und daß es keinen Weltfrieden geben wird, solange es nicht einen definitiven Völkerfrieden gibt. Das ist also nicht ein Losungswort, von dem man mir sagen kann, ich habe es aus dem feindlichen Auslande geholt, denn dies ist schon vor dem Kriege geschehen. Wenn nun Wilson vor dem Kriege diese Idee der zukünftigen Gestaltung der Welt vorangestellt hat, wollen wir uns fragen, wie eigentlich Graf Czernin dieser Idee entgegenkommt. Meine Herren! Auf die unsinnigste Art und Weise der Welt, denn er errichtet im Bunde mit Deutschland ein selbständiges polnisches Königreich in Durchführung der Idee, daß die Polen selbständig und befreit werden müssen. Wo bleibt da jedwede Logik, wenn nur die russischen Polen befreit werden sollen. Warum nicht auch die österreichischen und die preußischen Polen? Warum hat man nicht den Mut, alle Polen, die notabene in einem zusammenhängenden, durch keine Nation geteilten Gebiete wohnen, zu vereinigen, wenn man die Richtigkeit dieser Idee anerkennt, warum sollen nicht alle Polen befreit, warum sollen nicht alle Polen in einem einzigen Königreich vereinigt werden? Ich ließe mich gerne von dem Grafen Czernin belehren, wenn er die Gefälligkeit hätte, uns sagen zu wollen, warum er gerade nur für die Befreiung der russischen Polen ist. Man wird vielleicht einwenden, daß die österreichischen und die preußischen Polen einer Befreiung

ht bedürftig sind, weil sie alle möglichen Frei-
ten haben. Nun, meine Herren, ich weiß nicht,
unsere Polen dies unterschreiben würden. Aber
nn auch unsere Polen sagen würden, es sei ihnen
ser gegangen als den Polen in Rußland, von
preußischen Polen bin ich fest überzeugt, daß
in nationaler und politischer Beziehung im
hren Sinne des Wortes ein geknechtetes, ein
erdrücktes Volk sind. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Wenn aber Graf Czernin — ich möchte
en — mit der Anschneidung dieser Idee, daß die
mdherrschaft über die Völker aufhören muß, beginnt,
rum bleibt er nur bei der polnischen Frage stehen?
t denn die böhmische Frage, hat denn die südslawische
ge in Österreich nicht dieselbe Bedeutung? Ist sie
t vom gleichen Range, ist sie nicht gleichartig und
sie nicht tatsächlich für die Existenz der Monarchie
n so große Bedeutung wie die polnische Frage?
wiß, meine Herren! Man kann also nicht bei
Lösung der polnischen Frage stehen bleiben,
nders wenn man prinzipiell auf dem Stand-
kte steht, daß man zur Befreiung der einzelnen
lker schreiten muß, sondern man muß sich auch
der böhmischen und südslawischen Frage be-
en. Die Gründe welche Europa und Amerika
mmen, welche die Welt in Wahrung der Inter-
n der Freiheit der einzelnen Völker gebraucht,
moralischer und politischer Natur. Moralischer
tur deshalb, weil es tatsächlich in unserem vor-
hrittenen Zeitalter nicht angeht, daß ein Volk
andere beherrscht, knechtet, aussaugt, ausplündert
ausbeutet. Politischer Natur deshalb, weil der
nkheitserreger in Europa eben der Umstand ist,
Deutschland — nicht weil es selbst eine
ße Macht ist, denn Europa würde ja ein
kes Deutschland vertragen, aber die europäische
he- verträgt nicht zwei starke deutsche Reiche
eneinander, die von einer Stadt, von Berlin
, regiert werden würden — über alle militäri-
n, wirtschaftlichen und menschlichen Mittel in
erreich verfügt und disponiert und somit zu einem
altigen allzustarken Reiche wird.

Wenn uns eingewendet wird, und es ist auch
ächlich seitens der linken Seite dieses Hauses
geschehen, daß doch England, Frankreich und
erika nicht so naiv sind, um bloß für unsere
iheit, für die Freiheit des polnischen, böhmischen
r südslawischen Volkes, der Serben oder Kroaten
en solchen Krieg bestehen zu wollen, so sage ich,
t bloß vielleicht um unserer freien Augen wegen
d dieser Krieg geführt, sondern auch aus politi-
n Gründen, weil die Welt darin, daß Österreich
selbständiges, von Deutschland unabhängiges
ch wäre, eine Garantie finden würde, daß sie
t von Berlin aus beherrscht wird. *(Zustimmung.)*
sselbe gilt auch selbstverständlich über die Frei-
t der Ruthenen, die dieser Freiheit in gleicher
Weise würdig sind und sie für ihre Existenz gerade
so benötigen wie die Polen, das böhmische Volk
und die Südslawen.

Graf Czernin scheint hierin eine Einbuße
der staatlichen Selbständigkeit zu erblicken, daß diese
Fragen durch eine internationale Intervention ihrer
Lösung zugeführt werden. Das scheint ihm für die
Selbständigkeit der Monarchie gefährlich zu sein.
Aber, wie gesagt, dort, wo es sich um den Welt-
frieden handelt, müssen derartige Bedenken beiseite
treten. Übrigens hat er ja selbst an einer Stelle
seiner Rede gesagt: Jeder Staat wird etwas von
seiner Selbständigkeit aufgeben müssen, um den
Weltfrieden zu sichern. Wenn also Graf Czernin
selbst zugibt, daß jeder Staat wird etwas von
seiner Selbständigkeit aufgeben müssen um den Welt-
frieden zu sichern, so ist es für Österreich eben diese
Selbständigkeit in der Bestimmung dessen, was in
Zukunft hier zu geschehen hat. Übrigens, wie gesagt,
es steht nicht nur Österreich frei, sondern die
Monarchie hätte es längst tun sollen, und wenn sie
es bis jetzt nicht getan hat, so hat sie noch Zeit
es zu tun, ihre Verhältnisse so zu ordnen, daß in
Zukunft nicht mehr von freien und unfreien Völkern
in diesem Reiche die Rede sein könnte. *(Bravo! Bravo!)*

Man hat erst vor einer Weile hier gesagt, das
Bündnis mit Deutschland sei unzerreißbar. Meine
Herren, es gibt nichts auf der Welt, sage ich,
was unzerreißbar wäre. Und selbst wenn dieses
Bündnis noch so fest gewesen wäre, es treten
Umstände ein, die ein weiteres Zusammengehen
nicht mehr möglich machen, weil es sich dann nicht
bloß um die Politik handelt, sondern um das nackte
Leben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Es
geht nicht bloß um das nackte Leben der Völker,
das nackte Leben der Individuen und der Menschen,
sondern es geht um das nackte Leben dieses
Reiches und der Monarchie, es geht um ihre
höchsten Interessen, und wenn es sich darum
handelt, dann darf man nicht von unzerreißbaren
Banden sprechen, abgesehen davon, daß Deutschland
tatsächlich spezielle Probleme hat, die uns nicht
interessieren können.

Ich will diese Frage nicht weiter erörtern,
aber Sie wissen, daß heute die Friedensfrage dar-
auf zugespitzt ist, ob Elsaß oder Lothringen, welche
im Jahre 1871 annektiert wurden, an Frankreich
zurückgestellt werden sollen oder nicht. Deutschland
sagt nein.

Vizepräsident **Simionovici** *(unterbrechend)*: Ihre Redezeit ist abgelaufen. *(Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe.)*

Abgeordneter Dr. **Stránský** *(fortfahrend)*: Ich kann hier nur, ohne in die Behandlung

dieser Frage einzugehen, erklären, daß das böhmische Volk, welches doch auch ein Faktor in diesem Kriege ist, kein Interesse daran hat, daß eine Provinz, die 1871 von Deutschland annektiert wurde, auch weiterhin dessen Bestandteil verbleibt. Und wir sehen nicht ein, warum wir wegen der Reichslande Elsaß und Lothringen uns und unsere Zukunft, unsere Nachkommen, unsere Jugend und unser Alter, alles, was wir sind und was wir haben, weiter vernichten lassen sollen.

Der zweite Faktor, meine Herren, welcher auf den Frieden hinarbeiten sollte, ist der Ministerpräsident, das ist der Repräsentant der inneren Regierung. Nun, meine Herren, der Herr Ministerpräsident hat uns sein Programm entwickelt, welches unter anderem darin besteht, daß die staatsgrundgesetzlich gewährleistete Gleichberechtigung aller Nationalitäten auf Grundlage nationaler Autonomie unter Wahrung der Staatseinheit durchgeführt werden soll. Wenn ein österreichischer Ministerpräsident von staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechten spricht, dann, meine Herren, lacht die ganze Welt. *(Zustimmung.)* Wenn uns österreichische Ministerpräsidenten, wie nachgewiesen wurde, die § 14-Verordnungen, welche im Jahre 1914 nur auf dem Wege des krassesten Verfassungsbruches und verbrecherischen Vorgehens gegen die Verfassung zustande gekommen sind, regierten, so wissen wir davon ein anderes Lied zu singen, was bei uns unter staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechten verstanden wird. Und wenn der Herr Ministerpräsident davon spricht, daß er durchsetzen will die Gleichberechtigung der Nationalitäten, dann soll er sich nur umschauen in seinem eigenen Kabinett. Er hat es nicht für wert gefunden, unter diesen Beamten, aus denen er die Minister gemacht hat, und an deren Spitze er selbst als Beamter gestellt wurde, der Gleichberechtigung mindestens so weit aufzuhelfen, daß er auch nur einen einzigen böhmischen Beamten in dieses Kabinett hineingesetzt hätte. Dieser Mann, welcher, ich möchte sagen, eine deutsche Regierung für Österreich eingesetzt hat und führt, dieser Mann kommt uns mit der lächerlichen Zumutung, daß wir Glauben schenken sollen seinen Worten, er wolle die Staatsgrundgesetze hier zur Geltung und zur Achtung bringen. *(Zustimmung.)*

Er soll nach Mähren kommen und ich frage ihn, was er dagegen getan hat, welche Hilfe er dafür geschaffen hat, daß eine Bevölkerung, welche eine Dreiviertelmajorität über eine Einviertelmajorität in einem Lande besitzt, keine einzige Spitze der Ämter in ihrer Hand hat, daß der Statthalter, der Präsident des Oberlandesgerichtes, der Präsident der Postdirektion, der Präsident der Finanzlandesdirektion, der Präsident der Polizeidirektion, ja sogar der Bischof, alle diese Ämter in deutschen Händen sind. Und da will man von Gleichberechtigung sprechen. *(Vizepräsident Simionovici gibt das Glockenzeichen.)* Gleich, Herr Präsident, mei Vorredner hat dreiviertel Stunden gesprochen.

Meine Herren! Der Herr Ministerpräsident so nach Brünn kommen und dort die Gleichberech tigung anschauen. Wissen Sie, meine Herren, wie de deutsche Gemeinderat unter der Patronanz de Statthalters heuer den Schulkinderfang bei de Einschreibung in die böhmischen Schulen betriebe hat? Dadurch, daß man den armen Frauen, wen sie allein zu Hause waren, weil ihre Männer in Feld eingerückt waren, angedroht hat, man werd ihnen die Unterstützung nehmen, man werde si elend zugrunde gehen und umkommen lassen, wen sie nicht ihre Kinder in deutsche Schulen eintrage lassen.

So wird der böhmische Mensch, der heute i der Front für dieses Reich und für die Monarchi sein Leben aufs Spiel setzt, zu Hause noch um di Sprache seines Kindes beraubt und seiner Fra wird gedroht, daß ihr die Unterstützung entzoge werden wird, wenn sie sich ihr Kind nicht i nationaler Beziehung für die deutsche Schul requirieren läßt. *(Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Man mutet uns zu, wir solle uns zum Reich bekennen, wir sollen Patrioten sein zu einem Reich, in dessen Hauptstadt wir nic einmal unsere Privatvolksschule gründen und be treiben dürfen, wo 400.000 Angehörige unsere Nationalität sind. Zu einem solchen Reiche, meine Herren, haben wir keine Liebe, vor einer solche Regierung haben wir keine Achtung, wir wolle von ihnen nichts wissen! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, daß zur Durchführung des Grundgedankens seines Pro gramms bereits die Leitsätze ausgearbeitet hab diese Leitsätze hätten bereits die Zustimmung de definitiven Kabinetts; sie bestehen hauptsächlich der Ausarbeitung der Kreiseinteilung. *(Heiterkeit*

Meine Herren! Die Zustimmung des Kabinett die hat er schon, es fehlt nur noch die Zustimmun der beiden Völker. Ich glaube auch, er bekom zur Kreiseinteilung die Zustimmung der deutsch Abgeordneten, aber es müssen doch zu diesem Ve trage zwei sein, wie zu jedem Vertrage mindeste zwei sein müssen, und wir sind da nicht zu hab und ich bin fest überzeugt, wenn ich den Her Ministerpräsidenten nur fragen würde, wie er si bei der Kreiseinteilung in Böhmen den Schutz d Minoritäten vorstellt, so wird er mir keine Antwo zu geben imstande sein, weil er einfach d Sache nicht versteht, denn er hat diesen Kam nicht durchgemacht, wie wir ihn durchgemacht hab und er kennt auch diese Sachen nicht.

Vizepräsident **Simionovici** *(gibt das Glocken-chen).*

Abgeordneter Dr. **Stránský:** Gleich, gleich, rr Präsident! Er hat sich auf den Standpunkt tellt . . .

Vizepräsident **Simionovici:** Ich bedauere, sehr es mir leid tut, muß ich den Herrn Redner rauf aufmerksam machen, daß, wenn er nicht ließt, ich ihm das Wort entziehen müßte. *(Zahl-che Zwischenrufe.)*

Abgeordneter Dr. **Stránský** *(fortfahrend):* as den Dualismus anbelangt, so erklärte der rr Ministerpräsident, daß er unentwegt und un-chüttert auf dem Boden des Dualismus stehe. n, meine Herren, erkläre ich namens der hmischen Abgeordneten, daß die Rechte der nder der böhmischen Krone auf den eigenen veränen Staat nicht schwächer sind als die Rechte Magyaren auf ihren Staat. *(Lebhafter Beifall Händeklatschen.)* Niemals, niemals seit dem stande dieses Reiches mit uns, seit 1526, mals haben wir die Parität mit der ungarischen one aufgegeben; niemals haben wir uns der chte auf die Selbständigkeit und auf die uveränität des böhmischen Volkes begeben, mand kann uns nachweisen, daß wir dies je an hätten, niemand kann das auch nur behaupten d der Herr Ministerpräsident scheint die Geschichte s Reiches, welches er heute leiten soll, sehr echt studiert zu haben, wenn er nicht einmal ß, daß, ebenso wie die Rechte der ungarischen one ihm geheiligt sind, auch die Rechte der hmischen Krone ihm geheiligt sein und bleiben ssen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen).*

Graf Czernin sagte zum Schlusse seiner in dapest gehaltenen Rede, daß sein friedfertiges ogramm nicht für ewige Zeiten gelte und daß wir wungen sein werden, unser Programm zu revi-ren, wenn unsere Feinde uns zwingen, den Krieg tzusetzen.

Nun, meine Herren, ein ähnlicher Gedanke nächtigt sich unser in Anbetracht jener blöd-nigen, verstockten, geistlosen, herzlosen und ge-senlosen Art, mit der die deutsche Regierung erreichs die nationalen Willensäußerungen der erreichischen Slawen ignoriert. Die Vertreter des hmischen Volkes in diesem Hause haben die veräne Selbständigkeit des böhmischen Staates lamiert unter Anerkennung der geschichtlichen gmatischen Bande, welche diesen Staat mit der nastie verknüpfen. *(Vizepräsident Simonovici t das Glockenzeichen.)* Ich bin schon fertig, ich! –

Auch dieses Eisen, meine Herren, wäre zu schmieden, solange es heiß ist. Am allerwenigsten sollte man seine Glut durch kalte Duschen ministerieller Albernheiten löschen lassen, wenn man dieses Eisen schon durch allzulanges Zögern kühler und härter werden läßt. Die Welt, die ihren Frieden nicht nur wiedererlangen, sondern auch sichern will, fordert die Zustimmung der Völker zu der Regierungsform der Völker. Die Demokratien der Welt sind nichts weniger als monarchisch gesinnt, sie weisen moderne und nicht vermoderte Züge auf und der Zeitpunkt rückt heran, in dem es nur zu klar sein wird, daß die Monarchen ihre Sache auf Nichts gestellt haben, die diese Sache nicht auf die Zustimmung ihrer Völker gestellt haben. *(Zustimmung.)* Die rein demokratische Idee ist wenig interessiert an den historischen Verträgen eines Königreichs mit seinem Könige. Verträge altern, aber ein Volk bleibt ewig jung und wenn sich ein junges Volk zu alten Verträgen bekennt, sollte man zugreifen und nicht zögern. Hora ruit! Es liegt mir ferne, unserer Erklärung vom 30. Mai bezüglich ihres Verhältnisses zu der Dynastiefrage eine konstitutive Bedeutung unterlegen zu wollen. Aber auch dann, wenn sie bezüglich dieser Frage nichts weiter bedeuten würde, als die Anerkennung der Tatsachen, wage ich die Behauptung, daß sie einen wertvolleren Beitrag zum politischen Hausschatze der Dynastie bildet, als all die schalen und übelriechenden Loyalitätskundgebungen des deutschen Nationalverbandes, und daß es zweckmäßiger wäre, diese neue Anerkennung einer alten Tatsache rechtzeitig zu einer neuen Tatsache umzumünzen, solange wir diese Sachen noch unter uns abmachen können, als die richtige Zeit zu verpassen und den bösen Tag abzuwarten, wo das auf uns von innen und von außen einstürmende Chaos alle alten Tatsachen vertilgen und auf ihren Trümmern eine nicht umgebaute, sondern neu aufgebaute Ordnung entstehen läßt. Nicht die böhmische Nation ist es, die dabei etwas verlieren kann, sondern nur jene, denen die Herren Czernin und Seidler klug zu dienen vermeinen, wenn sie uns abweisen.

Wir werden, meine Herren, gegen das Budget stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Simionovici:** Ich erteile dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Loser, das Wort.

Abgeordneter **Loser:** Hohes Haus! Unser Obmann, Herr Landeshauptmann Hauser, hat bereits bei der ersten Lesung des Budgetprovisoriums die Stellungnahme unserer Vereinigung zu demselben dem hohen Hause bekanntgegeben. Wie wir schon zu Friedenszeiten jederzeit dem Staate dasjenige gewährten, dessen er zu seinem Haushalte

unbedingt bedarf, so tun wir das selbstverständlich bedingungslos und in bereitwilliger Weise auch in diesen schweren Zeiten. Wenn wir auch so manches anders in diesem Staate wünschen und wenn die Dinge auch vielfach durchaus nicht den Lauf nehmen, der unseren Anschauungen und Grundsätzen entspricht, so tun wir es ohne Feilschen und ohne zu handeln und am allerwenigsten ohne zu pressen. Wir würden es als ein Verbrechen am Vaterlande und seiner Bevölkerung betrachten, wollten wir in diesen schweren Zeiten demselben dasjenige vorenthalten, was es zu seinem inneren Haushalte einerseits und was es zu seiner kraftvollen Verteidigung andrerseits nach außen unbedingt bedarf. *(Zustimmung.)* Wir würden es auch als eine schwere und nicht zu verantwortende Versündigung an unserer tapferen heldenmütigen und ruhmbekränzten Armee betrachten. *(Neuerliche Zustimmung.)*

Sowohl unser Klubvorstand, der Herr Landeshauptmann Hauser, als auch verschiedene Redner unserer Partei haben im Laufe der ersten und zweiten Lesung des Budgetprovisoriums eine Reihe von Beschwerden, Wünschen und Forderungen, die in weiten Volkskreisen gehegt und gestellt werden, zur Sprache gebracht. Sie betrafen vorwiegend Ernährungsfragen, Requirierungen, sie bezogen sich vielfach auf die Heeresverwaltung, auf die Art und Weise, wie dort das Geld verwendet und zum Teil verschwendet wird *(Zustimmung)*, sie bezogen sich auf die Langsamkeit und Schwerfälligkeit der Enthebung aller jener Personen, die wir im Hinterlande zum Durchhalten so unbedingt nötig brauchen. Ich habe diesen Forderungen und Wünschen, die sich auch mit denjenigen meiner engeren Heimat Vorarlberg vollinhaltlich decken, nichts weiter beizufügen und schließe mich denselben vollinhaltlich an, mit dem Wunsche, daß die kraftvollen und entschiedenen Worte von dieser Stelle aus nicht vergeblich gesprochen worden sind.

Ich möchte mir im Anschlusse daran nur gestatten, einiges bezüglich unseres Gewerbestandes hier vorzubringen. Gewiß ist es, daß die ganze Bevölkerung, alle Stände ohne Unterschied, mit Ausnahme der Kriegsgewinner, deren Zahl eine nicht ganz geringe sein soll, schwer, unsäglich schwer unter dem gegenwärtigen Weltkriege zu leiden haben. Es kann aber ohne Übertreibung, ohne der Wahrheit irgendwie nahe zu treten, behauptet werden, daß in diesem furchtbaren Weltkriege gerade der Gewerbestand tatsächlich am allermeisten zu leiden hat. *(Rufe: Sehr richtig!)* Hunderttausende von in Friedenszeiten mühsam, mit eisernem Fleiß aufgerichtete Existenzen sind im Laufe dieser drei Jahre vollends zugrunde gerichtet worden, Tausende und Abertausende klammern sich heute noch mit eiserner Faust an ihren eigenen Herd, den sie sich und ihren Lieben geschaffen haben, um morgen oder übermorgen schonungslos und erbarmungslos in die Reihen des Proletariates hinuntergestoßen zu werden.

Wenn wir unsere Städte und Märkte durchwandern, so bietet sich uns, wenn wir die verödeten und verwaisten Werkstätten, die herabgelassenen Rolläden sehen, ein wahrhaft trauriges Bild der Zerstörung innerhalb der Reihen unserer Bevölkerung und unseres fleißigen Gewerbestandes. Tausende und Abertausende sind zu Grunde gegangen durch die Einrichtung der Zentralen, die zum Teile — ich will es durchaus nicht bestreiten — eine Notwendigkeit waren. Aber nichtsdestoweniger sind diejenigen, die durch dieselben betroffen worden sind, zu bemitleiden und zu bedauern. *(Zustimmung.)* Tausenden und Abertausenden ist es unmöglich ihr Gewerbe auszuüben, weil ihnen das nötige Rohmaterial vollständig fehlt und es niemand beschaffen kann. Ganze andere Kategorien, wie zum Beispiel das Gastgewerbe, leiden gewaltig unter den gegenwärtigen Verhältnissen und Tausende von Angehörigen Gewerbetreibender sind nicht in der Lage, das Geschäft weiter zu führen, weil der Inhaber seit Jahr und Tag im Kriegsdienste steht.

Es hat jedoch mitunter den Anschein, als ob die Steuerbehörden von diesen grundstürzenden Umwälzungen innerhalb des Gewerbestandes keine Ahnung hätten. *(Zustimmung.)* Die Steuerbögen werden nach wie vor präsentiert, mitunter nicht selten mit erhöhten Ziffern, wenngleich manche Gemeinden sich veranlaßt sehen, infolge des Notstandes im Gewerbestande die Gemeindesteuern durch Abschreibungen nachzulassen. Der Gewerbestand, stets eine verläßliche Säule und Stütze des Staates, ist tatsächlich in mehr als bedenklicher Weise ins Wanken geraten und es hat den Anschein, als ob er das Gebäude, das er durch Jahrhunderte hindurch in wahrhaft patriotischer Treue und selbstloser Hingebung getragen hat, mit selbst in den Abgrund reißen wollte. *(Zustimmung.)* Es tut daher Hilfe dringendst not.

Am 25. September d. J. hat Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hier ein reichhaltiges Programm der neuen Regierung entwickelt. Wir zweifeln nicht an dem vollen Ernste des Chefs der neuen Regierung und seiner Ministerkollegen, daß sie gewillt sind, dieses Programm durchzuführen, wir zweifeln aber, ob das Haus den Weg finden wird, dieses Programm durchzuführen oder ob es nicht vielleicht vorziehen wird, seine Zeit damit zu vertrödeln, um die amnestierten Abgeordneten zu rehabilitieren und ihnen den Weg wieder in das Parlament zu ebnen.

Wir stimmen diesem Programm zu, aber wir Gewerbetreibenden die infolge unserer Zugehörigkeit zu diesem Stande vielleicht in etwas erhöhten

Maße gewerbliche Interessen zu vertreten berufen sind, haben es in der Tat schmerzlich und peinlich empfunden, daß in dem sonst so schönen und herrlichen Blumenstrauß, den der neue Chef des Kabinetts dem Hause geboten hat, der Gewerbestand nur in versteckter Weise vorhanden war und nur so nebenher erwähnt wurde. Es ist dies, wie mir scheint, die Macht der Gewohnheit. Ich gehöre diesem Hause seit 20 Jahren an und habe immer mehr und mehr die Wahrnehmung gemacht und die Überzeugung gewonnen, daß dieser Stand sowohl seitens der jeweiligen Regierungen als seitens des Hauses selbst als Aschenbrödel behandelt worden ist. *(So ist es!)* Das wenige, was für das Gewerbe bisweilen geschaffen wurde, mußte der Regierung und dem Hause förmlich abgerungen werden. Daneben sind aber eine Reihe sozialpolitischer Gesetze geschaffen worden, deren Notwendigkeit wir uns nicht verschließen und die wir nicht verkennen, die aber vielfach und zum beträchtlichen Teile eine ganz wesentliche Belastung des kleinen und mittleren Gewerbestandes darstellen. Es sind ab und zu auch Einrichtungen geschaffen worden zum Schutze und zur Förderung des Gewerbestandes, die wir objektiverweise anerkennen. Ich erwähne das Gewerbeförderungsamt, eine vortreffliche Einrichtung mit trefflichen Männern an der Spitze, mit viel Erfahrung und erfüllt von der edlen Aufgabe, dem Gewerbestande helfen zu wollen, wenn auch vielfach unter schwierigen Verhältnissen und mit unzulänglichen Mitteln.

Es sind weiters der Gewerbebeirat des Handelsministeriums und der Gewerbeförderungsbeirat des Arbeitsministeriums geschaffen worden, zwei Körperschaften, die zielbewußt und fleißig gearbeitet haben, aber während der ganzen parlamentslosen Zeit vollständig ausgeschaltet blieben und nahezu seit vier Jahren nicht mehr einberufen wurden. Auch das ist seitens des Gewerbestandes unangenehm empfunden worden. Der Landwirtschaftsrat, der Industrierat und der Arbeitsbeirat wurden gehört und wenn verschiedene Verordnungen, die auf diese Stände vielfach Bezug hatten und einschneidende Wirkungen ausübten, erlassen wurden, wurden sie vorher mit diesen Körperschaften beraten, um die richtige Mitte zu finden. Die zahllosen Verordnungen aber, die den Gewerbestand in seinen vitalsten Interessen treffen, ihn in seiner Selbständigkeit bedroht und den Verlust derselben auch zur Folge hatten, wurden ohne Einvernehmen mit dem Gewerbestande erlassen, obwohl diese Körperschaften vorhanden sind und zu einer Tagung hätten einberufen werden können.

Die Regierung wird diesen Weg wohl allmählich verlassen und dem Gewerbestande größere Aufmerksamkeit zuwenden müssen; er will gehört und verstanden werden. Es ist Pflicht der Regierung, an den Wiederaufbau dieser Tausende und aber Tausende von zerstörten Existenzen zu denken und dieselben kräftig, materiell und finanziell zu fördern. Es sind diesbezügliche Verhandlungen bereits seit längerer Zeit gepflogen worden, und zwar auf Anregung des niederösterreichischen Landesausschusses und dessen verdienstvollen Gewerbereferenten Bielohlawek, im Einvernehmen mit dem mährischen Landesausschusse und unter Beratung der Landesausschüsse aller Kronländer, Anregungen, die darauf hinzielen, daß den zugrunde gerichteten oder ernstlich gefährdeten Gewerbetreibenden, insoweit sie vertrauenswürdig und kreditbedürftig sind, ausgiebige Kredite zur Wiedereinrichtung, zum Wiederaufbau, zur Anschaffung der notwendigen Rohmaterialien unter günstigen Bedingungen gewährt werden, auf Grundlage langfristiger Rückzahlungen und zu mäßiger Verzinsung. Diese Verhandlungen wurden zum Teil auch mit den früheren Finanzministern Marek und Spitzmüller geführt, die Regierung hat wohlwollend zugesagt, aber bis heute ist es nicht zum definitiven Abschlusse dieser Beratungen gekommen; die Regierung hat in entscheidender Weise dazu noch nicht Stellung genommen. Es ist daher wohl gerechtfertigt, einen diesbezüglichen Antrag dem Hause zu unterbreiten. Der sehr geehrte Herr Kollege Schoepfer hat bereits angekündigt, daß ich im Auftrage und namens der Christlichsozialen Vereinigung einen solchen Antrag stellen werde. Auch ein Vorredner, der nach dem Herrn Abgeordneten Schoepfer, aber vor mir zum Worte gelangte, nämlich der Herr Abgeordnete Hummer, hat bereits einen ähnlichen Antrag gestellt und eine Summe genannt, die zwar unzulänglich sein wird, aber ungefähr derjenigen entspricht, die ich als vorläufigen Betrag zu beantragen beabsichtige, die ich aber als das Mindestmaß dessen betrachte, was zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt werden soll, weil ich die volle Überzeugung habe, daß dieser Betrag, so ansehnlich er an und für sich ist, doch die gewaltigen Verheerungen, die im Gewerbestand angerichtet worden sind, nicht zu beheben vermag.

Ich stelle daher namens der Christlichsozialen Vereinigung den Antrag *(liest)*:

„Zu § 4 des in Verhandlung stehenden Gesetzantrages ist hinzuzufügen:

Die k. k. Regierung wird ermächtigt, zur Unterstützung der durch den Krieg ernstlich gefährdeten, sowie zur Wiederherstellung bereits zugrunde gegangener selbständiger kleiner Gewerbebetriebe vorläufig wenigstens 100 Millionen Kronen bereitzustellen."

Dieser Antrag, meine Herren, ist weit entfernt von aller Demagogie, er entspringt der Not der Zeit und ausschließlich sachlichen Erwägungen. *(Zustimmung.)*

Nun möchte ich anschließend, soweit die Zeit es erlaubt, noch einige Angelegenheiten berühren, die meine engere Heimat Vorarlberg betreffen. Mit lebhafter Genugtuung haben wir die Beurlaubung der in den Jahren 1865 und 1866 geborenen Landsturmpflichtigen zur Kenntnis genommen. Diese Beurlaubungen wurden auch auf die Standschützenformationen ausgedehnt, aber — was wir unangenehm empfunden haben — nicht im gleichen Zeitpunkte, sondern in einem späteren Zeitpunkt. Das wird in diesen Kreisen natürlich noch viel unangenehmer empfunden als von uns selbst und wir möchten schon wünschen, daß, wenn Landsturmpflichtigen solche begrüßungswerten Begünstigungen gewährt werden, sie allen Formationen in gleicher Weise zuteil werden.

Eine weitere Frage oder Klage ist die, daß die Standschützen zum Teil noch immer nicht einer militärärztlichen Musterung unterzogen werden. Die Standschützen zogen bekanntlich im Jahre 1915 ohne jegliche militärische Untersuchung ins Feld, obwohl darunter Leute bis zu 60 Jahren und darüber sind, von denen viele niemals beim Militär gedient haben und bei denen jeder Laie schon von Ferne sieht, daß sie den Strapazen des Feldes und der Front in keiner Weise gewachsen sind. Es hat unser Parteigenosse Kollege Noggler im Juli dieses Jahres diesbezüglich eine Anfrage an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister gerichtet, welcher dieselbe am 25. September dahin beantwortet hat, daß nach dieser Richtung die nötigen Anordnungen getroffen und Wandel geschaffen worden sei, so daß sich im Frontdienst nur Standschützen befinden, deren Frontdiensttauglichkeit festgestellt sei und es würden die Standschützen hinsichtlich ihrer Tauglichkeit und Verwendung gleich allen übrigen Wehrpflichtigen behandelt.

Wir zweifeln nicht an der Wahrheit der Worte, daß die Anordnung getroffen wurde, sie scheint aber nicht allenthalben durchgeführt worden zu sein. Es wird uns von glaubwürdiger Seite mehrfach gemeldet, daß die Angehörigen einzelner Standschützenbataillone — und ich nenne nur jenes von Bludenz in Vorarlberg — noch immer nicht der Musterung unterzogen wurden, was ich hiermit auf diesem Wege mit der Bitte um Abhilfe zur Kenntnis Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers bringe.

Eine weitere Angelegenheit, die alle Kronländer in gleich hohem Maße beschäftigt, ist die Beschaffung von Kohle, die für uns besondere Aktualität deshalb hat, weil es bei uns einer ganzen Reihe größerer Gemeinden mangels eigener Waldbestände oder Holzvorräte unmöglich ist, auch nur das notwendigste Brennmaterial zu beschaffen, so daß auch der Fortbetrieb der öffentlichen Anstalten, der Schulen usw. gefährdet erscheint, und andrerseits auch der Fortbetrieb unserer heimischen Industrie in Gefahr ist. Wir haben erfreulicherweise eine Industrie, die es in geschickter Weise verstanden hat, namentlich die Textilindustrie, inmitten des Krieges bei dem vorhandenen Mangel an Rohmaterialien sich einer neuen Produktionsform, der Papiergarnindustrie, zuzuwenden und es dadurch ermöglicht hat, Hunderte von Arbeitern zu beschäftigen. Wir würden es daher um so mehr bedauern, wenn aus Mangel an der unbedingt notwendigen Kohle hier Betriebseinstellungen und Arbeiterentlassungen stattfinden würden, weil wir schon eine beträchtliche Anzahl Arbeiter insbesondere in dem für unser Land sehr wichtigen Erwerbszweige der Stickerei haben, die sozusagen vollständig daniederliegt. Man möge in dieser Beziehung nicht vergessen, daß wir Vorarlberger in einem Grenzlande sind und daß wir nicht nur das verbündete Deutsche Reich, sondern auch die Schweiz zu unserem Nachbar haben und daß in der Schweiz nicht lauter Leute wohnen, die uns wohlgesinnt sind, sondern daß sich dort eine Unzahl von Leuten befinden, die nichts anderes tun, als die Verhältnisse über der Grenze bei uns auszuforschen und der Entente zu berichten, wie es in Österreich ausschaut, die dann ihre Schlüsse daraus zieht, und je trostloser diese Berichte aussehen, desto nachteiligere Schlüsse für das ganze Reich werden von unseren Feinden gezogen werden.

Zum Schlusse will ich eine nicht nur für Vorarlberg, sondern für die ganzen westlichen Alpenländer äußerst wichtige wirtschaftliche Angelegenheit mit ganz wenigen Worten berühren. Diese Angelegenheit betrifft die Schiffbarmachung des Oberrheins bis zum Bodensee, ein Projekt, dem eine weit größere Bedeutung zukommt, als es in fernestehenden Kreisen vielfach angenommen wird. Besonders das westliche Gebiet Österreichs ist an der Schiffbarmachung des Rheins bis zum Bodensee in hervorragender Weise interessiert. Die Schaffung dieses billigen Transportweges würde eine kraftvolle Industrialisierung des Rheintales und in der Folge auch des ganzen Westens bedeuten und eine mächtige Hebung der Landwirtschaft und die Förderung der Produktion ermöglichen. Sowohl das Deutsche Reich, besonders das Großherzogtum Baden, wie insbesondere auch die Schweiz arbeiten seit langer Zeit zielbewußt daran, dieses Projekt zur Ausführung zu bringen und dadurch eine umfassende Industrialisierung der gesamten Rheingegend zu bewerkstelligen. Die Abgeordneten Vorarlbergs haben an zuständiger Stelle vor mehr als einem Jahre dem damaligen Ministerpräsidenten und dem Ressortminister die diesbezüglichen Wünsche des Landes nachdrücklichst unterbreitet. Die Regierung hat zwar, wie es in solchen Fällen zu geschehen pflegt, damals die Förderung des Projektes wohlwollend zugesagt, ich muß aber leider konstatieren,

aß bis zum heutigen Tage seitens der Regierung n dieser Angelegenheit nichts vorgekehrt wurde. Es st eine Verhandlung mit den beteiligten Regierungen i keiner Weise gepflogen worden, obwohl Deutschand und die Schweiz bereits längst sich zustimmend n dem Projekte geäußert haben. Es ist das um so eniger verständlich, als die finanzielle Seite des Projektes für Österreich die denkbar günstigste ist on diesen drei in Betracht kommenden Staaten, ndem es sich bei uns lediglich um eine moderne aseuanlage für das österreichische Bodenseeufer andelt. Ich unterlasse es, weiter darüber zu rechen, ich möchte nur die Sache angeregt haben. s sind diesbezüglich Anträge im Hause eingebracht orden von den Abgeordneten Fink, Loser und enossen und Dr. Kinz und Genossen, welche dem asserwirtschaftsausschusse zugewiesen worden sind. ch hoffe, daß sie dort in kürzester Zeit in Verandlung genommen werden und die Regierung ufgefordert wird, daß sie sich mit Tatkraft und nergie dieser wichtigen Angelegenheit nicht nur im nteresse unseres engeren Heimatlandes Vorarlberg, ndern des ganzen Westens dieses Reiches annehmen ird. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Simionovici**: Ich erteile nun as Wort dem Herrn Abgeordneten Mašata.

Abgeordneter **Mašata**: Slavná sněmovno! ynější představitel státní správy v rakouské polovině říše, vláda pana dra. Seidlera, předložila dovému parlamentu požadavek, v podobě schválení rozpočtu na rok 1917 až 1918.

Schválení toto není ničím jiným než prohlevem důvěry lidových zástupců vůči státní správě, terá zmocňuje se, aby opatřila si a hospodařila obnosem, v rozpočtu uvedeným.

Obnos tento stanoven jest dle předlohy nančního zákona na 22.169,662.326 korun.

Závratnou tuto sumu hodlá vláda uhraditi ybíráním daní, dávek a vlastními příjmy ve výši .194,081.536 korun a zbytek ve výši 18 miliard orun hodlá si opatřiti úvěrní operací, tedy novým luhem.

Šťastné Rakousko! Jak starostlivé a pečlivé á hospodáře! Dle sdělení Jeho Excellence pana nančního ministra v tomto domě dne 26. září činěného, má Rakousko válečného dluhu již 2 miliard korun. K tomu přibude nových 8 miliard, takže dostoupí válečný dluh Rakouska umy 60 miliard korun. *(Abgeordneter Švejk: co nepřiznané obnosy?)* To je přiznaná suma, le myslím, že cifra nepřiznaná bude daleko vyšší daleko více zvýší dluh rakouské poloviny říše.

Vlády rakouské pečlivě se staraly o to, aby achránily Rakousko před hrabivou rukou nepřátel, kteří chtějí je roztrhati a sobě vzíti. Myslím, že před touto cifrou věna se zarazí a že Rakousko rozhodně chtíti nebudou.

A o tuto závratnou sumu, která zůstane ležeti na našich bedrách, na našem hospodářském životě, budeme se musiti starati sami.

Po skončení války čeká národy Rakouska velká úloha, jak unésti toto ohromné břímě, jak unésti všechny ty dalekosáhlé důsledky války, které se neúprosně dostaví.

Každý jedinec ve státě tomto žijící jest již postižen důsledky války a není divu, že obrací svou pozornost na místa, odkud se osudy jeho řídí a táže se vším právem, jak a kým postaráno jest o jeho život.

A odpověď poskytuje mu denní život. Nedostatek, bída, strádání, hlad, persekuce, chikanování, pokuty, kriminál, šibenice *(Tak jest! — Souhlas.)* — to jsou denní zjevy, to jsou životní opatření těch, kteří povoláni jsou starati se o životy jedinců, stavů a národů. — nářek, pláč, zoufalství, utrpení, nemoce, smrt — to jsou důsledky, vyplývající z jich činnosti.

A dle toho, kterému národu tito jedinci patří, jest s nimi zacházeno. Národy neněmecké, hlavně my Čechové, trpí nejvíce a řeči jich zástupci v tomto domě pronesené, při každé příležitosti nejsou ničím jiným, než žalobami na dosavadní systém, jímž ovládán byl lid, jímž ovládány byly národy, jsou varovnými výkřiky mučených duší proti bezpráví a příkoří páchanému.

Centralistický systém vládní, založený na protipřirozeném dualismu, živený německou hegemonií s jedné a maďarskou s druhé strany, udržovány neúprosným militarismem a zkostnatělým byrokratismem, to jest představitel nynější státní moci a jediný původce hrozných zjevů, které řádí v životě lidstva a národů. I já, jako zástupce vyšlý z řad trpících, připojuji se k žalobám zde proneseným, a pokud mi to vyměřený čas dovolí, poukážu na jisté zjevy, které nutí nás, abychom je se vší rozhodností potírali a příčiny jich odstraňovali, původce jich — pak stavěli před celým světem do pravého světla, aby došli náležitého posouzení a odsouzení.

Jsem přesvědčen, že jen usilovným bojem proti dosavadnímu systému možno docíliti nápravy a proto hájím zrovna tak jako ostatní kolegové moji z agrárního klubu i Českého Svazu stanovisko zásadně opoziční.

Žijeme ve velké době! Jak malichernými jsou ti, kdež pohlížejí na události, které železným krokem jdou ku předu, očima minulost. Velká jest doba nynější a dalekosáhlého ba nezměrného významu budou skutečnosti, které z ní se

zrodí. Chapali tyto skutečnosti, pochopili nynější dobu, jest býti člověkem.

Lidstvo spěje v jinou dráhu a po této dráze se musí brátí všichni národové, ne-li skutečnosti je smělou. *(Výkřiky.)* Volám-li jako poslanec, důvěrník lidu — bděme a chápejme —, poslouchám jen samovolného, vnitřního hlasu, jenž nám všem má býti společným. Pro nás Čechy jest tato doba okamžikem, kdy vstoupiti chceme do řad národů platných, národů žijících vlastní život politický i hospodářský. *(Výkřiky.)* My již promluvili!

Řeč naše byla jasná, řeč ta se nezmění, ať se stane ačkoliv.

My Češi jsme ve výhodě, že události se vyvíjející, že idee, vehementní silou propukající, nám nejsou cizími. My byli demokraty, my jsme demokraty, my jimi budeme. *(Výborně! — Potlesk.)* Právě naše odvěké cítění i v době, kdy jiní národové za platných tehdejších názorů dominovali, nás odlišovalo od okolí.

Tu hledati rozdíl mezi námi a Němci. To co Němci považovali za národní své přednosti, jich na násilí založená státotvorná činnost, německá síla a moc, bylo něčím, co nám nikdy nemohlo býti vlastním.

A jednou z největších chyb Němců bude, že oni nyní nedovedou chápati význam této veliké doby. *(Výborně! — Souhlas.)*

Neobviňujte nás z nevlastenectví, nehledejte mezi námi velezrádce, ale obviňujte sebe, že nedovedli jste se vymaniti z názorů přežilých. *(Tak jest! — Potlesk.)*

Sami budete státi v novém světě a nebudete mu rozuměti a nebudete chápáni! A to bude nejstrašnější trest, jaký může některý národ stihnouti. A obsažené v tom memento platí i pro ty, kteří stojíce v čele státního celku, přijal úkol, říditi osud říše a její národů!

Ptám-li se, mají-li oni určitý cíl, chci je upozorniti, že cíl ten jest diktován ideami, před kterými nikdo nesmí státi slep a hluch.

Lidstvo ve svém vývoji spěje nezadržitelně ku předu. Historie učí nás, že vždycky, kdykoliv dojítu mělo k určitému přerodu, k určitému ohrození lidstva, že stávalo se tak vždy jen za velikou cenu drahé lidské krve, neboť držitelé moci neradi loučili se se svým postavením, v němž nalézali ukojení svých panovačných chtíčů.

I v nynější válce, která vyžádala si již tolik drahé lidské krve, která vyčerpává národy a žene je přímo do zničení, dosavadní držitelé moci vidí všechno možné, jenom ne to, že oni jsou vlastní příčinou krvavého dramatu a že jimi ovládané lidstvo nesnese již takových vůdců, kteří proniknuli jsouce názory, jež lidstvu po míru a klidném vývoji toužícímu jsou cizími. Demokracie jest na postupu a svůj vliv na řízení vlastních osudů si za každou cenu vynutí.

A tu volám: Lidstvo chce již klid, lidstvo chce opět žíti, lidstvo nechce již hynouti! Nechť opět zázáří na horizontu slunce člověčenství, slunce hřející a životné pro všechny, kdož po něm touží — slunce míru! *(Výborně! — Souhlas.)*

Bylo by jen opakováním známých věcí, kdybych chtěl uvésti všechny ty údery, které zastihly, zejména v poslední době českou tvář. Jest známo, že slabost se vždy vybíjí v násilí a proto všechny ty útisky, persekuce přenechám konkretním případům. Kategoricky však volám, že nestrpíme již opakování takových případů.

Pryč se zbytečnou censurou *(Výkřiky)*, pryč se systematickým vyráběním velezrádců. V tomto domě v příslušném výboru bylo již náležitě posvíceno na činnost tak zvaného „Kriegsüberwachungsamtu“. To bylo ohniště, kam dodávaly potravu censury — a máme těch censur pěknou řadu, vojenskou, civilně-politickou, žurnalistickou, telegrafní, zajateckou, patravou a Bůh ví jakou ještě.

To byl černý kabinet a ten kabinet trvá. *(Tak jest! — Souhlas.)* Žádáme, aby tento úřad, o němž ani ústavní ani správní předpisy ničeho neví a jenž se neopírá o nic, než o moc a zvůli, již přestal. Ne-li, budou se jistě opakovati případy, kdy různá zatýkání, internování, vyšetřování, otvírání dopisů a podobné se dělo na pouhý pokyn tohoto strašného, nikomu nezodpovědného úřadu. *(Výkřiky.)* Kde jest usnesení sněmovního výboru a jak se to má s prohlášenou již rekonstrukcí tohoto úřadu, který ještě stále jako Kriegsüberwachungsamt v poslední době fungoval.

Z činnosti tohoto, pro věčné časy černým písmem v historii českého lidu zapsaného úřadu mohl bych mnohé a mnohé obrázky předložiti, učiním však tak v pádu potřeby.

Jedno však prohlašuji, že nás běsnění jeho nezničí, jako nás nezničí běsnění pánů radikálů německých, jimž chci také malou pozornost věnovati. Radikálové němečtí opouštějí rakouský plán a přejímají úkol, býti úplně angažovanými předbojníky říšských Všeněmců. Poslední politický zjev v německém souručenství není daleko vzdálen od tohoto úkolu jejich. Do jaké míry i jiní faktorové v tom mají ruce, nemohu a nechci se blíže rozšiřovati. Přijali-li němečtí radikálové za svůj úkol, jednati v intencích Všeněmců, zapomínají,

že vědomě či nevědomě pracovati budou v neprospěch německého národa a jejich jednání stane se dvojnásobnou vinou, jestliže snad dokonce chtějí býti elementem, který přijal úkol, směřující proti myšlení a smýšlení většiny národů rakouských a s důrazem i nutno podotknouti i většiny národa německého a chtějí snad v důsledcích své nešťastné politiky opustiti skutečný základ politického útvaru této říše. *(Tak jest!)* Skutečnost — a opakuji s důrazem — skutečnost proniká již na všech stranách. I toto forum veřejnosti — parlament, na jehož složení bylo a jest stále viděti, s jakými obtížemi musí pravda skutečnosti bojovati — došlo konečně té mety, že jeví se pravým obrazem cítění ve velké době.

A jestliže politika radikálů německých s panem Wolfem v čele směřuje i proti tomuto foru, jest to jen pro nás velikým zadostučiněním, poněvadž z těch, kteří neustále tvrdili, že jsou největšími přáteli této říše, stávají se největší škůdcové a ohrožovatelé jedině možného vybřednutí z katastrofální situace. *(Souhlas.)* Budeme míti ještě příležitost, ukázati na různé zjevy, které budou jasně ilustrovati politiku pánů radikálů německých a neopomeneme v pravý čas tyto zjevy a jejich cíle veřejně přibiti. *(Tak jest!)*

My nemáme však ani vůle, ani chuti žíti pod komandem pánů radikálů německých, tím méně pod komandem Berlína. Jsem přesvědčen, že jen to špatné se u nás v Rakousku kopíruje a že přináší obyvatelstvu našemu jen bezmezné škody.

Vezme ku příkladu hospodářské zjevy. Vezmeme politiku zásobovací.

Systém politiky zásobovací jest plagiatem politiky zásobovací z Berlína, jenže s tím rozdílem, že pro nás se naprosto nehodí.

Zavedení lístkového systému dalo nám sice lístky na vše možné, ale bohužel nedocílilo se toho, aby nastavilo zásoby, které se nám nedostávaly a tak máme dnes chlebenky, čukrenky, tučenky, uhlenky, masenky, mýdlenky, svíčenky, kávenky, šatenky, botenky *(Abgeordneter Zahradnik: A teď přijdou ještě všivenky!)* a kdož ví jaké ještě, ale chléb, cukr, tuk, uhlí, maso, mýdlo, káva, svíčky, šaty, boty není možno na ně dostati.

Zástupy ve frontách před krámy, mařící drahý čas a zdraví, zástupy těch, kteří vypravují se denně na venkov za aprovisací, dokazují, že měla se státní správa, když již vzala vyživování obyvatelstva do rukou, postarati se napřed o zásoby a pak teprve starati se o lístky.

Nikdy snad zkostnatělnost a neschopnost byrokratického regimu nevynikla tak markantně jako v otázce zásobovací.

Nedbala hlasů odborníků ani odborných korporací a zařídila se čistě po rakouském způsobu. Autokraticky způsobem nařizovacím za pomoci umělé a falešné statistiky (určené snad za hranice) prováděla tuto akci, na místě, co měla zavolati skutečnou vědu a odborníky a dbáti jich rad a pokynů.

Na místě toho zřídila řadu centrál, které jsouce ovládány neodborníky staly se postrachem veřejného zásobování a hospodářského života vůbec.

Tyto centrály nadány byly rekvisičním právem a my všichni, kteří jsme byli a jsme svědky rekvisičního hospodářství, musíme doznati, že jest to v pravém slova smyslu loupež, která se provádí pro patronancí státní správy *(Slyšte!)*, neboť béře rodinám prostředky k nejnutnějšímu živobytí potřebné. Vezmeme ku příkladu rekvisice obilí, brambor, tuku, sena, slámy a dobytka.

Rekvisice tyto provádí se při tak zvaných přebytcích. Samozásobiteli má se ponechati, co nevyhnutelně potřebuje pro svou rodinu a své hospodářství dle stanovené kvoty. Znáte všichni tuto kvotu spotřební u nás v Rakousku, tento výplod fantasie chorobného mozku, podle které není možno naprosto žíti a dle níž jistě nežijí páni ministři a páni z centrál.

Vzhledem k tomu, že dávka tato jest nepostačitelná, trpí ti, kdo nemají svých vlastních zásob, nedostatkem a hladem, nebo dochází ku úsilovnému shánění různých náhražek a potravin pod rukou a otvírá se pak lichvaření a bezmeznému vydírání lidí. Systém spotřební dávky naprosto zkrachoval a přece tato jest základnou pro ukládání dodávek zemědělcům. Po provedené rekvisici v selském hospodářství vypadá to jako po vydrancování.

Mně napadá mně, že rekviziční prakse rakouských úřadů provádí vlastně to, co hlásala čtyřdohoda — vyhladoví nás. Hlavně jsou to země koruny české, které touto praksí rekviziční jsou postiženy, dík neunavné snaze českého pana místodržitele.

Jak to vypadá v našich okresích? Dovolím si podati malou ukázku ze svého volebního okresu vlašimského a dolnokralovického.

Okres Vlašim čítal v roku 1910 úředně napočítaných 25.943 obyvatelstva, jehož hlavním zaměstnáním jest zemědělství a živnosti, zemědělství sloužící. Většího průmyslu na okrese není, pouze obuvnictví a tkalcovství, jako domácká práce bylo rozšířeno. Během války však úplně tato činnost, následkem nedostatku materiálií, přestalat. V okrese samém provozuje se hornictví v zlatodole Roudný. Výroba zemědělská spočívala v pěstování žita, ovsa, brambor a jetele, méně již pšenice a ječmene, jiné plodiny pěstovány po-

řídku a pouze pro vlastní potřebu. Chov koní rázu teplokrevného byl značně rozšířen, byl však následkem velikých dodávek vojenských přípřeží a nedostatkem krmiv zdecimován.

Chov dobytka hovězího tvořil hospodářský podklad a začínal se přičiněním okresního sdružení chovatelů hospodářského zvířectva ve Vlašimi slibně vyvíjeti a sice odchov telat a dojnic, které prodávány byly do krajin mlékařských. Mlékařství a výroba másla provozovaly se pouze pro vlastní potřebu.

Dobytek na zástav prodáván jednak k výkrmu do krejin řepařských, nebo byl zakupován velkostatky a pomocí hospodářských lihovarů, tak zvaném výpalkami vykrmován. Chov vepřového bravu byl slušně rozmnožen, hlavně výkrm vepřů.

Půda písčito-hlinitá, místem prostoupená jílem, nebo promísená drobným kamenem, místy i kamenitá, vyžadovala — peclivého obdělání a řádného hnojení, hlavně mrvou chlévskou. Pomocí umělých hnojiv a vápna docilovalo se slušných výnosů.

Válečná opatření seslabila a přímo podlomila výrobní schopnost zemědělství na okrese. Mobilisací a stálými přehlídkami mužstva od 18. do 50. roků a doplňováním č. a k. pěšího pluku čís. 102 — c. k. zemského pěšího pluku čís. 28 a 29 a jiných pluků, byla většina schopných mužů — zemědělců, hospodářů a jich synů, čeledě, zemědělského dělnictva a živnostníků zemědělství sloužících — povolána do zbraně a starost o hospodářství připadla ženám, starcům a dětem, čímž nejen výrobní schopnost, ale i hospodaření samo bylo podlomeno.

Celá řada hospodářství větších jest spravována ženami, kterým sice přísluší za jich obětavost a námahu všechna čest a uznání, které ale plnice zároveň úkol matek a hospodyň na vedení celého hospodářství nestačí. Ženy za pluhem toť obyčejný zjev na našem okrese, neboť nejstarším chasníkem bývá chlapec školou povinný, či sotva školu vychodivší. Náhrada schopných sil, které často na cizím hospodářství pracují neschopnými a způsobu zemědělských prací neznalými zajatci a vojenskými oddíly, nestačí a výsledek toho jest viděti na zaplevených, špatně zpracovaných a vyčerpaných polích. Sproštění potřebných zemědělců jest žádoucí.

K tomuto nedostatku schopných pracovních sil přidružuje se i nedostatek řádného nářadí a strojů, které následkem povolání zemědělských řemeslníků, jako kovářů, kolářů, strojníků, sedlářů, provazníků, bednářů a jiné k službě vojenské a k úkolům válečným, nebo zabavením a nedostatkem materiálií jako ocele, železa, uhlí, konopí, lenu, kůže, dříví a podobné nemohly býti udržovány v řádném stavu a nahražovány. Zvláště nedostatek uhlí jest citelný a pro práci zemědělskou zhoubný.

Výroba chlévské mrvy poklesla a při nedostatku umělých hnojiv a vápna snížena byla plodnost půdy na míru nejmenší. O tom jak pokles plodnosti půdy postupoval, možno se přesvědčiti z uvedených čísel o odhadech sklizňových a jich srovnáním.

Průměrný výnos po 1 ha v metrických centech stanoven byl v roce 1915 u pšenice na 12, u žita na 13, u ječmene na 13·30, u ovsa na 14; v roce 1916 u pšenice na 10·30, u žita na 9·40, u ječmene na 11·07 a u ovsa na 11; v roce 1916 u pšenice na 4·42, u žita na 4, u ječmene na 3·34 a u ovsa na 3·69.

U brambor docíleno bylo v roce 1916 průměrného výnosu 53 q na 1 ha, v roce 1917 následkem sucha a veliké neúrody pouze 40 q.

Pouhým srovnáním jednotlivých položek zjevným jest ohromný pokles výnosu, který ochromí letošního roku dodávkovou schopnost jak pro vojenskou potřebu tak i potřebu veřejnou. Jak veliké množství jednotlivých plodin bylo zemědělci okresu vlašimského odvedeno Válečnému obilnímu ústavu ukazuje následující: Pšenice v roce 1915 3.337 q, v roce 1916 1.456 q, žita v roce 1915 13.167 q, v roce 1916 13.769 q, ječmene v roce 1915 3.146 q, v roce 1916 4.962 q, ovsa v roce 1915 27.118 q, v roce 1916 35.190 q, brambor v roce 1915 — q, v roce 1916 39.950 q, sena v roce 1915 — q, v roce 1916 3.240 q, slámy v roce 1915 — q, v roce 1916 3.380 q,

Rekvisice v roce 1916 a 1917 byla bezohledná, nehledící na skutečnou potřebu osevu i potřebu obyvatelstva, tak že výsledkem jejím byl nedostatečný osev, podvýživa zemědělského obyvatelstva a zničení chovu vepřů, drůbeže a poškození chovu dobytka hovězího. Zvláště rekvisicí brambor, jichž nakládání provádělo se i za největších mrazů, poškozena byla satba brambor (snížení plochy o 470 ha, řídká satba) i výživa těch nejchudších vrstev. Opakování takovéto rekvisice znamenovalo by v letošním roce rozjitření obyvatelstva na nejvyšší míru.

Neúroda letošního roku byla odvršena dlouhotrvající zimou a trvalým suchem. Doba vegetační, potřebná provzrůst obilí se zkrátila a zvláště jaře, to jest ječmen a oves postiženy byly tak, že místy ani nevymetaly. Zrno při mnohých hospodářstvých jest k setí neschopné. Pšenice stížena snětí obilní, špatně vzešlé brambory napadeny jsou červy (larvou mury obilní), mák, řepy a zelí suchem zničeny.

Za takového stavu jest příkazem zemědělství samého, aby vynaložilo všechny síly jak ku své hospodářské tak i životní záchraně a zachovali ze sklizně všechno, co nevyhnutelně potřebuje. Jest to potřeba osiva, obilí k výživě a krmiv.

Vezmeme-li na základ oševnou plochu za rok 1916/17 a nedostatečné množství obilí k osevu povoleného, jeví se nám potřeba osiva: Pšenice 2.504 q, žita 10.380 q, ječmene 2.128 q a ovsa 13.435 q.

Pro zásobení obyvatelstva okresu, jehož napočítáno bylo v březnu roku 1917 včetně uprchlíků (700) a zajatců 26.487 a které rozděleno na samozásobitelé a bez zásob jeví se potřeba obilí: Pro 8.766 samozásobitelů 11.710 q, pro 9.229 samozásobitelů 10.106 q, pro 1.395 osob bez zásob 1.528 q, pro 7.097 obyvatelů bez zásob s kvotou 250 gramů denně 6.476 q.

K výživě samozásobitelů jest potřebí 21.816 q, k výživě obyvatelů bez zásob 8.004 q.

Samozásobitelé potřebují tedy k setí pšenice 2.504 q, žita 10.380 q, k výživě obilí 21.816 q, úhrnem 34.700 q.

V roce 1917 sklidili pšenice a žita 23.748 q. Nedostává se pro samozásobitelé 10.952 q. Pro obyvatelstvo bez zásob potřeba 8.004 q. Nedostává se okresu obilí 18.956 q, čili plných 190 vagonů obilí musí býti do okresu dovezeno, nemá-li utrpěti osev a má-li býti obyvatelstvu poskytnuta skrovná dávka chlebová, značící podvýživu, vyčerpání sil, hladovění.

Proto domáháme se toho, aby z okresu vlašimského nebylo ani zrno obilí vyveženo a naopak postaráno bylo o včasné zaopatření obilí, hlavně k setí. Rekvisice buďtež prováděny pouze pro potřebu okresu a jen u těch, u nichž se shledá skutečný přebytek. Nařízená rekvisice 100 vagonů žita a 10 vagonů pšenice buď ihned zrušena, v obcích buďtež provedeny soupisy skutečných přebytků.

S ohledem na tento nedostatek obilin budiž přihlíženo i při sklizni bramborů, které buďtež v prvé řadě ponechány obyvatelstvu v okresu ku výživě.

Potřeba bramborů v okrese bude asi k satbě na 2.500 ha po 20 q 50.000 q, pro 26.487 obyvatel po 500 gr denně na 300 dní 39.730 q, úhrnem 89.730 q.

Smutnou kapitolu v hospodářském životě zemědělců okresu vlašimského tvoří nedostatek píce. Slabá sklizeň sena a jetele byla po většinou již skrmena a neúroda slámy jest taková, že pouze nejnutnější dobytek bude v hospodářství ponechán a ten trpěti bude podvýživou. Již dnes slámy jako steliva se nepoužívá a dobytek vyháněn jest na pastvu do lesů a na louky, na nichž sporá otava jest spásána.

K vůli informaci buďtež zde uvedena následující čísla:

Na lukách usušeno bylo na ploše 2,118·84 ha při průměru 8·28 q sena 17.540 q, jetele usušeno bylo na ploše 1.211·09 ha při průměru 8·07 q 9.772 q, úhrnem 27.312 q.

Slámy sklizeno bylo úhrnem 66.039 q.

Dobytka napočteno bylo 31. května 1917: koní 949 kusů, hověziho 16.708 kusů, kozí a ovcí 1.883 kusů.

Vojenské dodávky za tři měsíce činily 1.600 kusů.

Kdyby měla býti vzata za základ dávka c. k. místodržitelstvím stanovená, a sice: pro koně 10 kg sena a 4 kg slámy, pro dospělý kus hovězí 5 kg sena a 9 kg slámy, pro 1 kus pod rok 4 kg sena a 6 kg slámy, jevila by se potřeba pro 949 koní 34.618 kg sena a 13.855 kg slámy, pro 10.000 kusů velkého dobytka 150.000 kg sena a 270.000 kg slámy, pro 5000 kusů malého dobytka na 300 dnů 60.000 kg sena a 90.000 kg slámy; úhrnná potřeba 244.618 kg sena a 373.855 kg slámy. Sklizeň 27.312 kg sena a 66.039 kg slámy. Nedostává se ku krmení 217.316 kg sena a 307.816 kg slámy.

Srovnáme-li zásobu a spotřebu, vychází na jevo, že ukládati dodávku sena a slámy zemědělcům okresu vlašimského není naprosto možno, naopak jest zapotřebí, aby byl umožněn dovoz pícnin, aby nejnutnější kusy potřebné pro potah a dojnice byly zachovány. Jinak značí to pro zemědělství naše úplnou katastrofu. Nebude potahů, nebude dojnic a kdyby mělo dojíti k násilnému odebírání nepatrných zásob pícnin, neobejde se to bez příšerných výstupů a tragických následků. Rekvisice sena a slámy buď bezpodmínečně zrušena.

Přes to přece ukládá se okresu našemu, aby dodal seno a slámu. Bez ohledu na skutečný výnos nutí se obyvatelstvo, aby dodávalo, a pakliže nedodává, udělají se mu prosté návštěvy, udělají se mu vojenské prohlídky. Jak tyto prohlídky vypadají, uvedu tento příklad: Do jednoho obecního volebního okresu přišla rekvisice a přinutila ženu, která byla 4 dni po koutě, že musila vstáti s postele. *(Slyšte!)* Prohledávali postel, není-li v ní ukryto obilí. V jiné obci občan 60letý, který má syna mrzáka následkem zranění na vojně, ze strachu před rekvi-

sicí se oběsil. *(Slyšte!)* Takové případy stávají se u nás na okresu, stávají se však i v okresech jiných.

Jest zapotřebí věnovati těmto věcem více pozornosti. Výnosnost našich hospodářství nutně musila poklesnouti, poněvadž obyvatelstvo naše, které jest vysloveně zemědělské, trpí povoláváním zemědělců k službě vojenské a my nemůžeme docíliti, aby byli sproštěni. Jsou případy, že stokorcový rolník nemůže se dostati domů a bývá často poslán na práci do hospodářství jiného.

V důsledku mnou zde uvedených poměrů v okrese vlašimském byl podán na slavnou vládu dotaz, jakým způsobem chce pomoci strádajícímu obyvatelstvu a chce-li v jeho prospěch upraviti rekviziční praksi a zrušiti nařízené dodávky obilí, sena a slámy.

Zrovna takové poměry jsou v okrese Dolní Kralovice i okresích jihočeských.

V poslední době přistupuje i rekvisice brambor, která provádí se v měřítku, neodpovídajícím skutečným poměrům. Obilí se nám nedostává, brambory se vyváží, seno a sláma nuceně odbírá, dobytek se vybíjí. V Čechách má býti zrekvirováno 20,000.000 *q* brambor.

V důsledku toho hrozí se pokutami, hrozí se vězením i u těch rolníků, kteří předepsané množství nemají.

Vzhledem na vyměřený čas jsem nucen skončiti své vývody, avšak myslím, že brzy naskytne se nám příležitost, jasně osvětliti zásobovací poměry v zemích českých a posouditi rekviziční praksi centrálními úřady nařízenou a prováděnou.

Obyvatelstvo království českého stojí před vážnou dobou, kdy hrozí mu v pravém slova smyslu hlad, ačkoliv bylo a jest zásobárnou této říše. Obyvatelstvo království českého nemá důvěry v nynější státní správu a jestliže prohlašujeme, že budeme hlasovati proti rozpočtu, projevujeme tím nedůvěru celému dosavadnímu systému a neustaneme v boji, pokud nebude uznáno právo našeho sebeurčení státního. Jedině v československém státě vidí český lid svou budoucnost, svůj možný hospodářský i politický rozvoj.

Chceme žíti život rovných s rovnými, život svobodného neodvislého národa. *(Výborně! — Souhlas.)*

**Präsident:** Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Knirsch das Wort.

Abgeordneter **Knirsch:** Hohes Haus! Wir Deutschen haben wahrhaftig wenig Ursache, mit der innerpolitischen Entwicklung und mit den Verwaltungsmaßnahmen der Regierung zufrieden zu sein. Was wir in den letzten Monaten auf diesen Gebieten erlebten, übersteigt das Maß des Erträglichen. Erbitterung geht denn auch durch alle Schichten des deutschen Volkes in Österreich.

Der deutschböhmischen Abgeordnetenvereinigung ist vor einigen Tagen ein Telegramm des deutschen Volksrates für Böhmen zugegangen, das bezeichnend ist für die Stimmung in Deutschböhmen, die nachgerade bis zur Verzweiflung an dem Staate und seinen Lenkern gediehen ist.

Wir Deutschen haben in diesem Krieg, der um Sein oder Nichtsein des Reiches und der Dynastie geführt wird, unser alles eingesetzt. Auf den Schlachtfeldern hat sich in heldenhafter Aufopferung die Blüte unseres Volkes verblutet, unser wirtschaftlicher Wohlstand hat sich durch opferfreudigste Betätigung auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge und für die Bereitstellung der materiellen Mittel zur Kriegführung erschöpft und unsere arbeitenden Stände leisten unter gesundheitsmordenden Verhältnissen Kriegsdienst in Fabriken und Werkstätten.

Ich brauche nicht viele Ziffern anführen, um diese Tatsachen zu erhärten. Schauen Sie, hochverehrte Herren, einmal die Verlustlisten etwas genauer durch und Sie werden dort finden, was der Krieg für unsere Volkskraft bedeutet. *(Sehr richtig!)* Wir haben uns der Mühe unterzogen, die in den Verlustlisten 1 bis 350 ausgewiesenen Toten und Gefangenen aus Böhmen nach der Nationalität zu sichten. Wir zählten an Toten insgesamt rund 37.000 und an Gefangenen rund 15.000 Mann. Mit den Verlusten der Tschechen verglichen, haben die Deutschen gegenüber den Tschechen an Toten die doppelte Anzahl *(Rufe: Hört! Hört!)*, dafür aber haben die Tschechen die doppelte Anzahl unter den Gefangenen. *(Rufe: Hört! Hört!)*

Die Zahlen der Kriegsanleihen, vom nationalen Gesichtspunkte betrachtet, sprechen eine noch viel ernstere Sprache. Und dazu kommt dann noch die Ernährungspolitik, besser gesagt, die Auswucherungspolitik unserer tschechischen Landsleute. Das hohe Haus hat sich eben erst eingehend mit der Wucherpraxis unserer freundnachbarlichen Ungarn befaßt. Unsere tschechischen Landsleute stehen in dieser Hinsicht den ungarischen Schweine- und Speckkönigen in keiner Weise nach. Die Verhältnisse, die wir in Böhmen heuer im Frühjahr und während der Sommermonate erlebten, sind die denkbar traurigsten. Es ist ja heute allgemein bekannt, daß in den deutschen Randgebirgen, im Erzgebirge und im Riesengebirge Hunger und Epidemien herrschen *(Rufe: Hört! Hört! — Zwischenrufe)*, daß in unseren deutschen Industriegebieten in einzelnen Städten und Gemeinden oft tage- und wochenlang kein Stückchen Brot und kein Stäubchen Mehl zu haben war. *(Rufe: Hört! Hört!)* Diese fürchterlichen Tatsachen sind heute ja allgemein oder doch zum Teil bekannt. Zur selben Zeit, als Deutschböhmen hungerte

nd darbte, haben die meisten Gegenden des tschechi-
hen Böhmen, soweit die landwirtschaftlichen Ge-
iete in Betracht kommen, nicht nur keine Not ver-
ürt, sie haben im Überfluß gelebt und haben
ren Überfluß zu unerhörten Wucherpreisen an die
eutsche Bevölkerung abgegeben. *(Hört! Hört!)* Wir
nnten uns die Ursache der Not anfänglich nicht
klären, wir nahmen an, daß die Ursache derselben
irklich im Mangel an Lebensmitteln bestehe und
nsere opferfreudige Bevölkerung nahm diese Tat-
che eben hin und hungerte und darbte sich durch.
lber heute wissen wir, und zwar auf Grund der
ns zur Kenntnis gelangten amtlichen Ziffern, daß
ie Not und der Hunger, die wir durchgemacht
aben, nicht notwendig gewesen wären, wenn die
schechische Bevölkerung in bezug auf die Aufbrin-
ung der Lebensmittel mit den deutschen Bezirken
ur gleichen Schritt gehalten hätte.

Es liegen uns ja heute amtliche Zahlen vor.
ch will nur einige herausgreifen. Die Handels-
ammer Eger hat auf Grund der amtlichen Daten
erechnet, daß im verflossenen Wirtschaftsjahre die
eutschen Gebiete Böhmens um rund 37 Prozent
ehr aufgebracht haben als die tschechischen Bezirke.
*Hört! Hört!)* Wer weiß, daß Deutschböhmen In-
ustrieland, daß Tschechischböhmen eines der frucht-
arsten Agrarländer ist, wird die Bedeutung dieser
iffern abzuschätzen und abzuwägen wissen. In Tage
ngerechnet wurde nachgewiesen, daß, wenn die
schechischen Bezirke im gleichen Maße ihre Lebens-
nittel aufgebracht und abgeführt hätten wie die
eutschen Bezirke, wir für volle 90 Tage länger
olle Verpflegung gehabt hätten, das sind volle
rei Monate.

Hier liegt mit die Ursache unserer ganzen
Anarchie im Ernährungswesen. Alle Wirtschaftspläne
ützen nichts, jede Kalkulation und Disposition, die
on der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt aufgestellt,
eziehungsweise verfügt wurde, wurde über den
Haufen geworfen, weil man natürlich auf Grund
es Wirtschaftsplanes disponierte und verfügte, die
Ausführung der Verfügungen aber nicht nur viel,
ondern zumeist alles zu wünschen übrig ließ.

Das ist eine der wesentlichsten Ursachen
daß in unserem ganzen Ernährungswesen ein
derartiges Chaos eingetreten ist. Die Regierung, die
sich zu einem ernsten, entschiedenen Eingreifen gegen-
über diesen Zuständen nicht aufgerafft hat oder nicht
aufraffen wollte, hat nun ein Auskunftsmittel ver-
sucht und, um wenigstens den Industriebezirken die
Verpflegung zu sichern, einfach das ganze staatliche
Wirtschaftssystem auf den Kopf gestellt, indem sie
zuerst der Kohlenindustrie die Bewilligung erteilte,
gegen Kohle Lebensmittel eintauschen zu dürfen, des
weiteren der Kriegsindustrie die Bewilligung gegeben,
für ihre Leute durch Ankauf von Lebensmitteln selbst
vorzusorgen. Und so hat schließlich jeder eingekauft
und eingetauscht, der Preis war bald Nebensache,
bis wir in Zustände und Verhältnisse gekommen
sind, die einfach nicht mehr haltbar, die unerträglich
waren. *(Lebhafte Zustimmung.)* Wieweit wir mit
einer solchen Ernährungspolitik gekommen sind, be-
weisen die unerhörten Preise, die für einzelne
Lebensmittel bezahlt werden müssen. Die tschechischen
Bezirke haben die ihnen aufgeteilte Quote zum
großen Teile zurückgehalten, aus den tschechischen
Mühlen wurden Vorräte weiter verkauft und schließlich
und endlich hat bei uns jedes Kohlenbergwerk, jede
Fabrik, jede Gemeinde und jede Bezirksvertretung
getrachtet, um jeden Preis Lebensmittel, ob auf
rechtlichem oder nichtrechtlichem Wege herbeizuschaffen,
nur um die Gefahr einer Arbeitseinstellung, die
Gefahr von Aufständen und Aufruhr zu vermeiden.
Eine Preistreiberei jagte die andere und das ging
so weit, daß wir vor Preisen stehen, die einfach
fabelhaft sind. Die Arbeiter in den Fabriken haben
ein Kilo Wicke zu einem Preise von 3 K 40 h
bezahlen müssen. *(Hört! Hört!)* Sie mußten es
kaufen, weil sonst nichts vorhanden war. Mehl haben
Bezirksvertretungen waggonweise aus den tschechischen
Bezirken gekauft — ich habe Belege dafür — weil
unsere Bezirksvertretungen — helfe, was helfen
konnte — nicht anders konnten, als schließlich zu
diesem Mittel zu greifen; auch mein Bezirk hat aus
dem tschechischen Gebiete einen Waggon Mehl zum
Preise von 5 K fürs Kilo gekauft. *(Hört! Hört!)*
Das sind die Preise, die wir beim Abschlusse von
Waggongeschäften bezahlt haben; beim Abschluß von
Einzelgeschäften wurden Preise bis zu 12 K und
noch mehr für das Kilo Mehl gezahlt. *(Neuerliche
Rufe: Hört! Hört!)* Für Wicke, für Hülsenfrüchte,
die zu einer Zeit, zu der sämtliche Hülsenfrüchte
mit Beschlag belegt waren, aus dem tschechischen
Gebiete waggonweise — natürlich durch Zwischen-
agenten — angeboten wurden und für die ein
Höchstpreis von 40 oder 50 h festgesetzt war, haben
wir bis zu 3, 4 und 5 K per Kilogramm gezahlt.
*(Rufe: Hört! Hört!)* Da wundern sich viele über
die manchmal, wie es heißt, hohen Löhne der
Arbeiter. Ja, meine Herren, was nützt dem Arbeiter
ein hoher Lohn, was nützt dem Festangestellten eine
Teuerungszulage, ein Gehaltszuschuß, wenn Tag für
Tag die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel
um das hundert-, zweihundert- und dreihundertfache
dessen übersteigen, was er zu seinem allerbescheidensten
Lebensbedürfnisse haben muß? *(Zustimmung.)*

So standen die Verhältnisse im früheren Wirt-
schaftsjahre. Wir glaubten nun, daß die Regierung
alle Maßnahmen treffen werde, um wenigstens im
neuen Wirtschaftsjahre gleich von vornherein ein
anderes System, eine andere Ordnung in dieses
Chaos zu bringen. Ich muß leider sagen, daß bei
uns alle Maßnahmen der Regierung bisher versagt
haben und daß wir heuer schon am Beginne des

neuen Wirtschaftsjahres dieselben Zustände verspüren, wie sie sich im vergangenen Jahre erst in der letzten Hälfte des Wirtschaftsjahres bemerkbar gemacht haben. In unserem landwirtschaftlich so reichen Kronlande sind wir heute noch außerstande, die Verpflegserfordernisse aus der eigenen Ernte zu decken, wir müssen heute noch Zuschübe von außen her bekommen, um unsere Industriebezirke verpflegen zu können. Und warum? Weil das Aufbringen in den tschechischen Bezirken vollständig versagt. Das gilt selbstverständlich auch bezüglich Butter und anderer Lebensmittel. Alle Verfügungen der Regierung nach dieser Richtung hin haben versagt.

Ich würde eine solche Behauptung nicht aufstellen, weil ich mir der Tragweite bewußt bin, wenn ich nicht in der Lage wäre, diese Behauptungen auf amtliche Daten zu stützen. Lesen Sie die Ausweise der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Böhmen nach, so finden Sie, daß wir in Böhmen bis vor zirka 14 Tagen aus den deutschen Gebieten das vierfache von dem aufgebracht haben, was in den tschechischen Gebieten aufgebracht wurde *(Hört! Hört!)*, trotzdem die Ernte, wie Herr Kollege Hartl sehr richtig bemerkt, in der tschechischen Ebene viel früher beginnt, als bekanntlich in unserem Erzgebirge und in den anderen Gegenden. Das sind anarchische Zustände, die nicht länger andauern dürfen, die unerträglich sind.

Die deutschen Parteien haben durch ihre Vertreter Gelegenheit genommen, die Regierung von diesen Verhältnissen und Zuständen gründlich in Kenntnis zu setzen. Wir haben von der Regierung die energischesten Maßnahmen verlangt und es wird an der Regierung sein, nicht mit Versprechungen, sondern mit Taten nach dieser Richtung hin vorzugehen, denn das eine kann ich wohl auch im Namen aller Kollegen sagen, die Regierung soll sich nicht etwa der Erwartung hingeben, daß wir in Deutschböhmen im nächsten Jahre dieselben Verhältnisse erdulden und ertragen werden, wie wir sie in den abgelaufenen Monaten über uns ergehen lassen mußten. *(Beifall.)* Wir sind heute so weit in unserem Ernährungswesen, daß bei uns jeder, der nicht entweder über Kohle, über Tabak, über viel Geld, über verwandtschaftliche oder sonstige Beziehungen zu einem tschechischen Landwirt verfügt, hungern und darben muß. Das betrifft natürlich die breiten Massen des Volkes, die eben weder ein Tauschmittel, noch so viel Geld haben, um sich die unerhörten Preise für Butter, Eier und alle sonstigen Lebensmittel, die im Wege des Schleichhandels aufgebracht werden, leisten zu können. *(Abgeordneter Dr. Ritter v. Lodgman: Das gilt auch für den Mittelstand!)* Sehr richtig, auch für den Mittelstand.

Was die Arbeiterschaft anbelangt, so leidet sie nicht nur unter diesen fürchterlichen Zuständen im Ernährungswesen, sondern für die in der Kriegsindustrie beschäftigte Arbeiterschaft besteht geradezu ein Ausnahmszustand. Sie wissen, die Freizügigkeit ist aufgehoben, die Leute sind durch die Kriegsdienstleistung an den Betrieb gebunden. Die Macht über die Leute wird nun von einzelnen militärischen Leitern derart ausgenützt und mißbraucht, daß der Mann sich überhaupt nicht mehr als freier Staatsbürger, als freier Mensch betrachten kann. Was in dieser Hinsicht geleistet wird, möchte ich nur an ein, zwei Beispielen erörtern. Wie die Ernährungsverhältnisse lagen, habe ich soeben geschildert. Wenn nun die Arbeiter infolge der Unterernährung, infolge des vollständigen Mangels an Lebensmitteln vorgesprochen haben, wurde ihnen häufig brüsk mit der Deportation an die Front gedroht oder aber sie wurden, wenn sie erklärt haben, unter solchen Verhältnissen nicht mehr fortarbeiten zu können, einfach eingesperrt, entweder wegen „Aufreizung" oder wegen „Drohung".

Ich möchte das nur an einem Fall illustrieren. In Königswerth waren die denkbar traurigsten wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Gewährsmann unserer Bergarbeiter schreibt von dort *(liest)*:

„Die Ernährungsverhältnisse in Königswerth waren im Monate Juli derart schlecht, daß selbst der beste Patriot zur Verzweiflung getrieben werden konnte. Brot wurde nur zweimal die Woche ausgegeben und da nur sehr wenig. Die erübrigten Brot- und Mehlkarten verfielen. Alle Klagen halfen nichts. Bloß einmal erhielten die Bergarbeiter und ihre Angehörigen pro Kopf 15 Dekagramm Maismehl. Sonst hatten dieselben außer bitterem Kaffee oft tagelang nichts zu essen."

Die Leute gingen nun zur Gemeinde und Bezirkshauptmannschaft, um Vorstellungen zu erheben. Wie von allen Behörden bestätigt ist, haben sie diese Vorstellungen in aller Ruhe vorgebracht. Es war weder eine Revolte noch irgendein Aufruhr, der ja nach dieser Schilderung begreiflich gewesen wäre, sondern es wird ausdrücklich bestätigt, daß die Leute sich musterhaft verhalten haben. Daß natürlich nicht hundert oder zweihundert Leute zum Bezirkshauptmann gehen können, ist klar; es müssen eben zwei, drei Vertrauensmänner die Angaben vorbringen. Diese Vertrauensmänner nun, welche die Verhältnisse schilderten und erklärten: Verehrte Herren, wir können unter diesen Verhältnissen nicht mehr arbeiten, Sie müssen uns Lebensmittel verschaffen, sonst können wir nicht einfahren, diese Vertrauensmänner wurden später vom Arbeitsplatz weg verhaftet. *(Hört! Hört!)* Sie wurden, ohne von ihrer Familie Abschied nehmen zu können, nach Pilsen transportiert und saßen dort vom 22. August bis zum 18. September in Haft. Sie würden

vielleicht heute noch dort sitzen, wenn wir uns nicht ihrer angenommen und uns für ihre Freilassung eingesetzt hätten.

Ähnliche Fälle wurden uns aus Klostergrab emeldet. Dann sind weitere Fälle, die sich nicht twa aus der Lebenmittelnot, sondern aus den rbeitsverhältnissen ergeben haben. Die Leute sind ben unter den gegebenen Verhältnissen nicht immer der Lage, jene Arbeitsleistungen zu vollführen, ie sie seinerzeit im Frieden vollführt haben. Und un fällt es einem Betriebsleiter ein, zu konstatieren, aß die Leute zu wenig gearbeitet haben und die eute werden wegen geringer Arbeitsleistung infach eingesperrt, zu zwei, drei Tagen Arrest ver- rteilt. Verehrte Herren! Das sind unerhörte Zu- ände und Verhältnisse. So verfährt man doch icht einmal mit Zuchthäuslern und Kriegsge- ngenen. Man muß sich doch vor Augen halten, aß die Leute, wenn sie auch in Kriegsdiensten ehen, freie Staatsbürger sind und man sollte lauben, daß man schon aus Gründen des Patriotis- us alles tut, um die Leute arbeitsfreudig zu er- alten. *(Zwischenrufe.)* Glaubt man denn, durch n solches Vorgehen die Arbeitsfreudigkeit zu rdern? Wir wundern uns dann, daß die Kohlen- roduktion zurückgeht! Gewiß mögen auch viele ndere Ursachen mitsprechen, aber daß man durch n solches Vorgehen gegen die Leute, die von früh is abends oder die Nächte hindurch unter Lebens- rhältnissen arbeiten, die tief bedauerlich sind, die rbeitsfreude nicht hebt, das liegt doch klar auf er Hand. Ich habe nur zwei, drei Fälle vorge- racht. Solche Fälle liegen uns aber sehr viele vor nd ich möchte an die hohe Regierung appellieren, ier endlich einmal gründlich Wandel zu schaffen, dem man entsprechenden Einfluß nimmt und ntsprechende Verfügungen trifft. *(Zustimmung.)*

Ein weiteres trauriges Kapitel, verehrte Herren, t wohl das Verhalten der Regierung in bezug uf die Existenzfrage der Festbesoldeten. Wir haben ns im Deutschen Nationalverbande seinerzeit in rster Linie dafür eingesetzt, daß ein Abbau der reise erfolge, weil wir uns vor Augen hielten, aß eine 50- oder 100prozentige Erhöhung der ehalte oder eine Teuerungszulage bei den nerhörten Preisen, wie wir sie heute haben, irklich nicht zulangt. In Anbetracht der atsache, daß nicht nur die Lebensmittelpreise, ndern ja auch die Preise mancher Bedarfsartikel m 500 Prozent bis 1000 Prozent und mehr gestiegen nd, kann die Notlage nicht behoben werden durch ne 100prozentige oder 200prozentige Erhöhung er Arbeitslöhne oder Gehalte, da schien uns eben als ne der wichtigsten Voraussetzungen einer gründ- chen Verbesserung der Abbau der Preise zu sein. ie Regierung hat aber erklärt, das wäre undurch- ührbar, unmöglich, zum mindesten in absehbarer Zeit wäre keine Hoffnung, hier Wandel zu schaffen. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Wenn die hohe Regierung dieser Anschauung ist, dann muß sie auf der anderen Seite die Mittel bereitstellen, um diese Leute in die Lage zu setzen, sich die wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel doch an- schaffen, beziehungsweise kaufen zu können *(Sehr richtig!)*, oder sie muß sie selbst liefern. Ist sie nicht in der Lage, die Selbstlieferung zu leisten, dann dürfen 50 oder 100 Millionen mehr oder weniger in diesem Existenzkampfe keine Rolle spielen zu einer Zeit, zu welcher Millionen und Milliarden verpulvert werden. Es ist das eine Staatsnot- wendigkeit ersten Ranges, und ich begreife die Haltung der hohen Regierung und speziell des Herrn Finanzministers nicht, dem diese Summen immer ungeheuerlich erscheinen und der fortwährend darauf verweist, daß wir schon so und soviel gegeben haben, wo wir die Bedeckung hernehmen werden usw.

Verehrte Herren! Dieser Standpunkt der Re- gierung ist einfach unhaltbar. Die Regierung hat die Pflicht, wenn sie schon nicht in der Lage ist, den Abbau der Preise in die Wege zu leiten, ohne Rücksicht auf die Höhe der Beträge rechtzeitige und rasche Vorsorge zu treffen, daß der drückenden Notlage dieser Leute abgeholfen werde. Ich begrüße daher die Anträge, die von uns und von verschiedenen Seiten in bezug auf die Besserstellung der Eisenbahner, der Lehrerschaft, der Staatsangestelltenschaft gestellt wurden, möchte aber schon heute sagen, die hohe Regierung möge sich durchaus nicht der Hoffnung hingeben, daß diese Beträge etwa genügen werden, wenn sie nicht in der Lage ist, einen Wandel zu schaffen in der Ernährungsfrage, wenn sie nicht in der Lage ist, Wandel zu schaffen in dieser uner- hörten Preistreiberei, die wir Tag für Tag er- leben.

Die Zeit läuft ab, ich muß zum Schlusse eilen, daher nur soviel über die wirtschaftlichen Fragen, die ich leider abschließen muß. Ich muß mir die Besprechung der Mittelstandsfrage leider vorbehalten.

Auch auf dem Gebiete der inneren Politik blieb unserem Volke in der letzten Zeit keine Bitternis und keine Enttäuschung erspart.

Wir deutschen Arbeiterparteiler haben die Hoffnungen für unser Volk nie auf die Gunst der Regierung eingestellt. *(Sehr richtig!)* In den breiten Massen unseres Volkes wollen wir unsere Hoffnung verankern, deren Vertrauen wir uns durch ernste Arbeit für sie erwerben müssen. *(Beifall.)* Und einig sein müssen wir in diesem weltgeschichtlichen Augenblicke. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Halten wir es wie der Deutsche Kaiser, für den es keine Parteien, sondern nur noch Deutsche gibt. Zu anderer Zeit würden wir gegen den Staatsvoranschlag stimmen. Heute betrachten wir jedoch die Ab-

stimmung über den Staatsvoranschlag nicht als Vertrauensfrage für die Regierung. *(Sehr richtig!)* Wir stehen das vierte Jahr in einem Abwehrkampf gegen eine Welt von Feinden, die es auf die staatliche und wirtschaftliche Vernichtung der verbündeten Mittelmächte abgesehen haben. In heldenhafter Aufopferung, unter unsäglichen Entbehrungen . . . *(Präsident gibt das Glockenzeichen)* Ich bin schon fertig, Herr Präsident! . . . schützen unsere braven Armeen Heimat und Herd. Der Armee und der Heimat gegenüber erfüllen wir daher unsere Pflicht, indem wir für den Staatsvoranschlag stimmen und damit die Mittel bereitstellen helfen zu weiterem Standhalten und Durchhalten. Unsere Abstimmung für das Budget sei auch ein Zeichen des Vertrauens für unsere Armeen, denen wir unsere dankerfüllten Grüße senden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Durch die Bewilligung der Kriegskredite glauben wir aber auch dem Frieden zu dienen, den wir alle herbeisehnen. Die Hoffnungen unserer Feinde stützen sich heute ja ganz offensichtlich nur mehr auf einen Zusammenbruch im Innern. Zerstören wir diese eitlen Hoffnungen bei aller und jeder Gelegenheit — und eine solche ist auch die Bewilligung der Kriegskredite —, dann ist der Friede wohl nicht mehr ferne. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Ich habe mitzuteilen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Schoepfer den heute vormittag gestellten Antrag insoferne abgeändert hat, als er ihn nicht als eine Resolution eingebracht hat, sondern als Zusatzantrag zum § 4.

Ich muß ihn, nachdem der Antrag geändert ist, neuerlich zur Unterstützung bringen und ersuche diejenigen Herren, die diesen Antrag Schoepfer unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist unterstützt und steht in Verhandlung.

Außerdem hat der Herr Abgeordnete Loser folgenden Antrag eingebracht *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

Zu § 4 des in Verhandlung stehenden Gesetzentwurfes ist hinzuzufügen:

Die k. k. Regierung wird ermächtigt, zur Unterstützung der durch den Krieg ernstlich gefährdeten sowie zur Wiederherstellung bereits zugrunde gegangener selbständiger kleiner Gewerbebetriebe vorläufig wenigstens 100 Millionen Kronen bereitzustellen."

Dieser Antrag ist schriftlich und genügend unterstützt, er steht in Verhandlung.

Ich erteile nunmehr das Wort dem Herrn Abgeordneten Biňovec.

Abgeordneter **Biňovec:** Slavná sněmovno! Právě projednávaný státní rozpočet jest výrazem a zrcadlem národohospodářské potence státu a v něm obývajících národu.

Proto má býti základnou důvěry obyvatelstva ve stát *(Souhlas)*, má posilovati a vyvolávati chuť obyvatelstva k životu, k snažení produktivnosti a pilnosti, má býti záštitou spokojenosti a štěstí všem pracujícím lidem. *(Tak jest!)*

V něm má býti stělesněna odměna obyvatelstvu za jeho oběti a starosti pro stát a zájem veřejný přinesených.

Dokladem toho, zda-li veškeré tyto základní principy rozpočet obsahuje, jsou včerejší řeči obou pěstounů tohoto rozpočtu jak pana referenta Steinwendra tak i Excellence ministra financí.

U obou zmíněných pánů postrádali jsme zřejmně jakékoliv nadšení a okázalou odvahu k hájení a doporučování rozpočtu a byli jsme překvapeni, že oba zmínění páni spatřují ohrožení miliardového rozpočtu návrhem na vyplacení 100 milionů korun k úpravě poměrů železničních zřízenců.

Pánové a s nimi celá vláda musí si uvědomit pravdivé přísloví: Kdo si co nadrobil, musí také sníst. *(Tak jest!)*

Železniční zřízenci a s nimi veškeří státní zaměstnanci nepodávají své požadavky z nějakého luxusu nebo zvyku. Není to u nich koníčkem.

Také nám poslancům není příjemné, stále předváděti deputace a prováděti intervence ve věcech mzdových, jež se u pořádného zaměstnavatele rozumí samy sebou.

Požadavky všech státních zaměstnanců jsou výronem stávajících neblahých hospodářských poměrů, na nichž jediným vinníkem jest vláda sama.

Neboť netečnost vlády, upravování a chránění existencie širokých mas lidových jest přímo přísloveční.

Ještě dnes jsou zde předměty nezbytné k životu širokých mas lidových, jež nejsou v cenách nijak chráněny.

Vláda sama, její organové, její nařízení přivodilo naprostý rozvrat a anarchii v reálném hospodářském životě.

Z mnohých nařízení vládních jest patrno, že na místě upevnění, regulatoru k vývoji našeho národohospodářského života jen k jeho ruinování směrují.

Vláda nedovedla sobě ani tomuto státu zjednat v hospodářském životě autoritu ani proti spojencům, ani proti Maďarům.

Ona nezjednala si jí také uvnitř této říše *(Výborně — Souhlas.)* A následkem toho řítí se celý náš hospodářský život v propast nejistot

budoucnosti a zachvacuje ssebou existence všech na nzdu a gáži odkázaných stavů.

Proto není několik těch milionů na upravení ospodářských poměrů státních zaměstnanců dorodimím neb milosrdenstvím, nýbrž čírou a samořejnou povinností těch, kdož nesnesitelné poěry nynější zavinili.

Jest možno odhlasování rozpočtu za trvajího systému a nynější parlamentární rozladěnosti osuzovati jako projev důvěry ve vládu a v její estrannou všem národům a stavům spravedlivou innost?

Odpověď na tuto otázku dává nám neporytě telegram třebenického dra. Titty, zaslaný oslanci Pacherovi. Zač hlasovali Němci pro ozpočet? Krátce, ale velice jasně charakterisovány scu tímto telegramem parlamentní poměry zdejší.

Vláda nemá tu pevné, upřímné a samorostlé pory v parlamentárních stranách a tak schválení ozpočtu jest závislým od ústupků a prospěchu edné části, na účet a ku škodě druhé části obyatelstva tohoto státu.

Rozpočet jest v této sněmovně objektem neen jednostranných, ale namnoze i hnusných kšeftů ezi vládou a jejími kompascenty, ku škodě nejroduktivnějších a nejpoplatnějších stavů a tříd byvatelstva.

Za trvajícího systému státního, v němž právo a svobodu a život člověka jest bezohledně supendováno a ničeno, lze telegram Tittův aplivali na všecky poslance a strany, které pro nto rozpočet se vysloví.

Nelze si přece představiti, aby ve chvíli, kdy ení ve vládně militaristickém systému kus upřímné nahy učiniti konec řádění válečné bestie, denně a a sta rodin o otce a živitele připravující, kdy rubý, tvrdý a bezohledný militarismus zachvaje a svírá ty nejpilnější a nejpracovitější stavy, ž jsou produktivností svou při vší té bídě a izerii životní, jedinými spolehlivými pilíři tohoto átu, aby poslanec volený všeobecným přímým rovným volebním právem zvedl s upřímnou ůvěrou pro tento rozpočet svůj hlas.

Pronikavá, ve všech směrech spravedlivá árodnostně i stavovsky nestranná náprava celého átního zřízení musí tu proto předcházet než působem legálním, důvěru obyvatelstva vzbuzujícím rojednáváním rozpočtu dávati budeme na jevo ůvěru ve státní systém a soustavu.

Nynější státní režim zavinil svou těžkopádosti a neznalostí skutečných vnitřních hospoářských poměrů naprosté znehodnocení práce lných svých občanů.

Státní cenová politika, vedená jedním směrem rubým násilím a v druhém směru naprostou ostejností, podťala chuť a nadšení obyvatelstva produktivní a užitečnou práci a vydala toto na pospas válečným lichvářům a zbohatlíkům, jejichž pařeniště není příliš vzdáleno nejvyšších a nejmocnějších státních úřadů. Jen tak a jen proto hromadí se denně důvody pro oprávnění pořekadla: „Malí zloději se zavírají a velkým dostává se vyznamenání.“

Řekl jsem, že rozpočet jest výrazem národohospodářské potence a života schopnosti státu (neboť číslice mluví) a tu třeba posouditi, že rozpočet obsahuje 22 miliard vydání a z toho 12 miliard na válku.

Tedy aniž bychom se pustili do pytvání zbývajících 10ti miliard výloh mimoválečných, shledáváme, že více jak polovina státních výdajů vrhá se v bezedné moře neproduktivnosti, podléhá zničení a přináší tak národům této říše na místě rentability jen škodu, ztrátu a nouzi!

Uvážíme-li pak dále, že tento zhoubný moloch zcizuje nám, našemu hospodářskému a obchodnímu životu statisíce mladých, schopných lidí, že dále odnímá je praktickému povolání, vrhá tisíce nedouků na mnoze vinou dnešní válečné doby předčasně spohodlnělých.

Pak tento rozpočet jako výraz panujícího systému jest pohřební písní (Trauermarschem) života schopného, spořádaného státu a vrhá jej i s jeho obyvatelstvem v naprostou hospodářskou anarchii a v náruč nevyhnutelného úpadku.

K tomuto cíli směřují také veškeré snahy vlády a kruhů, provádějících záchranu naší valuty přemrštěným vývozem různých produktů, jako jest cukr, tabák, uhlí, dříví, obilí atd.

Jak si to tak zvaní povolání činitelé představují, to vědí bozí. Cenné, pro život a výživu našeho obyvatelstvo naprosto nepostrádatelné předměty, určitou hodnotu representující, vyvážíme pryč a obyvatelstvu našemu dáváme nouzi o zmíněné předměty trpícímu znehodnocenné papíry, za které nelze si ničeho koupiti.

To jest prazvláštní pojem o pořádku a úpravě valuty.

My sázíme a sklizíme miliony metrických centů řepy, vyrábíme miliony metrických centů cukru a nemáme čím sladit, pěstujeme statisíce vagonů ječmene, naším národním podnikem jest pivovarnictví a nemáme co pít.

Vlastníme nevyčerpatelné ložiska uhlí, mrzačíme v dolech tisíce horníků a nemáme čím topit *(Abgeordneter Aust: Při hladu!)*, vše k vůli valutě vyvezeme a necháváme si zde pařeniště na tyfus, mor a úplavici, zaviněné podvýživou nejširších vrstev obyvatelstva.

A aby těmto z hladu a bídy pocházejícím nemocem se přece jen čelilo, dostává se nám jako výraz přátelství Německa pulver-prášku co revanš za odtud vyvezené předměty.

Takové úpravě hospodářských poměrů a valuty našich mincí, my sociální demokraté nerozumíme a jsme toho názoru, že nejlepším prostředkem k tomuto cíli jest zabezpečení tuzemského obyvatelstva všemi prostředky výživy, umožniti mu schopnost ku práci a k produkci a teprve jeho přebytečnou, v obvodu zdejší říše pak postrádatelnou práci zhodnotiti a zpeněžiti za hranicemi.

Dokud bude obyvatelstvo této říše stiženo nedostatkem tak četných požívatin, dotud nemá se za hranice této říše ničeho vyvážeti.

Tak jako tíží nás úbytě (souchotě) v životě hospodářském, tak zase v ohledu vnitřní i záhraniční politiky trpíme malomocenstvím.

Dal nám o tom skvělý doklad ministr zahraničních záležitostí svou návštěvou a svým projevem u ministerského předsedy Wekerleho v Pešti. Až tam musel hrabě Czernin se svou nabídkou cestovati a od Maďarů si jí nechat censurovati.

Z jedné strany pruský militarismus a s druhé maďarská vyděračnost a sobeckost svírá nervy tohoto státu i s jeho vládou až do dimensí, kde nastává malomocenství a neschopnost k provádění vlastní upřímné státní politiky. *(Tak jest!)*

A na tomto neblahém poměru spoutané naší politiky nesou vinu v prvé řadě strany, hlásící se hrdě, k stát udržující straně, nese na něm vinu vysoká státní byrokracie proto, že v ní po léta marně hledáme upřímnou lásku k vlastnímu krbu. Vlivy pruské politiky, vlivy velkoněmecké říše a zášť ke všemu tomu, co jest nenčmecké jsou barometrem činitelů, jimž v prvé řadě by lépe slušelo dělati samostatnou politiku rakouskou.

Dokud vláda a byrokracie toho státu nevyzuje se z objetí pruského militarismu a maďarského poručenství, dotud také veškeré její projevy a nabídky mírové budou ranou do vody a výsměchem v tváře milionů trpících lidí a dotud také ani snahy a tužby dvora nebudou splněny a realisovány.

Základem vlastní státní politiky může býti jedině domácí pořádek členové vlády a s nimi celá vládní byrokracie musí si uvědomiti, že vládnou a úřadují v Rakousku, ve státě s neněmeckou majoritou, která nemá již chuti, menšinou býti ovládána. Musí si uvědomiti, že jsou zde pro lid a ne lid pro ně.

Pak nemůže a také nesmí dojíti k takovým přehmatům, jichž se dopustila státní byrokracie v otázce služebních řečí ve všech státních úřadech a oborech, přehmatů, jichž nejnovějším dokladem jest jmenování 24 členů státní železniční rady ministrem Banhansem. Zdá se, že Excellenc Banhans chce býti věrným tradicím svého předchůdce ministra Förstra, jenž svými známými výnosy o služební řeči poškodil tisíce železničních zřízenců na postupu a existenci.

Železnice zneužita byla za prostředek germanisační a zcizena tak byla svému obchodně hospodářskému poslání.

Obyvatelstvo nemá důvěru v dopravu železniční, poněvadž dirigování dopravy svěřeno neskušeným kruhům vojenským. Stát jako takový neučinil ani dnes — je to zřejmo z rozpočtu — naprosto ničeho na ochranu výživy rentistů a pensistů úrazových pojišťoven zemských i podniků soukromých. Přes to, že jest vinen dnešními hospodářskými poměry, neuznal za hodno, aby náležitým způsobem upraveny byly sociální poměry lidí, kteří ničí své nervy a nechávají své údy na poli veřejné práce, a aby bylo o jejich výživu postaráno. Proto dnes navrhuji resoluci, ve které žádám, aby rentistům majícím 1600 K renty přiznán byl drahotní přídavek 40 procent, a rentistům majícím rentu od 1600 K do 2000 K přídavek 30 procent a u rent od 2000 K do 2400 K přídavek 20 procent.

Důležitou otázkou budoucnosti jsou také problemy poválečné. Dnes, kdy na válečném pol plýtvá se miliardami peněz našeho obyvatelstva, padají důvody, aby v ohledu sociálního pojišťování vláda nevyhověla své povinnosti oproti veškerému obyvatelstvu.

Padá tu na váhu otázka, zaopatření vdov a sirotků po padlých vojínech, zaopatření invalidů, zaopatření obyvatelstva dobou válečnou předčasně duševně a fysicky sebřadlého a sestárlého. Jest tu konečně otázka starobního a invalidního pojišťování všech pracujících vrstev.

Až dosud vlády rakouské jezdily na jednom koníčku. Na sociální pojišťování není prý peněz 90,000.000 K, které svého času byly žádány na starobní pojišťování, vrtalo vládám hlavou, nebyla prý ta úhrada. Dnes, kdy se na válečných bojištích plýtvá miliardami, peníze na válku jsou ale jindy na humaní účely nebyly. Dnes tedy odpadají výmluvy a vytáčky vládních kruhů, dnes nemá vláda důvodu, aby neučinila zadost svým povinnosti vůči širokým vrstvám lidovým.

My sociální demokraté vykonáme zajisté všechno, abychom tlumočili bolesti a strasti přání a práva našeho lidu, a chceme vidět u ostatních zástupců národů rakouských, jak od mění všechny vrstvy obyvatelstva, které v době válečné přinesly tolik obětí pro existenci tohoto státu.

My sociální demokraté díváme se na rozpočet s určitou antipatií a odporem, poněvadž ztělesněno jest v něm trvání války, která ničí hospodářskou existenci obyvatelstva, odcizujíc mu miliony živitelů.

Dokud z rozpočtu nebude zřejmo ukončení války, dokud nebudou v něm ztělesněny požadavky rázu lidového, dotud nezvednou sociální demokraté ruky pro rozpočet, který je tak protilidovým způsobem sestaven. *(Výborně! — Potlesk. — Řečníku se blahopřeje.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kraft das Wort.

Abgeordneter **Kraft:** Hohes Haus! Es ist sehr zweckmäßig, daß es in der Budgetdebatte nicht verboten ist, über das Budget zu sprechen. Im allgemeinen haben sich eigentlich noch sehr wenige Redner mit dem Budget beschäftigt; ich selbst will mich auch nur mit einem Teile des Budgets, und zwar mit dem Schuldenstande, mit der Verschuldung, insbesondere mit den Kriegsschulden befassen und mit dem ganzen Thema, insoweit es damit zusammenhängt.

Daß unsere Budgetdebatte nur durchaus eine politische Debatte geworden ist, liegt ja wohl in der ganzen Zusammensetzung des Hauses und wohl auch darin, daß die politischen Parteien gewohnt sind, bei dieser Gelegenheit und schon vor dieser Gelegenheit gewisse Forderungen geltend zu machen und diesen Forderungen den möglichsten Nachdruck zu geben, weil wir eigentlich doch fast nie vor einer wirklich ernsten Majorität stehen. Wir Deutschen sorgen uns für den Staat, der Staat sorgt sich aber nie für uns. Jede Regierung betrachtet es als eine nackte Selbstverständlichkeit, daß die Deutschen alles bewilligen und daß die Regierung dann ihre Geschäfte nach ihrem Gutdünken einrichtet. Wir Deutschen sind ja allerdings nicht die Mehrheit, aber ohne uns gibt es auch keine Mehrheit in diesem Hause. Und nun sehen wir, daß eigentlich ohne unser Zutun, ohne Zutun der Majorität wir vor einer Regierung, dem Ministerium Seidler, stehen, das nicht dieses Haus gerufen hat, das durch den Willen der Krone berufen wurde und dem wir sympathisch gegenüberstehen. Daß das Ministerium Seidler einen guten Willen hat, das wollen wir ihm gewiß nicht streitig machen. Ob aber das Ministerium Seidler auch die nötige Kraft, die nötige Zähigkeit und das nötige Verhandlungstalent aufbringen wird, um mit diesem Hause ein wirkliches Budget und dann später eine wirkliche Majorität fertig zu bringen, das wollen wir der Zukunft anheimstellen.

Man hat anläßlich der Verhandlungen, die vorher stattgefunden haben, an uns die Frage gerichtet, was wir denn eigentlich für die Bewilligung des Budgets erhalten. Darauf können wir nur sagen, wir erhalten uns das Bewußtsein, für diesen Staat wieder alles geopfert zu haben, um dereinst wahrscheinlich jenen Dank zu ernten, den das deutsche Volk Österreichs zu ernten gewohnt ist. *(Abgeordneter Čech: Es wird ja alles deutsch verwaltet!)* Ja, es wird alles deutsch verwaltet, aber wie wird mit uns verwaltet? Sind nicht wir es, auf die alles ausgeht? Ich komme ja heute noch auf die Steuern und Abgaben zurück und Sie werden sehen, daß gerade die Steuern, und selbst jene Steuern, die unsere Herren, als die uns sympathischen Steuern beantragen, immer wieder uns allein und wenn auch nicht uns allein, aber doch zum größten Teil uns treffen, fast nur die Deutschen.

Nun möchte ich zurückkommen auf das, was ich eingangs betont habe, auf den Schuldenstand. Meine Herren! Der Absolutismus hat eine ungeheure Schuld, eine moralische Schuld auf sich gehäuft und eine kolossale, eine riesige Schuld auf dieses Reich. Mit einer einzigen Verordnung, jener vom 4. August 1914, hat er sich das Recht erteilt, in ungemessener Zeit ungemessene Beträge in ungemessener Höhe sich selbst zu bewilligen. Der § 14 wurde noch von keiner Regierung in einer solchen Weise verfassungswidrig ausgenützt wie von der Regierung Stürgkh und es wäre ganz gewiß nie zu einer so kolossalen Verschuldung gekommen, wenn nicht vollständig kritiklos alle Ausgaben bewilligt worden wären, ohne daß sich hier oder dort irgendein verfassungsmäßiger Faktor geregt hätte, um diesem verderblichen System Einhalt zu gebieten. Wir stehen also heute vor einer Kriegsschuldenlast von 41 Milliarden. *(Ruf: Oha, viel mehr!)* Das ist die mit 31. August ausgewiesene Schuldenlast von 41 Milliarden. Dazu kommen allerdings die 12 Milliarden, respektive 16, 18 Milliarden Schulden, die 12 Milliarden von früher, dann eine gewisse Anzahl von unverbuchten Verbindlichkeiten, so daß wir heute schon mit einer Ziffer von rund 60 Milliarden rechnen können, und wenn der Krieg noch ein Jahr dauert, geht es noch weit über die 70 Milliarden hinaus — ich will natürlich gar keine Zahl nennen — und wir stehen beinahe vor jener Grenze, mit der Volkswirtschaftler vor dem Kriege unser Vermögen, unser ganzes Nationalvermögen bestimmt haben. Daß das nicht stimmen kann, daß wir uns selbst nicht so viel schuldig sein können, als unser eigenes Vermögen beträgt, liegt ja auf der Hand. Und nun sehen wir auch, daß während der Debatte immer wieder dasselbe Thema auftaucht, nämlich das Thema der Geldentwertung, die auch eine der Hauptursachen der Teuerung ist und daher auch in allen Fragen hier mitspielt, die auch die Aufbesserung der Beamtengehalte usw. bestimmt.

Nun haben wir aber insbesondere eine verderbliche Schuld und das ist jene Schuld, die in ihrer Zinsenlast vielleicht am geringsten ist, das ist die Schuld an die Österreichisch-ungarische Bank, diese Schuld, die den hohen Banknotenumlauf ver-

ursacht und in stetigem Anschwellen begriffen ist. Wir hatten bis 31. August eine Bankschuld von zirka 12 Milliarden. *(Hört! — Abgeordneter Glöckner: Mehr!)* Die Bankschuld ist nicht höher. Wir sehen also, daß wir mit den normal aufgenommenen Geldern, mit den Kriegsanleihen und Steuern, unser Auskommen nicht finden, sondern daß wir gezwungen sind, bei der Bank immer neue Schulden zu machen, die wieder durch Banknoten gedeckt werden, und zwar beläuft sich dieser Abgang auf ungefähr 3 Milliarden jährlich, er wird aber das nächste Jahr wahrscheinlich höher sein. Um 3 Milliarden trägt also unsere Kriegsanleihe zu wenig. Kriegsanleihe, Steuern und Abgaben tragen um 3 Milliarden zu wenig und diese 3 Milliarden sind wir gezwungen, durch die Österreichisch-ungarische Bank aufzunehmen. Diese Schuld drückt natürlich auf die ganzen Erwerbsverhältnisse, sie bestimmt auch die Teuerungsverhältnisse, denn die Teuerung ist vorzugsweise eine Komponente, eine Zusammenwirkung von Minderproduktion und erhöhtem Banknotenumlauf. Seine Exzellenz der Herr Finanzminister hat in seiner Rede, mit welcher er seinerzeit das Budgetprovisorium eingeleitet hat, ausdrücklich erwähnt, er stelle sich nicht auf den Standpunkt der Quantitätstheorie, einer volkswirtschaftlichen Theorie, die etwas mehr als 100 Jahre alt ist und besagt, daß der Banknotenumlauf mit der Höhe der wirtschaftlichen Güter in einem gewissen Gleichmaß stehen müsse. Ich kann ihm nur beipflichten. Diese sogenannte Quantitätstheorie wurde von neuen Theorien weitaus überholt und es steht heute tatsächlich so, daß der Banknotenumlauf als Symptom betrachtet wird, genau so wie bei jemandem, der an Wassersucht leidet, schließlich nicht das Wasser die Schuld ist, das sich ansammelt und auch schließlich, wenn man das Wasser abzapft, die Krankheit nicht beseitigt wird, das Wasser aber immerhin das Symptom einer Krisis ist, eines Krankheitsverlaufes, welches natürlich nur dann geheilt werden kann, wenn man die Krankheit an der Wurzel packt. Das ist aber tatsächlich nicht möglich, so lange der Krieg dauert, weil es unmöglich ist, die Produktion entsprechend zu heben. Aber wenn wir diese Situation weiter fortwirken lassen, wenn wir diesen Wirkungen nicht entgegenarbeiten, so wird natürlich der Banknotenumlauf noch weiter steigen und wir sehen naturgemäß Verhältnisse auftauchen, die eine grenzenlose Teuerung mit sich bringen werden, so daß wir im nächsten Jahre vielleicht auf das Doppelte der heutigen Preise kommen werden, nicht allein durch den Notenumlauf, sondern durch die Folgen des Notenumlaufes, die darin bestehen, daß das Einkommen in gewissen Kreisen bedeutend gesteigert wird, andrerseits die Valuta im Ausland sinkt, so daß es natürlich einerseits durch die erhöhten Einkommen sehr viele Menschen gibt, die um jeden Preis Waren kaufen können, andrerseits die Valuta von außen zurückwirkt. Wenn wir dagegen etwas machen wollen, müssen wir zweierlei tun. Wir müssen die Regierung — und das haben wir bereits einmal getan — auffordern, ihre Darlehen derart einzuschränken, daß womöglich der Banknotenumlauf nicht erhöht wird. Ein Zweites aber, was wir machen können, ist, daß wir trachten, von unseren Kriegsanleihen mehr zu verkaufen. Unsere Kriegsanleihen bringen in Österreich und Ungarn um ungefähr drei bis vier Milliarden zu wenig. Da möchte ich schon darauf hinarbeiten und darauf dringen, daß wir Deutsche, die durch diesen Krieg am meisten in Mitleidenschaft gezogen sind, die auch heute schon die meisten Kriegsanleihen aufgebracht haben, uns in erster Linie darum weiter bemühen, daß wir nicht verbittert durch diese Stimmung hier vielleicht weniger Kriegsanleihe kaufen, sondern daß im Gegenteil wir und alle andern Abgeordneten — denn schließlich wird es auch den Tschechen oder Slowenen, an allen ausgehen, wenn die ungeheuere Teuerung fortschreitet und der Staat in eine Situation kommt, die eben als eine schlechte zu bezeichnen ist — in diesem Hause uns sammeln, um hier Mittel und Wege ausfindig zu machen, die Kriegsanleihe zu fördern. Sie wissen es doch alle, wie in den letzten Jahren die Kriegsanleihen gemacht wurden. Es mußten förmlich die Wälder abgeholzt werden, um das Papier für die vielen Prospekte zu beschaffen, die jeder Mensch 10- bis 20fach bekommen hat. Diese Agitation ist doch eine furchtbar unzweckmäßige. Dagegen ist die Agitation der einzelnen Abgeordneten in ihren Wahlbezirken, wenn sie durch die Regierungsorgane unterstützt wird, eine viel zweckmäßigere. Sie erspart einesteils Papier und Arbeitskräfte und bringt andrerseits dem Staate mehr Mittel. Die tschechischen Beamten und die tschechischen Lehrer leiden unter der Teuerung genau so wie wir. Sie leiden in manchen Gegenden mehr, in anderen geringer, aber sie leiden, schon dieses eine Argument müßte auf Sie wirken, daß auch Sie sich bereit erklären, für die Kriegsanleihe zu agitieren.

Unter dem Regime Stürgkh war es leider verboten, über die Wirkung des Notenumlaufes zu sprechen. Ich habe einmal versucht, in einem kleinen Artikel darzulegen, daß es sehr notwendig sei, für die Kriegsanleihe zu agitieren, damit der Notenumlauf nicht erhöht werde. Dieser Artikel wurde natürlich glattweg konfisziert. Das war natürlich ein unsinniger Vorgang und der Herr Finanzminister hat ganz richtig gehandelt, wenn er in seiner letzten Rede zum Budgetprovisorium das ausdrücklich hervorgehoben und sich gar nicht gescheut hat, das Kind beim rechten Namen zu nennen. Schließlich wird ja ein ähnlicher Vorgang auch in anderen Staaten

beobachtet. Wir sind ja hier nicht isoliert. Den hohen Banknotenumlauf und die hohen Preise haben die anderen Staaten auch, aber sie können sich teilweise dadurch besser helfen, weil bei ihnen die Zufuhr und teilweise vielleicht auch die Produktion eine bessere ist, sowohl wegen der natürlichen Mittel ihrer Länder, als auch deshalb, weil für sie das Meer teilweise offen ist. Und das führt mich in weiterer Linie zu einer Sache, die damit unbedingt zusammenhängt und zwar ist das die sogenannte Vermögensabgabe, von der hier sehr viel gesprochen wurde, und es sind das die verschiedenen neuen Steuerprojekte.

Was die Vermögensabgabe selbst anbelangt, so möchte ich nur die Herren Abgeordneten und das Ministerium ersuchen, die Enquete, die hier zu befragen ist, möglichst schnell, aber auch möglichst gründlich zu befragen; schnell deshalb, weil die Vermögensabgabe meiner Ansicht nach — und hier stimme ich mit dem Herrn Finanzminister nicht überein — auch noch während des Krieges, teilweise, vorsichtig und bescheiden in Wirksamkeit zu treten hat. Denn die Vermögensabgabe bildet wieder einen Teil der Auffaugung des Banknotenumlaufes. Wenn wir damit zu lange zögern, so ist das verderblich. Aber etwas muß vermieden werden. Wir sprechen immer von einer Vermögensabgabe von zirka 30 und 35 Milliarden. Die Leute werden kopfscheu: sie fangen schon heute an, ihr Geld zu verstecken und geradeso wie die hohen Steuern zu einer Steuerunmoral führen, zu der gleichen Unmoral, zu der alle Verordnungen führen, die nicht gehalten werden können, so ist es auch bei der Vermögensabgabe. Die Vermögensabgabe muß in einer solchen Weise durchgeführt oder zumindest verkündet werden, welche sie halbwegs erträglich erscheinen läßt. Es muß nach außenhin gesagt werden, daß die Vermögensabgabe progressiv ist, daß sie auf mehrere Jahre verteilt wird, daß sie nach der Art des Vermögens verschieden ist, und daß vor allem der Vermögenszuwachs im Kriege getroffen wird. Die Verkündigung einer solchen Vermögensabgabe wird sehr viel von ihrem Schrecken verlieren.

Und ebenso wünsche ich das von den Steuern. Wenn wir jetzt von vorneherein die Steuerschraube in einer Art anziehen, wie es eigentlich der Krieg verlangen würde, so fürchte ich sehr, daß wir die Steuermoral vollständig untergraben, daß eben gar keine Steuern mehr ordnungsgemäß einbekannt werden, und daß die Steuern weiters nicht das tragen werden, was sie tragen sollen.

Nun wurde hier von einigen Herren schon gesagt, man müsse ja die Produktion schonen und es ist sehr merkwürdig, wie sich dieses Schonen der Produktion immer mehr steigert. Zuerst durfte nur die Landwirtschaft, eventuell auch das Gewerbe geschont werden, jetzt muß auch die Industrie geschont werden. Das ist ganz richtig, aber Sie müssen außer der Industrie auch die Banken schonen, soweit sie nicht Spekulations- und Spielbanken sind. Es geht auch nicht, daß wir immer gerade die Banken als das Opfer ausersehen. Die Banken selbst sind ein notwendiges Funktionsmittel der ganzen wirtschaftlichen Produktion und des Handelsprozesses, ein Produktionsmittel, das wir nicht entbehren können. Vergessen Sie auch nicht, daß wir eine offene Türe haben, eine offene Türe für die Vermögen; wenn auch das Ausland verschlossen wird, so bleibt die Türe nach Ungarn offen. Genau so wie jetzt große Warenvermögen nach Ungarn abgezogen sind, so ist es gar nicht ausgeschlossen, daß große Industrien und Banken, kurzum daß große Teile unserer wirtschaftlichen Faktoren der Vermögensbildung nach Ungarn abschwimmen und wir sehen dann genau das Umgekehrte von dem eintreten, was wir eintreten sehen wollen, daß alle Mittel, um unsere Produktion zu steigern, um dem Staate ein höheres Einkommen zu schaffen, einfach ausgeschaltet werden, weil wir blindlings einer kleinlichen Anschauung — ich sage dies nicht im bösen Sinne — nachgehen, die wir in ihrem vollen Umfange nicht erfassen können. Ich bin selbstverständlich für eine entsprechend hohe Besteuerung der Banken, insbesondere bezüglich der Kriegssteuer, aber man darf das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Man muß die Banken auch insofern leben lassen, als sie wichtige Glieder des wirtschaftlichen Lebens, als sie Handel und Industrie unterstützen, als sie Geldgeber, Geldreservoirs sind. Ich plädiere durchaus nicht für die Banken, insbesondere für die Spielbanken .... *(Abgeordneter Kuranda: Das trifft ja alle Aktiengesellschaften!)* Es gibt große und kleine, man muß auch hier die entsprechende Vorsicht walten lassen. Genau so ist es mit allem, was wir jetzt an Steuerproblemen auftauchen sehen. Wir müssen vorsichtig sein, aber auch einen Spielraum lassen für jene autonomen Organisationen dieses Staates, die bisher eigentlich am wenigsten berücksichtigt wurden.

Ich möchte da auf den Resolutionsantrag hinweisen, den ich bezüglich der Gemeinden gestellt habe. Ich habe gefordert und gewünscht, daß den Städten und Gemeinden die entsprechend höhere Quartierzulagenleistung ersetzt werde — das ist kein unbilliges Verlangen — und weiters, daß die Auslagen der Gemeinden für Kriegsleistungen ebenfalls rechtzeitig — sie sind vielfach noch nicht liquidiert — ersetzt werden.

Damit wäre ich am Schlusse meiner Ausführungen angelangt und ich möchte Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister ersuchen, er möge, was die Vermögenssteuer und die Vermögensabgabe anbelangt, eine entsprechend sichere und feste Hand

haben, er möge aber auch dort, wo die Produktion selbst in Frage kommt, entsprechende Rücksicht nehmen. Wir leben ja in einer Welt, die vielleicht nach dem Kriege sich nach ganz anderen Grundsätzen aufbauen wird; zumindest wird sich die Volkswirtschaft, die heute vollständig materialistisch gedacht, gearbeitet hat und in ihren Lehrsätzen so fundiert ist, vielleicht nach der energetischen Seite hin orientieren müssen. Tatsächlich haben wir eine Unmenge von lebenden und ruhenden Energien in unserem Lande; wir haben vegetative Energien, die Energien der Wasserkräfte, kurz, Energien aller Art, die ausgenützt werden können und müssen. Wenn wir das tun, so wird auch dieser große Krieg in unseren Reichtum nur eine Lücke, eine empfindliche Lücke geschlagen haben. Dieser Reichtum wird sich auf Jahre hinaus vielleicht in eine mäßige Wohlhabenheit, vielleicht sogar in eine Armut verwandelt haben, aber wir dürfen nicht verzweifeln, diese neue Welt wieder aufzubauen, vielleicht schöner und besser, als sie früher war. *(Beifall.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Binovec hat folgende Resolution beantragt *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, betreffs Zuerkennung einer Teuerungszulage den Rentisten und deren Hinterbliebenen der Arbeiterunfallversicherungsanstalten sowie der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen eine ausreichende Geldaushilfe zu gewähren, und zwar unter Beibehaltung folgender Grundsätze: Bei den Renten und Genüssen bis 1600 K eine 40prozentige Zulage, bei den Renten und Genüssen von 1600 bis 2000 K eine 30prozentige Zulage und bei den Renten und Genüssen von 2000 bis 2400 K eine 20prozentige Zulage."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diese Resolution unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ferner habe ich mitzuteilen, daß der Herr Abgeordnete Loser in der heutigen Sitzung einen Antrag, betreffend Unterstützung der notleidenden Gewerbetreibenden gestellt hat. Der Herr Abgeordnete Loser hat diesen Antrag zurückgezogen und sich dem Antrage Teufel, Hummer und Genossen akkomodiert, es erscheinen daher jetzt auch die Herren Abgeordneten Loser und Pichler unter den Antragstellern. Der Antrag Loser entfällt.

Ich breche die Verhandlung ab.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Prokeš, als Mitglied des Budgetausschusses,

Jiráček, als Mitglied des Gewerbeausschusses,

Svoboda, als Ersatzmann des Gewerbeausschusses.

Sofern diese Herrrn Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall, so nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird unverweilt vorgenommenen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Der Herr Abgeordnete Dębski hat an mich die Anfrage gestellt, ob ich geneigt bin, die Beantwortung einiger Interpellationen, die er an den Landesverteidigungsminister gerichtet hat, zu betreiben. Ich bedauere, sagen zu müssen, daß ich nicht in der Lage bin, eine solche Betreibung durchzuführen, da ich das sonst bei sämtlichen Interpellationen machen müßte.

Es bleibt dem Herrn Kollegen Dębski überlassen, selbst durch eine neuerliche Interpellation oder auf anderem Wege die Beantwortung zu betreiben.

Der Herr Abgeordnete Franz Meixner hat sich krank gemeldet.

Der Finanzausschuß hält heute nach Schluß der Hausitzung in Abteilung II Sitzung. Tagesordnung: Bericht des Subkomitees über die Rennwett-Steuervorlage.

Es ist eine Reihe von Initiativanträgen zuzuweisen, und zwar:

1. die Anträge 177 und 578 der Beilagen an den Gewerbeausschuß;

2. der Antrag 621 der Beilagen an den Wiederherstellungsausschuß;

3. die Anträge 579, 620, 622 und 629 der Beilagen an den Ernährungsausschuß;

4. die Anträge 591, 599, 602, 634 und 667 der Beilagen an den Wehrausschuß;

5. die Anträge 611, 654, 666 und 669 der Beilagen an den Budgetausschuß;

6. die Anträge 586, 587, 609, 612, 613, 631, 637, 653, 655 und 664 der Beilagen an den Eisenbahnausschuß;

7. der Antrag 585 der Beilagen an den Finanzausschuß;

8. die Anträge 576, 619, 623, 624, 632 und 641 der Beilagen an den Justizausschuß;

9. die Anträge 595, 604, 610, 625, 627, 647 und 660 der Beilagen an den kriegswirtschaftlichen Ausschuß;

10. die Anträge 575, 577, 580, 626 und 670 der Beilagen an den landwirtschaftlichen Ausschuß;

11. die Anträge 581, 582, 584, 590, 594, 596, 597, 598, 606, 614, 615, 628, 645, 648, 659, 662, 663 und 665 der Beilagen an den Notstandsausschuß;

12. der Antrag 605 der Beilagen an den sozialpolitischen Ausschuß;

13. die Anträge 589, 592, 593, 607, 608, 616, 617, 633, 638, 639, 656 und 657 der Beilagen an den Staatsangestelltenausschuß;

14. der Antrag 640 der Beilagen an den Unterhaltsbeitragsausschuß;

15. der Antrag 668 der Beilagen an den Unterrichtsausschuß;

16. die Anträge 618 und 661 der Beilagen an den Verfassungsausschuß;

17. die Anträge 574 und 635 der Beilagen an den volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Bei den soeben durchgeführten Ersatzwahlen wurden mit sämtlichen abgegebenen 127 Stimmen gewählt:

in den Budgetausschuß als Mitglied Tomášek;

in den Gewerbeausschuß Svoboda als Mitglied, Aust als Ersatzmann.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Freitag, den 19. Oktober, 11 Uhr vormittags, mit der Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums.

Ist ein Einwand dagegen? *(Niemand meldet sich.)* Dann bleibt es dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung 5 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 32. Sitzung, Freitag, den 19. Oktober 1917.

**Tagesordnung:** Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums (675 der Beilagen).

## Inhalt.


**Verhandlung.**

Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums (675 der Beilagen — Redner: die Abgeordneten Dr. Diamand [Seite 1645], Marckhl [Seite 1650], Dr. Korošec [Seite 1653], Dr. Głąbiński [Seite 1654], Pavlok [Seite 1659], Parrer [Seite 1662], Dr. Trešić [Seite 1667], Dr. Faidutti [Seite 1675], Roškar [Seite 1680], Dr. Matakiewicz [Seite 1684]).

**Anfrage**

des Abgeordneten Habermann an den Präsidenten, betreffend die Konfiskation der Rede des Abgeordneten Aust vom 17. Oktober 1917 in einem Wiener Blatte (Beantwortung durch den Präsidenten — Seite 1088).


## Verzeichnis

### der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

**Antrag**

des Abgeordneten Dr. Kinz und Genossen, betreffend die Rangstellung der Reserveoffiziere (707 der Beilagen).

**Anfragen:**

1. und 2. des Abgeordneten Dr. Čehelskyj und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Unterhaltsbeiträge (Anhang I, 1089 und 1090/I);

3. des Abgeordneten Wilhelm Maixner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Belobung des Infanterieregiments Nr. 28 (Anhang I, 1091/I);

4. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Ausgestaltung des Amtes für Volksernährung zu einem Ernährungsministerium (Anhang I, 1092/I);

5. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an den Minister Höfer, betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln in Galizien und die Einfuhr von Getreide nach Galizien (Anhang I, 1093/I);

6. des Abgeordneten Hartl und Genossen an den Justizminister, betreffend die Beschlagnahme der „Reichenberger Deutschen Volkszeitung" vom 14. Oktober 1917 (Anhang I, 1094/I);

7. des Abgeordneten Schiegl und Genossen an den Justizminister, betreffend die erhöhte Sterblichkeit in der Männerstrafanstalt Suben (Anhang I, 1095/I);

8. des Abgeordneten Max Winter und Genossen an den Minister des Innern und an den Justizminister, betreffend die Beschlagnahme der Zeitung „A. Z. am Abend“ (Anhang I, 1096/I).

---

Zur Verteilung gelangt am 19. Oktober 1917 die Anfragebeantwortung ad 535 I.

am 27. September 1917 die Anfragebeantwortung ad 93/I

am 11. Oktober 1917 die Anfragebeantwortungen 143, 159, 206 und 888/I.

Versendet wurden am 9. September 1917 die Anfragebeantwortungen 171, 176, 486 und 631 I.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: **Čech**, Dr. **Grandi**, **Stumpf**, Dr. **Pogačnik** Lorenz.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der Sitzung vom 17. d. M. ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt anzusehen. Das Protokoll über die Sitzung vom 18. d. M. liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Wir schreiten zur Tagesordnung, das ist zur Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums. *(673 der Beilagen.)*

Zu diesem Gegenstande ist mir ein weiterer Antrag übergeben worden von den Herren Abgeordneten Teufel, Hummer, Kroy, Dr. Roller, Schreiter, Dr. Ritter v. Mühlwerth und Genossen.

Der Antrag lautet *(liest)*:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Die Regierung wird aufgefordert, ungesäumt, längstens jedoch innerhalb einer Frist von acht Wochen dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Planes für die Entschuldung der Staatsbediensteten vorzulegen und in diesem auch Vorkehrungen zur Befriedigung eines zulässigen Kreditbedürfnisses der Staatsbediensteten zu treffen, um sie in Zukunft vor wucherischer Ausbeutung zu schützen."

Der Antrag ist gehörig gezeichnet und steht in Verhandlung.

Der nächste zum Gegenstand eingetragene Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Diamand; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Diamand**: Meine Herren! Über das politische Verhältnis meines Verbandes zur Regierung hat bereits einer der Obmänner des Verbandes, der Herr Abgeordnete Daszyński, in diesem Hause ausführlich gesprochen. Es werden im Laufe der Debatte noch weitere Redner dieses Verhältnis besprechen. Ich werde mich in meinen Ausführungen bloß auf eine Post des Budgets beschränken, auf die Post des Ernährungsamtes. Diese Angelegenheit ist von so entscheidender Wichtigkeit für den Staat, für das Leben der Bevölkerung, für die Zukunft der Länder, für die Zukunft der Völker, daß ich sie für eine der wichtigsten Angelegenheiten ansehe, mit welchen wir uns hier zu befassen haben.

Die Frage der Volksernährung ist nicht nur eine Frage unserer Zukunft, eine Frage der Lebensmöglichkeit, sie ist auch eine Frage der Kriegsentscheidung, sie ist auf diese Weise auch eine hochpolitische Frage. In unserem eingeschlossenen Reiche ist die Lösung der Ernährungsfragen mit großen Schwierigkeiten verbunden. Als die Weltwirtschaft frei war, waren wir zu großem Teile auf den Warenaustausch mit anderen Ländern angewiesen.

Jetzt plötzlich haben diese Verbindungen aufgehört und wir sind auf unsere Eigenwirtschaft angewiesen. Es ist selbstverständlich, daß kein Land der Erde alle seine Bedürfnisse aus eigenem decken kann, und infolgedessen entstehen Schwierigkeiten, entstehen Mängel, welche nur durch die Verwaltung, wenn nicht behoben, so doch eingeengt werden können. Und nie hat die Staatsverwaltung eine solche Aufgabe gehabt und nie war der Staat auf seine Verwaltung so angewiesen, wie in diesem Fall.

Die Schwierigkeit liegt darin, daß unsere Verwaltung in wirtschaftlichen Angelegenheiten gar keine Erfahrung hat. Wir hatten ja bloß eine politische Verwaltung und aus dem Wirtschaftssystem war es erflossen, daß die wirtschaftlichen Angelegenheiten eines jeden ihm selbst überlassen waren. Nun steht die Verwaltung plötzlich vor dieser neuen Aufgabe unter neuen, außerordentlich schwierigen Bedingungen. Der freie Verkehr mußte unterbunden, die freie Wirtschaft mußte eingeschränkt werden und die Gemeinwirtschaft ist an ihre Stelle

getreten. So einfach diese Worte klingen, bergen sie doch eine außerordentliche, sehr weitgehende Erscheinung in sich. Diese Erscheinung bringt es mit sich, daß die Revolution, die in Rußland stattgefunden hat, nicht die einzige war. Wir haben in dieser anscheinend so einfachen Frage der Ersetzung der Einzelwirtschaft durch die Gemeinwirtschaft eine wirtschaftliche Umwälzung, die in ihren Folgen unabsehbar ist und uns in unserer Entwicklung viel weiter führen kann, als die politischen Revolutionen.

Meine Herren! Die Lösung dieser Frage unter den Bedingungen, die der Krieg gibt, ist außerordentlich schwierig. In erster Linie war sich Deutschland dieser Schwierigkeit bewußt und das Deutsche Reich war das erste, das eine systematische Organisation der wirtschaftlichen Verwaltung anregte. Die Bevölkerung hatte aber den Kern der Dinge gleich erfaßt und, als Deutschland seinen Ernährungsminister aufstellte, gab ihm die Bevölkerung den Namen eines Ernährungsdiktators und traf auf diese Weise den Kern der Dinge. Dieses Problem ist nicht anders als durch eine wirtschaftliche Diktatur zu lösen. Es ist nicht anders zu lösen in Deutschland mit seiner ausgezeichneten Verwaltung, mit seiner Bevölkerung, welche von sozialen Gedanken durchtränkt ist, wie kein anderes Volk der Erde, geschweige bei uns mit einer außerordentlich zurückgebliebenen Verwaltung und auch mit einer zurückgebliebenen sozialen Entwicklung. Deutschland sollte einen Diktator bekommen und wir konnten uns nur mit Mühe entschließen, diesen revolutionierten Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Dem Grafen Stürgkh hat es immer geschienen, daß er mit dem freien Verkehr sein Auskommen finden werde, und, als uns die Not zu Taten drängte, suchte man nach Möglichkeit, Halbheiten und Unzulänglichkeiten zu schaffen, um nur mit den alten Methoden nicht zu brechen. Die Verhältnisse sind aber stärker als der Wille der Staatsmänner und wir wurden zu Institutionen gedrängt, welche leider bloß den Schein einer Ernährungsdiktatur haben, aber nicht das Wesen. Wir befinden uns in der Ernährungsfrage jetzt in einer außerordentlich schwierigen Situation, und zwar meiner Meinung nach darum, weil die Verwaltung versagt, weil wir nicht einen Faktor haben, der die ganze Ernährungsfrage in seine Hand nimmt und alles andere der Lösung dieser Frage unterordnet. Meine Herren! Wir haben uns damit abgefunden, daß wir in den Militärfragen eine Diktatur haben, das Armeeoberkommando leitet die Kriegsfragen ganz unabhängig, ohne Rücksicht auf alle anderen Zweige des staatlichen Lebens. Wenn das in der Militärverwaltung notwendig war, desto notwendiger war es in der Ernährungsfrage. Unsere Verwaltung leidet am meisten darunter, daß sie nicht einheitlich ist, daß sie außer den sachlichen Schwierigkeiten auch Reibungen zwischen den einzelnen Verwaltungsabteilungen zu überwinden hat. Diese Reibungen sind manchmal so groß, daß es unmöglich ist, die besten Ideen, die besten Verordnungen durchzuführen, weil sie an dem Widerstande der einzelnen Ministerien und ihrer Organe zusammenbrechen. Und diese Erscheinung wiederholt sich in einem fort. Unser Ernährungsamt hat nicht die Macht, Ernährungsamt zu sein. Ein Ernährungsamt, welches wirklich diese höchst wichtige Frage lösen soll, muß unabhängig gemacht werden von allen anderen Ämtern. Heute ist die Ernährungsfrage die wichtigste und erste und das Ernährungsamt müßte unbeschränkte Vollmachten bekommen, Vollmachten, die es ihm möglich machen, über das Ackerbauministerium, über das Eisenbahnministerium, über das Handelsministerium hinweg Verfügungen zu treffen und, was wichtiger ist, Verfügungen durchzuführen.

Vergegenwärtigen wir uns unsere Lage! Wir sind kaum nach der Ernte, an einen Mangel an Vorräten kann nicht gedacht werden. Aber ungeheure Teile des Reiches sind in der prekärsten Situation, so als ob alle Vorräte bereits aufgezehrt wären. Das Ernährungsamt, die Ernährungsverwaltung versagt, versagt zu einer Zeit, wo sie sachlich in der Lage wäre, allen Forderungen, allen Ansprüchen der Bevölkerung voll und ganz zu entsprechen. Und die Ursache liegt darin, daß wir den Schein eines Ernährungsamtes haben und nicht ein wirkliches Ernährungsamt. Ein Ernähnährungsamt, das nicht imstande ist, die Schwierigkeiten des Eisenbahntransportes, die Schwierigkeiten, die die einzelnen Ministerien machen, zu überwinden, diktatorisch zu überwinden, kann diese Aufgabe nicht leisten. Sie haben hier die Rede des gewesenen Herrn Vertreters des Ackerbauministeriums gehört, er ist ja in öffentlicher Sitzung vor der Agrarbevölkerung niedergekniet und hat sich anbetend an das Heldentum der agrarischen Landbevölkerung gewendet. Ich glaube, nach der Verwaltung des Ackerbauministeriums kniet er noch heute vor ihm. Aber, wie gestalten sich die Sachen? Ich habe hier ein Kommuniqué des Ernährungsministers. Es ist gestern abends im „Fremdenblatt" erschienen und lautet *(liest)*:

„Der Schleichhandel mit Lebensmitteln, besonders mit Getreide, Mehl und Kartoffeln, hat seit Beginn der Ernte in einer Weise überhandgenommen, die die Versorgung der Bevölkerung aufs schwerste zu gefährden droht. Abgesehen davon, daß die Produzenten seitens der Schleichhändler mit übermäßigen Preisen verwöhnt werden und in spekulativer Absicht ihre Erzeugnisse zu verheimlichen trachten, hat der Schleichhandel eine so ungerechte Verteilung und eine derart verschwenderische Verarbeitung der Lebensmittel im Gefolge, daß die Ernährung in den späteren Wintermonaten schwer

leiden könnte. Das Amt für Volksernährung sah sich durch diese bedauerlichen Erscheinungen gezwungen, an alle Landeschefs die Aufforderung zu richten, gegen die unbefugten Veräußerer von Getreide, Mehl und Kartoffeln auf das energischeste . . . . vorzugehen."

Da sehen Sie, meine Herren, wie diese angebetete Landbevölkerung sich dem Staate und der Bevölkerung gegenüber, die auf die Produkte der Landwirtschaft angewiesen sind, verhält. Wir haben Verordnungen, die den freien Handel mit Getreide und Kartoffeln gänzlich ausschließen. Und das Ernährungsministerium erklärt ganz öffentlich, daß ein derartiger freier Handel mit Getreide stattfindet — er nennt das Schleichhandel, weil er nichts davon weiß und es nicht verhindern kann — und daß dadurch die Ernährung in den Wintermonaten gefährdet ist. Meine Herren! Es ist dies eine gewisse Übertreibung in minus, denn es ist nicht die Ernährung in den Wintermonaten, sondern es ist die Ernährung in diesem Monat, im Oktober und im November gefährdet. Die Ablieferung von Getreide ist mit Rücksicht auf die ungeheure Beute, die durch den freien Verkauf diesen Produzenten zufällt, eine so minimale, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Brot heute in den meisten Ländern des Reiches stockt. Und wenn das Ernährungsamt nicht Mittel und Wege findet, diese von ihm mit Beschlag belegten Produkte den Städten, den Nichtgetreideproduzenten zuzuführen, so stehen wir nicht im späten Winter, sondern schon jetzt im Herbste vor einer Kalamität, deren Folgen gar nicht abzusehen sind.

So ein Ernährungsdiktator könnte auch nicht dem Kriegsministerium und dem Armeeoberkommando unterstellt werden. Die Ernährungsfrage ist nur dann zu lösen, wenn sie von einer Stelle gemeinschaftlich für Heer und Bevölkerung gelöst wird. Diese Doppelwirtschaft ist ein wahres Verhängnis, ist die größte Gefahr. *(So ist es!)* Und ich staune außerordentlich darüber, daß die Armeeverwaltung, die die Hauptverantwortung trägt, nicht zur Einsicht gekommen ist, daß sie mit ihrer Sonderwirtschaft eine Katastrophe in Österreich herbeiführt. *(Bravo!)* Ich habe den Eindruck, als ob die Führer von Luck unsere wirtschaftliche Verwaltung beim Armeeoberkommando in ihren Händen hätten. Ein solcher Erfolg in der Ernährung würde aber noch viel ärgere Folgen haben als der schreckliche Mißerfolg bei Luck. Wenn die Armee aufrechtstehen will, wenn die Armee will, daß die kriegerischen Erfolge realisiert werden können, dann muß sie zur Einsicht kommen, daß die Zivilbevölkerung, daß das Land hinter der Front wirtschaftlich leben und wirtschaftlich ausharren muß, bis zum Ende. Denn es ist alles eins, ob wir an der Front oder hinter der Front zusammenbrechen. Zusammenbrechen dürfen wir nirgends; und die Militärverwaltung trägt die Verantwortung dafür, daß wir jetzt vor dieser Gefahr stehen. Ich werde das exemplifizieren. Galizien hat im heurigen Jahre eine glückliche Kartoffelernte. Das Land ist geneigt, in allen seinen Kreisen geneigt, sich auf das Notwendigste zu beschränken und einen Teil seiner Produktion den anderen Ländern zu überlassen. Es haben Abmachungen stattgefunden, die jetzt von der Armeeverwaltung überschritten werden. Die Armeeverwaltung macht diese Abmachungen zunichte und statt einer geregelten Versorgung mit Kartoffeln auf Grund derselben greifen Gewaltmaßregeln der Militärverwaltung Platz, welche nicht nur die Versorgung Galiziens, sondern auch derjenigen Länder bedrohen, welche von Galizien dessen mit Bereitwilligkeit überlassenen Überschuß erhalten sollen. Die Situation ist eine solche, daß die Kartoffelernte in Galizien unterbunden und verboten ist. Die Militärverwaltung hat sich vor allem die Deckung ihres Bedarfes reserviert, sie war aber nicht imstande, diesen Bedarf im Oktober zu decken und braucht nach ihrer Erklärung bis Ende November Zeit, um die für den Heeresbedarf notwendigen Kartoffelmengen einzuheimsen. Nun soll die ganze Bevölkerung in Österreich auf die Kartoffeln angewiesen werden, die im Dezember geerntet werden. Wer die Verhältnisse in Österreich und speziell in Galizien kennt, wird zugeben, daß dadurch künstlich eine Ernährungskrise provoziert wird. Und was ist der Ernährungsminister diesen Herren gegenüber? Der reine Niemand, er hat gar keinen Einfluß. Wenn einerseits von seiten der agrarischen Bevölkerung die größten Schwierigkeiten gemacht werden und der Minister keine Möglichkeit hat, die für die Versorgung der Städte notwendigen Produkte zu erhalten, wenn andrerseits die Heeresverwaltung hinsichtlich der Nahrungsmittel in einer solchen Weise vorgeht, dann, frage ich, meine verehrten Herren: Steht es nicht wirklich so, daß in künstlicher Weise eine gefahrdrohende Krise in unserer Versorgung herbeigeführt wird?

Der dritte Faktor ist unser Verhältnis zu Ungarn. Es ist nicht anders Hilfe zu bringen, als daß wir die Regelung unseres Verhältnisses zu Ungarn in eine Hand legen und diese Hand wäre meiner Meinung nach der Ernährungsdiktator. Die Unabhängigkeit Ungarns ist keine derartige, wie sie den Anschein hat, man könnte schon Mittel und Wege finden, unsere Interessen gegen Ungarn zu vertreten. Wenn aber dieses Verhältnis nicht vom Standpunkt der Wirtschaft geregelt wird, sondern vom Standpunkt der Gewinnung von Sympathien für die Dynastie, vom Standpunkt zukünftiger Handelsverträge, vom Standpunkt der Erhaltung einer Majorität in Ungarn für die ungarische Regierung, wenn wir alle unsere Interessen gefügig den ungarischen Interessen unterordnen, dann wird

die Gefahr, die uns in der Ernährungsfrage droht, eine ganz außerordentliche. Die Ungarn sperren uns gegenüber die Grenze, sie erhöhen die Preise über jedes mögliche Maß hinaus, sie erlauben uns nicht, in Österreich zu wirtschaften. Demgegenüber ist der österreichische Ernährungsminister, der ein Ernährungsdiktator sein sollte, in derselben Lage wie gegenüber der Militärverwaltung.

Meine Herren! Ob die Regierung das Budget bekommt oder nicht, wie sich da die Stimmung bei den einzelnen Parteien gegen die Regierung gestaltet, das tritt zurück gegenüber der Lösung der Ernährungsfrage. Die Stimmung in den Ländern gegen Österreich wird beeinflußt von der Ernährungsfrage. Wenn die österreichische Verwaltung nicht imstande ist, die Ernährungsfrage zu lösen, dann werden alle mit Österreich gemeinsamen Interessen in Frage gestellt; denn wenn der Staat in dieser Gefahr nicht imstande ist, den staatlichen Aufgaben zu entsprechen, dann tritt vor die Bevölkerung, ohne Rücksicht darauf, welcher staatsrechtlichen Auffassung sie ist, ohne jede Rücksicht die Frage: Ist dieser Staat erhaltungswürdig, ist er erhaltungsmöglich, wenn er nicht imstande ist, seine Bevölkerung vor dem Hungertode zu schützen, nicht so sehr aus Mangel an Ernährungsmitteln, sondern wegen der Mängel der Staatsverwaltung? *(Sehr richtig!)* Im Volke ist diese Frage sozusagen der Hintergrund der politischen Gärungen, die im ganzen Reiche sich vollziehen. *(Sehr richtig!)* Meine Herren! Von den loyalsten Tirolern, von den eingeschworensten Freunden Österreichs, von den typischen Österreichern angefangen bis herunter die ganze Skala des Verhältnisses zu Österreich, die ganze Bevölkerung ist in dieser Beziehung einig, daß der Staat in der Ernährungsfrage versagt habe. Und vor dieser Situation stehen Sie, meine Herren von der Regierung.

Neben der Frage der Verwaltung steht die Frage des Preises. So wie dieses schaukelnde Wesen die Regierung in der Verwaltungsfrage beherrscht, ebenso unentschieden, ebenso widerspruchsvoll ist ihre Stellung zur Ernährungsfrage. Die Frage, die sich die Regierung beantworten müßte, ist sehr einfach: ist der Krieg eine wirtschaftliche Konjunktur oder ist er es nicht? *(Sehr richtig!)* Und wenn Sie, meine Herren, die Verordnungen der Regierung betrachten und besonders noch, was hinter den Verordnungen geschieht, so können Sie nicht zu einer klaren Meinung darüber kommen, welchen Standpunkt die Regierung einnimmt. Während der Krieg einzelnen gegenüber durchaus nur Geschäftskonjunktur ist, ist er anderen gegenüber bloß ein Unglück, ein Verhängnis, eine Not, der sie in allem preisgegeben sind. Und so, meine Herren, läßt man die kleinen Diebe hängen und die großen Diebe laufen mit fürstlichen Ehren und fürstlichem Vermögen ausgestattet herum *(Zustimmung)*, dank dem System, dank der Unentschiedenheit unserer Verwaltung. Die Sache geht so weit, daß die Regierung sich in der letzten Zeit entschlossen hat, sich den Preiswucherern aktiv anzuschließen. Nicht genug, daß sie dem Bankkapital bei der Ausbeutung der Geschäftskonjunktur des Krieges passive Assistenz leistet, ist sie in letzter Zeit aktiv aufgetreten. Die Regierung hat es versucht, einen Zuschlag zum Preise des Zuckers für sich in Anspruch zu nehmen; die Regierung hat es versucht, dem von ihr verkauften Kaffee einen Zuschlag — Preisanteil heißt das — ich glaube 6 oder 8 Kronen pro Kilogramm — der Betrag mag vielleicht nicht ganz genau sein — anzugliedern. Und jetzt haben wir einen Vorschlag des Herrn Kollegen Hummer, welcher einen Preisanteil von 1400 K bei einem Hektoliter Spiritus für die Regierung in Anspruch nimmt.

Es ist außerordentlich bezeichnend, daß der Nationalverband uns diese Gegensätze bietet. Herr Hummer meint, der Herr Steinwender wäre ein Sadist der direkten Steuern; und damit das Gleichgewicht im Nationalverbande erhalten werde, ist Herr Hummer Sadist der indirekten Steuern. Diese sadistischen Neigungen dieses hochverehrten Verbandes wird die Bevölkerung nicht ertragen. *(Abgeordneter Daszyński: Der Verband existiert nicht mehr, aber der Sadismus ist geblieben!)* Ich bitte, Herr Kollege, konstatieren selbst, daß es Momente gibt, in denen der Verband einig ist. *(Heiterkeit.)* Es ist dazu gekommen, daß der Obmann des Finanzausschusses des Hauses, Herr Hummer, Vorschläge macht, um den geordneten Weg der Gesetzgebung und den richtigen parlamentarischen Einfluß auf die Gestaltung der Steuern zu umgehen. Es handelt sich nicht nur um staatsrechtliche und politische Dinge, aber man muß bedenken: In welchem Lichte erscheinen jetzt alle Preiswucherer der Welt, welche Rehabilitierung ist das für das internationale Gaunertum Europas, für das der Krieg eine Konjunktur ist! *(Sehr richtig!)* Wenn die Regierung meint, daß sie sich Einnahmen im Wege der Preissteigerung, nicht im Wege von Steuern verschaffen kann, wenn sie sich an die Rockschöße des Herrn Dr. Kranz hängt, auf diese Weise mit der Methode des Dr. Kranz, der Kreditanstalt, der Anglobank, der Depositenbank und wie alle diese Anstalten heißen, wenn sie mit dieser Methode der Bevölkerung das Geld abknöpfen will, in welcher Glorie stehen dann alle diese Wucherer vor der Welt da!

Vizepräsident Dr. **German** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter Dr. **Diamand**: Ich bitte, mich nicht nach dem System der Brotmarken zu behandeln, ich habe meine Portion noch nicht aufgegessen. Übrigens besteht da ja, glaube ich, ein Gegensatz: wir lassen uns im Genusse des Brotes beschränken, weil wir kein Brot haben und weil Krieg ist; aber wir haben parlamentarischen Frieden und der Präsident will mir gegenüber Kriegsbestimmungen anwenden. Die rigorose Handhabung des Reglements ist nur für den Fall des Krieges am Platze, für friedliche Zeiten, glaube ich, dürfte man sich aussprechen können! Ich wollte nur meinen Standpunkt in der Frage der Redemöglichkeit feststellen.

Und so wird der Krieg offiziell zur Konjunktur gestempelt, zur Konjunktur des Bank- und des Agrarkapitals. Aber wenn man von seiten der Eisenbahner, wenn man von seiten der Beamtenschaft, der Lehrerschaft, von seiten dieser unendlichen Menge von Leuten, welche auf ein beschränktes Einkommen angewiesen sind, mit Forderungen an den Staat herantritt, nicht um Vermögen anzuhäufen, nicht um die Konjunktur auszunutzen, sondern um den Krieg physisch zu überdauern, um nicht zugrunde zu gehen infolge von Nahrungsmangel, dann sind die Herren nicht zu haben, dann findet man bei der Regierung nicht diese Empfänglichkeit, die sie für die Bedürfnisse des Kriegswuchers hat. Und wenn wir in diesem Kriege Schaden leiden, dann berufen Sie sich nicht auf die Hochverräter, dann berufen Sie sich nicht auf die Stimmung der Bevölkerung, sondern sagen Sie: Mea culpa, mea maxima culpa! Die Regierung hat alles gemacht, um den Staat innerlich zu schädigen und zu der großen Gefahr, die ohnehin im Wesen dieses Staates besteht, durch ihre schlechte Verwaltung eine neue Gefahr für den Staat heraufzubeschwören.

Die Regierung beschäftigt sich mit der Preisbestimmung und sie hat ein Preisbestimmungsamt eingesetzt. Ich habe Gelegenheit, in das Gebaren dieses Amtes Einsicht zu nehmen.

Es ist ein wissenschaftliches Institut für die Festlegung der Preisbewegung während des Krieges. Nach dem Kriege wird vielleicht diese Arbeit einem Volkswirte Material zu Studien geben. Darüber hinaus ist das Preisbestimmungsamt gar nichts, es leistet gar keine Dienste, es hat nicht die Macht, es hat nicht den Willen, seinen aus diesen Forschungen hervorgehenden Anschauungen Geltung zu verschaffen. Unter dem Schutze des Preisbestimmungsamtes erleben wir Preissteigerungen, vor denen uns einfach schwindlig wird — höchstens ein Luftschiffahrer kann von einer solchen Höhe ohne Schwindel heruntersehen. *(Sehr gut!)* Das Preisbestimmungsamt sagt, es könne nicht an einer Stelle mit der Herabsetzung der Preise beginnen. Es sieht das als so geschlossenen Kreis an, daß es meint, wo es einbricht, geschehe ein Unrecht. Die Preisbildung befindet sich aber auf der Linie einer Schraube ohne Ende. Das Preisbestimmungsamt sucht sich nun hinaufzugängeln auf diese Höhe der Preise, um ihnen wissenschaftlich zu folgen, aber es ist durchdrungen von der Überzeugung, daß die Regierung und der Staat und alles dieser Naturerscheinung gegenüber vollkommen machtlos ist. Die Folgen dieser Regierungspolitik sind die, daß uns nach Angabe des Finanzministers der Krieg im ersten Jahre 6.327 Millionen, im dritten Jahre 11.452 Millionen gekostet hat. Weshalb? Weil wir alles doppelt so hoch bezahlen mußten. Und wenn der Herr Finanzminister jammert, daß er diesen großen Schuldenstand nicht tragen kann — wir um so weniger —, so muß ich sagen, daß die Regierung in leichtsinniger, unverantwortlicher Weise diesen Schuldenstand in diesem Jahre gegen das vorige verdoppelt hat und — mögen uns die Götter behüten vor einem weiteren Krieg — wenn er weiter dauert, immerfort verdoppeln und verdreifachen wird. Und darin suchen noch gewisse Finanzleute eine Bonität, insofern nämlich, als, wenn die Waren teurer sind, der Geldumsatz ein größerer werden muß. Und da unsere Notenfabriken in rastloser Arbeit sind, so sieht man es noch als eine Wohltat an, daß durch die Teuerung der Lebensmittel und anderer Artikel die Anforderungen der Bevölkerung an diese Notenbank stetig wachsen.

Infolgedessen sucht die Regierung einen Vorteil dort, wo er ihr größter Schaden ist: sie druckt Banknoten in unbeschränkter Zahl, weil sie die notwendigen Artikel sehr teuer kauft, überzahlt und zu diesem Zwecke sehr vieler Geldmittel bedarf und sucht diesen Noten den Umlauf zu sichern, indem sie die Bevölkerung in die Notlage versetzt, durch unerschwingliche Preise außerordentlich viele Banknoten im Verkehr zu erhalten. Das ist, glaube ich, wirtschaftlich und finanzpolitisch das Wahnsinnigste, was man sich vorstellen kann. Hätten wir eine geordnete Verwaltung, hätten wir einen Diktator in der Ernährung, hätten wir eine machtvolle Hand, hätten wir Männer mit Willen und Tat, so wäre das nicht geschehen.

Vizepräsident Dr. **German** *(das Glockenzeichen gebend)*: Herr Abgeordneter, ich bitte zu schließen!

Abgeordneter Dr. **Diamand** *(fortfahrend)*: Der Herr Ernährungsminister ist einer der liebenswürdigsten Menschen, die ich je gesehen habe und diese Liebenswürdigkeit macht es möglich, daß man im Verkehr mit ihm nicht seine ganze Erregung geltend macht; er ist das vollkommenste Exemplar

eines Menschen von gutem Willen — ich habe so etwas im Leben nicht gesehen. *(Heiterkeit.)* Aber, meine Herren, der gute Wille bedeutet gar nichts — das sehen Sie am Herrn Ernährungsminister. Zum guten Willen gehört Macht, und wenn Macht da ist, gehört dazu die Tat und der Herr Ernährungsminister hat keine Macht, der Herr Ernährungsminister läßt keine Taten folgen und infolgedessen kommen wir in die schwierigsten Verhältnisse.

Meine Herren! Galizien ist ein Agrarland; wir sollten in Galizien doch jetzt genügend mit Nahrungsmitteln versehen sein — der Aufruhr geht aber aus einer Stadt in die andere, es vergehen dort Wochen, daß die Leute kein Brot und kein Mehl haben, Kartoffeln sind nicht zu haben, die Preise steigen von Tag zu Tag, man zahlt bereits 500 K für 100 Kilo Getreide, man bezahlt 60 bis 80 K für 100 Kilo Kartoffeln. Das ist ein Ansporn für die Landbevölkerung, das Getreide und die Kartoffeln nicht abzuliefern. *(Abgeordneter Cehelskyj: Man bezahlt 1 K 60 h für einen Liter Milch!)* Aus der Milch macht man Butter und verkauft ein Kilo um 32 K.

Und es geschieht nichts, um die Bevölkerung davor zu schützen. Alle diese Faktoren, von denen ich hier gesprochen habe, sind daran schuld. Meine Herren! Treiben Sie die Bevölkerung nicht zur Verzweiflung, machen Sie nicht den ruhigsten Bürger zum Aufrührer, bedenken Sie die Situation dieser Bevölkerung und bedenken Sie, welche Folgen das haben kann. Ich fordere die Regierung auf, daß sie sich ihrer Pflicht bewußt wird, daß sie sich der Gefahr bewußt wird, in welcher wir uns befinden. Nach dem Gleichmute, mit dem diese Frage hier behandelt wird, komme ich zu der Überzeugung, daß die Regierung weder das Bewußtsein ihrer Pflicht noch das Bewußtsein der Gefahr besitzt. *(Beifall.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Zum Worte gelangt der nächste Redner, der Herr Abgeordnete Marckhl; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Marckhl**: Hohes Haus! Die zu erwartende glatte Verabschiedung des langfristigen und weitgehenden Budgetprovisoriums beinhaltet zweifellos ein gewichtiges Vertrauensmoment, nicht so sehr für die Regierung als für den Staat selbst. Es kommt darin das Vertrauen der Mehrheit in die Zukunft des Staates klar zum Ausdruck.

Darin liegt die hochpolitische Bedeutung dieses Aktes. Dem Eindrucke dieses in der langen Reihe betrüblicher innerpolitischer Erscheinungen herausragenden erfreulichen Ereignisses werden sich auch unsere auswärtigen Feinde, wie überhaupt alle jene, die ihr ganzes Hoffen auf den wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch der Monarchie setzen, nicht entziehen können.

Die Annahme dieses weitreichenden Ermächtigungsgesetzes wird also sozusagen nicht nur den finanziellen, sondern auch den politischen Kredit des Staates nach innen und außen heben, beides natürlich nur unter bestimmten Voraussetzungen.

Die erste Voraussetzung für die finanzielle Auswirkung und Auswertung des in der Bewilligung des Budgetprovisoriums gelegenen Vertrauensmomentes bildet selbstverständlich die baldige Verabschiedung des definitiven Finanzgesetzes und Staatsvoranschlages.

Die zweite wichtigere Voraussetzung ist die, daß die nicht länger mehr aufzuschiebende Bedeckung für das stark angewachsene Zinsenerfordernis aufgebracht werde. Diese Bedeckung soll in reeller und ökonomischer Weise erfolgen. Unreell und unökonomisch wäre es, sie im Anleihenswege vorzusehen. Geradezu unbillig, ungerecht und unwirtschaftlich wäre es aber meines Erachtens, sie in Steuern und Abgaben zu suchen, welche in ihrer Wirkung wieder vornehmlich die ohnehin stark belasteten und minder leistungsfähigen Schichten der Bevölkerung treffen würden.

Jene, die mit großen Vermögen und Einkommen beglückt sind, mögen doch bedenken, daß ihr Anteil an der Sicherung und dem Schutze, den wir in diesem blutigen, opferreichen Verteidigungskriege zu erkämpfen hoffen, verhältnismäßig doch weit größer ist als der Anteil der mittleren und kleinen Existenzen, die noch dazu in hervorragendem Maße zur Blutsteuer herangezogen wurden und werden. Hier soll der Krieg ausgleichend wirken und ein wahrhaft soziales und demokratisches Empfinden zur Geltung kommen.

Was würde es auch dem Staate nützen, wenn nach dem Kriege zwar die großen Einkommen und Vermögen, die zum Teil erst im Kriege und durch ihn entstanden sind, erhalten blieben, hingegen der Mittelstand zum Großteil der Verelendung und die breitesten Schichten der Bevölkerung dauernder Sorge und Not preisgegeben wären. Der Einwand, daß eine indirekte Besteuerung in welcher Form immer beim einzelnen sich weniger fühlbar mache, dagegen ein ausgiebigeres Erträgnis verbürge, kann heute in der Zeit der allgemeinen Not, also zu einer Zeit, wo die Belastung der schon unter dem furchtbaren Drucke der Teuerung leidenden breiten Volksschichten die äußerste Grenze des Erträglichen erreicht, ja vielleicht überschritten hat, ohne bedeutende Einschränkung nicht mehr gelten.

Auch hier muß ein billiger Ausgleich gefunden werden.

Hohes Haus! Eine sich auf ganz anderem Gebiete bewegende Voraussetzung für die Auswertung des in dem Budgetprovisorium gelegenen Vertrauensmomentes ist darin zu suchen, daß der

Bevölkerung die Stimmung, das Vertrauen nicht bekommen und das Durchhalten in diesen schweren Zeiten ermöglicht werde. Schon aus diesem Grunde muß sehr bald auch den Staatsangestellten, Eisenbahnern und Lehrern im Sinne unserer oft vorgebrachten Wünsche geholfen werden. Wir werden daher für alle einschlägigen Anträge, die unseren Intentionen entsprechen, stimmen.

Die bisherigen Maßnahmen hinsichtlich der Lebensmittelversorgung im allgemeinen sind, wie die vor kurzem abgeführte Debatte gezeigt hat, leider noch unzulänglich. Die Organisation versagt trotz aller Enqueten und Kommissionsberatungen heute auf diesem, morgen auf jenem Gebiete.

Ein Beispiel: Von Steiermark, wo man gerade daran geht, das Obst, die Kartoffeln und sonstigen Herbstfrüchte einzubringen und den Anbau vorzunehmen, zieht man trotz des unerträglichen Mangels an einheimischen Arbeitskräften sicherlich zum großen Schaden der Allgemeinheit rund 4400 zur Aufrechterhaltung der Wirtschaftsbetriebe unentbehrliche Kriegsgefangene plötzlich — man kann sagen, über Nacht — ab. Ein anderes Beispiel: Das Land Steiermark will man trotz seiner unverschuldeten Passivität in der Erzeugung — die heurige Ernte ist nicht befriedigend ausgefallen — seiner Selbstversorgung überlassen. Dagegen sieht man sich infolge einer ganz anders gearteten Passivität, die man nun schon zur gänzlichen Abschließung zuspitzen will, bemüßigt, dem Lande Böhmen rumänisches Getreide zuzuführen. *(Hört! Hört!)* Wohin kommen wir auf diesem Wege und wo ist die starke Hand, die noch zur rechten Zeit die passiven Elemente zum Gemeinsinn und zur Ordnung zwingt?

Wo findet sich endlich der Kopf, der ein Mittel ersinnt, um zu verhindern, daß heute noch Lebensmittel in bedeutenden Mengen infolge Fahrlässigkeit oder Unverständnis und Sorglosigkeit auf dem Wege zu den Verbrauchern zugrunde gehen? Hier kann doch und muß bald Ordnung gemacht werden.

Hohes Haus! Soll nun das im Budgetprovisorium gelegene Vertrauensvotum auch politisch zur Auswirkung gelangen, und zwar nicht nur nach innen, sondern auch nach außen, so bedarf es hierzu nicht bloß der vollen Einsicht und Tatkraft der Regierung, sondern auch der Mitwirkung der Völker dieses Staates.

Wie diese Mitwirkung auf seiten der Tschechen und Südslawen, beziehungsweise ihrer parlamentarischen Vertreter aussieht, wissen wir. Sie verweigern in der Zeit des schwersten Ringens um den Bestand der Monarchie, für den viele Tausende und Tausende bluten und ihr Leben lassen, dem Staate die notwendigen Mittel für diesen ihm aufgezwungenen Verteidigungskampf, ja auch nur zur bloßen Fortführung seines Haushaltes, seiner Existenz. Sie beharren auf der Erfüllung ihrer nach unserer Überzeugung gegen den Bestand der Monarchie *(Sehr richtig!)* und gegen die nationalen und wirtschaftlichen Lebensinteressen eines großen Teiles des deutschen Volkes im Norden und im Süden gerichteten, daher unannehmbaren Forderungen nach wie vor. *(Sehr richtig!)*

Ja, man vermißt sich sogar, die Erfüllung dieser Forderungen durch den Hinweis auf die von ihnen zu gewärtigende Hilfe der Entente auf der Friedenskonferenz ertrotzen zu wollen, ein Gedanke, gegen den sich alles empören muß *(Sehr richtig!)*, das so schwere Opfer auf dem Altar des Vaterlandes gebracht und sich trotz des schweren Druckes der Kriegsverhältnisse die Treue zum Staat und das Vertrauen in die Zukunft bewahrt hat. *(Sehr richtig!)*

Was in dieser Richtung von den Vertretern des Südslawentums, das an einem glücklichen Ausgang des Krieges vielleicht am stärksten interessiert ist, noch in allerjüngster Zeit hier und draußen vorgebracht wurde, erfüllt uns mit größter Erbitterung und gerechter Entrüstung.

Immer wieder hören wir Behauptungen, die wohl den angeblichen Kriegszielen der Entente zur Unterlage dienen, der Wahrheit aber durchaus nicht entsprechen.

Es sind dies die schon von meinem Vorredner Herrn Grafen Barbo gekennzeichneten Behauptungen von der deutschen Vorherrschaft, von der Verschüchterung, Bedrückung und Unterjochung des slowenischen Volkes und dergleichen mehr.

Wir kennen dieses Lied zum Überdruß und können uns des Eindruckes nicht erwehren, daß es immer wieder angestimmt wird, um die eigenen Bestrebungen, die auf die völlige Auslieferung des deutschen Elementes im Süden an die Willkür und die Machtgelüste jener Seite gerichtet sind, nur zu beschönigen und zu fördern, die Öffentlichkeit über die wahren Verhältnisse und die wahren Ziele dieser Bestrebungen irrezuführen.

Wer aber über diese Ziele genau unterrichtet sein will, der verfolge die auf jener Seite gehaltenen Reden und lese die südslawischen Blätter verschiedener Parteirichtungen und nicht zuletzt die jüngst erschienene Broschüre eines Südslawen „Über die nationale Abgrenzung im Süden", ein Meisterwerk klügelnder Sophistik, das seinem Verfasser alle Ehre macht.

Aus alledem geht klar hervor, daß jene, die heute über Bedrückung klagen, es selbst auf die restlose nationale und wirtschaftliche Entrechtung des deutschen Volksteiles im Süden und auf die ausschließliche Beherrschung Triests und der Adria abgesehen haben. Was letzteres anbelangt, so will man dort den Deutschen unter Ausschluß der Ansiedlungs- oder Kolonisierungsmöglichkeiten nur ein

ganz bescheidenes Gastrecht gewähren. Wie dieses beschaffen sein würde, können wir uns nach den freundlichen Ausführungen auf jener Seite leicht vorstellen. Ja selbst der deutschen Sprache würde in diesem südslawischen Zentralismus, ausgestattet natürlich mit einer Staatssprache, mit welcher, ist Nebensache, bloß so nebenher ein stark eingeengtes, ganz untergeordnetes Geltungsgebiet eingeräumt sein. Man würde sie in ganz bescheidenem Ausmaße eben nur dulden.

Nun, meine Herren, auf alle zur Begründung ihres gegen die deutschen Minderheiten im Süden geführten Verdrängungs- und Unterjochungskampfes vorgebrachten Einzelheiten heute näher einzugehen, mangelt es an Zeit. Ich kann mir es jedoch nicht versagen, wenigstens einige dieser Behauptungen, in denen ein System liegt, zu beleuchten und niedriger zu hängen.

So erkühnt man sich zu einer Zeit, wo eines der gewiegtesten und tatkräftigsten Mitglieder der slowenischen Nation einen Ministerposten inne hat, zu behaupten, daß den Slowenen bis zum heutigen Tage — ich zitiere wörtlich — die höheren Beamtenstellen verwehrt seien. Dies angesichts der Tatsache, daß dieser Minister, ohne daß ihm trotz der sonst der Regierung mangelnden Kenntnis von den einschlägigen Verhältnissen im gemischtsprachigen Süden irgendein Gegengewicht geboten wäre, seinen Posten ruhig beibehält, obwohl die südslawische Vertretung dem Staate in dieser schweren Zeit die Mittel zu dem ihm aufgezwungenen Verteidigungskampfe verweigert. *(Zustimmung.)* Was soll dieses Spiel? Wozu — man verzeihe mir den Ausdruck — diese Komödie im Schoße der Regierung?

Was alles über die üble Behandlung der slowenischen Bevölkerung in der Schule und im Amte vorgebracht wurde, gibt zwar ein beredtes Zeugnis ab für eine hochentwickelte Erfindungsgabe, steht aber mit den Tatsachen im krassesten Widerspruch.

Dies gilt insbesondere von der tendenziös erfundenen Behauptung, daß — ich zitiere wörtlich — „alle Schulen in einem großen Teile von Südsteiermark heute noch deutsch sind, und daß in allen diesen Schulen nur das Deutsche gelehrt und getrachtet wurde, dem jungen Slowenen die Liebe zu seiner Muttersprache auszutreiben". Demgegenüber kann ich auf Grund wiederholter, zuletzt bei der heurigen Einschreibung gemachter Erfahrungen feststellen, daß zahlreiche slowenische Eltern ihre Kinder vorerst durch ein bis zwei Jahre in den slowenischen Schulen belassen, dann aber in den deutschen Schulen unterzubringen trachten. Erst vor kurzem klagte mir eine slowenische Bäuerin unter Tränen vor Zeugen ihr Leid darüber, daß ihr Knabe wegen Überfüllung in der deutschen Schule keine Aufnahme mehr gefunden hat. *(Hört! Hört!)* Solche Beispiele, meine Herren, finden Sie viele.

Nun aber lege ich mir die allergrößte Zurückhaltung auf, wenn ich mich darauf beschränke, den von jener Seite erst kürzlich neuerlich gegen das Deutschtum erhobenen Vorwurf des Denunziantentums einfach mit tiefster Entrüstung zurückzuweisen. Er fällt auf denjenigen, der ihn erhoben hat, mit doppelter Wucht zurück. *(Gewiß!)* Es wäre für jene Seite besser, wenn sie sich derartige Vorwürfe ersparen würde. Glaubt man, meine Herren, mit derartigen unwürdigen Pauschalverleumdungen eine Atmosphäre für sachliche Erörterungen zu schaffen? Ich glaube nicht.

Und ist es nicht eine schmähliche Pauschalverdächtigung, wenn — wie dies geschehen — von Agitation und Agenten, die von Deutschen bezahlt sind, gesprochen wird? So versucht man, den Haß, der in den Herzen und Köpfen der Volksverhetzer wohnt, auf die breiten Schichten der Bevölkerung zu übertragen. Dessenungeachtet aber wollen wir uns keineswegs dazu verleiten lassen, gegen den friedliebenden loyalen Teil der slowenischen Bevölkerung irgendein Gefühl des Hasses oder der Geringschätzung in uns aufkommen zu lassen.

Dazu sind wir trotz alledem nicht zu haben.

Man darf sich aber angesichts dieser Kampfesweise über die Stimmung in unseren Reihen nicht wundern. Dazu kommt noch, daß sich hohe slowenische kirchliche Würdenträger mit ihrem gesamten Heerbann diesem Kampfe angeschlossen haben, der sich ganz offen gegen den Bestand des gesamten südlichen Deutschtums und nach unserer Überzeugung auch gegen den Staat richtet. Sie taten es offenbar, um diesem Kampfe die ihm bisher noch mangelnde Volkstümlichkeit zu verschaffen. Ich verweise auf die Deklaration des Bischofs von Laibach und auf eine ähnliche — wenn auch abgeschwächte — Erklärung des Lavanter Bischofs in Marburg sowie auf zahlreiche Kundgebungen und Deklarationen der verschiedenen Dekanatskollegien.

Was soll diese in großem Umfange betriebene allgemeine Mobilisierung? Quo vadis, Herr Bischof von Laibach, der du den Krummstab mit dem Schwerte — gezückt gegen die eigenen Glaubensgenossen und gegen das Staatsgefüge — vertauscht hast?

Hohes Haus! Man wäre versucht, dieses geistliche Waffengerassel für einen bösen Mummenschanz zu halten, allein es liegt darin ein bedenkliche und wohl auch das religiöse Gefühl tief berührende Ausnutzung kirchlicher Machtstellungen zur Verfolgung und Förderung einseitiger, nationaler und politischer Ziele. *(Sehr richtig!)* Dieses bedauerliche und gefährliche Hinabsteigen in den nationalpolitischen Kampf ist noch durch die Eigentümlichkeit gekennzeichnet, daß sich die hohe und

iedere slowenische Geistlichkeit zugunsten des rthodoxen Serbentums über die Empfindungen der genen Glaubensgenossen deutscher Zunge hinweg- tzt. Wo finden wir ähnliches bei unserer deutschen eistlichkeit? Könnte diese ein derartiges Vorgehen illigen? Wo finden wir auf deutscher Seite einen irchenfürsten, der sich zu einem derartigen Schritt, ie ihn der Bischof von Laibach Dr. Jeglič getan, erleiten ließe?

Dieses aufreizende und verbitternde Verhalten er südslawischen Führerschaft im Vereine mit der owenischen Geistlichkeit und die Erkenntnis von en wahren Zielen ihrer Bestrebungen veranlassen ns — wie Graf Barbo bereits erklärt hat — den Gedanken an ein Eingehen in Verhandlungen ber ihre nationalpolitischen Forderungen strikte ab- ulehnen.

Wir wissen, woran wir sind. „Das Deutsch- um in den deutschen Städten wird im südslawi- chen Staat über Nacht verschwinden", schreibt nter anderem der „Slovenski Narod". Wir sind ewarnt und lehnen jedes Experiment auf diesem Gebiete ab. Unsere Verhältnisse, die Frucht fast ausendjährigen Zusammen- und Ineinanderlebens es deutschen und slowenischen Volksstammes, be- ürfen solcher Experimente nicht und würden sie icht vertragen.

Wir hoffen, daß wir auf dieser Seite des Hauses das vollste Verständnis für die bedrohte Lage des Deutschtums im Süden und für unsere notgedrungen ablehnende Haltung finden werden. Von der Regierung aber verlangen wir, daß auch ie unseren triftigen Beweggründen voll Rechnung rägt. Tut sie dies nicht, so muß sie unserer aller- chärfsten Gegnerschaft gewärtig sein und die Ver- antwortung für die daraus erwachsenden neuen Schwierigkeiten auf sich nehmen.

Es ist schon übergenug, meine sehr geehrten Herren, daß wir uns dagegen verwahren müssen, daß unser mit dem Blute unserer Söhne und Brüder besiegeltes Bekenntnis zum Staate etwa mit der Preisgebung unserer nationalen, politischen und wirtschaftlichen Interessen im Süden belohnt werde.

Gewiß liegt auch uns der Friede am Herzen *(Sehr richtig!)*, der Friede nach außen und im Innern; keinesfalls aber ein Friede um jeden Preis, am allerwenigsten, um den Preis der nationalen und wirtschaftlichen Abschnürung und Entrechtung eines wertvollen Teiles unseres Volksstammes, unserer braven und treuen Volksgenossen im Süden. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Davor bewahre uns Gott und unser Selbst- vertrauen! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Korošec; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Korošec**: Visoka zbornica! Ravnokar smo zopet slišali moža, s katerim je govorila znana „slovenska kmetica" in mu razodevala politično mišljenje jugoslovanskega naroda. Napram kolegu gospodu Marckhlu je jokala, da imamo premalo nemških šol in da imamo ljudi, ki se navdušujejo za osvobojenje, pretežno le, ker ne hodimo za takimi gospodi kakor je gospod Marckhl. Že predvčerajšnim smo slišali praviti grofa Barbota, da naš narod ne stoji za nami. *(Hrupen smeh pri jugoslovanskih poslancih.)* To je izvedel on menda tudi od „slovenske kmetice".

Mi pa dobro vemo, da vse, kar je na fronti in za fronto, je vse z vsem srcem za jugoslovansko deklaracijo. *(Pohvala.)*

Sedaj nam slikajo vraga na steno, če ne glasujemo za proračun: „Vi negirate državo in jo puščate na cedilu v hipu nevarnosti." Ne bomo se tu pogovarjali o tem, ali mi državo afirmiramo ali ne; vemo le, da glasovanje za proračun sploh ne odločuje o vprašanju, kdo je za državo in kdo je proti njej, kajti vemo, da je med strankami, ki gredo v boj za vlado, vsaj ena, ki za naprej ne stoji več na stališču afirmacije te države. *(Klici med Poljaki.)*

Reče se nam tudi: „Vi niste za vojsko!" Ali smo za vojsko ali ne, tudi to je druga stvar. Mi vemo dobro, da vkljub temu, če bodemo mi glasovali proti proračunu, bodejo postavljali srbske, hrvatske in slovenske vojake vedno v prve vrste, v strelne jarke *(Živahno vzklikanje)*; vemo, da bodemo vkljub temu delali, proizvajajoč množine živil, naprej v korist države in da bodemo sodelovali, da sovražnik ne predere na jugu. Če nas vabijo, da glasujemo za proračun, nas vabijo, da sopodpiramo sistem, ki nas zatira s podvojeno močjo. Vemo pozitivno, da je vlada obljubila Nemcem, da na jugu ne izpremeni ničesar. Vsak žandar, vsak pisar, vsak glavar, ki je o naših veljakih rekel, da so „garjeve ovce", mora ostati na svojem mestu.

Pl. Seidler nam je dejal: „Podpirajte me!" Vprašam Vas, ali bi bil pameten oni človek, ki svojo smrt pospešuje, ki svoj lastni grob koplje? Take politike poslancev narod ne bi razumel in ne odobraval; morda pa bi bila za to Marckhlova „slovenska kmetica".

Hohes Haus! Ich gebe gewiß der übereinstimmenden, einmütigen Auffassung des südslawischen Klubs über die jetzige politische Lage Ausdruck, wenn ich folgendes erkläre: Niemals bisher hat das Volk der Slowenen, Kroaten und Serben den Tribut

an Gut und Blut verweigert, den Herrscher und Staat von ihm forderten. Auch in diesem schrecklichen Kriege haben Jugoslawiens tapfere Söhne auf dem Schlachtfelde und haben ihre Vertreter hier in diesem hohen Hause Beweise ihrer Opferbereitschaft für Kaiser und Vaterland gebracht.

Wenn nun nach alldem der südslavische Klub daran geht, sein Votum gegen das Budgetprovisorium abzugeben, so geschieht dies deshalb, weil es unser und des mit uns durchaus solidarischen südslawischen Volkes fester und einmütiger Wille ist, der Regierung das tiefste Mißtrauen auszudrücken. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Zu diesem Verhalten zwingt uns zunächst die Erkenntnis, daß sich die Regierung der Tragweite und schicksalsschweren Bedeutung nicht bewußt ist, welche die Konsolidierung des Südslawentums als des Torwartes für die Machtstellung der Monarchie an der Adria und am Balkan hat. *(Sehr richtig!)*

Weiter zwingt uns hierzu die Tatsache, daß sich die Regierung den südslawischen Problemen gegenüber nicht etwa nur völlig passiv, sondern geradezu feindselig verhält. Die Lösung der südslawischen Frage ist aber durch die geschichtlichen Begebenheiten zur unaufschiebbaren Notwendigkeit geworden. Wenn daher diese Lösung von seiten der maßgebenden Faktoren dieser Monarchie nicht rechtzeitig in die Wege geleitet wird, so wird sie vor einem Forum außerhalb der Monarchie in Angriff genommen werden, was weder im Interesse der Monarchie noch des erlauchten Herrscherhauses gelegen sein kann.

Ein weiterer Grund für das tiefe Mißtrauen, von dem die Südslawen gegen die gegenwärtige Regierung erfüllt sind, bilden die fortwährenden Angriffe und Beunruhigungen, denen unser Volk im friedlichen Besitze seiner Heimatscholle durch die alldeutschen Expansionsbestrebungen täglich und stündlich ausgesetzt ist, ohne daß ihm die Regierung auch nur jenen Schutz angedeihen ließ, auf den ein treues und loyales Volk nach Recht und Gesetz vollen Anspruch hat. Im Gegenteil, die Regierung, die wir bei ihrem Antritte ohne Voreingenommenheit durch Bewilligung des Budgetprovisoriums die Fortführung der Staatsgeschäfte erleichtern wollten, hat bisher nichts unternommen, um die Folgen des Systems moralischer und materieller Unterdrückung, das bei Ausbruch des Krieges gegen die Südslawen nauguriert wurde, zu beseitigen. Weder sind die sträflichen Willkürakte deutschnationaler Beamten und Militärs, noch die im Dienste der Germanisation geschaffenen Verhältnisse saniert. *(Sehr richtig!)*

Durch das erlittene Unrecht in ihrem Innersten getroffen und verletzt und durch die im Kriege gemachten Erfahrungen belehrt, sind die Südslawen zu rücksichtslosem Kampf gegen ein System entschlossen, das sie und ihr Land lediglich als Kolonialgebiet fremder bevorrechteter Völker behandeln will. *(Lebhafter Beifall.)*

Die Budgetverweigerung ist uns daher ein Akt der Notwehr gegenüber einer Regierung, die schonungslos über unsere Ehre und unsere Lebensinteressen hinwegschreiten zu können vermeint. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Głąbiński. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Głąbiński**: Hohes Haus! Der Herr Minister des Äußern hat zu Beginn dieses Monats in Budapest eine Rede gehalten, welche nicht bloß in der Monarchie, sondern in der ganzen Welt einen starken und nachhaltigen Widerhall gefunden hat. Es ist recht bedauerlich, daß gerade jetzt, wo internationale Fragen und das Weltfriedensproblem die ganze Welt und alle Parlamente der Welt intensiv beschäftigen, der Lenker der auswärtigen Politik der Monarchie nach den bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen und der langjährigen Übung nicht in der Lage ist, in den Parlamenten der beiden Staaten persönlich zu erscheinen, um die Prinzipien seiner Politik darzulegen und zu erörtern, sondern zu journalistischen Gesprächen und Tafelreden Zuflucht nehmen muß, wenn er den Zeitpunkt hierzu für geeignet erachtet. So sind wir darauf angewiesen, erst die Tagung der Delegationen abzuwarten, bis wir vor dem verantwortungsvollen und dazu berufenen Minister das Wort zur auswärtigen Politik ergreifen können.

Nichtsdestoweniger will ich mir in dieser politischen Debatte, die jetzt abgeführt wird, gestatten, auf einige vom Herrn Minister des Äußern berührte Probleme zurückzukommen, insofern dieselben auf die polnische Frage und auf das vom Polenklub und von allen Polen aufgestellte Programm der Wiederherstellung des unabhängigen, geeinigten Polen hinüberzugreifen vermögen. Der Herr Minister des Äußern ist ein überzeugter Anhänger und Verfechter der Idee eines europäischen Verständigungsfriedens, worin ihm sicherlich ein jeder tieferblickende Staatsmann rechtgeben muß. Er hat sich aber nicht darauf beschränkt, einen Verständigungsfrieden im Sinne der Friedensnote des Heiligen Vaters zu befürworten und die unumstößliche Notwendigkeit desselben zu begründen, sondern in richtiger Erfassung der großen Schwierigkeit des Problems hat er auch die grundlegenden Voraussetzungen angedeutet, welche zu einem wirklich dauernden Frieden nach seiner Anschauung führen sollen. Es sollte nach seiner Anschauung eine neue Weltordnung aufgebaut werden, gestützt auf die internationale Verständigung, auf die allgemeine

Weltabrüstung, auf die Schiedsgerichte und auf die Freiheit des hohen Meeres, um in der Zukunft solch ungeheuren Menschenschlachtungen und einer allgemeinen moralischen Verwilderung, welche das 20. Jahrhundert in diesem Kriege der ganzen Menschheit beschert hat, für immer Einhalt zu tun.

So sehr man den idealen, hohen Gesichtspunkt und die geistvollen Ausführungen des Grafen Czernin in dieser Rede würdigen und schätzen muß, um so mehr vermißt man eine Stellungnahme desselben zu den realen Problemen, welche jetzt die ganze Welt bewegen; denn es müßte doch ein ganz neues internationales Recht geschaffen werden, bevor man eine Verständigung in dem Sinne, wie sie sich der Graf Czernin denkt, herbeiführen könnte.

Es müßte anstatt des gegenwärtigen zwischenstaatlichen Rechtes ein wirkliches Recht der Nationen erstehen; denn wollte man bei einem Friedensschlusse eine Verständigung der kriegführenden Staaten nur zu diesem Zwecke herbeiführen, um die in einzelnen Nationen, an den lebendigen nationalen Organismen einst verübten Gewaltakte und Eroberungen zu sanktionieren und zu befestigen, dann wäre kein dauernder Friede, keine Weltabrüstung möglich und die Nationen müßten auch fürderhin unter dem Joche des Militarismus ächzen, Millionenheere erhalten und die glänzendsten Erfindungen des menschlichen Geistes, dem es gelungen ist, die Lüfte zu durchkreuzen und die unterseeischen Gebiete zu durchforschen und zu beherrschen, müßten, wie es jetzt in diesem Kriege geschieht, in erster Linie nicht zum Heile und zum Gedeihen der Menschheit, sondern im Gegenteil zu künftigen Massenmordungen und Vernichtungen der Früchte der Arbeit der Menschheit bestimmt und verwendet werden.

Wenn man nun im Lichte dieses Programms des Grafen Czernin auf die polnische Frage und auf das polnische Programm in diesem Kriege zurückkommt, so müssen wir uns vergegenwärtigen, daß bereits zur Zeit des Wiener Kongresses vom Jahre 1815 es allgemein anerkannt wurde, daß das polnische Problem nur durch die Wiederherstellung eines geeinigten, wirklich unabhängigen polnischen Reiches gründlich und natürlicherweise und dauernd gelöst werden kann.

Man braucht nur die zeitgenössischen Schriften und auch die Verhandlungen des Wiener Kongresses durchzublättern um sich davon zu überzeugen, daß das nunmehr vom Polenklub um von allen Polen aufgestellte Programm der Wiederaufrichtung des geeinigten Polenreiches, ein Programm, an welchem alle Polen immer festgehalten haben und auch jetzt festhalten, natürlich mit dem polnischen Meeresufer und mit dem polnischen Seehafen, daß dieses Programm nichts Neues gebracht hat, daß es das alte Programm ist, welches prinzipiell von allen Staatsmännern während des Wiener Kongresses anerkannt wurde und angenommen worden wäre, wenn sich dem nicht leider die Habgier der Großmächte und die Verquickung mit der sächsischen Frage sowie mit dem unglückseligen Prinzipe des politischen Gleichgewichtes entgegengestellt hätte. Zur Zeit des Wiener Kongresses hat man sich nur dahin geeinigt, daß man ein Überbleibsel des polnischen Reiches, namentlich das sogenannte Kongreßpolen, wieder hergestellt hat, als einen zwar unabhängigen, aber für immer unter der Herrschaft der Dynastie des Zaren und mit Rußland verbundenen Staat, sowie eine Einigkeit aller polnischen Länder vom Jahre 1772 in wirtschaftlicher Beziehung statuierte. Denn nach den formell bis jetzt geltenden Bestimmungen des Wiener Kongresses, nach der Kongreßakte bilden alle polnischen Länder in den Grenzen von 1772 bis jetzt ein einheitliches wirtschaftliches Gebiet, so daß auf diesem Gebiete nach diesen Bestimmungen keine Zollschranken oder anderen Behinderungen des wirtschaftlichen Verkehrs aufgerichtet werden dürfen; natürlich eine Bestimmung und auch eine Bürgschaft der kriegführenden Mächte, welche nie eingehalten worden ist, obgleich sie bis jetzt formell nicht aufgehoben wurde.

Wenn es nun zur Zeit des Wiener Kongresses zur Lösung der polnischen Frage nicht gekommen ist und auch nicht kommen konnte, weil der Friede einseitig von den siegreichen Mächten und in ihrem Interesse geschlossen worden ist, so muß und soll es wenigstens jetzt, wenn wirklich eine Verständigung aller Völker und Staaten intendiert wird und zustande kommt, auch im Sinne des Programmes des Grafen Czernin, zu dieser Wiederherstellung kommen. Und es wird dann sicherlich nicht darüber gestritten werden können, ob die Polen auch ein Meeresufer, einen Zutritt zum Meere, einen Meereshafen bekommen sollen; denn es ist selbstverständlich, daß die Verdrängung eines Staates vom Meere und damit auch von der direkten wirtschaftlichen Verbindung mit der ganzen Welt, gleichbedeutend wäre mit einer politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit dieses Staates. Man will doch nicht einen Vasallenstaat bilden, sondern wirklich einen polnischen, unabhängigen Staat. *(Sehr gut!)* Wir Polen glauben, daß die polnische Frage als eine internationale Frage nur wirklich auf diesem internationalen Wege, hoffentlich auf einem europäischen oder auf einem Weltkongresse in ihrer Gesamtheit gelöst werden wird. Und daher sind wir überzeugt, daß auf einem anderen Wege, nur auf einem bestimmten Gebiete Polens oder auf Grund eines Ausgleiches mit dieser oder jener Partei, die polnische Frage nicht zur Lösung kommen kann. Auch die Zumutung, welche den Polen gemacht wurde, daß sie auf ihr Ideal der Wiederherstellung

von ganz Polen verzichten sollen, eine solche Zumutung ist für uns gleichbedeutend mit einer Herausforderung der heiligsten Gefühle und heiligsten Ideale aller Polen. *(Beifall.)* Und es ist ganz natürlich, daß diese Zumutung auch abgelehnt worden ist. Es findet sich bei den Polen keine einzige Partei, welche sich zum Verrate und Verzichte an den polnischen Idealen herablassen könnte.

Will man aber, meine Herren, wirklich einen Verständigungsfrieden herbeiführen, so soll man auch diese Verständigung schon jetzt während des Krieges anbahnen und vorbereiten. Es galt einmal und wird auch sehr oft wiederholt und befolgt der Satz: Si vis pacem, para bellum; allein im Kriege muß der Schlußsatz umgekehrt lauten, es muß heißen: Si vis pacem, para pacem. Leider sehen wir in den polnischen Okkupationsgebieten den wirklichen Willen hierzu nicht. Das Königreich Polen ist zwar formell als ein unabhängiger Staat anerkannt worden. Schon dadurch, daß die beiden Zentralmächte nach der Eroberung des Königreiches Polen das besondere Staatsbürgerecht der Polen anerkannt haben und dann dadurch, daß die russische Regierung durch ihre Proklamation vom 17., beziehungsweise 31. März auf ihren Anspruch auf Polen verzichtet hat, ist eigentlich das Königreich Polen auf Grund des Wiener Kongresses wiedererstanden. Hierzu kommen noch die bekannten Manifeste der beiden Monarchen, namentlich das vom 5. November 1916 und das jüngste Manifest, welches ebenfalls den festen Willen bekundet, einen selbständigen polnischen Staat auferstehen zu lassen. Und ich muß zugestehen, daß namentlich seit der Thronbesteigung des jungen Monarchen in dem österreichischen Okkupationsgebiete sich auch vieles zum Besseren gewendet hat, indem der Monarch ein Herz und ein Verständnis für die polnische Angelegenheit an den Tag gelegt hat. Dasselbe kann ich aber nicht sagen vom deutschen Okkupationsgebiete und das kann auch nicht gesagt werden überhaupt vom ganzen Königreich Polen. Trotz aller Manifeste ist die Lage der Polen noch bis jetzt ganz unklar und sehr verworren. Man hat in diesen Tagen einen Regentschaftsrat eingesetzt, allein dieser Regentschaftsrat ist bis jetzt nicht in die Lage gekommen, eine Regierung einzusetzen, und zwar deshalb, weil die Einsetzung der Regierung nicht von ihm abhängt. Und doch sollten die Regenten eigentlich Rechte von Monarchen haben. Und noch mehr: Der Polenklub hat gestern beschlossen, ein Glückwunschtelegramm an den neuen Regentschaftsrat in Warschau zu schicken, das Telegramm ist aber vom Post- und Telegraphenamt abgelehnt worden *(Hört! Hört!)*, weil es natürlich in polnischer Sprache abgefaßt war. *(Zwischenrufe.)* Bekanntlich dürfen wir doch in Österreich, in allen österreichischen Ländern, in allen unseren Sprachen auch telegraphieren und korrespondieren, aber nach Warschau, wo doch die polnische Regentschaft residiert, wo doch das unabhängige Polen schon besteht, darf man in polnischer Sprache nicht telegraphieren und vielleicht auch nicht korrespondieren. Wir haben jetzt die Probe versucht; vielleicht gelingt es uns, einen polnischen Brief nach Warschau an den Regentschaftsrat zu schicken, wir sind aber nicht sicher, ob uns nicht auch die Annahme dieses Briefes abgelehnt werden wird. *(Zwischenrufe.)* Wir wissen überhaupt nicht, wie man sich da bei den deutschen Behörden in Warschau die Freiheit und Unabhängigkeit eines Staates denkt. Soll denn ein polnischer Staat erstehen, dem die deutsche Verkehrssprache aufgezwungen werden soll? *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)*

Ich will mich bei dieser Sache nicht länger aufhalten; ich brauche über diese Zustände nur die Worte eines namhaften deutschen Staatsmannes und Publizisten zu zitieren. Naumann sagt in einer seiner Broschüren *(liest)*:

„Ich bewundere die Männer aus allen dortigen Lagern, die im Gewoge der Unfertigkeiten und Verworrenheiten ihren festen Optimismus behalten haben."

Diesen Worten habe ich nichts hinzuzufügen.

Wenn das nun im unabhängigen Königreich Polen geschieht, was kann ich von den Okkupationsgebieten sagen? Ich brauche nur zu erwähnen, daß in Littauen, im deutschen Okkupationsgebiet, die deutsche Regierung bestrebt ist, den dominierenden Einfluß der Polen, die Stellung der Polen dadurch abzuschwächen, daß sie gegen die Polen andere Volksstämme, namentlich die Littauer auszuspielen versucht. Von der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unterdrückung werde ich hier nicht mehr reden, weil wir in einer ausführlichen Interpellation diese Verhältnisse bereits geschildert haben.

Ich glaube aber, daß das nicht der Weg ist, um das Ziel zu erreichen, und auch nicht der Weg, um wirklich eine Verständigung zwischen den Völkern und Staaten anzubahnen.

Hohes Haus! Ich will dieses Thema nicht weiter berühren; ich will nur meinen herzlichen Dank dem Herrn Kollegen Stránský aussprechen *(Bravo! Bravo!)*, der es gestern in seiner Rede verstanden hat, hier warme Worte für die Unabhängigkeit Polens zu finden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Aus der Tatsache, daß wir dieses internationale politische Programm aufgerollt haben und an diesem Programm festhalten, waren und sind wir aber nicht gesonnen, irgendwelche negative Konsequenzen auf unser Verhalten hier im Reiche und überhaupt auf unsere Politik in Österreich abzuleiten; denn die polnische Frage ist eine

nternationale Frage und sie kann nur als Welt-roblem nach dem Kriege wirklich gelöst werden.

Wir sind überzeugt, daß auch der Herr Minister es Äußern einsieht, daß eine richtige Lösung der olnischen Frage im Interesse von ganz Europa nd auch im wahren Interesse der Monarchie und sbesondere der Habsburgischen Dynastie liegt *Zustimmung)*, daß er das einsieht, wie es schon ei der ersten Teilung Polens Kaiserin Maria heresia und ihr Reichskanzler Kaunitz eingesehen aben. Und die Geschichte, die beste Lehrmeisterin r Völker, hat den Letzteren Recht gegeben und gleich auch die Richtlinien für die zukünftige und r die gegenwärtige Politik der Monarchie in der olnischen Frage vorgezeichnet. Wenn daher in der altung der Polen der Regierung und den egierungsvorlagen gegenüber in der letzten Zeit, amentlich im Kriege, eine wesentliche Wandlung ch vollzogen hat und wenn der Polenklub in die pposition gedrängt worden ist, so ist diese Wand-ng weder auf die Aufstellung unseres nationalen rogramms, noch auch auf das angebliche Vorwalten r sogenannten radikalen Strömungen oder Elemente n Polenklub zurückzuführen, sondern einzig und llein auf das verfassungs- und gesetzwidrige Vor-ehen der Regierung und der Regierungsorgane wie der Truppen während des Krieges in unserem ande, auf jene Galgen und Hinrichtungen, auf jene rausamkeiten, auf die frivolen Verwüstungen nseres Landes, welche hier schon in mehreren eden geschildert worden sind und welche ich hier icht mehr zu schildern brauche.

Diese Tatsachen haben den Polenklub gezwungen, uch eine andere Stellung der Regierung gegenüber nzunehmen. Diese Tatsachen haben den Polenklub n die Opposition gedrängt und daher haben wir ie Forderung aufgestellt, die Regierung möge sich orerst dafür einsetzen, daß in unserem Lande ver-assungsmäßige und normale Zustände einkehren.

Meine Herren! Wenn wir von normalen Zu-änden sprechen, so kann man uns dagegen ein-enden, daß doch der Krieg überall, in allen ändern anormale Zustände geschaffen hat. Wir nd uns dessen wohl bewußt: der Krieg hat wirk-ch überall anormale Zustände herbeigeführt und ir klagen auch nicht darüber. Wir klagen auch icht darüber, daß unser Land zu wiederholten alen das Opfer der feindlichen Invasion geworden t, daß wir in unserem Lande die größten Ver-üstungen, die größten Leiden zu ertragen hatten. llein unsere Klage geht dahin, daß unser Land icht exzeptionell in diesem Sinne behandelt worden t, wie es zum Beispiel in Ostpreußen vom preußischen Staate geschehen ist, sondern im Gegenteil exzeptionell als Feindesland verschrien, angesehen und behandelt urde. *(Lebhafte Zustimmung.)* Selbst das Regime, elches bei uns eingeführt worden war, namentlich das Militärregime mit den Militärkommanden beziehungsweise den Rayonskommanden, Kreiskommandanten ist doch nicht den österreichischen Zuständen, sondern den Zuständen nachgeahmt worden, welche in den feindlichen, von Österreich besetzten Gebieten, eingeführt wurden, namentlich in Serbien, Montenegro und Albanien, wo ebenso Militärgouverneure und ebenso solche Rayons- beziehungsweise Kreiskommanden eingesetzt wurden.

Überdies sind wir sehr schmerzlich dadurch berührt, daß alle Übergriffe und alle Auswüchse, welche der Krieg mit sich gebracht hat, bei uns in Galizien nicht ohne Schuld der Regierungen die tiefsten und weitesten Wurzeln geschlagen haben. Wenn uns darauf die Regierungen gesagt haben, daß sie den besten Willen haben, so mußten wir darauf antworten, daß die Regierung nicht dazu da ist, um einen guten Willen zu haben und zu konservieren, sondern dazu, um wirklich zu regieren, um ihren Willen wirklich zu betätigen, um die Verfassung und die Gesetze zu schützen und durchzuführen. Wenn sich eine Regierung dazu zu schwach fühlt, dann soll sie einer anderen Regierung den Platz überlassen; dann ist sie keine Regierung mehr und ihre Schwäche, ihre Passivität muß neben ihr andere, und zwar unverantwortliche Nebenregierungen ins Leben rufen. Natura horret vacuum. Ebenso kann auch ein Staat nicht ohne Zügel bleiben. Durch die Schwäche, durch die Passivität der früheren Regierungen sind wirklich Nebenregierungen entstanden und haben sich gewissermaßen andere Staaten im Staate herausgebildet: so ein Militärstaat, so ein Regime der Bureaukratie, so ein Regime der wirtschaftlichen Zentralen und des Großkapitals und sogar ein Regime der Kriegswucherer, welche jetzt die Bezeichnung von Kettenhändlern bekommen haben. Alle diese Nebenregierungen drückten und drücken bis jetzt auf das empfindlichste unser armes Volk und unser Land. *(Zustimmung.)* Ich will hier nur des Militärstaates erwähnen. Es versteht sich von selbst, daß die Armee während des Krieges gewisse Vorrechte hat und haben muß. Allein, infolge der Untätigkeit der Regierungen, hat sich aus diesen Vorrechten ein besonderer Staat, eine besondere Militärregierung herausgebildet, welche solche Erscheinungen zeitigte, daß man eigentlich bezweifeln mußte und bis jetzt noch bezweifeln muß, ob in Österreich noch die Einheit der Staatsgewalt besteht. Denn diese Erscheinungen grenzen direkt an die Anarchie. *(Zustimmung.)*

Wir haben verschiedene Gesetze und verschiedene Verordnungen, welche nicht bloß zugunsten des Staates und der Armee, sondern andrerseits auch zum Schutze der Bevölkerung erlassen worden sind. Was nützt uns aber zum Beispiel das Gesetz über die Kriegsleistungen und über die Einsetzung von

Kommissionen, wenn in der Landeskommission durch ein Veto eines militärischen Delegierten die ganze mühsame Arbeit der Kommission und alle Privatansprüche über den Haufen geworfen werden können? Oder: was helfen uns die Gesetze und Verordnungen über die Beschlagnahme von Getreide, Mehl, Kartoffeln und Futter, in denen auch ein Schutz für die Bevölkerung enthalten ist, indem man der Bevölkerung ein Minimum gewährleistet hat, welches zu ihrem Leben und zur Produktion notwendig ist, wenn sich ein Militärkommando darüber hinwegsetzen kann und ohne Rücksicht auf die Verordnung eventuell die Bevölkerung durch Requisitionen auffordern darf, alles zu geben, worüber nur die Bevölkerung verfügt? So sind uns in den letzten Tagen Nachrichten aus Krakau zugekommen, daß das Militärkommando in Krakau Heu und Futter in Westgalizien konfiszieren und requirieren ließ, ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Gesetzes, obgleich Westgalizien wegen der Dürre in diesem Jahre am meisten gelitten hat und obgleich dort die Ernte an Futter und Heu auf ein Fünftel der normalen Ernte herabgedrückt worden ist.

Wie kann sich denn die Bevölkerung helfen, wenn sie alles hergeben muß, was sie nur hat? Und dabei haben wir eine Bauernbevölkerung, welche nicht mit den Bauern anderer Völker zu vergleichen ist. Der Typus unseres Bauern zeigt sich darin, daß er nur 4 oder 5 Joch hat. Wie kann er denn sein Vieh, sein Pferd, eine Kuh erhalten, wenn ihm noch das Wenigste, was ihm geblieben ist, weggenommen wird? Oder was hilft uns die Zusicherung der Regierung, daß sie geneigt ist, unser Gewerbe und unsere Industrie selbst während des Krieges zu fördern, daß sie bereit ist, sogar unsere Produzenten zu den Staats- und Heereslieferungen zuzulassen, wenn beinahe alle unsere Fabriken beschlagnahmt wurden, sehr oft für keine besonderen Zwecke, wenn uns von den Zentralen weder Rohstoffe, noch Hilfsstoffe zugeschickt werden, wenn unsere Arbeiter, die notwendigsten Arbeiter weggenommen wurden und entweder belanglose Beschäftigungen beim Militär finden oder sogar in Fabriken, aber anderer Länder und nicht in Galizien.

Genug, meine Herren, an diesen Beispielen. Wir verlangen von der Regierung, daß sie sich dafür einsetze und daß sie das durchführt, daß einmal die Einheit der Staatsgewalt in Österreich und auch in Galizien hergestellt wird *(Beifall.)* und daß der Bevölkerung das Vertrauen in das Bestehen der gesetzlichen Ordnung wieder eingeflößt werden möge. Wir verlangen von der Regierung, daß sie ebenfalls im Verhältnis zu anderen Mächten, welche auch während des Krieges in unserem Lande ein Wort zu sprechen haben, diese Einheit der Staatsgewalt wahre und eine Festigkeit zeige — ich meine nämlich die gegenüber den deutschen Truppen, die in unserem Lande sind. Die deutschen Truppen verhalten sich sehr oft in einigen Abteilungen auf eine Weise, welche hier schon geschildert wurde und worauf ich nicht zurückzukommen brauche. Allein wir haben es mehrmals schon hervorgehoben, daß unser Land, wenn es nicht geschützt wird, dem Hunger preisgegeben werden kann; es wird alles mögliche aus Galizien offen ausgeführt. Wenn es gegen gewisse Äquivalente ausgeführt wird, so müssen wir natürlich nicht bloß anderen Ländern, sondern auch Deutschland unsere Eßwaren gönnen. Allein es kommt sehr oft vor, daß verschiedene Eßwaren in Militärzügen als Militärgut aus Galizien auf heimlichem Wege ausgeführt werden, so daß wir nicht wissen, ob das Notwendigste, was wir brauchen, für uns dann übrig bleibt. Neulich haben wir eine Nachricht aus Rzeszów bekommen, daß am 6. Oktober in Rzeszów zwei Waggons deutsches Militärgut durch unsere Militärbehörden konfisziert wurden, weil es sich gezeigt hat, daß anstatt der Geschütze, welche an das Artilleriedepot in Breslau adressiert waren, sich dort verschiedene Eßwaren aus Galizien in vorbereiteten Paketen — 1621 Packete waren darinnen mit Adressen — gefunden haben. Ich glaube, daß solche heimliche Sendungen doch einmal unterbleiben sollen und ich verstehe überhaupt nicht, daß auch die stramme deutsche Organisation so etwas zuläßt.

Ich will die Aufmerksamkeit der Regierung auch noch auf einen anderen Gegenstand lenken. Wir haben erfahren, daß in Südungarn die deutsche Regierung Kommissionen eingesetzt hat, um die Schäden zu erheben, welche von den deutschen Truppen dort verursacht wurden und daß sogar fünf Millionen Mark schon ausbezahlt wurden. Solche Kommissionen sollen auch in Siebenbürgen eingesetzt worden sein, aber in Galizien wissen wir nichts von solchen Kommissionen, in Galizien wissen wir überhaupt nichts von Schadenersatz. Wir können also von unserer Regierung auch verlangen, daß sie sich der ungarischen Regierung ebenbürtig zeigt und uns dasselbe durchsetzt, was die ungarische Regierung durchzusetzen wußte.

Von anderen Beschwerden werde ich nicht mehr sprechen, denn ich sehe, daß der Herr Präsident schon auf mich blickt; das werden schon andere Herren Redner besorgen. Allein, meine Herren, ich muß doch noch eine Schlußbemerkung an das anknüpfen, was ich gesagt habe. Der Polenklub hat in letzter Zeit eine gewisse Annäherung an die gegenwärtige Regierung angebahnt. Das haben wir gemacht und das durften wir ohne Beeinträchtigung unseres politischen und nationalen Programms zu dem Zwecke tun, um doch einmal zu normalen Zuständen in unserem Lande zu gelangen. Diese Verhandlungen, welche wir mit der

Regierung geführt haben und noch führen werden, haben auch keine Spitze gegen irgend jemand und speziell auch nicht gegen die Ruthenen. Aus der Rede des Herrn Kollegen Okunewskyj, die er vorgestern hier gehalten hat, konnte man schließen, daß da vielleicht etwas gegen die Ruthenen beschlossen wurde, gegen ihre nationale Existenz. Meine Herren! Die Polen setzen sich immer dafür ein, daß den Ruthenen ihre nationale Existenz gesichert werde. *(Zustimmung.)* Die jetzige Regierung und auch alle früheren Regierungen können uns das Zeugnis geben, daß wir uns immer ebenso für die ruthenische wie für die polnische Bevölkerung eingesetzt haben und auch in unseren letzten Verhandlungen haben wir keinen Unterschied zwischen der polnischen und ruthenischen Bevölkerung in Ostgalizien gemacht. *(Abgeordneter Dr. Okunewskyj: In wirtschaftlicher Beziehung, ja!)* Sehr geehrter Herr Kollege Okunewskyj, ich werde Ihnen nicht gleiches mit gleichem vergelten, ich muß aber betonen, daß für uns Ostgalizien nur einen geographischen Begriff bildet und nicht einen politischen. Wir kennen Galizien und wir kennen verschiedene Teile Galiziens, also auch Ostgalizien, aber Ostgalizien bildet kein besonderes Land und ist auch nicht ein ausschließlich ruthenisches Land. *(Ruf: Ein besonderes Königreich!)* Ostgalizien bildet kein besonderes Königreich, sondern es ist ein Teil Galiziens. *(Zwischenrufe.)* Wenn Herr Kollege Okunewskyj gesagt hat, daß wir Krakau haben, so muß ich betonen, daß auch Lemberg eine polnische Stadt ist. Wenn es sich darum handelt, daß wir ihre nationale Existenz nicht gefährden sollen, so kann ich Ihnen versichern, daß wir uns selbst auf eigene Faust dafür einsetzen werden, daß die nationale Existenz der Ruthenen ebenso wie die der Polen in Ostgalizien gesichert werde. *(Zustimmung.)*

Nun nur noch ein Schlußwort an die Regierung. Die Regierung möge sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß jetzt im Kriege die Volksnotwendigkeiten auf einer Linie mit den Staatsnotwendigkeiten sind und es ist jetzt schwer, einen Unterschied zu machen zwischen dem, was dem Volk und dem, was dem Staat gebührt. Wir sind in dieser Zeit, wo das Leben des Volkes im Spiele ist, dazu gekommen, daß auch Ernährungsfragen, von denen Herr Dr. Diamand gesprochen hat, wie die Kartoffel- und die Getreidefrage, die Futterfrage, Kohlen- und die Petroleumfrage zu politischen Fragen und politischen Problemen geworden sind.

Wir haben im Polenklub beschlossen, das Budgetprovisorium der Regierung nicht zu verweigern. Das haben wir beschlossen in der Voraussetzung, daß die Regierung ihre Pflicht in Galizien auch wirklich tun und die Verpflichtungen gegenüber uns auch einhalten wird. Wir wünschen es heiß, daß die Regierung sich nicht auf den guten Willen nur beruft, sondern daß sie zu Taten schreite und daß wir bald in der Lage sind, auf die Taten der Regierung hinzuweisen und unserem Volke, welches ziemlich unwillig und ziemlich mißtrauisch die letzte Wendung im Polenklub anschaut, sagen können: Diese Regierung hat uns nicht getäuscht. Damit schließe ich. *(Lebhafter Beifall. — Zwischenrufe.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile das Wort dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Pavlok.

Abgeordneter **Pavlok**: Slavná sněmovno! Používám této debaty, abych zde jménem českého lidu ve Slezsku přednesl jeho stížnost, přání a požadavky. Český lid ve Slezsku jest šlechetné povahy a v době války prokázal též svou loyalitu a obětavost za vlast a panovníka.

Tento lid musí snášeti mnoho bezpráví a křivd. Jeho národní vývoj jest potlačován a není s ním jednáno jako s národem rovnoprávným a rovnocenným.

Hohes Haus! Ich habe schon im Jahre 1912 in diesem Hause in ausführlicher Weise das Unrecht geschildert, welches an dem böhmischen Volke in Schlesien verübt wird. Seit der Zeit aber hat sich nichts zu unseren Gunsten geändert, sondern es ist im Laufe des Krieges noch ärger geworden. Daher sehe ich mich heute abermals gezwungen auf dieses Unrecht hinzuweisen, was ich heute in kurzen Worten tun will, um in energischer Weise um Abhilfe zu ersuchen.

Der Hauptgrund der Zurücksetzungen ist, daß durch das Schmerlingsche Februarpatent vom Jahre 1861 sowohl in der Landesverwaltung als auch im Landtagswahlrecht die gesamte Macht der deutschen Minorität gegen die böhmisch-polnische Majorität übertragen wurde und daß die Machthaber ihre Stellung gegen uns im höchsten Grade mißbrauchen, im Landtag, im Landesausschusse, wo die Böhmen überhaupt keinen Vertreter besitzen sowie durch die unselige Einflußnahme auf die Staatsämter, deren Amtsorgan, die „Troppauer Zeitung", sich in alldeutscher, antislawischer Schreibweise gefällt.

Die Böhmen sind von den Landesämtern und Anstalten ausgeschlossen, die 42prozentige deutsche Minorität hat sechsmal so viel Landtags- und dreimal so viel Reichsratsabgeordnete wie die 58prozentige slawische Majorität, die böhmische Sprache ist aus sämtlichen Landesämtern und Anstalten ausgeschlossen, die Staatsbehörden behandeln sie wie ein Aschenbrödel, das böhmische Schulwesen ist unter deutscher Fuchtel, im Landesschulrat besitzen die Böhmen unter 18 Mitgliedern einen einzigen Vertreter und keinen Landesschulinspektor und selbst

die böhmischen Lehrer werden vom Landesausschuß ernannt, der aus vier Deutschen und einem Polen besteht. Auf all unser Rufen nach Recht und Gerechtigkeit antworten die deutschen Machthaber höhnisch: Wo die Gewalt ist, dort ist das Recht und Gewalt geht vor Recht! Die Verhältnisse des böhmischen Volkes haben sich je länger, desto unerträglicher gestaltet, ja in der Zeit unmittelbar vor dem Kriege ist es seitens der Deutschen gegen die Böhmen zu Brutalitäten gekommen und zu offenkundigen Gewalttätigkeiten. Auf einen Fall muß ich hier verweisen: Bei der böhmischen Schulvereinsfeier im Jahre 1914 in der überwiegend böhmischen Gemeinde Katharein bei Troppau ließen die Troppauer Deutschen die Festteilnehmer vom Bahnhof nicht in die Stadt hinein und diejenigen, die dennoch die Stadt durchquerten, wurden blutig geschlagen und die böhmischen Abgeordneten, die sich ihrer Landsleute annahmen, mißhandelt.

Das hat in der Hauptstadt, dem Sitze der Landesregierung geschehen können, die von den Veranstaltern der Feier rechtzeitig auf die deutsche Hetze aufmerksam gemacht worden war und um ihr Einschreiten ersucht wurde, aber nichts vorgekehrt hatte, sondern im Gegenteil für denselben Tag eine „Trutzfeier" in Katharein und eine deutsche Agitationsversammlung in Troppau bewilligte. An der Prügelei haben nachweisbar Troppauer Polizisten teilgenommen, die die Festteilnehmer von den Wägen herunterrissen und es mußte erst Militär berufen werden, um dem Blutvergießen ein Ende zu machen.

Der deutsche Haß gegen die Böhmen ist im Laufe des Krieges noch gestiegen und zahlreiche Angehörige des böhmischen Volkes wurden grundlos bloß auf Grund von anonymen Anzeigen interniert und konfiniert. Das k. k. Polizeikommissariat in Mähr.-Ostrau und der Troppauer Landespolizeichef Dohlenschall, der erst im letzten Jahre seinen ehrlichen Namen Dolezal derart umgeändert hat, haben in jedem böhmischen Intelligenten einen Hochverräter erblickt und die Böhmen oft schon deswegen verfolgt, weil sie Fahnen, die sie nicht besaßen, nicht ausgehängt haben.

Das Material, auf Grund dessen eingeschritten wurde, ist ausschließlich auf anonymen Anzeigen von deutscher Seite basiert gewesen, denn diese wollten die herrschende Stimmung dazu benützen, um ihre Macht und ihren Einfluß zu stärken und uns zu schädigen. Infolge der unerhörten Hetze gegen die Böhmen wurden sofort einige hervorragende national wirkende Persönlichkeiten aus den Diensten des Grafen Larisch entlassen und durch Deutschnationale ersetzt. *(Hört! Hört!)*

Durch die Schikanen der uns äußerst feindlich gesinnten Zensur und wegen der Verfolgungen, welchen die böhmischen Journalisten ausgesetzt gewesen sind, mußten zwei böhmische Zeitschriften in Schlesien ihr Erscheinen einstellen, während die übrigen gezwungen wurden, so zu schreiben, wie es die Zensurbehörden direkt vorschrieben. Artikel, die anderswo in deutschen Blättern oder auch in Böhmen und Mähren anstandslos publiziert worden waren, wurden in schlesischen Blättern, die gerade zu der Zeit soviel Opfer gebracht haben, konfisziert, da das Volk dafür noch nicht reif genug sei, und den Redakteuren wurde fortwährend mit dem Einstellen des Blattes gedroht, wenn sie nicht in preußenfreundlichem Sinne schreiben. Allen Angehörigen der böhmischen Intelligenz wurden, ebenso wie den Abgeordneten, durch zwei Jahre sämtliche Briefe zensuriert, darunter auch Briefe der k. k. Regierung, die schon auf dem Umschlage als solche bezeichnet waren.

Die Hauptstadt Troppau, dessen ganze Umgebung böhmisch ist und wo eine starke böhmische Minorität lebt, die auch ein böhmisches Staatsgymnasium besitzt, hat während des ganzen Krieges nicht ein böhmisches Plakat ausgehängt, nicht eine Verordnung in böhmischer Sprache veröffentlicht, etwa in Approvisionierungsangelegenheiten, obwohl der Magistrat als autonome Behörde dazu verpflichtet ist. Gegen diejenigen Böhmen, die die Gleichberechtigung bei den Publikationen und Drucksorten anstrebten, wurde rücksichtslos vorgegangen und ihnen vom Magistrat hohe Geldstrafen diktiert. Nicht einmal der böhmischen Filiale des Roten Kreuzes in Troppau wurde vom Magistrat erlaubt, böhmische Plakate auszuhängen.

Dagegen wurden in Troppau und anderswo zu wiederholten Malen in der Tramway und in den Gasthäusern tausende antiböhmischer Flugschriften verbreitet und die Urheber konnten von der Polizei nie ausgeforscht werden, trotzdem sie so zahlreich waren.

Den böhmischen Soldaten und der böhmischen Zivilbevölkerung in Troppau wurde verboten, böhmische Lieder zu singen und sich mit Abzeichen in slawischen Farben zu schmücken.

Dafür haben die Deutschen in Troppau, Mährisch Ostrau und auch sonst in Schlesien den Namens- und Geburtstag des deutschen Kaisers weit feierlicher begangen als den unseres Monarchen. So war es auch bei der Siegesfeier von Lublin und Krasnik, wo die Deutschen beim Fackelzug bei jeder Erwähnung des deutschen Kaisers und seiner Heerführer in brausende Hochrufe ausbrachen, während der Name unseres Kaisers und unserer Heerführer nur mit vereinzelten Hochrufen begrüßt wurde. Wenn etwas Preußisches gefeiert wird, schwelgen die deutschen Städte in Flaggen, während bei Feiern, die sich auf Angehörige unseres Herrscherhauses beziehen, nur sporadisch Fahnen zu erblicken

d, darunter auch preußische und alldeutsche, und ar auch auf öffentlichen Gebäuden.

Und wie benahmen sich diese rabiaten Deutschen i ähnlichen Feiern, wenn sie ein böhmisches Wort rnahmen? Da hörte man gleich: „Warts nur ihr chechen, nach dem Krieg werden wir es euch gen!" Solche und noch ärgere Drohungen konnte n überall hören. Also das böhmische Volk sollte mpfen und sein Blut vergießen, nur um nach m Krieg in noch ärgere Sklaverei zu verfallen. nen solchen Trost, solche Hoffnungen gaben die utschen Chauvinisten dem böhmischen Volke. Trotzm benahmen sich die Slawen loyal und erfüllten e Pflicht, die ihnen durch den Krieg auferlegt rde, sowohl als Soldaten wie auch im Hinterde. Wiederholte Belobungen des k. u. k. Infanterieiments Nr. 100 und des k. k. Schützenregiments . 31, die sich größtenteils aus böhmischen hlesiern und aus dem Osten von Mähren rekruren sowie die den Mannschaften und Offizieren rliehenen Auszeichnungen sind ein sprechender weis dafür.

Hohes Haus! Ich kann, da ich von den Kaiser ilhelm-Feiern gesprochen habe, nicht umhin darauf nzuweisen, daß die Deutschen in Österreich Kaiser ilhelm insbesondere wegen seiner Treue als Verndeten loben, wie dies auch aus den deutschen itungen zu ersehen ist. Da glaube ich aber, daß ese Nibelungentreue eher bei Österreich zu loben ire, denn wenn Deutschland zu Beginn des ieges Österreich-Ungarn zu Hilfe geeilt ist, hat bloß aus der Not eine Tugend gemacht, denn hat wohl gewußt, daß, wenn es die Erniedrigung sterreich-Ungarns zuließe, es bald selber erniedrigt irde.

Nur noch ein paar Worte über die Verhältsse in Schlesien.

Das Kommando des k. k. Schützenregiments . 15 in Troppau ist gleichfalls gegen die Böhmen fgetreten, insbesondere dadurch, daß der Komandant Major a. D. Roshirt wiederholt den Offiren, Einjährigen und Mannschaften verboten hat, s böhmische Vereinshaus in Troppau und das okal des Lesevereines zu besuchen, obwohl von hmischer Seite kein Anlaß zu diesem Verbot geben wurde. Auch die k. k. Behörden haben das öhmische Volk während des Krieges fühlen lassen, aß sie es nicht für gleichwertig halten und zwingen m die deutsche Sprache auf, wo sie nur können. ie schlesischen Gerichte, ohnedies schon deutschtional genug — ein böhmischer Richter ist dort n weißer Rabe — wurden durch verschiedene ntliche Winke und geschraubte Erläuterungen der esetze seitens des ehemaligen Justizministers Dr. Hochenburger zu noch schärferem Vorgehen anspornt. Dr. v. Hochenburger hat es sogar gewagt, ch auf die Judikatur des k. k. Landesgerichtes in Brünn derart einzuwirken, daß diese seinen langjährigen und gerechten Standpunkt in Sprachenfragen abgeändert und gegen uns entschieden hat. Dr. v. Hochenburger hat es auch gewagt, den gänzlich ungesetzlichen Erlaß vom 5. Mai 1916, Z. 12735, und vom 21. August 1916, Z. 25732, herauszugeben, wonach sämtliche Grundbuchseintragungen in Schlesien in deutscher Sprache vorzunehmen sind, auch wenn sie in böhmischer Sprache eingereicht wurden, und selbst wenn der Richter und der Grundbuchsbeamte der böhmischen Sprache mächtig sind.

Und wie bei den Gerichten, so ist es auch bei den übrigen Behörden, seien es Bezirkshauptmannschaften, Finanz-, Post- oder Steuerämter, oder Eisenbahnen; überall wird Hals über Kopf germanisiert. Ich bedauere, nicht ausführlicher über alle diese Unzukömmlichkeiten reden zu können, denn ich will noch mit einigen Worten zum Budgetprovisorium sprechen und die Kriegswirtschaft streifen, und die Kürze der Zeit erlaubt mir keine längeren Ausführungen.

Aber ich muß an dieser Stelle erklären, daß das böhmische Volk gegen all dies Unrecht zu einer Zeit, wo es so viel leiden und solche Opfer bringen muß, auf das energischeste protestiert und nachdrücklich fordert, daß hier in allerkürzester Zeit Remedur geschaffen werde. Gleichzeitig erkläre ich, daß das böhmische Volk in Schlesien an der staatsrechtlichen Einheit des Königreiches Böhmen festhält, mit dem Schlesien seit dem 14. Jahrhundert verbunden ist, und daß es mit der Erklärung, die der „Český svaz" am 30. Mai d. J. an dieser Stelle abgegeben hat, völlig übereinstimmt. *(Beifall.)* Gleichzeitig erheben wir Protest gegen jede wie immer geartete Teilung des Landes Schlesien. *(Beifall.)*

Hohes Haus! Es sei mir noch gestattet, mit einigen Worten das Budgetprovisorium zu streifen. Aus dem Voranschlag ist zu ersehen, wie die Böhmen und Polen in Schlesien mit zweierlei Maß gemessen werden. Die 42prozentige deutsche Minorität hat fünf Gymnasien, ein Realgymnasium, vier höhere und eine niedere Realschule, und der Staat trägt zur Erhaltung dieser Schulen mit dem Betrag von 964.160 K bei, während die Böhmen für ihr einziges Gymnasium 79.804 K und die Polen gleichfalls für ein Gymnasium 90.469 K erhalten.

Für die deutschen Lehrerbildungsanstalten zahlt der Staat 258.296 K, für die böhmischen 82.484 K und für die polnischen 70.733 K, für die deutschen Handelsschulen 48.310 K, böhmische und polnische Handelsschulen gibt es nicht.

Und wie mit den Mittelschulen, so verhält es sich auch mit den Volks- und Bürgerschulen. Die Böhmen müssen an vielen Orten mit eigenen Mitteln ihre Schulen gründen und erhalten.

Noch einige Schlußworte über die Kriegswirtschaft und die Approvisionierung, besonders in diesem Jahre. Infolge der fürchterlichen Dürre ist eine Mißernte an Heu und Stroh, so daß die Landwirte der Zukunft mit Bangen entgegensehen, weil sie nicht wissen, wie sie das Vieh bis zum nächsten Jahr durchfüttern sollen. Sie sind aber noch gezwungen, von ihren geringen Vorräten dem Ärar abzuführen nnd wie das Ärar mit diesen Vorräten wirtschaftet, soll ein kleines Beispiel zeigen: Unsere Gemeinde hat am 6. April dem Militärkommando in Ostrau Heu abgeliefert, wo unsere Landwirte sahen, daß große Vorräte an Heu und Stroh vollständig verfault gewesen sind. So wird also bei uns gewirtschaftet. Die Landwirte treiben mit großer Not Heu und Stroh auf und das Militärkommando läßt es dann verfaulen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß auch anderenorts ähnlich gewirtschaftet wurde und ich erlaube mir daher Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung darauf aufmerksam zu machen und zu ersuchen, er möge dafür sorgen, daß sich eine derartige Wirtschaft nicht wiederholt, damit die schlesischen Landwirte von weiteren Lieferungen von Heu und Stroh verschont bleiben. Auch bei der Requisition der übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird in gewisser Beziehung sehr scharf vorgegangen. Erst wird den Produzenten der Verbrauch einer gewissen Menge von Getreide bewilligt und auf einmal wird dann, wie dies heuer geschehen ist, von diesem Quantum eine weitere Abgabe an die Approvisionierungskommission angeordnet. Diese Verordnungen kommen entweder sehr spät oder werden überhaupt nicht amtlich publiziert, so daß sie von den Leuten nicht beachtet werden und sie das, was sie abführen sollen, aufessen. Dann folgen gerichtliche Anzeigen und wie scharf die Gerichte, besonders das Bezirksgericht von Friedek, in solchen Fällen vorgehen, will ich an einem Beispiel zeigen. Eine alte Frau in unserer Gemeinde, die im Ausgedinge lebt, wurde wegen Nichtabführen von einigen Kilogramm Hafer und weil sie auf einer Schrotmühle ein bißchen Mehl ohne Mehlkarte ausgeschrotet hatte, zu einer Geldstrafe von 70 K und zu drei Tagen Arrest verurteilt. Daß es sich um keine großen Mengen hat handeln können, werden Sie, meine Herren, einsehen, wenn ich bemerke, daß die Frau im Ausgedinge lebt auf einem Häuslerbesitz von rund fünf Joch, von denen ihr höchstens der Genuß von einem Joch zusteht. Sie werden also einsehen, daß die Strafe zu streng ist, besonders da die alte Frau, die bereits an die 70 Jahre ist, bisher vollständig unbescholten ist und jetzt auf ihre alten Tage wegen einer solchen Kleinigkeit in den Arrest gehen soll. Sicher würde in einem solchen Falle eine geringere Geldstrafe, als sie das Gericht neben der Arreststrafe auferlegt hat, vollkommen ausreichen. Es sind doch früher Diebe und Landstreicher, die solche Mengen gestohlen haben, milder verurteilt worden. Und solcher Fälle gibt es eine Menge.

Ich weiß, daß diese Strenge die Konsequenz einer Kaiserlichen Verordnung ist, aber da diese Verordnung im k. k. Justizministerium ausgearbeitet wurde, könnte dieses eine Milderung anregen. Da ich aber weiß, daß es vergeblich wäre, von diesem Ministerium etwas derartiges zu erwarten, wende ich mich an dieses hohe Haus mit dem Ersuchen, es möge die bezügliche Verordnung aufheben und neu regeln, wie es dies schon bei so vielen anderen Verordnungen getan hat. Denn auf Grund der bestehenden Verordnung geraten viele anständige Menschen aus bloßer Unkenntnis oder Unachtsamkeit in den Arrest.

Hohes Haus! Bevor ich schließe, muß ich noch an dieser Stelle dem einmütigen Wunsche des schlesischen Volkes Ausdruck geben, das nach dem Frieden ruft, ohne Unterschied der Nationalität. Ein altes Sprichwort sagt: Volkes Stimme, Gottes Stimme, und darum sollten die Herrschenden auf die Stimme des Volkes wohl achten.

Einige Kreise erklären die Rufe nach dem Frieden für unpatriotisch, aber ich bin anderer Meinung und glaube, daß gerade diejenigen gute Patrioten sind, die einen augenblicklichen Frieden verlangen, denn nur durch einen sofortigen Friedensschluß kann unser Staat vor einer Katastrophe bewahrt werden und kann die Menschheit wenigstens teilweise von den schweren Leiden verschont bleiben, denen sie bei einer weiteren Verlängerung des Krieges entgegengeht. Damit schließe ich. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Parrer.

Abgeordneter **Parrer:** Hohes Haus! Bei dem außerordentlich zahlreichen Besuch des hohen Hauses und der riesigen Zuhörerschaft will ich gerne meine Gedanken mit salbungsvollen Tönen begleiten. Die Stellung eines Abgeordneten ist heute selbstverständlich keine beneidenswerte mit Rücksicht darauf, daß wir einer schweren Zukunft entgegengehen und die Lasten, die das Volk zu tragen hat, tief in das Erwerbs- und Wirtschaftsleben einschneiden. Die Bedeutung der Arbeit eines Abgeordneten besteht zunächst darin, das Schicksal, das den Völkern beschieden ist, durch gemeinsame Beratungen zu mildern, und hierbei ist alle Vorsicht und Klugheit nötig, um die wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Voraussetzung ist die nationale Ordnung im Innern. Es ist eine sittliche Pflicht aller Völker, sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufinden, weil ja der Krieg bewiesen hat

aß wir es verstanden haben, gemeinsam zu sterben, nd es infolgedessen auch unsere sittlichste Pflicht t, gemeinsam miteinander zu leben. *(Beifall.)* Die Volkswirtschaft verlangt eine Ordnung der Finanzen. Ein bequemes Mittel der Regierung, as zu erreichen, ist die Erhöhung der bestehenden Steuern. Schwerer aber für die Regierung ist s schon, neue, ergiebige Steuern zu finden, och schwerer, die Kriegsgewinner entsprechend zu rfassen und zu behandeln. *(Lebhafte Zustimmung.)* Der Finanzminister beabsichtigt wiederum ie indirekten Steuern bedeutend zu erhöhen. s ist klar, daß die indirekten Steuern wieder ie Massen des Volkes treffen und es ist daher ewiß notwendig, daß jede Volkspartei verlange, es ögen zuerst jene getroffen werden, die über die iesenkapitalien verfügen und die diese Wucherewinne im Kriege sich angeeignet haben. Ich möchte n das Herrenhaus das Ersuchen stellen, sich speziell züglich der Besteuerung nicht in einen Gegensatz m Volkshause zu stellen. Es ist ja seitens des errenhauses gewiß nicht der Ruf abzuweisen, wenn heißt, daß die Herren mit den verschiedensten apitalisten verbunden sind und es deshalb vereiden wollen, sich selbst zu besteuern. Es wird ja folgedessen von seiten der Bevölkerung in der andlung des Herrenhauses auch ein Schimmer n Egoismus erblickt und die Stimmen, welche e Abschaffung des Herrenhauses verlangen, mehren h ja dann selbstverständlich, wenn dieses Haus, stehend aus lauter ernannten Mitgliedern, sich in wichtigen, tief einschneidenden sozialen Fragen einem Gegensatze zum Abgeordnetenhaus, zum auße der gewählten Vertreter, befindet.

Es wird der Landwirtschaft immer der Vorurf von Riesengewinnen gemacht und von allen ndlichen Blättern wird eine höhere Besteuerung rselben verlangt. Richtig ist ja, daß die Bauernaft bessere Preise erzielt hat; aber es gibt heute erhaupt niemand, der nicht höhere Preise für ne Produkte erhält. Aber eines muß ich sagen, an soll dem Bauernstande, der so viele hundertusend Mitglieder zählt, seinen durch ehrliche Arit erzielten Gewinn ruhig gönnen, weil sich dieser rdienst, welcher im Schweiße des Angesichtes, in mmer und Sorge für das ganze Jahr erworben rde, auf so viele Mitglieder verteilt und bechtend die Volkswirtschaft, insbesondere den Arter-, Bauern- und Gewerbestand, sowie auch die dustrie beeinflußt und nicht so wie bei verschienen anderen Personen Milliardenvermögen in zelnen Händen vereinigt *(Zustimmung)*, ein stand in der Volkswirtschaft, welcher als ungesund erklären ist, denn es ist ein soziales Unglück, nn sich solche Vermögen in wenigen Händen inden. *(Zustimmung.)* Die Arbeit des Bauern ist wer und leider wird nie das Risiko dieser Arbeit bedacht; wir wissen ja doch ein trauriges Lied zu singen von der Dürre, auch von den Überschwemmungen, oft auch von Hagelschäden und von Viehkrankheiten. Es ist zum Beispiel vielen Städtern ein Geheimnis, daß für den kleinen Bauer der Verlust eines Pferdes ein großes Unglück bedeutet. Es ist dies für ihn ein Schlag, von dem er sich nicht erholen kann, und zwar wegen des horrenden Preises, den man heute für ein Pferd zahlen muß.

Weiter kann ich sagen, es ist kein Stand von gleichen Sorgen erfüllt. Ein bitteres Unrecht ist der Vorwurf der Preistreiberei und ich muß bedauern, daß die Bauernschaft, speziell unsere braven Weiber mit den Greisen und Kindern, statt Dank zu ernten, oft Schimpf anhören müssen. Es ist geradezu lächerlich, von Wuchergewinnen zu sprechen, wenn man den Fruchtpreis, den Milchpreis, den Kartoffelpreis, die Rübenpreise usw. in Betracht zieht und Ungarn gegenüberstellt. Die Zeitungen sprechen immer von dem Millionengewinn der Bauern. Ich kann sagen, es gibt keinen Bauern als Millionär; es gibt Millionäre in jenen Kreisen, die nicht arbeiten, der Bauer als Millionär ist nur in Raimunds berühmtem Theaterstück „Der Bauer als Millionär" zu finden. Auch die Bauernschaft erfährt durch die jetzige Teuerung einen gerade nicht besonders günstigen Einfluß in der Entwicklung der Wirtschaft, da ja der Bauer alle Artikel, die er braucht, mit horrenden Überzahlungen kaufen muß und weil nach dem Friedensschlusse die Wiederherstellung der Wirtschaft mit großen Ausgaben verbunden sein wird; die Ergänzung des gelichteten Viehstandes, die beschädigten Gerätschaften, die Gebäudeherstellungen usw. werden viele Opfer verlangen. Unser Finanzministerium und seine Organe brauchen gewiß keine Hetzpresse behufs Aufforderung zu einer höheren Besteuerung, denn wir wissen ja alle ein Lied davon zu singen, wie mit einem einfachen Federstriche das Personaleinkommensteuer-Erträgnis auf das Fünf- bis Zehnfache erhöht wurde und wir wissen auch davon ein Lied zu singen, daß alle diesbezüglichen Rekurse abgewiesen wurden.

Speziell gegenüber den Städtern, welche nicht die Verhältnisse in der Landwirtschaft kennen, möchte ich wohl einen Hinweis darauf machen, daß die Bauernschaft nicht aus lauter Wein- und Krautbauern besteht. Das ist ein sehr geringer Teil der Bauern, der gegenwärtig ganz übernormale Resultate erzielt hat. Aber ich gebe zu bedenken, daß durch Jahrzehnte diese Weinbauern und Krautbauern fast nichts geerntet haben und wenn die Leute heute etwas mehr einnehmen, so soll man das nicht mit scheelen Augen und mit Neid usw. verfolgen, denn viele von den Leuten sind infolge fortwährender Mißernten schon an den Bettelstab gekommen. *(Zustimmung.)* Mit Vergnügen muß ich konstatieren, daß bereits von vielen Städtern die

wirtschaftlichen Verhältnisse mit Vernunft beurteilt werden und daß alle Versuche einer gewissen Hetze, zwischen Stadt und Land einen Keil zu treiben, zurückgewiesen werden. Es ist lächerlich, den Bauern die Schuld zu geben an all den unerträglichen Verhältnissen, an denen alle Menschen leiden. Einst hat ein berühmter Arbeiterführer — es war Kunschak — in diesem Hause an dieser Stelle unter dem Gelächter verschiedener Bauernfeinde den Ausspruch getan: Jede Million, in die Landwirtschaft gesteckt, bringt reichlichen Segen! Wenn Kunschaks Worte jemals Bedeutung erlangt haben, so ist dies im jetzigen Zeitpunkt der Fall, denn die Sünden, welche früher an der Landwirtschaft begangen worden sind, beginnen sich heute zu rächen. *(Lebhafte Zustimmung und Beifall.)* Ich verweise da beispielsweise auf die Marchregulierung, um die ich im Landtage die Regierung in wiederholten Reden ersucht habe, da Tausende Joch alljährlich drei- bis viermal überschwemmt werden, Gründe erstklassiger Natur, die heute unsere schwer leidende Stadtbevölkerung reichlich ernähren könnten, wenn sie vor Überschwemmungen geschützt wären. *(Sehr richtig!)* Aber unsere Mahnungen, alle unsere Warnungen, alle unsere Bitten sind erfolglos geblieben. Man hat eben die Bedeutung der Landwirtschaft niemals vollständig erkannt; es fehlte ein festes Ackerbauministerium und eine bauernfreundliche Statthalterei, unser Ackerbauministerium war ja bekanntlich immer das fünfte Rad am Wagen, es war ein Aschenbrödel im Rate der Krone *(Zustimmung)*, spezielle energische Freunde hat die Landwirtschaft in den Ackerbauministern nie bemessen und so kam es, daß die unschuldigen und braven Worte des ehemaligen Leiters des Ackerbauministeriums, Sektionschefs Ertl, der aus innerer Überzeugung vor einigen Wochen unseren Frauen und Kindern und überhaupt der Landwirtschaft den Dank ausgesprochen hat für ihre hervorragenden Leistungen, daß diese Worte innerster Überzeugung und Anerkennung als gewissenlose Ministerrede gebrandmarkt und als agrarische Demokratie bezeichnet wurden, und wegen dieser öffentlichen, ehrlichen Anerkennung der Bauernschaft leider dieser brave Mann nicht Minister werden durfte.

Meine Herren! Soll der Bauernstand nur Schimpf ernten, soll er von jedem Schreiber und Tagdieb beschmutzt werden können? Hat der Bauernstand nicht ein Recht darauf, daß seine Leistungen anerkannt werden? Und ist dem Ministerpräsidenten Seidler ein Vorwurf deshalb zu machen, weil er Bauern als Berater in Ernährungsfragen zu sich berufen hat? Wäre es nicht besser gewesen, der frühere Ministerpräsident hätte ebenfalls im ersten Kriegsjahre schon Bauern berufen? Es wäre die Ernährungsfrage viel leichter und besser zur Lösung gekommen, unsere Vorräte vom Jahre 1914 hätten hinübergereicht bis in das Jahr 1916 und die Not in der Bevölkerung wäre gewiß nicht so groß gewesen. *(Lebhafter Beifall.)*

Meine Herren! Wir haben ja gesehen, daß Leute über uns entscheiden und uns Ratschläge geben, die ein Kleefeld von einem Kornfeld nicht unterscheiden können, weshalb es kein Wunder ist, wenn oft Mißgriffe vorgekommen sind. Infolge der kurz bemessenen Redezeit bringe ich folgende Wünsche als Vertreter des Wahlbezirkes Bruck und Marchegg im Telegrammstile vor: Erstens urgiere ich die endliche Erledigung der Gesuche über Rückversetzung der Gemeindeärzte von Deutsch-Altenburg und Mannersdorf, aus sanitären Gründen. Diese Zurückversetzung ist bisher nicht erfolgt und ich erwarte dringendst im Namen der kranken Bevölkerung meines Wahlbezirkes, daß diese Ärzte ehestens beurlaubt werden. Ein Ersatz für diese ist zu finden an jenen ärztlichen Personen, die noch nicht im Felde waren und oft in Spitälern überzählig vorhanden sind.

Weiters ersuche ich den Minister für öffentliche Arbeiten, den Kohlenmangel, an dem die Schmiede im Marchegger und Brucker Bezirk und damit die Landwirtschaft schwer leiden, ehestens zu beseitigen und auch den Schulen in diesen Bezirken die nötige Kohle anweisen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit muß ich speziell meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Antworten, die wir von den verschiedenen Ministerien erwarten, lange ausständig sind und daß nur das Landesverteidigungsministerium und das Ernährungsministerium sich sofortiger Antworten befleißen, welches Verhalten von diesen Stellen wir auch dankbar anerkennen.

Weiters, meine Herren, drücke ich den Wunsch aus, daß die Pferdelizitationen, die einen Raub an der Bauernbevölkerung bilden, abgeschafft und daß die überflüssigen Pferde den landwirtschaftlichen Genossenschaften um den Schätzungspreis abgegeben werden. *(Lebhafte Zustimmung und Beifall.)* Meine Herren! Verhungerte Tiere mit 2000, 3000 und 4000 K zu kaufen, während man dem Bauern erstklassige Tiere bei vollster Kraft um einige hundert Kronen abgenommen hat, ist keine Förderung der Landwirtschaft, sondern ein Raub an der Landwirtschaft. Und daß man gerade immer die Sonntage und auch den Fronleichnamstag als Lizitationstage nimmt, weisen wir als Christen entschieden zurück. Wir achten die Juden und ihre Feiertage — ich bin ein Mensch, der jede Religion achtet — wir verlangen aber für uns, daß auch unsere Feiertage von den verschiedenen Behörden respektiert werden. *(Rufe: Bravo Parrer!)*

Weiters bitte ich die den Abbrändlern meines Wahlbezirkes Kroatisch-Haslau und Prellenkirchen zugedachten Staatsunterstützungen, um die ich in Notstandsausschuß eingekommen bin, ehestens überweisen zu wollen.

Weiters glaube ich, daß die Verwaltung der k. u. k. Fondsgüter mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nehmen sollte. Ich habe die traurige Wahrnehmung gemacht, daß die Lieferungen von seiten der k. u. k. Güterverwaltungen immer mit Widerstand erfolgen und daß nicht geliefert werden will. Von dieser Stelle erkläre ich: Wenn sich diese Zustände nicht bessern, werde ich mir den Zutritt zu Seiner Majestät verschaffen, um ihm diese Verhältnisse klarzulegen. Wenn wir den kleinen Bauern das wenige nehmen, dann müssen diese Herren Großgrundbesitzer und speziell die kaiserlichen Familienfondsgüterverwaltungen soviel Ehrgefühl entwickeln, daß sie mit ihren Lieferungen beispielgebend an erster Stelle vorangehen.

Weiters habe ich folgenden Antrag zum Budget zu überreichen, um dessen Annahme ich ersuche *(liest)*:

„Die k. k. Regierung hat ferner den politischen Gemeinden zur Besorgung ihrer Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises 50 Prozent dieser Auslagen zu vergüten."

Zum Kapitel Gendarmerie will ich folgendes bemerken:

Als Mensch, der die Ordnung und Ruhe liebt und den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung wünscht, bin ich für den Bestand der Gendarmerie und bitte das Landesverteidigungsministerium, eine Besserung der Verhältnisse in der Gendarmerie ehestens herbeizuführen. Die Gendarmen sind wohl keine Wähler und daher wird von ihnen in diesem Hause nicht gesprochen oder wenn gesprochen wird, oft vielfach mit Beschimpfungen. Nachdem ich ein gerechtdenkender Mensch bin, so will ich mich auch dieser Leute annehmen, um so mehr, als die Gendarmen in diesem Kriege ganz außerordentliche Leistungen vollbracht haben, ja durch beispiellose Pflichterfüllung und Überarbeit geglänzt haben, ein wahres Elitekorps, das einen Weltruf genießt. Deshalb habe ich ihre Standesfragen mit Interesse und Wohlwollen verfolgt und will gerne auch im Namen meiner Kollegen für ihre Besserstellung eintreten. *(Bravo!)*

Es zirkulieren Gerüchte, daß ein neues Gendarmeriegesetz kommen soll, wonach Rekrutierungen vorgenommen werden. Mit Rücksicht auf die persönliche Sicherheit und Ordnung in den Landgemeinden draußen appelliere ich an Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister, er soll es beim Gendarmerieswesen nicht mit den Rekrutierungen probieren, sonst vertreibt er uns die alten, bewährten Organe. Er soll es auch unterlassen, die Bezirksposten mit Offizieren zu besetzen; die Herren Offiziere brauchen dann noch Schreiber und es geschieht dann viel weniger wie heute, weil es bewiesen ist, daß jeder Gendarmerieunteroffizier bereits mit Arbeit überbürdet ist und doch dabei Glänzendes leistet, viel mehr als viele Staatsbeamte leisten. Weiters soll eine neue Dienstesinstruktion und neue Kanzleivorschriften herausgegeben und die Pensionen für die Gendarmen aufgehoben werden. Was aber den Pflichteifer und die großen Leistungen der Gendarmen bewirkt hat, war unter anderem auch die Aussicht, daß diejenigen Leute, die mit Lebensgefahr Tag und Nacht für die Sicherheit der Bevölkerung gesorgt haben, ihr Alter in Ruhe genießen können.

Wenn man nun die Pensionen abstellt, was eigentlich im Widerspruch wäre mit der seinerzeit eingeführten Bestimmung, daß den Gendarmen 12 Dienstmonate als 16 anzurechnen sind, so wäre das ebenfalls als eine unglückliche Maßnahme zu bezeichnen. Weiters wird sich die vollständige Militarisierung und die Unterstellung unter die Landwehr nicht bewähren. Es soll damit die Berechtigung der Rekrutierung gesichert werden, aber die Leistungen werden gegen heute weit zurückbleiben. Ich erwarte, daß Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister mir auf diese Fragen Auskunft erteilen wird. Und wenn es heißt, daß mit Rücksicht auf das Geld bei der Gendarmerie reorganisiert werden soll, so muß ich schon bemerken, daß die übertriebenen Mehrauslagen sich am allerwenigsten bei der Mannschaft zeigen, sondern vielmehr wo anders zu suchen sind; Beweis dessen der Schematismus vom Jahre 1914 und der vom Jahre 1917, wonach im Jahre 1914 1 General systemisiert war, im Jahre 1917 2, im Jahre 1914 10 Oberste, im Jahre 1917 17 Oberste, im Jahre 1914 11 Oberstleutnants, im Jahre 1917 23 Oberstleutnants, im Jahre 1914 17 Majore, heute 35 Majore, im Jahre 1914 84 Rittmeister und heute 137.

Bekannt ist auch, daß die Gendarmerieoffiziere ein weitaus höheres Einkommen haben als die Heeresoffiziere und daß zwei Millionen Kronen an Reisediäten im heurigen Budget eingesetzt sind, weil die Tätigkeit der Gendarmerieoffiziere aus Dienstreisen und Inspizierungen in Wagen, Eisenbahn und Automobil besteht.

Hingegen finden wir bei der Mannschaft keine so starke Vermehrung. Das Landesgendarmeriekommando Nr. 1 hatte im Jahre 1914 34 Stabs- und Bezirkswachtmeister, im Jahre 1917 hat es 38; im Jahre 1914 waren 139 Wachtmeister erster Klasse, im Jahre 1917 sind es 154; Wachtmeister zweiter Klasse gab es im Jahre 1914 178, im Jahre 1917 sind es nur 170; hier ist also ein Minus von 8 zu verzeichnend, während die übrigen Gruppen ein kleines Plus aufweisen.

Es wurde auch vielfach das Avancement nicht so ausgeführt, wie es die Leute verdient hätten; es ist auch zu bedauern, daß die Fähnrichcharge, die beim Heer eingeführt wurde, bei der Gendar-

merie nicht eingeführt wird. Früher hat ein alter verdienter Gendarmeriewachtmeister, wenn auch in wenigen Fällen, die Offizierscharge erreichen können. Heute ist das ausgeschlossen. Es kommt sogar oft vor, daß viele Wachtmeister mit 15 Dienstjahren erst in der zweiten Klasse sind und das ist auch eine Ursache, daß viele tüchtige Leute die Flucht aus der Gendarmerie ergreifen.

Ein Punkt interessiert mich sehr. Das Finanzministerium soll Beträge für Belohnungen und Aushilfen an Gendarmen geben und es ist daher notwendig, daß wir wissen, welcher Betrag dafür gezeichnet wird und wohin das Geld kommt, nachdem ein Landes-Gendarmeriekommandobefehl erflossen ist, worin es heißt, daß Unterstützungsgesuche nicht mit der allgemeinen Teuerung, sondern nur mit Ärzte- und Apothekerrechnungen begründet werden dürfen. Wir auf dem Lande wissen, daß unsere Ärzte so human sind, daß sie von den Gendarmen in den seltensten Fällen Bezahlung verlangen; es könnten infolgedessen die Gendarmen nur in den seltensten Fällen Gesuche mit Rechnungen einbringen, so daß sie diesen Fonds nicht angreifen können. Daher die Frage an den Landesverteidigungsminister, wieviel das Finanzministerium für Gendarmerie gibt und wieviel und an wen Unterstützungen gelangen.

Ferner bitte ich um Auskunft über die Tišljahr Kriegssammlungsstiftung 1914. Bei Kriegsbeginn hat unsere Gendarmerie heldenhaft als erste Kampftruppe den eindringenden Feind im Norden bekämpft und viele sind dabei gefallen. Ende 1914 gab Gendarmerieinspektor Tišljahr Befehl zu einer Weihnachtssammlung für Hinterbliebene von im Felde gefallenen und stehenden Gendarmen. Es wurde viel und gerne gegeben und die Summe von 60.000 K erreicht. Wir haben Interesse, wohin die Spenden kamen, um so mehr als im Gendarmerieverordnungsblatt Nr. 47 vom 25. Dezember 1915, Präs. Nr. 21433 das Zirkular Nr. 10 vom 19. November 1915 enthalten ist, wo es heißt, daß die gesammelten Gelder zu einer Tišljahr-Stiftung für die Gendarmerie zu verwenden sind. General Tišljahr gab 500 K, wofür ihm Dank gebührt, aber kein Recht, diese Stiftung mit seinem Namen zu belegen und die Gelder einer anderen Verwendung zuzuführen. Es besteht Gefahr, daß wirklich Bedürftige nichts bekommen, weshalb ich an Seine Exzellenz den Landesverteidigungsminister die Frage stelle, wer hat Anspruch auf die Tišljahr-Stiftung, wie hoch ist der Fonds, was wurde den Gendarmen gegeben und warum wurden die Weihnachtsspenden nicht ihrem Zwecke zugeführt?

Ein besonderer Wunsch der Gendarmerie ist eine leichte und praktische Adjustierung. Im Jahre 1914 wurden mehr als 1000 Wachtmeister mit Säbeln und Repetierpistolen ausgerüstet und hierbei die Überzeugung gewonnen, daß diese Ausrüstung besser ist. Die Gendarmerieoffiziere sollen dagegen sein, aus Sorge für den Schutz des Gendarmen. Das Gewehr hindert die freie Bewegung und gefährdet noch auf 3000 Schritte unschuldige Leute, wie letzthin wieder der Fall im Flüchtlingslager Wagna bewies. Die Sicherheitswache, ausgerüstet mit Säbel und Revolver, sowie Polizeiagenten in Zivil haben schon die schwersten Verbrecher verhaftet. Vor einem tückischen Überfall kann sich niemand schützen, auch wenn er mit einer Kanone bewaffnet ist. Unbegreiflich ist auch bei manchen Landesgendarmeriekommandos, daß alle Wachtmeister beim Scheibenschießen mit Gewehr, Gendarmeriesäbel, Pistole und langem Gendarmerieoffiziersäbel erscheinen müssen. Es gibt auch noch manche Landesgendarmeriekommandos, deren Wachtmeister erster Klasse noch immer keine Säbeln und Pistolen erhalten haben.

Es ist weiters bekannt, daß das Kanzleipauschale bei der Gendarmerie einen geradezu lächerlichen Betrag ausmacht. Es beträgt für einen Posten mit drei Mann 1 K 80 h und jetzt im Jahre 1917 beträgt es 3 K 80 h pro Monat. Wo ist da die Tinte, das Papier, die Federn und die vielfache Schreibarbeit usw. bezahlt? Alle Pauschalien sind den Friedensverhältnissen gleichgestellt, es ist in keiner Beziehung eine Steigerung eingetreten. Die Gendarmerie ist daher infolge vieler, oft auch unnötiger Schreiberei gezwungen, draufzuzahlen und helfen viele einsichtige Bürgermeister diesen Übelstand erleichtern. An Reinigungsgebühr erhält der Posten monatlich 90 h. Dafür soll der Gendarm sechs Leintücher und drei Polsterüberzüge reinigen lassen. Was da gezahlt sein soll, ob die Soda oder Seife, weiß ich nicht. *(Rufe: Sehr richtig!)*

Bei der letzten Aufbesserung der Staatsbeamten sind die Gendarmen leer ausgegangen. Es ist selbstverständlich, daß, wenn diese Leute nicht ihren Diensten entsprechend entlohnt werden, die ganze Arbeitsfreudigkeit sehr zum Nachteil des allgemeinen Interesses verloren geht, die gewissenhafte Pflichterfüllung dadurch stark beeinträchtigt und die Unbestechlichkeit sehr gefährdet wird, mithin ein so wichtiger nützlicher Stand der Korruption anheimfällt. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Ich möchte Seine Exzellenz auf diese Umstände aufmerksam machen, da ich glaube, daß er für seine Waffe Interesse zeigt und sich alle Mühe geben wird, in einer Vorlage diese gerügten Zustände zu verbessern.

Die Gendarmen verlangen mit Recht, daß die Postenkommandanten, das sind die derzeitigen Wachtmeister erster und zweiter Klasse, zu Gagisten ohne Rangklasse, nur mit der Gehaltstufe der zehnten Rangklasse ernannt werden, wie jetzt die Staats- und Bezirkswachtmeister. Mit dieser Gagistenernennung

t die soziale Stellung gebessert, weil auch die ngehörigen der Familie verschiedene Vorteile er- lten und der Postenkommandant eine moralische estigung in seiner Stellung bekommt. Weiters wird e vollständige Gleichstellung der Gendarmerie mit r k. k. Polizei und Finanzwache bezüglich der inteilung in die Gehaltstufen verlangt. Es ist erkwürdig, daß die Polizei- und Finanzwache, die n Verhältnisse leichtere Leistungen ohne die große erantwortung zu vollführen hat, wie unsere ndliche Gendarmerie, dieser vorangestellt wird, o draußen in einem politischen Bezirke die Gen- rmerie, bei starker Verminderung des Personals f den Posten fast alle Arbeit allein zu isten hat und dabei eine Intelligenz entwickelt, die le Anerkennung verdient.

Auch eine Erhöhung des Monturpauschales ist itgerecht; es beträgt beim Gendarm 120 K pro ahr, während es bei der Finanz und der Polizei n Jahre 1915 um 30 Prozent, also zwar auch enig, aber doch immerhin erhöht wurde. Deshalb llen wir den Antrag, das Monturpauschale ebenso ie bei der Finanz und der Polizei um 30 Prozent erhöhen.

Viertens beantrage ich, daß die Ergänzung r Gendarmerie durch die Rekrutierung im Inter- se der öffentlichen Sicherheit unterbleibt. Denken ie sich, meine Herren, eine Rekrutierung der Gen- rmerie. Draußen auf dem Lande, speziell an onntagen, sind Unteroffiziere infolge Trinkens gut fgelegt und da soll ein rekrutierter Gendarm influß nehmen? Wo ist da die Autorität möglich? urch diese Rekrutierung werden uns die besten eute vertrieben. Es ist geradezu eine moralische uflösung unseres Elitekorps, der Gendarmerie, und n Interesse aller, speziell der Landgemeinden und r politischen Behörden wäre es notwendig, daß s gute Gefüge dieses Intelligenzkorps nicht durch nsinnige Maßregeln auseinandergebracht, statt festigt, untergraben wird.

Meine Herren! Ich habe mich vor der außer- rdentlich zahlreichen Zuhörerschaft mit Fleiß redlich emüht, meine Gedanken gedrängt, im Telegramm- il, zum Ausdruck zu bringen und danke für das ge Interesse, welches die Herren Kollegen meinen usführungen geschenkt haben. Damit schließe ich. *Heiterkeit und lebhafter Beifall. — Redner wird ielfach beglückwünscht.)*

**Präsident**: Ich erteile das Wort dem Herrn bgeordneten Dr. Trešić-Pavičić.

Abgeordneter Dr. **Trešić-Pavičić**: Hohes aus! Nicht aus Furcht habe ich das letztemal in iesem Hause auf das Wort verzichtet, wie manche as böswillig interpretierten, sondern aus ganz nderen Rücksichten. Ich weiß zwar aus bitterer Erfahrung, daß hier die Immunität des Redens nur eine Falle für Leichtgläubige ist. Ich werde nichtsdestoweniger sprechen, weil in mir die Stimme des Gewissens und der Pflicht stärker ist, als der Trieb zum Leben, und das Leben meiner Nation mir teurer ist als das eigene; weil endlich das Schweigen eine Feigheit und ein Verrat an den Idealen der Humanität wäre.

Da ich aber in meiner Zelle den Einfluß der dunklen Kräfte, die diesen furchtbaren Krieg entfesselt haben, beinahe bis zum Tode spüren mußte, so erkläre ich, wenn ich auf welche Weise immer verschwinde, daß die Ursache dieses Verschwindens keineswegs im Lebensüberdrusse zu suchen ist, obwohl mir der Tod seit drei Jahren wünschenswert erschien. Leider muß ich meine Rede, die für zwei Stunden berechnet war, so verstümmeln, daß sie in eine halbe Stunde hineingepreßt werden muß.

Unsere Nation wurde in diesem Kriege, wie immer, in das vorderste Treffen gestellt, bis zum Weißbluten dem Trommelfeuer ausgesetzt; sie wurde systematisch vom Heimatsboden durch Strang, Blei, Bajonett, Gefangenhaus, Deportation, Konfinierung, Internierung, Evakuierung, Standrecht, Hunger, Barackenlager, absichtlich verursachte Krankheiten, ausgerottet.

Der Sturm der Ausrottung wurde schon vor dem Kriege, nach der Bluttat von Sarajewo gegen die Serben entfesselt und eine Treibjagd unter dem Schutze der Behörden organisiert. Die Geschäfte der Serben wurden überall demoliert und geplündert. Viele Serben wurden schon damals ermordet. Der Abgeordnete Ivan Frank erzählte im kroatischen Sabor, daß ihn der Polizeichef von Agram angeregt habe, alle Serbenführer durch den Pöbel ermorden zu lassen.

Als der Krieg ausbrach, begann der Sturm der Ausrottung aller südslawischen Patrioten. Es entstand im ganzen Lande ein Wehklagen, ein Entsetzen, wie wenn die Pest ausgebrochen wäre. Gedungene Journalisten, „Naše Jedinstvo“ in Split an der Tete, ersannen tagtäglich Bombenattentate der Serben auf Eisenbahnzüge, Dampfer und sonstige Truppentransporte, um die drakonischen Maßnahmen zu rechtfertigen. Was national bewußt und ehrlich war, das wurde verhaftet, konfiniert, interniert, ruiniert, verurteilt, exekutiert; was zu jung oder zu alt war, wurde dem Hungertode preisgegeben; das übrige terrorisiert, demoralisiert, entehrt. In Dubrovnik wurden an einem Tage 75 Personen verhaftet. Es entstand ein Jammern, wie es die Mauern der edlen Stadt seit dem großen Erdbeben nicht hörten. Das alte Athen errichtete auf der Akropolis der Göttin der Barmherzigkeit einen Altar. Die Übermenschen haben sie aus ihren Herzen als eine schädliche Schwäche verbannt, mit dem Vorsatze, alle diejenigen auszu-

rotten, die sich vor ihnen nicht beugen wollen. Zu diesem Zwecke stellten sie von langer Hand vorbereitete Proskriptionslisten auf, um im gewollten Momente alle Führer zu verhaften, als Geisel zu verwenden und zu massakrieren, um somit das Volk in Heloten zu verwandeln. Als ich nach dreimonatlicher Haft in Marburg von einem Auditor verhört wurde, sagte er mir: „Ich weiß nicht, wessen man Sie beschuldigt, was Sie leicht begreifen werden, wenn Sie bedenken, daß wir allein in Dalmatien, Istrien und Krain über 5000 Verhaftungen machten". Jetzt denke man sich, wieviele in Bosnien, Hercegovina, Kroatien, Slawonien und Südungarn verhaftet wurden! Als wir zu Hunderten in Split mit den gemeinsten Meuchelmördern eingeschifft wurden, als wir in Rieka in einem solchen Regen, daß kein Fetzen an uns trocken blieb, zum Bahnhof, als wir drei Tage und vier Nächte über Zagreb und Budapest nach Marburg, brot-, wasser- und schlaflos als serbische Gefangene den Beschimpfungen des magyarischen Pöbels, den Kolbenhieben und Verwünschungen der magyarischen Soldateska ausgesetzt, überführt wurden, da wurden manche wahnsinnig und ich sah einen Unglücklichen sich aus dem Fenster des sich in voller Fahrt befindlichen Zuges in das Dunkel der Nacht und des Todes stürzen. Nach diesen vier schlaflosen Nächten wurden wir in einer Reitschule eingesperrt, aus welcher über 100 Wagen Pferdemist später ausgeführt wurden. Wir mußten auf diesem Mist schlafen, vom Gestanke des Pferdeharnes beinahe erstickt. Wir sahen, wie die Soldaten, als sie uns die Suppe brachten, in den Kessel spuckten.

Ich werde aber über Marburg und Graz nicht sprechen, weil ich über meine persönlichen Qualen nicht sprechen will. Den Arzt des Gefangenhauses in Graz, kaiserlichen Rat Dr. Hoffmann, muß ich aber erwähnen, der die armen Kranken beschimpfte und zu sagen pflegte, daß es das beste wäre, den Hochverrätern Gift zu verabreichen; da sie sich weigern, des natürlichen Todes zu sterben. Manche aber unterlagen den Qualen in Marburg und Graz, wie der arme Denić, der Puškarević und der Bušić, der am Tage seines Begräbnisses das Dekret erhielt, womit seine Konfinierung aufgehoben wurde.

Viel grausamer war das Schicksal der in Mostar, Doboj und Arad Internierten. Über Mostar haben mich zwei Augenzeugen, die später mit mir in Marburg eingesperrt waren, informiert, und zwar der Landtagsabgeordnete Ivo Lupis und der Publizist Domić.

In Mostar schlief man in einem unterirdischen Raume auf nacktem Boden haufenweise zwischen Dieben, Räubern und Zigeunern. Der Kübel benetzte mit seinem überfüllten Inhalt reichlich den Boden, wo man schlafen und essen mußte.

Das grausamste dieser Höhle war aber ihr Hüter, der berüchtigte Feldwebel Gaspar Scholier, der mit seinem eisernen hackigen Stock, „Kronprinz" genannt, bewaffnet, die Armseligen viel öfter, als sie es wünschten, besuchte, um blindlings Schläge über Kopf und Schultern zu erteilen. Blut überströmte das Gesicht der Unglücklichen. Es wäre überflüssig, seine bestialischen Beschimpfungen, die er dabei, dämonisch schreiend, ausstieß, zu erwähnen. Nur mit Geld konnte man die Wut dieses Zerberus für eine kurze Weile stillen. Unter den Leidenden befanden sich auch Rinda Radulović, Redakteur des „Narod" und der orthodoxe Geistliche Tichy, welche beide später in Arad infolge der Mißhandlungen starben. Da der Tichy den Hungrigen von seiner Nahrung etwas gab, so wurde er vom Scholier mit seinem „Kronprinz" so gezüchtigt, daß er ohnmächtig wurde. Unter den Hieben rannen seine Schultern und Brust, von welcher ein großes Stück Haut abgerissen wurde, von Blut. Er starb als ein wahrer Märtyrer.

Später wurden die Überlebenden in den oberen Stock promoviert. Hier waren die als Geiseln Prädestinierten eingesperrt. Geiseln und Hochverräter waren Synonyme. Gemeine Räuber und Meuchelmörder wurden viel humaner behandelt. Als Geiseln wurden aber nur die Besten, die Intelligentesten bestellt.

Wenige entledigten sich mit heiler Haut dieser Rolle. Die Armen wurden auf Befehl eines Offiziers vom oberen Stock heruntergeholt und zweien, bis auf die Zähne bewaffneten Muselmanen übergeben. Der Offizier machte denselben eine halbstündige Predigt, in welcher er alle Fälle aufzählte, in welchen sie den Geisel erschießen mußten. Für den kleinsten Lärm sofort das Bajonett in die Brust. Wenn irgendwo im Walde Gewehrschüsse fallen, jage ihm sofort eine Kugel durch den Schädel. Wenn er sich nach links bewegt, töte ihn. Wenn er sich nach rechts bewegt, ermorde ihn. Die muselmanische Eskorte brauchte diese Ermutigungen durchaus nicht. Die Auswahl der Geisel erfolgte in der Nacht. Die grausame Figur des Feldwebels Scholier, begleitet von Bajonetten, wie von Totenkerzen, trat lautlos ein und suchte mit Tigerblicken die Opfer. Wie die Gefährten des Odysseus in der Höhle des Poliphennes die Finger dieses Ungeheuers, welche die Fettesten suchten, so spürten diese Unglücklichen die sengenden Augen dieses Henkers. Manche wurden in einer einzigen Nacht grau. Gestern blühende junge Leute, heute gebrochene Greise. Wer sich retten wollte, der mußte mit Handbewegungen zeigen, wieviel er bereit war zu opfern, um das Leben auf einige Tage zu verlängern. Die Auswahl zum Geisel war beinahe dem Todesurteile gleichbedeutend.

Hunderte haben als Geisel ihr Leben verloren. Ich werde nur zwei nennen: Auf der Station Raštelica wurde ein gewisser Damić ohne Prozeß füsiliert. An der Strecke Doboj-Tuzla wurde der Geistliche Gjorgje Petrović auch ohne Prozeß getötet.

Von Mostar wurden die Armen nach Arad transportiert, wo bereits Tausende und Tausende aus Bosnien, Herzegowina und Syrmien lebendig begraben waren. Die Reise wurde unter Verwünschungen, Drohungen, Steinwürfen, Bespuckungen und anderen Mißhandlungen seitens der magyarischen Bevölkerung gemacht. Hungernd, nackend, schlafbedürftig wurden sie in die Kasematten der Festung unter Kolbenschlägen und Bajonettstichen, wie eine Herde hineingetrieben. Millionenfach wimmelten dort die Wanzen und Läuse, so daß die Müden, als sie bald erwachen mußten, ihre Kleider vom Ungeziefer vollkommen bedeckt fanden.

In den langen unterirdischen Kasematten war es nicht kalt. Die Leute waren so zusammengedrängt, daß die Luft immer von einem warmen Dunst, wie im Dampfbade, erfüllt war, und die elektrischen Lampen schienen durch Nebel zu leuchten. Da sie auf beiden Seiten des Tunnels schlafen mußten und da dieser zu eng war, so konnten sie sich nie ausstrecken.

Da brach der Flecktyphus aus, von den Krgnken mit Galgenhumor tunnelitis terribilis genannt. Man starb zuerst zu zwei, zu drei. Bald starb man massenhaft. Da es aber schon kalt wurde, so wurden die Leichen ausgezogen und die Kleider den Nackenden verabreicht. Oft lagen Tote und Lebendige die ganze Nacht nebeneinander. Oft verkrochen sich die Fiebernden in das Stroh hinein, wo sie in irgendeiner Ecke starben und wo sie erst nach vier Tagen durch den Geruch entdeckt wurden. Die Leichen wurden haufenweise in einen Wagen geworfen. Ein Zigeuner stellte sich an die Tete des Leichenzugs, das Kreuz in den Händen und ein zynisches Gelächter auf den Lippen, während die magyarischen Soldaten um den Wagen schrien und jauchzten *(Zwischenrufe)*, wie wenn sie eine Menge Feinde gefangen hätten. *(Zwischenrufe.)* Ein wahrer Hexensabbath, der die Herzen der Zuschauer mit Grusel und Schauder erfüllte.

Die Nahrung war so ekelhaft, daß manche tagelang hungerten, weil sich ihr Magen weigerte, eine solche Speise aufzunehmen.

Trinkwasser gab es keines, Alkohol aber genug, weil der Feldwebel Rosner ein gutes Geschäft damit machte. Und die Armen tranken, um sich zu betäuben, um das Leben zu vergessen, um aus der verpesteten Luft, aus dem faulen und mit Flecktyphusbazillen imprägnierten Stroh früher in die kalte Erde zu kommen.

Die Toten von Arad werden auf drei- bis viertausend geschätzt. Manche starben auch, nachdem sie aus Arad entlassen wurden, und zwar an den erlittenen Qualen, wie der Kaufmann Kondić aus Gradiška, der noch genau soviel Kraft hatte, um nach Hause zu kommen und im eigenen Bette zu sterben.

Als Zeugen für diese Grausamkeiten nenne ich den Vizebürgermeister von Bosnisch-Gradiška, Gjorgje Gjurić, die Ärzte Dr. Vladimir Kujundžić, Dr. Bokonjić und Dr. Ivo Malić, welche in Arad interniert waren.

In Doboj war es noch ärger. Seine Umgebung ist die größte Nekropolis unschuldiger Opfer in dieser grausamen Zeit. Dort langte am 27. Dezember 1915 ein Transport serbischer und montenegrinischer Gefangener an, mit welchen auch viele Bosniaken und Herzegowiner kamen, die ihre Heimatsortschaften an der Grenze evakuieren mußten. Alle — Frauen, alte Leute und Kinder — wurden in offenen Wagen transportiert, wobei sie schrecklich an Hunger, Durst und Kälte litten; was alles verhältnismäßig eine leichte Qual war, der Qual gegenüber, daß sie im selben Wagen ihre Leibesbedürfnisse, Frauen im Angesichte der Männer, verrichten mußten. *(Hört! Hört!)* Sie wurden in Baracken interniert, welche früher als Pferdespital dienten und von Pferdekrankheiten, wie Rotz, infiziert waren, nie aber desinfiziert oder gereinigt wurden, so daß sie voll Mist waren. In eine jede Baracke kamen 1500 Menschen. Dort schliefen sie auf dem Mist, ohne Stroh. Bald grassierten die Dysenterie, Flecktyphus, schwarze Masern und Cholera. Alles wimmelte von allen möglichen Sorten von Ungeziefer. Da erbarmten sich die Wächter, ließen die Frauen bis auf die Haut entkleiden und unterhielten sich mit dem Scheren ihrer Haare am Kopfe und an den Genitalien, bei einem herzzereißenden Wehklagen dieser Unglücklichen, um endlich ihnen die Genitalien eigenhändig und radikal mit einer Salbe einzuschmieren. So groß war die Sorge um ihre Reinlichkeit! *(Zwischenrufe.)*

Da ein Reservatbefehl vom Militärkommando in Sarajewo das strengste und drakonischeste Verfahren mit diesen Internierten anordnete, so wurde alles mögliche gemacht, um sich baldigst der meisten zu entledigen. Der Hunger schien das beste Mittel dazu. Weiber mit vier oder fünf Kindern bekamen ein Kommisbrot jeden fünften Tag. Man gab ihnen keine Eßschalen; sie mußten sich ihre Suppe in schmutzigen Konservenbüchsen holen. Und was für eine Suppe! Als der Arzt Dr. Geber diese Suppe sah und drei Büchsen ausschütten ließ, um den Inhalt zu sehen, so sagte er, daß er in einem solchen Wasser nicht einmal seine Stiefeln waschen würde. Die Kinder jammerten und verlangten Brot von den Müttern; diese gaben aber nur Tränen. Es geschah mehrmals, daß die Mutter schon tot

war, und daß das Kind noch immer sie aufzuwecken versuchte und weinend Brot verlangte.

Man starb zuerst zu 15, zu 20 täglich. Am 5. April 1916 starben 92. *(Hört! Hört!)* Die Leichen wurden bei Tag haufenweise im offenen Wagen durch die Straßen von Doboj, zum größten Entsetzen der Bevölkerung, transportiert. Nach der Schätzung glaubwürdiger Leute büßten hier mehr als 8000 unschuldige Opfer ihr Leben ein. Ich könnte für die Grausamkeiten von Doboj unzählige Zeugen anführen. Es genüge der Name des Pfarrers Slavko Trninić.

Der Autokrat von Bosnien, General Potiorek, ordnete an, daß alle Serben Bosniens und der Herzegowina über die Grenze verjagt werden. Sein Befehl wurde gewissenhaft ausgeführt und wer sich widersetzte, wurde massakriert. Die Einwohner des Dorfes Sirče wurden alle — alt und jung — weggeführt. Als sie in das Gebirge Rudo kamen, da machte die militärische Eskorte halt. Sie befahl den Armseligen, ihre eigenen Gräber auszugraben und sich dann ruhig hineinzulegen. Manche Mutter legte sich mit ihrem Kinde an der Brust ins Grab. Sie wurden aber nicht alle auf einmal erschossen, sondern nach der Reihe. Die Überlebenden mußten die Erschossenen mit Erde bedecken, um den Soldaten diese Mühe zu ersparen. *(Zwischenrufe.)*

Bei Semizovac töten die Soldaten im November 1914 auf Befehl ihres Leutnants 16 der angesehensten Bauern und den Popen Trifko Maksimović, und zwar gegen „nachträgliche Genehmigung des Todesurteils."

In Čelebić, Bezirk Foča, massakrierte die Soldateska ohne Prozeß die männliche Bevölkerung vom vierzehnten bis zum sechzigsten Lebensjahr. Ihr Geistlicher, Vladimir Popović, wurde als Geisel aufgehenkt.

Nach der Meinung des bosnischen Abgeordneten Kosta Majkić wurden in Sarajevo über 10.000 Menschen in das Garnisonsarrest gesperrt, unzählige aufgehängt.

Im September 1914, zwei Tage nach dem Abzug des serbischen Heeres aus dem Dorfe Kupinovo, betraten die magyarischen Streifkorps, diese in unseren Volksliedern bekannte Ortschaft. Alle erwachsenen Männer wurden sofort eingesperrt. Am nächsten Tage wurden sie in mehreren Wagen nach Brčka in Bosnien, abgeführt. Als sie aber beim Friedhof waren, befahl der Kommandant der Patrouille einem Kutscher, in den Friedhof zu fahren, während die anderen die Reise fortsetzten. Dann stellten die Streifkorps fünf der Angesehensten in eine Reihe und, um die Patronen zu ersparen, erstachen sie alle mit dem Bajonnett. Die Fünf fielen zu Boden, aber sie lebten noch immer. Sie baten flehend und schluchzend um Gnade, die Streifkorps gaben ihnen den Gnadenstoß mit dem Bajonnett. Die Namen der Fünf sind die folgenden: Miša Radosavljević Šaban, Bürgermeister von Kupinovo, Grnuša, Ljupko Vlašić, Nikola Ralić, und Mezinjanin.

Es sei hinzugefügt, daß die Streifkorps beim Verlassen von Kupinovo 20 Häuser anzündeten, so daß die Unglücklichen, als sie ihre geliebte Ortschaft verließen, die Straßen durch den Brand ihrer Geburtshäuser illuminiert fanden.

Der Oberförster der Vermögensgemeinde Peterwardein, Obrad Peičić, wurde von Soldaten proditorisch durch das Fenster in seiner Wohnung in Klenak erschossen.

Der Pfarrer Steva Jovanović Ravin aus Donji Tovarnik wurde von Soldaten nach Irig abgeführt. Da begegneten ihnen zwei Offiziere, die etwas dem Feldwebel ins Ohr wispelten. Der Pfarrer wurde auf die Seite geführt und erschossen.

Der Geistliche Boško Momirović aus Brestač in Syrmien wurde samt dem Bürgermeister und seinem Gemeindesekretär ohne Prozeß aufgehängt und dann wurden alle drei verbrannt. Der Pfarrer Dujanović, eine Schullehrerin und fünf andere Leute aus Beška wurden nach Peterwardein geführt und alle sieben ermordet. Im Dorfe Golubinci wurden die Einwohner in den Hof der Volksschule hineingetrieben und dort von Soldaten, wie Hasen beim Kesseltreiben, bei einem herzzerreißenden Gejammer und Gezeter, erschossen.

Ich nenne nur die Namen gebildeter Leute, weil die Namen der umgebrachten Bauern unzählbar sind. Keine menschliche Phantasie könnte alle Arten, wie sie getötet wurden, beschreiben. Man beschoß sie mit Maschingewehren, man ertränkte sie in der Save, man band sie um einen Heuschober, der angezündet wurde. Manche lagen wochenlang unbegraben als Raub der Krähen.

In Zemun wurde der Professor Dušan Savić in seinem Hause ermordet, um 50.000 K beraubt und seine Leiche in die Donau geworfen. In der Umgebung von Zupci in der Herzegowina wurden am Anfange des Krieges 82 Serben ohne Prozeß aufgehängt, in Trebinje im ganzen 103, davon 39 aus dem triftigen Grunde, weil sie angesehene Leute waren; in Foča 71 aus demselben Grunde. Die Zahl der in Sarajewo, Bjelina, Srebrenica, Zvornik, Avtovac, Višegrad, Bilek usw. Aufgehängten bin ich nicht imstande anzuführen, nur weiß ich, daß auch dort der Strick nicht erspart wurde, da ein einziges ungarisches Bataillon, als es aus Sarajewo an die Grenze geschickt wurde, davon 1000 Meter mitnahm. In Donja Tuzla hingen an den Ästen über 300 serbische Leichen. Die ganze serbisch-montenegrinische Grenze wurde, wie die Pfalz unter Ludwig dem XIV., beinahe entvölkert und in eine Wüste verwandelt.

Der General Potiorek soll allein 3500 Todesurteile unterschrieben haben. *(Hört! Hört! — Lebhafte Zwischenrufe.)*

Ich werde aus Dalmatien nur drei unschuldige Opfer nennen. Der Schiffskapitän Adgia aus Orebić wurde als Zeuge gegen den zweiten Kommandanten seines Schiffes, Srzentić, nach der Bocche von Cattaro telegraphisch berufen. Er war erst vor einem Tage zu seiner Frau, welche in gesegneten Umständen war, gekommen und hatte kaum Zeit um sein zweijähriges Kind zu küssen. Der Srzentić war vom Maschinisten desselben Schiffes, eines persönlichen Feindes angeklagt, hochverräterische und serbophile Äußerungen gemacht zu haben. Die Frage der Richter, ob Kapitän Adgia solche Äußerungen gehört habe, verneinte dieser und gab zu, daß manchmal bei Tische Kritik über die Parteilichkeit der österreichischen Regierung gegen die Südslawen geübt wurde. Hierauf wurde auch er in den Anklagezustand versetzt, verurteilt und nach drei Stunden mit dem Srzentić füsiliert. Umsonst beteuerte er seine Unschuld; er selber mußte bei seinem Leichenbegängnisse mit eigenen Füßen mittun. Die Bahre wurde vor ihm hergetragen, während ein Priester die Totengesänge sang. Er fiel mehrmal ohnmächtig zu Boden und mußte geschleppt werden, bis die Kugeln seinen Qualen ein Ende machten. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Das gleiche Schicksal traf Onisim Popović, dessen Schicksal allgemein bekannt ist.

Der Arzt Dr. Branjican aus Hvar wurde verhaftet, unter der Beschuldigung, er habe die kranken Serben, die nach dem Kurorte Hvar kamen, allzu gewissenhaft kuriert, daß er also ein Serbenfreund sei. Er wurde in die Festung von Sarajewo eingesperrt. Sein Martyrium in dieser Festung muß ein unbeschreibliches gewesen sein, denn als seine Unschuld erkannt und er freigelassen wurde, tötete er sich im Zustande einer vollkommenen Geistesstörung in einem Hotel in Sarajewo. Er war ein starker, prächtiger Mensch und Charakter, gab nie ein Zeichen von Geistesschwäche, so tief wurde ihm aber der Ekel des Lebens in das Herz im Gefangenhause eingeimpft, daß er, die junge Gemahlin und die zarten Kinder vergessend, Selbstmord verübte.

Die Evakuierten aus Istrien starben an Hunger, Kälte, Flecktyphus und anderen Krankheiten in Leibnitz, Gmünd, Möllersdorf usw. massenhaft. Der istrianische Geistliche Ljubomir Nikolić ließ in den kroatischen Zeitungen veröffentlichen, daß er allein in Gmünd und Möllersdorf über 2000 Leichen evakuierter Kroaten aus Istrien eingesegnet hat. Ein Augenzeuge erzählte mir, er habe an einem einzigen Tage in einer Baracke in Leibnitz 41 Leichen kroatischer Kinder gesehen.

Der Mediziner Baica Martinović aus Montenegro erzählt, er habe über 8000 evakuierte Kroaten aus Istrien in Steiermark sterben gesehen.

Wie in Südungarn gegen die Serben gewütet wurde, wird am besten folgende Tatsache beweisen: Oberleutnant der Reserve Mario Minach, in Zivil ein Beamter der Polizei in Fiume, wurde vor das Militärgericht in Temesvar gestellt, weil er im Dienste in Plocice an der Donau (Kevepallos) drei Serben umbringen ließ. Die Anklage lautete nicht auf Mord, sondern lediglich auf Mißbrauch der Amtsgewalt. Der Angeklagte erklärte aber, siehe Dienststück 1293/15, daß er nicht drei, sondern wenigstens 303 Serben umbringen ließ, aber aus reinem patriotischen Gefühl. Er wurde freigesprochen, vom Amts wegen nicht an die Front, sondern in den Etappendienst transferiert und nach ein paar Monaten erhielt er den Kronenorden. *(Zwischenrufe.)*

Ganz Serbien und Montenegro wurden radikal geplündert, verwüstet und unzählige Einwohner massakriert, vergewaltigt und geschändet. Ich sah und hörte mit eigenen Ohren einen Offizier im Restaurant „Tiroler" in Graz, welcher seinen Kollegen silberne Tabakdosen, Ambramundstücke, eine goldene Medaille des höchsten montenegrinischen Ordens Miloš Obilić, eine handvoll serbischer Banknoten und andere kostbare Gegenstände vorzeigte. Auf die Frage, wie er zu diesen Gegenständen gekommen sei, antwortete er mit einem triumphierenden Lachen: „Selbstverständlich, alles requiriert!"

Ein Mitel der Ausrottung unserer Nation ist die Hungersnot, welche vorsätzlich in unseren Ländern vermehrt wird.

Die Hungersnot ist in Dalmatien bereits so groß, daß die Postbeamten alle Pakete, worin sie Nahrungsmittel ahnen, stehlen. Der Zersetzungsprozeß schreitet von Tag zu Tag weiter und die Anarchie klopft an die Tür.

Die Regierung rühmt sich, daß sie Dalmatien gegen den Feind verteidigt und Deputationen kommen aus Dalmatien, um ihr dafür zu danken. Wenn das Volk aber sprechen dürfte, so würde es sagen: Wir brauchen keine solche Verteidigung, die uns zum Hungertod verurteilt. Wir wissen, daß nicht wir, sondern unser Land verteidigt wird, um nach der Entvölkerung der deutschen Kolonisation zu dienen. Wir bedanken uns für eine solche Boa-Constrictor-Umarmung.

Warum erlaubt ihr nicht, daß uns unsere Brüder aus Kroatien in der Not helfen? Darum, weil ihr die Lebensmittel aus Kroatien nach Deutschland transportiert, weil ihr mehr die Deutschen als eigene Staatsbürger liebt, wenn sie Slawen sind.

In Dalmatien macht man Razzien auf zwölfjährige Kinder, um sie als Tragtierführer in

Albanien zu verwenden. Es ist eine der grausamsten Szenen, die man sich denken kann, wenn die Gendarmen kommen und die Häuser untersuchen, um den Müttern die Kinder aus den Armen zu reißen.

Glücklich diejenigen, die rechtzeitig in die Berge flüchten können. In Split sah man viele Kinder von 12 bis 16 Jahren den Müttern entziehen und sie sofort in dazu vorbereitete Wägen, wie Viehstücke, werfen, bei einem herzzereißenden Gejammer der Kinder und ihrer Eltern. Wenn so ein Kind glücklicherweise entschlüpft und wieder gefangen wird, so wird es als Deserteur angeklagt und verurteilt.

Ich nenne als Beispiel einen gewissen Plavša aus Krušvar bei Sinj, der zwölf Jahre alt war, als er so gepackt und später angeklagt wurde. Der 13jährige einzige Sohn eines gewissen Petar Jurela, eines armen Epileptikers, aus dem Bezirk Sinj, der zwei Jahre krank lag, wurde von den Gendarmen gepackt und nach Cetinje verschickt, wo er als Arbeiter starb.

Obwohl die Kaiserliche Verordnung nur solche Kinder, die das 17. Lebensjahr überschritten haben, zu rekrutieren erlaubt, so fangen die Gendarmen auch zwölfjährige und die Bürgermeister schweigen, weil sie ihre persönlichen guten Gründe dazu haben.

Ich könnte noch unzählige Fälle anführen, habe aber dazu keine Zeit. *(Zwischenruf des Abgeordneten Kalina.)*

Aus allen diesen Gründen zitiere ich dich, Österreich, in diesem schicksalsvollen Momente vor das Gericht der Weltgeschichte. Deine eigenen Bürger sollen über dich urteilen, deswegen beantrage ich folgende Resolution:

„Das Abgeordnetenhaus hat sofort aus seiner Mitte eine Kommission zu wählen, in der alle Parteien proportional vertreten sein werden, bestehend aus 25 Mitgliedern, welche alle südslawischen Länder zu bereisen hat, um de visu et auditu, statistisch, nach gewissenhaftesten Forschungen festzustellen:

1. Wie viele Leute wurden nach Aburteilung exekutiert?

2. Wie viele ohne Prozeß, auf verschiedene Weisen ermordet?

3. Wie viele aus politischen Gründen und zu wie vielen Jahren schweren Kerkers verurteilt?

4. Wie viele wurden interniert?

5. Wie viele konfiniert?

6. Wie viele evakuiert?

7. Wie viele starben in den Konzentrationslagern, Gefangenenhäusern, Internierungshäusern an Hunger und durch Krankheiten?

Die Kommission hat gewissenhaft alle Materialschäden, alle Plünderungen, nicht bezahlten Requisitionen und sonstigen Verbrechen in den erwähnten Ländern festzustellen und darüber dem Abgeordnetenhause Bericht zu erstatten, damit es den Verletzten eine angemessene Entschädigung votieren und die Schuldigen, in erster Reihe die verantwortlichen Minister, exemplarisch strafen kann. *(Zustimmung).*

Eine göttliche teleologische Macht regelt die Schritte der Evolution. Sie scheint sich manchmals nach rückwärts zu bewegen, aber diese Bewegung ist, wie bei den Planeten, nur scheinbar und gerade in diesen Momenten bereitet sie sich vor für eine viel schnellere Bewegung, wie die Planeten im Perihelium, von einer heiligen Sonne angezogen.

Der Herr Ministerpräsident wünscht einen ehrenvollen Frieden von außen. Glaubt er aber, daß dieser Staat bestehen kann, ohne einen ehrenvollen Frieden im Innern? Ohne Reparationen für alle die oben aufgezählten Verbrechen? Ohne den Naturgesetzen, welche die Freiheit aller Nationen wollen, zur Realisierung zu verhelfen? Weiß er nicht, daß in jeder bösen Tat auch die Nemesis der Sühne lauert?

Die dunklen Kräfte, welche diesen Krieg und all das erwähnte Unheil über uns entfesselt haben, hatten keine Idee von dem großen Gesetze, welches die Evolution der Weltgeschichte leitet und welches die Heterogenese der Zwecke genannt wird.

Der einzelne Mensch kann, um mit Bergson zu sprechen, eine force déclanchante sein und Stürme des Krieges entfesseln. Frieden können aber auf der heutigen Stufe der Evolution, einzelne Menschen nicht schließen. Die Macht, Frieden zu schließen, ist auch für die gekrönten Häupter transzendental geworden. Die Göttin Demokratie hat ihnen diese Macht entrissen. Frieden können auf der heutigen Stufe der Evolution nur jene Mächte stiften, welche die soziale Evolution leiten, und zwar nur, wenn das Ziel des Fortschrittes erreicht ist.

Frieden wird nur der Gott Kharma, die weltordnende Gerechtigkeit, durch die Macht der Demokratie stiften. Eine Rückbewegung der Weltgeschichte ist undenkbar.

Wie wäre es auch denkbar, daß alles beim Alten bleiben sollte, daß sich die Schreckenszeiten, die wir erlebten, wiederholen sollten, daß ein Wolf und ein Heine, welche Absolutismus und Galgen predigen, gegen die letzten Resultate der menschlichen Weisheit Recht behielten? Wie wäre es möglich, daß unter dem Vorwand des Staatsinteresses und des Hochverrates die Ära Stürgkh sich wiederholen sollte.

Was bedeutet in Österreich Hochverrat? Wie ird er in den Paragraphen definiert und durch heime Weisungen gedeutet? So, daß ein jeder rliche Mensch, der seine Muttersprache und die mokratischen Ideale liebt, zu jeder Zeit aufgehängt erden kann. Es ist ein Konflikt, wie er unsterblich Sophokles Tragödie „Antigone" geschildert wird: ntweder sich vor der Willkür beugen und die timme der Natur im Herzen ersticken oder in einer öhle lebendig begraben werden.

Nach drei Jahren des grausamsten Krieges klärt nun der Herr Ministerpräsident, daß er zu nem ehrlichen Frieden mit allen Staaten bereit ist. ns aber erklärte er, daß er den Standpunkt der elbstbestimmung der Nationen nicht anerkenne, daß nicht einmal die Vereinigung Dalmatiens mit roatien erlauben wird, weil an dem dualistischen taatssystem nicht gerüttelt werden darf.

Wir verlangen aber die Vereinigung aller südwischen Länder in einen unabhängigen Staat.

Es ist unglaublich, daß der Herr Ministerräsident den Mut hat, uns das Recht an die Vernigung Dalmatiens mit Kroatien abzusprechen, otz der klaren Worte aller Staatsgrundgesetze und s Krönungseides und trotz der heiligen Naturesetze der Sprache, des Blutes und der geographisch-olitischen Naturnotwendigkeiten; unglaublich in einer eit, wo der Sturm des Fortschrittes alle die orschen aristokratischen Begriffe von Staatsordnung nd Staatsnotwendigkeit von der Erdoberfläche egfegt. Mit ihm wird aber besser die Evolution s ich polemisieren. Seine Reden geben den Feinden eses Staates die feinste Waffe in die Hand, weil sich als Gegner der Selbstbestimmung der ationen, das heißt des Naturrechtes darstellt. Er ein Absolutist wie seine Vorgänger, weil er, wenn keine Mehrheit für sich in diesem Hause findet, ine Zeitungen von einer Krise des Parlaments, icht aber von einer Krise seiner Regierung schreiben ißt. Eine solche Demütigung des Parlaments wäre eute weder in China noch in der Türkei möglich. *Zustimmung.)* Sollte es aber den dunklen Machenhaften gelingen, nochmals die Schreckenszeit über ie slawischen Völker zu entfesseln, so werden sie ns bereit finden. Wir fürchten weder ihre Gefangenäuser noch ihre Galgen. Der Galgen ist das eichen unserer Redemption geworden wie das reuz Christi.

Es ist aber sicher, daß diese dunklen Kräfte urch eine neue Ära des Terrors viel mehr sich lber als uns schaden würden, weil der allmächtige ott der Menschheit im Anmarsche ist. Er ist im nmarsche auf dem großartigen Wagen der Evolution nd des Fortschrittes und, wo es sein muß, der evolution. Er wird kommen im Sturme, beim rachen des Bankerotts aller Staaten, Österreich-Ungarn voran. Kein Aufschub wird das Unausweichliche verhüten.

Der Herr Graf Barbo hat den abgeschmackten Witz, ob wir hoffen, daß der Kaiser von Österreich dem König von Ungarn den Krieg erklären wird, um den südslawischen Staat zu verwirklichen, hier noch einmal lanciert. Ich sage ihm, daß es für den König von Ungarn viel besser wäre, dem Kaiser von Österreich Krieg zu erklären, als seinen Krönungseid nicht zu erfüllen, der die Vereinigung Dalmatiens und der übrigen südslawischen Länder mit Kroatien verbürgt.

Übrigens woher dieser selbstbewußte Stolz der deutschen Redner? Der Minister des Äußeren dieses siegreichen Staates ist nicht so stolz in seinen Reden, sondern in jeder neuen Rede immer bescheidener. In seiner letzten Rede verzichtet er auf alle Annexionen, also sogar auf den Lovcen; er geht ja viel weiter und predigt die allgemeine Abrüstung, obwohl er weiß, daß sich die Vorherrschaft der Deutschen in diesem Staate nur auf die Waffen stützt. Was erwarten die Deutschen noch von dem Kriege? Hoffen sie vielleicht auch die Vereinigten Staaten mit dem U-Bootkrieg auszuhungern? Wissen sie nicht, daß diese Staaten Österreich und Deutschland mit U-Booten 100 Jahre blockieren können, ohne daß sich unsere Schiffe auf dem Weltmeer zu zeigen wagten? Was wollen die Vereinigten Staaten? Eroberungen vielleicht? Nein, sondern daß alle Staaten das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkennen. Wie lange wird man hier zögern, um dieses Prinzip anzuerkennen? Bis alles zugrunde gerichtet ist, bis Millionen Hungers sterben? Sind diese Prinzipien nicht billig? Es hieße aber leider, dem Blinden über die Farbenpracht zu reden, den Deutschen über Gerechtigkeit in nationalen Sachen zu predigen.

Du aber, mein Volk, dessen Vernichtung die Rädelsführer der dunkelsten und schamlosesten Reaktion der Weltgeschichte beschlossen und durchzuführen versucht haben, sei nur, wie immer geduldig und du wirst bald den Lohn aller deiner unsagbaren Leiden erhalten. Nie mehr wird es möglich sein, daß grausame Fremdlinge auf deinem Boden als Satrapen herrschen, daß sie deine Ehre durch Terror, Korruption und Hunger erniedrigen und besudeln, indem sie dich zwingen, ihnen die höchste munizipalische Ehre zu erweisen; nie mehr wird es möglich sein auf deinem Boden Proskriptionslisten gegen deine edelsten Söhne auszustellen und die ekelhaftesten aller Bestien die Denunziation und das Sykophantentum zu entfesseln und durch Drohungen die Schwächlinge zu demoralisieren; nie mehr wird es möglich sein, daß unzählige unschuldige Leute aufgehängt oder erschossen, daß deine Söhne massenhaft in die Verbannung getrieben und deportiert werden, um dort in fremden erbarmungs-

losem Lande den Hungertod zu finden. Nie mehr wird es möglich sein, auf eine so rohe Weise alle Natur- und Verfassungsgesetze mit Füßen zu treten, weil die Stunde naht, wo die Kräfte des Lichtes über die Kräfte der Finsternis obsiegen werden. Die russische Revolution mag jemandem angenehm oder unangenehm sein, sie ist jedenfalls ein memento mori für alle Absolutismen.

Gott ist im Anmarsche und die Mauern der Civitas Dei glänzen in den Strahlen der aufgehenden Sonne. Du wirst, mein Volk, im Gottesstaate, wo alle Nationen der Erde brüderlich vereint sein werden, deine Freiheit erreichen. Du hast sie verdient und durch ein negatives Plebiszit erkauft, da die Konservatoren alles Bösen und Schlechten plebiszitarisch deine Söhne auf die Galgen, in die Gefangenhäuser und in Verbannung trieben, wodurch sie klar bewiesen haben, daß sie unfähig und unwürdig sind über andere Völker zu regieren.

Du hast viel gelitten, mein edles Volk. Die Blüte deiner Söhne hast du verloren. Aber deine erhabene Vila möge dich trösten:

Ne plačite, moje ćeri drage!
I ako su odlećeli ždrali.
Ostali su tići ždralovići;
Gojićemo tiće ždraloviće.
Naše pleme izginuti neće.

Ich werde gegen das Budgetprovisorium stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Tusar:** Die Abgeordneten Parrer und Genossen haben folgenden Antrag überreicht *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

Zu § 4 des Antrages des Budgetausschusses, betreffend die Führung des Staatshaushaltes vom 1. November 1917 bis 30. April 1918 ist als letztes Alinea anzufügen:

Die k. k. Regierung hat ferner den politischen Gemeinden zur Besorgung ihrer Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises 50 Prozent dieser Auslagen zu vergüten."

Dieser Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Die Herren Abgeordneten Teufel, Loser, Pichler, Hummer und Genossen, dann die Herren Abgeordneten Teufel, Hummer, d'Elbert und Genossen, endlich die Herren Abgeordneten Teufel, Hummer, Bodirsky und Genossen haben ihre Zusatzanträge zum § 4 zurückgezogen und durch folgenden Antrag ersetzt *(liest)*:

Antrag der Abgeordneten Teufel, Hummer, Kraus, Pacher, Schreiter, Dr. Bodirsky, K. H. Wolf, Glöckner, Dr. Michl und Genossen.

„Das hohe Haus wolle beschließen:

Nach § 1 ist ein neuer Paragraph folgenden Wortlautes einzuschieben:

§ 2.

Die Regierung wird insbesondere ermächtigt:

1. die Teuerungszulage der Staatsbediensteten, -arbeiter und -pensionisten, vom 1. Jänner 1918 angefangen, um 50 Prozent zu erhöhen;

3. den Staatsbediensteten, -arbeitern und -pensionisten, mit Ausnahme derjenigen, für welche unter Punkt 2 bereits Vorsorge getroffen ist, am 1. November 1917 eine einmalige Aushilfe in der Höhe von drei Monatsraten der derzeitigen Teuerungszulage zu gewähren;

4. den Ländern für das Jahr 1917 Beiträge von zusammen höchstens 60 Millionen Kronen vorschußweise zur Verfügung zu stellen, damit den Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen Teuerungszulagen gewährt oder bestehende Teuerungszulagen erhöht werden. Die Anweisung hat unter den von der Regierung festzusetzenden Bedingungen nach Maßgabe der Zahl der in den einzelnen Ländern angestellten Lehrpersonen zu erfolgen."

Ferner wird beantragt, in den vorstehenden neuen § 2 den 5. Absatz des § 4 des Budgetausschußberichtes unter Z. 2 in nachstehender Formulierung einzufügen.

Antrag Tomschik:

„2. Für Bedienstete und Arbeiter der Staatsbahnen zur Durchführung der im Punkt 1 in Aussicht genommenen Erhöhung der Teuerungszulage sowie zur weiteren Verbesserung der Lage des Personals der Staatsbahnen 100 Millionen Kronen zu verausgaben;

Endlich wird von den Obgenannten und den Abgeordneten Loser und Pichler beantragt, nach dem vorstehenden Paragraphen einen neuen Paragraphen folgenden Wortlautes einzufügen:

§ 3.

Die Regierung hat einen Betrag bis zu 100 Millionen Kronen zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds noch

im Laufe des Verwaltungsjahres 1917/18 bereitzustellen mit der Maßgabe, daß aus diesem Fonds unverzinsliche Darlehen und nicht rückzahlbare Hilfen, bestehend in barem Gelde, Rohstoffen oder Arbeitseinrichtungen denjenigen Gewerbetreibenden gewährt werden, welche nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienste darangehen, ihre Existenz wieder aufzubauen oder welche infolge der Kriegsereignisse den Verlust oder eine arge Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz erlitten haben.

Die Regierung hat die Satzungen für den gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds längstens innerhalb acht Wochen dem Reichsrate zur Kenntnisnahme vorzulegen."

Dieser Antrag ist gleichfalls genügend unterstützt, er steht zur Verhandlung.

**Präsident** *(den Vorsitz übernehmend)*: Der Herr Abgeordnete Dr. Trešić-Pavičić hat folgenden Antrag gestellt *(liest)*:

„Das Abgeordnetenhaus hat sofort aus seiner Mitte eine Kommission zu wählen, in der alle Parteien proportionell vertreten sein werden, bestehend aus fünfundzwanzig Mitgliedern, welche alle südslawischen Länder zu bereisen hat, um de visu et auditu, statistisch, nach gewissenhaftesten Forschungen, festzustellen:

1. Wie viele Leute wurden nach Aburteilung exekutiert?

2. Wie viele ohne Prozeß auf verschiedene Weisen ermordet?

3. Wie viele aus politischen Gründen und zu wie vielen Jahren schweren Kerkers verurteilt?

4. Wie viele wurden interniert?

5. Wie viele konfiniert?

6. Wie viele evakuiert?

7. Wie viele starben in den Konzentrationslagern, Gefangenenhäusern, Internierungshäusern an Hunger und durch Krankheiten?

Die Kommission hat gewissenhaft alle Materialschäden, alle Plünderungen, nichtbezahlten Requisitionen und sonstigen Verbrechen in den erwähnten Ländern festzustellen und darüber dem Abgeordnetenhause Bericht zu erstatten, damit es den Verletzten eine angemessene Entschädigung votieren und die Schuldigen, in erster Reihe die verantwortlichen Minister, exemplarisch strafen kann."

Dieser Antrag steht mit dem in Verhandlung stehenden Budgetprovisorium in keinerlei Zusammenhang, ich kann ihn daher nicht zur Unterstützung bringen. Es bleibt dem Herrn Antragsteller unbenommen, ihn als selbständigen Antrag einzubringen.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Faidutti; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Faidutti**: Hohes Haus! Es ist eine schwierige Aufgabe für einen Vertreter des Landes Görz und Gradiska, anläßlich der Debatte über das Budgetprovisorium die Interessen dieses Landes in der knappen Zeit von 30 Minuten darzulegen, wenn man bedenkt, daß die Provinz Görz-Gradiska in ganz abnormale Verhältnisse geraten ist, woselbst zahlreiche blühende Städte und Ortschaften gänzlich zerstört sind, von der Bevölkerung nur mehr 50.000 Einwohner in 40 Gemeinden leben, während 90.000 in dem vom Feinde besetzten Gebiete verblieben sind und mehr als 120.000 als Flüchtlinge fern von ihrer Heimat in fremden Gegenden ein Leben voll von Entbehrungen und Leiden führen müssen, wie dies hier bei den verschiedenen Debatten über die Kriegsflüchtlinge schon genügend und sattsam geschildert wurde.

Es gibt keine soziale Klasse, keine Familie, ja kein einziges Individuum in unserem Lande, welches nicht durch die Folgen des feindlichen Einfalles zu leiden gehabt hätte! Wenn ich an die zahllosen Verheerungen denke, an das Elend eines Volkes, welches vor dem Kriege in einer von der Natur bevorzugten Gegend ein erträgliches Leben führte, in einem Lande, in welchen die Bodenproduktion dank der günstigen klimatischen Verhältnisse außerordentlich günstig war, woselbst Handel und Gewerbe in Blüte standen, so fühle ich mich vom Schmerze übermannt. Ich will Sie jedoch, meine Herren nicht mit Klagen belästigen, denn Sie kennen allzugut unser fürchterliches Mißgeschick, weshalb ich überzeugt bin, daß Sie, wenn wir uns an Sie wenden werden, — und dieser Tag möge nicht länger auf sich warten lassen! — um Ihre tatkräftige Unterstützung für die Wiederaufrichtung unseres Landes zu erbitten, uns gerne hilfreich entgegenkommen werden. Es tröstet mich auch der Gedanke, daß die hohe Regierung sich bereit erklärt hat, den zahlreichen Bedürfnissen unserer Bevölkerung nachkommen zu wollen, und ich hoffe, daß sie die nötigen Mittel wird zur Verfügung stellen, die die Wiederaufbauaktion vom Staate verlangen wird, da wir für den Staat, ja für die ganze Monarchie gelitten haben, und noch immer leiden.

Doch auch im gegenwärtigen Zeitpunkte hoffen wir, daß unser Ruf nicht nutzlos in diesem Hause verhalle! Wir haben dringende Wünsche und be-

rechtigte Beschwerden vorzubringen, und es ist dringend notwendig, unserem Volke schon jetzt hilfreich beizustehen und manche Übelstände abzuschaffen.

Die Approvisionierung im Küstenlande ist derzeit der Landesapprovisionierungskommission in Triest anvertraut; bezüglich ihrer Tätigkeit mögen die Meinungen verschieden sein; es ist jedoch eine Tatsache, daß die Aufgabe dieser Kommission eine schwierige ist, daß sie für eine Stadt mit ungefähr 160.000 Einwohnern und überdies für die Provinzen Görz-Gradiska und Istrien zu sorgen hat, wohin die Lebensmitteln verspätet und in geringeren Mengen eintreffen, als sie für den Bedarf notwendig sind.

Das ganze Küstenland leidet unter den Folgen des Krieges und der im Lande sich vollziehenden Kriegsoperationen. Die Requisitionen finden in unseren Ländern noch immer statt, obwohl die Bevölkerung fortgesetzt klagt, daß man die durch die Dürre im Görzischen und in Istrien geschaffene kritische Lage berücksichtigen möge. Infolge der Dürre ist daselbst die ganze Ernte, ausgenommen die Weinernte, völlig vernichtet, und die Lebensmittelpreise steigen wie überall ins Unermeßliche.

Die Bevölkerung ist den größten Entbehrungen aller Art preisgegeben, und es wäre daher wohl notwendig, nach dem Küstenlande größere Mengen an Nahrungsmitteln für alle drei Provinzen abfertigen zu lassen.

Nicht minder beklagenswert sind die Übelstände bei der Approvisionierung derjenigen, welche fern von der Heimat in den Flüchtlingslagern und in den Flüchtlingniederlassungen leben. In dieser Hinsicht sehe ich mich genötigt, dringende Vorkehrungen zur Abschaffung der beklagten Übelstände zu verlangen.

Mit dankbarem Herzen erwähne ich hier neuerdings die wohltätigen und hochherzigen Personen, die sich unserer Flüchtlinge in zahllosen Fällen angenommen haben und ihrer fortwährend annehmen; doch ich kann die Schwierigkeiten nicht unerwähnt lassen, die den Flüchtlingen in vielen Städten und Gemeinden bei der Anschaffung der Nahrungsmittel erwachsen.

Fast überall, wo sich Flüchtlinge aufhalten — in- und außerhalb der Lager — hat sich zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen in bezug auf die Nahrungssorgen ein scharfer Gegensatz gebildet. Wo ein Lager besteht, glauben die Einheimischen, daß die Füchtlinge auf Kosten der Einheimischen allzugut verpflegt werden; wo die Flüchtlinge unter den Einheimischen wohnen, werden sie als Verteuerer und als lästige Mitverzehrer angefeindet; auch werden sie von den Lebensmittelhändlern als Nichtkunden abgewiesen oder übervorteilt.

Den in natura verpflegten Flüchtlingen ist die Beschaffung von Lebensmitteln außerhalb des Lagers verboten; Anweisungen für kontingentierte Artikel werden ihnen auch dann nicht bewilligt, wenn die Barackenverwaltungen die entsprechenden Waren nicht beistellen können. Wenn es ihnen aber gelingt, Lebensmittel anzuschaffen, so werden ihnen diese durch behördliche Organe abgenommen.

Nachdem die Flüchtlinge aus ihren Gemeindeverbänden herausgerissen sind, müßte den Flüchtlingen der Charakter einer besonderen Konsumentenklasse zuerkannt werden und für ihre lokalen oder provinziellen Organisationen, sowie für die Flüchtlingslager selbst die Anlieferung der unentbehrlichsten Lebensmittel — analog wie dies für die sonst bestehenden Konsumentenverbände geschieht — unmittelbar von Staats wegen erfolgen.

In den freien Ansiedlungen werden die Flüchtlinge bei der Verteilung der Bezugskarten hintangesetzt, bei der Verteilung der Lebensmittel für Mindestbemittelte oft sogar übergangen. Nicht selten ist es der Fall, daß diese Unglücklichen mit Ausdrücken der Verachtung und des Spottes verfolgt werden. Und das aus welchem Grunde? Weil sie aus ihrer Heimat vertrieben wurden oder weil sie in ihrer Muttersprache reden? Es wäre leicht gewesen, besondere Lebensmittel-Verteilungsstellen für die Kriegsflüchtlinge einzurichten, wie dies vom Volksernährungsamte zugesagt und seitens des Ministeriums des Innern den politischen Landesstellen empfohlen wurde. Bei etwas mehr Entgegenkommen wäre es möglich, diesem Mangel abzuhelfen. Wir verlangen nicht besondere Privilegien, sondern die Gleichstellung mit der einheimischen Bevölkerung und die Gewährung von Zubussen an Maismehl für die Flüchtlinge aus dem Süden.

Eine Erleichterung in der Approvisionierung der Flüchtlingslager und der Flüchtlingsniederlassungen würde durch eine raschere Rückbeförderung der Kriegsflüchtlinge in ihre Heimatsorte, wo dies tunlich ist, eintreten. Es gilt dies besonders für Südtirol und Istrien.

Während seinerzeit die Aussiedelung der vom Feinde bedrohten Gemeinden plötzlich und unvorbereitet zur Durchführung gelangte und zu berechtigten Klagen Veranlassung gegeben hat, ist jetzt die Verzögerung in der Rückbeförderung der Flüchtlinge zu beklagen, die noch immer nicht in der gewünschten Weise vor sich geht. Noch immer nicht hat man das erreicht, was man erreichen wollte, noch immer sind wir nicht in der Lage, für die nötige Repatriierung der Flüchtlinge sorgen zu können.

Bei der Repatriierung der Flüchtlinge möge jedoch nicht vergessen werden, daß die rückkehrende Bevölkerung mit Lebensmitteln, Kleidungsstücken und den notwendigen landwirtschaftlichen Geräten, kurz

mit allem versehen werden muß, was für ihre wirtschaftliche Existenz unentbehrlich ist. *(Zustimmung.)*

Im Zusammenhange mit der Flüchtlingsfrage muß ich auch jene der Bestreitung der in den öffentlichen Krankenhäusern für Kriegsflüchtlinge unseres Landes aufgelaufenen Verpflegskosten besprechen.

Der Staat ist verpflichtet, alle Auslagen, welche durch die Evakuierung der vom Feinde bedrohten Gebiete entstehen, so für die Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge, für ihre sozialen, moralischen und sanitären Bedürfnisse zu tragen. Die Staatsverwaltung darf diese Maßnahmen nicht auf gewisse Gebiete oder bestimmte Fälle beschränken, wie rücksichtlich der Frage der Verpflegskosten für Flüchtlinge aus dem Lande Görz und Gradiska vorgegangen wird. Der Görzer Landesausschuß ist an die hohe Regierung mit der Bitte herangetreten, die von den unbemittelten Flüchtlingen aus Görz-Gradiska in den öffentlichen Spitälern nach dem Ausbruche des Krieges mit Italien verursachten Kosten aus Staatsmitteln bestreiten zu wollen, da die Gemeinden unserer Provinz, welche nach den bestehenden Gesetzen unter normalen Verhältnissen derlei Verpflegskosten tragen müssen, unter den gegenwärtigen Verhältnissen außerstande sind, dieser Verpflichtung nachzukommen. Eine Entscheidung der hohen Regierung ist in dieser Angelegenheit noch nicht erflossen, obwohl durch diese Verzögerung die Verwaltungen der Heilanstalten zu leiden haben.

Die im Lande wohnende, wie auch die geflüchtete Bevölkerung unserer Provinz erhebt berechtigte Klagen über die großen Verzögerungen bezüglich der Erhebungen und der Auszahlung der Kriegsleistungsvergütungen. Es wäre wünschenswert, daß die Kommissionen ihre Arbeiten beschleunigen, damit die Anspruchsberechtigten die ihnen gebührenden Vergütungen raschestens ausbezahlt erhalten.

Die vom Kriege unmittelbar getroffenen Länder sehen mit Sehnsucht der Vorlage eines Gesetzentwurfes über die Vergütung der Kriegsschäden entgegen.

Wie der Krieg eine im Staatsinteresse durchgeführte Aktion ist, so ist es einleuchtend, daß deren Lasten von allen gleichmäßig zu tragen sind. *(Zustimmung.)* Von diesem Gesichtspunkte erscheint es als eine selbstverständliche Pflicht des Staates, daß die hart getroffene Bevölkerung, die zum Heile der Monarchie schwere Opfer bringen mußte, im weitesten Umfange schadlos gehalten werde.

Aus eben diesem Gesichtspunkte ist auch die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Städte und Ortschaften und der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung des Landes Görz und Gradiska zu beurteilen.

Bis zur definitiven Erlassung eines Gesetzes über die obligatorische Schadloshaltung der Kriegsschäden wäre unbedingt notwendig, daß den Kriegsgeschädigten Vorentschädigungen ausgezahlt würden, zu welchem Zwecke eine Kriegskreditanstalt für unser Land zu schaffen wäre.

Für die Durchführung der Aktion zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska müßte so bald als möglich eine Organisation eingesetzt werden, in welcher die autonomen Körperschaften und die Berufs- und Interessentenkreise des Landes mitzuwirken berechtigt wären.

Im Vergleich zu den unermeßlichen Schäden, die unsere Bevölkerung durch den Krieg erlitten hat, erweisen sich die bisher zu ihrer Behebung ergriffenen Maßnahmen nicht als hinreichend und zweckentsprechend. Wir verlangen nicht eine restitutio in integrum, sondern nur derartige Vorkehrungen, durch welche die wirtschaftliche Existenz des einzelnen wieder hergestellt werden könnte.

Um dieses Ziel zu erreichen, bemühen sich Seine Exzellenz der Herr Statthalter in Triest, der Landesausschuß von Görz und Gradiska, wie auch das Hilfskomitee für Flüchtlinge aus dem Süden. Es wurden wiederholt der hohen Regierung Eingaben überreicht, sie möge die Mittel zur Verfügung stellen, um ehedem wohlhabenden Familien, die gegenwärtig in armselige Verhältnisse geraten sind, eine Unterstützung gewähren zu können. Der Notstandsfonds, welcher der Landeshilfskommission für Görz und Gradiska behufs Gewährung von Darlehen auf Immobilien zur Verfügung steht, ist längst nicht mehr hinreichend, um die zahllosen, berechtigten Gesuche in Berücksichtigung ziehen zu können. Für die ärmeren Familien ist in der letzten Zeit durch die Regelung der Flüchtlingsunterstützung einigermaßen gesorgt worden. Für die Besserung des Loses der Waisen und Witwen, sowie der Kriegsinvaliden unseres Landes ist bisher keine Verfügung getroffen worden. Auch für die Flüchtlinge des Mittelstandes, welche all ihr Hab und Gut verloren haben und nicht in der Lage sind, sich etwas zu verdienen, um ihr kärgliches Dasein weiterfristen zu können, ist bis heute nichts geschehen. Täglich habe ich Gelegenheit, die Klagen dieser Unglücklichen zu hören und muß bedauern, daß noch immer nicht die nötigen Summen angewiesen wurden, um einen Fonds für die Gewährung von Unterstützung an alle diese Klassen von Personen aus dem Lande Görz und Gradiska zu bilden.

Diese Feststellungen, die ich gezwungen bin, hier vorzubringen, nachdem vergebliche Versuche unternommen wurden, um diesen Übelständen abzuhelfen, werden hoffentlich die Aufmerksamkeit der hohen Regierung auf die Notwendigkeit hinlenken,

ihrer Pflicht gegenüber unserer Bevölkerung nachzukommen, wie sie es für die anderen Länder, die ein Opfer des Krieges geworden sind, bereits getan hat. Die Gründe, die die Regierung zu einem raschen Handeln bewegen müssen, sind zu offenbar und die Notlage unseres Volkes ist zu evident, als daß ich noch länger darüber zu sprechen brauchte.

Ich fühle mich verpflichtet, auch einige wenige Worte über unsere tapferen Soldaten zu sagen. Es ist von allen anerkannt worden, daß sich die Kinder unseres Landes auf den Schlachtfeldern tapfer bewährt haben, und wenn ich schon von Kindern meines Landes, Italienern und Slowenen, spreche, so kann ich auf das einstimmige Zeugnis aller hinweisen, daß sie von Tapferkeit beseelt sind und mit unverbrüchlicher Treue der Fahne des Kaisers folgen.

In unseren Soldaten wurzelt tief die Liebe zu Österreich und treu der Überlieferung ihrer Väter haben sie diese Anhänglichkeit auf den Schlachtfeldern erwiesen! Man frage hierüber ihre Anführer, vor allem aber beweisen das die Toten, die Verstümmelten und Verwundeten unseres Landes.

Und doch ist es vorgekommen, daß unsere Soldaten als Italiener hintangestellt und gedehmütigt wurden, obwohl dieselben brav, tapfer und opferwillig ihre Pflicht erfüllt haben und erfüllen.

Das kann allerdings nur durch unterstehende Organe verschuldet worden sein, jedoch dies benimmt nicht die Bitterkeit einer solchen Behandlung, um deren Abstellung man eben durch meine Vermittlung fleht.

Wie mir soeben von kompetenter Seite mitgeteilt wird, hat der Chef des Generalstabes über unsere Bitte für die Armee im Felde bereits entsprechende Anordnungen getroffen. Die Bevölkerung wird es gewiß dankbar begrüßen, wenn sie von ihren Lieben im Felde erfahren wird, daß nach dieser Richtung Wandel geschaffen wurde und die zahlreichen diesbezüglichen Klagen endlich verstummen. Die Abgeordneten werden nicht ermangeln, vorkommende konkrete Beschwerdefälle, in denen der italienisch oder friaulisch sprechenden Mannschaft mit Voreingenommenheit begegnet oder ihr tatsächliches Verhalten nicht vorurteilsfrei beurteilt werden sollte, zur Kenntnis der kompetenten Behörden zu bringen.

Das hohe Abgeordnetenhaus hat das Gesetz, betreffend den Unterhaltsbeitrag für die Angehörigen der Eingerückten, angenommen und unsere Soldaten hatten das angenehme Gefühl, daß wenigstens teilweise für das Dasein ihrer Familien vorgesorgt sei. Doch die Bureaukratie erweist sich säumig bei der Anweisung dieser Unterstützungen, weswegen uns ununterbrochen allerhand Klagen über die Verzögerung der Auszahlungen dieser Beträge zukommen. Ich bin zwar überzeugt, daß nur zu oft die zahlreichen Aufgaben, die auf der Beamtenschaft lasten, ein Hindernis für die klaglose Abwicklung der Verwaltungsgeschäfte bilden, andrerseits ist aber auch ersichtlich, daß ein großer Teil der Schuld auch in der Kleinlichkeit der berufenen Organe liegt. Nunmehr ist das Gesetz in Wirksamkeit und es darf kein Hindernis in der Auszahlung der Unterhaltsbeiträge zum Schaden der betroffenen Angehörigen aufrechtbestehen. Es ist jetzt nicht mehr der Fall, daß man von einer mehr oder weniger wohlwollenden Behandlung seitens der Kommissionsmitglieder abhängt, die sich seinerzeit noch rühmten, dem Staatsschatze zu Ersparnissen verholfen zu haben. Die Anleitungen sind jetzt genau und diese müssen ohne weiteres in Anwendung gebracht werden.

Ähnliche Beschwerden wiederholen sich hinsichtlich der Zuerkennung der Flüchtlingsbeiträge.

Die Klagen laufen aus allen Gegenden, auch aus den engeren Kriegsgebieten, ein. Ich gebe mich der berechtigten Hoffnung hin, daß dieses System nicht andauern wird, denn sonst würde ja alles das, was die Regierung für die Flüchtlinge tun will, für viele nur eine illusorische Maßregel sein, die denselben in absehbarer Zeit keinen Nutzen bringen würde.

Nach dem Ausbruche des Krieges mit Italien ist einer Reihe von Personen aus den an Italien angrenzenden Gebieten die persönliche Freiheit entzogen worden, ohne daß gegen dieselben ein Verfahren wegen Gesetzesverletzung eingeleitet worden wäre.

Daß hierbei viele Irrtümer und Fehlgriffe begangen wurden, beweist schon der Umstand, daß anläßlich der von der Krone angeordneten Revision dieser Freiheitseinschränkungen der größte Teil der Betroffenen als ganz einwandfrei erklärt wurde. *(Hört! Hört!)*

Ganz unerklärlich erscheint die besondere Strenge, mit der gegen geistliche Personen vorgegangen wurde *(So ist es!)*, von denen viele auch heute noch nicht freigelassen werden, obwohl gegen dieselben nichts Strafwürdiges vorliegt. Daß die Priester schon wegen ihrer Berufspflichten am allerwenigsten in die Lage kommen, an staatsgefährlichen Aktionen teilzunehmen, ist einleuchtend und es wäre Pflicht der Regierung gewesen, ganz besonders gewissenhaft die einzelnen Fälle zu prüfen, bevor sie daran ging, das Ansehen dieses stets als Stütze der Autorität und der Ordnung wirkenden Standes so schwer zu erschüttern. *(Beifall.)*

Unverständlich erscheint es ferner, warum den als einwandfrei erklärten Personen die Rückkehr in die Heimat, in ihre Stellen und Berufe, in ihre gewohnten Verhältnisse untersagt bleibt. Durch die Freilassung sind sie in eine noch schwierigere Lage

geraten, da für ihre Sustentation nicht mehr vom Staate gesorgt wird, sie selbst aber in die Unmöglichkeit versetzt werden, sich selbst zu erhalten. *(So ist es!)*

Ich kann heute nicht umhin, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses und der k. k. Regierung auch auf die Notwendigkeit der Gewährung von Teuerungszulagen für die Volksschullehrer des Landes Görz-Gradiska hinzulenken, woselbst ein eigener Landesschulfonds nicht besteht, sondern die Bezirksschulfonds für den Aufwand für die Volksschullehrer aufzukommen haben. Bei den in unserer Provinz herrschenden Zuständen ist es natürlich, daß die Bezirksschulfonds nicht die nötigen Mittel aufbringen können, um den Lehrern eine Teuerungszulage anzuweisen; dasselbe gilt auch hinsichtlich des Görzer Landesfonds.

Ich finde die Empörung unserer Lehrerschaft, die auch während des Krieges ersprießliche Dienste für den Staat und die Allgemeinheit leistet, vollständig gerechtfertigt, daß ihr noch immer keine materielle Aufbesserung in diesen so schwierigen Zeiten zuteil wurde. Wen trifft die Schuld daran? Die Landesverwaltung von Görz und Gradiska hat schon vor Jahresfrist der hohen Regierung eine diesbezügliche Denkschrift vorgelegt und um Gewährung von Teuerungszulagen für die Volksschullehrer angesucht. Der Eingabe wurde angeblich aus prinzipiellen Gründen keine Folge gegeben, doch erklärte das hohe k. k. Finanzministerium, bereit zu sein, an die Bezirksschulfonds von Görz und Gradiska zu dem angegebenen Zwecke Vorschüsse aus Staatsmitteln vorstrecken zu wollen. Trotz allen Betreibungen ist bis heute die Angelegenheit bei den hohen Zentralstellen anhängig und die Lehrerschaft wartet noch jetzt, im Monate Oktober 1917, auf die Gewährung einer Teuerungszulage seit Beginn des Krieges!

Ich hoffe, daß diese Konstatierung die hohe Regierung bewegen wird, den berechtigten Wünschen unserer Lehrerschaft nachzukommen, und daß sie den Bezirksschulfonds von Görz-Gradiska zur Bestreitung der Teuerungszulagen an die Volksschullehrer aus Staatsmitteln Zuschüsse und zwar nicht bloß rückzahlbare Vorschüsse, ohne jede weitere Verzögerung anweisen wird.

Desgleichen halte ich es für notwendig, daß die hohe Regierung den Staats-, Landes- und Gemeindeangestellten unserer Provinz, die durch die Kriegsereignisse in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sind, Unterstützungen zur Anschaffung von Einrichtungs- und Kleidungsstücken gewähre.

Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Gemeinden infolge der durch die Gemeindeordnung ihnen auferlegten Verpflichtungen zur Führung der Geschäfte im „übertragenen Wirkungskreise" stark überbürdet sind.

Wenn sich nun diese Überbürdung schon in Friedenszeiten stark fühlbar machte, ist sie von der angeordneten allgemeinen Mobilisierung an einfach unerträglich geworden.

Speziell die Gemeinden, die unmittelbar hinter der Front oder in allernächster Nähe derselben liegen, empfinden die Last des „übertragenen Wirkungskreises" in einem besonders starken Maße.

Die Verpflichtung zur Mitwirkung bei der Durchführung einer großen Anzahl von Gesetzen hat sich in Friedenszeiten wenig oder gar nicht fühlbar gemacht. Umso größere Anforderungen stellen jedoch diese Gesetze an die Gemeinden während der Kriegszeit. Wenn nun das Verlangen der Gemeinden nach Entschädigungen für deren Mitwirkung im übertragenen Wirkungskreise bereits in Friedenszeiten als vollkommen gerechtfertigt anerkannt werden mußte, so ist ein Entgegenkommen der Regierung in dieser Beziehung im gegenwärtigen Zeitpunkt einfach unaufschiebbar geworden.

Ich glaube, daß es Pflicht des Staates sei, den Bürgermeistern und Gemeindesekretären ständige Remunerationen zu gewähren, um sie dadurch für die ihnen verursachte Belastung wenigstens einigermaßen zu entschädigen.

Die Tätigkeit dieser Funktionäre, der Bürgermeister, Gemeindesekretäre und Volksschullehrer verdient um so mehr anerkannt zu werden, da sie zusammen mit Angestellten unseres Landesausschusses an der Front in den schwierigsten Zeiten, mit Gefährdung ihres eigenen Lebens, ohne Mühen und Entbehrungen zu scheuen, für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Interesse der Bevölkerung gewirkt haben.

Mit gutem Beispiele gingen ihnen die Beamten unserer politischen Behörden voran, und es bereitet mir eine besondere Freude, dies hier betonen zu können, wie auch unserer unvergleichlichen Seelsorger zu gedenken, die nie müde wurden, unser heroisches Volk zu trösten und zu ermutigen. Ich habe mich hiervon bei meinen Besuchen in der Stadt Görz und in unserer Provinz überzeugt. Ihr segensreiches Wirken ist noch vor wenigen Tagen durch Seine Majestät, unseren innigstgeliebten Kaiser anerkannt worden.

Die Bevölkerung von Görz und Gradiska erwartet mit Sehnsucht die Befreiung von der Kriegsfurie.

Als Vertreter dieses Landes kann ich nicht umhin, auszudrücken, daß diese Bevölkerung mit einem gewissen Neid auf jene Länder blickt, welche die gleichen Leiden zu ertragen hatten, aber durch die Erfolge der mächtigen Waffen des Reiches und seiner Verbündeten bereits in die Lage gekommen sind, aufzuatmen, ihre Bewohner wieder zu sammeln, die Wiedererrichtung ihrer Wirtschaft in Angriff zu nehmen. Es gibt Einbruchsgebiete an den Grenzen

der Monarchie, welche nach vorübergehenden Invasionen, Epochen der Beruhigung und Wiederherstellung durchmachen konnten, andere Gebiete, für welche seit langem der Feind und seine Angriffe in weite Ferne gerückt sind.

Wie lange noch wird das Land Görz-Gradiska in seiner Gänze der Schauplatz der wildesten Kriegsstürme sein; wie lange noch soll dieses arme Land den furchtbaren Anprall des gigantischen Ringens aushalten? Dies ist die bange Sorge, der schwere Alp, der alle Görzer bedrückt. Möge endlich und bald der Tag anbrechen, an dem die ruhmreiche Verteidigung unseres Vaterlandes auch diesem Lande Erfolge bringt und dasselbe für seine schrecklichen Opfer belohnt! Mögen dann alle Völker Österreichs daranschreiten, neues Leben aus den Ruinen zu erwecken. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Tusar**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Roškar.

Abgeordneter **Roškar**: Visoka zbornica! Življenje in smrt se borita med seboj že četrto leto ob naših mejah in preko njih. V ozadju bojnih poljan se pa skušata bogatstvo in siromaštvo v medsebojnem uničevanju.

Vse sile so se združile, da uničijo pogoje za obstoj človeštva; v krvi in solzah hočejo vtopiti človeški rod. Vse to pa v času, ko se ves svet sponaša z vznešeno kulturo, z visoko izobrazbo in z najvišje razvitim znanstvom.

A vse to ni več v stanu ustaviti največja gorja te grozne vojske ter dati svetovnim razmeram zopet naravni tok.

Gorje! ako se to kmalu ne zgodi. — Zgodovina že obsoja krivce! Obsodil jih bode tudi Bog.

Hohes Haus! Es sei mir gestattet, zu den dringendsten Fragen der Landwirtschaft und deren Interessenten Stellung zu nehmen. Als Landwirt erachte ich dies als um so mehr notwendig, da die Ansichten so mancher auch berufener Kreise bezüglich der ländlichen Verhältnisse im unklaren, ja öfters vollständig auf falscher Fährte sind.

Obwohl es für jedermann klar sein müßte, daß an die ländliche Bevölkerung die allergrößten Anforderungen gestellt werden und daß dieselbe in patriotischer Hingebung alle, auch die letzten Kräfte in den Dienst für die Gesamtheit des Staates, sei es die Verteidigung des teuren Vaterlandes oder die schwerste Arbeitsleistung für die Lebenserhaltung der Gesamtbevölkerung aufopferungsvoll gestellt hat, wird derselben nur zu oft die unwürdigste Behandlung zuteil, da sie einer unverdienten Mißachtung und Willkür öffentlicher Organe viel zu häufig ausgesetzt war und noch ist.

In erster Linie wende ich mich den wirtschaftlichen Fragen zu, von welchen der Bestand jedes Einzelnen und nicht minder des Staates abhängt.

Von der intensivsten Arbeitsleistung und daraus hervorgehenden Mehrproduktion der Landesprodukte im Inlande wird allgemein und folgerichtig die Abwendung einer Hungersnot, wie auch das Durchhalten in dieser schwersten Zeit zuversichtlich erwartet. Auch die Regelung der über jedes Maß überbürdeten Staatsfinanzen wird zu einem großen Teil daraus erhofft. Inwieferne diese Hoffnungen sich erfüllen werden, wird die nächste Zukunft lehren. Der Landwirt steht diesen entscheidenden Fragen wohl etwas pessimistisch gegenüber.

Die bisherige Behandlung seines Standes, die so stark dezimierte Zahl seiner besten Kräfte, das Fehlen der allernotwendigsten Vorbedingungen trüben jeden Ausblick in die Zukunft des Landwirtes.

Bei der äußersten Kraftanstrengung, 16- bis 18stündiger Arbeitszeit war es bisher unmöglich, den Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion hintanzuhalten.

Greise hohen Alters, welche mit ihrer letzten Kraft noch den Pflug führten und andere, auch schwere Arbeiten noch verrichtet haben, übersiedeln zahlreich in ein besseres Jenseits.

Es ist unglaublich, daß Kinder mit sechs Jahren schon zu den schwersten Arbeiten herangezogen werden müssen, daß sie, des Mähens unkundig, gleichwohl sich daran beteiligen müssen. Die Frauen haben das höchste geleistet, was sie tun konnten, mehr sind sie wirklich nicht imstande. Und diese drei Gruppen bilden das Hauptkontingent unserer Arbeiterschaft. Man kann folglich von ihnen nicht erwarten, daß sie im stande wären, das zu leisten, was notwendig wäre. Es wirkt noch eine Reihe von anderen Dingen mit, daß die Produktion statt vorwärts zu gehen, zurückgeht. Nebst den Arbeitern fehlt es auch durchaus an Handwerkern. Fünf und mehr Gemeinden haben keinen einzigen Schmied, oft kommt es vor, daß zwei Bauern auf einen und denselben Pflug angewiesen sind. Daß damit ein bedeutender Zeitverlust verbunden ist, ist wohl klar. Woher könnte man da einen Ersatz schaffen?

Es ist das ganz ausgeschlossen, um so mehr als man Handwerker vom Militär absolut nicht zurückbekommen kann. Ich habe mich selbst darum bemüht, Gemeinden haben unzähligemal darum angesucht, aber bisher stets erfolglos; in meiner nächsten Umgebung haben fünf Gemeinden keinen Schmied. Daß es auch an allen übrigen Handwerkern ebenso fehlt, ist selbstverständlich. Heute will man alles mit irgendeinem Ersatz machen. Man hat uns als Ersatz anfangs Kriegsgefangene zugeführt. Tatsache ist aber, daß die Zahl dieser Kriegsgefangenen, obwohl

sie groß ist, unzureichend ist und daß sie das, was unsere Männer geleistet haben, nie leisten können. Man gibt uns weiters Militärarbeiter. Gut, wenn sie zu rechter Zeit da sind, sie leisten so manches, aber das eine muß ich hier beklagen: Aus dem Bauernstand bekommt man von seiten des Militärs nur in den seltensten Fällen Arbeiter. Ich habe selbst die Erfahrung gemacht; ich suchte um landwirtschaftliche Arbeiter an, bekam aber zwei Seeleute, einen Postbediensteten und einen Zuckerbäcker. *(Heiterkeit.)* Infolge Zuckermangels konnte ich letzterem keine Beschäftigung geben und die Seeleute waren der Landarbeit absolut abhold und wollten mit derselben nichts zu tun haben, so daß ich in die Lage kam, sie nach einigen Tagen verabschieden zu müssen. Nicht nur mir, auch anderen meiner Mitbesitzer erging es so. Man wundert sich, warum man nicht Landwirte nach Hause schickt, warum man nicht diejenigen zur Aushilfe schickt, die an dem Beruf Freude haben und imstande wären, etwas zu leisten; leider schickt man nur andere Leute, während unsere durchgehends bemüssigt sind, an der Front auszuharren. Ansuchen um Ernteurlaube sind zumeist fruchtlos, entweder bekommt man nach Jahren kaum einen Landmann nach Hause, oder, wenn es geschieht, geschieht es meist in einer Zeit, wo die Arbeiten nicht am dringendsten sind.

Weiters beeinträchtigen unsere Produktion ganz besonders die Requisitionen und die Art und Weise, wie sie durchgeführt werden. Darüber wäre viel zu sprechen, aber da schon so manches hier im Hause darüber gesagt wurde, will ich mich nur ganz kurz damit befassen. In einem Jahre und zwar im Vorjahre, hat man bei uns nicht weniger als fünfmal requiriert; welche Behelligung das für die Bevölkerung bedeutet, ist wohl klar. Jedesmal kam eine andere Kommission und requirierte auf eine andere Art. Der Schluß war, daß für das Volk nicht einmal die nötigsten Lebensmittel mehr da waren, so daß die Landleute schließlich nicht mehr imstande waren, jene Arbeiter aufzunehmen, die sie brauchten, da sie sie nicht verköstigen konnten.

Noch eine andere Art hat sich unsere k. k. Statthalterei in Graz ausgedacht. Im Anfang, als das Getreide eingebracht war und in die Mühlen abgeführt wurde, hat sie sofort angeordnet, die Hälfte dieses Getreides jedem Besitzer zu nehmen, gleichgültig ob er vielleicht sein ganzes Eigentum in der Mühle hatte. Es sind mir Verhältnisse bekannt, wo ein Besitzer, welcher vom Hagel schwer betroffen war, der weniger geerntet als gesät hatte, die Hälfte seines Getreides, das er der Mühle übergab, hergeben mußte. Er hat sich bittlich an die Bezirkshauptmannschaft gewendet, es möge ihm doch das Getreide zurückgegeben werden, da es sein Alles sei. Seine Bitte wurde kurzweg abgewiesen.

Noch einen krasseren Fall möchte ich mir erlauben, hier anzuführen. Ein kleiner Besitzer, ich glaube, von eineinhalb Joch, von welchem überdies ein Großteil aus Weingärten und Baumgärten besteht, hatte im selben Jahre im Ganzen 40 Kilogramm Getreide gedroschen.

Dies hat er der Mühle übergeben. Als diese Verordnung hinausgelangte, wurde ihm auch hiervon die Hälfte genommen. Der Mann dient beim Militär, die Frau hat die alten Eltern und fünf Kinder zu erhalten. Sie hat sich nun an die Bezirkshauptmannschaft Marburg mit der Bitte gewendet, es möge ihr doch dieses Wenige zurückgegeben werden, ohne Erfolg. Sie ruhte aber nicht, sondern fuhr nach Graz zur Statthalterei und brachte dort ihre Bitte vor. Die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Zweigstelle Graz, hat diese Forderung tatsächlich als gerechtfertigt gefunden und antwortete auf ein Gesuch, das die Frau durch die Gemeinde eingeschickt hatte: „Falls obige Angaben richtig sind, hat die Anstalt Graz gegen die Freigabe nichts einzuwenden".

Mit dieser Zuschrift begab sich die Frau neuerdings zur Bezirkshauptmannschaft Marburg, wurde aber auf die unhöflichste Art hinausgewiesen *(Hört! Hört!)* und es wurde ihrer Bitte wiederum keine Folge gegeben.

Meine Herren! Das den Landwirten belassene Quantum war bisher immer zu knapp, zu kurz bemessen, so daß sie damit nicht das Auslangen finden können. Das ist ja auch selbstverständlich; denn auf dem Lande wird zum geringsten Teile Fleisch genossen und infolgedessen ist es absolut notwendig, den Landwirten mehr an Getreide zuzuerkennen. Bisher aber wollten unsere Behörden uns das weder zuerkennen, noch bewilligen. Was geht daraus hervor? Eine Minderbearbeitung der Felder. Allein kann die Frau mit ihren Kindern die Feldarbeiten nicht durchführen und Hilfskräfte vermag sie nicht aufzunehmen, da sie nicht imstande ist, sie zu erhalten. Welche weitere Folge zeitigt dieser Zustand? Es tritt eine vollständige Vertrauenslosigkeit gegenüber den Behörden ein; niemand verläßt sich mehr darauf, daß ihm tatsächlich dasjenige gegeben wird, was er für seine Existenz dringend notwendig hat. Die Folge davon ist dann das Verstecken, das allerdings nicht offen und ehrlich, aber eine absolute Notwendigkeit für das Volk ist. Das Volk greift also zur Selbsthilfe, weil es durch das Vorgehen der Behörden dazu gezwungen wird. Insolange hierin keine Regelung erfolgt, kann man auch kaum etwas anderes erhoffen.

Ein weiterer Umstand, der unsere Lebensmittelproduktion rückgängig macht, ist der Mangel am notwendigen Viehstand. In den letzten zwei Jahren

wurde in einem Grade requiriert, daß heute kaum noch das notwendigste Zugvieh vorhanden ist. Wenn das Zugvieh fehlt, wenn keine Geräte da sind, wie soll da der Landmann imstande sein, sämtliche Flächen aufzuackern und anzubauen. Das ist ganz ausgeschlossen.

Wie in Untersteiermark die Requisitionen vorgenommen werden, möchte ich mit einigen Ziffern beleuchten. Vom 1. Mai 1916 bis Ende 1916 wurden in Untersteiermark 1500 Stück Vieh mehr requiriert als es die Aufteilung nach dem diesbezüglichen Schlüssel zuläßt. *(Hört! Hört!)* In Mittelsteiermark hingegen hat man 1000 Stück unter dem Aufteilungsschlüssel genommen *(Zwischenrufe)*, in Obersteiermark 500 Stück unter dem Aufteilungsschlüssel. Und dies geht so fort. Zwar haben sich die „Landwirtschaftlichen Mitteilungen" nicht mehr mit den genauen Ausweisen befaßt — man könnte dies doch noch perzentuell anführen — sie geben aber immerhin zu, daß Untersteiermark auch in diesem Jahre am ärgsten mitgenommen wurde. *(Hört! Hört!)*

Tatsache ist, daß man heute bei den Requisitionen von Vieh schon so rücksichtslos vorgeht, daß man Melktiere, trächtige Tiere und junge, weniger als das vorgeschriebene Gewicht wiegende Tiere kurzer Hand verlangt und abnimmt. *(Hört! Hört!)* Wohin führt das? Wie wird unsere Landwirtschaft aussehen? Wie werden wir imstande sein, dieselbe wieder zu heben? Welche Zeit braucht man, bevor man eine Viehzucht tatsächlich zur Leistungsfähigkeit bringt! Dazu sind Tiere notwendig. Wenn das aber so weitergeht, wie bis jetzt, so möchte ich daraus fast auf den bösen Willen schließen, Steiermark, in erster Linie Untersteiermark, dem Verfalle preiszugeben. Zu bedauern und beklagenswert ist es, welche Pflege diesen Tieren dann zuteil wird. Auch dies wurde hier im Hause schon öfters dargelegt und ich möchte es daher nur kurz streifen. Es werden Tiere ohne die notwendige Fütterung und Wässerung durch Tage getrieben oder geführt, sie werden in Massen zusammengetrieben und sozusagen sich selbst überlassen. Diese Tiere kommen erst dann zur Schlachtung, wenn fast kein Fleisch mehr an ihnen ist. Daß dies nun ein bedeutender Schade für die Landwirtschaft, ja eine Vernichtung derselben ist, ist klar.

Bei der Pferdeassentierung hat man bei uns schon jedes brauchbare, jedes sozusagen nutzbare Pferd genommen. Zurückgeblieben sind einzig die trächtigen Stuten und vielleicht vor kurzem abfohlende Stuten. Daß also an Pferden bereits viel zu wenige vorhanden sind, ist eine Tatsache. Aber ein weiterer Schaden wurde damit den Bauern zugefügt, daß die ärarischen Preise um die Hälfte niedriger waren als jene, die andere freie Käufer angeboten haben. Da müssen wir Landwirte uns also wundern, daß im Gegensatz dazu die Rennpferde noch bis heute befreit sind. Pferderennen finden noch immer statt. *(Ruf: In Egland sind sie verboten!)* Die scheinen uns in der Kultur voraus zu sein. Ist denn das Pferderennen tatsächlich notwendiger als das Bebauen unserer Äcker? Wird daraus vielleicht auch irgendwelche Frucht erwartet? Ist denn heute überhaupt die Zeit dafür angetan, daß man Belustigungen darin sucht. Ich glaube, daß die Pferde nicht anders zu verwenden sein sollen, als daß sie das alltägliche Brot für unser Volk hervorbringen helfen. *(Sehr richtig!)*

Ganz selbstverständlich ist es, daß bei uns die Schweinezucht nicht vorwärts gehen kann, indem jedes eigene Kraftfutter den Landwirten entzogen und requiriert wird. Es ist strenge verboten, irgendwelche Menge von Hafer den Tieren zu verabreichen, infolgedessen besteht auch der krasseste Mangel an Fett, welcher doch so nachteilig ist. Daß es da nicht besser werden kann, dafür sorgt man bereits durch die angekündigten Requirierungen von Schweinen. Es heißt, 35 Kilogramm sollen für jede Person belassen werden; aber es ist fraglich, wie wieder diese Teilung durchgeführt werden wird und ob sie tatsächlich so erfolgen wird. Da schon die Mittel dazu fehlen, um eine Mast mit Erfolg durchzuführen, so ist es kaum denkbar, daß es möglich sein wird, mehr zu erreichen und mehr zu mästen, als für den eigenen Gebrauch notwendig ist.

Der Stalldünger, meine Herren, wird aber auch immer weniger, an dem fehlt es schon durch zwei Jahre, und doch ist bei vielen Landwirten der Stalldünger der einzige Dünger, der noch in Verwendung steht, Kunstdünger ist bei uns noch nicht in großen Mengen eingeführt und heute ist er auch fast nirgends erhältlich. Wenn man dann beides sozusagen nicht mehr zur Verfügung hat, dann ist es ganz undenkbar, daß wir in der Lage wären, unsere Kulturen auch nur auf dem heutigen Stande zu erhalten, viel weniger, sie zu heben. Allerdings hat man sich in Österreich darum wenig gekümmert, den meisten Kunstdünger beziehen wir stets aus Deutschland, unsere Kalilager in Galizien wurden bisher sehr wenig berücksichtigt und ausgenützt. Ohne Dünger aber keine großen Brotrationen, keine reiche Ernte. Wenn wir keinen Dünger haben werden, wird der Notstand die nächste Folge sein und der Hunger sein Begleiter.

Auch unsere Saatmittel sind unzureichend, und ihr Bezug wird durch die Tätigkeit der Zentralen nur ungemein erschwert. Im Vorjahre war es wenigstens noch gestattet, daß der Landmann bei den bezüglichen Zentralen um einen Bewilligungsschein ansuchen durfte; er zahlte allerdings dafür einen gewissen Beitrag, dann war es ihm aber wenigstens freigestellt, sich das Samengetreide irgendwo aufzusuchen und zu kaufen. Im Laufe dieses Jahres

ırde auch dies nicht mehr gestattet, sondern er war müssigt, das Getreide von der Zentrale zu beziehen; enn er es nicht bekam, mußte es halt auch so ı sein und es geschah nicht in den seltensten Fällen, ß man dasselbe allerdings versprochen, aber nichts geben hat. Daß es schon in früheren Jahren vorkommen ist, daß statt Winterkorn Sommerkorn er beides gemischt verabfolgt wurde, ist bekannt. aß diese Dinge zur Hebung der Landwirtschaft cht beitragen können, ist klar.

Was die Preisfrage anbelangt, so wäre da el zu sprechen und viel zu klagen. Über das eine üssen wir uns aber wundern, daß wir in allem stgesetzte Preise haben, daß aber diese festgesetzten reise nur sozusagen für den Landwirt gelten; alle rigen sind frei, niemand ist so gebunden wie wir. eim Landwirt kümmert sich niemand darum, ob bei den festgesetzten Preisen das Auskommen ıdet oder nicht, er hat sich einfach zu fügen und in Produkt zu verabfolgen. Der immense Unterhied, der da zwischen Ungarn und Österreich beeht, kann keine guten Folgen zeitigen und zeitigt e auch nicht. Wir haben allerdings viel niedrigere reise als Ungarn, deshalb klopft aber bei uns auch hon die Hungersnot an die Türe, Ungarn hat ohe Preise, dafür aber reichliche Lebensmittel. ätten wir gleichmäßigere Preise, so hätten wir uch — davon bin ich überzeugt — die Lebensittel gleichmäßiger verteilt.

Ein weiteres Kapitel ist die Preistreiberei. Mit welcher Hast hat man die Landbevölkerung ier verfolgt! Kein Mittel schien zu kleinlich, um em Bauer Schaden zuzufügen, ihn vor Gericht ı laden und zu bestrafen. Mir ist ein Fall ekannt, wo ein Mädchen nur zwei Stück Topfen ı die Stadt getragen hat, für das eine bekam e 50 h, für das zweite 44 h. Die betreffende äuferin hat aber gefunden, daß ein Stück m 2 Dekagramm zu leicht sei; sie brachte ies zur Anzeige, das betreffende Mädchen — ich önnte den Herren den Namen nennen — ourde dreimal vor Gericht geladen und schließlich egen dieser 2 Dekagramm mit 20 K bestraft. *(Hört! Hört!)* Da sie armer Eltern Kind war, nußte sie sich einsperren lassen. Und gerade heute ese ich in einer Zeitung, daß der Prozeß Kranz inen ganz anderen Ausgang genommen hat. Ich laube, da hat es sich doch um etwas mehr gehandelt als um 2 Dekagramm Topfen.

Solcher Fälle gibt es eine ganze Reihe, aber ch will das hohe Haus damit nicht weiter aufhalten. Es hat schon im Jahre 1915 geheißen, daß wir 600 neue Millionäre besitzen. Ob diese alle auf die rechtlichste Art zu ihrem Reichtum gekommen sind, ob da wirklich keine Preistreiberei im Spiele ist, ist für mich eine offene Frage, die ich nicht zu beantworten in der Lage bin.

Was war aber der Erfolg dieser Behandlung der Landleute? Er war der, daß die Märkte allerdings gemieden wurden. Niemand trug mehr Lebensmittel auf den Markt. Wer wird sich auch stets solchen Gefahren aussetzen? Wie kann ein Mädchen vom Lande klar und gründlich wissen, welches die Höchstpreise für seine Produkte sind, die es auf den Markt zu bringen hat, um so weniger, da sogar diejenigen, welche diese Strafen zu verhängen haben, sich ganz anderer Dinge bedienen, um zu Lebensmitteln zu gelangen? Mir sind Familien von Richtern bekannt, die vielleicht selbst andere dafür verurteilten und die an eine Familie geschrieben haben: „Wir wissen, daß Sie die Lebensmittel für diese Kleinigkeit nicht in die Stadt befördern können, daß Sie nicht die Zeit und den Willen dazu haben; aber ich bin gerne bereit, dieselben nach Belieben höher zu bezahlen.“ Ist das nicht eine Korruption? Wenn man schon eine solche Verordnung eingeführt hat, so hätte man sie auf alle anwenden müssen, aber nicht nur die kleinen Landleute schikanieren und behelligen, die übrigen aber frei schalten und walten lassen dürfen.

Die Urlaube, die so notwendig für die Landwirtschaft wären, habe ich bereits früher erwähnt. Ich möchte da nur eines nachtragen, daß es nämlich Fälle gibt, wo unsere Landwirte, Besitzer eines Komplexes von 50 bis 60 Joch, schon seit 30 Monaten an der Front sind und noch keinen einzigen Urlaub erhielten. Diese wenden sich jetzt bittend an ihre Abgeordneten um Hilfe. Ich selbst habe versucht, ihnen zu Hilfe zu kommen. Ich wandte mich an das hohe Landesverteidigungsministerium. Es wurde mir mitgeteilt, daß telegraphisch die Anweisung an das zuständige Oberkommando gegeben wurde, den Urlaub zu erteilen. Vor einigen Tagen bekam ich zwei Briefe nacheinander, in denen mir die Betreffenden mitteilten, sie wüßten hiervon nichts und bekämen noch keinen Urlaub, können nicht nach Hause.

Ja, sind denn die Verhältnisse tatsächlich so beschaffen, daß diejenigen, die einmal an der Front sind, so lange dort zu bleiben haben, bis sie zugrunde gegangen sind? Es ist höchst seltsam, daß da keine Rücksicht geübt wird. Mir sind Fälle bekannt, wo der Mann eine schwere Typhuskrankheit überstanden hat; ich habe für ihn um einen Erholungsurlaub gebeten, dieser wurde abgewiesen und der Mann mußte aus dem Spital direkt an die Front zurück. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich eile zum Schlusse.

Ich glaube an uns allen, sowohl an dem hohen Haus als auch an der hohen Regierung wäre es, mit Umsicht, Fleiß und Ausdauer daran zu arbeiten, daß sich diese Dinge ändern. Eine Gesetzgebung muß eintreten, die tatsächlich alle diejenigen schützt,

die am meisten zu leiden haben, was aber nicht bei solchen Gesetzen der Fall ist, wie es das geplante Weinsteuergesetz ist, welches bereits auf dem Tische des Hauses liegt. Jedermann kann sich erinnern, daß vor dem Kriege die Preise niedriger waren, als die Steuer sein wird; daß man wieder dazu zurückkehren wird und muß, ist selbstverständlich. Schon die Regelung der Valuta wird es erfordern, daß unsere Preise wieder niedriger werden. Nachdem man ein Gesetz doch nicht auf ein oder zwei Jahre macht, wird es wohl ein Gebot der Vorsicht sein, diese Angelegenheit in einer besseren Art zu regeln.

Ich möchte mir nur noch erlauben, kurz darauf hinzuweisen, welche Bitterkeiten Untersteiermark im Jahre 1914 zu erleiden hatte. Ich will mich hier absolut nicht in Kleinigkeiten einlassen und verweise nur auf die verschiedenen Ausführungen, die hier bereits darüber gemacht wurden, sowie auf die Interpellation des Abgeordneten Dr. Verstovšek vom 3. Juli 1917, Anhang I. Was dazumal geschehen ist, ist fast nicht wiederzugeben. Im Volke selbst lebt aber die Erbitterung noch fort. Priester, und ich muß sagen die besten Priester, die besten Volksbildner, wurden auf ein Jahr eingekerkert, geschlagen und angespien, daß sie es ihr Leben lang nicht vergessen können. Seltsam ist es, daß man fast niemanden kennt, der tatsächlich ein Hochverräter ist, und den man gefangen hätte. Die Bezirkshauptleute scheinen entweder ihre Umgebung, ihre Untergebenen nicht gekannt zu haben oder mit boshaftem Willen gegen sie aufgetreten zu sein. Der Bezirkshauptmann, dem ich unterstehe, sagte dazumal: jetzt werden wir die räudigen Schafe von den gesunden trennen; und ein anderesmal sagte er: jetzt werde ich meinen Augiasstall reinigen. Aber ich kenne kein räudiges Schaf, das er wirklich beseitigt hätte. Er hat die besten, patriotischesten Leute beseitigen wollen. Glücklicherweise ist ihm das nicht ganz gelungen. Ich bedaure, daß ich mich diesbezüglich nicht näher aussprechen kann, vielleicht bietet sich mir hierzu noch eine andere Gelegenheit.

Zum Schlusse möchte ich ausrufen:

Die Pflicht aller, sowohl des hohen Hauses wie der k. k. Regierung und jedes einzelnen hier ist es, dahin zu streben, daß allen Völkern Österreichs uneingeschränkt das gleiche Recht zuteil werde, damit nach einem ehrenden Friedensabschluß unsere erlauchte Dynastie und die ihr mit vollster Liebe zugetane Bevölkerung aller Stände und Nationen im gemeinsamen und teuren Vaterlande ihr Glück wiederfinden. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Matakiewicz; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Matakiewicz:** Hohes Haus! Das Ministerium Seiner Exzellenz Dr. v. Seidler verlangt schon zum zweiten Male von diesem Parlamente das Budgetprovisorium.

Zum ersten Male hat der Herr Ministerpräsident in der Sitzung des hohen Hauses am 26. Juni 1917 mit großer Bescheidenheit und Offenherzigkeit erklärt, „daß sein Ministerium nur ein vorübergehendes ist, nur das Budgetprovisorium und einige andere besonders dringende Volks- und Staatsnotwendigkeiten verfassungsmäßig unter Dach und Fach zu bringen beabsichtigt, daß aber darüber hinausgehende Ambitionen diese Regierung gar nicht hat." Unter den Parteien, welche die Bitte des Herrn Ministerpräsidenten, seine Regierung in dem Streben zur Erreichung der von ihr aufgestellten Ziele zu unterstützen, befand sich auch der Polenklub, welcher ohne diesem Ministerium irgendwelche Bedingungen zu stellen, für das viermonatliche Budgetprovisorium seine Stimmen abgegeben hat, wobei er der Hoffnung Ausdruck gegeben hat, daß das Ministerium die Interessen des vom Kriege arg heimgesuchten und beschädigten Landes Galizien wohlwollend behandeln wird. Und was ist geschehen? Die provisorische Regierung hat sich nach zwei Monaten in eine definitive umgewandelt und nach weiteren eineinhalb Monaten erbittet Seine Exzellenz der Finanzminister vom Parlamente das Budgetprovisorium für weitere sechs Monate.

Ich glaube, diese Regierung, welche während der vier Monate ihrer Tätigkeit die vitalsten Forderungen des Landes Galizien zu erfüllen nicht imstande war, kann sich nicht wundern, daß die Abgeordneten Galiziens in diesem Momente mehr vorsichtig sind, daß sie auch die Ambition haben, wenn sie schon im Interesse des ganzen Staates ihr armes Land mit enormen Leistungen und Abgaben belasten, andrerseits das sicherzustellen sich bemühen, was für die Existenz dieses Landes und seiner Bewohner unentbehrlich ist.

Meine verehrten Herren! Wenn Vertreter anderer Völker und Länder dieser Monarchie sich äußern, daß sie in dieser Zeit ebenso wie auch andere Nationen in dem Verhältnisse von Nehmer und Geber leben, so ist es selbstverständlich, daß unser Land, welches seit vier Jahren nur fast ausschließlich als Geber behandelt wurde in dieser Rolle nicht länger vegetieren kann. *(Zustimmung.)*

Hohes Haus! Im Namen meiner Wähler und besonders der Landleute und Kleinstädter, welche für die anderen Bürger nicht nur Brot schaffen, sondern auch dem Staate die meisten und kräftigsten Soldaten beistellen und die höchste Anzahl von Militär- und Zivilkriegsinvaliden ausweisen können, erlaube ich mir in dieser Debatte die triste Lage dieser Bevölkerung darzustellen und ihre Wünsche vorzubringen.

In Galizien haben wir für uns selbst zu ig Nahrungsmittel, wir selbst sind in dieser iehung in großer Not, wegen der heurigen ßernte, Nichtbebauung weiter Bodenflächen und Anbetracht des Umstandes, daß in dieser Zeit derttausende mittelloser Flüchtlinge aus den tprovinzen in ihre Heimatsdörfer und Städte ückbefördert werden, wo sie an Stelle von enden und reichen Niederlassungen sehr oft Trümmer und Brandstätten finden.

Was die Getreide- und Nahrungsmittelrequisi- en anbelangt, verlangen wir von der Regierung besondere, daß ihre Organe dabei alle unnötigen cten zu vermeiden bestrebt sein sollen, daß sie ärmsten Schichten der Bevölkerung in Schutz men und nur in dem Falle jemandem etwas ehmen, wenn zweifellos konstatiert worden ist, seine Vorräte nicht nur zur Ernährung seiner milie, seiner Dienerschaft und der zum Wieder- bau seiner Wirtschaft notwendigen Arbeitskräfte zur Bebauung der Felder ausreichen werden, dern auch diesen eigenen Bedarf übersteigen. *hr richtig!)*

Die die Requisitionen bestimmenden Organe deren Hilfskräfte, wie zum Beispiel die treidekommissäre bei den Bezirkshauptmannschaften, verschiedenen Getreide-, Kartoffelnaufschreib- missäre, Mühleninspektoren 2c., sollen aus den eisen von Fachlandwirten, welche die Lokal- hältnisse des betreffenden Bezirkes gut kennen nicht aus den Reihen solcher Personen berufen rden, welche keine Fachleute sind. Letzteres hat Folge, daß die Berichte auf falschen Grund- en beruhen und dem faktischen Stande nicht sprechen, daß ihre Anordnungen unpraktisch d und zu sehr vielen Beschwerden seitens der ihnen hart getroffenen Bevölkerung Anlaß ben.

Einige Beispiele der Wirtschaft unserer Be- rden auf dem Gebiete der Requisitionen erlaube mir anzuführen:

Ein Getreideaufschreibkommissär, Steueramts- amter im Bezirke Brzesko, hat bei der Auf- chnung ausgewiesen, daß in diesem Jahre der ißernte das Ernteergebnis in der armen Gebirgs- meinde Roztoka im Bezirksgerichtssprengel Zakli- gn am Dunajec 8 bis 10 Meterzentner Getreide o Joch Feld ausmachen wird. Nach Angaben des rtigen Dorfrichters und anderer sachkundigen ersonen konnte man dort auf einem Joch 70 bis 00 Kilogramm Getreide ernten. Obzwar der Magistrat des Städtchens Wojnicz am 1. August l. J. e Bezirkshauptmannschaft in Brzesko verständigt t, daß infolge heftigen Hagelschlages die ganze afer- und Gersteernte vernichtet worden ist, hat e genannte Bezirkshauptmannschaft, ohne diese Angaben zu konstatieren, unterm 12. August 1917 den Magistrat des Städtchens Wojnicz beauftragt, Wojnicz soll 50 Meterzentner Hafer und Gerste liefern.

Einige Bewohner des Bezirkes Zabliczyn am Dunajec, welche viele Monate lang auf die Bewilligung zum Getreidemahlen erfolglos warteten, dabei aber nicht verhungern wollten, haben verschiedene Mengen von Getreide in die Mühle des Josef Broder in Kończyska gebracht. Ein Mühleninspektor, früherer Zuckerbäcker aus Tarnów, hat gelegentlich der Kontrolle der Mühle in Kończyska 12 Meterzentner Mehl und 50 Meterzentner Getreide konfisziert. Für Getreide, Mehl und Säcke haben diese armen Leute keine Vergütung erhalten.

Der 24. August l. J. wird den Bewohnern der Gemeinde Zdrochec, Bezirk Brzesko, welche, am Dunajec liegend, im Jahre 1915 sehr stark beschädigt wurde, durch lange Zeit in Erinnerung bleiben.

An diesem Tage erschien in dieser Gemeinde ein Gendarm und befahl den Bewohnern, sie sollen Kartoffeln ausgraben und sofort 10 Meterzentner Kartoffeln an die k. k. Bezirkshauptmannschaft abliefern. Die Vorstellungen und Bitten der Landleute, der Gendarm solle von diesem Verlangen Abstand nehmen, weil die Kartoffeln sehr klein sind und erst zu wachsen beginnen, waren erfolglos. Die Weiber und Kinder mußten bei Tag und dann auch in der Nacht bei Laternenlicht graben, aber der Befehl wurde vollzogen, am nächsten Tage wurden zwei Fuhrwerke kleiner Kartoffeln, welche nach dem Regen erst zu wachsen begonnen haben, abtransportiert.

Vor wenigen Tagen beklagten sich bei mir die Eheleute Josef und Sophie Knapik aus Dąbrówka Tuchowska, Bezirk Tarnów, daß sie, obzwar sie außer sich noch acht Kinder zu ernähren haben und nur einen halben Meterzentner Weizen, 1 Meterzentner Roggen und 5 Meterzentner Kartoffeln besitzen, was für ihren eigenen Haushalt zu wenig ist, von seiten des Gemeindevorstehers beauftragt wurden, einen halben Meterzentner Getreide für das von der Gemeinde abzugebende Getreidekontingent zu liefern.

Peter Duda, Landwirt aus Siemiechów, Bezirk Tarnów, welcher in demselben Bezirksgerichtssprengel Tuchów zwei Meterzentner Getreide zu seiner in der Gemeinde Meszna opacka wohnenden Tochter auf einem Wagen zum Zwecke der Auswechslung dieses Getreides für anderes beförderte, wurde von einem Gendarmen beanstandet. Die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Tarnów hat in dem Erkenntnis vom 14. September 1917, Z. 5344, auf Verfall des Getreides erkannt, wobei der Mann mit 200 K Geldstrafe bestraft worden ist.

Bei den Getreideabnahmen seitens der Behörden kommen Fälle vor, daß, obzwar die Gemeinden in der nächsten Nähe von Eisenbahnstationen liegen, sie den Auftrag bekommen, sie sollen das Getreide per Fuhrwerk zur meilenweit entlegenen Bezirkshauptmannschaft abliefern, wobei sie unnötigerweise Zeit verlieren.

Es kommen auch solche Fälle vor, daß die Bauern beauftragt werden, an einem gewissen Tage bei der Bahnstation mit dem Getreide zu erscheinen, dann warten sie aber mit den Wagen und Pferden und dem Getreide den ganzen Tag umsonst, denn der Herr Kommissionär erscheint nicht.

Infolge der durch ganze Monate anhaltenden Dürre macht die diesjährige Heuernte in Westgalizien durchschnittlich den fünften Teil der vorjährigen aus und wurde schon zum Teil verbraucht.

Die Heurequisitionen könnten bei uns in kurzer Zeit die Depekoration in ganzen Bezirken verursachen, weil die Bevölkerung wegen Mangel der Futtermittel die Rinder massenhaft ausverkaufen müßte.

Die ländliche Bevölkerung in Galizien, welche sich hauptsächlich mit Kartoffeln und sehr wenig mit Fleisch nährt, braucht um so mehr Kartoffeln, als in diesem Jahre auch eine sehr schlechte Krautcrnte war.

Mit den verschiedenen schwebenden Gerüchten über die in Aussicht stehenden, unter Beihilfe des Militärs vorzunehmenden Requisitionen ist diese Bevölkerung um so mehr beunruhigt, als in der letzten Zeit in Galizien auf Wegen, Bahnstationen, Haltestellen 2c. schon Feldgendarmen den Dienst leisten. Die Landwirte, welche Getreide im Vergleiche zu den enormen Produktionskosten für viel zu geringe Preise abzutreten verhalten werden, welche sehr oft unter den Produktionskosten stehen, verlangen von der Regierung im Interesse der Erhaltung der Getreideproduktion eine entsprechende Erhöhung der Getreidepreise, denn, wenn das k. k. Ernährungsamt den Preis für 100 Kilogramm Roßkastanien auf 30 K, für 100 Kilogramm Eicheln auf 70 K festgesetzt hat, so sind doch 100 Kilogramm Weizen etwas mehr wert als 40 K. Sie ersuchen weiter um Bekämpfung und Abschaffung des Leder-, Schuhe-, Kleider- und Holzwuchers und um Bestimmung der Festpreise für alle diese Artikel, welche für diese Bevölkerung zu ihrer Existenz unentbehrlich sind, welche diese Bevölkerung entweder gar nicht oder nur zu ungemein hohen Preisen sich beschaffen kann, wobei sie noch den Verkäufern und Ausbeutern Gaben in natura, wie Eier, Getreide, schenken muß.

Hohes Haus! Was die Kriegsleistungsvergütungen anbelangt, deren Feststellung und Auszahlung in unserem Lande stockt, so erlaube ich mir die hohe Regierung aufmerksam zu machen, daß nach meiner Ansicht alle ihre Bemühunge und der beste Wille von geringem Erfolge be gleitet sein werden, wenn ihrerseits nicht ein Probe der Entlastung der enorm überbürdete Konzeptsbeamten der Bezirkshauptmannschaften vor genommen wird.

In dem Bezirke Tarnów zum Beispiel mac man in der Angelegenheit der Kriegsleistungen ga nichts. Der frühere Referent wurde nach Os galizien versetzt, die anderen Konzeptsbeamten, welc mit anderen Agenden genug beschäftigt sind, habe für die Kriegsleistungen keine Zeit. Für diese Ange legenheiten, wenn man wirklich den guten Wille hat, sie rasch zu erledigen, ist ein Konzeptsbeamte für den Bezirk Tarnów zu wenig.

Wäre es denn nicht vielleicht möglich un zweckdienlich, die Approvisierungsangelegenheiten, di Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, mi Petroleum 2c. den vertragsmäßig dazu gewonnene Fachleuten, ja sogar vom Militär zu enthebende Kaufleuten, welche sehr oft zu solchen Dienste kommandiert werden, zu welchen sie gar kein Eignung und Lust haben, anzuvertrauen und di Konzeptsbeamten der Bezirkshauptmannschaft zu raschen Erledigung der Kriegsleistungsangelegen heiten zu verwenden?

Große Mißstimmung ist bei den Anspruchs berechtigten, welche mit der Kommission nach § 3 Kriegsleistungsgesetz, ihre Kriegsleistungsvergütunge vereinbart haben und denen sogar schon die ge bührenden Beträge seitens der Intendanz de Militärkommandos zur Auszahlung angewiese wurden, daß im letzten Moment seitens de k. u. k. Kriegsministeriums — gewöhnlich tele graphisch — ohne Angabe von Gründen die Zahlungsanweisungen sistiert und annulliert werde

Meine sehr verehrten Herren! Bezüglich d Wiederherstellung unseres Landes verlangen wir m Recht, daß der Staat aus den Gesamtmitteln do ehestens wiederaufbaue und gutmache, was infol der kriegerischen Operationen beschädigt, respektiv zugrunde gerichtet worden ist.

Dabei wollen wir keinen Unterschied mache ob der Beschädigte Pole oder Ruthene ist, den beide Nationen befanden sich in gleicher Not, i gleicher Gefahr und erlitten Schaden im Interes des ganzen Reiches.

Wir verkennen nicht, daß dem Wiederaufba manchmal unüberwindliche Schwierigkeiten im Weg stehen, anerkennen den besten Willen des Herr Arbeitsministers, sind aber der Ansicht, daß d Wiederaufbau doch rascher vorwärtsgehen könnt wenn die ganze Aktion etwas energischer, rationelle nicht so bureaukratisch wie bisher geführt würde.

Zuerst soll man doch einmal mit der Vie schreiberei ein Ende machen.

Bauexposituren müssen bei Ausgaben über 00 K, Zentralen bei Ausgaben über 10.000 K ge Berichte an die Oberbehörde schreiben und ze Koffer von Akten und Plänen unterbreiten.

Es ist höchste Zeit, die Agenden mehr zu entralisieren und der Zentrale und den Bauosituren größere Vollmachten zu erteilen.

Man gibt zwar den beschädigten Eigentümern ldmittel zur Verfügung, stellt aber gleichzeitig ht das nötige Baumaterial zur Verfügung, ches sie für dieses Geld kaufen könnten; man richtet entweder keine Baumaterialienlager oder ichtet zwar solche Magazine, in denen aber nicht reichende Mengen und Qualitäten von Bauterialien vorhanden sind. *(Sehr richtig!)*

Verehrte Herren! Der beklagenswerte Vorg, daß die Zentrale mit der Prüfung und nehmigung der von den Exposituren vorgelegten erten der Bauunternehmer, Holzlieferanten ꝛc. ch viele Monate säumig ist, hat zur Folge, die Offerenten infolge inzwischen erfolgter eigerung der Materialien und Arbeitspreise die tangenommenen Offerten zum Nachteile der egsbeschädigten zurückziehen.

Städtchen, in denen verarmte Handwerker hnen, welche mangels an Material und Arbeitsten sich so wie die Landleute hauptsächlich mit n Ackerbau beschäftigen, sollen beim Wiederaufi so wie Dörfer behandelt und auch mit Subtionen beteilt werden. *(Zustimmung.)*

Die Praxis der Exposituren, von den beschäten armen Kleinstädtern die Vorlage der von ilbautechnikern verfaßten kostspieligen Pläne der ederherstellung von Häusern abzuverlangen, die dann nur prüfen und nicht selbst verfassen llen, soll ehestens abgeschafft werden.

Die wichtigste Ursache, daß der Wiederaufbau eres Landes sehr geringe Fortschritte macht, ist der ngel der zu diesem Wiederaufbau notwendigen beitskräfte und vor allem der Mangel an igneten und gut geschulten Professionisten, Zimmerleute, Maurer, Tischler, Schmiede, gner ꝛc.

Die Heeresverwaltung, statt sie im Interesse Instandsetzung der Wirtschaften so rasch als glich ganz oder doch auf längere Zeit zu ent-en, verzögert die Erledigung der seitens des erbauministeriums vorgelegten Enthebungsanträge, daß, wenn die Enthebung endlich kommt, der n Ackerbauministerium beantragte Zeitraum fast zlich verstrichen ist oder der zu Enthebende on an der Front sich befindet und sein Armeemmando die Enthebung gar nicht respektiert. *(Zummung.)*

Ganze Scharen von unseren Professionisten Gruppe C sind bei verschiedenen Hilfskompagnien, Sammelkaders eingeteilt, wo sie fast gar nicht beschäftigt werden, dem Staat aber sehr viel kosten.

Viele unserer Professionisten sind in den Fabriken, Werkstätten ꝛc. in Prag, Wien, Budapest beschäftigt, bei uns aber verfügen viele Dörfer und ganze Gegenden über keinen einzigen Professionisten. *(Sehr richtig!)*

Besonders zu bedauern ist es, daß sehr viele frontdienstuntaugliche Volksschullehrer, ja sogar Volksschulleiter seit Kriegsbeginn bei verschiedenen Kanzleien, Eisenbahnsicherungen, Spitälern, Hilfskompagnien und Stabsabteilungen militärischen Dienst leisten und trotz vom galizischen Landesschulrat auf das Wärmste befürworteter Anträge bis jetzt nicht enthoben wurden.

Die Folge dessen war, daß die Schule manchmal über ein Jahr geschlossen war und der Schulunterricht nicht stattfinden konnte und daß infolge der Abwesenheit des Schulleiters das vom Feinde beschädigte Schulgebäude und dessen innere Einrichtung nicht hergestellt worden ist.

Hohes Haus! Wir haben nichts dagegen, daß die Lage des Eisenbahnpersonales durch Teuerungszulagen aufgebessert wird, verlangen aber, daß bei dieser Aktion besonders die Bahnarbeiter, Bahnwächter und Gleichgestellte bevorzugt werden, welche mit ihren Familien während der kolossalen Teuerung mit ihren kleinen Löhnen und Bezügen nicht auskommen können.

Dabei kann ich nicht umhin, die Aufmerksamkeit des Herrn Eisenbahnministers auf die unhaltbaren Verhältnisse des Personenverkehres auf den galizischen Staatsbahnen zu lenken. *(Sehr richtig!)* Es kommen seit einiger Zeit auf unseren Bahnhöfen Fälle vor, daß Hunderte von Personen, wie dies zum Beispiel am 10. d. M. in Tarnów und anderen Nebenstationen der Fall war, trotz Lösung der Fahrkarten nicht zum Personenzug zugelassen wurden. Der Herr Kollege Potoczek kann es bestätigen. *(Abgeordneter Potoczek: Ich war dabei!)* Zivilpersonen, welche dringende Angelegenheiten zu erledigen hatten, Weiber, die den Männern, Vätern und Söhnen in die Kaders Brot bringen wollten, und einen weiten Weg von ihren Dörfern zur Eisenbahnstation zurückgelegt hatten, mußten wegen angeblich vollkommener Besetzung der Züge stundenlang auf andere Züge warten oder auf die Reise verzichten; sogar Reichsratsabgeordnete wollte man nicht auf den Perron lassen. *(Abgeordneter Dębski: Es wäre sehr zu wünschen, daß der Eisenbahnminister einmal statt im Salonwagen so durch unser Land führe!)*

**Präsident:** Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen!

Abgeordneter Dr. **Matakiewicz** *(fortfahrend)*: Hohes Haus! Das sind nur einige unserer Leiden, Beschwerden und Wünsche.

Und wenn unlängst ein Redner des deutschen Nationalverbandes sich beklagt hat, daß seine Wähler, die doch vom Kriege bedeutend weniger beschädigt worden sind als meine, der Worte, Belehrungen und Loyalitätskundgebungen der Regierung schon genug satt sind und jetzt mehr Salz, mehr Gemüse, mehr Fett verlangen, so schließe ich, der Hoffnung Ausdruck gebend, daß auch wir nicht nur Worte und Versprechungen, sondern Taten und Erfüllung dieser Versprechungen seitens der Regierung erleben werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich breche die Verhandlung ab.

In der gestrigen Sitzung hat der Herr Abgeordnete Habermann an mich eine schriftliche Anfrage gerichtet, in der er darüber Beschwerde führt, daß die vorgestern gehaltene Rede des Herrn Abgeordneten Aust zur Gänze in einem Wiener Blatte konfisziert worden sei.

Ich habe diesbezüglich bei der Regierung Vorstellungen erhoben und erfahren, daß es sich nicht um eine vollständig wahrheitsgetreue Wiedergabe der Rede des Herrn Abgeordneten Aust gehandelt hat, sondern daß die Rede des Herrn Abgeordneten Aust, wie sie konfisziert wurde, mehrfach abgeändert war. Im übrigen aber ist die Rede bis auf einen Absatz inzwischen freigegeben worden.

Der Wehrausschuß hält Dienstag, den 23. Oktober, Vormittag 9 Uhr 30 Minuten Sitzung.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Dienstag, den 23. Oktober, 11 Uhr vormittags mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung, das ist Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums.

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt somit bei meinem Vorschlage.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 4 Uhr 25 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 33. Sitzung, Dienstag, den 23. Oktober 1917.

**Tagesordnung:** Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums (675 der Beilagen).

## Inhalt.


### Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 1693 und 1749).

Urlaubserteilung (Seite 1693).

Angelobung des Abgeordneten Dr. Wladimir Baczyński (Seite 1693).

Mandatsniederlegungen in Ausschüssen (Seite 1748):

1. des Abgeordneten Dr. Sesardić als Mitglied des Budgetausschusses;
2. des Abgeordneten Dr. Čingrija als Ersatzmann des Budgetausschusses;
3. des Abgeordneten Perwein als Mitglied des Finanzausschusses;
4. des Abgeordneten Teufel als Ersatzmann des kriegswirtschaftlichen Ausschusses;
5. des Abgeordneten Schürl als Mitglied des kriegswirtschaftlichen Ausschusses.

### Staatsgerichtshof.

Erklärung des Dr. Ernst Jäger und Dr. Max Mayr, betreffend die Annahme ihrer Wahl zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes (Seite 1693).

### Verhandlung.

Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums (675 der Beilagen — Redner: Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer [Seite 1693], die Abgeordneten Tomschik [Seite 1696], Dr. Wichtel [Seite 1699], Hladnik [Seite 1703], Ritter v. Wassilko [Seite 1705], Onyszkewycz [Seite 1709], Dr. v. Langenhan [Seite 1714], Dr. Franta [Seite 1718], Dr. Heilinger [Seite 1721], Erb [Seite 1725], Zaunegger [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 1730], Udržal [Seite 1730], Dr. Loewenstein [Seite 1733], Berichterstatter Dr. Steinwender [Seite 1739], Luksch [Seite 1743], Daszyński [Seite 1744], Dr. Stránský [Seite 1744] — Abstimmung [S. 1744], — 3. Lesung [Seite 1748] — 709 der Beilagen]).

### Ausschüsse.

Ersatzwahlen in den Budget-, Finanz-, Ernährungs-, Unterhaltsbeitrags-, Notstands- und kriegswirtschaftlichen Ausschuß (Seite 1749).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge (Anhang I)

1. der Abgeordneten Siwula, Dyko, Witos und Genossen, betreffend den Brand in der Gemeinde Bobrowa, Bezirk Ropczyce (710 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Dr. L. Pogačnik und Genossen, betreffend den Notstand in Gorenje Jezero, Bezirk Loitsch, Krain (711 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Dr. Trešić und Genossen, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Besichtigung aller Konfinierten- und Interniertenlager in Dalmatien, Bosnien, Hercegovina, womöglich Serbien und Montenegro (712 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Dr. Biały, Jachowicz, Bojko und Genossen, betreffend die Aufhebung der Einschränkungen bezüglich der Eheschließungen der Gendarmerie (713 der Beilagen);

5. der Abgeordneten Čech, Votruba und Genossen, betreffend die Berücksichtigung der Interessen des legitimen Handels (714 der Beilagen);

6. der Abgeordneten Hnátek, J. Marek, Aust und Genossen, betreffend die Einreihung der Steueramtsbeamten in die Gruppe C der Staatsbeamten (715 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Niedrist und Genossen, betreffend die Freigabe von Schafwolle für den Haushalt der Schafbesitzer (716 der Beilagen);

8. der Abgeordneten Wedra, Kittinger und Genossen, betreffend den Zigarren- und Zigarettenmangel (717 der Beilagen);

9. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Zivilgebühren der als Gagisten i. V. d. E. eingerückten Staatsbeamten (718 der Beilagen);

10. der Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz und Genossen, betreffend die Freigabe von Schafwolle für den Haushalt der Schafbesitzer (719 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Lukavský und Genossen an den Minister Höfer, betreffend den Mangel an Pferdefutter in Pilsen (Anhang II, 1097/I);

2. des Abgeordneten Ptaś und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Petroleumverteilung im Bezirke Limanowa (Anhang II, 1098/I);

3. der Abgeordneten Dr. Winter, Hnátek, Klička und Genossen an den Justizminister, betreffend die Gewährung von Gehaltsvorschüssen an die Gerichtsbeamten und -angestellten in Böhmen (Anhang II, 1099/I);

4. des Abgeordneten Witos und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Einschränkung der Getreide-, Futtermittel- und Kartoffelrequisitionen in den Bezirken Tarnów und Brzesko (Anhang II, 1100/I);

5. der Abgeordneten Witos, Jachowicz und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Zustände auf den galizischen Eisenbahnen (Anhang II, 1101/I);

6. der Abgeordneten Pik, Jaroslav Marek und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend das Verfahren der berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen (Anhang II, 1102/I);

7. der Abgeordneten Dr. Benkovič, Dr. Korošec und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Abziehung der Kriegsgefangenen von den landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben in Südsteiermark (Anhang II, 1103/I);

8. der Abgeordneten Dr. Benkovič, Dr. Jankovič, Dr. Lovro Pogačnik, Pišek, Brenčič und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, an den Ackerbauminister und an den Eisenbahnminister, betreffend die Nichtzulassung der Beförderung von Wein, Most und leeren Fässern auf der Südbahn nördlich von Marburg (Anhang II, 1104/I);

9. des Abgeordneten Dr. Stölzel und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Versorgung der Hinterbliebenen der im Kriegsdienst Verstorbenen (Anhang II, 1105/I);

10. des Abgeordneten Dr. Stölzel und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Bekleidung der aus dem Heeresverbande Entlassenen (Anhang II, 1106/I);

11. der Abgeordneten Cingr, Reger und Genossen an den Justizminister, betreffend die Konfiskation der Zeitschrift „Nazdar“ (Anhang II, 1107/I);

12. des Abgeordneten Friedmann und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Inskription militärpflichtiger Studierender an der Wiener medizinischen Fakultät (Anhang II, 1108/I);

13. des Abgeordneten Konečný und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Unzukömmlichkeiten in der Militär-Invalidenschule in Groß-Ullersdorf, Nordmähren (Anhang II, 1109/I);

14. des Abgeordneten Slavíček und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend das Kleiderpauschale für die Bediensteten des Bergwerkes Příbram und die Definitivstellung der dortigen provisorischen Maschinisten (Anhang II, 1110/I);

15. der Abgeordneten Šamalík, Valoušek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verweigerung von Urlauben für Feldarbeiten an Landwirtesoldaten im Hinterlande (Anhang II, 1111/I);

16. der Abgeordneten Webra, Dr. Schürff, Dr. Waber und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Vorschriften für die Schulferien (Anhang II, 1112/I);

17. der Abgeordneten Dr. Jerzabek, Dr. Mataja, Kuhn und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Lebensmittelversorgung der Städte (Anhang II, 1113/I);

18. des Abgeordneten Wityk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, an den Ackerbauminister und an den Minister des Innern, betreffend die Requirierungen im Bezirke Turka (Anhang II, 1114/I);

19. der Abgeordneten Dębski, Dr. Głąbiński und Genossen an den Minister Höfer, betreffend das Vorgehen der Zuckerverteilungsstelle für Ostgalizien (Anhang II, 1115/I);

20. des Abgeordneten Dębski und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Abhaltung eines aus 80 Offizieren und 400 Soldaten bestehenden Telephonkurses in Przemyśl (Anhang II, 1116/I);

21. des Abgeordneten Exner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beurlaubung der Landsturmjahrgänge 1865 und 1866 (Anhang II, 1117/I);

22. des Abgeordneten Exner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ernennung der zum Landsturmdienst eingerückten Bauingenieure und Baumeister zu Militärbauakzessisten (Anhang II, 1118/I);

23. des Abgeordneten Dr. Kindermann und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Besorgnisse der Industriellen anläßlich der beantragten Steuererhöhungen (Anhang II, 1119/I);

24. des Abgeordneten Kraft und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Behandlung der Kriegsanleihen als begünstigte Vermögensteile bei etwaiger Vorlage eines Entwurfes über die Vermögensabgabe (Anhang II, 1120/I);

25. des Abgeordneten Prunar und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Gebrauch des Wortes „tschechisch“ statt „böhmisch“ (Anhang II, 1121/I);

26. des Abgeordneten Prošek und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Verteilung des Zuckerkontingentes auf alle Bezirke in Böhmen (Anhang II, 1122/I);

27. der Abgeordneten Hyrš, Vojta und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verhältnisse der als Absolventen der höheren Gewerbeschulen im Dienste der Kriegsmarine stehenden Einjährig-Freiwilligen (Anhang II, 1123/I);

28. des Abgeordneten Budzynowskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verlegung der Einquartierung der polnischen Legionen nach Westgalizien (Anhang II, 1124/I);

29. des Abgeordneten Dr. v. Baechlé und Genossen an den Handelsminister, betreffend den Postverkehr (Anhang II, 1125/I);

30. des Abgeordneten Marckhl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Verbot der Beistellung von ärarischen Fuhrwerken für die Zufuhr von Kohle und Lebensmitteln (Anhang II, 1126/I);

31. des Abgeordneten Perić und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Regulierung des Flusses Trebižat (Anhang II, 1127/I);

32. des Abgeordneten Schoiswohl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Ackerbauminister, betreffend die Enthebungen (Anhang II, 1128/I);

33. des Abgeordneten Dr. Funk, Klofáč, Dr. Baxa und Genossen an den Handelsminister, betreffend die

Vereinbarung zwischen dem Ärar und der Gemeinde Prag in bezug auf die Verpachtung zweier Prager Mühlen (Anhang II, 1129/I);

34. der Abgeordneten Dr. Funk, Klofáč, Dr. Baxa und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Zuweisung von Heu und Stroh an die Prager Gemeindehöfe (Anhang II, 1130/I);

35. der Abgeordneten Dr. Funk, Klofáč, Dr. Baxa und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Aktivierung der Schnellzüge 203 und 204 auf der Strecke Prag—Brünn—Wien (Anhang II, 1131/I);

36. des Abgeordneten Schoiswohl und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Beschlagnahme der „Kleinen Zeitung" (Anhang II, 1132/I);

37. des Abgeordneten Lawruk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der ukrainischen Soldaten in Friedek (Anhang II, 1133/I);

38. des Abgeordneten Zenker und Genossen an den Handelsminister, betreffend das Anstellen bei den Volksbekleidungsstellen (Anhang II, 1134/I);

39. des Abgeordneten Ritter v. Haller und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Finanzminister, betreffend die in Deutschland verfügte Sperre österreichischer Guthaben (Anhang II, 1135/I);

40. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an die Regierung, betreffend das Vorgehen des im befreiten Gebiete Ostgaliziens und der Bukowina operierenden reichsdeutschen Militärs (Anhang II, 1136/I);

41. des Abgeordneten Votruba und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Konfiskation der Zeitschrift „Ostravský Denník" in Mährisch-Ostrau (Anhang II, 1137/I);

42. des Abgeordneten Votruba und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückhaltung des vom Militärdienste enthobenen Redakteurs Vaníček aus Brünn im Militärdienst (Anhang II, 1138/I);

43. des Abgeordneten Votruba und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Regelung der Verhältnisse der Aushilfstechniker beim Amte für agrarische Operationen in Brünn (Anhang II, 1139/I);

44. des Abgeordneten Heilmayer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beschränkungen im schriftlichen Verkehre der Soldaten mit ihren Angehörigen (Anhang II, 1140/I);

45. des Abgeordneten Lisý und Genossen an die Regierung, betreffend die Verletzung der nichtmagyarischen Sprachen durch die ungarischen Postämter (Anhang II, 1141/I);

46. des Abgeordneten Dr. Stölzel und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Lage der österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen in den feindlichen Ländern (Anhang II, 1142/I);

47. der Abgeordneten Brenčič, Dr. Jankovič und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Requisition der Kartoffeln (Anhang II, 1143/I);

48. des Abgeordneten Dr. Čehelský und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verfolgung ukrainischer, beim ungarischen Landsturm dienender Soldaten (Anhang II, 1144/I);

49. des Abgeordneten Dr. Čehelský und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Unterhaltsbeiträge (Anhang II, 1145/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 23. Oktober 1917:

die Anträge (681 bis 707 der Beilagen).

die Anfragenbeantwortungen ad 274, 275, 369, 448, 509, 527, 787/I;

In früheren Sitzungen:

die Anfragebeantwortungen ad 23, 41, 48, 49, 53, 69, 73, 79, 85, 142, 148, 153, 201, 269, 296, 545, 655/I.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Dr. **Ravnihar**, Dr. **Formánek**, Dr. Ritter v. **Mühlwerth**, Dr. **Ruebenbauer**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 18. und 19. Oktober 1917 sind unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Die Herren Abgeordneten Freiherr d'Elvert und Kasper haben sich krank gemeldet.

Die in der Sitzung des hohen Hauses vom 17. d. M. zu Mitgliedern des Staatsgerichtshofes gewählten Dr. Ernst Jäger und Dr. Max Mayr haben in Zuschriften an das Präsidium erklärt, die Wahl anzunehmen.

Dem Herrn Abgeordneten Brunner habe ich einen aus Anlaß eines Todesfalles in seiner Familie angesuchten Urlaub in der Dauer von acht Tagen erteilt.

Im Hause ist erschienen der Ersatzmann für den verstorbenen Herrn Abgeordneten des 64. Wahlbezirkes Galiziens Josef Folis, der Herr Abgeordnete Dr. Wladimir Baczynskyj.

Derselbe wird die Angelobung leisten.

Ich ersuche um Verlesung der Angelobungsformel in deutscher und ukrainischer Sprache.

Abgeordneter Ritter v. **Semaka** *(verliest die Angelobungsformel in deutscher und ukrainischer Sprache. — Abgeordneter Dr. Wladimir Baczynskyj leistet die Angelobung).*

**Präsident**: Wir gelangen zur Tagesordnung, das ist Fortsetzung der zweiten Lesung des Budgetprovisoriums *(675 der Beilagen)*.

Ich erteile das Wort Seiner Exzellenz dem Herrn Finanzminister.

Finanzminister Dr. Freiherr v. **Wimmer**: Hohes Haus! Im Laufe der Debatte über das Budgetprovisorium ist eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt worden, zu denen die Regierung Stellung zu nehmen haben wird. Bevor ich aber auf diese Anträge eingehe, möchte ich auf andere Ausführungen reflektieren.

Von verschiedenen Seiten wurde die Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu treffen, um den Banknotenumlauf zu verringern. Es ist richtig: In den letzten Monaten hat sich eine sehr scharf ansteigende Bewegung des Banknotenumlaufes gezeigt. Diese Erscheinung ist zum großen Teile auf die Maßnahmen zurückzuführen, die im Juli dieses Jahres getroffen wurden: Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, der Teuerungszulagen für die Staatsbediensteten, Flüchtlingsunterstützungen u. dgl. Ich muß gestehen, daß mir dieses etwas rapide Ansteigen des Banknotenumlaufes in den letzten Monaten nicht unerwartet gekommen ist, und diejenigen Herren, die seinerzeit an den Ausschußverhandlungen über diese Gegenstände im Sommer dieses Jahres teilgenommen haben, werden sich erinnern, daß ich schon damals meine Besorgnis ausgedrückt habe, daß diese Maßnahmen in dem weiten Umfang, wie sie beschlossen worden sind, eine bedenkliche Rückwirkung auf den Banknotenumlauf haben dürften und daß dadurch zum Teile für diejenigen, die die Bezüge genießen, diese wiederum paralysiert werden. Die Sache ist leider sehr einfach. Was in unseren Ausgaben nicht durch Steuern oder Kriegsanleihe gedeckt werden kann, geht auf Konto unserer Schuld bei der Österreichisch-ungarischen Bank, beziehungsweise bewirkt einen Banknotenumlauf.

Wie verderblich ein derartiges Anschwellen des Banknotenumlaufes werden kann, wurde von dem hohen Hause in verschiedenen Äußerungen gewürdigt.

Ich bitte, sich aber gegenwärtig zu halten, daß jede Ausgabenerhöhung, wie die Verhältnisse jetzt liegen, eine Vermehrung des Banknotenumlaufes bewirken und unmittelbar, eigentlich automatisch, für die Wirtschaft jedes Einzelnen fühlbar werden muß. Wenn also an die Regierung die Aufforderung gerichtet wird, Maßnahmen zu treffen, damit der Banknotenumlauf restringiert werde, so ist das erste Mittel, das primäre Mittel, das anzuwenden ist, Sparsamkeit. *(Zustimmung.)*

Nun, meine Herren, es scheint vielleicht in einem gewissen Gegensatze damit zu stehen, wenn jetzt in einer ganzen Reihe von Anträgen, die im Laufe der Verhandlung über das Budgetprovisorium gestellt wurden, zahlreiche neue Ausgaben gefordert werden. Es wird in diesen Anträgen verlangt: eine Erhöhung der Teuerungszulagen für die Staatsbediensteten um 50 Prozent, eine einmalige Aushilfe an die Staatsbediensteten im Betrage einer Quartalsrate der bisherigen Teuerungszulagen, ferner Vorschüsse an die Länder im Betrage von 60 Millionen Kronen für die Teuerungszulagen der Lehrer, dann die sofortige Schaffung eines Fonds von 100 Millionen Kronen für die Gewerbetreibenden. Das allein macht zusammen gegen 600 Millionen Kronen aus. Aber damit nicht genug. Es wird in einem Antrage auch verlangt, daß der Staat 50 Prozent der Auslagen der Gemeinden für den übertragenen Wirkungskreis übernehmen soll, eine Maßnahme, deren finanzielle Tragweite ich überhaupt nicht absehen kann.

Meine Herren! Ich glaube, dieser Vorgang ist, sagen wir, nicht zweckmäßig, schon deshalb nicht, weil wir auf diese Weise in das Budgetprovisorium eigentlich eine Art Separatbudget bekommen; und das Budget soll doch im ganzen und einheitlich behandelt werden, man kann es nicht stückweise behandeln, man muß das Erfordernis und die Bedeckung gegeneinander abwägen. *(Abgeordneter Wüst: Da hätte man bei der Aufstellung des Budgets darauf Rücksicht nehmen sollen!)* Ich bitte, auf diese Ausgaben kann gewiß und soll und muß bei der Aufstellung des Budgets Rücksicht genommen werden. Wenn aber diese Dinge jetzt hier auch im Budgetprovisorium beschlossen würden, müßten sie doch auch in das definitive Budget eingestellt werden. *(Sehr richtig!)* Nach meiner Meinung ist es aber auch gar nicht notwendig, diese Dinge jetzt separat im Budgetprovisorium festzulegen, denn die Regierung hat im § 1 die Ermächtigung, die Ausgaben nach Erfordernis zu bestreiten; sie ist also auch zu diesen Ausgaben, wenn sie als notwendig erachtet werden, ohne eine spezielle Bindung im Budgetprovisorium berechtigt.

Und die Regierung beabsichtigt auch, für die Staatsbediensteten schon im November dieses Jahres mit einer einmaligen Aushilfe zu kommen, und zwar im etwas höheren Maße der Summe, wie es im Juni dieses Jahres der Fall war. Die Regierung ist sich ja vollständig bewußt, daß die fortwährende Steigerung der Preise die Notlage unter den Staatsbediensteten außerordentlich verschärft hat und daß Hilfe geschaffen werden muß. Die Regierung hat auch für die Teuerungsbeiträge der Lehrer an die Länder bereits Vorschüsse gegeben und die Regierung wird auch weiter Vorschüsse erteilen und wird an die Landesausschüsse initiativ herantreten, um mit diesen Teuerungsbeiträgen weiter vorzugehen. Aber ich möchte in dieser Beziehung darauf aufmerksam machen, daß auch mit dem Antrage, wie er hier vorliegt, daß nämlich die Regierung den Ländern Vorschüsse von 60 Millionen Kronen zur Gewährung von Teuerungsbeiträgen an die Lehrer gewähren soll, die Sache nicht gelöst ist, denn kompetent zur Fixierung der Teuerungszulagen bleiben schließlich die Landesausschüsse. Bevor diese nicht gesprochen haben, was sie den Lehrern an Teuerungszulagen gewähren, können wir auch die Vorschüsse natürlich nicht fixieren. In erster Linie ist also in der Beziehung die Kompetenz der Landesausschüsse vorhanden, über die ja die Regierung nicht hinweggehen kann.

Dann, meine Herren, haben wir auch für die Gewerbetreibenden schon vor Monaten eine Hilfsaktion eingeleitet. Es soll ja nach dem Antrag, der hier vorliegt, ein Fond gebildet werden, um den Gewerbetreibenden, die vom Militärdienst zurückkehren, die Wiederaufrichtung ihrer Wirtschaft zu ermöglichen.

Nun, wir haben in dieser Beziehung schon bisher Vorkehrungen getroffen und werden sie fortsetzen. Ich möchte nur bemerken, daß die Bildung eines Fonds von 100 Millionen Kronen vielleicht nicht das zweckmäßigste Mittel ist, denn, wenn man diesen Fond von 100 Millionen Kronen bildet, muß man um 100 Millionen Kronen mehr Banknoten ausgeben und ich habe dann doch nur die Zinsen von diesem Fond — wenn ich von einem Fond ausgebe — zur Verfügung und es ist wohl einfacher, die Mittel, die den Zinsen dieses Fond entsprechen, in das Budget einzustellen, als einen solchen Fond zu dotieren.

Ganz unmöglich allerdings und vollständig unannehmbar ist der Antrag, daß der Staat 50 Prozent der Auslagen des übertragenen Wirkungskreises der Gemeinden übernehmen soll. Ich kann in dieser Beziehung auch nicht einmal, ich möchte sagen, eine provisorische Zusicherung erteilen. Es ist unmöglich. Aber ich bemerke, daß das Finanzministerium schon seit längerer Zeit an notleidende Gemeinden auch Vorschüsse auf die

Umlagen erteilt, so daß also die Gemeinden auch da nicht hilflos dastehen.

Ich kann nur wiederholen, meine Herren, daß ohne Schädigung irgendwelcher Interessen die Anträge, die hier gestellt wurden, aus dem Budgetprovisorium eliminiert werden könnten, weil die Ermächtigung zur Bestreitung der unbedingt notwendigen Auslagen in dem Rahmen, wie ich es bereits angedeutet habe, auch im § 1 des Budgetprovisoriums gegeben ist und weil eine abgesonderte Behandlung von sozusagen zwei Budgets, einem großen und dann einem kleinen Budget, mir nicht zweckmäßig erscheint. *(Rufe: Sehr richtig!)*

Ich möchte noch einmal zurückkehren zur Frage der Banknoteninflation. Ich habe als das eine Mittel, dieser Banknoteninflation entgegenzuarbeiten, die Sparsamkeit bezeichnet und möchte das hohe Haus bitten, die Regierung in dieser Richtung zu unterstützen.

Ein weiteres, ich möchte sagen, das zweite Mittel sind Steuern. Es sind einige Vorlagen bereits von der Regierung eingebracht worden, einige werden demnächst eingebracht werden und da habe ich insbesondere hinzuweisen auf die Anregung wegen einer Beteiligung des Staates an einem erhöhten Spirituspreis, der ja eine Erhöhung der Spiritussteuer involviert. Ich möchte das hohe Haus bitten, auch diesen Anträgen der Regierung auf dem Gebiete der Besteuerung ehestens Rechnung tragen zu wollen.

Das dritte Mittel zur Bekämpfung der Banknoteninflation sind die Kriegsanleihen und das ist gegenwärtig, ich möchte sagen, das aktuellste Mittel, denn wir stehen unmittelbar vor der Auflegung der siebenten Kriegsanleihe. Ich möchte bei diesem Anlasse an sämtliche Mitglieder des hohen Hauses die Bitte richten, sich an der Propaganda für die siebente Kriegsanleihe lebhaftest zu beteiligen. *(Lebhafter Beifall.)* Ich glaube sogar, daß in dieser Beziehung eine gewisse Organisation der Mitglieder des hohen Hauses von großem Erfolg sein könnte. Die Mitglieder des hohen Hauses haben ja großen Einfluß in ihren Wählerkreisen auf die Genossenschaften, Gemeindeverwaltungen, Landeskreditinstitute, Sparkassen, insbesondere Sparkassen, die sich im Laufe der sechs Kriegsanleihen mit stets steigendem Erfolg wirklich in dankenswertester Weise beteiligt haben. Ich möchte also die Mitglieder des hohen Hauses bitten, ihre Propagandatätigkeit der siebenten Kriegsanleihe zu widmen. Ich würde mir davon einen sehr großen Erfolg versprechen. *(Abgeordneter Albrecht: Besonders gewisse Kreise, Exzellenz!)* Meine Herren, ich bitte, vielleicht über Stimmungen und Verstimmungen hinweg im Auge zu behalten, daß durch einen großen Erfolg der Kriegsanleihe wirklich unmittelbar jede Einzelwirtschaft gewinnen wird *(Zustimmung)*, und zwar durch die Verringerung des Banknotenumlaufes. Es ist also wirklich im Interesse jedes einzelnen gelegen, daß die Kriegsanleihe einen großen Erfolg hat.

Meine Herren! Die Debatte über das Budgetprovisorium hat sich mehr auf politischem wie auf finanziellem Gebiet bewegt. Es ist ja das Recht des hohen Hauses, die Politik einer scharfen und einschneidenden Kritik zu unterziehen. Mit lebhaftem Bedauern muß aber festgestellt werden, daß im Laufe der Debatte Äußerungen gefallen sind, die von einer uns fremden, vielleicht sogar feindseligen Weltanschauung ausgehen und die von der Regierung auf das entschiedenste zurückgewiesen werden müssen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Meine Herren, wir halten unerschütterlich fest an der Treue zu unseren Verbündeten *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, insbesondere aber zum Deutschen Reiche. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)* Und wenn wir auch unendlich schwer unter den Drangsalen des Krieges leiden, so sind wir doch von dem Bewußtsein durchdrungen, daß wir nur durch tapferes Ausharren unsere und unserer Kinder Zukunft sichern können, nur durch tapferes Ausharren den ersehnten, aber auch ehrenvollen Frieden erreichen können. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Der Minister wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Es ist mir noch ein Zusatzantrag der Abgeordneten Teufel, Hummer und Genossen übergeben worden zum Antrage Teufel, Hummer, Kraus, Pacher, Schreiter, Dr. Bodirsky, Wolf, Lechner, Dr. Michl und Genossen *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

Im § 2, Z. 1, ist nach den Worten: ‚um 50 Prozent' einzufügen: ‚und deren Grundgehalte ebenfalls vom 1. Jänner 1918 angefangen um 25 Prozent . . .'"

Der Antrag ist gehörig gezeichnet und steht in Verhandlung.

Ferner ist mir noch ein Resolutionsantrag des Abgeordneten Dr. Stölzel übergeben worden, welcher lautet *(liest)*:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Gemeinden schon seit einer Reihe von Jahren, ganz besonders aber während der Kriegszeit mit den Arbeiten des übertragenen Wirkungskreises, also rein staatlichen Arbeiten, belastet sind, eine Belastung, welche bei dem Mangel an geeignetem Personal und der Einberufung der meisten Gemeindebeamten gerade jetzt in der Kriegszeit sich am härtesten fühlbar macht, ferner mit Rücksicht

darauf, als durch die jetzige Teuerung die Gemeinden in die Lage kommen müssen, halbwegs geeignete Hilfskräfte sehr hoch zu entlohnen, stellen die Gefertigten den Antrag:

Die Regierung wird aufgefordert, ehestens dem Reichsrate eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, in welcher die Entschädigung der Gemeinden für die Arbeiten im übertragenen Wirkungskreise festgesetzt wird."

Der Antrag ist gehörig gezeichnet und steht in Verhandlung.

Ich erteile das Wort dem nächsten Kontraredner, Herrn Abgeordneten Tomschik.

Abgeordneter **Tomschik:** Meine Herren! Der Herr Finanzminister hat in seiner Rede gegen die Zusatzanträge, die zum Budgetprovisorium gestellt worden sind, polemisiert und der Meinung der Regierung dahin Ausdruck verliehen, es sei eigentlich überflüssig, zum Budgetprovisorium Zusatzanträge zu stellen, die eine Aufbesserung für die Staatsbediensteten bezwecken oder fordern und entsprechende Beträge in das Budgetprovisorium einstellen, da die Regierung durch den § 1 ohnehin ermächtigt sei, diese Auslagen zu machen. Wir Sozialdemokraten glauben aber, daß die Regierung durch den § 1 des Budgetprovisoriums lediglich dazu ermächtigt wird, die laufenden Ausgaben, nicht aber erhöhte Ausgaben zu decken. *(Zustimmung.)* Wenn diese Meinung auch der Herr Berichterstatter Dr. Steinwender vertreten hat, so möchte ich gerade den Herrn Berichterstatter daran erinnern, daß er einer derjenigen Abgeordneten ist, die wiederholt im Budgetausschusse auf das energischeste dagegen Stellung genommen haben, daß die Regierung erhöhte Ausgaben, die nicht im Budget enthalten sind, ohne Bewilligung des Hauses vornimmt. Wir müssen also dagegen Stellung nehmen. Wenn es aber auch so wäre, wer hat denn bisher die Regierung gehindert, diese erhöhten Ausgaben zu machen, wenn sie im Interesse des Personals gelegen sind?

Ich will speziell von den Staatsbahnbediensteten sprechen, um deren verzweifelte Lage es sich besonders handelt, nachdem gerade die Aufbesserungsaktionen, die für das Staatsbahnpersonal unternommen worden sind, am allerdeutlichsten beweisen, wie schleppend und wenig entgegenkommend die Regierung gerade diesem Personale gegenüber vorgegangen ist. Wir haben jetzt das dritte Kriegsjahr hinter uns und was ist an Aufbesserungen für dieses Personal geschehen? Das Personal umfaßt eine große Anzahl und wenn auch die Aufbesserungen in geringfügigem Maße vorgenommen werden, so beträgt natürlich die Gesamtsumme eine große Zahl von Millionen; für den einzelnen aber bedeutet diese Aufbesserung natürlich sehr wenig. Ich will darauf verweisen, daß zum Beispiel im Jahre 1915 erst gegen Schluß des Jahres einigermaßen eine Teuerungsaktion bei den Eisenbahnen durchgeführt wurde, die aber schon damals nicht genügt hat. Erst nach wiederholtem Drängen wurde im Jahre 1916 eine weitere Aufbesserung vorgenommen, die ebenfalls nicht genügte. Erst heuer im Monate Mai ist dann wieder eine Aufbesserung erfolgt und diese Aufbesserungsaktion wurde hier im Parlament fortgesetzt. Wenn wir nun das durchschnittliche Einkommen samt den wiederholten Aufbesserungen, die allerdings gegenüber der herrschenden Teuerung sehr geringfügig waren, in Betracht ziehen, so finden wir, daß das durchschnittliche Einkommen eines Eisenbahnbediensteten, Dieners, Arbeiters und Unterbeamten pro Tag fünf bis sechs Kronen beträgt. Wenn Sie diese geringfügige Summe in Beziehung zu den kolossalen Lebensmittelpreisen setzen, die der Mann bezahlen muß, um seine Familie erhalten zu können, so sehen Sie schon daraus allein, daß diese Aufbesserungsaktion — bei dieser durchschnittlichen Summe von fünf bis sechs Kronen sind die Teuerungszulagen ebenfalls mit inbegriffen — so sehen Sie also daraus, daß diese Aufbesserungsaktion nicht genügt, daß die Leute mit dem, was man ihnen dazu gegeben hat, nicht existieren können.

Zu all dem kommt aber noch, daß das Personal jetzt gerade vor dem Winter ohne Bekleidung und ohne Schuhe ist. Das Eisenbahnministerium ist nicht in der Lage, dem Personal die Uniformen auszufolgen; das Personal ist also nicht in der Lage, sich etwas kaufen zu können. Das Personal soll den schweren Dienst draußen im Freien, auf der Bremse, auf der Lokomotive versehen, hat aber nicht die genügend warme Bekleidung, um auch seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Was hat man aber getan? Man hat den Leuten einfach, als man ihnen diese Uniformen nicht ausfolgen konnte, erklärt, man werde ihnen 80 Prozent des Uniformwertes auszahlen. Was bedeuten aber diese 80 Prozent? Sie sind ein ganz geringfügiger Betrag, der den Leuten gewährt wird, es macht 30 bis 80 K aus, was den Leuten an Uniformpauschale ausgefolgt wurde, weil man nicht in der Lage war, ihnen Uniformen zu geben. Die Leute sind aber ganz außer stande, sich für diese 30 bis 80 K hier Uniformen kaufen zu können, ganz abgesehen davon, daß sie sie gar nicht bekommen. Es ist daher dringend notwendig, daß Vorsorge getroffen wird, daß das Personal mit Uniformen versehen und auch bezüglich der warmen Unterkleidung für das Personal vorgesorgt wird.

Ein trauriges Kapitel ist für die Eisenbahnbediensteten auch die Ernährungsfrage. Wir haben

schon bei Beginn des Krieges das Eisenbahnministerium aufmerksam gemacht, daß es dringend notwendig ist, Vorsorge zu treffen, daß eine Organisation geschaffen und ausgebaut wird, die dem Personal billigere Lebensmittel zur Verfügung stellt. Das wäre natürlich die beste Unterstützung, die man dem Personal angedeihen lassen könnte, wenn man ihm die Aufbesserungen in der Form von billigeren Lebensmitteln geben würde. Aber diese unsere Forderung, daß diese Organisation ausgebaut werden soll, ist sehr spät berücksichtigt worden, und als man sie berücksichtigt hat, hat man sie nicht mit dem nötigen Ernst und Eifer betrieben, so daß diese Organisation heute noch nicht durchgeführt ist. Es ist zwar in jüngster Zeit versprochen worden, daß das Eisenbahnpersonal genau so berücksichtigt und in bevorzugter Weise mit Lebensmitteln beteilt werden soll wie die Munitionsarbeiter. Dieses Versprechen wurde allerdings gegeben, aber die Durchführung läßt sehr viel zu wünschen übrig.

Dabei möchte ich noch auf eines verweisen: Es sind ja wiederholt im vorigen und in diesem Jahre Ausstände vorgekommen, es wurde in den Werkstätten die Arbeit, in den Stationen der Betrieb eingestellt, weil die Leute einfach nicht existieren konnten. Da die Leute Hunger hatten, aber keine Lebensmittel, wurde einfach die Arbeit und der Verkehr eingestellt. Die Folge davon war, daß dann einzelne Abhilfen erfolgten, aber eben immer erst, bis eine solche Arbeitseinstellung eingetreten war. Man hat also nicht früher vorgesorgt, bevor die Empörung so weit angewachsen war und solche Einstellungen vorgekommen sind, sondern erst bis die Empörung am größten war, bis die Leute gerade infolge dieser Empörung die Arbeit und den Verkehr eingestellt hatten; erst dann ist man daran gegangen, etwas Vorsorge zu treffen. Dann aber hat man sich darüber beklagt, daß das Personal aufgehetzt werde usw. Ich muß da besonders erklären, daß, was diese Hetzereien anbelangt, gerade das Eisenbahnministerium und das Ernährungsamt Schuld daran tragen, weil, wenn auf der anderen Seite die Vertrauensmänner der Organisation den Leuten erklärt und auseinandergesetzt haben, daß nicht so viele Lebensmittel vorhanden sind, daß ihre Wünsche befriedigt werden könnten, dann, wenn die Leute die Arbeit eingestellt hatten, nachdem man vorher den Vertrauensmännern versichert hatte, daß es unmöglich ist, die Versorgung in der Weise durchzuführen, auf einmal die Lebensmittel vorhanden waren. Die natürliche Folge davon war, daß selbstverständlich die Leute sich sagen mußten, sie können nur dadurch, daß sie die Arbeit einstellen, eine Verbesserung ihrer Lebensmittelversorgung erreichen.

Wir müssen daher verlangen, daß das Eisenbahnministerium in der Ernährungsfrage endlich mehr tut als bisher geschehen ist, daß die Organisation ausgebaut wird und daß vor allem anderen die Durchführung dieser Organisation nicht von einem Herrn im Nebenamte besorgt wird, sondern daß jemand bestimmt wird, der das als Hauptamt und mit vollem Eifer und Energie gewissenhaft durchzuführen hat. Man muß dieser Frage genügende Aufmerksamkeit schenken, wenn nicht eine Verkehrseinstellung die Folge sein soll.

Das Eisenbahnpersonal ist auch in anderer Hinsicht geschädigt, und zwar gerade das Personal, das schon länger dient. Es wurden jetzt nämlich infolge der bestehenden Schwierigkeiten, da man eine größere Anzahl von Eisenbahnern hat einrücken lassen, Frauen in den Dienst gestellt. Diese Frauen konnten natürlich zu den schwereren Dienstverrichtungen nicht verwendet werden, sie wurden daher auf solche Posten gestellt, welche bisher dasjenige Personal innehatte, welches schon eine längere Dienstzeit hinter sich hat, zum Beispiel beim Revisionsdienst der Personenzüge usw. Das Personal wurde also von diesem leichteren Dienst, der ein besseres Vorwärtskommen bedeutet hat, abgezogen und wieder bei den Lastzügen verwendet, während die Frauen im Personenzugsdienst usw. verwendet werden. Wir glauben, daß da eine Einschränkung schon erfolgen könnte, denn einerseits sind die Frauen für diesen Dienst nicht geeignet und andrerseits ist der Dienst mit sehr vielen Gefahren für sie verbunden; in letzter Zeit hat man auch versucht, die Frauen bei den Lastzügen zu verwenden, und es sind wiederholt Unglücksfälle vorgekommen. Wir wollen das Eisenbahnministerium besonders darauf aufmerksam machen, daß eine Einschränkung der Heranziehung von Frauen notwendig ist, um das übrige Personal nicht zu schädigen.

Ferner gelten bei Exponierungen und Entlohnungen noch die alten Diäten- und Zehrgeldersätze, so daß heute ein Bediensteter, der irgendwohin exponiert wird, zwei Kronen täglich, höchstens drei bis vier Kronen täglich erhält. Das ist natürlich vollständig ungenügend und der Mann kann damit nicht leben. Es muß also auch hinsichtlich der Zehrgelder und Diäten eine Erhöhung für das niedere Personal eintreten.

Man sollte glauben, daß gerade diese traurigen Verhältnisse der Eisenbahnbediensteten das Eisenbahnministerium hätten veranlassen müssen, die Lage des Personals zu verbessern; leider müssen wir aber konstatieren, daß nicht viel Verbesserungen, sondern vielmehr Verschlechterungen durchgeführt worden sind. Es wurde zum Beispiel eine Verlängerung der Wartefristen für die Intimierung und Stabilisierung der Arbeiter und für die Ernennung der Diener zu Unterbeamten vorgenommen. Gerade in einer Zeit, wo das Personal ohnehin

mit einer Verkürzung seines Lebens zu rechnen hat, ist man daran gegangen, das, was seinerzeit zugestanden wurde, daß nämlich nach zweijähriger Dienstzeit unter gewissen Garantien, wenn die Prüfung bestanden wird usw. das Definitivum eintritt, zu beseitigen, und hat die Wartefrist auf 10, ja sogar auf 15 Jahre verlängert, so daß der Mann erst nach 10 Jahren definitiv wird. Abgesehen von der Nichternennung der Unterbeamten zu Beamten und der Diener zu Unterbeamten hat eine Verschlechterung der Dienstturnusse stattgefunden. Obwohl die Ernährungsverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig lassen, hat man die Dienstturnusse verlängert, die Arbeitszeit im Verkehr ausgedehnt, was absolut unzulässig ist. Außerdem hat man eine fünfjährige Kündigungsklausel eingeführt. Bis jetzt hat man immer darauf verwiesen, wenn das Staatsbahnpersonal Aufbesserungen verlangte, daß für das Eisenbahnpersonal verschiedene Benefizien bestehen, die für die übrigen Arbeiter nicht existieren, und daß es ein besonderer Vorteil ist, daß, wenn der Mann definitiv wird, er nicht mehr entlassen werden kann.

Jetzt ist man aber hergegangen und hat eine fünfjährige Kündigungsklausel eingeführt, das heißt, wenn auch der Mann definitiv ernannt ist, kann immer noch sein Definitivum in einem Zeitraum von fünf Jahren rückgängig gemacht und er kann von seinem Dienste abgezogen werden. Zuerst zehn Jahre Provisorium, wo man schon wissen mußte, ob der Mann für seinen Dienst tauglich ist, um definitiv ernannt zu werden, und jetzt noch eine fünfjährige Kündigungsklausel. Wir fürchten sehr, daß das weniger darauf hinausgeht, daß der Mann wegen Unfähigkeit vom Dienste abgezogen werden kann, sondern daß, wenn er irgendwie seine freie Meinungsäußerung benützt, man dann auch die Möglichkeit hat, den Mann einfach abzuziehen und ihn seines Definitivums verlustig zu machen. Wenn man aber schon eine fünfjährige Kündigungsklausel eingeführt hat, so hätte man um so mehr die Wartefristen verkürzen sollen; wenn man die Möglichkeit hat, das Definitivum rückgängig zu machen, dann sollte man im Gegensatze dazu die Möglichkeit schaffen, daß der Mann früher definitiv wird; wenn man sich auf der anderen Seite gesichert hat, daß falls der Mann seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, man ihn wieder vom Definitivum abziehen kann, so hätte man auch eine Verkürzung der Wartefristen vornehmen sollen.

Was die Teuerungsaktionen beim Eisenbahnpersonal anbelangt, so ist man da nicht in gehöriger Weise vorgegangen. Wenn man sich darüber beklagt, daß die Erregung unter dem Eisenbahnpersonal immer mehr zunimmt, dann darf man nicht von der Ansicht ausgehen, daß man diese Erregung mit der Militarisierung des Eisenbahnpersonals unterdrücken kann. Was notwendig ist, das ist vor allem andern, daß man dem Personal seine gerechten Forderungen und Wünsche erfüllt, und darum haben wir Sozialdemokraten im Budgetausschusse den Antrag eingebracht, daß ein Betrag von 100 Millionen zur Aufbesserung des Staatsbahnpersonals verwendet wird. Wir haben diese Summe deshalb beantragt, damit das Eisenbahnministerium die Möglichkeit hat, durch einen einmaligen Betrag dem Eisenbahnpersonal in geeigneter Weise entgegen zukommen und eine Reihe von dringenden Forderungen des Personals erfüllen zu können. Es ist das unbedingt notwendig, und wir haben daher den Antrag eingebracht, damit die Regierung aufmerksam gemacht wird, daß da einzugreifen ist und man nicht so lange wartet, bis eine Verkehrseinstellung erfolgt ist. Wenn diese Aktion verschleppt wird, dann ist unbedingt damit zu rechnen, daß die Erregung des Personals in einer Weise zunimmt, daß es uns einfach unmöglich ist die Leute vor Schritten zurückzuhalten, die gewiß nicht im Interesse der Allgemeinheit liegen, aber auch auf der anderen Seite es nicht zu verhindern wäre, weil das Personal ohne Lebensmittel und ohne Geld nicht existieren und seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Es genügt nicht, daß vom Armeeoberkommando und von verschiedenen Seiten dem Eisenbahnpersonal immer Belobungen ausgesprochen werden, daß solche Belobungen auch von höchster Stelle dem Eisenbahnpersonal zur Kenntnis gebracht werden. Das Beste, was man tun kann, um die strenge Diensterfüllung des Eisenbahnpersonals zu würdigen, ist vor allem, daß man seine gerechten Forderungen erfüllt und ihm in angemessener Weise entgegenkommt. Vor allem ist notwendig eine einmalige sofortige Aushilfe, ferner die restlose Durchführung der der Regierung im Mai überreichten Forderungen und Vorsorge in der Ernährungsfrage, weil es sonst dem Personal nicht möglich ist, mit der 50prozentigen Erhöhung der Teuerungszulage, die der Abgeordnete Hummer beantragt hat, das Auslangen zu finden. Wenn man in der Ernährungsfrage nicht entsprechende Vorsorgen trifft, müßte eine 100prozentige Erhöhung der Teuerungszulage beansprucht werden.

Wir haben den Antrag eingebracht, um rasche Abhilfe zu schaffen, ohne aber dem Staatsangestelltenausschuß vorzugreifen, wenn in irgendeiner Weise Vereinbarungen über die Teuerungsaktion im Interesse des gesamten Staatsbedienstetenpersonals getroffen werden. Vor allem handelt es sich, wie gesagt, um rasche Hilfe und wir ersuchen daher unseren Antrag auf Bewilligung von 100 Millionen Kronen zur Aufbesserung der Lage der Staatsbahnbediensteten anzunehmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Tusar:** Ich erteile dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Wichtl das Wort.

Abgeordneter Dr. **Wichtl:** Hohes Haus! Ich möchte von der alten Gepflogenheit, in der Budgetdebatte lediglich über politische Dinge zu sprechen, abweichen und damit auch dem Wunsche des Herrn Finanzministers, wir mögen uns mehr mit dem Budget selbst beschäftigen, nachkommen. Selbstverständlich kann ich in der kurz bemessenen Zeit nur einige wenige Dinge vorbringen und auch das nur in flüchtigen Umrissen.

Ich will gleich in medias res eintreten und mich zuvörderst mit dem Landesverteidigungsministerium beschäftigen. Die Summe der in das Budget eingestellten Unterhaltsbeiträge beträgt 3430 Millionen. Wir wünschen zunächst zu erfahren, wie die Unterhaltsbeiträge verteilt werden. Eine so ungeheure Summe einfach in das Budget einzustellen, über ihre Verwendungsart aber nichts Näheres mitzuteilen, erscheint mir denn doch nicht der richtige Weg. Wir müßten doch wenigstens wissen, wie sich diese Summe auf die einzelnen Kronländer, vielleicht sogar auf die politischen Bezirke verteilt, wir möchten aber überdies erfahren, ob diese Unterhaltsbeiträge auch den Familiengenossen jener zugänglich sind, die sich als Militärpersonen freiwillig in die Kriegsgefangenschaft begeben haben.

Ferner ist es bei dieser Gelegenheit auch am Platze, über gewisse Ungerechtigkeiten bei der Beteilung zu sprechen. Es gibt politische Bezirke, die vollständig klaglos vorgehen, und es gibt andere politische Behörden, bei denen man aus den Klagen und Beschwerden überhaupt nicht herauskommt; beispielsweise die Bezirkshauptmannschaft Kaplitz, wo eine sehr berechtigte und weitgehende Mißstimmung gegen die dort bestehende Unterhaltsbezirkskommission besteht.

Weil ich schon beim Landesverteidigungsministerium bin, möchte ich auch ein Wort über die Enthebungen sagen. Wir beanstanden hauptsächlich, daß die Enthebungen nicht rechtzeitig durchgeführt und daß die Gesuche oft erst erledigt werden, wenn der Termin bereits längst vorüber ist. *(Abgeordneter Dr. Roller: Die Erledigungen werden nicht zugestellt!)* Die Enthebungen werden oft auch deswegen illusorisch, weil der Betreffende sie gar nicht zugestellt erhält, und wenn schon das alles klappen sollte, dann erklärt der betreffende Kommandant: Den Mann lasse ich nicht weg! Und so kommt es vor, daß Enthebungen, die rechtsgültig vom Ministerium selbst angeordnet worden sind, in der Praxis überhaupt nicht durchgeführt werden. Das sind Zustände, die wirklich nicht vorkommen sollten, und ich bitte den anwesenden Herrn Landesverteidigungsminister dringendst, da Abhilfe zu schaffen.

Endlich möchte ich noch erwähnen, daß auch sehr viele ganz und gar unentbehrliche Funktionäre zu Diensten herangezogen werden, für die sie überdies gar nicht geeignet sind. Um einen Fall statt vieler Beispiele zu bringen, erwähne ich den des Karl Heyer, des Wasserwerkmeisters in Winterberg. Er ist bloß zu Hilfsdiensten qualifiziert und der einzige Spengler in Winterberg — zwei andere sind bereits gefallen —, er wird einfach zu landwirtschaftlichen Hilfsdiensten verwendet! Alle Klagen der Gemeinde Winterberg nützen nichts, ich habe mich wiederholt mit Beschwerden an das Landesverteidigungsministerium gewendet, leider erfolglos. Nun ist jüngsthin abermals ein Gebrechen an der Wasserleitung in Winterberg vorgekommen und die Stadt ist seit acht Tagen ohne Wasser, weil sich dort niemand mit der Wasserleitung auskennt und damit umgehen kann.

Ich will nun zum Ackerbauministerium übergehen. Wäre dort in Kriegszeiten der geeignete Mann an der Spitze gestanden, dann würde heute vielleicht vieles in Österreich besser aussehen. Aber das Ackerbauministerium hat sich eben allzu konservativ benommen, andere sagen, der an der Spitze stehende Funktionär habe sich geradezu passiv verhalten. Sehen wir uns einmal einige Posten an.

Für die direkte Förderung der Land- und Forstwirtschaft wird im Jahre 1917/18 eine Post von 4,595.000 K eingestellt. Das ist etwas mehr als im Vorjahre. Im Jahre 1913 hingegen betrug die Summe noch 6,355.000 K! Wenn wir uns nun vor Augen halten, daß der Futterbau jetzt nur mit 454.000 K, im Jahre 1913 dagegen mit 504.000 K unterstützt wurde, so fragen wir uns, warum nicht gerade im Kriege eine Erhöhung des Beitrages stattgefunden hat; jetzt wäre sie mehr am Platze als in Friedenszeiten.

Genau dasselbe gilt vom Molkereiwesen. Für dieses war im Jahre 1913 eine Post von 390.000 K eingesetzt, heute finden wir eine Post von bloß 250.000 K, und es ist für jeden klar, daß das Molkereiwesen gerade jetzt im Kriege mächtig hätte gefördert werden sollen. Dasselbe gilt für den Flachsbau, für den jetzt nur 100.000 K eingesetzt sind, in Friedenszeiten dagegen waren es 240.000 K.

Alles das wäre anders, wenn man am richtigen Ort zur richtigen Zeit die rechte Einsicht gehabt hätte.

Dagegen wird für Aufforstungen, die jetzt zumindest einigermaßen überflüssig sind, ein Betrag von 860.000 K ins Budget eingestellt, in Friedenszeiten aber waren es bloß 800.000 K. Das sind Dinge, die meines Erachtens auch bis nach Ablauf des Krieges warten könnten.

Vom Staatsbeitrag zur Förderung der Viehzucht und Viehverwertung, vom sogenannten „Serbenfonds", der seit 1909 jährlich mit 6,050.000 K eingesetzt ist, wurde — wie ich gehört habe — während des Krieges überhaupt kein Gebrauch gemacht. Jetzt stellen Sie sich einmal vor, wenn das Ackerbauministerium, wie es seine Pflicht gewesen wäre, die ganze Viehverwertung selbst in die Hand genommen und sie nicht den gewissen Zentralstellen überlassen hätte! Wie weit wären wir da gekommen, wo stünden wir heute und wo stehen wir jetzt!

Das Gesamterfordernis des Ackerbauministeriums — mit Ausschluß der Staatsforste und Domänen — beträgt 47,853.000 K, die Gesamteinnahmen dagegen betragen bloß 3,462.000 K. Auch das ist ein Rückschritt. Allerdings wird er durch den Ausfall im Pferdezuchtwesen erklärt.

Es gibt Leute, die dem gewesenen Ackerbauminister Dr. Freiherrn v. Zenker den Vorwurf machen, daß er während des Krieges nichts getan habe, um die Leistungsfähigkeit des Ministeriums entsprechend zu heben.

Ja, man kann ruhig sagen, er hat das Ministerium heruntergebracht.

Schauen wir uns einmal das Erträgnis und die Ausgaben für die Staatsforste und -domänen an. Als Ausgaben für das Jahr 1917/18 sind 18,500.000 K, als Einnahmen 29,942.000 K ausgewiesen. Wenn man den großen Mehrertrag berücksichtigt, der sich aus der Holzverwertung, aus der Rinde- und Harznutzung, ferner an zu gewärtigenden höheren Pachtzinsen, dann infolge des intensiveren Betriebes der staatlichen Sägewerke und schließlich vermöge der Preissteigerung für Schnittmaterial ergeben muß, dann ist der Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr ein geradezu kläglicher; er könnte bedeutend gesteigert werden. Überhaupt liefern unsere Staatsforste und -domänen ein äußerst schwaches Erträgnis; dabei sind sie von einem ungeheuren Umfang. Unsere Staatsforste und -domänen umfassen laut Bericht vom Jahre 1912 nicht weniger als 786.000 Hektar produktiven Grund und Bodens, wozu noch 388.000 Hektar unproduktiven Bodens hinzukommen. Der Ertrag des produktiven Bodens schwankt pro Hektar auf der unglaublichen Höhe von — 4 bis 8 K.

An Brennholz wurde im Jahre 1912 1,061.000 Raummeter erzeugt, ungefähr ebenso viel wurde verkauft. Warum ist im Kriege nicht das Dreifache geschlägert worden? Daß Mangel an Arbeitskräften daran schuld sei, dieser Grund kommt für das Ackerbauministerium nicht in Betracht, denn das Ackerbauministerium ist wie kein Privater in der Lage, sich in den Kriegsgefangenen Arbeitskräfte zu verschaffen. Auch der Waggonmangel spielt für den Ackerbauminister keine Rolle. Man kann also ruhig behaupten, daß der Vorwurf, der frühere tschechische Ackerbauminister habe passive Resistenz geübt, vollständig richtig und begründet ist. Wenn Sie den Standpunkt des Volkes bedenken, dem er angehört, das heute noch den Grundsatz vertritt: „Uns geht der Krieg nichts an, wir haben den Krieg nicht angefangen, Kaiser Franz Joseph, der ihn angefangen hat, soll ihn ohne uns auch zu Ende führen", dann wird manches im Ackerbauministerium erklärlich, was sonst nicht verständlich wäre.

Eine einzige Post möchte ich beim Ackerbauministerium noch anführen, die ebenfalls sehr merkwürdig wirkt. Da finden Sie auf Seite 23 die Post 27. An „Regie- und Erhaltungskosten für staatliche Entsumpfungsangelegenheiten Aquileja" werden 3000 K beansprucht. Nun befindet sich aber Aquileja bereits seit zwei Jahren in den Händen des Feindes! Ich glaube, daß man die „Entsumpfung" vielleicht besser wo anders vornehmen sollte! *(Heiterkeit.)*

Ein dem Geiste nach verwandtes Ministerium ist das Arbeitsministerium. Auch da möchte ich mit einigen Strichen die gegenwärtige Situation klarlegen. Für außerordentliche Straßenbauten sind im Budget, 15. Heft, Nr. 4, 4,200.000 K eingesetzt. Fast die Hälfte, nämlich 1,942.000 K, soll nun für Böhmen verwendet werden. Auf das deutsche Gebiet entfällt dabei nachweislich bloß ein Staatsbeitrag in der Höhe von 42.000 K. *(Hört! Hört!)* Dagegen entfallen 1,900.000 K „auf nicht näher genannte Gebiete." Als Zweck dieser Straßenbauten wird ganz offen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angegeben, und zwar wird das bei Straßen- und Brückenbauten in der Höhe von 1,750.000 K zugegeben. Der Staat wird dadurch doppelt geschädigt. Einerseits finanziell, weil diese Arbeiten auch aufgeschoben hätten werden können, und zweitens in seiner Wehrmacht, weil zahllose Arbeiter zu diesem Zweck enthoben werden müssen. Die Sache ist, kurz gesagt, so: Wir verteidigen den Staat und die Tschechen arbeiten gegenwärtig am Ausbau ihres eigenen Staates. *(Abgeordneter Heine: Mit dem freien Zugang zum Meer!)* Gewiß.

Für Flußregulierungsarbeiten und außerordentliche Wasserbauten werden Staatsgelder in der Höhe von 8,227.000 K verlangt. Davon entfallen auf Böhmen 2,172.000 K. Diese Bauten liegen aber größtenteils im tschechischem Gebiet, auf deutsche Gebiete entfallen nur etwa 100.000 K. Die meisten Bauten wurden auch hier als Notstandsarbeiten in Angriff genommen — also offenbar gleich zu Kriegsbeginn —, nämlich Bauten für 1,460.000 K. Der Grundsatz ist eben der: Man holt im letzten Augenblick aus dem Staat heraus, was man herausholen kann, bevor er von den Tschechen in Verbindung mit der Entente zertrümmert werden soll.

Ich gehe zu einem anderen Ministerium über, dem Finanzministerium. Es haben zahlreiche Steuer-

höhungen stattgefunden und die Zuschläge liefern ganz nennenswertes Erträgnis. Die direkten euern allein machen jetzt zusammen rund eine illiarde aus. Wir sind damit einverstanden, wenn Grundsteuer einen Zuschlag erleiden mußte, der Erträgnis auf nahezu das Doppelte erhöht. ir sind damit einverstanden, wenn die Erwerb=uer von 33 Millionen auf 60 Millionen Kronen rägnis erhöht worden ist, aber wir sind nicht verstanden damit, daß die Erwerbsteuer der zur entlichen Rechnungslegung verpflichteten Unter=hmungen einen weitaus geringeren Zuschlag er=den soll. Wir sind auch damit einverstanden, daß Rentensteuer um das doppelte erhöht wurde, gleichen damit, daß die Tantiemenabgabe das ppelte Erträgnis liefern soll, wir sind aber nicht mit einverstanden, daß die Kriegsgewinnsteuer ß das lächerlich geringe Erträgnis von 300 illionen Kronen liefern soll, wo wir ganz genau ssen, daß einzelne Unternehmer allein viele nzende von Millionen Reingewinn im Jahre aus=vieſen haben. *(Zwischenrufe.)*

Ich gehe zu den Stempeln, Taxen und Ge=hren über. Die Einnahmen aus Stempeln sind n 59 Millionen im Jahre 1912 auf 80 Millionen jetzigen Budget angewachsen. Zu dem Erträgnis Stempel gehört aber auch der Ertrag der fektenumsatzsteuer und dieser Ertrag wird im genwärtigen Budget mit 1,200.000 K aus=vieſen, allerdings nach dem geltenden Recht. Der rr Finanzminister war so liebenswürdig und te uns eine Novelle auf den Tisch, betreffend Erhöhung der Effektenumsatzsteuer; diese Novelle n unseren Beifall aber nicht finden, weil vor em der Steuersatz ein viel zu geringer ist. Alles, s ich diesbezüglich ausführen will, muß ich mir die Verhandlung dieses Gegenstandes vorbe=lten. Bereits jetzt aber möchte ich darauf ver=isen, daß uns das Deutsche Reich bezüglich der fektenumsatzsteuer, die dort Börsensteuer genannt rd, ganz bedeutend überlegen ist. Während dort Börsensteuer samt allem, was damit zusammen=ngt, schon im Jahre 1902 79 Millionen Mark sgemacht hat, trägt sie bei uns die lächerliche rchschnittssumme von 2 Millionen Kronen. Man ut sich nicht, dem Großkapital einmal grimmig Zähne zu zeigen, was das einzig Richtige wäre. ch die Gebühren von Vermögensübertragungen ter Lebenden sind gewaltig gesunken. Es ist mir fach unverständlich, daß hier der Ertrag von Millionen Kronen vor dem Kriege, nämlich im hre 1913, auf 46 Millionen Kronen während s Krieges gesunken ist, wo doch so viele Besitz=änderungen vorkommen. Die Gebühren von Ver=gensübertragungen von Todeswegen allerdings d gewaltig gestiegen; sie betrugen im Jahre 1913 Millionen und machen jetzt im Budget 1917/18 im ganzen 73 Millionen Kronen aus. Trotzdem wäre auch aus dieser Post ein bedeutend höheres Erträgnis herauszuschlagen.

Wenn der Herr Finanzminister geneigt ist, auf Neuerungen einzugehen, würde ich eine Plakatsteuer empfehlen, wie sie beispielsweise in Italien und Belgien besteht. Auch möchte ich empfehlen, den Zeitungsstempel wieder einzuführen, aber nur bei solchen Zeitungen, die über eine gewisse Höhe der Auflage verfügen; auch das wäre sehr verdienstvoll.

Und wenn der Herr Finanzminister die Güte hat, mir zu folgen, so möchte ich ihm auch eine Steuer ans Herz legen, die geeignet wäre, eine außerordentlich große Summe abzuwerfen, ja, die ein Erträgnis abwerfen würde, das geradezu ins Unermeßliche steigen könnte. Ich meine nämlich eine Reichsdummheitssteuer. Wenn man jegliche Dummheit entsprechend besteuern wollte, dann wäre unser Budget nicht mehr passiv, sondern aktiv. Wenn zum Beispiel jemand glaubt, daß alles, was in der „Neuen Freien Presse" geschrieben steht, buchstäblich wahr sein muß, so zahlt er die Dummheitssteuer. Wer der Meinung ist, daß Wilson ein Friedensengel ist, der zahlt die Dummheitssteuer; wer der Anschauung ist, daß Amerika das Land der Freiheit und der wahren Demokratie ist, zahlt einfach die Dummheitssteuer; wer glaubt, daß die Tschechen in Amerika ein größeres Maß von Freiheiten genießen als bei uns, der zahlt die Dummheitssteuer; wer der Ansicht ist, daß die Sozialdemokraten ernstlich und ehrlich das Großkapital bekämpfen, zahlt selbstverständlich auch die Dummheitssteuer *(Sehr gut!)*; wer in den Zentralstellen eine Wohltätigkeitsanstalt vermutet, zahlt natürlich die Dummheitssteuer und wer glaubt, daß Dr. Kranz jetzt, weil er freigesprochen ist, kein Kriegsverdiener ist, zahlt erst recht die Dummheitssteuer. Wer glaubt, daß die Israeliten in den Schützengräben ebenso zahlreich vertreten sind wie in den Zentralstellen, zahlt die Dummheitssteuer *(Lebhafter Beifall)*; wer glaubt, daß die Galizianer ihre Heimat, wenn man sie dort ruhig belassen hätte, mit derselben Tapferkeit, Hartnäckigkeit und Zähigkeit verteidigt hätten, wie etwa unsere Tirolerhelden, der zahlt die dreifache Dummheitssteuer.

Mit der Dummheitssteuer Hand in Hand müßte auch eine andere Steuer gehen, nämlich die Frechheitssteuer. Auch diese Steuer würde, wenn man die Zeitungen entsprechend heranziehen würde, ein sehr hohes Erträgnis abwerfen. Auch noch eine andere Steuernovelle müßte man einbringen, nämlich die Lügensteuer. Gerade diese Steuer würde in unserer jetzigen Zeit, wo alles, was schwarz ist, weiß und alles, was weiß ist, schwarz gemacht wird, zweifellos ein ungeheures Erträgnis abwerfen.

Verehrte Herren! Ich hätte noch sehr viel zu sagen, die Zeit aber drängt zum Schlusse. Hoffen Sie von da drüben *(auf die Rechte weisend)* nur ja nicht auf die Uneinigkeit der Deutschen. Wenn einige mehr oder weniger redliche Elemente, die vermöge ihrer ganzen Weltanschauung nicht in den Nationalverband hinein paßten, nunmehr genötigt sind, draußen zu stehen, so ist das ein Reinigungs-, ein Gesundungsprozeß. Hoffen Sie ja nicht, aus dem Zerfalle des Nationalverbandes Kapital schlagen zu können. Die nationalbewußten Deutschen der Sudeten- und der Alpenländer gehören zusammen und werden dem ihnen aufgedrungenen Abwehrkampfe gegen maßlose Überhebungssucht der Slawen mit vereinten Kräften zu begegnen wissen.

Was die Kollegen Marckhl, Graf Barbo und andere Herren bezüglich der Südslawen hier vorgebracht haben, unterschreiben wir sudetenländische Abgeordneten deutschen Geblütes Wort für Wort.

Und nun will ich zum Schlusse eilen. Sie wollen Friedenskundgebungen veranstalten. Schön; wir wissen sehr gut, daß ein großer Teil des italienischen Volkes kriegsmüde ist. Sie sollen ihre Staatsmänner veranlassen, ihre unsinnige Forderung auf Triest, das seit mehr als 500 Jahren, seit 1382 bei Österreich ist, endlich einmal aufzugeben — und der Friede ist da. Wir wissen, daß auch die Engländer zum großen Teil des Krieges überdrüssig sind. Sie sollen Lloyd George stürzen und einen friedliebenden, einsichtsvollen, sanften Mann, wie beispielsweise unser Herr Ministerpräsident ist *(Heiterkeit)*, an die Spitze ihrer Regierung berufen und der Friede ist da. Umgekehrt hätten wir auch längst schon Frieden, wenn an der Spitze des österreichischen Staates ein Mann von derselben Willensenergie stünde wie etwa Lloyd George, denn jetzt kommt alles in erster Linie auf den Willen an, und nicht so sehr auf Kenntnisse und Fähigkeiten.

Wir wissen auch, daß die Russen zum allergrößten Teile den Frieden und geordnete Zustände herbeisehnen. Sie sollen dem Kerenski, der früher, glaube ich, Goldfarb hieß, den Laufpaß geben und der Friede ist da. Nicht anders steht es in Frankreich. Ribot ist gegangen; wenn Poincaré seinem guten Beispiele folgt und ein Mann von ehrlichstem Friedenswillen, wie es etwa der Sozialistenführer Jean Jaurés gewesen ist, die Regierung übernehmen wird, ist der Friede da. Solange aber diese Vorbedingungen nicht gegeben sind, ist es müßig, ja zweckwidrig, hier bei uns, wo der Friedenswille von maßgebendster Seite nicht einmal, sondern wiederholt klar und deutlich ausgesprochen wurde, Friedenskundgebungen zu veranstalten — zweckwidrig deshalb, weil unsere Feinde, durch eine bestechliche und käufliche Presse immer aufs neue aufgehetzt, darin erfahrungsgemäß nur Äußerungen der Schwäche und des nahen Zusammenbruches zu erblicken geneigt sind. Das hat niemand geringerer als Vater Hindenburg, der ja vom Kriegführen — das werden auch Sie zugeben müssen — denn doch etwas versteht, mindestens soviel wie die sozialdemokratischen Führer, schon im Jänner 1917 mit folgenden treffenden Worten gesagt *(liest)*:

„Es ist ein grundlegender Irrtum zu glauben, daß die erkennbare Bereitschaft zum Frieden, den Frieden schneller herbeiführen würde. Das gerade Gegenteil ist der Fall. Aus den Friedenswünschen zieht der Feind lediglich den Schluß, daß wir nicht mehr können, daß wir den Frieden unbedingt haben müssen. Daraus zieht er seine Folgerung, nun erst recht nicht eher Frieden zu schließen, bis wir unterlegen sind. Diese Auffassung muß den Krieg unnütz verlängern und die Verantwortung für die dadurch verursachten Opfer trifft diejenigen, die dem Feinde die Veranlassung dazu geboten haben." *(Sehr richtig!)*

Und der Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern hat es erst dieser Tage wiederholt *(liest)*:

„Wenn wir einen Frieden schließen, den uns unsere Feinde diktieren, dann werden wir ruiniert, dann wären die Entbehrungen, die das deutsche Volk in den drei Kriegsjahren schon durchgemacht hat, nichts im Vergleiche zu den Opfern, die uns die Feinde aufladen würden. Gott bewahre uns vor einem solchen Frieden! Also bleibt uns um unserer selbst und um unserer Zukunft willen nichts anderes übrig als uns den Frieden zu erkämpfen."

Sie wollen den Frieden; den wollen wir auch; aber Sie wollen eine große Kundgebung des Friedenswillens hier im Parlamente. Die wollen wir nicht, denn unsere Vernunft sagt uns, daß sie den Krieg nur neuerdings um Monate verlängern würde. Wir würden damit einem Advokaten gleichen, der für seinen Klienten, dessen Sache gerecht ist und gut steht, um jeden Preis einen Ausgleich schließen möchte und dies dem Prozeßgegner jeden Tag aufs neue in die Ohren schreit. Fragen Sie Ihre Parteiadvokaten, ob ein solches Vorgehen der guten Sache des eigenen Klienten nützen oder schaden würde. Die Antwort darauf kann wohl nicht zweifelhaft sein. Oder: Wir würden einen schwer verschuldeten, mit aller Welt in Feindschaft lebenden Hausbesitzer gleichen, der es jedem offen ins Gesicht sagt, daß er sein Haus verkaufen müsse. Seine Feinde, die es gerne kaufen würden, werden bei solcher Sachlage zweifellos lieber auf die bald zu erwartende Zwangsversteigerung warten.

Ist Ihr Handeln also vernünftig? Ist es zweckmäßig? Ist es geeignet, den Krieg auch nur um einen Tag abzukürzen? Nein! *(Sehr richtig!)*

Hindenburg und Mackensen, Prinz Leopold von Bayern, aber auch unsere eigenen großen Heer-

führer stehen insgesamt auf dem Standpunkte, daß jede weitere Friedenskundgebung seitens der Mittelmächte durchaus verfehlt ist und den Krieg unbedingt verlängern muß. Der Frieden wird erst dann kommen, wenn England zur Überzeugung gelangt, daß es den Krieg nicht gewinnen kann. Und das wird sehr bald geschehen. Schon mehren sich die Stimmen in England, die auf die furchtbare Gefahr des U-Bootkrieges immer aufs neue verweisen. Schon hat England in den letzten acht Monaten 5,975.000 Bruttoregistertonnen zu beklagen; mittlerweile dürfte eine neue halbe Million hinzugekommen sein und es läßt sich der Zusammenbruch Englands aus diesem Grunde nahezu auf den Tag genau vorausberechnen.

Wollen Sie uns jetzt, wo alle Hoffnungen unserer Feinde auf die russische Dampfwalze, auf die Aushungerung, auf den finanziellen Zusammenbruch sich als trügerisch erwiesen haben, wollen Sie uns jetzt in den Rücken fallen? Wollen Sie die Geschäfte unserer Feinde hier besorgen? *(Sehr richtig!)* Das ist doch wohl kaum anzunehmen. Die Verantwortung wäre für Sie eine ungeheure und es würde sich auch für Sie, als Partei betrachtet — ich spreche da insbesondere zu den Herren Sozialdemokraten deutscher Zunge — furchtbar schwer rächen. Wir, die wir den Frieden ehrlich und ernstlich wollen, halten uns lieber an Hindenburg, den Nationalheros aller Deutschen. Hindenburg aber sagt uns, daß wir nicht besiegt werden können und getrost die Arbeit unserer herrlichen U-Boote abwarten sollen. *(Lebhafte Zustimmung.)* Also warten wir ab und halten wir durch!

Aus diesen Gründen wird unsere Partei für das sechsmonatige Budgetprovisorium stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Hladnik das Wort.

Abgeordneter **Hladnik**: Hohes Haus! Der erste Proredner in dieser Debatte hat uns Südslawen vorgeworfen, wir wären nicht patriotisch genug, da wir gegen den Voranschlag zu stimmen beabsichtigen. Demgegenüber erlaube ich mir zu erklären, daß wir gerade deswegen, weil wir Kaiser und Vaterland lieben, gegen diesen Voranschlag und gegen die Regierung, die uns diesen Voranschlag bringt, stimmen müssen. *(Beifall.)* Der Herr Berichterstatter hat uns in seinem Berichte erklärt, worum es sich bei diesem Voranschlage handelt. Es ist die Rede von einem Abgang von 1800 Millionen ohne die vielen Milliarden, die für die Fortführung des großen Völkerkrieges gefordert werden. Ich frage nun: Kann ein wahrer Patriot für die Fortführung dieses Krieges stimmen und der Regierung die Mittel dazu gewähren. *(Beifall.)* Wohin soll denn diese Kriegswirtschaft führen? Haben wir noch nicht genug des männermordenden Krieges? Haben wir noch nicht genug Staatsschulden — 60 Milliarden Staatsschulden zählt man schon — und haben wir noch nicht genug an den allerlei Kriegsnöten und Kriegsbeschwerden? Wir haben ja Mangel an allem: Mangel an Nahrungsmitteln, Mangel an Kleidern, Mangel an Schuhen, Mangel an Kohle, Mangel an Seife, Mangel an Petroleum und Licht. Ich erlaube mir gerade bei dem Mangel an Licht ein wenig zu verweilen. Trotz der großen Wasserkräfte haben wir in Österreich noch wenig elektrische Zentralen und Elektrizitätswerke. Der Herr Ministerpräsident hat zwar versprochen, er werde daran arbeiten, daß in der nächsten Zeit noch viele Elektrizitätswerke entstehen. Doch ich frage: Woher werden wir die Geldmittel dazu nehmen, woher die Menschenkräfte, woher die Stoffe?

Wir haben zum Beispiel so wenig Kupfer, daß man schon das zweite Mal die Kirchenglocken requirieren mußte. Die Orgelzinnpfeifen werden jetzt in Beschlag genommen, man läßt den Gläubigen gar keine Quelle des Trostes mehr zurück und auch die Blitzableiter will man in Beschlag nehmen. Wir haben in Österreich so wenig Kupferquellen, daß wir vielleicht kaum in zehn Jahren die Blitzableiter werden ersetzen können und jetzt will man an neue Elektrizitätswerke denken? Wo soll man denn die Leitungen hernehmen. Wir haben auch Gaswerke, doch diese haben großen Mangel an Kohle und darum sind viele Städte in Dunkel gehüllt. Kleinere Städte und Dörfer sind nur auf das Petroleum angewiesen. Wir haben zwar in Österreich Petroleum in Hülle und Fülle, wir gewinnen in einem Jahre zirka 6 Millionen Meterzentner Petroleum, davon wurden sonst in einem Jahre zirka 4 Millionen Meterzentner ausgeführt und etwas über 2 Millionen wurden für den Verbrauch im Reiche selbst zurückgehalten. Jetzt gibt aber der Staat, der die Bewirtschaftung des Petroleums in die Hand genommen hat, nur einen halben Liter Petroleum für eine einzelne Wirtschaft und für einen Monat. Denken Sie doch, meine Herren, an eine Bauernwirtschaft! Jeden Tag wird das Tageslicht für die angestrengteste Arbeit auf dem Felde ausgenutzt. Wir haben zu Hause fast keine männlichen Arbeitskräfte, diese sind ja zum Kriegsdienst herangezogen worden. Es kommt der Abend und es sind noch so viele Arbeiten zu verrichten: in der Küche, im Gemüsekeller, im Weinkeller, im Stall usw. Die Kinder sollen die Hausaufgaben für die Schule machen; doch es gibt kein Petroleum. Mit einem halben Liter kann man höchstens zwei Abende auskommen und daher können diese Arbeiten nicht mehr ausgeführt werden. Und der Staat verlangt doch von

der Bäuerin, sie soll alles prompt und in noch größerer Menge liefern als vor dem Krieg! Man soll doch den Leuten wenigstens genug Petroleum geben, damit sie die Nachtzeit auch für die Hausarbeiten ausnützen können.

Und jetzt, nachdem der Staat und diese Regierung für uns so sorgt, nachdem die ganze Wirtschaft sozusagen zugrunde gerichtet ist, soll man für eine solche Regierung noch stimmen und ihr das Vertrauen aussprechen? Und jetzt soll man noch dafür stimmen, daß wir in noch größere Not geraten, daß wir dann noch weiter Krieg führen können, daß es noch mehr Kriegsgewinner gibt und daß wir dann noch mehr Leute auf dem Schlachtfeld verlieren müssen? Sollen wir Südslawen für diese Regierung sein, weil es uns jetzt national so gut geht?

Der Herr Abgeordnete Graf Barbo hat in seiner Rede davon gesprochen, daß es besonders den Slovenen in Krain sehr gut gehe; sie hätten ein wahres Paradies in Krain, während die Deutschen ein Fegefeuer, wenn nicht gar eine Hölle hätten. Ich muß demgegenüber folgendes feststellen: In Krain gibt es 27.000 Deutsche der Umgangssprache nach, nicht jedoch der Muttersprache nach; ihnen stehen 490.000 Slowenen gegenüber. Diese 27.000 Deutschen haben zwei vollständige rein deutsche Gymnasien, eine rein deutsche Realschule, eine rein deutsche Lehrerinnenbildungsanstalt, ferner haben sie von zwei Bürgerschulen eine vollständig deutsche, und zwar in einem Bezirke, in dem nicht einmal 20 Deutsche leben. *(Hört! Hört!)* Die Gemeinden dieses Bezirkes müssen für diese Bürgerschule aufkommen, weil vor Jahren ein deutschgesinnter Magnat das Gebäude für diese Bürgerschule mit der Bedingung gewidmet hat, daß diese Schule für immerwährende Zeiten deutsch bleibt. Der Herr Abgeordnete Graf Barbo hat weiters gesagt, die Slovenen hätten in Krain eine Gewerbeschule, die Deutschen keine. *(Abgeordneter Dr. Lorenz Pogačnik: In Gottschee hat er ja eine eigene Gewerbeschule!)* Ist der Herr Abgeordnete mit den Verhältnissen in Gottschee so wenig vertraut, daß er nicht weiß, daß dort schon 40 Jahre eine Gewerbeschule besteht, während die slovenische erst viele Jahre später gegründet wurde? Er ist doch Abgeordneter von Gottschee und sollte die Verhältnisse wenigstens dort etwas besser kennen. *(Zwischenrufe.)*

Daß in Krain der deutsche Volksrat sozusagen die Herrschaft führt, kann man auch daraus ersehen, daß in Krain, wo die slovenische Bevölkerung 95 Prozent, die deutsche aber nur 5 Prozent ausmacht, der Landespräsident ein Deutscher ist *(Hört! Hört!)*, daß der Landesgerichtspräsident und der Finanzprokurator Deutsche sind, auch der Finanzdirektor ist kein Slovene, einer von den Landesschulinspektoren ist stramm deutsch, die ersten Beamten sind deutsch, von elf Bezirkshauptleuten sind, glaube ich, sieben Deutsche. *(Hört! Hört!)* Es sind zwar einige von den niederen Beamten Slovenen, aber wie geht es ihnen? Den Beamten, die beim Landesgericht in Laibach angestellt sind, ist es verboten, einander slovenisch zu grüßen. *(Hört! Hört!)* Und der Herr Graf traut sich von einer Hintansetzung, von einer Bedrückung der Deutschen in Krain zu sprechen! Die Slovenen wären froh, wenn es ihnen so ginge, wie es den 5 Prozent Deutschen in Krain geht.

Ich will auch gar nicht darüber sprechen, wie es den Slovenen in Kärnten geht. Die Slovenen sind in Kärnten autochthon, während die Deutschen dort Kolonisten sind. Es sind doch noch 120.000 Slovenen im Lande und diese haben es nur zu einer Volksschule in slovenischer Sprache bringen können. *(Abgeordneter Rybář: Zu einer!)* Zu einer einzigen! Die Slovenen werden ja wie Heloten betrachtet. Es ist doch eine Schmach und Schande für ein Volk, für das deutsche Volk, daß es die Slovenen so behandelt und so bedrückt. Die Deutschen wollen doch ein Kulturvolk ersten Ranges sein! In Klagenfurt, der Hauptstadt dieses einstmals nur slovenischen Landes, des Hauptlandes der Slovenen, ist es verboten, auf der Eisenbahn die Fahrkarte in slovenischer Sprache zu fordern. Mir selbst ist es passiert, daß ich in slovenischer Sprache keine Fahrkarte bekommen konnte; ich mußte mich der italienischen Sprache bedienen *(Hört! Hört!)*, um zu derselben zu kommen, obwohl ich die italienische Sprache noch weniger beherrsche, als die deutsche.

Viele sind aber schon eingekerkert worden, weil sie die slovenische Sprache auf der Eisenbahn bei der Kasse gebraucht haben.

Uns Slovenen und Südslaven überhaupt gestattet man nicht einmal, national zu fühlen und national zu empfinden; das sieht man aus der Rede des Herrn Marckhl, die er am letzten Freitag hier gehalten hat. Er hat in seiner Rede dem Fürstbischof von Laibach, dem Fürstbischof von Marburg, den Geistlichen und verschiedenen Korporationen vorgeworfen, sie wären geradezu Verräter, weil sie für die Deklaration des südslavischen Klubs eingetreten sind. Ich will nur aus einer Tatsache beweisen, daß die Intelligenten und auch die Bischöfe und die Geistlichen im slovenischen Gebiete keine Verräter sind. Unsere Nation hat die tapfersten Truppen in diesem schrecklichen Kriege dem Staate gegeben. Das 17. Infanterieregiment hat von Seiner Majestät die Auszeichnung erhalten, daß es den Kronprinzen selbst zum Inhaber bekommen hat und es wurde öfter von den Befehlshabern das „eiserne Regiment"

genannt. Es hat aber auch seinen Mann in diesem Weltkriege gestellt; es wurden schon 32 Marschbataillone für dieses Regiment gebildet *(Abgeordneter Dr. Korošec: 18.000 Tote hat es schon!)* . . . ja, und bei einer Offensive (der zehnten Offensive) wurde ein Sturmbataillon von 900 Mann in den Kampf geschickt und nur 100 Mann kehrten zurück, 800 sind auf der Wallstatt geblieben. Kann man da von Landesverrat reden? Ich frage, wer hat denn diese Soldaten gelehrt, für Kaiser und Vaterland das Blut zu geben und das Leben zu lassen? Haben das nicht ihre Lehrer getan, besonders die Geistlichen, auch die Bischöfe? *(Bravo! Bravo!)*

Gerade deswegen, weil die slowenischen Soldaten auf die Geistlichen und auf die Kirche hören und auf ihre Lehren achtgeben, gerade deswegen bleiben sie tapfer und lassen für das Vaterland, wenn es in Gefahr kommt, ihr Leben und ihr Blut. Warum sind denn unter den deutschen Truppen die Männer aus dem heiligen Lande Tirol die bravsten und besten Soldaten? Gerade deswegen, weil sie religiös sind; mit dem Rosenkranz gehen sie in den Krieg wie einst unsere Heerführer Laudon und Radetzky. Und ein weiterer Beweis, daß, wenn man sich für die Deklaration des südslawischen Klubs erklärt, man nicht als Landesverräter gelten darf und kann, ist folgendes: warum läßt denn die so strenge Zensur darüber in den Blättern schreiben und diskutieren? Warum hat man nicht die in letzter Zeit gedruckte Broschüre „Die nationale Abgrenzung der Südslawen" inhibiert? Erkläret mir, Graf Oerindur, dieses Rätsel der Natur! Herr Marckhl soll nicht in unseren Reihen Verräter suchen, er soll lieber Verräter bei denjenigen suchen, die schon vor dem Kriege „Hoch Hohenzollern!" riefen und nach Berlin schielten. *(Zustimmung.)*

Da es uns national und wirtschaftlich schlecht geht, da wir uns als Unterdrückte fühlen müssen, können wir unsere Entscheidung nicht für diese Regierung treffen und unser Votum nicht für sie abgeben. Wir können auch vor dem kriegsmüden, friedenssehnsüchtigen Volke die Verantwortung nicht übernehmen, daß wir noch für die Fortführung dieses schrecklichen Weltkrieges stimmen und der Regierung die Mittel dazu geben würden. Ich rufe allen maßgebenden Faktoren zu: Haben Sie doch Erbarmen mit den Völkern Österreichs, machen Sie doch ernstgemeinte Schritte, geben Sie doch annehmbare Kriegsziele an, hören Sie doch nicht auf die Worte der Deutschen in jenem bekannten Aufruf vom 27. oder 26. September, den auch unser Kollege Graf Barbo unterschrieben hat, in welchem es heißt: wir wollen nur einen solchen Frieden, bei dem wir als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen. Auf einen solchen Frieden, meine Herren, können wir noch jahrelang warten und inzwischen können noch Millionen unserer Mitbürger ihr Leben im Schützengraben lassen und noch größere Nöten über uns hereinbrechen. Es kann sich die alte Prophezeiung erfüllen, daß nach einem langen, schrecklichen Kriege auf der Welt so wenige Leute sein werden, daß wenn einer von einem Berge auf dem andern eine Rauchsäule erblicken wird, er auf diese Rauchsäule zueilen wird, um doch einmal einen Menschen zu sehen und mit ihm sprechen zu können. Damit es nicht dazu komme, ist es höchste Zeit, zu sagen und zu erklären: Genug des Krieges, genug des Menschenschlachtens! Man tue alle Tore auf, damit doch der herrliche Friede einkehren könne! *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Ritter v. Wassilko.

Abgeordneter Ritter v. **Wassilko:** Hohes Haus! In einer ernsten Zeit liegt vor uns ein Budget, welches gewiß auch zu ernstlichstem Nachdenken allen Anlaß gibt. Unser Referent hat uns das Defizit mit 1800 Millionen ausgerechnet. So gern Kollege Dr. Steinwender das Budget schwarz färbt, glaube ich, daß er in diesem Falle nicht schwarz genug gefärbt hat. Ich glaube, daß die Erfordernisse der Länder nach dem Kriege so kolossal werden, daß die Versorgung der Witwen und Waisen und der Invaliden, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete so kolossale Summen in Anspruch nehmen wird, daß unser Budget gewiß noch weit schlechter werden wird als es heute ist. Auf eines muß ich heute schon aufmerksam machen. So sicher die Sonderstellung Galiziens nicht kommen kann und darf *(Beifall)*, so sicher ist es, daß eine steuerpolitische Sonderstellung jener Gebiete wird kommen müssen, welche unmittelbar Kriegsschauplatz waren, und das wird unser Budget gewiß kolossal belasten. *(Sehr richtig!)*

Meine Herren! Der Herr Finanzminister hat sich mit dem Appell an das Haus gewendet, „das Wohl des Staates, das Interesse desselben ist identisch mit dem Wohle des Volkes" und aus diesem Grunde möge das Haus das Budget votieren. Anfangs August des Jahres 1914 hat die gesamte ukrainische Nation in Österreich, ihre Vertretung in der Bukowina und in Galizien, von demselben Gedanken getragen, ihre Beschlüsse zur Haltung im Kriege, zur Haltung gegen den Staat gefaßt, „für Österreich, gegen den Zarismus, für die Befreiung der ukrainischen Gebiete in Rußland". Das war das Schlag- und Losungswort, unter welchem unsere freiwilligen ukrainischen Legionen ins Feld zogen, unter welchem — ich möchte es fast vergleichen mit dem jetzigen Anstellen der armen unglücklichen Bevölkerung um ein bißchen Brot und Fleisch —

ein solches Anstellen und ein solcher Sturm auf die Ergänzungsbezirkskommandos seitens der einberufenen Ukrainer erfolgte, als sie zu den Fahnen geeilt sind. *(Ganz richtig!)* Auch heute ist die gesamte ukrainische Nation in Österreich und auch ihre Vertretung einig in den Zielen, was sie für die Ukrainer innerhalb dieses Staates und was sie für die Ukrainer jenseits der Grenzen dieses Staates wünscht und will. *(Beifall.)*

Meine Partei ist überzeugt, daß — und eigentlich ist das dieselbe Taktik, welche eben im August 1914 allgemein von den Ukrainern proklamiert wurde — nur ein Österreich, welches stark aus diesem Kriege hervorgehen wird, die Kraft haben kann, die inneren Fragen und damit auch die ukrainische Frage zu regeln. Sie hat auch die Überzeugung, daß nur die weitere Anspannung aller physischen und moralischen Kräfte, zwecks Ermöglichung des Durchhaltens die verbündeten Mittelmächte als gleichwertige Paziszenten zum Friedensverhandlungstische bringen wird, damit dort die Verankerung der Errungenschaften der Ukrainer in Rußland erfolgen könne. Wir haben die Überzeugung, daß die Bewilligung oder Nichtbewilligung des Budgets im Kriege nicht als Vertrauensfrage für eine Regierung behandelt werden kann, wohl aber könnte diese Verweigerung eine Schwächung jenes Organismus herbeiführen, der für uns Ukrainer in Österreich gleich wichtig ist, wie für die Ukrainer außerhalb der Grenzen Österreichs, weil wir, wie ich schon früher erwähnte, in einem starken und machtvollen Österreich gerade die Gewähr des Ausbaues unserer Entwicklung im Innern und die Sicherheit für die künftige Verankerung der Entwicklung der Ukrainer außerhalb dieses Staates erblicken. *(Beifall.)*

Wir können darin, daß eine in den Vermittlungs- und Beschwichtungskünsten früherer österreichischer Friedensregierungen weniger erfahrene, dafür aber gewiß unvoreingenommene, reelle Beamtenregierung, darin, daß ein junger, prächtiger Monarch, der in allen seinen Handlungen bisher bewiesen hat, daß er wirklich aus innerstem Herzen all seinen Völkern mit gleicher Liebe zugetan ist, ja, daß er die Zeichen der Zeit, die Demokratie, versteht, wir können darin, daß eben diese beiden Faktoren — Regierung und Monarch — einer Zwangslage Rechnung tragen und dem Veto des Polenklubs nachgeben müssen, keine Gefahr für unsere Zukunft erblicken. Das ist eine momentane Episode, eine geschickte Ausnutzung der momentanen Konstellation seitens unserer nationalen Gegner in Galizien, um mit möglichst großem Gepäck dieses Reich zu verlassen. *(Heiterkeit. — Lebhafter Beifall.)* Das kann aber denjenigen, welche in diesem Reiche zurückbleiben, welche dieses Reich so wie wir in dieser schweren Stunde mit ihrem Blute, mit ihrem Hab und Gut verteidigt haben, gewiß nie zum Schaden gereichen. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Im Sinne und Geiste jener Beschlüsse, die wir im August 1914 gefaßt haben, ist junges, rotes Blut der Söhne unserer Nation auf den Schlachtfeldern geflossen. Witwen und Waisen betrauern ihre gefallenen Angehörigen. In diesem Sinne hat unser prächtiger Bauernstand in Galizien und in der Bukowina die größten Drangsalierungen seitens des Feindes und leider auch die Disziplinlosigkeiten pflichtvergessener Freunde erduldet. *(Zustimmung.)* In diesem Geiste hat unsere so überzeugungstreue Intelligenz das Schwerste erdulden müssen, was vielleicht in diesem Kriege erduldet wurde, das Mißtrauen in ihre patriotische Gesinnungstüchtigkeit. Ich selbst bin ein Zeuge, der Tausende von Unterschriften geben mußte, um für Leute zu garantieren, von deren Gesinnung die Staatsverwaltung ohne mein Eintreten hätte unterrichtet sein müssen. Talerhof spricht Bände darüber, was unsere Intelligenz gelitten hat, auf der anderen Seite Sibirien. All das hat unsere Nation erduldet, das Elend in den Barackenlagern, das Elend jetzt nach der Rückkehr in die Heimat, die verwüstete Heimat. Aber in der Seele unseres Volkes ist trotzdem, meiner vollen Überzeugung nach, unser Programm vom August 1914 lebendig geblieben. Kein Ukrainer, der österreichischer Untertan ist, will, daß Österreich in diesem Kriege unterliegen soll. *(Lebhafter Beifall.)* Jeder weiß, daß aus den Millionen gefallener Helden aller Nationen der Mittelmächte die gewaltige russische Revolution entstanden ist *(So ist es!)*, jeder weiß, daß aus dieser russischen Revolution die Konturen des künftigen, selbständigen ukrainischen Staates schon heute ersichtlich sind, und jeder hofft, daß mit einem guten Ende dieses Krieges, dieser selbständige Staat auch tatsächlich erstehen wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Und da soll ich in Aufregung kommen, daß der Herr Ministerpräsident nicht in der Lage ist, in diesem Augenblick das gutzumachen, was in Friedenszeiten unter ganz anderen Verhältnissen unfähige oder übelwollende frühere Ministerien nicht schaffen konnten? Das kann kein ausreichender Grund für mich und meine Gesinnungsgenossen sein, von unserem Programm vom August 1914 abzurücken und darum werden wir für das Budget stimmen.

Wir können uns davon auch nicht dadurch abhalten lassen, das Exzellenz Głąbiński kürzlich im Budgetausschusse „normale Zustände" wie vor dem Kriege in Galizien erhofft hat. Diese normalen Zustände, Exzellenz, kosten wenigstens unserer Nation, ich spreche nicht von anderen, gewiß eine halbe Million Toter im Etappenraum und viele Hunderttausende Gefallener und Verwundeter. Ob daher für diese „normalen Zustände" außer bei Ihren engsten Gesinnungsgenossen irgendwo ein wirkliches

Verständnis zu finden sein wird, das bezweifle ich. Diese „normalen Zustände" werden niemals wiederkehren, nicht den Ukrainern zuliebe, sondern im Interesse dieses Staates, sofern er an jener Grenze nicht die Verhältnisse, wie sie bei Kriegsausbruch dort bestanden, wieder retablieren will. *(Lebhafter Beifall.)*

Meine Herren! Für Seine Exzellenz den hochverehrten Herrn Kollegen Dr. Głąbiński ist Ostgalizien nur ein geographischer Begriff. Es ist richtig, daß im Jahre 1860 durch ein Oktroi die Zusammenschweißung der im Jahre 1772 an Österreich gekommenen Großfürstentümer Halicz und Wladimir mit den polnischen Ländern Auschwitz und Zator erfolgt ist und daß dadurch Galizien entstand — nicht einmal „Königreich Galizien" mehr nennt es Exzellenz Głąbiński, sondern schlechtweg Galizien —, welches jetzt Exzellenz Głąbiński als eine Einheit behandelt. Doch darf Seine Exzellenz nicht vergessen, daß das ukrainische Volk diese Zusammenschweißung niemals anerkannt hat *(So ist es!)*, und er darf gewiß auch nicht übersehen, und er wird sich daran erinnern, daß die Verhältnisse, wie sie sich seit jenem Datum von 1860 bis heute in Galizien entwickelt haben, durch die Fürsorge, welche seiner Meinung nach sein Klub und seine Volksgenossen unserer Nation bei jeder Gelegenheit haben angedeihen lassen, soweit gediehen sind, daß ein sogar hier im Staate unter den Nationen sonst wirklich nicht existierender oder jedenfalls nirgends ähnlich existierender Haß heute zwischen beiden Nationen entstand. *(Beifall.)* Und da glaubt Seine Exzellenz, daß es noch möglich ist, nach einem so gewaltigen Kriege, nach dem, auf was sich die Ukrainer nach diesem Kriege werden berufen können, daß Sie als geographischen Begriff mit dem Gepäck, daß Sie mitnehmen wollen, auch Ostgalizien mitnehmen?

Meine hochverehrten Herren! Ich für meine Person hege diese Befürchtung nicht, ich weiß, daß es nicht so kommen kann, denn ich weiß genau, daß entweder Österreich die Kraft haben muß, uns aus Ihrer Umklammerung zu befreien oder aber der Staat unserer Brüder, welcher neben uns entsteht, der stärker und größer sein wird, als Sie in Ihren kühnsten Träumen sich den Ihrigen konstruiert haben, uns die Befreiung bringen wird.

Es ist nicht meine Sache, Ratschläge zu erteilen; jeder hat jetzt im Kriege mit sich selbst zu tun, aber ich muß den hochverehrten Herren vom Polenklub doch zurufen: Caveant consules! Es ist vielleicht nicht praktisch, daß Sie auf dem Wege zu ihrer Selbständigkeit, auf dem Wege zur Verwirklichung Ihrer nationalen Ideale, sich einen Feind schaffen, den sie vielleicht heute unterschätzen, der vielleicht aber einmal Ihnen schwer und viel zu tun geben wird. Das eine kann ich Ihnen aber sicher sagen: Wenn Sie erklären *(liest)*:

„Auch die Zumutung, welche den Polen gemacht wurde, daß sie auf ihr Ideal der Wiederherstellung von ganz Polen verzichten sollen, eine solche Zumutung ist für uns gleichbedeutend mit der Herausforderung unserer heiligsten Gefühle und heiligsten Ideale aller Polen", so kann ich Ihnen erklären, daß die Zumutung, daß ukrainische Gebiete in Ihr künftiges Königreich hineinkommen sollen, die Verletzung der heiligsten Gefühle der ganzen ukrainischen Nation diesseits und jenseits der Grenzen bedeutet und einen Kampf der Polen und Ukrainer hervorrufen wird, der gewiß nicht zu Ihren Gunsten ausfallen kann. *(Lebhafter Beifall.)* Uns ist um unsere Zukunft nicht bange. Solange wir hoffen, daß dieser Staat seine Pflicht uns gegenüber erfüllen will, insolange wollen und werden wir ihm im Durchhalten in dieser schweren Zeit helfen, immer in der Anhoffnung, hier die Befreiung aus polnischen Händen und drüben unsere Selbständigkeit zu erringen. *(Beifall.)*

Um zu zeigen, wie kleinlich in dieser großen Zeit von den hochverehrten Herren vom Polenklub unsere Angelegenheiten behandelt werden, sei nur so viel erwähnt: Es ist doch ein offenes Geheimnis, und ich schwätze nicht aus der Schule, denn das wird jeder der Herren Polen wissen, daß gewiß weder Seine Majestät noch die Regierung irgendetwas dagegen hätten, wenn wir endlich unsere ukrainische Universität in Lemberg hätten. Aber Sie haben die Genugtuung, Ihr Veto erlaubt es nicht, und so kommt sie heute nicht. Wir haben schon unsere Volksuniversität in Kiew, wir können ruhig warten, wir kommen auch zu unserer Universität in Lemberg. Wie schön wäre es aber gewesen, wenn Sie in dieser ernsten Zeit zu der Erkenntnis gekommen wären, daß das Selbstbestimmungsrecht, der Drang nach Freiheit, der Drang nach Erfüllung nationaler Ideale, nicht nur Ihr Patent ist, sondern auch für andere gelten soll. Wie schön wäre es für Sie gewesen, wenn Sie an der Spitze der Nationen geschritten wären, die diese Programmpunkte zur praktischen Durchführung bringen wollen. Der hochverehrte Kollege Exzellenz Głąbiński klammert sich konform mit der „Wiener Zeitung" so gerne an das Wort „ruthenisch"; „ukrainisch" will er nicht.

Meine sehr verehrten Herren! Es war vielleicht eine Zeit, wo wir mit der größten Genugtuung in der „Wiener Zeitung" statt „Ruthenische Ausgabe des Reichsgesetzblattes" — ich habe hier die letzte Zeitung vom 21. Oktober, ich will damit nur sagen, daß sich das noch immer nicht geändert hat, es ist uns aber ganz gleichgültig — gerne gelesen hätten „ukrainisch". Heute, wo schon der verbissenste Russe sehr gut weiß, was die Ukraine ist, wer diese Nation ist, welches ihre Sprache ist, können wir füglich vorläufig darauf

verzichten und ruhig warten, bis man uns den Namen geben wird, der uns gebührt. *(Beifall.)*

Ich würde mich eines Versäumnisses schuldig machen, wenn ich heute nicht auf einen Satz des hochverehrten Grafen Barbo zurückkäme. Graf Barbo hat gemeint, „die Deutschen wollen in Österreich die anderen Nationen nicht beherrschen, sie wollen nur ein Kitt zwischen den anderen Nationen sein". Ich muß betonen, daß seit Beginn des Jahres 1914 bis heute oft und oft Gelegenheit gewesen wäre, daß die Deutschen es hätten versuchen können, einen solchen Kitt zu bilden und zu beweisen, daß sie wirklich nicht die Absicht haben, die anderen Nationen zu beherrschen. Ich kenne aber nur eine einzige Ennunziation der Deutschen, welche überhaupt ihr Verhältnis zu den anderen Nationen charakterisiert, das war der Beschluß, die galizischen Abgeordneten — ich weiß nicht, ob auch die Bukowinaer Abgeordneten damit gemeint waren, wahrscheinlich aber ja, denn sonst wäre die Herreise schwer gewesen — einfach aus dem Reichsrat hinauszuwerfen. Darin habe ich die Absicht gesehen, unbedingt eine rein deutsche Majorität hier im Hause zu schaffen, wenn es nicht anders geht, indem man einfach ein Stück Österreich abschneidet. *(Abgeordneter Dr. Budzinowskyj: Und aus dem Kitt sind Glasscherben geworden!)* Da haben Sie sehr recht. Diese Ennunziation hat bei uns begreiflicherweise außerordentlichen Unmut hervorgerufen und Sie können sich den Grad unseres programmatischen Festhaltens an diesem Staate vorstellen, wenn wir nach allen Enttäuschungen und nachdem uns im Kriege diejenigen, welche gewissermaßen als Träger des österreichischen Staatsgedankens gelten, hinauswerfen wollten, nichtsdestoweniger noch immer diesen Staat nicht fallen lassen. Es möge sich aber niemand einbilden, daß er uns zu dieser Haltung veranlaßt hat, sondern die genaue Erwägung unserer Zukunft und nur die Erwägung dessen, daß gerade die Mittelmächte es waren, welche durch das Durchhalten in diesem Kriege die Revolution in Rußland gebracht haben und daß durch diese Revolution unser Volk dort die Freiheit bekommt, das führt uns in diese Richtung, niemals aber das bisherige Betragen der Deutschen in Österreich. Was soll ich dazu sagen, wenn ich sogar neulich in einer Zeitung gelesen habe: Wenn die Ukrainer nicht für das Budget stimmen werden, müssen sie darauf gefaßt sein, daß eine künftige Regierung vielleicht auf ein ukrainisches Mitglied im Ministerium verzichten werde. Ich bitte meine Herren, sich zu denken, in dieser ernsten Zeit, wo jeder sich seiner Verantwortung bewußt ist, wo jeder Volksvertreter weiß, welch schwere Gründe ihn veranlassen müssen, nach dieser oder jener Richtung Stellung zu nehmen, wird uns zugemutet, daß die Beibehaltung oder Nichtbeibehaltung des Ministers im Kabinette irgend etwas an unserer Haltung ändere. Ich muß hier ausdrücklich erklären, daß Seine Exzellenz Horbaczewski ein gewiß von dem Vertrauen der ganzen Nation als gesinnungstreuer Mann getragener Patriot ist, ich weiß aber nichts davon, daß er über Wunsch oder als Vertrauensmann der Ukrainer, welcher Partei immer, ins Kabinett getreten ist, und ich glaube auch, daß der Herr Ministerpräsident das gar nicht so aufgefaßt hat, sondern ich bin überzeugt, daß der Herr Ministerpräsident guten Willens war, zu zeigen, daß auch die Ukrainer, sofern sie eine qualifizierte Persönlichkeit haben, gewiß berechtigt sind, auf der Ministerbank Platz zu nehmen. Anders wurde es von uns nicht verstanden und ich muß ausdrücklich erklären, daß das in keinen Zusammenhang gebracht werden kann mit unserer Haltung zum Budget.

Meine hochverehrten Herren! Ich glaube, Sie werden aus meinen Ausführungen zur Genüge erfahren haben, aus welchem Grunde ich und meine engeren Gesinnungsgenossen für das Budget stimmen werden. In einem Satze ist es kurz zusammengefaßt; es bleibt wie es im August 1914 war. Wir wollen diesen Staat stark machen, wir wollen zum Durchhalten bis zum letzten Augenblicke mithelfen, weil wir hoffen, daß ein starkes Österreich uns im Innern von den Polen befreien und unseren Brüdern in Rußland bei den Friedensverhandlungen zur Seite stehen werde, damit alle Rechte, die sie sich bis heute allein erkämpft haben, auch verankert werden.

Und jetzt will ich zum Schlusse noch ein Wort zum Frieden sagen.

In jedermanns Munde ist jetzt die Frage: wie gelangen wir zum Verhandlungstische? Diese Frage ist meiner Ansicht nach in drei kurzen Sätzen zu beantworten:

Erstens: Durchhalten in der Front und durchhalten im Hinterland. Zweitens: Dieses Durchhalten darf aber keineswegs verwechselt werden mit dem „Aufstampfen", wie es speziell gewisse alldeutsche Kreise in Deutschland zu ihrem Programme machen. Und drittens:

Deutschland und Österreich müssen nach den letzten Kundgebungen des Arbeiter- und Soldatenrates der russischen Demokratie die Hand reichen. Die russische Demokratie muß zur Überzeugung kommen, daß, wenn Rußland es mit der Formel: „Ohne Eroberungen und ohne Kriegsentschädigung" ernst meint, Österreich und Deutschland bereit sind, eine dauernde Grundlage zur Freundschaft mit Rußland zu schaffen. Das sind meiner Ansicht nach die drei Punkte, unter welchen wir zum Friedenstische kommen können. Daß wir hinkommen, glaube ich, ist nicht nur mein Wunsch, sondern der Wunsch des ganzen Hauses. Damit schließe ich. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Simionovici**: Als nächster Redner in der Rednerliste erscheint der Herr Abgeordnete Onyszkewycz; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Onyszkewycz**: Hohes Haus! Bevor ich zu meinem eigentlichen Thema komme, muß ich mit ein paar Worten auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Głąbiński in dieser Debatte erwidern.

Der Redner der Polen hat die Behauptung gewagt, daß das jetzige Land Galizien angeblich eine historische Einheit ist, während dagegen Ostgalizien nur ein geographischer Begriff sein soll. Demgegenüber muß ich nachdrücklichst das betonen, was unsererseits schon mehrmals zum Ausdruck gebracht wurde, nämlich, daß ein Land Galizien bis zur Schmerlingschen Verfassung gar nicht existierte und eigentlich bis heute nicht existiert.

Es bestanden seit mehreren Jahrhunderten und bestehen bis heute nur die Königreiche Galizien und Lodomerien, wie auch das Großfürstentum Krakau und die Herzogtümer Auschwitz und Zator, welche erst in den letzten Dezennien zu einer kümmerlichen administrativen Einheit zusammengeschweißt wurden. Gegen diese künstliche Zusammenpressung der altertümlichen ukrainischen Königreiche Halicz und Wladimir mit dem polnischen Großfürstentume Krakau und den zu der böhmischen Krone gehörenden Herzogtümern Auschwitz und Zator haben sich die Ukrainer seit jeher und ständig von neuem verwahrt, indem wir konstatierten und konstatieren, daß die erwähnten ukrainischen Königreiche als eine Erbschaft der habsburgischen Dynastie nach den ukrainischen Fürsten vom Hause der Romaniden, nicht aber als ein Teil Polens an die Donaumonarchie gekommen sind.

Ich muß mich noch im Namen des ukrainischen Volkes mit allem Nachdruck gegen den vormundschaftlichen Ton verwahren, in dem der erwähnte Redner der Polen über die Forderungen und Bestrebungen des ukrainischen Volkes sprach. Die ukrainische Nation ist genug reif, um ihre Nationalbestrebungen vor der Welt und vor den maßgebenden Faktoren der Staaten, in welchen die Ukrainer leben, selbst zu vertreten. Die Bildung eines ukrainischen Staates in der föderativen russischen Republik beweist jedenfalls, daß die Stufe des nationalen Bewußtseins bei den Ukrainern wenigstens nicht geringer ist, als diejenige der Polen, welchen man einen Staat schenkte, die es aber bis heute nicht so weit in der Staatsbildung gebracht haben, wie es unsere Brüder in der Ukraina — ohne jede Hilfe getan haben.

Was uns galizische Ukrainer anbelangt, so haben wir bei den Polen immer nur die feindlichste Stellungnahme gegen unsere Forderungen gefunden; was wir erreicht haben, das erreichten wir mit unseren eigenen Kräften oder es wurde von uns in dem schwersten Kampfe gegen den polnischen Druck errungen. Herr Głąbiński selbst ist der Führer der allpolnischen Partei, welche den Ukrainern immer mit dem größten Hasse entgegentrat. Ihre sanften Worte, Exzellenz, waren eine empörende Heuchelei. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Hohes Haus! Niemand konnte voraussehen, daß der Krieg so lange dauern wird; in der Tat war unser Staat nicht einmal zum Kriege vorbereitet. Die verantwortlichen Faktoren im Staate waren, als der Krieg ausgebrochen war, der Ansicht, daß man nur vom grünen Tisch mit fester Hand das Staatsschiff zu lenken habe, was genügen werde, sowohl den Feind zu besiegen als auch im Innern des Staates die Ordnung zu befestigen. So kam der Parademarsch unserer Truppen nach dem Osten im Jahre 1914 zustande. Darin hatten auch den Anfang diese Hunderte von kaiserlichen Verordnungen auf Grund des § 14, die angeblich dem Wohle der Völker zugedacht waren. Niemand erfaßte die neue Situation. Das eigene Militär benahm sich gegenüber der loyalen Bevölkerung Galiziens ärger als der Feind. Wir hörten hier von Tausenden und Abertausenden, die ohne Gericht gehenkt und erschossen wurden. Wir hörten von Internierungen in verschiedenen Höllen, die man Flüchtlingslager nennt. Wir hörten von überflüssigen unmenschlichen Evakuierungen der friedlichen Bevölkerung, vom Raub, der an der opferwilligen Bevölkerung ausgeübt wurde. Das Militär behandelte die Zivilbevölkerung in Galizien als lästige Bagage, ja direkt als Verräter und als den Sündenbock, welcher für fremde Sünden geopfert werden mußte. Das geschah deswegen, weil das Militär mit dieser Bevölkerung nicht vertraut war, Land und Leute nicht kannte.

Aber ungeachtet dieser Leiden, welche die ukrainische Bevölkerung Galiziens von der k. u. k. Armee erfuhr — wie herzlich, mit Freudentränen begrüßte doch diese Bevölkerung unsere Armee mit Blumen und Geschenken. Davon könnten die fremden magyarischen, deutschen und slawischen Regimenter erzählen, die den fliehenden Feind verfolgten.

Dann kam die Zeit, wo man an den Wiederaufbau des verheerten Landes schreiten sollte. Das war Sache der Verwaltung. Wie diese galizische Verwaltung beschaffen war, davon überzeugten sich die Militärbehörden und die Angehörigen aller österreichischen Völker während der ganzen Kriegskampagne. Diese Verwaltung war gut zur Durchführung der spezifisch galizischen Wahlen, aber sie versagte in der großen ernsten Zeit. Die erste Tat der galizischen Administration nach der Vertreibung des Feindes aus dem Lande war die Suspendierung der Rechte der ukrainischen Sprache. Auf den Eisen-

bahnen wurden ukrainische Aufschriften und Fahrkarten in ukrainischer Sprache beseitigt, dagegen Fahrkarten in türkischer Sprache herausgegeben. Die k. k. Bezirkshauptmannschaften, Bezirksschulräte, Steuerbehörden usw. unterhielten den schriftlichen Verkehr mit ukrainischen Parteien mit geringen Ausnahmen ausschließlich in polnischer Sprache. Patriotische Kundmachungen verschiedener Art, so zugunsten der Kriegsanleihe, Kriegsfürsorge u. dgl. wurden von den Bezirkshauptmannschaften an die ukrainischen Gemeinden nur in polnischer Sprache geleitet. Als die ukrainische Deputation des Bezirkes Rudky im Jahre 1915 aus Anlaß des kaiserlichen Geburtsfestes zu Handen des dortigen Bezirkshauptmannes ihre Glückwünsche übermittelte, erwiderte der Bezirkshauptmann auf die ukrainische Ansprache polnisch, obzwar er die ukrainische Sprache tadellos beherrscht. Er äußerte sich auch, daß er zur Not noch mit den ukrainischen Bauern sich ruthenisch verständigen könnte — wohlgemerkt: „ruthenisch"! denn den Terminus „ukrainisch" bringt ein galizischer Beamter um nichts in der Welt über die Lippen! — nicht aber auch mit einem ukrainischen Intelligenzler, natürlich auch nicht mit einem Abgeordneten. Daran hält er noch bis heute fest. Auf eine von mir in ukrainischer Sprache an den k. k. Bezirksschulrat in Rudky gerichtete Eingabe antwortete derselbe in polnischer Sprache. Als ich gegen das gesetzwidrige Vorgehen protestierte, entgegnete mir der Bezirksschulinspektor Lassota, es sei ihm egal, wie jemand schreibt, sei es ruthenisch, deutsch, türkisch oder chinesisch — er selbst antworte und werde nur polnisch antworten. Auf meine diesbezügliche Beschwerde an den k. k. galizischen Landesschulrat bekam ich bis jetzt keine Antwort.

Mit den griechisch-katholischen Pfarrämtern unterhielten die k. k. Bezirkshauptmannschaften Ostgaliziens den amtlichen schriftlichen Verkehr seit jeher in ukrainischer Sprache; seit der Vertreibung des Feindes verlernten sie ukrainisch vollständig. In allen Angelegenheiten, selbst in solchen, wo die Hilfe des Pfarres für das öffentliche Interesse wohltuend wäre, wie zum Beispiel Kriegsanleihe, Sammlungen von Beiträgen für verschiedene patriotische Zwecke, Wiederherstellung des Ackerbaues usw. schreiben die Herren Bezirkshauptleute in der Regel polnisch. Meine häufigen Beschwerden an die Statthalterei unter Anschluß von Originalakten blieben ohne Erfolg und selbst ohne Antwort. Zu Lebzeiten des gottseligen Statthalters Kollard hatten die galizischen Bezirkshauptleute vor diesem Statthalter noch einen gewissen Respekt. Sie warteten ab, was denn aus diesen Klagen folgen werde. Als Kollard starb, da ließ es sich gleich fühlen, daß wir in Galizien wieder unter dem polnischen Regiment leben. So blieb es bis zur gegenwärtigen Zeit. Der Akt vom 4. November 1916 und die kaiserlichen Worte in Krakau vom 5. Mai dieses Jahres approbieren gleichsam das gesetzwidrige Vorgehen der galizischen Verwaltungsbehörden. Die Polen betrachten Ostgalizien nicht als einen Teil Österreichs, sondern als einen Teil des polnischen Königreiches und passen diesem Gesichtspunkte ihr Vorgehen an.

So stellt sich die Kriegswirtschaft in Galizien, ich möchte sagen, von der formellen Seite dar. Jetzt wollen Sie, meine Herren, aufpassen, wie auf diesem Gebiete in materieller Beziehung gewirtschaftet wird. Es handelt sich hier um die Wiederaufrichtung des Ackerbaues und der vernichteten Dörfer, Marktflecken und Städte.

Als im Jahre 1914 die Mobilisierung angeordnet wurde, hat unser ukrainisches Volk nicht nur seine Väter und Söhne in den Krieg geschickt, sondern auch alle seine Wirtschaftsbehelfe und Mittel, wie Transportmittel, Zugtiere, Rinder, Getreide, Futter usw. dem Staate gegeben. Bei den Requirierungen amtierten militärisch-politische Kommissionen, aber in Wirklichkeit schätzte die abgeführten Objekte gewöhnlich irgendein blutjunger Leutnant oder Oberleutnant in der Reserve, von Beruf Advokat oder Professor, welcher in dieser Richtung keine Erfahrung und keinen Begriff hatte, was ein Pferd, ein Wagen oder eine Kuh kosten kann. Ein Paar Pferde mit Wagen und Geschirr wurde mit 150 bis 200 K, höchstens mit 300 K geschätzt — Beträge, die man erst jetzt auszubezahlen beginnt —, wenngleich diese Objekte schon damals dreimal mehr wert waren, jetzt aber nicht einmal ums zehnfache des Betrages zu erhalten sind.

Als im Jahre 1914 unsere Armee vor der russischen Dampfwalze weichen mußte, trachtete sie alles, was nur möglich war, also Pferde, Wagen, Rindvieh usw. mitzunehmen, ohne darauf zu achten, ob die daheimgebliebene Bevölkerung ohne dieses Wirtschaftsinventar bleiben kann. Man nahm den Leuten ihr Eigentum nicht nur mit Wissen der Eigentümer, sondern auch ohne ihr Wissen, auf der Weide, auf der Straße usw. Zumeist gab man den Leuten keine Quittung, oft aber erhielt der Landwirt für das ihm weggenommene Gut einen Fetzen Papier, auf welchem verschiedene schamlose Unsinnigkeiten in magyarischer oder deutscher Sprache angebracht wurden. Das galt doch den Verrätern.

Als im Jahre 1915 und 1917 die russische Armee wich, wurde wieder alles von der russischen Armee genommen, was nur zu nehmen möglich war. Man ließ auf einem Anwesen höchstens eine Kuh, ein Pferd, einen halben Wagen zurück. Dazu wurden Äcker und Wiesen durch Schützengräben durchwühlt, durch beide Armeen zertreten, die Dörfer niedergebrannt, Brücken niedergerissen, Wege unwegsam gemacht. Es fehlten aber Kräfte, das Vernichtete wieder in Stand zu setzen, denn die einen

gingen in den Krieg mit unserem Heere, die anderen wurden als Geiseln von den Russen verschleppt, so daß nur Weiber, Kinder und Greise zurückblieben. Vor allem war die Regierung verpflichtet, der Bevölkerung jener Gegenden, wo die Kämpfe sehr lange dauerten oder wo die Armee alles verbrauchte, das Saatgut sowie das Getreide für die Ernährung zu liefern. Hier trat ein unmöglicher Schlendrian zutage. Getreide wurde nur in sehr geringen Mengen und sehr spät zugeführt, es fehlten Mittel die Felder zu bebauen, die Leute gingen zugrunde vor Hunger.

Statt Einleitung einer entsprechenden Staatshilfe hat sich die Regierung bloß auf die Herausgabe der Verordnung des Ackerbauministeriums vom 5. August 1914, R. G. Bl. Nr. 200, beschränkt, welche in keiner Weise auf diese besonders ristlen Verhältnisse in Ostgalizien Rücksicht nahm, sondern vielmehr den politischen Bezirksbehörden willkommene Gelegenheit gegeben hat, diese Verordnung gegen die ukrainische Bauernbevölkerung zugunsten des polnischen Großgrundbesitzes rücksichtslos auszunützen.

Die Verordnung sagt ausdrücklich im § 1, daß in jeder Gemeinde, in welcher Landwirtschaft betrieben wird, eine Erntekommission eingesetzt werden soll und daß diese Kommission die im Gemeindegebiete verfügbaren Arbeitskräfte und landwirtschaftlichen Betriebsmittel zu ermitteln hat.

Unterdessen existieren in Galizien, besonders in Ostgalizien, wirklich nur in wenigen Gemeinden Erntekommissionen, aber in ihre Rechte sind Gemeindevorsteher mit Gendarmerie eingetreten. Mit Hilfe dieser öffentlichen Organe wurde in Galizien einfach der Robot wieder eingeführt. Die Bezirkshauptmannschaften, aber auch die k. u. k. Rayonskommanden stellten sich in den Dienst der Großgrundbesitzer. Die Bauern mußten auf den herrschaftlichen Gründen die Schützengräben verschütten, denn die Gutsbesitzer sorgten nicht einmal dafür, sich dies durch die Kriegsgefangenen besorgen zu lassen. Die Bauern müssen auf den herrschaftlichen Gründen ackern, eggen, Getreide schneiden und mähen, natürlich auch die Früchte unter Dach bringen, ohne Unterschied des Alters und des Geschlechtes, ja, der Familien- und Vermögensverhältnisse.

Im § 3 der oben erwähnten Verordnung soll die Erntekommission in erster Linie auf die hilfsbedürftigen Betriebe der zu Kriegsdienstleistungen Einberufenen Rücksicht nehmen. Dessenungeachtet werden von der Gendarmerie die Frauen, deren Männer auf den Kriegsschauplätzen ihr Blut vergießen oder in Kriegsgefangenschaft schmachten und welche ihre eigenen Wirtschaften besitzen, mit Gewalt von ihren kleinen Kindern weg zur herrschaftlichen Arbeit abgeführt.

Im § 4, Alinea 3, steht, daß selbständige Landwirte und ihre Bediensteten, insoweit sie im eigenen Betriebe mit gleichartigen Arbeiten beschäftigt sind, von der Verpflichtung zu Ernte- und Feldbestellungsarbeiten befreit werden. Niemand aber fragt darum, ob der Bauer selbst eine Wirtschaft und ob er zwei oder fünfzig eigene Joch zu bebauen habe, niemand fragt, ob er sein eigenes Feld schon bebaut hat oder nicht. Niemand fragt, ob das Weib seine kleinen Kinder zu Hause ohne Aufsicht zurücklassen kann, man eskortiert sie ohne Erbarmen auf das herrschaftliche Feld; eventuell werden sie mit 10, 20 und 50 K Strafe belegt.

Niemand fragt danach, ob es sich auszahlt, die Jahre lang schon vor dem Krieg brachliegenden Felder zu ackern. Da der Arbeitslohn sehr niedrig ist — 1 K bis 1 K 50 h, für Männer 3 bis 4 K pro Mann und Tag, respektive 12 K für die Tagesarbeit eines Paares Pferde einschließlich des Fuhrmannes, natürlich alles bei Selbstverpflegung — zahlt es sich den Herren natürlich aus, auch die Brachfelder zu bebauen.

Diese Verhältnisse haben dazu geführt, daß zwar dadurch hie und da der Prozentsatz der angebauten gutsherrlichen Gründe gestiegen, dagegen aber in weit höherem Grade der Anbau der bäuerlichen Gründe zurückgegangen ist, so daß die Bauern ihre Familien mit selbstgeernteten Nahrungsmitteln zu versorgen nicht imstande waren und dadurch der Allgemeinheit zur Last fielen.

Der so ausgeübte Arbeitszwang führte zu himmelschreienden Mißbräuchen.

In dieser Angelegenheit habe ich gerade jetzt einen Erlaß der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Zoloczіw vom 4. September 1917, Z. 25277, an den Gemeindevorstand in Trudowyczi bekommen, welcher lautet *(liest)*:

„Gemäß dem Gesuche der Gutsverwaltung in Zaszkiw wird anbefohlen, daß man mit zwei Pflügen an jedem Mittwoch von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends mit zweistündiger Unterbrechung zu Mittag in Zaszkiw ackern solle. Es wird für ein Joch Feld 12 K bezahlt. Unterschrift: Bezirkshauptmann Przebyslawski."

Weiter unter Z. 29025 vom 26. September 1917 wird demselben Gemeindevorstand 40 K Strafe angedroht, wenn der erste Befehl nicht pünktlich ausgeführt wird. In der Praxis muß die Gemeinde zehn Pflüge abgeben, indes wird keine Unterbrechung gegeben und es werden für die Arbeit mit zwei Pferden, einem Pfluge und zwei Leuten, dazu alles bei eigener Kost, nur 10 K bezahlt. Bei den Bauern zahlt man einem männlichen Arbeiter 10 K täglich und die Kost, und für einen Arbeitstag mit dem Pfluge 32 K und die Kost.

Auf Befehl des Bezirkshauptmannes und des Rayonskommandanten treiben die Gendarmen Leute herbei, ohne Zahl, mehr als man braucht, sie schlagen die Leute unbarmherzig. Die menschliche Arbeit wurde vergeudet. Die Leute müssen fünf und mehr Kilometer weit zur Arbeit gehen, ohne daß sie imstande sind, sich etwas zum Essen zu holen.

Am 21. Juni 1917 schlug Gendarmeriewachtmeister Lepskyj in Rudki die Landwirtin Magdagolinska von Pidhajczyki dafür, daß sie nicht zur Arbeit beim Großgrundbesitzer gehen konnte, weil sie eine eigene Wirtschaft und zwei kleine Kinder hat und an diesem Tage für sich zwei Mäher gedungen hatte und für sie Brot backen und das Essen besorgen mußte. *(Hört! Hört!)* Ihr Mann befindet sich in der Kriegsgefangenschaft.

Derselbe Gendarm schlug die Gattin von Dmytro Desiw von Pidhajczyki, weil sie ihrem Manne und Söhne, welche auf der Eisenbahnstrecke beschäftigt waren, das Frühstück brachte und an der Feldarbeit beim Großgrundbesitzer nicht teilnehmen konnte.

Derselbe Gendarm schlug den Iwan Stachiw von Pidhajczyki, weil er sich ein fremdes Fuhrwerk gedungen hatte und auf das Feld fuhr, um das eigene Getreide nach Hause zu bringen. Iwan mußte das Fuhrwerk verlassen und zur herrschaftlichen Arbeit gehen. *(Hört! Hört!)*

Als der Invalide Sawruk von Romaniwka zur Post nach Rudki über Pidhajczyki ging, wollte der Gendarm Lepskyj ihn zur herrschaftlichen Arbeit zwingen. Dieser antwortete, daß er nicht im stande ist, schwer zu arbeiten und daß er unbedingt zur Post gehen muß. Dafür schlug ihn Lepskyj und Sawruk bekam noch fünf Tage Arrest wegen Widersetzlichkeit gegen die Obrigkeit.

Am 5. August 1917 wurde in Pidhajczyki der evakuierte Iresko Czerwinsk von Towstobaby geschlagen und so gibt es noch viele Fälle.

Als Leutnant i. d. R. Elias Bilyg vom Infanterieregiment Nr. 53, 8. Komp., welcher während der Erntezeit bei seiner Familie in Pobajowyczi auf Urlaub weilte, seine Landsleute über ihre Rechte und Pflichten gegenüber dieser Robot belehrte, wurde er von dem Gendarmeriepostenkommando Rudki wegen Störung der öffentlichen Ruhe beim k. u. k. Stationskommando in Rudki angezeigt.

Diese Mißwirtschaft dauert bis jetzt.

Ich führe einige Fälle an:

1. Als in Kruzyki, Bezirk Sambor, aus Pijniany Leute fünf Kilometer weit getrieben wurden, baten sie die Gendarmen, für sie ein Mittagessen zu besorgen, da sie hungrig seien und nicht arbeiten können. Ich bemerke, daß der ausgemachte Arbeitslohn damals 1 K 20 h betrug. Was tat man nun mit den Leuten! Sie wurden in die Bezirkshauptmannschaft nach Sambor abgeführt und zu je vier Tagen Arrest wegen Widersetzung gegen die Wachorgane verurteilt und man drohte ihnen, daß im Wiederholungsfalle sie 35 Kilometer weit nach Sprynia zur Arbeit geschickt würden.

2. Aus Babyna und Pyniany, Bezirk Sambor, wurden im Herbste 1916 40 Fuhren nach einem entlegenen Walde um die Materialien für den Brückenbau geschickt. Die Fuhren kehrten leer zurück, weil kein Material vorhanden war, aber sie legten immerhin einen 50 Kilometer langen Weg umsonst zurück. Die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Rudky führte seit Juli 1915 einen sogenannten ständigen Vorspanndienst ein. Jedes Dorf im Umkreise von 20 Kilometer sollte der Reihe nach einmal im Monat vier bis fünf Fuhren nach Rudky schicken. Hier sollten sie sich im Gemeindeamte melden und in einem bestimmten Orte darauf warten, ob nicht jemand ihren Dienst in Anspruch nimmt. Sie wurden zum Transport der Lasten von der Bahn verwendet, sie mußten Passagiere und ihr Gepäck zu und vom Bahnhof führen, aber auch von den Wirtschaften Mist abführen, Holz, Kohle, Mehl für Privatleute bringen usw. Und nun folgt das Beste: sie mußten das alles umsonst, ohne jede Entlohnung leisten. *(Hört! Hört!)* Meine Vorstellungen bei dem Bezirkshauptmann Kudelski, meine Beschwerden bei der Bezirkserntekommission — dieselbe wurde 1916 abgeschafft — weiter in der Zentrale für den Wiederaufbau Galiziens in Krakau, die ich übrigens wiederholt und sogar öffentlich vorbrachte, fruchteten nichts, erst im Juni l. J., als das Parlament einberufen wurde, wurde dieser Mißbrauch abgeschafft.

Ein anderer Fall betrifft den Wiederaufbau des Gutshofes, also der Stallungen und der Wirtschaftsgebäude Wankowyczi, Bezirk Rutky. Der Gutsbesitzer weilte in einem sicheren Orte und den Bau leitete sein Ingenieur. Die nächste Eisenbahnstation ist Koniuszki Siemianowskie, fünf Kilometer weit, aber aus irgend einem Grunde war es dem Ingenieur nicht bequem, das Baumaterial aus Koniuszki zu führen, weshalb er Holz und Dachziegel aus dem 25 Kilometer entfernten Sambir mit Pferden transportieren ließ. Die Leute mußten natürlich dem Auftrage Folge leisten. Es halfen nichts Interventionen bei dem Bezirkshauptmann und dem Rayonskommandanten, ebenso wenig auch bei der Zentrale für den Wiederaufbau. Man erwiderte, daß der Ingenieur keine Waggons bekommen könne und deshalb sei es ihm bequemer, das Material — nota bene handelte es sich um einige hundert Wagen — bei den jüdischen Detaillisten in Sambir als in der Sägemühle 30 bis 40 Kilometer weiter zu kaufen, obwohl die Sägemühle gleichfalls an der Bahn liegt. Die Wagenpferde

mußten den weiten Weg zurückmachen, obzwar sie in der Arbeit überanstrengt, abgehungert und infolge Mangels an Schmieden nicht beschlagen waren; die Landwirte wurden dazu von den Gendarmen gezwungen.

Dafür verdienten sie wohlgemerkt — sage und schreibe — 2 K 50 h bis höchstens 3 K täglich, und zwar als Entlohnung der Arbeit der Tiere und für ihre eigene Arbeit. Bei den Arbeiten der Zentrale für Wiederaufbau verdienten sie wenigstens doppelt so viel.

Die Gutsbesitzer beuten die Bauern ohne Erbarmen aus. Nachdem die Bauernarbeit selbst mit Zugtieren billiger zu stehen kam als die Arbeit mit eigenem Inventar und mit Kriegsgefangenen, so verkauften die Herren ihre Pferde, um mit Pferden der Bauern zu arbeiten. Diesen Umstand bezeugte in der Sitzung der Zentrale für den Wiederaufbau P. Siara für den Bezirk Riaszów.

Bitte jetzt zu beachten, wie sich die Gutsbesitzer für ihre Produkte von den Bauern zahlen lassen. Eine Fuhr Holz, eigentlich Reisig, kostet im Walde 50 K. Eine Klafter Holz im Walde kostet 150 bis 180 K. Die Bauern rotten die Baumstrünke in den Wäldern der Gutsbesitzer um den vierten Strunk. Ungeachtet dessen beschloß die Zentrale für den Wiederaufbau in ihr Budget eine Million Kronen für die Reinigung der Gutsbesitzerwälder einzustellen, und zwar gegen die Stimmen der ukrainischen Mitglieder des Beirates der Zentrale.

Den Bauer beutet jeder aus, der es nur kann. Der Gutsherr läßt sich unverhältnismäßig hohe Preise für Holz im Walde bezahlen. Der Jude läßt sich ebenso zahlen für Holz und Kohle in der Stadt. Der Bauer zahlt 30 bis 40 K für 1 Kilogramm Seife, 300 K für Stiefel; der Preis für Kleider, Wäsche, Eisen, Küchengeräte usw. steigt tagtäglich im Preise ohne Ende. Aber um den Bauern kümmert sich niemand, niemand wird für Preistreiberei bestraft, weil, wie man sagt, der Bauer den Unterhaltsbeitrag bezieht und seine Produkte teuer verkauft. Aber gleichzeitig verschweigt man, daß das Militär in Ostgalizien nicht nur Getreide und Kartoffeln, sondern auch Eier, Butter, Milch, Schweine, Geflügel usw. requiriert. Wenn ein Bauernweib in die Stadt auf den Markt geht, muß es einen dreifachen Militärkordon passieren, wo es abgesucht wird, wo alles weggenommen und dafür ein minimaler Preis bezahlt wird. Die städtische Bevölkerung muß darben, weil das Militär die Nahrungsmittel nicht auf den Markt läßt. Die Herren Offiziere schicken die angekauften Lebensmittel nach Westösterreich und selbst nach Deutschland ab. Das wissen die Behörden, aber sie wollen oder können nichts dagegen ausrichten.

Nächst der Feuerlinie geschehen aber noch ärgere, unerhörte Sachen. Aber die Leute fürchten sich davor, sich zu beschweren, und zwar selbst vor ihren Abgeordneten, um nicht wegen Verrates verhaftet zu werden oder Sekkaturen ausgesetzt zu sein. Die Militärbehörden sollten nur diesbezüglich bei den ukrainischen Pfarrern in der Nähe von der Feuerlinie Erkundigungen einziehen und sie würden dort horrende Sachen hören. Man muß ihnen aber Sicherheit für ihre Person garantieren.

Die Kriegswirtschaft machte sich im ukrainischen Volk in Galizien so fühlbar, daß es dieselbe in Erinnerung halten wird, länger als die Überfälle der Tartaren. So soll sich die hohe Regierung wenigstens jetzt, wo sie über so viele, von den Abgeordneten zusammengetragene Daten verfügt, darum bemühen, daß das Übel beseitigt und die dem Volke angetanen Unbilden ehestens gutgemacht werden.

Diese ganze Mißwirtschaft, die ich hier geschildert habe, wiederholt sich in noch höherem Grade in den dank der Sommeroffensive dieses Jahres wiedergewonnenen Bezirken Ostgaliziens, welche ohnehin vielfach in öde Wüsten verwandelt wurden. Die Bevölkerung, welche zurückblieb, ist in der Regel obdachlos, gerade so wie die zurückgeschickten Evakuierten. Weder der eine noch der andere Teil hat über Nahrungsmittel zu verfügen, weder der eine noch der andere Teil ist imstande, den Winteranbau und gewiß auch nicht den Frühjahrsanbau zu bewerkstelligen. Was an der Sache das traurigste ist, ist der Umstand, daß sowohl die Militär- als auch die Zivilbehörden sich nicht verpflichtet fühlen, der Bevölkerung in ihrer Not beizustehen. Es ist bisher keine Vorsorge getroffen, daß diesen Unglücklichen für den Winter das Obdach gesichert werde, obwohl verschiedene ministerielle Kommissionen dieses Elend mit eigenen Augen gesehen haben. Niemand sorgt sich um die Nahrungsmittel für diese Bevölkerung, vielmehr wird es derselben verboten, sich Nahrungsmittel in den Nachbarbezirken einzukaufen oder um dieselben zu betteln. Im wahren Sinne des Wortes erscheint diese Bevölkerung dem Hungertode preisgegeben, wobei es sich um Hunderttausende staatstreuer Bürger handelt.

Es droht noch eine weitere Katastrophe für die schwerst geprüfte ukrainische Landbevölkerung. In den erhalten gebliebenen Dörfern, in welchen ohnehin die Viehbestände unter ein Drittel des Normalen gesunken sind, will man im Wege der Requisitionen die vorhandenen Futtermittel aufbringen, wodurch auch die Bevölkerung dieser Dörfer gänzlich ruiniert wird, um so mehr, als man ihr auch sämtliche Vorräte an Nahrungsmitteln abgenommen hat.

Im Sinne meiner vorstehenden Ausführungen beantrage ich folgende Resolutionen *(liest)*:

„1. Die Regierung wird aufgefordert, daß in jeder Gemeinde eine Erntekommission eingesetzt wird, deren geschäftsführendes Mitglied entsprechend zu entlohnen wäre.

2. Die Regierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß seitens der unterstehenden öffentlichen Organe, wie: Bezirkshauptmannschaften, landwirtschaftliche Bezirkszentralen, Gendarmeriepostenkommanden usw. die Bestimmungen des § 3, letzter Absatz und § 4, Alinea 3 der Ministerialverordnung vom 5. August 1914, R. G. Bl. Nr. 200, unbedingt eingehalten werden.

3. Die Regierung wird aufgefordert, § 5, Alinea 2 und § 6 der obigen Ministerialverordnung in der Weise abzuändern, daß jede Feldarbeit entsprechend der ortsüblichen Entlohnung vergütet wird und daß solche Leute, welche mehr als einen Kilometer zur Arbeit gehen müssen, von dem Arbeitgeber zu Mittag und zur Jause verköstigt werden sollen.

4. Die Regierung wird aufgefordert, daß im Sinne des Beschlusses des hohen Hauses die Rayonskommanden, welche sich inzwischen in k. u. k. landwirtschaftliche Rayonszentralen umgebildet haben, gänzlich abgeschafft werden.

5. Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich eine ausgiebige Notstandsaktion für die wiedergewonnenen Gebiete Ostgaliziens zu organisieren und denselben insbesondere die notwendigen Nahrungsmittel, Saatgut und Unterkünfte beizustellen und überhaupt die Militär- und Zivilbehörden zur Hilfeleistung für diese Bevölkerung zu verhalten.

6. Die Regierung wird aufgefordert, von allen weiteren Requisitionen von Nahrungs- und Futtermitteln in Ostgalizien Abstand zu nehmen, damit die besser situierten Bezirke den notleidenden zu Hilfe kommen können." *(Beifall.)*

Vizepräsident **Simionovici**: Zum Worte gelangt nun der Herr Abgeordnete Dr. v. Langenhan; ich erteile ihm das Wort:

Abgeordneter Dr. v. **Langenhan**: Hohes Haus! Gelegentlich der Debatte über die erste Lesung des Budgetprovisoriums habe ich auch über die österreichisch-ungarische Bank gesprochen, konnte aber damals aus Mangel an Zeit meine Äußerungen nicht begründen. Ich will daher heute die Begründung für meine damals geäußerten Ansichten nachholen, insbesondere auch deshalb, weil der Generalsekretär des genannten Instituts mit mir in der „Neuen Freien Presse" polemisiert hat.

Die österreichisch-ungarische Bank hat nach dem Statut die Aufgabe, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß der im Kurs der ausländischen Wechsel zum Ausdrucke gelangende Wert ihrer Noten entsprechend der Parität des gesetzlichen Münzfußes der Kronenwährung dauernd gesichert ist.

Nach den Bestimmungen des Statuts werden in besonderen Fällen die Bankakte aufgehoben und dies ist auch bei Beginn des Krieges tatsächlich geschehen. Es oblag also vor dem Kriege die Vorbereitung für den Fall eines solchen in valutarischer Hinsicht der Bank, naturgemäß auch die Sorge für die Valuta während des Krieges. Die Vorbereitung für den Krieg war nun eine nicht entsprechende.

Nach dem Morde von Sarajevo wußten nicht nur staatliche Funktionäre, sondern fast jedermann in der Monarchie, daß kriegerische Verwicklungen im Bereiche naher Möglichkeit standen; die Regierung, Militärverwaltung, Heeresleitung bereiteten sich daher auf derartige Ereignisse vor; die österreichisch-ungarische Bank tat dies nicht. Ich brauche diese Behauptung überhaupt nicht weiter zu begründen, wenn ich auf die Tatsache hinweise, daß in dieser Zeit, in welcher die Monarchie in Kriegserwartung war, der Generalsekretär der Österreichisch-ungarischen Bank, welcher nach Artikel 46 der Statuten die Oberleitung sämtlicher Geschäftszweige als oberster Beamter der Bank führt und welcher bekanntlich eine mit der größten Machtvollkommenheit ausgestattete Position in der Notenbank innehat, sich auf einer Nordlandsreise befand und nur mit Mühe viele Tage nach Beginn des Krieges nach Wien zurückkehren konnte. Es beweist dies, daß er vom Kriegsausbruch vollkommen überrascht worden ist, was der Orientierung des für die österreichisch-ungarische Valuta in erster Linie verantwortlichen Mannes über die großen internationalen Ereignisse nicht geradezu ein günstiges Zeugnis ausstellt.

Ich will nicht untersuchen, ob die Regierung nicht die Pflicht gehabt hätte, die Bank rechtzeitig zu unterrichten und sich darüber Gewißheit zu verschaffen, daß die Bank zureichende Vorbereitungen trifft. Aber auch wenn dies nicht geschehen ist, muß man sagen, daß die Österreichisch-ungarische Bank mit ihren weitverzweigten Verbindungen und Einflüssen über den gleichen Informationsdienst hätte verfügen müssen, wie private Geldinstitute.

In Deutschland war die Finanzpolitik der Reichsbank seit der Marokkokrise von dem Gedanken der Kriegsmöglichkeit beherrscht; dort waren für

diesen Fall die notwendigen Vorbereitungen getroffen. Die Österreichisch-ungarische Bank, welche vor allem wissen mußte, daß bei kriegerischen Ereignissen ein großer Bedarf insbesondere an kleineren Noten vorhanden sei, besaß in jenen Zeiten nicht genügend Noten und nicht einmal genügend Notenpapier, trotzdem die Erfahrung der Bank von Frankreich in dieser Hinsicht im Jahre 1870 bekannt sein mußte und Dr. Somary, wenn ich nicht irre, zwei Jahre vor Beginn des Krieges in einem Vortrage im industriellen Klub oder der volkswirtschaftlichen Gesellschaft speziell auf diesen Umstand hingewiesen hat. Diese Stockung in der Verfügungsmöglichkeit über kleinere Noten, die der Verkehr damals dringend brauchte, hat nicht wenig dazu beigetragen, selbst äußerlich eine Panikstimmung hervorzurufen, was jeder beobachten konnte, der in jenen Tagen an dem Bankgebäude vorbeiging.

Die Österreichisch-ungarische Bank hat zu jener Zeit den Kreditbedürfnissen und Kreditorganisationen keine genügende Unterstützung angedeihen lassen, ihnen sogar teilweise Schwierigkeiten bereitet. Sie hat in einem Zeitpunkte, in dem alles darauf ankam, das Vertrauen in die Kreditorganisationen zu festigen, diesen gegenüber erschwerende Maßnahmen ins Auge gefaßt und dadurch die Unsicherheit in der Volkswirtschaft vergrößert.

Wenn die Bank damals anders gehandelt hätte, wäre es vielleicht möglich gewesen, ebenso wie in anderen kriegführenden Ländern auch bei uns ein allgemeines Moratorium zu vermeiden. Während die Kriegsdarlehenskassen in Deutschland sofort nach Kriegsbeginn in den ersten Augusttagen 1914 eingeführt wurden, um in gewissem Umfange den ersten drängenden Kreditbedürfnissen zu entsprechen, ist eine ähnliche Verfügung seitens der Österreichisch-ungarischen Bank erst am 1. September 1914 erfolgt und die Kriegsdarlehenskassen haben ihre Tätigkeit erst am 13. Oktober des genannten Jahres begonnen.

Die Möglichkeit, sich durch Lombardierung von Effekten in der Zeit der ersten Kriegsangst Mittel zu verschaffen, ist ebenfalls erst verspätet geschaffen, die Bedingungen für Effektendarlehen sind erst zu Beginn des September bekanntgegeben worden. Da die Banken vorher keine Richtschnur für Effektenbelehnungen hatten, weil eben die Österreichisch-ungarische Bank erst verspätet solche herausgab, war gerade in der Zeit der ersten Kriegsnot die Erlangung von flüssigen Mitteln durch Belehnung von Wertpapieren dem freien Ermessen überlassen und diese Schwierigkeit hat wesentlich dazu beigetragen, das Urteil über die finanzielle Lage in weiten Kreisen zu düster zu gestalten.

Auch bei der Regelung des Devisenverkehres hat die Österreichisch-ungarische Bank die berechtigten Erwartungen nicht erfüllt. In der Zeit vom 1. August 1914 bis Anfang 1916, jedenfalls lange Zeit hindurch auf dem Devisen- und Valutenmarkte untätig und die österreichisch-ungarische Valuta ist in dieser Zeit schutzlos sich selbst überlassen geblieben.

Im Februar 1916 wurde endlich die Devisenzentrale gegründet, aber nicht wie in Deutschland auf gesetzlicher Basis; infolgedessen war die Funktion eine völlig unzureichende. Der Beitritt zur Devisenzentrale war ein mehr oder minder freiwilliger, so daß eine große Anzahl von Kommissionsfirmen und Wechselstuben außerhalb derselben geblieben war und abseits von der Devisenzentrale zum Teil ein freier Verkehr mit Devisen bestehen blieb.

Dieser hatte für die Gestaltung unserer Valuta die nachteiligsten Folgen, weil infolgedessen viele Millionen Kronen im Auslande zum Verkaufe gelangten und die von der Devisenzentrale festgelegten Preise für ausländische Devisen immer mehr überstiegen. Die von den außerhalb der Zentrale stehenden Devisenhändlern geschaffenen ausländischen Zahlungsmittel wurden gerade jenen Zwecken zugeführt, die dem Interesse unserer Volkswirtschaft zuwiderliefen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Kolischer.)* So wurden damals, wie Kollege Kolischer richtig bemerkt, große Mengen von Perlen, Edelsteinen und sonstige Luxusartikel im Auslande eingekauft, vielfach sogar solche, die über neutrale Länder aus dem feindlichen Auslande eingeführt wurden. Auf allgemeines Drängen wurde endlich durch die Verordnung vom 1. Dezember 1916, welche am 28. Dezember 1916 in Kraft trat, die Devisenzentrale auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

Ganz im Gegensatz zur Deutschen Reichsbank, welche mit aller Kraft bei der deutschen Regierung für die Zulassung möglichst großer Exporte eintrat, um dadurch fremde Zahlungsmittel zu schaffen, hat die Österreichisch-ungarische Bank auf diesem Gebiete keinen nachdrücklichen Einfluß genommen und manche Vorgänge in dieser Zeit muten gerade so an, als ob lange Zeit hindurch der Schutz der Valuta nicht zu den Aufgaben der Bank gehört hätte.

Ich weiß selbstverständlich, daß der Krieg durch seine Umwälzung auf dem Gebiete der Ein- und Ausfuhr, durch den staatsfinanzlichen Bedarf, der zum Teil bei der Notenbank gedeckt werden mußte, unsere Währung und den Stand des Instituts im ungünstigsten Sinne beeinflussen mußte, behaupte aber, daß unsere Valuta nicht so schlecht hätte werden müssen, wenn zweckmäßige Maßregeln getroffen worden wären.

Als Beweis hierfür möchte ich nur anführen, daß die Österreichisch-ungarische Valuta bis zum Ausbruch der russischen Revolution von allen krieg-

führenden Staaten am schlechtesten stand und seither den zweitschlechtesten Platz einnimmt.

Die einzige Vorbereitung der Bank für den Krieg scheint darin bestanden zu haben, daß schon lange Zeit vor Ausbruch desselben die Einstellung des Bankausweises in Erwägung gezogen worden ist. Darin lag aber nur eine negative und zudem höchst unglückliche Maßregel.

Wohl haben auch andere Notenbanken unter dem ersten Eindruck des Kriegsschreckens die Veröffentlichung von Bankausweisen eingestellt, aber sie haben sich sehr rasch wieder gefaßt und in Kürze — ich glaube nach 16 bis 17 Tagen — ihren Stand bekanntgegeben.

Es ist möglich, daß wir trotzdem bei den feindlichen Notenbanken kein vollständiges und sicheres Bild über ihre innere Lage gewinnen, aber jedenfalls fehlt das Dunkel, das jahrelang durch die Nichterstattung der Bankausweise der Österreichisch-ungarischen Bank über dieselbe gebreitet ist und das erst Ende 1917 in einer außerordentlichen Generalversammlung der Österreichisch-ungarischen Bank erhellt werden soll.

Wenn die damalige Regierung den Gedanken nach Einstellung der Bankausweise gehabt haben sollte, so war es Sache des für die Valuta verantwortlichen fachkundigen Generalsekretärs, der Regierung auseinanderzusetzen, zu welchen verhängnisvollen Konsequenzen dies führen müßte und eine doppelte Pflicht der Bank war es, bei der Regierung auf die Rückkehr zu einer periodischen Veröffentlichung von Bankausweisen zu drängen, nachdem die feindlichen Notenbanken sich dafür entschieden hatten. Es durfte nicht zu der auffallenden und unrühmlichen Isolierung kommen, daß die Österreichisch-ungarische Bank einzig und allein unter den europäischen Notenbanken ihren Stand als Geheimnis hütete. Eine solche, in Europa einzig dastehende Ausnahme mußte im Inlande Verwunderung hervorrufen, in den feindlichen Ländern jedoch zu den ungünstigsten Gerüchten und tendenziösen Entstellungen über den staatsfinanziellen Stand der Monarchie führen.

Die Bank hat zu einer Zeit, in welcher ihr Stand lange nicht so ungünstig war, die Bekanntgabe ihrer Golddeckung und des Notenumlaufes unterlassen.

Dagegen findet es ein Finanzpolitiker von dem europäischen Rufe des gegenwärtigen ungarischen Ministerpräsidenten Wekerle nicht für gefährlich, sondern für angezeigt, den gegenwärtigen Banknotenumlauf, wie er es vor einigen Tagen im Finanzausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses getan hat, mitzuteilen und bekanntzugeben, daß die Bank in der außerordentlichen Generalversammlung, die anläßlich der Verlängerung des Privilegiums abgehalten wird, eine Mitteilung über ihren Stand machen werde.

Ich glaube, meine Herren, diese Mitteilung Wekerles spricht für meinen Standpunkt. Wir werden zweifellos nicht sehr Erfreuliches über die gegenwärtige Golddeckung für unsere Noten erfahren, insbesondere wissen wir aber schon jetzt, daß für die Vermehrung unseres Goldschatzes, respektive zur Verhinderung der Verminderung desselben nichts geschehen ist. Daß dies aber möglich ist, beweist, daß die Deutsche Reichsbank ihren Goldschatz im Laufe des Krieges ungefähr verdoppelt hat. Natürlich gehören hierzu planmäßige Vorkehrungen. *(Abgeordneter Dr. Kolischer: Nur hat Deutschland in seiner Volkswirtschaft eine Menge Gold gehabt und wir nicht!)* Darf ich Ihnen darauf antworten, Herr Dr. Kolischer! Es ist wirklich unverständlich, daß bei uns fast nichts für eine Vermehrung des Goldbestandes geschehen ist. Heute kann in Wien, Budapest 2c. noch ein schwunghafter Handel mit Goldmünzen, für welche ein Agio bis zu 300 Prozent bezahlt wird, betrieben werden. Es ist unverständlich, daß die Schmucksammlung, die Sammlung von alten Goldgegenständen nicht durchgeführt wird und daß im Laufe des Krieges statt wie in Deutschland ein allgemeiner Verkauf von Juwelen an das neutrale Ausland, wo in dieser Zeit enorme Preise hierfür bezahlt werden, zu organisieren, der Import von Juwelen, Perlen 2c. durchgeführt werden konnte. Die Bevölkerung hätte sicher sich an dieser Aktion beteiligt *(Abgeordneter Dr. v. Lodgman: Wenigstens zum Teil!)*, wenn man ihr klar gemacht hätte, warum solche Maßnahmen notwendig sind.

Erwähnen möchte ich noch, daß in den von uns besetzten Gebieten keine speziellen Zahlungsmittel geschaffen worden sind, was bewirkt, daß unsere Noten auch dort kursieren und keineswegs den ihnen gebührenden Wert beigemessen erhalten.

Hohes Haus! Ich habe das, was ich eben ausgeführt habe, gesagt, weil jeder Staatsbürger in dieser Monarchie durch die Konsequenzen der geschilderten Zustände getroffen wird, denn der Preis eines jeden Bedarfsgegenstandes ist von der Valuta abhängig und der Wert des Geldes, des Entgeldes für jede Arbeit, für jeden einzelnen von der größten Wichtigkeit. Auf diesem Gebiete gibt es keinen Unterschied der Parteizugehörigkeit und Nationalität.

Ich habe das alles vorgebracht, weil man heute noch manches bessern kann und weil insbesondere in der Übergangszeit vom Kriege zum Frieden diese Fragen von unabsehbarer Wichtigkeit sind. Ich habe es auch gesagt, damit diese Angelegenheit von den maßgebenden Faktoren geprüft und wenn, woran ich nicht zweifle, meine Ausführungen als richtig anerkannt werden, in der Fürsorge für

unsere Valuta alle sich ergebenden Konsequenzen gezogen werden.

Eine Selbstverständlichkeit wäre es, daß die Bezüge der Funktionäre der Oesterreichisch-ungarischen Bank so hoch gehalten sind, daß erstklassige Kräfte diese Stellungen anstreben und nicht hinter dem Personal der anderen Banken materiell zurückstehen. Ein solcher Vorgang würde bei der Wahl der geeigneten Männer gewiß auch das Erträgnis der Oesterreichisch-ungarischen Bank nicht ungünstig beeinflussen und das wäre auch für die Bevölkerung, deren wirtschaftliches Schicksal enge mit der kundigen Führung der Oesterreichisch-ungarischen Bank zusammenhängt, eine wahrhaft produktive Ausgabe.

Über die politischen Angelegenheiten habe ich bereits am 27. v. M. gesprochen und gesagt, daß ich für das Budget stimmen werde. Ich hoffe, daß die Regierung in der allernächsten Zeit unseren hier im Hause vorgebrachten Beschwerden politischer und wirtschaftlicher Art volle Rechnung tragen wird. Bereits heute aber bin ich gezwungen, zu erklären, und zwar kann ich dies nicht nur in meinem Namen, sondern ohne Widerspruch im Namen aller deutschnationalen Abgeordneten aus Böhmen sagen, daß wenn insbesondere die ungleiche ungünstige Behandlung der deutschen Bevölkerung in Böhmen in Ernährungsfragen fortgesetzt werden sollte, wir jede Gelegenheit benutzen werden, um der Regierung unsere Stimme zu entziehen. Damit schließe ich. *(Beifall.)*

**Präsident:** Es wurden zwei Resolutionen und ein Antrag eingebracht.

Resolutionsantrag des Abgeordneten Josef Šamalík *(liest)*:

„Das hohe Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Für spezielle allseits unabhängige und strenge Kontrolle aller Zentralen für Ein- und Verkauf von sämtlichen Lebensmitteln wolle eine separate geschäftlich eingearbeitete Kontrollkommission aus Rechnungsfachleuten und Geschäftskalkulanten errichtet werden, welche direkt dem Reichsrate unterliegen würde und welche eine unabhängige und strenge Revision, was die buchhalterische sowie die Geschäftsgebarung aller Zentralen anbelangt, durchführen würde.

Die Revisionsergebnisse sind direkt dem Ausschusse für Kriegswirtschaft des Reichsrates vorzulegen."

Diese Resolution steht mit dem Verhandlungsgegenstande in gar keinem Zusammenhange und ist um so weniger zur Verhandlung geeignet, als ein eigener kriegswirtschaftlicher Ausschuß besteht, dessen Sache es sein wird, in dieser Richtung Anträge zu stellen. Ich kann daher diese Resolution nicht zur Unterstützung bringen.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Onyszkewycz folgenden Resolutionsantrag gestellt *(liest)*:

„1. Die Regierung wird aufgefordert, daß in jeder Gemeinde eine Erntekommission eingesetzt wird, deren geschäftsführendes Mitglied entsprechend zu entlohnen wäre.

2. Die Regierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß seitens der unterstehenden öffentlichen Organe, wie Bezirkshauptmannschaften, landwirtschaftlichen Bezirkszentralen, Gendarmeriepostenkommandos usw. die Bestimmungen des § 3, letzter Absatz, und § 4, Alinea 3, der Ministerialverordnung vom 5. August 1914, R. G. Bl. Nr. 200, unbedingt eingehalten werden.

3. Die Regierung wird aufgefordert, § 5, Alinea 2, und § 6 der obigen Ministerialverordnung in der Weise abzuändern, daß jede Feldarbeit entsprechend der ortsüblichen Entlohnung vergütet wird und daß solche Leute, welche mehr als einen Kilometer zur Arbeit gehen müssen, von dem Arbeitgeber zu Mittag und zur Jause verköstigt werden sollen.

4. Die Regierung wird aufgefordert, daß im Sinne des Beschlusses des hohen Hauses, die Rayonskommandos, welche sich inzwischen in k. u. k. landwirtschaftliche Rayonszentralen umgebildet haben, gänzlich abgeschafft werden.

5. Die Regierung wird aufgefordert, unverzüglich eine ausgiebige Notstandsaktion für die wiedergewonnenen Gebiete Ostgaliziens zu organisieren und denselben insbesondere die notwendigen Nahrungsmittel, Saatgut und Unterkünfte beizustellen und überhaupt die Militär- und Zivilbehörden zur Hilfeleistung für diese Bevölkerung zu verhalten.

6. Die Regierung wird aufgefordert, von allen weiteren Requisitionen von Nahrungs- und Futtermitteln in Ostgalizien Abstand zu nehmen, damit die bessersituierten Bezirke den Notleidenden zu Hilfe kommen können."

Diese Resolution steht gleichfalls mit dem Verhandlungsgegenstande nicht im Zusammenhange und ich muß es dem Herrn Abgeordneten überlassen, einen selbständigen Antrag einzubringen. Zur Unterstützung kann ich auch diese Resolution nicht bringen.

Der Herr Abgeordnete Dr. v. Loewenstein stellt den Antrag *(liest)*:

„1. Im Titel und Eingang des Gesetzes hat es zu lauten anstatt „vom 1. November 1917 bis 30. April 1918", „vom 1. November 1917 bis 28. Februar 1918".

2. Im § 1, Alinea 1 sollen die Worte „bis 30. April 1918" durch die Worte „bis 28. Februar 1918" ersetzt werden."

Ich ersuche die Herren, die diesen Antrag unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Franta das Wort.

Abgeordneter Dr. **Franta**: Slavná sněmovno! Politische Reden zu halten ist dankbar und undankbar. Dankbar, wenn sie das öffentliche Interesse erwecken, wenn sie einen dauernden Erfolg haben und undankbar, wenn man ihnen keinen Glauben schenkt, wenn man ihnen mißtraut. Wenige Reden in der jetzigen Zeit haben einen dauernden Erfolg, auch nicht die Reden der leitenden Staatsmänner. Wir sehen das in den Reden der verschiedenen Reichskanzler und der Minister des Äußern. Aber, meine Herren, einen solchen Anspruch kann auch nicht das Exposé des Herrn Ministerpräsidenten Seidler erheben, denn heute entscheiden nicht die Worte, sondern die Ereignisse sind stärker als wir alle zusammen. *(Zustimmung.)*

Das Programm des Herrn Ministerpräsidenten war für ein menschliches Lebensalter bestimmt. Wir haben gehört, was der Herr Ministerpräsident alles machen und leisten will. Ein besonderes Interesse hat die Rede erweckt, als er von politischen Dingen sprach. Von diesen politischen Dingen sind drei hervorzuheben. Es ist das Verhältnis zu den Ländern der ungarischen Krone, dann hat er die volle Gleichberechtigung berührt und weiters über die Kreisordnung gesprochen.

Was die erste Frage, das Verhältnis zu den Ländern der ungarischen Krone betrifft, hat der Herr Ministerpräsident schon im vorhinein von uns am 30. Mai die Antwort erhalten; ich werde mich also damit nicht befassen.

Was die zweite Frage betrifft, nämlich die volle Gleichberechtigung, so muß ich sagen, daß einige Tage nachher der Herr Eisenbahnminister etwas anderes gesagt hat. Der Herr Eisenbahnminister hat gesagt, daß die Feststellung der deutschen Dienstsprache nicht gegen die Staatsgrundgesetze verstößt. Auf der einen Seite also verspricht der Herr Ministerpräsident die volle Gleichberechtigung, auf der andern Seite aber sagt Dr. Banhans, daß die deutsche Dienstsprache nicht gegen die Staatsgrundgesetze verstößt.

Was die Frage der Kreisordnung betrifft, so handelt es sich um eine Frage, an der so viele kluge und feine Köpfe gearbeitet haben und die doch noch nicht durchgearbeitet ist. Man weiß, daß man die Kreisordnung speziell in Böhmen einführen wollte, daß man sie gegen uns einführen wollte; man weiß, daß die Kommission für die Reform der Gesamtverwaltung im Jahre 1913 es abgelehnt hat, die Kreisordnung in Böhmen einzuführen und man hat damals gemeint, daß die Sache damit abgetan ist. Aber jetzt ist die Sache wieder in den Vordergrund getreten, und zwar natürlich um gegen uns etwas auszurichten.

Ich werde mich nicht lange bei diesem Gegenstande aufhalten, sondern werde einen Gegenstand berühren, der ungemein wichtig ist. Es handelt sich nämlich um die Ausraubung der böhmischen Bezirke des Königreiches Böhmen, Mähren und Schlesien; es ist ein System darin und ich glaube, in Wien ist es zur Staatsnotwendigkeit geworden, die Ausraubung der Länder der böhmischen Krone durchzuführen. Die mitteleuropäischen Staaten haben gegen die Boykottierung der feindlichen Länder protestiert und die böhmische Nation muß sich jetzt gegen den eigenen Staat, gegen die eigene Regierung wehren. Wenn Seine Exzellenz sich einmal an die Front stellen würde — und ich würde bitten, es einmal zu tun *(Ruf! Welche Exzellenz?)* Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident — und, falls nicht dieser, wenn der Herr Minister für Volksernährung sich einmal in die Front anstatt der Weiber und der Kinder, die nichts zu essen haben, stellen würde, dann würde er sehen, ob wir übersatt sind, wie der Abgeordnete Wolf gesagt hat, oder ob wir Hunger leiden. Da sieht man, meine Herren, was es bedeutet, ein unterdrücktes, geknechtetes Volk zu sein. Was man aus den böhmischen Bezirken Böhmens und Mährens hinausgeführt hat, das ist ja schauderhaft. Warum hat der Kaiser 20 Waggons Mehl für Trautenau geschickt? Gewiß nicht deswegen, weil in Böhmen genug Getreide usw. ist, sondern weil ein Mangel daran besteht. Im Jahre 1916 wurden 44.000 Waggons Getreide aus den böhmischen Bezirken Böhmens requiriert. Der Skandal mit dem Aussiger Syndikat ist ja noch in frischer Erinnerung. Und jetzt dürfen wir unsere wirtschaftlichen Verhältnisse nicht selbst regeln, uns regieren die Ministerien, die Landeschefs usw., uns regieren auch die Zentralen.

Gehen Sie in die Zentralen und schauen Sie, wer dort sitzt. Es sind nichtaktive Regimenter, es sind vielleicht ganze Armeekorps von solchen, die hier in Wien in den Zweigstellen sitzen, während die Väter vieler Kinder ihr Blut und ihr Leben opfern müssen. *(Sehr richtig!)* Wie mit Peitschen-

hieben eines Sklavenhändlers wird uns zugerufen: Durchhalten! Durchhalten! Man raubt uns alles und da sollen wir durchhalten. Es ist eine Aushungerungspolitik gegen das böhmische Volk. Es ist ein System.

Die städtische Jugend und auch die älteren Städter und Landbewohner sterben aus. Wieviel gehen an Typhus, wieviel an Dysenterie, wieviel an Tuberkulose zugrunde. Es ist jetzt ein so elendes Leben, daß, wenn das so fort gehen soll, wir wirklich nicht wissen, was das nächste Jahr noch bringen wird. *(Zwischenrufe.)* Die wirtschaftliche Persekution ist eine Fortsetzung der politischen Persekution, die vor drei Jahren inauguriert wurde. *(Ruf: Ersatzpersekution! — Heiterkeit.)* Ja, das ist wahr. Damals hat die Regierung gegen die bürgerlichen Rechte ihre Macht gezeigt. Ihre Macht? Es war eigentlich nicht ihre Macht, sie war eigentlich auch machtlos. Jemand anderer, die Soldateska war mächtiger, diese hat alles bestimmt durch drei Jahre. Erst als wir zusammenkamen, begann der Kampf des Volkshauses gegen den Absolutismus, und zwar, wie man sagen muß, mit einigem Erfolg. Das Haus hat sich doch aufgerafft und hat es für seine Pflicht erachtet, gegen den Absolutismus aufzutreten, doch ist der Erfolg noch nicht sehr weit gediehen, denn in politischen und nationalen Dingen ist der Absolutismus noch obenan. Ein Staat, wo sich ein Landeschef, wie der Coudenhove oder Heinold usw. erlauben kann, Staatsgrundgesetze zu ändern, ein Staat, wo sich auch die Staatsbahndirektoren derartiges erlauben dürfen, ist doch ein absolutistischer und kein konstitutioneller Staat und man kann nicht, wie es der Herr Ministerpräsident gesagt hat, von einer vollen Gleichberechtigung sprechen.

Wir haben im Juni, als es sich um die Protokollierung der nichtdeutschen Reden gehandelt hat, gesehen, wie sich das Herrenhaus dazu verhalten hat. Auch die feinsten Köpfe des Herrenhauses, darunter auch der ehemalige Justizminister Klein und die Präsidenten der drei höchsten Gerichtshöfe haben einen Standpunkt eingenommen, der von der Gerechtigkeit weit entfernt ist. Es ist bezeichnend, daß während der letzten Jahrzehnte in Österreich die Idee der Gerechtigkeit so verfallen ist, wie vielleicht noch nie. Seit 20 Jahren ist es so. Sie werden sich erinnern, meine Herren, wieviel Lügen über Badeni ausgestreut worden sind, was der Abgeordnete Wolf in die Welt ausgestreut hat, der jetzige Patriot, der damals von der irredentistischen Stimmung im deutschen Volke sprach, der nach dem Egerer Volkstage hier eine Rede hielt, in der er die Versammlungsteilnehmer, die durch die Bajonette der Finanzwache und der Gendarmen bedrängt, auf reichsdeutschen Boden übertreten mußten, mit dem Riesen Antäos verglich, als er die Mutter Erde berührte. Wir waren wieder stark, sagte er, wir haben die Mutter Erde berührt, natürlich hinter den Pfählen. Es war derselbe Abgeordnete, der damals gesagt hat, daß er ganz gut einsehe, daß auch Cisleithanien in dasselbe Verhältnis zu Deutschland trete wie Sachsen, Bayern und Württemberg.

Jedes Volk hat ein unveräußerliches Recht auf seine Selbstbestimmung. Wie wurde dieses Prinzip gegenüber der böhmischen Nation geübt? Gefühle wurden verletzt, die Hegemonie der deutschen Nation und der deutschen Sprache wurde statuiert. Die Deutschen wurden großgezogen. Wien hat sich gewöhnt, als eine Hauptstadt von Satrapien betrachtet zu werden. Die Verwaltung kam immer zuerst mit ihren Anschlägen, möchte ich sagen, und dann kam die Gesetzgebung und es wurde immer mehr und mehr zentralisiert, natürlich unter Favorisierung der Deutschen. Die Deutschen wurden durch so viele Dezennien mit Absicht favorisiert. Wenn man bedenkt, was aus diesen Milliarden der Jahresbudgets den Deutschen und den anderen Nationen zugeflossen ist, so macht das einen großen Unterschied. Die Deutschen wurden großgezogen und natürlich wurde alles fanatisiert, vom untersten bis zum obersten. Die Deutschen wollten nur administrieren, befehlen. Natürlich traten sie die ganze Geschichte mit Füßen, die gerade vor dem Kriege für das föderative System gesprochen hat. Die Deutschen haben ja gesehen, was das föderative Deutschland jetzt im Kriege für eine Macht ist. Durch Worte über Freiheit und Gleichheit in der jetzigen Verfassung wollten sie, daß die nichtdeutschen Völker von ihrer Geschichte und von ihren Rechten ablassen. Das ist natürlich nicht geglückt und wird nicht glücken. Aus dem Traume eines Mitteleuropa sind die deutschen schon geweckt worden, vielleicht denken sie überhaupt nicht mehr daran, aber sie glauben, daß sie geschützt werden sollen und geschützt werden müssen. Die Deutschen schützen, die alles in dieser Monarchie in der Hand haben? Sie haben das Recht zu behaupten, daß sie favorisiert wurden. Sie haben auch das Recht zu behaupten, daß sie das staatszersetzende Element waren und nicht die anderen Nationen. Die Stärke des Staates, auf die er seine Zukunft baut, liegt in seinem inneren Frieden, und den inneren Frieden haben sie nicht gehalten. Die Deutschen hatten viel Zeit dazu gehabt, den inneren Frieden zu schließen. Nicht einmal den Willen haben sie dazu gehabt. Es ist selbstverständlich, daß ihnen alle Regierungen dabei geholfen haben; denn was sind jetzt die Regierungen? Die sind doch jetzt das ausübende Organ der Deutschen in Österreich.

Damit ist die Stellung der Deutschen und der übrigen Nationen gegeben.

Und wie in den nördlichen Ländern, so war es auch in Ungarn. Graf Tisza ist wohl der größte Satyriker der Welt, wenn er gesagt hat,

daß die Nationen in Ungarn zufrieden sind. *(Abgeordneter Hrásky: Die müssen zufrieden sein!)* So war es auch im Süden; das slawische Element wurde unterdrückt und das Häuflein Italiener favorisiert. Das hat sich gerächt. Man nennt das den Fluch der bösen Tat. Die Deutschen, die Wiener Regierungen konnten es doch schon früher einsehen, wozu es kommen wird. Man hat ganz gewiß gewußt, daß die Kinder in Italien in ihren Lehrbüchern lernen: Italia e divisa in sedici regioni; dann werden die regioni aufgezählt und es wird in diesen Lehrbüchern, die in ganz Italien eingeführt waren, gesagt: außerdem gehören zu unserem Vaterlande noch folgende Provinzen: Nizzardo, Corsica, Ticino, Trento, Triest und Istrien. Alle diese Gegenden, hieß es in diesen Lehrbüchern, bilden das gemeinsame Vaterland Italien. Das haben die italienischen Kinder seit Dezennien gelernt und deshalb darf man sich nicht wundern, daß, wenn die Slawen unterdrückt und die Italiener favorisiert wurden, eine solche Stimmung die Oberhand gewonnen hat.

Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Pacher hat in seiner letzten Rede erklärt, daß das böhmische Staatsrecht für die Deutschen abgetan ist. Etwas ähnliches hat einmal auch Prinz Windischgrätz ausgesprochen, als er als Ministerpräsident sagte, daß für ihn keine böhmische Frage existiert. Meine Herren! Sie sehen doch: existiert die böhmische Frage oder existiert sie nicht? Sie wird existieren, auch wenn der Herr Abgeordnete Pacher hundertmal so etwas sagt.

Aber nicht wir waren es, die gerade jetzt diese Frage aufgerollt haben. Es war die Regierung, die die Frage der Föderation, respektive der Teilung Österreichs mit ihrem Antrage über die Regelung der polnischen Frage aufgerollt hat. Früher haben die Deutschen das Verlangen nach einer Verfassungsrevision immer abgelehnt. Jetzt kommt die Regierung und will die polnische Frage regeln. Diese Regelung wurde in den polnischen Kreisen, wie Sie sich erinnern werden, sehr kühl aufgenommen. Die polnische Frage ist jetzt im Rollen. Es ist natürlich, daß ein Volk von über 20 Millionen Seelen, dessen Angehörige auf drei Staaten verteilt sind und die nur in dieser Reichshälfte nationale Rechte bekommen haben, nach Selbständigkeit ringt. Es ist ja nicht lange her, daß das Königreich Polen selbständig war und die Ältesten unter den Polen, die 70- und 80jährigen haben wohl in ihrer Kindheit von ihren Großvätern von der Pracht des polnischen Königreiches gehört. Aber dasjenige, was wir den Polen gönnen, das wollen wir auch und wir haben dasselbe Recht wie die polnische Nation. Der Begriff „Österreich" war doch bis zum vorigen Jahrhundert ein geographischer Begriff; erst im vorigen Jahrhundert ist es aus einem geographischen zu einem politischen Begriff geworden. Das vorige Jahrhundert wollte aus den Staaten einen Staat machen. Ist es gelungen? Es ist nicht gelungen. Ich werde Sie nicht lange aufhalten, meine Herren, ich werde nur erwähnen, daß schon im vierzehnten Jahrhundert die Brandenburgischen Städte dem Kaiser Karl als dem König von Böhmen Treue und Gehorsam geschworen haben, daß Ferdinand I. im Jahre 1526 die volle Selbständigkeit der Krone Böhmens damit anerkannt hat, daß er versprochen hat, daß er das Königreich Böhmen und alle Provinzen, provincias ad regnum Bohemiae ab antiquo pertinentes defensurum esse. Die verneuerte Landesordnung hat die goldene Bulle Karls IV. als das grundlegende Gesetz für das Königreich Böhmen anerkannt. Im Jahre 1548 wurde ein Reichstag in Augsburg abgehalten. Was hat da König Ferdinand I. auf diesem Reichstage erklärt? Ich werde dieses Schriftstück — es ist nicht zu lang — verlesen, und zwar darum, damit einmal das Märchen aufhört, daß das Königreich Böhmen ein Teil des Deutschen Reiches war. Ferdinand I. sagt *(liest)*:

„Die böhmische königliche Majestät ist von deroselben verordneten Crays-Räthen hiervor zeitlich erinnert, wassmaßen der König zu Böhmen im jüngsten Wormbsischen Anschlag befunden worden und daß derhalben gemeiner Crays-Versamblung Vorhaben were ihre Königliche Majestät als König zu Böhmen und Churfürsten von deren Landen wegen, so ihre Majestät als König von Böhmen vom Reich zu Lehen tragen, in den neuen Anschlag auch zu bringen und zu belegen: inmaßen sie dann in den reformierten Anschlag allbereit getan. Nachdem aber solch Bedenken und Vorhaben Ihrer Kön. Maj. zu vernehmen ganz fremd gewesen Sie hievor auch davon nichts gehört noch gewußt, so haben Ihre Kön. Maj. mangels halben genugsamen Berichts die Sachen bis zu ihrer glücklichen Ankunft in die Cron Böhmen verschoben und sich all da nach fleißiger Erkündigung nichts anders erinnern noch erfaren mögen, dann das die Stände der Cron Böhmen keiner Reichsanschläge bekandlich auch nicht geständig seyen, daß weder der angezogene Wormbsisch noch ältere Anschläge mit Ihr. Kön. Maj. löblichen Vorfahren Königen von Böhmen Wissen noch Willen geschehen, daß sie auch darum nicht gehalten, noch einige Hülff geleistet hätten, auch endlich keine schuldig weren.

So wissen sich auch Ihre Kön. Mt. nicht zu berichten, daß Sie in Zeit ihrer böhmischen Regierung, darinn noch etwan viel Reichshülfen bewilligt und geleistet worden, je belegt, noch umb Hülf ersucht were, noch viel weniger eine erlegt hette. Zu dem daß ein König in Böhmen zu einigem Reichstage nicht beschrieben würde, auch weder Stand noch Stimme im Reichsrath hätte.

Daneben haben gemeine Reichsstände wol zu ermessen, dieweil die Reichssteuern bisher allein auf die stände in den zehen Crayssen bestimmt, geschlagen worden, und aber die Cron Böhmen in keinem Crays befunden wird so ist darbei leichtlich abzunehmen, daß diese Cron mit dem Reiche hievor nie gesteuert, und darum auch jetzt unbillich in des Reichs Anschläge gezogen werde.

— — — — — — — — — — — — —

So begreifen auch die Reichssteuern allein die Stände des Reichs teutscher nation, so sich des heiligen Reichs Schutz und Schirm, auch Fried und Rechtens erfreuen und gebrauchen. Ob nun gleichwol die kgl. Mt. als König zu Böhmen etliche Land und Herrschaften der teutschen Sprach und Zungen vom heiligen Reich zu Lehen erkennen, so haben dieselben Land und Herrschaften vom Römischen Reich weder Schutz noch Schirm, Fried noch Recht, sondern seind von dem Reich teutscher nation von Alters hero abgesondert, und demselben nicht incorporiert, und also des Reichs teutscher nation Bürden, Anschlägen und Contributionibus nicht unterworfen.

— — — — — — — — — — — — —

Und demnach sich nun aus dem allen befindet, daß ein König zu Böhmen in des Reichs Anschlägen nicht gehörig, ... so wollen sie die kgl. Mt. als König zu Böhmen zu gemeiner Reichsständen gnädiglich versehen, daß sie ihres Vorhabens abstehen und ihre Mt. nicht weniger als deroselben Vorfahren Könige zu Böhmen die Orts unbeschwert bleiben lassen werden."

**Präsident** *(gibt das Glockenzeichen).*

Meine Redezeit ist abgelaufen und ich werde mich nur auf einige Bemerkungen beschränken. Im Jahre 1804 wurde der Titel „Kaiser von Österreich" eingeführt. Im Patent vom 12. August 1804 sagt Kaiser Franz I. ausdrücklich, daß es bei den Privilegien seiner Königreiche und unabhängigen Staaten zu verbleiben hat. Seit dieser Zeit hat es niemand gewagt, die internationalen Rechte der Krone Böhmens anzutasten. Die internationale Selbständigkeit der Krone Böhmens ist ja feststehend. Der verstorbene Kaiser Franz Joseph I. wurde kraft der Pragmatischen Sanktion auf den Thron berufen und er hat im Jahre 1862 einen Staatsvertrag mit Bayern abgeschlossen, wonach das Königreich Bayern einen Landstrich der Krone Böhmen und auf der anderen Seite die Krone Böhmen wieder dem Königreich Bayern etwas überlassen hat. Niemand von den Herrschern hat es gewagt, die Rechte der Krone Böhmens anzutasten, sondern es waren nur die Staatsmänner von Österreich . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Redner, die Zeit ist abgelaufen!

Abgeordneter Dr. **Franta**: Ich werde sofort fertig sein . . . Das waren die Staatsmänner von Österreich, und wenn man von Hochverrätern und Staatsverbrechern spricht, so ist der Hochverrat und das Staatsverbrechen auf ihrer Stirn und nicht bei uns.

Meine Herren! Ich wurde schon unterbrochen und muß also schließen, aber das eine will ich noch sagen, daß bei uns infolgedessen in aller Herzen und auf aller Lippen nur das eine Wort schwebt: Freiheit! Wir wollen einen freien böhmischen Staat ohne Einmischung anderer. Das ist für uns das Vermächtnis der Vergangenheit, das Gebot der Gegenwart und das Gebot der Zukunft. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Heilinger.

Abgeordneter Dr. **Heilinger**: Hohes Haus! Ich will der wichtigsten Frage bei Erörterung der finanziellen Verhältnisse mich zuwenden, und zwar der Frage: Was ist die Ursache der Teuerung, was ist die Ursache der Geldentwertung? Vielfach wird bemerkt, daß die Ursache der Entwertung der Valuta, beziehungsweise die Ursache der Teuerung die vermehrten Geldmittel wären. Es ist eine fast allgemeine Lehre, daß man sagt: Je mehr Geld, desto höhere Preise. Jüngst stand in einem der ersten Wiener Blätter von einem hervorragenden Bankier die Bemerkung, daß dieser Satz eine Binsenwahrheit sei, der eine Anfechtung gar nicht dulde. Ich sehe jedoch in diesem Satze eine Unwahrheit, einen unhaltbaren Gemeinplatz. Werfen Sie, meine Herren, Ihren Blick hinüber nach Amerika, nach der Schweiz, nach Dänemark, in die verschiedenen neutralen Länder, so werden Sie finden, daß dort enorm viel bares Geld, sowohl Noten als Gold, aufgespeichert ist, weitaus mehr als wir haben. Aber dort sind die Preise nicht so hoch wie bei uns. Dort sind lediglich erhöhte Preise der Lebensmittel und nicht, wie bei uns, Phantasiepreise. Wir sehen also, daß die Masse der Zahlungsmittel nicht das ist, was die Preise erhöht. Wenn Sie aber diesen Beweis nicht gelten lassen wollen, obwohl er stringent ist, möchte ich Ihnen einen anderen Beweis vorbringen. Der beste Beweis ist der Clearingverkehr. Dieser ist dem Effekte nach nichts anderes als eine Massengeldvermehrung. Er ersetzt Milliarden. Sie wissen, daß nach dem letzten Ausweise des Wiener Saldierungsvereines vom 1. Juli bis 1. Oktober 12 Milliarden diesbezüglich im Clearing umgesetzt wurden. Haben Sie je gehört, daß der Clearing der eine Massengeldvermehrung involviert, beziehungsweise substituiert, daß dieser Clearingverkehr vielleicht preiserhöhend gewirkt hat, als der Clearingverkehr

in verschiedenen Staaten eingeführt wurde? Gewiß nicht. Sie sehen also, daß die Geldvermehrung nicht das ist, was preiserhöhend wirkt. Aber andrerseits ist die Frage zu stellen: Wirkt die Geldvermehrung nicht preiserniedrigend? Da muß mir jeder Industrielle und Gewerbetreibende zustimmen und muß sagen: Ja, denn das Geld sucht Verwendung, und zwar zumeist in gewerblichen und industriellen Betrieben und schafft Konkurrenz und daher billige Preise. Die Ausnahme, die hier die Stärke der Regel bedeutet, ist, daß hochverzinsliche Anleihen gesucht werden. Das ist deshalb, weil sie ähnliche materielle Erfolge wie die gewerblichen und industriellen Unternehmungen bieten.

Meine verehrten Herren! Die Geldvermehrung soll man nicht dadurch einschränken, daß der Staat von den Banken das Geld mit hohen Prozenten, mit 4¼ Prozent, wie der Fall ist, nimmt, statt daß der Staat das Geld von Banken lediglich in die Postsparkasse zu legen zuläßt. Dort haben Sie weitaus weniger Prozente, und da hat der Staat den Verdienst, denn sonst die Banken haben. Die Banken nehmen das Geld mit etwas über 3 Prozent vom Publikum und der Staat gibt ihnen dafür 4¼ Prozent. Dadurch haben die Banken ein großes, und zwar ein arbeitsloses Einkommen. das Einziehen des Notengeldes durch den Staat im Wege der Banken ist ein Hindernis der Abnahme von Kriegsanleihen. Darauf möchte ich aufmerksam machen und daher würde ich empfehlen, diese mit 4¼ Prozent verzinsten Beträge bei den Banken zu kündigen.

Nun entsteht die fernere Frage. Wir haben uns jetzt über die vermehrten Geldmittel ausgesprochen, die nicht schädlich wirken, und wir haben auseinandergesetzt, daß die Geldvermehrung sogar preiserniedrigend wirken kann. Jetzt fragt es sich: Wie lange kann man mit dem Notengeld wirtschaften? Wie lange kann der Staat Notengeld ausgeben? Die Antwort scheint ziemlich schwierig zu sein? Sie ist aber, wenn man die Sache genau studiert und überlegt, höchst einfach; so lange, als das Geld teuer ist. Wenn beispielsweise der Zinsfuß für sichere Hypotheken heute 10 Prozent beträgt, so kann man doch nicht davon sprechen, daß das Geld billig, also zu viel ist.

Sparsamkeit ist bei der Ausgabe der Noten am Platze, wie heute unser weitblickender Finanzminister ausgeführt hat. Aber eines steht fest: Wir sind noch nicht so weit und sicher nicht so schlecht daran, wie einer der Vorredner früher bemerkt hat. Wir sind wohl nahe der Grenze der Notenvermehrung, aber gewiß nicht so weit, daß wir sagen können, wir haben die Grenze überschritten. *(Zustimmung.)*

Es entsteht nun die weitere Frage: Ist Notengeld weniger wert als Goldgeld, verteuert Notengeld die Preise? Sie müssen mir zugeben, daß es Staaten gibt, welche ihr Notengeld höher bewerten als das Goldgeld. In Spanien beispielsweise bekommen Sie für Notengeld 6 Prozent mehr. Sie können dort die Ware mit Papiergeld billiger kaufen als mit Gold- oder Silbergeld. Sie sehen also, daß das Notengeld an sich nicht weniger wert ist als das Goldgeld, daß die entgegengesetzte Behauptung nicht als allgemeine Regel aufgestellt werden kann.

Was ist die eigentliche Ursache der Teuerung? Die eigentliche Ursache der Teuerung ist der Mangel an Vertrauen, das geminderte Vertrauen gegenüber dem Staate. Das Vertrauen ist bei den Finanzpapieren die Hauptsache. Der Österreicher hat einen Hang zur Diskreditierung der Heimat. *(Zustimmung.)* Daher wird oft behauptet — selbst von ernster Seite —, daß der Staat seine Schulden nicht bezahlen kann, ja es wird sogar behauptet, daß der Staat nicht einmal die Zinsen der Schuld bezahlen kann. Auf diese Weise wird künstlich in die Bevölkerung ein Mißtrauen hineingetragen, welches fast bis zur Mutlosigkeit reicht. Außerdem gibt es noch Männer, welche infolge ihres wissenschaftlichen Rufes diese Ansichten unterstützen und über das österreichische Volkseinkommen, über die österreichischen Finanzen Märchen verbreiten.

So wird ausgeführt, daß das österreichische Ausgabenbudget 7 Milliarden beträgt, die Einnahmen der Zensiten aber nur 6 Milliarden, und es wird weiter gesagt, daß wenn die Zensiten alles hergeben, selbst was sie für die Lebensmittel brauchen, wir nicht einmal die Ausgaben für unser Budget haben. Alle diese Behauptungen werden auf Grund der Statistik aufgestellt. Mit dieser Statistik wird es gerade so sein wie mit den anderen Statistiken. Sie werden sich an die Statistik der Kriegsgetreideverkehrsanstalt erinnern, von der ein Redner in diesem Hause vor wenigen Tagen erklärt hat, daß diese Statistik, die 17 Millionen kostet, ihrem Zwecke gar nicht entspricht, daß sie total unbrauchbar ist. Die Zukunft wird mir recht geben, wenn ich sage, die statistischen Berechnungen werden alle über den Haufen geworfen werden.

Der Krieg hat manche Überraschungen gebracht, manche falsche Anschauungen korrigiert. Erinnern sie sich beispielsweise, was man über die Kriegsdauer glaubte.

Man glaubte, sie müsse eine ganz kurze sein, es sei ausgeschlossen, daß ein Krieg länger dauere als wenige Monate. Erinnern Sie sich auch, daß man glaubte, die Arbeitslosigkeit werde einen riesigen Umfang annehmen. Ist das eingetreten? Nein! Man sprach davon, es würden Seuchen auftreten, die verschiedenen medizinischen Doktorenkollegien haben sich in dieser Sache geäußert — die Seuchen sind nicht aufgetreten. Sie sehen, Irrtümer kommen vor, besonders aber in der Statistik. Ich möchte

agen, Nationalvermögen und Nationaleinkommen ind in Österreich weitaus größer, als bei den ver=chiedenen Berechnungen angegeben wird. *(Zustim-mung.)* Woraus entnehme ich das? Die Einschätzung es Vermögens, insbesondere großer Vermögen ist icht immer eine genaue, verschwiegen wird sehr iel, insbesondere bei Verlassenschaften. Ich war einerzeit Leiter einer Wiener Steuerbehörde und kann hnen diesbezüglich Beispiele en masse geben. uch die Ausnahmen von der Zahlungspflicht sind u berücksichtigen. Auf Grund der Statistik läßt sich lso hier nicht viel machen.

Nach der Statistik — das hat Professor ellner auseinandergesetzt — entfielen im Jahre 913 auf die Urproduktion, das ist also Landwirt-chaft, Jagd, Fischerei, Bergbau, 4600 Millionen inkommen. Die Preise sind seither auf das Drei-ache, vielfach auf das Zehnfache, ja Hunderfache estiegen. Man kann daher heute nicht mehr von enem Einkommen, sondern muß von einem dreimal o großen Einkommen der Urproduktion reden, sie at also ein jährliches Mehreinkommen von '2 Milliarden Kronen. Das macht in drei Jahren 30 Milliarden, das ist ungefähr die Summe unserer riegsanleihen einschließlich der siebenten, die ommen wird, wenn die Beteiligung der bisherigen leicht. Sie sehen, daß die Vermehrung des Ein-ommens in der Urproduktion in diesen drei Jahren llein eine Riesensumme, 30 Milliarden, beträgt.

Was aber in der Landwirtschaft gilt, gilt in rhöhtem Maße von der Industrie, insbesondere on der schweren Industrie und von der riegsindustrie. Hier sind Unsummen gewonnen vorden, man kann auf das bestimmteste hier mit Milliardengewinnen rechnen. Und wenn Sie ier auch nur so viel annehmen wie bei der Urproduktion, so haben wir nicht nur unsere Kriegs-nleihen, sondern unsere ganzen Schulden getilgt. Wenn Sie die Kriegsgewinne inkamerieren, dann rauchen Sie überhaupt keine Vermögenssteuer. Gestatten Sie, daß ich Sie frage: Wer ist mehr zu chätzen, die Kriegsgewinner, darunter verschiedene minderwertige Individuen, die, wie wir täglich in den Zeitungen lesen, Millionäre geworden sind — wie mir ein Fachmann auf national=ökonomischen Gebiet sagte, sind es derzeit 5000 solcher Millionäre — oder das Interesse der Allgemeinheit, daß hier Wandel geschaffen werde? Die Kriegsgewinner schwimmen in Millionen und wie wir vor einigen Tagen gehört haben, Kollege Schöpfer hat dies-bezügliche Ausführungen gebracht, die invaliden Helden sind derzeit Bettler auf den Straßen der Städte! *(Zustimmung.)*

Ursache der Teuerung ist auch die Börsespeku-lation, insbesondere die in privaten Papieren. In-folge des künstlich gemilderten Vertrauens zum Staate ist eine Hausse auf der Börse entstanden, wie sie noch niemals da war. Diese Hausse ist meines Erachtens ein Verbrechen gegen den Staat und sie ist auch der Anlaß, warum man gegen die Börse einzuschreiten beginnt, nicht bloß hier, sondern wie Sie aus verschiedenen Maßnahmen der Deutschen Reichsbank sehen, auch im Auslande. Der Hauptsitz der Spekulation sind die Banken. Die Banken sind in Österreich das einzige, was unkontrolliert ist. Der kaiserliche Kommissär bei den Banken ist nichts anderes als eine kaiserliche Vogelscheuche. *(Heiterkeit.)* Er bedeutet gar nichts. Diese Stelle des Kommissärs ist einfach eine Sinekure. Der Betreffende geht in die Bank, läßt sich für seine Stelle einige tausend Kronen geben, verschwindet und kommt bei feierlichen Anlässen wie bei Generalversammlungen wieder. Das ist seine Tätigkeit. Von der wirklichen Gebarung der Finanzen hat er keine Ahnung. Das muß mir jeder in diesem Hause zugeben. *(Zustimmung.)*

Meine Herren! Ich sage nur: der einfache Prozeß Kranz hat genügt uns aufzuklären. 400.000 K lagen auf dem Boden der Depositenbank und niemand wollte sie nehmen. Wie ist das möglich? Nur dadurch, daß es unrechtes Gut ist, was da zu Boden gefallen ist, was ein anderer nehmen wollte, aber daran gehindert wurde.

Im Hinblick darauf, daß mir nur eine Viertelstunde Redezeit gegeben ist, muß ich sehr vieles, was ich vorbringen wollte, zurückstellen und werde mir erlauben ein andermal, wenn meine Ansichten von irgend einer Seite bekämpft werden sollten, darauf zurückzukommen.

Bezüglich Ungarns will ich nur soviel sagen: Ungarn ist ein Asyl für Preistreiberei geworden, es sperrt uns aus, es hungert uns aus und es sieht fast aus, als wenn es ein Mitglied der Entente wäre.

Meine Herren! Wenn Parlament und Regierung zusammenhalten — der Stürgkhsche Geist weht nicht mehr in der Regierung und in diesem Hause — dann werden die Verhältnisse andere werden. Österreich ist nicht umzubringen. Das hat uns Stürgkh gelehrt. Austria in orbe ultima! Wir haben den Grafen Stürgkh ertragen, wir werden auch diesen Krieg ertragen. Österreich ist ein an Naturschätzen reiches Land und hat nichts zu befürchten. Unsere Valuta steht, wie sie seinerzeit stand, und der hier oft zitierte Generalsekretär von Schmidt hat in einer Abhandlung geschrieben, daß die österreichische Valuta gegenüber der Mark nicht schlechter stehe als seinerzeit im Jahre 1866. Ich möchte das noch ergänzen und sagen: die spanische Valuta stand auch 60 Prozent unter Pari und nach wenigen Monaten hat sie sich erholt und heute ist die spanische Rente mehr wert als die Rente der ganzen Entente. Wünschen wir, daß es auch uns so gehen möge. *(Zustimmung.)* Wir werden nach

dem Friedensschlusse gewiß zahlungsfähig sein. Unsere Kriegsanleihe, zu deren Zeichnen wir von seiten des Finanzministeriums mit Recht aufgefordert wurden, werden wir vollwertig zurückzahlen können.

Wir haben sie wohl mit schlechtem Gelde bekommen, aber wir hätten Sie nirgends billiger bekommen. Das ist kein Wucher, sondern ein Glücksgeschäft, das jemand abschließt. Die Anleihen werden genügend Abnehmer finden, wenn das Vertrauen in Österreich wieder einzieht, und das wird einziehen, wenn man unsere Finanzlage so betrachtet, wie ich es tue, im Gegensatz zu verschiedenen Vorrednern, die auf einem ganz anderen Standpunkt stehen, dem man in Hinkunft seine Zustimmung wird versagen müssen. *(Zustimmung.)*

Wir müssen die Anleihen in gutem Gelde zurückzahlen, sonst bekommen wir in Zukunft keine mehr. Der internationale Kredit würde uns verlorengehen, und Sie wissen, meine Herren, was wir im Jahre 1868 mit der bloßen Kürzung der Rentenzinsen erlebt haben. Unsere Renten werden späterhin überall bestens angenommen werden, es wird sogar eine stürmische Nachfrage nach österreichischer Rente stattfinden.

Der Wunsch des österreichischen Finanzministers Freiherrn v. Wimmer wird in Erfüllung gehen, daß die Kriegsanleihe entsprechend gezeichnet wird. Auch die Lebensmittel werden infolge Hebung der Valuta billiger werden, welche das wiederkehrende Vertrauen bewirken wird und Österreich wird in neuer Kraft erstehen.

Der Kaiser Nikolaus von Rußland hat das Krösusorakel von London schlecht verstanden, welches lautete: „Wenn Du über den Halys-Dnjestr gehst, wirst Du ein großes Reich zerstören!" Es war nicht Österreich, das er zerstörte, sondern sein eigenes Reich! Ich schließe mit dem Ruf: Heil Österreich! *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Es sind mir inzwischen eine Reihe von Resolutionsanträgen überreicht worden.

Der Herr Abgeordnete Einspinner beantragt folgende Resolution *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, hinsichtlich der Kredithilfe für das mittelständische Gewerbe, unbeschadet der Höhe des zu gewährenden Kredits, jenen Gesichtspunkten vollauf Rechnung zu tragen, die von den Gewerbeförderungsinstituten auf Grund eingehender Beratungen und Verhandlungen der Regierung bekanntgegeben wurden."

Die Resolution ist gehörig gezeichnet und steht in Verhandlung.

Weiters haben die Abgeordneten Teufel, Hummer und Genossen folgende Resolution beantragt *(liest)*:

Das hohe Haus wolle beschließen:

„Die Regierung wird aufgefordert, ungesäumt, längstens jedoch innerhalb einer Frist von acht Wochen dem Abgeordnetenhause den Entwurf eines Planes für die Entschuldung der Staatsbediensteten vorzulegen und in diesem auch Vorkehrungen zur Befriedigung eines zulässigen Kreditbedürfnisses der Staatsbediensteten zu treffen, um sie in Zukunft vor wucherischer Ausbeutung zu schützen."

Diese Resolution ist gehörig gezeichnet und steht in Verhandlung.

Ein weiterer Antrag des Abgeordneten Teufel lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, dem Reichsrate ohne Verzug den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches für die Entschädigung jener Städte Vorsorge getroffen wird, die infolge der Kriegsereignisse ihre Ausgaben außerordentlich zu steigern gezwungen waren."

Dieser Resolutionsantrag ist gehörig gezeichnet und steht in Verhandlung.

Schließlich stellen die Abgeordneten Teufel, Hummer und Genossen folgenden Antrag:

„Die Regierung wird aufgefordert, den im Bezuge von Unfallsrenten stehenden Staatsbahnpensionisten — sowie den Witwen und Waisen nach solchen — die Teuerungszulage im selben Ausmaße zu gewähren wie jenen, welche eine Unfallsrente nicht beziehen."

Auch dieser Antrag ist gehörig gezeichnet und steht in Verhandlung.

Der Herr Abgeordnete Dr. Heilinger beantragt folgende Resolutionen *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, das Erforderliche zu veranlassen, daß die infolge der außergewöhnlichen Ereignisse des Krieges den aktiven Staatsangestellten gewährten Zulagen im gleichen Ausmaße auch den im Ruhestande befindlichen Staatsangestellten zugewendet werden, weil der Krieg beide Kategorien in gleicher Weise trifft."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Resolution unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Die Resolution ist genügend unterstützt und ht in Verhandlung.

*(Liest:)* „Die Regierung wird aufgefordert, das Erforderliche zu veranlassen, daß die für die aktiven Offiziere aufgestellten Beförderungsnormen ausnahmslos für die Dauer des Krieges auch auf die zur aktiven Militärdienstleistung einberufenen Offiziere des nichtaktiven Standes Anwendung zu finden haben."

Diese Resolution steht mit dem Gegenstande cht im Zusammenhange, ich kann sie daher nicht r Unterstützung bringen.

*(Liest:)* „Die Regierung wird aufgefordert, ehestens einen Gesetzentwurf, betreffend die obligatorische Alters- und Invaliditätsversorgung der Gewerbetreibenden, einzubringen."

Diese Resolution steht nicht im Zusammenge mit dem Verhandlungsgegenstande und kann her nicht zur Verhandlung gelangen.

*(Liest):* „Für die Geltungsdauer des Budgetovisoriums, das ist vom 31. Dezember 1917 Monate) soll die Reichsratszulage der Beamten d Diener des Hauses um 50 Prozent erhöht erden."

Diese Resolution ist vollkommen unverständlich, nn daher ebenfalls nicht in Verhandlung gemmen werden.

*(Liest):* „Die Regierung wird aufgefordert, nen Gesetzentwurf dem hohen Hause vorzulegen, onach das jährliche Einkommen einer Person aus r Teilnahme an der Verwaltung von Banken und deren Aktiengesellschaften und Sparkassen (als räsident, Verwaltungsdirektor und dergleichen) in iner Gesamtheit den Betrag der Gehaltsbezüge nes Ministerpräsidenten nicht überschreiten darf."

Diese Resolution steht gleichfalls nicht in Verndung mit dem Verhandlungsgegenstande, ich kann daher gleichfalls nicht zur Unterstützung bringen.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete anser.

*(Nach einer Pause:)* Der Herr Abgeordnete im Saale nicht anwesend und verliert daher s Wort.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete rb.

Abgeordneter **Erb:** Hohes Haus! Wir stehen n am Abschlusse einer Debatte über das Budgetovisorium. Man kann mit vollster Sicherheit behupten, daß noch niemals eine derartige Debatte er ein Budgetprovisorium in diesem Staate stattfunden hat, trotzdem ja die Budgetprovisorien in Österreich zur Regel gehören. In keinem anderen Staate der Welt wäre auch eine solche Budgetprovisoriumsdebatte möglich. Die Debatte war unerquicklich, unerfreulich, verstimmend und sogar bösartig. Der einzige Lichtpunkt, der sich in dieser Debatte gezeigt hat, ist die Staatstreue der Deutschen in Österreich. *(Zustimmung.)* Sie waren die einzigen, die ohne jedes Geschenk, ja trotzdem man ihnen sogar vieles genommen hat, unentwegt den Standpunkt des Staatsgedankens gewahrt haben und dem Staate das geben, was er unbedingt notwendig braucht, was er gerade in der jetzigen so ernsten Zeit des Krieges nie und nimmermehr entbehren kann.

Größtenteils führten in dieser Budgetdebatte das Wort die Zerstörer des Staatsgedankens. *(Zustimmung.)* Eine Rede nach der andern, die wir auf der anderen Seite dieses Hauses hörten, klang mehr oder weniger in klaren oder unklaren Äußerungen der Bedrohung dieses Staates aus. Die Zerreißung Österreichs *(Zustimmung)* war eigentlich das Leitmotiv jener Reden und mit Erbitterung und Ärger mußten die staatstreuen Deutschen den Ausführungen von Rednern folgen, die direkt gegen den Staat nicht nur aufreizten, sondern ihre Konnationalen aufforderten, diesen Staat nicht mehr weiter zu verteidigen, sondern ihn im Stiche zu lassen. Eine derartige Debatte und solche Worte, meine ich, sind in keinem anderen Staate der Welt möglich als in Österreich *(Zustimmung)* und staunend mußten wir bis zu dem heutigen Tage darauf warten, daß die Regierung zu diesen Äußerungen Stellung nahm.

Endlich fand nicht der Chef dieser Regierung, sondern der Finanzminister gelegentlich der Budgetdebatte und einiger budgetärer Bemerkungen das Wort hierzu. Das Schweigen hat recht lange gedauert. Um so erfreulicher war heute das Reden des Finanzministers. Was uns daran besonders freut, ist seine ganz klare Äußerung, daß der Staat unentwegt zum deutschen Reiche die Bündnistreue halte. *(Beifall und Händeklatschen.)* Diese Worte der Regierung kommen uns aus vollstem Herzen. Den Deutschen gegenüber gebührt wohl das Sprichwort: Treue um Treue. Und ich glaube das deutsche Reich hat Treue um Treue zu Österreich gehalten, daß es unserem Staate in dem Augenblicke der allerernstesten Gefahr mit seiner ganzen verfügbaren Kraft und Macht zu Hilfe geeilt ist. Wir konnten andere Worte aus dem Munde eines Vertreters der Regierung gar nicht erwarten, zumindestens ist er ein Deutscher und es war ehrlich, wenigstens so diese Worte als Deutscher zu sagen. Vielleicht wollte er auch aus seinem Herzen heraus mehr sagen, wenn er eben nicht auf der Ministerbank säße. Einen Ausdruck Seiner Exzellenz des Herrn Finanzministers haben wir

aber nicht begriffen. Ich meine jenen, worin er der Mißstimmung über die feindselige Weltanschauung jener Redner der rechten Seite Ausdruck gibt, die ich eingangs hier gekennzeichnet habe.

„Die feindseligen Weltanschauungen, welche in den gefallenen Äußerungen vorkommen, müssen von der Regierung abgelehnt werden", sagte der Herr Finanzminister. Ich meine, es wäre viel klarer gewesen, wenn Seine Exzellenz der Herr Finanzminister gesagt hätte, die feindselige Stellung dieser Redner zum Staate Österreich müsse von der Regierungsbank auf das allerentschiedenste abgelehnt werden. *(Sehr richtig!)* Denn die Äußerungen der sehr geehrten Herren Redner von jener Seite haben mit einer feindseligen Weltanschauung viel weniger zu tun, als mit einer feindseligen Staatsanschauung, die direkt gegen Österreich gerichtet ist. Und etwas mehr Klarheit in diesen Worten Seiner Exzellenz des Herrn Finanzministers hätte gar nicht geschadet. Man hätte den Herrschaften sagen sollen: Entweder bekennt ihr euch zum Staate oder wir bezeichnen euch als das, was ihr seid, als Feinde. Und dieses Wort, von der Regierungsbank aus gesprochen, hätte hoffentlich auch eine gewisse Wirkung auf die Herren gehabt, die ja hier im Hause schon glauben, daß sie reden können was sie wollen; ob der Staat dabei in Trümmer geht, ob er gegenüber dem Auslande herabgesetzt wird oder nicht, ob der Krieg dadurch verlängert wird, das ist diesen Herren ganz gleichgültig, wenn sie nur ihren nebelhaften Phantasien von Staatsrechten und eigenen Gebilden nachlaufen können zu dem Zwecke, um ihre Wähler besser an sich ködern zu können. *(Zustimmung.)*

Das Budgetprovisorium ist aber auch, von allen anderen Seiten betrachtet, höchst betrübend. Betrachtet man die finanzielle Seite der Sache, so haben wir mit einem Abgang von zwei Milliarden zu rechnen, welcher Abgang keineswegs irgendwo seine Deckung findet. Und ich meine, selbst wenn für diese zwei Milliarden eine Deckung gefunden würde, so hat sich doch kein Redner und auch nicht Seine Exzellenz der Herr Finanzminister damit beschäftigt, was, falls diese zwei Milliarden bedeckt würden, dann mit den ja in allernächster Zeit folgenden anderen unbedeckten Milliarden eigentlich zu geschehen hat; denn wir sehen ja schon wieder, über die zwei Milliarden hinaus, eine neue Kriegsanleihe in Sicht, wir wissen ja, daß noch ein Jahr weiter zumindest die Auslagen milliardenweise fortlaufen werden; und für diese kommenden Auslagen an Milliarden ist noch kein Wort und keine Silbe weder vom Herrn Berichterstatter noch von Seiner Exzellenz dem Herrn Finanzminister gesprochen wodren.

Höchst betrübend ist aber auch die wirtschaftliche Seite des Budgetprovisoriums. Die Anforderungen einer ganzen Reihe von ausgiebigen Fürsorgeaktionen für einen großen Teil der Stände dieses Staates zeigt uns ganz klar und deutlich, daß viel und sehr viel gebraucht werden wird, um die durch den Krieg hervorgerufenen und auch teilweise mit ihm verbundenen Schäden, welche oft die Mißwirtschaft hervorgerufen hat, zu decken.

Die politische Seite dieses Budgetprovisoriums mit seiner Debatte habe ich ja zu Beginn meiner Rede zur Genüge charakterisiert. Politisch ist eigentlich diese Budgetdebatte eines der traurigsten Kapitel der Beratungen eines Budgetprovisoriums in Österreich. Vergebens suchen wir auf jener Seite eine Zugehörigkeit zu unserem Staate.

Seine Exzellenz der Herr Finanzminister war auch so gütig, uns über die Sparsamkeit etwas zu sagen. Die Valuta soll in erster Linie durch Sparsamkeit gebessert werden. Ja, die Sparsamkeit ist recht schön, aber sie muß am richtigen Orte und zur richtigen Zeit geübt werden und ich meine, daß es sehr gut wäre, wenn Seine Exzellenz der Herr Finanzminister auch der Militärverwaltung einige Vorlesungen über Sparsamkeit halten würde, denn da gibt es einige Zweige, wo von einer Sparsamkeit wohl nicht die Rede sein kann. *(Sehr richtig!)* Eine solche Vorlesung würde auch bei verschiedenen Zentralen und der riesigen Zahl ihrer Angestellten am Platze sein. Die Bevölkerung spart ja ohnehin, was sie kann, weil sie nichts Überflüssiges auszugeben hat, ich meine also, die Sparsamkeit, an anderen Plätzen gelehrt, würde von besserer Wirksamkeit sein.

Seine Exzellenz der Herr Finanzminister besprach auch verschiedene Fürsorgeanträge und Fürsorgeaktionen, vor allem jene für den Gewerbestand. Ein Hundert-Millionen-Kredit wird für den Gewerbestand beansprucht. Seine Exzellenz der Herr Finanzminister meint, es soll davon kein eigener Fonds gebildet werden und er meinte auch, daß sich ja die Regierung schon seit längerer Zeit mit einer solchen gewerblichen Hilfsaktion befasse. Damit hat der Herr Finanzminister vollständig recht. Wie ich weiß, sind sämtliche Gewerbeförderungsinstitute von Österreich mit dem Gewerbeförderungsamt schon seit langem an der Arbeit, um einen Kriegsfonds für das Gewerbe zu schaffen. Die hier im Hause eingebrachten Anträge wegen des Hundert-Millionen Kredits bieten also gar nichts Neues, denn der Gewerbestand als solcher, mit seinen berufenen Vertretern, ist ja schon lange am Werke, für die durch den Krieg geschädigten Gewerbetreibenden Hilfe zu schaffen. Die größten Verdienste in dieser Frage hat sich Herr Kubelka, Direktor des mährischen Gewerbeförderungsinstitutes erworben *(Zustimmung)* der bereits am 25. August 1916, also vor mehr als einem Jahre, eine Denkschrift ausarbeitete und Anträge stellte. Ich erinnere ferner an die großzügige Aktion des niederösterreichischen Landesau-

chusses mit Landesausschußbeisitzer Biehlohlawek an er Spitze, welche an dieser Fürsorgeaktion tatkräftigst arbeitet. Das Finanzministerium hat sich hinsichtlich dieser Fürsorgeaktion bereit erklärt, 50 Prozent der Zinsen von jenen Ausgaben zu bestreiten, welche hierzu notwendig sind und außerdem werden ja die Länder, die Handelskammern und andere gewerbliche Organisationen, insbesondere die gewerblichen Kreditorganisationen, mit berufen sein, die noch fehlenden Beträge zu leisten. Diese hochwichtige Frage läßt sich aber weder mit einem Antrag auf Gewährung eines Kredits oder Schaffung eines Fonds noch sonst nach irgendeiner Schablone lösen, sondern sie muß individuell gelöst werden durch die gewerblichen Organisationen selbst; denn der eine Gewerbetreibende braucht Rohstoffe, der andere braucht Arbeitsbehelfe, der dritte braucht Arbeitskräfte, der vierte braucht Geld, der fünfte braucht den Verschleiß, den Vertrieb seiner Erzeugnisse und so würde nach allen diesen Richtungen hin die Hilfe für den Gewerbestand einsetzen müssen.

Wir haben gehört, daß ein Ministerium der sozialen Fürsorge errichtet werden soll. Ich meine, daß dieses Ministerium vor allem auf den Gewerbestand nicht vergessen darf *(Rufe: Sehr richtig!)*, denn der Gewerbestand ist — ohne die Leiden der anderen Stände irgendwie gering schätzen zu wollen — jener Stand, welcher am allermeisten unter diesem Kriege gelitten hat. Eine große Anzahl von Handelsgewerben und handwerksartigen Betrieben mußte sperren und wer durch die Straßen der Reichshauptstadt geht, der wird immer mehr zugesperrte gewerbliche Lokale finden mit der Überschrift: „Wegen Einrückung zugesperrt". Auch in unseren Provinzstädten draußen ist es nicht besser. Im legitimen Handel muß einer nach dem anderen aus Mangel an Rohstoffen zusperren. Das handwerksmäßige Gewerbe kommt jetzt daran, weil man kein Leder oder keine Stoffe mehr bekommt, der Bezug von Eisen und Blech für die eisenverarbeitenden Gewerbe hört überhaupt schon auf und aus Mangel an Rohstoffen und aus Mangel an Meistern, da diese eingerückt sind, wird das Gewerbe nach und nach verschwinden. Außerdem sind durch die hohen Löhne in der Kriegsindustrie qualifizierte Arbeiter für das Gewerbe überhaupt nicht mehr zu bekommen, der Lehrlingsnachwuchs wird immer geringer und infolgedessen sehen wir nach und nach wie das Gewerbe in der allerschlimmsten Weise benachteiligt wird. Es ist höchste Zeit, daß sich die Regierung dieser Tatsache bewußt wird und ich meine, daß auch der Finanzminister dieser Tatsache bedenken muß. Der Finanzminister braucht für den Staat Geld, viel Geld, immer mehr Geld, aber die Steuerquellen, die durch ihre Masse ausgeben, nämlich der Gewerbestand und der Handelsstand, sind in in ihrer Steuerkraft so herabgesunken, daß sie für größere Steuerleistungen überhaupt nicht mehr herangezogen werden können. Es ist also ureigene Sache des Staates selbst, wenn er sich aus seinen finanziellen Verhältnissen heraushelfen will, dem Gewerbestand unter die Arme zu greifen und zu helfen, wo er ihm helfen kann. Daher ausgiebigste Fürsorge für den Gewerbestand!

In der Rede eines Ministers, ich glaube sogar Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten, sind die Worte vorgekommen, die ja eigentlich etwas Selbstverständliches bedeuten: Hebung der Produktion. Die Worte sind sehr schön, jedermann wird sie unterschreiben. Aber ich frage Sie alle, verehrte Mitglieder des hohen Hauses: Haben Sie schon jetzt irgendwo eine Hebung der Produktion in Österreich gesehen? Haben Sie irgendwo etwas davon gefühlt und gespürt? Nein, die Produktion sinkt, sie sinkt immer weiter herab. Ich gebe zu, es ist unter den jetzigen Verhältnissen außerordentlich schwer, die Produktion zu heben, aber sie hätte doch nicht so weit herabgedrückt werden sollen, wie es jetzt der Fall ist. Und man sagt mir, daß Vorräte an Rohstoffen bei den verschiedenen Abteilungen der Militärverwaltung in unglaublichen Massen vorhanden sind. So soll das beim Leder der Fall sein, so beim Holz, beim Eisen usw. Diese Stoffe sind aufgestapelt, sind dem Verkehr vollständig entzogen, kommen nicht mehr in den Verkehr zurück, sie gehen dem Gewerbestand ab. Soll also die Produktion gehoben werden, dann heraus mit den überflüssigen Stoffen, heraus mit dem Leder für die Schuhmacher, mit dem Tuch für die Schneider, mit dem Holz für die Tischler, mit dem Eisen und Stahl für unsere eisenverarbeitenden Gewerbe! Aber es geschieht das Gegenteil. Allerorts wird weiter und weiter beschlagnahmt. Unseren Krämern auf dem Lande und in der Stadt hat man das letzte Stück Flanell, das letzte Stück Tuch, das letzte Stück Leinwand, die letzte Wäsche weggenommen. Das ist keine Förderung der Produktion, das ist gerade das Gegenteil. Man muß sich gründlich überlegen und mit der Heeresverwaltung das Einvernehmen treffen, ob es denn doch nicht möglich wäre, unserem Gewerbestande endlich wieder Rohstoffe zukommen zu lassen.

Genau so geht es dem Handel. Man hat dem Handel alles weggenommen, und nichts wird mehr dem Handel übermittelt, dem sogenannten legitimen Handel, damit er seine Existenz fristen kann. Die unlautersten Elemente haben sich des Handels in Österreich bemächtigt und der wirklich ehrliche, seßhafte Handelsstand wurde vernichtet. Das ist keine Förderung der Produktion, und es ist höchste Zeit, daß davon Abstand genommen wird und bessere Verhältnisse für den wirklichen seßhaften Handelsstand wieder eintreten.

Die Zentralen haben große Überschüsse angesammelt. Ich möchte Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister fragen, ob denn nicht aus bestimmten Zentralen, insbesondere jenen, die zur Vernichtung des Gewerbe- und Handelsstandes beigetragen haben, diese Überschüsse wieder zum Aufbaue des Handels- und Gewerbestandes verwendet werden können *(Zustimmung)*, nicht aber, daß diese Überschüsse einfach in den „Moloch Fiskus", wie man so häufig sagt, einfach verschwinden, ohne jenen wieder zugute zu kommen, die so schwer darunter gelitten haben?

Es sind auch noch andere Maßnahmen finanzieller Natur zu gewärtigen und das betrifft in zweiter Linie die Schule. Von der Schule ist in diesem hohen Hause noch sehr wenig gesprochen worden, aber gehen Sie hinaus in unsere Städte und Märkte, wo Militär einquartiert ist und schauen Sie, wie es mit den Schulverhältnissen dort aussieht, Hunderte und Tausende von Schulgebäuden sind dem Unterrichte entzogen worden. Die Kinder haben entweder keinen oder einen Halbtagsunterricht erhalten. Sie lungern auf der Straße herum und ein erschreckender Tiefstand unserer Schulbildung und eine von Tag zu Tag fortschreitende Verwahrlosung unserer Jugend tritt aller Orten ein. Manche dieser Schulgebäude könnten ihrem Zwecke zugeführt werden. Ich mache weder Seiner Exzellenz dem Herrn Kriegsminister noch Seiner Exzellenz dem Herrn Landesverteidigungsminister einen Vorwurf, aber diese Herren Minister sind von den Orten draußen sehr weit weg und irgendein unverantwortlicher Abteilungskommandant führt draußen das große Wort und gibt seine Befehle hinaus. Und wenn wir hier glauben, bei Seiner Exzellenz irgend etwas günstiges durchzusetzen, so kommt von draußen das kleine Wörtchen „unentbehrlich" herein und mit der Räumung der Schule ist es wieder auf lange Zeit vorbei. *(Abgeordneter Dr. Dinghofer: Besonders berühmt ist in dieser Beziehung das Militärkommando Innsbruck!)* Das Militärkommando Innsbruck ist in dieser Beziehung einfach rücksichtslos; nennen wir nur die Sache mit dem richtigen Worte! Das kann nicht so weiter gehen. Der Staat hat doch das größte Interesse daran, daß eine tüchtige Jugend während und nach dem Kriege heranwächst. Wer soll den die Produktionskraft heben? Eine Jugend, die nichts gelernt hat, die arbeitsscheu geworden ist, die keine Verantwortung übernehmen will? Will denn der Staat da nicht dreinfahren und dem Militär selbst sagen, daß ja auch die Kriegsverwaltung an einer tüchtigen, verantwortungsvoll und arbeitsfreudig erzogenen Jugend das größte Interesse hat? Nimmt denn das Militär gar keine Rücksicht darauf, daß unsere Bevölkerung etwas in der Zukunft leisten muß? Man spricht von der Hebung der Produktion, gleichzeitig untergräbt man aber die Bildung unserer Jugend.

Wer in dieser Richtung vollständig versagt hat, das ist das Unterrichtsministerium. Es wäre nicht allein unsere Sache, nach dieser Richtung hin Ordnung zu schaffen und die Schule wieder ihren Zwecken zuzuführen. Ich frage: Wo bleibt denn das Unterrichtsministerium bezüglich der Volksschule? Es scheint, daß die Volksschule für das Unterrichtsministerium überhaupt nicht existiert.

Dazu kommt die klägliche, elende Existenz unserer Lehrerschaft. Der schlechtgestellteste Stand der Festbesoldeten ist der unserer Lehrer. *(Zustimmung.)* Die Länder haben vielleicht zu wenig Geld, um die Lehrer entsprechend zu unterstützen. Der Staat läßt ja so wenig an Steuern übrig, daß für die Finanzen der Länder und für die der Städte überhaupt nichts übrig bleibt. So hat denn der Staat die Verpflichtung, für die Lehrerschaft einzutreten, und wenn schon die Länder nicht imstande sind, die Lehrer halbwegs menschenwürdig zu stellen, so muß der Staat hier eingreifen. *(Zustimmung.)* und da sind 60 Millionen Kronen, welche uns Seine Exzellenz der Herr Finanzminister nicht direkt in Aussicht genommen hat, sondern welche er, weil derartige Anträge gestellt worden sind, zum Teil durch die Landesausschüsse den Lehrern übermitteln will, Beträge, die ja vielleicht für den einzelnen Lehrer doch nach irgendeiner Seite hin etwas bedeuten. Wir wollen aber nicht, daß irgendwie die Staatsgelder, welche für die Zwecke der Versorgung der Lehrerschaft aufgebracht werden, irgendeinem anderen Ziele, als nur für die Lehrer zugewiesen werden. Die gesamten, vom Staate aufgebrachten Summen müssen den Lehrern, so wie sie sind, zugewendet werden, es darf nicht, weil der Staat Zuwendungen macht, irgendwie der Landeshilfe Abbruch geschehen, die Beiträge der Länder müssen voll aufrecht bleiben und fortlaufen, es dürfen auch irgendwelche anderweitige Unterstützungen nicht eingestellt oder irgendwie verringert werden. Das Geld des Staates, die 60 Millionen, muß — ich wiederhole es noch einmal — an die Lehrer aufgeteilt werden und da hat meiner Ansicht nach der Staat, beziehungsweise die Regierung doch das Recht, darüber zu wachen, daß diese Beträge auch den Lehrern zukommen; die Regierung darf sich da nicht hinter die Landesausschüsse verschanzen und einfach sagen: Gebt ihr aus den Beträgen, was ihr wollt, wir stellen sie Euch nur zur Verfügung! Wenn der Staat gibt, glaube ich, hat er auch das Recht, dafür zu sorgen, daß das Gegebene in seinem Sinne verwendet wird. Deshalb erlaube ich mir, im Namen der deutschnationalen Partei, einen Resolutionsantrag zu stellen, der lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, zu veranlassen, daß die Überweisung der

Teuerungsbeiträge an die Länder zwecks Verbesserung der so schwierigen Lage der Lehrer nur für diesen Zweck verwendet wird und daß keinerlei Landesbeiträge oder sonstige Unterstützungen der Länder oder anderer Faktoren irgendwie zur Schmälerung der staatlichen Hilfsaktion verwendet werden."

Meine Herren! Weil ich schon beim Lehrstande bin, so will ich ganz kurz — es bleibt mir ja nicht viel Zeit übrig, weil ich noch ein anderes Kapitel zu erörtern habe — auf den Wehrstand verweisen. Der Begriff „Wehrstand" an und für sich und das Wort „Wehr" hat ja insoferne einen Sinn, als der Stand wirklich zur Abwehr feindlicher Angriffe dient. Aber der Wehrstand soll vor allem auch ein Lehrstand sein; der Offizier und der Militärbildner soll ein Lehrer im besten Sinne des Wortes sein.

Wenn wir hier über verschiedene Übergriffe, die wir sehr bedauern und gewiß nicht verallgemeinern, Klagen gehört haben, so meine ich, daß die mangelnde Erziehung des Offizierstandes einerseits und die durch diese mangelnde Erziehung der Soldaten durch eine nicht besonders hervorragende pädagogische Befähigung jener, wiederum die Offiziere erziehen, sehr viel daran schuld sind, daß verschiedene Ausschreitungen beim Wehrstande vorkommen. Eine Reform der militärischen Schulen an Haupt und Gliedern ist eine unbedingte Forderung der neuen Zeit. Nichts ist rückständiger geblieben als die militärischen Erziehungsanstalten. Dort heißt es nur Drill, nicht Erziehung, während es meiner Ansicht nach heißen sollte: Erziehung, Erziehung, wieder Erziehung und dann erst Drill, der gewiß auch zum Teil notwendig ist. Hier ist auch einzusetzen, um eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen. Noch eines muß ich da erwähnen. Wir meinten, daß auch der Krieg erziehend wirkt. Ich habe von einer solchen Erziehung durch den Krieg noch nicht viel gefunden. Wir haben im Krieg gesehen, daß nur jene den Krieg gewinnen werden, welche die vollendetsten technischen Einrichtungen haben, deren Offiziere die besten Techniker sind und wo der richtige Mann auf den richtigen Platz gestellt wird. *(Zustimmung.)* Nun erfuhren wir bei der letzten Besetzung der Abteilung für Elektrizität im Arbeitsministerium zu unserem Schrecken, daß kein Techniker der Vorstand dieser Abteilung geworden ist, sondern wieder ein Jurist. Die Mediziner und die Techniker sind immer auf demselben herabgedrückten Standpunkt, sie werden einfach von den Juristen in ihren ureigenen Disziplinen bevormundet und ich muß hier schon für die Techniker ein warmes Wort einlegen, daß man sie nicht wie vor dem Kriege als Akademiker zweiten und letzten Grades behandelt. Ich glaube, der Krieg hat die Wichtigkeit der Technik wohl genug gezeigt. *(Sehr richtig!)*

Genau so geht es mit den Ärzten. Vergeblich bemühen wir uns, die alten Oberärzte des Landsturmes und der Landwehr zu Regimentsärzten zur Beförderung zu bringen. Alte, ergraute Ärzte — möchte ich sagen — laufen mit den zwei Sternen herum, während irgendein junger Mann Regimentsarzt geworden ist. Das ist für die treue Pflichterfüllung unseres Ärztestandes keine Belohnung, das muß ich schon sagen. Der Religionsmann geht als Hauptmann ins Feld, der Arzt aber als Oberarzt und kann nicht vorwärts kommen.

Das Kapitel der Staatsangestellten ist besonders zu erörtern. Auch hier liegt eine Reihe von finanziellen Anträgen vor, die ehestens günstig zu erledigen sind. Die Not ist überaus groß. Ich möchte aber dazu erwähnen, daß für die Staatsangestellten ungemein wichtig auch der Bezug von billigen Rohstoffen ist. Die Staatsangestellten brauchen Stiefel, sie brauchen Kleider, sie brauchen Wäsche, und wenn der Staat für den Offizier ein paar Stiefel um 40 K liefern kann, den Stoff zum Anzuge um 19 K, das Futter um 7 K und den Zwirn um 3 K, so wird es dem Staate wohl auch möglich sein, seinen eigenen Angestellten die notwendigen Bedingungen, damit sie sich kleiden können, zu verschaffen. Auch diesbezüglich erlaube ich mir eine Resolution namens der deutschnationalen Partei zu beantragen, die lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, den Staatsangestellten Unterstützungen in Form von Naturalien und Bekleidung zuzuwenden und insbesondere auch durch billigen Bezug von Kleidern und Wäsche und anderen Bedarfsartikeln deren äußerst bedrängte Lage zu erleichtern und die Gründung und die hierzu bereits bestehenden Organisationen auf das ausgiebigste zu fördern."

**Präsident:** Ich bitte Herr Abgeordneter, Ihre Zeit ist abgelaufen.

Abgeordneter **Erb:** Meine Zeit läuft leider ab. Ich will noch erwähnen, daß wir von einer Erhöhung der Offiziersgagen gehört haben. Ich möchte die Frage stellen, ob auch die so dringende Erhöhung der Invaliditätsunterstützungen beabsichtigt wird.

Zum Schlusse möchte ich noch Folgendes sagen: Seine Exzellenz der Herr Finanzminister hat sich an uns wegen der Kriegsanleihe gewendet. Wir Deutschen haben neun Zehntel der Kriegsanleihen in diesem Staate gezeichnet. Ich möchte Seine Exzellenz den Herrn Finanzminister ersuchen, eine derartige Aufforderung zur Zeichnung von Kriegs-

anleihe besonders an die rechte Seite dieses hohen Hauses zu richten, damit auch von dieser Seite gezeichnet wird. *(Zustimmung.)*

Ich schließe, meine Herren, mit folgenden Worten: Wenn je die Worte der Kaiserhymne: „Gut und Blut für unsern Kaiser, Gut und Blut fürs Vaterland!" zur wirklichen Tat gerufen haben, so sind es die Deutschen in diesem Staate, welche sie nicht nur gesungen, sondern auch in erhebender Treue erfüllt haben. Ob sie dafür auch Dank ernten werden, wird die Zukunft lehren. Sollte es nicht der Fall sein, so würde die Enttäuschung für den Staat und seine Lenker geradezu furchtbar werden und die Grundpfeiler seiner Lebensbedingungen geradezu unterbinden. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zur formalen Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Abgeordnete Zaunegger gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Zaunegger:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Zaunegger beantragt Schluß der Debatte. Ich ersuche diejenigen Herren, die für Schluß der Debatte sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Schluß der Debatte ist angenommen.

Es sind mir noch folgende Resolutionen übergeben worden, und zwar vom Herrn Abgeordneten Erb. Dieselben lauten *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, zu veranlassen, daß die Überweisung der Teuerungsbeiträge an die Länder zwecks Verbesserung der so schwierigen Lage der Lehrer nur für diesen Zweck verwendet wird und daß keinerlei Landesbeiträge oder sonstiger Unterstützungen der Länder oder anderer Faktoren irgendwie zur Schmälerung der staatlichen Hilfsaktion verwendet werden."

„Die Regierung wird aufgefordert, den Staatsangestellten Unterstützungen in Form von Naturalien und Bekleidung zuzuwenden und insbesondere auch durch billigen Bezug von Kleidern und Wäsche und anderen Bedarfsartikeln deren äußerst bedrängte Lage zu erleichtern und die Gründung und die hierzu bereits bestehenden Organisationen auf das ausgiebigste zu fördern."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diese Resolutionen unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Resolutionen sind unterstützt und stehen in Verhandlung.

Es sind als Redner noch eingetragen, und zwar pro die Herren Abgeordneten: Zaunegger, Angermann, Höher, Londzin, Huber Michael, Pantz, Dobernig, Seidl, Ofner, Hock, Friedmann, Kuranda, Neumann, Zenker, Bobirsky, Kofler, Erler, Kroy, Dinghofer, Bayer, Hoffmann v. Wellenhof, Einspinner, Marckhl, Held, Denk, Waber, Schürff, Kittinger, Richter, Hueber, Sylvester, Galik, Krogulski, Rychlik, Zieleniewski, Kolischer, German, Wisocki, Halban, Götz, Haller, Steinhaus, Stern, Liebermann, Godek, Baworowski, Lubomirski, Kędzior, Groß, Jabłoński, Dr. Loewenstein, Kleski, Lasocki, Długosz, Czaykowski, Abrahamowicz, Banaś, Jaworski, Klemensiewicz, Lazarski, Marek, Osuchowski, Ptaś, Ruebenbauer, Serwatowski, Skarbek, Śliwiński, Stapiński, Staroweyski, Tertil, Witos, Wróbel, Zarański.

Kontra die Herren Abgeordneten: Měchura, Domes, Seitz, Sever, Vacek, Donat, Hyrš, Benković, Reger, Varek, Udržal, Chaloupka, Pavlok, Špaček.

Ich ersuche diese Herren, sich auf je einen Generalredner zu einigen; links pro und rechts kontra. *(Nach einer Pause):*

Zu Generalrednern wurden gewählt, und zwar kontra der Herr Abgeordnete Udržal, pro der Herr Abgeordnete Dr. v. Loewenstein.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Udržal das Wort.

Abgeordneter **Udržal:** Slavná sněmovno! Kdykoliv se ujímám slova v této síni, jmenovitě v posledních pak letech, vždy zmocňuje se mne pocit odporu. Zdá se mně, že zde budu mluviti naposledy. Mám dojem, že zde jest škoda každého slova *(Souhlas.)* a věřím také, že našim spravedlivým požadavkům, našim právům spíše vyjde vstříc tento studený mramor, než rakouské vlády, plemenným záštím proti našemu národu zaslepené, které nehledě k jejich prohlášením neupřímným, všechny podobny jsou si jako vejce vejci. *(Tak jest!)*

Jmenovitě od doby, kdy v život vstoupil nepřirozený, škodlivý celé monarchii rakouské dualismus, jsme všichni přesvědčeni, že není možno dosáhnouti našich práv, vždyť v roce 1867 pod patronancí Berlína za přímého kmotrovství Hohenzollernské dynastie rozdělili se ve státě Habsburském o vládu národové privilegovaní, Maďaři a Němci uzavřeli spolek na vykořišťování všech ostatních národů. *(Tak jest!)* A důsledky toho také plnou měrou se dostavily na poli zdejší politiky.

Máme často také pocit, že by bylo lépe oproti nepříteli tak neupřímnému nemluviti a neujímati se slova, vyčkati vhodnější doby k jednání.

Při ustavičném marném dovolávání se našich práv zmocňuje se nás také pocit studu, pocit hanby, že jest to možné, aby národ v srdci Evropy, osm milionů duší čítající, národ s tak velkou politickou minulostí, národ, který podle soudu našich úhlavních nepřátel jest na výsost kulturně vyspělý, aby národ, který před půltisíciletím dal světu velké světové idee, o které teprve dnes v přítomné době svádí se tak velký, neskonale krvavý zápas *(Potlesk)*, aby takový národ po celé lidské věky pod cizím stolem dožebrávati se musil drobtů svých práv. *(Bouřlivý potlesk.)*

Jsme přesvědčeni, že nedojdou zde svých práv také národové druzí, všichni ti od roku 1867 vydědění národové. Marně dovolávají se svých práv Češi, právě tak marně Slovinci, marně Rumuni. I každý jiný národ smlouvati se musí a kramařiti o svá práva. *(Tak jest!)* Poněkud šťastnější bratři naši z Haliče kramařiti musí na úkor svých slabších spolubratří.

Slavná sněmovno! Všechno to, co svobodná Amerika ústy svého presidenta Wilsona prohlásila za konečný výsledek světových bojů, všechno to na počátku 15 věku formou nad pomýšlení krásnou učil zakladatel Českobratrské jednoty Petr Chelčický, velký krajan našeho zahraničního ministra Jeho Excellence hraběte Czernina. *(Tak jest!)* Ten skoro v jeho bezprostředním sousedství, vždyť Chelčice nejsou tak vzdáleny od Chudenic, o půltisíciletí dříve než nynější apoštolové přišel s odzbrojením národů, přišel se smírčími soudy, žádal sebeurčení národů, žádal nový světový řád, žádal odzbrojení. Žádal návrat od svévole a násilí ku právu. *(Potlesk.)*

Jak vysoko stojí ten prostý český zeman nad naším zahraničním úřadem. A kdyby Jeho Excellence náš zahraniční ministr hrabě Czernin větší pozornost věnoval domácí historii a povšiml si tohoto velkého svého krajana, mohl býti v mnohém ohledu originálním, nemusil snášeti výtku, že klusá teprve po několika měsících neb po delší ještě době za jinými. Jinak by zněla jeho známá banketní řeč nedávno v Pešti promluvená, měla by symbol originality. *(Souhlas.)*

Jestli skutečně přes to zde opětovně ujímám se slova, činím tak proto, aby vzdálený pozorovatel neměl snad dojmu, že mlčení znamená pasivní souhlas se vším tím, co se zde děje *(Tak jest!)*, že mlčíce přijímáme všechna ta bezpráví na národu našem páchaná. *(Souhlas.)*

Hohes Haus! Die innere politische Lage ändert sich in der habsburgischen Monarchie seit einigen Generationen oder wenigstens seit einigen Dezennien höchstens dem Namen nach, ihr Charakter bleibt immer derselbe. Seit der Zeit, als im Jahre 1867 unter der Patronanz Preußens der berüchtigte Dualismus zur Tat geworden ist, seit der Zeit, wo in der habsburgischen Monarchie zwischen den Deutschen und den Magyaren ein Schutz- und Trutzbündnis zur Ausbeutung der übrigen österreichischen Völker geschlossen wurde, seit der Zeit befindet sich die innere politische Situation stets in dem Zeichen des Kampfes zwischen den unterdrückten, unterjochten Majoritäten mit den herrschenden Minoritäten.

Die Deutschen und Magyaren wollen von den Folgen des Weltkrieges nichts wissen, sie sehen nicht die Nemesis, welche unmittelbar vor ihnen steht, sie wollen von ihr keine Notiz nehmen, sie wollen mit den Zweidrittelmajoritäten der nichtdeutschen, beziehungsweise nichtmagyarischen Völker nicht rechnen. Der schwere Kampf von uns Tschechen galt und gilt immer demselben Gegner, er gilt dem deutschen Chauvinismus, er gilt der deutschen Herrschsucht, er gilt dem deutschen Wahnsinn, welcher beständig und rücksichtslos durch Eisen und Blut, durch List und Betrug nach der sogenannten Weltpräponderanz strebt. Unser Kampf ging und geht gegen das Alldeutschtum. Leider haben wir vergebens viele Dezennienlang vor der alldeutschen Bewegung gewarnt. Wir haben gewarnt vor ihren unvermeidlichen Folgen, wir haben gewarnt vor ihrem Charakter, welcher absolut unvereinbar ist mit der ganzen Struktur dieses Reiches, wir haben gewarnt vor der alldeutschen Welteroberungspolitik und wir haben dies gewiß in kluger Voraussicht dessen getan, was kommen muß, was wirklich gekommen ist und worin wir uns gegenwärtig befinden. In diesem schweren Kampf, welchen wir Tschechen speziell seit einigen Menschenaltern am schwersten zu tragen haben, sind wir — das sage ich ganz aufrichtig und offen — eins mit allen denjenigen in Europa, mit allen denjenigen jenseits und diesseits des Ozeans, welche von der alldeutschen Weltherrschaft nichts wissen wollen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Und allen denjenigen, die uns vielleicht jetzt eines ungenügenden österreichischen Patriotismus zeihen möchten, sagen wir offen: unser österreichischer Patriotismus war immer etwas ganz anderes als was unter diesem Ausdruck die Deutschen oder die Magyaren, unsere Bedrücker, die sogenannten Herrenvölker, verstanden haben. *(So ist es!)* Sicher denken wir, das ganze böhmische Volk, ohne Unterschied der politischen Couleur, heute ganz anders als wir vor dem Kriege gedacht haben. Bis zum Ausbruch des Krieges war uns allen, ohne Rücksicht auf die politische Färbung die bekannte Lehre Palackýs von der österreichischen Staatsidee ein Evangelium. Die Erhaltung, eventuell die Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie war für uns das Alpha und Omega der gesamten Politik. Leider sind die Verhältnisse etwas anders geworden und wenn wir heute anders denken, wie ich es aufrichtig zugestanden

habe, als vor dem Krieg, dann frage ich: wer ist schuld daran? Schuld an dieser geistigen Umwälzung sind die Störenfriede, die Anstifter, alle diejenigen, die den ganzen Weltbrand entfacht haben. Diese Herren haben uns über ihre Pläne und ihre Ziele zu früh aufgeklärt. In der schwersten Schicksalsstunde, in der sich das böhmische Volk beim Ausbruch des Krieges befunden hat, hatten diese Herren nur eine Sorge: nicht vielleicht die Sorge, dem böhmischen Volk das schwere Geschick zu erleichtern, nein, sie hatten nur die Sorge, wie das böhmische Volk zu schädigen wäre, sie haben das böhmische Volk seiner Blüte, seiner Intelligenz, seiner Jugend, seiner Seele berauben wollen. In welcher Weise das alles vor sich gegangen ist, wissen wir alle sehr gut. Es mag also sein, daß unser heutiges Fühlen den Herren in das Programm des alldeutschen Patriotismus nicht gut passen mag. Aber die Herren müssen schon entschuldigen, wir befinden uns dabei in vollständiger Übereinstimmung mit unserem böhmischen Gewissen und dieses ist infolge der Erfahrungen des Weltkrieges für uns zum obersten Tribunal geworden. Und wenn uns gesagt wird, daß wir uns auch auf einem Irrwege befinden, auf dem Abwege, da sagen wir, ein jeder Abweg oder Irrweg oder wie immer Sie ihn nennen, wird zum Rechtsweg, sobald es ein Notweg ist, und Sie haben uns auf diesen Notweg gedrängt, Sie sind schuld daran, wenn es richtig ist, was ich wohl bezweifle, daß wir uns nicht auf dem rechten Weg befinden sollen.

Meine hochverehrten Herren! Seit dem Jahre 1867, um auf dieses Jahr zurückzukommen, befinden sich die Magyaren in Diensten der deutschen Welteroberer und sie sind dafür wirklich gehörig gezahlt; sie haben zum Preis die Ausbeutung aller nichtmagyarischen Völker bekommen, selbst die deutschen Schwaben nicht ausgenommen. Daraus ist zu ersehen, wieviel Gewicht die Berliner Machthaber auf diese Helfer seinerzeit gelegt haben. Selbst die zwei Millionen Deutschen, welche derzeit in Ungarn wohnen, wurden geopfert, um jederzeit über die Magyaren nach Belieben disponieren zu können. Zur Belohnung für diese Dienste der Magyaren wurde ihnen auch noch etwas viel Wichtigeres gegeben: Bald nach dem ersten Ausgleich wurde den Magyaren die auswärtige Politik der ganzen Monarchie im wahren Sinne des Wortes ausgeliefert und seit der Zeit sehen wir, daß die Magyaren maßgebend sind in dem Gebaren des Reiches auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Sie sind es, welche auch während des Krieges die auswärtige Politik bei uns geführt haben mit Umgehung von Wien, direkt nur zwischen Budapest und Berlin wurde korrespondiert. Eine Zeitlang hat man dafür halten können, daß hier eine Besserung eingetreten ist, aber jetzt wird schon wieder die auswärtige Politik durch die Magyaren geregelt und geführt. Ob vielleicht dem Namen nach Seine Exzellenz Graf Czernin dorten sitzt, ist Nebensache, denn wenn er etwas sagen will, fährt er nach Budapest, um sich dort zu beraten und ja nicht ein Wort anders zu sagen, wie es die höchsten Machthaber unserer auswärtigen Politik wünschen.

Meine hochverehrten Herren! Die Magyaren sind, wie gesagt, für diese Dienste vorzüglich bezahlt, aber ich fürchte, daß sie einmal diese Dienste mit ihrem eigenen Blut werden bezahlen müssen. Hie und da werden solche Stimmen auch in Ungarn bereits laut, zum letztenmal schon während des Krieges, als Friedrich Naumann sein bekanntes Buch „Mitteleuropa" veröffentlicht hat. In diesem Buch ließ Friedrich Naumann so ziemlich aufrichtig und deutlich die alldeutschen Pläne an den Tag treten und da wurden die Magyaren stutzig. Wir haben da auf einmal von dorten den bekannten französischen Ausspruch gehört „Travailler pour le roi de Prusse". Aber der alte Haß des Magyaren gegen alles Slawische und speziell gegen uns Tschechoslawen machte bald alle besseren Regungen verstummen und die Herren sind im Dienste der Alldeutschen geblieben und machen alles, was ihnen von Berlin anbefohlen wird.

Wir stehen inmitten eines Krieges, für welchen kein Exempel in der Weltgeschichte zu finden ist. Die heiligsten Gefühle der Menschheit, selbst die Vorstellungen von der menschlichen Gerechtigkeit werden mißbraucht, der liebe Herrgott wird täglich angerufen und vielleicht am häufigsten von dem tollsten Bluthunde der Welt. Alles was den Völkern heilig war, ist in diesem Kriege mit Füßen getreten und zertreten worden, und niemand darf sich rühren. Wer vernünftig sprechen möchte, wird sofort als unzurechnungsfähig, geistesgestört, als ein Hochverräter, ein Todfeind usw. erklärt. Meine hochverehrten Herren! Was speziell wir Tschechen in dem bekannten Hochverratsprozeß, der gegen die ganze böhmische Nation geführt wurde, erlebt haben, darüber muß hier einmal besonders verhandelt werden. In diesem famosen Prozeß wurden die Geister längst verstorbener Literaten und Politiker aus halb Europa zitiert, um nachzuweisen, daß alle Tschechen, die ein gewisses Nationalbewußtsein haben, Hochverräter sind. Man wollte die ganze böhmische Nation ausrotten und nicht diejenigen, welche gegen uns losgezogen sind, können es sich als Verdienst anrechnen, daß es nicht geschehen ist, sondern die auswärtigen Verhältnisse waren es, die etwas kräftiger und mächtiger waren als die deutschen Machthaber.

Bevor ich schließe, werde ich noch mit einigen Worten auf die Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Grafen Czernin, nämlich auf seine Rede, die er unlängst in Budapest gehalten hat, reagieren.

Wir haben von Seiner Exzellenz erfahren, daß wir militärisch sehr gut stehen und daß wir nach einem Jahre militärisch noch bedeutend besser stehen werden als heute. Warum sprechen die österreichischen Diplomaten auf einmal über unsere militärische Lage?

Ich glaube, die Herren beschäftigen sich da mit einer Materie, welche sie nicht so gründlich beherrschen. Warum erzählt uns Seine Exzellenz nicht etwas über seine diplomatischen Erfolge, über die Erfolge der österreichischen Diplomatie? Auf diesem Gebiete haben wir kaum etwas aufzuweisen und es ist schwer, über etwas zu sprechen, was nicht existiert. Deshalb sprach Seine Exzellenz über die militärischen Erfolge. Aber nichts ist gefährlicher als Prophezeiungen von seiten der Politiker. Vielleicht wird die Zukunft zeigen, daß sich Seine Exzellenz Graf Czernin schwer zum Schaden des Staates geirrt hat.

Meine hochgeehrten Herren! Jetzt wurde uns auch eine Verfassungsreform versprochen. Jetzt, wo wir ganz aufrichtig sagen, daß wir einen selbständigen Staat haben wollen, daß wir ein freies Volk werden wollen, jetzt kommt man uns mit der Verfassungsreform, jetzt auf einmal, wo man weiß, daß auf diesem Gebiete nichts zu machen ist. Und, meine Herren, nehmen wir an, daß dies möglich wäre, wer sollte uns diese Verfassungsreform geben? Dieses Haus? Dieses Haus, welches unter der Fuchtel der Alldeutschen steht? Das hat nicht die Macht, um überhaupt etwas zu gewähren. Und wer noch sonst? Ich sage es offen, vielleicht Seine Majestät der Kaiser; der hat gewiß durch seinen hochherzigen Akt bewiesen, daß seine Seele voll von Güte und Weisheit ist. Aber hat er die Macht, um für uns auf diesem Gebiete etwas zu erwirken? Ich sage nein; die deutsch-magyarische Hegemonie würde es nicht zulassen. So lange die deutsch-magyarische Hegemonie in diesem Staate am Ruder ist, können die übrigen Völker alle zusammen zu den österreichischen und ungarischen Regierungen kein Vertrauen haben. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich bin sofort fertig. Von Ungarn wurden wir belehrt, daß eine Nation, welche bis dato keine Revolution aufzuweisen hat, auch kein Recht hat, selbständig werden zu wollen.

Meine Herren! Jeder Zigeuner redet bekanntlich nach seinem Planeten. Die Magyaren wissen viel von Revolutionen zu erzählen und schließlich in Einem haben die Herren sogar Recht: der Weg zum Hofe führt bei uns in Österreich leider gewöhnlich durch Revolutionen; wer bei uns hoffähig werden sollte, mußte zuerst zum Revolutionär werden. Das gilt von allen Völkern und das gilt speziell von den Magyaren; diese haben also aus eigener Erfahrung gesprochen.

Wie gesagt, meine Herren, wir haben kein Vertrauen zu einem Staatsgebilde, wo nach einem dreijährigen Weltkrieg noch jetzt die Minoritäten herrschen können. Wir haben kein Vertrauen zu einem Staate, welcher für uns ein verkörpertes Unrecht bedeutet, und das ist Österreich.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abgeordneter **Udržal** *(fortfahrend)*: Sofort bin ich fertig, Herr Präsident.

Wir erwarten unser Recht auf Selbstbestimmung, wir erwarten unser Recht, ein freies Volk zu werden, von dem Frieden. Und mag der Krieg auf den Schlachtfeldern wie immer ausfallen, nach diesem Kriege wird, auch wenn die Waffen der Alldeutschen scheinbar siegreich bleiben sollten, in der zivilisierten Welt kein Platz mehr für sogenannte Herrenvölker sein. Und diese Gewißheit macht uns zufrieden und gibt uns die Ruhe schon jetzt. Wir wollen den Frieden, den Frieden, welcher gleiches Recht für alle Völker verbürgt. Für das tschechoslawische Volk verlangen wir die Selbstbestimmung. Eine eventuelle Föderation kann nach unserer Ansicht nur unter freien Völkern geschlossen werden. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich erinnere den Herrn Redner nochmals, daß seine Redezeit bereits abgelaufen ist.

Abgeordneter **Udržal** *(fortfahrend)*: Über die weiteren Kombinationen kann man dann mit uns als mit einem freien Volke, welches sich nach eigenem Willen, nach eigenem Gutdünken zu entschließen vermag, unterhandeln. Gleich und gleich gesellt sich gern; aber dann erst können Sie kommen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Generalredner pro Herr Abgeordneter Dr. v. Loewenstein.

Abgeordneter Dr. v. **Loewenstein:** Hohes Haus! Es ist ein Grundsatz der modernen Forschung, daß zur richtigen Erkenntnis des Wirkens und Schaffens eines Menschen die Kenntnis der Umgebung gehört, in der er gewachsen und geworden ist, die Kenntnis des Kreises, in dem er wirkt, und der Umstände, die auf seine Tätigkeit Einfluß nehmen. Und was für den Dichter und Denker, für den Künstler und Staatsmann gilt, das gilt auch für die Politik. Man kann eine politische Strömung nicht richtig verstehen und richtig beurteilen, wenn man nicht die örtlichen Verhältnisse kennt, in denen sie entstanden und zur Geltung gelangt ist. Deswegen ist auch die

Politik des Polenklubs oft nicht verstanden, häufig mißdeutet worden, weil man sich nicht die Mühe nahm, die besonderen Verhältnisse des Landes zu prüfen und zu erforschen.

Ich will mich in dem engen Rahmen, der mir durch die Geschäftsordnung geboten ist, damit befassen, wenigstens skizzenhaft ein Bild dieses Milieus zu zeichnen und Ihnen zu zeigen, wie unser Heimatland nach drei Jahren blutigen Krieges in Wirklichkeit aussieht.

Die letzten drei Jahre der Geschichte Galiziens sind ein blutiges Kapitel des Weltkrieges; aber für die Bevölkerung sind sie ein ganzes blutiges Buch der Leidensgeschichte, des Martyriums, das sie zu erdulden hatte. Man hört so oft im Hinterlande: Wir haben ja auch die Leiden des Krieges mitgemacht, wir haben Opfer getragen durch Verluste unserer nächsten Lieben — was hat denn eigentlich Galizien vor uns voraus? Ich möchte die Herren, die so fragen, einladen, eine Reise nach dem Osten zu machen, aber nicht in die Hauptstadt allein, wo der kriegerische Verkehr ein Bild des Lebens vortäuscht, das nicht vorhanden ist, sondern weit hinaus in die Gegenden, die früher der Feind besetzt hatte, und das Bild, das sich Ihnen bietet, wird alle mit Grauen erfüllen: Gutshöfe, ganze Dörfer, kleine Städte, die vom Erdboden verschwunden sind; vernichtete Wirtschaften, zerstörte und niedergebrannte Gehöfte, ganze Gegenden meilenweit zwischen Zlota Lipa und Sereth, wo jetzt anstatt der sonst wogenden Ährenfelder nur Distelnund Unkraut zu sehen sind; von Zeit zu Zeit ein alleinstehender, zum Himmel ragender Schlot, einst ein Meilenstein auf dem Wege zum industriellen Fortschritt, heute ein Leichenstein erstorbenen, vernichteten Gewerbslebens.

Und die Bevölkerung, meine Herren? Mobilisiert zum Kriege wurde überall, aber in Galizien wurde nicht allein die kriegsdiensttaugliche Bevölkerung mobilisiert, nein, die ganze Bevölkerung ist mobilisiert, die einen zum Kriegsdienst, die anderen zur Kriegsdienstleistung, und oft sehen Sie arme alte Bauern hinter ihren Pferdchen hergehen, bei einem Wagen, in dem Zuge derjenigen, die dem Heere folgen; drei Jahre, das vierte Jahr bereits ziehen sie hinter den Heeresmassen her und manchmal kommen sie in eine Gegend, die ihnen bekannt vorkommt, sie suchen das Gehöft, in dem sie einstmals zu Hause waren und wo nur noch rauchende Trümmer zeigen, wo die Stätte ihrer Heimat war.

Diese Leiden, diese materiellen Drangsale, die das Kriegsgebiet mitgemacht hat, die weist kein anderes Land auf bis auf diejenigen, die gleichfalls Kriegsschauplätze sind, wie es im Süden der Fall ist. Und wenn ich von diesem Standpunkte aus für mein Heimatland, für Galizien, eintrete, gilt jedes Wort auch für die anderen Kriegsgebiete, die ähnliche Leiden haben.

Das sind die materiellen Schäden, die Galizien erlitten hat. Und wie war es mit den physischen und psychischen? Es spricht sich leicht, wenn man sagt: Galizien hat ein Jahr lang die feindliche Invasion ausgehalten. Wissen Sie, meine Herren, was feindliche Invasion ist? Haben Sie den Druck und die Scham ausgehalten, daß Sie unter fremder Herrschaft knirschen und sich gegen sie nicht auflehnen können? Haben Sie die Weheschreie derer mit angehört, die unter den Peitschenhieben der Kosaken jammern, den Schmerzensschrei der Gepeinigten, der gleichzeitig ein seelisches Weh und ein physisches Leid für die ganze übrige Bevölkerung war? Und als dann endlich die Befreiung kam, als endlich der Feind von der heimatlichen Scholle vertrieben wurde und die Bevölkerung aufjauchzte und jubelte — der Freiheit entgegen —, was kam dann? Ich will nicht instandum renovare dolorem und nicht aufs neue das Bild dessen zeichnen, was die Bevölkerung dann zu erleiden hatte. Aber glauben Sie mir eines vom praktischen Standpunkt: Der Terrorismus des eigenen Korporals ist ebenso schwer zu ertragen, wie der des fremden. Militärherrschaft ist hier und dort Knechtschaft, ist Entrechtung, die furchtbar schwer empfunden wird. Erst Gradonaczalnik und Ochrana, dann „K"-Stelle und Feldgerichte, erst Entrechtung, Plünderung und Verschleppung dann Inquisition und Requisition, da ist wohl eine gewisse Reizbarkeit in der Bevölkerung begreiflich und gewisse Schonung berechtigtes Erfordernis.

Was geschah demgegenüber? Wie hat sich die Regierung benommen, die Regierungen, die kamen? Versprochen wurde viel, geleistet beinahe gar nichts. Und jede Leistung, die dennoch erfolgte, mußte erst abgerungen werden, abgetrotzt, von der Regierung erkämpft werden, so daß man immer nur ratenweise etwas bekam, nur in einzelnen Etappen vorwärts kommen konnte und jede Konzession, jede Tat, die Besserung hervorrufen sollte, schließlich anstatt des beruhigenden Bewußtseins staatlicher Fürsorge, denn doch das Gefühl der Verbitterung zurücklassen mußte. Die Regierung, die nach der Befreiung kam, hat es mitangesehen, wie der Enthusiasmus, der im Lande war, so behandelt wurde, als wäre das Gefühl staatlicher Zugehörigkeit ein Unkraut, das ausgejätet werden muß von militärischer Willkür und Unverstand, und nicht die köstlichste Pflanze, die gehegt und gepflegt werden sollte. Der wirtschaftliche Wiederaufbau stockt, Versprechungen, in gemeinsamer Beratung mit den Ministern von ihnen feierlich erteilt, sind bisher nicht eingelöst; unsere Landwirtschaft liegt wegen ganz ungenügender Maßnahmen noch vielfach brach und kann nicht das leisten, was sie zu eigenem Nutzen, aber vor allem im Interesse der Volksernährung hätte leisten können. Unserer Industrie,

der Rohölindustrie im Lande, wurden zugunsten staatlicher Unternehmungen Abgaben auferlegt, wie sie meines Wissens weder früher noch später einer anderen Industrie im Reiche auferlegt worden sind und jetzt wird sie von fiskalischen Maßregeln bedroht, die geeignet sind, jeden Unternehmungsgeist zu erdrosseln, jede Bohrtätigkeit lahm zu legen. Die einzige große Maschinenfabrik, die wir im Lande haben, ist zum großen Teil requiriert und liegt still, sie kann nicht arbeiten, ohne daß das Heer tatsächlich wesentlichen Nutzen davon haben würde.

Unsere Mühlenindustrie, die jetzt doppelt und dreifach wichtiger ist als sonst, wird schikaniert, als wäre sie nicht ein Bedürfnis der öffentlichen Ernährung. Da werden ganze Züge mit Getreide von Rumänien weithin nach dem Westen geführt, um dann wieder teilweise zurückzurollen, anstatt im Lande verwertet, dem Veredlungsverkehre zugeführt und der Konsumtion der Bevölkerung entsprechend verwendet zu werden. Wenn man irgendwie staatsmännisch veranlagt ist, sollte man doch in Erwägung ziehen, daß es bei wirtschaftlichen Übeln nicht sein Bewenden hat, daß wirtschaftliche Übel politische Folgen erzeugen. Das ist die Metastase im Organismus des öffentlichen Lebens, bekanntlich eine bedenkliche Krankheit.

Zu alldem ein vollständiges Versagen der staatlichen Funktionen bei den Behörden, ein Durcheinander, in dem sich niemand auskennt; die autonomen Behörden funktionieren überhaupt nicht, weil die Autonomie sistiert ist, die staatlichen Behörden haben überstaatliche Behörden in Form von Militärorganen, es ist ein Kampf der k. k. Behörden mit den k. u. k. Behörden *(Zustimmung)*, niemand kommt zu seinem Rechte, die Bevölkerung ist nicht mehr ihres Heimes sicher, sie weiß nicht, ob Mein und Dein noch gelten, sie findet kein Recht und keine Gerechtigkeit.

Wenn da schließlich der Bevölkerung die Geduld ausgeht, wenn sie überreizt erscheint, kann man sich nicht wundern. Und wenn der Polenklub, der verpflichtet ist, hier im hohen Hause der Stimmung der Bevölkerung Ausdruck zu verleihen, seine Stimme erhebt, wenn er unter dem Drucke seiner Gewissenspflicht Klagen und Beschwerden und Forderungen erhebt, dann, meine Herren, sagt man nicht nur, er lehnt sich gegen den Staat auf — nein, dann wird in allen Ecken und Winkeln des hohen Hauses gezischelt und geraunt, der Polenklub macht wahrscheinlich von neuen Konzessionen seine Abstimmung abhängig. Wahrscheinlich will das passive Galizien — ja, passiv war es, wenn „passiv" leidend heißt —, dieses passive Galizien will wahrscheinlich wieder eine Erpressung an dem Staatsfiskus versuchen. Und man schreibt in großen Organen der Publizistik, daß ein kurzes Provisorium dem Staate zu teuer zu stehen komme. Das Gespenst der Geschenke für Galizien geht also wieder um. Da bleibt doch dem Polenklub nichts anderes übrig, als sich gegenüber diesen giftigen Gerüchten in die Öffentlichkeit zu flüchten und hier dem hohen Hause frei von allen Konferenzen im Ministerzimmer zu erklären, was wir wollen, was uns veranlaßt hat, Postulate der Regierung gegenüber aufzustellen.

Was verlangen wir? Wir verlangen, daß ein ziviler Statthalter im Lande herrsche und nicht exzeptionell ein Militär. *(Zwischenrufe.)* Ohne jede persönliche Spitze, aus rein sachlichen Motiven, wollen wir nur eines vermeiden; daß unser Heimatland politisch in einem Ausnahmszustande befindlich sei. Was für andere Länder gilt, muß auch für uns gelten, dieselben Rechte haben wir. Wenn zivile Behörden in anderen Provinzen eingeführt sind, dann muß dasselbe für Galizien gelten. Also exzeptionelle Behandlung, kein Ausnahmszustand im Lande. Und daß wir die Rückkehr der Autonomie verlangen — es gibt doch nichts Natürlicheres als das, heute mehr als je! Der Polenklub war immer überzeugter Anhänger des Grundsatzes der Autonomie. Aber an wen denn soll sich jetzt im Kriege der Bürger wenden, wenn nicht auch an den Bürger, der sein Leid versteht und seine Not teilt. Wir verlangen und haben das Recht, es zu verlangen, daß die Autonomie im Lande wiederhergestellt wird.

Und dann ein materielles Erfordernis: die Kriegsleistungen. Meine Herren! Als sich im Dezember des Jahres 1912 der politische Horizont umwölkte, als der Krieg drohte und die Regierung mit der Vorlage über das Kriegsleistungsgesetz ins Haus kam, da war der Polenklub nicht der letzte, der zur unveränderten Annahme der Vorlage beigetragen hat. Wir dachten damals, daß der Staat, der doch nichts anderes ist, als die Summe der organisierten Bürgerschaft, in den Kriegsnöten daran denken wird, daß die Bürgerschaft, die im Parlament ihre Vertretung hatte, sich nicht in juristische Analysen einlassen, nicht über kasuistische Möglichkeiten nachdenken wollte, sondern ohne Veränderung alles bewilligte, was der Staat im Momente der hohen Not anforderte. Wir dachten, daß, wenn in solcher Not das Gesetz zur Anwendung kommt, doch der Staat gewiß auch wieder an seine Bürger, die in der Kriegsnot sind, denken und alles eher tun wird, eher ausdehnend interpretieren wird zu gunsten der Bürger, als durch eine einengende Interpretation das Recht zu nehmen, das ihnen das Gesetz gegeben hat. Und was haben wir erfahren? Wir erleben von seiten der verschiedenen Ministerien und ministeriellen Kommissionen orthopädische Verrenkungen an den geraden Gliedmaßen der Paragraphen des Kriegsleistungsgesetzes, wo herumgedeutelt und herumgetüftelt wird, um zu beweisen, daß die Bürger, die das Recht anrufen, eigentlich kein

Recht haben. Und wir erleben, daß vielleicht 1 Milliarde in der Kriegsnot unseres Landes Galizien das vierte Jahr bereits ohne Bezahlung bleibt *(Hört! Hört!)*; den Zinsfuß der Kriegsanleihe zu grunde gelegt, erleiden wir bereits einen 20prozentigen Interkalarverlust, das sind 200 Millionen Kronen an Zinsenverlust für die Bevölkerung. Davon spricht man nicht, aber wenn die hohe Regierung einmal 30 Millionen Kronen für irgendeine Kriegshilfsaktion gibt, verlangt sie, daß wir uns kniefälligst dafür bedanken, daß uns eine Gnade erwiesen ist. Und was hat man denn noch sonst getan?

Das Gesetz, welches in Gültigkeit ist, bestimmt klar, daß alles, was im Interesse der mobilisierten Wehrmacht militärisch angefordert wird, jeder Eingriff in materielle Rechte zugunsten der Heeresmacht eine Kriegsleistung ist. Da erläßt die hohe Regierung Erläuterungen, aber nicht im Wege eines Gesetzes, nicht im Wege einer Verordnung, welche im Reichsgesetzblatt erscheinen würde, nein, interne Erläuterungen zum Kriegsleistungsgesetze, welche alles eher sind — sie sollten eigentlich Verdunkelungen des Kriegsleistungsgesetzes heißen. In diesen Erläuterungen wird gesagt, daß zum Beispiel die Benützung von Immobilien im Zuge der kriegerischen Operationen nicht unter das Kriegsleistungsgesetz falle, wenn die formelle Anforderung nicht nachgewiesen worden ist. Wer soll die formelle Anforderung eigentlich stellen? Der betreffende Kommandant. Wenn er formell nicht anfordert, keine Kriegsleistung und keine Bezahlung, wenn er anfordert — dann vielleicht.

Also in der Willkür des betreffenden Offiziers liegt es, ob die Leistung und der erlittene Schaden Kriegsleistung sein soll oder nicht. Man sagt weiter zum Beispiel, daß Vernichtungen, Niederbrennen usw. zu den Kriegsleistungen nicht zählen, wenn die betreffenden Objekte zu dem Zwecke vernichtet worden sind, damit sie dem nachsetzenden Feinde nicht in die Hände fallen. Das Kriegsleistungsgesetz kennt keinen Unterschied von Inanspruchnahme zur Benützung oder Inanspruchnahme zur Vernichtung, im Gegenteil, die Inanspruchnahme zur Vernichtung kann für die Heeresinteressen manchmal viel wichtiger sein und größere Tragweite haben, als zur Benützung; wenn das Heer Holz, das am Ufer liegt, bloß dazu nimmt, um das Lager zu beheizen, so ist viel weniger erreicht, als wenn dieses Holz verbrannt wird, damit der nachsetzende Feind damit keine Brücken bauen kann. Das tut nichts, die Erläuterungen sagen, nachdem das große Posten sind, das wird kassiert, das ist keine Kriegsleistung.

Ich muß mich, meine Herren, daran halten, daß die Redefreiheit im hohen Hause rationiert ist und ich kann mich infolgedessen nicht in eine Exegese des ganzen Gesetzes einlassen, wie ich es möchte. Aber noch eines zur Illustration! Diese Erläuterungen sollten von dem Ministerium erlassen worden sein, das berufen ist, das Kriegsleistungsgesetz auszuführen, und das ist das Landesverteidigungsministerium. Das hier ist aber vom k. u. k. Kriegsministerium erlassen worden. Was hat das Kriegsministerium mit dem Kriegsleistungsgesetz zu schaffen? Wir haben doch nicht ein gemeinsames Kriegsleistungsgesetz, sondern ein österreichisches Kriegsleistungsgesetz und nach den klaren Bestimmungen des Gesetzes ist das Landesverteidigungsministerium berufen, es auszuführen. Warum gerade das Kriegsministerium? Ja, meine Herren, dafür ist eine Erklärung vorhanden und die liegt in der Beantwortung einer Interpellation seitens Seiner Exzellenz des früheren Herrn Landesverteidigungsministers Georgi, welcher dort sagte, daß es, wenn die Kriegsleistungen nicht in entsprechender Weise beglichen werden, nicht seine Schuld sei, sondern die Schuld der staatlichen Konstruktion in Österreich, das heißt in Ungarn. Da, meine Herren, liegt die Erklärung für das ganze Geheimnis. Da die Kriegsleistungen in Zisleithanien viel größer sind als die zisleithanische Quote, paßt es den Herren jenseits der Leitha durchaus nicht, daß sie bezahlt werden, und sie haben ein materielles Interesse daran, die Zahlung zu hintertreiben — bei uns, nicht drüben. Drüben geschieht es ganz anders. Drüben werden alle Kriegsleistungen flott bezahlt und es werden vom Kriegsministerium für Holz und Hafer und alles andere Preise bezahlt, welche oft um das Doppelte die Preise übersteigen, welche hier — nicht bezahlt, sondern verrechnet werden. Dieser Zustand ruft ein Gefühl tiefster Erbitterung hervor, nicht nur jener, welche mit dem Gefühl eines erlittenen materiellen Schadens verbunden ist, sondern auch jener, welcher der Empfindung entspringt, daß man nicht zu seinem Rechte kommen kann. Das ist eine der bedenklichsten Folgeerscheinungen dieser Art der Ausübung des dualistischen Prinzips, daß das Rechtsbewußtsein im Volke auf das tiefste erschüttert wird, denn jedermann muß sich mit dem Dichter sagen: „Mit meinem Rechte stürzt das Recht Venedigs.“ Wenn mir mein Recht von denjenigen versagt wird, die berufen sind, das Recht anzuwenden und zu schützen, dann gibt es kein Gesetz mehr; wenn das Gesetz für den Staat nicht gilt, dann gilt es auch nicht für den Bürger und der Weg zur Anarchie ist offen.

Dazu kommt noch die eigentümliche Anwendung des Begriffes der Kriegsbeute. Ostgalizien wurde jetzt wieder befreit, und als die befreiende Armee hinkam, fanden sich bedeutende Territorien angebaut vor, angebaut von den Eigentümern mit Hilfe von russischen Arbeitsorganisationen, welche einen Anteil am Gewinn, am Nutzen, an der Fechsung bekommen sollten. Das wird alles als Kriegsbeute beschlagnahmt. Wenn der Eigentümer hinkommt und sagt: „Um des Himmels willen, meine Herren, das

ist doch meine Fechsung," so sagt man ihm: „nein, das ist Kriegsbeute, die Arbeit ist russisch." „Aber der Boden gehört mir, dann zahlen Sie mir für die entgangenen Nutzungen, weil Sie meinen Boden in Anspruch genommen haben!" „Ja, lieber Freund, das ist Kriegsschaden." Das eine ist Kriegsbeute, das andere Kriegsschaden! Es ist aber weder Kriegsbeute noch Kriegsschaden, sondern eine Rechtsverhöhnung, welche von Seite der Militärbehörden der Bevölkerung gegenüber geübt wird.

Die Regierung hat es ja mitempfunden, daß all dies ein blutiges Unrecht ist, welches seine Konsequenzen haben muß, und hat ein Ausgleichsverfahren aufgebracht, damit wenigstens die kleinsten Beträge zur Auszahlung gelangen können. Es wurden hiezu wieder Kommissionen eingesetzt, aber meine Herren, in den Kommissionen, welche über den Ausgleich zu entscheiden haben, gibt es eine Menge Mitglieder, von denen jedoch nur zwei stimmberechtigt sind, nämlich die Vertreter der Finanzverwaltung und der Militärverwaltung. Die beiden Vertreter des Staates haben allein die Entscheidung, die andern haben nur beratende Stimme. In einem durch das Gesetz festgesetzten Rechtsverhältnis zwischen einem, der liefert, und einem andern, der nimmt, hat nur der Nehmende das Recht der Entscheidung und der andere, der gibt, ist vollständig rechtlos! Und das soll uns befriedigen? Wenn man schließlich dazu kommt, daß doch wenigstens in Form eines Vorschusses etwas bezahlt werden kann, wenn das, was uns von der hohen Regierung in feierlicher Besprechung zugesichert wird, ausgeführt werden soll, dann kommt das hohe Finanzministerium und sagt: wir werden Vorschüsse auf die Kriegsleistungen gewähren, aber Vorschüsse, welche von den Kriegsleistungsberechtigten verzinst werden und grundbücherlich auf den Grund und Boden sichergestellt werden sollen. Das ist eine hochinteressante Neuerung, eine ingeniöse Art Entschuldungsverfahren, mit der die hohe Regierung während des Krieges gekommen ist, daß nicht der Schuldner dem Gläubiger Zinsen bezahlt, sondern der Gläubiger dem Schuldner. Das wäre außerordentlich interessant und würde vielleicht auch von der Bevölkerung ganz gerne begrüßt werden, wenn es sich nicht bloß auf diejenige Verzinsung beschränken würde, wo der Staat der Schuldner ist. So aber wird es als Unrecht empfunden. Und noch dazu die grundbücherliche Einverleibung, die den Eigentümer in Ketten schlägt, daß er sich nicht rühren kann, seine Verfügungsfreiheit dauernd beschränkt und den Immobiliarverkehr wesentlich erschwert. Und das soll die Hilfe sein, die von der Regierung kommt!

Zu alldem kommt die Frage der Kriegsschäden. Ich bin mir dessen voll bewußt, daß es kein Gesetz gibt über die Verpflichtung des Staates, Kriegsschadensvergütung zu leisten, aber, hohes Haus, es gibt ein ungeschriebenes Recht.

Wir haben ein Rechtsempfinden und Rechtsgrundsätze, welche unser ganzes Rechtsleben durchdringen und längst schon in der Rechtsprechung Geltung finden, ehe sie noch in Form von Paragraphen bindende Gesetzeskraft erlangt haben. Zu solchen Rechtsprinzipien gehört das Axiom, daß von niemandem, der im öffentlichen Interesse Schaden gelitten hat, verlangt werden kann, daß er den Schaden allein trage; zu ihnen gehört das Axiom, daß die Lasten des Staates auf alle gleich verteilt werden sollen.

Die Regierung hat das auch anerkannt, und Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat in allgemeiner Wendung uns eine Regelung dieser Frage in Aussicht gestellt. Aber da stolpern wir wieder über Ungarn.

Ja, meine Herren, Ungarn will nicht. Da frage ich doch: Wer hat Krieg geführt? Haben wir in Galizien Krieg geführt? Haben wir den Krieg erklärt oder hat der Staat den Krieg erklärt? Ist es ein Krieg von Zisleithanien oder ist es ein Krieg, den die ganze Monarchie führt? Und war an dem Kriege Ungarn vielleicht weniger interessiert als wir? War Galizien nicht den Karpathen vorgelagert und ist es nicht ein Lebensinteresse für Ungarn, daß wir diesen schützenden Wall, unseren Boden, haben zertreten lassen, um den Ungarn ihr Land vor der Invasion zu bewahren. *(Zustimmung.)*

Und hat Ungarn nicht immer behauptet, es wäre sein vitales politisches Interesse, die russische Flut von den Grenzkämmen der Karpathen ferne zu halten? Und jetzt, wo es ans Zahlen kommt, vergißt man auf alles das. Ist die Politik noch fair? Oder soll die Ritterlichkeit bloß auf die Salons beschränkt bleiben?

Ich glaube, es kann da keinen Zweifel geben, daß es nur ein Recht gibt, das Recht, das auch im Artikel 12 des ungarischen Gesetzes vom Jahre 1867 festgelegt wird, daß Ungarn verpflichtet ist, zu allen Kriegslasten seinen Beitrag zu leisten, also auch in diesem Kriege seine quotenmäßige Last voll zu tragen. Der moderne Krieg ist kein Zufall, der von heute auf morgen kommt. Er ist eine von der im Staate organisierten Bevölkerung gewollte staatliche Aktion im staatlichen Interesse, für die der Gesamtstaat aufzukommen hat.

Ich glaube, es ist nicht der geringste Zweifel, daß, wenn ich mit Herren von der Regierung spreche, sie dieselbe Ansicht teilen. Sie versprechen es auch, sie sagen es zu, aber wie sie über die Grenze kommen, wird die Leitha zu Lethe und es wird an alles vergessen, was in Wien versprochen worden ist. *(Heiterkeit.)*

Da müssen wir doch sagen, das geht nicht. Wenn die Regierung sich nicht durchsetzen kann gegenüber Ungarn und sich nicht Gehör verschaffen

bei den Militärbehörden, so schwindet ihre Autorität. Entweder man hat Autorität oder man hat sie nicht; hat man sie, dann hat man sie überall und allen gegenüber. Wer vor den Ungarn zurückweicht, der hat auch in Österreich nichs zu suchen. *(Beifall.)*

Und wer dem Militär gegenüber umfällt, der hat auch keinen Halt gegenüber der Zivilbevölkerung. *(Zustimmung.)*

Da darf man sich nicht wundern, wenn wir den Aktionen der hohen Regierung nach den Erfahrungen, die wir gesammelt haben, doch mit einiger Skepsis begegnen. Unter den Regierungen, an der Spitze die Regierung des Grafen Stürgkh, war keine, die den Ungarn die Stirne hätte bieten können. Einen gab es und der mußte in der Versenkung verschwinden, bloß deshalb, weil er im Geruche stand, er werde gegenüber Ungarn seinen Mann stellen. Sonst, meine Herren, war kein Erfolg.

Eine Regierung nach der anderen war nicht in der Lage, den Kampf mit Erfolg aufzunehmen und den Anforderungen der schweren Zeit gerecht zu werden. Da muß ich sagen, der Versuch mit untauglichen Mitteln ist ein sehr interessantes juristisches Problem, aber als eine Regierungsmaxime ist er denn doch etwas bedenklich.

Die Erfahrungen, die wir mit den Ministerien im Laufe der Zeit gemacht haben, zeigen eine sehr bedenkliche Einflußnahme der Kriegswirtschaft auf die Politik. Es wird auf der ganzen Linie mit Ersatz gearbeitet. Erst kam das Ministerium Stürgkh mit dem Losungswort: Abbau der Verfassung, Ausbau des § 14! *(Heiterkeit.)* § 14-Verfassungsersatz. *(Heiterkeit.)* Dann kam das Ministerium Clam mit der Allerhöchsten Thronrede — anstatt des Verfassungsgelöbnisses — Gelöbnisersatz. *(Heiterkeit.)* Dann kam die provisorische Regierung Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Seidler mit den Sektionschefs als Leitern, also Ministerersatz! Und jetzt hat Seine Exzellenz mit dem definitiven Ministerium in seiner Programmrede mitten hineingegriffen in den Kampf der Parteien, in den wogenden politischen Kampf, ohne politisch zu führen, ohne politisches Programm und gab an Stelle dessen einen großzügigen bestrickenden Wirtschaftsplan, also politischer Programmersatz. *(Heiterkeit.)* Seine Exzellenz hat uns in bestrickenden Farben die glückverheißende Zukunft Österreichs gemalt, wenn es gelingen sollte, die Pläne, die er hat, zu verwirklichen, das kommende goldene Zeitalter, das wiedergefundene Paradies. Leider hat aber der boshafte Zufall es gefügt . . .

**Präsident:** Ich bitte, Herr Redner.

Abgeordneter Dr. v. **Loewenstein:** Ich bin gleich fertig . . ., daß am selben Tage, an dem Seine Exzellenz seine Programmrede im hohen Hause hielt, in den Zeitungen die Verordnung über die Kleiderordnung erschien und der Bevölkerung vor Augen führte, daß von dem verheißenen politischen Paradies vorläufig bloß die Nacktheit in Aussicht ist. *(Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.)*

Da werden es mir die Herren wohl nicht verübeln, wenn ich dem hohen Gedankenfluge Seiner Exzellenz in die lichten Höhen einer paradiesischen Zukunftsentwicklung nicht folge. Denn hier unten auf der Erde mahnt der Donner der Geschütze an die reale Wirklichkeit und an das Recht der Gegenwart. Deshalb mußten wir Seiner Exzellenz unterbreiten, was die Gegenwart gebieterisch verlangt, damit unserem Lande sein Recht werde.

Der Polenklub — das erkläre ich jetzt im Namen des Klubs — hat dem Staate niemals verweigert, was der Staat zu seinem Leben braucht. Und wenn es einmal eine Zeit gab, in der, wie man behauptete, infolge der Haltung des Polenklubs die Budgetverweigerung drohte, so war auch damals die Haltung des Klubs nicht gegen den Staat gerichtet. Wir haben keine Staatsnotwendigkeit verweigern wollen; wir wollten durch unser Votum nur der Gefahr begegnen, daß nicht in der öffentlichen Meinung sich die Überzeugung festsetze, daß Männer auf der Ministerbank, die sich mit schwerer Sünde, mit Verfassungsbruch und Ungeschick beladen hatten, für all das mit ministeriellen Dauerportefeuilles belohnt werden sollen. Wir haben gegen die Überreste des Ministeriums Stürkgh auf der Ministerbank demonstriert und, wenn wir eine gute Regierung haben wollten, anstatt einer, die der Polenklub für schlecht ansah, dann muß ich behaupten, daß eine gute Regierung im Staate auch eine Staatsnotwendigkeit ist, und vielleicht nicht die allerletzte. *(Zustimmung.)*

Wir werden auch heute dem Budgetprovisorium nicht auf sechs Monate, sondern auf vier Monate unsere Zustimmung nicht versagen, nicht mit irgendeiner persönlichen Spitze und nicht aus Kleinlichkeit, wie es heißt . . . *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich bin in drei Minuten fertig, Herr Präsident! . . ., sondern deswegen, weil wir es als konstitutionell bedenklich ansehen, ein Provisorium für längere Zeit zu bewilligen als hinreicht, um das ordentliche Budget zu bewilligen.

Unser Verhältnis zur Regierung ist klar. Wir sehen in der Regierung eine apolitische Regierung, ein Geschäftsministerium für die laufenden Angelegenheiten des Staates, und dieser apolitischen Regierung haben wir die Postulate des Landes bekanntgegeben, kein Geschäft mit ihr abgeschlossen, uns in keinen Pakt eingelassen; wir haben freie Hände nach allen Seiten, wir sind niemandem gegenüber gebunden. Was wir verlangen, ist ein Postulat des Landes, das zum Teil bloß seinen vitalsten Interessen Rechnung trägt. Wir verlangen

keine Konzessionen, wir verlangen keine Geschenke, wir verlangen das, was nach Recht und Billigkeit uns gebührt. *(So ist es!)* Und ich will schließen mit der Versicherung, daß nicht nur dieses Postulat, welches wir aufstellen, sondern unsere ganze Politik, die Politik, hinter der das ganze polnische Volk steht, in dem ethischen Grund und Boden des Rechtes wurzelt. In dieser furchtbar ernsten Zeit, in der die Flammen des Weltbrandes aufs neue die Tragweite des polnischen Problems beleuchten, hat uns in diesen Tagen eine nationale Zentenarfeier zur Erinnerung an den größten Freiheitshelden der Nation, an die Losung der Vergangenheit gemahnt, an die alte Tradition: Kampf bis zum Sieg für Freiheit und Recht. Wir haben ein Jahrhundert lang, auf dem Boden des Rechtes stehend, für unsere Freiheit gekämpft und auf allen Schlachtfeldern der Welt, wo für Freiheit gerungen wurde, haben Polen ihr Blut vergossen. Wir sahen im Recht und im Vertrauen in die ewige Gerechtigkeit, welche über allen Völkern wacht, die Quelle unserer Hoffnung und unserer Zuversicht. Und auch heute verlangen wir nichts anderes als das Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit für unser Volk, wir verlangen für unser Land das Recht, nach drei Jahren schwerster Kriegsbedrängnis frei aufatmen zu können, um zur Wiedergenesung zu gelangen, wir verlangen von der Regierung, daß sie dem Gesetze und dem Rechte Achtung verschaffe, wir verlangen vom Staate, daß er Rechnung trage dem, was wir im Namen von Recht und Billigkeit verlangen, damit der Schade, den wir im Interesse der Gesamtheit erlitten haben, auch von der Gesamtheit getragen werde, daß sie die Wunden heile, die im Kampfe für alle erlitten worden sind.

Wir tun unsere Pflicht und warten auf den Gang der Ereignisse. Von Ihnen, meine Herren auf der Ministerbank, wird es abhängen, ob sich die Ansätze von Vertrauen, die in unserem Votum zu finden sind, zum vollen Vertrauen erweitern und vertiefen können. Wollen Sie unser Vertrauen, dann erwerben sie es durch die Tat! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(von der Tribüne):* Hohes Haus! Zu der Vorlage über das Budgetprovisorium ist eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht worden. Der eine davon wurde schon im Budgetausschusse gestellt und von dort zur Annahme empfohlen. Es ist dies der Antrag Tomschik, betreffend die Widmung eines Betrages bis zur Höhe von 100 Millionen Kronen für die Aufbesserung der Lage des Eisenbahnpersonals. Diesen Antrag muß ich also zur Annahme empfehlen, obwohl ich schon bemerkt habe, daß der Antrag eigentlich überflüssig ist, indem die Regierung ohnedies in dem, was ihr durch das Budgetprovisorium bewilligt wird, die Ermächtigung hierzu besitzt. *(Unruhe.)*

**Präsident** *(unterbrechend):* Ich bitte, dem Herrn Berichterstatter das Sprechen zu ermöglichen.

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(fortfahrend):* Wenn die übrigen Anträge angenommen würden, so würde dadurch das Budgetprovisorium einen sehr großen Umfang gewinnen und es würden eine ganze Menge von Einzelbestimmungen, die eigentlich in das definitive Budget gehören, hier vorweg Aufnahme finden. Daran läge schließlich nicht viel, das wäre nur ein kleiner Formfehler. Aber diese Anträge sind auch nicht so einfach, als daß sie ohneweiters, ohne eine Beratung im Ausschusse angenommen werden könnten. Ich werde daher den Antrag stellen, sämtliche weitergehende Anträge, wie sie eingebracht wurden, den betreffenden Ausschüssen zuzuweisen, eventuell kann man den Ausschüssen eine Frist zur Berichterstattung geben. Ich muß nun diese einzelnen Anträge besprechen. *(Andauernde Unruhe.)*

**Präsident** *(unterbrechend):* Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(fortfahrend):* Es ist von den Herren Abgeordneten Teufel und Hummer zuerst ein Antrag, dann zwei eingebracht worden, denen gegenüber der Herr Finanzminister sich in der ersten Rede, die er hier zum Budgetprovisorium gehalten hat, zustimmend geäußert hat. Diese Anträge haben aber zweimal Erweiterungen erfahren und infolgedessen hat sich der Herr Finanzminister mit aller Entschiedenheit gegen die Anträge überhaupt ausgesprochen. Es ist beantragt eine Erhöhung der Teuerungszulagen für die Staatsbediensteten von 50 Prozent; weiters eine einmalige Aushilfe von drei Monatsraten, schließlich eine Aufbesserung sämtlicher Grundgehalte um 25 Prozent. Sie sehen, wie die Dinge gewachsen sind. Im Anfang hat man bloß die Teuerungszulagen um eine bescheidene Summe erhöhen wollen und wollte wenigstens für die allerdringendsten Bedürfnisse eine einmalige größere Zahlung leisten. Jetzt soll aber diese Zahlung nicht vorweg genommen werden, sondern außer dieser Zahlung noch eine Erhöhung eintreten. Was aber das Allerbedenklichste ist, ist, daß sämtliche Grundgehalte um 25 Prozent zu erhöhen sind. Das ist, wie mir scheint, eine nicht ganz soziale Maßregel, indem in diesem Falle die Erhöhung bei dem höchsten Beamten natürlicherweise sehr hoch und bei den Kleinen

sehr niedrig wäre. Ich kann also nicht bitten, diese Anträge anzunehmen, sie bedürfen einer Durcharbeitung. Wir haben ja dazu den Staatsangestelltenausschuß. Mir ist mitgeteilt worden, daß man sich in der heutigen Besprechung des Subkomitees einmütig gegen diese Anträge geäußert hat. Ich will also nicht weiter darauf eingehen, sondern ich bitte, diese Anträge dem Staatsangestelltenausschuß zuzuweisen.

Ferner wird beantragt, den Ländern vorschußweise für Teuerungszulagen Beiträge von 60 Millionen Kronen zu geben, ohne daß gesagt wird, wie diese Teuerungszulagen zu verteilen sind.

Es geht nicht an, daß für Vorschüsse, für die schließlich das Land aufkommt, das Reich Vorschriften bestimmt, wie die Zahlungen geleistet werden sollen. Sie sehen also, auch hier ist die Sache nicht so einfach. Auch der Betrag von 60 Millionen für Vorschüsse ist meiner Ansicht nach willkürlich, ich halte diesen Betrag für unzureichend. Die Personalauslagen der Volksschule dürften 200 Millionen Kronen betragen. Ich habe für das Jahr 1912 eine Zusammenstellung gemacht; damals betrugen diese Personalauslagen 184 Millionen Kronen, aber ohne die Stadt Wien mit ungefähr 25 Millionen und überhaupt ohne diejenigen Gehalte, welche von den Gemeinden ausgezahlt werden. Das wäre also dann nur ein Betrag von 30 Prozent und ich weiß nicht, ob mit diesem Betrag ein Auslangen gefunden wird. Ich möchte daher bitten, zur Feststellung der Grundlagen diesen Antrag dem Budgetausschuß zuzuweisen, nicht dem Staatsangestelltenausschuß, weil er dorthin nicht gehören würde.

Es ist weiters beantragt, für Gewerbetreibende, welche durch den Krieg gelitten haben und welche entweder die Bedingungen ihrer Existenz verloren haben oder sonst in Not geraten sind, einen Hilfsfonds von 100 Millionen Kronen entweder für unverzinsliche Vorschüsse oder auch für nicht rückzahlbare Unterstützungen zu gewähren. Auch hier fehlt jede Grundlage; 100 Millionen sind gewiß ein schönes Geld, ich weiß aber durchaus nicht, ob man mit 100 Millionen das Auslangen findet. Und doch ist die Begründung eines Fonds meines Erachtens überflüssig, das sind Ausgaben, die gemacht werden müssen. Was sollen wir jetzt mit einem Fonds machen? Ich fürchte sehr, daß viel größere Auslagen notwendig sein werden, und bitte, die Sache noch einmal zu überlegen und diesen sowie einen weiter dazugehörigen Resolutionsantrag dem Gewerbeausschuß zuzuweisen.

Es ist ferner ein Antrag von den Herren Abgeordneten Hummer, Teufel und Genossen bezüglich einer Erhöhung der Spiritussteuer mit einer Anteilnahme von seiten des Staates eingebracht worden.

Dieser Antrag ist in einzelnen Bestimmungen meines Erachtens schon formal unannehmbar. Es wird nicht gesagt, wie hoch der Spirituspreis sein soll, es heißt nur „bis 20 K". Es wird nicht gesagt, wieviel von diesen 20 oder weniger Kronen der Staat als Anteil haben soll. Auch dies müßte fixiert werden. Wir können es doch nicht der Regierung überlassen, ob sie von dem Branntwein viel oder wenig den Erzeugern überlassen will, sondern wir müssen die Sache durchberaten. Weiters würde bei einem Betrag von 20 K für den Liter der Alkohol in Branntwein ungefähr viermal so stark besteuert sein als der Alkohol in Bier nach der gegenwärtigen Steuer oder in Wein nach der zukünftigen Steuer. Wie kommt man dazu, den Alkohol bloß bei einem bestimmten Getränk um das Vierfache dessen zu versteuern, wie in anderen Getränken? Es sind Schnapstrinker, heißt es. Ja, Schnapstrinker! Es gibt Gegenden, wo wegen der Armut der Bevölkerung, wegen der Art ihrer Lebensführung der Schnaps geradezu eine Notwendigkeit ist. *(Unruhe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe.

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(fortfahrend)*: Jetzt im Winter, bei den miserablen Nahrungsmitteln, ist ein Schluck Schnaps kein Luxus.

Vergleichen Sie die Zahlungen, die jetzt für Schnaps geleistet werden sollen, zum Beispiel mit der Champagnersteuer, und Sie werden sehen, daß das einfach unmöglich ist. Außerdem ist das Ganze so kompliziert . . . *(Ruf: Zwecksteuer!)* Endlich ist die Spiritussteuer eine Zwecksteuer, was ebenfalls veraltet ist. Man schafft nicht für jede Ausgabe eine besondere Einnahme. Die Ausgaben bilden ein Ganzes und auch die Einnahmen sollen ein einheitliches Ganzes bilden, was allerdings bei uns schon lange nicht mehr der Fall ist. *(Fortdauernde Unruhe.)*

**Präsident:** Ich bitte, Ruhe zu halten, damit sich der Herr Berichterstatter verständlich machen kann.

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(fortfahrend)*: Ich bitte, auch den Antrag Schoepfer wegen des teilweisen Ersatzes der von den Ländern gewährten Aushilfen an die Lehrer dem Budgetausschusse zuzuweisen.

Endlich liegt noch ein Antrag des Herrn Abgeordneten Parrer vor, der dahin geht, der Staat solle den Gemeinden zur Besorgung ihrer Aufgaben im übertragenen Wirkungskreise 50 Prozent dieser Ausgaben beisteuern. Der Herr Finanzminister hat erklärt, daß darüber jede Übersicht fehlt, was etwa

dadurch erforderlich wäre. Auch dieser Antrag bedarf einer wirklich eingehenden Prüfung und dafür könnte ja ein kurzer Termin gar nicht gestellt werden. Die Frage, wie sich der Staat an den Kosten der Gemeinden zu beteiligen habe, ist viel zu wichtig, als daß sie so nebenbei hier gelöst werden könnte. Ich bitte also, wie gesagt, sämtliche Zusatzanträge den betreffenden Ausschüssen, dem Budget-, Gewerbe- und dem Staatsangestelltenausschusse zuweisen zu wollen. *(Abgeordneter Dr. Kolischer: Und dem Finanzausschusse!)* Es genügt der Budgetausschuß; die Sache wegen des Branntweines kann ja dann dem Finanzausschusse abgetreten werden.

Schließlich ist ein Antrag gestellt worden, der das Gesetz wesentlich ändert; es wird nämlich von den Herren Abgeordneten Kędzior, Dr. v. Loewenstein und Genossen der Antrag gestellt, das Budgetprovisorium nicht auf sechs Monate, sondern auf vier Monate zu bewilligen. Mir ist der Grund nicht recht ersichtlich, ich glaube, wir könnten ganz gut bei den sechs Monaten bleiben. Da es aber klar ist, daß der Antrag auf sechs Monate nicht angenommen wird, so stelle ich in diesem Falle den praktischen Antrag, auf vier Monate und schließe mich also als ein gescheiter Mensch den Herren Antragstellern vollständig an. *(Heiterkeit. — Bravo! Bravo!)*

Wenn der Antrag Kędzior-Loewenstein angenommen wird, so ergibt sich im § 1 und im Titel und Eingang und bei einzelnen Paragraphen eine entsprechende Änderung.

Wird der Antrag Tomschik angenommen, so muß er an seine richtige Stelle gesetzt werden. Er paßt nicht in den § 4, wo er, ich weiß nicht wie, durch meine Schuld oder die des Setzers, hineingeschneit wurde, sondern er muß als eigener Paragraph zwischen dem § 3 und 4 erscheinen, so daß der gegenwärtige § 4 dann also § 5 wäre.

Nun möchte ich bitten, wenn Sie mich hören wollen, mir vielleicht noch zehn Minuten zu gestatten. Meine Herren, wir leiden unter den Kriegsschulden, unter dem Warenmangel und unter der Teuerung. Die Kriegsschulden mußten ja in einer solchen Höhe aufgenommen werden, wie sie zu Beginn des Krieges kein Mensch für möglich gehalten hätte. *(Unruhe.)* Aber, meine Herren, ich bitte um etwas Ruhe.

**Präsident:** Ich bitte, meine Herren, dem Herrn Berichterstatter das Sprechen zu ermöglichen.

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(fortfahrend):* Aber die Höhe der Kriegsschulden wurde noch gesteigert durch die noch immer fortdauernde Verschwendung der Militärverwaltung. Diese ist nicht nur am Anfange, wo man natürlich alles begreiflich finden muß, eingetreten, sondern sie dauert jetzt noch fort. Wir hätten um einige Milliarden weniger Schulden, wenn die Kriegsverwaltung vorsichtiger und sparsamer gewesen wäre. *(Sehr richtig!)* Wir haben einen Mangel an Waren, hervorgerufen durch die Absperrung vom Auslande, aber auch durch den Mangel an Arbeitskräften und dieser Mangel an Arbeitskräften wird dadurch verschärft, daß auch felddienstuntaugliche Leute zu Hunderttausenden zurückbehalten werden *(Zustimmung)*, und er wird, wo Sie mir nicht beistimmen werden, dadurch verstärkt, daß infolge der Unterhaltsbeiträge auch der Mangel an weiblichen Arbeitern auf dem Lande in einer furchtbaren Weise zugenommen hat, von weiblichen Arbeitern, welche es vorziehen, sich von den Unterhaltsbeiträgen ernähren zu lassen. *(Zustimmung.)*

Die Teuerung ist natürlich durch den großen Bedarf, durch den Mangel an Waren hervorgerufen; aber diese Teuerung wurde noch verstärkt durch den Wucher und die Preistreiberei, gegen die eine hinreichende Abhilfe bisher nicht geschaffen wurde. Nun würde ja auch das schon genügen, um unsere Lage außerordentlich zu belasten; aber die unzulänglichen Maßregeln der Regierungen während der Kriegszeit haben noch dazu zur weiteren Geldentwertung geführt. Hätten die Regierungen rechtzeitig getrachtet, einen, wenn auch kleinen Teil der Ausgaben, jedenfalls aber den Zinsendienst aus den laufenden Einnahmen zu bestreiten, so hätten wir vielleicht die Hälfte des Banknotenumlaufes wie gegenwärtig. Wir haben daher nun am Schlusse eine Verschuldung, die höher ist, als jene, die nun einmal notwendig war, und wir haben eine Geldentwertung, die viel tiefer heruntergeht, als dies durch die anderen Gründe, durch stärkere Nachfrage, mangelndes Angebot usw. hervorgerufen wurde. *(Unruhe.)*

**Präsident:** Ist es denn nicht möglich, einen Augenblick Ruhe zu bewahren? *(Ruf: Lauter reden!)*

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(fortfahrend):* Glauben Sie, ich werde lauter reden, wenn Sie so schreien? Fällt mir nicht ein. *(Abgeordneter Švejk! Sagen Sie etwas Neues?)* Ich sage etwas Neues, für Sie jedenfalls. *(Sehr gut!)*

Was sagen nun zu diesem Zustande diejenigen, welche noch einen Optimismus hegen oder wenigstens heucheln? Diese Optimisten sprechen gelegentlich einmal von der Hebung der Produktion, vom Sparen, sogar von Steuern, allerdings meistens von indirekten Steuern, ja sogar eine Vermögensabgabe halten sie für diskutabel, wenn dieselbe sehr geringfügig ist und gerade noch vielleicht hinreicht,

um den Notenumlauf auf ein erträgliches Maß herabzudrücken.

Im übrigen aber überlassen sie die gegenwärtige Generation und die künftige, der Schuldknechtschaft. So sind die Optimisten. So wird es aber nicht gehen, die Bevölkerung kann durch eine Generation und länger unmöglich die Belastung des Schuldendienstes, wie er sich jetzt herausstellt, tragen und sie will es auch nicht. Wie kommt die Bevölkerung dazu, durch ihre Arbeit 40 Jahre hindurch oder länger den Schuldendienst zu bestreiten und durch Wiederherstellung des Wertes des Geldes das Vermögen, das heute in schlechtem Gelde besteht, dadurch zu verdoppeln, daß aus dem schlechten Geld ein gutes wird? Wir müssen daher zuerst etwas anderes machen, nämlich die Kriegssteuer und die Vermögensabgabe, und damit ist erst überhaupt der Weg für die Ordnung im Staatshaushalte eröffnet. Die Kriegsgewinner und manche andere Leute, die auch das jetzt manchmal zweifelhafte Glück besitzen, über Geld zu verfügen, die reden oder denken wenigstens anders. Sie glauben gar nicht daran, so, daß solche Maßregeln, wie etwa eine ausgiebige Vermögensabgabe oder eine Kriegssteuer zustande kommen werden. Sie sind so sehr überzeugt von der Übermacht des Kapitals, daß sie glauben, zu einer solchen Sanierung kommt es überhaupt nicht. Und deswegen glauben diese Leute, die Kriegsgewinner und auch andere Kapitalisten, daß der Geldwert dauernd tief bleiben wird, ja daß er in nächster Zeit sich noch weiter herunterm indern wird. Gerade wegen dieser Verminderung des Geldwertes nun kaufen sie Effekten und wenn sie Effekten gekauft haben, lassen sie dieselben nicht mehr los.

Wenn auch die Effekten überzahlt sind, etwas Wert ist denn doch dahinter, ein Bergbau, eine Fabrik oder was immer steckt dahinter und das ist etwas wert. Und daraus ergibt sich die ungeheure Nachfrage an der Börse und das mangelnde Angebot an Ware. Die Käufer gewinnen daher trotz der Überzahlung; denn wenn das Geld noch schlechter wird, so haben sie doch wenigstens einen Teil ihres schlechten Geldes in gute Ware umgesetzt. Aber auch dann, wenn der Geldwert wieder steigt und die Kurse sinken, können sie gewinnen, nämlich dann, wenn der Geldwert in höherem Maße steigt, als die Kurse fallen. Dann machen sie an dem Steigen des Geldwertes einen größeren Gewinn als sie am Kursverlust Verluste gehabt haben. Es ist genau so, wie auf der Börse mit dem Prämien- und Stellagengeschäft, wo man nimmt und gibt in einem. Da gewinnt man in einem Fall, wenn die Aktie sinkt, und gewinnt im anderen Fall, wenn die Aktie steigt — es brauchen nur die Differenzen groß genug sein. Auf dieses Prämiengeschäft lassen sich diese Leute auch ein — ich meine vergleichsweise — und sie machen es so wie an der Börse beim Nehmen und Geben: beim Sinken und Steigen des Geldwertes und der Kurse wollen sie gewinnen. Wir denken eben anders. Wir wollen Ordnung im Staatshaushalt und wenn wir die Ordnung im Staatshaushalt halbwegs herstellen, dann wird sich auch die Steigerung des Geldwertes stufenweise von selbst herstellen. Das ist aber ganz unmöglich, ohne eine Belastung des Kapitals. Man darf da nicht warten, bis einmal die Vermögensabgabe kommt, die gleichmäßig das mobile und immobile Kapital erfassen wird, sondern wir müssen dort, wo die größten Kapitalien aufgespeichert und die größten Einkommen konzentriert sind, jetzt schon hingreifen. Die Börsesteuer ist dazu natürlich kein Mittel. Die Börsesteuer ist weder ein Mittel der Spekulation entgegenzutreten, noch ist sie ein Mittel, um dem Staat größere Einkommen zu schaffen. Besser wäre schon eine Kotierung nach französischem Muster, nach welchem jedes Papier nach seinem Kurswert eine bestimmte jährliche Steuer bezahlt. Wir brauchen eine höhere Gebühr für Emissionen und eine Teilnahme des Staates am Emmissionsgewinn. Das zählt aber auch nicht viel, wertvoller ist es, wenn wir die Kursgewinne selbst besteuern, sowohl wenn sie realisiert sind, wie wenn sie nicht realisiert sind.

Es kommt jetzt die Frage zur Entscheidung, was mit der Besteuerung der Kursgewinne sein wird, eine Frage, von der auch vielfach das Gelingen der nächsten Kriegsanleihe abhängt. Diese Frage muß in einem eindeutigen Sinn entschieden werden. Lassen Sie die Kursgewinne ganz frei unter der Bedingung, daß Kriegsanleihe gezeichnet wird, oder besteuern Sie die Kursgewinne, aber nicht nur die realisierten, sondern auch die nicht realisierten — eine von beiden — damit eben das Festhalten der Effekten aufhört.

Nun, solche Maßregeln werden nicht einen Krach auf der Börse hervorrufen, aber einen allmählichen Abbau der Kurse, und selbst wenn ein Krach käme, so ist von uns allen ein Börsenkrach gewiß vorzuziehen dem allgemeinen Zusammenbruch, wie er kommen muß, wenn es in der Weise wie jetzt auch nur ein halbes Jahr weitergeht. Es ist wirklich besser, es verlieren einige Tausende — gar viele sind es ja nicht — einen Teil ihres großen Vermögens, oder einen Teil ihres Einkommens, das ihnen nur die Arbeit anderer erwerben kann *(Abgeordneter Daszyński: Hört!)*, als es verlieren Hunderttausende und wenn man die Angehörigen dazuzählt, Millionen von Menschen, die Kriegsanleihe und andere Staatsanlehen gezeichnet haben, einen Teil ihres Vermögens zur Strafe dafür, daß sie dem Staat in seiner ärgsten Not getraut haben. Nein, wir werden unbedingt eintreten dafür, daß an der Kriegsanleihe und sonstigen Staatswerten

nicht gerührt wird — unbedingt! *(Bravo! Bravo!)* — und wir werden daher auch für die nächste Kriegsanleihe ganz gewiß wirken, wie der Herr Finanzminister uns aufgefordert hat. Das wird nur dann sicher sein, wenn das Volk sieht, an den Staatspapieren wird am allerwenigsten gerührt, da kommen die anderen zuerst daran und wenn es unbedingt notwendig ist, werden wir das übrige Kapital anzapfen und bluten lassen bis zum Weißwerden *(Heiterkeit)*, bevor man sich jemals an den Staatskredit herantrauen darf. Ich glaube also, die Aufforderung des Herrn Finanzministers, unsere agitatorischen Kräfte für die nächste Anleihe zur Verfügung zu stellen, wird von uns allen aufgenommen werden, aber in der Erwartung, daß nicht bloß dies geschieht, daß nicht bloß neue Schulden gemacht werden, sondern daß endlich auch zur Ordnung im Staatshaushalt ernste Schritte unternommen werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Es haben sich zu tatsächlichen Berichtigungen zum Worte gemeldet die Herren Abgeordneten Lukšch, Daszyński, Dr. Heilinger und Dr. Stránský. Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Lukšch zur tatsächlichen Berichtigung.

Abgeordneter **Lukšch:** Hohes Haus! In der soeben abgeführten Debatte hat es einem Redner der sozialdemokratischen Partei gefallen, mir in einem Zwischenrufe zuzurufen: „Sie sind ein Kriegswucherer, Sie haben sich im Kriege mehrere Wirtschaften gekauft!" Dieser Zwischenruf ist während meiner Rede während des damals herrschenden Lärms gemacht worden, wie es von vielen Zeugen einwandfrei festgestellt ist. Die Arbeiter-Zeitung und die ihr nahestehenden Blätter, die mir alle mehr oder weniger gut gesinnt sind, haben mit Lust und Wonne, förmlich mit Freude, einige sogar mit gesperrten Lettern diesen Zwischenruf gebracht, damit ihn ja niemand übersehen kann. Dieser Zwischenruf wurde, wie mir bestätigt wird, von einem sozialdemokratischen Abgeordneten gemacht. Den Namen will ich nicht nennen, ich glaube auch, daß sich die sozialdemokratische Partei mit diesem Zwischenruf nicht wird identifizieren können. Es ist klar, daß mich dieser Zwischenruf persönlich getroffen hat, daß ich in meiner Ehre tief gekränkt sein und mich in der Öffentlichkeit als herabgewürdigt betrachten muß. Ich fühle mich daher verpflichtet, demgegenüber zu berichtigen — ich bin das meiner Ehre schuldig —, daß ich überhaupt in meinem Leben keine Geschäfte gemacht habe und daher keine Gewinne erzielt haben kann, es wäre denn höchstens, daß man den Verkauf der Erzeugnisse aus meiner Landwirtschaft, die aber nur eine Bauernwirtschaft über Mittelgröße ist, als einen Gewinn bezeichnet. Wenn vielleicht der betreffende Abgeordnete damit meinte — wir hören das leider nur zum Überdruß sehr häufig — die Landwirte hätten während der Kriegszeit Wuchergewinne erzielt, was aber ganz falsch ist und von diesem Platze aus schon xmal ziffermäßig widerlegt und gerade das Gegenteil bewiesen wurde, so kann ich auch darauf hinweisen, daß, wenn auch diese ganz falsche Ansicht auf Wahrheit beruhen würde, dies bei mir auch nicht zutrifft, weil ich seinerzeit, und zwar infolge einer schweren Krankheit, wegen der ich auch operiert wurde, vor ungefähr sechs Jahren leider meine Landwirtschaft einem Familienmitgliede, einem Schwager verpachtet habe, beziehungsweise verpachten mußte. Ich bewirtschafte daher meine Wirtschaft derzeit nicht selbst. Natürlich geht diese Verpachtung nur so lange, bis einer meiner Söhne, von denen einer an einer landwirtschaftlichen Schule studiert, die Wirtschaft übernehmen kann, was bald der Fall sein wird, nachdem die Pachtdauer bald abläuft. Ich habe daher aus meiner Landwirtschaft heute gar nichts anderes, als den damals vereinbarten Pachtschilling, der aber mit den heutigen Verhältnissen ganz und gar nicht übereinstimmt *(Hört! Hört!)*, und außerdem muß ich davon Steuern bezahlen, Umlagen usw., muß meinen Lebensunterhalt fristen; das alles bei der bedeutend gesunkenen Kaufkraft des Geldes. Ich bin also gerade das Gegenteil von dem, was als Kriegswucherer bezeichnet wird. *(Hört! Hört!)*

Wenn der Herr Zwischenrufer gesagt hat, ich hätte mehrere Wirtschaften gekauft, so sage ich hier unter meinem Ehrenwort, daß ich weder im Kriege noch überhaupt Zeit meines Lebens jemals in der glücklichen Lage war, und dies infolge meiner geringen Einkünfte auch nur eine Wirtschaft kaufen zu können. Ich berichtige hier tatsächlich und sage das wieder unter meinem Ehrenwort, daß es vielleicht ungefähr sechs Jahre her sein dürfte, daß ich keinen Quadratmeter Grund und Boden gekauft habe. *(Hört! Hört!)*

Mehr zur Richtigstellung der gegen mich erhobenen schweren Beschuldigung zu sagen ist nicht notwendig. Aber daraus können Sie, meine Herren ersehen *(Rufe: Schluß!)* — ich habe fünf Minuten Redezeit, da können Sie rufen, wie Sie wollen — aber daraus, meine Herren, können Sie ersehen, wie weit wir es hier im Hause gebracht haben, daß man der Gefahr unterliegt auch der schwersten Verbrechen geziehen zu werden, und daß man vor den verwerflichsten Mitteln nicht zurückschreckt, um den politischen Gegner in den Kot zu zerren und unmöglich zu machen. *(Zustimmung.)* Ich hoffe, daß jetzt die „Arbeiter-Zeitung" und die ihr nahestehenden Zeitungen, vorausgesetzt, daß sie etwas auf Ehre halten — aber auch mit gesperrten

Lettern, damit es niemand übersehen kann —, auch diese Berichtigung bringen wird. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Daszyński das Wort.

Abgeordneter **Daszyński:** Hohes Haus! Gegenüber der Behauptung, die der Herr Abgeordnete Lukſch in seiner letzten Rede aufgestellt hat, daß ich der Leiter des Polenklubs wäre und für dessen Politik verantwortlich sei, erkläre ich, daß die polnischen Sozialdemokraten im Gegenteil das Bedürfnis haben, ihren Standpunkt bei der Abstimmung ganz insbesondere zu kennzeichnen, weil ihnen der Standpunkt des offiziellen Redners des Polenklubs nicht ausreicht. So stelle ich fest, daß die polnischen Sozialdemokraten für das viermonatige Budgetprovisorium ihre Stimme abgeben werden. Sie haben in dem bisherigen Verlaufe des Krieges keinen Grund, die Stellung Österreichs im Kriege gegen Rußland zu schwächen; im Gegenteil: sie haben am 28. Mai einen den sozialdemokratischen Prinzipien entsprechenden Beschluß angenommen, worin sie unter anderem die Erwartung ausgesprochen haben, daß im Interesse Österreichs ein geeinigtes und unabhängiges Polenreich liegt. Wir haben weiters die Forderung aufgestellt, die polnischen Legionen so zu behandeln, wie es ihr heldenhafter Kampf im Interesse der Unabhängigkeit Polens notwendig und natürlich erscheinen läßt, und erwarten die Erfüllung unserer Forderungen seitens der Regierung.

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Heilinger. *(Nach einer Pause:)* Der Herr Abgeordnete Dr. Heilinger ist im Saale nicht anwesend und verliert daher das Wort.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Stránský.

Abgeordneter Dr. **Stránský:** Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat am Schlusse seiner heutigen Rede unter anderem nachstehendes erklärt *(liest):* „Auf das tiefste müssen in diesem Hause gefallene Äußerungen bedauert werden, die von einer uns fremden, ja sogar feindseligen Weltanschauung ausgehen; diese Äußerungen müssen von der Regierung auf das entschiedenste abgelehnt werden." *(Rufe: Hört! Hört!)*

Demgegenüber erlaube ich mir zu bemerken, daß, wenn es der Regierung in einer so hochpolitischen Frage um diese Erklärung ernst gewesen wäre, diese Erklärung der Herr Ministerpräsident und nicht der Herr Finanzminister . . .

**Präsident:** Ich bitte, Herr Abgeordneter, sich auf eine tatsächliche Berichtigung zu beschränken!

Abgeordneter Dr. **Stránský** *(fortfahrend):* Ich berichtige eben tatsächlich — . . . nicht der Herr Finanzminister abgegeben hätte, welcher mit einem 18-Milliarden-Defizit vor diesem Hause debütiert und somit viel bescheidener auftreten sollte. Wenn der Herr Finanzminister von einer fremden Weltanschauung spricht, so ist damit noch immer nicht bewiesen, daß er sich über seine eigene Weltanschauung im klaren befindet. *(Zustimmung.)*

**Präsident:** Ich bitte, meine Herren, die Plätze einzunehmen; wir werden abstimmen.

Nachdem die General- und Spezialdebatte gemeinsam abgeführt wurde, entfällt die Abstimmung über das Eingehen in die Spezialdebatte.

Zum § 1 des Gesetzes ist von den Abgeordneten Kędzior und Genossen ein Abänderungsantrag gestellt worden, dahingehend, daß an Stelle des 30. April 1918 der 28. Februar 1918 gesetzt werden solle.

Wir werden also so abstimmen, daß zunächst § 1 unter Weglassung dieses Datums zur Abstimmung gelangt, dann wird zuerst zur Abstimmung kommen der 30. April 1918 als der weitergehende Antrag und, falls dieser Antrag abgelehnt wird, der Antrag auf „28. Februar 1918".

Wenn keine Einwendung dagegen erhoben wird, werde ich in dieser Weise vorgehen. *(Nach einer Pause:)*

Ich ersuche nun diejenigen Herren, die den § 1 mit vorläufiger Weglassung des Datums 30. April 1918 annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

§ 1 ist mit Weglassung dieses Datums angenommen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die für den 30. April 1918 stimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ich bitte die Herren Schriftführer, das Stimmenverhältnis festzustellen.

Ich bitte um Entschuldigung, meine Herren, ich kann das noch nicht ennunzieren, weil ich glaube, daß hier ein Versehen vorliegt. Ich muß mir das erst näher ansehen. *(Nach einer Pause:)* Der Antrag, den 30. April 1918 einzusetzen, wurde mit 243 gegen 175 Stimmen abgelehnt.

Es kommt demnach jetzt zur Abstimmung der Antrag Kędzior und Genossen, den 28. Februar 1918 einzusetzen. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Es sind nun von den Abgeordneten Teufel und Genossen, dann von den Abgeordneten Parrer, Schoepfer und Genossen Zusatzanträge gestellt worden, welche in einem neuen § 2 und § 3 zum Ausdruck gelangen sollen. Diese Anträge lauten (liest):

„§ 2.

Die Regierung wird insbesondere ermächtigt:

1. die Teuerungszulage der Staatsbediensteten, -arbeiter und -pensionisten, vom 1. Jänner 1918 angefangen, um 50 Prozent und deren Grundgehalte, ebenfalls vom 1. Jänner 1918 angefangen, um 25 Prozent zu erhöhen;

2. für Bedienstete und Arbeiter der Staatsbahnen zur Durchführung der im Punkt 1 in Aussicht genommenen Erhöhung der Teuerungszulage sowie zur weiteren Verbesserung der Lage des Personals der Staatsbahnen 100 Millionen Kronen zu verausgaben;

3. den Staatsbediensteten, -arbeitern und -pensionisten, mit Ausnahme derjenigen, für welche unter Punkt 2 bereits Vorsorge getroffen ist, am 1. November 1917 eine einmalige Aushilfe in der Höhe von drei Monatsraten der derzeitigen Teuerungszulage zu gewähren;

4. den Ländern für das Jahr 1917 Beiträge von zusammen höchstens 60 Millionen Kronen vorschußweise zur Verfügung zu stellen, damit den Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen Teuerungszulagen gewährt oder bestehende Teuerungszulagen erhöht werden. Die Anweisung hat unter den von der Regierung festzusetzenden Bedingungen nach Maßgabe der Zahl der in den einzelnen Ländern angestellten Lehrpersonen zu erfolgen."

„§ 3.

Die Regierung hat einen Betrag bis zu 100 Millionen Kronen zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds noch im Laufe des Verwaltungsjahres 1917/18 bereitzustellen, mit der Maßgabe, daß aus diesem Fonds unverzinsliche Darlehen und nicht rückzahlbare Hilfen, bestehend in barem Gelde, Rohstoffen oder Arbeitseinrichtungen, denjenigen Gewerbetreibenden gewährt werden, welche nach ihrer Entlassung aus dem Heeresdienste darangehen, ihre Existenz wieder aufzubauen oder welche infolge der Kriegsereignisse den Verlust oder eine arge Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz erlitten haben.

Die Regierung hat die Satzungen für den gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds längstens innerhalb acht Wochen dem Reichsrate zur Kenntnisnahme vorzulegen."

Der Herr Berichterstatter hat den Antrag gestellt, diese Anträge den betreffenden Ausschüssen zuzuweisen.

Wir werden zunächst grundsätzlich darüber abstimmen, ob die Rückverweisung stattfinden soll. Falls die Rückverweisung grundsätzlich beschlossen wird, wird darüber abzustimmen sein, welchen Ausschüssen die einzelnen Teile zuzuweisen sein werden.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche die Anträge an die Ausschüsse zurückverweisen wollen, vorbehaltlich einer Fristbestimmung, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Rückverweisung ist angenommen.

Es wird im einzelnen beantragt, daß die Punkte 1 und 2, betreffend die Teuerungszulage für die Staatsbediensteten, dem Staatsangestelltenausschusse zuzuweisen sind.

Abgeordneter **Seitz**: Ich beantrage, dem Ausschusse zugleich eine Frist von 14 Tagen zu setzen.

**Präsident**: Ich bitte, ich habe bei der Ennunziation gesagt: vorbehaltlich der Feststellung einer Frist, und ich hätte selbst den Vorschlag gemacht. Ich werde für alle Anträge zusammen die Frist beschließen lassen. *(Abgeordneter Seitz: Einverstanden!)* Ich bitte diejenigen Herren, welche die beiden ersten Punkte des Antrages Teufel, betreffend die Staatsbediensteten, dem Staatsangestelltenausschusse zuweisen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte ferner diejenigen Herren, welche den Punkt 4, betreffend die 60 Millionen für die Lehrer, dem Budgetausschusse zuweisen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Ich bitte ferner diejenigen Herren, welche den § 3, betreffend die 100 Millionen zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds, dem Gewerbeausschusse zuweisen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Ich bitte nun diejenigen Herren, welche allen diesen Ausschüssen eine 14tägige Frist gewähren wollen, sich zu erheben.

Abgeordneter **Hummer**: Ich beantrage eine Frist von acht Tagen. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Es liegen nun zwei Anträge vor, ein Antrag auf eine Frist von acht Tagen und ein Antrag auf eine Frist von 14 Tagen. In diesem Falle ist die kürzere Frist weitergehend. Wir werden also den Antrag auf eine Frist von acht Tagen zuerst zur Abstimmung bringen. Ich ersuche diejenigen Herren, welche für eine achttägige Frist sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Es ist die Minderheit, dieser Antrag ist daher abgelehnt. Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche für eine vierzehntägige Frist sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Dieser Antrag ist angenommen.

Zu § 2 ist kein Abänderungsantrag gestellt worden. Es ist hier nur das Datum in der Zeile 3 entsprechend zu ändern, nämlich „30. April" in „28. Februar". Ich ersuche diejenigen Herren, welche den § 2 mit dieser Änderung annehmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* § 2 ist mit dieser Änderung angenommen.

Im § 3 ist auch eine Änderung vorzunehmen, nämlich, daß es im Punkte 1 und ebenso im Punkte 2 statt „30. April 1918" heißen soll „28. Februar 1918". Außerdem ist in der Ausschußvorlage im § 4 der fettgedruckte Satz, der durch einen Irrtum dort hineingekommen ist, in § 3 als letzter Absatz einzuschalten. *(Abgeordneter Habermann meldet sich zum Worte.)*

Der Herr Abgeordnete Habermann hat das Wort zur Abstimmung.

Abgeordneter **Habermann**: Ich beantrage zu Alinea 1 des § 3 die getrennte und namentliche Abstimmung.

Abgeordneter **Seitz**: Ich ersuche den Herrn Präsidenten, bei § 3 über den letzten Absatz, der in der Vorlage im Druck verschoben ist, auch separat abstimmen zu lassen.

**Präsident**: Das ist der Absatz aus dem § 4?

Abgeordneter **Seitz**: Ja.

**Präsident**: Dem Wunsche auf getrennte Abstimmung wird Rechnung getragen werden.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche im § 3 Eingang, die Punkte 2 und 3 und den letzten Absatz, wie sie im Ausschußberichte vorliegen, annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Teile des § 3 sind angenommen.

Zu Punkt 1 ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich ersuche diejenigen Herren, welche den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist genügend unterstützt und wir werden demnach namentlich abstimmen.

Wir haben zum ersten Male eine namentliche Abstimmung nach der neuen Geschäftsordnung durchzuführen. Ich erlaube mir aufmerksam zu machen, daß nach der neuen Geschäftsordnung in folgender Weise vorzugehen ist *(liest)*: „Sobald die Abstimmung vom Präsidenten angeordnet ist, haben die Abgeordneten ihre Plätze einzunehmen. Vom Präsidenten bestimmte Beamte der Kanzlei begeben sich zu den ihnen zugewiesenen Bankreihen und nehmen von jedem Abgeordneten dessen Stimmzettel in Empfang. Die Stimmzettel tragen den Namen des Abgeordneten und die Bezeichnung „Ja" oder „Nein". Die Stimmzettel sind in zwei verschiedenen Farben herzustellen, je nachdem sie auf „Ja" oder „Nein" lauten. Die Kanzlei ist gehalten, jedem Abgeordneten eine entsprechende Anzahl vollgedruckter Stimmzettel zur Verfügung zu stellen."

Die Stimmzettel wurden den Herren vor geraumer Zeit zur Verfügung gestellt. Ich mache aufmerksam, daß diese Stimmzettel zu verwenden sind und daß selbstverständlich nur jene Stimmzettel Geltung haben können, auf denen der Name des betreffenden Herrn verzeichnet ist, weil es sich nicht um eine geheime, sondern um eine namentliche Abstimmung handelt. Ich habe noch heute nachsehen lassen, ob alle Herren mit Stimmzetteln versehen sind, Es war nicht überall zu konstatieren.

Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche den Punkt 1 des § 3 nach der Ausschußvorlage annehmen wollen, mit „Ja", das heißt mit dem weißen Stimmzettel, diejenigen, die ihn ablehnen wollen, mit „Nein", das heißt mit dem roten Stimmzettel zu stimmen. Ich bitte ferner, die Stimmzettel den abssammelnden Beamten gefaltet zu übergeben und ersuche die Beamten, die Stimmzettel in den einzelnen Abteilungen abzunehmen.

*(Die Stimmzettel werden abgesammelt. — Mit „Ja" stimmen die Abgeordneten:*

Abrahamowicz, Albrecht, Angerman, Anforge, Baechlé, Barbo, Bauchinger, Baumgartner, Bawarowski, Berger, Beyer, Bialy, Bobrowski, Bodirsky, Bogendorfer, Bojko, Brandl Alois, Brandl Michael, Bugatto, Czaykowski Ladislaus, Daszyński, Dembiński, Denk, Dębski, Diamand, Dinghofer, Diwald, Dobernig, Dobija, Einspinner, Eisenhut, Eisterer, Erb, Erler, Fahrner, Faidutti, Felzmann, Fila, Fink, Fisslthaler, Frankenberger, Freißler, Friedmann, Fuchs, Galik, Gall, Ganser, German,

Glöckner, Głąbiński, Godek, Goetz, Goll, Grafinger, Grim, Gruber, Guggenberg, Hagenhofer, Halban, Haller, Hartl, Hauser, Heilinger, Heilmayer, Heine, Held, Herold, Herzmansky, Hock, Höher, Hötzendorfer, Hofer, Hofmann, Hormuzaki, Hruska, Huber Franz, Huber Michael, Hummer, Iro, Ispescul, Jabłoński, Jäger, Jaworski, Jedek, Jerzabek, Jesser, Jukel, Keller, Kemetter, Keschmann, Kędzior, Kienzl, Kinz, Kittinger, Klemensiewicz, Kletzenbauer, Knirsch, Kolischer, Kopp, Kraft, Kraus, Kreilmeir, Krogulski, Kroy, Krützner, Kudlich, Kuhn, Kuranda, Langenhan, Lasocki, Lecher, Lechner, Leys, Licht, Liebermann, List, Lodgman, Loewenstein, Londzin, Loser, Lubomirski, Lukesch, Lutschounig, Lazarski, Lukaszewicz, Maixner Wilhelm, Marckhl, Marek Sigismund, Mataja, Matakiewicz, Mayer Johann, Mayer Josef, Meixner Franz, Michejda, Michl, Miklas, Mühlwerth, Nagele, Neunteufel, Niedrist, Noggler, Oberleithner, Ofner, Onciul, Osuchowski, Pacher, Pantz, Parrer, Paulik, Perwein, Pichler, Pirker, Pongratz Leopold, Potoczek, Potzinger, Primavesi, Prisching, Ptaś, Rauch, Redlich, Reger, Reizes, Richter, Rieger Alois, Roitinger, Roller, Ruebenbauer, Rychlik, Schachinger, Scheicher, Schlegel, Schoepfer, Schoiswohl, Schraffl, Schreiner, Schreiter, Schürff, Schürl, Schweiger, Seidel, Semaka, Serwatowski, Siegele, Simionovici, Sliwiński, Smikowski, Soukup Martin, Spenul, Spies, Starck, Starowieyski, Steinhaus, Steinwender, Stern, Steskowicz, Stöckler, Stölzel, Straucher, Strzizka, Sylvester, Średniawski, Teltschik, Tertil, Teufel, Thurnher, Tomaschitz, Unterkircher, Urban, Waber, Wagner (Mähren), Wagner (Steiermark), Waldl, Waldner, Wassilko, Wedra, Weiss, Wichtl, Wille, Wohlmeyer, Wolf, Wróbel, Wüst, Wysocki, Zarański, Zaunegger, Zenker, Zieleniewski;

*mit „Nein“ stimmen die Abgeordneten:*

Abram, Adler, Aust, Baxa, Benkovič, Biňovec, Bradáč, Brenčič, Brettschneider, Bukvaj, Chaloupka, Charvát, Cingr, Conci, Czaykowski Roman, Čech, David, De Carli, Degasperi, Delugan, Demšar, Dötsch, Domes, Donát, Dulibić, Ellenbogen, Exner, Feltl, Fiedler, Filipínský, Fon, Formánek, Forstner, Franta, Funk, Gentili, Glöckel, Gostinčar, Grebenič, Grigorovici, Gröger, Habermann, Hanusch, Hillebrand, Hladnik Hnátek, Hrásky, Hruban, Hübschmann, Hybeš, Hyrš, Jaklič, Jankovič, Janovec, Jarc, Jaroš, Jockl, Kadlčák, Kalina, Klička, Klofáč, Koerner, Konečný, Korošec, Kotlant, Kratochvíl, Krž, Kubik, Kulich, Laginja, Leuthner, Lisý, Löw, Lukavský, Lyszczarz, Madej, Malfatti, Malik Rudolf, Marek Jaroslav, Mašata, Měchura, Modráček, Muchitsch, Müller Rudolf, Navrátil, Němec Anton, Němec Franz, Okleštěk, Oliva, Padour, Palme, Pavlok, Perić, Pik, Pišek, Pittoni, Pogačnik, Pogačnik Josef, Pogačnik Lorenz, Pokorný, Polke, Pongratz Josef, Prášek, Prodan, Prokeš, Prošek, Prunar, Ravnihar, Reifmüller, Renner, Resel, Reumann, Rieger Eduard, Roškar, Rozkošný, Rybář, Rydlo, Schacherl, Schäfer, Schiegl, Sedlák, Seitz, Seliger, Sesardić, Sever, Skaret, Slavíček, Smitka, Smodlaka, Smrček, Soukup Franz, Spinčić, Srdínko, Staněk, Stapiński, Stejskal, Stojan, Stránský, Stříbrný, Svěcený, Svoboda, Šamalik, Šmeral, Špaček, Šubrt, Šusteršič, Švejk, Tobolka, Tomášek, Tomschik, Tresić, Tusar, Udržal, Vacek, Valoušek, Vaněk, Velich, Verstovšek, Vodňanský, Vojta, Volkert, Votruba, Vukotić, Widholz, Winter Leo, Winter Max, Witt, Wityk, Wutschel, Zahradník und Zdárský.)

Punkt 1 des § 3 wurde mit 227 gegen 170 Stimmen angenommen.

Es kommt nunmehr der letzte Absatz des § 3, nämlich der aus dem § 4 herübergenommene Absatz zur Abstimmung, welcher lautet *(liest)*: „Der Finanzminister ist ermächtigt, für die Aufbesserung der Lage des Eisenbahnpersonals 100 Millionen Kronen zu verwenden.“

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Im § 4 ist eine Änderung insoferne vorzunehmen, als im ersten Absatz das Datum in 28. Februar zu ändern ist. Außerdem sind zum § 4 Zusatzanträge der Abgeordneten Schoepfer und Parrer gestellt worden, betreffend einen Ersatz an die Länder für die den Lehrern während des Krieges gewidmeten Teuerungszulagen und einen Ersatz der Kosten des übertragenen Wirkungskreises an die Gemeinden.

Wir werden zunächst über den § 4 mit Weglassung der fettgedruckten Stelle abstimmen und dann zu den Zusatzanträgen übergehen. Ich ersuche diejenigen Herren, die den § 4 mit der Korrektur zum ersten Absatz und mit Hinweglassung der fettgedruckten Stelle annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* § 4 ist in dieser Fassung angenommen.

Bezüglich der beiden Zusatzanträge Schoepfer und Parrer beantragt der Herr Berichterstatter die Zuweisung derselben an den Budgetausschuß.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dieser Zuweisung vorbehaltlich der Festsetzung einer Frist zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Die Zuweisung ist angenommen.

Ich ersuche nun diejenigen Herren, die dem Ausschusse eine 14tägige Frist zur Berichterstattung stellen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Weiter haben die Herren Abgeordneten Teufel und Hummer einen Antrag als neuen Paragraphen gestellt, durch welchen eine Neuregelung der Spiritussteuer beabsichtigt ist. Der Herr Berichterstatter beantragt die Zuweisung dieses Antrages an den Finanzausschuß.

Ich bitte die Herren, die der Zuweisung dieses Antrages an den Finanzausschuß vorbehaltlich einer festzusetzenden Frist zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Die Zuweisung ist angenommen.

Ich ersuche nun diejenigen Herren, die dem Ausschusse ebenso wie bei den anderen Anträgen eine vierzehntägige Frist stellen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Die vierzehntägige Frist ist angenommen.

Wir kommen nun zu § 5, in dem nun auch das Datum zu ändern ist, dann zu § 6, wo nichts zu ändern ist, und zum Titel und Eingang des Gesetzes, wobei im Titel gleichfalls das Datum in 28. Februar abzuändern ist.

Ich ersuche jene Herren, die den Paragraphen 5, 6 sowie Titel und Eingang mit Änderung des Datums annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Auch dieser Gesetzesteil ist angenommen.

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung erledigt.

Zu einem formalen Antrag hat sich der Herr Berichterstatter zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Dr. **Steinwender:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche der sofortigen Vornahme der dritten Lesung zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Herren, die das soeben in zweiter Lesung beschlossene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. November 1917 bis 28. Februar 1918 *(709 der Beilagen)* ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

Wir kommen nunmehr zu den Resolutionen. Der Ausschuß hat drei Resolutionen beantragt. Wünschen die Herren, dieselben zu hören? *(Rufe: Nein!)*

Dann bitte ich diejenigen Herren, welche diesen Resolutionen zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Die Resolutionen des Ausschusses sind angenommen.

Außerdem sind im Laufe der Debatte zehn Resolutionen gestellt worden, und zwar von den Abgeordneten Biňovec, Teufel, Hummer und Genossen, Teufel, Hummer und Genossen, Dr. Stölzel, Einspinner, Teufel, Hummer und Genossen, Teufel, Hummer und Genossen, Dr. Heilinger und drei Resolutionen von dem Abgeordneten Erb.

Der Herr Berichterstatter beantragt die Zuweisung dieser Resolutionen an den Budgetausschuß.

Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Die Zuweisung dieser Resolutionen an den Budgetausschuß ist beschlossen.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erschöpft und wir schreiten zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Dr. Sesardić als Mitglied des Budgetausschusses;

Dr. Cingrija als Ersatzmann des Budgetausschusses;

Perwein als Mitglied des Finanzausschusses;

Teufel als Ersatzmann des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses;

Schürl als Mitglied des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(Niemand meldet sich)* und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und gleichzeitig die Ersatzwahlen für die nach dem verstorbenen Herrn Abgeordneten Folis erledigten Ausschußmandate durchführen. Ich ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach einer Pause.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird unverweilt vorgenommen und sein Ergebnis bekanntgegeben werden.

Der Herr Abgeordnete Kindermann hat sich krank gemeldet, beziehungsweise entschuldigt.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Freitag, den 26. Oktober, 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 364, mit der aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Ausnahmsbestimmungen zur Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben getroffen werden *(652 der Beilagen)*.

2. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse *(671 der Beilagen)*.

3. Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Frage der Repatriierung der Flüchtlinge *(678 der Beilagen)*.

4. Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Janković und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten *(672 der Beilagen)*.

Ist ein Einwand dagegen? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt daher bei meinem Vorschlag.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 6 Uhr 15 Minuten abends.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 34. Sitzung, Freitag, den 26. Oktober 1917.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 364, mit der aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Ausnahmsbestimmungen zur Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben getroffen werden (652 der Beilagen). — 2. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse (671 der Beilagen). — 3. Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Frage der Repatrierung der Flüchtlinge (678 der Beilagen). — 4. Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten (672 der Beilagen).

## Inhalt.

### Personalien.


Abwesenheitsanzeige (Seite 1757).

Nachruf des Präsidenten aus Anlaß des Ablebens des Abgeordneten Dr. Olešnickyj (Seite 1757).

Einlosung des Abgeordneten Dr. Wladimir Baczyńskyj in die III. Abteilung (Seite 1757).

Anzeige des Kreisgerichtes Rovigno gegen den Abgeordneten Dr. Laginja (Seite 1801 — Zuweisung an den Immunitätsausschuß [Seite 1801]).

Mandatsniederlegungen in Ausschüssen (Seite 1801):

1. des Abgeordneten Dr. Tobolka als Mitglied des Verfassungsausschusses;

2. des Abgeordneten Dr. Koerner als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;

3. des Abgeordneten Dr. Čingrija als Mitglied des volkswirtschaftlichen Ausschusses;

4. des Abgeordneten Miklas als Mitglied des Wiederherstellungsausschusses;

5. des Abgeordneten Glöckner als Ersatzmann des Finanzausschusses;

6. des Abgeordneten Dr. Grandi als Ersatzmann des Finanzausschusses;

7. des Abgeordneten Dr. Gregorčič als Mitglied des kriegswirtschaftlichen Ausschusses.

8. des Abgeordneten Prášek als Mitglied des Eisenbahnausschusses;

## Dringliche Anfrage

des Abgeordneten Grafen Lasocki und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend die Durchführung des Gesetzes über die Neuregelung des Unterhaltsbeitrages für die Dauer des gegenwärtigen Krieges (Seite 1758 — Redner: Abgeordneter Graf Lasocki [Seite 1759], Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Czapp v. Pirkenstetten [Seite 1760], die Abgeordneten Glöckel [Seite 1762], Schreiter [Seite 1765], Habermann [Seite 1768], Dr. Liebermann [Seite 1769], Dr. Schoepfer (Seite 1772], Dr. Laginja [Seite 1775], Dr. Trylowskyj [Seite 1777], Löw [Seite 1780], Hartl [Seite 1782], Parrer [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 1785], Friedmann [Seite 1785]).

## Südlicher Kriegsschauplatz.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend neue große Erfolge am Isonzo (Seite 1761).

## Verhandlung.

Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 364, mit der aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Ausnahmsbestimmungen zur Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben getroffen werden (652 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. v. Hofmann [Seite 1787 und 1798], die Abgeordneten Glöckner [Seite 1788], Kraus [Seite 1791], Parrer [Seite 1794], Slavicek [Seite 1795] — Abstimmung und 3. Lesung [Seite 1799] — 747 der Beilagen]).

Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Frage der Repatriierung der Flüchtlinge (678 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Ritter v. Halban [Seite 1799 und 1801], Dr. Kolessa [Seite 1800] — Abstimmung [Seite 1801]).

## Zuschriften des Herrenhauses,

betreffend:

1. die Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung (Seite 1802 );
2. die Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (Seite 1802);
3. den Schutz der Kriegsflüchtlinge (745 der Beilagen [Seite 1802] — Zuweisung an den Flüchtlingsausschuß [Seite 1803]);
4. die Unfallversicherung der Bergarbeiter (746 der Beilagen [Seite 1802] — Zuweisung an den Sozialversicherungsausschuß [Seite 1803]).

## Unterbrechung der Sitzung Seite 1761.

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 33. Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in den Budget-, Ernährungs-, Unterhaltsbeitrags-, Notstands-, kriegswirtschaftlichen und Finanzausschuß (Seite 1757);

Verlängerung der dem Immunitätsausschuß eingeräumten Frist zur Berichterstattung über die erloschenen Mandate um weitere drei Wochen (Seite 1758).

Ersatzwahlen in den Verfassungs-, volkswirtschaftlichen, Wiederherstellungs-, Finanz-, kriegswirtschaftlichen, Eisenbahn-, Geschäftsordnungs-, Notstands-, Staatsangestellten-, Budget-, Sozialversicherungs- und Flüchtlingsausschuß (Seite 1801).

Zuweisung:

1. des Antrages 629 der Beilagen an den Unterhaltsbeitragsausschuß (Seite 1757);
2. des Antrages 644 der Beilagen an den Wiederherstellungsausschuß (Seite 1758);
3. des Antrages 706 der Beilagen an den Unterhaltsbeitragsausschuß (Seite 1803);
4. des Antrages 498 der Beilagen und der Regierungsvorlage 127 der Beilagen an den sozialpolitischen Ausschuß (Seite 1803);
5. des Antrages 423 der Beilagen an den Gewerbeausschuß (Seite 1803);
6. des Antrages 351 der Beilagen an den Budgetausschuß (Seite 1803);
7. der Anträge 316 und 604 der Beilagen an den landwirtschaftlichen Ausschuß (Seite 1803);
8. der Anträge 230 und 345 der Beilagen an den Wiederherstellungsausschuß (Seite 1803).
9. der Anträge 515 und 660 der Beilagen an den Ernährungsausschuß (Seite 1803);
10. der Herrenhausbeschlüsse 745 der Beilagen an den Flüchtlings- und 746 der Beilagen an den Sozialversicherungsausschuß (Seite 1803).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge (Anhang I)

des Abgeordneten Kadlčák und Genossen, betreffend die Lage der Angestellten von Privatunternehmungen während der Kriegszeit (721 der Beilagen);

der Abgeordneten Liśý, Rydlo und Genossen, betreffend die Erhöhung der Löhnung der Mannschaft, der Unteroffiziere und der hinsichtlich des militärischen Dienstes denselben gleichgestellten Personen (722 der Beilagen);

des Abgeordneten Rusin und Genossen, betreffend die Unterstützung des von einem Brande heimgesuchten Marktfleckens Maków, Galizien (723 der Beilagen);

des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen, betreffend die Verbesserung der Lage der Finanzwache (724 der Beilagen);

der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra, Teufel, Knirsch und Genossen, betreffend die Besteuerung der Kriegsgewinner (725 der Beilagen);

des Abgeordneten Kienzl und Genossen, betreffend die Verbesserung der Menage und die Freigabe des Paketverkehrs an die Front (736 der Beilagen);

der Abgeordneten Dr. Leo Winter, Jaroš und Genossen, betreffend die Kranken- und Unfallversicherung der Militärarbeiter (737 der Beilagen).

der Abgeordneten Jokl, Dötsch, Palme, Gröger und Genossen, betreffend die Zurückziehung des Kartoffelerlasses und Herabsetzung des Kartoffelpreises (738 der Beilagen);

des Abgeordneten Kemetter und Genossen, betreffend die Heranbildung von Lehrer und Lehrerinnen an Volks- und Bürgerschulen (739 der Beilagen);

der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra, Kemetter und Genossen, betreffend die Stiftung von Dienstpotenprämien für zehnjährige ununterbrochene Dienstleistung (740 der Beilagen).

der Abgeordneten Dr. Bodirsky, Teufel und Genossen, betreffend die Ernennung der Kanzleipraktikanten im Bereiche der Justizverwaltung und Zuerkennung des Beamtencharakters an dieselben (741 der Beilagen);

12. der Abgeordneten Tomschik, Rud. Müller und Genossen, betreffend die Gewährung einer Geldaushilfe an die Bediensteten und Arbeiter der Staatsbahnen (742 der Beilagen);

13. der Abgeordneten Tomschik, Rud. Müller und Genossen, betreffend die Änderung der beim Staatsbahnpersonal eingeführten Bestimmungen über die Kündbarkeit des Dienstverhältnisses während der ersten fünf Jahre des Definitivums (743 der Beilagen);

14. der Abgeordneten Tomschik, Rud. Müller und Genossen, betreffend Maßnahmen zugunsten des Staatsbahnpersonales (744 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Banaś und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Verfügungen der staatlichen Behörden bei den Getreiderequisitionen (Anhang II, 1146/I);

2. des Abgeordneten Dr. Baxa und Genossen an die Regierung, betreffend die Ernennung der über drei Jahre dienenden Kanzleigehilfen zu Kanzleioffizianten (Anhang II, 1147/I);

3. des Abgeordneten Godek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend einen bei der Militärkundschaftsstelle in Przemyśl in Verwendung stehenden Polizeiagenten (Anhang II, 1148/I);

4. der Abgeordneten Hrásky, Dr. Zahradnik und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die geplante Auflassung von Schnellzugshaltestellen auf der Nordwestbahn in böhmischen Städten (Anhang II, 1149/I);

5. des Abgeordneten Jachowicz und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Einschränkung der Kartoffelrequisitionen in den Bezirken Przeworsk und Łańcut (Anhang II, 1150/I);

6. der Abgeordneten Kadlčák, Valoušek und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der amtlichen Organe in Mähren gegen die Landwirte (Anhang II, 1151/I);

7. des Abgeordneten Kubik und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Verzögerung in der Herausgabe des polnischen Textes des Reichsgesetzblattes (Anhang II, 1152 I);

8. des Abgeordneten Kubik und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Unterhaltsbeiträge (Anhang II, 1153 I);

9. der Abgeordneten Perwein, Heilmayer und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Freilassung des Bedarfes an Wolle und Leder für das Hinterland (Anhang II, 1154 I);

10. der Abgeordneten Prokeš, Dr. Witt und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Polizeikommissariates Mährisch-Ostrau und der militärischen Leitung der Witkowitzer Eisenwerke inbezug auf die Teilnahme der Arbeiter an politischen Versammlungen (Anhang II, 1155 I);

11. des Abgeordneten Ptaś und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister Höfer und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Gebarung des Bezirkshauptmannes von Limanowa (Anhang II, 1156 I);

12. des Abgeordneten Slavíček und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Einjährig-Freiwilligen in Böhmen (Anhang II, 1157 I);

13. des Abgeordneten Slavíček und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Verstümmelung böhmischer Adressen beim Postsparkassenamte in Wien (Anhang II, 1158 I);

14. der Abgeordneten Stapiński, Kubik, Madej, Łyszczarz und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend das Vorgehen der Regierungsorgane in Galizien gegen die Kleinbauern (Anhang II, 1159/I);

15. des Abgeordneten Stapiński und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entfernung des Pulvermagazins aus Wadowice (Anhang II, 1160/I);

16. des Abgeordneten Vodňanský und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Präterierung böhmischer Ingenieure und Baumeister bei Ernennung der Landsturmingenieure (Anhang II, 1161/I);

17. der Abgeordneten Roškar, Dr. Benkovič, Pišek, Brenčič und Genossen an den Minister Höfer und an den Ackerbauminister, betreffend das Vorgehen der Behörden gegen die Landbevölkerung im slowenischen Teile der Steiermark (Anhang II, 1162/I);

18. der Abgeordneten Wolf, Dr. Michl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Militärärzte im Ruhestande, außer Dienst und in der Evidenz, sowie der Landsturm-Regimentsärzte bei der Vorrückung während der Kriegsdienstleistung (Anhang II, 1163/I);

19. der Abgeordneten Dr. Michl, Dr. Sylvester, Dr. Wichtl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Stellung der Ärzte beim Militär (Anhang II, 1164 I);

20. der Abgeordneten Baumgartner, Miklas und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Austausch der Kriegsgefangenen (Anhang II, 1165/I);

21. des Abgeordneten Schraffl und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Ackerbauminister, betreffend die Requisitionen und Beschlagnahmen in Tirol (Anhang II, 1166 I);

22. der Abgeordneten Tomaschitz, Schweiger und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Ackerbauminister, an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister Höfer, betreffend die Vieh- und Futtermittelrequisition in der Weststeiermark (Anhang II, 1167/I);

23. des Abgeordneten Dr. v. Baechlé und Genossen an den Handelsminister, betreffend den Mangel an Zündhölzern (Anhang II, 1168 I);

24. des Abgeordneten Dr. Głąbiński und Genossen an den Minister Höfer und an den Handelsminister, betreffend die Approvisionierung des Kurortes Zakopane in Galizien (Anhang II, 1169/I);

25. des Abgeordneten Dr. v. Halban und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Kartoffellieferung für Lemberg (Anhang II, 1170/I);

26. des Abgeordneten Dr. Kost' Lewyckyj und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Hilfeleistung für die niedergebrannte Stadt Rohatyn und deren Vorstadt Babynci (Anhang 1171/I);

27. des Abgeordneten Spinčić und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend den Volksschulunterricht im Bezirk Porec in Istrien (Anhang II, 1172/I);

28. der Abgeordneten Unterkircher, Schoiswohl und Genossen an den Minister Höfer und an den Ackerbauminister, betreffend den Abschuß von Wild zum Zwecke der Volksernährung (Anhang 1173/I);

der Abgeordneten Unterkircher, Miklas und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Sicherstellung der Futter- und Weidenutzung (Anhang II, 1174/I);

der Abgeordneten Dr. Verstovšek, Brenčič und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Zuweisung von Mais- und Weizenkleie an die Landesfutterstelle in Steiermark (Anhang II, 1175/I);

der Abgeordneten Dr. Verstovšek, Brenčič und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Nichterledigung von jahrelang anhängigen Akten durch die politischen Behörden von Steiermark (Anhang II, 1176/I);

der Abgeordneten Dr. Verstovšek, Brenčič und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Gebarung der Landeseinkaufsstelle bei der Statthalterei Graz (Anhang II, 1177/I);

der Abgeordneten Dr. Verstovšek, Hladnik und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beurlaubung der Landsturmmänner (Anhang II, 1178/I);

des Abgeordneten Dr. Trešić und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der politischen Behörden gegen die Bevölkerung in Ragusa (Anhang II, 1179/I);

des Abgeordneten Dr. Trešić und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Notlage der dalmatinischen Lehrerschaft (Anhang II, 1180/I);

des Abgeordneten Onyszkewysz und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend den Unterricht der ukrainischen Sprache in der Lehrerbildungsanstalt in Sambir, Galizien (Anhang II, 1181/I);

der Abgeordneten Grim, Tomaschitz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Abziehung der Gefangenen aus dem Landwirtschaftsbetriebe (Anhang II, 1182/I);

des Abgeordneten Abram und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Verwendung unentbehrlicher Schulgebäude zu militärischen Spitalszwecken (Anhang II, 1183/I);

des Abgeordneten Freiherrn v. Hock und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Behandlung der pensionierten Staatsbahnbeamten in bezug auf die Teilnahme an dem Lebensmittelbezug aus dem Lebensmittelmagazine der Staatsbahnen (Anhang II, 1184/I);

40. der Abgeordneten Spies, Iro und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Verweigerung der Mehlausweise sowie die Abgabe von Zucker, Petroleum, Tabak und anderen Bedarfsgegenständen an die Landwirte (Anhang II, 1185/I);

41. des Abgeordneten Dr. Dulibić und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Lage der Bergbauarbeiter in Siveris, Dalmatien (Anhang II, 1186/I);

42. des Abgeordneten Lisý und Genossen an den Minister Höfer und an den Eisenbahnminister, betreffend die Zuweisung von Zucker an die Bevölkerung des Semiler Bezirkes (Anhang II, 1187/I);

43. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Konfiskationspraxis in Laibach (Anhang II, 1188/I);

44. des Abgeordneten Kroy und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend eine Zeitungsmitteilung über die Verhaftung von Kettenhändlern in Prag (Anhang II, 1189/I);

45. der Abgeordneten Dr. Bobirsky, Teufel, Rieger und Genossen an den Justizminister, betreffend die Handhabung der militärischen Zensur in Neutitschein (Anhang II, 1190/I);

46. des Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister Höfer, betreffend die militärischen Requisitionen (Anhang II, 1191/I);

47. der Abgeordneten Dr. v. Hofmann, Held, Wolf, Dr. Sylvester, Marckhl, Baumgartner, Dr. Waldner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Erlaß über die verdeutschten Fremdwörter (Anhang II, 1192/I);

48. des Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen gegen die jüdische Mannschaft in der Pulverfabrik Moßbierbaum (Stodawerke) während der diesjährigen jüdischen Neujahrsfeiertage (Anhang II, 1193/I);

49. des Abgeordneten Max Winter und Genossen an den Justizminister, betreffend die Konfiskation einer Mitteilung der „A. Z. am Abend“ (Anhang II, 1194/I);

50. der Abgeordneten Wolf, Schreiter und Genossen an den Minister des Innern und an den Justizminister, betreffend die Beschlagnahme der „Ostdeutschen Rundschau“ (Anhang II, 1197/I);

51. des Abgeordneten Heine und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Beschlagnahme der „Aussig-Karbitzer Zeitung“ (Anhang II, 1196/I);

52. des Abgeordneten Dr. Okunewskyj und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Verwaltung im Bezirke Kakusz (Anhang II, 1197/I);

53. der Abgeordneten Dr. Lukavský, Habermann, Pik und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend den Neubau der Munitionsfabrik in Bolewec (Anhang II, 1198/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 26. Oktober 1917:

**die Anfragenbeantwortungen ad 287, 583, 749/I;**

die Berichte des Finanzausschusses 708 der Beilagen und des Unterhaltsausschusses 720 der Beilagen;

**die Anträge 710 bis 719 der Beilagen.**

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Dr. Ritter v. **Mühlwerth**, Dr. **Nychlik**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef Dr. **Müller**, Ministerialsekretär **Benda** des Handelsministeriums.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 23. Oktober 1917 ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Der Herr Abgeordnete Dr. Schacherl hat sich krank gemeldet, beziehungsweise entschuldigt.

Hohes Haus! Erst vor wenigen Tagen haben wir den Verlust von zwei Kollegen zu beklagen gehabt *(das Haus erhebt sich)*; abermals hat aber der Tod eine Lücke in unsere Reihen gerissen. Der Kollege Dr. Eugen Oleśnickyj ist heute Nacht nach längerem Leiden verschieden. Dr. Oleśnickyj hat unter seinen Volksgenossen eine sehr hervorragende Stellung eingenommen; er war durch lange Zeit Obmann der landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände sowie Obmann des ukrainischen Landtagsklubs. Dem hohen Hause hat er seit zehn Jahren ununterbrochen als Vertreter des 57. galizischen Wahlbezirkes angehört. Abgeordneter Dr. Oleśnickyj hat sich im Hause vielfach in juridischen und finanziellen Fragen betätigt und ist stets getreu seiner Überzeugung für die Rechte seines Volkes eingetreten. Er hat häufig an den Debatten dieses Hauses teilgenommen und hat auch gewiß hier im hohen Hause eine hochgeachtete Stellung eingenommen. Wir werden ihm gewiß ein ehrenvolles Andenken bewahren. Die Herren haben sich zum Zeichen der Trauer von ihren Sitzen erhoben und werden gestatten, daß diese Kundgebung im amtlichen Protokolle verewigt werde.

Bei den in der letzten Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in verschiedene Ausschüsse wurden 325 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 163. Gewählt erscheinen mit je 325 Stimmen:

in den Budgetausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Dr. Dulibić, als Ersatzmann der Herr Abgeordnete Dr. Vukotić;

in den Ernährungsausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Dr. Wladimir Baczyńskyj;

in den Unterhaltsbeitragsausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Dr. Wladimir Baczyńskyj;

in den Notstandsausschuß als Ersatzmann der Herr Abgeordnete Dr. Wladimir Baczyńskyj;

in den kriegswirtschaftlichen Ausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Teufel und als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten Hummer und Dr. Wladimir Baczyńskyj;

endlich in den Finanzausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Dr. Freiherr v. Fuchs.

Der als Ersatzmann eingetretene Herr Abgeordnete Dr. Wladimir Baczyńskyj wurde in die Abteilung III eingelost.

Der Ernährungsausschuß hat in seiner Sitzung vom 23. l. M. beschlossen, das Präsidium des Hauses zu ersuchen, die Überweisung des Antrages der Herren Abgeordneten Verstovšek, Hladnik und Genossen *(629 der Beilagen)*, betreffend die Unterstützung der Angehörigen von in den Vereinigten Staaten befindlichen Österreichern, an den Unterhaltsbeitragsausschuß zu veranlassen.

Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich diesem Ersuchen entsprechen und den bezeichneten Antrag dem Unterhaltsbeitragsausschusse zuweisen. *(Zustimmung.)* Er ist ihm zugewiesen.

Die Herren Abgeordneten Loewenstein, Lazarski, Korošec, Okunewskyj, Dr. Straucher, Delugan und Genossen haben einen Antrag gestellt, betreffend die Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes und die Vergütung von Kriegsschäden *(644 der Beilagen)*, und haben dabei beantragt, für die Beratung dieses Antrages einen eigenen Sonderausschuß von 26 Mitgliedern zu wählen. Der Obmann des Wiederherstellungsausschusses, Abgeordneter Dr. Kost' Lewyckyj, hat namens dieses Ausschusses an mich das Ersuchen gerichtet, diesen Antrag dem Wiederherstellungsausschusse zuzuweisen. Im Einvernehmen mit den Herren Antragstellern werde ich diesem Wunsche des Wiederherstellungsausschusses Rechnung tragen und, wenn keine Einwendung erhoben wird, diesen Antrag dem Wiederherstellungsausschusse zuweisen. *(Zustimmung.)* Er ist ihm zugewiesen.

Der Immunitätsausschuß hat durch seinen Obmann, Abgeordneten Bukvaj, das Ersuchen gestellt, es möge die dem Ausschusse in der Sitzung vom 11. Oktober um 14 Tage verlängerte Frist zur Berichterstattung über die Anträge, betreffend die erloschenen Mandate, um weitere drei Wochen verlängert werden. Ich erlaube mir den Antrag zu stellen, daß diesem Wunsche entsprochen und diese Frist um drei Wochen verlängert wird.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Haus hat die weitere Verlängerung der Frist um drei Wochen bewilligt.

Es ist mir eine dringliche Anfrage im Sinne des § 69 G. O. übergeben worden, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Dr. Ritter v. **Mühlwerth** *(liest)*:

„Anfrage des Abgeordneten Grafen Lažocki und Genossen an die Minister für Landesverteidigung und des Innern, betreffend die mangelhafte, beziehungsweise gesetzwidrige Durchführung des Gesetzes vom 27. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 313. (Neuregelung des Unterhaltsbeitrages für die Dauer des gegenwärtigen Krieges.)"

Schon bei dem vom Unterhaltsbeitragsausschusse dem Abgeordnetenhause seinerzeit vorgelegten Bericht wurde ausgesprochen, daß der Ausschuß bestrebt war, ein „einfaches, für jedermann verständliches, selbst durch die gegenwärtig überlasteten Verwaltungsorgane leicht durchführbares Gesetz" zu schaffen.

Die Übergangsbestimmungen (R. G. Bl. vom 27. Juli 1917) sowie die Durchführungsverordnung vom 10. August 1917, R. G. Bl. Nr. 337, brachten in ziemlicher Klarheit zum Ausdruck, daß die Regierung dem in dem Berichte zum Ausdruck gebrachten Wunsch „die Bestimmungen des Gesetzes mit größtem Wohlwollen für die Angehörigen durchzuführen" Rechnung zu tragen gewillt ist.

Im Unterhaltsbeitragsausschuß, in dessen Auftrage der Obmann diese Anfrage stellt, wurde nun von den Vertretern der verschiedensten Parteien ein reiches Tatsachenmaterial vorgebracht, aus dem zu entnehmen war, daß im Gegensatze zum Willen des Gesetzgebers und den Absichten der Regierung untergeordnete Organe das Gesetz gar nicht oder mangelhaft durchführen und so die im Gesetze festgelegten Ansprüche der Angehörigen unserer braven Soldaten unberücksichtigt bleiben.

Insbesondere wurde bemängelt: 1. Bis zum heutigen Tage sind die meisten Unterhaltsbezirks- und Landeskommissionen überhaupt noch nicht konstituiert. 2. Ansprüche werden mit der Begründung abgewiesen, daß der Unterhalt „nicht gefährdet" sei, ohne daß eine schriftliche Begründung erfolgen würde. 3. Alte Bescheidformulare werden verwendet, die die ungesetzliche Rechtsbelehrung aufweisen, daß eine weitere Beschwerde unstatthaft wäre. 4. Fabriksarbeiterinnen, die schon vor der Einberufung des Eingerückten in Arbeit standen, erhalten keinen Unterhaltsbeitrag. 5. Noch immer werden Abzüge von sogenannten „Übergenüssen" durchgeführt.

6. Witwen und Waisen wurde der Anspruch auf Erhöhung ihres Unterhaltsbeitrages mit dem Bemerken verweigert, daß die Erhöhung auf sie nicht Anwendung finde.

7. Eltern, die nach dem Gesetze Anspruch auf vollen Unterhaltsbeitrag haben, wenn sie im gemeinschaftlichen Haushalte mit dem Eingerückten gelebt haben, werden abgewiesen.

8. Ansprüche, die sich aus dem neuen Gesetze ergeben, werden mit der Begründung abgelehnt, daß seit dem Tode des Eingerückten bereits sechs Monate verstrichen sind.

9. Die im Ausland lebenden Anspruchsberechtigten sind bisher noch nicht in den Genuß der Erhöhung gelangt.

Die zum Teil auf Engherzigkeit, auf Unkenntnis des Gesetzes, allerdings in einzelnen Fällen auch auf absichtliche Verweigerung der Durchführung des Gesetzes zurückzuführenden Mängel müssen ehestens abgestellt werden. Die nicht zu rechtfertigende Verzögerung in der Erledigung der Ansuchen erfordert eine baldige Abhilfe.

Die Volksvertretung wollte einen Teil der Not lindern, die Regierung versprach ihre tätige Mithilfe, die ausführenden Organe aber rufen nicht selten durch ihr Verhalten Enttäuschung, Erbitterung und Verzweiflung in den Familien jener hervor, die für das Reich die größten Opfer bringen.

Die Unterzeichneten fragen daher:

„1. Sind den Herren Ministern die vorangeführten Übelstände bekannt?

2. Ist die Regierung geneigt, mit ihrer ganzen Autorität dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen des Gesetzes strenge eingehalten und den Angehörigen unserer Soldaten ihr gesetzliches Recht ungekürzt zuteil werde?"

Gleichzeitig wird im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung der Antrag gestellt, es möge dem Anfragesteller die mündliche Begründung der Anfrage im Laufe der nächsten Sitzung gestattet und sodann über den Gegenstand eine Debatte eröffnet werden.

Wien, 24. Oktober 1917.

Siegmund Graf Lasocki.

Otto Glöckel. Hans Hartl.
D. Löw. Londzin.
Bretschneider. Schreiter.
Schäfer. Karl Schachinger.
Al. Rieger. Rauch.
Fahrner. Dr. Liebermann.
Kudlich. Bauchinger.
Wollek. Habermann.
Sever. Friedmann.
Dr. Banaś. Tusar.
Tonelli. Dr. Trylowskyj.
Stern. Dr. Baczyński.
Dr. Matakiewicz. Stapiński.
Mich. Brandl. Schoepfer.

**Präsident:** Die Herren Anfragesteller stellen im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung den Antrag, daß diese Anfrage mündlich begründet und dann die Debatte darüber eröffnet werde. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrag zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat im Sinne des § 69 die mündliche Begründung und Eröffnung der Debatte beschlossen. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Grafen Lasocki das Wort zur Begründung der Anfrage.

Abgeordneter Graf **Lasocki:** Hohes Haus! Das Gesetz über die Neuregelung des Unterhaltsbeitrages ist gewiß eine der bedeutendsten Errungenschaften dieses hohen Hauses für die breitesten Kreise der Bevölkerung. Dieses Gesetz wurde von Millionen von Soldatenfamilien mit Genugtuung begrüßt, da es doch eine gewisse, wenn auch bescheidene Besserung ihrer Lage bringen sollte. Die automatische Erhöhung der Beiträge für diejenigen Frauen und Kinder unserer braven Soldaten, die bereits vor dem Inkraftsetzen des Gesetzes einen Unterhaltsbeitrag bezogen haben, ist ziemlich rasch und anstandslos durchgeführt worden. Leider haben sich bei der Durchführung der anderen Bestimmungen des Gesetzes allerlei Verzögerungen und Anstände ergeben. Über diese Verzögerungen und Anstände wurde im Unterhaltsbeitragsausschuß lebhaft Klage geführt und speziell wurden folgende Mängel zur Sprache gebracht: daß bis zum heutigen Tage die meisten Unterhalts-, Bezirks- und Landeskommissionen noch nicht konstituiert sind, daß Ansprüche mit der Begründung abgewiesen werden, daß der Unterhalt nicht gefährdet sei, ohne daß eine schriftliche Begründung erfolgen würde, was selbstverständlich den klaren Bestimmungen des § 7 des neuen Gesetzes widerspricht; weiters, daß alte Bescheidformulare verwendet werden, die die ungesetzliche Rechtsbelehrung aufweisen, daß eine weitere Beschwerde unstatthaft wäre, während bekanntlich auf Grund des neuen Gesetzes den Beteiligten eine Beschwerde zusteht; daß Fabriksarbeiterinnen, die schon vor der Einberufung des Eingerückten in Arbeit standen, keine Unterhaltsbeiträge gewährt werden, obwohl im § 2 des Gesetzes ausdrücklich die Bestimmung enthalten ist, daß ein aus der Arbeit des Anspruchswerbers erzielter Eigenverdienst den Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag nicht ausschließt; daß noch immer Abzüge von sogenannten Übergenüssen durchgeführt werden, trotzdem im § 8 des Gesetzes bestimmt wurde, daß eine Rückzahlung empfangener Unterhaltsbeiträge nicht stattfindet; daß Witwen und Waisen der Anspruch auf Erhöhung ihrer Unterhaltsbeiträge mit dem Bemerken verweigert wurde, daß die Erhöhung auf sie nicht Anwendung findet, was selbstverständlich den Bestimmungen des Gesetzes vollkommen widerspricht; daß der Anspruch von Eltern, die nach dem Gesetze den vollen Unterhaltsbeitrag beanspruchen können, wenn sie mit dem Eingerückten in gemeinschaftlichem Haushalt gelebt haben, nicht berücksichtigt wird; daß auch in anderen Fällen die Unterstützung in einer sehr kargen Weise bemessen wird; daß Ansprüche, die sich aus dem neuen Gesetz ergeben, mit der Begründung abgelehnt werden, daß seit dem Tode des Eingerückten bereits sechs Monate verstrichen sind, was dem Geiste des Gesetzes absolut nicht entspricht; daß die im Ausland lebenden Anspruchsberechtigten bisher noch nicht in den Genuß der Erhöhungen gelangt sind. Es wurden auch vielfach Klagen darüber geführt, daß eine nicht zu rechtfertigende Verzögerung in der Erledigung der Ansuchen stattfindet.

Alle diese Klagen und Beschwerden haben den Ausschuß veranlaßt, sich an die Regierung, an die beteiligten Minister mit der Anfrage zu wenden, ob ihnen die vorangeführten Übelstände bekannt sind und ob die Regierung geneigt ist, mit ihrer ganzen Autorität dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen des Gesetzes strenge eingehalten werden und den Angehörigen unserer Soldaten ihr gesetzliches Recht unverkürzt zuteil werde.

Im Auftrag des Ausschusses habe ich diese Anfrage gestellt und hoffe, daß die Regierung, die bei der Erlassung der Durchführungsbestimmungen den besten Willen und ihre Absicht, den Wünschen des hohen Hauses in der Angelegenheit des Unter-

haltsbeitrages zu entsprechen, an den Tag gelegt hat, auch die rasche und anstandslose Durchführung dieses Gesetzes bei den unteren Instanzen durchsetzen wird.

**Präsident:** Es hat sich Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung zum Wort gemeldet; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant v. **Czapp:** Ich erlaube mir auf die in materieller Beziehung vorgebrachten Klagen der dringlichen Anfrage des Herrn Reichsratsabgeordneten Grafen Lasocki und Genossen einzugehen.

Ich muß gestehen, daß mich die Mitteilung, daß in einzelnen Verwaltungsgebieten die Unterhaltskommissionen nach dem neuen Gesetze sich noch nicht konstituiert haben, einigermaßen überrascht hat, da diesbezüglich weder Klagen beim Ministerium für Landesverteidigung vorgebracht, noch Berichte der Unterhaltskommissionen über Anstände bei der Konstituierung erstattet wurden.

Da eine gleiche Klage schon in der vorgestrigen Sitzung des Unterhaltsbeitragsausschusses erhoben wurde, habe ich mich am gestrigen Tage mit einzelnen Landesstellen ins Einvernehmen gesetzt und die Auskunft erhalten, daß tatsächlich in einzelnen Verwaltungsgebieten eine Konstituierung der Unterhaltskommissionen überhaupt noch nicht *(Hört! Hört!)*, in andern dagegen wenigstens zum größeren Teil durchgeführt ist.

Als Grund für die Nichtkonstituierung wurde vielfach darauf hingewiesen, daß sich die aus der Bevölkerung berufenen Vertreter weigern, ohne Entgelt diese Funktion zu übernehmen. Nach dem neuen Unterhaltsbeitragsgesetz und der hierzu ergangenen Durchführungsverordnung ist das Amt der aus der Bevölkerung berufenen Kommissionsmitglieder ein Ehrenamt und darf nur von solchen Personen abgelehnt oder zurückgelegt werden, die nach der betreffenden Gemeindeordnung das Recht haben, die Wahl in die Gemeindevertretung abzulehnen oder das angenommene Amt zurückzulegen und sind solche Ablehnungen oder Zurücklegungen nach der Ministerialverordnung vom 30. September 1857, R. G. Bl. Nr. 198, zu ahnden.

Bevor ich von diesem mir zu Gebote stehenden Mittel Gebrauch mache, möchte ich an die sehr geehrten Herren Abgeordneten die Bitte richten, selbst dahin zu wirken, daß die Berufungen als Kommissionsmitglieder angenommen und damit verbundene Pflichten im Interesse der Angehörigen unserer tapferen Kämpfer willig und freudig erfüllt werden.

Was die mangelhafte Begründung der abweislichen Bescheidung sowie die vorgekommenen unrichtigen Rechtsmittelbelehrungen anbelangt, enthalten das Gesetz vom 27. Juli 1917, die Übergangsverordnung sowie die Durchführungsverordnung zu demselben derart klare Bestimmungen, daß ein Zweifel vollständig ausgeschlossen ist.

Wenn dessenungeachtet derartige Verstöße unterlaufen sind, so liegt ein offenbares Versäumnis der untergeordneten Organe vor und beabsichtige ich daher, diese Verfehlungen durch Hinausgabe eines Erlasses abzustellen. *(Lebhafte Zustimmung.)*

In Angelegenheit der Vorenthaltung von Unterhaltsbeiträgen an Fabriksarbeiterinnen, die schon vor der Einrückung des Ernährers einen Eigenverdienst gehabt haben, werde ich die Unterhaltskommission im Geiste der schon in der Durchführungsverordnung enthaltenen Bestimmungen anweisen. Dabei muß ich aber darauf aufmerksam machen, daß ein schon vor der Einrückung des Ernährers bestehender derartiger Eigenverdienst den Anspruch auf Unterhaltsbeitrag nach der Konstruktion des Gesetzes dann ausschließt, wenn dieser Eigenverdienst derart hoch war, daß eine Unterhaltsabhängigkeit von dem Einkommen des Eingerückten überhaupt nicht in Betracht kam.

Dieser Fall wird speziell bei Arbeiterfamilien hinsichtlich des Eigenverdienstes der Frau aber kaum je vorkommen.

Mit den in der Anfrage erwähnten Abzügen von sogenannten Übergenüssen dürften jene Fälle gemeint sein, in denen für den gleichen Zeitraum die Flüssigmachung von Militärversorgungsgebühren und die Fortzahlung des Unterhaltsbeitrages im bisherigen vollen Ausmaß erfolgt ist.

Da nach den diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften der Unterhaltsbeitrag um den Betrag der Militärversorgungsgebühren zu kürzen ist, entsteht tatsächlich in jenen Fällen, in denen diese Kürzung nicht rechtzeitig vorgenommen wurde, ein Übergenuß, gegen dessen Rückerstattung, soweit es sich um Militärversorgungsgebühren handelt, kein Anstand obwaltet hätte. Nichtsdestoweniger werde ich in Würdigung des Umstandes, als bei den heutigen Verhältnissen derartige Übergenüsse von den Bezugsberechtigten meist sofort aufgebraucht werden und sie daher eine Rückzahlung sehr schwer treffen würde *(Zustimmung)*, in den nächsten Tagen im Sinne einer jüngst mit den beteiligten Zentralstellen getroffenen Vereinbarung die generelle Verfügung ergehen lassen, daß in solchen Fällen von einer Einbringung des Übergenusses gänzlich abzusehen ist. *(Lebhafter Beifall.)*

Die Verweigerung der vorschußweisen Auszahlung des Unterhaltsbeitrages an Witwen und Waisen ist offenbar nur auf eine den Intentionen der Regierung nicht entsprechende Auslegung der mit der Übergangsverordnung, sowie mit einem Separaterlaß erteilten Weisungen zurückzuführen.

Ich werde deshalb die Unterbehörden ausdrücklich darauf aufmerksam machen lassen, daß die vorschußweise Auszahlung des erhöhten Unterhaltsbeitrages auch dann zu erfolgen hat, wenn es sich um die Fortzahlung des Unterhaltsbeitrages an Witwen und Waisen nach gefallenen oder verstorbenen Militärpersonen handelt. *(Bravo!)*

Fälle, in denen Eltern, die mit dem Eingerückten im gemeinschaftlichen Haushalte gelebt und sonach Anspruch auf den vollen Unterhaltsbeitrag haben, trotz der klaren Bestimmungen der diesbezüglichen Gesetzesstelle abgewiesen wurden, dürften nur selten vorgekommen sein. Ich erlaube mir, die Herren Antragsteller zu bitten, mir solche Abweisungen unter Anführung konkreter Daten bekanntzugeben, worauf ich sofort dafür Sorge tragen werde, daß auch in diesen Fällen das Gesetz zur Anwendung gelange.

Anlangend die Abweisungen der nach dem Unterhaltsbeitragsgesetze vom Jahre 1917 neu erwachsenen Ansprüche mit der Begründung, daß seit dem Tode des Eingerückten mehr als 6 Monate verstrichen sind, werde ich im Einvernehmen mit dem k. k. Finanzministerium in wohlwollender Interpretation des Gesetzes sofort die Weisung treffen, daß die vom Todes- beziehungsweise Vermissungstage an zu berechnende 6-monatige Frist für die Anmeldung des Anspruchs auf Unterhaltsbeitrag rücksichtlich der Anspruchsberechtigten Personen jener Eingerückten, die vor dem 1. August 1917 gefallen, verstorben sind, beziehungsweise vermißt werden, erst von dem genannten Tage an zu laufen beginnt.

Zu dem letzten Punkt der Anfrage erlaube ich mir zu bemerken, daß wegen der vorschußweisen Auszahlung der erhöhten Unterhaltsbeiträge für die im Auslande wohnhaften anspruchsberechtigten Personen an die k. u. k. Vertretungsbehörden bereits am 1. August die gleichen Weisungen wie an die inländischen Kassen ergangen sind. Mit Rücksicht auf die vorgebrachten Beschwerden werde ich mich an das k. u. k. Ministerium des Äußeren mit dem Ersuchen wenden, die Vertretungsbehörden zur genauen Befolgung dieser Weisungen zu verhalten. Aus meinen Darlegungen wolle das hohe Haus entnehmen, daß es jederzeit mein ernstes Bestreben ist, das Gesetz voll zur Anwendung zu bringen, jeder unrichtigen Interpretation, wie ich dies schon bezüglich des alten Unterhaltsbeitragsgesetzes gehalten habe, entschieden entgegenzutreten. *(Lebhafter Beifall.)*

Eine Besserung gegenüber den bisherigen Verhältnissen dürfte, sobald sich die neuen Bestimmungen etwas eingelebt haben, auch daraus zu erwarten sein, daß den Parteien nunmehr gegen jede Entscheidung der Unterhaltskommissionen ein Rechtsmittel eingeräumt und sonach begründete Hoffnung vorhanden ist, daß eventuelle fehlerhafte Entscheidungen von der höheren Instanz richtiggestellt würden. *(Abgeordneter Glöckel: Vorausgesetzt, daß Bescheide ergehen!)* Ich kann das hohe Haus versichern, daß mir die klaglose Durchführung des Unterhaltsbeitragsgesetzes besonders am Herzen liegt und daß ich zu diesem Zwecke stets bereit bin, dort, wo sich Anstände ergeben, durch Ministerialverfügungen Abhilfe zu schaffen, wobei mir auch der Gedanke vorschwebt, durch eine entsprechende Publikation diese Verfügungen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen, damit über die Absichten der Regierung auch die breite Öffentlichkeit jederzeit informiert werde. *(Zustimmung.)*

Schließlich will ich noch erwähnen, daß ich mich bemühen werde, im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern durch Zuweisung von Kräften an die Unterhaltskommissionen eine raschere Erledigung der angemeldeten Ansprüche zu ermöglichen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Der Minister wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Ich werde die Eintragung in die Rednerliste im Präsidialbureau vornehmen lassen und ersuche diejenigen Herren, die sich zum Worte melden, sich dorthin zu bemühen. Ich unterbreche zu diesem Zwecke die Sitzung auf fünf Minuten.

*(Die Sitzung wird um 11 Uhr 40 Minuten unterbrochen. — Wiederaufnahme der Sitzung um 11 Uhr 50 Minuten.)*

Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Hohes Haus! Mit inniger Freude bin ich in der Lage, dem hohen Hause mitzuteilen *(das Haus erhebt sich)*, daß unsere herrliche Armee, vereint mit unserem glorreichen Bundesgenossen, neue große Erfolge auf dem südlichen Kriegsschauplatze errungen hat. *(Stürmischer, anhaltender Beifall, Händeklatschen und Heilrufe.)* 30.000 Gefangene, 300 Geschütze und unübersehbares Kriegsmaterial ist in die Hände unserer tapferen Armee gefallen. *(Neuerlicher stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Die große Sorge um unseren Seehafen Triest ist von uns gewichen, die Hoffnung auf einen baldigen ehrenvollen Frieden gewaltig gestiegen. Möge der Erfolg unserer glorreichen Armee treu bleiben, möge sie weiter Sieg auf Sieg häufen! Seine Majestät Kaiser Karl I. und unsere glorreiche Armee, sie leben hoch! *(Die Versammlung bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus. — Langanhaltendter Beifall und Händeklatschen.)*

Zu der vom Hause beschlossenen Debatte über die dringliche Anfrage haben sich zum Worte gemeldet die Herren Abgeordneten Glöckel, Schreiter,

Liebermann, Haberman, Schoepfer, Laginja, Trylowskyj, Löw, Hartl, Friedmann.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Glöckel.

Abgeordneter **Glöckel**: Gegen Ende des letzten Tagungsabschnittes legte das Haus des allgemeinen Wahlrechtes Zeugnis davon ab, daß es volles Verständnis für die ungeheuren Leiden und Opfer der Angehörigen der im Kriegsdienste stehenden Soldaten besitzt, indem es ein einfaches und großzügiges Gesetz beschloß, das auch dem letzten Manipulanten jeder Bezirkshauptmannschaft verstandlich sein konnte, vorausgesetzt, daß er sich die Mühe nimmt, das Gesetz einmal durchzulesen. *(Unruhe.)* Ich möchte die Herren Kollegen aufmerksam machen, daß es sich hier um eine sehr wichtige Sache handelt. Es geht nicht an, nur Bravo zu rufen, wenn man die Taten der Soldaten würdigt — wir schließen uns dem an — wir reden aber jetzt von den Angehörigen dieser braven Soldaten, von den Helden des Hinterlandes, die zu Hause Opfer bringen. Ich möchte daher bitten, daß das Haus auch diesen Ausführungen die gleiche Aufmerksamkeit zuwendet, wie den früheren. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Am 1. August dieses Jahres trat dieses Gesetz in Kraft, aber schon häufen sich die Klagen über die mangelhafte unterlassene Durchführung des so außerordentlich wichtigen Gesetzes. Dabei zeigt sich etwas höchst merkwürdiges: Aus den Übergangsbestimmungen, aus der Durchführungsverordnung und insbesondere auch aus den Ausführungen des Herrn Landesverteidigungsministers am heutigen Tage geht hervor, daß sich die Regierung bemüht, dem Willen des Hauses zu entsprechen, daß aber untergeordnete Organe — in diesem Falle meist die alten Unterhaltsbezirkskommissionen oder, sagen wir es nur offen und ehrlich, die Bezirkshauptmannschaften — ihre eigenen Wege gehen. Seine Exzellenz hat früher schon zugegeben, daß es möglich sein kann, daß man das Gesetz an diesen Stellen überhaupt ignoriert, es ist sicher, daß man es allzu zögernd oder den Absichten des Gesetzgebers widersprechend durchführt.

Wenn Seine Exzellenz sagt, er werde Erlässe hinausgeben, um das abzustellen, so nehmen wir das zur Kenntnis, aber ich erlaube mir Seiner Exzellenz mitzuteilen: Erlässe sind genug gewechselt, an Erlässen hat es nicht gefehlt, die Zentralstelle hatte den Willen, aber es zeigt sich eine recht bedenkliche Erscheinung, daß es der Zentralregierung in Wien an der Macht mangelt, ihren Willen auch durchzusetzen, das Gesetz so durchzuführen, wie Haus und Regierung es wollen. Es ist dies sicherlich ebenfalls eine Folgewirkung der parlamentslosen absolutistischen Zeit, in der sich viele Beamte die Methode der damaligen Zentralregierung für ihre Zwecke zu eigen machten: die Rechte und Bedürfnisse des Volkes zu übersehen und die Willkür an die Stelle gesetzmäßiger Ordnung zu setzen. Die Schwäche der Regierung darf uns aber in diesem Falle nicht gleichgültig sein, denn wir treiben direkt in die bureaukratische Anarchie.

Bei unserem Vorgehen leitet uns aber auch noch eine andere Erwägung. Wir wollen nicht, daß der Wille des Hauses verfälscht wird. *(Sehr gut!)* Wir fordern für die Beschlüsse dieses Hauses Respekt, Respekt vom Minister und Respekt vom letzten Manipulationsbeamten. Wir fordern sinngemäßes Eingehen auf den Willen des Gesetzgebers, wir dulden nicht, daß der Bureaukratismus verdirbt, was die Volksvertretung gut gemacht hat. Es ist eine bedeutsame Aufgabe des Hauses, die bisher leider sehr in den Hintergrund getreten ist, dafür zu sorgen, daß die von ihm beschlossenen Gesetze nicht nur dem Scheine nach durchgeführt werden, sondern so wie es dem Willen des Gesetzgebers entspricht. Die Würde des Hauses, ja das persönliche Ansehen jedes einzelnen Abgeordneten hängt davon ab. *(Sehr gut!)* Wir gehen in die Volksversammlungen und erzählen, was wir hier durchgesetzt haben, und darauf kommt irgendein Bezirkshauptmann und sagt: Was kümmert mich das, ich tue, was ich will. *(Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe.)*

Wir wollen nicht ungerecht sein, uns ist die Überbürdung der Herren in den Bezirkshauptmannschaften bekannt, wir würdigen das. Wir wissen, daß der Personalmangel, sowohl in qualitativer wie in quantitativer Beziehung, ein außerordentlich bedenklicher ist, wir begreifen zum Teil die Nervosität der Beamten, um so mehr als ihre wirtschaftliche Lage täglich trostloser wird; ist doch der Fixbesoldete das letzte und daher das am empfindlichsten betroffene Opfer des von der Regierung so schwächlich bekämpften Lebensmittelwuchers. Wir verlangen daher, daß die Regierung dafür sorge, daß ihre Beamten leben und die Kraft aufbringen können, ihren schweren Dienst zu erfüllen, wir können aber nicht zugeben, daß der Existenzkampf der Beamten teilweise auf dem Rücken der Witwen und Waisen und armer Soldatenfrauen indirekt entschieden werde. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Die verschiedenartigsten und darunter recht schwere Anklagen wurden im Laufe der im Ausschuß abgeführten Debatte erhoben und in dieser Anfrage festgelegt. Mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit kann ich nur auf einige Dinge eingehen. § 1, Absatz 4, der Übergangsbestimmungen verlangt, daß die neuen Kommissionen raschestens zusammentreten. Seine Exzellenz hat mitgeteilt, daß er überrascht sei, daß die Sache nicht durchgeführt worden ist. Wir waren davon nicht überrascht, wir sind nur

überrascht, daß die Zentralregierung von den Dingen nichts weiß. Wir sehen, wie wichtig es ist, daß das Haus eingreife und die Zentralregierung verständige, was bei den ihr untergeordneten Stellen vorgeht.

Es wird uns gesagt, daß die einzelnen Kommissionen nicht zusammentreten konnten, weil die Berufenen ihre Funktionen nicht ausüben wollen. Dabei muß Klage erhoben werden, daß man unserem Wunsche, die von den einzelnen Gruppen Vorgeschlagenen zu berücksichtigen, nicht jene Erfüllung zuteil werden ließ, die im Interesse sinngemäßer Durchführung des Gesetzes notwendig gewesen wäre.

Seine Exzellenz hat ferner eine zweite Frage besprochen, die von großer Wichtigkeit ist. Sie betrifft jene Fälle, wo man Anspruchsberechtigten, die früher in Arbeit gestanden sind, den Unterhaltsbeitrag verweigert.

Man fällt in den Fehler zurück, den man früher nach dem alten Gesetze nicht vermieden hat, daß man einfach den Unterhaltsbeitrag wie eine Faulheitsprämie handhabt. Jenen Frauen, die arbeiteten, einen Nebenverdienst hatten oder in Fabriken gingen, entzog man den Unterhaltsbeitrag.

Meine Herren! Es ist bezeichnend: Ich war Berichterstatter im Hause für dieses Gesetz. Ich habe im Bewußtsein dessen, was ich tue und in Erfüllung eines Wunsches des Ausschusses im Berichte folgendes ausgesprochen *(liest)*:

„Man erzielte dadurch, daß man eine Prämie für die geringere Arbeitslust festsetzte. Der § 2 des Gesetzes räumt damit gründlich auf. Ein aus der Arbeit des Anspruchswerbers erzielter Eigenverdienst schließt den Anspruch nicht aus. Es ist also der Wille des Gesetzgebers, daß Frauen, die selbständig erwerben oder nur dann eine Familie gründen konnten, wenn sie mit dem Herangezogenen im gemeinschaftlichen Haushalte lebten (dies trifft insbesondere bei Fabriksarbeiterinnen zu), den vollen Unterhaltsbeitrag erhalten."

Das ist ganz klar. Aber nicht genug an dem, die Durchführungsverordnung des Ministeriums sagt *(liest)*:

„Bei Arbeiterfamilien ist schon durch den gemeinsamen Haushalt die Abhängigkeit der Frau vom Arbeitseinkommen des Mannes regelmäßig als erwiesen anzusehen."

Es gibt keine klarere Sachlage, ein Zweifel scheint ausgeschlossen. Ich werde dem Hause zeigen, wie man es zustande bringt, genau das Gegenteil zu tun, als was im Gesetze bestimmt ist, wie klare Bestimmungen von den untergeordneten Organen direkt mißbraucht werden.

Ich lege die Behandlung der Frage der Tabakarbeiterinnen vor. In Wien erhalten die Tabakarbeiterinnen den vollen Unterhaltsbeitrag, wie es dem Gesetze entspricht. In Neutitschein mußte die Entscheidung der Landeskommission Brünn eingeholt werden, in Bärn und Iglau hat es geheißen: die Tabakarbeiterinnen bekommen nichts, sie haben ohnehin schon genug. In Krems und Bruck a. d. Leitha war der Bescheid: Ihre Existenz ist nicht gefährdet. Trotzdem im Gesetze festgesetzt ist, daß solche Abweisungen schriftlich begründet werden müssen, entheben sich die Herren selbst dieser Verpflichtung und die Leute werden einfach abgewiesen. In Tachau verweigert man überhaupt die Annahme der Gesuche und erklärt, es sei aussichtslos, man solle keine solchen Gesuche einbringen. Dabei muß ich darauf verweisen, daß die alte Willkür in der Bezirkshauptmannschaft Landskron trotz wiederholter Klagen und trotzdem ich dem Herrn Landesverteidigungsminister, als ich das Referat führte, im offenen Hause eine ganze Anzahl von Fällen überreicht habe, weiter besteht und dort absolut keine Ordnung herbeizuführen ist. Dort sind die ganzen Nachzahlungen ausständig. Der Herr Dr. Smitek — ich muß den Namen nennen, so leid es mir tut — hat zehn Leuten die Nachzahlung bewilligt und nachdem er das getan hatte, hat er eine Deputation empfangen und hat erklärt: Die zehn habe ich erledigt, es ist genug, die anderen sollen still sein. Die Arbeiterinnen wären ohnedies zufrieden, würden sie nicht immer aufgehetzt. Dr. Smitek hatte die Stirne zu sagen: „Übrigens ist es mir schon gelungen, einige zur Zurückziehung ihrer Forderung zu bewegen!" Mit welchen Methoden hat man diese Zurückziehung erpreßt? Das sind unhaltbare Zustände. Entscheidet das Gesetz oder die Laune, das wechselnde Ermessen irgend eines absolutistisch belasteten Beamten? Ich nehme die Zusicherung Seiner Exzellenz mit gutem Glauben entgegen und ich bitte ihn, daß er seinem guten Willen auch die nötige Kraft verleihe, daß er den Willen in die Tat umsetze.

Seine Exzellenz sprach auch von den sogenannten „Übergenüssen". Er hat uns in Aussicht gestellt, daß die Weisung hinausgehen werde, daß diese Übergenüsse nicht mehr abgezogen werden sollen. Exzellenz, das ist nicht genug, so lebhaft und freudig ich diese Ausführungen auch begrüße. Es müssen die Übergenüsse, die bereits abgezogen sind, zurückgezahlt werden *(Zustimmung)*, weil das nicht eine Gnade und nicht ein Entgegenkommen der Regierung, sondern im Gesetze festgesetzt ist, daß Rückzahlungen absolut nicht geduldet werden. Ich gehe sogar so weit und sage: selbst wenn der Unterhaltsbeitrag infolge einer betrügerischen Handlung erschlichen worden wäre, darf er nicht abgezogen werden; man kann den Betreffenden vor das Strafgericht ziehen, das ist eine andere Sache. Es ist bezeichnend, daß trotz des Wortlautes des Gesetzes und trotz der Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes die Leute noch immer machen, was

sie wollen. Ich will nur einen kleinen Beweis anführen. Am 30. Juni 1917 spricht der Verwaltungsgerichtshof, wie schon immer, wieder aus, daß in einem Falle, der in der Bezirkshauptmannschaft Graslitz spielt, der verfügte Abzug bezahlter Unterhaltsbeiträge gesetzwidrig ist. Diese Entscheidung müßte also dem Bezirkshauptmann im Juli oder spätestens August bekannt geworden sein. Am 4. September, also unmittelbar nachdem er davon erfahren hatte, gibt er eine Zuschrift hinaus, wo es heißt *(liest)*: „Das dortige k. k. Steueramt wird angewiesen, einen bezogenen Übergenuß der Angehörigen des Anton Ubl in der Weise hereinzubringen, daß von dem, den Angehörigen mit Kassaanweisung vom 28. August 1917, Nr. 253, angewiesenen Unterhaltsbeitrag täglich ein Betrag von 1 K in Abzug gebracht wird. Statt dessen wurde ihm aber vom Steueramt — da sich das Steueramt auch nichts von der Bezirkshauptmannschaft sagen läßt — bei der Auszahlung am 7. September 1917 ein Betrag von täglich 2 K 77 h abgezogen, so daß gegenwärtig nur 5 K 23 h täglich als Unterhaltsbeitrag für fünf Personen ausbezahlt werden.

Meine sehr geehrten Herren! Woher kommen die „Übergenüsse"? Seine Exzellenz hat ganz richtig darauf verwiesen, daß sie daher kommen, daß die Witwen- und Waisenpensionen später angewiesen wurden und inzwischen der Unterhaltsbeitrag weiter fortgelaufen ist. Ja, gibt es in Österreich keinen halbwegs vernünftigen Beamten mehr? Ich glaube nicht, daß ich überklug bin, der einfache Menschenverstand sagt es und ich habe mir schon vor zwei Jahren erlaubt, im Landesverteidigungsministerium einen Vorschlag zu machen: Die Leute brauchen ja gar nicht zu wissen, daß sie Witwen- und Waisenunterstützung erhalten, sie sollen den Unterhaltsbeitrag weiter bekommen und dann soll die Regierung buchhalterisch die Sache regeln, statt doppelte Beträge zu zahlen und dann so ungeheure Beträge wie 400 und 500 K abzuziehen. Es interessiert die Frau nicht, aus welchem Fonds der Betrag fließt, den sie erhält, es interessiert sie nur, daß sie das Geld bekommt. Seine Exzellenz hat ganz richtig ausgeführt, daß sich die Leute den Betrag, den sie in die Hand bekommen, nicht beiseite legen, um ihn zur Verfügung zu haben, wenn ihn der Staat zurückverlangt. Warum macht man diese einfache bureaukratische Maßregel nicht? Ich weiß, daß die Beträge des Witwen- und Waisenfonds mit Ungarn zu verrechnen sind, aber das bedeutet doch nicht eine unüberwindliche Schwierigkeit! So aber treibt man Hunderte von Familien in die furchtbarste Situation, indem man ihnen diese Rückzahlungen auferlegt. Man hat die Zahlungsbögen eingezogen und nicht gesagt, warum. Durch Monate wurden Familien direkt zum Hungern verurteilt, alles wegen einer bureaukratischen Maßregel, die nicht begründet ist. Und hier handelt es sich nicht um kleinliche Dinge, sondern um Witwen und Waisenkinder, auf die doch sonst in schönen Reden, Debatten und Regierungsvorlagen großer Wert gelegt wird; hier steht das Wohl dieser Leute in Frage. Diese Zustände sind unerträglich.

Wenn man sparen will, auf diesem Gebiete spare man nicht. Ich begreife auch nicht die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Steinwender, die er immer wieder wiederholt — es war keine Gelegenheit, ihnen zu widersprechen —, die dahin gehen, daß die Unterhaltsbeiträge zu hoch bemessen seien, daß dadurch nur Arbeitsunlust herbeigeführt werde und daß man insbesondere den Unterhaltsbeitrag der Frauen, die 1 K 60 h täglich erhalten, verkürzen solle. Es ist geradezu unbegreiflich, wie man das aussprechen kann, in dieser Zeit, wo das Geld immer mehr an Wert verliert. Dieses Geld ist ja doch nur eine geringe Gegenleistung für das, was die Männer dieser Frauen zu leisten haben, die Leib und Leben hergeben oder vielleicht schon hergegeben haben. Und um diese 1 K 60 h wird noch geschachert, selbst da werden noch Schwierigkeiten gemacht. Wir haben gestern im Budgetausschusse gehört — und es ist notwendig, das hier offen zu sagen —, daß der militärische Kommandant von Krakau bis September 1916, nachdem der Feind durch Monate hindurch 600 Kilometer von Krakau entfernt war, eine Feldzulage von täglich 120 K erhalten hat. Warum greift man da nicht ein? In diesem Falle ist das Durchhalten sehr leicht. Durchzuhalten aber unter den jetzigen Umständen, wo man auf den Unterhaltsbeitrag angewiesen ist, ist etwas schwerer und der Staat sollte der Bevölkerung nicht hart und brutal entgegentreten, denn auch ihre Geduld, die heute schon eine unmenschliche genannt werden kann, könnte sich schließlich erschöpfen. Wenn hier im Hause der Helden an der Isonzofront gedacht wurde, so stimmen wir vollkommen bei; doch wir gedenken in diesem Momente, wo der österreichischen Armee ein Erfolg zuteil geworden ist, auch der ungeheuren Blutopfer, die dieser Erfolg bedingt; wir denken daran, daß neue Frauen und Kinder, Angehörige dieser Opfer, zu Witwen und Waisen geworden sind. Unsere Aufgabe ist es, ein klein wenig von dem zu lindern, was das furchtbare Schicksal den einzelnen zugefügt hat. Wir verlangen nichts anderes — das allerdings mit allem Nachdrucke —, als die genaue Durchführung des Gesetzes. Wenn Seine Exzellenz uns angekündigt hat, er werde eine populäre Darstellung hinausgeben — wir danken ihm sehr dafür —, begrüßen wir das, wir hoffen aber, daß dann nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die untergeordneten Stellen diese populäre Darstellung mit mehr Verständnis lesen, als

früher Gesetze gelesen haben. Vielleicht ist das Weg, um zum Ziele zu gelangen. Solange sich Verhältnisse aber nicht ändern, müssen wir die gierung für die Dinge verantwortlich machen.

Es ist eine Vorbedingung ihrer Existenz, daß die Kraft und die Macht aufbringe, die unterordneten Organe zur Pflichterfüllung zu bringen. sch und energisch muß eingegriffen werden und Regierung muß die volle Garantie übernehmen, ß die Angehörigen unserer so braven Soldaten den Bureaus anständig behandelt werden, daß ihr Recht bekommen und daß der Wille des nses respektiert werde. *(Beifall und Händeatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn geordneten Schreiter.

Abgeordneter **Schreiter:** Hohes Haus! Es heute schon ausgesprochen worden, daß das Gesetz über Unterhaltsbeiträge eines der besten aller aaten ist. Die Novelle hierzu hat noch bedeutende rbesserungen getroffen, welche von größter Bedeutung für die Versorgung der Angehörigen derer d, die draußen kämpfen.

Was nützt uns aber das beste Gesetz, wenn nicht rasch und nicht im Geiste des Gesetzgebers rchgeführt wird? Was nützt es uns, wenn der ortlaut des Gesetzes alle Segnungen bringt, e aber, die dazu berufen sind, es durchzuführen, ht in seinem Geiste schalten und walten? Seine zellenz hat bereits in Beantwortung der dringhen Anfrage und in der Stellungnahme hierzu bst seinem Erstaunen darüber Ausdruck verliehen, ß gewisse Bestimmungen des Gesetzes noch nicht gehalten werden. Das gilt aber nicht allein in m von ihm angeführten Falle, beziehungsweise f diesem Gebiete; wenn der Herr Minister allmeine Erkundigungen über die Behandlung der nterhaltsbeitragsangelegenheiten durch die Bezirksuptmannschaften einziehen würde, so würde er i vielen zweifellos die gleichen Erfahrungen auf eiten anderen Gebieten machen, vor allem die, ß die Behandlung bei verschiedenen Stellen eine nz verschiedene ist.

Es gibt Bezirkshauptmannschaften und Gete, in welchen außerordentlich gut und schnell arbeitet wird, in welchen dem Geiste des Gesetzes ntsprechend für die Angehörigen der im Felde henden gesorgt wird; aber es gibt eine ganze eihe von Bezirkshauptmannschaften, bei denen ein nz anderer Geist waltet. Ich werde mir gestatten, m Belege des Angeführten, einzelne Beispiele rzubringen, insbesondere dafür, daß von einzelnen eamten draußen eine vollständig ablehnende Halng an den Tag gelegt wird.

Es ist eine Tatsache, daß die Regierung das nicht will, und es bedurfte gar nicht der Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers hier im Hause oder Seiner Exzellenz des Herrn Ministers des Innern, wie er sie im Ausschusse gegeben hat, dies zu bekräftigen, wir sind überzeugt, daß die Regierung die Durchführung im Geiste des Gesetzes wünscht. Aber das genügt nicht; sie muß mit allen Mitteln dahin wirken — der Herr Landesverteidigungsminister hat versprochen, Abhilfe zu schaffen, indem er verschiedene Erlässe hinauszugeben beabsichtigt — daß draußen das auch wirklich geschieht, was von den Zentralstellen gewollt wird. Besonders — und da greife ich darauf zurück, was mein Herr Vorredner gesagt hat — wird es vor allem notwendig sein, daß in bezug auf die Behandlung der Bittsteller in vielen Bezirken eine Änderung eintrete.

Vom Gebirge herunterkommend, drei bis vier Stunden weit, müssen die Angehörigen unserer im Felde stehenden Krieger warten und vor der Tür der Kanzlei stehen, ohne eintreten zu können. Ein anderes Mal finden sie dort eine Tafel mit der Aufschrift: „Heute wird nicht amtiert", oder ähnliches. Die armen Leute müssen also den Weg ins Gebirge zurückmachen, haben den Tag versäumt und sind gezwungen, ein zweites Mal wiederzukommen. Es ist ein großer Andrang und es warten bereits viele. Die Leute kommen spät daran, zur bestimmten Stunde wird das Amt geschlossen und die Leute müssen wieder weggehen, ohne vorgelassen worden zu sein. *(Zustimmung.)* Es ist dies in einzelnen Bezirken geradezu eine Schande.

Wir wurden zwar aufgefordert, Namen zu nennen. Wenn wir die Namen nennen — Herr Kollege Glöckel hat bereits gesagt, er nenne nur einen Namen, er wolle im übrigen davon absehen —, so wird man uns, den Abgeordneten, gewiß vorwerfen, daß wir denunzieren. Das wollen wir verhindern; aber ich meine, wenn die Regierung immer wieder darauf dringt, daß solches nicht geschieht und selbst Nachschau hält, dann wird gewiß Abhilfe geschaffen werden.

Gestatten Sie mir nun, meine Herren, zwei oder drei Fälle anzuführen, aus welchen hervorgeht, daß man oft geradezu ungeheuerliche Entscheidungen trifft. So ist es zum Beispiel vorgekommen, daß ein gewisser Josef Bräuer um einen Unterhaltsbeitrag ansuchte. Ich werde den Wortlaut dessen anführen, was er selbst schreibt *(liest)*:

„Ich bin 74 Jahre alt und schon monatelang bettlägerig, meine Frau ist 70 Jahre alt und kann auch nichts verdienen. Fünf Söhne von uns stehen im Feld, die uns unterstützt hatten, davon ist einer schon gefallen. Der jüngste Sohn, Rudolf,

22 Jahre alt, ist am 15. August 1915 eingerückt. Als dieser eingerückt war, habe ich um Unterhaltsbeitrag angesucht, wie ich glaube, mit Recht, wurde aber laut Bescheid vom 28. September 1915, Z. 7926, abgewiesen.

Wohl habe ich ein Häuschen, Nr. 27 in Millay, und ein kleines Stückchen Grund im Ausmaß von einem Strich, doch das genügt nicht zum Leben, besonders da weder ich noch meine Frau in dem hohen Alter zur schweren Feldarbeit fähig sind."

Zwei 70jährige Leute, deren sämtliche Söhne im Felde stehen, bekommen, obwohl sie nur ein Häuschen und ein Strich Grund haben, keinen Unterhaltsbeitrag. Es wurde wiederholt darum angesucht, aber immer wieder vergeblich.

Wohl hat Seine Exzellenz gesagt, es stehe nach der neuen Durchführungsverordnung der Weg der Berufung offen; aber in vielen Bezirkshauptmannschaften — darauf mache ich den Herrn Landesverteidigungsminister besonders aufmerksam — werden heuer noch die alten Drucksorten verwendet — wahrscheinlich aus Sparsamkeit —, auf welchen geschrieben steht: „Eine Berufung gegen diese Entscheidung ist nicht zulässig."

Ich möchte bei diesem Anlaß gleich auf eine Forderung zu sprechen kommen, die erfüllt werden muß. Sie betrifft die Angehörigen von kleinen Landwirten und Gewerbetreibenden, deren Ernährer im Felde stehen und die an deren Stelle neue Arbeitskräfte aufzunehmen gezwungen sind, welche sie bezahlen müssen.

Es muß doch eine Möglichkeit geben, auch diesen Leuten einen Unterhaltsbeitrag zu gewähren. *(Abgeordneter Wüst: Die Leute verschulden mehr und mehr!)* Gewiß! Sie verschulden immer mehr und mehr und ihre Lage wird immer drückender.

Nun ein zweiter Fall: Ein gewisser Rulf hat 70jährige Eltern, besitzt eine kleine Wirtschaft und 35 Strich Grund. Die darauf lastenden Sparkassaschulden sind: Luschitzer Sparkasse 600 K, ferner 2405 K, endlich die Sparkasse in Bilin 8316 K. Die 35 Strich Grund sind also mit 11.325 K belastet, so daß an Hypothekarzinsen 693 K zu bezahlen sind. Die Leute wurden selbstverständlich — wie es ja bei solcher Auffassung nicht anders möglich ist — abgewiesen, obwohl sie fremde Arbeitskräfte aufnehmen mußten.

Daß man die Bestimmungen der betreffenden Kaiserlichen Verordnungen, beziehungsweise die Gesetze auch sonst im allgemeinen nicht besonders beachtet, geht aus folgendem hervor. Die Kaiserliche Verordnung vom März dieses Jahres hat festgesetzt, daß jene Hausbesitzer, die eingerückt sind und deren Schuldzinsen ebenso hoch sind wie der Mietwert der von ihnen benutzten Wohnung, Anspruch auf einen Mitzinsbeitrag haben. Die Verordnung trat am 1. April 1917 in Kraft und wurde erst durch das Unterhaltsbeitragsgesetz vom 27. Juli 1917 außer Kraft gesetzt.

Für die Monate April bis Juli war jedoch im Sinne der erwähnten Verordnung solchen Hausbesitzern der Mitzinsbeitrag zur Auszahlung zu bringen. Es ist nun bezeichnend, daß einzelne Unterhaltskommissionen in Böhmen diese Mietzinsbeiträge bis heute noch nicht bezahlt haben und daß die verschuldeten Hausbesitzer noch immer auf die ihnen zustehenden Mitzinsbeiträge warten müssen.

In der Bezirkshauptmannschaft Laun liegt die kleine Gemeinde Rannay, welche nur einige 30 Nummern zählt und in welcher sehr wenig Unterhaltsbeitragansuchende sind. Dort sind sechs Gesuche abschlägig beschieden worden, obwohl die betreffenden Gesuchssteller alle Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag gehabt hätten. Ich habe die Gesuche an das Landesverteidigungsministerium eingesendet mit dem Ersuchen, es möge dazu Stellung nehmen und den Leuten zu ihrem Rechte verhelfen.

Dies ist bereits vor drei Viertel Jahren geschehen; bis heute habe ich keine wie immer geartete Nachricht erhalten und doch wäre es vor allem dort notwendig gewesen, Stellung zu nehmen, weil die Gemeinde Rannay die an der viel umkämpften Sprachgrenze liegt, die einzige deutsche Gemeinde in der Bezirkshauptmannschaft Laun ist, daher gerade dort, schon mit Rücksicht auf die Kämpfe an der Sprachgrenze, die Bezirkshauptmannschaft die Aufgabe hätte, besonders peinlich genau vorzugehen. *(Abgeordneter Glöckner: Merkwürdig ist, daß das nur in den deutschen Bezirken geschieht, in den tschechischen nicht!)* Ich kenne die Verhältnisse zwar nicht überall so genau, aber nach dem, was ich sonst erfahren mußte, glaube ich, daß das, was Kollege Glöckner jetzt gesagt hat, vollkommen zutrifft.

Ich habe hier weiter ein Gesuch aus Prag vorliegen. Der betreffende Mann starb am 30. Jänner 1917 im Irrenhaus; am 1. September 1916 wurde um den erhöhten Unterhaltsbeitrag für ein Kind angesucht und bis heute hat die Frau noch nicht einen Heller bekommen. Das ist geradezu ungeheuerlich; es ist eine Schande für einen Kulturstaat, daß so etwas möglich ist. *(Abgeordneter Dr. Ritter v. Mühlwerth: Die Gesetze werden einfach nicht gehandhabt!)* Jawohl, das ist es ja: Die Gesetze sind hier, der gute Wille der Zentralbehörden ist hier, aber die Gesetze werden draußen nicht gehandhabt. *(Abgeordneter Dr. Ritter v. Mühlwerth: Schlamperei!)* Gewiß!

Ein großer Teil der in Betracht kommenden Verzögerungen ist auch darauf zurückzuführen. Seine

Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister erwähnte dies auch — daß eine große Überbürdung der Beamten herrscht, daß diese selbst mit Nahrungssorgen zu kämpfen haben, daß ein Mangel an Arbeitskräften besteht und daß zu wenig Hilfskräfte angestellt werden. Man hat ja vielfach Hilfskräfte angestellt, man hat alte, pensionierte Beamte, die Not leiden, Lehrer, Lehrerinnen und Privatbeamte herangezogen, damit sie in ihrer freien Zeit mitarbeiten. Nachdem sie aber Monate lang gearbeitet und nicht einen Heller erhalten hatten, war es ganz naturgemäß, daß sie dann sagten: So geht es nicht weiter. Man sucht, um zu sparen, überall nach unbezahlten Kräften, so zum Beispiel auch auf dem Gebiete der Volksernährung. Was soll sich nun so ein Mann denken, der selbst Not leidet, aber täglich sieht, daß ein Kommissionär, Händler usw. bei einem Waggon so viel hundert Kronen verdient, daß Kriegsgewinner noch viel mehr Nutzen haben, wenn er, der den ganzen Tag arbeitet, nicht einen Heller dafür bekommt? *(Zustimmung.)* Man bezahle die Leute, dann wird man Aushilfskräfte bekommen, und es wird nicht so häufig vorkommen, daß die Gesuche nicht rechtzeitig oder überhaupt nicht erledigt werden. Wie können da die Leute berufen, wenn die Entscheidungen sich durch Monate hinausziehen. Exzellenz, helfen Sie dem Mangel an Hilfskräften ab. Das ist eine der ersten Forderungen, die wir stellen müssen, eine Forderung, deren Erfüllung ja heute bereits zugesagt wurde.

Man möge aber auch trachten, daß unsere Gemeindesekretäre in jenen Gemeinden, wo es wirklich keine Kräfte gibt, die diese Arbeiten verrichten können, enthoben werden. Sie wurden in vielen Gemeinden einberufen, und nun sitzen alte Leute in den Kanzleien, die verhältnismäßig weniger Fachkenntnis besitzen, die aber auch gleichzeitig auf dem Felde draußen, dann in den Ernährungskommissionen zu tun haben, ihre ganze Kraft zersplittern müssen, weil ihre Söhne eingerückt sind und sie keine Hilfsarbeiter haben. Die haben doch keine Zeit und keine Gelegenheit, auch noch diese Arbeiten zu machen. *Abgeordneter Glöckner: Und auch die Gesetzeskenntnis haben sie nicht wie die Sekretäre!)* Die Gesetzeskenntnis ist leider Gottes in weiten Kreisen noch viel geringer als bei denen.

Ich möchte nun noch die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge für die österreichischen Staatsangehörigen, die im Deutschen Reiche und anderswo leben, zur Sprache bringen. Auch davon hat Seine Exzellenz, jedenfalls auf Grund unserer Ausführungen im Unterhaltsbeitragsausschuß gesprochen. Hier treten große Verzögerungen ein, denen wohl dadurch entgegengearbeitet wurde, daß man die Konsulate angewiesen hat, Vorschüsse zu geben; aber es kommt leider Gottes häufig vor, daß die Leute von den Vorschriften nichts wissen, so daß viele in Not leben. Ich kenne einzelne krasse Fälle, wo sie dreiviertel Jahre und noch länger warten mußten und bis dahin keinen einzigen Heller bekommen haben. Das ist draußen im Reiche für uns besonders unangenehm, denn schließlich wertet und schätzt man uns dort nach der Art und Weise ein, wie wir in diesen Dingen unseren Verpflichtungen nachkommen. In Chemnitz, wo der Generalkonsul Weißenberger und auch sein Stellvertreter außerordentlich tüchtig arbeiten, wurden große Summen vom Hilfsverein für die österreichischen Angehörigen aufgebracht, und es tut mir immer leid, wenn ich sehe, daß die Angehörigen des Deutschen Reiches unseren Staatsangehörigen viel williger und schneller helfen als es von seiten unserer Behörden geschieht.

Ich mache den Konsulaten durchaus keinen Vorwurf, denn sie arbeiten größtenteils außerordentlich gut; aber der Weg über das Ministerium des Äußern ist sehr lang, weshalb Verzögerungen und Verschleppungen vorkommen und unsere Staatsangehörigen hungern und darben müssen. Um welch bedeutende Anzahl von österreichischen Staatsangehörigen es sich dabei handelt, geht daraus hervor, daß nach dem alten Gesetze 66 Millionen Kronen ausbezahlt wurden, und daß nach dem neuen Gesetze außerdem noch jährlich 60 Millionen Kronen ausbezahlt werden, was einen jährlichen Gesamtbetrag von 126 Millionen Kronen für österreichische Staatsangehörige ergibt, die in den uns verbündeten Staaten leben. Daraus können Sie ersehen, wie groß die Anzahl derer sein muß, die da zu versorgen sind. Ich meine, daß es nach den Ausführungen und Versprechungen Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers nicht nötig sein wird, noch weiteres anzuführen, um so weniger, als die Anfrage selbst ins einzelne gehend unsere Forderungen ausdrückt und wir auch von Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern im Ausschusse gehört haben, daß das nötige geschehen soll. Wir wünschen aber, daß das in energischerer Form und in einer allgemein zugänglichen Art und Weise geschehe, daß die Regierung für die beschleunigte Erledigung der Gesuche, eine menschenwürdige Behandlung der Gesuchsteller und eine Handhabung des Gesetzes im Geiste der Gesetzgeber Vorsorge treffe, wobei zu bedenken ist, daß eine Verkürzung viel weniger zu rechtfertigen ist, als eine zu weitgehende Bewilligung, und zwar schon mit Rücksicht auf jene Tapferen, die mit Blut und Leben Heimat, Staat und Volk schützen und erwarten können, daß ihre Lieben zu Hause nicht ungerecht verkürzt werden und darben und hungern müssen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Habermann.

Abgeordneter **Habermann**: Velectění pánové! Kdybychom měli posuzovati dobrou vůli této sněmovny neb její části v této záležitosti, musili bychom říci, že většina poslanců nemá pochopení pro tak důležité otázky jako jest vyživování rodin těch, kdo pro stát a — jak se nám neustále praví — pro vlast umírají.

Pokud jde o tuto otázku, jest samozřejmo, že kdybychom vypracovali zde nejkrásnější, nejlepší a nejliberálnější zákon, nebude-li prováděn v duchu, v jakém byl vypracován, všechno úsilí zůstalo by marné. Tento zákon má jisté liberální podmínky, avšak jeho provádění jest tak nedostatečné, že prostě musilo přijíti k projednání této otázky, kterým má se dociliti nápravy.

Meine hochverehrten Herren! Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister hat uns hier erklärt und versprochen, daß alles, was sich in dieser Angelegenheit tun läßt, entweder schon geschehen ist oder geschehen wird. Wir Abgeordnete, Vertrauensmänner des Volkes und hauptsächlich der Arbeiterschaft, die wir mit den Familien arbeiten, wissen am besten, wie die Durchführung des Gesetzes in der Praxis ausschaut. Vor allem muß ich betonen und darauf aufmerksam machen, daß man diese Angelegenheit, eine der wichtigsten Angelegenheiten des Volkes, vernachlässigt, daß man zum Beispiel bei den politischen Behörden nicht einmal die Stellen so besetzt, wie sie besetzt werden sollten. Bei uns ist zum Beispiel ein Beamter, der nicht nur dieses Ressort versieht, sondern außerdem noch Exekutionen, Requisitionen, Assentierungen und ich weiß nicht, was noch alles durchführen muß und außerdem noch 20.000 bis 30.000 Eingaben zu kontrollieren, also selbstverständlich zu entscheiden hat. Viele Monate hindurch wurde diesem Beamten keine Hilfskraft gegeben. Wenn es bei uns so ist, so ist es selbstverständlich auch bei vielen anderen Bezirksämtern so; *(Abgeordneter Vaněk: Es müssen Konzeptspraktikanten sein!)* nicht einmal Konzeptspraktikanten, es ist überhaupt niemand dort. So kommt es, daß die Familien nicht nur Tage und Wochen lang, sondern Monate, ja, ich möchte fast sagen, jahrelang warten müssen, bis sie diese paar Kreuzer bekommen. Wenn eine solche Eingabe lange Zeit nicht ausgefertigt wird und wenn dann die Leute kommen und bitten, daß das Gesuch doch endlich erledigt wird, dann werden das Gesetz und die Durchführungsbestimmungen so unliberal gehandhabt, daß man wirklich staunen muß.

Ich will nur einige Fälle anführen. Es wird zum Beispiel sehr darüber geklagt, daß man nicht in allen Fällen, wie es das Gesetz verlangt, die Unterstützung gleich von dem Tage des Einrückens an rechnet, sondern daß die Beamten die Unterstützung von einem Tage an festsetzen, den sie so bestimmen, wie es ihnen einfach beliebt. Wenn man etwas dagegen machen will, so ist es ganz unmöglich, weil die Landeskommissionen, welche hier einschreiten sollten, nicht einmal antworten; sie lassen die Klage einfach ganz unberücksichtigt.

Es sind bei uns in Westböhmen Fälle vorgekommen, die hier vorzubringen ich die Pflicht habe. Am schrecklichsten ist die Praxis in den westböhmischen Bergarbeiterbezirken; dort gilt kein Gesetz, die Ortsvorsteher und auch die löblichen Kommissionen walten, wie sie wollen. Früher bekam ein Familienmitglied pro Tag 1 K 27 h ohne Quartier oder 85 h, wenn es ein Quartier hatte. Das galt aber nicht bei den Dorf- und Bezirkspaschas, welche sagten: Was, 2 oder 3 K für so einen Bettler, er hat genug! Wo ist das Gesetz, wo sind die Bestimmungen und die Behörden? Man sieht, daß man solche Fälle ganz einfach wuchern läßt. Die Bergarbeiter sind die Ärmsten unter den Armen, die Bergarbeiter und ihre Familien leben in größter Not und Elend und wenn sie für das Vaterland bluten, sollte das Vaterland auch so viel Ehre und Pflicht bei seinen Beamten haben, daß die Kinder und Frauen der Kämpfenden nicht ganz einfach Hungers sterben müssen. Ich muß hier auch betonen — ich bemerke aber ausdrücklich, nicht aus nationalen Gründen —, daß auch die nationalen Momente in Westböhmen eine Rolle spielen. Wenn es sich um Bergarbeiter der tschechischen Nation handelt, wird mit ihnen brutal oder gar nicht gesprochen und sie können machen, was sie wollen, das was einmal gesagt wurde, gilt und sie können ganz einfach nicht zu ihrem Rechte kommen. Ich muß auch darauf verweisen, daß in bezug auf die sogenannten kommandierten Arbeiter Remedur geschaffen werden muß. Es gibt Hunderte und Tausende Fälle von kommandierten Arbeitern, welche so ausschauen: Die kommandierten Arbeiter, zum Beispiel in Pilsen bei den Skodawerken oder in den Bergwerken, verdienen 30 bis 40 K, die Familien mit drei bis sieben Kindern leben aber anderswo und es ist selbstverständlich, daß der Mann, welcher 30 oder 40 K, ja auch weniger verdient, von diesem Verdienste nicht so viel seiner Familie schicken kann, damit auch diese leben könnte. Ich kenne viele solcher Fälle und wäre die Debatte nicht so schnell und unvorbereitet gekommen, so hätte ich eine Anzahl Beispiele vorgebracht, welche bewiesen hätten, daß in solchen Fällen den Familien die Unterstützung ganz einfach verweigert wird, so daß diese in größter Not und in Elend leben. Ich ersuche daher die kompetenten Behörden und auch den Landesverteidigungsminister, er möge dahin wirken, daß man in solchen Fällen liberaler vorgeht als jetzt, damit wir endlich erreichen, daß, wenn ein Landsturmmann irgendwohin kommandiert wird, auch für seine Familie gesorgt wird. Ich muß auch darauf verweisen, daß bei den Bezirkskommissionen nicht

e Fälle so behandelt werden, wie sie behandelt rden sollten; das hat meiner Ansicht nach seinen und darin, daß in den Kommissionen nicht auch che Beisitzer sitzen, welche das nötige Verständnis die Lage der Familien der Eingerückten haben. i uns in Pilsen zum Beispiel — und ich denke, ist auch in anderen Bezirken so — sitzen nur rtreter der Reichen, aber keine Arbeiter, keine n denen, welche am meisten leiden und welche ch mehr Verständnis für solche Fälle hätten als anderen Vertreter. Ich möchte darauf aufmerksam chen und bitten zu veranlassen, daß in jede Bekskommission auch Vertreter der Arbeiterschaft d der niederen Stände ernannt werden, damit in solchen Fällen für die Leidenden eintreten nen.

Ich muß bei dieser Gelegenheit auch darauf weisen, wie die Dinge in manchen Bezirkshauptnnschaften erledigt werden. In nenne ausdrücklich Bezirkshauptmannschaft Kralowitz in Böhmen. an könnte sagen, daß der Bezirkshauptmann und ne Untergebenen in der Türkei oder in Kleinasien ser am Platze wären als bei uns in Westböhmen. ese Herren Beamten haben dort schon Krawalle d Revolten provoziert, weil sie unliberal und unnschlich sind. Von allen westböhmischen Bezirken nmen die meisten Klagen von Kralowitz, weil dort dieser Frage nicht nur unliberal, sondern ganz menschlich vorgegangen wird. Ob es sich um zwei, ei, vier oder sechs Familienmitglieder handelt, s kümmert die Herren dort nicht, sondern sie gen ganz einfach: So eine arme Familie hat mit K genug! *(Ruf: 5, sagen sie!)* Ja. In den stböhmischen Bezirken und in Kralowitz wird den uten so viel ausbezahlt, als die Herren für gegend halten, ohne Rücksicht auf das Gesetz und gesetzlichen Verpflichtungen.

Meine Herren! Wenn mehr Zeit zur Dission wäre, könnte ich viele ähnliche Fälle voringen. Ich werde das bei der nächsten Gelegenlt tun oder die Dinge im Ausschuß vorbringen. h will nur noch zu meinen Ausführungen folndes hinzufügen: Will man das Elend kleiner d erträglicher machen, so muß endlich einmal für e Familien der eingerückten Männer und Väter in sgiebigerer Weise vorgesorgt werden und dazu hört auch, daß man mit den Angehörigen besser ugeht als bisher. An vielen Orten behandeln sowohl die Ortsvorsteher als die Angestellten der ezirkshauptmannschaften die Leute wie Bettler und ie einen Auswurf, nicht aber als Menschen, nicht s Leute, welche das Recht haben, etwas zu verngen.

Ich schließe also damit, daß ich die Hoffnung usspreche, daß wir endlich einmal mit dieser Frage rtig werden und daß mit den Familien der Eingerückten endlich einmal so verfahren wird, wie es sich gehört, denn es handelt sich nicht nur darum, Bravo zu schreien, wenn da Tausende fallen, sondern wir müssen auch dafür sorgen, daß diejenigen Opfer, die zu Hause geblieben sind, nicht Hungers sterben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **German**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Liebermann.

Abgeordneter Dr. **Liebermann**: Hohes Haus! Die Unterhaltsbeiträge verschlingen ungeheure Summen, ganze Milliarden, und man muß zugeben, daß auf diesem Gebiete der Staat an die äußersten Grenzen der Möglichkeit gegangen ist. Man hätte erwarten sollen, daß die Bevölkerung sich wenigstens auf diesem Gebiete für befriedigt erklärt und keine Beschwerden erhebt. Nun, meine Herren, ist das gerade Gegenteil der Fall. Gerade auf diesem Gebiete geschieht so viel Unrecht und ist die Erbitterung und Aufregung in der Bevölkerung so groß, daß sie fast zum Himmel schreit. Es ist im Ausschusse viel darüber gesprochen worden, was als Ursache dieser Erscheinung angesehen werden könnte. Von mehreren Seiten wurde betont, daß die Schuld an diesem Übelstande der Mangel an Arbeitskräften in den betreffenden Ämtern und Unterhaltsbezirkskommissionen trägt. Der Herr Minister des Innern hat im Ausschusse auch darauf hingewiesen, daß die Beamten fürchterlich überbürdet sind, daß sie eine ungeheure Last infolge der kriegerischen Ereignisse auf sich nehmen mußten, so daß sie diese ungeheure Aufgabe nicht bewältigen können. Das ist wahr, meine Herren, in den Unterhaltsbezirkskommissionen gibt es keine genügenden Arbeitskräfte, um den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen. Das ist richtig. Wenn man aber weiter die Frage stellt, warum mangeln die Arbeitskräfte in diesen Kommissionen, warum gibt es keinen Zulauf von Arbeitskräften in diese Ämter, so muß man zur Antwort bekommen, daß die einzige ausschließliche Schuld daran der Staat selbst, die obersten Behörden, tragen. *(So ist es! — Zwischenrufe.)* Zunächst, meine Herren, müssen Sie bedenken, daß — ich weiß nicht, ob der Herr Minister in die Agenden einer solchen Kommission Einblick gehabt hat — diese Agenden vielfach sehr anstrengend sind und eine ziemliche Anzahl von Konzeptskräften erheischen. Nun, meine Herren, eine solche Konzeptskraft erhält in der Unterhaltsbezirkskommission 3 K 60 h pro Tag; der höchste Lohn, der einer Konzeptskraft in den Unterhaltsbezirkskommissionen gezahlt wird, beträgt 120 K monatlich. Ein Jurist — er ist zwar noch nicht absolvierter Jurist — bekommt beispielsweise in Przemysl 120 K monatlich, das sind 4 K täglich. Wie wollen Sie da einen Zulauf an Arbeitskräften bewirken? Die Kommissionen helfen sich in solcher Weise, daß sie aktive Beamte aus

anderen Ämtern heranziehen, welche ihre Nachmittage frei haben und diese Beamten rackern dann den ganzen Nachmittag und ganze Nächte wiederum für 4 K. Und wenn dann dieser Aushilfsbeamte seine Rechnung der Unterhaltsbezirkskommission präsentiert, was meinen Sie, geschieht da? Die Rechnung wird ihm nicht ausbezahlt, sie wandert an die Statthalterei. Der arme Teufel wartet ein oder zwei Monate, bis er endlich von der Statthalterei die Antwort erhält, die Sache müsse im Landesverteidigungsministerium überprüft und dort erledigt werden. Meine Herren! Ich kenne einen solchen Beamten, der die Nachmittage und die Nächte hindurch für die Unterhaltsbezirkskommission in Przemyśl beinahe sechs Monate arbeitete — er heißt Josef Zalewski — und dann die Rechnung präsentierte und nun schon den vierten Monat auf die Bezahlung seiner Arbeit warten muß, weil die Sache an das Landesverteidigungsministerium geleitet und bis nun zu — den vierten Monat — ihrer Erledigung nicht zugeführt wurde.

Meine Herren! Das neue Gesetz hat den Kommissionen eine fürchterliche Arbeit aufgebürdet, der sie nicht gewachsen sind, weil sie, jeder Aushilfskräfte vornehmlich im Konzeptsfache beraubt, unter der Arbeitslast zusammenbrechen. Darum stellten sie an die Oberbehörden das Verlangen, daß man ihnen neue Arbeitskräfte zuweise. Als Antwort darauf kam beispielsweise von der Statthalterei Lemberg an die Kommissionen und Bezirkshauptmannschaften die Weisung, man möge an Tagen, wo die Arbeit größer ist, neue Arbeitskräfte engagieren und ihnen einen Tageslohn von 3 K bezahlen. Es ist selbstverständlich, daß sich niemand meldet, denn es gibt keine Leute, die sich für Kommissionen bereithalten, an gewissen Tagen des Monats für 3 K zu arbeiten, die übrige Zeit aber spazieren zu gehen, um zuzuschauen, wo sie einen Bissen Brot zur Stillung ihres Hungers erhaschen.

So schaut die soziale Fürsorge in Österreich aus, die soziale Fürsorge für arbeitende Menschen, eine Fürsorge, für die man einen eigenen Minister ernannt hat und von der in der Thronrede und in ministeriellen Erklärungen so viel gesprochen wird. Wenn sich ein Privatunternehmer eine solche Schinderei und Ausbeutung armer Menschen erlauben würde, wie würde da die Regierung, der Staat über ihn herfallen und ihn zur Rede stellen, wie würde er gebrandmarkt in der Öffentlichkeit und vor den Behörden dastehen! Und wir verlangen von Menschen, daß sie eine ganze Tagesarbeit für 3 K leisten, wobei ihr Monatsgehalt nicht einmal gesichert ist. Der Herr Minister für soziale Fürsorge schreitet daran, sein Ressort auszugestalten. Ich möchte ihm dringend empfehlen, einen Besen in die Hand zu nehmen und zunächst kräftig vor der eigenen Türe der Regierung zu kehren, Ordnung zu schaffen in den Arbeitsverhältnissen, die unter der unmittelbaren Leitung und Aufsicht des Staates stehen, die in der Staatswirtschaft vorherrschen.

Es ist in dem Ausschusse darauf hingewiesen worden, daß man mit den Beamten Nachsicht haben muß. Der Herr Minister hat sich in einer sehr warmen Rede für die Beamten eingesetzt und uns ersucht, wir mögen mit ihnen Nachsicht haben, weil sie so fürchterlich überbürdet und so schlecht gezahlt sind. Wir begreifen das vollständig, und es liegt uns ferne, die Beamtenschaft in ihrer Gesamtheit oder einzelne anzugreifen und gegen sie ungerechte Anklagen zu erheben. Aber wir haben das Recht, von den Beamten zu verlangen, daß sie auch mit der Bevölkerung Nachsicht haben. Wir verlangen vom Herrn Minister, er möge die Ämter anweisen, das arme Volk nicht unnützerweise zu quälen. Die Bevölkerung hat ja so viel zu erdulden, sie muß ja so viel über sich ergehen lassen. Haben die Herren in den Ämtern eine Idee? Jedes Mütterchen, jeder alte Mann, jede ausgemergelte Soldatenfrau, die in das Amt kommt, um ihr Recht, um Schutz zu suchen vor Hunger und Not, trägt in sich ein solches Meer von Traurigkeit und Kummer, daß man in seinem Innersten erbeben muß vor tiefstem Mitgefühl und nicht anders wie als Menschenfreund solche unsägliche Leiden behandeln müsse. Die Bevölkerung wird in vielen Ämtern unnützerweise gequält. Schauen Sie! Sie vorenthalten den Konzeptskräften und verschiedenen Angestellten, die in den Bezirkskommissionen arbeiten, den Lohn, sie zahlen schlecht, aber für das Spitzeltum werden Hunderttausende, ja Millionen ausgegeben. *(Zustimmung.)*

Meine Herren, von diesem hohen Hause und von der hohen Regierung, hören Sie einen Fall an, der in klassisch-drastischer Weise beleuchtet, wie wir in Österreich in den Vorstellungen des alten Polizeistaates stecken und uns davon nicht freimachen können.

In Przemyśl haust eine militärische K-Stelle. Was sie, als militärische Stelle, da zu schaffen hat, ist ein Geheimnis, denn Przemyśl liegt jetzt tief im Hinterland und eine militärische K-Stelle gehört an die Front oder nahe an die Front, damit sie den Feind auskundschafte oder die Auskundschaftung seitens des Feindes abwehre. Nun, wozu verwendet diese K-Stelle ihre Leute, ihre Arbeit, ihre Zeit? Um die Bevölkerung zu beschnüffeln. Ich lege Ihnen, Exzellenz, die Sache dieser K-Stelle ans Herz. Sie ist eine Plage für die ganze Bevölkerung, von den höchsten Beamten bis hinunter zum ärmsten Arbeiter. Es wird eine fürchterliche Korruption durch sie in die Bevölkerung hineingetragen. Es werden engagiert: Prostituierte, junge Leute, alte Leute, Frauen, Kinder; zu Hunderten treiben sich diese Spitzel in der Stadt herum — es dürfte auch in anderen Städten so sein —, sie bekommen

glänzende Honorare, alles nur dazu, um die Bevölkerung politisch zu beschnüffeln, sie auszukundschaften. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)* Exzellenz, wollen Sie die Güte haben und sich eine Statistik vorlegen lassen, wie viele Beamte in dieser militärischen K-Stelle aufgestellt sind und was für Sachen sie erledigen. Sie werden, Exzellenz, die Überzeugung gewinnen, daß es einen schamlosen Eingriff in Ihr eigenes Ressort bedeutet, was diese K-Stelle da treibt. Sie kundschaftet nach Diebstählen, nach Preistreiberei, nach politischen Delikten, nach allem Möglichen, sie setzt sich an die Stelle der Staatspolizei, der Staatsanwaltschaft, der Gendarmerie, der Gerichte; sie ist allmächtig. Wozu das? Ist das nicht überflüssig im Hinterlande? Sie haben ja so viele Behörden, um die gemeinen Verbrecher auszukundschaften! Und zu diesem Zwecke wird ein so großes Amt mit Hunderten von glänzend bezahlten Spitzeln erhalten, während in derselben Stadt, meine Herren, die Beamten der Unterhaltsbezirkskommission Hunger leiden und infolge dieses Hungerleidens schlecht arbeiten und die Bevölkerung zu einer beispiellosen Erbitterung bringen. Schaffen Sie diese K-Stelle ab, wenn Sie kein Geld und keine Leute haben, es werden Ihnen hunderttausende Kronen in einer Stadt zufallen und wenn Sie dieses Geld verwenden, um die Leute in den Unterhaltsbezirkskommissionen gut zu bezahlen, dann wird Sie die Bevölkerung als Wohltäter preisen. Sie werden Segen spenden, weil dann die Arbeit flotter vonstatten geht und die Parteien nicht monatelang auf die Erledigung von ganz einfachen Fällen werden warten müssen.

Und dann ist es eine Quälerei, solche Spitzel gegen die Bevölkerung zu hetzen. An mich haben sich Vizepräsidenten der Statthalterei, hat sich der Bezirkshauptmann, der Regierungskommissär, der in Przemyśl an Stelle der Gemeindeverwaltung eingesetzt wurde, gewendet und haben ersucht, man möge die Stadt von dieser Qual befreien. Sie verursacht eine Depravation der Bevölkerung, sie ist überflüssig und diesem finanziell so schwer geschädigten Staate raubt sie schwere Hunderttausende an Steuergeldern, die ja zweifelsohne viel besser verwendet werden könnten.

Meine Herren! Sie sehen also, daß man sich da nicht daraufhin ausreden kann: Wir können keine Arbeitskräfte bekommen, wir haben kein Geld, sie zu bezahlen. Sie sehen, daß die Bureaukratie und die Oberbehörden noch im alten Polizeistaat stecken, wozu noch die militärische Satrapie hinzukommt, und daß die Regierung nichts oder wenig tut, um diese trostlosen, traurigen Zustände abzubauen und von der Bevölkerung den Alp zu nehmen, damit sie freier aufatmen könne. *(Lebhafter Beifall.)*

Meine Herren! Ich muß daher die Worte des Herrn Ministers, die er im Ausschuß gebraucht hat und die er vielleicht heute auch im Hause sprechen wird, beherzigend, insoweit sie auf die Beamtenschaft Bezug haben, antworten: Tragen Sie aber dafür Sorge, daß die Bevölkerung in dieser Weltkatastrophe, in die wir hineingezogen wurden, die sich nicht nur an den einzelnen Nationen, sondern an jeden einzelnen Menschen vollzogen hat, nicht unnützerweise gequält und zur Verzweiflung gebracht werde! Denn das sind Quälereien, was wir da an verschiedenen Orten erleben. Man möge mir zum Beispiel erklären, warum seit drei Monaten die Familien der polnischen Legionäre keine Unterhaltsbeiträge erhalten und so ihres einzigen Einkommens beraubt wurden? Ein anderes Beispiel! Die Bezirkshauptmannschaft in Oświęcim — ich muß dabei bemerken, daß der Bezirkshauptmann hier nicht aus eigener Initiative vorging, sondern bloß einer Weisung folgte, die von oben an ihm herablangte — telegraphiert an die Gemeinde in Zator folgendermaßen zur Zahl 43327: „Ich bitte, das auf Sie entfallende Getreidequantum beizustellen; das müssen Sie rasch machen, denn sonst kommt das Militär und macht das selbst; und außerdem, wenn Sie das nicht machen, werden Ihnen die Unterhaltsbeiträge verweigert und nicht mehr ausbezahlt. *(Hört! Hört!)* Und weiter: wenn Sie das Getreide nicht beistellen, wird die Gemeinde das Reklamationsrecht in bezug auf einzelne im Militärdienst stehende Angehörige verlieren." Es wird also alles mögliche angedroht: Verlust der Unterhaltsbeiträge und Verlust des Enthebungsrechtes. Wenn also solche Drohungen ausgestoßen werden, *(Abgeordneter Vaněk: Telegraphisch!)* ja telegraphisch, und zwar auf Weisungen höherer Behörden — denn dieser Bezirkshauptmann ist von der Bevölkerung geachtet und als menschenfreundlicher Mann bekannt, aber er folgt hier einem Druck — wenn so mit der Bevölkerung umgegangen wird — es fehlt noch das Erschießen — wenn ihr so alles mögliche angedroht wird, so kann man sich nicht darauf ausreden, daß da die Bevölkerung nicht Rücksicht nimmt auf die Beamtenschaft, auf ihre schwierige, trostlose Lage, auf ihre Überbürdung und ihre Gereiztheit, die eine Folge der allgemeinen Gereiztheit ist.

Hören Sie nun weiter! Ich schildere Ihnen da einen Fall, der geradezu erschütternd ist. Da lebt in Barwinek, Bezirk Krosno, eine Frau Anna Ryszko, eine Bauersfrau. Ihr Mann kämpfte als österreichischer Soldat, wurde während einer Schlacht von den Russen gefangen genommen und lebt jetzt in Rußland. Im Dorfe erzählten sich die Bauern, daß von den Russen gefangengenommene Bauern nicht mehr an Österreich zurückgegeben werden. Darüber große Angst und große Verzweiflung im Dorfe und diese arme Frau schreibt an ihren Mann und jammert ihn an: Gott weiß, ob Du zurück-

kehren wirst, die Angehörigen kehren nie mehr aus der Gefangenschaft zurück. Darauf antwortet der Bauer, — ein Analphabet, es hat ihm jemand den Brief geschrieben — ja, liebe Frau, ob hier oder dort, Grund und Boden gibt es genug und wir werden arbeiten können, um unser Dasein vor Gott und vor den Menschen in ehrlicher Weise fristen zu können. So lautete, wie man mir mitteilte, der Brief. Dieser Brief wurde von irgendeiner K-Stelle aufgefangen, dem Bauern wurde der Prozeß gemacht, auf Grund dieser Karte wurde er wegen Hochverrats in contumaciam verurteilt, sicherlich zum Tode. Der armen Frau wurde das Vermögen konfisziert und der Unterhaltsbeitrag entzogen.

Nachdem der Herr Landesverteidigungsminister nicht zugegen ist und hier nur der Herr Minister des Innern die Regierung vertritt, möchte ich ihm, obwohl es sich hier um eine Einzeltragödie handelt, diese Sache doch ans Herz legen. Es handelt sich wohl um ein Einzelschicksal, aber dieses ist erschütternd. Die Frau hungert mit den Kindern, beide, Mann und Frau sind Analphabeten, der Mann wurde auf Grund einer Karte, die ziemlich harmlos klingt, verurteilt, das ganze Vermögen des Bauern wurde konfisziert, der Frau der Unterhaltsbeitrag entzogen, so daß sie elendiglich zugrunde geht. Es ist ein empörender Fall! Meine Herren! Und das sind nicht Einzelfälle, solche Fälle wenn auch nicht genau so konstruiert, zählen nach Tausenden und das erzeugt trotz aller Opfer des Staates eine ungeheuere Erbitterung. Die Bevölkerung begreift ja, daß sie durchhalten muß, weil es nicht anders geht, die Bevölkerung begreift, daß Österreich unschuldig daran ist, wenn der Krieg nicht zu Ende geht, daß es vor aller Welt unschuldig ist; davon gibt sich jedermann Rechenschaft, jeder wahrheitsliebende gewissenhafte Mensch weiß, daß es nicht an Österreich liegt, wenn der Krieg fortgesetzt wird, wenn das große Völkerschlachten weitergeht.

Nach Ausbruch der russischen Revolution haben wir ihr zugejubelt, weil wir glaubten, daß sie einen großen Schritt dem Frieden entgegen bedeute. In der Folge aber wurden wir enttäuscht, weil wir gesehen haben, daß die Machthaber der Revolution sich nicht aus den Fesseln der Ententeimperialisten zu befreien vermochten. Wir hoffen aber, daß die unsterblichen moralischen, der Revolution innewohnenden Kräfte die Oberhand gewinnen, daß sie den Sieg erringen und dann vom russischen Volke das Joch des Ententeimperalismus abgeschüttelt werden wird. Das versteht die Bevölkerung, sie versteht, daß sie bis dahin durchhalten muß, aber machen Sie ihr das Durchhalten möglich, quälen Sie sie nicht, behandeln Sie die Bevölkerung, wie es Menschenfreunden geziemt und schärfen Sie das auch den untergebenen Ämtern ein.

Meine Herren! Ich habe gesagt, wir stehen in einer allgemeinen Weltkatastrophe, die sich auch an jedem Einzelnen vollzieht. Die großen weltpolitischen und nationalen Probleme stoßen aneinander, aber darüber hinaus ragt hoch der große allgemeine Jammer, der uns alle, die ganze Menschheit erfaßt hat und der uns doch bewegen sollte, den Mitmenschen gegenüber, die große Not leiden, warmes, tätiges Mitgefühl entgegenzubringen. Und darum bitte ich Sie, Exzellenz: Machen Sie das, wenn Sie so warme Töne uns gegenüber angeschlagen haben zum Schutze der Beamtenschaft, deren Wünschen und Interessen wir gerecht sein wollen und gerecht sind in jeder Lage. Machen Sie es den Herren in den Ämtern zur Pflicht, daß man die armen Frauen, die Mütter und Väter der Soldaten nicht wie Bettler, wie Knechte und Sklaven, sondern wie Menschen, wie Brüder behandle. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. Schoepfer.

Abgeordneter **Schoepfer:** Hohes Haus! Das Abgeordnetenhaus wollte durch das neue Gesetz über den Unterhaltsbeitrag die Verhältnisse bessern, und zwar nach einer zweifachen Hinsicht. Erstens sollte der Unterhaltsbeitrag erhöht und der Bezug erleichtert werden; die zweite Besserung bestand darin, daß in das Gesetz Bestimmungen über das Verfahren aufgenommen wurden, um den Behörden die Handhabung des Gesetzes zu erleichtern.

Nun wird so vielfach Klage geführt, daß das Gesetz nicht ordentlich durchgeführt werde. Wie schon wiederholt darauf hingewiesen wurde, kommt das unter anderem davon her, daß die Voraussetzung für eine ordentliche Durchführung noch nicht besteht, nämlich die Kommissionen. Die neuen, erweiterten Kommissionen sind ein integrierender Bestandteil des Gesetzes. Nun hat der Herr Landesverteidigungsminister gesagt, das Hindernis für die Einsetzung der Kommissionen bestehe besonders darin, daß solche, die in die Kommission berufen wurden, die Ernennung abgelehnt haben. Ich weiß nicht, wie es in diesem Punkte in Tirol steht; das aber weiß ich, daß eine einzige Unterhaltsbezirkskommission, die von Innsbruck-Land, an den Landesausschuß mit dem Ersuchen herangetreten ist, seinen Vertreter zu bestimmen. Also, wir im Landesausschusse hätten jedenfalls nicht gestreikt und die Vertreter bestimmt. Mir kommt vor, daß es mit diesen Kommissionen überhaupt eigentümlich zugeht. So zum Beispiel kann ich wohl mit Sicherheit behaupten, daß seit Beginn der Wirksamkeit des früheren Gesetzes in Tirol eine Ergänzung der Kommissionen nicht erfolgt ist. Ich glaube, an den Landesausschuß ist ein einziges Mal herangetreten worden, ein neues Mitglied namhaft

zu machen, obwohl eine ganze Reihe seiner Vertreter nicht mehr in den Kommissionen sind. Ich habe mir auf dem Gebiete des Unterhaltsbeitrages einige Erfahrung erworben und dabei öfter gehört: Ja, in unserem Bezirke macht das der und der. Es scheint also, auch dort, wo die Kommissionen bestehen, mitunter die Form nicht eingehalten zu werden.

Überhaupt gewinnt man den Eindruck, daß die berufenen Behörden da und dort zu wenig beachten, daß es sich um ein Gesetz handelt, daß ein Gesetz durchgeführt werden muß; sonst wäre es ja auch nicht möglich, daß, wie früher so häufig, auch jetzt noch, die Pauschalbeträge ihr Unwesen treiben. Die Kommission denkt sich, der braucht zu viel, der kommt mit so viel aus und setzt danach die Höhe der Beiträge fest, während doch im Gesetze genau mit der Ziffer angegeben wird, wie viel den Anspruchsberechtigten zuzuweisen ist. Der Vorsitzende einer Kommission in Tirol hat einmal gesagt: Wir machen das ganz einfach: wir kennen die Leute; wir wissen, was sie brauchen, und wir geben es ihnen, wenn sie es brauchen, auch wenn das Gesetz dafür nicht paßt, und wenn sie es nicht brauchen, dann kümmern wir uns auch um das Gesetz nicht. Es ist das ganz gewiß gut gemeint, und kommt wohl davon her, daß das Gesetz als eine Art Wohltätigkeitseinrichtung betrachtet wird, die handzuhaben dem Belieben der Behörden anheimgegeben sei. Dabei mag wohl der Umstand mitwirken, daß während des Krieges so viele Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen worden sind, bei denen die Wohlmeinung, die Beurteilung die Hauptsache spielt.

Ich habe mich auch viel mit den Entscheidungen und Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes beschäftigt und daraus ersehen, wie unrichtig in manchen Fällen das Gesetz gehandhabt wird. Da habe ich einmal einem Bezirkshauptmann gesagt: Herr Bezirkshauptmann, in Ihrem Bezirke sind sehr viele Entscheidungen der Unterhaltskommission zu ändern — von dort nämlich hatte ich sehr viele Fälle von Beschwerden bekommen — da hat er gesagt: Ja, wissen Sie, daß geht sehr schwer, wir können doch jetzt nicht eine neue Praxis einführen wegen der Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes. Auch hier hat also die richtige Auffassung von der Bedeutung des Gesetzes gefehlt. Wenn einmal einem Exekutivorgan klar wird, die bisherige Praxis habe dem Sinne des Gesetzes nicht entsprochen, dann ist eben ein neuer Weg einzuschlagen; und ich glaube nicht, daß die Bevölkerung etwa dadurch mehr verwirrt wird, daß man von einem bestimmten Termine an ein Gesetz beobachtet, als wenn man es überhaupt nicht berücksichtigt. In dieser Hinsicht ginge meine Bitte wirklich dahin, daß dann und wann dieses Moment: es ist ein Gesetz, es steht fest, was zu tun ist, es ist nicht dem freien Ermessen überlassen, mehr eingeschärft werde.

Es wurden heute schon mehrere Beispiele angeführt, daß den Familien solcher Invaliden, die 20 Prozent der Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben, der Unterhaltsbeitrag aberkannt wurde. Ich habe hier zum Beispiel einen Fall, in welchem der Unterhaltsbeitrag eingestellt worden ist, obwohl 80 Prozent der Erwerbsfähigkeit aberkannt wurden, in einem anderen Falle 33 Prozent. In einem anderen Falle, den ich hier habe, da ist der Soldat noch zur Schulung einberufen worden, er war also noch im militärischen Dienst und trotzdem ist der Familie der Unterhaltsbeitrag aberkannt worden. Es scheint hier auch an der richtigen Unterscheidung zu fehlen, so zum Beispiel unterbricht nach einem Ministerialerlaß der Ernte- und Erholungsurlaub den Anspruch auf den Urlaub nicht. Mir ist aber eine ganze Reihe von solchen Fällen untergekommen, wo solchen Beurlaubten der Unterhaltsbeitrag entzogen wurde. Das Gesetz wird auch ein bischen zu wenig studiert: vielleicht kommt dies auch deshalb vor, weil so viele Gesetze, so viele Verordnungen und Erlässe herumschwirren, daß sich die Behörden mitunter schwer auskennen können.

Ich habe, um eben nachzuhelfen und sowohl den Interessenten als auch den ausführenden Organen die Sache zu erleichtern, seinerzeit ein Werklein geschrieben. In einer Gemeinde des Oberinntales hat, wie mir der Seelsorger und der Vorsteher erzählt haben, dieses Büchel eine ganze Revolution erregt. Ich habe mir gedacht, ist denn das Büchel revolutionär geschrieben? Es war ganz einfach und klar geschrieben, nichts anderes, als daß ich das Gesetz erklärt habe an der Hand seines Inhaltes, seines Wortlautes und der Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes usw., kein beleidigendes Wort, fast kein Wort der Kritik über das Vorgehen, ich habe nur einfach gesagt: Da und da, in diesem Punkte ist das und das Brauch oder kommt mitunter vor; das ist anders zu machen. Aber die Revolution ist davon hergekommen, weil so Viele aus der Lektüre des Buches erkannt haben, das Gesetz wird nicht ordentlich gehandhabt, sie haben einen Anspruch, den man ihnen vorenthalten hat. Ich glaube also, daß wenn auch jetzt Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister gesagt hat, er werde einen Erlaß hinausgeben, uns das zu wenig Beruhigung gibt, weil ja bereits so viele Erlässe und so viele klare Weisungen hinausgegangen sind. Ich weiß nicht, welche Mittel den Zentralbehörden zur Verfügung stehen, um auch die Durchführung der Gesetze zu ermöglichen. Freilich in einer so schwierigen Zeit, wie wir sie jetzt haben, wo die Behörden so überlastet sind — wir haben es ja in der Ausschußsitzung von Seiner Exzellenz gehört und wissen es auch so — mag es mitunter schwer

sein, allen diesen gesteigerten Anforderungen gerecht zu werden. Aber nachdem das Gesetz einmal hier ist und für die Bevölkerung gegeben ist, damit ihr geholfen werde, muß auch der Weg gefunden werden, das Gesetz in allen seinen Teilen zur Durchführung zu bringen.

Was das Verfahren anbelangt, so muß man wirklich sagen, daß jetzt die Klagen nicht mehr so häufig sein sollten, weil ein ziemlicher Teil des Verfahrens in das Gesetz aufgenommen wurde. In dieser Hinsicht hat das frühere Gesetz eigentlich fast nichts enthalten, aber in vielen Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes wurde bald auf das eine, bald auf das andere Moment aufmerksam gemacht; und wenn man sich bemüht hätte, diese Erkenntnisse oder den Inhalt dieser Erkenntnisse den mit der Ausführung betrauten Personen mehr zur Kenntnis zu bringen, so meine ich, wäre manches erreicht worden. Freilich hat man auch in dieser Hinsicht oft hören müssen: Was kümmert uns die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes! Natürlich, wer im Gesetze nicht eine ihn verpflichtende Bestimmung sieht, sondern nur eine gewisse Richtschnur, nach der er bei Handhabung des Gegenstandes vorgehen kann, aber nicht vorgehen muß, der wird einen Ministerialerlaß und er wird auch ein Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes gewiß nicht mehr, vielleicht weniger respektieren, weil ja das Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes nur für den einzelnen betreffenden Fall gilt; aber es werden darin häufig Grundsätze ausgesprochen, die doch als Richtschnur für die Handhabung des Gesetzes dienen könnten. Um auf Einzelnes einzugehen, kommt es auch heute noch in einem fort vor, daß zum Beispiel den Anspruchswerbern — obwohl sie auch in der Öffentlichkeit oft genug darauf aufmerksam gemacht wurden — keine schriftliche Ablehnung zukommt; auch wird einfach der Unterhaltsbeitrag eingestellt, also ein Vorgehen, das ganz unberechtigt ist. Es kommt vor, daß der Anspruchswerber ganz ohne Begründung abgelehnt wird oder weil er „nicht arbeitsunfähig" ist, weil sein „Unterhalt nicht gefährdet" ist — und derlei allgemeine Phrasen, obwohl im Gesetze jetzt genau steht, wie die Abweisung zu begründen sei. Ich muß wirklich bitten, daß nach dieser Richtung hin vielleicht auch die Chefs der Landesbehörden mehr darauf hinweisen, wie die Bezirkshauptmannschaften und die Kommissionen vorzugehen haben.

Ich habe mir einen Bericht schicken lassen. Der Landesausschuß hat eine Kriegshilfsstelle errichtet, die jetzt auch die Unterhaltsbeitragsangelegenheiten behandelt. Unser Sekretär hat mir einmal gesagt: Ja, mir kommt es oft so vor, als ob man das Gesetz nicht kennen würde! Dagegen kämpfen dann freilich die Götter vergebens. Wenn einer das Gesetz nicht kennt, dann darf man es ihm nicht übelnehmen, wenn er es falsch ausführt; verübeln muß man es ihm aber, daß er sich um das Gesetz und den Wortlaut desselben nicht kümmert. Da heißt es zum Beispiel *(liest)*:

„Vielfach pflegen die Unterhaltskommissionen die den Parteien einmal zuerkannten Unterhaltsbeiträge nachher ohne schriftliche Verständigung und ohne Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen einzustellen."

Auf solche Weise kommt der Betreffende nicht einmal in die Lage, sich dagegen zu wehren. Er wartet, wartet und wartet und muß sich wieder von neuem erkundigen und neu einschreiten. Das ist doch keine richtige Behandlung des Gegenstandes.

Endlich möchte ich noch auf ein paar sehr schöne Worte aufmerksam machen, die in der Ministerialverordnung vom 27. März 1855 enthalten sind, die von der Behandlung der Parteien handelt. Es stehen dort so wohlwollende Worte, es wird dort gesagt, wie man die Leute behandeln soll. Es heißt dort *(liest)*:

„Im dienstlichen Verkehr mit den Parteien ist Freundlichkeit und Hilfsbeflissenheit mit Anstand und würdigem Ernste zu verbinden. Die Parteien sind bereitwilligst anzuhören und mit dem Bestreben zu behandeln, ihren gegründeten Anliegen, ohne daß ihnen die mindere Gewandtheit des Vortrages oder die Unkenntnis der einzuschlagenden Wege zum Nachteil gereichen oder zur Abweisung der Bitte oder Beschwerde Anlaß geben darf, wirksam und möglichst schnell abzuhelfen, bei ungegründeten oder unzulässigen Anbringen aber eine klare Auskunft und Belehrung zu erteilen."

Das sind gewiß sehr schöne Worte und sie werden auch ganz gewiß sehr oft beachtet, aber es kommen doch Fälle vor, wo man über diese Weisungen hinausgeht. Die Parteien scheuen sich mitunter, zur Behörde zu gehen, weil sie fürchten, wie man etwas grob sich ausdrückt, bei der Tür hinausgelehnt, das heißt barsch behandelt zu werden. Und in unserem Falle kann es dazuführen, daß die Beanspruchung des Rechtes damit aufhört. Wenn sich jemand nicht mehr getraut, seine Sache vorzubringen, dann verzichtet er eben auf ein ihm durch das Gesetz zugesprochenes Recht, auf einen Geldbezug, den er notwendig brauchen würde. *(Abgeordneter Schoiswohl: Am gröbsten sind die Untersten, am höflichsten die Höchsten!)* Das ist immer so. Es fällt mir nicht ein, hier eine Pauschalverdächtigung vorzubringen; wohl aber möchte ich die Bitte stellen, daß auf diese sehr wohlmeinende und für die Praxis sehr wichtige Weisung möglichst immer Bedacht genommen werde. Ich will auch hier nicht ungerecht sein. Der Krieg hat so viele Leute sehr nervös gemacht; vieles, worüber man heute rein meritorisch mit Recht klagt, ist auf die allgemeine Nervosität zurückzuführen. Darum,

aube ich, ist nicht jeder einzelne Fall irgend einer hördlichen Grobheit auch zu tragisch zu nehmen; er es ist immerhin die Bitte berechtigt, daß man eziell in diesen Angelegenheiten, wo ein so unge- uer großer Parteienverkehr stattfindet, wo es sich n so hilfsbedürftige Leute handelt, wo die Kinder n Vater, wo die Frau den Mann und den Sohn Felde, in Gefahr hat, wo sie nicht wissen, ob noch lebt, wo die Familien ihren Erhalter in r Ferne haben, solchen Leuten mit möglichstem ohlwollen begegnet und ihrer Unbeholfenheit öglichst entgegenkommt, weil auch das Vertrauen, s man den Behörden entgegenbringt, ein sehr oßes Kapital im Staatshaushalt ist, das sich ar nicht in Ziffern ausdrückt, aber in einem viel ertvolleren, nämlich in der Liebe zum Staate bst.

Ich will die Herren nicht länger aufhalten, ch nicht mit einer Reihe anderer Einzelheiten, die ir zur Verfügung stünden, weiter behelligen. Die ache ist ganz klar. Das Gesetz haben wir schlossen, die Regierung hat mit einigem Zögern gestimmt, die Krone hat es sanktioniert, heute lt es und heute ist dieses Gesetz von allen Be- rden einzuhalten. Darum ist auch das Verlangen rechtigt, daß möglichst bald alle Voraussetzungen r eine klaglose Durchführung gegeben werden. *Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten r. Laginja das Wort.

Abgeordneter Dr. **Laginja:** Hohes Haus! Der trag des Herrn Abgeordneten Grafen Lasocki d Genossen gipfelt darin, daß die Bestimmungen s Gesetzes vom 27. Juli 1917, beziehungsweise ner Durchführungsverordnung vom selben Datum, G. Bl. Nr. 334, strenge eingehalten und so nell als möglich durchgeführt werden. Es ist selbst- rständlich, daß sich in diesem hohen Hause niemand ben kann, der gegen einen solchen Antrag seine timme erheben könnte. Demzufolge brauche ich auch r mich persönlich und für meine Klubkollegen kaum wähnen, daß wir bereitwilligst für diesen dring- hen Antrag stimmen werden.

Hohes Haus! Wir vom Süden sind gewiß ter den Ländern, die von den Folgen des Krieges imgesucht wurden, nicht die Letzten, die das Recht ben, sich über die unseligen Folgen dieses Zu- ndes zu beklagen und die eine möglichst rasche ilfe fordern müssen. Unsere Länder am Karst, ins- sondere Dalmatien, ein guter Teil Krains und s ganze Küstenland, von Bosnien und der rcegovina und auch von Syrmien nicht zu rechen, sind durch die kriegerischen Ereignisse sehr rt mitgenommen worden und es ist eine sehr oße Frage, die wir, die Söhne jener Völker- schaften, die unten wohnen, mit vollster Überzeugung verneinend beantworten können und müssen, ob alles Unheil, das dort über unsere Nation verhängt wurde, unbedingt nötig war. Ich werde mich dies- bezüglich heute nicht in Einzelheiten einlassen, sondern trachten, mich strenge an den Gegenstand des An- trages zu halten und erlaube mir, folgendes zu bemerken.

Meine hochverehrten Herren! Es ist allgemein bekannt, daß die Karstländer zu denjenigen Gebieten unserer Monarchie gehören, die auch in Friedens- zeiten in den eigenen Bodenerträgnissen bei weitem nicht die genügende Nahrung finden. Die Beschaffen- heit des Bodens ist eben eine solche, daß sich die Bevölkerung ihren Unterhalt entweder durch Arbeit in den angrenzenden Gebieten der Monarchie oder aber in der weiten Welt jenseits des Ozeans ver- schaffen muß. Es ist geradezu staunenswert, wie viele Millionen hier alljährlich ausgerechnet werden können, wenn man Bedacht nimmt auf die große Masse der arbeitenden Bevölkerung, welche üblicher weise und mit Unrecht als rein landwirtschaftliche Bevölkerung betrachtet wird, während es urbi et orbi bekannt ist, daß unsere Landwirtschaft eigentlich nicht so sehr auf die Bodenrente, sondern auf die eigene sehr mühselige Arbeit angewiesen ist.

Hohes Haus! Ich habe eine amtliche Be- stätigung seitens der Bezirkshauptmannschaften Istriens, eine einzige ausgenommen, welche noch gewisse Erklärungen im Gegenstande erwartet und gewiß nicht ermangeln wird, weil sie nicht ermangeln kann, eine gleiche Bestätigung auszugeben, in Händen, welche lautet *(liest)*:

„Es wird bestätigt, daß heuer infolge außer- gewöhnlicher Dürre in fast allen Gebieten des Bezirkes die Getreide-, Hülsenfrüchten- und Kartoffelernte eine sehr schlechte war, so daß die Bevölkerung des Be- zirkes, die auch in besseren Jahren nicht die zu ihrer Jahresversorgung nötige Ernte einbrachte, in mehreren Teilen des Bezirkes nicht einmal das notwendige Saatgut fechste. Ohne außerordentlichen Zuschub ist die genügende Verpflegung der Be- völkerung und des Viehes in Frage gestellt."

So lauten wörtlich die Bestätigungen sämt- licher Bezirkshauptmannschaften des Landes. Ich werde diese köstlichen Beweise unseres ökonomischen Standes anderswo verwerten und, wenn es sonst nicht gehen wird, werde ich trachten, an der höchsten Stelle das zur Kenntnis zu bringen. Ich habe das hier nur deswegen angeführt, damit ein weiterer Beweis geliefert werde, wie der in Rede stehende Antrag eigentlich stark berechtigt und wohl- begründet ist, insbesondere auch in bezug auf die südlichen Länder der Monarchie.

Meine Herren! Wenn es der Zivilregierung bekannt war — und diese Tatsache ist unstreitig —, daß bereits zu Friedenszeiten große, ausgedehnte

Gebiete der südlichen Länder als notstandsleidende Gebiete zu betrachten waren, welchen schon in regelmäßigen Verhältnissen durch außerordentliche Staatsaushilfe hätte geholfen werden müssen, so ist das unstreitig im vierten Jahre des schrecklichen Krieges in weit höherem Maße der Fall. Und wenn ich heute nicht an die Gnade der Regierung appelliere, wenn ich einfach sage, es würde uns viel genützt werden, wenn die bestehenden Gesetze und Verordnungen strenge gehandhabt *(So ist es!)* und schnell ausgeführt würden, so glaube ich, keine allzu großen Anforderungen an die hohe Regierung zu stellen.

Was die Unterhaltsgelder für die Angehörigen der Eingerückten anbelangt, so muß ich aus eigener Kenntnis wohl erklären, daß es im Küstenlande im einzigen Bezirk Volosca-Abbazia in dieser Beziehung halbwegs gut geht. In sämtlichen anderen Bezirken wird diese Frage, wenn ich viel sage, gehandhabt und ausgeführt, in einzelnen vielleicht mit 50 Prozent Güte, in anderen, wenn ich wenig sage, mit doch 50 Prozent Verschlimmerung und Verschlechterung. Ich glaube, wenn ich Ihnen sage, meine Herren, daß eine Menge unserer Gemeindevertretungen im Küstenlande anläßlich des Krieges, insbesondere seit Ausbruch des Krieges mit Italien, aufgelöst wurde, und daß diese Gemeinden der Nationalität und Verwaltung nach kroatische Gemeinden sind, so werden Sie verstehen, daß es keine überflüssige und keine übermütige Forderung ist, wenn wir an die hohe Regierung die Forderung stellen, sie möge sich ein wenig um ihre Bezirkshauptmannschaften umsehen und allerorts, wo es notwendig ist — und es ist an vielen Orten nötig —, die Herren in Lokalanstellung setzen, wie man in militärischer Beziehung sagt, und tüchtige Gerenten an die Spitze der Bezirke stellen. Dann ginge es bedeutend besser auch mit den Anerkennungen und den Liquidierungen der Unterhaltsgelder für die Angehörigen der Eingerückten.

Meine Herren! Man kann blöde sein, auch ohne Jus studiert zu haben *(Heiterkeit)*, und es ist nicht gerade die absolute Notwendigkeit einer gesunden Verwaltung, daß an der Spitze einer Bezirksbehörde gerade ein studierter, geschulter Jurist sein muß, welcher gar nichts von der Volkswirtschaft versteht, gar nichts von der Sanität, von der Landwirtschaft schon gar nicht zu sprechen, da er ja immer in Handschuhen herumgehen muß und folglich an die Landwirtschaft und die groben Dinge, die da vorkommen, überhaupt nicht einmal denken darf. Solche Leute passen bei den heutigen Verhältnissen absolut nicht zu diesem Dienste. Es mögen gute Herren sein, wenn sie wollen, auch gutmütige Herren, aber sie passen eigentlich nicht dazu und ich glaube, wie man viele Gesetze und viele Angelegenheiten der Staatsordnung um des Krieges willen umgewälzt hat, hätte wenigstens für die Kriegszeit — für später werden wir, wenn wir am Leben bleiben, und wir hoffen wenigstens als Nationen am Leben zu bleiben, uns darüber eingehend besprechen — eine Reform der politischen Verwaltung bei den Bezirkshauptmannschaften und bei den Statthaltereien unbedingt stattfinden müssen. Man hat uns im Laufe dieser trostlosen Epoche wohl eine Reform zu geben versucht, aber diese Reform bedeutet bei uns zu Lande, und zwar bei den Besseren, etwa eine Besserung des deutschen Amtsstils und sonst gar nichts mehr. Wir haben einen Bezirkshauptmann in Lussin, welcher der Sprache der Bevölkerung absolut nicht mächtig ist — ich spreche nämlich von der Bevölkerung, der ich angehöre, von der kroatischen Bevölkerung. Wir haben denselben Fall in Pola, wir haben denselben Fall in Parenzo und zur Hälfte auch in Volosca-Abbazia und Veglia und ich glaube bei der neuesten Ordnung der Dinge dasselbe auch in bezug auf Capo d'Istria oder Kopar sagen zu können: mir scheint, der Herr ist auch in unserer Sprache nicht zu Hause. Deswegen gibt es aber allerlei Broschüren in den Ämtern, welche die Purifizierung der deutschen Sprache, welche überhaupt die unumschränkte Herrschaft bei uns unten erlangt hat, als ihre Hauptaufgabe betrachten. Es gibt da einzelne Herren, welche sehr nahe sind zu dem bekannten Professor, der gefunden hatte, daß zum Beispiel das Wort „Nase" etwas zu europäisch und zu wenig indogermanisch klingt: man müßte „Gesichtsvorsprung" sagen und anstatt „Sacktüchel" „Gesichtsvorsprungsreinigungsmittel" und anstat „Arznei" „Gesundheitswiederherstellungsmittel" und anstat „Apotheker" — was unser lieber Kollege Hummer bekommen würde — „Gesundheitswiederherstellungsmischungskundiger". Mit dieser Reform der Verwaltung werden Sie nicht weit kommen. Wir verlangen eine andere Reform, wir wollen, daß die Bevölkerung, die großen Schichten derselben noch zur Zeit des Krieges, weil der Krieg wahrscheinlich noch eine gewisse Weile dauern wird, ihren guten und ihnen gehörigen Teil an der öffentlichen politischen, finanziellen und sonstigen Verwaltung bekommen. Das ist das allerwenigste, was wir auch schon während des Krieges verlangen können und müssen.

Wie es mit der Anerkennung und mit der Liquidierung der Unterhaltsgelder, welche für jeden Staatsbürger, bei dem die betreffenden Voraussetzungen vorhanden sind, gesetzlich gesichert sind beschaffen ist, da erlaube ich mir aus einer Fülle von Beschwerden nur aus einem unserer Bezirke die Aufmerksamkeit des hohen Hauses und der hohen Regierung zu lenken. Ich habe dieser Tage aus dem Bezirk Poreč—Parenzo nachstehende Beschwerde bekommen. Die Einleitung ist sehr interessant. Es

der Einleitung wird gesagt: „Wir sind im vierten Jahre des Krieges dort, wo wir früher waren. Eine italienische Clique herrscht noch immer bei uns." Das ist nicht etwa die Clique meine Herren, welche für eine falsche Idee an der Isonzofront kämpft und welcher ich, obwohl ich vielleicht ihr blutigster Gegner bin, noch eine gewisse Anerkennung zollen muß, das ist vielmehr die k. k. österreichisch-italienische Clique, die unser Volk zugrunde richtet und gegen die wir immer Tag und Nacht und immerwährend protestieren werden, solange man sie nicht von unserem Lande wegfegt. Dann heißt es *(liest)*:

„C. k. vlada opredjelila je obiteljim pozvani vojnika vojnu pripomoć, koja bi zauzimanjem parlamenta povišena i dobro povišena. Za druge kotare točno neznam, ali u našem porečkom takao je postupak, da se čovjek uprav snebiva. Nezna se koga se zakona drže, ni kako ga u opće tumače. Njekojim vojnu pripomoć na prosto ne daju, premda bi imali pravo; drugim neuzimaju u obzir broj članova obitelji, nego onako na oko daju; a osobito griješe u tom, što osobam, kojim su priznali pravo na vojnu pripomoć, ne isplaćuju rečenu pripomoć od prvog dneva nastupa službe, kako bi morali po zakonu, nego poslije šest mjeseci, deset godinu dana a njekojim čak poslije pune dvije godine i više. Na neprestane naše molbe, tužbe, utoke, njekojim bi zbilja i povišeno, ali ta povišica nijednomu nije uračunana od prvog dneva nastupa službe, nego poslije više i više vremena. U kratko, blizu većina našeg naroda ne prima ili nije primao u redu, što ga po zakonu ide i tako je izložen stradanju i očitoj propasti, zadužuje se i postaje sve ovisnijim od šačice Taljanaša. U samoj župi Oprtaljskoj ima oko 150 takovi obitelji, kojima je uskraćeno od 50.000 do 100.000 kruna. Velika svota, koja mora zabrinuti svakog rodoljuba, jer bi ova svota mogla spašiti naš narod, osobito sada kad ga je uništila suša in krupa.

Obratio sam se nebrojeno puta na c. k. poglavarstvo i pismeno i usmeno ali obićno bez uspjeha, pisma svršavaju u košu, a ako se osobno potužimo prijete globom i tamnicom. Na 5. srpnja 1917 bio sa m osobno kod poglavara Melsa sa jednu 60 molba, da bi se riješile. Gospodin poglavar navalio na me prijeteć tamnicom globom, jer da sam tobože uvrijedio, kako on reče, naj savjesnije i najnepristanije njegove činovnike rekavši, da platežni listovi nijesu u redu.

Neznamo u opće kamo s glavom, komu se obratit, ako ne Vama našem zastupniku, da se zauzmete za ovaj bijedni narod, dok je na vrijeme, dok sasvim ne propane. Sad je naj važnije pitanje kruha i trbuha. Šaljem Vam kao prilog i dvije, tri platežna lista, da uvidite o čemu se radi, a takovi su i ostali, da proučite bili se moglo u opće to popravit i da mi po mogućnosti javite a ja bi Vam odmah sve poslao na daljnje uredovanje."

Hohes Haus! Hoffentlich wird dieser Teil meiner Rede übersetzt werden, ich habe leider keine Zeit mehr, ihn deutsch wiederzugeben. Ich muß mich auf diesen Teil des Schreibens beschränken, obwohl auch ein anderer Teil von höchstem Interesse wäre, der sich auf die Liquidierung und Bezahlung von Ochsen bezieht, welche die Leute aus diesem Bezirk geliefert haben. Es handelt sich da um etwa 200.000 K ausständiges Geld, und zwar schon von zwei oder drei Jahren her.

Ich muß zum Ende eilen und erkläre ganz loyal und ehrlich, daß ich mit der Antwort Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers zu diesem Gegenstande ganz zufrieden und einverstanden bin. Aber Seine Exzellenz wird es mir nicht übelnehmen, wenn ich hier öffentlich erkläre, daß das nur eine schöne, gute und gewissenhafte Einleitung zur Erledigung des Gegenstandes ist. Den eigentlichen Erfolg wird der Antrag erst haben, wenn wir die Überzeugung bekommen, daß das Gesetz von den Unterbehörden so gut und gewissenhaft gehandhabt wird, wie es Seine Exzellenz versprochen hat. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile das Wort dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Trylowskyj.

Abgeordneter Dr. **Trylowskyj**: Hohes Haus! Als ich in dem Unterhaltsbeitragsausschusse hörte und hier im hohen Hause aufs neue höre, wie die österreichischen administrativen Beamten auch außerhalb Galiziens das Gesetz über den Unterhaltsbeitrag in der Praxis handhaben und was für Übergriffe und Mißbräuche sie sich auf dem Gebiete der Ausübung dieses Gesetzes zuschulden kommen lassen, da überwältigt mich ein wahrhafter Stolz, aber teilweise auch die Schadenfreude.

Der Stolz überwältigt mich darum, da ich sehe, daß dies, was ich für den spezifischen Auswuchs der galizisch-polnischen Kultur ansehe, nämlich die polnische Wirtschaft, auch auf die anderen österreichischen Provinzen übergreift und Schadenfreude empfinde ich deshalb, da es schon die höchste Zeit ist, daß auch die anderen Provinzen und Völker des Mütterchens Austria in die Lage kommen, die Wohltaten der polnischen Verwaltung auf der eigenen Haut kennen zu lernen. Wie die hochverehrten Kollegen aus allen Winkeln unseres Staates hier im Ausschusse berichten, kommt der microbus polonicus administrativus auch bei ihnen fast mit jedem Tage kräftiger zur Geltung und das wird doch vielleicht eine wünschenswerte Reaktion

gegen denselben auch bei anderen Parteien des hohen Hauses hervorrufen und dieselben bewegen, uns Ukrainern in der Bekämpfung dieses internationalen Schädlings ihre tatkräftige Hilfe zu gewähren.

Hohes Haus! Mit Rücksicht auf die knapp bemessene Redezeit, die mir zu Gebote steht, will ich mich nicht in die Anführung und Besprechung einzelner Gesetzesverletzungen und Mißbräuche, welche in Ostgalizien von den Verwaltungsbeamten bei der Ausübung des Unterhaltsbeitragsgesetzes zum Vorschein kommen, einlassen. Es ist genug, wenn ich sage, daß das, was in anderen österreichischen Provinzen vorkommt, in Ostgalizien, als in der Urquelle jeder administrativen Willkür in Österreich, noch prägnanter, in einer noch vollkommeneren, noch volksfeindlicheren Form erscheint. Der alte schlachzizische Grundsatz Rustica gens, optima flens, pessima ridens ist ganz regelrecht nach den Grundsätzen der Vererbung auf die polnischen administrativen Organe übergegangen und sie geben sich schon jede erdenkliche Mühe, damit ein Lächeln der Zufriedenheit auf den abgemagerten Wangen der ukrainischen Soldatenfrauen nicht zum Vorschein komme.

Da aber die ukrainischen Bäuerinnen Galiziens dank den jahrzehntelangen Bemühungen der polnischen Machthaber fast durchwegs Analphabetinnen sind, so ist das polnische administrative Genie gleich auf eine ausgezeichnete Idee verfallen: man gründete bei den Steuerämtern spezielle Bureaus, welche sich damit befassen, die Quittungen der Soldatenfrauen auf die Unterhaltsbeiträge auszufüllen und im Namen derselben zu unterschreiben. Daß das sogar in Ostgalizien in polnischer Sprache geschieht, das versteht sich von selbst. Sind doch auch diese Bureaus mit lauter polnischen Fräuleins, gewöhnlich Beamtentöchtern, besetzt, welche auf diese Weise sich auch einen Unterhaltsbeitrag verdienen, was sonst ganz in Ordnung wäre, würden sie nur nicht auch in diesem Falle ihre polonisatorischen Bestrebungen an den Tag legen und überdies von ukrainischen Weibern für polnische nationale Zwecke, gewöhnlich für die polnische Legion, quasi gutwillige Gaben erpressen.

Selbstverständlich werden auch solche Unterschreibungsämter — sonst auch ein hübscher Beweis des polnischen Kulturträgertums in Ostgalizien — als ein polnischer nationaler Besitzstand behandelt und es sind tatsächlich herkulische Bemühungen dazu nötig, um auch ein ukrainisches Mädchen in den Kreis dieser unterschreibenden Feen einzuführen. Als zum Beispiel diesen Sommer in Kolomea eine junge Ukrainerin sich um eine solche Anstellung bewarb und ihr Gesuch in ukrainischer Sprache verfaßte, da prophezeiten ihr ihre präsumtiven Kolleginnen im vorhinein, daß ihr Gesuch, als in ukrainischer Sprache verfaßt, abweislich werde entschieden werden. Immerhin habe ich in dieser Angelegenheit bei dem Leiter der Bezirkshauptmannschaft in Kolomea interveniert und glaube, daß er auch in diesem Falle, wie sonst bei vielen anderen Anlässen, die Gerechtigkeit walten läßt. Ich schwöre bei allem, was mir heilig ist, daß ich dem guten Mann — er heißt Agopsowicz, und ist ein schlichter Bezirkskommissär — bei den polnischen Machthabern nicht schaden möchte, aber ich kann nicht umhin, hier einen Fall anzuführen, welcher von seiner Amtstüchtigkeit zeugt. Die Russen haben im Steueramt in Hwosdec (false Gwozdziec) alle Akten vernichtet, mithin auch diejenigen, welche sich auf die Unterhaltsbeiträge beziehen. Herr Agopsowicz schickte also bald nach Einmarsch unserer Armee in den Kolomeaer Bezirk einen Beamten nach Hrosdec mit etwa 50.000 K und ließ an die Soldatenweiber vorläufig, ehe ihre Ansprüche vorschriftsmäßig festgestellt werden konnten, entsprechende Vorschüsse auszahlen. Damit wurde natürlich den Soldatenfamilien in sehr ersprießlicher Weise geholfen und es bleibt nur zu wünschen, daß sich Herr Agopsowicz auch in Hinkunft so volksfreundlich zeige, wovon ich übrigens, nach dem von mir wahrgenommenen zu zweifeln keinen Anlaß habe. Übrigens möchte ich die hohe Regierung dringend ersuchen, mit voller Energie dahin wirken zu wollen, daß die Unterhaltsbeiträge auch in den neu befreiten Gebieten, wo Hunderttausende von Familien seit Anfang des Krieges überhaupt nichts bekommen haben — ich erwähne nur beispielsweise die Bezirke: Pidhajci, Tarnopil, Terebowla — ehebaldigst ausbezahlt werden.

Was die Durchführung des in Rede stehenden Gesetzes anbelangt, so muß ich nach dem § 7 desselben, nämlich der Frage der Berufung der Vertreter der Bevölkerung, einige Worte widmen.

Ich und die anderen ukrainischen Mitglieder des Ausschusses haben verlangt, daß, inwiefern diese Vertreter dem landwirtschaftlichen Stande entnommen werden sollten, dieselben in Ostgalizien nach dem Vorschlage unserer großen landwirtschaftlichen Gesellschaft „Silskyj Hospodar“ ernannt werden.

Was Westgalizien anbelangt, so haben wir auf die polnische Gesellschaft „Kolek rolniczych“ hingewiesen, und sonderbarerweise waren die Vertreter beider Nationen in dieser Frage einig.

Der Herr Referent widersetzte sich leider, wahrscheinlich um keine Präjudiz für andere Länder zu schaffen, der gesetzlichen Regelung dieser Frage, man stellte uns jedoch in Aussicht, daß das in der Durchführungsverordnung festgestellt werden wird und nahm die Resolution an, daß bei der Ernennung der Vertreter einzelner Berufszweige auf die bestehenden bedeutendsten Organisationen Bedacht zu nehmen sei.

Diese allgemeine Fassung befindet sich auch in der Verordnung des Ministers für Landesverteidigung vom 27. Juli 1917, R. G. Bl. Nr. 314, über die Übergangsbestimmungen, in der endgültigen Durchführungsverordnung vom 10. August 1917, R. G. Bl. Nr. 337, finden wir jedoch keine näheren Bestimmungen, wie das zu geschehen habe und auch keine Erwähnung dieser Gesellschaften, was unbedingt zu Willkürlichkeiten und Mißhelligkeiten Anlaß geben könne.

Möge also das hohe Ministerium für Landesverteidigung noch nachträglich der galizischen Statthalterei ans Herz legen, daß als Vertreter der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Ostgalizien — die Delegierten des „Silskyj Hospodar“ zu den Kommissionen herangezogen werden.

Der Durchführung des in Rede stehenden Gesetzes muß man insbesonders in den von den Russen befreiten Bezirken eine besondere Sorgfalt angedeihen lassen.

Die Bevölkerung derselben war nicht nur der Willkür der russischen Soldateska und der russischen Czynowniks ausgesetzt, obwohl überhaupt während der zweiten russischen Invasion die Behandlung der Bevölkerung bei weitem wohlwollender war, als während des ersten russischen Einbruches. Man möge nicht vergessen, daß diese Bevölkerung auch an Wohltaten der russischen Revolution teilgenommen hat! Der Zivilgouverneur war ein volksfreundlicher Ukrainer, Doroschenko, über dessen Tätigkeit sogar die deutschen Czernowitzer Blätter nicht genug Lobgesänge anstimmen können! An den Gemeindewahlen, ja an der Wahl der Gemeindevorsteher haben beide Geschlechter bei direkter, allgemeiner Abstimmung teilgenommen.

Wohlgemerkt meine Herren! Hier in diesem altehrwürdigen Parlamente haben sich sogar die Männer, die sich fortschrittlich und liberal nennen — wie die Herren Neumann und Mühlwerth — der Teilnahme der Frauen an Geschwornengerichten widersetzt!

In unseren galizisch-ukrainischen, unlängst von den Einwirkungen der russischen Revolution befreiten Gebieten — waren die Frauen überhaupt den Männern in jeder Beziehung gleichgestellt und stimmten mit ihnen — gewöhnlich auf öffentlichen Plätzen — bei allen erdenklichen Wahlen (sie wurden auch manchmal gewählt) als Gleiche mit den Gleichen!

Das ist freilich nur ein Beispiel und ich muß noch erwähnen, daß die Ukrainisierung der Schulen in den ukrainischen Gemeinden Ostgaliziens eine vollständige war!

Da kommt auf einmal die Befreiung und der siegreichen österreichisch-deutschen Armee folgt gleich auf der Ferse der polnische Bezirkshauptmann mit seinem allpolnischen Furror und der magyarische Feldgendarm mit seinem nie ruhenden Gewehrkolben.

Man kann sich denken, wie dem Volke nach den süßen Früchten der Doroschenkoschen Verwaltung die sauren Äpfel der polnischen administrativen Willkür schmecken können!

Es ist die Sache der Zentralregierung diese wahre Sachlage in Erwägung zu ziehen und daraus auch entsprechende Konsequenzen abzuleiten.

Und da ich schon dieses Thema berührte, so kann ich nicht umhin einen Absatz aus dem Artikel „Die Russische Revolution und der Frieden“, verfaßt, wie ich erfahren habe vom bekannten Gelehrten Otto Bauer, und abgedruckt in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 30. September l. J. hier anzuführen. *(liest):*

„In Rußland gibt es heute keine andere Verwaltung mehr als die Selbstverwaltung durch demokratische Körperschaften, die alle auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes von Männern und Frauen gewählt sind. Es ist einleuchtend, was die Existenz einer so vollkommenen Demokratie an unserer Grenze für Deutschland und Österreich bedeuten müßte. Daß wir mit unseren Privilegienwahlrechten und unserer bürokratischen Verwaltungsorganisation zwischen den Demokraten des Westens und des Ostens bestehen könnten, ist undenkbar. Der deutsche Arbeiter wird sich nicht dauernd verweigern lassen, was die russischen Bauern haben. Die Sicherung der russischen Revolution bringt weiter den russischen Föderativstaat, die nationale Autonomie, was für uns in Österreich ganz unmittelbare Rückwirkungen haben müßte. Man wird hier nicht verweigern können, was drüben ist. Man denke bloß an die Ukrainer!“

Ja! Meine Herren, man denke nur an die Ukrainer! Ich werde wahrscheinlich nicht fehlgehen, wenn ich behaupte, daß die in letzter Zeit zum Vorschein kommende ukrainerfreundlichere Stellung unserer Regierung wir eben diesen Reflexionen zu verdanken haben!

Möge nur die Regierung Seidler bei diesem ersten Schritt es nicht bewenden lassen und mögen Staatsmänner wie er, Toggenburg, Czernin und Hohenlohe sich vollends vom Banne des staatszerrüttenden und staatsteilenden Polentums befreien und den alleinseligmachenden Weg der Gleichberechtigung betreten.

Je früher desto besser! Es wird nicht nur den Ukrainern, sondern auch dem ganzen Staate zum Wohl und Segen gereichen! *(Beifall.)*

Vizepräsident **Tusar:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Löw.

Abgeordneter **Löw**: Hohes Haus! Es ist gewiß in einer so ernsten Debatte für den Redner schwer, wenn er vor einem ganz leeren Hause sprechen muß und man muß schon sagen, daß man da fast untersuchen müßte, ob es notwendig ist, die Debatte noch weiter zu verfolgen. Man müßte ferner zugeben, daß bereits durch die Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers die Debatte viel verloren hat, weil Seine Exzellenz in loyalster Weise erklärte, daß er entsprechende Weisungen an die Unterhaltskommissionen, also an die Bezirkshauptmannschaften hinausgeben werde. Wir und besonders ich wollen den Worten Seiner Exzellenz vollkommen Glauben schenken, weil ich der Meinung bin, daß er von der richtigen Anschauung durchdrungen ist, daß er das, was er hier sagt, auch zur Geltung bringen will. Nachdem aber in der Erklärung Seiner Exzellenz vieles nicht enthalten ist, was tatsächlich draußen noch vorkommt, bin ich trotzdem gezwungen, auf einiges noch aufmerksam zu machen.

Vor allem möchte ich mich dagegen wenden, daß die Durchführungsverordnung, welche von seiten des Ministeriums gleichzeitig mit dem Gesetz vom 27. Juli hinausgegeben worden ist, bei den meisten Kommissionen, ich möchte sagen, in ganz Österreich nicht berücksichtigt wird. In dieser Durchführungsverordnung heißt es im § 4, daß die auszahlende Kasse beauftragt wird, bereits am 16. August die erhöhten Beiträge zur Auszahlung zu bringen. Nun finden wir tatsächlich, daß dies nirgends geschehen ist und wo es geschehen ist, nur einseitig. Das Schlimmste ist aber vorgekommen bei einer Bezirkshauptmannschaft in Westböhmen, nämlich in Tepl. Die dortige Bezirkshauptmannschaft hat noch nicht das Geringste veranlaßt, daß die erhöhten Beiträge zur Auszahlung kommen, sondern es sind noch die alten Sätze, und zwar nicht die nach dem alten Gesetz, sondern die alten Unterhaltsbeiträge zur Auszahlung gekommen und alle Anstrengungen, die man gemacht hat, um nicht nur das alte, sondern auch das neue Gesetz zur Geltung zu bringen, sind erfolglos geblieben. Um zu beweisen, wie man vorgegangen ist, will ich nur zwei Entscheidungen der Unterhaltskommission zur Vorlesung bringen, um zu zeigen, wie dort der Bezirkshauptmann sein Amt verwaltet. In der Stadt Theusing zum Beispiel wurde allen Angehörigen von Eingerückten — es handelt sich dort meist um Heimarbeiter — ohne Rücksicht auf ihre Zahl nur eine Krone gegeben und wenn Einwendungen erhoben wurden, hat der Bezirkshauptmann eine Entscheidung hinausgegeben, die folgenden Wortlaut hat; es handelt sich dabei nicht um eine Partei, sondern um mehrere und die Entscheidung ist an das Bürgermeisteramt in Theusing ergangen:

„Alle drei Frauen sind arbeitsfähig, haben halberwachsene Kinder, können daher durch Arbeit verdienen. Die Eingerückten sind Schuhmachergehilfen, ihr Verdienst wird höchstens pro Tag 2 bis 3 K betragen, die Verpflegung des Eingerückten entfällt, Unterhaltsbeitrag mit 1 K genug hoch bemessen."

So hat es schon nach dem alten Gesetz ausgesehen und nach dem neuen Gesetz ist es nicht viel anders, indem dort nicht nur keine Erhöhung vorgeschrieben wurde, sondern auch später, als er eingerückt war, wurde dem Betreffenden bei der Bemessung die gesetzliche Grundlage nicht zuteil. Ich will nur zwei Zahlungsbogen herausnehmen: Roman Friedl — er war Maurer und hatte 6 K Verdienst — ist eingerückt und es wurde ihm mittels Zahlungsbogen vom 3. September 1917 der Unterhaltsbeitrag zugewiesen. Es heißt da: „Es gebühren vom 16. September 1917 angefangen der Frau Theresia Friedl 1 K 27 h, den sechs Kindern zusammen 5 K 72 h, also im ganzen 6 K 99 h. Der Frau würden aber gebühren 1 K 60 h, den Kindern 9 K 60 h, also zusammen 11 K 20 h. Irrtümlich wurde aber ein Unterhaltsbeitrag von 6 K 99 h bemessen. Wir sehen also, daß der Betreffende von dem Gesetze keine Ahnung zu haben scheint, daß er sich nicht an das Gesetz gehalten hat, ja daß er nicht die Bestimmungen des Gesetzes berücksichtigt hat, weil er den Zeitpunkt nicht einhielt. Er hätte sich an den § 4 des Gesetzes zu halten gehabt, der ausdrücklich sagt, daß der Unterhaltsbeitrag von dem Tage der Einrückung zu gewähren ist, er aber hat ganz einfach denselben vom 16. September 1917 an bemessen und sich um das Gesetz überhaupt nicht gekümmert.

Es wurde hier auch erklärt, daß die Unterhaltskommissionen bis jetzt noch nicht zusammengesetzt, konstituiert sind. Ich muß schon sagen, es sind mir eine Menge von Beschwerden nicht nur aus Böhmen, sondern auch aus anderen Ländern darüber zugekommen, daß die Unterhaltskommissionen nicht nur nicht konstituiert sind, sondern daß man sogar die Anmeldungen jener Personen, welche für die Unterhaltskommissionen bestimmt sind, nicht zur Kenntnis genommen hat. Beschwerden wurden erhoben von Bischofteinitz, Kralowitz, Plan, Tepl, Eger, Graslitz, Falkenau, Neudek, Joachimsthal, Kaaden, Lubitz und Prasenitz, weiters sind Beschwerden eingelaufen über die einzelnen Angelegenheiten aus Steiermark, wo es sich um die Unterhaltskommission handelt, und zwar aus Marburg, Cilli, Pettau, Luttenberg, Leibnitz, Deutsch-Landsberg, Hartberg usw. Man sieht also, daß das ein förmliches System ist, daß es nicht nur in einem Kronlande anzutreffen ist, sondern in den meisten Kronländern von Österreich. Tatsache ist, daß sich die Kommissionen um derartige Sachen, daß sie sich um die Anmeldungen jener Personen, die für die Unterhaltskommissionen bestimmt sind, nicht kümmern und sich auch an die Weisungen des Gesetzes nicht halten.

Weswegen ich mich aber zum Worte gemeldet habe, das bezieht sich hauptsächlich auf jene Vorkommnisse, die sich gerade bei unserer Unterhaltskommission in Karlsbad ereignet haben. Dort hat sich die Unterhaltskommission ganz merkwürdige Vorsätze und Richtungen zurecht gelegt. Vorerst hat das Steueramt in Karlsbad den Auszahlungsmodus getroffen, daß die Auszahlung nicht beim Steueramt, bei der Auszahlungskasse, sondern in jedem einzelnen Gemeindeamte vorgenommen und Privatpersonen damit betraut werden, welche für ihre Mühewaltung von den Beträgen, welche die einzelnen Parteien bei der Auszahlung erhalten, Abzüge machen. Und zwar je nach der Höhe des Unterhaltsbeitrages; bis zu 50 K betragen die Abzüge 50 h und über 50 K Auszahlung sogar bis zu 1 K. Das ist eine Ungesetzlichkeit, weil es im Gesetze und in den Durchführungsverordnungen ausdrücklich heißt, daß alle jene Ausgaben auf Kosten des Landesverteidigungsministeriums geschehen müssen. Wenn sich das Steueramt die Arbeit erleichtert hat, so haben wir nichts dagegen, es ist vielleicht auch im Interesse der einzelnen Parteien gelegen, weil sie dadurch nicht tagelang dort stehen müssen und nicht der Brutalität der auszahlenden Beamten ausgesetzt sind. Wenn aber das Steueramt schon diesen Behelf einführt, so möge es auch für die Kosten aufkommen und nicht die einzelnen Parteien, die sowieso schon ziemlich schwer bedacht sind, auch noch dafür aufkommen lassen, daß sie die Auszahlungskosten übernehmen. Das ist eine Unzukömmlichkeit. Soviel ich mich aber bemüht habe, hier Ordnung zu schaffen, es ist mir nicht möglich gewesen.

Dann hätte ich auch noch über die Behandlung der Parteien etwas zu sagen. Ich habe schon sehr viel durchgemacht, nie aber habe ich so viele Tränen vergießen gesehen, als an dem Tage der Auszahlung an die Angehörigen oder die Anspruchsberechtigten, denen nach dem neuen Gesetze die Unterhaltsbeiträge ausgezahlt werden, wo sie einer Behandlung ausgesetzt sind, als wären sie vielleicht Bittsteller, vielleicht Bettler, die daherkommen, als würde es sich hier um Verbrecher handeln, die vom Staate geradezu erhalten werden müssen. Ich habe diesbezüglich Eingaben an die Finanzlandesdirektion gemacht und habe eine Abschrift auch dem Landesverteidigungsministerium übergeben. Ich habe da ziffermäßig nachgewiesen, wie das dort geschieht, aber bis jetzt habe ich eine Erledigung darauf noch nicht bekommen, aber auch keine Änderung gesehen. Noch immer dieselbe brutale Behandlung, noch immer diese rüden Ausdrücke, die gebraucht werden. *(Zwischenrufe.)* Man hat sogar einmal gesagt: Sie sollen die Kinder mit Spatzen füttern, und alles mögliche, was sie tun sollen; es hat sich sogar ein Arzt, welcher dabei war, so tief erniedrigt, daß er gesagt hat, sie sollen die Kinder in die Eger werfen. Das sind also Zustände, die jeder Beschreibung spotten; ich fürchte, daß ich mich zu lange aufhalten würde, wenn ich alles das hier anführen wollte.

Aber nicht nur dieser Abzug wird bei der Auszahlung gemacht. Ich verweise da zum Beispiel auf die Unterhaltskommission in Joachimsthal. Dort wird zum Beispiel, wenn Unterhaltsbeiträge mittels Postanweisung an die Angehörigen übermittelt werden, an Porto so und so viel abgezogen, dann steht darunter, es wird für das Rote Kreuz oder sonst dergleichen ebenfalls ein Betrag abgezogen. Wir sehen also, daß überall solche Zustände herrschen, daß überall eine solche Ungesetzlichkeit besteht und daß sich bis jetzt niemand der Sache angenommen hat, trotzdem man sich in jeder Weise bei den oberen Behörden beschwert hat.

Noch ein Umstand veranlaßte mich, das Wort zu ergreifen. Es heißt hier im § 4, 3. Absatz *(liest)*:

„Wenn der Herangezogene mit einer nachweisbar infolge der Dienstleistung eingetretenen mindestens 20prozentigen Verminderung der Erwerbsfähigkeit aus der Dienstleistung ausscheidet oder nachträglich eine solche Verminderung seiner Erwerbsfähigkeit erleidet, gebührt der Unterhaltsbeitrag für die Dauer des Krieges und noch für sechs Monate nach dessen Beendigung, jedoch nur insofern, als nicht eine gesetzliche Neuregelung der Militärversorgung früher erfolgt." Nun kommt es sehr oft vor, daß tatsächlich Einberufene superarbitriert werden, daß sie zurückgeschickt werden oder daß sie infolge von Krankheiten entlassen werden, wie das bei den Kriegsdienstleistern usw. der Fall ist. Sie werden dann nach Hause gesendet; natürlich erleidet dann die Auszahlung der Pension, die sie beziehen, oder der Gebühren, die sie erhalten, eine Verzögerung, sie sind nicht gleich im Besitze dieser Pensionen und Gebühren. Der Mann ist aber dann nicht nur für sich, sondern auch für seine Familie auf die geringen Unterhaltsbeiträge angewiesen und dann haben wir wiederholt folgende Erfahrung gemacht — besonders in Karlsbad war das so —: dann stützt sich das Steueramt auf die Bestimmungen, die in der Durchführungsverordnung enthalten sind, und zieht die Unterhaltsbeiträge ohneweiters ein. Es bekommt dann die Familie keinen Unterhaltsbeitrag und derjenige, der infolge Krankheit oder Verwundung oder aus sonst irgendeiner Ursache mit einer Verminderung von mehr als 20 Prozent seiner Erwerbsfähigkeit zurückkehrt, bekommt weder eine Pension noch hat er trotz seines Erwerbsfähigkeitsverlustes irgendwie einer

Beschäftigung nachgehen können und wenn er nun einen Verdienst sucht, um nicht verhungern zu müssen, weil der Staat auf ihn keine Rücksicht nimmt, weil er ihn nach Hause schickt und seinem Schicksal überläßt, so wird das sofort benützt, um die Auszahlung des Unterhaltsbeitrages einzustellen. Der betreffende Mann und seine Familie werden ihrem Schicksal überlassen.

Ein solcher Zustand ist ungesetzlich, wenn es auch hier in der Verordnung heißt: wenn der auszahlenden Kasse ein Umstand zur Kenntnis kommt, durch welchen der Bezug des Unterhaltsbeitrages in Frage gestellt wird, so hat sie das Recht, diese Zahlung einzustellen, aber sie hat sofort an die Unterhaltskommission Bericht zu erstatten. Das ist ja auch in Karlsbad der Fall gewesen. Aber unsere Unterhaltskommission, wo kein Beamter ist, wo sechs unbezahlte Hilfskräfte eigentlich die Agenden der Unterhaltskommission führen, wo wir nur einen jungen Menschen haben, der vom Felde zurückgekommen ist und der nichts leisten kann, der also dort freiwillig die Sache führt, übermittelt die Sache dann natürlich der Bezirkshauptmannschaft und von dort werden dann gnadenweise die Unterhaltsbeiträge für 14 Tage, für 4 Wochen usw. bewilligt. Gegen ein solches Vorgehen muß man sich unter allen Umständen wehren, und da möchte ich schon den Herrn Landesverteidigungsminister ersuchen, daß er gerade darauf sein Augenmerk richte und dementsprechend Ordnung mache. Von seiten der Bevölkerung wurde, als das neue Gesetz publiziert wurde und in Kraft trat, dem Abgeordnetenhause der Dank ausgesprochen, man hat das Gesetz als eine Notwendigkeit empfunden, zumal von den bürgerlichen Parteien immerwährend erklärt wird: Wir müssen durchhalten, wir können nicht zurück! Und in der Tat, wenn das Durchhalten im Hinterland ermöglicht werden soll, so ist dieses Gesetz gewiß dazu angetan, um das Durchhalten nach dem Sinne der bürgerlichen Parteien zu ermöglichen. Wenn aber in solcher Weise vorgegangen wird, wie ich es hier erklärt habe, wenn wir weiter sehen, daß auf die Angehörigen der Eingerückten keine Rücksicht genommen wird, daß keine Rücksicht genommen wird auf die Kinder, keine Rücksicht genommen wird auf ihre Verhältnisse und ihre Lebensweise, dann, meine ich, hätten wir mit diesem Gesetz eigentlich nicht das erreicht, was wir haben wollten, das heißt eine klaglose Durchführung und die Beseitigung der Willkür, die bei den Unterhaltskommissionen herrscht. Im alten Gesetze hieß es im § 9, letzter Absatz, daß die Entscheidung der Unterhaltskommission endgültig ist. Diese „Endgültigkeit" wird aber bei den Unterhaltskommissionen meist so ausgelegt, daß es gegen ihre Entscheidung nichts gibt: keine Beschwerde, keine Berufung und keine weitere Instanz, daß also diese Entscheidung unabänderlich ist. Davon haben sich auch die meisten Unterhaltskommissionen leiten lassen.

Nun haben wir gesehen, daß der Verwaltungsgerichtshof sich in einer ganzen Reihe von Erkenntnissen dagegen ausgesprochen hat; es hat auch das Landesverteidigungsministerium in einem Erlasse vom 31. Jänner 1915 sich dahin ausgesprochen, daß Einwendungen und Beschwerden zulässig sein müssen, die Unterhaltskommissionen haben aber davon keine Notiz genommen, sondern es ist sogar so weit gekommen, daß der Verwaltungsgerichtshof in ein und derselben Angelegenheit mehrere Male entscheiden mußte. Ich will nur einen Fall herausgreifen. Ein gewisser Hoyer aus Fischern — der Mann war Verwalter bei seiner Mutter, der Vater war gestorben, die Eltern waren vermögend, er selbst aber mußte einrücken — hatte mit seiner Familie gar keinen Besitz und keinerlei Vermögen, und als er eingerückt war, hat die Unterhaltskommission den Anspruch seiner Familie mit der Motivierung abgewiesen, daß, weil die Eltern, beziehungsweise die Schwiegereltern des Anspruchswerbers vermögend sind, die Familie keinen Unterhaltsbeitrag bekäme. Der Verwaltungsgerichtshof hat diese Entscheidung als ungesetzlich aufgehoben. Die Unterhaltskommission hat nun neue Erhebungen gepflogen, aber dann wiederum dieselbe Entscheidung gefällt, so daß der Verwaltungsgerichtshof ein zweites Mal entscheiden und sagen mußte, daß das Vorgehen der Unterhaltskommission in Karlsbad geradezu unbegreiflich ist. Es sind dann die Akten abverlangt worden. Was jetzt geschehen wird, weiß ich nicht, aber meiner Ansicht nach müßte man schon den Herren dort klar und deutlich sagen, daß, wenn einmal der Verwaltungsgerichtshof entschieden hat, diese Entscheidung auch für die Unterhaltskommission bindend sein müßte. Das ist aber bei uns nicht der Fall. Die Unterhaltskommissionen gehen einfach über diese Erkenntnisse hinweg und fragen niemand danach, wie die Sache sich eigentlich verhält.

Ich hätte noch eine ganze Menge derartiger Angelegenheiten zu besprechen, leider ist meine Zeit abgelaufen. Ich glaube aber, schon das, was ich vorgebracht habe, genügt, um zu beweisen, wie notwendig es wäre, eine Remedur gerade auf dem Gebiete dieses Gesetzes zu schaffen, denn mit diesem Gesetze wollte man es ja herbeiführen, daß die Not und das Elend draußen im Hinterlande gemildert werden. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Hartl, das Wort.

Abgeordneter **Hartl**: Hohes Haus! Von meinen Herrn Vorrednern sind bereits mehrere Beschwerden in verschiedenster Richtung vorgebracht

worden. Sie alle zeigen, daß leider bei einzelnen Kommissionen untergeordnete Organe bemüht waren und noch bemüht sind, den Geist des Gesetzes in sein Gegenteil zu verkehren.

Es tritt hier die strafbare Anmaßung hervor, den Willen des Gesetzgebers durch die persönlichen Ansichten eines ausführenden Organes zu ersetzen, die in zwingenden sozialen Rücksichten begründete humane Tendenz des Gesetzes zu mißachten und durch eine ebenso engherzige wie verständnislose Durchführung geradezu zu zerstören. Solch sträflichen Übergriffen, die an Stelle der gesetzlichen Ordnung persönliche Willkür zu setzen sich vermessen, muß mit aller Strenge entgegengetreten werden und die Erklärungen des Herrn Ministers des Innern im Ausschusse dürfen wohl dahin aufgefaßt werden, daß die Regierung sich dieser Pflicht nicht zu entziehen gesonnen ist.

Es sei aber schon hier gesagt, daß sich der erhobene Vorwurf keineswegs allgemein gegen alle Kommissionen richtet; es muß vielmehr anerkannt werden, daß bei vielen Kommissionen das Gesetz in gewissenhaftester und humanster Weise gehandhabt wird und daß die betreffenden Beamten in voller Hingabe an ihre Amtspflichten weit mehr leisten, als man unter normalen Verhältnissen von ihnen zu verlangen berechtigt wäre.

Mit diesem ausdrücklichen Vorbehalte schließe ich mich jedoch den bereits in meinen einleitenden Worten angedeuteten Beschwerden an und möchte mir erlauben, insbesondere über einige Auffassungen Klage zu führen, die in den Entscheidungen einer nordböhmischen Kommission — es ist dies nicht die meines Wahlbezirkes Reichenberg, wie ich ausdrücklich feststelle — zutage treten.

§ 2 des Gesetzes vom 27. Juli 1917 besagt ausdrücklich, daß alle Personen, deren Unterhalt im Zeitpunkte der Einrückung des Herangezogenen von seiner Arbeit oder seinem Arbeitsverdienst abhängig war, anspruchsberechtigt sind, und daß ein aus der Arbeit des Anspruchsberechtigten erzielter Eigenverdienst den Anspruch nicht ausschließt.

Daraus geht mit voller Klarheit hervor, daß, wenn etwa eine anspruchsberechtigte sechzehnjährige Tochter des Eingerückten nach dessen Einberufung einen Erwerb tatsächlich findet, ihr der Unterhaltsbeitrag nicht entzogen werden darf. Was soll man aber dazu sagen, wenn die Unterhaltskommission einer solchen, bisher ausschließlich vom eingerückten Vater erhaltenen Tochter den Unterhaltsbeitrag mit dem Vermerk verweigert, weil „sie sechzehn Jahre alt, gesund und kräftig ist und sich daher selbst versorgen könne".

Die bloße physische Eignung für einen den Lebensunterhalt sichernden Erwerb wird von dieser mit sozialer Einsicht besonders begnadeten Kommission wie der Erwerb selbst behandelt. Nicht weil das Mädchen verdient, sondern weil es verdienen könnte, wird ihm der Unterhaltsbeitrag vorenthalten.

Dazu kommt aber noch, daß, während das alte Gesetz im Falle des wirklich vorhandenen Verdienstes den Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag immerhin in Frage stellte, der § 2 des neuen Gesetzes ganz unzweideutig feststellt, daß ein aus der Arbeit des Anspruchswerbers erzielter Eigenverdienst den Anspruch nicht ausschließt.

Wir haben es also hier mit einem Übergriffe zu tun, der nur aus vollständiger Unkenntnis oder sträflicher Mißachtung des Gesetzes zu erklären ist.

Der schiefe Gedanke, aus einem Einkommen, das zwar tatsächlich nicht vorhanden ist, aber vorhanden sein könnte, die Verweigerung des Unterhaltsbeitrages abzuleiten, kommt auch in anderen Entscheidungen derselben Kommission zum Ausdrucke.

Mir ist vor kurzem eine Karte von einem in Wien in der Kriegsindustrie Dienst leistenden Manne zugekommen, der sich darüber beschwert, daß seiner Familie der Unterhaltsbeitrag deshalb „abgezogen" wird — ich weiß nicht, soll das „eingestellt" oder „gekürzt" heißen? —, weil er sie aus seinem Arbeitseinkommen erhalten könnte. Wohlgemerkt: der Mann arbeitet in Wien und seine Familie lebt in Nordböhmen. Der Mann verdient 50 K wöchentlich, zahlt hievon nach seiner Angabe 10 K für Wohnung, 2 K für Wäsche und 40 K für die Verpflegung, so daß sein Verdienst nicht einmal zur Bestreitung seines eigenen Lebensbedarfes ausreicht. Trotzdem soll der Familie der Unterhaltsbeitrag gekürzt oder vorenthalten werden, weil der Mann, nach Ansicht der Kommission einen Teil seines Verdienstes der Familie zuwenden könnte.

Also auch in diesem Falle wird die Familie auf ein hypothetisches Einkommen verwiesen; nur wird ihr leider nicht gesagt, bei welchem Bäcker oder Fleischer sie mit einem Geld, das sie nicht wirklich besitzt, sondern nur besitzen könnte, Brot oder Fleisch beziehen kann. In dem gegebenen Falle besteht überdies für den Mann kaum die Möglichkeit, seiner Familie Zuschüsse zukommen zu lassen, nachdem er nur 50 K verdient und diese vollständig für sich braucht. Aber selbst wenn diese Möglichkeit vorläge, müßte sie ergänzt werden durch einen auf den Mann auszuübenden, zulässigen Zwang, einen entsprechenden Teil seines Verdienstes seiner Familie abzutreten. Nur dann könnte eine logische Grundlage für die Kürzung des Unterhaltsbeitrages gefunden werden. Eine solche logische Grundlage wäre aber noch immer keine gesetzliche, da im Gesetze von einer Kürzung aus dem gedachten Grunde nirgends die Rede ist. Ebenso sicher ist es, daß sich in Wirklichkeit auf den Mann ein gesetzlicher Zwang im oben angedeuteten Sinne

nicht ausüben läßt. Und da dies nicht der Fall ist, so muß die Regierung dafür sorgen, daß die Familien solcher Kriegsdienstleister nicht unter dem Mangel an Verständnis und Wohlwollen bei den Unterhaltsbeitragskommissionen so schwer leiden müssen und um ihr gutes Recht gebracht werden.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir auch darauf hinzuweisen, daß Kollege Fahrner mir ausdrücklich mitgeteilt und mich um die Mitteilung im hohen Hause gebeten hat, daß bei der Unterhaltsbezirkskommission in Gablonz den Eltern eingerückter Männer der Unterhaltsbeitrag grundsätzlich mit dem Bemerken verweigert wird, daß für Söhne überhaupt nichts zu fordern sei *(Abgeordneter Glöckner: Ich kann das bestätigen!)*, was natürlich dem Wortlaute und dem Sinne des Gesetzes vollständig widerspricht. *(Zustimmung.)*

Ich habe schon erwähnt, daß die Vorwürfe, die mit vollem Rechte gegen einzelne Kommissionen, mitunter auch nur gegen einzelne Mitglieder derselben erhoben werden müssen, nicht verallgemeinert und auf die Gesamtheit ausgedehnt werden dürfen. Den Beispielen bedauerlicher Einsichtslosigkeit und anmaßender Willkür stehen andere gegenüber, die das Bild einer ebenso pflichteifrigen wie verständnisvollen, bis an die äußerste Grenze physischer und geistiger Leistungsfähigkeit gehenden Arbeit zeigen. Und wenn trotzdem auch bei solchen Kommissionen die Angelegenheiten der Unterhaltsbeiträge nicht immer mit der wünschenswerten Raschheit erledigt werden können, so liegt dies in der Überanstrengung des damit betrauten Personals, das, in der Zahl wesentlich gemindert, eine ungleich größere Arbeitslast zu bewältigen hat als in normalen Zeiten.

Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern hat dies auch im Ausschusse, wo er sich mit anerkennenswerter Entschiedenheit seiner Beamten annahm, besonders betont und daran die Erklärung geknüpft, daß die Regierung Übelstände der gedachten Art durch Einstellung neuer Hilfs- und Arbeitskräfte zu überwinden bemüht ist.

Es solle dabei nicht allzu ängstlich und kleinlich vorgegangen und selbst größere Auslagen sollen ohneweiters bewilligt werden, wenn damit ein rascher, klagloser Geschäftsgang gesichert werden könne.

Ich möchte mir gestatten, hierzu einige Bemerkungen zu machen. Die Überanstrengung unserer Beamten wird dadurch sehr wesentlich verschärft, daß der größeren Arbeitsleistung leider auch eine ungenügende Ernährung gegenübersteht, ein Übelstand, der auch eine seelische Depression bewirkt und die Arbeitsfähigkeit nachteiligst beeinflußt. An diesem Übelstande wird durch die Einstellung neuer Kräfte kaum etwas Wesentliches geändert werden. Beide, der alte Beamte und die neu eingeteilte Hilfskraft, werden nun mitsammen darben, vielleicht auch mitsammen hungern.

Wäre es daher nicht angezeigter, die für die Besserung der beklagten Verhältnisse in Aussicht genommenen Gelder in der Weise zu verwenden, daß jenen Beamten, welche trotz starker Überlastung den Unterhaltsbeitragsdienst tadellos versehen, entsprechende Remunerationen zugesprochen werden? Es würden dadurch ihre schweren Sorgen um den eigenen Lebensunterhalt und um den ihrer Familien wenigstens einigermaßen gemildert, ihre Unzufriedenheit gemindert und ihr Arbeitseifer neubelebt werden. Natürlich dürfte eine solche Maßnahme ebensowenig generalisiert werden wie der heute hier wiederholt ausgesprochene Tadel. Die Remunerationen dürften nur solchen Beamten zukommen, die sich wirklich um eine reibungslose und humane Abwicklung des Unterhaltsbeitragsdienstes verdient gemacht haben.

Leider ist in dieser Hinsicht, wenigstens von der früheren Regierung, wenig Entgegenkommen gezeigt worden. Ich weiß, daß ein wohlbegründeter Antrag auf Remunerierung der Beamten einer Kommission, obwohl es sich im ganzen kaum um 1000 K gehandelt hat, seit anderthalb Jahren läuft, ohne erledigt zu werden, obwohl er vorzüglich einbegleitet und befürwortet ist.

Gestatten Sie mir, als Gegenstück zu dieser Schwerfälligkeit die Geschichte einer Remuneration aus den ersten Kriegstagen zu erzählen. Es war unmittelbar nach Erscheinen des Mobilisierungsbefehles, in den Tagen, als sich Millionen unserer braven Krieger unter den Fahnen sammelten, um den Kampf für die Existenz des Staates aufzunehmen.

Da bekam ein höherer Beamter der Prager Finanzlandesdirektion den Auftrag, für einige Zeit sein Bett im Amte aufzuschlagen, um anwesend zu sein, wenn etwa in der Nacht von militärischer Seite Verläge angesprochen würden.

Es war, wie gesagt, zu einer Zeit, wo jeder österreichische Staatsbeamte, der mit seinem Herzen wirklich im Lager Österreichs stand, mit Freuden jede Gelegenheit ergriff, für das in einen so schweren Kampf eintretende Vaterland etwas mehr leisten zu dürfen als sonst.

In Prag hat man offenbar nicht überall so gedacht und gefühlt. So wurde auch in dem angeführten Falle für die außerordentliche Leistung, die darin bestand, daß ein Beamter einige Tage oder Wochen nicht in seiner Wohnung, sondern in seinem Amtszimmer schlief, eine Remuneration von 800 Kronen beim Finanzministerium beantragt und von diesem auch — nach einigem jungferlichen Sträuben — glatt bewilligt. Ich habe schon damals dem Herrn Finanzminister erklärt, daß ich mich als Staatsbeamter dessen schäme, daß aus

einem solchen Anlasse und mit solcher Begründung eine Remuneration erbeten und bewilligt werden konnte.

Und ich habe meine Ansicht über dieses Vorkommnis seither nicht geändert. Ich hoffe aber, daß wenigstens etwas von der Leichtigkeit und Bereitwilligkeit, mit der diese bedenkliche Remuneration gewährt wurde, sich jetzt in der Erledigung wohlbegründeter Anträge auf Remunerierung überlasteter Arbeitskräfte der Unterhaltskommissionen zeigen werde.

Und nun bitte ich, mir zu gestatten, noch einen Punkt in Besprechung zu ziehen, nämlich die Rückerstattung der sogenannten Übergenüsse. Ich glaube als sicher annehmen zu dürfen, daß die gesetzliche Bestimmung, „einmal ausgezahlte Unterhaltsbeiträge seien nicht zurückzuerstatten", nach der Absicht des Gesetzgebers die Parteien nur von der Zurückzahlung solcher Übergenüsse sichern sollte, welche durch irgend welche Irrtümer veranlaßt wurden. Dagegen bin ich überzeugt, daß Übergenüsse, welche sich aus bestimmten Verwaltungsmaßregeln nicht vereinzelt, sondern im allgemeinen und regelmäßig ergeben, von dem Gesetzgeber nicht gemeint waren. Übergenüsse solcher Art sind jene, welche sich bei der Anweisung von Witwen- und Waisenpensionen ergeben. Wenn zum Beispiel eine Kriegerswitwe rund 49 K monatlich an Unterhaltsbeitrag bezieht und es wird ihr beispielsweise am 1. November eine Witwenpension von 9 K monatlich ab 1. Mai 1917 zuerkannt, so erhält sie zunächst für die Zeit vom 1. Mai bis 1. November, also für sechs Monate die Witwenpension nachgezahlt, ab 1. November aber neben der Witwenpension den um diesen Betrag verminderten Unterhaltsbeitrag, das ist 40 K.

Da sie nun aber in der Zeit vom Mai bis November statt des um 9 K gekürzten Unterhaltsbeitrages diesen voll ausbezahlt erhielt, so hat sie die als Nachzahlung erhaltenen 54 K an die Unterhaltsbeitragskasse zurückzuerstatten, was gewöhnlich in Raten geschieht. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß diese Rückerstattung dem Geiste des Gesetzes nicht widerspricht, schon deshalb, weil das Gesetz gewiß nicht beabsichtigte, Übergenüsse zu schaffen, die von einer ganz äußerlichen Zufälligkeit, nämlich von der Verzögerung in der Anweisung der Witwenpension abhängig sind und — theoretisch gesprochen — die Begünstigung einer Partei durch recht lange Verschleppung der Pensionsanweisung ermöglichen würden.

Ich gebe aber ohneweiters zu und weiß dies auch aus Erfahrung, daß diese Rückzahlung den betreffenden Familien oft recht schwer fällt, insbesondere, da sie davon zumeist völlig überrascht werden. Belehrungen durch die Presse, die ich nach den ersten mir bekanntgewordenen Fällen sofort veranlaßte, haben leider keine durchgreifende Wirkung gehabt, da die meisten der betroffenen Persönlichkeiten dem geschriebenen oder gedruckten Worte ziemlich hilflos gegenüberstehen.

Ich glaube nun, daß der Schwierigkeit, die in dieser Sache vorliegt und die mir in dem Widerspruche zwischen Wort und Geist des Gesetzes zu liegen scheint, in anderer Weise beizukommen wäre.

Ist es denn wirklich nötig, daß, um bei unserem obigen Beispiele zu bleiben, der Witwe ab 1. Mai nicht mehr wie vorher 49 K aus der Unterhaltsbeitragskasse, sondern aus dieser nunmehr nur 40 K, dazu aber 9 K von der Pensionskasse ausgezahlt werden?

Könnte denn nicht der ungekürzte Unterhaltsbeitrag wie bisher weiterbezahlt und der Ausgleich mit der Pensionskasse einfach buchmäßig zwischen den beiden Kassen durchgeführt werden? Die Rechtslage wäre dann die, daß die Witwen- und Waisenpensionen einfach von den Steuerämtern zu Lasten der Pensionskasse ausbezahlt würden. Die endgültige Abrechnung könnte, da die Unterhaltsbeiträge noch sechs Monate nach Kriegsschluß ausbezahlt werden, gewiß noch rechtzeitig erfolgen. Diese Vereinfachung wäre eine Entlastung der Ämter und der Parteien und würde jene heikle Frage der Rückerstattung solcher Übergenüsse in gerechter Weise aus der Welt schaffen.

Ich bitte daher die hohe Regierung, auch diesem Vorschlage ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. *(Beifall.)*

**Präsident:** Zu einem formalen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Parrer zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Parrer:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Parrer beantragt Schluß der Debatte. Ich ersuche diejenigen Herren, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat dem Schlusse der Debatte zugestimmt.

Es sind noch eingetragen die Herren Abgeordneten: Friedmann, Stanek, Heilinger, Bugatto, Kemetter, Hock, Zenker und Ofner.

Ich ersuche die Herren, sich auf einen Generalredner zu einigen. *(Nach Vornahme der Wahl:)*

Zum Generalredner wurde Abgeordneter Friedmann gewählt. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Friedmann das Wort.

Abgeordneter **Friedmann:** Hohes Haus! Nach vielen Peripetien ist endlich ein Unterhaltsbeitragsgesetz zustande gekommen, welches gerecht und

handsam ist. Ich möchte nicht von allen den Übelständen und Anständen sprechen, die sich unter der Herrschaft des ursprünglichen Gesetzes, unter der Geltung der zahlreichen Verordnungen ergeben haben, und auch nicht von den Schwierigkeiten, die naturgemäß die unter Clam zustande gekommenen Verordnungen mit sich bringen mußten. Wir können nur aus dem Umstande, daß dieses Gesetz, das ja an und für sich außerordentlich einfach ist, Anlaß zu so vielen Anständen gibt, den indirekten Schluß ziehen, wie es in den früheren drei Jahren des Krieges zugegangen sein mag. Viele von uns wissen ja aus eigener Erfahrung, wie säumig die Beträge oft ausbezahlt wurden und wie lange es gedauert hat, bis schließlich derjenige, dem Unrecht geschehen ist, zu seinem Rechte kommen konnte.

Nun hat das Haus sich entschlossen, das Gesetz zu ändern, und es hat Summen beschlossen, von denen wir wissen, daß sie ganz ungeheuer und kolossal sind. Wir haben es im Bewußtsein dessen getan, daß es notwendig ist, den Leuten im Hinterlande, je länger eben der Krieg dauert, das Durchhalten möglich zu machen und Unzufriedenheit zu bannen. Daß viele Beschwerden gegen die Beamtenschaft aufgetreten sind, darf nicht wundern, aber ich kann hier wohl bestätigen, daß wir im Ausschuß einstimmig die Erklärung abgegeben haben, daß wir uns vollauf dessen bewußt sind, daß die Beamtenschaft jetzt im Kriege ebenso wie zahlreiche andere Menschen im Hinterland außerordentlich überlastet ist, und ich darf vielleicht noch hinzufügen, daß dieser Fall ebenso wie die Approvisionierung und ebenso wie viele andere Fälle zeigt, daß die ganze Konstruktion unserer Verwaltung eine unzulängliche ist und daß es einfach nicht möglich ist, von der Bezirkshauptmannschaft, die mit so vielen Agenden überlastet ist, zu erwarten, daß auch die Aufteilung dieser Beträge sofort vollkommen klaglos vor sich geht.

Wir haben, meine verehrten Herren, die Flucht in die Öffentlichkeit ergriffen. Es hätte uns ja eigentlich genügen können, daß Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern in vollständig loyaler und offener Weise im Unterhaltsausschuß erklärt hat, das er sein Möglichstes tun werde, um die Bezirkshauptmannschaften anzuweisen; aber es schien uns doch notwendig, daß nicht nur durch fortwährende Erlässe, die ja schließlich der arme Bezirkshauptmann und seine Beamtenschaft nicht mehr verstehen und lesen können — er wird ja unter einer ganzen Flut von Erlässen begraben —, sondern daß auch auf dem Wege der Berichterstattung über die Diskussion in diesem Hause alle die Kommissionen und die politischen Stellen in Kenntnis gesetzt werden von der Willensmeinung des Hauses und in Kenntnis gesetzt werden von der sehr dankenswerten Auffassung, welche die Regierung in dieser Frage hat, wie sie auch heute durch den Mund Seiner Exzellenz des Herrn Ministers für Landesverteidigung zum Ausdruck gekommen ist. Das war der eigentliche Zweck der heutigen Debatte und ich glaube, daß es, wenn dieser Zweck erreicht wird, wohl der Mühe wert war, einen halben Tag zu opfern und in den Arbeitsplan des Hauses eine Einschiebung zu machen.

Verehrte Herren! Die Frage der Unterhaltsbeiträge ist nicht nur eine rein materielle Frage, sondern ihr wohnt auch ein großes moralisches Moment inne. Wie ich schon vorhin angedeutet habe, müssen wir alles versuchen, um denjenigen Leuten, die begreiflicherweise nach 3¼jähriger Dauer des Krieges schlapp werden und zusammenzubrechen drohen, wenigstens mit den Mitteln, die wir ihnen bieten können, wieder aufzuhelfen. Wir können nicht alle Tage erhoffen, Nachrichten von der außerordentlichen Tragweite zu erhalten, wie sie zum Glücke jedes aufrichtig fühlenden Österreichers heute verkündet worden sind *(lebhafter Beifall)*, daß es endlich nach über zweijährigem zähen Ringen mit ungleichen Kräften gelungen ist, diesen treulosesten und ehrlosesten aller Feinde in die Flucht zu schlagen *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, und hoffentlich werden es unsere und unserer Verbündeten Truppen zu Wege bringen, diesen niederträchtigen Feind über die lombardische Tiefebene weiterzujagen. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Ich möchte zum Schlusse nochmals einen Appell an die Regierung richten, den ich bereits im Ausschusse an die Regierung gerichtet habe, nicht jener zu vergessen, welche im Unterhaltsbeitragsgesetze nicht bedacht sind, und zwar sind das die Kinder der eingerückten Gagisten. Meine Herren! Die Familiengebühren stammen aus einer Zeit, wo ganz andere Teuerungsverhältnisse bestanden haben als jetzt, und es geht nicht an, daß eine Differenzierung Platz greife je nach der Zahl der Kinder des Gagisten gerade in einer Zeit wie in der jetzigen, da viele Gagisten niedriger Rangklassen in relativ hohem Alter im Felde oder im Hinterlande stehen, die eine zahlreiche Familie zu ernähren hätten, eine Familie, die mit dem, was ihr nach der Familiengebühr zugedacht ist, unmöglich ihr Auslangen finden kann. *(Sehr richtig!)* Wir haben von der Regierung Aufklärungen bekommen, die uns veranlaßt haben, mit der Behandlung des Antrages, den ich eingebracht habe, jene kurze Zeit zuzuwarten, innerhalb welcher eine Neuregelung der ganzen Frage in Aussicht gestellt wurde. Wir werden diese abwarten, hoffend, daß die Zuwendungen ausreichend sein werden, wenn aber nicht, dann appelliere ich jetzt schon an die Herren Kollegen des Ausschusses und des hohen Hauses, ja nicht der Kinder der Gagisten im Felde zu vergessen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir gelangen nun zur Tagesordnung.

Der erste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Gewerbeausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 364, mit der aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Ausnahmsbestimmungen zur Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben getroffen werden *(652 der Beilagen)*.

Zu diesem Gegenstande sind im hohen Hause als Regierungsvertreter erschienen Seine Exzellenz Sektionschef Dr. Franz Müller und Ministerialsekretär Dr. Franz Benda des Handelsministeriums.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Hoffmann v. Wellenhof** *(von der Tribüne)*: Dem Berichte des Gewerbeausschusses, der sich in den Händen der geehrten Herren befindet, habe ich nur wenige Worte hinzuzufügen. Es handelt sich um eine Kaiserliche Verordnung, die gewisse Ausnahmsbestimmungen zur Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben getroffen hat und die nunmehr in die Form eines Gesetzes umgewandelt werden soll. Diese Kaiserliche Verordnung war ja gewiß an sich ihrem Inhalte nach gerechtfertigt und war auch insofern dringlich, als es bei der unerwartet langen Dauer des Krieges unbedingt notwendig war, eine gewisse Vorsorge dafür zu treffen, daß eingerückte Anwärter des Gewerbestandes nicht allzu empfindlich in ihrem weiteren Fortkommen gegenüber den Nichteingerückten geschädigt würden. Es handelt sich also in erster Linie darum, daß die Zeit des Militärdienstes, beziehungsweise der sonstigen Dienstleistung für Kriegszwecke eingerechnet wird als Vorbereitungs- oder Verwendungs- oder Betätigungszeit für das Gewerbe. Wenn dies nicht geschähe, so würde einerseits, wie ich schon erwähnt habe, eine empfindliche Schädigung gegenüber denjenigen eintreten, die nicht eingerückt waren, und andrerseits würden sich ganz unzukömmliche Verhältnisse herausstellen, wenn etwa junge Leute, die nun durch Jahre hindurch eingerückt waren, zum großen Teil vor dem Feinde sich ausgezeichnet haben, vielleicht auch äußerliche Auszeichnungen als Anerkennung ihrer Tüchtigkeit bekommen haben, nun nachträglich wieder in das alte Lehrlingsverhältnis zurückversetzt würden. Freilich wird es notwendig sein, daß man auch dafür Vorsorge trifft, daß dann solchen gewerblichen Anwärtern, wenn sie nach längerer Zeit wieder zurückkommen, um ihr Gewerbe später antreten zu können, auch Gelegenheit geboten wird, sich in ihrem Fache wieder gewerblich tüchtig auszubilden, und für diese Gelegenheit wird dann eben die Regierung namentlich mit Benutzung der Gewerbeförderungsinstitute und der gewerblichen Fortbildungs- und sonstigen Unterrichtsanstalten Vorsorge treffen müssen. In diesem Sinne hat auch der Gewerbeausschuß einstimmig eine Entschließung gefaßt, die ich dann zur Annahme empfehlen werde.

Weiter hat es sich auch darum gehandelt, gewisse Unterrichtskurse für Kriegsbeschädigte, die in dankenswerter Weise jetzt schon errichtet worden sind, Invalidenschulen, in denen gewisse gewerbliche Fähigkeiten und Kenntnisse den Leuten vermittelt werden, auf eine gewerberechtliche Grundlage zu stellen. Natürlich sind diese Veranstaltungen etwas neues und es ist notwendig, ihnen auch eine gewisse gesetzliche Grundlage zu schaffen.

Ferner ist in dem Gesetze eine ganze Reihe von Bestimmungen enthalten, die Erleichterungen in bezug auf den Antritt eines handwerksmäßigen oder auch Handelsgewerbes oder konzessionierten Gewerbes durch Kriegsbeschädigte betreffen, und in den letzten Paragraphen dieser Kaiserlichen Verordnung, beziehungsweise des Gesetzes sind auch noch erleichternde Bestimmungen in bezug auf die Fortführung solcher Gewerbe auf Rechnung der Witwe oder sonstiger Hinterbliebenen eines Gewerbetreibenden enthalten.

Ich möchte nur noch auf zweierlei aufmerksam machen. Erstens hat es der Gewerbeausschuß für notwendig befunden, dem Gesetze eine gewisse Befristung zu geben, und zwar schon mit Rücksicht darauf, als es sich eben um Ausnahmsbestimmungen aus Anlaß des gegenwärtigen Gesetzes handelt und nicht um eine grundsätzliche Abänderung der bestehenden Gewerbeordnung, und er hat gemeint, ziemlich weit dem Bedürfnisse entgegenzukommen, wenn er die Bestimmung aufgenommen hat, daß die Wirksamkeit dieses Gesetzes drei Jahre nach Friedensschluß zu erlöschen hat.

Endlich habe ich noch eine rein formelle Abänderung gegenüber dem gedruckten Berichte des Gewerbeausschusses vorzubringen. Es ist nämlich in der Vorlage nicht ausdrücklich aufgenommen, daß gleichzeitig mit dem Inkrafttreten des Gesetzes die Kaiserliche Verordnung außer Kraft trete. Es ist dies zwar im Berichte selbst enthalten, ich möchte aber, nachdem dies eigentlich eine selbstverständliche Bestimmung ist und keinerlei meritorische Abänderung der Beschlüsse des Gewerbeausschusses bedeutet, selbst beantragen, daß im § 13 nach dem ersten Absatz, wo es heißt *(liest)*:

„Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Kraft“ noch hinzugefügt werde *(liest)*:

„Gleichzeitig tritt die Kaiserliche Verordnung vom 7. Dezember 1915, R. G. Bl.

Nr. 364, mit der aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Ausnahmsbestimmungen zur Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben getroffen werden, außer Kraft."

Ich bitte, dem vorliegenden Gesetzentwurfe mit dieser kleinen, rein formalen Abänderung die Zustimmung zu geben, und empfehle außerdem noch die hinzugefügte Entschließung des Gewerbeausschusses zur Annahme, welche dahin geht *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, raschestens vorzusorgen, daß entsprechende Schulen für aus dem Kriege zurückkehrende Angehörige des Gewerbestandes mit besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Anstalten und der der Gewerbeförderung dienenden Einrichtungen in ausreichendem Maße geschaffen werden. Auch dafür ist zu sorgen, daß den gewerblichen Unterricht suchenden heimkehrenden Kriegern diese Schulen bekanntgegeben werden, insbesondere seitens der militärischen Kommanden."

**Präsident**: Ich schlage vor, die General- und Spezialdebatte des vorliegenden Gesetzes unter Einem durchzuführen.

Wenn kein Einwand dagegen gemacht wird, *(Nach einer Pause:)* werde ich so vorgehen.

Es haben sich zum Worte gemeldet: Pro die Herren Abgeordneten Glöckner, Kraus, Parrer und Slavicek.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Glöckner das Wort.

Abgeordneter **Glöckner**: Hohes Haus! Durch den Bericht des geehrten Herrn Berichterstatters wurden im Meritum die Gründe, welche zur Umwandlung der Kaiserlichen Verordnung in ein Gesetz geführt haben, ausführlich dargelegt. Es erübrigt mir nun, auf diese Begründung näher einzugehen.

Wenn ich mich zum Worte gemeldet habe, so habe ich es zumeist aus dem Grunde getan, um meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, daß man endlich den Forderungen des kleinen Gewerbestandes in diesen Belangen, die ja von großer Bedeutung und Wichtigkeit sind, Rechnung getragen hat. Wenn wir uns in die Zeit der Gewerbefreiheit zurückdenken, wo jeder die Gelegenheit hatte, ein Gewerbe anzufangen, ohne gewerblich vorgebildet zu sein, so können wir Gewerbetreibende wohl mit gutem Gewissen dieser Gesetzvorlage aus vollem Herzen zustimmen, handelt es sich doch darum, daß man denjenigen, welche Gut und Blut und Gesundheit geopfert haben in der Verteidigung unserer heimatlichen Scholle, das nicht nachträgt in der Begründung ihrer eigenen Existenz. Wenn wir darauf zurückblicken, welche Opfer gerade der Kleingewerbestand in dieser Richtung bringt, so ist das vorliegende Gesetz wohl nur eine ganz kleine Anerkennung der gebrachten Opfer. Ich glaube, außer der Landwirtschaft ist wohl kein Stand, der so schwere Opfer in diesem Kriege bringt, wie der Gewerbestand. *(Sehr richtig!)* Hunderte, Tausende Existenzen gehen durch die Einberufung, durch das Hineilen zu den Fahnen, durch die Pflichterfüllung in der Vaterlandsverteidigung beim Gewerbestande zugrunde. *(Zustimmung.)* Meine sehr verehrten Herren! Der Gewerbestand nimmt ja zum großen Teile in politischer Beziehung einen konservativen Standpunkt ein, indem er sich auf den staatserhaltenden Standpunkt stellt, wenigstens so weit, als es den deutschen Gewerbestand betrifft. Da muß man, wenn diese Leute nach dem Kriege zurückkehren werden, von banger Sorge befangen sein, was sie dann anfangen werden, aller Mittel bar, in ihrer Existenz vernichtet, zugrundegerichtet und auch dort, wo die Frau oder die Angehörigen sich in den ersten Jahren bemüht haben, diese Existenz zu erhalten, in diesen Bestrebungen durch die lange Dauer des Krieges verhindert.

Wenn man bedenkt, daß aber diejenigen, welche durch Hingabe, durch Aufopferung, durch Zubuße des Ersparten diese Existenz zu erhalten suchten, nach drei Jahren von den Unterhaltsbeiträgen ausgeschlossen sind, dann kann man sich einigermaßen einen Begriff machen von den Leiden, welche der Gewerbestand durchgemacht hat. Durch die Abänderung des Unterhaltsbeitragsgesetzes wurde einigermaßen in der Sache Abhilfe geschaffen, aber viel zu spät. Drei Jahre haben diese Armen diese Entbehrungen auf sich nehmen müssen und wenn irgend jemand gehungert und gedarbt hat, so waren es die Hinterbliebenen dieser armen Gewerbetreibenden, welche auf die Unterhaltsbeiträge keinen Anspruch hatten. *(Zustimmung.)* Wenn wir Gewerbetreibenden nun diese Vorlage tatkräftig unterstützen, so geschieht es nicht nur, weil wir uns freuen, daß der Ausschuß in dieser Beziehung sich auf den Standpunkt der Verordnung stellt, nein, weil wir auch endlich sehen, daß man sich der gewerblichen Interessen, denen sich das Haus leider bisher sehr stark verschlossen hat, doch noch in letzter Stunde endlich einmal erinnert.

Wenn ich mir nun erlaube, auf den schwierigen Stand der Gewerbetreibenden im Wirtschaftsleben hinzuweisen, so wäre das ein Gebiet, welches so umfangreich ist, daß mir tatsächlich meine Zeit nicht hinreichen würde, es entsprechend zu behandeln; ich werde mir daher erlauben, nur in ganz kurzen Umrissen auf die markantesten Umstände hinzuweisen.

Seit vielen Jahren haben sich die Gewerbetreibenden mit den Hausbesitzern bemüht, eine Änderung des Gebäudesteuergesetzes herbeizuführen, weil gerade dem Gewerbestande, unter dem der größte Teil auch Mieter sind, die betreffenden Mißstände seine Lage außerordentlich erschweren. Unsere diesbezüglichen Forderungen haben bisher bei der Regierung taube Ohren gefunden; die Regierung verschließt sich solchen hochwichtigen sozialen Forderungen des Volkes, so daß man es nicht begreifen kann, wie es möglich ist, daß man eine solche Haltung von seiten der Regierung einnimmt. Und da möchte ich mir nun zunächst gestatten, nachdem dies ja in einem engeren Zusammenhang mit der Vorlage steht, darauf hinzuweisen, daß unser Gebäudesteuergesetz, welches auf einem uralten über hundert Jahre alten Gesetz beruht, unhaltbar ist, daß durch dieses Gesetz gerade die Kleingewerbetreibenden auf das empfindlichste getroffen werden, und zwar aus dem Grunde, weil keine andere Berufsklasse, kein anderer Besteuerungszweig so besteuert ist, wie der Hausbesitz. Der Hausbesitz, der Realbesitz wird in einer besonders starken Weise besteuert, besonders draußen in der Provinz. Ich bitte, das nicht mit der Stadt Wien zu verwechseln, das ist immer das Bedauerliche, daß man alles nach der Schablone der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien beurteilt; nein, hier in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, wo die Zentralen so großer Unternehmungen sind, wohin sich alles zieht, um weniger Steuer zu zahlen, ist man so glücklich, nicht jene große Umlagenhöhe zu haben, wie wir sie draußen in den Provinzstädten haben, draußen haben wir Umlagen bis über 300 Prozent auf die direkten Steuern. Am empfindlichsten macht sich also diese Besteuerung bei dem Hausbesitz geltend. Nachdem der größte Teil der Gewerbetreibenden auch Mieter sind, überwälzt sich diese Besteuerung auf die Mieter. Wie ich Ihnen sage: von 100 K Miete bleiben 35 bis 40 K nach Abzug der Steuern, und zwar nicht der Staatssteuer allein; nachdem die Landes-, die Bezirks- und die Gemeindeumlagen darauf lasten, so kommt eine Steuer von 300 bis 350 Prozent zusammen, so daß von 100 K Mietziens heute einem Hausbesitzer tatsächlich nur 30, 35 bis 40 K verbleiben. Das ist keine Steuer mehr, das ist eine Vermögenskonfiskation. Im öffentlichen Leben würde man das als Diebstahl bezeichnen.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich mache den Herrn Redner aufmerksam, daß seine Ausführungen mit dem in Verhandlung stehenden Gegenstande nicht im Zusammenhang stehen.

Abgeordneter **Glöckner**: Ich bitte, das hängt vollständig damit zusammen, und wenn der Herr Präsident allen anderen Rednern so weitgehende Zugeständnisse gemacht hat, so bitte ich, bei mir keine Ausnahme zu machen. Ich muß das anführen, weil das im engsten Zusammenhange steht mit der Bedrückung und mit den Existenzschwierigkeiten des Gewerbestandes.

Wenn schon dieser Zustand außerordentlich dazu beiträgt, daß der Gewerbestand in seiner Existenz gefährdet wird, so ist es doch notwendig, daß sich die Regierung endlich zu einer Abänderung des Gebäudesteuergesetzes herbeilasse. Nun sagt die Regierung allerdings, die Mietzinssteuer könne nicht aufgehoben werden, weil dadurch ein sehr großer Abgang entstünde. Das ist aber total falsch, denn wenn man diese Steuer reformieren würde, würde sich die Bautätigkeit außerordentlich entwickeln und es würde, nachdem das Kapital auch im Hausbesitz in Konkurrenz treten würde, auch in hygienischer Beziehung außerordentlich viel erreicht werden, es würden gesunde und bessere Wohnungen geschaffen werden, wie ja das auch im Auslande der Fall ist. Schauen wir nur hinüber ins Deutsche Reich: wo man drüben 30 K zahlt, zahlen wir hier 300 K. Das sind Zustände, mit denen im Interesse des Gewerbestandes gebrochen werden muß.

Man hat jetzt 100 Millionen Kronen als Aushilfe für den Gewerbestand bewilligt. Wir freuen uns gewiß darüber, daß das hohe Haus dem Gewerbestande gegenüber endlich einmal eine so anerkennenswerte Haltung eingenommen hat, ich muß Ihnen aber sagen, es gibt noch eine Reihe anderer und viel wichtigerer Dinge, welche zur Hebung und Förderung des Gewerbestandes unbedingt notwendig sind, so vor allem die Dienstbarmachung der Maschinentechnik für die Kleingewerbetreibenden. Die Kleingewerbetreibenden sind vermöge der Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeitstage und ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeiter in die Versicherungspflicht miteinbezogen. Ich habe diesbezüglich bereits einen Antrag im Hause eingebracht, welcher dem sozialpolitischen Ausschusse zugewiesen wurde und worin ich die Abänderung dieses Gesetzes analog jenen Bestimmungen, welche für die landwirtschaftlichen Betriebe Geltung haben, verlangt habe. Die landwirtschaftlichen Betriebe zahlen nämlich nur von der Betriebsdauer; wenn sie also 8 oder 14 Tage oder 4 Wochen mit ihren Maschinen arbeiten, so zahlen sie nur für diese Zeit. Der Kleingewerbetreibende aber, der ebenfalls nur periodisch mit seinen Maschinen zu arbeiten in der Lage ist, da er sie ja nur aushilfsweise braucht — mancher Schlosser oder Mechaniker braucht die Bohrmaschine in der Woche vielleicht nur 1 oder 2 Tage — muß für das ganze Jahr zahlen und er muß auch für die Arbeiter die, bei der Maschine überhaupt nichts zu tun haben, in derselben Gefahrenklasse bezahlen wie für die bei der Maschine beschäftigten

Arbeiter, was für den Gewerbetreibenden einen Betrag ausmacht, den er nicht zu erschwingen vermag, so daß er auf die Maschine verzichten muß. *(Zwischenruf.)*

Ich möchte daher die geehrten Herren Kollegen, die im Sozialversicherungsausschuß sind, bitten, soweit es ihnen möglich ist, der Abänderung dieses Gesetzes zuzustimmen. Denn was nützen mir sonst alle Erfindungen! Die Handeskammern und die Gewerbeförderungsinstitute empfehlen uns die Anschaffung von Maschinen; wenn nun einmal der eine oder der andere Gewerbetreibende hineinfällt und sich eine solche Maschine anschafft und er bekommt dann die Vorschriften der Arbeiterunfallversicherung, mein Gott, dann schaut er, daß er die Maschine rasch wieder hinausschmeißt, denn er muß dann zwei oder dreimal so viel zahlen, als er an der Maschine verdienen kann. Diese Zustände müssen abgeändert werden. Und wenn ich mir heute erlaubt habe, hier im hohen Hause bei der Behandlung dieses gewerblichen Gegenstandes auf diese Zustände zurückzukommen, so habe ich es deswegen getan, weil ich bisher keine Gelegenheit hatte, und die Herren werden mir trotz des Einspruches des Präsidenten Recht geben und zustimmen, daß ich das hier zur Sprache bringe. *(Zustimmung.)*

Wenn wir schon auf dem Standpunkte der Abschweifung sind, so gestatten Sie mir auch noch, daß ich eines Umstandes Erwähnung tue. Von der deutschradikalen Partei wurde der Antrag eingebracht, der Antrag Teufel, Hummer und Genossen, wonach den Lehrern, welche tatsächlich hungern, die tatsächlich von allen Angestellten am schlechtesten daran sind, zur Aufbesserung ihrer Lebenshaltung während der Kriegszeit ein Betrag von 60 Millionen bewilligt wird. Das hohe Haus hat gegen die Stimmen der Radikalen die sofortige Behandlung abgelehnt und die Rückverweisung dieses Antrages an den Budgetausschuß beschlossen. Sie wissen aber alle, daß der Budgetausschuß in der nächsten Zeit nicht zur Behandlung dieses Rückverweisungsantrages kommen und daß dadurch die Sache wieder verschleppt, vertagt und verzögert wird. Ich erkläre, daß ich im Namen unserer Partei jedwede Verantwortung ablehnen muß. Betrachten Sie doch, welche Arbeit die Lehrer leisten. Sie werden eingespannt, ganz gegen die Bestimmungen des Gesetzes, sie werden von den Bezirkshauptmannschaften als Dienstmänner behandelt. Wenn sich die Hauptmannschaft keinen Rat mehr weiß, spannt sie die Lehrerschaft ein. Bei den Requisitionen, bei der Sicherstellung der Anbaufläche, bei der Approvisionierung, kurz bei allem wird jetzt die Lehrerschaft in einer Weise herangezogen, die eigentlich nur von dem guten Willen dieser Leute abhängen sollte, denn gesetzlich kann man sie dazu nicht verhalten; aber aus Furcht, weil der politische Chef des Bezirkes ihr Vorgesetzter ist, tun sie die Arbeit. Dadurch würden die Lehrer doch in erster Linie verdienen, daß man ihnen in ihrer trostlosen wirtschaftlichen Lage zu Hilfe kommt. Ich hätte es gern gesehen, wenn dieser Rückverweisungsantrag des Herrn Berichterstatters Steinwender nicht angenommen worden wäre. Der Herr Kollege Steinwender hat den Antrag mit der Motivierung gestellt — natürlich glaubt er es selbst nicht —, dieser Betrag sei noch zu wenig. Da hätte er ruhig sagen können: Ich beantrage die Erhöhung dieses Betrages. Aber die Rückverweisung deswegen zu beantragen, weil er ihm zu wenig weit geht, das ist Mumpitz, das glaubt niemand, und das trägt auch nicht dazu bei, das Ansehen des Herrn Steinwender unter seinen Kollegen im hohen Hause wesentlich zu heben.

Ich komme zur Approvisionierungfrage. Da sind wieder die Kleingewerbetreibenden am übelsten daran und außerdem auch die kleinen Angestellten. Diejenigen, welche Organisationen angehören, zum Beispiel die Arbeiter, die Konsumvereinen usw. angehören, sind insofern besser daran, als die Konsumvereine den Großeinkaufsgenossenschaften angeschlossen sind, die die Möglichkeit einer besseren Beschaffung von Lebensmitteln bieten. Ich gönne es den Arbeitern von ganzem Herzen, aufrichtig sage ich das, aber es sind hier Lücken in den behördlichen Verfügungen eingetreten, unter denen gerade der Gewerbetreibende außerordentlich leidet, und zwar deshalb, weil eine Doppelversorgung eingetreten ist. Wir sind ja gar nicht mehr in der Lage, das zu leisten, und ich als Bürgermeister weiß das am allerbesten zu beurteilen. Jetzt haben wir endlich ein wenig Ordnung in die Dinge gebracht, es wird der Bedarf für die ganze Bevölkerung der Stadt zugewiesen, dann wird der Bedarf den Konsumvereinen zugewiesen und nun tritt eine Doppelversorgung ein. Allerdings hat man nun eine reinliche Scheidung durch den Ausweis der Mitglieder durchgeführt, wodurch eine bessere Regelung ermöglicht wurde, aber bisher haben gerade die kleinen Gewerbetreibenden, welche nicht diesen Organisationen angehört haben, außerordentlich daraufgezahlt und unter den Entbehrungen infolge der knappen Lebensmittelversorgung außerordentlich gelitten.

Und nun komme ich zum Schlusse auf die Enthebungen. Ich will dem Landesverteidigungsministerium nicht im geringsten nahetreten, aber es werden Leute enthoben, die tatsächlich nicht enthoben werden sollten, und es wird andrerseits Leuten die Enthebung versagt, die außerordentlich notwendig gebraucht werden. Wenn wir uns in den einzelnen Garnisonsorten umsehen, finden wir eine Masse von Leuten, die dort herumliegen und keine Verwendung

oder Beschäftigung haben, während sie zu Hause unendlich viel Nützliches leisten könnten. Man sagt immer, wir im Hinterlande sollen durchhalten: da darf uns aber die Regierung nicht die Möglichkeit des Durchhaltens durch die Einberufung solcher Leute erschweren, die nachweisbar lungenkrank oder herzkrank sind, und ich könnte Ihnen aus meiner eigenen Erfahrung mit meinen Beamten von solchen Leuten erzählen, die immerfort krank sind. Ich habe bei den Assentierungen gesagt: Meine Herren, der Mann ist ja krank, er muß ja fortwährend zum Doktor laufen, und er ist schon einmal als untauglich zurückgestellt worden. Er wurde aber einberufen, kam auf vier, fünf Wochen ins Spital, wurde superarbitriert, bei der neuen Musterung aber wieder als frontdiensttauglich erklärt; dann rückt er ein, ist acht Tage dort, kommt wieder ins Spital, bleibt dort wieder zwei, drei Monate, und endlich wird er mit C klassifiziert und entlassen, muß aber Schreiberdienste besorgen, während ich ihn für die militärischen Agenden außerordentlich notwendig in der Gemeinde brauche. Ich will ja das Landesverteidigungsministerium nicht verantwortlich machen und ich kann ja sagen, daß im Landesverteidigungsministerium die Enthebungsgruppen, soweit ich es zu beurteilen in der Lage bin, sehr darauf bedacht sind, diesen Umständen Rechnung zu tragen, aber Tatsache ist, daß ein sehr großer Teil der Leute herumlungert und enthoben ist, der es nicht verdient, während man gerade von den kleinen Gewerbetreibenden eine Unmasse einberufen hat und festhält, die nichts leisten können, die notorische Spitalsbrüder sind und bei denen dies alles vorauszusehen ist. Aber nein, man behält sie in den Spitälern zurück und gibt sie nicht frei, obwohl sie zu Hause außerordentlich viel in der Volkswirtschaft leisten und das Durchhalten erleichtern könnten. Das sind Zustände, die man hier im Hause offen zum Ausdruck bringen muß. Ich möchte nur wünschen, daß jene maßgebenden Behörden, welche darüber zu wachen und zu verfügen haben, diese von mir hier angeführten Beschwerden beherzigen und nach Möglichkeit Abhilfe schaffen. Im übrigen empfehle ich die Vorlage zur Annahme. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kraus.

Abgeordneter **Kraus:** Hohes Haus! Der Bericht des Gewerbeausschusses, wie er uns heute vorliegt, schafft erleichternde Ausnahmsbedingungen für den Antritt und die Fortführung von Gewerben für jene, welche zur Kriegsdienstleistung einberufen wurden und während dieser Zeit die gesetzmäßige Verwendungszeit im Gewerbe nicht erlangen und die Gehilfenprüfung nicht rechtzeitig ablegen konnten. Der Gehilfenprüfung werden sich allerdings auch nach diesem Gesetzentwurf die Anwärter unterziehen müssen; es empfiehlt sich aber doch, daß zu diesem Gesetzentwurf der Regierung eine Entschließung beantragt, wenn auch keine einschränkende Bestimmung getroffen werde, daß mit Rücksicht auf die praktische Betätigung des Baumeistergewerbes, von der das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter und der Bewohner des betreffenden Hauses abhängt, die Regierung aufgefordert werde, bei Erteilung von Konzessionen an Baumeister darauf Rücksicht zu nehmen, daß nicht die ganze im Militärdienste zugebrachte Zeit im Baufache als Maßstab für die Erleichterungen angenommen wird, sondern bloß jene militärische Verwendung im Baufache, die im Hochbaufach zugebracht wird.

Auf Grund der Wichtigkeit des Baumeistergewerbes beantrage ich nun folgende Entschließung *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß bei Berechnung der für den Antritt des Baumeistergewerbes vorgeschriebenen Verwendungs- oder Betätigungszeit auf den Nachweis der durch praktische Betätigung erworbenen Erfahrung besondere Rücksicht genommen werde, da die praktische Erfahrung des Baumeisters vielfach allein Leben und Gesundheit der Bauarbeiter wie der künftigen Bewohner der Neubauten vor Schaden bewahren kann."

Nun, verehrte Herren, dauert der Krieg dreieinviertel Jahre. Die Folgen des Krieges haben sich besonders bei dem Gewerbestande außerordentlich gezeigt und zu einer tiefgehenden Schädigung dieses Standes geführt. Teilweise waren für diese Schädigungen unabwendbare Verhältnisse maßgebend, teilweise Verordnungen der Regierung, die sich mehr oder weniger gegen den Gewerbestand richteten. Es ist unbestreitbar und es wird auch von vielen Seiten zugegeben, daß neben den Festbesoldeten aller Art der Gewerbestand am meisten im Kriege gelitten hat, aber eigentümlicherweise finden wir trotz dieser Schädigung, daß der Gewerbestand ganz gewaltig zur Steuerleistung herangezogen wurde. Der Staatsvoranschlag, den wir vor wenigen Tagen auf kurze Zeit verabschiedet haben, zeigt uns, daß die Erwerbsteuer während des Krieges um 29·9 Millionen gestiegen ist. Das sind 100 Prozent. Wenn wir die Ergebnisse der Veranlagung, der Bemessung der Erwerbsteuer in den einzelnen Ländern uns kurz vor Augen führen, so finden wir, daß Salzburg allein eine Erwerbsteuer von 570.000 K, Kärnten eine solche von 640.000 K, Oberösterreich eine solche von 1,110.000 K, Tirol von 1,050.000 K, Steiermark gar eine Erwerbsteuer von 2,770.000 K zu entrichten haben. Allerdings ist die Erwerbsteuer des Landes Mähren noch größer als die Erwerb-

steuer aller dieser fünf Kronländer zusammen und die Erwerbsteuer des Landes Böhmen beträgt das Zweieinhalbfache der Erwerbsteuer der vorhin genannten Länder, nämlich 16·6 Millionen, wovon ein großer Teil auf den deutschen Teil des Landes, auf die deutschen Handwerker entfällt. Diese hohe Erwerbsteuer fällt uns umsomehr in die Augen, weil die Bautätigkeit vollständig darniederliegt. Hunderttausende Handwerker sind mit ihren Gehilfen zur militärischen Dienstleistung herangezogen, Tausende Werkstätten geschlossen; überall herrscht Mangel an Rohmaterial, was vielfach die Ausübung des Gewerbes verhindert oder wenigstens eine Erweiterung des betreffenden Betriebes unmöglich macht und trotz alledem ist die Erwerbsteuer doppelt so hoch wie im Jahre 1913. Ich bitte, das Nachlassen jeder Bautätigkeit nicht gar zu leicht zu nehmen. Das Fehlen der Bautätigkeit hat heute schon überall eine gewisse Wohnungsnot gezeitigt, die besonders beim Mittelstand und bei den Wohnungen der Arbeiterschaft sich außerordentlich fühlbar macht. In Deutschland beschäftigt man sich seit Monaten damit, wie diesem Wohnungsmangel Abhilfe geschaffen werden kann, und dort ist es allerdings bedeutend leichter, weil die Gemeinden eingreifen können, weil die Hauszinssteuer in Deutschland mehr oder weniger eine Gemeindesteuer ist und infolgedessen die betreffenden Gemeinden gewisse Erleichterungen geben können. Bei uns ist das viel schwerer möglich. Der Abgeordnete **Glöckner** hat in seiner Rede bereits die hohe Hauszinssteuer gestreift, welche die Bautätigkeit vollständig lahmlegt. Dazu kommen noch die hohen Stempeln und Gebühren.

Die Baukosten haben sich während des Krieges verdoppelt. Das Holz allein hat gegen die Friedensjahre und noch gegen das erste Kriegsjahr 1914 eine Erhöhung um das Vier- bis Fünffache des Preises erfahren. Ich möchte daran erinnern, daß wir anfangs dieses Jahres bei dem damaligen Minister für öffentliche Arbeiten, Exzellenz Trnka erschienen sind und ihn gebeten haben — es bestanden damals noch Friedenspreise des Holzes —, er möchte mit Seiner Exzellenz dem Herrn Ackerbauminister Fühlung nehmen, damit rechtzeitig Höchstpreise für Holz festgesetzt werden. Damals wäre hiezu noch Zeit gewesen und es wäre, wenn diese Höchstpreise festgesetzt worden wären, unmöglich dazu gekommen, daß Holz sowie andere Artikel oder Materialien einfach vom Markte verschwinden, weil es nicht so leicht verschwinden kann. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß noch im zweiten Kriegsjahr der Vertreter einer größeren Herrschaft mich ersucht hat, ich möge darauf hinwirken, daß die Gemeinden meines Wahlbezirkes von dieser Herrschaft Holz beziehen, weil ein so großer Holzvorrat vorhanden war, daß es hätte verfaulen oder unbrauchbar werden können. Damals hat der Vertreter dieser Herrschaft noch die Preiskonzession gemacht, daß er sich bereit erklärte, das Holz um 10 Prozent billiger zu liefern als im Jahre 1914.

Im Jahre 1915 war also noch ein Überfluß an Holz vorhanden. Im Laufe der nächsten zwei Jahre ist aber das Gegenteil eingetreten. Die Holzvorräte sind vollständig geräumt und der Preis ist unendlich gestiegen. Es wird unter diesen Verhältnissen natürlich niemanden einfallen, bei solchen Materialpreisen ein Haus zu bauen. War der Hausbesitz schon in Friedenszeiten unlohnend, um wie viel mehr jetzt, wo sich die Gestehungskosten verdoppelt haben. Das Fehlen der Bautätigkeit ist um so bedauerlicher, als ein großer Teil der Arbeiterschaft — beinahe die Hälfte — von der Bautätigkeit lebt. Allerdings kann ich auch die militärischen Kommandos nicht von der Schuld frei sprechen, daß sie durch ihr Verhalten das übermäßige Steigen der Holzpreise bewirkt haben, weil sie den Waldbesitzern jeden verlangten Preis geboten und bewilligt haben.

Nun wurde Holz allerdings vielfach als Ersatz für Kohle verwendet und das kann vielleicht dazu geführt haben, daß die großen Holzbestände vollständig geräumt sind. Ich möchte bei diesem Anlasse auch wegen der Kohlenzuweisungen an Gewerbetreibende einige Worte sagen. Es empfiehlt sich im öffentlichen und nicht minder im gewerblichen Interesse, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten auch den verschiedenen Arten der Gewerbe, die Kohle benötigen, die gewünschte Kohle anstandslos zuweist. *(Abgeordneter Heine: Sie werden an die Gemeinden verwiesen und die Gemeinden haben keine Kohlen!)* Ganz richtig. Es sind verschiedene Gewerbearten, kleine Industrieen, die zur Fortführung ihrer Betriebe unbedingt Kohle benötigen. Ich verweise auf die Schneider, auf die Kürschner, ich verweise aber auch auf die Heimarbeiter der Glasindustrie im Haidaer Gebiete, welche eine reine Exportindustrie ist und wo die Heimarbeiter, mehrere tausend Glasmaler, dadurch, daß sie die Zeichnungen oder Malereien in die Gläser einbrennen müssen, zur Erzeugung dieser Gläser unbedingt Kohle benötigen. Die Förderung der Glasindustrie ist aber auch deswegen von besonderer Wichtigkeit, weil es eine Exportindustrie ist und weil die betreffenden Fabrikanten im Frühjahr von der Leipziger Messe zurückgekommen sind und viele Millionen Aufträge mitgebracht haben. Durch diese Aufträge tritt gleichzeitig eine wesentliche Verbesserung der Valuta ein, denn es ist bekannt, daß die betreffenden Geschäftsleute die ausländischen Rechnungen nicht in barem Gelde bezahlt erhalten, sondern diesen Erlös in Reichsmark oder holländischen Gulden einfach an die Österreichisch-Ungarische Bank abführen und in Kronenwährung den entsprechenden Rechnungsbetrag rückersetzt bekommen. Wie wichtig

erartige Geschäfte mit dem Auslande sind, brauche ch heute wohl nicht besonders auseinanderzusetzen.

Nun bekam ich dieser Tage auch eine Zuschrift iner Gewerbegenossenschaft in Wolfersdorf, welche benfalls vor vielen Wochen um Zuweisung von Kohle angesucht hat. Das Ansuchen hat aber keine Erledigung gefunden. Der Fall liegt so. In diesem Orte in dem Bezirke Böhmisch-Leipa ist eine ansessene Pfeifen- und Pfeifenspitzenindustrie, gegen 0 kleine Meister und 28 Gehilfen, 7 Lehrlinge nd 20 Frauen sind dabei beschäftigt, wo der etreffende Betrieb sich schon seit Jahrhunderten von Vater auf den Sohn vererbt hat und wo diese Heimstättenindustrie eigentlich zum Orte gehört und von ihm gar nicht zu trennen ist. Es ist Sache iner Mittelstandspolitik, daß die Regierung nach der Richtung hin solche Heimindustrien fördert, weil das eine seßhafte Bevölkerung ist, Leute, die derzeit gute und treue Staatsbürger waren und uch bleiben. *(Zwischenrufe.)*

Bei diesem Anlasse sei es mir auch gestattet, n Seine Exzellenz den Herrn Minister für Landesverteidigung das Ersuchen zu richten, daß jene Gewerbetreibenden, die den älteren Jahrgängen ngehören, die sich vielleicht schon im Hinterland efinden, über Ersuchen ihrer Familien in der Nähe rer Heimat verwendet werden können. Es ist nicht anz gleichgültig, wenn ein Handwerker, dessen rau vielleicht das Geschäft notdürftig zu Hause eiterführt und draußen in Deutschböhmen wohnt, ingerückt ist und selbst fern der Heimat in militärischer Verwendung steht; denn wenn er in der Nähe iner Heimat verwendet würde, so könnte er zu ause wenigstens die nötigen Anleitungen geben, m auf den weiteren Bestand des Geschäftes oder es Gewerbes hinzuarbeiten.

Ich habe eingangs meiner Ausführungen bereits ewähnt, daß die Kriegszeit vielfach dazu benutzt urde, um den Gewerbestand zugrunde zu richten. *Zustimmung.)* Ich möchte da besonders auf einen Antrag der Herren Abgeordneten Baron Hock und Genker hinweisen, der nichts anderes im Auge hat, er die Regierung auffordert, innerhalb Jahresfrist in neues Gewerbegesetz vorzulegen, in welchem der Befähigungsnachweis, der von dem Gewerbestande art erkämpft wurde, verschwindet. Ihrer Gewerbefreundlichkeit haben die Herren auch dadurch Ausruck gegeben, daß sie die Zuweisung dieses Antrages nicht an den Gewerbeausschuß, sondern an en volkswirtschaftlichen Ausschuß verlangt haben. Das Präsidium des hohen Hauses hat nun eigentümlicherweise dem Wunsche der Antragsteller Folge egeben und der Antrag wurde dem volkswirtschaftlusschuß zugewiesen. Es muß aber mit aller Entschiedenheit dagegen protestiert werden, daß bei olchen Anträgen allein der Wille der Antragsteller maßgebend sein kann, es muß für die Zuweisung auch der sachliche Inhalt des betreffenden Antrages von ausschlaggebender Bedeutung sein. *(Abgeordneter Ritter v. Mühlwerth: Es könnten ja dann auch Justizgegenstände einmal dem Notstandsausschusse zugewiesen werden!)* Ja, es ist vorgekommen, daß Anträge, die eine verbessernde Änderung des Gewerbegesetzes beinhalten, dem Gewerbeausschuß zugewiesen wurden, während ein Antrag, der doch eine Verschlechterung des Gewerbegesetzes enthält, dem volkswirtschaftlichen Ausschusse zugewiesen wird.

Wenn ich heute über die Verhältnisse des Gewerbestandes gesprochen habe, so möchte ich auch darauf hinweisen, daß es notwendig sein wird, bei Beginn der Demobilisierung, dafür Sorge zu tragen, daß diese ungeheuer vielen Heeresausrüstungsgegenstände, welche jedenfalls für die Heeresverwaltung dann unnötig sein werden, gegen entsprechende Bezahlung den Gewerbegenossenschaften zugewiesen werden. Die Militärverwaltung hat allerdings bisher stets den Standpunkt eingenommen, derartige Sachen auf der entgegengesetzten Seite abzugeben oder überhaupt Lieferungen sogenannten Generalunternehmern zu übertragen. Vom gewerblichen Standpunkt aus aber empfiehlt es sich ganz bestimmt, daß diese Sachen, die verkauft werden, den Gewerbegenossenschaften überwiesen werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil heute schon ein sehr großer Materialmangel herrscht, weil dieser Materialmangel nach der Demobilisierung nicht verschwinden wird und weil der Gewerbetreibende infolge seiner geringen Kapitalskräftigkeit nicht in der Lage sein wird, im vorhinein die Waren, die er bezieht, zu bezahlen und weil es infolgedessen notwendig ist, ihm nach dieser Richtung hin Erleichterungen zu schaffen.

Das, was ich heute in großen Umrissen zusammengesetzt und Ihnen mitgeteilt habe, das sind, verehrte Herren, Grundzüge einer guten Mittelstandspolitik. Von einer solchen ausgehend, muß auch der Antrag des Herrn Abgeordneten Teufel und Genossen betrachtet werden, der einen Kredit von 100 Millionen Kronen für den Gewerbestand verlangt. Durch die Bewilligung dieses Antrages soll es ermöglicht werden, den heimkehrenden Handwerkern durch unverzinsliche Darlehen oder Subventionen die Möglichkeit zu schaffen, daß sie ihre Geschäfte neu- oder wiederaufrichten und sich die notwendigen Materialien einkaufen können. Wir können allerdings mit der Durchführung des Antrages nicht so lange warten, bis die Demobilisierung begonnen hat; das wäre vollständig verfehlt, hier muß rasch eingegriffen werden, und es muß den Hunderttausenden Handwerkern, die an der Front stehen, die Sorge genommen werden, wie sie nach dem Kriege ihre Werkstätten wieder in Betrieb

setzen, wie sie sich ihre Rohstoffe beschaffen können. Das ist das Ziel dieses Antrages gewesen.

Meine sehr verehrten Herren! Der Gewerbestand ist gewiß der bescheidenste und geduldigste; vernachlässigt von manchen politischen Parteien, ringt der Gewerbestand hart um seine Existenz. Es darf nicht dazu kommen, daß man dasjenige, was sich der Gewerbestand in jahrelanger Arbeit erworben hat, seinen Befähigungsnachweis, ihm wieder nimmt. Wir müssen und wollen auch dem Gewerbestand das Recht geben, das ihm gebührt und das wir andern Ständen nicht vorenthalten und versagen: das Recht auf seine Zukunft, auf seine Entwicklung. Wenn wir dies tun, wenn wir dem Gewerbestand dieses Recht zuerkennen, dann werden wir ganz bestimmt eine Grundfeste unseres Staates, und zwar eine wichtige Grundfeste erhalten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Parrer das Wort.

Abgeordneter **Parrer**: Ich werde Ihre Geduld nicht mehr lange in Anspruch nehmen, um so weniger als meine beiden Herren Vorredner, die Abgeordneten Glöckner und Kraus, in ausgezeichneter Weise vieles von dem erwähnt haben, was ich erwähnen wollte.

Im Einvernehmen mit dem Deutsch-österreichischen Gewerbebund habe ich zur Kaiserlichen Verordnung vom 7. Dezember 1915, betreffs Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben für Kriegsinvalide folgendes zu erwähnen:

Es hat sich bis jetzt eine besonders starke Inanspruchnahme der Dispensmöglichkeit oder der erleichterten Befähigungsnachweisung nicht gezeigt und es kann daher gegen die Gesetzwerdung der Verordnung unter der Voraussetzung der im § 12 des Entwurfes vorgesehenen dreijährigen Löschungsfrist nach dem Friedensschlusse vom gewerblichen Standpunkte keine Einwendung erhoben werden. Es kann selbstverständlich nur als eine Erleichterung begrüßt werden, welche denjenigen zufällt, die ihre militärischen Dienstleistungen gemacht haben und die nicht so glücklich daran sind wie viele, die im Hinterlande daheim ohne Gefahr ihrem Gewerbe nachgehen können.

Trotzdem muß der Gewerbestand darauf dringen, um jeden Mißbrauch dieser Begünstigungen hintanzuhalten, daß vor allem der Begriff „Kriegsinvalide" genau fixiert wird. Deshalb stelle ich besonders an den Herrn Berichterstatter die Bitte, darauf hinzuwirken, daß dieser Begriff in einer Durchführungsverordnung klar präzisiert werde, damit nicht da vielleicht Unwürdige die Wohltaten des Gesetzes in Anspruch nehmen können. *(Zustimmung.)*

Eine Hauptsache ist auch — und dies ist auch aus Vorsicht notwendig zu erwähnen und soll auch damit im Zusammenhang in einer Durchführungsverordnung begründet werden —, daß das Recht zum Halten von Lehrlingen nur jene erhalten, welche nicht nur die Invalidenkurse, sondern auch die Meisterkurse absolviert haben. Diesen Standpunkt müssen wir selbstverständlich im Interesse unserer Gewerbetreibenden aufrechterhalten, wenn wir uns auch da mit einigen Kollegen des Hauses in Gegensatz stellen. Es wäre im Interesse der ganzen Gewerbeaktion wünschenswert, wenn die von mehreren Seiten und auch von seiten unserer Partei durch den Kollegen Loser angeregte Unterstützung der Gewerbetreibenden mit einem Betrage von 100 Millionen ehebaldigst zur Durchführung käme, denn es kann von gar niemandem geleugnet werden, daß zu denjenigen Ständen, welche die größten Opfer gebracht haben, gewiß auch der Gewerbestand gehört.

Bedauerlich ist es — und es tut mir leid, daß Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister nicht anwesend ist —, daß man superarbitrierte Gewerbetreibende, speziell in den Landgemeinden draußen unsere Wagner und Schmiede, einberuft; Leute, die ein Jahr hindurch bereits die Invalidenpension bezogen haben und die wir draußen als Aufsichtspersonen notwendig brauchen würden, die zurückzubekommen wir uns als Bürgermeister und Abgeordnete viel Mühe gegeben haben, sind nicht zurückzuerhalten. Wie kann man von Hebung der Produktion sprechen, wenn man es den Landwirten unmöglich macht, ihre einfachsten Geräte reparieren zu lassen?

Ich habe in meiner Gemeinde zum Beispiel einen Wagner, der Mann hat acht Kinder, er ist zum Waffendienst untauglich, seine Frau bezieht eine Unterstützung von 12 K und der Mann lungert unten in Montenegro in einer kleinen Werkstätte herum, wo kaum vier Personen Platz haben und 16 Wagner arbeiten sollen, die aber natürlich alle zusammen nicht so viel machen wie zu Hause zwei Wagner. Wir brauchen den Mann notwendig, können ihn aber nicht zurückbekommen. Dort lungert er herum und zu Hause fehlt er seinen Kindern. Es wäre schon aus sozialpolitischen und auch aus kulturellen Gründen notwendig, daß ein Vater von acht Kindern . . . . . *(Abgeordneter Exner: Ein gewisser Odehnal aus Hrotowitz hat 2400 Joch, der ist auch in Montenegro und man kann ihn, obwohl er entbehrlich wäre und seine Enthebung bereits bewilligt ist, nicht losbekommen!)* Also ein ganz ähnlicher Fall. Da wäre also eine Remedur gewiß notwendig und man sollte berechtigten und durchaus begründeten Gesuchen doch mehr Aufmerksamkeit schenken als bis jetzt. Seinerzeit hat Exzellenz Ertl, der Leiter des Ackerbauministeriums

mit Recht darauf verwiesen, daß oft untergeordnete Personen die gute Idee von Ministern ganz unmöglich machen. *(Zustimmung.)* Das ist auch bei diesem Wagner der Fall. Ein Oberleutnant hat sich über alles hinweggesetzt, er hat sich auf ihn spriziert und hat ihn nicht weggelassen.

Ich bitte, indem ich meine Ausführungen schließe, um einstimmige Annahme des Gesetzes. *Beifall.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Kraus hat folgende Entschließung eingebracht *(liest):*

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß bei Berechnung der für den Antritt des Baumeistergewerbes vorgeschriebenen Verwendungs- oder Betätigungszeit auf den Nachweis der durch praktische Betätigung erworbenen Erfahrung besondere Rücksicht genommen werde, da die praktische Erfahrung des Baumeisters vielfach allein Leben und Gesundheit der Bauarbeiter wie der künftigen Bewohner der Neubauten vor Schaden bewahren kann."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diese Resolution unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolution ist unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte gelangt Herr Abgeordneter Slavíček; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Slavíček:** Slavná sněmovno! Nyní ujímám se slova k vůli tomu, abych jako kolegové němečtí poukázal na některé chyby, které se staly se strany vlády vůči střednímu stavu, zejména vůči řemeslnictvu, které cítí se již postiženo proto, že státní správa při každé příležitosti střední stav přehlížela, na nic se ho neptala a vydávala nařízení, která směřovala přímo proti živnostnictvu a omezovala jeho činnost. Divím se tudíž pranic, když kolegové Glöckner nebo Kraus řekli, že střední stav přijde o pravdu vnivec.

Hohes Haus! So muß in administrativer Beziehung angeführt werden, daß es scheint, daß seit Kriegsbeginn bis zum heutigen Tage die Vorschriften des Gewerbegesetzes, welches doch eine fortwährende, durch die gewerbegenossenschaftliche Organisation höherer und höherer Ordnung zu vermittelnde Beführung des Gewerbestandes mit der Behörde im Sinne hat, gar nicht bestehen. Es ist doch hinlänglich bekannt, daß die gewerbegenossenschaftlichen Bezirksverbände, respektive ihre Ausschüsse Beiräte der Gewerbebehörden erster Instanz bilden, sowie auch die territorialen gewerbegenossenschaftlichen Landesverbände, wie auch die gewerblichen Fachgenossenschaftsverbände als solche beratende Organe dieser Behörden zweiter Instanz anzusehen sind. Es ist auch nicht nötig, erst nachzuweisen, daß wir einen obersten Beirat für Gewerbeangelegenheiten, das ist den Gewerberat als Beirat des Handelsministeriums haben, welcher doch als höchste beratende Körperschaft in der Gewerbepolitik für die Administrative gegründet worden ist, eine Institution, deren Aufgabe es ist, getreu die Wünsche und Bedürfnisse des Gewerbestandes kundzugeben und deren Erfahrungen aus dem praktischen Leben die Grundlage zum Studium und zur weiteren wissenschaftlichen und gesetzgebenden Entwicklung der ganzen Gewerbepolitik bilden sollten. Leider sollte es so sein, aber es war nicht so und ist nicht so.

Während der ganzen Dauer des Krieges, welcher in die Gewerbepolitik sozusagen revolutionären Umsturz gebracht hat, ist kein einziger von den gewerblichen Beiräten einberufen worden. Die ganze Kriegsdauer hindurch hat die Regierung es nicht für nötig erachtet, den Gewerberat einzuberufen, obzwar im Verlaufe dieser drei Jahre hunderte verschiedener Verordnungen erlassen worden sind, welche mehr oder weniger die Existenz des Gewerbestandes berühren.

Wir waren uns immer dessen bewußt, daß die Regierung in der Politik des Mittelstandes unaufrichtig ist und erhofften keine Wunder, aber daß sie mit einem solchen Zynismus Institutionen übergehen wird, welche sie einst selbst gegründet hat, haben wir doch nicht erwartet. Die Regierung erließ gleich eine ganze Reihe von Verordnungen, mit welchen Gewerbe in ihrer Ausübung eingeschränkt werden, schrieb ganze Reihen von Strafen für sogenannte Übertretungen vor und häufte Erlässe, welche sich gegenseitig widersprechen. Manche Verordnungen kann nicht einmal die juridische Fakultät auslegen, und das nur deshalb, weil man erfahrene und fachmännisch gebildete Männer und Organisationen nicht gehört hat. Wahrlich, mit Recht wird öffentlich behauptet, die Regierung habe anstatt Ordnung Unordnung geschaffen.

Wir können uns dann nicht wundern, daß auch die Behörden zweiter und erster Instanz die Gewerbeordnung und die gewerblichen Organisationen ignoriert haben. Dem Herrn Statthalter im Königreiche Böhmen ist es nicht einmal eingefallen, in dieser oder jener Angelegenheit praktische Gewerbsleute zu hören. Wozu auch? Die Regierung hat ihm ein gutes Beispiel gegeben und er richtete sich nach demselben.

Die Bezirkshauptmannschaften haben natürlich nicht anders gehandelt. Nicht nur, daß sie den Beirat nicht zurate gezogen haben, sondern es wurde auch jeder gewerbliche Funktionär, der im Amte etwa vorsprach, damit abgetan, daß die Bezirks-

hauptmannschaft für solche Sachen jetzt keine Zeit habe. Es versteht sich von selbst, daß unter diesen Umständen auch die instruktiven Organe nicht viel Lust zur Arbeit hatten und sich nur darauf beschränkten, die Gewerbetreibenden zu Loyalitätskundgebungen, zum Zeichnen der Kriegsanleihen und zum Sammeln von Spenden zu Kriegswohltätigkeitszwecken anzueifern.

Kein Wunder, daß die ganze Administrative der Gewerbepolitik ins Stocken geriet und daß auch die gewerblichen Organisationen ihren Arbeiten nur mit großen Schwierigkeiten nachgehen konnten. Es wird sich auch niemand wundern, daß sich letztere um Hilfe direkt an die Regierung wandten, welche in ihrer Sorgfalt ihnen andeutete, daß sie sich endlich einmal abgewöhnen müssen, sich auf die Hilfe der Regierung zu verlassen, und daß es Sache der Gewerbetreibenden selbst ist, ihre Organisation zu erhalten. Diese Handlungsweise der Regierung wird um so mehr hervorragen, wenn wir darauf hinweisen, daß sie sich in einer Zeit abwickelte, wo die Hälfte der Genossenschaftsmitglieder in Kriegsdiensten stand, in einer Zeit, in welcher alle Einnahmen den Genossenschaften entgangen sind. Sollten die Gewerbeorganisationen ein Lebenszeichen von sich geben, so hätten sie ihr Stammvermögen, welches doch für kritische Zeiten angesammelt worden war, in Anspruch nehmen müssen. Dies wurde ihnen aber leider verboten. Dieses Vermögen mußten sie, ob sie wollten oder nicht, zum Zeichnen der Kriegsanleihen verwenden. Die Instruktionsorgane, anstatt Rat und Hilfe zu spenden, drohten mit Anzeigen und hatten für den Gewerbestand und seine Bedürfnisse keinen Sinn.

Gerade so wurde auch mit dem böhmischen Gewerbestande in wirtschaftlicher Beziehung verfahren.

Zu Beginn des Krieges, wo es noch genug der Rohprodukte und des Materials gab, ignorierte die Regierung alle um Zuweisung von Kriegslieferungen sich meldenden Gewerbeorganisationen. Dafür bevorzugte sie in jeder Richtung das Großkapital. Gemeinschaftlich mit der Militärverwaltung hat sie für Hunderte von Millionen Armeelieferungen an Fabriken verteilt, erteilte ihnen ein Vorzugsrecht im Bahnverkehr, befreite Millionäre vom Militärdienste, versorgte sie nicht nur mit Zivilarbeitern, sondern stellte in die Fabrikswerkstätten dieser Großkapitalisten auch Soldaten ein, requirierte für sie endlich alle Roh- und Halbprodukte und verhalf ihnen so auf Kosten nicht nur der Gewerbetreibenden, sondern aller Steuerträger zu millionenfachem Gewinne.

Unsere Gewerbsleute, ihre Gehilfen und Lehrlinge mußten dafür an die Front gehen und solche, welche nicht im Militärdienste verpflichtet waren oder zu selbem für ungeeignet erkannt wurden, sind zu Kriegsleistungen herangezogen worden, und obwohl die Gewerbsleute zu Hause eingerichtete Werkstätten hatten, in welchen sie ohne Verzug für den Staat arbeiten konnten, wurden sie als Arbeiter in Großbetriebe kommandiert, wo sie unter Militärbefehl mit 16 Heller täglich königlich entlohnt wurden.

Dieses Vorgehen ist um so schlechter, als dadurch nicht nur ganze Reihen selbständiger Gewerbsleute wirtschaftlich gänzlich ruiniert worden sind, sondern auch diejenigen, welche den Mut hatten, dieses Vorgehen und die ungesunden Zustände bei den Bezirkshauptmannschaften, ja auch zu Hause bei den Gemeinden, zu kritisieren, strafweise zum Militärdienst einberufen worden sind, wogegen schmeichlerischen und charakterlosen Leuten Schutz zuteil wurde.

Alle Gewerbetreibende konnte die Militärverwaltung aber nicht zu Kriegsleistungen heranziehen und deshalb mußte sie den zu Hause Verbliebenen auch ein Vergnügen bereiten. Daß es alle möglichen wirtschaftlichen Zentralen gibt, weiß ein jeder. Hätte die Regierung diese Zentralen in eigener Regie errichtet und Leute, welche diese verhaßten Institutionen führen, gegen Entlohnung von 16 h täglich zu Kriegsleistungen einberufen, wie sie es mit den Kleingewerbetreibenden getan hat, und hätte die Regierung gerecht Nahrungsmittel, Waren und Rohprodukte bei allen Ständen und in allen Kronländern gleichmäßig requiriert und sie wieder gleichmäßig verteilt, so wären die Zentralen segensreiche Staatseinrichtungen.

Weil wir aber das Gegenteil sehen, haßt das Volk diese Institutionen und grollt der Regierung, weil sie sie bevorzugt und in Schutz nimmt. Was sind eigentlich die Zentralen? Das sind Gesellschaften vom Militärdienst befreiter Wucherer und Erpresser, welche Millionen erwerben, Gesellschaften, rücksichtlich welcher ein höherer österreichischer Offizier, ein Deutscher, sich ausgesprochen hat: „Diese Banden gehören in die vordersten Schützengräben samt denen, die sie in Schutz nehmen.“ Und solchen Banden — gemäß Aussage jenes Offiziers — wird die ganze Wirtschaft im Reiche anvertraut.

Solchen Wucherern wurde das ausschließliche Einkaufs- und Verkaufsrecht eingeräumt. Sie ziehen alle möglichen Waren ein und denen, welchen sie Waren im Requirierungswege abgenommen haben, verkaufen sie selbe wieder mit hohem Gewinn zurück.

Das ist eine sonderbare Wirtschaft, welche für das ganze Reich traurige Folgen haben wird, und wehe denen, die seinerzeit das Volk für diese Zentralenwirtschaft zur Rechenschaft ziehen wird.

Diese traurig berühmten Institutionen schikanieren die sich um Ware an sie wendenden Gewerbetreibenden, weigern sich, mit Personen böhmischer

Nationalität in böhmischer Sprache zu verkehren, weisen ihre Ansuchen aus kleinlichen Gründen ab und in solchen Fällen, wo sie den Ansuchen stattgeben müssen, verziehen sie so lange wie möglich die Erledigung, damit dem böhmischen Gewerbetreibenden die benötigte Ware nur recht lange vorenthalten wird.

Für diese Zustände machen wir einzig und allein die Regierung verantwortlich, weil sie diese Zentralen errichtet hat und weil sie ihr Plündern in Obhut nimmt.

Allein damit ist nicht alles erschöpft, was gegen den böhmischen Gewerbestand unternommen wurde. Zum Nachweis der hartnäckigen Feindschaft will ich nur noch zwei oder drei andere Fälle anführen.

So konnte bei der Auswechslung der Badeöfen ganz gut eine ganze Reihe unserer Gewerbsleute samt Gehilfen Beschäftigung finden. Weil aber böhmische Gewerbetreibende hierbei etwas verdient hätten, wurde an sie diese Arbeit nicht vergeben und es mußte hierzu eine Zentrale errichtet werden.

Als es sich um die Auswechslung der Türbeschläge handelte, offerierte auf diese Arbeit die Prager Schlossergewerbegenossenschaft und ersuchte, daß ihr im Königreiche Böhmen diese Arbeit anvertraut werde.

Es waren aber Böhmen, weshalb sie mit ihrem Ansuchen abgewiesen wurden und für die Besorgung der Türbeschläge wurde eine eigene Zentrale in Wien errichtet. Eisen wird aus Böhmen nach Wien ausgeführt und fertige Beschläge wieder aus Wien nach Böhmen eingeführt. Zur Erzeugung der Beschläge werden Militärarbeiter kommandiert und die böhmischen Schlosser können froh sein, daß sie nicht zu dieser Arbeit auf Kriegsleistungen einberufen worden waren.

Geradeso war es bei der Umwechslung der Metalldächer. Auch mit dieser Arbeit konnten selbständige Gewerbetreibende betraut werden, aber sie wurde von der Militärverwaltung selbst, natürlich mit Hilfe von zu Kriegsdienstleistungen einberufenen Fachmännern, besorgt.

Ist uns dies bekannt und lesen wir das Exposé des Herrn Ministerpräsidenten über die Wirtschaft des Reiches und über das soziale Programm, so wissen wir nicht, ob wir lachen oder uns ärgern sollen. Es sind nur zwei Eventualitäten möglich. Entweder hält der Herr Ministerpräsident den ganzen Reichsrat zum Narren oder er ist nicht gehörig informiert und eignet sich nicht zum Ministerpräsidenten.

Auf der einen Seite vernichtet das österreichische Wirtschaftssystem den gewerblichen Mittelstand und bringt ihn an den Bettelstab und auf der anderen Seite wird von der Beschaffung eines ausgiebigen Kredites zum Wiederaufbau des gewerblichen Mittelstandes nach dem Kriege und von einem sozialen Programm der Regierung gesprochen.

Dieses soziale Programm der Regierung halten wir für eine weitere Unaufrichtigkeit — wenigstens dem Gewerbestande gegenüber — und befürchten, daß am Ende auch für diese Angelegenheiten neben einem Fachministerium eine Zentrale gegründet wird, welche wieder an dem Elend der Menschen Millionen verdienen wird.

Jetzt erlauben Sie mir, sehr geehrte Herren, einige Worte über das Verhalten der Militärverwaltung dem Gewerbestande gegenüber.

Wir haben sichergestellt, daß viele Genossenschaften bis zu 50 Prozent ihrer Mitglieder beim Militär haben.

Eine ganze Reihe von ihnen ist an der Front und viele sind über zwei Jahre ohne Urlaub. Es ist hinreichend bekannt, daß diese Gewerbetreibenden, von welchen viele bereits auch ihre Söhne im Militärdienste haben, seitens junger, unerfahrener Offiziere und Unteroffiziere gerade nicht bestens behandelt werden. Neben diesen sind aber wieder viele als mindertauglich zum Wachdienste kommandiert, und noch viel größer ist die Zahl jener, welche als „ohne Waffe" klassifiziert bei Hilfskompagnien dienen.

Das Kriegsministerium hat zwar einen Befehl erlassen, daß solchen mindertauglichen Soldaten, welche selbständige Gewerbetreibende sind, es ermöglicht werden soll, in nächster Nähe des Sitzes ihres Gewerbes den Militärdienst versehen zu können. Ungeachtet dessen müssen aber solche Gewerbetreibende weit entfernt von ihrer Heimat, in Garnisonen, im Felde und in okkupierten Gebieten dienen, wogegen junge Leute sich bequem zu Hause herumwälzen und durch verschiedene Protektionen im Hinterlande bei den Ersatzformationen sich zu erhalten verstehen.

Gehen Sie nur die Militärkanzleien in Wien, in Prag und auch anderswo durch und Sie werden überall kaum zwanzig Jahre alte Leute sehen.

Sehen Sie die Spitäler, Schießstätten, Verproviantierungskorps und Magazine durch und Sie werden dasselbe sehen. Die betreffenden Kommandanten erklären einfach, daß diese Leute eingearbeitet und demnach unentbehrlich sind und die obere Militärverwaltung, in der Befürchtung, daß infolge einer Verlegung dieser Leute etwa eine Störung entstehe, unternimmt nichts, um diese zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit abzuschaffen.

In Serbien, Albanien und in Russisch-Polen dienen Leute im Alter von 45 bis 50 Jahren...

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, zur Sache zu sprechen.

Abgeordneter **Slavíček**: Aber, Herr Präsident, ich spreche ja über gewerbliche Angelegenheiten. Es handelt sich doch um eine gewerbliche Sache. Wann soll ich darüber sprechen?

**Präsident**: Ich bitte, nicht zu polemisieren. Wollen Sie zu dem Gesetze sprechen!

Abgeordneter **Slavíček** *(fortsetzend)*: ...zu Hause haben sie Familien und in Verfall geratene Gewerbebetriebe und in Wien, in Prag und anderswo gehen zwanzigjährige Soldaten den Offiziersdamen Fleisch einkaufen und führen Hunde spazieren. *(Hört! Hört! — Abgeordneter Konečný: Ist auch ein Militärdienst!)* Jawohl, in Prag ist es so. In den genannten Hunderte von Kilometern entfernten Etappen zittern alte Väter um ihre Gewerbe und ihre Familien und in Wien, in Prag und anderswo spielen sich Jünglinge mit dem Abschreiben von Kanzleischimmeln und gehen nach 2 Uhr ihrem Vergnügen nach. Wundern Sie sich nicht, daß wir bittere Briefe von diesen sorgenvollen Leuten erhalten, wundern Sie sich nicht, daß sie von Protektion reden und schreiben. Sie schreiben ja nur die Wahrheit. Viele von ihnen sind schon drei Jahre im Felde und viele andere wieder bereits drei Jahre bei ihrer Mama zu Hause.

Bei weitem ärger verhält es sich mit den Beurlaubungen und mit den Befreiungen vom Militärdienste überhaupt. Einen Urlaub bekommt eher jeder andere als ein selbständiger Gewerbsmann. Die Landleute erhalten Urlaub zum Anbau, zur Ernte, zum Heumachen, zum Dreschen und ich irre mich sicher nicht, wenn ich behaupte, daß beim Ackerbauministerium schon über dreihunderttausend Urlaubsgesuche ihrer Erledigung unterzogen worden sind, ungeachtet der Hunderttausende von Gesuchen, welche direkt bei den Truppen erledigt worden sind. Wir anerkennen es, daß die Landleute der Urlaube bedürftig sind, aber die Gewerbsleute sind es auch. Und wäre dies nicht der Fall, so handelt es sich doch um einen Akt der Gerechtigkeit. Der kleine, arme Mann ist doch nicht deshalb auf der Welt, um immer und überall die größten Opfer zu bringen!

Wer wird eigentlich vom Militärdienste befreit? Das ist überall bekannt.

Noch eine Beschwerde gegen die Militärverwaltung muß ich hier vorbringen, und zwar bezüglich des Umgehens mit den Soldaten bei den Hilfskompagnien, also auch mit Gewerbetreibenden. Wir haben festgestellt, daß zum Beispiel in Neuhaus kranke Leute, welche als „ohne Waffe" klassifiziert worden sind, vom dortigen Kommandanten schon um halb fünf Uhr früh vom Lager getrieben worden sind. Er hatte für sie zwar keine Arbeit, aber dafür standen sie von sieben Uhr früh bis zum Abend am Hofe und der Befehl wurde ihnen auch erst um halb acht Uhr abends verlesen. So eine Hilfskompagnie wird auch Sonntag auf den Übungsplatz getrieben, wo kranke Menschen verschiedene Übungen mitmachen müssen, welche wohl bei jungen gesunden Soldaten am Platze sind, aber für Leute, welche siech und erschöpft sind, ganz und gar nicht taugen. Es ist daher gar nichts seltenes, daß ‚mancher bewußtlos hinfällt, wofür ihm eine gehörige Portion grober Beschimpfungen zuteil wird.

K projednávané dnes živnostenské záležitosti přihlásili se čtyři řečníci ke slovu. Viděli jsme, že jakmile první řečník poněkud se oddálil ve svých vývodech od předlohy, pan president byl strašlivě netrpělivý *(Poslanec Lisý: On tomu nerozumí!)*, když se zde ale mluví o věcech zbytečných, tu dvě tři hodiny možno mluviti.

Souhlasím úplně s pány předřečníky německými, že stav živnostenský byl mnoho, ba nejvíce válkou postižen. Dělnictvo ve svých organisacích domohlo se aspoň tolik, že mu mzda za práci byla náležitě zvýšena, ale řemeslník a živnostník nemohl se ničeho domoci, poněvadž i kdyby zdražil své výrobky, nesežene materiál, ze kterého by moh vyráběti. *(Tak jest! — Souhlas.)*

Čteme v předloze ustanovení v § 8, že bude-li se jednati o dispense od průkazu způsobilosti k nástupu živnosti potřebného, má býti slyšena obchodní a živnostenská komora a současně s ní organisace a korporace živnostenské. Mám za to, že naše obavy jsou odůvodněné, že při udílení dispensí nebude na korporace živnostenské brán zřetel, poněvadž přednesenými několika ukázkami jsme dokázali, že poslední tři léta jedná se proti živnostníkům a že organisace živnostenské jsou ignorovány vládou.

Hlasovati budeme pro předlohu, ale se živnostenskou politikou rakouské vlády souhlasiti nemůžeme, poněvadž je necílevědomá a škodící živnostníkům. *(Souhlas. — Potlesk.)*

**Präsident**: Wünscht noch jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen und ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Hofmann v. Wellenhof**: Ich Laufe der Verhandlung ist eine ganze Reihe von gewiß wertvollen Anregungen gewerblicher Natur gegeben worden, die aber zum größten Teil in einem ziemlich entfernten Zusammenhange mit dem Gegenstande, der uns gegenwärtig beschäftigt, stehen, auf die ich mich deshalb in diesem Augenblicke nicht des weiteren einlassen kann. Der Herr Abgeordnete Parrer hat insbesondere noch den Wunsch ausgesprochen, daß der Begriff „Kriegsinvalide" in einer Durchführungsverordnung noch

des näheren festgestellt werde, um etwaige Mißbräuche hintanzuhalten. Ich möchte demgegenüber darauf verweisen, daß im § 9 des Gesetzentwurfes ohnehin deutlich gesagt wird, wer als „kriegsbeschädigt" anzusehen und wie der Nachweis der Kriegsbeschädigung zu erbringen sei.

Der Herr Abgeordnete Kraus hat eine Entschließung beantragt, bezüglich des Baumeistergewerbes, deren Annahme ich dem hohen Hause empfehlen möchte.

Was die Ausführungen des Herrn Kollegen Slavíček betrifft, so möchte ich mir erlauben, auf etwas zurückzukommen, womit ich mich vollständig einverstanden erklären muß, und das ist seine Beschwerde darüber, daß während der ganzen langen Dauer des Krieges bisher nicht ein einziges Mal der Gewerberat des Handelsministeriums einberufen worden ist. Ebensowenig ist der Gewerbeförderungsbeirat im Ministerium für öffentliche Arbeiten auch nur ein einziges Mal während dieser ganzen Zeit berufen worden. Ich glaube, daß es jedenfalls hoch an der Zeit ist, diese kompetenten Körperschaften nunmehr ihre Tätigkeit wieder aufnehmen zu lassen, und ich hoffe, daß die Regierung ihre Pflicht in dieser Beziehung nicht länger versäumen wird.

Ich bitte nunmehr, dem Gesetzentwurfe, sowie den Entschließungen des Gewerbeausschusses und des Herrn Abgeordneten Kraus die Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Ich bitte die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen.

Zu dem Gesetze sind keine Abänderungsanträge gestellt worden; ich ersuche also diejenigen Herren, welche die §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 und 13 mit der vom Herrn Berichterstatter erwähnten Einschaltung, ferner Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. **Hofmann v. Wellenhof:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche das soeben in zweiter Lesung beschlossene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz vom . . . ., mit dem aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Ausnahmsbestimmungen zur Erleichterung des Antrittes und der Fortführung von Gewerben getroffen werden, ist auch in dritter Lesung angenommen *(747 der Beilagen)*.

Es liegt ferner vor eine Entschließung, die vom Ausschusse vorgeschlagen ist und eine vom Abgeordneten Kraus beantragte Entschließung, der der Herr Berichterstatter namens des Ausschusses zugestimmt hat.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen beiden Entschließungen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese beiden Entschließungen sind angenommen und damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Mit Rücksicht darauf, daß der nächste Gegenstand der Tagesordnung, betreffend die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau eine gewisse Debatte hervorrufen dürfte, mit Rücksicht ferner darauf, daß der weitere Gegenstand der Tagesordnung, betreffend die Frage der Repatriierung der Flüchtlinge mir als äußerst dringlich bezeichnet wird und ohne große Debatte abgehen wird, werde ich im Sinne des § 36d G. O. eine Umstellung der Tagesordnung vornehmen und zunächst den dritten Gegenstand der Tagesordnung, nämlich den Bericht des Flüchtlingsausschusses über die Frage der Repatriierung der Flüchtlinge *(678 der Beilagen)*, in Verhandlung nehmen.

Wird eine Einwendung dagegen erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, ich werde daher so vorgehen.

Ich ersuche also den Herrn Berichterstatter Dr. Ritter v. Halban die Verhandlung über diesen Gegenstand einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Ritter v. **Halban** *(von der Tribüne)*: Nachdem der Bericht, in welchem die Anträge des Ausschusses ausführlich motiviert sind, den Herren zugekommen ist, habe ich den Ausführungen des Ausschußberichtes nichts hinzuzufügen und ersuche das hohe Haus um gütige Annahme der Anträge.

**Präsident:** Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Koleſſa; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kolessa**: Hohes Haus! Obwohl — abgesehen von einem ganz kleinen Grenzstreifen — der größte Teil unseres Heimatlandes Ostgalizien wiedererobert wurde, ist die traurige Odyssee unserer Flüchtlinge noch nicht zum Abschluß gekommen. Wir haben jetzt noch einerseits das Barackenelend, andrerseits steht auch die Repatriierungsmisére in ihrer ganzen Nacktheit vor uns. Die große Verantwortung für die gegenwärtige mißliche Lage der Flüchtlinge trägt in erster Linie das Herrenhaus. Das Herrenhaus hat das diesbezügliche, vom Abgeordnetenhause beschlossene Gesetz abgelehnt und hat jetzt wiederum Beschlüsse gefaßt, die jeder Gerechtigkeit Hohn sprechen. In erster Linie hat es manche Härten vorgeschlagen, welche die Lage der Flüchtlinge noch erschweren würden, so insbesondere die Zwangsarbeit. *(Zwischenrufe.)* Gegen solche Bestimmungen müssen wir uns auf das schärfste verwahren und die Herren noch im letzten Momente ermahnen, daß sie, wenn sie auch selbst wohlbemittelt sind, sich der Ärmsten unter den Armen, der Flüchtlinge annehmen, für sie ein Herz haben und nicht so eine Herzlosigkeit an den Tag legen mögen, wie das der Fall ist. *(Zwischenrufe.)* Jedenfalls haben wir auf diese Weise anstatt eines Gesetzes einen Kriegsersatz des Gesetzes, nämlich die Ministerialverordnung erhalten. Diese Ministerialverordnung hat gewiß gute Seiten, sie weist aber auch Mängel auf. Die Mängel haben schon die Flüchtlinge getroffen, so vor allem der Mangel an Freizügigkeit, während das Gute, nämlich die Erhöhung der Staatsunterstützung noch nicht überall durchgeführt wurde. Ferner ist auch die Verzögerung der Ausführung des Gesetzes für die Flüchtlinge verhängnisvoll geworden. Die Repatriierung war für den Sommer in Aussicht genommen. Nun wurde aber der Sommer, wo die Arbeitskräfte der Flüchtlinge ausgenutzt werden konnten, wo noch die Äcker, welche da unbebaut liegen, bebaut werden konnten, wo sich die armen Flüchtlinge für den Winter noch einrichten konnten, versäumt und erst jetzt in der kalten Jahreszeit wurde die Repatriierung vorgenommen. Die Repatriierung ist aber auch nicht sorgfältig vorbereitet worden. In den Barackenlagern hat man jedenfalls nicht für alle Flüchtlinge und auch nicht in genügendem Ausmaße Kleider und Beschuhung verteilt und die Verproviantierung der Flüchtlinge spricht den primitivsten Anforderungen Hohn. Es müßten Verproviantierungsstationen errichtet werden. Dann müßten auch manche Nahrungsmittel mitgenommen werden, speziell in erster Linie Brot. Wir können jetzt auch gewisse Verschiebungen in denjenigen Baracken beobachten, die im gegenwärtigen Momente vorgenommen werden. Diese Verschiebungen sind auch nicht gut durchdacht.

Wir sehen zum Beispiel in Chotzen, daß die Flüchtlinge nicht die entsprechenden Kleider und Schuhe erhalten. Außerdem müßten, bevor die Flüchtlinge transferiert werden, die Schäden festgestellt werden, welche sie erlitten haben; Wämse und Kleider hat man ihnen verbrannt bei der Desinfektion. Das muß jetzt festgestellt werden, sonst verlieren die armen Flüchtlinge alles das, was sie von ihren armseligen Habseligkeiten gerettet und mitgebracht haben.

Und diese Odyssee unterwegs! Es ist uns zur Kenntnis gekommen, daß manchmal die Flüchtlinge in offenen, ungeheizten Wagen abtransportiert wurden. *(Zwischenrufe.)* Da muß jetzt ehestens Remedur geschaffen werden. Außerdem sind die Bezirkshauptmannschaften nicht rechtzeitig benachrichtigt worden. Sie waren in den Gegenden, die aller Mittel beraubt sind, nicht auf den Empfang der Flüchtlinge vorbereitet; daher waren diese beinahe dem Hungertode ausgeliefert. Außerdem hat man die Flüchtlinge, wie zum Beispiel im Stanislauer Bezirk und anderen gezwungen, in diesen verwüsteten Gegenden zu bleiben, oder sie würden die Unterstützung verlieren. Es ist höchste Zeit; die Bestimmungen durchzuführen, die im Flüchtlingsausschuß beschlossen wurden, wonach diejenigen Flüchtlinge, die in ihrer Heimat keine Unterkunft finden können, in den benachbarten Gebieten in Ostgalizien oder Mittelgalizien Wohnung nehmen können, unter Beibehaltung der Unterstützung und unter Hilfeleistung der betreffenden Verwaltungsorgane bei der Nahrungsmittelbeschaffung.

Die A-Gruppe, sozusagen die Zwangsgruppe, müßte abgeschafft oder jedenfalls eingeschränkt werden. Die Gruppe B, derjenigen Bezirke, wo die Möglichkeit zur Rückkehr besteht, aber ohne Zwang, soll ausgedehnt werden, die Gruppe C, das sind diejenigen Gebiete, in welche die Rückkehr nicht bewilligt wird, soll abgeschafft oder auf eine möglichst geringe Anzahl reduziert werden. Die staatliche Unterstützung muß sich über den Winter hinaus erstrecken. Die Repatriierung war ja für den Sommer bestimmt, jetzt im Winter können die Flüchtlinge ihre Äcker nicht bebauen; daher müssen sie die staatliche Unterstützung weiter beziehen. Außerdem muß auch Viehfutter für die Flüchtlinge beschafft werden, weil sonst ihr Viehmaterial gänzlich zugrunde geht. Für die Herstellung der Wohnhäuser muß das Holz aus den ärarischen Wäldern herbeigeschafft werden.

Ich schreite zum Schlusse. Die gleichen Maßnahmen müssen auch für die Wolhynier gelten, die in Grödig und zum Teil in Chotzen untergebracht sind, und die, obwohl sie fremde Staatsbürger sind, doch unser menschliches Mitgefühl verdienen. Sie müssen so wie unsere Flüchtlinge behandelt werden; sie müssen auch repatriiert werden, sie müssen mit

Schonung behandelt und es muß ihnen möglichst die Rückkehr in die Heimat gestattet werden.

Meine Herren! Noch ein Wort. In welchem Zustand finden unsere Flüchtlinge ihre Heimat, wenn sie in diese zurückkehren? Ich nenne nur zwei Worte: Requisitionen und neue Evakuierungen. Beide Anordnungen müssen eingestellt werden. Die Requisitionen nehmen solche Dimensionen an, daß Galizien bereits von einer Hungerkatastrophe bedroht ist. Andrerseits bereiten die neu vorgenommenen Evakuierungen der Bevölkerung Höllenqualen. Ich erhalte Briefe aus meinem Wahlbezirke, aus Trembowla und Czortkow, in denen man mir berichtet, daß eben diese Höllenqualen schon eingesetzt haben, daß man etwa zwölf Gemeinden wiederum evakuiert hat, daß die Leute Selbstmord begehen, weil sie sehen, was ihnen droht. Der schrecklichste der Schrecken, das sind die Evakuierungen, welche keine Spur von einem Dorfe, von einer menschlichen Niederlassung übrig lassen. Dann sieht man, daß man unsere besten Patrioten auch hinsichtlich der Repatriierung rücksichtslos behandelt. Ein krasser Fall hat sich in Ilawze abgespielt, wo man einen hervorragenden ukrainischen Geistlichen rücksichtslos aus seiner Wohnung hinausgetrieben hat. Der kranke Mann mußte in einer Scheune Wohnung nehmen, um den Soldaten Platz zu machen. Den Leuten wurde nicht einmal so viel Zeit gelassen, um ihr Hab und Gut, wenigstens das Notdürftigste mitnehmen zu können. Und alles das wurde mit solcher Rücksichtslosigeit durchgeführt, als wenn das Feindesland wäre.

Meine Herren! Wenn der Staat seine Bürger nicht in Schutz nimmt, wenn die Regierung nicht hier an der obersten Stelle alles in Bewegung setzt, um solche Mißbräuche hintanzuhalten, so untergräbt der Staat die wichtigsten Grundlagen seiner Existenz. Da muß Remedur geschaffen werden. In erster Linie haben diese traurigen Zustände unsere ukrainische Nation, unser ukrainisches Volk getroffen, welches in Schutz genommen werden muß.

Ich schließe mit der Bitte, das hohe Haus möge die Anträge des Flüchtlingsausschusses annehmen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort?

Berichterstatter Dr. Ritter v. **Halban:** Ich beantrage die unveränderte Annahme der Anträge des Ausschusses und füge nur hinzu, daß auch die Regierung im Ausschusse diesen Anträgen zugestimmt hat.

**Präsident:** Der Ausschuß beantragt sechs Resolutionen. Wünschen die Herren die Resolutionen zu hören? *(Rufe: Nein.)* Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche den sechs vom Ausschusse beantragten Resolutionen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat den vom Ausschuß beantragten Resolutionen zugestimmt. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Ich breche die Verhandlung ab und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Tobolka als Mitglied des Verfassungsausschusses;

Koerner als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;

Cingrija als Mitglied des Volkswirtschaftlichen Ausschusses;

Miklas als Mitglied des Wiederherstellungsausschusses;

Glöckner als Ersatzmann des Finanzausschusses;

Grandi als Ersatzmann des Finanzausschusses;

Gregorčič als Mitglied des Kriegswirtschaftlichen Ausschusses;

Prášek als Mitglied des Eisenbahnausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird — und dies ist nicht der Fall —, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Außerdem sind noch folgende Ausschußmandate erledigt:

Nach dem Herrn Abgeordneten Bugatto als Mitglied des Geschäftsordnungsausschusses, als Ersatzmann des Notstands-, Staatsangestellten-, Budget- und Eisenbahnausschusses;

nach dem Herrn Abgeordneten Delugan als Mitglied des Finanzausschusses;

ein Ausschußmandat des Sozialversicherungsausschusses und

ein Ersatzmandat des Flüchtlingsauschusses.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Aus der Zeit vor Sessionsbeginn ist das Strafverfahren anhängig gegen den Herrn Abge-

ordneten Dr. Matthäus Laginja beim Kreisgericht Rovigno wegen Vergehens nach § 486 des Strafgesetzes. Die bezügliche Anzeige wird dem Immunitätsausschusse zugewiesen.

Vom Präsidium des Herrenhauses sind Zuschriften eingelangt, welche von der erfolgten Verabschiedung vom Abgeordnetenhause erledigter Gesetzentwürfe Mitteilung machen.

Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Dr. **Rychlik** *(liest)*:

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 25. d. M. den mit der Zuschrift vom 3. Oktober 1917, Z. 377/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung und Ergänzung der §§ 94 und 121 der Gewerbeordnung, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschluß in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 25. Oktober 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 25. d. M. den mit der Zuschrift vom 3. Oktober 1917, Z. 376/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschluß in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 25. Oktober 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

**Präsident:** Diese Zuschriften dienen zur Kenntnis.

Vom Präsidium des Herrenhauses sind weiters Zuschriften eingelangt, in welchen die Mitteilung gemacht wird, daß das Herrenhaus zwei Beschlüssen des Abgeordnetenhauses mit Änderungen beigetreten ist.

Ich bitte um deren Verlesung.

Schriftführer Dr. **Rychlik** *(liest)*:

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 27. d. M. den mit der Zuschrift vom 12. Juli 1917, Z. 200/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge (745 d. B.), auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschluß in dritter Lesung mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 4, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 26. Oktober 1917.

Alfred Fürst Windischgraetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 25. d. M. den mit der Zuschrift vom 15. Juli 1917, Z. 216/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Unfallversicherung der Bergarbeiter (746 d. B.), auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschluß in dritter Lesung mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 4, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 26. Oktober 1917.

Alfred Fürst Windischgraetz.

Kowy,
Schriftführer."

**Präsident:** Falls dagegen keine Einwendung erhoben wird, werde ich die erste Zuschrift dem Flüchtlingsausschusse, die zweite Zuschrift dem Sozialversicherungsausschusse zuweisen. *(Nach einer Pause:)* Sie sind zugewiesen.

Den Antrag Nr. 706 der Beilagen der Herren Abgeordneten Hartl, Dr. v. Langenhan, Dr. v. Licht und Genossen, betreffend Erhöhung der staatlichen Unterstützungen für Invalide und deren Angehörige und für die Hinterbliebenen gefallener Mannschaftspersonen, werde ich dem Unterhaltsbeitragsausschusse zuweisen. *(Zustimmung.)*

Der Wehrausschuß hat das Ersuchen gestellt, den ihm zugewiesenen Antrag Nr. 498 der Beilagen der Herren Abgeordneten Hartl, Dr. v. Langenhan, Knirsch, Dr. Schürff und Genossen, betreffend Erlassung eines Gesetzes über die Militärversorgung für Personen des Mannschaftsstandes, dem sozialpolitischen Ausschusse zu überweisen.

Falls keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause)* und dies ist nicht der Fall, werde ich diesem Ersuchen entsprechen und den genannten Antrag dem sozialpolitischen Ausschusse zuweisen.

Weiters hat der kriegswirtschaftliche Ausschuß das Ersuchen gestellt, den ihm zugewiesenen Antrag Nr. 423 der Beilagen der Abgeordneten Dr. Roller, Dr. Wichtl und Genossen, betreffend den Notstand der Handwerker und kleinen Gewerbsleute, dem Gewerbeausschusse;

den Antrag Nr. 351 der Beilagen der Herren Abgeordneten Matakiewicz und Genossen, betreffend eine rasche und ausgiebige materielle Hilfeleistung seitens der Regierung zugunsten der Organisten in Galizien, dem Budgetausschusse;

den Antrag der Herren Abgeordneten List, Pichler, Frankenberger, Hötzendorfer und Genossen, Nr. 316 der Beilagen, betreffend Beistellugn von Kunstdünger an die Landwirtschaft, und den Antrag Nr. 604 der Beilagen des Abgeordneten Z. Klemensiewicz und Genossen, betreffend die Versorgung der Landwirtschaft mit Kunstdünger, dem landwirtschaftlichen Ausschusse;

den Antrag Nr. 230 der Beilagen der Herren Abgeordneten Dr. Faidutti, Dr. Gregorčič, Schraffl, Dr. Conci, Hormuzaki und Genossen, betreffend die gesetzliche Festlegung der staatlichen Ersatzpflicht für unmittelbare Kriegsschäden, und den Antrag Nr. 345 der Beilagen des Abgeordneten Dr. Kofler und Genossen betreffs Erhebung von Kriegsschäden, dem Wiederherstellungsausschusse;

den Antrag Nr. 515 der Beilagen, des Herrn Abgeordneten J. Nagele und Genossen, betreffend die Kontingentierung der Erzeugung und der zuzuweisenden Rohmaterialien an die Brauereien, endlich den Antrag Nr. 660 der Beilagen des Abgeordneten Londzin und Genossen, betreffend die Nichtabgabe von Heu, Stroh und Hafer aus den durch große Trockenheit heimgesuchten Bezirken Ostschlesiens, dem Ernährungsausschusse;

die Regierungsvorlage Nr. 127 der Beilagen, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. Februar 1916, R. G. Bl. Nr. 34, mit der das Gesetz vom 21. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 235, betreffend die Stellung der Pferde und Fuhrwerke, abgeändert wird, dem sozialpolitischen Ausschusse zu überweisen.

Falls dagegen keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause)* und dies ist nicht der Fall, werde ich diesem Ersuchen entsprechen und die vorerwähnten Regierungsvorlagen und Anträge den bezeichneten Ausschüssen zuweisen.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Dienstag, den 6. November d. J. mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse *(671 der Beilagen)*.

2. Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten *(672 der Beilagen)*.

3. Antrag des Finanzausschusses auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten, sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens *(708 der Beilagen)*.

4. Bericht des Unterhaltsbeitragsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen *(720 der Beilagen)*.

Ferner eventuell noch folgende Berichte:

5. Bericht des Justizausschusses, betreffend das Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen *(735 der Beilagen)*.

6. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1914, R. G. Bl. Nr. 71, betreffend die Verwendbarkeit der Schuldverschreibungen von Anlehen der Stadt Klagenfurt, des Herzogtums Steiermark, des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau und der Landesbank des Herzogtumes Krain zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(727 der Beilagen)*.

7. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der von dem Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau aufzunehmenden Anleihe im Nominalbetrage von 80,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(728 der Beilagen)*.

8. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 2. September 1914, R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des ihr mit dem niederösterreichischen Landesgesetze vom 18. Juli 1914, L. G. Bl. Nr. 97, bewilligten Anlehens auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(729 der Beilagen)*.

9. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 23. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 354, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Bukowina auf Grund der mit dem Landesgesetze vom 11. April 1914, L. G. u. V. Bl. Nr. 24, erteilten Anlehensbewilligung aufzunehmenden Anleihe zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(730 der Beilagen)*.

10. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 32, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest bis zum Nennbetrage von 10,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(731 der Beilagen)*.

11. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 27. Juni 1916, R. G. Bl. 217, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest im Nennbetrage von 34,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(732 der Beilagen)*.

12. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 3. März 1917, R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des von der Markgrafschaft Mähren aufzunehmenden Anlehens von 100,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(733 der Beilagen)*.

13. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Krain aufgenommenen Anleihe im Nennbetrage von 4,400.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(734 der Beilagen)*.

14. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung.

Wird eine Einwendung gegen meinen Vorschlag erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, demnach bleibt es dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 4 Uhr 35 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 35. Sitzung, Dienstag, den 6. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse (671 der Beilagen). — 2. Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten (672 der Beilagen). — 3. Antrag des Finanzausschusses auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (708 der Beilagen). — 4. Bericht des Unterhaltsbeitragsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen (720 der Beilagen). — Ferner eventuell noch folgende Berichte: 5. Bericht des Justizausschusses, betreffend das Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen (735 der Beilagen). — 6. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1914, R. G. Bl. Nr. 71, betreffend die Verwendbarkeit der Schuldverschreibungen von Anlehen der Stadt Klagenfurt, des Herzogtums Steiermark, des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau und der Landesbank des Herzogtumes Krain zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (727 der Beilagen). — 7. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der von dem Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau aufzunehmenden Anleihe im Nominalbetrage von 80,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (728 der Beilagen). — 8. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 2. September 1914, R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des ihr mit dem niederösterreichischen Landesgesetze vom 18. Juli 1914, L. G. Bl. Nr. 97, bewilligten Anlehens auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (729 der Beilagen). — 9. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 23. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 354, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Bukowina auf Grund der mit dem Landesgesetze vom 11. April 1914, L. G. u. V. Bl. Nr. 24, erteilten Anlehensbewilligung aufzunehmenden Anleihe zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (730 der Beilagen). — 10. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 32, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest bis zum Nennbetrage von 10,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar-

und ähnlichen Kapitalien (731 der Beilagen). — **11.** Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 27. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 217, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest im Nennbetrage von 34,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (732 der Beilagen). — **12.** Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 3. März 1917, R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des von der Markgrafschaft Mähren aufzunehmenden Anlehens von 100,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (733 der Beilagen). — **13.** Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Krain aufgenommenen Anleihe im Nennbetrage von 4,400.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (734 der Beilagen). — **14.** Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung.

# Inhalt.


## Allerhöchstes Kaiserhaus.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Übermittlung der Glückwünsche des Abgeordnetenhauses zum Allerhöchsten Namensfeste (Seite 1812).

## Siegreiche Offensive der verbündeten Armeen gegen Italien.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Überschreitung des Tagliamento und die Räumung der ganzen Dolomitenfront vom Feinde (Seite 1811).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Glückwünsche der Präsidenten des Deutschen Reichstages und der bulgarischen Sobranje (Seite 1812).

## Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 1811).

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Dr. Čehelský (Seite 1812).

Zurückziehung des wider den Abgeordneten Aust gestellten Auslieferungsbegehrens des Landes- als Strafgerichtes Prag (Seite 1812).

Mandatsniederlegungen in Ausschüssen (Seite 1857):

1. des Abgeordneten Dr. Franta als Mitglied des Justizausschusses;
2. des Abgeordneten Dr. Janković und Donát als Ersatzmänner des Budgetausschusses;
3. des Abgeordneten Švejk als Ersatzmann des Wehrausschusses;
4. des Abgeordneten Erb als Mitglied des Unterrichtsausschusses;
5. des Abgeordneten Staněk als Mitglied des Finanzausschusses.

## Zuschriften des Herrenhauses,

betreffend:

1. die Führung des Staatshaushaltes vom 1. November 1917 bis 28. Februar 1918 (Seite 1812);
2. die Kriegssteuer von höheren Geschäftserträgnissen der Gesellschaften und vom Mehreinkommen der Einzelpersonen aus den Jahren 1916 und 1917 (748 der Beilagen [Seite 1813] — Zuweisung an den Finanzausschuß [Seite 1814]);
3. die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse (751 der Beilagen [Seite 1813] — Zuweisung an den Justizausschuß [Seite 1814]);

4. die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten (752 der Beilagen [Seite 1813] — Zuweisung an den Justizausschuß [Seite 1814]);

5. die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit (753 der Beilagen [Seite 1814] — Zuweisung an den Justizausschuß [Seite 1814]).

## Sanktionierung

es Gesetzentwurfes über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. November 1917 bis 28. Februar 1918 (Seite 1812).

## Delegation.

uschrift des Herrenhauses, betreffend die Wahl von 20 Mitgliedern und 10 Ersatzmännern in die Delegation (Seite 1812).

uschrift des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler, betreffend die Einberufung der Delegationen (Seite 1812).

## Dringliche Anfrage

v Abgeordneten Dr. Leo Winter, Aust, Dr. Soukup und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Militarisierung der Arbeiter in Böhmen (Seite 1814 — Redner: Abgeordneter Leo Dr. Winter [Seite 1815], Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Czapp v. Birkenstetten [Seite 1818], die Abgeordneten Seitz [Seite 1819], A. Němec [Seite 1824], Ritter v. Singalewicz [Seite 1827], Parrer [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 1830], Dr. Hübschmann [Seite 1831]).

## Verhandlung.

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse (671 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Reger [Seite 1833], Abgeordneter Dr. Verstovšek [Seite 1840], Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann [Seite 1843], die Abgeordneten Starck (Seite 1851], Pik [Seite 1856]).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 34. Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in den Eisenbahn-, Verfassungs-, volkswirtschaftlichen, Wiederherstellungs-, Finanz-, Geschäftsordnungs-, Notstands-, Flüchtlings-, Sozialversicherungs-, Staatsangestellten-, Budget- und kriegswirtschaftlichen Ausschuß (Seite 1811—1812).

Ersatzwahlen in den Justiz-, Budget-, Unterrichts-, Finanz- und Wehrausschuß (Seite 1857);

Verlängerung der dem Finanzausschuß zur Berichterstattung über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel und Genossen, betreffend die Branntweinsteuer, gestellten Frist um 14 Tage (Seite 1857).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge

1. des Abgeordneten Dr. Zahradnik und Genossen, betreffend die Erweiterung der Bedienstetenkolonie in Laun (754 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Dr. Zahradnik und Genossen, betreffend die Beleuchtung des Franz Josef-Bahnhoftunnels in Prag (755 der Beilagen);

3. der Abgeordneten Zenker und Genossen, betreffend die staatliche Einflußnahme auf die Gehalte der Privatangestellten (756 der Beilagen);

4. des Abgeordneten Dr. Funk und Genossen, betreffend die Zuweisung eines Anteiles aus dem Ertrage der Kriegssteuer an die Gemeinden (757 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Dr. Neumann und Genossen, betreffend die Einführung einer Enthebungstaxe (758 der Beilagen);

6. der Abgeordneten Einspinner, Dr. v. Hofmann Hagenhofer, Held und Genossen, betreffend den Bau der Eisenbahn Gleisdorf—Hartberg mit der Anschlußstrecke Kaindorf—Pöllau (759 der Beilagen);

7. der Abgeordneten Einspinner, Wagner (Steiermark) und Genossen, betreffend die Erbauung einer Eisenbahnverbindung zwischen Feldbach und dem Kurorte Gleichenberg und Radkersburg (760 der Beilagen);

8. der Abgeordneten Einspinner, Brandl und Genossen, betreffend die Erbauung einer Eisenbahnverbindung zwischen Köflach und Obersteiermark (761 der Beilagen);

9. der Abgeordneten Fink, Dr. Schoepfer, Meixner, Miklas und Genossen, betreffend die Verstaatlichung der Bezirksschulinspektoren (762 der Beilagen);

10. des Abgeordneten Erb und Genossen, betreffend die Diäten- und Zehrgelder für die von fremden Direktionen entlehnten Bediensteten (763 der Beilagen);

11. des Abgeordneten Erb und Genossen, betreffend die Teuerungszulagen an die Kassabeamten der k. u. k. Operationskassen (764 der Beilagen);

12. der Abgeordneten Dr. Mataja, Dr. Jerzabek und Genossen, betreffend die Neuregelung der Dienstverhältnisse der Straßenwärter, Strom- und Brückenaufseher (765 der Beilagen);

13. der Abgeordneten Dr. Mataja, Dr. Jerzabek und Genossen, betreffend die Systemisierung der Aushilfsdienerstellen als definitive Dienstposten und Übernahme der gegenwärtigen Aushilfsdiener in den definitiven Stand (766 der Beilagen).

## Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend einen Unterhaltsbeitrag (Anhang I, 1199/I);

2. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Mahlkarten und Mühlenrayonierung im Bezirke Rann (Anhang I, 1200/I);

3. des Abgeordneten Perić und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister Höfer, betreffend die Vermehrung der Automobile für die Zufuhr von Lebensmitteln aus Makarska nach Imotski (Anhang I, 1201/I);

4. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Förderung des Handels mit photographischen Bedarfsartikeln (Anhang I, 1202/I);

5. des Abgeordneten Fon und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Flüchtlingsunterstützungen für Mädchen und Frauen, besonders in Graz (Anhang I, 1203/I);

6. des Abgeordneten Hummer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Betrieb der Zivilapotheken (Anhang I, 1204/I);

7. des Abgeordneten Hummer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beförderung der Pharmazeut-Fähnriche zu Pharmazeutenleutnants oder -akzessisten (Anhang I, 1205/I);

8. des Abgeordneten Hummer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung eines Ziviltrainputzers und Ersatz der ihm vorenthaltenen Gebühren (Anhang I, 1206/I);

9. des Abgeordneten Hummer und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Einreihung der Steueramtsbeamten in die Gruppe C (Anhang I, 1207/I);

10. des Abgeordneten Dr. Lukavský und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend den Neubau der Munitionsfabrik in Bolewetz (Anhang I, 1208/I);

11. des Abgeordneten Prodan und Genossen an den Justizminister, betreffend die Freiheit der Presse und die Kriegszensur in Dalmatien (Anhang I, 1209/I);

12. des Abgeordneten Prodan und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Unterstützung der Geistlichkeit (Anhang I, 1210/I);

13. des Abgeordneten Prodan und Genossen an den Eisenbahnminister, an den Handelsminister und an den Minister des Innern, betreffend den Eisenbahn-, Post- und Dampfschiffahrtsverkehr im nordwestlichen Dalmatien (Anhang I, 1211/I);

14. des Abgeordneten Rydlo und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Finanzminister, betreffend die Regelung der Bezüge der Kanzleiaushilfskräfte beim Landeskonservatorium in Prag (Anhang I, 1212/I);

15. des Abgeordneten Vojta und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Lage der Postadjunkten-offizianten und -aspiranten (Anhang I, 1213/I);

16. des Abgeordneten Vojta und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Befreiung der Postmeister und Postoffizianten von der Postmeisterprüfung (Anhang I, 1214/I);

17. der Abgeordneten Średniawski, Rusin und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Reklamationen der Landwirte in Galizien (Anhang I, 1215/I);

18. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend die Behandlung der polnischen Sprache im Verkehre mit den polnischen Einwohnern Galiziens und Schlesiens durch die Militärbehörden (Anhang I, 1216/I);

19. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend den Personalmangel bei der Unterhaltsbezirkskommission in Chrzanów (Anhang I, 1217/I);

20. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Amtsgebarung des Bezirkshauptmannes von Nowy Targ, Galizien (Anhang I, 1218/I);

21. des Abgeordneten Iro und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die amtlichen Ablieferungsaufträge für Kartoffeln, Heu und Stroh in den Bezirken Ludiz, Puchau, Jechnitz, deutscher Teil des Bezirkes Manetin (Anhang I, 1219/I);

22. des Abgeordneten Iro und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Ackerbauminister, betreffend die plötzliche Einberufung der mit der Klausel „Bis auf weiteres" bisher enthobenen Landwirte (Anhang I, 1220/I);

23. des Abgeordneten Kraus und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Lebensmittelversorgung in Deutschböhmen (Anhang I, 1221/I);

24. der Abgeordneten Kraus, Dr. Stölzel und Genossen an den Finanzminister, betreffend Weisungen über die Abzüge bei der Bemessung der Gebäudesteuer (Anhang I, 1222/I);

25. des Abgeordneten Dr. Jerzabek und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die geplanten Massenschlachtungen von Vieh (Anhang I, 1223/I);

26. des Abgeordneten Dr. Jerzabek und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Verhinderung der Lebensmitteleinfuhr aus Ungarn durch die österreichische Regierung (Anhang I, 1224/I);

27. des Abgeordneten Einspinner und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend Patentanmeldungen aus Amerika (Anhang I, 1225/I);

28. des Abgeordneten Einspinner und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Verpflegsverhältnisse in Steiermark (Anhang I, 1226/I);

29. des Abgeordneten Einspinner und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Zustände auf der Wechselbahn (Anhang I, 1227/I);

30. des Abgeordneten Dr. Ofner und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Berichtigung von Fehlern im Reichsgesetzblatte (Anhang I, 1228/I);

31. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beurlaubung der Soldaten aus der Bukowina (Anhang I, 1229/I);

32. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung der beim Militär dienenden Landwirte aus der Bukowina (Anhang I, 1230/I);

33. des Abgeordneten Freiherrn v. Pantz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Löhnung der Gendarmen (Anhang I, 1231/I);

34. des Abgeordneten Freiherrn v. Pantz und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Zuwendung billiger Ersatzwolle an die bäuerliche Bevölkerung (Anhang I, 1232/I);

35. des Abgeordneten Freiherrn v. Pantz und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Regulierung der Gehalte des niederen Seelsorgeklerus (Anhang I, 1233/I);

36. der Abgeordneten Fislthaler, Höher, Wollek und Genossen an den Minister Höfer und an den Ackerbauminister, betreffend die Übelstände bei der Landwirtschaftlichen Geschäftsstelle in Gmünd (Anhang I, 1234/I);

37. des Abgeordneten Dr. Mataja und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend das Vorgehen der Staatsbahndirektion Innsbruck (Anhang I, 1235/I);

38. der Abgeordneten Dr. Matakiewicz, Londzin, Potoczek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Requisition von Kirchenglocken und Kirchenorgeln in Galizien (Anhang I, 1236/I);

39. des Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Okkupationsverwaltung im slowenischen Teile der Provinz Udine (Anhang I, 1237/I);

40. des Abgeordneten Galik und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Einziehung der Kriegsgefangenen im Bezirke Jaroslau (Anhang I, 1238/I);

41. des Abgeordneten Dr. Stranchar und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend Vorkommnisse bei den Inskriptionen an der medizinischen Fakultät der Universität Krakau (Anhang I, 1239/I);

42. des Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beurlaubung von Militärpersonen nach Triest und Umgebung (Anhang I, 1240/I);

43. des Abgeordneten Dr. Waber und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, an den Minister des Innern und an den Minister Dr. Horbaczewski, betreffend die Neuregelung der pharmazeutischen Vor- und Ausbildung (Anhang I, 1241/I);

44. des Abgeordneten Wityk und Genossen an den Finanzminister, betreffend das vom Bergrat Stolfa im Bezirk Drohobycz bei Auszahlung von Kriegszulagen an die Salinenarbeiter eingeführte Sparsystem (Anhang I, 1242/I);

45. des Abgeordneten Wityk und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend das Verbot des Direktors der Forst- und Walddomäne in Biała, aus den Domänen Brennholz und Holzabfälle an die Bauernbevölkerung abzugeben (Anhang I, 1243/I);

46. des Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen ungarischer Soldaten in Rozwadiw gegen die dortigen Einwohner (Anhang I, 1244/I);

47. der Abgeordneten Wedra, Eisenhut, Brunner und Genossen an den Minister des Innern und an den Ackerbauminister, betreffend die Errichtung einer landwirtschaftlichen Mittelschule in Laa an der Thaya (Anhang I, 1245/I);

48. der Abgeordneten Wedra, Kittinger, Richter und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen der Offiziere beim Infanterieregiment Nr. 45 gegen die deutschen Mannschaften aus Niederösterreich (Anhang I, 1246/I);

49. der Abgeordneten A. Němec, Svěcený, Jaroš und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister des Innern, betreffend die Auflösung des „Český Svaz Footballový“ (Anhang I, 1247/I);

50. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zuerkennung des Intelligenzstreifens an jüngere Kaufleute (Anhang I, 1248/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 6. November 1917:

die Anfragenbeantwortungen ad 138, 149, 223, 225, 268, 599, 738, 749, 841, 844, 868/I;
die Beschlüsse des Herrenhauses 745 bis 748, 751 bis 753 der Beilagen;
die Berichte 679 und 750 der Beilagen;
die Anträge 721 bis 725, 736 bis 744 der Beilagen.

Versendet wurden am 3. November 1917:

die Berichte 726 bis 735 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 20 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German, Jukel**, Ritter v. **Pogačnik, Simionovici, Udržal.**

Schriftführer: Dr. **Rychlik, Serbu.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca.**

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 26. Oktober d. J. ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Hohes Haus! In der letzten Sitzung des Hauses habe ich Gelegenheit gehabt, der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß die Erfolge unserer heldenmütigen Heere sich weiter ausgestalten mögen. *(Lebhafter Beifall und Heil!-Rufe.)* Dieser Wunsch ist in einem über alles Erwarten ausfallenden Maße in Erfüllung gegangen. *(Neuerlicher lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Gemeinsam mit den tapferen verbündeten Heeren haben unsere Armeen das Küstenland und Kärnten von der feindlichen Invasion befreit und unsere siegreichen Fahnen tief in Feindesland getragen. *(Neuerlicher, lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Nach den mir zugekommenen Mitteilungen hat unser Heer weitere Erfolge erzielt. Ich habe soeben folgende Nachricht erhalten *(Hört! Hört! — Liest)*:

„Im Auftrage Seiner Exzellenz des Chefs des Generalstabes beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren die Mitteilung zu machen, daß die Verbündeten den Tagliamento überall überschritten haben *(stürmischer Beifall und Händeklatschen)* und daß der Feind die ganze Dolomitenfront vom Kreuzberg bis über den Rollepaß hinaus räumen mußte. Unsere Truppen sind in Cortina d'Ampezzo und in St. Martino di Castrozza eingerückt. Seine Majestät der Kaiser und König wohnte dem Tagliamentoübergange bei Codroipo bei.

Für den Chef des Generalstabes:

Freiherr v. Waldstätten,

Generalmajor."

*(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Ihr Beifall beweist die hohe Freude, die wir alle über die neuen Erfolge unserer siegreichen Armeen, die unter der Oberleitung Seiner Majestät des Obersten Kriegsherrn stehen, empfinden. Nicht allein können wir uns freuen über die Waffenerfolge, wir können uns auch darüber freuen, daß die Aussicht auf den Frieden stärker geworden ist, daß der einstige Verbündete, der nach schmählichem Treubruche durch mehr als zwei Jahre unsere südlichen Grenzen hart bedrängte, hoffentlich bald aus der Liste unserer Gegner gestrichen sein wird, und daß wir so dem heißersehnten, ehrenvollen Frieden näher kommen.

Ich bitte um die Ermächtigung, Seiner Majestät dem Kaiser unsere Glückwünsche im Drahtwege übermitteln zu dürfen. *(Neuerlicher, lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Die Herren Abgeordneten Schlegel, Bechyně, Bugatto und Faidutti haben sich krank gemeldet, beziehungsweise entschuldigt.

Bei der in der letzten Sitzung vorgenommenen Wahl in mehrere Ausschüsse wurden 119 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 60; mit je 119 Stimmen erscheinen gewählt:

In den Eisenbahnausschuß als Mitglied Abgeordneter Bradáč;

in den Verfassungsausschuß als Mitglied Abgeordneter Koerner,

als Ersatzmann Abgeordneter Tobolka;

in den volkswirtschaftlichen Ausschuß als Mitglied Abgeordneter Benkovič;

in den Wiederherstellungsausschuß als Mitglied Abgeordneter Grim;

in den Finanzausschuß als Mitglied Abgeordneter Spadaro;

als Ersatzmänner die Abgeordneten Wichtl und Bugatto;

in den Geschäftsordnungsausschuß als Mitglied Abgeordneter Ussai;

in den Notstandsausschuß als Ersatzmann Abgeordneter Ussai;

in den Flüchtlingsausschuß als Ersatzmann Abgeordneter De Carli;

in den Sozialversicherungsausschuß als Mitglied Abgeordneter Gasser;

in den Staatsangestelltenausschuß als Ersatzmann Abgeordneter De Carli;

in den Budgetausschuß als Ersatzmann Abgeordneter Bugatto;

in den Eisenbahnausschuß als Ersatzmann Abgeordneter Bugatto;

in den kriegswirtschaftlichen Ausschuß als Mitglied Abgeordneter Benkovič.

Der Herr Abgeordnete des 67. Wahlbezirkes Galiziens Dr. Longin Cehelskyj hat dieses Reichsratsmandat zurückgelegt. Wegen Einberufung des Ersatzmannes im Sinne des § 36 der Reichsratswahlordnung wurde das Erforderliche veranlaßt.

Das Landes- als Strafgericht Prag hat das wider den Herrn Abgeordneten Ludwig Aust gestellte Auslieferungsbegehren, dessen Zuweisung an den Immunitätsausschuß dem hohen Hause in der Sitzung vom 13. Juni d. J. mitgeteilt wurde, zurückgezogen. Der Immunitätsausschuß wird sich daher mit dieser Angelegenheit nicht mehr zu befassen haben.

Anläßlich des Allerhöchsten Namensfestes hat das Präsidium im Wege der Regierung Seiner Majestät die Glückwünsche des Hauses übermittelt.

Weiters bringe ich dem hohen Hause zur Kenntnis, daß anläßlich der siegreichen Offensive der verbündeten Armeen gegen Italien der Präsident des Deutschen Reichstages sowie der Präsident der Sobranje bundesfreundliche Grüße und Glückwünsche des Deutschen Reichstages, beziehungsweise der bulgarischen Kammer telegraphisch zum Ausdrucke brachten. Ich habe diese Kundgebungen — gleichfalls telegraphisch — namens des hohen Hauses dankend erwidert.

Von seiten des Herrenhauses sind Zuschriften eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Dr. **Rychlik** *(liest)*:

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 30. d. M. den mit der Zuschrift vom 23. Oktober 1917, Z. 352/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. November 1917 bis 28. Februar 1918 auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 30. Oktober 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus des Reichsrates hat in seiner am 31. Oktober d. J. abgehaltenen Sitzung auf Grund des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 146, über die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten die Wahl der auf das Herrenhaus entfallenden 20 Mitglieder und 10 Ersatzmänner der Delegation vorgenommen, wobei folgende Herren in die Delegation gewählt wurden, und zwar zu Mitgliedern: Karl Fürst Auersperg, Dr. Josef Maria Baernreither, Dr. Max Vladimir Freiherr v. Beck, Dr. Leon Ritter v. Biliński, Generaloberst Viktor Freiherr v. Dankl, Dr. Wilhelm Exner, Max Egon Fürst zu Fürstenberg, Dr. Jaroslav Goll, Dr. Karl v. Grabmayr, Adam Ritter v. Jędrzejowicz, Heinrich Graf Larisch von Mönnich, Dr. Friedrich Fürst von Lobkowicz, Alfons Graf Mensdorff-Pouilly, Erwein Graf Nostitz-Rieneck, Oskar Freiherr Parish von Senftenberg, Paul Ritter v. Schoeller, Dr. Moritz Graf Vetter von der Lilie, Franz Graf Walterskirchen zu Wolfsthal, Dr. Richard Weiskirchner, Hugo Fürst zu Windisch-Graetz. Zu Ersatzmännern: Stanislaus Graf Badeni, Nikolaus Graf Des Fours-Walderode, Anton Dreher, Dr. Theodor Konstantin Dumba, Karl Fürst Kinsky zu Wchinitz und Tettau, Franz Prinz von und zu Liechtenstein, Johann Graf von Meran, Josef Graf Nostitz-Rieneck, Dr. Rudolf Sieghart, Josef Ritter von Wohanka.

Hiervon wird das Präsidium des Abgeordnetenhauses in Kenntnis gesetzt.

Wien, 31. Oktober 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

**Präsident:** Diese Zuschriften dienen zur Kenntnis.

Es sind Zuschriften der Regierung eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Dr. **Rychlik** *(liest)*:

„Ich beehre mich dem löblichen Präsidium mitzuteilen, daß Seine kaiserliche und königliche Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschließung vom 30. Oktober 1917 dem Gesetzentwurfe über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. November 1917 bis 28. Februar 1918 die Allerhöchste Sanktion allergnädigst zu erteilen geruht haben.

Wien, 1. November 1917.

Der k. k. Finanzminister:
Wimmer."

„Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handschreiben vom 3. November 1917 die im Sinne des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, beziehungsweise auf Grund des XII. Gesetzartikels vom Jahre 1867 zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten berufenen Delegationen auf den 3. Dezember d. J. nach Wien zur Aufnahme der ihrem Wirkungskreise vorbehaltenen Tätigkeit allergnädigst einzuberufen geruht.

Hiervon beehre ich mich Eurer Hochwohlgeboren mit Beziehung auf meine Zuschrift vom 27. Juni d. J., Z. 4001/M. P., mit dem Ersuchen Mitteilung zu machen, wegen Vornahme der Wahlen für die vom Reichsrate zu entsendende Delegation durch das Abgeordnetenhaus im Sinne des § 10 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 146, sowie wegen entsprechender Verständigung der sonach gewählten Mitglieder der Delegation von dem obigen Einberufungstermin das Erforderliche veranlassen zu wollen.

Das Herrenhaus des österreichischen Reichsrates hat die von ihm in die Delegation zu entsendenden Mitglieder, beziehungsweise Ersatzmänner bereits gewählt.

Wien, 5. November 1917.

Seidler."

**Präsident:** Die Zuschrift wegen Einberufung der Delegationen dient zur Kenntnis und ich werde die Wahl der Delegationen auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen.

Vom Präsidium des Herrenhauses sind weiters Zuschriften eingelangt, in welchen die Mitteilung gemacht wird, daß das Herrenhaus Beschlüssen des Abgeordnetenhauses mit Änderungen beigetreten ist.

Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Dr. **Rychlik** *(liest)*:

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung am 26. d. M. den mit der Zuschrift vom 13. Juli 1917, Z. 137/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Kriegssteuer von höheren Geschäftserträgnissen der Gesellschaften und vom Mehreinkommen der Einzelpersonen aus den Jahren 1916 und 1917 *(748 der Beilagen)* auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 4, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 26. Oktober 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 31. v. M. den mit der Zuschrift vom 25. September l. J., Z. 241/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse *(751 der Beilagen)* auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 4, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 3. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 31. v. M. den mit der Zuschrift vom 25. September 1917, Z. 241/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines

Gesetzes, über die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten *(752 der Beilagen)* auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 4, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 3. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 31. v. M. den mit der Zuschrift vom 25. September 1917, Z. 241/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, womit Zivilpersonen ausnahmsweise der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden *(753 der Beilagen)*, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschluß in dritter Lesung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 4, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 3. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

**Präsident:** Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich die die Kriegssteuer betreffende Zuschrift samt dem bezüglichen Beschluß *(748 der Beilagen)* dem Finanzausschusse, die drei Zuschriften über die Justizgesetze, beziehungsweise die bezüglichen Beschlüsse *(751, 752 und 753 der Beilagen)* dem Justizausschusse zuweisen. *(Nach einer Pause:)* Sind zugewiesen.

Es ist mir eine dringliche Anfrage übermittelt worden, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer: **Serbu** *(liest)*:

„Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Leo Winter, Aust, Dr. Soukup an den Herrn Minister für Landesverteidigung wegen der Militarisierung der Arbeiter in Böhmen.

Bei dem k. k. Landwehrdivisionsgericht in Prag wurde gegen mehr als 30 Arbeiter der Ringhofferwerke in Smichov eine Klage wegen der Verbrechen der Meuterei und Subordinationsverletzung eingebracht. Die Klage wird dadurch begründet, daß die Angeklagten gemeinsam mit den übrigen Arbeitern der genannten Fabrik die Arbeit eingestellt hatten, obzwar sie ebenso wie die Arbeiter aller größeren Metallfabriken in Böhmen den Landwehreid geleistet hatten.

Die Beeidigung der Metallarbeiter und ihre Behandlung als Soldaten wurde durch eine Reservatverfügung des k. u. k. Kriegsministeriums angeordnet. Diese Verfügung steht jedoch im Widerspruch mit dem Landsturm- und dem Wehrgesetze.

Die Gefertigten stellen deshalb an den Herrn Minister für Landesverteidigung die Anfrage, ob er gewillt ist:

„1. anzuordnen, daß gegen das verurteilende Urteil sowie gegen die bereits gefällten Urteile in analogen Strafsachen die Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes eingebracht werde.

2. Zu veranlassen, daß die Verfügung, wonach die Arbeiter in Eid zu nehmen und als Soldaten zu betrachten und zu behandeln sind, aufgehoben werde und die Arbeiter aus dem vermeintlichen militärischen Verhältnisse entlassen werden.

Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit der sofortigen Klärung dieses Verhältnisses, stellen wir den Antrag, diese Anfrage gemäß § 69 der Geschäftsordnung in öffentlicher Verhandlung begründen zu dürfen.

Wien, 23. Oktober 1917.

| | |
|---|---|
| Hybeš. | Dr. Winter. |
| Dr. Witt. | Aust. |
| Bechyně. | Soukup. |
| Dr. Šmeral. | Charvát. |
| Klička. | Tomášek. |
| Hnátek. | Pik. |
| Svěceny. | Prokeš. |
| Filipínský. | Binovec. |
| Jaroš. | Modráček. |
| Marek. | Vaněk."" |

**Präsident:** Der Herr Anfragesteller stellt den Antrag, daß diese Anfrage im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung dringlich behandelt, das heißt, daß dem Anfragesteller zunächst das Wort zur Begründung erteilt und daß dann die Debatte darüber eröffnet werde.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat dem Antrage zugestimmt.

Ich erteile zunächst dem Herrn Abgeordneten Dr. Winter zur Begründung seiner Anfrage das Wort.

Abgeordneter Dr. Leo **Winter:** Hohes Haus! Es hat sich in diesem Kriege gezeigt, daß der Krieg mit Soldaten allein nicht geführt werden kann, daß die gesamte Bevölkerung herangezogen werden mußte, um die Kriegführung mit Geld, mit Unternehmungslust, mit Arbeit zu unterstützen. Die Staatsverwaltung scheint jedoch wenig Hoffnung gehegt zu haben, daß die Bevölkerung diese Leistungen opferwillig bringen wird und hat wahrscheinlich vorausgesetzt, daß ein moralischer Druck nicht genügen wird, um diese Leistungen zu bewerkstelligen. Deshalb trachtete die Staatsverwaltung, diese Leistungen auf eine andere Weise sicherzustellen. Hierbei hat sich aber der Klassencharakter des Staates wieder klar gezeigt. Ganz anders ist der Staat vorgegangen, wenn er von den Kapitalisten Geld, von den Unternehmern Unternehmungstätigkeit verlangte, ganz anders ist er vorgegangen, als es sich um die Beschaffung der Arbeit gehandelt hat.

Bei den bemittelten Klassen trachtete der Staat, ihr materielles Interesse an der Kriegführung zu wecken. Er gewährte bei den Kriegsanleihen eine solche Verzinsung, daß das Kapital in einer anderen Anlage nicht so gut verzinst worden wäre. Er gewährte den Unternehmern sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft solche Preise, die sie nie in ihrem Leben hätten erwarten können. Als es sich aber darum gehandelt hat, die Arbeit sicherzustellen, ist die Staatsverwaltung gegen die Arbeiter mit dem Kriegsleistungsgesetz aufgetreten und hat sie der militärischen Disziplinar- und Strafgewalt untergeordnet.

Trotz dieser Lockungen scheint die Staatsverwaltung jedoch mit den Leistungen der bemittelten Klassen nicht voll zufrieden gewesen zu sein und sie hat sich daher veranlaßt gesehen, den Anreiz zu diesen Leistungen zu erhöhen. Wir haben gesehen, daß die Kriegsanleihen zu immer günstigeren Bedingungen ausgegeben wurden.

Der Emmissionskurs der ersten Kriegsanleihe bezifferte sich mit 97·50, der der zweiten Kriegsanleihe schon mit 95·25, der dritten mit 93·60, der vierten mit 92·50 und bei der siebenten Kriegsanleihe wurden noch die Zinsen für einen Monat bonifiziert, so daß die Kapitalisten, von denen Geld verlangt wird, durch einen immer höheren Zinsfuß gelockt werden. Die Preise sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie gehen beständig in die Höhe, statt daß die Regierung an dem Abbau derselben arbeitet.

Die Arbeiter haben wirklich keinen anderen Anreiz gebraucht, um mehr zu arbeiten; sie haben, was bei der jetzigen Unterernährung nur möglich war, tatsächlich geleistet, sie haben auch vom Kaiser eine allgemeine Belobung für ihre Leistungen erhalten. Aber wo alles etwas bekam, konnte die Arbeiterschaft nicht leer ausgehen.

Ich kann die Leiden, welche die Arbeiterschaft unter dem Kriegsleistungsgesetz zu erdulden hatte, heute nicht aufzählen, die beschränkte Redezeit erlaubt es mir nicht. Ich hoffe aber, wir werden noch Gelegenheit haben, über das Kriegsleistungsgesetz ausführlicher zu sprechen, bis das hohe Haus über meinen Antrag, betreffend die Änderung des Kriegsleistungsgesetzes, verhandeln wird. Die Lage der arbeitenden Klasse in Österreich unter dem Kriegsleistungsgesetz bildet ein besonderes Kapitel; dieser Teil des Kreuzweges des Proletariats wird eine besondere Geschichtsforschung erfordern.

Ich möchte heute nur auf einen Faktor hinweisen, welcher bei der Durchführung des Kriegsleistungsgesetzes in Tätigkeit getreten ist, nämlich auf die militärischen Leiter. Die militärischen Leiter der industriellen Betriebe haben, wenigstens zu einem großen Teile, ihre Aufgabe vollkommen verkannt; sie wurden in die militärischen Betriebe deswegen eingesetzt, damit die Betriebe ungestört vor sich gehen können; sie glaubten jedoch, wie gesagt, in ihrer Mehrzahl, dies nur auf einem Wege bewerkstelligen zu können, nämlich durch die Drangsalierung der Arbeiter und die Verbreitung einer Schreckensherrschaft. *(So ist es!)* Zu Leitern der militärischen Betriebe sollten besonders qualifizierte Personen gewählt werden, es sollten Offiziere gewählt werden, welche hervorragende Menschenkenner sind; die militärischen Leiter sollten eben in einer so schweren Zeit, wie wir sie jetzt durchleben, im ständigen Verkehr mit der Arbeiterschaft und nicht mit den Unternehmern sein *(sehr richtig!)*, sie sollten durch die Sorge um die Arbeiter an den Tag legen, daß sie trachten, ihnen zu ermöglichen, ihr schweres Schicksal zu ertragen.

Ich kann, wie gesagt, nicht auf Einzelheiten eingehen, aber ein charakteristisches Beispiel möchte ich doch anführen. Als die Prager Eisenindustriegesellschaft in Kladno unter das Kriegsleistungsgesetz gestellt wurde, war die erste Sorge der

militärischen Leitung, Arreste für die Arbeiter zu bauen *(Hört! Hört!)*, weil dort bisher keine Arreste gebaut waren.

Geradezu mit sadistischer Raffiniertheit wurden diese Arreste so hergerichtet, daß die eingesperrten Arbeiter sich darin überhaupt nicht rühren konnten. Diese Arreste sind beständig überfüllt. Es ist mir nicht bekannt, ob die Arreste auf Kosten des Ärars oder mit Hilfe einer „hochherzigen" Spende der Prager Eisenindustriegesellschaft errichtet wurden, aber jedenfalls möchte ich Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister einladen, diese Arreste und die Art ihrer Verwendung durch eine besondere Kommission besichtigen und sich darüber Bericht erstatten zu lassen. *(Abgeordneter Max Winter: Vielleicht sind auch andere Dinge darin, vielleicht wird dort auch noch angebunden!)* Das ist mir nicht bekannt. Dagegen hat aber diese militärische Leitung bei der Prager Eisenindustriegesellschaft geduldet, daß ledige Arbeiter einen Lohn von 2 K 50 h bezogen haben, ein Vater von vier Kindern einen Lohn von 3 K 20 h *(Hört! Hört!)* täglich und dies zu einer Zeit, wo der Staat selbst für einen Arbeiter, welcher zur Bewachung in Kladno eingeteilt war, 2 K 83 h täglich gezahlt und ihm dabei Montur, Bequartierung, Beheizung, Beleuchtung beigestellt hat und den Soldaten an der Großmenagewirtschaft hat teilnehmen lassen.

Zu derselben Zeit bekam ein Vater von vier Kindern 3 K 20 h von der Prager Eisenindustriegesellschaft! *(Hört! Hört! — Abgeordneter Dr. Zahradnik: Was bezog der Herr Kestranek?)* Das wollte ich eben erwähnen! Das geschah zu einer Zeit, wo die Prager Eisenindustriegesellschaft einen Reingewinn von mehr als 17 Millionen Kronen nicht erzielt, sondern ausgewiesen hat. *(Hört!)*

Meine Herren! Auf die weiteren Einzelheiten in der Durchführung des Kriegsleistungsgesetzes will ich nicht eingehen. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß die Arbeiter schon genug gedrückt waren, um ihren Verpflichtungen nachzukommen, selbst wenn sie es ohne Druck nicht hätten tun wollen. Aber wie ich schon erwähnt habe, nachdem sowohl die Geldkapitalisten als auch die Unternehmer etwas bekommen hatten, konnte die Arbeiterschaft nicht leer ausgehen. Es wurde das Kriegsleistungsgesetz für nicht genügend angesehen und die Arbeiter wurden militarisiert. Die Arbeiter wurden in Eid genommen, es wurden ihnen die Kriegsartikel vorgelesen, sie wurden in Landsturmarbeiterabteilungen eingeteilt, unter das Kommando von Offizieren gestellt, alles das auf Grund des § 26 der Durchführungsverordnung zum Landsturmgesetz. In weiterer Folge dieser Verordnung wurden die Arbeiter der Ringhofferwerke in Smichow wegen einer zweitägigen Arbeitseinstellung wegen Verbrechens der Meuterei und Subordinationsverletzung unter Anklage gestellt und selbstverständlich auch verurteilt. Der erste der Angeklagten wurde mit schwerem Kerker von drei Jahren bestraft *(Hört! Hört!)*, in einem zweiten Prozeß wurden gegen einen gewissen Háva, welcher Vater von sechs Kindern ist, gegen einen Jira, der Vater von drei Kindern ist, und gegen einen Metallarbeiter Dvořák, der Vater von sieben Kindern ist, schwere Kerkerstrafen in der Dauer von 15 Monaten ausgesprochen. Das alles sind durchwegs Arbeiter, welche bei den Ringhofferwerken über 20 Jahre gearbeitet haben. *(Hört! Hört!)* Auch der Dank des Hauses Ringhoffer wird unter der Arbeiterschaft in Böhmen sprichwörtlich werden. In den letzten Tagen ist beim Prager Landwehrdivisionsgericht ein Prozeß zu Ende geführt worden, in welchem 31 Arbeiter des Verbrechens der Meuterei und der Subordinationsverletzung schuldig erklärt und mit schwerem Kerker von 4 bis 18 Monaten, in der Gesamtdauer von 286 Monaten bestraft wurden. *(Hört! Hört!)*

Bei der Verhandlung wurde die Frage der Gesetzmäßigkeit des § 26 der Durchführungsverordnung aufgeworfen. Ich sage ganz offen, ich halte mich nicht für berechtigt, dem Militärgericht deshalb einen Vorwurf zu machen, weil es den § 26 als für sich bindend erachtet hat. Die Durchführungsverordnung stammt aus dem Jahre 1907, sie besteht also schon zehn Jahre. Während dieser ganzen zehn Jahre haben sich die gesetzgebenden Körperschaften mit der Durchführungsverordnung zum Landsturmgesetz überhaupt nicht befaßt, sie haben also implizite durch ihr Stillschweigen diese Durchführungsverordnung für richtig erklärt und es wäre von uns unbillig, von einem Gerichte, welches aus vier Offizieren besteht, zu verlangen, daß es dasjenige, was die gesetzgebenden Körperschaften für richtig anerkannt haben, auf einmal für sich als nicht verbindlich erklären würde. Aber, meine Herren, jetzt ist es doch schon hoch an der Zeit, sich mit der Gesetzmäßigkeit dieser Durchführungsverordnung zu befassen. Ich will hierbei auf die Ausführungen des Dr. Meißner, welcher die Verteidigung dieser Arbeiter in mustergültiger Weise geführt hat, hinweisen.

Die Durchführungsverordnung soll das Landsturmgesetz durchführen. Nach § 2 des Landsturmgesetzes vom 6. Juni 1886, R. G. Bl. Nr. 90, sind der Landsturmpflicht nur die wehrfähigen Männer unterworfen. Ich bin mir dessen bewußt, daß bereits im Wehrausschusse eine Debatte über die Bedeutung des Wortes „wehrfähig" abgeführt wurde und daß die Mehrzahl der Mitglieder des Wehrausschusses, die in der Lage waren, sich in der Debatte zu äußern, gegen die Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Ministers für Landesverteidigung Stellung genommen haben, welcher die

Anschauung vertrat, daß unter „wehrfähig" ein jeder zu verstehen sei und nicht nur derjenige, welcher fähig ist, das Reich gegen Angriffe von Außen zu wehren.

Nun möchte ich auf ein charakteristisches Moment hinweisen. Das Landsturmgesetz vom Jahre 1886 wurde durch die Durchführungsverordnung vom 19. Jänner 1887, R. G. Bl. Nr. 5, durchgeführt, wobei nach § 25, Punkt 126, auch der Dienst „bei Privatunternehmungen, welche zur Deckung der Bedürfnisse der bewaffneten Macht in Anspruch genommen werden", als Landsturmpflicht erklärt wird. Diese Bestimmung des ehemaligen § 25, Punkt 126, ist in den analogen § 26, Punkt 137, in der neuen Durchführungsverordnung vom 20. Juni 1907, R. G. Bl. Nr. 150, nicht mehr aufgenommen worden. Es scheint daher, daß sich die Militärverwaltung schon dessen bewußt war, daß die alte Durchführungsverordnung über den Rahmen des Landsturmgesetzes hinausgegangen ist.

Aber, meine Herren, für die Frage, wie das Wort „wehrfähig" im Landsturmgesetze zu interpretieren ist, kommt nicht nur das Landsturmgesetz und die Durchführungsverordnung zum Landsturmgesetze, sondern auch das Wehrgesetz in Betracht. Das Wehrgesetz vom 5. Juni 1912, R. G. Bl. Nr. 128, spricht im § 1 von der Wehrpflicht und besagt, daß unter Wehrpflicht auch die Landsturmpflicht zu subsumieren sei. Aber die besonderen Dienste zu Kriegszwecken, von denen eben § 26 der Durchführungsverordnung zum Landsturmgesetze spricht, werden nicht im § 1 des Wehrgesetzes unter dem Begriffe „Wehrpflicht", sondern im § 7 des Wehrgesetzes erwähnt. Dieser § 7 wurde dann durch den § 19 der Durchführungsverordnung vom 27. Juli 1912, R. G. Bl. Nr. 153, durchgeführt, in welchem es heißt, daß unter diesen besonderen Diensten zu Kriegszwecken zu verstehen seien *(liest)*: „Ausrüstungsarbeiten, Arbeiten für Bahnerhaltung, Werkstättendienste der Kriegsmarine, Verwendung als Koppelknechte für Pferdetransporte, Fuhrleute, Kondukteure, Schmiede, Tragtierführer und sonstige Transporte, Chauffeure und Piloten für die Leitung von Kraft- und Luftfahrzeugen u. dgl." Der Dienst in den Privatunternehmungen ist aber in der Durchführungsverordnung zum Wehrgesetz nicht erwähnt und auch von diesen Diensten, welche hier erwähnt sind, heißt es, die Sicherstellung, Heranziehung und Verwendung von solchen Personen wird durch besondere Vorschriften geregelt. Selbstverständlich hat sowohl das Wehrgesetz als auch die Durchführungsverordnung zum Wehrgesetz gesetzliche Vorschriften oder wenigstens öffentliche Vorschriften gemeint. Nun sind aber diese Vorschriften, wonach die Arbeiter militarisiert worden sind, geheime Vorschriften. Ich möchte der Militärverwaltung sagen: Geheime Gesetze sind doch ein Unsinn, sind doch eine contradictio an und für sich. Wie kann ich, der ich verpflichtet bin, mich nach dem Gesetze zu halten, dieser Verpflichtung nachkommen, wenn das Gesetz geheim ist, wenn es vor mir in der Schublade des Kommandanten eingesperrt wird, wenn niemand das Recht hat, in dieses Gesetz Einsicht zu nehmen? *(Abgeordneter Seitz: Da predigen Sie beim Landesverteidigungsministerium vergebens!)* Ich hoffe, daß die Militärverwaltung, nachdem sie sich jetzt überzeugt hat, daß solche geheime Erlässe tatsächlich keine Wirkung auf die Volksvertretung ausüben, in Zukunft doch anders vorgehen wird. *(Zwischenrufe. — Abgeordneter Seitz: Man hat das Gute, daß sich kein Staatsbürger auf das Gesetz berufen kann!)* Ja, das ist richtig. Die Bestimmung, welche die Durchführungsverordnung zum Wehrgesetz im Sinne hatte, war eben das Gesetz über die Kriegsleistungen.

Ich möchte die Herren darauf aufmerksam machen, daß das Gesetz über die Kriegsleistungen damals bereits in Vorbereitung stand. Wir haben ja von dem verstorbenen Grafen Stürgkh damals im Justizausschusse gehört, daß das Kriegsleistungsgesetz nicht über Nacht gemacht wurde, wie es den Anschein hatte, sondern bereits jahrelang in Vorbereitung war. Es war in Vorbereitung gemeinsam mit dem Wehrgesetz und infolgedessen ist es ganz klar, daß das Wehrgesetz und die Durchführungsverordnung zu diesem Wehrgesetze das Kriegsleistungsgesetz als diejenige Vorschrift im Auge hatten, welche die Sicherstellung und Beiziehung dieser Leute zu bewerkstelligen hat.

Ich möchte noch auf eines aufmerksam machen. In den Erläuterungen der Regierung zum Kriegsleistungsgesetz, welche wir damals hektographisch bekommen haben, heißt es *(liest)*: „Die Schaffung eines derartigen Gesetzes schon im Frieden bringt aber den Vorteil mit sich, daß schon während des Friedensverhältnisses zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird, was das Militär im Kriege anzusprechen berechtigt ist, wie weit die Bewohner zu solchen Leistungen verpflichtet sind." Das Kriegsleistungsgesetz hatte also nach Anschauung der Regierung, nach der Begründung der Regierung das Maximum dessen vorzustellen, wozu die Bevölkerung verpflichtet ist. Es kann also nicht nachträglich durch eine unrichtige und gewaltsame Interpretation des § 26 der Durchführungsverordnung zum Landsturmgesetz über das Kriegsleistungsgesetz hinausgegangen werden.

Der ganze Vorgang, wie er in der Munitionsindustrie nicht nur in Böhmen eingehalten wurde, war überhaupt nicht durchdacht. Die Leute wurden präsentiert. „Präsentierung" heißt in der militärischen Terminologie Übernahme in die ärarische Verpflegung. Von einer ärarischen Verpflegung war bei diesen Leuten überhaupt keine Rede. Wenn diese

Leute Soldaten sind, so können sie selbstverständlich nicht gegen Krankheit und gegen Unfall bei den bestehenden Versicherungsinstituten versichert sein. Den Leuten wurden aber die Versicherungsbeiträge in Abzug gebracht. Am 3. Oktober hat das Kriegsministerium einen Erlaß herausgegeben, wonach diese Leute zu versichern sind. Ich erkenne an, daß das Kriegsministerium hierbei von guter Absicht geleitet war und wir führen auch die Versicherung dieser Leute durch; aber die Versicherung dieser Leute, wenn sie Soldaten sind, ist ungesetzlich, weil es nur eine freiwillige Versicherung sein könnte und die freiwillige Versicherung bei den Krankenkassen nur auf Grund von Eintrittsgeldern zustande kommen kann. Wenn sie Soldaten wären, wie ist bei ihnen —, das möchte ich den Herrn Minister für Landesverteidigung fragen — das Beschwerderecht geregelt? Ich halte nicht viel vom militärischen Beschwerderecht — ich könnte davon Beispiele erzählen —, aber theoretisch wenigstens hat jeder Soldat, wenn er bestraft wird, das Recht, sich mit einer Beschwerde an eine höhere Instanz zu wenden. Wohin soll nun der Arbeiter in den Ringhofferwerken, wenn er von dem militärischen Leiter disziplinarisch bestraft wurde, mit seiner Beschwerde gehen? Gegen den militärischen Leiter gibt es überhaupt keine Beschwerde. Und dann wurde in den Ringhofferwerken ebenfalls von Leuten, welche die Militärverwaltung für Soldaten erklärt, eine Deputation gewählt, welche zum Statthalter gehen sollte, damit er für eine bessere Approvisionierung sorge. Diese Deputation von angeblichen Soldaten wurde von dem Oberstleutnant, von dem militärischen Leiter des Betriebes, geführt.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, ich muß den Herrn Redner aufmerksam machen, daß nach der Geschäftsordnung seine Redezeit bereits verflossen ist.

Abgeordneter Dr. Leo **Winter**: Ich bin sofort fertig. Wenn das im jetzigen Rußland geschehen würde, so würde es begreiflich sein, daß Soldaten Deputationen wählen und daß an die Spitze einer solchen Deputation ein Offizier gestellt wird. Aber bei uns in Österreich steht die Militärverwaltung noch nicht auf dem Standpunkt, daß Soldaten ihre Organe selbst wählen und daß Offiziere an die Spitze solcher Deputationen gestellt werden sollen.

Aus all dem ersieht man also, daß das Ganze nicht durchdacht, daß es ein Schreckschuß war, der die Arbeiter zwingen sollte, dem Unternehmer vielleicht noch mehr untergeordnet zu sein, als es unter dem Kriegsleistungsgesetz der Fall war. Ich halte es für meine Pflicht, den Gefühlen Ausdruck zu geben, welche die Arbeiterschaft beherrschen. Die Militärverwaltung hat der Arbeiterschaft durch die Militarisierung ihr Mißtrauen ausgesprochen, die Militärverwaltung hat der Arbeiterschaft den Fehdehandschuh hingeworfen und Sie, meine Herren, können nicht verlangen und können nicht erwarten, daß Ihnen Solidaritätsgefühle von Klassen entgegengebracht werden, welche Sie mit der eisernen Hand des Machthabers und des Bedrückers behandeln.

Und den Vertretern der bürgerlichen Klassen möchte ich noch folgendes sagen: Teile dieser Klassen sind Nutznießer dieser Knechtung der Arbeiterschaft. Aber lassen Sie sich dadurch nicht in Versuchung führen, die Militarisierung der Arbeiter — auch nicht durch Ihr Stillschweigen — zu unterstützen! Erinnern Sie sich an die Fabel vom Pferd und dem Hirsch!

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Redner!

Abgeordneter Dr. Leo **Winter**: Ich bin sofort fertig, nur noch eine Minute! Erinnern Sie sich an die Fabel vom Pferd und dem Hirsch! Das Pferd hat dem Menschen die Gelegenheit gegeben, in seinen Sattel zu steigen und den Hirsch zu erlegen. Es wurde aber von dem Menschen, nachdem er einmal die Gewalt über das Pferd erlangt hatte, selbst beherrscht. In derselben Situation sind heute Sie, meine Herren! Heute gilt es, die Arbeiterschaft zu unterdrücken, die Arbeiterschaft zu militarisieren. Morgen kann die Landwirtschaft, morgen kann die Industrie, übermorgen unser ganzes öffentliches Leben militarisiert werden. *(Zustimmung.)*

Das Bürgertum muß sich sagen: Et mea res agitur, auch um meine Sache handelt es sich. Es hat daher die Verpflichtung, im eigenen Interesse an die Seite der Arbeiterschaft zu treten. Das tschechische Bürgertum, meine Herren von den deutschen Parteien, hat es bereits getan. Ich habe im Namen des ganzen „Český svaz" zu erklären: Wir fordern die sofortige Aufhebung der Militarisierung der Arbeiterschaft, weil diese Maßnahme vom juristischen Standpunkt gesetzwidrig, vom verwaltungstechnischen überstürzt und unüberlegt, vom politischen ein Fehler und vom sozialpolitischen ein Verbrechen ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung hat sich zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Landesverteidigungsminister Feldmarschalleutnant v. **Czapp**: Hohes Haus! Auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Leo Winter und

Genossen wegen der strafgerichtlichen Behandlung einer Anzahl von Landsturmarbeitern der Ringhofferwerke in Smichov möchte ich zunächst feststellen, daß in dieser Straffache tatsächlich 31 Angeklagte des Verbrechens der Meuterei und zum Teile auch des Verbrechens der Subordinationsverletzung schuldig erkannt und zu Strafen in der Dauer von 4—18 Monaten verurteilt worden sind. Drei Angeklagte sind freigesprochen worden. Gegen dieses am 29. Oktober erflossene Urteil sind sowohl vom Militäranwalt als auch von der Verteidigung die gesetzlichen Rechtsmittel angemeldet worden. Das Urteil selbst liegt mir im Wortlaute noch nicht vor. Nach Informationen sind auch die in früheren analogen Straffällen geschöpften Urteile von der Verteidigung mit den gesetzlichen Rechtsmitteln angefochten worden. Die Entscheidung des Obersten Landwehrgerichtshofes in diesen Strafsachen ist aber noch nicht erfolgt. Da gegen die fraglichen Urteile ohnedies alle Rechtsmittel eingelegt worden sind, erscheint die Anregung der Anfragesteller zur Einbringung der Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes — ganz abgesehen von meiner rechtlichen Auffassung — unpraktisch und ich glaube auch in Übereinstimmung mit dem hohen Hause der Ansicht Ausdruck geben zu sollen, daß es der konstitutionellen Auffassung entspricht, in Rechtsfragen die Entscheidung der Gerichte abzuwarten. Als Chef der Landwehrjustizverwaltung lege ich den größten Wert darauf, daß auch der bloße Schein einer Beeinflussung der Militärgerichte vermieden werde. Ein solcher Anschein läge aber vor, wenn ich mich über die Frage, ob die Beeidigung der Arbeiter auf den Soldateneid gesetzmäßig war oder nicht, aussprechen wollte. Diese Frage bildet ja die grundlegende Vorfrage des Urteiles und es geht gewiß nicht an, der Entscheidung des Gerichtes in diesem Belange vorzugreifen.

Ich bitte daher das hohe Haus, sich meinem Standpunkte anzuschließen und gestatte mir noch zu bemerken, daß die Entscheidung des Obersten Landwehrgerichtshofes in der prinzipiellen Frage, die auch bereits bezüglich anderer analoger Fälle anhängig ist, in nicht allzuferner Zeit erfolgen wird. Dann werde ich gewiß keinen Anstand nehmen, mich in eine weitere Erörterung der rechtlichen Seite dieser Anfrage einzulassen.

Immerhin möchte ich dem hohen Hause bezüglich der Motive für die Aufstellung der Landsturmarbeiterabteilungen schon heute einige kurze Aufklärungen geben.

Die im Laufe des Krieges stetig steigenden materiellen Ansprüche der Armee im Felde zur Erhaltung ihrer Schlagfertigkeit forderten gebieterisch die Schaffung einer konsolidierten, stets und unbedingt leistungsfähigen Kriegsindustrie.

Zu den Grundbedingungen für eine möglichst hohe Leistungsfähigkeit gehört nebst anderen Momenten auch der Umstand, daß keinerlei Störungen in der Arbeitsleistung eintreten. Wenngleich mit voller Überzeugung gesagt werden kann, daß die Arbeiterschaft den hohen, im Kriege an sie herangetretenen Anforderungen im allgemeinen mit vollem Verständnis und Pflichteifer gerecht geworden ist, so hat doch eine Reihe von Momenten, darunter die immer schwierigeren Lebensverhältnisse und damit zusammenhängende Lohnfragen insbesondere in letzterer Zeit zu einzelnen Streiks geführt, wodurch zeitweilig die Leistungsfähigkeit gerade der größeren Kriegsbetriebe in Frage gestellt wurde.

Diese Umstände verpflichteten die Kriegsverwaltung, alles daran zu setzen, um die Leistungsfähigkeit unserer Kriegsindustrie unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. *(Zwischenrufe der Abgeordneten Seitz, Wolf, Němec und Glöckel.)*

Als eine solche Maßnahme ergab sich eine sukzessive Aufstellung von Landsturmarbeiterabteilungen in einer Reihe wichtigerer Betriebe, eine Maßnahme, die sowohl in Österreich wie in Ungarn erfolgte.

Hierin lag übrigens keine Neuerung, da bereits in den Mobilisierungsvorsorgen die Aufstellung von Landsturmarbeiterabteilungen in den Kohlenwerken vorgesehen war und auch bereits zu Anfang des Krieges durchgeführt wurde.

Die Aufstellung von Landsturmarbeiterabteilungen darf übrigens niemals als eine Strafverfügung aufgefaßt werden, es liegt derselben vielmehr auch die Absicht zugrunde, die Vorsorge für das Wohl der Arbeiter noch über die Institution der Beschwerdekommissionen hinaus zu fördern, ferner die arbeitswilligen Elemente davor zu schützen, daß einzelne die Arbeit und damit die Verdienstmöglichkeit der Gesamtheit stören.

**Präsident**: Zum Worte haben sich gemeldet die Herren Abgeordneten Seitz, Němec, Singalewicz, Hübschmann, Starck, Liebermann.

Ich erlaube mir darauf aufmerksam zu machen, daß nach der Geschäftsordnung die Rededauer 20 Minuten beträgt.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Seitz das Wort.

Abgeordneter **Seitz**: Geehrte Herren! Wir haben am Beginn der Sitzung vom Präsidenten Nachrichten bekommen über den Stand auf dem Kriegsschauplatz. Sie sind von einem kleinen Teile des Hauses mit Beifall, von einem großen Teile mit auffallender Ruhe entgegengenommen worden. Denn, meine Herren, darüber darf sich heute niemand mehr täuschen: Man mag draußen

die größten Erfolge der Waffen erzielen, man mag durch große Siege was immer erringen, die Tatsache wird man nicht verhüllen, daß hier im Hinterlande die großen Massen der Staatsbürger nicht nur furchtbares Elend und schreckliche Not ertragen müssen, sondern daß ihnen über dieses Maß hinaus — ausschließlich in diesem unglücklichen Staate — auferlegt ist eine Rechtlosigkeit, eine Unterdrückung, eine Knechtschaft, die für Männer auf die Dauer nicht mehr erträglich ist. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Ein Zeichen davon ist das, was wir hier hören.

Im Solde und im Dienste der schlimmsten Ausbeuter Österreichs, im Solde und im Dienste der schlimmsten Kriegsgewinner hat die Militärverwaltung die großen Massen der Arbeiterschaft in einen Frondienst gestellt, wie er schmählicher und entwürdigender überhaupt nicht gedacht werden kann. *(Zustimmung.)* Der Herr Landesverteidigungsminister allerdings stellt uns die Maßregeln, die gegen die Arbeiter getroffen worden sind, fast als Humanitätsakte, als Fürsorgeakte zum Schutze der Arbeiter hin. *(Zwischenrufe.)* Exzellenz, ich warne Sie, in so ernsten Zeiten zu den schweren Lasten noch den Hohn hinzuzufügen. *(Sehr richtig!)* Denn anders kann man das nicht auffassen. Und wenn der Herr Minister in seiner Rede sagte, die Anfrage richte sich gegen Gerichtsurteile und es stehe ihm nicht zu, die Gerichte zu beeinflussen, dann will ich darauf verweisen, daß die Anfrage ja gar nichts anderes fordert, als daß die Prokuratur ihre Pflicht erfülle. *(Sehr richtig!)* Das ist noch niemals als eine Beeinflussung der Gerichte, als eine Maßregel gegen ihre Freiheit und Unabhängigkeit aufgefaßt worden.

Aber, meine Herren, wie hört sich das in Österreich an? Wir haben Urteile dieser Militärgerichte gesehen und es sind das Bände von Schandurteilen, wie sie schlimmer nicht gedacht werden können. *(Lebhafte Zustimmung.)* Es sind Bände von Schandurteilen, die sich nicht, wie man uns immer vortäuschen will, gegen Tschechen, Polen, Italiener, Ruthenen richten — übrigens eine sonderbare Auffassung, wenn man immer sagt, das sind keine Deutschen, mit denen kann man umgehen, wie man will — nein, es sind Urteile auch gegen unsere deutschen Volksgenossen, die so schändlich sind und so allem Recht Hohn sprechen, daß sie bei jedem redlich Denkenden Entrüstung und Empörung wachrufen müssen. Und diese Urteile sind einfach über Kommando von oben erflossen. *(Zustimmung.)* Oder wollen Sie uns etwa einreden, daß diese Militärrichter, die man kommandiert hat und die man, statt sie in die Schützengräben zu schicken, auf einen weichen Richterfauteuil gesetzt hat, in den politischen Prozessen unbefangen und nach Recht und Gesetz geurteilt haben? In dieser Zeit und nach diesen Erfahrungen kommt der Herr Landesverteidigungsminister und sagt uns — ich kann nur sagen, mit einer Naivität, die ja in diesen Dingen vielleicht bei einem Offizier verständlich, die aber für einen Politiker unmöglich ist — sagt uns, er warne vor einer Beeinflussung der Gerichte, denn das sei eine Gefahr für den Bestand des Rechts und der Justiz. *(Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Es ist in einem Zwischenruf von dem Herrn Abgeordneten Wolf der Versuch gemacht worden, diese rein sachliche Frage, die alle Arbeiter aller Nationen dieses Staates gleichmäßig betrifft, zu verfälschen, indem er von staatsrechtlichen Aktionen der tschechischen Arbeiter bei den Ringhofferwerken gesprochen hat, aber es handelt sich nicht nur um die Arbeiter bei den Ringhofferwerken allein — obwohl diese Schandurteile schrecklich sind —, es handelt sich um die gesamte Arbeiterschaft Österreichs *(So ist es!)* und diese Schandurteile sind nicht nur erflossen gegen Tschechen und gegen Südslawen, gegen Polen und Italiener, diese Schandurteile sind auch erflossen gegen deutsche Arbeiter *(lebhafter Beifall)* und sie sind erflossen zum Schutze und im Interesse von Kriegsgewinnern, von allerdings deutschnationalen Freunden der Herren Wolf und Konsorten, die aber nichts sind als internationale Kriegsgewinner und Ausbeuter. *(Lebhafte Zustimmung.)* Es wird dem Herrn Abgeordneten Wolf nicht gelingen, dieses ganz reine Verhältnis zwischen internationalem Kapital und Lohnarbeiter durch nationale Phrasen und durch den Appell an die Furcht vor dem tschechischen Hochverrat zu verhüllen.

Um was handelt es sich nun in der Sache? Unser Wehrgesetz, unser Landsturmgesetz und das Kriegsleistungsgesetz regeln das Arbeitsverhältnis für die Zeit des Krieges. Bevor wir das Kriegsleistungsgesetz hatten, galt der § 7 des Wehrgesetzes und die analoge Bestimmung des Landsturmgesetzes, wonach Mannschaften, die sich für den Kriegsdienst nicht eignen, auch zu anderen Leistungen herangezogen werden können. Als wir im Jahre 1912 das Kriegsleistungsgesetz machten, haben wir gewissenhafterweise darauf aufmerksam gemacht, daß in dem Augenblick, in dem man durch das Kriegsleistungsgesetz alle Vorkehrungen trifft, um die Arbeit des Hinterlandes im Kriege sicherzustellen, die angezogenen Bestimmungen des Wehrgesetzes und des Landsturmgesetzes eigentlich nicht mehr notwendig sind. Wir haben daher auch den Antrag gestellt, daß dieser § 7 des Wehrgesetzes und die analoge Bestimmung des Landsturmgesetzes außer Kraft gesetzt werden. Darauf hat die Regierung erklärt, man möge die Fertigstellung des Gesetzes nicht verzögern, es müßte über die Aufhebung des § 7 des Wehrgesetzes erst wieder mit der ungarischen Regierung verhandelt werden, man stehe vor einer

Obstruktion — gewiß war diese leichtfertige Obstruktion ein Fehler, sie hat uns verhindert, ein vernünftiges Gesetz zu machen — und man hat uns gebeten, uns damit zu begnügen, daß der Vertreter der Regierung die loyale Erklärung abgibt, daß an dem Tage, an dem das Kriegsleistungsgesetz wirklich in Kraft tritt und damit für alle Kriegsarbeiten im Hinterlande gesorgt ist, der § 7 des Wehrgesetzes nicht mehr werde gehandhabt werden.

Wenn man es also ehrlich meint und wenn es hier noch Treu und Glauben gibt zwischen der Regierung und der Volksvertretung, dann darf niemand sich in irgendeiner Verfügung über zivile Arbeitsleistungen im Hinterlande während des Krieges auf das Wehrgesetz berufen. Oder, meine Herren, sollen wir glauben, daß uns die Regierung damals einfach glatt belogen hat? Oder sollen wir glauben, daß sie wortbrüchig werden will?

Ich mache darauf aufmerksam, daß es sich vor allem um Offiziere handelt, die mit ihrem Worte der österreichischen Volksvertretung Bürgschaft geleistet haben. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Damit sind also die Rechtsverhältnisse vollkommen klargestellt. Wir haben erstens Soldaten, das sind die Männer, die an der Front das Land verteidigen, die im Hinterlande den Wachdienst und sonst die rein militärisch-bureaukratischen Geschäfte zu besorgen haben: das sind die Soldaten. Ihre Verhältnisse sind durch das Wehrgesetz, das Landsturmgesetz und die darauf basierenden Durchführungsvorschriften geregelt.

Und wir haben zweitens die Kriegsleister, das sind die Zivilisten, die im Sinne des Kriegsleistungsgesetzes für alle öffentlichen Bedürfnisse und für den Bedarf der Armee im Kriege zu sorgen haben: das sind die Kriegsleister. Sie unterstehen nicht den Wehrvorschriften wie die Soldaten, sie unterstehen ausschließlich dem Kriegsleistungsgesetze. Es heißt dem Gesetz und Recht Gewalt antun, wenn man diesen klaren Sachverhalt immer wieder übt, die Grenze zwischen Soldaten und Kriegsleistern verwischt. Das widerspricht dem Geist und Sinn der Gesetze.

Allerdings, meine Herren, als der Krieg kam, hatte man schon Vorbereitungen getroffen. Der Krieg ist nämlich nicht so plötzlich ausgebrochen, wie man uns immer einreden will und wie es dem oberflächlichen Zeitungsleser erscheinen mag; er war ganz gut vorbereitet. *(Zustimmung.)*

Unter diesen Vorbereitungen waren auch Pläne darüber, wie man sich mit der Arbeiterschaft auseinandersetzen und wie man überhaupt das Kriegsleistungsgesetz handhaben werde. Der Plan war einfach, aber schlecht. Zunächst sollte von jener Bestimmung des Gesetzes, nach der die Militärverwaltung berechtigt ist, Unternehmungen gegen Abfindung der Unternehmer zu beanspruchen, kein Gebrauch gemacht werden. Der Profit muß natürlich gesichert sein. Dagegen stand von allem Anfange fest, daß man mit aller Schärfe jene Bestimmungen des Gesetzes zur Anwendung bringen müsse, die sich gegen die Arbeiter richten. Man hat nicht einen einzigen größeren Betrieb mit Beschlag belegt. Man hat sich von den Fabrikanten und Kriegsgewinnern in geradezu lächerlicher Weise ausbeuten *(Sehr gut!)* und betrügen lassen. Man ließ die Unternehmer schalten und walten wie sie wollten und hat ihnen jeden Preis gezahlt, den sie verlangt haben. Dagegen fiel die ganze Wucht des Kriegsleistungsgesetzes auf die Arbeiter.

Man mußte also fürchten, daß sich die Arbeiter das nicht gefallen lassen und faßte den famosen Plan, der jetzt, wie es scheint, immer mehr und mehr Anhänger gewinnt, den zivilen Arbeiter einfach in einen Soldaten zu verwandeln und ihn mit militärischer Gewalt zu zwingen, ein willenloses Ausbeutungsobjekt jedes Privatunternehmers zu sein. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Dieser Plan hat damals schon bestanden. Wir haben daher sofort mit dem damaligen Kriegsminister Krobatin verhandelt und ich muß gestehen — obwohl er unser Gegner ist — wir haben bei ihm das richtige Verständnis für die ungeheure Gefahr gefunden, die dem Staate und der ganzen Gesellschaft gedroht hätte, wenn man diesen Plan durchgeführt, wenn man die Arbeiter wirklich militarisiert hätte. Minister Krobatin hat damals davon abgeraten und es ist auch nicht geschehen.

Aber es ist natürlich immer schlimmer geworden. Die Ausbeutung wird von Tag zu Tag ärger. Die Arbeiter haben 12, 14, 16 und 18stündige Arbeitszeit. Der Körper ist erschlafft, die Nerven herabgekommen — auch die der anderen sind ja erschüttert, wie erst bei dieser Überarbeit —, der Organismus kann nicht mehr leisten, was man fordert. Dazu kommt die Not um die tägliche Nahrung. Der Arbeiter geht mit einem Stück Brot — und das ist zu gering — in die Fabrik; man nimmt ihm die Kartoffeln. Er kommt nach Hause, er soll ruhen und rasten und er findet die hungernden, wimmernden, weinenden Kinder; er kommt nach Hause und er findet ein Weib, das abgehärmt ist von der Sorge des Tages, ein Weib, das nicht mehr weiß, womit es seine Kinder ernähren soll; er findet eine Frau, die herabgekommen ist und deren Nerven zerrüttet sind im täglichen Kampfe um die Nahrung. Er kann nicht einmal die paar Stunden ruhen und so geht es mit seinem Organismus immer weiter und weiter herab. Und nun, wenn ihm wirklich eines Tages seine Frau

sagt: „Ich kann dir nichts mehr mitgeben, du mußt dich jetzt auch anstellen, du mußt auch hinausgehen, für dich und deine Kinder das Essen zu suchen" — finden Sie es da nicht begreiflich, daß der Arbeiter eines Tages sagt: „Gut, dann gehe ich morgen nicht in die Arbeit und werde mich anstellen." Und dieser Arbeiter wird als Arbeitsscheuer behandelt.

Aber es ist noch schlimmer gekommen und man hat sich gesagt: man kann die Arbeiter nicht mehr halten, man verfiel also — wie leider immer bei uns — auf die Idee, zu dem schlimmsten Mittel zu greifen: zur brutalen Gewalt. Ich könnte eine Unzahl solcher Verfügungen anführen, die schon vor diesem famosen Kommandierungserlaß getroffen wurden und die zeigen, wie man die Arbeiter behandelt hat.

Es war schändlich, Denunziationen schlimmster Art sind vorgekommen. Ein Arbeiter wird denunziert, daß er einem Werkführer ein böses Wort gesagt hat. Sofort wird er einrückend gemacht und an die Front geschickt. Ein Arbeiter in Stockerau zum Beispiel, ein gewisser Simonek, wurde in einen anderen Betrieb kommandiert, weil seiner abgebrannt war. Er begann dort ein Stück Arbeit im Akkord; der Akkordpreis wurde bestimmt. Mitten in der Arbeit wird er wieder in die alte Fabrik, in der er ursprünglich beschäftigt war, versetzt. Er bittet den militärischen Kommandanten, man möge ihn noch belassen, bis er die begonnene Akkordarbeit fertiggestellt habe, damit er nicht zu Schaden komme. Der Kommandant bewilligt es, der eine Unternehmer ist einverstanden, der zweite Unternehmer macht aber die Anzeige, daß der Arbeiter nicht kommt und der Mann wird als arbeitsscheues Individuum zu einer Kompagnie von Arbeitsscheuen und Verbrechern nach Brünn kommandiert. *(Hört! Hört!-Rufe.)*

Ein schwer tuberkulöser Mann! Drei Wochen hat es gedauert, bis wir ihn mit aller Mühe, und obwohl selbst Krobatin sich für ihn eingesetzt hatte, den Krallen der Justiz entrissen hatten. Er war auf dem Wege nach Albanien. Man hat nicht gefragt, ob der Mann tuberkulös, ob er skrofulös, ob er überhaupt krank ist, man hat ihn an die Front hinausgeschickt. Der Frontdienst wurde zur Strafe für angebliche Arbeitsscheu. Nehmen wir an, es handelt sich wirklich um Arbeitsscheue. Was ist das für eine Erziehung Ihrer Soldaten, wenn Sie ihnen auf der einen Seite sagen: es ist das Schönste und Edelste, dem Vaterlande als Verteidiger zu dienen, wenn Sie vom Heldentod auf dem Schlachtfelde, wenn Sie von dem „Ehrenrock des Kaisers" und so weiter sprechen und auf der anderen Seite wieder sagen: Du, jetzt kommt einer aus dem Hinterlande zu dir als Kollege. Warum? Weil er ein Strolch, ein arbeitsscheuer Mensch, weil er ein Verbrecher ist.

Aber ich sehe ganz davon ab, wie solche Maßregeln nach der anderen Seite wirken, machen Sie das als Patrioten unter sich aus, wir kümmern uns um unsere Angelegenheiten. Wir könnten Tausende solcher Fälle erzählen. Da ist ein Mann, namens Drescher aus Deutsch Wagram, er ist in der Approvisionierungskommission, er vertritt die Arbeiterinteressen in der Approvisionierungskommission gegenüber den Behörden. Er wird denunziert, einberufen und sofort einrückend gemacht. Morgen ist er Soldat.

Diesen skandalösen Zuständen haben wir vielfach gesteuert, wir wollten ein Ende machen. Aber was ist jetzt geschehen? Je schrecklicher die Zustände sind, desto mehr, sollte man glauben, müßten sich die Behörden bemühen, das Los der Arbeiter zu erleichtern. Wenn die Arbeiter nichts zu essen haben, soll man ihnen Zuschübe schicken, wenn sie eine zu lange Arbeitszeit haben, worunter auch die Intensität der Arbeit leidet, sollte man die Arbeitszeit herabsetzen und den Arbeitern Erholungspausen gewähren, um die Arbeitskraft wieder herzustellen und die Arbeitsleistung zu erhöhen. Nein, das tut man nicht, sondern den verhungerten und herabgekommenen Arbeiter bedrohte man jetzt mit der Einrückendmachung oder mit der Kommandierung zum Soldaten. Solche Versuche sind wiederholt gemacht worden.

Wir haben schließlich mit dem Kriegsminister Krobatin verhandelt. Er hat dem Verbande der Metallarbeiter unter dem 15. Juli 1916 ein ausführliches Schreiben geschickt, in welchem er in Beantwortung einer unserer Eingaben ausdrücklich sagt, daß nunmehr durch Verfügungen und Erlässe festgestellt worden sei, erstens daß alle Arbeiter, die in den für das Militär arbeitenden Betrieben verwendet werden, prinzipiell von der militärischen Dienstpflicht zu entheben seien. Sie sind also zivile Arbeiter. Es wird weiters gesagt: Wenn es entgegen dieser Bestimmung dennoch notwendig sein sollte, in dem einen oder anderen Falle ausnahmsweise Soldaten in solche Betriebe zu kommandieren, so ist diesen Soldaten der normale Lohn des Arbeiters zu geben. Aber es ist sofort auch für sie die Enthebung zu beantragen, damit sie aus dem Stande des Militärs in den Stand der zivilen Arbeiter auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes überführt werden. Das ist eine Vorschrift des Kriegsministeriums, durch die das Arbeitsverhältnis grundsätzlich geregelt ist.

Ich habe nicht gehört, Herr Landesverteidigungsminister, daß diese Vorschrift des Kriegsministeriums aufgehoben worden wäre. Wenn sie aufgehoben worden ist, dann sage man es uns; dann habe man den Mut, uns zu sagen, daß man das, was Vernunft ist und was ein vernünftiger Mann angeordnet hat, nicht mehr aufrechterhalten will, daß man an die Stelle von Vernunft und Recht die Militarisierung setzen will. Wenn die Verfügung aber noch gilt, wenn man

weiß, daß es ein Verbrechen wäre, sie aufzuheben, warum hält man sie nicht, warum militarisiert man? Die Folge sind solche Urteile.

Damit aber nicht vielleicht jemand glaubt, es handelt sich hier um Tschechen, Slowenen usw., was ja hier immer als ein Entschuldigungsgrund gilt — denn man hat jetzt schon in Österreich die Moral: Entweder bist du ein Deutscher, dann gut, oder du bist ein Deutscher, also ein Haderlump, dann stehst du außer Recht und Gesetz und ich kann mit dir machen was ich will —, damit die Herren also nicht glauben, es handelt sich hier nur um Tschechen, kann ich mitteilen, daß zum Beispiel in Oberösterreich rein deutsche Bergarbeiter, die nichts anderes getan haben, als korporativ bei der Betriebsleitung vorzusprechen, man möge ihnen Lebensmittel, also etwas zu essen geben und die sich dabei zu keiner wie immer gearteten Tätlichkeit verleiten ließen, die am anderen Tage nach eintägiger Arbeitseinstellung die Arbeit sofort wieder aufgenommen haben, daß man vier fünf verhaftete, vor das Divisionsgericht stellte und zu folgenden Strafen verurteilte: Paul Neuleithner — das ist gewiß ein Deutscher *(Abgeordneter Glöckel: Ein deutscher Volksgenosse!)*, ein Volksgenosse, Herr Wolf — verheiratet, drei Kinder, 2½ Monate schwerer Kerker *(Hört! Hört!)*; Raimund Lederer, verheiratet, 4 Kinder, 3½ Monate schwerer Kerker; Johann Obermaier, verheiratet, 4 Kinder, 3½ Monate schwerer Kerker; und so geht die Liste fort. Das sehen Sie hier, das sehen Sie überall; es sind deutsche und tschechische Arbeiter, die Brutalität wirkt international. Wer sich gegen einen Unternehmer muckst, der seinen Lohn verlangt, wer Lebensmittel verlangt, um sich nähren zu können, wird rücksichtslos als Meuterer behandelt, er wird zuerst unter die Kriegsartikel gestellt, dann als Meuterer behandelt und schließlich zu Kerker verurteilt.

Aber, meine Herren, hüten Sie sich, daß ihnen die Kerker nicht zu wenig werden, hüten Sie sich, daß die Zahl der Arbeiter nicht zu groß wird, und daß denn doch endlich einmal den Arbeitern die Geduld reißt. Schon ist der Unwille groß genug und die Lebensmittelnot wird immer stärker. Wenn die Regierung klug ist — und wir sagen das in aller Ruhe und Besonnenheit —, wenn die Regierung klug ist, so sieht sie vor zum Schutze der Arbeiter gegen die Ausbeutung, aber sie sucht nicht den Unwillen der Arbeiter durch Verfügungen zu bannen, die nur noch mehr aufreizen. Der Arbeiter ist kein Soldat. Es ist eine schwanke Unmöglichkeit, den Arbeiter wegen solcher Delikte unter militärische Gerichtsbarkeit zu stellen.

Es ist nicht wahr, meine Herren, daß ein Arbeiter, der von der Arbeit wegbleibt, ein Meuterer im Sinne des Militärstrafgesetzes ist *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)* und der Jurist, der mir sagt, daß ein Arbeiter, der, weil er nichts zu essen hat, von der Arbeit wegbleibt, ein Meuterer im Sinne des Militärgesetzes ist, der Jurist ist ein bewußter Fälscher von Recht und Gesetz *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, der Jurist ist ein gewissenloses Subjekt, das weggejagt werden muß vom Stuhle des Richters und weggejagt werden muß aus der Verwaltung. Es gibt keinen Juristen, der das ehrlich sagen kann, schon der gesunde Verstand des Laien bäumt sich dagegen auf und es bedarf der ganzen jämmerlichen Künstelei von bezahlten Skribenten, um eine derartige Interpretation des Gesetzes zu vertreten. *(Vizepräsident Udržal gibt das Glockenzeichen.)* Ich muß mich leider kurz fassen, ich werde ja schon gemahnt.

Ich sehe die schwierige Stellung des Herrn Landesverteidigungsministers, ich anerkenne die schwierige Stellung auch des Kriegsministers, denn ich weiß, daß Politik in Österreich nicht von der Regierungsbank gemacht wird, sondern von anderen unverantwortlichen Leuten. *(Lebhafte Zustimmung.)* Aber diese Unverantwortlichen haben Dummheiten und Verbrechen genug gehäuft, es ist höchste Zeit, daß ihnen das Handwerk gelegt werde. Wenn der Landesverteidigungsminister und der Kriegsminister als Politiker — denn ein Minister muß ein Politiker sein — verstehen, um welche großen politischen Fragen es sich hier handelt, so werden sie dort, wo man heute die Macht ausübt, mit ihren Worten und ihrem Drängen alles tun, um diese Gefahren zu beschwören.

Wenn aber die Minister es nicht können, dann, meine Herren, möge man noch höher bedenken, in welcher gefährlichen Situation wir sind, dann möge es der Oberstkommandierende der Armee hören, daß wir vor den größten Gefahren stehen. Wir drohen nicht, meine Herren, wir sagen ein ernstes Wort in ernster Zeit und sind uns genau bewußt der Verantwortung, unter der wir stehen. Ich sage das nicht ohne Grund, weil ich weiß, daß man immer Schlimmeres plant. Schon ist der Geheimerlaß über die Militarisierung der Eisenbahner draußen. *(Hört! Hört!)*

Wir haben eine Interpellation der Abgeordneten Gröger, Tomschik und Genossen eingebracht wegen des Erlasses, betreffend die Militarisierung der Eisenbahner, doch so schändlich und erbärmlich ist dieser Erlaß, daß man die Interpellation feige durch die Zensur unterdrückt hat. Wir warnen Sie, meine Herren, nicht wegen der Eisenbahner, sondern wegen unser aller.

Und, Herr Landesverteidigungsminister, vielleicht kennen Sie dieses Büchlein? Sie sehen, Ihre geheimsten Reservatdruckſorten kommen ins Volk, weil das Volk heute in Waffen steht und weil auch

unter denen, die Ihrem Kommando unterstehen, Menschen sind, die wissen, vor welchen Gefahren wir stehen.

Allen Ernstes warnen wir Sie vor dem, was nach dieser Broschüre beabsichtigt scheint, vor der Militarisierung der gesamten Arbeiterschaft. Denn endlich müßte der Strick reißen und endlich müßte auch die Geduld des darbenden, hungernden und geknechteten Volkes erschöpft sein. Es ist ein gefährliches Spiel, das Sie spielen, meine Herren, und ich weiß nicht, wie es enden wird. Die Arbeiter stehen in einem zivilen, in einem privatrechtlichen Verhältnis zu den Unternehmern; es ist dieses Verhältnis schlimm genug, der Arbeiter leidet genug in der kapitalistischen Wirtschaft, er leidet genug unter der Ausbeutung. Stellen Sie nicht die Gewalt des Staates, stellen Sie nicht das Militär, das Sie aufgeboten haben, angeblich um das Vaterland zu verteidigen, in den Dienst der niedrigsten Profitinteressen des Kapitals! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Rufen Sie nicht den Mann auf, angeblich zur Verteidigung des Vaterlandes als Soldat, um ihn dann in die Fabrik zu schicken als ein Ausbeutungsobjekt des Kriegsgewinners, und bieten Sie nicht die militärische Gewalt auf gegen den Arbeiter, den Bürger in diesem Staate, der drei Jahre lang die schwersten Opfer gebracht hat, der drei Jahre lang diesen Staat gehalten und wehrfähig gemacht hat. Wir warnen Sie vor einem solchen Schritte.

Das Arbeitsverhältnis zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer muß frei sein, es darf nicht durch Sie einseitig zuungunsten des Arbeiters bestimmt werden, der Arbeiter darf in seinem berechtigten Kampf um die Existenz nicht durch Militarisierung behindert werden. Wollen Sie die Gefühle selbst Ihrer eigenen Anhänger verletzen, von unseren Gefühlen nicht zu reden? Wenn Sie Ruhe und Ordnung haben wollen und wenn Sie ein vernünftiges und gesittetes Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter herstellen wollen, dann schützen Sie den Arbeiter, statt daß Sie ihn militarisieren. Wenn Sie das aber nicht wollen, meine Herren, dann droht Ihnen allerdings eine große Gefahr, denn das können wir Ihnen sagen: es ist genug, was die Arbeiter in diesem Staate ertragen haben.

Die Arbeiter haben geduldig ertragen, was ihnen dieser furchtbare Krieg aufgebürdet hat. Es ist genug. Wir sagen das ganz offen und ehrlich, wir, die wir die Verhältnisse kennen, wir, zu denen die Arbeiter täglich mit ihren Beschwerden kommen, wir, die wir die Stimmung ganz genau kennen. Wir sagen es hier nicht als Drohung, meine Herren, sondern ruhig und besonnen: überspannen Sie den Bogen nicht! Ziehen Sie diese Verfügungen über die Militarisierung zurück, machen Sie dieser militärischen Klassenjustiz ein Ende, stellen Sie ein normales Arbeitsverhältnis her. Denn die Arbeiter werden nicht dulden, daß man sie aufruft zur Verteidigung des Vaterlandes, während man in Wirklichkeit eigentlich nichts verteidigen will als die Habgier, die Gewinnsucht und die Profitsucht einiger Kriegsgewinner. *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Udržal**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Němec; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter A. **Němec**: Meine Herren! Nach langen schweren Kämpfen, nach großen Opfern hat sich die Arbeiterschaft in Österreich etwas Vertragsfreiheit errungen, etwas, was einer Lohnfreiheit ähnlich sieht, und jetzt sehen wir, daß in der Zeit der großen demokratischen Welle, die die ganze Welt überflutet, in der Zeit, wo man vom Selbstbestimmungsrechte der Völker, aufgebaut auf dem Selbstbestimmungsrechte des Individuums, spricht, daß in dieser Zeit in Österreich der Versuch unternommen wird, die Arbeiter jedes Rechtes verlustig zu erklären, sie noch tiefer zu stellen als es die Sklaven im Altertum waren. *(Beifall.)* Was bedeutet es, wenn man von den Arbeitern verlangt, daß sie bei Hunger und Kälte, bei aller möglichen Unbill, die uns an die schlechtesten und schwersten Zeiten erinnert, daß sie bei allen diesen Verhältnissen arbeiten, arbeiten in einem Privatunternehmen, arbeiten, um den Profit der Privatunternehmer zu erhöhen? Es ist hier schon erwähnt worden, daß man die Arbeiter einerseits als Empörer bestraft, andrerseits sie an die Front schickt, um ihnen damit zu beweisen, daß die Front eigentlich nicht dasjenige ist, was man uns darüber bis jetzt immer erzählt hat, sondern eine Strafe, daß die Arbeiter nicht an der Front stehen, um das Vaterland zu schützen, sondern daß sie dorthin geschickt werden, um dies als Strafe zu betrachten. *(Beifall.)*

Es ist richtig, Seine Exzellenz der Herr Minister für Landesverteidigung hat es im Wehrausschusse gesagt, daß die Militärverwaltung mit dem Schicken der Arbeiter an die Front nicht einverstanden sei, aber es geschieht doch noch immer. Ich will loyal konstatieren, daß die drei Leute, die ich im Wehrausschusse mit Namen angeführt habe, nämlich Mach, Hradecky und Donat wirklich entlassen wurden und wieder in der Fabrik, wo sie früher gearbeitet haben, verwendet werden. Das sind jedoch einzelne Fälle und solche Fälle gibt es Tausende und Tausende. Diese aber werden nicht bereinigt, sie bleiben bestehen, weil man nicht imstande ist, jeden dieser Fälle vorzubringen und ihnen nachzugehen, da ihrer zu viele sind. *(Beifall.)*

Es ist uns heute erzählt worden, daß die militärischen Leiter eigentlich angestellt wurden, um Sorge zu tragen für eine klaglose Produktion der Munitionsindustrie. Was wir bis jetzt aber gesehen haben, das ist etwas ganz anderes, denn die Militärleiter in den Fabriken betrachten sich nicht als Schützer der Kriegsindustrie, sondern als Beschützer des privaten Profits der Unternehmer. Als Beweis dessen, wie man die Sache eigentlich auffaßt, ist derjenige Vorfall, der in Prag geschehen ist. Da ist der berühmte Militärleiter Balaš in der Daněkschen Fabrik, der mit der größten Schärfe den Leuten zu Gemüte führen wollte, daß sie aufgehört haben, Staatsbürger zu sein, daß alle ihre Rechte annulliert sind. Dann ist eine Zeit ein anderer gekommen, ein Oberst, Novotný, glaube ich, hat der Mann geheißen, und dieser Leiter hat die Sachen denn doch anders aufgefaßt. Er hat den Arbeitern gesagt:

Ich bin nicht hier, um den Fabrikanten und dessen Profit zu schützen, sondern ich werde auch die Rechte der Arbeiter schützen, damit sie genügend Lohn und Lebensmittel haben, um arbeiten zu können. *(Zwischenrufe.)* Aber der Mann war nur ganz kurze Zeit dort. Die Unternehmer haben sich beschwert, daß der Mann im Verdacht steht, den Arbeitern gegenüber ganz unparteiisch zu sein, und da hat man ihn weggeschickt. Einen solchen Mann kann man da nicht brauchen. *(Zwischenrufe.)* Meine Herren! Es ist der größte Jammer, darin zu sehen, daß man bei uns alles, und es mag die wichtigste, die gerechteste Sache sein, immer in sein Gegenteil umwandelt. Sehen Sie sich, ich bitte, die Industrie in Deutschland an, sehen Sie sich die deutsche Armee, ihre Siege usw. an, da werden Sie hören, daß das zumeist auf die Fähigkeit und Tüchtigkeit der arbeitenden Bevölkerung und speziell der in der Kriegsindustrie beschäftigten Arbeiter zurückzuführen ist. Sie haben dort ein vaterländisches Hilfsdienstgesetz, aber trotz dieses vaterländischen Hilfsdienstgesetzes, welches den Arbeiter und jeden Staatsbürger vom 17. bis 60. Lebensjahre verpflichtet, für den Staat zu arbeiten, wo er ihn braucht, hat man doch in Deutschland die privaten Lohnverhältnisse nicht geändert, sondern man hat diesen vaterländischen Hilfsdienst auf der Organisation der Unternehmer und Arbeiter aufgebaut; man hat paritätische Ausschüsse, Beschwerdekommissionen usw. geschaffen, damit den Arbeitern ihr Recht werde. Bei uns gibt es auch Beschwerdekommissionen, gewiß, aber nur für die Arbeiter, die in der Kriegsindustrie beschäftigt sind, die sogenannten Kriegsdienstleister. Aber dort, wo die Fabrik militarisiert ist, hat die Beschwerdekommission nichts zu reden und der Arbeiter hängt nur von der Willkür des militärischen Vorgesetzten ab. Und dies ist das schlechteste. Wie diese Leute ihren Dienst auffassen und wie die Herren vom Militär die Staatsbürger betrachten, davon will ich Ihnen einen kleinen Beweis erbringen. In einem Reservatbefehle, ausgegeben vom Militärkommando durch den General der Infanterie Freiherrn v. Kirchbach — dieser Befehl hat die Nummer 68 und ist datiert vom 3. Mai 1917, also kein altes Gesetz — heißt es *(liest)*:

„Bricht ein Hilfsdiensttauglicher auf seinem Posten zusammen, so ist dies im Hinblick auf den Heldentod so vieler Tausende und auf die gegebenen, die allseitige größte Kraftanstrengung erfordernden Verhältnisse nur gerechtfertigt." *(Hört! Hört!)*

Sie sehen also, wenn man sich auf die Herren beruft, so ist das sehr verdächtig, denn wenn man diesen Herren den Staat überlassen würde, ich weiß nicht, wohin es kommen, ob es dieser Staat auch aushalten würde. *(Beifall.)*

Wie war es bei Ringhoffer? Seine Exzellenz hat gesagt, 31 Mann sind verurteilt, drei sind von dem Verbrechen der Empörung, Meuterei und wie alle diese Paragraphen heißen, freigesprochen worden.

Nun ist die Frage: Wieso haben diese Leute dieses Verbrechen begangen? Die Leute haben das Verbrechen dadurch begangen, daß sie nichts anderes gefordert haben als Lebensmittel. Sie haben gestreikt, um Lebensmittel zu bekommen, damit sie arbeiten können. Das war kein frivoler Streik, das ist nachgewiesen worden und das kann auch der Statthalter von Böhmen, Graf Coudenhove, beweisen.

Ich war mit bei der Deputation, welche gefordert hat, daß man ihnen wenigstens etwas von dem gibt, was man ihnen versprochen hat. Man hat ihnen nicht einmal diejenigen Lebensmittel gegeben, die ihnen gewissermaßen behördlich zukommen. *(Zwischenrufe.)* Da hat man den Leuten gesagt: Ja, wir wollen trachten, daß ihr das bekommt, worauf ihr durch eure Anweisungen ein Recht habt.

Seine Exzellenz hat sich auf die konstitutionelle Auffassung berufen. Ja, meine Herren, ich habe Ihnen schon gezeigt, wie der General der Infanterie, Freiherr von Kirchbach, die Konstitution in Österreich versteht. Und nun frage ich Sie: Wie kommt es, daß gerade 35 Arbeiter angeklagt waren und daß 31 bestraft wurden? In der Ringhofferschen Fabrik sind an 5000 Arbeiter beschäftigt. 5000 Arbeiter haben gestreikt, 31 sind Verbrecher, die anderen sind keine Verbrecher.

Ich verstehe nicht, wie man diese Sache mit der menschlichen Logik in Einklang bringen wird. 31 sind Verbrecher und die anderen — beinahe 5000 — die sich desselben Deliktes schuldig gemacht haben, werden absolut nicht behelligt, weil, wenn man jeden, der heute unzufrieden ist, einsperren

würde, man über Österreich nur ein Dach zu machen brauchte und Österreich wäre in ein einziges Kriminal verwandelt. Wir sind schon so weit, es fehlt nur noch das Dach. Für die Arbeiter ist dieses Dach schon geschaffen worden, das sind die Kriegsdienstleistungsgesetze, das ist die Militarisierung, die Behandlung durch die militärischen Vorgesetzten. Die anderen haben es noch zu erwarten. *(Beifall.)*

Seine Exzellenz hat bei dieser Gelegenheit gesagt, daß die Ablegung des Schwurs den Arbeitern gewissermaßen gezeigt oder sie überzeugt hat, daß sie Soldaten sind.

Nun, meine Herren, es schwören beim Dienstantritte alle Staatsbeamten, es schwören die Landesbeamten sowie die Gemeindebeamten, es schwören viele und doch werden sie nicht als Soldaten betrachtet und behandelt, und nur gerade die in der Munitionsindustrie beschäftigten Arbeiter betrachtet man als Soldaten. Ich frage Sie, wie konnten diese Arbeiter überzeugt sein, daß sie Soldaten sind, wenn es nicht einmal ihr militärischer Leiter, der Oberstleutnant Schmidt gewußt hat? Er hat eine Deputation zum Statthalter geführt. Diese Deputation hat mich ersucht, ich möge als Arbeiterabgeordneter mittun, und da hat der Oberstleutnant gesagt, das leide er nicht, er führe seine Arbeiter allein zum Statthalter, aber Zivilisten lasse er nicht zu. Selbstverständlich habe ich ihm gesagt, das ist eine Sache, die ihn nichts angeht, denn ich stehe glücklicherweise nicht unter seinem Kommando. Also bin ich zum Statthalter mitgegangen und der Oberstleutnant hat das ruhig über sich ergehen lassen. Wir, diese Deputation, sind dann vom Statthalter in das Smichover Volkshaus gegangen, dort haben wir mindestens 2000 streikende Arbeiter getroffen und diesen haben wir über den Ausgang der Deputation Bericht erstattet.

Wenn also, meine Herren, dieser Streik damals eine Empörung war, wenn diese Arbeiter Soldaten waren, dann hat es der militärische Leiter nicht gewußt, sonst hätte er sie nicht als Deputation zum Statthalter geführt, und da müßte dieser militärische Leiter und es müßten alle, die an dieser Versammlung und Deputation teilgenommen haben, gestraft werden und, meine Herren, auch ich wegen Meuterei und Empörung, weil ich mitgetan habe und den Arbeitern auch später noch bei allen derartigen Anlässen beigestanden bin. *(Zwischenrufe.)*

Es hat natürlich Herr Wolf nicht unterlassen können, das nationale Moment auch in diese Sache hereinzutragen. Der Ringhoffer ist ein Deutscher und die Arbeiter in der Ringhofferschen Fabrik sind zur überwiegenden Mehrzahl Tschechen; es sind auch deutsche Arbeiter dort, die Fabriksleitung ist durchwegs deutsch, es dürften sehr wenige tschechische Beamte dort sein, unter den Arbeitern gibt es aber nur wenige Deutsche, die überwiegende Mehrzahl ist tschechisch. Und weil es Tschechen sind, ist dem Herrn Wolf alles erlaubt und ich glaube, er hat aus der Schule geschwatzt: auch die Militärleitung hat wahrscheinlich dieses Argument mit in ihr Kalkül gezogen, sonst wäre man gegen die Arbeiter nicht so aufgetreten, wie es hier geschehen ist. *(Beifall.)*

Wie gefährlich es ist, mit solchen Sachen zu spielen, beweist der Vorfall, der sich im Frühjahr in Ostrau ereignet hat. Dort hat man den Bergarbeitern gesagt: wir brauchen mehr Kohlen, die Kohlenförderung muß erhöht werden und ihr habt die Wahl, entweder arbeitet ihr täglich eine Stunde über Zeit oder ihr werdet Sonntags und Feiertags arbeiten. Man hat also den Arbeitern die Wahl freigelassen. Auf einmal, nachdem sich die Arbeiter entschlossen hatten, um die achtstündige Arbeitszeit nicht zu durchbrechen, lieber Sonntags und Feiertags zu arbeiten, was dem Militärleiter nicht recht war, hat dieser Militär ausrücken lassen und gesagt: Das ist eine Empörung, daß die Arbeiter sagen, sie wollen nicht über Zeit arbeiten, sondern Sonntags und Feiertags! Wir mußten eingreifen und da hat man beim Arbeitsministerium gefunden, daß dies ein Mißverständnis sei, nachdem man es den Arbeitern freigestellt hat, ob sie die eine oder die andere Alternative wählen wollen — und der Militärleiter hätte beinahe sofort hineinschießen lassen. *(Zwischenrufe.)*

Nach seiner Ansicht war das eine Empörung. Meine Herren! Wenn man vom Standpunkte der Militärleitung die Arbeiter als Soldaten betrachten sollte, so fragen wir: ja wie ist dann das Verhältnis eigentlich? Sie sind Soldaten und sind beschäftigt bei einem privaten Kapitalisten, bei einem Privatunternehmen, und arbeiten zugunsten des Profits eines Privatunternehmers. Andrerseits müßten sie ja auch sonst wie Soldaten behandelt werden, sie müßten Lebensmittel und Monturen bekommen und man dürfte von ihnen keine Steuern abverlangen; denn die Arbeiter müssen dort auch Steuern bezahlen. *(Beifall.)* Wie bringen Sie also alle diese Verhältnisse in Einklang? Die Arbeiter sind Privatarbeiter, solang sie in einem Privatunternehmen beschäftigt sind, solang sie in einer Privatindustrie arbeiten, welche als solche nicht militarisiert ist. Denn die Unternehmer sind nicht militarisiert worden. Warum militarisiert man nicht die Unternehmer, um günstigere Preise für die Produkte zu erzielen, um im Interesse des Staates den Profit ein wenig einzudämmen? Das tut man nicht, bloß die Arbeiter, die Arbeitssklaven werden militarisiert, damit der Fabrikant freie Hand hat, sie auszubeuten, zu bedrücken, wie es ihm paßt und gefällt. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich bin sofort fertig.

Nun, meine Herren, soll das so weiter gehen? Es ist hier schon erwähnt worden, daß alles militarisiert werden solle. Nun frage ich Sie, was Sie dabei gewinnen würden? Mit den Arbeitern wird es nicht gehen. Wenn auch die Arbeiter jetzt noch nicht die notwendigen Folgerungen aus einem solchen Prozeß ziehen, so geschieht es nur, weil man vorläufig wartet, wie die Praxis sich weiter entwickeln wird. Meine Herren! Wenn Sie in dieser Weise fortfahren und die Arbeiter unter die Sklaven des Altertums degradieren werden, indem Sie ihnen auftragen, bei niedrigen Löhnen und ungenügender Verköstigung schwer zu arbeiten, dann nötigen Sie die Arbeiter zu einer wirklichen Empörung und dann werden Sie dieser Empörung nicht Herr werden. Sie werden ihrer nicht Herr werden, weil unser Staat, je länger der Krieg dauert, desto schwächer wird und wenn er noch mehr Millionen von Militär aufbieten sollte, weil er langsam nicht mehr die Mittel aufbringen wird, um den Krieg weiter zu führen. Wenn Sie die Arbeiter dann noch zwingen werden, daß sie Ihnen ihre Arbeitskraft verweigern müssen, dann frage ich Sie, was werden Sie anfangen und wie wird dieser Staat beschaffen sein?

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte Herr Redner!

Abgeordneter **Němec**: Meine Herren! Treiben Sie die Geschichte nicht auf die Spitze! Das erste, das wichtigste was Sie zu tun haben, ist, darauf hinzuarbeiten, daß endlich Friede werde, daß endlich die Verhältnisse in einer Weise geregelt werden, wie uns dies seinerzeit von der Galerie der kühne Hauptmann zugerufen hat: Den Frieden wollen wir und nichts anderes. Wenn dieser Krieg die Verelendung der Arbeiter noch weiter treiben würde, dann sind Sie nicht mehr imstande, das zu halten, was Sie bis jetzt besitzen, dann sind Sie der größte Feind des Staates, seiner Erhaltung und seiner Entwicklung. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Ritter v. Singalewycz. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ritter v. **Singalewycz**: Hohes Haus! Wenn ich in dieser Debatte das Wort ergreife, so lasse ich gewiß die Tatsache nicht außer acht, daß wir uns noch immer im harten Kampfe mit dem äußeren Feinde befinden und daß mit Rücksicht auf das Wohl des Staates eine jede ungerechte, überflüssige Kritik, ein jeder Anlaß zum üblen Eindrucke im gegenwärtigen Augenblicke insbesondere im Auslande von uns vermieden werden soll. Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister richtete an uns in seiner Anfragebeantwortung vom 16. Oktober 1917 ad Nr. 949/1 den Appell, daß wir von Erörterungen der militärischen Anordnungen und Erlässe im Plenum des Hauses Abstand nehmen, da sie für das gesamtstaatliche Interesse abträglich seien und erklärte sich bereit, jedem einzelnen Abgeordneten eine eventuelle Aufklärung zu geben.

Darauf erlaube ich mir vor allem meinem lebhaftesten Bedauern Ausdruck zu geben, daß derartige Erlässe überhaupt herausgegeben werden und derartige Zustände noch immer herrschen, die uns veranlassen, dieselben im Parlament besprechen zu müssen und erwidere, daß es sich bei den Erörterungen derlei Sachen im Parlamente nicht darum handelt, die Neugierde der einzelnen Abgeordneten zu befriedigen oder die Militärverwaltung, respektive ihre Organe böswillig anzugreifen und zu schikanieren, sondern darum, durch die öffentliche Debatte, durch die öffentliche Inschutznahme der Rechte der Bevölkerung und der Autorität des Rechtes die breiten Schichten der Bevölkerung zu beruhigen und dem Rechte zum Siege zu verhelfen.

Gerade das Wohl des Staates, die Sorge um eine bessere Zukunft seiner Völker und die Hochschätzung der unermeßlich großen blutigen Opfer, die alle Nationen unseres Staates in diesem Kriege gebracht haben, bemüßigten uns, über derlei Dinge ein offenes Wort zu sprechen und allem Widerstand zu leisten, was gesetzwidrig, was mutwillig ist und was die Zukunft des Staates gefährdet und bedroht. Als Vertreter des ukrainischen Volkes habe ich noch besondere Gründe, an dieser Debatte teilzunehmen.

Seit drei Jahren bildet der ukrainische Teil Galiziens den Schauplatz des blutigen Krieges, seit drei Jahren durchziehen ununterbrochen dieses Gebiet die verschiedensten feindlichen, eigenen und verbündeten operierenden Armeen. Alles Schreckliche, alles Vernichtende, was der Krieg mit sich bringt, hat die ukrainische Bevölkerung durchgemacht und sie erträgt heldenmütig ihre elende Lage und ihren materiellen Schaden. Doch unerträglich für sie sind alle diese Zustände und massenhaften Erscheinungen, welche ihre primitivsten staatsbürgerlichen, ja sogar rein menschlichen Rechte direkt zunichte machen.

Meine Klubgenossen haben diese Zustände bereits in ihren Reden mehrmals hier geschildert. Ich erlaube mir, mit Rücksicht auf die mir zur Verfügung stehende kurze Redezeit, nur einige charakteristische Beispiele vorzubringen, denn diese sprechen die beredsamste Sprache:

Den greisen Eltern Jurko und Maria Kopaczuk, ukrainischen Bauern aus Wysoczanka, deren Behausung und Wirtschaft im Kriege zerstört wurde, von denen zwei Söhne im Felde stehen, der dritte

sich in der russischen Gefangenschaft befindet und der vierte blind ist, wurde die letzte Stütze, ein fünfzehnjähriger Bursch Dmytro Kopaczuk, zwangsweise weggenommen, in die Landwehrarbeiterabteilung, Feldpost 618, eingeteilt und trotz wiederholten Bitten und Protesten wird er den hilflosen Eltern nicht zurückgeschickt. Dies ist kein vereinzelter Fall, daß man minderjährige Kinder zu militärischen Dienstleistungen zwangsweise verschleppt.

Ich frage, auf Grund welcher Vorschriften, auf Grund welchen Gesetzes dies alles geschieht? Ist das wirklich nötig oder ist das eine ganz überflüssige, durch nichts zu entschuldigende Chikane der Bevölkerung?

Ein zweites Bild: In einem der Reservespitäler in Wien liegt ein verwundeter Vater, ein ukrainischer Bauer aus Ostgalizien und erzählt: „Es ist mir eine Nachricht von zu Hause zugekommen, daß eine durch unser Dorf durchziehende Truppe fast alle Mädchen zur Dienstleistung beim Train zwangsweise genommen hat, unter denen sich auch meine 16jährige Tochter befindet und seit einigen Monaten als Trainfuhrmann verwendet wird. Sie schreibt mir verzweifelte Briefe und ich weiß nicht, wie ich mir diese gesetzwidrige Erscheinung erklären soll."

Ich frage wieder: Was für ein Gesetz rechtfertigt diese Anordnung jener Truppenabteilung? Fällt dies in den Rahmen unseres Kriegsleistungsgesetzes? Gewiß nicht! Und wenn nicht, wozu haben wir dann das Kriegsleistungsgesetz geschaffen? Zum Zwecke, daß man dasselbe respektiert oder dazu, daß man es nicht einhält?

Noch ein Bild: Aus meinem Wahlbezirke aus dem Dorfe Perechnojiw bekomme ich folgende Zuschrift *(liest)*:

„Schon nach der Wiedereroberung unseres Bezirkes im Herbste 1915 hat sich herausgestellt, daß die Ortsbevölkerung infolge Mangels männlicher Arbeitskräfte, von Pferden und Zugvieh nicht in der Lage ist, das eigene Feld zu bebauen. Trotzdem wurde angeordnet, daß die Gemeindeverwaltung unbedingt die nötige Zahl der Arbeiter und des Zugviehes zum Bebauen des Großgrundbesitzes immer zwangsweise zustellt, sobald nur die Gutsverwaltung dies verlangt.

Unter der militärischen Assistenz wurden auch wirklich dem Gutsbesitzer die Arbeiter, sehr oft je 100 Leute täglich zwangsweise zugestellt, obgleich ihre eigene Wirtschaft unbearbeitet blieb.

Im Jahre 1916 hat das Etappenkommando in Hlyniany die Führung der Landwirtschaft im Bezirke übernommen, aber die Zustände blieben unverändert.

Die Ortsbevölkerung mußte zwangsweise nicht nur das Gutsgebiet Perechnojiw weiter bebauen, sondern auch das benachbarte Gutsgebiet Slovita bestellen. Derselbe Besitzer Herr Traczewski hat den Leuten für zirka 100 Pflugtage keinen einzigen Heller bezahlt *(Hört! Hört!)* und für 40 Pflüge honorierte er die Leute mit je zwei Kronen.

Seit dem Frühjahr 1917 wird dieselbe Methode der Zwangsarbeiten vom Anbaukommando in Hlyniany angewendet; es muß noch dazu ein drittes Gutsgebiet, Bortkiw, bestellt werden, obwohl die eigene Wirtschaft der Bevölkerung, die Versorgung der eigenen Familie darunter unbeschreiblich leidet.

Zur Überwachung der Vollziehung dieser Zwangsarbeiten wurde in unserem Dorfe eine k. u. k. Wache einquartiert.

Wir bitten Sie, Herr Abgeordneter, uns in Schutz zu nehmen, da wir durch dieses gesetzwidrige Treiben dem Ruin und dem Hungertode ausgesetzt sind."

Solche oder noch ärgere Zustände herrschen in ganz Ostgalizien. Ich erlaube mir, noch ein Beispiel vorzuführen.

Im Dorfe Wytkiw, Bezirk Sokal, baut der Großgrundbesitzer Hlawaty eine Schnapsbrauerei. Er braucht Leute und Fuhrwerk für die Zufuhr der Ziegel. Die Aufgabe wird rasch und leicht gelöst, dazu ist ja die rechtlose ukrainische Ortsbevölkerung, dazu sind ja Zwangsarbeiten da. Von der Gutsverwaltung wird eine Anordnung getroffen und unter dem Schutze der Militärbehörden wird das Nötige verfügt, die Leute und Fuhrwerke beigestellt, die Mauern der Brauerei wachsen schon unter den Augen des Besitzers. Ja, er klagt noch versäumt zu haben, auch vom benachbarten Bezirke Rawa Ruska die Leute zur Zwangsarbeit zu nehmen!

Ich muß wieder die Frage stellen: Auf welchen gesetzlichen Vorschriften basieren solche Dinge? Und wie lange noch werden solche Zustände geduldet werden?

Ich muß der Regierung zurufen: Es ist genug, überspannen Sie nicht die Geduld der Bevölkerung bis auf das äußerste.

Solche Erscheinungen können nicht anders bezeichnet werden, als wie als eine Abstumpfung des Rechtsgefühls in gewissen Kreisen, als Abstumpfung des Gefühles für Menschenwürde, besonders wenn es sich um einen kleinen Mann, einen Arbeiter, einen Bauer, ein Mitglied der unterdrückten Nation handelt, obwohl diese Leute ihren Pflichten als Staatsbürger treu nachkommen. Es sei mir gestattet, einige Worte noch über die Behandlung des ukrainischen Soldaten zu sagen.

Seit dem Beginne des Krieges kämpfen meine Volksgenossen an der Isonzofront im beispiellosen Heldenmute, mit unüberwindlicher Ausdauer und der bewunderungswürdigsten Selbstverleugnung. Es sind dies die ostgalizischen, also die ukrainischen Regimenter der Infanterie Nr. 24, Kolomea, Nr. 55,

Berezany, Nr. 77, Sambir, Nr. 9, Stryj, Nr. 10, Peremyszl, ein Teil Nr. 45, Sianik, Landwehr Nr. 36, Kolomea, Nr. 20, Stanislau, Nr. 33, Stryj, Nr. 18, Peremyszl, weiter als Sturmbrigaden Infanterieregiment Nr. 30, Lemberg, Nr. 80, Zoloczin, ein Teil Nr. 15, Tarnopil, schließlich teilweise ukrainische Regimenter, Infanterieregiment Nr. 20, Landwehr Nr. 32 und Landsturm Nr. 32, alle letztgenannten drei aus Nowyj Sancz, des Bukowinaer Infanterieregiments Nr. 41 und Landwehr Nr. 22, schließlich eine Division der ungarischen Ukrainer und Slowaken, wie auch dalmatinische Landwehr Nr. 37, Kaiserjäger und Landesschützen, deren Mehrheit ostgalizische Mannschaft bildet.

Gemeinsam mit zwei westgalizischen, also polnischen Regimentern Nr. 56 und 57, und zwei tschechischen Regimentern kämpfen erfolgreich die Ukrainer im heißesten Ringen für den ungeschmälerten Bestand unseres Staates.

Mit Recht hat am 30. Oktober im Herrenhause Seine Durchlaucht Fürst Windischgraetz gesagt: „Wir Österreicher dürfen aber nicht vergessen, daß die jetzige Isonzooffensive, eine der größten Aktionen dieses Weltkrieges, nicht möglich gewesen wäre, wenn unsere Helden an der Südwestfront nicht standhafte Abwehr gehalten hätten." *(Sehr richtig!)*

Obwohl bei diesen Gefechten und Kämpfen meistenteils ganze Abteilungen aufgerieben wurden und obwohl man gewöhnlich den Truppen, welche an der Front ein Halbjahr sich im Feuer befinden, eine Kampfpause durch Austausch gewährt, erfolgte bei den obgenannten ukrainischen Regimentern seit zwei Jahren nicht der übliche Austausch. Die heroischen Leistungen dieser ukrainischen Soldaten fanden bis jetzt weder eine öffentliche Anerkennung noch ist eine Würdigung für die Nation dieser Opfer oder eine Hoffnung auf bessere Zukunft für die österreichischen Ukrainer zu verzeichnen.

Seit zwei Jahren bekommen diese bewährten Vaterlandsverteidiger sogar fast keine Urlaube. Ein Reservatbefehl brandmarkt sie alle pauschaliter als „unverläßliches Element" und ordnet an, daß nur denjenigen ein Urlaub gewährt werden kann, deren Verläßlichkeit durch besondere Erhebungen in der Zuständigkeitsgemeinde bestätigt wird. *(Hört! Hört!)*

Ist es möglich, daß bei einer Hunderttausende zählenden Armee solche Erhebungen rasch und gerecht durchgeführt werden? In dem Momente, wo ein Gendarm den Auftrag bekommt, zu eruieren, wie es mit der Verläßlichkeit des N.-N.-Soldaten steht, wird schon beim Gendarmen damit ein Zweifel über die Verläßlichkeit des Betreffenden geweckt und die ganze Geschichte endet gewöhnlich damit, daß die Erhebungen monatelang dauern und der Soldat keinen Urlaub bekommt.

Wir müssen also Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister dringendst bitten, seinen ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß in der oberwähnten Angelegenheit des Austausches und der Urlaube eine gerechte Verfügung getroffen werde.

Der genannte Reservaterlaß erinnert uns an das bisherige System der Protektion und der Vorherrschaft einer Nation über die andere, an jenes System, welches in unserem Staate unerträgliche Zustände gezeitigt hat und nachher in den ersten Monaten des Krieges so viele unschuldige Opfer, so viele Qualen, Erbitterung und so viel Unglück mit sich gebracht hat.

Unser Parlament hat mit dem Tage seiner Einberufung dieses System auf das schärfste verurteilt und es wurden hier viele schauderhafte Dinge vorgebracht, die nichts anderes als schreckerregende Konsequenzen jenes ungerechten Systems waren.

Bei weitem aber wurde der Stoff der Leidensgeschichte und blutigen Qualen dieser Nationen im Kriege nicht erschöpft, welche zu den gedemütigten Pariavölkern im Staate gehörten und welche nachher diesem System zum Opfer fielen.

Einem späteren Zeitpunkte, dem geeigneten Momente, wurde das meiste zur Erörterung noch vorbehalten. Besonders aus der Leidensgeschichte des ukrainischen Volkes harrt noch so viel Schreckliches seiner Besprechung. Das aber, was hier im Hause von den Vertretern der unterdrückten Nationen vorgebracht worden ist — und ich berufe mich auf die Ausführungen meiner Klubkollegen und der Herren Kollegen Biankini, Dr. Gentili, Trešić-Pavičić, Stříbrný und andere — ist vollkommen ausreichend, um die furchtbaren Folgen des bekannten alten Systems zu perhorreszieren. Sie untergraben und vernichten alles, was Vertrauen, Liebe zum Vaterlande und Stütze des Staates heißt, sie zeitigen dagegen alles, was Erbitterung, nationaler Hader, Unglück und Elend ist.

Nachdem meine beschränkte Redezeit mir nicht erlaubt, diese Erscheinungen näher zu schildern, bin ich bemüßigt, mich auf meine Ausführungen vom 15. Juli l. J. zu berufen und in der Fortsetzung derselben nur noch folgendes anzuführen.

Mitte August 1914 erschienen an die Gendarmeriepostenkommandos folgende Reservaterlässe. Ich werde mir erlauben, sie in Kürze hier vorzulesen. *(Liest):*

„K. k. Landesgendarmeriekommando Nr. 5. Exh. Nr. 403, res. Lemberg, 16. August 1914.

Die Gendarmen leiden noch immer unter den engherzigen Friedensvorstellungen über Arretierung und Waffengebrauch. Deshalb ereignet sich noch immer, daß Posten, selbst bei offenkundiger Agitation Anfragen anher stellen oder sich nur mit Anzeigen begnügen, meistens nur aus Furcht vor

Verantwortung und aus Angst vor der Stellung des Verdächtigen. Gendarmen! Merket wohl, was ich Euch jetzt sage und ich sage es Euch zum letztenmal. Erwacht aus der Engherzigkeit, macht Euch frei von den Euch beengenden Kleinlichkeiten und beschränkten juristischen Bedenken. Unbedingten Schutz jedem Patrioten und unbedingte Rücksichtslosigkeit gegen jeden Verdächtigen." — es heißt also ausdrücklich: „Verdächtigen" — sei es, wer es wolle! Merkt es Euch gut! Vernichtung jedem Verräter." Unterfertigt: Haager, Oberstleutnant.

Ein zweiter Reservaterlaß vom 20. August 1914 führt an *(liest)*:

„In den letzten Zeiten mehren sich Fälle von Verrat der Russophilen an den eigenen Truppen. Ich verweise Euch deshalb nochmals auf meinen Befehl vom 16. August 1914 und befehle bei jedem geringsten Anzeichen der Unterstützung des Feindes sofort mit der größten Rücksichtslosigkeit einzugreifen. Gegen Verräter ist kein Mittel scharf genug.

Zur Einlieferung dieser Elenden an Militärgerichte ist heute keine Zeit mehr; man verhört sie und die Zeugen kurz, nimmt ein kurzes Protokoll auf und schießt sie als abschreckendes Beispiel für die Bevölkerung nieder." *(Hört! Hört!)*

Ein Erlaß vom 20. August 1914 sagt ferner *(liest)*:

„Mit Hinweis auf den hierstelligen Befehl vom 16. August 1914 ist angesichts des Feindes jeder des Verrates Verdächtige kurz niederzumachen."

Wie schaut nun, meine Herren, die praktische Ausführung dieser Erlässe aus?

Ein Beispiel aus meinem Wahlbezirke:

Die sich im Rückzuge befindlichen Abteilungen unserer Armee an der Ostfront nähern sich am 28. August 1914 dem ukrainischen Dorfe Pniatyn, Bezirk Perymyszlany. Es ist ein schwüler Tag und im Dorfe erscheinen einige Soldaten und befehlen den Einwohnern dieser Gemeinde, den in der Nähe lagernden Truppen Wasser in Kannen zu tragen. Gern bereit, ihren Landeskindern Labung zu bringen, eilen Wasyl Bojko, Hrynko Urszulak, Kornyko Urszulak, Landwirte aus Pnyatyn, und noch ein ukrainischer Bauer aus Wolkiw mit Kannen in der Richtung der Lagernden, um den durch Kämpfe und Märsche ermüdeten Mitbrüdern in der feldgrauen Uniform wenigstens den Durst zu stillen.

Plötzlich erschallen aus der Mitte der lagernden Truppen Gewehrsalven; der Reservatbefehl wird vollführt — vier Unschuldige sinken zu Boden, um zu ihren verwaisten Kindern, zu ihren verwitweten Gattinen nicht mehr zurückzukehren.

Also selbst in diesem Falle, wo man einen Befehl der Militärorgane ausführte, war laut dem erwähnten Erlasse der Verdacht zur Spionage ausreichend, um diese unschuldigen Opfer ohne Verhör, ohne irgendwelche Gründe niederzumachen.

Ich nenne zum Gebrauch Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers die Namen der Zeugen: Michael Darmoros, Wasyl Stasyszyn, Sohn des Jurko und Adrian Zastawnyj, alle aus Sniatyn, und bemerke, daß die Witwen und Waisen nach diesen unglücklichen Opfern bis heute weder eine Entschädigung noch irgendeine staatliche Unterstützung erhielten.

Das Dargestellte ist die Folge des ungerechten Systems, der geheim konstruierten Reservaterlässe. Sie brachten den unterdrückten Nationen ein ganzes Meer von Leiden und Unglück.

Es ist auch mir nicht möglich, die langjährige systematische Zurücksetzung der ukrainischen Nation, die Schreckensgeschichte, die wir Ukrainer in Ostgalizien noch vor dem Kriege durchlebt haben, sowie auch die Schreckensgeschichte der 30.000 Erhängten und Justifizierten, die Qualen der unschuldig in Thalerhof und anderen Leidensstätten Internierten, das Elend und Unrecht der unschuldig Verfolgten und der Zurückgebliebenen dieser Opfer zu schildern. Aber gleich unmöglich ist es anzunehmen, daß sich die Nationen Österreichs, welche im Kriege gleich gedarbt und geblutet haben, die Rückkehr des alten Systems weiter gefallen lassen werden.

Dieses Wort spreche ich sowohl an die Adresse der österreichischen Regierung, wie auch an die Adresse unserer bisherigen polnischen Unterdrücker. Wir werden uns gegen das alte System, gegen eine jede Erscheinung desselben bis ans Ende unserer Kräfte wehren, bis wir dem neuen Zeitgeist auch in Österreich zum vollen Siege verhelfen werden.

Wir wollen hier als freie, gleichberechtigte Völker nebeneinander leben, im freien Völkerbundesstaate das Heil des Friedens in ungestörter Volksentwicklung genießen. Das ist der Grund und Zweck unserer Teilnahme an der heutigen Debatte.

**Präsident:** Zu einem formalen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Parrer zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Parrer:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Parrer beantragt Schluß der Debatte. Ich ersuche diejenigen Herren, welche Schluß der Debatte annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Schluß der Debatte ist angenommen.

Eingetragen sind noch die Herren Abgeordneten Dr. Hübschmann, Starck und Dr. Lieber-mann. Ich ersuche diese Herren, sich auf einen Generalredner zu einigen. *(Nach einer Pause:)* Zum Generalredner wurde der Herr Abgeordnete Dr. Hübschmann gewählt, ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Hübschmann:** Hohes Haus! Mit Rücksicht auf die kurze Zeit, die mir bemessen ist, will ich die Ausführungen meiner Vorredner vom Standpunkte meiner Partei mit einigen Worten ergänzen. Ich sollte mich eigentlich mit der Rede Seiner Exzellenz befassen, aber diese war so kurz und inhaltslos, daß ich dieser Pflicht enthoben bin. Seine Exzellenz hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß er über die Sache gar nicht zu reden hat, soweit die Urteile der ersten Instanz nicht in Rechtskraft erwachsen sind. Das ist von seinem Standpunkte eigentlich ganz richtig. Sonst hat er uns nichts gesagt, nichts erklärt und nichts entschuldigt und er hatte eigentlich eine sehr leichte Aufgabe: er konnte einfach sagen, daß das Gesetz über die Kriegsleistungen angenommen worden ist und daß es die eigene Schuld des Parlaments ist, wenn das Gesetz jetzt auf diese Weise praktiziert wird. Das Parlament ist für dieses Gesetz verantwortlich und es ist auch seine Schuld, daß dieses schlechte Gesetz, gegen das wir damals protestiert haben, mit diesem Inhalte angenommen worden ist. Man kann allerdings sagen, daß das hohe Haus, als die Vorlage über die Kriegsleistungen im Dezember 1912 dem hohen Hause vorgelegt worden ist, gewiß nicht geahnt hat, zu welcher Zeit und zu welchem Zweck dieses Gesetz in Wirksamkeit treten wird. Man hat zwar schon damals gewußt, daß der Krieg nicht lange auf sich warten lassen wird, aber daß es zu einem solchen Kriege kommen werde, haben gewiß nicht einmal die größten Kriegsschauvinisten in diesem Hause vorausgesetzt. Meiner Ansicht nach ist das jedoch keine richtige Entschuldigung. Schon damals, als wir im Jahre 1912 das Gesetz über die Kriegsleistungen zu beraten hatten, war Europa — ich möchte sagen — mit dem Kriege schwanger. Nur ein äußerer Anlaß war nötig — wenn es nicht die Rosen von Konopischt waren, so war es das Browningattentat von Sarajewo — und die Kriegsfackel wurde in die Pulverkammer von Europa geworfen. Die Vorlage über die Kriegsleistungen war nur eine passende Vorbereitung zu dem Kriege, und zwar zu dem Zwecke, auch die Arbeiterschaft — die organisierte Arbeiterschaft nicht ausgenommen — behilflich und, besser gesagt, entsprechend mürbe zu machen. Und da werden mir die Herren von der sozialdemokratischen Seite erlauben, daß ich Ihnen einen Vorwurf mache: damals war es in unserer Hand, damals war es in unserer Macht, ob wir das Gesetz machen werden oder nicht. *(Abgeordneter Dr. Witt: Aber die Herren halten sich doch nicht an das Kriegsleistungsgesetz, die haben es ja längst überholt!)*

Das hätten wir wissen sollen. Die Herren sollten auch der Grundlage entbehren. *(Abgeordneter Dr. Witt: Aber die Herren beim Militär kennen überhaupt keine Gesetze!)* Mit Ihnen werden wir nicht polemisieren, Herr Kollega! Wenn uns die Herren von der sozialdemokratischen Partei damals behilflich gewesen wären, so wäre dieses Gesetz überhaupt nicht zustande gekommen, dann wären auch die Verordnungen nicht zustande gekommen, und wenn sie doch zustande gekommen wären, dann hätten Sie Ihre Ehre gerettet. *(Zwischenrufe.)* Das wollte ich nur vom Standpunkte meiner Partei bemerken.

Wir Nationalsozialen haben diese Vorlage über die Kriegsleistungen aus zweierlei Gründen bekämpft, und zwar mit der schärfsten Waffe, die wir damals in der Hand hatten, mit der Obstruktion: vor allem aus dem prinzipiellen Grunde, weil wir gegen jeden Krieg ohne Ausnahme waren, und zweitens deshalb, weil das Gesetz an sich selbst nicht nur juristisch schlecht, sondern auch seinem Inhalte nach unsinnig und brutal war. Der Geist der rücksichtslosen, brutalen und — ich möchte sagen — tierischen Soldateska hauchte schon damals aus dieser Vorlage und jedermann, der nur wollte, konnte schon damals den Geist von Thalerhof in diesem Gesetze spüren. Nur das Haus wollte es nicht spüren *(Zwischenruf)*, wollte es nicht bemerken. Wir waren gegen diese Vorlage, und zwar — ich sage es aufrichtig — als Antimilitaristen respektive, um von der jetzt in den hohen und höchsten Kreisen beliebten Bezeichnung Gebrauch zu machen, als Pazifisten. Wir waren gegen jeden Krieg, mit wem immer. Wir waren Pazifisten schon vor dem Kriege und das ist eigentlich im großen und ganzen der Unterschied — ich bitte um Entschuldigung wegen dieser Parallele — zwischen uns einerseits und Seiner Exzellenz dem Grafen Czernin und Seiner Exzellenz dem gewesenen Finanzminister v. Leth andrerseits. Mit den Ansichten der beiden Herren, wie der erstere sie in der bekannten Tafelrunde in Budapest vorgetragen hat, während die andere vor kurzer Zeit in der „Neuen Freien Presse" gestanden ist, sind wir im großen und ganzen einverstanden. Es ist aber leider doch ein großer Unterschied zwischen uns und den beiden erwähnten Herren. Herr v. Leth und Graf Czernin sind zu ihrer pazifistischen Überzeugung erst nach drei Jahren des schrecklichsten aller Kriege gekommen. *(Zwischenrufe.)* Seine Exzellenz Graf Czernin kam erst nach drei Kriegsjahren zu der Überzeugung, daß wir im Kriege keinen Gewinn suchen wollen, das heißt mit richtigen Worten, daß wir in diesem Kriege nichts gewinnen können. Wir wollen keinen

Gewinn an Ländern, wir wollen keine Kriegsentschädigung, das ist der kurze Inhalt der in der bekannten Gesellschaft in Budapest gehaltenen Rede des Grafen Czernin.

Welch ein gewaltiger Unterschied ist aber zwischen dieser Rede, deren Aufrichtigkeit zu bezweifeln ich nicht die Absicht habe, und der Note des Grafen Berchtold an Serbien, dem schrecklichsten Akkorde, mit dem die schauderhafte Oper dieses Krieges eingeleitet wurde. Welch ein unbegreiflicher Unterschied zwischen der Note des Grafen Berchtold, laut welcher Serbien im inneren Leben der weitestgehenden Kontrolle der Nachbarstaaten sich zu unterwerfen und sich selbst zu einem moralisch vasallischen und ohne Krieg besiegten Staat zu machen hatte, und der dann in Budapest nach drei Jahren gehaltenen Rede des Grafen Czernin. Beide Herren, Graf Czernin sowie auch Graf Berchtold, sind bis zum heutigen Tage noch in der nächsten Umgebung der Krone.

Entschuldigen Sie, meine Herren, daß ich mir diese Sachen zu erwähnen erlaubte, Sachen, die mit dem Gegenstande der Beratung, mit dem vorliegenden Antrage, eigentlich in keinem Zusammenhange stehen. Es ist aber doch ein wesentlicher Zusammenhang vorhanden. Der Geist, der die Note an Serbien beherrscht, und der Geist, der in dem Gesetze über die Kriegsleistungen zum Ausdrucke kommt, ist ein und derselbe. Es ist der Geist des germanischen Übermenschentums, der die herrschenden und dienenden Menschen, der die herrschenden und dienenden Völker unterscheidet. Die Idee dieser beiden, der Note und des Kriegsleistungsgesetzes, ist eine und dieselbe. Die Dienenden sollen sich den Herrschenden zu vermutlich höheren Zwecken unterwerfen und das Joch der Sklaven auf ihre Schultern nehmen — die Kriegsmacht unterwirft die beiden, wenn sie nicht wollen.

Das ist der Geist des Gesetzes über die Kriegsleistungen, das war der Geist der Note Berchtolds an Serbien, das ist und war der Geist der Militärgerichte, das war bis unlängst und ist eigentlich bis heute der wahre Geist des Krieges, mit welchem er eingeleitet und fortgesetzt und wenn es möglich sein wird, beendet werden soll.

Denn, meine Herren, Graf Berchtold wirkt bis heutzutage in der nächsten Umgebung des Herrschers, ist sein persönlicher Ratgeber neben dem Grafen Czernin. Wem soll man dann Glauben schenken, dem Grafen Czernin, der jetzt im Namen des Staates redet oder dem Grafen Bertchold, dessen Tradition im Schatten in der nächsten Umgebung der Krone zu blühen scheint?!

Wer wird am Ende entscheiden, Graf Czernin mit seinen sehr respektablen pazifistischen Gedanken oder der Geist des Grafen Berchtold, der bei der Heraufbeschwörung des Krieges unmittelbar tätig war und die Verantwortung für diesen Krieg tragen muß?!

Da ist aber leicht begreiflich, daß das feindliche Ausland dem Grafen Czernin nicht den vollen Glauben schenkt und schenken kann, wenn er es mit der Friedensliebe und den pazifistischen Ideen tröstet. Man sieht ganz einfach die zwei Eisen im Feuer. Das Ausland sieht den Schatten des Grafen Berchtold und der hohen Tafelrunde, die er beim Ausbruch des Krieges zu vertreten die Ehre hatte, das Ausland sieht den Schatten in der nächsten Nähe der Krone — und will nicht glauben.

Hohes Haus! Unsere Obstruktion gegen das Kriegsleistungsgesetz im Jahre 1912 war ein flammender Protest gegen den Weltkrieg, den wir vorausgesehen haben. Wir haben vorausgesehen, daß ein Weltkrieg und nicht ein isolierter Krieg etwa mit Serbien ausbrechen wird. Unserer Überzeugung nach war kein isolierter Krieg mehr in Europa möglich. Denn als man die Fackel des Krieges anzuzünden versuchte, mußte man wissen, daß der Zusammenhang der Interessen der Welt, die klein geworden ist, derart beschaffen ist, daß kein Mitglied auf der Weltbühne etwas unternehmen kann, was die übrigen nicht tangieren könnte.

Wir haben gegen den Krieg mit unserer Obstruktion gegen das Gesetz im Jahre 1912 protestiert, denn das Gesetz über die Kriegsleistungen war nur einer der Vorbereitungsakte zum Kriege.

Nun, meine Herren, als wir dieses Gesetz obstruiert haben, waren wir Pazifisten oder Antimilitaristen, das ist egal, jetzt ist auch Graf Czernin Pazifist oder nach der uns gegenüber gebrauchten Terminologie Antimilitarist geworden.

Die Lehrjahre der Diplomaten sind aber nicht billig. Die Aufopferung von Millionen und Millionen von Menschenleben, die Zertrümmerung des ganzen europäischen Wirtschaftslebens, immense Milliarden von Kriegskosten waren nötig, um den Grafen Czernin zu überzeugen, daß der Krieg ein Ungeheuer ist, das auch seine Priester frißt.

Leider waren Millionen und Millionen von Menschenleben, Millionen und Millionen von Witwen und Waisen, Milliarden und Milliarden von Schulden, ja — ich sage es offen und ausdrücklich — ein bevorstehender, unausweichlicher Staatsbankerott nötig, um auch den Grafen Czernin zu einem Pazifisten zu machen. Es ist zwar eine der schönsten, aber teuersten und traurigsten Errungenschaften dieser Idee, wenn ein österreichischer Minister Pazifist wird. Ich kann nebenbei Seine Exzellenz den Herrn Grafen Czernin höflichst versichern, daß wir, die wir Ende des Jahres 1912 dieses Gesetz obstruiert haben, obwohl wir immer die Hoffnung hegten, daß die Idee des Pazifismus einmal siegen werde, doch nicht einmal im Traume erwarten konnten, daß ein österreichischer Minister

es Äußern, ein Mitglied des österreichischen Ur-
dels, in die Reihen der Pazifisten oder idem per
lem in die Reihen der Antimilitaristen treten wird.

Dificile, satiram non scribere! Dies um so
ehr, als die Idee des Pazifismus in den hohen
reisen jetzt in auffallender Verbreitung begriffen
t. Kurz nachdem Graf Czernin seine pazifistisch-
ntimilitaristischen Ideen in Budapest bekundet hatte,
ermehrte auch eine andere Exzellenz, der ehemalige
inanzminister v. Leth, die Bataillone der Anti-
ilitaristen, der die Fahne der von uns vertretenen
dee in einem Artikel der „Neuen Freien Presse"
ißte. Er hat der österreichischen Öffentlichkeit
ipp und klar bewiesen, daß die europäische
Menschheit aus dem Grunde pazifistisch werden muß,
eil sie — namentlich wir in diesem Staate —
ie Lasten des Militarismus, der zu einem Ungeheuer,
einem Moloch der Neuzeit gewachsen ist, nicht
ehr ertragen kann.

Aber man konnte aus diesem aufrichtigen
rtikel — wenigstens zwischen den Zeilen — noch
ehr herauslesen. Unsere Staatswirtschaft liegt in
rümmern, unsere Valuta ist auf die letzte Stufe
er Wertlosigkeit gesunken, unser rechtmäßiger Handel,
nsere Industrie und unser Gewerbe sind ohne
toff und Geld zu nichts geworden, vollkommene
erarmung aller Arbeitszweige, mit Ausnahme der
riegslieferanten mit vollgestopften Taschen, allerdings
it Papiergeld, Hunger und Elend an allen Ecken
ner Reihe von Kriegswucherern gegenüber, die mit
hön bemalten neuen Banknoten in der Hand nicht
enau wissen, ob sie lachen oder ob sie weinen
llen.

Kurz und gut, wir werden uns glücklich halten
üssen, wenn wir in dieser Reichshälfte mit 100
is 120 Milliarden Staatsschuld in die Friedens-
irtschaft eintreten werden, vorausgesetzt, daß der
rieg nicht noch länger als ein Jahr dauert und
ir lebendig, am Hungertuche nagend, sein Ende
erden erwarten können.

Unser Budget der letzten Friedenszeit betrug
twas über drei Milliarden, wobei schon alle Klassen
er Bevölkerung gegen die Lasten des Staatslebens
rotestiert haben. Zweimal soviel wird nicht einmal
enügen, um nur die Zinsen der Staatsdarlehen zu
ecken. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Meine
Herren! Mit Rücksicht auf die geringe mir noch ver-
leibende Zeit will ich nur noch ganz kurz sagen: Als
ir bei der Verhandlung des Kriegsleistungsgesetzes
nsere pazifistischen und antimilitaristischen Ideen
nit den scharfen Tönen der Obstruktion prokla-
nierten, haben wir nicht geahnt, daß unsere Reihen,
aß die Reihen unserer Kameraden und Brüder,
ie in den österreichischen Gefängnissen ihr Leben
ür ihre Idee geopfert haben, in so kurzer Zeit
urch österreichische Exzellenzen, ja eigentlich durch
den ganzen Staat werden ergänzt werden. Die Menschen starben in den Gefängnissen, am Schafott, auf den Schlachtfeldern und in den Fabriken, sie starben im Blute, von Hunger und Elend . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist verstrichen!

Abgeordneter Dr. **Hübschmann**: Ich bin gleich fertig, noch ein paar Worte.

Die Millionen dieser Geopferten haben endlich dem Menschengeschlecht die Wahrheit und Heiligkeit der Idee des Pazifismus und des Antimilitarismus bewiesen. Auch diese Männer, die armen, ausgehungerten Arbeiter der auf Grund des unglücklichen Kriegsleistungsgesetzes der Militärjustiz unterworfenen Fabrik in Prag, die durch das Prager Militärgericht verurteilt worden sind, haben als Mitkämpfer dieser Idee zu ihrem Siege ihr Schärflein beigetragen. Von dieser Stelle aus können wir sie nur begrüßen als unschuldige Opfer eines schrecklichen, jedoch absterbenden Systems. Ihre ausgehungerte, dürre und zitternde Hand, die gezwungen wurde, die Mordinstrumente zu schmieden, ist auch nach dem Prager Urteil ehrlich geblieben. Damit schließe ich. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Damit ist dieser Gegenstand erledigt und wir gelangen zur Tagesordnung.

Der erste Punkt derselben ist der Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse *(671 der Beilagen)*. — Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Reger; ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Reger** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! In seiner Sitzung vom 28. August l. J. hat sich der Sozialpolitische Ausschuß mit der Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse befaßt und das Ergebnis dieser Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses liegt dem hohen Hause in Form einer Gesetzesvorlage vor.

Die Frage, die ich heute zu behandeln habe, zerfällt in zwei Teile. Vor allem handelt es sich um die Sonntagsruhe und dann um die Frage der Lohnzahlungen.

Was die Sonntagsruhe anbelangt, so hat der Sozialpolitische Ausschuß beschlossen, dem hohen Hause die in den §§ 1 und 2 zusammengefaßten Anträge vorzuschlagen. Der Ausschuß hat das mit Majorität beschlossen, und zwar auf Grund der Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Minister für öffentliche Arbeiten, der sich auf den Standpunkt stellte, daß die Sonntagsarbeit bis zu einem gewissen Grade eine unbedingte Notwendigkeit sei, um die Kohlenversorgung für den Staat, für die Bevölkerung, für die Kriegsindustrie, für die Eisenbahnen usw. entsprechend zu sichern. Die Regierung stellt sich nämlich auf den Standpunkt, daß mindestens 13 Prozent der gesamten Kohlenförderung auf die Sonntagsarbeit zu setzen seien, und daß man, wenn diese Sonntagsarbeit ausfallen würde, mit der Kohle nicht auskommen könnte.

Meine Herren! Ich habe schon im sozialpolitischen Ausschuß als Referent den Standpunkt eingenommen, daß die Sonntagsarbeit für die Kohlenförderung keine große Bedeutung hat, und erlaube mir auch jetzt, dem hohen Hause dieselben Bedenken vorzubringen, die ich übrigens auch in dem gedruckten Bericht zum Ausdruck gebracht habe. Die Bergarbeiterschaft hat die Einführung der Sonntagsarbeit, das heißt die Aufhebung des bestehenden Gesetzes, laut welchem die Sonntagsarbeit in den Kohlengruben nur für wenige Ausnahmen gestattet, sonst jedoch verboten ist, als großen Schaden für sich betrachtet. Die organisierte Bergarbeiterschaft aller Zweige, ohne Rücksicht auf Parteirichtung oder programmatische oder organisatorische Unterschiede, protestiert auf das energischeste gegen die Einführung der Sonntagsarbeit. Die Arbeiter stehen auf dem Standpunkte, daß sie in der Zeit des Krieges, während der ersten drei Jahre das Menschenmöglichste über ihre Kräfte getan haben. Sie haben, wie ich dies im gedruckten Berichte ausgeführt habe, wirklich fleißig und treu ihre Pflichten als Staatsbürger und Arbeiter erfüllt. Aber infolge der schlechten Ernährungsverhältnisse, infolge der schlechten Verhältnisse in den Gruben selbst, infolge der verschiedenen Mängel in den Betrieben, über welche ich bei den weiteren Punkten Näheres vorbringen werde, und schließlich infolge der angestrengten Arbeit, die sie in den ersten drei Jahren geleistet haben, sind die Kräfte der Bergarbeiter so heruntergekommen, daß sie wirklich nicht mehr imstande sind, dasselbe zu leisten, was sie bis jetzt geleistet haben. Jeder menschliche Organismus bedarf der Ruhe, und wenn er ununterbrochen und fortwährend robotet, dann muß er einfach zugrundegehen. Die Beschränkung der Sonntagsruhe hat bloß zu einem sehr geringen Teil eine Erhöhung der Produktion gebracht, dafür aber hat sie eine große Erhöhung der Erkrankungsfälle in allen Revieren hervorgerufen. Die Statistiken in den Krankenkassen und Bruderladen weisen aus, daß die Bergarbeiter, um ihrem großen Bedürfnisse nach Ruhe nur ein wenig Genüge zu tun, gezwungen sind, sich krank zu melden.

Die heute abgeführte Debatte über die Militarisierung der Arbeiterschaft überhaupt hat schon zur Genüge gezeigt, auf welche Weise die Arbeiter im allgemeinen durch diese Militarisierung geschädigt werden. Alles, was heute über die Militarisierung der Arbeiter gesagt wurde, trifft auch bei den Bergarbeitern zu. Die Bergarbeiter sind schon genug gequält, sie werden durch die Militarisierung bei der Arbeit genug angetrieben, sie werden zur Arbeit angetrieben nicht nur durch ihre Vorgesetzten, durch die Betriebsbeamten, sondern auch durch die Militärkommandanten. Wenn ein Arbeiter ruhebedürftig ist, wenn er sich ausruhen will, kann er rechtmäßig, in regulärer Weise einen Urlaub, um sich auszuruhen, nicht bekommen. Die Sonntagsruhe wurde aufgehoben. Was bleibt dem Arbeiter nun übrig? Er muß sich krank melden und die Folge davon ist, daß die Krankmeldungen ins Ungeheuere anwachsen und daß der Mann, anstatt sich einen Tag in der Woche auszuruhen, dann 2, 3 oder 5 Tage oder noch länger zu Hause bleibt. Der Ausfall in der Produktion ist dadurch ein viel größerer, als wenn man die gewöhnliche Sonntagsruhe beibehalten würde. Nichtsdestoweniger hat der sozialpolitische Ausschuß beschlossen, diesen Gesetzentwurf dem hohen Hause vorzulegen, und ich ersuche auch das hohe Haus, die §§ 1 und 2 im Sinne der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen.

Ich komme nunmehr zu der zweiten Frage, der Frage der Lohnzahlung. Nach dem Gesetz vom Jahre 1854, § 206 des allgemeinen Berggesetzes, ist der Bergwerksunternehmer verpflichtet, mit seinen Arbeitern vierteljährlich abzurechnen. Im Jahre 1896, und zwar am 3. Mai, hat infolge eines großen Bergarbeiterstreiks, welcher dazumal im Ostrau-Karwiner Revier vier Wochen lang dauerte, das hohe Haus auf Antrag unseres hochverehrten Herrn Vizepräsidenten Pernerstorfer ein Gesetz beschlossen, laut welchem die Unternehmer verpflichtet sind, mit ihren Arbeitern und ihrem Aufsichtspersonal allmonatlich abzurechnen. Die Regierung ist damals bevollmächtigt worden, auch kürzere Fristen einzuführen und die Unternehmer wurden infolge des erwähnten Streiks insbesondere im Ostrau-Karwiner Revier dazu gebracht, daß sie vierzehntägige Abschlagszahlungen, sogenannte Vorschüsse zu geben sich bereit erklärten. Am 17. Mai 1912 hat jedoch

das hohe Haus ein ganz neues Gesetz beschlossen, in welchem es heißt *(liest)*:

„Der Bergbauunternehmer ist verpflichtet, den Lohn seinen Aufsehern wenigstens alle Monate und seinen Arbeitern alle 14 Tage auszuzahlen. Wo kürzere Fristen für die Auszahlung der Löhne bestehen, dürfen diese Fristen nicht verlängert werden. Beim Dienstaustritt ist der Lohn sogleich auszuzahlen. Die Tage, an denen der Lohn regelmäßig ausgezahlt wird, sind in der Dienstordnung festzusetzen."

So lautet der § 206 in der Fassung des Gesetzes vom 17. Mai 1912, R. G. Bl. Nr. 107. Die Regierung hat in der Kaiserlichen Verordnung, welche Gegenstand der heutigen Beratung ist, sich eine Ermächtigung erteilt und von dieser auch entsprechenden Gebrauch gemacht, dahingehend, daß die Löhne nicht vierzehntägig, sondern so, wie es im Jahre 1896 beschlossen wurde, einmal monatlich mit Abschlagszahlungen ausgezahlt werden können. Die Regierung steht auf dem Standpunkte, daß die monatliche Auszahlung eine zu große Belastung des ganzen Betriebes mit sich bringt, daß eine große Menge von technischen und sonstigen Kanzleikräften damit beschäftigt werden müßte, um die ganze Arbeit zu bewältigen, und daß diese Kräfte nicht vorhanden sind. Ich will hier sofort darauf aufmerksam machen, daß in den staatlichen Gruben in Brzeszcze die nach dem Gesetze vom Jahre 1912 gesetzlich fixierte vierzehntägige Lohnauszahlung besteht; der Staat hat also für sich selbst von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht; nur für die privaten Unternehmungen wurde das eingeführt, insbesondere wurde es eingeführt im Ostrau-Karwiner Revier.

Der Sozialpolitische Ausschuß hat beschlossen, auch in dieser Richtung dem Willen der Regierung nachzukommen und im § 3 wurde daher beschlossen *(liest)*:

„Die Bewilligung einer Ausnahme von den Vorschriften des § 206 des allgemeinen Berggesetzes vom 23. Mai 1854, R. G. Bl. Nr. 146, in der Fassung des Gesetzes vom 17. Mai 1912, R. G. Bl. Nr. 107, darf nur insofern gewährt werden, daß der Bergbauunternehmer verpflichtet ist, den Lohn seinen Arbeitern wenigstens alle vier Wochen, das heißt alle 28 Tage, auszuzahlen und nach Ablauf der halben Lohnperiode Abschlagszahlungen zu erteilen."

Das wurde vom Sozialpolitischen Ausschuß einstimmig, wie ich hier hervorheben will, beschlossen, das heißt, auch die Vertreter der Bergarbeiter haben schließlich und endlich den Wünschen der Regierung Rechnung getragen und haben diesen Absatz so beschlossen, wie wir ihn dem hohen Hause vorlegen.

Weiterhin wurde jedoch ein anderer Passus, welcher strittig ist, beschlossen, und zwar *(liest)*:

„Die Anrechnung der geleisteten Abschlagszahlungen auf die für die Lohnperiode auszuzahlende Lohnsumme ist nur insoweit zulässig, als dem Arbeiter für jeden Arbeitstag ein Betrag in der Höhe der für einen Arbeitstag gewährten Abschlagszahlung frei bleibt."

Sowohl die Regierung als auch die Vertreter der Unternehmerschaft, insbesondere der Herr Abgeordnete Dr. v. Licht stellen sich auf den Standpunkt, daß in diesem Passus, welcher mit einer Stimmenmehrheit beschlossen wurde, eine Festsetzung von Minimallöhnen beinhaltet sei. Ich will das nicht bestreiten, aber bei dieser Gelegenheit will ich eben hervorheben, daß die Bergarbeiter gewiß das Recht haben, daß ihnen eine menschenwürdige Existenz ermöglicht werde. Jeder arbeitende Mensch hat das Recht, für seine Arbeit wenigstens jenen Lohn zu bekommen, daß er wirklich mit seiner Familie menschenwürdig, entsprechend den zeitgemäßen Umständen leben kann. Die Lohnverhältnisse im Bergbau sind jedoch so schlecht gestellt, daß der Bergarbeiter sehr oft so wenig verdient, daß er wirklich nicht imstande ist, seine Familie entsprechend zu erhalten. Davon, daß er seine Kinder entsprechend erziehen kann, daß er sie in die Schule schicken und daß er dann frei über die Zukunft seiner Kinder verfügen kann, davon ist in den meisten Fällen gar nicht die Rede.

Deshalb haben auch die Bergarbeiter überall und seit jeher immer die Forderung aufgestellt, ihnen einen Minimallohn zu gewähren. Solang der Bergbau überhaupt besteht, besteht auch diese Forderung nach einem Minimallohn. In allen Ländern, in allen Staaten, überall kämpfen die Bergarbeiter dafür, daß sie einen Minimallohn erlangen. Die Bergarbeiter verlangen die Festsetzung des Minimallohns im gesetzlichen Wege. Dieselbe Forderung stellen auch andere Arbeiter auf, aber es ist ein gewisser Unterschied zwischen den Bergarbeitern und anderen Arbeitern. Vor allem muß hervorgehoben werden, daß die Bergarbeiter ein Element sind, welches nur sehr schwer zu organisieren ist. Und nicht nur bei uns im Ostrau-Karwiner Revier, nicht nur bei uns in Österreich, in allen Ländern, auch in England sehen wir, daß die Organisation der Bergarbeiter eine nicht so feste und geschlossene ist wie zum Beispiel die Organisation der Metallarbeiter, der Eisenbahner oder anderer Arbeiter. In allen anderen Branchen hat sich das Prinzip des Minimallohnes längst schon durchgesetzt, auch bei uns in Österreich.

Wenn wir die Berichte der Gewerkschaften lesen, so werden wir finden, daß in der ganzen Metallindustrie Österreichs im Prinzip der Minimal-

lohn besteht; wir werden auch finden, daß in den meisten Betrieben der Textilbranche ebenfalls Minimallöhne festgesetzt sind. Dasselbe gilt auch für die Buchdrucker und für die Bauarbeiter. Den Betriebsverhältnissen entsprechend, wird der Minimallohn entweder als ein Stundenlohn oder als ein Taglohn festgesetzt. Nur bei den Bergarbeitern stellen sich die Unternehmer auf den Standpunkt, daß die Einführung eines Minimallohnes prinzipiell absolut nicht zulässig sei. Die Unternehmer stellen sich auf den Standpunkt, daß der Minimallohn im Bergbau ein Lohn für die Faulheit, eine Prämie dafür wäre, daß der Arbeiter nichts leistet. Das hat auch der Vertreter der Bergbauunternehmer von Mährisch-Ostrau, Bergdirektor von Drolz, bei der Beschwerdekommission klar und ausdrücklich gesagt, im Juli dieses Jahres, als die Forderungen der Bergarbeiter auf die Tagesordnung der Beschwerdekommission kamen. Bergdirektor Drolz hat offen und klar ausgesprochen, daß die Einführung der Minimallöhne, wie sie die Bergarbeiter verlangt haben, bedeuten würde, daß die Arbeiter von vornherein eine Entlohnung bekommen, ohne überhaupt etwas dafür zu leisten. Und die Theoretiker der Ausbeutungsgelüste der Unternehmer stellen sich nach wie vor auf den Standpunkt, daß der Bergarbeiter tatsächlich, wenn er einen Minimallohn zugesichert bekäme, dann imstande wäre, weniger zu produzieren als es notwendig sei oder als es die natürliche Lage der Dinge erheische.

Das ist vollständig falsch. Nur jemand, der niemals einen Bergbau gesehen hat, der niemals mit Bergarbeitern zusammengekommen ist, kann so etwas behaupten. Ich will feststellen, daß, wenn ein jeder arbeitende Mensch, jeder, der etwas leistet und arbeitet, immerhin eine große Liebe zu seiner Arbeit bekundet, wenn jeder arbeitende und schaffende Mensch mit dem, was seine Arbeit geschaffen hat, wie die Mutter mit dem Kinde verbunden ist und sich darüber freut, ob es nun ein Metallarbeiter oder ein Textilarbeiter, ob es ein Referent im Ministerium oder sonst irgendjemand ist, wenn jeder Mensch daran eine Freude hat, was er schafft, und bestrebt ist, möglichst Gutes und möglichst Vieles zu schaffen, so darf man das einem Bergarbeiter auch nicht abstreiten. Auch der Bergarbeiter hat diese Freude an seiner eigenen Arbeit. Ich behaupte aber, er hat sie noch viel mehr als jeder andere arbeitende Mensch. Der Bergarbeiter liebt seine Grube und seine Arbeit. Es ist selten irgendwo auf der Welt eine Arbeiterschicht, die so eng verbunden wäre mit ihrer Arbeit wie die der Bergarbeiter. Wie kann man daher gerade dem Bergarbeiter diesen Vorwurf machen: Wenn du einen auskömmlichen Lohn hast, wirst du ganz gewiß nicht weiter arbeiten, wirst du deine Arbeit nicht lieben, sondern sie hassen? Aber das ist vielleicht nur eine schöne Phrase. Praktisch steht die Sache doch etwas anders. Praktisch ist die Sache nämlich so, daß die Bergarbeiter nicht einzeln, sondern gruppenweise arbeiten. In allen Revieren Österreichs, insbesondere jedoch im Ostrau-Karwiner Revier, das für diesen Fall das ausschlaggebende ist, arbeiten die Bergarbeiter zusammen in Gruppen; vorne am Orte arbeiten zwei oder vier Häuer zusammen in einer Schicht, es sind zwei oder vier Hundstößer und auch noch die Schlepper dabei; alle diese arbeiten zusammen in einem und demselben Gedinge, und der Lohn des Schleppers und des Hundstößers hängt von dem Lohne des Häuers ab. Wird wenig gefördert, dann verdient nicht nur der Häuer, der zu wenig Kohle gehauen hat, weniger, sondern auch seine Hundstößer und Schlepper verdienen in dem entsprechenden Prozentverhältnis weniger. Es arbeiten also zwei oder vier Häuer zusammen und der eine kontrolliert den andern. Es müßte ein ganzes Komplott geschaffen werden, es müßten die zwei oder vier Häuer, die zwei oder vier Hundstößer und mehrere Schlepper, es müßten außerdem noch die Anschläger und eine ganze Reihe von Arbeitern zusammen in ein Komplott verwickelt werden, damit sie gemeinsam faulenzen, es müßte ein Faulenzerkomplott geschaffen werden, damit wirklich infolge eines höheren Minimallohnes eine Herabminderung der Produktion herbeigeführt werden könnte.

Wir verlangen doch nicht ein ministerielles Gehalt für die Bergarbeiter; wir wollen nicht, daß sie ein Jahresgehalt bekommen, wir verlangen bloß, daß sie einen Tagesminimallohn erhalten. Unsere Forderung, sowie sie bei der Beschwerdekommission vorgebracht wurde, geht nicht dahin, daß ein reiner Taglohn eingeführt werde. Wir verstehen es vollständig, daß in gewissen Zusammenhängen eine Kombination des Akkordlohnes mit dem Zeitlohne stattfinden muß und stattfinden kann. Eine solche Kombination gibt es ja in der gesamten Metallindustrie und in vielen anderen Industrien. Wir denken uns auch diese Angelegenheit auf die Weise geregelt, daß der Akkordlohn, das Gedinge, bestehen bleibt, aber das Gedinge muß so gestellt sein, daß der Bergmann zum mindesten einen gewissen Minimallohn verdient. Wenn dann eine entsprechende Spannung zwischen Akkordlohn und Zeitlohn festgesetzt wird, wenn diese Spannung groß genug ist, um den Arbeiter anzuspornen, dann wird der Bergarbeiter im Sinne dessen, was ich bereits ausgeführt habe, da ja mehrere zusammen arbeiten und der eine den anderen zur Arbeit antreibt, gewiß fleißig fördern und es wird, wenn die Spannung eine entsprechende ist und eine entsprechende Verbindung zwischen Akkordlohn und Zeitlohn besteht, von einem Sinken der Produktion absolut keine Rede sein.

Da hören wir aber — und das hat Seine Exzellenz schon im Ausschusse hervorgehoben und

ich bin sicher und hoffe, daß Seine Exzellenz auch heute das wiederholen wird —, daß infolge der Einführung des vorläufigen Minimallohnes durch den Beschluß der Beschwerdekommission vom 8. Juli dieses Jahres bereits ein Sinken der Produktion eingetreten ist.

Seine Exzellenz behauptet, daß infolge, oder wenn vielleicht auch nicht infolge, so doch jedenfalls augenscheinlich in demselben Zeitpunkte, in welchem die Festsetzung eines Minimallohnes für die Bergarbeiter im Ostrau-Karwiner Reviere durch den Beschluß der Beschwerdekommission eingeführt wurde, eine Herabminderung der Kohlenproduktion zu konstatieren gewesen sei.

Da habe ich aber doch sehr interessante Tatsachen; nämlich Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann hat bei einer Besprechung am 21. September 1917 im Ernährungsausschusse des österreichischen Abgeordnetenhauses auch über diese Frage gesprochen und folgendes gesagt *(liest)*:

„In erster Linie bleibe die Kohlenproduktionsfrage eine Ernährungsfrage. Er habe immer daran festgehalten, es gebe nur einen Grund des Rückganges in der Förderung, nämlich die Unterernährung der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter hätten sich während der bisherigen Kriegszeit so tapfer und opferwillig verhalten, daß es nur ihnen zu verdanken sei, wenn bisher genug Kohle zur Verfügung gestanden."

Dieses Urteil Seiner Exzellenz, welches am 21. September 1917 gefällt wurde, ist selbstverständlich auch heute vollständig wahr. Man kann auch heute noch nicht sagen, daß die Verhältnisse anders geworden sind. Nur die Unterernährung der Bergarbeiter ist daran schuld, wenn die Produktion an Kohle heruntergekommen ist.

Es gibt aber auch andere Gründe und über diese anderen Gründe will ich heute auch noch reden. Der Krieg dauert mehr als drei Jahre und infolge dieser langen Dauer des Krieges fehlt es uns an allen Ecken und Enden, an allen Rohmaterialien und Hilfskräften; man war auch deswegen nicht imstande, neue Schächte zu errichten und die alten Gruben entsprechend auszubauen. Man hat in den alten Gruben gearbeitet und Kohle gefördert, ja man hat nicht gefördert, sondern einfach geraubt. Es ist ein furchtbarer Raubbau getrieben worden und infolge dieses Raubbaues sind die alten Gruben selbst weniger produktionsfähig geworden. Die Gruben sind nicht vertieft worden, haben sich aber ausgebreitet, die Zahl der Bergarbeiter ist gefallen, eine große Menge von Bergarbeitern dient auch noch bis zum heutigen Tage an der Front; es dienen aber nicht nur die Bergarbeiter an der Front, die untertags arbeiten, sondern vor allem — und darüber will ich sprechen — ist eine große Menge von Handwerkern, von Professionisten, von verschiedenen Arbeitern, die auf der Grube notwendig sind, um dort Reparatur- und Vorrichtungsarbeiten zu besorgen, noch beim Militär, es fehlen diese Kräfte auf der Grube. Die Gruben sind ausgebreitet worden, immer weiter, immer länger sind die Strecken geworden und die Folge davon ist natürlich, daß die Zeit, welche notwendig ist, um von dem Einfahrtsschachte bis zu dem Orte, wo die Kohle geholt wird, zu kommen, diese Kohle dort zu fördern, die leeren Hunde hinzuschieben und die vollen herauszubekommen usw. — alles das ist jetzt mehr zeitraubend, weil diese Schächte mehr ausgebreitet sind, als sie früher waren. Das ist einer von den vielen Gründen, aus welchen die Produktion gefallen ist. Aber es herrscht auch ein großer Mangel an geschulten Arbeitskräften für die Herrichtung der schadhaft gewordenen Arbeitswerkzeuge. Alle Arbeitswerkzeuge sind total vernichtet, es ist alles zerschlagen, zerschunden, zerbrochen und man darf nicht vergessen, daß seit dem großen Bergarbeiterstreike im Jahre 1900, welcher 11 Wochen dauerte, nach welchem Streik das hohe Haus im Jahre 1901 den Achtstundentag, das heißt die Neunstundenschicht samt Ein- und Ausfahrt, beschlossen hat, sich die technische Seite der Produktion im österreichischen Kohlenbergbetriebe vollständig geändert hat.

An Stelle der manuellen, der Handarbeit ist die maschinelle, die technische Arbeit getreten. An die Stelle der gewöhnlichen Spitzhauen, Bohrer und Hämmer sind die verschiedenartigsten Maschinen getreten, Bohrmaschinen, Schrammaschinen usw., technisch sehr ausgebildete Werkzeuge, die aber fortwährend reparaturbedürftig sind, und die zur Reparatur erforderlichen Professionisten, die Mechaniker, Schlosser, Schmiede usw., welche alles instandhalten und reparieren sollen, fehlen uns. Die Folge davon ist, daß zum Beispiel im Albrechtsschacht in Peterswald statt vier oder fünf Schrammaschinen nur eine besteht. Es fehlt auch an verschiedenen Rohmaterialien, zum Beispiel an Gummischläuchen, und so kommt es vor, daß auf demselben Schacht vier Bohrmaschienen durch einen Gummischlauch bedient werden, und die Bergarbeiter stehen oft müßig und warten, bis der Schlauch, welcher bei der Bohrmaschine I gearbeitet hat, frei wird und zur Bohrmaschine II und III kommt usw. Ist dann schon das Loch fertig und soll es zum Abschuß kommen, so fehlen die Schußmeister, das sind die Bergarbeiter, welche das Abschießen besorgen sollen, und man muß wieder warten, bis diese Leute kommen. Ganz dasselbe gilt auch für die Grubenbahnen. Bei den zur Förderung dienenden Grubenbahnen fehlen die Schienen und die Schwellen, die Hunte sind zerschlagen, alles ist verdorben und dann ergibt sich folgendes Bild. Wenn es früher einmal

im Tag vorgekommen ist, daß irgendwo ein Hunt aus den Schienen gesprungen ist, so ist der Huntstoßer, ein kräftiger, gesunder 22jähriger Bursch gekommen, ist unter den Hunt gekrochen und hat den manchmal zehn oder zwölf Meterzentner schweren Hunt einfach auf den Buckel gehoben, ein wenig gestemmt und ihn wieder auf die Schienen gestellt. Das ist früher ein- oder zweimal in der Schicht vorgekommen. Jetzt aber kommen Entgleisungen der Hunte infolge der schlechten Schwellen, der schlechten Schienen und aller schlechten Zustände in den Gruben jede halbe Stunde vor. Nun ist aber der unterernährte Bergarbeiter nicht mehr imstande, unter den Hunt zu kriechen und ihn allein zu heben, sondern er bleibt dabei stehen, legt die Hände zusammen, ruft drei, vier oder fünf Kameraden herbei und die leisten zusammen die Arbeit, welche früher einer bewältigt hat. Dabei kommt das fortwährend vor. Wie es an allem fehlt, so fehlt es auch an Pferden und an Futter für die Pferde. Eine ganze Menge von Pferden ist in diesen drei Jahren einfach verendet und junge, frische, kräftige Pferde bekommt man nicht. Die Pferde sind um drei Jahre älter und ein drei Jahre älteres Pferd ist noch etwas mehr abgenützt als ein um drei Jahre älterer Bergarbeiter. Wenn schon die Menschen nach dreijährigem Krieg weniger arbeitsfähig sind, so ist ein armes Pferd nach drei Jahren des ewigen Schindens in der Grube, wenn man so sagen darf, total kaputt und wirklich nicht mehr arbeitsfähig. Und was geschieht nun? Diese Grubenpferde, welche früher zehn bis zwölf Hunte auf einmal zu ziehen imstande waren, werden jetzt vor zwei Hunte gespannt und können auch da nicht mehr auf den schlechten Bahnen so rasch vorwärts kommen, wie es einstmals geschehen ist. Die armen Pferde bekommen jetzt statt 9 Liter nur 1 Liter Hafer, statt 15 Kilogramm nur 5 Kilogramm Heu und dieses Heu ist noch vermengt mit sehr guten Sachen, zum Beispiel mit Weinstockwurzeln und solchen verschiedenen Ersatzmitteln. Natürlich bekommen sie davon die Cholera asiatica, wenn ich so sagen darf, aber daß sie für die Arbeit entsprechend kräftig werden, das kann man doch nicht behaupten.

Das ist die eigentliche Ursache, warum die Kohlenförderung gesunken ist; die Unterernährung der Arbeiter, das Fehlen von allen möglichen Behelfsmitteln und der schlechte Zustand der Gruben. Diese Verhältnisse werden von Tag zu Tag schlechter. Da wird die Sonntagsruhe nichts helfen, da wird auch nichts helfen die Ausschaltung der 14tägigen Lohnperiode und noch weniger wird uns helfen eine mag sein noch so schöne und wunderbare, für die Majorität dieses Hauses, für die Herren Bürgerlichen vielleicht überzeugende Rede Seiner Exzellenz des Herrn Ministers. Im Gegenteil, ich denke, die Einführung besserer Löhne, die Einführung eines Minimallohnes wird nicht nur für den heutigen Zeitpunkt, sondern auch in der Zukunft für die Bergarbeiter von einer besonders großen Wichtigkeit sein. Ich weiß, daß mein Freund und Kollege, der Herr Abgeordnete Cingr, ebenfalls zu dieser Frage sprechen will, und ich bin überzeugt, daß er ganz gewiß noch eine Reihe von anderen praktischen Winken hier vorbringen wird.

Ich möchte nur noch darauf zurückkommen, daß das Minimallohngesetz, welches in England im Jahre 1912 beschlossen wurde, sich sehr gut bewährt und die besten Erfolge sowohl für die Produktion der Kohle als auch für die Bergarbeiter selbst mit sich gebracht hat. Daß die Idee der Einführung des Minimallohnes nicht so ganz ohne ist, beweist uns auch die Tatsache, daß in Bayern jetzt auf Grund einer Verständigung zwischen den Bergbauunternehmern, den Arbeitern und der Regierung eine Einigung zustande gekommen ist, laut welcher die Minimallöhne beim Bergbau in Bayern eingeführt wurden. Meine Herren! Warum sollen wir in Österreich immer die letzten sein? Warum sollen wir in Österreich nicht auch einmal zeigen, daß wir etwas Neues geschaffen, etwas Gescheites, das für die Zukunft des Staates, für die Zukunft der Arbeiterklasse und für die Zukunft der ganzen Industrie gewiß von Bedeutung und von einer guten fortschrittlichen Wirkung sein wird? Auch in Bulgarien wurde jetzt ein Kriegsgesetz geschaffen, in welchem ebenfalls den Arbeitern verschiedene Sachen sichergestellt werden; unter anderem wird dort auch eine Festsetzung des Minimallohnes in Aussicht genommen. So meine ich, daß wir wirklich diese Sache beschließen könnten.

Ich komme jetzt, meine Herren, zu einer recht unangenehmen Frage. Wenn man schon von einer Minderung der Kohlenproduktion spricht, so muß man sich umschauen und genau nachforschen, woher diese Minderung der Kohlenproduktion kommt. Zwei Fragen habe ich bereits behandelt, es kommt aber noch eine dritte dazu. In einer ganzen Reihe von Fällen — ich will ja keinen Namen nennen, nomina sunt odiosa in diesem Falle, aber ich bitte, meine Herren, ich sage ganz gewiß keine Unwahrheit — in einer ganzen Reihe von Fällen ist es vorgekommen, daß die Bergwerksbetriebsleiter den Bergarbeitern ausdrücklich zu verstehen gaben, daß ihnen an der Kohlenproduktion gar nichts liegt. In Peterswald im Eugenschachte ist vor kurzer Zeit ein Grubenunglück geschehen. Es sind dabei mehrere Arbeiter zugrunde gegangen. Die Bergarbeiter sahen die Gefahr; sie haben schon einige Tage vorher die Betriebsleitung vor der Gefahr gewarnt und darauf hingewiesen, daß dort keine

entsprechenden Ventilationsvorrichtungen seien. Das Fehlen der Ventilationsvorrichtungen ist wieder eine Folge des Mangels an Kautschuk- und Gummischläuchen für die Kompressionsmaschinen, denn dort wurden die Kompressionsmaschinen als Ventilatoren benützt. Da haben nun die Bergarbeiter die Abstellung dieses Mangels verlangt. Man hat aber taube Ohren für alle diese Mahnungen gehabt und einer von den Ingenieuren hat kurz und bündig gesagt: „Ah, was liegt daran, wenn die Grube zusammenfällt, brauchen wir nicht zu fördern, brauchen wir keine Kohle zu liefern." Ganz dasselbe geschieht auch auf einer ganzen Reihe von anderen Gruben. Aus Polnisch-Ostrau haben mir Bergarbeiter berichtet, daß keine Reparaturen in der Grube gemacht werden. Absichtlich werden dort die Sicherungspfeiler ausgeraubt, und wie die Vertrauensmänner der Bergarbeiter zum Betriebsleiter gingen und erklärten, durch das Ausrauben der Sicherungspfeiler muß die ganze Grube in sich zusammenbrechen, da hat man ihnen geantwortet: „Das geht euch nichts an, wenn die Grube zusammenfällt, wird halt nicht gefördert." In einer ganzen Reihe von Fällen beschweren sich die Vertrauensmänner der Bergarbeiter, daß dort das Grubenholz in einer nicht entsprechenden Qualität und auch nicht entsprechenden Quantität zugestellt wird. Statt eines 15 Zentimeter dicken Grubenholzes kommt nur ein 5 Zentimeter dickes in Verwendung, und zwar in einem noch zu geringen Ausmaße, also zu wenig und ganz dünnes Holz. Wenn die Vertrauensmänner der Bergarbeiter darauf hinweisen, daß dieser Verbau einfach zusammenbrechen muß, daß der nichts aushält, so sagt man einfach: „Ja, das macht nichts, dann wird halt wieder repariert und wird nicht gefördert." Ja, meine Herren, wie kommt es dazu — ich will nicht mißverstanden werden, ich will nicht, daß mir jemand sagt: ja das ist wieder eine politische oder nationale Frage.

Ich stelle deshalb ausdrücklich fest, daß bei dieser absichtlich betriebenen passiven Resistenz seitens der Unternehmer oder deren Bevollmächtigten keine politischen und keine nationalen Hintergedanken, sondern nur rein materielle Ursachen mitspielen. Und dann ist auch der Staat selbst schuld, daß er diese passive Resistenz der Unternehmer und Betriebsleiter großgezogen hat. Das ist eine unerhörte Sache, daß der Staat den Bürgern nicht nur Steuern auferlegt, sondern noch Geschäfte mit dem Elend der Bürger macht. Mein Freund und Kollege Dr. Diamand hat vor einer Woche schon des langen und breiten ausgeführt, auf welche Weise der Staat bei verschiedenen Ernährungsunternehmungen Profit macht. Aber auch in der Frage der Kohle macht der Staat einen ungebührlichen Profit. Der Staat zwingt nämlich die Unternehmer, für die Staatsbedürfnisse Kohle unter dem Gestehungspreise zu liefern. Die Gestehungspreise stellen sich natürlich verschieden dar, je nach den Umständen, je nach der Teuerung des Rohmaterials, der Teuerung der Arbeitskräfte usw. Wie die Gestehungskosten vor einem oder vor zwei Jahren waren, das bin ich jetzt nicht imstande, nachzurechnen, aber das kann ich behaupten, daß die Gestehungskosten im Ostrau-Karwiner Revier, auch in den galizischen Revieren jetzt zu mindestens 2 K 80 h oder 3 K pro Meterzentner ausmachen und der Staat zahlt den Grubenunternehmern auf Grund der alten Schlüsse aus dem Jahre 1912 1 K 07 h, 1 K 10 h, höchstens 1 K 17 h pro Meterzentner. Da ist es natürlich nicht schwer, zu erraten, daß die Bergbauunternehmer und Bergwerksbetriebsleiter an der Förderung der Kohle gar kein Interesse haben.

Daß die Gruben zugrunde gehen und die Kohlenproduktion zurückgeht, ist die natürliche Folge dieser Zustände. Ich bin kein Vertreter der Unternehmerschaft, bin auch nicht berufen, hier einen Antrag in dieser Materie zu stellen. Das wollte ich aber als Referent und als Vertreter der Arbeiterschaft hervorheben. Denn wenn wir als Vertreter der Bergarbeiter für sie vieles verlangen, wenn wir fordern, daß ihre gerechten Forderungen berücksichtigt werden, so müssen wir auch die andere Seite entsprechend berücksichtigen, müssen wir auch in Rücksicht ziehen, was uns in diesem Falle im Wege steht. So oft wir die Forderung nach einer Lohnerhöhung oder nach einer Besserung der Lage der Bergarbeiter überhaupt aufstellen, wird uns immer geantwortet, die Unternehmer sind nicht imstande, das aus ihren Erträgen zu bestreiten.

Deshalb ersuche ich das hohe Haus, den Antrag des Abgeordneten Dr. v. Licht abzulehnen und dem Antrag des sozialpolitischen Ausschusses, wie er im Berichte enthalten ist, ohne Abänderung die Genehmigung zu erteilen. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Mit Rücksicht auf die Kürze des Gesetzes werden wir die General- und die Spezialdebatte unter einem durchführen. Wenn kein Einwand dagegen erhoben wird *(niemand meldet sich)*, wird in der Weise vorgegangen werden.

Ich erlaube mir ferner im Sinne des § 36 G. O. den Vorschlag zu machen, daß die Rededauer für diese Debatte auf 30 Minuten eingeschränkt werde. Ich ersuche diejenigen Herren, die dem zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die Einschränkung der Rededauer auf 30 Minuten beschlossen.

Zum Worte sind gemeldet, und zwar pro: die Herren Abgeordneten Starck, Cingr, Seliger; kontra: die Herren Abgeordneten Dr. Verstovšek und Pik. Ich erteile dem ersten Kontraredner Herrn Abgeordneten Verstovšek das Wort.

Abgeordneter Dr. **Verstovšek:** Visoka zbornica! Dovolite, da izpregovorim nekoliko besedi ob priliki velevažnega predmeta, ki se tiče naših delavcev; omenim zlasti nekatere želje našega jugoslovanskega delavstva, Hrvatov in Slovencev, ki zaslužijo izdatno podporo od jugoslovanskih zastopnikov, kajti oni so spoznali v velevažnem trenutku politični pomen toka življenja na jugu. Z veseljem bomo pozdravili vsi zlasti tisti čas, ko se bodo naši nižji sloji hrvaških in slovenskih delavcev vrnili nazaj iz tujih pokrajin, iz Amerike in Nemčije, in da bodo našli doma v ljubljeni domovini dovolj zaslužka, ki si ga morajo sedaj iskati v tujini in se boriti za vsakdanji kruh s hudim delom in trpljenjem. Pri nas na domačih tleh, na slovenski in hrvaški zemlji, je žalibog dovolj prostora za tujce, ki se mastijo z mastnimi zaslužki, toda naši vrli sinovi morajo iti v tujino, da si iščejo skromnega zaslužka. Mi se bomo najbolj veselili, če bo celotni preobrat v Evropi povzročil tudi v tem oziru izpremembo in nam prinesel srečni čas, ko bomo pozdravili vrnitev sinov iz Amerike, Nemčije in drugih tujih pokrajin. *(Bravo!)*

Hohes Haus! Die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914 wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse soll durch den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses gesetzlich geregelt werden. Wie viele § 14-Verordnungen, die unter den Tisch gefallen sind, soll auch diese Kaiserliche Verordnung einer gesetzlichen Regelung zugeführt werden. Ich will über die Bestimmungen, die in diesem Gesetzentwurfe enthalten sind, nicht des weiteren sprechen, ich hebe nur hervor, daß der Ausschuß selbst sich dahin ausgesprochen hat, daß eine Notwendigkeit, die Beschränkungen der gesetzlichen Sonntagsruhe und die im Jahre 1912 beschlossenen Lohnzahlungsfristen weiter aufrecht zu erhalten, nicht mehr besteht. Trotzdem hat der Ausschuß den Forderungen der Regierung nachgegeben und sich in einen Kompromiß eingelassen, nach welchem die Bewilligung zum Verfahren von Sonntagsschichten in gewissen Fällen erteilt werden kann.

Ich glaube, daß man wohl in erster Linie feststellen muß, daß es nicht notwendig war, zu Beginn des Krieges in dieser Hinsicht mit drakonischen Bestimmungen und Kaiserlichen Verordnungen zu kommen, um unsere Bergarbeiter zur Arbeit anzuhalten. Diese Kaiserliche Verordnung, die den Bergarbeitern zu Beginn des Krieges einen solchen Zwang auferlegen sollte, zeigt, wie alle § 14-Verordnungen der berüchtigten Ära Stürgkh-Hochenburger, den Stempel des Absolutismus, trägt die Merkmale einer blutigen Gewaltherrschaft und der vollkommenen Erstickung des freien Willens der freien Staatsbürger an sich. Die Arbeiter, die Bergarbeiter insbesondere, brauchte man in keiner Weise durch drakonische Maßnahmen zur Arbeit zu zwingen oder sie mit dem Bajonett dazu zu treiben, denn die Bergarbeiter haben stets gewußt, was sie zu tun haben, sie haben gewußt, daß sie arbeiten, um die Bevölkerung mit Kohle zu versorgen, und daß sie auch während des Krieges diese Pflicht erfüllen werden, wenn man nur auf ihre dringendsten Forderungen hört und ihnen in erster Linie auch Nahrungsmittel verschafft. In diesem Bewußtsein haben die Bergarbeiter ihre Pflicht vollauf getan. Sie verlangen aber nur Brot und Nahrungsmittel, nicht etwa scharfe Kommandos irgend eines Offiziers oder sonstigen Kommandanten, oder vielleicht irgend welche gesetzliche Normen, die sie stets mit Tod und Kerker bedrohen. Nur gute Ernährung und treffliche Approvisionierung heben die Produktion und tragen zur größeren Ausbeute an Kohle bei.

Es klingt wohl schmerzlich, wenn man aus dem Munde des Regierungsvertreters oder des Ministers hört, daß die Förderung der Kohle wegen Unterernährung der Arbeiter und wegen deren geringerer Leistungsfähigkeit zurückgegangen sei. Die Geschichte wird seinerzeit diese Bekenntnisse der Regierungsvertreter festnageln und darauf hinweisen, in was für Zeiten man in Österreich gelebt hat, daß man gegen die Arbeiter wohl verschiedene drakonische gesetzliche Bestimmungen erließ, um sie zur Arbeit zu zwingen, nicht aber für ihre hinreichende Nahrung gesorgt hat, wie es die Arbeiter selbst verlangen.

Wir stehen unmittelbar vor der großen Kälte. Die Bewohner der Städte und des flachen Landes verlangen überall sehnsüchtig nach Kohle. Schon seit dem Monate Mai schreien sie nach Brennmaterial, jedoch immer vergebens. Wenn wir einer Katastrophe entgegengehen, wenn wir verschiedene Gasanstalten in den Städten vollständig sperren müssen, wenn der Verkehr stocken wird, wenn Wohltätigkeitsanstalten gesperrt werden müssen, wie das in Kärnten schon der Fall ist, wenn die Bewohner in ihren dunklen Kammern frieren müssen, dann, meine Herren, ist nicht der Bergarbeiter daran schuld, sondern nur die kopflose, echt österreichische Verwaltung, die in dieser Frage vollkommen versagt hat. Der Bergarbeiter dagegen empfindet es sehr schmerzlich und erträgt es nur mit Unwillen, wenn er hören muß, daß die Bevölkerung trotz des Aufgebotes seiner ganzen Kräfte von der Sorge um das Brennmaterial nicht befreit ist. Der Bergarbeiter hat, wie wir das ja aus den verschiedenen Reden der Vertreter und auch aus dem Munde der Regierungsvertreter stets gehört haben, immer seine

Pflicht getan und auch während des Krieges geleistet, was er leisten konnte. Man hat wohl hie und da im Norden in den großen Kohlenbergwerken von Arbeitseinstellungen vernommen, die jedoch von sehr kurzer Dauer waren. Man hat dabei aber immer gehört, wie wir dies auch heute vernommen haben, daß nur die schlechte Approvisionierung die Ursache war. In diesem Falle aber darf man es dem Bergarbeiter nicht verargen, wenn sein leerer Magen sein patriotisches Gefühl erstickt und ihn zwingt, wegen der Abnahme seiner Kräfte die Arbeit einzustellen.

Es ist im Interesse des Staates und im Interesse der ganzen Monarchie gelegen, daß die behördlichen Maßnahmen doch endlich darauf gerichtet werden, daß der Bergarbeiter nicht wegen der Ernährung in solcher Weise besorgt sein muß. Die Lebensmittel für den Bergarbeiter müssen in hinreichender Menge beschafft werden, denn der Bergarbeiter hat nicht Zeit wie manche andere Stände zu hamstern, die Frauen, wenn sie Kinder haben, haben keine Zeit, stundenlang herumzurennen, um sich die Lebensmittel zu verschaffen, die sie nur schwer bekommen, um dann die Kost für die Bergarbeiter herzustellen.

Hohes Haus! Ich erlaube mir noch einige Forderungen der Arbeiter des staatlichen Kohlenbergwerkes in Skalis bei Wöllan vorzubringen und Seine Exzellenz den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten darauf aufmerksam zu machen und ihm diese Forderungen besonders warm ans Herz zu legen. Ich betone besonders, daß die Bergarbeiter in diesem staatlichen Bergwerke alle Berücksichtigung verdienen. Mit Freude kann ich hier feststellen, daß unter diesen Arbeitern noch immer Arbeitslust herrscht und daß die Arbeitsfreude unter der Arbeiterschaft nicht geschwunden ist. Es ist ein ruhiges Arbeiten in diesem staatlichen Kohlenbergwerk zu bemerken. Die geschickte Hand des Leiters hat tatsächlich unter der Arbeiterschaft die schönsten Erfolge erzielt und die Arbeiterschaft hat auch volles Vertrauen zu der Leitung. Ebenso muß ich feststellen, daß der beaufsichtigende Offizier ein vernünftiger, umsichtiger und in jeder Hinsicht hochzuschätzender Soldat ist, der die verantwortliche Stellung eines Wachorganes vollkommen erfaßt. Dem Zusammenwirken dieser Kräfte ist es bisher gelungen, den Betrieb von größeren Schwierigkeiten freizuhalten, ausgenommen die Approvisionierung, die in einzelnen Jahreszeiten vollkommen versagt hat. Den Großteil der Arbeiterschaft in diesem staatlichen Kohlenbergwerk durchweht ein echt österreichischer Geist. Ein echter Patriotismus ist unter dieser Arbeiterschaft festzustellen. Sie sind religiös gesinnt, national bewußt und die Männer sind sorgsame Familienväter und Familienerhalter. Aus dieser Charaktereigenschaft der Arbeiterschaft ist auch zu erklären, daß zwischen der Arbeiterschaft und der bodenständigen Bevölkerung dortselbst keine solchen Reibereien stattfinden, wie das in anderen großen Kohlenbergwerken der Fall ist. Ich habe vor kurzem von diesen Arbeitern einen Brief erhalten, den über 200 Arbeiter unterschrieben haben und ich muß sagen, daß mich dieser Brief tief gerührt hat, weil ich aus ihm ersehen habe, wie mühevoll einerseits die Arbeiter ihre Arbeit verrichten und wie sie auf der anderen Seite bescheiden kommen und bitten, es möge für sie von oben gesorgt werden, damit sie von den Sorgen um ihre Lebensbedürfnisse befreit werden. Die Arbeiter versichern auch in der Eingabe auf das bestimmteste, daß die Leitung des Werkes alles mögliche getan hat und daß auch von seiten der Bezirkshauptmannschaft alles geschehen ist, um die Lebensfragen zu regeln. Die Lebensverhältnisse sind jedoch überall schon derartige, daß die niederen Faktoren nicht imstande sind, die Wünsche der Arbeiter vollkommen zu erfüllen, die nur von dem Ministerium für öffentliche Arbeiten erfüllt werden können. Ich möchte noch feststellen, daß sich die politische Behörde der unteren Instanz in diesem Bezirke bemühte, in der Approvisionierung Ordnung zu halten; sie findet jedoch nicht die nötige Stütze bei der Oberbehörde, der Statthalterei in Graz, welche wie im ganzen Lande so auch in diesem Bezirk in Nahrungsfragen vollkommen versagt hat. Ich erlaube mir zu behaupten, daß Steiermark wegen der schlechten Einrichtungen der Statthalterei in Approvisionierungsfragen wie kein anderes Land dem Abgrund nahegebracht ist, daß Steiermark vielleicht Jahrzehnte hindurch noch diesen wirtschaftlichen Ruin verspüren wird. An diesen Zuständen müssen wir die Tätigkeit der Statthalterei messen und schätzen, nicht aber nach den vielen Auszeichnungen, die Herr Statthalter Clary sich selbst und seinen Leuten zukommen läßt; die Ausgezeichneten wissen oft gar nicht, wofür sie die Auszeichnungen bekommen haben. Dies wollte ich nur nebenbei feststellen.

Noch einige Begehren dieser Bergarbeiter möchte ich vorbringen, die gesundheitliche Einrichtungen betreffen, insbesondere aber auf Zuschüsse an Lebensmitteln hinzielen. Vor allem möchte ich das Ministerium für öffentliche Arbeiten darauf aufmerksam machen, es möge nicht aus dem Auge verlieren, daß dieses Kohlenbergwerk unmittelbar vor dem Krieg aus Privathänden an den Staat übergegangen ist. Wie selbstverständlich, ist dieses Werk vor dem Krieg sehr primitiv gehalten worden, es fehlt an allen modernen Einrichtungen, wie man sie bei allen anderen Bergwerken findet. Es fehlt an notwendigen Vorkehrungen, die die Sicherheit des Lebens der Arbeiter und ihre Gesundheit erheischen; der Staat scheint auch nicht daran gehen zu wollen, während des Krieges einige Investitionen zu machen,

sondern es hat den Anschein, als ob man in diesem staatlichen Kohlenbergwerk direkt Raubbau treibt. Man sucht nur möglichst viel Kohle zu fördern, aber während der ganzen Zeit hat man keinerlei Investitionen gemacht und nicht versucht, Vorsichtsmaßregeln zu treffen, die dringend notwendig sind. Gott behüte uns davor, daß sich in diesen Gruben noch solche Unglücksfälle ereignen, wie dies in der Zeit des privaten Betriebes der Fall war. Ich mache das Ministerium für öffentliche Arbeiten besonders darauf aufmerksam, daß die Verantwortung für solche allfällige Ereignisse jetzt einzig und allein den Staat trifft und besonders das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Dieses muß auch dafür sorgen, daß die Arbeiter in der Grube oder auch bei der Arbeit ober der Erde nicht um ihr Leben fürchten müssen und die Kinder und die Familien nicht um das Leben der Väter zittern müssen.

An gesundheitlichen Einrichtungen fehlt es in diesen Gruben vollends. Eine dringende Notwendigkeit, eine besonders gerechtfertigte Forderung der Arbeiter ist die sofortige Einrichtung von notwendigen und zweckmäßigen Ubikationen zum Umkleiden der Arbeiter und Errichtung eines Bades, und zwar noch vor Eintritt des Winters. Man muß die Verhältnisse besonders bei diesem Kohlenwerke in Betracht ziehen. Hier bestehen nicht, wie bei anderen Kohlenbergwerken, geschlossene Wohnstätten der Arbeiter, sondern die Arbeiter wohnen entlegen im ganzen Bezirke weit herum und haben oft einen Weg von einer ganzen Stunde zu machen. Sie kommen ganz erhitzt und voll Schweiß aus der Grube und müssen sich in solchem Zustande der kalten Luft aussetzen, müssen eine ganze Stunde lang durch tiefen Schnee waten, oft friert die Kleidung an ihrem Leibe, bis sie in ihre Wohnstätten kommen. Diese traurigen Zustände haben unter der Arbeiterschaft dieses Kohlenbergwerkes schon viele Opfer gefordert. Das ist ja kein Wunder, der Arbeiter ist ja nicht aus Eisen, er muß sich unter solchen Umständen erkälten und auf diese Weise zieht sich der Arbeiter alle möglichen Krankheiten zu oder wenigstens den Keim zu allen möglichen Krankheiten, besonders zur Tuberkulose; sein Organismus wird geschwächt und infolgedessen wird auch die Arbeitsleistung bei diesen Arbeitern geringer. Dem kann nur durch Herstellung der nötigen Ubikationen und durch die Errichtung eines Bades vorgebeugt werden, wobei der Staat keine Opfer scheuen darf, weil dieselben durch die Aufrechthaltung des gesunden Zustandes unter der Arbeiterschaft vollständig aufgewogen werden.

Ich habe mir erlaubt, diesbezüglich Seiner Exzellenz ein ausführliches Promemoria vorzulegen und ich bitte auch, darauf Rücksicht zu nehmen.

Eine zweite Vorkehrung, die unbedingt notwendig ist, ist die klaglose Versorgung mit Lebensmitteln. Die Bergarbeiter müssen — und das verlangen sie — eine Zubuße von mindestens ein Kilogramm wöchentlich pro Person für sich und für ihre Familienmitglieder erhalten. Das ist notwendig; es erfordern das aber auch schon die wirtschaftlichen Verhältnisse im Bezirke selbst, daß die Konsumvereine mit allen möglichen Mitteln vom Staate versehen werden, es muß dafür gesorgt werden, daß dieselben genügende Vorräte an Kartoffeln, Fisolen, Rüben, Kraut, Speck, Fett und dergleichen Lebensmitteln erhalten, denn wir haben in dem Bezirke selbst noch zwei große Fabriken, welche riesig viel Nahrungsmittel absorbieren. Auch diese Fabriken müßten um so mehr hinreichend mit Lebensmitteln versorgt werden, weil der ganze Bezirk Schönstein früher auf den Import angewiesen war, also darauf, daß Lebensmittel zugeführt wurden. Nur auf diese Weise kann sich auch der Zustand der übrigen Bevölkerung im Bezirke selbst bessern, weil durch diese Zufuhr für die Arbeiterschaft dann auch die Lebensmittelfrage für den ganzen Bezirk geregelt und auch die andere Bevölkerung von der Abgabe der Lebensmittel entlastet würde.

Ich möchte nun noch fragen, wie denn die Arbeiter, besonders die Bergarbeiter, für sich und für ihre Kinder bei dieser Sachlage und unter diesen Verhältnissen für die Beschuhung und Bekleidung sorgen sollen. Wie sollen sie sich dieselbe verschaffen? Denn wir wissen, daß es nicht möglich ist, selbst um das teuerste Geld diese Bedarfsartikel zu bekommen.

Ich stelle noch fest, meine Herren, daß, wie schon so oft hier betont wurde, der Bergarbeiter wie der Bauer und der Landwirt auch zu den Schwerarbeitern gehört und dazu gezählt werden muß, da er gerade solche und oft vielleicht noch wichtigere Dienste im Kriege leistet als der Soldat an der Front, denn er ist Soldat des Hinterlandes, und wie man den Soldaten an der Front mit allen Mitteln in der Verpflegung, Bekleidung und Beschuhung versorgen muß, muß man auch den Schwerarbeiter, den Bauer, sagen wir den Soldaten des Hinterlandes mit allen Bedarfsgegenständen versorgen, wenn man will, daß auch diese Stände ausharren und dazu beitragen, daß wir im Kriege, der bald ein Ende nehmen muß, durchhalten. Bezüglich aller dieser Forderungen habe ich mir erlaubt, ebenfalls an Seine Exzellenz ein Promemoria zu richten und ich hege die sichere Hoffnung, daß Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten dieses Promemoria prüfen, wohlwollend behandeln und die berechtigten Wünsche der Bergarbeiter auch erfüllen wird.

Zum Schlusse erlaube ich mir nur noch eines festzustellen: Es erfüllt uns alle mit größter Genugtuung und es bereitet uns die größte Freude, daß sich die Arbeiterschaft des ganzen Südens für die Deklaration ausgesprochen hat. Die Arbeiter, sowohl katholisch-nationaler Richtung, die nationalradikal Gesinnten als auch die sozialdemokratischer Färbung, steht auf dem Standpunkt der von den Vertretern des Südens der Monarchie am 30. Mai 1917 abgegebenen Deklaration der Vereinigung aller Slowenen, Kroaten und Serben unter dem Zepter Habsburgs, unter der Regierung des siegreichen Herrschers Karl I.; sogar die südslawischen Arbeiter des Auslandes, so besonders aus Deutschland, haben der Deklaration zugestimmt und sich als offene Verfechter derselben bekannt. Es wallt eine freudige Strömung durch alle Schichten der Völker des Südens bis zum Balkan, eine mächtige Welle, der kein österreichischer Ministerpräsident wird Halt gebieten können. Es mag ja eine kurze Spanne Zeit noch kommen, die versuchen wird, durch Denunziationen oder durch Henkersknechte die südslawischen Völker zu knebeln, doch alle Schichten der Bevölkerung werden sich, wenn solche Fälle noch einmal eintreten, um so enger aneinanderschließen und es verstehen, jede solche neronische Schreckensherrschaft einer jeden deutschnationalen Regierung abzuschütteln und zu überdauern. Aus dem Blute, aus den Opfern, aus den unsäglichen Leiden der Verfolgten, aus dem Blute der gefallenen Krieger, die für Kaiser und Vaterland ihr Leben geopfert haben, werden da unten im Süden Männer der Tat aufstehen, die sich nicht scheuen werden, jeden Fremdling, der an den heiligen Rechten der Südslawen rüttelt, die sie sich durch das vergossene Blut erworben haben, mit Gewalt abzuschütteln und für das angetane Unrecht auch persönlich Rechenschaft zu fordern. Die Völker des Südens sind einig und das sollen sich die Herren in Wien gesagt sein lassen. Die Arbeiter schließen sich in enge Reihen und wir werden die Zeit begrüßen, die da kommen muß, daß auch für die Arbeiter auf dem heimischen Boden genügend Platz sein wird, daß sie auf dem heimischen Boden genügend Arbeit finden für ihren Unterhalt und für ihre Existenz. *(Beifall.)*

Ich erlaube mir nur noch zwei Resolutionen vorzubringen, die ich in Verhandlung zu nehmen bitte. *(Liest):*

„Die Regierung wird aufgefordert:

1. in den staatlichen Bergwerken in Skalis bei Wöllan für die Herstellung der notwendigen gesundheitlichen Einrichtungen, insbesondere für die Einrichtung von Ubikationen zum Zwecke des Umkleidens der Arbeiter und für die Errichtung eines zweckmäßigen Bades schleunigst Sorge zu tragen;

2. der Arbeiterschaft der staatlichen Werke Zubußen an Nahrungsmitteln zuzuerkennen und sie mit Beschuhung und Bekleidung zu versehen;

3. die k. k. Regierung wird aufgefordert, die Regierungsvertreter in allen Beschwerdekommissionen zu beauftragen, dahin wirken zu wollen, daß diejenigen Diensttage, die in Friedenszeiten als freie Tage gegolten haben, in Rechnung gebracht werden."

Vizepräsident **Simionovici:** Ich erteile nunmehr Seiner Exzellenz dem Herrn Minister Ritter v. Homann das Wort.

Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. **Homann:** Hohes Haus! So unscheinbar sich die Vorlage darstellt, mit deren Beratung sich das hohe Haus eben beschäftigt, so enthält sie doch eine Reihe von Bestimmungen, welche für die Kriegswirtschaft und für die Kriegführung selbst von außerordentlicher Wichtigkeit sind. Infolge der durch den Kriegsausbruch verursachten außerordentlichen Verhältnisse hat sich die damalige Regierung veranlaßt gesehen, eine Kaiserliche Verordnung zu erwirken, durch welche der Minister für öffentliche Arbeiten ermächtigt worden ist, Ausnahmen von den Bestimmungen der Gesetze vom 21. Juni 1884 über die Sonntagsruhe und vom 17. Mai 1912 über die Lohnzahlungsfristen zu gestatten. Leicht ist es dem Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht geworden, sofort mit einer derartigen Verfügung vorzugehen. Denn gerade so wie Sie, empfinden auch wir, daß eine, wenn auch nur vorübergehende Aufhebung einer sozialpolitischen Maßnahme einen kulturellen Rückschritt bedeutet. Gleichwohl haben wir die Verfügung unter dem Zwange der Verhältnisse treffen müssen, weil es sich schon damals als unbedingt notwendig herausgestellt hat, den Rückgang der Produktion infolge der Einberufung von durchschnittlich 25 Prozent der Arbeiter zur Militärdienstleistung auf irgend eine Weise auszugleichen und weiters auch Maßnahmen zu treffen, um die Ablohnung der Arbeiter trotz Reduktion des Beamten- und des Aufseherstandes um 43, beziehungsweise 36 Prozent auch in weiterer Folge sicherzustellen. Die Ermächtigung des Ministers für öffentliche Arbeiten bezog sich sohin einerseits darauf Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im allgemeinen zu gestatten, andrerseits Ausnahmen hinsichtlich der Festsetzung einer 14 Tage überschreitenden Lohnzahlungsfrist zu statuieren.

Wie ernst es aber dem Ministerium für öffentliche Arbeiten gewesen ist, die Maßnahmen tatsächlich auf

das unbedingt Notwendige zu beschränken, mögen die hochgeehrten Herren daraus ersehen, daß bereits mit einem Erlasse vom 31. August 1914 den Revierbergämtern die Richtlinien für ihr Vorgehen vorgezeichnet worden sind. Darin wird ausdrücklich erklärt, daß die Anwendung der Kaiserlichen Verordnung nur auf die Fälle einer unbedingten Notwendigkeit einzuschränken ist und die Sonntagsarbeit insbesondere nur dann zu gestatten sein wird, wenn es sich insbesondere um die Deckung des Bedarfes der Militärindustrien, der Eisenbahnen und der Bevölkerung handelt.

Was die Verlängerung der Lohnzahlungsfrist betrifft, wurde ausdrücklich bemerkt, daß inmitten einer vierwöchigen Lohnzahlungsfrist, welche als Maximum der Verlängerung hingestellt wurde, Abschlagszahlungen einzuführen sind und daß die Beträge, welche den Arbeitern als Abschlagszahlung zu leisten sind, dem Verdienste der Arbeiter möglichst nahe kommen sollen.

Die Vorlage will nun alle diese Vorschriften, welche das Ministerium für öffentliche Arbeiten als Einschränkungen bereits früher getroffen hat, in den Gesetzestext rezipieren und von diesem Standpunkte aus bin ich in der angenehmen Lage, ohneweiters dem Wunsche des sozialpolitischen Ausschusses Rechnung zu tragen. Denn, meine Herren, ich glaube, es ist wohl keiner unter uns, der überhaupt Zweifel daran hegen würde, daß der Bergarbeiter, insbesondere bei seinem gegenwärtigen Ernährungszustande, das Recht auf eine Sonntagsruhe wenigstens innerhalb angemessener Fristen hat. Ich glaube auch nicht, daß jemand bestreiten kann, daß der Bergarbeiter bei verlängerten Lohnzahlungsperioden das Recht darauf hat, inmitten dieser Perioden wenigstens eine angemessene Abschlagszahlung zu bekommen.

Anders verhält es sich dagegen mit der Bestimmung des § 3, Absatz 2 der Vorlage, welche folgendes ausspricht *(liest)*: „Die Anrechnung der geleisteten Abschlagszahlungen auf die für die Lohnperiode auszuzahlende Lohnsumme ist nur insoweit zulässig, als dem Arbeiter für jeden Arbeitstag ein Betrag in der Höhe der für einen Arbeitstag gewährten Abschlagszahlung frei bleibt."

So schwer es mir wird, gegen eine Bestimmung Stellung zu nehmen, durch welche nach Ansicht des sozialpolitischen Ausschusses das Los der Bergarbeiter eine Besserung erfahren soll, so erachte ich mich dennoch verpflichtet, das hohe Haus auf die Folgen aufmerksam zu machen, welche sich bei Annahme dieses Zusatzes ergeben müßten. Durch die Anordnung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, wonach die Abschlagszahlungen in der Höhe zu leisten sind, daß sie dem Arbeitsverdienste des Arbeiters möglichst nahe kommen, ist bereits eine bestimmte Grenze für die Abschlagszahlungen gesetzt. Aber es bestand auch schon früher in den verschiedenen Bergbaurevieren die Übung, als Abschlagszahlung einen festen Betrag dienstordnungsmäßig zu normieren und erst im Juli dieses Jahres hat die Beschwerdekommission in Mährisch-Ostrau erkannt, daß als Abschlagszahlung für die beim Ostrau-Karwiner Bergbau beschäftigten Arbeiter folgende Beträge zu gelten haben: Für die Häuer 7 K, für die Hundestößer 5 K, für die Schlepper 3 K, für Jugendliche und Frauen 2 K 50 h. Wenn nun dieser zweite Absatz des § 3 Gesetz werden sollte, so würde dies selbstverständlich zur Folge haben, daß ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistung des Arbeiters jene Beträge als Lohn für die zweite Hälfte der Lohnperiode auszuzahlen sein werden, welche der Arbeiter in der ersten Hälfte der Lohnperiode als Abschlagszahlung bezogen hat, das heißt mit anderen Worten, daß ohne Rücksicht auf die Arbeitsleistung dem Arbeiter der Betrag als Mindestlohn auszuzahlen sein wird, den er als Abschlagszahlung erhalten hat.

Die Forderung eines Mindestlohnes beim Bergbau ist nicht neu. Sie ist ja nahezu schon seit der Zeit erhoben worden, als überhaupt Bergbau betrieben wird. Schon im Mittelalter, meine sehr geehrten Herren, hat es Lohnstreitigkeiten, insbesondere auch beim Bergbau, gegeben. Wir haben selbst gesehen, daß, wie der Herr Berichterstatter ganz richtig ausgeführt hat, in England die Frage des Mindestlohnes zur Einrichtung von Lohnkommissionen geführt hat, welche darüber abzusprechen haben, ob ein Mindestlohn bei den einzelnen Bergbauen einzuführen ist, respektive welche Höhe dieser Lohn anzunehmen hat.

Meine Herren, ich sage Ihnen gleichwohl ganz offen und ehrlich, die Einführung eines Mindestlohnes würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu den schwerwiegendsten Folgen führen. Ich werde mir erlauben, in weiterer Folge den Nachweis dafür zu erbringen. Ob und mit welchem Erfolge während der Kriegsdauer in England ein Mindestlohn beim Bergbau eingeführt ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich glaube aber nicht, daß dies bei den gegenwärtig auch in England bestehenden drückenden Verhältnissen auf dem Gebiete der Kohlenversorgung der Fall ist. Wenn aber der Herr Referent darauf hingewiesen hat, daß während der Kriegszeit auch in Bayern Mindestlöhne eingeführt worden sind, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß der Kohlenbergbau in Bayern sehr geringe Bedeutung hat, Bayern vielmehr die für die dortigen Konsumgruppen notwendige Kohle einerseits aus dem übrigen Deutschen Reiche, andrerseits aus Österreich bezieht.

Wenn der Herr Referent weiters darauf hinweist, daß bei einer ganzen Reihe anderer Betriebe

schon der Mindestlohn eingeführt worden ist, so möchte ich mir weiters ganz ergebenst auf den großen Unterschied aufmerksam zu machen erlauben, der zwischen Grubenarbeit und Obertagarbeit besteht. *(Zwischenruf.)* Während nämlich die Obertagarbeit ohne weiteres überwacht werden kann, ist dies untertags ausgeschlossen. Ich habe deshalb immer den Standpunkt vertreten: Einen Mindestlohn für die Grubenarbeit einzuführen, ist ja möglich, es müßte aber dem Mindestlohn eine Mindestleistung gegenübergestellt werden. Solange es nicht möglich ist eine solche festzusetzen, solange, meine Herren, werden wir es niemals in der Hand haben, zu verhindern, daß durch Festsetzung eines Mindestlohnes trotz des besten Willens der Arbeiterschaft die Leistung nicht doch herabgesetzt werde.

Hier, meine sehr verehrten Herren, muß ich nun weiter ausholen. Ich muß vor allem dem hohen Hause mitteilen, daß die Leistungen der Bergarbeiterschaft seit Dezember 1916 in stetem Rückgange begriffen sind. Sie sind im Dezember 1916 ungleich höher gewesen als im September 1917. Wir haben aus der Front rund 18.000 Arbeiter erhalten. Trotz dieser 18.000 Arbeiter haben wir im September 1917 gegenüber Dezember 1916 nur um 78.000 Tonnen mehr gefördert. Wenn wir die normale Mindestleistung zugrunde legen, welche ich mit rund 10 Meterzentner pro Arbeiter und Schicht annehme — diejenigen Herren, die im Bergbaubetriebe tätig waren, werden mir zugeben, daß dies eine außerordentlich bescheidene Leistung genannt werden kann — so sollte pro Monat eine Mehrleistung von 450.000 Tonnen resultieren. Wenn Sie dem die tatsächlich erzielte Mehrleistung von 78.000 Tonnen gegenüberstellen, so werden Sie mit mir zu dem Ergebnisse kommen, daß diese Leistung tatsächlich sehr gering genannt werden muß. Das ergibt sich auch aus folgender Erwägung: Beim gesamten Kohlenbergbau war der Stand der männlichen Arbeiter im September 1917 gegen Dezember 1916 um 16·4 Prozent, dagegen die Förderung nur um 2·5 Prozent größer. Die Durchschnittsleistung eines Mannes hat im Dezember 1916 391 Meterzentner, im September 1917 257 Meterzentner betragen.

Wenn wir auf einzelne Reviere übergehen, so ergeben sich folgende Ziffern: Im Ostrau-Karwiner Revier betrug die Leistung pro Grubenschicht im Jahre 1916 13·6 Meterzentner; sie ist im September 1917 auf 12·5 Meterzentner gefallen. Im Brüxer Revier haben wir im Mai 1917 pro Grubenschicht 32 Meterzentner aufzuzeichnen gehabt, die Leistung betrug im September dieses Jahres nur mehr 28·6 Meterzentner. Ich bemerke dabei, daß in diesen beiden Revieren infolge Erkenntnisses der Beschwerdekommission die sogenannten Fixzulagen zu den Arbeiterlöhnen eine Erhöhung erfahren haben.

Seit Ausbruch des Krieges sind bei den einzelnen Bergbauen sogenannte fixe Teuerungszulagen, also Kriegszuschläge, eingeführt, die ursprünglich in geringer Höhe gehalten und nach dem Familienstande der Arbeiter abgestuft gewesen sind, ob nämlich der Arbeiter ledig, verheiratet, kinderlos, mit einem oder mehreren Kindern gesegnet ist. Im Laufe der Zeit haben selbstverständlich auch diese Kriegszulagen eine Steigerung erfahren und zuletzt betrugen die Teuerungszulagen beispielsweise im Brüxer Revier bereits bis 3 K und darüber für die Schicht. Wenn Sie diese Fixzulagen, welche die Bergarbeiter beziehen, als Zeitlohnentgelt auffassen wollen, so haben Sie darin eigentlich bereits dasjenige, was der Herr Referent für die Bergarbeiter fordert, eine Kombination nämlich zwischen Akkord- und Zeitlohn. Daß aber selbst derartige, verhältnismäßig geringe fixe Zulagen auf die Produktion einen nachteiligen Einfluß auszuüben vermögen, das können Sie aus den bereits von mir angegebenen Daten, und weiters aus jenen Angaben entnehmen, welche ich hier noch darzulegen die Ehre haben werde.

Die erste Ursache, welche unsere Kohlenproduktion verringert, ist gewiß die Unterernährung. *(Sehr richtig!)* Darüber besteht kein Zweifel. Ebenso besteht darüber kein Zweifel, daß die Bergarbeiter bisher treu, opferwillig und hingebungsvoll für den Staat gearbeitet haben. *(Beifall.)* Gleichwohl, meine Herren, glaube ich aber, daß es noch andere Momente sind, welche die Produktion unliebsam zu beeinflussen vermögen, denn sonst vermöchte ich es mir nicht zu erklären, daß in einem Braunkohlenrevier, wo von der Beschwerdekommission statt der Fixzulagen eine 50- bis 60prozentige Gedingerhöhung gewährt worden ist, eine 11prozentige Produktionssteigerung zu verzeichnen war, wiewohl der Arbeiterstand um 3 Prozent zurückgegangen ist.

Ich komme nunmehr zu der Frage: verträgt es der gegenwärtige Stand unserer Kohlenversorgung, daß wir irgendwie noch etwas versuchen, wodurch unter Umständen die Produktion ungünstig beeinflußt werden kann? Ich glaube, meine sehr geehrten Herren, diese Frage verneinen zu müssen. Denn jeder von uns verspürt es am eigenen Leibe wie schwer es ist, Kohle zu beschaffen, um die Ernährung und Beheizung sicherzustellen, jeder von uns ist von der Sorge bedrückt, wie Kohle zu beschaffen sei, um nicht nur das öffentliche, sondern auch das private Leben zu sichern und um alle jene Bedürfnisse, welche der Krieg mit sich bringt, zu befriedigen.

Hohes Haus! Ich hatte bisher noch nicht Gelegenheit, über die Kohlenversorgung hier zu sprechen; ich möchte daher diesen Anlaß doch benützen,

um das hohe Haus über die gegenwärtige Situation in Kenntnis zu setzen, weil ich dies für meine Pflicht halte. Ich muß dabei nur um Entschuldigung bitten, wenn ich etwa hier Ausführungen wiederhole, die ich einerseits im kriegswirtschaftlichen Ausschusse, andrerseits vielleicht auch an anderer Stelle bereits dargelegt habe. Ich werde das hohe Haus mit Ziffern nicht ermüden, nur die wichtigsten Ziffern möchte ich voranzuschicken mir erlauben.

Im letzten Friedensjahre 1913 hat unsere Kohlenproduktion 44 Millionen Tonnen betragen. Wir hatten über eine Einfuhr von Kohle in einer Menge von 12 Millionen Tonnen zu verfügen, die Ausfuhr stellte sich auf 9 Millionen Tonnen, so daß wir im ganzen 47 Millionen Tonnen Kohle zur Verfügung hatten. Im Jahre 1916 war die Produktion der Kohle im Inlande auf 41 Millionen Tonnen gefallen, statt 12 Millionen Tonnen bekamen wir nur mehr 9 Millionen Tonnen eingeführt, die Ausfuhr stellte sich auf 8 Millionen Tonnen. Die uns zur Verfügung gestandene Kohlenmenge stellte sich also auf 42 Millionen Tonnen.

Im Jahre 1917 ist eine Änderung zum Besseren nicht eingetreten. Ich muß hier leider konstatieren, daß in der Zeit vom Jänner bis September 1917 die Produktion um 2·3 Millionen Tonnen, die Einfuhr um 1·4 Millionen Tonnen zurückgegangen ist, so daß wir gegenüber dem vorhergegangenen Jahre um 3·7 Millionen Tonnen weniger Kohle zur Verfügung haben, was natürlich für die Versorgung der einzelnen Konsumgruppen von eminenter Bedeutung ist.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten, welches sich ja pflichtgemäß mit der Kohlenversorgung zu beschäftigen hat, hat auch in Erkenntnis der Sachlage bereits im Frühjahr dieses Jahres alle Kautelen zu schaffen gesucht, die eben im Interesse der Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens, im Interesse der Kriegführung selbst gewährt werden müssen. Wenn der Herr Vorredner der Regierung gegenüber den Vorwurf erhoben hat, daß sie kopflos vorgegangen sei und den Beweis ihrer Unfähigkeit erbracht habe, so möchte ich mir ganz ergebenst zu bemerken erlauben, daß der Herr Vorredner wahrscheinlich ein so scharfes Urteil kaum gefällt hätte, wenn er über all das informiert gewesen wäre, was das Ministerium für öffentliche Arbeiten seit Kriegsausbruch auf dem Gebiete der Kohlenversorgung geschaffen hat.

Ich habe im kriegswirtschaftlichen Ausschusse mein Programm auf dem Gebiete der Kohlenversorgung dargelegt und dort schon bemerkt, daß angesichts der Ungunst der Verhältnisse nichts anderes erübrige, als die strengsten Sparmaßnahmen einzuführen, in zweiter Reihe eine straffe Organisation zu schaffen, welche Sicherheit dafür biete, daß die Kohle nach billigen und gerechten Grundsätzen zur Verteilung gelange und endlich alles aufzubieten, damit die Kohlenproduktion gesteigert werde.

Ich werde mir erlauben, nunmehr auch den Nachweis zu erbringen, daß die Regierung nicht kopflos vorgegangen ist, daß sie vielmehr planmäßig gehandelt hat, um eben all das zu tun, was geschehen kann, die Kohlenversorgung nach Maßgabe der Verhältnisse sicherzustellen.

Den hochgeehrten Herren ist ja bekannt, daß die Verordnung vom 1. September 1917, betreffend die Sparmaßnahmen, bereits in Rechtskraft steht und daß gerade diese Sparmaßnahmen, welche auch im kriegswirtschaftlichen Ausschusse zur Erörterung gelangt sind, den Gegenstand der grimmigsten Anfeindung der Regierung bilden. Es vergeht kein Tag, an welchem das Ministerium für öffentliche Arbeiten nicht von der einen oder der anderen Verbrauchergruppe inständigst gebeten wird, Ausnahmen in bezug auf die festgestellten Sparmaßnahmen zu bewilligen. Bald hört das Ministerium für öffentliche Arbeiten, man könne den Gästen in den Hotels nicht zumuten, sich mit kaltem Wasser zu waschen; man könne ihnen nicht zumuten, in ungeheizten Räumen zu sitzen; bald hört das Ministerium für öffentliche Arbeiten, es gehe nicht an, die Theater in Betrieb zu halten, die Kinos dagegen infolge des bestehenden Heizverbotes zu bedrängen. Ich konstatiere, daß alle diese Vorschriften im Einvernehmen mit dem kriegswirtschaftlichen Ausschuß getroffen worden sind, ja, ich bekenne, daß ich sogar über das hinausgegangen bin, was der kriegswirtschaftliche Ausschuß zugebilligt hat, insbesondere auf dem Gebiete der Badewirtschaft. Der kriegswirtschaftliche Ausschuß wollte die Badezeit auf drei Tage der Woche beschränken; ich war es, der, sich hinwegsetzend über diesen Wunsch, sich dazu gedrängt fühlte, daneben auch noch Sonntag vormittag baden zu lassen. Auf Wunsch des kriegswirtschaftlichen Ausschusses werde ich aber gar keine Einsprache dagegen erheben, daß gerade die Badeordnung gemäß dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Kuranda und Genossen dahin abgeändert werde, daß statt an drei Volltagen der Woche an fünf Halbtagen der Woche und am Sonntag vormittag gebadet werden kann.

Im übrigen, meine Herren, stehe ich aber auf dem Standpunkt, daß die Sparmaßnahmen, so wie sie gegenwärtig getroffen sind, von Reich und Arm, von Hoch und Niedrig streng eingehalten werden müssen, weil es eben nicht anders geht. Der Stand unserer Kohlenversorgung ist ein derartiger, daß wir unbedingt alles vermeiden müssen, was etwa an Vergeudung grenzen würde, und deshalb erkläre ich hier dem hohen Hause, daß ich Ausnahmen, wenigstens vorläufig, niemals befürworten könnte, weil eben diese Ausnahmen dann nur zur Regel würden und weil wir mit dieser Regel nicht bestehen könnten.

In zweiter Reihe haben wir die Schaffung einer straffen Organisation gefördert. Wenn ich heute sage, die Kontingentierung ist fertiggestellt, so hört sich dies sehr einfach an; den sehr geehrten Herren ist aber bekannt, mit welcher Fülle von Arbeit, mit welcher Mühe dies verbunden ist. Denken Sie nur daran, was es heißt, ganz Österreich getrennt nach den einzelnen Verbrauchergruppen mit Kohle zu versorgen, die Produktion der einzelnen Schächte auf die einzelnen Verbrauchergruppen aufzuteilen und dabei darauf Rücksicht zu nehmen, daß ja einzelne Anstalten — ich nenne beispielsweise die Gasanstalten — wieder besondere Sorten von Kohle erhalten müssen. Wenn Sie dies alles erwägen, so werden Sie mir die Anerkennung nicht versagen können, daß damit ein Stück Arbeit geleistet wurde, wie es anderwärts bisher nicht geleistet worden ist.

Hand in Hand damit ist, meine sehr geehrten Herren, die Verbrauchsregelung durchgeführt worden, welche den Bezug der Kohle an eine Kohlenanweisung knüpft und dadurch eben sicherstellen soll, daß nach Maßgabe der bestehenden Verhältnisse alle Kohle erhalten.

Ich bitte, meine hochgeehrten Herren, zu erwägen, daß wir, um die Kontingentierung durchzuführen, eine Verbrauchsstatistik für das ganze Jahr 1916 führen mußten, daß wir weiters eine Bedarfserhebung für das Jahr 1917 durchgeführt haben, daß wir eine Erhebung über die Anzahl der Haushaltungen und Wohnungen pflegen und endlich eine Statistik über alle Feuerungsanlagen Österreichs führen mußten.

Wenn Sie das alles ermessen, meine Herren, so werden Sie wohl zu der Überzeugung kommen, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten bei der Regelung der Kohlenwirtschaft nicht kopflos vorgegangen ist, sondern daß ihm dabei ein systemmäßiger Plan und ein ganz richtiger, in seinen Einzelheiten vorgezeichneter Weg vorgeschwebt hat. *(Abgeordneter Löw: Theoretisch war es ja gut, aber genutzt hat es noch nichts!)* Herr Abgeordneter, ich komme jetzt gleich auf Ihren Zuruf zu sprechen.

Die Kontingentierung ist durchgeführt, die Verbrauchsregelung soll in den einzelnen Ländern mit dem 4. November d. J. in Kraft getreten sein.

Nun, meine Herren, erlaube ich mir zunächst zu bemerken, daß der Übergang von einem System zum anderen sich niemals mühelos und ohne Friktionen vollzieht. Jedes System hat seine Kinderkrankheiten und jedes System bedarf zu seiner Einführung einer entsprechenden Überwachung und, wenn Sie wollen, auch eines entsprechenden Nachdrucks, um eben dem System zum Durchbruch zu verhelfen. Das soll auch in diesem Falle geschehen.

Nachdem sich das Gruppensystem, wonach die einzelnen Konsumenten je nach ihrer Dringlichkeit und Bedeutung in einzelne Gruppen eingeteilt wurden, nicht bewährt hat und von dem Zeitpunkt an nicht bewähren konnte, wo wir nicht mehr genügend Kohle zur Verfügung hatten, um all den Erfordernissen Rechnung zu tragen, mußten wir zu dem System der Kontingentierung übergehen, welches darin besteht, daß wir alle Verbrauchergruppen je nach der verfügbaren Kohle mit Kohlenmengen bedienen.

Wir haben eine ganze Reihe von Gruppen: Wir haben die Armee im Felde mit 384 Tonnen, die Armee im Hinterlande mit 1920 Tonnen — selbstverständlich alles Tagestonnen — die Kriegsmarine mit 900 Tonnen, die Eisenbahnen und Schiffahrt mit 34.400 Tonnen, den Hausbrand mit 30.000 Tonnen, die Approvisionierung mit 5680 Tonnen, die Zuckerindustrie mit 4720 Tonnen, die Wohlfahrtsanstalten mit 1790 Tonnen, die Gas-, Wasserwerke und Elektrizitätswerke mit 8000 Tonnen, den Eigenbedarf der Kohlengruben mit 9790 Tonnen, die Koksanstalten mit 11.000 Tonnen, die Eisenindustrie mit 23.000 Tonnen und so weiter. Kurz und gut, es sind sämtliche Verbrauchergruppen in Kontigente gefaßt, so daß, im Falle die notwendige Menge nicht zur Verfügung steht, nicht nach dem bisherigen System der Gruppierung diejenigen Betriebe, welche in den rückwärts gelegenen Gruppen eingereiht waren, überhaupt keine Kohle erhalten sollen, sondern daß sich die Kürzung, welche bei nicht genügender Kohlenmenge vollzogen werden muß, sich eben mit Ausnahme nur einzelner besonders wichtiger Verbraucher, wie zum Beispiel die Eisenbahnen, gleichmäßig auf alle Konsumentengruppen verteilt. Das ist ja der Zweck der Kontingentierung. Das eine hat also die Kontingentierung gewiß gebracht: eine bessere Ordnung in der Kohlenwirtschaft, eine bessere Regelung in bezug auf die Belieferung der einzelnen Konsumenten. Allerdings vollzieht sich, wie gesagt, der Übergang von einem System zum andern nicht mühelos und nicht ohne Reibungen.

Im gegenwärtigen Zeitpunkte besteht zudem aber noch ein Hindernis, meine hohen geehrten Herren, und dieses Hindernis ist der Wagenmangel, welcher uns jetzt ganz bedeutend bedrückt. *(Abgeordneter Starck: Er drückt aber auch die Arbeitsleistung der Bergarbeiter!)* gewiß, der Wagenmangel drückt auch die Arbeitsleistung der Bergarbeiter, weil erfahrungsgemäß dann, wenn auf Depots geladen werden muß, die Leistung der Arbeiterschaft immer sinkt. *(Abgeordneter Starck: So ist es!)* Es ist ja selbstverständlich, daß wir alles tun und tun werden, um einerseits dem Wagenmangel abzuhelfen, andrerseits aber trotz des Wagenmangels wenigstens jene Verbrauchergruppen, welche unbedingt Kohle erhalten

müssen, mit Kohle zu versorgen. Es wird selbstverständlich nicht die volle Menge sein und sein können, welche nach dem Kontingentierungsplane den einzelnen Gruppen zuzufallen hätte; wir werden aber unser möglichstes tun, und es sind deshalb auch Verhandlungen mit der Kriegsverwaltung im Zuge, damit eben alle jene Verbrauchergruppen von besonders hervorragender Bedeutung, deren Bedeckung eine Staatsnotwendigkeit ist und aus Gründen der Aufrechthaltung des wirtschaftlichen Lebens im Hinterlande unbedingt gefordert werden muß, soweit als möglich mit Kohle versorgt werden.

Das Wichtigste, meine hochgeehrten Herren, ist und bleibt aber immer die Steigerung der Produktion. Wir müssen alles Mögliche tun, damit die Produktion im Inlande eine Erhöhung erfahre; wir müssen dies mit um so größerer Macht anstreben, weil die Einfuhr der Kohle aus dem Deutschen Reiche insbesondere in letzter Zeit immer geringer wird und weil wir auf die uns im Wege von Verhandlungen mit dem Reichskommissär in Berlin zugesagten Kohlenmengen nicht rechnen können. Trotz aller unserer Bemühungen bleibt die Menge von Kohle, welche wir aus dem Deutschen Reiche beziehen sollen, hinter der zugesagten Menge stets zurück. 525.000 Tonnen Kohlen sollen wir aus Oberschlesien beziehen, tatsächlich bekommen wir aber nur 350.000 bis 400.000 Tonnen und es sind nur wenige Monate, wo wir wirklich unsere Pflichtmenge erhalten haben. *(Zwischenrufe.)* Es besteht eben auch in Oberschlesien Wagenmangel und dieser Wagenmangel behindert die Belieferung Österreichs sowie Ungarns mit Kohle. Auch dort sind selbstverständlich die zuständigen Stellen bemüht, Wandel zu schaffen, und so können wir nun hoffen, daß alle Maßnahmen, welche einerseits wir hier treffen und welche andrerseits im Deutschen Reiche getroffen werden, endlich dazu führen werden, um die Menge der verfügbaren Kohle zu steigern.

Ich möchte mir nunmehr erlauben, über die Steigerung der Kohlenproduktion zu sprechen. Die Zahl der Arbeiter hat am 31. Dezember 1916 110.473 betragen, am 30. September 1917 betrug sie 128.582, so daß, wie ich mir bereis früher zu bemerken erlaubte, eine Steigerung in der Zahl der Arbeiter von rund 18.000 zu verzeichnen ist. Wie ich mir bereits früher kurz zu erwähnen erlaubte, ist trotz der Erhöhung der Arbeiterzahl die Produktion nicht in dem wünschenswerten Ausmaße in die Höhe gegangen. Die Produktion hat im Juni 1917 3,098.700 Tonnen, im Juli dieses Jahres 3,118.350 Tonnen, im August 3,415.950 und im September 3,300.370 Tonnen betragen. Die sehr geehrten Herren sehen aus diesen Ziffern, daß wir gegenüber dem Juni 1917 im August eine Steigerung von rund 320.000 Tonnen zu verzeichnen haben. Andrerseits ist aber meinen Angaben auch zu entnehmen, daß vom August auf den September wieder ein Rückgang von rund 115.000 Tonnen zu verzeichnen ist. Die Steigerung der Produktion ist darauf zurückzuführen, daß, wie den sehr geehrten Herren bekannt sein dürfte, mein Streben darauf gerichtet war, im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier die Tagbaue zu forcieren. Wir müssen durch möglichste Verwendung von maschineller Kraft den Rückgang der manuellen Häuerleistung wettzumachen suchen, und zwar insbesondere in diesem Braunkohlenrevier, weil dort die Ausrichtung auf den Abraum beschränkt ist und wir an den einstehenden Kohlenstößen die bedeutendsten Mengen von Kohlen gewinnen können. Ich hoffe, meine sehr geehrten Herren, daß es möglich sein wird, durch Neueinstellung von Baggermaschinen und durch weitere Heranziehung der maschinellen Kraft eine Produktionssteigerung zu erzielen.

Ich habe mir, meine Herren, bereits zu bemerken erlaubt, daß der Stand unserer Kohlenversorgung kein befriedigender ist, daß wir daher alles vermeiden müssen, was unsere Produktion irgendwie zu stören vermöchte, damit dieser Stand nicht etwa eine weitere Verschlechterung erfahre. Wir können und wir werden aber auch auf diesem Gebiete durchhalten; wir werden durchhalten, weil wir es auch gegenüber den übrigen Staaten, die mit uns im Kriege sich befinden, noch weitaus besser haben; wir sind ja reich an Kohle und die vorübergehenden Störungen, welche eben eingetreten sind und voraussichtlich auch noch weiterhin eintreten werden, müssen überwunden werden.

Meine Herren! Ich möchte Sie inständigst bitten, von Versuchen vorläufig Abstand zu nehmen; ich möchte Sie inständigst bitten, die Bergarbeiter, welche, wie ich nochmals betonen möchte, bisher mit Treue und Hingebung ihren Dienst versehen haben, nicht in Versuchung zu führen. Auch der Bergarbeiter ist ein Mensch und Sie werden wohl glauben, daß dann, wenn er weiß, daß er durch Mehrleistung mehr verdienen kann, er auch das Animo in sich findet, mehr zu leisten, daß aber dann, wenn der Bergarbeiter weiß, daß er für eine Mehrleistung nicht entsprechende Löhne erhält, eben auch sein Animo zur Arbeit sinkt. Ich sage Ihnen offen und ehrlich: Ich stehe auf dem Standpunkt, daß der Bergarbeiter seinen Lohn in auskömmlicher Höhe zugemessen erhalten muß. Der Lohn darf aber nicht etwa auf der Grundlage aufgebaut werden, daß der Arbeiter ihn ohne Rücksicht auf seine Arbeitsleistung erhält, sondern der Lohn muß unter billiger Rücksichtnahme auf die Grubenverhältnisse, wo er arbeitet, derart aufgebaut sein, daß mit einer vergrößerten Leistung des Arbeiters auch der Lohn wächst. Das Ministerium

für öffentliche Arbeiten hat insbesondere seit Ausbruch des Krieges bis zu dem Zeitpunkt, da die Beschwerdekommissionen errichtet worden sind, zu wiederholten Malen im Interesse der Bergarbeiter zu dem Behuf interveniert, daß die Löhne eine Erhöhung finden. Ich muß hier feststellen, daß diese Intervention sich immer reibungslos vollzogen hat, weil auch die Unternehmer stets auf dem Standpunkt standen, daß insbesondere bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Lohn des Arbeiters in entsprechender Höhe gehalten werden muß. *(Abgeordneter Gröger: Graf Henckell in Wischau zahlt 2 K 40 h pro Tag!)* Ich bitte, wem, Herr Abgeordneter? *(Abgeordneter Gröger: Den Bergarbeitern!)* Den Häuern oder den Jugendlichen? *(Abgeordneter Gröger: Den Häuern!)* Seitdem die Beschwerdekommissionen eingesetzt worden sind, ist selbstverständlich die Intervention des Arbeitenministeriums ausgeschaltet. Die Arbeiter wenden sich jetzt an die Beschwerdekommission und die bisherigen Erkenntnisse dieser Beschwerdekommissionen beweisen, daß auch sie auf dem Standpunkte stehen, daß der Bergarbeiter angemessenen Lohn verdienen müsse.

Ich möchte nur noch mit wenigen Worten auf einiges, was einerseits der Herr Referent, andrerseits mein Herr Vorredner bemerkt hat, zurückkommen. Es wurde vom Herrn Referenten und ebenso auch von meinem Herrn Vorredner behauptet, daß in den Kohlenrevieren furchtbarer Raubbau herrsche. Ich bin bemüßigt, diesen Vorwurf entschieden zurückzuweisen. Man kann es nicht als Raubbau bezeichnen, wenn infolge des Kriegszustandes die Aus- und Vorrichtung zurückgeblieben ist. Man kann es insbesondere nicht als Raubbau bezeichnen, wenn wir im Hinblick auf den gesteigerten Bedarf an Kohle trachten, die Kohle, wo sie nur überhaupt gewinnbar ist, zu gewinnen. Man kann es schließlich nicht als Raubbau bezeichnen, wenn wir unter Aufwendung aller Mittel Kohle dort suchen, wo sie gewonnen werden kann. Wenn der Herr Referent darauf hinweist, daß auch darin Raubbau gelegen sei, daß die Strecken weiter ins Feld getrieben werden, daß der Bergbau oder sagen wir die Grubenräume eine längere Ausdehnung erhalten, so weiß ich überhaupt nicht, wie sonst Bergbau betrieben werden könnte. *(Abgeordneter Čech: Rationell!)* Gewiß, Herr Abgeordneter, rationell! Das Rationelle in der Bergbauwirtschaft besteht darin, daß heimwärts gebaut wird, d. h. daß nach vollständiger Ausrichtung in den einzelnen Horizonten die Kohle von der Markscheide heimwärts gewonnen wird; aber das ist selbstverständlich grundverschieden davon, daß in dem nächsttieferen Horizont die Aus- und Vorrichtung weitergeführt werden muß, damit eben, wenn die Kohle in dem oberen Horizont abgebaut ist, die Aus- und Vorrichtung in dem tieferen Horizonte so weit gediehen ist, daß mit dem Abbau vorgegangen werden kann.

Ich muß Ihnen aber, meine sehr geehrten Herren, sagen, daß die Schwierigkeiten, mit welchen der Bergbau zu kämpfen hat, geradezu enorme sind. Dem Bergbau gebricht es gegenwärtig eigentlich an allem, was er zur Fortführung des Betriebes benötigt. Wenn zum Beispiel der Herr Referent darauf hingewiesen hat, daß fallweise zu wenig Grubenholz vorhanden ist, so möchte ich mir zu bemerken erlauben, daß das keineswegs Schuld der Bergwerksunternehmungen ist, welche vielmehr in wiederholten Eingaben an das Ministerium für öffentliche Arbeiten darauf hinweisen, daß die Mengen Grubenholz, welche ihnen zur Verfügung stehen, nicht ausreichen, um den Betrieb zu führen, und dringend bitten, daß ihnen von seiten dieses Ministeriums Unterstützung gewährt werde. Ich bemerke ferner, daß wir Sprengmittelmangel haben und daß wir weiters nicht mehr das nötige Material besitzen, um unser Geleuchte stets instand zu halten. Im Ostrau-Karwiner Reviere haben wir, wie Sie wissen, Schlagwettergruben; dort können wir nur Sicherheitsgeleuchte benutzen. Wir sind also auf einen bestimmten Geleuchtstoff, nämlich das Benzin oder einen Benzinersatz angewiesen. Alle diese Bedarfsgegenstände müssen dem Bergbau beschafft werden, sie müssen in dem Maße beschafft werden, daß eben der Betrieb keine Störung erfährt. Und das erfordert einen kolossalen Aufwand an Arbeit. Ich möchte daher, wenn ich auch dem Herrn Referenten in seiner Klage bezüglich des gegenwärtig, wie ich gerne zugebe, nicht vollkommen normalen Betriebes zustimme, doch zu erwägen geben, daß die Schwierigkeiten, unter welchen der Bergbau gegenwärtig betrieben werden muß, gar keinen Vergleich gegenüber den Friedensverhältnissen aushalten. *(Berichterstatter Reger: Das ist der Grund, warum die Kohlenproduktion zurückgeht!)* Zumindest ist es mit eine Ursache, daß der Kohlenbergbau in seiner Leistung nicht voll ausgenutzt werden kann.

Das gleiche gilt selbstverständlich, meine sehr geehrten Herren, von dem, was mein Herr Vorredner bezüglich des Wöllaner Kohlenbergwerkes gesagt hat. Der Wöllaner Bergbau wäre, wenn die Mitteilungen des Herrn Vorredners zutreffen würden, eigentlich der am schlechtesten geführte Kohlenbergbau, insbesondere seit der Zeit, als ihn der Staat in Betrieb übernommen hat. Ich möchte Sie, meine sehr geehrten Herren, vielmals bitten, in den Staatsvoranschlägen Nachschau zu halten. Sie werden dort finden, welche Investitionen wir beim Bergbau in Buchberg und beim Bergbau in Wöllan bereits durchgeführt haben; Sie werden aber daraus auch ersehen, was wir noch durchzuführen beabsichtigen. In erster Reihe gehört dazu selbst-

verständlich ein Bad, weil dies aus hygienischen Rücksichten unbedingt notwendig ist und weil der Kohlenbergarbeiter ohne Bad überhaupt nicht existieren kann. Der Kredit ist für das Jahr 1917/18 in Anspruch genommen und wir werden selbstverständlich mit allen Mitteln darauf hinzuwirken trachten, daß diese Maßnahme ungesäumt getroffen wird.

Der Herr Vorredner hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß die Verantwortung für allfällige Ereignisse in Bergbaubetriebe, welche die Sicherheit zu gefährden geeignet wären, nunmehr den Staat allein treffe. Ich möchte ganz ergebenst zu bemerken mir erlauben, daß es einer solchen Mahnung gerade bei mir nicht bedurft hätte; ich gehe, seitdem ich diesem Berufe angehöre, von dem Standpunkte aus, daß in erster Reihe die Betriebssicherheit vorhanden sein müsse, *(Bravo!)* und daß ohne Betriebssicherheit überhaupt kein Bergarbeiter in einer Grube verwendet werden dürfe. *(Bravo! Bravo!)* Meine sehr geehrten Herren, ich gehöre dem Stande der Bergbehörden seit mehr als 33 Jahren an. Als ich die Montansektion übernahm, da mag ja vieles noch sehr schlecht gewesen sein. Ich bitte Sie aber nun, meine Herren, mir Zeugenschaft dafür abzulegen, was in den letzten Jahren geschehen ist. Ich bitte, darüber nachzudenken, ob seither sich derartige Katastrophen wie früher wiederholt haben. Man gewöhnt sich leicht an einen ruhigen Zustand und man ist gewohnt, darüber hinwegzugehen, welche Ursachen der Besserung zugrunde liegen. Darauf glaube ich wohl die Klage zurückführen zu dürfen, welche mein Herr Vorredner geführt hat. Ich glaube aber, wenn der Herr Vorredner sich die Zustände in Wöllan vor Übernahme des Betriebes durch den Staat angesehen hätte und wenn er damit jetzt den Vergleich zöge, daß die Wagschale wohl zu meinen Gunsten sich senkte. *(Sehr richtig!)* Meine Herren, ich bin kein Feind der Kritik, im Gegenteile, ich liebe sie, weil ich durch die Kritik auf Fehler aufmerksam werde, welche mir sonst verborgen bleiben könnten. Deshalb bin ich sogar dankbar *(Bravo!)* für jede Bemängelung, die ich aus diesem Hause erhalte, ich bin dankbar für jeden Hinweis auf Fehler, welche ich oder mein Ressort begangen haben. Ich bitte aber andrerseits, mir auch zuzubilligen, daß ich alles getan habe, alles tue und auch in Hinkunft alles tun werde, um das Los der Bergarbeiter, insbesondere was die Sicherheit des Betriebes betrifft, fort auch noch weiterhin zu bessern. *(Beifall.)*

Es wurde auch darüber gesprochen, daß der Rückgang der Kohlenproduktion auf eine Art passiver Resistenz der Unternehmungen und der Betriebsleiter zurückzuführen sei. Ich gebe ohneweiters zu, daß die niederen Preise, die von einem Teile der Abnehmer der Kohle gezahlt werden, mit der Grund sein könnte, daß die Bergwerksunternehmungen auf eine Steigerung der Produktion keinen Wert legen. Es gilt dies insbesondere bezüglich der Verfahrung der Sonntagsschichten. Es liegt nicht im Interesse der Bergwerksunternehmungen, Sonntagsschichten verfahren zu lassen, weil ja bekanntlich für jede Sonntagsschicht der Lohn um 50 Prozent erhöht werden muß und weil von den am Sonntag gewonnenen Kohlen auch Kohle an jene Konsumenten abgegeben werden muß, welche die Kohle eben noch zu niedrigeren Gestehungspreisen in Händen haben. Aber von einer passiven Resistenz kann gewiß nicht gesprochen werden. Es ist ausgeschlossen — ich muß das hier konstatieren — daß bei einem Werke, welches über eine bestimmte Arbeiterzahl verfügt, von seiten der Unternehmung überhaupt passiver Widerstand geleistet werden könnte. Wie vollzieht sich denn die Arbeit beim Bergbaubetriebe? Der Arbeiter fährt bei der Grube an und verrichtet dort seine Arbeit. Wenn es richtig wäre, daß von der Betriebsunternehmung oder Betriebsleiterschaft gegen die Gewinnung von Mehrmengen an Kohle Widerstand geleistet wird, so könnte das doch nur auf die Art erfolgen, daß die Arbeiterschaft von der Arbeit zurückgehalten wird, das heißt, daß sie von der Unternehmung zur Arbeit nicht zugelassen wird. Nun, meine Herren, davon ist ja doch keine Rede. *(Zwischenruf: Die militärischen Leiter treiben sie ja tüchtig an!)* Abgesehen davon, daß vielleicht dieser Umstand maßgebend ist, ist es doch das lebhafteste Interesse der Unternehmer wie auch der Betriebsleiter, Kohle zu fördern. Es ist nicht das Interesse dieser Gruppen, mit der Förderung zurückzuhalten. Und abgesehen von diesen Erwägungen geht es, meine sehr verehrten Herren, doch wohl nicht an, gegen die Unternehmer und gegen die Beamtenschaft der Werke einen solchen Vorwurf zu erheben, welcher umso weniger begründet wäre, als die Unternehmer und Betriebsleiter während des Krieges viele Proben von Patriotismus und voller Hingebung an den Staat abgelegt haben. *(Zwischenrufe.)* Ebenso wie ich für die Bergarbeiterschaft stets einstehe und sage, daß sie voll und ganz ihre Pflicht erfüllt hat, ebenso muß ich es auch für mich in Anspruch nehmen dürfen, daß ich sage: auch die Unternehmerschaft und die Beamtenschaft wie die Aufseherschaft haben ihre Pflicht erfüllt. *(Abgeordneter Švejk: Also wo liegt der Grund, daß ein Mangel an Kohle besteht?)* Der Grund liegt, wie ich bereits angeführt habe, im Rückgang der Leistung der Arbeiterschaft und ich kann leider nichts anderes sagen. Es wird auch weiterhin meine Pflicht sein, die Produktion nach Möglichkeit zu heben und alles zu tun, was dazu beitragen kann, in erster Reihe — und ich betone dies neuerdings — die Lebensmittelversorgung der

Bergarbeiter zu bessern. Es vergeht denn auch nahezu ein Tag, an welchem ich mich nicht mit Seiner Exzellenz dem Herrn Leiter des Volksernährungsamtes zu dem Zweck ins Einvernehmen setze, um den Bergarbeitern mehr Lebensmittel zur Verfügung zu stellen.

Ich lasse auch nichts unversucht, um auf anderen Wegen Lebensmittel für die Bergarbeiterschaft zu bekommen.

Ich suche das insbesondere auch zu bewerkstelligen durch den Zuschub von Lebensmitteln aus Ungarn. *(Zwischenrufe)*, zu welchem Behuf ich ja auch mit der ungarischen Regierung mich ins Einvernehmen gesetzt habe. *(Abgeordneter Svejk: Mit Erfolg?)* Der Erfolg, Herr Abgeordneter, ist der, daß ich insbesondere in kritischen Zeiten, wo beispielsweise im Ostrau-Karwiner Revier nicht die genügenden Lebensmittel vorhanden waren, einen Zuschub aus Ungarn erhalten habe und dadurch die Möglichkeit hatte, den Betrieb weiterhin aufrechtzuführen.

Meine sehr geehrten Herren! Ich komme zum Schlusse. Ich wiederhole, ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Lohn des Arbeiters auskömmlich sein muß, daß er so hoch bemessen sein muß, daß der Arbeiter nicht nur seinen, sondern auch den Lebensunterhalt seiner Angehörigen bestreiten kann. Dieser Lohn ist auf einer Grundlage aufzubauen, welche dem Arbeiter das Animo gibt, durch Mehrleistung mehr verdienen zu können. Jede andere Grundlage müßte zu der Folge führen, daß statt einer Mehr- eine Minderleistung eintreten würde. Ich möchte daher dringend bitten, meine sehr verehrten Herren, unterstützen Sie mich, unterstützen Sie die Regierung in ihrem Streben, die mißlichen Verhältnisse auf dem Gebiete der Kohlenversorgung zu bessern. Ich wiederhole noch einmal, wir können und wir werden durchhalten, wir werden aber nur dann durchhalten können, wenn uns dabei die Bevölkerung ihre Hilfe leistet.

Auch auf ihre Hilfe, meine sehr verehrten Herren, bin ich angewiesen und ich erbitte mir Ihre Hilfe und Ihre Unterstützung, denn ohne sie wäre ich zu schwach, die Frage zu lösen.

In diesem Sinne, meine sehr verehrten Herren, bitte ich Sie, den zweiten Absatz des § 3 des Ihnen vorliegenden Gesetzentwurfes abzulehnen. *(Beifall und Händeklatschen. — Der Minister wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Verovšek hat zwei Resolutionen überreicht, die noch nicht unterstützt sind. Ich muß daher die Unterstützungsfrage stellen.

Die Resolutionen lauten *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert:

1. In den staatlichen Bergwerken in Skalis bei Wöllan für die Herstellung der notwendigen gesundheitlichen Einrichtungen, insbesondere für die Einrichtung von Ubikationen zum Zwecke des Umkleidens der Arbeiter und für die Errichtung eines zweckmäßigen Bades schleunigst Sorge zu tragen.

2. Der Arbeiterschaft der staatlichen Werke Zubußen an Nahrungsmitteln zuzuerkennen und sie mit Beschuhung und Bekleidung zu versehen.

3. Die k. k. Regierung wird aufgefordert, die Regierungsvertreter in allen Beschwerdekommissionen zu beauftragen, dahin wirken zu wollen, daß diejenigen Diensttage, die in Friedenszeiten als freie Tage gegolten haben, in Rechnung gebracht werden."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Resolutionen unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolutionen sind genügend unterstützt und stehen in Verhandlung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Starck.

Abgeordneter **Starck:** Die uns beschäftigende Vorlage, die hier Gesetz werden soll, dürfte, wie ich nach den Ausführungen des Herrn Berichterstatters selbst glaube, keinen hervorragenden Anteil daran haben, die Produktion in einem größeren Maßstabe zu steigern. Wenn durch irgend etwas, so kann die Produktion der Bergarbeiter nur dadurch gesteigert werden, daß in allererster Linie das sogenannte Animo, ich sage deutlicher, das Gesetz der Arbeitsfreude in diesen schweren Zeiten wenigstens teilweise zurückgegeben wird. Dazu ist vor allem notwendig, daß all die Bergarbeiter, welche ohne jede Veranlassung, ohne daß sie mehr Lohn gefordert haben, ohne daß sie Streikhetzer oder dergleichen gewesen sind, nicht nur schwer verurteilt, nicht nur in gerichtliche Verhandlung gezogen worden sind, sondern nach Hunderten von Bergarbeitern mir nichts dir nichts durch die Unternehmer oder besser gesagt durch die Beamten wieder an die Front geschickt worden sind, wieder an ihren Arbeitsort zurückbeordert werden. Von militärischer Behörde bestätigt, habe ich es in der Hand, wo es heißt, diese und jene Bergarbeiter sind wegen Unverläßlichkeit, weil sie der Unternehmer oder Direktor als unverläßlich bezeichnet hat, wieder retourgeschickt worden, beziehungsweise einrücken mußten. Und was ist die Folge, wenn die Leute rufen, was geschieht mit uns? Ich habe in dieser Richtung an das Infanterieregiment Nr. 73 in Prag Beschwerde erhoben, wo man mir mitteilte, daß zirka acht Bergarbeiter aus dem einfachen Grunde einrückend gemacht worden sind, weil sie von dem betreffenden Direktor als unverläßlich und als entbehrlich bezeichnet

worden sind. Wenn sie Hetzer gewesen wären, wenn sie Anlaß gegeben hätten, daß ein Streik entstand, dann könnte ich es begreifen, aber so war nichts anderes die Ursache, als der Mangel an Brot, an Nahrungsmitteln oder daß der eine oder andere sagte, es soll wenigstens eine gleichmäßige Verteilung erfolgen. Was ist mit der Beschwerde geschehen? Da haben sie in der Kanzlei des Infanterieregiments Nr. 73 die Antwort erhalten, daß sie nicht wegkommen könnten, man könne das nicht tun, was man wolle, es müßte der Befehl von oben herab kommen. Es ist damit gesagt worden, daß sie um keinen Preis entlassen werden. Das sind Bergarbeiter, die heute noch arbeitsfähig, aber zum Teil nicht frontdiensttauglich sind. Das geschieht einfach aus dem Grunde, weil tatsächlich in dieser Richtung eine heilige Vehme gegen die Bergarbeiter vorhanden ist. Hier kann ich nicht allein den Oberleutnant oder Kommandanten der Bergarbeiterkader verantwortlich machen, sondern in erster Linie liegt die Schuld bei der betreffenden Betriebsleitung und den Aufsichtsorganen, wie sie die Bergleute einschätzen und beurteilen. Es ist ein jahrelanger Haß und Groll, der gegen die Bergarbeiter zum Ausbruche kommt. Und darum möchte ich an das hohe Haus die Bitte richten und auch an Seine Exzellenz den Herrn Minister v. Homann, der als Sektionschef bei den Arbeitern einen guten Klang hatte und von den sozialpolitischen Fragen auch etwas versteht. Wir wissen alle zu beurteilen, daß er nicht als Bergarbeiter- oder Bergwerksminister, sondern als Minister für öffentliche Arbeiten in gewissen sozialpolitischen Dingen das Schwergewicht mehr auf die Seite der Unternehmer legen muß, das ist selbstverständlich.

Immerhin würde aber die Regierung die Kraft haben, dahin zu wirken, daß mit einem Schlage nicht nur bei den Bergarbeiten, sondern bei allen Arbeitern überhaupt Genugtuung eintrete, die darin besteht, daß man ihnen endlich das Recht zuteil werden läßt.

Wir haben gelesen, daß in Thomasrouth Bergarbeiter zu drei Monaten verurteilt worden sind und wie sich der Fall von Ringhoffer abgespielt hat. Das war am Tage vor dem Namenstage Seiner Majestät. Ich habe mich veranlaßt gefühlt sofort ein Gnadengesuch einzureichen und habe geschrieben *(liest)*:

„An Seine k. und k. Apostolische Majestät Kaiser Karl I.!

Alle Herzen schlagen in diesem weltgeschichtlichen Momente höher, die Weltgeschichte hält den Atem an, sie schlägt nach einem Meer von Blut und Tränen abermals ein Blatt um.

Der 4. November! Im Zeichen großer Siege, die die Weltgeschichte noch nie verzeichnete, wird der 4. November, der Namenstag Euer kaiserlichen und königlichen Majestät, der Markstein sein, der hoffentlich den Weg zum ersehnten Ziele, zum versöhnenden Frieden weist, zu jenem Frieden, durch den die Habsburger Monarchie gegen jeden Feind unüberwindlich erstarkt.

Gegen die Falschheit und Tücke eilen Soldaten Eurer Majestät mit ihrem höchsten Feldherrn von Sieg zu Sieg, Heldengeist und Heldentum offenbart der aufhorchenden feindlichen Welt überraschende Beweise österreichischer Volkskraft.

Majestät!

An diesem so einfachen, so schlichten und doch so herrlichen, unvergeßlichen Namenstag muß man der unendlichen Güte und Edelsinnes gedenken, der schon so oft segensreich wirkte.

Und so nehme ich mir den Mut, Seine Majestät, den bei den großen Siegesbotschaften umjubelten großen Volkskaiser zu bitten, alle verurteilten Bergarbeiter, alle Kriegsindustriearbeiter, aber auch alle jene Personen, die wegen der Notlage, wegen Lebensmitteldemonstrationen und anderer Delikte sowie auch alle Militärpersonen, die in Verkennung der Sachlage in Strafe geraten sind, der kaiserlichen Gnade teilhaftig werden zu lassen.

Anlaß gab mir die Verurteilung der Bergarbeiter der Traunstal-Wolfsegger Kohlengewerkschaft in Thomasrouth in Oberösterreich, die vor dem Landwehrdivisionsgericht Linz, und zwar: Paul Neuleithner zu $2\frac{1}{2}$, Raimund Lederer zu $3\frac{1}{2}$, Johann Obermeier zu $3\frac{1}{2}$ und Kühberger zu $3\frac{1}{2}$ Monaten verurteilt wurden und auch keinen Strafaufschub erhielten.

Und so sind es Untertanen, deren Väter, Brüder oder Söhne im Felde sind, die aber zu Hause schuldig und unschuldig, jedenfalls Opfer der so schweren Zeit und Willkür geworden sind.

Unterbreite meine Bitte zum glorreichen Namenstag mit dem Bergmannsgruß „Glück auf" und hoffe keine Fehlbitte getan zu haben."

Ich meine also, die Regierung soll dahin wirken, daß die zahlreichen Verurteilungen von Unschuldigen aufgehoben werden, denn es ist Tatsache, daß man den Bergarbeitern unrecht getan hat. Es mag sein, daß in dem einen oder anderen Fall die Leidenschaft zu weit gegangen ist. Wenn man aber der Sache auf den Grund geht, so liegt die Wurzel tiefer. Man spricht von Minimallöhnen. Wir wollen einen Minimallohn und keinen Maximal- oder Normallohn, wir wollen nur einen Mindestlohn und dabei soll es möglich sein, durch den Akkordlohn mehr zu verdienen. Sind die Akkordlöhne gestiegen? Nein, Sie sind niedriger als in den Friedenszeiten. Die Löhne der Bergarbeiter sind die allergeringsten. Man muß sich schämen, wenn Löhne von 3, 5 und 7 K gezahlt werden, während in anderen Ländern die Löhne der Bergarbeiter bedeutend höher sind. Ich unterschreibe nicht alles, was der Herr Berich-

erstatter gesagt hat. Es ist nicht wahr, daß die Bergarbeiter in England einen so hohen Verdienst haben. Sie haben ihn nur dann, wenn die Kinder in den Gruben mitarbeiten. Was kümmert uns aber England? Wir wollen durchhalten, wir wollen siegen. Infolgedessen ist es notwendig, daß die Akkordlöhne aufgebessert werden, und daß tatsächlich ein Mindestlohn als Garantie gegen die übergroße Ausbeutung der Unternehmer Platz greife. Es ist traurig, daß die österreichische Gesetzgebung noch nicht zu dem Resultat gekommen ist, daß man Mindestlöhne einführt. Die Mindestlöhne sind den Unternehmern nicht gefährlich, sie schaffen aber Arbeitsfreude. Jeder Bergmann hält sich nicht an den Mindestlohn. Von hundert sind es vielleicht zwei oder drei, die sich daran halten, die sind aber die längste Zeit Bergarbeiter gewesen. Dem Unternehmer steht ja die Kündigung, die Entlassung und auch andere Mittel zur Verfügung. Ich war selbst Bergarbeiter und weiß es aus eigener Erfahrung, daß zu einem Erfolg Arbeitsfreude gehört, daß aber auch ein Stück Koalitionsfreiheit uns in diesen schweren Kriegsjahren erhalten bleiben muß. Warum soll es nicht möglich sein, im Wege der Beschwerdekommissionen mit Hilfe der Bergbaugenossenschaften, des Revierbergamtes und der politischen Bezirksbehörde Zustände zu schaffen, daß der Unternehmer einen kranken Bergarbeiter nicht willkürlich an die Front schicken kann? Wissen Sie, was geschehen ist bei dem Oberinspektor Emil Reichhart aus Davidsthal? Der hat einen Bergarbeiter an die Front geschickt. Als der Mann hinkam, war schon ein Brief dort, worin es hieß: „Wenn der Mann gesund und frontdiensttauglich ist, soll man ihn sofort an die Front schicken, man soll ihn aber um keinen Preis wieder nach Hause lassen." Es war dies einer der intelligentesten Bergarbeiter, die es gibt.

Er war kein Streikbrecher usw. Wenn es so ist, und das wird in Bergarbeiterkreisen bekannt, dann beginnt Verzweiflung und Energielosigkeit um sich zu greifen. Da nützt dann alles nichts, die Arbeitsfreudigkeit wird ermordet. Darum appelliere ich an die Regierung, der Krone anheimzustellen, daß sie mit einem Schlage dieses Unrecht abschaffe. Hat man Hochverräter begnadigt, die das Blut so vieler Tausende auf dem Gewissen haben, warum sollen nicht die Bergarbeiter, die niemand etwas zuleide taten, wie es die Gerechtigkeit verlangt, entlassen werden? Und wenn dies schon nicht einfach geschehen kann, dann kann es ja auf dem Wege der Wiederaufnahme gemacht werden. Heute aber geht es noch immer so weiter. Wir sehen, daß Bergarbeiter zum Beispiel nach Wöllersdorf geschickt werden, nur nicht nach Hause, nach Wöllersdorf, wo sie bestohlen werden an Lebensmitteln, wo geraubt und geplündert wird, wo die ganze Arbeiterschaft nicht das bekommt, was sie bekommen soll, wo Seine Majestät selbst eingreifen mußte, um wenigstens teilweise Ordnung zu schaffen. Wenn solche Zustände bestehen, dann ist es hoch an der Zeit, daß wir nicht nur Worte sprechen, sondern ihnen auch Taten folgen lassen.

Bedenken Sie aber auch, daß auch im Militärbergbau Bergarbeiter existieren, für die es keine Gerichte gibt, die in Bosnien und in Serbien schmachten, Kameraden von mir, die im Winter hungernd und frierend auf Streu gelegen sind, die erkrankt sind und sterben mußten. Ich glaube, auch im Militärbergbau sollte dahin gearbeitet werden, daß Menschlichkeit Platz greife.

Wir Bergarbeiter, besonders die, die schon seit längerer Zeit sich auch ein wenig mit Sozialpolitik beschäftigen, bieten unseren ganzen Einfluß auf, um das Durchhalten zu ermöglichen. Wir zittern mit Ihnen, wir fassen den Staat anders auf als in bloß gemeinverständlicher Weise, wir wissen, daß dazu nicht nur die besitzende Klasse, nicht nur die Regierung gehört, sondern wir alle, und weil wir wissen, daß es Staaten gibt, die über ein gewaltiges Kapital verfügen und uns Konkurrenz machen, weil wir wissen, daß es Arbeiterführer gibt, wie Gompers in Amerika, der vom Kapital bestochen ist und die Arbeiter unterdrückt, weil wir wissen, daß der Staat auf festen Grundlagen stehen muß, wenn er sich im Interesse seiner Völker behaupten soll, darum wissen wir auch, daß wir nicht Hochverrat betreiben können, daß wir das Durchhalten ermöglichen müssen. Es dürfte keinen Bergarbeiter geben, soweit ich mich erinnern und mich informieren kann, auch unter den tschechischen Arbeitern nicht, keinen einzigen, der nicht von dem Bestreben erfüllt wäre, sein Möglichstes beizutragen, damit alles in Ordnung weitergehe. Aber da müssen Sie uns mithelfen, nicht bloß durch verschiedene Tiraden, damit tatsächlich das Gesetz der Arbeitsfreude zur Geltung kommen kann.

Heute ist das noch lange nicht der Fall. Wie sieht es denn mit der Lebensmittelversorgung aus? Wir wissen schon, daß der Hamsterei entgegengetreten werden muß. Aber hamstern und hamstern ist ein Unterschied. Sie können in Wien in ein beliebiges Hotel gehen und man wird Ihnen sagen, daß man Kaffee für 100 und 140 K pro Kilogramm bekommen kann. Sie können weißes Nullermehl bekommen; erst letzten Freitag, vor Allerheiligen, habe ich es gesehen, zwei, drei Waggons, Sauerkraut, ohne daß die hohe Behörde irgendeine Kontrolle ausüben könnte. Glauben Sie nicht, daß ich Märchen erzähle! Ich will nur den Namen des Hotels nicht nennen, aber es sind Zeugen da, die gesehen haben, wie die Briefe gezeigt worden sind; der Mann sagte, er habe nur nicht genügend Geld, sonst wäre ihm geholfen. Also hier ist das möglich, und anderswo soll die Versorgung unmöglich sein?

So sind es die Hyänen des Schlachtfeldes, die im großen Hamsterei betreiben, der kleine Mann aber wird bei diesen verkehrten Anschauungen beim Kragen gefaßt, wenn er sich die nötigen Lebensmittel verschaffen will. Und so wird den Bergarbeitern das Leben unmöglich gemacht. Die Bergarbeiter in den Industrieorten wie in Falkenau usw. müssen nach Mies und Plan gehen, weil sie mit den ihnen zugewiesenen Lebensmitteln nicht auskommen können.

Wir haben vor zirka 14 Tagen kein Brot gehabt, wir haben vielleicht auch heute keins! Es müssen diese Leute im Kleinen hamstern, sie gehen nach Tachau oder Mies, aber da kommt der Gendarm oder Finanzer, der vielleicht vorher selbst hamstern war, und nimmt ihnen alles weg. Kinder mit acht bis zehn Jahren stürzen auf den Bahnhöfen zusammen, aber denen gegenüber ist man unerbittlich, während auf der anderen Seite Millionen Gauner sind, die diesen Staat in Grund und Boden zugrunde richten. Ich will damit sagen, daß man auch in dieser Richtung zur Besserung beitragen muß. Wenn es heute an Futtermitteln fehlt, wenn der Bauer seine Pferde nicht vorwärtsbringen kann, wenn er überhaupt noch Pferde hat, wenn es an Kommunikationsmitteln, an Eisenbahnen fehlt, weil wir diese für die Offensive des österreichischen Staates brauchen, damit wir weiter siegen und endlich zum Frieden kommen, wenn es im Hinterlande an allen diesen Dingen fehlt, dann ist es selbstverständlich, daß hungernde Familien, Weiber und Kinder mit Rucksäcken gehen müssen, um etwas zu holen, weil die anderen nichts bringen können. Wir haben ja nichts mehr, keine Hülsenfrüchte, keine Erbsen, keine Bohnen, keine Linsen, wir haben nur Brot und Mehl. Wir müssen ja hamstern, wir müssen etwas holen, und zwar um schweres Geld und zu teuren Preisen, mit Auslagen für die Eisenbahnfahrt usw. Gegen diese kleinen Leute wird nun vorgegangen, ja sogar gegen Bettler wird eingeschritten, die betteln gegangen sind, die sich das Brot stückweise zusammengebettelt haben, wie zum Beispiel im Elbogner Bezirk nach dem Tepler Bezirk von einem Gendarm über Befehl des Bezirkshauptmannes von Elbogen dem Betreffenden alles weggenommen wurde.

So ein Bergarbeiter also wird unter dem schwarzen Verdacht, daß er nicht zuverlässig sei, an die Front geschickt; es kann nichts empörender sein. 20 bis 30 Jahre hat er als Kohlenhäuer geschafft, auf einmal ist er entbehrlich, ist er nicht zuverlässig, weil er ein Stückchen Brot verlangt hat.

Der Abgeordnete Knirsch hat letztesmal mit Recht darauf verwiesen, indem er gesagt hat: Ich möchte an einem Falle illustrieren, welch ein trauriger Wirtschaftszustand bei uns existiert. Dieser Zustand, wo man Bergarbeiter verhaftet hat, existiert noch weiter. Wir werden die Hilfe der Regierung brauchen, aber es muß endlich der Standpunkt klar werden. Hat die Regierung, hat der Ministerpräsident, der Minister des Innern, der Minister für öffentliche Arbeiten und der Landesverteidigungsminister die Macht gegen den Kriegsminister und gegen jene Leute, die hinter ihm stehen, durchzusetzen, daß endlich der Standpunkt der Gerechtigkeit zur Geltung komme? Es hat Zeiten gegeben, wo die Leute gesagt haben: zu was sind wir denn da, wir haben ja nichts dreinzureden, alles macht der Kriegsminister, beziehungsweise nicht einmal der Kriegsminister, sondern eine sogenannte Nebenregierung, von der ich nicht weiß, wo sie steckt. Möglich, daß sie in den Rothschildkreisen steckt, möglich, daß sie in Hofkreisen oder auch in anderen Kreisen steckt. Eine Nebenregierung gibt es in jedem Staate und auch bei uns in Österreich gibt es ein Stück Nebenregierung, die die Korruption aufrechterhält und nicht ganz abgemurkst werden kann; Kaiser Karl hat bereits versucht, diese Nebenregierung wegzuschaffen und es wird ihm vielleicht auch gelingen. Aber gegenwärtig bemerken wir, daß die Nebenregierung noch besteht, die die besten Absichten der Regierung zuschanden macht.

Meine Herren! Ich will Sie nicht ermüden, ich will nur sagen, daß wir mit dem Gesetze wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau nicht einverstanden sind, denn es wird dadurch nichts geändert. Diese dreimal Acht-Stunden-Schicht führt zu der größten Überanstrengung und wenn der Bergarbeiter am Sonntag acht Stunden frei ist, so hat er übergenug gearbeitet. Durch sieben Tage pro Tag acht Stunden Arbeit, das bringt die Kohlenproduktion zu ungeahnter Höhe.

Wenn die Produktion gefallen ist, ist sie hauptsächlich deshalb gefallen, weil es an Wagen gefehlt hat, weil die Förderung nicht so vor sich gehen konnte. Endlich darf nicht vergessen werden — ich möchte das nicht besonders hervorheben, sondern diese Frage nur berühren —, daß wir in den Bergwerken Tausende von Gefangenen hatten; anfangs jubelten die Unternehmer darüber und sagten, jetzt können wir die Bergarbeiter überhaupt entbehren.

Was ist aber tatsächlich eingetreten? Die Gefangenen haben, trotzdem sie bessere Nahrungsmittel, trotzdem sie täglich Fleisch bekommen haben usw., weniger geleistet, weil sie die Arbeit nicht verstehen, weil in jedem Staate die Arbeit anders vor sich geht und wohl auch in Rußland anders gearbeitet wird als in Österreich, wo auch in den einzelnen Bergwerken die Arbeit verschieden ist. So ist zum Beispiel ein Steinkohlenarbeiter, der nur einen halben Meter oder einen Meter tief in der Grube gräbt, nicht imstande, mit einem Braun-

kohlenarbeiter eine Konkurrenz auszuhalten. So kam es, daß wir zwar viele fremde — ich will diesen Ausdruck gebrauchen — Bergarbeiter hatten, die aber nicht genug geleistet haben.

Sie haben einen oder zwei Hunde gemacht — nicht solche Hunde wie nach der „Neuen Freien Presse" —, während die einheimischen Bergarbeiter 10, 12, ja 16 Hunde erzeugt haben. Natürlich, wenn diese Arbeiter zusammengezählt werden, wenn die einheimischen Bergarbeiter und die fremden zusammengerechnet werden, dann bringt der hochverehrte Herr Minister Homann heraus, daß die Leistung des einzelnen Bergarbeiters gefallen ist. In Wirklichkeit ist sie aber gar nicht gefallen, sondern die Arbeit der heimischen Bergarbeiter ist nur auf diese Weise gesteigert worden, obwohl es, wie gesagt, so sehr an Lebensmitteln gefehlt hat. Es wäre daher hoch an der Zeit, in dieser Richtung mehr Gerechtigkeit zu üben. Ich behaupte nicht, daß in jedem einzelnen Fall der Direktor alles übersehen kann, aber die Lebensmittelzuteilung muß anders als bisher vorgenommen werden. Es ist in Österreich modern geworden, daß die Lebensmittelzuteilung so vor sich geht, daß der Herr Direktor oder Unternehmer selbst einkaufen läßt und die Käufer sich heimlicherweise, wie ein Dieb in der Nacht, in Ungarn Lebensmittel beschaffen.

In Österreich darf er gar nicht fragen, ob er einkaufen darf, in Ungarn darf er nicht fragen, was er bekommt, sondern er muß ungeheure Summen ausgeben, um nur die Nahrungsmittel zu bekommen. Und wenn er sie bekommt, bekommt er sie meist verfault, das Beste nehmen dann die Beamten für sich und die Arbeiter bekommen nichts oder die verdorbene Ware. Wenn es so weitergeht, dann wundere man sich nicht, daß die Bergarbeiter krank werden.

Sie benützen nicht, wie man gesagt hat, die Krankenkassen und Bruderladen dazu, um sich auszuruhen, nein, der Mann, der sich krank meldet, meldet sich nicht krank, weil er ausruhen will, sondern weil er infolge der Unterernährung krank ist, weil er krank geworden ist infolge des Hungersystems, welches nicht zu sein braucht und welches anders gestaltet werden könnte.

Ich will Sie nicht weiter ermüden, meine Herren, ich muß infolge der engbegrenzten Redezeit von 30 Minuten darauf verzichten, auf die Ausführungen Seiner Exzellenz und des Herrn Berichterstatters einzugehen, ich möchte Ihnen nur noch einmal zu Gemüte führen: Sie leisten eine gewaltige Arbeit, wenn Sie sobald als möglich erreichen, daß die österreichische Arbeiterschaft von allen diesen Strafen befreit wird und daß ein Stück Ellbogenfreiheit auch in der Kriegszeit für die Bergarbeiter geschaffen wird, indem Sie im Einvernehmen mit den politischen Bezirksbehörden, den Revierbergämtern und den Vertretern der Arbeiterschaft, den Genossenschaftsdelegierten, dahin wirken, daß der Herr Direktor oder sei es auch nur der Herr Oberhäuer, die Arbeiter nicht mehr einrückend machen kann. Es ist der Fall vorgekommen, daß ein Oberhäuer einen jungen Bergarbeiter von 18 Jahren deshalb einrückend gemacht hat, weil er mit seiner Tochter gegangen ist.

Sie sehen, es ist so weit gekommen, daß Leute aus Haß und Verdächtigung einrücken müssen; der Krieg hat eben die Natur der Menschen entwickelt. Die Sache wird ja nicht weiter untersucht, der betreffende Direktor oder Betriebsleiter glaubt es einfach und so wird der Mann ohne besondere Untersuchung einrückend gemacht. Und dieses Einrückendmachen ist nicht so wie bei anderen Soldaten; wer auf diese Art einrückend gemacht wird, wird sozusagen feldgerichtlich behandelt. Er geht von einer Station zur andern, bis er endlich in das Feldgebiet kommt. Da wäre es notwendig, daß hinter jedem einzelnen einrückenden Bergarbeiter ein Reichsratsabgeordneter stehe, damit der Mann nicht zugrunde gerichtet werde. So ist die Wahrheit, nicht anders; die Bergarbeiter wissen, daß es so weit gekommen ist und deshalb findet man diese Verdrossenheit bei ihnen. Diese Verdrossenheit muß beseitigt werden. Der Arbeiter kennt sich ja sonst vor Freude nicht aus, wenn er genügend verdient, er verzichtet auf die Organisation, wenn er den höchsten Verdienst hat und nicht so verfolgt wird. Aber wenn der Bergarbeiter von den Gewerken, die viele Millionen Reingewinn haben, bloß als Mittel der Produktion betrachtet wird, bloß als ein Stück Werkzeug und wenn ihm von demselben Seele, Verstand und Geisteskraft abgesprochen wird, so ist es selbstverständlich, daß ein Zustand von Mutlosigkeit bei ihm einkehren muß, daß er dann einem gewissen Fatalismus verfällt. Und das ist das gefährlichste, was es geben kann, dieser Fatalismus, der nicht die Revolution bringt, denn der Weltkrieg hat uns verschiedenes anderes gelehrt, aber der Fatalismus, welcher sagt, jetzt ist es mir egal, komme was da komme, ob mein Kind oder mein Weib stirbt oder ob ich selbst zugrunde gehe. Dieser Fatalismus muß bekämpft werden, und zwar dadurch, daß die Regierung mithilft, damit die Arbeitsfreude wieder lebendig gemacht werde, indem darauf hingewirkt wird, daß alle diese Arbeiter der Amnestie zugeführt werden und indem man es in Zukunft verbietet — durch welche Erlässe oder Mittel, das ist mir ganz egal —, daß der Betriebsinspektor, der Obersteiger, ein Markscheider, Verwalter oder ein anderer, jeden Arbeiter einrückend machen kann. Das mißbrauchen die Oberleutnants, die auch sehr scharf sind; denn sie müssen ja zeigen, daß sie zu etwas da sind auf den Bergwerken; denn wenn sie nicht jede Woche

oder jeden Monat wenigstens zeigen, daß sie das Vaterland gerettet haben, müssen sie am Ende selbst einrücken und kämen an die Front. Sie müssen also zeigen, daß sie unentbehrlich sind und vielleicht ist das mit schuld daran, daß die Produktion da etwas gesunken ist.

Ich bin überzeugt, wenn wir diese Bergarbeiterkaders, die Landwehrkaders und die Offiziere in den Bergwerken nicht gehabt hätten, so wären diese Zustände nicht eingekehrt. Mit den politischen Behörden wären wir schon einig geworden, wie wir immer mit ihnen einig geworden sind; wir haben ja immer etwas bei ihnen erreicht. Aber bis zur Stunde werden die Bergarbeiter als rechtlos behandelt, sie werden einer heiligen Feme unterzogen, und wenn Sie diesen Zustand nicht ändern, gelangen sie zu keiner ersprießlichen Zukunft. Aber ich bin überzeugt, daß es den Bemühungen der Regierung gelingen wird, im Einvernehmen mit dem Hause solche Zustände herbeizuführen, daß die Kohlenproduktion sich steigere und erhöhe. Dann werden wir durchhalten können. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Pik das Wort.

Abgeordneter **Pik:** Slavná sněmovno! Pan ministr veřejných prací dovedl pronésti velice milá a velice záslužná slova o významu práce horníků. Taková slova nejsou v této sněmovně slýchána.

Avšak s politováním nutno poznamenati, že za těmito slovy pronesenými s ministerských lavic nenásledují takové dobré skutky, které by se rovnaly dobrým a krásným slovům o výkonech, obětavosti a vytrvalosti, zejména hornického lidu. *(Souhlas.)*

Císařským nařízením z 9. srpna 1914 zrušena byla částečně práva horníků, totiž dovoleno, aby horníci mohli býti vykořisťováni i v neděli, a zároveň byl suspendován zákon o výplatě mzdy horníků. Tento případ nasvědčuje tomu, že u nás není tendence sociálně politické, jak ji naznačil ministr veřejných prací, nýbrž naopak, že poměry hornictva a dělnictva vůbec, zejména za války, trpí a velice jsou zhoršovány a obmezovány. *(Tak jest!)*

Horníci, tento důležitý obor veřejné práce, obor, který má význam pro státní i soukromou výrobu, jsou velice těžce poškozováni. A pakli ministr veřejných prací konstatuje, že poklesla velice výroba uhlí, zejména v českém uhelním revíru, pak můžeme naproti tomu zjistiti, že tento pokles výroby jest výsledkem vysílení, snížení pracovní síly horníkovy, způsobené zejména, jak již bylo konstatováno, následkem podvýživy. *(Poslanec Aust: Hladu! — Souhlas.)*

Žádá-li se od horníků výkon, žádá-li ministr veřejných prací od horníků, aby jejich výkony se rovnaly mzdě, kterou horníci dostávají, a že jen za této podmínky jest možno přistoupiti na míru minimální mzdy, tu musíme prohlásiti, že za nynějších poměrů vyživovacích a mzdových nejsou horníci schopni velkých výkonů, tím méně větších výkonů, nemají síly a schopností, aby více vyrobili.

Horníci jsou nejen zotročováni a stavěni pod vojenský dozor *(Souhlas)*, nýbrž oni trpí hlavně též tím, že nemají dostatek přídělu, zejména přídělu chleba, mouky a tuku.

Chci konstatovati, že zejména v západočeském revíru *(Poslanec Aust: Ve všech revírech jest to stejné!)* nedostává se ani zákonnitých přídělů. A za těchto poměrů žádají se od hornictva maximální výkony, žádá se zvýšení tvorby. *(Souhlas.)*

Projednávanou předlohu, která byla usnesena sociálně politickým výborem, vítáme a přijímáme pouze jako částečnou úlevu, pokud se týče práv horníků, ale litujeme toho, že sociálně politický výbor neměl té síly, aby odmítl působnost císařského nařízení ze dne 9. srpna 1914 a že tento výbor nedovedl se postaviti na půdu zákonných práv. *(Souhlas.)*

Při té příležitosti, když se pan ministr zde zmínil o zabezpečení obyvatelství uhlím, musím pronésti stížnost do toho, že zejména z naší země, z největší to zásobárny skoro celého státu, z naší země, kde vyrobí se velké množství pro spotřebu soukromou, veřejnou, pro spotřebu průmyslovou, že z tohoto kvanta uhlí vyváží se v takové míře, že pro obyvatelstvo zejména za těchto těžkých dob za hrozící zimy a bídy není dostatek přídělu uhlí, aby se mohlo ohřáti, aby zásobena byla spotřeba veřejná, průmyslová *(Poslanec Lisý: Školy nemají uhlí!)*, ano školy nemají uhlí. V zemi největší výroby uhlí nemáme dostatek uhlí.

V této předloze nespatřujeme žádných výhod pro horníky.

Chceme-li podle slov pana ministra veřejných prací docíliti zvýšení výroby uhlí, pak musí předcházeti dokonalá úprava mzdy, náležitá výživa horníků, dostatečný příděl potravin, aby horníci mohli konati své povinnosti. *(Potlesk.)*

Meine Herren! Wir werden für diese Vorlage stimmen, weil sie die heutigen Verhältnisse der Bergarbeiter ein wenig verbessern kann. Wir stimmen gegen den Minoritätsantrag Licht, weil wir gegen die Verschlechterung dieser nicht genügenden Vorlage sind. Ich beantrage zu dieser Vorlage folgende Resolution *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, im Interesse der erhöhten Kohlenproduktion dahin zu wirken, daß die bisher im Militärdienste stehenden Bergarbeiter, insbesondere auch die Professionisten, enthoben werden, damit sie in den Bergwerken ihrer früheren Beschäftigung nachgehen können."

Navrhuji tuto resoluci, abychom dosáhli propuštění dosud ve vojsku se nalézajících horníků a profesionistů. *(Potlesk.)*

**Präsident:** Ich ersuche diejenigen Herren, welche die soeben gehörte Resolution unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolution ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ich breche die Verhandlung ab.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Franta als Mitglied des Justizausschusses;
Jankovič und Donát als Ersatzmann des Budgetausschusses;
Švejk als Ersatzmann des Wehrausschusses;
Erb als Mitglied des Unterrichtsausschusses;
Stanèk als Mitglied des Finanzausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* — und dies ist nicht der Fall — nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und gleichzeitig die Wahl für ein erledigtes Ersatzmannmandat im Wehrausschusse durchführen; ich ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist beendet, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

In der Sitzung des hohen Hauses vom 23. v. M. wurde die Berichterstattung des Finanzausschusses über den zum Budgetprovisorium gestellten Antrag der Herren Abgeordneten Hummer, Teufel und Genossen, betreffend die Neuregelung der Branntweinsteuer, mit 14 Tagen befristet.

Der Herr Obmannstellvertreter des Finanzausschusses hat sich namens des Ausschusses an mich mit dem Ersuchen gewendet, die Frist um weitere 14 Tage zu erstrecken.

Ich stelle sohin den Antrag:

„Das hohe Haus möge die dem Finanzausschusse zur Berichterstattung über den vorerwähnten Gegenstand gesetzte vierzehntägige Frist um weitere 14 Tage erstrecken."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem meinem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat diesen Antrag angenommen und sohin die Frist um 14 Tage erstreckt.

Der Wehrausschuß hält Donnerstag, den 8. November, um ½10 Uhr vormittags in Abteilung IV Sitzung. Tagesordnung:

1. Debatte über die Rede Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers.

2. Bericht über 410, 392, 602, 483 und 536 der Beilagen.

Ich beantrage die nächste Sitzung für Freitag, den 9. November, 11 Uhr vormittags mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung.

Wird eine Einwendung dagegen erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt daher dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 5 Uhr nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 36. Sitzung, Freitag, den 9. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse (671 der Beilagen). — 2. Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten (672 der Beilagen). — 3. Antrag des Finanzausschusses auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (708 der Beilagen). — 4. Bericht des Unterhaltsbeitragsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen (720 der Beilagen). — Ferner eventuell noch folgende Berichte: 5. Bericht des Justizausschusses, betreffend das Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen (735 der Beilagen). — 6. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1914, R. G. Bl. Nr. 71, betreffend die Verwendbarkeit der Schuldverschreibungen von Anlehen der Stadt Klagenfurt, des Herzogtums Steiermark, des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau und der Landesbank des Herzogtumes Krain zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (727 der Beilagen). — 7. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der von dem Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau aufzunehmenden Anleihe im Nominalbetrage von 80,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (728 der Beilagen). — 8. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 2. September 1914, R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des ihr mit dem niederösterreichischen Landesgesetze vom 18. Juli 1914, L. G. Bl. Nr. 97, bewilligten Anlehens auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (729 der Beilagen). — 9. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 23. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 354, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Bukowina auf Grund der mit dem Landesgesetze vom 11. April 1914, L. G. u. V. Bl. Nr. 24, erteilten Anlehensbewilligung aufzunehmenden Anleihe zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (730 der Beilagen). — 10. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 32, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest bis zum Nennbetrage von 10,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar-

und ähnlichen Kapitalien (731 der Beilagen). — **11.** Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 27. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 217, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest im Nennbetrage von 34,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (732 der Beilagen). — **12.** Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 3. März 1917, R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des von der Markgrafschaft Mähren aufzunehmenden Anlehens von 100,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (733 der Beilagen). — **13.** Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Krain aufgenommenen Anleihe im Nennbetrage von 4,400.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (734 der Beilagen). — **14.** Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung.

# Inhalt.


## Personalien.

Urlaubserteilung (Seite 1865).

Angelobung der Abgeordneten Dr. Longin Cehelskyj und Emil v. Pohorecki (Seite 1865).

Abwesenheitsanzeigen (Seite 1911).

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Dr. Banaś als Mitglied des Justiz- und des Abgeordneten Fink als Mitglied des Budgetausschusses (Seite 1911).

## Offensive gegen Italien.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend den Dank Seiner Majestät für die Glückwünsche des Abgeordnetenhauses (Seite 1865).

## Dringliche Anfragen

der Abgeordneten Dr. Petruszewycz und Genossen, Dr. Korošec und Genossen, Stanèk und Genossen, Dr. Adler, Seitz und Genossen, Wityk und Genossen, Dr. Ritter v. Jsopescul und Genossen, Kuranda und Genossen, betreffend die polnische Frage (Seite 1866 bis 1870 — Redner: die Abgeordneten Dr. Petruszewycz [Seite 1871], Dr. Korošec [Seite 1873], Stanèk [Seite 1875], Seitz [Seite 1878], Wityk [Seite 1881], Dr. Ritter v. Jsopescul [Seite 1883], Kuranda [Seite 1883], Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler [Seite 1885], die Abgeordneten Dr. Ravnihar [Seite 1886], Dr. Eugen Lewicky [Seite 1888], Stapiński [Seite 1891], Grigorovici [Seite 1893], Dr. Schoepfer [Seite 1896], Dr. Soukup [Seite 1898], Dr. Głąbiński [Seite 1900], Dr. Ritter v. Onciul [Seite 1900], Zenker [Seite 1903], Dr. Waldner [Seite 1906], Dr. Straucher [Seite 1907], Zaunegger [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 1910], Dr. Heilinger [Seite 1910], Dr. Steinhaus [Seite 1911]).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 35. Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Justiz-, Budget-, Wehr-, Unterrichts- und Finanzausschuß (Seite 1865);

Zuweisung:

1. des Antrages 739 der Beilagen an den Unterrichtsausschuß (Seite 1865);

2. des Antrages 219 der Beilagen an den Justizausschuß (Seite 1865);

3. der Anträge 299 und 331 der Beilagen an den Budgetausschuß (Seite 1866).

Ersatzwahlen in den Justiz- und Budgetausschuß (Seite 1911).

**Unterbrechung der Sitzung** (Seite 1886).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge

1. der Abgeordneten Wagner, Schweiger und Genossen, betreffend den Bezug von Stocksalz und Abgabe von Viehsalz für den Winterbedarf (770 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Kittinger, Dr. Waber, Wedra, Richter, Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Ausführung technischer Vorarbeiten für Bach- und Flußregulierungen (771 der Beilagen);

3. der Abgeordneten Dr. Višňovský, Staněk und Genossen, betreffend die Einführung der parlamentarischen Kontrolle der Verteilung von Lebensmitteln (772 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Kraft, Dr. Bodirsky, Knirsch und Genossen, betreffend die Gehaltsregulierung der Beamten und Angestellten der Gemeinde- und Bezirksvertretungen (773 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen, betreffend den Notstand im Bezirk Zastawna (774 der Beilagen);

6. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Wedra und Genossen, betreffend die militärische Beförderung der Pharmazeuten (775 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Dr. Hrásky und Genossen, betreffend die Beförderungsverhältnisse der Beamten der technischen Finanzkontrolle (776 der Beilagen);

8. des Abgeordneten Dr. Liebermann und Genossen, betreffend die Gewährung einer Belagerungszulage an die während der Belagerung in Przemyśl zurückgebliebenen Staatsangestellten (777 der Beilagen);

9. der Abgeordneten Kadlčák, Kemetter, Freiherrn d'Elvert und Genossen, betreffend die Dienstbezüge der Landesschulinspektoren (778 der Beilagen);

10. der Abgeordneten Hanusch, Schäfer, Domes, Smitka und Genossen, betreffend die Beseitigung der Arbeitsbücher (Entlaßscheine) (779 der Beilagen);

11. der Abgeordneten Freiherrn v. Hock, Kuranda, Dr. Ofner, Zenker und Genossen, betreffend die Leichenverbrennung (780 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Baumgartner und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Wolle- und Flachsrequisition (Anhang I, 1249/I);

2. der Abgeordneten Dr. Bodirsky, Dr. Michl, Dr. Kindermann und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ärztenot (Anhang I, 1250/I);

3. der Abgeordneten Fiſslthaler, Höher, Wollek und Genossen an den Minister Höfer, an den Minister des Innern und an den Ackerbauminister, betreffend die landwirtschaftliche Geschäftsstelle in Gmünd (Anhang I, 1251/I);

4. des Abgeordneten Dr. Freißler und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Requisition von Zinnmaterialien (Anhang I, 1252/I);

5. des Abgeordneten Ritter v. Haller und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister des Innern, betreffend die Ausgabe von Mahlscheinen (Anhang I, 1253/I);

6. des Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Unsicherheit in der Umgebung von Wien (Anhang I, 1254/I);

7. des Abgeordneten Jarc und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Kartoffelaufnahme bei den Produzenten in Krain (Anhang I, 1255/I);

8. der Abgeordneten Dr. Jerzabek, Loser und Genossen an den Handelsminister, betreffend das Verschwinden der österreichischen Schuherzeugnisse nach Ungarn (Anhang I, 1256/I);

9. des Abgeordneten Keller und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Ernennung der Postadjunkten zu Postassistenten (Anhang I, 1257/I);

10. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Beschaffung der Bekleidung und Beschuhung für die Bevölkerung der Bukowina (Anhang I, 1258/I);

11. des Abgeordneten Onyszkewycz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Ackerbauminister, betreffend die Anhaltung der galizischen Landbevölkerung zur Feldarbeit bei Großgrundbesitzern (Anhang I, 1259/I);

12. der Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz und Genossen an den Minister des Innern und an den Justizminister, betreffend die Handhabung der Paßvorschriften an den Grenzen des Kriegsgebietes (Anhang I, 1260/I);

13. des Abgeordneten Špaček und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ablehnung des Urlaubsgesuches eines Landsturminfanteristen und die Bestrafung des letzteren (Anhang I, 1261/I);

14. des Abgeordneten Wagner und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Aufteilung der Viehabnahme für den Heeresbedarf auf das ganze Reich (Anhang I, 1262/I);

15. des Abgeordneten Dr. Leo Winter und Genossen an den Handelsminister und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Verkauf von 80.000 Fellen seitens der Militärhäute- und -lederzentrale (Anhang I, 1263/I);

16. des Abgeordneten Wityk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entschädigung der Gemeinde Zawadka, Bezirk Turka, für eine Sammlung von Patronen, Hülsen und Gewehren (Anhang I, 1264/I);

17. des Abgeordneten Wityk und Genossen an den Justizminister, betreffend die Entwendung großer, für Saatzwecke im Bezirke Turka bestimmter Hafermengen (Anhang I, 1265/I);

18. des Abgeordneten Zaunegger und Genossen an den Finanzminister, betreffend Teuerungszulagen für die Familien von mobilisierten Staatsangestellten (Anhang I, 1266/I);

19. des Abgeordneten Zaunegger und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Auflassung der Reservespitäler II, III und IV in Gmunden (Anhang I, 1267/I);

20. der Abgeordneten Hillebrand, Glöckel und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend den Zwang zu religiösen Übungen (Anhang I, 1268/I);

21. der Abgeordneten Hillebrand, Löw und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verwendung von Schulen zu Spitalszwecken (Anhang I, 1269/I);

22. des Abgeordneten Hillebrand und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die halbmonatige Auszahlung von Unterhaltsbeiträgen im Bezirke Elbogen (Anhang I, 1270/I);

23. des Abgeordneten Freiherrn v. Hock und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die gleichmäßige Handhabung der preßpolizeilichen Vorschriften durch die öffentlichen Sicherheitsorgane (Anhang I, 1271/I);

24. der Abgeordneten Palme, Glöckel und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Einstellung der Zuweisung von Leinengarn durch das Generalkommissariat des Handelsministeriums (Anhang I, 1272/I);

25. des Abgeordneten Jokl und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Beschlagnahme des durch Ährenlesen gewonnenen Getreides (Anhang I, 1273/I);

26. des Abgeordneten Jokl und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Gleichstellung der Arbeiter der Landgemeinden mit der städtischen Bevölkerung bei Festsetzung der Zuckerquote (Anhang I, 1274/I);

27. des Abgeordneten Dr. Steskowicz und Genossen an den Minister des Innern und an den Handelsminister, betreffend die Bücherausfuhr (Anhang I, 1275/I);

28. des Abgeordneten Dr. Grandi und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die direkte Zuweisung der für die Volksernährung bestimmten Zuckerquote an die Bezirksapprovisionierungskomitees (Anhang I, 1276/I);

29. des Abgeordneten Dr. Grandi und Genossen an den Minister Höfer, betreffend Zuweisung von Zucker an die Bevölkerung des Bezirkes Cles (Anhang I, 1277/I);

30. des Abgeordneten Dr. Grandi und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Erhebungen der Kriegsschäden im Bezirk Malè (Anhang I, 1278/I);

31. des Abgeordneten Dr. Grandi und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Beförderung von Postpaketten an die aus der Heimat aus politischen Gründen entfernten Personen (Anhang I, 1279/I);

32. des Abgeordneten Gröger und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend den Schulbetrieb in Klagenfurt, Villach und St. Veit a./Gl. (Anhang I, 1280/I);

33. der Abgeordneten Grafinger, Baumgartner, Eisterer und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Schädigung eines Schuhwarenerzeugers im Bezirk Gmunden durch die Lederbeschaffungsgesellschaft (Anhang I, 1281/I);

34. des Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Behandlung der evakuierten Bediensteten der Südbahn (Anhang I, 1282/I);

35. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Einfuhr von Lebensmitteln aus Ungarn nach Österreich und die Ausfuhr österreichischer Industrieartikel nach Ungarn (Anhang I, 1283/I);

36. der Abgeordneten Max Winter, Forstner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verhältnisse beim Fahrpostdetachement in Simmering (Anhang I, 1284/I);

37. der Abgeordneten Max Winter, Domes und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen eines Regimentsarztes auf dem Hilfsplatz der 35. Infanteriedivision (Anhang I, 1285/I);

38. der Abgeordneten Max Winter, Volkert und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen eines Oberjägers des 20. Jägerbataillons gegen einen Landsturmmann bei einer Gletscherübung (Anhang I, 1286/I);

39. des Abgeordneten Max Winter und Genossen an den Justizminister, betreffend die Zensur der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses (Anhang I, 1287/I);

40. des Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an den Justizminister, betreffend die Besetzung der Richterstellen und die Unabhängigkeit der Richter (Anhang I, 1288/I);

41. des Abgeordneten Dr. Baxa und Genossen an den Justizminister, betreffend die Zurückhaltung der Richterernennungen in Böhmen (Anhang I, 1289/I);

42. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Versorgung von Prag mit Petroleum (Anhang I, 1290/I);

43. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Salzlieferung aus den Salinen in Ebensee nach Böhmen (Anhang I, 1291/I);

44. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Finanzminister und an den Justizminister, betreffend die Änderung der Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über Zessionen (Anhang I, 1292/I);

45. des Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Regelung der Kriegsteuerungszulage für Staatsangestellte (Anhang I, 1293/I);

46. der Abgeordneten Klička, Pik und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiterschaft beim Bergwerke Přibram (Anhang I, 1294/I;

47. des Abgeordneten Špaček und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend einen Unterhaltsbeitrag (Anhang I, 1295/I);

48. des Abgeordneten Špaček und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend den Mangel an dem für die landwirtschaftliche Produktion notwendigen Eisen (Anhang I, 1296/I);

49. des Abgeordneten Špaček und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend die Approvisionierungsverhältnisse in Böhmisch-Brod (Anhang I, 1297/I);

50. des Abgeordneten Dr. Zahradnik und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Lage der im Kriege verschollenen Lehrer (Anhang I, 1298/I);

51. des Abgeordneten Dr. Bobrowski und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Versorgung der Familie eines erschossenen Bergmannes (Anhang I, 1299/I);

52. der Abgeordneten Ritter v. Moraczewski, Dr. Marek und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Lebensmittelversorgung der Bediensteten der galizischen Eisenbahndirektionen (Anhang I, 1300/I);

53. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend das Verhalten des Kommandanten des Kohlenreviers Chrzanów gegenüber den Arbeitervertretern im Kohlenbergwerke Brzeszcze (Anhang I, 1301/I);

54. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Arbeiter in der Waggonfabrik in Sanok durch einen Feldwebel (Anhang I, 1302/I);

55. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Zustände in den Postautobulanzen auf der Strecke Krakau—Wien (Anhang I, 1303/I);

56. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend das Vorgehen des Militärkommandanten des Chyrzanówer Kohlenreviers (Anhang I, 1304/I);

57. des Abgeordneten Klemensiewicz nnd Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Soldaten im Pferdedepot Wieliczka (Anhang I, 1305/I);

58. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung der im Hilfsdienste stehenden Soldaten der Gruppe C (Anhang I, 1306/I);

59. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückziehung der seit Kriegsausbruch im Feuer stehenden Soldaten (Anhang I, 1307/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 9. November 1917:

die Anfragebeantwortung ad 750/I;

die Berichte des Budgetausschusses 749 der Beilagen, des Justizausschusses 768 der Beilagen und des Finanzausschusses 767 der Beilagen;

die Anträge 754 bis 766 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 30 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Dr. Lorenz **Pogačnik**, Ritter v. **Łukaszewicz**, Dr. Ritter v. **Mühlwerth**, **Seliger**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 6. November d. J. ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Bei den in der letzten Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in einige Ausschüsse wurden 125 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 63; mit je 125 Stimmen erscheinen gewählt:

In den Justizausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Koerner;

in den Budgetausschuß als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten Verstovšek und Rychtera;

in den Wehrausschuß als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten Barbo und Bradáč;

in den Unterrichtsausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Kemetter;

in den Finanzausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Vojta.

Dem Herrn Abgeordneten Brunner habe ich einen 14tägigen Urlaub erteilt.

Im Hause sind erschienen der Herr Abgeordnete Dr. Longin Cehelskyj, der als Ersatzmann für den verstorbenen Herrn Abgeordneten des 57. Wahlbezirkes Galiziens Dr. Eugen Olesnickyj einberufen wurde, und der Ersatzmann für den Herrn Abgeordneten Dr. Longin Cehelskyj als Vertreter des 67. Wahlbezirkes Galiziens Herr Abgeordneter Emil v. Pohorecki.

Dieselben werden die Angelobung leisten.

Ich ersuche die Herren Schriftführer, die Angelobungsformel in deutscher und ukrainischer Sprache zu verlesen und die Herren Abgeordneten, die Angelobung zu leisten.

*(Schriftführer Dr. Ritter v. Mühlwerth verliest die Angelobungsformel in deutscher, Schriftführer Ritter v. Łukaszewicz in ukrainischer Sprache. — Die Abgeordneten Dr. Longin Cehelskyj und Emil v. Pohorecki leisten die Angelobung.)*

Auf das über Ermächtigung des hohen Hauses vom 6. d. M. anläßlich der siegreichen Offensive gegen Italien an Seine Majestät gerichtete Glückwunschtelegramm ist im Drahtwege folgende Antwort eingelangt *(liest)*:

„Der freudige und begeisterte Widerhall, den die Siege unserer heldenmütigen Truppen bei den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses des Reichsrates gefunden haben, erfüllt Seine k. u. k. Apostolische Majestät mit lebhafter Befriedigung und danken Allerhöchstdieselben dem Abgeordnetenhause auf das herzlichste für die aus diesem Anlaß dargebrachten treuen Wünsche.

Auf Allerhöchsten Befehl:

Graf v. Polzer-Hoditz."

Den Antrag der Herren Abgeordneten Kemetter und Genossen *(739 der Beilagen)*, betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Heranbildung und Fortbildung von Lehrern (Lehrerinnen) an allgemeinen Volks- und Bürgerschulen, habe ich dem Unterrichtsausschusse zugewiesen.

Der Verfassungsausschuß hat über Ersuchen des Justizausschusses beschlossen, das Präsidium des Abgeordnetenhauses zu ersuchen, die Überweisung des Antrages *(219 der Beilagen)* des Herrn Abgeordneten Dr. Lazarski und Genossen, wegen Wiederherstellung der zivilen Strafgerichtsbarkeit

und der Geschwornengerichte, an den Justizausschuß zu veranlassen.

Weiters hat der Unterrichtsausschuß über Ersuchen des Budgetausschusses beschlossen, das Präsidium des Hauses zu ersuchen, die Überweisung des Antrages *(299 der Beilagen)* des Abgeordneten Kolessa und Genossen, betreffend die Errichtung einer selbständigen ukrainischen Universität in Lemberg, und des Antrages *(331 der Beilagen)* des Herrn Abgeordneten Stanek und Genossen, auf Errichtung einer böhmischen Universität in Mähren (in Brünn), an den Budgetausschuß zu veranlassen.

Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich diesem Ersuchen entsprechen und die bezeichneten Anträge dem Justizausschusse, beziehungsweise dem Budgetausschusse zuweisen. *(Nach einer Pause:)* Sind zugewiesen.

Es sind mir eine Reihe von dringlichen Anfragen im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung übergeben worden, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Anfrage des Abgeordneten Dr. Petruszewycz und Genossen an Seine Exzellenz Herrn Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, betreffend die angekündete Angliederung Galiziens an das polnische Reich.

Die gestrigen Wiener und Berliner Morgenblätter haben fast einstimmig aus Berlin mitgeteilt, daß bei den letzten Beratungen des Grafen Czernin mit den maßgebenden Faktoren des Deutschen Reiches die polnische Frage in der Richtung entschieden wurde, daß Galizien von Österreich abgetrennt und an Polen angegliedert werden soll.

Die Erklärung, welche in der Frage von dem Herrn Ministerpräsidenten in dem Budgetausschusse abgegeben wurde, kann uns keineswegs zufriedenstellen, indem sie die Mitteilung der Presse über den Inhalt der Berliner Beratungen nicht leugnet, was als indirekte Bestätigung dieser Mitteilung anzusehen ist.

Da durch Angliederung Galiziens an Polen die galizischen Ukrainer unter die polnische Herrschaft kommen würden, was mit der Unterjochung der 3½ Millionen Ukrainer identisch ist, da die Ukrainer auf ihr Recht, sich selbst zu regieren, nie verzichten werden, da weiter die Ukrainer niemandem das Recht anerkennen, über ihr Los gegen ihren Willen zu entscheiden — so stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz Herrn Ministerpräsidenten folgende Anfragen:

„„1. Ist Seine Exzellenz geneigt, eingehende Erklärung über die Sache dem Hause zu geben?

2. Ist Seine Exzellenz geneigt, als der Lenker des österreichischen Staates gegen eine etwaige Abtrennung Galiziens von Österreich zu protestieren und dieselbe mit allen Machtmitteln zu verhüten?

3. Ist Seine Exzellenz geneigt, zur Kenntnis zu nehmen, daß das ukrainische Volk die Angliederung an Polen als eine an ihm verübte Gewalttat ansehen würde, dieselbe nicht dulden und gegen das polnische Joch einen rücksichtslosen Kampf mit allen möglichsten Mitteln führen würde?

4. Im Falle, wenn der Inhalt der Berliner Beratungen mit den Mitteilungen der Presse übereinstimmt, wie kann Eure Exzellenz einen solchen Gewaltakt an dem ukrainischen Volke vom Standpunkte der von Seiner Majestät dem Kaiser in der Thronrede verlautbarten Prinzipien der wahren Demokratie und der Gleichberechtigung der Völker rechtfertigen?

5. Ob Eure Exzellenz der Meinung sind, daß solche Pläne dem ukrainischen Volke gegenüber die Kampflust und den Patriotismus der an allen Fronten kämpfenden ukrainischen Regimenter aufrecht zu erhalten geeignet sind, und daß dadurch die Anhänglichkeit des gesamten ukrainischen Volkes an das herrschende Haus gestärkt wird?““

In formeller Hinsicht beantragen wir, diese Anfrage als dringlich im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung zu behandeln und die Debatte über dieselbe anzuordnen.

Wien, 9. November 1917.

Dr. Petruszewycz.
Dr. Kost' Lewyckyj. Stefanyk.
Dr. Dnistrianskyj. Wityk.
Petryckyj. Wlad. Baczyńskyj.
Leo Baczyńskyj. Holubowycz.
Trylowskyj. Singalewicz.
Dr. Eugen Lewickyj. Lawruk.
Kolessa. Budzyńowskyj.
Dr. Cehelskyj. Lahodyńskyj.
Onyszkewycz. Smal-Stockyj.
Pohoreckyj. Leo Lewickyj."

Schriftführer Dr. Lovro **Pogačnik** *(liest)*:

„Interpellation des Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Nachrichten über die Lösung der polnischen Frage.

Die aus Berlin in die Öffentlichkeit gelangten Berichte über eine neue Teilung Polens unter

Deutschland und Österreich, welche nicht einmal den berechtigten Bestrebungen nach Vereinigung aller von Polen bewohnten Gebieten entspricht, haben unter den südslawischen, böhmischen und ukrainischen Abgeordneten die größte Bestürzung namentlich mit Rücksicht auf den Umstand hervorgerufen, als beabsichtigt wird, durch die Personalunion Galiziens mit den übrigen im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern ohne gleichzeitige Lösung der südslawischen, böhmischen und ukrainischen Frage im Sinne der am 30. Mai im Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärungen einen Zustand zu schaffen, in welchem die slawischen Völker im Reichsrate für immerwährende Zeiten in die Minderheit versetzt werden sollen und wobei die Ukrainer im polnischen Landtage in dieselbe Lage geraten würden.

Auf die diesbezüglich gestellte Anfrage im Budgetausschusse hat der Herr Ministerpräsident folgende Antwort gegeben:

„Die Berliner Blättermeldungen über Verlauf und Stand der Verhandlungen zwischen den Regierungen Österreich-Ungarns und Deutschlands betreffend die polnische Frage entsprechen durchaus nicht den Tatsachen. Zwischen dem Minister des Äußern und der deutschen Reichsregierung wurden während der Anwesenheit des Grafen Czernin in Berlin allerdings Vorbesprechungen über die Modalitäten der Lösung dieser Frage eingeleitet, die einen befriedigenden Verlauf nahmen, die jedoch keineswegs zum Abschlusse gekommen sind und umsoweniger zu konkreten Vereinbarungen führen konnten, als bei der etwa zu treffenden Abmachung noch andere maßgebende Faktoren berufen sein werden mitzusprechen."

Die Gefertigten erachten diese Beantwortung für ungenügend und sehen sich bemüßigt, an Seine Exzellenz, den Herrn Ministerpräsidenten zur Ergänzung seiner Antwort noch folgende Fragen zu stellen:

„„1. Beabsichtigt man die polnische Frage in ihrem vollen Umfange durch die vollständige Vereinigung Russisch- und Preußisch-Polens und des polnischen Teiles Galiziens zur Lösung zu bringen?

2. Soll die polnische Frage und zugleich die litauische und kurländische Frage schon vor der Friedenskonferenz von den Mittelmächten allein gelöst werden?

3. Welche Faktoren erachtet die Regierung für maßgebend und berufen, um bei den, wie die gestrige Antwort lautet, etwa zutreffenden Abmachungen mitzusprechen.

4. Beabsichtigt die Regierung nicht andere, nicht minder brennende Fragen, wie die südslawische, böhmische und ukrainische gleichzeitig und im Zusammenhange mit der polnischen Frage zur Lösung zu bringen?""

Wien, 9. November 1917.

| | |
|---|---|
| Dr. Pogačnik. | Dr. Korošec. |
| Dr. Gregorčič. | Dr. Dulibić. |
| Dr. Rybář. | Fon. |
| Prodan. | Spinčić. |
| Perić. | J. Hladnik. |
| Dr. F. Jankovič. | Dr. Benkovič." |

Schriftführer Dr. Ritter v. **Mühlwerth** *(liest)*:

„Anfrage des Abgeordneten Stanek und Genossen nach dem § 69 der Geschäftsordnung an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Nachrichten über die Lösung der polnischen Frage.

Die aus Berlin in die Öffentlichkeit gelangten Berichte über eine neue Teilung Polens unter Deutschland und Österreich, welche nicht einmal den berechtigten Bestrebungen nach Vereinigung aller von Polen bewohnten Gebiete entspricht, haben trotz der vom Ministerpräsidenten abgegebenen, übrigens ganz unklaren und mangelhaften Erklärung unter den böhmischen, südslawischen und ukrainischen Abgeordneten das größte Befremden, namentlich mit Rücksicht auf den Umstand hervorgerufen, als beabsichtigt wird, durch die Personalunion Galiziens mit den übrigen im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern ohne gleichzeitige Lösung der böhmischen, südslawischen und ukrainischen Frage im Sinne der am 30. Mai 1917 im Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärungen einen Zustand zu schaffen, in welchem die slawischen Völker im Reichsrate für immerwährende Zeiten in die Minderheit versetzt werden sollen. Wir würden gerne das brüderliche polnische Volk selbst zu einer bloß teilweisen Erreichung des von ihm angestrebten Hochzieles um so mehr beglückwünschen, als wir in der beabsichtigten Lösung der polnischen Frage wenigstens die prinzipielle Anerkennung der von uns stets betonten Notwendigkeit, die Monarchie in einen Staatenbund umzugestalten, erblicken dürften. Nichtsdestoweniger protestieren die Vertreter des böhmischen Volkes auf das entschiedenste gegen einen solchen, auch die demokratischen und konstitutionellen Grundsätze ignorierenden Vorgang der Diplomatie, der auch geeignet ist, jedwede Friedensaussicht zu vernichten und einen neuen Grund zur weiteren Kriegführung dadurch zu schaffen, daß die reichsdeutsche annexionistische Politik gefördert und sogar von der Monarchie mitgemacht wird.

Der in Berlin betretene Weg einer vorzeitigen und einseitigen Lösung der polnischen Frage gefährdet nicht nur die ersehnten Friedensverhandlungen, sondern führt auch in der Zukunft zu neuen schweren Konflikten zwischen den Mittelmächten.

Die Gefertigten erachten die Beantwortung des Herrn Ministerpräsidenten in der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses für ungenügend und sehen sich bemüßigt, an den Herrn Ministerpräsidenten zur Ergänzung seiner Antwort folgende Fragen zu stellen:

„„1. Beabsichtigt man die polnische Frage in ihrem vollen Umfange durch die vollständige Vereinigung Russisch- und Preußisch-Polens und des polnischen Teiles Galiziens zur Lösung zu bringen?

2. Soll die polnische Frage und zugleich die litauische und ukrainische Frage schon vor der Friedenskonferenz von den Mittelmächten allein gelöst werden?

3. Welche Faktoren erachtet die Regierung für maßgebend und berufen, um bei den wie die gestrige Antwort lautet etwa zu treffenden Abmachungen mitzusprechen?

4. Beabsichtigt die Regierung nicht andere, nicht minderbrennende Fragen wie die südslawische, böhmische und ukrainische gleichzeitig und im Zusammenhange mit der polnischen Frage der Lösung durch die Friedenskonferenz zuzuführen?““

Wien, 9. November 1917.

| | |
|---|---|
| Vaněk, | F. Staněk. |
| Kadlčák. | Tusar. |
| Bukvaj. | Dr. Hruban. |
| Dr. Višković. | Habermann. |
| Oklešťek. | Stránský. |
| Prášek. | Sedlák. |
| Padour. | Udržal. |
| Vacek. | Dr. Koerner. |
| Záhradník. | Dr. Fiedler. |
| Donát. | Dr. Franta. |
| Dr. Soukup. | Konečný. |
| Pik. | Stříbrný. |
| Dr. Šmeral. | Dr. Šubrt. |
| Valoušek. | Kalina. |
| Klofáč. | Němec.“ |

Schriftführer **Seliger** *(liest)*:

Anfrage der Abgeordneten Adler, Seitz, Seliger und Genossen, betreffend die Verhandlungen über die Beziehungen der Monarchie zu Polen.

Die Erklärungen, die der Herr Ministerpräsident gestern im Budgetausschusse über die Berliner Verhandlungen des Ministers des Äußern abgegeben hat, sind völlig unzureichend, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Das Parlament kann nicht warten, bis die Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen abgeschlossen sein werden. Es kann sich nicht vor vollendete Tatsachen stellen lassen. Es muß heute schon Stellung nehmen zu einem Plane, der die schwersten Bedenken erregt.

1. Schon die Absicht, Polen in dauernde Verbindung mit Österreich-Ungarn zu bringen, wird in den Ententestaaten starken Widerstand hervorrufen. Ebenso starken Widerstand aber wird der Plan auslösen, Kurland und Litauen mit Preußen zu verbinden. Denn der Verlust Kurlands bedeutet für Rußland nicht weniger als den Verlust seines einzigen brauchbaren eisfreien Hafens an der Ostsee. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Ich bitte um Ruhe, meine Herren! *(Lärm.)*

Schriftführer **Seliger** *(fortfahrend)*: Beide Absichten aber . . . *(Neuerliche Zwischenrufe.)* Beide Absichten aber, die Absicht Österreichs auf Polen und die Absicht Preußens auf Kurland und Litauen, stehen in engstem Zusammenhange miteinander. Aus politischen und aus strategischen Gründen ist es kaum denkbar, daß das Deutsche Reich der Personalunion zwischen Österreich-Ungarn und Polen zustimmt, wenn nicht zugleich auch eine ähnliche Verbindung Preußens mit Kurland und Litauen verwirklicht wird. Daher ist der Plan des Grafen Czernin eine ernste Gefährdung des Friedens. Seine Verwirklichung setzt die Niederwerfung der gegnerischen Koalition voraus. Die Völker Österreichs sollen also noch ein Jahr, vielleicht noch mehrere Jahre Krieg führen, damit der Kaiser von Österreich König von Polen werde. *(So ist es!)*

2. Österreich eröffnet dieser Plan keineswegs wünschenswerte Aussichten. Ist der Kaiser von Österreich zugleich König von Polen, so wird das dynastische Interesse nicht zulassen, daß die österreichische Politik durch die eigenen Bedürfnisse Österreichs bestimmt werde. *(So ist es!)* Sie wird mitbestimmt werden müssen durch die Interessen Polens. Dies wird sich im Bereiche der auswärtigen Politik und der Handelspolitik zum Schaden der Völker Österreichs bemerkbar machen. *(Sehr richtig!)* Damit Österreich seine eigenen Bedürfnisse den dynastischen Interessen in Polen unterordne, wird die österreichische Volksvertretung in einem Zustande der Ohnmacht erhalten werden. In einem Staatenkonglomerat, wie es der Graf Czernin schaffen will, ist wirkliche Demokratie unmöglich.

3. Auch für das Deutsche Reich, für die ganze Stellung der deutschen Nation in Europa, ist dieser Plan gefährlich. Wenn das Deutsche Reich Rußland den Zugang zum eisfreien Meere nimmt, wird die Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland verewigt. *(Zwischenrufe.)* Zugleich aber wird auch die Freundschaft zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn gefährdet. *(Zustimmung. — Zwischenrufe.)* Denn unsere auswärtige Politik wird mitbestimmt sein durch polnische Interessen, die unvereinbar sind mit den Interessen Preußens. *(So ist es!)*

4. In einem Zeitalter, in dem die Demokratie in aller Welt triumphiert, können sich Österreich-Ungarn und Deutschland nicht ohne schweren dauernden Schaden gegen die Sache der Demokratie stellen. Das aber bedeutet der Plan des Grafen Czernin. Statt den Polen, den Letten, den Litauern das Recht zuzugestehen, ihre Verfassung selbst zu bestimmen, schreiben die Mittelmächte diesen Völkern die monarchische Staatsverfassung vor *(So ist es!)* und setzen ihnen die Monarchen ein. *(Zwischenrufe.)* Zugleich werden die Ukrainer polnischer Fremdherrschaft unterworfen. Die ganze Politik der Mittelmächte wird gegen das demokratische Rußland gestellt und dadurch die russische Revolution, die die Mittelmächte von der Bedrohung durch den Zarismus befreit hat, gefährdet, die Gefahr einer Gegenrevolution herbeigeführt, die in Rußland einen nationalistischen, nach Kriegsruhm lüsternen Bonapartismus zur Macht führen würde. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Wir wünschen dem polnischen Volke seine Unabhängigkeit. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe, meine Herren.

Schriftführer **Seliger** *(fortfahrend)*: Aber eben deshalb protestieren wir dagegen, daß die Mittelmächte Polen die monarchische Staatsverfassung aufzwingen und ihm einen König einsetzen wollen. Wir wünschen dem polnischen Volke die möglichste Annäherung an das Ideal nationaler Einheit; wir sind daher auch bereit, der Abtretung der polnischen Gebiete Galiziens an Polen zuzustimmen. Aber diese Abtretung kann nur erfolgen durch eine vertragsmäßige Vereinbarung zwischen Österreich und Polen, bei der die wirtschaftlichen Interessen Österreichs gewahrt werden *(Zustimmung)*, und eine solche Vereinbarung bedarf der Genehmigung sowohl der österreichischen als auch der polnischen Volksvertretung. *(So ist es!)* Wir protestieren dagegen, daß der Entscheidung der Volksvertretungen durch Vereinbarungen der Diplomaten vorgegriffen werde.

Wir stellen daher die Anfragen:

„„1. Ist die Regierung bereit, ihren verfassungsmäßigen Einfluß auf die gemeinsame Regierung in dem Sinne auszuüben, daß der Plan, eine Personalunion zwischen Österreich-Ungarn und Polen noch vor der Beendigung des Krieges zu begründen oder eine solche Union zur Bedingung des Friedensschlusses zu machen, vollständig und für immer aufgegeben werde?

2. Ist die Regierung bereit, dem Kaiser mitzuteilen, daß die Völker Österreichs wünschen, daß es dem unabhängigen Polen selbst überlassen bleibe, seine Staatsverfassung zu bestimmen und, wenn es überhaupt eine monarchische Verfassung wünscht, seinen Herrscher zu wählen?

3. Erkennt die Regierung an, daß die Abtretung Galiziens an Polen nicht anders erfolgen kann als auf Grund eines Vertrages, der der Genehmigung sowohl der österreichischen als auch der polnischen Volksvertretung bedarf?

4. Ist die Regierung bereit, die Preßzensur zu beauftragen, die Erörterung der polnischen, litauischen und kurländischen Frage in den Zeitungen nicht zu behindern?““ *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

V. Adler.
Jokl. K. Seitz.
Reismüller. J. Seliger.
Ellenbogen. Wutschel.
Max Winter. Jos. Tomschik.
Forstner. Gröger.
Palme. Abram.
Rud. Müller. Volkert.
Josef Pongratz. Resel.“

Schriftführer Dr. Ritter v. **Mühlwerth** *(liest)*:

„Dringliche Anfrage des Abgeordneten Wityk und Genossen an die k. k. Regierung, betreffend den angekündeten Aufbau des polnischen Königreiches unter der Krönung des österreichischen Kaisers zum König von Polen und betreffend Angliederung Kurlands und Litauens an Deutschland.

Die Berliner und Wiener Presse bringt die Nachricht, daß in dem Kronrate in Berlin beschlossen wurde, das Königreich Polen zu errichten, den Kaiser von Österreich als König von Polen zu krönen, Galizien zum Königreich Polen anzugliedern

und Kurland und Litauen dem deutschen Kaiser zu unterstellen.

Diese Abmachung der geheimen Diplomatie betrachten die Gefertigten als Hohn gegenüber den konstitutionellen Berechtigungen der Parlamente und als Hohn gegenüber dem Grundsatz, der auch in der Thronrede enthalten war, daß alle Völker gleichberechtigt werden sollen.

Durch diese Abmachung der Diplomaten wird der Krieg ins unendliche verlängert werden, weil diese die Annexionen anstrebt.

Diese Abmachung verletzt und versetzt in das Sklaventum das ukrainische Volk, welches in diesem Kriege durch sein Blut und Vernichtung seines Habes und Gutes die schwersten Opfer gebracht hat.

Die Interpellanten fragen daher die k. k. Regierung:

„„1. Auf welche Weise vermag die Regierung die Abmachung bezüglich Polens, Kurlands und Litauens mit Rücksicht auf die angestrebte Friedenskonferenz zu rechtfertigen und diese einseitigen, von imperialistischen Tendenzen getragenen Abmachungen mit der wiederholt erklärten Bereitschaft zu einem Verständigungsfrieden ohne Annexionen und auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen in Einklang zu bringen?

2. Ist sich die Regierung dessen bewußt, daß die Annexion des Königreiches Polen und die Angliederung Galiziens an die polnische staatliche Formation und Annexion Kurlands und Litauens die Verlängerung des Krieges bedeutet und daher gegen das Wohl der ohnehin schwer getroffenen Völker gerichtet ist?

3. Ist die Regierung geneigt, zur Kenntnis zu nehmen, daß das ukrainische Volk, seinen nationalen Rechten entsprechend, einem selbständigen, nationalen, von den Teilen Österreichs, Ungarns, Wolhyniens, Cholms und der jetzigen Ukraina in Rußland einheitlichen Staat anstrebt, die Auslieferung daher an die polnische staatliche Organisation nie zulassen kann und nie zulassen werde.““

In formaler Hinsicht stellen die Gefertigten den Antrag, auf Grund des § 69 der Geschäftsordnung diese Anfrage im dringlichen Wege zu verhandeln.

Singalewycz. Semen Wityk.
Dr. Holubowycz. Budzynowskyj.
Petruszewycz. Dr. Smal-Stockyj.
Dr. Longin Cehelskyj. Petryckyj.
Dr. Zahajkiewicz. Dr. Lew Lewickyj.
Dr. Kolessa. Dr. Okunewskyj.
Onyszkewycz. Dr. Trylowskyj.
Stefanyk. Lawruk.
Dr. Eugen Lewickyj. Lahodyńskyj.
Dr. Dnistriańskyj. Dr. Lew Baczyńskyj.“

„Anfrage des Abgeordneten Dr. v. Isopescul-Grecul und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten, betreffend die Zeitungsnachrichten von einer Abtretung des Königreiches Galizien an ein Königreich Polen.

Zeitungsnachrichten zufolge, die zwar dementiert wurden, deswegen aber um so glaubwürdiger sind, soll die polnische Frage in der Weise gelöst werden, daß Galizien an das Königreich Polen abgetreten und zwischen Polen und der Monarchie Personalunion hergestellt wird.

Diese Lösung würde auch das Schicksal der Bukowina und insbesondere der Bukowinaer Rumänen auf das nachhaltigste beeinflussen.

Gegen sie erst in dem Zeitpunkte Stellung zu nehmen, in welchem die betreffenden diplomatischen Verhandlungen perfekt geworden sein werden, würde nicht zum Ziele führen.

Um rechtzeitig die notwendigen Vorkehrungen treffen zu können, stellen die Gefertigten die Anfragen:

„„1. Welche Absichten bestehen unsrerseits rücksichtlich der Lösung der polnischen Frage?

2. Inwiefern sind von der Lösung dieser Frage Rückwirkungen auf das Schicksal der Bukowina zu gewärtigen?““

Wien, 9. November 1917.

Straucher. Isopescul-Grecul.
Onciul. De Carli.
Simionovici. Grandi.
Hormuzaki. Delugan.
Serbu. Conci.
Dr. Gentili. Dr. Degasperi.“

„Anfrage des Abgeordneten Kuranda und Genossen.

„„Ist die Regierung bereit anzuerkennen, daß zu den von ihr als maßgebend für die Lösung der polnischen Frage bezeichneten Faktoren das österreichische Parlament gehört?““

Kuranda.
Ofner. Friedmann.
Zenker. Ganser.
Hock. Dr. Neumann.“

**Präsident:** Ich bitte, meine Herren, die Plätze einzunehmen. Wir werden abstimmen.

Da die soeben verlesenen Anfragen alle den gleichen Gegenstand betreffen, werden wir gemeinsam darüber abstimmen, ob den Antragstellern im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung das Wort zur Begründung ihrer Anfragen erteilt werden soll und ob dann über die Anfragen die Debatte eröffnet wird.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dafür sind, daß im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung den Anfragestellern das Wort erteilt und daß dann die Debatte eröffnet werde, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Es ist die Mehrheit und es wird demzufolge im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung vorgegangen werden.

Ich erteile zunächst das Wort dem ersten Anfragesteller, dem Herrn Abgeordneten Dr. Petruszewycz, und erlaube mir, ihn aufmerksam zu machen, daß im Sinne der Geschäftsordnung die Rededauer in dieser Debatte auf 20 Minuten beschränkt ist.

Abgeordneter Dr. **Petruszewycz:** Hohes Haus! Es fällt mir ungemein schwer, in einem ruhigen Tone unsere Anfrage zu begründen. Uns Ukrainern hat man schon lange bewiesen, daß Österreich und die österreichische Dynastie nie unsere Freunde gewesen sind. Kein Volk Österreichs hat vor dem Kriege so viel zu ertragen gehabt als das unsere. Wir waren immer die Parias unter den Völkern Österreichs, die nur dazu da waren, um Steuergelder zu zahlen, mit unserem Blute die österreichischen Kampffelder zu düngen und um den Preis unserer Haut dem österreichischen Staate die Gunst anderer Nationen erwerben zu helfen. Von den primitivsten bürgerlichen Rechten waren wir immer ausgeschlossen. Schon in den ersten Tagen der konstitutionellen Ära hat Österreich mit einem kaiserlichen Patent den ukrainischen Teil Galiziens, heute Ostgalizien genannt, mit dem heutigen Westgalizien in ein künstliches Ganzes zusammengeschweißt, die ganze Verwaltung den Polen übergeben und mit Hilfe einer ungerechten Wahlordnung auch im Landtage eine künstliche polnische Mehrheit geschaffen *(So ist es!)* und unser Volk der polnischen Oberherrschaft untergeordnet. *(Zwischenrufe.)* Mit einer ganzen Reihe von weiteren Kaiserlichen Verordnungen hat man im ukrainischen Teile Galiziens auch die polnische Amtssprache, polnische Schulen eingeführt, uns blieb gar nichts als der schwerste Kampf um das nationale Dasein. In diesem Kampfe hat uns nie die österreichische Regierung in Schutz genommen, im Gegenteil, sie ist immer unseren Unterdrückern an die Hand gegangen. *(Sehr richtig!)* Alles, was wir auf dem Gebiete unserer nationalen Rechte in mehreren Jahrzehnten errungen haben, haben wir errungen in einem harten Kampfe nicht allein gegen die polnische Landesregierung *(Beifall und Händeklatschen)*, sondern auch in einem nicht minder schweren Kampfe gegen die österreichische Zentralregierung selbst. *(Wiederholter Beifall und Händeklatschen.)* Das war der Grund, daß wir Ukrainer auch unlängst vor dem Kriege mehrmals die wichtigsten Staatsnotwendigkeiten im Parlamente obstruieren mußten, was immer den größten Unwillen anderer Parteien hervorrief. Nicht wir waren daran schuld. Schuld war immer die Zentralregierung, welche nie unser Volk als ein gleichberechtigtes behandeln wollte, sondern immer als ein dem polnischen Volke untergeordnetes, von der polnischen Willkür abhängiges Volk angeschaut und behandelt hatte. *(So ist es!)*

Trotzdem haben wir uns immer mit der Hoffnung getröstet, daß im weiteren Verlauf des Kampfes und mit Rücksicht auf das erkämpfte allgemeine Wahlrecht in das Parlament und in den Landtag, mit Hilfe des hohen Hauses, der einzigen Instanz im Staate, auf deren Gerechtigkeit wir rechnen konnten und die uns schon manchmal unter die Arme gegriffen hat, wir doch imstande sein werden, unser nationales Dasein zu sichern und zu kräftigen, unserem Volke die Möglichkeit einer wenigstens leidlichen Existenz und Entwicklung zu erkämpfen. In Anbetracht der viel schlimmeren Verhältnisse, in welchen unser Volk außer den Grenzen Österreichs unter dem zaristischen Joche lebte, waren wir dem österreichischen Staate auch für das Wenige an unseren nationalen Rechten dankbar, was wir hier, obgleich in schwerem Kampfe, doch zu erringen die Möglichkeit hatten.

Nun ist aber der Krieg gekommen! Ostgalizien, also gerade der ukrainische Teil Galiziens, wurde vom Kriege am schwersten getroffen, vom Feinde und leider in einem noch viel größerem Maße von der eigenen *(lebhafte Zustimmung)* und von den Armeen unserer Verbündeten vernichtet, verbrannt. Hunderte von Dörfern und Städtchen sind gänzlich vom Boden verschwunden, größere Städte größtenteils ruiniert, die Bevölkerung auf die barbarischeste Weise total ausgeplündert, Hunderttausende unserer Bevölkerung haben im Militärdienste hauptsächlich an der Front ihr Leben für Österreich geopfert.

Wir glaubten, wir waren sogar überzeugt, daß wenigstens jetzt, wenigstens um den Preis der schrecklichen, geradezu übermenschlichen Opfer, welche unser Volk für Österreich in diesem Kriege gebracht hat, wir doch nach dem Kriege in diesem österreichischen Staate eine andere Behandlung finden werden, daß von dem Staate für unser

Volk doch wenigstens jetzt gerechte Existenzbedingungen geschaffen werden. *(Zwischenrufe.)*

Und welche Antwort haben wir auf diese berechtigten Hoffnungen bekommen? Die Antwort gibt man uns schon das zweitemal und jedesmal ist sie außerordentlich klar. Österreich bleibt unser Feind, wie es immer war. *(Lebhafte Zustimmung und Pfui!-Rufe.)* Die erste Antwort war die Proklamation vom 5. November, die zweite sind die Geschehnisse in Berlin, welche den Gegenstand unserer Anfrage bilden. Charakteristisch für den Edelmut der österreichischen politischen Faktoren ist, daß beide Antworten gerade in der Zeit uns gegeben wurden, wo unsere Regimenter mit dem größten Heldenmut und mit der größten Opferwilligkeit sich für Österreich verbluteten.

Der Herr Ministerpräsident hat in der gestrigen Erklärung die Wahrheit der von den Zeitungen gebrachten Nachrichten verneint. Er hat behauptet, es wurden nur die Vorbesprechungen über die Modalitäten der Lösung der polnischen Frage eingeleitet, welche aber keineswegs zum Abschlusse gekommen sind.

Hohes Haus! Meine Meinung über die ganze Angelegenheit ist folgende: Das, was Graf Czernin in Berlin zustande gebracht hat, ist ein beispielloses Verbrechen an der Freiheit, an dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, sogar an der Monarchie selbst *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, denn es wird sicher die Zeit kommen, wo dieses Bündnis mit dem Polenreiche sich an ihr schwer rächen wird. *(Zustimmung.)* Aber vor allem ist es das häßlichste Verbrechen an unserem unglücklichen Volke.

Die Antwort aber, welche derselbe Graf Czernin unter unserer Adresse dem Herrn Ministerpräsidenten diktierte, ist ein Verbrechen gegen das Ansehen dieses hohen Hauses, denn sie ist offenkundig eine unwürdige Komödie, ein nie dagewesener, dem hohen Hause ins Antlitz geschleuderter Hohn. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Die Wahrheitsliebe dieses Herrn Grafen schildert am besten das Folgende: Schon in den letzten Tagen des Oktober sind uns Gerüchte zugekommen, daß zwischen Deutschland und Österreich in der polnischen Frage eine Vereinbarung erzielt worden sei, wonach das Königreich Polen mit dem österreichischen Staate in der Form einer Personalunion verbunden und dafür seitens Österreichs das ganze Land Galizien dem polnischen Königreiche angeschlossen werden sollte. Stark beunruhigt erschien das Präsidium unseres Klubs am 1. d. M. beim Grafen Czernin und bat um Aufklärung. Graf Czernin erteilte uns die Versicherung, daß bis zum Friedensschluß weder die polnische noch die ukrainische Frage entschieden sein werde und entschieden sein könne, weil die Lösung der beiden Fragen von den Resultaten der Friedenskonferenz abhängig sei und daß eben aus demselben Grunde bis zu dem Friedensschlusse sogar kein einziger Schritt in der Richtung der Lösung dieser Fragen werde gemacht werden. *(Hört! Hört!)* Schon am nächsten Tage reiste Graf Czernin nach Berlin „um die Vorbesprechungen über die Modalitäten der Lösung der polnischen Frage einzuleiten". *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Die Wahrheit dieser Versprechung ist das richtigste Maß der Wahrheit der gestrigen Erklärung.

Graf Czernin behauptet, „es wurden nur die Vorbesprechungen eingeleitet". Aber für die einfache Einleitung der Vorbesprechungen war ja kein Kronrat notwendig und wenn erst jetzt die Vorbesprechungen eingeleitet worden sind, welche Bedeutung hatten dann die Verhandlungen, welche schon Ende August und in den ersten Tagen des September gerade auch in der polnischen Frage in Berlin geführt wurden? Sie dauerten eine ganze Woche lang, eine Woche lang weilte auch Graf Czernin in Berlin, trotzdem verhandelte man damals nicht im Kronrate, obgleich auch damals Graf Czernin an den Verhandlungen persönlich teilnahm?

Und dann, meine Herren, wäre es möglich, daß die so vorsichtige Zensur, unter deren Herrschaft wir leben, erlauben würde, daß die Nachrichten, welche die Zeitungen und sogar halboffizielle Zeitungen über die Resultate der Verhandlungen gebracht haben, veröffentlicht werden, wenn sie nicht auf Wahrheit beruhten? *(Lebhafte Zustimmung.)*

Der wahre Sachverhalt ist somit klar. Die Verhandlungen, betreffend die Lösung der polnischen Frage dauern schon Monate. Erst als sie schon zur endgültigen Entscheidung reif geworden waren, wurde der Kronrat zusammengerufen und die Frage endgültig entschieden.

Jeder von uns Ukrainern möchte gerne sein Leben dafür opfern, daß es nicht so wäre, leider spricht die Logik der Fakten dafür, daß trotz der gestern von Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten abgelegten Erklärung, die veröffentlichten Nachrichten dennoch wahr sind.

Also wir sollen an das Königreich Polen abgetreten werden. Zum Lohne für unsere jahrzehntelange Treue, für unsere übermenschlichen Opfer hat sich Österreich entschieden, über unseren Kopf den Stab zu brechen, unser unglückliches Volk seinem größten Erbfeinde auszuliefern. Es ist ihm nicht genug des an unserem Volke begangenen Verbrechens, daß wir nur ausschließlich aus Verschulden Österreichs volle 60 Jahre unter dem denkbar barbarischesten Joche der Polen ein wahres Martyrium durchleben mußten *(Zustimmung)*, daß wir sogar in dem kleinsten Dorfe auf unserem Boden nirgends eigene Herren waren; verfolgt, gejagt wie ein wildes Tier lebten wir Ukrainer und leben heute noch in unserem

Lande unter der polnischen Verwaltung. Es war nicht genug. Erst der Krieg hat Österreich die Gelegenheit gegeben, den wilden Haß gegen unsere Nation voll zu sättigen. Drei Jahre lang hat man uns gehängt, gemordet, geplündert, ärger wie der ärgste Feind, und als man schon das ganze Volk an den Rand des größten Elends gebracht hat, da verkündet man uns das Todesurteil und übergibt uns dem Henker. *(Lebhafte Zustimmung und Beifall.)*

Aber, meine Herren, wir sind doch noch nicht ganz hoffnungslos, es ist noch etwas, was uns tröstet, und die Richtigkeit dessen hat uns sogar Graf Czernin während der erwähnten Konferenz zugegeben. Die Friedensbedingungen werden nicht allein von den Zentralmächten diktiert werden *(Rufe: Gott sei Dank!)*, bei dem Friedenstische werden auch die Vertreter anderer Nationen und wahrscheinlich auch die des ukrainischen Staates das Wort haben *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, und ich bin überzeugt, daß nicht allein unsere Brüder, sondern auch die Vertreter anderer Nationen und sogar derjenigen, gegen die unsere Soldaten heute kämpfen, uns vor dieser Vergewaltigung in Schutz nehmen werden, wenn auch nur darum, um nicht vor dem Tribunal der ganzen zivilisierten Welt für die Vergewaltigung dieser Nation mitverantwortlich zu sein.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Es gibt in der Weltgeschichte kein Beispiel, daß je die Völker im Kriege so schwere Opfer zu tragen, so schwer sich zu verbluten genötigt gewesen wären, wie in diesem Kriege. Jedes Volk hat seine heiligsten Güter an Menschen, an kulturellen Errungenschaften, an seinem wirtschaftlichen Besitzstande in einem nie dagewesenen Maße opfern müssen. Mehrere Jahrzehntelang nach dem Kriege werden alle die Völker und am schwersten unser Volk, das am schwersten gelitten hat, an den Folgen dieses Krieges zu leiden haben. All dies betrachtet man und predigt man uns allen als die heiligste Pflicht gegenüber dem Staate; wenn es sich aber um Friedensbedingungen, um die Regelung des Schicksals einzelner Völker nach dem Kriege handelt, da kennt man und befragt man in Österreich und gerade nur in Österreich die Völker nicht. Da entscheidet über das Schicksal der Millionen ein einziger Herr, ein Graf Czernin. Es ist das überhaupt der größte Unsinn in einem konstitutionellen Staate und der Unsinn stellt sich umso größer dar, als heute die ganze zivilisierte Welt schon das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker sich zu eigen gemacht hat. Nur bei uns in Österreich herrscht noch weiter der mittelalterliche Unsinn. Also weg mit ihm! Für die schweren Opfer, für das vergossene Blut haben die Völker Österreichs das volle Recht, zu verlangen, daß sie allein über ihr Schicksal entscheiden. *(Lebhafter Beifall.)* Es ist die Zeit gekommen, die Verfassung entsprechend zu ändern, und zwar noch vor dem Friedensschlusse. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile das Wort dem nächsten Anfragesteller Herrn Abgeordneten Dr. Korošec.

Abgeordneter Dr. **Korošec**: Visoka zbornica! Najprej so hoteli naše najboljše može držati v kletki in so jih zato zapirali. Sedaj delajo nato, da bi ves naš narod prišel v kletko, in to kletko bi zapirali ter nas imeli notri zaprte naši stari sovražniki Nemci. Proti takim nakanam moramo protestirati in današnja debata velja tudi temu, da ta protest javno izrečemo.

Hohes Haus! Wie von anderer, so ist gestern auch von südslawischer Seite im Budgetausschuß eine Anfrage gestellt worden, ob die aus Berlin stammenden Nachrichten über die bevorstehende Lösung der polnischen Frage auf Wahrheit beruhen oder nicht. Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat uns darauf im Einvernehmen mit dem Minister des Äußern geantwortet und aus dieser Antwort kann folgendes festgestellt werden:

Über die Lösung der polnischen Frage wurden tatsächlich in Berlin Besprechungen abgeführt. Diese Besprechungen haben einen befriedigenden Verlauf genommen, weiters sind sie wenigstens formell noch nicht abgeschlossen und schließlich sollen vor Realisierung der Vereinbarung noch andere maßgebende Faktoren gehört werden.

Der Herr Ministerpräsident hat uns hiermit eine Antwort gegeben, die unsere Frage nicht erschöpft und daher haben wir heute eine zweite Anfrage hier im vollen Hause gestellt. Daß unsere leitenden Staatsmänner mit befreundeten Regierungen Vorbesprechungen über so wichtige Angelegenheiten führen, wie es die polnische Frage ist, ist selbstverständlich und das ist auch nicht dasjenige, weswegen wir gestern und heute die Debatte provoziert haben. Die Debatte gestern und heute findet deswegen statt, weil wir — und deshalb wenden wir uns noch einmal mit einer Anfrage an den Herrn Ministerpräsidenten — Aufklärungen über folgende Punkte zu erlangen wünschen:

1. Soll die polnische Frage in ihrem ganzen Umfange, nämlich in der vollständigen Vereinigung Russisch-Polens, Preußisch-Polens und des polnischen Teiles Galiziens bereinigt werden?

2. Soll die polnische Frage und zugleich auch die litauische und kurländische schon vor der Friedenskonferenz und von den Mittelmächten allein gelöst werden?

3. Welche Faktoren erachtet die Regierung für maßgebend und für berufen, um bei den — wie die gestrige Antwort lautet — etwa zu treffenden Abmachungen mitsprechen zu können?

4. Werden nicht auch andere, nicht minder wichtige und brennende Fragen, wie die südslawische, die böhmische, die ruthenische im Zusammenhange und gleichzeitig mit der polnischen Frage gelöst werden? *(Lebhafte Zustimmung.)*

Meine Herren! Nach unserer Ansicht ist für einen dauernden Frieden in Europa die restlose Vereinigung der polnischen Frage unumgänglich notwendig. *(Beifall.)* Eine Teilung Polens unter das Haus Habsburg und das Haus Hohenzollern würde noch weiterhin eine Beunruhigung des europäischen Friedens bedeuten, weil sich der unbefreite Teil des polnischen Volkes naturgemäß zum befreiten Teil hingezogen fühlen würde, und umgekehrt, das Königreich Polen wohl nie vollends und für immer, sondern wahrscheinlich nur für einige Zeit formell, aber nie dauernd und materiell seinen Anspruch auf das preußische Polen aufgeben würde. Wird die polnische Frage nur durch eine Zweiteilung unter die beiden herrschenden Häuser gelöst, so ist sie wohl nicht gelöst und birgt nur neue Gefahren für die ruhige Entwicklung Europas in sich. *(Lebhafter Beifall.)*

Wenn wir uns daher durch die Nachrichten aus Berlin über die Regelung dieser Frage beunruhigt fühlten und die gestrige Debatte im Budgetausschusse und die heutige hier im vollen Hause veranlaßt haben, so drängt es uns, das polnische Volk zu versichern, daß die Südslawen mit ihren Gefühlen und Sympathien — mehr können wir gegenwärtig nicht geben — vollständig auf seiten des polnischen Volkes stehen und ihnen ein freies, aber auch ungeteiltes Vaterland wünschen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Ich möchte diese Versicherung sehr stark betonen, weil es weder im Wunsche noch im Interesse der Südslawen ist, irgendwelche gegenseitige Verstimmungen mangels genügender Aufklärung aufkommen zu lassen und weil wir dem polnischen Volke das aufrichtig wünschen, was wir selbst wollen: Die Freiheit, die Befreiung von der Unterdrückung durch fremde Völker. *(Neuerlicher lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Weswegen uns die Nachrichten aus Berlin weiters nicht kühl ließen, dafür sind ganz andere Beweggründe maßgebend und ich bin überzeugt, daß uns die in unserem Reichsrat anwesenden Vertreter der polnischen Nation Recht geben und unsere Stellungnahme billigen werden. Der Herr Ministerpräsident hat gestern auch den Ausdruck gebraucht, daß bei der etwa zu treffenden Abmachung über die polnische Frage auch andere maßgebende Faktoren mitzusprechen haben werden. Er hat gesagt: „Bei der etwa zu treffenden Abmachung!" Graf Czernin schließt es also nicht aus, daß die Realisierung der polnischen Frage von den Mittelmächten fertiggestellt werden könnte. Allgemein wird man diese Versicherung des Herrn Ministerpräsidenten, beziehungsweise des Grafen Czernin so auffassen, daß die Verfügung über das von Rußland eroberte polnische Gebiet schon vor Beendigung des Krieges, ohne Verständigung mit den früheren Besitzern dieser Gebiete und ohne Rücksicht auf andere ebenfalls internationale Fragen, allein von den Mittelmächten endgültig und bindend getroffen werden wird.

Es ist selbstverständlich, daß Österreich mit Zustimmung der konstitutionellen Faktoren schon jetzt den polnischen Teil Galiziens abtreten und mit dem befreiten Russisch-Polen vereinigen kann. Auch dem Königreich Preußen steht dieselbe Freiheit und Möglichkeit bezüglich Posens zu. *(Sehr richtig!)*

Doch schon jetzt und einseitig Verfügungen über das eroberte Russisch-Polen zu treffen, würde nichts anderes heißen, als daß Graf Czernin und die reichsdeutsche Regierung den Verständigungsfrieden über Bord geworfen *(sehr richtig!)* und daß sie die Möglichkeit eines baldigen Friedens, so viel es an ihnen liegt, wieder in weite Ferne geschoben haben. *(Zustimmung.)*

Was die reichsdeutsche Regierung tut, darüber sind wir ja nicht berufen, zu sprechen. Aber Graf Czernin begeht mit seinem Vorgehen ein Verbrechen, ein schreckliches Verbrechen an der ganzen Menschheit *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)* und insbesondere an den hart geprüften Völkern seines eigenen Vaterlandes, wenn er irgend welche Hindernisse, mögen es auch die geringsten sein, der Entwicklung der Verhältnisse zu einem baldigen Frieden in den Weg legt. Graf Czernin diskreditiert auch oder würde dadurch auch die wiederholten aufrichtigen Versicherungen seines eigenen Kaisers diskreditieren, der es immer und jedem verkündet, daß er den Frieden so rasch als möglich haben, und nicht eine Minute länger Krieg führen will, als es unumgänglich notwendig ist. Graf Czernin würde die Aussichten auf den Frieden ganz begraben, wenn er schon jetzt Beschlüsse über eroberte Gebiete endgültig ausführen wollte; er wäre nicht mehr der Friedensrichter, sondern der Totengräber des Friedens, ein Kriegsverlängerer. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Nach den Berliner Nachrichten würde auch Galizien an das neu zu errichtende Königreich abgetreten werden. In der Antwort des Ministerpräsidenten, beziehungsweise des Grafen Czernin ist diese Absicht nicht in Abrede gestellt worden. Die Herren von der polnischen Seite werden es uns wohl zubilligen, daß uns eine solche Absicht nicht kalt lassen kann, möge nun diese Abtrennung

jetzt oder später vorgenommen werden. Ohne andere Änderungen im Reiche vorzunehmen, würde ein solcher Akt die Ruthenen in die Minorität im Königreiche Polen, uns aber in eine Minorität im übrig gebliebenen Teil Österreichs setzen. Zwar wäre die Majorität eine verschwindend kleine, jedoch bei dem Umstande, daß die Zentralämter, die Bureaukratie in den Kronländern und der Militarismus die Germanisation mit Absicht und voller Kraft betreiben, daß der Haß gegen alles, was nicht deutsch ist, wie wir eben zu Beginn des Krieges gesehen haben, in erschreckendem Maße vorgegangen ist, wäre doch unser nationales Los für ewige Zeiten besiegelt.

Wir wollen daher die Lösung der polnischen Frage, wir wollen sie aber nur im Zusammenhange und gleichzeitig mit der Lösung der südslawischen, der ruthenischen und der böhmischen Frage. *(Beifall.)* Weil wir aber nicht nur die Befreiung des südslawischen Volkes in Österreich, sondern des ganzen südslawischen Volkes wollen *(Beifall)*, darum muß auch der Dualismus, welcher die Vorherrschaft zweier Völker begründet, fallen und die Völker, welche nach Sprache und Blut zusammengehören, vereinigt und zur Selbständigkeit ohne jedwede Fremdherrschaft geführt werden. *(Beifall.)*

Meine Herren! Eine Abtrennung Galiziens ohne gleichzeitige Lösung des südslawischen, böhmischen und ruthenischen Problems müßte in uns im gegenwärtigen Momente eine sehr ernste Frage aufwerfen: Müßten denn dann unsere Soldaten noch weiter für ihre eigenen Bedrücker kämpfen? *(Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen.)* Müßte das Volk im Hinterland noch weiter leiden, damit dann diesem Volk der Tod gebracht wird? Wir wünschen, daß uns darauf klare Antwort gegeben werde. *(Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Tusar:** Ich erteile dem nächsten Anfragesteller, dem Herrn Abgeordneten Stanek das Wort.

Abgeordneter **Stanek:** Bohužel jímá mne z počátku pocit jakési stísněnosti, uvážím-li, že stojíme zde v boji proti našim odvěkým nepřátelům německým, že však dva slovanské kmeny nemají dosud své záležitosti urovnány a před tváří celé sněmovny přicházejí se svými spory. Mohu-li tu apelovati na slovanskou vzájemnost, mohu-li žádati, abychom stáli zde semknuti jako odhodlaní bojovníci proti společnému nepříteli, dokud zápas těchto kmenů není urovnán?

Zástupcové českého národa, kteří v roce 1870 předvídali strašný boj o Elsasko-Lotrinsko, již tehdy dali německému ministru Beustovi prohlášení, které zní *(čte)*:

„Právo svobodné svévlády národa sluší ceniti výše, kdekoliv se jedná o přetvoření nebo utvoření nových států než všeliké jiné, jakkoli důležité momenty a zájmy politické, ježto vesměs podrobeny jsou výkladům libovolným.

Všichni národové, ať velicí, ať malí, mají rovné právo sebeurčení a osobnost jejich stejně má šetřena býti.

Jen z uznání rovnoprávnosti a ze vzájemné vážnosti svobodného sebeurčení všech národů může vykvésti pravá jejich svoboda a i bratrství, všeobecný mír a pravá lidskost. *(Výborně! — Potlesk.)*

Proto přeje si národ český, aby říše, mezi jejíž nejdůležitější oudy čítá se národ český, zastupovala uvedené zásady právní též ve své zahraniční politice se vší opravdovostí.

Zástupci českého národa znali tehdy snahy národa německého po sjednocení, ale prohlásili slavně:

Kdyby však násilí užíti se chtělo proti kmenům takovým, kteří žádají zůstati věrní státu jinému, s nímž se cítí spojeni společnou historií a rozmanitými zájmy, bylo by též uražením řečeného práva sebeurčení, tolikéž pro celé kmeny, co pro osoby samostatné.

Kdyby úmysl národa německého směřoval k tomu, aby národu francouzskému vyrval celé krajiny jeho državy, jichžto obyvatelé se Francouzi býti cítí a jimi zůstati chtějí, chystal by se porušiti právo sebeurčení oněch kmenů a postaviti násilí na místo práva.

Národ český chová přesvědčení, že takové pokoření, které spočívá v tom, když se národu vznikajícímu opravněnou národní hrdostí a bojácností odejme část území, musí se státi nevyčerpatelným pramenem nových válek a tudíž i ran pro zájmy člověčenstva i vzdělanosti lidské.“ *(Výborně! — Potlesk.)*

Národ český tedy slavně vyslovil se proti annexi Elsas-Lotrinska a vývoj poměrů světových dal za pravdu tehdejším varovným hlasům českých politiků.

Národ český našimi ústy dnes znova zvedá varovný svůj hlas a varuje před novou politikou anekční, jež zase by byla počátkem nové války. Dnes je tu opět snaha, uváděti země v područí cizího národa, a proti tomu protestujeme, třeba že cizí území má připadnouti státu slovanskému. *(Výborně! — Hlučný potlesk.)*

Hohes Haus! Die Interpellationen sind schon eingehend begründet worden. Wir stehen vor einer Tatsache, die das ganze öffentliche, politische Leben in Österreich verwirrt. Es weiß heute jeder ganz gut, daß die riesigen Opfer, die dieser unselige

Krieg schon gefordert hat und noch fordern wird, nicht damit beendet werden können, daß einzelne, ja nur Bruchteile von Nationalitäten zu selbständigen Staaten emporgehoben werden und das noch dazu in einer Zeit, wo es vollständig ungewiß ist, wie dieser Krieg beendet werden wird. Wir haben jetzt von den Vertretern des ukrainischen Volkes gehört, daß Graf Czernin sich unseren Hochverräterreihen angeschlossen hat, indem er ihnen die definitive Erklärung gegeben hat, daß diese Fragen nur auf der Friedenskonferenz geregelt werden können. *(Zustimmung.)* Ich glaube, daß nach unseren Grundsätzen auch Graf Czernin so behandelt werden soll, wie die Vertreter des böhmischen Volkes, die gewußt haben, daß das österreichisch-ungarische Reich in seinen Grundpfeilern noch nicht stark genug ist, die deutsche und ungarische Hegemonie zu brechen und den slawischen, den nichtmagyarischen und nichtdeutschen Völkern so viel Selbständigkeit und so viel Rechte zu geben, daß dieses Reich auf feste Grundlagen gestellt wird. Wenn Sie nicht wollen — diese Sache ist ernst — ist es dann Ihre Schuld, wenn die Sachen anders gehen, als Sie sich denken, nach allen Reden — auch die Deutschen haben dies anerkannt, wo es ihnen paßt. Für Finnland haben sie sich eingesetzt, allen Völkern wollen sie das Selbstbestimmungsrecht geben, nur nicht den Völkern, die in diesem Reiche und in Ungarn von ihnen vergewaltigt und vernachlässigt werden. *(Bravo.)* Sie sehen, meine Herren, daß das Selbstbestimmungsrecht schon alt genug ist; wir haben keine Entente dazu gebraucht, als unsere Vertreter gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen gesprochen haben, wir haben keine Belehrung vom Auslande gebraucht, denn wir haben schon im Jahre 1870 diesen Grundsatz aufgestellt und wir bleiben diesem Grundsatz treu. Ich möchte es bedauern, wenn slawische Völker nicht so viel Verstand und Mut haben, falls zwischen ihnen Zwistigkeiten sind, dieselben sofort zu begleichen *(lebhafter Beifall)* und dies in einem Momente, wo wir vor einer so großen Gefahr stehen . . . *(Abgeordneter Kallina: Preußen ist vergessen!)* leider . . . . , wo wir vor einer so großen Gefahr stehen, daß wir entweder alles für die slawischen Völker von Österreich-Ungarn gewinnen oder alles verlieren können. Wollen Sie, meine sehr geehrten Herren, daß das auf das Konto der Polen kommt, frage ich. Sind Sie so stark, daß Sie das vor der Geschichte verantworten können, daß Sie Ihren Streit mit den Ruthenen, mit den Ukrainern nicht vor der Lösung des Weltkrieges lösen können? Wenn Sie das ertragen können, wenn Sie, wie Graf Czernin gesagt hat, vor die Friedenskonferenz kommen wollen, belastet durch eine solche Verantwortung, wie er Ihnen sie aufbürden will . . . . *(Abgeordneter Dr. Głąbiński: Die Teilung Polens war ein Verbrechen!)* Ja, ja, wir stimmen zu, aber das Königreich Polen muß sich eines zum Prinzipe machen: gerecht zu sein und besonders gerecht gegen seine slawischen Brüder *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, gegen seine slawischen Angehörigen. Und wenn diese Angehörigen das Selbstbestimmungsrecht verlangen, so appelliere ich an die Polen, daß sie hier öffentlich im Hause erklären, daß sie auch für die Ukrainer dasselbe Recht ansprechen *(lebhafter Beifall)*, das sie für sich beanspruchen.

Die polnische Frage ist sehr schwer, weil unser guter Verbündeter weiß, warum er Preußisch-Polen nicht opfern will. Ich frage Sie, meine Herren, wollen Sie dieselbe Schuld begehen wie wir, indem wir unsere Slowaken in Ungarn so lange ohne unsere Hilfe belassen haben? *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wollen Sie das erleben, was die Slowaken in Ungarn erdulden, wo sie heute wie Sklaven leben, da wir damals so wenig protestiert haben gegen den Dualismus, diese unglückselige Form, die heute auch die Deutschen spüren, weil sie nichts zu essen haben? *(Beifall.)* Aber politisch werden Sie dies auch erleben. Wir österreichischen Slawen sind verpflichtet zusammenzuhalten, damit die ganze Öffentlichkeit sieht und besonders die österreichische Öffentlichkeit, die sich daran gewöhnen muß, daß, wenn auf diesen Bänken die Slawen zusammenhalten, sie mit allen nichtdeutschen Völkern die Majorität des Reiches bilden *(Beifall)*, trotzdem diese Wahlordnung hier im Hause nicht gerecht und nicht gleich ist, denn wir haben eine viel größere Majorität, als in diesem Hause auf unseren Bänken zum Vorschein kommt. Wollen Sie denn nach dem langen Dienen nicht diese Mehrheit? Sie haben, meine Herren, ja nicht der Regierung, nicht der Dynastie, nicht dem Reiche gedient, als Sie die Unterdrücker aller Slawen, als Sie die Deutschen hier im Hause bis aufs Blut unterstützt haben. Wollen Sie das weiter ertragen, wollen Sie das vor der Öffentlichkeit verantworten? Ich appelliere an Sie und sage, es ist nie zu spät anzuerkennen, daß Sie sich dessen bewußt sind *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, daß, wenn Sie selbständig sein wollen, es den anderen auch gebührt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wenn ich über den Dualismus und die Slowaken sprechen darf — meine Herren, das ist nicht eine Rede für 20 Minuten, deshalb lese ich nur stellenweise etwas vor.

Ein durch den Dualismus verworrenes Habsburgerreich ist nicht fähig, seine Völker staatsrechtlich zu organisieren. In Ungarn verkörpert der Dualismus die Idee der nationalpolitischen Barbarei. Unter hoher Patronanz werden einer wirtschaftlich unproduktiven und politisch gemeinschädlichen Adels-

clique alle Mittel zur Magyarisierung von Völkern zur Verfügung gestellt, von Völkern, die nicht nur im gegenwärtigen Kriege, sondern auch sonst bei jedem Anlasse demonstrativ alles für Reich und Dynastie opferten. Die selbst an höchsten Stellen geduldete Mißhandlung unserer slowakischen Stammesbrüder in Nordungarn ist wie eine flammende Warnung, wie hierzulande die Loyalität geahndet wird. Zweieinhalb Millionen Slowaken haben keine einzige Hoch-, Mittel- und Fachschule. Von den auf ihrem Gebiete befindlichen 3300 Volksschulen wird noch in 380 nebenbei auch slowakisch unterrichtet. Verwaltung und Justiz sind nicht nur Instrumente einer egoistischen volkswidrigen Clique, sondern schließen außerdem auch noch alle Volkssprachen aus.

Alle Organe der Staatsgewalt und der adeligen Komitatsautonomie bilden nur einen großen Entnationalisierungsapparat gegen alle nichtmagyarischen ungarischen Völker. Infolge eines fantastisch-rückständigen Wahlrechtes ist die nichtmagyarische Majorität Ungarns aus allen Vertretungskörpern ausgeschaltet. Im Budapester Reichstag haben die mehr als 50 Prozent nichtmagyarischer Bevölkerung 7 Prozent des Abgeordnetenhauses. *(Hört! Hört!)* Und, meine sehr geehrten Herren, auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät ist eine Regierung gebildet worden, welche die Wahlordnung verbessern und durchführen soll. Wie aber, meine Herren, wird dieser Allerhöchste Befehl in Ungarn ausgeführt? Dadurch, daß diese 7 Prozent sich auf 4 Prozent verringern sollen! *(Hört! Hört!)* So werden in Ungarn die Allerhöchsten Befehle respektiert und durchgeführt. Ich frage Sie, meine sehr verehrten Herren, und ich appelliere an das ganze Haus: Wäre das möglich, wenn in der Umgebung Seiner Majestät Leute wären, die ihn in Wirklichkeit informieren würden über diese schändlichen Verhältnisse in Ungarn? *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)* Wäre das möglich, meine sehr geehrten Herren? *(Andauernder Beifall. — Abgeordneter Dr. Soukup: Wir werden hier über Ungarn sprechen und es uns nicht verbieten lassen!)* Aber, Herr Kollega, Sie vergessen, daß für Seine Majestät die Reden, die hier gesprochen werden, vielleicht konfisziert werden. Das ist alles möglich bei den jetzigen Zuständen und besonders in Ungarn, wenn die Magyaren sich unterstehen, mit unserer Regierung zu verhandeln, und einen Paragraphen schaffen wollen, daß wir vielleicht gehenkt werden, wenn wir hier im Hause gegen die Integrität des magyarischen Staates sprechen. Nun, meine Herren, wir sind verpflichtet, uns diese Wahlordnung anzusehen, und wer Sinn hat für Recht, muß mit uns darin übereinstimmen, daß diese Vergewaltigung der nichtmagyarischen Völker — und es sind auch Deutsche darunter, meine Herren — nicht weiter stattfinden darf, daß auch in Ungarn die Nationalitäten das Recht auf Selbstbestimmung erhalten müssen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Das Ungarn von heute, meine sehr geehrten Herren, mit seinem nationalpolitischen System ist die zweitgrößte Ursache des Weltkrieges und das zweitgrößte Hindernis des Friedens. *(Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)* Wir erfüllen nicht nur unsere nationale Pflicht, indem wir den Anschluß der Slowaken an den böhmisch-slowakischen Staat fordern, sondern es ist und bleibt dies unsere Pflicht und Schuldigkeit auch vom Standpunkte der Humanität und der Friedenspolitik. Kein Friede, keine Gesundung Europas ist denkbar, solange in Wien und Budapest der Dualismus jede vernünftige Dislozierung von den fünf Klein- und Mittelvölkern hindert, solange auf den Ruinen der Dualmonarchie nicht blühende Nationalstaaten aufblühen, in denen das Selbstbestimmungsrecht gewahrt werden muß und zufälligerweise entstandene Minoritäten das gleiche Recht mit den herrschenden Völkern haben müssen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen!)* Ich glaube mit Recht sagen zu können, daß das vergewaltigende Deutschtum und Ungartum ausgespielt hat; es hat im Kriege nicht nur nichts gelernt, sondern noch verlernt. Mit dem vergewaltigenden Deutschtum und Ungartum hat aber auch noch ein anderes System ausgespielt, nämlich jedes System der Vergewaltigung, der Vernachlässigung, der Bedürfnisse aller Völker, die dieses Reich mitgegründet, miterkämpft und mitverteidigt haben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Abgeordneter Dr. Soukup: Auch die geheime Diplomatie muß beseitigt werden; die lassen wir uns nicht gefallen!)* Das gehört auch dazu, Herr Kollege.

Zum Schlusse noch einige Worte. Seine Majestät Kaiser Karl ist, wie alle Redner in diesem hohen Hause, auch unsere Redner, betont haben, für diesen schrecklichen Krieg nicht verantwortlich. *(Zustimmung.)* Er hat ihn nicht erklärt. Seine Majestät Kaiser Karl hat bis dato keinen Verfassungsbruch der Regierungen, obwohl solche durch Vergewaltigung, durch Oktroys beabsichtigt waren, unterzeichnet. Seine Majestät Kaiser Karl ist auch im Volke durch seine demokratischen Ansichten und verschiedene Akte, durch die er die Schrecken des Krieges und der Militärverwaltung gelindert hat, beliebt. Seine Erklärung den verschiedenen Deputationen und Einzelpersonen gegenüber, daß, wie der Herr Kollege Dr. Korošec hier betont hat, der Krieg nicht eine Minute länger dauern würde, wenn es von ihm abhinge, ohne alle Rücksicht auf alle andere Zustände, hat ihm alle guten Herzen gewonnen. Wenn aber in Wirklichkeit die verantwortlichen Kreise der Regierung den Willen Seiner Majestät so ausführen, wie die ungarische Regierung in betreff der Wahlreform gegen die

nichtmagyarischen Völker, wenn sie die Befehle von allerhöchster Stelle, Frieden zu schließen, so auffassen, daß sie neue Hindernisse des Friedens, eine neue Verlängerung des Krieges beabsichtigen, dann, das sagen wir offen und klar, spielen Sie, meine sehr verehrten Herren, nicht mit Feuer, sondern Sie spielen mit Dynamit. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wenn dieser Ruf von oben — einmal ist er auch von einem aktiven Hauptmanne von der Galerie gekommen — wenn dieser Ruf nach dem Frieden von oben gehört werden soll, dann muß es noch weiter kommen, dann gibt es keine prärogativen Rechte der Krone. *(Lebhafte Zustimmung.)* Niemand will die prärogativen Rechte der Krone antasten, in Friedenssachen aber stehen die Rechte der Völker auf Selbstbestimmung viel höher als andere Rechte, die nur durch die Verfassung, durch Oktroys uns aufgedrängt worden sind. *(Lebhafte Zustimmung.)* Wenn der Friede wirklich geschlossen werden soll, dann muß man offen und aufrichtig besprechen, wie die Grundlage beschaffen sein soll, was mit den Völkern Österreichs geschehen wird, wie die Zukunft sich gestalten soll. Und diese Dinge können wir nicht, wie ja bereits ein Zwischenruf es gesagt hat, der Geheimdiplomatie überlassen, sondern den Vertretungskörpern, die aber anders gewählt sein müssen, als unser Haus und besonders als das Haus in Ungarn. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wundern Sie sich nicht, meine sehr verehrten Herren, daß unsere Vorfahren, als sie ihm Jahre 1879 in dieses Haus gekommen sind, hier eine solenne staatsrechtliche Verwahrung vorgelegt haben. Diese Verwahrung haben Sie gelesen, Sie haben sie aber nicht beachtet. Sie haben geglaubt, die Vergewaltigung seitens der Deutschen in diesem Reiche und der Magyaren in der anderen Hälfte werde ewig dauern, wenn sie von der Krone, von oben bis herunter zum letzten Beamten, unterstützt wird; Sie sehen aber, dieses Gebäude, das auf Unrecht und auf Gewalt aufgebaut ist, stürzt zusammen. *(Sehr richtig!)* Meine Herren! Daß Sie nicht unter diesem Sturze begraben werden, ist Ihre Sache! Nehmen Sie sich in acht und arbeiten Sie dahin, daß die Verhältnisse in diesem Reiche sich so ändern, wie die Völker nach den Erklärungen vom 30. Mai 1917 es verlangen! *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Seitz zur Begründung seiner Anfrage das Wort.

Abgeordneter **Seitz**: Geehrte Herren! Was immer heute in der Welt geschieht, betrachten wir ausschließlich und allein und in erster Linie von dem Gesichtspunkte, ob es dazu beiträgt, diesem furchtbaren Menschenschlachten ein Ende zu machen, ob es dazu beiträgt, uns den Frieden näher zu bringen. Wir treten auch an diese Frage zunächst von diesem Gesichtspunkte heran. Man hat mit einer gewissen Genugtuung die Waffenerfolge in Italien verfolgt. Aber, meine Herren, man täusche sich nicht über die Stimmung des Volkes: es gibt wenige Leute mehr, sehr wenige, die solche Waffenerfolge etwa deshalb mit Freude begleiten, weil sie ihnen die Aussicht auf Eroberungen eröffnen *(Ganz richtig!)*, weil sie ihnen die Aussicht eröffnen auf einen Siegfrieden und dergleichen. Diese Leute sind in Österreich fast gänzlich ausgestorben.

Woran man denkt, ob so oder so, ob das oder jenes draußen geschieht, das ist ausschließlich und allein, ob es geeignet ist, uns dem Frieden näher zu bringen. *(So ist es!)* Man hat sich gesagt, wenn wir jetzt solche außerordentliche Erfolge erzielen, so erwachsen uns daraus auch ernste Pflichten, vor allem die ernste Pflicht, abermals unsere Friedensangebote zu stellen, und zwar mit jener Deutlichkeit, die wir bisher vermißt haben und die dahin geht, daß dieser Staat nichts anderes will, als sich behaupten, daß wir alle Absichten auf Eroberungen und Entschädigungen ablehnen, daß wir nichts anderes wollen als den Frieden der Völker auf Grund eines redlichen Vertrages. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Das immer mit allem Nachdrucke zu sagen, ist nicht nur unsere Pflicht, es ist die Pflicht der Regierung. Wir müssen gegen die Regierung den ernsten Vorwurf erheben, daß sie dieser Pflicht bis heute noch nicht genügend nachgekommen ist, und wir müssen fordern, daß sie ihr ehestens nachkomme. Und damit draußen in der Welt niemand im Zweifel darüber sei, daß diese Regierung, wenn sie es bisher versäumt hat, das mit allem Nachdruck zu sagen, darin allein steht, so müssen wir es hier im Parlamente, wo alle Völker dieses Reiches auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes aller Bürger zusammengekommen sind, laut und deutlich und mit allem Nachdrucke sagen: Wir als die berufenen Vertreter, die in erster Linie die Verantwortung tragen vor der Geschichte — denn nicht die vergänglichen Regierungen tragen sie — *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)* wir sagen es hier der ganzen Welt hinaus, wir die Vertreter aller Völker, im Namen aller Völker dieses Staates, wir wollen nichts als den Frieden ohne Annexionen, ohne Kontributionen *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, den Frieden auf Grund eines redlichen Vertrages aller Völker.

Meine Herren! Was wir der Regierung vor allem zum Vorwurf machen, wenn wir die Antwort prüfen, die uns der Herr Ministerpräsident gestern namens des Ministers des Äußern verlesen hat, ist, daß sie den Gerüchten nicht mit allem entschiedenen

Nachdruck entgegengetreten ist. Diesem Gerüchte von der Absicht, Polen in eine Personalunion mit unserer Monarchie zu zwingen, und der Nachricht von den Konsequenzen, die diese Regelung der polnischen Frage auf die Annexionsgelüste in Deutschland hat, mußte sofort auf das entschiedenste entgegengetreten werden. Es mußte die Tatsache festgestellt werden, daß niemand bei uns annektieren will. Denn die Sache ist so: Wir für uns wissen es jeder, wir wollen nicht annektieren — aber wissen es denn diejenigen, auf die es heute ankommt? Seit Jahren schon, von dem Zeitpunkt des Durchbruchs bei Gorlice an, haben wir es gepredigt und sagen wir es immer: Das erste Gebot einer klugen Politik der Mittelmächte ist, nicht vor allem zu wirken auf die herrschenden Gewalten in der Entente, auf die heute noch führenden Politiker, sondern vor allem zu wirken auf die Minderheiten — leider noch Minderheiten! — in der Entente, auf jene Volkskreise, die in den feindlichen Staaten für den Frieden wirken. Die Friedensbewegung auch bei den Gegnern zu entfachen, ist unsere Aufgabe. Mit den Herrn Lloyd George und Poincaré werden wir — wenigstens wie sie heute sind — sehr schwer zu Friedensverhandlungen kommen. Die Wahrscheinlichkeit zu Friedensverhandlungen rückt nur in dem Maße näher, wie die Widerstände gegen die Kriegshetzer, die führenden Politiker in der Entente stärker werden.

Und nun frage ich Sie, meine Herren: Wenn auch wir wissen, daß wir nicht annektieren wollen, wer wird es uns in der Entente glauben? Und verstehen Sie nicht, daß wir durch solche schwächliche Erklärungen, wie wir sie gestern gehört haben, daß wir, wenn wir den Gerüchten von unseren Annexionsgelüsten nicht entschieden sofort entgegentreten, geradezu Wasser auf die Mühlen aller Kriegshetzer in der Entente treiben? Verstehen Sie denn nicht, daß die heute wahrscheinlich schon in Tausenden von Volksversammlungen, in Millionen von Zeitungsblättern die Nachricht hinausschicken werden: Endlich haben die Mittelmächte ihre eigentlichen Kriegsziele enthüllt, endlich haben sie gezeigt, daß sie Annexionen wollen, endlich zeigt sich ihr Charakter! und daß Sie daraus den Schluß ziehen, nunmehr müsse alles zusammenhelfen, um gegen die Mittelmächte loszugehen und den Krieg fortzuführen. Es wirkt also geradezu aufreizend für die Kriegshetzer, es wirkt belebend auf ihre Agitation und es wirkt lähmend auf die Friedensbewegung, wenn unsere Regierung nicht mit allem Nachdruck das zum Ausdrucke bringt, was ist: den Friedenswillen der Völker in diesem Staate.

Aber, meine Herren, es handelt sich nicht nur um den Frieden, sondern wir müssen uns auch fragen, wie die Lösung, von der man hier, wenn auch nur gerüchtweise hört, unsere künftige Politik beeinflußt. Wir befinden uns heute in freundschaftlichen, bundesgenossenschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche. Aber können wir absehen, in welche schweren Gegensätze zum Deutschen Reiche die Monarchie durch eine solche Maßregel kommen kann? *(Sehr richtig!)* Können wir ermessen, was das für unsere friedlichen Beziehungen bedeutet? Wir kennen die polnische Politik und wir wissen, daß diese Nation eine eminente politische Nation ist; wir beurteilen richtig die Klugheit der polnischen Politik. Es ist selbstverständlich, daß, wenn die polnischen Politiker die Wahl haben zwischen einer Verbindung mit dem Deutschen Reiche und einer Verbindung mit diesem Staate, von dem wir hier wieder ein Bild empfangen, sie natürlich das letztere wählen. Also, meine Herren, dieselben Gründe, die polnischen Politikern diesen Ausweg weisen, mahnen uns auf der Hut zu sein und zu bedenken, ob nicht gerade diese Beziehungen unser Verhältnis zum Deutschen Reiche sehr schlimm beeinflussen können. Das wäre vor allem anderen eine Erwägung unserer deutschen Politiker — leider werden wir ja bei ihnen wenig Verständnis finden.

Wir halten diese Lösung auch gefährlich für unsere Beziehungen zu Rußland. Die betreffende Bemerkung unserer Interpellationsbegründung hat gerade bei den Herren Wolf und Konsorten besonderen Widerspruch erregt und die Herren haben uns in Zwischenrufen eingeladen, wir sollen in die Duma gehen. Es zeigt das, nebenbei bemerkt, wie genau sie über die Verhältnisse orientiert sind, wenn sie heute noch jemanden einladen, in die Duma zu gehen. *(Heiterkeit und Rufe: Sehr gut!)* Aber, meine Herren, wir bekennen uns dazu, jawohl, wir sagen es mit allem Nachdruck, daß wir mit allen unseren warmen Sympathien das begleiten, was heute in Rußland vor sich geht *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, daß unsere ganzen Sympathien der russischen Revolution gelten *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)* und daß die Demokratie in Österreich, daß die Demokratie der ganzen Welt ihre Hoffnungen darauf setzt, daß die Erlösung von Osten kommt, von diesem Rußland, das einst als der Hort des Zarismus gegolten hat. Und wir haben gewiß den ernsten Willen, mit dem demokratischen Rußland auch fernerhin in den besten Beziehungen zu leben. *(Abgeordneter Ritter v. Mühlwerth: Mit welchem? Welche Revolution begrüßen Sie? Die frühere oder die jetzige? Wir haben jetzt doch schon wieder eine andere Revolution! Die frühere haben Sie ja auch begrüßt! — Gegenrufe des Abgeordneten Dr. Ellenbogen.)* Wir begrüßen, Herr Dr. v. Mühlwerth, diejenige Revolution, die uns am radikalsten in unserem Bestreben fördert, die Ideen, die Sie hier vertreten, endgültig aus Europa zu bannen und Europa zu einem modernen Zusammenleben der Völker nach

den Grundsätzen der Demokratie zu führen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Und deshalb, meine Herren, bedauern wir, daß diese Nachrichten geeignet sind, auch in Rußland Bedenken zu erregen, ja konterrevolutionär zu wirken, daß sie im Sinne jener reaktionären Kräfte in Rußland wirken, die wir auch hier in Österreich bekämpfen müssen.

Meine Herren! Wir müssen weiter erwägen, wie diese Lösung innerpolitisch wirken würde. Wir wünschen — das kann ich wohl im Namen auch des letzten deutschen Arbeiters, im Namen des gesamten deutschen sozialdemokratischen Proletariats sagen —, wir wünschen dem polnischen Volke seine volle Unabhängigkeit, seine volle Freiheit, und zwar dem gesamten polnischen Volke. *(Beifall.)* Und wenn uns in einem Zwischenrufe von einem Kollegen, der noch vor wenigen Jahren mit uns in einem parlamentarischen Verbande war, gesagt worden ist: Wir bedürfen nicht eurer Wünsche, sondern eurer Taten! so antworte ich: Alles das, was das deutsche Proletariat dazu tun kann, um ohne eine Verletzung anderer Rechte und ohne eine Schädigung anderer Interessen die volle Unabhängigkeit, Freiheit und Selbständigkeit dem ganzen polnischen Volke zu sichern, all das werden wir jederzeit gewissenhaft tun. *(Beifall und Zwischenrufe.)* Wir wünschen diese Freiheit und Unabhängigkeit selbstverständlich nicht nur dem polnischen Volke; wir wünschen sie den Ruthenen, den Tschechen, den Südslawen und dem deutschen Volke in Österreich! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wir wünschen diese Freiheit und Unabhängigkeit jedem Volke in diesem Staate. Andererseits müssen gerade Sie, die Sie einen so glorreichen Kampf für Ihre Freiheit führen, gerade Sie, die Nation der schönsten Traditionen der Demokratie, von denen die Geschichte über heldenmütige Kämpfe für Freiheit und Unabhängigkeit berichtet, verstehen, daß auch im ruthenischen Volke derselbe Geist lebt und daß auch das ukrainische Volk dieselbe Unabhängigkeit und Freiheit anstrebt wie Sie. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Und wenn ich das sage, meine Herren, und wenn gerade die ukrainische Partei weiß, daß wir auch ihre Freiheitsbestrebungen jederzeit unterstützt haben, so dürfen Sie uns anderseits nicht verübeln, wenn wir der Ansicht Ausdruck geben, daß Sie heute noch etwas zu schwarz sehen. Wir halten die Lösung, die hier gerüchtweise verlautet, für eine blanke Unmöglichkeit und ich würde den Angehörigen des ukrainischen Volkes raten, selbstverständlich bei Aufgebot aller Tatkraft und aller Arbeit für die Unabhängigkeit und Freiheit, sich doch über diesen Gegenstand nicht so sehr aufzuregen; ich würde ihn mit der Kühle behandeln, die man einem Vorschlag entgegenbringt, den man von vornherein für unmöglich, für nicht verwirklichbar, für ausgeschlossen erachtet. *(Zwischenrufe.)* Er ist eine blanke Unmöglichkeit auch aus innerpolitischen Gründen. Oder glauben Sie, daß wir es dulden werden, daß das Jahr 1867 wieder auflebt? Wir wissen, was der Dualismus für die Freiheit und Unabhängigkeit, für die Selbstbestimmung der Völker bedeutet. Wir wissen, was es bei unseren handelspolitischen, bei unseren Ausgleichsverhandlungen bedeutet; glauben Sie, daß wir dulden werden, daß sich diese Schwierigkeiten ins drei-, vier-, fünf- und achtfache vermehren? Das ist eine blanke Unmöglichkeit. Wir wissen, daß diese Lösung auch deswegen nicht möglich ist, weil sie in der Form, wie von ihr berichtet wird, für die Völker Österreichs ja unerträglich wäre. Denn dieser Monarch wäre ja wie der liebe Gott in der katholischen Kirche eine Dreieinigkeit, aber eine Dreifaltigkeit, deren einer Teil ein polnischer König wäre, der hie und da berufen wird, damit sich einige Adelige und einige Große der Nation im Glanze einer alten Krone sonnen können, der aber im übrigen natürlich nur ein Scheinkönig wäre — das wünschen sie ja —, eine Dreieinigkeit, deren zweiter Teil ein König von Ungarn wäre. Ich weiß nicht, ob nicht vielleicht in Konsequenz dieser Ereignisse auch der König eines Ungarn, das nur durch eine Personalunion mit Österreich verbunden wäre, jedenfalls ein König aber, der auch ein Schattenkönig wäre, der in allem, was er wirtschaftlich, handelspolitisch usw. will, von zwei mächtigen Nationen beeinflußt und von ihnen abhängig wäre, in diesem Staate aber mit dem ganzen schweren Gewicht und dem großen Einfluß, den hier die Dynastie hat, die Dinge gestalten würde nicht nach den Interessen der Völker Österreichs, sondern nach fremden Interessen. Das, meine Herren, werden wir niemals dulden, und deshalb ist diese Lösung unmöglich. *(Präsident gibt das Glockenzeichen).* Ich bin gleich fertig. Was wir wünschen, meine Herren, ist — ich kann es nicht oft genug sagen — die Unabhängigkeit und Freiheit, die volle Souveränität Polens. Wenn die Polen sich als ein freies Volk in freier Wahl entscheiden sollten, auf die volle Selbstbestimmung, auf die volle Souveränität zu verzichten und sich einen Monarchen zu berufen, bitte, berufen Sie ihn, wir werden dann zu entscheiden haben, ob die dadurch hergestellten Beziehungen mit den Interessen unseres Staates vereinbar sind oder nicht. Darin sollen Sie unabhängig sein, so wie Sie unabhängig sein sollen, wenn Sie sich das volle Selbstbestimmungsrecht sichern und sich zur Republik erklären.

Aber, meine geehrten Herren, wir müssen in den Dingen mitreden, und solange die Dynastie Wert darauf legt, in diesem Staate ein Faktor zu sein, so lange werden wir nicht dulden, daß sie einseitig entscheide und daß sie über die Interessen

dieses Staates Entscheidungen treffe nach ihren dynastischen Interessen oder nach ihren Beziehungen zu anderen Völkern. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wir wünschen nicht nur den Polen, wir wünschen allen Völkern das Recht der Selbstbestimmung und der vollen Freiheit, weil wir wissen, daß sie allein uns die Bürgschaft ist gegen die Wiederkehr so schrecklicher Ereignisse, wie wir sie heute miterleben, weil sie allein uns sichert vor der Wiederkehr eines so schrecklichen Krieges, wie dieser. Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht, wir wollen nicht, daß die Völker wie die Schafe in die Kriege getrieben werden, für fremde Interessen, daß sie verhandelt und verkauft werden wie die Pferde, sondern wir wollen, daß sie über ihre Geschicke selbständig entscheiden. Dieses Selbstbestimmungsrecht der Völker muß gesichert werden in den Friedensverhandlungen, muß gesichert werden für immer und ewig und dann werden wir die Wiederkehr solcher Ereignisse verhindern können. Die Vorrechte der Herrschenden, das Recht der Herrschenden, über uns zu entscheiden, war eine der Ursachen dieses Krieges; durch das Selbstbestimmungsrecht, durch die Unabhängigkeit der Völker, durch die volle Übertragung der Macht an die berufene Vertretung der Völker wollen wir uns sichern, daß solche Ereignisse nie wiederkehren. Wir wollen uns sichern, daß die Friedensverhandlungen geschlossen werden nicht von König zu König, von Monarch zu Monarch, sondern von Volk zu Volk. *(Lebhafter Beifall.)* Und diese Friedensverhandlungen, die geschlossen werden von einem Bunde, von einer Vereinigung freier Völker, sie werden der Menschheit das höchste Glück garantieren und sichern für ewige Zeiten: den vollen, ewigen Frieden der Völker. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Wityk das Wort.

Abgeordneter **Wityk:** Висока Палато! В імени українського пролетаріяту підношу грімкий протест против послідного тайного договора ґрафа Черніна.

Hohes Haus! Ich muß die Rechte des ukrainischen Volkes reklamieren. Das ukrainische Volk wendet sich jetzt an alle Nationen und verlangt, daß über das ukrainische Volk auch ein gerechtes Wort gesprochen werde. Wir werden uns jetzt an die Völker wenden, weil wir sehen, daß alle Diplomaten, die uns irregeführt haben, nur gearbeitet haben, um uns zu vernichten. Wir haben gesehen und gehört, daß Graf Czernin im Laufe eines Jahres die verschiedensten und schönsten Probleme aufgestellt hat. Er hat geredet über Friedensverhandlungen ohne Entschädigungen und ohne Annexionen; er hat dann unlängst in Ungarn gesprochen über Schiedsgerichte, was uns sehr gefallen hat, er hat dann wiederum gesprochen durch den Mund Seiner Exzellenz des Herrn Dr. v. Seidler, daß nur die Krone über das Schicksal der Völker entscheiden wird. Jetzt wieder vor einigen Tagen hat er den Ukrainern feierlich versprochen, daß alle diese Nachrichten von der Annexion der Ukraina, von der Annexion Ostgaliziens aus der Luft gegriffene Fabeln sind. Er hat gesagt, bevor der Friede da ist, könne nichts geschehen, so etwas falle niemanden auch nur im Traume ein. Und ein anderer Herr, der dort war, ein Graf Colloredo sagte: Vielleicht wünschen das die Polen und der Wunsch ist der Vater des Gedankens. Nach zwei Tagen ist er nach Berlin gefahren und hat dort einen Vertrag abgeschlossen, der heute eine große Verwirrung in ganz Europa hervorgerufen hat, so daß dieser Krieg vielleicht noch 10 Jahre dauern wird. *(Widerspruch.)* Sie werden sehen, meine Herren. So sind unsere Diplomaten. *(Abgeordneter Vaněk: Es kommen die russischen Verhältnisse über uns!)* Eben, man kann bei uns nicht anders reden, um gehört zu werden. Wie können wir, wie können die Völker Europas solchen Leuten, wie einem Grafen Czernin und denjenigen, die hinter ihm stehen, jetzt noch Glauben schenken, wenn er das einemal über Schiedsgerichte, über Völkerversöhnung, über die Verhandlung eines Friedens ohne Annexionen spricht, wenn er sagt, daß dem ukrainischen Volke nichts geschehen wird, und dann dorthin geht und die Rechte aller Völker, auch die des ukrainischen Volkes verrät? *(Sehr richtig!)* Ist das ein Gentleman? Kann ein solcher Gentleman in den jetzigen Zeiten, wo ein jedes Wort das Blut von Millionen kostet, kann so ein Herr an der Spitze der Regierung sein und die Nationen vertreten? Wenn bei den österreichischen Regierungen wirklich etwas auf Ehre gehalten würde, könnte ein solcher Herr nach seinen verschiedenen Reden nicht einen Tag länger Minister des Äußern sein. Aber es geschieht leider bei uns, daß solche Gentlemens bei uns regieren und soviel Unheil anrichten.

Wir könnten ja all dem ruhig zuschauen, wenn zum Beispiel Graf Czernin zusammen mit Michaelis oder Hertling sich gegen Lloyd George stellen und sich mit ihm schießen würde und die Völker ruhig zuschauen und warten könnten, wer den anderen erschießt. Aber Graf Czernin und alle diese Kommandanten sind hier am Ballplatz und an anderen Plätzen verborgen und unser Volk, Millionen unserer Bauern, verbluteten und verbluten am Isonzo und in den Karpathen. *(Abgeordneter Vaněk: Nach dem alten Sprichwort: Wenn sich die Herren raufen, muß der Bauer die Haare hergeben!)* So ist es! Jetzt tragen unsere Regimenter, neun Regimenter sind es, ganz Ostgalizien ist es, die Blüte

unseres Volkes ist es, an ihren glühenden Bajonetten — die siegreichen Fahnen der österreichischen und deutschen Armeen. Und vom Kaiserthron herab wurde immer das größte Lob und der Dank der siegreichen Armeen verkündet. Aber von demselben Throne aus wird uns dort in Galizien ein ewiges Sklavenjoch aufgerichtet. Ist das ein Benehmen? Ist das nicht etwas, was uns hier in die größte Aufregung bringen muß? In seiner ausgezeichneten Rede hat uns Ukrainern der verehrte Herr Abgeordnete Seitz geraten, uns der Verzweiflung nicht hinzugeben. Ich muß dem verehrten Herrn Abgeordneten Seitz bemerken: Wer den Dichter will verstehen, muß in Dichters Lande gehen. Wer uns verstehen will, muß zu uns kommen und sehen, was dort geschieht. Auf der einen Seite unsere Soldaten; sie marschieren, kämpfen und siegen. Siegen für ihre Knechtschaft im eigenen Lande! Unser Land ist zugrunde gerichtet, zerstört. Gehen Sie in die Gegend von Stanislau, dort wohnen die Bauern in den Schützengräben, die die Soldaten verlassen haben; sie haben keine Wohnungen. Die Evakuierten, die von hier zurückgejagt wurden, wohnen in diesen Höhlen. Und was geschieht mit den jungen Mädchen und den Weibern? Sie sind in die schwerste Robott eingekettet, und für wen? Für die polnischen Schlachzizen, die vielleicht schon morgen über uns regieren werden. *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Die Leibeigenschaft hat man wieder eingeführt!)* Ja, man hat uns in mittelalterliche Zeiten zurückgedrängt, die Leibeigenschaft eingeführt und jetzt proklamiert man über unser Galizien die Herrschaft der Polen. Meine Herren! Muß uns das nicht erschrecken? Muß das nicht eine solche Empörung in uns hervorrufen, daß man nicht weiß, ob sich nicht vielleicht alles sprengen wird, wenn dieses Volk, das Ihnen Siege bereitet, jetzt nach seiner Rückkehr als Sklave behandelt, auf ewige Zeiten in eine Fremdherrschaft eingekettet, von den Schlachzizen unterjocht wird, jetzt, wo das Land vernichtet ist, wie nach der Tartarenherrschaft, wo wir uns vielleicht Gott weiß wie lange nicht werden emporrichten können? *(Zwischenrufe.)*

Wenn wir uns in einem solchen Zustande befinden, können wir dann dem allem ruhig zusehen, was Graf Czernin macht? Diese Bescherung durch den Grafen Czernin — ich sage das darum, weil wir mitgeschleppt werden — wird auch dem polnischen Volke nichts nützen, wie es uns nichts nützt. Wie macht er das? Er gibt ihnen keinen Zutritt zum Meere, von Posen ist keine Rede. Als Geschenk gibt er ihnen die Krone; aber wir wissen, was das ist. Die Militarisierung Polens wird es sein, eine neue Rekrutierung in Polen, das ist die ganze Sache.

Wer die Rede Seiner Exzellenz Bilinski gehört hat, hat gesehen, wie er sich freut. *(Abgeordneter Dr. Čehelskyj: Der Diamand verkauft jetzt die polnischen Rekruten um Ostgalizien!)* Leider, es ist so, meine Herren! Wenn sich Exzellenz Bilinski und Exzellenz Abrahamowicz freuen, dann müssen die Völker weinen, weil Exzellenz Abrahamowicz ein Vertreter der alten Podolier ist, die über uns herrschen werden. Er und Exzellenz Bilinski sind zufrieden und das polnische Volk soll sich wohl merken, ob dieses Geschenk nicht ein Dangergeschenk sein wird. Sie wollen uns den Polen schenken. Warum? Weil Sie immer ein unzufriedenes Land sehen wollen, Polen und Ukrainer zusammen, damit Sie einmal den einen, zum zweiten Male den anderen an den Haaren reißen und herrschen können, wie Sie wollen. Das ist der ganze Sinn dieses neuen Geschenkes an den neuen Kaiser, das Graf Czernin so sehr preist.

Ich muß erklären, daß das ukrainische Volk eine Verständigung mit dem polnischen Volke wünscht, aber wir werden uns nie dazu zwingen lassen, unter das polnische Joch der polnischen Schlachzizen zu gehen. *(Beifall.)* Und anders ist das nicht in Galizien. Wir werden uns dagegen wehren und glauben Sie nicht, meine Herren, daß meine Rede vielleicht scharf ist. Gehen Sie jetzt in unsere Dörfer, hören Sie zu, was dort geschieht. Ein jedes Kind bereitet sich jetzt zum schweren, vielleicht langen Kampfe vor, aber zu einem Kampfe bis auf den Tod gegen unsere neuen Unterdrücker. *(Beifall.)* In mittelalterliche Zeiten wollen Sie uns hineinjagen. Sie müssen wissen, daß das ukrainische Volk schon einmal Ruhe haben möchte. Man hat es verwüstet, vernichtet, hat seine Soldaten zu Krüppel gemacht, man rühmt es ob seiner Heldentaten, aber wir können nie ausruhen, weil man uns immer und immer nur unterdrücken will. Deshalb leuchtet uns die russische Ukraina als Hoffnung, dort haben die Ukrainer schon vor ein paar Monaten gerufen: Hoch die ukrainische Revolution, hoch die ukrainische Nationalregierung! *(Lebhafter Beifall.)* Dort, wo dreißig Millionen schon jetzt sich befreiender Ukrainer leben, dort, wo sie schon die eigene Selbstbestimmung sich erkämpfen, wo sie über die Meerscharen ihre eigenen Fahnen hissen, dorthin sehnt sich unsere trostlose Seele, dorthin wenden sich nun unsere Blicke mit der einzigen Hoffnung, daß wir zusammen mit dem ukrainischen Volke von Rußland alle Hindernisse brechen *(Beifall)* und uns zu einem selbständigen, freien, ukrainischen Volke vereinigen werden. Die Herren Diplomaten drängen uns selber dazu. Wir haben Ihnen alles gegeben, wir haben Ihnen unsere besten Kräfte gegeben, sie aber wollen uns durch ihre Diplomatie aus Österreich verdrängen. Wir wollen das jetzt schon selber machen, wir wollen nicht mehr auf dieses Schachertum schauen, das hier geschieht, wir wollen uns frei entwickeln und aufatmen und unser Volk will und verlangt, so wie die anderen Völker, den raschesten

Frieden. Wir haben schon genug dieser Siege, schon genug dieser Trophäen, die die gekrönten Häupter und Armeeoberkommandanten zieren und uns nur mit Sklaventum drohen.

Wir müssen wie die anderen Völker verlangen: Schluß mit diesem Spiel, weil alle diese Herren, obwohl sie jetzt siegreich sind, wie auf einem Vulkan spielen; sie wissen nicht, ob diese Völker, die jetzt gehorchen, morgen nicht vielleicht gegen sie gehen werden, denn wenn man unsere Soldaten jetzt zwingt, zu siegen, um uns zu unterjochen, ist das nicht ein Verrat an unserem Volke, daß sie weiterkämpfen? Dann müssen Sie, meine Herren, auch die Konsequenzen ziehen. Unsere Soldaten verstehen vielleicht alles andere nicht, aber daß das ukrainische Volk in Galizien von den Polen unterjocht werden soll, das verstehen sie wohl am eigenen Leibe, da haben sie schon Erfahrungen. Ich rate Ihnen, meine Herren, nicht, daß Sie mit solchen Dingen zu unseren Bauern kommen, die dort kämpfen, weil nur Gott weiß, ob ihre Fronten nicht wanken werden. Wir verlangen also Gerechtigkeit für uns, wir verlangen auch ein Ende dieses mörderischen Bruderkrieges, wir verlangen, daß allen Völkern Gerechtigkeit werde, und wir verlangen auch für uns, daß wir unter den Völkern ein freies Wort bekommen. Wir verlangen eine freie, selbständige, unabhängige Ukraine! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel:** Ich erteile das Wort dem nächsten Anfragesteller, dem Herrn Abgeordneten Dr. Ritter v. Isopescul.

Abgeordneter Dr. Ritter v. **Isopescul-Grecul:** Zur Begründung der gestellten Anfrage beehre ich mich, nachstehende Erklärung vorzubringen: Die Nachricht von einer Abtretung Galiziens an ein Königreich Polen hat begreiflicherweise die größte Erregung in der Bukowinaer Bevölkerung und insbesondere bei den Rumänen hervorgerufen. *(Zustimmung.)* Diese Erregung ist um so gerechtfertigter, als eine Loslösung Galiziens von Österreich die Bukowina territorial vom Reiche abschneidet und deshalb seine territoriale Individualität und sein staatsrechtliches Verhältnis zu Österreich gefährdet. *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Vielleicht wird man sie an Ungarn verschenken! — Heiterkeit.)* Danke.

Wir Bukowinaer Rumänen protestieren gegen jede wie immer geartete Veränderung des staatsrechtlichen Verbandes des Kronlandes Bukowina und insbesondere gegen eine allfällige Einverleibung der Bukowina in ein Königreich Polen oder in ein etwa neu zu begründendes ostgalizisches Verwaltungsgebiet.

In diesem Proteste liegt die Begründung der gestellten Anfrage.

Weitere Ausführungen behalten wir uns nach Anhörung der Antwort des Herrn Ministerpräsidenten vor. *(Lebhafter Beifall.)*

Vizepräsident **Jukel:** Ich erteile das Wort dem nächsten Anfragesteller, dem Herrn Abgeordneten Kuranda.

Abgeordneter **Kuranda:** Hohes Haus! Werte Kollegen! Ich werde Ihre Zeit nicht zu sehr in Anspruch nehmen. Ich gedenke nicht in verschiedene Kerben zu schneiden, welche meine Vorredner bereits mit ihrem Zeichen versehen haben. Meine Anfrage ist kurz und bündig. Sie lautet: Gedenkt die hohe Regierung zu erklären, daß die in der gestrigen Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten erwähnten maßgebenden Faktoren, deren vorherige Einvernahme und Zustimmung eingeholt werden muß, bevor das polnische Übereinkommen perfekt wird, auch den österreichischen Reichsrat umschließen?

Meine Worte werden zwei Ziele haben. Das eine ist die Begründung dafür, daß die gestrige Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten nicht nur dem Inhalte, sondern auch den ganzen Begleiterscheinungen nach dringend einer Erörterung und einer scharfen Erörterung bedarf. Das andere Ziel ist, Ihnen nachzuweisen, warum ich auf die außenpolitischen Seiten der Frage nicht übergehe.

Meine Herren! Unter einem der Form nach großes Aufsehen erregenden Aufwande wurden wir gestern ad audiendum verbum, fast möchte ich sagen, regium, weil ja Seine Exzellenz den rex vertritt, eingeladen, in einer gemeinsamen Besprechung des Budget- und Verfassungsausschusses eine Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten anzuhören. Erschien es mir auch schon von vornherein nicht sehr richtig, daß diese Erklärung in einem Ausschußkomplex erfolgte, da eine solche Erklärung im Hause erwartet werden mußte und nicht etwa über fremde Anregung, sondern ich glauben mußte, daß Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident selbst den Trieb in sich fühlen werde, in einer Angelegenheit, die alle Völker Österreichs von der Bistritza bis zum Rhein berührt, spontan uns alle, die wir das Recht haben, zu hören, von diesem Rechte nicht auf einen Seitenweg zu verweisen, indem wir als bloße Zuhörer und Gäste in den Ausschuß kommen, sondern hier als legitime Volksvertreter die legitime und notwendige Erklärung der Regierung hören zu lassen.

Ich komme nun zu den Begleitumständen und zum Inhalt. Seine Exzellenz kommt herein, verliest im Galopp acht bis neun Zeilen *(Ruf: Was schon im Abendblatt gestanden war!)*; ja, dasjenige, was wir wortwörtlich eine Stunde früher im Abend-

blatt gelesen haben, ist fertig, und es beginnt die Debatte über das Salz. Meine Herren! Eine Frage, die so weltbewegend ist, die uns alle auf das tiefste erschüttert, nicht nur in Erinnerung an diejenigen, die in diesem Kriege gefallen sind, sondern auch in der Zukunftserwartung für unsere Söhne und Enkel sowie auch in der Gegenwartserwartung für unser eigenes Los, eine solche Erklärung gibt man ab zwischen Käse und Birne, unvermittelt, vorher Tabak und hinterher Salz? Ist das würdig eines Parlaments? Ist das würdig einer Regierung, die das Parlament achtet, des Ministerpräsidenten?

Man hätte ebenso gut jedem einzelnen das Abendblatt des „Fremdenblatt" überliefern können mit einem ärarischen Stempel: Genehmigt: Der Ministerpräsident. Da hätten wir ihn nicht zu hören brauchen. Wir haben ihn überhaupt noch nicht sprechen gehört in diesem Hause, wir haben nicht den Brustton der Überzeugung von ihm vernommen, wir haben immer nur vorgelesene Reden gehört, die nach Lampe gerochen haben, und wir wissen nicht einmal, ob das die Lampe Seiner Exzellenz des Ministerpräsidenten selbst ist oder ob das nicht die Lampe eines seiner ausgezeichneten Mitarbeiter ist, deren er ja so viele im Ministerpräsidium hat. Vollkommen versagt hat aber der Herr Ministerpräsident dann, als er hier als Phonograph aufgetreten ist. Es ist das zweitemal, daß hier an Stelle des Ministerpräsidenten ein Grammophontrichter steht. Beide Male hat der Ministerpräsident damit kein Glück gehabt.

Nun der Inhalt der Erklärung. Es hätte uns doch beruhigt, wenn unter den maßgebenden Faktoren, die hier in einem dichten Nebel uns als berechtigt, vernommen zu werden, vorgeführt wurden, der österreichische Reichsrat mit aufgeführt worden wäre. Es hätte uns genügt, es hätte eine ganz andere Stimmung erzeugt, wenn der Ministerpräsident gesagt hätte: Selbstverständlich auch der österreichische Reichsrat. *(Zwischenrufe.)* Das sind vier Worte, die einen ganz anderen Tenor gegeben hätten. Lesen Sie, meine Herren, jene Blätter, welche über die nächste Sitzung des ungarischen Reichstages berichten werden. Und wenn Seine Exzellenz der ungarische Ministerpräsident interpelliert wird, der ja nicht direkt durch Verfassungsbestimmungen gebunden wäre, uns auf dem laufenden zu erhalten, ob der nicht antworten wird: selbstverständlich muß der ungarische Reichstag gehört werden *(Zustimmung)*, ob er es nicht für die Verpflichtung der ungarischen Regierung halten wird, auch die Pflicht der anderen gesetzgebenden Faktoren gegen den Reichstag sich vor Augen zu halten!

Das war aber noch nicht alles. Auch Raimund in seinem „Diamant des Geisterkönigs" läßt wenigstens den Vater Zephyses ernst sprechen. Das hat Seine Exzellenz nicht getan. Bei einer Erklärung, die dem Ausspruche der bekannten Bühnenperson sehr ähnlich ist, hat er mit lächelnder Miene — ich gebe zu, dieses Lächeln mag jovial gemeint gewesen sein, ist aber dem Zuseher zynisch erschienen —, mit der Achselbewegung, wie ich sie mir jetzt zu machen erlaube, gesagt: Ja, meine Herren, anderes habe ich Ihnen nicht mitzuteilen. *(Heiterkeit.)* Ja, man hat anderes dem Parlament nicht mitzuteilen, als ein Dementi, das eine Stunde früher in den Abendblättern gestanden ist. Angesichts einer solchen Behandlung hat auch mich, der ich mich zu den konservativsten und ruhigsten Mitgliedern des Hauses zähle, die tiefste Empörung ergriffen. Ich finde kein anderes Wort und deshalb habe ich klipp und klar die Frage an Seine Exzellenz gerichtet: Ist unter den maßgebenden Faktoren, die darein zu reden haben, der österreichische Reichsrat oder nicht? Diese Frage möge er beantworten. Ein kurzes Ja oder ein kurzes Nein sind eine Notwendigkeit und wir wissen wenigstens, woran wir sind. Das zur Begründung des positiven Teiles meiner Anfrage. Es ist das um so nötiger, daß wir diese klare Stellung der Regierung zum Reichsrate in dieser Frage in Erfahrung bringen, weil ich mir gar nicht denken kann, daß ohne einen Staatsstreich allerersten Ranges diese Vertretung übergangen werden könnte.

Und hiermit komme ich auf den zweiten Teil meiner Ausführungen, welche begründen sollen, warum ich überhaupt über die anderen Fragen, die hier sonst angeschnitten wurden, nicht spreche. Ich finde mich da mit dem Herrn Kollegen Seitz vollkommen im Einverständnis, daß ich das, was in den Blättern gerüchtweise geschildert wurde, einfach für unmöglich halte. Ich halte es für unmöglich, daß ein österreichischer Minister des Äußern noch dazu von dem bisher bewiesenen Takte und Geschick des Grafen Czernin sich und seinen Monarchen, wenn auch nur vorläufig und provisorisch, durch eine Unterschrift binden könnte, welche der Ratihabition der österreichischen Reichsvertretung bedarf. Im § 11 des Staatsgrundgesetzes ist ausdrücklich die Bestimmung, daß Staatsverträge, welche Gebietsänderungen, nicht nur Gebietsverluste, welche Gebietsänderungen betreffen, von der Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrates abhängig sind, und § 1 desselben Staatsgrundgesetzes sagt, daß zur Vertretung der nun aufgezählten Kronländer, unter welchen Galizien in erster Linie genannt wird, der Reichsrat berufen ist. *(So ist es!)*

Jede Ausscheidung von oder Veränderung mit Galizien würde daher eine Änderung der Reichsvertretung und eine Änderung des Staatsgrundgesetzes beinhalten, wozu die Zweidrittelmajorität notwendig ist. Ob Seine Exzellenz der Minister des Äußern dieser Zweidrittelmajorität so sicher ist,

kann niemand sagen. Ich halte daher mit dem Kollegen Seitz die Nachricht von den Abmachungen in diesem Umfange und in dieser Tendenz einfach für unmöglich. Wir können doch nicht ein Juwel aus dem österreichischen Kronreif einfach transplantieren in den Reif einer neu zu gießenden polnischen Krone. Wir können doch unmöglich annehmen, daß, was wir mit Freude begrüßt hätten, als Folge dieses Männer mordenden Krieges, die Freiheit Polens, das für uns nunmehr als einziger Zweck dieser Kämpfe erscheint, daß wir wie nach einem neuen Custozza den Sieg mit dem Verluste eines Kronlandes bezahlen. *(Zustimmung.)* Das können wir doch nicht annehmen. Wir können auch unmöglich annehmen, daß derselbe Graf Czernin, welcher durch eine in der ganzen Welt das größte Aufsehen über ihre Offenheit, Ehrlichkeit und Menschlichkeit machende Rede sich als unbedingter Anhänger des Friedens ohne Kompensationen und Annexionen erklärt hat, daß der nämliche Graf Czernin in einem Augenblick, wo alle Völker Österreichs sehnsüchtig hoffen, daß die Siege in Italien, auf die wir stolz sind und die wir mit Jubel begrüßt haben, uns dem Frieden näherbringen können, einen Schritt unternimmt, der in der neutralen und gegnerischen Welt nur zu unseren Ungunsten, zuungunsten unserer Friedensabsichten gedeutet werden kann und der den Frieden unabsehbar hinausschiebt. Das konnten wir und können wir nicht annehmen und deshalb spreche ich über die anderen Angelegenheiten nicht, weil ich es nicht für möglich halte und nach dem gestrigen Dementi, welches die Regierung — freilich in einer nicht sehr aufrichtigen Form — gegeben hat, auch annehme, daß zumindestens die Tatsache des Bekanntwerdens dieser Absichten genügt, die Absichten selbst zu Boden zu schlagen. Davon bin ich fest überzeugt. Es gibt Geschöpfe, welche nur im Dunkel leben können, das Licht der Öffentlichkeit überhaupt nicht vertragen und, wenn sie dieses Licht erblicken, damit auch gleichzeitig ihr Dasein beschlossen haben. Das hoffe ich auch in diesem Falle.

Meine Herren! Es ist kein Faktum, vor dem wir stehen, es ist daher noch nicht der Anlaß, darüber zu reden. Es sind konkrete Gestaltungen noch nicht da. Andrerseits haben wir das Recht, im geeigneten Moment darüber zu reden und können nicht glauben, daß uns dieses Recht je wird verweigert werden können. Aber wenn hier auch kein Feuer ist, so ist doch Rauch und dieser Rauch genügt, in der ganzen übrigen Welt mit Ausnahme des Zweibundes — ich weiß nicht, ob Bulgarien und die Türkei nicht ebenso denken, wie die Neutralen — in der ganzen feindlichen und bisher neutralen Welt das höchste Mißtrauen in unsere Politik und insbesondere in unsere Friedenspolitik zu erwecken. *(Zustimmung.)*

Es tut mir in der Seele weh, einen Mann, den ich bis gestern so ungeheuer verehrt habe, wie den Grafen Czernin, wegen seines Zielbewußtseins, wegen der äußeren Form, der die österreichische Diplomatie bis nun in der Welt zu den höchsten Ehren geführt hat, diesen Mann heute in den Augen seiner Verehrer in der öffentlichen Meinung den Weg vom Kapitol unserer Verehrung zu dem Tarpeischen Felsen unseres Mißtrauens einschlagen zu sehen. Das tut mir unendlich leid.

Jetzt will ich schließen. Viele Worte sind nicht viele Gründe.

Ich sage Ihnen aber eines: Antwortet die Regierung auf meine Anfrage mit Ja, das heißt, gehört der Reichsrat zu den maßgebenden Faktoren, so werden wir hier mit ihr reden. Antwortet sie nicht, so werden wir anderswo und hier mit ihr reden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. **Seidler:** Es ist begreiflicherweise nicht leicht für mich, im gegenwärtigen Zeitpunkte auf umfassende Anfragen zu antworten, deren Inhalt mir vor ihrer Verlesung nicht bekannt war. Gleichwohl möchte ich, um den Intentionen des hohen Hauses möglichst entgegenzukommen, nicht zögern, schon heute folgendes auszuführen:

Zunächst gestatte ich mir, mich auf die Erklärung zu beziehen, die ich gestern in gleicher Angelegenheit im Budgetausschusse abzugeben die Ehre hatte. Wie aus dieser Erklärung erhellt, kann heute noch nicht davon gesprochen werden, daß die polnische Frage gelöst sei. Solange die mit der kaiserlich deutschen Regierung eingeleiteten Vorbesprechungen nicht zu einer vollen Klärung geführt haben, ist es naturgemäß auch nicht möglich zu sagen, wie diese Frage gelöst werden soll. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Ministerpräsident Dr. Ritter v. **Seidler** *(fortfahrend):* Falls aber in Zukunft das Königreich Polen eine Annäherung an die Monarchie suchen sollte, so würde natürlich der ganze Komplex jener Fragen, die im legislativen Wege ausgetragen werden müssen, dieser Erledigung vorbehalten bleiben und der österreichischen Volksvertretung rechtzeitig und ohne Präjudizierung Gelegenheit zur Stellungnahme geboten werden. *(Zwischenrufe.)* Es ist ja nichts geschehen! Wer kann für die Zeitungen?

Ich möchte noch ausdrücklich betonen, daß die polnische Frage — möge ihre Lösung welche immer

sein — kein Friedenshindernis darstellen kann, weil sie eine Vergewaltigung ausschließt. *(Ruf: Nur eine Vergewaltigung unseres Volkes sollte es sein!)* Ich komme darauf. Nach freier Wahl soll der polnische Staat sich in Zukunft seine politische Orientierung suchen. *(Bravo! Bravo!)*

Bei der früher gekennzeichneten Sachlage wäre es verfrüht, wenn sich die Regierung auf eine Erörterung darüber einlassen wollte, ob und welche Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse Österreichs aus dieser oder jener Lösung der Frage des Königreiches Polen etwa entstehen würden. Es bedarf jedoch wohl nicht erst besonderer Erwähnung, daß die Regierung alle in Betracht kommenden Eventualitäten im Auge behält und daß den bei Lösung dieser Frage in Betracht kommenden Nationalitäten Gelegenheit geboten werden wird, ihren berechtigten Wünschen Gehör und Gewicht zu verschaffen. Jedenfalls wird die Regierung sorgfältig darüber wachen, daß — mag was immer sich vollziehen — Österreich nicht geschwächt, sondern gestärkt aus dem Wechsel der Dinge hervorgehe und daß seine Völker unter voller Sicherung ihrer Interessen der Segnungen nicht nur des äußeren, sondern auch des inneren Friedens sich dauernd erfreuen können.

Indem ich bitte, diese Darlegungen zur Kenntnis nehmen zu wollen, glaube ich, daß die seitens der Regierung in einem mehrmonatlichen vertrauensvollen Zusammenarbeiten mit dem Reichsrate auf allen Gebieten ihres Wirkens bekundete Haltung dem hohen Hause volle Gewähr dafür bietet, daß sie stets und unter allen Umständen die Bestimmungen der Verfassung und die Rechte der Völker unverbrüchlich zu wahren entschlossen ist.

Was diejenigen Punkte anbelangt, auf die ich heute nicht einzugehen in der Lage war, so muß ich mir vorbehalten, auf diese Fragepunkte — ebenso wie auf verschiedene, in den Begründungen enthaltene Bemerkungen — im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Äußern eventuell im Laufe der Debatte zurückzukommen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Bevor ich die Eintragung in die Rednerliste vornehme, werde ich versuchen, eine Vereinbarung der Parteien über die Rednerliste zustandezubringen und unterbreche zu diesem Zwecke die Sitzung.

*(Die Sitzung wird um 2 Uhr nachmittags unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 2 Uhr 30 Minuten:)*

Ich nehme die Sitzung wieder auf.

In die Rednerliste haben sich eintragen lassen die Abgeordneten: Ravnihar, Eugen Lewicky j, Stapiński, Habermann, Schoepfer, Grigorovici, Głąbiński, Onciul, Zenker, Waldner, Pany. Conci, Jsopescul, Smal-Stocky j, Diamand, Straucher.

Ich erteile dem Abgeordneten Dr. Ravnihar das Wort.

Abgeordneter Dr. **Ravnihar:** Visoka zbornica! Živimo v časih, ko se pričenja reševati usodno vprašanje dosedaj nesamostojnih narodov. Naravno je, da smo v teh časih čuječi, ko pri tej rešitvi sodelujejo nam neprijazni zavezniki, nesposobna diplomacija in Slovencem do sedaj vedno krivična vlada. Zato je dolžnost nas jugoslovanskih zastopnikov, da povzdignemo svoj glas in preciziramo svoje stališče jasno in odločno. Kakor vedno, smo tudi danes potisnjeni na stališče silobrana, silobrana ne samo proti našim narodnim nasprotnikom, temveč tudi proti vladam samim. S tega stališča je presojati tudi naš protest v tej zadevi, ki jo imenujejo poljsko vprašanje. Ne proti Poljakom, ki jih kljub vsemu imamo za svoje brate, se obračamo, ne proti njihovim težnjam, ki jih smatramo za svoje; obračamo se proti načinu, kako se namerava sedaj rešiti to vprašanje, in obračamo se proti temu, da se naše lastno, jugoslovansko vprašanje istodobno pušča popolnoma v nemar.

Hohes Haus! Wir Südslawen müssen uns den Protesten, die sich von allen Seiten gegen die Behandlung der polnischen Frage, wie man sie aus Berlin der Welt gemeldet hat, anschließen. Die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten im Budgetsaale ist weit entfernt davon, uns zu beruhigen, im Gegenteil, was sie verschweigt und was sie durchblicken läßt, liefert uns den Beweis, daß die Berliner Meldungen von der Wahrheit nicht weit entfernt zu sein scheinen. Beruhigung könnte nur ein förmliches Dementi schaffen; solange dies nicht erfolgt, stehen wir vor der imminenten Gefahr, daß man uns vor vollendete Tatsachen stellen will. Deshalb möchten wir trotz der nicht oder vielsagenden Erklärung des Ministerpräsidenden, beziehungsweise seines Souffleurs des Ministers des Äußern unsere warnende Stimme erheben, damit uns nicht früher oder später der Vorwurf treffen könnte, daß wir im entscheidenden Augenblick, in einem Augenblick, wo noch nicht alles versäumt war, geschwiegen haben. Warnend, von tiefen Ernst getragen soll die Stimme sein, denn man scheint sich an maßgebenden Stellen all der Folgen, die durch den Berliner Beschluß gezeitigt werden müssen, nicht voll bewußt zu sein.

Nicht als ob wir den Polen das angeblich Erreichte nicht gönnen wollten, im Gegenteil, wir gönnen ihnen mehr, als ihnen jetzt angeblich geboten wird. Die Polen bekommen ja viel weniger, als sie selbst hin- und preisgegeben haben. Nicht

zu reden von den kolossalen Blut- und anderen Opfern, wird augenscheinlich auf Posen, wird auf das wichtigste, auf den Zutritt zum Meere verzichtet. Ich glaube jedoch kaum, daß sich die Mehrheit des Polentums mit dieser Lösung der polnischen Frage zufrieden geben könnte, höchstens daß sie das jetzt ihr Gewährte mit einer mehr oder minder offenen reservatio mentalis als Etappe betrachten wollte. Hierin liegt aber schon das Ungesunde der neuen Schöpfung. Es bedeutet nichts weniger als eine offizielle Schaffung einer polnischen Irredenta. Welche Gefahren aber darin geborgen liegen, das beweist der jetzige Weltkrieg, welcher nicht zuletzt seine Ursachen in der Irredenta diesseits und jenseits hat. Es wäre eine neue Gefahr für den künftigen Frieden. Oder ist es vielleicht ausgeschlossen, daß der polnische König in die Lage kommen könnte oder in die Lage zu kommen gezwungen werden könnte, dem preußischen König den Krieg zu erklären. Oder glaubt man diese Gefahr dadurch gebannt zu haben, daß die polnische Krone von Berlin dem Kaiser von Österreich verliehen wird? Möglich, daß man sich in Berlin dieser Hoffnung hingibt, indem man den Polen zugleich das lasciati ogni speranza zuruft und es ihnen überläßt, bezüglich ihrer Unzufriedenheit mit ihrem König fertig zu werden. Unserem Kaiser wurde in Berlin eine Falle gelegt.

Dafür wurde den Polen der ruthenische Knochen hingeworfen. Ich bezweifle sehr, daß sie ihn verdauen werden können. Sicher ist, daß die ruthenische Frage in der geplanten Lösung den Keim dauernder Beunruhigung nicht für den polnischen Statt, sondern auch für den Weltfrieden in sich trägt, zumal wenn die Ruthenen in Polen an die freie ukrainische Republik grenzen sollen. Also eine zweite Irredenta im polnischen Staat selbst.

Doch sind das Fragen, die mehr oder weniger die beteiligten Nationen selbst angehen, in die wir uns nicht zu mengen hätten, außer daß wir befürchten müßten, selbst in den Gefahrenwirbel hineingezogen zu werden, das heißt mit dem polnischen König auch der Kaiser von Österreich. Im übrigen — dies erlaube ich mir immer und immer zu wiederholen — wünschen wir den Polen vom ganzen Herzen volle Unabhängigkeit ihres Staatswesens, umfassend alle von den Polen bewohnten Gebiete; ausgestattet möge es werden mit der ganzen Souveränität und am Meer möge das Tor in die Welt hinaus geöffnet werden. Diese Forderungen und Wünsche der Polen sollen in uns die wärmsten Befürworter und Förderer finden, ja, wenn es nach uns ginge, bestünde zwischen uns ein Schutz- und Trutzbündnis, aufgebaut auf solidarischer Grundlage behufs Erreichung unserer großen Ziele.

Nicht gegen diese Ziele der polnischen Politik sind somit unsere Proteste gerichtet; wir müssen jedoch Verwahrung einlegen gegen die Art und Weise, wie die Kreierung, beziehungsweise die nur teilweise Wiederherstellung des polnischen Reiches inszeniert werden soll. Unsere Proteste betreffen den Zeitpunkt, in dem das geschehen soll, insbesondere, daß dies in einem Zeitpunkte geschieht, wo man nicht den geringsten Willen zu bekunden geneigt zu sein scheint, an die Lösung der anderen geradeso brennenden Fragen, wie es die tschechische, südslawische und die ruthenische Frage ist, nicht zuletzt die italienische und die rumänische Frage heranzutreten. In Zeiten der freien Selbstbestimmung der Völker dekretiert man dem polnischen Volke von außen her eine bestimmte Staatsform und dekretiert man ihnen einen König, jenen Polen, deren Könige immer aus der freien Wahl des polnischen Volkes hervorgegangen sind. Man könnte behaupten, auch dies sei eine interne Angelegenheit der Polen. Gewiß, namentlich wenn die Polen damit einverstanden sind. Ich bezweifle aber, daß das polnische Volk vorher befragt wurde, in welchem Falle durch diese Art der Lösung der Frage ein gewaltiges Präjudiz aufgestellt würde für die Art der Lösung der anderen nationalen Fragen in der Monarchie. Das Gottesgnadentum hat wieder einen Sprung ins Mittelalter getan, wo man die Völker und ihre Länder als Objekt der Staatsgewalt wie Figuren auf dem Schachbrett hin und herschieben konnte *(Sehr richtig!)*, wo durch einen einfachen Pakt zwischen zwei Dynastien über das Schicksal dieses oder jenes Volkes entschieden werden konnte. Mit solchen Anachronismen kommt man nach einem dreijährigen Weltkriege, dessen deutlich sichtbare Ziele in der Selbstbestimmung, in der Freiheit der Nationen, in der Freiheit ihrer Länder und ihrer Meere, in der Demokratisierung des Staatsgedankens zu erblicken sind. Ein Hohngelächter wird sich ja in der ganzen Welt erheben nicht nur deswegen, weil ja hier das Fell des Bären, der noch gar nicht erlegt ist, geteilt wird, ein Hohngelächter auch deswegen, weil man darin den Beweis erblicken wird, den wir selbst liefern, daß wir wirklich die Reaktionärsten auf der Welt sind, als die wir eben in der ganzen Welt erschienen sind.

Der Zeitpunkt, in dem dieser — man kann es ja ganz gut sagen — Staatsstreich vor sich gehen soll, ist sehr unglücklich gewählt, nicht bloß deswegen, weil über Gebiete verfügt werden soll, die formell noch zu Rußland gehören. Der Akt wird als Annexion allerersten Ranges erklärt und aufgefaßt, und dies in einem Zeitpunkte, wo allenthalben schon der Gedanke durchgedrungen ist, daß sich ein Friede ohne Annexionen und ohne Entschädigungen anbahnen ließe. Da wird man ja allenthalben auch sagen dürfen, daß unsere Versicherungen für den Frieden, selbst die offiziellen Versicherungen bloß eine Heuchelei waren und da

wird man dann allenthalben auch sagen können: Quod erat demonstrandum. Der ganzen Welt werden wir den Beweis liefern, daß unsere Friedensallüren nur scheinbare waren, von Hintergedanken und von Hinterhältigkeiten getragen. Die ganze Welt wird gegen uns, gegen unsere Monarchie und gegen unsere Dynastie, die da hineingemengt wird, aufgebracht werden, gegen uns, die wir mit einem Königreiche beschenkt werden sollen. Es ist ein sehr geschickter Schachzug von Seite der deutschen Diplomatie, der hier gemacht wurde; das ganze Odium soll auf Österreich gewälzt werden. Da kann man ganz ruhig sagen: Timeo Danaos et dona ferentes. Und im jetzigen Zeitpunkt, wo angeblich in Rußland eine versöhnlichere Stimmung, eine Stimmung für den Frieden sich geltend macht, wo diese Friedensstimmung sogar, wie wir heute in den Zeitungen lesen, zum siegreichen Durchbruch gelangt ist, muß diese Stimmung ins Gegenteil umschlagen, bei allen Parteien Rußlands, nicht nur bei den Menschewiki, sondern selbst bei den Bolschewiki. Man soll nicht einwenden: Rußland will ja selbst Polen die Unabhängigkeit gewähren und es zu einem unabhängigen Königreich gestalten. Gewiß. Aber ebenso sicher ist, daß Rußland heute noch als der Souverän dieser polnischen Gebiete gilt, und wenn Rußland den polnischen Gebieten die Unabhängigkeit gewähren soll, so will es das aus eigener Hand tun, nicht aber von einer dritten Hand tun lassen, die diese Gebiete gar nicht besitzt. Man wird durch den geplanten Akt in Rußland eine Erregung schaffen, die jeden Friedensgedanken in Rußland nicht nur beiseite schiebt, sondern man kann ganz getrost behaupten, geradezu totschlägt.

Uns Tschechen, Südslawen und Ruthenen wirft man oft vor, daß wir in unser Programm Punkte aufgenommen haben, deren Durchführung geradezu unmöglich erscheint; man sagt, wir greifen auf Gebiete über, die in Ungarn liegen, die Slowakei und Kroatien, wir greifen auf Gebiete über, von denen wir, wie bei Bosnien und der Herzegowina, nicht wissen, ob sie zu Österreich oder zu Ungarn gehören, und man sagt eben: dadurch sind eure Programme ganz undurchführbar, für uns unakzeptabel, für uns geradezu unmöglich. Hier aber greift man auf Gebiete über, die wir noch gar nicht haben, die wir gewissermaßen nur besetzt halten, als fremde Gebiete, und über diese Gebiete soll jetzt verfügt werden. Das also ist möglich. Aber unsere Programme, die sich innerhalb der Grenzen unserer Monarchie befinden, sollen undurchführbar sein.

Wir verwahren uns schließlich gegen jede Lösung der Nationalitätenfrage in Etappen, insbesondere dann, wenn diese Etappe nur einem Faktor in dieser Monarchie dienen soll, nämlich in erster Linie den Deutschen in dieser Monarchie. Es ist ganz evident, daß man durch diese Lösung der polnischen Frage nicht nur die Polen zufriedenstellen, sondern daß man in erster Linie die deutsche Hegemonie in dieser Monarchie ein für allemal auf einen soliden Boden stellen und ein für allemal aufrichten will und eben dagegen müssen wir auf das entschiedenste protestieren, eben dagegen müssen wir in erster Linie unsere Einwendungen erheben. Wir gönnen, wie gesagt, den Polen alles Gute und wir gönnen ihnen den eigenen Staat, ebenso wie wir diesen Staat für uns und wie wir einen solchen Staat für die Tschechen und für die Ruthenen wünschen; aber wir sagen, es soll das nur im Einvernehmen zwischen allen Nationen und erst dann geschehen, wenn die Grundlagen dafür geschaffen sind, daß ein solches Einvernehmen unter den Nationen ohne Anstand vor sich gehen kann. Heute wäre das verfrüht, heute können wir eine derartige Lösung nicht als eine glückliche betrachten, sondern müssen in einer solchen Lösung, wie man sie bezüglich Polens versucht, den Keim für viele Komplikationen erblicken, die nur den einen Zweck erfüllen würden, den Krieg noch weiter zu verlängern und den Frieden in noch weitere Ferne zu rücken.

Aus diesen Gründen müssen wir Südslawen gegen eine solche Lösung der polnischen Frage protestieren und uns den Protesten gegen eine solche Lösung, wie die uns hier in den Berliner Zeitungen aufgetischt wird, anschließen. Mit diesen Worten schließe ich. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Eugen Lewickyj.

Abgeordneter Dr. Eugen **Lewickyj:** Hohes Haus! Die Nachrichten, die aus Berlin gekommen sind und über die heute die Debatte abgeführt wird, haben für alle Völker Österreichs eine wahre Überraschung gebracht. Für uns Ukrainer waren sie aber nicht nur eine Überraschung, sondern geradezu eine Herausforderung. Wenn wir heute darüber sprechen sollen, so muß man, glaube ich, offen und ernst die Frage behandeln und offen dazu Stellung nehmen, damit die maßgebenden Faktoren, die auf eigene Faust Politik treiben, wissen, was sie von ihren Völkern zu erwarten haben.

Wir müssen vor allem fragen: Wozu werden gerade jetzt die Verhandlungen in Berlin, und zwar in der polnischen, kurländischen und in osteuropäischen Fragen überhaupt geführt? Stehen wir bereits vor dem Friedensschluß und werden die Vorschläge vorbereitet? Oder dienen die Verhandlungen anderen Zwecken? Wir wissen, daß wir nicht vor dem Friedensschluß stehen, weil für den Friedensschluß verkündet wurde, daß wir keine Annexionen anstreben und uns der Anschauung über

das Selbstbestimmungsrecht der Völker anschließen. Mit Rücksicht darauf haben alle diese speziellen Verhandlungen keinen Sinn, sie haben aber den Sinn, daß man, ohne den Friedensschluß abzuwarten, alle Völker und nicht nur die Völker, sondern die ganze Welt vor ein fait accompli stellen will; nur auf diese Weise läßt es sich erklären, daß jetzt die Verhandlungen in der polnischen, litauischen und baltischen Frage geführt werden.

Wenn nun tatsächlich beabsichtigt ist, auf eigene Faust von seiten Österreichs und Deutschlands die osteuropäische Frage zu lösen, so müssen wir darauf hinweisen, daß das mit der Fortsetzung des Krieges gleichbedeutend ist; denn man huldigt offenbar der Anschauung, daß die Zentralmächte jetzt den Friedensschluß nicht mehr abzuwarten brauchen, sondern daß sie bereits berufen sind, auf eigene Faust den Frieden zu diktieren.

Nun, meine Herren, glaube ich, daß wir trotz aller Siege, die wir zuletzt erfochten haben, noch nicht so weit sind, um zu behaupten, daß sich die ganze Welt der Feinde vor dem Willen der Zentralmächte beugen müßte.

Sie werden diese Durchführung auf eigene Faust, diese verschiedenen Veränderungen in der internationalen Lage als eine Herausforderung ansehen und infolgedessen darin ein Mittel vor ihrer eigenen Bevölkerung haben, um darauf hinzuweisen, daß der Krieg, koste er, was er wolle, weitergeführt werden muß.

Und darum, meine Herren, müssen wir auch konstatieren, daß es ein leichtsinniger Schritt, ein Fehler ersten Ranges vom Standpunkte der Interessen der Monarchie ist, was in Wien und Berlin angestrebt wird, und wir müssen insbesondere dagegen protestieren, das das auf unsere Kosten geschieht, auf Kosten der Völker, welche sich verbluten, welche alle Entbehrungen ertragen müssen und nicht gestatten können, daß über ihre Köpfe hinweg eine derartige Politik getrieben wird. *(So ist es!)*

Ich möchte nun darauf hinweisen, welche Bedeutung dasjenige hat, was uns heute von der Regierung aufgetischt wird. Heute hat die Regierung schon anders gesprochen als gestern, heute wurde sogar die Versicherung gegeben, die polnische Frage sei noch nicht gelöst und die polnische Nation werde selbst über ihre Zukunft entscheiden können; man hat weiters versichert, daß, wenn irgendwelche weitere Umgestaltungen stattfinden sollten, auch die Völker Österreichs rechtzeitig befragt werden. Da muß ich aber fragen: Wenn die Polen selbst über ihre Zukunft bestimmen sollen, wozu sind dann die Verhandlungen, wozu sind die Verhandlungen in einer bestimmten Richtung? Warum sagt man nämlich, sie betreffen eine österreichisch-polnische Orientierung in der polnischen Frage und daß diese Orientierung und Politik bereits befriedigend in Berlin gelöst wurde? Das steht doch im Widerspruche.

Man sagt weiter, daß die Völker über alle einschlägigen Fragen zur Mitentscheidung berufen werden. Da muß ich die Regierung fragen: Wann denn? Vor dem Friedensschlusse oder nach demselben? Denn, wenn das erst nach dem Friedensschluß sein wird, dann werden wir überhaupt nicht zum Worte kommen, dann werden wir vor einer vollzogenen Tatsache stehen; wenn es aber vor dem Friedensschluß geschehen soll, dann muß man fragen, warum man denn die Berliner Verhandlungen eingeleitet, ohne uns früher gefragt zu haben? Es wird schließlich, meine hohen Herren, auch über die Verfassungsmäßigkeit gesprochen; — an diese Verfassungsmäßigkeit und das Befragen der Interessierten hat man aber damals nicht gedacht, als das erste kaiserliche Handschreiben über Galizien erschienen ist. Warum hat man uns damals nicht gefragt, ob wir damit einverstanden sind? Mit Rücksicht auf alle vorgeführten Umstände sind wir daher, meine hohen Herren, der Ansicht und der festen Überzeugung, daß die heutigen Versicherungen nur Bemäntelungen sind *(So ist es!)*, daß das alles nur eine Ausrede ist, daß man jetzt dasjenige vertuschen will, was schon zwischen vier oder fünf Personen abgemacht wurde, weil man jetzt fürchtet, daß sich gegen derartige Abmachungen die ganze Monarchie und alle Völker dieses Staates auflehnen könnten. Wir werden uns aber durch leere Vertröstungen und widerspruchsvolle Erklärungen gewiß nicht täuschen lassen. *(Beifall.)*

Ich komme zur Besprechung der polnischen Sache selbst. Es wird beabsichtigt, das Königreich Polen an Österreich anzugliedern. Es ist eine Politik, welche vielleicht dynastisch ist, weil es sich darum handelt, den österreichischen Kaiser noch zum polnischen König zu machen, aber ich muß offen sagen, — und das steht im Einklang mit allen Ausführungen, welche heute in diesem hohen Hause gehört wurden — daß das zwar eine dynastische, aber gewiß keine österreichische Politik ist, im Gegenteil, es muß im vorhinein gesagt werden, daß man, wenn man schon eine Vergrößerung des Reiches anstrebt, wenn man Polen an Österreich angliedert, nur einen Konfliktsstoff in den österreichischen Organismus hineinträgt, welcher Österreich sowohl gegen Deutschland als gegen Rußland treiben wird. Das hat man während des Wiener Kongresses ganz gut verstanden, als die geheime Debatte darüber stattfand, wer Kongreßpolen bekommen soll. Damals wollte weder Deutschland noch Österreich Polen haben. Man hat es Rußland geschenkt, womit der damalige Zar durchaus nicht besonders zufrieden war. Die Polen sind ja eingekeilt zwischen Deutschland und Rußland und sie

müssen in demjenigen Staate, welchem sie angehören, eine antistaatliche Politik treiben. — bei der angestrebten Regelung der polnischen Frage um so mehr, als die Deutschen nicht zulassen wollen und nicht zulassen werden, daß die polnischen Gebiete des Deutschen Reiches an Österreich, beziehungsweise an Polen kommen. Aber auch im Innern unserer Monarchie muß der Trialismus mit den Polen als ein Element der Zersetzung wirken, denn heute kann niemand begreifen, warum Österreich den Polen von auswärts in der Form der Personalunion einen besonderen Staat geben soll, dasselbe aber den Südslawen und den Tschechen verweigert. Und doch haben die Südslawen und Tschechen vielleicht mehr Recht als die Polen von auswärts zu verlangen, daß sie als besondere Staaten im Rahmen der Monarchie organisiert werden, weil sie schon in dieser Monarchie sind, weil sie im jetzigen Kriege für die Monarchie sich verblutet haben und weil sie — insbesondere das südslawische Element — eine so hochwichtige Rolle für die Zukunft der Monarchie im Süden spielen. Um so eher sollte man daher damit anfangen, daß die Südslawen als ein besonderes Glied der Monarchie konstituiert werden und der Trialismus eher in dieser Richtung, nach dem europäischen Süden zu, ausgestaltet werde, aber nicht nach Norden, wo tatsächlich nur die größten Schwierigkeiten in der weiteren Entwicklung des Reiches entstehen könnten. *(So ist es!)*

Meine hochverehrten Herren! Das sind nur die allgemeinen Bemerkungen über die politische Bedeutung aller jener Pläne, welche in Berlin insgeheim ausgearbeitet werden. Wenn aber jemand sich gegen diese Pläne mit aller Kraft auflehnen muß, so ist es das ukrainische Volk, denn dieses dynastische Programm soll in erster Linie auf unsere Kosten, auf Kosten des ukrainischen Volkes durchgeführt werden. Wir sollen diejenigen sein, die man aufopfert, um Polen im Rahmen der Monarchie auferstehen zu lassen. Da muß ich aber folgendes bemerken: Seitdem die polnische Frage den Staatsmännern Österreichs den Kopf verdreht hat, sehen wir Schritt auf Schritt, wie unsere nationalen Rechte mit Füßen getreten werden. Bereits im Cholmlande, wo wir tatsächlich eine Majorität haben — das Land ist ein altukrainisches Land —, wo wir eine bodenständige Bevölkerung darstellen, haben wir verlangt, daß dieses Land nicht in das Königreich Polen einbezogen werde. Dieses Land war ja bereits vor dem Kriege abgetrennt als ein besonderes Gouvernement und es war zumindest in bezug auf die ethnographische Grenze dasjenige richtiggestellt, was die Geschichte seit dem Wiener Kongresse mit sich gebracht hat. Man hat aber, um den Polen entgegenzukommen, uns schon auf diesem schmalen Streifen bekämpft und alle unsere Bemühungen, daß dort zumindest die kulturell-nationale Arbeit zugelassen und ukrainische Schulen gegründet werden, waren vergebens. Im Gegenteil: man hat den polnischen Agitatoren Einlaß gegeben, damit sie das Land polonisieren, damit dieses Land als den Polen zugehörig betrachtet werden kann. Dasselbe ist dann auch in Wolhynien geschehen. In Wolhynien bilden die Polen bloß vier Prozent der Gesamtbevölkerung. Wir Ukrainer haben dort anfangs mehrere Schulen gegründet, aber seit dem 5. November, seit der bekannten ersten Regelung der polnischen Frage, hat man alle unsere Schulen unterdrückt, man hat sogar mit allen Mitteln getrachtet, daß dort in den ukrainischen Gemeinden lauter polnische Schulen errichtet werden. *(Hört! Hört!)*

Und nun, meine sehr verehrten Herren, komme ich auf Galizien zu sprechen. Es wird überall geschrieben, Galizien solle mit dem Königreiche Polen vereinigt werden. Ich muß fragen, ist Galizien ein polnisches Land? Und wie denkt man sich den Zusammenhang Galiziens mit Kongreßpolen? Dabei wird kein Unterschied gemacht, es wird das ganze Kronland verschenkt, als ob es nur zufälligeweise bei Österreich gewesen wäre, als ob die Polen das Recht hätten, zu verlangen, daß dieses ganze Land der polnischen Krone zugeschlagen werde. Eine solche Auffassung widerspricht nicht nur den historischen Rechten, sondern auch den nationalen Verhältnissen. In administrativer Beziehung hat Galizien, wie es jetzt besteht, geschichtlich nie bestanden. Bestanden hat das Königreich Galizien, das einstige Großfürstentum Wladimir Wolinski und Halytsch — Galizien und Lodomerien — und das war tatsächlich ein altukrainisches Fürstentum und hat sich als solches bis zur Mitte des XIII. Jahrhunderts erhalten. Dieses Land, das eigentliche Galizien, ist im Jahre 1772 an Österreich gekommen und wird heute Ostgalizien genannt. Das, was Westgalizien ist, der polnische Teil des jetzigen Kronlandes, ist erst später, im Jahre 1793 an Österreich gekommen, und zwar nur auf einige Zeit, denn im Schönbrunner Vertrage des Jahres 1809 wurde es an das Großfürstentum Warschau abgetreten. Die Vereinigung erfolgte endgültig erst im Jahre 1848. Und erst später hat man im Interesse der Polen, welche unbedingt die Majorität im ganzen Lande haben wollten, das eigentliche Kronland Galizien mit diesen polnischen Gebieten zu einem Verwaltungsgebiet zusammengeschweißt, was erst im Jahre 1861 auf Grund des bekannten Februarpatentes geschehen ist.

Es ist daher kein einheitliches Land, das jetzige Kronland Galizien, sondern auf eine künstliche Art entstanden, und wenn man über die historischen Rechte spricht, so muß man sagen: Ostgalizien, das ist das eigentliche Altgalizien, das ist das eigentliche

Galizien *(Zustimmung)*, das ist das alte ukrainische Land, das ist die Erbschaft unserer Fürsten und unserer altukrainischen Könige von Halitsch. Diese Erbschaft werden wir Ukrainer mit allen Mitteln verteidigen und auch mit derjenigen Kraft, die das Volk aufbieten muß, um seine Existenz zu retten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Das muß hier mit allem Nachdruck eben im jetzigen Moment gesagt werden! Der Weg zu einer Angliederung an Polen führt nur über unsere Leichen. *(Neuerlicher lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Von polnischer Seite sowie auch von mancher nichtpolnischer Seite — ich meine nämlich von den mitinteressierten höheren Kreisen — wird uns Ukrainern als Vertröstung gesagt, daß, wenn wir auch an das Königreich Polen kommen, uns eine nationale Autonomie gewährt werden soll. Darauf, meine hochverehrten Herren, werden wir Ukrainer nie eingehen! Und wenn wir heute von der polnischen Seite so schöne Worte über die Gleichheit und Brüderlichkeit, über die gute Behandlung, die wir im Königreiche Polen zu erwarten haben, hören, so müssen wir folgendes hervorheben .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, ich muß aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit bereits verstrichen ist!

Abgeordneter Dr. Eugen **Lewicki**: Ich bitte Sehr, ich bin schon zu Ende. — Volle fünf Jahrhunderte haben die Polen Gelegenheit gehabt, ihre Brüderlichkeit zu zeigen *(So ist es!)*, tatsächlich aber haben wir einen ununterbrochenen Kampf gehabt, voll von Verblutung auf beiden Seiten und dasselbe muß erfolgen, wenn wir neuerlich unter Polen kommen sollten. Mögen auch die maßgebenden Faktoren zur Erkenntnis kommen, daß sie, wenn sie die Lehre der Geschichte nicht verstanden haben und nicht verstehen wollen, dort im Osten einen Herd der Auflehnung haben werden, einen Herd der Unruhe und der ständigen Unzufriedenheit und daß sie dieselben Folgen und dieselben Kosten werden tragen müssen, wie einst die Polen. Denn Polen, meine hochverehrten Herren, ist nur dadurch zugrunde gegangen, daß das ukrainische Gebiet in das Königreich Polen einverleibt wurde. Zum Schlusse müssen wir nach oben hin noch folgendes sagen: Wir österreichische Ukrainer kennen unsere Pflichten dem österreichischen Kaiser gegenüber, wir kennen den österreichischen Kaiser, aber den polnischen König können wir nicht! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Stapiński das Wort.

Abgeordneter **Stapiński**: Historya nas poucza, że na polityce tajnej, gabinetowej, źle wychodził i źle wychodzi nasz naród w przeszłości. O tem powinniśmy w tych czasach osobliwie pamiętać. Nie na tem nam budować należy, co o nas mówią gabinety w Berlinie, Wiedniu czy Londynie i indziej, lecz na świadomości i sile swego narodu. Teraz zwłaszcza, w erze demokratyzacyi, gdy we wszystkich narodach lud przychodzi do głosu i rozstrzygającego wpływu, raczej na sympatyach ludów powinno nam zależeć.

Dlatego nie tylko nie należy nam unikać takich rozpraw jak dzisiejsza, ale przeciwnie, w naszym interesie leży, aby o sprawie polskiej jak najwięcej i publiczno mówiono.

Nie wiem, dlaczego Koło polskie głosowało przeciwko przeprowadzeniu tej dyskusyi, ale już widzę, że takie głosowanie nie przyczyniło nam przyjaciół w tej Izbie, a przeciwnie, można zauważyć pewien żal nawet u szczerych naszych przyjaciół, jak Słowianie południowi i inni. Otwarcie zaś wyznać muszę, że mi więcej zależy na przychylności ludów tu reprezentowanych, niż na opinii ministerstwa, które dziś jest, a jutro może odejść.

Zarzutów posłów ukraińskich, my przedstawiciele ludu polskiego, bać się wielce nie potrzebujemy, ani dyskusyi z nimi unikać nam nie należy. Przecież do nas ich zarzuty się nie odnoszą — lud, naród polski nie może odpowiadać za winy szlachecko-austryackich rządów. Przeciwnie, tylko przez rozprawy publiczne możemy niejedno usunąć, naprawić. Tak czynić musimy przez wzgląd na obowiązki nasze pracy dla przyszłości Polski.

Hohes Haus! Die heutige Debatte ist für uns deshalb von großer Bedeutung, weil sie gewissermaßen wie ein Lichtstrahl schon in der jetzigen Zeit unsere nationale Lage beleuchtet. Die heutige Debatte hat uns zunächst gezeigt, daß wir seitens der deutschen Sozialdemokratie, von der wir doch erwarten sollten, daß sie für die Verwirklichung des internationalen Programms eintritt, etwas ganz anderes zur Kenntnis nehmen mußten. Jedem das Seine, hat es geheißen, auch die deutschen Sozialdemokraten waren auf den sozialistischen Kongressen, wo beschlossen wurde, jedem Volke das Seinige zuzugestehen. Auf einmal sehen wir in dieser Debatte, daß dieses Programm zunichte geworden ist. In der Obmännerkonferenz und auch hier im Hause haben wir heute gehört, daß das Besprochene nicht geschehen kann, weil man zuerst vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt genau berechnen und erwägen muß, wie der Rest von Österreich aussehen und sich gestalten wird, sobald Galizien ausgeschieden ist. Das ist gewiß mit dem prinzipiellen sozialdemo-

kratischen Programm nicht in Einklang zu bringen. Gebührt uns Freiheit oder nicht? Das muß Herr Kollege Seitz und seine Partei prinzipiell entscheiden. Früher haben wir dies gehört und heute auf einmal hören wir, daß es mit Bedingungen umstellt wird. Wenn Herr Kollege Seitz und seine Partei die ganze nationale Frage und auch die unsrige zunächst mit wirtschaftlichen Kalkülen verknüpfen, so muß ich ihm antworten: Hier gibt es keine Kalküle! Wenn wir Polen auch berechnen sollten, daß wir mit unserer Selbständigkeit wirtschaftlich zu kurz kommen, so sind wir doch entschlossen, in aller Not dennoch unsere Selbständigkeit zu erlangen und zu erhalten.

Dann ist auch für uns belehrend, was wir hinsichtlich der slawischen Solidarität in dieser Diskussion beobachten konnten. Bei verschiedenen Gelegenheiten wird gesagt, wir Slawen sollen einander helfen. Nun, ich glaube, es ist kaum eine gegenseitige Hilfe, wenn beim ersten Gerede, daß irgendwo etwas über Polen erörtert wird, sich die Slawen sofort auf den Standpunkt stellen: Nun, und was wird mit uns sein? Meine Herren, die Polen sollen so lange keine Selbständigkeit bekommen können, bevor nicht zuerst entschieden ist, was mit den anderen slawischen Nationen in Österreich geschieht? *(Rufe: Selbstverständlich!)* Ich glaube denn doch, das sollte nicht so sein. Denn wenn ein neuer slawischer Staat entsteht, so liegt schon darin eine Bürgschaft mehr, daß die slawische Sache sich in gutem Fortschreiten befindet. *(Zwischenrufe.)* Können wir Polen deswegen unsere Selbständigkeit nicht bekommen, weil, sagen wir, die südslawische Frage noch nicht gelöst ist? *(Zwischenrufe. — Abgeordneter Dr. Kolessa: Eine Selbständigkeit mit Annexionen wollen Sie!)* Unsere Selbständigkeit wir haben sie gehabt! *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Wir haben sie auch gehabt!)* Polen ist sehr lange vor uns dagewesen, Herr Kollege! *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Nein, nein, nicht sehr lange!)* Jedenfalls einige Jahrhunderte. *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Dann kennen Sie die Geschichte schlecht! Wir haben ebenfalls im 18. Jahrhundert die Selbständigkeit verloren!)* Ich und meine Partei stehen auf dem Standpunkt, daß wir von dem, was in Berlin gesprochen wurde und was hier in Rede steht, wirklich noch keine Früchte ernten werden. Ich und meine Partei wünschen, daß die Sache gemeinsam mit allen anderen entschieden werde. Ich bin der innigsten Überzeugung, daß die Lösung der polnischen Frage ohne Lösung der tschechischen, der ukrainischen und der anderen slawischen Fragen noch keine Lösung ist. *(Sehr richtig!)* Wir wünschen und wollen die Lösung dieser Fragen, weil wir sie brauchen. Denn wir wissen, mit wem wir es nach Westen und mit wem wir es nach Osten zu tun haben und zu tun haben werden. Wir wissen, was wir seitens der Preußen erlebt haben und was wir für die weitere Zukunft von ihnen zu erhoffen haben. Wir wissen, wie stark wir sind, wir wissen aber auch, wie stark die Großrussen sind. Wir wissen, daß wir zu schwach sind, um auf unsere eigene Kraft gestützt, uns nach Osten und Westen für alle Zukunft zu helfen und uns zu sichern. *(So ist es!)*

Deswegen suchen wir offenherzig und innigst die Freundschaft mit diesen Völkern, die auch wie wir nicht zu den großen und zu den stärksten gehören, die auch wie wir in der Völkerfamilie nur gewissermaßen mit Beihilfe der Nachbarn sich gegen die großen und größten helfen können. Deswegen rührt mich, wie gesagt, das Geschehene nicht. Mich wundert nur, daß viele von den Herren, die heute hier gesprochen haben, das, wovon heute die Rede geht und was, sagen wir es offen, vielleicht auch seriös in Berlin besprochen wurde, was auch, sagen wir, gewissermaßen zu einer Entscheidung gelangt ist, als eine Tatsache, als etwas Geschehenes betrachten, daß sie schon heute außer sich geraten und daß sie schon heute nicht nur gegen das Besprochene und Geschehene, hier Stellung genommen haben, sondern daß wir Polen schon heute hier gewissermaßen so angesehen werden, als wenn wir die Profitenten davon wären, als wenn wir unser Polen schon in der Tasche hätten und schon mit jemandem gegen jemanden marschieren wollten. Das ist doch nicht wahr, das kann nicht wahr sein und das wird auch nicht geschehen. Was die Herren bezwecken, das ist ihre Sache. Aber die Herren können zur Kenntnis nehmen, daß die polnische Nation, das polnische Volk nie und nimmer mit dem, was in Rede steht, sich einverstanden zu erklären imstande ist. Unsere Wiege steht in Posen, wir haben polnische Gegenden am Meere, die Weichsel gehört in ihrem ganzen Laufe uns, wir können uns also mit dem, was die Herren vom Kabinett dort abmachen, nicht einverstanden erklären. Wann aber wiederum die Herren von der slawischen Seite sehen, was die Polen hier tun, so sollten sie sich darüber doch nicht wundern. Sollten denn die Polen dagegen Stellung nehmen, daß Galizien an Kongreßpolen angeschlossen werden soll? Das ist doch nicht zu erhoffen. Wir sagen nur, die ukrainischen Gegenden, in denen die Stammesgenossen der Ukrainer in der Überzahl sind, sollen an die Ukraina angeschlossen werden. Wir wollen in Polen keine Unruhe haben, wir wollen uns unserer Arbeit widmen, wir haben noch viel zu tun und zu schaffen. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Es wird aber nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Ich verstehe ganz gut die ukrainischen Kollegen, sie haben Grund, hier so scharf aufzutreten, weil sie ihre Sache gut vertreten wollen. In diesem

Moment müssen sie trachten, hier möglichst scharf vorzugehen, weil sie ihre Sache vertreten. Sie werden uns entschuldigen, daß auch wir unsere Sache so gut wie Sie die Ihrige vertreten wollen. *(Abgeordneter Ritter v. Singalewycz: Sprechen Sie im Namen des Polenklubs?)* Ich spreche im Namen der 279.000 Wähler, die bei den letzten Wahlen für meine Liste gestimmt haben. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Herr Redner, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Ihre Redezeit bereits abgelaufen ist.

Abgeordneter **Stapiński:** Ich muß also vom slawischen Standpunkte aus sagen: Beneiden wir uns nicht, stören wir uns nicht, sondern unterstützen wir uns untereinander, und wenn es stückweise dem einen oder anderen gelingt, das Unrecht abzuschütteln, sei es uns allen eine Freude; wir alle müssen trachten, daß es einem jeden von uns gelingt, in dieser historischen Zeit zu dem Seinigen zu kommen. Das polnische Volk hat es sich in der Geschichte verdient, denn wir waren immer die Vertreter der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit unter den Völkern, wir haben wirklich immer und überall für alle Völker und für die Freiheit gekämpft und deswegen soll man, glaube ich, in diesem Moment, wo unsere Nation nach eineinhalb Jahrhunderten an die Reihe kommt, nicht sofort von anderen Nationen beneidet werden. *(Präsident gibt das Glokenzeichen.)* Ich beanspruche für meine Nation zuerst das Recht, da wir in diesen eineinhalb Jahrhunderten am meisten gelitten haben; wir haben unsere Selbständigkeit verloren. *(Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich ende schon. — Das polnische Volk mit oder ohne Abmachungen in Berlin hat die feste Hoffnung und Überzeugung, daß es zu einem selbständigen, unabhängigen und geeinigten Polen kommen wird und kommen muß. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Grigorovici, das Wort.

Abgeordneter **Grigorovici:** Hohes Haus! Ich habe es bis heute hier im Hause vermieden, über Nationalitätenfragen zu sprechen, weil der Anlaß hierzu für mein Land und für meine Nation nicht gegeben war. Durch die Nachricht aus Berlin ist aber eigentlich die ganze Nationalitätenfrage in Österreich-Ungarn in Bewegung gekommen, und ich betone es ausdrücklich in Österreich-Ungarn. Diese Nachricht ist für mich ein Symptom, daß man doch daran denkt, die Nationalitätenfrage zu lösen. Nun hat man aber den großen Fehler begangen, sie stückweise lösen zu wollen und dieser Umstand hat die Empörung hervorgerufen, die hier im Hause sehr berechtigt aufgetreten ist. Ich halte deshalb dafür, daß diese Nachricht aus Berlin mit Absicht in die Welt gesetzt wurde, um sozusagen ein Echo hervorzurufen, was die Nationalitäten in Österreich-Ungarn und was das Ausland zu dieser Frage sagt. Ich halte diese Nachricht aus Berlin bloß für ein Symptom, daß wir diesen Krieg nicht beendigen können, ohne die österreichisch-ungarische Nationalitätenfrage zu lösen.

Die Antwort, die heute der Herr Ministerpräsident hier gegeben hat, hat insofern uns alle befriedigt, als er wenigstens zugegeben hat, daß die Regierung gar nicht daran denke, die verfassungsmäßigen Rechte der österreichischen Bevölkerung zu ignorieren, sondern daß er nur nach gründlichem Einvernehmen mit dem Parlament und den Vertretern der interessierten Nationen diese Frage lösen wolle. Er hat auch hinzugefügt, daß jener Komplex von Fragen, welcher dazu gehört, somit die ukrainische Frage und die Territorialfrage der Bukowina, durch die polnische Frage auch in die Beratung und Lösung dieser Angelegenheit einbezogen werden wird. Aber diese Beantwortung ist unzulänglich, denn in ihr ist gleichzeitig eine Ignorierung der eigentlichen österreichisch-ungarischen Nationalitätenfrage verborgen.

Ich hätte erwartet, daß ein österreichischer Ministerpräsident sagt: Bei diesem Anlasse erkläre ich, daß dieser Teil des Komplexes der Nationalitätenfrage zufällig in die Öffentlichkeit gelangt ist oder in der Absicht geäußert wurde, damit wir erfahren, wie die Welt darüber denkt. Aber wir haben nicht die Absicht, die Nationalitätenfrage allein im Gebiete von Galizien und der Bukowina und des neuen polnischen Reiches zu lösen, sondern wir wollen sie vielmehr in ganz Österreich gründlich, vollends und endgültig für alle Völker und alle Zeiten lösen, damit der Friede in Zukunft in Europa gesichert werde für alle Zeiten. Denn sicherlich ist auch der Herr Ministerpräsident der Meinung, der wir alle sind, daß die Frage der Nationalitäten in Österreich-Ungarn den Anlaß zu diesem Kriege gegeben hat. Das hat er aber nicht erklärt und gegen diesen Vorgang muß sich das Parlament mit aller Macht dagegen auflehnen. Das muß auch die polnische Nation begreifen. Sie muß begreifen, daß bei aller Sympathie, die wir alle und speziell ich für die polnische Nation und ihren Kampf für die Wiederherstellung des Polenreiches hegen, wir uns mit Recht fragen: Ja, warum wird gerade dieser Komplex allein gelöst, während die Frage der anderen Nationen vernachlässigt wurde? Es wäre Pflicht der polnischen Nation, jetzt, da wir sie begrüßen bei ihrem ersten Schritte, in der Öffentlich-

keit, um sich wieder als freie Nation zu etablieren, daß sie heute sagt: Nein, wir nehmen nicht die Freiheit an aus Händen, die nicht die Freiheit den anderen Völkern gegeben hat: erst wollen wir alle miteinander die Freiheit in Österreich-Ungarn bereinigen, wir wollen einig sein untereinander bis zur Erringung dieses Zieles.

Es ist ja niemand unter uns, der den Polen diese Freiheit mißgönnt, nur müssen sie in diesem Parlamente neben uns ausharren, bis alle Nationalitätenfragen Österreich-Ungarns bereinigt sind. Sollten sich hierbei Teile von Völkern abscheiden wollen — denn es gibt vielleicht noch andere solche — dann mag auch das geschehen. Wir können nicht wissen, ob nicht vielleicht gerade das Österreich zu Nutz und Frommen gereicht!

Es ist ja heute ganz unmöglich zu wissen, wie Österreich nach dem Kriege aussehen wird.

Nun können wir aber auch bei aller Sympathie für die polnische Nation nicht außeracht lassen, daß wir Bukowinaer, die wir durch das polnische Gebiet gewissermaßen von den übrigen österreichischen Gebieten geschieden sind, mit einer gewissen Erregung plötzlich hören mußten, daß diese Frage besprochen wird. Wir Bukowinaer hängen damit förmlich in der Luft, denn wir wissen nicht, was mit uns geschieht. Und ich bewundere die Herren Deutschnationalen, daß sie über diese Frage gar nicht nachdenken, da doch in der Bukowina neben den Bukowinaer Rumänen und den Ukrainern auch Deutsche, und dazu in geschlossenen Gemeinden, wohnen.

Es kann demnach nicht gleichgültig sein, was mit diesem Lande geschieht!

Es ist nur ein Beispiel, das ich anführe neben anderen Fragen. Mit anderen Worten: Die Frage ist nicht gelöst durch den polnischen Staat und sie kann nicht so gelöst werden. Bei dieser Gelegenheit nehme ich den Anlaß, nachdem ich hier das Zwiegespräch zwischen dem Abgeordneten Stapiński und den ukrainischen Kollegen zugehört habe, wobei dem Abgeordneten Stapiński hauptsächlich vorgeworfen wurde, daß er nicht deutlich erkläre, daß er ukrainisches Gebiet nicht haben will, festzustellen, daß er es getan, für seine Person und seine Wähler, indem er sagte, er wolle ukrainisches Gebiet nicht mitnehmen, wenn er von Österreich wegkäme. Das hat er erklärt und das ist hochzuhalten. Nun möchte ich schon für die Zukunft auch die ukrainischen Kollegen und die ukrainische Nation um eine Aufklärung bitten. Es sind ja bezüglich der Bukowina allerlei Gerüchte verbreitet — in Österreich sind lauter Gerüchte, ein fester Wille und eine feste Absicht besteht nicht, sondern immer nur die alte Maxime: Divide et impera! Was ist es nun mit dem rumänischen Teil der Bukowina? Ich nehme, wie gesagt, heute die ukrainischen Kollegen beim Wort und ich will bei Lösung der Bukowinaer Frage dasselbe von Ihnen hören, was Sie von den Polen hören wollen. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)* Ganz ohne Ironie! *(Zwischenrufe.)* Ich bitte, ich habe nur 20 Minuten Zeit und muß weiterreden.

Ich habe bei der Begründung der ukrainischen Republik einen solchen Respekt und eine solche Achtung vor der Art und Weise bekommen, wie sich die ukrainische Republik in Rußland konstituiert hat, daß ich sagen muß, daß ich im Gegenteil erwarte, daß es selbstverständlich ist, daß ein Volk, das kaum dazu gelangt ist, die Freiheit zu erlangen, nicht daran denkt, ein anderes Volk zu knechten. *(Rufe bei den Ukrainern: Selbstverständlich!)* Ich stelle das fest und setze noch hinzu, daß die freie Ukraina in Rußland, als ihr von einigen Chauvinisten zugemutet wurde, Bessarabien zu annektieren, dagegen protestiert hat. Ich konstatiere das mit großer Befriedigung, weil das zeigt, daß die ukrainische Nation sich voll und ganz dessen bewußt ist, daß ein Volk, welches sich erhebt, um die Freiheit zu erringen, die Rechte eines anderen Volkes nicht antasten darf.

Ich fühle mich gedrungen, alle diese Fragen auch im Zusammenhang mit dem Dualismus zu besprechen. Die österreichische Regierung hat gegenüber der ungarischen Regierung erklärt, daß die ungarische Regierung beruhigt sein könne, die österreichische Nationalitätenfrage werde nur im Rahmen des Dualismus gelöst werden. Meine Herren, das wurde erklärt.

Wie sollen wir anderen da nicht in Erregung geraten, wenn in einem Moment, wo wir wirklich mit Befriedigung sehen, daß für das Polenvolk das heranreift, was es erträumt hat — lange nicht in diesem Umfang, wie wir es ihm von ganzen Herzen wünschen, lange nicht in diesem Umfang, daß alle Teile des polnischen Territoriums vereinigt werden, wie wir das für jede Nation eigentlich vom ganzen Herzen wünschen, wenn es sein muß in einer Art Föderation oder sonst wie —, wenn in diesem Moment, wo wir dies hören, daß es für die Polen möglich wird, wo wir hören, daß wenigstens ein Teil dieses großen, schönen polnischen Programmes erfüllt wird, wenn in diesem Moment uns verwehrt wird, an den Dualismus zu schütteln und zu rütteln? Man ist also soweit gelangt, einem neu entstandenen Staat eine ganze Provinz einzuverleiben, dagegen will man gar nicht daran denken, Teile unserer Gesamtmonarchie miteinander zu vereinigen, damit die Nationalitätenfrage gelöst wird und damit der Friede wieder im Staate herrscht! Und alles dies wegen des Dualismus! Mit anderen Worten: Es gibt nicht nur eine polnische Frage.

Das ist eine Detailfrage. Es gibt genau so eine südslawische Frage, die ohne den Dualismus nicht lösbar ist, es gibt eine tschechische Frage, die ohne den Dualismus nicht lösbar ist, es gibt eine rumänische Frage, die ohne den Dualismus nicht lösbar ist. Das muß ich mit allem Nachdruck auch als Rumäne betonen.

Es ist nicht möglich, daß 300.000 Rumänen in der Bukowina und vier Millionen in Ungarn leben, obgleich sie geographisch aneinander grenzen. Das sind unmögliche Zustände, das ist ein weiterer Explosionsstoff für ganz Europa, das was übrig bleibt, wenn die Polen weggehen, ist ein mitteleuropäisches Mazedonien. Wie stellen sich diejenigen Nationalitäten, welche bis jetzt die Macht ausgeübt haben, speziell die Magyaren und — ich nehme selbstverständlich die deutschen Sozialdemokraten aus, denn sie haben heute eine Erklärung abgegeben, die ganz im Sinne meiner Rede ist — wie stellen sich der Deutsche Nationalverband und die magyarischen Nationalisten das vor, daß Galizien in das Polenreich hinübergeht, daß aber die Slowakei nicht zum Tschechenreiche gehören soll.

Wie stellen Sie sich das vor, daß der ukrainische Teil Ungarns nicht zu dem ukrainischen Teil von Österreich kommt? Wie stellen Sie sich vor, daß Dalmatien, Bosnien und die Hercegovina, das serbische Banat und Kroatien und Slawonien nicht vereinigt werden sollen? Wie, daß die rumänische Frage ungelöst bleibt? Wie stellen sich diese Leute die Lösung dieser Fragen vor?

Die Antwort darauf geben uns sofort die zwei Klassen, sagen wir es offen, die bedrückenden und herrschenden Klassen der Magyaren und der Deutschen, wenn wir zum Beispiel lesen, was heute in der „Ostdeutschen Rundschau" steht. Dieses Blatt wird allerdings nicht gelesen, weil es bei vielen Leuten als Witzblatt gilt und man im Kriege für Witze keinen Sinn hat. Es ist in der „Ostdeutschen Rundschau" heute ein Artikel zu lesen, daß man Südtirol wieder zurückgermanisieren muß. Es ist ausdrücklich der Ausdruck gebraucht, daß Südtirol „zurückgermanisiert" werden muß, es muß ein Alpenwall von Deutschen in Südtirol angesiedelt werden. Eine Beschäftigung für die Zeit der Volksversöhnung!

Die Magyaren haben einen ähnlichen Plan. In öffentlichen Reden haben magyarische Minister erklärt, daß an der Grenze von Siebenbürgen, das heißt an der Grenze des Rumänentums, ein magyarischer Karpathenwall kolonisiert werden soll.

Mit diesen Dingen beschäftigt man sich, während das Polenreich zustande kommt und die polnische Nation sich emanzipiert. Und da sollen die übrigen Nationalitäten nicht aufgeregt sein und sich sagen: Und wir sollen in diesem Staate bleiben und ruhig sein? Die Schwaben in Südungarn beispielsweise, welche ihrem Ende, ihrem Untergange, ihrer Entnationalisierung entgegensehen, jammern vergebens in ihrer Presse, daß sie zugrunde gehen. Die Deutschnationalen rührt es nicht. Sie kümmern sich nicht um diese Angelegenheit, sie jubeln den Polen zu, daß sie ihren Staat bekommen. Wir jubeln alle den Polen zu, aber wir bitten die Polen: verlaßt uns nicht in unserer Not, laßt uns nicht in den Händen jener Henker, die das serbische Volk — wenn Sie die Rede des Abgeordneten Trešić-Pavičić gelesen haben, werden Sie das zugeben — zugrunde gerichtet, zu Tausenden gehenkt haben.

Geht von uns erst weg, wenn dieser Staat wieder in Ordnung gebracht ist, wenn das erfüllt ist, was der Abgeordnete Dr. Renner gesagt hat: entweder wird die Nationalitätenfrage bis auf das I-Tüpfelchen gelöst oder es soll dieser Staat zugrunde gehen. Möglich, daß wir uns in der zweiten Eventualität dieses Programms zusammenfinden, wenn die erste nicht erreichbar ist, möglich, daß das geschehen kann, einheitlich und in Frieden; wir können ja dann wieder zu einer Föderation zusammenkommen. Aber entfernt Euch nicht auf Wunsch der Magyaren und Deutschnationalen. Wenn Ihr Euch aus unserer Mitte auf Wunsch der Deutschnationalen und Magyaren entfernt, dann entfernt Ihr Euch, nachdem Ihr gewissermaßen einen Lohn dafür erhalten habt, indem man Euch geradezu sagt: geht weg, laßt uns zurück, damit wir noch mehr knechten und herrschen, als wir bisher geknechtet und geherrscht haben. Wenn nicht diese Absicht bestünde, hätte der Herr Ministerpräsident zu seiner Erklärung hinzugesetzt: Und ich erkläre hier feierlichst, daß genau so wie die polnische und ukrainische Frage gelöst werden wird, in ehrlicher Weise auch die übrigen Nationalitätenfragen in Österreich-Ungarn gelöst werden müssen.

Das alles, was ich hier sage, hat aber auch seinen Zusammenhang mit der russischen Revolution. In der russischen Revolution spielen die Hauptrolle die Bauern, die Arbeiter und die Nationalitäten. Diese drei Elemente haben die russische Revolution gemacht. Das Bauernelement wird gesättigt sein, wenn es seinen Grund und Boden bekommen hat, die Verteilung ist bereits in ganz Rußland im Gange. Die Arbeiterklasse wird aufatmen, wenn sie das erreicht, was sie zu erreichen auf dem Wege ist und zum Teile schon erreicht hat: Achtstundentag, Koalitionsfreiheit usw. Die Nationalitäten wieder sind in der russischen Revolution insofern von großer Bedeutung, als sie wirklich die Stunde herankommen sehen, wo sie frei aufatmen und in ihren Schulen und ihrer Kultur sich entwickeln können. Und wenn man betrachtet, was auf diesem Gebiet geschieht, in der Bauernfrage, in der Arbeiterfrage und in der Nationalitätenfrage, so muß man sagen: alle

Achtung und Respekt vor der russischen Revolution, sie ist eine Erlösung für unseren Nachbarn, aber auch für uns in Österreich-Ungarn! Denn genau so wie in Rußland sich die Dinge entwickeln — wir sind ja unterdessen auch nichts als ein Konglomerat von Völkern —, werden sie sich auch bei uns entwickeln. Es ist nicht möglich, daß wir die verschiedenen Bauernfragen nicht lösen werden, ohne daß dieser Staat in Brüche geht; es ist nicht möglich, daß wir die Arbeiterfrage dort stehen lassen, wo sie heute ist. Wenn hier im Hause geklagt wird, daß heute, während des Krieges und während geredet und gepredigt wird von der Befreiung Polens und während die Arbeiterschaft in Rußland von der Knechtschaft der Kapitalisten befreit ist, die Prügelstrafe für unsere österreichischen Arbeiter in den Fabriken eingeführt wird, so bedenken Sie, wo wir stehen! Und es ist nicht möglich, daß wir in unserer Nationalitätenfrage andere Wege gehen als Rußland. Finnland und die Ukraina sind ein Beispiel dafür, was die russische Revolution erreicht hat. Und was in Finnland und in der Ukraina geschieht, erwarten wir für alle Nationalitäten Österreichs, und zwar zu dem Zwecke, weil es uns dem Frieden nähert. Und wenn die österreichische Regierung etwas für den Frieden tun will, so sage ich, kann sie nur dann etwas tun, wenn sie sagt: was dort in Rußland momentan geschieht, die neueste Phase der russischen Revolution, wo jene Richtung siegt, welche für den Frieden ist, was dort geschieht, befriedigt uns vollständig, denn wir nähern uns damit dem Frieden. Aber jene Gruppe, welche den Frieden in Rußland bringen will, ist ohnmächtig und kann ihn nicht bringen, wenn es nicht wie ein Echo aus Österreich zurückschallt: Lenin, du und deine Gruppe kannst ruhig vorwärtsgehen, wir in Österreich streben dasselbe an: Recht, Freiheit und Frieden für alle Völker!

Nur dann kann ein Friede zwischen diesen beiden Staaten zustandekommen und aus der Taktik des Friedensschlusses heraus war es Pflicht der österreichischen Regierung, heute feierlich zu erklären: Ihr irrt euch, wenn ihr glaubt, daß wir nur das Polenreich errichten wollen, alle Völker Österreich-Ungarns werden frei!

Über die Grenze Rußlands wollen wir uns dann die Hände reichen, wir werden als freie Völker nebeneinander wohnen und wenn ein Teil eines Volkes über die Grenze hinüberstrebt, so ist es Sache der Selbstbestimmung im friedlichen Einverständnisse! Das wäre etwas, was wir begrüßen müßten; denn nichts wollen wir Sozialdemokraten so sehr, als alles, was uns dem Frieden nähert, der so sehr notwendig ist, um alle diese Fragen zu lösen.

Zum Schlusse erlauben Sie mir, daß ich meiner Nationalität einige Worte widme. Die rumänische Nationalität in Österreich-Ungarn ist ein Körper, der geographisch voneinander nicht geschieden ist. Die Rumänen wohnen in geschlossenen gleichartigen Massen, durchmischt mit Deutschen, sowohl in Siebenbürgen als im Süden der Bukowina. Ich spreche von dem Norden der Bukowina nie anders, als von dem ukrainischen Teile, ich erkläre das offen und ich stehe nicht auf dem Standpunkte, daß bei der Lösung dieser Fragen am ganzen Komplexe der Bukowina nicht gerührt werden darf und alles weiter so bleiben soll, wie es war. Das ist ein lächerlicher, kindischer Standpunkt. Wir können nicht, wie Lichtenstein oder die kleine Republik Andorra als eigener Staat erklärt werden, obwohl ich nichts dagegen hätte, daß es geschieht, aber die rumänische Frage in Österreich-Ungarn hat ein eigenes Leid; man gibt den 300.000 Rumänen in der Bukowina so ziemlich alle kulturellen und Schulrechte, ja wir können eine Universität nur deswegen nicht erlangen, weil wir bloß 300.000 sind. Wir ersticken also in unserer Kleinheit, wir können keine Kultur, keine Bildung, keine wirtschaftlichen Organisationen schaffen, wenn wir bloß 300.000 Seelen stark sind und drüben in Ungarn nahezu vier Millionen Rumänen leben, von welchen wir aber aus unbekannten Gründen ferngehalten werden. Das sind Fragen, welche zur Lösung kommen müssen.

Und noch etwas. Während man sich in Österreich entschlossen hat, eine Amnestie zu geben und damit sozusagen anerkannt hat, daß die Völker, welche um ihre Rechte gekämpft haben, unschuldig sind, daß das, was sie begangen haben, im Eifer des Kampfes um ihre Freiheit entschuldbar ist, denkt in Ungarn niemand an eine Amnestie.

Hunderte und Hunderte von Rumänen schmachten dort in den Gefängnissen, obgleich sie absolut nicht mehr und nicht weniger getan haben als die tschechische Bourgeoisie. In Bosnien und der Hercegovina herrscht ebenso in dieser Hinsicht ein Ausnahmszustand ohnegleichen. Das muß wegfallen, wenn wir überhaupt das Recht beanspruchen, nach Rußland hinüberzuschauen und Frieden zu erwarten. Wir müssen die Dinge dorthin treiben, wohin sie kommen müssen, wir müssen ein Bild der Einigkeit geben im Willen, die Nationalitätenfrage zu lösen, sowohl die Deutschen als auch die Slawen als auch die Romanen. Dann allein werden wir die Förderer des Friedens sein, den wir alle vom Herzen erstreben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird vielfach beglückwünscht.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Schoepfer; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Schoepfer:** Hohes Haus! Die Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Minister-

präsidenten hat zwei Punkte klargestellt: erstens, daß die Angelegenheit des zukünftigen Schicksals von Polen und Galizien noch nicht in ein entscheidendes Stadium getreten ist, und zweitens, daß der Reichsrat rechtzeitig in die Lage kommen wird, dazu Stellung zu nehmen und den ihm durch die Verfassung gewährten Einfluß zur Geltung zu bringen. Aus diesem Grunde erkläre ich im Namen der christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter, daß wir uns gegenwärtig einer meritorischen Stellungnahme zur polnischen und galizischen Frage enthalten und uns auf nachstehende Erklärung beschränken.

Was die Friedensfrage anbelangt, haben wir mit aufrichtiger Freude den Friedensruf Seiner Heiligkeit des Papstes Benedikt XV. begrüßt, der sich dadurch den Dank der ganzen zivilisierten Welt verdient hat. Als Österreicher waren wir stolz auf das so entgegenkommende Antwortschreiben unseres erhabenen Monarchen und wir haben auch unsere volle Zustimmung zur bekannten Friedensrede gegeben, die der Herr Minister des Äußern Graf Czernin in Budapest gehalten hat, die wir aus Budapest vernommen haben. Wir haben es tief bedauert, daß diese so aufrichtig gemeinte Friedensrufe wirkungslos verhallt sind und daß unsere Monarchie mit den hohen Verbündeten gezwungen wurde, noch weiter das Elend des Krieges über sich ergehen zu lassen. Sind wir dadurch zu weiteren Kämpfen genötigt, so ist doch unsere Sehnsucht nach einem ehrenvollen und dauerhaften Frieden und unser aufrichtiger Wille, alles, was wir können, dazu beizutragen, ebenso bestehen geblieben wie früher. Aber mit um so größerer patriotischer Freude haben wir die Nachrichten entgegengenommen von den herrlichen Waffenerfolgen *(Beifall und Händeklatschen)*, die inzwischen unsere tapferen Vaterlandsverteidiger und ihre Verbündeten unter der genialen Führung ihrer Feldherren in Italien errungen haben. *(Beifall.)* Wir haben mit aufrichtiger Freude begrüßt, daß bereits über einen großen Teil der vom Feinde okkupierten Gebiete die Sonne der Befreiung aufgegangen ist und wir folgen mit vertrauensvollem Blick dem herrlichen Siegeszug, der hoffentlich in Bälde den letzten noch vom Feinde besetzten Gebietsstreifen dem Kaiser und dem Reich zurückführen und überall die österreichische Siegesfahne aufpflanzen wird. Aber nicht bloß deshalb haben wir diese Siege begrüßt: wir erblicken in ihnen auch einen weiteren Schritt zu einem baldigen Frieden. *(Zustimmung.)* Denn wer zum Frieden nicht willig die Hand reichen will, der muß eben durch den Sieg des Gegners dazu gezwungen werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Aber um so mehr bedauern wir, daß in diesem Hause, wo Österreich versammelt sein soll *(Sehr richtig!)*, man wiederholt Rufe hören muß, die einer Gleichgültigkeit gegen die Tapferkeit unserer Krieger und gegen deren Erfolge gleichkommen. Wir müssen es auf das schärfste verurteilen, daß hier, wo der Patriotismus in seiner vollsten Reinheit vorhanden sein soll, sich wiederholt Gleichgültigkeit, ja Feindlichkeit gegen ein starkes Österreich breitmachen konnte. *(Zustimmung.)*

Aus dem gleichen Grunde der Friedenssehnsucht begrüßen wir es auch, daß im Osten der Gedanke des Friedens in den letzten Tagen neuerdings festen Fuß gefaßt hat und vielleicht jetzt die entscheidende Siegeslaufbahn einschlagen wird.

Dürfen wir uns demnach mit dem Gedanken eines baldigen Friedens vertraut machen, so müssen wir andrerseits auch unseren Blick auf die Wirkungen desselben hinwenden. So dringend wir des Friedens zur Gesundung Österreichs im Innern bedürfen und so sehr wir seine Segnungen zur Neuordnung im Reiche selbst, und zwar in der ganzen Monarchie bedürfen, so ist es gar kein Zweifel, daß dieser Krieg ein so großartiges weltgeschichtliches Ereignis ist, daß er ohne Neuordnung und Neuorientierung in ganz Europa nicht vorübergehen kann. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Unsere Monarchie als ein Konglomerat der verschiedenen, im europäischen Kontinent die Hauptrolle spielenden Völker kommt dabei ganz besonders in Frage. Unsere Monarchie kann sich darum der Anteilnahme an der Regelung der Verhältnisse in ganz Europa noch viel weniger als irgendein anderer Staat des Kontinents entziehen. Freilich dürfen auch wir uns nicht verhehlen, daß wir damit den schwierigsten Problemen entgegengehen, welche zu lösen ebensoviel Einsicht als Tatkraft erforderlich sein wird. In dieser Hinsicht verlangen wir, daß bei Lösung der internationalen Fragen das Wohl und die Ehre unseres Staates und der Beruf der Monarchie, ein Hort der in derselben wohnenden Völker zu sein, ungeschmälert aufrecht bleibt. Wir verlangen, daß dabei die Freiheit sämtlicher die Monarchie bewohnender Völker vollauf gewahrt werde. *(Zustimmung.)* Wir verlangen aber auch, daß alle diese Völker sich auf den Boden des Staates und des Reiches stellen. *(Zustimmung.)* Darum verurteilen wir auch alle Bestrebungen, die darauf hinausgehen, zum Schaden der Völker die Einheit des Staates und der Monarchie zu zerreißen. *(Beifall.)* Wir betonen, daß Österreichs Völker in erster Linie für den eigenen Staat und für sein Gedeihen ihre Opfer an Gut und Blut gebracht haben.

Sehr geehrte Herren! Seine Majestät der Kaiser hat in seiner Thronrede an alle seine Völker und deren Vertreter den Ruf ergehen lassen, daß sie vereint mit ihm sich zusammenscharen sollen, um eine neue Zukunft der Monarchie zu begründen zu dem Zwecke, daß diese Monarchie glorreicher werde, die Völker aber in freier Entwicklung ihrer nationalen Güter zum Wohle des Staatsganzen

zusammenarbeiten. Der Kaiser hat sein Wort verpfändet, daß er ein gerechter Herrscher sein will, daß er allen Völkern freie Entwicklung und Gerechtigkeit werde zuteil werden lassen. Wir nehmen den Kaiser beim Worte; wir vertrauen auf sein Wort; wir wollen alle dahin zusammenarbeiten, daß das Losungswort der Zeit: wahres Völkerglück und Völkerfreiheit, aber wahre Freiheit vor allem in Österreich und in der ganzen Monarchie voll und ganz in die Tat umgesetzt werde. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Simionovici**: Nunmehr gelangt zum Worte der Herr Abgeordnete Soukup; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Soukup**: Meine Herren Es ist gewiß begreiflich, daß die Nachricht darüber, daß in Berlin Verhandlungen über Friedensziele gepflogen werden und daß wir wiederum vor nackte Tatsachen gestellt werden sollen, bei uns allen die höchste Empörung hervorgerufen hat und daß man diesen Versuch wirklich als eine direkte Provokation auffassen muß. Unser Standpunkt ist gewiß ganz klar und ich brauche es nicht zu betonen, daß wir uns gegen die Idee, gegen die Verwirklichung, gegen die Realisierung eines selbständigen souveränen polnischen Staates nicht stellen, im Gegenteil, wir alle sind fest überzeugt, daß aus der Liquidation des Weltkrieges ein polnischer Staat geboren wird, aber wir wünschen und stehen auf dem Standpunkte, daß dieser polnische Staat nicht durch die Gnade der Monarchen und Diplomaten zustande komme, sondern durch freies Übereinkommen der Völker. Es handelt sich uns um die Grundlage dieses Staates. Der Staat kann nicht leben durch die Gnade dieser Faktoren, sondern muß auf eine feste Grundlage der freien Entschließung der Völker gestellt werden.

Meine Herren! Was wir hier bemängeln, das ist die Art und Weise, die hier geübt wird, die Art und Weise, daß wir hier wiederum ein Schauspiel sehen, daß die alte Diplomatie beim Werke ist. Wir alle wissen, meine Herren, auf welche Weise dieser Weltkrieg entfacht wurde. Wenn wir fragen: Wer wird diesen Weltkrieg verantworten und wo sind diejenigen Leute, die diesen Weltkrieg entfacht haben, so wissen wir, daß die Leute einfach verschwunden sind. Sollte man aber jetzt wieder den Versuch wiederholen, daß diejenigen Leute, über die durch diesen Weltkrieg ein totaler Bankerott erklärt wurde, daß dieselben Leute, dieselben Elemente über das Schicksal von Millionen der Völker entscheiden werden, so müssen wir dagegen ein für allemal auf das entschiedenste demonstrieren. Meine Herren! Deswegen wird dieser Gedanke so aufreizend, weil in dem Momente, wo wir vor dem großen Drama der russischen Revolution stehen, in dem Momente, wo auch die größten Demokratien an diesem Weltkriege teilgenommen haben, in dem Momente, wo überall in der ganzen Welt die Parlamente ein wichtiges Wort reden, wir in Österreich und vielleicht auch in Deutschland vor eine Tatsache gestellt werden und gezwungen sein sollen, entweder ja oder nein zu sagen, daß man uns wieder präjudizieren will und daß wir als eine quantité négligeable betrachtet werden sollen, mit der man überhaupt nicht im vorhinein reden soll und darf.

Ich will über die Konsequenzen, die durch diesen Versuch in der ganzen Welt erzeugt werden, nicht weiter reden. Ich will nur aussprechen, daß wir in dieser Angelegenheit keine separaten Fragen kennen und kennen werden, sondern daß es sich für uns um den ganzen Komplex handelt und daß wir wünschen, daß alle diese Fragen uno actu geregelt und gelöst werden. Es geht nicht anders, sonst kommen wir in einen Wirrwarr, in ein Chaos und wir werden Anarchie erzeugen, statt Ordnung und Grundlagen für eine neue Zukunft zu schaffen.

Jetzt soll auf diese Weise der polnische Staat dekretiert werden! Was geschieht mit den übrigen Fragen? Was haben wir bisher von der Lösung der ukrainischen Frage gehört? Sie alle kennen sehr gut die Haltung der Ukrainer während des ganzen Krieges. Was hören wir aber heute als Konsequenz der bloßen Ankündigung einer solchen Tat? Wir hören heute den Ruf nach der Vereinigung mit der russischen Ukraine, mit den 30 Millionen Ukrainern in Rußland. Das ist ja auch selbstverständlich. Und was ist bisher im Parlament seitens der Regierung über die südslawische Frage gesagt worden? Was geschieht mit den Südslawen? Haben wir in dem Moment, wo die südslawischen Länder von der reichsitalienischen Invasion befreit sind, ein Wort, haben wir ein Programm, haben wir überhaupt etwas gehört, wie diese große südslawische Frage, eine eminent europäische Frage, gelöst werden soll?

Der Genosse Grigorovici hat im Namen der Rumänen gesprochen. Was haben wir in der rumänischen Frage bis jetzt gehört? Ich kann seinen Ausführungen nur voll beistimmen. Glauben Sie, daß es möglich sein wird, daß die Rumänen in dem magyarischen Kerker weiterleben können, wie sie bis jetzt gelebt haben?

Und meine Herren, ich frage Sie: was geschieht eigentlich mit der tschechischen Frage? Glaubt jemand, daß die tschechische Frage auch eine quantité négligeable ist, über die man überhaupt nicht nachzudenken braucht? Was haben wir bisher seitens der Regierung, was haben wir bisher seitens der Krone gehört? Drei volle Kriegsjahre sind vorüber. Man hat mit uns wie mit Verbrechern gesprochen. Niemand war da, nur die Staatsanwälte haben ihr Schreckensregiment in Böhmen aufgerichtet,

Kerker und Galgen. Kein gutes Wort ist gefallen, wir haben nur Prozesse und Konfiskationen über uns ergehen lassen müssen, die Militärjustiz hat bei uns gewütet.

Jetzt wird gesagt, das sind lauter Fauxpas, lauter Dinge, die man nicht wiederholen möchte. Es ist die Amnestie gekommen, sie ist ja noch nicht durchgeführt, es sitzen ja noch viele Leute in den Kerkern in Theresienstadt, in Garsten usw.! Warum werden die Leute nicht freigelassen? Zu zehn, zwölf Jahren sind sie verurteilt, wir haben die Dokumente, wir haben die Urteile hier, warum wird die Amnestie nicht durchgeführt? Haben wir die Bureaukratie nur dazu, um die Kerkertüren zu schließen und haben wir niemand, der, wenn der Kaiser seine Amnestie spricht, die Kerker öffnet? Soll ich alle diese Rekriminationen hier wiederum vortragen? Und wenn unsere Administration im kleinen so aussieht, was sollen wir dann von der Zukunft glauben? Sollen wir glauben, daß wir unter diesen Zuständen nach dem Kriege werden aufatmen können? Oder glauben Sie, meine Herren, daß wir, daß unser tschechisches Volk, das so ungeheure Opfer an Gut und Blut gebracht hat, in diesem Weltkriege vielleicht beiseite geschoben werden kann? Haben wir nicht dasselbe Recht auf unsere selbständige Existenz, ist etwa der tschechische selbständige Staat ein Axiom, das nicht durchgeführt werden könnte? Im Gegenteil, meine Herren, auch diese Frage steht jetzt auf der Tagesordnung und sie wird von dieser Tagesordnung nicht verschwinden, bevor sie nicht realisiert ist.

Und wenn drüben auf der magyarischen Seite uns Vorwürfe gemacht werden und man uns verhalten will, die magyarische Souveränität nicht zu tangieren, glauben Sie, meine Herren, daß wir diese magyarischen Grenzen in alle Zukunft anerkennen werden? Begreifen Sie doch, daß wir nur blutenden Herzens zusehen, was draußen in Ungarn geschieht! Die drei Millionen Slowaken — eine Barbarei, die in der ganzen Welt keine Analogie findet — ein Volk, das überhaupt keine Volksschulen besitzt, ein Volk, dessen besten Kräfte nach Amerika gehen, nach Amerika fliehen! Gehen Sie nach Amerika und Sie werden die besten slowakischen Leute dort in den Gruben finden und in den Fabriken von Rockefeller. Bedenken Sie, wie viele Talente und Arbeitskräfte uns auf diese Weise verloren gehen! Glauben Sie, daß wir diesen ungeheuren nationalen und ökonomischen Verlusten auch in Zukunft ruhig zusehen werden?

Ich glaube, es ist überall bei uns wie in einem Vulkan. Auch diese Fragen müssen gelöst werden. Wenn man über die Friedensziele und über die Friedensbedingungen sprechen will, so muß man alle diese Angelegenheiten als einen Gesamtkomplex auffassen, und dann wollen wir sehen, und ich sage: will die ganze Welt sehen, was hier in dieser Beziehung geschieht. Sagen Sie es offen heraus, sprechen Sie über die Selbstbestimmung der Völker und sagen Sie offen, daß die Völker in Österreich-Ungarn ihre Souveränität bekommen werden und wir haben sofort eine Plattform, eine Grundlage, um über einen Weltfrieden überhaupt verhandeln zu können. *(Beifall.)* Sonst, meine Herren, geht der Krieg ins Unendliche und ich fürchte eben, daß dasjenige, was in Berlin geschehen ist, den Krieg nur ungeheuer entfachen wird und daß dann das Ende dieser Greuel einfach unabsehbar ist.

Meine Herren! Ich will Ihnen nicht die tragische Situation jeder einzelnen Familie bei uns schildern, wir kennen sie alle, wir wissen alle sehr gut, wie der Krieg und alle diejenigen, die den Krieg inspiriert haben, tagtäglich verflucht werden und wie Tausende und aber Tausende den Augenblick herbeisehnen, um endlich einmal über die Möglichkeit des Friedens reden zu können. Auf diese Weise aber, wie wir es in Berlin gesehen haben, glaube ich, werden wir das nicht erreichen. Sollte man auf die Weise, wie anno temporis 1913/14 die Sache wieder fortsetzen, sollten wir hier als Material wieder zurückgestellt werden und zusehen, wie draußen ein paar Leute, die dort zusammenkommen, über unser Schicksal entscheiden? Auf diese Weise gehen wir dem Ende des Krieges nicht entgegen. Wenn wir uns hier in diesem Parlamente dagegen wehren, wenn wir gegen diesen Versuch hier demonstrieren, so liegt das nur im Interesse der Friedensidee, weil jeder Versuch dieser Art einfach erstickt werden muß. Und ich glaube auch, meine Herren, daß in einem Momente, wo ringsherum in Europa die Kronen stürzen, keine Krone mehr die Macht besitzt, um über die Schicksale der Völker selbständig entscheiden zu können. Die Zeiten sind längst vorüber und wir alle, die Krone mitinbegriffen, müssen mit dieser Tatsache rechnen und auf dieser Grundlage unser weiteres Handeln aufbauen.

Ich kann nur begrüßen, was in dieser Beziehung die Kollegen Seitz und Kuranda, dem ich für seine Worte wirklich sehr dankbar bin, in dieser Beziehung ausgesprochen haben. Ich möchte nur bitten, daß wir alle uns in diesen Fragen fest zusammenschließen, daß alle demokratischen Elemente aller Völker Österreichs zusammengehen, denn nur durch dieses kollektive Vorgehen können wir unser großes Ziel erreichen.

Die Herren vom Polenklub werden gewiß überzeugt sein, daß wir von der tschechischen Seite die Bestrebungen nach einem souveränen polnischen Staate nur mit der größten Freude begrüßen *(Bravo)*, und daß wir auch gewillt sind, alles, was in unseren menschlichen Kräften liegt, beizutragen,

um die Erreichung dieses großen Zieles zu unterstützen. Aber vergessen Sie nicht, meine Herren, daß auch alle übrigen Fragen, die hier gelöst werden müssen, damit zusammenhängen und daß wir nur durch unsere gemeinsame Unterstützung dieses große Ziel werden erreichen können. Das letzte Wort in diesem Weltkriege ist noch lange nicht gefallen. Halten wir, meine Herren, zusammen, auf daß aus diesem Weltkriege endlich einmal die große Idee der Souveränität der Völker geboren werde! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Simionovici**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Głąbiński. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Głąbiński**: Hohes Haus! Wiewohl die durch Dringlichkeitsanträge aufgerollte Angelegenheit der Wiedervereinigung Galiziens mit dem künftigen Polenreiche für das Parlament gar nicht spruchreif erscheint, beehre ich mich namens des Polenklubs nachstehendes zu erklären:

Der Polenklub hat seinen Standpunkt in der im gegenwärtigen Kriege wieder aktuell gewordenen Polenfrage durch den Beschluß der Vollversammlung der polnischen Landtags- und Reichsratsabgeordneten vom 28. Mai l. J. bereits präzisiert und diesen Beschluß dem hohen Hause wiederholt zur Kenntnis gebracht. Wir erwarten somit, daß über das Schicksal Polens nicht ohne Wissen und Teilnahme der polnischen Volksvertretungen entschieden werden wird. Im genannten Beschluß haben wir unserer Zuversicht Ausdruck gegeben, daß der Kaiser, der eine große Gewogenheit und tiefes Verständnis für Polen bekundet hat, es nicht ablehnen werde, die Sache Polens in seine Hände zu nehmen und einer glücklichen Lösung zuzuführen. *(Bravo!)* Wir hatten auch keinen Grund, daran zu zweifeln, daß sämtliche berufenen Faktoren und insbesondere das österreichische Parlament, in erster Linie dessen slawische und freiheitliche Parteien, welche die Teilungen Polens immer verurteilten und als verhängnisvolles internationales Verbrechen stempelten, es nicht unterlassen werden, unsere Bestrebungen vorbehaltslos zu unterstützen, um das durch Teilungen Polens ehemals der ganzen polnischen Nation und den Grundlagen des internationalen Rechtes zugefügte Unrecht wieder gut zu machen und für Europa wie für die ganze Menschheit Vorbedingungen eines dauernden Friedens zu schaffen. Wir gönnen einem jeden Volke Freiheit und Selbstbestimmung *(Zwischenruf)*, haben aber das Recht, gegenseitig zu verlangen, daß die Wiederherstellung Polens, deren wesentlichen Bestandteil die Wiedervereinigung Galiziens mit Polen bildet, von Vertretern anderer Völker nicht an Vorbehalte und Bedingungen geknüpft werde. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Galizien gehörte durch lange Jahrhunderte hindurch ununterbrochen und unbestritten bis zur ersten Teilung Polens zum polnischen Reich und ist im Jahre 1772 den Ländern des Hauses Habsburg angegliedert worden. Gott hat es gefügt, daß im östlichen Teile Galiziens seit unvordenklichen Zeiten die Polen und Ruthenen nebeneinander angesiedelt und auf Zusammenleben angewiesen sind. Nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1910 wohnten in Ostgalizien über 2,100.000 Einwohner . . . . . *(Lebhafte Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)* . . . . ., die sich zur polnischen Sprache bekannten, 40 Prozent der gesamten Bevölkerung dieses Landesteiles. Nicht bloß die Hauptstadt Lemberg weist eine überwiegend polnische Bevölkerung auf, auch eine Reihe politischer Bezirke selbst an der äußersten Ostgrenze Galiziens haben eine polnische absolute Mehrheit der Einwohner. *(Zwischenrufe.)* Es ist selbstverständlich, daß im polnischen Reich jede Nation und jede Konfession volle Gleichberechtigung genießen wird und daß kein Anstand wird dagegen erhoben werden, daß dem ukrainischen Volke im Rahmen des polnischen Staates, ein volles nationales Recht gewährleistet werde. *(Stürmische Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen).*

Es leben doch zahlreiche Polen auch in weiten ukrainischen Gebieten Rußlands und wir werden glücklich sein, wenn sie in der künftigen ukrainischen Republik sich derselben Rechte und Freiheiten erfreuen werden, die den Ruthenen in Polen werden gewährleistet werden. *(Zwischenrufe.)*

Ohne uns daher an der Debatte näher beteiligen zu wollen und ohne uns in die Polemik mit einzelnen Rednern einzulassen, erklären wir, daß die Wiedervereinigung Galiziens mit dem Polenreiche eine wichtige, zur Verwirklichung unseres nationalen Programms führende Tat bilden wird und wir machen kein Hehl daraus, daß wir jede verläßliche Kunde von der endgültigen günstigen Lösung dieser Angelegenheit mit der lebhaftesten Freude begrüßen werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Ritter v. Onciul das Wort.

Abgeordneter Dr. Ritter v. **Onciul**: Hohes Haus! In demselben Maße, wie die galizischen Ukrainer, fühlen durch die lancierte Lösung der polnischen Frage auch wir Bukowinaer Rumänen uns beunruhigt. Zwar scheint auf den ersten Blick der Zusammenhang zwischen der polnischen Frage und der Bukowina ein sehr loser zu sein. Die

geschichtliche Erfahrung lehrt uns jedoch, daß die polnische Frage für uns sehr bedrohlich werden kann, denn seinerzeit, bei der Okkupation der Bukowina, wurde dieser von der Moldau abgesplitterte Fleck als eine Art Appendix Galiziens angesehen und hat infolgedessen vom Jahre 1775 an bis zum Jahre 1848 mit geringen Unterbrechungen das Schicksal Galiziens geteilt. Und das Schicksal, das wir damals gehabt haben, schreckt uns derart ab, daß wir uns dreifach bedroht fühlen: als Rumänen, als Bukowinaer, aber auch als österreichische Patrioten.

Als Rumänen sind wir während des Zusammenhanges mit Galizien als Nation geradezu verdorrt. Damals waren noch günstigere Bedingungen in nationaler Beziehung, indem Galizien ebenso wie die Bukowina von deutschen absolutistischen Beamten verwaltet wurde; trotz dieser Verwaltung sind wir ökonomisch, kulturell und national langsam abgestorben. Wir befanden uns im Jahre 1848 nahezu im Stadium der Agonie, als uns endlich das Selbstbestimmungsrecht gegeben wurde und uns rettete. Im Falle einer Verbindung mit Polen würden die Verhältnisse in nationaler Beziehung noch viel ärger für uns werden, denn die Polen wären nicht anational wie die Beamten, Polen wäre ein ausgesprochen nationaler Staat und würde sich selbstverständlich national betätigen. Diese Betätigung bedroht schon die Ukrainer, die eine größere Widerstandskraft entwickeln könnten, weil sie innerhalb Polens Millionen Konnationaler haben, während wir 300.000 Bukowinaer Rumänen wie ein Tropfen auf einem heißen Stein und im polnischen Staate verdunsten und verschwinden würden. Es ist also selbstverständlich, daß wir uns gegen diese Eventualität wehren.

Wir wehren uns aber auch als Bukowinaer. Die Bukowina ist seinerzeit, wie man einen Rebensetzling von einem Stock abschneidet, von der Moldau abgeschnitten worden. Im Wasser des absolutistischen Regimes konnte sie weder leben noch sterben; erst nachdem sie in den eigenen Boden eingesetzt wurde, hat sie Wurzel zu schlagen begonnen und hat sich entwickelt, und zwar ganz eigenartig so entwickelt, so daß ich ohne Bukowinaer Lokalpatriotismus sagen kann, sie sei zu einer Perle von Österreich geworden. Sie wird zu wenig geschätzt, sie ist zu wenig bekannt; aber sie ist gewissermaßen ein Mikrokosmus von Österreich. Wir haben im Lande nicht weniger als fünf anerkannte Nationalitäten. Fast alle sind hier im Hause vertreten, die Rumänen, die Ruthenen, die Deutschen und die Juden. Daß ein Vertreter der Polen aus der Bukowina nicht da ist, ist nicht unsere Schuld, wir hätten ihnen gerne ein Mandat gegeben, damit aus der Bukowina das ganze Bukett der Nationalitäten beisammen sei. Und trotz dieser Mannigfaltigkeit unterscheiden wir uns in einem Punkte bedeutend von Österreich: während Sie hier das Schauspiel erleben, daß die Gegensätze aufeinanderplatzen, daß, wenn die Tschechen irgendeinen noch so vernünftigen Vorschlag machen, die Deutschen schon aus diesem Grunde dagegen sind und umgekehrt, beide sich gegenseitig mit scharfen Protesten bewerfen, hören Sie das von den Bukowinaern gar nicht. Wir haben uns miteinander zu vertragen gelernt. Bei uns überwiegt die Vernunft gegenüber dem Gefühl und auf der Basis der Vernunft haben wir einen modus vivendi gefunden.

Ich fürchte nicht, in dieser Beziehung von der Vertretung der anderen Nationalitäten desavouiert zu werden. Wir leben untereinander, vertragen uns und haben in unserem kleinen Heimatlande das österreichische Problem, ich glaube glücklich, gelöst. Wir haben uns politisch abgegrenzt, wir sind auf dem Wege, uns kulturell und konfessionell auszugleichen und den anderen Völkern des großen Österreich das Muster und Vorbild zu geben, wie man eigentlich untereinander und miteinander unter demselben Dach ganz friedlich leben kann. Und schon deswegen verdient die Bukowina nicht aufgesogen zu werden, denn sie würde einfach aufgehen in dem großpolnischen Reiche, sie würde ihre autonome Gestaltung, die herrliche Blüthen hervorgebracht hat, verlieren und zermalmt werden in der Masse einer großen anderen Nation, zu der wir weder historisch noch kulturell, noch sonst irgendeine Beziehung haben.

Wir sind in letzter Linie auch außerordentlich beunruhigt als österreichische Patrioten, als die wir uns immer bekannt haben; denn wir haben niemals ein Hehl daraus gemacht, daß die einzige Garantie für die Existenz des ganzen rumänischen Volkes ein starkes Österreich, beziehungsweise starke Mittelmächte sind. Insofern ist für uns ganz genau so wie für ganz Österreich der Angelpunkt der Politik der Zusammenhalt der Zentralmächte oder das deutsch-österreichische Bündnis. Und dieses deutsch-österreichische Bündnis wird nach unserer Überzeugung durch nichts so sehr bedroht, als durch die Personalunion eines selbständigen Königreiches Polen mit der Monarchie. Denn Tatsache ist, daß sowohl Deutschland, oder genauer gesagt Preußen, als auch Österreich polnische Territorien besitzen. Tatsache ist ferner, daß die Polen genau so, wie jedes andere Volk, nach nationaler Zusammenfassung streben müssen, daß sie sich in einem nationalen Staate kristallisieren wollen. Und diese letztere Tatsache steht mit der ersteren in einem solchen Widerspruch, daß die Frage auf diese Weise nicht zu lösen ist.

Die Angliederung Polens an die Monarchie würde zur Folge haben, daß der österreichische König von Polen entweder, wie wir es in Rumänien gesehen haben, in Gegensatz gerät zu

dem von ihm regierten polnischen Reiche, dessen natürliche Aspirationen er unterdrücken müßte, so daß er dort keine Wurzeln fassen kann, wie König Carol in Rumänien keine Wurzel gefaßt hat, trotzdem er ein hervorragender Monarch war, oder er müßte, wenn er der Volksströmung nachgibt, gegen seinen deutschen Bundesgenossen konspirieren und seine Bundespflichten mit Füßen treten. Es ist unmöglich, daß der Kaiser von Österreich als König von Polen beide Pflichten gleich erfüllt, daß er ein guter König von Polen und ein guter Bundesgenosse des deutschen Kaisers ist. Dieses Dilemma läßt sich nur dadurch lösen, daß einer von den beiden beteiligten Staaten an Polen vollständig desinteressiert wird, daß er seine polnischen Territorien abtritt. Daß der König von Preußen seine polnischen Territorien abgibt, ist ausgeschlossen, denn er würde den ganzen Leib des preußischen Staates hergeben müssen. Die geographische Konfiguration ist einmal so, daß die Polen in der Mitte notwendig sind, als Füllsel, zur territorialen Verbindung zwischen dem weit nach Nordosten gestreckten deutschen Arm, der bis Riga und Reval greift und den weit nach Südosten reichenden schlesischen Provinzen. Nehmen Sie aus der Mitte Posen heraus und Teile Ost- und Westpreußens bis nahe zur Küste soweit sie polnisch sind, so höhlen sie dadurch den preußischen Staat so aus, daß er zusammenklappt in nichts. Eben deswegen wird der König von Preußen auf die polnischen Territorien nie verzichten können. Ganz anders verhält sich die Sache bei uns. Bei uns gehört Galizien nicht zur Einflußsphäre der Monarchie. Unsere natürliche Einflußsphäre ist das Donaubecken und dieses hat seine geographische Grenze an dem Kamme der Karpathen.

Insofern wir den Kamm der Karpathen überschritten und seinerzeit Galizien annektiert haben, sind wir aus unserer normalen Bahn hinausgetreten und haben einen Fremdkörper in uns aufgenommen. Und diese Prozedur hat weder dem Fremdkörper, noch uns zum Wohle gereicht. Für die Galizianer war es kein Segen, daß sie zu uns gekommen sind und für uns ebensowenig. Sie haben unsere Verhältnisse im Innern völlig auf den Kopf gestellt und einen entsprechenden nationalen Ausbau in Österreich gehindert. Und nun bedroht dieser Fremdkörper auch unsere auswärtigen Beziehungen, indem er das deutsch-österreichische Bündnis gefährdet. Vom Standpunkte der Existenz beider Staaten ist allerdings ein gewisser Anschluß Polens an die Mittelmächte notwendig. Das haben die Herren Polen selbst zugegeben. Sie wissen, daß sie in voller Selbständigkeit nicht existieren können, weil sie zu schwach sind und weil sie zwischen dem russischen Hammer und dem deutschen Ambos zerrieben werden würden. Sie sind daher vor die Wahl gestellt, entweder nach Osten oder nach Westen zu optieren. Sie haben nach Westen optiert, weil sie genug schmerzliche Erfahrungen mit dem Osten gemacht haben. Haben sie aber nach dem Westen optiert, so müssen sie sich an eines der beiden westlichen Nachbarreiche anlehnen. Nun weisen die geographischen Verhältnisse, ihre kommerziellen und politischen Interessen auf die Anlehnung an das Deutsche Reich und nicht an uns hin, schon aus dem Grunde, weil im Deutschen Reiche immer Konnationale von ihnen bleiben werden, während wir immer in der Lage sind, uns von den polnischen Konnationalen zu trennen; denn für eine Abtretung Galiziens, die schon in Betracht gezogen wurde, liegen die Verhältnisse für Österreich weitaus günstiger als für eine Abtretung der polnischen Provinzen aus dem Deutschen Reiche. Die richtige Lösung ist daher nicht die, daß das Königreich Polen an uns angegliedert wird, sondern, daß das Königreich Polen in irgend eine Verbindung mit Deutschland kommt. Wählen Sie sich einen deutschen Kaisersohn zum König, frei nach ihrem Belieben. Denkbar ist auch, so phantastisch es auch momentan klingen mag, eine Personalunion zwischen dem König von Preußen und dem König von Polen, wie sie seinerzeit historisch zwischen dem Königreiche Sachsen und dem Königreiche Polen bestanden hat. Wohlgemerkt, gehören zu diesem Königreiche Polen nur die polnischen Teile von Galizien, der ruthenische Teil hat in diesem Reiche nichts zu suchen. Nach demselben Elementargesetze der Vereinigung der Konnationalen zu einem Staate gehören auch die Ukrainer, welche heute in Rußland sind, mit den österreichischen zusammen. Diese ganzen Ukrainer herüberzuziehen ist bei den gegebenen Machtverhältnissen ausgeschlossen. Und nachdem der Berg nicht zum Propheten kommt, bleibt nichts andres übrig, als daß der Prophet zum Berge komme, nämlich Ostgalizien mit der Ukraina vereinigt werde; selbstverständlich nicht ohne Kompensation. Denn eine einfache Abtretung von Galizien würde für uns einen Verlust an Prestige, an Land, an Volk, an Petroleum und an Salz bedeuten. Diese Kompensation ist aber schon gegeben. Nicht daß ich hier mit dem Königreiche Rumänien hausieren und sagen würde, ich biete es den Österreichern an. Aber die berufensten Leute haben es angeboten; ich verrate kein Geheimnis, daß Carp und Marghiloman und Majorescu, also rumänische Ministerpräsidenten, im Laufe dieses Krieges in Erkenntnis der Situation, die Krone von Rumänien dem Kaiser von Österreich angeboten haben; der Kaiser von Österreich kann dieses Land jederzeit haben. *(Ruf: Die Magyaren erlauben es nicht!)* Ich werde auch darauf zu sprechen kommen. Hat er dieses Land, so hat er einen Ersatz an Prestige, an Land, an Volk, an Petroleum und an Salz, weil zufälligerweise

Rumänien alle diese Gegenstände in noch reichlicherem Maße besitzt als Galizien, das abgetreten werden soll. Damit aber ergänzt sich auch Österreich im Sinne seiner bisherigen Evolution. Unsere Interessen, unsere ganze historische Entwicklung drängen uns nicht in die Richtung nach Nordosten. Dieser Nordosten ist ein fremder Teil für uns. Wir haben an der Weichsel nichts zu suchen, am allerwenigsten in Danzig, wohin die Polen doch gravitieren müssen, ohne Ungarn zu tangieren, weil Rumänien mit der Monarchie bloß durch eine reine Personalunion verbunden würde, diese aber für Ungarn nur Vorteile zur Folge hätte. Denn es ist gewiß für Ungarn günstiger, wenn die rumänische Armee vom König von Ungarn befehligt und die Verwaltung von ihm geführt wird als von einem unverläßlichen Dritten. Die sarmatische Steppe liegt außerhalb unserer Machtsphäre.

In unserer Machtsphäre liegt die Mündung der Donau, nachdem die Donau unsere Lebensader, die Hauptkommunikation Österreich-Ungarns bildet. Die bekommen wir, dazu mit einem reichen Territorium und mit einer Grenze, die weitaus günstiger ist als die heutige. Also nicht nach Nordosten möge unsere Diplomatie steuern, sondern nach der entgegengesetzten Richtung, nach dem Südosten. Nicht in der Angliederung Polens an Österreich liegt die Lösung der ganzen Fragen, sondern im Gegenteil in der Abtretung Galiziens — und zwar nicht in der Annexion, denn der Ausschluß erfolgt freiwillig und mit Begeisterung seitens der Rumänen — sondern in der Angliederung Rumäniens samt Beßarabiens, das im Austausch gegen Ostgalizien von Rußland zu bekommen ist. So sieht die vernünftige Lösung aus. Wird dagegen die Bahn verfolgt, die man zu betreten sich anschickt, so kommen wir gegen die Intentionen aller Völker, insbesondere der Deutschen, die in dieser Beziehung die Augen noch nicht geöffnet haben, in eine kritische Lage, nämlich in die Lage, dann mit Deutschland wegen der polnischen Frage einen Krieg führen zu müssen.

Dazu sind die anderen Völker der Monarchie doch nicht da, um den Polen ihre Rechte zu erkämpfen. Wir gönnen sie ihnen von Herzen, sie mögen sie sich nehmen, aber im Leben der Völker gilt nun einmal der Satz, daß jedes Volk für sich sorgt und nur Gott für alle. Wir fühlen durchaus nicht den göttlichen Beruf in uns, auch für die Polen zu sorgen.

So viel wollte ich sagen, was das Meritum betrifft. Was die Form betrifft, so ist es klar, daß die Geschicke der Länder nicht mehr durch einfache Pakte der Könige und nicht durch diplomatische Vereinbarungen gelenkt werden können. Es können nur Vereinbarungen von Volk zu Volk in Betracht kommen.

Was die Form betrifft, so ist es selbstverständlich, daß wir wie alle anderen fordern, daß Bestimmungen nur im Einvernehmen mit den Völkern, im Wege ihrer legitimen Vertretungen getroffen werden. Anbelangend die Motive, so hat sich die Diplomatie, wenn man ihre Geschichte prüft, sich meist von dynastischen Rücksichten, von Interessen der Prestige, der Macht und weiß Gott was allem ꝛc. leiten lassen. Ich möchte an sie am Schlusse meiner Ausführungen die Bitte richten, sich einmal auch von der Forderung der Vernunft leiten zu lassen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Zenker das Wort.

Abgeordneter **Zenker:** Hohes Haus! Der Herr Ministerpräsident hat heute einen Beweis der Erziehungsfähigkeit österreichischer Minister geliefert. Er hat uns gestern im größten Unernste eine Mitteilung über ein Ereignis gemacht, von einer Bedeutung, wie es sich in der Geschichte dieses Staates vielleicht nur alle Jahrhunderte einmal ereignet. Die Sturmszenen, die dieser Zynismus hervorgerufen hat, haben ihn eines Besseren belehrt und er hat uns heute sein Sprüchlein mit größerem Ernste oder ich will sagen, mit ernsterem Gesichte vorgetragen; aber es war doch nur der Ernst des Gesichtes, es war nur der äußere Ernst, den inneren Ernst haben wir in seinen Erklärungen von heute gleichwohl ebenso vermißt wie gestern. Denn während er uns versicherte, daß die Meldungen, die doch ganz gewiß nicht durch bloßen Zufall in dieser Zeit der wachsamen Zensur in die Zeitungen gekommen sind, sich noch keineswegs auf fertige Tatsachen stützen können, und während er uns versicherte, daß bei den letzten Entscheidungen über die Lösung der polnischen Frage auch das österreichische Parlament als ein berufener Faktor mitzusprechen berechtigt sein werde, klang doch durch alle seine Erklärungen das eine heraus, daß die Frage in Berlin von Hof zu Hof verhandelt werden, von Kabinett zu Kabinett — das ist so ziemlich ein und dasselbe — von Diplomatie zu Diplomatie und daß erst, wenn die Dinge in Berlin fertig sein werden, man an uns herantreten werde; dann erst wird man uns gnädigst gestatten, Kenntnis von den abgemachten Tatsachen zu nehmen und dazu jene Stellung zu nehmen, die wir aus der Geschichte der letzten fünfzig und sechzig Jahre mehr als genügend kennen gelernt haben,

Wir wissen, hohes Haus, wie das gemacht wird; in ähnlicher Weise ist seinerzeit der Ausgleich mit Ungarn als ein Ausgleich des ungarischen Volkes oder der damaligen Vertretung des ungarischen Volkes mit der Krone geschlossen worden, dem österreichischen Parla-

mente ist dieses Stück Papier als ein Aut-aut vorgelegt worden und es war einfach vor die Frage des Vogel friß oder stirb gestellt! Und an diesem schrecklichen Unheil des 67er Vertrages krankt die Monarchie von dem Tage jenes verhängnisvollen Schrittes an bis zum heutigen Tage. *(Sehr richtig!)* Auch damals hat man sich mit einigen hochadeligen Familien, welche damals namens der ungarischen Oligarchie, der magyarischen Oligarchie, gesprochen haben, geeinigt. Man hat über die Köpfe der Ungarn in ihrer Mehrheit bevölkernden Nationen hinweg mit der Krone ein Paktum geschlossen und alle anderen, die davon mitbetroffen wurden, haben nichts dreinzureden gehabt. Und wenn das österreichische Parlament, dieses damals verhängnisvollerweise schwache und vielleicht aus denselben Gründen wie heute so schwache Parlament seine formale Zustimmung gegeben hat, so wird doch niemand im Ernst glauben, daß wirklich das österreichische Volk mit den Ungarn bevölkernden Nationen dieses Paktum vom Jahre 1867 geschlossen habe. Die Zeiten haben sich nicht geändert: alle zehn Jahre hat sich in verhängnisvollem Turnus dasselbe Schauspiel ereignet, wenn es sich um den Ausgleich handelte, und wenn in der Zwischenzeit irgend ein gemeinsames Gesetz zu regeln war, hat es sich auch noch innerhalb der zehn Jahre immer wieder gezeigt, daß die Ungarn mit den Vertretern der Krone oder die Krone mit den Vertretern Ungarns hier am Hoflager die Sache vereinbart haben und das österreichische Parlament vor die fertige Tatsache mit dem Auftrage gestellt worden ist: Annehmen, so wie die Dinge liegen!

Ich möchte Sie nur an eine Tatsache erinnern, die nicht so in der Ferne liegt. Heute berühmen sich die Magyaren, ganz besondere Stützen der Monarchie und der Dynastie zu sein, heute berühmen sie sich besonderer Verdienste an den Erfolgen dieses Krieges; sie waren aber diejenigen, welche die Rüstungen seinerzeit nahezu durch ein Jahrzehnt aus einseitigen klassenpolitischen Gründen hintertrieben hatten, und als das österreichische Parlament diese Vorlagen aus eigenem erledigen wollte, wurde es daran durch die uns sattsam bekannte Obstruktion der österreichischen Regierungen behindert. Als aber endlich die Wehrgesetzvorlage in Ungarn vereinbart war, da hat man sie uns mit der Bestimmung hingelegt: es ist nicht ein Wort daran zu ändern! So wie es dort drüben angenommen worden ist, so mußten wir es annehmen. Und heute ist von diesem Gesetz nicht ein Wort wahr, es ist eines der schlechtesten, unbrauchbarsten und für den Ernstfall absolut unmöglichsten Gesetze, die jemals gemacht worden sind. Und erinnern Sie sich, hohes Haus, an das letzte Verbrechen, das im Jahre 1908 begangen worden ist. Auch damals hat man uns mit einem großen Staatsakt überrascht, so wie man die kleinen Kinder mit dem Krampus oder mit dem Nikolaus überrascht.

Auch damals hat man uns auf einmal vor eine fertige Tatsache gestellt, nämlich vor die Annexion von Bosnien und der Hercegovina oder wie man es damals genannt hat — und das Wort werden wir uns merken — vor die Erstreckung der Souveränität über diese Länder. In diesen Worten drückt sich der Geist und die Auffassung vom Staatsleben, vom Staatsrecht und Völkerrecht aus, wie sie in den Köpfen der maßgebenden österreichischen Staatsmänner lebt. Ein altes grimmiges Witzwort aus der Zeit vor der französischen Revolution erzählt, daß eine Hofdame zu Louis XIV. einmal sagte: Ich verstehe nicht, was die Crapule sich darum zu kümmern hat, wenn Seine Majestät Krieg führen will. So ähnlich ist es auch hier. Man erstreckt die Souveränität über Völker mit einer Kopfzahl von vielen Millionen, man gliedert dem Staate neue Teile an, man lastet damit den alten Staatsvölkern natürlich neue schwere Lasten und große Verpflichtungen auf und diese Verpflichtungen spüren wir jetzt in diesem Kriege. Was aber geht das die Crapule an, wenn solche Dinge gemacht werden? Die hat einfach diese Dinge zu genehmigen. Obwohl man damals eine Gesetzesvorlage über die Annexion Bosniens und der Hercegovina so pro forma sowohl in das österreichische als auch in das ungarische Parlament geschickt hat, obwohl es sich damals um einen Schritt von welthistorischer Bedeutung gehandelt hat, über dessen Zusammenhang mit den blutigen Stunden der Gegenwart ich aus Patriotismus allein heute hier nicht sprechen will, obwohl Europa damals über diese Eigenmächtigkeit bis zur Katastrophe aufgeregt war, das österreichische Parlament ist darüber zu befinden niemals in der Lage gewesen. Obwohl wir in der letzten Session immer und immer wieder, speziell auch meine Wenigkeit, den Bericht des bosnisch-hercegovinischen Ausschusses urgiert haben — das ist das Parlament nichts angegangen, Seine Majestät hat die Souveränität über Bosnien und die Hercegovina erstreckt.

Nun, meine sehr verehrten Herren, ich fürchte, daß wir auch mit Polen wieder vor eine ähnliche Situation gestellt werden. Ich fürchte es trotz der Erklärungen, ja sogar, wenn ich den versteckten Tenor dieser Erklärungen anschaue, wegen dieser Erklärungen, die uns heute gegeben worden sind. Wenn nicht diese Erklärung allein, so würde mir noch etwas anderes verdächtig vorgekommen sein; denn vor wenigen Augenblicken ist ein Vertreter der im Augenblick begünstigten Nation — ich bitte, ich will damit nichts gegen die Polen ausgesprochen haben, aber im Augenblick sind sie die geschmeichelten Kinder —, ein Vertreter dieses künftigen Polenreiches aufgestanden und hat auch schon ganz mit

den Allüren eines ungarischen Staatsmannes hier erklärt, die polnische Frage sei für die Behandlung im österreichischen Parlament noch nicht spruchreif. Daß derselbe Staatsmann des künftigen Königreiches Polen, das übrigens auch noch etwas anderes sein kann als ein Königreich, augenblicklich noch Mitglied dieses Parlaments ist, das ficht ihn wenig an. Ich fürchte aber sehr und aus den Mitteilungen, die man so außerhalb dieses Hauses hie und da auch vernimmt, bin ich geneigt, anzunehmen, daß diese Verhandlungen sehr weit gediehen sind, daß vor allem andern der Beschluß in der Hauptsache bereits feststehend ist und daß man uns ganz einfach wieder sagen wird: Hier diese Limonade ist zu trinken oder stehen zu lassen. Und wenn wir uns nicht fügen, dann wird man uns eben wie zu allen Zeiten mit der Allerhöchsten Ungnade drohen.

Hohes Haus! Es ist vielleicht eine Formfrage, die Art zu besprechen, wie die ganze Sache hier aufgemacht worden ist. Aber in diesem Augenblick und in dieser Frage ist die Form das Wesen, und das Detail ist die Hauptsache. Die Art, wie man in dieser Zeit nach den fürchterlichen Erfahrungen des Krieges, nach den Erfahrungen nach außen, aber auch nach den Erfahrungen im Innern, die Art, wie man hier solche große, einschneidende Staatsprobleme zu lösen im Begriffe ist, ist bezeichnend dafür, daß, wie es scheint, auf dem Wege der ruhigen Evolution und des freiwilligen Dazulernens Österreich seine Entwicklung zum Besseren und in die sonnigere Zukunft nicht machen wird. „Sie lernen nichts, sie lernen nichts, die Herren Hochwohlgeboren", so sang man einmal in einem Schicksalsjahre in Österreich, „vergebens schmettert des Gerichts Posaune ihren Ohren".

Ich will nicht von den Auswirkungen dieser saloppen, chevaleresken, echt hochadeligen Form der Politik auf die auswärtigen Verhältnisse und auf die Stimmung unserer Gegner sprechen. Man könnte mir hier gleichfalls wieder dazwischenrufen, daß ich mich zu viel mit den Gedanken der Gegner befasse, obwohl es ja eigentlich eine der Hauptaufgaben der Diplomatie und der Politik im allgemeinen ist, sich in die Seele des Gegners und des anderen einzufühlen und einzuleben. Denn daß Sie diesen Krieg nicht ins Endlose pertrahieren können und daß sie ihn auch nicht pertrahieren wollen, das setze ich selbst von Ihnen voraus. Ob aber die bloße Anregung einer solchen Umwälzung, einer solchen Gebietserweiterung, einer solchen Annexion — denn, meine Herren, in der Form ist es eine Annexion und wird in der Welt so gedeutet werden, da können Sie machen, was Sie wollen — das geeignete Mittel ist, den Friedensfreunden jenseits der Schützengräben eine bessere Position zu schaffen, das möge dahingestellt bleiben. Aber, sehr geehrte Herren und hohes Haus, ist man sich denn in den sogenannten diplomatischen Kreisen, wie man das so gerne nennt, ist man sich denn dort gar nicht über die Auswirkungen einer solchen Staatshandlung und ihrer Form auf das Inland und auf die innerpolitischen Verhältnisse selbst klar gewesen? Weiß man denn nicht, daß wenn man aus dem vielleicht nicht besonders guten und nicht besonders schönen, aber doch vermöge seiner historischen Tradition festen Bau des Staates jetzt auf einmal einen großen Eckquader ausbricht, damit der ganze Bau einfällt? Meine sehr geehrten Herren! Wir wollen ja Österreich neu bauen, wir wollen es neu aufrichten, auf einen neuen Grund setzen, in neuem Geiste, aber wir können doch zu diesem Neubau nicht kommen, indem wir vorerst das Haus über unseren eigenen Köpfen zum Zusammensturze kommen lassen.

Wir können ja nicht aus einer Katastrophe heraus Österreich neu aufrichten, sondern wir wollen es aus freiem Willen tun, denn unfrei handeln Sie, ob Sie nun von den Gegnern oder von Europa oder von einem Sieger gezwungen werden, sich in Ihre inneren Verhältnisse einmischen zu lassen, sowie Sie unfrei handeln, wenn Sie selbst das Opfer einer von einer Regierung heraufbeschworenen Katastrophe sind. Frei sind Sie dann in gar keinem Falle. Und was, glauben Sie, würden dann die Wirkungen sein? Sehen Sie sich in diesem Hause um. Ein Brand des Unwillens, Flammen der Entrüstung und Begehrlichkeit, einer begreiflichen Begehrlichkeit sind in demselben Augenblick aufgestiegen, als sich diese Nachricht hier verbreitet hatte. Da schrien, wie von einem glühenden Eisen berührt, die Ruthenen auf. *(Ruf: Mit Recht!)* Mit Recht, selbstverständlich! Da grollte es dumpf und gefährlich in den Reihen der Südslawen und mit Recht. Wir gönnen den Polen ihre Selbständigkeit und ihre Staatlichkeit und ihre nationale Unabhängigkeit, aber, verzeihen Sie, wir haben doch nicht für die Polen den Krieg geführt; wir haben den Krieg für die Freiheit aller unserer Völker geführt und für ein neues, schönes, besseres Österreich, aber wir haben ihn nicht geführt, damit wir dieses Österreich stückweise ausschroten und feilbieten. *(Beifall.)* Das ist nicht der Zweck gewesen. Und wenn Sie einmal mit der Lizitation anfangen, dann dürfen Sie sich nicht wundern, daß sich auch andere finden, die auch ihren Teil haben wollen; denn dasselbe Recht wie die Polen haben auch die Südslawen, das ist ganz sonnenklar, das haben auch die Ruthenen. Das historische Recht gilt mir hier gar nichts; die große Frage der Zeit ist hier nicht die Regeneration historischer Rechte, sondern die Erfüllung der natürlichen Rechte, wie sie in dem nationalen Prinzip sind.

Und so sehr es möglich und denkbar ist, daß die Lösung der polnischen Frage in dem Sinne, wie Sie, die Polen sich es wünschen, und sogar in dem Sinne, wie auch Sie, die andern es sich wünschen

und wie es für Österreich förderlich ist, erfolgt, so sehr es möglich ist, daß die Lösung aus einer Neugestaltung Österreichs in Freiheit hervorgehe, so gefährlich ist es, wenn Sie umgekehrt aus der unzeitigen und unzweckmäßigen und ungeschickten Inangriffnahme der polnischen Frage eine Katastrophe heraufbeschwören, in welcher ganz Österreich in Flammen und Trümmer aufgehen kann. Wenn die südslawische Frage aktuell wird, dann wird auch noch etwas anderes aktuell, etwas, was Sie immer als das Noli me tangere hinstellen: dieser herrliche Ausgleich vom Jahre 1867, dieser ureigentlichste Grund des Elends dieser Monarchie. Vielleicht ist es wieder einmal wie so oft — wie Hegel sagt — die List der Vernunft, daß sie sich der menschlichen Unvernunft und Leidenschaften bedient; vielleicht geht aus Ihrer ungeschickten Politik ein Gutes hervor: daß diese unnatürliche Schranke, die zwischen Zis und Trans gezogen wurde und welche all das nationale Unheil, das heute in Österreich besteht, heraufbeschworen hat, vielleicht fällt. Aber ist denn das Ihre Absicht, sind Sie vielleicht Gegner des Dualismus und glauben Sie, daß, wenn Sie einmal eine neue Personalunion dem Staate angegliedert haben, die Ungarn bei ihren Aspirationen nicht gleichfalls beharren werden? Sie werden auf der einen Seite eine Verschärfung der ungarischen Begehrlichkeiten und Ansprüche, auf der anderen Seite eine Reaktion der durch diese schreckliche Minoritätsherrschaft der Magyaren bedrückten Völker heraufbeschwören, meine Herren, und es droht Ihnen das ganze Gebäude unter den Händen zusammenzubrechen. Und warum das alles? Weil Sie sich nicht dazu bekennen wollen, daß die Völker in erster Linie selbst und allein berufen und berechtigt sind, über ihre Schicksale, aber auch über ihre Zusammengehörigkeit zu verfügen. Sie werden nicht erzwingen einen Staat von so kunstvoller Konstruktion, wie Sie sich ihn ausdenken: den Dualismus im Dualismus in Ungarn, einen neuen Dualismus mit Kroatien, in Österreich eine Personalunion mit Galizien und zwischen all diesen Ländern ein Dalmatien, welches staatsrechtlich zu Ungarn, de facto aber zu Österreich gehört. *(Ruf: Das wäre ein Chaos!)* Das ist kein Chaos, sondern eine verrückte Konstruktion, eine Unmöglichkeit, ein Uhrwerk mit 987 Rädern, welches sehr schön ausgedacht ist, aber niemals gehen wird und gehen kann.

Und warum das alles? Weil Sie nicht den Mut des Guten besitzen, des Guten, der den Völkern trauen kann, weil Sie nicht den Mut besitzen, den Völkern zu sagen: Ordnet euch eure Angelegenheiten selbst, wie ihr wollt! Denn ich bin fest überzeugt, daß, wenn Sie dies täten, dieses Reich nicht einstürzen würde, daß vielleicht eine Firmatafel verschwinden würde, daß aber die Sache, um die es sich dreht: die große Völkergemeinde hier an der Donau weiter bestehen würde. Das wollen Sie nicht, meine Herren, weil Sie damit alle Konsequenzen der Demokratie auf sich nehmen müßten, und deshalb versuchen Sie es, uns wieder vor fertige Tatsachen zu stellen, und Sie richten damit den Staat zugrunde, den Staat, den Sie erhalten wollten — nicht den Staat, den wir meinen —, Sie richten ihren Staat zugrunde und ohne es zu wissen, spotten Sie Ihrer selbst, werden so wider ihren Willen zu Werkzeugen eines günstigeren Schicksals, welches verfügt hat, daß hier entweder freie Völker miteinander wohnen oder daß das Band zerrissen wird für ewige Zeiten! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Waldner das Wort.

Abgeordneter Dr. **Waldner:** Hohes Haus! Ich habe im Namen meiner Gesinnungsgenossen die nachfolgende Erklärung abzugeben:

Wir erachten die Unterlage für die Behandlung der aufgeworfenen Fragen für derzeit nicht gegeben, die Behandlung derselben für vorzeitig und vorgreifend und daher unfruchtbar und werden uns in die Behandlung und Verhandlung dieser Fragen nicht einlassen.

Wir Deutschen Österreichs begrüßen es, daß an der Lösung der polnischen Frage fortgesetzt gearbeitet wird, und wir erwarten und wünschen, daß die Lösung dieser Frage in einem austropolnischen, das heißt in einem die Interessen Österreichs, der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches wahrenden Sinne erfolgen werde, aber auch, daß dabei die Interessen des ukrainischen Volksstammes die gebührende Berücksichtigung finden.

Wir legen entschiedenste Verwahrung ein, daß die Lösung unserer innerpolitischen verfassungsrechtlichen Fragen mit dem polnischen Problem junktimartig verquickt oder gar auf der künftigen Friedenskonferenz Gegenstand irgend welcher Behandlung sein soll *(Sehr richtig!)*, und weisen jede Einmischung, die bisher schon versuchte und jede weitere Einmischung der feindlichen Mächte in die Lösung unserer innerpolitischen Fragen als eine dreiste Anmaßung zurück. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wir müssen aber auch Verwahrung dagegen einlegen, daß von hier aus eine Einmischung in die litauische und in die kurländische Frage, das ist in Fragen erfolge, welche lediglich das Interesse unseres Verbündeten, des Deutschen Reiches betreffen. *(Lebhafter Beifall und Zwischenrufe.)* So wie bis jetzt und vielleicht über Gebühr das Deutsche Reich peinlich bestrebt war, jede Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten zu unterlassen und sich derselben

zu enthalten und diese Enthaltung von den reichsdeutschen Staatsmännern jederzeit mit Nachdruck hervorgehoben wird, so darf auch das Deutsche Reich und seine Staatsmänner erwarten, daß nicht von uns aus umgekehrt eine Einmischung in ihre Angelegenheiten, in spezifisch reichsdeutsche Angelegenheiten erfolge. *(Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe.)*

Endlich, meine Herren, erkläre ich mit vollem Nachdruck und mit aller Wärme, daß wir im Einklange mit der allgemeinen Volksstimme für den Frieden sind — je näher, desto besser! — aber für einen Frieden, der unsere Zukunft sichert und uns gegen neue kriegerische Anschläge unserer Gegner schützt. *(Beifall.)* Wir sind der Überzeugung, daß wir durch die jüngsten großartigen Erfolge unserer Truppen dem Frieden nähergerückt sind. *(Zustimmung.)* Wir sind aber auch der Überzeugung und geben ihr hiemit nachdrücklichst Ausdruck, daß der Friedenswille, der in unser aller Brust ist, in einer Form sich zu äußern hat, welche es den Gegenmächten nicht ermöglicht, diese Friedensäußerungen als Zeichen unserer Schwäche zu mißdeuten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Straucher das Wort.

Abgeordneter Dr. **Straucher:** Hohes Haus! Ich erachte es für meine Pflicht, in dieser hochwichtigen politischen Frage eine kurze Erklärung abzugeben, eine Erklärung vom Standpunkte des Österreichers, des Bukowinaers und vom jüdischen Standpunkte.

Was diese meine Stellungnahme betrifft, so möchte ich betonen, daß während des ganzen Verlaufes des gegenwärtigen Krieges die Judenschaft nicht nur Polens, sondern auch die europäische und außereuropäische Judenschaft, insbesondere aber jene in Nordamerika, die Befreiung der Polen vom russisch-arischen Joche und die Wiederherstellung des polnischen Staates begrüßt und mit allen Mitteln gefördert hat. Allerdings wurde dabei dem tiefen Schmerze darüber Ausdruck gegeben, daß seit längerer Zeit sowohl in Russisch-Polen wie nicht minder in Galizien ein geradezu brennender Antisemitismus sich geltend gemacht und um sich gegriffen hat, und daß es keineswegs im Interesse des polnischen Volkes gelegen sei, die Judenschaft, die ihr notorisch durch Jahrhunderte freundschaftlich, hingebungsvoll und fördernd zur Seite stand, derart feindlich zu behandeln. *(Abgeordneter Dr. Angerman: Das ist nicht wahr!)* Was ich sage, ist wahr, ist Tatsache. Leider gewährt mir die heutige Debatte nicht die hinreichende Zeit, alle jene Tatsachen vorzuführen, die meine Behauptungen unanfechtbar beweisen würden. In dem Augenblick, im welchem sich die polnische Nation anschickt — was wir ihr alle vom Herzen wünschen — für sich die Freiheit und die staatliche Selbständigkeit zu erringen, in demselben Augenblick, da beispielsweise in der Ukraina die Judenschaft als eine gleichberechtigte Nationalität anerkannt wird und ihr die Rechte einer solchen eingeräumt wurden *(Zustimmung)*, können wir an das polnische Volk, an ein so großes Kulturvolk, ein Volk von so bedeutsamer historischer Vergangenheit, gleichfalls die Forderung stellen, daß die Juden als gleichberechtigte Nation in Galizien und im Verbande des Königreiches Polen anerkannt werde. Das eigene Interesse des polnischen Volkes diktiert dies.

Meine Herren! Im Königreich Polen wohnen mindestens 12 bis 15 Prozent Juden in einer Zahl von weit über $2\frac{1}{2}$ Millionen, und ich erkläre Ihnen, meine Herren, daß sowohl aus jenen Gebieten wie auch aus Galizien bittere Klagen und Beschwerden über Verfolgungen, Unterdrückungen, kränkende Zurücksetzungen sowie ökonomisches Elend einlangen, denen die Judenschaft dort ausgesetzt ist. *(Abgeordneter Dr. Angerman: Das ist nicht wahr!)* Durch die Zwischenbemerkung „Das ist nicht wahr!" haben Sie nichts widerlegt. Über die von jüdischer Seite an zuständigen Stellen vorgebrachten Beschwerden sind Erhebungen durchgeführt worden und haben die vollste Richtigkeit der vorgebrachten Beschwerden erwiesen. Es liegt mir gewiß ferne, irgend welche tendenziöse oder unbegründete Anschuldigungen im Parlament gerade gegen das mir sympathische polnische Volk zu erheben; das will ich absolut nicht. Im Gegenteil, ich weiß mich davon frei, schon deshalb, weil ich und meine Partei in der Bukowina gerade mit der polnischen Bevölkerung intime politische Beziehungen unterhalte und vieles getan habe, damit die polnische Bevölkerung in Stadt und Land zu den ihr gebührenden Rechten gelange. *(Zustimmung.)* Hier stehen meine Kollegen aus der Bukowina, die meine Behauptung vollinhaltlich bestätigen werden. Darum habe ich als Freund der Polen ein Recht, der polnischen Nation in diesem feierlichen Momente, da ihre staatliche Selbständigkeit anerkannt und der polnische Staat errichtet werden soll, dringend nahezulegen, die Freiheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und Rechtsgleichheit, von der Kollege Stapiński vor wenigen Minuten so dezidiert gesprochen hat, auch der eine eigene Nationalität bildenden jüdischen Bevölkerung Polens und Galiziens im vollstem Maße angedeihen zu lassen. *(Abgeordneter Exner: Ist denn alles schon so sicher?)* Für alle Fälle bildet doch das polnische Volk das herrschende und maßgebende Element. Es liegt im Interesse des polnischen Staates . . . . *(Abgeordneter Modráček: Der polnische Staat ist ja noch nicht da!)* Es besteht doch schon ein polnischer Regenschaftsrat! Der polnische Staat ist also schon da; ob eine Personalunion mit Österreich-Ungarn

zustande kommen wird, ist eine andere Frage. *(Zwischenrufe.)*

Für die Bukowina ist es vom ethnographischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Standpunkte geradezu eine Lebensfrage, daß sie nach wie vor als ein eigenes Kronland im Verbande der österreichischen Monarchie verbleibe. Der Kronlandscharakter darf ihr absolut nicht genommen werden. *(Zustimmung.)* Versuche, die Bukowina an Galizien anzuschweißen, sind ja schon wiederholt gemacht worden, sie scheiterten aber immer wieder schon nach kurzer Zeit. Schon bald, nachdem die Bukowina im Jahre 1775 zu Österreich gekommen war, wurde sie nach Aufhebung der Militärverwaltung im Jahre 1786 gegen den Rat des damaligen Staatskanzlers Blümegen an Galizien angegliedert. Kaiser Josef II. hatte sich längere Zeit dagegen gesträubt, bis die Bukowina dem Königreich Galizien einverleibt worden war. Doch schon nach vier Jahren, im Jahre 1790, hat Graf Kolowrat dem Kaiser Josef II. den dringendsten Rat erteilt, die Bukowina als selbständige autonome Provinz wieder herzustellen. Die Kämpfe zogen sich bis zum Jahre 1848 fort, und immer wieder hat man Versuche gemacht, die Bukowina an Galizien anzugliedern. Es ist bezeichnend, was Graf Blümegen schon in seiner Denkschrift vom Jahre 1781 sagt; er erklärt, „daß Seiner Majestät Kaiser Josef II. anzuraten sei, die Bukowina keineswegs mit einer anderen Provinz oder mit Galizien ganz oder teilweise zu vereinigen, sondern als ganz abgesondertes Land einzurichten, weil nur so die Zuneigung und das Vertrauen der Bevölkerung erworben und erhalten werden könne".

Die Einverleibung der Bukowina mit Galizien hat für sie stets nachteilige Folgen nach sich gezogen. Ein Beispiel soll dies beweisen: Das Volksschulwesen in der Bukowina hatte unter der österreichischen Verwaltung einen erfreulichen Aufschwung genommen, erfuhr aber nach der Vereinigung mit dem Nachbarlande Galizien einen starken Rückgang.

Die Bemühungen der Bukowinaer Patrioten hatten denn auch den herbeigesehnten Erfolg; denn im Jahre 1848 erhielt die Bukowina ihre Autonomie zurück. Aber schon im Jahre 1860 wurde sie wieder zu Galizien einverleibt, und erst durch die Februar-Verfassung im Jahre 1861 bekam die Bukowina ihre autonome Stellung zurück. Seither ist sie ein eigenes österreichisches Kronland und hat sich kulturell, politisch und wirtschaftlich in erfreulicher Weise entwickelt. Und wenn die österreichische Verwaltung und die deutsche Kultur auf große Erfolge hinweisen kann, so ist dies gerade die Bukowina. Es ist charakteristisch, daß in der Bukowina die nichtdeutschen Völkerschaften die deutsche Hochschule erhalten wollen, und daß gerade von deutschradikaler Seite die Aufhebung der deutschen Universität angestrebt wird.

Seit dem Jahre 1848, meine Herren, hat sich die Bukowina, wie gesagt, nach jeder Richtung hin entwickelt. Die Bukowina bietet in ihrem engen Gebiete ein Beispiel glücklicher Lösung der nationalen Streitigkeiten, wie sie in Österreich bisher versucht, aber noch nicht durchgeführt worden ist. Die Landesvertretung in der Bukowina beruht auf dem nationalen Kataster; wir haben einen rumänischen Kataster, einen ruthenischen oder ukrainischen Kataster, einen deutschen, polnischen und einen jüdischen Kataster; alle Nationalitäten haben ihre eigenen Volksvertreter; demgemäß ist auch der Landesausschuß zusammengesetzt. All das ist den Bemühungen der politischen Parteien des Landes zu verdanken. Alle politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen werden einvernehmlich beraten, einvernehmlich behandelt und einvernehmlich gelöst. So ist der nationale und konfessionelle Friede in der Bukowina bisher nicht wesentlich gestört worden; von kleinen Friktionen abgesehen, besteht der nationale und politische Friede im Lande. *(Hört! Bravo!)* Und nun frage ich: Warum soll dieses Land heute seine autonome Selbständigkeit verlieren, zerstückelt und an Galizien angegliedert werden? Ich weiß nicht, meine Herren, ob das von den verehrten Herren Polen oder von einer anderen Seite angestrebt wird. *(Verneinende Zwischenrufe.)* Ich nehme Ihre Verneinungen zur Kenntnis, daß Sie das ablehnen; wir wünschen nichts sehnlicher, als daß der Status quo erhalten bleibe, das heißt, daß der Kronlandscharakter der Bukowina in seiner bisherigen selbständigen, das heißt reichsunmittelbaren Stellung, gewahrt bleibt. *(Zustimmung.)*

So wurde auch der österreichische Staatsgedanke und das österreichische Staatsbewußtsein in der Bevölkerung der Bukowina lebendig erhalten und hat sich gerade im gegenwärtigen Kriege glänzend bewährt.

Ich habe meinen Ausführungen nur noch weniges hinzuzufügen. Wir Juden in der Bukowina, die wir ein unentwegt staatstreues Element sind und die wir an dem Prosperieren der Bukowina unseren hervorragenden Anteil haben, wir haben wohl ein gutes Recht, zu verlangen, daß endlich auch unsere nationale Individualität gesetzlich und ausdrücklich anerkannt werde. Die Zeiten, meine Herren, sind längst vorüber, da in der Judenschaft lediglich eine konfessionelle Gemeinschaft erblickt wurde. Die Juden sind ein eigener Volksstamm und verlangen als solcher auf Grund des Artikels 19 des Staatsgrundgesetzes auch die volle Anerkennung der jüdischen Nationalität. Die Regierung muß mit dem veralteten bankerotten System brechen, daß sie die Juden gewissermaßen zum beliebigen Amtsgebrauche anderen Nationalitäten ausliefert und sich dann um ihr Schicksal nicht kümmert. Über den Kopf der Juden hinweg, gegen ihren Willen, ja, ohne sie anzuhören, unter Miß-

achtung ihres Selbstbestimmungsrechtes, wird über ihr Schicksal entschieden. Dagegen lehnt und bäumt sich das gesamte Judentum auf. Und wenn Sie in Galizien nicht die berechtigte große jüdische Opposition hören, die zu Worte kommt, so weiß man es ganz genau in der Öffentlichkeit, wie die Leute mundtot gemacht werden, unter welchen Pressionen, unter welchem Drucke sie beispielsweise zur Wahlurne schreiten, wie sie im ganzen öffentlichen und sozialen Leben behandelt werden. Lassen Sie einmal, meine Herren, vollständig freie, unbeeinflußte Wahlen machen, lassen Sie der Judenschaft das ihr gebührende Selbstbestimmungsrecht, und Sie werden zu Ihrem und zum Heile der Judenschaft die Erfahrung machen, wie sehr meine Ausführungen begründet sind, und welches nützliche und Ihnen befreundete Element Sie in den Juden Galiziens gewinnen werden. *(Hört!)* Emanzipieren Sie in Wahrheit das jüdische Volk Galiziens, ja, Österreichs! In keinem Lande der Monarchie herrscht ein so erschreckendes wirtschaftliches Elend, wie unter der Judenschaft Galiziens. Ich berufe mich da nicht auf jüdische Gewährsmänner, keineswegs, ich berufe mich auf einen der hervorragendsten Kenner der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse des Landes Galizien, auf den ehemaligen Abgeordneten Szczepanowski, welcher in seiner ausgezeichneten Studie „Das Elend Galiziens in Ziffern" ein erschütterndes, düsteres Bild über das wirtschaftliche Elend der Juden in Galizien und des jüdischen Proletariates daselbst entrollt hat. Meine Herren, was dort an grausen Bildern schrecklichster Not, des Elends, des Jammers, und der Erniedrigung in den jüdischen Proletarierkreisen geschildert wird, übersteigt alles, was bisher hier im Hause vorgebracht worden ist. Die Lazzaroni in Italien und die Proletarier in den elendesten Bezirken Londons sind Krösuse gegenüber dem jüdischen Proletariat in Galizien. Und ich erinnere Sie, daß im galizischen Landtag . . . Herr Kollega Dr. Steinhaus lächelt. Wenn Sie zu diesen Ausführungen lächeln können, dann haben Sie kein Mitgefühl mit Ihren jüdischen Stammesgenossen in Galizien.

Im galizischen Landtag hat auch Abgeordneter Dr. Loewenstein diese Frage vor einigen Jahren aufgerollt, und man hat auf Grund seiner Anträge eine Enquete eingesetzt. Das Ergebnis dieser Enquete ist bis zum heutigen Tage gleich Null, und Abhilfe ist nicht geschaffen worden. Geben Sie den Leuten ihr Selbstbestimmungsrecht, ihre Autonomie und sie selbst werden für ihre Stammesgenossen sorgen. Die Polen anerkennen doch in ihren eigenen Reihen die Juden nicht als Polen. Hier steht Ihr Kollege Dr. Banaś. Er wird sich erinnern, daß er erst kürzlich hier ausdrücklich gesagt hat: „Die Juden seien keine Polen". Das hat Herr Kollege Dr. Banaś hier erklärt, und ich habe das zur Kenntnis genommen. Es war in meiner Gegenwart, Herr Dr. Ofner war zugegen. *(Abgeordneter Dr. Banaś: Ich habe von der Statistik gesprochen!)* O, nein! Ich kenne übrigens Ihren Antrag auf statistische Erhebungen, betreffend die Beteiligung der Juden im Heere. **Wir** wünschen, daß diese Statistik durchgeführt wird, wir wünschen nichts sehnlicher, damit Sie zu der Überzeugung kommen, daß Ihre Behauptungen über die Entziehung der Juden vom Militärdienste völlig unrichtig sind, ebenso wie jene wahrheitswidrigen gehässigen Ausführungen des Herrn Kollegen Witos, gegen die leider die Juden des Polenklubs nicht Stellung genommen haben.

Ich werde Ihnen zitieren, was Ihre jüdischen Parteigenossen sagen. Kollega Dr. Liebermann, der allerdings damals noch nicht dem Polenklub angehörte, hat am 3. Juli 1911 in einer Rede hier im Hause folgendes gesagt *(liest)*: „In den jüdischen Volksmassen sei endlich einmal das Selbstgefühl erwacht. Sie hätten es satt, als Handlanger bei der Unterjochung der in Galizien um ihre Freiheit ringenden Völker zu dienen.

Heute sei es damit aus. Im jüdischen Volke — ich betone im jüdischen Volke! — ist ein mächtiger Freiheitsdrang erwacht. Die Herren vom Polenklub wissen sehr gut, daß das jüdische Volk einer kulturellen und ethischen Wiedergeburt entgegengeht." Das ist ganz richtig; der Jude ist seiner Nationalität nach eben Jude, und Sie selbst wissen: Jud bleibt Jud! *(Heiterkeit.)* Ganz gewiß, wir schämen uns dessen nicht. Männlich offen bekennen wir uns zu unserem Volke. Meine Herren, das ist durchaus kein Stoff zu humoristischen Begleiterscheinungen. *(Abgeordneter Modráček: Keinen Schnaps soll er verkaufen!)* Von einem Sozialdemokraten einen solchen Zwischenruf zu hören, habe ich nicht erwartet; er zeigt, daß der Zwischenrufer keine Kenntnis von der wahren Sachlage besitzt. Aber ich werde Ihnen etwas sagen. Sie kennen das Land Galizien gar nicht. Fragen Sie, was der jüdische Schänker war? Er war nichts anderes, als der Inkassant des Großgrundbesitzers, der Grafen und Fürsten. Der arme Jud hat geschuftet von der Früh bis spät in die Nacht, hat einen riesigen Pachtzins gezahlt und war dann der Bediente oder sogenannte Ausbeuter für die Grafen und Fürsten!

Und auch Herrr Dr. Loewenstein sagte *(liest)*:

„Wir Juden stehen auf dem Standpunkt, daß wir einem Volke angehören, das eine Jahrtausende alte Kultur hinter sich hat und wir sind stolz darauf, von Ahnen abzustammen . . ." *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich bin gleich zu Ende, Herr Präsident! *(Liest)*: „. . . . welche die Leuchte des

Wissens ihrem Volke vorangetragen haben." Das Merkwürdige ist, daß die Herren, wenn es sich darum handelt, schöne Reden zu halten, immer anerkennen, daß das Judentum ein Volk ist, wenn es aber zu Bekenntnissen im politischen Leben, zu den Konsequenzen kommt, dann auf einmal weiß man es nicht. *(Abgeordneter Svejk: Man braucht ihr Geld!)* Ja, nur ihr Geld und ihre Stimmen, da sind sie die „geschätzten", „lieben", „verehrten" Mitbürger!

Da möchte ich Ihnen aber doch eine kurze, charakteristische Episode erzählen. Als man im Hause 1906 die Wahlreform beraten hat, haben zum Beispiel unsere verehrten deutschen Vertreter die Steuerleistung der Juden und deren Volkszahl von etwa 500.000 den Deutschen zugerechnet und haben dadurch für sich eine wesentlich größere Anzahl von Mandaten herausgeschlagen, als es aber später zu den Wahlen kam, hat man keinen einzigen jüdischen Kandidaten aufgestellt und auch keinen Juden ins Abgeordnetenhaus gewählt. *(Hört!)*

Wie bezeichnet man ein solches Vorgehen?

Wir Juden verlangen nichts mehr, als was die Verfassung uns gewährleistet und die geltenden Gesetze uns einräumen. Lassen Sie auch die Juden sich in ihrer Eigenart ausleben, geben Sie ihnen ihre nationale Würde, ihre Freiheit und Gleichberechtigung, aber im wahrsten Sinne, wie wir dies hier immer von allen Seiten hören. Im Hause zerfließt jeder Redner von Wohlwollen, Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit für sich und alle Nationen — für die unterdrückten Juden aber erhebt sich keine Stimme; und wenn dies dennoch geschieht, so machen Sie, meine Herren, Ihre höhnischen Bemerkungen dabei. Allein die Juden sind ein altes Kulturvolk, und sie fordern jetzt und in Hinkunft die Anerkennung ihrer Nationalität und volle Rechtsgleichheit, und zwar als Volk wie auch für die einzelnen. *(Abgeordneter Heine: In Palästina!)* Nein, Herr Heine, hier in Österreich! Sie haben diesen Zwischenruf gemacht: „nach Palästina". Es ist gut, daß man das im Protokolle vermerkt findet. Denn bei Ihrer Wahl brauchen Sie wohl jüdische Stimmen, da schicken Sie die Juden nicht nach Palästina! *(Hört!)* Sie sollen dies noch verantworten! Ich appelliere, meine Herren, an Ihren unvoreingenommenen Rechtlichkeitssinn, ich appelliere an Sie als Vertreter Ihrer Völker, daß Sie, wenn Sie für Ihr Volk national empfinden, verstehen mögen, daß auch ein anderer für sein Volk, für sein bedrücktes Judentum national empfindet. *(Beifall.)*

**Präsident:** Zur formalen Geschäftsbehandlung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Zaunegger das Wort.

Abgeordneter **Zaunegger:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Zaunegger beantragt Schluß der Debatte. Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Antrag ist angenommen.

Es sind noch eingetragen die Abgeordneten Iſopescul, Smal-Stockyj, Diamand, Langenhan, Waber, Heilinger und Reger.

Ich ersuche die Herren, sich auf einen Generalredner zu einigen. *(Nach Vornahme der Wahl:)*

Zum Generalredner wurde der Herr Abgeordnete Dr. Heilinger gewählt; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Heilinger:** Hohes Haus! Wir haben heute und haben gestern die Rede des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler gehört. Der Herr Ministerpräsident hat seine Ausführungen in der üblichen Form vorgebracht. Bei wichtigen Anlässen, und zwar bei Anlässen, wo die ganze Welt zuhört, ist es bei uns und in allen Parlamenten üblich, daß der Ministerpräsident das, was im Ministerrate diesbezüglich beschlossen wird, im Wortlaute vorbringt. Formell kann man diesbezüglich dem Ministerpräsidenten absolut keinen Vorwurf machen. Einer unserer Kollegen war wohl der Meinung, daß diese Art des Vorbringens eine Ähnlichkeit mit einem Grammophon hätte oder daß es gut gewesen wäre, ein Exemplar des „Fremdenblattes", in welchem die bezüglichen Ausführungen früher enthalten waren, zu lesen. Ich möchte aber diese Bemerkungen als einen Lapsus linguae bezeichnen. Wir können diesbezüglich dem Herrn Ministerpräsidenten absolut keinen Tadel aussprechen, sondern müssen ihm im Gegenteil für die beiden gehaltenen Reden dankbar sein.

Was hat uns der Herr Ministerpräsident eigentlich gesagt? *(Ruf: Gar nichts!)* Ich bitte, er hat etwas gesagt. Er hat uns Mitteilungen über die Verhandlungen in Berlin gemacht; wir wußten authentisch davon erst durch ihn. Er hat diese Mitteilungen in konstitutioneller Form vorgebracht. Wir wissen, daß das Parlament bisher ignoriert wurde; er war derjenige, der sofort nach diesen Verhandlungen, nach diesen den Frieden vorbereitenden Handlungen uns die Mitteilung gemacht, und zwar schon in der Sitzung des Budgetausschusses. Er hat nicht erst die Plenarsitzung abgewartet, sondern hat sofort dem politischen Ausschusse des Hauses mitgeteilt, was er sagen konnte. Er hat uns mitgeteilt — und das ist sehr wichtig —, daß diesbezüglich kein Fait accompli geschaffen ist und er hat insbesondere — das ist von besonderer Bedeutung — erklärt, daß er bei allen diesen wichtigen Dingen die Volksvertretung fragen will und fragen wird. Ich glaube, daß er damit immerhin etwas gesagt hat. Das wir heute noch zu keiner Einigung gekommen sind und die Volksstimme noch nicht so

klar in die Erscheinung tritt, ist begreiflich. Wir haben ja acht Völker in diesem Reiche und jedes Volk hat andere Interessen und andere Meinungen. Es wird sich aber schon allmählich eine Völkerstimme in Österreich herausbilden und ein Konzert der Völker schaffen lassen. Es soll uns freuen, wenn der Herr Ministerpräsident Vorbereitungen für die künftigen Verhältnisse, für die Friedensverhältnisse geschaffen hat.

Wir haben ja genug Minister gehabt, die nicht in dieser Weise gearbeitet haben, die nur von Streit und Zank gelebt haben. Das war ja die Eigentümlichkeit vieler österreichischer Minister, daß sie ohne Parlament gegen das Parlament vom Streite der einzelnen Parteien des Hauses gelebt haben.

Was mich am meisten erfreut hat und was die größte Bedeutung hat, ist der Umstand, daß der Ministerpräsident erklärt hat, daß die Entscheidung bei uns, bei dem Volke liegt. Was wollen Sie denn noch mehr? Können Sie da einen Tadel aussprechen? Muß es Sie nicht freuen, daß der Ministerpräsident in einer solchen Art gesprochen hat? Das ist die wahre Demokratie, die wir brauchen. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Steinhaus.

Abgeordneter Dr. **Steinhaus:** Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Straucher hat in seiner Rede auch von dem Elend der Judenschaft in Galizien gesprochen. Bei dieser Gelegenheit hat er es für gut und recht befunden, mich zu apostrophieren, indem er mir zugerufen hat, daß ich als polnischer und galizischer Abgeordneter über den Passus bezüglich des Elends der Judenschaft in Galizien gelächelt habe. Da dies der Wahrheit nicht entspricht, so stelle ich tatsächlich fest, daß ich bei der Gelegenheit, wo er über das Elend der Judenschaft Galiziens gesprochen hat, weder gelächelt noch irgendeine abfällige Bemerkung gemacht habe.

**Präsident:** Damit ist dieser Gegenstand erledigt und ich schreite zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Banaś als Mitglied des Justizausschusses;

Fink als Mitglied des Budgetausschusses.

Soferne diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird — und dies ist nicht der Fall — nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Der Herr Abgeordnete Hybeš hat sich krank gemeldet.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Dienstag, den 13. November, 11 Uhr vormittags, mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung und außer dieser Tagesordnung für den Fall, als die betreffenden Berichte rechtzeitig verschickt werden, noch mit folgenden Punkten:

15. Befristeter Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaś, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Hillebrand, Jokl, Palme *(238, 319, 441, 473, 611, 669 der Beilagen)*, Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann, Marckhl *(448 der Beilagen)*, Teufel, Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte *(749 der Beilagen)*;

16. Befristeter Bericht des Budgetausschusses über die zum Budgetprovisorium gestellten Anträge, betreffend die vorschußweise Zuweisung von Beträgen an die Länder zum Zweck der Gewährung und Erhöhung von Teuerungszulagen für Lehrpersonen;

17. Befristeter Bericht des Gewerbeausschusses über den Antrag zum Budgetprovisorium, betreffend die Bereitstellung eines Betrages bis zu 100 Millionen Kronen zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds *(769 der Beilagen)*;

Ist ein Einwand dagegen? *(Nach einer Pause:)* Es ist dies nicht der Fall, so bleibt es dabei.

Ich erlaube mir noch aufmerksam zu machen, daß ich beabsichtige, am Dienstag den 13. November in einer besonderen Abendsitzung die Delegationswahlen vornehmen zu lassen, und ich bitte daher die geehrten Herren, die Kandidaten rechtzeitig in der Kanzlei namhaft zu machen.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 5 Uhr 55 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 37. Sitzung, Dienstag, den 13. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse (671 der Beilagen). — 2. Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten (672 der Beilagen). — 3. Antrag des Finanzausschusses auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (708 der Beilagen). — 4. Bericht des Unterhaltsbeitragsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen (720 der Beilagen). — 5. Bericht des Justizausschusses, betreffend das Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen (735 der Beilagen). — 6. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1914, R. G. Bl. Nr. 71, betreffend die Verwendbarkeit der Schuldverschreibungen von Anlehen der Stadt Klagenfurt, des Herzogtumes Steiermark, des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau und der Landesbank des Herzogtumes Krain zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (727 der Beilagen). — 7. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der von dem Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau aufzunehmenden Anleihe im Nominalbetrage von 80,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (728 der Beilagen). — 8. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 2. September 1914, R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des ihr mit dem niederösterreichischen Landesgesetze vom 18. Juli 1914, L. G. Bl. Nr. 97, bewilligten Anlehens auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (729 der Beilagen). — 9. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 23. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 354, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Bukowina auf Grund der mit dem Landesgesetze vom 11. April 1914, L. G. u. V. Bl. Nr. 24, erteilten Anlehensbewilligung aufzunehmenden Anleihe zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (730 der Beilagen). — 10. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 32, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest bis zum Nennbetrage von 10,000.000 K

auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (731 der Beilagen). — **11.** Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 27. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 217, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest im Nennbetrage von 34,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (732 der Beilagen). — **12.** Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 3. März 1917, R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des von der Markgrafschaft Mähren aufzunehmenden Anlehens von 100,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (733 der Beilagen). — **13.** Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Krain aufgenommenen Anleihe im Nennbetrage von 4,400.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (734 der Beilagen). — **14.** Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung (768 der Beilagen). — **15.** Befristeter Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaš, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Hillebrand, Jokl, Paln (238, 319, 441, 473, 611, 669), Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann-Marckhl (448), Teufel, Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte (749 der Beilagen). — Eventuell, falls die bezüglichen Berichte rechtzeitig zur Verteilung gelangen: **16.** Befristeter Bericht des Budgetausschusses über die zum Budgetprovisorium gestellten Anträge, betreffend die vorschußweise Zuweisung von Beiträgen an die Länder zum Zwecke der Gewährung und Erhöhung von Teuerungszulagen für Lehrpersonen. — **17.** Befristeter Bericht des Gewerbeausschusses über den Antrag zum Budgetprovisorium, betreffend die Bereitstellung eines Betrages bis zu 100,000.000 K zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds (769 der Beilagen).

# Inhalt.


## Allerhöchstes Kaiserhaus.

Kundgebung des Präsidenten aus Anlaß der Errettung Seiner Majestät des Kaisers aus Lebensgefahr (Seite 1919).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend den Dank Seiner Majestät für den seitens des Präsidiums am 6. November d. J. an den Kaiser anläßlich seines Namensfestes gerichteten Glückwunsch des Abgeordnetenhauses (Seite 1919).

## Personalien.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Einlosung des Abgeordneten Dr. Longin Cehelskyj in die V. und des Abgeordneten Emil v. Pohorecki die II. Abteilung (Seite 1919).

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Unterkirch als Mitglied des Unterrichtsausschusses, des Abgeordneten Dr. Sommer als Mitglied des Verfassungsausschusses, des Abgeordneten Teufel als Ersatzmann des Verfassungsausschusses, des Abgeordneten v. Mühlwerth als Ersatzmann des Verfassungsausschusses, des Abgeordneten Dr. Sommer als Mitglied des Wehrausschusses, des Abgeordneten Dr. Ritter v. Mühlwerth als Ersatzmann des Wehrausschusses, des Abgeordneten Schürl als Mitglied des Flüchtlingsausschusses, des Ab-

ordneten Wichtl als Ersatzmann des Flüchtlingsausschusses, des Abgeordneten Diwald als Mitglied des Flüchtlingsausschusses und des Abgeordneten Dr. Dulibić als Mitglied des Budgetausschusses (Seite 1965).

## Siegreiche Offensive gegen Italien.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Grüße und Glückwünsche des Präsidenten der ottomanischen Kammer anläßlich des Vordringens der verbündeten Armeen in Italien (Seite 1920).

## Quotendeputation.

Zuschrift des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler, betreffend die Vornahme der Wahl in die Quotendeputation (Seite 1920).

## Verhandlungen.

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse (671 der Beilagen — Fortsetzung der Debatte — Redner: die Abgeordneten Cingr [Seite 1920], Dr. Benkovič [Seite 1924], Seliger [Seite 1966], Dr. Roller [Seite 1927], Berichterstatter Reger [Seite 1931] — Abstimmung [Seite 1933] — Dritte Lesung [Seite 1934]).

Bericht des Budgetausschusses über die zum Budgetprovisorium gestellten Anträge, betreffend die vorschußweise Zuweisung von Beiträgen an die Länder zum Zwecke der Gewährung und Erhöhung von Teuerungszulagen für Lehrpersonen (780 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Teufel [Seite 1934] — Abstimmung [Seite 1934] — dritte Lesung [Seite 1934]).

Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten (672 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Michl [Seite 1935], Minister des Innern Graf v. Toggenburg [Seite 1940], die Abgeordneten Dr. Formánek [Seite 1941], Dr. Jerzabek [Seite 1944]).

## Dringliche Anfrage

der Abgeordneten Dr. Lukavský, Habermann, Pik und Genossen, betreffend die Errichtung des landesfürstlichen Polizeikommissariats mit vollem Wirkungskreise für die Stadtgemeinde Pilsen und einige benachbarte Ortsgemeinden (Seite 1948 — Redner: Abgeordneter Dr. Lukavský [Seite 1949], Minister des Innern Graf v. Toggenburg [Seite 1953 und 1960], die Abgeordneten Pik [Seite 1954], Stříbrný [Seite 1956 und 1965], Paulik [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 1961], Dr. Michl [Seite 1961]).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 36. Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in den Justiz- und Budgetausschuß (Seite 1919).

Ersatzwahlen in den Unterrichts-, Verfassungs-, Wehr-, Flüchtlings- und Budgetausschuß (Seite 1966).

Zuweisung des Antrages 762 der Beilagen an den Unterrichtsausschuß (Seite 1966).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge (Anhang I)

1. der Abgeordneten Dr. Korošec, Dr. Pogačnik, Dr. Jankovič und Genossen, betreffend die Invalidenversorgung (782 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Fon, Dr. Pogačnik und Genossen, betreffend die Vergütung von Kriegsschäden (783 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Dr. Hrásky und Genossen, betreffend den Neubau des Stationsgebäudes und den Umbau des Bahnhofes in Nimburg (784 der Beilagen);

4. des Abgeordneten Hrásky und Genossen, betreffend den Ankauf eines Bauplatzes am Belvedere für die böhmische technische Hochschule in Prag und die Inangriffnahme des Baues (785 der Beilagen);

5. des Abgeordneten Hrásky und Genossen, betreffend die Ausgestaltung des Nordwestbahnhofes in Bad Poděbrad (786 der Beilagen);

6. des Abgeordneten Hrásky und Genossen, betreffend die Einreihung der Werkmeister und der Maschinenmeister bei den Staatsbahnen in die Beamtenkategorie (787 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Dr. Zahradnik und Genossen, betreffend die Investitionen auf den Staatsbahnen in Böhmen und Mähren (788 der Beilagen);

8. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen, betreffend die Abänderung des Einquartierungsgesetzes (789 der Beilagen);

9. der Abgeordneten Dr. Lukavský, Čech und Genossen, betreffend die Aufnahme eines außerordentlichen Beitrages von 1,000.000 K in das Budget für Zwecke der Handelsschulen (791 der Beilagen).

## Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten und an den Minister des Innern, betreffend eine Modifizierung des Heizverbotes für Kinos (Anhang II, 1308/I);

2. des Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Erhöhung der Milchpreise in Wien (Anhang II, 1309/I);

3. des Abgeordneten Dr. v. Baechlé und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Vorkommnisse auf den Wiener Gemüse- und Obstmärkten (Anhang II, 1310/I);

4. des Abgeordneten Fon und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Zuweisung von Leder an die Schuhmacherproduktivgenossenschaft in Merna (Anhang II, 1311/I);

5. des Abgeordneten Fon und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Geschäftsführung der Laibacher und Grazer Landes-Unterhaltskommissionen (Anhang II, 1312/I);

6. des Abgeordneten Dr. v. Baechlé und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Repatriierung der noch in Wien weilenden jüdisch-polnischen Flüchtlinge (Anhang II, 1313/I);

7. des Abgeordneten Bauchinger und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ablieferung der Kirchenglocken an die Militärverwaltung (Anhang II, 1314/I);

8. der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Steslowicz, Witos und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der der Armee zugeteilten Ärzte der polnischen Legionen (Anhang II, 1315/I);

9. der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Liebermann und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Einstellung der Auszahlung der Unterhaltsbeiträge für die Familien der polnischen Legionäre (Anhang II, 1316/I);

10. des Abgeordneten Dr. Lukavský und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der k. k. politischen Behörden in Böhmen gegenüber der böhmischen Journalistik (Anhang II, 1317/I);

11. des Abgeordneten Prunar und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Leutnants Fürth auf einer Eisenbahnfahrt (Anhang II, 1318/I);

12. der Abgeordneten Dr. Šubrt, Hyrš und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Auflösung des Staatsbeamtenklubs in Deutschbrod (Anhang II, 1319/I);

13. des Abgeordneten Biňovec und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend eine bevorzugende Behandlung des Erzbischofs Huyn und des Ackerbauministers Grafen Sylva-Tarouca bei Eisenbahnfahrten (Anhang II, 1320/I);

14. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Oberleutnants August Steinschegg als Bürgermeister in Rohitsch-Sauerbrunn (Anhang II, 1321/I);

15. des Abgeordneten Dr. Ravnihar und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Nichtbewilligung der Gründung des Vereines der Privatbeamten und -beamtinnen im slowenischen Gebiete (Anhang II, 1322/I);

16. der Abgeordneten Habermann, Pik und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Konfiszierung von Lehrbüchern und die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Schulbüchern (Anhang II, 1323/I);

7. der Abgeordneten Habermann, Pik und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend das Vorgehen der Amtsorgane bei Requisitionen (Anhang II, 1324/I);

8. des Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Requirierung von Wolle und Flachs in Steiermark (Anhang II, 1325/I);

). des Abgeordneten Jarc und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den freiwilligen Verkauf von Pferden an das k. u. k. Militärärar in Krain (Anhang II, 1326/I);

). des Abgeordneten Jarc und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Auszahlung für geliefertes Heu und Stroh im Bezirk Tschernembl in Weißkrain (Anhang II, 1327/I);

. des Abgeordneten Jarc und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Verteilung des für die Weinbauer bestimmten Zuckers im Bezirk Rudolfswert in Krain (Anhang II, 1328/I);

'. des Abgeordneten Jarc und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Versorgung der Landbevölkerung mit Fleisch (Anhang II, 1329/I);

. des Abgeordneten Wollek und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Nichtzulassung der Margarethe Blümel zum Besuche des k. k. Staatsgymnasiums in Graz (Anhang II, 1330/I);

. der Abgeordneten Stribrný, Klofáč und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Einstellung der periodischen Zeitschrift „Česká Demokracie" (Anhang II, 1331/I);

. des Abgeordneten Dr. Sylvester und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Auflassung des „weiteren Kriegsgebietes" im Herzogtume Salzburg (Anhang II, 1332/I);

. des Abgeordneten Dr. Sylvester und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Zuteilung der der Stadt Salzburg für den Monat November zukommenden Zuckermenge (Anhang II, 1333/I);

. des Abgeordneten Marckhl und Genossen an den Minister Höfer, betreffend Maßnahmen zur möglichsten Einschränkung der Verminderung des Viehbestandes (Anhang II, 1334/I);

. des Abgeordneten Seitz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Aufbewahrung von Explosionsmaterial in Arbeitsräumen des Betriebes Wöllersdorf (Anhang II, 1335/I);

29. des Abgeordneten Prokeš und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Ferkel am Ostrauer Wochenmarkte (Anhang II, 1336/I);

30. des Abgeordneten Dr. Witt und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verweigerung des Unterhaltsbeitrages an wiederverehelichte Kriegerswitwen und deren Kinder (Anhang II, 1337/I);

31. des Abgeordneten Dr. Witt und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verwendung von nicht frontdiensttauglichen Militärärzten aus dem Zivilstande in deren Heimatsorten (Anhang II, 1338/I);

32. des Abgeordneten Dr. Renner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Arbeiterschaft in dem unter das Kriegsleistungsgesetz gestellten und militarisierten Betriebe Urban & Brevillier in Neunkirchen (Anhang II, 1339/I);

33. des Abgeordneten Ritter v. Wassilko und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Requirierungen in der Bukowina (Anhang II, 1340/I);

34. des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Handelsminister, betreffend den Paketpostverkehr in die Bukowina (Anhang II, 1341/I);

35. des Abgeordneten Ritter v. Moraczewski und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend einen Befehl des Kommandos des polnischen Hilfskorps (Anhang II, 1342/I);

36. der Abgeordneten Hrásky, Exner und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die sprachlichen Verhältnisse bei der Nordwestbahn (Anhang II, 1343/I);

37. des Abgeordneten Hrásky und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Konfiskation eines Artikels in der Zeitschrift „Nezávislost" (Anhang II, 1344/I);

38. des Abgeordneten Freiherrn v. Pantz und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Förderung der Zeichnungen auf die VII. österreichische und VII. ungarische Kriegsanleihe im Deutschen Reiche (Anhang II, 1345/I);

39. des Abgeordneten Dr. Leo Winter und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Durchführung der Enthebungsverordnungen (Anhang II, 1346/I);

40. des Abgeordneten Smikowski und Genossen an das Gesamtministerium, betreffend die Aufhebung des Einfuhrverbotes von für das österreichisch-ungarische Okkupationsgebiet im Königreich Polen aufgegebenen Lehr- und Unterrichtsbüchern (Anhang II, 1347/I);

41. des Abgeordneten Smikowski und Genossen an den Ackerbauminister und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beurlaubung von Handwerkern zum Zwecke der Mobilmachung der Landwirtschaft im Frühjahr des nächsten Jahres (Anhang II, 1348/I);

42. der Abgeordneten Meixner, Anforge und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Getreideaufbringung in den deutschen Randgebirgen Böhmens (Anhang II, 1349/I);

43. der Abgeordneten Iro, Spies und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die generelle Weiterenthebung selbständiger Landwirte (Anhang II, 1350/I);

44. des Abgeordneten Paulik und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Heu- und Strohrequirierungen im Böhmerwalde (Anhang II, 1351/I);

45. der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Stölzel, Dr. Erler und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend Zustreisung von Zucker, Kohle und Petroleum nach Linz, Salzburg und Innsbruck, beziehungsweise Oberösterreich, Salzburg und Tirol (Anhang II, 1352/I);

46. des Abgeordneten Dr. Stölzel und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Zuweisung von Zeitungspapier an die Provinzblätter (Anhang II, 1353/I);

47. der Abgeordneten Dr. Benkovič, Jankovič und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Mühlenrayonierung im politischen Bezirke Rann a. d. S. (Anhang II, 1354/I);

48. des Abgeordneten Iro und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Herabsetzung der Quartiergebühr der von der Felddienstleistung enthobenen, später verwundeten oder erkrankten aktiven Gagisten (Anhang II, 1355/I);

49. des Abgeordneten Gruber und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Führung der bei verschiedenen Truppenkörpern, Kadern und militärischen Anstalten im Hinterlande errichteten landwirtschaftlichen Betriebe (Anhang II, 1356/I);

50. des Abgeordneten Gruber und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Heranziehung landwirtschaftlicher Fachleute bei der Herausgabe von behördlichen Anordnungen in Approvisionierungsangelegenheiten (Anhang II, 1357/I);

51. der Abgeordneten Richter, Wedra, Kittinger, Hartl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückbehaltung bereits Enthobener und Transferierter (Anhang II, 1358/I);

52. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Wedra und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Verteilung der rumänischen Ernte unter den Mittelmächten (Anhang II, 1359/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 13. November 1917:

die Anfragebeantwortungen ad 122, 123, 124, 125, 126, 127/I;

Bericht des Budgetausschusses 780 der Beilagen;

die Anträge 770 bis 776, 778, 779 und 781 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Dr. **Ravnihar**, Dr. **Formánek**, Dr. Ritter v. **Mühlwerth**, Dr. **Ruebenbauer**, Ritter v. **Lukaszewicz**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl Czapp v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. Twardowski-**Skrzypna**, Minister Dr. Johann Dorbaczewski, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf Silva-**Tarouca**.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef Graf **Chorinsky** und Ministerialrat Dr. Ritter v. **Haberler** des Ministeriums des Innern.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Hohes Haus! *(Das Haus erhebt sich.)* Seine Majestät unser Allergnädigster Kaiser und König ist aus großer Lebensgefahr glücklich errettet und damit unser Vaterland vor einem Unglücke mit unabsehbaren Folgen bewahrt worden. Alle Völker Österreichs sind kaum zum vollen Bewußtsein der großen uns drohenden Gefahr gekommen, denn wir haben gleichzeitig mit der Nachricht von der Gefahr die Nachricht von der Rettung erhalten.

Gewiß aber haben alle Völker unseres Vaterlandes diese Nachricht von der Errettung als eine Erlösung angesehen und ich bin überzeugt, in Ihrer aller Sinne gehandelt zu haben, wenn ich mich zum Herrn Ministerpräsidenten begeben habe, um ihm den Ausdruck der innigsten Freude des Abgeordnetenhauses über die glückliche Rettung kundzugeben und ihn zu bitten, diesen Ausdruck an die Stufen des Thrones gelangen zu lassen. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Möge die glückliche Rettung Seiner Majestät ein günstiges Vorzeichen sein für seinen weiteren Lebenslauf, möge sie ein glückliches Vorzeichen sein für den weiteren Verlauf der so glorreich von ihm begonnenen Aktion gegen unseren Erbfeind Italien. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen)*, möge sie vor allem ein glückliches Vorzeichen sein für die baldige Erreichung des von uns allen heiß ersehnten Zieles, des ehrenvollen Friedens. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Gott erhalte, Gott beschütze Seine Majestät! Kaiser Karl I. lebe hoch! hoch! hoch! *(Das Haus bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch aus.)*

Das Protokoll über die Sitzung vom 9. November 1917 ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt anzusehen.

Bei den in der letzten Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen wurden gewählt:

In den Justizausschuß der Herr Abgeordnete Graf Lasocki,

in den Budgetausschuß der Herr Abgeordnete Miklas,

mit je sämtlichen 150 abgegebenen Stimmen.

Die als Ersatzmänner eingetretenen Herren Abgeordneten Dr. Longin Čehelskyj und Emil v. Pohorecki wurden in die Abteilungen V, beziehungsweise II eingelost.

Wie ich dem hohen Hause in der Sitzung vom 6. November zur Kenntnis brachte, hat das Präsidium anläßlich des Allerhöchsten Namensfestes im Wege der Regierung die Glückwünsche des hohen Hauses Seiner Majestät dargebracht.

Hierüber ist eine Zuschrift des Herrn Ministerpräsidenten eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 6. November d. J. die Kundgebung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates anläßlich Allerhöchstdessen Namensfestes allergnädigst dankend zur Allerhöchsten Kenntnis zu nehmen geruht.

Hiervon beehre ich mich, Euer Hochwohlgeboren in Kenntnis zu setzen.

Wien, 12. November 1917.

Seidler."

**Präsident:** Weiters bringe ich dem hohen Hause zur Kenntnis, daß anläßlich des Vordringens der verbündeten Armeen in Italien auch der Präsident der ottomanischen Kammer bundesfreundliche Grüße und Glückwünsche telegraphisch zum Ausdrucke brachte, die ich namens des hohen Hauses im Drahtwege dankend erwidert habe.

Es ist weiters eine Zuschrift des Herrn Ministerpräsidenten eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer R. v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Ich beehre mich um die geneigte Veranlassung zu ersuchen, daß auf Grund des Gesetzes vom 28. März 1877, R. G. Bl. Nr. 23, die Wahlen der aus dem hohen Abgeordnetenhause zu wählenden Mitglieder der vom Reichsrate zu entsendenden Deputation behufs Vereinbarung über das Beitragsverhältnis zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie ehestens vorgenommen werden.

Wien, 11. November 1917.

Seidler."

**Präsident:** Ich werde die Wahl der Quotendeputation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Erster Gegenstand derselben ist die Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 9. August 1914, R. G. Bl. Nr. 219, wegen Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse *(671 der Beilagen)*.

In der Debatte gelangt zunächst zum Worte der Herr Abgeordnete Cingr; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Cingr:** Meine Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf beinhaltet die gesetzliche Festlegung zweier sozialer Lasten, die der Bergarbeiterschaft auferlegt werden. Die Bergarbeiterschaft soll auf das mühsam erkämpfte Recht, auf Sonntagsruhe, verzichten. Es ist selbstverständlich, daß die nur durch die Notwendigkeit des Krieges hervorgerufene Bewilligung von Ausnahmen von der obligatorischen Sonntagsruhe an bestimmte Kautelen gebunden sein muß, wie dies im § 2 des vorliegenden Gesetzentwurfes zum Ausdrucke gelangt. Das zweite, den Bergarbeitern auferlegte schwere Opfer ist die Preisgabe des in jahrelangem schweren Ringen erworbenen Rechtes auf 14tägige Lohnzahlung.

Es waren überaus wichtige soziale Gefahren, die mit der monatlichen Lohnzahlung im Bergbaue verbunden waren und zur Abschaffung dieser langen Lohnzahlungsfristen führten. Eines der wichtigsten Motive für die obligatorische Abkürzung der Lohnzahlungsfristen im Bergbaue auf längstens 14 Tage liegt in folgendem: Der Arbeiter, dessen einzige Einnahmsquelle der Verkauf seiner Arbeitskraft ist, kann den Lohn dem Unternehmer nicht durch einen Monat kreditieren. Wenn der Arbeiter auf den Ertrag seiner Arbeit so lange Zeit warten muß, so gerät durch die Notwendigkeit, seinen Lebensunterhalt auf Kredit zu bestreiten, seine ganze Wirtschaftsführung in eine ungeheure, niemals mehr reparable Unordnung. Es wird von Seite der Unternehmer jetzt gern und häufig eingewendet, daß diese Gefahr der Erschütterung des Haushaltes des Arbeiters durch Einführung einer vierwöchentlichen Lohnzahlungsfrist nicht besteht, weil jeder Arbeiter unter Anrechnung auf seinen Lohn von dem Unternehmer mit Lebensmitteln und auch mit Kleidung und Beschuhung versorgt wird. Diese Behauptung widerspricht jedoch den Tatsachen in der folgenden Richtung: Der fundamentalste Irrtum in der von den Unternehmern herangezogenen Begründung liegt darin, daß die den Tatsachen widersprechende Voraussetzung als gegeben angenommen wird, daß die Arbeiterschaft mit allen zur Befriedigung ihres dringendsten Bedarfes notwendigen Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln von dem Unternehmer versorgt wird. Tatsächlich erreichen die in den Werkskonsumhallen an die Arbeiter zum Verschleiße gelangenden Waren kaum die Hälfte des dringendsten Bedarfes, so daß jeder Arbeiter, wenn er mit seiner Familie leben will, noch mit mindestens der Hälfte seines Bedarfes auf die Beschaffung im privaten Handel angewiesen ist. War im Frieden die Kreditierung des verdienten Lohnes an den Unternehmer durch vier Wochen mit der Gefahr der Zerrüttung des Arbeiterhaushaltes durch Verschuldung verbunden, so droht dem Arbeiter durch eine lange Lohnzahlungsfrist jetzt im Kriege, wo man überhaupt nur gegen Barzahlung einkaufen kann, geradezu das Verhungern. Es ist eine bekannte Tatsache, daß sich bei den jetzt bestehenden Verhältnissen nur derjenige halbwegs versorgen kann, der stets etwas Geld zum Einkaufe bei sich bietender Kaufgelegenheit bereit hat.

Überdies ist die mit der Kreditwirtschaft für den Arbeiterhaushalt verbundene Gefährdung nicht geringer, wenn als Gläubiger an Stelle des Krämers der Arbeitgeber, der Unternehmer tritt. Ja jeder, der die Verhältnisse nur einigermaßen

kennt, muß die soziale Gefahr, welche mit der Abgabe von Lebensmitteln auf Kredit seitens des Unternehmers verbunden ist, als eine ganz besonders große bezeichnen, da sie die soziale Unfreiheit, die Versklavung der Arbeiterschaft geradezu vollendet. Der Gesetzentwurf erfüllt daher nur eine soziale Notwendigkeit, wenn er die Unternehmer verpflichtet, für den Fall der Verlängerung der Lohnperiode über die Dauer von 14 Tagen nach Ablauf der halben Lohnperiode den Arbeitern Abschlagszahlungen zu erteilen. Der Gesetzentwurf unterläßt es mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der Verhältnisse, in den einzelnen Revieren, insbesondere mit Rücksicht auf die in einigen Revieren bereits erfolgte ziffernmäßige Festsetzung dieser Abschlagszahlungen, eine Anordnung über die Höhe dieser Abschlagszahlungen zu treffen. Aus dem Worte „Abschlagszahlungen" ergibt sich begrifflich logisch von selbst, daß die Höhe dieser Zahlungen den verdienten Lohn höchstens erreichen, aber niemals übersteigen wird. Der zweite Absatz des § 3, welcher anordnet, daß die geleisteten Abschlagszahlungen auf die bei der Hauptlohnung zur Verrechnung gelangende Gesamtlohnsumme für die ganze Lohnperiode nur insoweit angerechnet werden dürfen, als dem Arbeiter für jeden Arbeitstag ein der Höhe der Abschlagszahlung gleichkommender Betrag mindestens verbleibt, ist nur eine logische Folge aus dem Gebote der Erteilung der Abschlagszahlungen. Die Bestimmung des zweiten Absatzes des § 3 ergibt sich sowohl nach den Gesetzen der, wenn man so sagen darf, begrifflichen als auch der sozialen Logik. Es ist selbstverständlich, daß in jedem Betriebe oder Bergreviere entweder zwischen den Unternehmern und Arbeitern die Höhe der Abschlagszahlungen festgesetzt werden muß oder daß mangels einer Einigung diese Festsetzung der Höhe der Abschlagszahlungen durch die Beschwerdekommission erfolgt. Für das Ostrau-Karwiner Revier hat die Beschwerdekommission in Mährisch-Ostrau über das Begehren der Bergarbeiterschaft um Erhöhung der Löhne und Abschlagszahlungen und um Neuregelung des Lohnsystems am 8. Juli 1917 die Entscheidung gefällt, daß die Abschlagszahlungen zu betragen haben: Für Häuer und Gleichgestellte 7 K, für Hundstößer und Gleichgestellte 5 K, für Schlepper und Gleichgestellte 3 K und für Weiber und Jungen 2 K 50 h für jede verfahrene Schicht. Die Beschwerdekommission ging bei dieser Festsetzung der Abschlagszahlungen von der durch umfangreiche Erhebungen ermittelten Tatsache aus, daß mit Rücksicht auf die durch die Beschwerdekommission in derselben Entscheidung verfügte Erhöhung der Kriegsunterstützungen auf 1 K für den Arbeiter und 50 h für jedes Kind unter 14 Jahren für jede verfahrene Schicht der auf eine Schicht entfallende Verdienst mindestens 10 K betragen muß.

Auch vor dem Lohnzahlungsgesetze aus dem Jahre 1912 waren durch die Dienstordnungen überall 14tägige Abschlagszahlungen eingeführt, deren Höhe sich zwischen 70 Prozent bis 85 Prozent des individuellen Mindestverdienstes eines jeden Arbeiters der betreffenden Kategorie bewegten. Jede Dienstordnung, jede Entscheidung einer Beschwerdekommission und jede eventuelle Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern über die Höhe der Abschlagszahlungen muß notwendigerweise die Höhe der Abschlagszahlungen so ansetzen, daß sie sich auf etwa 70 Prozent bis 80 Prozent jenes Betrages belaufen, welcher von jedem Arbeiter pro Schicht mindestens erzielt wird. In der ziffernmäßigen Festsetzung der Höhe der Abschlagszahlungen, welche ja nach § 3, Absatz 1, des vorliegenden Gesetzentwurfes unbedingt notwendig ist, ist also inbegriffen die Vereinbarung, beziehungsweise Festsetzung eines Mindestlohnes, welcher jedenfalls so hoch ist wie die Abschlagszahlung. Denn man kann ja nur dann von einer Abschlagszahlung sprechen, wenn der Betrag, auf welchen die Abschlagszahlung geleistet wird, höher ist als diese Abschlagszahlung. Der zweite Absatz des § 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes ist daher keine über den Rahmen des ersten Absatzes hinausgehende neue weitere Anordnung, sondern beinhaltet lediglich die auch ohne ausdrückliche gesetzliche Festsetzung im Wege der logischen Auslegung des ersten Absatzes zu gewinnende Folgerung aus dem ersten Absatze.

Ich habe erklärt, daß auch die soziale Logik, der soziale Geist der Anordnung von Abschlagszahlungen bei Verlängerung der Lohnzahlungsfristen über die Dauer von 14 Tagen mit Notwendigkeit zu der im zweiten Absatze enthaltenen Folgerung führt und will dies nunmehr in Kürze darlegen: Die Anordnung der Erteilung von Abschlagszahlungen ist durch den sozialen Zweckgedanken diktiert, daß jeder Arbeiter den seiner Arbeitsleistung entsprechenden Betrag in möglichst kurzer Zeit zur freien Verfügung erhalte, damit er nicht in die Notlage versetzt wird, Kredit in Anspruch zu nehmen. Wollte man es zulassen, daß bei der nach 28 Tagen erfolgenden Hauptlohnung dem Arbeiter mit Rücksicht auf die erhaltenen Abschlagszahlungen nicht einmal soviel ausgezahlt wird, daß auf die in der zweiten Hälfte der Lohnperiode verfahrenen Schichten nicht einmal ein der Höhe der Abschlagszahlung entsprechender Betrag entfallen würde, so würde die wirtschaftlich verderbliche Folge, welche durch die Einführung der Abschlagszahlungen für die erste Hälfte der Lohnperiode verhindert werden soll, in der zweiten Hälfte der Lohnperiode in Erscheinung treten; es würde nämlich in der zweiten Hälfte der Lohnperiode dem Arbeiter vollständig überraschend durch seine Lohnabrechnung dargelegt werden, daß

er ohne zu wollen beim Unternehmer eine Schuld aufgenommen hat, welche ihm überdies auf einmal abgezogen wird. Eine solche schwere Erschütterung würde kein Arbeiterhaushalt ertragen.

Ich will dies an einem Beispiel auf Grund der Entscheidung der Beschwerdekommission Mährisch-Ostrau klar machen. Ein Häuer verfährt regelmäßig in 28 Tagen 26 Schichten, wovon 13 Schichten auf die erste und 13 Schichten auf die zweite Hälfte der Lohnperiode entfallen. Da die Abschlagszahlung für den Häuer mit 7 K pro Schicht festgesetzt wurde, so beträgt die Gesamtsumme der Abschlagszahlungen nach Ablauf der ersten Hälfte der Lohnperiode 91 K. Wenn nun die Verrechnung der Gedinge bei der Hauptlohnung ergeben würde, daß auf die Schicht ein Gedinglohn von nur 5 K entfällt, so ergibt die Lohnrechnung nachstehendes Resultat:

| | |
|---|---|
| Gesamtlohnsumme für 26 Schichten . | 130 K, |
| hiervon ist abzuziehen die erteilte Abschlagszahlung . . . . . | 91 „ |
| Es ergibt sich daher als auszuzahlende Summe ein Betrag von . . . . . | 39 K. |

Der Arbeiter erhält also bei dieser Art der Verrechnung für 13 Schichten der zweiten Hälfte der Lohnperiode nur einen Betrag von 39 K. Die naturgemäß notwendig eintretende Folge ist, daß er mit diesem Betrage bis zur nächsten Abschlagszahlung sein Auslangen nicht finden kann und entweder verhungern muß oder, falls ihm überhaupt jemand etwas borgt, in nie wieder zu tilgende Schulden gerät.

Wenn ich meine Ausführungen zusammenfasse, so muß ich meiner Überzeugung nur in der Richtung Ausdruck geben, daß wohl keine Beschwerdekommission, wenn sie die Höhe der zu erteilenden Abschlagszahlungen im Sinne des Absatzes 1 des § 3 festgesetzt hat, das Begehren eines Arbeiters, dessen Lohn unter der festgesetzten Abschlagszahlung ohne sein Verschulden zurückbleibt, auf die Ergänzung des Lohnes bis zum Betrage der Abschlagszahlung abweisen wird. Der Zweck des Absatzes 2 des § 3 liegt also nur in der Richtung der Klarstellung, um für den Bergbau schädliche, ja gefährliche Mißdeutungen und aus diesen unerläßlich entstehende Mißstimmungen auszuschließen.

Die trotz der in England mit dem Minimallohngesetz im Bergbaue gemachten guten Erfahrungen so sehr gefürchtete und angefeindete Festsetzung eines Mindestlohnes im Bergbaue ist daher durch die Festsetzung von Abschlagszahlungen von bestimmter Höhe in dem im zweiten Absatze des § 3 enthaltenen Ausmaße gegeben. Es muß jedoch festgestellt werden, daß in dieser Bestimmung keineswegs der Minimallohn in seiner reinen Form enthalten ist. Die Bestimmung des § 3 beinhaltet vielmehr die Kombination zwischen Zeitlohn und Akkordlohn und überläßt es der Vereinbarung zwischen den Unternehmern und Arbeitern oder der Festsetzung durch die Beschwerdekommission, die Spannung zwischen dem Zeitlohne und dem bei normaler Arbeitsleistung erzielbaren Akkordverdienste festzusetzen. Der Herr Berichterstatter hat bereits in klarer Weise die Einwendungen, welche gegen den Minimallohn im Bergbaue erhoben werden, entkräftet und weise ich nur auf folgendes hin: Im Ostrau-Karwiner Reviere wurde im Jahre 1912 eine Lohnvereinbarung getroffen, durch welche Mindestlohnsätze für die einzelnen Kategorien der Grubenarbeiter festgesetzt wurden. Die Arbeiterschaft faßte diese Vereinbarung dahin auf, daß ein individueller Mindestlohn unter der Voraussetzung normaler Arbeitsleistung festgesetzt wurde. Die Bergbauunternehmer wendeten sich gegen diese Auffassung und erklärten, durch die Vereinbarung sollte nur ein Mindestdurchschnittsverdienst für jede Kategorie in der Weise gewährleistet werden, daß die an sämtliche Arbeiter einer Kategorie auszuzahlende Lohnsumme so festzusetzen ist, daß bei der Division derselben durch die Gesamtzahl der von sämtlichen Arbeitern dieser Kategorie verfahrenen Schichten sich als Quotient der garantierte Mindestlohn ergibt. Der Oberste Gerichtshof hat mit der Entscheidung vom 7. Oktober 1913 diese durch die Unternehmer gegebene Auslegung der Vereinbarung nach dem Wortlaute derselben als zutreffend erklärt. Die von der Arbeiterschaft befürchteten schädlichen Folgen dieser Auslegung blieben nicht aus und bestehen bis zum heutigen Tage fort. Es hat lange Zeit Löhne von unter 3 K gegeben und es kommen noch heute Löhne vor, welche unter dem Betrage von 5 K und 4 K zurückbleiben.

Diese Entlohnungsziffern stehen in einem aufreizenden Gegensatze sowohl zu den riesenhaften Kriegsgewinnen von 19 Prozent und 21 Prozent, welche von der österreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft und der Alpinen Montangesellschaft ausgewiesen und von den nicht zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten Bergbauunternehmungen gewiß erzielt werden, als auch zu der Bedeutung, welche der Bergarbeiter für den Staat besitzt. Alle Minister und alle Behörden können nicht genug oft den Bergarbeitern gegenüber wiederholen, welche ungeheure Bedeutung den Bergarbeitern im Staate zukommt. Allerdings wird diese Anerkennung, daß die Bergarbeit für den Staat lebensnotwendig ist, den Bergarbeitern nur im Zusammenhange mit der Aufforderung gezollt, die Bergarbeiterschaft möge sich ihrer Pflichten gegen den Staat bewußt sein und bleiben und treu wie bisher ihre Pflichten gegen die Gesellschaft erfüllen.

Die Bergarbeiterschaft hat bisher stets dem Staate gegeben, was des Staates ist. Die Bergarbeiter verlangen aber vom Staate, daß er sie dagegen schützt, daß ihre Ankettung an den Betrieb nicht zu ihrer Ausbeutung ausgenützt wird. Der Kriegszustand erfordert eine Durchsetzung der Individualwirtschaft durch gemeinwirtschaftliche Tendenzen und Einrichtungen. Die schon vor dem Kriege eingesetzte „Durchstaatlichung der Ökonomie" (wie Dr. Renner sich ausdrückt), ist während des Krieges bedeutend weiter gediehen. Es wäre eine Unterlassungssünde, die die Bergarbeiterschaft dem Staate nie und nimmer vergessen würde, wenn diese „Durchstaatlichung" vor dem mächtigen Veto der Grubenbesitzer Halt machen würde. Die Durchstaatlichung der Wirtschaft bedeutet für das Arbeitsverhältnis die Vorsorge durch das Gesetz, daß der Lohn unter keinen Umständen unter die Kosten des notwendigsten Lebensbedarfes des Tages sinke. Die Kaiserliche Verordnung vom 18. März 1917 über das Arbeitsverhältnis in den Kriegsleistungsbetrieben hat im § 1 ausdrücklich die Verpflichtung des Unternehmers festgestellt, einen Lohn zu zahlen, der den Lebens- und Arbeitsverhältnissen entspricht. Die Bergbaubetriebe sind der wichtigste Teil, die Grundlage einer jeden Kriegsindustrie. Es ist eine Ehrenpflicht des Hauses der Abgeordneten des Volkes, an sozialer Einsicht hinter der Kaiserlichen Verordnung nicht zurückzustehen. Der zweite Absatz des § 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes ist nichts anderes als die neuerliche Bekräftigung des in der erwähnten Kaiserlichen Verordnung zum Ausdruck gebrachten Rechtsgedankens. Das hohe Haus wird sich die Dankbarkeit der gesamten Bergarbeiterschaft erwerben, wenn es durch die unveränderte Annahme des § 3 in der Fassung des Ausschußentwurfes den Beweis liefert, daß der Staat die hervorragenden Leistungen der Bergarbeiterschaft durch die Tat anerkennt und für die Zukunft anzuerkennen bereit und gewillt ist. Das ist die sachliche Begründung des vorliegenden Gesetzentwurfes.

Nun wende ich mich einer anderen Angelegenheit zu, und zwar der Approvisionierung der Bergarbeiterschaft. Bei der Versorgung der Bergarbeiterschaft mit Nahrungsmitteln fehlt es an allem. Es ist kein Mehl, keine Seife, kein Zwirn, keine Beleuchtung, kein Speck und kein Fett vorhanden. Aus Mangel an Zwirn hat sich ein Bergarbeiter die Hose mit Draht geflickt. *(Hört! Hört!)* Bei der Arbeit ist ihm der Draht ins Fleisch gedrungen, so daß sich der Arbeiter eine Blutvergiftung zugezogen hat. Er wird natürlich ein Krüppel werden. Es wird immer gesagt, die Bergarbeiter sind versorgt. Ich möchte Seine Exzellenz einladen, sich diesen Speck anzusehen. Ein solcher Speck wird für die Bergarbeiter angeschafft. *(Überreicht ein Stück Speck dem Minister für öffentliche Arbeiten Dr. Ritter v. Homann.)* Es wurde mir gesagt, daß das „Fleischspeck" ist. Solcher Speck wird den Bergarbeitern verabreicht. Natürlich wurde dann später gesagt, daß das Kilogramm nur 5 K kostet und daß das übrige Geld, das mehr dafür bezahlt wurde, zurückgegeben wird. So werden wir von den Ungarn behandelt.

Ein Speck, der tatsächlich keine 2 K wert ist, wird uns mit 20 bis 28 K pro Kilogramm berechnet. Selbstverständlich können die Arbeiter bei diesem Speck nicht fett werden und nicht gut arbeiten.

Wir haben unlängst eine Deputation hiehergeführt, die von den Ministern empfangen wurde. Die Minister haben dieser Deputation versprochen, daß die Zuckerration für die Bergarbeiter nicht herabgesetzt wird. Es wurde auch versprochen, daß die Unterscheidung zwischen Schwerarbeitern und Schwerstarbeitern aufgehoben und eine gleichmäßige Behandlung eintreten wird. Wie wird es aber in den Schächten praktiziert? In manchen Schächten werden den Bergarbeitern nur $^3/_4$ Kilogramm Zucker pro Kopf gegeben, in anderen Schächten ein ganzes Kilogramm. In anderen Schächten wird noch immer zwischen Schwer- und Schwerstarbeitern unterschieden. Man weiß wirklich nicht, wer eigentlich die ganze Sache angeordnet hat. Die Herren Betriebsleiter machen es so, wie sie wollen und die Folge davon ist, daß in Peterswald auf dem Eugenschacht ein Streik ausgebrochen ist, natürlich aus Hunger, und zwar nach der Herabsetzung der Zuckerration.

*(Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Ich bin gleich fertig, Herr Präsident! Die Bergarbeiter wurden in den Schacht getrieben, sie sind aber unten in dem Schacht stehen geblieben und nicht auf ihre Arbeitsorte gegangen.

Der Betriebsleiter ist nun hineingefahren, hat die Leute hinausgejagt — er ist selbstverständlich zuerst hinausgefahren — hat 11 Mann herausgesucht und sie sogleich den Soldaten übergeben und in den Kerker abführen lassen. *(Hört! Hört!)* Man weiß nicht, ob die Leute tatsächlich schuldig sind. Der Betriebsleiter hat, wen er gerade gesehen hat, vielleicht weil er eine rote Nase hatte, hergenommen und den Soldaten übergeben. Es sind bis jetzt noch immer Fälle vorgekommen, daß ein Bergarbeiter, wenn er dem Betriebsleiter nicht zu Gesichte stand, einfach an die Front geschickt wurde.

Es handelt sich hier auch um die Aufhebung der Sonntagsruhe. Ich habe hier eine Affichierung von einem Schachte, in welcher es heißt *(liest)*: „Zitra, v neděli, dne 11. listopadu, se nepracuje": das heißt auf deutsch: morgen, Sonntag, den 11. November, wird nicht gearbeitet. Warum nicht? Nachdem die Beschwerdekommission beschlossen

hat, 50 Prozent für die Sonntagsschicht mehr auszuzahlen, wollen die Unternehmer die 50 Prozent nicht zahlen und stellen lieber die Sonntagsarbeit ein. So wird vorgegangen und wenn dann etwas vorkommt, wird hier gesagt: daran sind die Bergarbeiter schuld. Auch die Unruhen, die im Juli entstanden sind, haben ihre Ursachen gehabt; das war nur eine Reizung der Arbeiter durch die Betriebsleiter und die Beamten des Betriebes; anders wäre es nicht möglich.

Ich hätte noch sehr viel am Herzen, aber meine Redezeit ist abgelaufen und ich muß deshalb schließen. Ich bitte, den Gesetzentwurf, wie er vom sozialpolitischen Ausschuß verfaßt worden ist, anzunehmen.

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem nächsten Kontraredner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Benkovič.

Abgeordneter Dr. **Benkovič:** Hohes Haus! Im vorliegenden Gesetzentwurf haben wir eine strittige Frage zu lösen, die im Absatz 2 des § 3 enthalten ist; es ist dies die Bestimmung, die von der hohen Regierung als die Festsetzung eines Minimallohnes angesehen wird.

Ich glaube, daß diese Bestimmung nicht die Festsetzung eines Minimallohnes im wahren Sinne des Wortes beinhaltet, sondern an und für sich, wenn man sich schon auf den Standpunkt der Unternehmer stellt, ungefährlich ist und von ihnen ohnehin leider illusorisch gemacht werden wird. Denn die Unternehmer haben es in der Hand, die Höhe der Abschlagszahlungen festzusetzen und sie werden einfach dadurch, daß sie diese Abschlagszahlungen niedriger stellen, diese Bestimmung illusorisch machen.

Übrigens ist diese Bestimmung, für welche ich selbstverständlich stimmen werde, nicht etwas Neues, sondern schon in der Kaiserlichen Verordnung vom 18. März 1917, betreffend die Regelung von Lohn- und Arbeitsverhältnissen in militärischen Zwecken dienenden Betrieben, haben wir im § 1 eine Bestimmung, welche mindestens auf Kriegsdauer nichts anderes beinhaltet, als die Festsetzung eines Minimallohnes, mindestens in der Höhe des Existenzminimums, denn da heißt es *(liest)*:

„Den Personen, die in den militärischen Zwecken dienenden Betrieben beschäftigt sind, ist ein ihrer beruflichen Ausbildung und ihren Leistungen angemessener, durch die jeweiligen Lebens- und Arbeitsverhältnisse bedingter Lohn zu gewähren."

Die Bestimmung des § 3, Absatz 2, des heute in Verhandlung stehenden Gesetzes ist nichts anderes, als ein Korrelat, eine Ergänzung der Bestimmungen des § 1 der Kaiserlichen Verordnung vom 18. März 1917, betreffend die Beschwerdekommissionen. Aus diesem Grunde wird durch das heute in Verhandlung stehende Gesetz nichts Neues geschaffen, sondern nur diese Bestimmung ergänzt. Nun meint Seine Exzellenz der Arbeitsminister, daß es absolut nicht angeht, daß Arbeitsleistungen, welche eventuell nicht geleistet werden, auch entlohnt werden.

Wir haben aber schon eine Bestimmung, und zwar im § 1154 b des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches in seiner neuen Fassung, in der Teilnovelle, laut welcher doch für bestimmte Eventualitäten Arbeit, welche nicht geleistet wird, trotzdem honoriert wird; wenn zum Beispiel ein Arbeiter erkrankt oder aus einem anderen wichtigen Grunde, wie es im Gesetze heißt, an der Arbeitsleistung behindert ist. Also auch aus diesem Grunde wird durch diese Bestimmung des § 3, Absatz 2, des Entwurfes über die Lohnzahlungen im Bergbau, nichts Neues geschaffen.

Wir begrüßen diese Bestimmung als den Vorläufer der Festsetzung eines wirklichen Minimallohnes, welcher in diesem hohen Hause einmal durchdringen muß. Leider muß ich bemerken, daß mir diese Bestimmung entschieden als viel zu wenig vorkommt und daß sie durch die Bergbauunternehmer ohneweiters wird umgangen werden, indem sie die Abschlagszahlungen niedriger stellen werden als sie jetzt sind.

Hohes Haus! Von der hohen Regierung sind in der letzten Sitzung für den Rückgang der Produktion im Bergbau verschiedene Gründe angeführt worden. An die Spitze dieser Gründe hat Seine Exzellenz die Ernährungsfrage gestellt, und zwar die vollkommen unzulängliche Ernährung, beziehungsweise Unterernährung der Bergarbeiter. Ich möchte hier nur auf das Revier hinweisen, welches ich die Ehre habe zu vertreten, das ist das Trifailer Kohlenrevier. Das Trifailer Kohlenrevier steht im Privateigentum der Trifailer Kohlengewerkschaft. Die Zustände im dortigen Werkskonsummagazin sind vollkommen unzureichend; den Bergarbeitern fehlt das Notwendigste. Wir haben vor nicht langer Zeit gelesen, daß die Trifailer Kohlengewerkschaft mit einer Korporation in Agram einen Vertrag geschlossen hat, auf Grund welches die Trifailer Kohlengewerkschaft sich Fett und andere Nahrungsmittel im Kompensationswege — für Kohle — sichergestellt hat; aber das Fett ist in diesem Werkskonsummagazin eine sehr rare Sache und der Arbeiter bekommt es überhaupt nicht zu sehen. Gerade so steht es mit den übrigen Nahrungsmitteln, mit Kartoffeln und Kukuruzmehl. Auch das Kukuruzmehl sollte auf diesem Kompensationswege von Kroatien bezogen werden, ist auch bezogen worden und wird bezogen, doch offenbar nicht für die Arbeiter, denn die Arbeiter haben Kukuruzmehl schon seit Monaten nicht gesehen. Dasselbe trifft für Hülsenfrüchte, Kartoffeln

usw. zu. Was ist die Folge davon? Die Folge davon ist, daß die Arbeiter den Rucksack nehmen und stundenlange Wege, ja ganze Tagreisen machen, um in der Umgebung durch freien Einkauf sich ihre Lebensmitteln zu besorgen. Und wenn sie nun an die Grenze der Gemeinde kommen, stehen da die Gendarmen und nehmen ihnen noch das Wenige weg, das sie für ihre Familie gehamstert haben. Da der Appell an den Herrn Ernährungsminister vollkommen erfolgslos war, richte ich an Seine Exzellenz den Herrn Arbeitsminister die dringende Bitte, einmal den Unfug abzustellen, daß den Arbeitern der freie Detaileinkauf auf diese Weise erschwert wird. In letzter Zeit ist sowohl seitens der Arbeiterschaft, als auch seitens der Bergbauunternehmer die Anregung an die Regierung ergangen, für Trifail und die angrenzenden Reviere, da das Lebensmittelmagazin der Trifailer Gewerkschaft seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, ein staatliches Lebensmittelmagazin zu errichten. Die Sache ist in Schwebe und ich fordere ebenfalls die hohe Regierung auf, sich dafür zu interessieren und die Angelegenheit in die Wege zu leiten.

Seine Exzellenz der Herr Arbeitsminister hat in seiner letzten Rede, in der er sich mit dem Rückgang der Produktion beschäftigt hat, darauf hingewiesen, daß ein weiterer Grund des Rückganges auch der ist, daß den Arbeitern, anstatt ihnen das Gedinge zu erhöhen, fixe Teuerungs- und Kriegszulagen gewährt werden, wodurch die Arbeitsunlust der Arbeiterschaft gesteigert wird. Ich stimme dieser Ansicht Seiner Exzellenz vollkommen zu, denn die Teuerungs- und Kriegszulagen haben nur den Zweck, über den Krieg hinwegzukommen, werden aber sofort nach dem Kriege mit dem Hinweis auf die Beendigung des Krieges abgeschafft werden, obwohl die Teuerung selbstverständlich fortdauern wird. Das richtige Mittel, um die Kohlenproduktion wirklich zu heben, ist nur die Erhöhung des Gedinges, denn wenn der Arbeiter für seine wirkliche Arbeit besser entlohnt wird, steigt die Arbeitslust und dieser Standpunkt ist um so richtiger, als ja die Kriegs- und Teuerungszulagen, insbesondere im Trifailer Kohlenrevier, in einer vollkommen unzulänglichen Höhe festgesetzt wurden.

Ich habe hier eine Denkschrift des Bundes österreichischer Industrieller, worin unter anderem erwähnt wird, daß die Kriegs- und Teuerungszulagen in der Industrie durchschnittlich 100 bis 150 Prozent betragen.

Hören Sie nun, meine Herren, in wie engherziger Weise diese Zulagen in der Trifailer Kohlengewerkschaft festgesetzt wurden. Die Kriegszulage beträgt für einen Häuer bei einem Lohn von ungefähr 4 K 20 Prozent und die sonstigen Zulagen 40 Prozent, zusammen 60 Prozent, also weit weniger als der Durchschnitt, welcher in dieser Denkschrift erwähnt ist. Es ist interessant, meine Herren, in welchem horrenden Maße sich die Preise der einzelnen Lebensmittel in diesem Revier erhöht haben. Ich habe hier eine Zusammenstellung verschiedener Lebensmittel, welche der Arbeiter für seinen täglichen Unterhalt braucht, per Kilogramm berechnet. Dieselben Lebensmittel, die vor dem Kriege 27 K gekostet haben, sind heute in Trifail unter 95 K nicht zu haben. Die Steigerung der Lebensmittelpreise beträgt daher nicht weniger als 350 Prozent und angesichts dieser Steigerung erdreistet sich die Kohlengewerkschaft, den Arbeitern eine 20prozentige Kriegszulage und eine 40prozentige sonstige Erhöhung ihrer Bezüge zu bieten.

Meine Herren! Die Verhältnisse sind in Trifail und überhaupt in den südlichen Revieren bedeutend unhaltbarer als in den nördlichen Revieren.

Es herrscht in diesem Reviere verhältnismäßig Ruhe. Man möge sich aber nicht vorstellen, daß diese Ruhe ein Zeichen des Überflusses oder der allgemeinen Zufriedenheit ist. Die Regierung scheint auf dem Standpunkte zu stehen, daß sie dort eingreift, wo mehr geschrien wird. Ich warne aber die Regierung davor, diesen Standpunkt weiter einzunehmen, denn eines schönen Tages könnte sie eine große Enttäuschung und eine große Überraschung erleben, denn die Not ist auch in den südlichen Revieren bis zum Höhepunkt gestiegen und es ist höchste Zeit, daß die Regierung sich auch ihrer Pflicht gegenüber den südlichen Revieren erinnert *(So ist es!)*, daß sie die Ernährungsverhältnisse dort verbessere, zu einer Erhöhung des Gedinges insbesondere bei den Gewerkschaften dränge und insbesondere auch — was ich noch betonen möchte — den freien Einkauf der Lebensmittel durch die Arbeiter in der Umgebung nicht weiter behindere.

Hohes Haus! Ich muß mit kurzen Worten darauf zurückkommen, was bei der Heerschau der Industriellen, welche vor zwei Tagen in Wien stattgefunden hat, in bezug auf die Verhältnisse in den Kohlenrevieren, insbesondere in bezug auf die Lohnverhältnisse der Bergarbeiter vorgebracht wurde. Es gab da ein Sturmlaufen gegen den § 1154 b des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches und gegen die Beschwerdekommissionen. Nun schauen wir uns einmal diesen so angefochtenen und berüchtigten § 1154 b an. Derselbe garantiert dem Arbeiter nichts anderes, als daß er den Verdienst auch dann bezieht, wenn er im Falle einer Krankheit oder eines Unfalles oder aus sonstigen wichtigen Gründen die Arbeit nicht leisten kann, und zwar nur für eine Woche. Das ist also der so angefochtene § 1154 b.

Meine Herren! Ich möchte darauf hinweisen, daß die Arbeiterschaft diese gesetzliche Bestimmung nach schweren Kämpfen sich errungen hat und daß

sie sich diese gesetzliche Bestimmung nicht so ohne weiteres wird wegeskamotieren lassen. *(So ist es!)* Es wird angeführt, daß auf diese Weise, wenn der Bergarbeiter auch jeden Tag, an welchem er zufällig krank oder sonst aus einem wichtigen Grunde behindert ist, die Arbeit zu leisten, bezahlt wird, das sogenannte Blaumachen gefördert wird. Nun habe ich schon früher darauf hingewiesen, auf welche Weise es möglich ist, die Arbeitslust der Arbeiter zu wecken. Man soll, wie Seine Exzellenz in seiner letzten Rede ganz richtig gesagt hat, das Gedinge erhöhen, dann werden die Arbeiter viel mehr Lust haben mehr zu leisten, weil die Mehrleistung dann auch entsprechend bezahlt wird.

Was die Erhöhung der Löhne im allgemeinen anbelangt, so möchte ich darauf hinweisen, daß die industriellen Vertreter sich ganz überflüssigerweise über die Zulagen auf die Löhne aufhalten, denn sie haben es in der Hand, und haben es immer auch so gemacht, daß sie die Preise erhöht haben, wenn sie es nur brauchten, so daß sie noch jede Lohnerhöhung bei der Preiserhöhung reichlich hereingebracht haben. *(Zustimmung.)*

Dann ist am Industriellentag über die sogenannten Beschwerdekommissionen, welche durch die Kaiserliche Verordnung vom März heurigen Jahres eingeführt wurden, Beschwerde geführt worden. Es wurde da gesagt, daß die Beschwerdekommissionen ungerecht zusammengesetzt sind. Nun, meine Herren, wie kann man sagen, daß die Beschwerdekommissionen vom Standpunkte der Industriellen unglücklich zusammengesetzt sind, wenn die Bergarbeiterschaft und die Arbeiterschaft überhaupt unter den fünf Vertretern, aus welchen die Kommission zusammengesetzt ist, nur einen einzigen Vertreter hat. Es heißt weiter, die Regierung habe in der letzten Rede Seiner Exzellenz den Standpunkt vertreten, daß der Regierung jetzt, nachdem die Beschwerdekommissionen eingeführt worden sind, keine Ingerenz auf die Beschwerdekommissionen zusteht. Ich muß diese Anschauung korrigieren, denn die Regierung hat bekanntlich in jeder Kommission auch ihren vom Fachministerium ernannten Vertreter und sie hat es in der Hand, ihm Anweisungen zu geben, wie er in der Beschwerdekommission vorzugehen hat.

Das Köstlichste aber ist der Standpunkt, welcher von einem Industriellen auf dem Industriellentage eingenommen wurde, daß die Beschwerdekommissionen eigentlich den Zweck haben, die Ruhe in den Betrieben herzustellen, nämlich insofern, daß keine Lohndifferenzen entstehen und daß solche ausgeschaltet werden. Ja, ich glaube schon, daß die Industriellen in ihren Betrieben vollkommene Ruhe, sozusagen Kirchhofsruhe haben möchten. Aber die Beschwerdekommissionen sind eben dazu da, um die Lohndifferenzen auszugleichen, und diese sind jetzt selbstverständlich bedeutend höher als in normalen Friedenszeiten, wo die Arbeiter nicht so sehr wie jetzt um das tägliche Brot kämpfen mußten.

Ebenso muß ich, hohes Haus, zum Schlusse noch einen Vorwurf entschieden zurückweisen, welchen der Generaldirektor Günther gegen die Arbeiterschaft in pauschaler Weise erhoben hat, daß nämlich die Arbeiterschaft durch staatsfeindliche Agitation unterwühlt werde. Meine Herren, dieser Herr scheint den Staat und die Industrieunternehmer zu verwechseln. *(So ist es!)* Denn eine Agitation um Besserung der Lebensverhältnisse und Erhöhung des Lohnes ist noch keine Agitation gegen den Staat, sondern es ist nur ein Kampf um das tägliche Brot.

Das hohe Haus wird heute, indem es dieses Gesetz aufrecht erledigt, nur eine Abschlagszahlung an die Bergarbeiterschaft für die großen Opfer leisten, welche sie anerkanntermaßen während des Krieges gebracht hat.

Wir werden für die Vorlage im ganzen stimmen.

Ich möchte mir mit Rücksicht auf die geschilderten Verhältnisse im Trifailer Kohlenreviere nur noch erlauben, einen Resolutionsantrag einzubringen, welcher lautet *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, dahin zu wirken, daß den monatlich entlohnten Unterbeamten in allen Revieren auch die Arbeit an Sonntagen und Überstunden, die sie während der Kriegszeit leisten, als Plus gegenüber der Friedenszeit entlohnt werde."

Diese Resolution bezweckt etwas Selbstverständliches, aber nicht einmal das Selbstverständliche ist im Trifailer Kohlenreviere durchgeführt. Eben deswegen bin ich bemüßigt, diese Resolution zu stellen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Benkovič stellt folgende Resolution *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, dahin zu wirken, daß den monatlich entlohnten Unterbeamten in allen Revieren auch die Arbeit an Sonntagen und Überstunden, die sie während der Kriegszeit leisten, als Plus gegenüber der Friedenszeit entlohnt werde."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Resolution unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist unterstützt und steht in Verhandlung.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Seliger*) das Wort.

*) Die Rede des Abgeordneten Seliger befindet sich auf Seite 1966.

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Roller; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Roller**: Hohes Haus! Durch die Kaiserliche Verordnung vom März 1917 ist zum erstenmal, wenn ich so sagen darf, ein neues sozialpolitisches Moment in die Gesetzgebung eingeführt worden. Bisher galt es als Regel, daß sich der Preis und so auch der Preis der Arbeit immer nur nach Angebot und Nachfrage bestimmt, höchstens noch nach freier Vereinbarung. Jetzt aber finden wir es für notwendig, daß hier noch ein neuer Gesichtspunkt dazutritt, nämlich der, daß der Lohn für denjenigen, der, sei es körperliche oder geistige Arbeit leistet, der dauernd seine Kraft einem Unternehmer, einem Arbeitgeber zu widmen verpflichtet ist, auch so ausgemessen wird, daß er mit seinen Angehörigen, mit seiner Familie sein Auskommen finden, daß er leben könne, und zwar nicht nur sein physisches Leben, sondern daß er auch nicht ausgeschlossen bleibe von dem Mitgenusse der Kulturgüter der Menschheit. Diese soziale Auffassung hat auch bezüglich der Entlohnung der Bergarbeiter, welche in diesem schweren Kriege nach dem Zeugnis Seiner Exzellenz des Herrn Arbeitsministers eine schwere Pflicht als tapfere Soldaten verrichten und denen es vor allem anderen zu verdanken ist, daß wir noch die nötige Kohle zur Verfügung haben, in der Praxis ihren Ausdruck darin gefunden, daß man außer dem Gedingelohn dem Bergarbeiter auch noch fixe Zulagen gibt, die abgestuft sind nach der Familie, nach der Anzahl der Köpfe, die er zu erhalten hat. Sie hat auch Ausdruck gefunden in den Urteilen der Lohn- und Beschwerdekommission, welche ausdrücklich in ihrer Instruktion die Bestimmung hat, daß sie auch darnach zu urteilen hat, was der Arbeiter und seine Angehörigen zum Leben brauchen.

Es ist namentlich von dem letzten Redner der Kernpunkt der Frage berührt worden. Auch ich bin nicht ganz der Meinung, daß durch den Absatz 2 des § 3 der Mindestlohn gesetzlich eingeführt wird. Meine Herren! Ich bin viel mit Bergarbeitern in Berührung gestanden. Das, was ihre Hauptbeschwerde, ihre Hauptklage ist, besteht darin, daß sie, wenn sie irgendeine Lohnerhöhung, sagen wir eine 15 bis 20prozentige Erhöhung erhalten, klagen: Ja, was nützt uns diese Lohnerhöhung? Das, was man uns mit der einen Hand gibt, nimmt man uns wieder mit der anderen; es wird bei der nächsten Gelegenheit ein neues Gedinge gestellt, das wird so gestellt, daß wir mit dem Gedinglohn, mit dem Schichtlohn unter den Lohn wieder herabkommen, der mit dieser 20prozentigen Erhöhung erreicht wird. Das ist die allgemeine Klage. Ich bin nicht Sachverständiger im Bergwesen, ich habe mich aber viel an Orten und in Bezirken aufgehalten, wo Bergbau betrieben wird, und diese Klagen sind immer wiedergekehrt. Wir haben gesehen, daß Deutschland daher das ganze System auf den Gedinglohn, auf den Akkordlohn gestellt, daß man aber eine Schranke nach unten gezogen hat und sagt: Wenn das ein ordentlicher Arbeiter ist, der seine Pflicht tut, wie ein normaler Arbeiter, so muß das Gedinge so gestellt werden, daß er diesen und diesen Lohn erreichen muß. Ich wundere mich eigentlich, warum für uns diese Formel nicht akzeptiert und warum sie für uns nicht vorgeschlagen wurde, denn ich kann mich der Befürchtung nicht entschlagen — das hat auch der Herr Vorredner zum Ausdruck gebracht — daß vielleicht gerade die Bezugnahme auf diese Abschlagszahlung bedenklich ist. Wer setzt denn die Abschlagszahlung fest?

Es heißt, sie wird mit 70 oder 80 Prozent des normalen Lohnes festgesetzt. Der Bergarbeiter ist nicht derjenige, der sie festsetzt, sondern entweder kommt es zu einer Vereinbarung zwischen ihm und der Gewerkschaft oder es schreibt sie die Lohn- und Beschwerdekommission vor. Das ist also ein unbestimmter Faktor. Es ist für die Friedenszeit die Gefahr vorhanden, daß, wenn diese Abschlagszahlung nicht in genügender Höhe festgesetzt wird, der fleißige Arbeiter unter Umständen schlechter wegkommen kann, weil naturgemäß das Niveau des Ganzen herabgezogen wird.

Es hat auch der Herr Referent denselben Standpunkt eingenommen; er hat gesagt: Wir wollen gar nichts anderes, als daß der Gedinglohn, das ist nichts anderes als der Akkordlohn, so gestellt wird, daß der normale Arbeiter nicht unter diesen gewissen Lohn herabkommt, den wir als auskömmlich erachten.

Es hat auch der Herr Kollege Cingr in seinen Ausführungen ausdrücklich gesagt: die sogenannten Abschlagszahlungen sind nichts Feststehendes, sondern sind etwas, was von der Vereinbarung, beziehungsweise von dem Urteil der Beschwerdekommission abhängt; sie erreichen gewöhnlich 70 Prozent des Lohnes, und er meinte, es wird kaum eine Beschwerdekommission geben, welche einem Bergarbeiter, der ohne sein Verschulden im zweiten Teile der Lohnperiode nicht auf den vollen Minimallohn, beziehungsweise auf die Höhe der Abschlagszahlung für den ersten Teil der Periode gekommen ist, die Ergänzung dieses Lohnes versagt. Meine Herren! Ich bin vollständig einverstanden damit, daß man einem Bergarbeiter, welcher die zweiten 14 Tage ohne sein Verschulden in die Lage gekommen ist, weniger zu verdienen als sein Gedinglohn beträgt, beziehungsweise welcher unter die Grenze der Abschlagszahlung für die ersten 14 Tage herabkommt, die Ergänzung dieses Lohnes geben muß, weil er leben muß, weil er genau so wie

jeder andere seinen Haushalt bestellen muß und weil er nichts dafür kann, wenn er infolge unverschuldeter Verhältnisse weniger verdient hat, als diese Abschlagszahlung beträgt.

Es wurde eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes vom Jahre 1913 zitiert, wo sich dieser auf den Standpunkt stellt, der Minimallohn wäre ein Durchschnittslohn, es wäre daher die Ziffer maßgebend für die ganze Belegschaft. Auf diesem Standpunkt stehe ich nicht. Denn mit den Durchschnittsziffern macht man schlechte Erfahrungen. Es gibt einfache Beispiele, die sehr drastisch sind. Wenn jemand drei, vier Beamte hat, dem einen gibt er 10.000 K, den anderen gibt er je 2000 K, dann bekommt er einen Durchschnitt, der weit unter dem Niveau des einen hohen Lohnes steht. Also mit Durchschnittslöhnen läßt sich schwer operieren und es ist gerechtfertigt, daß der Lohn individualistisch berechnet wird, dem Vermögen und Können des Einzelnen angepaßt. Es würden sich die alten Häuer und fleißigen Leute sehr bedanken, wenn man eine Gleichmacherei anstreben würde, durch welche sie in ihren Einkünften heruntergezogen würden zu denjenigen, welche nicht imstande sind, dasselbe zu leisten.

Meiner Ansicht nach ist die Hauptsache bei diesem ganzen Problem, daß man den Arbeitern die Existenz möglich macht. Es ist ja richtig, wir dürfen das psychologische Moment absolut nicht vergessen und es ist eine traurige Tatsache — ohne daß ich hier einen bestimmten Vorwurf erheben würde — daß man leider in Österreich geneigt ist, jeden Menschen von vornherein als verdächtig und schlecht zu behandeln, solange man nicht vom Gegenteil überzeugt ist. Eignen wir uns doch die Auffassung unserer Nachbarreiche an! Vertrauen wir den Leuten, suchen wir den guten Kern, der in jedem Menschen — es gibt schlechte auch — steckt, zu heben und zu nützen für die Allgemeinheit.

Ich will dabei absolut nicht in Abrede stellen, daß jedenfalls auch Widerspenstigkeiten vorkommen, daß insbesondere staatsfeindliche Agitationen eingreifen. *(So ist es!)* Und da allerdings, meine Herren, muß man die Grenze zu ziehen wissen zwischen dem anständigen, ordentlichen, strebsamen und für das Wohl der Gesamtheit mitsorgenden Arbeiter und demjenigen, welcher sich aus politischen oder sonstigen Motiven aufhetzen läßt, um in dieser schweren Zeit den Bestand des Staates, der um seine Existenz ringt, in Frage zu stellen. Dieser Unterschied wird ganz bestimmt zu ziehen sein, wenn man den Sachen bis auf den Grund nachgeht.

Es ist das Wichtigste, daß man verhindert, daß der Unternehmer, beziehungsweise seine Organe in die Möglichkeit versetzt werden, durch Beschneidung des Gedinglohnes, dadurch, daß das Gedinge so schlecht erstellt wird, daß der Arbeiter bei normaler Arbeit ohne sein Verschulden nicht einmal auf den normalen Lohn kommt und zweitens, daß man dem Arbeiter selbstverständlich die Möglichkeit läßt, darüber hinaus zu verdienen, so daß dadurch sein Streben angefeuert wird, nicht nur zu seinem Vorteile, sondern in der Wirkung auch zum Vorteile der Allgemeinheit.

Außerdem ist nicht zu bestreiten, daß der Bergarbeiter als denkender Mensch in die Lage kommt, den Unterschied zwischen sich und seinen Bezügen und dem Einkommen der Grubenbesitzer in einen gewissen Vergleich zu ziehen, nachdem er ja keiner komplizierten Fabrikation oder Produktion gegenübersteht, sondern einer einfachen Urproduktion, wo er mehr oder weniger genau ermessen kann, was dabei verdient wird. Dieses psychologische Moment besteht und man muß gerade in dieser Richtung trachten, daß man den Bergarbeiter, der eine so schwere Aufgabe zu erfüllen hat, willig und bei gutem Geiste erhält.

Ich will nur noch eines kurz erwähnen. Wir haben von Durchschnittslöhnen von vier, viereinhalb bis fünf Kronen gehört. Ich weiß, daß es bis in die letzte Zeit solche Gruben gegeben hat, wo die Leute nicht mehr verdienten. Man halte demgegenüber, was heute ein Flüchtling — ich gönne es ihm —, der in demselben Orte sitzt und vielleicht dem Bergarbeiter gegenüber wohnt, der nichts arbeitet, mit seiner Familie bekommt! Ich glaube, da darf es uns nicht wundernehmen, wenn solche Vergleiche angestellt werden.

Ich möchte sagen, noch viel wichtiger beinahe als die Lohnfrage in diesem Augenblicke ist, wie vielfach schon gesagt wurde, die Ernährungsfrage. Wir wissen, welches schwere Leben der Bergarbeiter schon im Frieden hat. Er geht in der Finsternis vom Hause weg, sieht den ganzen Tag nichts von der Sonne, kommt in der Finsternis zurück. Und abgesehen von der schwierigen Arbeit in der Grube selbst ist ja sein ganzer Beruf mit Gefahren für seine Gesundheit und sein Leben verbunden. Jetzt denken Sie, daß im Kriege dazu noch die Unterernährung kommt! Meine Herren! Ich glaube, es wird mir niemand widersprechen, wenn ich sage, daß ich kein Freund von Übertreibungen bin, wie wir sie oft hier in diesem Hause vernehmen. Aber das kann ich mir doch nicht versagen, meinen Eindruck zu schildern, den ich Ende Juli bei den Gruben in Schatzlar im Riesengebirge erhielt. Dort war ein Streik ausgebrochen — ich kann es ganz nicht als einen Streik im vulgären Sinne bezeichnen, es war eine Unmöglichkeit der Leistung. Ich kam auf die Grube, wie die Arbeiter eben zwischen Bajonetten zwangsweise zur Arbeit geführt wurden. Ich will dabei erwähnen, daß ich gerade dort einen humanen Offizier getroffen habe, der nu

seine Pflicht erfüllt hat, wie er es mußte. Meine Herren! Diese schlotternden Gestalten, diese fahlen, blutleeren Gesichter, es war zum Erbarmen! Als einer gefragt wurde, warum sie nicht einfahren, sagte er: Ein Stück Brot und ich fahre sofort in die Grube! *(Hört! Hört!)* Ich bitte, so etwas darf bei uns nicht mehr vorkommen. Wir anerkennen alle die Schwierigkeiten, mit denen wir, die Allgemeinheit und die Regierung, heuer in den letzten Monaten vor der Ernte zu kämpfen hatten. Daß es aber vorkommt, daß der Bergarbeiter, von dem man so viel verlangt, Tage, ja vielleicht eine ganze Woche kein Brot sieht — um den Leuten wenigstens Brot zu geben, dazu würde auch trotz dieser ungeheuren Beschränkung wohl keine große Verwaltungskunst gehört haben! *(Abgeordneter Held: Man vergleiche das Lager von Wagna!)* Ja.

Ich muß anerkennen, es ist ja später manches geschehen, aber bei weitem nicht alles. In der letzten Zeit haben wir vernommen, daß es Seine Exzellenz der Herr Arbeitsminister erreichen konnte, daß im Kompensationswege dafür, daß wir sie so reichlich mit Kohle versorgen, die Ungarn, welche wieder viele für uns unentbehrliche Gegenstände haben, sich bereit erklärten, uns so und so viele Waggons Mehl mehr zu liefern, so daß es möglich sein wird, den Bergarbeitern und ihren Familien eine gewisse Zubuße zu gewähren. Wir müssen dies außerordentlich begrüßen. Meine Herren! Jeder andere Arbeiter ist ja bezüglich der Ernährung auch in einer furchtbar beschränkten Lage, aber speziell der Bergarbeiter ist übel daran. Er ist zum Beispiel nicht in der Lage, sich wie ein anderer mittags irgendein warmes Mahl bereiten zu lassen. Er steckt in der Grube, weiß Gott wie weit in der Strecke darin, er kann zur Mahlzeit nicht ausfahren und in der Grube kann er kein Feuer machen wegen des Schlagwetters; er ist also in erster Linie auf Brot angewiesen und darum ist es kein Vorzug, wenn ihm heute eine Zubuße gewährt wird. Ich würde nur wünschen, daß diese Kompensation, die hier versprochen wurde, recht bald zur Wirksamkeit komme.

Auch über die Bekleidung, Beschuhung und auch über die Seife möchte ich ein paar Worte sprechen. Auch das ist ein Kapitel, welches für die Bergarbeiter außerordentlich wichtig ist. Was der Bergarbeiter an Kleidern herunterreißt, ist bekannt. Die jetzigen Schuhe mit den Holzsohlen sind für den Bergarbeiter nicht zu gebrauchen, weil er auf ebenem Terrain und in den verschiedensten Körperstellungen arbeitet. Wie wir hören, ist diesbezüglich eine Aktion bei der Statthalterei, beim Arbeitsministerium und beim Handelsministerium eingeleitet. Wir wünschen und bitten, daß diese Aktion möglichst beschleunigt werde, ebenso auch die Herstellung der nötigen Seife, denn man kann sich vorstellen, welche Qualen, kann man sagen, der Bergarbeiter ausstehe, wenn er nicht die nötigen Mittel zur Reinigung und zum Waschen bekommt.

Seine Exzellenz hat hier auch in längerer Ausführung von der Kohlenversorgung und Kohlenverteilung gesprochen. Meine Herren! Ich glaube, wir sind alle des gleichen Sinnes in der Richtung, daß sich das Arbeitsministerium und Seine Exzellenz an der Spitze in dieser außerordentlich wichtigen Frage tatsächlich große Mühe gegeben haben und daß es keine Kleinigkeit ist, auf einmal alle privaten Fäden, alle Vertragsverbindungen usw. zu lösen und alles zu zentralisieren und von einem Punkte aus zu leiten. Aber, was hier in der Zentrale geschehen ist, ist leider nicht überall unten geschehen. Wir haben beinahe gar keinen Unterbau für diese ganze Organisation. Es waren hinsichtlich der Anmeldungen zum Kohlenbezug in den Zeitungen — sonstige Nachrichten waren ja nicht zugänglich — zuerst die verschiedensten Versionen verbreitet; es hat geheißen, jeder, der einen Waggon Kohle bezogen hat, ist berechtigt, jetzt wieder auf den Kohlenbezug zu rechnen und vom Ministerium den Kohlenbezug in Anspruch zu nehmen. Dann hieß es wieder, die Händler sind ausgeschaltet. Weiters wurde dann eine Teilung zwischen der inländischen und der ausländischen Kohle gemacht. Die oberschlesische und die ausländische Kohle überhaupt wurde dem Ministerium vorbehalten, bezüglich der anderen Kohle wurde bei der Statthalterei die Kontingentierung eingeleitet. Diese Übergänge und diese Vorarbeiten haben, möchte ich sagen, eine große Verwirrung und Nervosität in der Bevölkerung hervorgerufen.

Man wußte wirklich nicht, ob das, was heute gesagt wird, morgen noch wahr ist, und man kann sich vorstellen, daß, abgesehen von der Industrie, namentlich bezüglich des Hausbrandes die Bevölkerung . . . *(Abgeordneter Wüst: Erst hat die Statthalterei 80 Kilo bewilligt und dann hat sie erklärt, man bekommt nur 30 Kilo!)* — ja, das wurde wieder restringiert — . . ., namentlich in den rauhen Gegenden vor einer großen Befürchtung gestanden ist. Es ist eine förmliche Kartothek angelegt worden, aber ich glaube, man wird mit diesem Material nicht zu viel anfangen können, denn es gibt eine Unmenge Doppelanmeldungen; andrerseits hört man wieder, daß gewisse Zweige sogar der Industrie es versäumt haben, sich rechtzeitig anzumelden.

Wir hoffen, daß auch in dieses Chaos recht bald Ordnung gebracht werden wird, daß wenigstens die ärgsten Befürchtungen beseitigt und namentlich auch für die Landbevölkerung, an die man vielleicht nicht so sehr in erster Linie denkt, all das Elend und all die Krankheiten, die mit dem Frieren verbunden sind, möglichst verhütet werden.

Ein eigenes Kapitel ist das Holz. Als wir im Frühjahr des heurigen Jahres bei Seiner Exzellenz dem Herrn Arbeitsminister erschienen und speziell wir deutschböhmischen Abgeordneten ihm unsere Wünsche und Befürchtungen bezüglich der Kohlenversorgung ausgesprochen haben, machte er ein außerordentlich bedenkliches Gesicht und meinte, es werde alles sein, wenn es überhaupt möglich sein wird, daß eine Familie einmal im Tage sich ein warmes Essen bereiten kann. Im übrigen müßte man aber auch auf andere Mittel sinnen und namentlich das Holz heranziehen; dieses ressortiere aber nicht bei ihm. Wir begaben uns in das Ackerbauministerium und haben dort die Frage des Heranziehens des Holzes besprochen. Es wurde uns gesagt, es sei hier noch nichts anhängig; bis die Sache anhängig sein werde, würden wir verständigt werden. Nun, ich warte heute noch auf eine Verständigung.

Dagegen habe ich unlängst gehört, es wären sogar schon gewisse Holzwirtschaftspläne herausgegeben. *(Hört! Hört!)* Die Holzwirtschaftsstelle hätte solche Pläne entworfen und im September — schreibe September — wäre an die verschiedenen Waldbesitzer die Aufforderung gerichtet worden, daß jeder, der über zehn Hektar Waldbesitz hat, verpflichtet ist, per Hektar einen halben Raummeter Holz zu liefern.

Ich habe bei meiner ersten Intervention im Ackerbauministerium bereits gesagt, abgesehen davon, daß die Besitzer eingerückt sind, daß auch die größeren Waldbesitzer beinahe keine Arbeitskräfte bekommen, wäre es denn doch möglich, wenn man zeitgerecht dazu sieht, ein bestimmtes Quantum Holz für diejenigen bereit zu stellen, welche keinen Waldbesitz haben, welche aber auch von den großen Waldbesitzern nichts bekommen, weil letztere mit Militär- und anderen großen Lieferungen vollauf in Anspruch genommen sind. Es ist bekannt, daß beispielsweise bis zum Frühjahrsanbau, zwischen dem Frühjahrsanbau und der Heumahd, zwischen der Heumahd und dem Kornschnitt gewisse Ruhepausen bestehen, daß manche Bestände durch drei und vier Jahre und oft noch viel länger gar nicht durchgeforstet sind. Kleine Quantitäten hätte mancher liefern können, wenigstens hätte man es ohne Zwang versuchen können, und ich kann absolut nicht der Ansicht beipflichten, daß diese Holzquantitäten gar keinen Einfluß hätten und daß es lächerlich wäre, von einem Einfluß dieser Holzquantitäten auf den Hausbrand zu sprechen. Das mag vielleicht für Wien und für das Marchfeld gelten, nicht aber für die Sudetenländer . . . *(Abgeordneter Held: Auch für die Alpenländer!)* und für die Alpenländer. Es hat Gegenden gegeben, wo man vor 20 Jahren die Kohle als Hausbrand noch gar nicht gekannt hat . . . *(Ruf: Vor zehn Jahren!)*, auch nicht vor zehn Jahren. Erst später ist es durch die Genossenschaften, durch die Raiffeisenkassen usw. zu dem genossenschaftlichen Bezug von Kohle gekommen.

Das alles hätte man bei rechtzeitiger Inangriffnahme als Sparsamkeitsmaßregel durchsetzen können, damit diese Orte mit Holz versorgt werden. Daß man aber im September mit solchen Plänen herauskommt, das man glaubt, daß jetzt noch Holz geschlagen werden kann, so daß es diesen Winter überhaupt brennbar sein wird, das ist allerdings eine sehr böse Sache und ich muß sagen, daß die Behörde, von der vielleicht die wenigsten eine Ahnung haben, die Bezirksforstinspektion, meiner Ansicht nach nicht auf ihrem Platze war.

Wir kommen mit dieser Behörde nie in Berührung, wir sehen nie, daß sie etwas tut, um die Produktion zu heben oder den Leuten sonst einen Einschlag zu geben. Was geschieht aber, meine sehr geehrten Herren? Auf einmal kommt jetzt an die betreffenden Waldbesitzer die Aufforderung, sie mögen sich äußern, wann sie die Übergabe dieses Holzes vorzunehmen hätten und von wem? In Böhmen beispielsweise von der „Česká komunální ústředna hospodářská společnost pro království České v Praze." Hinter diesem ellenlangen Titel steht dann mit ganz kleiner Schrift: „Genossenschaft mit beschränkter Haftung".

Diese Genossenschaft beruft sich auf die Statthalterei, sie sei dazu ermächtigt, die Vermittlung der Holzversorgung zwischen den Waldherrschaften einerseits und den Städten und Gemeinden andererseits vorzunehmen. Ich bitte, meine Herren, hat man noch nicht genug gelernt? Diese Genossenschaft wird, wie ich gehört habe, von ihren eigenen konnationalen Zeitungen als eine Gesellschaft geziehen, welche sich des Kettenhandels schuldig gemacht habe! *(Hört! Hört!)* Sie soll sogar in strafgerichtlicher Untersuchung sein. So läßt man die einfache Manipulation, welche derart möglich wäre, daß sich die Konsumenten über eine gemeinsame Anmeldestelle direkt mit dem Waldbesitzer in Verbindung setzen, nicht zu, mit dem Waldbesitzer in Verbindung setzen, nicht zu, nein, von Staats wegen — oder ich weiß nicht von wem — wird ein Zwischenglied eingeschoben, welches die Provision einsteckt, um die Sache zu verteuern. Dabei muß man bedenken, wie hoch heute schon der Höchstpreis für Brennholz in Böhmen und wahrscheinlich auch in anderen Ländern ist.

Wir machen Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister darauf aufmerksam und ersuchen ihn, er möge dieser Sache nachgehen, diesen Unfug — ich kann das nicht anders bezeichnen — einstellen und trachten, daß die Holzversorgung ohne Einmischung solcher provisionslüsterner Gesellschaften vor sich gehe.

Ich komme zum Schlusse und will nur noch das ganze in drei Sätze zusammenfassen. Uns

ufgabe wäre es erstens, wie ja auch der Herr Minister betont hat, die Produktion möglichst zu ben. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, daß ch der Geist der Bergarbeiterschaft gehoben werden uß und daß man dagegen den staatsfeindlichen gitationen und Bestrebungen mit entsprechendem nst entgegentreten muß. Zweitens, daß die Ver- lung des Brennmaterials so vorgenommen werde, mentlich bezüglich des Hausbrandes, daß auch der mste zum Zuge kommt, und zwar daß es ihm t erschwinglichen Mitteln möglich wird, sich das tige Brennmaterial zu verschaffen. Das dritte wäre, ß wir in dieser schweren Zeit auch denjenigen, in erster Linie mit seiner Arbeitskraft uns die öglichkeit der Versorgung mit Kohle gibt, daß wir h den Bergarbeiter leben lassen und ihm die istenz möglich machen. *(Beifall und Hände- tschen.)*

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik:** Es ist nand mehr zum Worte eingetragen. Die De- tte ist geschlossen.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das hlußwort.

Berichterstatter **Reger:** Hohes Haus! Die ren Abgeordneten Seliger und Roller haben einer ganz zutreffenden Weise die Bemerkung acht, daß die Fassung des zweiten Absatzes des nicht eine eigentliche Bestimmung und Fest- ng des Minimallohnes beinhalte. Es war ja nicht die Möglichkeit und nicht die Absicht Ausschusses, ein allgemeines Minimallohn- zu schaffen, es war auch nicht die Absicht Ausschusses, bei dieser Gelegenheit für die arbeiter einen Minimallohn festzusetzen. Im schusse ist die Bestimmung bloß mit Majorität lossen worden und es hat bereits dort einen en Kampf gekostet, bis man auch nur das ge zustande brachte, was in diesem zweiten Ab- des § 3 festgelegt ist.

Der vorliegende Gesetzentwurf ist ja sozusagen ein Kriegsgesetz. Dieses Gesetz soll nur für Zeit des Krieges in Geltung bleiben und dieser insbesondere der zweite Absatz, ist nur ein ehelf für die gegebenen Verhältnisse. Die Berg- nternehmer haben die Möglichkeit, die An- ung des zweiten Absatzes des § 3 jederzeit halten zu lassen dadurch, daß sie die 14tägigen zahlungen wieder einführen. In dem Momente, welchem die gesetzliche 14tägige Lohnzahlung greift, wird auch der zweite Absatz nicht mehr endig sein und jede Bedeutung verlieren.

Meine Herren! Wie dringend notwendig aber e dieser zweite Absatz ist, das zeigen uns die Verhältnisse in allen Revieren, das zeigen uns am besten alle diese Einzelheiten, die die Herren Abgeordneten Benkovič, Seliger, Roller, Cingr und alle Redner, die an der Debatte teilgenommen haben, vorgeführt haben. Die Löhne der Bergarbeiter sind vielfach derart niedrig, daß die Bergarbeiter tatsächlich nicht imstande sind, von diesen Löhnen das Notdürftigste, das Allernotwendigste zu decken. Seine Exzellenz hat uns hier erzählt — und das ist wahr, was Seine Exzellenz vorbrachte — das im Ostrau-Karwiner Revier auf Grund einer Entscheidung der Beschwerdekommission vom 8. Juli d. J. Abschlagszahlungen in der Höhe von 7 K für den Häuer, 5 K für den Huntstößer, 3 K für den Schlepper und 2 K 50 h für jugendliche und weibliche Personen festgesetzt wurden, und Seine Exzellenz hat gemeint, daß da eben die Schwierigkeit darin liegt, daß der Bergarbeiter, sagen wir zum Beispiel der Häuer oder der Huntstößer, imstande wäre, sich dann bei der Arbeit in seinem Fleiß so zu begrenzen, daß er nicht mehr durch seine Arbeitsleistung erzielt, was eben diese Abschlagszahlungen in Gedinge ausmachen.

Da will ich eben, meine Herren, hier einige statistische Daten vorbringen, die uns zeigen, daß die Sache doch etwas ganz anders aussieht. Ich habe hier ein statistisches Material, welches aus der Zeit vor dem 8. Juli stammt — das ist sehr wichtig, daß dieses Material aus der Zeit vor dem 8. Juli stammt. Aus diesem Material ersehen wir, daß in der Zeit vom März bis Juli l. J. bei den Häuern der Durchschnittsakkordverdienst in 31·09 Prozent Fällen bloß 5 K ausgemacht hat. Von 5 bis 6 K waren dann weitere 35·46 Prozent, so daß im allgemeinen 66·55 Prozent der gesamten verfahrenen Schichten einen Lohn unter 6 K aufwiesen. Damit ist gezeigt, daß die Häuer im Akkord viel weniger verdient haben, als dann einige Tage später die Beschwerdekommission ihnen als das Mindeste zugesagt hat, nämlich für die Häuer 7 K; und deshalb eben verlangen wir, daß bei der Hauptauszahlung der Bergmann nicht weniger als zum mindesten dasjenige pro Tag bekomme, was ihm in der Abschlagszahlung sichergestellt wurde. Denn es kommen dann Fälle vor, daß der Arbeiter bei der Hauptauszahlung keine 5 oder 6 K, geschweige denn 7 K pro Schicht ausbezahlt bekommt, sondern daß die ausgezahlten Löhne noch viel niedriger sind.

Ich habe hier eine Tabelle aus der Zeit der letzten Lohnauszahlung schon nach dem 8. Juli, und zwar für die Lohnperiode vom 15. Juli bis 13. August des Jahres 1917, und ich bitte Sie, mir eine kleine Weile Ihre Aufmerksamkeit schenken zu wollen, um die Schlußergebnisse dieser Tabelle anzuhören. Unter 4 K waren 674 Schichten, also 0·27 Prozent, von 4 K bis 4 K 99 h waren 33.216 Schichten, das sind 13·82 Prozent, von

5 K bis 5 K 99 h waren 101.332 Schichten, das sind 42·21 Prozent, von 6 K bis 6 K 99 h waren dann 66.550 Schichten, das sind 27·81 Prozent und über 7 K waren kaum 16 Prozent der verfahrenen Schichten. Daraus sehen wir, daß die Lohnverhältnisse in diesem Revier auch schon nach den Entscheidungen der Beschwerdekommission immer noch ganz miserable geblieben sind, daß die Löhne der Bergarbeiter kaum in 16 Prozent der Fälle im Ausmaße desjenigen gezahlt wurden, was die Beschwerdekommission in Form von Abschlagszahlungen zugesagt hat.

Aber wie gesagt, die Herren Unternehmer haben die Möglichkeit, sich jederzeit von der Gefahr loszukaufen oder die Gefahr von sich wegzuschieben, mehr zahlen zu müssen, als die Arbeitsleistung der Bergarbeiter wert ist, wenn sie die volle vierzehntägige Auszahlung einführen. In dem Momente, wo die volle vierzehntägige Lohnauszahlung Platz greift, ist die Bestimmung des zweiten Absatzes des § 3 hinfällig und sie brauchen dann nicht mehr auszuzahlen, als der Arbeiter wirklich verdient hat.

Es handelt sich uns darum, daß das Haus in diesem Falle dem Beschlusse des sozialpolitischen Ausschusses beitritt und diese Bestimmungen des zweiten Absatzes des § 3 zum Beschluß erhebt, denn es handelt sich eben darum, daß endlich einmal das Prinzip durchbrochen wird, daß der Arbeiter nur das Recht hat, zu hungern und sonst kein anderes Recht. Jetzt hat er nur das Recht, zu arbeiten, zu schuften und bei seiner gefährlichen und schweren Arbeit zu hungern, aber sonst hat er nicht das Recht, irgend etwas für seine Arbeit zu verlangen. Mit diesem Prinzip muß einmal gebrochen werden. Es muß einmal vom hohen Hause ausgesprochen werden, daß der Arbeiter geradeso wie jeder andere arbeitende Mensch das Recht hat, zum mindesten seine Existenz fristen zu können. Wir verlangen doch keinen Maximallohn. Wir verlangen, wie ich schon in meiner ersten Rede hervorgehoben habe, keine großen Ministerpensionen für den Bergarbeiter. Wir wollen jedoch, daß mindestens das Existenzminimum für den Arbeiter festgelegt wird.

Wie sieht es denn jetzt damit aus? Der Arbeiter arbeitet den ganzen Monat und wenn der Monat um ist, weiß er noch immer nicht, was er für den vergangenen Monat verdient hat. Er geht im zweiten Monat in die Arbeit und er weiß immer noch nicht, was er für seine Arbeit zu erhoffen hat. Dadurch ist er nicht imstande, ein entsprechendes Präliminare seiner Hauswirtschaft aufzustellen, er wirtschaftet ins Dunkle hinein. Daß natürlich bei dieser Wirtschaft eine Mißwirtschaft einreißen muß, daß dann dem Arbeiter keine Berechnung der Einnahmen und auch keine entsprechende Festsetzung der Ausgaben möglich ist, ist selbstverständlich. Bei den jetzigen Verhältnissen kommt es vor, daß der Bergarbeiter bei der Lohnauszahlung noch Schuldner des Unternehmers bleibt. Wir haben Seiner Exzellenz anläßlich des Empfanges einer Deputation der Bergarbeiter eine ganze Reihe von Lohnzetteln und Lohnkuverten vorgelegt, aus denen sich ergibt, daß die Bergarbeiter regelmäßig Schuldner des Werkes bleiben. Der Bergarbeiter bekommt bei der Lohnauszahlung viel weniger als er braucht, viel weniger als er bei der großen Verwirrung, die dort herrscht, dem Werke schon geschuldet hat. Er hat jetzt nach dem Beschluß der Beschwerdekommission eine Abschlagszahlung von 7 K pro geleistete Schicht bekommen. Hat er also zum Beispiel zwölf Schichten gearbeitet, so bekommt er zwölfmal 7 K. Aber er verdient bloß 3 K oder doch, wie ich nachgewiesen habe, bloß 4 oder 5 K pro Tag nach der Lohnabrechnung des ganzen Monates und wenn jetzt die 7 K abgezogen werden, was bleibt ihm dann noch übrig? Er hat von dem Hauptlohne noch die Bruderlade, die Krankenkasse die Werkswohnung und eventuell noch die Kartoffeln, das Petroleum und was er eben aus dem Werksmagazine vorschußweise genommen hat, zu bezahlen, so daß er mit Schluß des Monates, statt Lohn zu bekommen, noch schuldig bleibt. Er bleibt es ewig schuldig, er bleibt ein ewiger Sklave des Unternehmers. Um alle diese mißlichen Zustände abzuschaffen, ist es notwendig, jetzt für die Zeit des Krieges dieses Gesetz zu beschließen. Praktisch gilt es nur für die Zeit der außerordentlichen Verhältnisse, in denen wir jetzt leben, es hat aber auch eine große Bedeutung für die Zukunft.

Meine Herren! Alle Theoretiker der Frage der Lohnzahlungen, der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingnisse für die Arbeiter, insbesondere Lothmar, stehen auf dem Standpunkte, daß die Einführung eines gesetzlichen Minimallohnes nicht nur möglich, sondern auch eine wirkliche soziale dringende Notwendigkeit ist. Wir pflichten vollständig der Ansicht Seiner Exzellenz des Herrn Ministers und der Bergbauunternehmer bei, daß eine vollständige Abschaffung des Gedinges im Bergbau nicht möglich sei, wir behaupten aber, daß eine gewisse Kombination des Akkordlohnes mit dem Zeitlohne notwendig ist. Ich habe schon ausgeführt, daß die Geding- und Akkordsätze so eingerichtet werden müssen, daß dem Bergarbeiter ein gewisser garantierter Zeitlohn sicher bleibt. Wenn die Spannung zwischen den Akkordsätzen, die man womöglich erzielen kann, und dem garantierten Taglohne eine entsprechende ist, so sind alle Befürchtungen hinfällig, die hier gegen das Zeitlohnsystem vorgebracht wurden. Wir haben in der Beschwerdekommission in Mährisch-Ostrau und auf verschiedenen Konferenzen und Tagungen der Bergarbeiterschaft schon längst erklärt, daß die Arbeiter eine strenge Kontrolle der Leistungen der Bergarbeiter nicht

ürchten. Seine Exzellenz meinte nämlich, daß dem Minimallohne auch eine entsprechende Minimalleistung gegenüberstehen muß. Wir haben nichts dagegen, daß paritätische Kommissionen gebildet werden, in denen die Vertreter der Arbeiterschaft und die Vertreter der Unternehmerschaft in dem Falle, wenn ein Minimalzeitlohn festgesetzt wurde und wenn die durch das Akkordsystem festgesetzte Leistung nicht erreicht worden ist, gemeinsam zu entscheiden hätten, ob die Leistung des Bergarbeiters dem bezüglichen Minimallohn entspricht oder ob es nicht vielleicht anderen Umständen zuzuschreiben ist, daß er weniger geleistet hat, als er nach dem Akkordsystem zu leisten gehabt hätte.

Es ist auch möglich, daß man sonst noch andere Kommissionen einsetzt, in denen die Bergarbeiter, die Unternehmer, die Behörden, die Konsumenten von Kohle und sonst noch andere Vertreter der wirtschaftlichen Vereinigungen vertreten sein sollen, welche Kommissionen dann zu entscheiden haben, wie hoch die Löhne zu stellen sind. Nach dem Muster des englischen Bergbaues kann man auch Lohnkommissionen einsetzen, in welchen die Skala der Löhne der Bergarbeiter je nach der Teuerung der wichtigsten Nahrungsmittel, nach der Teuerung der Kohle usw. entsprechend berechnet wird. Wie das System dann ausgebaut wird, das ist heute nicht die Frage. Heute handelt es sich nur darum, daß wir das Prinzip beschließen sollen, daß die Bergarbeiter das Recht auf einen Minimallohn haben.

Der Krieg wird bald zu Ende sein, die Bergarbeiter werden zurückkommen, es werden auch andere Arbeiter aus den Schützengräben zurückkommen, es ist daher unsere Pflicht, diesen tapferen Verteidigern der Gesamtheit für die Opfer, die sie an Blut, Gut und Leben gebracht haben, ein häusliches Heim vorzubereiten. Ich will nicht drohen, aber ich bin verpflichtet, sowohl die Regierung wie auch die besitzenden Klassen zu mahnen, daß wir einer großen Gefahr entgegengehen, wenn wir nicht beizeiten dieser Pflicht nachkommen und diese Verhältnisse entsprechend regeln. Wir haben gesehen, daß die Einführung des Minimallohnes in England einen schweren Kampf kostete, welcher monatelang dauerte und einen riesigen, unermeßlichen Schaden dem ganzen Volksleben in England gebracht hat; wir haben eine ähnliche große Bergarbeiterbewegung bereits in Österreich erlebt. Wir sahen im Jahre 1896 und 1900, wie die Bergarbeiter imstande waren, wochen- und monatelang — im Jahre 1900 war der Streik 11 Wochen gedauert — die größten Opfer zu bringen, um eine Besserung ihrer Lage zu erzielen. Wir gehen einer neuen Zeit entgegen und man kann ganz sicher annehmen, daß die aus dem Felde zurückkommenden Arbeiter sich nicht mehr alles gefallen lassen werden, was mit ihnen bis jetzt getrieben wurde. Diejenigen, die drei oder vier Jahre heldenmütig an der Grenze ihre Heimat verteidigten, werden zurückkommen und werden ihre Heimat auch für sich verlangen. Die Sklaverei in der Grube und der Hungerlohn sind keine Heimat und die Arbeiter werden ganz gewiß dann mit aller Macht für ihre Rechte eintreten. Was für großen und schweren Kämpfen wir dann entgegengehen, kann sich jeder selbst ausmalen, aber es ist unsere Pflicht, das vorauszusehen. Wenn Politik heißt, die Zukunft voraussehen, so heißt auch Sozialpolitik, die Zukunft voraussehen und für dieselbe entsprechende Formen schaffen, damit die großen sozialen Kämpfe ausbleiben. Ich als Sozialdemokrat habe gegen diese Kämpfe nichts einzuwenden. Wenn es den Gegnern der Arbeitersache angenehm ist, uns den Fehdehandschuh vor die Füße zu werfen, werden wir ihn mutig aufheben, werden wir diesen Kampf ausfechten und ganz gewiß in diesem Kampfe siegen. Ob aber die bürgerliche Gesellschaft, ob die Unternehmer und die Interessen des Staates dabei gut fahren, ist eine andere Frage. Die Arbeiterschaft wird sich organisieren, sie wird kämpfen und ganz gewiß ihr Ziel erreichen. Sache des Staates ist es aber, dem Staate und der Gesellschaft diesen Kampf zu ersparen und keine solchen großen Kämpfe leichtsinnig und absichtlich hervorzurufen. Deshalb ist diese Sache notwendig und ich hoffe, das hohe Haus wird auch im vollen Ausmaße den Beschlüssen des sozialpolitischen Ausschusses beitreten. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich bitte, meine Herren, die Plätze einzunehmen, da wir zur Abstimmung schreiten.

Zu den §§ 1 und 2 liegen keine Abänderungsanträge vor. Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1 und § 2, so wie sie vorgedruckt sind, annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die §§ 1 und 2 sind angenommen.

Zu § 3 liegt ein Minderheitsantrag vor, welcher dahingeht, den Absatz 2 zu streichen. Dem wird in der Weise Rechnung getragen, daß über den Absatz 2 gesondert abgestimmt wird. Ich bitte diejenigen Herren, die den § 3, Absatz 1, nach dem Ausschußantrag annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Absatz 1 ist angenommen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die auch den Absatz 2 des § 3 annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Nunmehr bitte ich diejenigen Herren, welche die §§ 4 und 5 sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die §§ 4 und 5 sowie Titel und Eingang sind angenommen und damit das Gesetz in zweiter Lesung erledigt.

Berichterstatter **Reger:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich ersuche diejenigen Herren, die der sofortigen Vornahme der dritten Lesung zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die dem in zweiter Lesung beschlossenen Gesetz auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz, betreffend die Bewilligung von Ausnahmen von den Vorschriften über die Sonntagsruhe und die Lohnzahlung beim Bergbau während der Dauer der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse *(gleichlautend mit 671 der Beilagen)*, ist auch in dritter Lesung angenommen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vom Ausschusse sind zwei Resolutionen beantragt worden. Ich ersuche diejenigen Herren, die den vom Ausschusse beantragten Resolutionen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Resolutionen sind angenommen.

Außerdem ist eine Reihe von Resolutionen im Laufe der Debatte eingebracht worden, und zwar von den Abgeordneten Dr. Verstovšek, Pik und Dr. Benkovič.

Der Herr Berichterstatter hat sich für die Annahme der Resolutionen erklärt und ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Resolutionen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Resolutionen sind gleichfalls angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Bevor wir zum nächsten Punkte der Tagesordnung übergehen, erlaube ich mir, im Sinne des § 36 der Geschäftsordnung den Vorschlag zu machen, eine Umstellung der Tagesordnung in der Weise vorzunehmen, daß Punkt 16 der heutigen Tagesordnung, nämlich der befristete Bericht des Budgetausschusses über die zum Budgetprovisorium gestellten Anträge, betreffend die vorschußweise Zuweisung von Beiträgen an die Länder zum Zwecke der Gewährung und Erhöhung von Teuerungszulagen für Lehrpersonen *(780 der Beilagen)*, zunächst in Verhandlung gezogen werde. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werden wir in dieser Weise vorgehen. Ich bedarf aber zur Durchführung dieser Umstellung, da der Bericht noch nicht 24 Stunden aufliegt, der Zustimmung des Hauses.

Ich bitte daher diejenigen Herren, die diesem Vorgange zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, diesen Gegenstand sofort in Verhandlung zu ziehen.

Wünscht der Herr Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten? *(Berichterstatter Teufel: Jawohl!)* Der Herr Berichterstatter hat das Wort.

Berichterstatter **Teufel** *(von der Tribüne)*: Wer rasch gibt, gibt doppelt. Ich bitte daher, den Bericht des Budgetausschusses, betreffend die Gewährung von Teuerungszulagen an die Lehrpersonen nur von diesem Gesichtspunkte aus zu beurteilen und die Anträge des Budgetausschusses einstimmig zu genehmigen.

**Präsident:** Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Es liegt zu den Anträgen des Ausschusses ein Minoritätsantrag vor. Wir werden also in der Weise abstimmen, daß wir die vom Ausschusse vorgeschlagenen Entschließungen 1, 2 und 3, zunächst unter Weglassung der Ziffer von 70 Millionen, an deren Stelle der Herr Abgeordnete Dr. Korošec 100 Millionen beantragt, zur Abstimmung bringen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den vom Ausschusse beantragten Entschließungen mit vorläufiger Weglassung der Worte „70 Millionen" zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Entschließungen sind angenommen.

Wir werden nunmehr über die Ziffer abstimmen. Der Minoritätsantrag auf 100 Millionen ist der weitergehende. Ich ersuche diejenigen Herren, welche für den Minoritätsantrag, also für 100 Millionen, stimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das ist die Minderheit. *(Rufe: Angenommen!)* Bitte, es ist bereits ennunziert; nicht angenommen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche die Ziffer von 70 Millionen annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen. *(Abgeordneter Staněk! Es ist ein Irrtum!)* Nein, es ist kein Irrtum. *(Abgeordneter Staněk: Die Herren haben nicht verstanden!)* Die Herren haben vollständig verstanden und das Resultat wurde auch bereits ennunziert. Die Ziffer von 70 Millionen ist angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen nun zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Gesundheitszustandes über die Anträge der

Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Ferzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten. *(672 der Beilagen.)*

Zu diesem Gegenstande sind als Regierungsvertreter im Hause erschienen die Herren Sektionschef Graf Chorinsky und Hofrat Dr. Ritter von Haberler.

Ich erlaube mir, den Vorschlag zu machen, die Redebauer bei Verhandlung dieses Gegenstandes auf 30 Minuten einzuschränken. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Vorschlage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Ich bitte den Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Michl** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Der Gesundheitsausschuß hatte sich in seinen Sitzungen mit den drei Anträgen der Herren Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Ferzabek zu befassen, welche sich auf die Bekämpfung der Tuberkulose und der Syphilis bezogen, respektive im Auge hatten, durch gesetzliche Maßnahmen diese beiden Volksseuchen zu bekämpfen.

Meine Herren! Die Tuberkulose war schon lange im Frieden eine schreckliche Geisel, eine schreckliche Seuche, die viel mehr, als man sich im allgemeinen vorstellt, draußen im Volke wütete und ganz dezimierte. Alljährlich sind 80.000 bis 90.000 Todesfälle an Tuberkulose unter allen Verstorbenen zu verzeichnen und diese Ziffer von 80.000 bis 90.000 Todesfällen entspricht erfahrungsgemäß beiläufig einem Erkrankungsstande von 1 Million und weiterhin erfahrungsgemäß einem Gefährdetenstande von 3 Millionen, das heißt in anderer Sprache ausgedrückt: wenn bei der Tatsache, daß von allen Gestorbenen 90.000 an Tuberkulose sterben, festgestellt worden ist, daß diese Ziffer einem Krankenstande an Tuberkulosen von 1 Million entspricht, so ist ebenso festgestellt worden, daß ungefähr 3 Millionen auch noch überdies in der Gefahr schweben, durch Tuberkulose angesteckt zu werden. Es ist konstatiert worden und eine Tatsache, daß jeder Fünfte der Verstorbenen schon vor dem Kriege an allgemeiner Tuberkulose gestorben ist. Nun haben die Verhältnisse im Kriege weitaus eine Verschlimmerung dadurch erfahren, daß die Schädigungen des Krieges, die ich nicht erst des langen und breiten auszuführen habe, die Gefahr, respektive die Wirkungen und Sterblichkeit an Tuberkulose ins ungeheure vermehrt haben, so daß wir heute ruhig sagen können, nicht jeder fünfte, sondern schon jeder dritte Todesfall ist ein Tuberkulosetodesfall. Sie beweisen, meine Herren, wie ungeheuer wichtig diese Krankheit, respektive die Bekämpfung dieser Krankheit für unser ganzes Reich, für den Staat sein muß, wenn der Staat darauf sieht, seine Völker und seine Einwohner zu erhalten.

Meine Herren! Der Krieg ist selbstverständlich eine Ursache, daß die Tuberkulose noch immer weiter und weiter um sich greift, denn es ist vor allem eine Tatsache, daß wohl einerseits Gesunde, aber anderseits doch auch Halbkranke, von der Tuberkulose Angekränkelte in dem langen Kriege hundert- und tausendfach assentiert und hinausgeschickt wurden. Der Gesunde kann bei den Verhältnissen an der Front, bei den Umständen der Ernährung, der Witterung usw. in die Lage kommen, krank zu werden, während für den ohnehin schon Kranken, für den Leichtkranken selbstverständlich die Gefahr besteht, nicht nur nicht gesund zu werden, sondern, wie die Erfahrung lehrt, regelmäßig von der schwersten Form der Tuberkulose befallen zu werden und dem Tode anheimzufallen. Es ist eine weitere Tatsache, daß der Krieg noch weitaus verschlimmernd auf die Folgen der Tuberkulose wirken wird, so daß wir zu gewärtigen haben, daß nicht nur die Zahl der an Tuberkulose Gestorbenen, sondern auch die der durch diese Krankheit Gefährdeten ins ungeheure wachsen wird.

Es ist daher eine Frage der Allgemeinheit, Mittel und Wege zu finden und Vorkehrungen zu treffen, um diese Wirkungen nach Tunlichkeit einzuschränken und die Bevölkerung vor den Folgen dieser Seuche zu schützen.

Alle Faktoren in diesem Staate müssen zusammenwirken, um dies zu erreichen. Vor allem muß darauf verzichtet werden, lediglich die öffentliche Wohltätigkeit zur Bekämpfung dieser Krankheit in Anspruch zu nehmen, denn die genügt bei allem guten Willen, für sich allein nicht; es muß der Staat, es muß das Gesetz, es muß die Öffentlichkeit auf der breitesten Grundlage mitwirken, vor allem aber, wie gesagt, das Gesetz, um hier Abhilfe zu schaffen. Es ist ja Vieles und Gutes geschehen. Ich muß die beschämende Tatsache konstatieren, daß wir vor dem Kriege nur neun Lungenheilstätten hatten, daß aber diese Zahl durch Vorkehrungen der Regierung glücklicherweise auf die Höhe von 31 gebracht wurde, was immerhin eine sehr schöne Zahl ist. Dazu kommen noch zwei Tuberkulosenspitäler, eines in Sternberg in Mähren und eines in Wien mit zirka 2000 Betten und dazu kommen außerdem noch 50.000 Betten, die in den einzelnen Baracken des Reiches bereit sind, Tuberkulosekranke aufzunehmen, um sie wieder gesund werden zu lassen. Daß außerdem fast 19 Millionen — über 18 Millionen — ausgegeben wurden, um all dies zu erreichen und um auch noch Weiteres bei der Bekämpfung der Tuberkulose zu erreichen, muß ich ebenso als eine gute Tat der Regierung

hervorheben, für die ihr alles Lob gebührt. Es ist zu erwarten, daß auf diesem Gebiete kein Stillstand eintreten wird und daß man, wo es sich um das wichtigste Gut, um die Volksgesundheit handelt, nicht plötzlich zu sparen beginnen, sondern alles tun wird, um auf der begonnenen Bahn weiterzuschreiten. Geld allein genügt aber nicht, sondern es muß, wenn etwas Ersprießliches erzielt werden soll, selbstverständlich die Aufklärung der Massen des Volkes dazukommen.

Meine Herren! Es ist ja schon früher, wie ich erwähnte, die Tuberkulose ungeheuer gefährlich gewesen. Früher schon haben schlechte Ernährungsverhältnisse, schlechte Körperpflege, schlechte Wohnungsverhältnisse, nicht zum mindesten aber auch die Unvernunft, die draußen im Volke lebt, daran mitgewirkt, daß die Opfer der Tuberkulose so zahlreich waren. Gerade auf diesem Gebiete muß etwas geschehen, und zwar hauptsächlich durch Aufklärung. Es war wiederum eine dankenswerte Tat — und ich will diesen Dank gerne hervorheben — daß im Vorjahre, im Jahre 1916, die Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose gegründet wurde, die es sich zur Hauptaufgabe gesetzt hat, Fürsorgestellen allüberall draußen im Lande, in den einzelnen Bezirken, in den Bezirksstätten, natürlich entsprechend organisiert in Landes- und Bezirksstellen, einzuführen, die in der wohltätigsten Art und Weise den Intentionen der drei Antragsteller in der Richtung Rechnung tragen werden, daß sie die Aufklärung vor allem über die allererste Hilfeleistung, möchte ich sagen, für den Fall einer Erkrankung ins Volk hinaustragen, das Volk aufklären, um was es sich handelt und was als allererstes zu tun notwendig ist.

Wir müssen also dieser Vereinigung, der die ersten Männer dieses Reiches angehören, den besten Dank sagen und nur wünschen, daß der Ausbau so rasch wie möglich vor sich gehe, damit das ganze Gebäude fertig dastehe. Notwendig wird es auch sein, wenn wir an die Bekämpfung der Tuberkulose denken, die Gesetzgebung hinsichtlich der Bezirkskrankenkassen weiterhin auszubauen, aber auch die Sozialversicherung entsprechend einzurichten. Es ist verständlich und begreiflich, daß die Gesellschaft ein Interesse daran hat, den in einem Betriebe an Tuberkulose erkrankten Menschen aus dem Betriebe herauszunehmen, zu isolieren und ihn nicht zu zwingen, weiterzuarbeiten so lange es geht, respektive bis er so schwer erkrankt, daß man ihn nicht retten kann, weil er fürchtet, daß er, wenn er seinen Betrieb oder sein Gewerbe oder seine Arbeit aufgibt, verhungern muß. Man muß den erkrankten Menschen, den zuerst nur leicht an Tuberkulose erkrankten Menschen auf gesetzlicher Basis die Zusicherung geben, daß er sich pflegen kann, ohne sich selbst und seine Familie in die größte Not zu bringen. Dann wird der Mann gewiß auch mit einem gewissen Zwange veranlaßt werden können, sich behandeln zu lassen, denn dann ist es nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, es ist auch sein ureigenstes Interesse, denn er soll ja wieder ein leistungsfähiges Mitglied der menschlichen Gesellschaft werden, was er niemals werden kann, wenn er sein Leiden vernachlässigt, zuarbeitet und zuarbeitet, bis er seine letzten Kräfte erschöpft hat und nun dem elenden Tuberkulosetode anheimfällt.

Auch die Sozialversicherung wird entsprechend ausgebaut werden müssen, es werden ebensowie bei der später zu erwähnenden Syphilis Bestimmungen getroffen werden müssen, daß unheilbare Kranke direkt aus dem Betriebe entfernt werden können, daß sie, auch wenn die Zahl der Krankenwochen längst vorbei ist, noch ein Einkommen haben, welches sie bis zum letzten Augenblick davor sichert, nicht nur mit den Folgen der Krankheit, sondern am Ende auch noch mit der bittersten Not kämpfen zu müssen, wo wir alle wissen, daß die Hauptbehandlung, die fast einzige Behandlung der Tuberkulose darin besteht, daß man den an Tuberkulose erkrankten Menschen entsprechend kräftig ernährt.

Es ist eine ganz große Menge von Aufgaben, die da unser, der Allgemeinheit und der Regierung harren. Ich erlaube mir, nur schlagwortartig hinzuweisen auf die unbedingt notwendige Kinderfürsorge, auf die Ferienkolonien — es sind ja schon glückliche Anfänge in dieser Richtung gemacht worden — auf die landwirtschaftlichen Kolonien, die noch nicht da sind, aber kommen müssen, auf die Seehospize, die Walderholungsstätten, die Waldwerkstätten, wo man unter Umständen leicht erkrankte Arbeiter beschäftigen kann und wo sie nicht nur leicht arbeiten, um nicht durch Langeweile geplagt zu werden, sondern auch in entsprechender Umgebung und in entsprechender Behandlung wirklich ausheilen können. So ist es also eine ganze Menge von Aufgaben, die da unser harren und hohes Haus, das ist selbstverständlich ein Hauptgebiet der beiden Zukunftsministerien — das eine ist wohl ein gegenwärtiges —, ich meine des Ministeriums für Volksgesundheit und des Ministeriums für soziale Fürsorge. Die meisten dieser Aufgaben werden in das Gebiet beider Ministerien fallen und beide werden sich hier vollauf und reichlich damit zu beschäftigen haben, um der Tuberkulose entsprechend entgegen wirken zu können.

Es tut mir nur leid, daß wir heute zwar schon ein Ministerium für soziale Fürsorge haben, aber noch nicht konstatieren können, daß auch das Ministerium für Volksgesundheit errichtet ist. Ich will nur neuerlich, wie ich es ja schon einmal getan habe, von dieser Stelle es aussprechen, daß wir von ganzem Herzen wünschen, dieses Ministerium sei so rasch als möglich zu aktivieren und in

Wirksamkeit zu setzen, damit endlich auch allen diesen Fragen, die ich vorhin nur schlaglichtartig gestreift habe, auch von seiten dieses Ministeriums die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt werde und die Arbeit in dem von mir angedeuteten Sinne beginnen könne.

Ähnlich wie bei der Tuberkulose sind die Verhältnisse bei der Syphilis. Auch hier war schon vor dem Kriege die Zahl der an dieser Krankheit Leidenden eine kolossale und auch hier hat der Krieg vermehrend auf diese Ziffer gewirkt. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß alle Kriege gerade auf diese Krankheit vermehrend wirken und so ist die Zahl ihrer Opfer gerade durch diesen Krieg besonders gewachsen. Da ist es nun selbstverständlich wieder unsere Aufgabe vorzusorgen, um diese Opfer, wenn sie aus dem Kriege heimkehren, entsprechend zu empfangen, sie zu heilen und zu verhüten, daß nicht andere, die gesund sind, von dieser schrecklichen Volksseuche ergriffen werden.

Verehrte Herren! Die Ansicht, daß diese Krankheit eine persönliche Angelegenheit, daß sie eine Privatsache sei, ist wohl auf das energischeste zu bekämpfen. Es geht nicht an, zu sagen, wie dies allgemein geschieht, daß sei eine geheime Krankheit, eine Sache, die die Öffentlichkeit nichts angeht, sondern nur die betreffende Person, eine Krankheit, die zu verschweigen sei, weil es entehrend, diffamierend sei, sich zu dieser Krankheit zu bekennen. Es ist gewiß zuzugeben, daß es keine Ehre ist, aber eine Schande ist es auch nicht, wenn man sich diese Krankheit zugezogen hat und wenn man einmal an dieser Krankheit leidet, dann muß man selbstverständlich auch alles tun, nicht nur für sich, für seine eigene Person, sondern auch für seine Familie, für die Umgebung, in der man verkehrt, und zu verhüten, daß diese Krankheit weitergetragen werde. Auch hier muß getan werden, was möglich ist, denn bei Vernachlässigung dieser Krankheit und ihrer Folgen kann es zur Ausrottung der ganzen Bevölkerung eines Staates kommen; wenn man sich um die Krankheit nicht kümmert und sie lawinenartig anwachsen läßt, dann kann die ganze Allgemeinheit mehr weniger von ihr ergriffen werden.

Da ist bisher ziemlich wenig geschehen und bei der Natur der Verhältnisse ist dies allerdings auch nicht gut anders möglich gewesen. Es sind von seiten einzelner Armeekommandos und auch von seiten des Kriegsministeriums Verordnungen hinausgegangen, welche sich nicht nur auf die gegenwärtig an Syphilis erkrankten Soldaten beziehen, sondern auch Verordnungen, welche sich darauf beziehen, daß, wenn die Demobilisierung diese Kranken nach Hause führt und wenn sie dann wieder in ihre Arbeit, in ihrem Beruf zurückkehren, sie zu einer Gefahr für die anderen werden, welche noch gesund sind. Es muß aber, da diese militärischen Verordnungen absolut nicht genügend sind, noch ein gewisser Zwang hinzutreten und es hat sich der Gesundheitsausschuß auch dieser Anschauung nicht verschlossen. Es wird unbedingt ein solcher gesetzlicher Zwang notwendig sein, wenn etwas Gutes bei der Bekämpfung der Syphilis erzielt werden soll, und es wird der Staat sich entschließen müssen, ein solches Gesetz herauszugeben. Wie wir hören soll das schon bald geschehen.

Es wird aber auch notwendig sein, das Wesen der Prostitution auf eine neue Grundlage zu stellen. Es wird Sie meine Herren, einigermaßen interessieren, zu vernehmen, daß wir in Wien ungefähr 20.000 und in Berlin ungefähr 30.000 Prostituierte haben. Wir glauben, es sei schon alles geschehen und getan, wenn wir wissen, daß sie überwacht werden. Ich verweise nur auf die eine Tatsache, daß von den 20.000 Prostituierten in Wien tatsächlich nur 2000 kontrolliert und überwacht sind und daß 18.000 sich der Kontrolle entziehen, ebenso in Berlin, wo von 30.000 Prostituierten nur 5000 überwacht und kontrolliert werden, die anderen aber ohne Kontrolle sind. Hohes Haus! Das ist nun wiederum eine ungeheuer wichtige Sache, denn gerade die Kotrollierten 2000 Jüngerinnen der Venus oder, wenn ich so sagen darf, Veteraninnen der Venus *(Heiterkeit)* sind nicht so gefährlich wie jene meist jüngeren 18.000 Nichtkontrollierten, die einmal dadurch gefährlicher werden, weil sie mehr begehrt werden, sowie ferner dadurch — und das ist wiederum eine medizinische Tatsache — weil bei diesen die Erkrankung gewöhnlich eine Ersterkrankung ist und weil diese Ersterkrankungen viel gefährlicher sind als jene, die chronisch geworden sind.

So möchte ich sagen, sind die Novizinnen der Venus viel gefährlicher als jene Veteraninnen *(Heiterkeit)*, die tatsächlich durch ihre Erkrankung nicht soviel Unheil anrichten können. Es muß also eine genaue Überwachung der Prostitution überhaupt und vor allem der an Syphilis erkrankten Prostituierten durchgeführt werden, wobei wiederum ein Modus gefunden werden muß, wie man auch die an Syphilis erkrankten Männer überwacht, so peinlich dies unter Umständen werden kann. Denn es wäre nur eine einseitige Maßregel, wenn man auf der einen Seite die Quelle, die Ursache der Erkrankung verfolgen, nicht aber auch die Folgen dieser Krankheit beim Manne im Auge behalten würde, der doch wieder herumgeht und ein Ausstreuer dieser Krankheit bei anderen wird. Dazu muß wie bei der Tuberkulose durch Volksbelehrung und Volksaufklärung im Volke gewirkt werden. Auch da ist es eine dankenswerte, schöne Tat, daß sich vor zwei Jahren, wenn ich nicht irre, eine Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gegründet hat, welche in den wenigen schon bestehenden Fürsorgestellen sehr wohltätig wirkt und

wenn diese Fürsorgestellen ihren Kreis weitergezogen haben werden, auch in Zukunft ungemein wohltätig wirken kann.

Es muß zu diesen verschiedenen Maßregeln, die durch ein Gesetz zu regeln notwendig sein wird, auch noch ein gewisser Behandlungszwang kommen. Es muß der Staat, der ein Interesse daran hat, jemanden, der notorisch an Syphilis erkrankt ist, dazu verhalten können, daß er sich behandeln läßt und wiederum sage ich, aus dem Grunde, weil seine Erkrankung nicht eine Privatsache, sondern eine öffentliche Sache ist und weil die Bekämpfung der Krankheit nicht nur in seinem, sondern auch im Interesse der Öffentlichkeit gelegen ist.

Dazu muß auch ein bestimmtes Verbot der Behandlung durch Kurpfuscher kommen. Sie wissen, daß gerade die jüngsten Leute, junge Studenten und andere junge Leute durch Kurpfuscher wahnsinnigst ausgebeutet werden, welche sie durch das Versprechen einer geheimen Behandlung, einer Behandlung, welche sie nicht weiter öffentlich verrät, dahin bringen, daß die jungen Leute sich ihnen ausliefern und bis auf den letzten Heller ausgesogen werden, ohne daß der geringste Erfolg erzielt wird oder wenigstens kein anderer Erfolg als der, daß der unerfahrene junge Mensch sein Leiden immer mehr und mehr anwachsen läßt, keinen Arzt aufsucht, bis die Krankheit aus dem Stadium, wo die Behandlung noch verhältnismäßig leicht gewesen wäre, in Stadien gerät, wo eine Behandlung außerordentlich schwer, ja fast unmöglich geworden ist. Hierzu hätte auch das Verbot der brieflichen Behandlung aus den schon erwähnten Gründen zu kommen. Es muß leider konstatiert werden, daß es sehr pflichtvergessene Ärzte gibt, welche die Not, die momentane psychische und körperliche Not der unerfahrenen Leute ausnutzen, sich allein auf briefliche Behandlung beschränken und es wie die Kurpfuscher dahin bringen, daß der junge Mann, der sich schämt, in der Ordination des Arztes zu erscheinen, sein Leiden vernachlässigt und in Stadien gerät, die die schwersten sind.

Nun möchte ich noch auf eine Sache zu sprechen kommen, die sehr wichtig ist und die im Gesetz unbedingt zum Ausdruck gelangen müßte, das ist die sogenannte beschränkte Anzeigepflicht für Syphilis. Die Öffentlichkeit, die unter Umständen das Recht erhalten muß, die erkrankten zu behandeln, muß auch das Recht erhalten, in dem Falle, als konstatiert werden kann, daß jemand an Syphilis erkrankt ist, durch entsprechende Anzeige zu veranlassen, daß der betreffende Kranke einer Behandlung unterzogen wird. Nun bitte ich das hohe Haus, nicht zu erschrecken: es soll nicht eine allgemeine Anzeigepflicht eingeführt werden, sondern nur eine beschränkte — darum das Wort „beschränkte" — derart, daß in Wohnungsgemeinschaften, in Gefangenenhäusern, in Schulen, in Asylen, wo, wie gesagt, viele Individuen zusammenleben, die Anzeigepflicht eingeführt wird, daß für den Fall, als dort bei einem Bewohner Syphilis konstatiert wird, die Anzeige erstattet wird. Das muß aber auch dort geschehen, wo es sich um Ammen und Kindermädchen, Schüler und Kostkinder handelt. Hohes Haus! Es ist keine Kleinigkeit, wenn jemand vielleicht aus Leichtsinn in vollem Vertrauen eine Amme nimmt, ohne sie näher untersuchen zu lassen, und es stellt sich dann heraus — äußerlich hat man ihr nichts angesehen — daß die Amme innerlich krank ist, daß sie an Syphilis leidet und diese Syphilis an das Kind weitergibt. *(Abgeordneter Dr. Schacherl: Es kommt auch das Gegenteil vor!)* Gewiß, auch das Gegenteil kommt vor. Es ist keine Kleinigkeit, wenn ein Schüler in der Schule krank ist und seinen Nachbarschüler eventuell infiziert; auch da muß es möglich sein, daß der Lehrer oder wer immer zur Kenntnis der Krankheit gelangt, das Recht erhält, die Anzeige zu erstatten.

Notwendig ist aber auch die Errichtung von eigenen Spitalbetten für Prostituierte, am allernotwendigsten die Errichtung von Anstalten, wo die Prostituierten so lange behandelt werden, bis ihre absolute Gesundheit festgestellt ist. Es geht nicht an, halb geheilte, nur gebesserte Individuen aus den Anstalten zu entlassen und so zu bewirken, daß die Kranken, deren Zustand sich vielleicht verschlimmert statt verbessert hat, die Ansteckung weitertragen. Es müssen Anstalten errichtet werden — eine Art Arbeitsanstalten — wo die Kranken nicht in öder Langweile dahinleben und auf alle möglichen unsauberen Dinge kommen, sondern wo sie in entsprechender Beschäftigung gehalten werden — bekanntlich ist ja die Arbeit die größte Feindin aller Langeweile — bis sie soweit sind, daß ihnen der Leiter der Anstalt sagen kann, daß sie gesund sind und die Anstalt verlassen können. Auch hier wird ebenso wie bei der Tuberkulosenfürsorge die Krankenkassengesetzgebung und die Sozialversicherung einen gewissen Umbau erfahren müssen, um auf die speziell der Syphilis eigentümlichen Umstände Rücksicht zu nehmen, um auch da zu erzielen, daß der Arbeiter — äußerlich sieht man ihm ja nichts an — der an Syphilis erkrankt ist, aus dem Betrieb gezogen wird.

Heute kann er nicht zu Hause bleiben, er muß weiter arbeiten, es ißt und trinkt mit den anderen Arbeitern in einer Gemeinschaft und es ist selbstverständlich die allergrößte Gefahr vorhanden, daß er bei dem geringen Verständnis für die Furchtbarkeit seines Leidens seine Krankheit in diesem Betriebe weitergibt. Bei den heute bestehenden Verhältnissen wird der Arbeiter, wenn er weiß, daß er nur 60 Prozent seines Lohnes als Krankengeld erhält, sich sicher nicht verraten, er wird seine

Krankheit in dem Betriebe weiter tragen und die Krankheit wird, wie ich schon erwähnt habe, weitergehen, eine Schädigung, die auf das energischeste zu bekämpfen sein wird. Auch die Unheilbaren — und da denke ich wieder an die Sozialversicherung und ihre Gesetzgebung — müssen so gestellt werden, daß sie, aus den Betrieben, aus der Erwerbsmöglichkeit entfernt, doch noch die Möglichkeit zu leben haben und daß vor allem ihre Behandlung zunächst von den Krankenkassen und später vom Staate übernommen werde, damit sie für die Behandlung ihrer Krankheit nichts auszugeben brauchen und zweitens — und das ist wieder im Sinne der Sozialversicherung gelegen — damit sie einen entsprechenden Lohn weiter erhalten können, wenn sie auch unheilbar sind, um leben zu können, um nicht elend zugrundegehen zu müssen. So müssen die Öffentlichkeit und der Staat zusammenwirken, wenn etwas erreicht werden soll. Die ärztliche Kunst allein, ist hier machtlos — das ist etwas, was nicht erst lange zu beweisen ist — die Einsicht muß hinzukommen. Der Staat muß eingreifen, denn, wie gesagt, die Krankheit ist nicht eine Angelegenheit des Einzelnen, sondern eine Angelegenheit der Öffentlichkeit, sie ist keine Privatsache.

Zum Schlusse meiner Ausführungen möchte ich die Aufmerksamkeit des hohen Hauses für einige Minuten auf eine Angelegenheit richten, die nur in einem sehr losen Zusammenhange mit der uns beschäftigenden Materie steht, die ich aber vom Herzen gerne hier erwähnen möchte. Wenn naturgemäß die Ärzte bei der Bekämpfung dieser beiden Volksseuchen jetzt im Kriege nicht allzuviel ausrichten konnten, was ja ohneweiters begreiflich ist, so haben die Ärzte allüberall ihre Schuldigkeit auch im Kriege voll und ganz, wenn ich diesen Gemeinplatz benützen soll, getan. Vielmehr noch aber haben sie die Ärzte an der Front getan. Vielmehr noch im Hinterlande und in der Etappe, überall haben sie ihre Pflicht getan, um den kranken Soldaten wieder gesund zu machen, um den verwundeten Soldaten wieder zu heilen, und am meisten haben die Ärzte geleistet, bei der Bekämpfung der Kriegsseuchen, der Ruhr, der Cholera, des Typhus, des Flecktyphus; gar viele Ärzte haben ihre Pflicht bis zur Aufopferung ihres Lebens getan, viele Hunderte Ärzte sind an diesen Seuchen selbst zugrundegegangen. Wieviele Ärzte sind außerdem, von der Kugel des Feindes getroffen, an der Front zugrundegegangen? Und so haben sie alle ihre Pflicht und Schuldigkeit getan und nur dadurch konnte das glänzende Ergebnis erzielt werden, daß fast 90 Prozent aller verwundeten Soldaten — das gilt für Deutschland ebenso wie für Österreich — wieder geheilt an die Front geschickt werden konnten. So ist es gekommen, daß beide Herrscher, unser Monarch sowohl wie der Kaiser von Deutschland, mit Worten des höchsten Lobes von den Ärzten gesprochen und ihnen ihre wärmste Anerkennung ausgesprochen haben.

Hohes Haus! Ich erlaube mir nun auf eine Tatsache hinzuweisen, die uns Ärzte gekränkt hat. Es blieb dem Herrn Gemeinderat Kunschak in der Sitzung des Wiener Gemeinderates am 24. Oktober 1917, wo es sich, wie ich glaube, um den Ausbau der niederösterreichischen Landessanitätsanstalten gehandelt hat, vorbehalten, zu erklären, daß die Ärzte im Kriege nichts geleistet haben. Er erklärte außerdem, er verlange daher beim Ausbau der Landessanitätsanstalten auch für die Behandlung durch die sogenannten Dürrkräutler, eine entsprechende Betätigungsmöglichkeit. *(Zwischenrufe.)* Hohes Haus! Ich bin nicht Byzantiner genug, um die Worte eines Monarchen für absolut wahr zu halten, weil sie von einem Monarchen gesprochen sind, aber es muß mir verziehen werden, wenn ich auch nicht Demokrat genug bin, anzunehmen, daß ein Wort und ein Urteil nur deshalb richtig und wahr sein muß, weil es der Volksmann Kunschak ausgesprochen hat. Ich enthalte mich einer jeden Polemik.

Ich kann es ruhig der Allgemeinheit, ruhig der ganzen Welt überlassen, zu beurteilen, welche Meinung die richtigere ist, die Meinung des Herrn Gemeinderates Kunschak oder die Meinung, welche die beiden Herrscher ausgesprochen haben, eine Meinung, welche ja die Meinung der ganzen Welt ist, nämlich daß die Ärzte wirklich und wahrhaftig im Kriege ihre Schuldigkeit getan haben. Sie werden auch beim Ausbau der bevorstehenden Gesetze und Verordnungen ihre Schuldigkeit in den hoffentlich nicht allzufernen Tagen des Friedens restlos tun. *(Beifall.)*

Zum Schlusse bitte ich Sie, meine geehrten Herren, Sie mögen den Anträgen des Gesundheitsausschusses zustimmen, welche dahin gehen *(liest)*:

„Das hohe Haus fordert die Regierung auf, das in Aussicht gestellte Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten noch in dieser Session dem hohen Hause vorzulegen.

Das Ministerium des Innern und das der Landesverteidigung werden aufgefordert, bei der Heeresverwaltung dahin zu wirken, daß anläßlich der Demobilisierung den Geschlechtskrankheiten wirksamst entgegengetreten werde.

Das hohe Haus anerkennt die von der Regierung zum Zwecke der Bekämpfung der Tuberkulose bisher unternommenen Maßnahmen, die jedoch, weil immer noch ungenügend, eine umfassende Erweiterung erheischen. Diese hat sich vor allem auf die tatkräftigste Ausgestaltung der Tuberkulosenfürsorge sowie auf die Lösung aller einschlägigen Probleme zu erstrecken.

Ferner wird die Regierung aufgefordert, dem hohen Hause ehebaldigst eine Gesetzesvorlage über Wohnungshygiene sowie über Wohnungsaufsicht vorzulegen.

Und schließlich:

Die Regierung wird aufgefordert, aus Gesundheitsrücksichten ehestens für die Wiederherstellung der infolge des Krieges vernichteten Wohnungen in den betreffenden Gebieten Sorge zu tragen." *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zu diesem Gegenstande haben sich zum Worte gemeldet, und zwar:

Pro: die Herren Abgeordneten Dr. Jerzabek, Dr. Leo Lewickyj, Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič, Dr. Schacherl und Max Winter;

kontra: die Herren Abgeordneten Dr. Formánek, Vacek, Vaněk und Stern.

Der Herr Abgeordnete Čech hat folgende Resolution beantragt *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, die Gesundheitslehre als obligaten Gegenstand an den gewerblichen und Handelsfortbildungsschulen einzuführen und durch besondere Subventionen zu dotieren."

Diese Resolution ist genügend gezeichnet und steht in Verhandlung.

Zum Worte hat sich gemeldet Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Minister des Innern Graf **Toggenburg:** Hohes Haus! Sehr geehrte Herren! Der Antrag, in den dieser Bericht ausklingt, daß die Regierung aufgefordert werde, das in Aussicht gestellte Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten noch in dieser Session dem hohen Hause vorzulegen, kann von der Regierung ohneweiteres angenommen werden, und ich hoffe, daß es möglich sein wird, diesen Gesetzentwurf noch im Laufe dieses Jahres dem hohen Hause zu unterbreiten. Das Problem, das durch denselben gelöst werden soll, ist natürlich ein so außerordentlich schwieriges, daß wir nicht zu weitgehende Hoffnungen an die staatliche Gesetzgebung auf diesem Gebiete knüpfen dürfen. Immerhin aber wird, wenn wir alle zusammenarbeiten, um die Frage der Prostitution endlich in einer Form zu regeln, die diesem furchtbaren Übel steuern und die Gefahren beseitigen wird, die ja in erschreckender Weise nach der Demobilisierung auf uns einstürmen werden — wo sich ein Heer von Seuchenträgern auf das Hinterland ergießen wird, wenn nicht entsprechend dagegen vorgesorgt werden könnte — unsere vereinte Arbeit doch dazu beitragen, daß wir des Übels Herr werden. Seitens des Ministeriums des Innern ist diesbezüglich mit der Militärverwaltung bereits seit längerer Zeit ein Zusammenarbeiten in die Wege geleitet und es sind die weitestgehenden Vereinbarungen getroffen worden.

Was die Tuberkulose anbelangt, so wissen die Herren, daß auf diesem Gebiete in den meisten Kronländern schon vieles geschehen ist und daß wir speziell gegenwärtig bemüht sind, durch Schaffung von Unterkünften, die nicht allzu kostspielig angelegt sind, dafür aber die Möglichkeit bieten, eine große Anzahl von Tuberkulösen aufzunehmen, den heimkehrenden Kriegern die Möglichkeit der Genesung zu schaffen.

Es ist seitens des geehrten Herrn Berichterstatters darauf hingewiesen worden, daß manchmal die Tätigkeit der Ärzte während des Krieges einer abfälligen Kritik unterzogen worden ist. Meine Herren! Als Minister, dem derzeit noch die höchste Sanitätsbehörde des Reiches unterstellt ist, fühle ich mich verpflichtet zu betonen, daß die Leistungen der Ärzte während des Krieges überwältigende waren. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Im Anfange des Krieges sind ja manchmal Klagen zu uns gedrungen, die hauptsächlich ihren Grund zunächst darin hatten, daß die Ärzte, die im Frieden nicht Gelegenheit gehabt haben, sich auf dem gesamten gesundheitlichen Gebiete zu betätigen, vor einen Aufgabenkreis gestellt wurden, dem sie tatsächlich nicht gewachsen waren. Dadurch entstanden selbverständlich viele Fehler, viele Benachteiligungen, die aber, sobald eine Organisierung durchgegriffen hatte, sobald die Leute auf die richtigen Posten gestellt waren, sofort behoben waren. Andrerseits dürfen Sie nicht vergessen, was auf diese Ärzte eingestürmt ist: dieses Meer von Seuchenträgern, dieses Meer von Schwierigkeiten und diese ganz unzulänglichen Möglichkeiten, für den Kranken draußen im Felde die richtigen Vorsorgen zu treffen. Denken wir nun aber daran, wie wir im vierten Kriegsjahre dastehen, ohne daß wirklich eine Kriegsseuche in das Hinterland gedrungen ist — keiner von Ihnen hat das je für möglich gehalten! *(Zustimmung.)* Wir haben alle die Überzeugung gehabt, daß eine der furchtbarsten Begleiterscheinungen des Krieges ein verheerendes Auftreten von Cholera, Pest und allen anderen Seuchen im Hinterlande sein werde, und nichts derartiges ist gekommen. Alles haben die eisernen Hände der Ärzte an der Front zu fesseln verstanden. Das verdient die Bewunderung eines jeden und ich würde es als den schreiendsten Undank empfinden, wenn dieses großes Verdienst der Ärzte nicht anerkannt würde. *(Beifall.)*

Die Bekämpfung der Seuchen, von denen heute gesprochen wird, hätten auch die geschicktesten Ärzte der Welt nicht bewältigen können. Welcher Arzt hätte draußen an der Front verhindern können, daß die Geschlechtskrankheiten so massenhaft auf-

treten? Wer hätte verhindern können, daß die Tuberkulose eine Ausdehnung annimmt, wie wir sie nie geahnt haben? Das ist ganz gewiß nicht das Verschulden der Ärzte, das ist eine von den vielen, vielen Kriegsnöten, die unvermeidlich mit jedem Krieg verbunden sind und wegen deren gewiß niemandem ein Vorwurf gemacht werden kann. Uns aber müßte ein Vorwurf gemacht werden, uns im Hinterlande, wenn wir nicht alles aufbieten würden, um mit vereinten Anstrengungen dieses Übel, das über die Kräfte der Ärzte im Felde hinausgewachsen ist, im Hinterlande zum Besten des ganzen Volkes zu bekämpfen und zu bannen. *(Lebhafter Beifall.)*

Vizepräsident **Jukel:** Ich erteile dem nächsteingetragenen Redner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Formánek, das Wort.

Abgeordneter Dr. **Formánek:** Hohes Haus! In den letzten Dezennien sind in Österreich 80 bis 90 Tausend Leute jährlich an Tuberkulose gestorben. Dieser Todesfällezahl entspricht eine Million behandlungsbedürftiger Kranker und drei Millionen gefährdeter Personen. Von diesen behandlungsbedürftigen Personen konnten im Vorjahre nur 6000 Kranke in den Lungenheilstätten untergebracht werden. Wenn wir auch von der einen Million Behandlungsbedürftiger die Zahl der bettlägerigen Schwerkranken nur auf 200.000 schätzen, so fehlen uns nur 194.000 Betten für die schwerkranken Tuberkulosen und 994.000 Kranke bleiben ohne entsprechende spezifische und spezialistische Behandlung. Ich führe diese Zahlen nur deswegen an, um den kolossalen Umfang der Tuberkulosenfrage und die Dringlichkeit einer gesetzgeberischen Regulierung derselben zu demonstrieren.

Wenn wir alle Epidemien seit Menschengedenken berücksichtigen, die Pest des 14. Jahrhunderts, welche 25,000.000 Todesfälle erforderte und ganz Europa entvölkerte, wenn wir auf alle Epidemien der Neuzeit Rücksicht nehmen, wie die Influenzaepidemie des Jahres 1890, die ebenfalls Millionen von Menschenleben kostete, oder die letzten Choleraepidemien in Hamburg und Neapel, die lang dauernde und sehr opferreiche Choleraepidemie in den nördlichen Provinzen Rußlands, speziell in Petersburg, in den Jahren 1908 bis 1910, so ist alles ein Nichts, ein Tröpfchen Salzwasser im Meere, ein winziges Sandkorn in der Wüste gegenüber den entsetzlichen Verheerungen, welche die Tuberkulose in allen Gegenden der Erdkugel hervorruft.

Die Syphilis war bis in die letzte Zeit ihres geheimen geschlechtlichen Ursprungs und des sogenannten mutwilligen Zuziehens wegen eine weniger Mitleid erregende Krankheit und wurde von manchen Prüderisten als eine gerechte Strafe für begangene Sünden betrachtet. Diese Ansicht währte lange Zeit; nur in den ersten Perioden nach der großen Syphilisepidemie im 15. Jahrhundert beschuldigte man, um die Erkrankungen der Mächtigen der Welt zu erklären, die Konstellation der Sterne, die meteorologischen Verhältnisse, speziell die verdorbene Luft.

Da man sich der schweren Folgen dieser Krankheit nicht bewußt war, betrachteten auch die späteren Ärzte des Mittelalters die Syphilis als eine unangenehme, aber einträgliche Krankheit. So erzählt man von dem berühmten französischen Humoristen Rabelais, der ein Franziskanermönch und zugleich Arzt war, daß er von seinem Ordensvorgesetzten betend vor dem Bilde Karls VIII. von Frankreich angetroffen wurde. Auf die Bemerkung des Priors, daß dieses Bild kein Heiliger sei und daß man zu ihm nicht beten kann, erwiderte Rabelais: Das ist mein Heiliger; der hat die Syphilis von Neapel nach Frankreich gebracht.

Erst in den letzten Dezennien, als man den engen Zusammenhang zwischen der luetischen Infektion und den Nerven- und Geisteskrankheiten, speziell der progressiven Paralyse erkannt hat, ist man zu der Überzeugung gekommen, daß die Syphilis neben der Tuberkulose das zweitgrößte Unglück der Menschheit bedeutet.

Auch die gonorrhoische Infektion hat in den letzten Jahren den Charakter einer unschuldigen Kinderkrankheit verloren, seit man weiß, daß die Mehrzahl der unglücklichen und kinderlosen Ehen durch sie bedingt ist.

Alles dies sei nur deswegen hervorgehoben, damit die Herren die gegenwärtige Vorlage nicht als eine nebensächliche, sondern als eine der wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten des Hauses betrachten.

Die günstigen Erfolge, deren sich die medizinische Wissenschaft im Kampfe mit einigen Infektionskrankheiten rühmen kann, sind gegründet auf die Erkenntnis ihrer Ursache, ihres Wesens, ihrer Entstehung und ihrer Verbreitung.

Nachdem für alle heute behandelten Krankheiten diese Faktoren genau bekannt sind, können wir zuversichtlich glauben, daß auch die gesetzlich vorgeschlagenen, auf der Grundlage der Kenntnis dieser Faktoren aufgebauten Gegenmaßnahmen von einem guten Erfolge gekrönt sein werden.

Bei den Geschlechtskrankheiten sind die Verhältnisse klar und einfach, bei der Tuberkulose ist die Ableitung der Grundprinzipien der Abwehr etwas komplizierter und ich möchte mir erlauben, dieselben in aller Kürze anzuführen.

Die Tuberkulose ist eine ansteckende Krankheit des Menschen und verschiedener Tierrassen, welche durch die von Koch entdeckten Tuberkelbazillen hervorgerufen wird.

Nach der Sterblichkeitsstatistik und nach unzähligen Sektionen ist festgestellt worden, daß mehr als 90 Prozent der beim Menschen vorkommenden Tuberkuloseform durch den Bacillus tuberculosis typus humanus hervorgerufen und nur 10 Prozent von Tieren auf den Menschen übertragen werden. Aus dieser Tatsache folgt die notwendige Forderung, daß alle Gegenmaßnahmen darauf gerichtet sein müssen, die Übertragung der Tuberkulose von Menschen zu Menschen zu verhüten.

Es ist ferner festgestellt worden, daß die menschliche Tuberkulose nur in einer verschwindend kleinen Anzahl der Fälle angeboren ist; anders gesagt: praktische Bedeutung hat nur die erworbene Tuberkulose, woraus folgt, daß der Infektion der kleinen Kinder und Kinder überhaupt durch tuberkulöse Eltern oder durch tuberkulöse Umgebung vorgebeugt werden muß.

Mit dem zunehmenden Alter nimmt die Häufigkeit der Tuberkulose zu und verläuft um so gefährlicher, je jünger das befallene Individuum ist, am gefährlichsten im Säuglingsalter. Daraus folgt, daß das Kind speziell im ersten Lebensjahre vor tuberkulöser Infektion zu schützen ist.

Der primäre Infektionseffekt sitzt bei den Kindern regelmäßig in der Lunge, muß also durch Inhalation zustande gekommen sein, woraus die prophylaktische Forderung bei der Bekämpfung der Tuberkulose folgt und daß in erster Linie die Inhalation der Tuberkelbazillen hintanzuhalten ist.

Bei Kindern wird regelmäßig nur ein primärer Herd vorgefunden, woraus folgt, daß die erste Infektion eine gewisse Immunität gegen eine neue Infektion nach sich zieht.

Die Lungenschwindsucht Erwachsener geht aus der in der Kindheit akquirierten Tuberkulose hervor, woraus folgt, daß die Bekämpfung der Kindertuberkulose die Hauptaufgabe ist.

Da die Tuberkulosebazillen durch den Auswurf der Kranken in die Luft gelangen, ist es bei der Prophylaxe die Hauptaufgabe, die sogenannte Tropfeninfektion durch Bazillenspucker zu verhindern.

Aus diesen hier angeführten sieben Grundprinzipien lassen sich alle in der Gesetzesvorlage angeführten prophylaktischen Anordnungen leicht deduzieren.

Leider ist es der Kürze der Zeit wegen nicht möglich, auf weitere hochinteressante Details der Behandlung der Kranken einzugehen und ich kann nur auf die Ausführungen des Herrn Referenten hinweisen. Der moderne Schützengrabenkrieg, der die kämpfenden Truppen zum engsten Beisammenleben unter denkbar ungünstigsten Verhältnissen zwingt, verbunden mit der langen Kriegsdauer, haben für die eben erwähnten Seuchen einen neuen und günstigen Nährboden geschaffen.

Zu Beginn des Krieges erlahmte begreiflicherweise die Tätigkeit der einzelnen Vereine zur Bekämpfung der Volkskrankheiten, speziell der Tuberkulose, und auch die ärztliche Tätigkeit wurde ja gegen die Einschleppung anderer gefährlicher infektiöser Krankheiten, wie Cholera, Ruhr, Flecktyphus und Blattern, voll in Anspruch genommen.

Im allgemeinen war man auch am Anfange des Krieges der Ansicht, daß es nicht gerade die Tuberkulose sein muß, die unter den Volkskrankheiten im Kriege die größten Verheerungen verursachen wird, und auch die Gesundheitsverhältnisse des Jahres 1914 und 1915 zeigen keine besondere Zunahme der Tuberkulose.

Im letzten Dezennium vor dem Kriege starben in Böhmen durchschnittlich 19.000 Menschen jährlich an Tuberkulose; im Jahre 1914 stellt sich die Sterblichkeit auf 18.220; im Jahre 1915 auf 20.200, also keine nennenswerte Steigerung der Sterblichkeitsziffer.

Am Anfange des Krieges war die Zahl der heimkehrenden tuberkulösen Soldaten relativ gering, im zweiten und dritten Jahre des Krieges aber nimmt von Woche zu Woche, von Monat zu Monat die Zahl der schwer tuberkulös heimkehrenden Krieger in beängstigender Weise zu und es ist bemerkenswert, daß es speziell die jüngsten Jahrgänge sind, die ungewöhnlich große Kontingente der schweren Tuberkulose stellen. Diese Erfahrung zeigt, daß es ratsam wäre, junge, muskelschwache, zur Tuberkulose neigende Stellungspflichtige nicht zu assentieren, da sie für den Staat keinen Nutzen geben, die Truppen nur belasten und gefährden, während diese Leute andrerseits, wenn sie erst im späteren Alter, nachdem der Organismus schon ausgereift ist, ihrer Wehrpflicht Genüge leisten könnten, dann von der Tuberkulose verschont blieben. Der Umstand, daß gerade die jüngeren Jahrgänge so häufig im Felde erkranken, findet seine Erklärung durch die Inhalationsinfektion.

Mit dem Jahre 1916 ändern sich aber die Verhältnisse ganz gewaltig, die Krankenanstalten werden überfüllt mit schweren Tuberkulosen und die Geschlechtskrankheiten nehmen ebenfalls in außerordentlichem Maße zu.

Es wäre mir leicht nachzuweisen, daß diese Steigerung aller Volksseuchen parallel mit der sinkenden Volksernährung und der steigenden Teuerung vor sich geht, aber im knappen Rahmen einer halben Stunde ist es unmöglich, umfangreiches statistisches Material anzuführen. Es genügt, nur zu erwähnen, daß mit der Unterernährung die Widerstandsfähigkeit gegen tuberkulöse Infektion abnimmt und mit steigender Teuerung die Prostitution wächst: Paupertas meretrix. Also eine rasche Behebung der jetzigen Unterernährung des Volkes durch Beschaffung entsprechender Nährmittel,

die dem Körper genügende Mengen von Kohlehydraten, Eiweiß und insbesondere genügende Mengen des energiereichsten Nahrungsmittels, des Fettes, zuführen, also kurz gesagt, eine entsprechende, vom Staate geführte Ernährungspolitik sowie eine staatliche Wohnungsfürsorge wäre das beste Heilmittel gegen alle Volksseuchen.

Nicht das Parlament, nicht das Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern, sondern das Ernährungsamt ist die beste Apotheke für unsere heutigen Schmerzen.

Auf diese Hungerapotheke in der Mariahilferstraße würde leider gut die altertümliche Apothekeraufschrift passen: „Hic venditur catharticum, emeticum, narcoticum, et omne, quod exit, in um praeter remedium.“ Das bedeutet auf deutsch kurz: Hier verkauft man alle Mittel unter jeglichem Titel ausschließlich der Nahrungsmittel.

Ich hebe die Wichtigkeit der geregelten Ernährung bei der Verhandlung dieser Sanitätsgesetze absichtlich hervor, denn es kann uns geschehen, daß die von diesen Sanitätsgesetzen erhofften Erfolge sich nicht in dem Maße einstellen, wie es dem hohen Hause geschildert wird, dann aber sind nicht das Haus und diese Gesetze schuld, sondern das Ernährungsamt. Und daß in dem Ernährungsamt nicht alles in tadelloser Ordnung ist, wird vielleicht auch Seine Exzellenz der Herr Ernährungsminister zugeben müssen.

Ich verweise auf die Kritik der deutschen Ernährungsverhältnisse von Abderhalden, der auf die Ungerechtigkeit der gleichen Rationierung für groß und klein aufmerksam gemacht hat, ich verweise darauf, daß im Ernährungsamt wie in einem Greislerladen gewirtschaftet wird; die Herren wissen, wieviel Kartoffeln, Mehl und Fett sie zur Verfügung haben, sie scheinen aber nicht zu wissen, wie groß die Energievorräte in der Form der verfügbaren Nahrungsmittel sind und wie groß der Energieverbrauch der Bevölkerung ist. Ein jeder Geschäftsmann muß bei Aufstellung der Bilanz seine Warenvorräte in Geld ausdrücken; will man eine Ernährungsbilanz machen, muß man alles in Kalorien ausdrücken und dann erfährt man sicher, ob wir auskommen oder nicht. Eine solche Bilanz ist meines Wissens bisher vom Ernährungsamt nicht aufgestellt worden, wenigstens haben weder Seine Exzellenz noch die Zeitungen über etwas Ähnliches berichtet. Ich habe im Sommer im Ernährungsausschuß auf diese Verhältnisse aufmerksam gemacht, aber offenbar nutzlos. Entweder ist unser Energievorrat genügend, dann können wir auf Zufuhr verzichten, oder nicht, dann muß es gesagt werden, denn auch das Ernährungsamt kann nicht zaubern.

Für den größten Fehler des Ernährungsamtes betrachte ich es, daß es geduldet wird, daß auf alle möglichen Nahrungsmittel Karten ausgefolgt werden, für die man eventuell nichts bekommen kann. Wenn auf alle Anweisungen wenigstens das auf ihnen verzeichnete Minimum zu angemessenem Preise sicher zu bekommen wäre, wäre mit einem Schlag die Preistreiberei und Hamsterei beseitigt. Durch Beschlagnahme der Erdäpfel auf den Eisenbahnen geschieht das nicht. Das Ärgste dabei ist aber, daß die Staatsautorität darunter leidet. Man glaubt nicht den amtlichen Anweisungen, man glaubt nicht dem amtlichen Gelde und daher ist einem jeden Schwindel, einer jeden Preistreiberei Tür und Tor offen.

Die österreichische Regierung hat nicht lange vor dem Kriege ein ausgezeichnetes Buch, den „Codex alimentarius austriacus“ herausgegeben. Das Ernährungsamt gibt jetzt aber Verordnungen heraus, die mit den Vorschriften dieses Kodex von A bis Z sich im Widerspruche befinden. Trinkt zum Beispiel heute jemand ein Glas Bier, das nach den jetzigen Vorschriften bereitet ist, so begeht er auf einmal sieben Hauptsünden gegen den „Codex alimentarius“. *(Heiterkeit.)* 1. ist es kein Bier, da es nicht ausschließlich aus Malz und Hopfen hergestellt ist; 2. hat es ungenügenden Alkoholgehalt; 3. hat es ungenügenden Extraktgehalt; 4. ist es mangelhaft vergoren; 5. enthält es fremde Zusätze; 6. ist es geschmackswidrig und ekelerregend; 7. ist es eventuell gesundheitsschädlich. Für ein derartiges Gesüffe wäre der Brauer, der Verschleißer und der Gastwirt wegen Fälschung, Nachmachung und eventuell Vertriebes gesundheitsschädlicher Waren mit einer großen Geldstrafe, eventuell mit Kerkerstrafe zu bestrafen, jetzt aber wird er bestraft, wenn er das Bier so brauen würde, wie es im „Codex alimentarius“ vorgeschrieben ist.

Die kriegerischen Verordnungen sind ja sozusagen eine Hochschule für Lebensmittelfälscher.

Einem solchen Amte sollte man vielleicht doch nicht Ernährungsamt nachsagen, und wenn man es nicht ein Hungeramt nennen will, so könnte man es wenigstens „Unterernährungsamt“ wahrheitsgemäß titulieren. *(Heiterkeit.)*

Es ist leicht einzusehen, daß unter diesen Ernährungsverhältnissen die Tuberkulose schwer mit kräftiger Kost zu kurieren sein wird, und es ist ganz sicher, daß infolge der enormen Teuerung die geheime Prostitution bis zur Verwilderung ausarten wird. Dagegen nützen keine Sanitätsgesetze und auch die Verantwortlichkeit für alle die zerstörten Familien, für die notwendige Entvölkerung muß nur und ausschließlich dem Ernährungsamte zur Last fallen.

Wir haben gesehen, meine Herren, daß es die Kriegsverhältnisse sind, die eine raschere Vorlage und Erledigung dieser Sanitätsgesetze erzwungen haben und man möchte glauben, daß die Militärverwaltung im eigenen Wirkungskreise die Initiative

ergriffen hat. Vielleicht könnten hier einige Verordnungen angeführt werden — ich will nicht ungerecht sein — aber im allgemeinen kann man keine große Initiative erblicken.

Wenn sich irgend ein Stand als nützlich im Kriege erwiesen hat, so ist das der ärztliche Stand. Gefahrdrohende Epidemien von Cholera, Flecktyphus u. a. sind hintangehalten worden und auch die Kriegschirurgie hat fast Unglaubliches geleistet. Und wie zeigt sich die Anerkennung der Militärverwaltung? Vielleicht darin, daß der jüngste Kurat vor dem ältesten Regimentsarzt rangiert oder vielleicht darin, daß die Reserveärzte überhaupt nicht oder elend avancieren oder darin, daß auch die seit dem Kriegsausbruche in Verwendung stehenden Mediziner nicht die Gelegenheit bekommen haben, ihre Studien zu vollenden?

Für Offiziere besitzt die Militärverwaltung eigene Erziehungsanstalten und die Militärakademien und Kadettenschulen fungieren während des Krieges ungestört weiter. Für Militärärzte existiert aber keine ähnliche Anstalt und man muß sich fragen, wie sich eigentlich die Militärverwaltung die Ergänzung des Militärärzteoffizierskorps vorstellt. Durch Nachlaß von Semestern erweisen Sie weder den Ärzten, noch den Soldaten, noch der Gesamtbevölkerung etwas Gutes. Wenn man in Schweden sieben Jahre Medizin studiert, so darf man hier mit gutem Gewissen die Studienzeit nicht um ein Semester verkürzen. Das tut aber die Militärverwaltung im eigenen Wirkungskreis. Auf diese Weise kommen Zustände heraus, über die ich wirklich nicht näher berichten will. Die Kollegen der einberufenen Mediziner vollenden ihre Studien, die Kolleginnen werden mit 20 K täglich in den Spitälern angestellt, ihr Kommandant, der Stabsarzt und der Oberstabsarzt haben es nicht, aber die Damen haben eben ein solches Glück im Kriege. Die anderen Einberufenen verlieren ein Jahr nach dem anderen. Es ist hier eine ungerechte Bevorzugung des militäruntauglichen Personals gegenüber dem tauglichen und dienenden. Es ist höchste Zeit, daß dies irgendwie abgeschafft wird. Denn auch das beste Reglement ohne gut ausgebildete Offiziere wird nichts nützen und die besten Sanitätsgesetze ohne ausgebildetes Ärztepersonal sind ebenfalls nutzlos. *(Zustimmung.)*

Es ist höchste Zeit, daß die Inskriptionsvorschriften in milderer Weise erlassen und gehandhabt werden. Sollen die Sanitätsgesetze etwas nützen, müssen die Ärzte auch beim Militär, wie es die jetzige Kriegslage erfordert, gebührende Autorität haben, und diese muß ihnen unter allen Umständen verliehen werden. Jetzt ist der Militärarzt nur ein beratendes Organ seines Kommandanten. Bekommt ein Soldat Läuse in der Flecktyphusgefahr, wird der Arzt verantwortlich gemacht. Wird der Kommandant irrsinnig, stellt er etwas an, ist der Arzt verantwortlich, weil er nicht gewußt hat, daß er irrsinnig wird. *(Heiterkeit.)*

Die ungenügende Achtung des Militärarztes hat sich im Kriege absolut nicht gebessert. Ich erinnere mich der ernsten Worte des berühmten Wiener Okulisten Stellwaag v. Carion, die er oft zu wiederholen pflegte: „Wenn ein General durch die Dummheit seines Gegners eine Schlacht gewinnt, so setzt man ihn gleich auf ein hohes Roß; an den Entdecker der Narkose denkt keine Katz." Diese Verhältnisse haben sich tatsächlich nicht gebessert. Und wenn es nicht zur Besserung kommt — ich weiß nicht, wohin wir steuern werden. Krasser können die Verhältnisse kaum geschildert werden.

Ich erlaube mir noch einmal darauf aufmerksam zu machen: Ohne ausgebildetes ärztliches Personal nützen uns die besten Sanitätsgesetze nicht und ich erhoffe, daß die Militärverwaltung nicht versäumen wird, auch in dieser Beziehung das nachzuholen, was sie bisher nicht nachgeholt hat. Dann noch eine Bitte an das hohe Haus: Ich bitte die Herren, die Vorlagen womöglich einstimmig anzunehmen. Denn wenn schon, so soll es ein anderer sein als das Haus, der von dem Vorwurf getroffen werden könnte, daß er etwas versäumt hat, was auch nur ein Menschenleben in dieser großen Zeit ersparen kann. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Jerzabek.

Abgeordneter Dr. **Jerzabek:** Hohes Haus! Bei dem nicht unbedeutenden Interesse, welches die Öffentlichkeit dem heute in Verhandlung stehenden Gegenstande entgegenbringt, wäre es für uns ärztliche Vertreter wohl sehr verlockend, in die Materie tiefer einzudringen und die Ausführungen, womit der sehr verehrte Herr Berichterstatter die Ausschußanträge zu motivieren bestrebt war, aus dem reichen Schatze unserer Erfahrungen zu ergänzen. Leider ist die dem einzelnen zugemessene Redezeit für einen längeren Vortrag nicht ausreichend. Ich werde mich daher begnügen müssen, lediglich auf jene Forderungen Bezug zu nehmen, die ich selbst im Gesundheitsausschusse gestellt habe, ohne deren Annahme durchzusetzen.

Wenn die Herren den gedruckten Ausschußbericht zur Hand nehmen und einen Blick in denselben werfen, so werden sie zunächst finden, daß in meinem Antrag der Absatz 2 gestrichen worden ist, und zwar, wie es dort heißt, aus dem Grunde, um allen Streitmöglichkeiten bei der Beratung im Hause auszuweichen. Der betreffende vom Ausschusse abgelehnte Antrag lautet nämlich *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, der Verbreitung unsittlicher Bilder und Schriften durch Ver-

schärfung der hierfür bestehenden Strafbestimmungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten, dagegen die positiven Faktoren der Moral in Staat und Gesellschaft in weitestgehendem Ausmaße zu fördern."

Meine sehr verehrten Herren! Bei der Begründung dieses Antrages will ich zunächst mit allem Nachdrucke betonen, daß es mir vollständig fern gelegen ist, bloß den Parteistandpunkt hervorzukehren und mich vorsätzlich in einen Gegensatz zu den Anhängern einer anderen Weltanschauung zu stellen. Mich hat vielmehr einzig und allein nur der meiner Erfahrung und Überzeugung entspringende Gedanke geleitet, daß bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht bloß der Arzt zu Rate gezogen werden soll, sondern gleichzeitig auch auf die Mitwirkung des Erziehers nicht verzichtet werden darf. Jedermann weiß ja — und dazu braucht er nicht erst Arzt zu sein —, daß das Hauptkontingent zu dem Heere jener Unglücklichen, die ein verliebtes Abenteuer mit einer venerischen Infektion büßen müssen, gerade das jugendliche Alter liefert und daß hierfür in erster Linie eine mangelhafte oder wenigstens eine gewisse sittliche Grundsätze außer acht lassende Erziehung verantwortlich gemacht werden muß. So ist es auch zu erklären, warum beispielsweise in den Kadettenschulen, wo ja bekanntlich die sittliche Erziehung manches zu wünschen übrig läßt, luetische Infektionen bei kaum dem Knabenalter entwachsenen Zöglingen durchaus nichts seltenes sind, während in den anderen Erziehungsanstalten, wo auf die rechtzeitige Abwehr aller die Sittlichkeit gefährdenden Momente ein strenges Augenmerk gerichtet wird, derartige traurige Vorkommnisse nicht zu beklagen sind. Und weiters ist es ja auch bekannt, daß bei studentischen Korporationen, deren Mitglieder zur Hochhaltung des Keuschheitsideals angehalten werden und wo alles verpönt ist, was diesem widerspricht, venerische Erkrankungen gleichfalls zu den Ausnahmsfällen gehören.

Ich halte es für angezeigt, auf diese Tatsachen besonders hinzuweisen, weil ja bekanntlich in neuerer Zeit sich wiederum das Bestreben geltend gemacht hat, die sexuelle Aufklärung schon den Schulkindern zu vermitteln, ein Beginnen, vor dem mit Rücksicht auf die unsäglich traurigen Konsequenzen, die ein derartiges Erziehungssystem zweifellos nach sich ziehen müßte, nicht genug gewarnt werden kann. Denn der Grundsatz „Probieren geht über Studieren" steht ja auch bei der Jugend und vielleicht hier noch mehr als in jedem anderen Alter in Geltung, und was dabei herauskommen dürfte, wenn sexuell aufgeklärte Jungen im Alter von 10 oder 12 Jahren die Probe auf das Exempel machen werden, brauche ich wohl nicht erst des näheren zu erklären.

Meine sehr verehrten Herren! Es hat überhaupt mit dieser sogenannten Aufklärung eine eigene Bewandtnis und man kann da nicht genug vorsichtig sein, wenn man nicht etwas Schlimmes anrichten will. Ich werde dies gleich durch ein Beispiel illustrieren. Ich glaube, die verehrten Herren wissen wohl alle, was man unter dem Begriff „Homosexualität" zu verstehen hat. Ebenso werde ich es als bekannt voraussetzen dürfen, daß Handlungen, die in Betätigung einer homosexuellen Veranlagung ausgeführt werden, sowohl nach dem österreichischen als auch nach dem deutschen Strafgesetz als Verbrechen der Unzucht wider die Natur geahndet werden.

Ohne mich auf die Streitfrage einzulassen, ob die strafrechtliche Verfolgung von Verirrungen, die auf Grund einer psychischen Abnormität erfolgen — und um eine solche handelt es sich ja bei der Homosexualität — überhaupt gerechtfertigt erscheint, will ich nur bemerken, daß man früher mit Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Zahl von Anzeigen, die in dieser Straffache bei den hiesigen Gerichten bisher eingelaufen waren, der Meinung war, daß bei uns die Uranier oder die Urninge, wie man nämlich die Homosexuellen gleichfalls nennt, nur einen verschwindend kleinen Bruchteil der Bevölkerung ausmachen. Leider hat sich diese Ansicht als eine irrige erwiesen. Denn es mögen vielleicht jetzt zehn oder zwölf Jahre her sein, da begann in Wien eine Bewegung einzusetzen, welche die Öffentlichkeit auf das Treiben in gewissen Kreisen aufmerksam machte und eine Art Feldzug gegen diese Urninge inszenierte. Es wurde sogar eine eigene Zeitung herausgegeben, welche seitenlange Artikel über die Orgien brachte, die in gewissen Lokalen abgehalten worden sein sollen, auch wurden die Gast- und Kaffeehäuser genannt, die diesen Bedauernswerten angeblich als Rendezvousplätze dienten, und was war die Folge dieser Aktion? Die Zahl der Anzeigen über homosexuelle Vergehen stieg ins Ungeheuerliche und zwar nicht deshalb, weil jetzt etwa die Polizei mit allem Eifer darauf Jagd gemacht hat, — das ist ihr gar nicht eingefallen — sondern aus dem Grunde, weil tatsächlich die Zahl der Homosexuellen eine Vermehrung erfahren hatte. Und das ist auch unschwer zu erklären. Vorher war nämlich eine große Anzahl dieser Menschen sich ihres krankhaften Zustandes überhaupt nicht bewußt. Einen anderen Teil hielt die natürliche Scham in gewissen Schranken, weil jeder von ihnen glaubte, er sei vielleicht allein mit diesem Gebrechen behaftet und müsse unbedingt der allgemeinen Verachtung anheimfallen, wenn es zur Kenntnis seiner Mitmenschen gelange. In dem Augenblicke jedoch, wo er erfuhr, daß er mit seiner abnormen Veranlagung nicht isoliert dastehe, sondern eine große Anzahl gleichgearteter Kameraden besitze, von denen sich ein Teil auch nicht die mindeste Zurückhaltung auferlege, überwand er selbstredend

alle Scheu und setzte sich über die früher gehegten Bedenken hinweg, während wieder bei anderen diese perversen Triebe erst geweckt wurden und zur Betätigung gelangten, so daß die Gerichte hernach wirklich viel zu tun hatten, um es nicht zu einem öffentlichen Skandal kommen zu lassen.

Sie werden aber zugeben müssen, meine Herren, daß dies alles nur dadurch bewirkt werden konnte, weil in der Presse über gewisse Schattenseiten des großstädtischen Lebens Enthüllungen gemacht worden waren, von denen besser der Schleier nicht hätte hinweggezogen werden sollen und daß hier die Aufklärung nur schädigend gewirkt hat. Darum hüte man sich, ich wiederhole es nochmals, vor einer allzufrühen Aufklärung der Jugend auf sexuellem Gebiete!

Meine Herren! Was nun die Anträge anbelangt, die der Gesundheitsausschuß selbst gestellt hat, so läßt sich gegen dieselben wohl nichts einwenden, insbesondere schon aus dem Grunde nicht, weil wir ja alle ihre Berechtigung anerkennen müssen und ganz gut wissen, daß die geforderten Maßnahmen, wie zum Beispiel eine zeitgemäße Reform des Prostituiertenwesens, dann ein energischer Kampf gegen die geheime Prostitution nur durch ein Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in wirklich befriedigender Weise gelöst werden können.

Sehr sympathisch berührt mich die in neuerer Zeit wiederholt angeregte Idee bezüglich der Kasernierung der Prostituierten in Bordellen, wo auch die Besucher einer ärztlichen Kontrolle unterstellt werden können. Es ist das eine Einführung, die, wie ich hinzusetzen will, bereits im Mittelalter bestand, und wenn wir nach so langer Zeit wieder darauf zurückkommen, so liefert dies nur den Beweis, daß nicht alles schlecht gewesen sein kann, was unsere Vorfahren als zweckentsprechend angesehen haben, und daß weiters das als so finster verschriene Zeitalter zweifellos sehr viel helle und erleuchtete Köpfe geboren haben muß. Bei der Schaffung dieser Anstalten wäre aber unbedingt Vorsorge zu treffen, daß die Lizenzen, die für solche Bordelle ausgegeben werden, nicht Privatpersonen zukommen, wie dies heute geschieht, wo dann aus dem Bordell eine gewinnbringende Erwerbsquelle geschaffen wird, ohne Rücksicht auf den eigentlichen Zweck, dem diese Anstalten dienen sollen, sondern daß letztere die Gemeinden selbst in der Hand behalten, um für eine richtige ärztliche Überwachung Sorge zu tragen. Übrigens hat auch einer meiner Herren Vorredner bereits ausgeführt, daß es nicht angeht, bloß die Prostituierten allein einer regelmäßigen ärztlichen Untersuchung zu unterziehen, dagegen jene, die von denselben weggehen und die Krankheit weiter verbreiten können, von dieser Kontrolle freizulassen.

Weniger einverstanden kann ich mich mit jenen Vorschlägen erklären, welche die Einreihung der Syphilis unter die anzeigepflichtigen Krankheiten anstreben, und zwar angeblich zu dem Zwecke, um für die Durchführung einer rechtzeitigen Behandlung der Erkrankten die nötige Handhabe zu erhalten. Ich glaube, meine Herren, daß wir auf diese Weise gerade das Gegenteil erreichen werden. Wenn auch der Herr Berichterstatter nur für eine beschränkte Anzeigepflicht eingetreten ist und unter anderem dieselbe für Schüler festgesetzt wissen will, so können Sie sich aber leicht vorstellen, meine Herren, daß zum Beispiel ein Gymnasiast, der eine solche Krankheit akquiriert hat, zweifellos aus dem Gymnasium hinausfliegt, wenn die Anzeige erstattet wird, und daß überhaupt den meisten Personen Unannehmlichkeiten erwachsen werden, wenn solche Anzeigen erfolgen, so daß wahrscheinlich alle diejenigen, die gewisse Rücksichten zu beobachten haben, sich gezwungen sehen werden, ihren Zustand möglichst lang geheim zu halten und die ärztliche Hilfe dann an und für sich zu spät kommt, zum mindesten nicht mehr alle schweren Folgen abwenden kann oder daß der Erkrankte erst recht zu Kurpfuschern und Quacksalbern seine Zuflucht nimmt, weil er bei diesen keine Anzeige zu fürchten hat. Bei anderen dagegen, die schon aus freien Stücken den Arzt aufsuchen, ist eine Anzeige deshalb überflüssig, weil bei der Syphilis eine Desinfektion und Isolierung nicht erforderlich erscheint und bei der langen Dauer der Krankheit auch nicht gut durchgeführt werden kann.

Wenn es dagegen jenen Herren, welche so sehr für die Anzeigepflicht bei Syphilis schwärmen, hauptsächlich darum zu tun ist, verläßliche statistische Daten über eine allfällige Zu- oder Abnahme der venerischen Krankheiten zu gewinnen, dann nimmt es mich nur wunder, daß es noch keinem von ihnen eingefallen ist, die Aufnahme einer besonderen Rubrik „Überstandene Geschlechtskrankheiten" in die polizeilichen Meldezettel oder Volkszählungsbogen zu beantragen und eine Strafe für diejenigen festsetzen zu lassen, welche dieselben nicht wahrheitsgemäß ausfüllen. Es wäre dies eine Maßnahme, die vielleicht auch für die Anhänger der Abschreckungstheorie sehr vieles an sich hätte, und schließlich, dümmer als so manche von den vielen polizeilichen Vorschriften, die wir heute schon haben, wäre diese Anordnung wohl auch nicht.

Noch weniger kann ich mich mit dem ebenfalls oft laut gewordenen Gedanken befreunden, daß für Luetiker ein Heiratsverbot festgesetzt, beziehungsweise für alle Personen, die künftighin eine Ehe eingehen wollen, die Bewilligung zur Eheschließung von der Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses abhängig gemacht werden soll; denn abgesehen davon, daß wir außer der sogenannten Wassermannschen Reaktion derzeit kein Mittel besitzen, um

eine überstandene Syphilis mit Sicherheit nachweisen zu können, ausgenommen die Fälle, wo deutliche Narben vorhanden sind oder vielleicht noch Ausschläge auftreten u. dgl., überdies die Wassermannsche Reaktion nicht ganz verläßlich ist, so liefert uns die letztere auch keinen Anhaltspunkt zur Feststellung des Zeitpunktes, wann die Infektion stattgefunden hat. Nach der Ansicht der Autoritäten unserer Wissenschaft soll nämlich die Ehe dem Luetiker erst dann gestattet werden, wenn seit der Infektion wenigstens drei Jahre verstrichen sind und seit mindestens einem Jahre keine neuen Erscheinungen mehr aufgetreten sind. Das läßt sich aber, wie gesagt, durch die Wassermannsche Reaktion nicht feststellen. Wir können durch dieselbe nur erfahren, daß die betreffende Person überhaupt einmal eine luetische Infektion erlitten hat, und würden daher in allen Fällen, wo die Wassermannsche Reaktion ein positives Resultat ergibt, die betreffende Person unbedingt zu einem lebenslänglichen Zölibat verurteilen müssen. Dies geht doch keinesfalls an, schon aus dem Grunde nicht, weil der beabsichtigte Hauptzweck dadurch trotzdem nicht erreicht werden kann. Es handelt sich ja darum, eine syphilitische Nachkommenschaft unmöglich zu machen. Das kann aber nicht auf diesem Wege geschehen, denn den Luetiker hindert ja nichts, auf außerehelichem Wege so viel Kinder in die Welt zu setzen, als er dies vermöge seiner größeren oder geringeren Zeugungsfähigkeit zu tun vermag. Und diese unglücklichen Geschöpfe werden dann außer den Makel der unehelichen Geburt auch noch den noch größeren einer ererbten Syphilis an sich tragen. Das hieße also die bereits in der Welt bestehenden Ungerechtigkeiten noch um eine weitere vermehren, wozu wir aber kaum unsere Zustimmung geben dürfen. Wir werden uns daher wohl oder übel damit begnügen müssen, alle jene Personen, welche eine Ehe eingehen wollen, über das Wesen und die Folgen der Syphilis ordentlich aufzuklären. Darüber hinauszugehen, wäre nur gefährlich.

Meine sehr verehrten Herren! In meinem Antrage ist noch ein weiterer Antrag gestrichen worden, der sich mit der Tuberkulose befaßt und den Hinweis auf ein Heilverfahren enthält, das in neuerer Zeit eingeführt wurde und womit auch schon sehr viele Erfolge erzielt worden sind. Es ist dies die sogenannte Vibroinhalationstherapie, die ihrem Wesen nach darin besteht, daß die Luftwege gewissermaßen reingefegt werden, und zwar durch rhythmisch komprimierte, mit Medikamenten beschickte Luft, wozu ein eigener, durch einen Motor betriebener Apparat verwendet wird. Ich selbst habe bereits gegen 1000 Lungenkranke so behandelt und kann infolgedessen aus eigener Erfahrung den Wert dieses Heilverfahrens bestätigen. Außerdem liegen Zeugnisse von sehr vielen Anstalten vor, welche gleichfalls bekräftigen, daß durch die Vibroinhalation eine sehr rasche Besserung herbeigeführt wird und insbesondere die Widerherstellung der Arbeitsfähigkeit am ehesten zu erreichen ist. Ich will ja nicht behaupten, und auch die anderen Anhänger der Vibroinhalationstherapie werden das nicht tun, daß wir damit schon ein Allheilmittel für die Tuberkulose gefunden haben. Das läßt sich schon aus dem Grunde nicht sagen, weil man, um von einer Heilung der Tuberkulose zu sprechen, mehrere Jahre warten muß.

Nach zwei Richtungen wirkt aber dieses Heilverfahren unbedingt äußerst günstig, nämlich auf die Kräftigung des Körperzustandes und die schnelle Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit. Dazu kommt noch die Billigkeit des Verfahrens sowie der Umstand, daß letzteres überall durchgeführt werden kann, ohne erst die Errichtung zahlreicher Spitäler notwendig zu machen, und daß infolgedessen diese Heilmethode sich ganz besonders für eine Massenbehandlung eignet. Eine solche kommt aber künftighin in Betracht, weil wir annehmen müssen, daß nach dem Kriege unbedingt mehrere Hunderttausende Lungenkranke zurückkommen werden, die eine sofortige Behandlung benötigen.

Es ist daher nicht zu verstehen, warum in gewissen Kreisen ein solcher Widerstand gegen die Einführung dieses Heilverfahrens erhoben wird. Es ist das vielleicht nur darauf zurückzuführen, daß es sich hier um eine österreichische Erfindung handelt, die natürlich in erster Linie den Weg ins Ausland nehmen und später mit vielem Gelde zurückgekauft werden muß *(Zustimmung)*, um dann bei uns zur Geltung zu gelangen. Außerdem gehört der Erfinder nicht der geschlossenen Gesellschaft an, die unsere Hochschulprofessoren bilden, und infolgedessen gilt seine Erfindung auch nicht so viel, denn bekanntlich haben alle jene Ärzte, die es durch eigene Tüchtigkeit dazugebracht haben, eine Professur zu erhalten, nie diese Anerkennung gefunden, wie jene Herren, die schon vermöge ihrer Verwandschaft in diese Kreise hineingekommen sind. Ich erinnere nur an den leider viel zu früh verstorbenen Professor Türk, der einer der größten Kenner der Erkrankungen des Blutes gewesen ist, von dem man aber nie so viel Aufhebens gemacht hat, weil er eben nur als Eindringling gegolten hat.

Trotz alledem zweifle ich nicht im mindesten, daß die Vibroinhalationstherapie ihren Weg sich bahnen wird. Ich möchte daher nur an die Regierung die Bitte richten, die von dem Ausschusse beantragte Überprüfung durch den Obersten Sanitätsrat ehestens durchführen zu lassen, damit unsere heimkehrenden Krieger auch der Wohltat dieses Heilverfahrens teilhaftig werden können.

Damit glaube ich schließen zu können. Ich möchte nur noch auf einen Vorwurf zurückkommen,

den der geehrte Herr Berichterstatter gegen ein Mitglied unserer Partei, gegen den Landesausschuß Kunschak, erhoben hat, der sich in abfälliger Weise über die Ärzte geäußert haben soll. Ich glaube, daß der Herr Berichterstatter diese Äußerung falsch verstanden haben dürfte. Es hat sich — soweit ich unterrichtet bin — um ein Urteil über die Naturheiler gehandelt und da ist es ihm doch freigestanden, auch seinen Standpunkt darzulegen. Daß aber der niederösterreichische Landesausschuß für die Ärzte und für die medizinische Wissenschaft im allgemeinen viel getan hat, das beweist er durch die Anstalten, die er geschaffen hat und die wirklich mustergültig dastehen. Infolgedessen ist in erster Linie zu berücksichtigen, in welchem Zusammenhange die inkriminierte Äußerung gefallen ist. Unbedingt kann ich mit Bestimmtheit erklären, daß es sich nicht um einen generellen Angriff gegen die Ärzte gehandelt hat.

Im übrigen werden wir für die Anträge des Ausschusses stimmen, und zwar schon deshalb, weil keiner von uns den Vorwurf auf sich laden wird, den von seiten der Kriegsseuchen unleugbar drohenden Gefahren gleichgültig gegenüberzustehen und der Möglichkeit einer Dezimierung unserer Bevölkerung durch Lues und Tuberkulose nicht rechtzeitig entgegenarbeiten zu wollen.

Es wäre auch der gröbste Undank, wenn wir uns den Völkern Österreichs für die vielen und schweren Opfer, die sie während des gegenwärtigen Weltkrieges für die Erhaltung der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes gebracht haben, auf so schmähliche Weise erkenntlich zeigten. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Mit Rücksicht darauf, daß für 6 Uhr eine Sitzung zur Vornahme der Delegationswahlen anberaumt ist, sowie mit Rücksicht auf den Umstand, daß mir noch eine dringliche Anfrage überreicht worden ist, breche ich diese Verhandlung ab.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die dringliche Anfrage zu verlesen.

Schriftführer **Čech** *(liest)*:

„Dringliche Anfrage der Abgeordneten Dr. Lukavský, G. Habermann, L. Pik und Genossen, betreffend die Errichtung des landesfürstlichen Polizeikommissariats mit vollem Wirkungskreise für die Stadtgemeinde Pilsen und einige benachbarte Ortsgemeinden.

Im Staatsvoranschlag für das Verwaltungsjahr 1917, Teil VII, Ministerium des Innern, Erläuterungen, finden wir nachfolgende Bestimmung:

„„Aus wichtigen Gründen staats- und sicherheitspolizeilicher Natur soll in Pilsen ein landesfürstliches Polizeikommissariat mit vollem Wirkungskreise für die Stadtgemeinde Pilsen und einige benachbarte Ortsgemeinden errichtet werden. Weiters ist beabsichtigt, dieser Polizeibehörde ein den anderen uniformierten Sicherheitswachen analog organisiertes Wachkorps beizugeben. Zu den Kosten dieses Wachkorps soll die Gemeinde Pilsen einen angemessenen Beitrag, für das Verwaltungsjahr 1917/18 den Betrag von 144.792 K, leisten.““

Die Absicht der Regierung hat nicht nur lokale Bedeutung, sondern ist von prinzipieller Natur. Nach den Gesetzen über die Gemeindeordnung gehört die Ausübung der Ortspolizei in die selbständige Kompetenz der Gemeinde: § 28 ad 2, 4, 5, 6, 7 und 9 des Gesetzes vom 16. April 1864, L. G. Bl. Nr. 7, und Artikel V der Grundsätze der Gemeindeordnung vom 5. März 1862, R. G. Bl. Nr. 18.

Dieses Prinzip ist beschränkt nur durch die Ausnahmsbestimmung, die im Schlußsatze des § 28 der Landesordnung für das Königreich Böhmen vom 16. April 1864, L. G. Bl. Nr. 7, enthalten ist und lautet:

„„Aus höheren Staatsrücksichten können bestimmte Geschäfte der Ortspolizei in einzelnen Gemeinden besonderen landesfürstlichen Organen im Wege des Gesetzes zugewiesen werden.““

Aus dieser gesetzlichen Bestimmung folgt, daß, wenn die Staatsverwaltung in einer Gemeinde das selbständige Polizeiamt im Sinne des Gesetzes von der Organisation k. k. Polizeiämter vom 1. August 1850, L. G. Bl. Nr. 152, und der Ministerialverordnung vom 15. Februar 1870, R. G. Bl. Nr. 12, zu errichten beabsichtigt, wenn sie den Wirkungskreis der Ortspolizei ganz oder teilweise auf die Organe der Staatspolizei übertragen will, dazu ein besonderes Landesgesetz notwendig ist.

Das beweist das Landesgesetz vom 1. März 1874, Nr. 3, durch welches die Gemeinde Dejwitz und das Landesgesetz vom 9. Dezember 1884, Nr. 65, durch welches die Gemeinden Kleinhoschowitz und Lieben zum Polizeirayon der königlichen Hauptstadt Prag zugewiesen wurden, das beweist die Bestimmung des § 82, 2 des Gemeindestatuts der Stadt Prag vom 27. April 1850, L. G. Bl. Nr. 85.

Daher stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern folgende Anfrage:

„„Ist Seine Exzellenz geneigt, die angekündigte Absicht der Errichtung des landesfürstlichen Kommissariats für die Stadtgemeinde Pilsen und einige benachbarte Gemeinden aufzugeben, weil dies eine flagrante Verletzung der zwischen der Landesgesetz-

gebung und Verordnungsgewalt festgesetzten Grenzen zu ungunsten der ersteren bedeutet?""

Wien, 23. Oktober 1917.

| | |
|---|---|
| Votruba. | Dr. Lukavský. |
| Navrátil. | Habermann. |
| Kratochvíl. | Pik. |
| Stříbrný. | Fiedler. |
| Bodňanský. | Franta. |
| Lišý. | Stránský. |
| Dr. Šubrt. | Čech. |
| Maštálka. | Šamalík. |
| Valoušek. | Janovec. |
| Slavíček. | Krž. |
| Dr. Hruban. | Dr. Stojan. |
| Kalina. | Hrásky. |
| Prunar. | Konečný. |
| V. Klofáč. | Dr. Koerner. |
| J. Sedlák. | Tobolka. |
| Funk. | Dr. Hübschmann." |

**Präsident:** Ich ersuche diejenigen Herren, welche dafür sind, daß dem Herrn Abgeordneten Dr. Lukavský als Anfragesteller zur Begründung der soeben verlesenen Anfrage das Wort erteilt und dann die Debatte darüber eröffnet werde, sich zu erheben. *(Abgeordneter Staněk: Ich bitte das Stimmenverhältnis zu konstatieren!)* Ich bitte stehen, beziehungsweise sitzen zu bleiben und ich bitte die Herren Schriftführer das Stimmenverhältnis zu konstatieren. *(Nach Auszählung des Hauses):* Der Antrag auf Eröffnung der Debatte wurde mit 126 gegen 56 Stimmen angenommen. *(Beifall.)*

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Lukavský zur Begründung seiner Anfrage das Wort.

Abgeordneter Dr. **Lukavský:** Hohes Haus! Es ist allgemein bekannt, daß in den Staatsvoranschlägen und namentlich im Voranschlage für das Verwaltungsjahr 1917/18 die verschiedensten Posten nur aus dem Grunde gestrichen wurden, um so viel als möglich sparen zu können.

Desto mehr muß daher unsere Aufmerksamkeit eine Post im Staatsvoranschlage erwecken, welche in diesem Sparsystem vollends entzieht und eine größere Ausgabe bedeutet. Dieselbe erweckt unsere Aufmerksamkeit nicht nur in finanzieller, sondern auch in sachlicher und verfassungsmäßiger Hinsicht.

Im Staatsvoranschlage für das Verwaltungsjahr 1917/18 finden wir unter Abteilung VII, Erläuterungen, Tit. 3, „Öffentliche Sicherheit", daß die Ausgaben für Zwecke der Polizeibehörden und Organe in diesem Jahre um 3,693.994 K gegen das vorige Jahr höher sind. *(Hört!)*

Dieses Mehrerfordernis beruht zu einem beachtenswerten Teile auf der Errichtung eines Staatspolizeikommissariats mit vollkommenem Wirkungskreise für die Stadt Pilsen und einige Nachbargemeinden. In den Erläuterungen wird erwähnt, daß zur Errichtung dieses Kommissariats wichtige staatliche und sicherheitspolizeiliche Gründe führen.

Dieses neue Polizeiamt soll mit organisierter Wache, analog wie andere Sicherheitswachen, ausgerüstet werden. Zu den Unterhaltskosten dieser Wache soll die Gemeinde Pilsen mit einem Betrage, welcher für das Jahr 1917/18 mit 144.792 K festgesetzt ist, beisteuern.

Diese Vorkehrung, welche die Regierung in der Form des Staatsvoranschlages trifft, ist nicht, wie es vielleicht im ersten Augenblicke scheint, von lokaler Bedeutung, dieselbe hat im Gegenteil eine weit größere Bedeutung. Sie ist von grundsätzlicher und verfassungsrechtlicher Bedeutung. *(Zustimmung.)* Sie ist eine Regierungskundgebung, welche bereits in der Zeit des Kriegsabsolutismus, vor Eröffnung der Parlamentsperiode, vorbereitet war, ein Regierungsakt, zu welchem die Prager Statthalterei die Initiative gab.

Die Absicht der Regierung, in Pilsen ein Polizeikommissariat mit uniformierter Wache und vollständigem Wirkungskreise zu errichten, ist absolutistisch und verfassungswidrig.

Die Ausübung der Ortspolizei gehört gemäß der die Gemeindeordnung betreffenden Gesetze in den eigenen Wirkungskreis der Gemeinde, wie dies ausdrücklich in dem bis jetzt gültigen, die Gemeindeordnung betreffenden Landesgesetze vom 16. April 1864, im § 28, Absatz 2, 4, 5, 6, 7 und 9, und wie dies ausdrücklich im Artikel V der einschlägigen Grundsätze über die Gemeindeordnung, R. G. Bl. Nr. 18 vom 5. März 1862, angeführt ist.

In diesem Artikel ist ausdrücklich angeführt, daß in den eigenen Wirkungskreis der Gemeinde, in welchem die Gemeinde im Rahmen der bezughabenden Reichs- und Landesgesetze vollkommen frei vorgehen kann, die Sorge für die Sicherheit der Person und des Eigentums, die Ortspolizei, Marktaufsicht, die Sanitäts-, Sitten-, Bau- und Feuerpolizei usw. gehört.

Diese selbständige Rechtsbefugnis der Gemeinden ist nur durch die ausschließliche Bestimmung eingeschränkt, die im letzten Satze des Artikels V und im § 28 des Gesetzes über die Gemeindeordnung enthalten ist und welche für die Beurteilung der Absicht der Regierung, in Pilsen eine Staatspolizei zu errichten, maßgebend ist.

Diese Bestimmung setzt ausdrücklich fest, daß aus höheren Staatsrücksichten bestimmte Geschäfte, welche der Ortspolizei obliegen, in einzelnen Ge-

meinden auf besondere staatliche Organe übertragen werden können, jedoch nur mittels eines Gesetzes.

Infolge dieser ausdrücklichen Bestimmung des geltenden Gesetzes unterliegt es keinem Zweifel, daß jedesmal, wenn die Staatsverwaltung die Absicht hat, in irgend einer Gemeinde im Sinne des Gesetzes über die Organisation der k. k. Polizeibehörden vom 1. August 1850, L. G. Bl. Nr. 152, und der Ministerialverordnung vom 15. Februar 1870, R. G. Bl. Nr. 12, eine selbständige Staatspolizeibehörde zu errichten und die in den selbständigen Wirkungskreis der Gemeinde fallenden Polizeigeschäfte ganz oder teilweise auf die Staatsorgane zu übertragen, hierzu stets ein besonderes Landesgesetz nötig ist.

Es ist Sache des betreffenden Landesgesetzes, mit welchem zum Schaden des Wirkungskreises einer Gemeinde eine Staatspolizeibehörde errichtet wird, auch festzustellen, inwieweit die Gemeinde dem Staate vielleicht zu dem durch die betreffende Einrichtung hervorgerufenen Aufwande beizusteuern hat.

Es ist selbstverständlich, daß in diesem Falle zwischen der betreffenden Gemeinde und der Landesverwaltung Unterhandlungen über die Höhe der Ersatzquote vorangehen müssen. Insoweit hierüber im Gesetze nichts angeführt wäre, ist die Gemeinde zu einer Beitragsleistung nicht verpflichtet.

Die Richtigkeit dieses Standpunktes bestätigt auch die Praxis. Hier wäre das Landesgesetz vom 1. März 1874, Z. 3, mit welchem die Gemeinde Dejvic, und das Gesetz vom 9. Dezember 1884, Z. 65, mit welchem die Ortschaften Klein-Holeschowitz und Lieben dem Polizeirayon der Prager Gemeinde zugeteilt wurden, zu erwähnen.

Auch spricht hierfür die Bestimmung des § 82, Absatz 2, des Gemeindestatuts der Stadt Prag vom 27. April 1850, Z. 85.

Wie aus dem Wortlaute des Gesetzes, so geht auch aus der bisherigen Praxis klar hervor, daß die Übertragung der Ortspolizeigeschäfte vom selbständigen Wirkungskreise der Gemeinde auf die Staatsbehörden nicht durch einseitige Vorkehrung der Regierung erfolgen kann, sondern daß deren Verwirklichung nur im Verfassungswege, und zwar nur durch ein Landesgesetz möglich ist.

Sämtliche Bedenken, welche in betreff der Notwendigkeit eines besonderen Landesgesetzes in dieser Hinsicht aus dem Schlußsatze des Artikels V der einschlägigen Grundsätze hervorgerufen werden könnten, ob der Wortlaut „im Wege des Gesetzes" den Weg des Gesetzes oder bloß den gesetzlichen Weg bedeutet, verschwinden, wenn auf die Geschichte des Ursprungs das Augenmerk gerichtet wird. Die Regierung beantragte damals einen anderen Wortlaut, demzufolge es möglich gewesen wäre, staatliche Polizeibehörden für die Agenda der Ortspolizei im Wege bloßer Verordnung zu errichten; vom Parlamentsausschusse wurde aber der jetzige Wortlaut beantragt und ausdrücklich betont, daß nicht befürwortet wird, der ausübenden Macht eine so weitgreifende Berechtigung zu erteilen, wobei Ministerpräsident Schmerling sich übereinstimmend mit der so beantragten Änderung äußerte.

In der 62. Sitzung des Hauses der Abgeordneten des Reichsrates am 27. September 1861 hat nach dem Referate des Berichterstatters Dr. Rechbauer in der Spezialdebatte über das Gemeindegesetz, als er beantragt hat, den Ausschußentwurf bezüglich Artikel V unbedingt gegenüber der Regierungsvorlage anzunehmen, der Ministerpräsident Schmerling ausdrücklich erklärt *(liest)*:

„Wir haben, meine Herren, nunmehr beinahe 13 Jahre das Gemeindegesetz vom Jahre 1849 in einem großen Teile des Reiches in Wirksamkeit und mir sind in der Tat keine Fälle bekannt, wo die Ortspolizei, die nach diesem Gemeindegesetze den Kommunen übertragen wurde, denselben entzogen worden wäre; sie ist nur in jenen Fällen im Wege der Gesetzgebung entzogen worden, wo einzelnen Kommunen eigene Gemeindestatuten verliehen wurden, wo allerdings mit Rücksicht auf die eigentümlichen Verhältnisse, wie das insbesondere in großen Städten der Fall ist, eine teilweise Modifikation in der Ausübung der Ortspolizei im Interesse der Gemeinde selbst gelegen ist. Wenn daher unter dem bisherigen System der Regierung in keiner Weise es beigekommen ist, eine Einziehung der Ortspolizei zugunsten und im Interesse zur Stärkung der Autorität der Regierung eintreten zu lassen, so ist, glaube ich, in Zukunft, wo die Regierung in allen ihren Aktionen unter Kontrolle der gesetzgebenden Körperschaften gestellt ist, ein Übergriff der Regierung in keiner Weise zu besorgen. Demungeachtet ist die Regierung ihrerseits sehr gern bereit, jener Tendenz zuzustimmen, die die Begrenzung dieses Rechtes in Ausübung der Ortspolizei nur im Wege der Gesetzgebung gestattet, weil sie ja selbst bewußt ist, nur dann Anträge in der Richtung zu stellen, wenn es wirklich im Interesse der Gemeinde geboten erscheint. *(Bravo!)*"

Der im Staatsvoranschlage enthaltenen Regierungsverordnung kann bloß die Tragweite einer einseitigen Regierungskundgebung beigemessen, nicht aber die Eigenschaft eines konstitutionellen Verfassungsbeschlusses zuerkannt werden, der für die Gemeinde Pilsen verbindlich wäre, namentlich nicht, sofern dieselbe die vermeintliche Beitragsleistung der Gemeinde zur Bestreitung der Auslagen betrifft.

Für unsere Verhältnisse ist es gewiß höchst charakteristisch, daß mit der Gemeinde keine Unterhandlungen, betreffend eine Ersatzleistung für das vorbereitete Kommissariat, gepflogen wurden. Nicht

nur die Absicht der Regierung, die Pilsner Polizei zu verstaatlichen, sondern auch die Höhe des Aufwandes, welcher der Gemeinde im heurigen Staatsvoranschlage diktiert wird, mußte die größte Überraschung hervorrufen.

Im August 1916 wandte sich der Verwalter der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Pilsen, Hofrat Hatlák, mit der mündlichen Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Pilsen, ob die Gemeinde mit der Errichtung einer Staatspolizei in der Stadt Pilsen einverstanden wäre und mit welchem Betrage sie zur Bedeckung dieser Institution beitragen würde. Der Pilsner Stadtrat hat hierauf am 14. August 1916 den Beschluß gefaßt, daß er seine Zustimmung zum Ersatze der bestehenden Sicherheitswache durch eine Staatssicherheitswache nicht geben könne.

Mit Rücksicht auf diesen prinzipiellen abweislichen Standpunkt lautete selbstverständlich auch die Antwort des Stadtrates auf die Frage betreffend die Beitragsleistung verneinend. Die schriftliche Antwort wurde dem Verwalter der Bezirkshauptmannschaft übergeben.

Zu einer anderen Verhandlung in dieser Angelegenheit kam es zwischen der Gemeinde und den Staatsbehörden überhaupt nicht.

Den Pilsner Stadtrat führte zu dieser abweislichen Antwort neben seinem Rechtsstandpunkt auch der Umstand, daß die Gemeinde Pilsen das ihr durch das Gesetz auferlegte Gebiet der öffentlichen Sicherheitsverwaltung mit Hilfe einer eigenen organisierten und mit großem Aufwande errichteten und erhaltenen Sicherheitswache und mit Hilfe eines besonderen administrativen Polizeiamtes in Friedenszeiten, oft auch in sehr bewegten Zeiten, immer anstandslos besorgte, daß die exekutiven Organe der städtischen Polizei stets rechtzeitig ihren Verpflichtungen gehörig nachgekommen sind, daß besonders bei den jetzigen schwierigen Kriegsverhältnissen die Gemeinde und ihre Organe den Aufgaben der Sicherheitspolizei im vollen Maße zu entsprechen verstanden, daß während der ganzen Kriegszeit unter der Bevölkerung Pilsens eine friedliche Stimmung herrschte, so daß seitens der landesfürstlichen Behörden nie Beschwerden gegen die Sicherheit der Person und des Eigentums erhoben wurden und daß infolgedessen für die Sicherheit aller für den Staat wichtigen Institutionen und Unternehmungen in Pilsen gehörig vorgesorgt ist.

Dies war im Sommer 1916.

In Pilsen, obzwar die Stadt als bedeutende Kriegsindustriestätte der Monarchie heutzutage übervölkert, obzwar sie mit Arbeitern aus allen Teilen der Monarchie überfüllt ist, herrschte während der ganzen Kriegszeit absolute Ruhe, bis auf die Ausschreitungen vom 13. und 14. August 1917.

Diese Ausschreitungen wurden aber einzig und allein durch die schlechte Approvisionierung verschuldet, waren die Folge der stiefmütterlichen Abfertigung in den Approvisionierungszuteilungen seitens der betreffenden Organe, namentlich der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt und der Statthalterei.

Zu ähnlichen Ausschreitungen kam es nicht nur in Pilsen, sondern auch in zahlreichen anderen Städten. *(Zwischenrufe.)* Bei diesen Ausschreitungen hat die städtische Polizeiwache sowie auch die Gendarmerie im vollen Maße ihre Pflicht erfüllt; auch das Militär schritt ein. Diesen Ausschreitungen würde aber auch eine Staatspolizei nicht vorbeugen können. Gegen das lange Zeit hungernde Volk, welches noch dazu provoziert wurde, müßte sich selbst die Staatspolizei machtlos zeigen, falls sich dieselbe ihrer Aufgabe nicht mit großen blutigen Opfern unter der Bevölkerung entledigen würde.

Zur Motivierung der Regierungsabsicht, in Pilsen eine Staatspolizei zu errichten, werden höhere Sicherheits- und Staatsinteressen angeführt. Es ist offenbar, daß hierbei die Sicherheit der Skodawerke und des Eisenbahnbetriebes gemeint wird.

Die bisherigen Erfahrungen während der Kriegszeit haben aber deutlich erwiesen, daß die Sicherheit dieser großindustriellen Kriegsunternehmung in Pilsen seitens der Bevölkerung nicht im mindesten bedroht wurde und bedroht ist. Der regelrechte Gang derselben war und kann bloß durch Arbeiterstreitigkeiten mit dem Arbeitsgeber in Lohn- und Approvisionierungsfragen bedroht werden. Dasselbe gilt von den Eisenbahnbediensteten der Staatsbahndirektion in Pilsen. Für die Sicherheit beider Unternehmungen sorgt neben dem Militär eine Gendarmeriewache.

Die Errichtung einer Staatspolizei zu diesen Zwecken würde bedeuten, daß weder das Militär noch die Gendarmerie samt der Geheimpolizei zu dieser ihrer Aufgabe hinreicht und deshalb durch eine Staatspolizei ersetzt oder ergänzt werden muß.

Die Staatspolizei hätte hier vor allem einer trotz ihrer heutigen großen Bedeutung für den Staat, dem Wesen nach privaten großindustriellen Unternehmung zu dienen. Es ist ziemlich wahrscheinlich, daß die Skodawerke diese Bedeutung nach dem Kriege einbüßen werden; sollte dann die Pilsner Staatspolizei die Interessen einer privaten Großunternehmung gegen die Arbeiter wahren? Falls heute während des Krieges Militär und Gendarmerie die Skodawerke schützen muß, sind diese Korps für diese Aufgabe nicht besser organisiert als die Staatspolizei?

Jedermann, der Pilsen besuchte und die Skodawerke besichtigte, muß eingestehen, daß dieselben fast ängstlich bewacht werden und dies nicht nur durch Gendarmerie, sondern auch durch Militär. Für den

Polizeidienst ist daselbst ein Polizeikommissär mit vier Geheimpolizisten bestimmt. Die für die Skodawerke bestimmte Gendarmeriewache zählt mehr als 80 Mann und auf der Bolewetzer Schießstätte und der dortigen Munitionsfabrik zählt diese Wache weitere 20 Mann. Das Kommando dieser Wachen ist einem besonderen Rittmeister unterstellt. Dieser Gendarmeriewache gehören auch zwölf berittene Gendarmen an, welche das Etablissement umreiten. *(Zwischenrufe.)*

Außer diesen Wachen versieht den Dienst rings um die Skodawerke und in den Etablissements selbst eine Militärwache, welcher ebenfalls eine ganz ansehnliche Zahl von Wachmannschaft angehört. Nebstdem befindet sich in Pilsen eine große Garnison in der Stärke von zwei Ersatzbataillonen (48. und 69.), weiter eine Artilleriecrsatzbatterie (19). Im Bedarfsfalle steht diese gesamte Garnison der Militärverwaltung der Skodawerke zur Verfügung.

In der letzten Zeit, wo zwischen den Skodawerken und den Arbeitern Lohn- und Verpflegsstreitigkeiten ausgebrochen sind, wurde nach Pilsen von anderswoher Militär berufen, und zwar in der Stärke von mehr als 3000 Mann. Werden diese Vorkehrungen in Erwägung gezogen, gelangt man zu der Überzeugung, daß der Sicherheitswachdienst bezüglich der Skodawerke mehr als gut versehen und die Absicht, in Pilsen noch ein besonderes Polizeikommissariat zu errichten, überflüssig und kleinlich ist.

Analoge Verhältnisse finden sich auch bei der Bahn vor.

Eines ist wahr, was die städtische Polizei betrifft. Vor dem Kriege zählte die städtische Polizeiwache 169 Mann und kam ihren Verpflichtungen derart nach, daß nie auf dieselbe geklagt wurde. So wie in mehreren anderen Fällen zeigte sich die Staatsverwaltung auch hier kopflos. Bei Kriegsausbruch wurde die Hälfte der Mannschaft der Pilsner Polizeiwache zum Waffendienst einberufen und blieben die aus diesem Grunde eingebrachten Gesuche unbeachtet. Von den eingerückten städtischen Polizeiwachleuten fielen 7, 6 sind gestorben, vermißt werden 6 und die übrigen weilen bis jetzt bei ihren Militärkörpern. Soweit es möglich war, wurde das städtische Sicherheitswachkorps ergänzt und zählt jetzt 91 Mann. Mehr Leute konnten nicht aufgenommen werden, denn alles, was geeignet ist, befindet sich im Militärdienste. Die Gemeinde half sich damit aus, daß sie zum leichteren Tagesdienste auf Kriegsdauer 80 alte Männer aufnahm, welche die Zivilwache bilden. Der Aufwand der Gemeinde Pilsen für die Polizei beträgt heute jährlich mehr als eine Million Kronen und es wäre unbarmherzig und rechtswidrig, von der Pilsner Gemeinde noch weitere Auslagen für ein Kommissariat irgendeiner Staatspolizei zu verlangen.

Slavná sněmovno! Je-li pokládáno usídlení průmyslu v místech za šťastnou podmínku budoucího jejich rozvoje, musíme naproti tomu konstatovati, že mohou nastati u nás v Rakousku takové poměry, že průmysl se stává elementem ohrožujícím zdravý, normální a zákonný život obcí. V takové situaci je za války Plzeň. Město Plzeň následkem výminečného postavení Škodových závodů žije vlastně stále mimo zákon. Nechci se zmiňovati o tom, jak všechny podniky obecní, jež mají sloužiti ke všeobecnému dobru občanstva, slouží především podniku Škodových závodů na újmu občanstva, jak poměry drahotní a bytové v Plzni jsou abnormální, jistě jedinečné v celé říši, a to především vlivem Škodových závodů, nutno však zdůrazniti tu jednání úřadů v posledních dnech ve příčině znovuvybudování muniční továrny v Bolevci u Plzně. Je to podnik smutně známý ze dne 25. května 1917, kdy následkem výbuchu zahynulo na tři sta lidí, několika stům lidí způsobena zranění velice považlivá a celé okolí a zejména město Plzeň přivedeny do nebezpečí největší katastrofy. Každý po tomto velikém neštěstí očekával, že se v Bolevci podobná továrna již nezřídí. *(Souhlas.)*

Avšak jak byla celá veřejnost překvapena, když bylo dne 25. října t. r. stanoveno komisionelní řízení a při něm shledáno, že již celá továrna vlastně je znovu vybudována. *(Slyšte!)* Byla postavena úplně bez stavebního a živnostenského povolení. Komise se odbývala jen proto, aby se vyhovělo formální stránce řízení. Postup tento jest úplně protizákonný, jest výsměchem výslovným ustanovením stávajících zákonitých předpisů, ač se tu jedná opět o bezpečnost osobní a majetkovou širého okolí.

To je jeden případ z výminečných poměrů, jaké byly vytvořeny tím, že válečně průmyslový podnik, jakým jsou Škodovy závody, jsou zvláštním státem ve státě.

**Präsident:** Ich bitte den Herrn Redner zu schließen.

Abgeordneter Dr. **Lukavský:** Ich bin gleich fertig! — *(fortfahrend):* Na jedné straně vydává se opět v šanc bezpečnost života a majetku tisíců občanů tím, že se nedbá zákonitých předpisů, ač přece katastrofa z 25. května t. r., jež především zaviněna byla lehkomyslností a nedbáním zákonitých nařízení, by měla politické a vojenské správě býti vážným mementem, na druhé straně vidíme zdánlivou starostlivost o bezpečnost v úmyslu zříditi v Plzni a okolí státní policii, a to i za cenu mimozákonnosti a protiústavnosti. Známe případy, kde místní policie se neosvědčovala, kde nekonala povinnost svou náležitě a nestranně,

:de bylo stále mnoho vážných stesků proti ní, ale tam se vláda neodvážila sáhnouti na zákonné právo samosprávy, poněvadž se jednalo o samosprávu německou *(Posl. Kalina: V Budějovicích!)* Samospráva česká je dávno trnem oku rakouských vlád. Z rukou nynějších rakouských vlád by nikdy již nevyšlo takové obecní řízení, jaké vyšlo na úsvitu rakouské ústavnosti za éry Schmerlingovy! Tak se u nás poměry vyvíjejí! Známy jsou vládní pokusy ve velkém slohu omeziti naši samosprávu, nesčetné jsou však případy, kdy se tak děje jednotlivě via facti. I v úmyslu vlády zříditi v Plzni státní policii vidíme zřejmý útok na naši českou samosprávu. Zaraziti však musí každého, kdo jen ještě poněkud konstitucionelně cítí, že má vláda odvahu tak zřejmě šlapati ustanovení zákona, jež by přece ona sama v prvé řadě měla respektovati, že má odvahu za zasedání parlamentu s tímto protizákonným ustanovením vystoupiti a že má odvahu absolutisticky diktovati české obci, kolik má přispěti na uskutečnění jejího úmyslu. To činí v době, kdy samospráva za války se tolik zasloužila o udržení stability vnitřních našich poměrů, kdy její výkonnost čestně snese srovnání s celým aparátem správy politické, kdy správa politická a vojenská bez vynikající systematické pomoci naší samosprávy by se ocitla v nejkratší době na mělčině.

Tážeme se vlády, zda hodlá upustiti od úmyslu zříditi v Plzni a okolí státní policii. Náš dotaz je pilný, ježto víme, že přípravy k uskutečnění toho jsou vykonány. Náš dotaz jest současně důrazným protestem proti tomuto úmyslu vlády nejen po stránce věcné, nýbrž i ústavní.

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, zu schließen, ich müßte Ihnen sonst das Wort entziehen!

Abgeordneter Dr. **Lukavský**: Ich bin schon fertig! — *(fortfahrend)*: Jsme v boji za plnou svobodu svého národa, tím pochopitelnější jest, že nemožno nám snésti s klidem, když nynější vláda sahá cestou mimozákonnou na právo a působnost naší samosprávy, jež za dosavadních poměrů byla a jest hlavním výrazem našeho samostatnějšího občanského života. *(Potlesk. — Řečníku blahopřeje.)*

**Präsident**: Es hat sich Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern zum Wort gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Minister des Innern Graf v. **Toggenburg**: Hohes Haus! Bezüglich der Anfrage, welche gestellt wurde, kann ich mit nur wenigen Worten den Sachverhalt aufklären. Der Grund, warum für eine erhöhte Ausgestaltung des Sicherheitsdienstes in Pilsen speziell vorzusorgen nach Ansicht der Regierung notwendig ist, braucht wohl keiner weiteren Erläuterung; er ist einfach darin zu suchen, daß Pilsen einen Aufschwung genommen hat, wie wenig andere Städte unserer Monarchie. Die wenn auch fluktuierende Bevölkerung ist in einer Weise angewachsen, wie es mit dem früheren, dem Friedenszustand, kaum in Vergleich zu bringen ist. Es ist dort der Sitz so großer Betriebe und für das ganze Reich so wichtiger Unternehmungen, daß speziell die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung in einem Zentrum — muß ich sagen — wie es heute Pilsen ist, für die Regierung begreiflicherweise einen Gegenstand besonderer Sorgfalt bilden muß. *(Abgeordneter Prunar: Aber es ist ja Ruhe und Ordnung dort, Exzellenz!)* Nicht immer! *(Abgeordneter Prunar: O ja, immer! — Abgeordneter Habermann: Brot und Kartoffeln fehlen und Fleisch!)* Leider Gottes, manchmal.

Die Frage nun, die der Herr Anfragesteller speziell ausführlich erörtert hat, die Frage der Aufstellung eines Polizeikommissariates mit unbeschränkter Wirksamkeit, wie sie im Staatsvoranschlag vorgesehen ist, ist bald nach der Übernahme meines Amtes an mich herangetreten und ich habe — ich kann es ohneweiters sagen — gleich die Undurchführbarkeit der Sache in dieser Form erkannt aus dem Grunde, weil für dieses Polizeikommissariat ein unbeschränkter Wirkungskreis vorgesehen war, das heißt ein Wirkungskreis, der auch den Gemeinden ihren eigenen Wirkungskreis wegzunehmen bestimmt gewesen wäre. Für eine derartige Organisation nun wäre ein Landesgesetz vonnöten gewesen. *(Zustimmung.)*

Nachdem ich nunmehr zur Überzeugung gekommen bin, daß auf diese Weise vorzugehen nicht angängig ist, habe ich die Errichtung eines Polizeikommissariates mit beschränktem Wirkungskreise eingeleitet, welches gar keine andere Aufgabe hat, als die Bezirkshauptmannschaft in denjenigen Zweigen des öffentlichen Sicherheitsdienstes zu unterstützen, welche die Bezirkshauptmannschaft derzeit selbst allein zu besorgen berufen ist. *(Zwischenrufe. — Ruf: Das soll die Stadt Pilsen zahlen!)* Diesem Polizeikommissariat sollen nur solche Agenden zugewiesen werden, die bisher in den Wirkungskreis der Bezirkshauptmannschaft Pilsen gehörten. Zum Beispiel die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit, Ordnung und Ruhe, das Meldungs-, Paß- und Fremdenwesen, die Vereins- und Versammlungspolizei, die Fällung von Erkenntnissen auf Abschiebung und Abschaffung, das polizeiliche Strafrecht innerhalb des den Polizeikommissariaten zugewiesenen Wirkungskreises und dergleichen. *(Zwischenrufe.)* Zur Errichtung eines derartigen Polizeikommissariates mit beschränktem Wirkungskreis ist im Sinne der mit

Allerhöchster Entschließung vom 10. Juli 1850 genehmigten Grundlage für die Organisation der Polizeibehörden ausschließlich die Regierung befugt, ohne daß irgendein Gesetz zu diesem Zweck notwendig wäre. Es bestehen sehr viele derartige Kommissariate in Österreich und es ist immer vollkommen gesetzlich auf Grund dieser seinerzeitigen Regelung aus dem Jahre 1850 vorgegangen worden.

Durch das in Aussicht genommene Polizeikommissariat werden die Agenden des selbständigen Wirkungskreises weder der Gemeinde Pilsen noch der umliegenden Gemeinden in irgendeiner Weise tangiert. Als Exekutivorgane werden dem Polizeikommissariat Zivilwachmänner zugewiesen.

Ich habe aus einem Zwischenruf vernommen, daß die Ansicht besteht, daß vielleicht die Gemeinde Pilsen irgendwie zu den Kosten dieses Kommissariates beizutragen hätte. Das ist selbstverständlich nicht der Fall. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Zum Worte sind gemeldet die Herren Abgeordneten Pik, Stříbrný, Dr. Michl, Teufel, Pacher, Schreiter, Wolf, Hummer, Hartl.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Pik das Wort.

Abgeordneter **Pik:** Slavná Sněmovno! Prohlášení pana ministra vnitra nemůže nijak uspokojiti dotazovatele, pokud se týče zřízení státní policie v Plzni.

Pan ministr prohlašuje, že státní policie v Plzni má míti omezenou působnost, ale okamžitě naznačuje, že tato působnost bude se vztahovati i na otázky shromažďovacího práva, na otázky tiskové censury, tedy na eminentní občanské a politické záležitosti. *(Souhlas.)*

My sami, když jsme podávali dotaz, měli jsme na paměti velice závažné politické okolnosti, a to z toho důvodu, poněvadž jsme přesvědčeni, že zřízení státní policie v Plzni nemá žádného věcného odůvodnění. Jedná se jedině o motivy politické, o motivy, které jsou v souvislosti s opatřeními, jež se chystají pro nejbližší dobu v království českém. *(Tak jest!)*

My jsme pevně přesvědčeni, že po zřízení státní policie v Plzni nastaly by zjevy, jichž jsme svědky při činnosti státní policie v Praze. Proč nemáme v Plzni politických procesů? Proto, poněvadž tam není známá a vyhlášená c. k. státní policie, jako je státní policie v Praze.

Státní policie v Praze, pokud sledujeme její historii, byla zřízena roku 1867 po ustavení dualismu, po změně ústavy v Rakousku. Tato státní policie vykazuje ne snad jen činnost pokud se týče bezpečnosti občanstva, ona vykazuje zejména činnost pokud se týče politické persekuce dělnictva a celého národa. Máme tu na paměti procesy, které se odehrály v letech osmdesátých a devadesátých, persekuce proti dělnictvu sociálně-demokratickému. *(Souhlas.)*

My známe případ, že pražská policie byla autorkou velezrádného procesu „Omladiny" a konec konců můžeme říci, že žalářování a politická persekuce vychází z tajného kabinetu pražské policie. *(Tak jest!)* Tento zločin přenesl se do doby válečné.

Můžeme konstatovati celou řadu okolností, zejména, že poslední velezrádné procesy, proces dra. Kramáře, dra. Rašína a persekuce ostatních politických osobností nejsou výsledkem ničeho jiného než práce tajného kabinetu c. k. státní policie v Praze. *(Souhlas. — Potlesk.)*

My, kteří žijeme v Plzni, jsme plně přesvědčeni o tom, že není žádných důvodů k tomu, aby v Plzni byla zřízena c. k. státní policie. *(Tak jest!)* Musíme z důvodů autonomních a šetrnosti vlastního zemského a obecního zákonodárství protestovati proti tomu, že do rozpočtu státního vláda vložila částku 144.792 K jakožto položku, která má býti placena obecní správou na zřízení a udržování státní policie v Plzni. *(Tak jest!)*

Meine Herren! Die Einreihung der Quote per K 144.792 in das Staatsbudget als Beitrag der Pilsner Gemeinde zur Deckung der Kosten, welche mit der Einrichtung der k. k. Staatspolizei in Pilsen erwachsen würden, bedeutet einen ausgesprochen absolutistischen Regierungsakt. Die Regierung hat gar kein Recht dazu gehabt, diese Quote in das Staatsbudget einzusetzen, nachdem bisher eine gesetzliche Zustimmung zur Gründung der Staatspolizei in Pilsen nicht vorangegangen ist. Das Gesetz über die Gemeindeverfassung für das Königreich Böhmen bestimmt, daß die Ausübung der Dienste der Lokalpolizei in die selbständige Kompetenz der Gemeinde fällt. Wenn auch der § 28 dieses Gesetzes eine Ausnahme zuläßt, „daß aus höheren Staatsgründen einzelne Arbeiten welche der Lokalpolizei angehören, im Wege eines Gesetzes auf landesfürstliche Separatorgane zu übertragen sind," so erfordert eine derartige Kompetenzübertragung die Verlautbarung eines spezieller Landesgesetzes. Durch das Landesgesetz soll gleichzeitig bestimmt werden, in welchem Verhältnisse die Gemeinde zur Deckung derartiger Kosten beizutragen hat. Weder der einen noch der anderen Bedingung wurde in diesem Falle Folge geleistet. Kein dies bezügliches Landesgesetz wurde verlautbart und bei den Vorverhandlungen über die Absicht, die Staatspolizei in Pilsen zu gründen, hat das Pilsner Gemeindeamt durch den Beschluß vom 14. August 1916 über die Anfrage der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Pilsen dahin Stellung genommen, daß

diese Korporation mit Rücksicht auf das Gemeindegesetz sowie auch auf Lokalverhältnisse sich mit einer Aktion, in Pilsen die Stadtpolizei durch die Staatspolizei zu ersetzen, keinesfalls einverstanden erklären kann.

Aus diesem Grunde muß die Absicht, in Pilsen die Staatspolizei einzuführen, als eine gesetzwidrige Aktion angesehen werden, welche die Gemeinde- und Landesgesetzgebung für das Königreich Böhmen verletzt.

Die Regierung spielt da eine unwürdige Rolle, wobei der gesetzwidrige Vorgang ganz deutlich hinweist, wohin eigentlich die vorbereitete gewalttätige Wendung in der Angelegenheit der städtischen Polizei der königlichen Stadt Pilsen gerichtet ist. Er beweist, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um Schutz der öffentlichen Sicherheit, sondern um einen durchsichtigen Plan mit politischem Hintergrunde handelt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Stadt Pilsen als eine Kriegsindustriestadt eine außerordentliche Bedeutung hat, aber auch das ist erwiesen, daß während der verflossenen drei Kriegsjahre kein Anlaß dazu war, für die sogenannten höheren Staatsinteressen und Gründe außerordentliche Sicherheitsvorkehrungen zu verlangen. Um so weniger ist es erforderlich, die autonome Polizei zu beseitigen, um in Pilsen die Staatspolizei einzuführen.

Die Pilsner Stadtpolizei hat in der letzten Zeit zur Genüge den Beweis erbracht, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen und fähig ist, die öffentliche Ruhe aufrechtzuerhalten, wiewohl sie durch die Einberufung einer großen Anzahl ihrer Mannschaft zum Militärdienste große Lücken zu verzeichnen hatte. Dazu sei noch bemerkt, daß die sogenannten höheren Staatsinteressen durch Errichtung der Militärzensur gründlich geschützt wurden, ferner wird die Pilsner Kriegsindustrie militärisch bewacht und außerdem fungiert in Pilsen eine starke k. k. Gendarmeriestation und alle diese Organe mit der Stadtpolizei genügen vollkommen, um die Interessen der Kriegsindustrie in Pilsen zu wahren. Diese Tatsachen genügen auch vollkommen, um die Absicht, in Pilsen die Staatspolizei anzustellen, aufzugeben, nachdem andere Gründe zur Errichtung dieser Institution nicht angeführt werden können.

Die Approvisionierungsbegebenheiten vom 13. und 14. August können hierzu keinesfalls eine Grundlage bilden, denn der Plan, in Pilsen die Staatspolizei zu gründen, war längst vor diesen Demonstrationen schon vorbereitet.

Derartige Hungerkundgebungen hatte eine ganze Reihe anderer Städte auch im größeren Umfange zu verzeichnen, nirgends ist aber der Gedanke aufgekommen, deshalb dort die Staatspolizei zu errichten.

Übrigens waren an den Hungerdemonstrationen im August nicht die Einwohner Pilsens schuldtragend, sondern die ungenügende Zuteilung von Mehl und Brot. Und diese Schuld ist den staatlichen Ernährungsbehörden zuzuschreiben, nachdem diese durch Schlamperei und Ignorierung der Approvisionierung einer so wichtigen Stadt die hungernden Massen zu Demonstrationen provozierten. Das Einschreiten gegen die Augustdemonstrationen hat sich die landesfürstliche Leitung mit Hilfe der Gendarmerie und Militär vorbehalten, und die Pilsener Gemeindepolizei kann daher zu keiner Verantwortung gezogen werden. Also auch in dieser Richtung hin besteht kein Grund gegen die städtische Polizei in Pilsen.

Wenn die Regierung durch die Errichtung der Staatspolizei in Pilsen vielleicht das Ziel verfolgt, derartige Demonstrationen für die Folge unmöglich zu machen, empfehlen wir ihr, anstatt derartiger abenteuerlicher Pläne dafür Sorge zu tragen, daß die Pilsener Bevölkerung stets rechtzeitig und in genügendem Maße Approvisationszuteilungen erhält und damit verhindert sie jede Beunruhigung des schwer geplagten Volkes. Durch Errichtung der Staatspolizei ohne genügende Lebensmittelzuteilung wird keine Besserung erzielt, nachdem auch die schärfsten Polizeivorkehrungen den hungernden Magen nicht beruhigen können.

Wir erblicken in der Absicht, in Pilsen die Staatspolizei nach dem Muster der Prager Staatspolizei einzuführen, wo auch eine Abteilung zur Bewachung der politischen Tätigkeit gegründet würde, einen Plan zur Verschärfung der politischen Verhältnisse in Pilsen. Die Prager Polizei spielt in der Geschichte des politischen Lebens in Böhmen eine derart traurige Rolle, daß wir absolut keinen Grund haben, den Wunsch zu äußern, daß derartige Verhältnisse in Pilsen eintreten sollten. Die politische Abteilung der Staatspolizei ist — und sie wäre auch nichts anderes in Pilsen — ein politisches Persekutionsorgan und eine Erzeugung von künstlichen politischen und vaterlandsverräterischen Prozessen, wie es sich in den letzten Jahren, speziell in den Kriegsjahren, an der Prager Staatspolizei zeigte. Dies beweist auch die Geschichte der Arbeiterbewegung und des politischen Lebens des böhmischen Volkes.

In den achtziger und neunziger Jahren hat die Prager Staatspolizei eine scharfe Persekution der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hervorgerufen. Diese traurige antisozialistische Ära war von der Prager Statthalterei und speziell aus dem politischen geheimen Kabinett der Prager Staatspolizei geleitet. Dieser Persekution ist eine ganze Reihe von verurteilten Arbeitern, welche der Staatspolizeigeist als „dem Staate gefährliche Leute" bezeichnet hat, zum Opfer gefallen.

Anfangs der neunziger Jahre, als das böhmische Volk seine politischen Ansichten änderte, und gegen einen ungeheuerlichen Terrorismus protestierte, wurde eine planmäßige Persekution eingeleitet, die es namentlich gegen den jüngeren politischen Strom abgesehen hatte. Die Prager Staatspolizei hat mit Hilfe ihrer Agenten einen vaterlandsverräterischen Prozeß gegen die „Omladina" ausfindig gemacht, der mit furchtbaren Verurteilungen eines Ausnahmsgerichtes endigte. Die Prager Staatspolizei wurde also nicht zu einer Institution für öffentliche Sicherheitsdienste, sondern zu einer Persekutionsstation, welche mit sichtlicher Tendenz gegen die böhmische Bevölkerung aufgetreten ist. Und diese Tradition bewahrte die Prager Staatspolizei bis in die Kriegsjahre.

Zu dieser politischen Tätigkeit gehört auch die Persekution des böhmischen Volkes während des Krieges. Sie hat die politischen und vaterlandsverräterischen Prozesse im engen Zusammenhange mit dem Kriegsüberwachungsamte arrangiert. Der vaterlandsverräterische Prozeß gegen Dr. Kramář, Dr. Rašín, gegen die böhmischen Abgeordneten und Politiker, Internierungen und Konfinierungen von unbequemen politischen Personen, das alles bildet zum größten Teile die Tätigkeit der Prager Staatspolizei, welche daran interessiert ist, den Wiener Regierungs- und absolutistischen Kreisen derartige Erfolge zu präsentieren.

Durch die Errichtung der Staatspolizei in Pilsen wären wir der Gefahr ausgesetzt, daß dieselben Persekutionsverhältnisse in Pilsen eintreten könnten. Aus diesem Grunde verwahren wir uns entschiedenst gegen die Einführung der Persekutionsaera für Westböhmen. Es bestehen zur Errichtung der Staatspolizei in Pilsen keinerlei sachliche Gründe und der normale Verlauf der Pilsener Verhältnisse beweist am besten, daß eine solche Institution in Pilsen gänzlich überflüssig wäre. Wir verwahren uns gegen eine absolutistische Lösung dieser Frage und ersuchen dringendst, die Regierung möge die Absicht, in Pilsen und in den umliegenden Gemeinden ein Polizeikommissariat mit der Mannschaft der k. k. Staatspolizei zu errichten, aufgeben. Es wäre ein gesetzwidriges Vorgehen und eine unerhörte politische und nationale Provokation. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Stříbrný das Wort.

Abgeordneter **Stříbrný:** Slavná sněmovno! Bezpečnostní poměry v Praze jsou tak kritické jako ve všech velkých městech a jest zvláštní, že nic zde nepomáhá existence státní policie, která jest u nás dvojí: bezpečnostní a politická. Krade se, loupí a vraždí, ale zlosyni unikají spravedlnosti daleko více než dříve. Praha stála se v pravém slova smyslu eldoradem zločinců, policie prostě nemá času na stíhání zlodějů a lupičů, policie zabývá se pouze pronásledováním politických zločinů. Dnes každodenně zaznamenává policejní raport 10 až 20 případů zločinů, jež předávají se obyčejně zemskému trestnímu soudu. U pražské policie v bezpečnostním oddělení jest zaměstnáno pouze 10 detektivů, ale za to v politickém referátě jest zaměstnáno 24 stálých detektivů, dále celá řada konfidentů. Jest charakteristické, že v Černovicích bylo o bezpečnost lépe postaráno než v Praze. Když černovická bezpečnostní policie přestěhovala se do Prahy, zaměstnávalá 40 detektivů.

Hohes Haus! Es wäre eine sündhafte Nachlässigkeit, wenn man in einem Augenblicke, in welchem die Dringlichkeitsanfrage über die Errichtung der Staatspolizei in Pilsen durchberaten wird, über ihre Prager Mutter schweigen würde. Die mir kurz bemessene Zeit zwingt mich bloß zur kurzen Registrierung und eine ausführliche Schilderung der dort herrschenden unglaublichen Zustände behalte ich mir für eine Interpellation vor, welche ich in dieser Angelegenheit überreichen werde.

Das Departement der Prager Staatspolizei ist eine politische Abteilung der Prager Polizeidirektion. Es ist im wahren Sinne des Wortes eine Fabrik für die Großerzeugung politischer Verbrechen. Bis zum Jahre 1915 war Chef der Staatspolizei Oberkommissär Chum, ein Todfeind der böhmischen Nation. Dem Polizeichef steht außer Konzeptsbeamten eine Reihe von Detektiven und Agents provocateurs zur Disposition. Aus dieser Atmosphäre wuchs eine ganze Reihe tendenziöser politischer Prozesse hervor und ich erinnere bloß an den Antimilitaristenprozeß vom Jahre 1910, bei welchem 44 junge Leute auf die Dauer von einem Vierteljahrhundert schweren Kerkers verurteilt wurden. Schon die Tatsache, daß die Konfidenten für ihre Arbeit pro Stück belohnt wurden *(Hört!)*, genügt zur Beurteilung der Situation. Die künstliche Erzeugung von Verbrechen sollte die Unentbehrlichkeit der Staatspolizei und ihre Allwissenheit dokumentieren. Das Skandalisieren der böhmischen Nation war dabei nicht das letzte Ziel aller dieser Inspiratoren. Das ergebenste Instrument des Oberkommissärs Chum war der Detektiv Špaček, welcher seinerzeit für die Verbreitung antidynastischer Flugblätter in Konopischt gesorgt hat, woraus die antidynastische Gesinnung des böhmischen Volkes konstruiert wurde. Aus demselben Grunde hat dieser Detektiv zur Zeit des Besuches des verstorbenen Kaisers in Prag Bomben gelegt. *(Hört! Hört!)* Ich erinnere hierbei auch an das mysteriöse Ereignis bei den Kaisermanövern in Štěkno, bei welchen ein Konfident desselben Namens einige Revolverschüsse abgegeben hat. Dies brachte den Detektiv Špaček in eine derartige Wut, daß er

sich bei der Polizeidirektion beschwerte, warum ihm die Sache nicht anvertraut wurde, er hätte sie viel klüger durchgeführt und es hätte keine Blamage daraus entstehen müssen. Die Ergebenheit des Detektivs Špaček charakterisiert am besten ein Ausspruch desselben, den er wiederholt seinem Chef Chum gegenüber getan hat. Špaček pflegte ihm zu sagen: „Herr Chef, für Sie tue ich alles! Geben Sie mir den Auftrag, ich soll unsern Herrgott verhaften und ich bringe ihn Ihnen gefesselt!" *(Heiterkeit.)*

Dies nur als Beispiele der Atmosphäre, aus der die politischen Prozesse emporgewachsen sind. Bei Ausbruch des Weltkrieges wurde bei der Prager Staatspolizei geradezu eine Jagd auf böhmische Politiker veranstaltet. Prag wimmelte förmlich von den bekannten hochverräterischen russischen Manifesten und Flugblättern, über deren Herkunft niemand Bescheid geben konnte. Die Polizei warnte in der Presse vor Verbreitung derselben und behauptete, sie seien bei der Postdirektion und auf den Prager Bahnhöfen vorgefunden worden, es wurde aber niemand bei der Tat ertappt. Wer die Flugblätter in Druck gegeben und wer sie verbreitet hat, darüber will ich noch keine Behauptungen aufstellen, aber Fachleute haben ermittelt, daß die Flugblätter mit alten Typen gedruckt worden sind, welche bloß die einzige Prager Druckerei Haase hatte; es ist auch festgestellt, daß zu jener Zeit Kommissär Dr. Gellner von der Staatspolizei täglicher Gast in der Redaktion der „Bohemia" war. Und wegen Abschriften dieser Flugblätter wurde eine ganze Reihe von Leuten zum Tode durch den Strang verurteilt.

Zu Beginn des Jahres 1915 erhielt der Redakteur Stary eine Zuschrift von einem gewissen Protiva aus Rostok, in welcher er zu einer geheimen Zusammenkunft mit dem Bemerken eingeladen wurde, der Absender möchte gern mit den Führern und Abgeordneten der national-sozialistischen Partei zusammenkommen, denen er eine große Menge Dynamit zur Disposition stellen könnte. Wir haben ermittelt, daß Protiva ein bereits aus dem Balkankrieg bekannter Konfident ist. Im vollen Bewußtsein, daß es sich um einen Spitzel handelt, wurde gegen ihn die Strafanzeige erstattet. Die Polizei verhaftete ihn. Unsere Vertrauensmänner verfolgten die ganze Sache mit begreiflichem Interesse. Aber wie wunderten wir uns, als Protiva nach einigen Tagen frei in den Prager Straßen herumgegangen ist. *(Hört! Hört!)* Er war ein Agent provocateur. Diese Tätigkeit der Staatspolizei genügte jedoch den Feinden der böhmischen Nation noch immer nicht, und deshalb wurde nach Pensionierung des Präsidenten Křikawa, der den Regierungskreisen noch zu wenig streng war, zum Polizeidirektor der Deutsche Dr. Kunz aus Mährisch-Ostrau berufen. Dieser entfernte aus dem Präsidium und aus der Staatspolizei die dort zurückgebliebenen böhmischen Beamten und ernannte nebst dem Oberkommissär Slavíček zum wirklichen Chef der politischen Staatspolizei den 29 Jahre alten, als stramm deutsch bekannten Janka aus Mährisch-Ostrau, der 18 Angehörigen der böhmischen Nation zum Tode durch den Strick verholfen hat. Für diese Leistung erhielt er das Goldene Verdienstkreuz. *(Hört! Hört!)* Janka ist überhaupt nicht der böhmischen Sprache mächtig, ebenso wenig wie eine ganze Reihe von Beamten der Staatspolizei und des Polizeipräsidiums, wo alle Stellen nur durch Deutsche besetzt worden sind. Janka verheimlicht nirgends seinen antiböhmischen Haß und er erklärt vor Detektiven: „er werde die ganze tschechische Nation sekkieren, selbst wenn er den letzten Tschechen einsperren sollte". Während der Verhandlung der politischen Prozesse gegen die böhmischen Abgeordneten äußerte er sich einige Male, er werde doch den Augenblick erleben, bis dieser oder jener gehängt werden wird. Intelligente Böhmen, wie im Falle Mohr, ließ er gefesselt zum Bahnhof führen. Als ebenbürtiger Wüterich erwies sich der bereits erwähnte Kommissär Dr. Gellner von der Staatspolizei, welcher sich namentlich den konfinierten Französinnen und Engländerinnen gegenüber sehr grob benahm. So sagte er zu einer ganz unverhohlen: „Ich bin hier, um Sie zu quälen, weil ich ein österreichischer Patriot bin." Gegenüber verhafteten Frauen benahm er sich überhaupt gemein. So verhörte er die Frau Linhart — im Prozeß Duschek — abends in der Kanzlei, setzte sie zu sich auf den Sessel und begann sie zu betasten, wobei er das Licht auslöschte. *(Hört! Hört!)* Nur dem energischen Widerstande jener Frau ist es gelungen, den Wüstling abzuwehren. Im Jahre 1914 besuchte er oft spät nachts die verhafteten Frauen in den Separationen. Das können auch unsere Abgeordneten, die dort eingesperrt waren, beweisen.

Über das Toben dieser Beamten ließen sich ganze Chroniken schreiben, aber die Zeit drängt, und ich werde mich bloß auf einen Fall aus der neuesten Zeit beschränken. In der österreichischen Armee diente als Leutnant Professor Pifko vom Marburger Gymnasium.

Er wurde auch mit der eisernen Krone ausgezeichnet und von seinen Vorgesetzten als ein Beispiel der Tapferkeit geschildert. Ja, er wurde sogar dem Kaiser vorgestellt und ein von ihm eroberter Berg wurde nach seinem Namen benannt. Plötzlich geriet er jedoch in die italienische Gefangenschaft. Auf eine Anzeige hin, er sei zum Feinde übergegangen, begann gegen die ganze Familie die ärgste Persekution. Seine Gattin, Mutter von fünf Kindern, ist die Tochter des Herrn Mužík, Direktors des Stadtamtes in Schwarz-Kosteletz. Janka fuhr ihr dorthin nach. Bei der vorgenommenen Hausdurch-

suchung fand er nichts außer einem Tagebuch der Frau Pifko, in welchem die Worte stehen: „Der Vater diktiert Ziffern der Elisabeth". Diese Elisabeth ist eine Schwester der Frau Pifko. Janka hielt dies für eine geheime Chiffre, verhaftete den Direktor Mužík *(Hört!)*, einen 68 Jahre alten unbescholtenen Mann, sowie seine beiden Töchter, die Frau Pifko und die schon erwähnte Elisabeth und überführte alle nach Prag. Zur Pflege der vier kleinen Kinder wurde die Mutter der Frau Pifko auf freiem Fuße belassen und das fünfte, drei Monate alte Kind nahm Frau Pifko mit in die Haft. Unterwegs und auf der Polizei benahm sich Janka gegenüber der armen Mutter ganz unmenschlich. Obzwar sie das Kind stillte, ließ er sie volle 24 Stunden hungrig, ohne jede Nahrung *(Hört! Hört!)*, so daß die verzweifelte Frau ihre Mutter telegraphisch gebeten hat, sie solle sich das Kind abholen, sonst müßte es sterben. Die Familie Mužík ist schon drei Wochen in Untersuchungshaft und sämtliche Interventionen erwiesen sich als erfolglos.

Bei der Staatspolizei werden Verzeichnisse über alle Südslawen, die nach Prag kommen, als über dem Staate gefährliche Individuen geführt. *(Abgeordneter Dr. Rybář: Auch über die Soldaten?)* Das wahrscheinlich nicht. In diesem Südslawenverzeichnis sind auch Bulgaren, obwohl das Verbündete der Zentralmächte sind. Unter diesen als Verbrecher bewachten Leuten — ich verweise darauf als auf eine Kuriosität — befindet sich auch die bulgarische Sängerin Fräulein Morf, ein Gast des böhmischen Nationaltheaters. Bei der Polizeidirektion in Prag kann man sich in manchen Kanzleien böhmisch überhaupt nicht verständigen. Es werden bloß deutsche Beamte aufgenommen und außer ihnen noch 40 Damen, ebenfalls Deutsche. Für diese veranstaltet der Herr Regierungsrat Kunz Unterhaltungsabende in den Kanzleilokalitäten, wo lustig gezecht, getanzt und Orgien gefeiert werden, was auch durch eine interessante Photographie bewiesen werden kann. *(Zwischenrufe.)*

Die Prager Polizeidirektion hat auch ihre Approvisionierung, aber bloß für die deutschen Beamten aus dem Präsidium und von der Staatspolizei.

Vor einigen Wochen trafen bei der Polizeidirektion 8 Meterzentner Mehl ein, welche in der Waschküche des Herrn Regierungsrates Dr. Kunz abgeladen wurden. Man verkaufte 1 Kilogramm um 4 K 75 h. Und es ist eine Ironie des Schicksals, daß sich in der gegenüberliegenden Tür die Kanzlei des Amtes zur Bekämpfung des Wuchers befindet. *(Heiterkeit.)* Aber die Herren aus dieser Kanzlei kaufen auch jenes Mehl um 4 K 75 h. Natürlich ohne Mehlkarten.

Im Jänner 1916 wurden die national-sozialistischen Abgeordneten verhaftet und nach vorgenommenen Hausdurchsuchungen ihre Korrespondenz zur Polizeidirektion gebracht.

Als die Verurteilten ihre Sachen zurückverlangten, so fehlte der Koffer eines Abgeordneten. Er ist spurlos verschwunden. Vergeblich forschten wir nach dem Dieb. Erst ein Zufall führte uns auf die Spur. Jener Koffer wurde von dem aus dem Kramář-Prozeß bekannten Militäranwalt Dr. Preminger nach Wien geschickt und als Inhalt waren Akten deklariert. In Wirklichkeit befanden sich im Koffer keine Akten, sondern Herr Dr. Preminger hat in diesem Koffer von Prag nach Wien Mehl eingeschmuggelt. *(Hört! Hört!)*

Über Anregung der Staatspolizei wurde zum Verwalter der böhmischen Banken und Sparkassen im Königreiche Böhmen Hofrat Chlupp v. Chlonau von der Statthalterei ernannt. Er ist der bekannte Inspirator der Persekution gegen die Živnostenská banka und gegen andere böhmische Geldinstitute. Was für eine qualifizierte Person die Herren für die Kontrolle unserer Geldinstitute gewählt haben, hiervon liefert den Beweis ein Zirkular, welches im Jahre 1893 allen politischen Beamten zugestellt wurde und in welchem derselbe Herr zur Warnung wegen Spoliierung von Stempeln und Veruntreuung von Amtsgeldern *(Hört! Hört!)* vom Bezirkshauptmann zum Kommissär degradiert worden ist. *(Hört! Hört!)* Einen Dieb machten sie also zum Kontrollor der Geldinstitute. *(Zwischenrufe.)*

In Prag wurde ein gewisser Otto Richling verhaftet, der auf der Straße eine gemeine Beleidigung der böhmischen Nation begangen hat.

Er wurde verhaftet, aber nach Feststellung der Identität über ausdrücklichen Auftrag des Polizeipräsidiums freigelassen und der ganze Akt — ich kann auch dessen Nummer 26192/17 anführen — ad acta gelegt, ohne daß es zur weiteren Amtshandlung und gerichtlichen Verfolgung gekommen ist. Unter dem Regime des Ostrauer Kunz kann man in Prag auf offener Straße straflos das böhmische Volk beleidigen. Auch Pilsen soll jetzt mit einem Herrn aus der Ostrauer Schule des Herrn Kunz beglückt werden. Nach Prag soll nämlich der Mährisch-Ostrauer Oberkommissär Kračmera, der im ganzen 11 Dienstjahre hat, kommen. Dort soll er zum Polizeirat befördert und dann gleich zum Chef der Staatspolizei in Pilsen ernannt werden. Kračmera war schon Sonntag bei dem Polizeipräsidium in Prag. Der Hauptmitarbeiter der Prager Polizei ist der bekannte Militäranwalt Dr. Preminger, ein Spezialist in böhmischen Prozessen; so oft er in Prag erscheint, ist es ein Zeichen einer neuen Persekution. *(Abgeordneter Bechyně: Der Piperger?)* Der Piperger oder Wohlschläger. Nebstdem schickt die Staatspolizei im Wege der Statthalterei an die Ministerien ausführliche Wochenberichte, welche in anti-

öhmischer Tendenz gehalten sind. Die Zeitschrift Pondělník české demokracie" veröffentlichte ne Serie von vier Artikeln über die Zustände in r Domäne des Herrn Regierungsrates Dr. Kunz. ie Zensur mußte die Artikel wegen des sachlichen nhaltes durchlassen. Der letzte Artikel erschien am November. Am nächsten Tage, das ist am November, wurde unser Blatt durch Erlaß der olizeidirektion, Z. Nr. 8375 S II amtlich wegen r angeblich staatsgefährlichen Tendenz eingestellt. urch die im Erlaß angeführten Beispiele ist auch i weitem nicht der Beweis dieser Behauptung rchgeführt. Die „Česká Demokracie" wurde s persönlicher Rache des Prager Polizeidirektors gestellt. Es gelang mir, ein Reservat des Polizeirektors Dr. Kunz aufzufangen, welches einen Tag r der Einstellung unseres Blattes datiert ist und genden Wortlaut hat *(liest)*:

„K. k. Polizeidirektion Prag, Nr. 18617 P. r.

Prag, am 5. November 1917.

Rundschreiben an alle Amtsabteilungen und zirkskommissariate.

Die Zeitschrift „Lidový Pondělník české mokracie" hat unter der Überschrift „Basta rmanisace" eine Artikelserie gebracht, welche sich t Angelegenheiten unserer Behörde befaßt und enbar von Beamten der k. k. Polizeidirektion faßt oder inspiriert ist. Ich soll eigentlich jenem rrn, um dessen Geistesprodukte es sich handelt, kbar sein; denn wenn so ein skrupelloses Indiuum, welches keine Mistgrube undurchsucht läßt, etwas Koth zum Beschmutzen seines eigenen ftes aufzustöbern, gegen mich keine anderen Anlbigungen zusammenbringt als die angeführten, ß es mit meiner Amtsführung nicht so schlecht tellt sein. Allein es handelt sich nicht um meine son, sondern um die traurige Tatsache, daß ein lizeibeamter seine eigene Behörde in den Augen der völkerung bloßstellt, daß er Kollegen, die ihm etwas getan, nur deshalb beschmutzt, weil sie llig Deutsche sind, und daß er zur Ablagerung nes Unflates das Blatt benutzt, welches sich in er Linie einer antipatriotischen Schreibweise beßigt. Ich muß wirklich meinem lebhaftesten Bedern Ausdruck geben, daß sich in den hen der mir unterstehenden Beamtenschaft ein artiger ehr- und skrupelloser Wicht befindet, halte es für eine Pflicht der anderen Kollegen, s daran zu setzen, ihm die Maske vom Gesicht reißen. Ist das Geschwür aber einmal bloßgt, werde ich sorgen, daß es aus dem anderen nden Organismus verschwindet.

r k. k. Regierungsrat und Leiter der Polizeidirektion

Dr. Kunz m. p.

Hierzu bemerke ich vor allem, daß Herr Regierungsrat Dr. Kunz seine Behörde und seine Amtsführung sehr gut charakterisiert, wenn er von Mistgruben und dergleichen spricht.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Redner, zu schließen, die Zeit ist verstrichen.

Abgeordneter **Stříbrný**: Sofort! Wenn ich jenes Dokument nicht in der Hand hätte, so würde ich nicht glauben, daß ein Polizeidirektor einen so niedrigen und leidenschaftlichen Ton in seinen amtlichen Schriftstücken gebrauchen kann.

Und es ist vielleicht für einen jeden nicht voreingenommenen Mann ein genügender Beweis, daß die Einstellung der „Česká Demokracie" ein Akt der persönlichen Rache des Regierungsrates Kunz ist.

Ich bin wirklich neugierig, was dazu Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern sagen wird. Nach Wien gingen zwar Relationen von der Staatspolizei über die hochverräterische Tendenz unseres Blattes und das Eintreffen des Dr. Preminger in Prag ist die Voranzeige einer nahebevorstehenden Persekution. Aber damit werden Sie, meine Herren, nicht weit kommen. Es sind alte Erscheinungen, welche wie ein Barometer auf die Situation auf den Kriegsschauplätzen hinweisen. Solange die Armee von Unfällen betroffen war, wagte niemand eine Persekution, aber nach dem Durchbruch bei Gorlice kam es zu Verhaftungen, zur Einstellung von Blättern und zum Aufstellen von Galgen.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ihre Redezeit ist längst verstrichen, ich bitte zu schließen.

Abgeordneter **Stříbrný**: Sofort! Es trat dann die Ära einer kleinen Erleichterung ein. Aber der erste Kriegserfolg auf der italienischen Front und die Erfolge der Bolschewiki gaben sofort das Signal zur Kursänderung. In Deutsch-Brod wurde vor einigen Tagen der Verein der Staatsbeamten aufgelöst, weil auf dessen Versammlung die Kollegen Abgeordneten Dr. Šubrt und Hyrš gesprochen haben. In Prag wurden über 30 Arbeiter wegen Meuterei verurteilt, weil sie aus Hunger gestreikt haben, und vorige Woche wurde unser einziges Organ „Česka Demokracie" eingestellt. Vielleicht wird es wieder zu Verhaftungen kommen und vielleicht werden Galgen aufgestellt werden.

Ich schließe: Setzet fort, meine Herren, diesen Anschauungsunterricht der slawischen Nationen, was für eine Zukunft sie bei vollem Siege auf den Kriegsschauplätzen, wo ihre Söhne ihr Leben opfern, erwarten würde. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Es hat sich Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern abermals zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Minister des Innern Graf von **Toggenburg**: Hohes Haus! Der geehrte Herr Vorredner hat mir mitgeteilt, daß viele der mir unterstellten Beamten gemeine Verbrecher sind. Diebe, Betrüger sind sie *(Zwischenrufe)*, Mißbrauch der Amtsgewalt haben diese Herren, die bis heute als geachtete Beamte bei ihren Vorgesetzten bekannt sind, begangen. Meine Herren! Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, wenn einer dieser Herren diese Übertretungen, diese Verfehlungen begangen hat, die der Herr Abgeordnete Stříbrný mir mitgeteilt hat, so wird er nicht mehr Beamter sein. *(Lebhafte Zustimmung.)* Ich werde die Rede, die der Herr Abgeordnete heute gehalten hat, als Akt ausgestalten und werde genau feststellen lassen, was von diesen Vorwürfen richtig oder falsch ist. *(Zwischenrufe.)* Aber das glauben Sie mir: Wenn Beamte Orgien mit den Parteien feiern, wenn sie Amtsbehältnisse benützen, um Mehl zu schmuggeln, wenn sie — ich weiß nicht mehr, was begangen haben, es ist soviel gewesen, daß ich mich nicht erinnere: Diebstahl, Raub, alles kommt darin vor — so könnten derartige Verbrechen natürlich bei Beamten nie geduldet werden. Aber, meine Herren, ich hoffe zuversichtlich, daß die betreffenden Erhebungen nicht ein allzu ungünstiges Ergebnis uns bringen werden.

Meine Herren! Wenn aber derartige Reden gehört werden, wenn Sie derartige Reden halten, so hat das zur Folge, daß das Ansehen der Beamtenschaft beim Zuhörer auf das schwerste erschüttert wird, weil er natürlich zur Überzeugung gelangen muß, das wären nur einzelne Beispiele, im großen und ganzen müsse der österreichische Beamtenstand faul sein *(Zwischenrufe)*, zum mindesten, die Polizeibeamten. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte, meine Herren, um Ruhe.

Minister des Innern Graf v. **Toggenburg** *(fortfahrend)*: Sie sagen, meine Herren, das ist etwas anderes. Die Polizeibeamten sind brave Staatsbeamte, gerade so, wie alle anderen; sie haben eine sehr schwere Pflicht, sie haben vor allem die Pflicht, mit dem Übelwollen der Öffentlichkeit sehr oft kämpfen zu müssen. Sie sind diejenigen, die in erster Linie dazu berufen sind, die unangenehmen Teile der Staatsbeamtenpflichten zu erfüllen, sie sind diejenigen, an denen sich schließlich in erster Linie die Schwierigkeiten, welche heute überall bestehen, stoßen und ihnen das dienstliche Leben erschweren.

Denken Sie daran, was unsere Staatsbeamtenschaft in diesem Kriege geleistet hat. *(Zustimmung.)* Sie kämpft mit so außerordentlichen materieller Schwierigkeiten, sie hat trotzdem so ausgezeichne bisher durchgehalten, daß sie wirklich unsere allge meine Dankbarkeit und unsere allgemeine Anerkennung verdient, und es ist grausam, meine Herren wenn etwas vorgebracht wird, was nicht durch un durch stichhältig und durch und durch erwiesen ist Denn es würde den Pflichteifer dieser Beamten i einer Weise gefährden und erschüttern, die sich nu am allgemeinen Staatsganzen rächen könnte, E sind konkrete Fälle . . . . *(Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe!

Minister des Innern Graf v. **Toggenburg**: Es sind so viele konkrete Fälle angeführt worden daß kaum angenommen werden könnte, daß so viel Fälle der vorgesetzten Behörde unbekannt bleiben Deshalb wird durch einen derartigen Vortrag da Vertrauen in die Beamtenschaft als solche zweifello sehr erschüttert. Aber ich nehme es dankbar zu Kenntnis, wenn die Herren das nicht beabsichtigen im Gegenteil es bedauern würden, wenn es ge schieht. Ich kann dagegen nur das Versprechen ein tauschen, daß ich die hier vorgebrachten Klagen an das genaueste untersuchen werde.

Sie haben aus einzelnen Ereignissen der letzte Zeit den Vorwurf geschmiedet, daß eine neue Per sekution in Böhmen eingeleitet wird. Meine Herren Eine neue Persekution werde ich gewiß nicht ein leiten, und zwar aus dem Grunde, weil in der Worte „Persekution" bereits der Begriff der Un gerechtigkeit enthalten ist. *(So ist es!)* Wohl aber meine Herren, bin ich gezwungen . . . . *(Lebhaft Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte, die Verhandlung nicht zu stören. *(Fortgesetzt zahlreiche Zwischenrufe.)* Ich bitte um Ruhe!

Minister des Innern Graf v. **Toggenburg**: Wenn ich darauf zurückkommen darf, von einer Persekution darf gewiß nicht gesprochen werden, weil in dieser Worte schon der Begriff der Ungerechtigkeit liege würde und ich mich nach besten Kräften bemühe nie ungerecht zu sein. Wohl aber bin ich gezwungen dort, wo Auswüchse zutage treten, sie mit einer g wissen Härte manchmal zu bekämpfen. Sie könne sich, glaube ich, nicht beklagen, daß in letzter Ze die Zensur ungerecht gewesen wäre. Aber die Ein stellung des vom Herrn Abgeordneten Stříbrn erwähnten Blattes „Česká Demokracie" ist, sovie mir bekannt ist, aus dem Grunde erfolgt, weil di

selbe in wiederholten Veröffentlichungen eine derartige Hinneigung zu unseren Feinden *(Lebhafte Hört! Hört-Rufe!)* bekundet hat, daß die Schreibweise des Blattes als eine für unser Vaterland und für unsere vaterländischen Kriegsinteressen unzulässige bezeichnet werden muß. *(Lebhafte Hört! Hört-Rufe! — Zwischenrufe.)* Ich behalte mir vor, über den Rekurs, der jedenfalls gegen diese Einstellung eingebracht werden wird, zu entscheiden und werde bei dieser Gelegenheit ganz gewiß das Erkenntnis der Einstellung nur dann bestätigen, wenn es nach meiner ganz unbefangenen und gewiß nicht perfektorischen Überzeugung gerechtfertigt erscheint. *(Zustimmung.)*

Was den Erlaß des Polizeidirektors Kunz in Prag anbelangt, der zuletzt vom Herrn Abgeordneten Stribrný besprochen worden ist, so scheint er mir, wenn er so lautet, nicht sehr glücklich stilisiert *(Heiterkeit)*, wohl aber, meine Herren, wäre er meritorisch gerechtfertigt. Sie alle müssen mir Recht geben, daß es ein grober und durch nichts zu verteidigender Vertrauensmißbrauch ist, wenn ein Staatsbeamter die Akten seiner eigenen Behörde anderen Kreisen preisgibt. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)* Ich habe selbst leider schon Veranlassung gehabt, einmal gegen einen hochgestellten Beamten, der dieses schwere Amtsdelikt, nach meiner Ansicht eines der schwersten Amtsdelikte, die jemand begehen kann, sich hat zu Schulden kommen lassen, mit rücksichtslosester Strenge vorzugehen. Wenn nun hier eine ähnliche Übertretung vielleicht in Prag vorgekommen ist — ich habe den Sachverhalt nicht ganz klar verstanden — so ist es ja begreiflich, daß da vielleicht ein etwas erregter Erlaß hinausgegangen ist; wie gesagt, meritorisch kann ich gegen den Inhalt des Erlasses keinen Vorwurf erheben.

Ich schließe mit der Bitte: Wenn Sie, meine verehrten Herren, eine konkrete, wirklich so schwerwiegende Klage gegen einen Beamten haben, wie sie heute der geehrte Herr Vorredner vorgebracht hat, bringen Sie sie mir! Ich verspreche Ihnen, jedesmal sofort, aber sofort die Untersuchung einzuleiten. Die Feststellung des Sachverhaltes der heute vorgebrachten Klage werde ich morgen in die Wege leiten. Aber tun Sie nichts, was das Ansehen unserer braven Beamtenschaft herabsetzt, die zu 99 Prozent ihre Pflicht wirklich vollauf in diesem Kriege getan hat *(Beifall)*, die heute mit schlotternden Kleidern herumgeht, weil sie mit derartigen Existenzschwierigkeiten kämpft, daß wohl alles, was der Staat immer wieder für die Braven tut, unmöglich hinreichen kann, sie von diesen Schwierigkeiten ganz zu befreien. Erschweren Sie diesen ausgezeichneten Hilfsarbeitern, diesen ausgezeichneten Verteidigern unseres Vaterlandes nicht ihre Dienstleistung und generalisieren Sie nicht die Klagen gegen dieselben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zur formalen Geschäftsbehandlung hat sich der Herr Abgeordnete Paulik zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Paulik:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Paulik beantragt Schluß der Debatte. Ich bitte diejenigen Herren, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Schluß der Debatte ist angenommen.

Es sind noch eingetragen die Herren Abgeordneten Dr. Michl, Teufel, Pacher, Schreiter, Wolf, Hummer, Hartl, Němec, Strziska.

Ich ersuche die Herren, sich auf einen Generalredner zu einigen. *(Nach Vornahme der Wahl:)* Zum Generalredner wurde gewählt der Herr Abgeordnete Dr. Michl; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Michl:** Hohes Haus! Bei dem Umstande, daß wir leider keinen Vertreter der in Pilsen wohnenden vielen Deutschen hier im Hause haben, fühle ich mich als nächster Nachbar zu Pilsen, als Vertreter der Stadt Mies, verpflichtet, hier zu der vorliegenden dringlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Lukavský Stellung zu nehmen, vor allem aber Stellung zu nehmen zu den Ausführungen, die er hier in Begründung seiner Anfrage gebracht hat.

Hohes Haus! Wir Deutschen, nicht nur die Deutschen in Pilsen, sondern auch die deutschen Nachbarn, die Bewohner Westböhmens, die ja, soweit sie nicht nach Eger gravitieren, wirtschaftlich mehr minder nach Pilsen gravitieren, wir alle haben, wie Sie ohnweiters begreifen werden, nicht jenes lebhafte und tiefgründige Vertrauen zu der städtischen Polizei in Pilsen, wie es ihr der Herr Kollege Lukavský ausgesprochen hat. *(Abgeordneter Dr. Witt: Wir müssen es zur Troppauer Polizei auch haben!)* Weil ich, Herr Kollege, überzeugt bin, daß Sie kein Vertrauen zu dieser Troppauer Polizei haben — das entnehme ich aus Ihren Worten, aus Gründen, die mich nichts angehen —, werden Sie entschuldigen, wenn ich hier offen äußere, daß ich zur tschechischen Polizei in Pilsen auch kein besonderes Vertrauen habe.

Ich verweise nur zur Begründung dieser unserer Ansicht, der Ansicht der Deutschen in Pilsen und Umgebung, auf ein Beispiel, welches geradezu ein Schulbeispiel ist, wie wenn es von den Deutschen provoziert wäre — ich wundere mich nur, daß uns dieser Vorwurf nicht gemacht wurde — auf das Beispiel der Krawalle die am 13. und 14. August dieses Jahres in Pilsen stattgefunden haben, die unter dem Titel Hungerkrawalle gingen,

die teilweise tatsächlich durch die mangelhafte Verteilung der Lebensmittel, wie ich mir noch weiterhin zu beleuchten erlauben werde, hervorgerufen wurden, die aber sehr, sehr darnach schmeckten, daß auch nationale Motive dabei mitspielten; denn merkwürdigerweise werden die Mehrzahl der geplünderten und in der furchtbarsten Weise beraubten Läden und Wohnungen von Deutschen bewohnt, während tschechische Läden ziemlich sorgsam — allerdings mit einigem Unglück — aber doch ziemlich sorgsam behütet wurden *(Zwischenrufe)* und ihnen ausgewichen wurde. Sehr interessant ist, daß zum Beispiel im deutschen „Pilsner Hof" die Fenster demoliert wurden, daß man auch die Fenster im Hotel Waldeck, wo viele Deutsche verkehren, demolierte, daß man aber dem zwischen beiden liegenden Gasthause der tschechischen Beseda absolut keine Aufmerksamkeit widmen zu sollen glaubte, indem sie offenbar am hellen Tage das Lokal nicht finden konnten, um es entsprechend mit nationaler Gleichberechtigung zu behandeln. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Sie haben es unterlassen, diese nationale Gleichberechtigung auch auf dieses Lokal auszudehnen. *(Abgeordneter Čech: Es waren auch Deutsche darunter!)* Es wird mir soeben der Zwischenruf gemacht, daß auch Deutsche unter den Leuten waren, die revoltiert haben. Ich stelle nach übereinstimmenden Angaben von Leuten, denen ich alle Achtung in bezug auf ihre Wahrheitsliebe entgegenbringe, fest, daß unter den Meuternden, unter den Aufrührern absolut keine Deutschen gewesen sind. Es sind die Krawalle losgegangen am 13. August um 2 Uhr nachmittags, im Gartenwirtshause Rohrer. Da haben Weiber und Kinder begonnen, das hat sich immer weiter ausgedehnt, bis die ganze Stadt im Zeichen der Revolte stand. Jetzt wäre der Zeitpunkt gewesen, wo diese so viel gerühmte städtische Polizei, von ihren Machtmitteln Gebrauch machend, hätte eingreifen und zeigen können, was sie imstande ist, um Ordnung zu machen. *(Abgeordneter Prunar: Das hat sie auch gemacht!)* Wenn die Polizei das gemacht hat, Herr Kollege, so hat sie das in einer ziemlich unglückseligen Art und Weise gemacht, denn sie hat ein elendes Fiasko erlitten. Aber noch einmal, ich behaupte, daß sie diesen Versuch gar nicht unternommen hat. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter Dr. **Michl** *(fortfahrend)*: Ich erlaube mir, auf die ersten und letzten Gründe dieser ganzen Ernährungsrevolte von Pilsen hinzuweisen. Es ist Tatsache, und der Herr Kollege Lukavský hat es erklärt, daß die Ursache der Krawalle, wie leider an vielen anderen Orten, der Lebensmittelmangel gewesen ist und er hat nun mit einer Promptheit, die mich an ihm nicht wundert, erklärt: nicht die städtische Approvisionierung ist daran schuld gewesen, sondern einzig und allein die staatlichen Behörden sind die verfluchten Kerle, die es unterlassen haben, die notwendigen Ernährungsmittel herbeizuschaffen.

Es ist Tatsache, daß auch von den staatlichen Behörden zu wenig geliefert wurde. Aber eine andere Tatsache gestatte ich mir ganz wahrheitsgemäß — und das können Sie nicht hinwegleugnen — festzustellen, daß in früherer Zeit die Lebensmittel und vor allem das Brot in einer Art und Weise verteilt wurde, daß immer wenige oder, sagen wir, nicht alle Brot bekamen, daß die große Masse zusehen mußte, wie das Brot in Körben oder Wagen an ganze Ämter verteilt und durch Diener verschleppt wurde, daß nur die Höheren, die Besitzenden, die Beamten ihr Brot bekamen und auf einmal das Kommando ertönte: Jetzt ist kein Brot mehr hier, geht nach Hause, ihr kriegt nichts! Das war das Erbitternde. Die Öffentlichkeit — und das muß ich wieder wahrheitsgemäß feststellen — das „Pilsner Tagblatt", überhaupt die deutsche Presse hat wiederholt festgestellt, daß zu wenig Lebensmittel vorhanden sind und daß die städtische Approvisionierung mit dem Vorhandenen besser wirtschaften, daß sie das Vorhandene so strecken soll, daß alle etwas bekommen, daß sie dem einzelnen weniger abgeben, mit einem Wort, die Lebensmittel strecken soll.

Die städtische Approvisionierung hat sich derart geholfen, daß sie, solange sie etwas hatte, alles herausgegeben hat, und dann, als sie nichts mehr hatte, einfach erklärt hat: Ich habe nichts mehr, geht nach Hause! Es ist selbstverständlich, daß es so kommen mußte, wenn man es so treibt, daß zum Beispiel am 1. August die Brotquote von denen, die Karten hatten, bezahlt, dann aber nicht geliefert wurde, und daß acht Tage darauf, nicht nur die zuerst gezahlte, aber nicht gelieferte, sondern auch wieder die neue Brot- und Mehlration nicht herausgegeben wurde. Auch wir würden dann langsam zu Hyänen und zu wilden Tieren werden — das ist ganz gut zu verstehen — und würden es uns nicht gefallen lassen.

Ich bitte um Entschuldigung, es wurde aber in vielen Kreisen eine gewisse Absichtlichkeit in dieser merkwürdig organisierten und aufreizende Vorenthaltung der Lebensmittel vermutet *(Sehr richtig!)* und es wurde in Kreisen, die ich nicht zu den phantastischesten in Pilsen zähle, auch nach außen hin der Ansicht Ausdruck gegeben, daß ein gewisse Absichtlichkeit in diesem Vorgehen bestehe, indem man die Leute dahin bringen wolle, daß sie endlich Krawall und die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, wie es steht. *(Lebhafte Zwischen-*

*rufe.)* Ich bitte um Entschuldigung, vielleicht hat die städtische Approvisionierung... *(Lebhafte Zwischenrufe. — Abgeordneter Lisý: Warum waren in Gablonz Demonstrationen? Auch aus Hunger!)*

**Präsident** *(gibt das Glockenzeichen.)*

Abgeordneter Dr. **Michl**: Wenn die Gablonzer es genau so dumm gemacht hätten, wie die städtische Approvisionierung in Pilsen, dann wäre den Gablonzern nur recht geschehen. Wenn man aber in der Öffentlichkeit immer wieder sagt, es geht nicht so weiter, es herrscht eine Empörung, eine große Aufregung unter den Deutschen wie unter den Tschechen, macht es anders, verteilt die Lebensmittel anders, man tut es aber nicht, um es zum Krach kommen zu lassen, und dieser Krach stellt sich dann prompt am 13. und 14. August ein, dann verzeihen Sie, muß man, wenn man ein bißchen Logik hat, über Ursachen und Wirkungen nachdenken und diese sprechen einigermaßen dafür, daß man es zum mindesten mit einer gewissen Befriedigung empfunden hat, daß es so weit gekommen ist. *(Zwischenrufe.)*

Hohes Haus! Am 1. August hat das „Pilsner Tagblatt" ausdrücklich erklärt, wenn das so weitergehe, müsse es zu Krawallen kommen. Das ist ja nur logisch. Interessant ist — und da müßte ich mich auch bei Seiner Exzellenz beschweren —, daß man die Warnung des „Pilsner Tagblattes", daß es zu Krawallen kommen werde, konfisziert hat. Dadurch hat man gedacht, einigermaßen den Krawallen zu entgehen. Diese Warnung wurde aber, meine Herren, von der städtischen Approvisionierung nicht gehört, es wurde, wie gesagt, verteilt, so lange etwas da war, dann aber hat man gesagt: Wir kriegen nichts mehr, fertig! aus! Schuld daran ist die Staathalterei. Man hat aber nicht eingestanden, daß die eigene Mißwirtschaft, die nicht richtige, logische Bewirtschaftung des wenigen Vorhandenen letzten Grundes die Ursache dieser Krawalle ist. *(Abgeordneter Prunar: Die Gemeinde hat sich tausendmal beschwert!)*

**Präsident**: Herr Abgeordneter Prunar, Sie haben nicht das Wort.

Abgeordneter Dr. **Michl**: Es ist richtig, die Gemeinde hat sich beschwert, die Gemeinde hat auch zu wenig bekommen. Ich gebe ja zu, was wahr ist, und will gewiß keine Lüge vorbringen. Ich sage nur, was meine Meinung ist, und Sie behalten die Ihrige. Die Gemeinde hat tatsächlich mehr verlangt und nichts bekommen; weil viele Gemeinden, auch deutsche, nichts erhalten haben, hat auch Pilsen nichts bekommen. Hätte man sich aber mehr darum gekümmert und hätte man besser verteilt — ich denke daran, was in Asch und Reichenberg geschehen ist, wo man 14 Tage lang überhaupt keine Mehlkarten erhalten hat —, so hätte es anders gehen müssen und es wäre nicht dazu gekommen, daß nicht nur keine neue Ration, sondern nicht einmal die alte Ration, die bereits bezahlt war, herausgegeben wurde. Das hätte wirklich vermieden werden können.

Hohes Haus! Die Erbitterung wuchs und es stellte sich schließlich heraus, daß 20.000 Brote fehlen. Hunger tut weh und da muß es endlich so weit kommen. Es ist begreiflich, daß einfach nur mehr ein kleiner Funken fehlt, damit daraus ein Feuer wird. Am 6. August, habe ich erzählt, wurde die erste Quote bezahlt, aber nicht geliefert. Am 13. August wurde die zweite Quote bezahlt, aber ebenfalls nicht geliefert. Da ging es los in Rohrers Garten. Und nun entwickelten sich die Ereignisse. Es wurden nicht nur Läden, sondern auch Wohnungen und Fenster eingeschlagen und merkwürdigerweise fand man, daß in sehr vielen Wohnungen die Fenster mit Eisen- und Bleistücken eingeschlagen wurden *(Hört! Hört!)*, die doch nicht ganz plötzlich dagewesen sein können, sondern wohl vorbereitet schon in den Taschen zur richtigen Zeit hingebracht worden sein mußten, da man sich sonst ihrer nicht hätte bedienen können. Interessant ist, daß die Menge vor allem mit ausgezeichneten scherenartigen Instrumenten auf das Wellblech der Läden losging und mit einer großartigen Virtuosität das Wellblech aufgeschnitten hat, in die Läden eingedrungen ist und dort alles an sich genommen hat. Die unglaublichsten Dinge, die mit der Ernährung oder Not nicht das geringste zu tun haben, wurden weggenommen. Nachträglich bei der Verhandlung erklärte man, man habe diese Dinge zufällig gefunden. Die Polizei aber — das ist die berühmte Polizei, über die ich einigermaßen zu klagen habe — hat das nicht verhindert, trotzdem es ihr ein leichtes gewesen wäre, es zu verhindern, wenn sie den Uranfängen sofort energisch entgegengetreten wäre. *(Zwischenrufe.)*

Hohes Haus! Um 2 Uhr nachmittags ist der Krawall losgegangen und um 11 Uhr nachts hat die Militärbereitschaft zu schießen begonnen, wobei es tatsächlich, wie immer, zu einem unschuldigen Opfer gekommen ist. *(Zwischenrufe.)* Es wurde ein Weib erschossen. Dann aber begab sich die Militärbereitschaft nach Hause und nun ging das Plündern wieder lustig weiter. Von der vielgerühmten Polizei haben wir wieder nichts gesehen, sie war zwar dort, hat aber nicht eingegriffen. Unter den Augen der Polizei ist am hellichten Tag geplündert worden. Das können Sie jederzeit durch Tatsachen feststellen. *(Zwischenrufe.)* Immer wieder wird durch Sachverständige erklärt, daß zwei Kompagnien vollständig genügt hätten. *(Abgeordneter Habermann: Das ist ganz unrichtig! Um elf Uhr war ja das Standrecht schon proklamiert.)* Am

nächsten Tage war das, geschossen aber wurde um 11 Uhr in der vorhergehenden Nacht. *(Abgeordneter Habermann: Von dem, was Sie erzählen, ist kein Wort wahr!)* Herr Kollege, ich bitte um Entschuldigung, Sie konstatieren selbst, daß ich gesagt habe, um 11 Uhr nachts wurde geschossen. *(Abgeordneter Habermann: Und am zweiten Tag zu Mittag, sagten Sie, wurde geplündert!)* Am 14. zu Mittag ist das Standrecht verkündet worden. *(Abgeordneter Habermann: Um 11 Uhr!)* Ich bitte, ich behaupte nichts anderes! *(Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Meine Herren, ich bitte nicht fortwährend zu unterbrechen. *(Abgeordneteter Prunar: Wenn Sie ein ehrlicher Mensch sind, so müssen Sie zugeben, daß auch böhmische Geschäfte wie deutsche geplündert worden sind!)*

Abgeordneter Dr. **Michl:** Es wurden einzelne böhmische Läden geplündert, das war aber nur ein verschwindend geringer Teil; in der großen Mehrzahl aber waren es, das konstatiere ich, deutsche Geschäfte. Mir ist persönlich ein Beispiel bekannt, daß ein Artillerieleutnant, der in der Schulgasse einige Militäristen, ich glaube 4 oder 5 Mann waren es, zusammenpackt hat, imstande war, die ganze Gasse für eine Zeit lang zu räumen und die Plünderung aufzuhalten. Wenn ein Leutnant mit 4 Mann das machen kann, so ist es um so begreiflicher, daß eine Kompagnie oder eine entsprechende Anzahl von Militär mit der entsprechenden Strenge — ich bitte, es muß nicht gleich geschossen werden, glauben Sie nicht, daß ich sofort für das Totmachen der Leute bin — diese Krawalle hätte vermeiden können. Das Stationskommando frug zweimal im Verlaufe der Krawalle bei der politischen Behörde an, ob es nicht einschreiten solle. Zweimal hat der Vertreter der politischen Behörde sich dagegen verwahrt. Es ist unterblieben, aber es wäre gewiß nur im Interesse der ausgeplünderten Geschäfte und auch im Interesse des Staates gewesen, der, wie wir wissen, bereit ist, einen großen Teil des Schadens auf sich zu nehmen. Es hätte daher viel weniger Mühe gemacht und es hätte kein Blut gekostet, wenn mit entsprechender Strenge vorgegangen worden wäre, um zu verhindern, daß weiter geplündert werde. Die politische Behörde also trifft bestimmt die Schuld, nicht entsprechend eingegriffen zu haben. Warum? Weil die politische Behörde sich wie überall auch vor den Herren Tschechen fürchtet und glaubt, es geht ihr an den Kragen, wenn sie etwas unternimmt, was halbwegs aggressiv gegen sie ausschaut. *(Zwischenrufe.)* Weiber und Kinder waren sehr viele darunter und das ist ein Beweis, daß es meistens Tschechen gewesen sind. Deutsche Kinder und deutsche Weiber sind nicht hingekommen. *(Ruf: Sind denn keine deutschen Kinder in Pilsen?)* Über 14 Jahre meinen Sie? Es sind aber Kinder unter 14 Jahren hingekommen und das waren keine deutschen Kinder; es waren ganz kleine Kinder dabei.

Hohes Haus! Wenn man sich alles das vergegenwärtigt, so muß man sich doch fragen: Wären alle diese Verhältnisse und diese Tatsachen möglich gewesen, wenn eine staatliche Polizei da gewesen wäre? Ich habe die Überzeugung und die Ansicht, daß es vielleicht nicht dazu gekommen wäre. Aber wenn die städtische Polizei ruhig dort steht und sagt: Laßt das gehen! und nichts weiter unternimmt, um ihren Warnungen und Befehlen Nachdruck zu verleihen und entsprechend einzugreifen, dann bin ich der Meinung, daß es schon gescheiter ist, daß eine staatliche Polizei, die übrigens gar nicht hinkommen soll, sondern, wie man hört, nur eine Expositur, dann ist es mir schon viel lieber, es ist ein staatliches Organ dort, denn dann weiß ich, daß wenigstens halbwegs getan ist, was möglich ist, wenn ich auch nicht überzeugt bin, daß alles damit geschehen wäre. Sie dürfen es uns daher nicht übelnehmen, wenn wir nicht in Ihr Horn stoßen, daß Sie sich sofort darüber erregen, wenn es auch nur den Anschein hat, daß eine staatliche Polizei nach Pilsen kommen soll. Und Sie dürfen sich nicht wundern, daß die Deutschen ein gewisses Interesse daran haben, daß, wenn man in Pilsen einen Wachmann fragt: Wo ist diese oder jene Gasse, wo ist der oder jener Laden, wo ist das Krankenhaus? daß der anständig antwortet und nicht sagt: Nerozumim, jete dál! *(Zwischenrufe.)* Das sagen Pilsner Polizisten wiederholt. Darüber beschweren sich ja unsere Leute. Wir haben also kein besonders hervorragendes Vertrauen zu dieser Polizei, ich habe auch kein hervorragendes Vertrauen zu den Einrichtungen der staatlichen Polizei, ich habe auch keine Ursache, mich um Polizeiangelegenheiten besonders zu kümmern.

Einigermaßen wundern muß ich mich jedoch über die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Stříbrný. Er erzählt uns hier zur größten Überraschung, daß bei der Prager Polizei nicht als lauter deutsche Beamte sind, daß diese deutschen Beamten so ausgezeichnet leben, daß sie sich über füttern mit allen möglichen Nahrungsmitteln, daß sie förmliche Orgien feiern, als ob er alles da à la Sherlock Holmes abkonterfeit hätte und e hat uns Dinge erzählt, die förmlich an da Schlaraffenland erinnern. Das kommt aus eine Stube, die ich sonst als sehr nüchtern und fü wenig phantasiereich gehalten habe, das kommt au der Prager städtischen Polizeistube *(Ruf: Dort is keine städtische!)*, Verzeihung, aus der staatliche

Polizeistube. Jetzt hätte ich bald der Polizei in Pilsen etwas sehr Schlimmes nachgesagt.

Hohes Haus! Herr Kollege Stříbrný hat die Beamten beschimpft. *(Ruf: Das ist nicht wahr!)* Was er gesagt hat, das hat Seine Exzellenz bereits als Beschimpfungen stigmatisiert und entsprechend zurückgewiesen. Es ist nicht meine Aufgabe, für die Polizeiorgane überhaupt einzutreten, das ist Sache der betreffenden Beamten, die sollen sich das ausmachen und auch Seine Exzellenz wird sich darum kümmern. Wenn aber Herr Kollege Stříbrný über Maßregelung, Drangsalierung, „Persekuce" klagt — so hat er das mit dem terminus technicus nach tschechischer Art genannt — und wenn er sich darüber beklagt, daß das tschechische Volk darunter seufzt, so ist es kein Wunder, wenn er vor allem konstatiert, daß junge Studenten, die intelligente Jugend, zu so vielen Jahren verurteilt worden ist, die sie in Kerker schmachten muß. Glauben Sie nicht, daß das schrecklich ist, daß man gerade eine solche Jugend in die Gefängnisse und in die Kerker hineinsteckt? Aber der Staat ist doch nicht schuld daran. Schuld allein ist das tschechische Regime, schuld allein daran haben die Tschechen, denn durch Wort und Schrift, durch den Antimilitarismus sind diese Jungen verdorben, in ihren Ansichten politisch beeinflußt, fanatisiert worden und sind endlich jetzt dort gelandet, wo sie landen mußten, solange ein Staat eine Autorität hat: sie mußten im Kerker landen. Hat aber da der Staat die Verantwortung dafür? Dafür haben alle diejenigen die Verantwortung, die die Jungen so weit gebracht haben.

**Präsident:** Ich bitte zu schließen, Ihre Redezeit ist verstrichen.

Abgeordneter Dr. **Michel:** Wir haben die Früchte dieser tschechischen Erziehung gesehen. Die Jungen mußten im Kerker schmachten. Wir haben die Früchte an der Front gesehen, und ich will sagen, daß wir die Tschechen überall auch jenseits der Front getroffen haben. *(Ruf: Wie viel Blut ist geflossen!)* Viel Blut ist vergossen worden und noch viel mehr Blut wird vergossen werden, ich will nicht sagen: Blut wird vergossen werden, aber Strafe wird noch Vielen zudiktiert werden, wenn diejenigen, die diesen Lehren gefolgt und einfach zum Feinde übergegangen sind, sich später wieder einmal melden werden. Diesen jungen Leuten wird es noch einmal schlecht gehen *(Rufe: Nennen Sie Namen!)* Eine tschecho-slowakische Legion existiert, das werden Sie nicht leugnen können. Der Staat hat die Aufgabe, sich zu schützen, er macht von seinem Rechte, sich zu schützen, Gebrauch. Der Staat kann nicht anders, wenn er bestehen will, als daß er feindliche Bestrebungen, die gegen seinen Bestand gerichtet sind, unterdrückt und niederdrückt, solange er die Macht hat. Der Staat hat es getan. Im vollen Besitze seiner Kraft, seiner Macht, hat er das getan und die Verantwortung trägt nicht er, denn sie haben den Staat dazu gezwungen, die Verantwortung tragen Sie, wenn Sie die Jugend so weit gebracht haben, daß sie im Kerker saß oder sitzt. *(Lebhafter Beifall — Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Stříbrný das Wort.

Abgeordneter **Stříbrný:** Hohes Haus! Ich berichtige tatsächlich, daß ich bei meinen Anschuldigungen gegen die Beamtenschaft nicht generalisiert habe. Im Gegenteil, ich habe bestimmte, mit vollem Namen bezeichnete Personen genannt und bin vollkommen damit einverstanden, daß Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern die konkret angeführten Fälle untersuchen läßt und die Schuldigen der gerechten Strafe zuführt. *(Beifall.)*

**Präsident:** Dieser Gegenstand ist hiermit erledigt.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Unterkircher als Mitglied des Unterrichtsausschusses;

Sommer als Mitglied des Verfassungsausschusses;

Teufel als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;

Mühlwerth als Ersatzmann des Verfassungsausschusses;

Sommer als Mitglied des Wehrausschusses;

Mühlwerth als Ersatzmann des Wehrausschusses;

Schürl als Mitglied des Flüchtlingsausschusses;

Wichtl als Ersatzmann des Flüchtlingsausschusses;

Diwald als Mitglied des Flüchtlingsausschusses;

Dulibić als Mitglied des Budgetausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird die Kanzlei vornehmen; das Ergebnis wird bekanntgegeben werden.

Den Antrag der Herren Abgeordneten Fink, Dr. Schoepfer, Meixner, Miklas und Genossen, betreffend die Verstaatlichung der Bezirksschulinspektoren *(762 der Beilagen)*, werde ich dem Unterrichtsausschusse zuweisen.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für heute, 6 Uhr abends, mit der Tagesordnung: Vornahme der Delegationswahlen. *(Nach einer Pause:)* Eine Einwendung dagegen wird nicht erhoben, es bleibt dabei und ich ersuche jene Herren, die es noch nicht getan haben, ihre Kandidaten für die Delegationswahlen in der Kanzlei namhaft zu machen.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 5 Uhr 10 Minuten nachmittags.

---

Abgeordneter **Seliger**: Meine Herren! Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten hat uns in einer Rede vor, wenn ich nicht irre, schon einer Woche in sehr eindringlicher Weise die Furchtbarkeiten der uns drohenden Kohlennot vor Augen geführt und er hat im Zusammenhange damit als die im Augenblick wichtigste Aufgabe der Staatsverwaltung die Steigerung der Kohlenproduktion erklärt.

Seine Exzellenz der Herr Arbeitsminister hat uns, das Parlament, eingeladen, die Regierung in diesem Bestreben zu unterstützen, ja Seine Exzellenz hat sich in dringendster Weise die Hilfe des Parlaments für diesen Zweck erbeten. Nun, meine hochverehrten Herren, wir wissen sehr wohl, welche Folgen die Kohlennot nicht nur für den Staat und für die augenblicklichen auswärtigen Aufgaben des Staates, sondern vor allem für das Leben der Menschen in diesem Staate mit sich bringen wird. Wir sehen ganz klar, daß die Notlage vor allem der arbeitenden Volksschichten einerseits durch vermehrte Arbeitslosigkeit infolge von Kohlenmangel für die Betriebe, andrerseits durch die Unmöglichkeit, ihre Wohnungen in ausreichendem Maße zu beheizen, in ganz erheblichem Maße steigen wird. Von diesem Standpunkte aus möchten wir gerne der Einladung Seiner Exzellenz des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten folgen und im unsere Hilfe angedeihen lassen.

Leider aber bin ich nicht in der Lage, Seiner Exzellenz dem Herrn Minister auf dem Wege zu folgen, den er uns als den gangbaren, als denjenigen, der zum Erfolge führt, gezeigt hat. Im § 3 des vorliegenden Gesetzentwurfes ist die Bestimmung, daß bei der endgültigen Lohnauszahlung das Werk nicht unter jene Summe des Tagesverdienstes gehen darf, die dem Arbeiter in der ersten Hälfte der Lohnzahlungsfrist vorschußweise geleistet worden ist. Es steckt darin eine gewisse Sicherung eines Minimallohnes — ganz richtig — *(Abgeordneter Hanusch: Sehr versteckt!)* aber in sehr versteckter Weise und in einer Art geregelt, die durchaus nicht mein Lob findet und meine besondere Freude erregt. Diese Bestimmung ist Verhältnissen angepaßt, die nur in einem Teile des österreichischen Bergbaues bestehen, zum Beispiel im Ostrauer Bergrevier, dort kann sie allerdings zum Vorteile der Arbeiter wirken. Ich bin mir aber nicht sicher, ob dieser Vorteil überall, in allen Revieren erzielt werden wird, und ich muß sagen, ich befürchte sehr, daß auch die gute Absicht, die dieser Bestimmung des § 3 zugrunde liegt, vielfach zunichte gemacht werden kann und zunichte gemacht werden wird dort, wo die Arbeiter nicht in der Lage sind, sich zu rühren, wo sie nicht in der Lage sind, von ihrem einzigen Mittel der Abwehr gegen übermäßige Ausbeutung und schlechte Entlohnung: von der Organisation Gebrauch zu machen. Ich bin daher ebensowenig erfreut von dieser Bestimmung, wie vollständig mit ihr zufrieden — allerdings aus anderen Gründen als Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten — und halte sie durchaus nicht für die Lösung der Frage des Minimallohns.

Aber wenn ich mich schon in diesem Punkte Seiner Exzellenz nähere und mit ihm der Auffassung bin, daß das vielleicht nicht die richtige Methode der Lösung einer so ungemein komplizierten und für die Bergarbeiter und für unsere ganze Bergwirtschaft außerordentlich wichtigen Frage ist,

so muß ich doch sagen, die Begründung, die uns Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten für seinen Standpunkt gegeben hat, lehne ich entschieden ab. Denn, wenn Seine Exzellenz der Herr Minister die inständige Bitte an uns richtet, die Bergarbeiter, die bisher mit Treue und Hingebung ihren Dienst versehen haben, nicht in Versuchung zu führen, denn auch der Bergarbeiter sei ein Mensch und es sei anzunehmen, daß, wenn der Bergarbeiter weiß, daß er durch Mehrleistung mehr verdienen kann, er auch das Animo findet, mehr zu leisten, daß aber dann, wenn er weiß, daß er für eine Mehrleistung nicht entsprechende Löhne erhält, eben auch sein Animo zur Arbeit sinkt, so muß ich sagen: Was hat Animo zur Mehrleistung mit Mindestlohn zu tun? *(Sehr richtig!)* Das ist doch ein völliger Trugschluß. Wenn ich jemand einen bestimmten Lohn als Mindestmaß seines Verdienstes sichere, so schließt das doch nicht aus, daß der Mann mehr verdienen will, es sei denn, meine hochgeehrten Herren, man stelle sich auf den Standpunkt, daß der Lohn das Arbeitseinkommen des Arbeiters auf ein solches Minimum herabgedrückt werden muß, daß der Arbeiter, in diesem Falle also der Bergarbeiter, in seiner Not, in dem Drange, nur halbwegs seine Existenz fristen zu können, den Antrieb zu einer stärkeren Leistung, zu einer Mehrleistung findet. *(Sehr richtig!)* Ich bitte, meine Herren, das ist doch aber der rücksichtsloseste und brutalste Hungerpeitschenstandpunkt des rücksichtslosesten und rückständigsten Industriellentums. Nur in dem Falle würde das eintreten, was Seine Exzellenz der Herr Arbeitsminister will: daß die Bergarbeiter zu fortgesetzten Mehrleistungen angespornt werden, wenn man ihr Gedinge so regelt, daß sie, wenn sie nicht das Höchstmaß an physischer Kraft hingeben, nicht so viel verdienen, um leben zu können. Ansonsten, muß ich sagen, fehlt dem Argument Seiner Exzellenz des Herrn Arbeitsministers die richtige Grundlage.

Wenn nun Seine Exzellenz sagt, es könnte durch die Einführung eines Mindestlohnes vielleicht sogar ein Sinken der Arbeitsleistung der Bergarbeiter herbeigeführt oder es könnte durch die Einführung des Mindestlohnes verhindert werden, die im Interesse der gesamten Gesellschaft innerhalb des Staates notwendige Steigerung der Kohlenproduktion zu erreichen, so möchte ich mir doch erlauben, darauf zu verweisen, daß wir Minimallohn wirklich nicht nur in England haben und daß der Minimallohn in England durchaus, wie mir scheint, nicht bewirkt hat, daß England aus diesem Grunde mit seiner Kohlenproduktion während des Krieges in Schwierigkeiten geraten ist. Es liegen uns darüber allerdings, wie Seine Exzellenz ganz richtig bemerkt hat, sichere Nachrichten nicht vor, aber, meine sehr geehrten Herren, wir brauchen gar nicht nach England zu gehen; wir haben Minimallohneinführungen heute bereits auch in Deutschland, wenn auch nicht allgemein gesetzlich geregelt, so doch auf einer Reihe von für die Kohlenproduktion sehr wichtigen Gruben, nicht nur im oberbayrischen Bergbau, wo die Gedingestellung zwischen den Arbeitervertretern und den Unternehmern so vereinbart worden ist, daß zum Beispiel den Häuern ein Mindestlohn von 6 Mark 50 Pfennig, den Zimmerlingen ein Mindestlohn von 6 Mark, den Schleppern von 5 Mark 50 Pfennige gesichert ist.

Meine Herren! Ich will gar nicht darauf zu sprechen kommen, um wie viel 6 Mark 50 Pfennige, 6 Mark, 5 Mark 50 Pfennige draußen in Deutschland mehr bedeuten als bei uns etwa 6 oder 7 Kronen, die der bestqualifizierte Bergarbeiter verdient; ich will davon gar nicht reden, ich rede nur von der Tatsache, daß die Vereinbarungen dort dahin lauten, daß die Gedingstellung so sein muß, daß dieser Mindestlohn erreicht wird. Aber wie gesagt, nicht nur in Oberbayern ist das so. Auf der Kleophasgrube in Kattowitz in Oberschlesien gibt es eine Vereinbarung zwischen Arbeitervertretern und Unternehmern, die das Gedinge so regelt, daß der Mindestlohn nicht unter 10 Mark täglich fallen darf; auf der Grube Ferdinand ebenfalls nicht unter 10 Mark, und diese Grube ist dem sehr bekannten Bergrat Willunger unterstellt, gewiß nicht einer von jenen Industriellen, die mit Siebenmeilenstiefeln mit der Zeit vorwärts schreiten. Auf der Zeche Kurl in Westfalen hat der Schlichtungsausschuß entschieden, daß die Gedingstellung so geregelt werden muß, daß nicht unter 10 Mark 50 Pfennige verdient werden darf. Auf der Zeche Westend, ebenfalls in Westfalen, hat der Schlichtungsausschuß in Duisburg entschieden, daß nicht unter 12 Mark 50 Pfennig im Tag verdient werden darf. Wir haben also Gruben in Deutschland, und zwar in allen wichtigen Bergrevieren, wo bereits der Minimallohn zur Geltung gekommen ist, wenn auch in der Form, daß es heißt, das Gedinge müsse so geregelt werden, daß dieser Minimallohn erreicht wird. Wenn aber, meine sehr verehrten Herren, vom Mindestlohn die Rede ist, so darf man gerade in der gegenwärtigen Zeit nicht vergessen, daß Mindestlohn auf der anderen Seite einen gewissen Gegenwert hat. Es gibt doch heute nichts, was zum Leben, namentlich im Haushalte eines Arbeiters, notwendig ist, daß nicht seinen Mindestpreis hätte. Wir sagen allerdings „Höchstpreise", wir sagen „Maximalpreise", aber, meine hochverehrten Herren, in der Praxis ist der Höchstpreis von Mehl, von Brot, von Zucker, von Kartoffel usw. in Wirklichkeit der Minimalpreis, und wenn Sie auf der anderen Seite die Volkswirtschaft so führen, daß für alle diese allerdringendsten und notwendigsten Ernährungsmittel Minimalpreise

gesetzt werden, unter die im Einkaufe in der Praxis nicht heruntergegangen wird, sondern über die in der Regel, weil die Tendenz in dieser Richtung geht, hinausgegangen wird, dann müssen Sie auf der anderen Seite, wenn Sie von dem Standpunkte ausgehen, daß die Produktion erhalten werden muß, einen solchen Mindestlohn den Arbeitern sichern und garantieren, der ihnen den Einkauf der zum Leben und zur Existenz notwendigen Menge solcher mindestbepreister Lebensmittel ermöglicht.

Also ich bitte, meine hochverehrten Herren, in diesem Punkte übersieht die Regierung eine sehr wichtige Sache, die gerade in der gegenwärtigen Zeit dazu drängt, allen Arbeitern und vor allem den Bergarbeitern ein Mindesteinkommen zu sichern.

Wenn aber Seine Exzellenz davon gesprochen hat, man müsse den Arbeitern das Animo dazu lassen, daß sie mehr leisten, ja ich bitte, meine Herren, da würde ich doch dafür sein, um den Endeffekt zu erreichen, den Seine Exzellenz will, sich ein wenig mit der Art und Weise der Gedingstellung in unseren Gruben zu beschäftigen. Heute ist die Sache so, und das ist nicht nur von heute und gestern, sondern das ist die Regel im Bergbetriebe: wenn einmal an einem Orte der Bergarbeiter einen halbwegs auskömmlichen Lohn verdient, sofort wird eine neue Regelung des Gedinges so eingeführt, daß der Lohn unbedingt sinken muß; denn die Unternehmer im Bergbetriebe stehen auf dem Standpunkte, daß der Lohn über eine gewisse Grenze nicht hinausgehen darf. Sie haben zwar keine Mindestlöhne, aber sie haben für die Bergarbeiter einen Maximallohn *(Sehr richtig!)* und wo die Bergarbeiter einmal in einem besonderen Falle, an einem besonderen Orte einen Arbeitsplatz haben, wo ihnen die Arbeit leichter wird, wo die Förderung eine leichtere ist usw. und sie über das geheime Maximallohngesetz der Herren Unternehmer hinauskommen, sofort wird die Gedingregelung durchgeführt, und zwar derart, daß dort der Lohn bei der nächsten Lohnauszahlung schon um soundsoviel gesunken ist. Da wirkt man gerade in der entgegengesetzten Richtung, da animiert man die Arbeiter dazu, nicht ihre volle Kraft auszuschöpfen bei der Arbeit, sondern mit ihr zu sparen, sie einzuschränken, um nicht den Unternehmer Gelegenheit zu geben, das Gedinge herabzusetzen.

Aber, meine hochverehrten Herren, es kommt noch ein ganz anderer Faktor, der meiner Ansicht nach von der allergrößten Bedeutung für die Beurteilung dieser Frage ist, in Betracht, ich möchte ihn nennen den psychologischen Faktor, denn der Arbeiter ist keine Maschine, die man des morgens einstellt und am Abend wieder ausrückt, wie man einen Webstuhl oder eine Spinnmaschine einstellt und wieder ausrückt. Seine Exzellenz der Herr Minister hat gesagt: auch der Bergarbeiter ist ein Mensch und unterliegt gewissen psychologischen Wirkungen. Ganz richtig. Und, meine Herren, wie wirkt man denn heute von oben herab auf die Psyche der Arbeiter? Zum arbeiten, meine Herren, gehört nicht nur Muskelkraft. Und vor allem gehört, um aus sich selbst das höchste Maß an Kraftleistung Tag für Tag herauszugeben, nicht allein, daß man über eine gewisse Höchstmenge von Kraft und Muskelstärke verfügt, sondern es gehört dazu der Wille und, ich möchte sagen, die psychologische Disposition, die Stimmung oder, wenn Sie wollen, eine bestimmte Arbeitsfreude. Ohne diese, Exzellenz, geht es nicht. Und da können Sie Gesetze machen, können Sie Maßregeln ergreifen, welcher Art sie wollen, es wird der Regierung nicht gelingen, eine Tonne mehr Kohlen aus den Bergarbeitern herauszubringen, wenn Sie in den Bergarbeitern nicht zustandebringen, und zwar in sehr baldiger Zeit, das Gefühl, daß das wahr ist, was Seine Exzellenz gesagt hat, daß die Bergarbeiter auch Menschen sind. Wie aber hat man denn die Bergarbeiter behandelt die ganze Zeit des Krieges hindurch? Wenn die Bergarbeiter oder irgendein Teil von Bergarbeitern irgendeine Begeisterung einmal besessen haben und von der allgemeinen Stimmung bei Kriegsanfang ergriffen worden sind, die dann in diese Begeisterung umgesetzt worden ist, so hat man sie ihnen durch die Behandlung, die man ihnen während der ganzen Zeit hat angedeihen lassen, gründlich ausgetrieben und den Bergarbeiter erfüllt heute nichts als Ekel vor seiner Arbeit, nichts als Ekel vor der Grube; denn er kann sich dort nicht fühlen als freier Mensch, als Mensch, der als Vertragsteil in einem bestimmten Vertragsverhältnisse seine vertraglichen Verpflichtungen einlöst, sondern er muß sich fühlen als Sklave, auf dem tagtäglich herumgetreten wird, vom Gendarmen, vom Nachtwächter, vom Doripolizisten, von jedem Werksbeamten, den man behandelt, wie wirklich Sklaven behandelt werden. Wie wollen Sie in dem Bergarbeiter jene Stimmung erwecken und erhalten, die notwendig ist, wenn Seine Exzellenz das gesteckte Ziel einer Produktionssteigerung erreichen will, wenn er will, daß jeder das Vollmaß seiner Kräfte Tag für Tag und Stunde für Stunde in Dienst der Allgemeinheit opfert?

Ich möchte mir erlauben, auf ein besonderes Kapitel hinzuweisen, auf die strafweisen Einberufungen. Seine Exzellenz sagte: 18.000 Bergarbeiter sind beurlaubt worden. Seine Exzellenz hat uns aber nicht erzählt, wie viel Bergarbeiter während dieser Zeit, als das Ministerium sich bemühte, von der Kriegsleitung soundsoviele Bergarbeiter loszubekommen, lediglich auf Grund von Haß und Verfolgungen durch Werksbeamte, durch zivile und militärische Werksleiter wieder einrückend gemacht worden sind. Sie haben den

Unternehmern und ihren nächsten Werkzeugen, ihren Betriebsbeamten und dazu den militärischen Leitern auf jedem Schacht ein solches Übermaß von Macht über den Bergarbeiter gegeben, daß dieser absolut unfähig ist, sich zu wehren. Sie haben ihm in eine Lage der Abhängigkeit, in eine Lage der Ohnmacht gebracht, die auf der anderen Seite geradezu dazu reizt, jetzt den Arbeiter fühlen zu lassen: du bist der Hund, du wirst jetzt von mir geprügelt und du darfst dich nicht wehren. Diese strafweisen Einberufungen sind in allen Revieren zahlreich und es ist doch zu verwundern: auf der einen Seite reklamieren die Werke die Soldaten, verlangen ihre Enthebung, um die Produktion steigern zu können, und auf der anderen Seite geht das Einrückendmachen ununterbrochen fort. Wer wird den einrückend gemacht? Vertrauensmänner der Bergarbeiter, die nichts anderes getan haben, als daß sie ihre ihnen im Gesetz über die Bergbaugenossenschaften vorgeschriebene Pflicht erfüllt haben. Ich weiß nicht, ob Seine Exzellenz über alle diese Dinge orientiert ist. Ich möchte ein paar Fälle aus dem riesigen Material herausgreifen, das uns vorliegt. Die Einrückendmachung geschieht auf Grund von Denunziationen, namentlich von Aufsehern, Steigern, von Leuten, die an einem Arbeiter, mit dem sie einmal einen Streit, sei es im Wirtshaus, am Kartenspieltisch oder sonst wo gehabt haben, ihr Mütchen kühlen lassen wollen. Es erfolgen Einberufungen. Und was sehen die Bergarbeiter auf der anderen Seite? Sie sehen, daß die einrückend gemachten Arbeiter durch Bauernsöhne und Bürgersöhne ersetzt werden, die niemals in einem Schacht gearbeitet haben, die ohne jede Qualifikation in den Bergwerksbetrieb eingestellt werden, Leute, denen nur Gefälligkeiten erwiesen werden. *(Abgeordneter Iro: Die werden auch gezwungen!)* Ein Schachtleiter, der Bekanntschaft mit Bürgern und Bauern hat, leistet solche Gefälligkeiten. Aus dieser Möglichkeit, solche Dinge zu erreichen, ziehen wahrscheinlich die betreffenden Leute auch ihre Vorteile. Es wäre ja am Ende nicht zu verwundern, wenn für ein paar Kilo Selbstversorgermehl irgendein Werksleiter dem Bauern, von dem er das Mehl bekommt, eine solche Gefälligkeit erweisen wird.

Ich will Ihnen ein paar Fälle solcher Einberufungen von Bergarbeitern anführen:

Der Bergarbeiter Karl Klein in Hart bei Gloggnitz, beschäftigt am Kohlenwerke in Hart, wurde im Juli 1917 — also in jüngster Vergangenheit, Exzellenz — über Betreiben des Werksdirektors einrückend gemacht. Da er sich bei seiner Einrückung mit einem Zeugnis als qualifizierter Häuer ausweisen konnte, wurde er enthoben und rückbeurlaubt. Er wurde aber trotzdem wieder zu einem Truppenkörper, Ersatzbattaillon des Infanterieregiments Nr. 1, nach Benisch abgegeben. Bei seinem Abtransport bekam er einen Dienstzettel mit dem Vermerk: „Infanterist Karl Klein ist hier im Sinne des k. k. Ministerialerlasses X/130045 behufs Enthebung als Bergarbeiter eingerückt, wurde jedoch von dem Betrieb Gloggnitz aus disziplinären Gründen nicht aufgenommen *(Hört! Hört!)* und wird daher behufs Überstellung an seinen früheren Truppenkörper dorthin einrückend gemacht. *(Hört! Hört!)* Der Obengenannte kommt daher als Bergarbeiter nicht mehr in Betracht". Tatsächlich wurde auch Klein nicht mehr enthoben.

Sie brauchen Bergarbeiter, reden von Produktionssteigerung und irgendein Werksbeamter schickt dann den Bergarbeiter an die Front.

Am 5. Juli 1917 versäumten die beiden Bergarbeiter Godina und Neger den Arbeiterzug von Pölfing-Brunn nach Steieregg in Untersteiermark. Sie wurden von dem Steieregger Kohlenwerk sofort einrückend gemacht, trotzdem beide seit zehn Jahren Häuer sind und als Soldaten nicht gedient haben *(Hört! Hört!)*; nur weil sie den Arbeiterzug versäumt haben.

Der Bergarbeiter Jackl der Gabrielezeche in Brandau, der im Juni 1917 als Bergarbeiter enthoben wurde, ist am 18. Juli 1917 wieder einrückend gemacht worden, trotzdem er schon 13 Jahre Häuer ist, weil die gesamte Belegschaft anfangs Juli wegen totalen Lebensmittelmangel zwei Tage nicht gearbeitet hat.

Dafür, daß die Leute, weil sie vor Hunger umgefallen sind, nicht gearbeitet haben, hat man den Vertrauensmann verantwortlich und einrückend gemacht, an die Front geschickt.

Der Bergarbeiter Martin Pippenbacher in Knappenberg bei Hüttenberg der Alpine-Montangesellschaft ist seit vielen Jahren Häuer. Er wurde als Vertrauensmann, als nichtgedienter Soldat, Ende April ohne Grund einberufen, nur weil er der Vertrauensmann der Arbeiter ist.

Der Bergarbeiter Jakob Uranjek auf dem k. k. Bergbau in Buchberg *(Hört! Hört!)* wo besondere Verhältnisse bestehen, auf die ich noch kurz zu sprechen komme, im Revierbergamtsbezirk Cilli, wurde am 1. August plötzlich zur k. k. Etappenkompagnie in Marburg an der Drau einberufen, er hatte nie gedient, ist nicht gemustert. Seine Einberufung erfolgte deswegen, weil er über die schauderhaften Zustände dieses staatlichen Bergbaues eine Beschwerde an die Berghauptmannschaft Klagenfurt gerichtet hat. *(Hört! Hört!)* Das war der Grund Seiner Einberufung — Einberufung kann man eigentlich nicht sagen —, denn es hatte niemand ein Recht, ihn einzuberufen, sondern der verbrecherischen Gewalttätigkeit, die man an ihm begangen hat, indem man ihn einfach in den Soldatenrock gesteckt hat. Uranjek hat sechs Kinder im Alter von sieben

Monaten bis zu 13 Jahren. Bei allen Musterungen ist er die ganze Zeit hindurch, während gemustert wurde, als ganz ungeeignet befunden worden. Ich werde mir erlauben, auf die Verhältnisse in Buchberg dann später noch kurz zu verweisen.

Der Fördermaschinist des Merkurschachtes bei Komotau Chaloupka mußte regelmäßig Überschichten, Nachtschichten, bei der Bedienung der Wassermaschine in Grube verfahren. Die Pumpe ist sehr reparaturbedürftig, versagt ununterbrochen. Am 9. März in der Nachtschicht hat sie wieder versagt. Der Betriebsleiter Hemprich hat Chaloupka die Schuld beigemessen und schickte ihn nach hause mit dem Bemerken: „Sie haben sogleich einzurücken." *(Hört! Hört!)* Am selben Tage wurde Chaloupka, obwohl er keine Einberufung erhielt, mittels militärischer Eskorte zum Kader des Infanterieregimentes Nr. 74 nach Kaaden eingeliefert und dort zu seinem zuständigen Infanterieregiment Nr. 88 nach Szolnok transferiert. Dortselbst bekam Chaloupka unter anderem einen Brief zu lesen von der Werksleitung des Merkurschachtes, *(Hört! Hört!)* in welchem ersucht wird, Chaloupka nicht im Hinterlande oder in dessen Beruf zu verwenden, sondern er soll nur an der Front verwendet werden. *(Hört! Hört!)*

Und nun erlauben Sie mir, Ihnen einen ganz besonderen Fall einer solchen Einrückungmachung und einer solchen Behandlung der Bergarbeiter vor Augen zu führen, er betrifft den Fall Grundl, das ist der Obmann der Gruppe II der Bergbaugenossenschaft Falkenau-Elbogen, also der durch das Gesetz bestimmten offiziellen Vertretung der Bergarbeiter, beschäftigt am Richardschachte in Chodau. Der Mann ist 45 Jahre alt, Vater von acht Kindern und seit vielen Jahren als Häuer in Braunkohlengruben beschäftigt, zuletzt seit mehr als 15 Jahren am Richardsschachte in Chodau. Er ist also jedenfalls ein qualifizierter Arbeiter, sonst hätte man ihn nicht solange auf diesem Schachte geduldet. Es wurde eine Deputation zum Ministerium für öffentliche Arbeiten, zu Seiner Exzellenz geschickt, an dieser Deputation hat Grundl teilgenommen und sofort nach seiner Rückkehr von Wien wurde er zur militärischen Dienstleistung einberufen. *(Hört! Hört!)* Er wurde später wieder enthoben, kam wieder nach Hause und trat natürlich wieder die Funktion als Obmann der Gruppe II an. In dieser seiner Eigenschaft hatte er in Brüx für eine bessere Versorgung der Bergarbeiter am Richardsschachte mit Nahrungsmitteln interveniert, er hat einer Vorstandssitzung der Union der Bergarbeiter beigewohnt und aus diesen zwei Anlässen ist er wieder einrückend gemacht worden und ist heute bei einer Marschkompagnie. In dieser Weise hat man die Bergarbeiter durch strafweise Einberufungen behandelt, die Zahl der Bergarbeiter verringert und damit selbstverständlich die Produktion.

Aber zu diesen strafweisen Einberufungen kommen dann noch die militärischen Disziplinarstrafen, die natürlich aus denselben Gründen wie die Einberufungen erfolgten, aus Haß, Mißgunst und Verfolgungssucht seitens der Werksbeamten und ihre Zahl ist ungeheuer groß.

Nun möchte ich mir erlauben, nur auf die Fälle im staatlichen Betrieb in Buchberg zurückzukommen. Ich habe hier eine Liste von einer ganzen Anzahl von Bergarbeitern, die von 5 Tagen bis zu 28 Tagen Arrest verurteilt wurden *(Hört! Hört!)*, nur deswegen, weil sie die ihnen täglich vom Ingenieur des Schachtes, das heißt vom militärischen Leiter, vorgeschriebene Arbeitsmenge nicht zu leisten imstande waren.

Der Mann kommt früh in den Schacht und da heißt es, du hast heute soundso viel fördern und wenn das der Bergarbeiter nicht imstande ist, hat er am Abend die Strafe am Buckel und muß nach Beendigung der Schicht in den Arrest, in irgend ein verschmutztes Loch hinein, das natürlich geeignet ist, die Bergarbeiter krank zu machen. Die natürliche Folge davon ist auch die Steigerung der Krankheitsziffern unter den Belegschaften. Die Arreste, die bei den Schächten errichtet wurden, sind in der Regel angefüllt von Bergarbeitern, die aus diesen Gründen verurteilt wurden, ohne ordentliche Untersuchung, ohne ordentliche Rechtssprechung, eine blanke, pure, nackte, brutale Vergewaltigung der Arbeiter. *(Zustimmung!)*

Meine Redezeit ist leider abgelaufen. Ich könnte Ihnen, Meine Herren, wahrhaft endlos in dieser Weise erzählen und Material vorbringen. Was haben diejenigen, die für diese Dinge verantwortlich sind, denn unter diesen Verhältnissen und bei einer solchen Behandlung aus den Bergarbeitern gemacht? Und da verlangen sie von den Bergarbeitern Produktionssteigerung, verlangen sie Hingabe des vollen Maßes an Kraft, das die Arbeiter noch bei dieser elenden, miserablen Ernährung, bei Schweinebohnen und Kleie, mit denen sie sie zeitweise im Jahre füttern, noch aus ihren Körpern herausbringen können? Das können sie von den Bergarbeitern nicht verlangen! Die psychologische Wirkung einer solchen Behandlung der Bergarbeiter ist natürlich die, daß jeder, ohne ein „Staatsverbrecher" zu sein, ohne da mit politischem Bewußtsein oder politischer Absicht zu handeln, am Ende so ermattet, so gleichgültig gegen alles wird, daß er eben nur das leistet, was er schlecht und recht im Tage leisten kann. Ihn unter diesen Umständen zu einer besonderen Anspannung seiner Kräfte zu bringen, das, meine Herren, ist wahrlich aussichtslos. Heute ist die Stimmung unter den Bergarbeitern die: lieber ein Ende mit Schrecken als dieser Schrecken ohne Ende,

und man wird, meine Herren, diesen Schrecken ein Ende machen müssen, wenn man will, daß die Bergarbeiter das leisten, was notwendig ist, um die Bevölkerung und um vor allen anderen die Armen vor der größten Not, vor der Kohlennot zu schützen, davor zu schützen, daß sie in diesem Winter erfrieren müssen. Auf diesen Wege, meine hoch verehrten Herren, muß gearbeitet werden. In dem Bergarbeiter muß wieder das Bewußtsein erweckt werden, daß er doch auch Mensch ist wie die anderen, dann werden auch die Bergarbeiter in diesem Punkte, soweit es bei dieser Ernährung heute möglich ist, den Notwendigkeiten des allgemeinen Interesses in höherem Maße Rechnung tragen können, als es heute der Fall sein kann. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 38. Sitzung, Dienstag, den 13. November 1917.

## Inhalt.


### Personalien.

rlaubserteilung (Seite 1975).

ornahme der Delegationswahlen (Seite 1977).

ntrag des Abgeordneten Dr. Petruszewycz auf Absetzung der Delegiertenwahl für Galizien von der Tagesordnung ([Seite 1975] — Redner: Abgeordneter Staněk [Seite 1976], Abgeordneter Pacher [Seite 1976] — Ablehnung des Antrages).

### Unterbrechung der Sitzung.

Antrag des Abgeordneten Seitz auf Unterbrechung der Sitzung — Ablehnung des Antrages (Seite 1979).

### Ausschüsse.

Ergebnis der in der 37. Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Unterrichts-, den Verfassungs-, den Wehr- und den Flüchtlingsausschuß (Seite 1975).

# Beginn der Sitzung: 6 Uhr 10 Minuten abends.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Dr. Ritter v. **Mühlwerth**, Dr. **Stojan**, **Wollek**, **Čech**, Dr. **Rychlik**, Ritter v. **Lukaszewicz**, Dr. **Stumpf**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident**: Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Bei den in der Vormittagssitzung vorgenommenen Wahlen in verschiedene Ausschüsse wurden 167 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 84.

Gewählt erscheinen mit je 167 Stimmen:

In den Unterrichtsausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Franz Meixner;

in den Verfassungsausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Teufel, als Ersatzmänner die Herren Abgeordneten Dr. Bodirsky und Dr. Ritter v. Mühlwerth;

in den Wehrausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Dr. Ritter v. Mühlwert, als Ersatzmann der Herr Abgeordnete Dr. Wichtl;

in den Flüchtlingsausschuß als Mitglieder die Herren Abgeordneten Kuhn und Dr. Wichtl, als Ersatzmann der Herr Abgeordnete Schürl.

Dem Herrn Abgeordneten Josef Mayer habe ich einen 14tägigen Urlaub erteilt.

Zur formalen Geschäftsbehandlung im Sinne des § 36 der Geschäftsordnung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Petruszewycz zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Petruszewycz**: Hohes Haus! Auf die Bestimmung des § 36, Absatz E, der Geschäftsordnung gestützt, beantrage ich im Namen der „Ukrainischen parlamentarischen Vertretung", daß die für die jetzige Sitzung anberaumte Wahl der Delegierten des Landes Galizien von der Tagesordnung abgesetzt werde.

Dem § 49 der Geschäftsordnung gemäß erlaube ich mir, meinen Antrag kurzgefaßt folgendermaßen zu motivieren:

Hohes Haus! Das hohe Haus soll seine Delegierten für die österreichischen Delegationen wählen. Wir Ukrainer begrüßen mit Freude die Tatsache, daß es dem österreichischen Parlament einmal ermöglicht sein soll, auch gegenüber den in diesem Augenblicke für alle Völker unserer Monarchie hochwichtigsten Fragen der auswärtigen Politik und somit auch gegenüber der Frage des herannahenden Friedens sein Wort zu sagen. *(Zustimmung.)* Der Grund unseres Antrages ist somit weit davon entfernt, dem rechtzeitigen Zusammentreten der Delegationen Schwierigkeiten zu bereiten, sondern der Zweck unseres Antrages ist, eine neue Vergewaltigung, welche unserer ukrainischen Vertretung bei den heutigen Wahlen neuerlich droht, zu verhindern. *(Zustimmung.)* Galizien wählt in die Delegationen 7 Delegierte. Von den 106 Abgeordnetenmandaten, welche Galizien zugestanden sind, haben wir Ukrainer 28 Mandate. Auf je 15 Mandate entfällt somit 1 Delegierter. Trotzdem erlaubt uns die polnische Mehrheit seit Jahren immer nur einen einzigen Abgeordneten in die Delegationen zu wählen. *(Hört! Hört! — Ruf: Skandal! Banditenvolk!)* In den Vertretungen aller anderen Länder Österreichs mit national gemischter Bevölkerung wird das Prinzip geachtet, daß den Vertretern jeder Nation eine ihrer Zahl entsprechende Zahl der Delegierten zugestanden wird. Nur die Vertretung Galiziens, nämlich ihre polnische Mehrheit, will dieses Prinzip nicht anerkennen und ihre Stärke ausnützend, gesteht sie uns Ukrainern nur die Hälfte dieser Zahl der Delegierten zu, welche uns nach unserer Zahl und nach Gerechtigkeit zukommt. Die nächste Session der Delegationen wird eine der wichtigsten sein. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in dieser Session das Schicksal aller Völker unserer Monarchie, und auch das des unseren zur Entscheidung gebracht wird. Es liegt somit im hochwichtigsten Interesse jedes Volkes und am aller-

meisten des am stärksten bedrohten ukrainischen Volkes *(So ist es!)*, in den nächsten Delegationen entsprechend vertreten zu sein. Gerade mit Rücksicht auf diesen Umstand können wir nicht auch in diesem Augenblicke die erwähnte Vergewaltigung neuerlich ruhig zur Kenntnis nehmen *(Beifall)* und indem wir uns gleichzeitig erlauben, an das hohe Haus, an die Vertreter aller anderen Länder und Nationen unserer Monarchie zu appellieren, daß sie uns vor dieser krassen, neuen Vergewaltigung in Schutz nehmen und mit Hilfe ihres Einflusses die Zuerkennung der ihr gebührenden Zahl der Delegierten der ukrainischen parlamentarischen Vertretung erwirken, beantragen wir die Absetzung von der heutigen Tagesordnung der Wahl der Delegierten aus Galizien zu dem Zwecke, um dem hohen Haus die Möglichkeit zu geben, eine der ukrainischen Vertretung und der Bedeutung des ukrainischen Volkes entsprechende Zahl der Mandate in die Delegationen zu erwirken. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Während der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Petruszewycz ist gegen die Polen der Ausdruck „Banditenvolk" gebraucht worden. Ich kann nicht feststellen, von wem dieser Zwischenruf kam, muß aber eine solche Beschimpfung einer ganzen Nation auf das entschiedenste zurückweisen. *(Beifall.)*

Nach § 49 der Geschäftsordnung steht es im Ermessen des Präsidenten, zur Geschäftsordnung das Wort zu erteilen und dabei die Rededauer bis zu fünf Minuten zu beschränken.

Ich beschränke für diese Debatte, insofern sie überhaupt stattfindet, die Rededauer auf fünf Minuten und erteile dem Herrn Abgeordneten Staněk das Wort.

Abgeordneter **Staněk:** Hohes Haus! Der geehrte Herr Vorredner hat seinen Antrag auf Absetzung der Delegationswahlen von der Tagesordnung durch die Geschäftsordnung begründet, ich bin daher enthoben, diese Begründung vorzubringen. Es ist richtig, daß zwischen den Parteien noch nicht klare Kompromisse geschlossen worden sind, damit die Wahlen, wie es immer in diesem hohen Hause üblich war, in den einzelnen Ländern vor sich gehen können. Auch wir im Königreiche Böhmen haben mit den Herren deutschen Abgeordnetenkollegen aus Böhmen ein Kompromiß geschlossen, das auch jetzt in der schweren Zeit von uns eingehalten werden wird, um zu zeigen, wie wir uns die Ordnung der Verhältnisse zwischen den Parteien und Völkern vorstellen, daß keine Minorität vergewaltigt werden darf und kann. *(Lebhafter Beifall.)* Wenn das politische Leben sich weiter entwickeln soll, müssen diese Kompromisse, auch wenn sie nicht geschlossen werden, beachtet werden. Wir haben mit den deutschen Kollegen ein Abkommen getroffen und wollten sie auch demgemäß heute wählen; ich habe auch dem Herrn Kollegen Pacher, der mir in dieser Sache geschrieben hat, dies schriftlich bestätigt. In letzter Minute bekommen wir aber von den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten aus dem Königreiche Böhmen ein Schreiben, in dem sie uns darauf aufmerksam machen, daß sie, obwohl sie neun Mandate im Königreiche Böhmen besitzen, von den Herren gar nicht berücksichtigt worden sind und seit dem Jahre 1911 ihnen kein Mandat in den Delegationen zugefallen ist.

Meine sehr verehrten Herren! Wir hüten uns davor, uns in die Frage einzumischen, wen die Deutschen wählen sollen; wie wir uns nicht in die Wahl unserer Kandidaten hineinreden lassen, so wollen wir auch nicht in die Bestimmung der Kandidaten der deutschen Herren Kollegen aus Böhmen hineinreden; aber wir müssen diesen Appell an die Herren richten, weil wir mit allen deutschen Abgeordneten des Königreiches Böhmen das Kompromiß schließen wollen, und wir müssen verlangen, daß auch die Minorität der anderen Herren fühlt, daß wir da wirklich entgegenkommend sind. Ich habe schon persönlich an die Herren appeliert, sie mögen diesen Wunsch der deutschen Sozialdemokraten im Königreich Böhmen berücksichtigen, denn neun Mandate verdienen doch wenigstens einmal in sechs Jahren in der Delegation vertreten zu sein.

Meine sehr geehrten Herren! Da dieses Kompromis nicht klargestellt ist und ich nicht den Anschein erwecken will, als hätte ich das, was ich im Namen des „Cesky Svaz" abgemacht habe, nicht gehalten, so bitte ich die Herren Kollegen — es handelt sich vielleicht nur um eine Unterbrechung auf ein bis zwei Stunden oder bis morgen abend — diesem Ersuchen der ukrainischen Kollegen aus den Gründen, die ich vorgebracht habe, zu willfahren, damit hier clara pacta geschaffen werden und damit wir die Wahl einstimmig vornehmen, wie es sich gebührt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Pacher.

Abgeordneter **Pacher:** Hohes Haus! Auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Staněk, der eine Beschwerde der sozialdemokratischen Abgeordneten aus Deutschböhmen wegen der Nichtberücksichtigung bei der Aufstellung der Kandidatenliste für die Wahl der Delegation seitens der Abgeordneten der deutsch-böhmischen Vereinigung vorgebracht hat, erlaube ich mir folgendes zu bemerken. Im Reichsrate vom Jahre 1907 wurde innerhalb der Abgeordneten aus Deutschböhmen eine Ver-

einbarung bezüglich der Delegationswahlen geschlossen, welche auch die Sozialdemokraten einschloß. Nach den Wahlen vom Jahre 1911 haben es die sozialdemokratischen Abgeordneten in Niederösterreich abgelehnt, den 14 weder der christlichsozialen noch der sozialdemokratischen Partei angehörigen Abgeordneten — 14 unter 64 — eine Berücksichtigung bei den Delegationswahlen angedeihen zu lassen, obzwar sie sich beschweren, daß ihnen — 9 unter 55 - in Deutschböhmen nunmehr eine solche Berücksichtigung nicht zuteil werde. Damals haben die Abgeordneten der deutsch-böhmischen Vereinigung beschlossen, die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber den Nationalen in Niederösterreich damit zu erwidern, daß auch sie auf die Sozialdemokraten aus Deutschböhmen keine Rücksicht nehmen. Diese Verhältnisse bestehen bis heute und wir sind daher nicht in der Lage, der seitens der Herren sozialdemokratischen Abgeordneten aus Deutschböhmen an uns gestellten Aufforderung zu entsprechen. Was in dem einen Land recht ist, muß in dem andern Lande billig sein. *(Sehr richtig!)*

**Präsident:** Damit ist die formale Debatte geschlossen.

Es liegen zwei Anträge vor.

Der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Petruszewicz geht dahin, die Wahl der Delegierten für das Königreich Galizien von der Tagesordnung abzusetzen; der Herr Abgeordnete Stanĕk hat den Antrag gestellt, die gesamten Delegationswahlen von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen. Der Antrag Stanĕk ist der weitergehende, wir werden daher über diesen Antrag zuerst abstimmen.

Ich ersuche die Herren, die Plätze einzunehmen. *(Nach einer Pause):* Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Antrage Stanĕk, die gesamten Wahlen in die Delegation von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen, zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Es ist die Minderheit. *(Widerspruch.)*

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die dem Antrage Petruszewicz zustimmen, wonach die Wahl der Delegation für das Königreich Galizien von der Tagesordnung abgesetzt werden soll, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das ist auch die Minderheit. Es bleibt sonach bei der Tagesordnung. *(Zwischenrufe.)*

Wir schreiten zur Wahl der Delegierten aus dem Königreiche Böhmen. Ich ersuche den Herrn Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen und die Herren Abgeordneten aus dem Königreiche Böhmen über Namensaufruf den Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Ritter v. Mühlwerth geben die Abgeordneten aus dem Königreiche Böhmen die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Die Stimmenzählung wird sofort vorgenommen werden.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums):*

Bei der Wahl der Delegierten aus dem Königreiche Böhmen wurden 84 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 43.

Gewählt erscheinen die Herren Abgeordneten Habermann mit 81, Klofáč mit 78, Dr. Koerner mit 81, Dr. v. Langenhan mit 81, Mayer Josef mit 78, Spies mit 81, Stříbrný mit 81, Udržal mit 81, Dr. Zahradník mit 79, Glöckel mit 61 Stimmen.

Außerdem erhielt Abgeordneter Wolf 24, Abgeordneter Paulik 2 und Abgeordneter Seliger 1 Stimme. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Wolf. — Gegenrufe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe!

Wir gelangen zur Wahl des ersten Ersatzmannes für die Delegierten des Königreiches Böhmen. Ich ersuche den Herrn Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen und bitte die Herren Abgeordneten aus dem Königreiche Böhmen die Stimmzettel abzugeben. *(Andauernde Zwischenrufe des Abgeordneten Wolf.)*

Herr Abgeordneter Wolf, ich bitte um Ruhe!

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Ritter v. Łukaszewicz geben die Abgeordneten aus dem Königreiche Böhmen die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet, es wird sofort die Stimmzählung vorgenommen werden.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl des ersten Ersatzmannes für die Delegierten des Königreiches Böhmen wurden 63 Stimmzettel abgegeben. Zum ersten Ersatzmanne ist mit sämtlichen 63 Stimmen der Herr Abgeordnete Pacher gewählt.

Ich ersuche nunmehr, die Stimmzettel für die Wahl des zweiten Ersatzmannes aus dem Königreiche Böhmen abzugeben.

Ich bitte den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Čech geben die Abgeordneten aus dem Königreiche Böhmen die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet. Die Stimmzählung wird sofort vorgenommen werden.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl des zweiten Ersatzmannes aus Böhmen wurden 44 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurde mit allen 44 Stimmen der Herr Abgeordnete Dr. Viškovský.

Wir gelangen zur Wahl eines Delegierten aus dem Königreiche Dalmatien. Ich bitte den Herrn Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen und die Herren Abgeordneten aus Dalmatien, die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Königreiche Dalmatien die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet. Die Zählung wird sofort vorgenommen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Es wurden 9 Stimmzettel abgegeben, darunter 4 leere, somit 5 gültige Stimmen; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 3. Gewählt wurde mit 5 Stimmen der Herr Abgeordnete Dr. Ćingrija.

Ich ersuche nunmehr, die Wahl eines Ersatzmannes aus dem Königreiche Dalmatien vorzunehmen. Ich bitte um den Namensaufruf.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Königreiche Dalmatien die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich bitte die Zählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Ersatzmannes aus dem Königreiche Dalmatien wurden 9 Stimmzettel abgegeben, darunter 4 leere; mit allen 5 gültigen Stimmen erscheint gewählt der Herr Abgeordnete Dr. Sesardić.

Wir gelangen nunmehr zur Wahl von sieben Delegierten aus dem Königreiche Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtume Krakau. Ich bitte die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Rychlik geben die Abgeordneten aus dem Königreiche Galizien die Stimmzettel ab.)*

Ich erkläre die Stimmenabgabe für geschlossen und unterbreche die Sitzung zur Vornahme der Stimmenzählung.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Bei der Wahl der Delegierten aus dem Königreiche Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtume Krakau wurden 75 Stimmzettel, darunter 1 leerer, abgegeben, somit 74 gültige Stimmzettel. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 38. Gewählt erscheinen die Abgeordneten: Daszyński mit 67, v. Długosz mit 57, Dr. German mit 68, Dr. Głąbiński mit 66, Dr. Ritter v. Jaworski mit 38, Dr. Petruszewycz mit 61, Ritter v. Tetmajer mit 67 Stimmen.

Außerdem erhielten die Abgeordneten Dr. Okunewskyj 17, Fürst Lubomirski 20, Dr. Kost' Lewyckyj 2, Lawruk 2 und Stapiński 2 Stimmen.

Wir kommen nunmehr zur Wahl des ersten Ersatzmannes durch die Herren Abgeordneten aus dem Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen, und die Herren Abgeordneten, die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf des Schriftführers Dr. Rychlik geben die Abgeordneten aus dem Königreiche Galizien die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Die Stimmenzählung wird sofort vorgenommen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl des ersten Ersatzmannes aus dem Königreich Galizien wurden 66 Stimmzettel abgegeben, darunter 1 leerer. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 33; zum ersten Ersatzmanne wurde gewählt Graf Baworowski mit 60 Stimmen. Auf den Abgeordneten Dr. Leo Baczyński entfielen 4 Stimmen, auf den Abgeordneten Dr. Okunewskyj 1 Stimme.

Wir schreiten nun zur Wahl des zweiten Ersatzmannes aus dem Königreiche Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Krakau. Ich bitte, den Namensaufruf vorzunehmen und die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Rychlik geben die Abgeordneten aus dem Königreiche Galizien die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Die Stimmenzählung wird sofort vorgenommen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl des zweiten Ersatzmannes aus dem Königreiche Galizien wurden 39 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 20. Hiervon erhielt der Abgeordnete Dr. Okunewskyj 38, der Abgeordnete v. Śliwiński 1 Stimme. Der Abgeordnete Dr. Okunewskyj erscheint somit gewählt.

Wir kommen nun zur Wahl von drei Delegierten für das Erzherzogtum Österreich unter der Enns.

Dazu hat sich zur Stellung eines formalen
Antrages der Herr Abgeordnete Seitz zum Worte
gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Seitz**: Gelegentlich der Be-
gründung eines formellen Antrages hat der Herr
Abgeordnete Pacher, wie mir mitgeteilt wird, be-
auptet, daß in Niederösterreich die christlichsoziale
nd die sozialdemokratische Partei ein Kompromiß
ir die Delegationswahlen abgeschlossen haben unter
lusschluß der Deutschfreiheitlichen Niederösterreichs
nd daß die beiden Parteien den 13 deutschfreiheit-
chen Abgeordneten Niederösterreichs kein Mandat
nräumen wollten.

Demgegenüber muß ich feststellen, daß sowohl
on den Christlichsozialen, wie von den Sozial-
mokraten Niederösterreichs den Deutschfreiheitlichen
tsächlich ein Kompromiß für die Delegations-
ahlen angeboten wurde. *(Sehr richtig!)* Bei 25
ristlichsozialen und 26 sozialdemokratischen Abge-
dneten hätten die 13 freiheitlichen Abgeordneten
iederösterreichs natürlich nicht jedes Jahr ein
andat bekommen können. Man hat einen voll-
mmen gerechten Schlüssel empfohlen, demzufolge
s dritte und sechste Jahr der gesamten Legislatur-
riode die Deutschfreiheitlichen je ein volles Mandat
kommen hätten, in den anderen Jahren hätten
als Ersatzmänner fungiert. Die Deutschfreiheit-
hen Wiens und Niederösterreichs haben dieses
mpromiß damals schroff abgelehnt und begehrt,
müßten sofort im ersten Jahre ein Mandat be-
mmen. Darauf ist nicht eingegangen worden. Man
t ihnen aber nochmals wiederholt nahegelegt, sie
igen mit Rücksicht darauf, daß es sich doch um
ie sechsjährige Periode handle, auf dieses Anbot
gehen. Wir Sozialdemokraten hätten dies um so
ber gesehen, weil wir ja, wie ich ganz offen ge-
he, zu ihnen in manchen Belangen nähere Be-
hungen haben als zu den Christlichsozialen. Sie
ben es aber abgelehnt. Nicht unsere Schuld
es, wenn sie zu einer Vertretung nicht ge-
mmen sind.

Was Böhmen anbelangt, muß ich feststellen,
ß wir in den ganzen sechs Jahren, obwohl neun
geordnete, also 40 Prozent der Abgeordneten
hmens deutsche Sozialdemokraten sind, niemals
tz unserer Bemühungen ein Mandat bekommen
oen.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr
Abgeordneter, einen formalen Antrag zu stellen.

Abgeordneter **Seitz** *(fortfahrend)*: Wir haben
smal ganz loyal uns an die deutschbürgerlichen
Abgeordneten Böhmens mit der Bitte gewendet,
s jetzt im siebenten Jahre endlich zu berück-
stigen. Man hat das abgelehnt. Darauf haben
wir allerdings mit keiner Partei ein Kompromiß geschlossen, haben uns an allen Verhandlungen nicht mehr beteiligt und haben heute nur für einen deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten unsere Stimmen abgegeben. Wir haben das loyal allen beiden Parteien mitgeteilt und glauben, zu diesem unseren Vorgehen berechtigt gewesen zu sein. Wir sind immer für solche Kompromisse in Wahlfragen und bedauern unendlich, wenn man darauf nicht eingeht.

**Präsident**: Ich bitte, Herr Abgeordneter, einen formalen Antrag zu stellen.

Abgeordneter **Seitz**: Ich stelle den formalen Antrag, es möge zur Überprüfung der Richtigkeit meiner Angaben die Sitzung auf fünf Minuten unterbrochen werden. Ich bin bereit, das ziffernmäßig nachzuweisen.

**Präsident**: Nachdem der Antrag auf Unterbrechung der Sitzung gestellt wird, muß ich ihn zur Abstimmung bringen. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. *(Nach einer Pause:)* Ich ersuche jene Herren, welche für die Unterbrechung der Sitzung behufs Überprüfung dieser Angaben sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist abgelehnt.

Wir schreiten nun zur Wahl. Bitte den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stumpf geben die Abgeordneten aus dem Erzherzogtume Österreich unter der Enns die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen; die Stimmenzählung wird sofort vorgenommen werden.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Abgegeben wurden 32 Stimmzettel. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 17.

Gewählt wurden die Abgeordneten Dr. Ellenbogen, Dr. Mataja und Miklas.

Wir schreiten nun zur Wahl eines Ersatzmannes aus dem Erzherzogtume Österreich unter der Enns. Ich ersuche um Abgabe der Stimmzettel.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stumpf geben die Abgeordneten aus dem Erzherzogtume Österreich unter der Enns die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Die Stimmenzählung wird sogleich vorgenommen werden.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Für die Wahl eines Ersatzmannes durch die Abgeordneten aus dem Erzherzogtume Österreich unter der Enns wurden 31 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 16 Stimmen. Gewählt erscheint der Herr Abgeordnete Seitz mit 31 Stimmen.

Wir schreiten nunmehr zur Wahl zweier Delegierten durch die Abgeordneten aus dem Erzherzogtume Österreich ob der Enns. Ich bitte, den Namensaufruf vorzunehmen und die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stumpf geben die Abgeordneten aus dem Erzherzogtume Österreich ob der Enns die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen; die Stimmenzählung wird sofort vorgenommen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl zweier Delegierten durch die Herren Abgeordneten aus dem Erzherzogtume Österreich ob der Enns wurden 12 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Majorität beträgt 7 Stimmen. Gewählt wurden die Herren Abgeordneten Hauser und Dr. Schlegel mit allen 12 Stimmen.

Wir schreiten nun an die Wahl eines Ersatzmannes durch die Herren Abgeordneten aus dem Erzherzogtume Österreich ob der Enns. Ich bitte, die Namen zu verlesen und die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stumpf geben die Abgeordneten aus dem Erzherzogtume Österreich ob der Enns die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Die Stimmenzählung wird sofort vorgenommen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Ersatzmannes für das Erzherzogtum Österreich ob der Enns wurden 13 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Mehrheit beträgt 7. Gewählt erscheint der Herr Abgeordnete Kreilmeier mit 12 Stimmen. Der Herr Abgeordnete Waldl erhielt 1 Stimme.

Wir gelangen nun zur Wahl eines Delegierten für das Herzogtum Salzburg. Ich ersuche um Abgabe der Stimmzettel.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Salzburg die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Die Stimmenzählung wird sofort vorgenommen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Delegierten aus dem Herzogtume Salzburg wurden 4 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurde mit allen 4 Stimmen der Herr Abgeordnete Dr. Freiherr v. Fuchs.

Wir schreiten zur Wahl eines Ersatzmannes aus dem Herzogtume Salzburg. Ich bitte den Namensaufruf vorzunehmen und die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Salzburg die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich bitte die Stimmenzählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Es wurden 4 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurde mit allen 4 Stimmen der Herr Abgeordnete Dr. Sylvester.

Wir kommen nun zur Wahl von zwei Delegierten aus dem Herzogtume Steiermark. Ich bitte den Namensaufruf vorzunehmen und die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Steiermark die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen; ich bitte die Stimmenzählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Es wurden 19 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 10. Mit allen 19 Stimmen wurden gewählt die Herren Abgeordneten Freiherr v. Pantz und Tomaschitz.

Wir kommen zur Wahl eines Ersatzmannes aus dem Herzogtume Steiermark. Ich bitte, den Namensaufruf vorzunehmen und die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Steiermark die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich ersuche, die Stimmenzählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Ersatzmannes durch die Herren Abgeordneten aus dem Herzogtume Steiermark wurden 19 Stimmzettel abgegeben. Gewählt mit allen 19 Stimmen wurde der Herr Abgeordnete Prisching.

Wir schreiten nun zur Wahl eines Delegierten aus dem Herzogtume Kärnten. Ich ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben und bitte den Herrn Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Kärnten die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich bitte um Vornahme der Stimmenzählung.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Delegierten aus Kärnten wurden 5 Stimmenzettel abgegeben. Die absolute Mehrheit beträgt 3. Gewählt erscheint mit 4 Stimmen der Herr Abgeordnete Dr. Waldner, eine Stimme entfiel auf den Herrn Abgeordneten Dobernig.

Es folgt nun die Wahl eines Ersatzmannes durch die Herren Abgeordneten aus Kärnten. Ich bitte, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Kärnten die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich ersuche, die Stimmenzählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

**Präsident:** Bei der Wahl eines Ersatzmannes durch die Herren Abgeordneten aus dem Herzogtume Kärnten wurden 5 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurde zum Ersatzmann der Herr Abgeordnete Dobernig mit 4 Stimmen; der Herr Abgeordnete Nagele erhielt 1 Stimme.

Wir schreiten nun zur Wahl eines Delegierten für das Herzogtum Krain. Ich bitte, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Krain die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich bitte um Vornahme der Stimmenzählung.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Delegierten aus dem Herzogtum Krain wurden 8 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Majorität beträgt daher 5. Gewählt erscheint der Herr Abgeordnete Dr. Korošec mit 7 Stimmen; der Herr Abgeordnete Dr. Šusteršic erhielt 1 Stimme.

Es folgt nun die Wahl eines Ersatzmannes aus dem Herzogtume Krain. Ich bitte, die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Krain die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche um Vornahme der Stimmenzählung.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Abgegeben wurden 8 Stimmzettel. Die absolute Mehrheit beträgt 5. Gewählt wurde der Herr Abgeordnete Ritter v. Pogačnik mit 7 Stimmen. 1 Stimme entfiel auf den Herrn Abgeordneten Jarc.

Wir kommen zur Wahl eines Delegierten aus dem Herzogtume Bukowina. Ich bitte, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Bukowina die Stimmzettel ab:)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich bitte, die Zählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Es wurden 10 Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurde mit allen 10 Stimmen der Herr Abgeordnete Ritter v. Wassilko.

Wir kommen zur Wahl eines Ersatzmannes aus dem Herzogtume Bukowina. Ich bitte, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Bukowina die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich bitte die Zählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Vizepräsident **Simionovici:** Bei der Wahl eines Ersatzmannes aus dem Herzogtume Bukowina wurden 10 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 6. Gewählt wurde der Herr Abgeordnete Dr. Ritter v. Onciul mit allen 10 abgegebenen Stimmen.

Wir kommen nunmehr zur Wahl von vier Delegierten aus der Markgrafschaft Mähren. Ich bitte den Herrn Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus der Markgrafschaft Mähren die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich bitte, die Stimmenzählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl von vier Delegierten aus der Markgrafschaft Mähren wurden 24 Stimmzettel abgegeben; die absolute Mehrheit beträgt 13 Stimmen. Es erscheinen gewählt: der Herr Abgeordnete Stanĕk mit 24 Stimmen, der Herr Abgeordnete Dr. Stránský mit 23 Stimmen, der Herr Abgeordnete Teltschik mit 24 Stimmen und der Herr Abgeordnete Tomášek mit 24 Stimmen.

Wir gelangen nunmehr zur Wahl des ersten Ersatzmannes aus der Markgrafschaft Mähren. Ich bitte die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Wollek geben die Abgeordneten aus der Markgrafschaft Mähren die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche um Vornahme der Stimmenzählung.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

**Präsident:** Abgegeben wurden 24 Stimmzettel; mit 24 Stimmen wurde zum ersten Ersatzmann gewählt der Herr Abgeordnete Teufel.

Wir schreiten nun zur Wahl des zweiten Ersatzmannes aus der Markgrafschaft Mähren. Ich bitte um den Namensaufruf.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus der Markgrafschaft Mähren die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet; ich ersuche, die Zählung der Stimmen vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines zweiten Ersatzmannes für die Markgrafschaft Mähren wurden 26 Stimmzettel abgegeben.

Gewählt ist mit allen 26 Stimmen der Herr Abgeordnete Kadlčák.

Wir kommen nun zur Wahl eines Delegierten aus dem Herzogtume Ober- und Niederschlesien. Ich ersuche um Verlesung der Namen und um Abgabe der Stimmzettel.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Ober- und Niederschlesien die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich bitte, die Zählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Delegierten aus dem Herzogtume Ober- und Niederschlesien wurden 8 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 5. Gewählt ist mit 8 Stimmen der Herr Abgeordnete Dr. Freißler.

Wir kommen nun zur Wahl eines Ersatzmannes aus dem Herzogtume Ober- und Niederschlesien. Ich ersuche, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus dem Herzogtume Ober- und Niederschlesien die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet; ich bitte die Zählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Ersatzmannes aus dem Herzogtume Ober- und Niederschlesien wurden 8 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 5.

Gewählt ist mit 8 Stimmen der Herr Abgeordnete Dr. v. Oberleithner.

Wir schreiten nun zur Wahl zweier Delegierten aus der gefürsteten Grafschaft Tirol. Ich ersuche, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus der gefürsteten Grafschaft Tirol die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen; ich ersuche, die Zählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl zweier Delegierten aus der gefürsteten Grafschaft Tirol wurden 15 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 8. Gewählt sind mit allen 15 Stimmen die Herren Abgeordneten Dr. Conci und Dr. Schoepfer.

Wir schreiten nun zur Wahl eines Ersatzmannes aus der gefürsteten Grafschaft Tirol. Ich ersuche, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus der gefürsteten Grafschaft Tirol die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen; ich bitte, die Zählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Ersatzmannes für die gefürstete Grafschaft Tirol sind 15 Stimmzettel abgegeben worden; die absolute Stimmenmehrheit ist 8. Zum Ersatzmann ist mit 15 Stimmen der Herr Abgeordnete Dr. Kofler gewählt.

Wir schreiten nun zur Wahl eines Delegierten aus dem Lande Vorarlberg. Ich bitte,

die Namen zu verlesen und die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus dem Lande Vorarlberg die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen; ich bitte die Stimmenzählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Delegierten aus dem Lande Vorarlberg wurden 3 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Stimmenmehrheit ist 2, mit sämtlichen Stimmen gewählt erscheint der Herr Abgeordnete Fink.

Wir schreiten nun zur Wahl eines Ersatzmannes aus dem Lande Vorarlberg. Ich ersuche um Namensaufruf und Abgabe der Stimmzettel.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus dem Lande Vorarlberg die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen; die Stimmenzählung wird sofort vorgenommen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Bei der Wahl eines Ersatzmannes, eines Delegierten aus dem Lande Vorarlberg wurden 3 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit ist 2; gewählt erscheint mit 3 Stimmen der Herr Abgeordnete Thurnher.

Es folgt nun die Wahl eines Delegierten aus der Markgrafschaft Istrien. Ich bitte die Stimmzettel abzugeben.

*(Schriftführer Dr. Stojan ruft die Namen der Abgeordneten aus der Markgrafschaft Istrien auf.)*

Nachdem beim Namensaufrufe kein Abgeordneter aus der Markgrafschaft Istrien erschienen ist, ist es auch nicht möglich, die Wahl vorzunehmen. Weder das Gesetz noch die Geschäftsordnung schreibt allerdings für die Wahl eine bestimmte Anzahl von Anwesenden vor, aber niemand kann eben unmöglich zählen.

Abgeordneter Dr. **Laginja**: Als Abgeordneter von Istrien erachte ich es für meine Pflicht, zu erklären, daß ein Abgeordneter dieses Landes anwesend war. Ich will aber nicht wortbrüchig sein, weil heuer die italienischen Herren Kollegen an die Reihe kommen. Für sie kann ich nicht stimmen, da sie abwesend sind. Das ist der Grund, daß die Wahl nicht vorgenommen wird.

**Präsident**: Ich werde die Wahl auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen stellen.

Wir schreiten nunmehr zur Wahl eines Delegierten aus der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska. Ich bitte den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen; die Stimmenzählung wird sofort vorgenommen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Es wurden 3 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt 2. Gewählt erscheint als Delegierter für die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska mit 3 Stimmen der Herr Abgeordnete Fon.

Nunmehr folgt die Wahl eines Ersatzmannes seitens der Herren Abgeordneten aus der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska. Ich bitte dieselben, die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen; die Stimmenzählung erfolgt sofort.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Es wurden 3 Stimmzettel abgegeben. Es erscheint zum Ersatzmanne der Delegation für die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska der Herr Abgeordnete Dr. Gregorčič mit 3 Stimmen gewählt.

Wir schreiten nun zur Wahl eines Delegierten für die reichsunmittelbare Stadt Triest samt Gebiet. Ich bitte, den Namensaufruf vorzunehmen und die Stimmzettel abzugeben.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus der reichsunmittelbaren Stadt Triest samt Gebiet die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist geschlossen. Ich bitte die Stimmenzählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Es wurden 3 Stimmzettel abgegeben, darunter ist ein leerer, mithin 2 gültige. Die absolute Stimmenmehrheit beträgt 2. Gewählt wurde zum Delegierten für die Stadt Triest mit 2 Stimmen der Herr Abgeordnete Pittoni.

Wir kommen zur Wahl eines Ersatzmannes aus der reichsunmittelbaren Stadt Triest samt Gebiet.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus der reichsunmittelbaren Stadt Triest samt Gebiet die Stimmzettel ab.)*

Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich bitte die Stimmenzählung vorzunehmen.

*(Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Abgegeben wurden 3 Stimmzettel, davon einer leer, also 2 gültige, absolute Stimmenmehrheit 2. Gewählt wurde der Herr Abgeordnete Grigorovici.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Wir schreiten zum Schlusse der Sitzung. Die nächste Sitzung schlage ich vor für Freitag, den 16. November, um 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl eines Delegierten und eines Ersatzmannes für die Markgrafschaft Istrien.

2. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič, Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten *(672 der Beilagen)*.

3. Antrag des Finanzausschusses auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens *(708 der Beilagen)*.

4. Bericht des Unterhaltsbeitragsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen *(720 der Beilagen)*.

5. Bericht des Justizausschusses, betreffend das Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen *(735 der Beilagen)*.

6. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1914, R. G. Bl. Nr. 71, betreffend die Verwendbarkeit der Schuldverschreibungen von Anlehen der Stadt Klagenfurt, des Herzogtums Steiermark, des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau und der Landesbank des Herzogtums Krain zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(727 der Beilagen)*.

7. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der von dem Königreiche Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau aufzunehmenden Anleihe im Nominalbetrage von 80,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(728 der Beilagen)*.

8. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 2. September 1914, R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des ihr mit dem niederösterreichischen Landesgesetze vom 18. Juli 1914, L. G. Bl. Nr. 97, bewilligten Anlehens auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(729 der Beilagen)*.

9. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 23. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 354, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Bukowina auf Grund der mit dem Landesgesetze vom 11. April 1914, L. G. u. V. Bl. Nr. 24, erteilten Anlehensbewilligung aufzunehmenden Anleihe zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(730 der Beilagen)*.

10. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 32, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest bis zum Nennbetrage von 10 Millionen Kronen auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(731 der Beilagen)*.

11. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 27. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 217, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest im Nennbetrage von 34 Millionen Kronen auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(732 der Beilagen)*.

12. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 3. März 1917, R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des von der Markgrafschaft Mähren aufzunehmenden Anlehens von 100,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von

Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(733 der Beilagen)*.

13. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Krain aufgenommenen Anleihe im Nennbetrage von 4,400.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(734 der Beilagen)*.

14. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung *(768 der Beilagen)*.

15. Befristeter Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaš, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Dillebrand, Jokl, Palme *(238, 319, 441, 573, 611, 669 der Beilagen)*, Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann-Marckhl *(448 der Beilagen)*, Teufel-Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte *(749 der Beilagen)*.

Eventuell, falls die bezüglichen Berichte rechtzeitig zur Verteilung gelangen:

16. Befristeter Bericht des Gewerbeausschusses über den Antrag zum Budgetprovisorium, betreffend die Bereitstellung eines Betrages bis zu 100 Millionen Kronen zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds *(769 der Beilagen)*.

17. Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage *(680 der Beilagen)*, betreffend den Gesetzentwurf, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden.

Wird dagegen eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, es bleibt somit bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 8 Uhr 30 Minuten abends.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 39. Sitzung, Freitag, den 16. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Wahl eines Delegierten und eines Ersatzmannes für die Markgrafschaft Istrien. — 2. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten (672 der Beilagen). — 3. Antrag des Finanzausschusses auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (708 der Beilagen). — 4. Bericht des Unterhaltsbeitragsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen (720 der Beilagen). — 5. Bericht des Justizausschusses, betreffend das Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen (735 der Beilagen). — 6. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1914, R. G. Bl. Nr. 71, betreffend die Verwendbarkeit der Schuldverschreibungen von Anlehen der Stadt Klagenfurt, des Herzogtumes Steiermark, des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau und der Landesbank des Herzogtumes Krain zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (727 der Beilagen). — 7. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der von dem Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau aufzunehmenden Anleihe im Nominalbetrage von 80,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (728 der Beilagen). — 8. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 2. September 1914, R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des ihr mit dem niederösterreichischen Landesgesetze vom 18. Juli 1914, L. G. Bl. Nr. 97, bewilligten Anlehens auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (729 der Beilagen). — 9. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 23. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 354, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Bukowina auf Grund der mit dem Landesgesetze vom 11. April 1914, L. G. u. V. Bl. Nr. 24, erteilten Anlehensbewilligung aufzunehmenden Anleihe zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (730 der Beilagen). — 10. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 32, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest bis zum Nennbetrage von 10,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (731 der Beilagen). — 11. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 27. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 217, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest im Nennbetrage von 34,000.000 K auszugebenden Teilschuld-

verschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (732 der Beilagen). — **12.** Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 3. März 1917, R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des von der Markgrafschaft Mähren aufzunehmenden Anlehens von 100,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (733 der Beilagen). — **13.** Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Krain aufgenommenen Anleihe im Nennbetrage von 4,400.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (734 der Beilagen). — **14.** Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung (768 der Beilagen). — **15.** Befristeter Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaš, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Hillebrand, Jokl, Palme (238, 319, 441, 473, 611, 669), Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann-Marckhl (448), Teufel-Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte (749 der Beilagen). — Eventuell, falls die bezüglichen Berichte rechtzeitig zur Verteilung gelangen: **16.** Befristeter Bericht des Gewerbeausschusses über den Antrag zum Budgetprovisorium, betreffend die Bereitstellung eines Betrages bis zu 100,000.000 K zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds (769 der Beilagen). — **17.** Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (680 der Beilagen), betreffend den Gesetzentwurf, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden.

# Inhalt.

## Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 1995).

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Prášek als Mitglied des Eisenbahnausschusses, des Abgeordneten Wagner (Steiermark) als Mitglied des Budgetausschusses, des Abgeordneten Dr. Zahajkiewicz als Mitglied des Ernährungsausschusses, des Abgeordneten Stefanyk als Mitglied des Ernährungsausschusses, des Abgeordneten Onyszkewycz als Ersatzmann des Ernährungsausschusses, des Abgeordneten Dr. Leo Baczyńskyj als Ersatzmann des Ernährungsausschusses, des Abgeordneten Budzynowskyj als Mitglied des Finanzausschusses, des Abgeordneten Kost' Lewyckyj als Ersatzmann des Finanzausschusses, des Abgeordneten Budzynowskyj als Mitglied des Gesundheitsausschusses, des Abgeordneten Wladimir Baczyńskyj als Ersatzmann des Notstandsausschusses, des Abgeordneten Petruszewycz als Mitglied des Wiederherstellungsausschusses, des Abgeordneten Dr. Lahodyńskyj als Ersatzmann des Wiederherstellungsausschusses, des Abgeordneten Dr. Potzinger als Mitglied des Weinbauausschusses, des Abgeordneten Schweiger als Ersatzmann des Weinbauausschusses, des Abgeordneten Wagner (Steiermark) als Mitglied des Wehrausschusses, des Abgeordneten Petruszewycz als Ersatzmann des Wehrausschusses, des Abgeordneten Skaret als Ersatzmann des Wehrausschusses und des Abgeordneten Seitz als Ersatzmann des Wehrausschusses (Seite 2054).

## Delegation.

Wahl eines Delegierten und eines Ersatzmannes für die Markgrafschaft Istrien (Seite 1995)

## Teuerungszulagen für Lehrer.

Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler (Seite 1995).

## Verhandlungen.

Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten (672 der Beilagen — Redner: die Abgeordneten Vacek [Seite 1996], Lew Lewickyj [Seite 1999], Dr. Bobrowski [Seite 2002], Vaněk [Seite 2006], Dr. Jankovič [Seite 2056], Pirker [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 2010], Max Winter [Seite 2011], Berichterstatter Dr. Schacherl [Seite 2015] — Annahme des Ausschußantrages [Seite 2024]).

Antrag des Finanzausschusses auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten, sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens (708 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Hummer [Seite 2024 und 2036], Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer [Seite 2024], die Abgeordneten Stark [Seite 2026], Schiegl [Seite 2030], Kuranda [Seite 2033], Eisenhut [Seite 2034] — Abstimmung und dritte Lesung [Seite 2037]).

Bericht des Unterhaltsbeitragsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen (720 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Matakiewicz [Seite 2037] — Abstimmung und dritte Lesung [Seite 2038]).

Bericht des Justizausschusses, betreffend das Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen (735 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Roller [Seite 2038], Abgeordneter Kalina [Seite 2040] — Abstimmung und dritte Lesung [Seite 2041]).

Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1914, R. G. Bl. Nr. 71, betreffend die Verwendbarkeit der Schuldverschreibungen von Anlehen der Stadt Klagenfurt, des Herzogtums Steiermark, des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau und der Landesbank des Herzogtums Krain zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (727 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Roller [Seite 2042] — Abstimmung [Seite 2042] — Dritte Lesung [Seite 2044]).

Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der von dem Königreiche Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau aufzunehmenden Anleihe im Nominalbetrage von 80,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (728 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Roller [Seite 2042] — Abstimmung [Seite 2042] — Dritte Lesung [Seite 2044]).

Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 2. September 1914, R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des ihr mit dem niederösterreichischen Landesgesetze vom 18. Juli 1914, L. G. Bl. Nr. 97, bewilligten Anlehens auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (729 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Roller [Seite 2042] — Abstimmung [Seite 2043] — Dritte Lesung [Seite 2044]).

Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 23. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 354, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Bukowina auf Grund der mit dem Landesgesetze vom 11. April 1914, L. G. u. V. Bl. Nr. 24, erteilten Anlehensbewilligung aufzunehmenden Anleihe zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (730 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Roller [Seite 2043] — Abstimmung [Seite 2043] — Dritte Lesung [Seite 2044]).

Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 32, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest bis zum Nennbetrage von 10,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (731 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Roller [Seite 2043] — Abstimmung [Seite 2043] — Dritte Lesung [Seite 2044]).

Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 27. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 217, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest im Nennbetrage von 34,000.000 K auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (732 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Roller [Seite 2043] — Abstimmung [Seite 2043] — Dritte Lesung [Seite 2044]).

Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 3. März 1917, R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des von der Markgrafschaft Mähren aufzunehmenden Anlehens von 100,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (733 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Roller [Seite 2043] — Abstimmung [Seite 2043] — Dritte Lesung [Seite 2044]).

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Krain aufgenommenen Anleihe im Nennbetrage von 4,400.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien (734 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Roller [Seite 2044] — Abstimmung [Seite 2044] — Dritte Lesung [Seite 2044]).

Bericht des Gewerbeausschusses über den Antrag zum Budgetprovisorium, betreffend die Bereitstellung eines Betrages bis zu 100.000.000 K zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds (769 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Hofmann v. Wellenhof [Seite 2044] — Annahme des Antrages [Seite 2048]).

Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (680 der Beilagen), betreffend den Gesetzentwurf, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden (792 der Beilagen — Berichterstatter Dr. Schoepfer [Seite 2048]).

## Tagesordnung.

Absetzung von der Tagesordnung (Seite 2044):

1. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung (768 der Beilagen).

2. Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaš, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Hillebrand, Jokl, Palme (238, 319, 441, 473, 611, 669), Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann-Marckhl (448), Teufel-Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte (749 der Beilagen).

## Ausschüsse.

Ersatzwahlen in den Eisenbahn-, Budget-, Ernährungs-, Finanz-, Gesundheits-, Notstands-, Wiederherstellungs-, Weinbau- und Wehrausschuß (Seite 2054).

Zuweisung:

1. des Antrages 698 der Beilagen an den Ausgleichsausschuß (Seite 2055);

2. der Anträge 701 und 778 der Beilagen an den Budgetausschuß (Seite 2055);

3. der Anträge 697, 754, 755, 759 und 760 der Beilagen an den Eisenbahnausschuß (Seite 2055);

4. der Anträge 693 und 738 der Beilagen an den Ernährungsausschuß (Seite 2055);

5. der Anträge 700, 725, 757 und 758 der Beilagen an den Finanzausschuß (Seite 2055);

6. des Antrages 781 der Beilagen an den Gesundheitsausschuß (Seite 2055).

7. des Antrages 761 der Beilagen an den Gewerbeausschuß (Seite 2055);

8. der Anträge 683, 692 und 714 der Beilagen an den kriegswirtschaftlichen Ausschuß (Seite 2055);

9. der Anträge 716 und 719 der Beilagen an den landwirtschaftlichen Ausschuß (Seite 2055);

10. der Anträge 689, 690, 691, 694, 696, 702, 710, 711, 723 und 774 der Beilagen an den Notstandsausschuß (Seite 2055);

11. der Anträge 695, 704, 721, 740, 756, 773 und 779 der Beilagen an den sozialpolitischen Ausschuß (Seite 2055);

12. des Antrages 737 der Beilagen an den Sozialversicherungsausschuß (Seite 2055);

13. der Anträge 681, 682, 686, 688, 715, 718, 724, 741, 742, 743, 744, 763, 764, 765, 766, 776 und 777 der Beilagen an den Staatsangestelltenausschuß (Seite 2055);

14. der Anträge 699 und 705 der Beilagen an den Unterrichtsausschuß (Seite 2055);

15. des Antrages 687 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 2055);

16. der Anträge 770 und 771 der Beilagen an den volkswirtschaftlichen Ausschuß (Seite 2055);

17. der Anträge 684, 685, 703, 707, 713, 717, 722, 736 und 775 der Beilagen an den Wehrausschuß (Seite 2055).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge (Anhang I)

1. des Abgeordneten Čech und Genossen, betreffend die Einreihung der Privatgeschäftsvermittlung unter die konzessionierten Gewerbe (794 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Siwula, Witos und Genossen, betreffend die Abbrändler der Gemeinde Pustków, Bezirk Ropczyce (795 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Dr. Kindermann und Genossen, betreffend die Versetzung der Stadt Schluckenau in Böhmen in die III. Ortsklasse der Aktivitätszulagen (796 der Beilagen);

4. des Abgeordneten Dr. Steinwender und Genossen, betreffend den Umtausch und Verkauf von Fideikommißgütern (797 der Beilagen);

5. der Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz, Wagner, Berger und Genossen, betreffend Überlassung der Häute notgeschlachteter Tiere an die Besitzer zur Lederverarbeitung (798 der Beilagen).

### Anfragen

1. der Abgeordneten Fink, Meixner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Erteilung von Abwartebewilligungen bei Weiterenthebungsgesuchen von Landwirten (Anhang II, 1360/I);

2. des Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Lehrfreiheit an den Universitäten (Anhang II, 1361/I);

3. der Abgeordneten Hartl, Dr. Bobirsky und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend von italienischen Fliegern abgeworfene Aufrufe (Anhang II, 1362/I);

4. der Abgeordneten Dr. Bobirsky, Schreiter, Wedra und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Rangs- und Ernennungsverhältnisse der zu Fähnrichen ernannten Lehrer (Anhang II, 1363/I);

5. des Abgeordneten Jukel und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Eisenbahndiebstähle (Anhang II, 1364/I);

6. der Abgeordneten Dr. Lodgman, Dr. Roller, Goll und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Standesverhältnisse des k. k. Gendarmeriekorps (Anhang II, 1365/I);

7. des Abgeordneten Dr. Lodgman und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Schicksal einiger, in rumänische Gefangenschaft geratener Österreicher (Anhang II, 1366/I);

8. der Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Gewährung von Teuerungsaushilfen an die Südbahnpensionisten (Anhang II, 1367/I);

9. des Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen an den Minister Höfer, betreffend Zuweisungen von Zucker an die Bewohner der Bezirkshauptmannschaft Windischgraz in Steiermark (Anhang II, 1368/I);

10. des Abgeordneten Dr. Verstovšek und Genossen an den Minister des Innern und an den Ackerbauminister, betreffend das Vorgehen des Statthalters Grafen Clary gegen den Bauernstand in Steiermark (Anhang II, 1369/I);

11. des Abgeordneten Dr. Zahradnik und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Requirierung von Glocken in Jesenice bei Selčan in Böhmen (Anhang II, 1370/I);

12. des Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Oberleutnants Moser in Wladimir-Wolinsky (Anhang II, 1371/I);

13. des Abgeordneten Dr. Baxa und Genossen an den Minister Höfer, betreffend den Futtermangel in Prag und den Vororten und dessen Einfluß auf den Lokalverkehr (Anhang II, 1372/I);

14. der Abgeordneten Šamalík, Navrátil und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zuweisung von Kriegsgefangenen an die Landwirtschaft (Anhang II, 1373/I);

15. der Abgeordneten Šamalík, Navrátil und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Regelung der Kartoffelverbrauchsquote in Böhmen, Mähren und Schlesien (Anhang II, 1374/I);

16. der Abgeordneten Pik, Habermann und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Angriffe gegen die böhmische Nationalität auf dem Schiffe „Erzherzog Franz Ferdinand" (Anhang II, 1375/I);

17. des Abgeordneten Spaček und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Aufteilung der Erwerbsteuer der Prager Eisenindustriegesellschaft in den Bezirken Beraun, Hořowitz und Unhoscht (Anhang II, 1376/I);

18. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Nichtdurchführung einer Anzahl bewilligter Enthebungen (Anhang II, 1377/I);

19. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verlängerung der Enthebung der mit „Endtermin" Enthobenen (Anhang II, 1378/I);

20. des Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Rehabilitierung des k. u. k. Trainleutnants Artur Fischer (Anhang II, 1379/I);

21. des Abgeordneten Dr. Jerzabek und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die zunehmende Einschränkung der Papierabgabe an die arische Provinzpresse (Anhang II, 1380/I);

22. des Abgeordneten Dr. Dulibić und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister für Landesverteidigung und an den Handelsminister, betreffend die Zustände der Postbeförderung aus und nach Dalmatien (Anhang II, 1381/I);

23. des Abgeordneten Dr. Degasperi und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend die Auszahlung des Unterhaltsbeitrages an Flüchtlinge (Anhang II, 1382/I);

24. der Abgeordneten Serbu, Dr. Straucher, Simionovici und Genossen an den Finanzminister, betreffend die materielle Besserstellung der Bukowinaer Staatsbediensteten (Anhang II, 1383/I);

25. des Abgeordneten Nagele und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Auflassung des „engsten" und „engeren" Kriegsgebietes in Kärnten (Anhang II, 1384/I);

26. der Abgeordneten Dr. Trylowskyj, Lawruk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die durch das deutsche Militär in Kornyca, Bezirk Kolomea, verursachten Schäden durch Requisitionen von Getreide, Heu, Stroh und Kartoffeln (Anhang II, 1385/I);

27. der Abgeordneten Dr. Trylowskyj, Lawruk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Requirierungen sowie die Mißhandlung der Einwohner in Stari Kuty, Bezirk Kosiw, durch Soldaten der deutschen Armee (Anhang II, 1386/I);

28. des Abgeordneten Onyszkewycz und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des k. k. Bezirkskommissärs Korzeniowski in Staryj Sambir bei der Zeichnung der VI. Kriegsanleihe (Anhang II, 1387 I).

29. des Abgeordneten Onyszkewycz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Amtierung bei der Bezirksbeitragskommission in Mostyska, Galizien (Anhang II, 1388/I);

30. des Abgeordneten Dr. Baczyńskyj und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Nichtbeachtung ukrainischer Eingaben bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft in Sambir (Anhang II, 1389/I);

31. des Abgeordneten Dr. Baczynskyj und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ersetzung von in ukrainischer Sprache abgefaßten Adressen durch solche in russischer Sprache seitens der k. u. k. Zensurstelle 2 auf dem Lemberger Hauptbahnhofe (Anhang II, 1390/I);

32. des Abgeordneten Brenčič und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Requisition im Pettauer Bezirke (Anhang II, 1391/I);

33. des Abgeordneten Hummer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister Höfer, betreffend die Verwendung des im Wienerwalde zu Befestigungszwecken benutzten Holzes für Zwecke der Beheizung (Anhang II, 1392/I);

34. des Abgeordneten Graf Baworowski und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung von Mitarbeitern der polnischen Presse (Anhang II, 1393/I);

35. des Abgeordneten Smrček und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Ernennung von Sanitätsfähnrichen zu Sanitätsleutnants (Anhang II, 1394/I);

36. des Abgeordneten Dr. Kindermann und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Versorgung der Schulen im politischen Bezirke Schluckenau mit der nötigen Kohlenmenge (Anhang II, 1395/I);

37. des Abgeordneten Lew Lewickyj und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Amtierung des Regierungskommissärs in Mikolajiw a. Dn. im Bezirke Żydaczów (Anhang II, 1336/I);

38. des Abgeordneten Lew Lewickyj und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister des Innern, betreffend die Militärrequisitionen im politischen Bezirke Alt-Sambir (Anhang II, 1397/I);

39. des Abgeordneten Lew Lewickyj und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Militärs bei Requirierungen im Sprengel der k. k. Bezirkshauptmannschaft Żydaczów (Anhang II, 1398/I);

40. des Abgeordneten Lew Lewickyj und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister Höfer, betreffend die Konfiszierung der Handmühlen im politischen Bezirke Żydaczów (Anhang II, 1399/I);

41. des Abgeordneten Lew Lewickyj und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister des Innern, betreffend die Militärrequisitionen in den politischen Bezirken Skole, Żydaczów, Dołyna, Kalusch und anderen (Anhang II, 1400/I);

42. des Abgeordneten Lew Lewickyj und Genossen an den Minister des Innern und an den Handelsminister, betreffend die Amtierung bei der Bezirkshauptmannschaft in Żydaczów (Anhang II, 1401/I);

43. des Abgeordneten Tomaschitz und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister Höfer, betreffend die Requisition von dem Verderben leicht unterliegender Ware (Anhang II, 1402/I);

44. der Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz, Huber, Wagner, Berger und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebungen mit „Endtermin" (Anhang II, 1403/I);

45. des Abgeordneten Dr. Pogačnik und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Gleichberechtigung im Gebrauche des Poststempels in den südlichen Ländern (Anhang II, 1404/I);

46. des Abgeordneten Fon und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister für öffentliche Arbeiten und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Wiederaufbau im Küstenland und die Repatriierung der Flüchtlinge im Süden (Anhang II, 1405/I);

47. des Abgeordneten Wolf und Genossen an den Justizminister, betreffend die Beschlagnahme eines Artikels der „Ostdeutschen Rundschau" vom 15. November 1917 (Anhang II, 1406/I);

48. des Abgeordneten Ritter v. Łukaszewicz und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Vergütung für das aus der Bukowina evakuierte Vieh (Anhang II, 1407/I);

49. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen der Militärzensur (Anhang II, 1408/I);

50. der Abgeordneten Gruber, Jedek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung der dem land- und forstwirtschaftlichen Berufe angehörigen Landsturmpflichtigen (Anhang II, 1409/I);

51. des Abgeordneten Smrček und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Beschlagnahme von Nähzwirn bei Preistreibern und deren Verteilung an Verbraucher (Anhang II, 1410/I);

52. der Abgeordneten Dr. Benkovič, Brenčič und Genossen an den Justizminister, betreffend die Anwendung der slowenischen Sprache im Verkehre der Gerichte mit den Pfarrämtern in Untersteiermark und Kärnten (Anhang II, 1411/I).

Zur Verteilung gelangen am 16. November 1917:

die Anfragebeantwortungen ad 168, 600, 693, 785, 440/I;

der Antrag 777 der Beilagen.

## Berichtigung.

Im stenographischen Protokolle der 37. Sitzung vom 13. November 1917 soll es auf Seite 1918 richtig heißen:

Zur Verteilung gelangen am 13. November 1917:

die Anfragebeantwortungen ad 226, 393, 413, 516, 607, 862, 901/I.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Ritter v. **Lukaszewicz**, Dr. **Marek** Sigismund, Dr. **Stojan**, **Wollek**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef Graf **Chorinsky** und Ministerialrat Dr. **Schreuer** des Ministeriums des Innern.

**Präsident:** Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll über die Sitzung vom 13. November d. J. ist unbeanstandet geblieben, daher als genehmigt zu betrachten.

Der Herr Abgeordnete Dr. Rizzi hat sich krank gemeldet.

Die Herren Abgeordneten Dr. Michl und Dr. Ritter v. Mühlwerth haben sich entschuldigt.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl eines Delegierten und eines Ersatzmannes für die Markgrafschaft Istrien.

Ich bitte den Herrn Schriftführer, den Namensaufruf vorzunehmen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus der Markgrafschaft Istrien die Stimmzettel ab. — Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Es wurde ein Stimmzettel abgegeben. Zum Delegierten erscheint gewählt der Herr Abgeordnete Dr. Laginja.

Ich bitte nun, zur Wahl des Ersatzmannes die Herren aufzurufen.

*(Über Namensaufruf seitens des Schriftführers Dr. Stojan geben die Abgeordneten aus der Markgrafschaft Istrien die Stimmzettel ab. — Nach Vornahme des Skrutiniums:)*

Abgegeben wurden zwei Stimmzettel, beide lauten auf den Abgeordneten Dr. Spinčić. Dieser erscheint somit zum Ersatzmann gewählt.

Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat sich zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. **Seidler**: Hohes Haus! Das hohe Haus hat in seiner Sitzung vom 13. November auf Grund eines Berichtes des Budgetausschusses in Erledigung eines Antrages des Abgeordneten Teufel und Genossen beschlossen, die Regierung aufzufordern, daß sie den Betrag von 70 Millionen Kronen den Landesvertretungen zum Zwecke der Gewährung eines für die Lehrpersonen an den öffentlichen Volks- und Bürgerschulen bestimmten Anschaffungsbeitrages für das Jahr 1917 zur Verfügung stelle.

Die Regierung hatte nicht die Gelegenheit, vor Fassung dieses Beschlusses im hohen Hause selbst eine im Budgetausschusse abgegebene zustimmende Erklärung zu wiederholen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen sieht sich die Regierung veranlaßt, ausdrücklich festzustellen, daß sie dem Beschlusse des hohen Hauses ohne Säumnis zu entsprechen gewillt ist. *(Beifall.)*

In Würdigung der schweren Notlage, in der sich die Lehrerschaft ausnahmslos befindet und die eine sofortige Abhilfe erheischt, hat die Regierung telegraphische Weisungen an die Landesschulbehörden ergehen lassen *(Beifall)*, um ehestens jenes Material zu ergänzen, das die Grundlage bei Aufstellung des vom hohen Hause gewünschten Verteilungsschlüssels bilden muß. *(Beifall.)*

Es ist zu gewärtigen, daß die erwähnten Vorarbeiten in kürzester Frist beendigt sein werden, so daß — aller Wahrscheinlichkeit nach — mit der Auszahlung der Anschaffungsbeiträge innerhalb des vom hohen Hause ins Auge gefaßten Zeitraumes gerechnet werden kann. Eine Verzögerung könnte

allerdings daraus entstehen, daß für jedes Kronland ein Beschluß der Landesverwaltung vorliegen muß, welcher der Allerhöchsten Genehmigung unterliegt.

Um jedoch jedweden Verzug hintanzuhalten, wird die Regierung die Landesvertretungen schon jetzt einladen, die notwendigen grundsätzlichen Beschlüsse ungesäumt zu fassen; sie wird ferner durch den Minister für Kultus und Unterricht bei Seiner Majestät die generelle Allerhöchste Ermächtigung erbitten, derartige Beschlüsse genehmigen zu dürfen.

Die Regierung glaubt, durch diese Erklärung den Wünschen des hohen Hauses entgegengekommen zu sein und dargetan zu haben, daß sie auch ihrerseits alles vorgekehrt hat, um die Notlage der Lehrerschaft so schnell als möglich zu lindern.

In diesem Sinne bitte ich das hohe Haus, die soeben abgegebene Erklärung zur Kenntnis nehmen zu wollen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Wir gelangen nunmehr zum zweiten Punkt der Tagesordnung, das ist Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Gesundheitsausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Bobrowski, Dr. Jankovič und Dr. Jerzabek, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten *(672 der Beilagen)*.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Vacek; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Vacek:** Slavná sněmovno! Obdržel jsem sice již slovo před chvílí, avšak ustoupil jsem milerád — ačkoli to bylo porušením jednacího řádu — Jeho Excellenci panu předsedovi ministerstva, poněvadž mluvil v záležitosti tak důležité jako přikázání 70 milionů korun drahotního přídavku učitelstvu. Byli bychom ještě raději slyšeli, kdyby byl mluvil o 100 milionech, které jsme navrhovali. Vyřídil však věc tak rychle, ano slíbil telegrafickou cestu, že to musíme ze srdce schvalovati.

Nadešla doba velkého umírání. Nynější boj vede se na dvou frontách, zevnější a vnitřní, a jestliže na zevnější vyhráváme a vítězíme, až se snad uvítězíme, na vnitřní frontě prohráváme a snad úplně prohrajeme a s námi prohrají miliony obyvatelstva všech válčících států.

Hohes Haus! Der jetzige gigantische Weltkrieg wird auf zwei Fronten geführt, auf der äußeren und auf der inneren Front.

Auf der inneren Front in Europa sind wir alle, die wir keine Kampfwaffen in der Hand haben. Und wenn wir auf der äußeren Front siegen und immer siegen, bis wir uns förmlich vielleicht totsiegen werden, sind wir und Millionen der Bewohnerschaft der kriegführenden Staaten auf der inneren Front bereits, gelinde gesagt, stark gefährdet.

Zu den schwersten Schädigungen, welche der gegenwärtige Weltbrand der Bewohnerschaft aller kriegführenden Staaten bereits zugefügt hat, zählt die Zunahme der Morbidität, welche bei den in militärischer Dienstleistung stehenden Personen durch die mit der Ausübung dieses Dienstes verbundenen Strapazen, bei der Bevölkerung des Hinterlandes hingegen hauptsächlich als Folgeerscheinungen der durch den Krieg verursachten Entbehrungen zutage tritt.

Es ist die Zeit des großen Sterbens eingetreten und man darf sich nicht mit der Phrase begnügen: „Es ist Krieg." Es geschieht mehr Unheilvolles, als der Krieg mit sich bringen müßte. Die Folge aller lang dauernden Kriege: Entvölkerung stellt sich ein, zwar allmählich, aber mit eiserner Konsequenz und steigernder Intensität und sie wird sich steigern in geometrischer Reihe, denn die Morbidität nimmt beständig zu und die Geburten befinden sich in rapider Abnahme, so daß voriges Jahr wir Matrikenführer die traurige Erfahrung gemacht haben, daß die Zahl der Sterbefälle im Hinterlande die Zahl der Geburten übertraf. Heute sind die Zahlen erschreckend. In der vorletzten Woche zum Beispiel sind in Prag mehr Personen an Tuberkulose gestorben, als Kinder geboren worden sind.

Die Geburtenabnahme ist keine Erscheinung, welche sich durch etwaige Verordnungen oder Maßregeln beseitigen ließe. Sie ist eine elementare Erscheinung, Merkmal einer schweren Zeit, und gerade so wie der Arzt den Typhus nicht verscheucht, wenn er die Zahl der Fiebergrade etwas vermindert, so werden wir die Zahl der Geburten nicht zu vergrößern vermögen, solange die Grundursache ihrer Abnahme nicht verschwindet: der Krieg und seine Folgeerscheinungen.

Die Geburtenabnahme ist eine Schutzvorrichtung der Menschheit und die Völkerstimme läßt sich aus dem Munde der Frauen vernehmen, die da verweigern, solange ihnen Macht und Mittel und Möglichkeit dazu zu Gebote stehen, mit gutem Gewissen Kinder zu gebären und sie in das gegenwärtige Elend zu stellen. *(So ist es!)*

Was die Mortalität anbelangt, darf man zwar mit Fug und Recht behaupten, daß die behördlich bei der Bekämpfung der Kriegsseuchen und Infektionskrankheiten getroffenen sanitären Maßnahmen geradezu beispiellose Erfolge erzielt haben und aller Anerkennung würdig erscheinen. Um so mehr muß es aber bedauert werden, daß es trotz des Aufgebotes aller der ärztlichen Wissenschaft zur Verfügung stehenden Abwehrmittel nicht gelungen ist,

in gleicher Weise der Ausbreitung zweier Krankheiten Schranken zu setzen, die seit Jahrhunderten als die größten Schädiger der Menschheit bekannt sind und in ihren schrecklichen Folgen viel verheerender zu wirken vermögen als alle anderen Seuchen.

Diese Volksseuchen im wahrsten Sinne des Wortes und schreckliche Geisel der Menschheit sind die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten.

Der Tuberkulose ist bereits in Friedenszeiten alljährlich eine weit größere Zahl von Personen zum Opfer gefallen, als die Gesamtzahl der infolge aller übrigen übertragbaren Krankheiten Verstorbenen beträgt, so daß jeder fünfte Todesfall durch die Tuberkulose bedingt war. In den letzten zehn Jahren hat Österreich im ganzen nahezu eine Million Menschen an Tuberkulose verloren. In ganz Europa beträgt die Durchschnittssterblichkeit an Tuberkulose jährlich zwei Millionen. Das sind erschreckende Zahlen. Sie dürften aber nach dem Kriege geradezu ungeahnt groß werden und man behauptet ärztlicherseits, daß schon jetzt jeder dritte Todesfall im Hinterlande der Tuberkulose zufällt. *(Ruf: Jeder zweite Soldat ist tuberkulös!)* Ja, darüber werde ich sofort sprechen.

Wenn man dem Übel steuern will, ist es nötig, die Ursachen zu entdecken.

Eine der Ursachen dürfte in dem Umstande liegen, daß, da doch viele mit Tuberkulose Behaftete assentiert wurden, diese den Strapazen und Mühseligkeiten des Krieges keinen Widerstand leisten konnten, in die Spitäler kamen und die Ansteckung verbreiteten und verbreiten. Ganz unverständlich ist es, warum solche Kranke — was von jedem Arzte genau beobachtet werden konnte — anstatt nach Hause in frische Luft und zu gesunden und so notwendigen Feldarbeiten entlassen oder Heilstätten mit nur tuberkulösen Kranken überwiesen zu werden, von einem Spital ins andere wandern und so immer weitere Kreise infizieren mußten. Es sind sogar Fälle bekannt, wo schwer Lungenkranke aus Spitälern nach einer Musterung zum Kader einrückend gemacht wurden und unterwegs oder bald nach der Einrückung durch den Tod vom weiteren Dienst und weiteren Qualen befreit wurden. Da sollte der betreffende Arzt zur Verantwortung gezogen und bestraft werden.

Wenn ich schon über die Ursachen der Tuberkulose spreche, sollte ich auch das zur Mode gewordene Rauchen auch bei der unreifen Jugend und sogar bei weiblichen Personen erwähnen, dann das unordentliche Leben und die geschlechtlichen Ausschweifungen. Der Alkoholgenuß ist, Gott sei Dank, derzeit fast unmöglich geworden.

Aber ich muß die Hauptursache des bereits kolossalen Anschwellens der Tuberkulosemorbidität betonen: die allgemeine Notlage, insbesondere die Unterernährung und die dadurch herbeigeführte Herabminderung der Widerstandsfähigkeit des Körpers. Und diese Unterernährung dauert nicht einige Tage, nicht einige Wochen, sondern ganze Monate, ganze Jahre.

Es ist bekannt, daß sich der Tuberkuloseprozeß eindämmen läßt, wenn der Lungenkranke eine kräftige Nahrung: Eier, Käse und hauptsächlich gesunde Milch in reichlicher Menge zu sich nimmt, aber die jetzige Rationierung der Lebensmittel uniformiert alle Menschen, ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand. Alles ist gleich für Gesunde, Blutarme, Magenkranke, Lungenkranke, Nierenkranke, Diabetiker, alles wird für alle grammäßig zugemessen, ohne Rücksicht auf Schwerarbeitende oder Faulenzer, Klein und Groß, Dick und Dünn, Jung und Alt, Greis und Kind.

In den Großstädten stürzen Leute vor Hunger auf der Gasse zu Boden. In Prag war ich vorige Woche Augenzeuge davon. Unten auf dem Wenzelsplatz sah ich einen Mann zu Boden fallen; anfangs habe ich geglaubt, daß er vom elektrischen Wagen überfahren wurde, als ihn aber die Wachleute aufgerichtet hatten, hat man erfahren, daß er sechs Tage nichts im Munde hatte und von Hunger abgezehrt war. Nie in meinem Leben werde ich dieses magere Gesicht mit eingefallenen Augen vergessen. Und in Wien fiel unlängst ein Arbeiter aufs Pflaster tot vor einem Laden, wo er vergebens Brot zu kaufen versuchte. Man bedeckte ihn mit einem schwarzen Tuch, bis nach zwei Stunden die Kommission kam. Eine Schar von Menschen stellte sich umher — wie eine tote Fliege, von einem Schwarm vieler anderer Fliegen umflattert.

Und die armen Kinder! Betrachtet man die gelben, abgemagerten Kindergesichter, die abgezehrten Körper, dann muß man sich fragen: Ist das die Frucht des Aufrufes unseres verstorbenen Kaisers: „Alles für das Kind"?

Das zwanzigste Jahrhundert trat auf die Arena der Weltgeschichte mit dem Losungsworte: Alles für das Kind! Dieses Losungswort ist jedoch zu einer inhaltlosen, schrecklichen Lüge geworden. Ja, alles für das Kind: Hunger, Kälte, Entbehrung, Verwahrlosung, Verkommenheit, Verkrüppelung, böses Beispiel, Ärgernis. Man sieht Bettelkinder, diebische Kinder, vagabundierende Kinder, man sieht Kinder im ekelhaftesten, niederträchtigsten Milieu einer Großstadt empfangen, geboren und erwachsen, in Schmach und Schmutz der Prostitution, in Sünden und Verbrechen, deren Kindheit so vergiftet ist, daß sie keine Kinder mehr sind.

In sechs, acht Jahren sind diese Wesen Greise, blaß, skrophulös, tuberkulös, mit häßlichem Hautausschlag, abgemagertem Körper, deren schönste

Zierde hätte sein sollen die holde Unschuld, denen aber die Sünde vorzeitig ihr häßliches Zeichen auf die Stirn drückte.

Viktor Hugo sagt in seinem Werke „Les miserables“: „Wer das Elend eines Mannes sah, hat nichts gesehen, man muß das Elend eines Weibes sehen. Wer das Elend eines Weibes sah, hat nichts gesehen, man muß das Elend eines Kindes sehen.“

Und das Elend der Kinder in anständigen Familien, wo man weder bettelt noch stiehlt, ist nicht kleiner: das allmähliche Abdorren, Absterben junger Zweige durch Unterernährung, Hunger, Tuberkulose, Rhachitis, ein Drama bei geschlossenen Türen, wo die Mutter für ihre Kleinen nur eine leere Hand hat und wo der Säugling vergebens sich bemüht, einen Tropfen aus der welken Brust seiner Mutter auszusaugen!

Kind ohne Milch — Fisch ohne Wasser. Hinter dem jetzt fühlbaren Milchmangel lauern für die Gesundheit und Zukunft des Volkes ungeheuerliche Gefahren. Täglich und täglich mehren sich die Angstrufe über das dräuende Anwachsen der Tuberkulose. Es wird beraten, es werden Sitzungen abgehalten und allerlei recht nützliche und schöne Pläne ausgeheckt, aber das sind nutzlose Erörterungen, solange die Grundlage zur Bekämpfung der Tuberkulose fehlt: Genügende Nahrung und vor allem nötige Milchnahrung. Milch und wieder Milch wird für den Tuberkulösen verlangt. Was nützt aber das ärztliche Wollen und Wünschen, wenn man die Quellen der Milchproduktion verstopft! *(Sehr richtig!)* Man requiriert draußen auf dem Lande und am meisten in meinem engeren Vaterlande alles Futter. Man requiriert und schlachtet Milchkühe, man nimmt das letzte Stück Heu und Stroh, man stellt keine Kraftfuttermittel bei, man verwüstet die ganze Viehzucht, man preßt die letzten Blutstropfen aus der Landwirtschaft aus und man ruft nach Milch. In diesen Tagen wurden in den Wiener Tagesblättern Klagen geführt, daß in Wien ein großer Rückgang in der Milchzufuhr zutage tritt, daß man in Wien seit Oktober um 40.000 Liter täglich weniger bekommt. Und wie schaut es in Prag aus? Da will man die Landes-Findel- und Gebäranstalt schließen, da keine Milch und keine Kohle vorhanden ist. Eine Familie mit fünf kleinen Kindern bekommt in Prag ein Viertelliter Milch täglich und pro Kopf kommt in Prag ein Fünfundzwanzigstelliter Milch. *(Ruf: Man will Böhmen aushungern!)*

Das ist richtig, man will Böhmen aushungern. Unlängst hat man im Herrenhause und auch hier darüber gestritten, daß die tschechischen Bezirke weniger liefern als die deutschen. Aber auch bei uns in Böhmen, sogar in den ausgesprochen agrarischen, in den reichsten Bezirken herrscht ein so großer Mangel in der Ernährung, daß man schreckliche Beispiele dafür anführen könnte. Eben hat mir der Kollege Prošek mitgeteilt, daß es in seinem Wahlbezirke Laun, also einem der getreidereichsten Bezirke, ein Dorf gibt namens Telez, welches 800 Einwohner zählt und wo binnen sechs Wochen mehr als 100 Fälle von Erkrankung aufgetreten sind; man sagt, es sei die Ruhr, aber die Ärzte sagen, daß diese Krankheit von der schlechten Ernährung herrührt. Es sind bereits 18 Todesfälle vorgekommen.

Was den zweiten Punkt des zu verhandelnden Gegenstandes anbelangt, nämlich die sexuellen Verirrungen und deren Folgen: Geschlechtskrankheiten, so überlasse ich diesen Gegenstand besser erfahrenen Herren. Es hat schon mein Vorredner, Herr Dr. Jerzabek, darüber weitläufig gesprochen; obzwar ich mit ihm in allem nicht übereinstimme, so will ich mir doch erlauben, noch einige Bemerkungen hinzuzufügen.

Was wir in dieser Beziehung bereits gehört haben, sind geradezu schauerliche Angaben. Welchen unheilvollen Einfluß werden sie auf die Ehe, die Fortpflanzung und Nachkommenschaft und auf die öffentliche Moral ausüben? Wenn man die jetzigen sexuellen Verhältnisse näher betrachtet, kommt man — man braucht kein Prüderist oder Puritaner zu sein — zu der Überzeugung, daß man das Schamgefühl, dieses natürliche Bollwerk der geschlechtlichen Gesundheit und Enthaltsamkeit heutzutage fast verloren hat. „Die Weiberzucht hat mürb' und morsche Gitter“, sagt ein Dichter und dieses Wort hat volle Wahrheit gefunden.

Man beachte nur die große Zahl der unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Weibspersonen, außerdem noch die größere Menge der geheimen Prostitution, die in den Städten unter den verschiedensten Deckmänteln ihr Unwesen treibt, man beachte die Landflucht der Mädchen, man beachte die schreckliche Teuerung und dabei die unzureichenden Arbeits- und Lohnverhältnisse der weiblichen Arbeits- und Dienstpersonen, die auch essen und sich bekleiden wollen, man beachte die Außerachtlassung der Gebote der Moral, die Zersetzungsversuche an den bisher geltenden Anschauungen über Zucht und Sitte, die soweit gegangen sind, daß es so viele Frauenspersonen, ja sogar verheiratete Frauen als patriotische Pflicht betrachten, ihre Ehre Soldaten und Offizieren schamlos preiszugeben — mit Leichtsinn und Sorglosigkeit, ob gesund oder geschlechtskrank — und man muß ausrufen: Es ist ein wahres Sodoma! Wahrlich traurige Aussichten in die Zukunft des Volkes! Was bedeutet die Zersetzung der Familie, dieser Grundlage der menschlichen Gesellschaft? Physisches und geistiges Debakel der Nation.

Sana mens in corpore sano. Wenn der Körper krank ist, kann die Seele nicht frisch und gesund bleiben. Hand in Hand mit der Zerrüttung

der Volksgesundheit geht auch die Abnahme der Kultur. Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten sind zwei Übel, die, weil erblich und schwer überwindlich, ganze Völker auf Jahrzehnte, ja Jahrhunderte physisch und psychisch zu verkrüppeln vermögen.

Alle traurigen Folgen des Krieges lassen sich allmählich heilen. Die wundervolle Quelle der Natur und der fruchtbare Busen unserer Allmutter Erde gibt uns wieder Brot und Früchte in Hülle und Fülle, die verwüsteten, verödeten Lande werden wieder zu blühenden Paradiesen, der dezimierte Viehstand kann wieder, zwar schwer, aber doch, mit der Zeit ersetzt werden, das lahmgelegte Gewerbe kann wieder aufleben, die Industrie, welche sich den Kriegszielen angepaßt hatte, kann wieder zu Friedensbedürfnissen zurückkehren und sogar die zerrütteten, desolaten Finanzen lassen sich nach riesigen Mühen und Entbehrungen und schmerzlichen Einbußen in Ordnung bringen: Aber die zernagten und von Fäulnis angesteckten Wurzeln des Baumes des Volkskörpers und ihre morsch gewordenen Äste werden vielleicht vergebens der Gesundung und Verjüngung harren.

Wir, die wir für diese Zustände einmal auch verantwortlich sein werden, erheben unsere Stimme in der letzten Stunde und rufen der Regierung zu, sie möge die großzügige und hochwichtige Frage der Ausgestaltung des Gesundheitswesens im Sinne der Anträge des Gesundheitsausschusses ehebaldigst lösen, nicht bei bloßer theoretischer Verhandlung bleiben und nicht alles nur der öffentlichen Wohltätigkeit überlassen. Wir fordern die Regierung auf, alle jene Maßnahmen zu treffen, welche geeignet erscheinen, den mindestbemittelten Volksklassen bessere Lebensbedingungen zu schaffen und insbesondere die derzeit bestehenden Ernährungsschwierigkeiten raschestens zu beheben; wir fordern die Regierung auf, das Aushungerungssystem, besonders im Königreiche Böhmen, einzustellen, die unvernünftigen, drakonischen Futterrequisitionen und Schlachtungen von Milchkühen zu verhindern und der Bevölkerung nicht den letzten Tropfen Milch und das letzte Stück Brot zu entziehen.

Die durch den Krieg verursachten Verhältnisse bedrücken die Bevölkerung bereits so sehr, daß die Opfer auf der inneren Front, im Hinterlande, die blutigen Opfer in der Feuerlinie zu übertreffen drohen. Wir sind an der Grenze angelangt, deren Überschreitung Entvölkerung, Hinsiechen und Tod bedeutet. Macht ein Ende dem Krieg! Nichts ist heute so allgemein, wie die Friedenssehnsucht. Auf zum Kampf gegen die Tuberkulose, auf zum Kampf gegen die Geschlechtsseuchen, vor allem aber auf zum Kampf gegen den Krieg! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Simionovici**: Als nächster Redner erscheint in der Rednerliste der Herr Abgeordnete Leo Lewickyj; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Lew **Lewickyj**: Hohes Haus! Vor zirka vier Jahren habe ich bereits die Ehre gehabt, beim Zustandekommen des Gesetzes, betreffend die Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, im hohen Hause an der Debatte mich zu beteiligen. Schon damals habe ich hervorgehoben, daß, wenn es sich darum handeln würde, für sämtliche übertragbare Krankheiten gewisse Vorsichtsmaßregeln zu treffen, die Liste der Krankheiten im gegenwärtig bereits geltenden Epidemiegesetze nicht vollständig sei. Es fehlen dort die Geschlechtskrankheiten und die Tuberkulose, die am Marke des Volkes vielleicht am meisten zehren. Der Krieg hat sehr vieles vernichtet, er hat Millionen von Menschen auf dem Schlachtfelde in den Tod getrieben, hat aber auch Opfer gefordert, welche nur infolge der Laxheit der Handhabung der Sanitätseinrichtungen und durch den Mangel an gutem Willen, das bereits Bekannte zu verwerten, zugrunde gerichtet wurden.

Es ist mir aus den Besuchen in den Sammelstationen der Evakuierten und den Perlustrierungsstationen bekannt geworden, daß Krankheiten, welche Tausende von ukrainischen und kroatischen Kindern aus der Welt geschafft haben, deshalb als nichts betrachtet wurden, weil sie angeblich nicht „anzeigepflichtig" waren. Weil dies eben aus der Unklarheit des Sanitätsgesetzes vom 14. April 1913 gefolgert werden konnte, wäre es nicht ohne Belang, im § 1 nach dem Punkt 17 „Masern und Keuchhusten" zu setzen. Diese Krankheiten haben sich in Barackenlagern allein und in Kombination mit der Lungenentzündung als kolossal deletär erwiesen. Speziell für die ganz kleinen Kinder sind diese Krankheiten höchst gefährlich und wir müssen sowohl im ganzen Staate als auch bei unserem speziell ausgerotteten ukrainischen Volke um die Erhaltung der kleinen Kinder jetzt speziell sorgen.

Auch soll in der Durchführungsverordnung zum Sanitätsgesetze die Krankheit ausführlich besprochen und bei Ausbruch der Masernepidemie die Schule gesperrt werden, wenn nicht durch genaue polizeiliche Anordnung und Bewachung dafür gesorgt wird, daß mindestens vier Wochen seit dem letzten Masernfalle in einer Familie die Kinder das Haus nicht verlassen dürfen.

Welch eine Verheerung in den Reihen der Kinder die Masernepidemie verursachte, beweist das Beispiel in Gmünd. Im Jahre 1915 waren dortselbst 3157 Kinder erkrankt und davon 1492 gestorben. *(Hört!)* Dagegen kamen im Jahre 1916 auf 5804 an Masern erkrankt gewesene Kinder 1280 Sterbefälle vor. Der Keuchhusten erfordert

ebenfalls sehr viele Opfer an und für sich und hinterläßt Nachkrankheiten, die die Jugend widerstandsunfähig machen. Da Masern erfahrungsgemäß der Entwicklung der Tuberkulose Vorschub leisten, wäre ein masernkrank gewesenes Kind der Fürsorge zu übergeben. Es wäre ferner nicht ohne Belang, wenn auf die Liste der anzeigepflichtigen Krankheiten nachträglich Tuberkulose und Lues gesetzt werden, und zwar als chronische Infektionskrankheiten. Tuberkulose wäre als anzeigepflichtig, aber bloß an die Fürsorgestelle zu erklären.

Die Bedeutung der Tuberkulose wird bei uns im Lande ganz mißachtet. Diese Krankheit kommt auf dem Lande sehr oft vor, dauert lange und ergreift oft ganze Familien, da die Bevölkerung von der Tragweite dieser Krankheit kaum eine Ahnung hat. Die Tuberkulose ist doch eine übertragbare, durch Ansteckung entstehende Krankheit. Sie wird hervorgerufen durch ein mit freiem Auge nicht sichtbares Lebewesen, den Tuberkelbazillus. Als Ansteckungsquelle für Tuberkulose ist, soviel ich weiß, in erster Linie der lungenkranke Mensch anzusehen, der Tuberkelbazillen auf seine Umgebung ausstreut. Namentlich Kinder sind für diese Art der Übertragung sehr empfänglich.

Die wichtigste Form der Tuberkulose ist die Lungentuberkulose. Außerdem befällt die Tuberkulose aber auch — namentlich beim Kinde — die Lymphdrüsen, Knochen, Gelenke, Haut, Hirnhaut, das Auge und eine Reihe innerer Organe. Das, was man Skrophulose nennt, ist zumeist eine abgeschwächte Form der Tuberkulose. Die Tuberkulose ist aber eine heilbare Krankheit. Sowie aber krankhafte Erscheinungen aufgetreten sind, bedarf es zur Heilung längerer Zeit und entsprechender Maßnahmen.

Die Bekämpfung der Epidemien muß nach zwei Richtungen erfolgen, nämlich prophylaktisch und repressiv. Zu der ersten gehören: Schaffung gesunder Wohnungen, eine gesunde Ernährung mit gemischter Kost, Luft und Sonnenbäder, reichlicher Schlaf. Das wären wichtigere Maßnahmen, um Epidemien entgegenzutreten: die repressive Tätigkeit beginnt dann, wenn einmal die Epidemie ausgebrochen ist.

Die Fürsorgetätigkeit für die Tuberkulose wäre in Galizien erst ganz von Grund aus neu zu schaffen; wenn auch im übrigen Österreich davon etwas existiert, reicht es kaum aus. Im Deutschen Reiche ist man diesbezüglich bedeutend vorgeschritten. In Galizien wären die autonomen Bezirksbehörden, die uns Ukrainer diesbezüglich sehr schlecht behandelt haben, vollkommen auszuschalten und direkte staatliche Fürsorgestellen zu schaffen.

Für diesen Zweck wären in erster Linie Unterrichtskurse an der Wiener Universität einzurichten und Stipendien zu schaffen, um solche Fürsorgeschwestern auszubilden, für ukrainische Dörfer nur Ukrainerinnen. Der Unterricht müßte für jede Nation in der eigenen Sprache geführt werden und sind dazu entsprechende Kräfte ausfindig zu machen.

Da die Zeit drängt und in Ostgalizien durch Evakuierungen die Leute bezüglich der Tuberkulose sowohl in Barackenlagern als auch in anderen Unterbringungsstationen sehr stark gelitten haben — was sowohl durch die Unterernährung wie auch durch unpassendes, ja schlechtes Wohnen sicher eingetreten ist —, sind die Kurse mit vier Monaten zu bemessen.

Nach vier Monaten erfolgt die Prüfung. Die als geeignet Befundenen können dann sofort in die Fürsorgestellen der Gemeinden geschickt werden. Diejenigen, die nicht entsprochen haben, müssen nochmals den Kurs durchmachen.

Die Einrichtung der Tätigkeit einer Fürsorgeschwester stelle ich mir so vor: Dieselbe bekommt von der Gemeinde eine Wohnung in der Nähe eines Gemeindespitals, in welchem die siechen Menschen untergebracht sein könnten. Auch werden in diesen Spitälern Desinfektionsapparate untergebracht. Die Fürsorgeschwester müßte obligat an allen Sitzungen des Gemeinderates teilnehmen.

Da die Tuberkulose zwar in jeder Schichte der Bevölkerung vorkommt, aber doch die Ärmsten am meisten befällt, wäre zu bestimmen, daß die Fürsorgeschwester wenigstens einmal im Monat die armen Familien besucht und alles aufnotiert.

In der Gemeinderatssitzung erstattet sie den Bericht über die Zustände und da die Tuberkulose mit Schaffung besserer Erwerbsverhältnisse und besserer Ernährungsverhältnisse sicher zu heilen ist, so ist schon das Heilmittel gefunden.

Die Gemeinde kann mit Naturalien oder Geld die armen Familien oder einzelne Mitglieder derselben unterstützen, selbstverständlich ist, daß auch der Staat dazu beitragen soll.

Die Schwester führt in der ihr zugewiesenen Stelle die Tuberkuloseambulanz, welche einmal in der Woche der ihr übergestellte Tuberkulosedistriktsarzt besucht. Er kann 12 Gemeinden sicher leicht versorgen.

Die Tuberkuloseambulanz würde außerdem bestehen:

1. In Tuberkulin- oder Arseneinspritzungen.

2. In fortwährender Wiederholung der Verhaltungsmaßregeln: Licht, Luft und Ernährung.

Die schwer Erkrankten müßten dem Arzte vorgestellt werden und dieser schafft dieselben in die zu errichtenden Distriktstuberkulosespitäler.

Bei leichten Erkrankungen wäre die Fürsorgerin verpflichtet, die Liegekuren im Hause des Erkrankten zu überwachen, für seine Isolierung von anderen Familienmitgliedern zu sorgen und für die

Reinlichkeit und Frische der Räume, in welchen der Tuberkulose zu liegen hat, zu sorgen.

In den Distriktsspitälern wären die schwer Erkrankten aufzunehmen und nach zwei Gruppen zu behandeln: 1. Schwerkranke mit schlechter Prognose, 2. Schwerkranke mit günstiger Prognose. Durch die Entfernung des Tuberkuloseerkrankten aus der Familie wäre sehr viel geschaffen, weil die Infektion der übrigen Mitglieder der Familie hintangehalten wäre. Dadurch würde vermieden werden, daß ganze Familien an Tuberkulose zugrundegehen.

Das Distriktstuberkulosespital wäre am einfachsten in Form eines Barackenspitals auszuführen und wäre dort für die Freiluftbehandlung zu sorgen.

Die Tuberkulosefürsorgeschwester hätte noch zwei andere wichtige Aufgaben: sie hätte — und zwar selbstverständlich unter ständiger Aufsicht des Arztes — für Lues- und Trachomkranke zu sorgen und diese auch zu behandeln.

Die Lueskrankheit verbreitet sich bei der Landbevölkerung sehr schnell in jedem Dorfe aus Gründen, die gar nicht im Sexuellen liegen. Eine Mutter, die syphilitisch ist, gibt einem Kinde einer anderen Familie die Brust und überträgt die Syphilis, oder es wird das Eßbesteck nicht abgeputzt und ein Familienmitglied überträgt die Krankheit auf das andere. An Feiertagen, wo die Leute einander besuchen, kann die Übertragung durch das Eßbesteck auch auf andere Familien erfolgen.

Die Fürsorgeschwester hätte da durch Belehrung kolossal Ersprießliches zu leisten. Sie müßte auch Orten der Syphilitischen führen, wodurch eine längerdauernde Behandlung der Luetiker veranlaßt werden könnte und jederzeit leicht zu erfahren wäre, ob die ausgewählte Amme nicht luetisch ist. Wieviel Unglück könnte nur dadurch verhütet werden! Bekanntlich haben Tuberkulose und Lues in ganzen Gebieten Galiziens, besonders im Huzulenlande und in der Pokutie, kolossale Schäden angerichtet und es besteht die Gefahr, daß das schöne Volk in diesen Gegenden degeneriert wird. Der Fürsorgeschwester könnte auch aufgetragen werden, über Säuglinge zu wachen, den Eltern Ratschläge zu erteilen, wie sie sich bei plötzlichen Erkrankungen zu verhalten haben. Der Schwester wäre ein Soxhlet-Hood-Apparat zur Verfügung zu stellen, um jeder Familie, welche dessen bedarf, sterile Milch verschaffen zu können. Mit Lapis und Kupferstift würden die Trachomkranken leicht zu heilen sein. Jede ausbrechende Infektionskrankheit wäre durch die Schwester sofort an den Amtsarzt anzuzeigen. Auf diese Weise könnte endlich die Hygiene und Fürsorge für Infektionen auch in Galizien durchgreifen.

Dies wäre auch für den Staat von großem Nutzen, weil ein gesunder Bürger dem Staate einen Nutzen bringen kann, ein kranker bloß Lasten. Ein gesunder Bürger ist Reichtum, ein Kranker ist Armut.

Ich erlaube mir in dieser Richtung folgende Resolution zu stellen und bitte um deren Annahme *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, ehestens zwecks Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten für die Schaffung der staatlichen Fürsorgestellen und für die Errichtung der Unterrichtskurse zwecks Ausbildung der Fürsorgeschwestern Sorge zu tragen."

Hohes Haus! Tritt schon die soziale Bedeutung der Volksseuchen im Frieden stark hervor, so ist dies in ganz besonderem Maße während der Kriegszeit der Fall. Sichert man den Staat vor dem Feinde nach außen, so hat man nicht minder die Pflicht, auch dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung vor dem inneren Feinde, vor den Krankheiten, auf das beste geschützt werde. In dieser Beziehung aber muß folgendes Motto zur Richtschnur dienen: Mit kleinen Dingen wird nichts geholfen, es muß kräftige planmäßige Arbeit gemacht werden. *(Beifall.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Leo Lewickyj hat folgenden Resolutionsantrag gestellt *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, ehestens zwecks Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten für die Schaffung der staatlichen Fürsorgestellen und für die Errichtung der Unterrichtskurse zwecks Ausbildung der Fürsorgeschwestern Sorge zu tragen."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Resolution unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Resolution ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Außerdem hat der Herr Abgeordnete Dr. Jerzabek gemeinsam mit dem Herrn Abgeordneten Miklas eine Resolution überreicht, welche lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, bei der Schaffung einer Gesetzesvorlage zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auch auf die Verschärfung der für die Verbreitung unsittlicher Schriften und Bilder derzeit geltenden Strafbestimmungen sowie auf die tatkräftigste Förderung der für die Aufrechthaltung der Moral in Staat und Gesellschaft verantwortlichen Faktoren Bedacht zu nehmen."

Diese Resolution ist gehörig gezeichnet und steht gleichfalls in Verhandlung.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Bobrowski; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Bobrowski:** Hohes Haus! Die Anträge des Gesundheitsausschusses berühren höchst wichtige, das Leben und die weitere Entwicklung der Völker tief berührende Probleme.

Es handelt sich um die Behandlung der Kranken und Behütung der Gesunden, vor allem des jugendlichen Alters vor Infektion.

Eine energische, tiefgreifende und großzügige Aktion zwecks Bekämpfung der Infektionskrankheiten, der Tuberkulose wie auch der venerischen Krankheiten und vor allem der Syphilis ist um so dringender angezeigt, als der Staat für eine derartige Aktion gar nicht vorbereitet war und die Regierung erst im dritten Kriegsjahre es für notwendig erachtete, der Sache näherzutreten, nachdem durch drei Jahre hindurch wegen Mangels entsprechender Vorsorgen unermeßliches Unheil geschehen ist.

Obgleich verspätet, wie so manches in Österreich, ist die von der Regierung im Kampfe gegen die Tuberkulose eingeleitete Aktion anerkennenswert, sie erheischt jedoch, was auch der Antrag des Gesundheitsausschusses ausdrückt, eine umfassende Erweiterung und volle Berücksichtigung der durch die Kriegsereignisse hart getroffenen Länder, was bis nun — wenigstens in Galizien — nicht geschehen ist.

Über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten will ich heute nicht reden; ich behalte mir aber das Wort für die Zeit vor, wenn das im Antrage geforderte Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten von der Regierung vorgelegt wird.

Nur ein Moment muß ich hervorheben. Es kann von einer Bekämpfung und Heilung der venerischen Krankheiten in Galizien keine Rede sein, wenn Spezialärzte systematisch aus Galizien in andere Kronländer zur Dienstleistung in Militärspitälern transferiert werden. Die Regierung muß die gesundheitlichen Bedürfnisse der Zivilbevölkerung ins Auge fassen und eine der kolossalen Ausbreitung der venerischen Krankheiten entsprechende Zahl der einheimischen Spezialärzte im Lande und vor allem in größeren Städten belassen.

Nun gestatten Sie mir, einige Worte über die Tuberkulose zu sprechen,

Bereits vor dem Kriege war die Tuberkulose eine unser Volk dezimierende Krankheit. Durchschnittlich starben jährlich in Galizien 25.000 Personen infolge Tuberkulose, wenigstens eine Viertelmillion Leute leidet an Tuberkulose. Die Zahl der Sterbefälle an Tuberkulose betrug im Jahre 1876 : 17.505, das ist 23 Prozent aller Tuberkulosesterbefälle in Österreich, und stieg im Jahre 1905 auf 28.836, das ist auf 29·4 Prozent der Tuberkulosemortalität Österreichs, um im Jahre 1911 auf 22.757 das ist 27 Prozent zu sinken.

Die Häufigkeit dieser Krankheit wie auch die Sterblichkeit infolge von Tuberkulose ist während des Krieges sehr bedeutend gestiegen. Als Ursachen sind außer den allgemein im Kriege wirkenden, wie Unterernährung, Überanstrengung, Heranziehen zu junger und kränklicher Stellungspflichtigen zur Militärdienstleistung noch die Vernichtung des Landes mit nachfolgender Verschlimmerung der schon vor dem Kriege miserablen Wohnungsverhältnisse wie auch die schlechten und schweren Lebensbedingungen der durch Kriegsereignisse und Evakuierung von Ort zu Ort in Nässe und Kälte oft ohne Nahrung getriebenen Zivilbevölkerung anzuführen.

Die Steigerung der Erkrankungs- und Sterbehäufigkeit wegen Tuberkulose mögen einige Ziffern illustrieren:

Im Jahre 1913 starben in Krakau an Tuberkulose 797 Zivilpersonen — ich gebrauche die Krakauer Statistik, da eine für ganz Galizien nicht vorhanden ist —, im Jahre 1916 dagegen 1248, bei fast gleicher Einwohnerzahl, was einen Zuwachs von 56·6 Prozent bedeutet. In bezug auf die Zahl der Einwohner ist die Tuberkulosemortalität von 48·89 auf 74·76 pro 10.000 Einwohner gestiegen und weist im laufenden Jahre einen noch bedrohlicheren Zuwachs auf, indem den im dritten Quartal 1916 an Tuberkulose gestorbenen 224 Personen im dritten Vierteljahr 1917 schon 324 Tuberkulosesterbefälle gegenüberstehen, was einen weiteren Zuwachs binnen einem Jahre von 44 Prozent bedeutet.

Ähnliche Verhältnisse finden wir in Kinderspitälern:

Vor dem Kriege waren im St. Ludwig-Kinderspital in Krakau im klinischen Material 6 Prozent Tuberkulosefälle, jetzt 20 Prozent, im ambulatorischen Material vor dem Kriege 9·2 Prozent, jetzt 29·5 Prozent.

Die Tuberkulosemortalität betrug in diesem Spital im Jahre 1914 15·7 Prozent, im Jahre 1915 19·84 Prozent und im Jahre 1916 27·6 Prozent aller Todesfälle.

Wenn man dabei noch erwähnt, daß in Krakau die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahr infolge der allgemeinen Kriegsverhältnisse von 14·9 Prozent im Jahre 1913 auf 17·6 Prozent im Jahre 1916 gestiegen und die Geburtenzahl von 4570 im Jahre 1913 auf 3269 im Jahre 1916 gefallen ist, so ersehen wir, daß unser Volk einer Depopulation entgegengeht, wenn nicht energisch eingegriffen wird, um die Überlebenden vor Infektions- und Hungerkrankheiten zu retten.

Und eine derartige energische Aktion sehen wir leider in Galizien nicht. 16 Millionen Kronen hat die Regierung im heurigen Sommer für die Bekämpfung der Tuberkulose gewidmet und davon erhielt Galizien 150.000 K *(Hört! Hört! — Zwischenrufe)*, übrigens nur als Gefälligkeitsgabe für ein erzherzogliches Sanatorium in Rajcza. Ein Land mit 8 Millionen Einwohnern und 27 Prozent der allgemeinen Tuberkulosemortalität in Österreich, ein Land, welches in diesem Kriege die größten Opfer gebracht, die größte Vernichtung erlitten hat, ein Land, welches ausgezeichnete naturelle Vorbedingungen besitzt, um in Zakopane, Krynica, Szczawnica Volkssanatorien zu errichten, dieses Land wird auf dem Gebiete der Bekämpfung der Lungentuberkulose einfach „sondergestellt". Dieses Unrecht, welches durch die in den letzten Wochen für vier galizische Spitäler und einige Institutionen zuerkannten Subventionen noch gar nicht gut gemacht wurde, ist jedoch kein Zufall, keine Ausnahme, sondern nur ein krasser Beweis der ungerechten und ungleichen Behandlung unseres Landes seitens der Regierung.

„Bei der Bekämpfung der Tuberkulose ergeben sich" — ich erlaube mir, die Grundsätze für die Bekämpfung der Tuberkulose, beschlossen vom Obersten Sanitätsrat am 3. Juni 1916, zu zitieren — „zwei prinzipielle Gesichtspunkte, nämlich:

1. Prophylaxe der Tuberkulose bei Erwachsenen und

2. Behandlung der Tuberkulose in ihren verschiedenen Formen."

„Was die Prophylaxe betrifft, so wird es sich zunächst darum handeln, bei Erwachsenen und Heranwachsenden die Disposition zum Ausbruche der Tuberkulose, welche sie durch den Primäraffekt in der Jugend erworben haben, zu vermeiden, indem man 1. für entsprechende Wohnung, 2. für entsprechende Ernährung sorgt."

„Deshalb muß angestrebt werden, daß das Existenzminimum nach dem jeweiligen Standpunkte der Ernährungslehre für von Tuberkulose Bedrohte entsprechend modifiziert und ergänzt wird."

Wie befolgt nun die Regierung diese im Organe des k. k. Ministerium des Innern gedruckten Grundsätze?

Trotz wohlbekannter Unterernährung der Bevölkerung in Galizien werden riesige Mengen verschiedener Lebensmittel für das Heer requiriert, in andere Kronländer wie auch ins Ausland ausgeführt; die Mehlration wurde in den galizischen Städten auf die Hälfte herabgedrückt, die Mehlzufuhr für die Städte ist sogar jetzt, nach der frischen Ernte, unregelmäßig und unzureichend. Im Monate Oktober hat die Stadt Krakau kaum die Hälfte des nötigen Brotmehles erhalten; 15 brotlose Tage mußte die Bevölkerung in einem Monate in Erbitterung zubringen; auch andere Städte, wie zum Beispiel Przemyśl, Nowy Sącz, Stanisławów usw. erhalten wochenlang kein Brot als eine gegen die Landleute seitens der Regierungsorgane verhängte Strafe wegen nicht genug rascher Abgabe des neuen Kornes. Wegen angeblicher passiver Resistenz der Landleute läßt man die Stadteinwohner hungern!

Noch schlimmer steht die Beteilung der Bevölkerung mit Zucker und Fetten, wie Butter und Speck, welche fast ausnahmslos ausgeführt werden.

Verhängnisvoll für die Kinderernährung ist der Milchmangel, welcher durch Requisition und auch durch den Ausverkauf, infolge Viehfuttermangels der Kühe verursacht ist. Auch ist die Milchzufuhr für Krakau aus dem Königreiche Polen von den k. u. k. Okkupationsbehörden untersagt, obwohl vor dem Kriege ein großer Teil des Bedarfes von dort gedeckt war und obwohl auch jetzt dort Milch zu finden wäre. Auf diese Weise kann eine Tuberkulosebekämpfung nicht durchgeführt werden. Anstatt das „Existenzminimum der Bedrohten entsprechend zu modifizieren und zu ergänzen", wird noch das Minimum reduziert oder entzogen und auf diese Weise werden die besten Vorbedingungen für die breiteste Entwicklung aller Volksseuchen, und vor allem der Tuberkulose geschaffen. Wenn an eine Bekämpfung der Tuberkulose geschritten wird, muß zuerst der Aushungerung unseres Landes ein Ende gemacht werden.

Als zweites Erfordernis für die Prophylaxe der Tuberkulose wird in den „Grundsätzen für die Bekämpfung der Tuberkulose" die Sorge für entsprechende Wohnung angegeben. Diesen Standpunkt vertritt auch der Antrag des Gesundheitsausschusses, indem er der Regierung gegenüber die Forderung stellt: „Ehestens für die Wiederherstellung der infolge der Kriegsereignisse vernichteten Wohnungen in den betreffenden Gebieten Sorge zu tragen."

Auch auf diesem Gebiete ist Galizien von der Regierung vollkommen vernachlässigt worden. Die Vernichtung, welche unser Land in diesem Weltsturme erlitten hat, ist enorm. Nach der großen Offensive im Jahre 1915 sind Vernichtungen in 1323 Landgemeinden und 112 Städten festgestellt worden; über 100.000 Wohnhäuser sind vernichtet worden. Im Bezirk Przemyśl sind 7246, im Bezirk Jaroslaw 5454 Wohnhäuser vernichtet worden. Viele Dörfer und manche Kleinstädte sind vollkommen abgebrannt und zerstört worden; in der aus der Offensive 1915 wohlbekannten Stadt Gorlice sind nur 40, außerdem noch beschädigte Häuser erhalten worden. In den in der Sommeroffensive 1917 zurückgewonnenen Gebieten ist die Vernichtung noch größer, vor allem sind viele Kleinstädte wie Kalusz, Ottynia, Halicz, Bohorodczany,

Sokotwina und andere vollkommen abgebrannt. Viele tausende Einwohner sind obdachlos geworden und wohnen in Erdhöhlen.

Was hat nun die Regierung zur Rettung der Bevölkerung getan? Binnen einem Jahre, bis zum Juni 1916, sind in ganz Galizien kaum 651 Baracken und 8537 Häuser mit einer Stube erbaut worden, in welchem nur ein kleiner Teil der Einwohner, meistens gemeinsam mit dem Vieh, untergebracht wurde. Nicht viel besser geht es, seitdem die Wiederaufbauzentrale eingesetzt wurde. Als Beispiel möge die Tätigkeit der Zentrale in den Bezirken Tarnów, Pilzno, und Dąbrowa dienen. Von den 3201 vernichteten Häusern hat die Zentrale kaum 264 wieder aufgebaut, während die Einwohner 904 Häuser erbauten!

Und mit diesen Baracken und einstubigen Häusern will man in Galizien die Tuberkulose bekämpfen. In einer solchen kleinen Stube findet sich oft die ganze Familie eines mit ausgebildeter Tuberkulose heimgekehrten Kriegsbeschädigten mit dem Vieh und Geflügel zusammen. Und gleichzeitig druckt das k. k. Ministerium des Innern die schönen „Grundsätze für die Bekämpfung der Tuberkulose" und die für die Wiederaufbauzentrale so wichtigen Bemerkungen: „Von allergrößter Wichtigkeit ist dann, daß die Wohnungsverhältnisse gebessert werden. Luftlose und lichtlose Wohnungen, enggedrängtes Beisammenleben, ungenügender Luftraum in der Wohnung sind Umstände, die in erster Reihe die Entstehung der Tuberkulose begünstigen."

Meine Herren! Durch den bisherigen Wiederaufbau Galiziens bildet die Regierung nur die günstigsten Vorbedingungen für die weiteste Entwicklung der Tuberkulose und aller Volksseuchen. Wie kann in derartigen Verhältnissen überhaupt an eine Wohnungshygiene, Desinfektion und Bekämpfung der Volksseuchen gedacht werden?

Einige Worte mögen hier auch der Schulhygiene gewidmet werden. Mit großen Opfern sind in Krakau moderne Schulgebäude errichtet worden. Nach Kriegsausbruch sind alle Schulen vom Militär für Spitäler und Kasernen bezogen worden und bis zum heutigen Tage sind von 53 Schulen noch 22 der besten Gebäude besetzt; der Unterricht muß deshalb in gemieteten unhygienischen Gebäuden, respektive in den freigegebenen Schulen stattfinden, was zur Folge hat, daß in denselben Klassen zwei- und sogar dreimaliger Tages-, respektive Abendunterricht stattfindet, was vom hygienischen Standpunkte als äußerst schädlich, absolut zu verwerfen ist. Wir verlangen daher im Interesse der Gesundheit unserer Kinder die baldigste Räumung der Volks- und Mittelschulgebäude in Krakau. Auch muß an den raschen Wiederaufbau aller im Lande vernichteten Schulgebäude getreten werden.

Man kann jedoch an die Bekämpfung der Volksseuchen nicht treten, ohne die nötigen Ärzte zu haben. Für diesen Zweck sind vor allem die Bezirksärzte und die städtischen Ärzte unentbehrlich und diese sollten im Interesse der allgemeinen Gesundheit sofort vom Militärdienste enthoben werden, wenn die Regierung keine Scheinaktion beabsichtigt, eventuell könnten diese Ärzte auch in ihrem Wohnsitze in Militärspitälern den Dienst leisten und dabei auch ihre Pflichten als Stadtärzte erfüllen; wir müssen jedoch entschieden dagegen protestieren, daß städtische Ärzte in andere Kronländer transferiert werden und auf diese Weise die allgemeine Gesundheitspflege hierdurch geschädigt wird. Über die Verwendung der Ärzte beim Militär wäre manches zu bemerken.

Die Ärzte erhalten weder die ihnen gebührende Stellung, noch werden ihre Qualifikationen berücksichtigt. Augenärzte oder Chirurgen werden in Epidemiespitäler, Zahnärzte in chirurgische Abteilungen kommandiert. *(Hört!)* Aus dem reichen Material möge nur ein Fall aus der letzten Zeit geschildert werden. Ein Ohrenarzt wird in ein anderes Land kommandiert und dort der orthopädischen Abteilung eines Militärspitals zugeteilt, in derselben Stadt leitet — in einem zweiten Militärspital — die Ohrenabteilung — ein Zahnarzt. *(Heiterkeit.)* Und dies geschieht, meine Herren, im Oktober 1917, nach drei Kriegsjahren! Wie kann dabei von rationeller Behandlung die Rede sein?

Meine Herren! Wenn man über die Bekämpfung der Volksseuchen spricht, so darf man sich nicht auf Tuberkulose und Syphilis beschränken, da auch die akuten Infektionskrankheiten während dieses Krieges sich zu Epidemien ausbreiteten und große Verheerungen angerichtet haben.

Dabei kommen vor allem jene Länder in Betracht, welche als Kriegsgebiet der Verschleppung von Cholera, Fleckfieber und Blattern in erster Reihe preisgegeben sind. Die Statistik der Infektionskrankheiten in Österreich erweist im Jahre 1915 folgendes:

Während in allen Kronländern mit Ausnahme von Galizien und der Bukowina im Jahre 1915 1953 Fälle und darunter 492 Sterbefälle von asiatischer Cholera festgestellt wurden, sind in Galizien 30.000 Erkrankungen und 17.400 Sterbefälle von Cholera vorgekommen. *(Hört! Hört!)* Die Mortalität betrug in Österreich 25 Prozent, in Galizien 57 Prozent der Erkrankten. Während jedoch in Österreich von den gemeldeten 1953 Fällen, respektive 492 Sterbefällen nur 359 Erkrankungen und 119 Sterbefälle einheimische Zivilpersonen betreffen und die übrigen Fälle sich auf Militärpersonen, Kriegsgefangene, Internierte und galizische Flüchtlinge beziehen, betreffen in Galizien 94·5 Prozent der Fälle die Zivileinwohner, von

denen in einem Jahre an Cholera 16.500 gestorben sind. *(Hört! Hört!)*

Die große Blatternepidemie in Wien weist vom Kriegsbeginn bis zum 5. Juni 1915 1557 Erkrankungen und 339 Sterbefälle zum großen Teile von Zivilpersonen auf. Meine Herren! Das war für Wien eine große Epidemie. In Galizien erkrankten im Jahre 1915 an Blattern 21.000 Personen, von denen 3172 starben, und zwar fast ausschließlich einheimische Zivilpersonen.

An Fleckfieber sind in Galizien im Jahre 1915 8333 Personen erkrankt und 396 gestorben; dazu muß man einen großen Teil der Erkrankungen in Sammelniederlassungen für Flüchtlinge, wie zum Beispiel Chotzen, und Interniertenlagern, wie zum Beispiel Thalerhof, rechnen, wo seit Kriegsbeginn bis 27. Februar 1915 1860 Fälle von den 3521 in Österreich bis zu diesem Datum konstatierten Fleckfieberfällen vorkamen.

Meine Herren! Wenn wir noch die übrigen epidemischen Krankheiten kurz fassen und die Zahlen der Erkrankungen, respektive Todesfälle von Bauchtyphus 18.132, respektive 2029, von Ruhr 11.630, respektive 1617, Diphtherie 1010, respektive 216 und Scharlach 3217 respektive 515 zusammenzählen, so erhalten wir von diesem für unser Land so verhängnisvollem Jahre eine traurige Bilanz: Über 100.000 Erkrankungen und über 30.000 Todesfälle infolge der akuten Infektionskrankheiten! *(Hört! Hört!)*

Zum Vergleich mögen einige statistische Zahlen aus den friedlichen Zeiten geholt werden.

Im zehnjährigen Zeitraume von 1901 bis 1910 sind in Österreich 608 Fälle von Flecktyphus konstatiert worden, im Jahre 1915 dagegen 15.551; in demselben Zeitraume sind in Österreich 8665 Fälle von Bauchtyphus vorgekommen, während die Typhusepidemie in Galizien im Jahre 1915 18.000 Kranke ans Lager fesselte; ebenso die Ruhr, welche im zehnjährigen Zeitraume 3670 Erkrankungen im ganzen Reiche hervorrief, und im Jahre 1915 allein in Galizien 11.630 Krankenfälle. Ähnlich ist es auch mit anderen Infektionskrankheiten.

Diese unendlichen Opfer beweisen, daß die Regierung und ihre Organe ihre Pflicht in unserem Lande nicht erfüllt haben und ihren Aufgaben nicht gewachsen waren. Die Bekämpfung der Epidemien ist nur mit Hilfe der Städteverwaltungen und des fürstbischöflichen Komitees möglich gewesen, welch letztes in 36 Bezirken West- und Mittelgaliziens die Blatternimpfung von 2,000.000 Einwohnern und in 12 Kreisen des Königreiches Polen an 370.000 Einwohner durchführte.

Die Bekämpfung und Einschränkung der Epidemien — letzthin zum Beispiel der Ruhr- und Typhusepidemie — kann auf dem Lande nicht durchgeführt werden, wenn wenig Ärzte vorhanden sind. Was kann ein Bezirksarzt verrichten, wenn er in einer Gemeinde 400 Ruhrfälle hat und weder über ein Spital noch Isolationsbaracken, weder über gebildetes Sanitätspersonal noch Desinfektionsmittel und Apparate verfügt? Mit den gescheitesten gedruckten Belehrungen wird keine Epidemie getilgt, wenn alle anderen Mittel fehlen.

Wie wenig Verständnis die galizische Statthalterei für die Bekämpfung der Infektionskrankheiten hat, möge auch der Umstand beweisen, daß das Gesetz vom 14. April 1913, betreffend die Bekämpfung der epidemischen Krankheiten in unserem Lande fast gar nicht in Anwendung kommt, daß weder einzelnen Personen noch den Gemeinden die nach § 36 des zitierten Gesetzes gebührende Entschädigung zuerkannt wird; ein diesbezügliches Gesuch der Gemeinde Krakau hat die Statthalterei einfach zurückgewiesen und ein Rekurs vom 1. März 1917, Z. 23227/17, erliegt bisnun unerledigt im k. k. Ministerium des Innern.

Auch wird den Bemühungen der Gemeinden und Institutionen um die öffentliche Gesundheitspflege seitens der Behörden nicht das notwendige Verständnis und die unentbehrliche Hilfe zuteil.

Die mit einem Kostenaufwande von zwei Millionen Kronen während des Krieges erbaute moderne Sanitätsanstalt der Stadt Krakau wie auch ein Sanatorium für lungenkranke, kriegsbeschädigte Soldaten können wegen Kohlenmangels nicht in Betrieb gesetzt werden!

Wir können deshalb keineswegs mit dem bisherigen Zustande zufrieden sein. Ein rasches, energisches Einschreiten im ganzen Lande, auch in den unlängst befreiten Bezirken ist unbedingt notwendig. *(Zustimmung.)*

Die Regierung belastet sich mit einer großen Verantwortung. Die unnütz, nur durch Nachlässigkeit und Mangel an Wohlwollen der Regierung und ihrer Organe bisnun vernichtete Gesundheit und das vernichtete Leben tausender Einwohner mögen ein letzter Mahnruf sein. Wir wollen nicht länger als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden, wir rufen nach gleichem Recht und gleichem Maß. Wir sind nicht dazu geschaffen, um für die übrigen Kronländer Petroleum, Salz, Holz, Kartoffel und Kohle zu schaffen, während unser Volk wegen des Mangels an staatlichen Vorsorgen infolge Volksseuchen und Hungers zugrunde geht. *(Zustimmung.)* Wir wollen die Kinder unseres Volkes unserem Vaterlande erhalten und ihnen die notwendigen Lebensbedingungen schaffen.

Wir fordern die schleunigste Errichtung des Gesundheitsministeriums und eine ausgiebige, materielle Hilfe für den sanitären Wiederaufbau aller vom Kriege betroffenen und vernichteten Länder! Wir erwarten, daß die Regierung die schweren Sünden der verflossenen Jahre und die tausende

unnützer und unschuldiger Opfer durch rasche, kräftige und vernünftige Taten sühnen wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Vaněk.

Abgeordneter **Vaněk:** Vysoká sněmovno! Velectění pánové! V době, kdy říše jest nucena vésti urputný boj se svými nepřáteli zvenčí, máme zahájiti a pokračovati v boji proti neméně urputnému nepříteli vnitřnímu — proti nemocem, které hlodají po celá desítiletí na ústrojí společnosti a státu.

Nejenom ze zprávy výboru, nýbrž i z řečí předřečníků získali jsme dojem, jakých strašlivých obětí v řadách obyvatelstva vyžadují nemoci, proti nimž chceme bojovati.

Neméně než 80.000 až 90.000 lidí umírá každého roku na tuberkulosu, což činí pětinu veškerých úmrtí vůbec. Na základě toho můžeme bezpečně říci, že jedná se nejméně o jeden milion našich spolubližních, kteří touto strašlivou nemocí jsou zachváceni a že jedná se nejméně o tři miliony těch, kdo jsou touto nemocí ohroženi. Uvážíme-li, v jaké době žijeme a v jakých poměrech ještě žíti budeme, dospějeme dozajista k strašlivým číslicím, které by měly naplniti nejhorší obavou mysl nejen každého státníka, nýbrž i každého našeho spoluobčana.

Hohes Haus! Sehr geehrte Herren! In der Zeit, wo unser Reich von den äußeren Feinden bedrängt ist, rüsten wir zum Kampfe gegen den inneren Feind, gegen die Volksseuchen, gegen Tuberkulose und Syphilis, welche den Stamm unserer Gesellschaft und den Staat selbst stark bedrohen. Nicht nur aus den Ausführungen meiner Vorredner, sondern auch in dem Berichte selbst lesen wir, daß nicht weniger als ein Fünftel der Sterbefälle der Tuberkulose zuzuschreiben ist. Ich glaube, diese Ziffer wird womöglich noch größer sein, weil gewiß die Ärzte die Anfangsdiagnose anders bezeichnen, als die Schlußdiagnose eigentlich ist. Wir wissen es aus der Statistik der Krankenkassen, daß sehr viele Fälle am Anfang als Bronchitis, als Lungenkatarrh bezeichnet werden, daß sich aber nach einer gewissen Zeit aus dieser Krankheit eine ausgesprochene Tuberkulose entwickelt, welche dann in die Statistik nicht mehr aufgenommen wird. Wenn man also sagt, daß in Österreich jährlich 80.000 bis 90.000 Sterbefälle an Tuberkulose vorkommen, so können wir annehmen, daß nicht weniger als drei Millionen unserer Mitbürger mit dieser schrecklichen Krankheit behaftet sind, und daß die Zukunft nicht nur unseres Volkes, sondern aller Völker in Österreich, daß die Zukunft des Staates wirklich bedroht ist.

Die Tuberkulose wird eine Proletarierkrankheit genannt *(Abgeordneter Tomášek: Mit Recht!)*, mit Recht, weil die Tuberkulose sich die meisten Opfer in den Reihen der Proletarier holte. Solange diese Krankheit nur die Proletarier hinwegraffte, ist es der Staatsgewalt nicht eingefallen, etwas gegen diese Volksseuche zu tun, weil es sich ja nur um Proletarier handelte. Da aber diese Volksseuche nicht vor den Schranken des Besitztums und der Privilegien stehen blieb, sondern sich ihre Opfer auch in den Reihen der Bourgeois suchte — so mancher Großgrundbesitzer, sogar mancher Prinz und Graf sind ebenfalls durch die Tuberkulose erwürgt worden — ging jetzt natürlich den Staatsmännern ein Licht auf, daß es notwendig sei, etwas gegen diese Krankheit zu tun. Bei der Syphilis ist es jedenfalls umgekehrt; das war keine Proletarierkrankheit, man nannte sie eine Luxuskrankheit, weil meist nur Personen aus den besseren und besten Schichten der Bevölkerung von ihr befallen worden sind. Natürlich werden jetzt mit der Zeit auch die Proletarier von dieser Krankheit heimgesucht und das bildet eine Gefahr für den Nachwuchs und für den Staat.

Wenn jemand zum Tode verurteilt worden ist — namentlich in der letzten Zeit haben wir sehr viele solcher Fälle gelesen —, da geht durch die Bevölkerung wirklich ein Gruseln, daß jemand vorzeitig aus der Welt geschafft werden soll. Aber ringsherum gehen bei uns Tausende und Abertausende, die vorzeitig zum Tode verurteilt sind. Ich habe selbst als Beamter einer Krankenkasse Hunderte solcher Fälle gesehen; man weiß es positiv, daß der junge Mann, das junge Mädchen, die Frau, die Mutter von Kindern verloren sind, weil die nötige Behandlung nicht möglich ist. Das, was notwendig ist, gewährt die Gesellschaft den Kranken nicht und die Leute sind verloren, sind zum Tode verurteilt und eine Hilfe wird für sie nicht gesucht.

Nun, meine Herren, wir sollen den Kampf gegen die Tuberkulose und gegen die Volksseuchen gerade jetzt, in der Kriegszeit, ernstlich aufnehmen. Es klingt ja wie eine blutige Ironie: auf der einen Seite predigt man den Großen und Kleinen, sparen, sparen und sparen, nicht viel essen! Die Kinder in der Schule werden angeleitet, sie sollen sparen, sie sollen die Mutter nicht belästigen um Brot, Fett, Butter usw., weil es nicht da ist, und gerade in dieser Zeit wollen wir gegen die Tuberkulose kämpfen. Die Fachmänner sagen uns ganz einfach: die Tuberkulose erfordert die sogenannte Mastkur, der Kranke muß tüchtig genährt werden, er braucht reine Luft und Ruhe, dann kann eine Besserung erzielt werden. Ich begreife ja, daß wir gerade zu dieser Zeit etwas unternehmen müssen, bin aber der Meinung, daß der Bericht nicht alle Maßnahmen erschöpft, die notwendig wären. Man hört da, daß die Maß-

nahmen anerkannt werden, welche die Regierung getroffen hat. Es sind zwar die Tuberkulosenheime in der letzten Zeit von 9 auf 31 vermehrt worden, da sind aber die militärischen Stellen mitgezählt. Ich frage nun: Was hat eigentlich das Kriegsministerium für die Soldaten, die von der Tuberkulose befallen worden sind, vor dem Kriege und während des Krieges gemacht? Was hat das Landesverteidigungsministerium getan? In den letzten Delegationen, die im Jahre 1914 in Budapest getagt haben, habe ich einen Antrag gestellt, das Kriegsministerium möge in den Voranschlag den Bau eines Tuberkulosenheims für die Soldaten — für die Offiziere besteht schon so etwas — einstellen. Da beeilte man sich sehr und der Kriegsminister hat erklärt: Der Plan ist schon fertig, der Kostenüberschlag von $3^1/_2$ Millionen ist fertig und das Tuberkulosenheim für lungenkranke Soldaten wird gebaut werden.

Meine Herren, ich lese ziemlich aufmerksam die Berichte, die über den Gesundheitszustand des Volkes veröffentlicht werden; bisher habe ich aber wirklich nichts davon gelesen, daß dieses Heim für lungenkranke Soldaten schon gebaut worden wäre. Mir ist nichts davon bekannt und vielleicht wird der Herr Landesverteidigungsminister so freundlich sein, mir darüber Aufklärung zu geben. Wenn die Verhältnisse so fortschreiten, wissen wir wirklich nicht, wohin wir kommen, ich befürchte aber, daß unsere Staatsmänner uns wirklich zugrunde richten. Man sagt, Österreich sei ein kräftiger Staat. Nun, meine Herren, wenn wir das alles, wenn wir die durch Jahrzehnte bewiesene Unfähigkeit unserer Staatsmänner bis jetzt ausgehalten haben, dann sind wir wirklich ein gesunder und kräftiger Staat. Hoffen wir, daß wir das alles überdauern.

Wenn Sie, meine Herren, das diesjährige Budget zur Hand nehmen, werden Sie finden, daß dort für das Gesundheitswesen im ganzen Staate 3,150.000 K in den ordentlichen Ausgaben und 2,500.000 K in den außerordentlichen Ausgaben gewidmet sind, zusammen 5,650.000 K. Zum Vergleiche: Das Land Mähren widmet für das Gesundheitswesen in seinem Jahresbudget nicht weniger als sieben Millionen Kronen, um zwei Millionen mehr als der ganze österreichische Staat. Das gesamte Budget des Staates beträgt heuer 22.169,000.000 K und unter diesen 22 Milliarden finden wir für das Gesundheitswesen — das wird aufgebauscht, was wir alles gegen die Volksseuchen in Österreich tun — es werden nicht einmal sechs Millionen gewidmet. Schon in den Delegationen habe ich beantragt — und da war ich zufälligerweise mit dem Fürsten Schönburg auf einer gleichen Linie, der Sozialdemokrat und der Großgrundbesitzer, natürlich jeder von anderen Gründen geleitet —, man solle für das Gesundheitswesen in der Armee mehr widmen als bisher. Es waren im ganzen zwei Prozent der gesamten Heeresausgaben für die Sanitätsvorkehrungen im Heere gewidmet. Dasselbe finden wir im Staate bezüglich der Zivilbevölkeruug.

Nun, meine Herren, wir wollen da gegen die Tuberkulose ankämpfen und da frage ich, wenn man das Volk und wenn man die Gesellschaft vor der Verbreitung der Tuberkulose schützen und verteidigen will, warum man die lungenkranken Staatsbürger, welche sich selbstverständlich dagegen gewehrt haben, in den Soldatenrock gesteckt hat? Es sind tausende und abertausende von Tuberkulösen mit fortgeschrittener Tuberkulose, welche vergebens durch Zeugnisse und Röntgenogramme bewiesen haben, daß sie tuberkulös sind, dennoch für geeignet befunden worden. Es wurde mit Recht seitens des Berichterstatters gesagt, daß die ärztliche Wissenschaft für den Staat großartiges geleistet hat.

Nun, meine Herren, man muß den Ärzten und der ärztlichen Wissenschaft auch vorwerfen, daß sie in anderer Beziehung ebenfalls großartiges geleistet haben, in der Liebedienerei gegen den Militarismus. *(Lebhafte Zustimmung.)* Dazu kann einen Arzt niemand zwingen, wenn er auf sein Wissen und Gewissen sagt, der Mann ist ungeeignet, tuberkulös, er darf in die Armee nicht hinein, dazu kann ihn niemand zwingen, und doch haben wir gesehen, daß die Ärzte den Befehlen nachgekommen sind und daß sie diese Leute, die zwei-, drei- und viermal von einer Krankenkasse als tuberkulös ausgesteuert worden sind, in den Heeresverband aufgenommen haben. Welche Verheerungen solche Fälle da anstiften, welchen Ansteckungen die gesunden jungen Leute ausgesetzt sind, kann sich jeder vorstellen. Tausende von ihnen sind dort gestorben, weil sie, solange sie im Zivilleben waren, imstande waren, sich ein wenig zu pflegen, sie waren imstande, verhältnismäßig behandelt zu werden; wenn sie zum Militär einrücken, geht die Rücksichtslosigkeit so weit, daß man ganz einfach sagt: entweder oder, und solche Leute halten diese Strapazen des Militarismus nicht aus.

In dem Berichte heißt es, bei der Demobilisierung muß man gewisse Vorkehrungen treffen. Ich vermute unter diesen Vorkehrungen, daß man die Kranken ganz einfach zurückbehält und daß sie solange zurückbehalten werden, bis sie gesund sind oder sterben, damit sie zu Hause ihre Mitmenschen nicht anstecken. Diese Maßnahmen halte ich nicht für richtig.

Wir wissen ja, wie heute die Leute behandelt werden. Schade, daß wir nicht genug Zeit haben, ich könnte Ihnen sonst, meine Herren, Einzelheiten über die Behandlung der Tuberkulösen in Sternberg in Mähren usw. vorbringen, wo die Leute beispielsweise schreiben, daß sie ein Achtel-

liter Milch pro Tag bekommen — meine Herren, für einen Tuberkulösen ein Achtelliter Milch pro Tag! — und sich über ihre Speiseportionen sowie über das ihnen auferlegte Verbot von Bewegung, von Ausgängen usw. beschweren. Die Leute werden mehr als Sträflinge, denn als kranke Leute behandelt. Ich verwahre mich schon im vorhinein davor, wenn etwa die nach dem Kriege beabsichtigten Maßnahmen derart sein sollten, wie es hier vielleicht gemeint ist.

Zur Bekämpfung der Tuberkulose gehört jedenfalls eine gesunde Wohnung. In dieser Beziehung ist in Österreich sehr viel vernachlässigt worden. Der Wohnungswucher ist seitens der Staatsorgane nie bekämpft worden und wir bezweifeln, ob es in Zukunft besser sein wird. Man wehrte sich ja sozusagen mit Händen und Füßen gegen die Selbsthilfe der Arbeiterschaft, der minderbemittelten Klassen. Die beste Abhilfe und die beste Abwehr ist jedenfalls die Selbsthilfe, soweit sie in den Kräften der Arbeiterbevölkerung steht. Wenn die Arbeiter sich gegen miserable Löhne, gegen miserable Wohnungen wehrten, wenn sie Organisationen gründeten, um sich eine lebenswürdige Existenz zu schaffen, da ist ihnen immer die Staatsgewalt in die Arme gefallen *(So ist es!)*, damit sie nicht imstande seien, sich eine menschenwürdige Existenz zu erkämpfen. Dadurch wurde natürlich die Tuberkulose großgezüchtet und ihr Vorschub geleistet. Ebenso ist es mit den Wohnungen, und ich verweise heute schon auf diese Verhältnisse. Heute wird aller möglicher Schwindel und Wucher mit den Lebensmitteln und mit den verschiedenen Bedarfsartikeln für den Lebensunterhalt getrieben. Mit dem Boden und der Bautätigkeit wird dieser Wucher noch nicht getrieben, aber sofort nach dem Kriege werden die Spekulanten einsetzen und wir haben einen ausgebreiteten Boden- und Wohnungswucher zu befürchten. Ich mache heute schon die Staatsorgane darauf aufmerksam, damit rechtzeitig gegen diese Übel Schritte unternommen werden können. *(Abgeordneter Němec: Es wird nicht viel nützen!)* Das Aufmerksammachen wird vielleicht nicht viel nützen; wenn wir die Macht hätten, würden wir jedenfalls etwas anderes unternehmen.

Noch ein Wort über die Mittel und Wege zur Bekämpfung der Tuberkulose. Ich habe den Bericht aufmerksam gelesen, aber ich finde, daß eine Anzahl von notwendigen Maßregeln darin nicht enthalten ist. Da möchte ich nur diese Maßregeln ein wenig ergänzen.

In erster Linie wird man mit der Bekämpfung der Tuberkulose bei den Kindern anfangen müssen. Meine Herren! Wie werden denn heute die Eltern über die Aufgaben belehrt, die ihnen durch die Erziehung der Kinder erwachsen? Die Mädchen wissen davon nichts und die jungen Männer wissen ebenfalls nichts über die Behandlung und Erziehung der Kinder. Wenn sie eine Ehe schließen wollen, werden sie zwar über religiöse Gegenstände belehrt und haben darüber auch eine Prüfung abzulegen, aber darüber, wie sie, wenn sie Kinder haben werden, mit ihnen umzugehen haben mit Rücksicht auf verschiedene Gefahren, zum Beispiel auf die Gefahr der Volksseuche, der Tuberkulose, werden sie nicht belehrt. Da sage ich, es ist Pflicht des Staates, schon hier einzugreifen *(So ist es!)* und Merkblätter beizustellen, mit denen die Leute zu beteilen sind, um wenigstens in Schlagworten über die Behandlung der Kinder belehrt zu werden. Und in der Schule? Was lernen wir in der Schule von Hygiene? Wir haben wohl eine Anzahl verschiedener Aufsätze in den Schulbüchern, aber über die Hygiene des Körpers finden wir sehr wenig. Ich glaube, auch hier sollte man das Notwendige veranlassen.

Ich habe gesagt, das beste Mittel gegen die Tuberkulose ist eine gute Ernährung. Aber wir finden in den Schulen eine große Zahl von Kindern, die schlecht genährt sind, die über Land in die Schule gehen und dort über Mittag bleiben müssen, Hunderte von Kindern; sie bekommen kein Mittagessen, kein Frühstück und sie sollen doch in der Schule lernen und sollen doch aufwachsen. Es war nämlich der Krebsschaden, daß man bisher den wirtschaftlichen Wert eines Kindes überhaupt nicht erkannt hat, weder seitens des Staates, noch seitens des Landes und seitens der Gemeinde erst recht nicht. Die Kinder sind bloß den Eltern überlassen worden: Ihr habt Kinder, ihr habt dafür zu sorgen, daß sie aufwachsen! Der Staat hat diese Kinder nicht gekannt, aber wenn sie dann 21 Jahre alt waren oder im Kriege, schon wenn sie 17 Jahre alt waren, da erinnerte sich der Staat, daß er junge Staatsbürger hat, die er im Kampfe gegen den äußeren Feind benützen kann. Wie das Kind aufgewachsen ist, welchen Hunger es ausgestanden hat, ob es mit Opfern aufgezogen worden ist oder nicht, darnach fragt niemand. Da müssen also Staat und Gesellschaft eingreifen und rechtzeitig, schon in der Schule dafür sorgen, daß die Staatsbürger aufwachsen können. *(Abgeordneter Tomášek: Schulküchen!)* Gewiß.

Nun die Wahl des Berufes. Es kommt ja sehr oft vor, daß jugendliche Arbeiter sich krank melden und die Ärzte sagen, der junge Mann sei eigentlich nicht krank, aber für diesen Beruf untauglich, jetzt sei keine Krankheit vorhanden, aber sie werde sich gewiß einstellen, wenn der junge Mann bei diesem Berufe bleibt. Da haben also die Schulärzte bei der Wahl des Berufes einzugreifen, sie haben den Eltern behilflich zu sein und zu sagen, für welchen Beruf sich ein Schüler eigne und für welchen nicht; dann wird dem Ausbruch der Tuber-

uloſe bei vielen jungen Leuten vorgebeugt werden önnen.

Und wenn der junge Mann dann im Berufe t, dann muß man ſich auch darum bekümmern, elches ſeine Lohnverhältniſſe ſind, wie er bequar- iert und wie er verköſtigt wird. Die Tagespreſſe ringt uns namentlich in den größeren Städten underte von Fällen, wo die Lehrlinge ausgebeutet erden, nichts oder nicht genügend zu eſſen be- ommen und ſchlecht untergebracht ſind. Sich um ies alles zu bekümmern, iſt, meine ich, Aufgabe es Staates, wenn er die Tuberkuloſe bekämpfen will.

Nun komme ich zur Frage der Behandlung nd ſagen wir, der Beaufſichtigung des Kampfes egen die Tuberkuloſe. Wer iſt da berufen? Der rzt natürlich, nicht wahr? Nun ſehen wir gerade tzt, wie der Staat ſeine heilige Pflicht gegen die taatsbürger und gegen die Geſellſchaft vernach- äſſigt hat. Wir finden jetzt überall eine ungenügende ahl von Ärzten; das Militär rauft mit den Zivil- ehörden um jeden Arzt, häufig iſt der Arzt ein- erückt und es bleibt ein ganzer Bezirk ohne Arzt. o war es nicht nur in Kriegszeiten; ich könnte hnen von Mähren Einzelheiten erzählen aus der alachei und aus verſchiedenen anderen Bezirken, us denen Sie erſehen würden, wie ſchlecht ſchon amals, in Friedenszeiten, die Bevölkerung bezüglich er Ärzte verſorgt war. Wir brauchen alſo mehr rzte und der Staat muß dazu beitragen, daß das tudium der Medizin nicht ein ausſchließliches rivilegium für jene Leute ſei, die Geld genug aben, um ihre Söhne ſtudieren zu laſſen, ſondern an muß auch den unbemittelten Klaſſen dazu ver- elfen. Es iſt alſo das Studium der Medizin von taats wegen zu unterſtützen.

In zweiter Linie muß man dafür ſorgen, daß ir die Tuberkuloſe Spezialiſten ausgebildet werden. er Profeſſor, der junge Ärzte ausbilden ſoll, kann i vier Semeſtern unmöglich Spezialiſten in dieſem ache ausbilden. In vier Semeſtern hat er ihnen lle möglichen inneren Krankheiten aufzuklären — a müßte er ein Zauberer ſein, wenn er dies im- ande wäre. Es wären alſo Fachkurſe einzuführen, nd es wären an praktiſche Ärzte Stipendien zu rteilen, damit in jedem größerem Orte ein Arzt ei, der ſeine Sache gründlich verſteht. Wenn man ir das geiſtige, für das jenſeitige Wohl des taatsbürgers ſorgt, wenn jede größere Gemeinde nter Mithilfe und mit Beitrag des Staates einen eelſorger haben kann, dann iſt es um ſo wichtiger, aß jede größere Gemeinde einen Arzt hat. *(Sehr ut!)* Das iſt eine im 20. Jahrhundert ſelbſtver- ändliche Forderung.

Noch etwas. Die mit Tuberkuloſe behafteten erden zum Beiſpiel bei der Krankenkaſſe 26 Wochen ausgehalten. Meine Herren! Die Kenner, die Fach- leute ſagen, daß eine Tuberkuloſe in 26 Wochen nicht geheilt werden kann. Was geſchieht dann mit dem Mann? Entweder ſucht er einen anderen, leichteren Beruf oder aber er kehrt zu ſeiner früheren Arbeit zurück und ruiniert ſich dann vollkommen. Die Unterſtützung von 26 Wochen hat dem Manne nicht geholfen, ſondern hat bloß den Krankheits- prozeß aufgehalten. Der Mann iſt dem Tode ge- weiht wie früher, nur tritt das Ende vielleicht um einige Monate ſpäter ein. Auf dieſe Art und Weiſe ſpart man mit dem Gelde eigentlich nicht. Da muß der Staat eingreifen und ſagen: Der Mann braucht längere Zeit Ruhe! Und der Staat muß den Krankenkaſſen eine ausgiebige Dotation geben, damit ſie imſtande ſeien, dieſen lungenkranken Mann weiter zu behandeln.

Dann wären die Behörden anzuweiſen, daß ſie dieſen Leuten bei der Wahl des Berufes behilflich ſind. Da könnte ſehr viel gemacht werden. Es wird ja allgemein anerkannt, daß zum Beiſpiel die Gärtnerei für die von der Tuberkuloſe Angegriffenen eine vorzügliche Beſchäftigung iſt. In neuerer Zeit wird ſie ſogar in Tuberkuloſenheimen geübt und dieſe leichte und geſunde Arbeit gewiſſermaßen als Heilmittel eingeführt. Meine Herren! Schauen Sie ſich die verſchiedenen Straßen und Chauſſeen in den verſchiedenen Bezirken auch bei uns in Mähren an, ſchauen Sie ſich die Verhältniſſe in den einzelnen Gemeinden an und Sie werden ſehen, daß in dieſer Beziehung unſer Land ſehr vernachläſſigt iſt. Obſt iſt ſehr teuer und unerſchwinglich, es könnte aber mehr werden; jetzt iſt es gewiſſermaßen ein Leckerbiſſen für den Städter, aber auch für den, der auf dem Lande aufgewachſen iſt. Wir haben eine große Anzahl von Flächen, welche bebaut werden könnten, wir haben eine ganze Anzahl von Gärten und Straßen und Chauſſeen, welche mit Bäumen geziert ſind, die aber von einer gänzlichen Vernachläſſigung Zeugenſchaft ablegen; es erbarmt einen, wenn man dieſe ungepflegten und vernachläſſigten Bäume anſieht und da meine ich, jede Gemeinde könnte nicht nur einen Arzt, ſondern auch einen eigenen Gärtner haben, wenn ſich jemand darum kümmern, wenn der Staat dies anordnen oder auch nur fördern würde. Das Geld, welches für dieſe lungenkrank geweſenen Gärtner ausgelegt würde, würde ſich für die Ge- meinde, den Bezirk und den Staat reichlich bezahlt machen.

Auf Grund dieſer Ausführungen beantrage ich folgende Reſolution *(lieſt)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, zur Bekämpfung der Volksſeuchen, Tuberkuloſe und Syphilis, folgende Maßnahmen durch- zuführen:

1. Die behördlichen Matrikenführer ſind mit einem die Erziehung und die Geſund-

heit der Kinder behandelnden Merkblatte zu versorgen und die Eltern des neugeborenen Kindes sind mit dem Merkblatte zu beteilen.

2. Bei Durchführung der Wohnungsreform ist gleichzeitig mit der Wohnungsinspektion die Kinderinspektion durchzuführen.

3. In den Schulen ist als obligater Gegenstand der Unterricht in der Volkshygiene zu erteilen.

4. Bei jeder Volksschule ist für die Kinder der Unbemittelten, sowie für die Kinder der umliegenden Gemeinden, welche über Mittag nicht nach Hause gehen können, eine Schulküche mit unentgeltlicher Beköstigung zu errichten.

5. Bei der Wahl des Berufes ist das Gutachten des Schularztes einzuholen und zu befolgen.

6. Die Lehrlinge sind in ihrem Lohnverhältnisse, Bequartierung, Verköstigung besonders zu schützen und ihre körperliche Erziehung durch geeignete Maßregeln zu fördern.

7. Das Studium der Medizin ist namentlich den Angehörigen der unbemittelten Klasse durch ausgiebige Staatsunterstützung zu erleichtern, um dadurch die Anzahl der Ärzte zu vermehren.

8. An den medizinischen Fakultäten sind Fachkurse für praktische Ärzte zur Bekämpfung der Tuberkulose und Syphilis einzuführen und den Ärzten ist der Besuch der Kurse durch Stipendien zu ermöglichen.

9. Die behördlichen Faktoren sind zu verhalten, dahin zu wirken, daß die durch Tuberkulose Angegriffenen einen ihrem Gesundheitszustande angemessenen Beruf und Beschäftigung finden können.

10. Den Krankenkassen ist zum Zwecke der Unterstützung der lungenkranken Mitglieder nach der Aussteuerung eine staatliche Dotation zu gewähren."

Ich eile nun zum Schlusse. Ich bin fest überzeugt, daß diese Maßregeln, von denen hier die Rede ist, während des Krieges nicht besonders gefördert und nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden können. Ebenso fest bin ich aber überzeugt, daß nach dem Kriege der Staat und die Staatsbürgerschaft alles aufbieten muß, um diesen Grundsätzen zur Durchsetzung zu verhelfen. Nach dem Kriege wird es sich die Arbeiterschaft nicht mehr gefallen lassen, daß die Interessen der arbeitenden Klassen so vernachlässigt werden, wie es bis jetzt der Fall war. Ich glaube, daß nach dem Kriege ein neuer Geist in die verschiedenen Schichten der Bevölkerung Einzug halten wird, daß andere Auffassungen Platz greifen werden als bisher. Die Soldaten, die zurückkommen, und auch diejenigen, die sich heute zu Hause schwer durchbringen, werden sich jedenfalls nicht mehr so einschüchtern lassen in ihrem Bestreben, zu ihren Rechten zu kommen, wie es bisher der Fall war. Die Massen werden ungestüm nach ihrer Existenzberechtigung, nach ihren Rechten rufen und sie werden gehört werden müssen.

Wenn sie nicht gehört werden, dann werden vielleicht zu unserem Bedauern — oder zu unserer Freude — die Worte unseres großen Dichters Svatopluk Čech zur Wirklichkeit werden.

„Na lebky katů v strašlivý soud stotisic třeskne železných pout!" *(Bravo!)*

„Die Fesseln, mit denen heute das Volk geknebelt ist, kommen einmal auf die Häupter der Machthaber, welche heute jeder Reform widerstreben und sich durch das Volk nicht belehren lassen." Meine Herren, an Ihnen ist es, zu handeln! *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik:** Der Herr Abgeordnete Vaněk hat eine Resolution überreicht, die noch nicht genügend unterstützt ist. Ich muß daher hinsichtlich dieser Resolution die Unterstützungsfrage stellen.

Ich bitte diejenigen Herren, die diese vom Herrn Abgeordneten Vaněk soeben verlesenen Resolutionsanträge unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolutionsanträge sind genügend unterstützt und stehen in Verhandlung.

Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Dr. Jankovič, das Wort.*)

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik:** Zu einem formalen Antrage erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Pirker.

Abgeordneter **Pirker:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik:** Der Herr Abgeordnete Pirker beantragt Schluß der Debatte. Ich ersuche diejenigen Herren, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Schluß der Debatte ist angenommen.

Es sind noch folgende Prorednер eingetragen: Max Winter, Roškar, Brenčič, Dr. Rybář, Dr. Benkovič, Dr. L. Pogačnik, Dr. Dulibić, Reifmüller, Volkert, Tomschik, Schiegl, Hillebrand, Waber, Kraft, Schürff, Wedra, Jokl, Leuthner, Skaret, Wutschel, Grigorovici,

*) Die Rede des Abgeordneten Dr. Jankovič befindet sich auf Seite 2056.

Forstner, Sever, Glöckel, Smitka, Widholz, Pongratz.

Da kein Kontraredner mehr eingetragen ist, ersuche ich die eingetragenen Herren Proredner, sich auf einen Generalredner zu einigen. *(Nach Vornahme der Wahl:)* Zum Generalredner wurde der Herr Abgeordnete Max Winter gewählt; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Max **Winter**: Meine Herren! Nach halbjähriger Tagung kommt das Parlament endlich dazu, findet es endlich Raum, über eine so wichtige Sache, wie es die Volksseuchen sind, die während des Krieges über uns gekommen sind, zu reden.

Als der Krieg begonnen hat, waren alle der Meinung, es werden Pest, Cholera, Ruhr, Typhus die größte Zahl der Opfer holen. Während des Krieges hatte es sich herausgestellt, daß diesen Seuchen gegenüber die Ärzteschaft gerüstet war, daß aber die Sozialwirtschaft des Staates nicht gerüstet war gegenüber den anderen Seuchen, die der Krieg zu den wahren Kriegs- und Volksseuchen gemacht hat, daß der Staat oder die Gemeinwirtschaft des Staates nicht gerüstet war gegenüber der Tuberkulose und gegenüber dem Überhandnehmen der Geschlechtskrankheiten.

Wir haben darüber bisher sehr wenig erfahren, obgleich die Zahl der Opfer, die durch diese Volksseuchen gefallen sind, eine, fast möchte ich sagen, gleich große, wenn nicht noch größere ist als die Zahl der Opfer auf den Schlachtfeldern.

Über die Tuberkulose und ihre Opfer haben wir keine Schlachtenberichte bekommen. Nur die Ärzte und die Volkswirte, die in Statistiken zu lesen verstehen, haben gesehen, wie namentlich im dritten Kriegsjahre, vom heurigen Frühjahr beginnend, die Tuberkulose — und über diese möchte ich vorwiegend reden — sich immer mehr und mehr Opfer geholt hat.

Einer meiner Vorredner, Herr Dr. Vacek, hat uns früher erzählt, daß in der vorigen Woche in Prag mehr Menschen an Tuberkulose gestorben, als Kinder zur Welt gekommen sind. Wir brauchten eigentlich mehr nicht zu wissen als diesen einen Satz, den uns Dr. Vacek gesagt hat, um zu wissen, was wir zu tun haben, daß wir uns mit allen Mitteln, die der Staat und die Gesellschaft haben, zur Wehr setzen müssen gegen diesen furchtbaren Feind, der über uns hereingebrochen ist. Die ganze Debatte, die wir gehört haben, am Dienstag und heute, war nichts als eine Aufzählung der ungeheuren Versäumungssünden, die wir seither begangen haben, nichts als eine Aufzählung der ungeheuren Leiden, die über die Bevölkerung durch die Tuberkulose und durch die Geschlechtskrankheiten gebracht worden sind. Aber endlich einmal muß sich der Staat, muß sich die Gesamtheit ermannen, muß sie sich aufraffen, muß sie die Gefahr sehen und trachten, alle Mittel heranzuziehen, ihr zu steuern.

Erlauben Sie mir ein paar Worte über die Tuberkulose im besonderen als Krankheitserscheinung. Sie alle wissen, daß die Tuberkelkeime mit Vorliebe die Lunge aufsuchen. Die Tuberkulose ist vorwiegend eine Krankheit der Atmungsorgane. Ein logischer Schluß sagt uns, wir müssen den Tuberkulosen Luft geben. Wie schaut es aber mit der Luft aus? Sie kommen ja auch überall in der Welt herum, Sie kennen die Wohnungen der Menschen, Sie kennen namentlich die Großstadtwohnungen, Sie wissen, wie die Menschen in den Großstadtwohnungen zusammengepfercht sind. Wir nennen die Tuberkulose deshalb auch gern die Wohnungskrankheit; man kann sie aus demselben Grunde auch die Großstadtkrankheit nennen.

Die Ursache aber, daß es so ist, daß die Menschen so wenig Luft haben, liegt darin, daß Wucher mit Grund und Boden getrieben wird, daß wir auf der anderen Seite eine Verkehrspolitik haben, die nicht dafür sorgt, daß die Städte in die Breite gehen, sondern daß entsprechend dem teuren Grund und Boden die Häuser in die Höhe gebaut werden. Hätten wir eine gute Verkehrspolitik, so müßte rings um eine solche Stadt wie Wien ein Gürtel von kleinen Landstädtchen und Wohndörfern gelegt sein, wo alle diese kranken oder zu Krankheiten neigenden Menschen ihre Wohnstätte aufschlagen könnten.

Das können sie natürlich nur tun, wenn sie ordentliche Verkehrsmittel, wenn sie die Möglichkeit haben, früh vom Landstädtchen herein zur Arbeit und abends nach Hause zu fahren.

Wir haben eine ganz unvernünftige Baupolitik. Über die Wohnungspolitik redet man wohl sehr viel, aber man macht gar nichts. Wir haben noch nicht Zeit gefunden, eine vernünftige Bauordnung für die Stadt Wien zu schaffen, geschweige daß wir uns eine ordentliche Reichsbauordnung und eine Reichswohnungsordnung geschaffen hätten. Wir haben gar keine Gesetze darüber, wie viel Menschen in einer Wohnung hausen dürfen, ohne Schaden an ihrer Gesundheit zu nehmen. Das alles ist dem Zufalle überlassen, nicht der ordnenden Vernunft. Überall noch muß die ordnende Vernunft des gesamten Staatswesens, muß die Regierung noch eingreifen, um Ordnung hineinzubringen.

Der Städtebau ist ebenso im argen. Wir fragen uns, wenn wir eine Stadt anlegen, noch gar nicht, wie sie gebaut werden soll, wir fragen uns nicht, ob es notwendig ist, daß wir die Wohnungen so anlegen, daß die Fenster nach dem Süden hin oder nach dem Norden gerichtet sind.

Wir haben in Wien Tausende von Häusern, in welchen Wohnungen sind, in die nie ein Sonnenstrahl eindringen kann. Das gilt auch von dem Militärtuberkulosespital in der Trostgasse in Favoriten. Der Baukünstler und der Arzt müßten mit den Kommunalpolitikern zusammenwirken, um Bedingungen zu schaffen, die die Tuberkulose nicht fördern, sondern die helfen, sie zu verhindern.

Die Tuberkulose ist weiter eine Ernährungs- und in diesem Zusammenhange die wahrhafte Proletarierkrankheit, welchen Titel sie ja trägt, seitdem wir sie wirklich als eine Massenkrankheit kennen gelernt haben. Die Ursache ist wieder der Wucher. Hier ist es aber nicht der Wucher mit Grund und Boden, sondern der Wucher mit Lebensmitteln. Unsere ganze Agrarpolitik und unsere ganze Außenpolitik, die wir getrieben haben, hat nur immer den wenigen Fürsten und Grafen gedient, die Großgrundbesitz in Österreich oder Ungarn haben, nicht den breiten Massen. Diese ganze Politik hat ihre schwere und untilgbare Schuld daran, daß sich die Tuberkulose in Österreich so ungeheuer viele Opfer holen konnte.

Das wichtigste gegen jede Krankheit ist, daß der Körper möglichst kräftig sei. Ein kräftiger Körper kann gegen jede Krankheit Widerstand leisten, ein kranker, geschwächter, unterernährter Organismus ist natürlich ein guter Angriffspunkt. Wir wissen das auch sonst aus dem Leben. Wenn wir einem schwachen Feinde gegenüberstehen, so hoffen wir, mit ihm leicht fertig zu werden, ist es aber ein Riese, so werden wir Bedenken tragen, ob wir mit ihm überhaupt anbinden sollen.

Und da will ich Ihnen, meine Herren, einige Sätze aus einem Dokumente vorlesen, das mir heute zugekommen ist. Der Verein abstinenter Ärzte in Böhmen hat an den Statthalter von Böhmen unter dem 11. November eine Eingabe gerichtet. Der Verfasser der Eingabe, der Karlsbader Arzt Dr. Hollitscher, schreibt *(liest)*:

„Als Arzt, der seinen Beruf unter der Arbeiterbevölkerung ausübt, und als Beobachter, der sich seit Jahren viel mit Ernährungsfragen beschäftigt hat, darf ich mich wohl als zuständig und sachverständig betrachten.

Die Wahrheit ist, daß schon seit mehr als einem halben Jahre die Ernährung der großen Mehrzahl der Bewohnerschaft in den Bezirken Asch, Graslitz, Neudeck, St. Joachimsthal, Weipert, Preßnitz, Falkenau, Ellbogen, Karlsbad, teilweise auch Kaaden, Sebastiansberg, Teplitz, Rumburg, Warnsdorf und Gablonz vollständig ungenügend ist. Sie reicht nicht hin, um das Leben zu erhalten; seit dem Frühling 1917 müssen die Menschen hier von ihrem eigenen Körper leben, weil die ihnen zur Verfügung stehenden Nährstoffe den Stoffwechsel nicht aufrecht erhalten können. Da die Reservestoffe nunmehr bei den allermeisten vollständig aufgezehrt sind, so stehen sie vor dem Hungertode, der unfehlbar im Laufe des herannahenden Winters tausende hinraffen wird —, hunderte sind ihm schon zum Opfer gefallen — wenn nicht rasch und ausgiebig für Hilfe gesorgt wird."

Im weiteren sagt dieser Arzt im Namen seiner Organisation, indem er die Verhältnisse vom heurigen Frühjahr schildert *(liest)*:

„Nun wurde aber Mehl und Brot in den Sommermonaten in den genannten Bezirken äußerst unregelmäßig geliefert; es gab Wochen, in denen nur die Hälfte des erforderlichen Mehles zugeführt wurde, ja es gab sogar Wochen ohne Brot und Kochmehl. Daß Butter verteilt wurde, war eine Ausnahme, wochenlang waren viele Tausende von Menschen ohne Fett. Seit dem Frühjahr gab es keine Kartoffeln mehr; sehr viele Zuckerkarten verfielen, weil nicht genug Zucker kam oder Kaufleute mit Zucker Tauschgeschäfte trieben; Fleisch gab es oft genug gar keines oder minderwertiges, das den berechneten Nährwert nicht besaß. Und so geschah es, daß die Menschen wochenlang keine 900 Kalorien," — das wäre die Hälfte dessen, was er vorher als notwendig ausrechnet — „sondern nur 500 bis 600, ja sogar nur 300 bis 400 Kalorien erhielten. Milch und Eier war für die allermeisten unerreichbar, sie füllten sich den Magen mit Wiesenkräutern, deren Zuträglichkeit nicht bestritten werden soll und die als Beikost wegen ihres Nährsalzgehaltes schätzbar sind; ihr Gehalt an Kalorien, Nährstoffen und Eiweiß ist aber so gering, daß sie zur Erhaltung des Lebens selbst in großen Mengen nur wenig beitragen können.

Jawohl, 300 Kalorien statt der 1800 nötigen und etwa 12 bis 15 Gramm Eiweiß bekommen diese bedauernswerten Menschen in 24 Stunden. Und das nicht ausnahmsweise, sondern in der Regel. Kein Wunder, daß dieser Hungerzustand bald seine Wirkungen auf den Gesundheitszustand ausübte. Hungerkrankheiten traten ein. Das Hungerödem, eine durch fortschreitende Verwässerung des Blutes entstehende wassersüchtige Anschwellung der unteren Gliedmaßen, der Bauchhaut, des Gesichtes, trat anfangs vereinzelt, später in seuchenartiger Verbreitung auf; es befiel zumeist arbeitende Männer des höheren Lebensalters, später aber auch Frauen und jüngere Personen. In manchen Städten des Erzgebirges erkrankten 15 bis 20 Prozent der erwachsenen Bevölkerung daran. Ist auch die Lebensgefahr bei dieser Krankheit nicht sehr groß, so erlagen ihr doch schon viele Hunderte von Opfern. Die Häufigkeit des Hungerödems steht im geraden Verhältnis zum Ernährungszustand der Bevölkerung; man kann aus der Verhältniszahl der Ödemfälle ohneweiters die Versorgung des Bezirkes ableiten. Berücksichtigt man, daß diese Krankheit in

den Erzgebirgsgegenden am dichtesten, in den industriellen Bezirken West- und Nordböhmens immer noch erschreckend häufig, in den ackerbautreibenden deutschen Bezirken Böhmens nur vereinzelt, in den tschechischen Teilen des Landes aber gar nicht vorkommt, so ergibt sich daraus mit überzeugender Klarheit ein Bild von der aufreizenden Ungleichmäßigkeit und Ungerechtigkeit, mit der die Nahrungsmittelverteilung im Kronland erfolgt."

Das ist nur ein Bild aus Österreich, das ich mir erlaubt habe, Ihnen vorzuführen, um Ihnen zu zeigen, wie der Nährboden für die Tuberkelkeime geschaffen wird, statt daß wir der Tuberkulose den Boden abgraben.

Zum dritten braucht man zur Bekämpfung der Tuberkulose Reinlichkeit. Die Tuberkulose ist eine Krankheit der Unkultur, der Schweinerei, wenn Sie wollen. Daß sie unter diesem Titel in Österreich sehr viel Verbreitung finden kann und finden mußte, wird leider jeder zugeben müssen, der diesen Staat kennt, der weiß, wie wir hier noch so sehr östliche Kulturzustände haben, wie wenig wir noch mit der Seife zu tun bekommen haben, wie der Kampf um die Seife schon in Friedenszeiten überall immer wieder hat gekämpft werden müssen. Ich erinnere Sie nur an eine Rede, die hier im Hause einmal von einem Herrn von der deutschen Seite gehalten worden ist, die den Kampf um die Seife bei den österreichischen Staatsbahnen schilderte, ein Kampf, den wir ja seither noch immer führen müssen: zur Seife haben wir es in den Zügen noch immer nicht gebracht.

Mittlerweile haben wir den Krieg bekommen und heute steht die Sache so, daß nicht gesunde, sondern sogar Kranke, Tuberkulöse um die Seife raufen müssen, um die Seife, die sie zum Wäschewaschen, die sie zum Händewaschen, zum Reinigen des Körpers brauchen. In Wien ist ein Militärtuberkulosespital in der Trostgasse in Favoriten, wo bis vor vier Wochen, bis ich etwas in die Verhältnisse hineingeleuchtet habe, 20 Soldaten zusammen ein Stück Seife zur körperlichen Reinigung für 12 Tage bekommen haben. Diejenigen unter den Soldaten, die ein wenig Kultur gehabt haben, haben darauf verzichtet, sich mit der gemeinsamen Seife zu reinigen und haben es anderen überlassen. Aber ist das ein Zustand? Man hat in diesem Spital so wenig Seife, Putzlappen, Besen und Lauge gehabt, daß man den Weichholzfußboden nur ein- bis zweimal in der Woche reinigen konnte, anstatt ihn täglich zu reinigen.

Auch dadurch, daß wir gegen die Staub- und Rauchplage nichts tun, daß wir alle sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen in den Fabriken und Werkstätten vernachlässigen, daß wir noch keine Fabriksärzte haben, die mit dem Wissen des Gesundheitslehrers ausgerüstet, durch die Fabriksäle gehen und nachsehen, ob die Räume überhaupt geeignet sind, die Arbeiter dort ihre Arbeit verrichten zu lassen, indem wir all das vernachlässigen, schaffen wir stets neuen Boden für die Verbreitung der Tuberkulose.

Alles in allem kann ich diesen Abschnitt abschließen, indem ich sage: wir alle erkennen und wir müssen es erkennen, daß die Tuberkulose in erster Linie als eine soziale Krankheit anzusehen ist, und zwar als die schlimmste soziale Krankheit im Volkskörper überhaupt. Wenn wir dieses eine Prager Beispiel: mehr Todesfälle an Tuberkulose als Geburten in einer Woche auf ganz Österreich übertragen, so stehen wir vor einer erschreckenden Zahl. Es sterben in Österreich rund 100.000 Menschen Jahr um Jahr an Tuberkulose. Bis zum Kriege war es etwas besser. Der Krieg hat aber alles aufgewühlt. Es sind viele Fehler geschehen, einer der schwersten war die Einberufung der jugendlichen Krieger, die dem Kriege gar nicht gedient, aber die Tuberkulosespitäler gefüllt haben. Der Krieg hat alles an die Oberfläche getrieben, was früher in ruhendem Zustande an Tuberkulose in Österreich war. Die Verbreitung der Tuberkulose ist tatsächlich gegenwärtig eine ungeheure, und doch tut die Staatsgesamtheit augenblicklich einen Schritt, um die Verbreitung noch mehr zu steigern. Sie alle wissen, meine Herren, daß jetzt ein Erlaß herausgekommen ist, die Untauglichen, die viermal gemustert waren, einzuberufen und zwar ohne neuerliche Musterung. Unter diesen sind Tausende von Tuberkulösen. Man wird diese Tuberkulösen, die ihren Zustand vielleicht zu einem ruhenden gemacht haben, wieder einberufen, man wird sie ein paar Tage herumhetzen und nach wenigen Tagen werden sie zusammenbrechen und neuerdings die Spitäler füllen, oder sie werden neuerdings in ihre überfüllten Proletarierwohnungen zurückkehren, ihre Frauen und Kinder gefährden und der Gesellschaft zur Last fallen, vielleicht als Schwertuberkulöse, während sie heute vor der Einrückung noch als leichte Fälle zu betrachten wären. Die Militärverwaltung soll sich das noch zehnmal überlegen, ehe sie es tut. Gewinn kommt für sie keiner dabei heraus, nur Schaden, schwerster Schaden, auch für die Gesamtheit. *(Sehr richtig!)*

Während des Krieges ist in Wien und namentlich im heurigen Jahre von März, April an, die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose mehr als auf das Doppelte gestiegen. Die Natur ist verschwenderisch im allgemeinen, aber ganz besonders verschwenderisch mit Tuberkelkeimen und sie streut sie überall aus. Ich will Sie nicht, meine Herren, mit Zahlen beschweren, aber das will ich sagen, daß wir trachten müssen, um die Verbreitung und das Wirksamwerden der Keime zu verhindern, ihnen womöglich den Nährboden zu entziehen. Wir müssen

die Bekämpfung der Tuberkulose planmäßiger gestalten, als dies bisher geschehen ist.

Die Bekämpfung läßt sich in zwei Abschnitte teilen: Vernichtung der Keime und das Streben, den Keimen den Nährboden zu entziehen.

Da habe ich heute früh mit der Post einen Brief aus Alland bekommen. Alland war lange in Österreich die einzige Tuberkuloseheilanstalt, die wir gehabt haben, die einzige Anstalt, die den Wienern und Niederösterreichern zur Verfügung steht. Man sollte glauben, daß wenigstens diese Anstalt in dem allgemeinen Hunger eine Insel der Satten bildet, wo man noch leben kann, wo man noch genug Nahrungsmittel bekommt. *(Abgeordneter Freiherr v. Fuchs: Wir haben in Grafenhofen eine Heilanstalt, die sehr gut versorgt ist!)* So? Grafenhofen ist also gut versorgt, Alland ist es leider nicht. Soeben erzählt mir der Herr Kollege, daß in Grafenhofen eine gute Versorgung ist. Daß aber in Alland die Verpflegung nicht gut ist, geht aus diesen einfachen Zeilen einer Wiener Arbeiterin hervor, die ich heute früh empfangen habe. Sie teilt mir voll Freude mit, daß sie in den sieben Wochen, wo sie in Alland ist, 7 Kilogramm 30 Dekagramm zugenommen hat. Und dann schreibt sie *(liest)*:

„Freilich von dem Essen hier allein möchte ich nicht so zunehmen. Aber mein braver Mann kommt jeden Sonntag, seitdem er Urlaub hat, zu mir und bringt mir für die ganze Woche zum zubessern Brot, Marmelade und Obst. Denn Brot bekommt man nur zum Kaffee ein Stück und vormittags ein Stück. Das, was mir mein Mann bringt, kann ich mittags und abends zum Gemüse essen, denn ich hatte noch nie so Appetit wie hier."

Sie sehen also, wenn nicht der Ehegatte nachhülfe, so hätte die Frau in einer mit Recht gerühmten Heilanstalt, wie es die Heilanstalt Alland ist, nicht genug gehabt, um sich ernähren, nicht genug, um zunehmen zu können.

Noch schlimmer aber wie in diesem Zivilspital sind die Verhältnisse etwa in dem Spital in der Trostgasse, dem ich vor einigen Wochen den Titel „Kaserne des Todes" gegeben habe. Dort wird mit der Ernährung, wie in allen Militärtuberkulosespitälern, direkt gespart. Es gibt in den Militärtuberkulosespitälern — ich bedauere sehr, daß der Herr Minister für Landesverteidigung in diesem Augenblick nicht im Saale anwesend ist — noch die sogenannte vierte Diät. Das ist eine Diät, die darin besteht, daß der Kranke mittags eine Suppe, 8 Deka Rindfleisch und einen Teller Gemüse bekommt. Ich habe in der letzten Zeit wiederholt Anstalten besucht und bin gerade immer zur Mittagszeit hingekommen. Ich habe immer das Glück gehabt, gerade an einem Krauttage zu kommen. Dreimal hintereinander habe ich Kraut bekommen. Vielleicht ist das so eine Einrichtung, daß man den Tuberkulösen mit Vorliebe Kraut gibt. Nun ist ja das Kraut gewiß eine nahrhafte und gute Sache, aber daß ein Teller Kraut . . *(Abgeordneter Sever: Es ist mehr Krautsuppe wie Kraut!)* Eben, es ist sehr dünnes Kraut, vor allem eines, bei dem ich Ihnen ein Kochgeheimnis verraten kann. Für die ganze Ernährung eines Tuberkulösen der vierten Diät sind vom Kriegsministerium für den ganzen Tag von der Einbrennsuppe in der Früh angefangen bis zum Abendessen 5 Gramm Fett vorgeschrieben. Da kann der Tuberkulöse wirklich nicht fett werden! *(Abgeordneter Volkert: Auch das Kraut nicht!)* Das Kraut wird in Favoriten gefettet, indem die Köchin einfach die Suppe abschöpft. Dieses Abschöpffett wird dann in das Krauthäfen hineingeschüttet und damit werden die Kranken ernährt. Ich habe bei der Inspektion, die ich mit Dr. Michl und dem Generalstabsarzt Frisch in Favoriten in der „Kaserne des Todes" vorgenommen habe, den Generalstabsarzt gefragt: „Kann denn die vierte Diät nicht aufgebessert werden?" Der Generalstabsarzt hat darauf geantwortet: „Gewiß kann sie aufgebessert werden." *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ist meine Zeit schon zu Ende? Dann muß ich mich sehr eilen. Kurz, die Kost konnte nicht aufgebessert werden, man hat nicht Kartoffeln und nicht Mehlspeisen gehabt. Ich habe noch so viel zu sagen, daß ich den Herrn Präsidenten noch um ein wenig Geduld und Nachsicht bitten muß. Ich werde sie nicht allzusehr in Anspruch nehmen.

Ich kann nur noch mit Schlagworten das Allerwichtigste, was ich hervorheben möchte, sagen. Sehr vernachlässigt wird in Österreich die Tuberkulösenerziehung. Wir haben nie eine solche Gelegenheit gehabt, Tausende von Tuberkulösen über ihre Krankheit und die Art und Weise aufzuklären, wie sie sich zu verhalten haben. Jetzt haben wir die Gelegenheit und nun ist das Abhilfemittel, das wir haben, das berühmte Statthaltereiplakat: „Das Ausspucken ist strenge verboten." Es wäre viel einfacher, ein Plakat anzubringen nach dem Muster Spänglers, der in den Straßenbahnen anschlägt: „Das Auf- und Abspringen auf den Straßenbahnen ist lebensgefährlich und daher verboten." Man könnte nach demselben Muster ganz ruhig sagen: „Die Tuberkulose ist lebensgefährlich und daher verboten." Dann hätte der Obrigkeitsstaat alles getan, was er aus seiner Obrigkeit heraus gegen die Tuberkulose tun könnte und es könnte uns dann wahrscheinlich manches Leid erspart werden, wenn nur die Bazillen so gehorsam wären.

Wir freilich denken, daß sich mit dem Obrigkeitsstaate das nicht machen lassen wird, daß nur der soziale, der sozial wirkende und handelnde Staat der Tuberkulose werde beikommen können. Die

Tuberkelkeime sind unsere schlimmsten Feinde, wir haben keinen schlimmeren inneren Feind. Wir können nicht mit den Bajonetten gegen ihn losgehen, wir können aber gegen ihn aufkommen, wenn wir die absondern, die diese Keime ausstreuen, wenn wir Heime schaffen für Erwachsene und für Kinder. Wir haben für 500 Kinder mit offener Tuberkulose, die in Wien herumlaufen, die in den Schulen sitzen, kein Spital, wo wir sie unterbringen könnten. In jeder Wiener Schulklasse, das behaupte ich ruhig, werden Tuberkelkeime von kranken Kindern ausgestreut. Wir haben keine Spitalsbetten, wo wir die Tuberkulosen unterbringen können. Wir müssen betteln oder drohen, um uns Spitalsbetten zu sichern. 20 Heilstätten bestehen in Österreich, 150 in Deutschland. Dazu kommt unser Heimatsrecht. Der Tuberkulose hat in Österreich kein Vaterland. Wenn er in Wien krank wird und vielleicht nach Böhmen zuständig ist, kann er in Wien zugrundegehen, er wird nie in eine Tuberkuloseheilstätte kommen. Wir sehen also, daß wir unendlich viel zu tun haben. *(Präsident gibt erneuert das Glockenzeichen.)*

Ich hätte noch so gerne von den Otto Wagnerschen Baracken gesprochen, die heute für die Herzkranken verwendet werden, nachdem sie für Tuberkulose eingerichtet worden sind. Eine prachtvolle, wirklich schöne Erfindung, aber ich muß mich fügen.

Wir sind ein armes Land, das täglich 40 Millionen für den Krieg, für die Vernichtung ausgeben kann, und das während der ganzen 3½ Kriegsjahre bis zu dem heutigen Tage nur 19 Millionen insgesamt zum Kriege gegen die Tuberkulose aufgebracht hat. Diese eine Zahl, meine Herren, möchte ich Sie bitten, behalten Sie im Gedächtnis. Zwölf Stunden Kriegskosten haben wir bisher in Österreich aufgewendet zum Kampfe gegen die Tuberkulose, zwölf Stunden Kriegskosten innerhalb der 40 Monate Krieg, Krieg der Vernichtung. Wehren wir uns als Gesamtheit des Parlaments gegen diese ungeheuerliche Tatsache, verlangen wir, daß der Staat die allerreichsten Mittel zur Verfügung stelle zum Kampfe gegen die Tuberkulose, und wir werden damit der Gesamtheit einen wirklich ernsten Dienst erwiesen haben. Damit lassen Sie mich schließen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Nachdem der Herr Berichterstatter Dr. Michl seine Abwesenheit von der heutigen Sitzung entschuldigt hat, wird der Herr Abgeordnete Dr. Schacherl als Obmann des Ausschusses Bericht erstatten.

Ich erteile ihm das Schlußwort.

Abgeordneter Dr. **Schacherl:** Meine Herren! Der Gesundheitsausschuß erstattet heute sozusagen nur einen Vorbericht über die Bekämpfung der Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten. Er konnte nicht mehr tun, weil die Regierung trotz des Versprechens des seinerzeitigen Ministers Baron Heinold bei Beratung des Seuchengesetzes, der erklärt hat, die Regierung werde sofort nach Inkrafttreten des Seuchengesetzes Gesetze zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose vorlegen, dieses Versprechen nicht eingehalten hat. Aber, meine Herren, geben wir uns auch keiner Täuschung hin. Auch wenn wir heute ein Gesetz zu Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose hier liegen hätten — den wahren Kampf, besonders gegen die Tuberkulose müßten andere Ausschüsse führen. Diesen Kampf müßte führen der sozialpolitische Ausschuß durch Schaffung eines Gesetzes über den 8-Stundentag, durch Schaffung von Gesetzen, welche die Arbeiter in den Fabriken und Unternehmungen gegen die Gefahr des Staubes und gegen sonstige gesundheitliche Gefahren schützen, durch Schaffung von Gesetzen, welche die Nachtarbeit für jugendliche und für Frauen ganz verbieten. Das wären Vorlagen, die im Stande wären, wesentlich zur Bekämpfung der Tuberkulose beizutragen. Ebenso wären es ganz andere Gesetze, die notwendig wären, zum Beispiel ein Gesetz über Wohnungsfürsorge. Auch der Budgetausschuß hätte eine große Aufgabe zu erfüllen, indem er Anträge stellt, womit Geldmittel im reichlichstem Maße zur Verfügung gestellt werden, um den Kampf gegen die Tuberkulose und auch gegen die Geschlechtskrankheiten führen zu können.

Geben wir uns, meine Herren, unter den heutigen Verhältnissen auch sonst keinen Illusionen hin. Solange der Krieg andauert, ist es nicht so leicht und so einfach, als wir es von einigen Rednern, auch von der Regierungsbank gehört haben, den Kampf gegen die Tuberkulose aufzunehmen. Wenn die Unterernährung, die Überanstrengung, die schlechten Wohnungen, der Schmutz und die Unwissenheit der Nährboden für die Tuberkulose sind, besonders wenn das alles schon im Frieden zutrifft, wie erst jetzt, wo wir im vierten Kriegsjahre stehen! Und ich muß sagen, daß ich eigentlich sehr pessimistisch bin, angesichts unserer jetzt vorhandenen Zustände im Ernährungswesen, bei diesem Mangel an den allernotwendigsten Lebensmitteln, bei dem Mangel an Milch, Brot, Fett, Kartoffeln und Fleisch, bei dem Mangel an Seife, bei der Restringierung und Verringerung der öffentlichen Bäder und sonstigen Badeeinrichtungen, die zur Verfügung stehen, bei der Zusammenpferchung von Menschenmassen in Baracken aller Art, in Lagern, in den Kasernen, bei der Zusammenpferchung der Zivilbevölkerung, besonders in Industrieorten, die im Kriege ja nur so aufgeschossen sind, wo Tausende und Tausende plötzlich untergebracht werden müssen, für die keine Quartiere geschaffen waren; bei den heutigen Verhältnissen, wo Menschen in finsteren, kalten, ungeheizten und un-

gelüfteten Wohnungen beisammen sein müssen, wo, wenn sie einmal einheizen können, die Fenster und Türen, ich möchte sagen, hermetisch verschlossen werden, damit das bischen Wärme nicht hinausgehe; angesichts des Schmutzes, der uns überall entgegenstarrt, so auf unseren Eisenbahnen, angesichts der ungepflegten und ungefegten stauberfüllten Straßen und Plätze in den größeren Städten, angesichts der erschöpfenden Strapazen, denen die Soldaten ausgesetzt sind, und denen die Arbeiter im Hinterlande ausgesetzt sind, bei dem nächtlichen Anstellen der Frauen und Kinder bei jeder Witterung — da muß einem beinahe der Mut sinken und man muß sich fragen, ob nicht alles, was bisher geschehen ist und vielleicht noch während des Krieges geschehen könnte, ob nicht alles das der Arbeit der mythologischen Danaiden entspricht, die die Aufgabe hatten, mit einem Sieb Wasser in ein Faß ohne Boden zu schöpfen.

Schon im Frieden fließt die Quelle für die Entwicklung der Tuberkulose ununterbrochen zu, um so reichlicher jetzt, wo der Krieg ja alle menschlichen und sonstigen Rücksichten beiseite gesetzt hat. Wenn wir hören, daß im Frieden schon jährlich ungefähr 80.000 bis 90.000 Menschen an Tuberkulose sterben, von denen die meisten zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr stehen, also in der Blütezeit, in der Kraft und im vollen Safte des Lebens, Leute, die noch 20, 30 oder noch 40 Jahre hätten arbeiten und ihre Familien erhalten und auch für die Gesamtheit hätten wirken können, wenn wir diese Ziffern hören, wenn wir ausrechnen, daß in den letzten zehn Jahren eine Million Menschen an Tuberkulose gestorben sind und daß diese Ziffer nicht alles erschöpft, was darin steckt, alles Leid, all den Schmerz und die Qualen dieser Millionen Menschen, die nicht bloß sich selbst und ihre Familien nicht erhalten konnten, sondern von ihren Angehörigen jahrelang erhalten werden mußten, daß andere für sie arbeiten mußten, daß andere sie pflegen mußten, wenn wir das alles in Betracht ziehen, so müssen wir sagen, es kommt uns noch immer nicht genügend zum Bewußtsein, welcher Verlust für die Gesamtheit, für die Volkswirtschaft darin steckt.

Der Krieg aber hat sowohl die Tuberkulose als auch die Geschlechtskrankheiten in Reinkultur gezüchtet und es sind ja einige Angaben darüber bereits vorhanden. Es hat der Oberstadtphysikus von Wien festgestellt, daß die Zahl der Tuberkulosesterbefälle von Wien während des Krieges sich beinahe verdoppelt hat. Von Graz hören wir, daß im April 1917 nicht weniger als 33 Prozent der Gestorbenen an Tuberkulose gestorben sind. Es ist gar kein Zweifel, daß diese rapide Zunahme der Tuberkulose eine Schuld des Krieges, auf den Krieg zurückzuführen ist. Es hat der Herr Generalstabsarzt Dr. Franz auf der konstituierenden Versammlung der Österreichischen Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose im Jahre 1916 festgestellt, daß von allen im Felde erworbenen Krankheiten der Soldaten 40 von 100 auf die Tuberkulose entfallen und Professor Jaksch hat über seine Erfahrungen in Böhmen berichtet, daß von Woche zu Woche, von Monat zu Monat die Zahl der mit schwerer Tuberkulose aus dem Felde heimkehrenden Soldaten in geradezu beängstigender Weise zunimmt, und, sagte er, es stellt sich heraus, daß besonders die jüngeren Jahrgänge ein ungewöhnlich hohes Kontingent dazu stellen.

Da wirft sich doch natürlich vor allem die Frage auf, ob es nicht unverantwortlich ist, daß man diese jungen Leute, 17-, 18jährige Burschen, von denen eine große Anzahl auch für den Laien — man braucht gar kein Arzt dazu sein — offenkundig einen tuberkulosen Habitus zeigen, gemustert und allen Gefahren des Militärlebens ausgesetzt hat.

Auf dem sechsten österreichischen Tuberkulosetag im Jahre 1916 wurde von einem Referenten, von Dr. Otto Porges, auf Grund seiner Erfahrungen in einem großen Tuberkulosespital, die geradezu verheerende Wirkung der Kriegsstrapazen auf Tuberkulose, nicht bloß auf die schon vorher Kranken, sondern auch auf die Neuinfizierten festgestellt. Aus meiner eigenen Erfahrung möchte ich hinzufügen, daß auch bei den an Syphilis erkrankten Soldaten unter dem Einfluß der furchtbaren Strapazen, denen sie ausgesetzt sind, bis ihre Krankheit festgestellt wird, die Krankheit die bösartigsten Formen angenommen hat, daß sie bei der Einlieferung dieser Kranken in die Spitäler Formen aufweist, die die Leute sonst in Friedenszeiten erst nach der dritten oder vierten Rezidive gehabt haben, wenn sie vorher nicht behandelt waren. Wir haben eine wahre Feldzugsphthise, diese Formen von galoppierender Schwindsucht festzustellen, die so rapid ausbrechen und verlaufen, daß die Leute in wenigen Monaten zugrunde gehen und an Tuberkulose sterben. Es ist gar kein Zweifel, daß der Krieg zu einer, ich will nicht übertreiben und sagen ungeheueren, aber zu einer sehr bedeutenden Vermehrung der an Tuberkulose Erkrankten geführt hat, und zwar dadurch, daß erstens schlummernde Prozesse, mit denen die Leute unter günstigen Verhältnissen noch Jahrzehnte gesund geblieben wären, durch die Strapazen aufflammen, daß zweitens vorhandene aktive Prozesse rasch verschlimmert werden und drittens, daß Neuinfektionen in großer Zahl dazukommen, was gar nicht zu verwundern ist, wenn man weiß, daß die Leute in den Schützengräben, in den Kasernen, Baracken usw. fortwährend mit Erkrankten beisammen sein müssen. So ist die Zahl der Tuberkulösen schon heute eine erschreckend

hohe und mit jedem Tag, den der Krieg länger dauert, nimmt diese Zahl ganz bedeutend zu.

Es wurde auch schon von einigen Rednern in der Debatte das schwere Verschulden der Heeresleitung, der Militärverwaltung festgestellt — und ich kann es nur bestätigen —, welches sie dadurch trifft, daß sie wahllos Leute, die an Tuberkulose schon erkrankt waren, oder die einen tuberkulösen Habitus zeigten, ruhig gemustert hat. Wenn man die Vorschriften liest, begreift man vollständig, wie das kommen mußte. Generalstabsarzt Dr. Franz sagt in der Nummer des Tuberkulösenfürsorgeblattes vom 1. August 1917 über die bestehenden Vorschriften, daß selbst aktive Formen von Tuberkulose in das Heer eingereiht werden, und es ist ganz selbstverständlich, daß bei solchen Leuten infolge von Erkältungen und Durchnässungen auf den Märschen, infolge der ungewohnten Anstrengungen, infolge der psychischen Depression — die hier eine Rolle spielt, wenn der Mann eine leichte Verwundung bekommt und in seiner Widerstandskraft dadurch herabgesetzt wird — der Prozeß, der schon in ihnen vorhanden war, einen rasch fortschreitenden Charakter annimmt, um so mehr als es sich auch noch außerdem dabei um Leute handelt, die minder widerstandsfähig sind, bei welchen schon ein geringerer ungünstiger Einfluß den schlummernden Prozeß zum Aufflackern bringt oder den schon bestehenden Prozeß verschlechtert. Unter den Vorschriften führt dieser Generalstabsarzt an, daß als frontdiensttauglich bei sonstiger Eignung nur die ausgeheilten Fälle von Tuberkulose zu erklären sind. Meine Herren! Ausgeheilte Fälle von Tuberkulose! Wann ist ein Tuberkulöser ausgeheilt?

Wir wissen ganz genau, daß, wenn der Mann scheinbar ausgeheilt ist, unter dem Einflusse der Strapazen, denen er an der Front entgegengeht, in der kürzesten Zeit Rezidiven auftreten, und zwar um so rascher, je kürzer die Frist zwischen der vermeintlichen Ausheilung und der Zeit ist, wo er wieder in Dienst gestellt wird. Es gibt selbst dieser Generalstabsarzt an, daß Fehldiagnosen, also falsche Diagnosen in bezug auf diese Ausheilung unvermeidlich sind und sie kommen auch tatsächlich bei gründlicher Untersuchung vor. Wie ist es nun erst bei nicht gründlicher Untersuchung! Wir wissen doch sehr genau, daß die Untersuchungen nicht gründlich vorgenommen werden und nicht gründlich vorgenommen werden können — durch mangelhaft ausgebildete Ärzte, bei mangelnder Zeit und mangelnder Ruhe; wir wissen ja, daß hier — ich möchte beinahe sagen, eine Massenabfütterung — eine Massenabfertigung stattfindet. Bei dem Mangel an Spezialisten, bei dem Mangel — was sehr wichtig ist — an Schulung der jungen Ärzte und der Ärzte überhaupt in der Begutachtung der Fälle — denn die wenigsten Ärzte sind geschult, entsprechende Gutachten abzugeben — ist es ganz begreiflich, daß der Begriff „frontdiensttauglich" und überhaupt „diensttauglich" wie Gummielastikum ausgedehnt wurde und ausgedehnt wird.

Es kommen hier noch verschiedene andere Umstände hinzu, daß es Ärzte gibt, die sich militärisch besonders stramm darstellen wollen, daß es auch Ärzte gibt, die aus Furcht vor Versetzung aus dem Orte, wo sie zu Hause sind und ihre Praxis neben der Militärpraxis ausüben können —, das ist ganz begreiflich und bei der nicht glänzenden Bezahlung, die sie haben, selbstverständlich —, sich deshalb hüten, in einen Konflikt mit dem militärischen Vorgesetzten zu geraten; das ist menschlich nur begreiflich. Nehmen wir auch an, daß es nackensteife Ärzte gegeben hat und gibt, die sich gewehrt haben. Was nützt es? Wenn der Arzt bei der Musterung erklärt, daß der Mann nicht tauglich ist, weil er tuberkulös ist, so erklärt der militärische Leiter der Kommission: Der Mann ist auf meine Verantwortung tauglich. *(Rufe: So ist es!)* Wenn aber der Mann nach einigen Monaten an Tuberkulose elendiglich zugrunde geht, ohne daß die Militärverwaltung von ihm etwas anderes gehabt hat als Auslagen über Auslagen, worin besteht dann die Verantwortung dieser militärischen Leiter? Wie kann man einen solchen militärischen Leiter zur Verantwortung ziehen, wenn der Mann schon längst weit weg von ihm an irgend einer Front zugrunde gegangen ist? Eine solche Verantwortung besteht eben nicht und ich muß sagen: es wäre viel besser, man würde einfach die Ärzte bei den Musterungen beseitigen und ausschließlich die Herren Obersten darüber entscheiden lassen, ob jemand tauglich ist oder nicht. *(Zustimmung.)* Wenigstens leidet nicht die Achtung vor den Ärzten und der Wissenschaft, die tatsächlich in diesem Falle zur Magd, zum Dienstboten der scheinbaren militärischen Bedürfnisse herabgewürdigt worden ist.

Diese leichtsinnig und in unverantwortlicher Weise gemusterten Leute kommen dann natürlich in die ungünstigsten Verhältnisse hinaus, in die elenden, verwanzten und verlausten Kasernenstuben, bei einer mangelhaften Ernährung, bei großen Strapazen und häufiger Durchnässung. Es werden auf diese Art einfach Leute massenhaft zum Tode verurteilt, nicht zum Tode durch die Kugel des Feindes, sondern zum Tode durch das unverantwortliche Gebaren der Militärverwaltung. Sie werden zum Tode verurteilt und vielleicht höchstens begnadigt zu lebenslänglicher Tuberkulose. Wenn die Leute nun beim Militär erkranken und wegen Tuberkulose ins Spital kommen, wie geht es ihnen dann? Auf dem österreichischen Tuberkulosetag im Jahre 1916 berichtete der Referent Dr. Otto Porges über 14 Fälle aus eigener Erfahrung, wo die Leute nach einem ein bis sechsmonatlichen Frontdienst wegen Lungentuberkulose in ärztliche Behandlung kommen, drei bis vier und selbst elf Monate in einer Heilstätte bleiben und

dann nach einer „entsprechenden Erholung" wieder ins Feld kommen. Was ist die Folge?

Nach wenigen Wochen, sagt dieser Arzt, der große Erfahrungen besitzt, erkranken sie von neuem und selbst während der Zeit, wo sie noch draußen sind, müssen sie oft dienstfrei gelassen werden, weil sie schwer erkrankt sind und nicht den geringsten Dienst leisten können.

Was für einen Nutzen, frage ich, hat die Militärverwaltung von diesen Leuten? Sie hat nichts als Ausgaben, sie hat nichts als Transporte hin und her, was auch ein wesentlicher Faktor für die Belastung und Überlastung unseres Verkehres und unserer Züge ist, das Militärärar hat nicht den geringsten Nutzen davon. Welchen Schaden haben aber diese Menschen davon, wie werden sie für ihr ganzes Leben zugrunde gerichtet, welchen Schaden hat ihre Familie und welchen Schaden hat die Gesamtheit davon! Man sollte doch aus der Erfahrung der Heilstätten im Frieden, wo die Arbeiter, die tuberkulös sind, untergebracht waren, wissen, wie rasch diese Leute, wenn sie aus der Heilstätte nach einigen Monaten wieder in die ungünstigen sozialen Verhältnisse zurückkommen, wieder erkranken, wie häufig sie rezidiv werden. Man sollte daraus beim Militär lernen und sollte sie doch in Ruhe lassen, wenn sie einmal als Tubekulose in Heilstätten gewesen sind. Aber was geschieht selbst in den Heilstätten? Wir haben Heilstätten für tuberkulöse heimkehrende Krieger. Wenn man diesen Titel liest, so denkt man sich, der Mann ist tuberkulös geworden, er kehrt heim und wird in besonders wohltätiger oder selbstverständlicher Verpflichtung des Staates von seiner Erkrankung in einer solchen Heilstätte ausgeheilt. Der Mann ist nun dort angelangt und glaubt endlich Ruhe zu haben; es erscheinen aber fortwährend immer wieder in kurzen Zwischenräumen Überprüfungskommissionen in diesen Heilstätten für heimkehrende Krieger und Leute, welche notorische Bluter sind, das heißt wiederholt Blutstürze aus der Lunge gehabt haben, werden, wenn sie nur, ich muß sagen, das Unglück gehabt haben, in der Heilstätte um zwei, drei, vier und fünf Kilo zugenommen zu haben, bereits neuerdings gemustert und müssen wieder an die Front oder in den Dienst hinaus. Was ist die Folge davon? Nach wenigen Wochen kommen sie meist wieder mit Lungenblutungen schwerer und schwerster Art zurück. Alles, was man an Geld ausgegeben hat, ist zwecklos gewesen und die weitere Folge davon ist, daß diese Leute passive Resistenz gegen ihre Heilung machen, das sie einfach alles tun, damit sie nicht zunehmen, und wenn es sogar auf die Weise geschehen muß, daß sie Abführmittel einnehmen, damit sie nicht an Gewicht zunehmen, weil sie sonst fürchten, wieder an die Front hinausgeschickt zu werden und sich für ihr ganzes Leben zugrunde zu richten. *(Zwischenrufe!)*

In diesem Tuberkulosefürsorgeblatte sagt der Generalstabsarzt Dr. Franz, daß das Verständnis für die Bedeutung und die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Tuberkulose in die tiefsten Volksschichten bis in die entlegensten Dörfer dringen muß. Ich bin ganz damit einverstanden, nur glaube ich, daß es vor allem notwendig ist, daß dieses Verständnis für die Bedeutung und für die Wichtigkeit des Kampfes gegen die Tuberkulose in die oberen Schichten und vor allem zu den obersten Militärbehörden dringen muß, bis in die entlegensten Zimmer der Stabsärzte hinein. *(Sehr richtig!)* Es muß gesagt werden, daß die heutige Art der Verwendung offenkundig kranker, offenkundig tuberkulöser Leute einfach ein Totschlag ist, ein Totschlag ohne jeden geringsten Nutzen für die Heeresverwaltung und für die Heereszwecke. So steht es beim Militär, beim Krieger.

Bei der Zivilbevölkerung hat die Tuberkulose ebenfalls in den letzten Jahren unter den bekannten, schon von mir und anderen Rednern geschilderten Verhältnissen kolossal zugenommen, was ganz begreiflich ist. Drei Jahre dauert schon der Krieg, aber ich sage, es werden zehnmal drei Jahre vorbeigehen und die jetzige Generation und die Generation der jetzigen Kinder, die in den wichtigsten Jahren des Wachstumes hungern müssen, werden noch die Spitäler füllen mit ihren zerstörten Lungen, ihren zerfressenen Knochen und eiternden Gelenken.

Fragen wir uns nun: was ist bisher vom Staate geschehen? Gegen die Tuberkulose ist im Frieden so gut wie gar nichts geschehen. Erst jetzt während des Krieges hat man angefangen, etwas vorzukehren. Man hat zwar bei uns fortwährend an den Krieg gedacht, man hat alles vorbereitet, vom Kriegsleistungsgesetz angefangen, bis zur Ausschaltung der Verfassung, bis zur Aufhebung aller Freiheiten ist alles vorgekehrt worden und hat man an alles gedacht, nur an die Wirkungen des Krieges auf die Bevölkerung und die Soldaten hat man nicht gedacht und so mußte man erst während des Krieges unter den schwierigsten Verhältnissen für unzulängliche, sogar nur provisorische Unterkunftsstätten für Tuberkulose sorgen. Man mußte Schulen schließen, um tuberkulöse Soldaten unterbringen zu können, das heißt, man mußte Kinder auf die Straße werfen und allen Gefahren aussetzen oder man mußte die Kinder in alten längst außer Betrieb gesetzten Schulhäusern zusammenpferchen, in Klassenzimmern mit doppelter und dreifacher Besetzung und dadurch neue Tuberkulose züchten. Alles was geschehen ist und was jetzt geschehen kann, bedeutet nichts anderes, als daß auf Krücken nachgehinkt wird während das Unheil mit Eilzugsgeschwindigkeit weiter schreitet. Es wurde mit einer gewissen Genugtuung gesagt, daß wir bereits 31 Heilstätten haben. Das ist gewiß anzuerkennen, es bedeutet mehr als im

Frieden, wo wir nur neun hatten, aber in Deutschland hatte man bereits vor dem Kriege 900 Heilstätten und 2000 Fürsorgestellen. Aber diese 31 Heilstätten sind ja nur ein Tropfen im Meere, sie sind ja gar nichts im Verhältnis zu der kolossalen Zahl von bedürftigen Tuberkulösen, die untergebracht werden müssen; ein Teil dieser Heilstätten ist ja für später ganz ungenügend, ist ja nur ein Notbehelf für ein bis zwei Jahre und ist dann, wenn die Zeit um ist, überhaupt nicht mehr zu verwenden. Ebenso ungenügend sind die Tuberkulösenpavillons, die an die Krankenhäuser angeschlossen wurden. Solche Tuberkulösenpavillons mitten in den Städten haben keinen großen Wert, sie sind nur ein Notbehelf, denn es ist natürlich besser, die Leute sind dort, als daß sie gar keine Unterkunft haben, aber sie können nicht genügen. Sie müssen ja, meine Herren, für jedes Bett und jeden Patienten mindestens sechs Monate rechnen, heute rechnet man allerdings nur drei Monate für die Heilstättenbehandlung, was viel zu wenig ist. Wieviele Kranke werden wir also unterbringen können? Man rechnet im Frieden mit 100.000 Kranken, wir können aber jetzt im Kriege sicher mit 130.000 bis 150.000 rechnen. Dividieren wir die Zahl der Betten, die etwa 10.000 beträgt, durch sechs, wenn wir sechs Monate annehmen, oder durch drei, wenn wir drei Monate annehmen, so sehen wir, daß der allergrößte Teil der Kranken ohne Möglichkeit bleibt, auch nur ein Bett zu bekommen, ganz abgesehen von der richtigen Einrichtung der Heilstätten. Schon im Frieden haben Hunderte von Tuberkulösen monatelang auf ihre Aufnahme in eine Tuberkulösenheilstätte warten müssen und jeder Tag bedeutet doch nichts anderes als eine Erhöhung der Gefahr, daß sich die Aussicht auf Heilung oder wenigstens auf dauernde Besserung verringert oder verschwindet.

Was bisher geschehen ist, das Geld, das vom Ministerium des Innern und vom Kriegsministerium ausgegeben wurde, diese 18 bis 20 Millionen Kronen sind ja insofern viel, als vorher gar nichts geschehen ist, aber unendlich viel mehr ist notwendig. Vor allem brauchen wir in der jetzigen Zeit eine große Anzahl von Betten, weiters die Heranbildung von Ärzten, Pflegerinnen und Fürsorgerinnen speziell für Tuberkulöse. Es muß dafür gesorgt werden, daß Militärpersonen, aber auch Zivilpersonen ordentlich untergebracht werden können, insbesondere Frauen und Mädchen, für die bisher überhaupt noch nichts geschaffen wurde und die dort, wo für sie etwas geplant war, einfach hinausgeworfen worden sind, weil man die Betten für Soldaten gebraucht hat, und wir können sagen, daß für 10.000 Frauen und Mädchen das Durchhalten nichts anderes bedeutet hat als die Verurteilung zu lebenslänglicher Tuberkulose.

Bisher war die Bekämpfung der Tuberkulose ebenso wie die der Geschlechtskrankheiten sozusagen eine Privatangelegenheit. Nur einzelne Personen und einzelne anerkennenswerte Vereine haben sich darum gekümmert. Hoffentlich führt jetzt der Krieg zu der Erkenntnis, daß dies keine bloße Angelegenheit von Humanitätsanstalten und Fürsorgevereinen ist, sondern daß es sich um eine eminente Staatsangelegenheit handelt, daß nicht bloß der einzelne selbst gefährdet ist, sondern daß er die Gesamtheit, den ganzen Staat gefährdet und daß die Natur der Krankheit eine derartige ist, daß sie nicht bloß medizinisch, sondern mit sozialen Maßnahmen und mit der Aufwendung reichlicher Mittel behandelt werden kann. Was bisher geschehen ist, sind nur Kleinigkeiten. Es muß bedeutend mehr geschehen. Wir wissen, daß es durch Heilstätten, durch Fürsorgestellen nicht möglich ist, die Tuberkulose auszurotten. Aber es ließe sich so manches machen. In großzügiger Weise müßten Geldmittel zur Verfügung gestellt werden. Ebenso wie während des Krieges für die Schaffung von Kriegswerkzeugen das Geld nicht angeschaut wurde, so ähnlich oder zum Teil so müßte man auch den Kampf gegen die Tuberkulose beginnen. Aber ich sehe schon voraus, wie sich der Finanzminister mit Grausen abwenden wird, mit Entsetzen sich wehren wird, wenn wir verlangen werden, daß jährlich 100 Millionen Kronen zur Bekämpfung der Tuberkulose in das Budget eingestellt werden. Ich sehe schon voraus, wie sich viele der Herren, die sich jetzt für die Bekämpfung der Tuberkulose aussprechen, wehren werden, wenn sozialpolitische Maßnahmen verlangt werden, wie der Achtstundentag usw. Wollen wir den Kampf gegen die Tuberkulose führen, wie es notwendig ist, so muß er geführt werden als soziale Frage, die nicht mit schönen Worten und nicht mit schönen Geberden geheilt werden kann, sondern nur mit Taten, wie sie heute hier schon von verschiedenen Rednern angeführt worden sind. Vor allem Schaffung der Sozialversicherung, Heranziehung der Krankenkassen zur Heilstättengründung, Familienfürsorge, Familienunterstützung für die Tuberkulösen, Säuglingsfürsorge, Jugendfürsorge, Schulärzte, besonders für die Prophylaxe, dafür, daß für die Kinder große Summen ausgegeben werden zur Errichtung von Erholungsheimen, Waldschulen, Seehospizen, Sonnenheilbädern, Sommerlandaufenthalten und Heilstätten für erwachsene Menschen. Das kostet gewiß Geld, ich sage 100 Millionen Kronen jährlich müssen wir darauf aufwenden. Aber, meine Herren, jährlich geht dem Staate und dem Volksvermögen durch die Krankheit, Tod und durch jahrelanges Siechtum so vieler Tuberkulöser mindestens eine Milliarde verloren, und selbst wenn man sich nur auf diesen Standpunkt stellen würde, abgesehen vom allgemein

menschlichen Standpunkte, so würde es sich, ich möchte beinahe sagen, schon rentieren, jedes Jahr 100 Millionen Kronen für die Bekämpfung der Tuberkulose auszugeben

Wir werden sehen, es wird sich schon beim Budget des Ministeriums des Innern zeigen, ob das zur Durchführung gelangen kann, was der Gesundheitsausschuß verlangt. Beim Budget des Ministeriums des Innern sehen wir uns wieder! Es wird sich dann zeigen, wie viel Ernst den Versicherungen der Regierung beizumessen ist, ob sie wirklich gewillt ist, den Kampf gegen die Tuberkulose zu führen.

Im Laufe der Debatte hat ein Redner, Herr Dr. Jerzabek, ein Kapitel berührt, eine Methode der Behandlung, über die ich einige Worte sagen möchte, über die Vibroinhalationstherapie. Ich bin kein Zünftler, wenn ich auch Doktor der Medizin bin, ich sehe nicht ein, warum man glauben soll, daß die Medizin gerade auf das eine oder das andere Mittel ein Patent genommen haben soll. Wenn sich diese Vibroinhalationstherapie bewährt, soll sie ganz ruhig angewendet werden. Und es wäre auch gar nicht zu wünschen, daß sie dann nicht angewendet werden würde. Ich muß auch sagen, ich billige nicht den zünftlerischen Standpunkt der Ärzteorganisationen, die sich in so entschiedener Weise gegen die Methode wenden. Aber andrerseits muß ich sagen, es ist mir verdächtig, wenn medizinische Laien, besonders wenn sie Landesausschüsse sind, plötzlich für eine ganz bestimmte Therapie schwärmen. Ich befürchte nämlich, daß es sich ihnen mehr darum handelt, etwas gefunden zu haben, was nicht viel kostet. Es geht absolut nicht an, daß man glaubt, sich mit dieser Therapie, weil sie billig ist, auf ein Faulbett legen zu können, um dann auf die teuren Heilstätten und auf die andern Dinge, die notwendig sind, verzichten zu können. Ich glaube, das geht nicht. Wenn sich diese Therapie bewährt, ausgezeichnet, dann möge sie mit den anderen verwendet werden, aber nicht vielleicht als Heilstättenersatz. Das möchte ich vermieden wissen. Soviel über die Tuberkulose.

Und nun, meine Herren, gestatten Sie, daß ich über den zweiten Teil des Berichtes des Ausschusses, über die Geschlechtskrankheiten, spreche. Wenn schon die Tuberkulose einen furchtbaren Ausblick eröffnet, so glaubt man in eine Hölle zu sehen, gefüllt mit Spuckgestalten aus der Phantasie des holländischen Malers Breughel, wenn man die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten und die Verheerung durch diese Krankheiten in der Bevölkerung ganz besonders seit dem Kriege sieht.

Ich würde wünschen, mit Engelszungen über diese Frage sprechen zu können, so laut und so eindringlich, daß jeder hier im Hause und im Staate es hören müßte. Es ist das eine der ernstesten Fragen, die es überhaupt gibt, meine Herren! Wollen Sie doch nur festhalten, daß heute gewiß jeder zehnte Mann syphilitisch infiziert ist.

Glauben Sie nicht, meine Herren, daß das, wie es vielleicht früher gewesen ist, nur Ausnahmsfälle sind. Vergessen Sie nicht, daß es sich nicht bloß um die Syphilis handelt, sondern daß auch die zweite Geschlechtskrankheit, die Gonorrhöe, der Tripper, in noch furchtbarerer Weise verbreitet ist, so daß man sagen kann, daß es vielleicht wenige Männer geben wird — ganz besonders unter den sogenannten Intelligenzberufen —, die nicht eine Gonorrhöe gehabt haben.

Es ist festgestellt worden, daß unter den Studenten und Offizieren diese Krankheiten am stärksten verbreitet sind. Es hat der Regimentsarzt Dr. Hirt, Chefarzt der k. und k. Kriegsschule, in einem Flugblatte, das er herausgegeben hat, festgestellt, daß die erschreckend hohe Ziffer der an Paralyse und Rückenmarkschwindsucht erkrankten Offiziere ihre Erklärung findet in dem hohen Prozentsatze der syphilitisch infizierten Offiziere. Professor Neisser hat in einer Krankenkasse für Hochschüler festgestellt, daß 32 Prozent der Kranken an Geschlechtskrankheiten erkrankt waren. In Preußen hat man am 30. April 1910 eine Stichprobe gemacht — bei uns macht man leider solche Stichproben nicht —, indem alle Ärzte aufgefordert wurden, anzugeben, wie viele geschlechtskranke Menschen sie an diesem einen Tage behandelt haben: es hat sich gezeigt, daß 41.000 Menschen an dem einen Tage behandelt wurden, davon 11.000 an frischer Syphilis. Und dabei haben noch 63 Prozent der Ärzte noch keine Antwort auf diese Aufforderung gegeben! Professor Neisser stellt fest, daß in den verschiedenen Großstädten 20 bis 33 Prozent der verheirateten Männer geschlechtlich infiziert sind.

Wenn man diese Zahlen liest und wenn man diese Verhältnisse kennt, dann muß es jedem klar sein, daß wir hier vor einer der furchtbarsten Erscheinungen der Kriegszeit stehen, und daß es ganz lächerlich ist zu glauben, man könne dieser Frage begegnen durch Reglementierung der Prostitution. Viele Menschen glauben heute immer noch, daß man sich nur bei einer Prostituierten infizieren kann. Das ist ein lächerlicher Standpunkt. Heute wird die größte Zahl der Infektionen nicht bei den Prostituierten erworben, sondern anderswo.

So sind die Verhältnisse schon im Frieden gewesen — wie sind sie nun durch den Krieg geworden und wie drohen sie zu werden nach dem Kriege, nach der Demobilisierung? Wir haben jetzt Millionenheere — selbstverständlich ganz gleich in allen Staaten —, Millionen von Männern, die aus den entlegensten Dörfern geholt wurden und in die entlegensten Alpendörfer, in die entlegensten

Wohnungen, auch in die Massenquartiere zurückfluten werden, wenn der Krieg zu Ende ist. Wir haben unter diesen Millionen heute schon Hunderttausende von geschlechtskranken Männern. Es ist von Professor Finger schon auf der deutsch-österreichischen Tagung für Volkswohlfahrt im März 1916 die Zahl der geschlechtskranken Soldaten mit 800.000 angenommen worden. Nun denken Sie, meine Herren, daß durch diese Hunderttausende von geschlechtskranken Soldaten die Gefahr der Verbreitung dieser Geschlechtskrankheiten ungeheuer erhöht wird, in den Schützengräben selbst, in den Kasernen durch außergeschlechtliche Infektion. Denn um die Syphilis zu akquirieren, um dieses Unglück zu haben, braucht es gar keines Geschlechtsverkehrs — ein Beweis, daß das mit der Frage der Sittlichkeit oder Unsittlichkeit gar nichts zu tun hat —, sondern auch außergeschlechtlich durch die Berührung mit einem Kranken, durch die Benützung desselben Eßgeschirrs, desselben Glases, durch die Benützung desselben Handtuches, wenn er überhaupt eines hat, oder irgendeines Fetzens, der dort herumliegt, wird diese Krankheit verbreitet. Zu dieser außergeschlechtlichen Infektion kommt noch die geschlechtliche, wenn die Leute vorübergehend auf Urlaub kommen und, wenn sie ledig sind, auf diesem Urlaub infiziert werden oder, wenn sie verheiratet oder verlobt sind, ihre Frau oder Braut infizieren.

Die Zahl der Kranken ist eine ungeheuer große, der Zugang von Geschlechtskranken nach der Kopfstärke 2, 2½ Prozent und mehr in einzelnen Gebieten. Dazu kommt, daß eine große Zahl infizierter Soldaten vom Lande sind, wo früher die Geschlechtskrankheiten ja auch verbreitet waren, aber immerhin nicht so arg wie in den Städten; die werden nun in die entlegensten Dörfer hinausgehen und die Krankheit dorthin verschleppen.

Ein Drittel dieser geschlechtskranken Soldaten sind verheiratete Leute. Stellen Sie sich nun vor, welche furchtbaren Aussichten sich da bieten, wenn der Mann zurückkommt und nicht ein Geständnis ablegt, wozu ja nicht leicht jemand den Mut finden wird! Da ist es das Nächstliegende, daß er noch am Tage des Wiedersehens die Frau infiziert, daß diese krank wird, ohne eine Ahnung davon zu haben, daß sie krank ist, und daß sie dann ihre Kinder infiziert, daß schließlich einfach die Syphilis zu einer Endemie werden kann, wie wir sie in Bosnien bereits haben.

Meine Herren! Denken Sie daran, was sich heute schon überall abspielt, denken Sie an die Verführung der weiblichen Jugend, dieser Vierzehn-, Fünfzehn- und Sechzehnjährigen, die zu Beginn des Krieges, im ersten Rausch der Begeisterung, die Bahnhöfe belagert haben, denken Sie daran, wie andrerseits bei dem Mangel an Männern, von denen ja so viele eingerückt sind, die jungen Burschen, ich möchte beinahe sagen, als Männerersatz dienen, wie sie im frühesten Alter infiziert werden! Professor Finger hat festgestellt, daß die Zahl der an Geschlechtskrankheiten erkrankten fünfzehnjährigen Burschen von 1 Prozent während des Krieges auf 8 Prozent gestiegen ist, und daß die geschlechtskranken Achtzehnjährigen von 27 Prozent auf 68 Prozent aller Erkrankten angewachsen sind.

Wenn wir an all dies denken, an die Gefahr, daß die Syphilis bei uns endemisch wird wie in Bosnien, an die Gefahr der außergeschlechtlichen Übertragung, wie der Mann die Frau geschlechtlich infiziert und die Frau die Kinder außergeschlechtlich, wenn wir an die Vererbung der Syphilis denken, an die Zahl der Totgeburten, an die große Sterblichkeit unter den Lebendgeborenen, die schon in den ersten Lebensjahren zugrunde gehen, an die große Zahl derer, die blind bleiben, taubstumm bleiben, idiotisch bleiben, an diese ganze körperliche und geistige Degeneration, die dazu führen wird, daß unsere Irrenhäuser, die heute schon vielleicht 50 Prozent ihres Belages der Syphilis zuzuschreiben haben, überfüllt sein werden mit den Opfern der Geschlechtskrankheiten — ich führe Ihnen eine Ziffer an, die der Chefarzt einer Abteilung für geschlechtskranke Soldaten in Graz angibt, wonach in einem Jahre an dieser einzigen Abteilung nicht weniger als 5625 geschlechtskranke Soldaten behandelt wurden, darunter mit Syphilis 1760 und mit Tripper 3260 — wenn wir uns alles dies vor Augen halten, dann muß sich uns doch das Bewußtsein aufdrängen: es muß alles vorgekehrt werden, um diese entsetzliche Wirkung des Krieges einzudämmen. Es handelt sich um den Schutz der heimkehrenden Krieger, darum, daß sie nicht noch auf ihrer Heimkehr, wo sich ja sehr viele an sie herandrängen werden, infiziert werden, und es handelt sich andrerseits um den Schutz der Frauen und der Mädchen vor infiziert Heimkehrenden.

Nun hat das Kriegsministerium, wie ich weiß, eine ganze Anzahl von Erlässen zur Bekämpfung dieser Gefahr während der Kriegszeit und bei der Demobilisierung herausgegeben, aber ich sage, meine Herren, ich bin sehr skeptisch gegenüber diesen Anordnungen. Vor allem haben sie den Fehler, daß sie sich nur mit der Syphilis beschäftigen, während Bestimmungen über den Tripper nicht darin sind, als ob die Gefahr der Tripperinfektion eine so geringzuschätzende wäre, während sie in Wirklichkeit eine ungeheuer große ist. Außerdem wissen wir, daß gerade während des Krieges nicht so sehr die Ausheilung der Hauptzweck der Behandlung ist, sondern die Diensttauglichmachung. Es werden alle möglichen Vorkehrungen nötig sein, wie Beratungsstellen und Behandlungsmöglichkeit. Ich verweise da insbesondere auf die Schwierigkeiten auf dem Lande. Wir haben noch immer keine Krankenversicherung

für die ländlichen Dienstboten. Diese Dienstmägde werden von krank heimkehrenden Soldaten infiziert werden, und da sie in ihrer Unwissenheit und Prüderie, die noch ärger ist als bei uns, keine Ahnung von ihrer Erkrankung haben werden, so wird es lange brauchen, bis die Krankheit so arg werden wird, daß sie zu einem Arzt geschickt werden müssen. Ich prophezeie, daß wir furchtbare Verheerungen gerade auf dem flachen Lande und gerade in den Gebirgsgegenden haben werden, weil es dort sehr schwer sein wird, die Krankheit festzustellen, ihr nachzugehen und sie zu behandeln.

Es wäre ganz verfehlt zu glauben, daß man mit bloßen Polizeierlässen diesem furchtbaren Übel steuern könnte, im Gegenteil, es werden andere Dinge notwendig sein. Man muß vor allem die Möglichkeit schaffen, daß sich die Leute behandeln lassen, was bei unseren Ambulatorien, wie sie jetzt beschaffen sind, nicht der Fall ist, weil es dort vor allem an der nötigen Diskretion mangelt. Die Leute kommen dort massenhaft zusammen, einer sieht den andern, es kommt auch nicht jeder wegen einer Geschlechtskrankheit hin, man kommt auch wegen anderer Hautkrankheiten und ein Verschweigen ist nicht garantiert. Dazu kommt unsere ganz falsche und schiefe Auffassung von den Geschlechtskrankheiten, die die Leute abhält, solche öffentliche Ambulatorien aufzusuchen.

Über diese Auffassung der Geschlechtskrankheiten möchte ich einige Worte sagen, weil Kollege Dr. Jerzabek darüber gesprochen hat und weil auch eine entsprechende Resolution von ihm eingebracht wurde. Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Jerzabek sagt, daß er nicht den Parteistandpunkt herauskehre und sich nicht in Gegensatz zu den Anhängern einer anderen Weltanschauung stellen wolle, so möchte ich nur bemerken, daß die Weltanschauung mit den Geschlechtskrankheiten gar nichts zu tun hat. Weltanschauung schützt vor Tripper nicht *(Heiterkeit)*, da ist der Freidenker und der Gläubige, der Orthodoxe und der Laue gleich. Die Spirochoeten und Gonokokken sind international und interkonfessionell, sie gehen vor ohne Rücksicht auf das moralische und sittliche Glaubensbekenntnis. Ich sage also, daß die Unsittlichkeit mit den Geschlechtskrankheiten gar nichts zu tun hat. Wir müssen uns vor allem auf den Standpunkt stellen, der der einzig vernünftige ist, daß die Geschlechtskrankheiten ein Unglück sind, aber keine Schande, ebensowenig eine Schande sind, wie wenn jemand an Typhus, Cholera oder Ruhr erkrankt. Die Bosniaken zum Beispiel sind ein Bauernvolk und werden nicht mehr und nicht weniger unsittlich sein als andere Völker und in Bosnien haben wir die Syphilis so verbreitet, daß beinahe keine Familie frei davon ist; wir haben sie dort endemisch — und ich glaube nicht, daß die Bosniaken besonders viel — erotische Literatur lesen werden. Ich glaube also, daß das gar nichts damit zu tun hat. Es kann jemand, der geschlechtskrank ist, dabei ein sittlicher Mensch sein — außer man sagt, jeder, der geschlechtlich verkehrt, ist unsittlich. Auf diesen Standpunkt kann man sich aber doch nicht stellen, sonst wäre die ganze Menschheit unsittlich. Ein sehr sittlicher junger Mensch kann das Unglück haben, beim ersten Geschlechtsverkehr infiziert zu werden und andrerseits kann ein Wüstling frei von Geschlechtskrankheiten bleiben, wenn er nur entsprechende Vorsicht bei der Auswahl seiner Gefährtinnen und auch sonstige Vorsichten beobachtet. Was hat es mit der Sittlichkeit zu tun, wenn junge Mädchen aus den wohlhabendsten Kreisen, aus den Kreisen des Adels, des Bürgertums ebenso wie aus den Kreisen der Arbeiter, junge Mädchen, die gar nichts wissen, die ganz unbescholten sind und die man als sittlich bezeichnet, ahnungslos in die Ehe eintreten und in der Brautnacht von ihrem geschlechtskranken Mann infiziert werden? Wie kann man das irgendwie mit Sittlichkeit in Beziehung bringen? Diese Resolution läuft auf die Bekämpfung erotischer, auf Lüsternheit hinzielender Bilder und Schriften hinaus. Nun, meine Herren, der Geschmack ist verschieden, ob man solche Bilder und Schriften anschauen und lesen will oder nicht; ich meine nur, daß es meist ganz alte Herren sind, die sich an solchen Dingen vergnügen; bei denen ist aber die Gefahr nicht sehr groß, daß sie dadurch verdorben werden könnten. Was wollen Sie aber tun? Wollen Sie die Polizei darüber entscheiden lassen, ob ein Buch unsittlich ist oder nicht? Da müßte man ja auch einen Polizisten vor jeden Stammtisch in jedem Gasthause hinstellen, wenn die Sauglocke geläutet wird, der darauf warten müßte, ob nicht eine Äußerung fällt, die geeignet ist, keusche Ohren zu verletzen. Bei der „Herrenlektüre" würde diese politische Keuschheitskommission anfangen zu amtieren und bei Goethe würde sie vielleicht aufhören oder auch nicht. Die antiken Statuen müßten verböten werden . . . *(Abgeordneter Forstner: Oder das Feigenblatt bekommen!)* Das Feigenblatt haben sie jetzt schon, aber das reizt nur die Neugierde noch mehr, sie müßten mehr moderne, faltenreiche Gewänder bekommen.

Der Ausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, von der Lex Heinze, wie sie im Deutschen Reich geplant war, nichts wissen zu wollen, weil dieses Gesetz Geschlechtskrankheiten nicht verhindern und nur die geringen Freiheiten der Presse und der Literatur einschränken würde.

Dr. Jerzabek spricht sich aber überhaupt gegen die Aufklärung in der sexuellen Frage aus. *(Abgeordneter Dr. Jerzabek: Bei der Jugend!)* Ja, zunächst sprechen Sie von den Schulkindern. Nun, meine Herren, ich weiß genau, daß auch unter

den besten und bewährtesten Pädagogen Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, ob und von welchem Alter an man die Schuljugend über sexuelle Fragen aufklären soll. Ich bin zu wenig Fachmann auf diesem Gebiete, um ein entscheidendes Wort sagen zu wollen, wiewohl ich der Meinung bin, daß es besser ist, man klärt die Kinder in der Schule oder durch bewährte Pädagogen, etwa durch Spezialisten, die Vorträge halten, auf als daß man den bisherigen Weg beibehält, wo die Kinder doch aufgeklärt werden — aber wie? Auf Hintertreppen, auf den schmutzigsten Wegen, durch andere Schüler und Schülerinnen, die etwas älter sind, die etwas läuten gehört haben, aber nichts wissen, sondern nur vermuten und diesem ganzen Gebiete den Schleier der Lüsternheit, des Schändlichseins, der geheimen Schande geben, welcher erst recht die Neugier der Kinder reizt, so daß sie sich in einem Zustand des Viertel- und Achtel-Wissens befinden, was ihre Neugier viel mehr herausfordert als wenn ein Pädagoge in ruhiger und vernünftiger Weise die Sache behandeln würde.

Aber nicht bloß davon spricht Dr. Jerzabek, sondern er sagt: „Es hat mit der sogenannten Aufklärung überhaupt eine eigene Bewandtnis, man kann nicht genug vorsichtig sein" und er führt einen Fall an, daß, seitdem eine Zeitung — ich weiß nicht welche — über die Homosexuellen soviel geschrieben hat, deren Zahl viel größer geworden ist. Ich weiß nicht, ob man beweisen kann, daß die größere Zahl ihre Ursache in dieser Veröffentlichung hat, es können ja auch andere Gründe vorhanden sein. Ich stehe nicht auf diesem Standpunkte. Ich glaube, daß die Aufklärung da absolut nicht bedenklich ist und kann mich für den Kultus der heiligen Ignorantia nicht aussprechen. Die Göttin der Unwissenheit hat genug Opfer gerade auf diesem Gebiete gefordert. Millionen von unschuldigen Mädchen sind gerade, weil sie nichts wußten, in der Brautnacht für ihr ganzes Leben zugrunde gerichtet worden, sie sind zur Unfruchtbarkeit verurteilt worden, sie sind verurteilt worden, selbst krank zu sein und tote oder lebensunfähige, kranke, verkrüppelte, idiotische Kinder zur Welt zu bringen, sie sind von ihrem tripperkranken Mann angesteckt worden, mit schwerem Unterleibsleiden ist ihr ganzes Leben verwüstet und vernichtet und sie sind oft zur Kinderlosigkeit verurteilt worden. Millionen junger Männer sind gerade durch die Unwissenheit, mit der sie blind und ahnungslos dem Geschlechtstriebe, der sich mit der Reife mächtig regt, nachgegangen sind, infiziert worden und zugrundegegangen und alle diese Opfer schreien gegen diese bisherige Methode, daß man einfach über die lebenswichtigsten Fragen, über die Fragen des Werdens, über die Fragen der Zeugung, die mit so großen Gefahren verbunden ist, den Schleier des Geheimnisses breitet. Ich halte es für viel besser, wenn aufgeklärt wird, wenn Vorträge gehalten werden. Ich selbst habe im zweiten Kriegsjahre Dutzende von Vorträgen gehalten mit wissenschaftlich hergestellten Lichtbildern über die Geschlechtskrankheiten, wo das einemal Hunderte und Hunderte von Arbeitern, das anderemal Arbeiterinnen zusammengekommen sind, und niemals habe ich jemanden gesehen, der sich irgendwie sittlich verletzt gefühlt hätte, im Gegenteil, die Leute waren froh und haben sich bedankt, daß sie endlich einmal etwas gehört haben über die Gefahren, denen sie entgegengehen. Ich sage im Gegenteil: Weg mit dem Schleier der Prüderie, mit der Heuchelei, mit dem ganzen bisherigen System, das Goethe ausgezeichnet kritisiert in seinem Verse: „Man darf vor keuschen Ohren nicht nennen, was keusche Herzen nicht entbehren können!" Es ist im Gegenteil notwendig, die Leute aufzuklären, ihnen die Folgen dieses unvorsichtigen und wahllosen Geschlechtsverkehres zu zeigen, und ich sage ganz ruhig: mögen dabei auch Illusionen über die Liebe zum Teufel gehen, das ist viel besser, als daß sich fortwährend jedes Jahr die Syphilis und der Tripper und die dritte Geschlechtskrankheit Zehntausende und Hunderttausende von Opfern holen, sie körperlich und geistig ruinieren, die Spitäler und Irrenhäuser anfüllen.

Mit den Anträgen, die der Gesundheitsausschuß heute stellt, wollen wir zunächst das Gewissen der Regierung und des Hauses wecken und schärfen. Wenn nicht in großzügigster Weise die Geldmittel bewilligt werden, dann droht durch die Geschlechtskrankheiten die Vollendung des Ruins der Völker durch den Krieg und statt der Zivilisation, die wir vor dem Kriege noch gehabt haben, wird der Krieg uns und unsere Nachkommen die Syphilisation der Menschheit als traurige Erbschaft zurücklassen.

Meine Herren! In ihrem Romane „Die Waffen nieder!" hat Berta von Suttner zwei Figuren aufgestellt: einen General und seine Tochter. Die Tochter wird durch den Krieg zur Pazifistin, der General bleibt natürlich als Militär bei seinem Standpunkt, daß der Krieg sein müsse, und so oft die Tochter ihm sagt: „Vater, verfluche den Krieg!" so oft wehrt er es ab. Alle Greuel des Krieges haben ihn von seiner Wertschätzung des Krieges nicht abbringen können, wie aber die Cholera kommt, wie die Seuche unschuldige Frauen und Kinder und ihre Angehörigen in ekelhafter Weise dahinrafft, diese Tatsache, die Seuche als Gefolge des Krieges, bringt ihn dazu, daß er ausruft: „Ich verfluche den Krieg!" Nun, meine Herren, wir haben in diesem Kriege schon die Cholera und den Typhus, die Ruhr und den Flecktyphus gehabt, und wenn auch mit Freuden gesagt werden kann, daß diese Seuchen nicht die Ausbreitung gewonnen haben, die man befürchtet hat, so sind immer-

hin genug Menschen an ihnen gestorben. Sie spielen aber gar keine Rolle gegenüber der Verseuchung des Volkes, die heute schon besteht und noch droht, gegenüber der Verseuchung mit Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten. Wenn man sieht, wie diese Verseuchung der Menschheit durch die Tuberkulose und Geschlechtskrankheiten durch den Krieg mit Riesenschritten fortschreitet, wenn man neben dem ganzen Jammer, Elend und Schmerz, den der Krieg gebracht hat, neben dem Meer von Blut noch das Meer von Tränen sieht, verursacht durch den Schmerz, durch das Leid und durch die Reue, wenn man diese unschuldigen, schon verseucht geborenen Kinder, diese 14 bis 15-jährigen Mädchen, die infiziert sind und weiter infiziert werden, bis sie elendlich zugrunde gehen, wenn man die Bräute und die jungen Männer sieht, die ahnungslos und blind für ihr ganzes Leben unglücklich werden: wenn man diese Leiden der Einzelnen sieht, die Leiden der Gesamtheit der Menschen durch die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten, so versteht man nicht, daß nicht Hunderte von Millionen Menschen in ganz Europa aufstehen und immer in den Ruf ausbrechen: Fluch dem Kriege! und nicht verlangen, daß Friede geschlossen werde, damit alle Staaten ihre ganze Energie anwenden können, damit sie alle Mittel des Gesetzes und der Finanzen aufbieten und alle Energie verwenden können, um den einzig nötigen Krieg zu führen, daß sie mobilisieren für den einzig vernünftigen notwendigen Krieg, den Krieg gegen die Verseuchung der Völker.

In diesem Sinne, meine Herren, richte ich eine Aufforderung an die Regierung in der Hoffnung, daß sie bei dem Budget des Ministeriums des Innern zunächst die Mittel zur Verfügung stellt. Um wenigstens den Kampf gegen die Verseuchung zu beginnen, beantrage ich, die Anträge des Gesundheitsausschusses anzunehmen.

Bezüglich der Resolutionen, die gestellt wurden, beantrage ich, sie sämtlich dem Gesundheitsausschusse zur Beratung zuzuweisen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung.

Der Gesundheitsausschuß hat einen Resolutionsantrag gestellt. Wünschen die Herren denselben noch einmal zu hören? *(Niemand meldet sich.)* Da dies nicht der Fall ist, bitte ich diejenigen Herren, welche dem Antrage des Gesundheitsausschusses zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Antrag des Gesundheitsausschusses ist angenommen.

Der Herr Berichterstatter beantragt, die während der Debatte gestellten Resolutionsanträge dem Gesundheitsausschusse zuzuweisen. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Resolutionen sind zugewiesen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, das ist der

Antrag des Finanzausschusses auf Erlassung eines Gesetzes, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens *(708 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Hummer** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Ich habe meinem schriftlichen Berichte nichts hinzuzufügen und behalte mir vor, auf die während der Debatte auftauchenden Anschauungen zu reflektieren. Ich bitte das hohe Haus, den Antrag, wie er vom Ausschusse gestellt wurde, anzunehmen.

**Präsident:** Ich schlage vor, die Generaldebatte und Spezialdebatte unter Einem durchzuführen. Wenn keine Einwendung dagegen erhoben wird, werden wir in der Weise vorgehen. *(Zustimmung.)* Ferner beantrage ich, die Rededauer auf 30 Minuten zu beschränken. Ich bitte diejenigen Herren, welche dem zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Es haben sich zum Worte gemeldet, und zwar pro die Herren Abgeordneten Schiegl und Eisenhut, kontra der Herr Abgeordnete Starck.

Es hat sich Seine Exzellenz der Herr Finanzminister zum Worte gemeldet; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Finanzminister Dr. Freiherr v. **Wimmer**: Hohes Haus! Die Anträge des Ausschusses bedeuten eine einschneidende Änderung des bisherigen Rechtszustandes betreffs der Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten.

Ich möchte zunächst mit Befriedigung konstatieren, daß bezüglich der finanzpolitischen Ziele, die der Ausschuß mit seinen Anträgen verfolgt, mit der Regierung Übereinstimmung besteht; die Grundtendenz dieses Antrages entspricht durchaus den Intentionen der Regierung, denn, meine Herren, es wäre gewiß verfehlt, unter den heutigen Verhältnissen, wo man wirklich der Bevölkerung die schwersten Abgabenlasten auferlegen muß, gerade gegenüber dem Rennsport mit einer gewissen Schüchternheit aufzutreten. Aber, meine Herren, eines darf nicht vergessen werden: es gibt eine Schranke, die nicht überschritten werden soll, und

diese besteht darin, daß die Steuer das Steuerobjekt nicht vernichten darf.

Als die Regierung mit der Kaiserlichen Verordnung vom 29. August 1916 den Versuch machte, das Gebiet der Wettgebühren auszubauen, fehlte noch einigermaßen die Erfahrung über die Tragfähigkeit dieses Steuerobjektes. Seither hat sich das System, das wir in der Kaiserlichen Verordnung angewendet haben, eingelebt und bewährt.

Im ersten Jahre der Wirksamkeit dieser Kaiserlichen Verordnung hat sich eine Steigerung der Gebühren von diesen Wetten von 2 auf 8 Millionen Kronen ergeben. Es mögen ja einigermaßen die Verhältnisse der Geldflüssigkeit dazu beigetragen haben, daß die Wettrennen lebhafter besucht waren und mehr gewettet wurde, aber zweifellos ist der Hauptanteil dieses Ansteigens auf das Vierfache auf die Bestimmungen dieser Kaiserlichen Verordnung zurückzuführen. Der Erfolg, den die neue Regelung gehabt hat, läßt allerdings annehmen, daß das Gebiet der Wettgebühren noch weiter ausgestaltet werden kann und daß da wirklich ein Steuerobjekt vorhanden ist, aus dem noch etwas herauszuholen ist. Ich glaube aber, daß es richtig wäre, nachdem man mit dem System, das wir in der Kaiserlichen Verordnung angewendet haben, einen zweifellos günstigen Erfolg erzielt hat, auf derselben Bahn weiterzuschreiten. Ich würde mich einer weiteren Ausgestaltung gegenüber durchaus nicht ablehnend verhalten. Man könnte beispielsweise unter Beibehaltung des Systems die progressive Skala der Gewinstgebühr noch weiter ausgestalten, man könnte einen höheren Prozentsatz anwenden und in den höchsten Stufen noch weitergehen wie bisher, man könnte auch, ich möchte sagen, nach unten greifen und die sogenannten Favoritwetten, die ja die Masse bilden und die jetzt von der Gewinstgebühr nicht getroffen werden, auch zur Besteuerung heranziehen. Ich glaube, es wäre innerhalb des Systems, das durch die jetzt geltende Kaiserliche Verordnung aufgestellt wurde, finanziell noch sehr vieles zu erzielen.

Der Finanzausschuß hat aber dieses System verlassen; im wesentlichen besteht der Unterschied darin, daß nach dem jetzt geltenden System die Höhe der Gewinstgebühren in Beziehung gebracht ist zu dem Verhältnisse zwischen Einsatz und Quote, während der Finanzausschuß die Gebühren nach der absoluten Höhe des Gewinnes nehmen will. Wenn man 500 K als Gewinn ausbezahlt bekommt, so ist es nach den Anträgen des Finanzausschusses gleichgültig, ob man diesen Gewinn mit einem Einsatze von 10 oder 400 K erzielte, während das System, das gegenwärtig zu Recht besteht, das Verhältnis zwischen Quote und Einsatz der Besteuerung zugrunde legt, was nach meiner Meinung dem aleatorischen Charakter der Rennwetten besser entspricht.

Ich habe grundsätzliche Bedenken gegen das System, das der Ausschuß anwendet, ich habe aber noch ernstere Bedenken gegen die Höhe der Abgabensätze und ich fürchte sehr, daß diese Abgabensätze direkt prohibitiv wirken würden. Beispielsweise würde nach den hier vorliegenden Anträgen bei Totalisateurwetten in der Freudenau zu entrichten sein: von den Gesamteinsätzen ein Betrag von 10 Prozent für den Staat, 4 Prozent für die Gemeinde, 7 Prozent für den Jockeyklub, das macht zusammen 21 Prozent. Dazu kommt eine Gewinstgebühr von 20 bis 40 Prozent; das heißt, daß diese Wetten teils mit 21 Prozent; teils mit 41 bis 61 Prozent belastet sind. Analog ist die Sache betreffs der Buchmacherwetten.

Es liegen gewisse Erfahrungen bezüglich der Erhöhungen der Besteuerung des Totalisateurs und der Tragfähigkeit dieses Steuerobjektes vor. Wir haben bei uns in Österreich im Jahre 1898 in Wien einen städtischen Zuschlag zum Totalisateur eingeführt. Die Folge war ein Rückgang von 1·2 Millionen auf 900.000 K. In Deutschland ist die Sache besonders interessant. Im Jahre 1891 wurde eine 5prozentige Totalisateursteuer eingeführt. In diesem Jahre sind die Einsätze von 24·4 auf 12 Millionen Mark zurückgegangen. In einem späteren Jahre ist eine Erhöhung der Totalisateursteuer von 5 auf 10 Prozent erfolgt, die Einsätze sind weiter auf 8·7 Millionen zurückgegangen. Eine weitere Erhöhung der Steuer auf 16⅔ Prozent hatte die Folge, daß ein Rückgang der Einsätze auf 4·8 Millionen eintrat. So sind die Einsätze sukzessiv bei fortwährend steigenden Steuersätzen von 24·4 auf 4·8 Millionen zurückgegangen. Endlich hat man sich im Jahre 1905 entschlossen, die Besteuerung auf die Hälfte herabzusetzen und die Folge war, daß in einigen Jahren bis 1909 die Einsätze wieder die alte Höhe von 24·4 Millionen Mark erreicht haben.

Meine Herren! Die prohibitive Wirkung einer so hohen Abgabe auf die Rennwetten hätte ja sehr viel für sich und ich muß gestehen, daß sie mir eigentlich gar nicht unsympathisch wäre. Vom sozialpolitischen Standpunkte aus sind die Wetten jedenfalls nicht zu fördern und ich bin ein entschiedener Gegner jeder Art der Lotterie und des Spieles. *(Abgeordneter Dr. Redlich: Wir haben zwei!)* Ja, trotzdem bin ich ein Gegner. Wenn man dieses Ziel erreichen, wenn man also prohibitiv wirken und auf diese Weise die Rennwetten beseitigen könnte, so wäre vielleicht der Vorschlag, wie er vorliegt, annehmbar. Allein es ist klar, meine Herren, wenn der Antrag des Ausschusses angenommen wird, werden wir wesentlich geringere Einnahmen haben, wir werden weiters ein Ziel, das mit der Vorlage verfolgt wird, nämlich die Einschränkung des Winkelwettwesens, natürlich nicht erreichen, sondern

im Gegenteil das Winkelwettwesen fördern *(Zustimmung)*, und es wird noch eine weitere Wirkung eintreten. Ich messe nämlich der sozialpolitischen Wirkung der prohibitiven Festsetzung der Sätze deshalb keinen zu großen Wert bei, weil, wenn nicht hier gewettet wird — außer in den Winkelwettbureaus — die Wetten der Inländer in Ungarn oder sonst im Auslande abgeschlossen werden; überdies dürften unsere Wettrennen, die immerhin namentlich für Wien und auch für andere Orte eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung haben, zum Teil nach Ungarn auswandern.

Ich sehe also wirtschaftliche und staatsfinanzielle Nachteile, wenn diese prohibitiven Sätze angenommen werden, und ich kann infolgedessen sowohl vom staatsfinanziellen als auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus den Ausschußantrag nicht der Annahme empfehlen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Simon Starck.

Abgeordneter **Starck:** Hohes Haus! Seine Exzellenz der Herr Finanzminister hat ein sehr bedeutendes Wort gesprochen, welches dahin lautet, daß die Besteuerung nicht zu hoch gehen darf, um das Objekt nicht zu vernichten. Es wäre nur zu wünschen, daß es möglich sein könnte, für alle Zukunft diesen köstlichen Satz auf alle Besteuerungen anzuwenden, die den Bürger in jeder Richtung treffen.

Nun zur Sache: Das Totalisateurgesetz, wie es uns hier vorliegt, hat gewiß auch den Zweck, nicht nur dem Staate Steuern zuzuführen, was ganz gerechtfertigt ist, sondern es sollte meiner Ansicht nach auch dazu beitragen, Tausende von Menschen, die im Laufe der Jahre gar nicht mehr zu zählen sind, davon abzuhalten, daß sie dem Sporte, das heißt richtiger gesagt, der Leidenschaft, dem Spiele zum Opfer fallen. In Wien sind es nicht die hochgeehrten Menschen, die im Jockeyklub vereinigt sind, sind es nicht diejenigen, welche sich vielleicht in einer geheimen oder öffentlichen Aktiengesellschaft beim Wettspiele befinden — mag sein, daß es einzelne im Laufe der Jahre trifft —, sondern in Wien sind es Tausende von Arbeitern, die in der Freudenau am Spiele teilnehmen, oft den ganzen Wochenlohn hintragen und Elend, Jammer, Not, Verzweiflung und Familienzwist sind dann zu Hause in der Familie. Wie dem abzuhelfen ist, sollte Aufgabe des Gesetzgebers sein, nicht aber die Sorge um die Sonntagsmenschen, die, wie wir beobachten können, in jenem Reiche wohnen, in dem die Sonne nicht untergeht, die ihr Glück finden, sei es nun auf Reisen, auf Jagden, sei es aber auch beim Spiele auf den Wettrennplätzen. Der Rennsport an und für sich ist gewiß nicht zu verurteilen; man mag manches zugeben, was die Herren von den Zeitschriften der Sportzeitungen sagen, aber die Besucher werden geplündert und ausgeraubt, weniger diejenigen, die hohe Summen setzen können, als diejenigen, die kleine Summen setzen. So war es angezeigt, daß, wenn ich mich recht erinnere, im Jahre 1905 eine Broschüre erschienen ist unter dem Titel: „Der Totentanz am Turf" — ich glaube von den beiden Redakteuren Wolf und Bader vom „Extrablatt" herausgegeben. Wir konnten damals beobachten, daß diese Broschüre die Seele des Volkes erfaßte; die unermeßlichen Opfer, die da geschildert wurden, zeigten die ungeheure Bedeutung dieser Broschüre. Aber die Auflage ist verschwunden, die Buchmacher kauften sie en masse auf, es war unmöglich, ein zweites Exemplar zu kaufen; und die Öffentlichkeit weiß nichts davon, wenigstens die große Öffentlichkeit nicht, wie richtig, wie sicher die Opfer des Totentanzes am Turf geschildert worden sind.

Gewiß, der Rennsport, der aus Persien eingeführt wurde, die ersten Wettrennen, die beim Fest des persischen Sonnengottes Mitra abgehalten wurden und später von Herakles in Griechenland eingeführt worden sind, in England erst später im 19. Jahrhundert, diese Wettrennen mögen ja an und für sich eine Berechtigung haben. In Österreich dauern sie aber sozusagen das ganze Jahr hindurch. Wer den Rennplatz zum ersten Mal besucht, ist hypnotisiert und kann vom Glück reden, wenn er rechtzeitig vom Besuche den Rennplatzes abgehalten wird. Unrettbar erfaßt ihn die Spielleidenschaft und er leidet Schiffbruch. Tatsächlich sieht man, daß solche Personen, zumal wenn sie dem Mittelstand und dem Arbeiterstand angehören, unrettbar für das Leben verloren sind, nicht nur deshalb, weil sie durch die Spielleidenschaft und durch die Buchmacher um ihr ganzes Vermögen gebracht werden, sondern weil sie auch seelisch zusammenbrechen. Das Familienleben eines zugrundegegangenen Spielers ist unbeschreiblich und keine noch so glänzende Feder könnte dieses jahrzehntelange Elend schildern, dem nur der Tod endlich ein wohltätiges Ende bereitet. Die Spielgewinnsteuer dürfte ja mehr den Totalisateur treffen, während die Großen, die sozusagen die Lizenz besitzen, verschont bleiben. Der Kern der Turfvampyre wird nicht erfaßt. Heute bestehen Buchmacherlizenzen, die von Jockeyklubs und von Trabrennvereinen ausgestellt sind, ja es sind sogar Statuten vom Ministerium des Innern genehmigt worden für Wettrenngesellschaften und Buchmachergesellschaften, nur mit der Einschränkung, daß die Annahme von Wetten bloß auf dem Territorium des Jockeyklubs erfolgen darf. Es soll sogar zu diesem Zwecke eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet werden, nur dürfen außerhalb des Territoriums keine Wetten angenommen werden.

Daher konnten sich unerhörte Vorgänge abspielen. Es besteht gar nicht die Absicht, dieses Turfwesen in seiner Wurzel zu treffen und es dahinzubringen, daß tatsächlich nur die höchsten Herrschaften sich nicht nur an den Wettrennen, sondern auch an dem Spiele beteiligen. Offen gestanden könnte man nicht viel dagegen einwenden, wenn die hohe Gentry, die hohen Grafen und Fürsten und andere Spielmenschen — es sind nicht nur Grafen und Fürsten, sondern auch Bürgerliche, die reich geworden sind — ein Vergnügen daran finden, am Turf zu gewinnen oder auch zugrunde zu gehen; wenigstens wird ein Teil dieser Menschen, wenn sie ihr Vermögen verloren haben, wieder einer produktiven Arbeit zurückgegeben, mit Ausnahme derjenigen, die es nicht vertragen können, arm zu werden, und sich das Leben nehmen. Ebenso wie hier eingewendet wurde, daß man nicht durch zu hohe Steuersätze die Einrichtung der Wettrennen vernichten darf, damit sie nicht auswandern, was tatsächlich eintreten könnte, muß man der Auffassung zustimmen, daß wir mit diesem Gesetz nicht viel ändern werden. Manche Bestimmungen finde ich ja in gewisser Richtung vollständig belanglos und es wird dadurch gar nichts geändert werden.

Die wenigen Kronen, und wenn es selbst Millionen betragen würde, die der Staat annimmt, werden ebenfalls an der Sachlage nichts ändern. Denn die Herren verstehen es ja, auf andere Art und Weise die Gesetzgebung zu umgehen und dadurch weiter ihren Leidenschaften zu frönen, sie verstehen es weiter, das Volk ins Unglück zu stürzen. Wir sehen nun, daß schon früher gegen die gefährliche Arbeit, gegen die Turfvampyre Stellung genommen worden ist. Es ist ja nicht bloß das Gesetz, das heute geschaffen werden soll, es existiert eine Polizeiverordnung, die seit Jahren, seit Jahrzehnten umgangen wird, um die sich kein Mensch bekümmert, um die sich selbst der hohe Polizeipräsident nicht mehr kümmern kann, und zwar die Kundmachung der k. k. Polizeidirektion vom 17. März 1905, Z. 366 A. B. Da heißt es *(liest)*:

„Aus öffentlichen Interessen findet sich die Polizeidirektion bestimmt, das Verbot der Errichtung und Haltung sogenannter Rennwettbureaus (Winkeltotalisateure, Turfagenturen) zu erlassen.

Aus gleichen Gründen dürfen, mit Ausnahme des Totalisateurs auf beiden Wiener Rennplätzen und der vom Jockeyklub lizenzierten Buchmacher, Rennwetten welcher Art und Bedingung immer innerhalb des Wiener Polizeirayons unter keinen Umständen weder auf den Wiener Rennplätzen selbst, noch außerhalb derselben, weder für eigene Rechnung und Gefahr, noch für Rechnung und Gefahr dritter Personen oder Unternehmungen gewerbsmäßig eingegangen, angenommen oder vermittelt werden. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Wettrennen oder Wettfahren im In- und Auslande stattfinden.

Desgleichen ist das gewerbsmäßige Zusammenstellen von Wetten, sei es von Totalisateurwetten oder von Wetten auf eigene Gefahr und Rechnung (Wetten in sich) unter allen Umständen, sowohl auf den beiden Wiener Rennplätzen selbst, als auch außerhalb derselben verboten.

Die vom Jockeyklub lizenzierten Buchmacher dürfen ihre auf den Abschluß von Rennwetten errichtete Tätigkeit nur auf dem Rennplatz in der Freudenau selbst oder in ihrer hiesigen Privatwohnung ausüben.

Die Außerachtlassung dieses Verbotes, welches sofort in Kraft tritt, wird bei sämtlichen an dem Eingehen, der Annahme oder Vermittlung von Rennwetten beteiligten Personen, auch wenn sie nur vereinzelt Wetteinsätze geleistet haben, auf Grund des § 7 der Kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854, R. G. Bl. Nr. 96, und im Sinne des § 11 dieser Verordnung mit einer Ordnungsstrafe bis zu 200 K oder bis zu 14tägiger Anhaltung geahndet.

Diese Kundmachung tritt an Stelle der hieramtlichen Kundmachung vom 9. April 1901, Z. 33966/A. B. in Kraft."

Diese Verordnung also ist viel klarer, viel wichtiger und entschiedener, als das heutige Gesetz, das uns vorliegt. Daß sie leider nicht eingehalten werden konnte und aus welchen Gründen, mag dahingestellt bleiben, vielleicht hängt es mit der Entwicklung des Rennsportwesens in Amerika, England, Frankreich, Österreich und Deutschland zusammen, vielleicht auch, daß nur die hohen und gewaltigen Herren, denen Milliarden zur Verfügung stehen, es famos verstanden haben, das Gesetz zu umgehen. Denn der alte Volkswitz sagt ja schon, nur die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen.

Wir finden weiter ebenfalls sehr wichtige Sachen, und zwar im Reichsgesetzblatte. Außer dieser Polizeiverordnung finden wir ferner, wie wichtig es ist, daß der Sache nachgegangen wird, wir finden, daß die Turfagenturen nicht geschlossen wurden, sondern von den Behörden selbst mit Genehmigungen beteilt wurden, und zwar im Jahre 1905. Die Buchmacher, die hier in Österreich eine große Rolle spielen und von denen heute noch welche vorhanden sein dürften, die die Unterstützung durch die Sportzeitung und durch gewisse Leute in Baden genießen, diese Buchmacher, die von dieser Gesetzgebung wenig getroffen werden dürften, heißen *(liest)*:

1. J. Dobrin & Co., I., Giselastraße 4 und 6; Filialen: Budapest, IV., Kossuth Lajos utcza Nr. 14—16; Prag, Graben 6. Wohnungsadresse nicht zu ermitteln.

2. Karl Edelstein, II., Praterstraße 35; Filialen: Budapest, VIII., Rákóczi-ut. 19; Baden, Kaiser Franz Josefstraße 51. Wohnung: VI., Mariahilferstraße 1c.

3. Armand Fehr, I., Kärntnerring 2; Filialen: Budapest, Teréz-körut 1c; Prag, Graben 14. Wohnung nicht zu ermitteln.

4. Alexander Frankl, I., Brandstätte 5; Filialen: Baden, Weilburgstraße 4; Triest, Piacca Borsa 3. Wohnung im I. Bezirk, Mölkerbastei.

5. J. Goldstein, I., Rotenturmstraße 25; Filialen: Budapest, Rákoczy-ut. 19; Baden, Kaiser Franz Josefstraße 51; Triest, Corso 19. Wohnung nicht zu ermitteln.

6. Ludwig Gyöngy, I., Annagasse 3a. Wohnung im II. Bezirk, Czerningasse.

7. Artur Horner, I., Krugerstraße 4; Filialen: Budapest, Elisabeth-Ring 4. Wohnung nicht zu ermitteln.

8. J. H. Kraus & Co., II., Praterstraße 33. Wohnung nicht zu ermitteln.

9. Ernst Lackenbacher, I., Rotenturmstraße Nr. 29. Wohnung: I., Singerstraße 2.

10. Adolph Löwit, VI., Esterhazygasse 33. Wohnung nicht zu ermitteln; er soll übrigens nur als Leiter dieser Filiale für Lackenbacher dienen.

11. Eduard Popper, I., Karlsplatz 2; Filiale: Budapest, VII., Elisabeth-Ring 1. Wohnung nicht zu ermitteln.

12. Josef Schloß, I., Führichgasse 4. Wohnung soll im VI. oder VII. Bezirk sich befinden.

Das ist natürlich nur eine kleine Anzahl, denn es ist sehr schwer, den eigentlichen Vampyren des Turfsystems nachzuspüren, die wirklich an dem vielen Unheil Schuld tragen, wie wir es in Österreich beobachten können. Es ist daher anzunehmen, daß mit dem gegenwärtigen Gesetze, das der Herr Berichterstatter in seiner Berichterstattung so kurz behandelt hat, nicht die Großen, sondern vielmehr nur die Kleinen getroffen werden, und dabei wird der Staat ebenfalls nicht auf seine Kosten kommen, weil diese es auch lernen und verstehen werden, das Gesetz weiter zu umgehen.

Wir finden ferner ausdrücklich, daß das Vermitteln von Wetten auch nach einer besonderen Kundmachung des Wiener Trabrennvereines untersagt ist. Den Buchmachern ist es strenge verboten, für die Vermittlung von Wetten irgendwelche Provisionen auszubezahlen. Dieser Bericht erschien in der „Sportzeitung" vom 9. März 1911. Die Herren berufen sich darauf, daß die Polizeiordnung eingehalten wurde, sie berufen sich darauf, daß sie das gemacht hätten, was das Gesetz vorschreibt. Es ist aber nicht der Fall. Wir finden, daß eines der wichtigsten Mittel die Aufklärung, um noch einmal darauf zurückzukommen, die Broschüre „Der Totentanz am Turf", im Verlage von Eibenschütz in Wien, zunichte gemacht worden ist. Der ganze Vorrat wurde im In- und Auslande aufgekauft. Wieso das möglich war, weiß ich nicht, aber von den Buchmachern ist es auf jeden Fall ausgegangen. Ich sage nun, daß tatsächlich Gefahr im Zuge und daß es notwendig ist, aus dem Leben der Turfvampyre hier noch mehr zu lernen. Nur auf eines will ich noch verweisen, um die Zeit nicht zu vergeuden. In Wien wurden im Jahre 1905 von den Kleinen, von Turfagenten nur an Platzgeldern 5000 bis 6000 K gezahlt.

Heute sind die Platzgelder gestiegen auf 20.000, 30.000 K und mehr. Sie zahlen auch 20.000 und 30.000 K Erwerbs- und Personaleinkommensteuer. Man sieht also, daß sich ihr Gewinn auf mehr als 800.000 K jährlich beläuft. Das ist nicht allein durch das ehrliche Wetten zu verdienen, sondern nur durch die berühmten Tricks, die auf den Wettrennplätzen sich abspielen, wovon besonders die arme Wiener Bevölkerung betroffen wird, soweit sie sich an den Wettrennen als Zuschauer oder als Mitspieler beteiligt.

Da ist zum Beispiel der Schwindel, daß ein Pferd, auf das Hunderttausende von Kronen gesetzt worden sind, plötzlich ausschlägt oder gestrichen wird, es kommt gar nicht zur Vorführung und die kleinen Leute, die 10, 20 und 100 K gesetzt haben, bekommen das Geld nicht zurück. Sie könnten wegen Betruges klagen, aber auch hier herrscht eine gewisse Kaste. Sie können und dürfen nicht klagen, weil sie sonst auf geheimnisvolle Art von der weiteren Beteiligung am Spiele ausgeschlossen werden.

Man sieht, daß es schon notwendig ist, irgendein Gesetz zu schaffen, und ich möchte sagen, im Geiste der Verordnung der Wiener Polizeidirektion, die ich vorhin zitiert habe.

Ich will, bevor ich schließe, nur noch einiges in dieser Richtung zur Aufklärung beitragen.

Während nun beim Totalisateur ein Tikett mit 100 K als Höchstbetrag auf ein Pferd erworben werden kann, so kann man beim Buchmacher auf ein Pferd 5 und 10.000 K, ja sogar 50.000 und noch mehr setzen. Naturgemäß steigt das Interesse, sowohl beim Buchmacher als auch beim Wettenden, je höher der Betrag ist, welcher auf ein Pferd gespielt wurde. Daß die Umsätze bei einem Buchmacher oft fabelhafte Summen betragen, beweist wohl am besten der Umstand, daß jeder Buchmacher für einen Renntag ein Platz- oder sogenanntes Standgeld von 5000 bis 6000 K bezahlt. Also für eine Zeit von vier Stunden; pro Stunde also netto 1500 K. Nachdem in einem Jahre ungefähr 100 Renntage abgehalten werden, so macht dies bei einem Buchmacher allein den hübschen Betrag von 500.000 bis 600.000 K aus. Also mindestens eine

albe Million Kronen. Bei allen zwölf Buchmachern und 6 bis 7 Millionen Kronen im Jahre. Ferner ezahlt jeder Buchmacher auf Grund seiner Angaben ugestandenermaßen zirka 20.000 bis 30.000 K rwerb- und Personaleinkommensteuer, was mineſtens einem Jahresverdienst von 250.000 K entricht. Also einer Viertelmillion Kronen. Alle zwölf Buchmacher zusammen zahlen daher im Jahre eine Steuer von ungefähr 360.000 K, was einem Gemteinkommen von ungefähr drei Millionen Kronen leichkommt. Da jedoch die Buchmacher keiner öffentchen Rechnungslegung unterworfen sind, so dürfte as wahre Einkommen bedeutend höher, wenn nicht oppelt so groß sein.

Berechnet man demnach das Jahreseinkommen ines einzelnen Buchmachers, so ergibt sich:

| | |
|---|---|
| Sein Standgeld im Betrage von | 600.000 K |
| seine zugestandene Steuer von | 30.000 „ |
| sein Mindestreingewinn von | 250.000 „ |
| so daß sich ein Bruttoverdienst von | 880.000 „ |

indestens ergibt, alle zwölf Buchmacher demnach inen Bruttoverdienst von mindestens zehn Milonen, 560.000 K im Jahre haben.

Diese Summe geht Jahr für Jahr mindestens em Volksvermögen verloren, um in die weiten Taschen der einzelnen Vampyre zu verschwinden. Das ildet jedoch noch lange nicht den Jahresumsatz. m diesen Reingewinn zu erzielen, muß zumindest r Umsatz zehnfach in Berechnung gezogen werden, nd da kommen wir zu der wahnsinnig hohen Summe von 105,600.000 K. Also rund 100 Milonen Kronen jährlich beträgt die Summe der Spielleidenschaft bei den Anhängern der Turfgemeinde. Was sind gegen solche Ziffern die kleinen Winkeltotalisateure mit ihren 50 h-Einsätzen! Wahrich, niemals hätte man das Sprichwort besser anenden können wie in diesem Falle: Daß die Kleinen man hängt und die Großen laufen läßt.

Ich will mich mit weiteren Vorlesungen nicht ehr beschäftigen, sondern nur ganz kurz auf olgendes zu sprechen kommen. Wir finden, daß es uch Pseudonyme gibt. Da ist eine neue Rennesellschaft, die damals existierte und auch heute noch xistiert, die hatte den Namen Olympia Comp. Daß s sich hier um seriöse Sportsnamen handelte, ist lbstverständlich und daß es unter solchen Umständen unmöglich ist, diese Buchmacher, die ich enannt habe, zu treffen, liegt klar auf der Hand.

Es wird daher wohl das beste sein, ähnlich ie in Amerika, überhaupt gewisse Spiele zu verieten. Aber auch in Amerika hat es nichts genützt, eil es schließlich im geheimen oder in der Wohung, meilenweit weg vom Rennplatz abgemacht urde. Kurz und gut, wir sehen, daß wir uns gentlich entschließen müßten, ein ganz anderes Gesetz aufzubauen, und zwar im Geiste der Verordnung der k. k. Polizeidirektion in Wien, welches verhütet, daß Tausende und Abertausende von armen Leuten den Vampyren der Turfgesellschaften zum Opfer fallen, welche tatsächlich von Betrug, Schwindel und allen möglichen demoralisierenden Einflüssen leben. Die Bessergestellten, die Fachleute im großen Stil, die bei den Wettrennen spielen, werden ja, wie erwähnt, nicht so sehr getroffen. Sie kennen sich aus, sie wissen im voraus, wie die Sache ablaufen wird, und wenn sie einmal durch Zufall verspielen, dann werden sie das nächstemal wieder gewinnen. Aber die Hunderttausende der Kleinen, die bleiben die Opfer und es sind dann neben den Buchmachern auch die Totalisateure auf allen Wettrennplätzen, sowohl in der Freudenau, wie in Budapest und Karlsbad, die direkt von der Dummheit der Leute leben, die alles glauben und in ihrer Spielleidenschaft die letzten 10 K hingeben und so betrogen und ruiniert werden, nicht nur an ihrem Vermögen, sondern auch an ihrer Gesundheit und ihrem Familienglück.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Redner, die Zeit ist abgelaufen.

Abgeordneter **Starck** *(fortfahrend)*: Ich komme zum Schlusse. Ich kann nur der Meinung zustimmen: Machen Sie die höchsten Strafen oder die höchsten Steuersätze und fügen Sie noch Arreststrafen hinzu, so wird es so sein, wie Seine Exzellenz der Herr Finanzminister ausgeführt hat, daß die Wettrennplätze nach Ungarn werden verlegt werden. Der König von Ungarn wird dann nicht imstande sein, dem Kaiser von Österreich es zu verbieten oder umgekehrt. Wir werden es daher erleben, daß in dieser Richtung zum Teile tatsächlich ein Schaden für die Bevölkerung entstehen und den Kommunen und dem Staate Einnahmen verlorengehen werden. Es muß daher noch einmal überlegt werden, bevor wir Arreststrafen oder hohe Geldstrafen festsetzen. Die Herren zahlen das schließlich, aber sie wissen sich zu helfen. Infolgedessen bin ich der Meinung, daß es notwendig sein wird, eine Reform vorzunehmen, die dahin geht, es zu ermöglichen, daß das arme Bürgertum und die Arbeiter den Turfvampyren nicht weiter zum Opfer fallen können. *(Bravo!)*

**Präsident:** Es ist mir folgender Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Seidel überreicht worden *(liest)*:

„Im § 4 haben zu entfallen die Worte: „„welche bei Gewinnen bis 500 K 20 Prozent, über 500 K bis 2000 K 25 Prozent, über 2.000 K bis 6.000 K 30 Prozent, über 6.000 K bis 12.000 K 35 Prozent““ und das Wort: „„beträgt““ am Schluß des ersten Absatzes.

Dagegen sind im § 4, nach dem Worte: „„Gewinstgebühr““, einzuschalten die Worte: „„von 20 Prozent““.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Antrag unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Schiegl.

Abgeordneter **Schiegl:** Hohes Haus! Der Krieg fordert nicht nur unersetzliche Opfer an Blut, sondern er stellt auch ungeahnte finanzielle Anforderungen an die kriegführenden Staaten. Während alle anderen kriegführenden Staaten sofort daran geschritten sind, die Ausgaben mit den Einnahmen in einen gewissen Einklang zu bringen, wurde in Österreich sehr lange zugewartet, bis überhaupt ein Finger gerührt wurde, um die finanzielle Lage des Staates halbwegs ins Gleichgewicht zu bringen.

Der Absolutismus hat in dieser Beziehung sehr viel verschuldet; erst nach zwei Kriegsjahren ist man daran geschritten, die Kriegsgewinner heranzuziehen. Alle Steuervorlagen, die bis heute dem Hause unterbreitet wurden, sind nichts anderes als Kaiserliche Verordnungen, die während der Zeit des Absolutismus erlassen wurden.

Wir sehen, daß die gegenwärtige Regierung noch immer nicht den Gedanken aufkommen ließ, daß es endlich notwendig sei, die Einnahmen mit den Ausgaben in wirklichen Einklang zu bringen. Infolgedessen kann der Finanzausschuß nichts anderes tun, als die vorliegenden Kaiserlichen Verordnungen einer Verbesserung zu unterziehen. Die Regierung hat zwar die Ausrede, daß sie noch nicht lange im Amte ist und infolgedessen noch nicht in der Lage war, dem Hause irgendeinen Finanzplan vorzulegen. Wir können aber diese Ausrede nicht gelten lassen, weil wir der Meinung sind, daß die Regierung in dem Augenblicke, wo sie das Amt angetreten hat, auch die volle Verantwortung für das übernimmt, was im österreichischen Staat geschieht.

Wir wissen alle, daß das ganze Steuersystem bei uns verfehlt ist; die Besteuerung setzt nicht an der Quelle ein, mit Ausnahme einer Steuer, der Personalsteuer hinsichtlich der Dienstbezüge, wo wirklich die Besteuerung an der Quelle erfolgt. Alle anderen Steuerobjekte werden nicht an der Quelle erfaßt und infolgedessen geschehen sehr viele Steuerdefraudationen. Wir müssen auch beobachten, daß die hohe Regierung, wenn es sich darum handelt, die Kaiserlichen Verordnungen in dem Ausschuß zu behandeln, nicht mit dem nötigen Nachdruck dafür eintritt, daß eine Verbesserung der Kaiserlichen Verordnungen erfolge. Wir müssen nach dieser Richtung hin konstatieren, daß diese Regierung mehr oder weniger eine passive Rolle spielt und es dem Finanzausschuß überläßt, Verbesserungen der Kaiserlichen Verordnungen vorzunehmen.

Wenn wir nun die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1916, betreffend die Totalisateursteuer, näher betrachten, so ist es ganz unfaßlich, wie die Regierung nach zwei Jahren Krieg eine solche Kaiserliche Verordnung erlassen konnte. Würde der Jockeiklub jene Kaiserliche Verordnung verfaßt haben, so, meine ich, könnte er keine zartere Rücksichtnahme auf seine Klubmitglieder haben walten lassen, als in diesem Falle die hohe Regierung getan hat.

Im Jahre 1913, wo die hohe Regierung ein Gesetz über die Totalisateursteuer vorlegte, ist sie noch auf dem Standpunkte gestanden, die Einsatzgebühr, die seit dem Jahre 1890 5 Prozent beträgt, auf 8 Prozent zu erhöhen.

Die Kaiserliche Verordnung, die am 29. August 1916 erlassen wurde, sieht nur eine Einsatzgebühr von 5 Prozent vor, und zwar in bezug auf den Totalisateur, während in bezug auf die Buchmacher eine lächerlich geringe Summe angesetzt ist. Die Einsatzgebühr beträgt bei einem Einsatze von 50 K beim Totalisateur 2·5 K, bei den Buchmachern 20 h; und so geht es fort, so daß bei einem Einsatze von 100.000 K beim Totalisateur 5000 K Einsatzgebühr zu bezahlen ist, beim Buchmacher aber bloß 20 K, obwohl gerade bei den Buchmachern die allergrößten Wetteinsätze erfolgen.

Die Gewinstgebühren hat die Regierung in dieser Kaiserlichen Verordnung aus dem Beschluß des Herrenhauses herübergenommen. Während im Abgeordnetenhause eine um 50 Prozent höhere Gewinstgebühr beschlossen wurde, hat das Herrenhaus diese Gebühr um 50 Prozent reduziert und die hohe Regierung hatte nichts anderes zu tun, als den Beschluß des Herrenhauses in die Kaiserliche Verordnung herüberzunehmen. Diese ganze Skala der Gewinstgebühren ist unserer Ansicht nach eine vollständig verfehlte. In dieser Skala ist zwar eine Progression vorgesehen, aber diese Progression wirkt in der Aufstellung, wie sie sich in der Kaiserlichen Verordnung vorfindet, bei den höheren Gewinsten, wo es sich um das Vielfache des Einsatzes handelt, in Wirklichkeit degressiv, weil in allen jenen Fällen, die das 25fache des Einsatzes überschreiten, eine Steigerung nicht mehr eintritt. Je vielfacher der Gewinn ist, desto geringer wird dann die Gewinstgebühr im Verhältnis, wie sie durch die Kaiserliche Verordnung vorgesehen ist. Wenn wir diese Gewinstgebühr im Verhältnis zu dem Betrag betrachten, der als Gewinn eingestrichen wird, so ist zu bemerken, daß beispiels-

weise diese Gewinstgebühr mindestens 2·5 Prozent vom Gewinst beträgt und bis 9·6 Prozent steigt. Wenn nun ein vielfaches von über 25 eintritt, wirkt diese Bestimmung degressiv und es sinkt dann im Verhältnis dessen noch diese Steuer.

Wir Sozialdemokraten sind schon im Jahre 1913 auf dem Standpunkte gestanden, daß diejenigen, die am Turf spielen und Gewinste einstreifen, nicht glimpflicher behandelt werden dürfen als diejenigen, die in der Lotterie gewinnen. Wir wissen, daß jeder, der ein Los besitzt und einen Gewinst macht, 20 Prozent an Gewinstgebühr zu bezahlen hat. Seine Exzellenz der Herr Finanzminister hat ja darüber gesprochen, daß die Skala der Kaiserlichen Verordnung ausgestaltet werden könnte. Ich meine, daß das System verfehlt sei, obwohl Seine Exzellenz meint, das System wäre richtig, es sollte nur eine Ausgestaltung erfahren dahin, daß die Skala ausgebaut wird. Ich sage aber, das System ist auch verfehlt, weil wir auf dem Standpunkte stehen müssen, daß jener Betrag, der als Gewinst eingestrichen wird, jener Steuer unterliegen muß, ganz unabhängig davon, ob sie das Zehnfache oder das Dreißigfache oder Vierzigfache des Einsatzes beträgt. Mit einem Worte, die absolute Höhe des Gewinstes muß maßgebend sein. In dieser Beziehung können wir unseren Standpunkt nicht ändern und wir befinden uns in dieser Beziehung in einem grundsätzlichen Gegensatze zur hohen Regierung. Wir haben im Jahre 1913 den Standpunkt vertreten, daß bei einem Gewinste bis zu 500 K eine Gewinstgebühr von 20 Prozent eingehoben werden soll, bei einem höheren Gewinne eine solche bis zu 40 Prozent. Unsere Anträge wurden im Jahre 1913 abgelehnt und es wurde dabei ins Treffen geführt, daß jene Ansätze, wenn sie Gesetz werden würden, prohibitiv wirken würden. Wir haben heute die gleichen Ausführungen von Seiner Exzellenz dem Herrn Finanzminister gehört, der ebenfalls darauf hingewiesen hat, daß jene Ansätze, die vom Finanzausschusse beschlossen wurden, prohibitiv wirken würden. Nun kann man ja in dieser Beziehung zweierlei Meinung sein. Vom finanztechnischen Standpunkte aus kann die Regierung natürlich erklären, sie wünsche nicht, daß jene gesetzlichen Bestimmungen prohibitiv wirken, weil sie Einnahmen erwünscht; wir Sozialdemokraten können uns nicht auf den einfachen Standpunkt stellen, die Regierung soll sehr viel aus dieser Steuer herausschlagen, sondern wir stehen auf dem Standpunkte, daß das Wetten auf dem Turf überhaupt nicht moralisch sei. Und wenn nun jene Bestimmungen prohibitiv wirken, so finden wir darin etwas nicht so Unangenehmes, weil wir uns auf den Standpunkt stellen, wenn die hohe Regierung keine Bedenken trägt, aus der Unmoralität Nutzen zu ziehen, dann soll die Besteuerung eine sehr hohe sein, damit, wenn es schon so unmoralische Leute gibt, die wetten, diese Leute ordentlich zur Steuer herangezogen werden. Sollte aber das eintreten, daß wirklich das Erträgnis der Steuer geschädigt wird, daß die Leute anständig und moralischer werden und nicht mehr wetten, dann ist es von unserem Standpunkte aus kein Schaden, sondern ein Nutzen für die Gesamtbevölkerung, wenn jener Unmoralität gesteuert wird. Aber diese Einwände, die bereits im Jahre 1913 erhoben wurden und die auch dahin gingen, daß wir insbesondere die Stadt Wien schädigen, weil die verschiedenen Geschäftsleute, die einen großen Nutzen aus den Rennwetten ziehen, wie die Fiaker, die Kraftwagenbesitzer, die Optiker, die Sattler usw., dadurch irgendwie geschädigt werden, so meine ich, daß uns der Krieg beweist, daß alle diese Argumente hinfällig sind, denn gerade während des Krieges haben sich jene großen Wetterzesse auf dem Turfplatze abgespielt, wie sie früher nie in der Geschichte des Turfes vorgekommen sind.

Im Jahre 1913 hat Herr Viktor Silberer vehemente Angriffe dagegen geführt, daß die Totalisateursteuer überhaupt eingeführt werde. Man war dagegen, daß eine Gewinstgebühr eingehoben werde und man war auf dem Standpunkt, daß die 5prozentige Einsatzgebühr genügen würde. Man wollte von einer Gewinstgebühr aus allen diesen Gründen überhaupt nichts wissen.

Halten wir uns aber nun vor Augen, was derselbe Herr Viktor Silberer, der im Jahre 1913 den vehementesten Kampf gegen die Einführung der Totalisateursteuer geführt hat, anfangs September in seiner Sportzeitung sagt, wo er ausdrücklich anführt, daß Leute in die Tausende von Kronen wetten, als hätten sie die Tausender zu Hause in vollen Kisten liegen oder als hätte jeder von ihnen eine kleine Banknotenfabrik. Herr Viktor Silberer konstatiert ausdrücklich, daß in Budapest ein Industrieller, der seit kurzer Zeit sein Herz für die Förderung der Vollblutzucht durch Turfwetten entdeckt hat, an einem einzigen Tage 410.000 Kronen verloren hat. Die neun Buchmacher, die hier in Betracht kommen, haben während der abgelaufenen Budapester Rennen zusammen einen Reingewinn von zweieinhalb Millionen Kronen eingesteckt. Wenn nun Herr Viktor Silberer, der im Jahre 1913 so vehement gegen die Totalisateursteuer Sturm gelaufen ist, heute selbst in voller Entrüstung dagegen auftritt, daß solche Wetterzesse auf dem Turf aufgeführt werden, wenn er als Sachverständiger uns ausführt, daß neun Buchmacher in einer Saison zweieinhalb Millionen Kronen verdient haben, so meine ich schon, daß jenen Leuten ein Teil dieses Gewinnes abzunehmen und dem Staate zuzuführen ist.

Es wurde im Finanzausschuß vom Herrn Vertreter des Ackerbauministeriums auch der Einwand erhoben, daß die Turfwetten nicht stark herangezogen werden sollen, weil die Pferdezucht darunter leiden würde. Es wurde schon im Finanzausschuß dem Herrn Vertreter des Ackerbauministeriums nachgewiesen, daß die Vollblutzucht von der allergeringsten Bedeutung ist, weil sich gerade während des Krieges herausgestellt hat, daß die Vollblütler eigentlich die untauglichsten Pferde sind; insbesondere die Landwirtschaft braucht Kaltblütler, tüchtige Pferde, die geringere Anforderungen stellen, aber nicht Vollblutpferde, die sehr große Anforderungen stellen, die sehr leicht scheu werden und infolgedessen für die Landwirtschaft nicht verwendbar sind. Es hat sich während des Krieges genau das Gegenteil dessen herausgestellt, was von den Gegnern dieser Steuer im Jahre 1913 ausgeführt wurde.

Dem Herrn Berichterstatter des Ausschusses ist wirklich der Dank dafür auszusprechen, daß er einen so starken Griff getan hat. Der Herr Berichterstatter hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß erstens eine Gleichstellung der Einsatzgebühr zwischen Totalisateur und Buchmacher hergestellt werden soll, zweitens, daß die Gewinste mit mindestens 20 Prozent zur Besteuerung herangezogen werden.

Um so weniger verständlich erscheint es mir, daß der Herr Berichterstatter in seinem Bericht, den er dem hohen Hause vorgelegt, dagegen polemisiert, daß die höhere Besteuerung auf Grund eines Antrages, den ich gestellt habe, vom Finanzausschuß angenommen wurde. Der Herr Berichterstatter erklärt in seinem Bericht *(liest)*:

„Gegen diesen Antrag hat sich die Regierung ausgesprochen, weil sie von seiner Verwirklichung das gänzliche Aufhören der Buchmacherwetten und infolgedessen den Verlust des aus diesen Wetten fließenden Gebührenertrages befürchtet. Diesem Einwand kann der Berichterstatter eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Auch muß er darauf verweisen, daß im Falle die in Rede stehende Bestimmung Gesetz werden sollte, der Buchmacher mit seiner 25prozentigen Pauschalgebühr vom Reinertrag seiner Wetten gebührenrechtlich außerordentlich günstiger wegkommen würde, als die gegen ihn oder beim Totalisateur Wettenden, deren Gewinn einer Steuer von 20 Prozent bis 40 Prozent unterliegen würde."

Es erscheint mir unbegreiflich, daß der Herr Berichterstatter des Ausschusses einen Antrag, den der Ausschuß angenommen hat, indirekt in seinem Bericht bekämpft und erklärt, daß die Ansicht der hohen Regierung eigentlich richtig sei und er es bedauert, daß jener Antrag vom Ausschuß angenommen wurde. Ich muß mich gegen diese Form der Berichterstattung entschieden verwahren und ich spreche dem Herrn Berichterstatter das Recht ab, in dieser Weise einen Bericht zu erstatten. Der Herr Berichterstatter hat die Verpflichtung, die Beschlüsse des Ausschusses hier im hohen Hause zu vertreten und wenn er persönlich der Meinung ist, daß jene Anträge, die der hohe Ausschuß beschlossen hat, nicht durchführbar und nach seiner Ansicht nicht vertretbar sind, dann ist er verpflichtet, sein Mandat als Berichterstatter zurückzulegen und jemanden anderen die Berichterstattung im hohen Hause zu überlassen.

Es ist aber noch ein Moment anzuführen. Ich habe bereits darauf hingewiesen, daß gerade während der Zeit des Krieges am Turf die allergrößten Wetterzesse vorgekommen sind. Ich will noch darauf hinweisen, daß es der gesamten Bevölkerung wirklich vollständig unverständlich wäre, wenn in der Zeit der Not, wo hier im Hause konstatiert wurde, daß täglich Hunderte und Tausende von Armen den langsamen Hungertod sterben, wir es dulden würden, daß bei jenem übertriebenen Luxus, der gerade während der Kriegszeit zur größten Blüte reifte, jene Leute, die diesen übertriebenen Luxus führen, nicht zu einer schärferen Steuer herangezogen werden würden. Es würde niemand glauben, daß es in einem Volkshause möglich ist, Anträge abzulehnen, die darauf abzielen, diesen übertriebenen Luxus zu treffen. Es empört einen, wenn man auf der Straße die Weiber der Kriegsgewinner sieht, wie sie mit Geschmeiden voll behängt in Kleidern daherkommen, die nach der allerneuesten Mode gemacht sind, bei der man zwei- bis dreimal so viel Stoff braucht wie in früheren Jahren, während die große Masse der arbeitenden Bevölkerung nicht den nötigen Stoff, nicht das nötige Tuch hat, um ihre Blößen bedecken zu können. *(Lebhafte Zustimmung.)* Es muß einen wundern, daß die Empörung, die in der Bevölkerung vorhanden ist, noch nicht zu Exzessen geführt hat. Mich würde es nicht wundern, wenn einmal eine solche Modedame von der hungernden Arbeiterschaft wirklich so behandelt würde, wie sie es verdient. Gerade dieser protzige Luxus, der heute getrieben wird, muß zu der allergrößten Empörung führen.

Ich meine, wir können unter diesen Umständen gar nichts anderes tun als den Antrag des Ausschusses anzunehmen. Denn werden, wie gesagt, diese Steuersätze prohibitiv wirken, dann können wir von unserem Standpunkt aus, dagegen nicht einwenden, weil wir wünschen, daß diese unmoralischen Wetten eingestellt werden. Wir als Sozialdemokraten haben zweierlei Pflichten zu erfüllen: einerseits eine starke Besteuerung herbeizuführen und andrerseits darauf hinzuwirken, daß auch die moralische Seite auf ihre Rechnung kommt

da eben diese Steuer prohibitiv wirkt. Das ist unser Standpunkt. Ich bitte daher das hohe Haus, dem vorliegenden Gesetzentwurfe die Zustimmung zu erteilen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Kuranda.

Abgeordneter **Kuranda:** Hohes Haus! Ich versichere Sie von vornherein, daß dem Herrn Präsidenten nicht Gelegenheit gegeben sein wird, mir das Zeichen mit dem Armensünderglöcklein zu geben. Ich werde sehr kurz sein. Der beste Beweis dafür, daß ich überhaupt nicht sprechen wollte, ist der, daß in der am Anfang vom Herrn Präsidenten verlesenen Rednerliste, mein Name nicht enthalten war. Trotzdem halte ich es für meine Pflicht, um nicht die mir maßgebenden steuerpolitischen Anschauungen verleugnen zu müssen, in dieser Frage doch das Wort zu ergreifen, obwohl die Stellung eines ernsten Kontraredners in dieser Sache hier mit sehr viel Odium verbunden ist.

Meine Herren! In diesem Gesetze soll der Versuch gemacht werden, fiskalische, ethische und moralische Interessen unter einem Mantel schützend zu umfassen. Die Folge davon ist, daß die Moral entblößt geht und die fiskalischen Interessen ebenfalls eine scharfe Blöße zeigen. Es liegt mir nichts ferner, als mich auf den einseitigen fiskalischen Standpunkt zu stellen, denn wenn es sich heute um einen Antrag handeln würde, die Wetten beim Rennen und beim Buchmacher abzuschaffen, so versichere ich Sie, meine Herren, ich bin der erste, der diesem Antrage zustimmt. Aber auf der einen Seite die Steuersubjekte verwunden zu wollen und, wie Seine Exzellenz der Herr Finanzminister richtig sagt, gleichzeitig das Steuerobjekt totzuschlagen, ist eine sehr falsche Steuerpolitik. Seine Exzellenz der Herr Finanzminister hat Ihnen ja gezeigt, wie hoch der Steuersatz ist, den Sie auflasten würden, so daß es eine Unmöglichkeit für den Vernünftigen bedeutet, unter diesen Verhältnissen überhaupt sich als Steuersubjekt herzugeben. Wenn nun der Herr Abgeordnete Schiegl sagt, ja zum Teil haben wir die Moral aber auch für den Fall gerettet, daß dieses Gesetz eine Verminderung der Steuer zur Folge hat, so möchte ich ihm sagen, daß das ein sehr bedenkliches Experiment ist, und zwar darum: die Minderung des Steuersatzes wird dadurch geschaffen werden, daß die intelligenten Klassen aufhören werden, in Wien beim Rennen zu spielen; die unintelligenten Klassen, die heute noch die Unwahrscheinlichkeitschance des kleinen Lottos auf sich nehmen, werden aber weiter spielen. Sie werden daher die kapitalskräftigen Klassen nicht treffen und die kapitalsschwachen werden Sie durch diese Steuersätze schwer schädigen. Das ist meine innerste Überzeugung.

Mir sind auch diese Anträge, ebenso auch der Antrag des Abgeordneten Seidl, welcher die gleitende Progressionsskala, wie sie uns heute im Gesetze vorliegt, durch eine fixe Abgabe von 20 Prozent ersetzen will, nicht genügend steuerpolitisch begründet; die eine würde dieselben Folgen haben wie die andere Alternative. Insbesondere aber bin ich gegen eine allzugroße Steuer von einem partikularistischen Standpunkt aus. Ich habe schon am Beginn der Ausschußberatungen mich der Perfektionierung dieses Gesetzes aus dem Grunde widersetzt, weil diese Steuer, die hier behandelt wird, den Charakter einer reinen Luxussteuer beinhaltet und infolgedessen von Rechts wegen den Ländern und Städten zur Einhebung überlassen werden soll, insbesondere aber auch, weil eine solche exorbitante Höhe die Länder und Städte verhindert, das Recht geltend zu machen, diese Steuer mit Zuschlägen zu belegen. *(Abgeordneter Freiherr v. Hormuzaki: Sie haben leider keinen Totalisateur!)* Die Städte genügen. Entschuldigen Sie, Herr Landeshauptmann, vielleicht die Bukowina nicht, aber Czernowitz hat wohl auch Rennen. Aber Graz, Krakau, Baden, Wien, Prag, eine ganze Reihe von Städten sind durch Landesgesetze ermächtigt, Zuschläge zu der Steuer zu erheben. Ich spreche für Niederösterreich und Wien, ich kenne die Details des Verhältnisses der anderen Städte zu diesem Gesetze nicht, gestatten daher, Herr Baron, daß ich pro domo spreche. Und wenn es auch nur einem Teil der Länder und Städte zugute kommt, warum sollen die anderen, sich nicht der gleichen Gunst erfreuenden Länder neidisch sein? Aber die Interessen der Stadt Wien, die zu vertreten ich die Ehre habe, sind sehr bedeutend tangiert.

Aus allen diesen Gründen glaube ich, daß doch der Versuch gemacht werden sollte, die Anschauungen der Regierung mit jenen des Ausschusses in Einklang zu bringen und deshalb erlaube ich mir den Antrag auf Rückverweisung des Gesetzes an den Ausschuß zu stellen. Einen Antrag auf Fixierung des Termines stelle ich nicht gleich, sondern überlasse es dem Herrn Präsidenten, diesen Termin für die Berichterstattung festzusetzen, aus dem Grunde, weil die nächste Woche so mit wichtigen Verhandlungen großer Ausschüsse überlastet ist — auch unser Finanzausschuß hat eine sehr wichtige Verhandlung —, daß ich nicht durch Setzung eines Termines das Zustandekommen anderer Gesetzeswerke schädigen möchte. Deshalb glaube ich, daß der Herr Präsident, der die Sachen besser übersieht als ich, den Termin ex kathedra aussprechen soll. Ich habe geschlossen.

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Eisenhut; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Eisenhut:** Hohes Haus! Als Vertreter der Landwirtschaft bin ich selbstverständlich gegen das Pferderennen schon im Frieden und noch vielmehr jetzt im Kriege, zunächst schon aus moralischen Gründen, weil dadurch vielfach gerade kleine Existenzen, zum Beispiel Lehrjungen, dazu verleitet werden, in die Kasse ihres Herrn tiefer zu greifen und sich dadurch Strafen zuzuziehen, andrerseits aber auch vom Standpunkt der Landwirtschaft. Es wird uns gesagt, daß die Wettrennen eigentlich den Zweck haben, die Pferdezucht zu heben, ich aber bin als praktischer Landwirt anderer Ansicht. Ich habe selbst schon vor 30 Jahren warmblütige Pferde gezüchtet, wir haben aber in dieser Beziehung umlernen müssen. Durch den Fortschritt im Wirtschaftsbetrieb mußte vieles was unsere Väter für gut befunden haben geändert werden, so auch die Pferdezucht. Es hat sich gezeigt, daß das kaltblütige Pferd für den intensiven Wirtschaftsbetrieb besser tagt wie das warmblütige. In meinem Wahlbezirk haben wir leider noch Warmblutzucht, weil die militärischen Faktoren die Kaltblutzucht nicht zugeben; mir ist es aber gelungen, das Prinzip schon teilweise zu durchbrechen und wir haben schon einen kaltblütigen Hengst dort zur Zucht stehen. Durch die Warmblutzucht und durch die Kreuzung mit Kaltblütern kommen gewiß nur nervöse Pferde zur Welt, die wir heute bei der intensiven Wirtschaftsführung nicht brauchen können. Heute werden bei der Landwirtschaft überall Maschinen verwendet und wir brauchen da einerseits kräftige und andrerseits ruhige Pferde, weil die Maschinen oft Geräusche machen, die das warmblütige Pferd nicht verträgt. Ich will die Herren nicht durch Beispiele ermüden, ich könnte aber viele Fälle aus meiner eigenen Erfahrung anführen, wo die Landwirte, die noch Warmblüter haben, ihr Holz nicht aus dem Walde führen können und andrerseits viele landwirtschaftliche Arbeiten nicht ausführen können, außerdem noch ihr Leben riskieren, wenn ihnen ein Automobil begegnet usw.

Soviel vom Standpunkte der Landwirtschaft. Auf der anderen Seite weist man auf die Wichtigkeit für das Militär hin. Aber auch da haben wir gewaltig umlernen müssen, wie uns der Krieg in vielen Belangen gezeigt hat. Zunächst stehen wir alle wohl auf dem Standpunkte, daß dieser entsetzliche Krieg der letzte sein wird. Ist das der Fall, so brauchen wir überhaupt keine Pferde mehr zum Kriegführen. Sollte dies aber nicht der Fall sein, obwohl das der heiße Wunsch aller ist, so brauchen wir im Kriege doch nur wenige warmblütige Pferde, weil der Krieg ja zumeist ein Stellungskrieg sein wird, wobei wieder vor allem ruhige und starke Pferde notwendig sind. Vielleicht waren zu Beginn des Bewegungskrieges warmblütige Pferde für Aufklärungszwecke usw. besser zu verwenden, aber so, wie ein Krieg sich heute abspielt und in Zukunft abspielen wird, wird es fast immer ein Stellungskrieg sein, zu dem man Lastautomobile oder schwere ruhige Pferde braucht. Zur Aufklärung sind Flugmaschinen und Radfahrer vorhanden.

Also aus diesen zwei Gründen sind die Pferderennen nicht notwendig. Wenn sie aber schon bestehen bleiben — und wir dies nicht verhindern können —, so ist es andrerseits berechtigt, daß das Wettrennspiel auch entsprechend besteuert wird. Wir begrüßen es auch, daß die Steuer ziemlich hoch sein soll, denn unsere Bevölkerung kann es nicht begreifen, warum man mit den Spielern so glimpflich umgeht, während sonst bei uns überall, wo es sich um Steuern handelt, so kräftig zugegriffen wird. Andrerseits ist die Bevölkerung sehr erregt darüber, daß jetzt diese Wettrennen überhaupt stattfinden, und ich lese Ihnen nur einige Zeilen aus einem Artikel vor, der erst dieser Tage in einer Zeitung erschienen ist und der die Stimmung der Bevölkerung richtig wiedergibt und wo es heißt *(liest)*:

„Rennpferde oder Geschäftspferde? Will ein Fuhrwerksbesitzer eine Augenweide haben, so möge er ein paar Stunden opfern und den Rennplatz besuchen. Freie Zeit zu einer solchen Extratour steht ihm ja hinlänglich zur Verfügung, denn seine Gäule hat der ‚Schinder geholt', teils liegen sie zuhause kraftlos und matt. Dort am Rennplatz sieht er noch Pferde, an denen der Krieg spurlos vorübergegangen ist; ihr Äußeres ist glänzend, das Auge feurig, der Gang zeigt von Kraft und Übermut" usw. usw. Also, das ist der Ausdruck der Stimmung in der Bevölkerung, besonders der landwirtschaftlichen und der Fuhrwerksbesitzer.

Unsere Landwirtschaft ist furchtbar erregt darüber, daß unsere Pferde täglich ein Kilogramm Hafer aus der eigenen Fechsung bekommen dürfen und später wahrscheinlich nur ein halbes Kilogramm und die Rennpferde bekommen täglich vier Kilogramm zugewiesen. *(Hört! Hört!)* Wenngleich von der Regierung im Ausschuß gesagt worden ist, daß diese Zuweisung von vier Kilogramm an Rennpferde nur so und soviele 1000 Waggons beträgt, so ist doch der moralische Eindruck vorhanden und die Bevölkerung fragt nicht darnach, ob es 1000 oder mehr Waggons sind, Tatsächlich spielt das vielleicht auch in der großen Zahl von Waggons, welche erzeugt und abgeliefert werden, keine Rolle. Aber in der Bevölkerung macht es den schlechtesten Eindruck, daß die Arbeitspferde, die die Anbau-, Ernte-, Drusch- und alle übrigen landwirtschaftlichen Arbeiten leisten müssen, nur ein respektive ein halbes Kilogramm Hafer bekommen, daher unterernährt sind, während die Renn- und daher Luxuspferde aber vier Kilogramm bekommen.

Dann auch in bezug auf das Heu. Es ist bekannt, daß die Landwirte das heuer sehr wenige Heu abliefern müssen. Eigentlich muß das Heu den Pferden

und Rindern vorenthalten und diese armen Tiere mit Stroh gefüttert werden, um nur halbwegs den Anforderungen nachkommen zu können. Dies geschieht gewiß in den meisten Fällen gerne, wenn wir wissen, daß dies die Militärpferde bekommen, um das Heer schlagfertig zu erhalten und den Krieg zu einem guten Ende zu bringen.

Wenn man aber sieht, daß das Heu, das man für militärische Zwecke abliefert, damit unser Vaterland geschützt wird, an Rennpferde abgeben muß und sogar an zweifelhafte Rennpferde, wie es vorgekommen ist, so regt das die Bevölkerung furchtbar auf. Es ist dann auch kein Wunder, wenn die Leute gegen die Rennen sind und wenn sie andrerseits eine scharfe Besteuerung verlangen.

Ich schließe mich vollständig der Ansicht an, die mein Vorredner, Herr Abgeordneter Schiegl, bezüglich des Ausspruches Seiner Exzellenz des Herrn Finanzministers zum Ausdruck gebracht hat, daß die Abgabesätze des Ausschußantrages prohibitiv wirken werden. Wenn das der Fall ist, liegt uns gar nichts daran. Wir sollen ja tatsächlich nicht unmoralische Handlungen als Steuerobjekte benützen. Und wenn die Leute schon vom Wetten abgeschreckt werden, so können wir dieses nur begrüßen. Aber es wird nicht der Fall sein. Wir haben das gesehen, wie die Biersteuer eingeführt worden ist. Die größten Biertrinker haben ein, zwei Tage passive Resistenz getrieben, es war auch so wie die Zigarren teurer geworden sind: alles hat gemurrt und erklärt, ich gebe das Trinken und Rauchen auf, zum Schlusse hat jeder geraucht und getrunken wie früher. Wir werden die Turfleidenschaft nicht wegbringen können. In einer Zeit, wo mangels an Fuhrwerken Kohle nicht zugeführt werden kann und die Bevölkerung frieren muß und sich die Nahrung nicht einmal zubereiten kann und wo andrerseits wegen Mangels an Fuhrwerk die Nahrungsmittel nicht zur Bahn geschafft und in Wien nicht von der Bahn weggeführt werden können, ist es unbedingt verwerflich, daß Wettrennen abgehalten werden und daß dort feurige Pferde, Luxuspferde noch laufen und daß diese noblen Damen dort spazieren fahren und protzig auf die armen Leute herabsehen, die im Schweiße ihres Antlitzes Brot schaffen, und die Arbeitspferde kraftlos zusammenbrechen.

Was die progressive Skala bei den Buchmacherwetten anbelangt, so stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir gewiß dieser Skala zustimmen sollen. Freilich ist es nach den Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Finanzministers und auch nach dem Berichte des Herrn Berichterstatters möglich, daß das Gesetz dadurch erschlagen wird, so wie Seine Exzellenz gesagt hat, daß die Steuer das Objekt erschlägt. Sollte das tatsächlich der Fall sein, so liegt schon ein Antrag meines unmittelbaren Herrn Vorredners auf Rückverweisung an den Ausschuß vor. Diese Befürchtung dürfte aber unbedingt übertrieben sein, denn die Wettleidenschaft wird sich nicht bezähmen lassen.

Tritt dies aber ein, haben wir vom moralischen und volkswirtschaftlichen Standpunkte nichts dagegen. Es wurde auch die Befürchtung ausgesprochen, daß sodann die Rennen nach Ungarn verlegt oder die Wetten in Ungarn abgeschlossen werden.

Nach meiner Ansicht ließe sich für den letzteren Fall dadurch abhelfen, daß man das Wetten im Auslande, respektive Ungarn verbietet.

Ich glaube, dies ließe sich gewiß machen, wenn der gute Wille vorhanden ist, weil man auch dem Pferdebesitzer verbieten kann, das er von dem selbstgesechsten Hafer nur ein Kilogramm pro Tag verfüttern darf, ohne Rücksicht, ob das Pferd die heute so notwendigen Arbeiten verrichten kann oder nicht, und den Mann im entgegengesetzten Fall nahezu als Verbrecher zu strengen Strafen verurteilt.

Wir haben für den Antrag auf Erhöhung der Skala gestimmt; sollte sie nach reiflichen Erwägungen tatsächlich zu hoch gegriffen sein — und teilweise sind die Ausführungen einleuchtend —, dann kann der Ausschuß in einer kurzen Sitzung noch einmal darüber schlüssig werden und kann eventuell einen Vermittlungsantrag annehmen, aber für die ursprüngliche Fassung oder für den Antrag Seidel könnte ich mich nicht aussprechen, weil er gerade wieder die besseren, die reichen Leute trifft. Die reichen Leute machen die Buchmacherwetten und da liegt uns nichts daran, daß sie, wenn sie schon wetten wollen, auch entsprechend zahlen.

Ich will nicht mehr des weiteren über die Sache sprechen, weil mir die Vorredner teilweise schon aus der Seele gesprochen haben. Schließlich erkläre ich, daß die Landwirtschaft dagegen Protest erhebt, daß in der jetzigen schweren Zeit, wo wir die Pferde zu anderen Zwecken brauchen, Wettrennen abgehalten werden. Jetzt sind die Wettrennen nicht am Platze. Nach dem Kriege sollen sich meinetwegen die großen Herren und Damen wieder das Vergnügen gönnen, aber jetzt sollen sie auf die städtische und auf die Landbevölkerung Rücksicht nehmen und nicht diese Bevölkerungskreise geradezu aufreizen, die ohnehin so schwer unter der Last dieses furchtbaren Krieges seufzen müssen. Damit schließe ich. *(Beifall.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Kuranda hat die Rückverweisung der Vorlage an den Ausschuß beantragt. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist unterstützt und steht in Verhandlung.

Es ist niemand mehr zum Worte vorgemerkt, die Debatte ist geschlossen und ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Hummer**: Hohes Haus! Der Berichterstatter hat, wie ich gegenüber dem Herrn Abgeordneten Schiegl feststellen muß, nicht allein die Aufgabe, die Beschlüsse des Ausschusses im hohen Hause zu vertreten, sondern er hat auch die Aufgabe, eine objektive Darstellung der Debatte im Ausschusse zu geben. Wenn nun der hochverehrte Herr Kollege Schiegl den schriftlichen Bericht mit Aufmerksamkeit lesen wollte, so würde er finden, daß ich neben den Äußerungen anderer Abgeordneter auch die seinigen in sehr objektiver Weise berücksichtigt habe, und er würde weiters finden, daß ich selbstverständlich auch die Äußerungen der Regierung wiedergegeben habe. Das war meine Pflicht. *(Abgeordneter Schiegl: Jedoch nur die nackte Tatsache, aber nicht: die Regierung hat Recht!)*

Kollege Schiegl macht mir nun den Vorwurf, daß ich gesagt hätte: ich pflichte den Ausführungen der hohen Regierung bei. Er selbst sagt allerdings, daß ich das nur indirekt getan haben soll. Schon in dieser Einschränkung liegt eigentlich die Verurteilung dieses Angriffes auf mich, denn ich sage nur, daß den Bedenken der Regierung eine gewisse Bedeutung nicht abzusprechen sei. Es hat nun heute im Verlaufe der Debatte die hohe Regierung diese ihre Bedenken noch ganz besonders hervorgehoben. Die hohe Regierung hat eigentlich mit dürren Worten erklärt, daß die Annahme des Antrages, sowie ihn der Ausschuß gestellt hat, zu einer Vernichtung des Steuerobjekts führen müßte, wenn auch die beiden anderen Faktoren der Gesetzgebung den Beschlüssen des Hauses beitreten würden. Der Berichterstatter hat die Pflicht, auch die im Laufe der Debatte zur Kenntnis gebrachten Bedenken hier zu würdigen, und der Berichterstatter kann nicht umhin, die von der Regierung vorgebrachten Bedenken in der Art zu würdigen, daß er sich dem Antrage Kuranda anschließt, der besagt, es sei die Angelegenheit an den Ausschuß zur neuerlichen Berichterstattung zurückzuverweisen. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Der Antrag Kuranda ist dadurch begründet, daß von seiten des Abgeordneten Seidel ein meritaler Antrag gestellt wurde, der die Änderung der vom Ausschusse beantragten Skala verlangt, und zwar unter Wiederherstellung des seinerzeit vom Unterausschusse beantragten Satzes. Da ich als Berichterstatter augenblicklich nicht in der Lage bin, die finanziellen Folgen dieses Antrages, wenn er angenommen werden sollte, zu übersehen, glaube ich, daß dem Antrag Kuranda auf Rückverweisung zuzustimmen wäre, weil es im Ausschusse dann möglich sein wird . . . *(Abgeordneter Seyer: Einen anderen Berichterstatter zu wählen!)* . . . . jene Materialien zu schaffen, welche zur einwandfreien Beurteilung des im Laufe der Debatte gestellten Antrages notwendig sind.

Es ist hier der Zwischenruf gefallen: „Auch einen anderen Berichterstatter zu bestellen." *(So ist es!)* Es wird dem hohen Ausschusse selbstverständlich unbenommen bleiben, dasjenige zu tun, was die Mehrheit dieses Ausschusses für richtig erachten wird, und der Herr Zwischenrufer kann überzeugt sein, daß ich gerade nicht von der glühendsten Sehnsucht erfüllt bin Berichterstatter über diesen Gegenstand zu sein oder zu bleiben. *(Abgeordneter Seitz: Na! Na!)* Auch wenn der Kollege Seitz höhnend dazwischenruft . . . . *(Abgeordneter Seitz: Ich bin kein Magister!)* Ich habe das Wort „Magister" nicht ausgesprochen. Wenn der Herr Kollege es ausspricht, so bin ich sehr erstaunt darüber, denn er scheint sich damit auf eine Stufe mit gewissen Leuten zu stellen, denen die Bezeichnungen akademischer Grade fremd sind; ich weiß auch nicht, was das mit dem Gegenstand zu tun haben soll, und muß, wenn das eine der üblichen Frozzeleien des Abgeordneten Seitz sein sollte, diesen Versuch von dieser Stelle energisch zurückweisen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Lebhafte Zwischenrufe.)*

Ich werde für den Rückverweisungsantrag Kuranda stimmen.

**Präsident**: Ich bitte die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen.

Es liegt der Antrag des Abgeordneten Kuranda auf Rückverweisung der ganzen Angelegenheit an den Ausschuß vor. Dieser Antrag kommt selbstverständlich zuerst zur Abstimmung. Sollte er abgelehnt werden, so werden wir in das Meritum der Abstimmung über das Gesetz eingehen.

Ich bitte diejenigen Herren, die für die Rückverweisung an den Ausschuß sind — vorbehaltlich der Bestimmung einer Frist —, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Ich bitte, meine Herren, stehen, beziehungsweise sitzen zu bleiben, und ersuche die Herren Schriftführer, das Stimmenverhältnis festzustellen. *(Nach Auszählung des Hauses:)*

Der Antrag Kuranda auf Rückverweisung wurde mit 66 gegen 54 Stimmen **abgelehnt**.

Wir werden daher jetzt über das Gesetz in merito abstimmen.

Zu den §§ 1, 2 und 3 sind keine Abänderungsanträge gestellt worden. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Paragraphen zustimmen

sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die §§ 1, 2 und 3 sind angenommen.

Zum § 4 liegt ein Abänderungsantrag des Herrn Abgeordneten Seidel vor. Wir werden daher so vorgehen, daß über § 4 zunächst abgestimmt wird mit vorläufiger Weglassung der Worte „welche bei Gewinnen . . . bis 35 Prozent" und sodann des Wortes: „. . . beträgt" am Ende des ersten Absatzes.

Wenn der Paragraph ohne diese Worte angenommen wird, werden wir zunächst über den Antrag des Ausschusses als den weitergehenden abstimmen, sodann, wenn dieser Antrag nicht angenommen wird, über den Antrag Seidel. Wenn kein Einwand dagegen erhoben wird, werden wir in dieser Weise vorgehen. *(Zustimmung.)*

Ich bitte diejenigen Herren, welche den § 4 mit vorläufiger Weglassung der Worte „welche bei Gewinnen . . . bis einschließlich 35 Prozent" und sodann des Wortes: „. . . beträgt" annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche die Skala nach dem Antrage des Ausschusses *(liest)*:

„Welche bei Gewinnen bis 500 K 20 Prozent, über 500 K bis 2.000 K 25 Prozent, über 2.000 K bis 6.000 K 30 Prozent, über 6.000 K bis 12.000 K 35 Prozent und bei Gewinnen über 12.000 K 40 Prozent des nach Abrechnung des Wetteinsatzes dem Gewinner auszuzahlenden Betrages beträgt"

annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen. Damit entfällt die Abstimmung über den Antrag Seidel.

Zu den §§ 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 und 16 sind keine Abänderungsanträge gestellt worden.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diese Paragraphen, sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Die §§ 5 bis 16 sowie Titel und Eingang des Gesetzes sind angenommen und damit das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter **Hummer**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz, betreffend Gebühren von Totalisateur- und Buchmacherwetten sowie Maßnahmen zur Unterdrückung des Winkelwettwesens *(gleichlautend mit 708 der Beilagen)*, ist auch in dritter Lesung angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen nun zum nächsten Gegenstande der Tagesordnung, das ist der Bericht des Unterhaltsbeitragsausschusses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen *(720 der Beilagen)*.

Zu diesem Gegenstande sind als Regierungsvertreter im Hause erschienen Sektionschef Graf Chorinsky und Ministerialrat Dr. Schreuer.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Matakiewicz** *(von der Tribüne)*:

Hohes Haus! In ziemlich kurzer Zeit hat dieses hohe Haus des allgemeinen Wahlrechtes Vorsorge getroffen, damit der notwendige Lebensunterhalt Angehöriger der zur militärischen Dienstleistung Einberufenen, Familien, deren Ernährer im feindlichen Ausland angehalten oder dorthin verschleppt worden sind, der Evakuierten gesichert werde. Das jetzt in Beratung stehende, die k. k. Regierung zur Vornahme von Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen ermächtigende Gesetz gehört auch zu dieser Notstandsaktion.

Es handelt sich hier zwar nicht um Soldatenhelden an der Front, aber doch um Angehörige jener Helden oder Helden selbst, die, durch den Fahneneid nicht verpflichtet, aus Liebe zum von Eltern und Ahnen geerbten Vaterlandsboden, aus Anhänglichkeit zu dem, was sie durch schwere Arbeit und Fleiß oft ihres ganzen Lebens erworben haben und für ihre Kinder erhalten wollten oder zufolge ihres öffentlichen Amtes oder Dienstes in Erfüllung ihrer Pflicht sich bei Annäherung des Feindes ins sichere Hinterland nicht zurückziehen wollten oder sich nicht entfernen konnten und dabei in der nächsten Nähe der Front oder in der Front selbst ihre Gesundheit, ja sogar ihr Leben durch unmittelbare Einwirkung von Kriegsereignissen eingebüßt haben.

Ich danke wärmstens Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern für seine mir in kurzem Wege entgegengebrachte Zusicherung, daß die k. k. Regierung von der ihr erteilten Ermächtigung wohlwollendsten Gebrauch machen und die Bestimmungen dieses Gesetzes auch auf unbemittelte Angehörige jener österreichischen Staatsbürger anzuwenden nicht versäumen wird, welche vom Feinde zum Beispiel unter dem Verdacht der Spionage zu gunsten unserer oder verbündeten Armeen, ums Leben gebracht worden sind.

Was die Durchführung des Gesetzes anbelangt, wäre es nach meinem Dafürhalten wünschenswert, daß die nötigen, der Eigenschaft der Fälle angepaßten Drucksorten raschestens vorbereitet werden, weiters, daß in den Durchführungsverordnungen angeordnet wird, daß die von den Gemeinden an die politischen Behörden unterbreiteten Anmeldungen über die Zivilkriegsbeschädigten und deren Angehörige seitens der politischen Behörden sofort geprüft und von diesen die nötigen Matriken, Bescheinigungen 2c. von Amts wegen von den betreffenden Ämtern und Behörden beschaffen werden, sowie daß die Untersuchung des Grades der Verletzung und Verminderung der Erwerbsfähigkeit durch Fachärzte, im Notfalle auch am Orte des Wohnsitzes des Zivilkriegsinvaliden vorgenommen wird.

Indem ich mich auf meinen im Hause verteilten Bericht berufe und der Hoffnung Ausdruck gebe, daß die hohe Regierung sich bei Treffen der Durchführungsmaßnahmen und beim Vollzug dieses Gesetzes das Sprichwort: „bis dat, qui cito dat" vor Augen halten wird, ersuche ich das hohe Haus, den Gesetzentwurf, wie er ist, anzunehmen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Da das Gesetz nur einen meritorischen Paragraphen enthält, werden wir die General- und Spezialdebatte gemeinschaftlich vornehmen.

Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche die §§ 1 und 2, sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetzt ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. **Matakiewicz:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die dieses Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz, betreffend Fürsorgemaßnahmen für die Zivilkriegsbeschädigten, ihre Angehörigen und Hinterbliebenen *(gleichlautend mit 720 der Beilagen)* auch in dritter Lesung angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist: Bericht des Justizausschusses, betreffend das Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen *(735 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Roller** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Das Gesetz vom 3. Juni 1901, R. G. Bl. Nr. 62, hat in den sieben Ländern, wo Waisenkassen bestehen, nämlich in Böhmen, Mähren, Schlesien, Ober- und Niederösterreich, Salzburg und Galizien einen Teil der Gebarungsausschüsse der Waisenkassen als Mittel zur Pflege und Erziehung armer Waisen bis zum 18. Lebensjahre sowie verwahrloster und verlassener Kinder, mit Bevorzugung von Kriegerwaisen, überwiesen, und zwar vorläufig auf zehn Jahre, namentlich um die Wirkung dieses Gesetzes in finanzieller Beziehung, insbesondere auf den Reservefonds der Waisenkassen zu erproben. In diesen Ländern, mit Ausnahme von Salzburg, wo der Betrag ein sehr geringer ist, wurden durch Landesgesetze besondere Bestimmungen über die Verwendung dieser Beträge geschaffen. Das Reichsrahmengesetz wurde nach Ablauf seiner befristeten Wirksamkeit immer nur auf ein Jahr verlängert, und zwar für die Jahre 1911, 1912, 1913 auf parlamentarischem Wege, für die Jahre 1914, 1915, 1916 durch Kaiserliche Verordnungen. Diese Kaiserlichen Verordnungen hat die Regierung dem Abgeordnetenhause beim Zusammentritt pflichtgemäß vorgelegt; sie sind an und für sich schon durch Zeitablauf erloschen. Der Justizausschuß hat übrigens diese Verordnungen aus verfassungsmäßigen Gründen nicht genehmigt, wodurch ihre Wirksamkeit auch formell aufgehört hat. Inzwischen hat die Regierung unter 571 der Beilagen einen Gesetzentwurf mit dauernder Wirkung eingebracht, der aber wegen des Zusammen-

hanges mit der gegenwärtig im Justizausschuß zur Beratung stehenden Regierungsvorlage über die Jugendfürsorge derzeit nicht erledigt werden kann, wodurch die nochmalige einjährige Verlängerung des Gesetzes vom Jahre 1901 bis Ende 1917 notwendig geworden ist. Für das Jahr 1917 ist nämlich bisher in keiner Weise Vorsorge getroffen und die Bezirksgerichte, beziehungsweise die Waisenkassen stehen vor ihrer Verpflichtung, die Überschüsse jetzt noch vor Jahresschluß an die Länder abzuführen. Der Justizausschuß legt daher einen Gesetzentwurf als einstimmigen Initiativantrag vor und ich bitte, demselben die verfassungsmäßige Genehmigung zu erteilen.

Mit Rücksicht auf die sehr beschränkte Wirksamkeit dieses Gesetzes, welches nur den Zweck hat, den Waisenkassen die zur Erhaltung und Weiterführung der von den Landeswaisenfonds geschaffenen Einrichtungen zu ermöglichen, habe ich in der Sache selbst wenig hinzuzufügen. Namentlich werde ich mich enthalten, etwa die ganze große Frage der Jugendfürsorge im jetzigen Augenblick aufzurollen, weil wir ja doch in allernächster Zeit zur Beratung des definitiven Gesetzes selbst gelangen werden.

Aber einige Worte muß ich mir doch über die Wirksamkeit dieser Gesetze in den einzelnen Ländern gestatten, und ich glaube da auf keinen Widerstand zu stoßen. In den Kronländern, wie beispielsweise in Böhmen, ist die zentrale Verwaltung, wie sie jetzt besteht, entschieden von keinem großen Nutzen und sie wäre auch von keinem großen Nutzen, wenn das ganze Land, welches doch an sieben Millionen Einwohner zählt, von einem einzigen Volksstamme bewohnt wäre. Es ist die Verwaltung jetzt eigentlich nur eine papierene. Sie wissen, daß der Landesfonds, beziehungsweise der Landesausschuß und jetzt die Landesverwaltungskommission, in jedem einzelnen Falle verfügt; die Landesverwaltungskommission verfügt über die Verteilung der Gelder, sie entzieht die Unterstützungsbeiträge, ohne daß sie eigentlich mit jenen, für die sie die Verwaltung führt, das heißt mit den Pfleglingen, mit den Vormündern in irgendeine nähere Berührung treten würde. Und fragen Sie heute einen Referenten, zum Beispiel den Referenten der Landesverwaltungskommission, so wird er Ihnen sagen, das ist eine reine Papierarbeit. Er bekommt eine Menge Berichte auf den Tisch, in welchen die Namen der Pfleglinge, die Austritts- und Eintrittsdaten enthalten sind. Die Mitwirkung der Bezirke ist minimal. Es heißt zwar im Landesgesetze für Böhmen, die Bezirke haben diese Tätigkeit des Landesausschusses zu unterstützen; sie haben aber in der Sache selbst nichts dreinzureden. Da ist es also, wie bei den neu auftauchenden Verwaltungsfragen überhaupt höchste Zeit, daß hier Ordnung geschaffen werde, damit doch die Zweckdienlichkeit der Verwendung geprüft und überhaupt die ganze Erziehung, zu der diese Gelder verwendet werden, überwacht werden kann. Gegenwärtig werden diese Gelder ganz zersplittert. Ich erwähne nur, daß es Unterstützungsbeiträge von 6 K pro Monat gibt, die doch in der jetzigen schweren Zeit gar keinen Wert haben. In dieser Richtung müßte eine Änderung eintreten.

Es ist bei der letzten Beratung des Gesetzes im Jahre 1910 auch vom hohen Hause eine Resolution angenommen worden, in der es hieß: Die Regierung wird aufgefordert, bei der definitiven gesetzlichen Regelung der Verteilung der Waisenkassenüberschüsse in den Königreichen und Ländern, wo mehrere Volksstämme wohnen, auf die Möglichkeit der Verteilung nach Nationalitäten Rücksicht zu nehmen. Diese Resolution wurde damals vom hohen Hause mit einer ziemlichen Mehrheit angenommen. Ich glaube, daß gerade das ein Gebiet wäre, wo wir die nationale Autonomie, nach der wir ja alle rufen, endlich einmal in Wirksamkeit treten lassen könnten, namentlich in der jetzigen Zeit, denn je mehr sich der Staat von einem Polizeistaate zu einem Wohlfahrtsstaate entwickelt, desto notwendiger ist es, daß jedes Volk, namentlich dort, wo mehrere Volksstämme wohnen, die Verwaltung seiner Angelegenheiten selbst besorge und die von ihm bereitgestellten Mitteln auch für seine Zwecke verwende. Es sind in der letzten Zeit gar keine Berichte . . . *(Ruf: Die deutsche Zentralstelle macht es schon!)* Die deutsche Zentralstelle ist ja eine private Institution, ich rede aber von dem Landeswaisenfonds, der jetzt vom Landesausschusse, beziehungsweise von der Landesverwaltungskommission verwaltet wird.

Wir wissen ja, es gab früher diesbezüglich große Beschwerden in nationaler Beziehung; in der letzten Zeit sind eigentlich keine Berichte über die ganze Gebarung, die uns zugänglich gewesen wären, erstattet worden. Ich habe mich bemüht, solche zu erlangen, es war aber nicht möglich. Der letzte gedruckte Bericht stammt aus dem Jahre 1912 oder 1913.

Auch das Ministerium des Innern bekommt diese Berichte nicht mehr zur Einsicht. Ohne bestimmte Vorwürfe erheben zu wollen, können Sie doch nicht leugnen, daß da ein gewisses Mißtrauen herrscht und daß das Verlangen nach Teilung auch auf diesem Gebiete absolut kein Ausfluß des Hasses oder Chauvinismus ist, sondern es würde damit nur erreicht, daß dieses wichtige Gebiet der Jugendfürsorge dem heftigen politischen Kampfe endlich entrückt würde und daß das namentlich in Böhmen dadurch am besten geschehen könnte, wenn diese Wohlfahrtseinrichtungen und diese Agenda den Kreisen, die national abzugrenzen wären, zugeteilt würden.

Dieser Gedanke ist ja schon vielfach verwirklicht worden, und zwar auf dem Wege der Übereinkunft.

Ich erinnere an die Privatbeamtenversicherung und an die Regierungsvorlage, beziehungsweise die Ausschußbeschlüsse über die Sozialversicherung. Wir haben in der Regierungsvorlage über die Jugendfürsorge die Landeskommissionen national getrennt vorgesehen, und zwar im Einverständnis zwischen den beiden Nationalitäten. Vor gar nicht langer Zeit ist auch das bekannte Übereinkommen zwischen der deutschen und tschechischen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge und der Verwaltung des Witwen- und Waisenfonds der gesamten bewaffneten Macht zustande gekommen. Auch hier haben wir die Teilung bereits durchgeführt, und es wäre nur vom Vorteil, wenn das auch bezüglich der ganzen Jugendfürsorge und bezüglich der Gebarung mit den Waisenkassengeldern der Fall wäre.

Außerdem wird es höchst notwendig sein, in der Verabschiedung des definitiven Gesetzes die Organisation zu regeln. Es ist schon im Ausschusse gesagt worden — ich habe es nicht nachkontolliert —, daß sich jetzt ungefähr zwölf Zentralstellen mit dieser Sache befassen sollen. Wir haben jetzt ein neues Ministerium bekommen und es wird notwendig sein, daß die Organisation, die nunmehr an der Spitze, in der Zentrale durchgeführt wird, endlich auch den Unterbau erfaßt, denn jetzt wird durcheinander organisiert, sowohl die einzelnen Ressorts für sich als auch wieder die Querung der öffentlichen Organisationen mit den privaten.

Ich stehe in meinem Wahlbezirke mitten drinnen in der Praxis, was diese Sache anbelangt, und ich muß sagen, daß den Leuten schon der Kopf weh tut. Sie wissen nicht mehr, wohin die ganze Sache zielt. Es muß vereinheitlicht werden. Der gute Wille ist ja da, es werden auch die Gelder reichlich fließen, das ist keine Frage, aber es muß endlich einmal vereinheitlicht werden, auch deswegen schon, damit, ich muß offen sagen, dieses wilde unkontrollierte Subventionswesen aufhört und namentlich auch die sehr bedenklichen Doppelunterstützungen.

Man hat jetzt draußen gar keine Evidenz mehr, wer etwas bekommt und es wird bald so sein, daß derjenige, der am meisten schreit, am meisten bekommt und viele Arme, die vielleicht aus Schüchternheit nicht herantreten oder den Weg nicht wissen, zu kurz kommen.

Das wollte ich nur in Kürze beifügen und ich würde wünschen, daß bei der Neuordnung oder Verbesserung unserer Verwaltung auch auf dieses Gebiet nicht vergessen wird. Es wird sicher dann dort, wo jetzt Zank, Hader und Streit herrscht, Ruhe eintreten, zum Wohle der einzelnen Völker und auch des ganzen Reiches. In diesem Sinne bitte ich um Annahme des Gesetzentwurfes.

**Präsident:** Nachdem das Gesetz nur einen meritorischen Paragraphen enthält, entfällt die Generaldebatte. In der Debatte hat sich kontra der Herr Abgeordnete Kalina zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kalina:** Slavná sněmovno! Nečekejte ode mne žádné delší řeči. Přihlásil jsem se k tomuto předmětu jen proto ke slovu, abychom konsekventně, jako jsme učinili při projednávání tohoto zákona v roce 1910, kdy se o něm posledně jednalo, prohlásili, že tuto záležitost považujeme za záležitost, která náleží čistě do kompetence zemského zákonodárství. Jestliže stát si osvojil právo rozhodovati o sirotčích penězích, sirotků to z jednotlivých království a zemí, osvojil si to, co náleží i dle dosud platné ústavy únorové, kterou jste si, pánové, sami dali, do kompetence zákonodárství zemského. *(Výborně!)*

Mám za svoji povinnost protestovati proti tomu, aby tato otázka — poněvadž jsme zde jen k vůli tomu, abychom nezadali svým právům *(Souhlas)* — se zde projednávala. Mohl bych skončiti poukazuje na všechny ony důvody, které jsme zde uvedli v roce 1910. Odvolávám se na to, co jsme tehdy uvedli. Já sám jsem tehdy o věci té principielně promluvil se stanoviska zákonodárného a samosprávného.

Mohl bych skončiti, kdyby pan referent nezabočil na pole, které považujeme v této chvíli za velice choulostivé a důležité. Pan referent nemohl si odpustiti, aby nezabočil na pole nedělitelnosti naší vlasti.

Vážení pánové! My stojíme na principu nedělitelnosti, stojíme na principu, že u nás neexistuje území, které by nebylo nedělitelným územím království českého *(Výborně!)*, že u nás nemáme ani dospělých občanův ani dětí, kteří by neměli právo a nárok svatý, aby se s nimi po právu a spravedlnosti jednalo.

Máme důvěru, že nejvyšší instance, které pod služební přísahou spravují věci zemské, mají povinnost starati se, aby na poli humanním nemohl býti vynesen nějaký nářek na zneužívání humanity, na zneužívání peněz sirotčích k tomu, aby zotročovali se ubozí sirotci. *(Výborně! — Potlesk.)*

Prohlašuji, že bychom měli velmi mnoho stížností nejen na zemskou správní komisi, ale i na to, jakým způsobem se strany německých organisací bylo zasáhnuto do této kompetence, ale nemůžeme, pane vrchní rado, uznati princip dělení v této otázce proto, poněvadž nevíme,

jaký základ dělení chtěl byste zde míti. Chcete se odvolávati na princip teritoriální autonomie? Jakým způsobem chcete provésti dělení sirotčích pokladen na principu teritoriální autonomie? Nemůžeme uznati uzavřené území, a to proto, že při značné fluktuaci našeho obyvatelstva nemůžeme uznati princip, že má o dětech rodičů, neb sirotcích, kteří by byli různými poměry zaneseni do území německého a po krvi a duši náležejí národu českému, instance cizí právo rozhodovati a princip osobní zneuznávati, poněvadž nejedná se o nic jiného, než aby peněz veřejných zneužívalo se k znásilňování českých dětí. *(Výborně!)*

Myslím, že musíme při této příležitosti protestovati znovu proti snahám, aby i na poli humanním sáhalo se k dělení. My vážně přihlížíme, jakým způsobem chcete provésti zákon o ochranné péči v budoucnosti, To jest zákon, který jest darem danajským a my se musíme dobře podívati naň jakož i na nové ministerstvo, poněvadž za naše peníze má se rozhodování dostati do cizích, nám nepřátelských rukou. *(Výborně!)*

Při této příležitosti znovu jménem všech kolegů a jménem celého českého svazu prohlašuji: Nikdy nám nenapadlo a nenapadne, abychom v jakémkoli zákonodárství nebo správě chtěli znásilňovati druhý kmen národní. *(Tak jest! — Výborně!)* Přejeme si jen, aby celé bohaté království zůstalo nedílným celkem a aby bylo šťastnou vlastí pro oba domácí kmeny. *(Výborně! — Potlesk.)* Nemůžete tvrditi, že máme potlačovací úmysly. Podejte nám ruku ku skutečnému, spravedlivému, mužnému, poctivému a loyálnímu vyrovnání, ku kterému není potřebí množství zákonů, které lze vtěliti v několik slov: rovné právo všem! *(Výborně!)* Rovné právo pro všechny úředníky a všechny orgány v zemi. *(Výborně. — Potlesk.)*

Každý má úřadovati česky a německy. Přinejte se k tomu a budete viděti, že zbudujete obě a najmě ubohému pracujícímu lidu ráj, že nás v království českém jako na Moravě budeme moci zbudovati nejhumannější, nejsociálnější nejspravedlivější instituce proto, poněvadž jsme ak Češi tak Němci fakticky nejpokročilejší národové v této říši. *(Výborně!)*

Nechtěl jsem mluviti velkou řeč v této věci, chtěl jsem se omeziti jen na protest proti tomu, že se podobné věci v této sněmovně projednávají. Těch věcí jest zde celá řada a dnešní denní pořádek vykazuje jich asi tré. Musíme protestovati proti tomu, aby utkávala se zde síť, kterou musíme nazvati protistátoprávní. Vzhledem k těmto machinacím jest naším právem a naší povinností, trhati tuto síť a my při každé příležitosti a také dnes prohlašujeme: Nejsme zde doma, vy jste nás připoutali násilím a oktroyem k tomuto domu. Naší povinností zde jest protestovati proti každému násilí, které bylo prejudic našim nástupcům. *(Výborně! — Potlesk. — Řečníku se blahopřeje.)*

**Präsident:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet, die Debatte ist geschlossen. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Roller:** Ich verzichte.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1, § 2 sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. **Roller:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich bitte diejenigen Herren, die diesen Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen *(gleichlautend mit 735 der Beilagen)* ist auch in dritter Lesung angenommen. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Die nächsten acht Punkte der Tagesordnung sind gleichartige Berichte des Justizausschusses über die Verwendbarkeit gewisser Teilschuldverschreibungen zu pupillarsicheren Anlagen.

Mit Rücksicht darauf, daß alle diese Gesetze, die vom Ausschusse beantragt werden, nur einen meritorischen Paragraphen enthalten, entfällt überall die Generaldebatte und wird nur die Spezialdebatte geführt werden.

Ich bitte nun den Herrn Berichterstatter, zum ersten Punkte, dem Berichte des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1914, R. G. Bl. Nr. 71, betreffend die Verwendbarkeit der Schuldverschreibungen von Anlehen der Stadt Klagenfurt, des Herzogtums Steiermark, des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau und der Landesbank des

Herzogtums Krain zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(727 der Beilagen)*, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Roller** *(von der Tribüne)*: In § 1 des Entwurfes findet sich in der letzten Zeile ein Druckfehler; es soll anstatt: „zu Dienst- oder Geschäftskautionen" heißen: „zu Dienst- und Geschäftskautionen". Das wäre richtigzustellen.

Es handelt sich hier in allen diesen Gesetzen um Berichte über die Verleihung der Mündelsicherheit an Teilschuldverschreibungen, welche von öffentlichen Körperschaften, nämlich von Ländern oder Städten zur Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Kreditbedürfnisse ausgegeben worden sind, das heißt um die Gestattung der Anlage. Ich habe es nicht nötig, meine Herren, den in Ihren Händen befindlichen schriftlichen Berichten etwas Wesentliches hinzuzufügen. In allen diesen Fällen steht die Notwendigkeit und Zweckdienlichkeit der aufgenommenen, beziehungsweise aufzunehmenden Anleihen außer Zweifel, ebenso die wirtschaftliche Tragfähigkeit der betreffenden Länder und Städte, um diesen Papieren die Mündelsicherheit zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pflegschafts- und ähnlichen Kapitalien gesetzlich zuerkennen zu können. Die bezüglichen Kaiserlichen Verordnungen wurden aus verfassungsmäßigen Gründen nicht genehmigt, es wurde aber ihr Inhalt in die Gesetzentwürfe aufgenommen. Mit dem Eintritte der Wirksamkeit dieser Gesetze treten diese Kaiserlichen Verordnungen außer Kraft.

Ich beantrage, den in Beratung stehenden Gesetzentwurf, betreffend die Verwendbarkeit der Schuldverschreibungen von Anlehen der Stadt Klagenfurt, des Herzogtums Steiermark, des Königreiches Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtum Krakau und der Landesbank des Herzogtums Krain zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1 mit der vom Herrn Berichterstatter vorgebrachten Korrektur, § 2 sowie Titel und Eingang des Gesetzes *(727 der Beilagen)* annehmen wollen, sich zu erheben *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat dem Gesetze in zweiter Lesung zugestimmt.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, nunmehr zum nächsten Punkte der Tagesordnung, betreffend Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1914, R. G. Bl. Nr. 94, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der von dem Königreiche Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau aufzunehmenden Anleihe im Nominalbetrage von 80,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(728 der Beilagen)*, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Roller** *(von der Tribüne)*: Die zweite Vorlage betrifft die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der von dem Königreiche Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtume Krakau aufzunehmenden Anleihe im Nominalbetrage von 80,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien.

Auch hier findet sich im § 2 ein Druckfehler stilistischer Art. Es heißt dort: „Mit der Durchführung dieses Gesetzes, das mit dem Tage ihrer Kundmachung in Wirksamkeit tritt." Es soll natürlich richtig heißen: „Mit der Durchführung dieses Gesetzes, das mit dem Tage seiner Kundmachung in Wirksamkeit tritt, sind Meine Minister der Finanzen, der Justiz und des Innern beauftragt."

Ich beantrage die unveränderte Annahme dieses Gesetzentwurfes.

**Präsident:** Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1, § 2 mit der Korrektur des vom Herrn Berichterstatter bemerkten Druckfehlers, dann Titel und Eingang des Gesetzes *(728 der Beilagen)* annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, über den nächsten Punkt der Tagesordnung zu berichten.

Berichterstatter Dr. **Roller**: Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 2. September 1914, R. G. Bl. Nr. 243, betreffend die Verwendbarkeit der von der Gemeinde Wien auf Grund des ihr mit dem niederösterreichischen Landesgesetze vom 18. Juli 1914, L. G. Bl. Nr. 97, bewilligten Anlehens auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(729 der Beilagen)*.

Ich beantrage, diesem Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1, § 2, Titel und Eingang dieses Gesetzes *(729 der Beilagen)* annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diesem Gesetze in zweiter Lesung zugestimmt.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zum nächsten Punkt der Tagesordnung zu berichten.

Berichterstatter Dr. **Roller**: Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 23. Dezember 1914, R. G. Bl. Nr. 354, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzogtume Bukowina auf Grund der mit dem Landesgesetze vom 11. April 1914, L. G. u. V. Bl. Nr. 24, erteilten Anlehensbewilligung aufzunehmenden Anleihe zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(730 der Beilagen)*.

Ich beantrage, diesem Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**Präsident**: Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1, § 2, Titel und Eingang dieses Gesetzes *(730 der Beilagen)* annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diesem Gesetze in zweiter Lesung zugestimmt.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zum nächsten Punkt der Tagesordnung zu berichten.

Berichterstatter Dr. **Roller**: Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 7. Februar 1915, R. G. Bl. Nr. 32, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest bis zum Nennbetrage von 10 Millionen Kronen auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(731 der Beilagen)*.

Ich beantrage, diesem Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**Präsident**: Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1, § 2, Titel und Eingang dieses Gesetzes *(731 der Beilagen)* annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diesem Gesetze in zweiter Lesung zugestimmt.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zum nächsten Punkt der Tagesordnung zu berichten.

Berichterstatter Dr. **Roller**: Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 27. Juni 1916, R. G. Bl. Nr. 217, betreffend die Verwendbarkeit der von der Stadtgemeinde Triest im Nennbetrage von 34 Millionen Kronen auszugebenden Teilschuldverschreibungen zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(732 der Beilagen)*.

Ich beantrage, diesem Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**Präsident**: Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1, § 2, Titel und Eingang dieses Gesetzes *(732 der Beilagen)* annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diesem Gesetze in zweiter Lesung zugestimmt.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zum nächsten Punkte der Tagesordnung zu berichten.

Berichterstatter Dr. **Roller**: Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 3. März 1917, R. G. Bl. Nr. 101, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen des von der Markgrafschaft Mähren aufzunehmenden Anlehens von 100,000.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(733 der Beilagen)*.

Ich beantrage, diesem Gesetzentwurfe die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**Präsident**: Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1, § 2, Titel und Eingang dieses Gesetzes *(733 der Beilagen)* annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diesem Gesetze in zweiter Lesung zugestimmt.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, zum nächsten Punkte der Tagesordnung zu berichten.

Berichterstatter Dr. **Roller**: Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Verwendbarkeit der Teilschuldverschreibungen der vom Herzog-

tume Krain aufgenommenen Anleihe im Nennbetrage von 4,400.000 K zur fruchtbringenden Anlegung von Stiftungs-, Pupillar- und ähnlichen Kapitalien *(734 der Beilagen)*.

Ich beantrage, diesem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

**Präsident:** Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1, § 2, Titel und Eingang dieses Gesetzes *(734 der Beilagen)* annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diesem Gesetzentwurf in zweiter Lesung zugestimmt.

Berichterstatter Dr. **Roller:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung aller dieser Gesetzentwürfe.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung aller soeben in zweiter Lesung beschlossenen Gesetze. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung dieser Gesetzentwürfe beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche den soeben in zweiter Lesung beschlossenen Gesetzen auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die in zweiter Lesung beschlossenen Gesetze *(gleichlautend mit 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733 und 734 der Beilagen)* auch in dritter Lesung angenommen. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung *(768 der Beilagen)*.

Mit Rücksicht darauf, daß der Herr Berichterstatter seine Abwesenheit von der heutigen Sitzung entschuldigt hat, daher nicht anwesend ist, werde ich diesen Gegenstand, wenn keine Einwendung erfolgt, der Tagesordnung anreihen. *(Nach einer Pause.)* Es wird kein Einwand erhoben, ich werde daher in dieser Weise vorgehen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der befristete Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaš, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Hillebrand, Jokl, Palme *(238, 319, 441, 473, 611, 669 der Beilagen)*, Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann-Marckhl *(448 der Beilagen)*, Teufel-Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte *(749 der Beilagen)*.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Angermann. Er ist nicht anwesend. Nachdem auch der Herr Obmann des Ausschusses nicht anwesend ist, werde ich diesen Gegenstand gleichfalls umstellen und ihn als letzten Punkt auf die Tagesordnung setzen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der befristete Bericht des Gewerbeausschusses über den Antrag zum Budgetprovisorium, betreffend die Bereitstellung eines Betrages bis zu 100 Millionen Kronen zur Bildung eines gewerblichen Kredit- und Hilfsfonds *(769 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Hofmann v. Wellenhof** *(von der Tribüne)*: Bei den Anträgen des Gewerbeausschusses, die sich in den Händen der Herren befinden, handelt es sich um ein wichtiges Glied in der Kette jener Aktionen, die durch die wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges bedingt sind und dazu dienen sollen, den Übergang aus der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zu erleichtern und günstiger zu gestalten. Die Anträge beziehen sich auf jene große Zahl selbständiger kleiner Gewerbeinhaber, sowohl Gütererzeuger als auch Gütervermittler, also Handwerker und sonstige Gewerbetreibende, Kleinkaufleute, die teils unmittelbar als Kriegsteilnehmer betroffen, in Mitleidenschaft gezogen worden sind, teils auch mittelbar durch die vernichtende Einwirkung der Kriegsverhältnisse auf gewisse Arten von Betrieben besonders schwer betroffen worden sind oder auch noch betroffen werden. Viele von diesen selbständigen Gewerbeinhabern werden ihren wirtschaftlichen Bestand wieder gleichsam von neuem aufbauen, sie werden wieder von vorne anfangen müssen, um ihre und ihrer Familien Existenz auf einer neuen Grundlage wieder aufrichten zu können, und zwar gewiß nach dem Friedensschlusse unter sehr erschwerten Umständen.

Und hier soll eben die Allgemeinheit helfend eingreifen, der Staat und andere öffentliche Faktoren, in deren Interesse die Aufrechthaltung zahlreicher selbständiger Schaffender und Erwerbender gelegen ist. Es ist dies aber auch eine Pflicht des Dankes gegenüber dem Gewerbestand, dessen Angehörige

sicherlich in hervorragendem Maße ihren Verpflichtungen gegenüber dem Vaterlande in den drangvollen Zeitläuften, die wir durchleben müssen, gerecht geworden sind. Dabei soll es sich nicht um ein Werk der Wohltätigkeit handeln, nicht um Almosen, die hinausgegeben werden sollen, sondern es soll sich handeln um jene Förderung seitens der Allgemeinheit, die es den kriegsbetroffenen Gewerbeinhabern ermöglicht, wieder zu neuer Wirtschafts- und Steuerkraft durch eigene Mitarbeit sich empor zu schwingen und das neuerdings zu werden, was sie schon vor dem Kriege gewesen, nämlich nützliche und strebsame Mitglieder des großen wirtschaftlichen Gesamtkörpers, die sich und ihre Familien aus eigener Kraft, durch eigene produktive Tätigkeit zu erhalten und fortzubringen imstande sind. Es ist ja natürlich, daß diese Förderung seitens der Allgemeinheit in sehr vielfacher, in sehr verschiedenartiger und mannigfacher Weise einzugreifen haben wird. Ich erwähne nur die Bedachtnahme bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten und Lieferungen, die gerade nach dem Friedensschlusse infolge der notwendigen Wiederherstellungen gewiß in sehr großem Umfang zu bewerkstelligen sein werden.

Ich nenne weiters die ungemein wichtige Vermittlung bei der Beschaffung der so lange Zeit nur mangelhaft, bei vielen Betrieben gar nicht vorhandenen Rohstoffe; ich nenne die Erleichterung bei der Zuwendung von Maschinen, von Motoren, von Werkzeugmaschinen bei Eröffnung von Absatzquellen usw.

In allen diesen Belangen wird gewiß eine wesentliche Aufgabe den schon fest eingebürgerten, mit den Bedürfnissen und Verhältnissen wohlvertrauten und auch des Vertrauens der Gewerbetreibenden sich erfreuenden Gewerbeförderungsanstalten in den einzelnen Kronländern zufallen müssen. Allein, meine Herren, nach der Anschauung und nach der einmütigen Überzeugung des Gewerbeausschusses, die ich ja mit jener der zunächstbeteiligten Kreise deckt, wird es sich in allererster Linie als um das Wichtigste, um das Notwendigste, um die Vermittlung des nötigen Kredites handeln und diese Art der Hilfeleistung soll auch hier zunächst vorgesehen werden. Es lagen dazu bereits vielfache wertvolle Vorarbeiten, mannigfache Anregungen und Ansätze vor sowohl bei uns als insbesondere auch in den einzelnen Staaten des verbündeten Deutschen Reiches, Anregungen und Ansätze, bezüglich welcher hier gewissermaßen eine planvolle Zusammenzufassung versucht wurde.

Ich habe schon früher von der einmütigen Stellungnahme des Gewerbeausschusses gesprochen und darf auch darauf verweisen, daß die Anträge, die Ihnen, meine Herren, nun vorgelegt werden, im Gewebeausschusse einmütig gefaßt wurden. Diese Anträge beruhen aber auch andrerseits wieder auf der Grundlage sehr eingehender und sehr gewissenhafter Verhandlungen und Beratungen, die schon seit länger als Jahresfrist zwischen den beteiligten gewerblichen Kreisen auf der einen Seite und den Vertretern des Staates und andrer öffentlicher Faktoren, die dabei in Betracht kommen, auf der anderen Seite geführt worden und die auch zu einer grundsätzlichen Einigung gediehen sind.

Ich darf — es ist schon im Berichte darauf verwiesen worden — wohl auch hervorheben, daß eine gewiß berufene Körperschaft, der Reichshandwerkerrat, der sich über die ganze Monarchie erstreckt, sich erst kürzlich in einer eigenen Entschließung, die sich mit dem Gegenstande beschäftigt, ausdrücklich auch mit jenen Grundsätzen einverstanden erklärt hat, für deren Aufrechterhaltung wir uns ausgesprochen haben.

Das Wesentliche dabei ist also, um es nochmals zu betonen, die Ermöglichung des zum Wiederaufbau der wirtschaftlichen Existenz, des wirtschaftlichen Weiterbestandes notwendigen Kredites, die Ermöglichung dieses Kredites auch dort, wo er eben auf normalem Wege nicht gut zu erlangen wäre, und zwar eines langfristigen, während dieser Frist unkündbaren und eines niedrigverzinslichen, daher auch für den Gewerbetreibenden erschwinglichen Kredites.

Diese Ermöglichung soll auf doppeltem Wege bewerkstelligt werden: durch Übernahme der Ausfallshaftung einer gewissen Bürgschaft durch den Staat unter Heranziehung anderer öffentlicher Faktoren, insbesondere der Länder und der Gewerbekammern und durch Zinsenzuschüsse, um den begünstigten Zinsfuß seitens eben dieser öffentlichen Faktoren erreichen zu können. Die Durchführung ist — auch darüber war keine Meinungsverschiedenheit — länderweise vorgesehen, wobei wieder die Gewerbeförderungsinstitute in allererster Linie, dort, wo sie bestehen, natürlich auch die Verbände der gewerblichen Kreditgenossenschaften zur Mitarbeit heranzuziehen wären.

Woran uns besonders viel gelegen war und worauf wir besonders Bedacht genommen haben, ist weiters eine wesentliche Erhöhung — wir beantragen eine Verdopplung — der staatlichen Beiträge für die Gewerbeförderungsanstalten der einzelnen Länder, um eben diese Anstalten in den Stand zu setzen, den wesentlich gesteigerten Aufgaben, die nach Kriegsschluß an sie herantreten werden, auch gerecht werden zu können.

Ich empfehle Ihnen somit die auf Seite 6 und 7 des Berichtes enthaltenen Anträge des Gewerbeausschusses, die dahingehen *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

1. Die k. k. Regierung wird beauftragt, zum Zwecke der Kredithilfe für solche Gewerbe-

inhaber, die infolge der Kriegsereignisse eine schwere Beeinträchtigung oder Gefährdung ihres wirtschaftlichen Bestandes erfahren haben, im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden lokalen Faktoren und unter Berücksichtigung der nationalen Verhältnisse in den Ländern die notwendigen Maßnahmen unter Beobachtung der nachfolgenden grundsätzlichen Bestimmungen zu treffen und insbesondere die Einstellung der zur Durchführung erforderlichen Beträge in den Staatsvoranschlag vorzusehen:

a) Für die Hilfeleistung sind zunächst in erster Linie jene Gewerbeinhaber zu berücksichtigen, die als Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne verwendet worden sind; weiters Witwen oder minderjährige Kinder, auf deren Rechnung das Gewerbe fortgeführt wird, sofern der betreffende Gewerbeinhaber in Ausübung der Kriegsdienstleistung verstorben ist; sodann" — und das ist eine Ausdehnung, die gegenüber den früher berührten allgemeinen Grundsätzen erreicht worden ist — „in besonders beachtenswerten Fällen auch solche Gewerbeinhaber, die infolge der durch den Krieg bewirkten außergewöhnlichen wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrem Erwerbe schwer betroffen worden sind."

Das heißt, die Hilfeleistung soll nicht starr und ausnahmslos auf die eigentlichen Kriegsteilnehmer beschränkt bleiben, sondern sie soll in rücksichtswürdigen Fällen auch auf solche Gewerbetreibende sich erstrecken können, die zwar nicht selbst am Kriege teilgenommen haben, deren Betrieb aber durch die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges, sei es durch den vollständigen Rohstoffmangel, sei es durch die völlige Einstellung der Ausfuhr, sei es durch übermäßige Preissteigerungen besonders schwer betroffen worden ist.

*(Liest):*

„b) Im allgemeinen wird die Hilfeleistung von der genau zu prüfenden Unterstützungsbedürftigkeit und -würdigkeit abhängig zu machen sein. In der Regel wird dabei die Zugehörigkeit des Betriebes zur dritten oder vierten Erwerbsteuerklasse in Betracht zu ziehen sein."

Es ist also hier die Möglichkeit vorgesehen, daß in rücksichtswürdigen Fällen auch über die dritte und vierte Erwerbsteuerklasse hinausgegangen werden könne.

*(Liest):*

„Besonders wird zu beachten sein, daß die Kredithilfe sich nicht auf solche Gewerbeinhaber erstrecken dürfe, die auf normalem Wege ausreichenden Kredit sich zu beschaffen in der Lage sind.

c) Zum Zwecke der Wiedereröffnung oder Weiterführung der Betriebe werden Darlehen vermittelt, deren Höhe im einzelnen Falle den Betrag von 4000 K in der Regel nicht übersteigen soll."

Auch hier ist vorgesehen, daß man in einzelnen Fällen das Auslangen damit nicht werde finden können, infolgedessen also die Möglichkeit offen stehen müsse, in besonderen Fällen auch über diesen Betrag noch hinauszugehen.

*(Liest):*

„Sie werden gegen Schuldschein oder Wechsel gewährt, wobei die Gattin des Schuldners als Mitschuldnerin einzutreten hat. Der Darlehenszinsfuß soll einschließlich aller Nebengebühren vier Prozent nicht überschreiten, wobei das erste Jahr zinsenfrei bleiben kann."

Ursprünglich war in Aussicht genommen, den Darlehenszinsfuß an den Bankzinsfuß zu binden und ihn nur etwas niedriger zu stellen als den jeweiligen Bankzinsfuß. Der Gewerbeausschuß war aber einmütig der Anschauung, daß man sich auf diese etwas schwankende Grundlage nicht stellen soll, daß der Bankzinsfuß voraussichtlich eine ziemliche Höhe erreichen wird, daher ein Zinsfuß, der nur wenig unter dem Bankzinsfuß bleibt, sich für viele kleine Gewerbetreibende zu hoch stellen würde. Deshalb ist hier ausdrücklich ein Zinsfuß von vier Prozent in Aussicht genommen, und zwar einschließlich aller Nebengebühren.

*(Liest):*

„Die Tilgung hat spätestens innerhalb elf Jahren zu erfolgen, wobei das erste Jahr von jeder Kapitalsrückzahlung befreit werden kann. Während dieser Zeit ist das Darlehen nicht kündbar. Sämtliche Urkunden sind gebührenfrei, die Darlehen selbst von einer Zwangsvollstreckung ausgeschlossen. Gesuche um Kredithilfe können mit dem Wiedereintritt des Friedens in einer Frist von höchstens zwei Jahren nach dem Übertritt ins bürgerliche Erwerbsleben, beziehungsweise nach vollständiger Beendigung der allgemeinen Abrüstung („Demobilisierung") eingebracht werden; bezüglich jener Gewerbeinhaber, die bisher bereits ins bürgerliche Erwerbs-

leben zurückgekehrt sind, in einer Frist von höchstens einem Jahre nach allgemeiner Verlautbarung der gegenständlichen Bestimmungen."

Nun kommt weiters *(liest)*:

„b) Die Beschaffung der zur Durchführung der Hilfsaktion erforderlichen Geldmittel hat im allgemeinen auf dem Kreditwege zu erfolgen. Der Staat, Länder, Handels- und Gewerbekammern haben hierbei in der Weise Hilfe zu leisten, daß vom Staate zu drei Vierteln —"

ursprünglich war eine Beteiligung des Staates zu 50 Prozent in Aussicht genommen; wir sind darüber hinausgegangen, weil wir uns sagen mußten, daß die anderen lokalen Faktoren in ihren Mitteln sehr beschränkt sind und auch gegenwärtig in einer sehr ungünstigen finanziellen Lage sich befinden, daher haben wir fest eingesetzt — *(liest)*:

„daß vom Staate zu drei Vierteln, von den lokalen Faktoren zu einem Viertel eine Ausfallshaftung für uneinbringlich gewordene Darlehen sowie im gleichen Verhältnisse Zinsenzuschüsse zur Ermöglichung des begünstigten Zinsfußes übernommen werden. Zu den lokalen Faktoren können auch Gemeinden, gewerbliche Vereinigungen und Genossenschaften, Landeskommissionen für heimkehrende Krieger, Geldanstalten, die sich mit gewerblichem Kredite befassen, herangezogen werden."

Das wird eben länderweise je nach dem Bedarf und den Verhältnissen sich verschieden gestalten.

*(Liest)*:

„c) Die Hilfsaktion ist länderweise mittels zu diesem Zwecke zu schaffender geeigneter Einrichtungen, die auch den nationalen Verhältnissen in den Ländern Rechnung tragen und am besten an die Gewerbeförderungsanstalten anzugliedern sein werden, durchzuführen. Dem Staate sowie den beteiligten lokalen Faktoren ist eine entsprechende Einflußnahme auf die Verwaltung und Gebarung einzuräumen. Verbände gewerblicher Kreditgenossenschaften sind zur Mitarbeit heranzuziehen; nach Bedarf können auch Gemeinden, gewerbliche Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie sonstige zur Gewährung gewerblichen Kredites berufene Stellen herangezogen werden."

Dann der letzte Punkt *(liest)*:

„f) Zur Berufsberatung der rückkehrenden Gewerbeinhaber bei der Wiederaufnahme ihrer Erwerbstätigkeit sind eigene Beratungsstellen bei den Gewerbeförderungsanstalten einzurichten",

— diese Beratungsstellen werden sechs mannigfache Aufgaben zu erfüllen haben, den Gewerbetreibenden, die ja vielfach ganz außer Kontakt mit den Verhältnissen und mit den Bedürfnissen gekommen sind, die sich gewissermaßen erst neu in alle diese Dinge einleben müssen, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen — *(liest)*:

„und zu diesem Zwecke, sowie zur leichteren Ermöglichung der Überlassung von Maschinen und Motoren sowie Vermittlung von Rohstoffen an Gewerbetreibende die diesen Anstalten zukommenden Staatsbeiträge zu verdoppeln."

Das möchte ich ganz besonders mit Nachdruck betonen.

Der zweite Antrag geht dahin *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird beauftragt, über die im Gegenstande getroffenen Maßnahmen dem Reichsrate binnen Monatsfrist einen eingehenden Bericht zur Kenntnisnahme vorzulegen."

Ich empfehle Ihnen, meine sehr verehrten Herren, diese Anträge zur Annahme und glaube, daß Sie damit ein gutes Stück sozialer Fürsorge geleistet und daß Sie sich damit gewiß den Dank von vielen Tausenden von Mitgliedern des Gewerbestandes erworben haben werden. Ich bin überzeugt, daß die Gewerbetreibenden diesen Dank am besten dadurch abstatten werden, daß sie ihre nützliche und schöpferische Arbeit wieder aufnehmen werden zum Wiederaufbau ihrer eigenen Existenz, aber auch zur Wiederaufrichtung gesunder wirtschaftlicher Zustände, wenn der ersehnte Friede wieder in unserem Vaterlande eingekehrt sein wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zu diesem Gegenstande haben sich zum Worte gemeldet die Herren Abgeordneten: Einspinner, Kittinger und Wohlmeyer pro, Stojan und Votruba kontra.

Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit haben aber die Herren auf das Wort verzichtet. Dagegen ist mir ein Antrag der Abgeordneten Teufel, Loser, Pichler, Hummer, Wohlmeyer, Pacher, Wolf und Genossen überreicht worden, welcher lautet *(liest)*:

„Das hohe Haus wolle beschließen:

Der Artikel 1 hat zu lauten:

Die k. k. Regierung wird beauftragt, zum Zwecke der Kredithilfe für solche Gewerbeinhaber, die infolge der Kriegsereignisse eine schwere Beeinträchtigung oder Gefährdung ihres wirtschaftlichen Bestandes erfahren haben, wenigstens 100 Millionen Kronen — verteilt auf die drei Budgetjahre 1917/18, 1918/19 und 1919/20 — in den Staatsvoranschlag der Jahre 1917/18, 1918/19 und 1919/20 einzustellen. Sollte der für die gewerbliche Kredithilfe in dem betreffenden Staatsvoranschlage eingesetzte Betrag nicht verbraucht worden sein, so hat die k. k. Regierung dafür zu sorgen, daß der jeweilig verbleibende Restbetrag stets in den Staatsvoranschlag des darauffolgenden Jahres, und zwar für die gleiche Verwendung eingestellt werde.

Die k. k. Regierung wird ferner beauftragt, im Einvernehmen mit den in Betracht kommenden lokalen Faktoren und unter Berücksichtigung der nationalen Verhältnisse in den Ländern die notwendigen Maßnahmen für die Verwendung der in den Staatsvoranschlägen vorgesehenen Beträge für gewerbliche Kredithilfe unter Beobachtung der nachfolgenden grundsätzlichen Bestimmungen zu treffen:

a) . . . . . " usw. gleichlautend mit dem Ausschußantrage.

Diese Textierung hätte an Stelle des Punktes 1 des Ausschußantrages zu treten. Punkt 2 bleibt unverändert. Der Antrag ist gehörig gezeichnet und steht in Verhandlung.

Ich eröffne die Debatte. Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wir schreiten zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Herren, welche den Antrag des Gewerbeausschusses mit der durch den soeben verlesenen Abänderungsantrag der Abgeordneten Teufel und Genossen beantragten Abänderung des Artikels 1 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat dem Antrage seine Zustimmung erteilt.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage *(680 der Beilagen)*, betreffend den Gesetzentwurf, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden. *(792 der Beilagen.)*

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Schoepfer** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus einen sehr kurzen Gesetzentwurf überreicht, der aus Anlaß der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge einige Kompetenzen regeln soll. Dem Regierungsentwurfe hat auch das Allerhöchste Handschreiben beigelegen, mit welchem die Errichtung dieses Ministeriums genehmigt und sein Wirkungskreis bestimmt wurde. Der Verfassungsausschuß hat diese Angelegenheit einer sehr eingehenden Beratung unterzogen, worüber ich mir erlaubt habe, im Bericht einigen Aufschluß zu geben.

Ich nehme mir nun die Erlaubnis, vor allem andern kurz und bündig aufmerksam zu machen, was denn eigentlich der Sinn des Gesetzes ist. Im Laufe der Ausschußdebatte wurde von einem Redner darauf hingewiesen, daß der Wortlaut dieses Gesetzes ein ganz absonderlicher sei und daß man sich damit gar nicht befreunden könne. Dieser Wortlaut ist aber in der Sache sehr begründet. Durch das Gesetz soll nämlich nicht die Errichtung des Ministeriums beschlossen und auch nicht der Wirkungskreis desselben bestimmt werden, weil nach der Auffassung der Regierung das eine wie das andere zu tun nicht der Reichsrat kompetent ist, sondern weil dazu die Allerhöchste Entschließung ausreicht.

In den Wirkungskreis des neuen Ministeriums gelangen nun verschiedenerlei Angelegenheiten, solche, die erst neu aufgetaucht sind oder von der Regierung neu erfaßt werden, wie zum Beispiel die Kriegerfürsorge in den meisten Punkten. Wir haben zwar ein Versorgungsgesetz, das sich aber für die gegenwärtigen Bedürfnisse als ganz und gar unzulänglich erweist. Für solche Gegenstände nun, die von der Verwaltung neu erfaßt werden, reicht es aus, wenn sie durch Verordnung oder durch das Handschreiben Seiner Majestät dem Ministerium als Teil seines Wirkungskreises zugewiesen werden. Dann gibt es andere Partien, die bereits von der Verwaltung erfaßt sind und darum einem bestehenden Ministerium bereits obliegen. Insoweit es sich dabei nicht um einzelne Gesetze handelt, sondern um den allgemeinen Komplex, sagen wir zum Beispiel den Arbeiterschutz, der im Verordnungswege durch Errichtung der Sozialpolitischen Sektion dem Handelsministerium überwiesen wurde, genügt es ebenfalls, daß diese Gegenstände in den Wirkungskreis des Ministeriums aufgenommen wurden.

Anders ist es aber bei einzelnen Gesetzen, deren Durchführung in Zukunft dem neuen Ministerium übertragen werden soll. Diese Gesetze, sagen wir zum Beispiel die einzelnen Arbeiterschutzgesetze über Arbeitszeit, Frauenarbeit und dergleichen tragen eine Vollzugsklausel, durch die sie einem bestimmten Ministerium zur Durchführung übertragen sind. Zur Durchführung des Gesetzes ist berufen das Handelsministerium beim Wohnungsfürsorgefonds, beim Fonds für Kleinwohnungen das Ministerium für öffentliche Arbeiten, bei Versicherungsgesetzen das Ministerium des Innern. Nachdem nun die Durchführung und Behandlung dieser gesetzlich geregelten Angelegenheiten durch Gesetz bereits einem vorhandenen Ministerium zugewiesen ist, braucht es Gesetz, damit sie dort losgelöst werden, damit trotz der gegenteilig lautenden Vollzugsklausel das Ministerium für soziale Fürsorge in die Lage komme, die Durchführung dieser Gesetze zu übernehmen und die darin geregelten Angelegenheiten zu verwalten.

Es ist darum das vorliegende Gesetz nur ein Kompetenzgesetz und es begreift sich auch daraus der sonderbare Wortlaut *(liest)*: „Insoweit die Angelegenheiten, die nach dem mit Meiner Entschließung vom 7. Oktober 1917 festgesetzten Wirkungskreise dem Ministerium für soziale Fürsorge zugewiesen werden, nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen derzeit in den Wirkungskreis anderer Ministerien gehören" — nämlich durch die Vollzugsklausel — „hat in diesen Angelegenheiten die Zuständigkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge einzutreten." Es ist also dieses Gesetz nur ein Kompetenzgesetz, ein Gesetz, wodurch das neue Ministerium in die Lage kommt, die weitere Durchführung aller jener Gesetze zu übernehmen, die in seinen Wirkungskreis gehören, heute aber einem anderen Ministerium zugewiesen sind.

Im Berichte habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß demnach zwar der Reichsrat eine verhältnismäßig geringe Bedeutung in dieser Angelegenheit habe, daß er wenig zu beschließen habe, daß aber doch seine Stellungnahme eine Vorbedingung für das Inslebentreten des Ministeriums ist und daß der Reichsrat noch ein anderes Mal mit dieser Angelegenheit zu tun haben wird, wenn es sich nämlich darum handelt, das Budget des Ministeriums zu beschließen, wobei natürlich auch der ganze Status zur Verhandlung kommen wird. Dort wird es sich darum handeln, daß so und so viele Sektionen, Departements usw. vorhanden sind, es wird also ein Nachtragskredit zu beschließen sein.

In dieser Hinsicht erlaube ich mir aufmerksam zu machen, daß ein Satz des Berichtes mißdeutet werden könnte. Ich will deshalb die Sache hier klarstellen. Der Satz auf Seite 2 lautet *(liest:)* „Erst wenn dieser Nachtragskredit genehmigt ist, kann das Ministerium seine Tätigkeit aufnehmen. Es wird sich also das Abgeordnetenhaus noch einmal, und zwar zunächst durch den Budgetausschuß mit dem Ministerium zu befassen haben. Das gilt wohl für den definitiven Staatsvoranschlag. Nachdem wir aber gegenwärtig in dem Budgetprovisorium eine allgemeine Ermächtigung haben, ist die gesetzliche Regelung dieses Nachtragskredites nicht notwendig, um das Ministerium in Tätigkeit treten zu lassen.

Im Berichte ist sodann weiters die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Vorganges kurz erörtert. Besonders im Jahre 1908, anläßlich der in gleichem Wege erfolgten Errichtung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten wurde die Verfassungsmäßigkeit des Vorganges bestritten und eine eingehende Debatte darüber geführt, indem sich zwei Ansichten gegenüberstanden, von denen die eine sagte: Ministerien sind durch Gesetzgebung zu errichten, und zwar aus dem Grunde, weil es im Staatsgrundgesetze heißt: in den Wirkungskreis des Reichsrates gehöre die Gesetzgebung über die Grundzüge der Organisierung der Gerichts- und Verwaltungsbehörden. Die Vertreter dieser Ansicht stehen auf dem Standpunkte, daß zu den Grundzügen der Organisierung der Verwaltungsbehörden auch die Errichtung der Ministerien gehöre. Die andere Ansicht beruft sich auch auf ein Staatsgrundgesetz, nämlich auf das Staatsgrundgesetz über die Ausübung der Regierungs- und Vollzugsgewalt, wonach der Kaiser die Regierungsgewalt durch verantwortliche Minister ausübt, die Minister ernennt und entläßt.

Sehr geehrte Herren! In der Ausschußdebatte wurde über diesen Gegenstand nicht viel gesprochen. Man hat eingesehen, daß es nicht gelingen wird, die gegensätzlichen Meinungen auszugleichen und eine einheitliche Überzeugung herzustellen. Man wird wahrscheinlich auch in Zukunft darüber streiten, die Gelehrten werden in ihren Büchern die einen so, die anderen anders sagen.

Es wurde von mir und auch von dem Vertreter des Ministerratspräsidiums darauf aufmerksam gemacht, daß hier noch die bestehende Rechtsübung zu Hilfe komme, nämlich der tatsächliche Vorgang, wie Ministerien anderswo und auch bei uns bis dato errichtet worden sind. Und da liegt die Sache so, daß in allen modernen Verfassungsstaaten — mit ganz geringen Ausnahmen — Ministerien immer, sei es durch den Träger der Krone, sei es durch den Präsidenten, zum Beispiel der französischen Republik oder der nordamerikanischen Union errichtet worden sind und daß auch, mit ganz seltenen Ausnahmen, der Wirkungskreis bestimmt wurde. Die Praxis spricht also für den Vorgang, der auch diesmal eingehalten wurde, und so hat sich auch der Ausschuß, ohne sich auf die Lösung dieser Frage, auf die volle Klarstellung darüber einzulassen, auf

den Standpunkt gestellt, daß weder der einen noch der anderen wissenschaftlichen Überzeugung nahegetreten werden solle, daß man sich an die bisherige Gewohnheit halte und nichts tue, was das eheste Inslebentreten des Ministeriums verhindern könnte. Es wurde darum auch kein Gegenantrag gestellt, nur kann einer der zwei Minoritätsanträge, die sich auf etwas anderes beziehen, vielleicht in dem Sinne gedeutet werden, worauf ich dann noch zurückkommen werde.

Wenn nun in solcher Weise prinzipiell gegen den Tenor der Regierungsvorlage und auch gegen die in der Regierung herrschende Auffassung über den einzuhaltenden Vorgang nichts eingewendet wurde, so hat man doch diesen Anlaß dazu benützt, um über die Mängel der gegenwärtigen Verwaltung auch in der ganzen Einrichtung sich auszusprechen. Ich habe mich im Berichte nur auf dasjenige beschränkt, was diesen Gegenstand selbst berührt, und darauf aufmerksam gemacht, daß zum Beispiel der Herr Abgeordnete Renner sich sehr warm dafür eingesetzt hat, daß ein Ministerium für jene drei Gegenstände, für jene drei Wirkungsgebiete hätte errichtet werden sollen, für die jetzt eigene Ministerien geschaffen werden, nämlich für die soziale Fürsorge, für die Volksgesundheit und das Ernährungswesen oder die Volksernährung, und daß dann besser Reichsämter unter diesem gemeinsamen Hut des einen gemeinsamen Ministeriums errichtet worden wären. Dieser Ansicht ist auch der Herr Abgeordnete Dr. Viktor Adler beigetreten, mit der besonderen Begründung, daß durch diese Zerteilung in sich verwandter und zusammenhängender Gebiete auf verschiedene Ministerien die Kompetenzkonflikte gemehrt werden, wobei er besonders darauf verwiesen hat, daß viele Angelegenheiten der Volksgesundheit und der sozialen Fürsorge sich ganz und gar durchdringen, so daß es sehr schwer sein wird, Kompetenzkonflikte zu vermeiden.

Der Herr Abgeordnete Fink ist ebenfalls dafür eingetreten, daß es besser gewesen wäre, die soziale Fürsorge mit der Verwaltung der Volksgesundheit zu vereinigen; er hat aber sehr scharf dafür plädiert, daß das Ernährungswesen gegenwärtig in dieser außerordentlichen Zeit, die noch lange andauern wird, in einem eigenen Ministerium verwaltet werde.

Herr Dr. Renner hat darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn auch gegenwärtig angesichts der vollzogenen Tatsachen sich eine Änderung nicht werde vollführen lassen, man nicht glauben solle, daß damit auch für die Zukunft das letzte Wort gesprochen sei. Ich halte es auch nicht für unmöglich, daß, wenn auch jetzt diese Ministerien in dieser Verteilung verankert werden, früher oder später einmal der Reichsrat oder die Regierung sich vielleicht zu einer großartigen Reform der Verwaltung aufraffen werden, um dann Wege zu gehen, die man jetzt für besser findet, als es früher bei der Einrichtung unseres Staates geschienen hat.

Man ist sodann zur Besprechung des Titels übergegangen. Die Regierungsvertreter haben erklärt, daß, wenn man einen besseren Titel findet, ein Abgehen von dem im Allerhöchsten Handschreiben verwendeten Titel „Ministerium für soziale Fürsorge" keinen Kasus in sich schließe. Man hat da hin und her gesucht und begründet; ich habe es in dem Bericht kurz angeführt: „Arbeitsministerium", „Ministerium für soziale Verwaltung", „Ministerium für Sozialpolitik", „für Volkswohlfahrt" — aber am Ende ist man zur Überzeugung gekommen, daß zwar der gebrauchte Titel nichts Vollkommenes ist, daß aber auch die anderen vorgeschlagenen um nichts besser, eher schlechter sind. Und so hat man sich darauf geeinigt, daß an dem Titel nicht gerüttelt werden soll.

Der Titel „Ministerium für soziale Fürsorge" wurde besonders deswegen beanstandet, weil man in dem Worte „Fürsorge" etwas gefunden hat, was man als nicht angezeigt erklärte, nämlich Wohltätigkeitspflege, ein Ministerium zur Pflege der Wohltätigkeit, so daß gewissermaßen diejenigen Kreise der Bevölkerung, mit welchen sich das Ministerium zu befassen habe, als hilfsbedürftige, als arme Leute erscheinen und dasjenige, was das Ministerium zu tun hat, als Almosenspenden, als Subvention, als Übung der Wohltätigkeit und dergleichen, was der ganzen Auffassung sozialer Bedürfnisse und deren Befriedigung ganz unwürdig wäre. Es wurde demgegenüber darauf aufmerksam gemacht, daß der Wirkungskreis selbst auch in der Erläuterung, wie sie im Motivenberichte der Regierung gegeben wurde, in gar keiner Weise Anlaß gibt, das Ministerium als ein reines Wohltätigkeitsministerium aufzufassen, sondern im Gegenteile es sich hier fast durchwegs um die Pflege des Rechtes handelt, darum, der Gerechtigkeit gegenüber diesen Bevölkerungsschichten zum Durchbruche zu verhelfen, daß es sich um hervorragende Aufgaben staatlicher Verwaltung handelt, durch welche in Handel und Wandel, in den Arbeitsverträgen und dergleichen die soziale Gerechtigkeit geschützt werden und diese Gerechtigkeit erzwungen werden soll. Es ist auch ganz klar, daß zum Beispiel die Angelegenheiten der Wohlfahrtsfürsorge nicht Dinge der Wohltätigkeit sind, sondern wie der Mensch, wie die Familie einen unveräußerlichen Anspruch auf ihre Menschenrechte, auf ein menschenwürdiges Leben hat, so besteht in gleicher Weise ein unveräußerlicher Anspruch auf ein solches Wohnen, welches Familienglück ermöglicht. Die Angelegenheiten der Kriegsfürsorge, wie sie in dem betreffenden Kapitel genannt sind, sind auch nicht Angelegenheiten bloßer Wohltätigkeit. Es wurde auch im Ausschusse darauf

ufmerksam gemacht, daß die Krieger, die ihre Haut zu Markte getragen haben, die mit verstümmelten Gliedern nach Hause kommen, die in ihrer Erwerbstätigkeit geschädigt wurden, die das getan haben für das Wohl der Gesamtheit, einen rechtlichen Anspruch haben, dafür staatlichen Ersatz zu bekommen und der Zurückführung in die frühere oder eine andere angemessene Berufstätigkeit teilhaft zu werden.

Wenn man sich so den Wirkungskreis des Ministeriums durchsieht, so findet man auf Schritt und Tritt, daß es sich um ganz hervorragende Verwaltungsangelegenheiten handelt, die sich neben den Angelegenheiten anderer Ministerien ganz gut denken lassen können, daß es sich darum handelt, der Wesensbestimmung des Staates, nämlich die allgemeine zeitliche öffentliche Wohlfahrt zu fördern, gerecht zu werden.

Dabei soll nicht verschwiegen werden, daß auf manchem dieser Gebiete die Übung der Wohltätigkeit eine sehr große Rolle spielen wird. Es würde schlecht um die Gesellschaft bestellt sein, wenn sie nur durch die Gerechtigkeit und nicht auch durch die Menschenliebe geregelt würde. Und da wird es Aufgabe der Staatsverwaltung sein, diese Wohltätigkeit zu fördern, sie zu organisieren, sie in die richtige Bahn zu lenken und ihr den richtigen Weg zu weisen. Es wird darum dieses Ministerium eine schöne, erfolgverheißende Verbindung von sozialer Gerechtigkeit und Nächstenliebe und Erbarmung bieten.

Nachdem sonach sowohl der Wirkungskreis als der Name dieses Ministeriums der hohen Aufgaben würdig sind, hat es sich um die Klarstellung der weiteren Frage gehandelt, wie denn dieser Wirkungskreis an sich zu beurteilen sei, ob er vollständig ist, ob nicht vielleicht manches herauszunehmen und für manches hineinzuschieben wäre. Für das Herausnehmen hat sich niemand geäußert. Man hat erkannt, daß alle diese Angelegenheiten durch eine gemeinsame Idee verbunden sind: durch die Idee der sozialen Wohlfahrt und deren Förderung. Es lassen sich diese Angelegenheiten nicht schematisch vereinigen sowie man Ideen nach Genus und Spezies teilt, aber für eine Verwaltung lassen sie sich vereinigen und als zusammengehörige Gegenstände des Wirkungskreises erkennen und nachweisen. Die Anstandung ging vielmehr dahin, daß manches darin sein sollte, was in dem Wirkungskreis nicht darinnen steht. Und dieses Gefühl hat sogar die Regierung selbst gehabt, die in dem allgemeinen Teile der Erläuterungen darauf aufmerksam gemacht hat, daß rein theoretisch noch der eine oder andere Gegenstand in den Wirkungskreis hinein gehört hätte, so zum Beispiel in das Kapitel der Sozialversicherung die Durchführung des Krankenkassenwesens und andere Versicherungsangelegenheiten. Es wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß eben diese Angelegenheiten zum Teil mit Behörden sehr verankert sind, daß in diesen Behörden, welche diese Angelegenheiten unter sich haben, eine solche Kenntnis derselben vorhanden sei, daß es schwer wäre, sie sofort herauszureißen.

In diesen Erläuterungen heißt es, daß das zunächst oder mit dem ersten Schlage nicht gemacht werden könne. Allein den angeführten Gegengründen hat der Herr Minister Dr. Mataja insofern recht gegeben, als er erklärt hat, nichts dagegen zu haben, daß die genossenschaftlichen Krankenkassen dem Ministerium, der Sozialversicherungsabteilung übertragen werden.

Es wurde dann auch der Wunsch geäußert, man möge doch die Möglichkeit schaffen, daß einer derartigen Übertragung nichts im Wege stehe und da hat Seine Exzellenz selbst die Anregung gegeben, hierfür in einem neuen Alinea die gesetzliche Grundlage zu schaffen, welches Alinea folgendermaßen lautet:

„Dieses" — nämlich die Übertragung der Kompetenz — „gilt auch für solche Angelegenheiten, die in Zukunft dem Ministerium für soziale Fürsorge zugewiesen werden."

Wenn dieses zweite Alinea angenommen wird, dann ist gesetzlich gar kein Hindernis, die genossenschaftlichen Krankenkassen und die darüber geltenden Gesetze und überhaupt andere Gesetze in den Wirkungskreis des Ministeriums zu übertragen, weshalb ich die Annahme auch dieses zweiten Alineas sehr warm empfehle.

Nun wurde vor der Abstimmung über diesen Punkt die Meinung geäußert, daß dieses Gesetz auf solche Weise fast etwas abstrus erscheine und daß man sich nicht werde erklären können, warum denn gerade eine solche Textierung gewählt werde. Es hat darum der Herr Abgeordnete Seitz einen Abänderungsantrag für den ganzen ersten Paragraphen gebracht, und zwar in zwei Formulierungen, weil er schon gefühlt hat, daß die eine Formulierung wahrscheinlich nicht angenommen wird. Und so nehme ich mir jetzt die Freiheit, auf diese zwei Minderheitsvoten, von denen das zweite nur ein Eventualantrag ist, kurz zu sprechen zu kommen, wobei ich um Entschuldigung bitte, daß die Unterfertiger derselben nicht unterschrieben sind — es ist das ein Fehler seitens der Druckerei, es wurde nämlich der zweite Korrekturbogen nicht mehr vorgelegt und man hat das wegen der großen Eile übersehen; es waren die Herren Abgeordneten Seitz, Dr. Ellenbogen und Dr. Adler unterschrieben.

Dieses Minoritätsvotum lautet so *(liest)*:

„Der § 1 soll lauten:

Das Ministerium für soziale Fürsorge ist für jene Angelegenheiten zuständig, die nach Meiner

Entschließung vom 7. Oktober 1917 in seinen Wirkungskreis fallen oder ihm künftighin zugewiesen werden, auch wenn sie nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen in den Wirkungskreis eines anderen Ministeriums gehören."

Bei diesem Wortlaute mache ich aufmerksam, daß hier die Bestimmung oder die Zustimmung zu dem Wirkungskreis in das Gesetz aufgenommen wird. Wenn ein Exeget darüber kommt — und ich bin vom Fache aus eigentlich Exeget, freilich auf einem anderen Gebiete, ich bin aber darum gewöhnt, die Angelegenheiten, besonders die Worte eines Satzes mir sehr genau anzusehen, denn das war durch ein paar Dezennien mein Beruf — und sich das ansieht, so muß er sagen, es ist hier ausgesprochen, das Ministerium für soziale Fürsorge erhält gesetzlich diese Kompetenz, diesen Wirkungskreis und das würde der ganzen Struktur dieses Gesetzes, wie es die Regierung vorgelegt hat, widersprechen und würde ganz gewiß nie Grundlage für die Auffassung bieten, der man ausweichen wollte, daß den Wirkungskreis gesetzlich endgültig zu bestimmen, Sache der Gesetzgebung sei. Es hat darum, glaube ich, der Herr Abgeordnete Seitz selbst gefühlt, daß diese Auffassung abgelehnt wird und er hat darum einen zweiten Antrag als Eventualantrag gestellt, welcher lautet *(liest)*:

„Der § 1 soll lauten:

Das Ministerium für soziale Fürsorge ist für jene Angelegenheiten zuständig, die nach den derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen in den Wirkungskreis anderer Ministerien gehören, jedoch nach Meiner Entschließung vom 7. Oktober 1917 oder durch künftige Verfügungen ihm zugewiesen werden."

In dieser Fassung ist die Sache annehmbarer, aber ich muß aufmerksam machen, daß der Herr Antragsteller selbst durch ein Wörtchen, das er ausgelassen hat, später zu erkennen gegeben hat, daß hier eine Unvollständigkeit vorliegt. Früher nämlich ist das Wörtchen „auch" darinnen gestanden, wie der Antrag zur Debatte gekommen ist, und dort hat es geheißen, das Ministerium für soziale Fürsorge ist auch für jene Angelegenheiten zuständig, die nach den derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen in den Wirkungskreis anderer Ministerien gehören oder durch zukünftige Verfügungen ihm zugewiesen werden. Durch das Wörtchen „auch" war gekennzeichnet, daß außer dem hier genannten Kreise noch ein anderer vorhanden sei, von dem das Gesetz nicht spricht. Das sind eben jene Angelegenheiten, die ich früher in meinem Vortrage dargelegt habe, nämlich solche, die von der Verwaltung erst neu erfaßt werden oder die im Verordnungswege einem anderen Ministerium im allgemeinen übertragen waren und die jetzt im Wirkungskreise dieses Ministeriums liegen.

Ich erlaube mir zu sagen, daß wir doch in einem Gesetze nicht mit dem Worte „auch" beginnen dürfen. Das Wort „auch" ist ein Verbindungswort und weist auf ein vorhergehendes hin. Das Gefühl, daß hier eine Unklarheit besteht, hat mich als Referenten bestimmt, an der Formulierung, wie sie die Regierung vorgelegt hat, festzuhalten, und der Ausschuß hat sich mit Majorität dafür ausgesprochen. Ich möchte das hohe Haus dringend bitten, die Frage, was stilistisch besser ist, so wie es im Ausschußantrage steht oder im Minoritätsvotum Seitz, beiseite zu lassen. Stilistik ist schon recht, aber sie geht nicht über die Klarheit und geht nicht über die Sicherheit hinaus. So wie der Antrag im Ausschußantrage vorliegt, besteht gar kein Zweifel, was gemeint ist, da ist jedem Anlaß zu einem Streite hierüber vollständig vorgebeugt. Aber so wie das Minoritätsvotum in der ersten Form lautet, ist es sehr die Frage, ob nicht die Kompetenzfrage selbst verschoben ist, und wie das Minoritätsvotum in der zweiten Form lautet, ist immerhin Zweifeln die Tür geöffnet. Ich bitte also das hohe Haus, den Antrag so anzunehmen, wie er im Ausschußantrage vorliegt.

Und nun einen Schritt weiter. Es wurde bei der weiteren Behandlung eingehend die Frage erörtert, wie dieses Ministerium denn verwaltet werden soll. Man hat dabei natürlich nicht ins Einzelne eingehen wollen, gewissermaßen in das einzelne Bureau hineingehen und den Ministerialräten, Sektionschefs usw. sagen wollen: „so mußt du es machen", sondern es hat sich um Grundzüge gehandelt und da ist besonders auf Folgendes aufmerksam gemacht worden. Alle Redner, die überhaupt das Wort ergriffen haben, haben das dringendste Ersuchen gestellt, bei Verwaltung dieser Angelegenheiten einen engen und ständigen Kontakt mit der Bevölkerung aufrecht zu erhalten, nicht bloß deswegen, weil dieser Kontakt überhaupt mehr gepflegt werden sollte, da die heutige einseitige Ausbildung und bureaukratische Behandlung beinahe eine Scheidewand zwischen Beamten und Bevölkerung aufgerichtet hat, anstatt deren lebensvolle Verbindung herzustellen, wodurch die Mängel der Verwaltungsausübung immer größer geworden sind, sondern auch deshalb, weil gerade bei dem Wirkungskreise dieses Ministeriums, bei fast allen Angelegenheiten dieses Wirkungskreises die enge Fühlungnahme mit der Bevölkerung, das Zusammenarbeiten mit derselben und die Heranziehung der Bevölkerung selbst zur Durchführung dringendst geboten, aber auch nirgends leichter ist. So wurde auch ausgesprochen, daß eine neue Bahn auf diesem Gebiete auch für die anderen Verwaltungsgebiete bahnbrechend sein könnte und auch sonst dazu führen könnte, zu erkennen, welch wertvolles Element für die Durchführung der Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen in der Bevölkerung selber liegt. Nur mu

nan es verstehen, mit ihr umzugehen, das Inter- sse für die Angelegenheiten bei ihr zu erwecken, sie elbst mit dem Geiste der Gesetze zu durchdringen, reilich auch weniger Vorschriften, weniger Gesetze, weniger Verordnungen, weniger Erlässe herauszu- eben. Denn wie auch im Ausschusse erwähnt wurde, st heute kein politischer Beamter imstande, seine ngelegenheiten zu verwalten, weil er die verschie- enen Verordnungen auch nicht einmal zu lesen eit findet, geschweige denn deren Zusammenhang erfassen und die Art und Weise zu erkennen, ie er die Bevölkerung behandeln soll.

Dieser Auffassung geben zwei Resolutionen usdruck, eine vom Abgeordneten Dr. Redlich und ie andere, kombinierte, von den Abgeordneten anek und Dr. Ofner. Die Resolution des Herrn bgeordneten Dr. Redlich — es ist die zweite, f die erste des Herrn Abgeordneten Dr. Adler mme ich noch zu sprechen — lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, zur Durch- hrung der dem Ministerium für soziale Fürsorge esetzten Aufgaben eine umfassende Organisation zu affen, damit die Mitwirkung aller, schon jetzt auf em Arbeitsgebiete des Ministeriums frei tätigen esellschaftlichen Kräfte, insbesondere der hierfür stehenden Vereine, Genossenschaften und Verbände wie der betreffenden Organe und Einrichtungen der emeinden und Kronländer gesichert wird."

Was diese Resolution mehr im allgemeinen sagt, s spricht zum Teile die Resolution der Herren bgeordneten Vaněk und Dr. Ofner im speziel- n aus *(liest)*:

„Zur Vorbereitung und Durführung der in n Wirkungskreis des Ministeriums fallenden Ar- iten ist bei jeder Statthalterei und soweit als öglich auch bei jeder Bezirkshauptmannschaft eine ozialpolitische Abteilung mit Referenten, die in zialen und Arbeiterfragen vollkommen erfahren nd, zu errichten, ferner Verwaltungsinspektoren in r nötigen Anzahl zu bestellen.

Zur Unterstützung der sozialpolitischen Abtei- ngen in Arbeiterfragen sind Landes- und Bezirks- beitsbeiräte, in denen auch den Arbeiterinnen eine ngemessene Vertretung eingeräumt wird, ferner am itze der Handels- und Gewerbekammern Arbeiter- mmern zu errichten und in den Fabriken Arbeiter- usschüsse zu bilden. Zur Unterstützung in Fragen r Fürsorge für Jugendliche und aus anderen ründen Fürsorgebedürftige sind Lokalkomissionen s den beteiligten Kreisen der Bevölkerung und Ver- etern der freien Fürsorgevereinigungen im Sprengel bilden."

Diese Resolutionen sind so inhaltsreich, daß zu einer weitgehenden Erörterung Anlaß geben ürden. Aber die Herren werden mir danken, wenn mich mit der Verlesung begnüge, und vielleicht noch mit einer kurzen Bemerkung über einen nicht erwähnten Gegenstand.

Der Herr Abgeordnete Vaněk hat auf die Arbeiterkammern, Arbeiterausschüsse und auch auf die Einigungsämter aufmerksam gemacht, welche Angelegenheiten den Reichsrat in Bälde beschäftigen werden. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist eine allgemeine Anregung ganz gut, aber natürlich ist damit nichts getan. Der Herr Abgeordnete Dr. Schreiner hat in seiner Rede aufmerksam gemacht, daß sich dieses Ministerium auch mit der ländlichen Wohlfahrtspflege zu befassen haben werde, welche Angelegenheit in Deutschland eine große Aufmerksamkeit bei der Regierung findet und auch sehr unterstützt wird, und er hat in seiner Resolution für diesen Zweig die Mitwirkung der betreffenden Korporationen verlangt, was auch allgemeine Zustimmung gefunden hat. *(Liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, im Ministerium für soziale Fürsorge den zahlreichen Aufgaben der ländlichen Wohlfahrtspflege die wärmste Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich dabei der Mitwirkung der landeskulturellen Körperschaften zu bedienen."

Dann hätte ich noch die Resolution des Herrn Abgeordneten Dr. Adler nachzutragen, der in seiner kurzen Resolution zwei Gedanken zum Ausdrucke gebracht hat, daß nämlich Kompetenzkonflikte möglichst vermieden werden sollen und daß zu diesem Zwecke auch gewisse Angelegenheiten und daß speziell die der Versicherung in diesem Ministerium vereinigt werden sollen. *(Liest:)*

„Die Regierung wird aufgefordert, bei der Organisation des Ministeriums für soziale Fürsorge sowohl Zersplitterung als Kompetenzkonflikte möglichst zu vermeiden und vor allem der Sektion für Sozialversicherung alle Sozialversicherungskassen, eingeschlossen die genossenschaftlichen Krankenkassen, zuzuweisen." Über diese Angelegenheit habe ich mich schon kurz geäußert.

Nun wurde in der Debatte besonders ein Gegenstand noch herausgehoben, nämlich die Gewerbeinspektion. Nach dem im Anhange zum Allerhöchsten Handschreiben mitgeteilten Wirkungskreise gehört auch die Gewerbeinspektion dahin. Die Gewerbeinspektion hat sich bei der Ausbildung des Arbeiterschutzes als eine überaus wichtige Angelegenheit erwiesen.

Es ist auch ihre Ausbildung immer weiter vor sich gegangen, allein im Vergleich zum Deutschen Reiche sind wir aber in dieser Beziehung noch weit zurück und so haben wir diesen Gegenstand zum Anlaß genommen, die Regierung aufzufordern, der weiteren Ausgestaltung der Gewerbeinspektion ihre volle Aufmerksamkeit zu schenken, und zwar auch dadurch, daß hierfür eine eigene Sektion in

diesem Ministerium errichtet werde. Auch dieser Antrag des Herrn Abgeordneten Marckhl ist angenommen worden. Er lautet *(liest)*: „Im Hinblick auf die Wichtigkeit und Umfang des Wesens der Gewerbeinspektion, deren Einrichtungen in mannigfacher Beziehung der Ausgestaltung bedürfen, wird die Regierung aufgefordert, in dem neu zu errichtenden Ministerium für soziale Fürsorge eine eigene Sektion für die Gewerbeinspektion einzurichten."

Nachdem in solcher Weise der ganze Gegenstand durchbesprochen war, ist dann noch ein Antrag über die Besetzung der Stellen aufgetaucht, der vom Herrn Abgeordneten Dr. Korošec gestellt wurde *(liest)*: „Das Ministerium für soziale Fürsorge wird beauftragt, bei der Auswahl der Beamten — die sachliche Eignung selbstverständlich vorausgesetzt — alle Nationalitäten Österreichs zu berücksichtigen."

Der Antragsteller hatte in dem Antrage ursprünglich noch den Passus: „im Verhältnisse zur Bevölkerungszahl". Dafür hat sich der Ausschuß nicht ausgesprochen, allein er hat mit Mehrheit die verlesene Resolution angenommen, wobei während der Abstimmung darauf aufmerksam gemacht wurde, daß das Wort „beauftragt" doch etwas ganz Ungewöhnliches sei, indem das Abgeordnetenhaus die Regierung wohl auffordern, aber nicht einfach beauftragen könne.

Ich schließe damit den kurzen Bericht, indem ich Ihnen als Berichterstatter die Annahme des Gesetzes in der vom Ausschusse beschlossenen Form, §§ 1 und 2, und dann die Annahme der vom Ausschusse teils einstimmig, teils mit Mehrheit beschlossenen Resolutionen empfehle.

Ich ersuche noch einmal, bei aller Wertschätzung der Absichten des Herrn Abgeordneten Seitz, eine kurze und klare Textierung zu geben, bei aller Achtung dieses Bestrebens das hohe Haus, den Minoritätsvoten, und zwar schon dem ersten Antrage, ganz besonders aber auch dem zweiten Eventualantrage die Zustimmung nicht zu geben, sondern sich auf den Antrag des Ausschusses zu einigen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Das vorgeschlagene Gesetz hat nur einen meritorischen Paragraphen, es wird daher nur eine Debatte abgeführt werden.

Ich schlage vor, für diese Debatte eine Rededauer von 30 Minuten zu fixieren. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Vorschlage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat meinem Vorschlage zugestimmt.

Es haben sich zum Worte gemeldet, und zwar pro die Herren Abgeordneten Dr. Redlich, Dr. Adler und Neumann; kontra die Herren Abgeordneten Kalina, Heine, Vaněk, Dr. Zahrádnik, Sedlák und Freiherr v. Hock.

Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit breche ich die Verhandlung ab und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Es hat eine Reihe von Abgeordneten Ausschußmandate zurückgelegt, und zwar die Herren Abgeordneten:

Prášek als Mitglied des Eisenbahnausschusses;

Wagner (Steiermark) als Mitglied des Budgetausschusses;

Zahajkiewicz als Mitglied des Ernährungsausschusses;

Stefanyk als Mitglied des Ernährungsausschusses;

Onyszkewycz als Ersatzmann des Ernährungsausschusses;

Baczyńskyj Leo als Ersatzmann des Ernährungsausschusses;

Budzynowskyj als Mitglied des Finanzausschusses;

Lewyckyj Kost' als Ersatzmann des Finanzausschusses;

Budzynowskyj als Mitglied des Gesundheitsausschusses;

Baczyńskyj Wladimir als Ersatzmann des Notstandsausschusses;

Petruszewycz als Mitglied des Wiederherstellungsausschusses;

Lahodyńskyj als Ersatzmann des Wiederherstellungsausschusses;

Potzinger als Mitglied des Weinbauausschusses;

Schweiger als Ersatzmann des Weinbauausschusses;

Wagner (Steiermark) als Mitglied des Wehrausschusses;

Petruszewycz als Ersatzmann des Wehrausschusses;

Skaret als Ersatzmann des Wehrausschusses;

Seitz als Ersatzmann des Wehrausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(Nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist. *(Zustimmung.)*

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen

lassen, gleichzeitig die Wahlen für die durch die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Čehelský freigewordenen Ausschußmandate und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei besorgt und das Ergebnis in der nächsten Sitzung bekanntgegeben werden.

Eine Reihe von Initiativanträgen ist Ausschüssen zuzuweisen, und zwar:

an den Ausgleichsausschuß 698 der Beilagen;

an den Budgetausschuß 701 und 778 der Beilagen;

an den Eisenbahnausschuß 697, 754, 755, 759 und 760 der Beilagen;

an den Ernährungsausschuß 693 und 738 der Beilagen;

an den Finanzausschuß 700, 725, 757 und 758 der Beilagen;

an den Gesundheitsausschuß 781 der Beilagen;

an den Gewerbeausschuß 761 der Beilagen;

an den kriegswirtschaftlichen Ausschuß 683, 692 und 714 der Beilagen;

an den landwirtschaftlichen Ausschuß 716 und 719 der Beilagen;

an den Notstandsausschuß 689, 690, 691, 694, 696, 702, 710, 711, 723 und 774 der Beilagen;

an den sozialpolitischen Ausschuß 695, 704, 721, 740, 756, 773 und 779 der Beilagen;

an den Sozialversicherungsausschuß 737 der Beilagen;

an den Staatsangestelltenausschuß 681, 682, 686, 688, 715, 718, 724, 741, 742, 743, 744, 763, 764, 765, 766, 776 und 777 der Beilagen;

an den Unterrichtsausschuß 699 und 705 der Beilagen;

an den Verfassungsausschuß 687 der Beilagen;

an den volkswirtschaftlichen Ausschuß 770 und 771 der Beilagen;

an den Wehrausschuß 684, 685, 703, 707, 713, 717, 722, 736 und 775 der Beilagen.

Die nächste Sitzung beantrage ich für Dienstag, den 20. d. M., 11 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage *(680 der Beilagen)*, betreffend den Gesetzentwurf, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden *(792 der Beilagen)*.

2. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung *(768 der Beilagen)*.

3. Befristeter Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaš, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Hillebrand, Jokl, Palme *(238, 319, 441, 473, 611, 669 der Beilagen)*, Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann-Marchl *(448 der Beilagen)*, Teufel-Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte *(749 der Beilagen)*.

4. Für den Fall rechtzeitiger Verteilung des Berichtes:

Befristeter Bericht des Staatsangestelltenausschusses über den zum Budgetprovisorium gestellten Antrag, betreffend Teuerungszulagen der Staatsbediensteten, -arbeiter und Pensionisten.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 29. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 210, mit welcher die im Gesetze vom 14. Juli 1894, R. G. Bl. Nr. 170, beziehungsweise mit der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Juni 1904, R. G. Bl. Nr. 80, festgesetzte Frist zur Erbauung von Neubauten im Festungsrayon der Stadt Olmütz behufs Erlangung von Steuerbegünstigungen auf weitere zehn Jahre erstreckt wird (45 der Beilagen), *(767 der Beilagen)*.

6. Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete *(750 der Beilagen)*.

7. Bericht des Wehrausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel, Dr. Sommer, K. H. Wolf und Genossen (490 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XXII. Session 1917) *(726 der Beilagen)*.

8. Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen *(679 der Beilagen)*.

Ist ein Einwand dagegen? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, demnach bleibt es dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 6 Uhr 20 Minuten abends.

---

Abgeordneter Dr. **Jankovič**: Visoka zbornica! V tej najstrašnejši vseh vojsk je tudi velik del naše ljubljene jugoslovanske domovine bil torišče silnih vojaških dogodkov, ostali deli so pa bili po večini preplavljeni z vojaštvom. Doživeli smo veliko gorja, vsekale so se nam rane, na katerih bode naš ubogi narod trpel desetletja. Posebne važnosti pa je, da sta vsled teh vojaških razmer nastopila v doslej nečuveni meri dva pojava, proti katerima je treba pravočasno z vso odločnostjo vseh korakov, da se ne ujesta v našo zdravo narodno maso in je popolnoma ne ubijeta telesno in duševno, namreč sušica in razširjenje spolnih bolezni.

Sušica ali jetika, še okoli leta 1850. po ohranjenih trditvah tedanjih zdravnikov med kmetskim našim prebivalstvom skoraj popolnoma neznana bolezen, se je začela širiti od one dobe, od kar je beda tisoče in tisoče naših ljudi gonila, da so se izseljevali in bornega kruha si iskali v najtežavnejših obratih v tujini, je sedaj naravnost neverjetno se razvila in nam ugonobila silno število v cvetoči dobi svojega življenja stoječih mladeničev in mož in po njih našla svojo pot v zadnjo gorsko bajto, kjer se nam okužuje rodbina za rodbino, ki potem shirajo in podležejo tej nejnevarnejši morilki človeštva. Vsled tega pa je neobhodno potreben skrajen odpor, da se nam ta pravcata kuga ne širi in ne otruje celega naroda. Ne samo država ima tukaj krasen delokrog, ampak tudi vsi drugi poklicani faktorji, kot občine, duhovniki, zdravniki, vsa inteligenca sploh, pa tudi narod v celoti morajo vmes poseči, prvi da podučujejo, opozarjajo na okužljivost te bolezni, na njeno trdovratnost, na potrebo pravočasnega izločenja teh bolnikov iz rodbinskih prostorov — seveda brez ostrosti in neljubeznivosti, pa tudi brez vsake krutosti in neusmiljenosti — na veliki terapevtični vpliv snage, zdravega čistega zraka in solnca, na važnost tečne hrane itd., drugi pa, da kažejo zanimanje za te nauke, ubogljivost in doslednost v ravnanju v napominjani smeri.

Preti nam pa še tudi druga nevarnost, ki je skoraj usudepolnejša vsled svojega uničujočega vpliva na zakon, zarod, potomce in konečno ne v mali meri tudi na javno moralo, namreč neverjetno širjenje spolnih bolezni, katero dejstvo je najžalostnejša prikazen vsake vojske, a čisto posebno te svetovne vojske. Vsa naša javnost radi tega v boj proti tema dvema neljubima in nevarnima gostoma!

Hohes Haus! Die Tuberkulose und die enorme Verbreitung der Geschlechtskrankheiten sind die beiden Schreckgespenste, die uns nach dem Kriege hauptsächlich werden beschäftigen müssen, sofern wir nicht die physische und moralische Tüchtigkeit des Volkes schwer schädigen wollen.

Bezüglich der Tuberkulose sind die in der Interpellationsbeantwortung Seiner Exzellenz des Herrn Ministers des Innern auf die in der Sitzung des hohen Hauses vom 15. Juni 1917 gestellte Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Schacherl und Genossen, betreffend die Vorkehrungen zur Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und der Tuberkulose dargelegten Maßnahmen tatsächlich überaus anerkennenswert und großzügig.

Die Zusage, daß nach der Demobilisierung die mit offener Tuberkulose behafteten Militärpersonen aus Sanitätsanstalten der Hauspflege nur ganz ausnahmsweise übergeben werden dürfen, wenn sich nämlich außerhalb der verfügbaren Sanitätsanstalten günstigere Bedingungen für deren Heilung ergeben und eine Übertragung namentlich auf Kinder nicht zu befürchten ist, die Einführung der Tuberkuloseanzeigen der latent erkrankten Militärpersonen, die im Jahre 1916 im Mai erfolgte Gründung der „Österreichischen Vereinigung zur Bekämpfung der Tuberkulose", die Errichtung von zahlreichen Lungenheilstätten, Erholungsheimen, Walderholungsstätten, Waldschulen, Liegehallen usw., die Erhöhung der Zahl der Volkslungenheilstätten von 9 auf 31, die zwei großen Tuberkulosespitäler in Wien, XIII. Bezirk und Sternberg mit einem Belegraume von

3000 Betten, die vielen Tuberkulosepavillons im Anschlusse an bestehende Krankenanstalten, die nach der Demobilisierung in Verwendung kommenden Barackenspitäler mit rund 50.000 Betten, die rasch aufblühenden Tuberkulosefürsorgestellen (23 errichtet, 27 in Errichtung begriffen, 108 in Aussicht genommen), die namhaften Staatsbeiträge, bisher zirka 18 Millionen allein für die Tuberkulosebekämpfung, die Aussicht auf weitere reichliche aus dem Staatssäckel fließende Geldbeiträge für gleiche Zwecke sind Verfügungen, die das Herz jedes um das Volkswohl Bekümmerten mit Dank erfüllen und uns mit den besten Hoffnungen auf günstige Resultate beseelen müssen.

Die Frage ist, ob alle diese Maßnahmen auch tatsächlich durchgeführt worden sind, denn bei den bloßen Versprechungen wird es nicht bleiben dürfen. Ich hatte im Laufe des Krieges wiederholt Gelegenheit, fiebernde, ansteckende, tuberkulöse Kranke zu untersuchen, die einer zeitweiligen Hauspflege übergeben wurden, dann nach eingetretener Besserung und Entfieberung wieder zurückkehren mußten, um dann nach eingetretener Verschlechterung wieder nach Hause zu kommen.

In einem Falle untersuchte ich einen schwer an Tuberkulose erkrankten hochfiebernden Fähnrich, der einige Tage nach der Heimkehr der Erkrankung erlegen ist, wobei in sämtlichen Fällen in den betreffenden Familien Kinder waren, die der Ansteckung so leicht erliegen.

Unbedingt zu verwerfen ist auch der vielfach geübte Vorgang bei Konstatierungen. Leute, die jahrelang in bewährten öffentlichen Sanitätsanstalten wie Alland oder Hörgas mit Tuberkulin behandelt wurden, werden ohne jede Berücksichtigung der Anamnese von zu pflichteifrigen Ärzten einfach für frontdiensttauglich erklärt, brechen dort sehr oft in kürzester Zeit zusammen und werden dann mit den schwersten Symptomen der offenen Tuberkulose in die Sanitätsanstalten eingeliefert.

Ein ganz unverständlicher Vorgang ist ferner der, warum Leute nicht direkt von der Konstatierung, wenn sie als mit Tuberkulose behaftet befunden werden, in die für diese Erkrankung bestimmten Sanitätsanstalten gebracht werden, sondern zumeist wegen Überfüllung der Spitäler zum Kader zurückkehren und dann daselbst warten müssen, bis sie in die entsprechenden Sanitätsanstalten kommen. Ebenso ist es auch nicht am Platze, das tuberkulöse Militärpersonen oft monatelang warten müssen, bis sie der Superarbitrierungskommission vorgeführt werden.

Ich will ferner noch auf einen überaus wichtigen Umstand aufmerksam machen, auf das türkische Militär. Bei aller Rücksichtnahme auf sie als Bundesgenossen, muß ich doch offen erklären, sie gehören hinaus aus allen Spitälern Wiens in ein eigenes Tuberkulosenspital. Sie sind ein wahrer Pestherd der Tuberkulose. Fast 100 Prozent sterben. Sie liegen hier im III. Bezirke in der Petrusschule und kommen von dort zumeist in einem jeder Beschreibung spottenden Zustande in die Sanitätsanstalten. Wie es draußen zugeht, kann man daraus ersehen, wenn in einem Wiener Garnisonsspital mit einer Frequenz von 50.000 Mann mehrere Zimmer mit diesen Infektionsherden belegt sind. In Wien ist das Reservespital 19 als Tuberkulosespital eingerichtet gewesen, wo jedoch die Einrichtungen des Gebäudes tatsächlich in einem sanitätswidrigen Zustande und der Remedur dringend notwendig sind. Ich verweise diesbezüglich auch auf die Schilderungen des Spitals für Tuberkulose in Favoriten, Troststasse, durch den Abgeordneten Max Winter, in der Sitzung des Sanitätsausschusses.

Eine ungerechtfertigte Härte ist auch die Tatsache, daß man den tuberkulösen Soldaten keine Schnellzugskarten einräumt, sondern sie zwingt, in den Bahnhofsräumen oft viele Stunden zu warten und dann während den langen Fahrten mit den Militärzügen in dicht gefüllten Wagen unter den denkbar ungünstigsten Verhältnissen in Rauch und Staub zu sitzen, wodurch ihre Krankheit eben nicht besser wird und sie andrerseits zur Verbreitung der Krankheit beitragen.

Außerordentlich notwendig wären dann Kurse über die Hygiene der Tuberkulose bei den Soldaten. Sie sollen doch über die Natur ihrer Krankheit, über ihre Infektiosität, über die Bedeutung der Spuckschalen, über ihr Verhalten im fieberhaften Zustande genau belehrt und aufgeklärt werden. Meldeblätter in allen Sprachen des österreichischen Militärs sollen überall angebracht werden.

Das Pflegepersonal bei den Tuberkulösen müßte vor der Bestellung auf Tuberkulose genau untersucht werden, damit es sich nicht ereignet wie erst vor kurzem, wo eine solche Pflegefrau dann nach sechs Monaten als schwertuberkulose krank erkannt wurde — sie hatte offene Geschwüre im Kehlkopf — und es sollten andrerseits zu Pflegepersonen nur vollkommen gesunde und kräftige Menschen genommen werden. Und dabei soll die Nahrung eine bessere sein. Es ist ein Skandal, wenn für 450 Personen nur ein Kilo Fett im Tage gegeben und dann diese Leute nicht einmal ein Abendessen bekommen, so daß sie aus Hunger gezwungen sind, die Eßschalen der Tuberkulösen nach Nahrungsresten durchzustöbern und diese aufzuessen.

Auch bezüglich der Kriegsgefangenen wäre es ein Gebot der Notwendigkeit, sie sorgfältig auf Tuberkulose zu untersuchen, bevor sie zu den Bauern hinausgeschickt werden. Dies geschieht tatsächlich nicht. Ich selbst hatte wiederholt Gelegenheit, schwertuberkulose kranke Kriegsgefangene zu untersuchen und abzuschieben. Auch sonst macht man die Erfahrung, daß vom Lande Kriegsgefangene gleichfalls mit den

schwersten Erscheinungen von Tuberkulose in die Sanitätsanstalten abgeliefert werden.

Ich stelle auch die Frage an die hohe Regierung, warum man nicht Leute mit entsprechender fachmännischer Tuberkulosevorbildung raschestens auf die entsprechenden Posten stellt, statt sich um Kompetenzfragen herumzuraufen und dadurch die Zeit zu vertrödeln. Man erzählt, daß sogar ein Arzt von Weltruf jetzt bereits seit sechs Monaten auf die Erledigung seines Enthebungsgesuches wartet.

Ein wirklicher Skandal ist auch die Wäschefrage. Die Wäsche der Tuberkulösen sollte doch speziell und gesondert desinfiziert werden. Was geschieht aber in Wien? Wir haben für die meisten Sanitätsanstalten nur eine Wäscherei für Militärwäsche und es wird die Wäsche der Tuberkulösen, die Wäsche von den Konstatierungen und der übrigen Kranken einfach zusammengeworfen. Wenn das hier in den führenden Spitälern Wiens geschieht, dann kann man sich denken, was für Zustände draußen in der Provinz herrschen. Mit Befremden muß ich auch konstatieren, daß in den südslawischen Ländern Tuberkulosenanstalten fast fehlen und daß da selbst diese Fürsorgeaktion eine außerordentlich dürftige ist, so daß wir wahrhaftig argwöhnen müssen, daß es in den südslawischen Gegenden nur bei schönen Worten bleiben wird.

Müssen wir wirklich fürchten, daß erst nach der Durchführung unserer Bestrebungen im Sinne der südslawischen Deklaration, zu der es früher oder später — davon sind wir überzeugt, denn Bangemachen gilt nicht — wird kommen müssen, unserem Volke auch auf diesem Gebiete diejenigen Maßnahmen geschaffen werden, die unbedingt notwendig sind.

Grassiert doch leider gerade unter den Südslawen, namentlich unter den Söhnen von Bosnien und Hercegovina die Tuberkulose in geradezu unheimlicher Weise. Wer kennt nicht in den Wiener Spitälern die vielen bedauernswerten Soldaten aus diesen Gegenden, die erwiesenermaßen die schwersten Formen der Tuberkulose aufweisen. Bei den Deutschen, Tschechen, Polen und Magyaren finden sich erprobte Fachmänner, die sich der Bekämpfung der Tuberkulose mit Eifer, Aufopferung und den besten Erfolgen widmen.

Nur wir Südslawen sind diesbezüglich vollkommen lahmgelegt, weil unsere Leute selbst mit der notwendigen speziellen Vorbildung einfach abgedrängt und in die Front geschickt werden, statt im Hinterlande eine segensreiche Tätigkeit entfalten zu können. Speziell unter uns Slowenen ist eine großzügige Tuberkulosebekämpfung im Gange, es sind auch weitausgreifende Pläne für entsprechende Anstalten ausgearbeitet, aber man gibt uns keine Gelegenheit, auch nur einen Arzt in diesem zukunftsreichen Fache speziell ausbilden zu lassen.

Eine wichtige, gerade bei der Bekämpfung der Volksseuchen außerordentlich zutage tretende Erscheinung ist auch, daß infolge der rücksichtslosen Einberufungen der Landärzte, von der früher Kollege Vaněk gesprochen hat, weite Strecken von Ärzten ganz entblößt sind *(Hört! Hört!)*, so daß die Bevölkerung gezwungen ist, in den wichtigsten und dringendsten Fällen sich entweder ohne Arzt zu behelfen oder 20 bis 30 Kilometer weit wandern zu müssen, um ärztliche Hilfe zu erlangen. Die wenigen vorhandenen Ärzte sind aber derart überbürdet, daß sie mit dem Einsatze ihrer eigenen Gesundheit den gesteigerten Anforderungen kaum genügen können. Auch mit den Spitälern ist es nicht viel besser bestellt. Vom Landeskrankenhause in Laibach wurden fast sämtliche Ärzte einberufen, einer davon ist auch im Felde gefallen. Andrerseits ist in vielen Militärkrankenhäusern eine viel zu große Anzahl von Ärzten konzentriert, die keine oder nur eine geringfügige ärztliche Betätigung entfalten können. In dieser Beziehung wäre es unbedingt notwendig, daß die Militärverwaltung mehr Rücksicht auf diese ernsten Bedürfnisse der Bevölkerung nimmt.

Es heißt fortwährend: durchhalten! Man gibt uns aber weder eine entsprechende, noch eine genügende Nahrung, auch bezüglich der Heilmittel bestehen kolossale Schwierigkeiten; man bekommt sie immer seltener und schwerer und schließlich wird selbst die ärztliche Hilfe unmöglich gemacht.

Was nun die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten anbetrifft, so wurden auch in dieser Hinsicht weitgehende Vorkehrungen getroffen.

Sämtliche Militärpersonen, die bei der Demobilisierung geschlechtskrank sind, kommen nach den Äußerungen der Regierung in das zuständige Zentralspital behufs genauer Untersuchung und allfällig notwendiger Behandlung, alle zu entlassenden Militärpersonen werden auf Geschlechtskrankheiten noch einmal untersucht, die Amtsärzte der zuständigen Bezirke werden in streng vertraulicher Weise von allen latent Kranken, die entlassen werden, verständigt, die Bevölkerung soll in geeigneter Weise über Wesen, Behandlung und Verhütung dieser Krankheiten aufgeklärt und belehrt werden, für ärztliche Untersuchung, Überwachung und Behandlung der Geschlechtskranken wird Vorsorge getroffen, die Krankenabteilungen und Anstalten zur Unterbringung, Behandlung und eventueller Beschäftigung derselben werden erweitert und neue errichtet, die Behandlung wird unentgeltlich gestaltet, die notwendigen Heilmittel gratis verabfolgt — Verfügungen, die ihre segensreiche Aufgabe nicht verfehlen werden. Wir vermissen aber noch immer schmerzlich das in Aussicht gestellte Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

In diesem Gesetz wird nach meinem Dafürhalten unbedingt auch die in meinem Antrag vom

. Juni 1917 aufgestellte Forderung Platz finden ssen, daß jeder, gleichgültig, ob Mann oder Frau, t Strafe bedroht wird, der wissentlich durch ertragung einer Geschlechtskrankheit die Gesundheit derer gefährdet, welche Forderung auch von der terreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung der schlechtskrankheiten in ihrer Eingabe an das geordnetenhaus vom 19. Juli 1917 aufgestellt rde, worin sie die Erlassung einer strafgesetzlichen stimmung gegen die absichtliche oder fahrlässige ertragung einer Geschlechtskrankheit auf einen tmenschen als Gefährdungsdelikt im Sinne des 304 des Strafgesetzentwurfes verlangt. In bereits zitierten Anfragebeantwortung wird ar die Einführung einer Strafsanktion für jede fährdung durch wissentliche Übertragung einer schlechtskrankheit als Richtlinie bezeichnet, die en einer beschränkten Anzeigepflicht besonders ährdeter oder gefährlicher Personen und einem chränkten Untersuchungs- und Behandlungszwang er gesetzlichen Festlegung zugeführt werden konnten. r sagen jedoch: mußten.

Dieses Postulat ist auch nicht gar so neuen tums. Wegen der Kürze der Zeit muß ich mich auf beschränken, zu erwähnen, daß bereits im hre 1822 in Tittmans Handbuch der deutschen rafrechtswissenschaft, Band I, der Passus sich findet: Auch in Fällen, wo jemand einem enschen wissentlich oder vorsätzlich eine ansteckende nkheit (Lustseuche) mitteilt, kann mehrjährige eiheitsberaubung eintreten. Auch im Landesrechte Altenburg vom Jahre 1814 — somit nach Napoleonischen Kriegen — heißt es: „Ist eine che Weibsperson zu der Zeit des Beischlafes sentlich mit der Lustseuche behaftet, so findet smonatliche bis einjährige Arbeitshausstrafe t." Ähnliches lesen wir im Landesrechte von den vom Jahre 1845 und Thüringen, ferner Gesetz vom Jahre 1855 des Königreiches chsen. Das Oldenburgische Recht verlangt gleich- s im Jahre 1814, was besonders interessant ist, der infizierte Beischläfer bestraft wird, wobei ne Rücksicht auf den Erfolg genommen wird, das ßt ob eine Infektion des andern Teiles erfolgt oder nicht.

Da der im geltenden Recht bestehende Schutz gen geschlechtliche Infektion ein äußerst ungenü- der ist, so würde ein solches Gesetz von der ößten Bedeutung werden. Der Einwand, daß die stellung der wissentlichen Infektion mit unge- ren Schwierigkeiten verbunden wäre, — wie dies n Herrn Kollegen Dr. Ferzabek ausgesprochen rde — kann nur zum Teil als stichhältig zu- geben werden. Sicher ist es aber, daß eine rafandrohung schlaff gewordene Gewissen wieder rken würde; es wurde, wie Liszt sagt, durch die rafandrohung ins Gedächtnis zurückgerufen werden, daß man nicht nur eine sittlich verwerfliche, sondern auch eine vom Staate gebrandmarkte Tat begeht, wenn man, um ein augenblickliches Bedürfnis zu befriedigen, einen seiner Mitmenschen der Gefahr aussetzt, die Gesundheit vielleicht für sein ganzes Leben einzubüßen. Dieser hohen sozialpolitischen Bedeutung kann man sich nicht entziehen, obgleich so mancher Schuldige nicht von der Strafe betroffen wird.

Von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit wären dann meine beiden weiteren Forderungen, daß Frauen, die diese Krankheiten verbreiten entmündigt werden, wobei die Vormundschaft im Wege humanitärer Vereine menschenfreundlichen, für das allgemeine Wohl tätigen Frauen übertragen werden müßte und die Eheschließung nur dann gestattet werden dürfte, wenn die Gesundheit beider Teile sichergestellt ist. Auch die Regelung dieser beiden Fragen müßte im gesetzlichen Wege erfolgen.

Die österreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fordert aber auch noch die Aufhebung der sittenpolizeilichen Kontrolle und Überführung derselben in eine rein sanitäre Maßnahme, die sorgfältige Aufdeckung und Überwachung der geheimen Prostitution, die Fürsorge für jugendliche, geschlechtskranke Prostituierte, die Erhöhung des geschützten Alters der Mädchen vom 14. auf das 18. Lebensjahr, strenge Maßregeln gegen Verführung, Kuppelei, Zuhältertum und Frauenhandel im Sinne der §§ 274 bis 282 des österreichischen Strafgesetzentwurfes vom Jahre 1912 und schließlich strenge Alimentationsbestimmungen, welche sämtliche Forderungen als Ergebnis der umfangreichen und eingehenden Enquetten in den Jahren 1908 und 1911 vollauf gerechtfertigt sind und der hohen Regierung in Erinnerung gebracht werden, damit sie dieselben gesetzlich durchführe.

Große Statistiken sind über die Verbreitung der Geschlechtskrankheit noch nicht vorliegend, doch möge nachfolgende kleine Statistik des Herrn Primararztes Dr. D. Ritter von Mosek aus einem Krankenhause in Agram den Beweis liefern, wie sehr die Geschlechtskrankheiten im Zunehmen sind und wie wichtig die gesetzliche Regelung aller zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten notwendigen Maßnahmen wäre.

Dienstmädchen waren in diesem kleinen Spital — das muß ich vorausschicken — im Jahre 1913 nur 18, im Jahre 1914 20, im Jahre 1915 30, im Jahre 1916 schon 42.

Unverheiratete Bauernmädchen im Jahre 1913 keines, 1914 2, 1915 6, 1916 10, verheiratete Bäuerinnen 1913 7, 1914 16, 1915 18, 1916 schon 50. Verheiratete Städterinnen 1913 2, 1914 7, 1915 9, 1916 17. Daraus ersehen wir, daß die Ziffern ständig steigen.

Wir erfahren aber aus den Protokollen der k. k. Gesellschaft der Ärzte und dann der Österreichischen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, daß es hier in Wien eine Sanitätsanstalt gibt, wo vor dem Jahre 1914 nur beiläufig 200 unter dem 18. Lebensjahre stehende Personen wegen Geschlechtskrankheiten behandelt wurden, während gegenwärtig diese Zahl schon auf weit über 1000 pro Jahr gestiegen ist.

Andrerseits hat bei der deutsch-österreichischen Tagung für Volkswohlfahrt im März 1916 Hofrat Professor Dr. Finger mitgeteilt, daß es damals bereits schätzungsweise 800.000 geschlechtlich angesteckte Soldaten gegeben hat, wovon ein gutes Drittel verheiratet war. Und im September 1917 zählte das Zugangsprotokoll für venerisch erkrankte Soldaten der Mannschaft in Sternthal bei Pettau bereits 32.000 Kranke, nur in einem einzigen Spital! Daraus ersehen wir, daß die Ziffern ständig steigen, und daß namentlich das starke Anwachsen der geschlechtskranken Individuen unter dem 18. Lebensjahre und andrerseits der verheirateten Bäuerinnen ein böses Omen ist, so daß die energischeste und rücksichtsloseste Bekämpfung dieser Seuchen ein dringendes Gebot der Vernunft und der Nächstenliebe ist, und zwar zum Heile des Staates und seiner Völker.

Da der Herr Kollege Stern die Liebenswürdigkeit hatte, mir seine Stelle als Redner abzutreten, erlaube ich mir an seiner Stelle vorzubringen, daß infolge der riesigen Verheerungen, welche die Stadt Buczacz durch die Russeninvasion erlitten hat, wobei die meisten Wohnungen beschädigt, beziehungsweise in einen Zustand gebracht wurden, in dem sie nicht mehr bewohnbar und menschenwürdig sind, im Gesundheitsausschusse von ihm der Antrag gestellt wurde, die Regierung sei aufzufordern, aus Gesundheitsrücksichten für die Wiederherstellung der infolge des Krieges beschädigten und vernichteten Wohnungen in den Städten — und zwar in der Zeit vom September bis November d. J. — raschest Sorge zu tragen. Dies ist nun nicht geschehen, es ist eigentlich gar nichts geschehen und so bringt er nachfolgenden Resolutionsantrag ein *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, die in den verschiedenen Teilen der Monarchie lebenden Flüchtlinge im Interesse der Volksgesundheit bis Ende März 1918 in deren derzeitigen Aufenthaltsorten zu belassen und in dieser Zwischenzeit durch die betreffenden Landesstellen die Wiederherstellung der Heimatswohnungen derart durchzuführen, daß die Bewohner bei ihrer Rückkehr den hygienischen und gesundheitlichen Erfordernissen entsprechende Wohnräume vorfinden und in Benutzung nehmen können. Selbstverständlich sind den Flüchtlingen bis dahin die bisher gewährten Unterstützungsbeiträge ungeschmälert zukommen zu lassen."

Ich bitte um die Annahme dieser Resolution. *(Lebhafter Beifall.)*

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 40. Sitzung, Dienstag, den 20. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (680 der Beilagen), betreffend den Gesetzentwurf, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden (192 der Beilagen). — 2. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung (768 der Beilagen). — 3. Befristeter Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaš, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Hillebrand, Jokl, Palme (238, 319, 441, 473, 611, 669), Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann-Marckhl (448), Teufel-Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte (749 der Beilagen). — 4. Für den Fall rechtzeitiger Verteilung des Berichtes: Befristeter Bericht des Staatsangestelltenausschusses über den zum Budgetprovisorium gestellten Antrag, betreffend Teuerungszulagen der Staatsbediensteten, -Arbeiter und Pensionisten. — 5. Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 29. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 210, mit welcher die im Gesetze vom 14. Juli 1894, R. G. Bl. Nr. 170, beziehungsweise mit der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Juni 1904, R. G. Bl. Nr. 80, festgesetzte Frist zur Erbauung von Neubauten im Festungsrayon der Stadt Olmütz behufs Erlangung von Steuerbegünstigungen auf weitere zehn Jahre erstreckt wird (45 der Beilagen) (767 der Beilagen). — 6. Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete (750 der Beilagen). — 7. Bericht des Wehrausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel, Dr. Sommer, K. H. Wolf und Genossen (490 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XXII. Session 1917) (726 der Beilagen). — 8. Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen (679 der Beilagen).

## Inhalt.

**Personalien.**

Beurlaubungen (Seite 2067).

Ausschußzuteilungen (Seite 2067).

Mandatsniederlegungen in Ausschüssen, und zwar: des Abgeordneten Dr. Ellenbogen als Mitglied des kriegswirtschaftlichen, des Abgeordneten Dr. Freißler als Mitglied des Ausgleichs-, der Abgeordneten

Kienzl, Eisenhut, Thurnher als Mitglieder des Wehr-, des Abgeordneten Niedrist als Ersatzmann des Wehr-, des Abgeordneten Eisenhut als Mitglied des Eisenbahn-, des Abgeordneten Bomba als Mitglied des Wehr- und des Abgeordneten Prokes als Mitglied des Wiederherstellungsausschusses (Seite 2161).

## Regierungsvorlagen,

betreffend:

1. die Erhöhung der Zuckerverbrauchsabgabe (800 der Beilagen — Seite 2067);

2. die Verlegung des Kreisgerichtes in Rovigno nach Pola (801 der Beilagen — Seite 2067);

3. die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone sowie den Entwurf eines Gesetzes über die provisorische Verlängerung des Privilegiums der österreichisch-ungarischen Bank und des Münz- und Währungsvertrages (802 der Beilagen — Seite 2161);

4. die von der österreichisch-ungarischen Bank zu entrichtende Kriegssteuer und die Schaffung außerordentlicher Reserven bei der österreichisch-ungarischen Bank (815 der Beilagen — Seite 2161).

## Verhandlungen.

Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (680 der Beilagen), betreffend den Gesetzentwurf, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden (792 der Beilagen — Redner: Abgeordneter Kalina [Seite 2068 und 2100], Minister Dr. Mataja [Seite 2071], die Abgeordneten Dr. Redlich [Seite 2076], Heine [Seite 2081], Dr. Adler [Seite 2085], Vaněk [Seite 2088], Kittinger [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages [Seite 2092], Neumann [Seite 2092], Dr. Zahradnik [Seite 2096], Berichterstatter Dr. Michejda [Seite 2099] — Abstimmung [Seite 2101] — Dritte Lesung [Seite 2101]).

Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung (768 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. v. Mühlwerth [Seite 2101 und 2110], Justizminister Dr. Ritter v. Schauer [Seite 2104], die Abgeordneten Dr. Ofner [Seite 2107], Dr. Sylvester [Seite 2108], Dr. Heilinger [Seite 2109] — Abstimmung [Seite 2112], Seitz [Antrag auf Vornahme der dritten Lesung — Annahme des Antrages [Seite 2112] — Dritte Lesung [Seite 2112] — [817 der Beilagen]).

Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaś, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemenčiewicz, Hillebrand, Jokl, Palme (238, 319, 441, 473, 611, 669), Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann-Marchl (448) Teufel-Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte (749 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Angerman [Seite 2113 und 2118], die Abgeordneten Dr. Dinghofer [Seite 2113], Parrer [Seite 2117] — Annahme des Antrages [Seite 2119]).

Bericht des Staatsangestelltenausschusses über den zum Budgetprovisorium gestellten Antrag, betreffend Teuerungszulagen der Staatsbediensteten, -arbeiter und -pensionisten (799 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Waber [Seite 2119] — Annahme des Antrages [Seite 2119]).

## Dringliche Anfragen

der Abgeordneten Dr. Šubrt, Staněk, Klofáč, Habermann, Dr. Hruban, Dr. Stránský und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern, an den Ackerbauminister und an den Minister Höfer, des Abgeordneten Seidel und Genossen an den Ackerbauminister, des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Ackerbauminister, an den Minister Höfer und an den Minister für Landesverteidigung, des Abgeordneten Goll und Genossen an den Minister Höfer, an den Handelsminister und an den Minister für öffentliche Arbeiten, des Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Petryckyj, Dr. Lew Baczyński, Dr. Eugen Lewickyj und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Kraus, Hummer, Dr. Bodirsky und Genossen an den Ministerpräsidenten, des Abgeordneten Dr. Jerzabek und Genossen an den Minister Höfer, des Abgeordneten Jarc und Genossen an die Gesamtregierung, de

Abgeordneten Dr. Liebermann und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister des Innern, der Abgeordneten Wohlmeyer, Eisenhut und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Graf Lasocki, Dr. Steskowicz, Kędzior, Dr. Tertil, Freiherr v. Goetz, Dr. Głąbiński, Marek und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Schäfer, Hanusch und Genossen an den Minister Höfer in Ernährungsfragen (Seite 2119 bis 2157 - Redner: Abgeordneter Dr. Šubrt (Seite 2157]).

**Unterbrechung der Sitzung** (Seite 2157).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 38. Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahl in den Budgetausschuß (Seite 2067).

Ergebnis der in der 39. Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Eisenbahn-, Ausgleichs-, Budget-, Ernährungs-, Finanz-, Gesundheits-, Notstands-, Tierseuchen-, wasserwirtschaftlichen, Wiederherstellungs-, Weinbau- und Wehrausschuß (Seite 2067).

Ersatzwahlen in den kriegswirtschaftlichen, Ausgleichs-, Wehr-, Eisenbahn und Wiederherstellungsausschuß (Seite 2161).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge (Anhang I).

. des Abgeordneten Oklešťek und Genossen, betreffend die Tieferlegung des Bolelouzer Wehres und die Regulierung des Marchflusses (806 der Beilagen);

. des Abgeordneten Friedmann und Genossen, betreffend die Unterhaltsbeiträge für Angehörige von zur Dienstleistung eingerückten Gagisten (807 der Beilagen);

. des Abgeordneten Londzin und Genossen, betreffend die Freigabe von Schafwolle für den eigenen Bedarf der Schafe züchtenden Gebirgsbevölkerung Ostschlesiens (808 der Beilagen);

. des Abgeordneten Bauchinger und Genossen, betreffend die Kriegszuschläge der landwirtschaftlichen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zu den direkten Steuern (809 der Beilagen);

. des Abgeordneten Bauchinger und Genossen, betreffend die Rentensteuerzuschläge (810 der Beilagen);

. des Abgeordneten Bauchinger und Genossen, betreffend die Kriegsgewinnsteuer der im Sinne des § 85, P. St. G. begünstigten Genossenschaften (811 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Dr. Roller und Genossen, betreffend die Entlastung der staatlichen Behörden im Kriege (812 der Beilagen);

8. des Abgeordneten Dr. Roller und Genossen, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der Dienstpragmatik bezüglich der Einrechnung der Militärdienstzeit zur Vorrückung in die höhere Gehaltsstufe (813 der Beilagen);

9. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Richter, Wedra, Kittinger und Genossen, betreffend die Errichtung einer Allgemeinen Kreditanstalt für Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Österreich (814 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Diamand und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Handhabung der Bestimmungen des Zoll- und Handelsvertrages in bezug auf den Verkehr mit Branntwein durch die königlich ungarische Regierung (Anhang II, 1412/I);

2. des Abgeordneten Dr. Diamand und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Erzeugung künstlicher Süßstoffe (Anhang II, 1413/I);

3. des Abgeordneten Dr. Diamand und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister für Landesverteidigung und an den Handelsminister, betreffend die Post- und Telegraphenzensur in Ostgalizien (Anhang II, 1414/I);

4. der Abgeordneten Dr. Viktor Freiherrn v. Fuchs, Perwein, Heilmayer und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend das Vorgehen der Landesfuttermittelstelle in Salzburg (Anhang II, 1415/I);

5. des Abgeordneten Dr. v. Isopescul-Grecul und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das ehrenrätliche Verfahren gegen nichtaktive Offiziere und Gleichgestellte (Anhang II, 1416/I);

6. des Abgeordneten Dr. Jerzabek und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Verkehrsverhältnisse auf den nordböhmischen Eisenbahnen (Anhang II, 1417/I);

7. des Abgeordneten Dr. Kindermann und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend den Brot-, Mehl- und Kohlenmangel im nördlichen Böhmen (Anhang II, 1418/I;

8. des Abgeordneten Dr. Kindermann und Genossen an den Handelsminister und an den Eisenbahnminister, betreffend die Postbeförderung im nördlichen Böhmen (Anhang II, 1419/I);

9. des Abgeordneten Dr. Kindermann und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Wünsche der industriellen Kreise in bezug auf die Handhabung der gesetzlichen Vorschriften seitens der k. k. Finanzbehörden (Anhang II, 1420/I);

10. des Abgeordneten Marchl und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen staatlicher Behörden und Anstalten in Steiermark und Krain (Anhang II, 1421/I);

11. des Abgeordneten Marek und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Nichteinrechnung der Teuerungszulage in die Löhne bei der Direktion für die böhmische Nordbahn (Anhang II, 1422/I);

12. des Abgeordneten Dr. Ofner und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Ausübung des Zensurdienstes (Anhang II, 1423/I);

13. des Abgeordneten Dr. Neumann und Genossen an den Justizminister, betreffend die Advokatenprüfung der eingerückten Advokaturskandidaten (Anhang II, 1424/I);

14. des Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an das Gesamtministerium, betreffend die Rückkehr der Staatsbehörden nach Triest (Anhang II, 1425/I);

15. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Nachricht über an Ungarn gemachte Zugeständnisse militärischer Natur (Anhang II, 1426/I);

16. des Abgeordneten Spenul und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beurlaubung der frontdiensttauglichen Lehrpersonen aus der Bukowina (Anhang II, 1427/I);

17. des Abgeordneten Dr. Waber und Genossen an den Minister des Innern, an den Finanzminister, an den Minister Dr. Horbaczewski und an den Minister Dr. Mataja, betreffend die Sicherung und Ausgestaltung der allgemeinen Gehaltsklasse der Apotheker Österreichs (Anhang II, 1428/I);

18. des Abgeordneten Dr. Bugatto und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Postverbindung nach Görz und den wiedereroberten Ortschaften von Görz und Gradisca (Anhang II, 1429/I);

19. des Abgeordneten Dr. Baxa und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Zuweisung von Rohmaterialien an das Lackierer-, Anstreicher- und Malergewerbe in Prag und den Vororten (Anhang II, 1430/I);

20. des Abgeordneten Dr. v. Halban und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Galizien, betreffend die Bekämpfung der Tuberkulose in Galizien (Anhang II, 1431/I);

21. des Abgeordneten Hladnik und Genossen an den Justizminister, betreffend die Konfiskation einer im Abgeordnetenhause gehaltenen Rede in der Zeitschrift „Slovenec“ in Laibach (Anhang II, 1432/I);

22. des Abgeordneten Konečný und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Erhöhung der Teuerungszulagen der Pensionisten und Rentner bei den k. k. Staatsbahnen (Anhang II, 1433/I);

23. des Abgeordneten Konečný und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Diensteinteilung bei der Wagendesinfektion in der Station Budweis (Anhang II, 1434/I);

24. des Abgeordneten Konečný und Genossen an den Eisenbahnminister und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung der mehr als drei Jahre bei der k. k. Maschinenfeldbahn im Dienste gestandenen Eisenbahnbediensteten aus dem Militärverbande (Anhang II, 1435/I);

25. des Abgeordneten Konečný und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Eisenbahnminister, betreffend das Vorgehen des Leutnants Hoffmann gegenüber Eisenbahnbediensteten (Anhang II, 1436/I);

26. der Abgeordneten Slavíček und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Konfiskation zweier Nummern der periodischen Zeitschrift „České Snahy“ (Anhang II, 1437/I);

27. des Abgeordneten Vojta und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verhaftung des Gemeindevorstehers Johann Svehla aus Klein-Malowitz (Anhang II, 1438/I);

28. des Abgeordneten Wüst und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Aufnahme von Getreide bei den Landwirten durch Militärpersonen sowie Vorkommnisse in den Bezirken Kaaden, Brüx und Saaz (Anhang II, 1439/I);

29. des Abgeordneten Dr. Zahradnik und Genossen an den Eisenbahnminister und an den Minister Höfer, betreffend die Versorgung der Eisenbahnbediensteten in Pilsen mit Lebensmitteln (Anhang II, 1440/I);

30. der Abgeordneten Dr. Bodirsky, Teufel und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Agitationen unter den tschechischen Soldaten an der Südwestfront (Anhang II, 1441/I);

31. der Abgeordneten Dr. Hofmann v. Wellenhof, Einspinner, Held, Marchl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Abziehung der in landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben, sowie bei öffentlichen Arbeiten in Steiermark beschäftigten Kriegsgefangenen (Anhang II, 1442/I);

32. des Abgeordneten Dr. Prodan und Genossen an den Minister Höfer, betreffend neuerliche Massensterbefälle im Bezirk Zadar (Anhang II, 1443/I);

33. der Abgeordneten Dr. Roller, Einspinner und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Versorgung der Handwerker mit Petroleum (Anhang II, 1444/I);

34. des Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Behandlung von Flüchtlingen (Anhang II, 1445/I);

35. des Abgeordneten Dr. Straucher und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die im Zentrum der Stadt Czernowitz errichtete Feldbuchhaltung (Anhang II, 1446/I);

36. des Abgeordneten Dr. Trešić-Pavičić und Genossen an den Minister des Innern, an den Justiz-, an den Landesverteidigungs-, an den Eisenbahn- und an den Minister Höfer, betreffend Vorkommnisse beim Einkaufe von Lebensmitteln für die beim Bahnbaue in der Bezirkshauptmannschaft Knin beschäftigten Kriegsgefangenen (Anhang II, 1447/I);

37. des Abgeordneten Prodan und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Requisitionen von Kirchenglocken (Anhang II, 1448/I);

38. des Abgeordneten Dr. Baczyński und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Justizminister, betreffend das Vorgehen des k. k. Gendarmeriepostenkommandanten in Mszana bei Lemberg Gołąbiowski und des Gemeindeschreibers Hagel (Anhang II, 1449/I);

39. der Abgeordneten Dr. Stölzel, Dr. Sylvester, Hueber, Dr. Freiherrn v. Fuchs, Perwein, Heilmayer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung von Kaminkehrermeistern sowie -gehilfen (Anhang II, 1450/I);

40. des Abgeordneten Vaněk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Anzeigen gegen „politisch Verdächtige“ (Anhang II, 1451/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 20. November 1917:

Anfragebeantwortungen ad 373, 451, 517, 649, 690, 700, 799, 821 und 1131/I;

Bericht des Justizausschusses 790 der Beilagen;

Bericht des Staatsangestelltenausschusses 799 der Beilagen;

Anträge 782 bis 789 und 791 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German, Jukel**, Ritter v. **Pogačnik, Simionovici, Udržal.**

Schriftführer: **Serbu**, Dr. **Rychlik, Seliger, Fahrner**, Ritter v. **Lukaszewicz.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Cwikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca.**

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef Dr. Ritter v. **Galecki** des Finanzministeriums.

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 16. November d. J. ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Der Herr Abgeordnete Jesser hat sich krank gemeldet.

Dem Herrn Abgeordneten Ussai habe ich einen dreiwöchigen Krankheitsurlaub erteilt.

Weiters habe ich dem Herrn Abgeordneten Dr. v. Hofmann einen Urlaub bis 26. November erteilt.

Bei den am 16. d. M. vorgenommenen Ergänzungswahlen in nachbenannte Ausschüsse wurden 110 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 56. Mit je 110 Stimmen erscheinen gewählt:

in den Eisenbahnausschuß als Mitglied: Bradáč;

in den Ausgleichausschuß als Ersatzmann: Čehelskyj;

in den Budgetausschuß als Mitglied: Schweiger; als Ersatzmann: Čehelskyj;

in den Ernährungsausschuß als Mitglieder: Onyszkewycz und Leo Baczyńskyj; als Ersatzmänner: Stefanyk und Pohoreckyj;

in den Finanzausschuß als Mitglied: Lewyckyj Kost'; als Ersatzmann: Budzynowskyj;

in den Gesundheitsausschuß als Mitglied: Pohoreckyj;

in den Notstandsausschuß als Ersatzmann: Pohoreckyj;

in den Tierseuchenausschuß als Mitglied: Pohoreckyj;

in den Wasserwirtschaftlichen Ausschuß als Mitglied: Čehelskyj;

in den Wiederherstellungsausschuß als Mitglied: Wlad. Baczyńskyj; als Ersatzmann: Lewyckyj Leo;

in den Weinbauausschuß als Mitglied: Schweiger; als Ersatzmann: Potzinger;

in den Wehrausschuß als Mitglieder: Smal-Stockyj und Schweiger; als Ersatzmänner: Zahajkiewicz, Seitz und Staret.

Ferner wurde in der Sitzung vom 13. d. M. an Stelle des Herrn Abgeordneten Dulibić der Herr Abgeordnete Biankini zum Mitglied des Budgetausschusses gewählt.

Es sind Zuschriften der Regierung eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, dem löblichen Präsidium in der Anlage einen Gesetzentwurf, betreffend Erhöhung der Zuckerverbrauchsabgabe *(800 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, denselben der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 17. November 1917.

Der k. k. Finanzminister:
Wimmer."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über die Verlegung des Kreisgerichtes in Rovigno nach Pola *(801 der Beilagen)* als Regierungs-

vorlage zur verfassungsmäßigen Behandlung zu übermitteln.

Wien, 14. November 1917.

Schauer."

**Präsident:** Diese Regierungsvorlagen werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage *(680 der Beilagen)*, betreffend den Gesetzentwurf, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden *(792 der Beilagen)*.

Der nächsteingetragene Redner ist der Herr Abgeordnete Kalina; ich erteile ihm das Wort.

Ich mache aufmerksam, daß die Rededauer 30 Minuten beträgt.

Abgeordneter **Kalina:** Slavná sněmovno! Má-li se stanoviska českého posuzovati se zřízení nového ministerstva, můžeme k tomu zaujmouti stanoviska my Češi buď jako maximalisté nebo jako centrum nebo jako minimalisté. My státoprávníci zásadoví přirozeně se musíme postaviti proti každé nové centrále, která zasahuje do oboru našeho vlastního státního hospodářského, národního, politického i ústavního života. Kdybychom se státoprávníků stali se jen pouhými autonomisty, musili bychom zase zaujati nejostřejší stanovisko proti tomuto ministerstvu, které se právě zřizuje. Kdybyste se však stali pouhými minimalisty v tom celém státním zřízení, v tom nepřirozenému soustátí, kdybyste se postavili jen na princip konstituční, na princip zákonodárně kompetenční, musíte opět potírati způsob, jakým bylo toto ministerstvo zřízeno. *(Tak jest!)*

Slavná sněmovno! My státoprávníci přirozeně proti tomuto ministerstvu stojíme, jelikož se zřizuje nová instituce, která nás má připoutati k Vídni a k tomuto nepřirozenému soustátí. Vzpomínám, že v roce 1870 v památném memorandu, který tenkráte naši velcí otcové předložili ministru Beustovi s těmi velkými zásadami, práva sebeurčení národů, reklamovali také právo vlivu na politiku zahraniční a zároveň řekli celému světu onu velkou větu o právu národa na vlastní život i protest proti jeho zkrácení.

Prohlásili: „Národ český nemůže žádné moci na světě přiznati právo, aby směla zbaviti Čechy historickopolitické osobnosti a národnosti, za jejichž obhájení a vyvinutí národ náš byl a jest vždy ochoten obětovati životy a statky". *(Souhlas!)* To jest naše tradice, to jest i naše heslo dneška.

A po 50 letech, dnes v době nové demokracie, praví náš národ ještě více: Proti Vaší nové instituci národ náš stojí na tom principu, že každé zasažení do jeho samoprávy, do práva určení jeho života jest sáhnutím na jeho životní kořen. *(Tak jest!)*

Proto my jako státoprávníci hlasovali jsme a priori proti zřízení ministerstva veřejných prací, proto také dnes budeme hlasovati proti tomuto ministerstvu.

Ale kdyby poslanci se ostatní postavili na princip pouhé konstituce, kdyby se postavili na princip ústavy platné, kdyby se stali minimalisty, musili by potírati zřízení tohoto ministerstva cestou císařského nařízení proto, poněvadž cesta tato jest v odporu i s Vaší platnou prosincovou ústavou.

Státní základní zákon, který si dali ústaváci, dne 21. prosince 1867 o výkonu vlády a vládní moci, praví v článku 3., že císař jmenuje a propouští ministry a obsazuje na návrh příslušného ministerstva všechny úřady ve všech oborech státní služby, pokud zákon nic jiného neustanovuje. *(Souhlas.)*

Velectění pánové! Císař jmenuje ministry. Pokud se týče zřizování úřadu pro ministry, tu praví státní základní zákon z roku 1867, čís. 141, a výslovně přiznává, že právo to náleží do oboru působnosti říšské rady, že náleží ustanovovati základy pro organisaci soudních a správních úřadů.

Jestliže zákon a ústava sama výslovně praví, že základ pro organisaci správních úřadů náleží v obor působnosti říšské rady, nikdo není oprávněn reklamovati toto právo jako právo koruny.

Jest zajímavo, že se zde tvoří zákon, kde se nepřiznává parlamentu tvořiti základ pro toto ministerstvo, ale přiznává se mu právo, aby budoucí změny v organisaci tohoto ministerstva děly se jen cestou ústavní, cestou parlamentní. Tuto logiku nedovedu pochopiti. Základní státní zákon praví, že zřízení správního úřadu náleží do zákonodárné moci parlamentu.

Vážení pánové! Ptáme-li se, co je toto nové ministerstvo a jestli-že si odpovíme, že jest to nový správní úřad — a toto ministerstvo je kategorochen správní úřad — musíme říci, že zřízení tohoto správního úřadu náleží do oboru pravomoci zákonodárství, do pravomoci parlamentu. Mohla by se nám učiniti námitka, že ve skutečnosti právo jmenovati ministry náleží koruně. Ale ptám se Vás, co by dělali ministři, kdyby panovník najmenoval celou armádu ministrů, kdyby ale ministři neměli úřadu a kdyby pro ministra nebylo zákonně syste-

misovaného platu a místa? Myslíte, že by panovník jmenoval ministry, kdyby parlament odepřel rozpočet pro ministerstva?

Uvádí se proti těmto námitkám, že celá řada ministerstev toutou cestou byla zřízena a že je tu tedy praejudic, setrvává se na způsobu, jaký byl dříve. My ale ty praejudice uznati nemůžeme a nesmíme. Představte si jen, že rozpočtový výbor by nepovolil úvěr pro toto ministerstvo! Obrovská nová armáda úředníků, kteří se nemohou dočkati zřízení nového ministerstva, nebude pracovati přece bezplatně.

Zde je potřeba zříditi celou řadu nových míst. To právo náleží rozpočtovému výboru a parlamentu.

Upozorňuji zejména české strany: Toto právo, když jste již v ústavním výboru neprotestovali a řekl bych s veškerou vervou jste se nepostavili proti spoutání samoprávy, v rozpočtovém výboru musíte uplatniti s největším důrazem, abychom mohli zasáhnouti do toho, jak bude toto ministerstvo vypadati. Tato otázka může a musí v rozpočtovém výboru přijíti k řeči. Řekne se, že celá řada ministrů byla jmenována jen cestou císařského nařízení a vlastnoručních nejvyšších listů. To se dá ovšem namítnouti, leč vždy byly námitky. Upozorňuji, že při zřízení ministerstva železnic byla veliká debata a ostrý konflikt ve příčině kompetentní otázky.

Zvěčnělý dr. Kaizl tehdy v roce 1896 zde v této sněmovně výslovně prohlásil, když se jednalo o zřízení ministerstva železnic: Jak vláda odůvodní a ospravedlní zřízení takového ministerstva v cestě neústavní? Sami Němci, dr. Russ na příklad, přiznal, že dr. Kaizl má pravdu.

Vážení pánové! V ústavním životě jest podmínkou, že o moc zákonodárnou dělí se parlament a císař. Parlament usnáší se o zákonu a císař jej sankcionuje. Ve skutečnosti ve případě dnešním však císař vydal rozhodnutí a vláda to dodatečně předkládá parlamentu ke spolknutí. Postavme se na stanovisko, že toto „Allerhöchste Entscheidung", Nejvyšší rozhodnutí jest základem pro zřízení nové organisace, a ptejte se, jak je to s novým ministerstvem pro výživu, o kterém dodnes nemáte žádnou předlohu, nemáte žádnou zprávu o tom, jaký vlastně jest obor jeho působnosti. *(Souhlas.)* Do dnes parlament v této důležité otázce stojí jako slepý před aktem čisté vládní a vojenské moci. *(Výborně!)*

To všechno znamená, že ve skutečnosti to není nic jiného, než jen zdánlivý konstituční život, že to není nic jiného než zdánlivý parlament; ve skutečnosti vládne dále čirý absolutismus. *(Souhlas.)*

To mohlo býti odůvodňováno za dřívějšího panovníka, který vydal celou řadu vlastních listů a nemohl tedy na konec snad povoliti. Leč povinností nynější vlády a pana ministerského předsedy Seidlera, který nynějšího panovníka poučoval o ústavním právu a správě vládní, bylo, aby mu řekl: Do působnosti koruny náleží sice právo jmenovati osoby, ministry, ale právo zřízení ministerstva jest věcí parlamentu, zejména v této době, kdy razí si vítězně cestu zásady nové demokrace.

Panovník sám ve svém trůnním nastupovacím prohlášení prohlásil, že nikdy nechce vládnouti nekonstitučně, a že chce vládnouti v duchu pravé konstituce, a v duchu nové demokracie. Ve své trůnní řeči to potvrdil znovu. A pak přichází vláda a proti smyslu a duchu prohlášení panovníkovu dává mu návrh, který ve skutečnosti není nic jiného, než novým těžkým porušením ústavy. *(Tak jest!)*

Pěkně to začíná! Zřízení nového ministerstva vyvolá také celou řadu konfliktů, pro které ovšem vláda má nyní zvláštního ministra. Pan dr. Žolger byl s tím jmenován ministrem, že má urovnávati všechny kompetenční konflikty, které mezi ministerstvy povstanou. *(Veselost.)*

Velectění pánové! To byly námitky se stanoviska zákonodárné kompetence. Proč musíme však býti se stanoviska autonomie proti tomuto ministerstvu? Ministerstvo, které se zde zřizuje, odporuje českému autonomistickému stanovisku. Podotýkám, že mému přesvědčení neodpovídá věčné protestování ale pak zase kompromisování s centralismem a absolutismem. Stále se bojuje slovně a jen mluví proti opatřením absolutismu. A výsledek jest týž. V roce 1886 zřízeno bylo i proti prosincové a únorové ústavě ministerstvo orby, jež dodnes existuje protiústavně a nezákonně. Víte, jak toto ministerstvo do našeho hospodářského a politického života zasáhlo. Česká delegace to strpěla a snáší dosud. Přišly školské zákony, jež nám vzaly z rukou školy a ponechaly nám pouze placení bez veškerého vlivu na řízení a ducha školy. V roce 1896 přišlo ministerstvo železnic, které nám odňalo veškerý vliv na železnictví a možnost úspěšné zemské politiky železniční.

U nás v království českém nastavěli jsme si za zemské peníze skoro $1^1/_2$ tisíc kilometrů místních drah. Země, okresy, obce i jednotlivci sta milionů investovaly do lokálek. Dnes máme sta milionů investičních dluhů, ale nemáme ani tolik práva, abychom mohli bez schválení ministerstva železnic či některého ředitelství prosaditi jmenování posledního zřízence. Jak je postaráno o jazykové právo, to dobře víte.

V roce 1908 bylo zřízeno ministerstvo veřejných prací. Do jeho kompetence pojato bylo i využitkování uhelného bohatství, úprava vodních cest a využitkování jejich sil. Otázka hornictví se stěhovala z jednoho ministerstva do druhého.

A přece bylo to staré jus regale, jež proti právu koruně české chtivé ruce vídeňské vzaly.

V roce 1916 přišlo ministerstvo pro výživu. Jeho kompetence dosud známe a parlament se dodnes nevzmohl, aby vynutil předlohu o jeho zákonodárné kompetenci, ale jeho strašné působení již cítíme na svém těle. Vyhladověti nás pro jiné! A teď je tu, to nové ministerstvo a pak přijde ministerstvo pro zdravotnictví. A tomuto ministerstvu padnou za obět poslední zbytky naší autonomie i zdravotnictví. Vše, co obce a okresy za své drahé peníze nastavěly, to všechno dostane se pod správu tohoto ministerstva, byrokracie německé, protekční, která vše ovládá se svého úzkého stanoviska vídeňského. *(Výborně!)*

A teď vezměte, velectění pánové, předlohu o ministerstvu pro sociální péči. Přečtěte ji a uvidíte, jak toto ministerstvo zasáhne do veškerého oboru českého života. Jmenuje se ministerstvo pro sociální péči. U nás, v království českém, bylo v oboru sociální péče vykonáno tolik, jako nikde jinde. Zlatým písmem zůstane zaznamenáno, co jsme docílili v ohledu sociálního vývoje vlastní svépomocí. Národ náš povznesl se bez cizí pomoci a proti cizí vůli na výši jinde nedosaženou. A najednou přijde nový státní úřad a veškeru péči o dítě a mládež vezme nám z rukou, vliv veškerý v tomto oboru, vliv v oboru péče o mládež, péči tu samotnou nám ponechá, neboť tu zaplatí skoro úplně země, okresy, obce a dobrodinci *(Tak jest!)*, ale *(Poslanec Velich: Právo rozhodovati!)* právo rozhodovati to se nám odejme.

Otázka mateřských škol, útulků, jeslí, výchovy vychovatelů mládeže, organisace ochranná péče mládeže, která i podle platné prosincové ústavy náleží jen do oboru zemského zákonodárství, padá ve klín nové organisace.

Upozorňuji na předlohu o ochranné péči mládeže české strany, aby v justičním výboru tuto předlohu vládní se vším důrazem potíraly. Ministerstvo nové vezme ve svoji právomoc veškeré ústavy, které jsou věnovány péči o mládež, přípravu a vzdělání personálu pro mateřské školy. Když vláda nám vzala výchovu učitelstva, chce odnárodniti, odníti nám i dítě vůbec: od prsu mateřského takřka vezme dítky pod svůj dozor centralistický, rakouský, aby již v zárodku zničila, co dítko ssálo s mateřským mlékem, tu nezkalenou lásku ke své vlastní domovině. *(Výborně!)*

Zasáhne se v obor péče o mládež živnostenskou a zemědělskou, která má býti mimo jiné vychována k tomu, aby tělesně sílila. Organisace toho nyní odňata má býti úplně našemu vlivu. Nač potřebujeme ministerstva protekce, když máme u nás v celém světě uznanou a nedostižitelnou organisaci tělesné výchovy, naše sokolstvo, které je vzorem zdroje a píle o tělesnou i mravní výchovu. Rozehnali jste však naše sokoly, zmocnila se tělocvičen vojenská soldateska. Sokolstvo stíhali jste persekucemi a nyní nové ministerstvo připravuje se, aby vychovávalo mládež „zur Wehrhaftigkeit".

Vychovávejte z dítek především člověka, lidi, kteří si dovedou vážiti práv svého bližního a nebudete potřebovati branné moci! Ve chvíli, kdy císař prohlašuje ve svých projevech, že se má odstraniti vyrovnávání konfliktů brannou mocí, že se má odstraniti zbrojení, ve chvíli, kdy i papež přichází s takovými názory, říkáte: Ne! všechna mládež musí býti zmilitarisována. Proti tomu musíme se důrazně ohraditi. Neviděli jsme pokrytectví většího!

Vezměte další otázku, otázku sprostředkování práce. Když bude Jeho Excellence pan ministr spravedlivým, musí prohlásiti, že v celé říši vyjma Vídeň, která všem má na to nejvíce peněz, nikde není otázka ta tak rozřešena jako v Čechách. Nikde nefungují obce a okresy v této věci tak dobře jako v Čechách. Naše zemské úřadovny práce vykonaly obrovský úkol a zdolaly ho výborně. Ústřední pracovní statistický úřad mohl by se zavříti, kdyby obce a okresy české, kdyby země řekla, že zastaví posílání statistických dat. Teď vezme centralismus do rukou také otázku sprostředkování práce, bude poroučeti správcům stravoven a ústavů práce, naším domácím ústavům bude na konec diktovati, ale samospráva si je zaplatí.

Jedná se dále o celou obrovskou otázku, která se shrnuje pod pojem péče o navracející se válečníky, péče o sirotky a vdovy. Jest a bude to obrovská agenda! A tu jest se obávati, že dojde k tomu, že obce a okresy budou dobročinné ústavy i celou akci organisovati finančně, budou na ni platiti, ale duch a směr, kterým se péče bude vyvinovati, bude vídeňský. Těmito ústavy, pánové, vanouti bude vídeňský vzduch, který nám není příznivý. I vy sami neradi jej zde dýcháte.

Pomyslete si, že to ministerstvo vezme do rukou otázku sociálního pojišťování, že vezme do rukou celou budoucí velkou úpravu poměrů mezdních, což bude do budoucnosti při vývoji dnešních poměrů znamenati zřízení nových základů pro veškerý sociální život, pro úpravu celé společnosti. Tu se táži: Můžeme to všechno povoliti s lehkou myslí proto, poněvadž se tomu dává krásný šat, krásné jméno, o které se ostatně pánové v ústavním výboru nemohli dohodnouti, jeden totiž navrhoval pojmenování „sociální péče", jiný „ministerstvo pro blaho lidu", jiný konečně chtěl, aby se záležitosti tyto spojily v jedině

ministerstvo pro zdraví. Ve skutečnosti však instituce tato zůstává „eine Zentralstelle“ a to jest pro nás důležito. Tituly to nezachrání, ani nezakryje domnělá péče o otázky sociální tu nahou pravdu, že se nám připravuje nové vídeňské spoutání volného vývoje vlastního života!

Ještě jedna otázka, která ministerstvu tomu bude přidělena, tak zvaný „Auswandererschutz“ ochrana vystěhovalců. Možná, že vystěhovalců bude málo *(odpor)*, ačkoli jest možno, že se budou chtíti lidé stěhovati, jestliže tento stát se nezmění, že lidé budou utíkati odtud jako dosud, kdy je vlastně stát sám vyháněl, do Ameriky a jinam. A tu o jedné otázce se zmíniti musím! Pánové se divíte, že lidé čeští, které vyhnala bída a neústavnost, které vypudil z domova duch zotročování, i za mořem cítí se býti syny národa a starají se a myslí na jeho budoucí osud. My ovšem nemůžeme se zříci jeden a půl milionů vystěhovalců, kteří mají po našem mínění stejné právo jako my, aby pečovali o život národa. Všude tam, kde Čech stojí, na celém světě má nejen právo, ale svatou povinnost, aby myslil na svoji vlast a na své bratry. My to činíme zde a každý jiný Čech ať to činí tam, kde právě působí. Jest Vám to proti mysli! Leč to jest již tragická vina politiky Vaši proti českému národu. Dnes jest vládě půldruhého milionů českých a slovenských vystěhovalců nepohodlno.

Bude se jednati však také o otázku úpravy poměrů vnitřní kolonisace, o otázku zřizování domovin pro válečníky, o bytovou politiku.

Slyšíte, pánové, co všechno toto ministerstvo uchvacuje? Že uchvacuje moc i nad tím, co Vám ještě zbylo? A přijde ještě ministerstvo pro zdravotnictví, které čekáme každou chvíli — již jest signalisováno a možno, že až zítra vezmete do ruky „Wiener Zeitung“, dozvíte se, že máme nové ministerstvo, respektive jeho obor působnosti. Pak, až to všechno budeme míti, chytneme se za hlavu a řekneme: Kde jsme byli, že tohle všechno jsme si nechali uvázati na krk? Vždyť přece toto všechno podniká se proti nám, proti českému národu, proti jeho státnímu právu, proti české samosprávě a za tím účelem, aby se podryly základy českého státu. A proti tomu všemu stojím a mluvím zde jako pevný muž a nemohu jinak, než zase ku konci před celým parlamentem zjevné přesvědčení poctivého a důsledného státoprávníka prohlásiti — a myslím, že mluvím po této stránce ze srdce většiny českých poslanců — nechci, abychom dali si vyrvati poslední práva tam, kde ve skutečnosti národ všechno platí. A Vy, poslanci druzí, vmyslete se v naše postavení: všechno držíme my svoji silou, my jsme páteří finanční i hospodářskou celého tohoto nepřirozeného soustátí, byli jsme jí a nezmění-li se poměry, budeme jí zase! Nesoujme o to! Je to přirozené, poněvadž kdyby se poměry nezměnily, uvidíte, že tento stát, jeho vlády a většiny nenechaly by nám ničeho více než oči pro pláč *(Výborně!)* a tomu se chceme brániti. Kdo chce, ubrání se, ale musí býti vůle železná!

Pro nás není jiné cesty než ven, ven ke svobodě! Za tu svobodu chceme položiti život a statky, jak to již prohlašovali naši otcové.

Odmítám toto ministerstvo, poněvadž je popřením státní, ústavní, politické, společenské a hospodářské individuality českého království. *(Výborně! — Hlučný potlesk. — Řečníka se blahopřeje.)*

**Präsident:** Zum Wort hat sich Seine Exzellenz, Herr Minister Dr. Mataja gemeldet; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Minister Dr. **Mataja:** Hohes Haus! Am Beginn meiner Ausführungen möchte ich zunächst mit aufrichtigem Dank des abwesenden Referenten, des Herrn Professor Schoepfer gedenken, der in wirklich sachkundiger, liebevoller Weise den Gegenstand behandelt hat, ebenso aber auch der wertvollen Verhandlungen des Verfassungsausschusses, die außerordentlich wichtige Anregungen für die Einrichtungen und den Dienstbetrieb des neuen Ministeriums geboten haben. Ich glaube aber, meine sehr geehrten Herren, daß die Angelegenheit, die uns heute beschäftigt, auch der Förderung wert erscheint.

Die Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge beruht auf dem Gedanken, daß in der Zeit der Bedrängnisse, in der wir leben, die besondere Ausgestaltung jener Verwaltungszweige, die unmittelbar auf die Volkswohlfahrt Bezug haben, eine dringende Notwendigkeit ist. *(Zustimmung.)* Der Fortschritt, der erzielt werden soll, besteht zunächst darin, daß ein eigenes Amt, ein eigenes Organ für diese Aufgaben aufgestellt wird. Schon die Erfahrung des gewöhnlichen Lebens lehrt, daß, wenn man eine Sache wirklich durchgeführt, eine Aufgabe wirklich gewährleistet haben will, es zumeist besser ist, statt vieler Personen, die nebstdem noch eine Menge anderer Dinge zu tun haben, damit eine Person zu betrauen, die nichts anderes zu tun hat und ihre ganze Kraft dieser einen Sache widmet. Der Vorteil der eigenen Amtsstelle reicht indessen noch über das hinaus, was sonst Berufssonderung oder Arbeitsteilung mit sich bringen. Eine solche Amtsstelle, die in dem Maße, als es ihr gelingt, die sozialen Aufgaben zu fördern, auch ihre ganze Existenzberechtigung erblickt, wird darin auch das Ausmaß der Anerkennung finden, auf die sie rechnen darf. *(Zustimmung.)* Es wird damit gleichsam auch ein Unterpfand dafür geschaffen, daß die

sozialen Verwaltungsaufgaben in Hinkunft unter allen Umständen einen hervorragenden und tonangebenden Platz in dem Bereich der Staatsverwaltung einnehmen werden.

Diese Gedanken, meine sehr geehrten Herren, haben, glaube ich, allgemeine Zustimmung gefunden. Ich muß dem geehrten Verfassungsausschuß trotzdem für die glatte Erledigung der Vorlagen um so mehr Dank wissen, als mir wohl bekannt ist, daß über einen so komplizierten Gegenstand, wie es die Errichtung eines eigenen neuen Ministeriums und die Abgrenzung des Wirkungskreises für ein solches ist, sehr verschiedene Ansichten jederzeit bestehen werden und, wie ich ohne weiteres zugebe, auch berechtigt sind. In unserem Falle war es ganz besonders die entgegen dem ursprünglichen Plan der Vereinigung der Sanitätsangelegenheiten und der Angelegenheiten der sozialen Fürsorge in einer Amtsstelle nunmehr erfolgte Loslösung der Angelegenheiten des Volksgesundheitswesens von jenen der sozialen Fürsorge. Zur richtigen Würdigung der Sachlage muß ich jedoch darauf aufmerksam machen, daß der alte Plan noch in einer anderen wesentlichen Beziehung eine Änderung erfahren hat, nämlich umgekehrt durch die Erweiterung des Wirkungskreises des Ministeriums der sozialen Fürsorge durch Einbeziehung der sozialpolitischen Angelegenheiten, in bezug auf das gewerbliche Arbeitsverhältnis und den gewerblichen Arbeiterschutz.

Diese von keiner Seite beanstandete Erweiterung auf der einen Seite steht nun in innerem, sachlichem Zusammenhang mit der Reduktion auf der anderen. Es ist gewiß nicht unbedenklich, wenn ein Amt so viele und so verschiedenartige Angelegenheiten in sich begreift, daß ein einheitlicher Überblick tatsächlich praktisch unmöglich ist; es ist dabei auch zu beachten, daß die Sanitätsangelegenheiten doch einen so bestimmten fachlichen Einschlag haben, daß sie jetzt schon eine große Ausdehnung besitzen und in Zukunft noch mehr haben werden, daß sie sozusagen groß genug sind, ihren eigenen Mann zu nähren. Denn, wie gesagt, zu heterogene und zu vielseitige Gebiete in einem Amte zu vereinigen, so zwar, daß die Leitung des Amtes für gewisse Gebiete zu einem Schein herabsinkt, scheint mir auch nicht gerade die praktischeste Lösung der Dinge zu sein.

Nun, diese Bedenken über die Änderung des ursprünglichen Planes stützen sich insbesondere auch auf die Besorgnis vor Kompetenzstreitigkeiten und ähnlichen Erschwerungen und von diesem Gesichtspunkte aus wurden auch einige allgemeine Bemerkungen über die vorliegende Redaktion des dem Ministerium zugewiesenen Wirkungskreises gemacht. Ich gebe, meine sehr geehrten Herren, ohne weiteres zu, daß es manche Unbestimmtheiten darin gibt. Ich bemerke aber, daß die Absteckung des Wirkungskreises der Verwaltungsstellen gegeneinander doch nicht mit jener Präzision zu machen ist, wie etwa ein Notariatsakt über eine Vermögensauseinandersetzung, der eine restlose Aufteilung versucht, ganz abgesehen davon, daß auch der bestabgefaßte Akt dieser Art bekanntlich vor Prozessen und Streitigkeiten hinterdrein oft auch nicht schützt. Aber die Aufteilung der Verwaltungsangelegenheiten unter die verschiedenen Ressorts muß mit gewissen Unbestimmtheiten rechnen. Auf dem Papier läßt sich allenfalls trennen, was das Leben doch nicht trennt. Die Dinge hängen eben zusammen und gewisse Unbestimmtheiten, ein gewisses Hinübergreifen von einer Sphäre in die andere ist durch die Natur der Sache geboten und würde sich auch einstellen, wenn man im voraus die schönste Formel dagegen aufstellen wollte. Ich bitte also auch da der lebendigen Entwicklung etwas zu vertrauen. Mit Vernunft und gutem Willen wird sich leicht jede Auseinandersetzung bewerkstelligen lassen; ohne diese beiden Faktoren, fürchte ich, werden papierne Schranken niemals ausreichend aufzustellen sein.

Besonders eingehend und, wie ich sofort bemerken möchte, in sehr wertvoller Weise, wurde schon im Ausschusse die Art des wünschenswerten Dienstbetriebes des neuen Ministeriums erörtert. Ich bitte, versichert zu sein, daß die dort gefallenen Äußerungen bei uns um so mehr Beherzigung finden werden, als sie durchaus unseren Absichten und Zielen entsprechen. Das neue Amt wird bestrebt sein, sowohl seinen Zielen als seinen Betätigungsformen nach volkstümlich zu sein. Es wird für jedermann offen und zugänglich sein, es wird insbesondere auch darnach trachten, die freien gesellschaftlichen Organisationen und die Selbstverwaltungskörper zur eifrigen und planmäßigen Mitwirkung heranzuziehen. Es wird gewiß nicht die Absicht der Männer des neuen Dienstes sein, bloß jeden Morgen ins Amt zu gehen, den Einlauf entgegenzunehmen und ihn dann zu erledigen, sondern sie werden bestrebt sein, die Augen offen zu halten, mit dem Leben Fühlung zu behalten und aus eigenem Antrieb heraus tätig zu werden. Ein wichtiges Mittel, diese wünschenswerten Absichten durchzuführen, wird auch die im Motivenbericht sowie bei den Ausschußverhandlungen bereits berührte Organisierung eines einläßlichen Aufsichts- oder Inspektionsdienstes sein. Dieser Inspektionsdienst, der sich zunächst auf die Krankenkassen, dann aber auch auf die Jugendfürsorge, auf die Arbeitsvermittlung und auf die Invalidenfürsorge erstrecken soll, ist nicht gedacht als die Ausübung einer lästigen Kontrolle, sondern er soll anregend, belehrend, informierend wirken, soll die Verbindung der Zentralstelle mit den Außenstehenden erleichtern, er soll, kurz gesagt, den papiernen Verkehr durch den lebendig-persönlichen ersetzen. *(Sehr gut!)*

Bei Bestellung der Inspektionsorgane werden wir namentlich Gelegenheit haben, dem Resolutionsantrage, betreffend die Auswahl der Beamten aus den verschiedenen Nationalitäten Rechnung zu tragen, weil wir ja wie im allgemeinen, so ganz besonders hier auf einen klaglosen Verkehr mit der Bevölkerung Wert legen müssen.

Auch in anderer Hinsicht werden wir der Schaffung eines geeigneten Unterbaues ein genaues Augenmerk zuzuwenden haben. Wir wissen ja sehr gut, daß wir den ohnehin sehr stark bepackten politischen Behörden nicht zu viel Neues zumuten dürfen.

Es ist daher begreiflich, daß auch dieser Gegenstand im Ausschuß eingehend besprochen und im Zusammenhang damit besonders auch der Errichtung von Arbeiterkammern und von Arbeiterausschüssen in industriellen Etablissements gedacht wurde. Der Herr Berichterstatter kann übrigens auch darauf hinweisen, daß ein eigener Antrag von ihm in dieser Richtung dem Hause vorliegt.

Wir stehen diesen Bestrebungen durchaus sympathisch gegenüber. Wir wissen den Bestand von Organen zu schätzen, die der freien Aussprache und der Vertretung der im Arbeiterstande vorhandenen Wünsche und Bedürfnisse dienen, und werden daher gerne zu einer Verwirklichung dieses Gedankens die Hand bieten.

Was aber nun die einzelnen Punkte unseres Wirkungskreises anbelangt, so würde es leicht sein, sie durchzugehen und ein schönes, volltönendes Programm daran zu knüpfen. Worte sind ja bekanntlich außerordentlich wohlfeil. Ich möchte mich jedoch darauf beschränken, hier nur einige Bemerkungen über das anzuführen, was zunächst die Betätigung des neuen Amtes bilden soll. Es betrifft dies zumeist Aktionen, die schon in den Amtsstellen, die derzeit mit den Dingen befaßt sind, eingeleitet sind und die nun der Finalisierung harren. Ein annähernd abschließendes und einläßliches Programm aufzustellen möchte ich aber auch deshalb vermeiden, weil die Zeit, seit der ich überhaupt mit dieser ganzen Sache befaßt bin, etwas zu kurz ist, um in alles einzudringen, nämlich die Zeit seit Erlassung des Allerhöchsten Handschreibens vom 30. August l. J., die naturgemäß mehr der Schaffung des Apparates als den Fragen gewidmet war, womit hinterdrein dieser Apparat beschäftigt werden soll. Indessen habe ich auch diesem Punkt mein Augenmerk nicht verschlossen, damit, wenn der Apparat gebildet ist, auch Material da ist, mit dessen Bewältigung er sich betätigen kann.

Um nun in der Reihenfolge des Wirkungskreises zu bleiben, also mit der Jugendfürsorge zu beginnen, möchte ich vor allem des Planes der Schaffung eines allgemeinen Jugendfürsorgegesetzes gedenken, eines Gesetzes, das in möglichst weitem Umfange den hilfsbedürftigen Kindern und Jugendlichen Unterstützung bringen soll. Bekanntlich hängt diese Frage mit den Verhandlungen des Justizausschusses zusammen über die bereits dort erliegenden, auf ein engeres Teilgebiet beschränkten Vorlagen über Jugendstrafrecht und Fürsorgeerziehung. Bei aller Hochachtung der Familienbande, die wir natürlich nicht im geringsten lockern wollen, müssen wir aber doch sagen, daß die gehörige Betreuung und Erziehung der Kinder nicht Aufgabe des Elternhauses allein ist. Die Sache des Kindes ist auch Sache des ganzen Volkes und zuletzt auch Sache des Staates; die Allgemeinheit wird dort einsetzen müssen, wo der gute Wille oder die Fähigkeiten der Eltern versagen. Dieser Gedanke, daß Jugendpflege auch Sache der Staatsverwaltung sei, liegt schon der Aufnahme der Jugendfürsorge in den Wirkungskreis des neuen Ministeriums zugrunde. Selbstverständlich denken wir dabei nicht lediglich an die in direkter Gefährdung oder in Not befindlichen Jugendlichen, wir denken weiter, an die planmäßige Förderung aller der Jugend zugute kommenden Einrichtungen. Den organisatorischen Ausdruck dieser Bestrebungen wird die Errichtung eines eigenen Jugendamtes im Schoße des Ministeriums bilden. Wir denken an eine solche Schöpfung, die schon nach außenhin die Marke der Selbständigkeit an sich trägt, damit der Umgang mit den außenstehenden Faktoren sich möglichst einfach, ohne die Förmlichkeiten des ministeriellen Verkehrs abwickeln kann. Kommt doch gerade auf diesem Gebiete ein Verkehr mit kirchlichen Institutionen, mit Jugendämtern der Städte und anderen Schöpfungen der Selbstverwaltung, mit loseren und strammeren Vereinsorganisationen in Frage. Nicht zu verkennen ist, meine sehr geehrten Herren, daß die Jugendfürsorge in zahlreiche andere Verwaltungszweige hinüberspielt, so in jene des Kultus- und Unterrichts-, des Gesundheits-, des Vormundschaftswesens und in andere Fragen der Justizverwaltung. Es ist daher geplant, dem Jugendamt eine ständige Kommission von Ministerialvertretern beizugeben, die alle diese Angelegenheiten nicht nur gemeinsam durchsprechen, sondern auch im Interesse der Vereinfachung und Beschleunigung sofort zu erledigen haben wird.

Was die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen anbelangt, so enthält der Motivenbericht zur Regierungsvorlage bereits einige Ausführungen über unsere Absichten. Ich muß mich jedoch hier ganz besonders davon enthalten, ein einläßliches Programm aufzustellen, und zwar in Anbetracht der Größe und Neuartigkeit der Aufgabe. Ich will nur erwähnen, daß wir vor kurzem bereits eine Versammlung der Bureauleiter der Landeskommissionen zur Fürsorge für heimkehrende Krieger abgehalten und mancherlei Wert-

volles bei dieser Gelegenheit gehört haben. Die weiteren Maßnahmen werden mit einer Fülle von gewiß schwierigen und wichtigen Fragen zu tun haben, so insbesondere auch mit der richtigen Absteckung der staatlichen und der freiwilligen Fürsorge, mit dem Ausbau der Organisation, namentlich der Schaffung eines Netzes von Fürsorgestellen, mit der Betreuung auch der Frauen der Kriegsinvaliden — worauf ich großen Wert lege —, weil diese Frauen in erhöhtem Maße in Erwerb und Haushalt Stütze des leider geschädigten Mannes zu bilden haben werden, und mit vielem anderen.

Im Zusammenhange damit möchte ich, die Einteilung des Wirkungskreises überspringend, der bereits eingeleiteten Arbeiten zur Abänderung des Gesetzes vom Jahre 1910 über den Wohnungsfürsorgefonds zugunsten von Kleinwohnungen gedenken. Einerseits sollen damit die Erfahrungen seit Erlassung dieses Gesetzes im Interesse seiner Verbesserung verwertet werden, andrerseits soll eine Handhabe geboten werden, diesen Fonds auch für die Frage der Kriegerheimstätten dienstbar zu machen, indem diese, soweit sie nicht agrarische Beschaffenheit haben und daher dem Ackerbauministerium vorbehalten bleiben, auch mit Hilfe des Wohnungsfürsorgefonds eine Pflege erfahren sollen. Zur Zuständigkeit des neuen Ministeriums soll aber auch die Verwaltung des Kaiser-Jubiläumsfonds vom Jahre 1908, betreffend Wohnungsfürsorge für die Staatsbediensteten, gehören, eine Frage, die mich auf das Gebiet der Staatsbeamtenfrage überhaupt führt.

Wie hart die Staatsangestellten durch die gegenwärtigen Zeiten betroffen werden, bedarf ja keiner Ausführung.

Augenblicklicher Not mögen Teuerungszulagen, möge Unterstützung bei Beschaffung von Lebensmitteln, Bedarfsartikeln und ähnliches dienen; das alles liegt ja nicht im Wirkungskreise des neuen Ministeriums. Wohl aber lassen sich gewisse Fürsorgemaßnahmen denken, die mehr dauernde Einrichtungen zur Voraussetzung haben und eine wichtige Rolle bei dem Wiederaufbau der vielen durch die Zeiten so stark gestörten Haushaltungen der Beamten zu spielen berufen sind, zum Beispiel Maßnahmen für verstärkte Wohnungsfürsorge, Versicherungseinrichtungen und noch manches andere. In diesem Sinne hat jüngst eine Vertretung der Staatsbeamtenvereine den Wunsch vorgebracht, daß im neuen Ministerium ein ständiges Departement für die soziale Fürsorge der Staatsangestellten errichtet werde, das in ständiger Fühlung mit der Vertretung der Beamtenschaft zu wirken hätte. Das neue Ministerium wird gern im gewünschten Sinne verfahren; wir werden unser bestes, meine Herren, daransetzen, hier etwas Zweckmäßiges und Vernünftiges zustande zu bringen. Handelt es sich doch um unsere engsten Kollegen und heißt doch, den Staatsbeamtenstand stützen den Staat selbst stützen.

Unter den Aufgaben, die dem neuen Ministerium gestellt worden sind, nimmt einen ganz hervorragenden Platz die Sozialversicherung ein. Ihre ausgedehnte Organisation kann mannigfachen Zweigen der Fürsorge dienen, ebenso ihre Mittel sehr verschiedenen sozialen Zwecken, dem Wohnungswesen, der Heilfürsorge und vielem anderen. Zwar besteht noch von früher her eine Regierungsvorlage über die Sozialversicherung, von der es jedoch keinem Zweifel unterliegt, daß sie einer wesentlichen Umgestaltung bedarf. An die Ergebnisse der eifrigen und hingebungsvollen Arbeit des Sozialversicherungsausschusses wird gewiß hierbei angeknüpft werden können. Allein die geänderten Verhältnisse, der geänderte Geldwert und die hereinspielenden Rücksichten auf die Frage der Kriegsbeschädigten und so manches andere erheischen dringend bei dieser Neubearbeitung eine Beachtung.

Im Vordergrunde all der auftauchenden Fragen steht natürlich die Reform und der Ausbau der Arbeiterversicherung, speziell die Einfügung der Invaliden- und Altersversicherung. Diese Aufgabe ist jetzt schon von einer solchen Dringlichkeit geworden, daß nicht nur die gesetzgeberische Arbeit selbst wird möglichst beschleunigt werden müssen, sondern auch eine Reihe von Durchführungsarbeiten bereits während der weiteren Behandlung des Gegenstandes derart wird vorbereitet werden können, daß eine Einschränkung der Vacatio legis auf ein Mindestmaß seinerzeit möglich sein wird.

Unter den in jüngster Zeit übrigens schon bewerkstelligten Verbesserungen der Sozialversicherung möchte ich hier nur die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz hervorheben, welche die Erhöhung der Kassenleistungen, die Verbesserung des Mutter- und Säuglingsschutzes und die Familienangehörigenversicherung gebracht hat; das alles bildet ja einen wertvollen Fortschritt. Es wird das neue Ministerium ganz besonders bestrebt sein, Hand in Hand mit den Versicherungsinstituten und ihren Verbänden für die schleunige und in einem echt sozialpolitischen Geiste erfolgende Durchführung aller dieser wertvollen Neuerungen zu wirken.

Auf dem Gebiete der Pensionsversicherung der Angestellten ist ein Gesetzentwurf in Vorbereitung, der eine nachdrückliche Förderung der Heilbehandlung und der Stellenlosenfürsorge für Angestellte zum Gegenstand hat. Er dürfte, hoffe ich, bald zur weiteren Behandlung reif werden.

Was die Betätigung auf dem Gebiete des Arbeitsverhältnisses anbetrifft, so wäre der derzeit bei mehreren Ministerien anhängigen Arbeiten zur Organisation der Arbeitsvermittlung zu gedenken, die in Zukunft auf das neue Ministerium überzugehen haben. Weit fortgeschritten sind insbesondere

die Arbeiten hinsichtlich der Fertigstellung eines Heimarbeitergesetzes, in welchem, jedem Eingeweihten selbstverständlich, Vorkehrungen für eine entsprechende Bestimmung der Lohnbedingungen den Mittelpunkt bilden werden. Jedenfalls werden sich in naher Zukunft auch noch andere Arbeiten auf diesem Gebiete anreihen müssen, gleichwie auch schon mehrere Gesetzentwürfe derzeit in diesem hohen Hause in Verhandlung stehen, so der Gesetzentwurf über die Arbeitszeit der Frauen und Jugendlichen, sowie der Initiativantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Ofner, betreffend die Kinderarbeit. Aber die Fortbildung des Arbeiterrechtes wird in unserer Zeit dabei gewiß nicht stehen bleiben können, sie wird und soll dem Arbeiterstand die Erfüllung mancher und auch wichtiger Wünsche zu bringen haben. Gerade der Umstand, daß ich in einer früheren amtlichen Stellung soviel mit derartigen Angelegenheiten zu tun hatte, läßt in mir den Wunsch aufsteigen, daß gewisse, immer von Neuem wieder auftauchende Fragen, wie zum Beispiel jene des Arbeitsbuches, endlich einmal bei dieser Gelegenheit eine befriedigende Lösung finden mögen.

Bei den Verhandlungen über das neue Ministerium und seinen sozialen Wirkungskreis haben insbesondere Wünsche in betreff der Gewerbeinspektion eine Rolle gespielt. Ich kann den geehrten Herren versichern, daß zweifellos das neue Ministerium in der Ausgestaltung der Gewerbeinspektion in jeder zweckdienlichen Form eine seiner wichtigsten Aufgaben wird erblicken müssen und daß — ich möchte das durchaus nicht übergehen — auch den persönlichen Ansprüchen der Gewerbeinspektoren, die als verdiente Techniker nicht gar so glänzend bei uns gestellt sind, das vollste Augenmerk wird zugewendet werden müssen. *(Abgeordneter Schiegl: Die weiblichen sind ja am schlechtesten dran! — Abgeordneten Neumann: Die Assistentinnen!)* Ich bitte, meine Herren, ich bin ein alter Vorkämpfer für die Besserstellung der Lage der Assistentinnen und wenn sie heute noch nicht jene Stellung haben, die die Herren wünschen, so seien Sie versichert, daß ich für meine Person auch in Zukunft gerne das mir mögliche tun werde, um die Erfüllung ihrer billigen Ansprüche durchzusetzen. Ich schätze diese weiblichen Gewerbeinspektoren ungemein hoch.

Schließlich möchte ich nur noch auf einen formellen Punkt eingehen. Es liegen, was die Redaktion des Gesetzes anbetrifft, Minderheitsanträge vor, nach denen der § 1 der Gesetzesvorlage eine andere Fassung erlangen soll. Die Sache ist leider nicht so einfach. Nach der ganzen Konstruktion der Vorlage und nach der Auffassung, die sich auch im Verfassungsausschusse siegreich durchgesetzt hat, handelt es sich ja bei der ganzen Gesetzesvorlage um nicht mehr als um die Übertragung der derzeit nach bestimmten gesetzlichen Bestimmungen anderen Ministerien zustehenden Kompetenzen auf das neue Ministerium. Ich gebe zu, die Formulierung, die die gegenwärtige Regierungsvorlage und damit auch die Ausschußvorlage hat, ist etwas kompliziert, aber der Gedanke ist eben kompliziert.

Der Minoritätsantrag lautet in seiner Hauptfassung *(liest)*:

„Das Ministerium für soziale Fürsorge ist für jene Angelegenheiten zuständig, die nach Meiner Entschließung vom 7. Oktober 1917 in seinen Wirkungskreis fallen oder ihm künftighin zugewiesen werden, auch wenn sie nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen in den Wirkungskreis eines anderen Ministeriums gehören."

Wie schon der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, entspricht dieser § 1 in seiner gegenwärtigen Fassung nicht der herrschenden, auch der Vorlage zugrunde liegenden rechtlichen Auffassung, weil nicht die Festlegung des Wirkungskreises Gegenstand der Legislative ist, sondern lediglich die Übertragung bestimmter, durch besondere Vorschriften geregelter Kompetenzen.

Die Fassung ist auch praktisch nicht ganz entsprechend. Die Verwaltung soll nicht allzusehr gebunden werden, die Verwaltung soll eine Beweglichkeit haben. Wenn auch die geehrten Antragsteller eine kleine Sicherheitspforte eröffnet haben dadurch, daß sie gesagt haben, daß auch noch andere Angelegenheiten zukünftig zugewiesen werden können, so könnte auch der umgekehrte Fall eintreten, daß etwas herausgenommen werden muß. Ich erinnere dabei daran, daß gewisse Angelegenheiten, die gerade im Wirkungskreis des neuen Ministeriums eine Rolle spielen, wie die Frage der Arbeitsvermittlung, der Auswanderung, relativ sehr wenig durch gesetzliche Bestimmungen der Kompetenz nach festgelegt sind und daher auch ein gewisser Wechsel in der Behandlung durch die Zentralstellen bereits stattgefunden hat. Es ist auch sehr günstig, wenn die Verwaltung sich Zeit, Umständen und vielleicht auch Personenverhältnissen anpassen kann.

Wenn nun der Hauptantrag der Minonität, wie gesagt, vor allem der rechtlichen Auffassung der Konstruktion der Vorlage widerstreitet, so ist allerdings für alle Fälle hier ein Eventualantrag angefügt. Aber auch dieser Eventualantrag scheint mir nicht annehmbar zu sein. Er lautet *(liest)*:

„Das Ministerium für soziale Fürsorge ist für jene Angelegenheiten zuständig, die nach den derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen in den Wirkungskreis anderer Ministerien gehören . . ." usw.

Da hat schon der Herr Berichterstatter mit Recht darauf hingewiesen, daß ursprünglich das Wörtchen „auch" dort vorgekommen ist, daß dieses

Wörtchen zwar zu Boden gefallen, damit aber auch die Redaktion anfechtbar geworden ist. Denn, wenn ich das wörtlich nehme, so ist es ganz klar, daß die Gesetzgebung nicht sagen kann: das Ministerium für soziale Fürsorge ist nur für jene Dinge zuständig, die derzeit in den Wirkungskreis anderer Ministerien gehören, weil es auch Dinge gibt, die dem neuen Ministerium zugewiesen und zugeteilt werden, die gegenwärtig mit dem gesetzlichen Wirkungskreis anderer Ministerien gar nichts zu tun haben. Also diese Dinge würden nach dem Wortlaut des Eventualantrages unter den Tisch fallen.

Ich würde daher bitten, vielleicht das Sprachgefühl ein bißchen zurückzudrängen und die gegenwärtige Redaktion so zu belassen, wie sie ist.

Meine Herren! Es sind schon schlimmere Dinge auf dem Gebiete des Schrifttums geleistet worden, glauben Sie mir *(Heiterkeit)*, und die gegenwärtige Fassung hat zumindest den einen großen Vorteil, daß sie erstens nach allen Seiten hin korrekt ist und zweitens, daß sie sich auf ein Vorbild stützen kann. Es ist juristisch nicht zweckmäßig, innerhalb einer kurzen Zeit über dieselbe Sache, die man sagen will, zwei ganz verschiedene Ausdrucksweisen zu verwenden. Dies führt nur zu Schwierigkeiten und Zweifeln, ob man wirklich dasselbe sagen wollte oder hier eine Änderung gegenüber dem früheren geplant war. Ich würde daher dringendst bitten, die Regierungsvorlage, beziehungsweise die Vorlage des Ausschusses mit dem einverständlich redigierten Zusatze des Ausschusses anzunehmen.

Und damit, meine sehr geehrten Herren, gelange ich zum Ende. Vor kurzem hatte mein verehrter Amtsgenosse, der Herr Minister für öffentliche Arbeiten bei Besprechung der Kohlenversorgung Anlaß, das hohe Haus um Hilfe, um Beistand zu bitten, da er allein zu schwach sei, diese Frage zu lösen. Ein ähnliches Gefühl beseelt auch alle jene, die in unseren jetzigen harten Zeiten mit der Verwaltung der sozialen Aufgaben zu tun haben oder zu tun haben werden. Im Namen aller dieser richte ich auch heute schon die Bitte an dieses hohe Haus, auch uns nachdrücklichen Beistand und Unterstützung zu leihen. Wir werden das Parlament und die Bevölkerungskreise, die hinter diesem stehen, unumgänglich zu unserer Unterstützung brauchen. Seien Sie aber auch, meine Herren, überzeugt, daß gewiß alle an dem Ministerium für soziale Fürsorge Beteiligten ihr Bestes und ihre volle Kraft dafür einsetzen werden, daß dieses hohe Haus einstens nicht mit Bedauern an den Tag zurückdenken wird, an dem es mitgeholfen hat, die neue Amtsstelle zu schaffen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Redlich; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Redlich**: Hohes Haus! Die Schöpfung oder Errichtung eines neuen Ministeriums ist ein Problem unserer Verwaltungsordnung, das sich in den letzten Jahren in den Vordergrund unserer staatlichen Entwicklung gestellt hat. In der nächsten Zeit steht uns die Beschäftigung mit demselben Problem noch zweimal bevor. Es ist sicher wertvoll, zunächst ganz allgemein einen Augenblick die Frage zu erwägen, was diese Schöpfung von neuen Ministerien heute zu bedeuten hat. In den anderen Staaten, die gleich uns jetzt das vierte Jahr in den furchtbaren Weltkrieg verwickelt sind, finden wir auch zahlreiche Bildungen von neuen Ämtern, von Ämtern, die den augenblicklichen Bedürfnissen genügen. In England hat eine außerordentliche Vermehrung der Zentralbehörden durch Schaffung neuer, den Augenblicksbedürfnissen entsprechender Ämter stattgefunden. Selbst in dem ziemlich starr und fest, wenn auch reichlich gegliederten Organismus der deutschen Verwaltungen finden wir Bestrebungen zu einer Veränderung des Zustandes, insbesondere dort, wo wirtschaftliche Fragen in Betracht kommen. In Österreich sind nun diese neuen Schöpfungen nicht unmittelbar mit dem Kriege im Zusammenhang; wir haben kein Munitionsministerium, kein Ministerium für die Pensionen der Verwundeten oder der Invaliden oder der Witwen und Waisen, wie in England, sondern wir gehen einen anderen Weg. Wir sind uns offenbar erst durch den Krieg bewußt geworden, daß in der Rangordnung der staatlichen Interessen die Verhältnisse eine gewisse Veränderung geschaffen haben und so sind wir nun dazu gelangt, ein Ministerium für soziale Fürsorge in den Vordergrund gestellt zu sehen. Wir haben das Ernährungsamt aus ähnlichen Gründen bekommen. Man hat sich bei uns um die Fragen der Ernährung nicht gekümmert, das waren keine Verwaltungsfragen. Gewiß, der Krieg hat sie erst verschärft, aber bestanden haben sie immer. Der Krieg hat uns gelehrt, daß die Approvisionierung der Städte nicht bloß eine Aufgabe der Gemeinden, sondern auch eine Staatsaufgabe ist. Wir sind so zu einem Ernährungsministerium gekommen und nun kommt die soziale Fürsorge.

Bevor ich auf die Sache selbst eingehe, möchte ich einen Augenblick über das staatsrechtliche oder verfassungsrechtliche Moment sprechen, weil der sehr geehrte Herr Kollege Kalina darüber sehr interessant geredet hat. Er hat sich als einen „Minimalisten" bezeichnet und mir ist die Verwendung dieses Ausdruckes in seinem Munde ganz interessant, weil er hier doch eine Stellungnahme vom tschechischen Standpunkt bezeichnen will, die sich dem „maximalistischen" gegenüber auf den konkreten Standpunkt der bestehenden Verfassung stellt. Ich quittiere also mit Vergnügen die Tatsache, daß es unter den Tschechen doch noch staatsrechtliche „Minimalisten"

gibt und glaube, daß das immerhin ein wertvolles Zugeständnis sein kann. Von diesem Standpunkt aber, von welchem aus Herr Kollege Kalina die Errichtung des Ministeriums kritisiert, von diesem Standpunkt aus entwickelte er eine Meinung, die auch Deutsche — und er hat davon in einem Falle auch Erwähnung getan — in dieser Angelegenheit eingenommen haben. Er ist der Meinung, daß die Schaffung dieses Ministeriums nach dem Wortlaut unserer Verfassung durch den Reichsrat, durch ein formelles Gesetz erfolgen soll. Ich habe über diesen Punkt im Jahre 1909 anläßlich der Errichtung des Arbeitsministeriums meine Meinung dem Hause darzulegen Gelegenheit gehabt und ich halte auch heute an ihr fest, ich halte es auch heute für eine falsche Wendung demokratischen Denkens, wenn man in der Errichtung von Zentralbehörden durch die vollziehende Gewalt, die bei uns der Träger der Krone, in der Republik der Präsident ist, eine Änderung wünscht. Diese Frage darf nicht so sehr vom politisch-demokratischen Standpunkt betrachtet werden, sondern von dem der Nützlichkeit für den gesamten Staatsorganismus, vom Standpunkt der praktischen Gestaltung der amtlichen Aufgaben, der Verteilung, der Kompetenzgliederung usw. Nun ist ein formelles Gesetz in jedem Parlament eine gewisse starre Schranke, seine Abänderung unterliegt unter Umständen dem Bedürfnis nach sofortiger Durchführung und das ist selbst in Parlamenten, wie zum Beispiel sagen wir, eine bessere Maschinerie haben wie das unsere, nicht leicht.

Wenn man nun dem ganzen vielgliederigen Organismus einer Zentralbehörde, aller Zentralbehörden, durch Gesetze festlegt, läuft man Gefahr, daß den neuen Aufgaben sowohl wie den bestehenden gewissermaßen in der notwendigen Elastizität Schranken gesetzt werden, die nicht notwendig sind. Man könnte hier eine sehr demokratische und sehr parlamentarische Regierung führen und dabei sogar Ministerien ohne ein solches Gesetz schaffen; hätten wir eine wirklich parlamentarisch verantwortliche Regierung und hätten wir ein wirklich funktionierendes Parlament des allgemeinen Wahlrechtes, so dürfte es meines Erachtens gar nicht dieser Form, wie auch in ihrer Textierung dem Herrn Minister und dem Verfassungsausschuß mancherlei Schwierigkeiten bereitet hat. Diese Schwierigkeiten des § 1 liegen eben darin, daß hier etwas eigentlich kaum Faßbares versucht wird, nämlich ein Amt, welches eigentlich rechtlich schon besteht, nunmehr durch ein Gesetz — was denn? zu errichten? es ist schon errichtet — anzuerkennen. Anerkennen würden wir es, wenn wir einfach das Budget dieses Ministeriums vorlegen und die Möglichkeit hätten, es zu beseitigen oder anzunehmen. Ich glaube also, daß auch der Weg, denn der Herr Kollege Kalina gegangen ist, darin eine falsche Auslegung des von ihm als zentralistisch gestalteten Systems unserer Verfassung sieht, nicht richtig und seine Kritik von diesem Standpunkt aus unberechtigt ist, wenn man damit mehr erreichen will, als daß man überhaupt den verfassungsmäßigen Zustand in der Verteilung zwischen Landes- und Staatsaufgaben kritisieren will, was eigentlich das Ziel der Polemik des Herrn Kollegen Kalina gewesen ist. Die Form würde uns also nicht viele Schwierigkeiten machen, denn der Wirkungskreis des Ministeriums ist zusammengesetzt aus Aufgaben, die anderen Ministerien gehören, die eigentlich erst heute neu formalisiert werden und aus der neuen Aufgabe, die ihm schon durch seinen Namen zuwächst.

Da möchte ich nun anknüpfend an die Rede des Ministers, der der erste Minister dieses Amtes sein wird, sagen: Wenn die Schöpfung dieses neuen Ministeriums nichts wäre, als die Verschiebung dieser Departements, nichts anderes als die selbständige Departementisierung des ganzen Verwaltungsstoffes, der hier in Betracht kommt, dann wäre es Schade um die Mühe und um die Unruhe, die hier in den sonst doch wohlgefügten Organismus unserer zentralbehördlichen Bureaukratie hineingebracht wird.

Dieses Ministerium ist eigentlich ein posthumus, wenn man die Geschichte unserer Verwaltung betrachtet. Erst spät kommt man bei uns klar zur Erkenntnis, worin denn das Wesen der inneren Verwaltung besteht; erst jetzt erkennt man formell an, daß andere Grundsätze als die, welche die historische österreichische innere Verwaltung leiteten, maßgebend geworden sind. Folgen Sie mir, meine Herren, einen Augenblick in der Geschichte unserer inneren Verwaltung! Wir haben das Ministerium des Innern erst seit März 1848. Aus diesem Ministerium des Innern haben sich im Laufe der 60 Jahre eigentlich alle neuen Ministerien herausgeschält, bis auf das Eisenbahnministerium, welches sich aus dem Handelsministerium herausgeschält hat. Das Ministerium für öffentliche Arbeiten beruht zum größten Teile auf Entnahme von Verwaltungsstoffen aus dem Ministerium des Innern und das neue Gesundheitsministerium wird vollständig aus dem Leibe des Ministerium des Innern geschnitten und dieses Ministerium geht zu einem großen Teile — ich will nicht einmal sagen zur Hälfte, aber vielleicht zu einem sehr großen Teile — auch aus dem Ministerium des Innern hervor. Wieso? werden Sie fragen, meine Herren. Sehr einfach! Die soziale Fürsorge war ja immer ein Gegenstand des Ministeriums des Innern, eine Verwaltungsaufgabe, die unsere politischen Behörden mitbesorgen sollten. Auch das wird jetzt aus dem Ministerium des Innern herausgenommen und es wäre sehr interessant, darauf einzugehen, was eigentlich vom Ministerium des Innern übrig bleibt.

Wie steht es nun aber tatsächlich mit der bisherigen sozialen Fürsorge in Österreich? Hat das Ministerium des Innern diese soziale Fürsorge geleitet? Nein! Soweit die Aufgaben, die hier in Betracht kommen, nicht in der sozialpolitischen Sektion des Handelsministeriums enthalten waren, sind sie praktisch von den Kronländern und Gemeinden verwaltet worden. *(Zustimmung.)* Das ist ein Punkt, auf den ich ganz besonders aufmerksam machen muß. Die einzige Verwaltungsreform, die das moderne Österreich tatsächlich mitgemacht hat, ist die von 1861. Im Jahre 1861 ist nämlich in Gestalt einer Verwaltungsreform ein großer Teil dessen, was man wissenschaftlich und politisch die innere Verwaltung nennt, an die Kronländer und Gemeinden und die erst zu schaffenden Bezirke überwiesen worden. Die Schaffung unserer Autonomie ist die einzige Verwaltungsreform, die wirklich durchgeführt wurde und die einen großen Effekt gehabt hat. Sie ist geschaffen worden, wie so vieles in Österreich, mit einem heiteren und einem nassen Auge der damaligen Regierung. Warum hat man diese Autonomie geschaffen? Aus vielen Gründen, werden Sie mir sagen, aus politischen Gründen, um den staatsrechtlichen Forderungen entgegenzukommen und die historisch-politischen Individualitäten der Kronländer anzuerkennen. Ja, das trifft zu. Aber noch ein Gedanke war auch dabei: man wollte einen Teil der Kosten der Verwaltung los werden. Denn damals waren jene uns heute halkyonisch anmutenden Zeiten, da man wegen der Kosten des Krieges vom Jahre 1859 vollkommen außer Rand und Band geraten war und sich für halb bankerott hielt. Ich empfehle Ihnen, die Ziffern jener Zeit zu lesen, um zu sehen, welchen gewaltigen Fortschritt wir in dieser Hinsicht gemacht haben! Der damalige ausgezeichnete Verwalter der Finanzen, der ältere Plener, hat den Gedanken mitverfolgt, einen Teil der Verwaltungskosten auf die Kronländer und Gemeinden zu legen. So ist unsere Landesautonomie eigentlich entstanden; Sie werden das am besten erkennen, wenn Sie sich den Wirkungskreis der Kronländer in dieser Hinsicht ansehen. Nehmen wir mein engeres Heimatland, Mähren. Meine Herren! Wir haben nach dem Wortlaute der Landesverfassung die Humanitätsanstalten und alles, was drum und dran hängt, zu erhalten; wir haben in Mähren keine staatlichen Krankenanstalten, aber doch sehr gut entwickelte und immerhin reichliche Fürsorgen für Kranke. Das alles hat das Kronland Mähren und haben die Gemeinden und Städte aus ihrer Tasche gezahlt. In Böhmen haben Sie eine viel entwickeltere Spitalsverwaltung, Sie haben die Bezirksspitäler. Sie haben zwar auch in Böhmen die staatliche Krankenanstalt in Prag, aber sonst haben Sie durchwegs Landeseinrichtungen. Über das Prager und das Wiener Krankenspital hier zu reden, halte ich nun für überflüssig. Sehen Sie sich an, wie unsere Staatsverwaltung die Wiener Spitalsfrage seit Jahrzehnten behandelt, wie die Prager Spitäler behandelt werden und Sie werden sehen, daß im Jahre 1861 die Absicht gewesen ist, wenigstens für alle jene Kronländer, in denen Kaiser Josef keine Spitäler errichtete, diese Sorge den Kronländern zu überlassen. Diese Fürsorge betreiben unsere Kronländer und sie haben in den letzten zehn Jahren auch noch manches andere zugefügt. Das erste bißchen Jugendschutz ist in den Kronländern und Gemeinden angepackt worden; seitdem wir die Überschüsse der Waisenkassen haben, ist auch etwas Geld da.

Nun, meine Herren, das Ministerium ist errichtet, ich bin für die Errichtung dieses Ministeriums, und zwar aus dem Grunde, aus dem der Herr Minister mit Recht gesagt hat, es sei darin eine Anerkennung, eine Rangordnung möchte ich sagen, für die Gegenstände gegeben, die es zur Aufgabe hat. Aber wenn das nur so sein soll, daß hier etwa jetzt die freie Tätigkeit der Gemeinden — und ich werde gleich noch auf einen anderen wichtigeren Punkt kommen — die freien Vereinigungen, die in der Gesellschaftsfürsorge wirken, gewissermaßen von oben reglementiert werden sollen, würde ich die Schaffung dieses Ministeriums bedauern, falls diese Reglementierung so gedacht ist, wie das die übliche bureaukratisch-zentralistische Methode bei uns tut. Das Ministerium findet eine Anzahl von Fürsorgeinstitutionen vor, die ohne Zentralaufsicht ersprießlich arbeiten.

Ich habe von den Kronländern und Gemeinden gesprochen, ich gehe jetzt über auf die Tätigkeit der Arbeiterschaft. Wir haben in Wien eine Verwaltungseinrichtung, die viel interessanter ist als viele Ministerien, das ist der Verband der Genossenschaftskrankenkassen. Wer von Ihnen einmal Zeit und Interesse dafür hat, der sehe sich diese Schöpfung, die ganz wenige Männer geleistet haben, an, der sehe sich diese Schöpfung in administrativer Hinsicht, der sehe sich ihre Leistungen in hygienischer Hinsicht an, mit einem Worte, Sie haben hier eine musterhafte Leistung der freien Tätigkeit der organisierten Arbeiterschaft. Sie haben daneben in Wien die großen Leistungen des niederösterreichischen Landesausschusses. Bisher hat sich der Staat um diese Dinge nicht gekümmert, sogar eine Gebührenfreiheit gibt es da nicht. Wenn jetzt das Ministerium der sozialen Fürsorge kommt, so muß es vor allem Fürsorge für die Fürsorgeinstitutionen haben, es darf nicht mit den gewissen absolutistischen, zentralistischen Tendenzen auftreten. Es muß sich als ein oberster Hüter, Ratgeber, Freund aller dieser Institutionen sowie der Kräfte fühlen, die hinter ihnen stehen. Es muß diese Kräfte weiter organisieren. Wir haben in

Österreich leider nicht viele Leute, die sich für diese Fragen wirklich interessieren, außerhalb des Kreises der davon Betroffenen, der Arbeiterschaft und mancher Gewerbegenossenschaften und gewisser sozialer Kreise, die gewöhnt sind, sich selbst zu helfen. Diese Kreise müssen Sie gewinnen, Sie müssen sie an dieses Ministerium gewöhnen, und zwar dadurch, daß sie erkennen, es werde nun mit mehr Einsicht die soziale Fürsorge betrieben als bisher; denn betrieben wurde die soziale Fürsorge auch bisher, aber nicht genügend. Diese Kräfte der Gesellschaft sind in Österreich — ich wiederhole es nochmals — nicht stark und es hilft nichts, sich darüber zu täuschen. Der ganze Charakter unserer Lebensverhältnisse fördert nicht allzusehr die völlige, selbstlose Hingabe von Menschen, besonders der höheren Klassen an diese Aufgaben. Was da geleistet worden ist, ist zum großen Teil von den arbeitenden Klassen, vom Mittelstande und von Ideologen geleistet worden. Ob es nun die Fürsorge für geistige Volksgesundheit in unseren Volksbibliotheken und in den Schöpfungen unseres unvergeßlichen Ryer, der in Wien die Zentralbibliothek geschaffen hat, ob es die physische Gesundheit ist, wie sie die Leistungen der Krankenkassen und ihrer Verbände schafften, immerhin sehen Sie, daß diese Kräfte von Männern getragen werden, die nicht zur herrschenden Klasse gehören. Das neue Ministerium muß also, wenn es diese Kreise erreichen will, auch seine Kräfte so zu organisieren trachten, daß es diese Kreise für sich gewinnt.

Und da komme ich auf die Frage der Beamtenschaft. Über die Beamtenschaft ist im Entwurf nur eine kurze Notiz, die selbstverständlich ist, daß man nämlich trachten muß, Beamte aller Nationalitäten anzustellen. Davon sollten wir gar nicht sprechen, das sollte selbstverständlich sein und der Herr Minister hat mit Recht darauf hingewiesen, daß ihm das Inspektorat Gelegenheit geben wird, sozusagen die besten Männer der einzelnen Volksterritorien, die hier verwendbar sind, zu erreichen. Aber auch sonst wird er in bezug auf die Beamtenschaft sich davor hüten müssen, die Wege zu gehen, die in bezug auf neue Ministerien hier gewöhnlich gegangen worden sind. Er muß tatsächlich trachten, geeignete Männer zu bekommen — nicht aus den Kreisen, aus denen gewöhnlich die Bureaukratie ihre Ergänzung findet. Meine Herren! Zu dieser sozialen Fürsorge gehört Liebe, gehört Hingebung und nicht bloß die Erfüllung der Amtspflicht. *(Zustimmung.)* Mit dem trockenen Ton werden Sie da niemanden sättigen. Das müssen Leute sein, wie sie bei uns, zum Beispiel im Gewerbeinspektorate, vielfach zu finden sind, wie sie unter den zahlreichen Frauen vorkommen, die dort als Assistentinnen fungieren, und wie sie zum Beispiel von den Frauen verkörpert werden, die speziell die Jugendpflege — ich denke hierbei insbesondere an Mähren — ganz ausgezeichnet organisiert und gefördert haben. Da müssen Sie die Kräfte finden und keinerlei Uniformen, Exzellenz, keinerlei Vorschriften, keinerlei äußerer Schein und auch nicht Rang und Altersunterschied dürfen da geltend gemacht werden. Es kann einer auch über 40 Jahre alt sein und muß doch noch im Staatsdienste angestellt werden können. Man muß jeden zu gewinnen trachten, gleichviel wer es ist, wenn er der richtige Mann ist, und solche Kräfte werden Sie in der Arbeiterschaft finden, solche Kräfte werden Sie in den Organisationen des Mittelstandes finden und werden Sie in der Lehrerschaft finden. Denn die Lehrer gehören bei uns zu den wenigen Elementen, die noch am meisten soziales Gefühl durch ihre eigene Erfahrung lernen und erwerben. Sie werden dann den Grundstock für die wirkliche Beamtenschaft dieses Ministeriums haben.

Da komme ich nun zu einem Punkte, den Seine Exzellenz nur sehr flüchtig, wie ich glaube, berührt hat, indem er davon sprach, daß man die Agenden dieses Ministeriums nicht gut zum großen Teile den schon schwerbepackten Bezirkshauptmannschaften auferlegen könne. Nein, meine Herren, wenn es wirklich zu einer Verwaltung dieses Ministeriums kommen soll, werden Sie sich das schaffen müssen, was eigentlich das Wesen jeder Verwaltung ist, nämlich denjenigen, die an Ort und Stelle verwaltet. Den werden Sie sich schaffen müssen. Zwar werden Sie hier, glaube ich, andere Wege gehen müssen als die üblichen zentralistischen Wege, die wir in Österreich haben und die uniformierenden Ideen, die wir in dieser Hinsicht gewohnt sind, fallen lassen müssen. Sie werden zu Trägern der einzelnen großen Zweige dieser sozialen Fürsorge verschiedene Faktoren machen müssen. Sie werden beispielsweise trachten müssen, die Gemeindevertretungen größerer Städte dafür zu gewinnen, daß sie besondere Ausschüsse dieser Art schaffen und Sie werden mit diesen Faktoren direkt verkehren müssen. Sie werden in bezug auf die soziale Fürsorge genötigt sein, für größere Distrikte Kommissionen zu errichten, Sie werden mit einem Selbstverwaltungsorgan arbeiten müssen, wenn Sie überhaupt die Bevölkerung dafür gewinnen wollen, wenn Sie aber vor allem wollen, daß finanzielle Kräfte aus der Mitte der Bevölkerung für alle diese Zwecke gewonnen und richtig verwendet werden. Denn es ist ganz ausgeschlossen, daß Sie hier im Zentrum die Kosten für alle diese Teile der sozialen Fürsorge vorlegen und wir sie votieren. Die finanziellen Aufgaben dieses Ministeriums, über die ja sehr viel zu reden wäre, werden so gelöst werden müssen, daß es mit den Mitteln, die es hat, dort einsetzt, wo bereits Ansätze vorhanden sind, daß es dort, wo bereits ein Ver-

ständnis, ein Organ, ein Ansatz für etwas vorhanden ist, den Betreffenden fördert, ihm es auf diese Weise ermöglicht, weiter auszugreifen. Alle diese großen Aufgaben, vor allem die Jugend- und Gesundheitsfürsorge können nicht vom Zentrum aus gelöst werden, sondern können nur durch geistige Beeinflussung, durch Belehrung und durch finanzielle Unterstützung gefördert werden, durch Aufklärung, Ratschläge und andere Hilfen, die ja alle Regierungen zur Verfügung haben. Daran, meine Herren, müssen Sie sich von vornherein gewöhnen, daß hier mit dem bureaukratischen Gang nichts zu machen ist. Die Zentralbehörde muß in unmittelbarer Fühlung stehen mit demjenigen, der tatsächlich die Fürsorge betreibt. Und nun, meine Herren, sehen Sie, daß zum Beispiel in Preußen, wo die Zentralisation der Verwaltung in mancher Hinsicht so stark und noch stärker ist als bei uns, trotzdem eine der größten Leistungen der neueren Zeit auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge erzielt wurde, indem die Bekämpfung der Tuberkulose ganz aus der Gesellschaft heraus aufgenommen wurde durch den großen Zentralverband aller Vereine zur Bekämpfung der Tuberkulose, der wirklich etwas leistet und den, auf einer gewissen Höhe der Entwicklung angelangt, die preußische Regierung kraftvoll unterstützt.

Nun, meine Herren, ich hätte auch viel zu sagen über den zweiten Teil des Wirkungskreises dieses Ministeriums, welcher selbstverständlich nicht Fürsorge, sondern Recht behandelt. Das sind diejenigen Teile oder Sektionen des Ministeriums, welche die Sozialversicherung, das Arbeitsrecht, den Arbeiterschutz beinhalten.

Es ist notwendig, bei diesem Anlasse festzustellen, daß wir, seitdem das Parlament des allgemeinen Wahlrechtes ungefähr besteht, sozialpolitisch leider kaum nennenswert vorwärts gekommen sind. Es ist das ein Tadel, den wir gegen uns selbst aussprechen müssen. Wenn die furchtbaren Ereignisse, die wir jetzt mitmachen, dazu beitragen würden, noch vor Beendigung des Krieges das sozialpolitische Gewissen aller in Betracht kommenden Faktoren zu schärfen, und wenn das zusammenhienge mit dieser Beratung über dieses Ministerium, so wäre das sehr dankbar zu begrüßen.

Meine Herren! Die Wege zur Sozialversicherung sind in Österreich mit Regierungsvorlagen gepflastert, sie sind mit Projekten gepflastert, aber wir kommen auf diesem Wege nicht weiter. Vor zehn Jahren sah es so aus, als würden wir die Alters- und Invaliditätsversicherung über den Tag bekommen können, und wir sind heute, ich muß sagen, weiter denn je. Die Versäumnisse, die da begangen worden sind, sind aber deshalb so schwerwiegender Natur, weil hier das finanzielle Moment in Betracht kommt, weil, wenn wir wenigstens die Kaders dieser Institutionen, der Alters-, Invaliditäts- und Pensionsversicherung geschaffen hätten, wir heute nicht mit so ungeheuren Ansprüchen hervortreten müßten, wie sie bei all diesen Schöpfungen notwendig sein werden. Hier ist viel versäumt worden. Auch auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes ist mit Ausnahme des Gesetzes über die Arbeiter in den Zündhölzchenfabriken nichts geschehen. Es ist nichts geleistet worden, weil, angefangen vom Ministerium Bienerth, in dieser Hinsicht auf der Regierungsbank keine Energie vorhanden war, nicht die genügende Intention da gewesen ist, um die Schwierigkeiten, die vorhanden sind, zu beseitigen. Und wenn ich sehe, wie bei uns, gerade in den Kreisen der Unternehmer, vielfach große Rückständigkeiten herrschen, wie da Ansichten vorhanden sind, die alle aufgeklärteren, gewiß nicht sozialistisch denkenden, aber alle modern denkenden Unternehmer längst fallen gelassen haben, so bedaure ich um so mehr, daß nicht eine etwas kräftigere Erziehung zur Sozialpolitik in diesem hohen Hause durch den ernsten Willen der Regierung betrieben worden ist. Und darum sage ich Seiner Exzellenz im Anschluß an seine Rede: Es wird sehr viel darauf ankommen, wie von dieser Stelle aus dieses Ministerium tatsächlich vertreten sein wird. Der gute Wille allein genügt nicht. Es wird auch notwendig sein, unter Umständen Speere zu zerbrechen, es wird notwendig sein, viele Dinge, die heute in gewissen Kreisen Österreichs als unpopulär erscheinen, dadurch mundgerecht zu machen, daß die k. k. Regierung sie vertritt. Wird das nicht geschehen, so wird eben bloß ein Ministerium mehr da sein. Und da bin ich schon bei jenem Ministerium im Geiste angelangt, das meines Erachtens überflüssig ist — ich will dabei nicht das Geringste gegen den Träger dieses Amtes sagen — ich meine das Ministerium für Volksgesundheit.

Der schwerste Fehler — Seine Exzellenz hat es uns höflich erkennen lassen, daß er nicht dieser Ansicht ist — ist die Ausscheidung des Sanitätswesens aus diesem Ministerium und die Errichtung eines selbständigen Ministeriums. Ich kann Seiner Exzellenz nicht darin Recht geben, wenn er sagt, das Gesundheitswesen habe einen so starken fachlichen Einschlag, daß es ein besonderes Ministerium zu haben verdiente. Nun, meine Herren, fachlichen Einschlag hat heute alles, wir leben von Fachmännern. Das ist es also nicht. Aber ich bitte zu bedenken, was ein Ministerium für soziale Fürsorge eigentlich soll und will dort, wo wirklich eine demokratische Entwicklung der Verwaltung stattgefunden hat, wo es aus der Wurzel des Gesundheitswesens allein entsprungen ist. Es sei mir gestattet — ich hoffe, daß man es mir nicht verübeln wird — hier England zu erwähnen. In England, einem Lande, in dem der Fabrikskapitalismus in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gewütet hat gegen die Gesundheit des Volkes, hat sich durch

zwei Menschenalter alles das, was wir moderne innere Verwaltung nennen, aus der einfachen Wurzel des Begriffs der inneren Gesundheit entwickeln, und die ganze neue Verwaltung Englands ist schließlich zusammengefaßt worden in dem großen Überbau eines Ministeriums, welches im Jahre 1875 als Public health, als Gesundheitsministerium, nach wenigen Jahren als allgemeines Ministerium der lokalen Verwaltung über diese ganzen legislatorischen Schöpfungen des Gesundheitswesens gesetzt wurde. Das wäre mein Ideal auch für uns gewesen, das wäre noch heute mein Wunsch und Seine Exzellenz würde dann eine Aufgabe in erweitertem Umfange haben, aber er würde leichter arbeiten; er würde, wenn er auch Minister für das Gesundheitswesen wäre und einen Unterstaatssekretär hätte, der den fachlichen Einschlag repräsentiert und betätigt, imstande sein, sich eine tatsächliche lokale Verwaltung dafür zu schaffen durch Fürsorgestellen und Sanitätsstellen und durch lokale Träger dieser Aufgaben, die nunmehr ernstlich in Österreich als Staatsaufgaben ins Auge gefaßt werden. Und von da aus würde er ein neues System der inneren Verwaltung anbahnen und er könnte das um so eher tun, als er hierbei durch die Traditionen unserer bureaukratischen, zentralistischen inneren Verwaltung wenig oder gar nicht behindert wäre.

Es wäre sehr interessant, von hier aus noch einen Ausblick auch auf die großen Möglichkeiten zu nehmen, die sich da eröffnen würden. Wenn ein Ministerium, das eine solche Organisation hat, wie Seine Exzellenz es uns heute in Übereinstimmung mit dem, was im Ausschusse darüber gesprochen wurde, in Aussicht gestellt hat, ein Ministerium, das tatsächlich versuchen wird, unter Verwendung nationaler Beamter womöglich das betreffende Territorium zu administrieren, wenn eine solche Verwaltung errichtet würde, die zwar zentral das Gute, das Notwendige, das, was eine Zentralbehörde tun kann, jederzeit besorgt, wobei aber am Orte selbst der Druck der Zentralgewalt nicht sichtbar würde, wenn eine solche Verwaltung aufgebaut würde auf Fachkenntnis, Überzeugung, Überredung, auf geistige Leitung, auf geistige Inspektion und finanzielle Subvention, dann würden viele Reibungen, die in der heutigen inneren Verwaltung Österreichs vorhanden sind, verschwinden und es würde vielleicht langsam das Bild einer österreichischen inneren Verwaltung entstehen, die frei wäre — nicht ganz, aber viel freier, sagen wir, als es alle bisherigen Verwaltungseinrichtungen waren — von den Reibungen des Sprachenkampfes, von den Reibungen des zu stark wirkenden Zentralismus, von den Kämpfen und Beschwerden, die heute so vielfach in unserem weiten Staatsgebiete gegen die Zentralbehörden vorgebracht werden, gegen ihre Verschleppung, gegen ihre Aktenfabrikation, gegen die weite Entfernung der tatsächlich entscheidenden Gewalt von den Orten, an welchen wirklich verwaltet wird. Ist das erreicht, was Seine Exzellenz ja nach seinen Ausführungen beabsichtigt, wird dieses Ministerium sich auf eine solche geistige und fachliche Inspektion stützen und sich vor allem auf eine solche geistige Leitung einlassen, dann werden die so häufig gehörten Beschwerden des langen Aktenlaufes, der fortwährenden Verschleppung, der nicht genügenden Kenntnis der Verwaltung an Ort und Stelle verstummen und damit wäre ein Anfang für etwas gemacht, was nicht minder bedeutsam und wichtig für Österreich wäre als die soziale Fürsorge, nämlich der Anfang einer wirklichen Verwaltungsreform. *(Lebhafter Beifall und Händeklatsche.)*

Vizepräsident **Jukel:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Heine das Wort.

Abgeordneter **Heine:** Hohes Haus! Wenn ich es als meine Pflicht erachte, heute hier an der Tatsache der Schaffung eines Ministeriums für soziale Fürsorge Kritik zu üben, so möchte ich, um nicht mißverstanden zu werden, zunächst eines vorausschicken. Die soziale Fürsorge, soweit sie die breiten Schichten der Bevölkerung betrifft, alles das, was im Programm dieses Ministeriums enthalten ist und vor allem anderen die großen Aufgaben, die uns das Kriegselend Hunderttausender auferlegt, die Fürsorge für die Kriegsinvaliden, die Kriegsbeschädigten und die Hinterbliebenen, alles das sind so bedeutende, so dringende Aufgaben, daß ich nur wünschen kann, das Parlament möge die Bewältigung dieser Aufgaben zu seiner ernsten und vornehmsten Pflicht machen und sie bald ihrer ersprießlichen Lösung zuführen.

Trotzdem und dies vorausgeschickt, halte ich doch die Frage für berechtigt, ob es notwendig war, diesem Ziele dadurch zuzusteuern, daß unbedingt ein neues Ministerium für diese Zwecke geschaffen wird, und es ist weiters die Frage berechtigt, ob es notwendig war, für das Volksgesundheitswesen und für die Volksernährung weitere neue Ministerien zu kreieren. Die deutschen Parteien und auch die Abgeordneten der christlichsozialen Vereinigung haben zu Beginn des heurigen Jahres der Regierung eine Denkschrift überreicht, in der auf alle Fragen der Übergangswirtschaft Rücksicht genommen und das diesbezügliche Programm der deutschen Abgeordneten der Regierung bekannt gegeben wurde. In diesem Programm ist auf alle sozialen Fragen Rücksicht genommen. Ich habe aber nirgends den Wunsch laut werden gehört, daß diese verschiedenen Agenden der Übergangswirtschaft auf sozialem Gebiete in einem neuen Ministerium oder in mehreren neuen Ministerien zu vereinigen seien.

Eine ähnliche Kritik hat ja schon mein geehrter Vorredner geübt. Es war die allgemeine Meinung des Hauses, daß die Angelegenheiten der sozialen Fürsorge, der Volksgesundheit und Volksernährung in Reichszentralstellen vereinigt werden — auch im Ausschuß ist diese Meinung zum Ausdruck gekommen —, um diese Stellen dem politischen Einfluß mehr zu entziehen. Die in letzterer Zeit bei uns in Erscheinung getretene Vermehrung der Ministerien hat auch in den feindlichen Ländern ganz unnatürliche Dimensionen angenommen. Dort ist allerdings der Grund für die Schaffung neuer Ministerien in rein politischen Momenten zu suchen. Man will einfach die ungeheure Verantwortung für die skrupellose und verwerfliche Anzettelung des Weltkrieges auf möglichst viele Schultern verteilen und so mußte, um allen einzelnen Gruppen zu genügen, ein Ministerium nach dem anderen geschaffen werden. Bei uns entfallen diese Gründe gewiß.

Aber andrerseits muß man feststellen, daß die Schaffung solcher neuen Zentralstellen bei uns nicht dann in die Wege geleitet wird, wenn zwingende innere Gründe eine solche Notwendigkeit vorzeichnen, sondern immer erst dann, wenn gewisse politische Bedürfnisse des Alltags zu befriedigen sind, wenn eine Regierung aus einer momentanen Verlegenheit herauskommen oder wenn sie ihr Leben um einige Tage verlängern will. Bei diesem Anwachsen der neuen Ministerien ist das System der Sparsamkeit, welches uns ja von der Regierung jetzt immer gepredigt wird, wenn es sich um wirtschaftliche Maßnahmen für die Staatsangestellten, für die staatlichen Arbeiter und andere ähnliche Dinge handelt, gewiß nicht in vollem Umfange beachtet worden. Die Sache hat aber auch eine andere Seite und darauf wurde schon in der Debatte von mehreren Vorrednern andeutungsweise hingewiesen.

Infolge der Schaffung des neuen Ministeriums wird naturgemäß auch eine Organisation in den Landesstellen, in den Bezirken draußen nicht zu vermeiden sein, und es bedeutet ein solches neues Ministerium zum mindesten eine Neubelastung der ohnehin schon schwer belasteten Exekutive bei den Bezirkshauptmannschaften.

Es ist das selbstverständliche Bestreben jedes neuen Ministeriums, seinen Wirkungskreis zu erweitern und alle Agenden, die es in der Zentrale betreibt, auch in der Exekutive in seiner Hand zu behalten, und so folgt daraus die Schaffung neuer Ämter in der Exekutive, in den Bezirken, in den Ländern. Da ist allerdings die Befürchtung naheliegend, daß die Bureaukratisierung unseres Apparates noch mehr anwachse als dies bisher schon der Fall ist. Und gerade auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge ist wohl die Bureaukratisierung das letzte, was zum Ziele führt. Ich bin auch der Meinung, daß das Zusammenwirken mit der Bevölkerung und mit den autonomen Behörden, insbesondere mit den großen Gemeinden, gesucht und gefunden werden muß. Ich möchte weiters darauf verweisen, daß mit der Neuorganisation dieses Ministeriums gewisse Veränderungen in anderen Ministerien naturgemäß eintreten werden, daß sich daher auch da naturgemäß weitgreifende Verwaltungsänderungen entwickeln werden. Als speziellen Fall verweise ich auf das Arbeitsministerium. Das Arbeitsministerium hat durch dieses neue Ministerium eine große Schwächung erfahren, und es kommt mir nun fast so vor wie ein Sessel, der nur noch auf drei Beinen steht. Es wird also notwendig sein, im Hinblick darauf und mit Rücksicht auf die alten Beschwerden der Bevölkerung, insbesondere industrieller Kreise und verschiedener autonomen Verwaltungen, in dieser Beziehung mit Reformen, die als eine Fortsetzung der heute stattfindenden Teilaktion aufzufassen sind, vorzugehen — ich meine hinsichtlich des Arbeitsministeriums die restlose Zusammenfassung aller Agenden der Wasserwirtschaft in diesem Ministerium.

Das ist eine alte Forderung und ich möchte, wenn ich auf deren Notwendigkeit hinweise, mich auf einen Mann berufen, der in der Verwaltung des Staates lange Zeit an leitender Stelle gestanden ist und gewiß große Erfahrungen gesammelt hat. Der frühere Statthalter, Fürst Thun, hat mir einmal gelegentlich der Besprechung einer Wasserangelegenheit — es handelte sich um die Regulierung des Eulaubaches — gesagt: „Jetzt bin ich schon so ein alter Verwaltungsbeamter und weiß in manchen Fällen noch immer nicht zu entscheiden, wo diese oder jene Wasserangelegenheit ressortiert!"

Sie sehen daraus, meine Herren, daß die Verschleppung vieler Geschäftsstücke, vieler wichtiger und dringender Angelegenheiten der Bevölkerung in dieser Art der Kompetenzenverwirrung ihre Begründung findet.

So werden auch noch andere Ministerien gewisse Veränderungen erfahren, die sich aus den geschaffenen Neukonstruktionen von Zentralstellen ergeben. Ich möchte nun hinsichtlich des ebenfalls in Bildung befindlichen Ministeriums für Volksgesundheit hervorheben, daß ich auch der Meinung bin, diese Agenden wären besser in dem neuen Ministerium für soziale Fürsorge vereinigt gewesen. Die Schaffung eines solchen Ministeriums war gewiß eine von ihrem Standpunkte aus berechtigte Standesforderung der österreichischen Ärzte, die eine Stelle haben wollten, in der sie führend und richtunggebend wirken können. Im allgemeinen hat aber sonst die Bevölkerung keinen Wert auf die Schaffung eines solchen Ministeriums gelegt, wohl aber darauf, daß die Agenden der Volksgesundheit in einem

Reichsamte konzentriert und einheitlich behandelt werden.

Und so komme ich mit einigen Worten auf die Frage der Reform unserer Staatsverwaltung an Haupt und Gliedern im allgemeinen zu sprechen. Meine Herren! Die Bevölkerung verlangt, daß unsere Verwaltung nach dem Kriege mit der größten Sparsamkeit geführt werde. Die Bevölkerung hat ein Recht, diese Forderung aufzustellen, weil ja der Krieg ungeheuere Anforderungen an die Opferwilligkeit der Bevölkerung hinsichtlich der Steuerleistungen stellt. Die Steuerschraube wird bis aufs äußerste angezogen — mehr als für Viele erträglich —, die Bevölkerung kann nur dann diese erhöhten Steuerleistungen aufbringen, wenn sie die Gewißheit hat, daß auch in der Verwaltung des Staates die unbedingteste und notwendigste Sparsamkeit vorwaltet. *(Sehr richtig!)* Man kann nicht der Bevölkerung immer ungeheure Opfer zumuten und andererseits die Verwaltung in einer Weise führen, die jede Betriebsökonomie vermissen läßt und keine Gewähr dafür bietet, daß die richtige Sparsamkeit vorherrscht. *(Sehr richtig!)*

Damit steht auch des weiteren die Beamtenfrage im Zusammenhange. Der Krieg hat ungeheuere Opfer an Menschen erfordert. Wenn wir die Toten, die Kriegsbeschädigten und die Leute, die sonst infolge des Krieges ausgeschaltet werden, zusammenfassen, werden sich die Opfer des Krieges vielleicht auf mehr als eine Million Männer belaufen. Diese Menschen gehen dem Staate, der Volkswirtschaft verloren und diese verlorengegangene Arbeitskraft muß ersetzt werden, indem mit dem Menschenmaterial gespart wird und indem auch die staatliche Verwaltung an dieser Sparsamkeit entsprechenden Anteil nimmt. Gerade der Staat vergeudet am meisten die geistige Arbeitskraft. Ich erinnere nur an die gewisse . . . *(Abgeordneter Roller: Juristen schreiben Frachtbriefe!)* Gewiß, ich wollte gerade auf die große Anzahl von Juristen hinweisen, die im Staatsdienst auf Posten verwendet werden, wo zweifellos ein Feldwebel oder ein Unterbeamter ganz gewiß dieselben Dienste ebenso gut leisten könnte. *(Zustimmung.)* Ich behaupte ferner als Techniker und als einer, der speziell in diese Dinge Einblick hat, daß auch Ingenieure im Staatsdienst auf Posten verwendet werden, auf denen man mit Leuten von geringerer technischer Bildung vollkommen das Auslangen finden könnte. *(Rufe: So ist es!)* Wohin führt das? Diese Leute kommen als Akademiker begreiflicherweise mit großen Anforderungen in den Staatsdienst, die unter den gegebenen Verhältnissen nicht verwirklicht werden können. Sie vermehren das Heer der Unzufriedenen und Enttäuschten und werden schließlich Anarchisten. Dieses Gefühl des Anarchismus durchzieht heute tatsächlich in den Zentralämtern auch die Bureaus der Herren, die einen großen Goldkragen tragen und hoch im Range stehen. *(Zustimmung.)*

Der Staat darf also nicht weiter Kräfte verwüsten und allen Nachwuchs auffangen. Er soll die geistigen Arbeitskräfte in Zukunft nach dem Kriege unserer Industrie und der Volkswirtschaft nicht entziehen. Im Gegenteil! Die großen volkswirtschaftlichen Aufgaben nach dem Kriege erfordern ja geradezu eine weitere Zufuhr geistiger Arbeitskräfte in das Wirtschaftsleben, in die produktiven Stände. Unsere Bevölkerung muß sich endlich abgewöhnen, dieses unhaltbare System fortzusetzen, daß die Söhne und womöglich auch die Töchter alle zum Staatsdienste streben, um dort eine sichere, aber auch materiell schlechte Stellung zu erringen. Nach dem Kriege müssen mehr Leute in die Industrien und in die freien Berufe gehen, damit unser Staat auf volkswirtschaftlichem Gebiete den großen Aufgaben der Zukunft vollkommen genügen kann.

Meine Herren! Seine Exzellenz der Herr Minister hat, was ich gewiß mit Freuden begrüße, heute in seinem Programm von der sozialen Fürsorge für die staatlichen Angestellten gesprochen. Es ist nur zu wünschen, daß es nicht bei den schönen Worten und bei dem glanzvollen Programme bleibe, sondern daß auch die Verwirklichung dieser Dinge nicht lange auf sich warten lasse. Wenn ein eigenes Departement für diese Angelegenheiten der staatlichen Fürsorge der Staatsangestellten geschaffen wird, so ist es auch notwendig, daß Beamtenkammern und staatliche Arbeiterkammern — ich meine nämlich für die staatlichen Arbeiter — geschaffen werden und daß den Angestellten durch diese eigene Organisation die Möglichkeit geboten werde, auf die Gesetzgebung der sozialen Fürsorge für ihre Angelegenheiten Einfluß zu nehmen. Auch die Fürsorge für die Privatangestellten, soweit sie in diesem Ministerium Raum finden soll, gehört zu den wichtigsten sozialen Aufgaben. Das Parlament hat sich bisher bereits mit allen Ständen beschäftigt, nur diese wichtige Gruppe des Mittelstandes ist bisher am stiefmütterlichsten bedacht worden. Wir müssen daher dringlichst fordern, daß neben der Fürsorge für Stellenlose von der Regierung auch eine wirkliche großzügige Aktion unternommen werde, um eine Entschuldung für die Privatangestellten in die Wege zu leiten. Dies gilt besonders für jene, die durch den Kriegsdienst materiell schwer gelitten haben.

Wenn ich von der Verwaltungsreform spreche, so ergibt sich auch eine weitere schwierige Frage, mit der wir uns ja hier in diesem hohem Hause schon öfters beschäftigt haben, die Frage einer wirklich gerechten und den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechenden Besoldung der staatlich Angestellten, einer Besoldung, die ihnen ein menschenwürdiges Dasein sichert. Diese Angelegenheit steht

im innigen Zusammenhang mit einer durchgreifenden Reform der staatlichen Verwaltung.

Wir werden ohne diese Reform der Lösung dieser Frage nicht mehr Herr werden. Im Staatsangestelltenausschuß haben wir ja gesehen, wie lawinenartig die Ziffern für die wirtschaftliche Fürsorge der Beamten und staatlichen Angestellten anwachsen und trotzdem ist das, was auf den Einzelnen entfällt, so gering, daß begreiflicherweise eine Zufriedenheit mit den gegenwärtigen Gehaltsaufbesserungen nicht erzielt werden konnte. Wenn ich heute sage, auf diesem Gebiete muß die Reform der Verwaltung den Grundsatz befolgen, weniger, aber gut bezahlte Beamte, so begebe ich mich auf einen parlamentarischen Gemeinplatz. Meine Herren, diese Forderung ist schon so oft erhoben worden, und es bleibt eine der notwendigsten Forderungen der sozialen Verwaltungsreform, sie auch endlich zu verwirklichen.

Was die Verwaltungsreform betrifft, so muß noch ganz besonders beachtet werden, daß ja im Kriege bereits eine große Anzahl provisorischer Maßnahmen, die eine Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung zum Zwecke haben, durchgeführt werden mußte, und zwar unter dem Zwange der Kriegsnotwendigkeiten. Es wird also nur die Aufgabe der Verwaltung sein, diese wertvollen Erfahrungen des Krieges, die sich in der Kürzung des bureaukratischen Zopfes, in Ersparnissen an Geld und Menschen angenehm äußern, zu verwirklichen und der Erfüllung zuzuführen. Und da erinnere ich an das Beispiel Deutschlands. Im Jänner d. J. erhielt der Staatssekretär des Innern v. Draws den Auftrag, die Erfahrungen des Krieges in der Verwaltung zum Gegenstande eines Studiums zu machen, um auf Grund dieser Studien Reformvorschläge dem Gesamtministerium zu unterbreiten, Reformvorschläge, die sich auf die ganze Verwaltung des Staates zu beziehen haben. Es ist charakteristisch, und ich möchte sagen, wir müssen es mit Neid ansehen, daß ein derartiger Auftrag im Deutschen Reiche innerhalb von acht Monaten bereits konkrete Formen angenommen hat; bereits im August lag dem Gesamtministerium der Verwaltungsreformvorschlag vor. Er bezog sich auf alle Agenden der staatlichen Verwaltung, mit Ausschluß spezieller Geschäfte, wie der der Staatsbahnen, des Gerichtswesens und der Bergbehörden. Dieser Vorschlag wird bereits im Jänner des Jahres 1918 zur Verwirklichung gelangen und so wird das Deutsche Reich neuerdings bei seiner ohnehin von unserem Standpunkt aus gewiß guten Verwaltung des Staates auch die neuesten Erfahrungen des Weltkrieges berücksichtigen und sich neuerdings verwaltungstechnisch modernisieren.

Meine Herren! Im Sinne meiner diesbezüglichen Ausführungen habe ich mir erlaubt, dem Herrn Präsidenten eine Entschließung zu überreichen und bitte das hohe Haus um Annahme derselben. Diese Entschließung lautet *(liest)*:

> „Die Regierung wird aufgefordert, die durch die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen des Krieges noch dringender gewordene Reform der gesamten staatlichen Verwaltung im Sinne deren Vereinfachung und Verbilligung ehestens zur Durchführung zu bringen und zu diesem Zwecke vorher die Grundzüge für diese durchgreifenden Reformen dem Abgeordnetenhause bekannt zu geben."

Meine Herren! Ich möchte nur noch auf einige Einzelheiten der Verhandlungen im Ausschusse, und zwar zunächst auf die Resolution des Abgeordneten Kollegen Marckhl zu reden kommen. Ich begrüße es, daß eine eigene Sektion für Gewerbeförderung verlangt wird und möchte nur als einen Wunsch von Technik und Industrie hinzufügen, daß diese neue, vorwaltend technische Sektion auch einem Ingenieur als Leiter unterstellt werde. Dies kann um so leichter geschehen, weil ja der Zentralinspektor für Gewerbeinspektion bereits ein Beamter der IV. Rangklasse ist. Ich möchte aber auch wünschen, daß in dem neuen Ministerium die Technikerschaft, die österreichischen Ingenieure eine entsprechende vollwertige Berücksichtigung finden und ich begrüße es daher, daß Seine Exzellenz der Herr Minister bereits in seiner eben gehaltenen Rede dies angedeutet und sich in diesem Sinne ausgesprochen hat.

Ich muß aber im Zusammenhange mit den Resolutionen auch die Resolution des Herrn Abgeordneten Dr. Korošec kurz behandeln. Soweit diese Resolution im Ausschusse zugestutzt und zugeschnitten wurde, ist sie in ihrer jetzigen Fassung auch für uns Deutsche annehmbar, denn sie verlangt, daß bei der Auswahl der Beamten, die sachliche Eignung vorausgesetzt, alle Nationalitäten berücksichtigt werden. Gewiß, das soll geschehen und das ist auch bisher immer in der Verwaltung geschehen. Ich muß mich aber entschieden dagegen verwahren, daß man uns wieder mit der alten slawischen Forderung nach Einführung eines nationalen Schlüssels in den Ministerien komme. Wenn man die Verwaltung gerecht und objektiv führen will, wenn man von den Beamten Objektivität und Staatstreue als vornehmste Pflicht voraussetzt, so kann man nicht in den Ministerien bei der Besetzung der verschiedenen Departements einen nationalen Schlüssel zum Gegenstande politischer Vereinbarungen machen. *(Zustimmung.)* Dieser nationale Schlüssel bedeutet nichts anderes, als das alte System der nationalen Eroberungssucht und der politischen Begehrlichkeit in die Zentralstellen verlegen, um dort die nationalen Kämpfe austoben zu lassen.

*(Zustimmung!)* Gegen dieses System, die Verwaltung immer mehr zu politisieren und zu nationalisieren, müssen wir uns neuerdings wenden und wir müssen neuerdings wieder fordern, daß Objektivität und gediegenes Fachwissen allein für die Besetzung staatlicher Beamtenposten ausschlaggebend sein müssen.

Ich bin am Schlusse meiner kurzen Ausführungen über dieses Ministerium und möchte zusammenfassend meiner Meinung dahin Ausdruck geben, daß die Schaffung dieses neuen Ministeriums eine Teilreform ist, der man wohl nur deshalb zustimmen könnte, weil die gewaltigen sozialen Aufgaben, die der Krieg zur Überreife gebracht hat, einer raschen Lösung zugeführt und insbesondere die Hilfeleistung für die Kriegsbeschädigten in befriedigender Weise verwirklicht werden müssen. Wir erwarten aber, daß die Teilaktion, die in dieser Gesetzesvorlage niedergelegt ist, damit nicht ihren Abschluß finde, sondern daß eine durchgreifende Reform der staatlichen Verwaltung und der staatlichen Betriebe in die Wege geleitet und dadurch Österreich befähigt wird, seinem wirtschaftlichen Aufschwunge kraftvoll zuzustreben, sowie dem wirtschaftlichen Wiederaufbaue und der Erfüllung der großen wirtschaftlichen und sozialen Anforderungen nach dem Kriege in vollem Umfange gerecht zu werden. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Die von Herrn Abgeordneten Heine gestellte Resolution ist genügend gezeichnet und steht in Verhandlung.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Adler das Wort.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Meine Herren! Eigentlich hat dieses uns vorgelegte Gesetz überhaupt keinen Gegner hier im Hause. Und die doch am liebsten dagegen stimmen möchten, das sind diejenigen, denen sein Gegenstand am meisten am Herzen liegt. Ich bin wohl dem Verdachte nicht ausgesetzt, daß die soziale Fürsorge nicht auch mein Interesse findet und ich kann Ihnen sagen, daß es einer gewissen Selbstüberwindung bedarf, um trotz der vielmehr wegen dieses Interesses, für diese Art der Erledigung zu stimmen.

Meine Herren! Wir haben hier ein Stück einer Einrichtung vor uns, das nach der einen Seite zu groß ist — es umfaßt eine Menge Dinge, die dieses Ministerium allein nicht wird leisten können — und auf der anderen Seite zu klein ist, weil eine ganze Reihe von Dingen, die unmittelbar mit den Agenden dieses Ministeriums zusammenhängen, ausgeschieden sind.

Es liegt in der Natur oder ich möchte sagen in der Unnatur dieser Art der Errichtung von Ministerien, daß Zusammengehöriges auseinandergerissen wird. Es wurde schon hier von Seiner Exzellenz eigentlich im vorhinein der Einwurf abgewehrt, daß man ein großes Ministerium für soziale Verwaltung gründen müsse und daß insbesondere alles, was das Sanitätswesen anbelangt, mit dem Wohlfahrtswesen und mit dem, was wir hier in der sozialen Fürsorge vor uns haben, in ein gemeinsames Ministerium mit Unterteilungen hätte kommen müssen. Der Herr Minister hat diesen Vorwurf, der ja auch im Ausschusse ausführlich genug — das gebe ich zu — ausgesprochen wurde, abgewehrt und hat gemeint, man kann die Dinge nicht so abgrenzen und es wäre vielleicht schwer, einen Mann zu finden oder ein Mann zu sein, der alle diese Kompetenzen und alle diese Dinge, die als soziale Verwaltung hier untergebracht werden müßten, zu übersehen imstande ist. Dagegen möchte ich eines sagen: vor der reichen Kenntnis, dem bewährten Können und dem besten Willen des gegenwärtigen Ministers alle Achtung; aber er wird mir zugeben, daß auch er von dem, was hier als Gegenstand der Verwaltung dieses Ministeriums eingereiht ist, nicht alles versteht. Ein ganzer Haufen recht begabter Leute wäre nicht imstande, die Einzelheiten zu beherrschen.

Aber gerade dort hat die Vereinigung anzufangen, gerade dort ist die Zusammenfassung notwendig, wo die Grenzen dieser Gebiete sind, gerade dort gehört der zusammenfassende Organisator hin, wo man eben nicht mehr weiß: ist das noch soziale Fürsorge oder ist es bereits Sanitätswesen. Dort gehört der zusammenfassende Geist, der Organisator hin. Aber so wie wir hier darauf verzichtet haben, Anträge zu stellen, die nichts als unschuldige Resolutionen wären, was bei dem heutigen Papiermangel zu vermeiden ist, so ist es wahrscheinlich auch, ich will nicht sagen überflüssig, aber vollständig wertlos, darüber viele Worte zu verlieren. Wahr und sicher ist, daß durch das Herausschneiden dieses Ministeriums aus der Aufgabe der sozialen Verwaltung, zu der das Gesundheitswesen und das Ernährungswesen auch gehören, eine Reihe von Schwierigkeiten geschaffen und im weiteren Verlaufe aufscheinen werden, die sehr schwerer und die eigentliche Arbeit des Ministeriums schwer beeinträchtigender Natur sein werden. Ich will die Herren, die sich mit dieser Frage nicht so nahe beschäftigt haben, nur mit ein paar Worten auf einige Schwierigkeiten hinweisen.

Nehmen Sie das, was jetzt das aktuellste Kapitel ist und jetzt am meisten alle Leute beschäftigt: die Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Da haben Sie *(liest)*: „Angelegenheiten der Kriegsbeschädigtenfürsorge, insbesondere Nachbehandlung, Schulung, Berufsberatung, Arbeitsvermittlung." Ja, glauben Sie, daß die Nachbehandlung nicht denn doch eigentlich mit dem Sanitätswesen, dem Gesundheits-

wesen Einiges zu tun hat? Glauben Sie nicht, daß die Zuweisung und Einteilung dieser Kriegsbeschädigten, das Aufsuchen und die Zuweisung einer bestimmten Arbeit für sie etwas, was schon nicht nur individualisiert, werden, sondern, was schon im Stadium der Nachbehandlung anfangen und erörtert werden muß? Glauben Sie nicht, daß das von dem Ressort dieses Ministeriums aus schwer ohne den Arzt zu bewältigen sein wird? Nun werden wir allerdings darüber beruhigt und es wird uns gesagt, es wird eine interministerielle Kommission da sein, die das macht. Ja, meine Herren, mit einer gemischten Kommission ist da nicht gedient. Erstens wissen wir nicht, ob diese Kommission so schnell arbeiten wird, als das eigentlich hier notwendig ist, denn mit den interministeriellen Kommissionen haben wir bisher nicht gerade gute Erfahrungen gemacht — das werden die Herren, die schon in der Lage waren, damit befaßt zu sein, wissen. Zweitens aber handelt es sich ja hier um das Durchgängige der Verwaltung bis in das Spital hinein, nicht um die Kommission allein, die oben sitzt, sondern um die ganze Durchführung der Sache und glauben Sie, daß das kommissionell von einer solchen gemischten Kommission aus genügend geschehen wird?

Ebensolche Schwierigkeiten und noch größere haben Sie bei der Säuglingsfürsorge, überhaupt bei der Kinderfürsorge. Wir sollen also ein Jugendschutzamt bekommen. Ausgezeichnet! Hoffen wir, daß es selber etwas arbeitet und nicht auf Reklame aufgebaut ist. Hoffen wir, daß es sehr ernst ist und weniger suchen wird, Spetakel zu machen, Agitationsbroschüren zu verbreiten, als sich ernst um die Verwaltung dieser Dinge innerhalb der Grenzen, die eben dem Ministerium gezogen sind, kümmern wird. Wie wollen Sie aber ohne Arzt Säuglingsfürsorge machen? Das ist doch nicht möglich. Aber Sie haben es in Ihrer Kompetenz, Sie haben die Kompetenz hinübergegriffen und das und das Merkwürdigste ist, — Sie werden ja nächstens die Vorlage, betreffend das Gesundheitsministerium in die Hand bekommen — da bekommen Sie mit ganz demselben Wortlaute dieselbe identische Kompetenz. Was Kompetenzkonflikte sind, wissen Sie alle. *(Abgeordneter Seitz: Es werden leider lauter negative werden!)* Das fürchte ich. Wir haben einen mangelnden Arbeitseifer zu fürchten, aber beinahe noch mehr, einen übergroßen Arbeitseifer. Es kommt dasselbe heraus, ob einer die Sache vernachlässigt und weglegt, oder ob er sich zu viel darum kümmert und den anderen nicht zuläßt. Diese beiden Konflikte werden bestehen und da wir einmal dabei sind, ist es mir ein wahrer Trost — wir stehen ja vor einer vollendeten Tatsache, woran wir jetzt, was die Herren zugeben werden, nichts ändern können — daß man doch schließlich das Gesetz so gestaltet hat, daß man nicht nur hinein kann, sondern daß man auch heraus kann, das heißt, daß sich nach einiger Zeit der Erfahrung eine andere und bessere Abgrenzung der Kompetenz ergeben wird; denn ein Zusammenlegen der Ministerien, wenn das die Erfahrung als wünschenswert ergeben sollte, erhoffe ich allerdings nicht. Ich würde es sehr wünschen, aber ich weiß, daß es schwer ist, ein Ministerium zu errichten; ich weiß aber auch, daß es ganz unmöglich ist, es wieder loszukriegen, wenn man es einmal hat. Nicht wahr? Das ist also ausgeschlossen! Wir müssen uns zunächst mit dieser Tatsache abfinden und müssen dann sehen — und darauf lege ich Wert, das anzukündigen — daß wir immer und immer wieder auf das hinweisen werden, was notwendig ist. Und damit wir das mit mehr Erfolg und Kompetenz tun können, erkläre ich hier, daß wir eine andere Organisation gewünscht hätten, daß wir zwar für das Ministerium stimmen werden, uns aber nicht für diese Art der Lösung verantwortlich fühlen.

Nun, meine Herren, komme ich zu einer andern Frage, die auch der Herr Minister kurz berührt hat, das ist jener Teil der Kompetenz, der sich auf den Arbeiterschutz im weitesten Umfange bezieht. Ja, meine Herren, so wie bisher dürfen die Dinge nicht mehr gehen. Der gegenwärtige Herr Minister weiß am allerbesten, wieviel in den letzten Jahren versäumt wurde; er weiß am allerbesten, daß die Angelegenheiten des Arbeiterschutzes einfach stecken geblieben sind, nicht nur hier im Hause, sondern auch in jener sozialpolitischen Sektion, deren Leiter er ja auch geraume Zeit war. Der Herr Minister hat uns gesagt, er erwarte in dieser Beziehung eine ausgreifende Tätigkeit. Er hat uns erzählt, eine Vorlage über den Heimarbeiterschutz sei in Vorbereitung. Es wird sich ja darum handeln, wie sie aussieht, hoffentlich entspricht sie den Notwendigkeiten. Wie wollen Sie aber eine Vorlage über den Heimarbeiterschutz ohne das Ministerium für Volksgesundheit machen? Das müßte auch eine gemeinsame Arbeit der beiden Ministerien sein.

Der Herr Minister hat uns angedeutet, daß er für die Abschaffung des Arbeitsbuches sei. Ich glaube, Abschaffung heißt wohl „Lösung" der Frage des Arbeitsbuches, denn es gibt ja nur eine Art der vernünftigen Lösung, das ist die Beseitigung des Arbeitsbuches, die wir gewärtigen können. Schön. Aber, meine Herren, wir stehen vor anderen Fragen des Arbeiterschutzes, die heute durch Vernachlässigung ungemein ernst sind, die aber nach dem Kriege, wahrscheinlich nach allem was man sieht und hört, durch die Befürchtung einer reaktionären Bewegung sehr ernst werden dürften. Nicht nur, daß wir im Arbeiterschutz rückständig sind, wird uns auch direkt von der Unternehmerschaft — und leider unter dem Schweigen, ich will nicht sagen, unter dem zustimmenden Schweigen, soweit möchte

ich zunächst wenigstens nicht gehen, aber unter dem Schweigen der Regierungsorgane, der Minister — ein Angriff auf den gegenwärtigen Zustand unseres Arbeiterschutzes angedroht. Denn, meine Herren, das dürfen Sie nicht verkennen: Wenn in einer großen Industriellenversammlung einer der obersten Kapitäne der Industrie — das ist übrigens schon kein Kapitän, das ist schon mindestens ein Feldmarschall — verkündigt, daß es mit Einschränkungen der Arbeitszeit nach dem Kriege nicht gehen werde, wenn er verkündigt, daß auch die Lohnfrage nicht mehr so geregelt werden kann wie bisher, und sich dagegen keine Stimme der anwesenden Minister erhebt, wenn dort nicht wenigstens erklärt wird, daß die Bestrebungen nach Arbeiterschutz ja auch Bestrebungen sind, die ganz dasselbe Gewicht haben und zum Teil dem Umfange nach ein größeres als die Bestrebungen nach Schutz der Kriegsbeschädigten, wenn dort niemand ist, der aufsteht und erklärt: Nach dem Kriege und schon jetzt während des Krieges haben wir als allergrößte Aufgabe, unsere Bevölkerung vor Abschwächung, vor Arbeitsunfähigkeit, insbesondere vor Verringerung der Zahl und Qualität nach zu schützen — das ist das erste, was in Betracht kommt, der Arbeiterschutz — wenn wir diese Ankündigungen der Herren Führer der Industrie auf der einen Seite und das Schweigen der Regierenden auf der anderen Seite und ihre Vorgeschichte und ihr eigenes Vorgehen in den Ausschüssen usw. — ich will das Thema jetzt nicht berühren — in Betracht ziehen, so müssen wir wissen, daß wir vor uns einen ganz ernsten Kampf haben.

Der Arbeiterschutz ist hier unter die „Fürsorge" gestellt. Die Arbeiterschaft aber wäre schlecht daran, wenn sie auf die Fürsorge des Staates angewiesen wäre, und sie wäre sehr schlecht daran, wenn sie glauben würde, in Zukunft darauf angewiesen zu sein. Der Arbeiterschutz ist nicht ein Produkt der Einsicht der Bureaukratie, sondern ist ein Produkt des wachsenden Einflusses und der wachsenden Macht der Arbeiterschaft, ist also das Resultat eines Kampfes. Und da kommen wir zu diesem Ministerium, dem man den Arbeiterschutz eingegliedert hat, nicht als die Bittenden, das will ich ganz offen sagen, sondern als die Fordernden.

Wir verlangen, daß der Arbeiterschutz von dem Ministerium, in das er eingegliedert wurde, nach zwei Richtungen hin — nach dem Kriege und jetzt schon von der ersten Stunde des Bestandes dieses Ministeriums — an die erste Stelle gerückt wird: erstens nach der Richtung der Gesetzgebung, und zwar nicht nur bezüglich des Arbeitsbuches und des Heimschutzes. Wir haben eine lange Reihe von Gesetzen, wie dem Herrn Minister sehr gut bekannt ist, eine lange Reihe von Anregungen, die alle vorwärts drängen und jetzt aktueller sind denn je, die aus einem ganz anderen Geiste als bisher behandelt werden müssen. Ich habe die Hoffnung, daß die Bureaus des Ministeriums für soziale Fürsorge für die Entwicklung des notwendigen Geistes in dieser Sache eine bessere Luft haben, als die Luft im Handelsministerium war, und ich hoffe, daß sich die sozialpolitische Verwaltung, die jetzt herübergesiedelt ist, etwas energischer um die Dinge annehmen und mehr wissen wird, was ihre Pflicht in der Sache ist, als bisher.

Ich hebe nun eine Sache heraus und zwar deswegen, weil sie eine Sache der Organisation ist, die Sache der Gewerbeinspektoren, die hier schon berührt wurde. Das ist sehr zu trennen von den Inspektoren, von denen der Minister gesprochen hat. Ich möchte wünschen, daß die nicht verwechselt werden, es wurde nämlich, wie ich bemerkt habe, schon verwechselt. Die Inspektion unserer Verwaltung ist ja eine außerordentlich nützliche Sache, hat aber mit dem nichts zu tun. Ein Wort vermisse ich übrigens, das auch mit Inspektionen zusammenhängt. Bei dem Punkte „Wohnungswesen" steht zwar „Gebiet des Wohnungswesens und der Wohnungsaufsicht", aber ich hätte sehr gewünscht, daß uns der Herr Minister da direkt gesagt hätte, wie er im Einvernehmen mit dem Gesundheitsministerium, wie ich schon bitten muß, hinsichtlich der Wohnungsinspektion und ihrer Aussichten vorgehen wird. Gerade jetzt nach dem Kriege, wo wir eine furchtbare Wohnungsnot bekommen werden, eine Überfüllung der Wohnungen mit allem, was damit zusammenhängt, brauchen wir die Wohnungsinspektion am allerdringendsten und notwendigsten. Wie viel da von der Herrengasse ausgehen wird, weiß ich nicht. Ich würde sehr wünschen, daß sich die Gemeinden in erster Linie dessen annehmen, aber bei unserer Gemeindeordnung, bei unserer Gemeindewahlordnung ist dazu nicht viel Hoffnung, denn die Monopolisten des Bodens und der Luft über diesem Boden haben wenig Lust, sich inspizieren zu lassen. Es wird also schon von wo anders kommen müssen.

Aber es gibt eine andere Inspektion, die unmittelbar mit dem Arbeiterschutz zusammenhängt, das ist die Gewerbeinspektion. Daß diese ausgebaut werden soll usw., darüber ist ja zwischen uns auch kein Streit, niemand wird eine Resolution, die das wünscht, ablehnen. Um was es sich aber handelt, ist, dieser Inspektion auch administrativ die Möglichkeit des Wirkens zu geben. Und nun ist die Gewerbeinspektion beschränkt in ihrem Wirken, nicht nur nach unten, sondern auch nach oben, nicht nur nach oben, sondern auch nach unten. Meine Herren! Gesetzlich und wie die Dinge liegen, hat die Gewerbeinspektion einen höchst geringen Einfluß auf die Durchführung der von ihr gegebenen Vor-

schriften oder Ratschläge. Eigentlich ist das, was so ein armer Inspektor tut, doch nichts als ein guter Rat, den er dem Mann gibt. Er kann dem Unternehmer allerdings eine Vorschrift protokollarisch geben, aber wenn der Mann sich nicht daran hält, dann kann der Inspektor nichts tun, als eine Anzeige machen, um dann abzuwarten, ob er überhaupt von der betreffenden Behörde eine Antwort bekommt. *(Sehr richtig!)* Ich bitte einmal in den Gewerbeinspektoren-Berichten nachzuschauen, etwa 20 Prozent der Anzeigen werden überhaupt erledigt! Sehr häufig erfährt der Gewerbeinspektor überhaupt nicht, was mit der Anzeige geschehen ist, er hat also keine Möglichkeit, seine Anregungen durchzusetzen, sondern er ist an die Gewerbebehörde erster Instanz gewiesen und die hat nicht immer gerade Lust, das durchzusetzen, was der Gewerbeinspektor vorgeschrieben hat. Es mangelt also hier vollständig an einer Exekutive und das ist eines der allernotwendigsten Dinge. *(So ist es!)* Wir haben ausgezeichnete Gewerbeinspektoren, aber je besser sie sind, je energischer, um so weniger geschieht das, was wir wollen.

Aber auch oben, meine Herren, sind Schwierigkeiten. Die Gewerbeinspektion hat keine selbständige Sektion, sie untersteht nicht unmittelbar dem Minister und sie hat eine ganze Reihe von Rücksichten finanzieller und sonstiger Natur zu nehmen, die nicht sachlicher Natur sind. Die Gewerbeinspektion sollte unmittelbar dem Minister unterstellt werden — ob jetzt als Amt oder als Sektion; ob der Zentralgewerbeinspektor auch Sektionschef heißt, ist mir sehr gleichgültig, ich meine, ich habe das gar nicht im Auge. Aber da ich höre, daß der jetzige Zentralgewerbeinspektor ohnehin schon den Rang oder mindestens die Bezüge eines Sektionschefs hat, so geht es ja leicht und ich glaube, es würden sich da Hindernisse nicht finden. Wenn Sie die Gewerbeinspektion nach dieser Richtung hin nicht selbständig machen, werden Sie den Ausbau der Gewerbeinspektion und ihrer Wirksamkeit niemals erreichen, wie es im Interesse der Sache und im Interesse der Arbeitsfreudigkeit der Beamten notwendig ist. Meine Herren! Ein Beamter, der sein Geschäft versteht — und Gewerbeinspektor sein ist wohl eines der schönsten Ämter, es war viele Jahre mein Ideal — muß einen entsprechenden Wirkungskreis haben und je mehr er sich hineinlebt, der Beste, muß schließlich lahm werden, wenn er sich zum Schreiber in der Kanzlei verdammt sieht *(Sehr richtig!)* und vielfach Arbeiten machen muß, die ein tüchtiges Schreibmädel auch leistet. Ich will von den Verhältnissen jetzt im Kriege gar nicht reden, da ist es ja ganz schauderhaft, da sind sie alle natürlich abkömmlich. *(Präsident gibt das Glockenzeichen).* Sofort, ich bin auch gleich abkömmlich. *(Heiterkeit.)* Es gibt eine Reihe von Kanzleien, von Behörden, die mit Arbeitern, mit unabkömmlichen Herren sehr stark besetzt sind. Ich habe mir nie vorgestellt, wie viel Manneskraft oder wie vieler Männer Kraft dazu gehört, um einen Bogen Papier von da dorthin zu bringen. Aber die Gewerbeinspektoren sind alle abkömmlich oder beinahe alle. Zu welchen Diensten sie verwendet werden und wo sie in aller Welt herumbummeln — natürlich nicht aus freien Stücken, sondern weil sie müssen — davon macht man sich keinen Begriff; und die hier sind, haben mit Dingen zu tun, die mit der Inspektion sehr wenig gemein haben.

Also, meine Herren, ich schließe; ich muß schließen. Wir brauchen ein energisches Vorgehen im Arbeiterschutz. Nicht als ob wir — ich wiederhole das und lege Wert darauf — als die Bittenden kämen, nicht als ob wir da um eine besondere Berücksichtigung ersuchen würden, sondern wir appellieren an Ihre Einsicht und sind zufrieden, wenn uns aus diesem Ministerium keine Hindernisse erwachsen. Aber das verlangen wir, daß der Arbeiterschaft in dem nächsten Kampfe, der ihr bevorsteht, in dem Kampfe um ihren physischen Schutz, um ihre Entwicklung, vom Ministerium keine Hindernisse bereitet werden. Wir verlangen weiter, daß Sie, meine Herren, das Ministerium so einrichten, daß aus der Spaltung der Ministerien und der Aufgaben nicht allzuviel Kompetenzkonflikte erwachsen, daß sie Einrichtungen schaffen, die das vermeiden.

Im übrigen wünschen wir Ihnen das Beste. Unserer Unterstützung bei der ernsten Arbeit können Sie absolut von Fall zu Fall sicher sein und den Rest werden wir Ihnen sagen, wenn wir im Budgetausschusse bei der Beratung über die einzelnen Posten zusammenkommen. Und da wird noch sehr viel zu reden sein. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Vaněk das Wort.

Abgeordneter **Vaněk:** Vysoká sněmovno! Velectění pánové!

Před námi leží zákon, který bychom si byli přáli viděti již mnohem dříve. Dnes tato předloha zákona nevyvolává dojmu, jako by šlo o to, učiniti zadost spravedlnosti vůči spodním, nejčetnějším vrstvám obyvatelstva, které v tomto státě jako v jiných státech byly zanedbávány, nýbrž vypadá spíše jako pokání za hříchy, které právě v této době, v době strašlivé války, na spodních nejčetnějších vrstvách všechněch národů byly spáchány.

Hohes Haus! Sehr verehrte Herren! Die Vorlage, welche wir vor uns haben, hätte eigentlich

schon viel früher kommen sollen, denn die Lage der arbeitenden Klassen in Österreich war gewiß eine derartige, daß die Errichtung eines Amtes, welches speziell diesen Fragen gewidmet wäre, sehr notwendig war. Wenn die Vorlage vor dem Kriege eingebracht worden wäre, hätte sie den Charakter einer Gerechtigkeit gegenüber den Arbeiterklassen gehabt. Jetzt, während des Krieges hat die Vorlage den Charakter einer Sühne, einer Buße für Sünden, für Verbrechen, welche an der Arbeiterschaft, an der besitzlosen Klasse in diesem Staate begangen wurden.

Schon der Titel des Ministeriums schaut darnach aus. Es heißt: „Ministerium für soziale Fürsorge". Meine Herren! Das ist nicht die richtige Bezeichnung. Mit Recht hat schon der Herr Kollege Dr. Renner im Ausschuß darauf verwiesen, daß dieser Name einen „Arme Leute-Geruch" erzeugt und daß es eigentlich viel zweckmäßiger wäre, wenn der Titel lauten würde: „Ministerium für Sozialpolitik". Es sind doch eigentlich alle Ministerien dazu berufen, für die soziale Fürsorge tätig zu sein. Nehmen wir zum Beispiel das Handelsministerium: es soll jedenfalls die Verhältnisse im Handel regeln, damit die Bevölkerung mit allen möglichen Genußmitteln und Bedarfsartikeln versorgt werde, das heißt, daß das soziale Niveau der Bevölkerung womöglich gehoben werde. Oder nehmen wir ein anderes Ministerium, sagen wir zum Beispiel das Landesverteidigungsministerium! Dieser Name bedeutet, das Land zu verteidigen gegen den Einbruch — sagen wir — von Barbaren, Mördern, Räubern usw. Da natürlich handelt es sich um eine soziale Fürsorge im besten Sinne des Wortes. *(Abgeordneter Němec: Sollte so sein!)* Sollte so sein, natürlich. So aber sehen wir, daß bisher eigentlich alle Ministerien eine Exekutivgewalt für die besitzenden Klassen im Staate waren, und daß die Arbeiterschaft keine solche Exekutivgewalt für sich hatte, daß sie im großen und ganzen sehr vernachlässigt wurde. *(Zustimmung.)* Jetzt natürlich sind wir so weit, daß die Herrschaften, welche im ersten, zweiten und dritten Stockwerke der Staatsgebäude wohnen und sich dort häuslich eingerichtet haben, auch etwas tun wollen für diejenigen, die im Kellergeschosse, in der Dachkammer unter Armut und Elend und schwerer Arbeit wohnen, daß für diese diesmal auch etwas geleistet werden soll.

In den Erläuterungen der Vorlage wird wirklich sehr viel versprochen. Das Gesetz selber und der Wirkungskreis des Ministeriums ist ja sehr weitgehend und verspricht viel. Nun aber glauben wir, wenn wir 50 Prozent dessen, was hier versprochen wird, nicht in einem Jahre, sondern in zehn oder zwanzig Jahren bekommen werden, daß wir mit diesem Ausgleich schon zufrieden sein müssen. Denn nicht auf das Gesetz allein kommt es an. Da sagt schon der gewesene Abgeordnete und Bürgermeister von Wien Dr. Lueger, man könne aus einem schlechten Gesetze ein gutes machen. Hier aber, glaube ich, wird oder kann aus einem guten Gesetze ein schlechtes gemacht werden, wenn nicht die richtigen Leute die Durchführung in die Hand bekommen. Und da habe ich gewisse Zweifel, ob wirklich der richtige Mann am richtigen Orte sein wird. Ich kann mir die Durchführung dieses Gesetzes nicht vorstellen ohne ein engeres Zusammenarbeiten mit dem Volke, mit den Vertrauensmännern des Volkes und ohne Anstellung der richtigen Leute im Ministerium selbst.

Meine Herren! In der Vorlage ist auch die Rede von den Aufgaben des Staates bezüglich einer langjährigen Forderung der Arbeiterschaft, der Sozialversicherung. Diese Forderung ist jahrelang auf den Tagesordnungen der verschiedenen Kongresse der Krankenkassen, von tausenden und abertausenden Versammlungen und Meetings in Österreich ohne Unterschied der Nationalität gestanden und die Vorlage war bereits fertig, sie hätte nur noch ins Plenum des Hauses kommen sollen, um die Genehmigung zu erlangen. Bis heute aber ist sie nicht zur Tat geworden. Mit Recht wird in der Erläuterung auf die Verhältnisse in Deutschland verwiesen. Es heißt hier *(liest)*: „Ein Blick auf die großen Errungenschaften Deutschlands auf dem Gebiete der vorbeugenden und wiederherstellenden Heilbehandlung und des Volkswohnungswesens zeigt die maßgebende Bedeutung der Sozialversicherung für den ganzen Bereich der sozialen Fürsorge. Diese Errungenschaften sind erst seit Einführung der Invalidenversicherung erzielt worden, sie sind zum weitaus überwiegenden Teil ihr unmittelbar zu verdanken."

Meine Herren! Man anerkennt die Wohltaten der Sozialversicherung. Aber heute schon hören wir von seiten der industriellen und besitzenden Klassen, von den Vertretern der besitzenden Klassen, daß es wiederum einige und einige Jahre dauern wird, bevor die Sozialversicherung in Österreich gesetzlich eingeführt wird. Dagegen müssen wir uns jedenfalls verwahren und fordern, daß die Sozialversicherung, wenn schon ihre Wichtigkeit von seiten der Regierung anerkannt worden ist, auch unverzüglich durchgeführt werde.

Aber noch etwas anderes, meine Herren, unter dem Titel „gewerbliche Arbeit" sehen wir auch ein Kapitel, das die Heimarbeit und die Kinderarbeit betrifft. Es heißt hier ausdrücklich: „Legislative und administrative Angelegenheiten der Heimarbeit und der Kinderarbeit." Da fragen wir, meine Herren: Kann denn die Gesellschaft und der Staat auf die Kinderarbeit, auf die harte Arbeit von zarten Kinderhändchen nicht einmal verzichten? Sollen wir nicht einmal begreifen, daß es

unsere erste und alleinige Aufgabe, die Aufgabe der Gesellschaft ist, die Kinder zuerst aufwachsen zu lassen, sie ordentlich für einen Beruf vorzubereiten, um sie dann erst zur Arbeit heranzuziehen? Muß es sein, daß Kinder, und zwar Kinder unter 14 Jahren schon in die harte Arbeit eingespannt werden? Man sieht ja doch, wie ein guter Wirt das Tier schont; er läßt es zuerst auswachsen, zuerst sich entwickeln und dann erst spannt er es in die harte Arbeit ein. Bei uns ist es umgekehrt, wir können uns wahrscheinlich ohne die Kinderarbeit nicht helfen.

Und noch etwas. Es handelt sich hier auch um die Mitwirkung bei der Regelung des Auswandererschutzes. Es ist jedenfalls für uns noch ein Geheimnis, was eigentlich darunter zu verstehen ist. Wenn ich nicht irre, handelt es sich da vielmehr um ein Verbot der Auswanderung *(Abgeordneter Němec: Oder wenigstens eine Behinderung der Auswanderung!)*, ja, oder wenigstens eine Behinderung derselben, weil man es wahrscheinlich schon im vorhinein fühlt, daß, wenn schon vor dem Kriege Tausende und Abertausende sich aus dem Vaterlande geflüchtet und ihre Existenz in überseeischen Ländern gesucht haben, nach dem Kriege die Leute in Massen davonlaufen werden. Und ich sage Ihnen, meine Herren, wenn wir alles das gesehen haben, vor dem Kriege die Vorbereitungen für den Krieg und jetzt die Verhältnisse während des Krieges, so würden wir, wenn wir die Leute röntgenisieren lassen würden, namentlich die Männer der niederen Klassen, wahrscheinlich bei vielen die Sehnsucht nach einer Auswanderung aus Österreich entdecken können; denn dann wird es wirklich in Österreich nicht auszuhalten sein. *(Abgeordneter Němec: Es wird die Flucht vor dem Hungertode erfolgen!)* Jawohl.

Nun heißt es hier auch: „Die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und für die Hinterbliebenen." Das wird jedenfalls eine harte Nuß werden, namentlich bei der Engherzigkeit unserer herrschenden Klassen. Heute, während des Krieges, hört man noch sehr viele gute und warme Versprechungen, aber nach dem Kriege, da wird es erst die Frage sein, wie die Dankbarkeit des Vaterlandes und des Staates gegenüber den Invaliden, gegenüber den Verkrüppelten und ihren Kindern eigentlich ausschauen wird. Ich fürchte sehr, daß, wenn nicht die unteren Klassen, die Arbeiter mit mächtiger Hand in diese Verhältnisse eingreifen, die Herrschaften, für die Kriegsbeschädigten sehr wenig tun werden, denn es gibt im böhmischen ein gutes altes Sprichwort, welches heißt: „Panská láska po zajícich skáče": die Herrschaftsliebe verwelkt sehr rasch.

Eine Frage, die uns auch schon im Ausschuß beschäftigte, ist die der Besetzung der Beamtenstellen. Man kann annehmen, daß man, wenn verschiedene Agenden aus den bestehenden Ministerien in dieses neue Ministerium herübergenommen werden, jedenfalls auch Beamte übernehmen wird. Man wird aber damit nicht das Auslangen finden, man wird neue Kräfte suchen müssen und ich habe schon im Ausschuß darauf aufmerksam gemacht, daß das nicht so ausfallen darf, wie es in der Vergangenheit gewöhnlich der Fall war, daß man jedes Ministerium nur als die Domäne einer Nation betrachtet. Geradeso wie wir untereinander leben, wie wir die Opfer des Krieges, der Arbeit und die verschiedenen Entbehrungen tragen, geradeso sollen die Nationen auch im Ministerium durch die Beamtenschaft vertreten sein und es soll nicht heißen, daß nur die Angehörigen einer Nation fähig sind, im Ministerium zu sitzen. Wir waren schon ein wenig daran gewöhnt, aber es empörte uns immer wieder, wenn wir bei den verschiedenen Ämtern sehen, daß nur hie und da ein Angehöriger einer nichtdeutschen Nation im Dienste verwendet wurde, es hat uns sonderbar berührt, wenn wir es bei dieser Gelegenheit nur mit einem Diener, einem Gendarmen, einem Exekutor, einem Kerkermeister usw. zu tun hatten; also unbeliebte Diensteseigenschaften, die den anderen Herren nicht genehm waren, hat man Angehörigen der anderen Nationen zugeteilt, wogegen die hohen Stellen, die Sektionschefs, die Ministerialrats-, die Ministerialsekretärsstellen auf jeden Fall Angehörigen einer bestimmten Nation gehörten. Wenn schon so viel über die nationale Gerechtigkeit gesprochen worden ist, so soll sie auch hier angewendet werden, damit die Völker Österreichs wissen, daß sie wirklich gleichwertig sind und auch als solche behandelt werden.

Wenn die Errichtung dieses Ministeriums wirklich, wie ein Vorredner hier erwähnte, eigentlich eine Vermehrung der Zentralgewalt im Staate bedeutet, so haben wir gewisse Bedenken dagegen, aber wir sagen: wenn wir auf Grund unserer Erklärung vom 30. Mai einmal dazukommen, selbständig zu sein, werden und müssen dann jedenfalls Einrichtungen, die im Gesamtstaat existieren, mit hinübergenommen werden. Das, was in diesem Staate als gute Einrichtung besteht, muß einmal auch in unserem selbständigen Staate eingerichtet werden. Darum wehren wir uns nicht dagegen, darum sagen wir: es soll hier eine gute Arbeit für die arbeitenden Klassen ganz Österreichs ohne Unterschied der Nation geleistet werden und deswegen stimmen wir für diese Vorlage.

Die Errichtung eines Ministeriums für soziale Fürsorge betrachten wir als eine gewisse Konzession, als einen gewissen Übergang zu einer neueren, besseren Gesellschaftsordnung. Die jetzigen Ministerien waren, wie ich schon erwähnte, das Exekutivorgan der herrschenden Klassen. Der Klassenstaat besorgte durch diese Ämter die Angelegenheiten der Besitzenden, des Adels, der Bourgeoisie, der Großgrund-

besitzer, während die unteren Klassen nur einen indirekten Vorteil vom Staate haben. Alles, was für die Arbeiterschaft geschaffen wurde, die Schulen, die Krankenhäuser, die Versicherung usw. geschah nicht wegen des Arbeiters und seiner Kinder und seiner Familie selbst, sondern es haben die Herrschenden jedenfalls eingesehen, daß hier in ihrem eigenen Interesse etwas gemacht werden muß. Sie können doch nicht selbst in den Fabriken arbeiten, sie können nicht ihre eigenen Kinder bei den Maschinen einspannen, sondern dazu brauchen sie die Kinder der Proletarier. Sie können einen Proletarier bei der jetzigen Entwicklung der Industrie für die Arbeit in der Industrie auch nicht brauchen, wenn er nicht lesen und schreiben kann, und deshalb müssen Schulen geschaffen werden, aber nicht der Kinder der Proletarier, sondern der Gesamtordnung wegen.

Ebenso ist es mit den Krankenhäusern, mit der Versicherung und auch mit der Gewerbeinspektion; auch das geschieht nicht wegen des Arbeiters allein. Wir sagen deshalb: Wenn etwas Nützliches geschaffen worden ist, so kommt es indirekt auch den Arbeitern zugute. Aber die Interessen der Herrschenden sind immer in den Vordergrund geschoben worden und die Interessen der Beherrschten, der Besitzlosen standen immer in zweiter und dritter Linie. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Ordnung einmal umgestellt werden wird und umgestellt werden muß, daß wir einmal dazu kommen müssen, aus einem Klassenstaate, aus einem individualistischen Staate, einen Volksstaat, einen Arbeitsstaat zu machen. *(Zustimmung.)*

Dieses Ministerium ist eigentlich ein ganz schüchterner Versuch, aber es ist immerhin ein erster Schritt. Jetzt sollen durch dieses Ministerium die Interessen der Besitzlosen gewahrt werden. Ich habe im Ausschusse eine Resolution beantragt, die dahin abzielt, daß auch für die Arbeiter eine Stelle geschaffen wird, wo sie nicht nur eine Entscheidung, sondern auch eine Beratung finden. Was sehen wir zum Beispiel? Die Industriellen haben ihre Handels- und Gewerbekammern, die Handwerker haben in verschiedenen Ländern ihre Gewerberäte, die Landwirte haben ein Ackerbauministerium und Landeskulturräte, verschiedene Institutionen, welche neben der Vertretung im Reichsrate, neben dem übermäßigen Einflusse im Gemeinderate und in der Landstube außerdem noch ganz speziell und separat ihre Standesinteressen wahren. Da frage ich nun: Was haben denn die Arbeiter zur Vertretung ihrer Interessen? Hie und da eine Zeitung, welche sie sich mit großer Mühe und mit Aufopferung der letzten Kreuzer gegründet haben. Sie haben ihre gewerkschaftliche Organisation, irgendeinen Sekretär, den sie aus ihren Mitteln erhalten und der eigentlich ihr Verteidiger, ihr Minister ist, der natürlich alles wissen und alles können muß, der eigentlich ein Mädchen für Alles im wahren Sinne des Wortes ist, überarbeitet, überlastet durch die Agitation und das Schreiben verschiedener Gesuche, Beschwerden usw. Außer diesem haben die Arbeiter gar nichts, speziell gar nichts, was eigentlich aus öffentlichen Mitteln unterstützt oder bezahlt würde.

Wenn es heißt, das Ministerium wird in direkter Fühlung mit der Bevölkerung sein und nicht dieser langatmige Weg der Einreichungen, gestempelten Gesuche usw. gegangen werden müsse, daß das Ministerium direkt mit der Bevölkerung arbeiten wolle, dann verlangen wir, daß bei jeder Statthalterei eine sozialpolitische Abteilung zu gründen ist, mit einem erfahrenen, mit der Arbeiterbewegung vertrauten Manne an der Spitze. Diese Abteilung soll womöglich auch bei jeder Bezirkshauptmannschaft errichtet werden, damit sozusagen irgendeine Amtsstelle geschaffen werde, an welche sich die Arbeiter mit Vertrauen wenden können, wenn sie irgendwo Rat und Tat brauchen, um ihre Angelegenheiten zu versorgen.

Es hat mich einigermaßen überrascht, daß der neue Minister, der dieses Gesetz eigentlich in die Tat umsetzen soll, sich dagegen wehrte, bei jeder Bezirkshauptmannschaft eine solche sozialpolitische Abteilung zu errichten; er meinte, es wäre dies zu viel, wir hätten 400 Bezirkshauptmannschaften und es gehe nicht an, bei jeder Bezirkshauptmannschaft eine solche Stelle zu errichten; es seien auch nicht bei jeder Bezirkshauptmannschaft die Verhältnisse darnach beschaffen, es sei nicht überall Industrie usw. Ich verweise da auf unsere Verhältnisse in der Walachei. Es ist dort keine Industrie, aber wenn jemand Rat, Tat und Hilfe braucht, sind es gerade diese Bezirke, wo das ärmste Volk ist, welches keine Industrie hat . . . *(Abgeordneter Winter: Keine Organisation!)* . . . keine Organisation natürlich, kein Blatt, keine Beschwerdestelle. Die Leute sind dort wie von der Welt und Gott verlassen. Also gerade diese Bezirke brauchen eine solche Abteilung.

Es hat mich sonderbar berührt, daß schon zu Beginn der Durchführung des Gesetzes der Minister mit den Kreuzern spart und den Staatsbeutel zuschnürt, um nicht etwa einige tausend Kronen für die Arbeiterschaft in dieser Beziehung und in diesem Sinne auszugeben. Diese Erscheinung ist für uns ein schlechter Vorbote; wir wollen nicht schlecht prophezeien, Exzellenz, wir wünschen, daß wir unsere Zweifel, welche wir da aussprechen, mit der Zeit beseitigen und einmal sagen können: Wir haben uns geirrt, es ist mehr geschehen, als wir schüchtern erwartet haben.

Ich eile zum Schlusse und will noch einer Aufgabe gedenken, welche hier zwar angeschnitten,

aber nicht direkt ausgesprochen wird. In den Erläuterungen finden wir einen Passus bezüglich der Kinderfürsorge — es handelt sich hier um die Mütter- und Säuglingsfürsorge — und da möchte ich ausdrücklich einen Umstand erwähnen. Wenn wir um die Säuglinge besorgt sind und für sie etwas tun wollen, dann müssen wir auch etwas für diejenigen tun, die dazu behilflich sind, daß die Kinder auf die Welt kommen. Ich meine hier die Verhältnisse der Hebammen. Meine Herren! Die Lebens- und Honorarverhältnisse dieser Proletarier sind wirklich sehr beschämend. Bis jetzt hat man nicht Zeit und Muße gefunden, um diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Die Gemeinde hat es nicht getan, der Landesausschuß nicht und der Staat ebenfalls nicht. In dieser Beziehung beantrage ich, um die Aufmerksamkeit des neuen Ministeriums auf diese Frage zu lenken, folgende Resolution *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, den Verhältnissen der Hebammen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und dahin zu wirken, daß die Hebammen entsprechend ausgebildet, mit einem Amtscharakter versehen und entsprechend aus den öffentlichen Mitteln bezahlt werden."

Ich empfehle Ihnen diese Resolution zur Annahme und erkläre, daß wir für dieses Gesetz stimmen werden. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Simionovici**: Zu einem formalen Antrag hat sich der Herr Abgeordnete Kittinger zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kittinger**: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Vizepräsident **Simionovici**: Der Herr Abgeordnete Kittinger beantragt Schluß der Debatte. Ich bitte diejenigen Herren, welche Schluß der Debatte annehmen, sitzen zu bleiben. *(Nach einer Pause:)* Das Haus hat sich für den Schluß der Debatte ausgesprochen und wir schreiten nunmehr zur Wahl der Generalredner.

Es sind noch folgende Redner eingetragen: pro die Herren Abgeordneten: Reumann, Sever, Volkert, Gröger, Wutschel, Winter Max, Smitka, Seitz, Hillebrand und Schiegl;

kontra: Zahradník, Sedlák, Hock, Vojta, Lisý, Udržal, Němec, Habermann, Stejskal, Jaroš, Marek Jaroslav, Aust, Hnátek, Klička, Charvát, Svoboda Franz.

Ich bitte die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Zum Generalredner pro wurde Herr Abgeordneter Reumann, zum Generalredner kontra der Herr Abgeordnete Dr. Zahradník gewählt.

Da der letzte Redner ein Kontraredner war, erteile ich dem Generalredner pro, dem Herrn Abgeordneten Reumann das Wort.

Abgeordneter **Reumann**: Meine Herren! Ich möchte, ehe ich auf die eigentliche Vorlage eingehe, eine Anfrage an Seine Exzellenz den Herrn Minister für soziale Fürsorge richten. Der Arbeiterschutz ist gegenwärtig, und zwar für die Kriegs- und Übergangswirtschaft, auch dem Generalkomissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft anvertraut und ich möchte in allererster Linie fragen, ob mit der Errichtung dieses Ministeriums die sozialpolitischen Agenden des Generalkommissariats für Kriegs- und Übergangswirtschaft in das Ministerium für soziale Fürsorge übergehen werden. Sollte das nicht der Fall sein, dann befürchte ich sehr, daß gerade dort eine Reihe von Beschlüssen gefaßt wird, die späteren Beschlußfassungen im Ministerium für soziale Fürsorge präjudizieren könnten, und das ist in der Gegenwart von ganz besonderer Gefahr. Es hat schon einer der Herren Vorredner, und zwar Kollege Adler, davon gesprochen, daß innerhalb der Unternehmerkreise bereits Stimmen laut werden, welche für den Arbeiterschutz nichts weniger als günstig sind. Wenn also diese Stimmung, die gerade in den Generalkommissariaten für Kriegs- und Übergangswirtschaft sehr stark die Oberhand hat, auch dort durchdringt, dann werden Sie, meine Herren, es begreiflich finden, daß Gefahren für die Zukunft der Wirksamkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge drohen. Ich möchte also zuerst aufmerksam gemacht haben und möchte sofort hervorheben, daß meiner Ansicht nach, unbedingt die Agenden des Arbeiterschutzes, die gegenwärtig dem Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft anvertraut sind, sofort von dem Ministerium für soziale Fürsorge übernommen werden, damit dieser Gefahr rechtzeitig begegnet werden kann. Nun will ich über den heutigen Zustand einige Worte sprechen.

Es gibt keine einheitliche Sozialpolitik, jedes Ministerium macht Sozialpolitik auf eigene Faust. Leider, muß ich sagen, ändert daran der gegenwärtig vorliegende Gesetzentwurf nicht viel. Das Ackerbauministerium, die ausgesprochene Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen, ist natürlich ein schlechter Vertreter des Arbeiterschutzes für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Das Handelsministerium als Vertreter der Industrie und des Gewerbes — wir haben, meine Herren, darüber traurige Erfahrungen gemacht — das Handelsministerium, welches sozusagen in innigem Kontakt

mit den Unternehmerkreisen steht, wird in ihrem Wirken auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, vermöge dieser Verbindung mit den Unternehmerinteressen auf das allerschwerste beeinträchtigt. Wir können nur bedauerlicherweise sagen, daß alle jene Verfügungen, welche getroffen worden sind, um sozusagen den Arbeiterschutz vom Handelsministerium etwas unabhängiger zu machen, ein Schlag ins Wasser gewesen sind. An das Inslebentreten der sozialpolitischen Sektion im Handelsministerium haben auch wir manche Hoffnungen geknüpft, es hat sich aber im Laufe der Zeit ergeben, daß diese Sektion ihre Aufgaben nicht zu erfüllen vermag, und ich befürchte sehr, daß vielleicht gerade jene Kräfte, die dort in der sozialpolitischen Sektion an der Arbeit gewesen sind, auch wieder von dem Ministerium für soziale Fürsorge werden übernommen und so, der Arbeiterschutz neuerlich versumpft und verdorrt.

Meine Herren! Die Arbeiter haben eine schwere Enttäuschung erlebt, als in dem Moment, wo die Kriegserklärung erfolgt ist, auch bereits die Arbeitergesetzgebung außer Kraft gesetzt worden ist und die Arbeiterschaft erfahren mußte, daß die sozialpolitische Sektion keinen Finger gerührt hat, um den Arbeiterschutz in irgendeiner Weise zu behüten, zu schirmen, zu retten.

Und was für verheerende Folgen das Außerkraftsetzen des Arbeiterschutzes während des Krieges gehabt hat, davon können die Krankenkassen eine lange Leidensgeschichte erzählen, die ja die unmittelbare Wirkung fühlen, die die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskräfte für den Kriegsbedarf mit sich bringt. Und soll das Eisenbahnministerium Sozialpolitik treiben? Das Eisenbahnministerium, welches vor allem trachtet, daß in keiner Weise etwa sein Ausgabenbudget steigt, welches ein Interesse daran hat, daß es nicht etwa durch den Arbeiterschutz belastet wird? Auch hier wird nur in äußerst mangelhafter Weise der Arbeiterschutz gewährleistet, nur dann, wenn die unmittelbare Not es erfordert, den Schutz der Angestellten der Eisenbahnen und Transportunternehmungen wenigstens einigermaßen zu sichern. Soll etwa das Finanzministerium ein Interesse daran haben, Arbeiterschutz für die Salinenarbeiter, für die Tabakarbeiter zu treiben? Auch dieses Ministerium ist bemüht, soviel als möglich von Ausgaben für sozialpolitische Angelegenheiten entlastet zu werden.

Es fehlt also an Einheitlichkeit in bezug auf die Sozialpolitik und wir müssen verlangen, daß eine solche Einheitlichkeit wirklich Platz greife, daß die Sozialpolitik in einer Hand vereinigt werde — daher ein Ministerium für Sozialpolitik. Es müssen weiter die Ministerien von der Zweiseelentheorie befreit werden, daß sie einerseits ängstlich bemüht sind, ihre Ausgaben nicht steigen zu lassen und auf der andern Seite doch Sozialpolitik treiben sollen, was ja mit dem Wunsche, die Ausgaben nicht zu steigern, völlig unvereinbar ist. Die Sozialpolitik ist heute in allen Ministerien Stiefkind. Es muß ihr ein Vaterhaus gegeben werden, genau so wie zum Beispiel dem Handel und der Industrie, der Landwirtschaft und dem Bergbau ein Vaterhaus gegeben worden ist. Von dieser Idealloösung des Problems ist die gegenwärtige Vorlage sehr weit entfernt. Auch ich muß sagen, daß es ein schwerer Fehler gewesen ist, zwei Ministerien zu schaffen, ein Ministerium für Volksgesundheit und ein Ministerium für soziale Fürsorge, denn die Agenden des Ministeriums für Volksgesundheit sind mit den Agenden des Ministeriums für soziale Fürsorge innig verquickt.

Meine Herren! Was ist durch die Schaffung des Ministeriums für Volksgesundheit, an dessen Spitze ein Arzt steht, eigentlich geschehen? In Ärztekreisen wird dieses Ministerium bereits als ein Ministerium für Standesinteressen angesehen, was gewiß nicht im Interesse dieses Ministeriums liegt. Wir sind durchaus nicht dagegen, daß ein Arzt an der Spitze des Gesundheitswesens steht — das ist ja notwendig —, aber wir wünschen nicht, daß speziell ein zünftiger Arzt, ein zünftiger Jurist, ein zünftiger Techniker an die Spitze eines Ministeriums von solcher Tragweite trete, sondern an diese Stelle muß ein wirklicher Sozialpolitiker gesetzt werden; ob dieser Sozialpolitiker ein Arzt ist oder ein Jurist oder ein Arbeiter oder ein Techniker, das ist ganz gleichgültig, er muß nur in erster Linie ein Sozialpolitiker sein.

Ein notwendiges Mittel zur Durchführung der sozialpolitischen Aufgaben ist natürlich die Ausgestaltung der untersten Instanzen. Davon wurde ja schon gesprochen. Weder die Bezirkshauptmannschaften, noch die Landesbehörden können die Grundlage für eine moderne Sozialpolitik sein. Es muß eine Organisation gefunden werden, die eine Verbindung, einen Kontakt zwischen den Gewerkschaften und den sozialen Versicherungsinstituten herstellt, damit in der Tat jene Maßnahmen ergriffen werden, die im Interesse der Arbeiterschaft tatsächlich ergriffen werden müssen. Das halten wir für eine unbedingte Notwendigkeit. In diesem Sinne muß vorgegangen werden, damit wirklich das auf dem Gebiete der Sozialpolitik Versäumte nachgeholt werden kann.

Meine Herren! Wenn ich von dem Versäumten auf dem Gebiete der Sozialpolitik spreche, so muß ich vor allem hervorheben, daß schon seit langen Jahren ein völliger Stillstand auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu beobachten ist. Schon als die Arbeiterschutzgesetzgebung in Kraft trat, ist sehr bald durch die Entwicklung der Arbeiterorganisationen, welche im Jahre 1884 niedergedrückt waren, der

Moment eingetreten, daß in ganz kurzem Zeitraum die Arbeiterschutzgesetzgebung von den Errungenschaften der Arbeiterorganisationen weit überflügelt worden ist, und was heute auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes erreicht worden ist, ist einzig und allein durch die Arbeiterorganisationen gegen den Widerstand gerade jener Behörden erreicht worden. Sie wären berufen gewesen, dem Arbeiterschutz alle mögliche Hilfe angedeihen zu lassen und zu trachten, daß seine weitere Entwicklung in jener notwendigen Weise vor sich gehe, die es möglich macht, daß die Arbeiterschaft so gekräftigt und gestärkt werde, daß Österreich auch im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt den ersten Rang einnehmen könne. Denn, meine Herren, von der Fähigkeit des Arbeiterstandes hängt es ab, ob die industrielle Entwicklung, die Entwicklung des Handels vor sich geht oder nicht, ob auf dem Weltmarkte die österreichische Industrie und der österreichische Handel eine tonangebende Rolle spielt. Das wurde bei uns immer verkannt. Immer und immer wieder ist die eine Frage für das Maß des Arbeiterschutzes, welches gewährt wurde, bestimmend gewesen, ob die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie nicht in irgendeiner Weise gefährdet wird. Mit dieser Frage der Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Industrie hat man es verstanden, die Entwicklung des Arbeiterschutzes zu unterbinden und man hat es dahin gebracht, daß die Arbeiterschaft durch ihre Organisation, durch die Kraft ihres Willens es erreichen mußte, daß jene Aufgaben wenigstens einigermaßen erfüllt werden, die eigentlich dem Handelsministerium, respektive seiner ins Leben gerufenen sozialpolitischen Sektion zugekommen wären.

Wenn von den Gewerbeinspektoren gesprochen wird, so möchte ich folgendes bemerken. Das Gesetz über die Gewerbeinspektoren stammt aus dem Jahre 1883. Es ist zu einer Zeit entstanden, in welcher in der Produktion, in den Arbeitsverträgen selbst eine förmliche Anarchie geherrscht hat, es ist zu einer Zeit entstanden, in welcher ein Unternehmer, ein Eisenindustrieller, noch sagen durfte, wenn ihm ein Gewerbeinspektor ins Haus komme, werde er ihn mit der Hundspeitsche hinausjagen. Es ist ganz natürlich, daß dieses Gesetz die ganze Zaghaftigkeit in sich trägt, welche man damals zur Schau getragen hat, wenn es sich darum handelte, ein bißchen Arbeiterschutz zu schaffen. Das Gesetz über die Gewerbeinspektoren ist in einer Weise beschaffen, daß die Inspektion in einer weitgehenden Weise eingeschränkt wird. Schon vor dem Kriege hat die Gewerbeinspektion nicht das geleistet, was eigentlich geleistet werden sollte, damit die Arbeiterschaft wirklich vor allen jenen Zufällen geschützt wird, welche auf den Arbeitsorten ihr Leben und ihre Gesundheit bedrohen. Während des Krieges hat die Inspektion einen sehr weitgehenden Rückgang erfahren. Wenn noch im Jahre 1914 30.137 Betriebe inspiziert worden sind, so ist die Zahl der Betriebe im Jahre 1915 auf 18.616 herabgesunken. Man hat entgegen dem § 19 den Gewerbeinspektoren Arbeiten übertragen, die ihnen durchaus nicht zukommen, zum Beispiel die Metallaufnahme, die Überprüfung von Metallanzeigen, die Bestandaufnahmen in Lederfabriken und Gerbereien, Erhebungen über den Kohlenbedarf von mit Heereslieferungen betrauten gewerblichen Unternehmungen, Erhebungen über Enthebungsansuchen der Unternehmer, lauter Dinge, die den Gewerbeinspektoren nicht zukommen, noch dazu zu einer Zeit, in welcher die Zahl der Gewerbeinspektoren durch Einberufungen vermindert worden ist, zu einer Zeit, in welcher gerade durch Außerkraftsetzung der Arbeiterschutzgesetze eine intensive Inspektion der Betriebe eine Notwendigkeit gewesen wäre — ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, wie es nicht ärger gedacht werden kann.

Meine Herren! Wenn die Gewerbeinspektoren zur Zeit, als das Gewerbeinspektorat errichtet worden ist, ihren Beruf mit Lust und Liebe ausgeübt haben, so hat man es verstanden, ihnen die Lust und Liebe gründlich auszutreiben. Die Inspektionstätigkeit wird in einer ganz natürlichen Weise dadurch begrenzt, daß man ein gänzlich ungenügendes Reisepauschale in das Budget eingestellt hat; man fragt heute nicht, wie viele Inspektionsreisen notwendig sind, sondern man fragt heute bloß: Wird das Reisepauschale auslangen, um die Inspektionsreisen zu machen? Nicht das Bedürfnis nach Reisen ist maßgebend, sondern der eingestellte Betrag, der minimal ist: 200.000 K Reisepauschale, das ist das Um und Auf für die Gewerbeinspektoren. Und wenn im Ministerium für soziale Fürsorge die Tätigkeit des Gewerbeinspektorats wieder so eingeengt wird, dann, meine sehr geehrten Herren, wird das Ministerium für soziale Fürsorge absolut nicht jene Wirkung auf die Arbeiterschutzgesetzgebung ausüben, welche man von ihm füglich erwarten könnte. Es ist also in dieser Richtung — ich möchte sagen — ungemein viel zu machen.

Sozialversicherung! Auf dem Gebiete der Entwicklung der Sozialversicherung muß heute schon vorgearbeitet werden. Das Ministerium hat die Fürsorge auch für die Kriegsbeschädigten übernommen. Die Kriegsbeschädigten, die Kriegsinvaliden sind unserer Ansicht nach der Invaliditätsversicherung der Arbeiter überhaupt anzugliedern; denn wenn die Fürsorge für die Kriegsinvaliden der Militärverwaltung überlassen wird, dann bin ich versichert, daß die Fürsorge nicht viel anderem gleichen wird als dem, was bisher auf diesem Gebiete für die Kriegsverletzten geschehen ist, was man in früheren Kriegen getan hat. Die Fürsorge für

die Kriegsinvaliden soll eine sehr weitgehende werden, sie soll nach den Prinzipien der Unfallversicherung durchgeführt werden. Die Kriegsbeschädigten sollen je nach dem Grade des Verlustes an Arbeitsfähigkeit ihre Rente erhalten und diese Renten zu bemessen und sie zur Auszahlung zu bringen, dazu soll das Institut der Invalidenversicherung der Arbeiterschaft berufen werden. Es ist möglich, daß gegenwärtig schon alle Vorarbeiten für die Durchführung der Invaliditätsversicherungen getroffen werden, es ist möglich, daß diese Vorarbeiten getroffen werden, ehe noch im Sozialversicherungsausschusse die Beratungen stattgefunden haben, ehe sie noch dort zum Abschlusse gelangt sind. Die rechtzeitige Vorbereitung wird dazu führen, daß die Übergangsfrist verkürzt wird und daß infolgedessen die ersten Renten eher fällig werden, als wenn eine Vorbereitung nicht getroffen wird. In dem Gesetzentwurfe über die Sozialversicherung, der bis zur Schlußberatung gediehen ist, ist eine dreijährige Übergangsfrist vorgesehen. Die ersten Renten werden nach fünf Jahren zur Auszahlung gelangen und es ist infolgedessen eine Frist von acht Jahren zu erwarten, bis die ersten Invalidenrenten zur Auszahlung gebracht werden können. Wenn die Übergangsfrist dadurch abgekürzt wird, daß das Ministerium für soziale Fürsorge es als seine Aufgabe betrachtet, sofort die Durchführung der Invalidenversicherung ins Auge zu fassen und wenn es auch sofort in entsprechender Weise mit der Einrichtung des dazu notwendigen Amtes vorgeht, so wird diese Übergangsfrist abgekürzt und es wird möglich sein, daß die ersten Renten nach fünf oder sechs Jahren zur Auszahlung gelangen.

Was die Krankenkassen anbelangt, so ist es geradezu merkwürdig, daß ein Teil davon aus dem Ministerium für soziale Fürsorge ausgeschieden ist. Warum soll man beispielsweise die Genossenschaftskrankenkassen beim Handelsministerium belassen? Es ist bereits davon gesprochen worden, daß das neue Krankenversicherungsgesetz endlich mit einem alten Übel aufgeräumt hat; es ist nämlich mit dem Übel aufgeräumt worden, daß sich Verbände der Krankenkassen der verschiedensten Kategorien nicht bilden können. Es können heute genossenschaftliche Krankenkassen, Vereinskrankenkassen, Bezirkskrankenkassen, kurz alle möglichen Krankenkassenkategorien Verbände bilden und diese Verbände der betreffenden Krankenkassen sind zuständig im Ministerium für soziale Fürsorge, die genossenschaftlichen Krankenkassen sind nicht zuständig, die Krankenkassen der Seeleute sind nicht zuständig in diesem Ministerium, die Krankenkassen der Bergarbeiter, die Bruderladen sind nicht zuständig. Das sind ganz merkwürdige Anomalien, die schließlich beseitigt werden müssen. Und wenn die Möglichkeit dazu gegeben ist, so wird aller Wahrscheinlichkeit nach schon die Praxis an und für sich lehren, daß es ohne Verzug dahin kommen muß, daß diese Agenden in diesem einen Ministerium vereinigt sind.

Und nunmehr will ich noch eines sagen. Dringend ist die Wohnungsfürsorge. Der Herr Minister für soziale Fürsorge hat erklärt, daß der Wohnungsfürsorgefonds auch gleichzeitig ausgenützt werden könne für die Kriegerheimstätten. Das ist sehr richtig, aber es muß auch die entsprechende Dotierung des Wohnungsfürsorgefonds stattfinden, denn die paar Millionen, die in dem Wohnungsfürsorgefonds bisher angesammelt worden sind, langen nicht aus, um den Kleinwohnungsbau überhaupt zu fördern. Wir stehen heute vor einer Gefahr. In allen größeren Städten des Reiches, ganz besonders auch in Wien, stehen wir vor einer furchtbaren Wohnungsnot und wenn heute oder morgen die Abrüstung erfolgt, dann wird diese Wohnungsnot geradezu zu einer Katastrophe werden. Wir können jetzt inmitten des Krieges keine Vorsorge treffen, um diese Katastrophe einigermaßen zu mildern, aber in diesem Kriege hat sich mit furchtbarer Deutlichkeit gezeigt, was wir alles auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge versäumt haben. Wenn dann gesagt wird, die Mittel des Wohnungsfürsorgefonds sollen in Anspruch genommen werden für die Erbauung von Kriegerheimstätten, so muß ich sagen, diese finanziellen Mittel werden, wenn sie nicht durch weitere, und zwar weit größere Zuwendungen gestärkt werden, keinesfalls für diesen Zweck in Anspruch genommen werden können. Sie werden nicht in Anspruch genommen werden können, weil für die Zivilbevölkerung nicht in entsprechender Weise rechtzeitig Vorsorge getroffen worden ist und weil diese Mittel, die während dieser Zeit des Krieges sich angesammelt haben, sofort in Anspruch genommen werden müssen von der Zivilbevölkerung, damit Kleinwohnungen hergestellt werden können. Wir müssen uns vor allem davor hüten, daß allzusehr mit den Ausgaben für den Krieg dem Kriege fernstehende, durch die kriegerische Verwicklung nicht berührte Institutionen belastet werden; davor müssen wir uns vor allem hüten und wir müssen sagen, daß es speziell die Aufgabe des Staates ist, die ganzen Mittel bereit zu stellen für die Versorgung derjenigen, welche durch den Krieg beschädigt worden sind, und daß nicht Mittel in Anspruch genommen werden, die vorher für diesen Zweck nicht bereitgestellt gewesen sind. Würden wir das tun, so würden wir eine Reihe von Aufgaben wichtiger und dringender Natur, die während des Krieges zurückgestellt worden sind, nicht durchführen können und wir würden der Bevölkerung selbst einen schweren Schaden zufügen. Ich möchte also davor warnen.

Meine Zeit ist abgelaufen und ich möchte nur das eine wünschen: Welchen Titel das Ministerium hat, ist für mich ganz gleichgültig. Für mich ist

die Hauptsache, daß der Mann, der an der Spitze dieses Ministeriums steht, auch die Kraft, den Mut findet, die großen Aufgaben, die durch die Errichtung dieses Ministeriums an ihn herangetreten sind, wirklich zu bewältigen. Die Arbeiterschaft hat bis jetzt keine guten Erfahrungen gemacht. Möge die Zeit der bösen Erfahrungen vorüber sein, möge wirklich ein Mann an der Spitze des Ministeriums für soziale Fürsorge stehen, der trotz aller Widerwärtigkeiten, die ihm begegnen werden, diese Aufgaben erfüllen wird. Vergessen wir nicht: Wir werden einer Arbeiterschaft gegenüberstehen, die durch die Folgen des Krieges physisch herabgekommen ist, wir werden einer Arbeiterschaft gegenüberstehen, deren Reihen dezimiert worden sind, wir werden einer Arbeiterschaft gegenüberstehen, die des Arbeiterschutzes dringend bedürftig ist. Eine Enttäuschung würde sich an diesem Staate schwer rächen, würde dazu führen, daß unsere Arbeiterkraft verdorrt. Und davor müssen wir eben unser Reich zu bewahren wissen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Vaněk hat folgende Resolution überreicht *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, den Verhältnissen der Hebammen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und dahin zu wirken, daß die Hebammen entsprechend ausgebildet, mit einem Amtscharakter versehen und entsprechend aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diese Resolution unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolution ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Zahradník.

Abgeordneter Dr. **Zahradník:** Vysoká sněmovno! Především děkuji panu kolegovi Kalinovi, že ve své dnešní řeči slovy tak výmluvnými vysvětlil stanovisko českých národních poslanců proti zřízení ministerstva pro sociální péči. Jistě mluvil českému člověku z duše a nepotřebuji opakovati, co on slovy tak pěknými zde řekl.

Hohes Haus! Vor allem schließe ich mich den Ausführungen meines Herrn Kollegen Kalina an, der mit so beredten Worten die Stellung der böhmischen Abgeordneten gegenüber dem neu zu gründenden Ministerium gekennzeichnet hat. Er hat die großen Bedenken hervorgehoben, die ein jeder von uns hegt und die uns dazu zwingen, gegen die Gründung dieses Ministeriums zu stimmen. Es sind das erstens Gründe, die wir böhmische Abgeordnete auf Grund unseres Staatsrechtes gegen die Errichtung der Wiener Zentralämter haben; es sind weiters die Gründe, die wir als Abgeordnete dieses Reichsrates dagegen vorbringen müssen, weil es nicht angeht, der Regierung ein weißes Blatt zu geben, das sie nach ihrem Gutdünken beschreibt, und weil ein selbstbewußtes Parlament das letzte Wort über solche Maßnahmen selbst zu sprechen hat. Und schließlich, wenn wir nur diese Vorlage in die Hand nehmen und in aller Kürze nur die Kompetenzen dieses Ministeriums ins Auge fassen, was bleibt uns da, meine Herren, von unserer Autonomie, wo bleibt dann die Kompetenz der Gemeinde, des Bezirkes, des Landes? *(Abgeordneter Kalina: Zahlen!)* Ja, es bleibt, das wollte ich eben sagen, nur die Kompetenz, zu zahlen. Wir in Böhmen haben gerade auf diesem Felde großartiges geleistet. Unter den schwierigsten Umständen hat unser Landesausschuß und der frühere Landtag Dinge in die Tat umgesetzt, die wirklich als Marksteine auf diesem Gebiete gelten müssen. Und hätte uns die große Fürsorge Wiens und seiner Zentralämter nicht die Hände gebunden, die Herren hätten gestaunt, was wir noch auf diesem Gebiete geleistet hätten.

Alles das, von der einfachsten Fürsorge für das Kind, von der Mutter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge bis hinauf zum Wohnungswesen, zur Arbeitslosenfürsorge und zum Auswandererschutz, alles das wird auf einmal der heilige Zentralismus in Österreich in seine Hände nehmen und, wie es der Kollege gesagt hat, Ketten um das ganze Volk schlagen, damit wir das bißchen Atem, das wir noch haben, noch verlieren und ganz in den zentralistischen Bureaukratismus aufgehen.

Wir müssen dagegen sein; das ist kein Witz und kein Trotz. Es sind schwerwiegende Bedenken, die wir dagegen hegen. Sie wollen hier auch Dinge zentralisieren, welche sich erstens nicht zentralisieren lassen. Sie wollen von Wien aus Dinge reglementieren, welche sich nicht reglementieren lassen, außer Sie begehen an der Menschheit eine schwere Sünde. Sie wollen für die verschiedenen Völker, welche verschiedenartig veranlagt sind, wo sich die Armut, die Hilfsbedürftigkeit, die Not je nach dem Temperamente, dem Naturell und dem nationalen Charakter bei jedem Volke anders darstellt, alles von Wien aus reglementieren. Sie werden hier sagen: Wir werden Dependancen, verschiedene Zweigstellen in den Ländern errichten. Reden Sie mir nicht von solchen Sachen. Wir wissen, wie Ihre Zweigstellen beschaffen sind, wie schwer man mit ihnen arbeitet, wie schwerfällig dieser ganze Apparat ist. Es ist manchmal in anderen Sachen, die sofortige Abhilfe verlangen, noch ärger. Es schlägt in dieses Fach nicht ein, aber gehen Sie jetzt, wo die Not schreit, wo das Elend nach sofortiger Abhilfe ruft, nach Kladno, wo die Leute, die in einem großen Kohlenbecken sitzen, Not an Kohle haben,

weil eben alles hier zusammen bearbeitet wird, alles hier sitzt und alles von Wien aus reglementiert werden muß. Es handelt sich hier also um Dinge, die sich nicht zentralisieren lassen, und wenn Sie sie zentralisieren wollen, dann schlagen Sie sie schon am Anfang tot.

Wir erheben zweitens gegen die Errichtung dieser Zentralämter auch aus anderen Gründen unseren Protest. Nun wird mir vielleicht mancher sagen, es gehe nicht an, in einer so wichtigen Sache die nationalen Punkte so zu unterstreichen und mit der Politik zu kommen. Professor Redlich hat heute ein Wort ausgesprochen, welches wohl zu merken ist: Dieses Ministerium muß mit Liebe geleitet werden, die Beamten, welche dieses Ministerium leiten werden, müssen mit Liebe arbeiten. Entschuldigen Sie, meine Herren, ich will niemand nahetreten, niemand soll glauben, daß ich vielleicht einem Deutschen nahetreten will, ich weiß, daß es auch unter uns Böhmen Männer gibt, welche für das böhmische Kind kein Herz haben; aber entschuldigen Sie, das sind nur Ausnahmen. Ich muß betonen, daß nur der Angehörige seines Volkes für die Bedürfnisse seines Volkes in erster Linie Gefühl und Verständnis hat und deswegen halte ich die Resolution Korošec für ungemein wichtig, besonders bei diesem Ministerium.

Es hat auf mich im Verfassungsausschuß einen sonderbaren Eindruck gemacht, wie ich die Abstimmung verfolgte. Kollege Korošec hat mit Recht und wir mit ihm die Resolution eingereicht, in der wir die Vertretung der verschiedenen Nationalitäten in diesem Ministerium im Verhältnis der Bevölkerungszahl verlangten. Der Herr Referent hat sich nicht dagegen gestellt, aber sonderbarerweise war es der Führer der Christlichsozialen, der Prälat Hauser, der der erste dagegen war und der überhaupt gegen jedwede Vertretung anderer Nationalitäten in diesem Ministerium stimmte. Meine Herren, mich hat es nicht überrascht. Nach der Erfahrung, welche ich mit diesen Herren in puncto justitia populorum, der Gerechtigkeit der Völker, gemacht habe, habe ich mich absolut nicht gewundert, wie ich seine Hand hochflattern sah und ihm nach die Hände seiner Kollegen. Für mich war es insofern interessant, als es wieder einen Beweis lieferte, wie man sich die Zentralämter hier in Wien vorstellt und wie man verwalten will.

Meine Herren! Sie verlangen von uns die Liebe zu diesem Reich. Sie wissen, daß jedwede Gewalt eigentlich der größte Feind eines jeden Staatsgebildes ist und dort, wo man mit Gewalt arbeitet, dort arbeitet man mit dem stärksten Gifte gegen den Staat. Solange die Maschinengewehre arbeiten, so lange die Gewalt bei der Hand ist, so lange läßt sich der Groll dämmen; aber, meine Herren, einmal kommt er doch zum Durchbruch und mit Gewalt kommt man auf die Ewigkeit nicht aus.

Österreich ist ein Reich von verschiedenen Völkern und seine Lenker sollten immer das vor den Augen haben, daß sie, wollen sie auf diese Völker immer rechnen, besonders in den schwersten Stunden dieses Reiches, immer dahin arbeiten müssen, daß die Völker mit Liebe für ein einziges Ziel und Ideal arbeiten und kämpfen. Nicht kommandieren, nicht diktieren, nicht drohen, nicht einsperren, nicht erschießen, sondern lieben! Und was hat man bei uns gemacht? Haben wir, meine Herren, seitdem wir nach freier Hingabe unseres Königreiches zu Wien gehören, hier je eine aufrichtige Liebe gefunden? Haben wir hier für unsere Mühen, für unsere Arbeit, Kultur, für unser Blut und Geld wirklich das gefunden, was wir mit Recht beanspruchen können? Ich bin überzeugt, man wird mir diese Antwort schuldig bleiben müssen, denn ich könnte mit Recht nur auf unsere Zentralämter hinweisen, welche die Schicksale unseres Volkes in Händen haben, bis zu unserer und der Brünner Statthalterei, und dann müßten Sie sagen: Du hast recht. Wo waren wir in der Diplomatie, welche über die Geschichte und die Geschicke der österreichisch-ungarischen Monarchie und Völker entscheidet? War es einem böhmischen Manne je möglich, an einem verantwortungsvollen Posten seine Stimme zu erheben? Wurde er eines solchen Amtes für würdig befunden? Nicht, meine Herren. Und ich glaube, der verbissenste Deutsche könnte das nicht sagen, daß wir vielleicht nicht genug fähige Männer hätten. Wir sind gottlob in der Kultur schon genug hoch, aber wir sind eben Böhmen und es wäre vielleicht für Europa und die Welt ein Unglück gewesen, wenn ein Böhme irgendwo im diplomatischen Dienst angestellt wäre. Ich werde einmal so frei sein, den Herrn Grafen Czernin zu fragen, wie wir im Ministerium des Äußern vertreten sind.

Seien Sie nur aufrichtig, meine Herren! Sie haben ein Volk von zehn Millionen vor sich, das ist doch kein kleines Volk, sondern ein Volk, welches etwas bedeutet und welches sich mit einer großen Kultur ausweisen kann. Wo sind seine Söhne in diesem wichtigen Ministerium? Wie viele von uns sitzen zum Beispiel beim Herrn Ministerpräsidenten Seidler im Ministerratspräsidium? Wenn Sie entweder die Bevölkerungszahl ins Auge fassen, oder die Steuerkraft, oder die Höhe der Kultur, so sagen Sie mir aufrichtig, ob wir das ruhig hinnehmen können. Können Sie vielleicht dafür unsere Liebe verlangen? Oder gehen Sie in andere Ministerien! Ich bedauere, daß Herr Baron Banhans nicht hier ist, ich möchte ihn fragen, wie es im Eisenbahnministerium ist. Dieser alte Skandal, dieser alte Makel, auf den ich seit zehn Jahren

hinweise, bleibt immer bestehen, ohne auch nur eine kleine Korrektur erfahren zu haben. Im Gegenteil, man schmeißt unsere wenigen Leute, die noch da sind, aus den Ministerien heraus, man ekelt sie hinaus. Das ist auch eine große wirtschaftliche Schädigung unserer Leute. Wie kommen unsere Beamten dazu, daß sie vielleicht nicht ministerialfähig sind? Und wenn einer dort als Sektionschef ist — da nennt man uns sofort zum Beispiel Exzellenz Müller im Handelsministerium oder Sektionschef Burger im Eisenbahnministerium — so müssen das schon Männer von einer eisernen Geduld und großartigen Arbeitskraft sein, Männer, welche alles verschlucken, sich alles gefallen lassen und alles ertragen. Dann zeigt man uns in einemfort diese Männer und sagt: „Schaut hin, Ihr habt den dort!" Daß wir aber dort statt eines einzigen sieben Männer haben sollten, verschweigt man. Und wo sind denn unsere Leute? Wir haben keinen einzigen Ministerialrat im Eisenbahnministerium, wir hatten den einzigen Sektionsrat —, der ist beim Militär. Und kaum kommen die Herren von uns zu etwas, so trachtet man sie hinauszubugsieren, damit sie ja zu keinem Departement kommen. Wir haben kein einziges Departement! Wie schaut es im Handelsministerium aus, im Ministerium des Innern und in den anderen Zentralämtern?

Nehmen Sie nun die böhmischen und die mährischen Verhältnisse. Ich habe den Mut, als Priester zu sagen, daß ich mit dem seligen Stürgkh gesprochen habe, als es sich um die Besetzung des Prager Erzbistums gehandelt hat. Ich habe ihn gebeten, sich vor Augen zu halten, daß wir in Böhmen eine ganze Reihe von alten, ehrwürdigen, verdienstvollen Priestern haben, welche es doch verdient hätten, auf dem Throne des heiligen Adalbert zu sitzen. Wir, so ein katholisches Volk durch und durch haben nicht Gnade gefunden vor seinen Augen. Man hat mir gesagt, es ist eine alte Tradition, daß auf dem erzbischöflichem Stuhle in Prag, die Sprossen der alten deutschen adeligen Geschlechter sitzen sollen. *(Hört! Hört!)* Das bekam ich zur Antwort.

Meine Herren! Im Interesse der Religion, im Interesse der Kirche habe ich ihn gebeten, er solle doch einem verdienten, gottesfürchtigen böhmischen Priester dieses Amt geben. Wir bedauern und ich speziell bedaure es vom ganzen Herzen, daß keiner von unseren Priestern würdig befunden wurde, den erzbischöflichen Stuhl unseres so katholischen Volkes zu bekleiden.

Kein Statthalter, kein Oberlandesgerichtspräsident, keiner von diesen Koryphäen gehört unserem Volke an! Ja, meine Herren, Sie nehmen es uns übel, wenn wir sagen, wir klagen dieses Unrecht nicht Ihnen, weil wir bei Ihnen taube Ohren gefunden haben, wir klagen dieses Unrecht der ganzen Welt, *(Sehr richtig!)* Sie schmeißen uns förmlich zur Türe hinaus, Sie drängen uns in die Umarmung unserer Feinde, weil wir hier in diesem Wien bis dato niemals Hilfe, Gehör und Gerechtigkeit gefunden haben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Meine Herren! Diese Worte mußte ich sagen, obzwar ich bedaure, daß es gelegentlich der Beratung eines so wichtigen Amtes geschehen ist, wie dieses, für welches ich im Rahmen unserer Autonomie vor Jahren hier in diesem Hause plädierte, als ich noch vor dem Kriege auf das große Brachfeld der Soziologie in Österreich hinwies, als ich auf die unübersehbaren Reihen der damaligen Krüppel, Armen und Invaliden hinwies, welche uns mit gefalteten Händen um Aufnahme in die Irrenhäuser, Blindenanstalten, Taubstummenanstalten baten, in denen wir keinen Platz hatten. Ich bedaure, daß ich bei der Behandlung dieses Ministeriums diese bitteren Klagen habe vorbringen müssen.

Meine Herren! Es ist hier die Resolution Korosec, sowie es der Herr Referent vorgeschlagen hat, mit Ausnahme des Passus „im Verhältnis der Bevölkerungszahl" angenommen worden.

Seine Exzellenz steht hier. Ich glaube, die Rechnung ist bereits abgeschlossen. Wir werden bald vor einer fertigen Rechnung stehen und wir werden, ich bin überzeugt, wieder den Kürzeren ziehen. Wir haben, meine Herren, die Errichtung des Arbeitsministeriums noch im frischen Gedächtnis. Hier steht der damalige böhmische Landsmannminister und ich könnte, ohne daß ich mit ihm gesprochen habe — er wird es jetzt das erstemal hören — ihn zum Zeugen aufrufen, für das, was damals Dr. Gessmann ihm als Landsmannminister geschrieben oder gesagt hat, wo wir über die Zahl, über den Prozentsatz der böhmischen Beamten, welche in das Arbeitsministerium aufgenommen werden sollen, übereingekommen sind. Heute, versteht sich, sind sie nicht mehr in diesem Verhältnis. *(Abgeordneter Kadlčák: Aber die Portiere sind noch dort!)* Ich bitte, verraten Sie es nicht, sonst verlieren sie den Posten.

Meine Herren! Damals hat man auf unsere Rechnung auch manchen Doppelgänger genommen und ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen: Nicht diejenigen, welche einen böhmischen Namen führen und ein deutsches Herz haben, gehören unserem Volke an, nicht solche will ich, welche wegen einer Brodkruste die Larve anlegen oder das Kleid ändern und heute böhmisch sind und morgen, wenn der Wind umgekehrt weht, auf einmal deutsch werden. Nein, meine Herren, ich unterstreiche die fachliche Eignung; wir wollen im Interesse unserer Ehre in den Ministerien Leute

haben, welche uns wirklich Ehre machen. *(Abgeordneter Svejk: Wir haben solche Leute!)* Und wir haben sie, das müssen auch die Minister gestehen. Aber wir wollen ganze Männer haben, wir wollen keine Pharisäer, keine solchen schwachen Charaktere, welche ihren Mantel nach dem Winde drehen.

Man hat das Ernährungsamt gegründet, ohne uns zu fragen. Wie wir dort bestellt sind, das wissen wir am besten. Und doch handelt es sich in diesem Ernährungsministerium um uns, in erster Reihe um unsere Sachen. *(So ist es!)* Wie sind wir dort vertreten? Wie viele von uns sind dort Referenten, Dezernenten, wie viele von den hohen Beamten, welche im Ernährungsamte angestellt wurden, sind Böhmen? Und ich habe die große Befürchtung, daß man auch in diesem neuen Ministerium die Rechnung ohne uns macht. Man wird den einen oder den anderen von uns aufnehmen, entschuldigen Sie, meine Herren, gewöhnlich macht man es so, daß man die Böhmen nur so lange verwendet, als sie arbeiten müssen, und so bald sie dazu kämen, über etwas zu entscheiden, weg mit ihnen! *(Abgeordneter Svejk: Ministerialsekretäre werden sie, nicht mehr!)* Das ist so das höchste, wenigstens in manchen Gebieten.

Wir werden vielleicht morgen schon, jedenfalls in der nächsten Zeit in der „Wiener Zeitung" von der Kreierung eines zweiten Ministeriums — lesen. Nun, ich will kein schlechter Prophet sein, aber ich verspreche mir auch von diesem zweiten Ministerium in dieser Beziehung nichts anderes. Ich sage es Ihnen aufrichtig, ich spreche ja ganz unumwunden, ich habe meine Überzeugung und dieser Überzeugung gehe ich nach, ohne Rücksicht zu nehmen nach rechts oder nach links: mir wäre es am liebsten, wenn Sie niemanden von uns in die Ministerien aufnähmen. Ich sage es Ihnen aufrichtig. Gott wird es geben, wir werden unsere eigenen Ministerien haben, das streben wir an, denn ein jedes Volk soll sich seine Angelegenheiten selber bestimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wenn wir das anstreben, meine Herren, so tun wir es nur deshalb, weil wir wissen: hier in Wien haben wir nie volles Verständnis, nie Gerechtigkeit und Liebe gefunden. Wir buhlen nicht darum, wir wollen sie nicht erzwingen. Seien Sie uns nicht böse, wir werden uns selbst Ordnung machen und dann werden wir hoffentlich auch auf diesem großen sozialen Gebiete vorangehen, wir werden nicht zurückbleiben und auch hier Großartiges leisten für unser Volk. Ich habe geschlossen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Die Debatte ist geschlossen. Da der Herr Berichterstatter Dr. Schoepfer bei der heutigen Sitzung nicht anwesend ist, wird der Herr Obmannstellvertreter des Ausschusses Dr. Michejda das Schlußwort halten.

Abgeordneter Dr. **Michejda:** Hohes Haus! Ich werde die Herren nicht ermüden, zumal dieser Gegenstand vom Herrn Referenten sowohl in seinem schriftlichen Berichte als auch in seinem mündlichen Vortrage in der letzten Sitzung erschöpfend behandelt wurde und die Zeit auch drängt. Ich möchte nur feststellen, daß gegen die Vorlage in der heutigen Debatte eigentlich nur zwei Herren sich gewendet haben, obwohl mehrere Herren kontra eingetragen waren, die Herren Kalina und Zahradnik, und zwar erstens aus prinzipiellen politischen Gründen, weil sie in der Gründung des Ministeriums eine Stärkung des Zentralismus erblicken, und zweitens aus dem Grunde, weil sie der Ansicht sind, daß die Errichtung eines Ministeriums nur im verfassungsmäßigen, gesetzlichen Wege statthaft ist.

Als Vertreter des Ausschusses muß ich es mir wohl versagen, auf den ersten Einwand dieser Herren einzugehen. Ich möchte mir nur zu bemerken gestatten, daß die Errichtung dieses Ministeriums der Verfassungsreform und dem staatsrechtlichen Umbau dieses Staates durchaus nicht präjudiziert und ebensowenig der Stellung der böhmischen Abgeordneten und der Länder der böhmischen Krone.

Was aber den zweiten Einwand anbelangt, so hat der Ausschuß die latente Streitfrage, ob zur Errichtung eines Ministeriums ein Gesetz notwendig ist, ex professo nicht entschieden und auch nicht entscheiden wollen. Er hat sich von Nützlichkeitsgründen leiten lassen, von der Erwägung, daß die Errichtung des Ministeriums nach allseitiger Überzeugung dringend ist, und ist deshalb der Entscheidung der Frage ex professo aus dem Wege gegangen.

Alle anderen Herren haben sich für das Gesetz erklärt und haben nur gewiß sehr schätzbare und beachtenswerte Anregungen und Wünsche vorgebracht. So hat insbesondere Herr Professor Redlich in seinem trefflichen Vortrage dem Herrn Minister für soziale Fürsorge ans Herz gelegt, modern und nicht zentralistisch zu verwalten und in der Auswahl des Personals ebenso modern und fortschrittlich vorzugehen, gewiß eine sehr beachtenswerte und schätzbare Anregung.

Der Herr Abgeordnete Dr. Adler hat einen energischen Arbeiterschutz verlangt. Auch in dieser Richtung können wir seine Ansichten und die hier ausgesprochenen Wünsche nur unterstützen.

Es sind außer den Resolutionen, welche in der Vorlage abgedruckt sind, heute im Hause noch zwei Resolutionen überreicht worden. Die eine des Abgeordneten Heine, die zweite des Abgeordneten

Němec. Abgeordneter Heine verlangt in seiner Resolution, es möge die Regierung aufgefordert werden *(liest)*: „die durch die wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen des Krieges noch dringender gewordene Reform der gesamten staatlichen Verwaltung im Sinne deren Vereinfachung und Verbilligung ehestens zur Durchführung zu bringen und zu diesem Zwecke vorher die Grundzüge für diese durchgreifenden Reformen dem Abgeordnetenhause bekanntzugeben."

Meine Herren! Eine Reform der Verwaltung muß entweder zugleich oder nach der Reform der Verfassung, welche in der Thronrede angekündigt und zu deren Ausarbeitung ja der Verfassungsausschuß eingesetzt wurde, erfolgen. Deswegen wird diese Resolution wohl dem Ausschusse zuzuweisen sein.

Ebenso die Resolution des Kollegen Vaněk, welche die Regierung auffordert, den Verhältnissen der Hebammen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Der Herr Abgeordnete Seitz hat eine andere Fassung des § 1 des Gesetzes beantragt. Darüber hat sich schon in meiner Abwesenheit der Referent selbst geäußert. Ich kann nur sagen, daß der Ausschuß sich zu der vorliegenden Fassung des § 1 aus mehreren Gründen entschlossen hat. Ich werde sie nicht neuerlich vorbringen. Ich möchte für meine Person nur sagen, daß man eine glückliche Fassung weder diejenige nennen kann, welche im § 1, wie er uns vorliegt, festgelegt ist, noch weniger aber diejenige, welche der Herr Abgeordnete Seitz in seinem Antrage, beziehungsweise Eventualantrag vorschlägt. Mir scheint, daß diese Fassung des § 1, wie sie in der Vorlage enthalten ist, noch am gangbarsten und verständlichsten ist. Ich empfehle daher den Herren die Fassung des § 1, wie sie die Vorlage enthält, und bitte, die Minderheitsanträge des Herrn Abgeordneten Seitz abzulehnen.

Was die Resolutionen anbelangt, so bitte ich die Herren, alle diese Resolutionen, welche auch in der Verhandlung des näheren erörtert und begründet wurden, anzunehmen.

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Kalina zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kalina:** Hohes Haus! Der sehr verehrte Herr Kollege Dr. Redlich, der meiner Rede zugehört hat, hat, ich weiß nicht ob im Ernst oder nur scherzweise, mich als einen Minimalisten bezeichnet. Er hat mich in seiner Rede der Haltung eines Kompromißlers geziehen. Ich glaube, alle die Herren, die meiner Rede zugehört haben, haben die Überzeugung gewonnen, daß ich prinzipiell gesprochen und daß ich nur die Rolle der Herren übernommen habe, die den zentralistischen, konstitutionellen Standpunkt nicht vertreten haben. Ich bin also gar kein Minimalist — in dieser Sache läßt sich mit mir nicht sprechen —, ich bin ein ausgesprochener Staatsrechtler und das bleibe ich auch. *(Abgeordneter Neunteufel: Maximalist!)* Und wenn Sie wollen, bin ich auch Maximalist, denn der Heine will, daß wir alle Maximalisten sind. *(Heiterkeit.)* Und wenn Sie das wollen, so schauen Sie, daß Sie dann die Rechnung denen machen, welche uns in diese Situation drängen.

Ich berichtige also tatsächlich, daß ich hier als ausgesprochener Staatsrechtler gesprochen habe, und die Minimalisten, soweit sie auf den böhmischen Bänken sitzen, werden sich in der Zukunft überzeugen, ob sie gut daran getan haben, daß auch sie diesen prinzipiellen Standpunkt nicht eingenommen haben.

Der Herr Berichterstatter Dr. Michejda hat in seinem Schlußwort unsere staatsrechtlichen Bedenken anerkannt. Es wäre uns Böhmen angenehmer gewesen, wenn die Herren Polen als Autonomisten einmal wirklich Taten zeigen würden und wenn sie uns nicht jedesmal bei einer solchen Vorlage in unserem Kampfe gegen den Zentralismus im Stiche ließen. Es ist merkwürdig, daß das frühere Arbeitsministerium seinerzeit durch einen Dringlichkeitsantrag — wie mir scheint des Dr. Malachowski — zustandegebracht wurde, und heute ist wieder ein Pole, der sehr geehrte Herr Kollege Dr. Michejda, in Vertretung des Dr. Schöpfer als Referent über die Schaffung eines neuen Ministeriums aufgetreten. Wir begreifen schon den Standpunkt der Polen — sie sind Kompromißler —, aber heute, meine Herren, ist es für uns eine sehr wichtige Tatsache, wenn wir auf einmal sehen, daß ein Pole uns in dem Moment ein neues Ministerium empfiehlt, wo die Polen sich auf dem Sprung befinden, dieses Staatsgebilde zu verlassen. Sie werden schon die soziale Fürsorge in ihrem politischen Staate besorgen; dann wundern Sie sich, bitte, aber nicht, daß auch wir uns auf die Zukunft vorbereiten, damit wir nicht in diesem unnatürlichen Staatsgebilde bleiben und dann unsere Sachen nicht zustandebringen können.

Ich muß also tatsächlich berichtigen, daß wir zwar Worte hören, aber keine Taten sehen, so daß wir auf unsere Selbsthilfe angewiesen sind.

**Präsident:** Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Wir werden abstimmen.

Zum § 1 des vorliegenden Gesetzes liegt ein Minderheitsantrag und ein Eventualantrag des Herrn Abgeordneten Seitz vor. Nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Seitz soll der § 1 lauten *(liest)*:

„Das Ministerium für soziale Fürsorge ist für jene Angelegenheiten zuständig, die

nach Meiner Entschließung vom 7. Oktober 1917 in seinen Wirkungskreis fallen oder ihm künftighin zugewiesen werden, auch wenn sie nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen in den Wirkungskreis eines anderen Ministeriums gehören."

Dieser Abänderungsantrag kommt also zuerst zur Abstimmung.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Antrag Seitz in dieser Fassung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Ist die Minderheit.

Weiter hat der Herr Abgeordnete Seitz einen Eventualantrag gestellt, wonach § 1 lauten soll *(liest)*:

„Das Ministerium für soziale Fürsorge ist für jene Angelegenheiten zuständig, die nach den derzeit geltenden gesetzlichen Bestimmungen in den Wirkungskreis anderer Ministerien gehören, jedoch nach Meiner Entschließung vom 7. Oktober 1917 oder durch künftige Verfügungen ihm zugewiesen werden."

Ich ersuche diejenigen Herren, die den § 1 in dieser Fassung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Ist abgelehnt.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die den § 1 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 2, Titel und Eingang des Gesetzes in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Abgeordneter Dr. **Michejda**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dem zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nun die Herren, die dem Gesetze auch in dritter Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat das Gesetz, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für soziale Fürsorge gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden *(gleichlautend mit 792 der Beilagen)*, auch in dritter Lesung beschlossen.

Der Ausschuß hat ferner sechs Resolutionen beantragt. Wünschen die Herren, dieselben zu hören? *(Rufe: Nein!)* Es ist nicht der Fall. Wir werden daher über alle Resolutionen gleichzeitig abstimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die die vom Ausschusse beantragten Resolutionen annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolutionen sind angenommen.

Es sind im Laufe der Verhandlung zwei Resolutionen gestellt worden, bezüglich welcher der Herr Berichterstatter die Zuweisung an den Ausschuß beantragt.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Resolutionen dem Ausschusse zuweisen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung: Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend den Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung. *(768 der Beilagen.)*

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Dr. Ritter v. Mühlwerth die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Ritter v. **Mühlwerth** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Wenn wir vorhin über die Grundlagen der Schaffung eines Ministeriums für soziale Fürsorge beraten haben, so darf ich wohl auch sagen, daß die Annahme dieses kleinen Gesetzchens, das Ihnen hier zur Beratung und Annahme vorliegt, in gewissem Sinne auch eine soziale Tat bedeuten wird. Wurde es doch allgemein als eine Härte des Gesetzes empfunden, daß Menschen, die einmal von der Bahn des Rechtes abgewichen sind, die sich einmal gegen das Strafgesetz vergangen haben, deshalb ihr ganzes Leben lang gleichsam geächtet sein sollen, daß sie den Makel ihr ganzes Leben mit sich herumtragen sollen, wenngleich die eigentlichen Rechtsfolgen der erlittenen Verurteilung längst erloschen sind.

Diesen Anschauungen verdanken der Initiativantrag der Abgeordneten Dr. Sylvester und Genossen *(474 der Beilagen)* und die in Rede stehende Regierungsvorlage ihre Entstehung. Es soll nunmehr einem, der sich einmal gegen das Strafgesetz vergangen hat, der vorher gerichtlich unbescholten war, Tilgung der Verurteilung oder, wenn Sie das Fremdwort lieber haben wollen, Rehabilitation gewährt werden, wenn er einerseits

jenen Schaden, den er durch die strafbare Handlung verursacht hat, gut gemacht und wenn er andrerseits durch eine gewisse, im Gesetze näher bestimmte Frist sich gegen das Strafgesetz nicht vergangen hat.

Die Schadensgutmachung wird nach Anschauung des Justizausschusses mit Recht als Bedingung der Tilgung einer Verurteilung aufgestellt, da es doch gewiß nicht angängig ist, daß beispielsweise jemand sich seines ganzen Vermögens, seines Hab und Gutes entäußert und hierdurch dem betreffenden durch die strafbare Handlung Geschädigten es unmöglich macht, auf dem Wege Rechtens zu seiner ihm nach dem Gesetze gebührenden Entschädigung zu gelangen. Die Gutmachung des Schadens nach Kräften, nach seinen Kräften, ist also Vorbedingung. Nach Kräften heißt, nach seinem Vermögen, nach seinem Einkommen, soviel es eben möglich war. Das ist natürlich quaestio facti, was im gegebenen Falle Gutmachung des Schadens nach Kräften ist. Es ist das ein Ausdruck, den auch das bestehende Strafgesetz in den Bestimmungen über die Verjährung kennt. Dieser Ausdruck ist also nichts Neues im technischen Sinne.

Die Frist, während welcher der betreffende ehemalige Verurteilte sich klaglos geführt haben muß, beträgt 15 Jahre, 10 Jahre oder 5 Jahre, je nach der Schwere der strafbaren Handlung; 15 Jahre bei Verurteilung wegen eines Verbrechens, 10 Jahre bei der Verurteilung wegen eines der im zweiten Absatze des § 6 des Gesetzes vom 15. November 1867 aufgezählten Verbrechens, das sind politische Delikte, oder wenn er zu einer 6 Monate übersteigenden Arreststrafe verurteilt wurde, in allen übrigen Fällen, bei einem geringeren Delikt nur 5 Jahre. Sie beginnt mit der Beendigung des Vollzuges der Freiheitsstrafe oder der Erlassung derselben durch kaiserliche Gnade.

Grundbedingung ist, daß derselbe vorher nicht gerichtlich verurteilt war. Es wird also die Rechtswohltat, von der ich hier spreche, nur demjenigen zuteil, der sich nur einmal gegen das bestehende Strafgesetz vergangen hat. Doch macht der Entwurf auch eine Ausnahme davon; wenn nämlich jemand vor dieser größeren Verurteilung vorher oder nachher eine kleinere Strafe erlitten hat, die den Umständen nach als geringfügig zu bezeichnen ist und nicht auf ehrloser Gesinnung beruht, so wird auch diesem die Tilgung gewährt. Mit Recht hat der Entwurf davon abgesehen, die betreffenden Kategorien von strafbaren Handlungen beispielsweise oder taxativ aufzustellen. Beispielsweise ist ja im allgemeinen eine Verurteilung wegen eines Deliktes, das auf Gewinnsucht beruht, als auf ehrloser Gesinnung beruhend anzusehen.

Es wird im allgemeinen jemand, der ein Eigentumsdelikt begangen hat, in der Gesellschaft anständiger Menschen gemieden, während dies zum Beispiel bei einem, der dem anderen in der Aufregung ein Schimpfwort entgegenruft und deshalb wegen Ehrenbeleidigung gestraft wird, regelmäßig gewiß nicht der Fall sein wird. Nichtsdestoweniger lassen sich Fälle denken, in denen die Begehung eines Diebstahls nicht als eine Handlung wird angesehen werden können, die auf ehrloser Gesinnung beruht. Denken Sie sich gerade in der jetzigen Zeit den Fall, daß beispielsweise eine Mutter Eßwaren stiehlt, um dadurch ihren in der Kriegszeit begreiflicherweise hungernden Kindern diese Eßwaren zuzuführen, so wird gewiß niemand finden können, daß dies auf ehrloser Gesinnung beruht, wenn auch nach dem Strafgesetzbuche, nach dem Buchstaben des Gesetzes eine kleine Freiheitsstrafe über die betreffende Mutter als Angeklagte wird verhängt werden müssen. Dagegen wird, um bei dem früheren Beispiel zu bleiben, beispielsweise, was auch für Nichtjuristen so ziemlich in die Augen springt, eine Ehrenbeleidigung unter Umständen als eine auf ehrloser Gesinnung beruhende Handlung angesehen werden können, wenn diese Ehrenbeleidigung gegenüber dem Vater, dem Wohltäter geschieht und wenn, sagen wir, diese Beleidigung nicht in einem Schimpfworte besteht, das dem Betreffenden zugerufen wurde, sondern eine bedachte Schmähung ist, die durch lange Zeit fortgesetzt wird, um den Betreffenden bewußt in seiner Ehre, in seinem Fortkommen, in seinem Berufe zu schädigen. Es lassen sich sehr wohl Fälle denken, daß Ehrenbeleidigungen gewiß Handlungen sind, die auf ehrloser Gesinnung beruhen, und es muß in dieser Beziehung gesagt werden, daß gerade unsere gegenwärtige und vielleicht zu milde Spruchpraxis der persönlichen Ehre viel zu geringen Schutz angedeihen läßt, denn ich muß sagen: Wer mir die Ehre stiehlt, hat mir gewiß mehr gestohlen als derjenige, der mir 20 K nimmt. Sie sehen, daß allgemein gültige Regeln sich hier nicht aufstellen lassen. Es gibt Handlungen, die auf Gewinnsucht beruhen, die um des Vorteils willen geschehen und die doch nicht auf ehrloser Gesinnung beruhen, und es gibt andererseits Handlungen, von denen man, wie ich ausgeführt habe, das von vornherein nicht annehmen konnte, die aber doch eine ehrlose Gesinnung des Täters bekundet haben.

Was ist nun die Folge, die Rechtswirkung dieser Tilgung der Verurteilung? Es ist die vollständige Rehabilitierung des Betreffenden nicht nur in der öffentlichen Meinung, sondern auch insofern, daß nirgends mehr, in gar keinem Register seine Verurteilung aufscheinen darf, daß auch die Leumundszeugnisse darüber keinen Aufschluß geben dürfen und insbesondere auch in der Richtung, daß der einmal Verurteilte von der Verpflichtung befreit ist, die einmal erfolgte Verurteilung auch über Befragen vor Gericht oder einer anderen Behörde

anzugeben. Er kann also, wenn er als Zeuge vernommen wird, ohne weiteres sagen: „Ich bin unbescholten" und der Richter wird ihn niemals wegen Verbrechens des falschen Zeugnisses verurteilen können.

Die Tilgung der Verurteilung erfolgt, wie vorhin erwähnt, im Strafakt, ist dort anzumerken, ist anzumerken in der Strafkarte und auch in den Vormerken der Verwaltungsbehörden; die Verurteilung darf auch nicht in die Ausfertigungen von Strafkarten und von Leumundsnoten mehr aufgenommen werden.

Nun ist im § 4, Absatz 2, des Entwurfes überdies auch noch eine neue Art von Rehabilitation enthalten, eine Rehabilitation ex lege. Hier muß ich anführen, daß im allgemeinen das Gericht über Ansuchen entscheidet, ob eine Verurteilung als getilgt anzusehen ist oder nicht. Der Betreffende, der eine Verurteilung getilgt haben will, der doch das meiste oder eigentlich das einzige Interesse an der Sache hat, hat darum beim Gerichtshof jenes Sprengels anzusuchen, in dem er verurteilt worden ist, und zwar auch dann beim Gerichtshof, wenn ein Bezirksgericht erster Instanz entschieden hat. Hier hat nun der Staatsanwalt die erforderlichen Erhebungen zu veranlassen.

Über Wunsch verschiedener Ausschußmitglieder, insbesondere der Kollegen Dr. Ofner und Dr. Stölzel, wurde hier auch ein Passus eingeschoben, der dahin geht, daß diese Erhebungen mit möglichster Schonung der Ehre des Verurteilten zu veranlassen sind. Der Staatsanwalt hat aber auch das Recht, von Amts wegen eine Tilgung beim Gerichtshof zu beantragen, wenn ihm Tatsachen zur Kenntnis kommen, die diese Tilgung der Verurteilung gerechtfertigt erscheinen lassen. Das Gericht entscheidet hierüber in nichtöffentlicher Sitzung nach Anhörung des Staatsanwaltes durch Beschluß. Gegen die Entscheidung steht das Rechtsmittel der Beschwerde offen. Zeigt sich aus Anlaß dieser Erhebungen, daß der Schade noch nicht nach Kräften gutgemacht ist, so hat das Gericht dem Verurteilten vor der Entscheidung jenen Betrag bekanntzugeben, der noch übrigt, um die Bedingung der Gutmachung des Schadens erfüllt zu sehen.

Hier entscheidet, wie ich vorhin erwähnt habe, das Gericht über die Tilgung, einerseits über Antrag des Verurteilten, andrerseits über Antrag des Staatsanwaltes als desjenigen, der zur Wahrung der öffentlichen Interessen berechtigt und verpflichtet ist. Aber immerhin entscheidet schließlich das Gericht. Es ist also eine vom Gericht ausgesprochene Tilgung.

Davon ist im § 4, Absatz 2, eine Ausnahme statuiert.

Wenn nämlich eine Strafkarte eine einzige Verurteilung enthält und das Urteil auf keine strengere Strafe als eine einjährige Freiheitsstrafe lautet, so ist diese Verurteilung nach 15 Jahren nach dem Vollzuge der Strafe nicht mehr in Strafkartenausfertigungen und Leumundsnoten aufzunehmen.

Diese Art der Tilgung unterscheidet sich von der eigentlichen Tilgung nicht unwesentlich, hauptsächlich dadurch, daß der Betreffende dadurch nicht das Recht erlangt, über Befragen des Richters diese Verurteilung zu verschweigen, wie in den Fällen der eigentlichen Tilgung.

Noch muß ich erwähnen, daß überhaupt nur dann Tilgung gewährt wird, wenn das Urteil nicht auf eine strengere Strafe lautet, als auf eine einjährige Freiheitsstrafe, mit Ausnahme der Verurteilung wegen politischer Delikte, in welchen Fällen die Strafe auch eine strengere sein kann.

Man wird vielleicht eine gewisse Härte darin erblicken, daß man für strengere Strafen als einjährige Freiheitsstrafen Tilgung nicht festgesetzt hat. Ich glaube, es muß denn doch da eine gewisse Grenze gezogen werden. Derjenige, der zu einer mehrjährigen Strafe verurteilt worden ist — wobei ich von den politischen Delikten ganz absehe —, hat gewiß eine solche Ehrlosigkeit der Gesinnung im allgemeinen bekundet, daß man sich sagen muß: der ist einer derartigen Rechtswohltat nicht würdig und der Ausschuß hat sich daher dem angeschlossen, daß nur bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Jahre die Tilgung gewährt werden soll.

Im § 5 des Gesetzes ist eine wichtige Ausnahme festgesetzt, die vielleicht bei oberflächlicher Betrachtung gewissermaßen als unbillig erscheinen mag. Es heißt hier, daß von dem allgemein gültigen Prinzip, daß eine getilgte Verurteilung als nicht vorhanden anzusehen ist, daß sie vom Verurteilten keiner Behörde gegenüber mehr angegeben zu werden braucht und in keinem Strafregister und in keiner Leumundsnote mehr aufscheint, eine einzige Ausnahme besteht. In Fällen der Verleihung von Stellen des öffentlichen Dienstes können die betreffenden Behörden verlangen, daß ihnen auch die in Strafkartenausfertigungen und Leumundszeugnissen nicht mehr aufzunehmenden Verurteilungen gegen Verpflichtung der Geheimhaltung mitgeteilt werden; die Behörde hat also diese Mitteilung als Amtsgeheimnis zu betrachten.

Es kann füglich nicht bestritten werden, daß die hier festgelegte Ausnahme eine gewisse Härte beinhaltet. Gleichwohl glaubte der Justizausschuß aus Gründen der öffentlichen Interessen, die doch über jenen des Einzelnen stehen, im vorliegenden Falle diese Ausnahme festsetzen zu sollen; denn es könnte beispielsweise bei einer Dienstesverleihung die Beurteilung des Maßes der Vertrauenswürdigkeit, die jemand genießt, doch dadurch beeinträchtigt

werden, wenn der betreffenden Dienstesstelle nicht bekanntgegeben würde, daß der Gesuchsteller vor längerer Zeit, beispielsweise wegen eines Eigentumsdeliktes, verurteilt worden ist. Notwendig schien es dem Ausschusse, hier die Verpflichtung der Geheimhaltung festzusetzen. Es hat also die Behörde unter gar keinen Umständen das, was ihr hier mitgeteilt wird, jemand bekanntzugeben. Es ist dies als Dienstgeheimnis zu betrachten.

Hiermit glaube ich, hohes Haus, Ihnen im wesentlichen die Grundsätze, von denen das neue Gesetz getragen ist, erörtert zu haben. Ich bemerke nur, daß ich mich entschlossen habe, Ihnen im § 1 eine kleine textliche Änderung im Einverständnis mit der Regierung vorzuschlagen. Im § 1 heißt es nämlich, daß einem vorher gerichtlich unbescholtenen **Verurteilten Tilgung** der Verurteilung unter diesen und jenen Umständen gewährt wird; dann heißt es im zweiten Absatze *(liest)*: „Eine frühere oder spätere Verurteilung wegen eines Vergehens oder einer Übertretung steht der Tilgung nicht entgegen." Das ist nun ein gewisser Gegensatz und es dürfte sich besser machen, wenn wir das Wort „jedoch" einsetzen, um den Gegensatz zu kennzeichnen. Das eine ist die Regel, das andere ist die Ausnahme. Es hätte also zu heißen: „Einem vorher gerichtlich unbescholtenen Verurteilten wird Tilgung der Verurteilung gewährt, . . .;" und im zweiten Absatze würde es heißen: „jedoch steht eine frühere oder spätere Verurteilung wegen eines Vergehens oder einer Übertretung der Tilgung nicht entgegen, wenn . . ." usw. Diese textliche Änderung empfiehlt sich, nachdem, wie Kollege Dr. Ofner ganz richtig bemerkt hat, sich diese beiden Absätze zusammen nicht schön lesen, nachdem im ersten Absatz gesagt wird, er dürfe vorher nicht gerichtlich verurteilt sein, im zweiten aber dann doch von einer früheren oder späteren Verurteilung die Rede ist, die der Tilgung nicht entgegensteht.

Ich habe nun die Ehre, den vorliegenden Gesetzentwurf, durch welchen sich auch der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Sylvester erledigt, dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen und ich glaube, meine Herren, daß Sie durch die Annahme dieses Antrages gewiß auch einen Akt sozialer Fürsorge begehen, denn Sie werden auch demjenigen, der sich einmal gegen das Gesetz vergangen oder vielleicht vor langen Jahren versündigt hat und von der Bahn des Rechtes in einer schwachen Stunde abgewichen ist, die Möglichkeit geben, in der Achtung seiner Mitmenschen jene Stelle einzunehmen, auf welche er infolge seines langjährigen Wohlverhaltens und der Schadenstilgung wohlbegründeten Anspruch hat. Diesen Fleck auf der Ehr', um mich eines Wortes des alten Anzengruber zu bedienen, wollen wir hinwegwischen und dazu sollen Sie, meine Herren, alle mithelfen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich schlage vor, die General- und Spezialdebatte über das vorliegende Gesetz gleichzeitig abzuführen. Wenn kein Einwand erhoben wird *(nach einer Pause:)*, werden wir in dieser Weise vorgehen.

Es hat sich zum Worte gemeldet Seine Exzellenz der Herr Justizminister. Ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Justizminister Dr. Ritter v. **Schauer:** Hohes Haus! Die Rechtsfolgen, die mit einer schweren Verletzung der Rechtsordnung verbunden sind, erlöschen seit dem Gesetze vom Jahre 1867 nach einer gewissen Zeit. Was aber bisher durch Zeitablauf nicht wieder gewonnen werden konnte, war die gerichtliche Unbescholtenheit. Die Tatsache, daß der Verurteilte bestraft worden war, konnte nicht ausgetilgt werden, nicht einmal im Wege der Gnade des Kaisers. Ebensowenig war vorgesehen, daß die Strafen in den Strafregistern gelöscht werden und bei einer Anfrage, die oft aus einem Anlasse geschah, der dem Betreffenden günstig war, kam dann plötzlich eine alte Strafe hervor und dem Manne wurde schwerer Schade zugefügt. Wer als Zeuge über sein Vorleben vernommen wird, mußte die Strafe, die er erlitten und längst verbüßt hat, angeben. Daraus entstanden Härten und grobe Unbilligkeiten, die von Zeit zu Zeit die Öffentlichkeit aufrütteln, Richtern, Anwälten und vor allem aber den Funktionären des Justizministeriums durch Beschwerden, Hilferufe und Gnadengesuche immer wieder zur Kenntnis kommen. Oft genug kommt es vor, daß sich jemand in der Jugend eines schweren Verbrechens schuldig macht aus Unbesonnenheit, Übermut, mangelnder Einsicht in die Folgen, verleitet durch verirrte Phantasie, schlechte Gesellschaft oder Not, daß er aber in der Folge durch ein ganzes Leben voll redlicher Arbeit, Tüchtigkeit und Bürgersinn bewies, die Tat des Jugendlichen sei eine seinem Charakter fremde Verirrung gewesen. Solche Unglückliche schleppen nun die quälende Erinnerung an die Strafe, die sie in den Augen ihrer Mitbürger herabsetzt, wie eine schwere Kette nach sich, von der sie heute niemand befreien konnte. Sie müssen ängstlich, auch wo sie im Rechte sind, jeden Konflikt vermeiden, weil sie von einem böswilligen oder übel beratenen Gegner befürchten müssen, daß durch ihn die Schande, vor der sie zittern, an die Öffentlichkeit gezerrt wird. Sie fürchten jede Ladung als Zeuge vor Gericht, weil dabei durch einen Zufall oder eine Ungeschicklichkeit die vor Jahren erlittene Strafe in öffentlicher Verhandlung und dann durch die Presse in breitester Öffentlichkeit besprochen und damit ihre mühevoll errungene Stellung in der Gesellschaft mitunter sogar in der Familie vernichtet werden kann

Gewiß ist die mit der Verurteilung zu einer ernsten Strafe verbundene Schande ein wichtiges Mittel zur Aufrechthaltung der Rechtsordnung. Die instinktive Scheu des Volkes vor dem Bestraften, ein Ergebnis übler Erfahrungen, die mit schlechten Menschen gemacht wurden, hat als soziales Schutzmittel ihre Berechtigung. Aber beides trifft den ungerecht, der längst durch sozialethisches, einwandfreies Verhalten bewiesen hat, daß er ein anderer geworden ist oder daß die strafbare Handlung nur eine von ihm selbst aufs tiefste beklagte Verirrung gewesen ist.

Diese ungerechte Härte läßt sich beseitigen, ohne daß damit von dem Ernste der Strafe etwas preisgegeben und der Schutz der Gesellschaft vermindert wird. Im Gegenteil kann nichts so sehr den Besserungszweck fördern als wenn dem, der gefehlt hat, ein Strahl der Hoffnung, es könne noch alles gut gemacht werden, den rechten Weg weist. Zwecklose Härte entspricht nicht der Rechtsidee und ist ihr fremd. Sie zu beseitigen, ist eine sittliche Notwendigkeit. Bei strafbaren Handlungen der Jugendlichen kam man zuerst zu klarer Erkenntnis des Problems. Wissen wir doch, daß die Jugendlichen noch nicht fertige reife Menschen sind, daß sie nicht nur in der Physis, sondern auch im Charakter, im Verstand, vor allem aber in der sittlichen Widerstandsfähigkeit erst im Werden begriffen sind, daß sie daher Menschen sind, bei deren Tun und Lassen wir mit anderen Maßstäben rechnen müssen als dem für die Erwachsenen. Sobald man sich aber mit dem Gedanken der Rehabilitation ernster beschäftigte, mußte man sofort erkennen, daß man den weiteren Schritt machen muß, die Tilgung der Verurteilung auch auf Straftaten auszudehnen, die nach dem jugendlichen Alter begangen wurden.

Der Gedanke der Rehabilitation ist eigentlich schon recht alt. Der Begriff wurde in die Gesetzgebung zum erstenmale eingeführt durch die Ordonance royale Ludwig XIV. vom Jahre 1670. Sie regelt die königlichen Gnadenbriefe, mit denen dem Verurteilten der Makel der Unehrlichkeit oder des bürgerlichen Todes benommen werden soll. In Österreich findet sich zwar nicht eine Rehabilitation im technischen Sinne, aber doch eine auf ähnlichen Gedanken beruhende Einrichtung schon in der Theresiana. In moderner Gestalt wurde die Rehabilitation bei uns zuerst in der Regierungsvorlage über die strafrechtliche Behandlung von Jugendlichen vom Jahre 1907 angeregt. Sie ging dann in den Entwurf für die Reform des ganzen Strafrechtes vom Jahre 1912 über und soll nun in sehr erweiterter Gestalt durch die vorliegende Novelle zum allgemeinen Recht gemacht werden. Im Gesetze über das Jugendstrafrecht werden dann nur noch gewisse Besonderheiten im Sinne einer Erleichterung der Tilgung der Verurteilung zu regeln sein.

Die Regierungsvorlage wurde auf Grund von sehr dankenswerten Anregungen im Justizausschusse im Sinne einer sehr liberalen Ausgestaltung der Rechtseinrichtung umgearbeitet, hält sich aber meines Erachtens noch durchaus innerhalb der Grenzen, bis zu denen man gehen darf, ohne den Ernst der gerichtlichen Strafe in Frage zu stellen.

In dieser Hinsicht hätte ich allerdings gegen den Antrag des sehr verehrten Herrn Abgeordneten Dr. Sylvester und Genossen einige Bedenken, denn dieser Entwurf geht zunächst zu weit hinsichtlich der Voraussetzungen. Dort wird nämlich die Tilgung der Verurteilung ohne weiteres gewährt, ohne Rücksicht auf Schadensgutmachung, ohne Rücksicht darauf, ob der Betreffende unbescholten war und selbst bei den allerschwersten Verbrechen. Nun mache ich aufmerksam, daß es doch wohl nicht angeht, zum Beispiel bei einem Gewohnheitsdiebe, deshalb, weil nach einer Strafe eine gewisse Zeit vergangen ist, sie einfach aus den Registern verschwinden zu lassen und es nicht einmal zuzulassen, daß der Gerichtshof, der sich über Schuld und moralische Beschaffenheit des Angeklagten ein Bild zu machen verpflichtet ist, sich darüber informiere, was der Angeklagte vor einer gewissen Zeit gemacht hat. Diesen Einwand vermeidet eben der Entwurf, der es darauf abstellt, daß die Tilgung nur eintritt, wenn der Betreffende innerhalb der gewissen Frist keine strafbare Handlung begangen hat.

Andrerseits geht der Entwurf der Herren Abgeordneten aber wieder zu wenig weit, denn damit ist nicht gedient, daß bloß in den Registern die betreffende Strafe gelöscht wird. Die sehr wichtige Konsequenz, daß der Verurteilte die Strafe in Abrede stellen darf, sieht der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Sylvester nicht vor. Der Ausschußentwurf will die Tilgung in der Form der sogenannten Rehabilitation judiciaire — wie man es in Frankreich nennt — einführen, kombiniert mit einer allerdings weniger tief wirkenden, aber von selbst eintretenden Rehabilitation von Gesetzes wegen.

Ich will mich auf die Einzelheiten des Aufbaues des Entwurfes mit Rücksicht auf die sehr klare Darstellung des verehrten Herrn Referenten weiter nicht einlassen, möchte aber nur auf eines noch hinweisen. Mit Absicht weicht schon die Regierungsvorlage und so auch der Ausschußentwurf von dem letzten Herrenhausbeschlusse ab, der die Tilgung der Verurteilung abhängig machte von der Feststellung eines vorwurfsfreien Verhaltens des Verurteilten während einer gewissen Zeit. Diese Bedingung würde der Einrichtung, wie ich glaube, den praktischen Wert benehmen, denn wer das Be-

kanntwerden der erlittenen Strafe zu fürchten hat, müßte vor allem amtliche Ermittlungen scheuen, die zur Feststellung des vorwurfsfreien Verhaltens notwendig wären. Es würde sich ja darum handeln, das vorwurfsfreie Verhalten nicht nur während einer kurzen Spanne Zeit, sondern während 5, 10, 15 Jahren festzustellen. Das wäre aber ohne eingehendste und genaueste Nachforschungen gar nicht möglich. Entweder man würde in der Praxis diese Voraussetzung der Tilgung der Verurteilung nicht ernst nehmen und sich mit der Auskunft des Gemeindevorstehers, des Gendarmen oder in der Stadt des Hausbesorgers begnügen — Erkenntnisquellen, die hinsichtlich ihrer Verläßlichkeit nicht unter allen Umständen über jeden Zweifel erhaben sind — oder man würde mit der Feststellung des vorwurfsfreien Verhaltens tatsächlich Ernst machen und die erforderlichen Erhebungen pflegen, dann aber gerade für denjenigen, dem das Gesetz helfen will, eine ernste Gefahr heraufbeschwören. Übrigens — und das ist wohl, glaube ich, das entscheidende — ist der Ausdruck „vorwurfsfreies Verhalten" ein so vieldeutiger und der Begriff „vorwurfsfreies Verhalten" so unbestimmt, daß er sich zu einem Rechtsbegriffe gar nicht eignet.

Über die Einzelheiten des Entwurfes will ich, wie gesagt, nicht weiter sprechen; ich will nur darauf reflektieren, daß die Wirkung der Rehabilitation in Österreich weiter gehen soll als in irgendeinem anderen Staate. Wohl enthält das französische Recht seit der loi Bérenger vom Jahre 1885 den Satz: La réhabilitation efface la condamnation, das heißt „tilgt die Verurteilung aus". Allein aus diesem Satze werden keineswegs alle die Folgen abgeleitet, die nach unserem Entwurf mit der Rehabilitation verbunden sein sollen. Das gilt namentlich in Beziehung auf das Recht des Verurteilten, die getilgte Vorstrafe zu verschweigen. Die Frage nach den getilgten Vorstrafen ist in Frankreich nicht verboten, deren Erörterung in öffentlicher Verhandlung ohne Beschränkung zulässig und weder die Wissenschaft noch die Rechtsprechung sind dort bisher darauf verfallen, aus der Rehabilitation die Folgerung abzuleiten, die wir ziehen: daß die getilgten Vorstrafen in einem späteren Prozesse nicht mehr zur Sprache kommen dürfen.

In Frankreich wird der Auszug aus dem Strafregister — das Bulletin Nr. 2, heißt es dort — nicht in öffentlicher Verhandlung, aber den Richtern und Geschwornen mitgeteilt.

Nach dem Rechte des Entwurfes gilt der Verurteilte als gerichtlich unbescholten, wenn die Tilgung der Verurteilung eingetreten ist. Es trifft ihn daher nicht die Rückfallstrafe. Von besonderem Wert ist für den Verurteilten, daß er jeder Behörde, auch den Gerichten gegenüber, die getilgte Verurteilung verschweigen und in Abrede stellen darf. Die Tilgung der Verurteilung ist im Strafregister, im Strafakte und in den Vormerken der Verwaltungsbehörde anzumerken und darf weder in Ausfertigungen der Strafkarte noch in Leumundsnoten ersichtlich gemacht werden.

Einen Vorschlag, der eigentlich nicht ganz neu ist, denn etwas ähnliches gibt es auch in Frankreich, macht der Entwurf unter Verwirklichung eines Teiles des Antrages des Herrn Abgeordneten Dr. Sylvester durch Einführung einer Art Tilgung der Verurteilung mit geminderter Wirkung. Enthält nämlich eine Strafkarte nur eine einzige Verurteilung auf nicht mehr als ein Jahr und sind seit dem Vollzuge der Strafe oder seit der Begnadigung fünfzehn Jahre verstrichen, so darf die Verurteilung nicht mehr in Strafkartenausfertigungen und Leumundsnoten aufgenommen werden. Die Unbescholtenheit wird aber damit nicht erworben — das ist eben die geminderte Wirkung — und das Recht, die Verurteilung der Behörde gegenüber abzuleugnen, ist damit nicht verbunden. Dazu bedarf es unter allen Umständen einer gerichtlichen Entscheidung. Man will durch diese neue Bestimmung die tatsächlichen Vorteile der Tilgung der Verurteilung auch jenen zuwenden, die aus Nachlässigkeit oder aus Angst, die Verurteilung werde bekannt werden, um deren Tilgung nicht ansuchen. Ich glaube, daß sie in der Praxis ihre ganz gute Wirkung haben wird, und daß sie vielleicht doch manchem die nachteiligen Folgen erspart, der es unterlassen hat, sich um die Tilgung zu bewerben.

Ich komme nun zum wichtigsten Punkte, der, wie ich gehört habe, hier noch zur Sprache kommen wird, das ist nämlich, daß die getilgte Verurteilung amtlich anfragenden Behörden, die Stellen des öffentlichen Dienstes oder öffentliche Funktionen zu übertragen haben, mitgeteilt werden muß. Das wird durch das öffentliche Interesse an der Reinhaltung des öffentlichen Dienstes gefordert und diese Einschränkung ist nicht mehr als die Anwendung jener Sorgfalt, die auch der Private bei Übertragung von Vertrauensstellungen nicht missen will und kann. Solche Auskünfte sind übrigens streng geheim zu halten. Im klassischen Ursprungslande der Rehabilitation geht man in dieser Vorsicht noch viel weiter, indem den Gerichten, Polizeibehörden und sogar privaten Fürsorgevereinen, die sich des Verurteilten annehmen, stets auch die getilgten Verurteilungen mitgeteilt werden.

Auf eines möchte ich noch besonderen Wert legen. Insoweit das Gesetz durch seine unentbehrlichen, im allgemeinen notwendigen Schranken, im einzelnen Falle jemand die Tilgung der Verurteilung versagt, dem sie billigerweise nicht verweigert werden soll, eröffnet der Entwurf dem Verurteilten einen Weg, der ihm bisher gleichfalls verschlossen war, nämlich den der Gnade des Kaisers. So wird

manchem geholfen werden können, dem die Schranken des Gesetzes zunächst die persönliche Tilgung versagen.

Alles in allem darf wohl der Entwurf in der Gestalt, die er auf Grund der Verhandlungen des Justizausschusses erhalten hat, als ein ernster Versuch bezeichnet werden, das gestellte Problem zu lösen im Geiste sozialer Einsicht und wohlwollenden Verstehens, entsprechend den Forderungen der Gerechtigkeit und Humanität. Ich bitte um die Annahme des Gesetzentwurfes. *(Beifall.)*

**Präsident:** Zum Worte sind gemeldet pro die Herren Abgeordneten Dr. Sylvester und Dr. Heilinger, kontra der Herr Abgeordnete Dr. Ofner.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Ofner das Wort.

Abgeordneter Dr. **Ofner:** Wir erkennen an, daß die Regierung mit dem Vorschlage, den sie in diesem Gesetzentwurf gemacht hat, eine soziale Tat getan hat. Wir erkennen an, daß sehr große Schwierigkeiten zu überwinden waren, weil sehr mächtige gelehrte Herren der Ansicht sind, daß, wenn jemand einmal dem Strafgericht verfallen ist, er nicht mehr das Recht hat, als ein ehrenwertes Mitglied der Gesellschaft betrachtet zu werden, daß dieser Makel ihn sein ganzes Leben lang begleiten muß. Es ist das das Prinzip der Vergeltung, wie ie es nennen. Wir begrüßen es, daß die Regierung ich der Konsequenz dieses Prinzips entzogen hat. Nichtsdestoweniger war der Entwurf der Regierung außerordentlich beschränkt und er ist es auch noch etzt. Der Ausschuß hat, wie bereits der Herr Justizminister anerkannt hat, die Tragweite des Gesetzes in mancher Weise erweitert. Er hat insbesondere darauf gedrungen, daß, während die Regierung nur gesagt hatte, daß der Mann als unbestraft gelte, es heißen müsse, er sei gerichtlich unbescholten. Er hat ferner darauf gedrungen, daß in keiner Weise in der Strafkarte oder im Strafregister ersichtlich sein dürfe, daß eine derartige Vorstrafe vorgekommen sei. Er hat ferner darauf Gewicht gelegt, daß, während wir noch auf dem Standpunkte der réhabilitation judiciaire geblieben sind, doch eine Anzahl von Vorschriften ist hineingenommen worden ist, welche die réhabilitation par droit enthalten. Zu ihnen gehört die in dem Herrn Berichterstatter wie vom Herrn Justizminister bereits genannte Bestimmung des 4, wonach, wenn eine Strafkarte nur eine einzige Verurteilung aufweist und das Urteil auf keine engere Strafe als eine einjährige Freiheitsstrafe lautet, es in die Leumundszeugnisse und in die Strafkartenausfertigungen überhaupt nicht aufzunehmen ist. Ferner gehört dazu nach § 6, daß der Staatsanwalt, wenn er auch ohne Antrag des Verurteilten, auf andere Weise zur Kenntnis gekommen ist, daß die Voraussetzungen einer Rehabilitation vorhanden sind, von Amts wegen dieselbe zu beantragen hat und daß, wenn sich aus Anlaß einer Anfrage zeigt, daß die Voraussetzungen für sie vorliegen, der Staatsanwalt vor Erteilung der Auskunft davon zu benachrichtigen und die Entscheidung über die Tilgung abzuwarten sei. Das sind direkt Anklänge an eine Tilgung der Verurteilung von Rechts wegen.

Wir haben ferner darauf hingewirkt, daß, da das Gesetz eine Gutmachung nach Kräften verlangt und der Verurteilte oft nicht weiß, was er denn eigentlich zu leisten habe, wenn die anderen Voraussetzungen vorliegen, das Gericht ihm den Betrag zu nennen hat, durch dessen Erlag er diese Voraussetzung seiner Rehabilitation schaffen kann. Das sind gewisse Besserungen des Gesetzes.

Nichtsdestoweniger bleibt, wie gesagt, der Entwurf ziemlich beschränkt. Ich habe beispielsweise heute eine Zuschrift bekommen, in welcher mir jemand klagt, daß er in seiner Jugend — er ist bereits ein sehr bejahrter Mann — bestraft worden sei, und zwar wegen zweier Handlungen, die er begangen hat und die nicht zu gleicher Zeit bekannt geworden sind, zweimal. Würden sie zu gleicher Zeit bekannt geworden sein, so hätte er eine einzige Strafe gehabt — beide zusammen sind nicht ein Jahr —, würden sie also zu gleicher Zeit verhandelt worden sein, so hätte er die Tilgung der Verurteilung erhalten. So sind aber zwei Urteile. Wie ist ihm zu helfen? *(Abgeordneter Dr. Ritter v. Mühlwerth: Durch die Gnade des Kaisers!)* Da gibt es nur den Kaiser. Sie begreifen, meine Herren, das ist eine Härte, welche eigentlich nicht gewollt ist.

Nur gegen eines sträuben wir uns, nicht die Majorität, sondern die Minorität, aber wir sträuben uns. Es ist schon sehr bedenklich, daß der § 3 erklärt, daß Rechte dritter Personen, die sich auf die Verurteilung gründen, unberührt bleiben. Es handelt sich ja um die Zeit nach 5, 10 oder 15 Jahren und darum, daß das Gericht bereits angenommen hat, daß der Schade nach Kräften gutgemacht wurde. Und nunmehr kann es vorkommen, daß ein boshafter Mensch sich irgend ein Recht, das aus dieser Verurteilung komme, ausklügelt und dadurch die Vorteile der Rehabilitation vertilgt. Wogegen wir uns aber vor allem sträuben, das ist die Bestimmung des § 5. Wenn eine Behörde, die berufen ist, Stellen des öffentlichen Dienstes zu verleihen oder eine diesem Dienste gleichzuachtende öffentliche Funktion zu übertragen — Sie sehen, es ist das ganze öffentlich-rechtliche Gebäude hier umfaßt — jemanden anstellen will

und zu diesem Zwecke anfragt, so muß ihr die frühere Bestrafung bekanntgegeben werden, wenn auch zu gleicher Zeit die Tilgung der Verurteilung. Wir haben in dem § 5 allerdings einige Mäßigungen festgesetzt: es muß für die zu treffende Entscheidung von Bedeutung sein, es muß ein besonderes Verlangen vorliegen, die Behörde hat es geheim zu halten. Aber alle diese Vorsichten taugen gar nichts. Wenn bei einer Gemeinde oder irgendeiner anderen Behörde die Verurteilung mehreren Personen bekannt wird, so ist sie nicht mehr geheimzuhalten und es wird daher eigentlich der ganze Erfolg der Tilgung der Verurteilung vereitelt. Meine Herren! Wenn der Mann sich seit 15 Jahren wirklich vorwurfsfrei benommen und wenn das Gericht ihnen die Rehabilitation zugebilligt hat, so kann auch die Behörde, welche ihn anstellen will, sich damit zufrieden geben. *(Sehr richtig!)* Sollte er irgend etwas tun, so wird er es sühnen. Es wird ja sehr vorsichtig vorgegangen, der Mann bekommt ja nicht so leicht die Rehabilitation.

Wir bitten Sie daher, streichen Sie den § 5! Wenn Sie einmal die Rehabilitation bewilligen, dann bewilligen Sie sie in Wirklichkeit. Der § 5 zerstört die Wirkung der Rehabilitation. *(Sehr richtig!)*

Ich bin also durchaus für dieses Gesetz trotz all der verschiedenen Beschränkungen, die es enthält, allein ich bitte Sie dringend, meine Herren, wenn Sie das Gesetz wollen und mit wirklichem Effekt wollen, dann streichen Sie den § 5. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Udržal**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Sylvester; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Sylvester**: Hohes Haus! Da dieser Gesetzentwurf sich auf meinen Initiativantrag aufbaut, ich aber keine Gelegenheit hatte, im Justizausschuß meinen Standpunkt zu kennzeichnen, so habe ich mich veranlaßt gesehen, mich heute zum Worte zu melden. Die Grundlage des Gesetzes und seine Absicht ist ja sowohl vom Herrn Berichterstatter als auch von meinem Herrn Vorredner so klar auseinandergesetzt worden, daß ich darüber kein Wort verlieren will. Wir haben schon ein Rehabilitationsgesetz in dem Gesetze vom 15. November 1867, R. G. Bl. Nr. 131. Nach demselben werden einerseits die bürgerlichen Rechte durch die Verurteilung nicht tangiert, andrerseits wird die Wiedererlangung der Ehrenrechte unmittelbar nach Absitzung der Strafe festgesetzt und nach einer gewissen Zeit werden auch die Ehrenfolgen gelöscht. Man hätte meines Erachtens an diese Gesetzesvorlage anschließen und das Gesetz so formulieren sollen, wie diese Gesetzesvorlage es ausspricht.

Man ist aber zurückgegangen auf ein Gesetz oder eigentlich auf eine Gesetzesaktion, die schon im Jahre 1791 nach der französischen Revolution eine Rolle gespielt hat, nämlich die Rehabilitation, und da waren es drei Dinge, die in den Vordergrund traten: eine réhabilitation judiciaire, eine réhabilitation gracieuse und eine réhabilitation ex lege oder rehabilit pleine des droits. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß in dieser Richtung nur ein Gedanke Platz greifen kann, daß nämlich nach dem Gedanken: die Zeit heilt alle Wunden, nur die Zeit als maßgebend anzusehen ist, daß die Bescholtenheit aufgehoben wird. Die Bescholtenheit kann ja eigentlich nie aufgehoben werden, denn was einmal geschehen ist, kann nicht ungeschehen gemacht werden. Es kann in dieser Richtung nur eine Fiktion eintreten; man nimmt an, es sei jetzt die Bescholtenheit getilgt, ungeschehen kann die Verurteilung ja nicht gemacht werden. Und da müßte man meines Erachtens in erster Linie die Zeit in Betracht ziehen, nicht ein gerichtliches Erkenntnis, denn das gerichtliche Erkenntnis, die Erhebungen, die gepflogen werden, werden die Wunde zweifellos wieder aufreißen. Der Staatsanwalt wird Erhebungen pflegen und es wird in irgendeiner Weise, wenigstens in beschränktem Kreise, die ganze Sache wieder aufgerührt, so daß eigentlich wiederum das Gegenteil von dem bewirkt wird, was bewirkt werden soll. Die heutige Gesetzgebung verwirft ja auch das gerichtliche Erkenntnis. Die neuere Gesetzgebung in allen Landen, bis nach Japan hinein, zeigt, ich möchte sagen, die Richtung, daß die Zeit für die Tilgung der Bescholtenheit maßgebend sei.

Das Schädliche aber, meine Herren, ist in Österreich, daß man wieder eine Institution schafft, wo wieder soundso viele Beamte eine ganz neue Arbeit bekommen werden. Ich glaube, wenn wirklich die Rehabilitation durchgeführt wird, dann müssen die Staatsanwaltschaften verstärkt werden, es müssen die Strafgerichte verstärkt werden, kurz und gut, es muß eine ganze Reihe von Beamten angestellt werden, damit diese Rehabilitation durchgeführt werden kann. Aus diesem einen Grunde möchte ich sagen, daß man die Zeit in den Vordergrund stellen und nicht wieder ein gerichtliches Erkenntnis eintreten lassen soll.

Für geradezu unsinnig halte ich da den § 5. Der § 5 sagt: Wenn eine Behörde sich doch irgendwie erkundigen will, ob der Mann bescholtet oder nicht, so muß die betreffende Gemeinde die Auskunft geben. Einerseits soll also die Bescholtenheit getilgt sein, andrerseits aber soll die Gemeinde doch Auskunft geben. Da schließt das eine das andere aus und es ist dann eigentlich faktisch die keine Tilgung vorhanden. Darum, wenn die

abgelaufen ist — über die Zeit, darüber, ob es 3, 5, 10, 15 oder 20 Jahre sein sollen, läßt sich ja reden — wenn die Zeit abgelaufen ist, dann soll auch fingiert werden, daß die Bescholtenheit endgültig ausgelöscht ist. Das ist mein Standpunkt und ich glaube, daß dieser Standpunkt, wenn vielleicht auch nicht heute, so doch in absehbarer Zeit durchdringen wird.

Ich habe mir erlaubt, diesen meinen Standpunkt zu kennzeichnen und hoffe, daß im Herrenhause vielleicht eine Remedur geschaffen und die Sache vereinfacht werden wird, so daß dieser Gesetzentwurf in vereinfachtem Zustande, anschließend an den Gesetzentwurf vom 15. November 1867, R. G. Bl. Nr. 131, ganz im Anschlusse daran und einfach durchgeführt wird. In diesem Sinne wollte ich Ihnen meine Ausführungen vorbringen. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Udržal**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Heilinger; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Heilinger**: Hohes Haus! Unsere Strafgesetzgebung kennt bereits das Prinzip der Rehabilitation. Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat aufmerksam gemacht auf das Gesetz vom 30. November 1867, R. G. Bl. Nr. 131, in welchem die Löschung der Folgen gerichtlicher Verurteilungen normiert wird. Wenn Sie dieses Gesetz genau lesen, so werden Sie finden, daß die damalige Zeit in dieser Hinsicht viel freiheitlicher war als wir. Das Gesetz wollte einfach, daß alle Folgen gerichtlicher Verurteilungen nach einer gewissen Zeit erlöschen.

Meine sehr geehrten Herren! Es sind jetzt 22 Jahre her, daß ich mir erlaubte, im „Archiv für öffentliches Recht", herausgegeben von Seiner Exzellenz Professor Laband in Berlin, eine Abhandlung zu veröffentlichen, in welcher ich mich über diese Frage aussprach. Ich erklärte damals, daß nach dem österreichischen Rechte die Fiktion der Unbescholtenheit bestehe, indem das Gesetz ausdrücklich verfügt, daß alle Folgen strafgerichtlicher Verurteilungen mit einem gewissen Zeitpunkt erlöschen. Nachdem das Gesetz das verfügt, so ist damit etwas geschehen, das uns sagt, daß, wenn jemand etwas begangen hat, es als nicht begangen angesehen werden muß. Wer also bei Gericht gefragt wird, hätte also nach dem gegenwärtigen Recht nach einem gewissen Zeitablauf nach seinem Delikt schon das Recht, zu erklären, daß er unbescholten ist. Warum? Weil das Gesetz eben die Löschung aller Straffolgen wollte und es ist kein Zweifel, daß auch die Bescholtenheit eine Straffolge ist. Der sehr verehrte Herr Referent hat ausgeführt und auch in seinem Bericht dargelegt — und er hat diese Sache sehr richtig betont —, daß die Bescholtenheit eine Folge der strafgerichtlichen Verurteilung ist. Erklärt nun die Gesetzgebung, daß alle diese Folgen aufgehoben sind — und in diesem Sinne hat sich sogar eine Verwaltungsgerichtshofentscheidung ausgesprochen — so wäre eigentlich die Sache für Österreich günstig erledigt und mein unmittelbarer Herr Vorredner Dr. Sylvester könnte befriedigt sagen, es ist ohnehin das geschehen, was er vom Herrenhaus erwartet.

Nicht bloß in der Literatur und von seiten der Judikatur wurde in diesem Sinne gearbeitet, auch einzelne Verwaltungsbehörden haben in dieser Art entschieden. Aber Sie wissen, daß in Österreich in den vergangenen Jahrzehnten der Polizeigeist nicht zu verschwinden vermochte und so kam es dahin, daß diese freiheitliche Auffassung allmählich aufhörte und daß wir nun auf dem Punkte angelangt sind, daß wir sagen können, dieses Gesetz vom Jahre 1867 hat das vollständig seine Wirkung verloren. Nun, meine Herren, die Ansicht, daß die Fiktion der Bescholtenheit besteht, hat sich in der Verwaltung nicht durchringen können und es freut mich sehr, daß unser sehr verehrter Herr Referent in diesem Belange eine Veränderung in verschiedenen Hinsichten durchzuführen bestrebt ist, was von Nutzen ist. Sie haben gesehen, daß der sehr geehrte Herr Justizminister sehr warme Worte in der Angelegenheit gesprochen hat, mein unmittelbarer Herr Vorredner, der Altpräsident Herr Dr. Sylvester desgleichen, auch der Referent Herr Dr. v. Mühlwerth hat in dieser Weise gesprochen, und so erlaube ich mir nur zum Beweis, daß auch in der Öffentlichkeit in dieser Weise gesprochen wird, ganz kurz zwei Briefe vorzulesen, die Sie interessieren werden. Der eine Brief ist von einem Manne, der eine Stellung will; er geht durch die ganze Stadt und durch die ganze Provinz und findet sie nicht, und zwar nur deshalb, weil er den Makel eines im jugendlichen Alter begangenen Unrechtes noch immer fühlt. Hören Sie, was er schreibt *(liest)*:

„Will sich aber ein Vorbestrafter um eine Anstellung in einem kaufmännischen Betrieb oder dergleichen bemühen und wird von der Firma, welche die Stelle ausschreibt, die Beibringung eines Sittenzeugnisses gefordert, so kommt dieser Posten für den einmal Gefallenen nicht mehr in Betracht, weil er mit seiner Vorstrafe, welche trotz eventueller „Nachsicht der Rechtsfolgen" im Moralitätszeugnis ausgewiesen verbleibt, auch wenn er als fähigste Arbeitskraft für die ausgeschriebene Stelle in Betracht käme, nie irgendwo aufgenommen werden wird. Ich bitte, durch Gnade im hohen Hause zu erwirken, daß für diese Verzweifelten und Lebensverzagten, die tiefstens bereuen, was sie begangen und deren einziges Sehnen darnach strebt, wieder als vollwertige und nützliche

Mitglieder der Menschheit betrachtet werden zu können, hier endlich einmal Gnade für Recht geschieht."

Dann habe ich noch einen Brief, der auch sehr interessant ist und folgendes sagt *(liest)*:

„Ist es gerecht, daß ich, der in zarter Jugend einen Fehler, einen Fehltritt begangen habe, von dem heute niemand weiß als ich selber, vor dessen Verrat ich zittere und er mir jede Zufriedenheit raubt? Ich habe Söhne, die eine hohe soziale Stellung besitzen und Töchter, die an sehr angesehene Männer verheiratet sind und mich für einen braven alten Mann halten: ich bin es vielleicht auch. Vierzig Jahre sind es her und ich kann nicht leben und nicht sterben und zittere und jammere weiter. Mein Schicksal ist besiegelt. Ist das gerecht? Alles heilt die Zeit, nur dieses Leiden nicht, und wenn der Mensch noch so alt wäre, er muß sein ganzes Leben für einen einzigen Fehltritt büßen."

Meine Herren, Sie sehen, wie richtig die warmen Worte der unmittelbaren Herren Vorredner, insbesondere des Herrn Referenten waren.

Ich möchte nun auf dieses Gesetz zu sprechen kommen, welches eine Wohltat für die Allgemeinheit sein wird im Hinblick auf die ungünstige Auslegung, die derzeit bei den Behörden in dieser Frage existiert. Ich bin durch die ganze Zeit, in der ich Abgeordneter bin, sowohl im Reichsrat als auch im Landtag, für diese Sache eingetreten. Man hat mir sogar geschrieben, ich sei der Dr. Roser auf diesem Gebiet, ich gebe mir Mühe, es sei aber unmöglich, das zu erreichen, was wir heute alle wollen. Und dennoch, meine Herren, haben wir es erreicht. Sie sehen, wie sich die Zeiten ändern. Es hat sich ein Referent gefunden, der mit seiner wohlwollenden Gesinnung für diese Enterbten im Strafrechte eintritt. Ich habe seinerzeit mit allen Ministern gesprochen, der erste aber, der zu dieser Frage Stellung nahm, war der gewesene Minister Baron Schenk. Er versprach, im Herbst diese Angelegenheit ins Haus zu bringen. Es freut mich ungemein, daß Seine Exzellenz der gegenwärtige Minister diese Erbschaft cum inventario angenommen hat. Es ist damit erreicht worden, daß endlich die Furcht, die auf diesen Leuten lastet, wenigstens zum Teil genommen wird.

Wir sind auch unserem Freunde und Altpräsidenten Dr. Sylvester sehr zu Dank verpflichtet, der den diesbezüglichen Antrag eingebracht hat, den auch ich unterschrieben habe, denn auch dieser Antrag hat zu der guten Sache beigetragen. Wir sind auch dem Herrn Obmann des Justizausschusses zu Dank verpflichtet, unserem verehrten Freunde Dr. Waldner, der keine Mühe scheute, um die Sache in dringlichem Wege endlich ins Haus zu bringen, was ihm auch gelang. Sie haben nunmehr Tausenden eine Erlösung gebracht, wie immer Sie nun den Beschluß fassen mögen, ob unter Aufhebung des § 5 oder ohne Aufhebung des § 5. Heben Sie den § 5 auf, so schließen Sie sich an die Novelle vom Jahre 1867 an; heben Sie ihn nicht auf, so haben Sie der Sache wohl eine härtere Stilisierung gegeben, hoffentlich wird aber auch hier die Zeit eine Besserung bringen.

Mit Recht hat sowohl der Herr Berichterstatter als auch Seine Exzellenz der hochverehrte Herr Justizminister dieses Gesetz eine soziale Tat genannt. Es ist das eine soziale Tat und wir müssen sagen: Wenn unser Parlament gar nichts gemacht hätte als dieses eine Gesetz, so hat es viel gemacht. *(Zustimmung.)* Aus Tausenden von Stimmen werden Sie hören, wie nützlich, wie befreiend dieses Gesetz gewirkt hat. *(Berichterstatter Dr. Ritter v. Mühlwerth: Wir sind doch besser als unser Ruf!)* Gewiß! Das österreichische Parlament hat hier Großes geleistet. Dieses Gesetz ist geradezu ein Ruhmesblatt in der Geschichte des österreichischen Strafrechtes und in der Geschichte des österreichischen Parlamentes. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Es ist niemand mehr vorgemerkt. Die Debatte ist geschlossen. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. Ritter v. **Mühlwerth** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Ich bitte, mir zu gestatten, in aller Kürze auf die Anregungen der verschiedenen Herren Redner zurückzukommen. Ich möchte mir vorerst erlauben, dem verehrten Herrn Kollegen Dr. Heilinger meinen Dank auszudrücken und möchte an seine letzten Worte anknüpfen, daß die Schaffung dieses Gesetzes tatsächlich als eine soziale Tat des österreichischen Parlamentes zu werten ist. Ich erfülle auch eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn ich dem Herrn Justizminister und seinen Beamten im vorliegenden Falle den besten Dank für die tätige Mitarbeit und für den Eifer, den er und die Herren seines Ressorts der ganzen Angelegenheit gewidmet haben, ausspreche. *(Beifall.)*

Es ist vielfach darüber geklagt worden, daß das Gesetz nicht allen Wünschen entspreche, und es sind in dieser Richtung verschiedene Rekriminationen erhoben worden. Ich will keinen Augenblick leugnen, daß vielleicht manche dieser Bedenken nicht ganz unbegründet sind, aber ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß sich die Schaffung des Gesetzes als eine Art Kompromiß darstellt. Der Entwurf wurde ja im Justizministerium vollkommen umgearbeitet und ist erst dann neuerlich der Beratung im Justizausschusse unterzogen worden und es wurden die gemachten Anregungen seitens des Justizministeriums in der liberalsten Weise berücksichtigt. Ich möchte hier ein bekanntes Wort Bismarcks anwenden, der einmal gegenüber verschiedenen Beschwerden über

die Reformbedürftigkeit der deutschen Reichsverfassung sich geäußert hat: „Ich kann füglich nicht bestreiten, daß manche dieser Wünsche gerechtfertigt sind; ich will nicht bestreiten, daß manches vielleicht besser zu machen wäre, aber es ist die deutsche Reichsverfassung eben das Beste, was unter den gegebenen Umständen überhaupt zu erreichen war." Das war zu erreichen und darum glaube ich, werden Sie gewiß mit dem vorlieb nehmen, was Ihnen geboten wird. *(Unruhe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Berichterstatter Dr. Ritter v. **Mühlwerth** *(fortfahrend)*: Meine Herren! Manche der Bedenken, die hier vorgebracht wurden, sind wohl als unbegründet zu bezeichnen. Wenn der geehrte Herr Kollege Dr. Ofner gemeint hat, bei zwei Verurteilungen versage das Gesetz, so ist das wohl richtig. Wir wollten prinzipiell nur demjenigen, der sich einmal gegen das Strafgesetz vergangen hat, die Rechtswohltat des Gesetzes zuteil werden lassen — mit den kleinen Ausnahmen, die ich mir bereits früher anzuführen erlaubt habe — nicht aber demjenigen, der wiederholt bestraft worden ist. Das hat doch gewiß eine Berechtigung. Demjenigen, der zweimal bestraft worden und der, wie Kollege Dr. Ofner sagt, dadurch in eine wesentlich ungünstigere Lage gekommen ist, bleibt nichts anderes übrig, als die Gnade des Kaisers anzurufen, die ihm voraussichtlich in einem solchen Falle zuteil werden wird; denn außer den im Gesetze bestimmten Fällen ist die Tilgung nicht möglich, außer durch die Gnade des Kaisers.

Wenn weiters beanstandet wurde, daß Rechte dritter Personen unberührt bleiben, so glaube ich, daß auch diese Bestimmung vollkommen einwandfrei ist; denn diese Worte beziehen sich offenbar nur auf Zivilrechte und diese können eine Tilgung auch nicht unmöglich machen, wie Herr Kollege Doktor Ofner meint, sondern es sind Zivilrechte, Privatrechte, sei es aus dem Familienrechte oder seien es Schadenersatzansprüche, die durch die Tilgung nicht berührt werden. Das ist nur recht und billig. Wie käme ein Dritter, der durch die strafbare Handlung in seinen Privatrechten geschädigt worden ist, noch dazu, dadurch, daß dem Verurteilten nun die Rechtswohltat der Tilgung zuteil wird, um sein Recht zu kommen?

Das ist, glaube ich, gewiß vollkommen einwandfrei und kann nicht nur vor den Grundsätzen der Gerechtigkeit, sondern auch der Billigkeit sehr wohl bestehen.

Nun wurde aber die lebhafteste Kritik an dem § 5 des Gesetzentwurfes geübt und mein sehr verehrter Kollege Dr. Sylvester hat den Gesetzentwurf in dieser Richtung in etwas unsanfter Weise zerzaust. Ich möchte doch gegen diese Auffassung Stellung nehmen, als ob der § 5 eliminiert werden sollte. Ich habe vom Standpunkte des Berichterstatters füglich nicht bestreiten können, daß er scheinbar eine gewisse Härte beinhaltet; aber meine Herren, Sie müssen sich doch als Gesetzgeber vor Augen halten, daß die Rechte des Staates, die Rechte der Allgemeinheit über dem Rechte des Einzelnen stehen. Wenn jemand um eine öffentliche Stellung ansucht, so muß er sich schon etwas derartiges gefallen lassen. Wie käme zum Beispiel die Öffentlichkeit dazu, bei der Vergebung der Stelle eines Kassiers in einem öffentlichen Amte es sich gefallen lassen zu müssen, daß einer, der bereits wegen eines Eigentumdeliktes bestraft ist, diese Stelle erhält. Unter sonst gleichen Umständen und bei gleicher Qualifikation muß denn doch, glaube ich, demjenigen der Vorzug gebühren, der wegen eines Eigentumdeliktes keine Bestrafung erlitten hat. Ich muß sagen, es wäre gegen mein Rechtsempfinden, wenn dem nicht so wäre. Wenn drei sich um eine Stelle bewerben und sie sind alle drei bezüglich ihrer Fähigkeit und ihres Fleißes gleich gut qualifiziert, einer aber hat wegen einer Veruntreuung eine Strafe erhalten, so werde ich einen anderen wählen und nicht den, der gestohlen hat. *(Widerspruch.)* Das kann vor den Grundsätzen der Billigkeit wohl bestehen und der Staat hat ein Interesse daran, daß der Unbescholtene die Stelle bekommt. *(Neuerlicher Widerspruch.)* Das ist doch zweifellos. Oder werden Sie es, meine Herren, bei Verleihung einer Aufseherstelle für eine staatliche Erziehungsanstalt, wo Knaben erzogen werden, gerechtfertigt finden, daß verschwiegen wird, daß einer der Bewerber, der sonst sehr gut qualifiziert sein mag, vielleicht wegen Päderastie vorbestraft wurde und wollen Sie diesen Pädarasten vielleicht in die Knabenerziehungsanstalt geben? *(Abgeordneter Dr. Ofner: Ja!)* Ja? Ich werde das nicht billigen. *(Abgeordneter Dr. Ofner: Ja!)* Dann sind wir allerdings ganz verschiedener Auffassung. Ich bitte Sie daher, unbedingt an dem § 5 nicht zu rütteln, denn ich glaube, daß er einem staatlichen Interesse entspricht und dieses staatliche Interesse diesen § 5 unbedingt erheischt. Ich muß mich geradezu wundern, daß gegen diesen § 5 in dieser Weise Sturm gelaufen wird, nachdem ohnedies in demselben alle Kautelen enthalten sind, die zugunsten des Verurteilten sprechen. Die Auskunft ist geheim zu halten, das ist fixiert. Es ist Amtsgeheimnis, was bekanntgegeben wird und es sind auch nur die Mitteilungen in der Weise zu geben, soweit sie für die von der Behörde zu treffende Entscheidung von Bedeutung sind. Es wird also vielleicht diese Verurteilung wegen des Sittlichkeitsdeliktes bei einer Kompetenz für das Postsparkassenamte nicht weiter in Betracht fallen, es wird villeicht andrerseits die Verurteilung wegen einer Veruntreuung bei der Bewerbung um einen

Erzieherposten in einem Knabeninstitute nicht in Betracht fallen, weil sie in dem einen Falle nebensächlich ist, wohl aber wird eine Verurteilung aus Gewinnsucht bei einer der staatlichen Anstellung, wo öffentliche Gelder durch die Hand des Betreffenden laufen, gewiß bekanntzugeben sein. Ich begreife es gar nicht und es ist mir ganz unverständlich, daß gegen den § 5 in solcher Weise Sturm gelaufen wird.

Der Herr Abgeordnete Dr. Heilinger hat, wie mir soeben mitgeteilt wird, übrigens auch in dieser Richtung einen Zusatzantrag gestellt, dem ich vom Standpunkt des Berichterstatters zustimme. Der Herr Dr. Heilinger beantragt in die siebente Zeile des § 5 nach dem Worte „Verurteilungen" — der § 5 handelt eben davon, daß Behörden, die berufen sind, Stellen des öffentlichen Dienstes zu verleihen, verlangen können, daß ihnen auch die in Strafkartenausfertigungen und Leumundzeugnisse nicht mehr aufzunehmenden Verurteilungen bekanntgegeben werden, soweit sie für die von ihnen zu treffende Entscheidung von Bedeutung sind — eingeschaltet werde: „soferne diese" — nämlich diese Verurteilungen — „nicht im jugendlichen Alter (unter 18 Jahren) erfolgten."

Ich stimme dem zu. Ich glaube tatsächlich, daß dieser Zusatzantrag eine wesentliche Milderung jener Härte beinhaltet, die Sie im § 5 so lebhaft beklagt haben. Wenn also die Verurteilung in einem Alter unter 18 Jahren erfolgt, so daß man sagen kann, daß es wirklich nur eine Jugendverirrung gewesen ist, so ist in diesem Falle, wenn der Betreffende in späteren Jahren sich um eine Stelle des öffentlichen Dienstes bewirbt, diese Verurteilung unter gar keinen Umständen mehr bekanntzugeben. Ich meine, mit dieser Einfügung, die geeignet erscheint, dem so sehr verfemten § 5 gleichsam die Spitze abzubrechen, kann der § 5 vor den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Billigkeit sehr wohl bestehen.

Ich beantrage also die sonst unveränderte Annahme des in Rede stehenden Gesetzentwurfes mit der einzigen Einschaltung gemäß dem Zusatzantrage des Abgeordneten Dr. Heilinger, daß in der siebenten Zeile des § 5 nach dem Worte „Verurteilungen" eingeschaltet werde: „soferne diese nicht im jugendlichen Alter (unter 18 Jahren) erfolgten." Im übrigen empfehle ich den Gesetzentwurf zur unveränderten Annahme.

**Präsident:** Ich bitte, die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen.

Die §§ 1 bis 4 des Gesetzes sind unbeanstandet geblieben, über § 5 wird besonders abgestimmt. Ich bitte jene Herren, die den § 1 mit der vom Berichterstatter empfohlenen stilistischen Änderung, die §§ 2, 3 und 4 nach der Ausschußvorlage annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die §§ 1 bis 4 sind angenommen.

Gegen den § 5 ist in seiner Gänze Einspruch erhoben worden. Außerdem liegt ein Zusatzantrag des Abgeordneten Dr. Heilinger vor. Wir werden also zunächst über den § 5 abstimmen, wie er vorgedruckt ist — die Gegner des Paragraphen werden ihre Meinung einfach durch Sitzenbleiben kundgeben —, dann werden wir, vorausgesetzt, daß der § 5 nach dem Ausschußantrage angenommen wird, über den Zusatzantrag Heilinger abstimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den § 5 nach dem Ausschußantrage annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* § 5 ist abgelehnt.

Damit ist auch der Zusatzantrag des Herrn Abgeordneten Dr. Heilinger entfallen. *(Berichterstatter Dr. Mühlwerth verläßt den Platz des Berichterstatters.)*

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche die §§ 6, nunmehr 5, 7 nunmehr 6, 8 nunmehr 7, 9 nunmehr 8, Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Paragraphen sowie Titel und Eingang des Gesetzes sind angenommen und damit das Gesetz in zweiter Lesung erledigt. *(Abgeordneter Seitz: Ich bitte um das Wort zu einem formalen Antrag!)* Der Herr Abgeordnete Seitz hat das Wort zu einem formalen Antrag.

Abgeordneter **Seitz:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Seitz beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung des soeben in zweiter Lesung beschlossenen Gesetzes. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrag zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, sofort die dritte Lesung vorzunehmen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die das soeben in zweiter Lesung beschlossene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz über die Tilgung der Verurteilung *(817 der Beilagen)* ist auch in dritter Lesung angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Budgetausschusses über die Anträge der Abgeordneten Dr. Banaš, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Hillebrand, Jokl, Palme *(238, 319, 441, 473, 611, 669 der Beilagen)*,

Parrer und Genossen, betreffend die Entschädigung der Gemeindevorsteher und Gemeindesekretäre für die infolge der Kriegsereignisse erhöhten Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises, dann über den Antrag Dr. Hofmann-Marckhl *(448 der Beilagen)*, Teufel-Hummer über die gleiche Entschädigung der Städte *(749 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Abgeordneten Angerman die Verhandlung als Berichterstatter einzuleiten.

Berichterstatter **Angerman** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Die Entschädigung der Gemeinden und der Städte für die Arbeiten des übertragenen Wirkungskreises wurde schon seit Jahren hier im Hause angeregt. Das ist ein alter Wunsch des ganzen Hauses und es wurden im Budgetausschuß die hier eingebrachten Anträge einstimmig angenommen.

Es sind das die Anträge der Herren Abgeordneten Dr. Banaś, Pichler, Unterkircher, Jachowicz, Bojko, Jaklič, Klemensiewicz, Hillebrand, Jokl, Palme, Parrer und Genossen, dann die Anträge Dr. Hofmann-Marckhl und Teufel-Hummer.

Der Bericht des Budgetausschusses enthält alle Informationen, welche das hohe Haus verlangt. Dieser Bericht wurde den Herren vorgelegt, deswegen halte ich es jetzt nicht für nötig, die Sache hier weiter zu erörtern.

**Präsident**: Zu diesem Gegenstande haben sich zum Worte gemeldet, und zwar pro die Herren Abgeordneten Dr. Dinghofer und Parrer.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Dinghofer.

Abgeordneter Dr. **Dinghofer**: Hohes Haus! Wenn ich mich nicht täusche, nennt Treitschke an irgendeiner Stelle seiner Werke den Krieg einen Gesundbrunnen. Wir hören auch sehr oft, daß der Krieg mit einem reinigenden Gewitter verglichen wird. Es ist gar kein Zweifel, daß große Kriege neue Abschnitte im Völkerleben bedeuten und gewaltige Veränderungen im gesamten Staatsleben mit sich gebracht haben. Auch wir stehen bereits mitten in einer derartigen großen Umgestaltung, wenn es auch ein Großteil unserer Mitmenschen nicht so recht fühlt, und zwar aus dem Grunde, weil ihm andere Sorgen, Tagessorgen, viel näher liegen, und er dadurch in seinem Gesichtskreise abgehalten wird, auf die großen Erscheinungen in der Welt, in Europa und nicht zuletzt bei uns in Österreich zu achten.

Aber nicht bloß wir in Österreich stehen in einer solchen gewaltigen Umgestaltung, wir sehen sie auch bereits im Zuge in Ungarn, wir sehen sie in Deutschland und nicht zuletzt auch bei unseren Feinden, in einer besonderen Gewalttätigkeit oder, sagen wir, richtiger Weise, in einer besonderen Größe in Rußland, vielleicht auch bald in Italien, in Frankreich und in England.

Trotz dieser Tatsachen gibt es bei uns in Österreich und in der ganzen Welt vielleicht noch immer Menschen, welche die Meinung vertreten, das einfachste und klügste wäre es, den Zustand sowohl in wirtschaftlicher, wie auch in politischer Beziehung wieder herzustellen, wie er vor dem 1. August 1914 war.

Meine sehr geehrten Herren! Diese Ansicht ist unhaltbar. Es ist nicht bloß unmöglich, sondern es ist auch gar nicht mehr wünschenswert, daß dieser Zustand hergestellt werde. Diese Wiederherstellung ist schon wegen der ungeheuren Verminderung der Volkskraft infolge des Verlustes an Menschen und Kapital unmöglich, sie ist aber auch aus dem Grund unmöglich, weil sich unsere Auffassung von unserem Zusammenleben, vom Staat im Laufe dieses Krieges gewaltig geändert hat und sie ist gar nicht wünschenswert, weil es ja heute für jedermann klar ist, daß die Ursache dieses ungeheuren, dieses größten aller Kriege nicht etwa in der Ermordung des österreichischen Thronfolgers zu suchen ist, sondern daß die Ursachen viel tiefer liegen, daß die Ursachen ihren Grund haben in der Habgier, im Neide, in der Herrschsucht und in der Rachsucht unserer Feinde, welche infolge ihrer Übermacht glaubten, Österreich-Ungarn und die Türkei zerstückeln zu können, welche glaubten, ihren gefährlichsten Konkurrenten in der Weltherrschaft, Deutschland, dauernd schwächen und in die Kleinstaaterei zurückwerfen zu können. Dieser Glaube hat sich Gott sei Dank als verfehlt erwiesen, diese Hoffnung unserer Feinde ist gescheitert dank dem Heldenmute unserer Truppen, dank der genialen Führung mit Hindenburg an der Spitze. So ist der Krieg für uns von vornherein ein Verteidigungskrieg, ein Kampf um unsere Existenz.

Und wenn wir nun zweifellos am Schlusse der großen Tragödie stehen, so erscheint es notwendig, daß wir alle uns klar sind über die erste Vorbedingung für einen gedeihlichen Frieden, über die Vorbedingung einer gesicherten Zukunft in wirtschaftlicher wie in politischer Beziehung. Unser Friedensziel muß sein, Ordnung, und zwar eine solche Ordnung im inneren europäischen Völkerleben zu schaffen, welche uns und mit uns unseren Verbündeten eine ruhige, freie und friedliche wirtschaftliche Entwicklung verbürgt und ein für allemal unseren Feinden die Lust nimmt, jemals wieder über uns herzufallen und Mitteleuropa als ein Ausbeutungsobjekt ihrer Herrsch-

gelüste zu betrachten. Um aber eine derartige Vorbedingung zu schaffen, um einen derartigen Frieden zu bekommen, müssen wir nicht bloß unseren Waffen vertrauen, sondern wir müssen auch jenen maßgebenden Faktoren Vertrauen entgegenbringen, welche verfassungsmäßig in erster Linie über die Frage Krieg oder Frieden zu entscheiden haben. Und ich glaube, wir können dieses Zutrauen jenen Faktoren um so mehr entgegenbringen, weil diese keine Gelegenheit versäumt haben, um ihre stete Friedensbereitschaft zum Ausdruck zu bringen, um zu sagen, daß sie jederzeit gern die Hand zur Anbahnung eines ehrlichen, eines ehrenhaften und dauernden Friedens bieten und daß sie nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß dieser Krieg auch nur einen Tag länger geführt wird, als zur Erreichung dieses Zieles notwendig ist.

Aus diesen Gründen halte ich es nicht für richtig, vom Minister des Äußern fortwährend zu verlangen, er möge seine Karten vollständig aufdecken. Meine Herren! Ich glaube, wir müssen in dieser Beziehung mehr Selbstzucht aufbringen, so begreiflich unsere Friedenssehnsucht auch sein mag. Freilich darf diese Selbstzucht nur so weit gehen, als unsere verfassungsmäßigen Rechte dadurch nicht geschmälert erscheinen, und zwischen diesen zwei Gegenpolen den richtigen Weg zu finden, halte ich bei den verworrenen Verhältnissen bei uns in Österreich, bei den einander widerstreitenden Zielen der einzelnen Nationen und Parteien für außerordentlich schwer. Ein Beispiel hierfür hat uns ja die in der vergangenen Woche abgeführte Debatte über Polen gegeben.

Wenn ich also hier zum Ausdruck bringe, daß wir hinsichtlich der äußeren Politik eine gewisse Vorsicht walten lassen sollen, so ist dies kein Grund, daß wir uns nicht desto inniger und intensiver bereits jetzt mit der inneren Politik befassen, und zwar in der Richtung, daß wir anstreben müssen, unser Haus endlich wohnlicher und besser zu gestalten, eine Form zu finden, wodurch wir wirtschaftlich, sozial und kulturell einen Weg gehen, den wir gehen müssen, um uns für die Zukunft unserer Auffassung gemäß erhalten zu können. Zu diesen Vorbereitungen in der inneren Politik — so wird uns seit Jahr und Tag erzählt — gehört die Frage der Verwaltungsreform. Es ist zweifellos, daß das eine außerordentlich schwierige Frage ist, wieder besonders schwierig bei uns infolge der verschiedenen nationalen und kulturellen Verhältnisse. Es ist auch ebenso zweifellos, daß wir noch einige Zeit darauf werden warten müssen, obwohl sie uns seit Jahrzehnten versprochen wird, und zwar mit Rücksicht auf die bedächtige Arbeitsmethode, die bei uns in Österreich Sitte geworden ist.

Die Reform der Verwaltung muß in drei Teile eingeteilt werden: In die Reform des Staates, in die Reform der Landesverwaltung und in die Reform der Gemeindeverwaltung. Es war zweifellos ein Fehler, daß auf den absolutistischen Staat eine freie Selbstverwaltung aufgepfropft wurde. Ich bitte mich aber nicht in dem Sinne zu verstehen, daß ich die freie Selbstverwaltung bedauere, ich bedauere nur, daß nicht auch zu gleicher Zeit mit der Einführung der freien Selbstverwaltung der absolutistische Staat vollständig verschwunden ist. Die freie Selbstverwaltung hat sich in der denkbar besten Weise bewährt, heute aber ist die Situation so, daß wir eigentlich noch immer ein wenig im Polizeistaate stecken. Daher ist meines Erachtens die Reform der Staatsverwaltung die größere, wichtigere Reform. Damit will ich aber durchaus nicht sagen, daß in der Selbstverwaltung alles gut ist. Der Herr Kollege Hock hat den Kopf geschüttelt wie ich die Selbstverwaltung gelobt habe. Es ist gar kein Zweifel, daß die Selbstverwaltung und insbesondere die Gemeindeverwaltung verbesserungsbedürftig ist und daß in dieser Hinsicht sehr viel geschehen muß, schon deshalb, weil ja die Gemeindeverwaltungen mit Rücksicht auf ihren Werdegang einen verschiedenartigen Aufgabenkreis bekommen haben.

Es ist ja ganz klar, daß man eine große Gemeinde, die Stadtgemeinde Wien zum Beispiel, mit einer Landgemeinde hinsichtlich ihrer Aufgaben absolut nicht vergleichen kann und daß daher in Zukunft die Differenzierung einzelner Gemeinden, je nach ihrer Größe und wirtschaftlichen Bedeutung unbedingt notwendig ist. Aber an dem Prinzip der vollen, uneingeschränkten Städteautonomie mit dem freigewählten Stadtoberhaupt muß meines Erachtens auch für die Zukunft festgehalten werden. Dies ist auch in sachlicher Beziehung von außerordentlicher Bedeutung. Wenn an Stelle des freigewählten Stadtoberhauptes, an Stelle unseres Bürgermeisters ein von der Regierung ernannter Beamter tritt, so besteht die Gefahr, daß das Aufblühen der Städte und die großen sozialen Aufgaben, welche Tag für Tag an die Gemeindevertretungen herantreten, in ihrer Verwirklichung unterbunden werden. Der Staat ist eine Maschine, die sehr schwerfällig und viel zu langsam arbeitet und gerade bei uns in den Gemeinden sind oft rasche Entschlüsse sehr notwendig. Wie notwendig eine geordnete, eine freie Gemeindeverwaltung ist, zeigt uns ja das Beispiel von Graz und wie hoch eine solche Verwaltung geschätzt wird, zeigt uns wiederum Graz, wo alle Parteien ihre Parteianschauungen zurückgestellt haben, um wieder zu geordneten Verhältnissen, zu einer geordneten Selbstverwaltung zurückkehren zu können.

Vor allem aber wird es dringend notwendig sein — und das ist ja heute der Hauptgegenstand unserer Debatte — daß die städtische Finanzwirtschaft

auf eine gesunde Grundlage gestellt wird. Es gibt keine gute Verwaltung, ohne gute Finanzen und in dieser Beziehung, meine Herren, werden von seiten des Staates die Gemeinden geradezu als Aschenbrödel behandelt. Wenn die Sache nicht so traurig wäre, möchte ich Ihnen einen Vergleich bieten. Es drängt sich der Gedanke auf, daß die Gemeindeverwaltung gegenüber dem Staate die Rolle des Mädchens für alles übernommen hat. *(Sehr gut!)* Nur ist der Unterschied der, daß das Mädchen für alles für die hauswirtschaftlichen Arbeiten bezahlt wird, während die Gemeinden für die Funktionen, die sie im übertragenen Wirkungskreise im Auftrage des Staates erfüllen und die von Tag zu Tag steigen, nichts bekommen. Man muß doch endlich einmal den Gemeinden die tatsächliche und die rechtliche Möglichkeit geben, sich für die notwendigen Ausgaben auch die notwendigen Einnahmen zu verschaffen. Bei jeder Gelegenheit läßt sich der Staat die Mitwirkungspflicht der Gemeinden gesetzlich sichern und diese nutzt er gewöhnlich in der Weise aus, daß die Gemeinden die Kosten für diese Aufgaben zu tragen haben. In dieser Richtung ist maßgebend das Erkenntnis des Reichsgerichtes vom 24. Oktober 1872, welches ausdrücklich erklärt, „daß der mit dem übertragenen Wirkungskreise der Gemeinden verbundene Aufwand, wenn nicht in betreff einzelner solcher Kosten ein besonderer Rechtstitel nachgewiesen werden kann, wonach sie vom Staate oder sonst jemand zu tragen sind, von den Gemeinden zu bestreiten ist".

Ein glänzendes Beispiel dafür ist die Heimatgesetzgebung, welche die Gemeinden in der außerordentlichsten Weise beschwert hat. Ein Beispiel aus der letzten Zeit ist auch die merkwürdige Auffassung der hohen Regierung, daß die Gemeinden mit eigenem Statut sogar für die Kosten der Lebensmittelkartenerzeugung aufkommen müssen, welche Lebensmittelkarten von Staats wegen gedruckt werden. Aber auch bei anderen Gelegenheiten, und zwar bei solchen, die reine Reichsaufgaben sind, werden die Gemeinden finanziell immer auf das kräftigste herangezogen. Will zum Beispiel eine Gemeinde eine Mittelschule errichten oder den Bau einer notwendigen Bahn, die Erbreitung einer Reichsstraße oder eine dringende Flußregulierung, die Ausgestaltung eines Umschlageplatzes für den Handelsverkehr, die Führung einer Automobillinie, so ist immer die erste Frage von seiten der hohen Staatsverwaltung an die Gemeinde: Was zahlst du? Und diese Frage kommt zu besonderer Bedeutung, wenn die Gemeinde das Unglück und das Pech hat, daß auch andere Gemeinden dasselbe Ziel anstreben. Dann kommt es zu förmlichen Lizitationen: Wer zahlt mehr? Wer mehr gibt oder es billiger macht, bekommt es, der erreicht schließlich das Ziel.

Meine Herren! Eine derartige Behandlung von Volksnotwendigkeiten scheint mir der Staatsverwaltung unwürdig zu sein und ich glaube wohl den Willen des ganzen Hauses zum Ausdrucke zu bringen, wenn ich sage, daß mit einer derartigen Praxis unbedingt für alle Zukunft gebrochen werden soll. *(Zustimmung.)*

Durch die Entwicklung der Zeit und durch die geänderte Auffassung von den Aufgaben einer Gemeindeverwaltung sind an die Gemeinden außerdem noch eine Reihe von Forderungen des eigenen Wirkungskreises herangetreten, welche große Mittel erfordert haben. Allen diesen Aufgaben, die sich im Laufe der Jahrzehnte, im Laufe der Entwicklung in den verschiedenen Gemeinden vervielfacht haben, stehen Einnahmen gegenüber, die sich im großen und ganzen eigentlich gleich geblieben sind und in der Hauptsache darin bestehen, daß den Gemeinden bis zu einem gewissen Grade das Zuschlagsrecht auf die Staatssteuern gewährleistet ist. Und so ist es gekommen, daß die finanzielle Lage der Gemeinden immer schwieriger geworden ist, daß die Schulden der Gemeinden immer größer geworden sind. Übrigens hat das Finanzministerium auch beim Schuldenmachen, bei der Aufnahme von Darlehen die größten und weitestgehenden Schwierigkeiten gemacht.

Die Zuschläge haben bereits eine Höhe erreicht, daß es ausgeschlossen ist, auf diesem Wege weiterzuschreiten. Es ist zum Beispiel für die Städte ausgeschlossen, noch höhere Zuschläge auf die Hauszinssteuer zu legen. Wir haben ja ohnehin schon die zweifelhafte Ehre, daß Österreich die höchste Hauszinssteuer besitzt, und zwar von ganz Europa. *(Ruf: Auf der ganzen Welt!)* Wahrscheinlich auch auf der ganzen Welt.

Ich kann mir nicht recht vorstellen, wenn diese Lasten durch Zuschläge immer größer werden und wenn dadurch die Mieter doppelt und dreifach schwer getroffen werden, wie man dann das gesunde Wohnen fördern will, wie man den Kampf gegen die Tuberkulose, die zweifellos in erster Linie eine Wohnungskrankheit ist, durchführen will. Da nützt uns auch kein Ministerium für soziale Fürsorge, wenn in dieser Richtung nicht praktische Arbeit geleistet wird.

Bei dem Mißverhältnis zwischen dem Aufgabenkreise und den öffentlich-rechtlichen Einnahmen der Gemeinden haben in den letzten Jahrzehnten die städtischen Erwerbsunternehmungen eine gewisse Rolle gespielt. Die Kommunalisierung monopolistischer Betriebe ist zweifellos zu begrüßen, aber es ist sehr merkwürdig, meine Herren, die Erwerbsunternehmungen der verschiedenen Gemeinden, welche vielfach geschaffen worden sind, um eine Erleichterung der Steuerlast herbeizuführen, um wenigstens zum großen Teile dabei mitzuhelfen, sind steuerpflichtig, die Erwerbsunternehmungen des Staates

aber sind steuerfrei. Das ist eine Ungerechtigkeit und ich habe die persönliche Meinung, die zwar nicht alle Stadtgemeindevertreter teilen, daß das Richtige wäre, daß der Staat für seine Erwerbsunternehmungen genau so Steuer zahlen soll, wie jeder andere Staatsbürger *(Abgeordneter Stern: Die Zuschläge dazu!)*, wodurch auch die Zuschlagsmöglichkeit gegeben wäre; denn, meine Herren, für manche Gemeinden ist diese Erwerbssteuerfreiheit der staatlichen Unternehmungen eine bedeutende Last. Denken Sie nur an die Tabakfabriken, welche steuerfrei sind und denken Sie an die Schullasten auf der andern Seite.

Ein anderer Punkt, den ich hier nur kurz berühren möchte, bei dem aber unsere Finanzverwaltung leider jedes Entgegenkommen vermissen läßt, ist die Besteuerung von Spenden und letztwilligen Zuwendungen zugunsten der verschiedenen Gemeinden.

Es wurden ja schon Anträge in dieser Richtung eingebracht; ich habe selbst auch vor Jahren hier Anträge eingebracht, bisher ist es aber nicht gelungen, das Ziel zu erreichen, daß für derartige gemeinnützige, wohltätige Zuwendungen und Widmungen die Steuerfreiheit zugebilligt werde, wie es in anderen Staaten der Fall ist, und die Folge ist die, daß mit Rücksicht auf die Höhe der Besteuerung so mancher Wohltäter es sich überlegt, eine solche gemeinnützige Stiftung zu machen, ein Umstand, der meines Erachtens sehr leicht aus der Welt geschafft werden könnte. Ich glaube, das ist eine Sache, die ganz gewiß nicht von einer besonderen finanziellen Bedeutung für die Staatsverwaltung wäre.

War nun die Finanzlage der Gemeinden bereits vor dem Kriege infolge dieser Verhältnisse eine miserable und rief der immer wiederkehrende Jammer aller verschiedenen Städtetage, Gemeinden usw. nach Abhilfe durch den Staat, so erfolgte auf diese Hilferufe von seiten der Staatsverwaltung niemals irgendwelche Äußerung, vornehm legte man dieselben zur Seite, man würdigte sie nicht einer Antwort. Und so hat sich die Situation in der letzten Zeit und gerade während des Krieges in einem Maße verschärft, daß allen Ernstes die Gefahr besteht, daß besonders die Stadtgemeinden unter ihrer finanziellen Last zusammenbrechen *(sehr richtig!)* und nicht imstande sein werden, den großen Aufgaben, welche an sie herantreten werden und die nicht bloß im engen Rahmen der Gemeinde von Interesse sind, sondern die das Interesse der Allgemeinheit besitzen, gerecht zu werden. Ich bitte, nur an die Wohnungsfürsorge zu denken, an die Jugendfürsorge, an das Armenwesen, an das Schulwesen, an das Gesundheitswesen.

Als der Krieg ausbrach, konnten sich manche Gemeinden finanziell dadurch helfen, daß sie so manche Auslage zurückgestellt haben. Nun sind aber durch die Eigenartigkeit des Krieges den Gemeinden neue Aufgaben erwachsen und diese neuen Aufgaben haben ihnen Auslagen verursacht, deren Umfang heute absolut noch gar nicht abgesehen werden kann. Andrerseits steht dem gegenüber eine Verminderung so mancher wichtiger Einnahmsquellen.

Hinsichtlich der Auslagen, und zwar der größeren Auslagen, möchte ich nur erwähnen die große Steigerung der Verwaltungsausgaben durch die Bestellung von Ersatzkräften für die zur Militärdienstleistung herangezogenen Beamten und Angestellten, durch die Gewährung der so notwendigen Teuerungszulagen, durch die Betätigung in der Lebensmittelversorgung und Lebensmittelverteilung, was ja schließlich die wichtigste Aufgabe ist, welche eine Gemeinde derzeit auszuführen hat und die zweifellos auch zu den wichtigsten Aufgaben der Staatsverwaltung gehört, obwohl dieselbe sich sehr lange, sehr lange besonnen hat, sich mit diesem Gebiet überhaupt zu befassen, leider zu lange, so daß es beinahe zu spät geworden ist und man mit großer Sorge in die Zukunft sah, ob es uns überhaupt noch möglich sei, mit Rücksicht auf diese Zurückhaltung unseres Staates ein Durchhalten in der Lebensmittelversorgung zu erreichen. Ich erinnere an die Erhöhung des Bedarfes der Gemeinden für ihre Humanitätsanstalten usw. und nicht zuletzt an die Einquartierungslast.

Meine sehr geehrten Herren! Der Aufwand der Gemeinde Wien für Zwecke der Einquartierung hat während der dreijährigen Kriegsperiode bereits 20 Millionen Kronen weit überschritten, in Graz 800.000 K, in Linz 250.000 K. Nahezu 1200 Gemeinden und die verschiedenen Städteorganisationen haben vergebens Bittschriften an die Regierung um Regelung dieser ärarischen Vergütungssätze, welche gänzlich unzulänglich sind und deren Höhe durch das Reichsgesetz vom Jahre 1879 geregelt ist, überreicht. Das Kriegsleistungsgesetz vom Jahre 1912 besagt zwar im § 21, daß die Vergütung, insofern dieselbe nicht ausreicht, durch eine spezielle Verordnung im Kriegsfalle geregelt werden wird. Aber auf diese Verordnung warten wir heute noch, nach dreijähriger Kriegsdauer, trotz der verschiedensten Bitten. Und es ist doch jedermann klar, daß es einer Gemeinde bei den heutigen Verhältnissen ganz unmöglich ist, einem Offizier Quartier, Beheizung und Beleuchtung um 70 h beizustellen. Nur die Regierung scheint diese Auffassung zu haben. Ich bitte daher, mit Rücksicht auf diese Tatsache Ihnen eine Entschließung unterbreiten zu dürfen, welche folgendermaßen lautet *(liest)*:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die durch das Gesetz vom 26. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 236, und vom 11. Juni 1879,

R. G. Bl. Nr. 93, festgesetzten staatlichen Vergütungen für vorübergehende Militäreinquartierungen völlig unzulänglich sind, wird die Regierung aufgefordert, im Sinne des § 21 des Gesetzes vom 26. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 236, ehestens durch eine Verordnung die von der Militärverwaltung zu leistenden Vergütungen für vorübergehende Militärbequartierung während der Dauer des Kriegszustandes den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen."

Was nun den Entgang von Einnahmen anbelangt, so ist ein erheblicher Ausfall, insbesondere in der Bierauflage, für die Gemeinden zu verzeichnen und nicht zuletzt auch für manche Gemeinden in dem Entgang an der Staatsbahnerwerbsteuer, welche für manche größere Gemeinde von einer besonderen Bedeutung ist. Die verschiedenen Vorsprachen bei den verschiedenen Regierungen — dieselben wechseln ja bei uns sehr häufig — haben gar kein Resultat gebracht. Ein Finanzminister, dem darüber Klage geführt wurde und der jetzt drüben im hohen Herrenhause seinen Platz gefunden hat, meinte: Die Gemeinden müssen mehr sparen. *(Heiterkeit.)*

Meine Herren! Wer weiß, wie in der Gemeinde jeder Heller angeschaut wird, wie oft um die geringste Subvention oder Unterstützung stundenlang debattiert und die Frage erörtert wird, ob es doch möglich sei, diese kleine Gabe zu gewähren, der wird die Überzeugung haben, daß von seiten der Gemeinden in dieser Richtung wirklich das Möglichste geschieht. Es wäre eine andere Frage zu stellen: Ob es nicht beim Staate Stellen gibt, wo mehr gespart werden kann *(Zustimmung)*, insbesondere wo der Krieg jetzt gezeigt hat, daß vielleicht Hunderte und Hunderte von Millionen hinausgegangen sind, deren Ausgabe vielleicht keine Berechtigung haben würde. Ein Ministerpräsident gab den Gemeinden bei ihrer Vorsprache den Trost und suchte sie damit zu beruhigen, daß er sagte, eine Abhilfe für die Gemeinden sei nur in einer gründlichen Reform der ganzen Verwaltung möglich.

Meine Herren! Auf diese gründliche Reform der Verwaltung warten wir nun schon seit mehr als zwölf Jahren, vielleicht noch länger. Graf Stürgkh erklärte während des Krieges, er werde dahin wirken, daß die außerordentlichen Leistungen der Gemeinden in der Kriegszeit entsprechenden Rückersatz finden. Auch darauf warten noch heute die Gemeinden vergebens, und unter diesen Umständen, mit Rücksicht auf die beharrliche Nichtbeachtung der Wünsche der Gemeinden durch die Regierung, bleibt nichts anderes übrig, als daß sich die Vertreter der verschiedenen Gemeinden an das hohe Haus mit der Bitte wenden, daß es auch diese Sorgen in seinen Wirkungskreis einbeziehe und den Gemeinden die finanzielle Möglichkeit gebe, ihre Aufgaben in der Zukunft im Interesse der gesamten Bevölkerung zu erfüllen.

Die Nichtbeachtung der Regierung bezeugt geradezu eine Mißachtung gegenüber den Gemeinden und insbesondere den Städten, die doch Brennpunkte des kulturellen Lebens im Staate sind. Ich glaube, daß das hohe Haus nicht weiter dazu schweigen soll. Wenn schon die Staatsregierung die Gefahr nicht erkennen will, welche ein finanzieller Zusammenbruch der städtischen Gemeinwesen für den Staat selbst bringt, so muß meines Erachtens der Reichsrat beizeiten dafür sorgen. Aber mit kleinlichen Mitteln wird man den Gemeinden nicht helfen können. In dieser Richtung ist meines Erachtens das ganze Steuersystem, auf dem die Gemeindeeinnahmen aufgebaut sind, verfehlt, in dieser Beziehung muß eine vollkommene Veränderung eintreten. Und diese Veränderung kann nur dadurch geschehen, daß ein entsprechendes Gesetz vorgelegt wird, vielleicht ähnlich dem preußischen Kommunalabgabengesetz. Daher möchte ich zum Schlusse meiner Ausführungen auch um die Annahme einer zweiten Entschließung bitten, welche lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, ehestens dem Abgeordnetenhause zur Sicherstellung der finanziellen Aufgaben der Gemeinden einen Gesetzentwurf vorzulegen." *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident**: Ich ersuche diejenigen Herren, welche die vom Herrn Abgeordneten Dr. Dinghofer beantragten und soeben verlesenen Resolutionen unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Resolutionen sind genügend unterstützt und stehen in Verhandlung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Parrer.

Abgeordneter **Parrer**: Hohes Haus! Ich werde nicht so ausführlich sein wie mein unmittelbarer Herr Vorredner, sondern werde dem Ersuchen des Herrn Präsidenten folgen und mich mit äußerster Kürze über diese Vorlage äußern. Die Frage der Entschädigung an Gemeindevorsteher und deren Sekretäre ist eine Frage, die schon im Frieden viele Abgeordnete beschäftigt hat, weil sie schon im Frieden der Überzeugung waren, daß die Bürgermeister und deren Sekretäre für ihre Arbeiten im übertragenen Wirkungskreis absolut eine Entschädigung verdienen. Nachdem wir nicht mehr Frieden haben, sondern schon das vierte Jahr im Kriege stehen, ist es um so selbstverständlicher, daß dieser Antrag wieder von

vielen Abgeordneten aller Parteien aufgegriffen und daß an die Regierung und speziell an das Finanzministerium der Antrag gestellt wurde, diesbezüglich eine Entschädigung zu gewähren.

Die Arbeit der Bürgermeister und deren Sekretäre ist ja im Kriege eine äußerst reiche, eine äußerst schwere, eine äußerst verantwortliche und bedeutungsvolle und dabei undankbare Arbeit. *(Zustimmung.)* Daß die Arbeit eines Bürgermeisters undankbar ist, das wissen Sie ja aus den vielen unzufriedenen Äußerungen der Gemeindeinsassen, welche jedes Säumnis, das sich durch die Kriegslage ergibt, dem Bürgermeister in die Schuhe schieben, so daß der Bürgermeister sozusagen den Blitzableiter für die traurigen Kriegsverhältnisse bildet. Aber auch uns Abgeordneten geht es nicht anders. Wir haben ja gestern und heute in einem Blatte gelesen, wie die Abgeordneten in der Presse beschimpft werden. Es mag vielleicht die Trauer um gefallene Größen dahinterstecken; wenn sich eine Presse dazu hergibt, in so unverschämter Weise gegen das Parlament zu hetzen und zu sagen, daß der Besuch ein so spärlicher ist, daß die Frequenz der Abgeordneten der Bedeutung des Parlamentes Hohn spricht, so ist das direkt gelogen, weil jederzeit bewiesen werden kann, daß das Parlament viel besser besucht ist als früher. Und wenn unter den Nationen manchmal Streitigkeiten vorkommen, so werden wir die schon selbst ordnen *(Zustimmung)*, die Vernunft in diesem Hause wird jederzeit zum Siege gelangen. Meine Herren! Man muß schon sagen und jedermann wird es so empfunden haben: das schlechteste Parlament ist noch immer besser als gar kein Parlament *(lebhafte Zustimmung)*, weil wir durch drei Jahre die Willkür einer Beamten- und Militärwirtschaft mehr als genug empfunden haben. *(Rufe: Bravo! Bravo!)*

Besondere Arbeit haben den Bürgermeistern die vielen Musterungen der Jünglinge, der Väter und Großväter *(Heiterkeit)* verursacht, es haben den Bürgermeistern viele Arbeit die Requirierungen auferlegt, die Requirierungen an Pferden, Wagen, Rindvieh, Getreide und Futtermitteln aller Art. Es war auch die Verteilung der Lebensmittel und Bedarfsartikel eine sehr schwierige und undankbare Aufgabe. Auch bei der Aufrechthaltung der Produktion mußten bei dem Mangel an Pferden, an Leuten, an Dungmitteln, bei dem bloßen Vorhandensein von Weibern und Kindern auch die Bürgermeister im Vereine mit den Erntekommissionen viele Arbeit leisten. Ferner mußte der Bürgermeister bei den Unterhaltskommissionen in der Gemeinde der edle Trostspender sein, damit die armen Leute nicht den Mut zum Durchhalten verlieren, sondern den Mut in dieser schweren Zeit aufrechterhalten. Und wenn mir schon manchmal bange war, ich habe die Bevölkerung immer mit dem Hinweis darauf gefesselt: wie ist es denn Leutl, wenn der Feind bei uns eindringt, wenn wir von Haus und Hof wandern und die Scholle verlassen müssen? Das hat immer gewirkt und so haben wir immer die schwerste Zeit überwunden. *(Zustimmung.)* Auch in der Kriegsanleiheagitation haben wir ebenfalls schwere Arbeit geleistet und so hat es Arbeit genug gegeben und auch Opfer hat jeder Bürgermeister reichlich gebracht. Die Arbeit ist so reich geworden, daß der Bürgermeister seine eigene Wirtschaft nicht mehr besorgen konnte. Unsere meisten Landbürgermeister sind ja arme, nur wenig vermögende Leute und wenn sie durch den vorliegenden Bericht und durch ein späteres Gesetz eine Entschädigung erhalten, so ist es ebenfalls nur gerecht. Wenn unser hohes Ministerium des Innern zum Schluß den Bürgermeistern eine kaiserliche Auszeichnung verleiht, so wird das von der Bevölkerung dankbar begrüßt werden. *(Abgeordneter Dr. Kolischer: Das kostet nichts! — Heiterkeit.)* Die Gemeinden sind ja auch nicht vermögend. Unsere Gemeinden draußen haben Umlagen bis zu 150 und 200 Prozent, es ist daher selbstverständlich, daß sie auf eigene Rechnung die Arbeiten nicht so entschädigen können, wie sie es eigentlich sollten.

Daß der Finanzminister über die Feststellung der Summe ein Studium verlangt, ist selbstverständlich. Wenn das Ministerium keine genaue Übersicht hat — und es wird dies ja umfangreiche Erhebungen zur Notwendigkeit machen —, so ist es selbstverständlich, daß erst eine Gesetzesvorlage geschaffen werden muß, um statt des bisher bestandenen Unrechtes Recht zu schaffen. *(Abgeordneter Eisenhut: Hoffentlich dauert das Studium nicht 20 Semester!)* Ich hoffe, daß nicht wieder von einem Ministerium in das andere studiert wird, denn, wenn man früher zu einem Minister gekommen ist, um einen Akt zu urgieren, so hat es geheißen, er muß den Akt erst studieren, und wenn man dann nach zwei, drei Monaten gekommen ist, war schon wieder ein anderer Minister da, und so ist das Studium fortgegangen. Also der Herr Kollege Eisenhut hat sehr recht, wenn er verlangt, daß das Studium eine begrenzte Dauer haben soll.

Mit Rücksicht auf die knapp bemessene Zeit, mit Rücksicht auf den schon durch die Herren Vorredner erschöpften Gegenstand schließe ich und empfehle die Annahme dieser Vorlage. *(Beifall.)*

**Präsident:** Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen; ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Angermann:** Hohes Haus! Die Resolutionen, welche der Herr Abgeordnete Dr. Dinghofer eingebracht hat, nämlich betreffend die staatliche Vergütung für Militäreinquartierungen

und Vorlage eines bezüglichen Entwurfes, weiters betreffend die finanzielle Hilfe für die Gemeinden und betreffend einen Gesetzentwurf zur Sicherstellung der Mittel, erlaube ich mir, dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen.

Weiters möchte ich an die Regierung den Appell richten, sie möge alle jene Anträge in Erwägung ziehen, welche in früheren Sessionen hier eingebracht wurden, denn diese Anträge haben einen so reichhaltigen Inhalt, daß sie der Regierung bei der Verfassung des neuen Gesetzes sehr viel helfen würden. Speziell möchte ich die Regierung auf den Antrag Nr. 482, XI. Session vom Jahre 1911, des Abgeordneten Stern und Genossen aufmerksam machen.

Die ganze Vorlage erlaube ich mir dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen.

**Präsident:** Ich bitte die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die die vom Ausschuß beantragte Entschließung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Entschließung ist angenommen.

Ich ersuche ferner diejenigen Herren, welche die beiden vom Herrn Abgeordneten Dr. Dinghofer beantragten Entschließungen annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Auch diese Entschließungen sind angenommen und damit der Gegenstand erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Staatsangestelltenausschusses über den zum Budgetprovisorium gestellten Antrag, betreffend Teuerungszulagen der Staatsbediensteten, -Arbeiter und -Pensionisten. *(799 der Beilagen.)*

Zu diesem Gegenstand ist als Regierungsvertreter im Hause erschienen Herr Sektionschef Ritter v. Galecki.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Dr. Waber die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Waber** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Der Staatsangestelltenausschuß hat sich eingehend mit den von der Regierung in Vorschlag gebrachten einmaligen Zuschüssen und Teuerungszulagen für die Staatsbediensteten beschäftigt. Der eingetretenen Kriegsnot können wir natürlich durch Teuerungszulagen nicht steuern. Im Rahmen des Gegebenen ist immerhin der gute Wille des hohen Hauses und der Regierung zum Ausdruck gekommen. Im besonderen ist es gelungen, eine besondere Familienzulagenklasse für die kinderreichen Familien der Staatsbediensteten zu schaffen, die mir als besondere Wohltat und Notwendigkeit erscheint, eine Besserstellung der Witwer, welche für kleine Kinder zu sorgen haben, eine weitere Berücksichtigung der unteren Dienerstufe, die Einbeziehung der Pensionisten der oberen Stufen in die Teuerungszulagen und eine gerechtere Regelung der Verhältnisse der im Militärdienste stehenden Zivilstaatsbeamten.

Ich erlaube mir, den eigehend begründeten Antrag dem hohen Hause zur Annahme zu empfehlen, ebenso die Resolutionen, die im Anschluß daran von den Abgeordneten Dr. Funk und Dr. Hofmann v. Wellenhof gestellt worden sind.

**Präsident:** Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Ausschußantrag, der dahin geht, die mit der Regierung getroffenen Vereinbarungen zur Kenntnis zu nehmen, zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Ferner sind vom Ausschuß drei Resolutionen beantragt worden, eine über Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Funk und zwei über Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Hofmann v. Wellenhof. Wünschen die Herren die Resolutionen zu hören? *(Rufe: Nein!)* Dann ersuche ich die Herren, welche diese drei Resolutionen annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Auch diese Resolutionen sind angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Ich breche die Verhandlung ab.

Es ist mir eine Reihe von dringlichen Anfragen übergeben worden, welche alle den gleichen Gegenstand, nämlich Ernährungsfragen, betreffen. Ich ersuche um Verlesung dieser Anfragen.

Schriftführer **Čech** *(liest)*:

„Dringlichkeitsanfrage nach § 69 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Dr. Eduard Šubrt, Franț. Staněk, Wenzel Klofáč, Gustav Habermann, Dr. Moriz Hruban, Dr. Adolf Stránský und Genossen an Ihre Exzellenzen den Herrn Ministerpräsidenten, den Herrn Minister des Innern, den Herrn Ackerbauminister und den Herrn Leiter des k. k. Ernährungsamtes in Angelegenheit des Mangels an Nahrungsmitteln und des Vorgehens der Regierungskreise bei der Durchführung der Requisitionen in den Ländern des Königreiches Böhmen.

Im öffentlichen Versorgungsdienst ist im letzten Kriegsjahre eine Verschlechterung und vielfach ein vollständiges Versagen eingetreten, dessen Ursachen in der bisherigen Zentralisierung der ganzen Versorgungsaktion zu suchen sind.

Heute, im vierten Kriegsjahre, nicht lange nach der Ernte, nähert sich der stets steigende Mangel an allen Nahrungsmitteln und Artikeln des menschlichen Bedarfes seinem kritischen Höhenpunkte. Tag für Tag wachsen die Schäden an der Leistungs- und Lebensfähigkeit unseres Volkes. Durch die Unterernährung sind die Kräfte schon vollständig erschöpft, und wenn in der Ernährung des Volkes nicht raschestens eine Remedur geschaffen wird, wird im ganzen Wirtschaftsleben eine Katastrophe eintreten.

Die schrecklichen Verhältnisse bedrücken gleich schwer die ganze Landesbevölkerung sowohl der böhmischen als auch der deutschen Nation, aber gerade diese Situation sucht man deutscherseits zu Hetzereien gegen das böhmische Volk auszunützen, als ob dieses den Nahrungsmangel verschuldete und es macht sich das Bestreben sichtbar, die Bevölkerung der böhmischen Bezirke wegen angeblicher passiver Resistenz bei der Ablieferung des Getreides zu denunzieren und ähnliche Behauptungen mit statistischen Berechnungen zu erweisen, wie dies in seiner Rede im Herrenhause am 27. Oktober Herr Abt Helmer und am 6. November der Abgeordnete Kraus in seiner Interpellation im Abgeordnetenhause getan.

Aus diesen Gründen haben wir eine Übersicht der Wirtschaft in Böhmen und Mähren zusammengestellt und führen in unserer Anfrage ebenfalls statistische Daten und Ziffern an, die als amtliche Daten durch keine Hetzreden abgeändert werden können.

Aus diesen Daten wird sich jeder Unvoreingenommene sein eigenes Urteil bilden können.

Die Landwirtschaft im Königreich Böhmen als Grundlage der Volksernährung hatte und hat eine ganz außerordentliche Bedeutung für die Approvisionierung der Bevölkerung nicht nur in Böhmen, sondern auch im ganzen Reiche. Werden die landwirtschaftlichen Hauptprodukte in Betracht gezogen, so ergibt sich beim Vergleich der Ernteergebnisse aus der Zeit vor dem Kriege nachfolgendes gegenseitiges Verhältnis:

Der durchschnittliche Ertrag in Meterzentnern in den Jahren 1904 bis 1914:

| | Österreich | Böhmen | Anteil Böhmens in Prozenten |
|---|---|---|---|
| Roggen . . | 18,894.912 | 8,903.697 | 18 |
| Weizen . . | 10,011.395 | 4,285.704 | 42 |
| Gerste . . | 12,363.090 | 6,182.334 | 50 |
| Hafer . . | 16,806.231 | 8,395.004 | 50 |
| Kartoffeln . | 73,062.995 | 32,225.958 | 44 |
| Zuckerrübe . | 63,759.539 | 39,062.274 | 61 |
| im ganzen . | 194,898.162 | 99,054.971 | 51 |

| | Österreich | Böhmen | Anteil Böhmens in Prozenten |
|---|---|---|---|
| Anzahl des Rindviehes | 9,160.009 | 2,290.587 | 25 |
| Anzahl des Borstenviehes . . | 6,432.080 | 1,012.798 | 16 |

Der Ertrag der angeführten Produkte erreichte in den normalen Jahren die ganze Hälfte des gesamten österreichischen Ertrages und hat derselbe in der gegenwärtigen Zeit mit Rücksicht auf die eingetretenen Verhältnisse gewiß gleich ausgiebig zur Versorgung des ganzen Reiches beigetragen.

Bei dieser Sachlage konnte gewärtigt werden, daß die Staatsverwaltung alles aufbieten wird, um diese Hauptgetreidekammer vor den zersetzenden Wirkungen der Kriegsverhältnisse zu schützen.

Dies ist jedoch nicht geschehen und durch Einfluß des Krieges und besonders infolge der lang andauernden außerordentlichen Verhältnisse wurde eine erhebliche Störung in der landwirtschaftlichen Produktion hervorgerufen. Es ist eine ganze Reihe von Erscheinungen eingetreten, welche auf die Herabdrückung der Leistungsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion überhaupt und insbesondere der im Königreiche Böhmen auf der höchsten Stufe der Intensität befindlichen landwirtschaftlichen Produktion eingewirkt haben, weil durch die außerordentlichen Verhältnisse eben alle Bedingungen für die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Intensität entzogen worden sind.

Nur so läßt es sich erklären, daß sich die Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion relativ bei den intensiver angelegten landwirtschaftlichen Unternehmungen stärker zeitigt als in Gebieten mit extensiver Produktion.

Alle fähigen männlichen Kräfte, welche die eigentliche Bewegungskraft der Landwirtschaft darstellen, sind zur Ausübung ihrer Militärpflicht abgegangen, während daheim an ihrer Stelle nur mit Sorgen und Arbeit geradezu überbürdete Greise, Frauen und Kinder wirtschaften, und die Vorkehrungen der Militärverwaltung behufs Freigabe der unentbehrlichen landwirtschaftlichen Personen ergeben sich im bisherigen Maße als unzulänglich. Die Zugkraft wurde durch Pferdeeinberufungen reduziert und infolge Abverkaufes des starken Zugviehes und bei der ungenügenden Ernährung weisen die übrig gebliebenen Stücke allgemein verminderte Leistungen auf.

Das Wirtschaftsgerät sowie die Maschinen befinden sich in beschädigtem Zustande, der größtenteils den weiteren Gebrauch nicht ermöglicht; Reparaturen können infolge Mangels an Professionisten

und auch an Material nicht besorgt werden, wobei die stark zutage tretende Kauflust nach neuen Maschinen infolge ungenügender Erzeugung unbefriedigt bleibt. An Kunstdünger, namentlich an Stickstoffdünger, besteht ein fühlbarer Mangel, so daß die Pflanzenproduktion bislang nur unter Verwendung des minderwertigen Stalldüngers aufrechterhalten wurde; an demselben wird es jedoch in der nächsten Periode infolge Verminderung der Strohernte und erhöhter Requisitionen gleichfalls mangeln. Die schwerste Katastrophe droht jedoch der tierischen Produktion infolge Mangels an Futtermitteln, zumal die Futtermittelernte ein geradezu drohendes Mindererergebnis aufweist, der Vorbehalt der Kraftfuttermittel eigener Ernte nur ganz unzulänglich durchgeführt erscheint und sonstige Ersatzfuttermittel, insbesondere aus Industriezweigen, überhaupt nicht zur Verfügung stehen. Die Verhältnisse der Landbevölkerung im allgemeinen und dadurch auch der ordnungsmäßige Gang der Produktion leidet auch sehr unter dem störenden Eingriffe der öffentlichen Verwaltung, welcher zwecks Sicherstellung und Beschaffung von landwirtschaftlichen Produkten für den Bedarf der öffentlichen Approvisionierung erfolgt. Der öffentliche Approvisionierungsdienst erstreckt sich fast auf alle landwirtschaftlichen Produkte und auferlegt den Landwirten eine Reihe verschiedener Obliegenheiten, wobei er den eigenen Bedarf der Landwirte auf das äußerste Maß einschränkt.

In Ausübung dieses Dienstes werden nicht nur Vorkehrungen getroffen, welche mit der Sicherstellung der landwirtschaftlichen Produkte für den Konsum in unmittelbarem Zusammenhange stehen, als Beschlagnahme, Höchstpreise, Ausscheidung aus dem freien Handel, Leistung regelmäßiger Lieferungen, sondern es wird auch direkt in die landwirtschaftliche Produktion in reinen Produktionsfragen eingegriffen, so zum Beispiel in Böhmen durch das Verbot des Hackens von Grünmischling zur Verfütterung, durch die Festsetzung eines bestimmten Termins für die Aushebung der Frühkartoffeln, durch die Bestimmung einer Saatgattung vom ökonomischen Gesichtspunkte der Approvisionierung, durch die allgemeine Einschränkung des Verschrotens auch des Futtergetreides u. ä. Wenn auch die außerordentlichen Verhältnisse schon an und für sich der landwirtschaftlichen Produktion schwer zu meidende Opfer auferlegen, so wurden dennoch in dieser ganzen Reihe landwirtschaftlicher Kriegsmaßnahmen überflüssig zahlreiche, nicht zu entschuldigende Fehler und Unterlassungen begangen und es kann allgemein konstatiert werden, daß Approvisionierungsmaßnahmen in der Regel nur vom einseitigen Gesichtspunkte des Konsums getroffen werden und hierbei die besonderen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktion nicht in dem Maße Berücksichtigung finden, wie dies wünschenswert und selbst bei voller Wahrung der notwendigen Bedürfnisse des Konsums möglich wäre.

Die Folgen aller dieser ungünstigen Erscheinungen haben sich durch die natürliche Entwicklung eingefunden und drohen dieselben sich weiter in bedenklichem Maße zu steigern. Die gesamte landwirtschaftliche Produktion befindet sich in einer so kritischen Lage, daß zur Herstellung des Gleichgewichtes und Sicherstellung eines ordnungsmäßigen Betriebes die radikalsten Vorkehrungen zu treffen wären.

Diese ungünstigen Folgen zeitigen sich in erster Reihe im erheblichen, geradezu frappierenden Sinken der Naturalerträge aller landwirtschaftlichen Produkte, in der nicht zu leugnenden Degeneration derselben, im Herabsinken der Tierproduktion, welches sich in bedenklicher Abnahme aller älteren, namentlich auch der Zuchtstücke zeigt, im Verschwinden des Viehausmastes, in der Verringerung des Gemelkes der Kühe, im Abverkaufe einer verhältnismäßig großen Anzahl des Zugviehes und in dem allgemein sinkenden Durchschnittsgewichte. Infolge des Futtermittelmangels leidet namentlich auch die Aufzucht des Borstenviehes und der landwirtschaftlichen Kleintiere überhaupt, so daß der Stand derselben und der Ertrag für die Volksernährung sich allgemein verringert hat. Beim Mangel an Düngemitteln, bei der Unmöglichkeit der Durchführung selbst der notwendigsten Reparaturen und Investitionen sowie infolge des Abverkaufes der unentbehrlichen Viehstücke wird das Grundkapital der landwirtschaftlichen Unternehmungen, und zwar sowohl der Geräte, Gebäude, landwirtschaftlichen Tiere als auch des Bodens in dem Maße entwertet, daß es nach Wiedereintritt normaler Verhältnisse einer längeren Zeit und kostspieliger Investitionen bedürfen wird, um diese Mängel zu beseitigen. Aus dem Umstande, daß fast alle landwirtschaftlichen Produkte durch Beschlagnahme und Requisitionen für den öffnetlichen Bedarf in solcher Vollständigkeit betroffen werden, und daß für dieselben Maximalpreise festgesetzt sind, während für die Sicherstellung der landwirtschaftlichen Bedürfnisse keine ähnlichen Vorkehrungen getroffen wurden, ergibt sich eine unbegründete Inkongruenz, unter welcher die landwirtschaftliche Produktion einen erheblichen Schaden erleidet, zumal parallel mit der Verschärfung der außerordentlichen Verhältnisse auch die landwirtschaftlichen Produktionskosten sich stets steigern, wogegen der Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte gewisse Grenzen festgesetzt werden, so daß diese Divergenz wirtschaftlich schädlich einwirkt, mitunter jede Möglichkeit und das Bestreben nach Aufrechthaltung der Intensität vermindert und eine Unzufriedenheit unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung hervorruft.

Alle diese Beschwerden sind gewissermaßen allgemein, aber es muß hierbei mit größtem Nachdrucke hervorgehoben werden, daß, wenn diese Mängel im ganzen Reiche auftreten, dieselben im Königreiche Böhmen doch die schwersten und schädlichsten sind; dort hat sich nämlich außer den unvermeidlichen, mit den gegenwärtigen außerordentlichen Verhältnissen zusammenhängenden Ursachen auch der absolute Mangel an Fürsorge der politischen Verwaltung für landwirtschaftliche Bedürfnisse selbst auf solchen Gebieten geltend gemacht, wo tatkräftige Abhilfe oder teilweise Verhütung des Übels möglich war. In dieser Beziehung muß hervorgehoben werden, daß der Chef der politischen Verwaltung in Böhmen nicht auf der Höhe der Zeit steht, und daß er seiner Aufgabe, welche ihm in dieser schweren Zeit behufs Sicherstellung der landwirtschaftlichen Produktion und hiermit auch der Volksernährung zukommt, nicht gerecht wird. Unter solchen Umständen und infolge der schweren Ungunst der Natur hat sich die Lage der Landwirtschaft im Königreiche Böhmen in diesem Jahre aufs äußerste verschärft, was nicht ohne bedenkliche Folgen für die Approvisionierung der Bevölkerung bleibt. Hierdurch tritt ein Zustand ein, wo die Staatsverwaltung verpflichtet ist, durch ihre Unterstützung ausgiebig beizuhelfen. Diese Verhältnisse sind derart kompliziert und die Ursachen dieser Krisis sind so tief, daß es dringend notwendig ist, die intensivste Tätigkeit behufs Beschaffung der ausgiebigen Hilfe zur Sicherung der Volksernährung im Königreiche Böhmen zu entfalten.

Die Approvisionierung mit Getreide im Königreich Böhmen wird in der jetzigen Periode mit den größten Schwierigkeiten verbunden sein, da sich die Ernte als für den einheimischen Bedarf völlig ungenügend ergeben hat.

Die Ursache dessen muß einzig und allein in der fortschreitenden Verschlechterung der Produktionsbedingungen und in den ungünstigen Vegetationsverhältnissen, deren sich kaum jemand zu erinnern weiß, gesucht werden.

Falls diese Ursache anderswo gesucht wird, so ist dies nur eine verurteilungswürdige Unaufrichtigkeit und tendenziöse Täuschung der Öffentlichkeit.

Die Landwirtschaft im Königreich Böhmen hat ihre Pflicht bezüglich der Getreidelieferung im Zeitraum 1916/17 ehrenvoll erfüllt und wird gewiß auch im heurigen Jahre ihre Pflicht tun.

Den Beweis hierfür liefert folgender amtlicher Ausweis über die Getreidegebarung in Böhmen im Zeitraum 1916/17:

| | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer |
|---|---|---|---|---|
| Die gesamte Erntefläche 1916 in Hektar | 240.874 | 528.157 | 237.812 | 416.080 |
| Der Ertrag des Jahres 1916 pro Hektar in Meterzentnern | 10·9 | 8·8 | 13·6 | 11·6 |
| Die mit Endabschätzung sichergestellte Gesamternte im Jahre 1916 | 26.215 | 46.482 | 32.424 | 48.113 |
| Im Jahre 1917 | 19.023 | 37.450 | 16.325 | 18.432 |
| Der Gesamtbedarf der Landwirtschaft ohne Rücksicht auf die unlängst angeordnete Verbrauchseinschränkung | 14.000 | 26.200 | 17.000 | 19.000 |
| Der für die Beschlagnahme durch die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt verfügbare Ernteüberschuß | 12.215 | 20.282 | 15.424 | 29.113 |
| Bis 7. Juni 1916 wurden geliefert | 12.045 | 15.572 | 18.504 | 20.621 |
| Im Verhältnis zu dem ziffermäßig ermittelten Überschuß wurden abgeführt: | | | | |
| mehr | | | 3.080 | |
| weniger | 170 | 2.710 | | 8.492 |

Aus diesem Ausweis ist ersichtlich, daß der unbedeutende Fehlbetrag beim Weizen und Roggen durch die Gerstelieferungen vollständig aufgewogen erscheint, so daß die Landwirte bezüglich der Lieferung von Brotfrüchten das ihnen vorgeschriebene und auf das höchste Ausmaß gestellte Kontingent zur Gänze aufgebracht haben. Auf diese Art hatte die Staatsverwaltung die Möglichkeit, eine ungehinderte Volksernährung im Lande sicherzustellen daß dies nicht erfolgt ist, ist darauf zurückzuführen, daß eine große Getreidemenge (über 9000 Waggons) aus Böhmen ausgeführt und für deren Ersatz in

der kritischen Zeit vor der Ernte nicht genügend vorgesorgt wurde.

An diesem erfolgreichen Ergebnis des Getreideaufkaufes in Böhmen haben in erster Reihe Verdienst die Landwirte aus dem böhmischen Gebiete, welches sowohl absolut — im Verhältnis zu der Gesamtabgabe — als auch relativ — im Verhältnis zum eigenen Ernteergebnis die größte Menge abgeliefert haben.

In erster Beziehung kann angeführt werden, daß von dem gesamten Getreideaufkauf im Lande durch den böhmischen Generalkommissionär in böhmischen Bezirken 61·46 und aus den deutschen 38·54 Prozent aufgekauft wurden, wobei jedoch in Betracht gezogen werden muß, daß infolge der Angliederung national gemischter Gebiete ein Teil des aus böhmischen Unternehmungen herrührenden Getreides in diesen Gebieten an den deutschen Generalkommissionär abgegeben wird. In zweiter Richtung kann konstatiert werden, daß nur eine geringe Anzahl böhmischer Bezirke kleine Ausfälle an dem vorgeschriebenen Kontingente aufweist, während von einer ganzen Reihe der Bezirke Getreide oft in bedeutendem Maße über das amtlich vorgeschriebene Kontingent geliefert wurde.

Darnach müssen auch die Angriffe, welche wegen diesen Lieferungen aus der Ernte 1916 gegen die böhmischen Landwirte unternommen wurden, beurteilt werden.

Als das Mitglied des Herrenhauses Abt Helmer in der Sitzung dieses Hauses am 27. September den Vorwurf vorgebracht hat, daß die böhmischen Landwirte das Getreide nicht in dem Maße wie die deutschen Landwirte liefern, begründete er diesen angeblichen Umstand durch Pauschalverdächtigung, ehrloser Ansichten und versuchte seine Behauptung durch statistische Daten nachzuweisen. Dieser Versuch ist jedoch mißlungen und er zeugt von der völligen Unsachlichkeit der Annahmen des Urhebers. Es genügt nur darauf hinzuweisen, daß als Grundlage für den von ihm zusammengestellten Ausweis aus unbegreiflichen Gründen die Saatfläche beim Weizen, Roggen und Gerste vom Jahre 1913 (!) beim Hafer unbekannt, woher genommen wurde (Weizen 227.697 Hektar, Roggen 530.898 Hektar, Gerste 318.513 Hektar und Hafer 481.091 Hektar), während diese Saatfläche laut amtlicher Feststellung im Jahre 1916 beim Weizen 240.874 Hektar, beim Roggen 528.157 Hektar, Gerste 237.812 Hektar und Hafer 416.080 Hektar betragen hat. Auf welche Art bei der Verteilung der Bezirke auf die böhmische, gemischte und deutsche vorgegangen wurde, ist nicht bekannt, es ist jedoch auf ersten Blick klar, daß mit einer noch größeren Nichtseriosität vorgegangen worden ist.

Nur auf diese Art ist es zu erklären, daß sich als Schluß aller diesen sachlich unrichtigen und mit einer verurteilungswürdigen Tendenz zusammengestellten Ausweise folgendes direkt absurdes Resultat ergibt:

Die Getreidelieferung soll angeblich betragen von 1 Hektar in Meterzentner

| | in Bezirken | | |
|---|---|---|---|
| | böhmisch | deutsch | gemischt |
| Weizen . . . . . | 5.46 | 6.64 | 2.10 |
| Roggen . . . . . | 2.87 | 4.94 | 2.10 |
| Gerste . . . . . | 5.75 | 6.60 | 4.70 |
| Hafer . . . . . | 4.25 | 4.95 | 3.60 |

Nach diesem Ausweise bleibt es nämlich ein Rätsel, wer an der direkt schreiend niedrigen Lieferung in den gemischten Bezirken Schuld trägt, ob die böhmischen oder die deutschen Landwirte, oder die mißlungene Manipulation des Urhebers. Die Antwort liegt auf der Hand.

Belangend gewisse Zweifel über die Angemessenheit der Lieferungen einzelner böhmischer Bezirke im Vergleiche mit deutschen Bezirken kann folgendes konstatiert werden:

Ausschlaggebendend für die Beurteilung der Frage, ob die böhmischen oder die deutschen Bezirke mehr geleistet haben, wird die Endziffer des Getreides sein, welches seitens der einzelnen Bezirke nach dem faktischen Stande geliefert werden konnte und tatsächlich dann geliefert wurde. Für diese Endziffer ist in den einzelnen Bezirken maßgebend der Ertrag der Anbaufläche auf 1 Hektar, die Anzahl der landwirtschaftlichen Einwohner (Selbstversorger), die Menge des zum Anbau und zur Vieh- und Pferdefütterung nötigen Getreides sowie auch andere außerordentliche Umstände als Elementarereignisse (Hagel), Mißernte, Nässe, allenfalls Feuersbrünste, bei denen Vorräte vernichtet wurden, und ähnliche.

Es muß sohin eine Gesamtbilanz über das Ernteergebnis in den einzelnen Bezirken auf Grundlage des amtlich ermittelten Durchschnittsertrages, über den eigenen Bedarf der Landwirte im Sinne der amtlichen Regelung, über den amtlich erhobenen Überschuß und über die wirklichen Lieferungen, aufgestellt werden, worauf erst beurteilt werden kann, welche Bezirke einen Ausfall und welche eine Mehrleistung in den Lieferungen aufweisen. Hierbei muß besonders hervorgehoben werden, daß die Ernteabschätzung durch amtliche Organe vor allem durch die Bezirkshauptmannschaften nach Anhörung des Kommissionärs der Kriegs-Getreideverkehrs-Anstalt der Schätz- und Fachleute vorgenommen wird, worauf diese Abschätzungen seitens der amtlichen Organe des statistischen Landesbureaus und der k. k. Statthalterei überprüft werden.

Bei diesem Vorgange wird erst festgestellt werden, daß an den Mehrleistungen und Rückständen sowohl böhmische als deutsche Bezirke partizipieren

und daß namentlich die böhmischen Bezirke den deutschen keineswegs nachstehen, wie dies aus dem folgenden in denjenigen Bezirken zusammengestellten Ausweise erhellt, welchen der Präsident der deutschen Sektion des Landeskulturrates Zuleger in seinem Eingesendet an die Tagesblätter verwendet hat:

Beim Vergleich des deutschen Bezirkes Saaz und des angrenzenden böhmischen Bezirkes Rakonitz ergibt sich, daß der Bezirk Saaz einen Ausfall in der Getreidelieferung von 247 Waggons hat, dagegen der böhmische Bezirk Rakonitz einen solchen von bloß 14 Waggons aufweist.

Bei Überprüfung dieser Angaben bezüglich der weiteren seitens des Genannten angeführten Bezirke gelangt man zu der Folgerung, daß aufgekauft wurden in den böhmischen Bezirken: Časlau um 235 Waggons, Königgrätz um 46 Waggons und Pardubitz um 104 Waggons mehr, Melnik um 142 Waggons, Nimburg um 33 Waggons und Kuttenberg um 103 Waggons weniger; in den deutschen Bezirken: Eger um 17 Waggons und Brüx um 13 Waggons mehr, Reichenberg um 92, Proßnitz um 7, Tachau um 244 und Falkenau um 67 Waggons weniger.

Es lieferten sohin drei böhmische Bezirke um 385 Waggons mehr und fünf Bezirke (inklusive Rakonitz) um 292 Waggons weniger, während zwei deutsche Bezirke um 30 Waggons mehr und sechs Bezirke (inklusive Saaz) um 657 Waggons weniger lieferten, so daß von den angeführten Bezirken die böhmischen Bezirke um 93 Waggons mehr, die deutschen dagegen um 627 Waggons weniger, als ihnen vorgeschrieben wurde, abgeliefert haben.

Hierdurch soll nachgewiesen werden, daß bei der Beurteilung der Angemessenheit der Getreide lieferungen aus den einzelnen Bezirken alle vorstehend angeführten gegebenen Verhältnisse in Betracht zu ziehen sind, deren Ergebnis diese Lieferungen sind. Das Resultat dieser Erhebungen bezeugt, daß die böhmische Landwirtschaft nicht nur der deutschen keineswegs nachsteht, sondern daß dieselbe ihre Pflicht dem Konsum gegenüber mit Ehren erfüllt, selbst in einem so ungünstigen Jahre wie es für dieselbe das Jahr 1916 gewesen ist. Das sowohl zur Vegetations- als auch zur Erntezeit andauernde Regenwetter hat das Ernteergebnis beträchtlich ungünstig beeinflußt, und zwar eben verhältnismäßig am meisten in den Niederungsgebieten, während sich in den höheren Lagen sowohl in den böhmischen als auch in den deutschen Bezirken die Verhältnisse günstiger gestalteten und dies spiegelt sich auch in den günstigeren Lieferungsergebnissen.

Falls die Beurteilung dieser ganzen Sache auf der weitesten Grundlage erfolgen sollte, müßte erhoben werden, wie sich auch die weiteren Produktionsbedingungen, als die verfügbaren Bezüge, Arbeitskräfte, Dünger, Futtermittel und andere, gestalteten; dann allerdings würde man auf ein Gebiet übergehen, wo uns für richtige Schlüsse jedwede verläßliche statistische Daten fehlen. Es ist jedoch nicht ohne Interesse, vergleichsweise die Ergebnisse der Getreidelieferungen vom Jahre 1915/16 anzuführen.

In diesem Zeitraume wurden aus dem böhmischen Gebiete an die Zweigstelle der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Prag 46.958 Waggons, und vor Aufnahme ihrer Tätigkeit noch der Zentrale der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Wien etwa 3000 Waggons, sohin im ganzen rund 50.000 Waggons abgeliefert, wogegen aus dem deutschen Gebiete bloß 19.845 Waggons zur Ablieferung gelangten. Die böhmischen Lieferungen betragen sohin 74 Prozent, die deutschen dagegen 26 Prozent, so daß die letzteren weitaus unter dem üblichen Landesnationalitätsschlüssel geblieben sind.

Das Verdienst der böhmischen Landwirtschaft tritt jedoch noch mehr hervor, wenn die Lieferung anderer landwirtschaftlicher Produkte als Rübe, Kartoffeln, Gemüse, Zichorie und Vieh in Betracht gezogen wird. Vor allem ist zu konstatieren, daß die Lieferung von Gemüse und Zichorie fast ausschließlich, bei der Rübe überwiegend, lediglich auf das böhmische Gebiet eingeschränkt ist. Bei Kartoffeln ist das Verhältnis derart, daß von der Gesamtlandeslieferung von 31.263 Waggons aus dem böhmischen Gebiete 21.145 Waggons oder 67·63 Prozent und aus dem deutschen Gebiete 10.118 Waggons oder 32·37 Prozent zur Ablieferung gelangten. Bei den Viehlieferungen zeigt sich vom Anfang des monopolisierten Aufkaufes her eine ständige weit größere Minderleistung gegenüber dem böhmischen Gebiete, so daß der Militärvertreter in der Landes-Viehverkehrskommission in der Sitzung am 31. Oktober 1917 konstatieren mußte, daß die Lieferungen aus dem deutschen Gebiete viel mehr stocken, als die Lieferungen aus dem böhmischen Gebiete, wie dies das Ergebnis des letzten damals erhobenen Monates September l. J. bezeugt, wo die deutsche Einkaufsgesellschaft im Rückstande um 48 Prozent geblieben ist, während die böhmische Gesellschaft einen solchen von 22 Prozent hatte. Wird dies auf den Lieferungsschlüssel 68 : 32 umgerechnet, so ergibt sich die effektive Lieferung 76 : 24.

Infolge der heurigen katastrophalen Getreidemißernte im Königreiche Böhmen erscheint die Versorgung mit Getreide überhaupt schwer bedroht. Zur Beurteilung dieser Verhältnisse diene der nachstehende auf Grund der amtlich ermittelten Anbauflächen und der vorläufigen Ernteabschätzung im Rahmen des vorangeführten Gesamtplanes zusammengestellte Ausweis:

Getreidegebarung in Böhmen in der Periode 1917 bis 1918.

| In Hektaren: | Weizen | Roggen | Gerste | Hafer |
|---|---|---|---|---|
| | in Waggons à 100 Meterzentner | | | |
| 1. Gesamternteſläche | 237.799 | 524.512 | 242.932 | 391.355 |
| 2. Durchschnittsertrag auf 1 Hektar | 8·00 | 7·14 | 6·72 | 4·71 |
| 3. Gesamternte | 19.023 | 37.450 | 16.325 | 18.432 |
| 4. Gesamtbedarf der Landwirtschaft (gleich wie im Vorjahre) | 14.000 | 26.200 | 17.000 | 19.000 |
| 5. Ernteüberschuß für die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt | 5.023 | 11.250 | Abgang | |

welcher dadurch ein wenig geringer wird, daß bei der Gerste heuer die herabgesetzte 15prozentige Futterportion ist.

Gegenüber diesen verfügbaren Vorräten steht der amtlich mit 875 Waggons wöchentlich ermittelte Gesamtbedarf des Landes. Der eigene Überschuß bei Roggen und Weizen würde sonach für 18½ Wochen auslangen. Wird die unbedeutende Aushilfe, welche schon unserem Lande aus anderen Ländern zuteil geworden ist, hinzugerechnet und werden alle äußersten Sparmaßnahmen in Betracht gezogen, so bleibt dennoch die Hälfte des Gesamtbedarfes des Landes, ja vielleicht noch mehr unbedeckt. Wenn auch dieses Kalkül nur in großen Zügen aufgestellt ist, so erhellt dennoch aus demselben die schwere direkt kritische Lage der Versorgung der Bevölkerung im Königreiche Böhmen.

Dieser verzweifelte Zustand stellt sich als ein Ergebnis der ganzen Kriegswirtschaft in dieser sonst reichen Getreidekammer dar und die Verantwortlichkeit der maßgebenden Faktoren für diese schweren Folgen, sowie auch für andere große Opfer, die das Königreich Böhmen noch immer dem ganzen Reiche in anderen Zweigen der öffentlichen Approvisionierung entgegenbringt, verpflichtet die Staatsverwaltung, dem Königreiche Böhmen zwecks Sicherstellung der Ernährung seiner Bevölkerung ausgiebige Hilfe zu leisten, falls nicht das herannahende Hungergespenst in den weitesten Schichten der schon seit drei Jahren darbenden Bevölkerung das schwere Verderben vollbringen soll. Bei dieser Situation genügt keineswegs eine Erklärung seitens der Regierung, daß eine Getreideausfuhr aus Böhmen in andere Länder nicht in Aussicht genommen ist, vielmehr erscheint es zur Erhaltung des Gleichgewichtes in der Ernährung im Lande unbedingt geboten, auch die Ausfuhr aller anderen Nahrungsmittel aus dem Lande einzustellen und die Sicherstellung einer ausgiebigen und rechtzeitigen Einfuhr von Brotfrüchten aus anderen Ländern zu veranlassen.

Die Versorgung mit Kartoffeln wird im Königreich Böhmen auf Grund eines vom k. k. Amte für Volksernährung zusammengestellten provisorischen Approvisionierungsplanes auf folgender Basis durchgeführt:

I. Ernte.

Saatfläche 239.550 Hektar, Landesertragsdurchschnitt 90 Meterzentner pro 1 Hektar, Gesamternte 215.595 Waggons, Vertragskartoffeln aus Böhmen 1191 Waggons, Vertragskartoffeln nach Böhmen 6 Waggons, Gesamtvorrat 214.400 Waggons.

II. Bedarf der Landwirte:

1. Für die Ernährung der 2,379.000 Selbstversorger à 150 Kilogramm und pro Person und Gesamtperiode 35.685 Waggons, 2. für das Saatgut à 22 Meterzentner pro 1 Hektar 52.701 Waggons, 3. für Verfütterung und Schwendung 22 Prozent 47.170 Waggons, im ganzen 135.556 Waggons.

III. Öffentlicher Bedarf.

1. Für die Nichtselbstversorger 4,516.000 à 1 Meterzentner 45.160 Waggons, 2. für die industrielle Verarbeitung: a) Spiritusbrennereien 3000 Waggons, b) Trockenanlagen 2000 Waggons, c) Stärkefabriken 2000 Waggons, 3. Reserve für das Saatgut 5000 Waggons, für das ganze Land 57.160 Waggons, 4. Ausfuhr in andere Länder 17.000 Waggons, im ganzen 74.160 Waggons.

Übersicht.

I. Der verfügbare Gesamtvorrat 214.410 Waggons, II. Bedarf der Landwirte 135.556 Waggons, III. Öffentlicher Bedarf 74.160 Waggons, im ganzen 209.716 Waggons, verbleibende Reserve 4694 Waggons.

Der Gesamtaufkauf für den Konsum der Nichtselbstversorger, für die Trockenanlagen, Stärkefabriken, Saatgutreserve, Ausfuhr in andere Länder und für die Reserve des Konsums soll daher im ganzen 75.854 Waggons betragen.

Den Grundmangel dieses Approvisionierungsplanes bildet die ganz unverhältnismäßige, der Wirklichkeit sehr entlegene Kalkulation des Durchschnittsertrages der Ernte. Die amtlichen, in einigen Bezirken mit größter Gewissenhaftigkeit durchgeführten Abschätzungen weisen weit niedrigere Durch-

schnittserträge auf, so daß der Landeserrragsdurchschnitt vorläufig mit 56 Meterzentner abgeschätzt wird. Aus diesem Grunde ist es unumgänglich notwendig, eine Revision des ganzen Approvisionierungsplanes mit Beschleunigung durchzuführen, auf Grund welcher derselbe auf eine vollständig reelle Basis gestellt werden würde. Bei dieser Revision wird insbesondere damit zu rechnen sein, daß die Saatfläche infolge der Requirierung einer bedeutenden Saatmenge von 283.000 Hektar auf 240.000 Hektar oder um 43.000 Hektar verringert wurde. Wenn laut amtlicher Abschätzung auf diesem Saatflächenabgang à 90 Meterzentner geraten würden, so würde dies 88.700 Waggons betragen, oder etwa eine solche Menge, welche zur Bedeckung des gesamten öffentlichen Bedarfes im Lande ausreichen würde. Hieraus ist am besten zu ersehen, welche schwere Folgen jede Verkürzung der landwirtschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere des Getreide- und Kartoffelsaatgutes nach sich zieht.

Diese Revision muß im Interesse der Sicherstellung der Ernährung der einheimischen Bevölkerung eine ökonomische Reduktion bestimmter Bedürfnisse, namentlich der Ausfuhr in andere Länder herbeiführen. Auch die Durchführung des gesamten Versorgungsdienstes bezüglich der Kartoffeln, sowohl des Aufkaufes als auch der Zuweisung dem Bedarfe nach, weist erhebliche Mängel auf, welche nicht vorkommen müßten, wenn die reichen, in den letzten zwei Approvisionierungsperioden gewonnenen Erfahrungen gehörige Berücksichtigung finden würden. So stellt wohl den ganzen Betrieb des Versorgungsdienstes in ein ungünstiges Licht der Umstand, daß im Laufe des heurigen Jahres bereits ein dritter Beamter das Kartoffelreferat leitet.

Es wirkte auf die gesamte Öffentlichkeit Böhmens geradezu peinlich, daß sich ein so starker Widerstand auf seiten der betreffenden Persönlichkeiten der k. k. Statthalterei und der Zweigstelle der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt bei der über Anregung des Ernährungsamtes eingeleiteten Aktion der Vertragsabschlüsse über Kartoffellieferungen bemerkbar machte.

Die Vertreter der Bevölkerung, sowohl der Produzenten als auch der Konsumenten, waren gezwungen, sich selbst zu organisieren und die intensivste Tätigkeit zu entfalten, um die Tag für Tag sich anhäufenden und oft hinterlistig in den Weg gelegten Hindernisse zu überwinden und auf diese Weise die eigene Aktion des Ernährungsamtes gegenüber dem Widerstande der amtlichen Faktoren zu retten. Die Ungunst zu den Vertragskartoffeln besteht in Böhmen noch weiter und dieselbe zeitigt sich in den zahlreichen Vorkehrungen, durch welche die Kartoffeln an ihrer Popularität verlieren sollen, und zwar sowohl bei den Konsumenten als auch bei den Landwirten, denen namentlich die Kartoffelabgabe erschwert und dadurch auch überdrüssig gemacht wird. Durch solchen Vorgang mancher Amtsfaktoren wird diese gewiß gesunde Aktion des Ernährungsamtes vollständig entwertet. Ähnliche Erscheinungen sind auch bei der Hinausgabe der Weisungen behufs Ermöglichung des Kartoffelankaufes seitens der nächsten Verwandten im Sinne des Erlasses des Ernährungsamtes zutage getreten. Die politische Landesbehörde hat nicht einmal, wie es in anderen Ländern der Fall gewesen ist, den Versuch gemacht, den Kartoffelankauf im Kleinen bei den Landwirten, als dieser sich unaufhaltsam und infolge notorischer ernster Gründe verbreitete, teilweise zu regeln und diese gewiß zweckmäßige Approvisionierungsart in den Rahmen der allgemeinen Approvisationsregelung einzusetzen.

Die Kommissionen für die Aufteilung des Kontingents bei den politischen Bezirksbehörden entsprechen sehr oft weder durch ihre Zusammensetzung noch durch ihre Tätigkeit den Intentionen des Ernährungsamtes, so daß die ordnungsmäßige Erfüllung der ihnen auferlegten Aufgabe — die Aneiferung zu Kartoffellieferungen von ihnen nicht gewärtigt werden kann. So zum Beispiel in Deutschbrod, obwohl im Orte zwei offizielle Organisationen der Kartoffelbauer bestehen, und zwar „Verband der Kartoffelbauer" und „Genossenschaft der Kartoffelbauer", wurde seitens der politischen Bezirksbehörde kein Vertreter dieser Organisationen in die Bezirkskommission berufen.

Nach den sehr bitteren Erfahrungen des letzten Jahres, wo eine große Menge von Kartoffelsaatgut beschlagnahmt wurde und die Vorkehrungen zur Beschaffung des Ersatzes für dasselbe im ganzen nicht befriedigt hatten, erscheint es geboten, der Sicherstellung des Kartoffelsaatgutes für die kommende Periode eine erhöhte Aufmerksamkeit, und zwar vor allem in der Richtung zuzuwenden, daß in erster Reihe dem Landwirte sein eigenes gutes Kartoffelsaatgut belassen wird und weiters, daß auf eine angemessene Kartoffelsaatgutreserve Bedacht genommen werde.

Die Durchführung des Kartoffelaufkaufes am Lande ruft die stärkste Erbitterung hervor, zumal die auf Grund der ursprünglichen hohen Abschätzung der Ernte festgesetzten Requisitionskontingente ganz unangemessen sind und die Vollzugsorgane diese Kontingente sogar unter Heranziehung des allernotwendigsten eigenen Bedarfes der Landwirte zügellos zwangsweise aufbringen.

So sind Berichte eingelaufen, daß manche politische Behörden diesen Bedarf der Landwirte mit 60 bis 80 Kilogramm für die Ernährung einer Person, 18 Meterzentner als Saatgut pro ein Hektar bemessen und für die Verfütterung überhaupt nichts belassen; ja in manchen Bezirken wird sogar überhaupt keine Grenze beim Requisitionsvorgange

anerkannt und die Vollzugsorgane gehen noch weiter. Diesen Übelständen, welche in zahlreichen Gebieten die Ernährung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die Aussaat in der kommenden Periode sowie das Ausmästen des Borstenviehes bedrohen, muß durch Festsetzung und Verlautbarung eines bestimmten Ausmaßes für landwirtschaftliche Bedürfnisse und durch zweckmäßige Vorkehrungen behufs Gewährleistung deren Einhaltung seitens der Vollzugsorgane abgeholfen werden.

Im Interesse der ganzen Kartoffelgebarung im Königreiche Böhmen erscheint es nötig, eine Fachkommission aus Vertretern aller Interessenten, vor allem der Landwirte und Konsumenten, zu bestellen, welche der politischen Landesbehörde als Beratungsorgan behilflich wäre und die alle administrativen Maßnahmen dieser Behörde sowie der Zweigstelle der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Beratung ziehen würde.

Die Verteilung und Zuweisung des Kontingentes, welche die einzelnen Bezirkshauptmannschaften abzuliefern haben, geht aus der folgenden Tabelle hervor. aus der auch zu ersehen ist, wie viel die böhmischen, wie viel die deutschen Bezirke abzugeben haben. Wir sind der Ansicht, daß den deutschen Bezirken gegenüber den böhmischen eine weit niedrigere Quote pro Hektar auferlegt wurde, so daß bei der ganzen Lieferung die böhmischen Bezirke abermals einen sehr hohen Prozentsatz aufweisen werden.

Ausweis über den Abtransport der aufgebrachten Kartoffeln per Bahn:

| | auf 1 Hektar | Anbaufläche in Hektar | auferlegtes Kontingent Waggons | im Bezirke verbleiben | abzutransportieren sind |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. Asch, deutsch | 15 | 865 | 130 | 130 | — |
| 2. Aussig, deutsch | 15 | 1154 | 173 | 173 | — |
| 3. Beneschau, böhmisch | 40 | 2824 | 1129 | 191 | 938 |
| 4. Bischofteinitz, deutsch-böhmisch | 45 | 2889 | 1300 | 150 | 1158 |
| 5. Blatna, böhmisch | 45 | 3626 | 1632 | 125 | 1507 |
| 6. Böhmisch Brod, böhmisch | 15 | 2124 | 318 | 223 | 95 |
| 7. Böhmisch Leipa, deutsch | 15 | 1449 | 217 | 217 | — |
| 8. Brandeis a. d. Elbe, böhmisch | 20 | 2034 | 407 | 300 | 107 |
| 9. Braunau, Böhmen, deutsch | 15 | 1356 | 203 | 203 | — |
| 10. Brüx, deutsch | 15 | 810 | 121 | 121 | — |
| 11. Budweis, deutsch-böhmisch | 20 | 3675 | 735 | 735 | — |
| 12. Chotěboř, böhmisch | 55 | 4601 | 2532 | 187 | 2345 |
| 13. Chrudim, böhmisch | 25 | 3081 | 772 | 464 | 308 |
| 14. Caslau, böhmisch | 30 | 3781 | 1134 | 195 | 939 |
| 15. Dauba, deutsch | 20 | 1506 | 301 | 92 | 209 |
| 16. Deutsch Brod, böhmisch | 60 | 6384 | 3830 | 204 | 3626 |
| 17. Deutsch Gabel, deutsch | 25 | 1108 | 277 | 208 | 69 |
| 18. Dux, deutsch | 15 | 236 | 36 | 36 | — |
| 19. Eger, deutsch | 25 | 2848 | 637 | 637 | — |
| 20. Elbogen, deutsch | 15 | 933 | 140 | 140 | — |
| 21. Falkenau, deutsch | 20 | 1234 | 247 | 247 | — |
| 22. Friedland, deutsch | 20 | 1439 | 288 | 288 | — |
| 23. Gablonz a. d. N., deutsch | 15 | 477 | 71 | 71 | — |
| 24. Graslitz, deutsch | 20 | 674 | 135 | 135 | — |
| 25. Hohenelbe, deutsch | 15 | 771 | 116 | 116 | — |
| 26. Hohenmauth, böhmisch | 30 | 2161 | 648 | 373 | 275 |
| 27. Horowitz, böhmisch | 20 | 1922 | 384 | 384 | — |
| 28. Humpoletz, böhmisch | 60 | 2529 | 1517 | 150 | 1367 |
| 29. Jičin, böhmisch | 20 | 2554 | 511 | 269 | 242 |
| 30. Joachimsthal, St., deutsch | 20 | 523 | 105 | 105 | — |
| 31. Jungbunzlau, böhmisch | 20 | 2823 | 565 | 530 | 35 |
| 32. Kaaden, deutsch | 25 | 1792 | 448 | 301 | 147 |
| 33. Kamenitz a. d. L., böhmisch | 60 | 2552 | 1531 | 125 | 1406 |
| 34. Kaplitz, deutsch | 40 | 2824 | 1130 | 180 | 950 |
| 35. Karlsbad, deutsch | 20 | 1021 | 204 | 204 | — |
| 36. Karolinenthal, böhmisch | 15 | 498 | 75 | 75 | — |
| 37. Kladno, böhmisch | 15 | 1070 | 181 | 161 | — |

| | auf 1 Hektar | Anbaufläche in Hektar | auferlegtes Kontingent Waggons | im Bezirke verbleiben | abzutransportieren sind |
|---|---|---|---|---|---|
| 38. Klattau, böhmisch | 45 | 4812 | 2865 | 328 | 1837 |
| 39. Kolin, böhmisch | 15 | 2173 | 326 | 326 | — |
| 40. Komotau, deutsch | 20 | 1404 | 311 | 311 | — |
| 41. Königgrätz, böhmisch | 20 | 2485 | 497 | 485 | 12 |
| 42. Königinhof a. d. Elbe, deutsch-böhmisch | 20 | 1822 | 365 | 365 | — |
| 43. Kralowitz, böhmisch | 40 | 2602 | 1040 | 120 | 920 |
| 44. Kralup a. d. M., böhmisch | 15 | 1134 | 170 | 170 | — |
| 45. Krumau, deutsch-böhmisch | 30 | 2159 | 648 | 136 | 512 |
| 46. Kuttenberg, böhmisch | 25 | 2771 | 693 | 341 | 352 |
| 47. Landskron, deutsch | 35 | 2096 | 734 | 373 | 361 |
| 48. Laun, böhmisch | 15 | 1361 | 204 | 204 | — |
| 49. Ledeč, böhmisch | 50 | 4518 | 2259 | 134 | 2125 |
| 50. Leitmeritz, deutsch | 20 | 2553 | 511 | 511 | — |
| 51. Leitomischl, böhmisch-deutsch | 40 | 2252 | 901 | 189 | 712 |
| 52. Luditz, deutsch | 35 | 1750 | 613 | 109 | 504 |
| 53. Marienbad, deutsch | 20 | 1220 | 244 | 244 | — |
| 54. Melnik, böhmisch | 20 | 2056 | 412 | 214 | 198 |
| 55. Mies, deutsch | 40 | 4174 | 1670 | 444 | 1226 |
| 56. Moldauthein, böhmisch | 25 | 1292 | 323 | 66 | 257 |
| 57. Mühlhausen, böhmisch | 25 | 2971 | 743 | 84 | 659 |
| 58. Münchengrätz, böhmisch | 20 | 1878 | 376 | 228 | 148 |
| 59. Nachod, böhmisch | 20 | 1287 | 258 | 258 | — |
| 60. Neubydžow, böhmisch | 25 | 2078 | 520 | 227 | 293 |
| 61. Neudek, deutsch | 15 | 644 | 97 | 97 | — |
| 62. Neuhaus, böhmisch | 55 | 4077 | 2242 | 242 | 2000 |
| 63. Neupaka, böhmisch | 15 | 894 | 134 | 134 | — |
| 64. Neustadt a. d. M., böhmisch | 45 | 2015 | 907 | 265 | 642 |
| 65. Pardubitz, böhmisch | 25 | 2843 | 711 | 624 | 87 |
| 66. Pilgram, böhmisch | 60 | 5656 | 3394 | 120 | 3274 |
| 67. Pilsen, böhmisch | 20 | 2954 | 591 | 591 | — |
| 68. Pisek, böhmisch | 35 | 4767 | 1169 | 364 | 1305 |
| 69. Plan, deutsch | 25 | 1749 | 438 | 145 | 293 |
| 70. Poděbrad, böhmisch | 20 | 2109 | 422 | 274 | 148 |
| 71. Podersam, deutsch | 20 | 2240 | 448 | 181 | 267 |
| 72. Polička, böhmisch | 25 | 2068 | 517 | 188 | 329 |
| 73. Prachatitz, deutsch-böhmisch | 25 | 2462 | 611 | 405 | 206 |
| 74. Preßnitz, Bhm., deutsch | 15 | 306 | 46 | 46 | — |
| 75. Přestitz, böhmisch | 45 | 3281 | 1458 | 177 | 1281 |
| 76. Přibram, böhmisch-deutsch | 25 | 3743 | 936 | 459 | 477 |
| 77. Rakonitz, böhmisch-deutsch | 40 | 3356 | 1343 | 302 | 1041 |
| 78. Raudnitz, böhmisch | 20 | 2345 | 469 | 256 | 213 |
| 79. Reichenau a. d. K., böhmisch | 30 | 2084 | 25 | 312 | 313 |
| 80. Reichenberg, deutsch | 15 | 1192 | 179 | 179 | — |
| 81. Rokycan, böhmisch | 20 | 2321 | 464 | 270 | 194 |
| 82. Rumburg, deutsch | 10 | 462 | 47 | 47 | — |
| 83. Saaz, deutsch | 15 | 1356 | 204 | 204 | — |
| 84. Schlan, böhmisch | 25 | 2465 | 617 | 591 | 26 |
| 85. Schluckenau, deutsch | 15 | 1335 | 200 | 200 | — |
| 86. Schüttenhofen, böhmisch | 45 | 2364 | 1064 | 209 | 855 |
| 87. Selčan, böhmisch | 55 | 5507 | 3029 | 188 | 2841 |
| 88. Semil, böhmisch | 15 | 1769 | 266 | 266 | — |
| 89. Senftenberg, böhmisch | 25 | 2745 | 687 | 287 | 400 |
| 90. Smichow, böhmisch | 15 | 1779 | 267 | 267 | — |

| | auf 1 Hektar | Anbaufläche in Hektar | auferlegtes Kontingent Waggons | im Bezirke verbleiben | abzutransportieren sind |
|---|---|---|---|---|---|
| 91. Starkenbach, böhmisch | 15 | 1006 | 151 | 151 | — |
| 92. Strakonitz, böhmisch | 45 | 6060 | 2727 | 240 | 2487 |
| 93. Tabor, böhmisch | 45 | 6197 | 2789 | 306 | 2483 |
| 94. Tachau, deutsch | 25 | 2627 | 657 | 106 | 551 |
| 95. Taus, böhmisch | 35 | 2275 | 797 | 232 | 565 |
| 96. Tepl, deutsch | 25 | 1918 | 480 | 72 | 408 |
| 97. Teplitz-Schönau, deutsch | 10 | 469 | 46 | 46 | — |
| 98. Tetschen, deutsch | 15 | 1543 | 232 | 232 | — |
| 99. Trautenau, deutsch | 15 | 1433 | 215 | 215 | — |
| 100. Turnau, böhmisch | 25 | 1804 | 451 | 341 | 110 |
| 101. Warnsdorf, deutsch | 10 | 443 | 45 | 45 | — |
| 102. Weinberge Kgl., böhmisch | 20 | 1361 | 273 | 273 | — |
| 103. Wittingau, böhmisch | 30 | 3477 | 1034 | 171 | 863 |
| 104. Žižkow, böhmisch | 15 | 809 | 129 | 129 | — |
| 105. Bilin (Exp.), deutsch | 15 | 738 | 111 | 111 | — |
| 106. Böhm. Kamnitz (Exp.), deutsch | 15 | 700 | 105 | 105 | — |
| 107. Horitz (Exp.), böhmisch | 15 | 1024 | 154 | 149 | 5 |
| 108. Niemes (Exp.), deutsch | 25 | 1193 | 299 | 123 | 176 |
| 109. Nimburg (Exp.), böhmisch | 15 | 1197 | 180 | 180 | |
| 110. Přelauč (Exp.), böhmisch | 15 | 1222 | 184 | 82 | 102 |
| 111. Weipert (Exp.) | — | — | — | — | — |
| 112. Wlaschim (Exp.), böhmisch | 45 | 2217 | 998 | 82 | 916 |

Hauptsächlich die Approvisionierung mit Fleisch, Milch und Fettstoffen wird sich im Königreiche Böhmen derart ungünstig gestalten, wie dies mit der Erzeugung von pflanzlichen Nahrungsmitteln der Fall ist. In erster Reihe ist dies die Rinderzucht, welche an ungemein hohen Kontingenten und an der Futternot leidet. Nach der Zählung vom Jahre 1910 war der Rindviehstand nachstehend:

Stiere und Kalbinnen 826.760 Stück, Kühe 1,122.152 Stück, Ochsen 341.675 Stück, zusammen 2,290.587 Stück.

Nach der Schätzung von Fachmännern waren im Jahre 1914, unmittelbar vor Kriegsausbruch, in Böhmen vorhanden: Stiere und Kalbinnen 941.000 Stück, Kühe 1,250.500 Stück, Ochsen 408.500 Stück, zusammen 2,600.000 Stück und nach der am 31. Mai 1917 angenommenen Viehzählung Stiere und Kalbinnen 942.573 Stück, Kühe 1,000.423 Stück, Ochsen 280.232 Stück, zusammen 2,223.228 Stück, so daß das Sinken im älteren Viehstande, namentlich bei Zucht- und Zugviehstücken, deren Stand sich in der letzten Zeit noch mehr erhöht hat, geradezu drohend wird. Der richtige Stand würde aber hervortreten, wenn der Abfall im Gewichte sichergestellt werden könnte. Trotz des enormen Abfalles werden dem Königreiche Böhmen stets noch weitere zu hohe Kontingente der Viehaufbringung auferlegt, welche schwere Opfer in erster Linie die böhmischen Gebiete trifft, welche die Viehlieferungen mit größerer Bereitwilligkeit erfüllen, während die deutschen Gebiete auch nach Erklärung der Vertreter der Heeresverwaltung eine gewisse Renitentität bekunden. Zur Beurteilung desselben wird angeführt, daß im Laufe des letzten Monates, das ist im Monate September 1917, das deutsche Gebiet mit einem Ausfalle um 48 Prozent verbleibt, während das böhmische Gebiet nur ein Manko von 22 Prozent des vorgeschriebenen Kontingentes auswies. Diese Erscheinung ist ausdauernd und wird durch die Beurteilung des zwischen den Lieferungen des böhmischen und des deutschen Gebietes seit der Dauer des Einkaufmonopols in Böhmen bestehenden Verhältnisses bezeugt.

Ausweis über die seit dem Monat Juni bis September 1917 in Böhmen stattgefundenen Viehlieferungen.

| | Böhmisches Gebiet | | Deutsches Gebiet | |
|---|---|---|---|---|
| | Erwachsene Stücke | Kälber | Erwachsene Stücke | Kälber |
| Vorgeschriebenes Kontingent nach dem Verteilungsschlüssel 68 : 32 | 550.236 | 18.919 | 258.160 | 10.080 |
| Wirklich geliefert | 438.653 | 50.639 | 168.990 | 19.278 |

| | Böhmisches Gebiet | | Deutsches Gebiet | |
|---|---|---|---|---|
| | Erwachsene Stücke | Kälber | Erwachsene Stücke | Kälber |
| | in Prozenten | | | |
| Verhältnis der wirklichen Lieferungen zu dem vorgeschriebenen Kontingente . . . . . | 79·72 | 267·84 | 65·46 | 191·25 |
| — Ausfall — mehr geliefert . . . . . | 20·28 | 167·84 | 34·54 | 91·25 |
| Das Verhältnis der einzelnen Lieferungen zur Gesamtlieferung, welches 68 : 32 sein sollte, war nachstehend . . . . . | 72·18 | 72·34 | 27·82 | 27·57 |

Hierbei wirkt es peinlich, daß diese bedeutenden Ausfälle in den Viehlieferungen auf der deutschen Seite von den Vertretern der deutschen Landwirte dadurch entschuldigt werden, daß die Landwirte des deutschen Gebietes mehr Futter zur Disposition haben und deshalb wird das Vieh zurückbehalten, während andrerseits, wenn es sich um die Aufteilung des Heu- und Strohrequisitionskontingentes auf die einzelnen Bezirke handelt, von denselben Personen vorgeschützt wird, daß in den deutschen Ortschaften Futternot besteht und verlangen für sich die Herabsetzung der Requisitionslieferungen. Tatsächlich ist es auch dazu gekommen, daß in einer Reihe deutscher politischer Bezirke (etwa acht) überhaupt kein Stroh- oder Heukontingent vorgeschrieben wurde, wohingegen die böhmischen Bezirke stark belastet verbleiben.

Das vorgeschriebene Heu- und Stroh-Landeskontingent und dessen rücksichtslose Eintreibung von den Landwirten erhöht und verschärft die kritische Situation der Ernährung des im Königreiche Böhmen vorhandenen Viehstandes im höchsten Maße. Diese Unangemessenheit kann dadurch beurteilt werden, daß heuer bei der bestandenen katastrophalen Futtermißernte vorläufig 800.000 Meterzentner Heu und 560.000 Meterzentner Stroh requiriert werden sollen, welche Quanten ungefähr jenen Mengen, welche im vorigen Jahre aufzubringen waren, entsprechen. Eine solche Aufrederung berührt die Viehzucht, welche durch die Futtermißernte ohnehin schon ungemein leidet, vernichtend und durch die Reduzierung oder allfälligen Ausfall aller anderen Kernfuttermittel zur vollen Katastrophe unaufhaltsam schreitet! Die Quellen alter Futtermittel trocknen völlig ein, die einzigen Futtermittel werden den Landwirten in ungenügender Menge belassen, die Menge der Hinterkörner wird auf 3 Prozent, bei Gerste auf 15 Prozent herabgesetzt, in der Requisitionspraxis sogar noch weiter, die vorjährigen Hafer- und Gerstezuweisungen an die Zentrale für Futtermittel entfallen überhaupt, das Verfüttern von Futtermengsel wird nur bis zu einem bestimmten Maß erlaubt, die Kleie wird bei der hohen Ausmahlung vollständig wertlos, im Lande wird keine Kleie frei belassen, weil sie in andere Länder ausgeführt werden, Futterabfälle aus Industrieunternehmungen sind keine vorhanden, Futterersatzmittel, soweit sie in unbedeutender Menge vorkommen, sind wertlos und unverhältnismäßig teuer, die kleine Ernte der ersten Heuernte wurde gleich nach ihrem Einführen aufgefüttert, nachdem alle Flächen des Grünfutters austrockneten und so wird die ganze Ernährung des wirtschaftlichen Viehstandes je weiter desto drohender unterbunden und geht desto schneller der völligen Vernichtung entgegen. Die Tierproduktion, die bisher die Grundlage für die Volksernährung bildete und den Mangel anderer Früchte ersetzte, befindet sich selbst in der Krise und von seiten der Staatsverwaltung wird zu deren Überwindung und zur Unterstützung der landwirtschaftlichen Viehzucht gar nichts unternommen.

Mit der Verschlechterung der Ernährung des landwirtschaftlichen Viehstandes verschlechtern sich gleichlaufend auch die Verhältnisse der Fleisch-, Milch- und Fettapprovisionierung. Soweit es sich speziell um die böhmische Molkereiwirtschaft handelt, muß konstatiert werden, daß selbe vor dem Kriege mit größten Hoffnungen zum vollen Aufblühen organisiert wurde, nunmehr aber zum vollen Umsturze und zur vollen Vernichtung schreitend gebracht wurde.

Sowohl die Anordnungen des k. k. Volksernährungsamtes als auch jene der k. k. Statthalterei für das Königreich Böhmen sorgen nur für die Enteignung, Sammeln und Aufteilung der Milch und der Milchprodukte zwischen die Bevölkerung ohne auf Produktion selbst, deren Sicherung, Unterstützung und Verbesserung zu achten. Zu einer Zeit, in welcher für die Aufbringung der notwendigsten Futtermittel gar nichts getan wurde, zu einer Zeit wo die letzten Reste von Heu und Stroh den Landwirten aus deren Wirtschaften abgenommen werden, zu einer Zeit, zu welcher durch die unsinnig hohen Kontingente zur Ausschlachtung der Melkkühe und dazu noch hochtragender, zu einer Zeit der Streunot, zu welcher Zeit es zur Fütterung und Pflege an geübten und erfahrenen Personen mangelt, in dieser für die Milchwirtschaft schlechtesten und schlimmsten Zeit werden den Landwirten rücksichtslos Milchlieferungskontingente vorgeschrieben. Diese Kontingente werden von den politischen Behörden rein mechanisch ohne Rücksicht auf die Möglichkeit

der Ausführung vorgeschrieben, ja diese werden sogar für nichtmelkende Kühe vorgeschrieben, ausdrücklich aus dieser Vorschreibung mit der Berufung auf die Gesamtanordnung, beharrend. Gesuche der Landwirte, damit wenigstens die in schwerer Zugarbeit befindlichen Melkkühe und hochträchtige Melkkühe von der Lieferungspflicht befreit werden, werden abgewiesen. Hierbei wird noch dem Landwirte vorgeschrieben, die Milch auf einen oft mehrere Wegstunden entfernten Ort zu übertragen. Und dieser ganze Vorgang wird durch die künstliche Herabsetzung der Preise weit unter die wirklichen Erzeugungskosten gekrönt.

In Böhmen gibt es noch heute Bezirkshauptmannschaften, welche den Preis der Milch mit 24 bis 28 h anordnen. Der Landwirt wird zur Einhaltung des Kontingentes durch hohe Strafen, Verweigerung der Mahlausweise, Zuweisung von Zucker, Petroleum, Tabak und andere heute üblichen Arten, gezwungen.

Dem in dieser Weise verfolgten Viehbesitzer, der alles darauf legt, seinen Viehstand am Leben zu erhalten und bei der allerkleinsten Produktion werden noch Butterkontingente vorgeschrieben, die ebenso rücksichtslos und mechanisch vorgeschrieben werden, wie die Milchkontingente. Hierbei wird der Preis der Butter recht niedrig gehalten, wodurch nur der schmuggelhafte Butterhandel bei überspannten allzuhohen Preisen unterstützt wird.

In gleicher Weise leidet auch die Zucht des landwirtschaftlichen Kleinviehes, namentlich der Schweine und des Geflügels, und infolgedessen wird auch diese Volksernährungsquelle bedenklich gedämpft. Es mangelt an Futter, die Kartoffelrequisition verschärft sich in manchen Bezirken in dem Maße, daß zur Verfütterung überhaupt keine Kartoffeln belassen werden, es mangelt an Impfstoffen, die staatliche Sorgfalt beschränkt sich nur darauf, die Aufbringung nur wegen dem unangemessenen niedrigen Preis (4·70 K) durchzuführen, während in Ungarn der doppelte Preis (9 bis 9·50 K) gezahlt wird.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse während des Krieges haben sich sehr unerfreulich gestaltet und Mähren, wenngleich es an den Kriegsschrecken nicht direkt teilnimmt, wurde dennoch schwer beschädigt, insbesondere in bezug auf die Landwirtschaft.

Vor dem Kriege war der Landwirt frei, unabhängig. Der Krieg schaffte eine andere Situation: Nicht nur, daß in den wichtigsten landwirtschaftlichen Angelegenheiten nicht immer die Stimme des eigentlichsten Interessenten gehört wird, es werden auch dem Landwirte solche Beschränkungen sowohl in bezug auf die Erzeugung als auch in bezug auf die Dispositionen mit seinem Produkte auferlegt, daß in einem anderen Stande hierfür überhaupt nicht ähnliches existiert.

Fast bei allen landwirtschaftlichen Produkten ist die Disposition der Produzenten ausgeschlossen, fast alles wird staatlich bewirtschaftet, selbstverständlich äußerst selten mit gutem glücklichen und allgemein nützlichem Erfolge.

Der Landwirt verlor die Freiheit und mit Recht klagt er darüber, daß verschiedene Verordnungen spät erscheinen, nicht auf praktischen Anschauungen beruhen, die Produktion nicht tatsächlich fördern.

Trotz alledem verrichtet der mährische Landwirt schon das vierte Jahr eine übermenschliche Arbeit mit beispielloser Selbstverleugnung bei allen Übergriffen, harten Vorgängen gegen ihn und seine Angehörigen, bei all den unfaßlichen Bemühungen der leitenden Kreise, die Produktion zu vernichten statt zu fördern."

Dem mährischen Landwirt wird das Vieh genommen, obzwar eine Feldwirtschaft ohne Vieh unmöglich ist, man nimmt ihm Heu und Stroh, Arbeitskräfte, Bespannung, man nimmt ihm sogar Saatgut und die Proteste berufener landwirtschaftlicher Faktoren in Mähren, daß dieser Vorgang unbedingt den landwirtschaftlichen Ruin des ganzen Landes zur Folge haben wird, und wenn Mähren als Getreide- und Viehkammer gilt, zum wirtschaftlichen Ruin des ganzen Reiches führt, bleiben unbeachtet.

Man vergißt, daß der wirtschaftliche Reichtum Mährens nicht unerschöpflich ist, man vergißt, daß man in der Wirtschaft auch investieren, nicht nur fortnehmen muß.

Die absolute Entziehung sämtlicher Arbeitskräfte, der Bezüge, der allgemeine Mangel an Kunstdüngern und der nach der Requisition von Heu und Stroh drohende Mangel an Stallmist, die unvernünftige Herabminderung des Saatgutes, ja sogar stellenweise seine vollständige Einziehung, dies alles sind Umstände welche in der Zukunft so schwere Folgen für die Approvisionierung der Bevölkerung im Lande und im Reiche haben werden, daß nicht genug warnende Worte gefunden werden können, um ein Ende dieses vollkommen verkehrten Systems, welches diktiert und zufolge verschiedener Verordnungen der mährischen Landwirtschaft direkt aufgedrungen wird, herbeizuführen.

Es sei darauf hingewiesen, daß derjenige, welcher auf diese Art direkt in den Grundlagen die mährische Landwirtschaft, welche im Kriege das Reich vor Aushungerung bisher bewahrt hat, vernichtet, gegen den Staat handelt.

Getreide- und Mehllieferungen. Während des Krieges wurde das Land Mähren zu Getreide- und Mehllieferungen einerseits für das Heer, andrerseits für die anderen Kronländer fühlbar herbeigezogen. Es sei nicht analysiert, ob die Vorschreibungen für Mähren gerecht und den Verhältnissen

entsprechend waren. Der Umstand, daß im Jahre 1917 im April die Quote für die landwirtschaftliche Bevölkerung herabgesetzt und ihr — angeblich gegen Rückersatz — die Quote für die Zeit vom 1. Juli bis 15. August überhaupt abgenommen wurde, hat an manchen Stellen in den landwirtschaftlichen Kreisen eine wahre Hungersnot herbeigeführt. Solche Erscheinungen dürfen sich nicht wiederholen, denn sie könnten schwere Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens überhaupt zur Folge haben.

Von einer Analyse dieser ganzen Getreide- und Mehlbewirtschaftung absehend, sei blos konstatiert, daß so viel ausgeführt wurde, daß zum Schlusse Mähren ohne Mehl war und eine Einfuhr aus Rumänien eintreten mußte. Ohne diese wäre im Lande tatsächlich Hunger entstanden. Laut den amtlichen Berichten war die Ernte im Jahre 1916 folgende: Weizen 11.360 Waggons, Roggen 19.465 Waggons, Gerste 21.186 Waggons, Hafer 18.515 Waggons.

Aufgekauft von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Brünn: Weizen 4412 Waggons, Roggen 4344 Waggons, Gerste 10.316 Waggons, Hafer 6613 Waggons.

Von der Ernte des Jahres 1916 ausgeführt: Weizen 990 Waggons, Roggen 710 Waggons, Gerste 3814 Waggons.

Ins Land mußten sodann eingeführt werden: Rumänischer Weizen 1064 Waggons, Mais 92 Waggons.

Hieraus ist ersichtlich, daß es unüberlegt ist, aus dem Lande alles auszuführen und dann einen Ersatz auftreiben.

Die heurigen, von politischen Behörden durchgeführten amtlichen Ernteschätzungen zeigen so schlechte Erfolge, daß es absolut unmöglich ist, irgend etwas aus dem Lande auszuführen.

Selbst die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt sieht dies ein und ordnet bisher eine Ausfuhr nicht an — es wird jedoch gemunkelt, daß Ausfuhren angeordnet werden sollen. Dagegen muß jetzt schon entschieden protestiert werden. Die mährische Ernte ist eine derartige, daß sie zur Deckung des eigenen Bedarfes nicht ausreicht und es wird sich die Notwendigkeit ergeben, Brotgetreide nach Mähren einzuführen.

Das Saatgut wurde in Mähren ohne Überlegung requiriert und es besteht die Befürchtung, daß dies so auch in Hinkunft sein wird, da gewisse Kreise nicht einmal während der vier Kriegsjahre etwas gelernt haben und höchstwahrscheinlich nichts mehr lernen werden.

Schon im Jahre 1915 sind Fälle vorgekommen, daß Behörden trotz aller Proteste dem Landwirte das Saatgut zu den damals gültigen Maximalpreisen abgenommen haben und ihm sodann zum Beispiel Hafer als Saatgut zu 56 Kronen pro ein Zentner lieferten. Und ähnlich wird in der ganzen Kriegszeit verfahren. Die Saatkartoffeln wurden eingezogen, demzufolge ist die Kartoffelanbaufläche in Mähren um 8000 Hektar zurückgegangen und deshalb war auch die Ernte kleiner. Es werden zwar heuer 22 Zentner Saatkartoffeln pro Hektar versprochen — gleichzeitig werden aber solche Kontingente zur Ablieferung vorgeschrieben, daß dem Landwirte alles genommen wird — und er in der Not dann das Saatgut verzehren muß. Ein solcher Vorgang wird in Mähren zur Folge haben, daß im nächsten Jahre die Kartoffelanbaufläche minimal sein wird.

Die mährische Viehzucht, einst im Reiche die erste — auch aus den deutschen österreichischen Ländern kam man nach Mähren Zuchtmaterial einkaufen — ist auf Dezenien erschlagen. Sämtliche Erhaltungsbedingungen für dieselbe wurden durch amtliche Verordnungen zugrunde gerichtet. Man verbot Zuchttieren Hafer zu verfüttern — anderes Kraftfutter gab es nicht, trotz aller unzähliger Proteste wurde das Zucht- und Milchvieh requiriert, die Zuchttierhälter wurden einberufen, so daß man die Tiere veräußern mußte, das Landesviehzuchtgesetz wurde nicht durchgeführt, die Staats- und Landesunterstützungen wurden eingestellt, die Viehpreise so festgesetzt, daß der Landwirt es veräußert um dasselbe nicht mit Verlust halten zu müssen; die unfähige Futtermittelzentrale hat den Viehhälter um die letzten Futtermittel (Kleien) gebracht, Heu und Stroh wurde requiriert, dem Bauer wurden die letzten Futtermittel genommen (Hintergetreide), die Gerstenquote wurde herabgesetzt — kurz geradezu absichtlich wurde darauf hingearbeitet, die mährische Viehzucht zu ruinieren. Verschiedenen Phrasen, daß den Behörden an der Erhaltung der Viehzucht gelegen ist, stehen Tatsachen entgegen. Die aus Mähren abgenommenen Viehkontingente erreichen solche Ziffern, daß auf Jahrzehnte keine Hoffnung ist, den Viehstand auf das frühere Niveau zu bringen.

Der Trost, daß die Viehzahl in Mähren eine gleiche geblieben ist, ist nichtig, da das Jungvieh schlechter Qualität ist, wie in den jetzigen Verhältnissen nicht anders möglich.

Am 31. Mai 1917 wurde in Mähren eine Viehstandsaufnahme vorgenommen, deren Ergebnisse in mancher Richtung interessant sind. Es wurden gezählt: Jungvieh unter einem Jahre 211.053, Stiere unter einem Jahre 15.425, Kalbinen 105.584, Kühe 370.992, Ochsen 54.478, zusammen 757.568.

Gegenüber der am 10. Jänner vorgenommenen Aufnahmen ergibt sich ein Ausfall von 18.731 Stück, und insbesondere bei Kühen von denen 11.000 Stück entfallen sind, Kalbinen sind um 13.000 weniger, Stiere um 4.000, Ochsen fast

um 4.000, gewachsen ist bloß die Anzahl des Jungviehes unter einem Jahre um zirka 14.000 Stück.

Erwachsenes Vieh nimmt rapid ab, es beträgt ja das monatlich vorgeschriebene Kontingent an Schlachtvieh gegen 30.000 Stück. Zufolge eingetretenem katastrophalen trockenen Wetters ist die Futterpflanzenernte direkt schwindend, was im stürmischen Angebot von Vieh zum Verkaufe zum Ausdrucke kommt.

Vom 1. August 1916 bis November 1917 (inklusive) mußte Mähren 294.281 Stück Vieh abliefern. Darin sind 100.000 Kühe enthalten.

Die Erhaltung des Viehstandes in Mähren liegt nicht nur im Interesse des Landes allein, sondern im allgemeinen Interesse des Staates. Dem fast vollkommenen Ruin der Schweinezucht wird der Ruin der Rindviehzucht folgen. Bisher wurden aus Mähren 294.000 Stück Rindvieh, hiervon 100.000 Kühe abgeliefert und weitere große Kontingente sind vorgeschrieben. Wenn man bedenkt, daß bei 100.000 Kühen der jährliche Milchausfall mindestens 100 Millionen Liter (gerechnet 1000 Liter pro Kuh) oder 4 Millionen Kilogramm Butter beträgt, sehen wir, was für ein Ende eine weitere Küheeinziehung nehmen wird.

Die heurige Mißernte an Heu und Stroh, der absolute Futtermangel (die Hintergetreidequote wurde auf drei Prozent, die Gerstequote auf 15 Kilogramm herabgesetzt, die Kleie, sogar die durch das Gesetz garantierte Pflichtkleie, wird den Landwirten abgenommen), die organisierte Viehausfuhr aus dem Lande (letzthin 2.000 Stück) zu lächerlich niedrigen Preisen und neue und abermals neue Lieferungskontingente für das Heer — all dies wird eine gänzliche Depekoration Mährens und nahezu katastrophale Einflüsse auf die Approvisionierung der Bevölkerung, welche eines Tages ohne Milch, Fleisch und Fett stehen wird, zur Folge haben. Wiederholt wird die Staatsverwaltung auf diese Umstände aufmerksam gemacht und im Interesse der Approvisionierung der Landes- und Reichsbevölkerung die Schonung des bisherigen, ohnehin schon bedrohten Rindvieh- und Schweinestandes angesprochen.

Wie traurig es mit der Schweinezucht steht, ist aus folgenden Ziffern ersichtlich:

Bei der Viehzählung im Jahre 1910 waren in Mähren 633.538 Stück Schweine.

Laut der Viehstandsaufnahme vom 31. Mai 1917 wurden in Mähren gezählt: Ferkel unter 20 Kilogramm 220.756 Stück, Schweine von 20 bis 65 Kilogramm 88.564 Stück, Schweine von 65 bis 125 Kilogramm 2.222 Stück, Schweine über 125 Kilogramm 95 Stück, trächtige Säue 48.624 Stück, unbelegte Säue 17.764 Stück, Ferkel stillende Säue 9.280 Stück, Eber bis dreiviertel Jahre 901 Stück, Eber über dreiviertel Jahre 1.302 Stück, zusammen 389.508 Stück.

Aus dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die größte Stückanzahl auf Ferkel unter 20 Kilogramm entfällt und das schwere Schweine derzeit in Mähren überhaupt nicht existieren. Die seinerzeit beabsichtigte Requisition von Schlachtschweinen wäre sonach heute zwecklos. Aus dieser Zusammenstellung ist weiter ersichtlich, daß Schweine zum Verkaufe ungewöhnlich wenig gehalten werden — es gibt kein Futter und es ist auch keine Hoffnung vorhanden, dasselbe irgendwie in größeren Mengen aufzutreiben — und daß die Fettfrage von Tag zu Tag akuter wird.

Im Jänner heuer wurden 428.536 Stück Schweine gezählt, bis Mai ist somit die Anzahl um 40.000 Stück gesunken. Erfreulich ist die verhältnismäßig hohe Anzahl von Säuen, leider sind jedoch vom Mai viele an Fleischhauer abgeliefert worden, so daß die Zahl heute bedeutend geringer sein wird.

Laut Mitteilung Seiner Exzellenz des Ackerbauministers Grafen Sylva-Tarouca wird es zufolge Futtermangels notwendig sein, 30 bis 40 Prozent Vieh abzuschlachten. Das bedeutet, in Mähren weitere 100.000 Stück Kühe zu opfern. Die Folgen für die Approvisionierung mit Milch und Fett sind unabsehbar.

Vor so einer katastrophalen Wirtschaftspolitik kann nicht genug gewarnt werden.

Kartoffel. Schon von der Ernte 1915/1916 wurde dem Lande Mähren so ein hohes Kontingent vorgeschrieben, daß es nicht geliefert werden konnte. Trotzdem wurden 5000 Waggons Kartoffel aus dem Lande ausgeführt und heuer liefert die Kartoffelaktion ein Beispiel, wie man Aktionen nicht durchführen soll.

Heuer im Frühjahr wurden ohne Überlegung die Saatkartoffeln abgenommen, man konnte pro Hektar nur 17, stellenweise nur 15 Meterzentner setzen und darnach ist auch die Ernte ausgefallen. Alle Warnungen fanden kein Gehör. Laut einer Statistik, welche 16 Millionen Kronen gekostet hat und welche weniger glaubwürdig ist als die freiwillige, welche alljährlich im Wege der Landeskulturräte das Ackerbauministerium zusammengestellt hat, sollen wir im Reiche eine Ernte von 70 bis 80 Millionen Meterzentner Kartoffeln haben. Diese Ziffern hat wenigstens Ernährungsminister Höfer im Parlamente und in den Beratungen des Ernährungsrates genannt. Wir behaupten, daß diese ämtliche 16-Millionenstatistik weniger wahrscheinlich ist als jene freiwillige des Ackerbauministeriums. An Kartoffeln hat das k. k. Ernährungsamt für Mähren soviel vorgeschrieben, daß wir soviel überhaupt nicht haben werden. Laut der Zusammenstellung des Volksernährungsamtes beträgt die in Mähren mit

Kartoffeln bebaute Fläche 132.000 Hektar. Das Volksernährungsamt hat vorgeschrieben, daß die durchschnittliche Ernte in Mähren 90 Meterzentner pro Hektar betragen muß. Stellenweise wird vielleicht mehr sein, doch es gibt Bezirke, wo kaum die Hälfte dieser Ziffer erreicht wird, ja es wird sogar ein Ertrag von 25 Meterzentner pro Hektar gemeldet. Wo der Durchschnitt von 90 Meterzentner genommen wurde, ist ein Rätsel. Und diese angebliche, optimistisch geschätzte Ernte hat man bereits verteilt. Unser Landwirt soll das Recht haben, sich pro Jahr und Kopf 150 Kilogramm zu belassen, der Nichtproduzent hat Anspruch auf 100 Kilogramm, dafür hat Galizien eine Sonderstellung, dort beträgt die Kopfquote 240 Kilogramm! Dort soll Not herrschen. Gut, ist aber bei uns ein Wohlstand? Wissen denn die Herren vom Ernährungsamte beim grünen Tisch nicht, daß in Mähren um ein Kilogramm Kartoffel eine Rauferei ist, das Monate hindurch tausend und abertausend Leute keine Kartoffeln, Brot, Fett und Milch haben? Braucht denn der Magen unseres schwerarbeitenden Arbeiters weniger als der Magen eines galizischen Einwohners? . . . . Also der mährische Kartoffelertrag wurde verteilt.

Die Landwirte, 1,355.000 an der Zahl, sollen 20.325 Waggons, die Nichtproduzenten 1,282.000 an der Zahl und das Militär 136.000 Köpfe, bekommen 14.180 Waggons, als Saatgut werden 22 Meterzentner pro Hektar belassen, zusammen 29.640 Waggons, zu Fütterungszwecken und auf den Schwund werden 22 Prozent der Ernte gerechnet, sonach 17.059 Waggons, die Brennereien sollen 1.500 Waggons bekommen, die Trocknereien zum Trocknen von Kartoffelmehl zu menschlichen Nahrungszwecken und die Stärkefabriken 2000 Waggons, die Saatreserve beträgt 3.000 Waggons. Dies macht jedoch 94.000 Waggons aus. Die Getreideverkehrsanstalt bekam den Auftrag, für das Land 19.180 Waggons, für die Ausfuhr 13.000 Waggons und 1.190 Waggons für Lieferungsverträge außer einer Saatreserve von 4.642 Waggons, aufzukaufen.

Wohin sollen die mährischen Kartoffeln kommen? Nach Steiermark 716 Waggons, Küstenland 2.526 Waggons, Dalmatien 1.245 Waggons und nach Wien 8.513 Waggons.

Von der Menge, welche die Getreideanstalt aufkaufen soll, zirka 33.000 Waggons, soll gleich im Herbste 24.000 Waggons und im Frühjahre 12.000 Waggons geliefert werden. Erwägt man, daß die Kartoffeln zirka 50 Tage transportiert werden können, sehen wir, daß man täglich 500 Waggons aufladen müßte. Die Wiener Schätzung der Kartoffelernte in Mähren beträgt 112.000 Waggons, der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt zirka 85.000 Waggons. Und die Folge? Daß, wenn der Auftrag des Ernährungsamtes durchgeführt wird und jene 36.000 Waggons aufgekauft und hiervon 13.000 Waggons ausgeführt werden, zu Fütterungszwecken nichts übrig bleibt.

Die Situation ist sicherlich nicht so glänzend, wie sie sich die Herren Verteiler vorstellen. Wenn bei dem bestehenden Futtermangel nicht einmal Kartoffeln zur Verfügung stehen, muß das Vieh geschlachtet werden. Und wie soll man ohne Vieh Fleisch, Fett, Milch, durchhalten?

Obst und Gemüse. Bekannt sind die Maßnahmen, bezüglich Obst und Gemüse. Mähren sollte 50 Prozent seiner Obsternte und 50 Prozent seiner Gemüseernte ausführen. Was das Obst anbelangt, ist es so ausgefallen, daß Mähren gebrandschatzt wurde und heute muß steirisches Obst eingeführt werden. Wäre es nicht verständiger gewesen, in Orte, wo mährisches Obst kam, gleich steirisches direkt zu geben?

In Mähren ist heuer eine große Mißernte an Kraut. Kraut und Kartoffeln sind die einzige Nahrung ärmerer Schichten. Und trotzdem ist angeordnet, die Hälfte der ganzen Gemüseernte aus Mähren auszuführen.

Gegen eine derartige Plünderung des Landes Mähren in dieser Hinsicht ist es notwendig, sich energisch zu verwahren. Nimmt man den Armen Kartoffeln und Gemüse, dann sollen die verantwortlichen Kreise auch die Folgen verantworten, welche diese Maßnahme in den breiten Volksschichten herbeiführen können. Das Gemüse reicht nicht für den einheimischen Konsum aus und trotzdem sollen 50 Prozent ausgeführt werden.

Heu und Stroh. Die böhmische Sektion des mährischen Landeskulturrates hat auf die Unmöglichkeit der Lieferung der für Mähren vorgeschriebenen Heu- und Strohkontingente aufmerksam gemacht.

Die böhmische Sektion des mährischen Landeskulturrates wurde aufgefordert, an der Beratung der mährischen Landesfuttermittelstelle, in der über die zweckmäßige Verteilung der Heu- und Strohkontingente entschieden werden sollte, teilzunehmen.

Dieser Aufforderung wurde Folge geleistet und in die Beratung am 3. August 1917 ein Vertreter entsendet. Bei der Beratung wurde mitgeteilt, daß eine Hälfte des auf Mähren entfallenden Kontingents verteilt werden soll, und zwar 4.500 Waggon Heu und laut eines vom Vertreter der Militärverwaltung gestellten Antrages zirka eine gleiche Menge Stroh.

Der Vertreter der böhmischen Sektion des mährischen Landeskulturrates hat gegen dieses dem Lande Mähren zugewiesene Kontingent Einsprache erhoben, da er bei den gegenwärtigen Verhältnissen für unmöglich hielt, dieses Kontingent aufzubringen, ohne daß in der mährischen Viehhaltung eine wahre Katastrophe eintreten würde.

In den übrigen Ländern wurde die Frage, wie viel der Landwirt von seinen Vorräten an das Vieh verfüttern darf, durch besondere Verordnungen der Landesregierungen bereits gelöst. Bei uns in Mähren wurde eine solche Verordnung noch nicht erlassen. Laut den in den anderen Ländern geltenden Verordnungen dürfen die Viehhälter von den eigenen Stroh- und Heuvorräten zur Fütterung ihrer Tiere pro Stück und Tag verbrauchen:

I. Zur Fütterung: a) für 1 Pferd 10 Kilogramm Heu; b) für 1 Großvieh, 1. über 1 Jahr 5 Kilogramm Heu und 5 Kilogramm Stroh, 2. unter 1 Jahr 4 Kilogramm Heu und 2 Kilogramm Stroh; c) für 1 Stück Kleinvieh (Ziegen und Schafe) 1 Kilogramm Heu.

II. Zur Streu: a) für 1 Pferd und 1 Stück Großvieh 4 Kilogramm Stroh täglich, b) für 1 Stück Kleinvieh (Ziegen, Schafe und Schweine) 0·5 Kilogramm Stroh.

Wieviel Heu und Stroh dürfen die mährischen Viehhälter nach dieser Skala verfüttern?

Die Anzahl der Pferde (ohne Fohlen) beträgt in Mähren 86.356 Stück, zu 10 Kilogramm auf 200 Tage gerechnet ergibt 1,727.120 Meterzentner Heu.

Die Anzahl der Rinder über 1 Jahr beträgt: Kühe 370.992, Stiere 15.452, Kalbinnen 105.584, Ochsen 54.487, zusammen 546.115 Stück, bei einer täglichen Ration von 5 Kilogramm Heu, von 5 Kilogramm Stroh würde der Bedarf auf 200 Tage gerechnet 5,461.150 Meterzentner Heu und 5,461.150 Meterzentner Stroh betragen.

Die Anzahl der Rinder unter 1 Jahr beträgt in Mähren 211.053 Stück, bei einer täglichen Ration von 5 Kilogramm Heu und 2 Kilogramm Stroh beträgt der Bedarf auf 200 Tage gerechnet 844.112 Meterzentner Stroh und 1,688.424 Meterzentner Heu.

Die Anzahl der Ziegen beträgt in Mähren 231.278 Stück, der Schafe 37.393, zusammen 258.671 Stück, und beträgt somit der Bedarf bei einer täglichen Ration von 1 Kilogramm Heu auf 200 Tage gerechnet 517.342 Meterzentner Heu.

Es beträgt somit der Bedarf an Stroh zu Fütterungszwecken 6,305.362 Meterzentner, an Heu 9,394.036 Meterzentner.

Zu Streuzwecken würde man bei einer täglichen Ration von 4 Kilogramm pro Pferd und 1 Stück Großvieh, somit für 843.524 Stück jährlich 12,146.745 Meterzentner Stroh, für Schafe und Ziegen (258.671 Stück à 0·5 Kilogramm täglich) 465.807 Meterzentner Stroh, für Schweine (389.508 Stück à 0·5 Kilogramm) 703.114 Meterzentner Stroh, somit zusammen 13,315.660 Meterzentner Stroh benötigen.

Auf Grund dieser Zusammenstellung — bei Anwendung verordnungsgemäß zulässiger Rationen — erfahren wir den Gesamtbedarf an Heu und Stroh der mährischen Viehhälter. Er beträgt 6,305.362 Meterzentner Stroh und 9,394.036 Meterzentner Heu zu Fütterungszwecken und 13,315.660 Meterzentner Stroh zu Streuzwecken.

Wie hoch ist demgegenüber der Vorrat? Das ziffermäßige Ergebnis kann nur beiläufig geschätzt werden. Im Vorjahre hatten wir eine gute, stellenweise sehr gute Futterpflanzenernte, welche nach der Statistik des Landeskulturrates ergab: Klee-Ernte 5,222.022 Meterzentner, Heuernte (Heu und Grummet) 4,080.094 Meterzentner, der Gesamtertrag sonach 1916 9,302.116 Meterzentner.

Mit anderen Worten: Wenn die heurige Klee-, Heu- und Grummeternte geradeso wie im Vorjahr ausfallen würde, würde sie — bei Verfütterung der zulässigen geringfügigen Quantitäten — kaum zur Deckung des Bedarfes der mährischen Landwirte ausreichen.

Damit zu kalkulieren, daß die 10 Kilogrammquote ohne Rücksicht auf die schwerarbeitenden Produzentenpferde, die Militär- und Zivilpferde erhalten, und hierbei die Heufütterung des übrigen Viehes überhaupt nicht in Betracht zu ziehen, bloß um tausende Waggons Heu aus Mähren, welches heuer von einer katastrophalen Futterpflanzenmißernte heimgesucht wurde, ausführen zu können, hält die böhmische Sektion des mährischen Landeskulturrates für ein gefährliches Experiment, welches schwere Folgen für die Viehwirtschaft, das Molkereiwesen, für die Fettproduktion und Approvisionierung der Bevölkerung überhaupt haben wird.

Es ist begreiflich, daß die Armee Heu benötigt, doch es sind noch andere Länder in Österreich, zum Beispiel Steiermark, Oberösterreich und andere, die nicht unter der Dürre so zu leiden hatten.

Mähren vollführt in diesem Kriege betreffs Approvisionierung mit Lebens- und Futtermitteln wahre Wunder, doch Unmöglichkeiten zu verlangen bedeutet nur den Langmut der landwirtschaftlichen Bevölkerung unnütz auf die Probe zu stellen.

Schon das vorjährige Heu- und Strohkontingent war so hoch, daß es überhaupt nicht geliefert werden konnte, und die heurige Heuernte beträgt kaum ein Drittel der vorjährigen, Grummet und zweite Kleemahd gibt es überhaupt nicht.

Die Regierung hat das Hintergetreideprozent von 5 auf 3, das Gersteprozent von 25 auf 15 herabgesetzt, Hafer darf nur 1 Kilogramm pro Pferd verfüttert werden, Kartoffeln dürfen nicht verfüttert werden, die Zuckerrübe ist für Zuckerfabriken beschlagnahmt, Kraftfutter gibt es nicht, Kleie wird von der Futtermittelzentrale nicht zugewiesen.

Wie soll in dieser Situation, wo auch ein Strohmangel herrscht, wo viel frisches Heu unter

einem direkten Auftrag der Organe zur Deckung des alten Kontingents geliefert wurde — wie soll eine Million Vieh in Mähren über den Winter durchgebracht werden? Auf diese Frage kann niemand antworten.

Diese Situation ist nicht erfreulich, ja sie ist verzweifelt.

Die böhmische Sektion des mährischen Landeskulturrates hielt es für ihre Pflicht, auf diese Situation hinzuweisen, noch bevor es zu spät wird.

Es kann nicht in den Intentionen einer Staatsverwaltung liegen, die Viehzucht noch während des Krieges zugrunde zu richten, da eine zugrunde gerichtete Viehzücht den Ruin des Ackerbaues zur Folge haben würde und die Folgen für die Bevölkerung selbst sind unabsehbar.

Die böhmische Sektion des mährischen Landeskulturrates hat viele begründete Eingaben aus verschiedenen Bezirken um Befreiung von der Heu- und Strohlieferung vorgelegt. Obzwar die Bezirke nichts haben, sind ihnen Hunderte Waggons zur Lieferung vorgeschrieben.

Wozu die Bevölkerung aufregen, wenn die vorgeschriebene Lieferung tatsächlich nicht geliefert werden kann? Warum nicht lieber mit einer, wenn schon traurigen Tatsache rechnen?

Die vorgeschriebenen halben Kontingente betragen für einzelne Bezirke in Waggons:

Bärn 111, Boskowitz 80, Brünn 122, Ungarisch Brod 191, Mährisch Budwitz 174, Datschitz 186, Göding 200, Holleschau 89, Ungarisch Hradisch 165, Mährisch Weißkirchen 137, Auspitz 127, Neutitschein 175, Iglau 140, Kremsier 65, Mährisch Kromau 77, Gaya 50, Littau 60, Neustadtl 162, Wallachisch Meseritsch 40, Groß Meseritsch 135, Nikolsburg 180, Mistek 120, Olmütz 171, Mährisch Ostrau 42, Proßnitz 100, Prerau 171, Römerstadt 121, Sternberg 120, Mährisch Schönberg 200, Tischnowitz 62, Trebitsch 113, Mährisch Trübau 130, Wsetin 84, Wischau 168, Hohenstadt 122, Znaim 160.

Die eingeleitete Aktion, jenes Vieh, für welches kein Futter ist, zu schlachten und das Fleisch in Keller einzulagern, kann große landwirtschaftliche Nachteile zur Folge haben. Das Fleisch kann nicht auf längere Zeit erhalten werden, da es an Kühlanlagen ꝛc. mangelt.

Noch weniger kann man sich mit der Maßnahme einverstanden erklären, das Zuchtvieh in Mähren um 1 K 80 h bis 2 K 40 h zu übernehmen und in andere Länder, wo genügend Futter ist, auszuführen. Ist in Oberösterreich genügend Futter, kann Oberösterreich größere Heu- und Strohkontingente an das Heer liefern, und es entfällt die Notwendigkeit, Mähren dasjenige zu nehmen, was es zur Erhaltung des eigenen Viehstandes braucht.

Wie kommt der mährische Landwirt dazu, Zuchtvieh um 1 K 80 h bis 2 K 40 h zu verkaufen und dann dasselbe um teures Geld aus Oberösterreich einzukaufen.

Ist es vernünftig, bei bestehendem Waggonmangel ꝛc. das Vieh hin und her zu führen, wenn eine Maßnahme genügt, wonach das Heu und Stroh aus Oberösterreich an das Heer in größerer Quote geliefert und Mähren das für das Zuchtmaterial notwendige Quantum belassen wird?

Bei der Vorschreibung der Fette haben die maßgebenden Faktoren Mähren als ein Land der Verheißung betrachtet, wo in den Bächen und Flüssen Milch fließt. Darnach wurden Vorschreibungen gemacht. Auf die Unsinnigkeit dieser Vorschreibungen wurde schon damals aufmerksam gemacht. Die Verordnung über die Versorgung mit Molkereiprodukten und Schweinefett hat verschiedene Mängel. Sie ist mehr ein Programm als Gesetz, indem sie der Staatsverwaltung in den einzelnen Kronländern die Organisation überläßt. Der Hauptmangel der Verordnung über Butterlieferungen besteht darin, daß die viel wichtigere Milchfrage nicht gleichzeitig gelöst wurde. Hierbei kommen in erster Linie die mährischen Molkereien in Betracht. Über die Anzahl und Leistung der mährischen Molkereien belehrt uns folgende Tabelle:

Genossenschaftliche Molkereien in Mähren:

| | Anzahl der Betriebe | Milchlieferungen in Litern | Buttererzeugung in Kilogramm |
|---|---|---|---|
| Böhmisches Gebiet . . . . . | 120 | 43,131.427 | 1,647.888 |
| Deutsches Gebiet . . . . . | 29 | 21,384.394 | 676.495 |
| **Privatmolkereien in Mähren:** | | | |
| Böhmisches Gebiet . . . . . | 22 | 4,470.000 | 174.000 |
| Deutsches Gebiet . . . . . | 12 | 8,465.918 | 65.653 |
| | 183 | 77,451.739 | 2,564.036 |

Unter Annahme, daß zur Erzeugung von einem Kilogramm Butter 25 Liter notwendig sind, würde die Butterproduktion von den gelieferten 77·5 Millionen Liter Milch zirka 3·1 Millionen Kilogramm Butter betragen.

Nachdem jedoch tatsächlich nur 2·5 Millionen Kilogramm Butter erzeugt wurden, muß angenommen werden, daß von der gelieferten Milch ein Teil als Vollmilch dem Konsum zugeführt oder zur Käseerzeugung verwendet wurde.

Vor dem Kriege waren in Mähren 450.562 Milchkühe. Bei einer durchschnittlichen Milchleistung von 1600 Litern hat die ganze Milcherzeugung in Mähren 720,899.200 Liter betragen. In den mährischen Molkereien wurden daher etwas über 10 Prozent der Gesamtproduktion von Mähren verarbeitet.

Der Markgrafschaft Mähren wurde ein Tageskontingent an Butterlieferung von 7400 Kilogramm vorgeschrieben, was einem Jahreskontingent von 2,700.000 Kilogramm gleichkommt. Daraus folgt, daß die leichtsinnige Behauptung, als ob die mährischen Molkereien das vorgeschriebene Kontingent ganz leicht allein erzeugen und liefern könnten, ganz irrig war; die ganze Buttererzeugung vor dem Kriege hätte kaum ausgereicht, ein solches Kontingent zu decken und dazu kommt der Umstand, daß die Milchlieferungen während des Krieges um 50 bis 70 Prozent gesunken sind. Nach Angaben von 74 Molkereien haben die Milchlieferungen im November 1914 2,200.999 Liter, im November 1916 1,015.000 Liter betragen.

Das ist eine Verminderung der Lieferungen um mehr als 50 Prozent! Seit dieser Zeit haben sich diese Verhältnisse nicht gebessert.

Die letzte Viehzählung Mitte 1916 ergab bei den Milchkühen die Zahl 370.000. Die Milchleistung dieser Kühe ist stark gesunken und kann die Menge der erzeugten Butter in einzelnen Betrieben nicht genau festgestellt werden. In der Friedenszeit hatten wir genug Kraftfuttermittel, welche eine erhöhte Milch- und Butterproduktion ermöglicht haben. Dieses Kraftfutter, meistens fremden Ursprungs, ist entfallen und mit der mageren Ernährung des Viehes hat sich die verminderte Milch- und Buttererzeugung eingestellt. Die Kühe brauchen eiweisreiche Futtermittel, Lein- und Ölkuchen, welche heute kaum zu bekommen sind. Die Futtermittelzentrale hat für Mähren 20 Waggons Leinkuchen zugeteilt; sie kosteten 65 bis 80 h pro Kilogramm, während 1 Liter Milch, welcher hiermit mehr erzielt werden könnte, mit 24 bis 38 h bezahlt wird. Bei dieser Preislage muß sich die Landwirtschaft mit extensiver Fütterung begnügen.

Die jetzige Milchleistung einer Kuh wird maximal auf 1100 Liter geschätzt, was bei 370.000 Milchkühen eine Jahresproduktion von 407,000.000 Liter Milch ausmacht. Zur Erzeugung des vorgeschriebenen Kontingents von 7400 Kilogramm Butter täglich oder 2,701.000 Kilogramm jährlich sind 185.000 Liter Milch täglich oder 67,500.000 Liter pro Jahr notwendig. Nach Abzug dieser Menge verbleiben 339,500.000 Liter pro Jahr.

Die Ausfuhr, besonders nach Wien, soll nicht vermindert werden und beträgt pro Tag 120.000 Liter, pro Jahr 43,800.000 Liter. Es verbleiben daher 295,800.000 Liter Milch. Bei einer Anzahl von 2,600.000 Einwohner in Mähren entfallen von diesem Rest auf einen Einwohner zirka 114 Liter Milch jährlich, zirka 0·33 Liter täglich. Wenn wir daher mit einer durchschnittlichen Tagesration von 0·5 Liter Milch für jeden Einwohner rechnen, kommen wir zu einer Gesamtsumme von 474,500.000 Liter, wobei ein Defizit von 178,800.000 Liter herauskommt.

Demnach erscheint das vorgeschriebene Tageskontingent von 7400 Kilogramm Butter als zu hoch und wird das Land Mähren kaum in der Lage sein, diese Mengen zu liefern. Mit der Einführung von Einheitspreisen für Butter unter Belassung der bisherigen Milchpreise in einzelnen Bezirken wurden die Zustände direkt unhaltbar.

Betreffend Schweinefett hat das Ernährungsamt ebenfalls bestimmte Kontingente jedem Kronlande vorgeschrieben. Diese Kontingente sollten auf die Produzenten verteilt werden. Das Schweinefett wird nach dem Schlachtgewicht der Schweine geliefert, und zwar von Schweinen bis 60 Kilogramm Schlachtgewicht 2 Kilogramm Fett, von 60 bis 100 Kilogramm 3·50 Kilogramm Fett, von 100 bis 150 Kilogramm 6 Kilogramm Fett, von über 150 Kilogramm 10 Kilogramm Fett.

Auch in dieser Richtung haben landwirtschaftliche Interessenten protestiert, jedoch vergebens.

Es wird zwar geliefert, aber diese Lieferungen konnten trotz genauer Kontrolle die Höhe der vorgeschriebenen Kontingente nicht erreichen. Ein Beispiel gibt folgender Ausweis über die gelieferten Fettmengen in Mähren: März bis Juni 159.308 Kilogramm Butter, 136.685 Kilogramm Schweinefett, Juli 65.977 Kilogramm Butter, 10.726 Kilogramm Schweinefett, August 51.011 Kilogramm Butter, 7462 Kilogramm Schweinefett, September 43.840 Kilogramm Butter, 2698 Kilogramm Schweinefett, zusammen 320.136 Kilogramm Butter, 157.571 Kilogramm Schweinefett.

Obzwar Mähren für seine eigene Bevölkerung nicht genug Fett hat, muß es doch noch Butter nach Wien liefern. Von dem oben angeführten Kontingent hat Wien bis Ende September 40.931 Kilogramm Butter erhalten.

Es wird viel gejammert, daß die Leute den verschiedenen Verordnungen nicht glauben. Und es ist richtig. Mit einer Kaiserlichen Verordnung wurde

in Mähren eine bestimmte Quote pro Kopf bis zur neuen Ernte garantiert, und mit einer anderen, nicht Kaiserlichen Verordnung wurde diese Quote weggenommen und nicht ersetzt. Das große Kontingent von Heu, welches Mähren liefern soll, wird gar nicht zusammengebracht. Wozu nachher der Trost, daß bei dem zweiten Kontingent die Forderungen vermindert werden? Zu diesem zweiten Kontingent kommt es ja gar nicht. Es wird nichts zu sammeln sein. Bis angeblich 20 Millionen Meterzentner Kartoffeln zusammengebracht werden, wird der Landwirt angeblich mit den Kartoffeln frei verfügen können. Das ist aber nicht wahr. Die Kartoffelsperre ist nicht aufgehoben und Minister Höfer hat erklärt, daß sie auch später nicht aufgehoben werden wird. Übrigens, wenn sie auch aufgehoben werden sollte, wird dann längst nichts mehr da sein. Für die Brauereien wird heute Gerste bewilligt — morgen werden die Lieferungen eingestellt. Warum wird eine solche Sache nicht im vorhinein richtig erwogen?

Seine Exzellenz Minister Höfer sagte im Herrenhause: Unsere Situation im verflossenen Wirtschaftsjahre, besonders im Winter bis April, vor der rumänischen Einfuhr war eine solche, daß zur Versorgung der passiven Gebiete kein Brotgetreide zur Verfügung war.

Um ein Durchhalten über diese schwerste Zeit zu ermöglichen, mußten unsere Produktionshauptgebiete Böhmen und Mähren auf das schärfste ausrequiriert werden. Infolgedessen haben diese sehr fruchtbaren Länder zur Überwindung der schweren Zeit geholfen und es kann gesagt werden, daß sie damit der Monarchie und besonders Österreich einen unschätzbaren Dienst geleistet haben. Allerdings haben sie es später vor der neuen Ernte mit vielen Opfern bezahlt, weil sie dann selbst an einem großen Mangel gelitten haben.

Das Land Mähren hat jedoch diese staatliche Maßnahme nicht nur mit dem eigenen Mangel bezahlt, sondern auch anders.

Am 14. April 1917 hat die böhmische Sektion des mährischen Landeskulturrates dem k. k. Ernährungsamte und der k. k. mährischen Statthalterei folgendes eröffnet:

Mit dem Erlasse der k. k. mährischen Statthalterei vom 23. März, Z. 10.703/A, wurde angeordnet:

1. Die teilweise Ablieferung der den Landwirten gehörigen und belassenen Vorräte von Gerste, Hafer und Mischling.

2. Im Sinne der Verordnung des k. k. Ernährungsamtes vom 8. März 1917, Z. I—1551, wird die Anzahl der Schwerarbeitenden auf höchstens ein Drittel der Anzahl der landwirtschaftlichen Selbstversorger herabgesetzt.

3. Von dem Saatgut sind zehn Prozent abzuliefern.

4. Den Landwirten wird die Getreidemenge, welche ihnen auf Grund der Kaiserlichen Verordnung für die Zeit vom 1. Juli bis 15. August gebührt, mit der Bedingung abgenommen, daß ihnen selbe später ersetzt werden wird.

Diese Maßnahmen werden unsere Landwirtschaft schwer treffen und für die nächste Ernte unabsehbare, direkt katastrophale Folgen haben.

Der Landwirt muß den Verordnungen allerdings Folge leisten, aber er kann sich nicht mit den herabgesetzten, jetzt geltenden Preisen für das requirierte Getreide befreunden.

Der Landwirt hat die vorgeschriebenen Mengen Getreide abgeliefert, das zu requirierende Getreide ist kein verschwiegenes Getreide und auch kein Getreide, welches etwa vor der Herabsetzung der Getreidepreise geliefert werden sollte.

Im Gegenteil: Die Staatsverwaltung borgt sich das Getreide von den Landwirten und verspricht ihnen seinerzeitigen Ersatz. Die Zahlung des herabgesetzten Preises für das geliehene Getreide ist eine schreiende gesetzwidrige Ungerechtigkeit, welche doch nicht mit der Zustimmung der Regierung durgeführt wird. Und wenn die politischen Behörden — wie zum Beispiel die k. k. Bezirkshauptmannschaft in Prerau — von den herabgesetzten Preisen noch weitere 10 Prozent in Abschlag bringt, angeblich zur Bestreitung der Requisitions- und Transportkosten, dann ist es eine nicht zu entschuldigende Verkürzung der Landwirte, welche für ihre Opfer an Gut und Blut eine solche Behandlung nicht verdienen.

Denn diese Getreideanleihe ist keine Requisition und die Kosten dieser Anleihe muß der Schuldner tragen, nicht aber der Gläubiger. Die böhmische Sektion des mährischen Landeskulturrates wurde von der k. k. mährischen Statthalterei ersucht, in dieser Angelegenheit die Landwirte zu beruhigen. Das ist eine sehr schwere Sache dort, wo Unrecht geschieht. Im Interesse der Gerechtigkeit, des Rechtes und Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen verlangt die böhmische Sektion des mährischen Landeskulturrates in dieser Angelegenheit eine sofortige Abhilfe.

Diese Eingabe wurde laut Mitteilung der k. k. mährischen Statthalterei vom 11. Mai 1917, Z. 15.501/A—I, dem k. k. Ernährungsamte übergeben. Hierauf erhielt die böhmische Sektion des mährischen Landeskulturrates eine Note folgenden Inhaltes:

Laut Erlaß der k. k. mährischen Statthalterei, Z. 26.183/A—I, ist das k. k. Ernährungsamt (Erlaß vom 18. Juni 1917, Z. 24.548 Dep. I.) nicht in der Lage, für das nach dem 15. Dezember 1916 übernommene Getreide höhere Preise zu

zahlen als mit der Ministerialverordnung vom 15. Juli 1916, R. G. Bl. Nr. 219 bestimmt wurde, weil für die Höhe der Übernahmspreise lediglich die Übernahmszeit maßgebend ist.

In dieser Sache handelt es sich aber nicht um eine pflichtschuldige Übergabe von Getreide, sondern um geliehenes Getreide und die Landwirtschaft wurde einfach um die Preisdifferenz verkürzt.

Ein solcher Vorgang ist allerdings ein schlechtes Mittel zur Ermunterung der Landwirte zur intensiven Arbeit.

Allgemein muß bemerkt werden, daß Mähren, insbesondere die böhmischen Gegenden, nie sich einer solchen Liebe der Wiener Bevölkerung, welche zu tausenden sämtliche Gemeinden im Lande heuer besucht hat, um in Rucksäcken aus dem Lande Lebensmittel herauszuschleppen, erfreut hat. Wird dies in Betracht gezogen, dann sind längst sämtliche amtlichen Ernte- und Vorratsaufnahmen nicht mehr wahr und Mähren steht vor der bitteren Tatsache, daß es Ende Februar nichts zu essen haben wird.

Das öffentliche Wirtschaften mit verschiedenen Produkten ist bei uns ganz erstarrt; es warf sich auf die leichtere Arbeit — auf die Verteilung des Vorhandenen. Man nimmt eine Statistik, sei sie auch falsch, man diktiert so und so viel beträgt die Ernte pro Hektar und das Ergebnis wird schön korrekt und präzis verteilt.

Es wird dann berechnet, wieviel jeder bekommt, aber es wird nicht garantiert, daß jeder diese Quote wirklich bekommt. Dabei gibt es Leute, welche dieses öffentliche Wirtschaften als ein großes Wunder betrachten. Solch mancher Philosoph glaubt, man könne einfach anordnen, daß pro Metzen zum Beispiel eine Ernte von 18 Meterzentner Kartoffeln erzielt werden muß. Ja, die Herren haben sich gewöhnt, fremdes Eigentum zu verteilen! Ihre Lebenserfahrungen sind nicht aus der harten Praxis, wurden ihnen höchstens von einem überschnappten „Gelehrten" oder Kommissionär mitgeteilt. Diese Herren können nur teilen und vorschreiben, teilen und wieder teilen . . .

Das staatliche und öffentliche Wirtschaften während des Krieges besonders in landwirtschaftlichen Angelegenheiten entschlüpfte leider aus den Händen des Ackerbauministeriums. Wir sind freilich nicht überzeugt, daß es dort etwa ganz anstandslos gegangen wäre, aber sicher besser, weil das k. k. Ackerbauministerium sich doch manchmal erinnert, daß in jedem Kronlande Landesorganisationen bestehen, welche sich um landwirtschaftliche Angelegenheiten, besonders Hebung der Produktion kümmern. Auf die Hebung der Produktion haben die wirtschaftlichen Zentralen ganz vergessen! Alle ihre Schritte und Maßnahmen waren Erstickung, Erdrosselung der Produktion. Und doch sollte die erste Sache des Programms des Wirtschaftens während des Krieges gelten: die Hebung der Produktion! Zuerst müssen wir produzieren und dann können wir verteilen. Nachdem den Landwirten die Futtermittel weggenommen wurden, wurde die Produktion von Milch, Fleisch und Fett unmöglich gemacht.

Die miserablen Kartoffelpreise haben den Kartoffelbau lahmgelegt. Der Landwirt kann nicht produzieren, was sich ihm nicht auszahlt, ebenso wie ein Fabrikant. Die Produktion von Korn wurde durch den niedrigen Preis, welcher für die Gerste höher bestimmt war, vermindert. Den Flachsbau haben die schlechten Preise und viele Sekkaturen bei Lieferungen vernichtet. Lange Zeit war an den maßgebenden Stellen niemand, der gegen dieses System Einspruch erhoben hätte; der warnenden Stimmen wurde nicht geachtet. Die Verteilung ging so weit, daß auch das Saatgut requiriert und verteilt wurde! Und das nennt sich Hebung der Produktion?! Die Unfähigkeit bestimmter Kreise hat sich niemals frappanter hervorgehoben als bei dem Verteilen und Zerstören der Produktion, aber auch niemals wurden so große und weitgehende wirtschaftliche Schäden angerichtet. In verschiedenen „Unkrautaktionen" und „Brennesselfragen" waren manche „Gelehrte" großartig, aber zur Belassung der primitivsten Bedingung der landwirtschaftlichen Produktion reichte ihr Verstand nicht. Allerdings dort, wo man die Erbsen und Kartoffeln im Herbst anbauen wollte, dort konnte man nicht viel Verständnis für die landwirtschaftliche Produktion erwarten . . .

Die Stellung der Landwirte in dem gesamten Verpflegungsdienste ist rechtlich ganz einseitig derart geregelt, daß ihm eine ganze Reihe von Pflichten obliegt, daß hingegen für dessen eigene Bedürfnisse ungenügende Vorkehrungen getroffen sind. Fast in allen Zweigen der öffentlichen Verpflegung ist das Berufungs- und Beschwerderecht ausgeschlossen, mag es sich um welches landwirtschaftliche Erzeugnis immer handeln. So ist der Landwirt wehrlos und machtlos gegen eine jede Verletzung seines Rechtes, auch wenn es ihm in den betreffenden Vorschriften eingeräumt wird und gegen ein jedes rechtswidrige Vorgehen der Exekutivorgane.

In den betreffenden Vorschriften — wie in bezug auf Getreide und Erdäpfel — wird zwar angeordnet, daß der vorgesetzten Behörde das Recht zukommt, die Maßnahmen der untergeordneten Behörde zu prüfen und abzuändern, allein diese Bestimmung wird nicht praktiziert, weil alle Vorstellungen der Landwirte, sie mögen noch so begründet sein, in der Regel unbeantwortet bleiben.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung empfindet den solchermaßen angelegten öffentlichen Verpflegungsdienst als eine Einseitigkeit, die bloß den Bedürfnissen der öffentlichen Ablösung dient und bei einigen Unklarheiten gar einen Mißbrauch seitens

der Exekutivorgane ermöglicht. Durch solche Zustände wird in den Reihen der Landwirte eine Rechtsunsicherheit erhalten und das daraus sich ergebende Gefühl der Ohnmacht, daß vom Mißtrauen gegen das ganze Verpflegungssystem naturgemäß begleitet wird, das wiederum gewisse Erscheinungen zur Folge hat, die dem ganzen Komplex des Verpflegungsdienstes abträglich sind.

Die Beseitigung dieser Mängel kann nur dem ordentlichen Betriebe des Verpflegungsdienstes frommen, weil hierdurch das Vertrauen und die opferwillige Mitarbeit der breitesten Bevölkerungsschichten an den Aufgaben dieses Dienstes ermöglicht wird. Eine Remedur in dieser Hinsicht kann nur auf die Weise geschaffen werden, daß in dem gesamten System eine klare und vollständige Abgrenzung der Rechte und der Pflichten für beide Teile durchgeführt wird, der Landwirte und der öffentlichen Verwaltung. Mit Recht verlangen jene, es möge für die gesamte Regelung eine Rechtsgrundlage nicht nur gegen sie, sondern auch für sie geschaffen werden. Der Staat, der ein Rechtsstaat sein will, kann diesen Rechtsschutz der größten und bedeutendsten Schichte seiner Bevölkerung verweigern. Dieser Schutz kann gewährt werden, wenn das entsprechende Ausmaß der eigenen Bedürfnisse der Landwirte ermittelt, präzise abgegrenzt und öffentlich verlautbart, wenn eine Berufung gegen alle, ihm widersprechenden behördlichen Verfügungen zugelassen wird und wenn alle Vergehen der Exekutivorgane sowohl von Amts wegen, als auch infolge eingebrachter Beschwerden gerichtlich verfolgt werden.

Diese Maßnahmen sind mit der größten Beschleunigung schon für die heurige Saison zu treffen, damit danach bei der angeordneten Generalkonskription der Getreidevorräte verfahren werde. Die Nachrichten, die über die Ablösungsmodalitäten in die Öffentlichkeit gedrungen sind, erwecken die begründete Befürchtung, daß die Landwirte abermals der Willkür der Exekutivorgane, der Konskriptionskommissionen völlig ausgeliefert sein werden, deren neue Zusammensetzung und Kompetenzabgrenzung offenbar den rücksichtslosen Druck noch steigern soll, mit dem die tschechischen Landwirte in der Vergangenheit, namentlich in der heurigen Saison, in welcher ihnen bei Requisitionen für „Kontributionslieferungen" geradezu der letzte Bissen vom Munde weggenommen wurde, die bittersten Erfahrungen gemacht haben. Sollte sich jene Befürchtung erfüllen, so wird hierdurch sicherlich zumeist die Frühjahrssaat berührt und deren Durchführung total bedroht werden.

In welchem Maße diese Landwirte dem Treiben der einzelnen, mit der Durchführung der Requisitionen und der gesamten Verpflegungsaktion betrauten Organe ausgesetzt sind, darüber ließen sich ganze Bücher schreiben. Verschiedene Verordnungen werden noch bis zur rücksichtslosen Grausamkeit dadurch verschärft, daß den Landwirten die Mahlausweise aus dem Grunde verweigert werden, daß sie das ihnen vorgeschriebene Kontingent noch nicht abgeliefert haben, ohne zu berücksichtigen, daß sie es wegen Mangel an Arbeitern und Druschwerkzeuge nicht vermocht haben. Durch diese Zwangsmittel werden Unschuldige mit Hunger gestraft. In der Strakonitzer Gegend kam die Regierungskommission mit fünf bewaffneten Soldaten und nahm rücksichtslos alles Heu weg. Die dagegen eingebrachte Beschwerde beantwortete der Bezirkshauptmann: Das Heu müßt Ihr hergeben. Habt Ihr kein Futter, so gebt das Vieh an das Ärar ab!

Wovon soll die Bevölkerung dieser armen Gegend leben? Hatte sie doch auch vor dem Kriege nichts mehr zum Essen als ein wenig Erdäpfel, Milch und Brot. Heute soll sie noch ihr letztes, die Kuh hergeben! Kleinen, armen Leuten schreibt man vor, aus einigen gepachteten Furchen Felder große Kontingente Getreide oder Erdäpfel abzuliefern, die überhaupt nicht eingeheimst worden sind. Den Häuslern der Gemeinde Dědova, Bezirk Chrudim, wurde angeordnet, von je 1 bis 1½ Metzen, 14 bis 15 Meterzentner Erdäpfel abzuliefern. Die Bezirkshauptmannschaft befahl, die Erdäpfel ohne Rücksicht auf den Bedarf der eigenen Häuslichkeit abzugeben. Die Gemeinde Dědova liegt in der ärmsten Gegend des böhmisch-mährischen Plateaus. Dort ist auch in Friedenszeiten großer Mangel an Lebensmitteln. Durch die Wegnahme der Kartoffel, der einzigen und letzten Nahrung, werden die Leute zu sicherem Hunger verurteilt. Ähnliche Verhältnisse findet man in allen Bezirken.

Mit einer gleichen Schneidigkeit ging die vom Praktikanten der Bezirkshauptmannschaft Karlik geführte, von fünf Soldaten begleitete Requisitionskommission im politischen Bezirke Rokitzan vor. Beim Pächter des Hofes Řesihlavy, Wenzel Sirkule wurde eine Durchsuchung vorgenommen. Nach dieser begab sich der Pächter aufs Feld.

Als er heimgekehrt war, fand er seine Wohnung und die seiner Leute vollkommen zerwühlt. Das Bettzeug und die Bettstatt waren hinausgeworfen, ein Beleg, wie die mit der Durchsuchung betrauten Soldaten gehaust haben.

Wird bei einem derartigen Treiben nichts vorgefunden, versucht man durch Zureden und Bitten wenigstens 5 bis 10 Kilogramm Mehl herauszulocken, den letzten Rest der Lebensbedürfnisse, damit nur ein Beweis vorliege, daß verhehlte Vorräte tatsächlich gefunden worden sind.

Ein anderer Beleg des wahnsinnigen Wütens kommt aus der Gemeinde Jinošice, Bezirk Beneschau. Dort benahm sich bei der Durchsuchung der Opreticer Mühle der Kommissär der Beneschauer Bezirkshauptmannschaft, Müller, wie bei einer

Plünderung. Er riß selbst den Fußboden auf, schrie, drohte, er werde alle vor das Militärgericht bringen und regte durch sein gewaltsames Vorgehen die kranke Müllersfrau dermaßen auf, daß sie vom Schlag gerührt wurde und nach einigen Tagen starb.

Eine solche Handlungsweise, die man nicht Amtshandlung nennen kann, sondern die faktisch Gewalt ist, verbittert nur das Volk und macht die Tatsache der Not und der Mißernte nicht ungeschehen.

Außer den Requisitionen ist auch die Konfiskation der Nahrungsmittel bei Einzelpersonen auf Eisenbahnen und Straßen wahrhaft entsetzlich. Die Mutter einiger hungriger Kinder bemüht sich im Dorfe etwas aufzutreiben. Sie erbittet und erbettelt einige Kilo Kartoffel, allein der Gendarm, die Finanzwache oder Soldaten konfiszieren ihr alles, was den hungernden Kindern zugedacht gewesen.

Bei solchen Konfiskationen spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Die Leute werfen sich unter Eisenbahnzüge — in einem Falle trug eine Frau, die auf einer derartigen Verpflegstour den vierzehnten Tag nach der Niederkunft war, den Tod davon — das alles hindert jedoch die Fortsetzung dieser Konfiskation mit unverminderter Schneidigkeit nicht, das alles vermag die Zurücknahme der Konfiskationserlässe nicht zu erwirken. Sehr oft verfällt die konfiszierte Ware der Verderbnis, aber auch das ist kein Hindernis der Fortdauer solcher Brutalitäten.

Eine von den Ursachen der Lebensmittelnot bildet auch das Wirtschaften in zahlreichen Zentralen. Die Errichtung von Zentralen wurde damit motiviert, die beschränkte Menge der zur Erhaltung des Lebens und zur Kriegsführung unerläßlich notwendigen Güter nötige zur Sparsamkeit und zur gleichmäßigen öffentlich kontrollierten Verteilung. Man sagte, die bisherigen wirtschaftlichen Organisationen wären außerstande, diese Aufgabe auszuführen. Diesen Rahmen haben jedoch die Zentralen nicht eingehalten. Sie wurden nicht einmal innerhalb dieses Rahmens eingerichtet und überschritten ihn dennoch. Im allgemeinen litt die Tätigkeit der Zentralen unter der weitausgreifenden Zentralisation, unter der ungeeigneten Plazierung in Wien und unter der schlechten Auswahl ihres Personals. Man hatte sich der Erwartung hingegeben, daß der zentralisierte Betrieb wenigstens den Staatsfinanzen zugute kommen und die unerträglichen Steuerlasten mindern werde. Das ist jedoch nicht eingetroffen. Die unerhörte Regie zum Beispiel bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt verschlingt alles. Die österreichische Einkaufsgesellschaft „Oezeg" arbeitet offenbar vornehmlich zum Vorteile ihres Vorstandes, des Personals und der Kreditanstalt und — was besonders hervorzuheben ist — tatsächlich im ganzen und großen unkontrolliert. Die Zentralen revoltieren selbst gegen die besseren Intentionen der Regierung. Daran ist nur sie allein schuld. Sie hat sie so eingerichtet. Sie rafften alles zusammen, waren jedoch in der ärgsten Zeit nicht in der Lage, etwas zu geben. Die Fürsorge der Zentralen in Sachen der Approvisionierung haben wir alle bereits empfunden und sehen nunmehr der Zukunft mit Verzweiflung entgegen. Die Praxis der Zentralen ist ein unverantwortliches Element und die wird auch den Hunger herbeiführen.

Die Wirksamkeit der Zentralen wird an der Kriegskaffee-Zentrale charakterisiert. Diese ist zur Versorgung des Bedarfes an Kaffee errichtet worden. Und was hat sie geleistet? Die im Inlande eingelagerten Vorräte an Kaffee verteilte sie ungeschickt genug den Abnehmern, und da nicht viel da war, war die Arbeit bald fertig. Ende 1916 verteilte sie die letzte Ration. Eine neue Einfuhr gab es nicht, die heimischen Vorräte nahm das Kriegsministerium in Beschlag und stellte für die zivile Bevölkerung nur einen geringen Bruchteil zur Disposition. Um neuen Import kümmerte sich die Zentrale nicht. Dem Freihandel machte sie die Einfuhr und den Ankauf im Auslande unmöglich. Um den Rest von Kaffee zu verwerten, verfiel sie auf den Gedanken, die Vorräte durch Ersatzmittel zu strecken. Das ist ihr gelungen. Nach neun Monaten brachte sie ein ekelhaftes, zuwideres Gemisch aus gebranntem Zucker, der Wurzel der Zichorienblume, Rübe und Wermut in den Handel, denen angeblich 5 Prozent geriebener Kaffee beigemengt sind.

Allein nicht einmal von diesem Surrogat wurde nach Böhmen gegeben, wieviel hingehört. Die Verteilung des Kaffeersatz wird nicht dem Großhandel anvertraut, wie es zweckmäßig wäre. In Eger verteilt den Ersatz sogar der Erzeuger selbst, der Fabrikant Grader, und steckt solchermaßen den Profit des Erzeugers und des Verteilers in die Tasche. Dazu brauchte man keine Zentrale. Der bei uns eingelagerte Kaffee bedurfte zwecks Verteilung des Riesenapparates der Zentrale und dreier Gesellschaften zur Verteilung des Kriegskaffees gar nicht. Diesen Kaffee könnte die Bevölkerung ohne Vermittlung durch den Kaufmann direkt erhalten. Durch diese Zentrale wurde der Kaffeemarkt gefesselt, wohl nur für die Kriegsdauer. Jetzt ist ein Projekt aufgetaucht, das eine Fesselung auch nach dem Kriege herbeiführen würde. Es besteht nach einem der Regierung durch den Verband Wiener Firmen gemachten Vorschlage die Absicht, die Einfuhr von Naturkaffee auch nach dem Kriege unmöglich zu machen und einen neuen wertlosen Ersatz in den Handel zu bringen, den dieser Verband selbst erzeugen und monopolweise verkaufen würde. Hierfür verspricht er dem Staate 400 Millionen Kronen, die allerdings von den

Konsumenten bezahlt werden würden. Dieses neue Produkt, dessen Gestehungskosten drei Kronen ausmachen, würde für zwölf Kronen verkauft werden. Für die vollständige Zusicherung dieses Planes bedarf es abermals einer Zentrale, einer Einschränkung der Produktion in allen bestehenden Fabriken und zur Erzeugung dieser Mixtur 450 Waggons Rohzucker. Diese Kleinigkeit verlangen die Projektanten für die edle Erfüllung ihrer patentierten „patriotischen" Tätigkeit. In Wirklichkeit handelt es sich wiederum wie bei allem anderen um das ureigenste Interesse der Kriegsgewinner.

Besehen wir uns eine andere Zentrale: die österreichische Zentral-Einkaufs-Gesellschaft (Oezeg). Ihr Zweck und ihre Aufgabe bestehen darin, die Einfuhr genügender Mengen von Nahrungsmitteln und deren Übergabe an den Konsum zu ermöglichen. Aus dem Bericht dieser Anstalt geht hervor, daß die Verteilung teils durch die von der Landesregierung legitimierten Approvisationsanstalten vorgenommen, teils durch diese wiederum, indem sie die Ware an die k. k. Bezirkshauptmannschaften und Gemeinden weitergeben.

Wir ersehen aus den Berichten ferner, daß zum Beispiel in der Zeit vom 2. Oktober 1915 bis zum 30. Juni 1916 Waren von 218,553.000 K verteilt wurden, in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 30. Mai 1917 um 545,388.973 K, allein die gesamte Warenverteilung geht in vier Gruppen vor sich, in welchen das Kriegsministerium und militärische Instanzen den ersten Rang einnehmen.

Wiewohl Waren für so viele Millionen und in so vielen Gattungen gehandelt und verteilt wurden, müssen wir konstatieren, daß in die ländlichen Bezirkshauptmannschaften und Städte Böhmens sehr wenig verabgabt wurde und daß dringend gefordert werden muß, es möge im Berichte der Zentrale genau angeführt werden, wieviel in die tschechischen Städte und Gemeinden an Waren zugewiesen wurde. Uns ist lediglich bekannt, daß Bestellungen tschechischer Städte ungünstig oder gar nicht erledigt werden oder man beruft sich darauf, die Stadt liege inmitten eines agrarischen Bezirkes und brauche demnach nichts. Allein aus diesem agrarischen Bezirk wird das gesamte Getreide, werden alle Nahrungsmittel weggebracht, der ganze Bezirk wird ausgeplündert — woher sollen also unsere Städte Waren beziehen?

Welche Zentrale immer wir solchermaßen perlustrieren, wir finden überall dieselben Zustände. Wir sehen überall, daß die Zentralen nicht dazu da sind, um das Publikum mit Waren zu versehen und dem Wucher vorzubeugen, sondern daß das einmütige Urteil im ganzen Reiche feststeht, daß es gewinnsüchtige Gesellschaften sind, und da sie unverantwortlich und unkontrollierbar sind, so gibt es gegen sie keinen Schutz, keine Berufung, keine Abwehr. Die Regierung ist gegen das Treiben dieser Treibenden machtlos geworden. Wir können aber zu solchen Anstalten kein Vertrauen auch noch aus einem anderen Grunde hegen.

Gehen wir die Reihen des Personals durch, so finden wir, bis auf zwei Ausnahmen, unter den Funktionären und Vorständen der einzelnen Abteilungen keinen Vertreter der tschechischen Nationalität. Es ist interessant, diese Verhältnisse in den einzelnen Abteilungen zu verfolgen.

1. Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt. 8 Funktionäre, 1 Tscheche, unter den Abteilungsvorständen kein einziger.

2. Futtermittel-Zentrale. Kein einziger Tscheche.

3. Zucker-Zentrale. Wiewohl die Zuckerproduktion vorwiegend in tschechischen Händen liegt, 5 Vertreter der Zuckerfabriken, alle anderen Funktionäre und Beamten Deutsche.

4. Spiritus-Zentrale. Unter den Funktionären kein einziger Tscheche, unter den leitenden Beamten einer.

5. Melassen-Zentrale. In der beratenden Körperschaft 2 Tschechen, die ganze Verwaltung deutsch.

6. Brauer-Zentrale. In der Verwaltung 2 Tschechen, der übrige sehr große Körper und die Beamtenschaft deutsch.

7. Malz-Zentrale. Kein Tscheche.

8. Kriegskaffee-Zentrale. Kein Tscheche.

9. Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft. Kein Tscheche.

Solche Zustände sind in allen Zentralen. Nur hie und da, wo es schon gar kein Entkommen gab, wo es sich um den Handel mit den Erzeugnissen ausschließlich aus tschechischen Gebieten handelte, wurde des Scheines halber ein Tscheche eingesetzt, allein die Führung und die ganze Verwaltung befinden sich in deutschen Händen. Danach sehen auch die Beziehungen zu den tschechischen Gebieten aus. Sie sind selbstverständlich ungünstig.

In der Besprechung der Zentrale muß auch der Kriegsgetreideanstalt gedacht werden. Nach dem früher Gesagten kann man sich sein Urteil über diese mit einem Gewinn von vielen Millionen arbeitende Anstalt, schon selbst bilden. Ihre Aufgabe besteht darin, mittelst ihrer Inspektoren, Kontrolloren, Kommissionäre und anderer minderqualifizierter, dafür jedoch guthonorierter Kräfte aus den tschechischen Bezirken möglichst viele Feldfrüchte herauszuschlagen und aus dem Lande zu bringen. Welche Zustände selbst in der Prager Filiale herrschen und in welchen Händen deren gesamte Amtierung

liegt, ist aus dem Verzeichnisse der leitenden Beamten klar ersichtlich. Die maßgebende Persönlichkeit ist der Direktorstellvertreter Fanta (Inhaber der Firma Grünhut & Fanta) ein geschworener Deutschjude. An ihn reihen sich gut die Vorstände der Einkaufseinteilungen und Referenten: Emil Kraus, Julius Reitmann, Oswald Schablin, Heinrich Graf, Börsenrat Stern, Leo Weisl, R. Lampl, Lampl jun., Albert Katz, Heinrich Herches, Gustav Lobositz, Otto Kauders, Klein, Julius Kornfeld, Kosiner, Panthon, Richard Bock und eine Anzahl anderer. Referent in Sachen der hochwichtigen und schwierigen Zuweisung von Anteilen und Lieferungskontingenten für die einzelnen Bezirke ist Herr Dr. Richard Schmidt, ein Deutscher, der keines einzigen tschechischen Wortes mächtig ist.

Er schreibt den Bezirken vor und bestimmt die Anteile und es ist sicher, daß er die deutschen Bezirke väterlich betreut. Beweis dessen ist das Zirkular Nr. 87 vom 12. Oktober d. J., wodurch die Filiale die Kommissionäre beauftragt, die Lieferungen von Erdäpfeln allmählich zu bewerkstelligen und unverzüglich in die nachstehenden Bezirke durchzuführen: Asch, Böhmisch-Kamnitz, Braunau, Gablonz, Graslitz, Hohenelbe, Karlsbad, Komotau, Nachod, Neudeck, Preßnitz, Rumburg, Schluckenau, Semil, Starkenbach, Teplitz, Tetschen, Trautenau, Warnsdorf. Von diesen 19 Bezirken sind bloß 2 tschechisch, 17 deutsch. Die Filiale stellt sich unschuldig und motiviert diese Maßnahme damit, diese höher gelegenen Bezirke müssen versorgt werden, ehe Fröste eintreten. Werden einmal diese Bezirke versorgt sein, dann werden für die tschechischen Bezirke keine Erdäpfel mehr übrig bleiben. So hat die Stadt Pilgram, wiewohl die Filiale aus deren Bezirk 3394 Waggons Kartoffeln wegtransportiert, für ihre eigenen Einwohner keine. Man wies der Stadt ganze fünf Waggons zu. Diese Menge ist im Oktober bereits aufgezehrt worden. Andere Zuweisungen kann die Stadt nicht mehr erlangen. Es ist erstaunlich, wie man mit einer tschechischen Stadt umspringt, die in einem Bezirke liegt, aus dem eine Menge Waggons Getreide exportiert werden.

Solche Fälle anzuführen hat der Herr Abt Helmer in seiner Herrenhausrede vergessen.

Wie eifrig die Kriegs-Getreide-Anstalt die rechtzeitige Zufuhr von Kartoffeln nach Wien und den Alpenländern besorgt, beweist die schon vom 26. September d. J. datierte, den ganzen Ausfuhrplan enthaltende Zuschrift, Z. 11718. Hingegen bereitet man zu Hause mit den Transportscheinen Schwierigkeit. Die Kriegs-Getreide-Anstalt verlautbart selbst in ihrer Kundmachung, es sei ruhig abzuwarten, bis die Transportscheine für Kartoffeln ausgegeben sein werden, daß Böhmen Gemüse mangelt, das ihm aus anderen deutschen Ländern geliefert werden müsse.

Wie das Gemüse beschaffen ist, beweist die Lieferung aus diesen Ländern für die Strafanstalten in Tabor und Kuttenberg, wo die Gerichtsärzte die zugesandten Kohlrübenschnitzel als ungenießbar und als den primitivsten Anforderungen sowohl dem Äußern als auch dem Geschmacke nach nicht entsprechend bezeichneten und diese zurückgestellt wurden.

Heute ist die Prager Filiale der Kriegs-Getreide-Anstalt mit ihrem Stabe der Kommissionäre, in bezug auf welche bereits mehrere Anfragen im Abgeordnetenhause gestellt worden sind, in Approvisionierungsfragen eine höhere und mächtigere Behörde als die k. k. Bezirkshauptmannschaften. War früher irgendwo ein Getreidemangel, konnte die Bezirkshauptmannschaft, um eine Störung in der Approvisionierung hintanzuhalten, augenblickliche Hilfe durch Zuweisung von Getreide und Mehl gewähren, die im Bezirke zu haben waren. Jetzt ist durch das Zirkular vom 6. Juli 1917, Z. 16, dieses Recht den Bezirkshauptmannschaften genommen. Das Recht über die durch die Kommissionäre abgelösten Waren steht ausschließlich der Filiale der Kriegs-Getreide-Anstalt zu, die Bezirkshauptmannschaft ist auch dann machtlos, wenn die Bevölkerung nichts zu essen hat und wenn der Hunger droht.

Alle diese bisher geschilderten Zustände haben es dahin gebracht, daß die Lage schon unerträglich geworden ist. Wie schrecklich diese ist, beweist die Bedrängnis, in die die Bevölkerung des ganzen Landes ohne Unterschied des Standes in den Städten und auf dem Lande geraten ist. Am ärgsten sind heute Beamten- und Arbeiterfamilien daran, kurz, auf feste Bezüge angewiesene Familien. Längst reicht nicht mehr der Lohn oder das Gehalt zur Deckung der notwendigsten Bedürfnisse und es sind Fälle bekannt, daß solche Familien schon jetzt Hunger und Not leiden.

Die Situation in den Familien ist verzweifelt. Es fehlt an Nahrungsmitteln, durch die es möglich wäre die unzureichenden und schlechten Rationen zu ergänzen. Wie die Versorgung einer Arbeiterfamilie bestellt, wie ihre gewöhnliche Kost und ihre Auslagen für die Verköstigung in der jetzigen Zeit geartet ist, sollen die nachfolgenden Tabellen veranschaulichen. Es wird daraus zu ersehen sein, wieviel Geld notwendig ist, um das Allernotwendigste zu beschaffen, aber auch, wie einfach und ungenügend die Nahrung ist, die nicht geeignet ist alle zur Arbeit notwendigen Kräfte zu ersetzen und die es verschuldet, daß die Menschen heutzutage unterernährt sind. Werden diese Zustände anhalten, dann tritt im gesamten Leben eine vollständige Katastrophe ein.

Zur Beurteilung der unleidlichen Situation der Einwohnerschaft führen wir beispielsweise folgende Daten auf:

Verpflegung der Arbeiterfamilien in den Gemeinden und Fabriken.

Rationen an Mehl, Brot, Fett, Heizung usw.

Regelmäßige oder unregelmäßige Versorgung.

1. Reichenau an der Kněžna: Mehl 0·40 Kilogramm, vor dem Schnitt nur 0·20 Kilogramm, Brot 1·26 Kilogramm, erst seit der Ernte, Fett keine Anteile, Heizung 2 Waggons Braunkohle pro Monat, Kartoffeln 6 Kilogramm wöchentlich pro Person, Zusätze für Schwerarbeiter die eine Woche 1 Laib Brot, die andere 0·70 Kilogramm Gerstel. Die Anteile waren nur in Bezug auf Brot und Mehl regelmäßig.

2. Náchod: Mehl 0·50 Kilogramm, Brot 1·26 Kilogramm, Milch 0·50 Liter pro Person und Woche, Fett 0·05 Kilogramm, Kartoffeln 1·50 Kilogramm, Heizung 25 Kilogramm. Die Anteile waren unregelmäßig.

3. Semil: Mehl 0·35 Kilogramm pro Person und Woche bis Ende September, Brot 1·20 Kilogramm pro Person und Woche, Fett 4 Dekagramm pro Person vor zwei Monaten, Heizung weder Kohle noch Holz. Die Rationen waren bloß in Bezug auf Mehl und Brot regelmäßig.

4. Maltýr: Mehl 0·50 Kilogramm, Brot 1·26 Kilogramm pro Person und Woche, Erdäpfel 1·50 Kilogramm, Fett 0·025 bis 0·03 Kilogramm pro zwei Wochen, Heizung nicht präzise bestimmt. Die Rationen waren unregelmäßig.

5. Třebusic: in der Gemeinde: Mehl 0·50 Kilogramm, Brot 1·26 Kilogramm pro Person und Woche, die Bergarbeiter Zusatz dreiviertel Brot, Erdäpfeln 4 Kilogramm für eine Arbeitsperson und Woche, Kürbis 1 Kilogramm; in den Fabriken: Erdäpfeln 1 Kilogramm für eine nicht arbeitende Person und pro Woche, Kürbis 1 Kilogramm, Fett 5 bis 8 Dekagramm pro Person und Woche.

Die früheren Rationen pro Woche an: Hafergreis, Kartoffelmehl, Grütze, Gerstel u. a. wurden in der letzten Zeit eingestellt. Kohle: bisher 82 Meterzentner jährlich, künftig soll die Ration ermäßigt werden. Das Angeführte bezieht sich bloß auf die Bergarbeiter, die andere Bevölkerung hat diese Rationen nicht. Die Rationen sind unregelmäßig. In manchen Gemeinden (Čaus, Erveníc) werden weder Brot noch Mehl regelmäßig zugeführt.

5. Trvovan bei Teplitz. Mehl: 0·30 Kilogramm, Brot: 1·26 Kilogramm, Milch: 17 Liter für 660 Personen, Fett: 25 Kilogramm für 3000 Personen pro 6 Wochen. Die Rationen, bis auf Brot und Mehl, unregelmäßig.

6. Bras. Mehl: 1·40 Kilogramm pro Woche, Zucker: 1 Kilogramm pro Monat, Fett: Keines. Erdäpfel bisher keine, Rationen unregelmäßig.

7. Tluchá bei Neuern. Mehl: 300 Gramm für Schwerarbeiter, 200 Gramm für Leichtarbeiter, Brot: desgleichen, Fett: Familie zu 4 Personen ¼ Kilogramm, Familie zu mehr Personen ½ Kilogramm pro 2 Wochen. Rationen bis auf Brot und Mehl unregelmäßig.

8. Pilsen. Mehl und Brot: Bisher normal und regelmäßig, Milch: Keine, Heizung: Keine.

10. Písek. Mehl: 1·40 Kilogramm pro Person und Woche, Brot: Keines, Milch: Ungenügend und unregelmäßig.

11. Klattau. Mehl: ½ Kilogramm pro Person für 2 Wochen, Brot: 1·26 Kilogramm pro Person für 1 Woche, Milch: ½ Liter pro Familie und Woche, Heizung: Keine. Rationen unregelmäßig.

12. Strašeň. Mehl und Brot: Sehr unregelmäßig, Milch, Fett und Heizung: Keine Rationen.

13. Schüttenhofen: Mehl 1·40 Kilogramm pro Person und Woche, Fabriksarbeiter um 50 Prozent mehr. Erdäpfel 3 Kilogramm pro Person für 14 Tage. Fett ¼ Kilogramm pro Monat. Rationen nur beim Mehl regelmäßig.

14. Deutsch-Brod. Mehl, Brot, von April bis September war die Ration auf die Hälfte herabgesetzt. Fett, schon das ganze Jahr für das arme Volk nicht erreichbar. Die Verpflegung ist unregelmäßig und hängt von den vorhandenen Mengen ab, Erdäpfel 50 Kilogramm pro Person und für 10 Monate unter der Bedingung, daß von einem Hektar 90 Meterzentner hereingebracht werden. Der Bezirk hat zu liefern 1967 Waggons vertragsmäßige Erdäpfel, 1863 Waggons requirierte, für die Approvisionierung der Bevölkerung, 25.543 Personen, verbleiben 112 Waggons, was dem Durchschnitt von 50 Kilogramm pro Person für 10 Monate entspricht.

15. Humpoletz: Mehl, Brot, Erdäpfel, Zucker, regelmäßige Rationen ohne Zusätze, Fett 6 bis 12 Dekagramm pro Woche und Familie, Heizung wird überhaupt nicht ausgegeben.

16. Doubrava. Mehl, ungleiche Rationen, Brot, unregelmäßige Versorgung.

17. Branná bei Starkenbach: Mehl ein halbes Kilogramm pro Person und Woche, Brot 1·26 Kilogramm (für Schwerarbeiter 50 Prozent Zusatz), Fett, Milch, Heizung, bisher keine Rationen, nur Brot und Mehl wird regelmäßig abgegeben.

18. Cistá: Mehl, Brotmehl 1·80 Kilogramm, Weizenmehl 1 Kilogramm für zwei Wochen, Zucker 0·75 Kilogramm pro Monat, Petroleum einen halben Liter pro Monat, Heizung keine.

19. Plužná: Mehl ein halbes Kilogramm, Brot 1·26 Kilogramm pro Person und Woche, Mehl wird unregelmäßig abgegeben.

20. Klein-Bělá: Mehl ein halbes Kilogramm, Brot 1·26 Kilogramm pro Person und Woche, Fett, Heizung, keine, die Rationen sind unregelmäßig.

21. Bakov a. d. J.: Mehl 1 Kilogramm pro Familie und Woche, Brot unregelmäßig, Fett, Heizung, keine.

22. Chrudim: Mehl ½ Kilogramm, Brot 1·36 Kilogramm, pro Person und Woche, Fett 125 Gramm für zirka ein halbes Jahr, Heizung viermal im Jahr zu ½ Meterzentner. Die Rationen Mehl und Brot regelmäßig.

23. Beraun: Mehl, Brot vorgeschriebene Rationen, Fett zeitweise im Konsum und in den Etablissements der Prager Eisen-Aktien-Gesellschaft, Heizung keine.

24. Hořovic: Mehl ½ Kilogramm, Brot 1·26 pro Person und Woche, Milch, Fett keine, Heizung 25 Kilogramm für 7 Monate.

25. Rožmitál, in der Gemeinde: Mehl, Brot normal nach den Bezugscheinen, Fett, Heizung keine. Nagelfabrikarbeiter, Sägearbeiter, Mühlenarbeiter: Brot 1½ Laib, Mehl 1·40 Kilogramm, die Rationen sind regelmäßig.

26. Cenkov: Mehl 1 Kilogramm, 2·10 für Schwerarbeiter, Brot nach Vorschrift, Milch ungenügend, Fett nur in geringer Menge, Heizung keine, die Rationen sind regelmäßig.

27. Chotzen: Mehl, Brot bisann regelmäßig, Erdäpfel Mitte September 2 Kilogramm, seither erhalten die Arbeiter zumeist keine, Fett keines.

28. Zlonice: Mehl ganze Rationen nur für Fabriksarbeiter, Brot halbe Rationen für die übrige Bevölkerung, Fett und Heizung keine.

29. Kralup: Mehl ungenügende, unregelmäßige Rationen, Brot normale und regelmäßige Rationen, Milch nur für reiche Familien, Fett, Margarin 20 Dekagramm pro Familie und drei Wochen, Talg aus gefälltem Notvieh wird aus dem Bezirk weggebracht, Heizung schon jetzt unzureichend, die Verpflegung ist unregelmäßig, oft sinkt die Mehlration auf die Hälfte, ja auf ein Viertel der normalen.

30. Pilgram: Mehl ½ Kilogramm, Brot 1·26 Kilogramm oder 0·90 Kilogramm Brotmehl, Milch keine, Fett 4 Dekagramm pro 4 bis 6 Wochen, Heizung, Kohle keine, Holz nur im beschränkten Maße.

31. Strakonitz: Mehl normal und regelmäßig, Milch keine, Fett keines, Heizung keine.

32. Neu-Paka: Mehl normal erst seit der Ernte, Brot volle Ration, regelmäßig, Fett 6 Dekagramm pro 6 bis 8 Wochen, Heizung keine.

33. Bělá Podol: Mehl 1 Kilogramm pro Person und 14 Tage, 1½ Kilogramm für Schwerarbeiter, Brot normale Ration, Fett 125 Gramm zweimal im Jahre, Heizung 2 Meter Holz einmal im Jahre.

34. Brüx: Mehl und Brot normale Rationen, Milch nur für stillende Mütter und Kinder bis zu 2 Jahren, Fett sehr selten und nur in geringem Maße, Erdäpfel und Kraut in der vorgeschriebenen Menge.

35. Horic: Mehl 30 Dekagramm pro Person und Woche, Brot 126 Dekagramm pro Person und Woche, Fett die letzten 14 Tage keines, Heizung überhaupt keine.

Die übliche Kost einer Arbeiterfamilie früh, mittags und abends.

1. Reichenau. Früh: Erdäpfel- oder Wassersuppe, mit einer Brotschnitte. Erdäpfel und verschiedene Dalken. Das Getreide hierzu stammt aus Ähren, die einzeln aufgelesen worden sind, und wurde auf einer Kaffeemühle vermahlen. Mittags: Kräuter- oder Erdäpfelsuppe mit einer Brotschnitte. Abends: verschiedene Suppen, Absud von geröstetem Korn und Erdäpfel.

2. Náchod. Früh: Kaffee, Brot. Mittags: Suppe, Erdäpfel. Abends: Kaffee, Erdäpfel.

3. Semil. Früh: Absud von Zichorie und Brot. Mittags: in der letzten Zeit Erdäpfel. Abends: —

4. Malthr. Früh: schwarzer Kaffee. Mittags: Erdäpfelsuppe, Kürbis oder Karotten. Abends: wie mittags.

5. Třebušic: Die Kost richtet sich nach den zugeführten Rationen und besteht zumeist aus einem Zichorienabsud, Erdäpfel und dem, was man unter der Hand für teueres Geld erstehen kann.

6. Trnovany bei Teplitz. Ganztägige Kost: Obst, Grünzeug, Zichorienabsud, Erdäpfel. Ein großer Teil der Arbeiter verköstigt sich ungenügend in der Volksküche.

7. Břasy. Früh: Bitterer Zichorienabsud. Mittags: Erdäpfelsuppe, trockene Dalken, Erdäpfel. Abends: Zichorienabsud, Erdäpfel.

8. Tlučná. Früh: Kaffee, Brot oder Erdäpfel. Mittags: verschieden zubereitete Kartoffelspeisen, manchmal auch Notfleisch. Abends: wie mittags.

9. Pilsen. Früh: schwarzer Kaffee oder Tee. Mittags: zumeist Erdäpfelspeisen. Abends: wie mittags.

10. Písek. Früh: Kaffee-Ersatz oder Suppe. Mittags: Kartoffelspeisen. Abends: Kaffee-Ersatz.

11. Klattau. Früh: Kaffee-Ersatz oder Suppe. Mittags: Kartoffelspeisen. Abends: verschiedene Suppen.

12. Strašeň. Die Hauptkost besteht im Absud gerösteten Korns und verschiedenen zuckerlosen Ersatzmitteln.

13. Schüttenhofen. Früh: Kaffee-Ersatz und Brot. Mittags: Kartoffelspeisen. Abends: Suppen, Kartoffeln.

14. Deutschbrod. Früh und abends zumeist Zichorienabsud, Brod und Erdäpfel. Mittags: Kartoffelspeisen, zumeist ohne Fett.

15. Humpolec. Früh und abends zumeist Kaffee aus Getreidekörnern ohne Zichorie, ohne Milch. Mittags: Kartoffelspeisen, nur zuweilen ein Stück Fleisch.

16. Doubrava. Die ganztägige Kost besteht aus Zichorienabsud, Erdäpfeln und Wassersuppen.

17. Branná bei Starkenbach. Die Kost besteht zumeist aus Kartoffeln, schlechtem Kaffee und Suppen.

18. Cislá. Kost: Zichorienabsud, Erdäpfeln und verschiedene Dalken.

19. Pluźná. Kost: Schlechter Kaffee und alles Auftreibbare, zumeist Kartoffeln.

20. Klein Bělá. Früh: Kaffee und Brot. Mittags: Suppe, Kartoffelbrei, Erdäpfelknödeln. Abends: Suppe und Kartoffeln.

21. Pakov a. d. J. Früh: Kaffee und Brot. Mittags: Kartoffelspeisen. Abends: Kaffee, Suppe und Erdäpfeln.

22. Chrudim. Früh und abends: Ersatzkaffee. Mittags: Mittagmahl aus der Kriegsküche oder zu Hause aus dem, was mühsam aufgetrieben.

23. Beraun. Früh: schwarzer ungesüßter Kaffee; mittags: Mittagsmahl aus der Kriegs- oder Fabriksküche, sonst Suppe und Erdäpfel oder verschiedene ungeschmalzene Speisen; abends Kaffee, Erdäpfel. In vielen armen Familien werden die Melde und verschiedene Kräuter gegessen.

24. Rožmitál. Früh: Kornabsud; mittags: Erdäpfelspeisen; abends: Kornabsud, Kartoffel.

25. Cerkov. Früh: Kaffee, Suppe, Brot und verschiedene Dalken; mittags: Erdäpfelsuppe, Erdäpfel mit Tunke, Brei, zuweilen Knödel. Früher in je 14 Tagen Rotfleisch, in der letzten Zeit ist es eingestellt worden.

26. Chotzen. Früh und abends: Zichorienabsud oder Suppe; mittags: verschiedene Kartoffelspeisen, eingebrannte Suppen und Tunken.

27. Zlonice. Kost: Kaffee, Kartoffelspeisen, Brot und verschiedene Dalken.

28. Kralupp. Früh: Zichorienabsud, abgeschöpfte Milch; mittags: ungesalzene, ungewürzte und in der letzten Zeit auch ungesalzene Kartoffelspeisen; abends: Kaffee, Brot, Erdäpfel.

29. Horovic: Früh: Zichorienabsud, Brot, Erdäpfel. Mittags: ungeschmalzene Kartoffelspeisen und Tunken.

30. Pilgram. Früh: Ersatzkaffee, Kartoffel. Mittags: Kartoffelsuppe, Kartoffel, zweimal in der Woche Mehlspeise, ebenso oft Fleisch.

31. Strakonitz. Früh: ungezuckerter Kornkaffee. Mittags: Kartoffel und Kartoffelspeisen. Abends: Überreste.

32. Neu-Paka. Früh: Kaffeersatz — Korn- oder Gerstenabsud. Mittags: Suppe aus der Gemeindeküche. Abends: Erdäpfel oder Sauerkraut.

33. Bělá-Podol. Früh: bitterer Kaffee aus Ersatz, Zichorie oder Korn, ungeschmalzene Wassersuppen. Mittags: Erdäpfel, aber selten, der bisherige Preis betrug 80 h bis 1 K. Rotfleisch bisher dreimal in der Woche. Verschiedene Dalken, hergestellt aus Mehl, das auf einer Kaffeemühl aus aufgelesenen Ähren stammt. Abends: Kaffee aus Ersatz oder Wassersuppen.

34. Brüx. Früh: Absude von Zichorie, gerösteten Eicheln, Rüben und Getreide. Mittags: Suppe aus der Kriegsküche und etwas Kartoffelspeise zu Hause. Abends: Ersatzabsud. Bisher ersetzte Obst in beträchtlichem Maße alle Speisen.

35. Horic. Früh: Solange das Brot reicht, trinkt man bitteren Absud von Zichorie; gibt es kein Brot, ißt man Sauerkraut. Mittags: Leute, die genug Mittel haben, um sich ein Mittagmahl aus der öffentlichen Küche zu kaufen, stillen wenigstens teilweise ihren Hunger. Die sie nicht besitzen, müssen sich mit Suppe begnügen oder trinken Zichorienabsud und Thee. Abends: Man ißt überhaupt zu Abend nicht oder trinkt Kaffee und ißt Erdäpfel.

Ausgaben einer Arbeiterfamilie für Nahrungsmittel.

1. Reichenau a. d. K. Verschieden und unregelmäßig. In einer aus drei Mitgliedern bestehenden Familie machen sie 63 bis 84 K.

2. Náchod. Für eine dreigliedrige Familie 36 K.

3. Semil. Für eine viergliedrige Familie 87 K.

4. Maltyr. Läßt sich wegen Verschiedenheit der Lebensmittelanschaffung nicht feststellen.

5. Trebŕsic. Die Auslagen für Lebensmittel lassen sich wegen Verschiedenheit in der Beschaffungsart nicht feststellen. Sie richten sich teils nach den teueren Einkaufspreisen unter der Hand, teils nach der aus Gnade oder Mitleid hauptsächlich der aufs Land zum Betteln geschickten Kindern geschenkten Nahrungsmitteln, teilweise auch danach, wie groß der Mut ist, sich direkt und kostenlos vom Felde zu verpflegen.

6. Trnovan bei Teplitz. Richten sich nach den Löhnen. Jeder verausgabt, was er verdient. Die Ersparnisse besitzen, setzen sie hinzu.

7. Brasy. Der gegenwärtige Lohn. Er beträgt bei den Bergarbeitern 18 bis 30 K, bei den Fabriksarbeitern 18 bis 36 K, bei den Glasarbeitern 18 bis 72 K, geht für die Nahrungsmittel auf.

8. Tluèná. Für eine dreigliederige Familie 35 K, für größere 80 bis 100 K.

9. Pilsen. In Pilsen 80 bis 100 K, in der Umgebung 30 Prozent weniger.

10. Pisek. Nach dem Verdienst, 15 bis 30 K.

11. Klattau. Läßt sich nicht sicherstellen.

12. Straŝeň. zwischen 20 bis 30 K.

13. Schüttenhofen. Für eine viergliederige Familie rund 40 K.

14. Deutsch-Brod. Nach dem Verdienst, der bei der Großzahl der Arbeiter 20 bis 35 K beträgt.

15. Humpolec. Bei einer viergliederigen Familie 30 K.

16. Doubrava. Pro Person und Woche 16 K.

17. Branná bei Starkenbach. Die Ausgaben sind sehr beträchtlich, da man alles für teueres Geld unter der Hand kaufen muß.

18. Cistá. Die Ausgaben sind sehr beträchtlich, da man alles für teueres Geld unter der Hand kaufen muß.

19. Plužná. Die Ausgaben sind sehr beträchtlich, da man alles für teueres Geld unter der Hand kaufen muß.

20. Klein-Bělá. Pro Familie und Woche 30 bis 50 K.

21. Bakov a. d. J. Pro Familie und Woche 50 bis 60 K.

22. Chrudim. Für eine viergliedrige Familie wöchentlich 43 K.

23. Beraun. Nach dem Verdienste, der ganz zur Ergänzung der Rationen unter der Hand zugesetzt werden muß.

24. Rožmitál. Für eine fünfgliedrige Familie wöchentlich 90 bis 100 K.

25. Ceňkov. Nach dem Verdienst, 18 bis 48 K der ganz für Nahrungsmittel verausgabt wird.

26. Chotzen. Der ganze Verdienst der Familien und die Unterstützungsgelder für die Frauen der Eingerückten gehen für Nahrungsmittel auf.

27. Zlonice. Nach dem Verdienste, der ganz für Lebensmittel verausgabt wird.

28. Kralupp. Pro Woche und Familie 60 K, pro Woche für Einzelne 13 K (?).

29. Hořovic. Pro Woche und Familie 40 K.

30. Pilgram. Für eine viergliedrige Familie pro Woche 50 K.

31. Strakonitz. Der ganze 18 K betragende Wochenlohn des Arbeiters.

32. Neu-Paka. Der ganze 5 K pro Tag übersteigende Lohn.

33. Bělá Podol. Zumindest 20, steigert sich jedoch nach den Mitteln.

34. Brüx. Der ganze Verdienst wird ausschließlich für Nahrungsmittel verausgabt.

35. Horic. Für eine fünfgliedrige Familie inklusive Zins und Beleuchtung 70 bis 80 K pro Woche.

Aus der ganzen Interpellation und aus den einzelnen genauen Berechnungen ist ersichtlich, daß in den Ländern der böhmischen Krone ein Lebensmittelmangel herrscht und daß, wenn nicht bald deren Einfuhr von anderswo eingeleitet werden wird, ganz sicher mit einem Hunger im Frühjahr zu rechnen ist.

In Anbetracht dieser verzweifelten Situation stellen die gefertigten Abgeordneten die Anfragen:

„1. Sind Euren Exzellenzen die wirklichen Approvisationsverhältnisse in den Ländern der böhmischen Krone bekannt?

2. Sind Eure Exzellenzen bereit, zur Beruhigung des darbenden Volkes einen genauen Verpflegungsplan vorzulegen und Sorge dafür zu tragen, daß die Bevölkerung nicht der Not, der Kälte und dem Hunger ausgesetzt werde?"

3. Sind Eure Exzellenz bereit, einzuschreiten, damit die gewaltmäßigen Requisitionen unverzüglich eingestellt und daß die Requisitionsvorschriften in ein gerechtes Verhältnis zur tatsächlichen Ernte und zu den Bedürfnissen der Ernährung und des Anbaues gebracht werden?""

Wien, 16. November 1917.

| | |
|---|---|
| Fiedler. | Dr. Šubrt. |
| Funk. | F. Staněk. |
| Hyrš. | Klofáč. |
| Ant. Rydlo. | Habermann. |
| Franta. | Dr. Hruban. |
| Dr. Stojan. | Dr. Stránský. |
| Dr. Zahradník. | J. C. Lišý. |
| A. Konečný. | Švejk. |
| Frant. Mašata. | Tusar. |
| Kotlant. | Bohumil Bradáč. |
| H. Srdínko. | Nadláč. |
| Jos. Prošek. | Valoušek. |
| Váček. | Šamalík. |
| J. Sedlák. | Navrátil. |
| Kratochvil. | A. Němec. |
| Dr. Lukavský. | Votruba. |
| Koerner. | Prunar. |
| Čech. | Špaček. |
| Slavíček. | Kalina. |
| Udržal. | F. Svoboda. |
| Stříbrný. | Malík. |
| Exner. | Tomáš Janovec." |

„Dringliche Anfrage nach § 69 der Geschäftsordnung des Abgeordneten Anton Seidel und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister, betreffend die Unterbindung der Produktionsfähigkeit unseres Bauernstandes.

Die Ernteergebnisse der letzten drei Jahre zeigen bei dem bäuerlichen Grundbesitz einen so bedeutenden Rückgang, der die Volksvertretung dringend mahnt, hierzu Stellung zu nehmen.

Nicht allein beim Brotgetreide und Gemüse zeigt sich dieser Ausfall, sondern auch die

Futtermittel für das Vieh sind auf eine solche Tiefe gesunken, daß unsere so schöne Vieh- und Schweinezucht in großen Landstrichen auf den Aussterbeetat herabgelangt ist.

Die Schaffung von Zentralstellen und deren ganz unfachmännische Leitung steigern das allgemeine Übel von Tag zu Tag, sie nehmen dem Erzeuger die Produktionsmöglichkeit und den Konsumenten die Lebensmittel.

Die Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit dieser Kreise geht so weit, daß sie den Bauern hindern, seine in der Bewirtschaftung gemachten praktischen Erfahrungen anzuwenden.

Die rücksichtslose Einberufung unserer Bauernschaft zum Waffendienste hat der bäuerlichen Bewirtschaftung die für einen ersprießlichen Ertrag notwendigen sachlich erprobten Arbeitskräfte entzogen. Der alte, zitternde Bauernauszügler und die mit der Besorgung des Haushaltes überbürdete Bäuerin müssen Anbau und Ernte besorgen und können das nur mangelhaft tun.

Die derzeit auf dem Lande stattfindenden Kartoffel-, Heu- und Strohrequisitionen gehen in vielen politischen Bezirken unter Militärassistenz und Gendarmerie in so hartherziger Weise vor sich, die der Bauernschaft den noch vorhandenen Arbeitsgeist und die geradezu übernatürliche Geduld vollends raubt.

Zu all dieser Misere kommt noch, daß es unserer Landbevölkerung an allen erdenklichen Bedarfsartikeln fehlt. Es fehlen ihr nicht allein die nötigen Handwerker, die ihre landwirtschaftlichen Maschinen und Gerätschaften reparieren, sondern es fehlen allerorts bereits Kleider und Schuhwerk. Dieser Mangel zwingt bereits jetzt schon die Hälfte der Bevölkerung, jede Arbeit einzustellen.

Der Mangel an Kohle macht sich um so bedenklicher fühlbar, da kein Arbeiter ohne festes Schuhwerk das im Spätherbst übliche Schlagen und Einbringen von Brennholz ausführen kann.

Der Entgang von Petroleum macht die am frühen Morgen und nach Sonnenuntergang gewohnte Fütterung des Viehes, das Abmelken der Kühe und die Reinigung der Ställe unmöglich, verlegt diese Arbeiten auf die in den Herbst- und Wintermonaten so kurze Tageszeit. Hierbei entwöhnen die Bauern und ihre Arbeiter das Frühaufstehen und die Nachtarbeit und werden somit direkt zur passiven Resistenz getrieben, ohne daß sie es wollen.

Wir fragen deshalb Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister als unseren Fachminister:

„Ob er es nicht endlich an der Zeit hält, für den Bauernstand einzutreten und hier Wandel zu schaffen, um diesen für die Volksernährung so wichtigen Stand lebensfähig zu erhalten?

Weiters fragen wir ihn, worauf das zurückzuführen ist, daß auf den großen Gutshöfen jede Requirierung unter Militärassistenz und Gendarmerie unterbleibt und welche Schuld die kaisertreue deutsche Bauernschaft auf sich geladen hat, die eine solch einseitige Maßregel notwendig macht?"

Wien, 20. November 1917.

| | |
|---|---|
| | Ant. Seidel. |
| W. Maier. | Kudlich. |
| Dr. Bodirsky. | Herzmansky. |
| Dr. Waldner. | W. Teltschik. |
| Dr. Schürff. | Strziska. |
| Kittinger. | Wedra. |
| Dr. Steinwender. | Iro. |
| Goll. | Dr. Soukup. |
| Spies. | Keschmann. |
| Pirker. | M. Brandl. |
| Josef Mayer. | Luksch. |
| F. Wagner. | K. Schürl. |
| R. Paulik. | Nagele. |
| Lutschounig. | R. Marckhl. |
| Barbo. | Sylvester." |

„Dringlichkeitsanfrage des Abgeordneten Lukaszewicz und Genossen an Ihre Exzellenzen die Herren Ackerbauminister, Ernährungsminister und Minister für Landesverteidigung, betreffend das Sinken der Produktionsfähigkeit unserer Landwirtschaft wegen Vornahme von Requisitionen und Entziehung der Arbeitskräfte.

Durch amtliche Erhebungen wird sichergestellt werden müssen, daß im laufenden Jahre die Weißfrüchte, Korn und Weizen, einen Rückgang von 50 Prozent, Hafer und Gerste von 65 Prozent und die übrigen Lebensmittel einen solchen von durchschnittlich 35 Prozent, gegenüber der vorangegangenen Dekade, aufweisen.

In ähnlichen Grenzen bewegt sich der Rückgang der Gemüse und der Futtermittel.

Infolgedessen herrscht in Österreich, das in normalen Zeiten eine jährliche Einfuhr an Cerealien in der Höhe von rund 200 Millionen Kronen hatte, eine Knappheit an Nahrungsmitteln, die nicht ohne bedenkliche Folgen für die Volksernährung bleiben kann.

Da die Einfuhr infolge der Absperrung durch den Feind fast gänzlich unterbunden ist, kann die Behebung der Lebensmittelnot nur durch Hebung der Produktion der einheimischen Landwirtschaft erfolgen.

Als die geeignetesten Mitteln hierzu erscheinen gegenwärtig:

a) die Bereitstellung der zum Betriebe der Landwirtschaft erforderlichen Kräfte, als Enthebung der selbständigen Landwirte insbesondere der Bauern und Beistellung der Kriegsgefangenen.

b) Möglichst geringe Entnahme der Zugkräfte der Landwirtschaft sowie der Futtermittel, um den Landwirten die Möglichkeit der Bearbeitung und des Düngers ihrer Felder zu geben.

c) Besondere Vorsorge für die Möglichkeit der Anschaffung und Reparatur von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen.

d) Beschaffung von Kunstdünger.

e) Bereitstellung der zum Betriebe der Landwirtschaft unumgänglich notwendigen Artikel als Kohle, Petroleum, Bekleidung und Beschuhung.

f) Einstellung weiterer Requisitionen aller landwirtschaftlichen Produkte.

Wir fragen daher Ihre Exzellenzen die Herren Minister des Ackerbaues, des Ernährungsamtes und der Landesverteidigung:

„„Was gedenken dieselben zu veranlassen, um die Produktion der Landwirtschaft zu heben und damit der Lebensmittelnot zu begegnen?““

Wien, 20. November 1917.

Dr. Petruszewycz. Lukaszewicz.
Dr. Holubowycz. Dr. Trylowskyj.
Dr. Zahajkiewycz. Dr. Singalewycz.
Dr. Lahodyńskyj. Budzynowskyj.
Onyszkewycz. Pohoreckyj.
Dr. Wassilko. Semaka.
Spenul. Dr. Okunewskyj.

„Dringliche Anfrage des Reichsratsabgeordneten Josef Goll und Genossen, betreffend den Notstand in den Landgemeinden einzelner Gegenden der Monarchie, infolge Mangels der notwendigen Futtermittel und anderer für den Betrieb der Landwirtschaft notwendigen Bedarfsartikel.

Infolge übermäßig trockener Witterungsverhältnisse in der Zeit der Sommermonate des heurigen Jahres ist in einzelnen Gegenden der Monarchie, besonders im östlichen und nordöstlichen Teile von Böhmen, in weiten Gebieten von Mähren und Schlesien eine totale Mißernte an dem für die Erhaltung der dortigen Viehbestände notwendigen Raufutter eingetreten.

Auch können mit Rücksicht auf die zur menschlichen Ernährung notwendigen Verwendung aller Körnerfrüchte, Kraftfuttermittel zur Viehfütterung nicht beschafft werden. Des weiteren sind alle Landwirte auf Grund ministerieller Verordnungen verhalten, einen großen Teil der ohnehin für die eigene Viehhaltung unzureichenden Raufuttermengen der k. u. k. Heeresverwaltung zur Abstellung zu bringen.

Nach diesen Vorkommnissen sind die Landwirte der bezeichneten Gegenden nicht in der Lage, den dort vorhandenen Viehstand über die Zeit der Wintermonate, bis zum Eintritt der Grünfütterung zu erhalten, was unbedingt zur Notschlachtung eines großen Teiles ihrer Viehbestände führen muß.

Diese Notschlachtungen aber bilden zweifellos eine eminente Gefahr für die allgemeine Volksernährung in Österreich, weil künftighin hierdurch die Milch, Fleisch und Fettproduktion in einem Maße vermindert wird, welches die Versorgung der Konsumorte mit diesen Lebensmitteln unmöglich macht.

Hierzu kommt noch die Tatsache, daß die ländliche Bevölkerung dieser Gegenden auf Grund der kriegswirtschaftlichen Verfügungen in keiner Weise in der Lage ist, die unbedingt notwendigen Bedarfsartikel in genügender Menge zu beschaffen. Selbst für den nach den vorerwähnten Vorkommnissen in großem Maße bereits eingeschränktem Betriebe der Landwirtschaft, des handwerksmäßigen Gewerbes und der eigenen Lebenshaltung ist die Bewohnerschaft der Landgemeinden in den bezeichneten Gegenden auf keine Weise in der Lage sich die notwendigen Mengen von Kohle, Petroleum, Zucker, Leder, Kleiderstoffe und anderer unbedingt notwendiger Bedarfsartikel zu beschaffen.

Hiedurch ist aber in den Landgemeinden der bezeichneten Gegenden ein derartiger Notstand eingetreten, welcher nicht nur den Betrieb der Landwirtschaft, sondern das ganze Wirtschaftsleben der dortigen Bevölkerung zum Stillstand zu bringen droht und dadurch die allgemeine Approvisionierung der ganzen Bevölkerung in Frage stellt, wenn nicht durch dringende Anordnungen diesem Notstande ehestens abgeholfen wird.

Die Gefertigten stellen daher im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses des hohen Reichsrates an Seine Exzellenz den Herrn k. k. Minister für Volksernährung, den Herrn k. k. Handelsminister und den Herrn k. k. Minister für öffentliche Arbeiten folgende dringende Anfrage:

„„1. Sind Euren Exzellenzen die vorerwähnten Zustände in den Landgemeinden der bezeichneten Gegenden bekannt?

2. Was gedenkt Seine Exzellenz der Herr k. k. Minister für Volksernährung zu tun,

um die infolge Futtermangels zweifellos eintretende Notschlachtung eines großen Teiles der Viehbestände in den bezeichneten Gegenden nach Möglichkeit auf das unbedingt notwendige Maß einzuschränken, und was wurde veranlaßt, um das durch diese Notschlachtungen anfallende Fleisch zu konservieren und für längere Zeit dem Konsum gebrauchs- und genußfähig zu erhalten?

Was gedenkt Seine Exzellenz zu veranlassen, um auch für künftighin die Versorgung der Bevölkerung mit Fleischnahrung zu sichern, da die in angegebener Weise reduzierten heimischen Viehbestände unbedingt wieder ergänzt werden müssen, weil sonst der ganze Betrieb der Landwirtschaft in diesen Gegenden in Frage gestellt erscheint?

3. Was gedenkt Seine Exzellenz, der Herr k. k. Handelsminister zu tun, um den landwirtschaftlichen Betriebsinhabern die Beschaffung der zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe notwendigen Bedarfsartikel, wie Petroleum, Zucker, Leder, Kleiderstoffe usw. in genügender Menge ehestens zu ermöglichen?

4. Was gedenkt Seine Exzellenz, der Herr k. k. Minister für öffentliche Arbeiten zu tun, um die Beschaffung des für die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe und für den gesamten Wirtschaftsbetrieb in den Landgemeinden der bezeichneten Gegenden überhaupt notwendigen Heiz- und Beleuchtungsmateriales, wie Kohle und Petroleum, den Betriebsinhabern in genügender Menge ehestens zu ermöglichen, da sonst die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen und handwerksmäßigen Betriebe in den bezeichneten Gegenden und die Lebensmittelerzeugung dort in Frage gestellt erscheint?""

Wien, 13. November 1917.

| | |
|---|---|
| | J. Goll. |
| F. Held. | Wilh. C. Teltschik. |
| Müller. | Steinwender. |
| Jos. Lukisch. | Strziska. |
| Krützner. | Rudolf Paulik. |
| W. Kudlich. | Nagele. |
| Herzmansky. | Soukup. |
| Dr. Waldner. | Josef Mayer. |
| Wilhelm Maixner. | F. Wagner. |
| Gust. Richter. | Wedra. |
| A. Seidel. | Spies. |
| Lutschounig. | Kletzenbauer." |

„Dringliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen, betreffend die Ernährungsfrage in der slowenischen Steiermark.

Wiewohl die Landwirte der slowenischen Steiermark schon mit Rücksicht auf die Dürre es als unmöglich bezeichnen, die jetzigen Viehbestände über die Zeit der Wintermonate bis zum Eintritt der Grünfütterung zu erhalten, so ist diese Unmöglichkeit außer jedem Zweifel gestellt durch die rücksichtslose, auch die lokalen Verhältnisse nicht berücksichtigende Requisition des Heues und des Strohes. Die Folge davon wird ein Milchmangel, Fettmangel, Fleischmangel und eine weitgehende, auf Jahre hinaus sich fühlbar machende Depekoration.

Bei der gerade vorgenommenen Requisition der Erdäpfel ist man in der slowenischen Steiermark auf eine geradezu empörende Weise vorgegangen. Die Erntemenge wurde auf Grund nicht zutreffender theoretischer Berechnungen festgestellt und die Requisition erbarmungslos, ohne Rücksicht auf die jeder Person zukommende Kopfquote, die in Steiermark merkwürdigerweise viel kleiner ist als in Niederösterreich, Mähren, Böhmen oder gar in Galizien, durchgeführt. Weder bei der Kartoffelrequisition noch bei anderen Requisitionen wurde die Kopfquote allgemein verlautbart, so daß die Bevölkerung den Requisitionskommissionen ratlos und hilflos gegenüberstand.

Bei der Zubilligung der Kopfquote der verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte sowie beim Feststellen der Saatgutmenge wird, wie zum Beispiel jetzt bezüglich der Bohnen, nicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse Rücksicht genommen.

Das Fehlen des Beleuchtungsmaterials ist ein großes Hindernis, um die landwirtschaftlichen Arbeiten immer und überall rechtzeitig fertigstellen zu können.

In den gewerblichen Betrieben sowie in den Städten und Märkten des steirischen Unterlandes ist der Mangel an Beheizungsmaterial ungemein fühlbar.

Die Bevölkerung ist trotz des herannahenden Winters ohne genügende Menge von Leder und Kleiderstoffen und sieht nirgends eine sorgende Hand der Regierungsorgane.

Alle diese Härten des Krieges wurden im slowenischen Teile der Steiermark desto schwerer ertragen, weil die Bevölkerung bei den Behörden kein Entgegenkommen, sondern fast ohne Ausnahme nur Unfreundlichkeit, ja oft sogar ausgesprochene Roheit findet. Alle Bezirkshauptleute in Untersteier sind der Nation fremd und finden in ihren slowenenfeindlichen Handlungen beim Statthalter Grafen Clary jederzeit sichere Unterstützung.

Demnach fragen die Gefertigten:

„„Sind den Herren Ministern die oben geschilderten Zustände und Vorkommnisse in der slowenischen Steiermark bekannt und was gedenken dieselben zu ihrer Besserung, beziehungsweise Behebung zu unternehmen?““

Wien, 20. November 1917.

Brenčič. Dr. Korošec.
Roškar. Pišek.
Dr. Verstovšek. Dr. Jankovič.
Demšar. Gostinčar.
Jarc. Perič.
Prodan. Dr. Dulibić.“

„Anfrage mit dem Antrag auf Eröffnung der Debatte der Abgeordneten Michael Petryckyj, Dr. Lew Baczyńskyj und Dr. Eugen Lewickyj und Genossen an die Regierung, betreffend die Approvisionierung Ostgaliziens.

Die Gefertigten stellen an die k. k. Regierung die Anfrage im Sinne des § 68 der Geschäftsordnung:

„„I. In Ostgalizien werden im Wege von Requisitionen, schier eigenmächtig unter dem Vorwande von Requisitionen, beinahe sämtliche Lebensmittel, insbesondere im sogenannten engeren Kriegsgebiete weggeschafft, so daß die Bevölkerung die äußerste Not leidet.

Es wird daher die Regierung gefragt, womit wird es entschuldigt, daß nach Ostgalizien und die zuletzt wiedereroberten Bezirke in erster Linie beinahe keine Lebensmittel einlangen, trotzdem seit der Wiedereroberung dieser total ausgeraubten Gebiete bereits vier Monate verstrichen sind?

II. Auf welche Weise entschuldigt es die Regierung, daß trotz getroffener Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiete der Approvisionierung und der angeblichen Schwierigkeit der Versehung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln durch die staatlichen Organe, die Engrossisten doch die Möglichkeit haben, im Wege des Schleichhandels ganze Waggons von Lebensmitteln an verschiedene Wucherer zu bringen, die dann im Klein- und Kettenhandel durch die Festsetzung unerschwinglicher Preise die ohnehin verarmte Bevölkerung aufs schamloseste ausbeuten?

III. Was gedenkt die Regierung zu tun, um Ostgalizien und vor allem die meistbedürftigen, wiedereroberten Gebiete mit den notwendigsten Lebensmitteln ergiebig und regelmäßig zu versehen und den schamlosen Treibereien der Schleichhändler ein Ende zu bereiten?““

Wien, 19. November 1917.

Michael Petryckyj.
Dr. Okunewskyj. Dr. Lew Baczinskyj.
Zahajkiewicz. Dr. Eugen Lewickyj.
Dr. Lahodińskyj. Dr. Holubowycz.
Dr. Petruszewycz. Dr. Singalewicz.
Dr. Kolessa. Dr. Trylowskyj.
Budzynowskyj. Smal-Stockyj.
Pohoreckyj. Onyszkewycz.
Dr. Cehelskyj. Stefanyk.“

„Dringliche Anfrage.

Die Lebensmittelversorgung Deutschböhmens ist seit Jahresfrist derart schlecht, daß eine solche Unterernährung der Bevölkerung eingetreten ist, die hervorragende Ärzte und Mitglieder des Obersten Sanitätsrates als höchst bedenklich bezeichnen.

Eine in Deutschböhmen neue Krankheit „Hungerödem“ ist entstanden, an der tausende Familien erkrankt sind; die Sterblichkeitsziffer schwankt zwischen 3 bis 12 Prozent.

Wie schon so häufig betont und der k. k. Regierung nahe gelegt wurde, sind diese Verhältnisse unhaltbar.

„„Was gedenkt der Herr Ministerpräsident zu tun, um in beschleunigtem Wege Lebensmittel in hinreichender Menge den deutschböhmischen Bezirken zuzuführen und auch dafür zu sorgen, daß ein Ersatz für jene Nahrungsmittel erfolgt, die in den letzten Monaten unter der festgesetzten Menge an die Bevölkerung zur Verteilung gelangten und wodurch die Unterernährung und katastrophale Krankheiten entstanden sind?““

Wien, 20. November 1917.

Kraus.
Kron. Mr. Hummer.
Dr. v. Mühlwerth. Dr. Bodirsky.
Heine. Dr. Herold.
Felzmann. Glöckner.
Dr. Michl. Dr. Kindermann.
Schreiter. K. H. Wolf.
Dr. Wichtl. Dr. Sommer.
Pacher. Bernt.
Kasper. Schürl.
Kopp. O. Teufel.
Rieger. Dr. Roller.“

„Dringliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Ferzabek und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Minister Höfer, betreffend die Ernährungsverhältnisse in Nordböhmen.

In den nordböhmischen Industriebezirken gestalten sich die Ernährungsverhältnisse von Tag zu Tag schwieriger. Es kommt vor, daß Gemeinden

oft acht und noch mehr Tage ohne jede Mehlsendung bleiben. Aber auch die Zufuhr anderer Nahrungsmittel ist außerordentlich erschwert. Dabei nehmen Krankheits- und Todesfälle infolge Unterernährung in geradezu erschreckendem Maße zu.

In der Erwägung, daß ein solcher Zustand in einem Gebiete, dessen Bevölkerung seit jeher sich als staats- und kaisertreu erwiesen hat, nicht länger geduldet werden kann, stellen die Gefertigten an Seine Exzellenz die dringliche Anfrage:

„„1. Sind Eure Exzellenz geneigt, entsprechende Vorsorge zu treffen, daß der Nahrungsmittelnot in den deutschen Bezirken Böhmens endlich einmal ein Ende gemacht werde?

2. Sind Eure Exzellenz insbesondere geneigt, den ertragreichen tschechischen Teil Böhmens in stärkerem Maße als bisher zur Getreide- und Kartoffellieferung heranzuziehen?““

Wien, 16. November 1917.

Dr. Ferzabek.
Fink. List.
Eisenhut. Jedek.
Dr. Josef v. Baechle. Parrer.
J. Wohlmeyer. Dr. Fuchs.
Miklas. Dr. Scheicher.
Guggenberg. Jukel.
Weiss. Kuhn.
Mich. Huber. Hauser.
Pichler. R. Gruber.
Georg Baumgartner. Waldl.“

„Dringliche Anfrage des Abgeordneten Jarc und Genossen, betreffend die Ernährungsverhältnisse im Kronland Krain.

Krain gehört zu jenen Ländern, die durch den Krieg am meisten gelitten haben, da es unmittelbar an den Kriegsschauplatz grenzt. Von Requisitionen wurde es so hart mitgenommen, wie kaum ein zweites Land. Infolge Inanspruchnahme der Nahrungs- und Futtermittel für das Militär ist die Ernährung der Bevölkerung und des Viehes in Frage gestellt.

Daher fragen die Gefertigten:

„„Gedenkt es die Regierung dem Kronlande Krain zu ersetzen, insoweit das Land durch Requisitionen über seine Leistungsfähigkeit hinaus in Anspruch genommen wurde?““

Dieser Anfrage möge die Dringlichkeit nach § 69 der Geschäftsordnung zuerkannt werden.

Jarc.
Dr. Korošec. Dr. Verstovšek.
Perić. Roškar.
Dr. Vukotić. Pišek.
Dr. Jankovič. Dr. Dulibić.
Prodan. Hladnik.“

„Dringliche Anfrage im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung des Abgeordneten Dr. Liebermann und Genossen an den Herrn Ernährungsminister und den Herrn Minister des Innern, betreffend die Hungerrevolten in den Städten Galiziens, insbesondere in Przemyśl.

Die in manchen Interpellationen und Reden der Abgeordneten aus Galizien vorausgesagten Hungerrevolten sind in einigen Städten dieses Kronlandes tatsächlich ausgebrochen. Wir nennen beispielsweise: Stanislau, Neusandez und andere. Die letzten Hungerexzesse ereigneten sich am 15. November in Przemyśl und haben eine große Ausdehnung angenommen. Eine nach Tausenden zählende Menge hungernder Frauen mit ihren Kindern sammelte sich an diesem Tage in den Abendstunden vor dem Gebäude des Militärkommandos und verlangte stürmisch, daß man ihnen ihre im Militärdienste stehenden Männer zurückgebe zum Schutze gegen den drohenden Hungertod.

Die Menge bewegte sich sodann durch die Hauptstraßen der Stadt, wobei sie in ihrer bis zum höchsten Grade gesteigerten Aufregung mehreren Geschäftsinhabern, Gewerbetreibenden und sonstigen Einwohnern durch Fenstereinschlagen und Sachbeschädigung einen beträchtlichen Schaden zufügte.

Es wurde militärische Gewalt herbeigeholt und mit gefälltem Bajonette ging man vor, ehe es gelang, die Revolte für den Augenblick zu unterdrücken. In den folgenden Tagen wiederholten sich die Unruhen und man kann sie bis zum gegenwärtigen Augenblicke nicht als beendet betrachten. Die einzige Ursache dieses gefährlichen Gärungszustandes, worin sich die drittgrößte Stadt Galiziens seit mehreren Wochen befindet, ist die mangelhafte, einer geradezu planmäßigen Aushungerung der breiten Schichten gleichkommende Versorgung der Stadt mit Mehl und anderen notwendigen Nahrungsmitteln. Durch acht Tage nacheinander bekam die Bevölkerung kein Stückchen Brot, eine Tatsache, die sich in den letzten Monaten oft wiederholt.

Aber auch von den anderen wichtigen Nahrungsmitteln bekommt die unglückliche Bevölkerung sehr wenig zu sehen, woran wieder die korrupte, allen Gesetzen der Gerechtigkeit ins Gesicht schlagende Verwaltung der Stadt, die unter der Leitung eines k. k. Regierungskommissärs steht, schuld ist. Nicht Wunder daher, daß das arme Volk von Przemyśl,

durch solche Zustände zur Verzweiflung getrieben, die Hoffnung vollständig verloren hat, Hilfe von den k. k. Behörden zu erhalten.

Angesichts dessen werden an die beiden eingangs erwähnten Herren Minister die Fragen gestellt:

„„1. Sind die Herren Minister, insbesondere der Herr Ernährungsminister gewillt, der beharrlichen Aushungerungspolitik, die den galizischen Städten gegenüber geübt wird, endlich Einhalt zu tun und diesen Städten, insbesondere Przemyśl, ein solches Mehlquantum zuzuweisen, daß die Bevölkerung die auf jeden Kopf entfallende Ration wirklich erhält?

2. Ist der Herr Minister des Innern geneigt, die Selbstverwaltung in Przemyśl wiederherzustellen?

3. Ist die Regierung geneigt, aus Staatsmitteln den durch die Unruhen an ihrem Eigentum geschädigten Personen den Schaden zu ersetzen?““

Śliwiński. Liebermann.
Diamand. Matakiewicz.
Daszyński. Rychlik.
Steskowicz. Rauch.
Londzin. Ruebenbauer.
Dr. Marek. Moraczewski.
Dr. E. Baworowsky. Klemensiewicz.
Dr. Steinhaus, Jabłoński.
Banás. Reger.
Tertil. Wysocki.“

„Dringliche Anfrage der Abgeordneten Wohlmeyer, Eisenhut und Genossen an Seine Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten, sowie an das verehrliche Gesamtministerium, betreffend die Lebensmittelproduktion sowie die Erhaltung und Förderung unserer Landwirtschaft.

„„Wollen Eure Exzellenz, will das verehrliche Gesamtministerium, nach so vielen früheren Fehlern, das Durchhalten sichern, und durch eine praktische Verwaltung, nicht nur den wirtschaftlichen Sieg im Hinterlande für die Kriegsdauer, sondern die wirtschaftliche Existenz von Staat und Gesellschaft, auch nach dem Kriege ermöglichen und sicherstellen?

Will unsere jetzige Regierung vielen gegenwärtigen Zuständen, vielen schädlichen Maßnahmen und Vorkehrungen, die unsere Landwirtschaft schädigen, und uns einer Katastrophe zutreiben würden, noch lange zusehen?““

Guggenberg. Joh. Wohlmeyer.
Hauser. Eisenhut.
Wollek. Carl Schachinger.
Jukel. Mayer.
Berger. Roitinger.
Eisterer. Müller.
Lechner. List.
Josef Grim. Dr. Jerzabek.
Kienzl. Bogendorfer.
Pichler. Parrer.
Waldl. Scheicher.
Miklas. Fr. Huber.
Baechle. Fink.“

„Anfrage im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Grafen Lasocki, Steskowicz, Kędzior, Tertil, Freiherr v. Goetz, Głąbiński, Marek und Genossen an die k. k. Regierung, betreffend die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion, gerechte Aufbringung von Getreide und Kartoffeln unter Vermeidung von rücksichtslosen Requisitionen von diesen Nahrungsmitteln, sowie von Futter, mangelhafte Approvisionierung und Mißwirtschaft der Kriegszentralen in Galizien.

Das Land Galizien hat infolge der Kriegsereignisse furchtbar gelitten. Bloß acht Bezirke blieben von der feindlichen Invasion verschont, die übrigen waren der Schauplatz zahlreicher Kämpfe, Kriegsoperationen und Durchmärsche von Millionenheeren. Die Zahl der verbrannten oder gänzlich zerstörten Gebäude betrug laut amtlichen Erhebungen bis Ende 1916 bloß in den Bezirken West- und Mittelgaliziens 116.109. Über die östlichen Bezirke liegen derzeit noch keine genauen statistischen Daten vor. Viele Landgemeinden sind vom Erdboden gänzlich verschwunden, ganze Städte wurden zerstört. Gleichzeitig mit den Gebäuden sind die Wohnungseinrichtungen, Bekleidungsgegenstände und Wirtschaftsgeräte eingeäschert worden, unzähliges Hab und Gut wurde geplündert oder zerstört. Das Vieh, sowie Lebensmittel und Futter wurden von Feind und Freund rücksichtlos requiriert.

Nach amtlichen statistischen Daten ist bis Ende 1916 der Stand des Hornviehes um 31·3 Prozent, der Pferde um 40·6 Prozent, der Schweine gar um 63·2 Prozent gesunken. Die meisten Industriebetriebe wurden zerstört, außer Betrieb gesetzt oder vom Militär beschlagnahmt. Zehntausende Joch Wald wurden verbrannt oder gänzlich abgeholzt. Sogar der Erdboden wurde auf tausende Kilometer durch Schützengräben und sonstige Befestigungen durchwühlt. Viele Tausende arbeitsfähiger Männer sind vom Feinde verschleppt worden, viele Einwohner durch verirrte Geschosse getötet oder zu Krüppeln gemacht.

Ein Land, welches den Anprall der feindlichen Invasion und sämtliche Kriegsgreuel zu bestehen hatte, bedarf wohl einer gewissen Schonung und ausgiebigen Staatshilfe. Inzwischen wird in den östlichen Bezirken des Landes durch das Heer, insbesondere durch die Truppen unserer Verbündeten, schonungslos weiter requiriert, auch werden enorme Quantitäten Lebensmittel ins Ausland befördert.

Auf die nicht im engeren Kriegsgebiete befindlichen Bezirke wurde ein unerschwingliches Kontingent an Getreide, Kartoffeln und Futter für den Bedarf des Heeres, beziehungsweise der anderen Kronländer vorgeschrieben. So haben zum Beispiel bloß 60 Bezirke Galiziens 24.000 Waggons Kartoffeln für das Heer und 11.000 Waggons Kartoffel für die anderen Kronländer, 10.000 Waggons Futter für das Heer vorgeschrieben erhalten. Diese Last ist für das verwüstete Land Galizien geradezu unerschwinglich. Die Futterrequisitionen müßten in den westlichen Bezirken Galiziens bei der notorischen ausnahmsweise schlechten Futterernte in diesen Bezirken eine gewaltige weitere Depekoration zur Folge haben. Die Kartoffeln aber sind mit Rücksicht auf den Mangel an Getreide und sonstigen Lebensmitteln für die galizische Bevölkerung unentbehrlich. Die Approvisionierungsverhältnisse im Lande sind äußerst ungünstig, die Notlage in den meisten Städten und unter den Nichtselbstversorgern am flachen Lande (unter anderem Hunderttausende von Saisonarbeitern und Auswandererfamilien) außerordentlich groß. Galizien war bekanntlich nie ein Getreideexportland; infolge der Kriegsereignisse, der Besetzung durch den Feind und der Verwüstung der fruchtbarsten Gebiete ist die Getreideproduktion bedeutend gesunken und es herrscht im Lande ein empfindlicher Mangel an Getreide und Mehl. Es fehlt an Heizmaterial, und zwar sowohl an Kohle wie an Brennholz. Aus den staatlichen Waldungen wurden verhältnismäßig unbedeutende Holzmengen für den Bedarf der Bevölkerung vorbereitet. Ein großer Teil hievon wurde vom Militär mit Beschlag belegt.

In allen land- und forstwirtschaftlichen, gewerblichen und industriellen Betrieben herrscht ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften, der eine besondere Berücksichtigung der Enthebungsgesuche erfordert. Inzwischen wurden in Galizien bloß 13.000 Männer vom Heeresdienste enthoben.

Zu einer wahren Plage des Landes ist die Mißwirtschaft der Kriegszentralen geworden, die einerseits alle Produkte aus dem Lande auszuführen trachten, andrerseits aber es bei der Verteilung mit Waren arg vernachlässigen.

Aus allen diesen Gründen sind die Ernährungsverhältnisse in Galizien bedeutend schlechter geworden. Das Land, welches noch vor Kurzem teilweise von der feindlichen Invasion betroffen war und daher ein unmittelbares Kriegsgebiet gebildet hat, müßte, um die Zivilbevölkerung und die durchmarschierenden Truppen versorgen zu können, eine viel größere Produktion von Lebensmitteln haben als in der Friedenszeit. Leider ist die landwirtschaftliche Produktion infolge des Mangels an Arbeitskräften, an Zugmaterial und Kunstdünger immer weniger leistungsfähig und mit der Befreiung von Ostgalizien sind Millionen von Menschen zugekommen, die ernährt werden müssen, nicht aber in demselben Verhältnis die nötigen Lebensmittelmengen, da bekanntlich gerade in den befreiten Gebieten kolossale Bodenflächen nicht angebaut waren und gegenwärtig als unbebautes Steppenland garnichts tragen. Während in den westlichen Kronländern und insbesondere in Ungarn Hunderttausende von Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft beschäftigt sind, bekommt Galizien eine lächerlich geringe Zahl derselben, so daß der Effekt ihrer Arbeit auf diesem Gebiete in Galizien fast gleich Null ist. Wir müssen dasselbe wiederholen, was wir schon öfters gesagt haben, daß die Steigerung des landwirtschaftlichen Anbaues eine Hauptbedingung des siegreichen Abschlusses des Krieges bildet und daß die Regierung alle Mittel in Bewegung setzen soll, um diesen Zweck zu erreichen. Bei den jetzigen Verhältnissen aber ist es klar, daß das Land aus eigenen Mitteln sich nicht versorgen kann.

Aus den neuesten statistischen Zusammenstellungen stellt es sich heraus, daß das Land vor einem Defizit an Brotgetreide steht, das für die laufende Versorgungsperiode zirka 14.000 Waggons beträgt. Was haben wir also zu erwarten? Wenn keine Zuschübe von auswärts erfolgen, so können wir keineswegs zulassen, daß das Land, insbesonders die Städte, gar kein Mehl bekommen. Wir müßten verlangen, daß die Revision des ganzen Versorgungsplanes durchgeführt werde, und daß die Kopfquoten im ganzen Reiche entsprechend gekürzt werden, denn es ist doch unbedingt unzulässig, daß Galizien allein schlechter behandelt werde aus dem Grunde, weil einerseits das Militär und insbesonders das deutsche — ganz bedeutende Mengen von Lebensmitteln ausführt, andrerseits weder die Zivil- noch die Militärverwaltung die nötigen Anordnungen treffen, um den Anbau zu steigern. Jetzt schon kommen täglich Klagen aus allen Städten, daß sie unter Mehlmangel leiden, und hierzu gesellt sich noch der Umstand, daß für Städte, welche auch tausende von Flüchtlingen aus dem Osten beherbergen, die Mehlkontingente so bemessen werden, als wenn die Behörden von diesen Tatsachen gar keine Kenntnis hätten.

Trotz der nicht ungünstigen Kartoffelernte laufen wir die Gefahr, daß die Bevölkerung mit den Kartoffeln nicht in genügendem Maße versorgt werden wird. Dies geschieht aus dem Grunde, daß wir in Galizien eine Doppelverwaltung haben

Was die Zivilverwaltung anordnet, wird von der Militärverwaltung umgestoßen. Wir haben durchgesetzt, daß die Versorgung der Zivilbevölkerung und des Militärs gleichzeitig erfolgen soll. Was geschieht aber? Das Militär requiriert die Kartoffeln wo es sie nur findet, unbarmherzig und rücksichtslos und beantwortet alle Klagen und Beschwerden in dem Sinne, daß die Zivilbevölkerung erst dann die Kartoffeln beziehen kann, nachdem das Militär sein Kontingent vollständig gedeckt haben wird. Der Winter ist aber schon da und mit Eintritt der Fröste wird der Transport von Kartoffeln überhaupt nicht möglich sein. Wir sind daher der Gefahr ausgesetzt, daß, wenn die Bewirtschaftung der Kartoffeln seitens der Militärverwaltung eine ähnliche sein wird, wie im Vorjahre, kolossale Mengen von Kartoffeln durch Mißwirtschaft verfaulen und verderben werden und sich schließlich ein Kartoffelmangel ergeben wird. Die Unterkommandanten requirieren Kartoffeln auf eigene Rechnung, und werden dann Mengen in das dem Militär zugewiesene Kontingent gar nicht eingerechnet. Die schon für die Zivilbevölkerung bereitstehenden Transporte werden vom Militär saisiert. So ist es mit den für Lemberg bestimmten Kartoffeln geschehen. Die Quartiermeisterabteilung der neunten Armee hat die Lieferungsverträge der Stadt Lemberg nicht anerkannt und die an die Stadt verkauften Vorräte zur Ablieferung an das Militär bestimmt. Wenn auch die Zivilbehörden nachträglich erwirken sollten, daß die Stadt eben Kartoffeln bekommen soll, so wird diese Bewilligung schon gegenstandslos sein, da die Kartoffeln vom Militär bereits abtransportiert worden sind. Und Lemberg, die Hauptstadt des Landes, wird in zwei Tagen ohne Kartoffeln sein, und städtische Kriegsküchen, die vorläufig wegen Mangels von anderen Produkten fast ausschließlich auf Kartoffeln angewiesen sind, müßten geschlossen werden. Andere Verpflegsartikel sind im Lande kaum zu haben. Von auswärts werden nur verschwindend geringe Mengen zugeführt. Die österreichische Zentraleinkaufsgesellschaft, welche Millionenumsätze macht, und die übrigen Kronländer massenweise mit verschiedenen Lebensmitteln versorgt, kümmert sich garnicht um Galizien. So tun es auch andere Zentralen. Während der Westen Novemberzucker bekommt, hat Galizien noch Rückstände aus September, die Nachlieferungen werden aber schon nach der herabgesetzten Kopfquote berechnet, obgleich diese Maßnahme erst vom November gültig ist. Trotzdem das Land Rohöl produziert und die in letzterer Zeit erfolgte Steigerung der rumänischen Produktion eine Erleichterung hätte schaffen sollen, ist Petroleum überall zu haben, nur in Galizien herrscht ein unbeschreiblicher Petroleummangel. So ist es auch mit Leder, mit Stoffen, Zwirn und anderen Produkten, obgleich nach der Befreiung von Ostgalizien es als selbstverständlich erschien, daß dem Lande größere Mengen von diesen Artikeln schleunigst zugewiesen und zugeführt werden sollten. Wir stehen auch trotz des herannahenden Winters vor einem großen Mangel an Brennmaterialien. Kohle bekommen wir nur in ganz unzureichenden Quantitäten. Brennholz dürften wir auch infolge fahrlässiger Behandlung dieser Angelegenheit durch die Militärverwaltung, welche Arbeitskräfte beizustellen hätte, gar nicht zur Verfügung haben. Hie und da befindliche Vorräte an Brennholz zögert nicht das Militär für sich zu beschlagnahmen, ohne sich um die Bedürfnisse der Zivilbevölkerung im geringsten zu kümmern.

Diese ganz stiefmütterliche Behandlung des Landes hat es mit sich gebracht, daß die Erwerbsverhältnisse in den galizischen Städten sich bedeutend verschlechtert haben. Schon durch die im Kriege erfolgte Zerstörung der industriellen Anlagen und der gewerblichen Werkstätten ist die Leistungsfähigkeit der Industrie und des Handwerks sehr gesunken. Das, was noch unberührt geblieben ist, kann auch infolge Mangels von Rohstoffen und Arbeitern den Betrieb nicht aufrechterhalten. Während die westlichen Kronländer durch ihre vollbeschäftigte Industrie, Kriegsindustrie und die gewerblichen Heereslieferungen Milliarden ununterbrochen verdienen, werden in Galizien die noch übriggebliebenen Gewerbetreibenden und Handwerker zum Militärdienst einberufen, den Handwerkergenossenschaften, die hie und da kleine Lieferungen für die Armee bekommen haben, die weitere Arbeit durch nachsichtslose Kassierung von Enthebungen unmöglich gemacht.

Wenn wir zu dem allem auf Beamten hinweisen, welche in den Städten einen namhaften Teil der Bevölkerung bilden, und welche, nachdem sie das Mobiliar und Gut durch kriegerische Ereignisse verloren haben, sich auch in größtem Elend befanden, es stellt sich unseren Augen ein Bild vor, das gar keine Kommentare nötig hat. Und das alles ist nur teilweise durch den Krieg unmittelbar hervorgerufen worden. Einen hervorragenden Anteil an dieser Verelendung des Landes haben die Mißwirtschaft, die Vernachlässigung des Landes durch die Regierungen, die ungerechte Behandlung des Landes seitens der Militärverwaltung und nicht in letzter Linie das zentralleitende Prinzip der heutigen Wirtschaftsorganisation und die damit im Zusammenhange stehende Ignorierung des Landes durch die verschiedensten in Wien arbeitenden Zentralen, welche sich aber nicht scheuen, auf den Gebieten, wo im Lande noch etwas zu holen ist, dasselbe rücksichtslos auszubeuten.

Mit Rücksicht auf diese Sachlage stellen die Gefertigten die folgende Anfrage:

„„Sind die geschilderten Verhältnisse der k. k. Regierung bekannt?

Ist die k. k. Regierung geneigt, die landwirtschaftliche Produktion durch Herbeischaffung von Pferden, landwirtschaftlichen Geräten, Kunstdünger entsprechend zu fördern und eine ausgiebige Berücksichtigung der Enthebungsgesuche von Landwirten und Handwerkern zu veranlassen?

Ist die k. k. Regierung bereit zu veranlassen, daß für die Versorgung sowohl der städtischen Bevölkerung als auch der Nichtselbstversorger am flachen Lande mit Mehl und Kartoffeln schleunigst Vorsorge getroffen werde; daß die unbefugte Ausfuhr von Lebensmitteln aus Galizien eingestellt und bei der Aufbringung von Getreide und Kartoffeln rücksichtslose und ungerechte Requisitionen von diesen Nahrungsmitteln sowie von Butter vermieden werden, die für die Produzenten zur Ablieferung vorgeschriebenen Kontingente an Getreide, Kartoffeln und Futter neuerlich geprüft und entsprechend reduziert werden, der Gesamtbevölkerung die unentbehrlichen Lebensmittel und sonstigen Gegenstände des täglichen Verbrauches als Zucker, Fette, Petroleum, Bekleidungs- und Beschuhungsgegenstände, Brennmaterialien zur Verfügung gestellt, insbesonders daß aus den staatlichen Waldungen und aus den vom Staate angekauften Holzbeständen eine entsprechende Anzahl von Brennholzlagern errichtet werde?

Ist die k. k. Regierung geneigt, die Erledigung sämtlicher Ernährungsangelegenheiten in eigene Hand zu nehmen, insbesondere dahin zu wirken, daß die militärischen Anordnungen, welche nicht selten die gedeihliche Lösung der Ernährungsfragen ungünstig beeinflußt haben, nunmehr im vollem Einvernehmen mit den für die Versorgung der Zivilbevölkerung kompetenten und verantwortlichen Behörden erlassen und durchgeführt werden?

Ist die k. k. Regierung gewillt, die Tätigkeit der Kriegszentralen in Galizien genau zu überwachen, die bestehenden Fehler in der Organisation dieser Anstalten zu beseitigen und dafür Sorge zu tragen, daß die Bevölkerung Galiziens von den Zentralen mit Waren in einem gerechten Verhältnisse zu den anderen Kronländern versorgt werde?""

Gleichzeitig wird im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung der Antrag gestellt, es möge dem erstgenannten Anfragesteller die mündliche Begründung der Anfrage im Laufe der nächsten Sitzung gestattet und sodann über den Gegenstand eine Debatte eröffnet werden.

| | |
|---|---|
| | Lasocki. |
| Wysocki. | Steslowicz. |
| Witos. | Kędzior. |
| Lubomirski. | Tertil. |
| Dr. Banaś. | Goetz. |
| Tetmajer. | Głąbiński. |
| Średniawski. | Marek. |
| Rauch. | Haller. |
| Bojko. | Matakiewicz. |
| Dr. Steinhaus. | Londzin. |
| Potoczek. | Ruebenbauer. |
| Angerman. | Serwatowski. |
| J. Jachowicz. | Dyko. |
| Rusin. | St. Biały." |

„Dringliche Anfrage der Abgeordneten Schäfer und Hanusch an den Herrn Minister für Volksernährung wegen ungenügender Versorgung der deutsch-böhmischen Industriebezirke mit Lebensmitteln.

Die Industriebezirke im deutschen Gebiet von Böhmen leiden ausnahmslos unter dem andauernden Mangel an Lebensmitteln. In den Sommermonaten mußte die Mehl- und Brotausgabe stark gekürzt werden. Damals vertröstete man die Bevölkerung mit dem Hinweis auf die bevorstehende neue Ernte. Aber auch nach Hereinbringung der neuen Ernte sind die Zustände nicht besser geworden. Die Zuweisungen an Mehl sind viel kleiner als der Bedarf. In einzelnen Bezirken handelt es sich manche Wochen um Kürzungen von bis zu zwei Zehnteln und darüber. Dazu kommt, daß trotz der überdies guten Kartoffelernte, auch die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu wünschen übrig läßt. Wer nicht imstande war, sich auf Umwegen mit diesem Nahrungsmittel einzudecken, sondern auf die Zuteilung durch die Gemeinden angewiesen ist, befindet sich in den größten Ernährungsschwierigkeiten. Eineinhalb Kilogramm Kartoffeln für die Person und die Woche, die heute ausgegeben werden, sind völlig ungenügend. Am ärgsten jedoch steht es in den Industriebezirken mit der Fettversorgung und Milchbeschaffung. Da jetzt außerdem die Fleischaktion für die Minderbemittelten ins Stocken gerät, werden die Zustände in den Industriegebieten und Zuschußbezirken immer unhaltbarer.

Wir stellen deshalb die Anfrage an den Herrn Minister für Volksernährung:

„„Was er zu tun gedenkt, um der unzureichenden Lebensmittelbeschaffung für die volkreichen Industriebezirke Deutschböhmens ein Ende zu machen?""

| | |
|---|---|
| Ellenbogen. | Schäfer. |
| K. Seitz. | Hanusch. |
| David. | Seliger. |

| | |
|---|---|
| Pernerstorfer. | L. Widholz. |
| Smitka. | Resel. |
| Glöckel. | Volkert. |
| Grigorovici. | Sever. |
| Dr. Renner. | Forstner. |
| Max Winter. | Reumann." |

**Präsident:** Ich bitte, die Plätze einzunehmen, meine Herren!

Ich ersuche diejenigen Herren, die den soeben verlesenen Anfragen im Sinne des § 69 der Geschäftsordnung die Dringlichkeit zuerkennen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diesen Anfragen die Dringlichkeit zuerkannt.

Es kommen also zunächst die Herren Anfragesteller zum Worte und dann kann die Debatte abgeführt werden. Ich werde die Sitzung behufs Eintragung in die Rednerliste jetzt auf 5 Minuten unterbrechen — ich bitte die Herren, die sich eintragen lassen wollen, in das Präsidialbureau zu kommen — und werde dann heute noch dem ersten Redner das Wort erteilen.

Ich unterbreche die Sitzung auf 5 Minuten.

*(Die Sitzung wird um 5 Uhr 40 Minuten nachmittags unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 5 Uhr 45 Minuten:)*

Die Sitzung ist wieder eröffnet. Es haben sich für die in Aussicht stehende Debatte zum Worte gemeldet die Abgeordneten: Dr. Renner, Bradáč, Friedmann, Valoušek, Dr. Tertil, Dr. Grandi, Dr. Baxa, Felzmann, Dr. Višťovský, Jaroš, Dr. Ritter v. Jiopescul-Grecul, Kraft, R. v. Šemaka, Dr. Lew Baczyńskyj.

Zunächst kommen die Anfragesteller zum Wort, und zwar erteile ich als erstem Anfragesteller dem Herrn Abgeordneten Dr. Šubrt das Wort.

Ich erlaube mir aufmerksam zu machen, daß die Rededauer nach der Geschäftsordnung auf 20 Minuten beschränkt ist.

Abgeordneter Dr. **Šubrt:** Slavná sněmovno! V minulé schůzi v debatě o tuberkulose prohluveno bylo o šíření se této nemoci, která právě dnes nachází dobré pole v organismu podvýživou a hladem vysíleném; avšak vedle této nemoci docházejí zprávy o nemoci jiné, z hladu kterou stiženo jest mnoho set lidí v Čechách, kde sama zdravotní rada zabývala se ve zvláštním zasedání otázkou, kterak čeliti této nemoci.

Příčinou všech těchto nemocí jest veliký nedostatek veškerých potravin v zemi a ježto ento nedostatek nastává již dnes, několik málo neděl po žních, jest oprávněná obava, že až spotřebují se poslední zbytky zásob, které ještě jsou, nastane opravdu nouze a hlad.

Nemůžeme dnes, ať jde o Čechy neb Moravu, ať jde o okresy české nebo německé, říci, aby nevyváželo se nic ze zemí těchto, poněvadž nestačí posavadní výsledek žní ani ku krytí spotřeby, my musíme naproti tomu žádati, by do Čech a Moravy potraviny byly přivezeny *(Výborně! — Tak jest!)* a to co nejdříve, než bude pozdě. Jest věru úžasné, s jakou lehkomyslností a s jakým cynismem někdy orgánové vládní, kterým svěřeno jest prováděti péči zásobovací, tuto otázku odbývají. Avšak nejvyšší je čas, aby vážně touto otázkou se zabývali, než bude pozdě, než přijdou věci, které pak z tohoto jejich klidu je vyruší.

Hohes Haus! Ich gedenke, die dringliche Anfrage, die dem hohen Hause soeben überreicht wurde, noch mit einigen Daten zu ergänzen und zu begründen. Nach der Rede des Herrn Abtes Helmer im Herrenhause am 27. Oktober haben wir uns sofort entschlossen, die vorliegende dringliche Anfrage zu überreichen, in der die ganze Wirtschaft und deren Resultate in Böhmen und Mähren für das Jahr 1916 und, soweit es sich übersehen läßt, auch für 1917 geschildert werden. Vor allem muß ich noch sagen, bevor ich zu dem Ziffernmaterial übergehe, daß gerade das böhmische Volk in der Zeit des Krieges neben riesigen Blutopfern und neben allen anderen Opfern auch in der Approvisionierungsfrage nicht hinter den Deutschen zurückgeblieben ist, aber ich kann auch behaupten und präzise feststellen, daß es gerade auf diesem Gebiete den Deutschen weit voraus ist und daß es dem Abt Helmer nicht gelingen wird, die Daten, die wir anführen und die amtlich sind, zu widerlegen. Es ist zweifellos wahr, daß die Bevölkerung der deutschen Gegenden infolge der Unterernährung und vielleicht vor Hunger vielfach an Krankheiten leidet, daß ein großer Prozentsatz an den Folgen des großen Elends stirbt; aber glaubt der Herr Abt, daß es in böhmischen Gegenden anders ist? Er möge einmal einen Ausflug in unsere größeren Städte und aufs Land zu uns machen und er wird dieselben Verhältnisse vorfinden. Er wird Scharen von herabgekommenen Menschen, abgehärmte und abgerackerte Weiber und mutlose Mädchen erblicken, er wird erfahren, ein wie großer Prozentsatz überarbeiteter, entkräfteter Greise stirbt, wie viele von der Tuberkulose dahingerafft werden. Nach einem solchen Ausflug würde der Herr Abt als gerechter Priester *(Zwischenrufe)* sicher anders sprechen, weil er erkennen würde, daß es in Böhmen keinen einzigen Bezirk gibt, in dem nicht Not herrschen würde, keinen einzigen, wo alles in Hülle und Fülle ist. Wie unhaltbar die statistischen Daten sind, durch welche er den Beweis erbringen wollte, daß die böhmischen Bezirke mit der passiven Resistenz begonnen haben und daß sie die Ablieferung von Getreide verweigern, ist aus folgendem zu ersehen.

Vor allem muß ich vorausschicken, daß die Kriegsmaßnahmen die ganze Landwirtschaft geschwächt und heruntergebracht haben. Infolge des Abganges der Männer ins Feld sind zu Hause nur Weiber, Kinder und Greise geblieben, die heute die ganze landwirtschaftliche Arbeit versorgen müssen, denn von einer ausgiebigen Arbeit der Kriegsgefangenen oder der militärischen Arbeiterabteilungen kann doch nicht gut gesprochen werden. Der Mangel an Geräten, an Kunst- und natürlichem Dünger, die schlecht bearbeiteten und erschöpften Felder, das alles hat die Ertragsfähigkeit — ich kann ruhig sagen — auf die Hälfte herabgesetzt. Die Requisitionen im Vorjahre, die ohne Rücksicht auf das Saatgut und den Bedarf der Bevölkerung durchgeführt wurden, haben die Anbaufläche verringert und einen ungenügenden Anbau verschuldet. Die Mißernte des heurigen Jahres ist durch den lang anhaltenden Winter und den dauernden Schnee noch verschärft worden. Gerste und Hafer haben nicht einmal Keime getrieben.

Von der ganzen Ernte 1916 wurden nach Befriedigung des landwirtschaftlichen Konsums von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt aufgekauft: 12.276 Waggons Weizen, 18.119 Waggons Korn, 18.869 Waggons Gerste und 21.203 Waggons Hafer. Das Verdienst an diesem Resultat gebührt in erster Reihe unseren Landwirten, die sowohl absolut — im Verhältnis zur Gesamtlieferung — als auch relativ — im Verhältnis zum Ernteresultat — die größte Menge abgeliefert haben. Vom Gesamtaufkauf entfielen auf das böhmische Gebiet 61·46 Prozent, auf das deutsche dagegen nur 38·54 Prozent *(Hört! Hört!)* und da muß man noch in Betracht ziehen, daß in den gemischten Bezirken das Getreide auch seitens der böhmischen Unternehmungen an den deutschen Generalkommissionär abgeliefert wird. *(So ist es!)*

Von der Ernte des Jahres 1915 waren 74·84 Prozent böhmische und nur 26·16 Prozent deutsche Lieferungen. Nun ist doch für die Frage, ob die deutschen oder die böhmischen Bezirke mehr abgeliefert haben, gewiß die Endziffer des gelieferten Getreides entscheidend. Für diese Ziffer ist in den einzelnen Bezirken maßgebend der Ertrag der Anbaufläche, die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, Elementarereignisse, Feuchtigkeit, Dürre usw. Die Ernteschätzung wird von amtlichen Organen durchgeführt, und zwar von der Bezirkshauptmannschaft nach Anhörung von Sachverständigen und Fachleuten und diese Schätzungen werden dann von Organen der Statthalterei kontrolliert, so daß die Landwirte selbst auf diese Schätzungen keinen Einfluß haben.

Der Herr Präsident der deutschen Sektion des Landeskulturrates für Böhmen, Herr Zuleger, ist dem Abt Helmer zu Hilfe geeilt und hat den deutschen Saazer Bezirk mit dem angrenzenden böhmischen Rakonitzer Bezirk in Parallele gezogen. Aber dieser Vergleich ist dem Herrn Präsidenten mißlungen, denn wenn wir die Endziffer feststellen, sehen wir, daß der reiche Saazer Bezirk bei der Getreidelieferung ein Defizit von 247 Waggons aufweist *(Hört! Hört!)*, während der minder günstig gelegene und an Boden weit schlechtere Bezirk Rakonitz bloß einen Abgang von 14 Waggons hat. *(Hört! Hört! — Zwischenrufe.)* Wenn wir ferner die weiteren vom Herrn Präsidenten genannten Bezirke verfolgen, und zwar Caslau, Königgrätz, Pardubitz, Melnik, Nimburg, Kuttenberg, Eger, Brüx, Reichenberg, Proßnitz, Tachau und Falkenau, so gelangen wir zu dem überraschenden Resultat, daß die böhmischen Bezirke — inklusive Rakonitz — um 93 Waggons mehr abgeliefert haben, als ihnen amtlich vorgeschrieben wurde *(Hört! Hört!)*, während die deutschen Bezirke — inklusive Saaz — um 627 Waggons weniger abgegeben haben. *(Hört! Hört! — Abgeordneter Goll: Aber, da kann ja die Schätzung schon falsch sein!)* Die haben nicht wir gemacht, das habe ich schon gesagt. *(Zwischenrufe.)* Das nennt Herr Abt Helmer passive Resistenz, ich aber nenne es eine Verdrehung der Wahrheit und eine Hetze gegen die böhmische Bevölkerung. *(Zwischenrufe.)*

Aber ebenso wie es beim Getreide ist, finden wir es auch bei den Kartoffeln und den übrigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Die Abgabe von Gemüse und Zichorie ist fast ausschließlich, die von Rübe zum größten Teil auf das böhmische Gebiet beschränkt. Bei den Kartoffeln ist das Verhältnis derart, daß von der gesamten Landeslieferung pro 31.263 Waggons aus dem böhmischen Gebiet 21.145 oder 67·63 Prozent abgeliefert wurden, aus dem deutschen dagegen 10.118 Waggons oder 32·37 Prozent. *(Hört! Hört!)* Und auch heuer wird den böhmischen Bezirken von den einzelnen Bezirkshauptmannschaften ein Lieferungskontingent von 45 bis 60 Meterzentner pro 1 Hektar vorgeschrieben, den deutschen meistens 15 bis 25. *(Rufe: Hört! Hört! — Abgeordneter Kraus: Das ist falsch!)* Das ist amtlich, Herr Kollega; ich bitte, nur in meiner Anfrage nachzuschauen. *(Zwischenrufe.)* 45 bis 60 Meterzentner, Herr Kollega, zum Beispiel im Deutschbroder Bezirk 60 pro Hektar. Ich bitte, dort haben Sie meine Anfrage, da finden Sie die amtlichen Daten. Wenn wir zum Beispiel die vom Abt Helmer zitierten Bezirke Saaz und Rakonitz vergleichen, so wurde dem ersten eine Lieferung von 15 Meterzentner, dem anderen von 40 Meterzentner pro 1 Hektar vorgeschrieben. Gewiß ein ziemlich bedeutender Unterschied bei zwei Nachbarbezirken.

Nicht anders schaut es auch bei den Viehlieferungen aus, wo ebenfalls die böhmischen Bezirke

ihre Lieferungen mit größerer Promptheit erfüllen, während die deutschen nach der Erklärung der Vertreter der Militärverwaltung mit ihren Lieferungen im Rückstande sind. *(Hört! Hört!)*

Zur Beurteilung führe ich den Monat September an, wo das deutsche Gebiet mit 48 Prozent im Rückstand blieb, das böhmische aber nur mit 22 Prozent des vorgeschriebenen Kontingents. *(Abgeordneter Kraus: Was haben aber die Deutschen schon geliefert!)* Das ist im ganzen, Herr Kollega, ich habe das für den Monat September angeführt, aber das ist im ganzen. Wenn man das auf den Lieferungsschlüssel von 68 : 32 umrechnet, ist die effektive Lieferung im Verhältnis von 76 : 24 erfolgt. Dabei werden die Abgänge auf deutscher Seite damit entschuldigt, daß man im deutschen Gebiet mehr Futter zur Verfügung habe und daß dort daher das Vieh zurückgehalten werde, während die gleichen Personen, wenn es sich um die Festsetzung des Requisitionskontingents von Heu und Stroh handelt, auf der anderen Seite behaupten, daß in den deutschen Bezirken ein großer Mangel an Futtermitteln herrscht, und unter diesem Vorwand eine Verringerung der Lieferungen anstreben. *(Hört!)*

Alle Organisationsmaßnahmen zur Unterstützung der Approvisionierung der Bevölkerung in Böhmen erscheinen entweder ungenügend oder vollständig einseitig, ausschließlich im Interesse der deutschen Bezirke auch dort, wo eine gewisse Gleichmäßigkeit beachtet werden sollte. Ein Beleg hierfür ist das Vorgehen bei der Zuweisung von Fleisch unter Leitung der politischen Landesbehörde nach folgendem Ausweis:

Der böhmischen Bevölkerung ist zugeteilt eine Gesamtstückzahl bei der normalen und bei der Unterstützungsaktion von 9405 Stück und 1 Stück ist für 359 Einwohner, in den deutschen Bezirken ist die Gesamtstückzahl 7739, also 1 Stück für 288 Einwohner. *(Hört! Hört! — Zwischenrufe.)*

Die auch von der Regierung vorbereitete Hilfsaktion, die darin besteht, daß Defizitgebiete mit Überschußgebieten zu einheitlichen Wirtschaftsgebieten vereinigt werden sollen zu dem Zwecke, um durch spezielle Organisationen und Regierungskommissäre die Überführung von Nahrungsmitteln in die vermeintlich notleidenden Gebiete zu regeln, soll ebenfalls, soweit darüber Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen sind, ausdrücklich für die deutschen Bezirke bestimmt sein, wodurch eine neue Bevorzugung der deutschen Bezirke gegenüber den böhmischen geschaffen wird. Dieses Projekt ruft in der böhmischen Öffentlichkeit die größte Aufregung und Enttäuschung hervor. Kompetentenorts werden vielleicht die böhmischen Gebiete als solche angesehen, in denen an allem Überfluß herrscht, und man will nicht sehen, wie diesen Bezirken systematisch alle Nahrungsmittel entzogen werden, wie aus ihnen geradezu mit einer gewissen Hinterlist und Absicht alle Artikel des täglichen Bedarfes und alle von den verschiedenen Zentralen bewirtschafteten Artikel ausgeführt werden. Dies gilt von Getreide, Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Vieh, Obst, Gemüse, während die noch freien Artikel, Eier, Geflügel usw. von einer weitverzweigten Organisation fremder Agenten und Spekulanten ausgekauft und ausgeführt werden.

Die Verwirklichung der projektierten Organisation würde störend in die Versorgung der Bevölkerung in den böhmischen Bezirken eingreifen und auch den geregelten Gang des öffentlichen Versorgungsdienstes ungünstig beeinflussen, ihre Durchführung erweckt begründete Zweifel sowohl vom Standpunkt ihrer Zweckmäßigkeit als auch vom Standpunkt ihrer Durchführbarkeit. Denn von welchem Bezirk kann man heute, wo überall Getreide- und Kartoffelmangel herrscht, wo die böhmischen Bezirke so schwer unter dem Mangel an Milch, Fett, Fleisch, Gemüse usw. leiden, mit Recht behaupten, daß er ein Überschußbezirk ist? Die ganze böhmische Öffentlichkeit protestiert auf das entschiedenste gegen die Verwirklichung dieses Projektes, das nur deswegen ausgeführt werden soll, um der böhmischen Bevölkerung den letzten Bissen vom Munde wegzunehmen. *(Lebhafter Beifall.)* Ich hoffe, daß die vorgebrachten Daten zur Beurteilung des Standpunktes genügen, von welchem aus der Abt Helmer die ganze Versorgungsaktion betrachtet hat.

Lenken wir aber unsere Aufmerksamkeit wo anders hin und beantworten wir die Frage, ob mit den Ergebnissen der heurigen Ernte das Auslangen gefunden werden kann und ob die Befürchtungen für die Zukunft gerechtfertigt sind oder nicht. Wenn wir von der Gesamternteﬂäche in Böhmen den Durchschnittsertrag pro ein Hektar beim Weizen mit 8 Meterzentner, beim Korn mit 7·14 Meterzentner, bei der Gerste mit 6·72 und beim Hafer mit 4·71 Meterzentner berechnen und den Durchschnittsbedarf der Landwirtschaft abziehen, den wir annähernd so wie im Vorjahre festsetzen müssen, so zeigt sich ein Ernteüberschuß für die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt beim Weizen von 5023 Waggons, beim Korn von 11.250 Waggons, bei Gerste und Hafer dagegen ein Defizit. Gegenüber dieser Vorratsbereitschaft steht der Gesamtbedarf des Landes, der amtlich mit 875 Waggons wöchentlich bezeichnet ist. Danach würde der eigene Ernteüberschuß für 18 bis 19 Wochen ausreichen. *(Hört! Hört!)* Wenn man die geringe Aushilfe dazurechnet, die Böhmen aus anderen Ländern zuteil geworden ist, und wenn man die äußersten Sparmaßnahmen in Betracht zieht, bleibt noch immer der halbe Bedarf des Landes und vielleicht noch mehr ungedeckt. Wenn auch diese Kalkulation nur approximativ zusammengestellt ist, geht aus ihr dennoch die schwierige, ja geradezu kritische Lage der Versorgung der Bevölkerung in

Böhmen hervor. Diese verzweifelte Lage ist die Folge der ganzen Kriegswirtschaft und die Verantwortlichkeit der maßgebenden Faktoren für diesen Zustand legt der staatlichen Verwaltung die Verpflichtung auf, dem Königreiche Böhmen mit einer ausgiebigen Hilfe zur Versorgung der Bevölkerung beizustehen, wenn das nahende Hungergespenst nicht den schweren Ruin der breitesten Schichten der Bevölkerung vollenden soll, die seit drei Jahren schwer leidet. *(Abgeordneter Zahradnik: Die Hilfe bringen die militärischen Kommissionen!)* Und diese Kommissionen muß jede Stadt bezahlen. *(Ruf: Noch dazu!)* Ja, noch dazu.

Wenn man die Ernte in ganz Österreich auf gleiche Weise berechnet, gelangt man zu dem Ergebnis, daß der gesamte ungedeckte Bedarf ungefähr 90.000 Waggons betragen wird. *(Hört! Hört!)* Dieses Defizit wird sich zwar um die Einfuhr aus Rumänien verringern . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Redner, Ihre Redezeit ist abgelaufen. *(Ruf: Im Herrenhause wurde der Abt Helmer nicht so gebunden!)* Das geht mich gar nichts an. Wir haben eine festgesetzte Redezeit. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Kalina.)* Herr Abgeordneter Kalina, ich bitte, mich nicht zu unterbrechen.

Abgeordneter Dr. **Šubrt**: Ich bitte, nur ein paar Worte: . . . . allein es scheint, daß man auch von dort nicht den ganzen Ausfall wird decken können und daß noch immer ein Defizit von ungefähr 50.000 Waggons bleiben wird. Diese Verhältnisse müssen doch der Regierung bekannt sein, die gewiß genauere Berechnungen zur Hand hat als wir. Darum ist es im Interesse der Bevölkerung und zu ihrer Beruhigung notwendig, daß uns die Regierung einen bestimmten Versorgungsplan vorlegt, in dem nichts verschwiegen wird, und daß sie uns gleichzeitig sagt, ob und wie sie dafür gesorgt hat, daß die verzweifelte Bevölkerung nicht Hungers sterbe. Das Volk leidet schon heute Hunger und seine Kräfte sinken rapid. Solange es ging, hat die Bevölkerung die Qualen getragen; aber es geht nicht weiter. Es ist notwendig, für den kommenden Winter rasche Maßnahmen zu treffen. Das Defizit muß auf andere Weise gedeckt werden als durch gewalttätige Requisitionen, die bereits ihren Höhepunkt erreicht haben. Das sind nicht mehr Vorratsaufnahmen, amtliche Kommissionen, das kann man in einzelnen Fällen schon direkt Plündern nennen. *(Zustimmung.)* Über diese Art der Vorschreibung übermäßig hoher Kontingente und der Erzwingung der Ablieferung dieser Kontingente seitens der Kommissionäre wird von allen Seiten geklagt und eine ganze Reihe von Interpellationen ist dem hohen Hause vorgelegt worden. Eine Erledigung der einzelnen Beschwerden oder eine Regelung der ganzen Aktion kann nirgends erreicht werden. Drohungen, Beschimpfungen usw. sind weiter an der Tagesordnung, die Herren Kommissäre lassen weiter strafweise einrücken *(Hört! Hört!)* und entblöden sich nicht, auch schriftlich einzelnen Landwirten derartige Befehle zu erteilen.

**Präsident**: Ich bitte den Herrn Redner, zu schließen.

Abgeordneter Dr. **Šubrt** *(fortfahrend)*: Ich habe hier ein Beispiel, wo man einem Landwirt schreibt *(liest)*:

„Žehušice-Čáslav, 20. října 1917.

Pan Doubek

Borek.

Odvedte bezodkladně vymlácené obilí, neb musí každý, kdo má vojenskou dovolenou, rukovati *(Hört! Hört!)*, a obdržíte pokutu, též brambory musíte odvésti po neděli, jak Vám pan starosta nařídil. *(Hört!)* Přijďte ihned pro dodací lístky.

Ferdinand Reitmann."

Nur noch ein paar Worte, Herr Präsident! In seiner Rede hat Abt Helmer auch die Ausfuhr von Getreide aus Böhmen erwähnt und die Tatsache bezweifelt.

Ich erlaube mir, dem Herrn Abt einige Daten zur Verfügung zu stellen. So wurden von der Ernte des Jahres 1916 nach Wien und den Alpenländern ausgeführt 1186 Waggons Weizen, 3086 Waggons Korn, 1323 Waggons Gerste und 31 Waggons Hafer; nach Deutschland 198 Waggons Gerste und 12 Waggons Hafer.

Mehl wurde nach Wien und den Alpenländern geliefert: 1150 Waggons Weizenmehl, 765 Waggons Kornmehl, 844 Waggons Gerstenmehl und 6½ Waggons Maismehl. An die Militärverwaltung wurden 404 Waggons Weizen-, Korn- und Gerstenmehl geliefert.

Wenn wir davon das aus Rumänien eingeführte Getreide, und zwar 4394 Waggons und die aus Ungarn und Deutschland eingeführten 181 Waggons Mehl abrechnen, so sind dennoch aus Böhmen 1442 Waggons Edelgetreide und 2918 Waggons Mehl ausgeführt worden. Als Ersatz wurden uns dann 570 Waggons schlechter Mais geliefert.

**Präsident**: Ich muß neuerdings den Herrn Redner ersuchen, zum Schlusse zu kommen. Ihre Redezeit ist schon geraume Zeit überschritten.

Abgeordneter Dr. **Šubrt** *(fortfahrend)*: Ich bin schon fertig. Sicher ist, daß der Krieg für alle Schichten der Bevölkerung eine schreckliche Prüfung ist, und das Volk hat alle diese Prüfungen mit wirklicher Entschlossenheit und äußerster Selbstverleugnung ertragen. Aber alles hat seine Grenzen. Die Familienväter, die vergrämten Mütter können bei der größten Selbstverleugnung nicht ruhig zusehen, wenn ihre Kinder und Familien dem größten Elend preisgegeben werden sollen und wenn ihnen der elende Hungertod bevorsteht.

Der Herr Ministerpräsident hat erklärt, daß die Regierung die Stimmen über die Approvisionierungsverhältnisse frei zum Ausdruck kommen läßt; bei unseren Blättern ist von dieser Freiheit nichts zu merken. Es bestehen da Vorschriften, jede Erwähnung der traurigen Approvisionierungsverhältnisse streng zu zensurieren, ebenso jede Erwähnung über die Ausfuhr aus Böhmen, und noch strenger, jede Bemerkung über die Prager Statthalterei. Darum ist es nötig, daß von dieser Stelle aus die Stimme der Volksvertreter gehört werde und daß auch die Regierungsvertreter von dieser Stelle aus dem Volke eine klare und bestimmte Antwort geben. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident**: Ich breche die Verhandlung ab.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Ellenbogen als Mitglied des kriegswirtschaftlichen Ausschusses;

Freißler als Mitglied des Ausgleichsausschusses;

Kienzl, Eisenhut, Thurnher als Mitglieder des Wehrausschusses;

Niedrist als Ersatzmann des Wehrausschusses;

Eisenhut als Mitglied des Eisenbahnausschusses;

Bomba als Mitglied des Wehrausschusses;

Prokeš als Mitglied des Wiederherstellungsausschusses.

Soferne diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Wenn kein Einwand erhoben wird, werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird durch die Kanzlei vorgenommen werden.

Es sind Zuschriften der Regierung eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer **Wollek** *(liest)*:

„In der Anlage beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes, womit der Vertrag, betreffend die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone genehmigt und in Kraft gesetzt wird, sowie den Entwurf eines Gesetzes über die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank und des Münz- und Währungsvertrages, sowie die Ordnung der damit im Zusammenhange stehenden Angelegenheiten *(802 der Beilagen)* mit dem Ersuchen zu übermitteln, diese Entwürfe der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 18. November 1917.

Seidler."

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, dem löblichen Präsidium in der Anlage einen Gesetzentwurf, betreffend die von der Österreichisch-ungarischen Bank zu entrichtende Kriegssteuer und die Schaffung außerordentlicher Reserven bei der Österreichisch-ungarischen Bank *(815 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, diesen Gesetzentwurf der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 19. November 1917.

Der k. k. Finanzminister:

Wimmer."

**Präsident**: Diese Regierungsvorlagen werden geschäftsordnungsmäßig behandelt werden.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen, Mittwoch, den 21. November 1917, 11 Uhr vormittags mit folgender Tagesordnung:

1. Wahl von zehn Mitgliedern der Quotendeputation.

2. Fortsetzung der Begründung der dringlichen Anfragen über die Ernährungsverhältnisse.

3. Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 29. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 210, mit welcher die im Gesetze vom 14. Juli 1894, R. G. Bl. Nr. 170, beziehungweise mit der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Juni 1904, R. G. Bl.

Nr. 80, festgesetzte Frist zur Erbauung von Neubauten im Festungsrayon der Stadt Olmütz behufs Erlangung von Steuerbegünstigungen auf weitere 10 Jahre erstreckt wird *(45 der Beilagen, 767 der Beilagen)*.

4. Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete *(750 der Beilagen)*.

5. Bericht des Wehrausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel, Dr. Sommer, K. H. Wolf und Genossen (490 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XXII. Session 1917) *(726 der Beilagen)*.

6. Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen *(679 der Beilagen)*.

7. Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend:

a) das Gesetz, womit Zivilpersonen ausnahmsweise der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden;

b) das Gesetz über die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten, und

c) das Gesetz über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse *(790 der Beilagen)*.

Ist ein Einwand dagegen? *(Niemand meldet sich.)* Dann bleibt es dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 6 Uhr 15 Minuten abends.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 41. Sitzung, Mittwoch, den 21. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Wahl von 10 Mitgliedern der Quotendeputation. — 2. Fortsetzung der Begründung der dringlichen Anfragen über die Ernährungsverhältnisse. — 3. Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 29. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 210, mit welcher die im Gesetze vom 14. Juli 1894, R. G. Bl. Nr. 170, beziehungsweise mit der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Juni 1904, R. G. Bl. Nr. 80, festgesetzten Frist zur Erbauung von Neubauten im Festungsrayon der Stadt Olmütz behufs Erlangung von Steuerbegünstigungen auf weitere zehn Jahre erstreckt wird (45 der Beilagen) (767 der Beilagen). — 4. Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete (750 der Beilagen). — 5. Bericht des Wehrausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel, Dr. Sommer, K. H. Wolf und Genossen (490 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhause, XXII. Session 1917) (726 der Beilagen). 6. Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen (679 der Beilagen). — 7. Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feld- und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse, die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und die Bildung der Geschwornenlisten (790 der Beilagen).

# Inhalt.


## Personalien.

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Zaunegger als Mitglied des Eisenbahn-, des Abgeordneten Wollek als Mitglied des Wehr- und der Abgeordneten Fink und Dr. Sommer als Mitglieder des Ausgleichsausschusses (Seite 2220).

## Regierungsvorlagen.

Zuweisung:

1. betreffend die Erhöhung der Zuckerverbrauchsabgabe (800 der Beilagen) an den Finanzausschuß (Seite 2167);

2. betreffend die Verlegung des Amtssitzes des Kreisgerichtes in Rovigno nach Pola (801 der Beilagen) an den Justizausschuß (Seite 2167);

3. betreffend das Ausgleichsprovisorium und die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank (802 der Beilagen) (Seite 2167) sowie

4. betreffend die Kriegssteuer der Oesterreichisch-ungarischen Bank (815 der Beilagen) an den Ausgleichsausschuß (Seite 2167).

## Anfragen

der Abgeordneten Staněk, Dr. Korošec, Klofáč, Habermann, Dr. Stránský, Dr. Hruban, Udržal, Sedlák, Dr. Koerner, Tusar, Dr. Laginja und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Justizminister, betreffend die in der gestrigen Sitzung des ungarischen Reichstages abgegebenen Erklärungen des ungarischen Ministerpräsidenten (Verlesung der Anfrage 1470 I — Seite 2167).

des Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen an den Ministerpräsidenten in derselben Angelegenheit (Verlesung der Anfrage 1457 I — Seite 2220).

## Gesetzentwurf über die Tilgung der Verurteilung.

(768 und 817 der Beilagen.)

Erklärung des Präsidenten, betreffend die infolge der Ablehnung des § 5 dieses Gesetzes notwendig gewordenen Weglassung des Absatzes 3 des § 6 (Seite 2168).

## Verhandlung.

## Dringliche Anfragen

der Abgeordneten Dr. Šubrt, Staněk, Klofáč, Habermann, Dr. Hruban, Dr. Stránský und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern, an den Ackerbauminister und an den Minister Höfer, des Abgeordneten Seidel und Genossen an den Ackerbauminister, des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Ackerbauminister, an den Minister Höfer und an den Minister für Landesverteidigung, des Abgeordneten Goll und Genossen an den Minister Höfer, an den Handelsminister und an den Minister für öffentliche Arbeiten, des Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Petryckyj, Dr. Lew Baczyńskyj, Dr. Eugen Lewickyj und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Kraus, Hummer, Dr. Bodirsky und Genossen an den Ministerpräsidenten, des Abgeordneten Dr. Jerzabek und Genossen an den Minister Höfer, des Abgeordneten Jarc und Genossen an die Gesamtregierung, des Abgeordneten Dr. Liebermann und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister des Innern, der Abgeordneten Wohlmeyer, Eisenhut und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Grafen Lasocki, Dr. Steszkowicz, Kędzior, Dr. Tertil, Freiherrn v. Goetz, Dr. Głąbiński, Marek und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Schäfer, Hanusch und Genossen an den Minister Höfer in Ernährungsfragen (Fortsetzung der Debatte. — Redner: die Abgeordneten Seidel [Seite 2168], Ritter v. Lukaszewicz [Seite 2172], Goll [Seite 2175], Minister Höfer [Seite 2178], die Abgeordneten Dr. Korošec [Seite 2184], Kraus [Seite 2187], Petryckyj [Seite 2190], Dr. Jerzabek [Seite 2193], Jarc [Seite 2196], Dr. Liebermann [Seite 2199], Wohlmeyer [Seite 2202], Graf Lasocki [Seite 2206], Schäfer [Seite 2209], Dr. Baxa [Seite 2211], Bradáč [Seite 2214], Friedmann [Seite 2217]).

## Quotendeputation.

Vornahme der Wahl (Seite 2168).

Mitteilung des Präsidenten über das Ergebniß der Wahl (Seite 2220).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 40. Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in den kriegswirtschaftlichen, Ausgleichs-, Wehr-, Eisenbahn- und Wiederherstellungsausschuß (Seite 2167).

Ersatzwahlen in den Eisenbahn-, Wehr- und Ausgleichsausschuß (Seite 2220).

Ergebnis der Wahlen (Seite 2220).

Zuweisung des dem Budgetausschusse zugewiesenen Antrages der Abgeordneten Wedra, Dr. Schürff Dr. Waber und Genossen, betreffend die Entlastung der Staatsbeamten, der Angestellten in staatlichen Betrieben von Personal- und Hypothekarschulden durch unverzinsliche Darlehen (701 der Beilagen) an den Staatsangestelltenausschuß (Seite 2220).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Antrag (Anhang I)

des Abgeordneten Vojta und Genossen, betreffend die Einstellung der weiteren Einberufungen des Postpersonals (818 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Wlad. Baczyńskyj und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Auszahlung der Evakuierungsbeiträge durch die k. k. Bezirkshauptmannschaften in Zydaczów, Biberka und Rohatyn (Anhang II, 1452/I);

2. des Abgeordneten Wlad. Baczyńskyj und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Auszahlung der Evakuierungsbeiträge an Gemeindeangehörige von Hnylcze (Anhang II, 1453/I);

3. des Abgeordneten Dr. Bialy und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend das Vorgehen beim Transport der Kriegsflüchtlinge (Anhang II, 1454/I);

4. des Abgeordneten Anton Lewicki und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Nichtbeantwortung der in der Sitzung vom 13. Juli d. J. eingebrachten Anfrage in Angelegenheit des Vorgehens des k. k. Rayonskommandos in Nowy Sącz (Anhang II, 1455/I);

5. des Abgeordneten Dr. Wróbel und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Approvisionierung der Landbevölkerung in Galizien (Anhang II, 1456/I);

6. der Abgeordneten Gröger, Hofer, Hueber, Iro, Lutschounig, Nagele, Pirker, Leopold Pongratz, Dr. Schreiner, Dr. Steinwender, Dr. Sylvester, Dr. Urban, Dr. Waldner und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Einwirkung politischer Beamter in Kärnten auf die Verleihung der Ehrenbürgerschaft (Anhang II, 1458/I);

7. der Abgeordneten Wedra, Dr. Waber und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Schicksal des österreichisch-ungarischen Torpedobootes Nr. 11 (Anhang II, 1459/I);

8. der Abgeordneten Schreiter, Dr. Bodirsky, Rieger, Dr. Michl und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Enthebung älterer und minder-, beziehungsweise nur zu Hilfsdiensten geeigneter Lehrer (Anhang II, 1460/I);

9. der Abgeordneten Schreiter, Dr. Bodirsky, Knirsch und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zuerkennung von Familienzuschüssen an die Familien der Gagisten (Anhang II, 1461/I);

10. der Abgeordneten Dr. Bodirsky, Schreiter, Knirsch und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zuerkennung von Familiengebühren an die Angehörigen von Lehrpersonen an öffentlichen Schulen (Anhang II, 1462/I);

11. des Abgeordneten Dr. Dulibić und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister Höfer und an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Ernährungs- und Verkehrsnot in Dalmatien (Anhang II, 1463/I);

12. des Abgeordneten Sever und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Abgabe einer in feldgerichtlicher Untersuchung befindlichen Mannschaftsperson an das ordentliche Gericht (Anhang II, 1464/I);

13. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Versorgung der Landwirte mit Leder (Anhang II, 1465/I);

14. der Abgeordneten Dr. Soukup, Aust und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die militärische Leitung der unter die Staatsaufsicht gestellten Unternehmungen in Kladno (Anhang II, 1466/I);

15. des Abgeordneten Czaykowski und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die

Zuerkennung einer Pension für die Witwe und die Kinder nach dem verstorbenen griechisch-katholischen Pfarrer Durkot in Labowa, Bezirk Neu-Sandec, Galizien (Anhang II, 1467/I);

16. des Abgeordneten Dr. Soukup und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Tod eines Soldaten in Nagyszeben in Ungarn (Anhang II, 1468/I);

17. des Abgeordneten Meixner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Austausch der Kupferkessel gegen Emailkessel (Anhang II, 1469/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 21. November 1917:

die Regierungsvorlagen 800, 801, 802, 815 der Beilagen;

der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses 793 der Beilagen;

der Anträge 794 bis 798 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: **Čech**, Dr. **Grandi**, Dr. **Stumpf**, Dr. Lorenz **Pogačnik**, Ritter v. **Lukaszewicz**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann v. Herimberg**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp v. Birkenstetten**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

**Präsident:** Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll über die Sitzung vom 20. November d. J. liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Bei den gestern vorgenommenen Ersatzwahlen in verschiedene Ausschüsse wurden gewählt:

in den kriegswirtschaftlichen Ausschuß als Mitglied: Neumann;

in den Ausgleichsausschuß als Mitglied: Urban;

in den Wehrausschuß als Mitglieder: Niedrist, Wollek, Miklas und Ruebenbauer, als Ersatzmann: Kienzl;

in den Eisenbahnausschuß als Mitglied: Grim;

in den Wiederherstellungsausschuß als Mitglied: Rauch.

Die Regierungsvorlage, betreffend Erhöhung der Zuckerverbrauchsabgabe *(800 der Beilagen)* werde ich dem Finanzausschusse,

die Regierungsvorlage über die Verlegung des Amtssitzes des Kreisgerichtes in Rovigno nach Pola *(801 der Beilagen)* dem Justizausschusse, weiters

die Regierungsvorlagen über das Ausgleichsprovisorium und die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank *(802 der Beilagen)* sowie betreffend die Kriegssteuer der Österreichisch-ungarischen Bank *(815 der Beilagen)* dem Ausgleichsausschusse zuweisen.

Diese Vorlagen sind im Sinne der §§ 71 und 72 der Geschäftsordnung zu befristen. Ich erteile also dem Ausgleichsausschusse zur Berichterstattung über die Regierungsvorlage, betreffend das Ausgleichsprovisorium und die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank eine achttägige Frist im Sinne des § 72 der Geschäftsordnung.

Nach § 36 der Geschäftsordnung habe ich das Recht, aus dem Einlaufe die mir wichtig erscheinenden Angelegenheiten zur Kenntnis des Hauses zu bringen.

Ich ersuche demnach um Verlesung einer Interpellation des Herrn Abgeordneten Stanek und Genossen.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Interpellation der Abgeordneten Stanek, Dr. Korošec, Klofáč, Habermann, Dr. Stránský, Dr. Hruban, Udržal, Sedlak, Dr. Koerner, Tusar, Dr. Laginja an den Herrn Ministerpräsidenten und Justizminister, betreffend die Erklärungen im gestrigen ungarischen Reichstage.

Im ungarischen Reichsrate hat gestern die ungarische Regierung Erklärungen abgegeben und solche mitgeteilt, deren Tragweite wir uns voll bewußt sind, ohne daß wir die Bedeutung einseitiger parlamentarischer Akte für die endliche Lösung der Friedensfrage auf demokratischer Grundlage der Freiheit aller Völker überschätzen würden. Es ist selbstverständlich, daß diese Erklärungen nichts zu ändern vermögen an dem einmütigen und unentwegten Entschlusse des böhmischen Volkes, die Verwirklichung des in unserer Erklärung vom 30. Mai enthaltenen Programms anzustreben. *(Beifall.)*

Wir warnen zugleich in bester Absicht davor, daß die Regierungen die Krone nicht exponieren mögen in politischen Kämpfen, und zwar schon deshalb nicht, weil ein solcher Vorgang in dieser Zeit keinen anderen praktischen Erfolg haben könnte als den, daß die Völker, deren Interessen und Bestrebungen dadurch tangiert werden, um so schmerz-

licher den Unterschied zwischen einem mit der staatlichen Selbständigkeit und Souveränität ausgestatteten und zwischen jenem Volke, welches um seine Selbständigkeit gebracht wurde, empfinden müßten.

Die Gefertigten erlauben sich daher anzufragen:

„„Sind Eure Exzellenzen geneigt, uns darüber genaueste Mitteilung zu machen, welche Versprechungen und Erklärungen die Regierung der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder der ungarischen Regierung, betreffend unsere am 30. Mai 1917 im Reichsrate abgegebene Erklärung und unsere weiteren Äußerungen, gegeben und welche Zusagen sie gemacht hat?"" *(Beifall.)*

Wien, 21. November 1917.

| | |
|---|---|
| Čech. | F. Staněk. |
| Donát. | Dr. Korošec. |
| Biňovec. | Klofáč. |
| Feltl. | Habermann. |
| Fiedler. | Stránský. |
| Filipinský. | Dr. Hruban. |
| Funk. | Udržal. |
| Formánek. | J. Sedlák. |
| Franta. | Dr. Koerner. |
| Hyrš. | Tusar. |
| Hnátek. | Dr. Laginja. |
| Hybeš. | Aust. |
| Hrásky. | Bechyně. |
| Hübschmann. | Baxa. |
| Jaroš. | Chaloupka. |
| Jiráček. | Bukvaj. |
| Janovec. | Charvát. |
| Klička. | Bradáč. |
| Krž. | Exner. |
| Kulich. | Konečný. |
| Kratochvíl. | Kadlčák. |
| Kotlant. | Kalina. |
| Lukavský. | Lišý. |
| Malík. | Modráček. |
| Marek. | Mastálka. |
| Ant. Němec. | Mlčoch. |
| Němec. | Měchura. |
| Navrátil. | Masata. |
| Prunar. | Frant. Otlestěk. |
| Stojan. | Dr. Rybář. |
| Šamalík. | Padour. |
| Šmeral. | Pavlot. |
| Špaček. | Pik. |
| Šubrt. | Prokeš. |
| Švejk. | Prášek. |
| Tobolka. | Pokorný. |
| Tomášek. | Rychtera. |
| Vaněk. | Rydlo. |
| Vacek. | Rozkošný. |
| Velich. | Smrček. |
| Valoušek. | Srdínko. |
| Viškovský. | Stejskal. |
| Vojta. | Soukup. |
| Votruba. | Stříbrný. |
| Winter. | Svěcený. |
| Witt. | Svoboda. |
| Zahradník. | Zdárský. |
| Hladník. | Prof. Spinčić. |
| Jaklič. | Demšar. |
| Jarc. | Benković. |
| Perić. | Brenčič. |
| Pišek. | Fon. |
| Roškar. | Gostinčar. |
| Prodan. | Dulibić. |
| Vodňanský. | Gregorčič. |
| Pogačnik Lorenz. | Sesardić. |
| Jankovič. | Verstovšek. |
| Slavíček. | Pogačnik Josef." |

**Präsident:** Diese Interpellation wird den befragten Ministern zugestellt werden.

Meine Herren! Bei der Beratung des Gesetzes über die Tilgung der Verurteilung ist in der dritten Lesung insofern ein Versehen geschehen, als im § 6 eine Bezugnahme auf den § 5, der gestrichen wurde, stehen geblieben ist. Selbstverständlich hat der dritte Absatz des § 6, in welchem diese Bezugnahme enthalten ist, zu entfallen.

Wir gelangen nun zur Tagesordnung.

Erster Gegenstand derselben ist die Wahl von zehn Mitgliedern der Quotendeputation.

Ich bitte die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird vom Bureau vorgenommen werden.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Begründung der dringlichen Anfragen über die Ernährungsverhältnisse.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Anton Seidel. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Anton **Seidel:** Hohes Haus! Die deutsche Agrarpartei hat aus triftigen Gründen diese dringliche Debatte angeregt, die nicht allein den Produzenten, sondern in noch weitergehendem Maße auch den Konsumenten betrifft. Die Unterbindung der Produktionsfähigkeit, speziell des bäuerlichen Besitzes, ist so weit gediehen, daß der Rückgang in den Ernteerträgnissen der letzten drei Jahre auf jeden Einzelnen im Staate geradezu beängstigend wirkt.

Ich hatte mir noch vor Zusammentritt der jetzigen Tagung des Volkshauses erlaubt, Seiner Exzellenz, unserem Ackerbauminister im Namen der deutschen Agrarpartei eine Denkschrift zu überreichen, in welcher ich alle Verfehlungen, die auf dem Gebiete der Volksernährung begangen worden waren, ausführlich behandelte und Abhilfe forderte. Seine Exzellenz waren damals im Ministerpalais nicht anwesend und ich übergab die Denkschrift dem Präsidialisten mit dem Ersuchen, er möge sie Seiner Exzellenz schleunigst übergeben. Es vergingen mittlerweile die wenigen Tage vor Zusammentritt des Hauses und am ersten Sitzungstage, als sich das neuerstandene Ministerium Seidler dem Hause präsentierte, war auch Seine Exzellenz unser Ackerbauminister anwesend. Ich benützte sofort die Gelegenheit, um mich ihm vorzustellen und ihn zu fragen, wie er über unsere Denkschrift urteile und welche Hoffnungen wir darauf setzen könnten. Die Antwort war ein erstauntes Gesicht. Seine Exzellenz hatte in diese Denkschrift noch nicht Einsicht genommen. In kurzen Worten berichtete ich ihm, was für ein Anliegen wir an ihn zu stellen hätten und wartete geduldig auf irgendeinen Eingriff von seiner Seite. Doch Wochen vergingen, ich hörte nichts und als ich am 11. Oktober bemüssigt war, in einer speziellen Angelegenheit meines Wahlbezirkes gleichfalls eine dringliche Anfrage an Seine Exzellenz durch das Präsidium unseres Hauses zu richten, blieb auch diese Anfrage unbeantwortet. Nun weiß ich allerdings nicht, ob Seine Exzellenz ein Verschulden in dieser Angelegenheit trifft; er hat mir vorgestern mitgeteilt, daß diese Anfrage ihm erst kurz vorher überreicht worden ist. Ob also das Verschulden in der schwerfälligen Expedition des Hauses liegt oder im Ackerbauministerium, lasse ich dahingestellt.

Wir Mitglieder der Agrarpartei sind nicht verwöhnt in bezug auf die Bestellung von Fachmännern im Ackerbauministerium. Ich muß gestehen, daß ich während meiner langjährigen Tätigkeit hier im Hause nur einen einzigen Mann an der Spitze des Ackerbauministeriums kennen gelernt habe, der tatsächlich als Fachmann mit Liebe und Hingebung seines Amtes waltete, das war Seine Exzellenz Graf Buquoy, dem ich bis heute ein gutes Angedenken widme. Vor kurzer Zeit hatten wir auch einen Fachmann auf dem Ministerstuhle sitzen, das war Sektionschef Ertl *(Zustimmung)*; aber nach kurzer Zeit war er verschwunden und der Ärmste mußte sich mit dem Titel eines Amtsleiters begnügen. Nun will ich mich, da ich ja doch ein ruhig denkender Mensch bin, nicht in Angriffe gegen den jetzigen Verwalter des Ressorts einlassen, sondern ich will auf die von mir gestellten wichtigen Fragen übergehen, die wir hier in Anregung gebracht haben.

Vor allem anderen handelt es sich in meiner Anfrage um den bedeutenden Rückgang der Ernteergebnisse unserer Monarchie in den letzten Jahren. Worauf ist er zurückzuführen? In erster Linie gewiß auf die mangelhafte Bodenbearbeitung, die wieder zurückzuführen ist auf den Mangel an Hilfskräften, die der Landwirtschaft belassen wurden. Der Bauer ist, wie Sie wissen, in erster Linie der Verwalter seines Gutes, er ist der Vorarbeiter und auch zugleich sein Knecht. Der Bauer wurde nun hinaus in den Schützengraben gerufen und die zurückgebliebene Frau, die mit häuslichen Arbeiten überbürdet ist, und der alte zitternde Vater ist nicht mehr in der Lage, die Wirtschaft richtig zu bestellen.

Es wurde vor einigen Tagen hier im Hause eine dringliche Debatte bezüglich der Militarisierung der Berg- und Hüttenarbeiter durchgeführt. Die Klagen, die da vorgebracht wurden, hatten gewiß ihre Berechtigung, speziell bezüglich der jugendlichen Arbeiter, die noch nicht militärpflichtig sind und bezüglich der älteren Jahrgänge, die über die Militärpflicht schon hinausgekommen sind. Aber was die große Masse dieser Arbeiter betrifft, muß ich sagen, daß sie im Verhältnis zur Bauernschaft sehr günstig gestellt sind; sie bleiben in dem Berufe, den sie sich erwählt haben; in diesem Berufe leisten sie ihre schwere Militärpflicht ab, während der Bauer aus seinem Heim herausgerissen wird, hinauswandern muß und dort, wo er nicht schon unter der Erde ruht, Tag für Tag schwere Kämpfe zu überstehen hat und nur zeitweilig in sein Dorf, auf seine Scholle zurückkehren kann.

Die Beurlaubungen, meine Herren, werden von Tag zu Tag karger und alle Zusicherungen und Versprechungen seitens der Militärverwaltung sind geradezu ein Hohn und Spott, wenn man die Wirklichkeit in Betracht zieht. *(Abgeordneter Brunner: Die Urlaube hängen meistens von einem kleinen Offizier ab!)* Es ist soweit gekommen, daß, wenn der Minister den Soldaten den Urlaub erteilt oder ihm bewilligt, daß er für eine Zeit in seine Heimat zurückkehren darf oder seine Enthebung verfügt, ein Hauptmann aus seinem Regiment diese Verfügung unbeachtet läßt, mit der einfachen Erklärung: der Mann ist mir unentbehrlich.

Nun, meine Herren, ich muß gestehen, daß bereits im vorigen Jahr der Hunger an alle Türen klopfte und daß wir, wenn es unserer tüchtigen, standhaften Armee im Verein mit ihren Bundesgenossen nicht gelungen wäre, uns Rumänien zu erschließen, wir im vorigen Jahr schon dem Hungertyphus nahegekommen wären. Dieses Jahr haben wir zwar Rumänien noch im Besitz, die Ernte ist uns zugekommen, aber die Ergebnisse der Ernte in der Gesamtmonarchie sind gewaltig zurückgegangen. Es ist das nicht zu verwundern. Die mangelhafte

Bestellung der Felder, der Entgang jedes Kunstdüngers hat das bewirkt.

Es ist heute soweit gekommen, daß die wenigen Ballen von stickstoffhältigem Dünger, von Phosphor u. dgl. von den Großgrundbesitzern absorbiert werden und dem Bauer bleibt nichts mehr übrig. Der animalische Dünger hat heute fast keinen Wert mehr. In dem Momente, wo dem Vieh jedes Kraftfutter entzogen wird, fehlen dem durch die Viehmastung erzeugten Dünger die Ernährungsstoffe für die Pflanzen, die uns das Getreide und überhaupt die Nahrungsmittel liefern. Nun hat man unmittelbar nach der Ernte im Ernährungsamte große Erwartungen gehegt. Man ging soweit, daß man sogar die Brotkarte etwas höher stellte. *(Abgeordneter Brunner: Ich glaube, man hat sie niedriger gestellt!)* Im Anfange hat man sie höher gestellt. Auch die Ausmahlung wurde mit etwas geringerem Prozentsatze angeordnet. Aber das war nur sehr kurze Zeit und ganz vorübergehend. Man kam sofort zur Einsicht, daß man einen großen Fehler begangen hat. Aber den größten Fehler hat man damit begangen, daß man den Brauereien, und zwar für einen Spottpreis, so unendlich viel Gerste zugewiesen hat, die heute der Allgemeinheit unbedingt fehlt. *(Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Es fehlen dem Bauer nicht allein die notwendigen Arbeitskräfte, es fehlen ihm auch die gewerblichen Hilfsarbeiter. Wir haben im Dorfe draußen keine Schmiede, keine Wagner, keine Sattler, keine Riemer, wir haben auch keine Maschinenbauer. Es sieht heute auf den Bauernhöfen aus, als ob dort lauter Trunkenbolde und Tagdiebe walteten. So vernachlässigt ist der fundus instructus, den jeder Bauer braucht. Der Stall ist leer geworden, da das Vieh herausgenommen worden ist und der Bauer muß auch das letzte verkaufen, weil die Futternot so groß geworden ist. Trotz dieser großen Futternot sind aber die Requisitionen bis ins Unendliche gestiegen und werden von Tag zu Tag durch die Gendarmerie und andere Organe durchgeführt. *(Zwischenrufe.)* Die Zugtiere sind heute schon so unterernährt, daß sie tatsächlich nur noch kriechen. Die Arbeit, die sie leisten, ist fast wertlos geworden und man kommt schon zu solchen Betrachtungen, daß man sich sagt, die Arbeit, die das Zugtier heute leistet, bezahlt nicht einmal den Mann, der das Tier führen muß. *(Zwischenrufe.)*

Das Tollste aber, meine Herren, sind jene Verfügungen, durch die man die praktischen Erfahrungen, die der Bauer in seiner Wirtschaft gemacht hat, nicht zur Anwendung kommen läßt. Ich habe schon in der Budgetdebatte darauf hingewiesen, daß es ein Unfug war, der Bauernschaft den alten reservierten Samen zu nehmen und dadurch den Ertrag von Roggen und Weizen zu gefährden. Noch toller aber ist der Entzug von Blauvitriol, das sich für Weizensamen als ein ungemein wichtiges Beizmittel erwiesen hat. Die Folgen dieser Unterlassungssünden bin ich in der Lage, Ihnen sehr drastisch vor Augen zu führen. *(Zeigt Weizenkörner vor.)* Sie sehen hier, meine Herren, das Produkt einer — ich möchte sagen — gottgesegneten Weizengegend. Schauen Sie sich den Weizen an, wie er ausschaut! Ich glaube, der Dichter, der den goldigen Weizen in seinen Liedern besingt, würde zurückschrecken, wenn er dieses Produkt vor Augen bekäme. In diesem Weizen finden Sie eine Unmasse von kleinen Körnchen, die wie wirklicher Weizen aussehen. Wenn ich aber diese Körnchen zerdrücke, so sehen Sie, meine Herren, daß der Inhalt derselben nur ein schwarzes Pulver ist. Das ist das schwarze Gift, der Ansatz, der auch noch den anderen Weizen für den menschlichen Genuß unbrauchbar gemacht hat. Dieser schwarze Ansatz ist nicht etwa das Produkt einer Giftpflanze oder eines Unkrauts, das sich in dem Weizenfeld bildet, sondern das ist der Ansatz einer vollkommen ausgebildeten Weizenähre, die genau so aussieht wie die gesunde Ähre und dem Boden genau so seine Ertragfähigkeit nimmt wie der gesunde Weizen.

Das, meine Herren, sind die Erfolge der Kurzsichtigkeit! Wir haben alles mögliche versucht — schon bei dem früheren Ackerbauminister — wir haben bereits in den ersten Kriegsjahren auf die Folgen, die kommen werden, aufmerksam gemacht und ich will gar nicht davon reden, wie die Weizenernte des kommenden Jahres aussehen wird, wenn man dem Bauer eine derartige Frucht für den neuen Anbau gelassen hat. *(Abgeordneter Wilhelm Maixner: Und wie erfolgt die Ernteschätzung bei diesem Weizen?)* Die Ernteschätzungen sind im allgemeinen einfach auf der Anbaustatistik aufgebaut. Wie wurde nun diese Anbaustatistik gemacht, meine Herren? Der Pfarrer und der Lehrer bekamen den Auftrag, dieselbe zu verfassen. Natürlich konnten sie das nur tun, wenn sie die Bäuerin, die zuhause geblieben war, fragten, was sie da oder dort auf dem Grundstück angebaut habe, wie groß dieses Grundstück sei und dergleichen. Nun wissen Sie doch, meine Herren, daß speziell der bäuerliche Besitz in tausende Parzellen zerfällt. Selbst ein Joch hat schon viele Unterparzellen im Kataster und keine Bäuerin ist in der Lage, anzugeben, was sie auf dieser oder jener Parzelle angebaut hat. Sie sagt einfach: Vorne habe ich Weizen, rückwärts Gerste, in der Mitte ein Stückchen Kartoffeln. Es blieb also den betreffenden Personen nichts anderes übrig, als ziffernmäßig eine Zusammenstellung zu machen, die rechnungsmäßig stimmt. In Wirklichkeit aber war das keine Grundlage für die Erntestatistik. Trotzdem wurde sie auf dieser Anbaustatistik aufgebaut. *(Zwischenrufe.)*

Die größte Sünde aber wurde bei den Requirierungen begangen. Diese Requirierungen erfolgten ja auch wiederum auf Grund dieser Ernte-, respektive Anbaustatistik. Ich kann als krasses Beispiel anführen, daß zum Beispiel die Statthalterei in Mähren bei den Kartoffelrequirierungen in Mähren einen Gesamtertrag von 85 Zentner pro Hektar angenommen hat. Das wurde als Grundlage für die Requirierung genommen in der Hannagegend, das wurde als Grundlage genommen für die Sandgegend in Göding, es wurde aber auch als Grundlage genommen für das Sudetengelände. *(Zwischenrufe.)* Die Mißstände, die speziell in meinem Wahlbezirke, im Sudetengebirge, vorgekommen sind, sind geradezu haarsträubend. Der Statthaltereirat von Bärn hatte selbstverständlich den Auftrag von der Statthalterei in Mähren, seinem Bezirke 85, respektive 80 Zentner als Grundlage für die Requirierung aufzutragen. Nun fanden Probegrabungen statt. Ich ziehe nur die kleine Gemeinde Karlsberg heran. In dieser Gemeinde wohnen nur ganz kleine Besitzer, die, um ihren Lebensunterhalt vollkommen zu decken, zumeist bemüßigt sind, in der dort bestehenden Fabrik Arbeit zu suchen. In jener Gemeinde ergaben die Probegrabungen, die von seiten der Ortskommission durchgeführt wurden, einen Ertrag von 51 oder 52 Zentner pro Hektar. Das war dem Bezirkshauptmann zu wenig. Er schickte seinen Kommissär hinaus; der mußt revidieren, er mußte neue Ausgrabungen vornehmen und er stellte 38 Zentner fest. Als Grundlage für die Requirierungen wurden aber 80 Zentner genommen. *(Zwischenrufe.)* Sie sehen, meine Herren, es wurden den Armen dort nicht allein die Kartoffeln genommen, die sie für ihr Leben brauchten, es wurden ihnen auch jene Kartoffeln genommen, die sie zur Viehfütterung notwendig hatten, und es wurde ihnen sogar ein großer Teil des Samens genommen.

Die allerschrecklichste Verfehlung aber, die bezüglich der Kartoffelernte begangen wurde, liegt darin, daß eine Verfügung hinausging, durch die jeder Grundbesitzer unter Strafandrohung veranlaßt wurde, auch für den menschlichen Genuß unbrauchbare Kartoffeln zur Lieferung zu bringen. Sie hören ja die allgemeinen Klagen der Städter, daß man ihnen schlechte und ungenießbare Kartoffeln liefert. Wenn man nun vom Bauer fordert, daß er auch die kleinsten Kartoffeln, die höchstens die Größe eines Taubeneies haben, zur Ablieferung bringe, wenn man es ihm unmöglich macht, die von Mäusen angefressenen, zum Teile schon verfaulten Kartoffeln zu sortieren, wenn man die Fabriken, die man vor Jahren mit einer hohen staatlichen Subvention errichtet hat und die derartige ungesunde Kartoffeln konservieren und für den späteren Bedarf herrichten sollen, wenn man diese Fabriken sperrt, und wenn man trotz aller Vorstellungen, die wir im Ernährungsamte und im Ackerbauministerium vorgebracht haben, trotz der bitteren Erfahrungen des Vorjahres, wo Tausende von Waggons zugrunde gegangen sind, auch in diesem Jahre so rückständig bleibt, diese Fabriken gesperrt zu lassen, so übersteigt das jeden Begriff von einem gesunden Menschenverstande. *(Zwischenrufe.)* Sehen Sie hinüber nach Deutschland! 5 Prozent der gesamten Kartoffelernte werden dort dem Grundbesitzer zugewiesen.

Vizepräsident Dr. **German**: Ich mache Sie aufmerksam, Herr Redner, daß Ihre Redezeit verstrichen ist.

Abgeordneter Anton **Seidel**: Ich bitte, Herr Vizepräsident, mir so viel Zeit zuzubilligen, wie gestern der Herr Präsident den Rednern von Ihrer Seite. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Das gegenteilige Verhältnis ist in Deutschland. In Deutschland werden 5 Prozent der Landwirtschaft zur Fütterung fürs Vieh und für den Schwund zugebilligt. Die Ernährungskarte für Kartoffeln ist in Deutschland pro Person mit 275 Kilogramm festgelegt und ich bin überzeugt, die Kartoffelernte ist in Deutschland nicht besser als bei uns, aber ich glaube, die Unterernährung unseres Volkes ist größer als die Unterernährung in Deutschland. *(Sehr richtig!)*

Der Herr Präsident mahnt mich, zu Ende zu kommen; ich hätte zwar noch sehr viel vorzubringen, aber ich will nur noch eines anführen, das von Wichtigkeit ist, und das ist die Abnahme von Stroh und Heu. Diese Abnahme geht so weit, daß man dem Bauer das letzte aus der Scheuer herausführt. Bezüglich des Bärner Bezirkes muß ich außerdem feststellen, daß dort von dem Statthaltereirat die Verfügung getroffen wurde, daß die Ablieferung von Stroh und Heu noch vor der Kartoffelernte erfolge. Nun, was möglich war, haben die Bauern geliefert, aber das war dem Statthaltereirat zu wenig und hinterher kam dann die Requirierung durch Gendarmerie und Militär. Und da habe ich wieder eine Gemeinde speziell anzuführen, und zwar die Gemeinde Bernau; dort wurde den Besitzern alles genommen. Eine geachtete Persönlichkeit von dort, ein Gemeinderat, der in seinem Stalle früher sechs Kühe und ein Pferd hatte, hat heute nur eine Kuh und ein Kalb, das Pferd mußte er auch verkaufen, weil ihm dafür das Futter fehlte. Dort ist die Gendarmerie aufmarschiert, um das Letzte aus der Gemeinde wegzuführen. Ich wurde berufen, für diese Gemeinde einzutreten und habe es auch getan. Was geschah nun? Der Herr Statthaltereirat mußte mir zugestehen, daß er über die Schnur

hinausgegangen war und beauftragte mich, der Erntekommission in Bernau zu sagen, sie möge von Haus zu Haus gehen und feststellen, was den Leuten zu viel weggenommen wurde, und diese sollen sich das dann vom Stapelplatze in Bärn zurückholen. Ist das nicht eine schreckliche Blamage des politischen Verwalters, der doch in erster Linie der Schutzpatron seines Bezirkes sein soll, der aber direkt zum Henker des Bezirkes gepreßt wurde? Und doch, meine Herren, bin ich nicht in der Lage, diesen Herrn anzuklagen, denn er ist nur das ausführende Organ, er muß ausführen, was von oben dekretiert wurde, er ist genau dasselbe Opfer wie der Bauer selbst.

Nun stehen wir vor dem Beginne des Winters. Das naßkalte Frostwetter macht sich bereits geltend, der Bauer hat nichts zum Anziehen, speziell keine Fußbekleidung. Wie sollen da die notwendigen Arbeiten verrichtet werden, wenn die Fußbekleidung fehlt? Und da muß ich wieder Deutschland als Beispiel heranziehen, wo der Landwirtschaft ein großer Teil der Häute, welche von den Notschlachtungen kommen, überlassen wird. Bei uns geschieht das absolut nicht. In Deutschland bleibt den Bauern die Haut von einem Kalb, einer Ziege usw. ruhig vorbehalten, in Österreich muß das alles abgeliefert werden. Die Folge davon ist, daß der Dorfschuster heute schon den letzten Riemen, der noch auf dem Pferdegeschirr sich befindet, zusammensuchen muß, um die Schuhe zu flicken.

Vizepräsident **Dr. German** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen.

Abgeordneter **Seidel** *(fortfahrend)*: Es fehlt auch den Bauern im Dorfe die nötige Kohle.

Vizepräsident Dr. **German** *(neuerlich unterbrechend)*: Ich erinnnere den Herrn Redner nochmals, daß seine Redezeit bereits abgelaufen ist.

Abgeordneter **Seidel** *(fortfahrend)*: Glauben Sie, meine Herren, daß der alte zitternde Vater, der Bauer selbst ist ja nicht zu Hause, und die überbürdete Bäuerin aus der kalten Stube im Winter so viel Wärme mit hinausnehmen können, um in Eis und Schnee weiter zu roboten? Das ist ausgeschlossen bei dem Mangel an Fußbekleidung. Dazu kommt noch, daß auch das notwendige Petroleum dem Bauer entzogen wird. Er war gewohnt, seine Arbeiten, speziell die Arbeiten im Stalle, das Abmelken des Rindviehes, die Fütterung der gesamten Tiere vorzeitig, noch vor Eintritt des Tages zu tun; er hat das auch in den Abendstunden getan. Heute ist aber der Bauer bemüssigt, diese Arbeit auf die Tagesstunden zu verlegen. Und was ist die Folge davon?

Er wird ja direkt zur passiven Resistenz verleitet. *(Zustimmung.)* Denn, glauben Sie, daß unsere Bauernschaft mit ihren Hilfsarbeitern, die heute unter Anspannung ihrer ganzen Kraft noch den alten Brauch aufrecht hält und in der Nacht die Hälfte der Arbeiten verrichtet, wenn sie an den Müßigang gewöhnt wird, späterhin noch dazu zu bringen sein, von der Bequemlichkeit abzulassen? Das sollten wenigstens die Regierung und alle Faktoren, die derartige Erlässe hinausgeben, bedenken.

Nun muß ich leider schließen. Ich hätte noch sehr vieles vorzubringen, aber ich höre, daß der Herr Präsident fortwährend seine Glocke in Bewegung setzt. Ich muß mich daher dem allgemeinen Brauche unterwerfen und schließen. *(Beifall.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete R. v. Lukaszewicz. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Ritter v. **Lukaszewicz**: Hohes Haus! Kein Volk unserer Monarchie hat so große und schwere Opfer für Kaiser und Reich gebracht, wie das ukrainische. Jahrelang bewegten sich die eigenen und die feindlichen Truppenmassen über das ukrainische Territorium, keine Stadt, kein Dorf, kein Anwesen, kein Haus blieb vom Kriege unberührt. Ob groß oder klein, ob alt oder jung, alle wurden wir vom Krieg erfaßt, alle sind wir in die Greuel des Krieges hineingezogen worden. Nicht weniger als 50 Prozent unserer Bevölkerung sind infolge der Schrecknisse und der Greuel des Krieges zugrundegegangen. Was der Feind zurückgelassen hat, haben die eigenen Truppen requiriert. Wie diese Requisitionen bei uns zu Lande in Ostgalizien und der Bukowina vorgenommen wurden, darüber ist des öfteren hier gesprochen worden, diese Dinge wurden auch des öfteren in Interpellationen und Anträgen behandelt, weshalb ich mich nicht des weiteren und breiteren darüber auslassen will.

Bemerken will ich nur, daß jetzt schon das vierte Jahr unsere armen Bauern auf die Entschädigung ihrer Kriegsleistungen warten. Von den Kriegsschäden spreche ich gar nicht. Unlängst haben wir im Wiederherstellungsausschuß aus dem Munde Seiner Exzellenz des Herrn Landesverteidigungsministers gehört, daß diese Sache dem Einvernehmen mit Ungarn vorbehalten bleiben soll. Ich fürchte sehr, daß noch ein Menschenalter vergehen wird, bis dieses Einvernehmen mit Ungarn erzielt wird, ich fürchte, daß wir dann schon im Grabe ruhen werden. Es geht nicht an, diese Angelegenheit auf die lange Bank zu schieben; es muß dem Geschädigten so rasch als möglich, wenn nicht eine volle Vergütung,

so doch bis zur Vereinigung der Frage mit Ungarn in Form von Vorschüssen Ersatz geleistet werden. In dieser Beziehung ist uns Ungarn vorangegangen, indem es in Siebenbürgen diese Frage in einer für die Bevölkerung befriedigenden Weise gelöst hat. Ebenso haben in Deutschland alle vom Kriege Betroffenen vollen Ersatz für die erlittenen Schäden erhalten.

Auf die schwersten Positionen wurden die ukrainischen Regimenter gestellt. Die fünf letzten Isonzoschlachten sprechen Bände über die Tapferkeit der ukrainischen Soldaten. *(Sehr richtig!)* Trotzdem wurde ihrer nur spärlich in den offiziellen Berichten gedacht und während die Ukrainer mit ihrem edelsten Blute die Schlachtfelder gegen den Feind bedeckt haben, wurden bei ihnen von den eigenen und reichsdeutschen Truppen die denkbar größten Requisitionen vorgenommen.

Ich verweise hier nur auf einen Befehl des I. u. k. Korpskommandos, gefertigt von Seiner Exzellenz dem Herrn Feldmarschalleutnant Habermann, Feldpost 131, vom 15. Oktober 1917, Nr. 1487, betreffend die Behandlung der Bevölkerung in den wiedereroberten Gebieten der Bukowina.

In diesem Befehle heißt es ausdrücklich *(liest)*: „Es sind in der letzten Zeit zahlreiche Fälle von unberechtigten Requisitionen, Diebstähle, Raub und Plünderungen vorgekommen, wobei es sogar nicht an Mißhandlungen der Zivilpersonen, welche ihr Eigentum vor solchen Mißgriffen schützen wollten, fehlte, die in einigen Fällen sogar einen tödlichen Ausgang hatten." Seine Exzellenz ordnete die strengste Ahndung dieser Fälle an.

Ich glaube, dieser Befehl, der von kompetenter und berufener Seite kommt, zeigt, wie triste bei uns die Verhältnisse in Bezug auf die Requisitionen sind, und wie scharf bei uns gegen die Bevölkerung bei den Requisitionen vorgegangen wird. Wir können Seiner Exzellenz Habermann nicht genug danken, daß er diese Angelegenheit in einer derartigen, vom patriotischen und menschlichen Gesichtspunkte höchst zu begrüßenden Weise geregelt hat, und würden nur wünschen, daß auch die unterstellten Kommandos den Intentionen des Korpskommandanten, die den Wünschen des Kaisers entsprechen, nachkommen, und auch gegenüber unserer schwergeprüften Bevölkerung eine dementsprechende Haltung einnehmen. *(Zwischenrufe.)*

Speziell sind es die magyarischen Truppen, welche sich an diesen Befehl gar nicht halten zu müssen glauben; sie scheinen bei uns in Galizien und in der Bukowina außerhalb des Rahmens der Gesetze zu stehen, sie scheinen sich bei uns wie im Feindesland zu fühlen und gehen dementsprechend auch vor. Aus dem Bezirke Waschkoutz sind von sämtlichen Bürgermeistern Beschwerden des Inhaltes eingelangt, daß die Magyaren die Bauern weiter ausrequirieren und nicht einmal ihr Getreide in den Mühlen vermahlen lassen. Bringen die Bauern ihr Getreide in die Mühle, um es zu mahlen, so wird es von den Magyaren einfach requiriert. Diese Zustände sind auf die Dauer nicht haltbar und es geht nicht an, in einer solchen Art gegen die loyale Bevölkerung vorzugehen, die in diesem Kriege so große und schwere Lasten zu tragen hat. Ähnliche Beschwerden liegen aus den Bezirken Zastawna, Kotzman, Czernowitz und Wiżnitz vor. Ja selbst von der Landesregierung für die Ernährung der Bevölkerung angekaufte Lebensmittel, so in der Gemeinde Millie, werden von den Magyaren trotz der von der Regierung aufgestellten Tafeln, daß sie der Regierung gehören, requiriert.

Infolge dieser vielfach weit über das Maß des Zulässigen hinausgehenden Requirierungen sind unsere Gebirgsgegenden bereits vom Hunger ergriffen, der auch schon auf andere Bezirke übergreift. Die Sache ist sehr seriös, wenn nicht recht bald Abhilfe geschaffen wird.

Brennholz gehört bei uns infolge der Requirierungen durch das Militär zu den Raritäten und wir bezahlen in der Bukowina, in einem Lande, wo das Holz zu Hause ist, für Brennholz 800 bis 1000 K pro Klafter. Ich bitte zu bedenken: was soll die arme Bevölkerung, der arme Bauer, der arme Arbeiter tun, wie soll er das Geld aufbringen, um sich Holz zu beschaffen?

In der Frage der Bekleidung und Beschuhung sind wir unter allen Kronländern am allerärgsten bestellt. Man bekommt bei uns überhaupt nichts zu kaufen und es ist auch meines Wissens bis jetzt für Bekleidung und Beschuhung der Bevölkerung trotz anerkennenswerter Arbeit der Lokalregierung noch nichts in die Bukowina gekommen. Wenn hier nicht Abhilfe geschaffen wird, so fürchte ich sehr, daß wir einer gänzlichen Entvölkerung unseres Kronlandes entgegensehen. Ich muß die Regierung allen Ernstes bitten, diesen von mir angeregten Fragen ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Enthebungen kennt der ukrainische Bauer überhaupt nicht; für ihn gelten sie nur vom Hörensagen her. Er weiß, daß andere enthoben sind, aber wenn die hochverehrten Herren heute nach Ostgalizien und in die Bukowina gehen, so werden Sie sehen, daß sämtliche ukrainische Bauern im Alter von 18 bis 50 Jahren zum Militär einrückend gemacht worden sind. Und wenn Sie das statistische Material über die Enthebungen zur Hand nehmen und es nach Nationalitäten durchgehen, so werden Sie sich überzeugen, daß ein ukrainischer Bauer darin fast gar nicht vorkommt. Wien hat zum Beispiel bei einer Bevölkerungszahl von zwei Millionen Einwohnern ungefähr 150.000 Enthobene, Galizien mit einer Bevölkerungszahl

von acht Millionen hat 13.500, die Bukowina hat bei einer Einwohnerzahl von 900.000 Einwohnern nicht einmal 300 Enthobene. Wir können daher ruhig sagen, daß die Ukrainer die schwersten und größten Blutopfer in diesem Kriege gebracht haben.

Materiell sind sie, wie ich erwähnt habe, vernichtet. Für ein Pferd erhielt der Bauer, wenn er das Glück hatte, überhaupt eine Vergütung dafür zu bekommen, vom Militär 850 bis 1050 K, während er, wenn er sich jetzt eines anschaffen will, mindestens 3000 bis 5000 K zahlen muß.

Bei den Enthebungen ist in letzter Zeit eine neue Praxis eingetreten, es werden jetzt nämlich die Enthebungen mit einem Endtermin festgesetzt, das heißt, sie werden derart terminiert, daß der Betreffende mit dem Ablauf der Zeit sofort einrücken muß. Wie stellen sich denn die Herren das in der Landwirtschaft vor? Richtet sich denn die Landwirtschaft nach einem Endtermin? Ist es denn möglich, daß die Landwirtschaft derart eingerichtet wird, daß sie mit einem gewissen Zeitpunkt ihre Tätigkeit aufnimmt? Ich glaube, daß diese Art der Endtermine auch die Manipulation bedeutend erschwert, weil um so viel mehr Gesuche laufen werden und um so viel mehr Arbeit zu leisten sein wird, was dem Zwecke nicht entspricht. Will man damit vielleicht die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft gänzlich unterbinden? Wie denkt man sich denn die Fortführung des Krieges, wenn Lebensmittel nicht erzeugt werden? Glaubt man vielleicht, durch Heranziehung der industriellen, gewerblichen und städtischen Bevölkerung zur Landwirtschaft diesen Betrieb aufrechterhalten zu können? Wer soll diese Leute in der Landwirtschaft unterweisen, wenn alle Bauern und Landwirte einrücken? Die Bäuerinnen oder vielleicht die Kinder, die sich nur im Haushalte, aber nicht in der Bearbeitung der Felder auskennen? Kann die Frau eines Offiziers diesen im Frieden oder gar im Krieg vertreten? Die Frau eines Beamten diesen im Amte, die Frau eines Arbeiters diesen in der Fabrik? Ich glaube, daß diese beabsichtigte Form der Ersetzung der landwirtschaftlichen Kräfte durch die industrielle, gewerbliche und städtische Bevölkerung eine absolut irrige ist, ich glaube, daß sie nur darnach angetan ist, den Bauernstand überhaupt total zugrunde zu richten und zu vernichten.

Der Bauernstand muß schon deshalb am meisten geschont werden, weil gerade er den allergrößten Prozentsatz an Verlusten im Kriege erfahren hat. Wenn Sie, meine Herren, die Verlustziffern in die Hand nehmen, so werden Sie überzeugt sein, daß gerade der Bauernstand die allergrößten und schwersten Verluste im Kriege erlitten hat. Die Bauern haben die größten Opfer für das Vaterland gebracht und als Dank dafür will man noch die wenigen Enthebungen annullieren; man will selbst die mit einem B- und C-Befund ausgestatteten Bauern, welche also nicht frontdiensttauglich und enthoben sind, zum Militärdienste einberufen. Liegt es nicht im Interesse des Staates, alle mit B- oder C-Befund Ausgestatteten der Landwirtschaft zuzuführen, als sie in einer Verwendung zu halten, wo sie nicht gleich Ersprießliches für den Staat leisten können? Damit wird aber die Produktionsfähigkeit unserer Landwirtschaft total unterbunden. Wer soll wirtschaften, wenn die wenigen Bauern, landwirtschaftliche Arbeiter und Landwirte, die noch da sind, zum Militär einberufen werden? Wie soll in der Bukowina, wo jetzt sämtliche Männer von 18 bis 50 Jahren einberufen und einrückend gemacht werden, die Landwirtschaft überhaupt betrieben werden? Die Pferde, das Vieh, die Wägen, der Samen, alles ist requiriert — wie stellen sich die Herren da überhaupt eine Wirtschaft vor und wie kann man den Krieg weiter fortführen, wenn man nicht Lebensmittel hat! Ohne Lebensmittel kann der Krieg nicht weitergeführt werden.

Ich muß daher dringend bitten, daß die Regierung jeder Bauernwirtschaft, die mindestens zehn Joch Feld hat, wenigstens einen Bauern, sei es den Vater, den Sohn oder den Schwiegersohn beläßt, damit er im Interesse des Staates den Betrieb der Landwirtschaft besorgen kann. Wenn Sie sich, meine Herren, die Bauernwirtschaften anschauen, so werden Sie sehen, wie dieselben heruntergekommen sind und wie sie eingehen. Es ist hier gesagt worden, die Bauern haben Geld. Aber ich bitte, was kaufen sie sich für dieses Geld? Sie müssen heute für alles das Zehnfache bezahlen und wie schon mein unmittelbarer Vorredner, der Herr Abgeordnete Seidel früher ganz richtig bemerkt hat, beim Bauer nimmt man das Getreide mit 30 bis 40 K und für die Ersatzstoffe und Abfälle, die er dann kauft, muß er 80 bis 100 K zahlen.

Welche Folgen diese Einberufungen der Landwirte und Bauern zum Militär haben, sehen wir an dem kolossalen Sinken der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft. Aus den statistischen Nachweisen der letzten Dekade ist im Vergleich zum Jahre 1917 zu ersehen, daß im laufenden Jahre ein Rückgang an Weißfrüchten, Korn und Weizen von 45 bis 50 Prozent zu verzeichnen ist, daß Hafer und Gerste einen Rückgang von 65 Prozent und die übrigen Lebensmittel einen Rückgang von durchschnittlich 35 Prozent aufweisen. In ähnlichen Grenzen bewegt sich auch der Rückgang bei Gemüse und Futtermitteln. *(Ruf: Das weiß die Entente auch!)* Leider wird aber bei uns keine Abhilfe geschaffen. Infolge der Unterbindung der Erzeugung von Futtermitteln sind dem Militär allein 120.000 Militärpferde zugrunde gegangen, weil nicht genug Futtermittel vorhanden waren und dieser Verlust

mußte durch Requirierung von Pferden der Bauern und übrigen Landwirte wieder ersetzt werden.

In normalen Zeiten hatte Österreich eine Einfuhr von ungefähr 240 Millionen Kronen an Zerealien. Wie knapp müssen jetzt die Lebensmittel sein, wenn wir eine um mehr als 50 Prozent verminderte Produktionsfähigkeit haben und die Einfuhr uns fehlt. Da muß unbedingt Abhilfe geschaffen werden und sowohl das Ackerbauministerium als auch die Militärverwaltung müssen alles tun, um die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft zu heben. Von Seiner Exzellenz dem hochverehrten Herrn Ackerbauminister, der, so weit ich informiert bin, den Interessen der Landwirtschaft ein ganz besonderes Verständnis entgegenbringt, bin ich überzeugt, daß er, der meinen Ausführungen zuhört, alles tun wird, was im Bereiche seiner Macht steht. Ich möchte bitten, daß er auch hinsichtlich der Enthebungen seinen Einfluß dahin ausübt, daß alle Anträge des Ackerbauministeriums berücksichtigt und schnell erledigt werden. *(Zwischenrufe.)*

Die einzigen Mittel zur Hebung der Produktion der Landwirtschaft scheinen mir folgende zu sein: Erstens Bereitstellung der zum Betriebe der Landwirtschaft erforderlichen Kräfte durch weitgehendste Enthebungen der selbständigen Landwirte, insbesondere der Bauern, und größtmögliche Beistellung von Kriegsgefangenen an die einzelnen Landwirte zum Zwecke der Bewirtschaftung und Ermöglichung der Bearbeitung der Felder. Ganz besonders muß ich aber darauf dringen, daß in den Kriegsgebieten — bei uns in Ostgalizien und der Bukowina werden auch Kinder und Frauen — überhaupt alles für Kriegszwecke herangezogen — von der Heranziehung der Frauen und Kinder der Bauern zu Kriegsdienstzwecken Umgang genommen wird und dieselben der Landwirtschaft belassen werden. Als das zweite Mittel erscheint mir die möglichste Einschränkung der Entnahme der Zugpferde aus der Landwirtschaft. Infolge der Entnahme der Zugpferde und des Viehs ist die Landwirtschaft in ihrer Produktionsfähigkeit sehr geschmälert worden. Insbesondere muß dagegen Einspruch erhoben werden, daß Requirierungen von Kühen — was insbesondere in der Bukowina geschieht — vorgenommen werden, weil wir ja bekanntlich von ihnen Milch und Speiseprodukte haben und durch die Requirierung der Kühe uns diese verloren gehen. Durch die vielen Requirierungen der Pferde und der Viehbestände ist selbstverständlich auch die Erzeugung von Dünger unmöglich gemacht worden, worunter die Landwirtschaft ganz besonders stark gelitten hat.

Als ein weiteres Mittel, um die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft zu heben, erscheint mir die Möglichkeit der Anschaffung und der Reparatur von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen notwendig. Durch die Einberufung der landwirtschaftlichen Gewerbetreibenden ist jetzt die Neuanschaffung von landwirtschaftlichen Geräten, von Maschinen überhaupt unmöglich gemacht worden, aber nicht nur die Neuanschaffung, auch die Reparatur der landwirtschaftlichen Maschinen ist dadurch unmöglich gemacht. Wir beispielsweise aus dem Kriegsgebiete wissen, daß unsere Gewerbetreibenden, die mit einem „B“- oder „C“-Befund versehen sind, in Budapest oder auch in anderen Städten Ungarns für die dortigen Landwirte arbeiten, daß man sie aber nicht für uns enthebt *(Zwischenrufe)*, wo wir ihrer in Österreich so dringend benötigen. *(Zwischenrufe. — Vizepräsident Dr. German gibt das Glockenzeichen.)* Die Beschaffung von Kunstdünger ist eine weitere Maßregel, welche die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft steigern würde.

Da meine Redezeit um ist, schließe ich, der Mahnung des Herrn Präsidenten Folge leistend, meine Ausführungen damit, daß ich die Regierung dringendst ersuche, der Hebung der Landwirtschaft eine ebenso seriöse und ernste Aufmerksamkeit zuzuwenden wie der Kriegführung, denn einen Krieg kann man nicht führen und zur erfolgreichen Beendigung bringen, wenn man nichts zu essen hat, und wir werden nichts zu essen haben, wenn wir nicht die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft heben. Damit schließe ich. *(Beifall.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Zum Worte gelangt nun der Herr Abgeordnete Goll; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Goll**: Hohes Haus! Ich habe mir erlaubt, an Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, an Seine Exzellenz den Herrn Minister für öffentliche Arbeiten und an Seine Exzellenz den Herrn Handelsminister eine dringliche Anfrage zu richten. Diese Anfrage bezieht sich auf den wirtschaftlichen Notstand in den Landgemeinden meines Wahlbezirkes und auch in einem größeren Teile von Mähren und Schlesien, wo infolge einer totalen Mißernte an Rauhfutter und auch wegen des Mangels der notwendigen Bedarfsartikel, wie Kohle, Petroleum, Leder, Kleiderstoffe, Zucker, Essig, Seife usw., die Handwerker und die handwerksmäßigen Gewerbe bereits außerstande sind, ihren Wirtschaftsbetrieb in dem bisherigen Umfange weiter zu führen. Um die Zustände, die infolge des großen Mangels dieser Bedarfsgegenstände in den Landgemeinden herrschen, zu schildern, dazu reicht die Zeit der mir als Redezeit zugewiesenen 20 Minuten nicht aus.

Ich bin vollkommen überzeugt, daß auch viele andere Kollegen, die über denselben Mangel in

ihren Landgemeinden zu klagen haben, sehr gerne zu dieser dringlichen Anfrage gesprochen hätten; das ist jedoch nicht möglich, weil durch eine Vereinbarung der Obmännerkonferenz die Redezeit mit 20 Minuten festgesetzt wurde.

Wir müssen gegen eine solche Handhabung der Geschäftsordnung, wenn es sich um die Behandlung wirklich dringender Angelegenheiten handelt, entschieden Stellung nehmen, genau so wie wir entschieden gegen den Mißbrauch dieser Wohltat unserer Geschäftsordnung Stellung nehmen, wie er von der anderen Seite des Hauses gestern erfolgt ist, nämlich diese dringenden Anfragen zu nationalpolitischen Debatten auszunützen.

Ich war bemüßigt, diese dringliche Anfrage an die Exzellenzen zu richten infolge vieler mir aus meinem Wahlbezirk zugekommener Berichte und ich kann daher dem Herrn Abgeordneten Dr. Šubrt, welcher als erster Redner zur Begründung seiner dringlichen Anfrage gesprochen hat, auf das Gebiet, auf welches er sich begeben hat, nicht folgen. Auf eines aber erlaube ich mir doch das hohe Haus aufmerksam zu machen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Šubrt hat gestern bei Begründung seiner dringlichen Anfrage gesagt, der Abt Helmer habe im Herrenhause Ziffern vorgebracht, aus welchen man schließen könnte, daß die deutschen Bezirke Böhmens mehr Getreide abgeliefert hätten als die tschechischen Bezirke, und er hat an der Hand eines Ziffernmaterials den Nachweis zu erbringen versucht, daß das Gegenteil richtig ist, daß die deutschen Bezirke weniger abgeliefert hätten als die tschechischen. Ich erlaube mir nun, die Aufmerksamkeit des hohen Hauses auf folgendes hinzulenken:

Der Herr Abgeordnete Šubrt hat als Grundlage für seine Behauptungen die Ziffern der Ernteschätzung angegeben, die Ziffern der abzuliefernden Kontingente und die Ziffern der tatsächlich abgelieferten Mengen. Von diesen angegebenen Ziffern, meine Herren, ist nur eine einzige geeignet, als Grundlage der Beurteilung zu dienen, welcher Bezirk mehr und welcher weniger abgeliefert hat, und das ist diejenige Ziffer, welche die tatsächlich bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt abgelieferten Mengen angibt. Die Ernteschätzungen und die Kontingente können auf keinen Fall als Grundlagen für eine solche Beurteilung genommen werden, weil in jedem einzelnen Bezirk die Schätzungen verschieden sind. *(So ist es!)* Es kann vorkommen, daß die Kommission das Ernteergebnis in dem einen Bezirk gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen zu niedrig einschätzt, in dem anderen Bezirk dagegen viel zu hoch. Infolgedessen liegt bereits bei der Abschätzung eine Differenz vor. *(Sehr richtig! So ist es!)* Als Grundlagen für die Beurteilung, ob der eine oder andere Bezirk mehr abgeliefert hat, können nur tatsächlich feststehende Zahlen genommen werden und das ist die tatsächliche Abstellung bei der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt einerseits und die in der Statistik des Ackerbauministeriums angegebenen Ziffern über die Anbauflächen andrerseits. Damit jedermann Gelegenheit hat, sich zu überzeugen, wer in diesem Streit Recht oder Unrecht hat, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß ja diese Ziffern jedermann zugänglich sind.

Die Anbaustatistik des Ackerbauministeriums ist ja öffentlich, jeder kann sie einsehen und auf Grund eines Antrages in der kriegswirtschaftlichen Kommission ist die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt verpflichtet, die Ziffern über die tatsächlich erfolgten Abstellungen auch zu veröffentlichen. Ich muß nur meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß das bis jetzt nicht geschehen ist, und warum es nicht geschieht. Wenn diese zwei Grundlagen für die Beurteilung der Abstellungen in Böhmen gegeben sind, dann kann sich jeder Bürgerschüler ausrechnen, wieviel pro Hektar von jedem Bezirk abgeliefert wurde, und jedermann in Österreich wird Gelegenheit haben, zu beurteilen, ob der Abt Helmer Recht oder Unrecht gehabt hat.

Dasselbe bezieht sich aber auch auf die Ziffern, die gestern der sehr geeehrte Herr Kollege Šubrt wegen der Viehablieferung vorgebracht hat. Der Herr Abgeordnete Dr. Šubrt hat gemeint: Und wenn schon die Deutschen in der Getreideablieferung vielleicht etwas mehr abgeliefert hätten, so sind wir ihnen in der Viehablieferung doch weit überlegen; nach unserem Kontingent sind wir nur mit 22 Prozent im Rückstand, während die Deutschen zur Ablieferung auf ihr Kontingent mit 48 Prozent im Rückstande sind. Da möchte ich aber doch bitten, daß für die Beurteilung, ob der eine Bezirk mehr Vieh abgeliefert hat als der andere, doch ganz andere Grundlagen genommen werden. Mit diesen Ziffern, wie sie gestern hier genannt wurden, beweist man gar nichts anderes als nur, daß man mit der Lieferung den Kontingentvorschreibungen gegenüber im Rückstande ist. Um sich ein Urteil zu bilden, wer von den Bezirken mehr oder weniger an Vieh abgeliefert hat, ist es notwendig, den genauen Viehstand im Juli 1914 und jene Zahl der Stücke Vieh zu kennen, die vom Juli 1914 bis heute von diesem Viehstapel abgestellt wurden. Dann wird man sich ein Urteil bilden können, wer von diesen Bezirken mehr oder weniger an Vieh abgeliefert hat. Darauf möchte ich nur das hohe Haus aufmerksam machen.

Ich habe, wie ich bereits erwähnt habe, aus ganz anderen Gründen meine dringliche Anfrage gestellt und mußte sie stellen, weil ich hier dringliche Berichte aus meinen Landgemeindebezirken habe, in welchen mir mitgeteilt wird, daß ehestens die Abnahme eines Drittels des vorhandenen Vieh-

standes stattfinden muß, da dieser Viehstand sonst nicht über den Winter von den Landwirten durchgebracht werden kann. Ich hatte an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister in dieser Beziehung die Anfrage gerichtet, was für Vorsorgen getroffen worden sind, um das Fleisch dieser großen Mengen an Vieh, die jetzt auf einmal zur Abstellung, wenn nicht zur Notschlachtung kommen sollen, zu konservieren. Ich muß aber erklären, daß nach einem mir gestern abends expreß zugekommenen Bericht die deutsche Viehverkehrsgesellschaft in Prag *(Hört! Hört!)* bereits mit allen Landwirten dieser Bezirke Fühlung genommen hat und daß eine Vereinbarung getroffen wurde, daß die deutsche Viehverkehrsgesellschaft in Prag dieses in meinem Wahlbezirk nicht durchbringbare Vieh übernommen und was nicht als Schlachtvieh verwendet werden kann, zur Überstellung in westböhmische Bezirke, wo mehr Futtervorräte vorhanden sind *(Widerspruch und Zwischenrufe)*, bestimmt hat — und zwar im Laufe der nächsten zwei Monate — wogegen sie sich verpflichtet hat, wenn im Frühjahr wir Nutz- oder Zugvieh brauchen würden, diesen Bezirken das Nutz- und Zugvieh von der genannten Gesellschaft wieder zugestellt werden würde. *(Abgeordneter Iro: Das ist eine ganz verfehlte Aktion, weil bei uns alles nach Futtermitteln schreit!)* Ich muß das hier mitteilen, weil ich hier den Bericht meiner Bezirksorganisation in der Hand habe und weil für mich die Frage in glücklicher Weise und in günstigem Sinne gelöst ist. Ich bitte daher Seine Exzellenz den Herrn Ackerbauminister wie auch Seine Exzellenz den Herrn Minister für Volksernährung, diese Frage, die ich an sie gerichtet habe, als gegenstandslos zu betrachten. *(Zwischenrufe.)* Nun, meine Herren, ist ja diese Futternot bereits hier.

Es kommen selbstverständlich dann noch die Heereslieferungen hinzu. Durch die Anforderung der Heeresverwaltung ist ja jeder Landwirt verhalten, einen bestimmten Teil seiner Futtervorräte für den Bedarf der Armee abzuliefern. Hierzu muß ich bemerken, daß jeder deutsche Landwirt die Notwendigkeit der Heereslieferungen unbedingt anerkennt und jederzeit gern bereit ist, alles herzugeben, was für unsere brave und tapfere Armee notwendig ist. *(Zustimmung.)* Wenn daher Beschwerden wegen der Heereslieferungen in den Kreisen der deutschen Landwirte erhoben wurden und wenn Unzufriedenheit in diesen Kreisen herrscht, so richtet sich das keinesfalls gegen die Heeresverwaltung wegen ihrer notwendigen Anforderungen, sondern immer nur gegen die Art und Weise, in welcher diese Heereslieferungen durchgeführt werden. Man begreift es zum Beispiel nicht in den Kreisen der deutschen Landwirte, daß die Heeresverwaltung und vielfach auch die Regierung sich zu ihren Geschäftsträgern solcher Elemente bedient, die schon vor dem Kriege ihrem Berufe nach den ganzen Bauernstand als ein Ausbeutungsobjekt für ihre Profitgier betrachtet haben *(lebhafte Zustimmung)*, und man begreift es auch nicht, daß auf einmal Leute als Geschäftsträger der Heeresverwaltung und auch wieder teilweise der Regierung auftreten, die im Frieden gegen jede militärische Einrichtung gegen jeden Heller, der für die Heeresverwaltung bewilligt werden sollte, und gegen alle Einrichtungen des Staates gestimmt haben. Diesen Leuten, die ihrem politischen Programm nach den Staat nicht wollen, ihn negieren — was ja im Bauernstande bekannt ist — gibt man jetzt geradezu Beamtengewalt in die Hand.

Meine sehr geehrten Herren! Ich muß sagen, wenn auch der Bedarf der Heeresverwaltung relativ ein ziemlich großer ist — das läßt sich nicht leugnen —, so würde doch, wenn man diesen Bedarf gleichmäßig pro Hektar der Erntefläche auf Österreich und Ungarn aufteilte, die Quote, die pro Hektar der Erntefläche abzuliefern wäre, eine so geringe sein, daß jeder deutsche Landwirt sie freiwillig und mit Freuden für die Armee hergeben würde, ohne Requisitionen, ohne Kommissionäre und ohne alle diese Inspektoren, die man heute dazu braucht. *(Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe.)* Ich kann mich nicht auf Ziffern einlassen, aber ich bin davon überzeugt — ich kenne zwar den Verpflegsstand der Armee nicht genau — daß die Quote, die da pro Hektar der Erntefläche für den Heeresbedarf allein abfällt, nicht so groß ist, als daß wir sie nicht freiwillig stellen könnten. *(Abgeordneter Iro: Wenn ich zum Worte gekommen wäre, hätte ich Ihnen Ziffern über das Verhältnis der österreichischen und der ungarischen Lieferungen genannt, daß Sie gestaunt hätten! — Zwischenrufe.)* Ich bitte vielmals um Entschuldigung, ich kann mich in Ziffern nicht einlassen.

Doch nebst dem Heeresbedarfe hat die österreichische Landwirtschaft auch den Zivilbedarf der Industrie und der Städte zu decken. Und da ist es sehr interessant, daß sich gerade während des Krieges dieser Bedarf vielfach erhöht hat. Unternehmungen, die früher keine Tiere gehalten haben und nie Futtermittel brauchten, die sich früher nie mit Viehzucht, mit Viehhaltung und Milchproduktion befaßt haben, treten heute im Kriege plötzlich an die Regierung heran, bombardieren täglich das Ernährungsamt und verlangen von der Futtermittelzentrale, daß man ihnen ja recht viel Futter beistelle. Nachdem aber das hohe Ernährungsamt in Wien kein Futter hat, weil in Wien keines wächst, ist es gezwungen, dieses Futter den Landwirten draußen abzunehmen, um es diesen Unternehmungen zur Verfügung zu stellen. Das ist es, was Erbitterung in unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung hervorruft. *(Zwischenrufe.)* Aber ungeachtet dessen

verlangt man von dem Bauer, daß er alles mögliche zur Abstellung bringe. Um diese Produkte zu erzeugen, überläßt man ihm jedoch nur eine sehr geringe Futterquote pro Stück und Tag seines Viehstandes. Ich will mich mit Ziffern heute nicht befassen, eines aber muß ich sagen: Wenn man unsere Futterquoten ansieht und sich dann irgendwelche Ernährungstabellen, seien es nun die Körnerischen oder welche immer, zur Hand nimmt, dann braucht man kein Viehzüchter zu sein, und kein Landwirt — an diesen nackten Ziffern kann man ausrechnen, daß nach diesen Futterportionen weder Milch, noch Fett, noch Fleisch zu erhalten sein werden, denn diese Futterportionen sind einfach ein Erhaltungsfutter. . . . *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich habe, sehr verehrter Herr Präsident, leider schon bedauert, daß es mir unmöglich ist, in zwanzig Minuten alle diese Vorkommnisse. . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Aber eine weitere Zeit zu gewähren, ist nicht möglich, weil die Geschäftsordnung zwanzig Minuten Redezeit vorschreibt. *(Zwischenrufe.)* Ich bitte um Ruhe, meine Herren. *(Neuerliche Zwischenrufe.)*

Abgeordneter **Goll** *(fortfahrend)*: Ich bitte, meine Herren, unter solchen Verhältnissen muß ich hier konstatieren, daß es uns Landgemeindenvertretern unmöglich wird, die Beschwerden der Landbevölkerung hier vorzubringen, und ich verzichte auf das Wort. *(Zwischenrufe. — Abgeordneter Seidel: Pfui Teufel! Anspucken soll man den Präsidenten! Pfui Teufel!)*

**Präsident**: Ich rufe den Herrn Abgeordneten Seidel zur Ordnung! Ich verbiete mir ein derartiges Benehmen! Wir sind ja nicht in einer Kneipe! *(Zwischenrufe und anhaltende Unruhe.)*

Zum Worte gemeldet hat sich Seine Exzellenz Minister Höfer. Ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Minister Generalmajor **Höfer**: Hohes Haus! Ich erlaube mir, auf die zahlreichen Anfragen, soweit sie mir zur Kenntnis gelangt sind, den sehr geehrten Herren die notwendigen Auskünfte zu erteilen.

Einen Hauptgegenstand der Klagen bildet die Drangsalierung unserer Landwirtschaft, die Klage, daß man dem Landwirt zu viel wegnimmt. Nun, ich bitte, Österreich ist ein Land, welches leider bei weitem nicht jene Mengen produziert, die wir brauchen, um unseren Bedarf zu decken. Das, was von außen noch kommt, ist eine variable Ziffer, die man nicht im vorhinein feststellen kann, die auch von mannigfachen Verhältnissen beeinflußt ist. Immerhin ist das eine sicher, daß diese Zuschübe, die von außen kommen, nicht ausreichen, um unser Manko zur Gänze zu decken. Es ist daher ein Gebot unserer Selbsterhaltung, daß wir unsere eigenen Ressourcen soweit als nur möglich ausschöpfen, damit wir das Durchhalten sichern. *(Zwischenrufe.)* Dieselben Klagen, die die Landwirtschaft wegen zu großer Inanspruchnahme vorbringt, kommen — natürlich im gegenteiligen Sinne — wieder von seiten der Konsumenten; diese klagen, daß sie zu wenig bekommen. Man ist da wirklich in einem großen Dilemma, wie man das machen soll. *(Abgeordneter Svejk: Weil man zu wenig geerntet hat, wir haben eine Mißernte gehabt!)* Ja, eben! . . . . wie man das machen soll, um dem einen wenig zu nehmen und dem andern viel zu geben. Das ist eben ein Geheimnis, zu dem der Schlüssel noch nicht gefunden ist.

Über die Produktionsförderung wird ja Seine Exzellenz der Herr Ackerbauminister dann sprechen *(Zwischenruf)*, ich möchte mich nur gegen den Vorwurf verwahren, daß wir im Ernährungsamte vielleicht eine Stelle sind, die der Landwirtschaft feindlich gegenübersteht. *(Ruf: Gewiß!)* Das ist gewiß nicht der Fall. Wir sind leider in der unangenehmen Lage, wegzunehmen und es sieht so aus, daß demjenigen, dem man nimmt, immer nur Pflichten auferlegt werden, währenddem der andere nur Rechte hat. *(Abgeordneter Brunner: Aber ungerechte Revisionen werden geführt!)* Darüber werde ich noch sprechen. Es ist gewiß feststehend, daß jeder Staatsbürger das gleiche Recht auf eine halbwegs zureichende Versorgung hat; leider sind aber bei uns die Ressourcen ungleichmäßig verteilt, es gibt Länder, wo weit mehr wächst und Länder, wie zum Beispiel das Land Dalmatien, wo eigentlich die Produktion hauptsächlich aus Steinen besteht. Ich glaube aber, daß die vielbewährte Bevölkerung Dalmatiens genau so das Recht und den Anspruch hat, versorgt zu werden, wie alle übrigen, die mit ihr in einem Staate leben. *(Zustimmung.)* Und da ist etwas, gegen das ich Stellung nehmen muß, das sind die Absperrungsbestrebungen der einzelnen Kronländer. *(Ruf: Auch der Bezirke!)* Gewiß, auch der Bezirke. *(Zwischenrufe.)* Wir müssen, damit wir namentlich in den passiven Ländern, die ja eine sehr geringe Produktion haben, durchhalten, jeden Kronlandsegoismus beseitigen und ich bedauere nur, daß man auf dem Gebiete der Ernährung, wo immer wirklich nur die reine Menschlichkeit und Gerechtigkeit ausschlaggebend sein sollen, auch nationale Momente hineinzieht. *(Zwischenrufe.)* Nun, es geht natürlich nicht an, daß, wenn wir ein Manko haben, dieses Manko dann nur von jenen Ländern getragen werde, die eine zu geringe Produktion haben; das Manko muß gleichmäßig aufgeteilt werden. *(Zwischenrufe.)*

Es wurden gestern sowohl von tschechischer als auch von deutscher Seite Betrachtungen über die Aufbringung der Ernte angestellt. Ich habe mir das statistische Material aus Böhmen vorlegen lassen und habe den Eindruck gewonnen, daß man mit diesem statistischen Material eigentlich operieren kann wie man will. *(Zustimmung.)* Um eine völlig einwandfreie, gerechte Statistik herzustellen, muß man die Anbauflächen, die Hektarerträge, die Art, wie diese Hektarerträge festgestellt wurden, die Art der Schätzung, den Eigenbedarf der Selbstversorger, den Bedarf der Nichtproduzenten, ferner alle Momente, wie Witterung, Elementarschäden usw. in Betracht ziehen, um zu einem vollkommen gerechten und objektiven Urteile zu kommen. Ich habe aus diesem Grunde einen Herrn nach Prag geschickt, der genau diese Daten im Detail bezirksweise erheben wird und ich werde mir dann erlauben, diese Daten, die, streng objektiv zusammengestellt, die genauen amtlichen Daten enthalten werden, dem hohen Hause vorzulegen.

Es sind auch wieder die vorjährigen Verhältnisse speziell in Böhmen und Mähren hervorgehoben worden. Es war im Vorjahre, wie ich mir schon einmal auszuführen erlaubt habe, in der Winterszeit bis zum Einsetzen der rumänischen Einfuhr hier ein derartiger Notstand, daß man unbedingt trachten mußte, das Getreide herzunehmen, wo es war. *(Zwischenrufe.)* Es ist gewiß sehr unzweckmäßig, Getreide aus Böhmen und Mähren herauszuziehen, um es später wieder einmal aus dem rumänischen Getreide zu ersetzen; das ist ein Hin- und Hertransport. Aber ich bitte, was nutzt das, wenn die Südländer zum Beispiel absolut kein Getreide haben und die rumänische Einfuhr erst zu einem späteren Zeitpunkte einsetzt? Man muß irgendwie helfen.

Und das war eben die Ursache, warum man im Vorjahre Böhmen und Mähren so ausgepreßt hat. Es sind auch Angriffe gegen den Statthalter von Böhmen gefallen. Die Statthalter von Böhmen und Mähren haben voriges Jahr durch ihre Maßnahmen das Durchhalten Österreichs in der kritischen Winterszeit ermöglicht. Sie haben gewiß ihre Popularität dabei aufs Spiel gesetzt und haben ihre Lokalinteressen den Interessen der Gesamtheit untergeordnet. Ich glaube, meine Herren, man kann ihnen das Zeugnis da nicht versagen, daß das gewiß eine Charakterstärke ist, wenn man selbst seinem eigenen Rufe Opfer bringt, um der Gesamtheit zu dienen. *(Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe! *(Abgeordneter Maixner: Die Exzellenz regt sich nicht auf, wenn Zwischenrufe sind, aber der Herr Präsident!)* Ich rufe den Abgeordneten Maixner zur Ordnung; ich dulde keine Kritik des Präsidiums!

Minister Generalmajor **Höfer:** Es wurde auch Klage geführt über die Übernahmspreise, speziell in Mähren, daß man in dem einen Zeitpunkte dem Landwirte auch seine Selbstversorgerquote weggenommen und ihm dann später um teueres Geld den Ersatz aus der rumänischen Einfuhr zugewiesen hat. *(Abgeordneter Brunner: Die Brotkarte haben wir am 10. August bewilligt erhalten! Vom 1. Juli bis 10. August hätten die Bauern hungern sollen!)* Mähren war bis Mitte August mit seinen Vorräten versorgt und nachdem andere Länder nur bis März oder April versorgt waren, so wurde die Versorgung Mährens nur bis Ende Juni verfügt, in der Anhoffnung, daß man Mähren dann Ersatz verschaffen könnte. *(Ruf: Warum nur in Mähren allein? Warum nicht in Böhmen?)* Böhmen und Mähren waren die einzigen Länder, die noch Überschüsse gehabt haben. Es ist das gewiß ein Unrecht, daß man Jemanden das Getreide zu einem bestimmten Preise wegnimmt und dann zu einem höheren Preise zurückgibt. *(Abgeordneter Brunner: Wir haben unser gutes Mehl geliefert und mußten aus den jüdischen Schwindelmühlen das schlechte Mehl beziehen!)* Ich bitte, wenn so etwas in Hinkunft vorkommen sollte, werde ich gewiß dahin wirken, daß sich derartige Dinge nicht ereignen. Das erklärt sich natürlich daraus, daß der Verkaufspreis ein höherer ist als der Einkaufspreis. Dadurch entsteht die Differenz. *(Zwischenrufe.)*

Es ist auch Klage darüber erhoben worden, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften in Böhmen und Mähren nicht entsprechend herangezogen wurden.

Ich möchte feststellen, daß in Böhmen und Mähren die Zentralverbände der landwirtschaftlichen Genossenschaften zugleich auch die Generalkommissäre sind und daß in Böhmen die beiden und in Mähren alle vier landwirtschaftlichen Genossenschaften mit an der Aufbringung beteiligt sind.

Ich will die sehr geschätzten Herren nicht mit breiten Ausführungen über die Kartoffelsituation langweilen. Die Sache ist die, daß wir von den 70 Millionen Meterzentnern, auf die wir die Ernte geschätzt haben, 17 Millionen für die Zivilbevölkerung herausziehen. Die Aufbringung geht im allgemeinen befriedigend und es gehen auch jetzt die Antransporte, dank der günstigen Witterung, befriedigend vorwärts. Leider ist uns ein sehr großer Waggonmangel, namentlich in der ersten Zeit der Kartoffeltransporte, dazwischen gekommen, und wir wären schon bedeutend weiter, wenn wir diesen Mangel nicht gehabt hätten. *(Zwischenrufe.)* Es ist aber jetzt die Anlieferung der Kartoffeln eine befriedigende.

Es hat speziell Mähren darüber geklagt, daß das Kontingent an Kartoffeln, das ihm für die Ausfuhr außerhalb des Kronlandes auferlegt wurde,

zu groß ist. Das stimmt auch. Dieses Kontingent war zu groß und es wurde von 14.000 auf 7000 Waggons herabgesetzt. Ich bitte zu bedenken, daß die ganzen Kartoffeldispositionen zu einem Zeitpunkt getroffen werden müssen, wo man eigentlich noch nicht weiß, wie sich der Ausfall der Ernte gestalten wird. Daher ist es notwendig, daß man den Kartoffelversorgungsplan wiederholt einer Korrektur unterzieht. *(Abgeordneter Dr. Franta: Was werden wir von der überaus großen Ernte in Deutschland bekommen?)* In Deutschland war die Ernte an Kartoffeln eine sehr gute. Sie ist ungefähr das sechs- bis siebenfache unserer Ernte. Es ist daher begreiflich, daß die deutsche Kopfquote wesentlich höher ist. Deutschland sendet uns 4000 Waggon Kartoffeln, mit denen wir jetzt die Westländer versorgen, hauptsächlich Tirol, Vorarlberg und Salzburg. *(Zwischenrufe.)* Tatsache ist also, daß das Kontingent, welches Mähren auferlegt wurde, zu groß berechnet war. In Mähren war eine große Dürre und die tatsächliche Ernte hat uns veranlaßt, dieses Kontingent herabzusetzen. *(Abgeordneter Brunner: Viele Bauern haben weniger geerntet, als sie angebaut haben!)* Gewiß! *(Zwischenrufe.)*

Bezüglich Galiziens möchte ich erwähnen, daß das Kontingent, welches Galizien auferlegt wurde, zirka 35.000 Waggons beträgt. Galizien deckt den Bedarf der Armee, der ungefähr 21.000 bis 22.000 Waggons ausmacht; der Rest ist zur Ausfuhr aus dem Kronlande bereit. *(Abgeordneter Dębski: Nein, Exzellenz, es wird mehr weggenommen als bestimmt ist. In Świrz, im Bezirk Przemyślany, hat man 12 Waggons bestimmt und schon 35 Waggons requiriert und hat den elf- und zwölfjährigen Kindern befohlen, die Säcke zu tragen. Und dabei hat man die Leute geschlagen!)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe! Herr Abgeordneter Dębski, Sie haben nicht das Wort!

Minister Generalmajor **Höfer** *(fortfahrend)*: Wenn mir solche Fälle zur Kenntnis kommen, so werde ich — das versichere ich — die schärfste Untersuchung einleiten. *(Abgeordneter Dr. Baczyński: Die hungernden Evakuierten bekommen keine Kartoffeln! 40.000 Einwohner im Stanislauer Bezirke hungern und bekommen keinen einzigen Meterzentner Kartoffeln!)* Diese Klage ist mir schon früher zur Kenntnis gekommen und es ist bereits verfügt, daß die Armee aus ihren Beständen Kartoffeln für Stanislau abgibt.

Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß man in Galizien eine hohe Kopfquote belassen hat. Wir haben in Galizien als dem Hauptproduktionslande eine gewisse höhere Kopfquote für den Selbstversorger belassen müssen, weil es einfach mit den bestehenden Transportmöglichkeiten gar nicht tunlich ist, so große Mengen aus Galizien herauszuführen, weil das Land zweifellos durch den Krieg sehr hergenommen wurde und speziell Galizien jetzt in einer sehr schlechten Ernährungssituation ist. Es ist auch die Armee dort, wodurch immerhin die Ressourcen des Landes mehr beansprucht werden. Ich glaube also, daß eine gewisse Bevorzugung Galiziens bezüglich der Kartoffeln, wo ja in Galizien viele Gebiete überhaupt nur auf Kartoffelnahrung angewiesen sind, durch die Verhältnisse vollkommen gerechtfertigt ist.

Bezüglich des Heues und Strohes möchte ich nur anführen, daß es natürlich bei dieser schlechten Rauhfutterernte ungeheuer schwer ist, den notwendigen, den allernotwendigsten Bedarf für die Armee- und Zivilversorgung zu bekommen. *(Zwischenrufe.)* Wir haben an die Armee ein Kontingent von 8½ Millionen Meterzentner Heu und Stroh zu liefern. Dieses Kontingent wurde durch das Entgegenkommen der Heeresverwaltung noch auf 7·4 Millionen Meterzentner herabgesetzt, wir müssen aber dieses ohnedies für den Gesamtbedarf des Heeres eigentlich geringe Kontingent unbedingt aufbringen. Nun haben wir diese Kontingente auf die Kronländer aufgeteilt, und zwar, da wir noch keine Daten über die Ernte an Rauhfutter gehabt haben, die erste Hälfte gleich dem Vorjahre, weil damals das Ernteergebnis noch nicht feststand, und die zweite Hälfte individuell; wir haben uns bemüht, in der gerechtesten Weise mit Rücksicht auf die bestehenden Ernteverhältnisse dieses Kontingent aufzuteilen. *(Abgeordneter Jarc: Krain haben Sie ausgeraubt!)* Gewiß, Krain ist sehr hart hergenommen worden, aber durch die direkten Entnahmen von der Armee; die Armee hat sich aber verpflichtet, das an Krain zurückzuersetzen, was über das Kontingent weggenommen worden ist. *(Heiterkeit.)* Außerdem haben wir uns auch eine kleine Reserve sichergestellt, um Krain Zuschüsse an Rauhfutter zu gewähren.

Speziell bezüglich des mährischen Kontingentes, was in der Anfrage auch erwähnt wurde, möchte ich bemerken, daß Mähren im Vorjahr ein Kontingent von 517.000 Meterzentner Heu und 462.000 Meterzentner Stroh zu liefern gehabt hat. Heuer haben wir das Kontingent bezüglich Mährens herabgesetzt, und zwar mit Rücksicht auf die Dürre, auf 375.000 Meterzentner Heu und 325.000 Meterzentner Stroh. Also es ist ein Abstrich von 142.000 Meterzentner Heu und 137.000 Meterzentner Stroh. *(Abgeordneter Brunner: Wir haben Heu sehr wenig und Grummet gar keines! — Abgeordneter Iro: Zu einer Zeit, als bei uns schon requiriert wurde, hat man in Ungarn noch alles im*

*freien Handel, allerdings zu den höchsten Preisen bekommen!)*

Auch die Herren aus Steiermark haben Aufschlüsse über das Heukontingent gewünscht. In Steiermark war das ursprünglich vorgeschriebene Kontingent im Jahre 1916 an Heu 559.000 Meterzentner und an Stroh 218.000 Meterzentner, heuer ist es herabgesetzt auf 455.000 Meterzentner Heu und 160.000 Meterzentner Stroh. *(Abgeordneter Miklas: Und in Niederösterreich, bitte!)* Die Daten habe ich nicht hier. *(Abgeordneter Paďour: In Böhmen?)* In Böhmen ist das vorgeschriebene Kontingent im Vorjahr 1,652.000 Meterzentner Heu und 1,139.000 Meterzentner Stroh gewesen. Heuer ist es 1,300.000 Meterzentner Heu . . . *(Abgeordneter Dr. Velich: Ist es möglich?)* . . . und 1,200.000 Meterzentner Stroh. *(Abgeordneter Dr. Velich: Das ist unmöglich!)* Wir müssen das Heereskontingent unbedingt aufbringen, weil die Armeepferde das Futter dringend brauchen. *(Rufe: Das ist unmöglich!)*

Die Herren aus Mähren haben in ihrer Anfrage auch die Obstausfuhren aus Mähren und die Milch- und Butterversorgung Mährens erwähnt. Ich möchte mitteilen, daß die Vereinbarungen, die zwischen der „Geos" und der mährischen Obst- und Gemüsestelle, der „Fructa", getroffen wurden, nicht auf einem Aufteilungsschlüssel von 50 zu 50 für Mähren und für die Ausfuhr beruhen, sondern nach einem Aufteilungsschlüssel von 60 Prozent für Mähren und 40 Prozent für die „Geos" getroffen wurden. Es sind insgesamt von der „Fructa" 200 Waggons aufgebracht worden, davon hat die „Geos" 19 Waggons Rüben und sonstiges geliefert bekommen, insgesamt 80 Waggons, was ungefähr dem Verhältnis von 60 zu 40 entspricht. An Obst hat die „Fructa" aus Mähren keinen Waggon ausgeführt, wohl aber sind Obstmengen nach Mähren zugeführt worden.

Bezüglich der Butter stehen die Verhältnisse in Mähren folgendermaßen: Nach dem vorhandenen Kuhstand ist die Milchproduktion in Mähren eine derartige, daß 0·3 Liter täglich auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Die Butter, die daraus in Mähren erzeugt wird, macht nicht 7400 Kilogramm aus, wie die Herren in ihrer Anfrage erwähnen — das ist das vorgeschriebene Kontingent —, sondern nur 1500 Kilogramm — das ist das tatsächliche Kontingent — und nach Wien werden nur 120 Kilogramm geliefert, also eine ganz minimale Quote. Eine Steigerung der Buttererzeugung in Mähren von 1500 auf 7500 Kilogramm würde nur einen Entgang von 0·05 Liter Milch per Person bedeuten, es ist also die Befürchtung, daß durch eine forcierte Buttererzeugung die Milchversorgung leiden könnte, nicht gerechtfertigt.

Es sind Klagen aus Steiermark laut geworden, daß die Kartoffelaufbringung dort eine zu scharfe ist.

Ursprünglich war nach dem provisorischen Versorgungsplan die Ernte Steiermarks zu hoch angenommen worden und es wurde jetzt eine Herabsetzung der Ernteschätzung durchgeführt. Ich glaube, daß Steiermark jetzt einen Zuschuß von 3500 Waggons bekommt, außerdem noch voraussichtlich aus Polen 2000 Waggons. *(Abgeordneter Dr. Benkovič: Dabei wird den Leuten die Selbstversorgerquote weggenommen!)* Diesbezüglich sind mir gestern Klagen zugekommen und ich habe gleich telegraphisch das Nötige veranlaßt.

Ich möchte mir nun erlauben, über die Zusammenziehung der Wirtschaftsgebiete in Böhmen ein paar Worte zu sagen. Vorweg sei betont, daß irgendwelche nationale Momente dabei absolut nicht mitgespielt haben. Beweis dessen ist, daß wir ja diese Zusammenziehung nicht nur in Böhmen durchführen wollen, sondern auch in anderen Ländern, wo krasse Unterschiede zwischen armen Gebieten und Produktionsgebieten bestehen. Ich will als Beweis noch weiter anführen, daß die Zusammenziehung des ersten Wirtschaftsgebietes — das ist das Erzgebirge — nur rein deutsche Bezirke betrifft. Es ist kein tschechischer Bezirk einbezogen worden, in Gegenteil, der Bezirk Mies, der naturgemäß in dieses Wirtschaftsgebiet hätte hineinfallen sollen, wurde ausgeschlossen, weil er sehr viel in den tschechischen Bezirk Pilsen liefert. Nationale Momente spielen da also absolut nicht mit. *(Abgeordneter Wüst: Wie kommt es dann, daß die deutsche Lagerhausgenossenschaft Podzerach nach Kladno mehr als 30.000 Waggons Getreide geworfen hat? — Zwischenrufe.)* Pilsen ist ein Bezirk, der auch von dem westlichen Bezirk Mies, alimentiert wird. Der Zweck des Zusammenschlusses dieser Gebiete ist, zu verhindern, daß sich die einzelnen Bezirke absperren und dadurch einen natürlichen Ausgleich der Lebensmittel, die nicht staatlich bewirtschaftet sind, verhindern. Wenn man das Erzgebirge betrachtet, so muß man einsehen, daß die dortige Lage eine wirklich äußerst schwierige ist; vorne die Absperrung gegen das sächsische Gebiet, rückwärts das große Kohlengebiet, welches das meiste auffängt, was aus dem Innern des Landes kommt. Es sind dort sehr schwierige Erwerbsverhältnisse, eine minimale Produktion, und es ist daher dringend notwendig, daß da nicht bloß durch fallweise kleine Aushilfen, sondern durch ein besseres System in die Versorgung der notleidenden Gebiete Abhilfe gebracht wird. Und das hoffen wir durch den Zusammenschluß in solche Wirtschaftsgebiete zu erreichen.

Natürlich ist eine gewisse Selbsttätigkeit der einzelnen Bevölkerungskreise notwendig und das ist eben der Zweck dieser Einkaufsorganisationen, die

geschaffen werden sollen, um den Einkauf in den Produktionsbezirken durchzuführen. *(Abgeordneter Iro: Nur hätte das früher geschehen sollen, bevor unsere Leute anderswohin abgeliefert haben!)* Es ist absolut keine Gefahr zu befürchten, daß dadurch irgendwie eine Ausbeutung der inneren böhmischen Bezirke Platz greifen wird.

Nun möchte ich ein paar Worte über den heurigen Wirtschaftsplan, den sehr geehrten Herren mitteilen. Wir haben heuer natürlich ein Defizit. Dieses Defizit muß durch Zufuhren gedeckt werden. Als Zufuhrländer kommen in Betracht Rumänien und Ungarn. Aus Rumänien sind die Weizenvorräte jetzt so ziemlich schon ausgeführt und erschöpft. Wir haben von dort in den nächsten Monaten keine Zufuhren zu erwarten, erst im Frühjahr, wenn der Mais transportfähig ist. In dieser Zwischenzeit muß uns daher Ungarn Zuschübe leisten und wir müssen alle eigenen Bestände, die wir noch irgendwie haben, heranziehen, um die schwierigen Wintermonate zu überbrücken.

Es ist natürlich ungeheuer schwer, die passiven Länder, die wir bisher immer aus den Zufuhren von außen versorgt haben, weiter zu versorgen, wenn diese Zufuhren auf ein Minimum angelangt sind. Als Bedarfsländer die Zufuhren brauchen, fungieren mit Ausnahme von Oberösterreich, Böhmen, Mähren, Schlesien und dem flachen Lande Niederösterreich, ohne Wien gerechnet, alle übrigen Länder. Die müssen wir aus den auswärtigen Zufuhren alimentieren. Daraus ergeben sich große Schwierigkeiten. Es zeigen sich jetzt zum Beispiel Schwierigkeiten bezüglich der Mehlversorgung in Galizien, dann Ostgalizien, trotzdem es ein fruchtbares Land ist, ist jetzt vollkommen passiv, ebenso wie die Bukowina, da die dort vorhandenen Vorräte während der militärischen Operationen größtenteils in Anspruch genommen wurden und weil auch der Anbau und die Ernte dort schlecht war. Ebenso auch diese Länder, die uns sonst ihre Überschüsse geliefert haben, sind jetzt als passive Länder unserer Versorgung anheimgegeben.

Die Versorgung geschieht transporttechnisch derart, daß von Vukovar, wo die rumänischen Einfuhren umgeschlagen werden, die südlichen Länder versorgt werden — alles, was südlich des Semmerings ist — und die weiteren Zuschübe rollen nach Gänserndorf und werden dort nach Bedarf in die Gebiete nördlich des Semmerings, speziell nach Wien disponiert. Ostgalizien bekommt jetzt kleine Aushilfen aus Ungarn direkt zugesendet.

Natürlich hat es sich, als die rumänische Einfuhr sich als geringer herausstellte, als erwartet wurde, als notwendig erwiesen, daß man sofort zu Sparmaßnahmen schritt. Wir mußten anordnen, daß die weitere Abgabe von Gerste an Brauereien zu unterbleiben habe. Es sind daher die Brauereien nicht mit den in Aussicht genommenen 4000 Waggons eingedeckt, sondern nur mit ungefähr 2100 Waggons. Es mußte weiters angeordnet werden, daß auch die Gerste zur Vermahlung heranzuziehen ist. Es ist uns unter den jetzigen Umständen natürlich auch nicht möglich, die gewissen Zusätze, die wir über die Brotkarte hinaus leisten wollten und einmal auch durch 14 Tage geleistet haben, zu honorieren, denn wir müssen für die schlechten Zeiten des Winters vorsichtig alle unsere Bestände zusammenhalten.

Nun wird vielfach über Härten bei den Vorratsaufnahmen und bei den sogenannten Requisitionen geklagt. Unser System, wie es bisher war, daß man nämlich von oben die Kontingente vorschreibt, halte ich für nicht ganz entsprechend, denn die Basis dafür, die Erntestatistik, ist eine etwas zu vage. Diese Erntestatistik beruht ja nicht auf genaueste Erhebungen, sondern nur auf generelle Schätzungen. Das Richtige ist, wenn man von unten vorgeht, das heißt, wenn man von Landwirt zu Landwirt geht und individuell auf Grund seines Ernteergebnisses ihm vorschreibt, wie viel er selbst braucht und wie viel er abzuliefern hat. Dazu benötigt man aber einen großen personellen Apparat. Da man von nirgends Menschen zu diesem Zweck bekommen kann, haben wir uns an die Heeresverwaltung gewendet und haben aus Landwirten bestehende kleine, Patrouillen zu drei Mann gebildet, die in der Zahl von vier bis fünf jedem Getreidekommissionär zur Verfügung gestellt werden. *(Zwischenrufe.)* Ich bitte, ich möchte von vornherein bemerken, daß das absolut nicht Requisitionskommandos sind. Es sind untaugliche Leute, ohne Gewehr und ohne Waffe, die nichts anderes zu tun haben, als die Vorräte festzustellen und abzuwägen, weil der Kommissionär allein das ja nicht machen kann. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Die Aufgabe dieser Leute ist, die Vorratsbestände aufzunehmen und das Material der Behörde zu liefern, die dann eine gerechte individuelle Kontingentsvorschreibung machen kann. *(Lebhafte Zwischenrufe.)* Ich bitte, das hat erst jetzt begonnen, das sind absolut keine Requisitionen, das sind Personen . . . *(Zwischenruf des Abgeordneten Pokorný.)* Das kann nicht von diesen Patrouillen sein, denn sie arbeiten erst seit ganz wenigen Tagen.

In einer Anfrage wird das Beschwerderecht erwähnt. Es wurde gewünscht, daß den Landwirten das Recht der Beschwerde und der Rekrimination gegen behördliche Anordnungen eingeräumt werde. Der Wortlaut der Verordnung lautet diesbezüglich *(liest)*: „Gegen die auf Grund der vorstehenden Bestimmungen getroffenen Entscheidungen und Verfügungen ist eine Berufung nicht zulässig. Die Überprüfung dieser Entscheidungen und Verfügungen von

Amts wegen bleibt der vorgesetzten politischen Behörde und dem Amte für Volksernährung überlassen." Diese Anordnung wurde deshalb getroffen, weil, wenn man ein Rekursrecht statuieren würde, eine derartige Flut von Rekursen kommen würde, daß die politische Behörde bei ihrer Inanspruchnahme sie einfach nicht verarbeiten könnte, das ganze wäre dann eigentlich nur eine papierene Maßnahme. Es steht ja jedem Landwirt frei, gegen Ungerechtigkeiten die Anzeige zu erstatten *(Zwischenrufe.)* und es wird, so weit die Zeit es den politischen Behörden ermöglicht, diesen Anzeigen dann nachgegangen. *(Zwischenrufe.)* Ich muß schon das Zeugnis in Anspruch nehmen, daß wir uns immer bemüht haben, Übelstände, die uns zu Ohren gekommen sind, nach bestem Wissen und Gewissen abzustellen. *(Abgeordneter Brenčič: Die Landwirte sagen, daß, wenn so vorgegangen werden wird, wie bisher, sie aufs Jahr nichts mehr anbauen werden! — Zwischenrufe.)* Ich bitte zu bedenken, meine Herren, daß das Drangsalieren der Landwirte gewiß nicht geschieht, um ihnen unangenehm zu sein, sondern die Not zwingt dazu, daß man ihnen so viel wegnimmt, um die andere Bevölkerung versorgen zu können.

Es stehen dem andrerseits wieder zahlreiche Klagen gegenüber über Unregelmässigkeiten, über Schleichhandel, Hinterziehungen von Vorräten 2c. Der Schleichhandel ist heuer in einer ziemlich intensiven Weise in Schwung. Wir haben alle möglichen Maßnahmen gegen diesen Schleichhandel ergriffen. Es sind da vor allem die Wucherämter zu erwähnen, die errichtet wurden und die namentlich in den Städten eine ersprießliche Tätigkeit entfalten. *(Zwischenrufe.)* Es ist angeordnet, daß sämtliche Sicherheitsorgane, die Gendarmerie, die Finanzwache und die sonstigen Aufsichtsorgane an mehreren Tagen hintereinander Visitierungen abhalten um dem Schleichhandel auf die Spur zu kommen. *(Zahlreiche Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Minister Generalmajor **Höfer**: Es ist auch die Mühlenüberwachung angeordnet worden. Natürlich ist das in der Praxis nicht so leicht durchzuführen, weil dazu geschultes Personal gehört.

Nun wurde auch über den Wert der neuen Anbaustatistik gesprochen. Die Statistik der Anbauflächen wurde heuer in genauerer Weise als im Vorjahr durchgeführt, und zwar zu dem Zwecke, um für die Vorschreibenden halbwegs eine gerechte Basis zu haben. Es wurde in einer Anfrage erwähnt, daß die Beträge dafür über 16 Millionen ausgemacht haben. Nun, die Kosten stehen noch nicht fest, aber so hoch werden sie gewiß nicht sein.

In einer Anfrage wurde auf die Tätigkeit der Kaffeezentrale hingewiesen. Ich möchte mir erlauben, ein paar Auskünfte diesbezüglich zu geben. Die Kaffeezentrale wurde zu dem Zwecke errichtet, um den von der Regierung gekauften Valorisationskaffee an die einzelnen Bezirke zu verteilen. Die Menge des Valorisationskaffees betrug 130.000 Sack zu je 60 Kilogramm. Heuer im Frühjahr ist diese Menge auf 30.000 Sack gesunken und es war natürlich die Gefahr vorhanden, daß wir mit unseren Kaffeevorräten bald zu Ende sein werden. Aus diesem Grunde wurde die Kaffeemischung eingeführt. Sie besteht aus 80 Prozent Rohzucker, 10 Prozent Bohnenkaffee und 10 Prozent Rübenmehl. Andere Bestandteile, wie sie in der Anfrage angeführt sind, sind darin nicht enthalten. *(Heiterkeit. — Abgeordneter Brunner: Seit Februar haben wir ein einzigesmal einen solchen Kaffee bekommen!)* Diese Mischung wird seit August ausgegeben. Infolge der geringen Kapazität der Fabriken und der großen Schwierigkeiten mit der Kohle und den Zuschub des Rohmaterials hat man in den Monaten August und September nur zirka ein Drittel, im Oktober und November die Hälfte des Bedarfes den Bezirken effektuieren können. Die Verteilung an die einzelnen Bezirke erfolgt durch drei Gesellschaften, in denen der Großhandel vertreten ist. *(Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Die Gesellschaften bekommen pro Kilo eine Gebühr von 4 Hellern und der Kleinhandel, der die Weiterverteilung im Bezirk vornimmt, bekommt auch eine Gebühr von 4 Hellern pro Kilogramm. Die Behauptung, daß das Kriegsministerium die inländischen Vorräte beschlagnahmt habe, um damit seinen eigenen Bedarf zu decken, trifft nicht zu. Das Kriegsministerium hat seinen Kaffeebedarf aus Auslandsvorräten gedeckt. *(Zwischenrufe.)*

Es wurde auch beanstandet, daß in den einzelnen Zentralen Angehörige der böhmischen Nation nicht zureichend vertreten sind. Ich muß offen gestehen, ich bin bisher dem Personal in den einzelnen Zentralen in bezug auf die nationale Zugehörigkeit noch nicht nachgegangen. Mir ist jeder Mensch, der tüchtig ist, willkommen, ob er dieser oder jener Nation angehört. Ich erwähne nur, daß zum Beispiel in meinem Mehl- und Brotdepartement unter vier Herren, zufällig drei Südländer sind, und man kann nicht behaupten, daß dieses Departement nicht objektiv arbeitet Ich bin also gerne bereit, jeden zu nehmen, der tüchtig ist, wir haben ohnehin Mangel an Arbeitskräften und, ob der Mann dieser oder jener Nation angehört, spielt, wie gesagt, bei mir keine Rolle.

Es wurde auch gegen die Beamten und gegen die Zentralen Einiges vorgebracht. Meine sehr verehrten Herren! Über die Zentralen will ich mich hier des längeren nicht auslassen *(Zwischenrufe.)*

dazu ist die Kommission der beiden hohen Häuser berufen, die sich mit dieser Frage beschäftigt; ich bitte aber, nicht immer nur anzuschuldigen, ich bitte auch das Eine nicht zu vergessen, daß dort sehr viel Pflichttreue an den Tag gelegt und viel Arbeit geleistet wird. Man muß auch gerecht sein und das anerkennen. Es wirkt ja psychisch auf die Personen, die im Ernährungsdienste zu tun haben, nicht sehr ermunternd, wenn sie immer hören, daß sie angegriffen werden, und wenn sie für ihren Dienst, der ein sehr aufreibender ist, nicht die geringste Anerkennung finden. Jeder der heutzutage im Ernährungsdienste arbeitet, ist eigentlich ein Märtyrer. Er ist mehr belastet als jeder andere, er hat von früh bis in die Nacht übergenug Sorgen und nie die leiseste Anerkennung. Ich bitte das also zu berücksichtigen.

Ich möchte schließen mit dem Appell an die sehr geehrten Herren, uns mitzuhelfen bei der Lösung unserer schweren Aufgabe. Wir sind vor sehr schwierige Verhältnisse gestellt, und wenn wir auch unsere Pflicht mit größter Hingebung erfüllen, so sind wir doch darauf angewiesen, daß jeder einzelne Staatsbürger auch seine Pflicht tue. Sie, meine verehrten Herren, sind diejenigen, die vom Vertrauen des Volkes getragen sind. Sie können sehr viel durch Ihren Einfluß mithelfen, daß jeder seine Pflicht dem Staate gegenüber tue. *(Zwischenrufe.)* Wenn das geschieht, dann werden wir auch der schwierigen Verhältnisse Herr werden, die uns im heurigen Jahre beschieden sind. *(Beifall und Zwischenrufe.)*

**Präsident**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Korošec.

Abgeordneter Dr. **Korošec**: Hohes Haus! Es ist selbstverständlich, daß die Vertreter der verschiedenen Kronländer über die Verhältnisse in diesen Kronländern sprechen. Aber vom Ernährungsminister hätten wir erwartet, daß er uns auch die Verhältnisse im ganzen Reiche klarlegt, daß er uns ein anschauliches Bild gibt über die desolaten Verhältnisse, in denen wir jetzt leben. Wir haben aus seinem Munde nicht gehört, daß wir vor einer Katastrophe stehen, daß schon in den nächsten Monaten die Hungersnot an unsere Tore klopfen wird. Und doch wäre vielen Beschwerden gerade dadurch die Spitze abgebrochen, wenn er uns gesagt hätte, wie wir heuer mit der Erntestatistik stehen.

Was die heurige Ernte von Gerste und Hafer betrifft, so können diese beiden Produkte nicht zur Streckung des Brotmehls verwendet werden. Wir haben im heurigen Jahre nur 50.800 Waggons Gerste geerntet, während wir im vorigen Jahre 85.000 Waggons geerntet haben. Von Hafer haben wir heuer nur 76.000 Waggons geerntet, im vorigen Jahre 138.000 Waggons. Von diesen 50.800 Waggons Gerste sind 23.000 Waggons für Saatgut und für die Viehverfütterung bestimmt, verbleiben daher nur 27.800 Waggons. Diese 27.000 Waggons wurden für die Biererzeugung, für den Kaffee und anderen Bedarf bestimmt, für Brot aber bleibt nicht ein Korn Gerste. Von den 76.000 Waggons Hafer wurden 68.000 Waggons für die Zivilpferde bestimmt und dann noch für die militärischen Pferde 8200 Waggons; für Kindernahrung, Haferreis 300 Waggons.

Wir sind daher heuer in Österreich nur auf Roggen und Weizen angewiesen. Aber auch die Ernte vom Jahre 1917 war gegenüber der Ernte von 1916 viel schlechter. Wir haben nur 69.200 Waggons Weizen gegen 75.800 des Vorjahres und 119.000 Waggons Roggen gegen 127.600 Waggons geerntet. Wenn wir das Saatgut und die Viehfütterung abrechnen, und zwar beim Weizen 19.000 Waggons und beim Roggen 35.000 Waggons, so bleiben für den Konsum zusammen nur 123.000 Waggons. Nach den Vorschriften wären für die Selbstversorger 77.000 Waggons nötig; der tatsächliche Bedarf nach den vorjährigen Erfahrungen hat aber bei den Selbstversorgern nicht 77.000, sondern 100.000 Waggons ausgemacht, so daß uns also für die Nichtselbstversorger heuer nur eine Quote von 23.000 Waggons übrig bleibt.. *(Hört! Hört!)* 23.000 Waggons! Nachdem aber der ganze Bedarf für die Zivilbevölkerung 115.000 Waggons betragen hat, so haben wir heuer einen Abgang von rund 92.000 Waggons. Diesen Mangel haben wir teilweise durch die Einfuhr aus Rumänien ersetzt. Aber Seine Exzellenz der Herr Ernährungsminister hat uns schon gesagt, daß die Einfuhr bereits komplett ist; und es ist wahr, am 16. November ist der letzte Schlepper mit Teilen der Ernte aus Rumänien nach Österreich abgegangen.

Wir haben aus Rumänien bis 1. November 15.000 Waggons bekommen und es sind dann noch übrig geblieben 12.000 Waggons Weizen und 13.000 Waggons Mais, aber das alles für alle Zentralländer zusammen, so daß für uns nur noch bestimmt waren 5300 Waggons Weizen. Der Mais kommt erst im Frühjahre, so daß, wenn wir die Summe abrechnen, die wir aus Rumänien bekommen haben, noch immer ein Abgang von 67.000 Waggons bleibt. 67.000 Waggons und die ganze Anforderung der zivilen Bevölkerung beträgt 115.000 Waggons, also beinahe die Hälfte ist nicht da, und wir hätten vom Ernährungsminister doch erwartet, daß er uns nicht Phrasen vorbringe und daß er nicht jeden Moment sagt: ich werde nicht ermangeln, darauf einzugehen, sondern es wäre viel besser, uns zu sagen, wie er nicht ermangeln wird, uns vor der Hungersnot zu bewahren, und dem Volke hier nicht Floskeln vorzusetzen, sondern ihm klipp und klar zu sagen: die Situation ist ernst und wir müssen jetzt zusammen nach anderen Mitteln suchen, um eben

die Bevölkerung vor dem Ärgsten bewahren zu können.

Darum kann ich auch erklären, daß, solange wir wissen, daß wir eben für unsere Mitmenschen hergeben müssen, was wir geerntet haben, dies auch tun werden. Und wenn wir heute hier als Redner auftreten, so tun wir es deswegen, weil wir verlangen müssen, daß vor allem gleiches Recht gelte bei den Requisitionen, weil wir verlangen müssen, daß man genau die Vorschriften befolge und weil wir weiter auch verlangen, daß man gegenüber der Bevölkerung bei den Requisitionen anständig vorgehe. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Wir sagen, daß wir die gleiche Behandlung verlangen. Es wurden nun heuer militärische Requisitionen angeordnet in Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Oberösterreich. Steiermark war ursprünglich ausgenommen und da ist dann der Statthalter Graf Clary hergegangen und hat gebeten — ein fürsorglicher Statthalter —, daß auch in Steiermark die militärischen Requisitionen vorgenommen werden, aber nachdem Böhmen und andere Länder ebenfalls dazu bestimmt waren, daß dort militärisch requiriert werde, können wir uns schließlich dagegen nicht wehren.

Aber ich frage: Warum wird nur in einigen Ländern, warum wird nicht in allen militärisch requiriert? Denn, was die Begründung, die das Ministerium uns gegeben hat, betrifft, die mangelhafte Abgabe, so kann ja das das Ministerium bei seiner mangelnden Statistik nicht wissen. Das Ernährungsministerium hat es ja noch nicht so weit gebracht, um uns überhaupt in Österreich, während dieser zwei Jahre, die es besteht, eine Produktions- und eine Konsumstatistik aufzustellen; wir haben die noch immer nicht, wir tappen da noch immer im Finstern herum und der Herr Minister ermangelt nicht, auf verschiedene Wünsche einzugehen. Aber früher wird der Krieg aus und früher wird die Hungersnot eintreten, bevor er mit seinen Erhebungen fertig werden wird. *(Sehr richtig!)*

Die größten Beschwerden kommen jetzt aus dem Süden bezüglich der Requisition von Kartoffeln. Da sieht man eben die Fehler, welche das Ernährungsministerium gemacht hat oder was dasselbe unterlassen hat zu machen, weil es keine Statistik hat, werden auch die Requisitionen auf die unglaublichste Art vorgenommen.

Da kommen diese militärischen Requisitoren hin, sie haben einen Zettel und sagen: so und so viele Hektar hast du Kartoffeln gebaut, so und so viele Meterzentner müssen sie getragen haben, daher gibst du so und so viel ab; ob du etwas für deine Familie, für deine Arbeiter, für das Vieh, für das Saatgut hast, das geht mich gar nichts an. Seine Exzellenz hat gesagt: Gestern war eine Deputation aus Steiermark hier. Ja, es war eine Deputation hier. Man muß eben persönlich zu Seiner Exzellenz kommen, damit es etwas hilft.

Wir haben schon Interpellationen eingebracht, aber die liest man nicht. Das Volk muß in diesen Zeiten, wo man jede Kraft zu Hause braucht, wo die Leute noch so viele landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten haben, herkommen, damit Seine Exzellenz aus dem Schlafe aufwacht, und muß ihm sagen: dort geht es so zu. Wir, die wir hier das Volk vertreten, haben Interpellationen eingebracht, aber die lesen natürlich die Exzellenzen nicht.

Wie kopflos das Ernährungsministerium bei Heu und Stroh vorgegangen ist — und der Minister ist dafür verantwortlich —, will ich nur durch eine ganz kurze Bemerkung beweisen. Bei der ersten Requisition wurde vorgeschrieben, daß man heuer die Hälfte der vorjährigen Requisition wegnehmen soll. Ist das ein Schlüssel? Ist das ein Prinzip? Ist überhaupt Vernunft in einer solchen Verordnung, besonders heuer, wo die Dürre war und wo viele Landwirte nicht einmal die Hälfte der vorjährigen Ernte hereinbekommen haben? Aber natürlich, die Herren, die nie ein Heu, die nie ein Stroh gesehen haben, wie sie überhaupt nichts von der Landwirtschaft verstehen, aber gerade das wichtigste Ressort im Kriege zu verwalten haben, die geben so grundgescheite Verordnungen heraus, daß selbstverständlich nichts Gescheites dabei herauskommen kann.

Da mit den Futtermitteln so vorgegangen wird, haben wir in Steiermark einen schrecklichen Rückgang unserer Viehzucht zu verzeichnen. Im Jahre 1910 haben wir 836.000 Schweine gehabt, jetzt haben wir nur 650.000; die Kühe sind zurückgegangen von 293.000 auf 270.000 Stück, die Ochsen von 153.000 Stück auf 120.000 Stück, die Pferde von 62.000 auf 42.000 Stück. Besonders das Manko an Pferden und Schweinen ist in Untersteiermark groß, weil gerade im Süden Steiermarks diese beiden Tiergattungen gezüchtet werden.

In unseren Interpellationen haben wir auch den Mangel an Kleiderstoffen erwähnt. Wir haben keine Kleiderstoffe. Was jedoch unsere Bevölkerung betrifft, so klagt sie darüber, daß man ihnen die ganze Schafwolle wegnimmt. Wir haben in unseren Bergen eine sehr schöne Schafzucht und es wäre selbstverständlich, daß man dem Produzenten so viel Wolle läßt, als er für den eigenen Bedarf braucht. Das paßt natürlich den Zentralen nicht und der Minister, der ein Gefangener der Zentralen ist, der nichts gegen sie tut, will trotz aller Ermahnungen eben auch diese Sache nicht ordnen. Die Produzenten haben das Recht zu verlangen, daß sie das bekommen, was sie für den eigenen Bedarf brauchen, und daher verlangen wir, daß unseren Schafzüchtern die nötige Schafwolle gelassen wird. Unsere Bergbewohner machen sich aus der Schafwolle selbst die Kleider und ich glaube, daß in der jetzigen

Zeit dadurch ebenfalls viel Kleiderstoff in den verschiedenen Kaufläden für andere Bevölkerungsschichten erspart würde.

Bezüglich des Leders haben wir vorzubringen, daß die Landbevölkerung immer in bezug auf die Versorgung mit Leder schikaniert wird. Bei uns werden den Schweinen die Häute abgezogen und diese Schweinehäute dann dem Gerber zur Bearbeitung gegeben. Ich glaube, daß man das fördern soll, aber es geschieht gerade das Gegenteil. Sowohl diesen ländlichen Gerbern, welche diese Arbeiten verrichten, als auch den Häutebesitzern werden die größten Schikanen bereitet.

Auf alle diese Angelegenheiten, Ungerechtigkeiten und Härten, die man der untersteirischen slowenischen Bevölkerung jetzt auferlegt, haben wir unseren Statthalter, den Grafen Clary in zahllosen Briefen, mündlichen Berichterstattungen und auch hier in Interpellationen aufmerksam gemacht. Aber er ist gerade so wie unser Ernährungsminister: er „ermangelt ebenfalls nicht, Abhilfe zu schaffen"; das sagt er uns immer, legt dann den Zettel beiseite und läßt es beim „ermangeln" bewenden. Und so bleiben immer dieselben Mißstände bestehen. Deshalb haben wir auch das letztemal als Protest gegen diese Saumseligkeit unseres Statthalters den Exodus bei der Beratung der steirischen Abgeordneten gemacht und ich bitte, daß das auch in diesem Sinne hier ausgelegt werde.

Ich habe gesagt, man soll nicht nur für alle Gleichheit walten lassen, sondern man soll auch die Befolgung der Vorschriften gewissenhaft einhalten; dann ein drittes: man soll mit der Bevölkerung bei der Abnahme des Erntegutes nicht roh, sondern anständig sein. *(Zustimmung.)* Ich werde hier nur einige Fälle erwähnen. Wir haben zum Beispiel im Bezirke Rann einen Getreideabnahmekommissär — er heißt Jantscher, ich muß den Namen nennen, weil man sonst sagt, ich erzähle nur allgemeine Sachen — der hat der Frau Dimič aus Mostec gesagt: Wenn Sie die Kinder nicht ernähren können, so bringen Sie sie um! *(Hört! Hört!)* Das weiß der Herr Statthalter, das weiß jetzt auch der Herr Ernährungsminister, aber die Rohheiten werden weiter geübt. *(Abgeordneter Dr. Benkovič: Der Mann ist ausgezeichnet worden!)* Ja der Mann hat das Zivilkreuz III. Klasse für Kriegsverdienste bekommen. Ein weiteres Beispiel: In Marburg müssen die Bauern das Getreide von weit her in die Scherbaumsche Mühle führen. Der Getreideabnehmer ist ein gewisser Graf; ich will auch diesen Namen nennen. Da ist es jetzt geschehen, daß ein Bauer um 11 Uhr vormittags das Getreide hingeführt hat und der Herr Graf nicht dort war. Nachmittags um halb zwei Uhr hätte der Bauer kommen sollen, er hat sich ein bißchen verspätet und dann war es schon wieder zu spät und der Herr Graf war nicht mehr da. Der Herr Graf hat eben keine Zeit gehabt, das Getreide abzunehmen und darum müssen die Bauern stundenweit das Getreide hinführen.

Bei unseren Bezirkshauptmannschaften sind lauter Fremdlinge angestellt und diese verfahren gegen unser Volk so roh und rücksichtslos, daß wir es nicht mehr länger ertragen können. Wir rufen hier nach Abhilfe und sie wird uns nicht zuteil.

Die Kollegen aus Dalmatien haben mich noch gebeten, Seine Exzellenz darauf aufmerksam zu machen, daß für Dalmatien jetzt verschiedene Ernährungsartikel in Fiume bereitstehen. Dort mangelt es aber an Leuten und an Kohle für die Dampfer, so daß die Ware nicht abtransportiert werden kann und Dalmatien in den nächsten Tagen wieder vor einer Hungersnot steht.

Namens meiner Kollegen aus dem Görzischen habe ich Seine Exzellenz zu ersuchen, daß diejenigen Flüchtlinge, die jetzt wieder zurückkehren werden, auch ausgiebig approvisioniert werden mögen.

Ich habe schließlich noch einen Gegenstand zu besprechen, der eigentlich nicht zu Steiermark, aber doch in diese Debatte gehört. Wir bekommen in diesen Tagen zahllose Briefe und Telegramme aus Bosnien. In Bosnien ist die Approvisionierung noch viel schlechter als in Österreich und zwar deshalb, weil dort ebenfalls ein militärischer Herr an der Spitze steht, der vom wirtschaftlichen Leben nichts versteht. *(Zwischenrufe.)* In Bosnien haben wir das ganze Jahr eine Hungersnot; heuer gab es dort durch sieben Monate keinen Tropfen Regen, daher gibt es dort kein Gemüse, keine Kartoffel, die erste Ernte war ungemein schlecht und das Land Bosnien und die Hercegovina stehen schon jetzt in der Hungersnot. Herr Sarkotić war zwar hier und hat darauf aufmerksam gemacht, er hat aber ebenfalls nicht genug Energie, um Schritte einzuleiten, damit dem Lande schnell geholfen werde. Wir fürchten, daß es in Bosnien so zugehen wird, wie es im vorigen Jahre im Sandschak Novibazar zugegangen ist; dort sind im vorigen Wirtschaftsjahre — auch dort stehen Generäle an der Spitze der Ernährungswirtschaft — dort sind im vorigen Jahre 1600 Leute an Hunger gestorben. *(Hört! Hört!)* Wir können es zwar nicht bestimmt wissen, aber leider müssen wir es annehmen, daß es in Bosnien heuer nicht nur 1600, sondern viele viele Tausende sein werden, die an Hungersnot sterben dürften, falls nicht dem Lande bald Hilfe geschafft wird. Ich habe geschlossen. *(Lebhafter Beifall.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile dem nächsten Herrn Anfragesteller, dem Herrn Abgeordneten Kraus das Wort.

Abgeordneter **Kraus**: Hohes Haus! Die unzureichende Lebensmittelversorgung Deutschböhmens hat die deutschböhmischen Abgeordneten vor ungefähr 14 Tagen veranlaßt, an den Ministerpräsidenten, als den verantwortlichen Leiter der Regierung, eine Anfrage zu richten, in der auf diese schwierigen Ernährungsverhältnisse unseres Heimatlandes hingewiesen wurde. Eine Beantwortung dieser Anfrage ist bis heute nicht erfolgt und wir sehen uns daher veranlaßt, noch einmal, in letzter Stunde, unsere warnende Stimme zu erheben und von der Regierung keine Versprechungen zu fordern, sondern endlich einmal Taten, endlich einmal eine Lebensmittelversorgung, wie man sie der Bevölkerung anderer Länder nicht verwehrt, sondern ohne weiteres zugebilligt hat. Die ausführenden Organe der Lebensmittelversorgung bei der Statthalterei in Prag, besonders aber die Beamten der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt haben die Bevölkerung Deutschböhmens an den Rand des Verderbens gebracht. Nicht bloß daß die Lebensmittelversorgung vollständig unzureichend ist, hat die Statthalterei im Mai dieses Jahres die Bezirkshauptmannschaft Deutschgabel aufgefordert, die Kartoffeln, die bereits gesteckt waren, der Erde zu entnehmen und diese Kartoffeln wurden in den tschechischen Bezirk Semil abtransportiert. Die Folgen einer derartigen Maßnahme zeigten sich selbstverständlich, weil durch die Entnahme der Kartoffeln auch die Ernte in diesem Jahre zurückgeblieben ist und wir können von Glück reden, weil Gott sei Dank, die Ernte im Jahre 1917 doch besser geworden ist, wie ursprünglich erwartet werden konnte.

Ich möchte mit wenigen Worten auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Šubrt zurückkommen, der gestern unter anderem angeführt hat, daß Böhmen rund 70.000 Waggons Getreide aufgebracht hat und daß die Aufbringung dieses Getreides mit ungefähr 61 Prozent auf die Tschechen und mit 38·54 Prozent auf die Deutschen entfällt. Die Wahrheit der Behauptung, daß der tschechische Teil Böhmens mehr liefert als der deutsche, haben wir niemals bezweifelt, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, weil diese Auflieferung ungefähr dem Schlüssel der Bevölkerung entspricht.

Wir müssen in dieser Beziehung doch auch etwas weiter gehen, wir müssen die Produktionsverhältnisse Deutschböhmens in Betracht ziehen und da dürfen wir doch nicht vergessen, daß Deutschböhmen am Rande der Grenzgebirge liegt... *(Ruf: Daß in den Wäldern kein Korn wächst!)* gewiß... und daß wir im Erz- und Riesengebirge Höhenlagen von 800 bis 1100 Metern zu verzeichnen haben, daß infolgedessen die Ernte in vielen Jahren wegen des hereinbrechenden Schnees oder Frostes nicht geborgen werden kann. Das zeigt uns auch die Zusammenstellung der Statthalterei. Ich möchte bloß anführen, daß der Bezirk Asch gar nicht in der Lage ist, Weizen zu bauen, daß dieser große industrielle Bezirk 43 Waggons Roggen und keine Gerste baut, daß Joachimsthal lediglich 2 Waggons Weizen, 38 Waggons Roggen und 29 Waggons Gerste aufbringt; Neudek hat keinen Weizen, keine Gerste, nur 14 Waggons Roggen, Preßnitz einen einzigen Waggon Weizen abgeliefert, 19 Waggons Roggen und 2 Waggons Gerste; der Bezirk Warnsdorf 1 Waggon Weizen, 22 Waggons Roggen und keine Gerste; der Bezirk Kamnitz 1 Waggon Weizen, 22 Waggons Roggen und 1 Waggon Gerste, der Bezirk Weipert keinen Weizen, keine Gerste und nur 2 Waggons Roggen.

Aus diesen wenigen Ziffern ist zur Genüge zu ersehen, daß Deutschböhmen unbedingt nicht sich selbst ernähren und versorgen kann, sondern auf größere Zuschübe von außen angewiesen ist, die aber bisher unterblieben sind. Jetzt wiederholt sich das Trauerspiel des Vorjahres, daß aus den deutschen Bezirken jedes Körnchen Roggen ausgeführt wird, ohne daß wir dafür irgendeinen Ersatz in Weizen erhalten. Und wenn wir nach Prag kommen und selbst in Wien unseren Notschrei erheben — in Wien ist dasselbe —, dann verhallt dieser Notschrei in der tschechischen Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt und statt Brot gibt man uns Steine. *(Abgeordneter Hummer: Oder freche Briefe!)* Da möchte ich bloß erwähnen — es ist auch der Regierung bekannt —, daß einer Abordnung gegenüber ein tschechischer Beamter der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt erklärte, die Deutschen sollen Frieden schließen, dann werden sie auch mehr Mehl bekommen. *(Hört! Hört!)*

Die Folgen der Unterernährung, wie sie in Deutschböhmen — ohne Übertreibung sei es gesagt — tatsächlich schon vorhanden sind, haben sich bereits eingestellt. Eine bisher unbekannte Krankheit ist in Deutschböhmen ausgebrochen, das sogenannte Hungerödem, und hervorragende Ärzte, Mitglieder des Obersten Sanitätsrates, haben erst im Laufe der letzten Tage angeführt, daß in Asch 900 Fälle dieser Hungerkrankheit aufgetreten sind mit einer Sterblichkeit von 3 Prozent, in Graslitz 1500 Fälle mit einer Sterblichkeit von 8 bis 10 Prozent, in Haida infolge seiner ausgesprochen industriellen Bedeutung und der leichteren Hinneigung der Glasarbeiter zu einer derartigen Krankheit 1500 Fälle mit einer Sterblichkeit von 10 Prozent, in Rumburg 646 Fälle mit einer Sterblichkeit von 12 Prozent. Die Statthalterei in Prag gibt bereits Drucksorten heraus: „Hungerödemanzeigen".

Die Statthalterei weiß also, wie die Verhältnisse in Deutschböhmen stehen, sie verlangt von den Distriktsärzten, von den Amtsärzten die Anzeige derartiger Krankheiten, dieselbe Statthalterei aber,

sehr geehrte Herren, vermeidet es, dem Grundübel nachzugehen und eine bessere Lebensmittelversorgung Deutschböhmens in die Wege zu leiten. Die Verhältnisse sind deswegen für uns Deutschböhmen so schlecht und traurig geworden, weil wir in den früheren Jahren, in den Friedensjahren, unseren Bedarf auf der einen Seite in Jungbunzlau decken konnten — in Tausenden von Fällen wurde Gemüse in den deutschen Teil Böhmens geführt —, auf der anderen Seite waren wir aber in der Lage, unsere notwendigen Lebensmitteln aus dem benachbarten Sachsen zu beziehen. Beides ist nun weggefallen.

Durch die staatliche Bewirtschaftung bekommen wir von Jungbunzlau kein Gemüse mehr und infolge der Grenzsperre bekommen wir nicht mehr die Lebensmittel aus dem benachbarten Sachsen. Ich möchte erwähnen, daß Sachsen und Deutschböhmen ungefähr eine gleiche Zusammensetzung, eine gleiche industrielle Bedeutung aufweisen. Sachsen ist vielleicht noch etwas mehr industriell als Deutschböhmen und trotzdem kommen drüben über der Grenze die gegenwärtig epidemisch auftretenden Fälle dieser Hungerkrankheit nicht vor, aus dem einfachen Grunde, weil die Lebensmittelversorgung drüben, besonders was die staatlich bewirtschafteten Artikel anbelangt, eine tadellose und hinreichende ist. *(Abgeordneter Hummer: Dafür wird bei uns im Ernährungsbeirate viel geredet!)* Ja, aber nicht gehandelt.

Wenn ich von den billigen Lebensmitteln drüben gesprochen habe, so möchte ich noch anführen, daß Fleisch und Wurst im benachbarten Sachsen 2 Mark 60 Pfennig kosten, Erdäpfel 16 Pfennig — das entspricht ungefähr unserem Preise —, Kraut 16 Pfennig und Äpfel 60 Pfennig. Gemüse ist drüben in Hülle und Fülle vorhanden. Wir haben wohl auch in Böhmen annähernd gleiche Höchstpreise, aber mit der Aufstellung der Höchstpreise ist es unmöglich geworden, diese Waren überhaupt zu beziehen.

Wir haben bisher tauben Ohren gepredigt und wir, die Vertreter von Deutschböhmen, haben es nunmehr satt, in Böhmen als Staatsbürger zweiter Güte behandelt zu werden. *(So ist es!)*

Wir verlangen dasselbe Recht, welches die Regierung den Bewohnern des anderen Volksstammes gibt. Wenn es möglich ist, daß im tschechischen Teile Böhmens das Mehl ohne Mehlkarte, und zwar zu einem Preise von 5 K per Kilogramm zu haben ist, so muß doch so viel Mehl in diesem Teil des Landes aufgebracht werden können, daß der deutsche Teil Böhmens hinreichend Mehl bekommt.

Ich möchte mich gegen die Behauptung verwahren — die in der letzten Zeit aufgestellt wurde — die dahin geht, die deutschböhmische Bevölkerung könne sich nur mehr auf das Herrenhaus, auf die Mitglieder der zweiten gesetzgebenden Körperschaft verlassen; ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, daß gerade die Mitglieder dieses Hauses es waren, welche die Regierung bereits vor vielen Wochen aufmerksam machten, wie die Verhältnisse in Deutschböhmen liegen, und daß es Vertreter dieses Hauses waren, die von der Regierung eine entsprechende Änderung, eine Besserung in der Lebensmittelversorgung Deutschböhmens verlangten. *(Zwischenruf.)*

In den Jahren 1904 bis 1913, das sind die zehn Friedensjahre gewesen, die dem Kriege vorangingen, hat die durchschnittliche Getreideaufbringung in Böhmen 16·9 Meterzentner per Hektar bebauter Bodenfläche betragen und nun, während des Krieges, hat es sich herausgestellt, daß der Weizenanbau in Böhmen von 18·3 auf 5·01 Meterzentner zurückgegangen ist. Dieselben Verhälnisse finden wir beim Roggen, wo der Anbau von 16·3 auf 3·33 und bei der Gerste, wo der Anbau von 18·4 auf 7·76 Meterzentner zurückgegangen ist. Sieben deutsche Bezirke bauen, wie ich vorhin angeführt habe, überhaupt keinen Weizen, vier andere deutsche Bezirke bringen lediglich 5 Waggons auf, Friedland bringt 6 Waggons auf, Braunau 12, Ellbogen 5, Deutschgabel 5. Diese geringe Aufbringung dieses Edelproduktes ist darauf zurückzuführen, daß die klimatischen Verhältnisse den Anbau des Weizens nicht zulassen. Dagegen bringt der deutsche Bezirk Leitmeritz 266 Waggons auf, Mies 365 und Saaz, welches an dritter Stelle von allen Bezirken Böhmens steht, 441 Waggons. *(Abgeordneter Hummer: Ja, aber da nimmt man uns alles weg und wir haben dort trotzdem nichts!)* Gewiß.

Die gesamte Aufbringung an Weizen beträgt 12.189 Waggons, und wenn wir unsere Lebensmittelverhältnisse, unsere Zuschübe an Lebensmittel betrachten, so finden wir, daß seit Monaten überhaupt kein Weizenmehl der Bevölkerung Deutschböhmens gegeben wurde, und wenn Mehl gegeben wurde, so war es in einem Ausmaße von $^1/_8$ oder höchstens $^1/_4$ Kilogramm pro Kopf und Woche, während die gesetzliche Quote, die der Bevölkerung in anderen Ländern auch zugewiesen wird, $^1/_2$ Kilogramm beträgt.

Da müssen wir uns doch endlich die Frage vorlegen: Wo kommen denn die 12.000 Waggons Mehl hin, da die ganze Bevölkerung Deutschböhmens nicht das geringste Stäubchen davon bekommt?

Die Folgen davon zeigen sich in der erhöhten Sterblichkeit der alten Leute, die massenhaft dahingerafft werden, und in der großen Kindersterblichkeit. *(Lebhafte Zwischenrufe!)*

Dieselben Verhältnisse finden wir in jedem einzelnen Bezirk, in Tetschen ebenso wie in Böhmisch Kamnitz, und ich kann mich erinnern, daß im Bezirke Deutsch Gabel, der zum Teil eine mehr landwirtschaftliche Bedeutung hat, trotzdem die beiden Städte industriell sind, in den zwei Monaten September und Oktober ein einziges Kilogramm Mehl, und das schlechter Qualität, an die Bevölkerung abgegeben wurde, weil eben nicht mehr vorhanden war.

Es wird uns auch einmal interessieren — nachdem der Herr Minister für Volksernährung vorhin darauf hingewiesen hat, daß er Erhebungen in Prag einleiten und deren Ergebnis dem hohen Hause bekanntgeben werde — nach welchem Verteilungsschlüssel die Statthalterei in Prag eigentlich vorgeht. *(Abgeordneter Pacher: Er soll in Prag einige Enthebungen vornehmen bei den tschechischen Statthaltereiräten und bei den Bezirkshauptleuten!)* Es gibt da nur einen einzigen Weg: Jene Beamten der Statthalterei einfach ihres Amtes zu entheben, vor allem aber den tschechischen Referenten, welcher die Mehlversorgung durchzuführen hat. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

In den Jahren 1904 bis 1913 betrug, wie ich bereits erwähnt habe, der Durchschnitt der Getreideablieferung pro Hektar 16·9 Meterzentner. Es wird gerade nach den gestrigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Šubrt interessant sein zu erfahren, welche Bezirke in der Getreideablieferung an der Spitze stehen. *(Hört! Hört!)* Da finden wir beispielsweise, daß die drei deutschen Bezirke Saaz, Brüx und Eger 10·62 bis 11·21 Meterzentner abgeliefert haben, also ungefähr den Durchschnitt der Friedensjahre erreicht haben. *(Abgeordneter Dr. Herold: Trotzdem Brüx vor allem ein industrieller Bezirk ist!)* . . . und trotzdem ein großer Teil dieses Bezirkes obendrein unter den Schäden des Bergbaues, die nun einmal für die Landwirtschaft eintreten, ungemein leidet. *(Abgeordneter Dr. Herold: Dafür wird jetzt von Brüx das Getreide immer wieder wegdisponiert, nach Wittingau, nach Kladno, nach Rokitzan, und wir bekommen nichts! Jetzt ist die Ration auf ein Viertel Kilogramm gekürzt worden! Dafür, daß wir so ungeheure Opfer gebracht haben, wird das Getreide von uns wegdisponiert! — Anhaltende lebhafte Zwischenrufe. — Vizepräsident Tusar gibt das Glockenzeichen.)*

Verehrte Herren! Wenn die Lebensmittelverhältnisse derart ungünstige sind, so liegt das an dem passiven Verhalten vieler Organe der Prager Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, deren Beamte auf dringliche oder telegraphische Anfragen der deutschen Bezirke nicht einmal eine Antwort geben. *(Zwischenrufe.)*

An vierter Stelle in der Ablieferung — immer berechnet nach dem Hektar bebauter Bodenfläche — kommt erst ein tschechischer Bezirk Karolinenthal, dann ein deutscher Bezirk Podersam mit 8·73 Meterzentner, dann kommen zwei tschechische Bezirke: Laun mit 8·28 und Kolin mit 8·25 Meterzentner, dann kommen vier deutsche Bezirke: Bilin, Mies, Dauba und Ludit mit 7·79 bis 8·10 Meterzentner Ablieferung, dann kommt Kralup, dann wieder die deutschen Bezirke Kaaden, Schlan und Dux mit 7·54 bis 7·72, dann der tschechische Bezirk Brandeis mit 7·39, dann wieder drei deutsche Bezirke: Komotau, Friedland und Falkenau von 7·12 bis 7·22 Meterzentner Ablieferung, dann Raudnitz, tschechisch, mit 7·01, Bischofteinitz mit 6·96 und der deutsche Bezirk Deutsch Gabel mit 6·90 Meterzentner. Von diesen 22 Bezirken, die ich da angeführt habe, sind 15 Bezirke deutsch und lediglich 7 Bezirke tschechisch. *(Hört! Hört! — Zwischenrufe.)*

Vizepräsident **Tusar** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich mache den Herrn Redner aufmerksam, daß seine Redezeit abgelaufen ist.

Abgeordneter **Kraus**: Ich bin sofort fertig. — Dann kommt eine Reihe anderer Bezirke, dann der Bezirk Jungbunzlau, der eine gleiche Getreideablieferung hat, wie der Landgemeindebezirk Reichenberg *(Hört! Hört!)*, und dann kommt erst Mělnik und Nimburg. Die genannten drei tschechischen Bezirke sind nach allgemeiner Kenntnis in bezug auf landwirtschaftliche Bedeutung die allerbesten in Böhmen.

Ich muß nun leider schließen, aber ich möchte noch mit wenigen Worten die Bekleidungsfrage besprechen. In den Erzeugungsstätten Nordböhmens sind in den Gerbereien heute Hunderttausende Kilo Leder angehäuft. Dieses Leder wurde von den Übernahmskommissionen bereits vor 4 und 5 Wochen übernommen, es wartet heute noch auf seine Disponierung. *(Zwischenrufe.)* In den Erzeugungsstätten sind schon wiederum gleich große Mengen Leder fertig geworden, und es ist ganz unbegreiflich, daß über dieses Leder nicht disponiert wird. Nachdem die Heeresverwaltung hinreichend mit Leder versorgt ist, könnte dieses ganze Leder — es wird sicher eine halbe Million Kilogramm sein — dem Zivilbedarf zugeführt werden. *(Zwischenrufe.)* Gerade die Monate November und Dezember sind ja jene Monate, wo es vom ärztlichen Standpunkt aus, mit Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung, notwendig ist, daß die Bevölkerung mit gutem Schuhwerk versorgt werde, in diesen Monaten, wo infolge des Früheintrittes des Winters, der Nässe, des Regens und Schnees erfahrungsgemäß die meisten Krankheiten durch Verkühlung entstehen. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß es unbegreiflich erscheint, daß dieses Leder, welches beispielsweise in

Nordböhmen erzeugt wird, wo sich jeder Ledererzeuger bei der Erzeugung auf die klimatischen Verhältnisse in der Art und Weise eingerichtet hat, daß er entsprechend diesen Verhältnissen ein dauerhaftes, gutes Leder liefert, nicht in Nordböhmen verbraucht wird, sondern ausschließlich an die Verteilungsstelle in Prag kommt und daß uns nach Nordböhmen Schundzeug für die Bevölkerung geliefert wird, welches den Namen Leder gar nicht verdient. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Ich komme zum Schlusse, meine Herren! Ich möchte bloß die Regierung — nicht mehr ersuchen, das fällt uns nicht mehr ein —, sondern wir verlangen von der Regierung die Erfüllung ihrer Pflicht gegenüber dem deutschen Volke in Böhmen, *(lebhafte Zustimmung)* damit — ich will kein scharfes Wort gebrauchen, das mir auf der Zunge schwebt *(Zwischenruf: Nennen Sie es!)* — diese unerhörte Bewucherung und Begaunerung des deutschen Volkes einmal aufhöre und damit auch Deutschböhmen sein Recht werde, daß Deutschböhmen nicht in langer Zeit, sondern unmittelbar und hinreichend mit Lebensmitteln versorgt werde *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Petryckyj das Wort.

Abgeordneter **Petryckyj**: Hohes Haus! Wir haben die bereits verlesene Anfrage an die Regierung in Sachen der Approvisionierung Ostgaliziens gestellt und ich werde mir erlauben, diese Anfrage kurz zu begründen.

Bevor ich aber zum eigentlichen Thema übergehe, gestatten Sie mir, meine Herren, daß ich meinen Wahrnehmungen und Empfindungen hier Ausdruck gebe.

Ich war zwei volle Jahre und drei Monate hindurch in russischer Gefangenschaft *(Rufe: Hört! Hört!)*, und ich habe mir gedacht, ich befinde mich in der Danteschen Hölle. Ich war überzeugt, wäre der große Dichter jetzt auf der Welt, so hätte er sein epochales Werk mit einigen weiteren Kapiteln bereichert. Allein, meine hochverehrten Herren, alles das, was ich in der Gefangenschaft miterlebt und gesehen habe, erblaßt gegen dasjenige, was mein Heimatland seit dem Ausbruche des Krieges getroffen hat.

Hohes Haus! Ich werde das ganze Elend und den Jammer meines Volkes hier nicht schildern, denn wir werden hoffentlich noch Gelegenheit haben, den diesbezüglichen Faktoren eine Zusammenstellung aller ihrer Habet- und Debetposten vor Augen zu führen. Heute werde ich mir bloß erlauben, drei Hauptposten dieser famosen Kriegswirtschaft aus der „laufenden Rechnung" zur Sprache zu bringen, und diese Posten sind: 1. das Vorgehen des treuen Verbündeten, dessen Erscheinen so ungeduldig und mit voller Hoffnung erwartet wurde, der galizischen Bevölkerung gegenüber; 2. das Vorgehen unserer österreichischen Regierung in den wiedereroberten Gebieten Ostgaliziens und 3. die Evakuierungen.

Meine hochverehrten Herren! Es wäre verfehlt zu meinen, daß wir uns etwa darauf beschränken, über alle diese äußerst traurigen Dinge hier im vollen Hause zu sprechen. Gott behüte! Unser Klub ist seit Monaten unausgesetzt tätig, um das Übel auf dem Gebiete der sogenannten Kriegswirtschaft abzustellen und aus allen seinen diesbezüglichen Denkschriften, Vorstellungen und Gesuchen könnte eine ganze Literatur zusammengestellt werden. Aber alles umsonst! Als den besten Zeugen, wie schwer es ist, bei uns etwas im Interesse des Volkes — ich wiederhole des Volkes! — durchzusetzen, kann ich wohl mich selbst anführen. Denn, meine hochverehrten Herren, ich habe, seitdem ich aus Rußland zurück bin, im Interesse meines Wahlkreises alle möglichen Schritte bei den Behörden und den maßgebenden Faktoren unternommen, ich habe bei Seiner Exzellenz dem Herrn Kriegsminister vorgesprochen, zweimal bei den betreffenden Referenten interveniert, zweimal war ich vorstellig bei Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten, ferner war ich beim Armeeoberkommando in Baden und beim Herrn Ernährungsminister, ich habe mich an das Ministerium des Äußern und sogar an die deutsche Botschaft gewendet, schließlich habe ich an den Chef des Oberkommandos und an Seine Majestät den Kaiser depeschiert, aber die Abstellung der schrecklichen Zustände in meinen Bezirken habe ich bis jetzt nicht zu erzielen vermocht! *(Rufe: Hört! Hört!)*

Die Bevölkerung hat volle 3 Jahre auf Österreich gewartet, mit Sehnsucht erwartet und als ihre Erwartung in Erfüllung gegangen war, konnte sie nirgends die österreichische Regierung finden.

Man verspricht zwar überall, man versichert voll Wohlwollen, daß es den Ukrainern jetzt bestimmt besser gehen wird, und man ruft sogar zum Abschied: Hoch die Ukraine! In Wirklichkeit aber sind wir Parias des Staates geblieben, wie es vordem war. In Wirklichkeit vernachlässigt man uns und behandelt uns ärger als Verräter, Russophile und Gott weiß was.

Bezüglich des Russophilentums, Verräterei und Unverläßlichkeit werde ich Ihnen eine sehr pikante Sache vorbringen. Mein Neffe, Stephan Petryckyj, Student der Universität, Einjährig-Freiwilliger Ersatzreservist, wurde seitens der k. u. k. Gendarmerie der Spionage zugunsten Rußlands verleumdet. Als Beweis seiner Illoyalität wurde angeführt, daß sein Vater, der griechisch-katholische Geistliche Paul Petryckyj, und sein Vetter,

Reichsratsabgeordneter Michael Petryckyj, bekannte Russophile sind. Ich sollte sogar noch im Juli 1914 vor der Mobilisierung nach Rußland geflüchtet und mir dort von einem russischen Generalstabskommando eine hervorragende Stelle anvertraut worden sein, und zwar die Leitung eines Auskundschaftsbureaus gegen Österreich. Und der Vater des Verleumdeten sollte sich noch vor dem Kriege nach Brasilien geflüchtet haben, um die Folgen des Hochverratsprozesses zu vermeiden. Weiter hieß es, daß die ganze Familie russophil ist und in dieser Richtung eine rastlose Agitation entwickelt, wodurch sie dem Staate einen großen Schaden anrichtete, da sie einen bedeutenden Einfluß auf die Volksmasse hatte. Es war ein Glück des Verleumdeten, daß er dem Militärkriegsgerichte übergeben wurde, denn sonst wäre er ohne jede Verhandlung, wie es damals in so zahlreichen Fällen in Galizien passierte, hingerichtet worden.

Meine Herren! Ich, der verbissenste Gegner des Russophilentums, welcher Jahrzehnte in Wort und Schrift in meiner Wochenschrift diese Richtung bekämpft habe, ich, der die Anhänger des Russophilentums als Verräter, Janitschare, als zarische Henkershelfer gebrandmarkt habe, ich der seit Jahrzehnten für das engste Zusammengehen der Ukrainer mit den Deutschen in Wort und Schrift Propaganda machte, so daß die Polen mich beschuldigten, daß ich mit Mark bezahlt im Dienste der Deutschen sei, werde jetzt von den k. u. k. österreichischen Gendarmen als bekannter Russophile bezeichnet! Mein Bruder, der Vater des verleumdeten Neffen, konnte eben deswegen, weil er ein entschlossener Ukrainer war, 20 Jahre lang keine Pfründe bekommen, obgleich die Russophilen in zwei bis drei Jahren die besten Pfründen bekamen. Und ohne Hoffnung, irgend eine zu bekommen, sah er sich gezwungen, nach Brasilien zu übersiedeln. Mein älterer Bruder, Peter Petryckyj, konnte wegen seines Ukrainertums 16 Jahre lang keine Pfründe bekommen. Seine zwei Söhne dienen beim Militär, der ältere obligat und der jüngere, Roman, als Freiwilliger in der ukrainischen Legion. Und doch ist er ein „Verräter"! Der dritte Bruder, Iwan Petryckyj, hat wegen seines Ukrainertums erst nach 19 Jahren einen definitiven Posten als Lehrer bekommen und der hat auch seinen einzigen Sohn Eugen freiwillig zu der ukrainischen Legion geschickt. Und der ist bei Brzezany gefallen. Aber doch ist er als Russophiler und Verräter bezeichnet! Meine Schwester Michaline Lysyj hatte zwei Söhne, von denen der ältere, Dr. Wladimir Lysyj, obligat zum Militär eingerückt und der jüngere freiwillig in die ukrainische Legion eingetreten ist. Der ließ sich mit Tränen seiner Mutter-Witwe und seiner unmündigen Schwester, deren einzige Stütze er war, nicht aufhalten, und der wurde von Russen gefangen und zur Todesstrafe verurteilt. Aber immer wird meine Familie als Verräter und russophil bezeichnet. *(Abgeordneter Dr. Trylowskyj: Der Schwager Staruch ist noch in Rußland!)* Ja.

Und was am markantesten ist, der jüngere Bruder des verleumdeten Stephan Petryckyj, Alexander Petryckyj, hat sich am ersten Tage des Aufrufes der Nationalleitung freiwillig zu der ukrainischen Legion gemeldet; da er aber anfangs nicht aufgenommen wurde, so folgte er der Legion nach Ungarn und wartete dort so lange, bis er zur Legion aufgenommen wurde.

Ich meine, das sind viel zu viel Beweise, daß meine ganze Familie nicht nur loyal, sondern auch höchst patriotisch gesinnt ist.

Wir und meine ganze Nation, wir haben dem Staat in der Not nicht mit Versprechungen und leeren Worten abgespeist. Wir haben Gut und Blut Österreich in reichlichstem Ausmaß gegeben: Makiwka, Kozjwka, Brzezany und Kozowa, Karst und Isonzo, Monte San Gabriele sind, Allmächtiger Gott, unsere Zeugen!

Und was haben wir für diese unaussprechlichen unzählbaren Opfer? Leere Worte und Versprechungen, sonst gar nichts mehr, haben wir — Versprechungen, denen die Tatsachen widersprechen.

Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident hat mich mit seiner Zuschrift vom 5. Oktober versichert, er hat alles angeordnet, um der notleidenden Bevölkerung mit Kriegsbeiträgen und Evakuierungsbeiträgen zur Hilfe zu kommen. Und was ist geschehen?

Nach drei Jahren und drei Monaten haben manche von den Berechtigten, nicht alle, zu 100 K Kriegsbeitrag bekommen und die Evakuierten zu 20 K für die Familie, nicht pro Kopf, sondern für die ganze Familie. Das hat man in Österreich erwartet.

In der am 1. November stattgefundenen Plenarsitzung der ukrainischen landwirtschaftlichen Landesgenossenschaft „Silskyj Hospodar" in Lemberg erschien der galizische Statthalter Graf Huyn und versicherte die Versammelten in seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Begrüßungsrede, die Regierung anerkenne die hohe Bedeutung eines kräftigen Bauernstandes und werde alles daransetzen, um der Bauernschaft Ostgaliziens aus der schweren Not zu helfen und ihre wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Allein diese Versicherung des Landeschefs erwies sich als ein schönes Programm ohne Taten. Man speist uns mit leeren Worten und mit Versprechungen ab! Wir haben Beweise, schlagende Beweise dafür. Im Momente, wo unsere Bauernschaft sich in Verbänden und Genossenschaften zu einer wirksamen Selbsterhaltungsaktion organisiert,

sich zur Selbsthilfe emporrafft, findet sie die Regierung mit ihrer Unterstützung nicht. Im Gegenteil, anstatt Unterstützung finden wir eine Hemmung seitens der Regierung.

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der ukrainischen Bevölkerung in Galizien, insbesondere aber in den durch die heurige siegreiche Sommeroffensive der verbündeten Armeen wiedergewonnenen Bezirken Ostgaliziens, treibt offensichtlich einem katastrophalen Zusammenbruche zu und gestaltet sich zur Existenzfrage des ukrainischen Volkes überhaupt, welche ohne jeden weiteren Aufschub unbedingt positiv gelöst werden muß.

Unaufhörliche Requisitionen, Kriegsverwüstungen, Evakuierungen sowie alle übrigen Begleiterscheinungen und Folgen der Tatsache, daß Ostgalizien seit dem Kriegsausbruche einen der blutigsten Kriegsschauplätze bildet, haben große Landstriche Ostgaliziens dem Boden gleich gemacht und die landwirtschaftliche Produktion der von dem Kriege unmittelbar weniger betroffenen Gebiete derart vermindert, daß sie nicht imstande ist, sogar die zurückgebliebene Bevölkerung allein zu ernähren. Im ganzen wurde nämlich in Ostgalizien kaum die Hälfte der im Frieden angebauten Bodenfläche angebaut, so daß es absolut unmöglich ist, daß mit den darauf geernteten Bodenprodukten außer der zurückgebliebenen auch die massenhaft zurückflutende evakuierte Bevölkerung und die in diesem Gebiete dislozierten Truppen sowie die Armee im Felde ernährt werden können.

Diese Zustände finden gar keine Beachtung bei den kompetenten Militär- und Zivilbehörden, es wird im Gegenteil rücksichtslos weiter requiriert, einzelnen Bezirken und Gemeinden werden ohne Rücksicht darauf, daß sie außer der einheimischen Bevölkerung auch die auf ihrem Gebiete untergebrachten Tausende evakuierter Bevölkerung ernähren müssen, viel höhere Ablieferungskontingente an Getreideprodukten und Kartoffeln vorgeschrieben, als ihre ganze Ernte in diesen Produkten ergeben hat.

Das Ergebnis dieser unhaltbaren Zustände ist der Ausbruch der allgemeinen Hungersnot, welche in erster Linie die zurückgekehrte evakuierte Bevölkerung und dann die ganze Bevölkerung Ostgaliziens betrifft.

Die kompetenten Militär- und Zivilbehörden verhalten sich demgegenüber gänzlich passiv und überlassen die Bevölkerung ihrem schrecklichen Schicksal des Hungertodes.

Es wird der Bevölkerung, und in erster Linie den zurückgekehrten Evakuierten, keine Hilfe geleistet. Die Kriegsleistungen werden dieser Bevölkerung nicht liquidiert, die Familienunterstützungen werden den Familien der Eingerückten nicht ausgezahlt, die Notstandsaktion wird nicht durchgeführt, die Lebensmittel, Artikel des täglichen Bedarfes, Bekleidung und Beschuhung usw. werden dieser Bevölkerung nicht beigestellt. Überdies ruht vollkommen die Aktion der Beschaffung der Notunterkünfte für die Obdachlosen, ferner wird keine Vorsorge getroffen, daß die Bevölkerung zumindest den Frühjahrsanbau durchführen kann, so daß diese Bevölkerung sich auch für die Zukunft die Lebensmittel wird nicht beschaffen können.

Ungeachtet dieser im höchsten Grade katastrophalen Lage der Bevölkerung Ostgaliziens, wird alles, was für die Ernährung oder den täglichen Bedarf der Bevölkerung in Betracht kommt, aus Ostgalizien ausgeführt, sowohl im Wege des Schleichhandels, demgegenüber sich die Behörden passiv verhalten und den sie fördern, als auch im Wege des Aufkaufes durch die Militärpersonen und Versandes an ihre Familienangehörigen im Hinterlande und im Deutschen Reiche. Überdies requirieren die Armee im Felde und die hinter der Front in großer Masse angesammelten Etappentruppen und die dortselbst dislozierten Ersatzkörper des Heeres.

Demgegenüber kommt nach Ostgalizien gar nichts. Seit drei Monaten wurde der Bahnverkehr nach Ostgalizien militärischerseits sistiert, so daß jede Zufuhr von Bau- und Brennmaterialien, von Bedarfsartikeln, landwirtschaftlicher Maschinen und Geräten, von evakuiertem Vieh, Saatgut, Düngemitteln usw. unterbunden ist, und die Bevölkerung, welche sich für den Winter Gruben bauen muß, nicht einmal in der Lage ist, sich die Bretter zur Zudeckung dieser Gruben zu beschaffen.

An diesen Zuständen sind außer den Militärbehörden im eminentem Grade auch die Zivilbehörden schuld, weil dieselben die Bevölkerung nicht genügend in Schutz nehmen und überdies ihre Fürsorge in erster Linie nur Westgalizien und in Ostgalizien nur den Städten und dem Großgrundbesitzer widmen, obwohl die Bevölkerung dieser Städte und des Großgrundbesitzes nur einen Bruchteil der notleidenden ukrainischen Landbevölkerung ausmacht.

Die Schuld der Zivilbehörden an diesen Zuständen ist eine umso größere, als dieselben sich in der Durchführung der staatlichen Notstands-, Hilfs- und kriegswirtschaftlichen Aktionen der der ukrainischen Bevölkerung fremden Elemente, in erster Linie der Händler usw. bedienen, statt daß sie sich bei der Durchführung dieser Aktionen auf die ukrainischen landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen stützen, und sich ihrer als Durchführungs- und Verteilungsorgane bedienen würden.

Ungeachtet dessen, daß die ostgalizischen Dörfer von männlichen Arbeitskräften, welche sämtlich Kriegsdienste leisten, von Zugvieh und Nutzvieh gänzlich entblößt sind, wird die Dorfbevölkerung

ohne Rücksicht auf die Bestellung der eigenen Wirtschaften zu Arbeitsleistungen auf dem Großgrundbesitze um Friedenslohn gezwungen, obwohl der Sache der Vermehrung der Anbaufläche viel mehr gedient wäre, wenn den Dörfern, beziehungsweise den einzelnen Bauernfamilien eine entsprechende Anzahl Joch Äcker zur Eigenbebauung überlassen würde.

Angesichts der geschilderten Lage stellen wir an die k. k. Regierung die Anfrage:

„I. In Ostgalizien werden im Wege von Requisitionen oder eigenmächtig unter dem Vorwande von Requisitionen beinahe sämtliche Lebensmittel, insbesondere im sogenannten engeren Kriegsgebiete, weggeschafft, so daß die Bevölkerung die äußerste Not leidet. Es wird daher die Regierung gefragt: Womit wird es entschuldigt, daß nach Ostgalizien und in erster Linie in die zuletzt wiedereroberten Bezirke beinahe keine Lebensmittel gelangen, obwohl seit der Wiedereroberung dieser total ausgeraubten Gebiete bereits mehrere Monate verstrichen sind?

II. Auf welche Weise entschuldigt es die Regierung, daß trotz getroffener Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiete der Approvisionierung und der angeblichen Schwierigkeit der Versehung der Bevölkerung mit den notwendigsten Lebensmitteln durch die staatlichen Organe, die Engrossisten doch die Möglichkeit haben, im Wege des Schleichhandels ganze Waggons von Lebensmitteln an verschiedene Wucherer zu bringen, die dann im Klein- und Kettenhandel durch die Festsetzung unerschwinglicher Preise die ohnehin verarmte Bevölkerung aufs schamloseste ausbeuten?

III. Was gedenkt die Regierung zu tun, um Ostgalizien und vor allem die meist bedürftigen wiedereroberten Gebiete mit den notwendigsten Lebensmitteln ausgiebig und regelmäßig zu versehen und den schamlosen Treibereien der Schleichhändler ein Ende zu bereiten?"

Wir werden auf die Antwort warten — aber nicht lange. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem nächsten Anfragesteller, Herrn Abgeordneten Dr. Jerzabek.

Abgeordneter Dr. **Jerzabek:** Hohes Haus! Wir hatten zwar in dieser Session schon einigemale Gelegenheit, uns mit Ernährungsfragen zu befassen. Nichtsdestoweniger glaube ich aber, der heutigen Debatte eine besondere Bedeutung beimessen zu dürfen, nachdem ein Großteil der Anfragen, welche unserer Verhandlung zur Grundlage dienen, von Vertretern eines Landes gestellt worden ist, dessen Bevölkerung am allermeisten unter dem gegenwärtig herrschenden Lebensmittelmangel zu leiden hat. Ich will damit allerdings nicht behaupten, daß die Verhältnisse anderswo um vieles erträglicher oder geradezu glänzend seien. Im Gegenteil: Wir sehen an allen Ecken und Enden unseres Vaterlandes das scheußliche Gespenst des Hungers auftauchen, überall nehmen wir die Zeichen der Unterernährung und ihrer Folgen wahr und die Sanitätsberichte fast aller Bezirke diesseits der Leitha — die Herren jenseits dieses Flusses führen bekanntlich ein ganz anderes Leben — verzeichnen durchwegs eine erschreckende Abnahme der Geburten und eine geradezu unheimliche Zunahme der Todesfälle. So zum Beispiel brauchen Sie nur einen Blick auf die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu werfen. Diese Stadt hatte im Jahre 1914 noch einen Überschuß von 6503 Geburten über die Zahl der Todesfälle aufzuweisen, im Jahre 1915 dagegen schon eine Unterbilanz von 2222, im Jahre 1916 von 8271 Geburten und in den ersten neun Monaten dieses Jahres sind schon 14.002 Geburten weniger als Todesfälle zu verzeichnen. In den 33 Monaten des Krieges, über welche dieser Bericht den Nachweis führt, sind demgemäß in Wien um 24.495 Kinder weniger geboren worden. Bezüglich der anderen Großstädte zitiere ich nur ein einziges Beispiel, nämlich Triest. Da wurden im Jahre 1915 4222 Kinder geboren und 4963 Personen sind gestorben. Im Jahre 1916 wurden 1463 Kinder geboren und 4147 Personen sind gestorben. Die Todesfälle überwiegen demnach die Geburten um 2684.

Aber, wie gesagt, am krassesten zeigt sich dieses Mißverhältnis in Deutschböhmen. Wenn Sie zum Beispiel nur den Bezirk Gablonz betrachten, so sind in demselben im dritten Quartal dieses Jahres 123 Kinder geboren, dagegen 475 Personen gestorben; in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres sind insgesamt 440 Kinder geboren und 1389 Personen gestorben, es ist also die Zahl der Todesfälle um 949 größer als die der Geburten. Unter den Verstorbenen erscheint in 356 Fällen die Todesursache mit Tuberkulose angegeben, das sind 25 Prozent der gesamten Todesfälle.

Was nun die Verhältnisse jenes Bezirkes anbelangt, den zu vertreten ich die Ehre habe, so kann ich Ihnen den Bericht des Stadtarztes Dr. Formanek von Rumburg vorlesen, der folgendes ausweist *(liest)*:

„Die Sterblichkeitsverhältnisse waren, wie bekannt, vor dem Kriege ungemein günstige; betrugen

sie doch im Jahre 1913 14·7 Promille, im Jahre 1914 16·86 Promille. Im ersten Halbjahr 1917 dagegen wurden 128 Todesfälle gemeldet. Nimmt man die gegenwärtig nach so zahlreichen Einberufungen anwesende Bevölkerung auf 9000 Seelen an, sicher eher zu hoch als zu niedrig, so bedeutet das ein Sterblichkeitsverhältnis pro Jahr von 28·44 Promille."

Das ist also das Doppelte von dem, was im Frieden vorgekommen ist. Als Ursache der größeren Sterblichkeit wird im Berichte die Unterernährung angeführt, welche auch die große Zunahme der Tuberkuloseerkrankungen zur Folge hatte, die auch in Rumburg mehr als 25 Prozent der gesamten Todesfälle als Opfer gefordert haben.

Diese Tatsachen sind um so bedauerlicher, als sie auf solche Ursachen zurückgeführt werden müssen, die mit einigem guten Willen von seiten der Regierung leicht zu beseitigen gewesen wären und es sich hier doch um eine Bevölkerung handelt, die für ihre Kaisertreue und Loyalität schon wiederholt die schönsten und herrlichsten Proben abgelegt hat. Ich erinnere nur an die Heldenleistungen, welche die braven Deutschböhmen gerade in diesem Weltkriege vollbracht haben. Nicht weniger als 70.000 dieser Wackeren ruhen in serbischer Erde, ungezählte Tausende schlummern in den Schluchten der Karpathen den ewigen Schlaf, ebenso in Montenegro, wo bekanntlich, wenn es auch heute die Ungarn abstreiten wollen, sie den Lovcen erstürmt haben, und jetzt kämpfen sie wieder mit Todesmut gegen den welschen Feind, mit einem Worte, überall haben die Deutschböhmen ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Und unterdessen, während sie draußen bluten und ihr Leben für Kaiser und Reich lassen, läßt man in der Heimat ihre Familien, ihre Eltern, ihre Frauen und Kinder geradezu verhungern.

Ich habe erst vor einigen Tagen Telegramme aus Gemeinden meines Wahlbezirkes bekommen, worin mir gemeldet wird, daß es dort seit acht Tagen kein Mehl, kein Brot, keine Kartoffeln gibt. Ich frage Sie, meine Herren, wovon soll die Bevölkerung in dieser schweren Zeit leben, wenn ihr nicht einmal das Notwendigste an Nahrungsmitteln, nicht einmal das trockene Brot, gewährt wird?

Und betrachten wir weiters die Leistungen der Deutschböhmen im Hinterland. Obwohl sie von der Nahrungsmittelzufuhr manchmal so gut wie abgeschlossen sind, gehen sie trotzdem ihrer Arbeit willig nach. Sie wissen ja, was unsere Bergleute leisten, obwohl das heute nur Greise und schwächliche Individuen sind, nachdem die Kräftigen alle bei den Fahnen stehen. Sie fördern trotzdem einen großen Teil der Kohle zutage und leisten immerhin noch ein bedeutendes Quantum Arbeit. Wir sehen weiters Greise, Kinder und Frauen auf den Feldern arbeiten. Trotz der schlechten Ernährung müssen sie den kargen Boden, der gerade sehr viel Arbeit erfordert, das wenige abgewinnen, was er gibt, und sie tun es gern, weil sie wissen, daß ihre Pflicht es erheischt, während ihre Brüder und Söhne draußen kämpfen, hier im Hinterlande für deren Nahrung Sorge zu tragen. Aber auch die Leistungen in bezug auf die Kriegsanleihe und sonstige Zahlungen sind in diesem Lande geradezu großartig. So hat Deutschböhmen bei der VI. Kriegsanleihe allein 41·5 Millionen Kronen gezeichnet, das tschechische Böhmen nur 5 Millionen Kronen. *(Hört! Hört!)* Die deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften haben 156 Millionen gezeichnet, die tschechischen 12 Millionen. *(Hört! Hört!)* Und zum Dank dafür verweigert man ihnen den Bissen Brot!

Diese Verhältnisse sind um so empörender und rufen das Gefühl der Beschämung um so mehr wach, als Deutschböhmen zwischen Gebieten eingekeilt ist, wo die Lebensmittelversorgung bei weitem nicht so schlecht ist. Deutschböhmen grenzt zunächst an das reiche tschechische Böhmen. Allerdings haben gestern die Herren Redner dieser Nation ausgeführt, daß dort der Reichtum nicht so groß sei, als wir gewöhnlich anzunehmen pflegen. Kollege Šubrt hat statistische Daten vorgelegt, bei denen wir uns an den Kopf greifen und fragen müssen, ob denn das wirklich das reiche Böhmen sein kann, das auf einmal kaum so viel zu erzeugen vermag wie die Karstgebiete unten im Süden. Die Ausführungen dieses Herrn stellen übrigens nur eine Polemik dar gegen alles, was Abt Helmer im Herrenhause vorgebracht hat und was bekanntlich den Herren sehr gegen den Strich gegangen ist. Es hat auch nicht an höhnenden Zwischenrufen gefehlt, die sich insbesondere gegen die angeblich mangelnde Nächstenliebe des genannten Abtes gerichtet haben. Und es ist wirklich außerordentlich merkwürdig: sobald ein deutscher Priester sich seines Volkes annimmt, wird er der Lieblosigkeit und Unchristlichkeit geziehen; wenn aber die hochwürdigen Herren von jener Seite dort sich als die wütendsten Hussiten, als treue Nachfolger des blutdürstigen Prokop geberden, dann verlieren sie absolut nichts von ihrem Ansehen als Verkünder der Religion der Liebe. *(Zustimmung.)* Da wird tatsächlich mit zweierlei Maß gemessen und wir brauchen uns das wohl nicht gefallen zu lassen. Oder sollte diese ungleiche Behandlung damit zu erklären sein, daß wir es etwa mit einem Verzweiflungsausbruch eines unterdrückten, besiegten und unschuldig verfolgten Volkes zu tun haben, in welcher Pose sich diese Herren bekanntlich am besten gefallen, beziehungsweise in welcher Rolle sie ihr schauspielerisches Talent am herrlichsten zur Geltung bringen? *(Beifall und Händeklatschen.)*

Deutschböhmen grenzt aber auch an das Deutsche Reich, insbesondere an Sachsen. Allerdings ist dieses Land mit Lebensmitteln nicht reich versorgt, aber es ist sehr gut organisiert und infolgedessen erhält auch die Bevölkerung das, was sie zum Leben braucht. Nun gehen aber unsere Arbeiter hinüber in die sächsischen Fabriken und sehen, daß in diesem noch industriereicheren Lande als Böhmen die Leute zumindest genügend Brot bekommen, auch reichlich Gemüse, daß das Kartoffelquantum dreimal so hoch ist als bei uns, wie übrigens heute auch Seine Exzellenz der Herr Ernährungsminister hat zugeben müssen, während bei uns so traurige Verhältnisse herrschen. Dieser Vergleich kann dann allerdings bei diesen Leuten das Bewußtsein, ein Österreicher zu sein, nicht gerade mit Stolz erfüllen und es ist dies um so bedauerlicher, nachdem ja auch bei uns vieles anders sein und zumindest dieselbe Ordnung in das Wirtschaftsleben hineingebracht werden könnte, wie sie in Deutschland besteht, wenn nur der richtige Wille vorhanden wäre. Auch muß es unseren Zorn herausfordern, wenn wir bemerken müssen, daß es gerade das arische, das christliche Volk ist, das am meisten unter den Approvisionierungsschwierigkeiten zu leiden hat. Betrachten Sie einmal den Ernährungszustand der Personen, die aus dem Ergänzungsbezirke Jerusalem zu uns hereinkommen. *(Heiterkeit.)* Da werden Sie eine derartige Abmagerung nicht vorfinden, jene Fälle ausgenommen, wo die betreffenden Herren erst zur Musterung kommen. In diesem Falle machen sie allerdings eine entsprechende Kur durch, um nicht den Kräftezustand aufzuweisen, der notwendig ist, um eben bei der Musterung behalten zu werden.

Es wird übrigens auch in dem ärztlichen Berichte von Rumburg, den ich teilweise zur Verlesung gebracht habe, ausdrücklich bemerkt, daß die galizischen Flüchtlinge — und zwar handelt es sich hier durchwegs um polnische Juden — sich in gesundheitlich viel günstigeren Verhältnissen befanden. Es sind im ganzen Rumburger Bezirke gegen 200 jüdische Flüchtlinge interniert gewesen und unter diesen ist dort während der ganzen Zeit nicht ein einziger Todesfall vorgekommen. Auch hat man bei ihnen keine solchen Ernährungsstörungen beobachtet, wie sie bei der christlichen Bevölkerung gewissermaßen die Regel gebildet haben.

Das sieht aber die Bevölkerung, und da wundert man sich dann in gewissen Blättern, wenn der Antisemitismus solche Fortschritte macht. Es liegt ja weniger daran, wenn diese Leute in der Regel nicht arbeiten wollen, wenn sie spazieren gehen, während andere schwere Feldarbeit leisten und wenn sie einfach die Unterhaltsbeiträge einstreichen, die bekanntlich in so reichem Ausmaß ohne Rücksicht auf einen Nebenerwerb ihnen ausgefolgt werden. Aber sie erweisen sich nicht bloß als Müßiggänger, sondern als direkte Schädlinge. Jedermann weiß ja, was von den Flüchtlingen schon bezüglich der Hamsterei geleistet worden ist, und zwar darf man da nicht bloß an die großen Hamster, an die Banken und großen Gesellschaften denken und was bei all diesen gefunden worden ist. Da wurde zum Beispiel unlängst eine Razzia in Budapest durchgeführt, über die ein Blatt, das durchaus nicht als antisemitisch bezeichnet werden darf, nämlich der „Az Est", einen Bericht bringt, wonach bei der Handelsaktiengesellschaft „Commercia" 2½ Waggons Kartoffelmehl und Schokolade, bei Max Grünhut 8 Waggon Kerzen, ferner Marmelade und 3 Waggons kondensierte Milch, bei der Kolonialwarenimportfirma Rudolf Forbath & Komp große Mengen Kakao und Erbsen, bei Emanuel Kriesshaber 15 Waggon Rüben und 10 Waggon Kraut, bei Dabiron Freres 60 Meterzentner Gansleberkonserven, bei Emanuel Klopfer 156 Kisten Schokolade, 11 Kisten Sardinen und 37 Kisten Zünder und 85 Kisten Marmelade gefunden und beschlagnahmt worden sind. In dieser Reihenfolge wird noch eine Anzahl wohlklingender Namen angeführt.

Der Herr Ernährungsminister hat uns allerdings heute versprochen, daß die Wucherämter in dieser Hinsicht ihres Amtes streng walten werden. Aber ich habe kein rechtes Vertrauen zu derartigen Zusicherungen der Regierung. Wenn das der Fall wäre, so hätte man schon längst Gelegenheit gehabt, größere Lager von Lebensmitteln, die bisher von diesen Leuten versteckt worden sind, aufzufinden. Denn schon die Einzelnen dieser Flüchtlinge vermögen unheimlich zu hamstern. Da liegt zum Beispiel aus Brüx eine Nachricht vor, und zwar von der „Brüxer Zeitung", einem fortschrittlichen Organ, welches demnach ebenfalls von jedem Verdachte des Antisemitismus vollständig freigesprochen werden muß, und dieses Blatt schreibt *(liest)*:

„Es war schon seit langer Zeit bekannt, daß die jüdischen Flüchtlinge aus Galizien große Mengen von Bedarfsartikeln, insbesondere Lebensmittel, aufkauften und damit einen schwunghaften Kettenhandel trieben. Was davon nur irgendwie zu bekommen war, errafften sie auf allen möglichen Schleichwegen und die Mittel, deren sie sich bei ihren Geschäften bedienten, zeugten von der skrupellosen Gewinnsucht und Habgier dieser Händler, welche die ungeheuere Preissteigerung, unter der jetzt jedermann seufzt, mitverschuldet haben. Nun die jüdischen Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren sollen, haben sie ihre Anstrengungen zur „Erfassung" aller Bedarfsgegenstände verdoppelt, und es gibt wahrlich nichts mehr, was von ihrem Zugreifen sicher wäre. Alle diese Gegenstände, die man jetzt so schwer entbehren muß und nicht einmal zu den höchsten Preisen bekommen kann, befinden

sich in dem Reisegepäck der heimkehrenden Flüchtlinge. Es war ein Gebot kluger Voraussicht, daß unsere Sicherheitsbehörden dieses Gepäck nicht ungesehen abgehen ließen, sondern einer gründlichen Untersuchung unterzogen. Was dabei gefunden wurde, spottet einfach jeder Beschreibung und muß bei jedermann Zorn und Entrüstung erregen. So hat die Brüxer Gendarmerie bei einem Flüchtling namens Schächter — das ist sicherlich kein Pole, kein arischer Galizianer — der vor der Abreise aus Brüx nach Galizien stand, folgende Gegenstände gefunden: Neue Schuhe, Anzüge und sonstige Bekleidungsgegenstände, ein größeres Quantum Getreide, Seife, Zuckerwaren, Tee, Zichorie, Streichhölzer, Blechgeschirr, Emailgeschirr und vieles andere. Wenn man bedenkt daß schon bei einem einzigen Flüchtling so viel gefunden wurde, so kann man sich leicht ausmalen, welch gewaltige Mengen auf diese sträfliche Weise verschleppt worden sind."

Sie sehen also, meine Herren, es herrscht bei uns ein ganz eigenartiges System. Man bevorzugt Nationen, die man erst durch Androhung der schärfsten Strafmittel dazu bringen kann, daß sie sich ihrer staatsbürgerlichen Pflichten bewußt werden — hernach spielen sie bei uns eine große Rolle — man bevorzugt weiters Anhänger einer Konfession und Angehörige einer Rasse, von denen man im vorhinein weiß, daß sie unter den anderen nur großen Schaden anrichten. In der Bevölkerung hört man jetzt die Befürchtung äußern, daß, wenn wir in Italien so viele Gefangene machen — deren Zahl soll ja schon auf 300.000 gestiegen sein — dies schreckliche Konsequenzen nach sich ziehen werde, weil wir mit der Ernährung nicht werden nachkommen können. Aber ich glaube, das braucht uns keine Besorgnisse zu erregen, wir haben nur zu trachten, daß wir einmal die jüdischen Flüchtlinge wieder von hier wegbringen. In dem Momente, wo das geschehen ist, wird auch die Nahrungsmittelnot bei uns ein Ende finden. Es ist auch meiner Ansicht nach kein Zufall, daß zur Zeit, als die Bukowina von den Russen besetzt war, bis zum Frühjahr 1915 dort verhältnismäßig viele Lebensmittel vorhanden und auch die Preise sehr niedrige waren. Im Oktober 1915, als die Russen bereits vertrieben waren, sind die Preise auf das Fünffache hinaufgeschraubt worden. Wer da keinen Zusammenhang finden will mit der Rückkehr der Juden, dem ist allerdings die Schädlichkeit jener Leute schwer begreiflich zu machen.

Sehr verehrte Herren! Ich will Ihre Geduld nicht länger in Anspruch nehmen und zum Schlusse nur noch eines sagen: Wir brauchen in Österreich vor allem die gleiche Ordnung wie draußen im Deutschen Reiche. Auch muß jeder Staatsbürger zur Leistung für die Allgemeinheit herangezogen werden. Es darf keine bevorzugten Nationen und keine bevorzugten Rassen geben, jeder hat das Gleiche an Nahrung zu erhalten, es hat aber auch jeder das Gleiche an Arbeit beizutragen und es darf nicht vorkommen, daß ein Gebiet, wie Deutschböhmen, monatelang ohne Nahrungsmittel bleibt, während andere im Überfluß prassen. Wir richten daher zum letztenmal an die Regierung den Appell, in dieser Hinsicht Ordnung zu machen und die Notrufe, die aus Deutschböhmen erschallen, nicht ungehört verhallen zu lassen. Unsere Geduld ist zu Ende, wir sind auch nicht mehr imstande, einen Verzweiflungsausbruch zu verhüten und kommt es zu einem solchen, dann wehe denen, welche die Verantwortung zu tragen haben! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem nächsten Herrn Anfragesteller, dem Herrn Abgeordneten Jarc das Wort.

Abgeordneter **Jarc:** Hohes Haus! Ich halte es vorerst für notwendig, mich gegen den Mißbrauch eines Schlagwortes zu wenden, welches in diesem Kriege bei Requisitionen sehr oft gebraucht wurde, gegen den Mißbrauch des Schlagwortes „Patriotismus". Wenn bei uns eine militärische Truppe nicht schnell genug Heu, Kartoffel, Pferde zum Einspannen usw. bekam, sofort war der Offizier mit dem Vorwurf da, die Bevölkerung sei nicht patriotisch gesinnt. Wenn ein Bezirkshauptmann ungeschickterweise oder weil er über den Zustand seiner Bezirkshauptmannschaft nicht informiert war, das vorgeschriebene Kontingent an requiriertem Gut nicht gleich und hinreichend aufbrachte, so erhob er gegen die Bevölkerung sofort den Vorwurf, sie sei nicht staatstreu, nicht patriotisch gesinnt. Und auch die Regierung verschanzt sich oft hinter dieses Wort, erhebt Vorwürfe gegen einzelne Gebiete, nur um ihre Schwäche Ungarn gegenüber zu verbergen.

Meine Herren! Wenn man will, daß unter der Bevölkerung wahrer Patriotismus herrsche, so ist die Voraussetzung dazu, daß in diesem Staate — ich meine Österreich und Ungarn — auch Ordnung herrsche, daß beide Reichshälften das aufbringen, was man von ihnen gerechterweise verlangen kann. Das ist heute aber nicht der Fall. Und deswegen wende ich mich mit aller Schärfe gegen den Mißbrauch, der bisher mit dem Worte „Patriotismus" getrieben wurde. *(Sehr richtig!)*

Meine Herren! Man predigt uns das Durchhalten. Ja, faßt man die Sache überhaupt ernst auf? Wieso wäre es dann möglich, daß für die ungarische Delegation die schwerste Sorge darin besteht, wie sie in Wien verpflegt werden soll und welcher Hotelier die Küche für die ungarische Delegation übernehmen soll; bei uns aber muß das Volk darben und hungern und vor Hunger sterben.

Es gilt also das Durchhalten nur für Österreich und nicht auch für Ungarn. Oder ein anderes Beispiel. Gilt das Durchhalten nur für die Volksmassen, für die oberen Zehntausend, für die hohen staatlichen Funktionäre, für die Minister nicht? Unlängst ereignete sich folgender Fall auf dem Marburger Bahnhof: Der höchste staatliche Funktionär von Österreich und der gemeinsame Minister des Auswärtigen fuhren in je einem Salonwagen, jeder hatte seinen Salonwagen für sich; ein Zivilwaggon aber, voll gesteckt mit Zivilpersonen, wird abgekoppelt, weil der Zug zu viel belastet ist. So schaut das Durchhalten der Volksmassen und das Durchhalten der Minister in Österreich aus!

Ich erlaube mir nun einige Worte zu dem Gegenstande selbst. Das ganze Chaos, in dem sich unsere öffentliche Wirtschaft befindet, beleuchten einige amtliche Ziffern aus Krain. Aus der Ernte 1916 hat dieses kleine Land an Heu und Stroh bis zum 30. Juni das ganze vorgeschriebene Quantum von 116.000 Meterzentner Heu abgeliefert. *(Hört!)* Salzburg zum Beispiel hat 150.000 Meterzentner vorgeschrieben gehabt, aber bis zu diesem Zeitpunkt nur 40.000 Meterzentner abgeliefert. Und wie ist heuer die Situation gewesen? Bis 13. Oktober 1917 hat Krain gegen 116.000 Meterzentner im Vorjahr, heuer 180.000 Meterzentner Heu abgeliefert, während zu derselben Zeit Böhmen nur 54.000 und Niederösterreich nur 17.000 Meterzentner abgeliefert hat. *(Hört! Hört!)* Ich glaube ja, daß sich die Vertreter aller Kronländer mit Recht beklagen, daß die Requisitionen zu scharf sind, aber eines können wir doch auch in Krain und in Südsteiermark verlangen, daß alle Länder in gleicher Weise behandelt werden.

Ich erlaube mir, an den Herrn Minister die Frage zu richten und ich bin überzeugt, er wird sie nicht beantworten, denn das ist wahrscheinlich ein militärisches Geheimnis und würde die Annahme des Ausgleichsprovisoriums vielleicht erschweren, welches Quantum an Heu, Stroh, Vieh, Kartoffeln hat Ungarn geliefert? Ich habe in der gemeinsamen Kommission diese Frage wiederholt gestellt, habe aber bisher keine Antwort bekommen. Die Ziffern sind bekannt, man will sie aber nicht sagen, weil sie zu erschreckend sind. Was ist die Folge dieser massenhaften Requirierungen? Die Herren dürfen nicht vergessen, daß Krain das unmittelbare Hinterland bei der Isonzo-Offensive war und daß die Marschformationen einzelne Bauern ganz ausgeplündert haben. Es sind mir aus dem Salzachtale sehr viele solche Fälle bekannt. Was ist nun die Folge? Daß die Viehzucht, für die unser Kronland und unsere Organisationen jahrelang angestrengt gearbeitet haben, heute sozusagen vernichtet ist.

Wer trägt nun die Schuld daran? Die Schuld daran trägt unsere militärische Mißwirtschaft, die auch heute noch Tausende Waggons kostbaren Heus ohne Bedachung im Regen stehen läßt und sie der Fäulnis preisgibt. Schuld daran ist unsere schwache Regierung, die nicht den Mut aufbringt, mit Ungarn ein ernstes Wort zu reden. Es ist ja sogar möglich, meine Herren, wenn wir unsere Angriffe gegen Ungarn fortsetzen, daß, wie es gestern der ungarische Ministerpräsident Wekerle im ungarischen Reichstag versprochen hat, Herr Schauer, der für alles zu haben ist ... *(Abgeordneter Volkert: Für alles nicht, für das Gute nie!)* Nur für böse Streiche, das ist richtig ... einen neuen Paragraphen ausklügelt, wonach er auch solche Behauptungen, wie ich sie aufgestellt habe, daß Ungarn seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, in Hinkunft strafgesetzlich verfolgen wird.

Wie mit den Futtermitteln, so steht es auch mit der menschlichen Ernährung. Man will bei der Getreideaufbringung, wie wir heute gehört haben, militärische Patrouillen — obwohl ohne Gewehr, aber Militär ist Militär, das wissen wir ja schon — verwenden. Ich sage, das ist alles umsonst. Wir sind uns bewußt, daß wir trotzdem nicht durchhalten können, wenn Ungarn nicht das leistet, was es schon im Frieden geleistet hat. Schon im Frieden — das zeigt die Statistik — hat es in Österreich kein einziges Kronland gegeben, das selbst genug Brotfrucht produziert hätte. Wenn wir die jetzige Schwerarbeiterquote zugrunde legen, so waren die einzigen Kronländer, welche genug produziert haben, Oberösterreich, Böhmen und Mähren, alle anderen Länder haben zu wenig produziert. Und wenn wir einen Durchschnitt nach Abzug des Saatgutes von 16 Millionen Meterzentner Weizen annehmen, so haben wir das gleiche Quantum jedes Jahr aus Ungarn bezogen. Der Herr Ernährungsminister hat uns gesagt, Ungarn habe die Verköstigung der Armee mit Brotgetreide übernommen. Was ist das aber? Rechnen wir für unsere Reichshälfte reichlich drei, vier Millionen Mann und nehmen wir die große Quote von 150 Kilogramm pro Mann an, so kommen auf eine Million Mann 15.000 Waggons, auf drei Millionen Mann 45.000 und auf vier Millionen Mann 60.000 Waggons. Wo sind aber die übrigen 140.000 Waggons, welche Ungarn jedes Jahr an Österreich geliefert hat? Wir wissen, wo sie sind: In Deutschland zur Verbesserung der Valuta und in den Mästereien Ungarns, damit uns Ungarn teuren Speck und teures Fett liefert. So schaut die Situation kritisch beleuchtet aus!

Dazu muß sich der Bauer — abgesehen von Requisitionen — noch allerlei Schikanen durch Verordnungen gefallen lassen. Wir haben heuer unter einer schrecklichen Dürre gelitten, der Bauer konnte den ganzen Sommer hindurch kein Getreide in die Mühle

geben. Endlich, im Spätherbst, kam der Regen und da waren schon alle früheren Mahlkarten ungültig, denn bei uns bekommt man die Mahlkarte nur auf drei Monate. Das Getreide häufte sich in den Mühlen, denn es war nicht gestattet, kleine Quantitäten in die Mühle zu tragen, sondern es mußte das Ganze auf einmal abgegeben werden. Bedenken Sie auch, wie viel Wege der Bauer bei uns machen mußte, um die Mahlkarte zu bekommen. Er mußte zuerst zur Gemeinde, dann zur Bezirkshauptmannschaft; dann noch einmal zur Bezirkshauptmannschaft, um die Mahlkarte wieder zurückzugeben und eine neue dafür zu bekommen — lauter Zeitverlust. Die ganze Ernteestatistik, die viel — über zehn Millionen — gekostet hat, war eigentlich ein Schlag ins Wasser. Das hat der Herr Minister heute ohne weiteres zugegeben. Nach drei Jahren wissen wir heute noch nicht, wie wir eigentlich unsere Vorräte aufnehmen sollen; wir schwanken von Methode zu Methode, ohne jeglichen Erfolg.

Bei den jetzigen Requisitionen habe ich die Furcht, daß das Saatgut dem Bauer wieder weggenommen wird und daß der Bauer im Frühjahr das notwendige Saatgut nicht bekommen wird. Ich weiß das aus eigener Erfahrung. Ich habe um Saatgut angesucht und es erst Ende Oktober, respektive anfangs November bekommen, wo eine Aussaat nicht mehr möglich war. So fördert man bei uns durch verfehlte Verordnungen die Ernährung und die Produktion!

Ich komme nunmehr auf die Kartoffelversorgung Krains zu sprechen. Krain wurde verhalten, 400 Waggons Kartoffeln für die Isonzo-Armee beizustellen. Bei guter Ernte erntet Krain so viel Kartoffeln, als es für den eigenen Bedarf nötig hat. Nun hat die Heeresverwaltung versprochen, etwas zurückzugeben. Man weiß schon, was diese Versprechungen wert sind. Im vorigen Jahre hat man die Saatkartoffeln weggenommen und dabei versprochen, im Frühjahr die Kartoffeln wieder zurückzugeben. Es war aber nichts damit und die Folge war wiederum ein Rückgang der Produktion.

Krain ist in diesem Kriege, wie ich schon erwähnte, arg hergenommen worden. Wie die Heuschrecken haben sich die militärischen Formationen über das Land ausgebreitet, insbesondere über Oberkrain. Das Eßbare wurde genommen oder gestohlen oder auch requiriert, und oft ist es vorgekommen, daß die Bauern, die gesehen haben, wie schlecht unser Militär im Vergleich zum deutschen verpflegt wird, dem Militär freiwillig Lebensmittel gegeben haben, damit die Leute nicht verhungern. Die Folge davon ist ein schrecklicher Mangel an allem Eßbaren. Der Bauer hat das Letzte hergegeben. Man will von ihm aber noch mehr, viel mehr als er überhaupt hat. Ich muß leider gestehen, daß ich bei der Regierung, speziell beim Ernährungsminister, sehr wenig Verständnis für die Landwirtschaft finde. Ich zweifle überhaupt, ob Seine Exzellenz je eine Bauernstube betreten oder ob er sich je überzeugt hat, wie einfach, wie primitiv heute unser Bauer lebt. Er kann kein Fleisch bekommen, trotzdem wir heute mehr schlachten müssen und unser Viehstand reduziert werden muß; für die Greise, für die Kinder, für die Arbeiter *(Abgeordneter Hladnik: Für die Kranken!)* und auch für die Kranken ist kein Fleisch aufzutreiben. Ich habe Hausschlachtungen angeregt und gesagt, es sollen Hausschlachtungen gestattet werden. Nein, der Zentrale in Laibach zuliebe, die den ganzen Profit selbst zusammenscharren will, werden keine Hausschlachtungen gestattet. Es wurden auch alle Schweine requiriert usw. Zucker, Petroleum sind für den Bauern bei uns schon lange unbekannte Artikel, ebenso Leder. Und jetzt sollen den Bauern auch noch die Urlaube gekürzt werden. Wie ich höre, steht das Landesverteidigungsministerium, respektive das Enthebungsamt auf dem Standpunkt, daß den Bauern der Urlaub nur bis zum 30. November verlängert werden solle und daß dann alle einrücken müssen. Das wäre wieder ein weiterer Schlag für die Produktion. Die Situation des Bauern ist heute so, daß er mit „Faust" sagen möchte: Es möchte kein Hund so länger leben!

Ich möchte weiter noch eine Frage an den Herrn Ernährungsminister richten: Was hat die Regierung getan, um die landwirtschaftliche Beute in Italien sicherzustellen? Heute kann man schon zu horrenden Preisen Reis aus Oberitalien, Öl und alle diese Artikel, die dort erbeutet wurden, in Wien, natürlich im Wege des Kettenhandels, auftreiben. Ich fordere die Regierung auf, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß die Aufbringung und Verwendung dieser Nahrungsmittel aus Oberitalien entsprechend geschehe. Ich glaube, wir sind uns noch immer zu wenig bewußt, daß die ganze Ernährungssituation sehr kritisch ist. Die Regierung ist auf dem Holzwege, wenn sie glaubt, sie werde durch das Gendarmeriesystem die Wirtschaft der Zentralen weiter aufrecht erhalten können. Sie ist auf dem Holzwege, wenn sie glaubt, sie werde die Produktion heben, wenn die bäuerliche Produktion durch Finanzorgane beaufsichtigt wird, wie sie das jetzt bei der Weinsteuer plant. Es gibt, meine Herren, aus der jetzigen kritischen Situation nur einen Ausweg: Entweder hat man den Mut, die Ungarn zu zwingen, daß sie das hergeben, wozu sie verpflichtet sind, oder man hat den Mut, einen baldigen Frieden zu schließen. *(Zwischenrufe.)* Sieghart sagt in seinem bekannten Buche: „An die Spaltung daheim, ist die Niederlage draußen gesetzt." Die Spaltung daheim ist da, denn die andere Reichshälfte will ihrer Pflicht nicht nachkommen. Die Folge davon muß notwendigerweise eintreten, wenn

die Regierung nicht den Mut aufbringt, in letzter Stunde ihren Mann gegen Ungarn zu stellen. Damit schließe ich. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem nächsten Herrn Anfragesteller, Herrn Abgeordneten Dr. Liebermann.

Abgeordneter Dr. **Liebermann:** Hohes Haus! Von dieser Tribüne habe ich vor nicht langer Zeit die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß in den Städten Galiziens eine Hungerkatastrophe sich vorbereitet. *(Hört! Hört!)* Ich habe auch erzählt, daß in einer großen Stadt, in der größten Provinzstadt Galiziens seit zehn Tagen die große Volksmasse kein Stückchen Brot bekommt. *(Hört! Hört!)* Ich habe damals die Regierung gewarnt und habe darauf aufmerksam gemacht, daß das Resultat der Passivität der Regierung eine gewaltsame Auflehnung der Bevölkerung gegen den Hunger sein wird. Nun, meine Herren, hat sich meine Voraussage erfüllt. In der letzten Zeit sind Hungerrevolten in den Städten Galiziens ausgebrochen, so in Neu-Sandec, Stanislau; Krakau steht vor einer großen Hungerkatastrophe. Die letzte Hungerrevolte ereignete sich in Przemyśl. Am 15. November sammelte sich in den Abendstunden vor dem Militärkommando eine große Menge von Frauen an, sie zählte nach Tausenden und diese Frauen verlangten stürmisch, daß man ihnen die Männer zurückgebe, weil sie hier im Hinterlande niemanden haben, der sie vor dem Hungertode schützen kann. Die Menge setzte sich durch die Straßen in Bewegung und richtete großen Schaden an, zum Schluß wurde Militär herbeigeholt. Das Militär ging mit gefälltem Bajonett gegen die Menge vor, aber die Frauen wichen vor den Bajonetten nicht zurück, sie antworteten: Ja, wir sind gefaßt auf den Tod, tötet uns, aber nehmt unsere Kinder, denn wir können wirklich nicht mehr die Qualen ansehen, denen unsere Kinder ausgesetzt sind! *(Hört! Hört!)* Diese Revolte hat sich am nächsten Tag wiederholt, mit demselben militärischen Gepräge. Ich muß hier offen anerkennen, daß das Militär sich äußerst human und taktvoll benommen hat; denn sonst wäre es zu einem fürchterlichen Blutbad bei der ungeheuren Verzweiflung, die sich der Bevölkerung bemächtigt hat, gekommen. Es haben sich knapp vor meiner Abreise die Hungertumulte in den Straßen wiederholt. In dem jetzigen Moment weiß ich nicht, in welchem Zustand sich die Stadt befindet. Das eine weiß ich, — das habe ich mitangehört — diese Hunderte und Tausende von Frauen sind entschlossen, zu sterben, weil sie nicht mehr diese Martern und diese Qualen ausstehen können.

Sie werden mich fragen, was ist die Schuld gewesen an dieser Revolte? Nun, meine Herren, seit acht Tagen bekam diese Menge keinen Bissen Brot, seit acht Tagen! Seit acht Tagen, Exzellenz! Ich habe Sie einige Male darauf aufmerksam gemacht, daß man den Städten Galiziens das tägliche Brot vorenthalte. Ich habe von Ihnen Hilfe verlangt, Sie haben es aber nicht der Mühe wert gefunden, den Vertretern dieses Kronlandes Antwort und Rechenschaft zu geben wegen der Aushungerungspolitik, die Sie den Städten Galiziens gegenüber betätigen.

Meine Herren! Der Herr Minister hat vor einer Weile Tränen vergossen über alle Kronländer unseres lieben unglücklichen Vaterlandes und er hat gesagt, daß in Dalmatien nur Steine wachsen, daß Krain passiv ist, daß Böhmen passiv ist; über alle Länder hat er einen Seufzer gefunden und nur von Galizien hat er in der Weise gesprochen, daß Galizien schärfer herangezogen werden muß, weil dort mehr Kartoffeln vorrätig sind; und da habe ich aus seinem Munde gehört, daß, wenn den anderen Kronländern zu helfen sein wird, das nur mit Hilfe Galiziens geschehen kann. Er hat immer darauf verwiesen: Das werden wir aus Galizien holen, das aus Polen, einmal aus den einen, ein anderesmal aus den östlichen Provinzen. Ja, wissen Sie denn nicht, daß die großen Volksmassen, nicht nur die bäuerlichen — denn nicht alle Bauern sind Besitzer, es gibt ein zahlreiches Proletariat unter den Bauern — wissen Sie denn nicht, daß die Mehrheit, neun Zehntel der Bevölkerung Galiziens hungern?

Meine Herren und verehrter Herr Minister! Sie haben gesagt, daß schuld an dieser Kalamität die Absperrungspolitik der einzelnen Kronländer ist. Ja, Herr Minister, Sie kennen wahrscheinlich die anderen Kronländer, aber wenn Sie das von Galizien sagen wollen, so wird das sicher nicht zutreffen. Galizien ist nicht abgesperrt, Galizien steht jedem Kronlande offen und nicht nur jedem Kronlande unseres Reiches, sondern auch Deutschland hat die Grenzen von Galizien geöffnet und eine geheime Ausfuhr organisiert. Exzellenz, ich habe Ihnen Tatsachen vorgeführt, ich habe Sie in ernster Weise ersucht, Sie mögen uns antworten, warum Sie diese geheime Ausfuhr dulden, die die deutschen Behörden und die deutschen Soldaten organisieren. Sie haben bis jetzt keine Antwort darauf gefunden. Die Bevölkerung Przemyśls hat kein Brot, kein Mehl, keine Kohle, kein Petroleum, keinen Zucker — und aus derselben Stadt wird waggonweise Zucker nach Deutschland ausgeführt. Und wenn man die Ernährungsämter avisiert, so tun sie ja etwas. Der letzte Waggon Zucker zum Beispiel, der aus Przemyśl ausgeführt wurde, wurde in Jaroslau angehalten, man hat ein

Protokoll aufgenommen, wir haben das Protokoll behalten, den Zucker hat man laufen lassen. *(Zwischenrufe.)*

Ja, Galizien ist nicht abgesperrt, Galizien steht jedem Freibeuter offen, der sich bereichern will. Schauen Sie sich die geheime Ausfuhr an, die nicht nur von den deutschen Soldaten, sondern auch von verschiedenen Wucherern und Spekulanten organisiert wird. Es gibt kein Brot für die Masse, sie hungert und darbt, in den gräßlichsten Konvulsionen gehen Tausende zugrunde, aber wenn Sie 600 bis 700 K für 100 Kilogramm Mehl bezahlen, so bekommen Sie es.

Wir haben eine Filiale der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Galizien, die überhaupt kein Herz und kein Verständnis für das Land hat. Diese Zentrale scheint ihre Aufgabe darin zu erblicken, das Land auszupressen zugunsten jedes anderen Faktors, jedes anderen Kronlandes, nicht aber darin, die Verpflegung des Landes sicherzustellen. Schauen Sie sich diese Ziffern an; sie wurden mir von einem Fachmann mitgeteilt. In normalen Zeiten produziert Galizien 14 Millionen Meterzentner Getreide. Das reicht aber für die Ernährung des Landes nicht aus, es werden noch 3 Millionen Meterzentner eingeführt. Das wären 17 Millionen. Wenn Sie sich jetzt das Jahr vom 1. August 1916 bis 1. August 1917 ansehen, so werden Sie finden, daß die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt den Mühlen in Galizien bloß 900.000 Meterzentner zur Vermahlung zur Verfügung gestellt hat. Vergleichen Sie diese Ziffern: 900.000 für das vorausgegangene Jahr, 17 Millionen in Friedenszeiten — diesen horrenden Unterschied, diesen aufreizenden, empörenden Unterschied, meine Herren!

Wenn da geklagt wurde, daß die Bauern kein Petroleum, keinen Zucker bekommen, so trifft das auch für die städtische Bevölkerung zu. In Przemyśl und in anderen Städten — ich spreche nur beispielsweise von Przemyśl, aber was ich von dieser Stadt sage, hat auf die ganze städtische Bevölkerung Bezug — haben sehr Viele Bezugskarten bekommen. Es blutet einem das Herz, wenn man in die Heimat zurückkommt und diese zusammengekauerten Gestalten ansieht, die sich an die Läden anlehnen und stundenlang warten. Da sind sie vereint: Polen, Juden, Ruthenen. Da gibt es keine nationalen Unterschiede. Da robotten sie an der Türe und an der Schwelle dieser verschiedenen Spekulanten. Stundenlang, ganze Tage dauert es, aber sie bekommen nichts. Jetzt stellen Sie sich so eine Frau vor: Sie geht mit dieser Hand voll Karten nach Hause, zurück zu ihren Kindern. Petroleum hat sie nicht. Und sie sitzt so in dieser Dunkelheit, meine Herren, mit ihrem todmüden Körper, mit ihren zerwühlten, zerrütteten Nerven. Stellen Sie sich die Gedankengänge dieser Frau vor!

Ich stelle mir vor, daß sie die ganze Nacht durchwacht inmitten ihrer Kinder. Und wenn der Tag anbricht — Tagesanbruch! Wie schön ist das! Der Tag mit seinem Lichte, mit seiner Fülle von Hoffnungen und mit der Fülle dessen, was unvorhergesehen ist im Leben. Dieser Tagesanbruch ist für sie eine Marter, eine Qual. Weil es heißt: Wiederum den Leidensgang des vorigen Tages wiederholen! Meine Herren! Begreifen Sie dann, daß diese Frau, diese Soldatenfrau von der Verzweiflung gepackt wird, daß sie dann auf die Straße steigt und sterben will? Ich habe diese Frauen gesprochen, diese Frauen, auf die der Weltkrieg den ganzen Jammer des Hinterlandes geworfen hat, ich habe sie gesprochen. Es ist wie eine geistige Epidemie. Alle verlangen sie, zu sterben, sie verlangen nach dem Tode, nach der Ruhe, weil sie am Ende ihrer Kräfte sind. Sie können das nicht mehr mitansehen, meine Herren! Die Nerven sind zu Ende, das Herz ist ausgetrocknet, die Verzweiflung ist bis zum Wahne gestiegen. Bedenken Sie, Exzellenz und Ihr Herren von der Regierung, wohin wir steuern! Sie werden gewarnt! Wenn es so weiter geht, kommt es wirklich zu einem der größten Blutbäder, die es je gegeben hat.

Oft hören wir in diesem Hause, daß österreichische und deutsche Divisionen den Boden unseres Heimatlandes mit ihrem Blute getränkt haben und wir werden immer aufgerufen, wir sollen dankbar sein. Aber was dieses arme Land, das Sie vielleicht nicht kennen, zum Schutze der Monarchie auszustehen gehabt hat! Ich spreche nicht von dem Blut, von den Strömen Blutes, das die Kinder des Landes in der österreichischen Armee vergossen haben, aber von diesen unerhörten Leiden. Millionenheere haben sich durch unseren Boden gewälzt. Einmal kamen die Russen und schleppten uns weg und verfolgten uns. Dann kamen wieder unsere Heere und schleppten uns weg und kerkerten uns ein und hängten einen großen Teil der Bevölkerung weg. Meine Herren! Und dann zerstreute man die Bevölkerung in alle Windrichtungen. Haben die Kinder dieses Landes, die die Kriegsfurie aus der Heimat getrieben hat, Freundschaft gefunden? Haß und Verachtung zischte ihnen überall entgegen.

Und nun nimmt man uns alles weg. Der Herr Minister hat es schön, hier Ziffern vorzuführen und zu sagen, daß man jetzt 36.000 Meterzentner Kartoffeln aus Galizien ausführen wird. Warum schlägt er sich nicht an die Brust und warum hat er nicht jene Ziffern angeführt, die auf Getreide Bezug haben? Warum erzählt er nicht dem Hause, daß 14.000 Waggons Getreide dem Lande fehlen? Warum denkt er nicht daran, diese

Quanta an anderen Produkten, die er aus dem Lande herauszupressen gedenkt, einer Revision zu unterziehen angesichts dessen, daß die Masse hungert und wir kein Brot erhalten?

Man spricht in diplomatischen Kreisen davon, daß sich der österreichische Kaiser die polnische Krone auf das Haupt setzen wird. Nun, das ist eine schöne Sache. Aber, meine Herren Minister, wenn Sie nicht nur dazu da sind, um sich vor der Krone zu bücken, sondern auch, um ihr die Wahrheit zu sagen, so sagen Sie es dem Kaiser, daß seine polnische Krone über einer Wüste glänzen wird, über einem zerstampften, zerwühlten, einem halb ausgehungertem, halb ausgestorbenen Lande glänzen wird, daß er über ein solches Land herrschen wird. Sagen Sie es dem Kaiser und Sie werden eine gute patriotische Tat vollbringen!

Ich sage es nochmals, beherzigen Sie die Worte, die von dieser Tribüne aus im Namen der städtischen Vertreter Galiziens gesprochen werden. Sie müssen in die Verhältnisse Ordnung bringen. Sie müssen den Wucher und die Spekulation hintanhalten, Sie müssen wirklich das Land absperren gegen die Ausbeutung durch die deutschen Behörden. Haben Sie vielleicht einen geheimen Wirtschaftsplan, den Sie mit den deutschen Behörden zusammengestellt haben? Der Herr Ernährungsminister hat von seinem Wirtschaftsplan gesprochen, wie wir soeben vernommen haben, aber er scheint einen parallelen, einen geheimen Wirtschaftsplan ausgeheckt zu haben, denn er antwortet nicht darauf, er schreitet nicht dagegen ein, daß massenweise Nahrungsmittel durch die deutschen Behörden und die deutschen Soldaten ausgeführt werden. Würde sich Deutschland eine ähnliche Prozedur gefallen lassen? Würde Deutschland dulden, daß sein Wirtschafts- und Approvisionierungsplan in der perfidesten und gemeinsten Weise durchstochen und durchbrochen wird, wie in unserem Lande? Unser Minister möge Antwort geben, er möge sich hierüber äußern und wenn er einen zweiten Wirtschaftsplan hat, den er im Verein mit Deutschland ausgeheckt hat, so möge er ihn uns vorlegen. Sie müssen in die Sache Ordnung bringen, weil es höchste Zeit dazu ist. Sie scheinen sich überhaupt keine Gedanken darüber zu machen, was sich in unserem Lande vorbereitet.

Ich will wieder ein Beispiel anführen, wie Sie in diesem Lande hausen. In dieser selben Stadt, die ich in diesem Reichsrate vertrete, haben Sie die Stadtverwaltung schon seit Jahren abgesetzt, knapp vor dem Kriege aufgelöst. An die Spitze dieser Verwaltung haben Sie, in so ernsten, grauenhaften Zeiten, einen jungen Regierungskommissär gestellt, der sich gar nicht dazu eignet, einen Kommissär, von dem wir schon hier im Hause im Jahre 1911 gesprochen haben, der einmal eine Wahl so geleitet hat, daß 26 Menschen auf der Strecke tot blieben, niedergestreckt wurden von den Gewehrkugeln und 50 Menschen schwer verwundet wurden. Ich kann nichts persönliches gegen diesen Mann vorbringen, aber es werden in der Bevölkerung sehr schwerwiegende Anklagen gegen den Mann erhoben. Tatsache ist, daß unter seinem Regime die schändlichste Korruption ihr Haupt erhoben hat. *(Hört! Hört!)* Es bereicherten sich die Spekulanten und es blühen die Interessen verschiedener dunkler Existenzen, während Hunderte durch Hunger zugrunde gehen. Man sieht dem ruhig zu und wohin treibt das? Der Herr Minister . . . *(Abgeordneter Dr. Baczyński: Der Entbehrungsminister!)* . . . Entbehrungsminister nennen Sie ihn? Also bleiben wir beim offiziellen Titel! Der Herr Ernährungsminister hat zum Schlusse seiner Ausführungen an uns den Appell gerichtet, wir mögen ihm bei der Bewältigung seiner Aufgaben behilflich sein. Es tut mir wirklich leid, gegen den Ernährungsminister zu polemisieren; er hat ein so liebes, sanftes Lächeln, ein so vertrauensseliges Lächeln und ist zu liebenswürdig, als daß man ihn zum Gegenstande einer Kritik machen könnte. Aber es tut mir sehr leid, daß wir diesem Appell nicht nachkommen können. Wie viele Male haben wir an die Regierung appelliert, daß sie uns in unserer schweren Aufgabe, die wir der Bevölkerung gegenüber zu erfüllen haben, unterstützen möge! Der Herr Minister sitzt in seinem Palast, in seinem Kabinett, er kommt nie in Berührung mit der Bevölkerung, der Bevölkerung müssen wir Abgeordnete Rede und Antwort stehen. *(Zustimmung.)* Und was tut der Herr Minister, um unsere Mission in der Öffentlichkeit zu unterstützen? Wenn wir hier von der Tribüne aus von der Not sprechen, werden unsere Reden konfisziert, so daß die Bevölkerung nicht einmal weiß, daß wir von seiner Hungersnot sprechen, und das vermehrt die Erbitterung und Aufregung. Ereignen sich Revolten in unseren Wahlbezirken und wird man davon in einer harmlosen Weise avisiert, so werden die Depeschen zurückgehalten. *(Hört! Hört!)* Eine Depesche, die in dieser traurigen Sache der Hungerrevolte an mich gerichtet wurde und harmlos lautete: „Kommt sogleich! Interveniert in Approvisionierung!" wurde nach Budapest zur Zensur geschickt. *(Hört! Hört! — Zwischenrufe.)*

So erleichtert man uns die Aufgabe. Wir warnen Sie, meine Herren. Wir sind wirklich nicht dazu da, ihre öden Appelle anzuhören, wenn Sie unser Ansehen dadurch schänden, daß Sie unsere Beschwerden geringschätzen. Ich sage Ihnen: Diese Hungerrevolten, diese Exzesse, diese Angst- und Notrufe der Frauen, die in den Straßen der Städte ertönen, das sind Konvulsionen, die dem unterirdischen Donner vor einem drohenden Erdbeben gleichen. Das sollen Sie beherzigen, das ist unser Appell, meine Herren, und wir bitten Sie,

nehmen Sie sich der Bevölkerung an, denken Sie an das Ende! Eines Tages kann wie ein Spinngewebe alles zerfallen und Ihr ganzer Hurrapatriotismus wird da nicht helfen. *(Zustimmung.)* Denken Sie daran, daß sich im Nu, im Handumdrehen ganz dasselbe ereignen kann, wie im Rußland. Ich muß sagen, wir sind es schon müde, Ihnen immer und immer wieder in die Ohren hineinzudeklamieren, daß das Volk hungert und vor Hunger stirbt. Es wird ein Tag kommen, meine Herren, wo wir dieses Haus verlassen werden, wo wir zur Bevölkerung zurückkehren *(Beifall)* und der Bevölkerung klipp und klar sagen werden: Wir haben uns unsere Lungen heiser geschrien, wir haben eurem Hunger und eurer Qual Ausdruck gegeben, aber wir wurden nicht angehört. Wir setzen uns über die Appelle der Regierung hinweg, nun ist es an euch, daß ihr eure Sache selbst in die Hand nehmt. So werden wir zur Bevölkerung sprechen, meine Herren, denn wir sehen, wir predigen hier tauben Ohren. Das sind keine Deklamationen. Das Herz blutet, indem ich das spreche, weil ich an meine Rückkehr in die Heimat denke, wo mich wieder diese Hunderte vor Hunger zugrunde gehender Mütter und Kinder umgeben werden. Das ist ernst gesprochen, denn wir sehen keinen anderen Ausweg, als von hier zurückzutreten, dieses Haus, das durch Ihre Geringschätzung, meine Herren Minister, geschändet wird, zu verlassen und der Bevölkerung zu sagen: Nun helft euch selbst und nehmt auf niemand und auf nichts Rücksicht, nun geht ihr vor, unsere Mission ist erfüllt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Tusar:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Wohlmeyer.

Abgeordneter **Wohlmeyer:** Hohes Haus! Die überaus traurigen Ereignisse des Weltkrieges haben zwar viele Illusionen zerstört, aber dadurch den Glauben an unsere Landwirtschaft wieder erweckt.

Infolge der gemachten Erfahrungen bricht sich die Erkenntnis, daß der Bauernstand die wichtigste Stütze und der Boden ist, auf dem sich Staat und Gesellschaft aufbauen und erhalten können, wieder überall Bahn.

Es dämmert auch heute schon jedem die Erkenntnis auf, daß es auch im Interesse eines industriell aufstrebenden Staates gelegen sei, durch eine nationalökonomisch richtige Wirtschaftspolitik vor allem dafür zu sorgen, das Reich durch eigene landwirtschaftliche Produktion selbständig und auch für Kriegszeit vom Auslande, vom Weltmarkt und dem internationalen Großhandel unabhängig zu stellen.

In unserem Staate wurden seit mehr als einem halben Jahrhundert auf nationalökonomischem Gebiete fast nur manchesterliberale Ansichten vertreten und gefördert, welche das Gegenteil von dem herbeiführten, was wir anstreben und für richtig finden.

Nach diesen Prinzipien wurde die landwirtschaftliche Produktion im Staate als unrentabel und überflüssig erklärt und an dessen Stelle der Weltmarkt mit dem internationalen Großhandel gedacht.

Auch dem Mittelstande, diesem Grundpfeiler staatlicher Macht und Stärke, dem Kleinbetriebe sowie dem Kleinbesitze wurde die Existenzmöglichkeit abgesprochen und nur die Industrialisierung insbesondere der Großbetriebe als Zukunftsideal gepriesen.

Ein Rückblick zeigt uns die Umwälzung, das Chaos, das diese großen nationalökonomischen Irrungen auf gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gebieten bei uns hervorgerufen haben.

Durch die Beseitigung aller früheren Schutzgesetze und durch die Basierung der wirtschaftlichen Entwicklung „auf das freie Spiel der Kräfte" wurde die solide Produktion unmöglich, die reelle Gebarung verdrängt, dem Wucher, Schwindel, Betrug ꝛc. alle Tore geöffnet und die Volksmassen sowie das ganze Volkswirtschaftsleben einem beutegierigen, rücksichtslosen Spekulantentum ausgeliefert.

Durch diese Wirtschaftspolitik und den steigenden Einfluß der kapitalistischen Spekulation hat sich der Staat mit seiner Verwaltung aller Rechte begeben und die Verteilung der Einkommen im Staate wurde immer ungleicher und ungerechter.

Die dadurch entstandenen riesigen Gegensätze, die brutale Aneignung der Milliardeneinkommen von einer kleinen Gesellschaftsgruppe führte zu einer kolossalen Umwälzung der Besitz- und Vermögensverhältnisse und führte zur Vernichtung so vieler kleiner selbständiger Existenzen und zur Proletarisierung großer Volksmassen.

Spekulation und Großkapital mit Banken ꝛc. beherrschen heute im Staate nicht nur das Finanzgebiet, sondern das ganze Wirtschaftsleben mit allen Bedarfsartikeln des Volkes, sogar mit Lebensmitteln, durch Kartelle und Monopole bewuchern und besteuern sie den Staat und die Volksmassen.

Durch weitere Raubzüge auf finanziellen und volkswirtschaftlichen Gebieten, durch den volkswirtschaftlichen Aufschwung, den Krach und die ein halbes Jahrhundert dauernde Bewucherung und Ausbeutung des Staates und der Volksmassen haben sie zwei Drittel des in den Händen des Volkes befindlichen Nationalvermögens an sich gerissen und Staat und Gesellschaft zur Verschuldung gebracht. Unter diesen Verhältnissen sind wir in den Krieg eingetreten und sollte der wirtschaftliche Kampf auch im Hinterlande zum Siege geführt werden. Die Spekulation hat sich sofort der Sache bemächtigt und hat vorgeschlagen, daß die ganze Lebensmittelaktion und -verwaltung, die

Requirierung, Deponierung und Verteilung aller Bedarfs- und Lebensmittelprodukte privaten Gesellschaften überlassen werden sollte.

Dieser Vorschlag wurde auch damit begründet, daß dieser Massenwarenumsatz ungeheure Geldmittel erfordere, welche der Staat nicht besitze, die aber von den privaten Mitgliedern dieser Gesellschaften gegen festzusetzende Verzinsung oder Gewinstanteile beigestellt würden.

Weiters wurde vorgeschlagen, private Zentralen zu gründen, in deren Leitung nur versierte, kaufmännisch gebildete Fachmänner sitzen sollen, die mit allen staatlichen Machtmitteln ausgestattet, der unsoliden Privatspekulation, Preistreiberei, Hamsterei und Volksbewucherung Einhalt tun, dann die Waren von den Produzenten auf die billigste Weise erfassen und an die Bevölkerung zur Verteilung bringen werden.

Und die damalige Regierung hat sich in einer so wichtigen Frage von den Spekulanten überreden lassen und hat diesen privaten Zentralen diese wichtige Aktion, von der das Wohl und die Existenz des Staates und des Volkes abhängt, übertragen.

Jedenfalls dürfte auch der Umstand, den ich in meiner Rede am 4. Juni hier im Hause anführte, daß die k. k. Verwaltungsbehörden, seit einem halben Jahrhundert — amtlich — vom Volkswirtschaftsleben ausgeschaltet, wenig davon verstehen, auch dazu beigetragen haben.

Einen Teil der traurigen Folgen dieser behördlichen Machtpreisgebung habe ich in meinen Interpellationen 39/I vom 5. Juni, 109/I vom 12. Juni und meinen Anträgen Nr. 313 vom 22. Juni, 329 vom 24. Juni, 472 vom 12. Juli, 531 vom 14. Juli und 543 vom 15. Juli heuer geschildert.

Meine Herren! In diesen Zentralen sitzen zumeist Juden, Händler, Spekulanten und Kapitalisten ꝛc. mit einem Heere meist jüdischer Beamter, die wieder zumeist von Land- und Volkswirtschaft wenig verstehen, aber dafür enorme Gehälter auf Kosten der Produzenten und Konsumenten beziehen. Ein Zentralendirektor zum Beispiel bezieht 200.000 Kronen Jahresgehalt. Und dabei sind diese Zentralen und ihre Macher keine so selbstlosen Elemente, wie sie vor ihrer Gründung hingestellt wurden, sondern sie nehmen außer den horrenden Verwaltungskosten auch Gewinne und geben sogar dem Staat einen Gewinnanteil.

Ich habe in vorgenannten Interpellationen und Anträgen die Unkenntnis, die Fehler und Mißgriffe solcher Zentralen geschildert und habe auf die Riesenverluste der verschwundenen, tausende Waggonladungen betragenden, teils verlorenen, teils verdorbenen und zugrunde gerichteten Lebensmittelprodukte hingewiesen, welche den Bauern in frischem, guten Zustande abgenommen worden waren. Ich habe darauf hingewiesen, daß für die Massen der christlichen Völker einzelne Lebensmittel und Bedarfsartikel schwer oder längst nicht mehr zu haben, sondern verschwunden sind, daß man aber bei unserer Zentralenwirtschaft auch heute noch von jüdischen Agenten und Winkelbörsen sogar in Leopoldstädter Kaffeehäusern um horrende Preise alle, selbst die seltensten Produkte in Massen zu kaufen bekommt. *(So ist es!)* Und diesen Zentralen wurden die unter den Wirkungen des Krieges leidenden Volksmassen und unsere so stark in Anspruch genommene Landwirtschaft als Versuchs- und Ausbeutungsobjekt ausgeliefert.

Da frage ich: Warum haben denn unsere k. k. Verwaltungsbehörden unter Beiziehung gewiegter Fachmänner aus den betreffenden Berufsständen und mit den notwendigen Angestellten nicht selbst diese ganze Aktion in die Hand genommen und durchgeführt? Sie hätten auch ohne besondere Kenntnis der Wirtschaftsverhältnisse mit den beruflichen Fachmännern und Beiräten gewiß bessere Resultate erzielt, um so mehr als sie unparteiisch vorgegangen wären und die Bevölkerung mehr Vertrauen zu ihnen gehabt hätte als zu den jüdischen Spekulanten und Händlern, die in den Zentralen sitzen.

Wir konnten bis jetzt infolge unserer günstigen Verhältnisse, der Genügsamkeit und Opferwilligkeit unserer Volksmassen trotz dieser Zustände durchhalten, aber endlich muß der Wirtschaft ein Ende gemacht werden. Und da sehe ich mich gezwungen, an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten und an das Gesamtministerium im Interesse unserer staatlichen und wirtschaftlichen Existenz folgende Anfrage zu stellen:

Wollen Eure Exzellenz, will das Gesamtministerium nach so vielen früheren Fehlern das Durchhalten erzwingen und durch eine praktische Verwaltung nicht nur den wirtschaftlichen Sieg im Hinterlande während der Kriegsperiode, sondern die wirtschaftliche Existenz von Staat und Gesellschaft auch nach dem Kriege ermöglichen und sicherstellen?

Will unsere jetzige Regierung diesen gegenwärtigen Zuständen und den vielen schädlichen Maßnahmen und Vorkehrungen, die unsere Landwirtschaft ruinieren und uns einer Katastrophe zutreiben, noch lange zusehen?

Unser junger Monarch kennt die Verhältnisse ganz genau, seiner Fürsorge für den Mittelstand hat er schon in der Thronrede Ausdruck gegeben und jetzt wird er ein neues Ministerium für soziale Fürsorge schaffen. Vom Hause hier wurden in der letzten Sitzung für den Gewerbestand 100 Millionen ohne Debatte bewilligt, anscheinend eine ungeheuere

Summe, für die Lage unseres großen Gewerbestandes eine Bagatelle.

Aber auch für die Lage unseres Bauernstandes und insbesondere die zu Hause hinterbliebenen Angehörigen, die den wirtschaftlichen Sieg erringen sollen, sind die Verhältnisse bereits unerträglich geworden, statt Schonung und Unterstützung derselben werden sie selbst von einzelnen Behörden fortwährend bedrängt und bestraft.

Dem Bauern nimmt man alle tauglichen Familienmitglieder und Arbeitskräfte, man nimmt ihm seine Zugkräfte, Pferde, Ochsen, Wagen, nimmt ihm alle Ernteprodukte, Getreide, Kartoffeln, Heu 2c., sein Vieh, Fett, Butter, Milch 2c. und gibt ihm dafür einen den heutigen Gestehungskosten meist nicht erreichenden Requisitionspreis. *(So ist es!)* Mit dem Geld, das man ihm für seine Betriebsmittel, für sein Vieh und für seine Ernteprodukte gibt, zahlt er entweder einen Teil seiner drückenden Schulden oder er gibt es als Kriegsanleihe oder er legt es in die Kasse, und wurde schon oft von den Großspekulanten und Wucherern deswegen als Preistreiber und Kriegsgewinner hingestellt. Der Bauer muß, wenn der Krieg zu Ende ist, seinen Wirtschaftsbetrieb wieder ganz neu einrichten *(Sehr richtig!)*, er muß sich um horrendes Geld Vieh einstellen — vielleicht viermal so teuer als er heute bekommt —, muß sogar die verwahrlosten Gründe, die durch Jahre von Frauen und Kindern mangelhaft bearbeitet, gedüngt 2c. wurden, bei denen das Unkraut schon überwuchert, wieder herrichten. Und was bekommt er für sein Vieh? Der Bauer ist heute gegendweise, wie zum Beispiel im Herzogenburger Bezirke, ganz der Willkür des Einkäufers, eines Viehhändlers 2c., ausgeliefert, der allein die Preisbestimmung vornimmt und bei dem heutigen Futtermangel ihm mißliebigen Bauern Kühe mit 400 bis 500 Kilo Gewicht als Beinlvieh taxiert und von 1 K aufwärts bezahlt, obwohl die Ungarn heute schon für lebende Rinder am Fuß dort 8 bis 10 K von uns für ein Kilo fordern. Die wichtigsten Produkte, die wir, um durchzuhalten, zu unserer Ernährung und Existenz von unserer Landwirtschaft fordern, ist das Brotgetreide, ist das Fleisch, Fett und die Milch. Die Produktion dieser Nahrungsmittel muß vor allem gefördert werden. Und gerade diesbezüglich gehen einzelne Bezirksbehörden in einer Weise vor, welche die Zerstörung und Vernichtung dieser Produktionsmöglichkeit herbeiführen muß.

Auch in den Bezirken wurden Laienhilfskräfte als Funktionäre (Heurequisiteure, Schätzmeister, Milch- und Getreideinspektoren 2c.) angestellt, welche aber sonderbarerweise meist ebenfalls von Landwirtschaft wenig oder nichts verstehen und von denen manche anstatt Förderung eine Erschwerung und Verhinderung der Produktion verursachen.

Einer der wichtigsten Faktoren zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sind die Futtermittel. Durch den Krieg und unsere Zentralwirtschaft, durch die ungleiche Verteilung 2c. wurden den Landwirten, insbesondere unserer Viehzucht treibenden Gebirgsgegenden, eine Reihe von Futtermitteln entzogen, so daß manche Bauern nur mehr auf ihre Heuernte angewiesen sind.

Heuer hatten wir in Niederösterreich eine Heumißernte, so daß die meisten Bauern, um ihren Viehstand zu erhalten, zum Heu schon Stroh mitfüttern und viele davon sogar ihr Vieh reduzieren und die Viehzucht einstellen müssen.

Jetzt findet bei den Landwirten eine Heurequisition statt. Das zu liefernde Quantum wurde wieder nicht nach einer genauen Aufnahme des tatsächlichen Ernteergebnisses, sondern wieder statistisch nach dem Grundausmaß berechnet und vorgeschrieben.

Diese Vorschreibungen stimmen natürlich mit den tatsächlichen Vorräten nicht überein und mancher Landwirt, der sonnig gelegene Wiesen hat, die ganz ausgebrannt sind, müßte nach der Vorschreibung sein ganzes Heu hergeben, so daß ihm für sein Vieh gar nichts bleibt. Einzelne haben nicht einmal so viel als ihnen abzuliefern vorgeschrieben wurde.

Die Beamten und Funktionäre, die zur Begutachtung hinausgeschickt wurden, hatten oft von der Landwirtschaft und einer Heuschätzung keine Idee und bestätigen daher diese Vorschreibung.

Einem solchen Funktionär wurde zum Beispiel gezeigt und nachgewiesen, daß der Landwirt, der nur einen Prozentsatz seines Vorrates abliefern sollte, gar nicht so viel Vorrat hat als die Vorschreibung forderte und er bestätigte.

Der Funktionär sagte ganz gemütlich: „Das macht nichts, ich muß das Quantum aufbringen und ausweisen, Ihr könnt's ja dagegen rekurieren!“ Ich ging mit vielen Landwirten und Bürgermeistern zum Herrn Bezirkshauptmann von Sankt Pölten und erklärte ihm, daß die Landwirte darüber, daß man ihre Existenz vernichten will, furchtbar erregt seien. Ich stellte dem Herrn Bezirkshauptmann vor, daß, wenn man den Bauern das ganze Futter nimmt, sie dann ihr ganzes Vieh verkaufen müssen und damit der Wirtschaftsbetrieb zusammenbricht. Der Herr Bezirkshauptmann erklärte, von der Vorschreibung könne er nicht abgehen, die Bauern sollten, wenn es schon nicht anders geht, nur ihr Vieh verkaufen, er könne da nichts machen, auch wenn die Wirtschaft zusammenbricht, müsse er die Vorschrift durchführen. Meine Herren! In einer so kurzen bureaukratischen Form darf man heute landwirtschaftliche Betriebe nicht zerstören, es sollte bei solchen Beschwerden und Kundgebungen doch erhoben werden, wie viel Heu und Stroh vorhanden ist. Man soll dann dem

Landwirt, wenn es schon nicht anders geht, doch nur den vorgeschriebenen Prozentsatz von seinem Vorrat nehmen, und soll das Manko von anderen Gegenden, wo mehr Regen und eine bessere Ernte war und aus den rumänischen Vorräten ersetzen.

Genau derselbe Vorgang findet soeben bei den Milchrequisitionen statt und werden jetzt in unseren Viehzucht treibenden Gebirgsgegenden, im Kirchberger, dann im Hainfelder und Lilienfelder Bezirke, Hunderte armer Landwirte oder deren hinterbliebene Frauen zu enormen Strafen, oft zu mehreren Hundert bis Tausend Kronen Geldstrafen oder Arrest verurteilt. *(Vizepräsident Tusar gibt das Glockenzeichen.)* In St. Veit an der Gölsen zum Beispiel sitzt Herr Kerschbauer, ein sehr junger Funktionär, als Milchinspektor, dem man — scheint es — auch vorher in einer Schule die ersten Begriffe über Landwirtschaft hätte beibringen sollen.

Der Mann hat sich nämlich einen Schlüssel ausgetipfelt und schreibt vor, daß die Kühe durchschnittlich drei Liter Milch täglich liefern müssen und nach der Anzahl der Kühe schreibt er den Bauern, ohne Kontrolle der tatsächlichen Verhältnisse das zu liefernde Quantum Milch oder Butter vor. Dieser Funktionär sagt, die Bauern muß man fest strafen, dann werden's schon Milch und Butter liefern, er glaubt durch seine Strafanzeigen die Landwirte zu großer Milchproduktion und Lieferung zwingen zu können. *(Heiterkeit.)* Wenn die Bauern erwidern, daß sie gar nicht so viel Milch produzieren, als er zu liefern fordert, so glaubt dieser Herr Milchinspektor nicht. Wenn zum Beispiel ein Bauer zwölf Rinder, davon vier Kühe, das andere Zugochsen und Jungvieh besitzt und erklärt, daß von den vier Kühen eine krank, eine schwerträchtig, eine soeben abgekälbert mit dem Kalb dasteht und alle drei keine Milch geben und die vierte Kuh kalbt und bei dem Futtermangel nur eineinhalb bis zwei Liter täglich gibt, das nützt nichts. *(Vizepräsident Tusar gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* Ich komme schon zum Schlusse. — *(Fortfahrend.)* Wenn er auch bittet, sich im Stalle an Ort und Stelle von der Wahrheit seiner Angaben zu überzeugen, es nützt ihm nichts, er wird, ohne daß sich jemand überzeugt, angeklagt und die Strafamtshandlung gegen ihn eingeleitet. Wenn dann der Bauer bei seiner Einvernahme beim Bürgermeister auch konstatiert, daß er an Familie und Arbeitspersonal zusammen acht Personen zu verköstigen hat und bei der Teuerung und dem Mangel an Fleisch und Fettprodukten, bei der Selbstversorgung auf die eigenen Produkte angewiesen ist und die paar Liter Milch daher selbst braucht, das nützt nichts, er wird ohne weitere Erhebungen zu mehreren 100 bis 1000 K oder zu Arrest verurteilt. Dadurch wurden alle Angehörigen dieser Landwirtschaften in große Aufregung versetzt, ihnen viele Laufereien, Zeitversäumnisse und Auslagen verursacht, sie wurden gezwungen, einen Rekurs anfertigen zu lassen usw.

Auf diese Weise und durch eine solche Verwaltung werden wir es dahinbringen, daß wir bald gar keine Milch bekommen, denn die Bauern, denen man alles Futter nehmen will, müssen dann ihre trächtigen Kühe zur Schlachtung verkaufen. Das werden sie um so lieber tun, wenn sie wegen der paar Kühe und einiger Liter Milch, die sie mit schwerer Mühe noch erlangen, ungerecht zu solch drakonischen Strafen verurteilt werden.

Vizepräsident **Tusar** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte den Herrn Redner, zu schließen.

Abgeordneter **Wohlmeyer**: Ja, ja! — *(Fortfahrend:)* Ich will auch zur Förderung des Bauernstandes beantragen, daß man den Bauern zur Selbstversorgung, so wie es vor dem Kriege in allen großen Wirtschaften üblich war, jetzt wo infolge Futtermangel viel Vieh zur Schlachtung kommt und großer Fleischvorrat entsteht, die Schlachtbewilligung für ein kleines Rind erteile.

Dadurch würde er sein Vieh nicht billig abgeben, dann das Fleisch teuer kaufen müssen, und würde viel Fleisch jetzt in den Wintermonaten, teils durch Gefrieren, dann durch Einpökeln und Aufselchen für spätere Zeit konserviert und ein großer Bevölkerungsteil damit versorgt.

Vizepräsident **Tusar** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte den Herrn Redner, zu schließen.

Abgeordneter **Wohlmeyer**: Ich habe der kurzen Redezeit wegen nur zwei Produkte besprochen, und komme nun zu einer weiteren Vorkehrung, die zur Erhaltung unserer Landwirtschaft von großer Wichtigkeit ist, und das sind die Enthebungen der Landwirte.

Vor allem muß ich da der Heeresleitung, dem Landesverteidigungs- und Ackerbauministerium den Dank für das große Entgegenkommen zum Ausdruck bringen, den Dank des Bauernstandes in einer Zeit, wo wir uns so vieler Feinde zu erwehren haben. Es ist dies aber auch notwendig, wenn wir den wirtschaftlichen Sieg im Hinterlande erringen wollen, weil der Bauernstand bisher ohnedies so wie der Gewerbestand in der empfindlichsten Weise in Anspruch genommen wurde.

Vizepräsident **Tusar** *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich bitte den Herrn Redner, zu schließen. Das geht nicht.

Abgeordneter **Wohlmeyer:** Ich schließe schon. — *(Fortfahrend:)* Momentan handelt es sich um die Enthebungen, die am 30. November 1917 zu Ende gehen. Die Gesuche, die zum Beispiel bis zum 25. Oktober eingebracht wurden, betragen mehrere Hunderttausende, welche von der Enthebungsgruppe bis zum 30. November gar nicht bewältigt und erledigt werden können. Weiters befinden sich bei den bis zum 30. November Enthobenen „mit Endtermin" viele alleinstehende Leiter oft großer Landwirtschaften, welche am 30. November einrücken müssen, wo dann teils nur Frauen, Kinder oder Kranke und Greise zurückbleiben.

Vizepräsident **Tusar** *(das Glockenzeichen gebend):* Ich mache den Herrn Redner aufmerksam, daß er schon länger als 20 Minuten spricht. Das geht nicht!

Abgeordneter **Wohlmeyer:** Na, na, es wird nicht gar so lange sein. — *(Fortfahrend:)* Dadurch würden diese Landwirtschaftsbetriebe, welche in den Wintermonaten viele kontinuierlich fortlaufende und rückständige Arbeiten, dann Scheuerarbeiten und die bei dem heurigen Brennmaterialmangel besonders dringlichen Holzarbeiten vornehmen sollen, herrenlos, ohne Leitung und Arbeitskraft.

Vizepräsident **Tusar** *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte zu schließen, sonst muß ich Ihnen das Wort entziehen!

Abgeordneter **Wohlmeyer** *(fortfahrend):* Ich bitte daher Seine Exzellenz den Herrn Landesverteidigungsminister . . . .

Vizepräsident **Tusar:** Ich bitte den Herrn Abgeordneten sofort zu schließen, sonst muß ich Ihnen das Wort entziehen. *(Bravo!)* Ich kann Ihnen nicht helfen.

Abgeordneter **Wohlmeyer** *(fortfahrend):* . . . . . und die Heeresleitung, diesbezüglich Abhilfe zu schaffen.

Vizepräsident **Tusar:** Ich entziehe Ihnen das Wort!

Ich erteile weiter das Wort dem Herrn Abgeordneten Grafen Lasocki.

Abgeordneter Graf **Lasocki**: Hohes Haus! Über die furchtbaren Schäden, die Galizien während des Krieges erlitten hat, und über die Verwüstung unseres Landes werde ich nicht viele Worte verlieren, da ich glaube, daß die betreffenden Verhältnisse dem hohen Hause doch bekannt sein dürften. Ich weise bloß darauf hin, daß in Galizien ganze Dörfer vom Erdboden verschwunden sind, *(Hört! Hört!)* daß ganze Städte vernichtet wurden und daß durch die rücksichtslosen Requirierungen der Viehstand furchtbar herabgesunken ist, so daß nach amtlichen Daten Ende 1916 der Stand der Pferde um 314.000, das heißt um 40 Prozent, derjenige des Hornviehes um 728.000, das ist um 31 Prozent, und der Schweine um 1,028.000, das ist sogar um 63 Prozent gesunken war. *(Hört! Hört!)* Was die zerstörten Gebäude anbelangt, so haben wir hierüber noch keine genaue Statistik. Ich weise bloß darauf hin, daß nach amtlichen Daten bis Ende 1916 bereits über 116.000 verbrannte Häuser von den betreffenden Ämtern gezählt waren, und zwar bloß in den westgalizischen und mittelgalizischen Bezirken; Ostgalizien war natürlich in dieser Statistik noch gar nicht berücksichtigt, so daß die Gesamtzahl der verbrannten Gebäude selbstverständlich bedeutend höher ist als 116.000. Mit den Häusern sind selbstverständlich auch die Einrichtungen, die Kleider, Schuhe, Wäsche, die Wirtschaftsgeräte, das ganze Hab und Gut der betreffenden Besitzer eingeäschert worden. Der Sachschaden in Galizien ist wirklich unendlich groß. Es wurden auch die gewerblichen Betriebe zum Teil zerstört, zum Teil eingestellt oder durch das Militär beschlagnahmt. Sogar der Erdboden wurde durch die Schützengräben und sonstigen Befestigungen auf Tausende von Kilometern durchwühlt. Zehntausende von Joch Waldungen sind verbrannt oder gänzlich abgeholzt worden. Was die Plünderungen anbelangt, so ist den Herren schon aus den Zeitungsbeschreibungen wohl bekannt, in welcher Weise der Feind und leider auch hie und da der Freund gewirtschaftet hat. Es gibt Tausende von Familienernährern, die ins feindliche Ausland verschleppt worden sind; ihre Familien sind dem größten Elend preisgegeben sowie auch die Familien derjenigen, die schon früher ins Ausland, speziell nach Amerika, ausgewandert sind, um dort Arbeit zu suchen. Für die Linderung der Not dieser Leute wurde tatsächlich bis jetzt von Staats wegen noch gar nichts gemacht, trotz der Beschlüsse des hohen Hauses haben bis jetzt die Familien der Verschleppten überhaupt noch keine Unterstützung bekommen, die Familien derjenigen, die sich in Amerika befinden, erhalten auch bis jetzt keine Staatsaushilfe. Selbstverständlich gibt es auch sehr zahlreiche Krüppel, die durch verirrte Geschoße verletzt und erwerbsunfähig wurden. Mit Rücksicht auf diese traurigen Verhältnisse bedarf wohl Galizien einer gewissen Schonung und Berücksichtigung und selbstverständlich auch einer ausgiebigen Staatshilfe.

Wie diese Schonung und Berücksichtigung in der Praxis ausschaut, werde ich mir erlauben den Herren in ein paar Sätzen darzustellen. Die militärischen Requisitionen in Ostgalizien dauern fort und werden speziell durch unsere Verbündeten mit der größten Rücksichtslosigkeit durchgeführt. *(Hört! Hört!)* Von der Ausfuhr von Lebensmitteln ins Ausland, speziell nach Deutschland, hat bereits mein Vorredner, Herr Dr. Liebermann, ausführlich gesprochen und ich kann bloß seine diesbezüglichen Ausführungen bestätigen und mich denselben anschließen. Ich spreche gleichzeitig auch den Wunsch aus, daß man endlich einmal dieser unbefugten Ausfuhr wirksam entgegentrete. Es ist wirklich unerhört, daß wir, wo wir im Lande bereits eine große Notlage haben, noch für das Ausland unsere Lebensmittel ausführen sollen. *(Zustimmung.)*

Für die Requisitionen von Vieh, Lebensmitteln, Futter usw., sogar für solche, die bereits im Jahre 1914 vorgenommen worden sind, ist unseren Landwirten bis jetzt in der Regel nichts gezahlt worden *(Hört! Hört!)* trotz der klaren Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes, und ich möchte die Landwirte der anderen Kronländer, sagen wir Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Mähren usw. sehen, wenn man bei ihnen in einer derartigen Weise gewirtschaftet hätte, wenn man ihnen Vieh, Lebensmittel, Futter usw., abgenommen und dafür nach drei Jahren nicht einen Heller bezahlt hätte. *(Lebhafter Beifall.)* Das ist die spezielle Berücksichtigung Galiziens in dieser Hinsicht.

An Kartoffeln hatten wir ein Kontingent von 24.000 Waggons für das Heer und 11.000 Waggons für die anderen Kronländer zu liefern. Da will ich bemerken, daß Böhmen für das Heer 18.000 Waggons, Mähren 14.000 Waggons zu liefern hatte, und meines Wissens ist dieses Quantum für Mähren noch reduziert worden. Wir beneiden selbstverständlich die anderen Kronländer nicht und ich bin fest überzeugt, daß es für sie auch eine große Last ist; aber vergleichen Sie diese Ziffern mit denen Galiziens, so werden Sie sehen, ob Galizien geschont und berücksichtigt wird. Da sprechen diese Ziffern schon für sich. *(Beifall.)* Ja, wenn man aus Galizien Kartoffeln ausführt, so bringt man dafür nach Galizien kein Getreide ein. Es ist doch bekannt, daß Galizien kein Getreideexportland ist und daß wir noch vor dem Kriege von außerhalb Galiziens Getreide für unseren Bedarf importieren mußten. Die Herren können sich nun denken, wie durch diese furchtbare Kriegswirtschaft die Produktion gesunken ist, und berücksichtigen Sie auch noch dazu, daß die fruchtbarsten Bezirke Galiziens, nämlich die Bezirke Ostgaliziens, von den Russen besetzt gewesen, beziehungsweise durch die Kriegsoperationen verwüstet worden sind, und dann können Sie sich leicht ein Bild davon machen, ob wir verfügbares Getreide haben oder nicht. Es besteht in Galizien die größte Not an Getreide, wir sind nicht imstande, unsere Städte zu approvisionieren, es besteht wirklich in den meisten Städten eine furchtbare Not. Aber auch die Nichtselbstversorger auf dem flachen Lande leiden Hunger, weil sie überhaupt kein Mehl bekommen. Wenn man aus Galizien Kartoffeln exportiert, so wäre es dann unbedingt notwendig, daß man dorthin wenigstens Getreide einführt.

Eine weitere besondere Berücksichtigung Galiziens ist bei den Enthebungen wahrzunehmen. Es wurden, wie in der Interpellation des Abgeordneten Haller und Genossen konstatiert wird — und diese Daten sind vollkommen verläßlich — noch vor kurzem in Galizien im ganzen 13.500 Leute enthoben; hievon gehörten 6400 der Landwirtschaft an. *(Hört! Hört!)* In Wien allein ist die Zahl der Enthobenen ungefähr zehnmal so groß wie in Galizien.

Als eine weitere besondere Behandlung Galiziens ist die Wirtschaft der Zentralen in diesem Lande anzusehen. Wir sind der Kosaken losgeworden, die geplündert haben, aber wir haben jetzt einen reichlichen Ersatz durch die Mißwirtschaft der Zentralen bekommen. Diese Schandwirtschaft, die dort besteht, ist wirklich unerhört und ich bedaure nur, daß ich eine so kurze Redezeit habe, denn sonst hätte ich Ihnen, meine Herren, ausführliche Angaben darüber gemacht. *(Abgeordneter Stern: Die Leder- und Häutezentrale!)* Die Leder- und Häutezentrale, von der Sie eben sprechen, hat Galizien bisher im ganzen 7 Prozent der gesamten Lederzuweisung zugewiesen. Die berüchtigte Einkaufsgesellschaft „Ozeg" hat von den eingekauften Waren nicht einmal 1 Prozent an Galizien zugeteilt, nicht einmal 1 Prozent! Die Schandwirtschaft mit Zucker und Petroleum ist doch im ganzen Lande bekannt. Von der „Geos" will ich jetzt nicht weiter sprechen. In dem Moment, wo sie ihren Betrieb in Galizien begonnen hat, sind die Preise von Gemüse und Obst unendlich in die Höhe gegangen. Für die Beheizung wurde keine Vorsorge getroffen. Es wird nicht nur nicht das verabredete Quantum von Kohle aus den preußischen Gruben geliefert, wir bekommen auch eine vollkommen unentsprechende Menge von Brennholz aus den Staatswaldungen. Für die größeren Städte in Galizien allein ist der Verbrauch an Brennholz mit 1,400.000 Raummeter festgesetzt. Die Staatsforst- und Domänendirektion hat bis jetzt zirka 100.000 Raummeter vorbereitet und hiervon wurde ein Teil vom Militär mit Beschlag belegt. Es stellte sich heraus, daß bei uns die größte Not an Brennmaterialien besteht und dringende Abhilfe absolut notwendig ist.

Von den Zentralen werde ich Ihnen, meine Herren, bloß ganz kurz einige Tatsachen erwähnen. Die Zentralen verabscheuen überhaupt die Beteilung

der Bevölkerung mit Waren durch die Konsumvereine, durch Kooperativen, durch landwirtschaftliche Organisationen und dergleichen, und in dieser Hinsicht können wir bis jetzt absolut gar nichts vom Ernährungsamt und vom Handelsministerium erreichen, trotz aller Versprechungen, die wir erhalten. Viel mächtiger als vielleicht ihre Vorgesetzten scheinen manche Regierungsvertreter, manche Präsidenten der Zentralen zu sein, die sich immer weigern, Repräsentanten Galiziens in die Zentralen aufzunehmen, da sie befürchten, daß die Tätigkeit genauer überwacht werden könnte, und die sich immer weigern, nach Galizien eine entsprechende Anzahl von Waren zu liefern.

Was die Beteilung der Organisationen anbelangt, so will ich bloß auf folgendes hinweisen: Es wurde zum Beispiel verlangt, daß die Gauvereine mit dem Verkauf von Zucker, Petroleum und anderen Gegenständen des täglichen Bedarfes betraut werden.

Bezüglich des Verkaufes von Zucker hat in der Sitzung der vereinigten Kommission für Kriegswirtschaft vom 10. Oktober d. J. der Vertreter des Handelsministeriums Ministerialrat Dr. Loewenfeld folgendes erklärt *(liest)*:

„Die Vorschläge der Bezirkshauptmannschaften sind fast überall berücksichtigt worden, mit Ausnahme der Gauvereine."

Also eben die Gauvereine, um die es sich da gehandelt hat, die mit der Verteilung der Ware zu betrauen gewesen wären, sind ausgeschlossen worden. Er hat nun weiter folgendes angeführt *(liest)*:

„Was die Ausführungen des Herrn Grafen Lasocki anbelangt, daß wir im weiten Umfange gewerbliche und landwirtschaftliche Genossenschaften mit der Zuckerverteilung im großen betrauen, so bitte ich, meine Worte nicht so aufzufassen, daß ich in dieser Richtung, das heißt, hinsichtlich der Betrauung der Gauvereine mit den Funktionen des Großhandels eine Zusage gegeben hätte, das würde ich absolut nicht tun. Ich glaube, daß man ihnen die Verteilung an ihre Mitglieder übertragen kann, aber kaum die Funktion eines Großhändlers. Übrigens bemerke ich, daß der Tausch- und Schleichhandel in Galizien bekanntermaßen ein sehr großer ist und diese Organisationen den Zucker wohl nicht ungern eventuell zum Tauschverkehr benützen würden; es ist keine Verdächtigung gegen diese Gauvereine, die ich da aussprechen will, aber die Zuversicht, daß die Sache ganz tadellos gerade durch diese Organisationen gehen würde, habe ich, offen gesagt, nicht."

Und jetzt werde ich Ihnen an einigen Beispielen nachweisen, wie es mit der Organisation, die die Zentrale geschaffen hat, ausschaut. Ein Teil, die legitimen Kaufleute, ist selbstverständlich nicht zu beanstanden; es sind hochanständige Leute, gegen die man gar nichts einzuwenden hat. Leider hat man aber sehr viele Leute gewählt, die absolut nicht als verläßlich bezeichnet werden können. Ich will hier beispielsweise einen Artikel des „Kurjer Lwowski" vom 17. November d. J. zitieren, nach welchem in Gliniany im Bezirk Przemyślany, entgegen dem Antrage der Bezirkshauptmannschaft, einem gewissen Reinerz der Verkauf von Zucker zugewiesen ist, obwohl dieser Mann wegen Preistreiberei beim Verkauf von Zucker bereits mit Arrest und Geldstrafe bestraft war und in Kolomea die Zuckerverteilung ein Händler erhielt, der sechsmal wegen Preistreiberei bestraft worden ist. Ein anderer Händler hat laut einer Interpellation des Abgeordneten Dr. Ptaś und Genossen in der letzten Zeit 40 Waggons Zucker aus dem Bezirk Limanova nach Ungarn *(Hört! Hört!)* und in die westlichen Kronländer ausgeführt. Da sieht man, wer den Schleichhandel betreibt, ob es die Gauvereine oder diese Vertrauensmänner der Zentralen sind. Im Bezirke Nowy Targ wurden mit dem Zuckerverkauf zwei Kaufleute betraut, die, wie mir von einer verläßlichen Person mitgeteilt wurde, ebenfalls bereits wegen Preistreiberei und anderer Delikte bestraft sind. Ich könnte mehrere ähnliche Fälle anführen. Es stellt sich also heraus, daß man wirklich besser täte, die Gauvereine, die sich doch bis jetzt bestens bewährt haben, mit dem Verkauf zu betrauen und dadurch eine gesunde Konkurrenz auch für die Händler zu schaffen — ich spreche nicht von einer gänzlichen oder vorwiegenden Ausschaltung des legitimen Handels, aber ich will eine gesunde Konkurrenz schaffen — als daß man überhaupt den Handel solchen Leuten anvertrauen würde, die die Bevölkerung in der rücksichtslosesten Weise ausbeuten. Es ist bekannt, daß in Galizien auf dem flachen Lande die Bauern sehr oft 10 bis 16 K für 1 Kilogramm Zucker zahlen müssen, oder sie müssen im Tauschwege 1 Kilogramm Butter dafür geben, die natürlich einen viel größeren Wert hat, als 1 Kilogramm Zucker. *(Hört! Hört!)* Dasselbe ist auch beim Petroleum der Fall und ähnlich verhält es sich mit dem Leder. Die Häute- und Lederzentrale macht wunderbare Geschäfte. Da habe ich zum Beispiel hier eine Bilanz, aus der sich ergibt, daß das ganze Aktienkapital dieser Gesellschaft zwei Millionen betragen hat, der Gewinn im Jahre 1916 betrug aber 447.000 K. Außerdem hat die gesamte Regie 511.000 K gekostet. Wenn man so kolossale Gewinne erzielt, wenn man so viel für die Gesamtregie zahlt, so können sich die Herren denken, was die Bevölkerung für diese paar Herren, die diese Gesellschaft bilden, zahlen muß.

Es sind doch wirklich diese Zentralen keine Wohltat für die Bevölkerung, sondern zumeist Ausbeutungsinstitute, die zur Steigerung der Preise und zum Verschwinden der Waren beitragen. Ich

spreche den dringenden Wunsch aus, man möge endlich einmal diesem Treiben der Zentralen in Galizien Einhalt tun und einmal eine genaue Kontrolle über sie einführen. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich schließe sofort, Herr Präsident. Die Wünsche, die ich namens meiner Kollegen ausspreche, bestehen darin, daß man die landwirtschaftliche Produktion in Galizien durch Herbeischaffung von Pferden, landwirtschaftlichen Geräten und Kunstdünger entsprechend fördere und hebe und daß man die Gesuche von Landwirten und Handwerkern um Enthebung in einer ausgiebigen Weise berücksichtige; daß für die Versorgung sowohl der städtischen Bevölkerung als auch der Nichtselbstversorger am flachen Lande mit Mehl und Kartoffeln schleunigst Vorsorge getroffen werde; daß die unbefugte Ausfuhr von Lebensmitteln aus Galizien eingestellt und bei der Aufbringung von Getreide und Kartoffeln rücksichtslose und ungerechte Requisitionen von diesen Nahrungsmitteln sowie von Futter vermieden werden; die für die Produzenten zur Ablieferung vorgeschriebenen Kontingente an Getreide, Kartoffeln und Futter neuerlich geprüft und entsprechend reduziert werden, der Gesamtbevölkerung die unentbehrlichen Lebensmitteln und sonstigen Gegenstände des täglichen Verbrauches als Zucker, Fette, Petroleum, Bekleidungs- und Beschuhungsgegenstände, Brennmaterialien zur Verfügung gestellt, insbesondere daß aus den staatlichen Waldungen und den vom Staate angekauften Holzbeständen eine entsprechende Anzahl von Brennholzlagern errichtet werde.

Schließlich, daß die Tätigkeit der Kriegszentralen in Galizien genau überwacht, die bestehenden Fehler in der Organisation dieser Anstalten beseitigt werden und dafür Sorge getragen wird, daß die Bevölkerung Galiziens von den Zentralen mit Waren in einem gerechten Verhältnisse zu den anderen Kronländern versorgt werde. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem nächsten Herrn Anfragesteller, dem Herrn Abgeordneten Schäfer, das Wort.

Abgeordneter **Schäfer:** Meine Herren! Wir haben heute den ganzen Tag Klagen über unsere Ernährungswirtschaft vernommen und Beschwerden, die deutlich aufzeigen, daß trotz aller Erfahrungen, die man gemacht hat, keine Besserung eintritt. Ich kann die Empfindung nicht loswerden, daß auch diese Auseinandersetzung wieder ohne jedes Ergebnis vorübergehen sollte, als ob auch sie nicht dazu führen wird, daß ernstlich eingesetzt wird, Ordnung zu machen.

Wir stehen nicht viele Wochen nach der neuen Ernte und trotzdem haben wir einen Zustand in der Ernährungswirtschaft, in der Mehl- und Brotversorgung, wie er selbst in den Sommermonaten nicht ärger war. Es mag vielleicht nicht überall gleich schlimm sein, aber in den deutsch-böhmischen Industriebezirken herrscht seit Wochen andauernd Mehl- und Brotmangel. Die Bezirke und Gemeinden sind Woche für Woche gezwungen, den Verbrauch einzuschränken, die Verbraucher um zwei Zehntel, ja oft bis zu drei Zehntel zu verkürzen.

Wenn wir nach der Erklärung dieses Zustandes fragen, so wird uns eine ganze Reihe von Umständen angeführt, die das verschulden. In einer der letzten Sitzungen des Landeswirtschaftsrates in Prag ist mitgeteilt worden, daß die Ablieferung des Brotgetreides gegenüber dem vorigen Jahre stark zurückbleibt. Erst in den letzten 14 Tagen ist die Getreideablieferung so stark zurückgeblieben, daß es allgemein auffällt. Man hat zum Beispiel vom 28. Oktober bis zum 3. November 573 Waggons abgeliefert, eine Woche später nur 504 Waggons, so daß die Anlieferung von der einen Woche zur anderen um 69 Waggons zurückgegangen ist. Heute haben wir gehört, daß ein Teil der Landwirte Böhmens der Ablieferung Schwierigkeiten machen soll. Ich will mich in diese Auseinandersetzungen nicht einmengen, sondern es den beiden Gruppen überlassen, einander Vorhaltungen zu machen, aber hinweisen muß ich darauf, daß der Ablieferung des Brotgetreides nicht nur in dem einen Teile von Böhmen Schwierigkeiten gemacht werden, sondern daß das auch in dem anderen Teile vorkommt. So hat zum Beispiel die Bezirkshauptmannschaft Tetschen erst kürzlich in einem Aufruf an die Landwirte des Bezirkes aufmerksam machen müssen, daß es ihre Pflicht sei, das angesprochene Getreide abzuliefern. Dieser Aufruf wird damit begründet, daß die Anlieferung ganz gewaltig gegenüber dem zurückgeblieben ist, was angefordert wurde.

Die Folgen eines solchen Widerstandes sehen wir ja. Es gibt Mehl- und Brotmangel in allen deutsch-böhmischen Industriebezirken, der so arg ist, daß er in den Gesundheitsverhältnissen dieser Bezirke zum Ausdruck kommt. Wir haben heute von einem Redner gehört, daß Ärzte in Böhmen festgestellt haben, daß die sogenannte Hungerwassersucht und eine Reihe anderer Krankheiten im Zunehmen begriffen sind. Wenn wir die Ärzte darüber berichten hören, wie es mit der Gesundheit der Industriebevölkerung Deutschböhmens aussieht, so erschrickt man förmlich vor dem, was uns da gezeigt wird. Ein solches Gutachten liegt mir vor. Es zeigt uns, welche furchtbaren Wirkungen die heutige Lebensmittelwirtschaft bereits auf die Gesundheit der Bevölkerung ausübt. Da hat in einer Industriestadt in Deutschböhmen ein Arzt in einer

Eingabe an die Stadtvertretung dargestellt, wie es mit der Bevölkerung ausschaut.

Er bezieht sich dabei auf eine Hungerdemonstration, die in dieser Stadt vor sich gegangen ist, und sagt in dem Berichte an den Stadtrat darüber *(liest)*:

„Bei den seinerzeitigen Demonstrationen der Arbeiterbevölkerung, welche nach Brot und Hunger schrie, marschierten an der Spitze unserer so besonnenen Bevölkerung bereits Hunger und Tod. Mit geschwollenen Füßen und Händen, das Gesicht aufgedunsen, kamen sie aus der Arbeit und baten um ihr tägliches Brot. Es ist Tatsache, daß so mancher Arbeitgeber es meidet, seinen Betrieb und die zum Skelett abgemagerten Leute zu besuchen und zu sehen. Diese sind nur imstande, mit Aufwand ihrer letzten Kräfte bei der Arbeit auszuharren.

Der Kranke leidet an Magendarmkatarrh, Brechdurchfälle, Schwäche mit beginnender Tuberkulose. Hunderte Mädchen und junge Frauen verloren ihre Menses, vielleicht für immer, viele Kinder erhalten den Krankheitskeim, vielleicht bereits den Todeskeim im Mutterleibe. Sie bitten und bestürmen den Arzt um Lebensmittel und mit Recht. Denn diese schlechte, ungenügende Nahrung ist die Ursache ihrer Krankheit. Das Brot ist oft nicht genießbar, minderwertig und unzulänglich. Wirklichen Schwerarbeitern kann die Brotkarte nicht gegeben werden, weil das entsprechende Mehl nicht vorhanden ist. Hunderten Menschen und Kleinkindern, ja sogar stillenden Müttern ist es nicht möglich Milch zuzuteilen."

Das Bild, das der Stadtarzt von Warnsdorf von der dortigen Bevölkerung entwirft, trifft bei allen Industriestädten und Industrieorten Deutschböhmens zu. *(So ist es!)* Sie können, wenn Sie durch einen Industrieort wandern, sehen, daß die Menschen heruntergekommen, abgemagert, widerstandsunfähig sind und daß sie den Krankheiten in Menge erliegen. Alle Krankenkassen weisen eine Steigerung der Ziffer der Erkrankungen auf, sie ist so stark, daß manche Kassen den an sie gestellten Anforderungen kaum nachkommen können.

Daß es unmöglich ist, Ordnung in die Ernährungswirtschaft zu bringen, glauben wir nicht. Wir glauben nicht, daß unmittelbar nach der neuen Ernte der Zustand so sein müßte, wie er heute ist. *(Sehr richtig!)* Es hat schon im vorigen Jahre nicht an Warnungen gefehlt, es hat auch nicht an entsprechenden Vorschlägen gemangelt, wie man die Ernährungswirtschaft regeln soll. In unzähligen Beratungen und von zahlreichen Körperschaften sind aus dem Kreise der Verbraucher immer und immer wieder Anregungen gegeben und Forderungen gestellt worden, aber sie sind in der Regel unbeachtet geblieben. Man ist über sie hinweggegangen und hat die Dinge hingenommen, wie sie eben sind. Eines haben wir allerdings häufig erhalten: Zusicherungen und Versprechungen. Es war auch heuer so. Als wir im Sommer immer und immer wieder an Brot- und Mehlmangel litten, da wurden wir auf die neue Ernte vertröstet. Es hieß sogar, wir werden, nach der neuen Ernte Zubußen bekommen. Es wurde in Aussicht gestellt, daß zumindest unmittelbar nach der neuen Ernte die volle Brot- und Mehlmenge auf den Kopf ausgegeben werden wird. Ferner wurde uns versichert, daß wir bei einer halbwegs guten Kartoffelernte das, was uns an anderen Nahrungsmitteln fehlt, einigermaßen durch die Ausgabe von Kartoffeln würden ergänzen können. Nun haben wir heuer wirklich eine gute Kartoffelernte. Es gibt keinen Landwirt, der das bestreiten wird, es gibt niemand, der das etwa bezweifeln könnte. Trotz alledem gehen die Weisungen, die wir in Deutschböhmen zu befolgen haben, dahin, daß bei der Ausgabe der Kartoffeln auf den Kopf und die Woche vorläufig nicht mehr als 1½ Kilogramm gegeben werden sollen. Die Behörden, die diese Weisungen hinausgeben, sollten sich doch vorstellen, was das bei einer gleichzeitigen Kürzung der Mehl- und Brotration und bei dem vollständigen Mangel aller anderen Nahrungsmittel, wie Hülsenfrüchte usw., bedeutet, was es insbesondere bedeutet, wenn noch obendrein dazukommt, wie das in Deutschböhmen in den letzten Wochen der Fall ist, daß die Versorgung der Minderbemittelten mit Fleisch immer schwieriger wird und bereits stark ins Stocken geraten ist.

Wir haben in der Ernährungswirtschaft buchstäblich ein Durcheinander, eine grenzenlose Verwirrung, eine völlige Anarchie. *(Sehr richtig!)* Wenn dieser Zustand anhält und wenn man verabsäumt, rechtzeitig Abhilfe anzustreben, wenn sie überhaupt noch möglich ist, sind die Folgen gar nicht abzusehen. *(Sehr richtig!)*

Das Haus hat vom Herrn Minister für Volksernährung im Laufe der Debatte eine Rede gehört, in der es vor allem an der Versicherung fehlte, daß wir über die Schwierigkeiten in der Lebensmittelbeschaffung hinwegkommen werden. Auch in anderen Staaten, die im Kriege stehen, gibt es Ernährungsschwierigkeiten. Aber dort und insbesondere in Deutschland ist sich die Regierung der Schwierigkeiten bewußt und geht planmäßig vor. Bei uns aber hören wir zwar, daß wir einen beträchtlichen Abgang an den wichtigsten Nährmitteln, so an Brotfrucht haben, der aus Rumänien und Ungarn gedeckt werden soll. Wir wissen, daß wir nicht genug zum Leben haben, aber wir hören nicht, was vorgekehrt werden soll, damit wir über bevorstehende schwierige Zeit hinwegkommen.

Die Kartoffelanlieferung soll in den letzten Tagen befriedigend sein. Aber zu spüren ist davon nichts. In der Kartoffelbewirtschaftung macht sich

der Waggonmangel fühlbar. So wurde in der letzten Sitzung des Prager Beirates mitgeteilt, daß für Kartoffelverfrachtung in der einen Woche nur 67 Prozent, in der zweiten Woche nur 57 Prozent und in der dritten Woche gar nur 52 Prozent der bereitzustellenden Waggons zur Verfügung standen. Sie sehen also, daß es an den notwendigen Transportmitteln, an den Waggons fehlt.

Woran liegt das? Man wird uns doch nicht erzählen wollen, das müsse so sein. Wenn die Regierung die Volkswirtschaft im Innern aufrechterhalten will, so muß sie vor allem darauf Bedacht nehmen, daß das notwendige Wagenmaterial, daß die notwendigen Transportmitteln da sind. Es wird behauptet, daß auf manchen Stationen über militärische Anordnungen viele Waggons leer stehen, also nicht benützt werden.

Ist es denn notwendig, daß so etwas in einer Zeit vorkommt, wo wir die Transportmittel so dringend brauchen, um die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versehen.

Meine Herren! Wir können in einer solchen Auseinandersetzung, wie wir sie heute abführen, nichts anderes tun, als auf die Übelstände verweisen, wir können nichts anderes als fordern, daß den Zuständen ein Ende gemacht werde. Wenn das nichts fruchtet, so müssen wir der Bevölkerung endlich sagen, daß alles Reden, alles Warnen und alles Beraten nutzlos und zwecklos ist. Ist man aber vielleicht bei den leitenden Stellen schon zu der Überzeugung gekommen, daß sich Ordnung nicht mehr machen läßt, daß man aus diesem Wirrsal unseres Versorgungselends nicht mehr herauskommt, dann, meine Herren, bleibt nichts anderes übrig, als mit allen Mitteln und mit aller Kraft darauf hinzuarbeiten, daß wir zum Frieden kommen. Das ist das Einzige, was uns in einer solchen Stunde übrig bleibt. *(Abgeordneter Max Winter: Das müssen auch die Bürgerlichen begreifen!)* Gewiß! Wir haben heute schwere Klagen von den Bürgerlichen gehört. Ein Redner nach dem anderen ist aufgestanden und hat den Staat und die Staatsverwaltung angeklagt, daß sie in dieser wichtigsten Frage, die wir im Kriege zu lösen haben, versagen. Wenn das die bürgerlichen Parteien einsehen, dann sollten auch sie mit darauf dringen, daß wir aus diesem Elend herauskommen. Ich verstehe nicht, wie es da noch Parteien geben kann, die von einem Verständigungsfrieden nichts wissen wollen und glauben, man könnte den Krieg ins Unendliche weiter führen, wenn auch die Menschen im Hinterlande an Unterernährung zusammenbrechen.

Meine Herren! Wir haben heute unter anderem auch gehört, daß man in der Ernährungsorganisation zunächst in Böhmen eine Neuerung versuchen will. Vor Wochen schon ist davon die Rede gewesen. Man will sogenannte Versorgungsgebiete schaffen, das heißt man beabsichtigt Überschußbezirke und Zuschußbezirke zusammenzulegen. In Westböhmen ist dieser Versuch unternommen worden. Dort hat man 17 Bezirke zusammengelegt und man glaubt, auf diesem Wege über die Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Meine Herren! Der Gedanke ist durchaus gut, aber die Verwirklichung kommt viel zu spät. Denn wenn wir im jetzigen Zeitpunkt Zuschuß- und Überschußbezirke zusammenlegen, so haben wir nichts mehr davon. Die Überschüsse sind weg, es ist nichts mehr vorhanden. Wenn man in diesen Bezirken die Versorgung regeln will, so kann das nur so geschehen, daß die abgeforderten Überschüsse in irgendeiner Form wieder diesem Versorgungsgebiete zugeführt werden. Auf einem anderen Wege ist das gar nicht möglich.

Meine Herren! Wir werden zwei Tage lang hier im Hause die Klagen vorbringen, die wir draußen in der Bevölkerung über unsere Ernährungswirtschaft hören. Wir werden Forderungen erheben und Mängel aufdecken, aber wir werden nach zwei Tagen Auseinandersetzung sehen, daß alles wieder beim Alten bleibt. Es fehlt offensichtlich an dem nötigen Ernst, jene Schritte zu unternehmen, die uns aus den fürchterlichen Zuständen, unter denen die Bevölkerung zusammenbricht, herausführen könnten. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Die Reihe der Anfragesteller ist erschöpft. Es kommen nunmehr diejenigen Redner zum Wort, die sich in der Debatte zum Worte gemeldet haben. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Baxa das Wort.

Abgeordneter Dr. **Baxa:** Slavná sněmovno! Při této tak důležité otázce poznáváme opět, co znamená politická nesamostatnost národa. Země tak bohatá jako jest království české musí trpěti, že její obyvatelstvo stěžuje si na nedostatek a na bídu, a my nemůžeme jako jiní národové, na příklad Maďaři, sami o sobě rozhodnouti, ano jde to tak daleko, že ovoce naší vlastní práce musíme dávati nejprve cizím a sami se spokojovati s nouzí a nedostatkem. Při tom vidíme, jak se nám nespravedlivě měří, tu i poznáváme, že volání po nápravě jest marné. Vidíme to na českém venkově, vidíme to v městech a vidíme to zvláště, porovnáme-li poměry na příklad v Praze a ve Vídni.

Ich, als Vertreter der Stadt Prag, muß Beschwerde darüber führen, daß bisher jeder Schritt und jede Intervention zur Verbesserung der Ernährung der Bevölkerung in Prag vergebens war, so daß heute die Ernährungsverhältnisse in Prag im Vergleich mit anderen

Großstädten der Monarchie sozusagen katastrophale sind. Aus dem reichen Königreiche Böhmen werden fast alle wichtigen Lebensmittel zwar durch Prag transportiert, Prag selbst aber wird absichtlich vermieden. Aus den nahen Kohlenbergwerken gehen die Kohlenmassen nach Wien und Deutschland, in Prag aber haben wir den größten Mangel an Kohle. Dasselbe gilt auch von der Obstversorgung. Schon lange hat man in Wien und in Deutschland böhmisches Obst gegessen, während es erst nach langem Bemühen aller öffentlichen Faktoren erlaubt wurde, dem Prager Markt Obst zuzuweisen. Man hat heuer, um ein weiteres Beispiel anzuführen, 5500 Waggons Kartoffeln aus Böhmen ausgeführt, bevor man endlich erlaubt hat, Erdäpfel auf dem Prager Markte zu verkaufen, obzwar die Kartoffelbezirke nur wenige Kilometer von Prag entfernt sind. Und ebenso geht es mit allen übrigen Viktualien. In der Hauptstadt des reichen Königreiches Böhmen, welches als Getreidekammer des Reiches gilt, kommt auf eine Person ½ Kilogramm Mehl wöchentlich. Schon dieses Ausmaß ist ganz ungenügend und die Bevölkerung ist zum Schleichhandel gezwungen, wobei die armen Schichten der Bevölkerung am meisten leiden.

Noch schlimmer ist es in Prag mit Butter und Fett bestellt. Amtlich wird bestätigt, daß die Gemeinde Prag im Monat August nicht einmal 1 Kilogramm Fett bekommen hat. Es gibt hunderte Familien in Prag, welche monatelang keine Butter bekommen konnten.

Die Zuweisung von Fleisch beträgt für eine Person wöchentlich ½ Kilogramm, sie ist aber jetzt auf die Hälfte gesunken. In unseren Familien haben wir nur zweimal wöchentlich Fleisch, und zwar nur ¼ Kilogramm für eine Person.

Von einer Milchversorgung in Prag kann man überhaupt nicht reden. Die Zuweisungen sinken von Tag zu Tag; jetzt kommt 1 Liter Milch täglich auf 20 Personen. *(Hört! Hört!)* Wegen Mangel an Milch wurde eine Reihe von Milchverkaufsstellen gezwungen, zu schließen. Über Tausende Familien haben bereits mehrere Monate keine Milch. Zu diesen Familien gehört auch meine. Sogar die Kranken und Kinder bekommen ihre Quote nicht mehr!

Beim Zucker ist wieder ein hübscher Vergleich Prags mit Wien am Platze. Während in Wien die Zuweisungen rechtzeitig kommen, kommt die für Prag bestimmte Quote regelmäßig so spät, daß Tausende von Zuckerkarten verfallen und die Bevölkerung der Hauptstadt eines Landes, wo die Zuckerindustrie blüht, wochenlang ohne Zucker ist.

Ich möchte noch weitere Beispiele anführen, wie die Zuteilung von Kaffee, respektive von Kaffeemischung, von Kerzen und Petroleum und von Futtermitteln erfolgt. Über diese Sachen habe ich aber in der vorigen Woche mehrere Interpellationen überreicht, weshalb ich sie jetzt übergehen werde.

Ich muß noch bemerken, daß in Prag der größte Mangel an Zufuhr von Wildbret, Gänsen, Fischen, Eier, Butter und Gemüse herrscht. Der Grund liegt meistens in den Maximalpreisen, und zwar bei den Artikeln, die, wie zum Beispiel Wild, Fische, Gänse aus dem Lande ausgeführt werden, bei Butter und Eiern in der privaten Spekulation, auf welchem Wege, wie allgemein bekannt, Butter unter der Hand über den Maximalpreis um horrende Preise — schon über 40 K pro Kilogramm — verkauft wird. Auch Eier werden durch die private Spekulation zusammengekauft und für horrende Preise — 80 h pro Stück — weiter verkauft. *(Abgeordneter Dr. Velich: 1 K!)* Das war in der vorletzten Woche, jetzt schon um 1 K; da haben Sie recht. Das geschieht auch mit anderen Sachen, wie Seife usw.

Bei dieser Sachlage müssen wir den Behörden grobe Nachlässigkeit vorwerfen. Die Regierungsorgane sollten schon längst nach den versteckten Mengen forschen, Hausdurchsuchungen in den großen Wucherer lagern vornehmen und auf solche Weise die Bevölkerung vor dem Auswuchern durch die Engroseinkäufer schützen.

Wie es in Prag mit der Approvisionierung steht, zeigt am besten folgende amtliche Übersicht:

Eine Person bekommt jetzt wöchentlich ½ Kilogramm Mehl, 1 Laib Brot und 1½ Kilogramm Kartoffeln.

In der Zeit vom 1. April bis 30. September 1917, also in sechs Monaten, ist auf eine Person in Prag entfallen: von Butter 26 Dekagramm, das heißt 4⅓ Dekagramm monatlich oder etwas über 1 Dekagramm wöchentlich; von Fett: 15 Dekagramm, das heißt 2½ Dekagramm monatlich; von Margarin 7 Dekagramm monatlich. In den letzten fünf Monaten kamen auf eine Person 6 Stück Eier, das heißt erst in 25 Tagen 1 Ei; Fleisch: ½ Kilogramm und jetzt nur ¼ Kilogramm wöchentlich und Milch 1 Liter auf 20 Personen pro Tag.

Kann sich jemand einen größeren Mangel an der nötigen Ernährung vorstellen? Mit zwei Stück Fleisch, einem Laibchen Brot und ein paar Kartoffeln wöchentlich, ohne Fett, ohne Butter, ohne Milch, ohne Ei, bei dem größten Mangel an Bier, Gemüse und sonstigen Nahrungsgegenständen — wie kann man da leben? Ist das nicht ein langsames Sterben?

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Gesundheit der Erwachsenen wie der Kinder speziell in den ärmeren Schichten ganz untergraben ist. Die Sterblichkeit in Prag wächst. 1914 betrug sie 13·9 Prozent, im Jahre 1916 schon

153 Prozent. Die Tuberkulose greift um sich. Im Jahre 1916 beträgt die Sterblichkeit an Tuberkulose bereits 25 Prozent aller Todesfälle. Die Ruhr greift ebenfalls um sich, wobei heute von den Erkrankten schon 20 Prozent sterben. Das Prager Physikat meldet zum Beispiel in den vorletzten zwei Monaten 600 Fälle. Auch andere Krankheiten, wie Typhus, vermehren sich. Die Ärzte konstatieren ausdrücklich, daß dies von der schlechten Ernährung kommt. Als die Ursachen der schlechten Ernährung werden bezeichnet: 1. Ungenügende Quantität, 2. schlechte Qualität, denn unsere Nahrung wie Brot, Mehl, Milch, weisen Zusätze auf, welche der Gesundheit vielfach schädlich sind.

Die Zustände der ärmeren Schichten werden infolge der Unterernährung immer schrecklicher. Hunderte Familien haben weder genügende Nahrung, noch Kohle.

Und wie leidet die Gesundheit der Kinder? Eine große Zahl von Kindern bettelt von Haus zu Haus. Wie sie damit an Gesundheit und Sittlichkeit leiden, brauche ich nicht zu sagen. Frost und Hunger macht aus ihnen Bettler, Diebe und Krüppel. Nie wurden so viele Diebstähle in Prag begangen wie jetzt. Krankheiten, Verbrechen, geistige und körperliche Degeneration sind die Folgen des Krieges und der ungenügenden Ernährung.

Und wie leidet der Gewerbestand in Prag unter den heutigen Verhältnissen? Die sogenannten Approvisionierungsgewerbe wie Bäcker, Zuckerbäcker, Gastwirte, Cafetiers bekommen ihre Zuweisungen überhaupt nicht oder in beschränkter Weise. Die Konfektionsgewerbe: Schneider, Schuster, leiden an Mangel des Materials. Es fehlen Zwirn, Gewebe, Futter, Leder und Pelzwaren; das befindet sich entweder in den großen Militärmagazinen oder in den versteckten Lagern der bekannten Großwucherer. Alle anderen Gewerbezweige, wie die Baugewerbe, die Lackierer usw. ersuchen umsonst um Zuweisung der nötigen Materialien und Rohstoffe. Die betreffenden Zentralen weisen die diesbezüglichen Gesuche rundweg ab, alle Interventionen der Genossenschaftsvorstände, der Abgeordneten blieben bisher erfolglos. Wie die Tausende von Gewerbetreibenden leben, sich und ihre Familien ernähren sollen, darum kümmern sich die Regierungsorgane überhaupt nicht.

In Prag müßte es nicht so weit kommen, wenn die Regierungsorgane, und in erster Reihe die Statthalterei, sich um die Volksernährung unserer Landeshauptstadt rechtzeitig mehr gekümmert hätte.

Prag als Mittelpunkt der Obst-, Getreide-, Kartoffel- und Kohlengegenden konnte immer als erste mit dem Allernotwendigsten versorgt werden. Anstatt dessen erlaubte die Statthalterei die Ausfuhr dieser Gegenstände zuerst nach Wien und Deutschland und erst nach vielem Herumgehen und Plagen bekamen wir Prager etwas von diesen Nahrungsmitteln, aber immer teuer und in ungenügender Menge.

Ich sagte: In erster Reihe ist an diesen tristen Erscheinungen die Statthalterei in Prag schuld. Der Statthalter fühlt nicht mit dem böhmischen Volke, im Gegenteil.

Als es noch Zeit zur Rettung war, hatte der Statthalter andere Sorgen!

Man arbeitete damals an den Kreiseinteilungen Böhmens und anderen großdeutschen Forderungen. Man hatte sohin zur Zeit, als die Not vor der Türe stand, keine größere Sorge, als die innere deutsche Amtssprache in Böhmen einzuführen.

Man hatte Zeit genug zur Persekution, zur Unterdrückung der öffentlichen Meinung; anstatt nach den Ernährungsquellen hat man nach den Hochverrätern nachgeforscht. Dazu war Zeit genug. Als die Not drohte und das Volk sich ums Brot meldete — da hatte man nur Kerker und Persekution zur Antwort.

Die Prager Arbeiterschaft, welche aus Hunger die Arbeit einstellen wollte, ist dafür der beste Beweis. Auch in anderen Städten der Monarchie hatte die Arbeiterschaft gestreikt, um bessere Ernährungsbedingungen zu erzielen. In Wien, Wöllersdorf, Aussig, Wels und an anderen Orten kam es zur Arbeitseinstellung. Aber wie hat man dort die Streikenden behandelt? Dort kam man mit Verhandlungen und Besserungen — bei uns in Prag mit Militärgerichten und Kerker. Durch unmenschliche Urteile wollte man in Prag die hungernde und entkräftete Arbeiterschaft zur Arbeit zwingen, obzwar man gut wissen mußte, daß man doch nur dann arbeiten kann, wenn man gut ernährt wird.

Wie anders hat man um die deutschen Gegenden Böhmens gesorgt! Als in Trautenau zeitweise Mehlnot vorkam, wurden sofort, sogar auf Befehl des Kaisers, einige Waggons Mehl hingeschickt. Als man von der Not in dem deutschen Erzgebirge hörte, bereiste sofort der Statthalter diese Bezirke und brachte die nötige Hilfe. Ich billige es vollkommen, aber wir wollen, daß man die böhmischen Gegenden ebenso behandelt. Auch bei uns in den böhmischen Teilen des Böhmerwaldes, in Südböhmen, Mittelböhmen, in dem böhmisch-mährischen Gebirge herrscht der größte Mangel und Not. Kennt der Statthalter die Not und den Mangel in den böhmischen Städten nicht, wo keine Selbstproduzenten sind, wo die Bevölkerung, der kleine Bürger, Handwerker, Beamte, Lehrer, Arbeiter nur auf die amtliche Quote angewiesen ist, von welcher er doch nicht leben kann? Diese Bevölkerungsschichten brauchen in erster Reihe die Hilfe.

Wir stehen vor der Lösung einer großen sozialen Frage, denn es handelt sich nicht nur um die triste Gegenwart, sondern um die Zukunft, und

zwar nicht nur um unsere, sondern um die Zukunft der kommenden Generationen.

Leider ist dazu die Regierung mit allen ihren Hilfsorganen, Zentralen und wie sie alle heißen, ganz unfähig. Sie steht unter dem Drucke der militärischen Alleinherrschaft, sie weiß zwar die Kriegswucherer und die Großhamsterei ins Leben zu rufen, aber den armen Schichten des Volkes zu helfen, ihre Not zu mildern, das trifft sie nicht. Wir wissen, daß unsere Feinde in dieser Monarchie, die Feinde der böhmischen Nation, alles daransetzen wollen, um uns, wenn sie schon nicht imstande waren, unsere politischen und staatsrechtlichen Forderungen mundtod zu machen, auf wirtschaftlichem Wege auszuhungern.

Gegen die böhmische Nation führen die Magyaren einen Kreuzzug in der Ernährungsfrage. Sie wollen nicht von ihrem opulenten Überflusse an uns abgeben.

Bei dieser Gelegenheit muß ich schon heute gegen die Art und Weise protestieren, in welcher die Minister im Reichstage in Ungarn von unseren staatsrechtlichen Forderungen gesprochen haben. Wir müssen uns dagegen verwahren, weil wir auf dem Boden unseres Staatsrechtes stehen; wir stehen auf dem Boden der Selbständigkeit des böhmischen Volkes, des Selbstbestimmungsrechtes des böhmischen Volkes, und wenn die Magyaren heute mit dem Kaiser und mit der österreichischen Regierung gegen uns auftreten wollen, so können wir ihnen ruhig sagen: wir werden wie bisher auf unserem Rechte bestehen, wir stehen unerschüttert auf dem Boden unserer feierlichen Erklärung vom 30. Mai 1917, wir fürchten ihre Drohungen gar nicht, weil es sich um unsere heilige Sache, um unsere Zukunft handelt. *(Lebhafter Beifall.)*

Aber auch die Deutschen wollen wieder alles aus den böhmischen Bezirken requirieren und wir sollen auf diese Art und Weise ausgehungert werden, wir sollen geschwächt werden und wir sollen durch Not und Hunger dezimiert werden, bevor wir das glückliche Haus unseres selbständigen Staates betreten. Gegen diese Absichten müssen wir vor den Augen der ganzen Kulturwelt protestieren. Die böhmische Nation hat gewiß den Krieg nicht gewollt, wir waren es nicht, die beim Beginn des Krieges enthusiastisch den Krieg begrüßten, wir haben nicht die feierlichen Siegesumzüge veranstaltet; im Gegenteil, wir haben immer gegen den Krieg protestiert und gegen den Krieg gewarnt; die traurigen Folgen des Krieges haben uns recht gegeben. Die augenblicklichen Erfolge im Felde sollen uns nicht täuschen. Der um sich greifende Mangel an allem Notwendigsten, die herrschende Not und der Hunger vernichten jeden scheinbaren Erfolg. Das vor Hunger sterbende Hinterland muß die österreichischen Kriegselemente zum Stehen bringen und sie zum Frieden zwingen. Die böhmische Nation hat die schwersten Opfer in diesem Kriege gebracht. In dieser letzten Stunde müssen wir der Regierung zurufen, daß es schon genug an Opfern ist. Die böhmische Nation will leben, sie will leben als freies Volk in ihrem selbständigen Staate. Wir wollen aber leben, nicht nur als freie Bürger, sondern auch als gesunde Menschen; wir wollen nicht als Kranke, Krüppel und Sterbende den Boden unserer befreiten Heimat betreten, sondern als gesundes, kräftiges Volk. Wir werden uns daher aus allen Kräften gegen die gegen uns tückisch geführte Aushungerungspolitik wehren, und hoffen, daß wir uns ihrer auch erwehren werden. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Bradáč.

Abgeordneter **Bradáč:** Slavná sněmovno! Jsa řečníkem za Český svaz prosím, aby mně bylo dovoleno, abych odmítl útoky, které byly na naše české zemědělce, abych se o tom zmínil, jak někteří kolegové s německé strany dovedli přinésti statistiku, jak řekl kolega Goll, že statistika jasně a zřetelně mluví o tom, kdo v království českém plnil a plní své povinnosti. Děkuji panu ministru Höferovi, který řekl, že statistika jest tak pohyblivá jako úřední data a že možno si ji připraviti, jak kdo si přeje. *(Tak jest!)*

Mám zde kratinký doklad o tom, kdo plní své povinnosti, takřka úřední. Okresní hejtmanství v Děčíně vydalo ke svým starostům tamějšího okresu vyhlášku, v níž přímo viní obyvatelstvo z neplnění povinnosti a pasivní resistence. *(Slyšte!)* Dovolte, abych několik slov přečetl z vyhlášky, která tvoří úřední doklad. *(Poslanec Špaček: To je český okres? — Poslanec Švejk: To je německý Děčín.)* Z rozvrženého množství 500 metrických centů pšenice, 3000 metrických centů žita, 100 metrických centů ječmene a 4000 metrických centů ovsa má se ještě odvésti 313 metrických centů pšenice, 2238 metrických centů žita, 52 metrických centů ječmene a 375 metrických centů ovsa. Okresní hejtmanství vyzývá k odvedení tohoto množství do 15. listopadu, jinak bude zakročeno represaliemi a vojenskou rekvisicí. *(Poslanec Švejk: Pošli to Helmerovi!)* Okresní hejtmanství musí nabádati německé rolníky, aby plnili své povinnosti, a viní je z konání pasivní resistence. *(Poslanec Velich: Oni nemohou dodávati jako my!)* Věřím tomu. My soudíme objektivně. Nechceme, aby někdo byl zbytečně šikanován. My naše tvrzení doložili jsme úředními daty, abychom nebyli šikanováni. *(Tak jest!)*

Hohes Haus! Es sei mir als Vizepräsidenten des Ernährungsausschusses des „Český Svaz“ gestattet, zu der überreichten dringlichen Anfrage einige Worte zu sprechen. In der dringlichen Anfrage werden die Ernährungs-, Produktions- und Distributionsverhältnisse im Königreiche Böhmen und teilweise auch in unserer ganzen Reichshälfte in klarer und überzeugender Weise geschildert. Der Präsident des Ernährungsausschusses des „Český Svaz“, Kollege Dr. Šubrt, hat die dringliche Anfrage mit genauen Daten und Fakten einbegleitet, so daß in dieser Richtung keine weiteren Ausführungen notwendig sind.

Die dringliche Anfrage ist eine schlagende Widerlegung sämtlicher Angriffe auf die böhmischen Landwirte, die sowohl durch die deutschnationale Presse als auch durch die dringliche Anfrage und die heutige Rede des Abgeordneten Kraus erhoben wurden, sie bedeutet eine vollständige Widerlegung der einzig und allein aus nationalem Haß vorgebrachten Lüge des Abtes Helmer und belehrt auch den Präsidenten der deutschen Sektion des Landeskulturrates für Böhmen, Zuleger, über die Unrichtigkeit seiner in den Tagesblättern publizierten Behauptungen.

Dem Abt Helmer hat schon im Herrenhause Fürst Schwarzenberg als Präsident des Zentralkollegiums des Landeskulturrates für das Königreich Böhmen und ebenso Seine Exzellenz Dr. Fort eine schlagende Abfuhr erteilt.

Ich konstatiere nur, daß Herr Abt Helmer die Daten der Anbauflächen aus dem Jahre 1913 und die Zahlen des Ernteergebnisses vom Jahre 1916 benutzt hat. *(Abgeordneter Kadlčák: Das ist ja ein Schwindel!)* Ja, das ist ein Schwindel.

Mit dem Herrn Abt Helmer und dem Herrn Abgeordneten Kraus werde ich also nicht mehr polemisieren. Es sind dies bekannte Analphabeten auf wirtschaftlichen Gebiete, aber ebenso bekannte nationale Hetzer, denen jede Unwahrheit, jede Verdrehung und jede Lüge recht ist, wenn sie nur das böhmische Volk mit Schmutz und Verleumdung bewerfen können.

Ich bedauere, in dieser Gesellschaft den Präsidenten der deutschen Sektion des Landeskulturrates für Böhmen, Zuleger, erblicken zu müssen, der als Landwirt und als Vorsitzender der größten landwirtschaftlichen Korporation gerecht und objektiv sein sollte und der genau alle Umstände erwägen sollte, bevor er sein fachmännisches Urteil abgibt. Ich glaube nicht, daß der Präsident der deutschen Sektion erst erwogen und dann gesprochen hat, ich bin vielmehr überzeugt, daß er diesmal unter dem Drucke der deutschnationalen Hetze gehandelt hat, denn sonst hätte er die böhmischen Landwirte nicht der Pflichtverweigerung beschuldigen können.

Unsere dringliche Anfrage widerlegt die unrichtigen Behauptungen ziffernmäßig und meine Aufgabe ist es, die wahren Ursachen der geradezu verzweifelten Zustände in Böhmen, ja in ganz Österreich, des näheren anzuführen.

Die landwirtschaftliche Produktion ist im vierten Jahre des Krieges unter dem Einfluß des Krieges, und der schlechten Organisation von seiten der österreichischen Regierungen und Behörden stark gesunken. Es gebricht an tüchtigen Arbeitskräften, an Kunstdünger, an Gespannen, an landwirtschaftlichen Handwerkern und die landwirtschaftliche Industrie ist umgewandelt in eine Kriegsindustrie. Die Bonität des Bodens und seine Fruchtbarkeit ist sehr tief gesunken und ganz besonders sank sie im Königreiche Böhmen und hier wieder am meisten in den böhmischen Bezirken, wo die Feldwirtschaft zum Unterschied von der Mehrzahl der deutschen Bezirke eine sehr intensive ist, wogegen in den deutschen Bezirken doch mehr die extensive Feldwirtschaft herrscht und, um nur ein Beispiel vorzuführen, es keinen so großen Mangel an Kunstdünger gibt, welcher Mangel doch sehr große Folgen zeitigt. Die deutschen Bezirke produzieren mehr Getreide, Futter und vorwiegend Erdäpfel. Der weitaus größere Teil der böhmischen Bezirke und ganz besonders darunter die reichsten, produzieren zumeist industrielle Früchte, Rüben, Zichorie, Kraut, Mohn und Raps, Früchte also, welche an die Kräfte des Bodens ganz andere Anforderungen stellen und eine andere Düngung erheischen, als die Getreidefrüchte.

In diesen reichsten Bezirken ist die Produktion in einer entsetzlichen Weise gesunken. Und dies hauptsächlichst aus dem Grunde, weil es an Kunstdünger mangelt, Superphosfaten und Chilisalpeter. Leider fehlt es uns auch an animalischem Dünger in zulänglichem Maße, um den mineralischen Dünger zu ersetzen, und dies hauptsächlich aus dem Grunde, weil wir uns bis zum Kriege bis auf wenige Ausnahmen mit der Aufzucht des Tieres nicht befaßten, dasselbe hauptsächlich zu uns in die rübenreichen Gegenden einführten und dadurch zur Kammer des gemästeten Schlachtviehes wurden. Aber trotz dieser Schwierigkeiten haben die böhmischen Landwirte aus diesen Bezirken, wie unsere dringliche Anfrage beweist, ihre Verpflichtungen bezüglich der Ablieferung von landwirtschaftlichen Produkten an die vom Staate bestimmten Zentralen erfüllt, ja sie haben die Landwirte deutscher Nationalität weitaus übertroffen und ich bitte den Herrn Präsidenten Zuleger, dies gütigst zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Wir blieben in nichts zurück, obwohl wir hätten anders handeln müssen, wenn wir uns an die alten und neuen Unbilden erinnerten, welche

die Wiener Regierungen dem böhmischen Volke zugefügt haben.

Wenn der Landwirt ein Mißtrauen gegen die Versprechungen der staatlichen Verwaltung hegt, so ist dieses Mißtrauen gänzlich begründet. Die Staatsverwaltung hat niemals und ganz besonders nicht in diesem Kriege, ja sie hat nicht einmal die Vorschriften, Gesetze, die Kaiserlichen Verordnungen eingehalten, die sie in Schikanen und geradezu Plünderungen umgesetzt hat. Tausende Beispiele beweisen dies klar, ganz besonders in den Siedelungen der böhmischen Landwirte.

Die übertriebenen Requisitionsvorschriften, die zwangsweise Durchsetzung derselben durch Drohungen und Schikanierungen politischer Behörden und gewissenloser politischer Beamten und sogar militärischer Kommissionen, dies alles sind Mittel, welche die schwierige und mühevolle Arbeit des Landwirtes nur verbittern, sie sind die Belohnung für die übermenschliche Aufgabe, welche in diesem schrecklichen Kriege den Frauen und Kindern derjenigen zufiel, welche draußen auf der Wallstatt ihr Leben lassen und den letzten gebrochenen Blick nach jener Seite richten, wo sich ihre geschmähte und ausgeplünderte Heimat befindet. *(So ist es!)*

Wie man rücksichtslos und gegen alle Vorschriften in vielen Bezirken noch heute vorgeht, das erweisen Hunderte von Fällen und ich selbst kann aus meinem Wahlbezirk auf einen Fall verweisen, wo ein zeitweise zu uns versetzter junger, unerfahrener Konzipist einen alten hochverdienten Statthaltereirat und Referenten der politischen Behörde für Approvisionierungsangelegenheiten denunzierte, als die zwangsweisen Einkäufe aufgehoben werden mußten, da die Mütter ihre hungrigen Kinder zur Bezirkshauptmannschaft brachten. *(Hört! Hört!)* Was für ein Vertrauen kann ein Staatsbürger zu solchen Ämtern, Beamten und zur Staatsverwaltung haben? Es braucht dann niemand Wunder zu nehmen, daß ein jeder seine Vorräte verbirgt, verheimlicht und sich versorgt, wie er kann, weil er in diesem Staate an Recht und Gerechtigkeit keinen Glauben haben kann.

Nicht genug an der Getreiderequisition, wo sehr oft das vorgeschriebene Kontingent den Ernteertrag überragt, kommt es nun auch zur Requisition von Heu, Stroh und Kartoffeln. Wenn als Grundlage die Aufstellung und die Quote, welche für Heu und Stroh von der Statthalterei im Königreich Böhmen fixiert wurde, genommen werden sollte, dann müßte die Staatsverwaltung in die den Rübenbau vorzüglich pflegenden Gegenden des Königreiches Böhmen eine ungeheure Menge Waggons von Futtermitteln und Erdäpfeln einführen, damit der ohnehin schon stark geminderte Stand des Viehs, das der Landwirt hält, erhalten bleibe. Die katastrophale Dürre des Jahres 1917 hat den Ertrag im allgemeinen und ganz besonders den der Futterfrüchte gemindert. Wir haben zwar im Königreich Böhmen um eine halbe Million Milchkühe und 200.000 Zugochsen weniger, gleichwohl haben wir einen Mangel an Futtermitteln, hauptsächlich deswegen, weil uns stärkende Mitteln fehlen und ganz besonders die aus Rußland eingeführten Leinkuchen und unsere häuslichen Schrotte. Trotzdem sind ganz besonders den böhmischen Bezirken so schreckliche Kontingente an Heu und Stroh auferlegt worden, daß sie in diesen Mengen überhaupt nicht beschafft werden können, und die Heeresverwaltung beharrt unter allen Umständen auf der Ablieferung dieser Kontingente. In drei oder vier Gemeinden meines Wahlkreises wurde Futter von den militärischen Kommissionen requiriert und man hat meistenteils alles genommen, was man vorfand, ohne Rücksicht auf den erwiesenen Bedarf des Landwirtes. Solche Verordnungen und eine solche Durchführung derselben muß zu einer völligen Katastrophe führen. Wolle jedoch Herr Präsident Zuleger zur Kenntnis nehmen, daß die vorgeschriebenen Kontingente in den böhmischen Bezirken die Grenzen der Möglichkeit überragen und daß in vielen deutschen Bezirken überhaupt keine Kontingente vorgeschrieben wurden.

Soviel auf Grundlage der amtlichen Daten und ungeachtet dessen, daß es in den deutschen Bezirken weit mehr Wiesen gibt, wogegen in den böhmischen Bezirken Wiesen verackert wurden, um Rübenzucker zu pflanzen, um die Produktion des Zuckers zu ermöglichen, welcher doch heute das billigste Lebensmittel ist, aber gleichzeitig das Gold für den Staat und das einzige Mittel, welches unsere entwertete Valuta im Auslande zu heben vermag. Selbst die deutschen Landwirt geben es zu, daß sie mehr Futter haben, wenn sie Vieh für den öffentlichen Konsum und für das Militärärar abzugeben haben.

Bei der Requisition von Vieh sehen wir wieder, wer im Königreich Böhmen seine Pflichten geradezu in musterhafter Weise erfüllt, ob der böhmische oder deutsche Bauer. Unsere dringliche Anfrage beweist, daß die deutsche landwirtschaftliche Viehverwertungsgesellschaft, welche gleich wie die böhmische mit der Requisition des Viehs betraut ist, in der Ablieferung desselben große Rückstände aufweist, wogegen die böhmische landwirtschaftliche Gesellschaft die auferlegten Kontingente fast zur Gänze bereits zur Ablieferung gebracht hat. Die deutschen Landwirte sagen selbst, daß sie mehr Futter haben und daß es ihnen somit möglich ist, Vieh zu halten; wenn es sich aber um dessen Ablieferung an das Ärar handelt, so behaupten sie das Gegenteil. Hier sieht man klar, wer die passive Resistenz betreibt, von welcher Herr Abt Helmer und Kollege Kraus sprachen.

Die böhmischen Bezirke sollen Getreide im vollen Maße abliefern, ebenso Heu, Stroh, Kartoffeln und Vieh, den deutschen Bezirken werden oftmals gar keine Kontingente vorgeschrieben und trotzdem hetzt man noch gegen uns und stellt uns als Hochverräter an den Pranger.

In der Interpellation des Abgeordneten Kraus, in der Rede des Herrn Abtes Helmer und in dem Zeitungsberichte des Herrn Präsidenten Zuleger wird der Beweis versucht, daß in den deutschen Bezirken Böhmens der Hunger grassiert, und die Schuld daran wird auf die böhmischen Landwirte gewälzt. Mögen die Herren sich einmal die Industrieorte im böhmischen Gebiet und selbst viele Gegenden auf dem Lande ansehen, und sie werden dort das nämliche finden. Die Folgen der Unterernährung wird das ganze Land zu tragen haben und fast das ganze Reich und in erster Linie natürlich die Industriebezirke, dank der schlechten und unzulänglichen Organisation und den Institutionen, die der Staat errichtet hat. Die verschiedenen staatlichen Zentralen haben nur Schwierigkeiten geschaffen und hauptsächlich alles verteuert, was der einzelne zu seiner Ernährung benötigt. *(Zwischenrufe.)*

Diese Organisationen, welche hauptsächlich von Nichtfachleuten beherrscht werden, haben zumeist nichts anderes im Auge, als schwindelerregende Millionen zu verdienen und die ohnehin schon teuren Bedürfnisse des Konsumenten zu verteuern, ganz abgesehen davon, daß dies Apparate sind, die nur langwierig und schwer arbeiten. Die Zentralen tragen die größte Schuld an dem heutigen Mangel, weil sie nicht rationell vorgehen und ihre Tätigkeit ist geradezu eine gefahrbringende. Besehen wir uns zum Beispiel die Erdäpfelzentrale. Diese requirierte die Erdäpfel bei den Landwirten um einen sehr niedrigen Preis, aber der Konsument mußte sie um 50 oder noch mehr Prozent teurer bezahlen, als sie der Produzent ablieferte. Hierbei hat der Produzent gesunde Kartoffel, unverdorbene und nicht erfrorene abgeliefert, der Konsument bekam sie jedoch verfault und erfroren. Nicht besser geht es mit dem Fleisch und mit dem Mehl zu. Den landwirtschaftlichen Bezirken — und wieder in erster Linie den böhmischen — wird die mit der Kaiserlichen Verordnung statuierte Quote der Mehlprodukte nicht geliefert. So wurden zum Beispiel in meinem Wahlkreise für einen Teil des vorigen Jahres gemäß der Ernährungsquote 10.160 Meterzentner nicht geliefert und niemand fragte sich, wie die auf den öffentlichen Konsum angewiesenen Leute ihr Leben bis zur nächsten Ernte fristen werden. Kann es da Wunder nehmen, daß man kein Vertrauen zur Staatsverwaltung und zu ihren Organen hat? Darf es jemand verwundern, daß es auf dem Lande von Hunderten und Hunderten Leuten wimmelt, die um ein paar Kilogramm Getreide, Mehl oder Erdäpfel geradezu betteln?

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bereits verstrichen.

Abgeordneter **Bradáč.** Ich bin gleich fertig. — *(Fortfahrend)*: Die böhmischen Bezirke in erster Linie sind überschwemmt von diesen armen Teufeln; diese Unglückseligen aus den deutschen Bezirken kommen sogar bis zu uns in die Elbegegend mit gefalteten Händen und mit Bitten auf ihren Lippen. Mir fehlt der Glaube, daß der Staat ihnen gegenüber als seinen Bürgern die Pflicht erfüllen wird. Es ist wahr, daß manchmal gewissenlose Leute ein schreckliches Geld von diesen Armen verlangen. Wir verurteilen einen jeden Landwirt, der dies tut, und verlangen die strengste Untersuchung und Bestrafung.

Meine Herren! Gestatten Sie mir nur noch ein paar Worte über die Enthebungen. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Gleich, Herr Präsident.

In der letzten Zeit sind viele Enthebungen der Landwirte aufgehoben oder mit Endtermin nur auf kurze Fristen, meistens bis zum 30. November bewilligt worden. Ich frage den Herrn Minister für Landesverteidigung und den Herrn Ernährungsminister: Hat auch der Krieg bereits einen Endtermin, daß man auf die Arbeit der Landwirte verzichten könnte, und will man auch der Volksernährung einen Endtermin setzen? Wenn man aber die Landwirtschaft weiter braucht, dann muß man ihr in logischer Weise auch die unentbehrlichen leitenden und arbeitenden Kräfte weiter belassen.

Vážení pánové! Máme ještě zajisté více stesků, ale nemohu tu přednésti všechny, jež jsem měl poznamenány. Víme, že se nedovoláme nikde spravedlnosti, práva a rovnoprávnosti v tomto státě, jest však povinností všech českých lidí a zajisté v první řadě nás zástupců českého lidu, abychom stáli pevně na stanovisku práva a spravedlnosti *(Poslanec Švejk: A samostatnosti!)* a samostatnosti české a my pevně věříme, že této samostatnosti spojenými silami plně dojdeme! *(Výborně! — Potlesk. — Řečníku se blahopřeje.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Friedmann das Wort.

Abgeordneter **Friedmann:** Hohes Haus! Unter der großen Zahl von Rednern, die heute zur Ernährungsdebatte gesprochen haben, haben sich fast ausschließlich Vertreter agrarischer Interessen befunden. Ich bin der letzte, welcher einen künstlichen Gegensatz zwischen Stadt und Land schaffen möchte.

Aber, meine verehrten Herren, wenn die Landwirtschaft klagt — und wir geben alle zu, daß vielfach ihre Klagen berechtigt sind —, dann muß ich sagen, finde ich keine Worte, um alle die Leiden und all den Jammer zum Ausdruck zu bringen, unter dem die städtische Bevölkerung, zumal die Bevölkerung Wiens leidet. Die Zustände sind nicht die Folge von Verfehlungen und Unterlassungen der jüngsten Zeit, sie reichen zurück auf Fehler, die seit Kriegsbeginn begangen wurden. Aber trotz dieser Einschränkung muß ich sagen, daß das, was wir in der allerletzten Zeit über die Aussichten der Mehl- und Brotversorgung vernommen haben, die schwärzesten Erwartungen weit übersteigt. Es scheint mir unmöglich und undenkbar — und ich spreche zunächst namens der Stadt Wien —, daß bei allen den Einschränkungen, denen die Bevölkerung dieser mehr als Zweimillionenstadt unterworfen ist, auch nur im entferntesten an eine Reduzierung des ohnehin so knappen Mehl- und Brotquantums gedacht werden könnte, ohne daß Folgen entstünden, über die ich mich hier nicht näher auslassen will.

Meine Herren! Es fehlt auch an anderen wichtigsten Lebensmitteln und der flüchtige Besucher von Wien muß konstatieren, daß die Schande des Anstellens noch immer nicht verschwunden ist mit all den physischen und moralischen Konsequenzen, welche dieses stundenlange Stehen ohne Ansehung der Witterung mit sich bringt. Die Preise sind in einem unerhörten Steigen begriffen und man muß sich vergebens fragen, wie es denn überhaupt noch denkbar ist, daß die Bevölkerungsschichten, welche von allen am meisten betroffen sind, diejenigen, welche auf feste Bezüge angewiesen sind, ihr Leben überhaupt noch fristen können. Die Preise des Obstes — und ich frage die verehrten Herren Landwirte, woher das kommt? *(Zwischenrufe)* — sind trotz einer ganz ausgezeichneten Obsternte beinahe unerschwinglich. *(Zwischenrufe.)* Ich will von den Preisen des Gemüses nicht sprechen, das beinahe ein Luxusgegenstand geworden ist. Unerhört sind auch die Preise, die für Fleisch gezahlt werden müssen, und gerade in Wien sind sie viel höher als in irgendeiner anderen Stadt in der Provinz. Ziehen Sie noch in Betracht, daß Niederösterreich mit Rücksicht auf die kolossale Bevölkerungszahl Wiens ein ganz besonders passives Land ist und daß es schwer ist, von auswärts Bezüge nach Wien zu bekommen! Wie sich die einzelnen Kronländer untereinander abschließen, wußten wir ja und haben wir jetzt noch reichlich vernommen.

Aber selbst wenn es gelingt, irgendeine Lebensmittelware greifbar zu bekommen, so ist ja der Transport mit Rücksicht auf die Beraubungen und Diebstähle schon ein sehr riskanter; man kann beinahe sagen, daß in den seltensten Fällen die Ware ankommt. Und die armen Leute, die sich bemüht haben, aus der Umgebung in Rucksäcken Kartoffeln oder sonstige Lebensmittel nach Wien zu bringen, wurden angehalten, es wurden ihnen die Waren abgenommen und nach all den Mühen, die sie auf sich genommen hatten, um wenigstens das Notdürftigste für ihre Familien zu bringen, sind sie dem Nichts gegenübergestanden.

Meine Herren! Ich möchte auch noch einiges über die Preise sagen, die diejenigen Leute zahlen müssen, welche auf den Besuch von Gastwirtschaften angewiesen sind. Ich nehme die Hoteliers und Gastwirte, welche zu hohe Preise verlangen, gewiß nicht in Schutz, aber diese hohen Preise sind auch eine Folge des Zustandes, der darin besteht, daß sich der betreffende Gewerbeinhaber weder auf dem freien Markte versorgen kann, noch auch Bezugscheine bekommt, so daß ihm, ebenso wie übrigens auch vielen Privatkonsumenten, nichts anderes übrig bleibt als auf Umwegen Waren zu beziehen. Es blüht der Schleichhandel, es steigen die Preise. Es ist das zum Teil auch eine Folge der Höchstpreispolitik, die betrieben wurde. Die Höchstpreise sind natürlich zu Mindestpreisen geworden und mußten überschritten werden, wenn man Ware erhalten wollte. Vielfach haben sie dazu geführt, daß die Ware einfach verschwunden ist. Mit der größten Vorsicht muß die Preisfrage behandelt werden. Es hängen die Lebensmittel so innig miteinander zusammen, daß ein unrichtiger Eingriff auf der einen Seite andere Lebensmittelwaren auf das tiefste beeinflußt und die Preise steigert. Ich brauche da Beispiele nicht anzuführen. Es ist geradezu grotesk — man könnte sagen komisch, wenn es nicht so traurig wäre —, daß die Bauernschaft Rüben, weil sie da bessere Preise erzielt, für den menschlichen Genuß verkauft und Kartoffeln verfüttert. Der Fall, der, wie ich hoffen darf, der Vergangenheit angehört, daß Butter als Wagenschmiere verwendet wurde, ist Ihnen ja gleichfalls geläufig. Ich verstehe, daß bei der kolossalen Steigerung der Lebensmittel- und sonstigen Preise der Bauer es vorzieht, sich selbst zu sättigen und sein Produkt selbst zu verzehren als es abzugeben. Ich möchte ja nicht eine Pauschalverdächtigung aussprechen, ich möchte nicht der gesamten Bauernschaft nahetreten; ich bin überzeugt, daß gerade die kleineren und ärmeren Existenzen der Bauern unter den Requisitionen außerordentlich leiden. Das gebe ich zu. Trotzdem scheint es mir aber gerechtfertigt zu sein, wenn ich sage: Der Bauernschaft, dem Landwirt fehlt das soziale Empfinden, fehlt das Verständnis für die Bedürfnisse des Städters. *(Sehr richtig!)* Sie haben nicht die richtige Vorstellung von den unendlichen, unsagbaren Schwierigkeiten, unter denen die Stadtbevölkerung, zumal die Bevölkerung einer Großstadt ihr Leben fristet.

Wir haben in Wien unter den vielen bedauernswerten Erscheinungen eine, die die allerbedauernswerteste ist — es ist das der Mangel an Milch. Die Erhöhung der Milchpreise hat die Milchquantitäten nicht erhöht, die nach Wien hätten kommen sollen. Wir haben in regelmäßigen Zeiten 900.000 Liter Milch täglich nach Wien bekommen, wir stehen jetzt, wenn ich nicht irre, auf 200.000 Liter. *(Abgeordneter Seidel: Die Bauernschaft bekommt 24 Heller pro Liter als Höchstpreis!)* Herr Kollege, die Preise wurden erhöht und die Erhöhung der Preise hat nicht einen Liter Milch nach Wien gebracht. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Seidel.)* Ich will jetzt nicht mit Ihnen polemisieren, ich will nur die Forderung aufstellen, daß auch noch andere Vorkehrungen, und zwar auf dem Gebiete des Transportwesens, getroffen werden, daß von ferneren Gebieten, die nicht zu den regulären Attraktionsgebieten gehören, Milch nach Wien geschafft werden muß. Es muß unter jeder Bedingung Vorsorge getroffen werden, daß Säuglinge, stillende Mütter und Schwerkranke Milch bekommen; bevor die nicht befriedigt sind, dürfte niemand Milch beziehen können; für die Befriedigung dieser Personen muß unter allen Umständen Vorsorge getroffen werden. *(Zwischenrufe.)*

Wenn ich unter den vielen Sorgen, unter denen die Wiener Bevölkerung leidet — ich will über die Kohlennot nicht sprechen, das Thema ist genügend erörtert worden —, noch eine hervorheben darf, so ist das der Mangel an Beleuchtungsstoffen. Eine große Anzahl der Einwohner Wiens, die nicht in der glücklichen Lage sind, über elektrisches Licht oder Gaslicht zu verfügen, ist natürlich auf Petroleum angewiesen. Ich nenne da die große Zahl der Heimarbeiter, denen es an Petroleum fehlt. Ich erinnere an die große Anzahl von Familien, die des Morgens, sofern sie überhaupt über Heizstoff verfügen, nicht in der Lage sind, sich ein warmes Frühstück kochen zu können. Und dann denken Sie doch an die furchtbare Lage der Kinder, die bei dem früh hereinbrechenden Abend von 4, 1/25 Uhr ab in den Zimmern, in den Korridoren in der Finsternis herumkugeln. Ich glaube, es müßte möglich sein, und es wäre dringend notwendig, dafür zu sorgen, daß diese Kinder am Abend einige Stunden in der Schule verbleiben können; die Frage der Aufsicht, die Frage der längeren Beheizung muß geregelt werden können, denn wir können alle diese Kinder mit Rücksicht auf den Mangel an Leuchtstoff nicht in der Dunkelheit einer weiteren Verwahrlosung überantworten. *(Abgeordneter Sever: Da müssen wir zuerst alle Schulen freibekommen!)* Gewiß! Aber vorläufig wenigstens in denjenigen, die jetzt frei sind.

Meine Herren! Ich habe mich zum Worte gemeldet, damit nicht etwa der falsche Eindruck erweckt werde, wenn nur Herren oder größtenteils Herren aus der Provinz und aus den ländlichen Bezirken sprechen . . . *(Abgeordneter Svejk: Was ist das „Provinz"?)* Sie gestatten mir, daß ich diesen Ausdruck gebrauche; wir nennen Wien die Hauptstadt Österreichs und wir nennen die Örtlichkeiten der Kronländer Provinz. *(Abgeordneter Svejk: In keinem Gesetz steht der Ausdruck „Provinz"!)* Das ist ja auch nicht notwendig, es ist ein landläufiger Ausdruck.

Ich habe mich also zum Worte gemeldet, damit nicht der Eindruck erweckt werde, daß Vertreter aus Wien deshalb nicht sprechen, weil wir uns nicht zu beklagen haben. Die Geduld der Bevölkerung hier ist eine über alles Lob erhabene. *(Abgeordneter Seidel: Das versteht die ländliche Bevölkerung sehr gut!)* Die Landbevölkerung hat dieses Verständnis für unsere Leiden nicht. Ich erinnere mich lebhaft an einen Zwischenfall, als wir letzthin in einem Ausschuß darüber gesprochen haben, ob wegen der Kohlennot die Bäder in Wien, die nur an drei Wochentagen ihren Betrieb hätten aufrecht halten sollen, nicht an sechs Nachmittagen offen gehalten werden können, weil das Bad für die städtische Bevölkerung ein Bedürfnis ist, und da hat ein Herr Kollege, den ich persönlich außerordentlich schätze und der mir sonst sehr sympathisch ist, bei dieser Gelegenheit die Bemerkung gemacht: Ja, wozu brauchen denn diese verwöhnten Städter Bäder? Bei uns sterben 90 Prozent der Menschen, die in ihrem Leben überhaupt kein Bad gesehen haben!

Und ein anderer Kollege, der Ihnen nahesteht, Herr Kollege Seidel, hat uns zugemutet: Er wasche sich mit Schnee, er sehe nicht ein, warum die Wiener Bevölkerung Bäder braucht.

Ich möchte Sie doch bitten, meine Herren, etwas mehr soziales Empfinden und mehr Verständnis für die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung an den Tag zu legen.

Das Kriegsende wird wesentlich von dem Zustand im Hinterland beeinflußt und in allererster Linie davon, ob es uns gelingt, in Wien, bei all diesem Mangel, bei all diesen Entbehrungen die Ruhe aufrechtzuerhalten.

Ich möchte daher nicht nur an die Regierung die Mahnung richten, im Zusammenhang mit dem Mangel an Kohle, mit den Verkehrsschwierigkeiten, den Beleuchtungsschwierigkeiten usw. diesem Umstande ein besonderes Augenmerk zuzuwenden, sondern ich möchte auch die sehr geschätzten Herren Kollegen vom Lande bitten, daran nicht zu vergessen. *(Beifall.)*

**Präsident**: Ich breche die Verhandlung ab und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Zaunegger als Mitglied des Eisenbahnausschusses,

Wollek als Mitglied des Wehrausschusses,

Dr. Funk und Dr. Sommer als Mitglieder des Ausgleichsausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(Nach einer Pause:)* — und dies ist nicht der Fall — nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben.

*(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Bei der heute vorgenommenen Wahl von 10 Mitgliedern der Quotendeputation wurden 141 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 71 Stimmen. Gewählt erscheinen mit je 141 Stimmen die Herren Abgeordneten: Ritter v. Abrahamowicz, Dr. Ellenbogen, Dr. Fiedler, Fink, Dr. Freiherr v. Fuchs, Dr. Laginja, Dr. Eugen Lewyckyj, Dr. Franz Soukup, Dr. Urban und Dr. Waldner.

Der Budgetausschuß hat beschlossen, das Präsidium des Hauses zu ersuchen, den ihm zugewiesenen Antrag der Herren Abgeordneten Wedra, Dr. Schürff, Dr. Waber und Genossen, betreffend die Entlastung der k. k. Staatsbeamten, der Angestellten und Arbeiter in staatlichen Betrieben von Personal- und Hypothekarschulden durch die Gewährung von unverzinslichen Darlehen, welche erst nach dem Kriege, nach Eintritt wieder normaler Verhältnisse, in erträglichen Raten zurückzuzahlen wären *(701 der Beilagen)*, an den Staatsangestelltenausschuß zu überweisen.

Falls keine Einwendung erhoben wird, werde ich diesem Ersuchen entsprechen und den erwähnten Antrag dem Staatsangestelltenausschusse zuweisen. *(Nach einer Pause:)* Er ist ihm zugewiesen.

Unter den heute eingebrachten Anfragen ist eine von größerer Wichtigkeit, die ich zur Verlesung bringen lassen werde. Ich ersuche, sie zu verlesen.

Schriftführer Dr. **Ryschlik** *(liest)*:

„Anfrage des Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten.

In der gestrigen Sitzung des ungarischen Reichstages hat Ministerpräsident Dr. v. Wekerle in Beantwortung der an ihn gerichteten Interpellationen, betreffend die in Ungarn berechtigte Empörung hervorrufenden Vorstöße österreichischer tschechischer Politiker Erklärungen abgegeben und hat mitgeteilt, der österreichische Ministerpräsident habe ihm Garantien dafür gegeben, daß er dieser Politik ferne stehe.

Der österreichische Ministerpräsident habe dem ungarischen Ministerpräsidenten auch erklärt, daß insofern es sich um die Befriedigung nationaler Aspirationen handeln sollte, diese sich nur innerhalb der Grenzen der heutigen Kronländer vollziehen könnten.

Diese Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten kann Anlaß zum Zweifel darüber geben, ob sich Seine Exzellenz die Möglichkeit der Befriedigung nationaler Aspirationen innerhalb der einzelnen Kronländer oder innerhalb Österreichs denkt. Die Ausdrucksweise: „Innerhalb der Grenzen der heutigen Kronländer" ist nicht präzise genug, um nicht eventuell den staatsrechtlichen Bestrebungen slawischer Politiker neuen Boden zu geben.

Die Unterzeichneten fragen daher Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten,

„„ob er geneigt sei, seine diesbezügliche Erklärung respektive Auffassung umgehend zu präzisieren.""

Wien, 21. November 1917.

| | |
|---|---|
| Dr. Mühlwerth. | Langenhan. |
| Goll. | Dr. Herold. |
| Pacher. | Urban. |
| Steinwender. | Josef Mayer. |
| Dr. Roller. | Dr. Waldner. |
| Dr. Bodirsky. | Denk. |
| Nagele. | Dr. Michl. |
| Wedra. | Kittinger. |
| Fahrner. | Dr. Schürff. |
| Knirsch. | R. Marckhl."" |

**Präsident:** Die Interpellation wird dem befragten Minister zugefertigt werden.

Bei den eben vorgenommenen Ausschußwahlen wurden 133 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 67. Gewählt erscheinen mit je 133 Stimmen in den Eisenbahnausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Waldl;

in den Wehrausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Eisenhut; in den Ausgleichsausschuß als Mitglieder die Herren Abgeordneten Čech und Kroy.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Freitag, den 23. November d. J. 11 Uhr vormittags, mit der Tagesordnung der heutigen Sitzung und außerdem als Punkt 7:

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 152 der Beilagen, welche die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 104, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege zum Gegenstande hat. *(793 der Beilagen.)*

Ist eine Einwendung dagegen? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, daher bleibt es dabei.

Nachdem sich bei Punkt 5 der Tagesordnung: Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen voraussichtlich eine größere Debatte entspinnen wird, bitte ich, die Anmeldung zu dieser Debatte bis Freitag ½11 Uhr vormittags mit Unterstützung durch je zehn Mitglieder in der Kanzlei zu übergeben. Um ½11 Uhr wird die Auslosung der Redner vorgenommen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 5 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 42. Sitzung, Freitag, den 23. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Fortsetzung der Debatte über die dringlichen Anfragen, betreffend die Ernährungsverhältnisse. — 2. Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 29. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 210, mit welcher die im Gesetze vom 14. Juni 1894, R. G. Bl. Nr. 117, beziehungsweise mit der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Juli 1904, R. G. Bl. Nr. 80, festgesetzte Frist zur Erbauung von Neubauten im Festungsrayon der Stadt Olmütz behufs Erlangung von Steuerbegünstigungen auf weitere zehn Jahre erstreckt wird (45 der Beilagen) (767 der Beilagen). — 3. Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete (750 der Beilagen). — 4. Bericht des Wehrausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel, Dr. Sommer, K. H. Wolf und Genossen (490 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XXII. Session 1917) (726 der Beilagen). — 5. Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen (679 der Beilagen). — 6. Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feld- und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse, die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und die Bildung der Geschwornenlisten (790 der Beilagen). — 7. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 152 der Beilagen, welche die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 304, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege zum Gegenstande hat (793 der Beilagen).

# Inhalt.


### Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 2229).

### Anfrage

der Abgeordneten Dr. Adler, Pernerstorfer, Seitz und Genossen an die Gesamtregierung, betreffend die Nachricht über das Anbot eines Waffenstillstandes seitens Rußlands (Verlesung der Anfrage 1471/I — (Seite 2229).

Beantwortung der Anfrage, sowie der Anfrage der Abgeordneten Kemetter, Freiherrn v. Pantz und Genossen in derselben Angelegenheit (Anhang II. 1484/I) durch den Ministerpräsidenten Dr. Ritter v. Seidler (Seite 2256) Redner Abgeordneter Stanek (Seite 2277).

### Verhandlungen.

### Dringliche Anfragen

der Abgeordneten Dr. Šubrt, Stanek, Klofáč, Habermann, Dr. Hruban, Dr. Stránský und

Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister des Innern, an den Ackerbauminister und an den Minister Höfer, des Abgeordneten Seidel und Genossen an den Ackerbauminister, des Abgeordneten Ritter v. Lukaszewicz und Genossen an den Ackerbauminister, an den Minister Höfer und an den Minister für Landesverteidigung, des Abgeordneten Goll und Genossen an den Minister Höfer, an den Handelsminister und an den Minister für öffentliche Arbeiten, des Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Petryckyj, Dr. Lew Baczyńskyj, Dr. Eugen Lewickyj und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Kraus, Hummer, Dr. Bodirsky und Genossen an den Ministerpräsidenten, des Abgeordneten Dr. Jerzabek und Genossen an den Minister Höfer, des Abgeordneten Jarc und Genossen an die Gesamtregierung, des Abgeordneten Dr. Liebermann und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister des Innern, der Abgeordneten Wohlmeyer, Eisenhut und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Graf Lasocki, Dr. Steskowicz, Kędzior, Dr. Tertil, Freiherr v. Goetz, Dr. Głąbiński, Marek und Genossen an die Gesamtregierung, der Abgeordneten Schäfer, Hanusch und Genossen an den Minister Höfer in Ernährungsfragen (Fortsetzung der Debatte — Redner: die Abgeordneten Valoušek [Seite 2230], Dr. Tertil [Seite 2232], Dr. Grandi [Seite 2235], Palme [Seite 2238], Alois Rieger [Seite 2242], Dr. Viškovský [Seite 2245], Jaroš [Seite 2248], Perwein [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 2251], Maixner [Seite 2251], Starck [Seite 2254], Schweiger [Seite 2254], Seitz [Seite 2255]).

Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 29. Juli 1914, mit welcher die Frist zur Erbauung von Neubauten im Festungsrayon der Stadt Olmütz behufs Erlangung von Steuerbegünstigungen auf weitere zehn Jahre erstreckt wird (767 der Beilagen — — Redner: Berichterstatter Dr. v. Oberleithner [Seite 2257] — Abstimmung und dritte Lesung [Seite 2258]).

Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete (750 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Ritter v. Lukaszewicz [Seite 2258], Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann [Seite 2261], die Abgeordneten Ritter v. Semaka [Seite 2266], Delugan [Seite 2269], Dr. Waber [Antrag auf Schluß der Debatte [Seite 2273] — Ablehnung des Antrages [Seite 2273], Onyszkewicz [Seite 2273], Baumgartner [Antrag auf Schluß der Debatte [Seite 2277] — Annahme des Antrages [Seite 2277]).

## Ausschüsse.

Zuweisung der dem sozialpolitischen Ausschusse zugewiesenen Regierungsvorlage Nr. 127 der Beilagen über die Kaiserliche Verordnung vom 9. Februar 1916, R. G. Bl. Nr. 34, mit der das Gesetz vom 21. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 235, betreffend die Stellung der Pferde und Fuhrwerke, abgeändert wird, an den Wehrausschuß (Seite 2229).

Verlängerung der dem Finanzausschusse zur Berichterstattung über den Antrag der Abgeordneter Hummer, Teufel und Genossen, betreffend die Branntweinsteuer, gesetzten Frist um vier Wochen (Seite 2277).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge (Anhang I):

1. des Abgeordneten Grim und Genossen, betreffend die Freigabe von Häuten notgeschlachteter Tiere zur Verarbeitung von Leder für die Besitzer (821 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Freiherrn d'Elvert und Genossen, betreffend die Bewilligung einer Wohnungszulage an die Hofräte des Obersten Gerichts- und Kassationshofes (822 der Beilagen);

3. der Abgeordneten Hrásky, Šamalik und Genossen, betreffend die Regelung der Rechts- und Standesverhältnisse der k. k. Straßen-, Strom- und Hafenmeister des k. k. Ministeriums für öffentliche Arbeiten (823 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Witos, Dyło und Genossen, betreffend die Enthebung der Volksschullehrer und -leiter vom Militärdienste (824 der Beilagen);

5. der Abgeordneten Dr. Benkovič, Hladnik und Genossen, betreffend den Notstand infolge des Erdbebens in den Bezirken Gurkfeld und Rann (827 der Beilagen);

6. des Abgeordneten Reumann und Genossen, betreffend die Einführung der 55stündigen Arbeitswoche (828 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Dr. Lovro Pogačnik und Genossen, betreffend den Ersatz der durch Hochwasser vernichteten Wintersaat in der Gemeinde Altenmarkt bei Laas in Krain (829 der Beilagen);

8. des Abgeordneten Niedrist und Genossen, betreffend die Novellierung des Heimatsgesetzes (830 der Beilagen).

## Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Banaś und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Sicherheitsverhältnisse in mehreren Bezirken Westgaliziens (Anhang II, 1472/I);

2. der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Beyer, Dr. Sylvester, Dr. Stölzel, Erb und Genossen an den Handelsminister, betreffend den Ablieferungszwang für Baumwollwaren (Anhang II, 1473/I);

3. des Abgeordneten Dr. Franta und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Gebahrung der Zentralen im Bezirke Königgrätz (Anhang II, 1474/I);

4. des Abgeordneten Dr. Franta und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Verbot der Veröffentlichung eines Artikels in der Zeitschrift „Narodni Listy“ vom 11. November l. J. (Anhang II, 1475/I);

5. des Abgeordneten Gostinčar und Genossen an den Minister Höfer, betreffend den Zuckermangel (Anhang II, 1476/I);

6. des Abgeordneten Grim und Genossen an den Handelsminister, betreffend den Mangel an Petroleum und Kerzen (Anhang II, 1477/I);

7. des Abgeordneten Dr. v. Halban und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister Dr. v. Twardowski-Skrzypna, betreffend die Invalidenfürsorge in Galizien (Anhang II, 1478/I);

8. des Abgeordneten Hartl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Einberufungen zur Kriegsdienstleistung (Anhang II, 1479/I);

9. der Abgeordneten Dr. Herold, Schreiter, Kroy und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Kürzung der Mehlquote im Bezirke Brüx (Anhang II, 1480/I);

10. des Abgeordneten Hofer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung der im Jahre 1867 geborenen Landsturmmänner (Anhang II, 1481/I);

11. des Abgeordneten Jachowicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Gendarmeriepostens im Bezirke Łańcut in Galizien bei den Viehrequisitionen (Anhang II, 1482/I);

12. der Abgeordneten Jachowicz und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die von Wildschweinen im Bezirke Łańcut in Galizien verursachten Schäden an Saaten (Anhang II, 1483/I);

13. der Abgeordneten Kemetter, Freiherrn v. Pany und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend das Waffenstillstandsangebot Rußlands (Anhang II, 1484/I);

14. des Abgeordneten Konečný und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Ablieferung von Mahlgerste aus Mähren nach Wien (Anhang II, 1485/I);

15. des Abgeordneten Kreilmeir und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Abziehung der Kriegsgefangenen von den landwirtschaftlichen Betrieben in Oberösterreich (Anhang II, 1486/I);

16. des Abgeordneten Dr. Lukavský und Genossen an den Justizminister, betreffend den Sprachengebrauch beim Bezirksgerichte in Mies in Böhmen (Anhang II, 1487/I);

17. des Abgeordneten Madej und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Bezahlung von Kriegsleistungen (Anhang II, 1488/I);

18. des Abgeordneten Dr. Marek und Genossen an die Regierung, betreffend die Hungersnot in der Stadt Krakau (Anhang II, 1489/I);

19. der Abgeordneten Freiherrn v. Pany, Kemetter und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Bevorzugung von Rentenbesitzern bei der Zeichnung der VII. Kriegsanleihe (Anhang II, 1490/I);

20. des Abgeordneten Petryckyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen gegen den Einjährig-Freiwilligen Infanteristen Stefan Petryckyj (Anhang II, 1491/I);

21. des Abgeordneten Petryckyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen deutscher Truppenteile gegen Landwirte in den Gemeinden Horytiw matnj. Peremyśliw und Urysta (Anhang II, 1492/I);

22. des Abgeordneten Petryckyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Rückversetzung ostgalizischer Kader nach Galizien, die Verbesserung der Mannschaftskost und die Beurlaubungen (Anhang II, 1493/I);

23. des Abgeordneten Petryckyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die zwangsweise Heranziehung der Landwirte zu Arbeiten auf Herrschaftsfeldern und die Erstellung von Maximalpreisen für diese Arbeiten (Anhang II, 1494/I);

24. des Abgeordneten Petryckyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Unterhaltsbeiträge (Anhang II, 1495/I);

25. des Abgeordneten Dr. Prodan und Genossen an den Minister für soziale Fürsorge und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Erwerbsheime und die allgemeine Fürsorge für die Kriegsinvaliden und Arbeiter (Anhang II, 1496/I);

26. des Abgeordneten Prodan und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Postoffizianten und die Briefträger (Anhang II, 1497/I);

27. des Abgeordneten Prodan und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Bezüge der Mitglieder des Metropolitankapitels in Zadar (Anhang II, 1498/I);

28. des Abgeordneten Prodan und Genossen an den Ackerbauminister, an den Finanzminister, an den Minister des Innern, an den Minister Höfer und an den Minister für soziale Fürsorge, betreffend die Öl- und Fischereifrage sowie die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Küstenländern (Anhang II, 1499/I);

29. der Abgeordneten Prosek, Stanek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückziehung der Anfrage vom 11. Oktober l. J. in Angelegenheit der Behandlung des Landsturmmannes Wenzel Šmid (Anhang II, 1500/I);

30. der Abgeordneten Rusin, Witos, Jachowicz, Dylo und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung der für die Landwirtschaft unentbehrlichen Landleute (Anhang II, 1501/I);

31. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Wedra, Kittinger und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend Verkehrserleichterungen für den Weihnachtswarentransport (Anhang II, 1502/I);

32. des Abgeordneten Spies und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Unterrichtsverhältnisse auf dem Lande (Anhang II, 1503/I);

33. der Abgeordneten Dr. Stölzel, Dr. Dinghofer und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Erledigungen der Enthebungsgesuche, Verwendung der eingerückten und kommandierten Mannschaft und Rücksichtnahme auf die Wirtschaft im Hinterlande (Anhang II, 1504/I);

34. des Abgeordneten Šamalik und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Lebensmittelrequisitionen bei Familien der Landwirte und die Getreide-, Kartoffel-, Heu- und Strohausfuhr aus Mähren (Anhang II, 1505/I);

35. des Abgeordneten Špaček und Genossen an den Minister Höfer und an den Finanzminister, betreffend die Beschaffung von landwirtschaftlichen und Gärtnereisamen aus Ungarn und dem Auslande (Anhang II, 1506/I);

36. des Abgeordneten Špaček und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Zucht von kaltblütigen belgischen Pferden und Lizentierung von belgischen Hengsten der Pferdegenossenschaften (Anhang II, 1507/I);

37. des Abgeordneten Wolf und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Beschaffung von Zwirn (Anhang II, 1508/I);

38. der Abgeordneten Wolf, Dr. Michl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Transferierung längerdienender Mediziner zu Studienzwecken in Hochschulstädte (Anhang II, 1509/I);

39. des Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Zustände auf der Bahnstrecke Lemberg—Czernowitz (Anhang II, 1510/I);

40. des Abgeordneten Dr. Lew Baczyńskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung,

betreffend die Beurlaubung der in der Feldtrachomabteilung in Lypowyeja befindlichen Soldaten (Anhang II, 1511/I);

41. des Abgeordneten Hagenhofer und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Heranziehung der landwirtschaftlichen Hauptorganisationen zu den Beratungen über Ernährungsfragen (Anhang II, 1512/I);

42. des Abgeordneten Hladnik und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Requisition von Flachs (Anhang II, 1513/I);

43. der Abgeordneten Dr. Matakiewicz, Londzin, Potoczek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Einteilung von Mannschaften polnischer Nationalität in anderssprachige Truppenkörper (Anhang II, 1514/I);

44. des Abgeordneten Petryckyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zurückhaltung der vom Militärdienste befreiten Invaliden im Flüchtlingslager zu Gmünd (Anhang II, 1515/I);

45. der Abgeordneten Hillebrand, Gröger und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Bereitschaftszulagen für Offiziere und Mannschaften (Anhang II, 1516/I);

46. des Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend den Unterricht an den Triester Mittelschulen (Anhang II, 1517/I);

47. des Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Konfiskationspraxis bei der Polizeibehörde in Klagenfurt (Anhang II, 1518/I);

48. der Abgeordneten Dr. Korošec, Dr. Ravnihar, Jarc, Dr. L. Pogačnik und Genossen an das Gesamtministerium, betreffend das Verbot der Benützung slowenischer Lesebücher an Mittelschulen (Anhang I, 1519/I);

49. der Abgeordneten Max Winter, David, Domes, Skaret, Reumann und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Nichtausdehnung der Erhöhung der Personentarife auf Streckenkarten in der Nähe großer Städte und auf die Wiener Stadtbahn (Anhang II, 1520/I);

50. der Abgeordneten Glöckel, Müller und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Zwang der Mannschaftspersonen zum Besuche des Gottesdienstes (Anhang II, 1521/I);

51. des Abgeordneten Volkert und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Justizminister, betreffend eine Einflußnahme des k. k. Bezirksgerichtes in Mährisch-Trübau auf Zeichnung von Kriegsanleihe (Anhang II, 1522/I);

52. des Abgeordneten Lawruk und Genossen, betreffend das Vorgehen reichsdeutscher Soldaten gegen die Bevölkerung von Wiktorów bei Bednarow, Bezirk Stanislau (Anhang II, 1523/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 23. November 1917:

die Anfragebeantwortungen ad 44, 90, 539, 820, 833, 916, 942, 963, 1039 und 1140/I;

Die Berichte des Finanzausschusses 803, 804 und 805 der Beilagen;

der Bericht des Flüchtlingsausschusses 816 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 11 Uhr 10 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German, Jukel**, Ritter v. **Pogačnik, Simionovici, Udržal.**

Schriftführer: Dr. **Ravnihar**, Dr. **Formánek**, Dr. Ritter v. **Mühlwerth**, Dr. **Ruebenbauer**, Dr. **Stojan.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ćwikliński**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca.**

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 20. und 21. November d. J. sind unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten.

Die Herren Abgeordneten Dr. Roller und Kraus haben sich entschuldigt, ebenso der Herr Abgeordnete Wedra wegen heftiger Verkühlung.

Der sozialpolitische Ausschuß hat beschlossen, das Präsidium des Hauses zu ersuchen, die ihm zugewiesene Regierungsvorlage Nr. 127 der Beilagen über die Kaiserliche Verordnung vom 9. Februar 1916, R. G. Bl. Nr. 34, mit der das Gesetz vom 21. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 235, betreffend die Stellung der Pferde und Fuhrwerke, abgeändert wird, an einen anderen Ausschuß zu überweisen.

Falls hiegegen keine Einwendung erhoben wird, werde ich diesem Ersuchen entsprechen und die bezeichnete Regierungsvorlage dem Wehrausschusse zuweisen. *(Nach einer Pause:)* Es ist keine Einwendung erfolgt, die Vorlage ist zugewiesen.

Es ist mir eine Interpellation, betreffend den Abschluß eines Waffenstillstandes, übergeben worden. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache werde ich die Interpellation zur Verlesung bringen lassen. Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Dr. Ritter v. **Mühlwerth** *(liest)*:

„Anfrage der Abgeordneten Dr. Adler, Pernerstorfer, Seitz und Genossen an die Gesamtregierung, betreffend Abschluß eines Waffenstillstandes mit Rußland.

Wie gemeldet wird, hat die russische Regierung das russische Armeeoberkommando angewiesen, sich den feindlichen Befehlshabern mit dem Angebot eines Waffenstillstandes zur Eröffnung von Friedensverhandlungen zu nähern.

Wir stellen die Anfrage:

„„Ist die Regierung bereit, beim Armeeoberkommando zu erwirken, daß es, falls Österreich-Ungarn ein Waffenstillstand zum Zwecke von Friedensverhandlungen angeboten wird, dieses Angebot annehme?““

Wien, 23. November 1917.

Adler.
Müller. Pernerstorfer
Abram. K. Seitz.
Ellenbogen. Jokl.
Hillebrand. Polke.
Schiegl. Schäfer.
Ed. Rieger. Dr. K. Renner.
Jos. Tomschik. Resel.
Dr. Schacherl. Smitka.
Bretschneider. Neumann.
Dötsch. Leuthner.
F. Skaret. Seliger.
Glöckel. Palme.
David. Reifmüller.
Sever. Josef Pongratz.
Volkert. Gröger.“

**Präsident:** Diese Interpellation wird dem Herrn Ministerpräsidenten übermittelt werden.

Wir gelangen zur Tagesordnung, das ist zur Fortsetzung der Debatte über die dringlichen Anfragen, betreffend die Ernährungsverhältnisse.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Baloušek. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Valoušek**: Slavná sněmovno! K velkému politování našemu byl učiněn v pauské sněmovně pokus podezření uvaliti na naše české obyvatelstvo v království českém a také i na Moravě, jako by náš český lid plnění svých povinností v době tak těžké, jako je nynější, úmyslně se vyhýbal na úkor spoluobčanů národnosti německé. Neoprávněnost tohoto tvrzení byla dokázána v plném dotazu, který jsme podali, a dokázáno bylo již také řečníky, kteří přede mnou mluvili o této otázce.

Zabývati se déle otázkou touto, bylo by jen na úkor našeho českého národa na Moravě, který mezi rakouskými národy vždycky se vyznamenával svou loyalitou, věrností a svědomitým plněním všech svých povinností státních, ač ne vždy podle toho byl také oceňován a odměňován. *(Tak jest!)*

Hohes Haus! Eintracht, Einigkeit und fröhliches Zusammenwirken war in diesem Hause seit jeher ein seltener Gast und eine besondere Rarität. Ja, sogar der jetzige Weltkrieg, der gräßlichste aller Kriege, vermochte in dieser Beziehung keinen Wandel zu schaffen. Es ist alles beim alten geblieben: Es wird gekämpft an der Grenze der Monarchie und es wird gekämpft auch im Innern des Reiches.

In einem sind wir aber alle einig, und zwar in bitteren Klagen. Das Räsonieren und Kritisieren war bei uns in Österreich immer unsere stärkste Seite, aber was wir in diesem Hause während der jetzigen Session gehört haben, übersteigt alle Maße. Von allen Seiten, von allen Parteien, von allen Nationalitäten werden bittere Klagen geführt. Wir alle sind Ankläger geworden, wir alle haben wirklich viel zu klagen und man ist versucht, den Angeklagten und den Schuldigen zu suchen.

Meine Herren! Ist es vielleicht die Regierung? Die Regierung wäre gewiß im vollen Maße schuldig zu sprechen, wenn sie nicht nur verantwortlich, sondern auch frei in ihren Handlungen wäre. Aber unsere Regierung ist leider nicht frei, sie kann und darf nicht handeln, wie sie handeln wollte und handeln sollte. *(Sehr richtig!)* Über der österreichischen Regierung stehen noch andere Regierungen, die königlich ungarische Regierung, die gemeinsame Regierung, die militärische Regierung, die sogenannte Nebenregierung und über allen steht die allergewaltigste und erbarmungsloseste Regierung, die Regierung der Hochfinanz. Wenn wir alle diese Regierungen bedenken, meine Herren, dann möchte man aus der Tiefe des Herzens seufzend ausrufen: Arme Regierung, wie Schweres hast du zu tragen!

Meine Herren! Wir alle haben begründete Ursache zu klagen. Es ist wahr, der Krieg ist ein böser Geselle und es kann nicht ein jeder Kriegsgewinner oder sogar ein Armeelieferant werden, aber es ist auch wahr, daß man vieles hätte erleichtern können, hätte man vom Anfang vorausschauend und zielbewußt regiert und verwaltet! Aber wie hat man bei uns während des Krieges regiert und verwaltet? Man hat seit dem Jahre 1907 das Parlament gehaßt und angefeindet und besonders diejenigen Kreise und Personen, die aus diesem Hause ausgeschlossen waren, haben es immer und immer angefeindet und bekämpft. Als der Krieg kam, hat man das Parlament zuerst geopfert; das Parlament war das erste Kriegsopfer! Man hat das Parlament ausgeschaltet, man hat die Landtage ignoriert, man hat sie an Altersschwäche sterben lassen und hat sie nicht von den Toten erweckt. Ja, man hat die ganze Verfassung ausgeschaltet und man fing an, mit Verordnungen und Erlässen zu regieren. Es ist ein wahrer Dauerregen von Verordnungen gekommen, Verordnungen über Verordnungen sind ausgegeben worden, gute und schlechte, vernünftige und unvernünftige, nützliche und schädliche, mögliche und unmögliche, durchführbare und undurchführbare, manche Verordnungen sind zu früh, manche zu spät gekommen. *(Sehr richtig!)* Und durch diesen Urwald von Verordnungen sind Verhältnisse geschaffen worden, unter denen wir alle leiden, ohne Unterschied der Partei, ohne Unterschied der Nationalität. Wenn das hohe Herrenhaus in dieser Beziehung seine Stimme erhoben hätte, wären wir ihm dafür dankbar, aber leider hat es das Herrenhaus nie getan.

Es ist ganz natürlich, daß man sich da nach dem Schuldigen umschaut, um ihn zu richten, zu verurteilen und zu bestrafen. Aber man muß sich wohl hüten, daß man nicht einen Unschuldigen treffe, denn einen Unschuldigen zu verurteilen ist unchristlich und unmenschlich. An einem Unschuldigen sein Mütchen kühlen zu wollen, an einem Unschuldigen, der vielleicht gerade so schwer, ja vielleicht schwerer zu leiden hat wie ich, sich zu vergreifen, ist gewiß nicht edel und nicht besonders taktvoll. *(Abgeordneter Dr. Hruban: Es ist aber doch geschehen!)* Es ist leider versucht worden, unser böhmisches Volk zu verdächtigen und an den Pranger zu stellen, als wenn sich dasselbe seinen Pflichten während des Krieges auf Kosten seiner Mitbürger deutscher Nationalität zu entziehen trachten würde. Es widerstrebt meinem Gefühle, anzunehmen, daß diese Verdächtigung aus Böswilligkeit geschehen ist und ich möchte sehr gerne annehmen, daß sie dem Mangel an guten Informationen entspringt; denn sonst müßte ich sagen, daß diese Verdächtigung ein bitterer Hohn nicht nur auf das böhmische Volk, sondern überhaupt auf alle Völker Österreichs ist. Daß diese Verdächtigung das böhmische Volk im Königreiche Böhmen nicht treffen darf und nicht treffen kann, ist in diesem Hause schon ziffernmäßig bewiesen worden. Daß dieser Verdacht um so weniger unser

böhmisches Volk in Mähren treffen kann, haben wir in unserer dringlichen Anfrage bewiesen und einem jeden, der unsere mährischen Verhältnisse nur einigermaßen kennt, ist die Sache ganz klar.

Nach dem klaren Wortlaute des Kriegsleistungsgesetzes aus dem Jahre 1912 sollen der Bevölkerung überhaupt und dem einzelnen insbesondere nur solche Abgaben vorgeschrieben werden, die seiner Fähigkeit und der Möglichkeit entsprechen. Dieses Kriegsleistungsgesetz muß doch auch für Mähren gelten. Aber dort hat man Schwereres vorgeschrieben, als man leisten konnte und als der Fähigkeit und Möglichkeit unserer Landwirte entsprochen hätte. Unser Mähren, ich sage es aufrichtig und nach bestem Wissen und Gewissen: Mähren wird systematisch ausgesaugt und der Verarmung zugeführt, insbesondere die Landwirtschaft. Unbarmherzig und rücksichtslos, ohne jedwede Rücksicht auf die Zukunft wird unser ausgewachsenes Vieh abverlangt, wo man doch weiß, daß bei uns in Mähren die Mehrzahl der Landwirte kleine Landwirte sind und daß sie die ausgewachsenen Kühe als Zugtiere benützen müssen. Nach der heurigen Ernte sind bei uns in Mähren manche Gegenden wochenlang ohne Mehl geblieben, ja sogar noch jetzt gibt es manche Bezirke, in denen die Bevölkerung Hunger leiden muß, weil man absolut kein Mehl bekommt. *(Hört! Hört!)* Und siehe da, diese Woche ist ein Auftrag von der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt in Wien an die Getreideverkehrsanstalt in Brünn gekommen, nach welchem von Mähren täglich, ich sage täglich, 10 Waggons Mehl und 8 Waggons Gerste in die Schoellersche Mühle nach Wien geschickt werden sollen. *(Hört! Hört!)* Einige Gegenden bei uns in Mähren können trotz aller Bitten und Beschwerden kein Mehl bekommen und müssen Hunger leiden, unsere Vertragsmühlen haben nichts zu vermahlen, nach Wien aber müssen täglich 10 Waggons Mehl und 8 Waggons Gerste geschickt werden. Man versteht die Sache, wenn man bedenkt, daß der Referent der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, Herr Braun, zugleich Direktor der Schoellerschen Mühle ist. *(Lebhafte Rufe: Hört! Hört!)*

Ein großer Teil von Mähren gehörte längere Zeit zum Kriegsgebiet und die dortigen Landwirte hatten neben allen sonstigen Kriegslasten auch Landestransportmittel beizustellen und bekamen dafür nach langem Warten, nach unzähligen Bitten eine Bezahlung, die keine Bezahlung war, sondern höchstens ein feineres Trinkgeld. *(Abgeordneter Gostinčar: In dieser Hinsicht soll man nach Ungarn schauen!)* Leider hat das hohe Herrenhaus gegen Ungarn seine Stimme nicht erhoben. Dort hätte der hochwürdigste Abt Helmer eher die Schuldigen gefunden. Unsere Landwirte sind auf diese Weise ohne Zugtiere, ohne Arbeiter, ohne Geld, ohne Transportmittel geblieben und ihre Wirtschaften wurden arg vernachlässigt. Sie mußten dabei verhältnismäßig sehr viele Militärspitäler, sehr viele Garnisonen, große Städte, wie Brünn, Prerau, Mährisch-Ostrau und sogar zum größten Teil auch Wien mit Lebensmitteln versorgen; und doch läßt man sie Hunger leiden und legt ihnen gegen den klaren Wortlaut des Kriegsleistungsgesetzes Pflichten und Lasten auf, die sie nicht imstande sind, zu erfüllen und zu tragen. *(Sehr richtig!)* Man verlangt von ihnen Eier, aber man gibt ihnen keine Körner für die Hühner; man verlangt von ihnen Milch, Butter, Fleisch und Fett, ohne zu fragen, ob sie es liefern können; wenn sie es nicht liefern können und des wegen tatsächlich nicht liefern, werden sie stunden weit zitiert und mit Geld- und Arreststrafen belegt. Sie werden nicht gefragt, warum sie das Abverlangte nicht geliefert haben und nicht liefern können! Ohne Untersuchung werden sie verurteilt und eingesperrt. Und so ist es vorgekommen, daß die Frau eines kleinen Landwirtes ihren Mann an der Front mit folgenden Worten begrüßt hat: Es grüßt dich deine Frau, aber nicht von deinem väterlichen Hause aus, sondern aus dem Arrest.

Man hat unseren böhmischen Landwirten sogar das Saatgut und die besten Futtermittel genommen und sehr schlecht bezahlt. Als Ersatz hat man um den horrenden Preis von 120 K pro Meterzentner den Landwirten ein sogenanntes Kraftfutter geliefert; aber dieses Kraftfutter war überhaupt kein Futter, sondern eine Schweinerei und ein Unrat. Um 55 K hat man unseren Landwirten defekten Mais geliefert; aber diejenigen Landwirte, die ihn den Schweinen vorgesetzt haben, hatten es bitter zu bereuen, denn die Schweine sind an diesem Futter zugrunde gegangen. Man hat vergessen, daß der Boden und das Vieh mit sich nicht handeln lassen und daß sie nur so viel hergeben, als man ihnen gibt. Gibt man ihnen wenig, geben sie wenig her; gibt man ihnen nichts, so gehen sie zugrunde.

Das alles weiß und wußte man in Mähren schon längst genau und doch legt man dem böhmischen Landwirt Lasten auf, die er nicht tragen kann und verlangt von ihm Mengen, die er nicht liefern kann. Mähren hätte wirklich eine Brotkammer für Wien und andere Teile Österreichs werden können, wäre man früher richtig vorgegangen und hätte man Mähren so behandelt, wie es sich gebührt hätte. Aber man hat immer Mähren vergessen, für Mähren hat man nie und nie Geld gehabt. Wie oft haben wir hier im Hause Anträge gestellt und gebeten, man solle doch die Schafzucht in den mährischen Karpathen zu erhalten und zu heben trachten. Hätte man es bei Zeiten getan, könnte heute diese unsrige Schafzucht genug billiges Fleisch und guten Käse liefern. Aber wir wurden nicht gehört! Wie oft haben wir gebeten, man solle doch

unsere Flüsse regulieren und Wildbäche verbauen, aber erfolglos! Mähren war das vernachlässigteste Land Österreichs und ein wahres Stiefkind des Staates. Wenig hat man uns gegeben, aber sehr viel verlangt man von uns und so ist es gekommen, daß wir jetzt an den Folgen der alten Unterlassungssünden leiden.

Unser Volk ist loyal und wir haben bei uns in Mähren ein Beispiel nationaler Verträglichkeit geschaffen. Viele Länder und Städte in Österreich — besonders Wien — könnten sich ein Beispiel nehmen an unserem Volk in Mähren. Mit großer Selbstverleugnung haben wir den Ausgleich in Mähren geschaffen und es herrscht Ruhe bei uns. Friedlich leben wir mit den Deutschen in Mähren und da kommt ein Herrenhausmitglied und wirft eine solche Brandfackel in die Bevölkerung. *(Hört! Hört!)* Meine Herren! Das böhmische Volk in Mähren ist treu und loyal. Unsere Regimenter haben wirklich tapfer gekämpft, wir haben keine Verräter unter unseren Soldaten in Mähren, das hat noch nie jemand zu sagen gewagt. Unser Volk ist loyal und geduldig, aber auch die Geduld unseres böhmischen Volkes hat gewisse Grenzen. *(Zustimmung.)* Wir Mährer sind ruhiger, wir sind geduldiger als viele andere, daß wissen die Herren im ganzen Hause, aber auch unsere Geduld hat gewisse Grenzen. Wenn unser böhmisches Volk in Mähren die Geduld verliert, kann es gefährlicher werden als vielleicht andere Völker in Österreich. Deswegen bitte ich die verantwortlichen Faktoren, das zu beachten und nicht zu vergessen und sich an das Sprichwort zu halten: Ad impossibilia nemo tenetur. *(Bravo! — Lebhafter Beifall.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Dr. Tertil das Wort.

Abgeordneter **Tertil**: Hohes Haus! Diese Debatte scheint wenig Interesse zu erregen, wiewohl es sich um sehr ernste Dinge handelt, denen der Mund und das Ohr des Hauses geweiht werden soll. Wir schulden diese Debatte vor allem uns selbst, diesem Hause, wo wir leider zu viel von der Politik in Anspruch genommen werden und zu wenig für die volkswirtschaftlichen Interessen leisten können. Übrigens ist das nicht unsere Schuld. Wir sind im Laufe dieses Krieges zu spät hierher einberufen worden. Wenn wir auch im Ernährungsausschusse arbeiten, so sind die Verhandlungen dort zu detailliert und außerdem findet man leider wenig Interesse an der Sache. Man hat der Regierung das Ermächtigungsgesetz erteilt, und soviel ich mich als Mitglied des Ernährungsausschusses erinnern kann, haben wir nur zweimal ein lebhafteres Interesse gezeigt: einmal, als es sich um die Erhöhung der Zuckerpreise und der Zuckerrübenpreise und das zweitemal als es sich um die Erhöhung der Spirituspreise handelte.

Wir schulden diese Debatte auch der Regierung, die sich hier wirklich in einer unangenehmen Lage befindet, weil sie ganz widersprechenden Anforderungen verschiedener Parteien und Länder entgegenkommen muß. Jedenfalls wird diese Debatte genug Stoff bieten, um manchem Übel abzuhelfen. Ich erlaube mir zu betonen, daß eine wenigstens genügende, wenn nicht glückliche Lösung der Ernährungsfragen auch eine Anforderung des Krieges ist. Ohne Lösung dieser Fragen kann man an eine günstige Abwicklung des Krieges nicht denken. Bis jetzt mußten wir sagen, daß die Regierung, wiewohl wir schon im vierten Kriegsjahr sind, was die Ernährungsaufgaben anbelangt, für den Krieg noch nicht vorbereitet ist.

Wir begegnen hier einem Appell der Regierung, man verlangt von uns, daß wir helfen sollen. Wir wollen offen sagen: wir wollen helfen, aber wir müssen auch der Regierung alles offen sagen, wir müssen ihr einen reinen Wein, reinen österreichischen Wein einschenken. *(Zwischenrufe.)* Leider wird der Wein sauer sein, deshalb habe ich ihn so genannt.

Wir hören sehr oft die Ausrede vom Waggonmangel. Wer sich zum Kriege vorbereitet hat, mußte darauf gefaßt sein, daß Waggons notwendig sein werden und mußte voraussehen, daß im Laufe des Krieges dann die Waggons mangeln werden. So etwas kann man wirklich nur diesem Hause sagen. Und wenn es jetzt heißt, daß wir wieder vor einem noch ungeheureren Waggonmangel stehen, weil vielleicht zuerst die Beute abtransportiert werden muß, so glauben wir, daß es dort, wo es sich einerseits um die Abholung der Beute und auf der andern Seite um das Leben der Bevölkerung handelt, nur einen einzigen Weg gibt.

Die Regierung hat uns öfters zu verstehen gegeben, daß sie die Fehler der vorangehenden Regierungen gutmachen will. Das ist sehr einladend. Keinesfalls kann sich aber darauf der Herr Ernährungsminister berufen. Es ist ein neues Ressort, ein frisches, vielleicht unbeschriebenes Blatt. Hier ist oder war wenigstens die Möglichkeit gegeben, die vollste Tatkraft zu entwickeln. Anstatt dieser Tatkraft merken wir nur den guten Willen, aber mit dem guten Willen ist in einer solchen Lage wenig geholfen. Und vice versa: wenn hier, von diesen Bänken — und das ist öfters geschehen — viele Zimperlichkeiten gesagt wurden, wenn man hier von der Liebenswürdigkeit der Personen, die wir ja nicht ableugnen, gesprochen hat, so war das ganz richtig. Aber der Herr Minister möchte doch lieber anstatt solcher Liebenswürdigkeiten ein sachliches Lob, ein Wort der Anerkennung hören und das

kann leider bis jetzt, obwohl wir die Schwierigkeiten der Aufgabe erkennen, nicht ausgesprochen werden.

Vor allem mangelt es im Ernährungsamte an einer Statistik — jetzt im vierten Jahre des Krieges! Seine Exzellenz der Herr Minister hat in seiner vorgestrigen Rede selbst gesagt, daß eine solche Statistik erst gesammelt, daß erst ein Beamter nach Prag geschickt werden muß. Wenn man jetzt erst die Statistik vorbereiten will, so wird sie wahrscheinlich erst am Ende des Krieges fertig werden.

Der Herr Minister hat gesagt, daß er sich in einem Dilemma befindet und daß man wirklich nicht weiß, wie man das machen soll, daß man einen Schlüssel zur Lösung des Geheimnisses nicht finden kann. Meine Herren! Vor allem fehe ich hier einen großen Mangel an Voraussicht, den ich schon beim Waggonmangel gekennzeichnet habe. Wie kann man es zulassen, daß eines schönen Tages in einem Lande oder in einer Stadt auf einmal Brot ganz fehlt? Das ist nur ein Mangel an Voraussicht. Wenn sich die ganze Monarchie, wenn sich die Zentralmächte, die diesen Krieg doch gemeinsam führen, in einer Lage befinden, wo die Abwicklung des Krieges so sehr von der Lösung der Ernährungsfrage abhängt, so wäre es vielleicht nicht schwierig, einige Wochen vorauszusehen, daß dann und wann die Vorräte ausgehen werden, daß man deshalb früher eine Reserve schaffen muß, daß man nicht immer auf die pünktliche Ankunft der Züge rechnen kann und daß man nicht immer reines Brot essen muß, wenn man dann in den nächsten Tagen überhaupt keines mehr haben wird. Wir befinden uns im Monate November und hören schon von Fällen, daß einige Tage nacheinander in manchen Städten das Brot mangelt. Man erzählt uns hier von Dalmatien. Es ist wahr, daß in Dalmatien mehr Steine als Brot aufgebracht werden. Aber das haben die Herren von der Regierung, das hat die Armee doch gewußt, daß in Dalmatien Steine sind. Warum hat man es dazu kommen lassen, daß in Wien Photographien gezeigt werden, auf denen die Leute nur mit Knochen und dicken Hungertyphusbäuchen dargestellt sind?

So etwas sollte nicht zugelassen werden, weil man das doch voraussehen könnte und noch weniger kann ich begreifen, daß man, wenn eine große Hauptstadt, wie Lemberg, auf einmal ohne Lebensmittel ist, sich da wieder auf Dalmatien beruft. Man hat gewußt, daß es ein Dalmatien und ein Lemberg gibt und es ist wirklich ein Unsinn, wenn ich so sagen darf, daß man die Lieferung der für Lemberg zugesprochenen Kartoffeln von einer vollständigen Approvisionierung Dalmatiens abhängig gemacht hat. Jetzt hat man das zufolge unseres Einschreitens aufgehoben, jetzt ist es aber zu spät, jetzt stehen wir schon vor dem Winter, obzwar wir Glück haben, daß er so spät kommt; aber der Winter wird kommen, er kommt in Galizien früher, er wird mit seiner ganzen Härte kommen und wird das gewiß nachholen, was er in unserem Lande versäumt hat.

Wir haben vom Herrn Minister gehört, daß er seitens der Armee ein Entgegenkommen gefunden hat. Wenn die Armee sich wirklich zu diesem Entgegenkommen herbeigelassen hat, was selbstverständlich sehr lobenswert ist — warum hat Seine Exzellenz nicht früher ein solches Entgegenkommen verlangt, warum hat man in Galizien die ganze Kartoffelernte bis Anfang November aufgehalten, indem es hieß, daß die Armee ihre Kartoffeln noch nicht eingebracht hat? Dieses Entgegenkommen, welches jetzt möglich war und welches man voraussehen konnte, hätte gewiß auch früher stattfinden können, wenn an entsprechender Stelle darum angesucht worden wäre.

Wir haben auch wenig Hoffnung, daß der Standpunkt, welchen die Regierung gegenüber dem Schleichhandel, gegenüber den Zentralen, überhaupt allen Kriegsgewinnern und Kapitalisten gegenüber einnehmen wird, ein solcher sein wird, der in diesem großen Kampfe zwischen Kapital und Elend der einzig mögliche wäre.

Ich werde im weiteren Verlaufe meiner Rede noch auf einige ähnliche Fragen zurückkommen, jetzt aber muß ich schon vorausschicken, daß auf Grund dessen, was ich bisher gesagt habe, in den wichtigsten Richtungen dieser großen und von Tag zu Tag immer größer werdenden Aufgabe eine, wenn nicht vollständige, so gewiß zu vermeidende Anarchie herrscht.

Wenn ich nun auf die Lage unseres Landes zu sprechen komme, so möchte ich Ihnen, meine Herren, etwas in Erinnerung bringen, was bei der schönsten Sammlung der Grottgerschen Zeichnungen als Motto steht: „Komm in das Tal der Tränen!" Also kommen Sie mit uns in das Tal der Tränen, in unser Land, welches höchstens mit Litauen oder dem Küstenlande, für welches wir gewiß kein steinernes Herz haben, konkurrieren kann. Kommt mit uns und wendet eure Blicke den verwahrlosten Gefilden, den vernichteten Gehöften und jenen Städten, besonders in Ostgalizien, zu, wo die öden Fensterhöhlen einen angucken, wo der Himmel nur durch seine Wolken traurig hineinschaut! Kommt in unsere zerstörten Fabriken, in die Werkstätten, in die Wohnungen der Arbeiter und der, was das Elend anbelangt, den Arbeitern jetzt ganz gleichgestellten Beamten, die die Aufgaben und Pflichten der Regierung in Vertretung derselben in unserem Lande leisten müssen und die dann vielleicht dafür noch die Verantwortung tragen werden, wobei sie natürlich für das tägliche Brot, für die Bedürfnisse ihrer nächsten Familie einen steten, nie zu behebenden Kummer haben. Wie schaut unser Land aus und

wie schaut Ostpreußen aus? Warum ahmen wir jenes Beispiel nicht nach, warum können wir immer von uns sagen: Video meliora proboque, deteriora sepnor — wir sehen, was besser wäre, wir gestehen es gerne ein, aber wir wählten immer das Schlechtere.

Ich habe gesagt, daß ich von unserem Lande sprechen will. Ich schicke voraus, daß Herr Graf Lasocki hier schon einen Teil dieser Verhältnisse geschildert hat, und obwohl ich hier die Interessen der Städtebewohner vertrete, halte ich auch ganz zu der landwirtschaftlichen Bevölkerung Galiziens. Wir verstehen das große Interesse, welches der Städter daran hat, daß die Produktion nicht vernachlässigt, sondern gehoben wird. Aber das, was wir jetzt zu sagen haben, betrifft eine direkte Gefahr, die den Städtebewohnern droht, und die muß unmittelbar und gleich behoben werden. Wir schulden diese Debatte der Bevölkerung, die wirklich zu bedauern ist, weil sie zu wenig Mittel hat, um auf die jetzt allein mögliche Weise zu Lebensmitteln zu gelangen: sie hat keine Geldmittel um den Kettenhandel zu betreiben.

Der Herr Kollege Liebermann hat im Namen der Bevölkerung einer Stadt gesprochen, wo die Autonomie aufgehoben ist, wo ein Regierungskommissär schaltet und waltet. Ich bin zufällig in der Lage, daß ich die ganze Zeit an der Spitze eines autonomen Magistrates stehe, und ich sage Ihnen offen, Herr Kollega, wir sind gar nicht in einer besseren Lage als Sie. Auch bei uns wird bald in den Wohnungen Kälte, Finsternis und Hunger sein, wir werden auch bald nichts anzuziehen haben.

Vor allem müssen wir unsere Blicke jenen Städten zuwenden, die als Hauptstädte des Landes, als große Zentren in dieser schwierigen Lage sich nicht selbst helfen können. Das sind die Städte Krakau und Lemberg. Die Herren haben in den Zeitungen gelesen, was der Vizepräsident von Krakau öffentlich gesagt hat. Er beschuldigt den Polenklub, daß er seine Aufgabe hier versäumt hat. Und Lemberg sollte — ich habe von den Kartoffeln schon gesprochen — auf die dalmatinische Approvisionierung warten. Lemberg hat keinen Zucker, keine Kohle, seine Wasserleitungen werden bald eingestellt werden, sowie die elektrische Zentrale in Krakau. Wir schulden diese Debatte auch allen anderen Städten und Orten, wo Unruhen schon geherrscht haben und herrschen, wie früher in Tarnów, unlängst in Neu-Sandec, in Stanislau und schließlich in Przemyśl. Wir schulden diese Debatte vor allem unserem teuern, unlängst zurückeroberten und so unglücklichen Ostgalizien.

Sehen Sie hin, meine Herren, wie es dort ausschaut. Dort ist Dorf und Stadt in ganz derselben Lage, dort herrscht eine andere Art von Invasion, dort wird das, was der Bauer mit russischen Samen gesät hat, als Kriegsbeute betrachtet, dort hat man keine Mittel, um die doppelte Evakuation zu decken; die einen werden noch nach Westen weggeschickt, die anderen kommen schon als Repatriierte zurück. So ist es gekommen, daß, wenn man dem Bezirk Podhajce 15 Waggons Brotmehl versprochen hat, nur zwei gekommen sind, wenn man dem Bezirk Brzezany 30 Waggons versprochen hat, während des ganzen Monats nur drei gekommen sind. Für Zucker zahlt man 16 Kronen, für Petroleum muß man 1 Kilogramm Butter geben, für 1 Kilogramm Salz 10 Kilogramm Hülsenfrüchte opfern. Und wenn keine Transporte in der Winterszeit sein werden, wenn die militärischen Behörden keine Instradierung bewilligen werden, wie wird es dann in Ostgalizien aussehen?

Seine Exzellenz hat gesagt, daß Galizien ein passives Land ist und zu den sogenannten Zuschubländern gehört. Wir fragen, was wird uns zugeschoben? Die Ziffern, die da genannt werden, schauen im Verhältnis zu den doch vorauszusehenden Bedürfnissen wirklich jämmerlich aus. In derselben Zeit lesen wir in den Zeitungen, daß in Wien die Bevölkerung sich beklagt, daß sie schon einen ganzen Tag kein Kochmehl habe: wir in Tarnów haben wochenlang kein weißes Mehl. Man beklagt sich, daß man in Wien anstatt Kochmehl Grieß wird bekommen müssen: wir in Tarnów haben schon seit Monaten keinen Grieß gesehen. *(Vizepräsident Dr. German gib das Glockenzeichen.)* — Gleich, gleich! — Meine Herren! Ich verzichte auf die weiteren Details und Ziffern, nachdem man mich schon ermahnt, und will dem Schlusse zueilen. Aber eines muß ich im Namen der Städte verlangen: daß man uns an die Hand geht, daß man die Unannehmlichkeiten der doppelten Verwaltung im Lande beseitigt, daß man jene Kräfte, die in der Gesellschaft ruhen, ausnützt. Es gibt ja Gemeindeverwaltungen, die gerne alles tun möchten, und man erlaubt es ihnen nicht; andrerseits sind die politischen Behörden überlastet, überbürdet und nicht imstande, ihre Aufgabe zu lösen. Man soll die Hilfsaktion verlängern und vermehren und auch auf die Volksbekleidung und auf die Minderung der Wohnungsnot erweitern. Wir verlangen, daß man sich der Beamten und der Arbeiter und Handwerker annimmt; wir verlangen auch eine Aktion für die Privatbeamten. Wir verlangen, daß man die Zufuhr ermöglicht und die ungehörige Ausfuhr ganz einstellt. Unterdessen werden aber unter verschiedenen Vorwänden, sogar unter solchen, die der Kultur der Zeit trotzen, Nahrungsmittel aus dem Lande, aus den größeren Städten weggetrieben.

Meine Herren! Ich bin der Meinung, daß wenn man im Kriege von einer einheitlichen Front spricht, das ganz richtig ist; die Zentralmächte

können mit Stolz sagen, daß, was die strategischen Rücksichten anbelangt, unsere Front eine einheitliche ist. Nachdem aber die Lösung der Ernährungsaufgabe auch eine Kriegsaufgabe ist, so verlangen wir, daß man zu gleicher Zeit eine einheitliche Front im Innern der Zentralmächte zur Lösung der Ernährungsaufgaben herstellt, also sowohl in Deutschland wie in Österreich-Ungarn, sowohl in Österreich wie in Ungarn, dann in allen Kronländern, aber auch überall an Ort und Stelle, und daß man schließlich dahin komme, daß die Regierung sich sagen kann, daß sie, die Regierung und das Volk, die Regierung und die Volksvertreter die Produzenten und die Konsumenten, die Kriegsgewinner und die Kriegsleidenden alle eine einheitliche Front bilden. Ob das gelingt, das erlaube ich mir zu bezweifeln, und zwar aus denselben Gründen zu bezweifeln, aus welchen Seine Exzellenz in seiner sonst ziemlich optimistischen Rede auch daran zu zweifeln schien. Ich habe gesprochen. *(Beifall.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Zum Worte gelangt nun der Herr Abgeordnete Dr. Grandi; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Grandi**: Meine Herren! Ich glaube, daß, wenn ein Italiener in irgendeiner Debatte in diesem Hause das Wort ergreift, er dies zunächst zu dem Zwecke tun muß, um seiner tiefsten Entrüstung Ausdruck zu geben, daß in seinem Lande und für sein Volk immer derselbe Regierungsgeist — qualitativ, wenn auch vielleicht nicht in der gleichen Intensität — fortdauert, ein Geist, welcher während dieses Krieges die schärfsten, die größten und fast unglaubliche Gestalten angenommen hat. Auch in dieser die Ernährung betreffenden Debatte muß ich, dessen eingedenk, daß der Mensch nicht nur vom Brote lebt, hervorheben, daß für uns moralische Fragen ungelöst sind, über welche keine Kompromisse eingegangen werden dürfen und daß weder die Tagung dieses Hauses noch die Erklärungen des Herrn Ministers des Innern bis jetzt die Abschaffung jener Summe von Ungerechtigkeiten, von Verfassungsbrüchen und von Vergewaltigungen selbst der natürlichen Rechte der Bürger erzwingen konnten, welche zum Nachteil unserer Bevölkerung begangen wurden. Zu Hunderten sind noch de facto konfiniert, wenn auch auf dem Papier zum größten Teile befreit, jene, die aus politischen Gründen schon Anno 1915 von ihren Familien und ihrer Beschäftigung gewaltsam entfernt wurden, und ihre Repatriierungsansuchen ohne jede Rücksicht auf Alter, auf zärtliche Kinder, selbst ohne Rücksicht auf öffentliche Interessen, ohne Rücksicht auf dringende Angelegenheiten oder gesundheitliche Verhältnisse quasi systematisch abgewiesen werden. Die Disziplinarmaßnahmen gegen Beamte und Angestellte seitens aller Behörden des Landes dauern an, die Revision der bereits abgeschlossenen Verfahren wird mit einer ungerechtfertigten Langsamkeit verzögert. Bei mehreren Truppenkörpern wurde die Bezeichnung „p. u." noch nicht abgeschafft und dort, wo sie formell aufgehoben worden ist, dauert für die so qualifizierten Soldaten in mannigfacher und nicht immer greifbarer Art ein Ausnahmssystem an, daß ein trauriges Blatt in der Geschichte des Weltkrieges bilden wird.

Meine Herren! Über diese Tatsachen, welche die Empörung eines Hauses des allgemeinen Wahlrechtes, das sich auch nur ein wenig achtet, hervorrufen müßte und angesichts welcher auch das Bewußtsein eines einfachen Menschen sich empören muß, können wir uns nicht leicht hinwegsetzen, sondern wir müssen selbst aus dem uns unserem Mandat entspringenden Pflichtgefühl heraus feierliche Verwahrung dagegen bei jeder Gelegenheit einlegen und an das Gerechtigkeitsgefühl aller Mitglieder dieses Hauses appellieren, damit die Volksvertretung die Tätigkeit der Regierung unserem Volke gegenüber ernstlich überprüfe.

Ich glaube, daß in der heutigen Ernährungsdebatte auch die Stimme eines Vertreters der Landwirtschaft eines engeren Kriegsgebietes nicht fehlen dürfe, in welchem die Lebensverhältnisse gänzlich unhaltbar geworden sind. Schon der Umstand, daß bei uns der Grundbesitz im äußersten Maße parzelliert ist, bringt in der gegenwärtigen allgemeinen Krisis derartige Folgen auf dem Gebiete der Produktion und der Ernährung mit sich, wie sie in den anderen Ländern der Monarchie unbekannt sind. Aber auch abgesehen davon, muß ich betonen, daß dort engeres Kriegsgebiet ist, daß dort alles, was zur landwirtschaftlichen Produktion dient, größtenteils durch die Militärbehörden schon vor drei Jahren requiriert wurde und das Wenige, was übrig geblieben ist, tagtäglich von den dort stationierenden militärischen Detachements zu militärischen Arbeiten in Anspruch genommen wird, daß dort seit Monaten und Jahren Truppen aller Rassen hinziehen und sich niederlassen, begreiflicherweise Beschädigungen, Entwendungen und Schikanen aller Art verursachend, die auch beim besten Willen der betreffenden Kommandanten nicht zu vermeiden sind, daß dort Produktivboden zu Sport- und Übungsplätzen und ausgedehnte Weiden in Schützengräben verwandelt wurden, daß dort die Freiheit des Einzelnen, sich von Dorf zu Dorf zu begeben, an die Erlaubnis der politischen Behörden gebunden ist, daß dort seit Jahren Märkte und Messen eingestellt sind, daß dort alle Männer entweder als Soldaten oder als militärische Arbeiter oder als Konfinierte den landwirtschaftlichen Arbeiten entzogen sind. In Anbetracht dieser besonderen Um-

stände, welche die Produktion und die Produktionsfähigkeit jenes Landes hier zum Äußersten herabgesetzt haben, wäre es Pflicht jeder Behörde alles aufzubieten um dieselben zu fördern und um jene Bevölkerung in hinreichendem Maße und in regelmäßiger Weise zu verproviantieren.

Hingegen wird leider nichts getan, vielmehr alles ins Werk gesetzt um jenes Land immer tiefer finanziell und ökonomisch zugrunde zu richten. Abgesehen von vereinzeltem Entgegenkommen irgendeines Truppenkomandanten wurden im ganzen Jahre den dortigen Landwirten weder Tiere noch Fuhrwerke zur Verfügung gestellt, sondern höchstens wenige orientalische Büffel einzelnen Bezirken geliehen, derart erschöpft und abgenutzt, daß sie auf Karren zugeführt werden mußten *(Heiterkeit)*. welche bespannt, weder durch Prügel noch durch Flüche in Bewegung zu setzen waren.

Gewisse Truppendetachements, welche nicht über eigene ausreichende Tiere oder Fuhrwerke verfügen, beanspruchen ohne Rücksicht auf dringende und unaufschiebbare landwirtschaftliche Arbeiten, auf das Alter der Personen und der Tiere derartige und so viele Leistungen, daß die Bevölkerung des gesegneten Hinterlandes sie sich nicht einmal vorstellen kann und denen sie nicht ohne Widerspruch und Beschwerde nachkommen würde.

Die Enthebungen aus landwirtschaftlichen Gründen können für die für uns in Betracht kommenden Bezirke höchstens auf den Fingern zweier Hände gezählt werden und unsere Ansuchen um landwirtschaftliche Urlaube werden, nachdem sie durch eine Reihe von Behörden und Konfidenten gegangen sind, und wobei ausschließlich politische und polizeiliche Momente ausschlaggebend sind, entweder abschlägig oder zu einer Zeit beschieden wo die Arbeit schon vorüber ist.

Es liegen mir in dieser Beziehung drei Fälle vor, an denen ich nicht stillschweigend vorübergehen kann und welche einerseits die Kleinlichkeit, andrerseits die Schlampigkeit gewisser Behörden dartun.

Ein Soldat bringt im Dezember 1916 ein Gesuch um Urlaubsbewilligung zur Zeichnung der sechsten Kriegsanleihe ein, die ihm ohne weiteres erteilt wird; der Mann ist bei diesem Anlaß politisch verläßlich. Derselbe Soldat, welcher einziger Sohn und Grundbesitzer ist, bittet im März 1917 um Urlaubsbewilligung aus landwirtschaftlichen Gründen, es wird ihm aber diesmal als politisch unverläßlich die Heimreise verweigert.

Daraus ersieht man was für ein elastischer und kapriziöser Begriff im Gehirn gewisser Behörden die politische Verläßlichkeit und Unverläßlichkeit ist: und nur Eines hat man damit erreicht, daß jener Soldat weder seine Felder ordnungsmäßig bebauen konnte noch Kriegsanleihe mehr zeichnen wird.

Ein zweiter Soldat, Grundbesitzer, suchte um Enthebung aus landwirtschaftlichen Gründen am 10. Juli 1917 an, dem Gesuche wird am 15. September 1917 — nach mehr als zwei Monaten — in dem Sinne stattgegeben, daß der Mann bis zum 31. Oktober 1917 enthoben wird.

De facto kann er wegen inzwischen eingetretener Einstellung der Urlaube erst am 25. Oktober 1917 die Heimreise antreten, so daß er selbstverständlich einer Enthebung für fünf Tage das Verbleiben bei der Kompagnie vorzuziehen findet.

Ein dritter Soldat, Rekonvaleszent in einem Spitale, bittet im März oder April 1917 um einen landwirtschaftlichen Urlaub, der auch bewilligt wird.

Als er einige Tage später den Urlaub antreten will, wird ihm einfach gesagt, der betreffende Akt sei nicht mehr auffindbar und er muß zur Kompagnie einrücken.

Weiters wurden und sind immer noch dutzendweise Landwirte unserer Gegend im Hinterland konfiniert, während ihre Felder brachliegen oder durch Leute ohne Verständnis und ohne Interesse bebaut werden und sogar vor Gesuchen von ihnen um zeitweilige Repatriierung bleibt der Brenner, dieser ponte des sospiri, für die Italiener hermetisch geschlossen.

Die geschilderte Lage wird noch weiters durch eine Reihe von Requisitionen erschwert, die unter Festsetzung von Preisen durchgeführt werden, welche weder mit den Marktverhältnissen noch mit der Geldentwertung im Einklang stehen. Hier muß ich besonders die Requisitionen von Heu, Vieh und Wein besprechen, um darzutun, was für ein ungeheurer Schade unseren Landwirten daraus entstanden ist.

Die Requisitionen von Heu nahmen bei uns in diesem Jahre einen derartigen Umfang an, daß selbst Leuten mit einem einzigen, zum Leben handgreiflich unentbehrlichen Viehstück überhaupt ohne Futtermittel gelassen wurden, so daß das Vieh wochenlang mit Gras und Laub in unzureichendem Maße gefüttert werden mußte.

Für dieses Heu wurde nun ein Preis bezahlt — 12½ K pro Meterzentner —, welcher, wenn man berücksichtigt, daß das Heu nicht an Ort und Stelle abgewogen und vom Militär übernommen wurde, sondern daß die Besitzer selbst es auf eigene Kosten und auf eigene Gefahr stundenweit befördern und von einem auf das andere Transportmittel umladen mußten und daß erst das an der Empfangstelle festgestellte Gewicht für die Bezahlung maßgebend war, gewiß zu gering ist.

Es sind Fälle vorgekommen, wo der Besitzer nach Abrechnung der Transportkosten und nach

Abrechnung des Abganges an der Ware für das gelieferte Heu kaum 3 K pro Meterzentner erhielt.

Viel schlimmer steht die Sache bezüglich des requirierten Viehes.

Fast immer wird dort dasselbe als Minderqualität bezeichnet und hierfür ein minimaler Preis bezahlt, 2 K 20 h oder höchstens 2 K 60 h pro Kilogramm Lebendgewicht, so daß der Besitzer bei jedem gelieferten Viehstück 500 bis 600 K einbüßen müßte.

Es liegt mir eine Übersicht über die in den einzelnen Kronländern geltenden Höchstpreise für Schlachtrinder vor, woraus sich ergibt, daß für Tirol für dieselbe Gattung und dieselbe Qualität des Schlachtviehes niedrigere Preise als für die anderen Kronländer angesetzt sind. Zum Beispiel: Für Ochsen für Niederösterreich und Mähren 400 K, für Oberösterreich, Salzburg und Böhmen 380 K, für Steiermark, Kärnten und Krain 350 K, für Schlesien 340 K, für Tirol aber 300 K; für Kühe für Niederösterreich 380 K, für Mähren 370 K, für Oberösterreich und Böhmen 350 K, für Salzburg 320 K, für Steiermark, Kärnten und Krain 310 K, für Schlesien 280 K, für Tirol aber 260 K; für Kalbinnen für Niederösterreich und Mähren 380 K, für Oberösterreich und Salzburg 350 K, für Böhmen 340 K, für Steiermark, Kärnten und Krain 330 K, für Schlesien 310 K, für Tirol aber 280 K; für Kälber für Niederösterreich und Mähren 320 K, für die anderen Länder 300 K, für Tirol aber 250 K und so weiter.

Dieser Unterschied in der Behandlung der Länder ist unbegreiflich und man ist geneigt zu denken, daß vielleicht die niederösterreichischen Ochsen etwa patriotischer sein sollen als die Tiroler Ochsen oder daß die oberösterreichischen Kalbinnen politisch ein bißchen mehr verläßlich sind als die Trientiner Kalbinnen. *(Heiterkeit.)*

Alles dies in Verbindung mit dem Umstand, daß die meisten und schärfsten Requirierungen im Lande Tirol selbstverständlich auf das mehr an der Front liegende Trentino entfallen, läßt klar ersehen, was für einen ungeheueren Schaden unsere Bevölkerung erlitten hat, einen Schaden, welcher sich, wie ich beweisen könnte, auf Millionen beläuft und dort, wo einige Gemeinden, um die kleinsten Gemeindemitglieder vor dem vollständigen Ruin zu retten, teilweise die militärischen Lasten auf sich genommen, haben sie sich derart mit Schulden belastet, daß ihre Zukunft in Frage gestellt wird; die kleine Gemeinde meines Wahlbezirkes Pellizzano um Beispiel muß in ihrem Rechnungsabschlusse für militärische Spesen den Betrag von 21.517 K 10 h eintragen.

Heuer wurde bei uns Wein requiriert. Ohne Rücksicht auf Familienverhältnisse, auf das vorhandene Quantum, auf die Einkaufspreise wurde der ganze Wein überall, wo mehr als fünf Hektoliter davon vorhanden waren, beschlagnahmt und zu einem Spottpreise requiriert, welcher vielleicht für den Most, nicht aber für unseren Groppello, Terodigo und Marzemino hätte festgesetzt werden können, zu einem Preise, welcher hier im Hinterlande die schärfsten Proteste hervorgerufen hätte, zu einem Preise, welchen sich unsere Landwirte nur aus dem einfachen Grunde anpassen mußten, weil bei uns jener, der Einspruch erheben wollte, sich der Gefahr aussetzen würde, als unpatriotisch angesehen, zum Frontdienste geschickt oder über den Brenner verbannt zu werden.

Auf diesem Gebiete bitte ich den anwesenden Ernährungsminister und möchte auch den Ackerbauminister ersuchen, ihr Augenmerk auf folgenden Fall zu lenken.

Mit der Kundmachung des Statthalters für Tirol und Vorarlberg vom September 1916, betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Weinmaische der Ernte 1916 wurden folgende Höchstpreise für den Hektoliter festgesetzt: Erster Güte 70 K, zweiter Güte 60 K, dritter Güte 50 K. Die Kellereigenossenschaften Nanno und Pavillo haben, wie in den vergangenen Jahren, Weinmaische der dortigen Lage gekauft und für dieselbe als für Ware erster Güte 70 K pro Hektoliter bezahlt.

Laut Kundmachung des k. k. Statthalters für Tirol und Vorarlberg vom 2. November 1916 wurden die Höchstpreise für Wein der Ernte 1916 wie folgt festgesetzt: Bei einem Alkoholgehalt von 10 bis 11 Grad 140 K, von 9 bis 10 Grad 125 K, von 8 bis 9 Grad 100 K, von 7 bis 8 Grad 80 K pro Hektoliter.

Eines Tages hat eine Militärkommission den ganzen Vorrat an Wein, und zwar 361·12 Hektoliter der Kellereigenossenschaft Nanno und 273·07 Hektoliter der Kellereigenossenschaft Portolo beschlagnahmt und mit Rücksicht auf den festgestellten Alkoholgehalt (8·9 Grad, beziehungsweise 8·5 Grad) 100 K pro Hektoliter bezahlt.

Es geschah also, daß jene Kellereigenossenschaften, welche die Weinmaische à 70 K pro Hektoliter tarifmäßig bezahlt hatten, für den Wein 100 K pro Hektoliter wegen des einfachen Umstandes des Alkoholgehalts bekamen, es geschah, daß der bekannte Groppellowein aus Nanno und Portolo nicht nur in die dritte, ja sogar in die vierte Kategorie der Weine des Landes zurückgestellt wurde, wenn man denkt, daß die oben angeführten Höchstpreise für die sogenannten Lagerweine — das heißt für die Weine aus der Bozener und Meraner Gegend — keine Geltung hatten.

Wenn hier im Hinterland solch ungeheures geschehen würde, würden die Landwirte sich anders als unsere Landwirte benehmen, die ruhig das

empfangene Geld quittieren und dann um die Intervention ihres Abgeordneten bitten, um eine Entschädigung zu bekommen.

Nun komme ich zu den Ernährungsverhältnissen bezüglich der von uns vertretenen Bevölkerung.

Meine Herren! Nach der von mir geschilderten Schilderung der dortigen Produktionsverhältnisse können sie leicht einsehen, daß es bei uns Ernährungsverhältnisse gibt, mit welchen diejenigen aller anderen Länder nicht einmal zu vergleichen sind.

Damit die Leute dort sich streng an die Mehl- und Kartoffelquote halten müssen, hat man dort jede angebaute Parzelle von besonderen militärischen und politischen Kommissionen an Ort und Stelle bemessen und das Produkt auf das genaueste festgesetzt und von der auf jeden Produzenten bis zur neuen Ernte fallenden Quote abgezogen, so daß dort jede Möglichkeit ausgeschlossen ist, daß irgendeine Person bezüglich des Mehls, der Kartoffeln und der Hülsenfrüchte über ein höheres als in den Ausweiskarten und Verordnungen bestimmtes Quantum verfügen könne.

Dort, meine Herren, hat und bekommt man keine Eier, keinen Kaffee, kein Fett, keinen Käse, keine Wurst, dort sind die Geschäfte geschlossen oder jeder Lebensmittel leer, dort hat die Zivilbevölkerung mit Dutzenden von Ökonomieoffizieren zu konkurrieren, welche trotz aller Verbotserlässe der höheren Behörden, unter den Augen einer passiven politischen Bezirkshauptmannschaft, ja sogar mit schriftlicher Bewilligung des Herrn Bezirkshauptmannes alles, was zu haben haben ist, zu jedem Preise einkaufen und der Ernährung der Zivilbevölkerung entziehen.

Bitte, meine Herren, zu merken, daß in dem politischen Bezirke Cles, wenn meine Informationen richtig sind, im ganzen Jahre 1917 den Ärmsten der Bevölkerung — allen anderen überhaupt nichts — 40 Dekagramm Käse und 20 Dekagramm Fett pro Person ausgegeben wurden; ich bitte, meine Herren, zu merken, daß in jenem Bezirke durch das ganze Jahr, ich habe hier die Beweise davon, nicht einmal die auf dieselben verordnungsmäßig entfallende Quote Mehl eingelangt ist und ausgegeben wurde; ich bitte, meine Herren, zu merken, daß die Ausgabe des für die Ernährung bestimmten Zuckers oft unterblieben ist und sehr oft so unregelmäßig stattgefunden hat, daß darüber die schärfsten Klagen zu erheben sind. Zu dieser Angelegenheit werde ich später in Verbindung mit der die Festsetzung von Höchstpreisen für das Obst betreffenden Frage zurückkommen. Hier will ich um die besondere Aufmerksamkeit des Herrn Ernährungsministers bitten.

Exzellenz! In Ihrem Exposé vom 7. Juli 1917 haben Sie gesagt *(liest)*:

„Ich bin außerordentlich dankbar, wenn wir von Übergriffen, von Mißgriffen usw. konkrete Fälle erfahren, denn nur dann sind wir in der Lage, sofort einzuschreiten und abzuhelfen. Wir wollen absolut nichts beschönigen, dort, wo ein Mißgriff vorgekommen ist, soll auch die Strafe auf dem Fuße folgen." *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Sofort, Herr Präsident! Ich werde Eurer Exzellenz über den geschilderten Fall der Kellereigenossenschaften Namo und Portolo eine Eingabe übermitteln und hoffe, daß Exzellenz verfügen werden, daß unverzüglich eine Gutmachung für den den obgenannten Genossenschaften entstandenen Schaden erfolgen wird; da ist vielleicht mehr als ein Mißgriff, eine Dummheit begangen worden. In der Angelegenheit aber des Obstes und des Zuckers wurden Dummheiten und Mißgriffe zu gleicher Zeit begangen. Was zuerst die Festsetzung von Höchstpreisen . . . . *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* Ich spreche so selten, Herr Präsident, lassen Sie mich zu Ende sprechen.

Auf dem Gebiete der Festsetzung von Höchstpreisen für das Obst muß ich hervorheben, daß alles geschehen ist zuungunsten der Obstproduktion und zugunsten des Großhandels, so daß auch bezüglich des Obstes unsere Bezirke, wo nur Landwirte und keine Großhändler . . . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bereits abgelaufen, ich bitte, zu schließen.

Abgeordneter **Grandi** *(fortfahrend)*: . . . Großhändler, die Fremde sind und aus dem Hinterland dorthin kommen, gibt, arg übervorteilt wurden. Ich bitte, meine Herren, wie kann man zum Beispiel für frische Birnen, unsortierte Ware, einen Erzeugerpreis von 40 Kronen . . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Redner, zu schließen, sonst müßte ich Ihnen zu meinem Bedauern das Wort entziehen.

Abgeordneter **Grandi** *(fortfahrend)*: Da ich nicht weitersprechen kann, weil es mir vom Herrn Präsidenten verboten wird, muß ich schließen.

**Präsident**: Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Palme, ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Palme**: Meine Herren! Es ist in den letzten Wochen viel von der Not der Bevölkerung Deutschböhmens und vor allem des Erzgebirges gesprochen wie auch geschrieben worden. Bei allen diesen Auslassungen vermisse ich immer einen besonderen Grund unserer traurigen Verhältnisse, der bis heute eigentlich noch von keiner Seite berührt worden ist und den ich heute vor allem

hier zur Sprache bringen möchte. Die Ernährungsverhältnisse im Erzgebirge und auch in ganz Westböhmen, die so traurige sind, und die Unterernährung eines bedeutenden Teiles unserer arbeitenden Bevölkerung zur Folge haben, liegen nicht allein darin, daß die Bevölkerung als solche zu wenig Nahrungsmittel zugeschoben bekommt, die Ursache der Not liegt weit tiefer. Vor allem war unsere Bevölkerung schon zu Friedenszeiten ziemlich unterernährt. *(Zustimmung.)* Dazu kommen jene ungemein traurigen Verhältnisse, die vor allem der Krieg über die meisten Industrien in Westböhmen gebracht hat. Wir sehen vor allem anderen, daß durch die Beschlagnahme der Rohprodukte viele Textilfabriken zum Stillstand gekommen sind; wir sehen weiter, daß durch die Beschlagnahme des Leders die Handschuhindustrie total ruiniert worden ist; dasselbe Schicksal hat durch die Beschlagnahme von Zinn und anderen Metallen die Instrumenteninduſtrie erfahren. Außerdem sind durch die Unterbindung des Hausierhandels ebenfalls weite Kreise der Bevölkerung sehr stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Dazu kommt der große Kohlenmangel, der besonders in den Industriegebieten Westböhmens für die Arbeiterbevölkerung direkt unheilvoll gewirkt hat. Wir sehen, daß seit mehr als anderthalb Jahren, besonders in der Porzellanindustrie, die Arbeiterschaft wochenlang gar nichts zu tun hat, in der übrigen Zeit nur zwei, drei Tage in der Woche beschäftigt ist. Bei diesen geringen Verdiensten von zwei, drei Tagen in der Woche oder bei der völligen Arbeitslosigkeit eines großen Teiles der Bevölkerung ist es ja selbstverständlich, daß dann Lohnverhältnisse und Existenzverhältnisse herrschen, die, nachdem der Krieg sich ungeheuer in die Länge zieht, für die Bevölkerung direkt unhaltbar werden müssen.

Bei uns sind im Laufe des Krieges viele tausende Arbeiter periodenweise durch viele Wochen ganz arbeitslos. Ein großer Teil wieder ist nur zwei, drei Tage in der Woche beschäftigt. Wie sieht es nun bei ihnen aus? Die beschäftigungslosen Arbeiter der Textilindustrie und Porzellanindustrie werden mit 7 bis 10 Kronen im strengsten Falle in der Woche unterstützt; außerdem erhält die Familie pro Kopf und Woche eine Unterstützung von 1 K 20 h bis 2 K. Ich frage Sie: Wie ist es möglich, daß durch Jahre hindurch Familien mit einer Unterstützung, die sich zwischen 7 und 10 bis höchstens 12 K bewegt, bei den heutigen verteuerten Verhältnissen, bei den ungeheueren Wucherpreisen imstande sein sollen, auch nur das zu kaufen, was heute erhältlich ist? Unsere Bevölkerung muß natürlich dabei verhungern, langsam, aber sicher, wenn hier nicht Wandel geschaffen wird. Diese Arbeiterschichten sind ganz außerstande, mit diesen geringen Beträgen auch nur das Notdürftigste an Nahrungsmitteln zu kaufen: ich will von Kohle, Kleidern und Schuhen gar nicht reden. Allerdings treffen die erwähnten Ursachen, die ja wiederholt schon angeführt wurden, sicher mit zu; die Absperrung der Grenze gegen Deutschland einerseits und anderseits die vorgelagerten Industriegebiete, die großen Bergarbeiterbezirke und vor allem die Kurorte tragen gewiß viel dazu bei, daß Produkte in das Erzgebirge selbst tatsächlich sehr schwer hinaufgebracht werden können. Dazu kommt ferner das geringe Bodenerträgnis. Bei uns im Erzgebirge haben wir ja nichts. Obst und Gemüse wächst beinahe gar nicht und was wir an Wiesen- und Feldbau und dem bischen Kartoffelbau haben, das reicht für die Ernährung ganz entschieden nicht aus.

Dazu kommt aber noch eines. Die Requisitionen seitens der Behörden werden bei uns mit einer Rücksichtslosigkeit betrieben, die wo anders vielleicht viel mehr am Platze wäre. *(Zustimmung.)* Wir haben heuer eine sehr traurige Futtermittelernte. Die Vorschreibungen sind aber derart, daß die Landbevölkerung ganz außerstande ist, das abzuliefern. Sie müssen bedenken, daß wir keinen Bauernstand im wahren Sinne des Wortes, sondern zum großen Teil nur kleinbäuerliche Bevölkerung haben; das andere sind Häusler, die meistens ohnehin nur eine Kuh und eine Ziege ihr Eigentum nennen und die man direkt zwingt, das letzte Stück Vieh zu verkaufen, womit man ihnen die letzte Ernährungsmöglichkeit nimmt. *(Abgeordneter Wüst: Und dann kommt es noch vor, daß der Amtsleiter der Bezirkshauptmannschaft Preßnitz Butter und Eier in andere Bezirke schickt!)*

Ja, auch das ist der Fall. Dasselbe ist bei den Kartoffeln. Man requiriert bei diesen Leuten, die für die eigene Ernährung zu wenig Kartoffeln haben, noch eine Menge, die sie nicht liefern können. Diese Verhältnisse tragen selbstverständlich dazu bei, daß das bischen Milch und die geringen Mengen Kartoffeln, die Haupternährung unserer armen Bevölkerung, die von keiner Seite sonst etwas bekommt, immer unzulänglicher wird und die Ernährungsverhältnisse noch weit trauriger werden müssen als sie ohnehin schon sind.

Die Folgen sind das ungeheure Umsichgreifen der Ödemkrankheit, die schon wiederholt geschildert worden ist, welche Schilderung ich mir daher heute ersparen will, die aber besonders stark in den Grenzorten, welche am meisten davon betroffen sind, auftritt und wo die Krankheit schon 15 bis 20 und selbst über 20 Prozent der Bevölkerung ergriffen hat. *(Hört! Hört!)* Am meisten leiden unter dieser Krankheit die Frauen. Bleichsucht, Blutarmut, Ausbleiben der Menstruation, Verdauungsschwierigkeiten in Magen und Darm sind die Hauptsymptome, die heute bei einem großen Teil unserer arbeitenden Frauen zu beobachten sind. Dazu kommt die vermehrte Kränklichkeit unserer unterernährten Kinder, die für die Zukunft unseres

Volkes im Erzgebirge zu den schwersten Konsequenzen führen muß, wenn hier nicht Abhilfe geschaffen wird. Wir sehen, daß sich die Sterblichkeit in der Porzellanindustrie infolge der traurigen Ernährungsverhältnisse während des Krieges um mehr als 100 Prozent gesteigert hat. *(Hört! Hört!)* Die Leute laufen heute wie die reinen Gespenster in die Fabrik und man kann sie beinahe nicht mehr Menschen nennen; soweit sind sie schon heruntergekommen.

Daß es in dieser Weise nicht mehr weitergeht, wird auch die Regierung endlich begreifen. Dazu kommt in unserem Gebirge noch der lange Winter, der bei uns ganz anders empfunden wird, schon deshalb, weil er zwei Monate länger dauert, ferner der Kohlenmangel, so daß heute eine Reihe von Schulen vor der Sperrung stehen und man trotz der Zusage des Arbeitsministers bis heute die Schulen noch immer nicht mit Kohle versorgt hat und unsere Kinder wahrscheinlich zu Hause frieren werden, während wir doch glaubten, daß es wenigstens eine Stätte im Dorfe geben wird, wo sich die Kinder wärmen können, wenn sie schon nicht viel lernen, wie es leider im Kriege bisher der Fall ist. Wenn man dazu noch bedenkt, daß es ganz ausgeschlossen ist, daß sich die Bevölkerung bei den heutigen Preisen an Schuhen und Bekleidung auch nur das Geringste nachschaffen kann, daß sie einen Teil ihrer Kleidung in die Agrarbezirke geschafft hat, um sich dafür Kartoffeln zu kaufen, so können Sie sich ungefähr ein Bild davon machen, wie es bei uns im Erzgebirge und in Westböhmen überhaupt aussieht.

Die Schwierigkeiten in der Ernährung haben aber auch noch andere Ursachen, und zwar vor allem in der mangelnden Vorsorge der Regierung. Unsere Kriegsküchen werden in einer Weise beliefert, die geradezu ein Hohn ist. Ich war vor einigen Wochen in Schmiedeberg und mußte erfahren, daß zum Beispiel im ganzen Preßnitzer Bezirke nur dreimal in der Woche ein warmes Essen für die Arbeiter bereitet wird. *(Hört! Hört!)* Ich frage, hat eine solche Kriegsküche, die dem Arbeiter nur dreimal in der Woche warmes Essen gibt und sonst nichts, überhaupt einen Wert? Ich meine, das mindeste, was verlangt werden muß, ist, daß wenigstens siebenmal in der Woche der Arbeiter mit seiner Familie aus der Kriegsküche ein warmes Essen bekommen soll.

Allerdings gibt es auch noch andere Folgen, die sich bei uns geltend machen und die der Regierung schon zu denken geben müßten; es ist dies die gewaltige Entvölkerung, die durch die unhaltbaren Verhältnisse eintreten. Bei den wenigen Minuten, die ich nur sprechen kann, ist es natürlich nicht möglich, eingehend darauf einzugehen, aber es mag genügen, wenn ich sage, daß die Bevölkerung von Weipert vor dem Kriege 13.000, jetzt kaum mehr 8000 Personen zählt *(Hört! Hört!)*, daß in Asch vom 1. Jänner bis 31. August 1917 2435 Personen weggezogen sind. *(Hört! Hört!)* Und wo gehen sie hin? Meist hinüber nach Deutschland, wo zwar auch Mangel herrscht, aber trotzdem eine weit bessere Versorgung und mehr Ordnung in dieser Sache ist als bei uns in Österreich. Über die Grenze hinüber bekommt die dortige Bevölkerung sieben Pfund Kartoffeln in der Woche und was bei uns? Sehr oft nicht einmal ein einziges. Daß hier Abhilfe geschaffen werden muß, wird jeder vernünftige Mensch wohl begreifen.

Was bei uns ferner notwendig ist, um Abhilfe in dieser Beziehung zu erreichen, das ist vor allem, daß man trachten muß, so weit wie möglich die Industrien zu beschäftigen, so weit sie vorhanden sind. Wir wissen ja, daß vieles heute nicht möglich ist. Einer der größten Schläge, der uns in letzter Zeit getroffen hat, war die Einstellung der Zwirnbelieferung an die Spitzenindustrie, wodurch mit einem Schlage 8000 bis 10.000 Menschen bei uns im Erzgebirge arbeitslos geworden sind und mehr als 30.000 in ganz Österreich. Ich bin felsenfest überzeugt, daß es bei einigermaßen gutem Willen möglich gewesen wäre, so viel Zwirn noch aufzutreiben, um die Bevölkerung notdürftig zu versorgen. Es ist heute so viel Zwirn in Wucherhänden, daß es geradezu unglaublich ist, daß die Regierung nicht imstande sein sollte, einzelne dieser Wucherer aufzufangen; zwei würden genügen, um die ganze Bevölkerung mit Zwirn zu versorgen und Millionenwerte zu schaffen, die für die Ernährung der Bevölkerung ausreichen würden.

Was wir also vor allem anderen verlangen, das ist die Beschaffung der notwendigen Industriekohle, damit die Bevölkerung beschäftigt werden kann, damit sie sich mit dem verdienten Lohn die paar Lebensmittel zu kaufen imstande ist, dann die Beschaffung des dringend notwendigen Zwirns, damit wir unsere Klöpplerinnen wieder beschäftigen können, und in weiterer Linie Schaffung aller möglichen Arbeitsgelegenheiten, deren es heute viele gibt, um die übrige arbeitslose Bevölkerung soweit als möglich damit erhalten zu können.

Dadurch würden bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse eintreten und es würde ein Teil jener Unterernährung beseitigt werden können, die vor allem ihre Ursachen in diesen Verhältnissen hat. Es ist aber auch notwendig, daß jenen Arbeitern, die unterstützt werden müssen, für die infolge des Mangels an Rohprodukten keine Beschäftigung vorhanden ist, die Unterstützung bedeutend erhöht werde, weil sie sonst tatsächlich verhungern müssen; denn mit 7 und 8 K, die heute ein Arbeiter und seine Familie bekommt, kann man bei den heutigen

Verhältnissen nicht leben. Ich richte also an die Regierung die ernste Mahnung, dieser Frage ihre eheste und dringendste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Notwendig ist aber auch, daß alle Requisitionen in den Bezirken eingestellt werden und das, was requiriert werden muß, vor allem anderen nur für den Eigenbedarf der Bezirke verwendet wird *(Zustimmung)*, daß nicht Sachen in Bezirke hinausgeschafft werden, die weit mehr haben als wir. Es muß aber auch getrachtet werden, Lebensmittelreserven anzuschaffen, und das muß schon aus dem Grunde möglich sein, weil man ja vielen Bezirken nicht dasjenige gegeben hat, was ihnen rechtlich zusteht und was sie heute mit Recht fordern können.

Es geht nicht an, einfach zu sagen: Ja, das ist eingehungert, das könnt ihr einfach nicht bekommen, wie es heute in den meisten Bezirken eben ohneweiters geschieht. Wir haben zum Beispiel im Karlsbader Bezirk im letzten Jahre um 62 Waggons Mehl zu wenig bekommen. *(Hört! Hört!)* Das läßt sich doch nicht so ohneweiters einhungern! Wir haben im Bezirk Preßnitz vom 2. Juli bis 3. August 1917 — ich weiß die Ziffer nicht genau — gegen 50.000 Kilogramm zu wenig bekommen. Das soll die arme Bevölkerung, die ohnehin nichts hat, ertragen? Die Zuschübe, die heute geleistet werden, bringen nicht einmal das Notwendigste und auch nur mit Verspätungen. Das sind Zustände, die nicht auszuhalten sind.

Es ist also notwendig, daß vor allem anderen — das ist das Wichtigste — eine ausgiebige Erhöhung der Brot-, Mehl-, Kartoffel- und Zuckerrationen für diese Notstandsgebiete von seiten der Regierung durchgeführt wird. Alles andere, was man tut, sind Palliativmittel, mit denen man nicht weit kommen wird. Ohne eine ganz bedeutende Erhöhung der Kartoffelquote, ohne eine bedeutende Erhöhung der Brot- und Mehlquote sind Sie ganz außerstande, die heutige Unterernährung in kurzer Zeit erfolgreich zu bekämpfen. Es muß auch geachtet werden, daß vor allem im neugeschaffenen Wirtschaftsgebiete die staatlich nicht bewirtschafteten Artikel, soweit es noch möglich ist, herangezogen werden.

Allerdings ist dieses neue Wirtschaftsgebiet, welches wir ja begrüßen, leider viel zu spät geschaffen worden, in einer Zeit, wo in diesen Bezirken überhaupt nicht viel mehr vorhanden war. Immerhin muß dann aber, soweit die Möglichkeit noch vorhanden ist, trachten, aus diesem Gebiete möglichst viel aufzubringen, und etwas wird doch schließlich noch da sein.

Es muß aber auch weiter getrachtet werden, außerhalb dieses Wirtschaftsgebietes alles, was zu erfassen ist, durch den neuen Kommissär, der die Sache durchzuführen hat, zu erfassen und der Ernährung der Bevölkerung zuzuführen. Besonderen Wert lege ich darauf — ich sage es noch einmal — daß alles das, um was den Bezirken zu wenig geliefert wurde, ihnen wenigstens einigermaßen refundiert und als Reserve für die weitere Ernährung zurückgegeben wird.

Nur noch ein paar Worte. Es haben ja im Herrenhause einige Herren über die Ernährung im Erzgebirge gesprochen und haben sicher den redlichen Willen gehabt, wirklich zu helfen. Leider haben diese gut gemeinten Worte in Böhmen bei allen möglichen Körperschaften zu nationalen Kundgebungen geführt, die in ihrer letzten Konsequenz leider das Gegenteil dessen herbeiführen, was wir erreichen wollen. *(Zustimmung.)* Diese nationalen Kundgebungen haben dazu beigetragen, daß wir heute aus den tschechischen Bezirken gar nichts mehr bekommen und dadurch die Ernährung der Bevölkerung eine weit schwierigere geworden ist als sie vorher war. *(Abgeordneter Wüst: Man hat früher auch nichts bekommen!)* Nein, wir haben früher — ich weiß es aus dem Urteile des Kommissärs — sehr viel von dort bezogen, während wir heute nichts bekommen. Das war sicher nicht die Absicht der beiden Herren, die im Herrenhause darüber gesprochen haben, aber diese Folgen haben die Deutschbürgerlichen durch ihre übereilte Freude über diese Reden herbeigeführt, gewiß nicht mit bösem Willen, aber leider mit der Konsequenz, die ich angeführt habe.

Was wir von der Regierung verlangen, ist das eine, daß man vor allem trachte, der arbeitsamen, fleißigen Bevölkerung, die im Kriege jederzeit ihre Pflicht getan hat, die im Kriege so furchtbar gelitten hat, nach Möglichkeit Verdienst und Arbeit zu verschaffen, in weiterer Linie die Unterstützungen der Arbeitslosen in einer Weise zu erhöhen, daß sie existieren können, vor allem anderen aber Lebensmittel, soweit sie noch vorhanden und aufzutreiben sind, herbeizuschaffen und die Quoten zu erhöhen.

Wenn die Regierung das nicht tut — sie ist viel und oft genug von allen Seiten gewarnt und wiederholt darauf aufmerksam gemacht worden —, dann hat sie einzig und allein die Verantwortung für die Folgen, wenn nicht ernst darüber verhandelt wird, zu tragen. Wir Abgeordnete haben in den Bezirken alles mögliche in den letzten Monaten versucht, um eine Erleichterung der Lage herbeizuführen. Uns wird man die Schuld nicht beimessen können, wenn die traurigen Verhältnisse zu einer schweren Katastrophe für unsere Bevölkerung führen werden. Ich meine, das hat das Erzgebirge und Deutschböhmen nicht verdient, welches gerade so wie die übrige Bevölkerung und in noch weit höherem

Maße seine Pflicht in diesen schweren Zeiten gegenüber der Regierung und gegenüber dem Vaterland erfüllt hat. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Alois Rieger.

Abgeordneter Alois **Rieger**: Hohes Haus! Die in Verhandlung stehende Angelegenheit der Volksernährung ist gewiß eine der wichtigsten Fragen, die dieses Haus beschäftigen. Es stehen hier zwei mächtige Gruppen einander gegenüber; auf der einen Seite die Selbstversorger als Erzeuger, auf der anderen Seite die Abnehmer als Nichtselbstversorger. Jeder Teil will mehr haben. Leider ist es unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich, daß man allen Wünschen gerecht werden kann. Ich als einer derjenigen, die der Erzeugergruppe angehören, bringe die Wünsche und Beschwerden der Landwirtschaft in diesem Hause vor.

Unser Land Mähren, eines von denjenigen Ländern, die mehr erzeugen als sie brauchen, muß an andere Kronländer abgeben, was dieselben brauchen. Nun hat sich aber im verflossenen Jahre etwas Eigentümliches zugetragen, was allein in unserem Kronlande vorgekommen ist.

Es wurde unseren Selbstversorgern das vorhandene Mehl und Getreide, welches uns durch Kaiserliche Verordnung bis 15. August bestimmt war, laut eines Erlasses der Statthalterei bis 1. Juli weggenommen, wodurch wir in die unangenehme Lage versetzt wurden, ab 1. Juli zur Brotkarte greifen zu müssen. Wir haben bei Seiner Exzellenz dem Ernährungsminister am 28. Juni vorgesprochen und ihm diese unliebsame Sache vorgebracht. Er hat uns an Seine Exzellenz den Statthalter gewiesen. Wir gingen auch, eine Deputation, bestehend aus den Herren Abgeordneten Brunner, Teltschik, Wagner (Mähren) und meiner Wenigkeit, dorthin, und zwar am 5. Juli und mit Tröstungen und schönen Worten mußten wir nach Hause gehen. Leider blieb das, was ich schon vorhin erwähnte, bestehen, daß wir als Selbstversorger ab 1. Juli zur Brotkarte greifen mußten. Gewiß ein Vorkommnis, das hier gekennzeichnet werden muß.

Ich komme nun auf die Ablieferungsverhältnisse in unserem Kronlande zu sprechen. Bekanntlich ist Mähren nur zu 28 Prozent von Deutschen und zu 72 Prozent von den Tschechen bewohnt. Das Verhältnis der Ablieferung werde ich Ihnen sofort in Zahlen darlegen und Sie werden daraus ersehen, daß wir Deutsche, obwohl wir nur ein Fünftel des Grundbesitzes innehaben, da die Industrie zumeist in deutschen Händen ist, doch viel mehr geliefert haben, als wir eigentlich liefern sollten.

Laut dem mir vorliegenden Ausweise, der nach der Statistik verfaßt ist, haben die Deutschen in Mähren im Jahre 1916/17 folgendes geliefert. Im ganzen 441.200 Meterzentner Weizen; davon haben wir Deutsche 167.469 Meterzentner = 37·9 Prozent, die Tschechen hingegen 273.731 Meterzentner = 62·1 Prozent geliefert; Roggen wurde im ganzen 434.400 Meterzentner geliefert, davon von uns Deutschen 161.525 Meterzentner = 37·1 Prozent, von den Tschechen 272.875 Meterzentner = 62·9 Prozent; Gerste wurde im ganzen 1,031.50 Meterzentner geliefert, von uns Deutschen 294.85 Meterzentner = 28·5 Prozent, von den Tschechen 736.648 Meterzentner = 71·5 Prozent; Hafer wurden im ganzen 676.400 Meterzentner, davon von uns Deutschen 215.523 Meterzentner = 31·8 Prozent, von den Tschechen 460.877 Meterzentner = 68·2 Prozent geliefert.

Bis zum 1. November 1917 wurden folgende Mengen abgeliefert: Weizen im ganzen 311.59 Meterzentner, davon von den Deutschen 110.17 Meterzentner = 35·4 Prozent, von den Tschechen 201.419 Meterzentner = 64·6 Prozent. *(Abgeordneter Mlčoch: Wir haben nicht die Getreidebezirke, wieviel Zuckerrübe haben wir!)* Nichtsdestoweniger haben Sie vier Fünftel der Bodenfläche! *(Zwischenrufe.)* Sobald das in Betracht kommen wird, werden wir auch darauf zurückkommen.

An Roggen wurden bis 1. November 191 insgesamt abgeliefert 226.989 Meterzentner, davon von den Deutschen 60.183 Meterzenter = 31 Prozent, von den Tschechen 166.806 Meterzentner = 69 Prozent; an Gerste wurden insgesamt abgeliefert 393.173 Meterzentner, von den Deutschen 94.77 Meterzentner = 24·1 Prozent, von den Tschechen 299.396 Meterzentner = 75·9 Prozent; an Hafer wurden abgeliefert insgesamt 95.304 Meterzentner, hiervon von den Deutschen 21.541 Meterzentner = 22·6 Prozent, von den Tschechen 73.763 Meterzentner = 77·4 Prozent.

Sie ersehen aus diesen Zahlen, daß wir verhältnismäßig weit mehr lieferten als die Tschechen in der fruchtbaren Ebene. *(Abgeordneter Mlčoch: Zuckerrübe!)* Ich bitte, Herr Kollege, wir sind im Gebirge oben, Sie aber in der fruchtbaren Hanna und auch im südlichen Teile! *(Abgeordneter Mlčoch: Sie haben Getreide und wir haben Zuckerrübe!)* Dafür bauen Sie unten auf dem Lande auf einem Hektar vielleicht mehr als wir auf drei und vier.

Ich komme auf die eben stattfindenden Requisitionen zu sprechen, welche nicht so, wie der Herr Ernährungsminister uns vorgestern mitteilte, stattfinden, sondern bei uns wenigstens tatsächlich unter Militärassistenz. Die Soldaten werden nicht, wie Seine Exzellenz sagte, dazu verwendet, um die

Getreide einzusacken und abzuführen. Dazu müssen bei uns die Enthobenen herangezogen werden. Dieser Auftrag wurde uns auf dem Amtstage zuteil und wir müssen ihn ausführen. Das Militär aber geht mit aufgepflanztem Bajonett mit, und zwar laut Mitteilung der politischen Behörde nicht zu dem hier genannten Zwecke, sondern um eventuelle Diebstähle des Nachts — nicht am Tage — zu verhindern.

In der Instruktion, welche dem Kommissionsleiter mitgegeben wurde, steht ausdrücklich, daß sämtliches vorhandene Getreide unter acht Tagen ausgedroschen werden muß. Wer nur ein wenig Verständnis für die Landwirtschaft hat, muß das als einen Unsinn erklären, denn das ist eine Sache der Unmöglichkeit. Gerade bei uns im Gebirge sind die Leute noch mit Ackern und sonstigen Arbeiten auf dem Felde beschäftigt und kommen nicht zum Drusch. Sollen diese dann bestraft werden, wenn sie dem Auftrage nicht nachkommen können, weil keine Leute zum Dreschen vorhanden sind?

Ich habe Einspruch bei der politischen Behörde erhoben, leider kann die politische Behörde dem nicht abhelfen, weil das in der Instruktion steht. Es würde uns interessieren, welcher Herr als praktischer Landwirt diese Anregung gegeben hat. Ich glaube, man wird ihn nicht finden, weil, was eines der größten Übel ist, praktische Fachleute nicht gefragt und zugezogen werden.

Eine weitere Angelegenheit, die die Landwirte hart trifft, ist, daß das Saatgetreide, welches in anderen Jahren als Reserve für Auswinterungen geblieben ist, heuer weggeführt und in das Magazin gebracht wird.

Wir Landwirte müssen das Getreide zu den festgesetzten Preisen hergeben, die Magazinsgesellschaft in Vertretung der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt führt es ins Lager, um es uns dann im nächsten Jahr, wenn wir es zur Saat brauchen, um 6 bis 8 K pro Meterzentner teurer bezahlen zu lassen. Das ist eine direkte Ausbeutung. Ich will da irgendein beliebiges Beispiel anführen. Sagen wir, ein Schneider hat ein Gewand, er braucht es momentan nicht und müßte es abgeben. Es würden ihm, sagen wir, 100 K dafür gezahlt werden und er müßte dann im nächsten Jahre, wenn er es wieder zum Anziehen braucht, 110 K dafür zahlen. Er würde gewiß darauf verzichten, weil das eine Wucherei ist.

Ich komme nun zu den Enthebungen und in welcher Art und Weise diese durchgeführt werden. Es werden uns immer nur Versprechungen gegeben. Wir haben schon vor längerer Zeit seitens des Herrn Ministerpräsidenten die Zusage bekommen, daß die Gemeindevorsteher nicht einzurücken haben. Nun hat mir vorhin ein Kollege aus Mähren mitgeteilt, daß ihm vier Gemeindevorsteher geschrieben haben, sie müssen einrücken, sie haben die Einberufung bekommen. Man weiß nicht, zu wem man gehen soll, damit man sein Recht erlange. In einer der letzten Verordnungen ist bestimmt, daß bei wichtigen Vorkommnissen, bei Bränden, Todesfällen oder Erkrankungen, also in solchen „Ausnahmsfällen" die Gesuche direkt an den Landesverteidigungsminister einzuschicken sind, worauf dieselben sofort erledigt werden. Wie sie erledigt werden, darüber will ich Ihnen folgendes mitteilen. Ich kann da einen krassen Fall anführen, andere Herren werden ähnliche Fälle haben. Da ist ein Mann, beinahe blind, der zweimal operiert wurde; er sieht beinahe nichts, außerdem ist er gestürzt und hat den rechten Arm gebrochen. Überdies war er früher Jagdliebhaber, ist gestürzt und hat auch den linken Arm gebrochen. Er kann nichts unternehmen. Er hat eine Wirtschaft von 170 Metzen. Er hat um seinen Sohn eingereicht und es ist ihm eine Frist bis Ende Dezember gewährt worden. Obwohl er eigentlich, nachdem zwei Söhne im Felde sind, unersetzlich ist, ist die Enthebung nur bis Ende Dezember bewilligt worden. Die Wirtschaft ist verwaist, es ist niemand zur Arbeit da, das ist ja den Herren bekannt.

Ich will auf eine andere Gelegenheit zurückkommen. Man beruft diese Leute nicht aus dem Grunde ein, um sie zu wichtigen Diensten zu verwenden, ich kenne einen Fall, wo einer einberufen und nicht beurlaubt wurde, weil er im Hinterlande zum Schotterklopfen verwendet werden mußte. Das ist geradezu ein Skandal. Da ist zum Beispiel ein Mann, der hat 80 Metzen Feld. Er war eingerückt, wurde verwundet und der eine Fuß ist um 5 Zentimeter kürzer. Er war zehn Monate im Spital. Ich habe um seine Enthebung angesucht, diese ist aber nicht gewährt worden, sondern er wurde einberufen und mußte nach Galizien zu einem Bauern, der bloß 35 Metzen hat, also nicht ganz die Hälfte, auf Arbeit gehen. Es war offenbar notwendiger dorthin zu gehen, als ihn zu Hause arbeiten zu lassen. Da ist ein anderer Besitzer von 120 Metzen, er hat vier kleine Kinder zurück gelassen, die Frau ist schon ein ganzes Jahr krank. Der Mann wurde auch nicht beurlaubt, er mußte nach Ungarn zu einem Grafen auf die Puszta arbeiten gehen und zu Hause ist ihm das wenige Getreide zugrunde gegangen.

Bezüglich der Requisitionen möchte ich nur eine Angelegenheit zur Sprache bringen, um zu zeigen, wie die politischen Behörden, respektive die Statthalterei bei den Requisitionen vorgehen. Soeben wurde mir mitgeteilt, daß der Statthalter in Niederösterreich Hirse, Mais, Wicke, Peluschken und Lupinen freigegeben hat. Bei uns in Mähren aber nimmt man alles weg, man fragt nicht, ob man wirklich etwas hat oder nicht. Wir haben dem

Statthalter bereits telegraphiert, daß er sofort Abhilfe schaffen soll, und wir wollen auch zu ihm gehen; wir werden ja sehen, was er tun wird.

Ich komme nun zum Schleichhandel, beziehungsweise zu dem Mißbrauche des Rucksackverkehrs. Ich meine damit nicht etwa, daß der Rucksackverkehr, der ja sehr überhand genommen hat, im allgemeinen abgeschafft werden soll. Ich will nur beispielsweise anführen, daß in einer Stadt, die 100.000 Einwohner hat, 4400 Kilogramm, die im Rucksackverkehr in die Stadt hineingeschleppt wurden, verzollt werden mußten. Mir handelt es sich hauptsächlich darum, daß der Mißbrauch, der mit dem Rucksackverkehr getrieben wird, abgeschafft werden soll. Es geht absolut nicht an, daß gewisse Elemente, die ja überall vorkommen, Getreide und sonstige Lebensmittel anhäufen und an die Bevölkerung zu enormen Preisen abgeben und derart Wucher treiben.

Eine Angelegenheit, die unbedingt zur Sprache gebracht werden muß, ist auch folgende: Es werden an Leute, die tatsächlich gar kein Vieh haben und auch nicht im Besitze von Feldern sind, viel größere Mengen Futtermittel abgegeben als an uns Landwirte. Wir bekommen eigentlich gar nichts, wir werden immer abgewiesen, wenn wir um Futtermittel, die wir notwendig brauchen, bitten.

Auch das Vorgehen bei der Stroh- und Heulieferung ist ein Kapitel, über welches wir Landwirte uns unbedingt beschweren müssen. Seine Exzellenz der Herr Ernährungsminister hat vorgestern mitgeteilt, daß im verflossenen Jahre Mähren 517.000 Meterzentner Heu und 462.000 Meterzentner Stroh zu liefern hatte und daß das Quantum heuer auf 375.000 Meterzentner Heu und 325.000 Meterzentner Stroh herabgesetzt wurde. Ich muß gestehen, daß mich das geradezu überrascht hat. Ich bin praktischer Landwirt und habe einen Besitz von 26 Hektar; dabei habe ich 2 Hektar Wiesen. Nun habe ich im verflossenen Jahre nur ungefähr 48 Kilogramm Heu abliefern müssen, während ich heuer 10 Meterzentner liefern soll. Etwas kann also dabei nicht richtig sein. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich, wenn die Heulieferung im allgemeinen reduziert wurde, mehr liefern soll. Ich habe von diesen zwei Hektar Wiesen eine Fuhr Grummet, die wiegt doch gar nicht 10 Meterzentner, die ich abliefern soll; wo soll ich das Heu hernehmen? Auch andere Landwirte sind in derselben unangenehmen Lage und haben sich ebenso zu beklagen wie ich.

Ich möchte ferner das Ernteergebnis besprechen. Bei uns herrschte heuer eine Dürre, wie sie selbst Leute, die über 80 Jahre alt sind, nicht in Erinnerung haben.

Ich will auch hier mich selbst als Beispiel anführen. Ich habe auf 1·3 Hektar 6½ Metzen Sommerweizen angebaut und habe im ganzen 235 Kilogramm gedroschen. Zur Bestätigung dieser Behauptung will ich nur anführen, daß ich an 1½ Metzen nur 15 Garben, eigentlich Bünde, hatte, die ich zusammenklauben mußte. Daraus läßt sich ermessen, welch schlechte Ernte wir hatten. Bei den Druschproben sind wir pro Hektar über 4 Meterzentner nicht hinausgekommen. Zu alledem gingen noch einige Hagelwetter nieder, die noch das geringe Vorhandene vollständig vernichteten. Nichtsdestoweniger müssen wir die vorgeschriebene Menge Heu und Stroh liefern, selbst wenn wir nichts haben. Ich habe bei der Behörde vorgesprochen und habe darauf hingewiesen, daß es eine Sache der Unmöglichkeit sei, Heu und Stroh zu liefern, wenn man nichts hat. *(Abgeordneter Kopp: Wenn man nichts hat, braucht man auch nichts zu liefern!)* Und doch muß das Quantum unbedingt aufgebracht werden!

Zur weiteren Bestätigung will ich nur anführen, daß, nachdem wir kein Heu und Stroh haben, ich an den Fürsten, der unser Großgrundbesitzer ist, ein Gesuch eingereicht habe, daß wir Streu rechen dürfen. Es wurde bewilligt; für den Raummeter haben wir 10 K bezahlt, bis ins Haus ist uns der Raummeter aber auf 15 K zu stehen gekommen. Ich habe 50 Meter gerechnet und dafür 750 K bezahlt. Daraus können Sie ersehen, daß wir das nicht zum Vergnügen gemacht haben, sondern weil uns die Not dazu trieb, weil wir kein Futter für das Vieh haben. *(Abgeordneter Kopp: Das Gesuch dürfte dem Fürsten Liechtenstein nicht vorgelegt worden sein!)* Ich habe es selbst dem Fürsten Liechtenstein überreicht. *(Abgeordneter Kopp: Wenn Sie darum ansuchen, wird er Ihnen das Geld zurückgeben!)* Das ist eine andere Frage.

Wo soll denn Milch, Fett, Butter und Fleisch herkommen, wenn kein Futter da ist? In unserem Bezirke ist der Viehstand um 40 bis 60 Prozent reduziert worden infolge dieser katastrophalen Vorgänge, die ich schon vornhin erwähnt habe.

Ich komme nun zur Kartoffeleinschätzung.

Vizepräsident **Jukel**: Ich bitte, Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abgeordneter Alois **Rieger**: Ich bitte, nur einen Moment, ich werde sofort schließen. Bei uns in Mähren haben die Fachleute unser Erträgnis vom Hektar auf 60 bis 65 Meterzentner eingeschätzt. Es wurden uns aber 81 Meterzentner vorgeschrieben, die wir leider nicht haben.

Damit Sie auch ersehen, wie die politischen Behörden vorgehen, wenn die Kartoffeln nicht vorhanden sind, will ich Ihnen eine Zuschrift vorlesen, die an einen Gemeindevorsteher gesendet wurde

Die Zuschrift lautet *(liest)*:

„An den Gemeindevorstand in N. Mohrau. Der Gemeindevorstand wird aufgefordert, die beiden Waggons Kartoffel des Zugskommissionärs Alois Scholz für Mittwoch, den 14. November und Donnerstag, den 15. November l. J. unbedingt und bei persönlicher Verantwortung des Herrn Gemeindevorstehers in Gr. Stohl zur Verladung zu bringen. Im Falle der Nichtbefolgung dieses Antrages wird gegen den Herrn Gemeindevorsteher mit einer Ordnungsstrafe von 100 K vorgegangen werden, da die Gemeinde N. Mohrau am schlechtesten liefert."

Noch eine andere Angelegenheit mit den politischen Behörden! Wenn der Gemeindevorsteher die Aufträge nicht befolgt, wird ihm gedroht, daß er sofort Einrücken müsse. Mit solchen Sachen kommt man den Gemeindevorstehern und übt einen Druck aus, so daß sie in die unangenehme Lage versetzt werden, mit den strengsten Maßregeln vorgehen zu müssen.

Vizepräsident **Jukel**: Ich bitte, zu schließen.

Abgeordneter Alois **Rieger**: Ich hätte noch über verschiedene andere Vorkommnisse zu sprechen, so über die Kohlenlieferungen, die wir nicht erhalten haben, und über das Petroleum, worüber ich nur kurz sagen will, daß wir monatlich bloß einen halben Liter erhalten. Damit sollen wir auskommen, denn Kerzen gibt es keine, da die Fabrik abgebrannt ist. Betreff des Zuckers müssen wir unbedingt darauf beharren, daß die Quote erhöht wird. Auch über Fettlieferung hätte ich interessante Sachen vorzubringen, leider in Kürze der Zeit unmöglich. Weiters wollte ich noch bemerken, daß wir unbedingt darauf beharren müssen, daß die Häute der Rinder von den Notschlachtungen der Landwirtschaft freigegeben, ferner daß auch der Hinterlein, der zur Bereitung von Leinöl in den Gebirgsgemeinden so notwendig ist, freigegeben wird; auf diese Weise würde die städtische Bevölkerung mehr Butter bekommen. Es wird immer über Waggonmangel geklagt, trotzdem müssen Kohlen aus Kladno in Böhmen nach Hruschau in Mähren und Kohlen von Ostrau nach Prag gesendet werden, wo ein Waggon 14 Tage bis 3 Wochen rollt. Auf diese Art wird der Waggonmangel nicht aufgehoben.

Ich fasse die Forderungen der Landwirte folgendermaßen zusammen: Auflassung sämtlicher Zentralstellen. Im Falle als das nicht durchführbar ist, Aufnahme praktischer Fachleute, die auch wirklich praktisch gearbeitet haben, Entfernung gewisser schädlicher, auf Gewinnsucht ausgehender Elemente. Festsetzung von Höchstpreisen für sämtliche Artikel. Sofortige Zuweisung von mehr Kunstdünger, um die Erzeugung zu fördern und zu heben. Sofortige Veranlassung, daß bei den stattfindenden Aufnahmen das zur Erhaltung des Viehstandes unbedingt erforderliche Futter belassen wird. Sofortige Einstellung des auf Gewinnsucht abzielenden Rucksackverkehres. Versorgung der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit genügend Petroleum. Erhöhung der Zuckerquote sowie Freigabe der Häute bei Notschlachtungen. Öffnung der gesperrten Leinölmühlen. Erhöhung der Mehl- und Kartoffelquote. Beschaffung der Seife. Verzicht auf Lieferung von Fett bei Kleinhäuslern und Arbeitern, die nur für ihren Haushalt Schweine füttern. Als dringendste Forderung müssen wir die Enthebungen ansehen, welche für die Landwirtschaft in geradezu unzulänglicher Weise durchgeführt werden. Wir verlangen, daß in dieser im Interesse der Volksernährung so wichtigen Frage den Anträgen des Ackerbauministeriums mehr Gewicht beigelegt werde, als es bisher der Fall war. Wandelt die Regierung aber weiter in den betretenen Bahnen, dann bereitet sie den Weg zur Vernichtung und Aufreibung des ersten und wichtigsten Standes, des Ernährungsstandes, in diesem Staate vor. *(Bravo! Bravo!)*

Ich eile zum Schlusse und glaube nicht besser schließen zu können, als an die Regierung die Aufforderung zu richten, die von mir als Vertreter der Landwirte hier vorgebrachten Wünsche nach Möglichkeit zu erfüllen, denn unsere Geduld hat ihren Höhepunkt erreicht. *(Bravo! Bravo! — Redner wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Viškovský das Wort.

Abgeordneter Dr. **Viškovský**: Slavná sněmovno! Účast, kterou jeví slavná sněmovna na dotazové debatě, dokazuje, že je zapotřebí jisté orientace v otázce vyživování. Mám pocit, že otázky vyživovací stále ještě jsou podceňovány. Otázky zásobovací provozují se na krátkou lhůtu, takže zpravidla nevíme, co za dva neb tři měsíce bude se dále díti v otázce vyživovací.

Hohes Haus! Unsere Kriegsberichte melden fast täglich neue Erfolge an der Front. Ich halte aber diese Kriegsberichte für sehr unvollständig; denn der parallele Krieg, der gegen uns geführt wird, ist ein Hungerkrieg und wenn daher die Kriegsberichte vollständig sein sollten, müßten sie melden, wie viel Getreide wir in Vorrat haben und namentlich auch, wie der Kurs unserer Devise steht. In Berlin war man in der letzten Zeit sehr ungehalten darüber, daß Berlin angesichts der großen Siege über Italien nicht geflaggt hat. Nun, meine Herren, wenn der Bericht nicht nur gesagt hätte, daß wir über Italien gesiegt haben, sondern auch infolgedessen größere Portionen

Brot, Kartoffel und Butter erlangen werden, dann hätte man gewiß in Wien und Berlin mehr beflaggt. Aber der ganze Erfolg ist das Gegenteil davon, nämlich wir erringen große Siege, bekommen aber kleinere Portionen. Der deutsche Kaiser hat zu Beginn des Krieges in seiner Ansprache an den Reichstag gesagt: „Durch Not und Tod zum Sieg". Aber ich habe das Gefühl, daß wir über die Siege zum Hunger und zur Hungersnot schreiten.

Die Lage unserer Ernährung und unseres Schutzes gegen die Hungersnot wird mit der Lage einer belagerten Festung verglichen: aber nach meiner Ansicht hinkt dieses Gleichnis, denn in einer belagerten Festung heißt es: Haushalten mit den vorhandenen Vorräten und richtig verteilen. Bei uns aber heißt es, namentlich für die Erzeugung zu sorgen, damit wir auch im nächsten Jahre etwas zu verteilen haben. Und da fürchte ich, daß die Ernährungspolitik immer noch mit der Produktionspolitik auf dem Kriegsfuße steht. Nach meiner Ansicht wird die Produktion immer noch sehr gehemmt und die Produktionsmittel: Leute, Vieh, Vorräte, Inventar erbarmungslos beschlagnahmt und allmählich wird alles liquidiert. Ja, ich möchte sagen, daß unsere Ernährungspolitik eigentlich einem großen Liquidationsprozeß der gesamten Landwirtschaft gleicht, daß die Substanz verloren geht und daß unaufhaltsam das Kapital, der Boden 2c. erschöpft wird. Wir leben nicht mehr von dem Ertrage, wir leben vom Kapital. Mit großer Besorgnis müssen wir daher der Zukunft entgegensehen. Da muß nach meiner Ansicht Wandel geschaffen werden, da muß unsere Orientierung einsetzen. Das Schwergewicht muß in die Produktion verlegt werden. Meine Ansicht ist, daß die beste Ernährungspolitik nur in einer guten Produktionspolitik liegt. *(Sehr richtig!)* Erwägen wir, was eigentlich in der Ernährungspolitik geschieht. Heute bilden Ernährungspolitik und Produktionspolitik zwei feindliche Lager. Was für die Produktion unerläßlich ist, wird dem Konsum zugeführt: Saatgut ist für die Ernährungspolitik Mahlgetreide, Saatkartoffeln werden gekocht und konsumiert, Zugvieh und Milchkühe sind Fleischbestände, Düngemittel sind Rohstoffe für die Munitionsindustrie, der Landwirt selbst ist ein Rekrut; die Kohle geht in die Stadt, in die Fabriken und zum Drusch bekommt man in der Regel keine Kohle; Petroleum und Benzin für den Motorenbetrieb sind nicht zu haben und die Eisenbahnen verweigern sogar den Transport von Dungkalk, Düngemitteln, landwirtschaftlichen Maschinen usw. Da ist, wie ich eben gesagt habe, eine gründliche Orientierung nötig.

Es ist vom Rückgang der Produktion gesprochen worden. Dieser Rückgang ist wirklich eine unleugbare Tatsache, aber er entspricht auch einem unumstößlichen Naturgesetz. Wenn Nährstoffe fehlen, wenn wir zum Beispiel früher jährlich 1½ Millionen Meterzentner Kunstdünger, namentlich Salpeter nach Österreich eingeführt haben und wenn diese Stoffe jetzt ausbleiben, so ist es auch begreiflich, daß unsere Ernte jetzt stark zurückgehen muß. Aber gerade die intensiv bewirtschafteten Gebiete leiden darunter am meisten. Unsere Kulturpflanzen sind auf hohen Ertrag gezüchtet, sie sind sehr empfindlich gegen den Mangel an Nährstoffen, gegen die Bodenarmut, infolgedessen sind die Erträge gerade in diesen intensiv bewirtschafteten Gebieten unverhältnismäßig gesunken, mehr als in anderen Gebieten, namentlich in den Gebirgsgegenden. Dadurch werden auch die Anwürfe gegen die böhmische Landwirtschaft am leichtesten entkräftet, denn die böhmische Landwirtschaft hat als intensiv betriebene Wirtschaft durch diesen Entgang an Rohstoffen am meisten gelitten.

Es bleibt uns selbstverständlich das Problem zu lösen, mit den vorhandenen Mitteln das zu erreichen, was überhaupt zu erreichen ist. Aber die Ansprüche, die jetzt an die Landwirtschaft gestellt werden, sind tatsächlich übertrieben. Für die Lage Österreichs in der Ernährungsfrage gibt es überhaupt keine Analogie in einem Staat der Welt. Deutschland bildet ein einheitliches Versorgungsgebiet. Fruchtbare und weniger fruchtbare, dicht und weniger dicht bewohnte Gebiete sind zu einem einheitlichen Gebiete zusammengeschlossen, aber Österreich und Ungarn, diese siamesischen Zwillinge in wirtschaftlicher Beziehung wurden sofort zu Beginn des Krieges auseinandergerissen. Ich bitte zu erwägen, daß Ungarn nach Österreich jährlich 20 Millionen Meterzentner Getreide im Werte von zirka einer halben Milliarde, eine Million Stück Schlachtvieh im Werte von 200 bis 250 Millionen, eine Viertelmillion Meterzentner Fett und eine Million Meterzentner verschiedene andere tierische Produkte eingeführt hat. Jetzt sind alle diese Artikel zum größten Teil ausgeblieben und wir stehen wie Bettler vor den Toren Ungarns, um für gewisse politische Zugeständnisse ein wenig Speck und Mehl zu erbitten.

Es ist über Verhandlungen mit Ungarn gesprochen worden. Da möchte das Volk wissen, ob mit der Base Hungaria endlich einmal ein ernstes Wort gesprochen wurde. Nach der Ansicht von Fachmännern, hat Ungarn in diesem Jahre eine Mehrernte von zirka zehn Millionen Meterzentnern Weizen und zehn Millionen Meterzentnern Mais gehabt. Im Vorjahr ist Ungarn bei einer Ernte, die um 20 Millionen Meterzentner kleiner war, sehr gut durchgekommen, ja es konnte sogar noch in einem gewissen Luxus leben. Wenn wir bei unserem Manko von zirka sieben Millionen Meterzentner Hartgetreide zirka ein Drittel des ungarischen Mehrerträgnisses bekommen, könnten wir doch

glimpflich auskommen. Das ist ein Wunsch, der doch sehr bescheiden ist.

Der Herr Ernährungsminister hat von der Schaffung des nordwestböhmischen Wirtschaftsgebietes gesprochen und hat erwähnt, daß es sich ausschließlich um deutsche Bezirke handelt. Aber ich muß tatsächlich berichtigen, daß in dieses Gebiet auch ein Bezirk, und zwar Bischofteinitz einbezogen wurde, in welchem es 35 böhmische Gemeinden gibt. Ich fürchte, daß unter dem Deckmantel der Ernährungspolitik die verunglückte Kreiseinteilung, welche Ministerpräsident Graf Martinic gegen uns forcieren wollte, jetzt zur Durchführung gelangen soll. Es soll ein geschlossenes Sprachgebiet unter der falschen Flagge der Volksernährung durchgeführt werden. Ich muß Seiner Exzellenz im Namen der böhmischen Abgeordneten sehr energisch abraten, politische und administrative Experimente im Zusammenhang mit der Ernährungspolitik zu machen und überhaupt Politik und Nationalitätsfragen in die Ernährungspolitik hineinzutragen *(Zustimmung)*, denn sonst ist es begreiflich, wenn wir mit Argwohn die Ernährungspolitik verfolgen.

Diese Maßnahme ist aber auch wirtschaftlich unbegründet. An diesem Montag sind in Böhmen 343 Waggons Getreide aufgebracht worden. Hiervon waren 163 Waggons in diesen 17 Bezirken aufgebracht worden, während auf die restlichen 88 Bezirke 180 Waggons entfallen. Es ist vielleicht ein Zufall, daß diesmal mehr auf diese 17 Bezirke entfällt, es ist aber daraus zu ersehen, daß diese Bezirke eigentlich Überschußbezirke sind. Am Dienstag wurden zirka 112 Waggons aufgebracht, hiervon entfällt wieder ein Drittel auf diese 17 Bezirke. Dieses Getreide soll diesen Bezirken vorbehalten bleiben. Was ist das? Nichts anderes als eine Abschließung der Bezirke, gegen die sich ja vorgestern Seine Exzellenz selbst ausgesprochen hat. Mit einer Abschließungspolitik kann man eine großzügige Ernährungspolitik nicht machen. Ich fürchte, daß wir auf diese Weise nur auf die schiefe Ebene gelangen werden.

Durch die ganze Debatte hat sich wie ein roter Faden die Rede des Herrn Abtes Helmer, die er im Herrenhause gehalten hat, gezogen. Abt Helmer heuchelte die Besorgnis um unsere Ernährung, um unter diesem falschen Deckmantel das böhmische Volk und namentlich die böhmische Landwirtschaft zu verleumden. Er hat, wie wir ihm auch nachgewiesen haben, mit falschen Ziffern operiert, er hat mit den Ziffern der Anbaufläche vom Jahre 1913 und 1914 operiert und hat damit das Ergebnis und die Ernte der Jahre 1916 und 1917 verglichen. *(Hört! Hört!)* Er ist auf diese Weise zu grundfalschen Schlüssen gekommen.

Es war mir immer unklar, was für einen Zweck so ein Teplerstift überhaupt hat. Nun weiß ich es ganz bestimmt, es ist eine Stätte der nationalen Hetze, eine Filiale der alldeutschen Hetzpropaganda und es scheint dort ein Bureau zur Fälschung der Ernteстatistik behufs Verleumdung der böhmischen Nationalität etabliert zu sein. Wenn der Abt Helmer nicht nur ein hoher kirchlicher Würdenträger, sondern auch ein Ehrenmann ist, dann muß er jetzt mit Rücksicht auf unsere Beweise berichtigen, was er gesagt hat, und muß dem böhmischen Volk und der böhmischen Landwirtschaft auch Satisfaktion geben.

Die deutschen Herren Agrarier, namentlich der Präsident des Landeskulturrates der deutschen Sektion, Zuleger und Abgeordneter Goll waren der Ansicht, daß sie den Abt Helmer noch übertrumpfen müssen. Wir haben, wie gesagt, diese Daten widerlegt. Wir wissen sehr gut, daß es den deutschen Landwirten mit den Requisitionen ebenso schlecht geht wie den böhmischen und ich habe heute gelesen, daß die deutschen Agrarier gestern unter Führung des Abgeordneten Waldner beim Ernährungsminister waren und sich gegen die Vorschreibungen großer Requisitionen beschwert haben. Wenn die Deutschen also verhältnismäßig mehr abgeführt haben, haben sie das nicht aus großer Liebe gemacht, sondern weil sie dazu geradeso wie wir gezwungen waren. Also freiwillig haben sie das nicht gemacht. Wir haben aber beim Vieh nachweisen können, daß die Abfuhr von Vieh im deutschen Sprachengebiet viel ungünstiger war als im böhmischen, weil die deutschen Landwirte mit 52 Prozent gegen ihr Kontingent im Rückstand sind, die böhmischen aber nur mit 22 Prozent. Wenn also die böhmischen Landwirte und Agrarier unpatriotisch sind, weil sie weniger Getreide geliefert haben, so muß ich sagen: wir sind unpatriotisch beim Getreide, aber viel unpatriotischer sind wieder die Deutschen beim Vieh gewesen. Ich will aber den Herren landwirtschaftlichen Abgeordneten von der deutschen Seite daraus keinen Vorwurf machen, ich will sie nicht verleumden, wie das die Herren Deutschen gemacht haben. Sie haben den Abt Helmer als Hetzer nachahmen wollen. Diesen abscheulichen Plan, daß wir uns gegenseitig beschimpfen und besudeln sollen, haben wir durchschaut und ich lehne es ab, den Herren auf diesem Gebiet zu folgen; ich glaube, das ist ein Standpunkt, den die böhmischen und die deutschen Agrarier gut verstehen werden. Ich will dem letzten deutschen Bauern mehr Anstand und Verständnis für diesen Standpunkt zumuten, wie dem Abt Helmer, dem Kollegen Goll und dem Präsidenten Zuleger.

Ich habe bereits von der Offensive gegen Italien gesprochen; es war wirklich ein Bravourstück unserer und der deutschen Armee und ist ein Stolz der Heeresführung. Es hat geheißen, daß diese Offensive mit verhältnismäßig geringen Ver

lusten durchgeführt wurde. Aber das muß cum grano salis hingenommen werden. Während der Herbstkampagne, wo wir auf die Eisenbahntransporte im Interesse unserer Ernährung am meisten angewiesen waren, hat diese Offensive eingesetzt. Wir sind auf einmal aller Transportmittel entblößt worden, wir sind auf diese Weise Sieger und Besiegte in einer Person. Der ganze Wirtschaftsplan ist durchkreuzt worden, denn der Plan für die Kohlenversorgung und für die Kartoffelversorgung wurde vollkommen umgestoßen. Nicht nur die italienische Front ist durchbrochen worden, sondern auch die Front des Ernährungsministers und des Arbeitsministers, und das werden mir die beiden Herren gewiß bestätigen. Ich verweise zum Beispiel auf das Umwerfen des Versorgungsplanes für die Marmelade. Es sollten 6000 Wagen Marmelade erzeugt werden, aber wegen des Wagenmangels werden nur 1500 erzeugt und dabei verfaulen in Steiermark massenhaft Äpfel und werden auf den Misthaufen geworfen, weil es keine Transportmittel gibt, um dieses teure, wertvolle Material in die Fabriken zu führen. *(Hört! Hört!)*

Meine Herren! Ich muß leider zum Schlusse eilen. Alles in allem genommen, brauchen wir, wie gesagt, eine gründliche Revision unseres Ernährungsplans im Sinne einer Förderung der Produktion, um von dieser Förderung ausgehend bis zu einer gleichmäßigen und gerechten Verteilung zu gelangen. Dem Ernährungsplan muß zunächst ein Wirtschaftsplan zugrunde gelegt werden, aber dieser Plan muß auch von der obersten Heeresleitung beachtet und darf nicht immer über den Haufen geworfen und durchkreuzt werden. Es geht nicht an, daß wir zwar neue feindliche Gebiete besetzen, daß dabei aber die Volkswirtschaft und namentlich die Landwirtschaft zugrunde geht und die Bevölkerung Hungers stirbt. Besetzte Gebiete werden einmal geräumt werden, aber von der Landwirtschaft müssen wir weiter leben und sie kann und wird der einzige und letzte Rettungsanker unserer Volkswirtschaft werden. Ein deutscher Heerführer hat seinerzeit gesagt: wenn die Landwirtschaft versagt, dann sind wir alle verloren. Aber diese Worte gelten nicht nur für den Krieg, sondern sie gelten auch für den Frieden und das sollte auch beherzigt werden. Ich habe geschlossen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Jaroš.

Abgeordneter **Jaroš:** Slavná sněmovno! Zásobování ve válce, armády i obyvatelstva ve vnitrozemí patřilo od dávna k otázkám, ku kterým státníci a vojevůdci v prvé řadě obraceli zřetele. Kdo umění toto ovládal, zajistil si klid doma a na bojišti zpravidla vítězil. My bohužel po tříletém trvání války dožili jsme se tak smutných zkušeností, že průkaz způsobilosti naší státní správě bychom nedali.

Snad v ničem centralism během svého trvání tak neskrachoval jako právě v otázce zásobovací. Proti anarchii, která vládne dnes jak v zásobování tak v neslýchaných cenách, jsou dnes vládní kruhy bezradny a malomocny.

Bezradny proto, že anarchie zachvátila celý správní aparát, neb od posledního četníka až k prvnímu ministrovi není jistě člověka, který by neporušoval zákon a žil jen z toho, co zákonem předepsáno. *(Výkřiky).*

Dnes ovšem těžko napravovati chyby, které během doby napáchal absolutistický tříletý režim vlády Stürgkhovy, která každý projev proti lichvě nechala konfiskovati a ponechala volné pole hyenám, které na účet národů této říše, na účet zdraví milionů dělníků se obohacovaly.

Města jsou dnes ožebračena a lidé, kteří svým sociálním postavením řadili se k středním vrstvám jsou hotovými žebráky. Zdravotní stav je přímo hrozný, kojenci a starší lidé umírají hromadně. Tuberkulosa rozmáhá se přímo katastrofálně a všechny prostředky lékařského umění selhávají, poněvadž podmínky k léčbě, sanatoria a silná strava, scházejí.

Provádíme-li dnes kritiku válečného zásobování, musíme říci, že celý systém byl hned od počátku pochybený a zvrácený. *(Tak jest!)*

V prvé řadě, že organisace prováděna byla od shora dolů místo aby dělo se to v směru obráceném, nejdříve obec, pak země a konečně stát. Dále, že celý systém vzat byl dle vzoru německého aniž se přihlíželo k odlišným poměrům této říše.

A když již tento systém byl přijat, že nevztahoval se také na jiné země, najmě na země koruny uherské. V třetí řadě pak základní chybou bylo stanovení nedostatečných dávek, což nutilo a nutí obyvatelstvo opatřovati si potraviny cestou mimořádnou a vyhání tak ceny jejich do závratné výše. A konečně, že vládou stanoveny byly sice maximální ceny ale samotnými vládními orgány porušovány *(Tak jest!)*, neboť orgány vládní přeplácely nákupní ceny potřeb pro armádu až o 100 i více procent.

Bylo by také záhodno mluviti o tom, jak hospodařilo se v armádě v počátcích války, dobytkem plodinami i šatstvem. Dnes sbírají se hadry, rekviruji i odstavčata a tehdy se hříšně plýtvalo vším jako by válka měla být za tři měsíce zkončena. Kdyby vládla u nás spravedlnost a pořádek, pak nechalo by se každé zemi co nevyhnutelně k vý-

živě potřebuje a teprve přebytky odváděly by se zemím pasivním.

V Německu je zajisté také nouze, každý však dostane dávku, na kterou má nárok. U nás však v Uhrách se jí chléb z pšeničné mouky, v jihoslovanských zemích dostanou po celé měsíce trochu kukuřice, v Čechách pak v mnoha okresích po celé týdny mouku žádnou, chleba porci poloviční i menší a je-li mouka, je černá a ztuchlá z rumunské pšenice.

Jak vzorně jsme zásobováni, chci ukázat na okrese, který zde zastupuji.

Politický okres českobrodský čítá asi kolem 52.000 obyvatel, mezi nimi přibližně asi 28.000 osob odkázaných na veřejnou aprovisaci, kontingent mouky z 2200 metrických centů obilí měsíčně. Měla tedy politickému okresu českobrodskému dodána býti pro potřebu obyvatelstva mouka od 1. ledna do 15. října z 18.980 metrických centů obilí. Odbočka válečného obilního ústavu přikázala však pouze 12.200 metrických centů obilí, tak že obyvatelstvo zkráceno ve své výživě o mouku ze 70 vagonů obilí! *(Slyšte! — Nepokoj.)*

Těchto 28.000 duší ze 52.000 znásobte v poměru k veškerému obyvatelstvu v Čechách a uvidíte, jaké ohromné množství se dostalo na dávkách našemu obyvatelstvu méně. *(Výkřiky.)*

V okresu českobrodském od počátku května celých 14 týdnů dostávalo obyvatelstvo 50 gramů, nejvýše 100 gramů mouky na osobu denně, a to v době nejpilnějších prací.

Tak bídně je zásobován okres, který v roce 1916 odvedl skoro 1000 vagonů obilí. *(Slyšte!)*

Když lidé si opatřili neb za práci dostali 10 až 15 kilogramů obilí bylo jim ve mlýnech zabaveno. Sám jsem před žněmi intervenoval na místodržitelství ohledně zabavení obilí ve mlýně, kde bylo zabaveno obilí pěti stům lidí, ponejvíce dělníkům a malým zemědělcům. Podotýkám, že měli tam někteří chudáci 7 kilogramů obilí k semletí.

Bylo by se co diviti člověku, který mouku nedostane, a mouka z obilí, které nasbíral aneb těžkou prací vydělal, se mu vezme, kdyby se dopustil násilného nezákonného činu?

A co uvésti o útrapách dělnictva průmyslového? Pražští poslanci mohou potvrditi, že nebylo jednoho dne, kdy nebyli vyhledáváni, aby intervenovali na místodržitelstvís deputacemi z celých Čech. Byl jsem sám bezpočtukráte a uvedu jen namátkou některé případy:

Letošního roku z jara provázel jsem deputaci domáckých tkalců z rychnovského okresu. Stěžovali si, že dostávají půl ba čtvrt bochníku chleba na týden na místo celého bochníku, mouky po 5 týdnů nedostali, pak dostali na hlavu týdně 10 dekagramů vikve, dávky tak minimální, že jest div, jak mohli při tom žíti. Referent na místodržitelství prohlásil: „Věřím, že jest to málo, ale sedláci u nás neodvedli ani 2 metrické centy pšenice na 1 hektar.“ A tohle má býti důvodem, aby tkalci na Rychnovsku zmírali hlady.

Podotýkám, že rok byl suchý a že sami členové deputace upozornili, že rolníci nemohli odvésti více, poněvadž mají písčité půdy a bylo sucho.

Jakým způsobem si počínala rekvisiční komise na Domažlicku, vymyká se ovšem pojmům, neboť kdyby nepřítel vpadl do kraje, nemohl si počínati hůře. Vedl jsem deputaci z Domažlicka na místodržitelství a ta prohlásila, že komise vytrhávala podlahy, prohledávala půdy a rozbíjela skříně. Chudé ženě vzali 5 kilogramů mouky; jiné ženě, matce několika dítek, vzali brambory a teprve po 14 dnech prodali jí brambory zkažené. *(Výkřiky. — Hluk.)*

Z Mýta, kde pracují kováři pro vojsko, přišla deputace — hotové kostry — a naříkala si, že v 115. týdnu nedostali kováři ničeho; v 116. týdnu dostali 20 dekagramů mouky kukuřičné a ovesné rýže, ve 117. týdnu rovněž tak, tak že padali zrovna hladem a prohlásili vojenskému zástupci, že jim není fysicky možno, aby stáli u ohně a pracovali. Odpověděl jim: Jak nebudete pracovati, pošlu na vás vojáky!

Žádný stav v tomto státě není v situaci tak hrozné jako dělnictvo průmyslové. Pro ně neplatí právní stav; bylo postaveno pod vojenskou pravomoc, pozbylo práva zákony zaručeného, nesmí změnit zaměstnavatele, v každé stížnosti neb projevu proti špatnému zásobování spatřuje se vzpoura, pro kterou v zápětí následuje vojenský soud a kruté tresty.

Pracovní síla dělnictva byla zmilitarisována, zisk podnikatelů zůstal nedotčen.

Poslanec Baxa v předešlé schůzi zmínil se o zásobování Prahy. Vracím-li se k tomu, činím tak proto, že každé chvíle je učiněn na nás v Čechách útok.

V debatě o státní policii byl to řečník z německonacionálního tábora, který pravil, že ne tak hlad jako motivy nacionální vyvolávají u nás demonstrace, na sjezdu průmyslníků centrální ředitel Günther pak mluvil o státu nepřátelské agitaci.

Jen kapitalistické bestie mohou dnes ještě štvát na lid, který za půl roku dostal kilogram brambor, jako na příklad u nás v Praze. *(Výborně!)*

Lidsky cítící člověk musí se sklonit před trpělivostí, s jakou lid náš muka hladu snáší.

Bylo-li dovoleno německonacionálním šílencům dělat demonstrace pro válku, musí být také dovoleny dělníkům demonstrace z hladu. *(Výborně! — Potlesk.)*

Jsou tři měsíce po žních a u nás zase počíná zmenšování dávek chlebových. Mám po ruce doklad z České Třebové, kde ze 140 gramů snížena byla dávka na 120 gramů. Tak vypadá u nás zásobování.

Jeho Excelence pan ministr výživy v poslední schůzi prohlásil, že úřady zde ve Vídni vystupují vůči všem národům a zemím stejně objektivně. My po zkušenostech nabytých během tří válečných let musíme prohlásiti, že postup vojenské a politické moci proti nám nezůstal také bez vlivu i na úřady čistě hospodářské.

Uvedu maličký doklad: Konsumní spolky dělnictva českého v době války přinesly jistě v zájmu svých členů ohromné oběti a dokázaly, že v tak krutých dobách jsou na svém místě. I samotné ministerstvo vnitra přípisem svým ze dne 3. dubna 1915 prohlásilo, že družstva konsumní uznána činitelem blahodárně působícím. Po takovémto prohlášení považovali jsme se za oprávněny, obrátiti se ku všem institucím a ministerstvům zde se žádostí o příděl určitých věcí. Zejména v prvních dobách války bylo zde takových věcí dosti. Jednalo se o vývoz z Uher, o příděl luštěnin, mouky, cukru, tuků, zabavené rýže, obilí na kávu atd. Veškerá naše podání k různým úřadům a ministerstvu ve Vídni, asi 12 počtem, byla zamítnuta. *(Slyšte!)* Byla zamítnuta v době, když všechny úřady a ministerstva velkonákupní společnosti německého dělnictva vycházely s největší benevolencí vstříc. *(Výkřiky.)* My jsme byli zamítnuti, když jsme žádali pro své družstvo tu dávku cukru, kterou jsme dodávali v dobách normálních. Šlo asi o vagon cukru měsíčně. V té době nákupní společnost vídeňská dostávala bezvadně 240 vagonů cukru měsíčně.

Totéž bylo s luštěninami a s ječmenem k výrobě kávy. Žádali jsme, aby nám bylo přiděleno 10 vagonů ječmene, že jej po upražení prodáváme za 1 K jako obilní kávu, dostali jsme však 1 vagon, který nám však po upražení ihned vzali. Nákupní společnost dostala však 70 vagonů s právem, aby jej svým družstvům rozdala. *(Výkřiky. — Nepokoj.)* Když nás zástupce cukerní centrály poukázal na novou kampaň 1917/18, prohlásil úředník cukerní centrály Dr. Sauer, že celá věc je mu nesympatickou a že by ji nejraději měl s krku. Takovým způsobem se zde s námi jedná.

Rovněž tak se to má s otázkou uhelnou. Všude je nouze o uhlí, ale v Čechách, v uhelné zemi, je nouze největší. Dnes jest již celá řada škol zavřena pro nedostatek uhlí. Nám se však také přidělují nejhorší oblasti uhelné. Kamenné uhlí kladenské a krásné duchcovské se vyváží ze země a nám přiděleny byly revíry rakovnické, z kterých dostáváme v pravém slova smyslu hlínu. *(Ano!)*

Vedle otázky vyživovací jest také dobře zmíniti se o otázce odívání. V této věci plné tři roky nedělala vláda naprosto ničeho. Teprve asi před půl rokem zřízena byla komise při místodržitelství, která však musí nakupovati za horentní peníze. Předešlý týden koupila asi 117 ženských sukní po 126 K. Hotové miliony musí se dnes vyhazovati za látky jen proto, aby se ještě neztratily do Uher. Věci, které před 2 roky, kdyby se byly v čas rekvirovaly, dostaly za pár krejcarů, nelze dnes vůbec dostati.

Totéž jest s obuví. Podívejme se do různých skladů jak zde tak i jinde. Vidíme, že vystavena jest obuv, která svou façonou připomíná, že byla zhotovena před 5—6 lety, kdy stála 12—14 K. Dnes žádá se za ní 150 K. Není zde zase žádná organisace, ani kontrola. Jak se to stalo, že ceny zboží byly tak hrozně vyhnány? *(Poslanec Zahradník: Kde ostávají kůže?)* Nad koží, která se dnes vydělává, má kontrolu vláda, poněvadž v každé koželuzně má své vojáky. Jest otázkou, kam tato kůže přijde, poněvadž množství poraženého dobytka nasvědčuje, že by nemusila býti nouze o kůži. *(Výkřiky. — Nepokoj.)*

Poměry, jak se vyvinuly, jsou již věru nesnesitelny a nevěřím, že by parlament dnes, když se jej v této věci nikdo na nic neptal, mohl učiniti ještě nějakou nápravu. *(Výkřiky.)*

V době, kdy jako na Valašsku v salaších lidé ovíjejí růženec kolem ruky a zalézají pod houně, aby tam hlady skonali *(Slyšte!)*, je možné jen jedno: učinit konec války, konec vraždění, konec umírání z hladu. *(Výborně! — Bouřlivý potlesk.)*

Pan ministr výživy nás těšil, že sice nemáme sami dosti prostředků k výživě, že však zase z jara se bude dováženi obilí z Rumunska a že také Uhry budou s to přispěti. *(Odpor.)* Pokud jde o Uhry, myslím, že naše vláda, poněvadž již dříve neprojevila, ani nadále neprojeví tolik síly, vůle a moci, aby Uhry k něčemu podobnému donutila. Jest pravda, že kdyby byly Uhry konaly svou povinnost, nemusily poměry u nás býti tak hrozné, ale dnes je marno, uherskou oligarchii k něčemu nutiti. *(Souhlas.)*

Situace je jistě vážná; jak znám poměry v Čechách a na Moravě, vím, že nevydržíme se zásobami déle než do prosince.

Odkud vezmeme potraviny z jara jest otázkou, a proto nejrychlejší cesta k nápravě by byla ta, aby rádcové koruny šli k císaři, vylíčili

mu pravý stav věci a doznali, že třeba válku ukončiti. Zejména dnes, kdy území naše od nepřátel je vyčištěno, kdy, jak v Haliči tak proti Italii, držíme své bývalé hranice, myslím, že by byla doba k tomu příhodná. Nenechte to až do doby, kdy věci mohou dostati se skutečně do kritického stavu.

Pánové! Já věřím, že lid dovede snésti mnoho, že lid dovede měsíce a léta strádati, věřím zejména, že je také možno ho po jistou dobu soudy a bodáky zastrašit, jsou však také chvíle, kdy všechny prostředky selhávají.

Nenechte dospěti věci tak daleko, až lid přijde k poznání, že lépe je zemřít v boji na ulici, než bladem doma s celou rodinou. *(Výborně! — Potlesk.)*

**Präsident:** Zu einem formalen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Perwein gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Perwein:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Perwein beantragt Schluß der Debatte.

Ich ersuche diejenigen Herren, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Schluß der Debatte ist angenommen.

Es sind noch eingetragen die Herren Abgeordneten: Wilhelm Mairner, Ritter v. Semaka, Lew Baczyńskyj, Felzmann, Dr. Heilinger, Miklas, Wagner, Pirker und Kopp.

Ich ersuche die Herren, sich auf einen Generalredner zu einigen. *(Nach Vornahme der Wahl:)* Zum Generalredner wurde der Herr Abgeordnete Wilhelm Mairner gewählt; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Wilhelm **Mairner:** Hohes Haus! Mit der Staatstreue, die uns deutschen Bauern innewohnt, ist es eine eigene Sache. Sie wird oft mißbraucht, herabgedrückt, in den Kot gezerrt von den Dienern des Staates, die allen jenen Leuten, welche nicht blindlings alle Verordnungen des Staates befolgen oder befolgen können, die Staatstreue, den Patriotismus absprechen. So ist es uns deutschen Landwirten in diesem Kriege gegangen. Wir haben alles geopfert, das Leben, Haus und Hof, wir haben unsere Frauen, unsere Greise, unsere Kinder, die sich um des Staates Willen abmühen mußten, geopfert, wir haben Opfer gebracht, solange wir konnten, bis wir in unserer Arbeitstätigkeit durch die vielen Verordnungen gehemmt wurden, bis wir sahen, daß unsere Bemühungen umsonst waren, daß die Ernte bereits auf ein Mindestmaß herabgedrückt wurde. *(Zwischenruf.)* Als dann jene Diener des Staates kamen und an den Patriotismus der deutschen Landwirte appellierten, da ist unser Patriotismus zu den Fenstern hinausgeflogen und in die kleinen Hütten des Bauern ist Mißmut, Erbitterung und Unzufriedenheit eingezogen, eine Unzufriedenheit, die der Regierung bekanntzugeben, wir mit dieser Debatte bezwecken wollten. *(Zustimmung.)* Wir wollen die Hand erheben und der Regierung sagen, sie möge endlich Umkehr machen auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft, will sie jenes köstliche Gut, die Staatstreue der Landwirte erhalten, will sie nicht, daß diese staatstreuen Landwirte zu jenen Gegnern des Staates übergehen, für die bisher einzig und allein die Kriegswirtschaft dieses Staates gearbeitet hat: zur internationalen Sozialdemokratie. *(Sehr richtig!)*

Meine verehrten Herren! Als im Jahre 1914 dieser große Weltbrand entfacht wurde, da sind die Landleute hinausgezogen und zurück blieben Frauen, Kinder und Greise. Der Krieg zu Beginn war bedeutend grausamer, andrerseits aber die Verpflegung überreichlich. Und jeder weiß, daß wir nicht immer Sieger sein konnten in diesem Kriege, auch Schlappen haben wir erlitten; und eine Unmenge von Ernteprodukten ist in die Hände unserer Gegner übergegangen.

Und doch, meine Verehrten, wie waren die volkswirtschaftlichen Verhältnisse zu Beginn dieses Krieges? Die Verpflegung der Armee war reichlicher als jetzt, im Hinterlande hat man sich keinen Zwang auferlegt und trotzdem war die Preissteigerung aller Ernteprodukte nur eine äußerst geringe. Und wer die vier Jahre dieses Weltkrieges zurückdenkt, wird wissen, daß damals die Viehpreise von Monat zu Monat heruntergegangen sind. Und auch im Jahre 1915 vor der neuen Ernte haben die Getreidepreise kaum 60 K pro 100 Kilogramm erreicht, während die Viehpreise solche waren, daß auch die arbeitende Bevölkerung sich genügend mit Fleisch ernähren konnte. In dem Maße, wie dann von einer Teuerung überhaupt gesprochen werden konnte, wie die Teuerung der landwirtschaftlichen Produkte eingetreten ist, sind ja auch gleich diesen alle Bedarfsartikel im Preise gestiegen und es war nur an das Los der Fixbesoldeten und an das Los jener zu denken, die vielleicht von kleinen Renten leben mußten.

Als dann der Krieg größere Dimensionen angenommen hat, als dementsprechend auch die Rekrutierung in einem größeren Maße durchgeführt werden mußte und nicht halt machte vor jener Intelligenz der Großstadt, deren Vertreter heute zum großen Teile Inhaber der Zentralstellen sind, da hat sich in ganz Österreich, im Etappenraume

und im Hinterlande, ein vollkommen gleiches Bild entwickelt: Jeder wollte in die Bureaus und wollte dort dem Staate Dienste leisten. Und das war Grund, warum im Inlande die Kriegswirtschaft entstanden ist, die heute zum Monstrum herangewachsen ist, und bereits 27 Zentralen umfaßt. Die Führer unserer Armee waren tüchtig, unsere Armee glänzend, aber im Inlande wurde es faul. Die Ernte mußte infolge der begonnenen Kriegswirtschaft von Jahr zu Jahr zurückgehen, der Handel, besonders der Kleinhandel auf dem Lande erlahmte und die Gewerbsleute wurden zu Bettlern. In dem Maße, wie der Bureaukratismus, die Kriegswirtschaft sich entwickelte, in demselben Maße ist der Wert des Geldes herabgesunken auf ein Minimum; und als auch unser Kredit bei den Bundesgenossen und im Auslande geschwunden ist, da hat man sich an den österreichischen Reichsrat erinnert. Und ich glaube, das war vornehmlich der Grund, warum der österreichische Reichsrat einberufen wurde.

Und wie hat es ausgeschaut, als wir Volksvertreter zum Teile aus dem Felde im heurigen Frühjahre hierher in den österreichischen Reichsrat gekommen sind? Ich will nur kurz vier Bilder entwerfen. Was des Bürgers Fleiß in unserer Heimat geschaffen, mit den Bajonetten, mit den scharfgeladenen Gewehren hat man es den Bauern bereits weggenommen, ohne an die schwangeren Frauen und an die zitternden Kinder zu denken, während die Bauern draußen im Felde gestanden sind. Und dann kam die Unterernährung, dann kamen die Hungerseuchen auf dem Lande; in Ostböhmen beispielsweise hat man heuer im Frühjahre Brot aus Zichorie gebacken. Die Bauern — alle Heerführer haben anerkannt, wie tüchtig sie im Felde das Vaterland verteidigen —, sie mußten aber aus unseren Zeitungen, die wir ihnen bis in die Schützengräben nachgeschickt haben, lesen, wie den Frauen zu Hause Kartoffeln um 9 Kronen weggenommen worden sind und wie sie das Saatgut um 27 Kronen zurückkaufen mußten *(Hört! Hört!)*, wie den Landwirten die Gerste um 27 Kronen requiriert und um 60 Kronen an sie wieder verkauft wurde; sie mußten hören, wie den Frauen der Hafer abgenommen wurde, zwangsweise, um 26 Kronen, und wie sie bitten mußten, daß sie von der Behörde das Saatgut um 40 Kronen zurückkaufen dürfen. *(Hört! Hört!)* Die Landwirte in den Schützengräben, sie wußten, daß die Grundsteuer in Österreich etwa 50 Millionen beträgt und sie mußten hören, daß die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, wie es der Direktor hier im Hause selbst zugestanden hat, allein am Hafer im vorigen Jahre 35 Millionen verdiente. *(Hört! Hört!)* Die Bauern im Felde mußten hören, wie die Kartoffeln zu hundert, zu tausend Wagen erfroren, wie das dem Felde schwer abgerungene Edelgetreide verdarb. So könnte man stunden- und tagelang erzählen. Meine verehrten Kollegen haben in dieser Debatte alle diese allgemein bekannten Dinge so glänzend geschildert, daß ich hiervon absehen kann; ich will mich nur an das Allgemeine halten.

Während den Bauern die letzten Vorräte weggenommen wurden, haben die Arbeiter auf dem Lande wochenlang die Brotkarten nicht honoriert bekommen, die Kollegen aus allen Kronländern dieses Reiches werden es mir bestätigen, auch die Gewerbsleute nicht, und dadurch war selbstverständlich ein Niedergang der gesamten ländlichen Produktion bedingt.

Wie hat es in der Großstadt ausgesehen und wie sieht es dort heute noch aus? Alle jene Vorräte wurden dem Lande weggenommen, zum Teil für die Armee — wir haben sie gerne gegeben — zum Teil für die Großstadt. Hier wurden sie in bureaukratischer Weise von den Zentralen nach dem Brotkartensystem verteilt. Um 10 Uhr nachts mußten sich die Frauen hier anstellen, um vielleicht um 9 Uhr vormittags eine geringe Menge von Lebensmitteln zu erhalten. Auch die Großstädter sind selbstverständlich mit diesem System nicht zufrieden, weil bei diesen Rationen auch in der Großstadt kein Mensch leben kann. Sie haben in den Zeitungen gelesen, daß sogar der gemeinsame Ernährungsminister sich von auswärts 10 Kilogramm Mehl beschaffen mußte, um sich entsprechend ernähren zu können. Also es herrscht in keiner Weise Gleichheit.

Aber andere Auswüchse hat diese Art der Approvisionierung der Großstadt gezeitigt, zum Beispiel die Überfüllung der Bahnen — ich erinnere nur daran, daß die Leute von hier bis nach Böhmen mit den Rucksäcken hinauffahren, daß sie die teure Bahnfahrt bezahlen, um sich nur halbwegs verpflegen zu können — und verschiedene andere Unzukömmlichkeiten. Es ist auch in der Großstadt, vielleicht bis auf jene Partei, die die ganze Kriegswirtschaft auf eine solche Weise protegiert und innehat, alles unzufrieden. Und wenn Sie sich die politischen Behörden auf dem Lande anschauen und mit den gewiß oft recht einsichtsvollen Beamten derselben Rücksprache pflegen, so werden Sie auch dort nur Unzufriedenheit und Jammern seitens dieser Beamtenschaft hören. Ich bin überzeugt und Sie werden mir zustimmen: es gibt in ganz Österreich keinen Bezirkshauptmann und keinen Referenten, der alle Verordnungen, die auf kriegswirtschaftlichem Gebiete erflossen sind, beherrschen kann. Die Folge davon ist, daß jeder Beamte nur tut, was er kann, sich meist auf die Exekutive stürzt und rücksichtslos und wahllos die Leute mit den höchsten Strafen belegt. Also auch die staatlichen Organe sind mit dieser Kriegswirtschaft unzufrieden.

Und hier in Wien, meine Herren, in den teuersten Vierteln, haben sich die Zentralen, meist mosaischer Konfession, eingenistet und sitzen auf englischen Fauteuils. Die Beamten des Staates müssen sich mit den Requisitionen plagen, während diese den Verdienst und die Ehre einstecken. Ich möchte hier nur an die Regierung, beziehungsweise an Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister, der sich in diesem Hause gewiß der allergrößten Sympathien erfreut, den dringenden Appell richten, endlich einmal diese Clique in Uniform zu stecken. Es soll endlich einmal jeder dort nach seiner Charge und mit seiner Löhnung arbeiten. *(Zustimmung.)* Dann werden sie vielleicht nicht so staatstreu und arbeitsam sein, wie jetzt.

Und wenn schließlich und endlich von den deutschen Abgeordneten Klagen erhoben wurden — es ist das ja ein Gemeingut aller, wir haben diese Klagen von allen Nationen gehört — so sind wir eigentlich in diesem Staate, ich möchte sagen, wirklich die Lackierten. Die Ungarn verdienen Milliarden an uns. Ich erinnere beispielsweise an die Flachspreise. Wir bekommen 135 K, die Ungarn 250 K für den Meterzentner Flachs: die Ungarn verkaufen uns Maisstrohmehl — ich habe in der Futtermittelzentrale die Offerten gesehen — um 85 K *(Hört! Hört!)* und wir müssen den schönsten Weizen um 40 K hergeben. Auch da sollte endlich einmal — die Regierung kann ja das nicht — aber die Krone, mit eiserner Faust eingreifen und den Ungarn in dieser Weise die Meinung sagen.

Was kommen mußte, kam. Der Reichsrat wurde einberufen und sämtliche Parteien, die hier sind, die Vertreter der Großstadt, die Vertreter der Provinzstädte — ich könnte die Namen nennen, ich habe sie hier aufgeschrieben — Tschechen, Deutsche und Polen, Landgemeindenvertreter und Großstadtvertreter, alles war mit der Kriegswirtschaft unzufrieden. Das Volkshaus soll doch ein Spiegelbild der Bevölkerung sein und hier sollen die Wünsche der Bevölkerung erfüllt werden. In wochenlangen Debatten hat hier das Haus seine Unzufriedenheit mit dieser Kriegswirtschaft kundgegeben und die Kriegswirtschaft ist geblieben. Man hat, um hier Remedur zu schaffen, den kriegswirtschaftlichen und den Ernährungsausschuß einberufen. In beiden Ausschüssen wurde genau so gelästert wie hier im offenen Hause; es hat aber nichts geholfen. Die jüdische Clique, die Zentralen, haben die Oberhand behalten, die Zentralen sind geblieben und die Ausschüsse haben das Spiel verloren. Dann hat man endlich einen vereinigten Ausschuß aus dem Herrenhause, dem kriegswirtschaftlichen Ausschusse und dem Ernährungsausschusse zusammengesetzt. Es waren Kapazitäten dort, es war der Großgrundbesitz, die Geistlichkeit, die Generalität vertreten; sehr tüchtige, erfahrene und besonnene Generäle waren dort. Ich erinnere nur an Seine Exzellenz Diller. Es waren Landwirte und Arbeitervertreter und alle, wie sie dort waren, haben über die Kriegswirtschaft gelästert und die Kriegswirtschaft ist doch geblieben. Die Spitzen der Zentralstellen haben in diesem Ausschusse schöne Reden gehalten und der Obmann Seitz hat jedem von den Zentralstellen gedankt und die Anerkennung ausgesprochen und damit war die Sache erledigt.

Ich will die Gründe anführen, warum wir mit Recht mit dieser Regierung unzufrieden sind. Wir deutschen Agrarier sind immer gute Patrioten und treue Diener des Staates gewesen. Wir sind vor der Abstimmung zum Budget zum Ministerpräsidenten Seidler gegangen und haben ihm 12 oder 14 Forderungen der deutschen Agrarpartei überreicht, und zwar in sehr geziemender und devoter Weise . . . *(Abgeordneter Svejk: Das sollten Sie nicht tun!)* Also ich nehme es zurück. *(Heiterkeit!)* Diese zwölf Forderungen der deutschen Agrarpartei wurden sämtlich abgelehnt und die jüdische Clique der Zentralen ist wieder geblieben. Nun haben wir das letzte Mittel versucht und haben diese Debatte im hohen Hause eingeleitet, um nochmals alle Klagen vorzubringen. Wenn wir wieder diesen Zentralen gegenüber unterliegen sollten, dann wundern Sie sich nicht und bitte uns nicht an unsern Patriotismus zu erinnern, wenn wir hinausziehen und die Bauern aufwiegeln und wenn diese mit Sensen und Gabeln nach Wien kommen und dann die Zentralen fallen werden. *(Präsident gibt das Glockenzeichen).* Ich bin gleich fertig. Ich habe alle Klagen klargelegt, die wir hierher nach Wien gebracht haben; ich will aber nicht nur kritisieren, sondern auch Vorschläge zum Besseren machen. Ich bitte, man hätte — ich habe das auch in der Zeitung geschrieben, und es ist noch heute Zeit dazu — gleich zu Kriegsbeginn mit einer rationellen Kunstdüngerwirtschaft beginnen sollen, — jetzt wird endlich in letzter Stunde eine Aktion hierfür eingeleitet — man hätte staatliche Kunstdüngerfabriken errichten, sich hauptsächlich den Stickstoff der Luft zu Nutzen machen sollen und hätte die Ernte um das Drei- und Vierfache steigern können; wir hätten keine Brotkarte, keine Zentralen, keine Kriegswirtschaft gebraucht, wenn man das alles früher getan hätte. Ich möchte die Regierung bitten, diese Worte zu beherzigen und die Herren, die heute die Zentralen beherrschen, hinauszujagen, wie seinerzeit Christus die Juden aus dem Tempel. Wir deutschen Bauern haben von unseren Vätern in der Kirche und in der Schule die Staatstreue und den Patriotismus gelernt, wir haben noch Staatstreue und Patriotismus. Fürchten Sie aber, meine Herren, das Landvolk, denn die Geschichte zeigt, daß die Bauernrevolten für den

Staat immer die gefährlichsten waren. Es würde uns leid tun, wenn Österreich an dieser Kriegswirtschaft sein Ende finden würde. *(Beifall.)*

**Präsident:** Zu tatsächlichen Berichtigungen haben sich zum Worte gemeldet, die Herren Abgeordneten Starck, Schweiger und Seitz.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Starck das Wort.

Abgeordneter **Starck:** Hohes Haus! Gegen die Ausführungen der tschechischen Agrarier Bradac und Zahradnik habe ich folgende tatsächliche Berichtigung vorzubringen: Es wurde behauptet, daß die deutschen Bezirke überhaupt nicht in das Kontingent eingeschlossen wurden, und ferner wurde gesagt, daß der Elbogener Gemeindevorsteher nach Prag an die Kriegszentrale telephoniert hätte, daß er keine Kartoffeln mehr brauche, daß Überfluß an Kartoffeln sei. Demgegenüber berichtige ich tatsächlich, daß das nicht der Fall sein konnte, weil der Gemeindevorsteher nichts zu telephonieren hat, sondern bei jeder Bezirkshauptmannschaft sich ein Wirtschaftsrat befindet, der die Aufteilung besorgt und es daher vollständig unmöglich ist, daß eine diesbezügliche telephonische Meldung nach Prag gegangen ist. Ich berichtige daher tatsächlich, daß es nicht wahr ist, daß die deutschen Bezirke vom Kontingente ausgeschlossen wurden, sondern, daß sie alle das letzte hergegeben haben und ich muß weiter feststellen, daß wir trotz der teilweise guten Ernte an Kartoffelnot leiden, was der Umstand beweist, daß im Elbogener Bezirk nur 1½ Kilogramm Kartoffel auf den Kopf kommen.

Zum Schlusse möchte ich noch folgendes gegenüber verschiedenen Ausführungen feststellen. Wir können durchhalten, aber es gibt dazu nur zwei Mittel: es muß eine Generalbeschlagnahme stattfinden in den Großstädten, bei allen besitzenden reichen Leuten *(Zustimmung)*, beim Großgrundbesitz, beim hohen Klerus, bei den hohen Bankiers, bei den Börsianern. Das Kriegswucheramt muß das durchführen, dann werden wir keine Not leiden. Sie alle leiden keine Not, weder hier im Parlament, noch die hohen Angestellten. Aber es muß noch weiter etwas durchgeführt werden: daß nämlich die Mannschaft nicht weiter von 50 Prozent der Offiziere bestohlen werden kann. Die Mannschaften hungern, die anderen aber leiden keine Not, sondern sie können sogar das, was der Mannschaft gehört, durch ihre Diener und dergleichen nach Hause schaffen. Ja sogar die Kriegsbeute nehmen Offiziere den Leuten ab und behalten sie für sich. Daraus erklärt sich dieser Hungerzustand, der nicht nur in dieser Kriegswirtschaft existiert, sondern auch im großen Maße in der Kriegsindustrie, wie in Wöllersdorf und sonst besteht. Und wenn heute die Professoren sich damit beschäftigen, wie man Kreide dazu verwenden kann, daß man das Mehl noch ergiebiger macht . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, tatsächlich zu berichtigen.

Abgeordneter **Starck:** Ich bin sofort fertig. Ich berichtige daher tatsächlich, daß es notwendig ist, daß diese Zustände geändert werden. Daher sage ich zum Schlusse, daß es nur ein Mittel gibt, nämlich eine Generalrequisition in den Großstädten bei den hohen und reichen Leuten, dann werden wir siegreich durchhalten.

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schweiger das Wort.

Abgeordneter **Schweiger:** Hohes Haus! Mit Rücksicht darauf, daß ich bei der in Verhandlung stehenden Angelegenheit nicht mehr zum Worte kommen konnte, muß ich mich auf eine tatsächliche Berichtigung beschränken.

Ich berichtige tatsächlich, daß die Behörden in Steiermark das Erträgnis der Kartoffelernte zu hoch einschätzten, indem sie dieselbe pro Hektar mit 100 bis 120 Meterzentner veranschlagten, während die Fechsung in Wirklichkeit eine geringere war und der Ertrag der Kartoffelernte pro Hektar höchstens 60 bis 80 Meterzentner beträgt. Schuld an der verminderten Kartoffelernte ist die große Dürre, von der heuer wie so viele andere Gegenden auch Steiermark heimgesucht wurde, ferner der Mangel an gesunder Saatkartoffel und der Umstand, daß viele Landwirte nur die Kartoffelkeime anbauen konnten, die dann größtenteils verdorrten und daher keine oder wenig Frucht lieferten. Dieserhalb sind an mich zahlreiche Klagen eingelangt, die ich für vollauf berechtigt halte.

Der Minister erklärte, daß er über die wiederholten Beschwerden, welche die einzelnen Abgeordneten vorgebracht haben, veranlaßt habe, daß die Ernteschätzungen in Steiermark herabgesetzt werden. Dies ist erfreulich und wir wollen hoffen, daß diese Anordnungen für ganz Steiermark und für alle Landwirte gelten und zwar auch für jene, deren Ernte bereits über den wirklichen Ertrag eingeschätzt wurde.

Ich berichtige tatsächlich, daß bei der gegenwärtigen Vorratsaufnahme mir von allen Seiten Klagen zukamen, weshalb ich Seine Exzellenz den Herrn Ernährungsminister bitte, bei den Requisitionen nicht zu scharf vorzugehen um den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen; denn würde es so weitergehen wie bisher, dann müßte

dies zu unvermeidlichen Katastrophen führen, zumal die ländlichen Selbstversorger mit den ihnen belassenen Mengen an Getreide und Kartoffeln unmöglich ihr Auskommen finden, wodurch auch der Frühjahrsanbau wie auch die nächste Ernte in Frage gestellt und gefährdet würde.

Was das Heu- und Strohkontingent anbelangt, so machte der Herr Minister Höfer die Mitteilung, daß das Heukontingent im Jahre 1916 für Steiermark mit 559.000 Meterzentner und das Strohkontingent mit 218.000 Meterzentner festgesetzt wurde, während man in diesem Jahre das Heukontingent auf 455.000 Meterzentner und das Strohkontingent auf 160.000 Meterzentner herabsetzte. Ich berichtige nur tatsächlich, daß diese Berechnungen unrichtig sind, denn konnte das vorgeschriebene Kontigent an Heu und Stroh vom Jahre 1916 nicht aufgebracht werden, wo doch alte Vorräte vorhanden waren, so ist dies heuer noch unmöglicher, weil erstens das Erträgnis der Heu- und Strohernte gleichfalls wegen der großen Dürre ein geringeres ist und andrerseits, weil wir keine Vorräte mehr besitzen.

Das heurige Futtererträgnis ist ein sehr schlechtes und um 60 bis 70 Prozent geringer als in den letzten Jahren, denn die Grummeternte lohnte auf den Hügeln nicht einmal die Arbeit; einen großen Ausfall bedeutet auch die Kleeernte. Das alles macht es also unmöglich, das vorgeschriebene Kontingent aufzubringen.

Auf diesen Umstand erlaube ich mir die Regierung aufmerksam zu machen und bitte den Herrn Ernährungsminister, bei der Aufbringung von Futtermitteln diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen, was um so notwendiger ist, als die Landwirte in Steiermark am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich weiters der Herr Abgeordnete Seitz zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Seitz:** Der Herr Abgeordnete Wilhelm Maixner hat behauptet, daß in der kriegswirtschaftlichen Kommission die Untersuchungen über die Zentralen einfach damit geendet haben, daß ich den Zentralen als Vorsitzender den Dank und die Anerkennung ausgesprochen hätte. Demgegenüber muß ich feststellen, daß nach einer genauen Prüfung und nach längerer Debatte am Schlusse jedes Abschnittes von dem Vorsitzenden ein objektives Resumé gegeben wird, in dem festgestellt wird, was beanstandet wurde, welche Beanstandungen zurecht erhoben wurden u. dgl. Wenn ich oder der eine oder andere Vorsitzende das eine oder andere Mal auch ein Wort des Dankes oder der Anerkennung gesprochen haben, so hat das natürlich niemals der Gesamttätigkeit der Zentrale gegolten, die in Verhandlung stand, sondern immer nur einzelnen Funktionären für ihre selbstlose und unentgeltliche Mitarbeit in einem öffentlichen Amte. Das ist also etwas ganz anderes, als was der Herr Abgeordnete Maixner hier behauptet hat.

Der Unterschied zwischen den Verhandlungen hier oder in manchen Ausschüssen des Hauses und den Verhandlungen der kriegswirtschaftlichen Kommission besteht in folgendem: Hier werden Klagen vorgebracht, angehört und, ohne geprüft worden zu sein, geglaubt. In der kriegswirtschaftlichen Kommission findet dagegen ein kontradiktorisches Verfahren statt, die Klagen und Beschwerden müssen fundiert, konkretisiert und belegt werden. Es werden die Vertreter der Zentralen darauf gefragt, was sie zu antworten haben, sie rechtfertigen sich, der betreffende Abgeordnete, der die Beschuldigung erhoben hat, kann wieder antworten und schließlich wird zusammenfassend festgestellt, was an den vielen Klagen und Beschwerden berechtigt ist und was als eitel Spreu ausgeschieden werden muß.

Daß dieses Verfahren bei vielen Herren, die nur Beschwerden erheben, ohne sie genau zu belegen, nicht beliebt ist, begreife ich. Es ist leichter, Beschuldigungen zu erheben, als sie zu erweisen. Ich glaube aber, meine Herren, diese Art der Tätigkeit der kriegswirtschaftlichen Kommission ist nützlich und notwendig, weil dadurch unterschieden wird zwischen den berechtigten Klagen, die gegen einzelne Mißbräuche bei den Zentralen und kriegswirtschaftlichen Organisationen erhoben werden, um zwischen den unberechtigten Klagen gewisser Interessentenkreise, die nur erhoben werden, den die Grundsätze der Kriegswirtschaft überhaupt anzufechten und an ihre Stelle den Grundsatz des sogenannten freien Wettbewerbes der Kräfte treten zu lassen, wobei natürlich die besitzenden Klassen rücksichtslos ihre Interessen vertreten könnten und die arbeitenden Klassen noch mehr verelenden würden, als es bisher geschehen ist.

**Präsident** *(unterbrechend):* Ich bitte den Herrn Redner, sich auf eine tatsächliche Berichtigung zu beschränken.

Abgeordneter **Seitz** *(fortfahrend):* Die Darstellung des Herrn Abgeordneten Maixner ist daher nicht richtig. Die Verhandlung in der kriegswirtschaftlichen Kommission ist eine ganz sachgemäße und es wird gewiß niemandem ein Dank ausgesprochen, der ihn nicht persönlich durch seine selbstlose Arbeit verdient hat.

**Präsident:** Hiermit ist dieser Gegenstand erledigt. Es hat sich Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. **Seidler:** Hohes Haus! Ich habe mich betreffs der Beantwortung der von den Herren Abgeordneten Dr. Adler, Pernerstorfer, Seitz und Genossen, dann von den Herren Abgeordneten Kemetter, Freiherrn v. Pantz und Genossen gestellten Anfragen mit dem Herrn Minister des Äußern in telephonische Verbindung gesetzt, der mir folgendes mitteilte:

Bis zur Stunde ist kein Waffenstillstandsangebot an der Ostfront erfolgt. Sollte ein solches ergehen, so wird die k. u. k. Regierung dasselbe sofort gemeinsam mit den Bundesgenossen einer wohlwollenden Prüfung unterziehen und akzeptable Propositionen werden angenommen werden. *(Zischenrufe.)*

Der Minister des Äußern fügt jedoch bei, daß die in Gährung befindlichen ungeklärten Verhältnisse im russischen Reiche noch nicht klar erkennen lassen, ob die Friedenspartei tatsächlich ihren Willen wird durchsetzen können.

Ich bitte das hohe Haus, diese Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen. *(Zustimmung.)*

In Beantwortung der Anfragen, die vorgestern einerseits von den sehr geehrten Herren Abgeordneten Stanek und Genossen, andrerseits von den sehr geehrten Herren Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen in Angelegenheit der von dem Herrn königlich ungarischen Ministerpräsidenten kürzlich im ungarischen Abgeordnetenhause abgegebenen Erklärungen an mich gerichtet wurden, erlaube ich mir, dem hohen Hause folgendes zur Kenntnis zu bringen:

In der Anfrage der Herren Abgeordneten Stanek und Genossen ist von Versprechungen die Rede, die von der österreichischen der ungarischen Regierung gegeben worden seien.

Nun, sehr geehrte Herren, Versprechungen zu geben, hatte ich allerdings keinen Anlaß, wohl aber habe ich bei wiederholten Gelegenheiten keinen Anstand genommen, dem Herrn königlich ungarischen Ministerpräsidenten gegenüber den Standpunkt zu kennzeichnen, den die österreichische Regierung in den von ihm aufgeworfenen staatsrechtlichen Fragen einnimmt. Ich war hierzu nicht nur berechtigt, sondern auch moralisch verpflichtet, weil in der ungarischen Öffentlichkeit die Befürchtung entstanden war, daß die Pläne der österreichischen Regierung irgendwie die ungarischen staatsrechtlichen Verhältnisse beeinflussen könnten. Ich war hierzu umso mehr verpflichtet, als einzelne österreichische Parteien bekanntlich einen Standpunkt vertreten, der tatsächlich mit der Integrität des staatsrechtlichen Aufbaues Ungarns und insbesondere mit dem dualistischen Verhältnis zwischen den beiden Staaten der Monarchie im Widerspruch steht. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Kalina.)*

**Präsident:** Ich bitte, Herr Abgeordneter, Seine Exzellenz nicht zu unterbrechen!

Ministerpräsident Dr. Ritter v. **Seidler:** *(fortfahrend):* Was ich diesbezüglich dem Herrn königlich ungarischen Ministerpräsidenten mitzuteilen die Ehre hatte, konnte allerdings für ihn nichts Neues bedeuten. Und ebenso glaube ich auch dem hohen Hause eigentlich nicht viel Neues zu bringen, wenn ich es unternehme, dasjenige zusammenfassend darzulegen, was ich schon bei verschiedenen passenden Gelegenheiten in, wie ich glaube, unzweideutiger Weise auszusprechen mir gestattet habe. *(Zustimmung.)*

Hohes Haus! Wie ich seinerzeit auszuführen mir erlaubte, zerfallen die Aufgaben, die diese Regierung sich gestellt hat, in zwei große Teile. Der erste bezieht sich auf das Durchhalten während des Krieges. Gleichzeitig aber müssen im Hinblicke auf die Zeit nach dem Kriege auch die Grundlinien für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und — im Zusammenhange damit — für die politische Fortentwicklung unseres Staates gezogen und die erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen rechtzeitig getroffen werden. Wenngleich die Regierung natürlich nicht erwarten kann, daß sie die erwähnten Aktionen, die ja erst in vielen Jahren zum Abschlusse gelangen können, selbst zu Ende zu führen in der Lage sein wird, so geht sie doch von der Annahme aus, daß sie einen Weg vorgezeichnet hat, von dem wohl keine künftige Regierung wird abgehen können. *(Zwischenrufe.)*

Über unser wirtschaftspolitisches Programm habe ich mich anläßlich der Vorstellung des definitiven Kabinetts so ausführlich geäußert, daß es nicht am Platze wäre, darauf auch nur mit einem einzigen Worte zurückzukommen.

Was aber die Verfassungsfrage anbelangt, so wird jeder Kenner unserer Verhältnisse zugeben, daß das Vorgehen der Regierung in dieser Beziehung ein ebenso gewissenhaftes als vorsichtiges sein muß. *(Zwischenrufe.)* Wenn man bedenkt, wie sehr die Ansichten der Parteien über die Lösung dieser Fragen auseinandergehen, so erübrigt wirklich nichts anderes als — ich bitte dieses angefeindete Wort zu verzeihen — eine ehrlich vorbereitete

Diskussionsbasis zu schaffen. Jedenfalls aber werden bei dieser Reform zwei Gesichtspunkte unbedingt festzuhalten sein: erstens die Wahrung der Einheit des österreichischen Staates und zweitens die Aufrechterhaltung der bestehenden Grenzen eines jeden Kronlandes. *(Zahlreiche Zwischenrufe.)* Ich sage dies unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. v. Langenhan und etwas anderes habe ich auch dem Herrn königlich ungarischen Ministerpräsidenten nicht mitgeteilt.

Was den ersten Punkt anbelangt, so sind uns allen jene Bestrebungen bekannt, die darauf abzielen, die einzelnen Teile des österreichischen Staates zu diesem und untereinander in ein loseres Verhältnis zu setzen, als es heute besteht. Insoweit die Vertreter dieser Auffassung von dem redlichen Willen geleitet werden, durch eine derartige Reorganisation zum Gedeihen des unter Habsburgs Krone fortbestehenden österreichischen Staatsganzen beizutragen, ist sicherlich einer solchen Überzeugung jene Achtung entgegenzubringen, die jeder loyalen Überzeugung gebührt. Ich muß jedoch betonen, daß eine solche Auffassung dem Programme der Regierung nicht entspricht, da diese von der Aussicht ausgeht, daß eine Lockerung des gesamten Staatsgefüges nicht zum Wohle des Staates und seiner Teile ausschlagen müßte. *(Zwischenrufe.)* Ganz unmöglich wäre es jedenfalls, mitten im Kriege Lösung derartiger Fragen zu versuchen. Wenn aber die die Tendenzen der gekennzeichneten Art dahin gerichtet sind, dasjenige, was nur durch den Willen des Gesamtstaates von innen heraus entstehen könnte, durch unsere Feinde im Wege der Friedensbedingungen erzwingen zu lassen, so müssen solche Absichten auf das entschiedenste verurteilt und verworfen werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zahlreiche Zwischenrufe.)*

Was die Aufrechterhaltung der bestehenden Kronlandsgrenzen anbelangt, so ist hier der Gedanke maßgebend, daß die Kronländer so wie sie sind als historisch gewordene und im Volksbewußtsein lebende Gebilde sich darstellen und daß daher eine organische Fortentwicklung unserer Verfassungseinrichtungen über diese grundlegenden Elemente des staatlichen Aufbaues sich hinwegsetzen könnte. *(Lebhafte Zwischenrufe.)*

Aus dieser Darstellung des Standpunktes der österreichischen Regierung kann auch die ungarische öffentliche Meinung die doppelte Beruhigung schöpfen, daß die österreichische Regierung nichts plant, was irgendwie die Unverletzlichkeit des ungarischen Staatsgebietes oder den staatsgrundgesetzlich festgelegten Dualismus verletzen könnte, und daß sie Bestrebungen, die einer solchen Umwälzung zudrängen, ablehnen muß. *(Zustimmung.)* Ich stelle dies ausdrücklich nochmals fest, weil auch für einen österreichischen Ministerpräsidenten der im „Faust" vorkommende Satz Geltung zu haben scheint: „Du mußt es dreimal sagen". *(Heiterkeit und Zustimmung.)* Diesbezüglich hat mein hochverehrter ungarischer Kollege am 21. d. M. sehr richtig betont, Ungarn schwäche seinen Standpunkt, wenn die Anwürfe gegen Österreich immer aufs neue erhoben werden. In der Tat bin ich der Meinung, daß diese Angelegenheit nunmehr endgültig erledigt sein sollte. *(Lebhafter Widerspruch und Zwischenrufe. — Präsident gibt das Glockenzeichen.)*

Was endlich die von Seite der königlich ungarischen Regierung aufgeworfene Frage des strafrechtlichen Schutzes der Integrität Ungarns anbelangt, so erlaube ich mir in Ergänzung der diesbezüglich von dem Herrn königlich ungarischen Ministerpräsidenten am 20. November gemachten Mitteilungen noch hervorzuheben, daß die vom Herrn österreichischen an den Herrn ungarischen Justizminister im Gegenstande gerichtete Note nichts anderes enthält als die Mitteilung, daß bezüglich der Frage, ob dieser strafrechtliche Schutz nach dem geltenden Rechte gegeben ist, zunächst der Oberste Gerichts- und Kassationshof um ein Gutachten ersucht wurde. *(Zwischenrufe.)*

Ich bitte das hohe Haus, diese meine Mitteilung zur Kenntnis nehmen zu wollen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Wir gelangen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist: Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 29. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 210, mit welcher die im Gesetze vom 14. Juni 1894, R. G. Bl. Nr. 117, beziehungsweise mit der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Juli 1904, R. G. Bl. Nr. 80, festgesetzte Frist zur Erbauung von Neubauten im Festungsrayon der Stadt Olmütz behufs Erlangung von Steuerbegünstigungen auf weitere zehn Jahre erstreckt wird *(45 und 767 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. v. **Oberleithner** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Ich habe einen Bericht des Finanzausschusses zu erstatten über die Regierungsvorlage, betreffend die Kaiserliche Verordnung vom 29. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 210, mit welcher die im Gesetze vom 14. Juni 1894, R. G. Bl. Nr. 117, beziehungsweise mit der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Juli 1904, R. G. Bl. Nr. 80, festgesetzte Frist zur Erbauung von Neubauten im

Festungsrayon der Stadt Olmütz behufs Erlangung von Steuerbegünstigungen auf weitere zehn Jahre erstreckt wird.

Der Finanzausschuß beantragt, die erwähnte Kaiserliche Verordnung aufzuheben und an ihre Stelle ein Gesetz zu setzen, welches denselben Wortlaut hat wie die Kaiserliche Verordnung selbst. In der Begründung sind jene Ursachen bekanntgegeben, welche zur Erlassung dieser Kaiserlichen Verordnung geführt haben.

Ich habe nur einen Irrtum richtigzustellen, daß nämlich in dem zweiten Alinea des Berichtes, wo es heißt: „die vollständige Befreiung von der Hauszinssteuer" das Wort: „vollständige" gestrichen wird. Sonst sind die angegebenen Gründe vollauf richtig und unter Berufung auf dieselben ersuche ich, das hohe Haus wolle den angeschlossenen Gesetzentwurf zum Beschluß erheben.

**Präsident:** Ich schlage vor, die General- und Spezialdebatte über das in Verhandlung stehende Gesetz zusammenzufassen. Wenn kein Einwand dagegen erhoben wird, werden wir so vorgehen. *(Zustimmung.)*

Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die § 1, § 2, § 3, Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. v. **Oberleithner:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz, mit welchem die im Gesetze vom 14. Juni 1894, R. G. Bl. Nr. 117, beziehungsweise mit der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Juli 1904, R. G. Bl. Nr. 80, festgesetzte Frist zur Erbauung von Neubauten im Entfestigungsrayon der Stadt Olmütz behufs Erlangung von Steuerbegünstigungen auf weitere zehn Jahre erstreckt wird, ist i dritter Lesung angenommen *(gleichlautend m 767 der Beilagen)*.

Wir gelangen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung: Bericht des Wiede herstellungsausschusses in Angelegenheit de Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiet *(750 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Ver handlung einzuleiten.

Berichterstatter Ritter v. **Lukaszewicz** *(vo der Tribüne)*: Hohes Haus! Eine Vorlage der R gierung, betreffend die Wiederaufrichtung der ze störten Kriegsgebiete liegt dem hohen Hause nic vor. Der Ausschuß hat sich daher bei Behandlu des Antrages der Abgeordneten Kost' Lewyck und Dr. Oleśnickyj, betreffend die Bildung ein Kommission, die dem Arbeitsminister als beratend Organ in Wiederaufbausachen zur Seite stehen sol mit der Frage der Wiederaufrichtung der zerstört Kriegsgebiete beschäftigt. Es wurde in mehrer Sitzungen eine eingehende Debatte über die Wiede herstellungsangelegenheiten abgeführt.

Hierbei ist der Ausschuß von zwei Gesicht punkten ausgegangen. Der Ausschuß ist der Ansich daß die Wiederaufbauaktion erstens vom Standpun der Notstandsaktion zu nehmen sei, und zweite vom Standpunkt der eigentlichen Wiederaufrichtun der eigentlichen Wiederherstellung.

Die Notstandsaktion hätte zu umfassen a) d dringendste momentane Aushilfe zum Zwecke d Befriedigung und Linderung der dringendsten un unaufschiebbarsten Bedürfnisse der Bevölkerung, w Ernährung, Bekleidung, Beschuhung usw. — in d Richtung hat die Regierung den einzelnen B troffenen Notstandsunterstützungen in der Höhe b zu 500 K gegeben —; b) die Schaffung von No standsunterkünften zum Zwecke der Unterbringung d obdachlosen Bevölkerung in den zerstörten Krieg gebieten. Diese Aktion, die Errichtung von Notstand unterkünften, geht leider langsam vonstatten u auch jetzt, trotzdem der Krieg bereits das vierte Ja andauert, trotzdem in vielen Gebieten die Möglic keit der Errichtung von Notstandsunterkünften gegeb war, sind diese Gebiete selbst mit Notstandsbaut zum sehr geringen Teile versehen. Der Großt der ländlichen Bevölkerung des Kriegsgebietes, welchem die Wohnstätten zerstört sind, wohnt je in Erdhöhlen und es ist dringend notwendig, daß diesen Belangen die Regierung schleunigst Remed schafft.

Der Ausschuß hat die Schwierigkeiten, wel der Notstandsbauaktion entgegenstehen, nicht verkan Insbesondere verkennt er nicht diese Schwierigkeit

m engsten Kriegsgebiete, wo infolge der Truppen-
ransporte, der Truppenverschiebungen, der Kom-
munikations- und Arbeitsverhältnisse die Herbei-
chaffung der Baumaterialien großen Schwierigkeiten
egegnet.

Die eigentliche Wiederaufrichtungsaktion könnte
nan gliedern in den Wiederaufbau, welcher die Bau-
ätigkeit, die Land- und Forstwirtschaft, Gewerbe und
ndustrie zu umfassen hätte, und zwar für jene Ge-
iete, die befreit waren, und in die Einleitung der
orbereitenden Schritte für jene Gebiete, die zwar
esetzt waren und noch sind, deren Befreiung aber zu
choffen war. Nach diesen Gesichtspunkten hätte die
legierung nach Ansicht des Ausschusses ein Pro-
ramm für die Wiederaufbauaktion aufstellen sollen.
Mit der Feststellung prinzipieller Grundsätze wäre
ber auch ein System in die ganze Aktion gebracht
orden und hätte diese Frage jene Lösung gefunden,
elche die betroffenen Gebiete und Länder, sowie
ren Einwohner mit Rücksicht auf die Schwere und
röße der für den Staat und das Vaterland ge-
achten Opfer verdienen.

Leider liegt auch heute noch, weder dem Aus-
uß noch dem Hause ein einheitliches Programm
r Regierung über die ganze Wiederaufbauaktion
r. Die Verzögerung in der Wiederaufbauaktion ist
m großen Teile auf den Mangel dieses Pro-
amms zurückzuführen. Die Regierung Stürgkh hat
r Frage der Wiederaufrichtung eine zu geringe
ufmerksamkeit geschenkt. Von der Bevölkerung der
iegsgebiete verlangt man ungeheure Opfer, ohne
: irgendwie entgegenzukommen. Die besten Inten-
nen, den guten Willen Seiner Exzellenz des
rrn Arbeitsministers sowie seines Mitarbeiters,
s Herrn Sektionschefs v. Lauda anerkennt der
usschuß und erwartet, daß ein rascheres und be-
leunigteres Tempo in die Aktion komme.

Der Ausschuß ist sich der Schwierigkeiten be-
ßt, welche der Wiederaufbauaktion in der jetzigen
it gegenüberstehen, bittet jedoch die Regierung,
berücksichtigen, daß die Bevölkerung der Kriegs-
iete ihre Heimstätten, ihre Wohnstätten für den
aat und das Vaterland geopfert hat. Der Aus-
uß bittet die Regierung zu berücksichtigen, daß in
er Reihe von Gemeinden die Wohnhäuser, die
rtschaftsgebäude zu militärischen Zwecken, zu
ckungen usw. auseinandergenommen, ja daß selbst
richtungsstücke für militärische Zwecke requiriert
rden, daß diese Requisitionen sowohl von dem
nde als auch von den eigenen Truppen ohne
geringste Rücksichtnahme auf die Bevölkerung
genommen wurden. Infolge der Requisitionen ist
größte Teil des Viehstandes der Kriegsgebiete
nichtet worden, es fehlt heute in diesen Gebieten
Zugkräften, an Pferden, an Wagen, es sind
ensmittel requiriert worden und Kleidungsstücke,
s und gut die Bevölkerung der Kriegsgebiete hat
weitaus größere, intensivere und weitergehendere Opfer für das Vaterland gebracht als die Bevölkerung des Hinterlandes, weshalb sie auch eine besondere Inschutznahme und die wärmste Unterstützung der Regierung und des Staates verdient.

Wird noch in Rücksicht gezogen, daß der Großteil der im Kriegsgebiet wohnenden Bevölkerung auch ihr Leben den feindlichen Kugeln aussetzen mußte, daß ein Großteil der Bevölkerung im Kriegsgebiet infolge der Epidemien dezimiert worden ist, so wird man erst sehen und erkennen, wie groß die Opfer sind, die die Einwohner der Kriegsgebiete für Kaiser und das Vaterland gebracht hat.

Was die Baulichkeiten anbelangt, so sind ungefähr bis zur Mitte dieses Jahres 69.716 Wohn- und 119.264 Wirtschaftsgebäude als zerstört registriert worden. 680 Gemeinden sind vollständig vernichtet und in denselben 16.000 Wohn- und 17.000 Wirtschaftsbauten einfach wegrasiert. Diese Daten beziehen sich auf West- und Mittelgalizien; hinzugekommen ist noch Ostgalizien und die Bukowina und in neuester Zeit die befreiten Gebiete auf dem südlichen Kriegsschauplatz, die, weil sie längere Zeit Schauplatz kriegerischer Operationen waren, noch mehr in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Tartareneinfälle des XVII. und XVIII. Jahrhunderts sind ein Kinderspiel gegenüber jenen Verwüstungen, denen die Kriegsgebiete in diesem modernen Kriege ausgesetzt waren.

Die Bautätigkeit der Regierung erstreckte sich dahin, daß sie bisnun, das heißt bis Mitte Juli d. J. 25.000 Baulichkeiten aufgeführt hat. Seit der Zeit ist die Zahl der Baulichkeiten gestiegen.

Gegen die Regierung werden im Belang der Bautätigkeit insbesondere puncto Galiziens Rekriminationen, und zwar gegen den dortigen Hofrat Ingardyn erhoben, der in der Landeszentrale für Galizien in Verwendung steht, dahin, daß ein beschleunigteres Tempo in die Angelegenheit gebracht werden soll.

Die Rekrimitationen, die der Ausschuß erhob, gipfelten vorwiegend darin, daß die ganze Aktion zu langsam vonstatten geht. Der Ausschuß ist der Ansicht, wenn diese Aktion mit der größten Energie betrieben worden wäre, wenn sie zeitlicher begonnen hätte, wäre die Wiederaufbauaktion und auch der Wiederaufbau der zerstörten Baulichkeiten bereits in ein weiteres Stadium getreten.

Es wäre nur zu wünschen, daß die guten Intentionen Seiner Exzellenz des Herrn Arbeitsministers, der ja in diesem Belange, wie ich mir vorhin auszuführen erlaubte, sein Möglichstes tut, auch von den anderen Ressorts berücksichtigt werden, daß die Anträge des Arbeitsministeriums, die auf eine beschleunigte Bautätigkeit, beziehungsweise auf die Herbeischaffung von Baumaterialien, auf die Bereitstellung von Transportmitteln und auf die

Bereitstellung der erforderlichen Arbeitskräfte abzielen, auch von den betreffenden Ressortministern sowie auch vom Militär mit allem Nachdruck unterstützt und gefördert werden.

Ich übergehe nun zur Land- und Forstwirtschaft. In diesem Belange erstreckte sich die Aktion der Regierung darauf, daß sie durch Beistellung von Saatgut durch tunlichste Beistellung von Zugkräften die Inbetriebsetzung der zerstörten landwirtschaftlichen Betriebe zu ermöglichen getrachtet hat. Leider wurden auch diese guten Absichten nicht in dem gewünschten schnellen Tempo verwirklicht; es sind aber auch vom Finanzministerium dem Ackerbauministerium zu wenig Kredite zur Verfügung gestellt worden, so daß das Ackerbauministerium in diesem Belange gebundene Hände hatte. Ob die Sparsamkeit hier bei der Hebung der Lebensmittelproduktion am Platze war, überlasse ich der Beurteilung des hohen Hauses.

Ich glaube aber, daß das Finanzministerium damit der Ernährung der Bevölkerung einen schlechten Dienst erwiesen hat.

Mit der Lebensmittelproduktion hängt insbesondere im Kriegsgebiete die Brennholz- und die Brennmaterialfrage zusammen. Im Schoße des Ausschusses sind über diesen Gegenstand wiederholt Rekriminationen erhoben und mehrfache Resolutionen eingebracht worden, die auf die Behebung der Brennholzkalamität in den zerstörten Kriegsgebieten abzielen.

Was das Gewerbe, die Industrie und den Handel betrifft, so scheint auch hier die Aktion der Regierung keine vollkommene zu sein. Auch hier hat die Regierung nicht in jenem Maße eingegriffen als es diese Zweige erfordert hätten, um eine Hebung und eine Intensivierung zu erreichen. Was speziell das Kreditwesen anbetrifft, so sind gerade die zerstörten Kriegsgebiete von der Regierung am wenigsten bedacht.

Nach dem Voranschlage für das Jahr 1917/18 ist für die Wiederherstellung der zerstörten Kriegsgebiete ein Betrag von 232,424.720 K ausgeworfen. Wenn Sie nun berücksichtigen, daß die Kriegshilfsmaßnahmen für die Staatsangestellten allein mit 477,400.000 K beziffert wurden, wenn Sie in Rücksicht ziehen, daß das Abgeordnetenhaus erst in den letzten Tagen bedeutende Gehaltserhöhungen für die Staatsangestellten und die Lehrer beschlossen hat, so werden Sie entnehmen, wie kleinlich gerade bezüglich der Subventionierung der Kriegsbeschädigten die Regierung gehandelt hat, wiewohl diese weit unterstützungswürdiger und unterstützungsbedürftiger sind, weil sie ihr ganzes Vermögen, ihr gesamtes Hab und Gut für Kaiser und Vaterland gegeben haben. Es sind daher auch im Ausschusse eine Reihe von Resolutionen bezüglich der Erhöhung der Kredite gestellt worden und wollen wir hoffen, daß die Regierung in dieser Beziehung ein der Schwere und Größe der Opfer der der Bevölkerung entsprechendes Entgegenkommen an den Tag legen wird.

Es wurde auch die Frage der Vergütung der Kriegsschäden im Ausschusse ventiliert und steht der Ausschuß auf dem Standpunkte, daß die Regierung die Verpflichtung zur Vergütung und Wiedergutmachung sämtlicher Kriegsschäden hat. Diese Angelegenheit wird in einem besonderen Bericht behandelt und der Schlußfassung des hohen Hauses unterbreitet werden.

Die im Schoße des Ausschusses gemachten Anregungen, sofern sie nicht von den Antragstellern formuliert sind, hat sich der Berichterstatter in feste Formen, in die Form von Resolutionen zu bringen und der Schlußfassung des hohen Hauses zu unterbreiten erlaubt. Es sei mir gestattet, diese Resolutionen einer kurzen Erörterung zu unterziehen.

Um eine gewisse Kontrolle über den Fortgang der Wiederaufbauaktion zu haben und um auch andrerseits die Regierung zu einer beschleunigteren Arbeit in diesem Gegenstande zu veranlassen, hat der Wiederherstellungsausschuß eine Resolution beschlossen, wonach die Regierung verpflichtet ist, periodisch Bericht über den Stand und den Fortgang der Wiederaufbauaktion dem Ausschusse zu erstatten.

Der Ausschuß legt ganz besonderes Gewicht darauf, daß die Notstandsunterkünfte für die obdachlose Bevölkerung so schnell als möglich hergestellt werden und daß über das diesfalls Veranlaßte binnen vier Wochen dem Ausschusse von der Regierung ein eingehender Bericht vorgelegt wird.

Der Ausschuß fordert ferner die Regierung auf, daß die Militärbaracken, sofern sie vom Militär nicht mehr benötigt werden und daß das Holz aus den Militäranlagen, aus den Schützengräben usw., welches das Militär nicht mehr braucht, sei es zu Bauzwecken, sei es als Brennmaterial an die Bevölkerung abgegeben wird.

Zum Zwecke der Förderung des Wiederaufbaues der zerstörten öffentlichen Gebäude, als Kirchen, Gotteshäuser und Schulen, Gemeindeämter usw. sollen von der Regierung Pläne verfaßt und soll auf diese Art die Aktion gefördert werden. Dies erscheint in den Kriegsgebieten um so dringender notwendig, als gerade dort sämtliche technische Kräfte, die privat mit der Verfassung dieser Projekte betraut werden könnten, nicht vorhanden sind, da sie entweder im Militärdienst oder in sonstigen öffentlichen Diensten stehen und deshalb zu Privatarbeiten nicht herangezogen werden können.

Eine der wichtigsten Fragen auf dem Gebiete des Wiederaufbaues ist die Beschaffung der Transportmittel und in dieser Beziehung muß an das Eisenbahnministerium und an die Militärverwaltung das dringende Ersuchen gestellt werden, den Transport

aller zum Wiederaufbau erforderlichen Baumaterialien möglichst zu beschleunigen.

Die Wiederaufbauaktion kann aber auch nur dann gefördert werden, wenn Zugkräfte, Lastenautos zur Beförderung des Baumaterials und der übrigen zum Wiederaufbau benötigten Materialien bereitgestellt werden und es wäre zu wünschen, wenn die Regierung in diesem Belange in der weitestgehenden Weise entgegenkommen würde und die Zugkräfte sowie Beförderungsmittel für die Kriegsgebiete beistellen würde.

Die Bauten können zum großen Teil auch deshalb nicht mit der wünschenswerten Raschheit und Beschleunigung ausgeführt werden, weil gerade in den zerstörten Kriegsgebieten die Professionisten des Baugewerbes und der Landwirtschaft einberufen sind, weil wir heute in diesen Kriegsgebieten ohne Bauhandwerker und Professionisten dastehen und die Arbeit mangels dieser Kräfte nicht vonstatten gehen kann. Der Ausschuß hat daher in einer weiteren Resolution beschlossen, daß die Regierung die Enthebung dieser zur Förderung der Wiederaufbauaktion dringend benötigten Arbeitskräfte mit allergrößter Beschleunigung durchführe.

Seitens vieler Mitglieder des Ausschusses wurde Beschwerde darüber erhoben, daß jenen, welche die Baulichkeiten wieder hergestellt haben, der ihnen gesetzlich zukommende Staatsbeitrag noch nicht ausgezahlt wurde. Der Ausschuß beantragt daher, daß der den Beschädigten für bereits wiederhergestellte Baulichkeiten zukommende Staatsbeitrag ohne allen Verzug ausbezahlt werde. Diesfalls liegen insofern Rekriminationen vor, als die Auszahlung dieser Staatsbeiträge große Verzögerungen, sogar von ein bis zwei Jahren gehabt hatten.

Eine weitere Resolution geht auf Überlassung des fünften Teiles der Jahresproduktion aller von der Heeresverwaltung betriebenen Sägen. Diese Resolution muß begrüßt und der Annahme des hohen Hauses empfohlen werden, weil sie der Beschleunigung der Wiederaufbauaktion dienen wird.

Die Resolution Seiner Exzellenz des Herrn Abgeordneten Dlugosz, welche auf die Erstellung von Maximal- und Richtpreisen für Holzmaterialien hinausgeht, bezweckt die Hintanhaltung der Übervorteilung der Bevölkerung vor zu hohen Holzmaterial- und Brennmittelpreisen und sie wird um so mehr der Annahme empfohlen, als sie auch die Requirierung in allen Kronländern nach Maßgabe ihrer Wald- und Holzbestände zum Zwecke der Förderung der Aktion im Auge hat.

Die Resolution des Herrn Abgeordneten Ratakiewicz, welche die Holzausfuhr ins Ausland unter Kontrolle stellt, wird uns vor dem Abgang des Holzes nach dem Ausland schützen und damit die Beibehaltung desselben und die Möglichkeit der Verwendung für die Wiederaufbauaktion gewähren.

Im Zusammenhang damit stehen die Resolutionen des Grafen Lasocki sowie Dr. Wróbel und meine, welche auf die Herstellung von Holzlagern und Brennholzdepots zum Zwecke der Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz hinausgehen. Die Brennholzkalamität in Galizien und der Bukowina ist eine derart große, daß eine Behebung derselben im eminenten Interesse der Bevölkerung, aber auch des Staates liegt, um einer weiteren Abnahme der Bevölkerung vorzubeugen. Diese Resolution ist heute insofern akut und geradezu brennend, weil wir Nachrichten aus Galizien und der Bukowina haben, daß dort die Kälte bereits eingesetzt hat.

Indem ich alle Resolutionen, die im Berichte des Wiederherstellungsausschusses des näheren präzisiert sind, dem hohen Hause unterbreite, bitte ich um deren Annahme, um so mehr, als sie nach der Ansicht des Ausschusses geeignet sind, die Wiederherstellungsaktion in den zerstörten Kriegsgebieten zu fördern.

**Präsident:** Die Anträge des Ausschusses gipfeln in einer Reihe von Resolutionen, es wird daher nur eine Debatte abgeführt werden.

Ich erlaube mir, als Rededauer für diese Debatte die Zeit von 30 Minuten vorzuschlagen.

Ich ersuche jene Herren, welche diesem Vorschlag zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die Rededauer auf 30 Minuten beschränkt.

Es haben sich zum Worte gemeldet: Pro die Herren Abgeordneten Delugan und Dr. Matakiewicz, kontra die Herren Abgeordneten Ritter v. Semaka und Onyszkewycz.

Zunächst hat sich zum Worte gemeldet der Herr Minister für öffentliche Arbeiten. Ich erteile ihm das Wort.

Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. **Homann:** Hohes Haus! Die Grundsätze, von welchen ich mich bei Führung der Aktion zur Wiederherstellung der zerstörten Kriegsgebiete leiten lasse, habe ich mir bereits gelegentlich der Beratungen im Wiederherstellungsausschusse dieses hohen Hauses eingehend darzulegen erlaubt. Ich möchte sie vor diesem hohen Hause in folgende Normen kleiden: Die Regierung erachtet den Staat als verpflichtet, den Wiederaufbau durchzuführen. Die Regierung erachtet es jedoch auch als unbedingt

geboten, daß dieser Wiederaufbau so rasch als möglich durchgeführt werde *(Bravo! Bravo!)*, festhaltend an der Richtigkeit des Satzes, daß doppelt gibt, wer schnell gibt. *(Zustimmung.)* Die Regierung erachtet es aber auch weiters als Pflicht aller mit der Führung der Wiederaufbauaktion betrauten Beamten, mit allen Mitteln nach ihrem besten Wissen und Können sich in den Dienst der Sache zu stellen.

Meine Herren! Ich lege großen Wert darauf, noch folgende Bemerkung daran zu schließen. Es ist ja nicht allein die Pflicht des Beamten, die uns drängt, an diesem Werke mitzuarbeiten, es ist das Gefühl der Nächstenliebe *(Beifall)*, es ist das Gefühl der Menschenliebe, denn, meine Herren, wer wie ich in der Lage gewesen ist, die Stätten der Besichtigung zu unterziehen *(Hört! Hört!)*, die Stätten, die früher dem Glücke dienten, die blühenden Fluren und Wiesen, die gegenwärtig in Trümmerhaufen und Steppen verwandelt sind, der denkt anders darüber, der fühlt in sich das Drängen und den Zwang, an dieser Aktion mitzuwirken. *(Beifall.)*

Meine Herren! Es ist ein gigantisches Werk, welches wir zu verrichten haben, ein Werk von solcher Größe, von solcher Bedeutung, wie es die Geschichte bisher nicht kennt; denn, meine Herren, wenn fort und fort auf den Wiederaufbau Ostpreußens hingewiesen wird, so bemerke ich dazu, daß der Wiederaufbau in jenem Teil des Deutschen Reiches sich mit dem Wiederaufbau in unseren Ländern nicht zu messen vermag. *(Zustimmung.)*

Die Größe des Werkes ließe es vielleicht als berechtigt erkennen, die Frage aufzuwerfen: Fühlen wir die administrative Kraft in uns, dieses Werk auch gedeihlich zu Ende zu führen? Meine Herren! Ich hebe mein Haupt und sage: Ja, wir fühlen diese Kraft in uns! *(Zustimmung.)* Wir fühlen sie in uns, nicht nur, weil wir eben diese Kraft aufbringen müssen, nein, weil wir uns auch eins wissen mit Ihnen, weil wir uns eins wissen mit der gesamten Bevölkerung der von dieser Katastrophe betroffenen Gebiete, welche hinter uns steht als Helfer und uns immer ihre Unterstützung leihen wird.

Ich habe den vorzüglichen Bericht des Herrn Referenten aufmerksam gelesen. Aus ihm ist seine große Liebe zu seinem Heimatland zu erkennen. In ihm spiegelt sich die große Sorge, es könnte der Wiederaufbau eine Verzögerung erleiden; es spiegelt sich in ihm aber auch die Sehnsucht, so rasch als möglich zu geordneten Verhältnissen zu gelangen. *(Zustimmung.)* Auch wir, meine sehr geehrten Herren — und ich spreche dabei nicht von mir allein und nicht allein von den Beamten des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, ich spreche insbesondere auch von allen jenen Beamten, welche bei der Wiederaufbauzentrale in Krakau tätig sind — auch wir teilen diese Liebe zu ihrem Lande, auch wir haben das ernsteste und emsigste Bestreben, den Wiederaufbau so rasch als möglich zu vollziehen, unsere Kräfte ganz dieser großen Sache zu weihen. *(Beifall.)*

Bei näherer Durchsicht des Berichtes fand ich aber auch, daß er voll von Vorwürfen gegen die Regierung ist, welcher er insbesondere mangelnde Tätigkeit zum Vorwurf macht. Meine sehr verehrten Herren! Ich möchte mir doch erlauben, Ihnen in kurzen Worten die Schwierigkeiten darzulegen, mit welchen der Wiederaufbau zu kämpfen hat.

Ich möchte mir zunächst die Frage aufzuwerfen erlauben: Waren die Verhältnisse, insbesondere in Galizien, im Jahre 1915 bereits derart gesicherte, daß man ohne Säumen, ohne Sorge an den Wiederaufbau dieses Landes herantreten konnte? Ich glaube, ich muß diese Frage verneinen, ich muß sie deshalb verneinen, weil damals noch die große Gefahr des Rückschlages von russischer Seite bestand; es bestand die Gefahr, daß bei vorzeitiger Inangriffnahme jener Arbeiten möglicherweise die Mühe umsonst gewesen wäre, es bestand aber auch die Gefahr, daß wir dadurch unseren Feinden Vorschub geleistet hätten in dem Falle, wenn etwa ein solcher Rückschlag tatsächlich gekommen wäre. Und gleichwohl, meine sehr geehrten Herren, haben wir uns ungesäumt an die Arbeit gemacht. Wenn tatsächlich auch erst im Juni 1916 die Wiederaufbauzentrale in Krakau errichtet wurde, so geht daraus noch nicht hervor, daß wir in der vorhergegangenen Zeit müßig gewesen wären.

Meine Herrrn! Ich habe bereits darauf hingewiesen, wie groß das Werk ist, welches wir zu schaffen haben. Die Vorbereitungsarbeiten waren nicht leicht. Die Herren müssen sich immer gegenwärtig halten, daß es sich dabei um eine Arbeit handelt, welche ohne Vorbild dagestanden hat, welche auch gegenwärtig ohne Schablone durchgeführt werden muß, — eine Arbeit, welche eben nicht systematisch, sondern nach Maßgabe der Dringlichkeit, der Wichtigkeit und Bedeutung geleistet werden muß. Ich stelle gleichwohl hier fest, daß in der der Einrichtung der Wiederaufbauzentrale vorhergegangenen Zeit bereits zahlreiche Notstandsaktionen durch die politischen Behörden eingeführt, daß weiters auch damals schon provisorische Unterkünfte für die Bevölkerung hergerichtet wurden, so daß tatsächlich von Versäumnissen, welche sich die Regierung habe zuschulden kommen lassen, wohl nicht gesprochen werden kann.

Meine sehr geehrten Herren! Die Wiederaufbauaktion erfordert gewaltige Mittel; sie erfordert nicht allein Geld — und ich möchte schon hier

mit Rücksicht auf die Ausführungen des Herrn Referenten bemerken, daß es an Geld zu diesem Zweck nie gefehlt hat, weil Seine Exzellenz der Herr Finanzminister stets mit vollen Händen gegeben hat, was nötig war. *(Zwischenrufe.)*

Aber nicht nur Geld haben wir nötig, um unser Werk zu vollenden, wir brauchen Arbeitskräfte und Baumaterial, und zwar als Arbeitskräfte nicht nur Arbeiter, die uns zur Verfügung stehen, sondern auch die Ingeniosität der Ingenieure, vor allem leitende technische Beamte. Und wie steht es damit in der Tat, meine sehr geehrten Herren? Wir verfügen nicht über die nötige Zahl von leitenden Kräften, weil sie eben an der Front in ihrem Berufe tätig sind. *(Abgeordneter Onyszkewycz: Entheben!)* Gewiß, soweit als möglich geschieht es ja, wir sind auch unausgesetzt auf diesem Gebiete tätig und insbesondere was die Enthebung der für den Wiederaufbau so nötigen Professionisten betrifft, hat uns ja der Herr Minister für Landesverteidigung stets das größte Entgegenkommen bewiesen. *(Abgeordneter Onyszkewycz: Leider noch zu wenig! — Zwischenrufe.)* Es ist ja noch nicht zu Ende, meine Herren, und es ist selbstverständlich, daß wir auch weiterhin unsere Bemühungen fortsetzen werden, um die Enthebung insbesondere von Professionisten zu erwirken. Dazu diene Ihnen auch zur Kenntnis, daß wir die Bauerposituren beauftragt haben, uns nunmehr Zusammenstellungen von Professionisten vorzulegen mit der Angabe des Wohnortes zur Ausfindigmachung der betreffenden Leute, damit wir eben in die Lage kommen, beim Herrn Minister für Landesverteidigung mit Nachdruck für die Enthebung einzutreten. *(Bravo!)*

Was die Baumaterialien anbelangt, so hat die Wiederaufbauzentrale in Galizien — ich muß dies hier ganz nachdrücklich bemerken — das Menschenmögliche geleistet. Ich bemerke, daß sie Forste aufgekauft hat — ich erwähne nur die Forste von Rozwadów, Jaśliska und Syków. Wir haben weiters in diesen Forsten Waldbahnen und Holzsägen eingerichtet, wir haben private Sägen subventioniert, um so rasch als möglich Bauholz zu bekommen. Aber nicht allein das — wir haben uns auch mit der Staatsforstverwaltung ins Einvernehmen gesetzt und wir sind zu der Vereinbarung gekommen, daß uns die Staatsforstverwaltung das für den Wiederaufbau erforderliche Holz stets in erster Reihe anzubieten hat. *(Zwischenrufe.)*

Ich nenne weiters die Ziegel. Sämtliche Ziegeleien in Galizien sind von den Russen gänzlich zerstört. Gleichwohl haben wir uns sofort daran gemacht, die Ziegeleien wieder instand zu setzen, wir haben insbesondere darauf Rücksicht genommen, daß der Wiederaufbau ja eine große Menge von Ziegeln erfordern wird und daß gerade die Wiederherstellung der Ziegeleien unbedingt geboten ist, um die Aktion des Wiederaufbaues zu fördern. Auch dies ist bisher so weit gediehen, daß ich schon heute erklären kann, daß, wenn halbwegs normale Verhältnisse eingetreten sein werden, wir die zum Wiederaufbau notwendigen Ziegeln jedenfalls sichergestellt haben werden mit einer Ausnahme, und diese Ausnahme betrifft die Dachziegel. Die Dachziegel sind noch nicht so weit herstellbar, als wir es wünschen. Aber es ist ja selbstverständlich, daß wir auch auf diesem Gebiet unsere weitere Arbeit einsetzen werden, damit uns eben auch diese Baumaterialien zur Verfügung stehen.

Und nun weiters Glas und Eisen. Glas und Eisen werden in Galizien, wie die sehr geehrten Herren wissen, fast gar nicht erzeugt, sie müssen aus anderen Ländern eingeführt werden, und zwar Eisen unter Freigabe durch die Eisenkommission, Glas insbesondere aus Böhmen. Ich bemerke gleich, daß die Eisenkommission auch bezüglich der Freigabe des Eisens für unsere Wiederaufbauaktion das größte Entgegenkommen hat walten lassen, daß es aber selbstverständlich nicht möglich ist, das gesamte Eisen, welches für den Wiederaufbau notwendig wäre, in einem Zuge aufzubringen, sondern daß wir uns eben auch auf diesem Gebiete einigermaßen bescheiden müssen. Was das Glas anbelangt, möchte ich bemerken, daß wir bemüht sind, das Glas namentlich aus Böhmen aufzubringen.

Daraus werden Sie wohl ersehen, meine Herren, daß unsere bisherige Tätigkeit nicht derart beurteilt werden darf, wie es der Herr Berichterstatter in seinem Berichte tatsächlich getan hat. Von einem Mangel an Tätigkeit kann nicht gesprochen werden. *(Abgeordneter Dr. Baczyński: Aber bis jetzt keine Erfolge!)* Wenn die Wirkungen noch nicht in dem Maße in Erscheinung getreten sind, so ist das eben auf diese Schwierigkeiten zurückzuführen. Ich nenne nur die Transportschwierigkeiten. Wenn, was leider die Verhältnisse mit sich bringen, die Bahnen oft gesperrt werden müssen, um die Transporte sicherzustellen, wenn weiter erwogen wird, daß wir infolge des Krieges an Wagenmangel leiden und es infolgedessen nicht immer möglich ist, alles Baumaterial, alles was zur Wiederaufbauaktion gehört, sofort zur Stelle zu schaffen, dann werden Sie, meine Herren, wohl auch erkennen, daß wir mitunter vor einer höheren Macht stehen, über welche wir eben nicht gebieten können. *(Zwischenrufe.)* Man darf nicht darüber hinweggehen, daß wir uns eben im Kriege befinden und daß während des Krieges die Bautätigkeit auch auf den von mir soeben erörterten Gebieten nicht mit jener Kraft und Macht einsetzen und auch nicht mit jener Impetuosität weitergeführt werden kann, wie Sie und auch ich dies gerne haben möchten.

Meine Herren! Aus meinen Darlegungen werden Sie daher ersehen haben, daß das langsame Tempo, das der Herr Berichterstatter in seinem Berichte so sehr rügt, nicht so sehr auf die Saumseligkeit der Regierung oder ihrer Organe zurückzuführen ist, sondern daß es sich eben aus den außerordentlichen Verhältnissen begreifen läßt. Darauf ist es ja auch zurückzuführen, daß wir unsere Wiederaufbauaktion, welche ja nach unserer aller Wünschen bereits viel weitere Gebiete hätte umfassen sollen, der Hauptsache nach haben beschränken müssen auf die Schaffung von Unterkünften, auf die Beackerung und Bevflügung der einzelnen landwirtschaftlichen Gründe und daß wir den Wiederaufbau der Städte, welcher ja auch außerordentlich notwendig wäre, auf eine spätere Zeit zurückstellen mußten. Wenn ich sage, auf eine spätere Zeit, so will ich damit nicht sagen, ungebührlich lange. Aber ich meine, daß wir doch in erster Reihe nur das zu schaffen verpflichtet sind, was der produktiven Bevölkerung zunutze kommt, *(Sehr richtig!)*, weil eben die produktive Bevölkerung wieder Nutzen schafft im Interesse des Staates und der Allgemeinheit. *(Zustimmung.)*

Meine Herren! Ich möchte noch eines bemerken. Der Herr Berichterstatter setzt sich in einer Beziehung mit sich selbst in Widerspruch, wenn er sagt, der Wiederaufbau geht ein schneckenartiges Tempo, aber gleichzeitig in seinem Berichte feststellt, daß von den rund 198.000 Gebäuden, welche durch den Krieg teils beschädigt, teils verwüstet sind, bis Juli 1917 rund 25.000 bereits aufgebaut waren.

Ja, meine Herren, wenn wir es zuwege gebracht haben, ein Achtel der zerstörten Gebäude bereits wieder zu errichten ... *(Abgeordneter Onyszkewycz: Nicht von der Regierung, die Bauern haben das gemacht!)* . . ., wenn wir erwägen, daß trotz aller Schwierigkeiten ein Achtel der vernichteten Gebäude bereits wieder errichtet wurde, so kann man nicht zu dem Schlusse kommen, daß die Regierung bei der Wiederaufbauaktion ein Schneckentempo eingehalten hat. Und wenn der hochverehrte Herr Abgeordnete Pater Onyszkewycz mir den Einwurf macht: Ja, das hat nicht die Regierung, das hat die Bevölkerung gemacht, so erlaube ich mir ganz ergebenst zu bemerken, daß ich Wert darauf lege, daß die Bevölkerung dies macht *(Zustimmung)*, daß ich Wert darauf lege, daß der Bauer an dem Wiederaufbau seines Heimwesens mitwirkt, und daß nicht der Unternehmer dies tut. *(Zustimmung.)*

Ich glaube auch, meine Herren, wenn die Regierung dem Bauer, dem Grundeigentümer die Baumaterialien nicht zur Verfügung gestellt hätte, dann hätte eben der Bauer auch seinen Bau nicht soweit ausführen lassen können. *(Zwischenruf.)*

Meine Herren! Der Herr Berichterstatter hat in seinen mündlichen Ausführungen erwähnt, daß die Kredite, wie sie in unserem Staatsvoranschlage eingesetzt sind, im Hinblick auf die Größe der Aktion als nicht zulänglich bezeichnet werden können. Ich habe bereits im Wiederherstellungsausschuß erklärt — und lege Wert darauf, dies auch im hohen Hause zu tun —: Der Herr Finanzminister hat mir zu wiederholten Malen die ausdrückliche Versicherung gegeben, daß, wenn mit den im Staatsvoranschlage eingestellten Krediten das Auslangen nicht gefunden werden könnte, es selbstverständlich keinem Anstande unterliegt, Nachtragskredite anzusprechen. *(Bravo! Bravo!)* Das ist ja selbstverständlich und ergibt sich aus der Natur der Sache. Es war eben zur Zeit der Zusammenstellung des Staatsvoranschlages Ostgalizien noch nicht befreit. Infolge der Befreiung dieser Ländergebiete wird es sich als notwendig erweisen, einen Nachtragskredit anzusprechen, denn ich kann ja selbstverständlich den Wiederaufbau in West- und Mittelgalizien nicht deshalb einengen oder beschränken, weil ich zu wenig Geldmittel bei Zusammenstellung des Voranschlages angesprochen habe. *(Sehr richtig!)* In dieser Beziehung kann also das hohe Haus ganz beruhigt sein. *(Bravo!)*

Was nun die anderen kriegszerstörten Gebiete betrifft — ich meine insbesondere die Bukowina, Görz und Gradiska, Tirol, Kärnten, Krain und das Küstenland —, so sind die Organisationsarbeiten im vollen Zuge. Insbesondere die Organisation der Wiederaufrichtungsaktion für die Bukowina sowie für die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska sind nahezu fertiggestellt, so daß an den Wiederaufbau in diesen Gebieten in allernächster Zeit wird geschritten werden können. Aber, wie gesagt, auch die Organisationsarbeiten zum Wiederaufbau in den anderen von mir erwähnten Ländern befinden sich bereits im Zuge und werden demnächst abgeschlossen sein.

Ich wende mich nun der Besprechung der Resolutionen zu. Ich möchte vorweg bemerken, daß die Einigkeit unserer Ansichten nicht klarer zum Ausdruck kommen kann als in meiner Zusage, daß dasjenige, was in den Resolutionen niedergelegt ist, soweit es das Ressort des Ministeriums für öffentliche Arbeiten betrifft, von diesem voll gewürdigt und selbstverständlich auch dementsprechend ausgeführt werden wird. Es ist selbstverständlich, meine sehr geehrten Herren, daß unserer Bauaktion die Erhebung der Schäden vorangehen muß. Die Erhebung der Schäden muß vorangehen aus dem Grunde, weil ich erst dann mein Präliminare feststellen, dann erst ermessen kann, mit welchen Krediten ich zu rechnen habe. Aber ganz abgesehen davon, ist ja dem hohen Hause bekannt, daß bereits, wenn ich nicht irre, im Jahre 1915 eine derartige

Schadenserhebung durch das Ministerium für Landesverteidigung in die Wege geleitet und, wenn ich recht unterrichtet bin, auch bereits in West- und Mittelgalizien durchgeführt wurde und nunmehr auch in Ostgalizien zur Durchführung gelangen soll.

Was die Schaffung von Notstandsunterkünften anbelangt, so habe ich mir bereits zu bemerken erlaubt, daß dies die erste und pflichtgemäße Arbeit ist, welche wir nunmehr, insbesondere in Ostgalizien, zu schaffen haben. In Zurawica bei Przemyśl liegen zu diesem Behufe 1080 Häuser parat, welche wir bereits seit Wochen an Ort und Stelle schaffen wollen.

Ich habe mich nunmehr neuerdings sowohl an das Armeeoberkommando wie an das Kriegsministerium gewendet, um in die Lage zu kommen, diese Baracken noch vor Eintritt der überaus strengen Kälte an Ort und Stelle zu schaffen. *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Die Leute frieren im Osten und das Armeeoberkommando betrachtet die Sache nicht als dringend!)* O doch, Herr Abgeordneter! Ich möchte gleich auf etwas kommen, woraus Sie, Herr Abgeordneter, entnehmen werden, daß auch das Armeeoberkommando den Wiederaufbau mit dem größten Interesse verfolgt. Es betrifft dies insbesondere jene Wünsche des Wiederherstellungsausschusses nach Überlassung einerseits von Holz aus den Schützengräben und andrerseits jener Bauten, auf welche die Militärverwaltung keinen Anspruch mehr erhebt. In beiden Hinsichten ist vom Armeeoberkommando uns entgegengekommen worden. Das Armeeoberkommando hat uns das Holz aus den russischen Schützengräben und ebenso die von der Militärverwaltung nicht mehr benötigten Häuser und Bauten vollständig zur Verfügung gestellt. Die Bauerposituren sind bereits beauftragt worden, sich mit den in Betracht kommenden Militärkommanden in Verbindung zu setzen, damit eben das Holz sowohl wie die Baracken so rasch als möglich nach Ostgalizien gelangen. *(Abgeordneter Rauch: Diese Verbindung der Organe mit den Kommanden geht aber schwer!)* Ich glaube, daß diese Bauerposituren, welche bisher immer den richtigen Weg gefunden haben, und, ich betone das, immer mit größter Beschleunigung im Interesse der Bevölkerung tätig gewesen sind, auch hier das Nötige verfügen werden.

Es ist ferner selbstverständlich, meine Herren, daß die Bauerposituren, welche ja doch Organe zum Nutzen der Bevölkerung sind, auch weiterhin behilflich sein werden, um die planlichen Behelfe für den Aufbau der Gotteshäuser, der Schulen, der Gemeindeämter usw. zu liefern. Bei der Größe der Aktion wird es aber selbstverständlich nicht zu vermeiden sein, daß wir auch die Ziviltechniker in den Dienst der Sache stellen.

Was die Bringung des Baumaterials anbelangt, so beehre ich mich, dem hohen Hause mitzuteilen, daß ich mich an das Armeeoberkommando gewendet habe, damit man mir zu diesem Behufe in den nächsten vier bis sechs Wochen eine möglichst große Zahl von Waggons, wenn möglich 2000 Eisenbahnwagen zur Verfügung stelle. *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Ist schon die Antwort des Armeekommandos gekommen?)* Noch nicht, weil die Zeit eine noch zu kurze ist. Daß das Ministerium für Landesverteidigung in bezug auf die Enthebung von Professionisten, von Arbeitern überhaupt uns bisher das größte Entgegenkommen bewiesen hat, habe ich mir bereits zu erwähnen erlaubt.

Ich bin auch bereit und gerne bereit, dem Wiederherstellungsausschusse periodische Berichte über den Fortgang der Arbeiten zu liefern. Ich möchte es nur der Erwägung des hohen Hauses anheimstellen, ob es nicht genügen würde, diese Berichte vierteljährig und nicht allmonatlich zu bekommen.

Was die weiteren Resolutionen anbelangt, die sich auf die einleitenden Schritte in bezug auf den Wiederaufbau in den anderen Ländern, ferner auf die Flüssigmachung der erforderlichen Geldmittel für die Landeszentralen anbelangt, so hatte ich bereits die Ehre, darauf Rücksicht zu nehmen, indem ich betonte, daß die Organisationsarbeiten im vollen Zuge sind, daß weiters das Finanzministerium die Flüssigmachung der Geldmittel in Aussicht gestellt hat.

Der Herr Berichterstatter hat mit Recht hervorgehoben, daß die Brennholzfrage eine sehr große Rolle spiele. In dieser Hinsicht hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten die Hände nicht müßig in den Schoß gelegt und es wird das hohe Haus gewiß freuen, wenn es hört, daß wir in letzter Zeit bei den Bauerposituren Brennholzdepots eingerichtet haben, damit die Bevölkerung in der Lage sich befinde, von dort das nötige Brennholz zu holen. *(Beifall. — Berichterstatter Ritter v. Łukaszewicz: In der Bukowina auch, Exzellenz?)* Dort sollen sie auch derart eingerichtet werden.

Ich will in bezug auf die Resolutionen nicht weiter gehen, aber aus meinen Darlegungen werden die sehr geehrten Herren wohl entnommen haben, daß auch die Regierung, speziell das Ministerium für öffentliche Arbeiten, sich voll mit ihnen in Einklang befindet. Ja, meine Herren, uns eint gewiß derselbe Gedanke, wir streben demselben Ziele zu, darum bitte ich Sie, meine sehr geehrten Herren, halten wir uns frei von ungerechter Kritik, zeigen wir der Bevölkerung, daß sie an uns eine Stütze hat, zeigen wir ihr insbesondere, daß sie nicht verlassen steht in dem großen Werke des Wiederaufbaues ihres Heimatlandes. Fassen wir alle unsere Kräfte zusammen im Dienste der großen Sache,

damit wir so rasch als möglich die Wunden heilen, die diesen am härtesten vom Kriege betroffenen Ländern geschlagen worden sind. Fassen wir unsere Kräfte zusammen, damit wir sie so rasch als möglich der wirtschaftlichen Erstartung und der kulturellen Entwicklung wieder zuführen, auf welche sie vollen Anspruch haben. Mit diesem Wunsche, meine Herren, schließe ich. Das walte Gott! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Der Minister wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Simionovici**: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Ritter v. Semaka. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ritter v. **Semaka**: Hohes Haus! Die Frage der Wiederaufrichtung der zerstörten Kriegsgebiete läßt sich von zwei Gesichtspunkten betrachten, und zwar von dem der Notstandsaktion und dem des eigentlichen Wiederaufbaues. Die Notstandsaktion gliedert sich erstens in Notstandsunterstützungen zur Befriedigung der allernotwendigsten Erfordernisse, wie Lebensmittel, Kleider 2c. und zweitens in Notstandsbauten, das sind notdürftige Unterkünfte zur Unterbringung der obdachlos Gewordenen bis zur endgültigen Wiederherstellung ihrer Häuser und Wirtschaftsgebäude.

Die Wiederaufbauaktion hätte zu umfassen: Erstens die Vornahme des Wiederaufbaues in den vom Feinde befreiten Gebieten, zweitens die Einleitung und Sicherstellung der vorbereitenden Schritte für die noch vom Feinde besetzten Landstriche.

Die Regierung hat bisher Notstandsunterstützungen bis 500 K in den befreiten Gebieten erteilt. In bezug auf Notstandsbauten ist bis jetzt nicht viel geschehen und das wenige, was geschehen ist, ist nicht ausreichend. Ich vertrete den Standpunkt, daß zur Vermeidung von Doppelausgaben von den Notstandsbauten überhaupt soweit nur möglich abgesehen und gleich zum ordentlichen Wiederaufbau ernstlich geschritten werden soll.

Zu Wiederaufbauzwecken wurde für Galizien eine Zentrale in Krakau errichtet. Für die Bukowina besteht noch keine solche oder eine ähnliche Institution. Zwar wurden Schritte von der Bukowinaer Landesregierung zur Gründung einer solchen Organisation unternommen, es liegt aber im eminenten Interesse des Landes, daß die zu errichtende Institution so schnell als möglich aktiviert wird und ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung raschestens aufnimmt. *(So ist es!)*

Die galizischen Ukrainer fordern mit Recht, daß ihnen der Wiederaufbau in Ostgalizien zur selbständigen Durchführung überlassen werde, da sie von der in Krakau bestehenden Zentrale eine ersprießliche Tätigkeit gegenüber den Ukrainern nicht zu erwarten haben. Überhaupt wollen die Ukrainer Galiziens von jeder Bevormundung, von der sie schwer drückenden Kuratel befreit werden. *(Zustimmung.)*

Wie allgemein bekannt, haben Ostgalizien und die Bukowina mehrere Invasionen zu ertragen gehabt, unzählige Dörfer, ja ganze Gebiete sind verwüstet. Die Bevölkerung ist in vielen Gegenden obdachlos geworden und wirtschaftlich total zugrunde gerichtet. Keine von den acht Nationen Österreichs hat so schwer durch diesen Krieg gelitten, wie die Ukrainer. Der größte Teil von Ostgalizien ist verwüstet, die meisten Bauernwirtschaften sind zerstört und viele Dörfer vom Erdboden einfach verschwunden. Die heimkehrenden Flüchtlinge graben Erdhöhlen, um darin zu überwintern. *(Hört! Hört!)* Lieber Hungers sterben auf heimatlicher Scholle, als Seelenqualen ertragen im Barackenlager, das ist der Ausspruch dieser Leute.

Auch die Bukowina weist viele Verwüstungen auf, insbesondere in den Bezirken Seletyn, Wiżnitz, Sadagóra und Storożynetz sowie in der Dniestergegend. Auch im Kotzmanaer Bezirke haben viele Gemeinden durch den Krieg schwer gelitten. Die Stadt Wiżnitz zählt heute bloß 30 bis 40 Wohnhäuser, die Ortschaft Denesówka bei Czernowitz ist völlig eingeäschert. Sadagóra ist fast ganz vernichtet. Die Huzulen, die ukrainischen Gebirgsbewohner, sind wirtschaftlich total ruiniert. Die Landeshauptstadt Czernowitz wurde von den Russen bei ihrem Rückzuge in der Nacht zum 3. August l. J. zum Teile geplündert.

Die Teuerung in Czernowitz und in der Bukowina hat ungeheure Dimensionen angenommen. So kostet eine Klafter Brennholz 700 bis 800 K *(Hört! Hört! — Abgeordneter Wityk: Im Buchenlande!)*, ja, im Buchenlande, Petroleum ist nicht vorhanden, ebenso herrscht großer Mangel an Salz. Für einen Liter Milch werden zwei Kronen bezahlt. *(Hört! Hört!)*

Das Land Bukowina hat für den landwirtschaftlichen Wiederaufbau vorläufig, damit wenigstens ein Teil der Felder bestellt und das Dringendste zur Inbetriebsetzung der Landwirtschaft beschafft werden könne, 35 Millionen Kronen bei der Regierung angesprochen. Bewilligt wurden ihm jedoch nur 5 Millionen. Mit diesem Betrage kann natürlich das Auslangen nicht gefunden werden, was zur Folge hat, daß große Komplexe zum Schaden des Staates und der Bevölkerung brach liegen. Der Mangel an Brennholz macht sich trotz des notorischen Holzreichtums des Landes deshalb empfindlich geltend, weil fast keine Pferde und nur sehr wenige Arbeitskräfte vorhanden sind. Selbst der griechisch-orientalische Religionsfonds verkauft nur unter der Bedingung Holz im Walde, wenn

der Käufer sich verpflichtet, für denselben ein gleiches Quantum zu erzeugen. *(Hört! Hört!)*

Die Bukowina war während der Russeninvasion im Jahre 1916/17 nur zum Teil bebaut. Die mittelmäßig ausgefallene Ernte konnte mangels an Arbeitskräften, Pferden und Maschinen nicht voll eingebracht werden. Von dem wenigen, was im Lande vorhanden war, wurde nach der Wiederbesetzung das meiste für die Truppen requiriert, weil diese in der ersten Zeit vom Lande leben mußten. Daß die in der Bukowina kämpfenden reichsdeutschen Truppen bei ihren Requisitionen und bei der Heranziehung der Bevölkerung zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse namentlich in der ersten Zeit nach der Wiederbesetzung nicht schonend vorgegangen sind, wurde in diesem Parlament bereits erörtert. Anerkennend muß ich hervorheben, daß in der ersten Zeit der Wiederbesetzung, bevor noch die übrigen Behörden ihre normale Tätigkeit beginnen konnten, die Gendarmerie des Landes die Bevölkerung gegen die Truppen in Schutz genommen hat. Das muß wirklich anerkannt werden. Später kamen die Behörden, die Bezirkshauptmannschaften und auch diese — das muß ich ebenfalls anerkennend hervorheben — schützen unsere Bauern, insbesondere der Bezirkshauptmann von Czernowitz, Romaszkan, verteidigt die Leute auf Schritt und Tritt und schützt sie vor den Übergriffen der Soldaten. *(Abgeordneter Kadlčák: Eine Ausnahme!)* Ja, das ist wirklich eine Ausnahme.

Dem energischen Eingreifen unserer Intelligenz und der Behörden ist es gelungen, den Requisitionen — leider aber noch immer nicht im gewünschten Ausmaße — Einhalt zu tun. Im übrigen ist ja schon fast alles ausrequiriert.

Die reichsdeutschen Soldaten nehmen, wie zum Beispiel in Nepolokoutz, die unbewohnten Häuser auseinander und verwenden das Material zum heizen. Mit Rücksicht auf den Waldreichtum der Bukowina ist dieser Vorgang nicht zu rechtfertigen, dies um so weniger, als dem Militär ganz andere Mittel, als der Zivilbevölkerung in den Kriegsgebieten zur Fällung und Bringung des Holzes zur Verfügung stehen. Das Militär hat ja Automobils, Leute und Arbeiter, die die Zivilbevölkerung nicht hat.

Schon zur Zeit unseres Rückzuges im Jahre 1916 wurde fast das gesamte Vieh aus der Bukowina evakuiert. Die erste Aufgabe der Regierung wird es sein, den für den Wiederaufbau der Landwirtschaft unerläßlich notwendigen Viehstand zu gründen und unseren Landwirten unentgeltlich Viehstücke zuzuweisen. Auch sind im Lande keine landwirtschaftlichen Maschinen vorhanden. Dieselben wären zu beschaffen und der Bevölkerung zu Verfügung zu stellen.

Wohl haben der Bukowinaer Landeskulturrat und die Bukowinaer Landesregierung in dieser Beziehung bereits alles eingeleitet, doch ist es Pflicht der Regierung und der Militärverwaltung, ihnen hierbei alle Mittel zur Verfügung zu stellen und ihre im Interesse des Staates gelegenen Anträge voll und ganz zu berücksichtigen. *(Abgeordneter Dr. Baczynskyj: Die Landesregierung soll nach Czernowitz kommen!)* Sie ist noch in Stanislau. Der Landespräsident ist in Czernowitz.

Neben der Landwirtschaft bildet die Holzindustrie in der Bukowina die Hauptindustrie des Landes, wobei auch ein Großteil der Bevölkerung ihren Erwerb findet. In der Bukowina sind fast alle Sägewerke vernichtet. Auch die Waldungen sind furchtbar devastiert. Die Religionsfondswälder weisen einen Schaden von zirka 14 Millionen Kronen auf. Da zum Wiederaufbau in erster Linie Holzmaterial notwendig ist, wäre der Wiederaufbau der Sägen und wären die forsttechnischen Arbeiten mit aller Beschleunigung aufzunehmen.

Im Interesse der Bevölkerung wären insbesondere in Czernowitz selbst sowie in den holzarmen Gegenden, wie in Kotzman und Zastawna Holzdepots für Brenn- und Bauholz zu errichten. Ich beantrage diesbezüglich folgende Resolution *(liest)*:

> „Die k. k. Regierung wird aufgefordert, um die Wiederaufbauaktion in der Bukowina zu fördern, Bauholzniederlassungen aus den Religionsfondsforsten in den waldarmen Gegenden des Nordens der Bukowina zu errichten." *(Beifall.)*

Schon jetzt wären Vorbereitungen zu treffen, daß das für den Frühjahrsanbau notwendige Saatgut sichergestellt und rechtzeitig an die Bevölkerung abgegeben werde.

Im allgemeinen möchte ich bemerken, daß sich in Österreich sowohl die Regierung, als insbesondere die Öffentlichkeit in der jedenfalls sehr wichtigen Frage des Wiederaufbaues relativ passiv verhält. Hierbei erlaube ich mir darauf hinzuweisen, mit welch' bewunderungswerter Energie und Raschheit der Wiederaufbau — ich kann mir nicht helfen — von Ostpreußen erfolgte. Nicht nur der deutsche Staat gab die Mittel dazu.

Dank dem hochentwickelten Gemeinsinn der Deutschen haben auch private Vereine und viele Städte durch bedeutende Spenden zum Wiederaufbau der ostpreußischen Provinzen vielfach beigetragen. So hat der „Reichsbund Ostpreußenhilfe" allein im Laufe eines Jahres 1½ Millionen Kronen zu diesem Zwecke gesammelt. Die Städte Berlin, Leipzig, Charlottenburg, München, Frankfurt und andere haben, sei es durch bedeutende Geldspenden oder

durch Beistellung von Wohnungseinrichtungen, Werkzeugen, Obstbäumen ꝛc. ihrerseits in die Wiederaufbauaktion unterstützend eingegriffen. Auch in Amerika wurde ein Verein „Ostpreußenhilfe" gegründet, welcher bis zur amerikanischen Kriegserklärung den Bewohnern von Ostpreußen Hilfe gebracht hat. Diese Privataktion ist im Verhältnis zu der staatlichen Wiederaufbauaktion keine besonders große. In jedem Falle ist sie wohl sehr nützlich und charakterisiert am besten die eiserne Solidarität des deutschen Volkes.

Und was geschah in dieser Richtung bei uns für Galizien und die Bukowina? Trotzdem Ostgalizien und die Bukowina durch den Krieg unvergleichlich schwerer gelitten haben als Ostpreußen, verhielt sich die Graf Stürgkhsche Regierung in der Frage der Wiederaufrichtung der zerstörten Kriegsgebiete in Galizien und der Bukowina fast passiv und die vom Kriege verschont gebliebenen Länder West-Österreichs fühlen sich trotz des guten Beispieles, das Deutschland uns an Ostpreußen bietet, nicht im entferntesten verpflichtet, dem in Abwehr der Angriffe auf unser Vaterland, wirtschaftlich vernichteten Ostgalizien und der Bukowina zu Hilfe zu kommen.

Nun fällt es mir ein, daß es auch bei uns Ausnahmen gibt. In Wien wurde der Kriegshilfsverein gegründet. Dieser Verein bezweckt Hilfe zu bringen der Stadt Ortelsburg in Ostpreußen, und zwar beabsichtigt der Verein aus seinen Mitteln das Rathaus in Ortelsburg wieder aufzubauen. *(Hört! Hört!)*

Auch die zum Wiederaufbau von fünf ungarischen Komitaten eingesetzte ungarische Landeskommission hat der Stadt Gerdawen in Ostpreußen mehr als 250.000 K gewidmet. Das ist wohl sehr edel und löblich, aber weder in Österreich noch in Ungarn fällt es jemanden auch nur im Traum ein, den schwer bedrängten Gebieten von Ostgalizien und der Bukowina auch nur mit einem Heller zu Hilfe zu kommen. Im Gegenteil wollte man sich sogleich der sich hier aufhaltenden Flüchtlinge entledigen, um die hiesige Bevölkerung vor Nahrungssorgen zu schützen, ein direkter Gegensatz zu der Solitarität in Deutschland.

Wir hätten fürwahr berechtigten Anspruch auf die Hilfe von Westösterreich, weil die westlichen Provinzen unserer Monarchie von dem großen Unglück, das unsere Bevölkerung betroffen, auf unsere Kosten verschont geblieben sind. Doch wenn diese Länder selbst nicht die Erkenntnis haben, fordern wir von ihnen keine Hilfe. Wir fordern lediglich, daß uns der Staat dasjenige wiedergibt, was wir infolge der Verteidigung des ganzen Staates an Gut verloren haben. *(Zustimmung.)*

Wir verlangen, daß der Wiederaufbau energisch in die Wege geleitet und daß möglichst keine provisorischen Unterkünfte errichtet, sondern daß ordentliche Häuser und Nebengebäude für unsere Bauern aufgeführt werden.

Österreich neigt wohl im allgemeinen sehr zu Provisorien, doch beim Wiederaufbau ist diese Methode deshalb nicht empfehlenswert, weil hierbei entweder der Staat oder die interessierten Staatsbürger zu Schaden kommen.

Wozu die doppelte Ausgabe, einmal für die provisorische Unterbringung, das zweite Mal für den ordentlichen Bau. Den Gewinn hat höchstens der Unternehmer. Auch ist zu befürchten, daß es bei der provisorischen Unterbringung bleibt, wodurch die betroffenen Bürger zu Schaden kommen. Daher ist es empfehlenswert, im Prinzip von den provisorischen Bauten und Vorkehrungen Abstand zu nehmen und den Wiederaufbau soweit dies möglich ist, definitiv durchzuführen.

Das zum Wiederaufbau erforderliche Baumaterial müßte in geeigneter Weise sichergestellt werden. Mit den Arbeiten müßte im kommenden Frühling begonnen und hierzu schon jetzt die notwendigen Vorbereitungen getroffen werden. Die zur Vornahme der Bauten durchaus nötigen Gewerbetreibenden und Handwerker aus dem zerstörten Gebiete wären vom Militärdienst zum Zwecke des Wiederaufbaues zu entheben. Daß ist das Allerwichtigste, darauf müssen wir dringen.

All dies ist jedoch nicht hinreichend, um unseren Bauernstand, den etwas zu heben uns mit Mühe gelungen ist, sozusagen auf feste Füße zu bringen. Und wir wollen einen tüchtigen, wohlhabenden, kernigen Bauernstand schaffen. Das läßt sich jedoch nur durch eine durchgreifende Agrarreform erreichen, denn auch der beste Wiederaufbau wird unsere ukrainischen Bauern, die zum größten Teil nur Zwergwirtschaften besitzen, vor dem Untergang nicht retten. *(Ganz richtig!)*

Fast die Hälfte des Grundbesitzes in Galizien ist in den Händen der Gutsbesitzer, beinahe ein Drittel des Landes Bukowina ist Eigentum des griechisch-orientalischen Religionsfonds. Diese Güter müßten wenigstens teilweise im gesetzlichen Wege unter die Bauern verteilt werden. *(Zwischenrufe.)*

Das ist der sehnlichste Wunsch, das Ideal des ukrainischen Bauern, auf dessen Verwirklichung sie deshalb gegründeten Anspruch haben, weil sie für unser Vaterland in diesem Krieg die allergrößten Opfer an Leben, Gesundheit und Vermögen gebracht haben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Delugan; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Delugan**: Hohes Haus! Die Resolutionen, die gegenwärtig zur Verhandlung kommen, entsprechen zweifellos einer Pflicht der Gerechtigkeit, die der Staat jenen Bevölkerungsteilen gegenüber zu erfüllen hat, welche, nach langen Jahren der Entbehrungen und der Verbannung, hoffentlich bald im Begriffe stehen, in ihre Heimat zurückzukehren, wo sie die bestimmte Erwartung hegen, ihre von der Kriegsfurie vernichteten Häuser und sonstigen wirtschaftlichen Einrichtungen wiederhergestellt zu sehen.

Diese Resolutionen aber sollten auch anderen Völkern der Monarchie einen Lichtschimmer der Hoffnung bringen, denn dieselben haben auch das gleiche grausame Los geteilt. Und das sollte geschehen, obwohl ihre Heimatsgebiete noch nicht ganz vom Feinde befreit sind und infolgedessen für einen systematischen Wiederaufbau nicht in Betracht kommen können. Jede diesbezügliche Hoffnung ist aber von dem quälenden Gedanken begleitet, daß der noch immer tobende Krieg wieder das vernichten könnte, was mit Not und Mühe wieder gutgemacht wurde. Es handelt sich um die Gutmachung der Schäden eines Krieges, der seinesgleichen in der Geschichte nicht kennt.

Noch immer lassen an den verschiedenen Fronten die Kanonen ihre donnernde Stimme vernehmen und feiert der Tod blutige Ernte unter Tausenden und Abertausenden von jungen, hoffnungsvollen und reiferen Leben, welche die schon erschöpfte Menschheit dem Stolze, der Rachelust und der Habsucht als Tribut bezahlen muß. Und das alles geschieht, obwohl man fortwährend von Wiederaufbau und Gutmachung spricht.

Was man auf der einen Seite mit großen Anstrengungen wiederherstellt, vernichtet man auf der anderen durch rücksichtslose Inanspruchnahme, ja, noch mehr, man braucht es, um daraus neue Werkzeuge des Verderbens und des Todes zu schmieden.

Nicht Tod und Verderben, nicht Krieg sollte die Losung lauten, auf die wir und mit uns viele Millionen unter dem furchtbaren Alpdruck der Ereignisse mit der größten Angst warten. Sie sollte vielmehr lauten: Friede, ein ehrlicher, ein aufrichtiger, ein dauernder Friede. *(Beifall.)* Dieses Wort, das man vor dem Kriege leider nicht hat begreifen wollen, findet jetzt einen tiefen Wiederhall im Herzen aller derer, welche für die unglückliche Menschheit noch immer ein Gefühl des Mitleidens hegen.

Dieses Schlagwort sollte den übrigen, wie: Wiedergutmachung der Kriegsschäden, Wiederaufbau der vernichteten Gebiete, vorangehen.

Die in Verhandlung stehenden Beschlüsse des Wiederherstellungsausschusses betreffen die Aufgaben des Bau- und Siedlungswesens, mit Berücksichtigung Galiziens und der Bukowina. Dort hat sich die Lage so weit gebessert und ist der größere Teil vom Feinde so weit befreit, daß eine Aktion zur Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Gebiete in großem Ausmaße schon möglich ist.

Für diese Länder wurden schon Vorkehrungen getroffen, um die Wunden, welche durch die feindlichen Invasionen den Ländern geschlagen worden waren, zu heilen und die Grundbedingungen für die wirtschaftliche Existenz ihrer Bevölkerung herzustellen.

Zu diesem Zweck ist für Galizien eine eigene Organisation zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung des Landes ins Leben gerufen worden. Die Landeszentrale bei der dortigen Statthalterei mit den drei wichtigsten Zweigen der Wiederaufrichtungsaktion: für den Wiederaufbau zerstörter Städte, Gemeinden und Ortschaften, Kommunikationen und Wasserleitungen; für land- und forstwirtschaftliche Rekultivierung und für Retablierung von Gewerbe, Industrie und Handel erhalten vom Staate die notwendigen Subventionen.

Trotzdem die zu dieser Wiederaufbauaktion vorgesehenen Kredite sich im Vergleich zu den unermeßlichen Schäden als nicht völlig hinreichend erweisen, kann man doch feststellen, daß die Wiederherstellungsaktion schon eingeleitet worden ist. Dieselbe ist zweifellos zu unterstützen und ich wünsche dieser Aktion zugunsten dieser so hart getroffenen Gebiete den besten Erfolg und so vielen unglücklichen Flüchtlingen, welche mehr als drei Jahre hindurch die schwersten Leiden erdulden mußten, den vollen Ersatz, die vollständige Entschädigung für alles, was ihnen genommen worden ist.

Was aber für ein Land gilt, soll auch für die anderen in derselben Lage befindlichen Länder gelten und sobald sich eine ähnliche Aktion für diese Länder als möglich erweist, soll die Regierung die nötigen Maßnahmen treffen, um auch diesen Ländern die nötige Hilfe zu leisten. Unter den schwer vom Kriege betroffenen Völkern befindet sich nun auch das italienische Volk im Süden. Ich gehöre einem solchen Lande an, das in diesem Kriege ganz besonders gelitten hat und noch jetzt viel zu leiden hat. Nach dem jetzt in Verhandlung stehenden Berichte gehört dieses Land zu jenen Gebieten, für welche, nachdem sie im engsten Kriegsgebiet liegen, die eigentliche Durchführung der Wiederherstellungsaktion noch nicht möglich ist und nur die notwendigen Vorbereitungen für dieselbe vorgenommen werden sollten. Diese Einwendung gilt allerdings nur für die Mehrheit der Fälle, denn ich muß bemerken, daß manche Gemeinden schon jetzt in die Wiederaufbauaktion einbezogen werden könnten.

Was die Vorbereitungen und die notwendigen Maßnahmen zur Wiederherstellung der von den Kriegsoperationen beschädigten Gemeinden meines

Heimatlandes anbelangt, so muß konstatiert werden, daß bis jetzt sehr wenig geschehen ist. Über Einladung und unter dem Vorsitze Seiner Exzellenz des Herrn damaligen Statthalters und jetzigen Ministers des Innern wurde im Monat März l. J. in dieser Angelegenheit zu Innsbruck eine Versammlung abgehalten. Diese sprach vor allem die Überzeugung aus, daß es Pflicht und Aufgabe der gesamten Monarchie sei, die in den vom Kriege unmittelbar berührten Landesteilen verursachten Schäden wieder gutzumachen, weil diese Schäden durch die notwendige Verteidigung der Grenzen der Monarchie entstanden sind. Sodann wurden verschiedene Resolutionen eingehend besprochen und am Schlusse der Sitzung wurde eine ständige Kommission mit einem dauernden Geschäftsausschusse eingesetzt. Dieser Ausschuß hat vor mehreren Monaten der Regierung die von der Versammlung gefaßten Resolutionen vorgelegt, worauf bis jetzt nichts geschehen ist. *(Hört! Hört!)* Die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gemeinden und Ortschaften auch in den südlichen Ländern liegt aber nicht nur im Interesse der betroffenen Bevölkerung, sondern auch im Interesse des Staates, und es ist Pflicht der Regierung, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen und schon jetzt alles zu tun, damit sobald als möglich auch dieser Wiederaufbau in die Wege geleitet werden kann.

Die schon erwähnte Institution hat sich bis jetzt wenig bewährt, und ich bin übrigens der Meinung, daß ein solcher Landesausschuß überhaupt nicht imstande ist, die Aktion in die Hand zu nehmen und durchzuführen, und daß ein anderer Weg betreten werden müßte. Vor allem müßte in Wien eine interministerielle Kommission die Leitsätze der Wiederherstellungsaktion feststellen, wobei aber nicht nur der Wiederaufbau im technischen Sinne, sondern die Wiederaufrichtung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in ihrer Gänze ins Auge gefaßt werden müßte. *(Sehr richtig!)* Die Ausführung müßte aber eigenen Vollzugsorganen an Ort und Stelle anvertraut werden, ohne daß ihre Bewegungsfreiheit von den normalen Kompetenzen beengt wäre. *(Sehr gut!)*

Wenn man daran denkt, wie groß das Ausmaß der zerstörten Gebiete der ganzen Monarchie ist, so muß man gestehen, daß die Arbeit des Wiederaufbaues derselben eine wichtige Aufgabe des ganzen Staates darstellt. Auch der Umstand, daß die Bereitstellung der Auslagen für diese Wiederaufbauaktion zum größten Teil den Völkern der österreichischen Reichshälfte obliegen wird, verleiht dieser Aufgabe den Charakter einer großen und wichtigen Reichsangelegenheit. In dieser einzuleitenden Aktion ist nicht ohne gewisse Normen vorzugehen, dazu braucht man vielmehr genaue Leitsätze. Die beschädigten Länder und Parteien müssen wissen, nach welchen Prinzipien man vorgehen wird, um die Wiederaufbauaktion zu ermöglichen. Man braucht dazu einen bestimmten Plan und gesetzliche Normen. Deswegen müssen wir darauf bestehen, daß in der Beziehung ein Gesetzentwurf dem hohen Hause so bald als möglich vorgelegt werde.

Ich habe schon erwähnt, daß ich einem Lande angehöre, welches durch den Krieg viel gelitten hat und das Opfer schrecklicher Verheerungen und Zerstörungen an beweglichem und unbeweglichem Gute geworden ist. Es gibt Täler, wo kein Dorf, kein Anwesen, kein Haus vom Kriege unberührt blieb. Die vielen Brandstätten, die großen Ruinen, die von den Schützengräben durchzogenen Felder und Wälder sprechen eine deutliche Sprache für die unermeßlich großen, schweren Opfer, die unser Volk, sei es von der einen Seite der Kriegführenden, sei es von der anderen ertragen mußte.

Was in den an der Front gelegenen Gemeinden und Ortschaften vorgekommen ist, davon hat man nur einen Begriff, wenn man hört, was beispielsweise eine Mutter einer zahlreichen Familie, deren Mann einrücken mußte, aus dem Gerichtsbezirk Mori, welche derzeit als Flüchtling in Böhmen lebt, mir erzählte.

Bald nach dem Kriegsausbruche mit Italien, so erzählte sie, mußte unsere Bevölkerung ihre Häuser und ihr Hab und Gut verlassen und sich in einem anderen an uns angrenzenden Bezirk niederlassen. Obzwar fern von unserer Heimatsscholle, jedoch unter einer Bevölkerung derselben Sprache und derselben Gebräuche, schien uns selbst unser Los erträglicher als jenes vieler anderer Leidensgenossen, die, von ihrer Heimat vertrieben, nach langen und beschwerlichen Reisen in die nördlichen Gebiete der Monarchie gebracht wurden. Doch auch uns sollte nach wenigen Monaten dasselbe Schicksal ereilen. Über behördliche Verfügung mußten auch wir eines Tages plötzlich nach Norden abreisen. Die Sehnsucht, meine Wiegenstätte wiederzusehen, die gebietende Notwendigkeit, meine kleinen Kinder und mich selbst mit den zu Hause gelassenen Kleidern für die schon vorgeschrittene kalte Herbstzeit zu versorgen, trieben mich jedoch mächtig an, mich in den Bereich der feindlichen Kugeln und Granaten zu begeben.

Ganz erschöpft erreichte ich pochenden Herzens meine Heimatsgemeinde. Was ich aber beim Anblick meiner Geburtsstätte sah und fühlte, das spottet jeder Beschreibung. Die von den feindlichen Geschossen verursachten Wunden und Schäden waren bei weitem nicht so groß als die von unseren Truppen verursachten Verheerungen und Plünderungen. *(Hört! Hört!)* Ich versuchte in mein Haus einzutreten, aber auf den ersten Blick sah ich, daß alles ausgeraubt und zerstört worden war. Von den Zimmer-

und Kücheneinrichtungen wie von den Wirtschaftsgeräten blieben nur zerstörte Überreste, die Bilder und Gemälde waren ganz zerschlagen, die Kleidungsstücke und Lebensmittel, die wir hinterlassen haben, waren verschwunden. *(Hört! Hört!)* Der Fußboden und das sonstige Mobiliar wurde als Brennmaterial und Material für den Bau von Schützengräben verwendet; Gewölbe und Kellerräume wurden ganz ausgeraubt.

Weinend und mit gebrochenem Herzen verließ ich — die Hände leer — mein Vaterhaus, um mich zu den übrigen schwer betroffenen, unglücklichen Flüchtlingen zu begeben, die dasselbe Schicksal mit mir teilten. Was ich in meinem Hause erlebte und sah, das ist wohl auch in den anderen Häusern der Gemeinde geschehen. Ein Bild der Verwüstung und Zerstörung! Bitter enttäuscht und von traurigen Gefühlen durchdrungen, nahm ich von meiner Heimatsgemeinde Abschied und zog weinend und voll Schmerzen dorthin, wohin der Krieg uns arme Flüchtlinge verjagte.

Hohes Haus! Das ist das Los so vieler und vieler unserer Gemeinden. Ich bin Zeuge unzähliger solcher herzzerreißenden Klagen, die mir von seiten unserer unaussprechlich hart betroffenen Bevölkerung täglich zukommen, die nach der Zukunft voll banger Angst und Sorge schaut. Und dieses unser Volk, welches so unsagbar schweren Kämpfen und harten Prüfungen ausgesetzt ist, ist gezwungen, um sein Dasein zu ringen und schreit in seiner Not um dringende Abhilfe und Entschädigung aller ihm zugefügten Schäden. Diese Entschädigung braucht es um so mehr, als es nicht nur für diejenigen zu sorgen hat, welche zu Hause geblieben sind, sondern mehrere Familien gezwungen sind, den Familienvätern, Brüdern und anderen Angehörigen, welche Militärdienst leisten müssen, Geldunterstützungen zu schicken, um ihnen Erleichterung in ihrem harten Kriegsdienste zu schaffen. Das gilt von allen, besonders aber von jenen bedauernswerten Flüchtlingsfamilien, die in fremden Ländern entsetzlich darben und Hunger und Not leiden müssen.

Diese Pflicht des Staates hat Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident in der Regierungserklärung vom 25. Oktober angedeutet, indem er sagte, daß der Staat in Erfüllung seiner teils rechtlichen, teils moralischen Verpflichtungen rasch und energisch an die möglichste Ausgleichung jener schweren Schäden herantreten soll, von denen die dem Krieg unmittelbar ausgesetzten Gebiete so hart betroffen wurden. Es wäre nur zu wünschen, daß eine solche auch in der Thronrede erwähnte Gutmachung der Schäden des Krieges auch in vollem Maße erfüllt werde.

Im Deutschen Reiche ist eine Vergütung der Kriegsschäden bereits im Juli 1916 gesetzlich festgelegt worden und bis zur Erlassung des diesbezüglichen Gesetzes wurden in Deutschland den von Kriegsschäden Betroffenen Vorschüsse und Vorentschädigungen erteilt. Bei uns besteht bis jetzt kein Gesetz, betreffend die Verpflichtung des Staates zum vollen Ersatz von Kriegsschäden, noch werden Vorschüsse und Vorentschädigungen allen durch den Krieg getroffenen Ländern erteilt.

Wir wollen, daß auch bei uns ehestens denen, welche die schwersten Opfer für das Vaterland getragen haben, der Schaden gutgemacht werde. Wir müssen darauf bestehen, daß gesetzliche Bestimmungen über die Ersatzpflicht des Staates für Kriegsschäden erlassen werden, auf Grund deren die Beschädigten auf einen vollen Schadenersatz rechnen können.

Aber auch die Kriegsleistungen sind bei uns noch gar nicht vergütet worden, ja nicht einmal Vorschüsse werden in mehreren Fällen gewährt. *(So ist es!)* Und das geschieht, trotzdem Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident in seiner schon erwähnten Regierungserklärung die Versicherung abgegeben hat, daß die Liquidierung der nach dem Kriegsleistungsgesetze zu gewährenden Beträge nunmehr glatt und ungehindert erfolgen wird. Es gibt mehrere Fälle, wo zwischen den Eigentümern und den dazu befugten Behörden konkrete Verträge im Sinne und auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes schon vor mehr als einem Jahre abgeschlossen wurden. In solchen Fällen ist alles fix und fertig; es gibt, sei es vom Standpunkte des Rechtsanspruches, sei es bezüglich des Verfahrens keinen Vorwand, um die vom Herrn Ministerpräsidenten in Aussicht gestellte glatte Erledigung zu behindern. Trotzdem werden aber auch solche Entschädigungen den leidenden Eigentümern vorenthalten.

Bei der mit großer Überstürzung erfolgten Evakuierung der an der Grenze mit Italien gelegenen Gemeinden verblieben, teils verteilt in den einzelnen Wohnungen, teils im Felde allerlei landwirtschaftliche, häusliche, gewerbliche Gegenstände liegen, welche später durch die Behörde gesammelt und der Militärverwaltung abgeführt wurden. In dieser Weise wurde der ganze Viehstapel requiriert. Davon konnte nur der geringste Teil regelmäßig übergeben werden. Der andere Teil wurde eingefangen und der Militärverwaltung übergeben. Die Eigentümer dieses Viehs haben nur in einer sehr geringen Anzahl das Geld dafür bekommen. Die Glocken, welche in den Sommermonaten 1915 von Militärabteilungen requiriert wurden, sind den betreffenden Gemeinden oder den Kirchenverwaltungen noch nicht gezahlt worden. Die in den verlassenen Wohnungen vorhandenen kupfernen, messingenen und bronzenen Gerätschaften wurden ebenfalls von Militärabteilungen eingesammelt und weiterbefördert. Von Bezahlung wird bis jetzt nicht gesprochen. Das Getreide, das Heu, die Kartoffeln und andere landwirtschaftliche Produkte wurden

auch von militärischer Seite geerntet, davon aber haben die rechtmäßigen Besitzer noch gar nichts erhalten. Die Bevölkerung hatte sich vor der Kriegserklärung mit Nahrungsmitteln möglichst reichlich eingedeckt und alles mußte liegen gelassen werden. Die Bezirkshauptmannschaften verboten, daß in mancher Gemeinde, wie Riva, Marco, Lizzana, Noriglio 2c. je ein Vertrauensmann zur Bewachung und Übergabe der vorhandenen Vorräte im Dorfe bleibe. Diese Vorräte wurden requiriert, die Besitzer aber haben bis jetzt gar nichts bekommen. *(Hört! Hört!)* In den Privathäusern, Konsumvereinen und Handlungen sind die für die Kampagne 1915 eingekauften ansehnlichen Mengen Kupfervitriol und Schwefel im Werte von rund 500.000 K liegen geblieben. Diese Materialien wurden später requiriert, dafür aber wurde den rechtmäßigen Besitzern gar nichts gezahlt. Die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, Transportmittel 2c. sind ebenfalls liegen geblieben. Diese Materialien wurden später requiriert und vom Militär in Verwendung genommen ohne jede Entschädigung. Die Olivenernte der Jahre 1915/16 und 1916/17 wurde ebenfalls von der Militärverwaltung vorgenommen, ohne jedoch den rechtmäßigen Besitzern der Olivengärten den entsprechenden Wert der geernteten Beeren zukommen zu lassen. In der Gemeinde Nago-Torbole sind Fischereigeräte im Werte von 40.000 K liegen geblieben. Dieselben wurden von der Militärbehörde eingesammelt und anderswohin expediert. Auch über diese Gegenstände wissen die Besitzer gar nichts und sind bis jetzt ohne jede Bezahlung geblieben. Seit mehr als zwei Jahren liegen die Werte eines Teiles dieser Materialien bei den Bezirkshauptmannschaften, während die rechtmäßigen Besitzer wegen Mangels an barem Gelde allerlei Entbehrungen ausgesetzt sind. Gelegentlich direkter Anfragen der interessierten Kreise bei der Landesbehörde wurden dieselben mit dem Bescheid abgewiesen, daß die Aufteilung der erlegten Beträge erst nach Kriegsende erfolgen wird. *(Hört! Hört!)* Es ist aber nicht mehr möglich, das Ende des Krieges abzuwarten.

Infolge der Nichtauszahlung der Gebühren und des Ablösungspreises befinden sich die Eigentümer in einer sehr unangenehmen Lage. Dieselben sind zum größten Teile Flüchtlinge; unter denen sind auch viele, welche sich bis vor kurzem aus Eigenem erhalten haben, weil sie nicht in die staatliche Fürsorge aufgenommen wurden. Aber auch die Flüchtlinge, welche als solche der staatlichen Unterstützung teilhaftig wurden, sowohl jene, welche in Flüchtlingslagern gesammelt wurden, als jene, welche in der Diaspora und gemeindeweise untergebracht wurden, haben die wenigen Ersparnisse, welche sie sich bei der Evakuierung mitgenommen haben, aufgebraucht. Die karge Flüchtlingskost in den Flüchtlingslagern wie die Unterstützungen für die Flüchtlinge in der Diaspora sind in Anbetracht der herrschenden horrenden Teuerung ungenügend, um das Leben zu fristen; die armen und bedauernswerten Flüchtlinge hungern und leiden unter allerlei Entbehrungen, während ihr Guthaben und Werte von Millionen in den Kassen der Behörde auf Verteilung wartet. Es ist die höchste Zeit, daß diese Angelegenheit einer näheren Prüfung unterzogen wird. Es ist dringend notwendig, daß die Auszahlung der Kriegsleistungsgebühr und des Ablösungspreises für erstandene Objekte seitens der kompetenten Behörden mit aller Beschleunigung und mit gebührender Beseitigung der Mißstände und Verkürzungen der Berechtigten, wie auch mit entsprechender Richtigstellung der Höhe dieser Gebühren und Preise einer raschen, gerechten Erledigung zugeführt werde.

Zu diesem Zwecke erlaube ich mir folgende Resolution zu stellen *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird ersucht, die im Kriegsdienstleistungsgesetze begründeten Ersatzansprüche, wenn für dieselben der entsprechende Nachweis vorliegt, insbesondere wenn bei den Requisitionen die Namen der Besitzer und die übernommenen Materialien vorgemerkt sind, zur Gänze durch Auszahlung der betreffenden Summen zu befriedigen; in den Fällen aber, wo sämtliche zur Flüssigmachung erforderlichen Dokumente nicht vorhanden sind und das Verfahren voraussichtlich einer baldigen Erledigung nicht zugeführt werden kann, die annähernde Höhe des Anspruches eventuell auf Grund von Bestätigungen vertrauenswürdiger Personen unverzüglich zu ermitteln und entsprechende Teilbeträge vorschußweise zu leisten, besonders dann, wenn die ansprucherhebenden Parteien Geldmittel zur dringlichen Behebung ihrer wirtschaftlichen Notlage oder zur Wiederaufnahme ihrer Erwerbstätigkeit benötigen."

Ich bitte das hohe Haus um Annahme dieser Resolution. *(Bravo! Bravo!)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Ritter v. Semaka hat einen Resolutionsantrag gestellt. Derselbe lautet *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, um die Wiederaufbauaktion in der Bukowina zu fördern, Bauholzniederlassungen aus den Religionsfondsforsten in den waldarmen Gegenden des Nordens der Bukowina zu errichten."

Ich ersuche jene Herren, welche diese Resolution unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die

Resolution ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Delugan eine Resolution beantragt, welche er soeben verlesen hat. Diese Resolution ist ist genügend gezeichnet und steht daher ebenfalls in Verhandlung.

Zur formalen Geschäftsbehandlung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Waber das Wort.

Abgeordneter Dr. **Waber**: Ich beantrage Schluß der Debatte.

Abgeordneter **Reizes**: Ich bitte um Konstatierung des Stimmenverhältnisses!

**Präsident**: Der Herr Abgeordnete Dr. Waber hat den Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Ich ersuche diejenigen Herren, welche dafür sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Ich ersuche stehen, beziehungsweise sitzen zu bleiben, weil der Herr Abgeordnete Reizes die Konstatierung des Stimmenverhältnisses verlangt hat. Ich ersuche die Herren Schriftführer das Stimmenverhältnis festzustellen.

*(Nach Auszählung des Hauses:)*

Der Antrag auf Schluß der Debatte wurde mit 84 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Onyszkewycz. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Onyszkewycz**: Hohes Haus! Daß ich zu dem dem hohen Hause vorliegenden Berichte des Wiederherstellungsausschusses das Wort ergreife, hat seine Ursache nicht darin, daß ich glaubte, die von dem Wiederherstellungsausschusse angenommenen Anträge bedürften weiterer Erläuterungen oder Befürwortung, sondern darin, daß ich als Vertreter des ukrainischen Volkes mich mit den gestellten und im hohen Hause voraussichtlich zur einhelligen Annahme gelangenden Anträgen des Ausschusses nicht zufrieden geben kann.

Ich gebe gerne zu, daß, falls die Regierung die dem hohen Hause vorliegenden Anträge des Wiederherstellungsausschusses sich als Richtlinie ihrer weiteren Tätigkeit auf dem Gebiete der Wiederherstellung der kriegszerstörten Gegenden, besonders aber Ostgalizien, nimmt, dann die Wiederaufbauaktionen ein entsprechendes Tempo gewinnen werden und das Vernachlässigte mindestens zum Teil wird eingeholt werden können.

Die unterbreiteten Anträge des Wiederherstellungsausschusses erschöpfen aber nicht die ganze Frage der Wiederherstellung des durch den Krieg zerstörten Wirtschaftslebens in Ostgalizien und insbesondere der dortselbst gänzlich zerstörten bisherigen wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit des ukrainischen Volkes, welche dasselbe seit der Zeit ihrer nationalen und politischen Wiedergeburt mit dem Aufwande ungemeiner Energie geleistet hat.

Das heutige Ostgalizien ist ein Teil jenes Landes, welches seit urdenklichen Zeiten als das Land, wo Milch und Honig fließt, bezeichnet wurde. Diese Bezeichnung wurde Ostgalizien und insbesondere der podolischen, ungemein humusreichen und somit äußerst fruchtbaren Hochebene mit vollem Recht beigelegt. Die sprichwörtliche Fruchtbarkeit dieses Bodens hat den landwirtschaftlichen Reichtum ganz Galiziens begründet und hat sich zur wirtschaftlichen Basis der nationalen und politischen Existenz des ukrainischen Volkes in Galizien ausgebildet.

Damit erklärt es sich, daß das ukrainische Volk seit der Zeit seiner politischen und nationalen Wiedergeburt alle seine Energie und alle seine geistigen und materiellen Mittel der Förderung der Landeskultur und der Hebung des ukrainischen Bauernstandes widmete.

Diese Kulturarbeit, deren Früchte in jedem ukrainischen Dorfe Galiziens zu sehen waren, wurde durch die Kriegsereignisse in demselben Maße vernichtet, in welchem die blühenden Ortschaften zerstört, die fruchtbaren Felder durchwühlt, verwüstet oder in eine Öde verwandelt wurden, die ansässige Landbevölkerung landflüchtig wurde.

Die Wiederherstellung muß somit auch dieses Gebiet umfassen und auch hier das alles ersetzen, was das Volk infolge des Krieges verloren hat, damit dasselbe nach dem Kriege hinter den andern Völkern in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung nicht zurückbleibt. *(Zustimmung.)*

Von diesem Gesichtspunkte aus ist es für uns ukrainische Abgeordnete nicht bloß von Wichtigkeit, daß die zerstörten Wohn- und Wirtschaftsgebäude wieder aufgerichtet werden, sondern vielmehr, daß die durch den Krieg zerstörte Kulturarbeit des ukrainischen Volkes in ihrer Gesamtheit wieder aufgerichtet werde. Das wieder hergestellte ukrainische Dorf muß somit nicht bloß die gleiche Anzahl der Baulichkeiten aufweisen, die es vor dem Kriege aufwies, sondern es müssen diese Baulichkeiten im Sinne der Kulturbedürfnisse des ukrainischen Volkes gebaut werden, und zwar sowohl die Kirche als auch das Gemeindehaus, das Schulgebäude, die Vereins- und Genossenschaftshäuser, die Wohn- und Wirtschaftsgebäude. Es muß überdies auch der Geist wiederhergestellt werden, welcher in diesen Baulichkeiten gehaust hat. *(Zustimmung.)*

Es darf nicht ein ukrainisches Dorf oder Städtchen schablonenmäßig wie eine Kolonie von Eisenbahnern wiederhergestellt werden, wie es leider

bis jetzt geschehen ist, sondern es muß der ortsübliche Stil in diesen Baulichkeiten angewendet werden.

Es ist klar, daß eine solche Wiederherstellung nur die Angehörigen des ukrainischen Volkes, welche mit ihm in der engsten Kulturgemeinschaft leben, durchführen können. Mit Herz und Seele hängt der ukrainische Bauer an jedem althergebrachten Detail seiner Kirche und seiner Wohnung und kein Fremder ist imstande, bei allen seinen Fachkenntnissen, diesem Bedürfnisse des ukrainischen Volkes voll zu entsprechen.

Mit gleicher Liebe und Anhänglichkeit bebaut der ukrainische Bauer sein Ackerfeld, bestellt er seinen Obstgarten, seine Bienenwirtschaft, Schweine-, Schaf- und Ziegenzucht und vor allem widmet er sich der Viehzucht.

Nach der Zählung vom Jahre 1910 besaß Galizien im ganzen 2,505.012 Stück Hornvieh, das ist 27 Prozent der Gesamtzahl der Rinder in den österreichischen Ländern, wovon auf einen Quadratkilometer Anbaufläche 45·25 und auf 100 Köpfe 31·25 Stück entfielen. Absolut genommen wies Galizien die höchste Rinderzahl auf, relativ aber in bezug auf das Verhältnis zur Anbaufläche und Bevölkerungszahl und insbesondere in bezug auf die Qualität des gehaltenen Hornviehmaterials stand es weit hinter anderen Kronländern zurück.

Von der Gesamtzahl der Rinder im Lande waren 1,568.871 Stück in Ostgalizien gehalten, also zirka 65 Prozent. Davon entfielen auf ukrainische Gehöfte approximativ 1,290.409 Stück oder 82·4 Prozent des ganzen Hornviehbestandes Ostgaliziens, weil auf nichtukrainischen Großgrundbesitz 200.000 Stück oder zirka 12·5 Prozent und auf polnische bäuerliche Minderheiten, beziehungsweise eingesprengte polnische Kolonien etwa 5 Prozent, also 78.443 Stück entfielen, denn das Hauptkontingent der polnischen Bevölkerung Ostgaliziens konzentriert sich nicht in Dörfern, sondern in den Städten und Städtchen sowie auf Beamtenstellen. Die Proportion der Viehbestände des Großgrundbesitzes ist um so größer, wenn man bedenkt, daß der ostgalizische Großgrundbesitz ein Drittel des gesamten Anbauareales bewirtschaftet und dabei nur ein Achtel des Hornviehes pflegt.

Die Hand, welche die ukrainische Landwirtschaft wieder herzustellen die Pflicht übernimmt, muß eine sanfte sein und über ein sehr zartes Gefühl verfügen.

Hierin liegt auch der Grund, warum die in Lemberg am 1. und 2. November d. J., versammelten Vertreter der ukrainischen Landwirtschaft aus allen Bezirken des Landes den einhelligen Ruf nach Errichtung einer besonderen Wiederherstellungszentrale für die kriegszerstörten ukrainischen Gebiete erhoben und einstimmung mit dem größten Nachdrucke die Betrauung der ukrainischen Fachkräfte und der ukrainischen Fachorganisationen, vor allem der ukrainischen landwirtschaftlichen Hauptkorporation „Silskyj Hospodar", mit der Durchführung der Wiederherstellungsarbeiten verlangt haben. *(Bravo! Bravo!)*

Diesem Rufe der berufenen Vertreter der ukrainischen Landwirtschaft schließen wir ukrainische Abgeordnete uns aus tiefster Überzeugung an und werden die Forderung nach Errichtung einer besonderen Zentrale zur Wiederherstellung ukrainischer kriegszerstörter Gebiete sowie nach Übertragung der Durchführung der Wiederherstellungsaktionen auf ukrainische Fachkräfte und ukrainische Fachorganisationen, vor allem aber, was die Landwirtschaft anbelangt, auf die ukrainische landwirtschaftliche Hauptkorporation „Silskyj Hospodar" und zwar einschließlich der Viehzucht, nie aufgeben, sondern im Gegenteil werden wir alle unsere Kräfte dazu benutzen, um diese Forderung durchzusetzen *(Bravo!)*, weil wir nur auf diese Weise Sicherheit gewährt haben können, daß die Wiederherstellung der ukrainischen Gebiete im Sinne der Kulturbedürfnisse des ukrainischen Volkes wird durchgeführt werden können. *(Bravo! Bravo!)*

Die bisherige Nichtberücksichtigung dieser seit allem Anfang der vom Staate eingeleiteten Wiederherstellungsaktionen unsererseits erhobenen Forderung empfindet das ukrainische Volk als Undank des Staates gegenüber allen diesen immensen Opfern an Gut und Blut, welche das ukrainische Volk sowohl auf den Kriegsschauplätzen, als auch durch Vernichtung seiner Habe infolge der Kriegsoperationen, Evakuierungen, Requisitionen usw., ferner durch den Tod unzähliger Volksangehörigen infolge der Epidemien, Entbehrungen aller Art im Kriegsgebiete und in den Evakuierten- und Interniertenlagern dem Staate gebracht hat. *(Sehr richtig!)*

Nicht genug aber, daß die bisherigen Wiederherstellungsaktionen der vorbesprochenen Forderung nach Mitwirkung des ukrainischen Volkes an der Durchführung derselben nicht entsprachen, sie wurden vielmehr ungemein kleinlich und ohne jeden weiter ausgreifenden Plan geführt, so daß sie dem Volke nicht die Hilfe und Erleichterung, sondern Enttäuschung und Hoffnungslosigkeit gebracht haben. Enttäuschung, weil in der Bevölkerung der Glaube geweckt wurde, daß der Staat eingedenk der großen Opfer dieselben tatsächlich gutmachen wird, was aber in keinem Verhältnisse zu diesen Opfern bisher geschehen ist; Hoffnungslosigkeit, weil die Bevölkerung so lange mit Hoffnungen und Versprechungen getäuscht wurde, bis sie zuletzt jeden Glauben und Hoffnung auf die Staatshilfe verloren hat. *(So ist es!)*

Es ist bisher nicht einmal das geschehen, was zu allem Anfang hätte geschehen müssen, und zwar: die Regelung des Anspruches auf die Staatshilfe im gesetzlichen oder Verordnungswege sowie die Regelung der Ansprüche auf die Gutmachung der Kriegsschäden. Weil dies bisher unterblieben ist, bekommt der eine den ganzen Schaden vergütet, wogegen der andere überhaupt keine Vergütung bekommt oder aber nur in ganz unzulänglichem Ausmaße. Leider haben die meisten ukrainischen Volksangehörigen erfahren müssen, daß sie in die zweite Gruppe gehören.

Wir erheben somit nachdrücklichst die Forderung nach Regelung der Ansprüche auf Vergütung der Kriegsschäden, sowie des Anspruches auf Staatshilfe *(Bravo!)* bei Wiederherstellungsaktionen im gesetzlichen Wege und verlangen von der Regierung die baldmöglichste Einbringung einer diesbezüglichen Gesetzesvorlage.

Ich habe schon früher erwähnt, daß es sich uns nicht bloß darum handeln muß, die zerstörten Baulichkeiten wieder aufgebaut, das lebende und tote Inventar usw. ersetzt zu sehen, sondern vielmehr darum, die frühere Produktionskraft und Leistungsfähigkeit des ukrainisches Volkes wieder hergestellt zu wissen.

Demgemäß verlangen wir, daß der Wiederaufbau sich nicht auf technische Maßnahmen allein beschränkt, sondern daß der Wiederaufbau auch die Wirtschaftsförderung in vollstem Maße einschließt und die vollste Wiederherstellung des Wirtschafts- und Kulturlebens des ukrainische Volkes anstrebt, weil nur auf diese Weise das ukrainische Volk seine frühere Produktionskraft auf allen seinen Betätigungsgebieten wir erlangen können.

Und dies ist eben das wichtigste sowohl für das ukrainische Volk als auch für den Staat selbst, weil ohne vollständige Wiederherstellung der Produktionskraft des ukrainischen Volkes dasselbe sich nicht lebensfähig erhalten kann.

Diesen Standpunkt muß sich der Staat und die hohe Regierung unbedingt zu eigen machen, wenn sie sich eines geschichtlichen Undankes gegenüber dem ukrainischen Volke nicht schuldig machen wollen.

Bisher sehen wir aber leider bei der hohen Regierung und den sonstigen Staatsorganen kein Verständnis für diesen Standpunkt des ukrainischen Volkes und seine durch den Krieg geschaffene Notlage.

Die jetzige Landeszentrale für wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens hat fast ausschließlich nur für Westgalizien und in Ostgalizien nur für den Großgrundbesitz und die Industrie bei völliger Vernachlässigung der ukrainischen Landwirtschaft gearbeitet.

Eine Änderung dieser Verhältnisse haben wir alle von dem Momente erhofft, in welchem die östlichen Bezirke Ostgaliziens von der Russeninvasion befreit wurden. Obwohl aber gleich nach der Befreiung dieser Bezirke sogar Seine Majestät der Kaiser die unglaublichen Verwüstungen und Zerstörungen in Augenschein genommen hat und nachher alle einschlägigen Zentralbehörden ihre Vertreter zur Besichtigung dieser Bezirke entsendet haben, ist bisher zur Rettung derselben fast gar nichts geschehen. Die ukrainischen Delegierten dieser Bezirke haben in der vorerwähnten Lemberger Versammlung der ukrainischen Landwirtschaftsgesellschaft „S. H." am 1. und 2. November haarsträubende Schilderungen der in ihren Bezirken herrschenden Zustände vorgeführt. Die Bevölkerung, welche die feindliche Invasion an Ort und Stelle durchgehalten hat, wird aller Lebensmittel direkt beraubt, und zwar auf die Weise, daß man sie einzig zu dem Zwecke evakuieren läßt, um sich ihrer Habe und ihrer Lebensmittelvorräte zu bemächtigen.

Dies geschah zum Beispiel in dem Dorfe Kossiwka, Bezirk Tarnopil, sowie in vielen anderen Dörfern der Bezirke Tarnopil, Husyatyn, Czortkiw und Borszczów, woselbst alle Lebensmittel ohne jede Rücksicht auf die einheimische Bevölkerung derselben weggenommen werden. Diese Bezirke haben aus diesem Grunde den Herbstanbau nicht durchgeführt und werden auch kaum den Frühjahrsanbau durchführen können. Man zieht den Bauern die Schuhe und Kleider als sogenannte Kriegsbeute aus.

Überhaupt wird in Ostgalizien trotz aller Verwüstungen ungemein viel, je näher der Front, desto mehr requiriert und es werden überdies in diesen Bezirken in sehr großer Anzahl Rekruten zur Ausbildung stationiert, wie zum Beispiel im Bezirke Berezany, woselbst 5000 Rekruten angeblich wegen leichterer Approvisionierung stationiert wurden, trotzdem in diesem Bezirke 14 Dörfer evakuiert wurden und die jetzt zurückkehrende evakuierte Bevölkerung über keine Lebensmittel verfügt; dasselbe geschieht in dem Bezirke Kalusz trotz großer Verwüstungen dieses Bezirkes usw.

Andrerseits mangelt es diesen Bezirken an jeglicher geregelten Zufuhr von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, von Bau- und Brennmaterialien. Sogar das, was zugeführt wird, wird nur in den Städten, und zwar unter der Hand verkauft, so daß die Landbevölkerung nur im Wege des Tauschhandels zu ungemein hohen Preisen in den Besitz von Zucker, Petroleum, Kerzen, Seife, Salz, Leder usw. gelangen kann, wobei für 1 Kilogramm Zucker die Landbevölkerung sogar 14 K, für einen Liter Petroleum 4 K, für 1 Kilogramm Salz ebenfalls 4 K usw. zahlen muß. *(Hört! Hört!)*

Trotzdem seit der Befreiung Ostgaliziens bisher vier Monate verstrichen sind, bekommt die

Landbevölkerung immer noch keine Unterstützungsbeiträge für die in Kriegsdienstleistung befindlichen Personen, werden derselben die Requisitionen nicht vergütet und es werden auch die Kriegsschäden, welche als Basis für Wiederherstellungsaktionen dienen müßten, nicht aufgenommen. Es wurde auch bisher behördlicherseits noch keine Notstandsaktion für diese Bezirke, in welche die vollständig mittellosen Kriegsevakuierten zurückkehren und dort in der Regel von ihren Wirtschaften nicht einmal den Platz vorfinden, wo dieselben gestanden waren, organisiert, so daß diese unglückliche Bevölkerung dem größten Elend preisgegeben ist. Für die unzählige Menge der Obdachlosen wurde weder bezüglich der Nahrung noch bezüglich der Bekleidung und Unterkunft vorgesorgt. Mit ihren Familien müssen sich diese Unglücklichen Gruben ausheben, welche sie als Wohnräume für den Winter werden benutzen müssen, wobei sie nicht einmal Bretter oder Pappe bekommen können, um diese Gruben zuzudecken.

Diese Verhältnisse bringen die Bevölkerung zur Verzweiflung. Die in erster Linie zur Hilfeleistung berufene Landeszentrale für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens, sowie das k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten erweisen sich machtlos, weil die seit drei Monaten anhaltende Verkehrsunterbindung nach Ostgalizien sich als ein unüberwindliches Hindernis für die Versorgung dieser Bezirke mit den nötigsten Baumaterialien erwies.

Angesichts solch großer Notlagen in diesen Bezirken, wobei es sich um Hunderttausende von Staatsbürgern handelt, hätte man doch einen Ausweg finden müssen, um dieser Bevölkerung zu Hilfe zu kommen. Daß dies nicht geschah, müssen wir als Beweis dafür auffassen, daß der Staat und die Regierung ihre Pflicht gegenüber dem ukrainischen Volke nicht in solchem Maße erfüllen wollen, in welchem das ukrainische Volk seine Pflicht gegenüber dem Staate erfüllt hat.

Zu alldem gesellte sich eine Zwangsmaßregel, welche das ganze ukrainische Volk geradezu empört, und zwar werden die ukrainischen Landwirte, beziehungsweise ihre Frauen und Kinder, weil sie selbst den Kriegsdienst leisten, zwangsweise unter militärischer Assistenz zu den Feldarbeiten auf den Gründen des Großgrundbesitzes verwendet, obgleich sie ihre eigenen Wirtschaften nicht bestellt haben und selbständige Landwirte sind. Dabei wird ihnen für ihre Arbeit der Friedenslohn bezahlt, ohne Verpflegung, so daß sie durch die Abnützung der Kleider und Schuhe, sowie der Gerätschaften mehr verlieren als der Verdienst der ganztägigen Arbeit ausmacht und noch dazu die Verpflegung aus eigenem bestreiten müssen, so daß sie tatsächlich zu ihrer Arbeit noch aufzahlen müssen. Den größten Schaden aber erleiden sie dadurch, daß sie ihre eigenen Felder nicht bestellen und somit für sich die notwendigsten Nahrungsmittel nicht produzieren können, wodurch auch ihre Wirtschaften zugrunde gehen.

Wir müssen für dies alles von der Regierung energische und schleunigste Abhilfe verlangen. Die Abhilfe muß sich auch auf die Requisitionen von Kartoffeln und Futtermitteln erstrecken, weil auch in dieser Beziehung die östlichen Bezirke Ostgaliziens zu solchen Leistungen zwangsweise herangezogen werden, die ihre Kraft übertreffen und deren Durchführung diese Bezirke und die ukrainische Landwirtschaft gänzlich ruinieren muß.

Es ist die höchste Zeit, daß einmal eine Einheitlichkeit im Vorgehen der Militärbehörden mit den Zivilbehörden zustande kommt. Die jetzige Art des Vorgehens ist eines geordneten Staatswesens unwürdig, weil die Zivil- und die Militärbehörden, je auf eigene Faust der Bevölkerung die abzuliefernden Kontingente vorschreiben, so daß sie unter diesen Kontingentsvorschreibungen einfach zusammenbricht. Als Beispiel möge angeführt werden, daß die dritte Armeeverwaltung von dem Bezirke Dolyna 4000 Waggons Kartoffeln angefordert hat, obwohl die Gesamtproduktion des Bezirkes an Kartoffeln 4289 Waggons ausmacht und davon 3609 Waggons zur Deckung des Bedarfes der nichtproduzierenden Bevölkerung des Bezirkes nötig sind. Der Bezirk Staryj Sambir braucht für seine Ernährung die Zufuhr von 400 Meterzentner Kartoffeln, man verlangt aber von ihm im Requisitionswege 700 Meterzentner!

Bezüglich der Futtermittelrequisition möge die Regierung nicht außer Acht lassen, daß infolge der Evakuierungen und der Kriegszerstörungen die Viehbestände in Ostgalizien allgemein tief unter 50 Prozent der Friedensbestände gesunken sind, und daß einzelne Gegenden ihr Vieh gänzlich eingebüßt haben, so daß eine unverzügliche Vieheinfuhr in diese Gegenden zwecks Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion unbedingt notwendig ist. Würden die Futtermittelrequisitionen mit gleicher Rücksichtslosigkeit wie bisher fortgeführt werden, dann müßten die Viehbestände in denjenigen Bezirken, welche überhaupt noch Vieh haben, noch weiter sinken und die Gegenden, welche kein Vieh haben, würden auf jede Vieheinfuhr, somit auf jede Möglichkeit der Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Produktion verzichten müssen.

In meinen Ausführungen habe ich getrachtet die Regierung wenigstens oberflächlich auf all diese Umstände aufmerksam zu machen, welche die Wiederherstellungsaktionen beeinträchtigen, und ich bin vollkommen überzeugt davon, daß alle eingeleiteten Wiederherstellungsaktionen und alle für dieselben auszugebenden Gelder nur dann fruchtbringend sein und ihren Zweck werden erfülle-

können, wenn die Regierung den vorgebrachten Gesichtspunkten voll Rechnung trägt und alle die Wiederherstellungsaktionen hindernden Umstände beseitigt. Im übrigen schließe ich mich den Anträgen des Wiederherstellungsausschusses an, obwohl ich mir, wie gesagt, von deren Annahme nur dann Erfolg verspreche, wenn die Regierung mit vollem Verständnis sich der Sache der Wiederherstellung der kriegszerstörten Gebiete widmet und die Wiederherstellung nicht als eine eng bureaukratische oder technische Maßnahme, sondern überdies als eine weitausblickende soziale Aufgabe betrachtet. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zur Stellung eines formalen Antrages hat sich der Herr Abgeordnete Baumgartner zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Baumgartner:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Baumgartner beantragt Schluß der Debatte. Ich bitte diejenigen Herren, die für Schluß der Debatte sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Schluß der Debatte ist angenommen.

Zum Worte sind noch eingetragen, und zwar pro die Herren Abgeordneten: Dr. Waber, Dr. Matakiewicz, Kittinger, Potoczek, Smilowski, Stern, Dr. Rychlik, Rauch; kontra die Herren Abgeordneten: Baumgartner, Freiherr v. Horuzaki, Dr. Bugatto, Dr. v. Smal-Stockyj, Leizes, Dr. Petruszewycz, Dr. Eugen Lewickyj, Eugen Baczyńskyj, Lawruk, Petryckyj, Dr. Dnistrianskyj, Wityk, Dr. Conci, Tonelli.

Ich bitte die Herren, sich auf Generalredner zu einigen. *(Nach Vornahme der Wahl:)* Zum Generalredner pro wurde gewählt der Herr Abgeordnete Dr. Matakiewicz, zum Generalredner contra der Herr Abgeordnete Dr. Bugatto.

Ich breche die Verhandlung ab. Die Herren Generalredner werden in der nächsten Sitzung zum Worte kommen.

Der Obmannstellvertreter des Finanzausschusses hat sich namens dieses Ausschusses an mich mit dem Ersuchen gewendet, die Frist, die diesem Ausschusse zur Berichterstattung über den zum Budgetprovisorium gestellten Antrag der Herren Abgeordneten Hummer, Teufel und Genossen, betreffend die Neuregelung der Branntweinsteuer, gesetzt wurde, um 14 Tage zu verlängern.

Mit Rücksicht darauf, daß das Ende der 14tägigen Frist in die Zeit der Delegationstagung fallen würde, erlaube ich mir den Antrag zu stellen, das hohe Haus möge die dem Finanzausschusse zur Berichterstattung über den erwähnten Gegenstand gesetzte Frist um 4 Wochen verlängern.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Frist ist um 4 Wochen verlängert.

Zu einem formalen Antrage hat sich der Herr Abgeordnete Stanek gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Stanek:** Hohes Haus! Den Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten entnehmen wir, daß der ungarische Ministerpräsident Wekerle sich nicht an die Wahrheit gehalten hat. *(Hört! Hört!)* Da wir aber andererseits nächste Woche bei der Debatte über den österreichisch-ungarischen Ausgleich Gelegenheit haben werden, unseren Standpunkt gegenüber den ungarischen Politikern und gegenüber der ungarischen Regierung darzulegen, verzichten wir darauf, einen Antrag auf Eröffnung der Debatte über die heutige Erklärung Seiner Exzellenz des Herrn Ministerpräsidenten zu stellen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Nachdem der Herr Abgeordnete Stanek darauf verzichtet, einen Antrag zu stellen, kann ich einen Antrag auch nicht zur Abstimmung bringen.

Die nächste Sitzung beantrage ich für Dienstag, den 27. d. M., 10 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete *(750 der Beilagen)*.

2. Bericht des Wehrausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel, Dr. Sommer, K. H. Wolf und Genossen (490 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XXII. Session 1917) *(726 der Beilagen)*.

3. Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen *(679 der Beilagen)*.

4. Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im feld- und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse, die ausnahmsweise Unterstellung von

Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und die Bildung der Geschwornenlisten *(790 der Beilagen)*.

5. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 152 der Beilagen, welche die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 304, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege zum Gegenstande hat *(793 der Beilagen)*.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserlichen Verordnungen:

1. vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der österreichischen Kriegsanleihe vom Jahre 1915 (Beilage 87),

2. vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der dritten österreichischen Kriegsanleihe (Beilage 88) und

3. vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, über die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der vierten österreichischen Kriegsanleihe (Beilage 89) *(803 der Beilagen)*.

7. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 30. August 1914, R. G. Bl. Nr. 234, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt *(804 der Beilagen)*.

8. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1916, R. G. Bl. Nr. 334, wegen Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr *(805 der Beilagen)*.

9. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1914, R. G. Bl. Nr. 227, über den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf Fristen, Termine und das Verfahren *(820 der Beilagen)*.

10. Bericht des Flüchtlingsausschusses über den Beschluß des Herrenhauses zum Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge *(810 der Beilagen)*.

Ist ein Einwand dagegen? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, es bleibt daher bei meinem Vorschlage.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 5 Uhr 5 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 43. Sitzung, Dienstag, den 27. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete (750 der Beilagen). — 2. Bericht des Wehrausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel, Dr. Sommer, K. H. Wolf und Genossen (490 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses, XXII. Session 1917) (726 der Beilagen). — 3. Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen (679 der Beilagen). — 4. Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feld- und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse, die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und die Bildung der Geschwornenlisten (790 der Beilagen). — 5. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 152 der Beilagen, welche die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 304, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege zum Gegenstande hat (793 der Beilagen). — 6. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserlichen Verordnungen: 1. vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der österreichischen Kriegsanleihe vom Jahre 1915 (87 der Beilagen); 2. vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der dritten österreichischen Kriegsanleihe (88 der Beilagen) und 3. vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, über die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der vierten österreichischen Kriegsanleihe (89 der Beilagen) (803 der Beilagen). — 7. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 30. August 1914, R. G. Bl. Nr. 234, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt (804 der Beilagen). — 8. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1916, R. G. Bl. Nr. 334, wegen Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr (805 der Beilagen). — 9. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1914, R. G. Bl. Nr. 227, über den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf Fristen, Termine und das Verfahren (820 der Beilagen). — 10. Bericht des Flüchtlingsausschusses über den Beschluß des Herrenhauses zum Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge (810 der Beilagen).

# Inhalt.


### Personalien.

...wesenheitsanzeige (Seite 2283).

...laubserteilung (Seite 2283, 2311).

### Regierungsvorlage,

betreffend die Überweisungen aus Staatsmitteln an die Landesfonds in den Jahren 1917 und 1918 (Überweisungsgesetz) (831 der Beilagen — Seite 2283).

## Verhandlung.

Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete (750 der Beilagen — Redner: die Abgeordneten Dr. Matakiewicz [Seite 2283], Dr. Bugatto [Seite 2287], Berichterstatter Ritter v. Lukaszewicz [Seite 2289] — Abstimmung [Seite 2291]).

Bericht des Wehrausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel, Dr. Sommer, K. H. Wolf und Genossen (490 der Beilagen — 726 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Hummer [Seite 2291] — Abstimmung [Seite 2292]).

Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen (679 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Ellenbogen [Seite 2293], Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer [Seite 2297], Dr. Freiherr v. Fuchs [Seite 2298], die Abgeordneten Modráček [Seite 2304], Seitz [Seite 2306]).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Anträge (Anhang I)

1. des Abgeordneten Smrček und Genossen, betreffend die Fortsetzung und baldige Beendigung der Regulierungsarbeiten an der March und Thaya (832 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Wedra und Genossen, betreffend die Standesverhältnisse der Einjährig-Freiwilligen der Kriegsmarine (833 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend einen Unterhaltsbeitrag (Anhang II, 1524/I);

2. des Abgeordneten Dr. Benkovič und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend eine Enthebungsangelegenheit (Anhang II, 1525/I);

3. des Abgeordneten Dr. Bugatto und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Regelung der Bezüge der Görzer Postbeamten (Anhang II, 1526/I);

4. des Abgeordneten Habermann und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Beschlagnahme geringfügiger Nahrungsmittelmengen armer Leute durch die Gendarmerie in Stankau (Anhang II, 1527/I);

5. der Abgeordneten Kittinger, Dr. Waber und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Erwirkung von Teuerungszulagen an die Pensionisten von Privatbanken und derlei Instituten (Anhang II, 1528/I);

6. des Abgeordneten Dr. Kost' Lewyckyj und Genossen an die Regierung, betreffend die Hungerkatastrophe in den Bezirken Rohatyn, Pidhajci und Berežany (Anhang II, 1529/I);

7. des Abgeordneten J. Marek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Übergabe von Kohle seitens der Militärbehörde an Zivilpersonen (Anhang II, 1530/I);

8. des Abgeordneten Mašata und Genossen an den Handelsminister und an den Minister Höfer, betreffend die Regelung des Zündhölzerhandels und die Versorgung der Bevölkerung mit Zündhölzern (Anhang II, 1531/I);

9. des Abgeordneten Mašata und Genossen an den Minister Höfer, betreffend den Mangel an Küchensalz (Anhang II, 1532/I);

10. des Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen der Landesunterhaltskommissionen (Anhang II, 1533/I);

11. des Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an die Regierung, betreffend die Italienisierung südslawischer

Ortsnamen und den Gebrauch der italienischen Sprache in slowenischen Gegenden (Anhang II, 1534/I);

2. des Abgeordneten Svoboda und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung böhmischer Landsturmmänner beim ungarischen 64. Infanterieregiment (Anhang II, 1535/I);

3. des Abgeordneten Šamalík und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der ihren religiösen Pflichten nachgehenden Soldaten beim Kommando der Sappeurkompagnie Nr. 4/2 (Anhang II, 1536/I);

4. der Abgeordneten Šamalík, Navrátil und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Erteilung von Feldarbeitsurlauben (Anhang II, 1537/I);

5. des Abgeordneten Šamalík und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Benachteiligung der mährischen Landwirte bei der Viehablieferung für das Militärärar (Anhang II, 1538/I);

16. der Abgeordneten Dr. Witt, Staněk, Klofáč, Habermann und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Einschränkungen der ungarischen Regierung beim Erwerb von Grundbesitz in Ungarn (Anhang II, 1539/I);

17. der Abgeordneten Valoušek, Kadlčák und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Requisitionen von Getreide, Kartoffeln und Futtermitteln in Mähren und Schlesien (Anhang II, 1540/I);

18. der Abgeordneten Dr. Waber, Richter, Dr. Schürff, Kemetter und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Preise der Streckenkarten (Anhang II, 1541/I);

19. des Abgeordneten Pokorný und Genossen an den Ackerbauminister und an den Minister Höfer, betreffend die Ungezieferschäden in Mähren (Anhang II, 1542/I);

20. des Abgeordneten Dr. Ritter v. Halban und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister Dr. v. Twardowski-Skrzypna, betreffend die unzureichende Bekämpfung infektiöser Krankheiten, insbesondere der Syphilis in Galizien (Anhang II, 1543/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 27. November 1917:

Tagebeantwortungen ad 249, 303, 818, 884, 885/I.

Berichte:

1. des Gewerbeausschusses 819 der Beilagen;

2. des Justizausschusses 820 der Beilagen;

3. des Justizausschusses 825 der Beilagen.

Anträge 806 bis 814, 818, 821 bis 824, 827 bis 830 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 10 Uhr 10 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: Ritter v. **Lukaszewicz**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Cwiklińki**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twarowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr **Wieser**.

**Präsident**: Ich eröffne die Sitzung.

Das Protokoll über die Sitzung vom 3. November d. J. ist unbeanstandet geblieben, nach als genehmigt zu betrachten.

Der Herr Abgeordnete Wilhelm Maixner hat sich entschuldigt.

Dem Herrn Abgeordneten Dr. Šusteršič habe ich einen 14tägigen Urlaub erteilt.

Es ist eine Zuschrift der Regierung eingelangt, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Auf Grund Allerhöchster Ermächtigung beehre ich mich, in der Anlage einen Gesetzentwurf, betreffend die Überweisungen aus Staatsmitteln an die Landesfonds in den Jahren 1917 und 1918 (Überweisungsgesetz) *(831 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, ihn der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, 23. November 1917.

Der k. k. Finanzminister:
Wimmer."

**Präsident**: Diese Regierungsvorlage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Wiederherstellungsausschusses in Angelegenheit des Wiederaufbaues der zerstörten Kriegsgebiete *(750 der Beilagen)*.

Es gelangt zum Wort der Herr Generalredner pro, Abgeordneter Dr. Matakiewicz; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Matakiewicz**: Hohes Haus! Es sei mir gestattet, als Abgeordneter eines durch den Krieg sehr stark verwüsteten Wahlbezirkes, in dem sehr viele Bürger ihr Leben und ihre Gesundheit eingebüßt haben, Tausende von Gebäuden von unseren und feindlichen Truppen zum Zwecke des Ausbaues von Schützengräben auseinandergenommen, vom feindlichen Feuer zerstört oder beschädigt wurden, wo der Wiederaufbau seit zwei Jahren im Gange ist, als ein Zuschauer von der Nähe einige meiner Wahrnehmungen und Bemerkungen von dieser Stelle aus zur Kenntnis der maßgebenden Faktoren zu bringen, damit sie von ihnen zwecks besserer und rascherer Durchführung der Wiederherstellungsaktion einen eventuellen Gebrauch machen.

Ich bin weit davon entfernt, eine ungerechte Kritik zu üben, aber ich habe auch das Recht und Pflicht, von der gerechten Gebrauch zu machen und die volle Wahrheit zu sagen.

Meine verehrten Herren! In dem Wiederherstellungsausschusse wurde auf meine Anregung die Erklärung Seiner Exzellenz des Ministers für öffentliche Arbeiten, daß er den Wiederaufbau der durch den Krieg beschädigten Wohn- und Wirtschaftsgebäude der Landleute und Kleinstädter in der Regel durch die beschädigten Eigentümer selbst und nur ausnahmsweise durch Bauunternehmer durchzuführen, daß er zu diesem Zwecke den Beschädigten Geldsubventionen und nach Möglichkeit auch Baumaterial zur Verfügung zu stellen und die Wiederherstellungsarbeiten durch die Fachbauexposituren zu fördern und zu kontrollieren beabsichtigt, mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und der Arbeitsminister wurde aufgefordert, im Sinne dieser Erklärung zu handeln. Der Ausschuß hat dadurch die Ansicht eines wohlbewährten Fachmannes, wie es Seine Exzellenz der Herr Arbeitsminister ist, gebilligt, daß es bei der ungemein großen Anzahl der durch den Krieg zerstörten, verbrannten, auseinandergenommenen und beschädigten Wohn- und Wirtschaftsgebäude für die Staats-

bauexposituren unmöglich wäre, alle Herstellungsarbeiten in eigener Regie durchzuführen. Die Bauexposituren müssen aber den beschädigten Eigentümern Geldmittel in ausreichenden Beträgen geben und die Baumaterialien sichern und vorbereiten, welche die den Wiederaufbau vornehmenden Eigentümer für dieses Geld anzuschaffen imstande wären.

Bezüglich des Geldes erachten wir als einen erwünschten Fortschritt, welcher zur rascheren Durchführung der Wiederaufbauaktion sehr viel beitragen wird, die Tatsache, daß die am 17. dieses Monates stattgefundene zwischenministerielle Konferenz die Erweiterung der Kompetenz der Wiederaufbauzentralen durch Erhöhung der Beträge, bis zu welchen die Zentralen Wiederaufbausubventionen erteilen können, beschlossen hat, was zuversichtlich auch die Erweiterung der Kompetenz der Bauexposituren in dieser Hinsicht nach sich ziehen, die Wiederaufbauaktion vereinfachen und beschleunigen wird.

Ein Quadratmeter verbauter Hausfläche kostet zum Beispiel die Bauexpositur in Tarnów 100 K. Das kleinste Bauernhaus 12 Meter lang, 6 Meter breit, kostet 7200 K. Ein Stall mit 40 Quadratmeter, à 80 K per Quadratmeter, kostet 3200 K. Eine Scheuer mit 72 Quadratmeter verbauter Fläche à 50 K per Quadratmeter macht 3600 K aus. Der kleinste Bauernhof kostet also die Bauexpositur 14.000 K. Sie ist aber jetzt berechtigt, Bausubventionen nur bis 3000 K im eigenen Wirkungskreise zu erteilen. Um Bewilligung weiterer Subventionen muß sie bei der Wiederaufbauzentrale einschreiten und dabei lange Berichte verfassen, Protokolle mit den Beschädigten aufnehmen und prüfen, wie sie die empfangenen 3000 K verwendet haben. In der Zentrale liegt der Akt durch längere Zeit und erst dann kann man eine weitere Subvention auszahlen, wenn sie von der Zentrale bewilligt worden ist. Das nimmt sehr viel Zeit in Anspruch und verschleppt die ganze Aktion.

Was die Baumaterialien anbelangt, so haben sich die Privatbauunternehmer das Holzmaterial gesichert und das Holz rechtzeitig zu billigen Preisen angekauft. Hingegen haben die k. k. Bauexposituren Materiallagerstätten angelegt und Materialmagazine erbaut, Magazinsführer bestellt; es werden sogar Kontrollen dieser Magazine von Zeit zu Zeit vorgenommen, aber diese Magazine sind gewöhnlich fast ganz leer, es befinden sich in ihnen weder Holz und Bretter, noch Ziegel und Dachziegel. Die Bauexposituren haben sich bemüht, Kaufverträge mit den Waldeigentümern zu schließen, aber der zur Genehmigung solcher Kaufverträge in der Krakauer Wiederaufbauzentrale berufene pensionierte höhere Staatsbeamte, welcher während seines früheren aktiven Dienstes an niedrigere Holzpreise gewöhnt war, will diese Verträge nicht akzeptieren und hat sich angeblich sogar geäußert, daß er, wenn die Holzpreise weiter steigen werden, den Wiederaufbau einstellen werde.

Dem betreffenden Herrn Hofrat schien der von der Bauexpositur vereinbarte Preis für einen Kubikmeter Bauholz von 60 K loko Bahnstation zu hoch und er bestätigte den Kaufvertrag nicht. Die geschädigten Eigentümer mußten zu derselben Zeit den Holzhändlern per Festmeter 70 und 80 K zahlen und sie werden noch mehr bezahlen, weil sie sich retten müssen.

Eine solche unerbittliche Sparsamkeit hat keinen Sinn, verursacht nur infolge Verzögerung des Wiederaufbaues Schäden für die beschädigten Eigentümer und für den Staat, welcher ja später desto höhere Preise für Holz bezahlen wird müssen. Der Mangel an Ziegel und Dachziegel ist die Folge der langsamen Inbetriebsetzung schon bestehender Ziegeleien und Ziegelöfen und Errichtung neuer Ziegeleien und Ziegelöfen. Die schon instandgesetzten Ziegeleien erzeugen wiederum zu wenig Material, weil sie ein unzureichendes Quantum von Kohle erhalten. Der Bauexpositur in Tarnów wurde die bürgerliche Ziegelei in Tarnów zugewiesen, welche jedoch zu wenig Ziegel und kein Dachziegel erzeugt, weil sie monatlich statt 15 nur vier bis sechs Waggons Kohle bekommt.

Hingegen wurden die von der anderen Tarnówer Ziegelei „Konstancya“ erzeugten Ziegel und Dachziegel infolge Anordnung der Zentrale unbekannt wohin befördert. Infolge Mangels der notwendigen Dachziegel werden im Bereiche der Bauexpositur Tarnów einige Hunderte von ganz oder teilweise nicht gedeckten Wohn- und Wirtschaftsgebäuden bis zum Frühjahr faul werden.

Die diesjährige Dürre hat großen Futtermangel verursacht, Stroh ist heuer ein Schatz, der man fast um keinen Preis zum Zwecke der Dachbedeckung bekommen kann.

Die Bauexposituren praktizieren jetzt derart, daß sie wahrscheinlich zum Zwecke der Beruhigung der Interessenten Assignaten und Anweisungen an die Materialienmagazine auf dort gar nicht vorhandene Baumaterialien ausstellen und denselben einhändigen, wie Bretter, Ziegel, Dachziegel, auf welche die armen Leute oft monatelang erfolglos werden warten müssen.

Die Tarnówer Bauexpositur hat in letzter Zeit Assignaten auf 40.000 Festmeter Bauholz den Parteien eingehändigt, bekommt aber zur Zeit von den Holzlieferanten infolge Waggonmangel keinen einzigen Waggon Holz täglich.

Die Waggons müssen bei der Feldtransportleitung in Krakau schriftlich bestellt werden, die Schreiberei raubt viel Zeit.

Es kommen auch Fälle vor, daß sogar mit Baumaterial beladene Waggons auf Befehl der

Feldtransportleitung vor Abgang an den Bestimmungsort entladen und zu militärischen Zwecken rückübergeben werden müssen.

Es gibt Fälle, wo der Hauseigentümer Ziegel besitzt, deswegen aber den Ofen nicht bauen kann, weil ihm zur Dachbedeckung 300 Dachziegel fehlen und das durch die Öffnung im Dache rinnende Regenwasser dann den Ofen unbrauchbar machen könnte.

Meine sehr geehrten Herren! Die Zahl der zum Wiederaufbau unentbehrlichen Arbeitskräfte und besonders der Zimmerleute wird immer geringer. Im Jahre 1916 disponierte die Wiederaufbauexpositur Tarnów für den Wiederaufbau der politischen Bezirke Tarnów, Dąbrowa und Pilzno über 300 Zimmerleute, jetzt verfügt sie nur über 180, von denen alle Ende Dezember zum Militärdienste wieder einrücken werden müssen.

Die zwecks Verwendung bei der Wiederaufbauexpositur enthobenen Professionisten verlassen die Expositur nach Erreichung des vom Landsturmdienste freien Alters, da sie dorten nur Nahrung und 6 K täglich bekommen, hingegen, wenn sie auf eigene Faust arbeiten, täglich 10 K und Nahrung verdienen.

Außer den vom Militärdienst Enthobenen verfügt die Bauexpositur Tarnów in diesem Jahre über 50 russische kriegsgefangene Zimmerleute von Beruf.

Im Jahre 1916 verfügte sie über mehr als 200 solche russische Zimmerleute. Im Frühjahre 1917 wurden jedoch diese Kriegsgefangenen wegen Mangels an Nahrungsmitteln, welche auch die Krakauer Zentrale nicht beizustellen geneigt war, zur Disposition der Kriegsgefangenen-Beobachtungsstation in Wadowice gestellt und von dieser zur Vornahme von landwirtschaftlichen Arbeiten nach Ostgalizien instradiert.

Also statt diese russischen Zimmerleute in kleinere Partien zu teilen und den einzelnen Behädigten zuzuweisen, welche denselben sehr gern für Arbeit die Kost beistellen würden, hat man nichten Herzens auf diese so unentbehrlichen Professionistenkräfte verzichtet.

Die Enthebungen der zum Wiederaufbau notwendigen Professionisten, ja sogar der frontdienstuntauglichen, sind sehr selten und unzureichend. Die große Landgemeinde Zalasowa zum Beispiel im Bezirke Tarnów mit über 3000 Joch Feld und 650 Hausnummern, welche vor dem Kriege über acht Schmiede verfügte, besitzt zurzeit keinen einzigen Schmied.

Die Schmiede wären dort jetzt noch mehr notwendig, da auf den Wirtschaften lauter Weiber und Kinder geblieben sind.

Niemand ist da, der die Wirtschaftsgeräte zu reparieren imstande wäre.

Wie kann man bei solchen Verhältnissen an eine rationelle Wirtschaft denken?

Die Behörden zeigen bei den Enthebungsangelegenheiten der Professionisten nicht immer den guten Willen und das nötige Verständnis.

Zum Beispiel die von den Russen beschädigten Volksschulgebäude in Lubaszowa und Siedliska, im Bezirke Tarnów stehen seit 4 Jahren ohne Dach, haben den Kellerraum voll Wasser, die Mauern werden immer feuchter.

Obzwar für die Instandhaltung der Schule in Siedliska das Baumaterial, wie Ziegel und Kalk, vorbereitet ist, und sogar das von der Fabrik fertiggestellte Dach auf dem Erdboden liegt, wurde der Bezirksschulrat in Kenntnis gesetzt, daß kein Grund vorhanden sei, den frontdienstuntauglichen Maurermeister Adolf Siwek, der diese Schule zu bauen begonnen hat und zu deren Vollendung bereit ist, vom weiteren Militärdienste zu entheben.

Geehrte Herren! Was den Wiederaufbau unserer Kleinstädte anbelangt, so hat man sich nur entschlossen, den in der Vorstadt liegenden Wirtschaften Subventionen für den Wiederaufbau zu erteilen, wenn an die Gebäude auch die Grundstücke unmittelbar angrenzen. Die anderen Bewohner der Städtchen und auch solcher, die in Wirklichkeit keine Städtchen sind, wo keine Märkte abgehalten werden, wo die Einwohner wegen des Militärdienstes oder Mangels an Werkzeugen und Material sich mit Handwerken nicht beschäftigen und nur von dem leben, was sie von ihrem kleinen Grundstück ernten, weist man an den Kredit der Kriegskreditbank.

Josef Kubicki, Schmied aus Gromnik, Bezirk Tarnów, hat sich bei mir beklagt, was ich auch persönlich an Ort und Stelle konstatiert habe, daß er, obzwar sein Wohnhaus während der Kämpfe vom Feinde niedergebrannt worden ist und er im Stall wohnt und die Schmiede in einer provisorischen hölzernen Baracke eingerichtet hat, zu einem Wohnhaus aus dem Grunde nicht kommen kann, weil ihm die Tarnówer Bauexpositur für den Bau des Wohnhauses keine Subvention erteilen will und er auf die 143 Klafter Feld, die er insgesamt besitzt, doch keine für den Ausbau des Wohnhauses genügende Anleihe erhalten kann.

Was die technischen Beamten der Bauexposituren betrifft, so sind sie mit zu vieler, manchmal gar nicht technischer Arbeit, wie mit Führung von Kassen und administrativen Vormerkungen überbürdet.

Die Ingenieure, speziell die bei den Filialen exponierten, welche von den Bezirkshauptmannschaften kein Petroleum erhalten können, müssen sich oft aus eigenem jetzt so teure Kerzen anschaffen, damit sie am Nachmittag oder abends arbeiten können.

Das alles sowie die verschiedenen, dem Wiederaufbau im Wege stehenden Hindernisse verursachen große Mißstimmung bei dem technischen Personal

der Bauerposituren, welches von bestem Willen und von Arbeitslust beseelt war.

Hohes Haus! Was meine zweite Resolution, betreffend den Appell an die Regierung, anbelangt, sie soll ehestens die Holzausfuhr unter strenge Kontrolle stellen und von einer besonderen Ausfuhrbewilligung abhängig machen, habe ich im Ausschusse zuerst eine ein schärferes Holzausfuhrverbot aus Galizien beantragende Resolution eingebracht, und zwar in der Befürchtung, daß wir in Galizien, wo wir für uns selbst, für den Wiederaufbau und die Beheizung zu wenig Bau- und Brennholz besitzen, durch die Holzausfuhr nach Deutschland noch in größere Notlage geraten und nach dem Kriege oder noch früher in die unangenehme Lage versetzt werden, daß wir dann von Deutschland und von anderen Provinzen Österreichs das Holz, das wir selbst zu billigen Preisen verkauft haben, zu hohen Preisen werden kaufen müssen.

Da aber Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten uns im Ausschuß bekanntgegeben hat, daß die k. k. Regierung während der parlamentslosen Zeit mit Deutschland Staatsverträge und Vereinbarungen geschlossen hat, in welchen auch auf Ausfuhr gewisser Mengen von Holz nach Deutschland eingegangen worden ist, wofür das Deutsche Reich sich verpflichtet hat, uns Kohle aus den oberschlesischen Kohlenrevieren zu liefern, habe ich mich mit schwerem Herzen entschlossen, meinen Resolutionsantrag entsprechend dem Beschlusse des Subkomitees zu modifizieren.

Bezüglich der Kohlen- und Brennmaterialnot glaube ich kaum, daß die in letzter Zeit ins Leben gerufenen Lokal-, Bezirks- und Landeskohlenverteilungskommissionen der allgemeinen Not viel steuern werden, wenn sie über keine größeren Brennmaterialmengen verfügen werden.

Wenn bei der galizischen Kohlenverteilungszentrale in den Herbstmonaten um 15.000 Waggons Kohle von den verschiedenen Konsumenten angesucht wurde und dieselbe nur über 3000 Waggons Kohle allmonatlich disponierte, so werden auch die Kohlenverteilungskommissionen keine Wunder schaffen, wenn sie in den Wintermonaten nicht mehr als 3000 Waggons Kohle als Verteilungskontingent erhalten werden.

Es gibt nur eine Lösung dieser Frage: Mehr Kohle, mehr Brennholz, alles versuchen, um die Kohlen- und Brennholzproduktion zu steigern. Für Bau- und Brennholz sollen schleunigst Richtpreise bestimmt werden, da die Holzeigentümer und sogar solide Firmen die Holzpreise jede Woche erhöhen. *(Zustimmung.)*

In größeren Städten sollen Brennholzlager schon jetzt errichtet werden; das Brennholz soll aus Staatsdomänen und im Wege der Requisition von Privatbesitzern ehestens vorbereitet werden.

Wenn das nicht rasch gemacht wird, so werden viele Tausende von Menschen erfrieren und erkranken und nicht nur Schulen, wie das im vorigen Winter der Fall war, sondern auch Gerichte und andere öffentliche Behörden werden geschlossen werden müssen. *(Zustimmung.)*

Im Bezirke Tarnów hat der Bezirksschulrat 44 Waggons Kohle für die Schulen angesprochen, aber bis jetzt keinen einzigen Waggon erhalten; deshalb haben schon die Schulen in der Stadt Tuchów und in anderen Orten den Unterricht eingestellt.

Bezüglich der Erklärung des Herrn Arbeitsministers in seiner Rede, daß das Arbeitsministerium bei den Bauerposituren Brennholzdepots eingerichtet hat, erlaube ich mir mitzuteilen, daß ein solches Depot bei der Tarnówer Bauerpositur gar nicht eingerichtet worden ist; der Herr Leiter dieser Expositur, den ich am Samstag besuchte, hat erklärt, daß eine solche Anordnung des Arbeitsministeriums, ein solcher Auftrag der Bauerpositur bis in die letzte Zeit nicht zugekommen ist und daß er davon erst von mir Kenntnis erhalten hat.

In Tarnów habe ich diesen Samstag, den 24. November, gesehen, daß eine große Menge von armen, krankhaft aussehenden Weibern die k. k. Bezirkshauptmannschaft belagert und Brot, Kohle und Brennholz verlangt hat, worüber die Bezirkshauptmannschaft nicht verfügte. Es ist nach meinem Dafürhalten die höchste Zeit, daß die Verwaltung mit aller denkbaren Energie eingreife, denn die Not ist ungemein groß. Mangelnde Ernährung und Kälte können große Übel und unerwünschte Überraschungen nach sich ziehen.

Hohes Haus! Die Rede Seiner Exzellenz des Herrn Arbeitsministers und besonders seine Offenherzigkeit und der aus der Rede zu ersehende gute Wille, den Wiederaufbau so rasch als möglich mit allen Mitteln durchzuführen, hat auf uns alle den tiefsten Eindruck gemacht. *(Zustimmung.)* Wir nehmen mit Freude die Einladung zur Mitarbeit an dem großen Werke des Wiederaufbaues an und ersuchen dabei, Seine Exzellenz wolle öfters unser armes Land besuchen und dabei prüfen, ob und wie seine Weisungen vollzogen werden und was der Durchführung im Wege steht, und wir sind sicher, daß wenn ein so erfahrener Fachmann dort erscheint die Trümmerhaufen rasch weggeschafft und die öden und wüsten Stätten baldmöglichst in blühende Gärten und schöngebaute Städte und Dörfer werden verwandelt werden, was Gott gebe. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Zum Worte gelangt der General redner kontra, der Herr Abgeordnete Dr. Bugatto Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Bugatto:** Hohes Haus! Diese Beratung über den Wiederaufbau der vom Kriege zerstörten Gebiete wäre unvollständig, wenn nicht auch ein Vertreter des Landes Görz und Gradisca zum Worte käme. Ich bedauere, daß es eines Mehrheitsbeschlusses des Hauses bedurft hat, um hiervon auch unseren Herrn Präsidenten zu überzeugen. Ich bedauere auch, daß ich nicht schon am Freitag meine Bemerkungen vorbringen konnte, weil sie eben dann um vier Tage früher vorgebracht worden wären.

Der Bericht, der uns vorliegt, trägt das Datum des 24. Oktober, er konnte sich also damals noch nicht mit dem Görzer Lande befassen, denn der 24. Oktober ist ja der Tag des Beginnes unserer Offensive. Am 28. Oktober war Görz von unseren Truppen eingenommen und wenige Tage darauf das ganze Land von der feindlichen Invasion befreit. Wir stehen heute in einer Entfernung von ungefähr einem Monate seit diesen Ereignissen und trotzdem hat aus diesem Berichte manches noch eine Aktualität, welche durch die Ereignisse hätte überholt sein können.

Aus den vielen Resolutionen, die der Ausschuß vorlegt, habe ich eine einzige, welche für mich Aktualitätswert besitzt, zu besprechen, nämlich jene des Herrn Abgeordneten Schoepfer. Alle übrigen Resolutionen befassen sich mehr mit der Durchführung einer schon im Zuge befindlichen Aktion, die Resolution Schoepfer aber lautet *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, alle vorbereitenden Schritte zu treffen, um mit der Wiederaufbauaktion in den jetzt besetzten Gebieten sofort nach der Vertreibung des Feindes beginnen zu können."

Heute könnte es zwar schon heißen: „in den jetzt nicht mehr besetzten Gebieten", das übrige bleibt aber, wie damals, aktuell, nämlich das Ersuchen, daß sofort nach Vertreibung des Feindes, also jetzt wenigstens einen Monat danach, mit der Aktion der Wiederaufrichtung begonnen werden möge.

Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten hat in seiner Rede so ganz vorübergehend erwähnt, daß bezüglich des Landes Görz und Gradisca die Organisationsarbeit im Zuge sei und daß nach deren Abschluß zur Inangriffnahme der Aktion geschritten werden wird. Nun kann ich nicht umhin, dem Bedauern Ausdruck zu geben, daß diese Schritte eben nicht vorher schon fertiggestellt worden sind, um so mehr, als seitens des Landes Görz und Gradisca und seitens der Abgeordneten immer darauf gedrängt wurde, daß diese vorbereitenden organisatorischen Maßnahmen früher schon fertiggestellt werden, damit gleichzeitig mit dem Einmarsch der Truppen auch die Zivilverwaltung im Lande ihre Tätigkeit beginne.

Vor acht Tagen, am vorigen Dienstag, hat eine Konferenz stattgefunden, in welcher die Organisation für den Wiederaufbau in Görz und Gradisca beschlossen wurde. Aus den Grundzügen, welche für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Landes Görz und Gradisca gerade in dieser Konferenz beschlossen wurde, geht aber nicht jener Geist hervor, den wir begrüßt hätten und der in der Rede Seiner Exzellenz durchgeklungen hat, nämlich der Geist der Modernität, des raschen Zugreifens und des Sichhinwegsetzens über die Kompetenzschwierigkeiten.

Das Ergebnis der Beratung war folgendes *(liest)*: „Die wirtschaftliche Wiederaufrichtung des Landes Görz erfolgt unter Führung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und unter Mitwirkung der zuständigen Zentralstellen mit Hilfe staatlicher Mittel durch die küstenländische Statthalterei und die politischen Bezirksbehörden unter Beteiligung der autonomen Landesverwaltung. Die durch gesetzliche Vorschriften geregelte Zuständigkeit anderer staatlicher oder der autonomen Behörden wird hierdurch nicht berührt."

Zu dieser Errungenschaft, zu dieser Entdeckung hätten, meine Herren, nicht lange, nicht wiederholte Beratungen notwendig sein sollen, denn daß die Statthalterei kompetent ist, wenn niemand anderer da ist, haben wir früher auch gewußt. Daß die anderen ressortzuständigen Stellen mitzuwirken haben usw., das gilt ja schon nach unserer bereits bestehenden Organisation, das steht im Mayerhofer und in jedem Handbuch der politischen Verwaltung zu lesen. Ich glaube, wenn dem so ist, daß diese Aktion von der Statthalterei durchzuführen ist, unter Oberleitung der Ministerien und im Einvernehmen mit den anderen Stellen, so hätte das wirklich schon mit dem Tage des Einmarsches der Truppen beginnen können. Hätte der Statthalter das gewußt, oder hätte er angefangen, mit seiner jetzigen Universalvollmacht zu operieren, so würden wir heute viel weiter stehen, als es faktisch der Fall ist.

Was wir gewünscht hätten, wäre eine besondere Organisation, die Betrauung von Persönlichkeiten mit besonderen Aufgaben und Vollmachten, damit sie sich, losgelöst von ihren bisherigen Kompetenzen, lediglich und allein dieser Aufgabe widmen können. Das kann der Statthalter und kann die Statthalterei nicht leisten; die haben wenig Beamte, haben ihre gewöhnlichen Agenden und können kaum mit diesen fertig werden. Es kann also für uns keine Beruhigung sein, wenn wir wissen, daß jetzt diese große und schwierige Aktion, wenn sie sich auch nur auf ein kleines Gebiet beschränkt, denselben Organen anvertraut werden soll, welche bis jetzt schon nicht in der Lage waren, ihren sonstigen

Obliegenheiten mit jener Vollständigkeit nachzukommen, wie sie es selbst gewünscht hätten.

Die ganze Konstruktion ist darauf eingerichtet, daß der Bevollmächtigte in der Aktion der Statthalter sein soll. Es heißt *(liest)*:

„Bei der küstenländischen Statthalterei sind die Angelegenheiten der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung erforderlichenfalls in neu zu errichtenden Abteilungen zu behandeln.

Die Statthalterei hat insbesondere die Anträge der politischen Bezirksbehörden zu überprüfen, hierüber zu entscheiden oder die erforderlichen Anträge an die Zentralbehörden zu stellen." Darum handelt es sich aber nicht, sondern um das Zugreifen, um das Durchführen. *(Liest)*: „Vorsitzender des Landesbeirates ist der Statthalter." .... „Dem Statthalter bleibt es überlassen, den Sitzungen des Landesbeirates ihm unterstehende Beamte, einen Vertreter der k. k. Seebehörde, der k. k. landwirtschaftlich-chemischen Versuchsstation, einen Vertreter der Kriegskreditanstalt für die südlichen Kriegsgebiete beizuziehen." .... „Auch die Zentralstellen können Vertreter zu den Sitzungen entsenden." .... „Der Beirat oder dessen Abteilungen sind vom Statthalter nach Bedarf in angemessenen Zeiträumen einzuberufen. Die Tagesordnung der Sitzungen wird vom Statthalter festgesetzt." .... „Die mit der Bearbeitung der einschlägigen Angelegenheiten betrauten Referenten der Statthalterei können auch bei Behandlung einzelner Geschäfte die zuständigen Abteilungen des Landesbeirates zu Rate ziehen."

Und so geht es weiter. Also Statthalter hin, Statthalter her, er muß alles machen. Nun wird sich aber herausstellen, daß der Statthalter nicht der Postdirektor ist, daß der Postdirektor nicht der Finanzdirektor ist, daß der Finanzdirektor nicht der Landesschulrat, dieser wieder nicht der Landeskulturrat ist und so fort. Der landwirtschaftliche Referent wird dann wieder auf einmal herausfinden, daß er nicht der Approvisionierungsreferent ist und daß der Ernährungsinspektor zu fragen ist; dann kommt wieder das Eisenbahnressort und schließlich wird man herausfinden, daß alle zusammen ohne das Militär nichts machen können. Also die Militärbehörden müssen dabei auch etwas zu tun haben. Militärs sind aber keine Techniker, die Techniker sind keine Hygieniker und so wird es im Kreise rundherum gehen. Jeder wird seine Kompetenz schützen und achten und innerhalb des Rahmens seiner Kompetenz Anträge stellen, aber es fehlt das bindende Glied, es fehlt der zur Zusammenfassung dieser Kompetenzen berufene Funktionär, welcher, getrennt von seiner bisherigen Tätigkeit, getrennt von seinen bisherigen Verwaltungsaufgaben die vorbereitenden Besprechungen leitet, aus denselben die Resultate zieht und diese Resultate zur Durchführung bringt, mit entsprechender Vollmacht, mit Geldmitteln und mit der entsprechenden Energie ausgestattet.

Was ist inzwischen geschehen? Inzwischen stehen wir, wie gesagt, einen Monat nach der Wiedereroberung des Landes und haben, wie die Herren wissen, noch keine Postämter. Vorigen Freitag wurde das Postamt in Görz in beschränktem Umfange eröffnet und seit Sonntag, wie ich höre, auch das Postamt in Grado. Endlich haben wir zwei Städte, welche mit dem österreichischen Hinterland korrespondieren können. Das sind aber zwei Orte an der Peripherie des Landes. Im eroberten Gebiete jenseits des Isonzo hängt noch alles in der Luft, es gehört nicht mehr zum italienischen Okkupationsgebiet und gehört noch nicht zur österreichischen Staatsverwaltung. Die Wiederangliederung dieses Landes hat noch nicht begonnen. Wie sehnsüchtig warten unsere Soldaten im Felde darauf, zu wissen, ob ihre Familien noch in der Heimat sind, wie sehnsüchtig wünschen diese Familien zu erfahren, ob ihre Söhne noch leben, aber es ist noch nach einem Monate nicht möglich gewesen, diese Familienbande wieder anzuknüpfen. Das in privater Richtung. In öffentlicher Beziehung sind zwar einzelne Funktionäre hingekommen, die Bezirkshauptleute, sie haben aber keine Beamten, keine Verkehrsmittel, nicht einmal die Möglichkeit, ihre Gegend zu bereisen, das alles, weil eine einheitliche Leitung, weil ein Organ fehlt, welches die entgegenstehenden Schwierigkeiten behebt und rasch an Ort und Stelle die Verfügungen trifft, welche es ermöglichen, daß tatsächlich die österreichische Zivilverwaltung die ganzen Angelegenheiten wieder in die Hand nimmt.

In bezug auf die Approvisionierung stehen wir so, daß die Versorgung seitens der italienischen Okkupationsarmee aufgehört hat, daß jene Lebensmittel, welche vorgefunden wurden, entweder österreichische Beute oder zum Teil leider auch deutsche Beute geworden sind, daß ein Teil von den durchziehenden Truppen mitgenommen wurde, daß der Approvisionierungsapparat vom Inlande aus noch nicht eingesetzt hat, so daß die Leute von dem zehren, was sie sich selbst aufbewahrt haben, das eine zeitlang wohl ausreichen, aber doch einmal ein Ende haben wird. Unser Approvisionierungsapparat hat noch nicht eingesetzt. Vorläufig hat sich, wie mir versichert wird, die Militärverwaltung erbötig gemacht, aus den Militärvorräten auch die Zivilbevölkerung zu beteilen. Es fehlt aber an den Übernahmsorganen, es fehlt an den Verteilungsmöglichkeiten, es fehlt mit einem Worte an dem faktischen Hingelangen der Ware, wo sie benötigt wird. Selbst die Stadt Görz, die jetzt nur wenige Einwohner hat, leidet an dem Mangel an Lebensmitteln.

Ähnliches gilt bezüglich der Notstandsunterkünfte. Allseits gibt man zu, daß die arbeitsfähigen

Menschen, seien es Handwerker, seien es Arbeiter, bald ihre Arbeit in den Dienst der Sache stellen sollen, nur können sie es nicht, weil man nicht weiß, wohin man sie dirigieren soll, wo sie vorläufig Unterkunft finden könnten.

Ähnliches gilt für die Anbauaktion. In einem Monat hätte man vieles vorbereiten können, was von größtem Nutzen für die Approvisionierung des Landes und des Hinterlandes, selbst für die Stadt Wien und die Monarchie gewesen wäre. Ein Monat ist verstrichen, weil die nötige Vollmacht und die Möglichkeit nicht da war, das bereits zugesicherte Quantum an Anbauvorräten tatsächlich an Ort und Stelle zu bringen.

Es bedarf also nicht nur, wie Seine Exzellenz auch bemerkt hat, für diese Aktion an Geld, Seine Exzellenz hat die beruhigende Zusicherung gegeben, daß in dieser Hinsicht kein Hindernis vorliegen wird, daß die Finanzverwaltung bereit ist, mit Geld nicht zu sparen. Es bedarf weiter nicht nur der Arbeiter und der Materialien, es bedarf der führenden, praktischen Köpfe, welche die Sache wirklich in Angriff nehmen und energisch durchführen.

Für die okkupierten Gebiete hat man die Einrichtung der Zivilgouverneure; man hat sie in Polen, in Serbien, in Montenegro.

Wir lasen dieser Tage, daß der Zivillandeskommissär von Montenegro eine andere Verwendung bekommt, wahrscheinlich die in Italien, aber ein Zivilkommissär ist für unser eigenes Land nicht ernannt worden. Wie wir sehen, ist alles der Statthalterei übertragen worden, aber bei allem guten Willen, den wir von der Statthalterei voraussetzen, glauben wir nicht, daß die Statthalterei in der Lage sein wird, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Die Folge davon wird dieses Nebeneinander-, Durcheinander- und Auseinanderregieren sein, das ich skizziert habe.

Obwohl wir Demokraten genug sind, können wir uns eine ordentliche Durchführung so schwieriger Aufgaben nicht anders denken, als durch Vereinheitlichung und diktatorische Durchführung der Aktion. Wenn man noch so republikanisch ist, schließlich ist der ausgeübte Machtwille doch ein Einheitswille, aus einem Mehrheits- zu einem Gesamtwillen hervorgegangen. Aber es muß ein Einheitswille sein, der zur Durchführung gelangt. εἰς κοίρανος ἔστω bleibt aufrecht bei jeder Art der Organisation des Staatswesens und bei jeder Art der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten.

Uns, meine Herren, bangt es vor den galizischen Erfahrungen. Wir haben ein Jahr nach Galizien Evakuierungen gehabt und es wurde nichts gelernt. Wir haben dasselbe Elend mitgemacht. Ein Jahr vor unseren wurden die galizischen Gebiete wieder befreit und wir hören Klagen, daß man heute dort steckt, wo man am Anfang gesteckt ist und es bangt uns, daß bei Görz sich dasselbe wiederholt. Ich glaube, man hat Gelegenheit genug gehabt, zu lernen.

Das Problem ist für das Küstenland viel kleiner, viel weniger kompliziert als für das große Gebiet der zerstörten Gegenden in Galizien und der Bukowina. Man raffe sich doch auf, man lerne aus den Erfahrungen und man vermeide es, daß wir nach einem Jahre die Klagen vorbringen müssen, die heute von den Herren aus Galizien und der Bukowina erhoben werden. Die warmen Worte Seiner Exzellenz haben allen Angehörigen dieser Länder wirklich Trost gespendet. Es hat aus ihnen auch tatsächlich eine große Energie herausgetönt. Seine Exzellenz hat gesagt, wir haben die Kraft, den Wiederaufbau der Länder in die Hand zu nehmen. Beginnen wir also, meine Herren, aber beginnen wir gleich! Das mußte heute noch gesagt werden. An der Mitarbeit der Bevölkerung und ihrer Vertreter wird es nicht fehlen. *(Bravo!)*

**Präsident:** Die Debatte ist geschlossen. Wünscht der Herr Berichterstatter das Schlußwort?

Berichterstatter Ritter v. **Lukaszewicz:** Ich bitte!

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Ritter v. **Lukaszewicz** *(Von der Tribüne)*: Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten hat in überaus beredter, eloquenter Weise auf meine Berichtsausführungen reagiert. Von dieser Bank haben wir meines Wissens mit solcher Eloquenz gehaltene Reden noch nicht gehört. Ich kann die Ausführungen Seiner Exzellenz nicht genug begrüßen, welche von der Verpflichtung des Staates zum Wiederaufbau sprechen, ebenso seine Ausführungen, die ein rascheres Tempo dieser Aktion erhoffen lassen. Wir würden aber wünschen, daß den schönen Worten Seiner Exzellenz auch die Taten folgen, daß die Aktion wirklich mit jenem beschleunigten Tempo vor sich geht, das wir alle erwünschen, das aber auch, wie ich überzeugt bin, Seine Exzellenz wünscht.

Wenn wir aber die einzelnen Herren Redner, die in diese Debatte — sei es pro, sei es kontra — eingegriffen haben, hören, wenn Seine Exzellenz sich in die Kriegsgebiete begeben und die Betroffenen hören würde, so würde er zur Antwort bekommen, daß die Aktion leider nicht mit jenem beschleunigten Tempo durchgeführt wird, das im Interesse der Betroffenen und im Interesse des Staates so dringend notwendig ist. Es scheint mir, daß die

Gefahr des Rückschlages, von der Seine Exzellenz gesprochen hat, für gewisse Gebiete nicht vorhanden war. Ich meine, für die Gebiete bis Przemyśl, die einer weiteren Gefahr nicht ausgesetzt waren. Hier hätte die Aktion sogar schon finalisiert werden können.

Wenn Seine Exzellenz meint, daß im Berichte ein Widerspruch vorhanden ist, indem in demselben das langsame Tempo ausgestellt wird und andrerseits zugegeben wird, daß ein Teil, und zwar der achte, bereits aufgebaut worden ist, so daß also von 190.000 Baulichkeiten 25.000 bereits ausgeführt worden sind, so glaube ich darin doch nicht einen Widerspruch, vielmehr gerade die Bekräftigung dafür zu sehen, wie langsam eben die ganze Aktion vonstatten geht. Wenn im Verlaufe von drei Jahren von 190.000 Baulichkeiten nur ein Achtel, also 25.000 ausgeführt worden sind, so müßten, wenn dieses Tempo beibehalten wird, mindestens 20 Jahre vergehen, bevor die anderen Baulichkeiten zustandegebracht werden. Zu den in Galizien verzeichneten 190.000 Baulichkeiten kommen die noch vielen zerstörten in Ostgalizien, der Bukowina und den südlichen Ländern hinzu. De facto verschleppt sich die ganze Aktion, de facto sind, wie wir von den Vorrednern gehört haben, noch nicht einmal alle Bauerposituren errichtet, de facto haben einzelne Bauerposituren ihre Tätigkeit noch nicht einmal aufgenommen, de facto sind die Evakuierten, die zurückgekehrt sind, in vielen Bezirken, insbesondere im Rohatyner Bezirk, obdachlos und entbehren der nötigen Unterkünfte. Der Winter steht unmittelbar vor der Tür, ich glaube deshalb, daß eine schleunige Beseitigung dieser Gefahr dringend notwendig ist.

Die Worte Seiner Exzellenz, die von Nächstenliebe und von Menschenliebe zeugen, begrüßen wir und sind überzeugt, daß sich Seine Exzellenz von diesen Gefühlen leiten läßt, um so mehr, als er ja das engste Kriegsgebiet besichtigt hat und selbst Zeuge des großen Unglücks war, selbst Zeuge der vielen Millionen Tränen war, die er hat fließen gesehen. Wir würden aber wünschen, daß auch alle ihm unterstellten Organe und alle staatlichen Organe, welche mit der Wiederaufbauaktion zu tun haben, von derselben Liebe zur Sache und zur Bevölkerung sich leiten ließen, wie Seine Exzellenz der hochverehrte Herr Arbeitsminister.

Der Ausschuß verkennt gewiß nicht die Schwierigkeiten, welche der Aktion entgegenstehen, er verkennt nicht die Schwierigkeiten der Transportverhältnisse und nicht die der Beschaffung der Baumaterialien, allein diese Schwierigkeiten ließen sich, wenn überall Liebe für die Aktion vorhanden wäre, überwinden. *(Sehr richtig!)*

Die von Seiner Exzellenz gemachte Mitteilung bezüglich der Überlassung des Bau- und Brennholzes seitens des Armeeoberkommandos begrüßt der Ausschuß und er würde noch an das Armeeoberkommando die dringende Bitte richten, auch die Transportmittel zur Zufuhr der Baumaterialien so rasch als möglich beizustellen und die Baumaterialien rascheſtens an den Bestimmungsort zu verfrachten.

Auch bestehen noch immer Klagen wegen der Auszahlung der zugesprochenen Staatsbeiträge. In meinen Händen befindet sich ein Brief des Pfarrers aus dem Dorfe Strebynicze im Bezirke Stary Sambor, der, trotzdem er schon im Jahre 1915 den Bau ausgeführt hatte, bisher noch immer keine Vergütung erhalten hat.

Gewiß handelt es sich um ein gigantisches Werk, das unser harrt, wie Seine Exzellenz sagte, aber dieses gigantische Werk erfordert eben die Anspannung aller Kräfte des Staates und der beteiligten Länder, und wir würden nur wünschen, daß auch alle beteiligten Organe alle ihre Kräfte in den Dienst dieser Sache stellen.

Daß es an Geld für den Wiederaufbau von nun an nicht fehle, hören wir mit Vergnügen aus dem Munde Seiner Exzellenz. Allein früher war dies nicht der Fall. Die Landesregierung in der Bukowina hat im Laufe dieses Jahres einen Antrag auf Gewährung eines Kredits von 35 Millionen zum Zwecke des landwirtschaftlichen Wiederaufbaues gestellt, er ist aber nur mit dem Betrage von 5 Millionen vom Finanzministerium berücksichtigt worden. Ich glaube also, früher war dieses Wohlwollen des Finanzministeriums nicht vorhanden, aber es ist zu begrüßen, wenn es jetzt Platz greifen sollte.

Ich begrüße sämtliche vom Arbeitsministerium zur Beschleunigung der Aktion getroffenen Maßnahmen, bitte aber, den Verfügungen noch mehr Nachdruck zu verleihen und ein rascheres Tempo in die Sache zu bringen. *(Sehr richtig!)* Es liegt im Interesse der Aktion, daß die Organisationsarbeiten für die jüngst befreiten Gebiete ohne allen Verzug aufgenommen und durchgeführt werden, damit der Wiederaufbau dort nicht jene Verzögerung erleide, die er bei uns in Galizien und in der Bukowina erfahren hat.

Was speziell die Notstandsunterkünfte betrifft, so ist für sie noch immer nicht hinlänglich vorgesorgt. Eure Exzellenz können sich durch eigene Wahrnehmung davon überzeugen, daß in einer Reihe von Gemeinden, ja von Bezirken Galiziens heute noch die Bevölkerung obdachlos ist; die Militärbaracken sind vom Militär zwar schon zum Verkauf angeboten worden, infolge der vielen Korrespondenzen, kurz des schwerfälligen bureaukratischen Weges wurden sie aber noch nicht übernommen. *(Abgeordneter Dr. Kost' Lewyckyj: Rohatyn!)* Dort haben Privatleute die Baracken

angekauft, sie stehen seit einigen Monaten frei zur Verfügung des Staates, allein die Geldmittel und die Verfügungen zur Anschaffung sind noch nicht eingetroffen.

Im Laufe der Debatte sind zwei Resolutionen beantragt worden, die eine vom Kollegen Semaka, betreffend die Errichtung von Bauholzniederlassungen aus den Forsten des griechisch-orientalischen Religionsfonds in den waldarmen Gegenden des Nordens der Bukowina. Diese Resolution muß auf das wärmste begrüßt werden und es wird um Annahme derselben gebeten. Eine zweite Resolution ist vom Kollegen Monsignore Delugan überreicht worden und betrifft die Vergütung der militärischen Kriegsleistungen, beziehungsweise ein beschleunigtes Tempo dieser Aktion, damit die Betroffenen aus dem Erlöse der ihnen zukommenden Kriegsleistungen die Wiederaufbauaktion schneller durchführen können. Auch diese Resolution ist geeignet, den Wiederaufbau zu fördern, weshalb sie gleichfalls dem hohen Hause zur Annahme empfohlen wird.

Sowohl Kollege Semaka als auch Monsignore Delugan haben die Forderung nach einer gesetzlichen Festlegung der Ersatzpflicht des Staates für Kriegsschäden gestellt. Diese Frage wird im Wiederherstellungsausschusse behandelt und hoffentlich einer Lösung zugeführt werden, welche die Zufriedenheit der Beteiligten finden wird.

Pater Onyszkewicz hat das langsame Tempo des Wiederaufbaues in den ukrainischen Gebieten Ostgaliziens gerügt und eine Remedur verlangt. Der Wiederherstellungsausschuß bittet gleichfalls um ein beschleunigteres Tempo in der Wiederaufbauaktion.

Kollege Matakiewicz hat gleichfalls die Amtstätigkeit der Bauerposituren in Galizien einer Kritik unterzogen und konkrete Fälle angeführt, wo die Bauerposituren nicht einmal errichtet worden sind und infolgedessen auch die Wiederaufbautätigkeit nicht in Angriff genommen werden konnte.

Kollege Matakiewicz hat den zu großen Bureaukratismus in der Wiederaufbauzentrale zur Sprache gebracht und darüber Beschwerde geführt. Der Ausschuß steht auf dem Standpunkt, daß in die ganze Wiederaufbauaktion nicht der Bureaukratismus, sondern ein moderner Zug, ein den jetzigen Verhältnissen entsprechendes beschleunigteres Tempo gebracht werden muß und daß statt des vielen Schreibens, statt des Anhäufens von Aktenmaterial eine raschere Durchführung der Aktion selbst erwünschter wäre. Die von ihm und den übrigen Rednern in dieser Debatte gerügten konkreten Fälle werden der Regierung zur genauesten Prüfung und schleunigsten Abhilfe empfohlen.

Der Herr Kollege Dr. Bugatto rügte, daß die einleitenden, vorbereitenden Schritte für den Wiederaufbau von Görz und Gradisca noch nicht in entsprechender Weise durchgeführt worden sind. Auch in dieser Beziehung muß der Ausschuß die Bitte stellen, daß die Regierung sämtliche zur Wiederherstellung dieses Kronlandes erforderlichen notwendigen Schritte schleunigst durchführe.

Ich glaube, damit zum Schlusse meiner Ausführungen gelangt zu sein, und bitte das hohe Haus um gütige Annahme der vom Ausschusse beschlossenen, im Berichte desselben wiedergegebenen Resolutionen.

Gleichzeitig bitte ich um Annahme der von den Herren Kollegen Semaka und Monsignore Delugan in Antrag gebrachten Resolutionen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Wir schreiten zur Abstimmung. Der Wiederherstellungsausschuß hat 20 Resolutionen beantragt. Wünschen die Herren, daß über diese eine getrennte Abstimmung stattfindet, oder sind Sie einverstanden, daß über alle Resolutionen gemeinsam abgestimmt werde? *(Rufe: Gemeinsam!)* Wenn keine Einwendung erfolgt — *(Nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall — werden wir über alle Resolutionen gemeinsam abstimmen.

Ich ersuche jene Herren, welche die vom Ausschusse vorgeschlagenen 20 Resolutionen annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die 20 Resolutionen angenommen.

Außerdem sind während der Debatte zwei Resolutionen von den Herren Abgeordneten Semaka und Delugan eingebracht worden, die der Herr Berichterstatter gleichfalls zur Annahme empfiehlt. Ich ersuche diejenigen Herren, die auch diese zwei Resolutionen annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Auch diese Resolutionen sind angenommen.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Wehrausschusses über den Antrag der Abgeordneten Hummer, Teufel, Dr. Sommer, K. H. Wolf und Genossen (490 der Beilagen) *(726 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Abgeordneten Hummer, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Hummer** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Der schriftliche Bericht, der dem hohen Hause über den in Verhandlung stehenden Gegenstand vorgelegt wurde, ist außergewöhnlich umfangreich und ich hätte eigentlich meinen Aus-

führungen wenig hinzuzufügen, wenn ich nicht feststellen wollte, daß die Abstimmung über den Gegenstand im hohen Hause eigentlich nur den Zweck hat, in besonders solenner Weise die Meinung des hohen Hauses zum Ausdruck zu bringen, damit auch künftige Regierungen an diese Meinung sich gebunden erachten. Die gegenwärtige Regierung hat einen großen Teil dessen, was in der Resolution verlangt wird, eigentlich schon erfüllt. Insbesondere ist die Allerhöchste Entschließung vom 15. April 1915, die ein abgekürztes Rehabilitationsverfahren für die an der Front befindlichen, seinerzeit um die Charge gekommenen Personen festsetzt, ausgedehnt worden, und zwar einmal am 8. Juli 1917 für diejenigen, welche an den bekannten politischen Demonstrationen vor 20 Jahren in Graz teilgenommen haben, dann am 17. September 1917 auf alle jene Personen, welche das Karl-Truppenkreuz erlangt haben — und das dürfte wohl die Mehrzahl der seinerzeit Gemaßregelten sein — und endlich am 4. November 1917, wo auch jene Personen in den Gnadenakt einbezogen wurden, welche unter gewissen Voraussetzungen im Hinterlande Dienst machen und den Bedingungen der Allerhöchsten Entschließung vom 17. September 1917 nicht hätten entsprechen können. Bei allen diesen darf natürlich kein dauernder Ehrenmakel vorhanden sein.

Ich möchte noch darauf hinweisen — und ich glaube dazu als einer der Antragsteller, der wissen muß, was die Antragsteller eigentlich erreichen wollen, berechtigt zu sein —, daß, wenn von einer Wiedereinsetzung in den früheren Rang gesprochen wird, wir selbstverständlich nicht der Meinung sind, daß jemand, der als Leutnant seine Charge verloren hat und etwa 30 Jahre ohne diese Charge geblieben ist, nun rangsmäßig in die Generalscharge versetzt werden soll. Das würde natürlich die gute Absicht ad absurdum führen. Was wir aber glauben, ist, daß derjenige, der bereits längere Zeit die Charge besessen hat, in die nächsthöhere Charge versetzt werden kann. Ich glaube, daß von dieser Bestimmung die weitaus meisten Fälle erfaßt würden, denn es handelt sich ja meist um jüngere Leute, die an der Front stehen, die als Leutnants oder Oberleutnants ihre Charge verloren haben und deren Kameraden jetzt die Oberleutnants- oder Hauptmannscharge besitzen dürften. Ich stelle mir also eine Promovierung innerhalb gewisser Gruppen vor, innerhalb der Gruppe vom Leutnant bis zum Hauptmann, innerhalb der Gruppe der Stabsoffiziere und wenn es auch kassierte Generale geben sollte, innerhalb der Generalität. Ich beschränke mich auf das Begehren nach dem Avancement innerhalb einer Gruppe, weil für jede einzelne Gruppe bestimmte Eigenschaften notwendig sind, die nur im Dienste selbst erworben werden können. So kann zum Beispiel ein Leutnant, wenn er sich nicht weiter geübt hat, nicht die Qualitäten eines Bataillonskommandanten oder gar des Obersten besitzen. Dies möchte ich also ganz besonders festgestellt wissen.

Endlich möchte ich noch einige Worte hinsichtlich der Annullierung der Charge sagen. Wir haben da ein Verfahren verlangt. Nun liegt die Sache so, daß bekanntlich im Kriege niemand seine Charge verloren hat, außer durch ein gerichtliches oder durch ein ehrenrätliches Verfahren. Ein Administrativverfahren gibt es im Kriege nicht. Wenn die Annullierung der Charge erfolgt, so erfolgt sie darum, weil die Charge irrtümlich jemandem verliehen wurde, der die Bedingungen für die Erlangung dieser Charge nicht nachweisen kann, und da ist es besser, wenn die Annullierung sang- und klanglos erfolgt. Wir sind aber der Meinung, daß nur die zur Verleihung der Charge berufene Instanz auch berufen sein soll, die Annullierung zu verfügen. Diese Annullierung muß aber in einer solchen Weise geschehen, daß dadurch der Betroffene nicht unnötigerweise — denn er kann ja nichts dafür, daß er irrtümlich ernannt wurde — gekränkt und herabgesetzt wird. Ich glaube, als Berichterstatter den Wunsch aussprechen zu dürfen, daß die Annullierung der Charge nur in ganz unumgänglichen Fällen und in einer Form verfügt werde, die den Betroffenen nicht schädigt.

Ich habe meinem schriftlichen Berichte sonst nichts hinzuzufügen und bitte das hohe Haus, die beantragten Entschließungen anzunehmen, weil dadurch, abgesehen von dem, was die Regierung bereits veranlaßt oder getan hat, doch auch eine gewisse Bindung für eine künftige Regierung ausgesprochen wird.

**Präsident:** Wünscht jemand zu diesem Gegenstande zu sprechen? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen. Wir schreiten zur Abstimmung.

Der Wehrausschuß hat drei Resolutionen beantragt. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werden wir diese Resolutionen gemeinschaftlich zur Abstimmung bringen. *(Zustimmung.)*

Ich ersuche diejenigen Herren, die mit diesen Resolutionen des Wehrausschusses einverstanden sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolutionen sind angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist: Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen *(679 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Dr. Ellenbogen, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Ellenbogen** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Unmittelbar nachdem der Beschluß des Budgetausschusses, den vor dem hohen Hause zu vertreten ich die Ehre habe, gefaßt wurde, ist in Regierungs- und anderen Blättern ein wahres Kesseltreiben gegen diesen Beschluß eröffnet worden. Die Öffentlichkeit ist durch die Behauptung beunruhigt worden, der Budgetausschuß habe ein Attentat gegen den Staatskredit verübt und durch diesen Beschluß seien die Säulen dieses Staatskredits ins Wanken gebracht worden. Demgegenüber konstatiere ich nun, daß der Ausschuß vor allem beschlossen hat, meritorisch die Frage des Berichtes der Staatsschulden-Kontrollkommission nicht zu behandeln, sondern lediglich sich mit der verfassungsrechtlichen Seite der Frage zu befassen.

Dem Budgetausschuß lag ein sehr verdienstvoller Bericht des Herrn Abgeordneten Kraft vor, und ich betone gleich, daß auch dieser Herr Referent für den Budgetausschuß das Verhalten der Mitglieder der Staatsschulden-Kontrollkommission als einen Fehler bezeichnet hat; wenn er und die seiner Ansicht anhängenden Mitglieder des Ausschusses die daraus entspringenden Konsequenzen nicht gezogen haben, so ist das eine Frage, die zu untersuchen nicht meines Amtes ist. Der Ausschuß hat beschlossen, die Konsequenz zu ziehen, die aus der Erkenntnis geschöpft ist und naturgemäß folgern muß, daß das Verhalten der Mitglieder der Staatsschulden-Kontrollkommission dem ihnen durch das Gesetz und das Vertrauen des Hauses übertragenen Pflichtenkreise nicht entspricht.

Wenn der Budgetausschuß mit dem Ihnen vorliegenden Beschlusse, meine Herren, Ihnen empfiehlt, das Verhalten der Mitglieder der Kommission zu mißbilligen, so befindet sich der Ausschuß und, wenn ihm das Haus folgt, was ich als bestimmt annehme, auch das Haus auf demselben Wege, wie damals, als es die gefährlichsten § 14-Verordnungen der Ära Stürgkh aufgehoben hat, als es die Geschwornengerichte wieder in ihre Rechte eingesetzt hat, als es die Ausdehnung der Militärgerichtsbarkeit auf Zivilpersonen abgeschafft hat und als es die lange Reihe der Stürgkhschen Verfassungswidrigkeiten beseitigte. Das Recht der Budgetbewilligung und das Recht, Anleihen zu bewilligen, ist bekanntlich das wichtigste und oberste Recht des Reichsrates und es ist zugleich die stärkste Garantie der Verfassung. Wir können das demokratischeste Haus, wir können das vollkommenste Wahlrecht, die strammste Geschäftsordnung, die präzisesten Verfassungsgesetze haben: wenn dem Hause das Recht der Budgetbewilligung und der Bewilligung der Aufnahme von Anleihen genommen wird, so sind alle übrigen vorher genannten Einrichtungen bloß Dekorationen und es ist, wenn dieses Bewilligungsrecht fehlt, dem Hause die tragende Säule seiner Macht genommen; der ganze Konstitutionalismus ist ohne Budgetbewilligungs- und Anleihebewilligungsrecht des Hauses nur Schein und Lüge. Um dieses Recht haben unsere Väter gestritten, um dieses Recht sind sie auf die Barrikaden gestiegen, um dieses Recht haben sie im Bürgerkriege ihr Blut vergossen. Und wenn wir uns heute eines halbwegs verfassungsmäßigen Zustandes in Österreich erfreuen, so ist der Kern, um den sich alles gruppiert, dieses unser Recht, das Budgetbewilligungsrecht des Hauses.

Das Haus hat daher hier und es hat in allen Ländern seit jeher mit der größten Eifersucht darüber gewacht, daß ihm auch nicht ein Hauch von diesem Rechte genommen werde. Wenn nun Graf Stürgkh dem Hause dieses Recht wegzunehmen gesucht und in einer langen Reihe von Verfassungsbrüchen diese Wegnahme zu praktizieren versucht hat, so ist das von seinem Standpunkt nicht weiter verwunderlich; er hat es seit jeher systematisch darauf angelegt, das Haus zugrunde zu richten; er war, ich möchte sagen, Tag und Nacht darauf bedacht, das Haus in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren, er wollte das Haus schuldig werden lassen.

Und je länger man, wenn auch noch so unbefangen, über die Stürgkhsche Zeit und Praxis nachdenkt, um so weniger kann man sich des Eindruckes erwehren, daß es sich in seiner Tätigkeit um ein planmäßiges Vorgehen gegen das Haus gehandelt hat, das seinen Kulminationspunkt in der vollständigen Beseitigung des Hauses während des Krieges erreichte.

Graf Stürgkh hat die im Hause chronisch wühlende Obstruktion planmäßig gezüchtet, er hat sie unterstützt, hat sie absichtlich provoziert. Und manche Herren in diesem Hause — ich bitte um Verzeihung, wenn ich es ihnen heute offen sage —, die geglaubt haben, recht oppositionell zu sein, wenn sie Obstruktion machen, sind dem Grafen Stürgkh auf seine lichtscheuen Pläne hineingefallen.

Ich erinnere nur an die Frage des Kriegsleistungsgesetzes, dessen miserable Gestaltung — es ist ja das schleuderhafteste und miserabelste Gesetz, das jemals dem Hause vorgelegt wurde — gar nicht möglich gewesen wäre, wenn wir die Zeit gehabt hätten, wie wir es gewollt haben, es ordentlich und gründlich durchzuberaten.

Ich erinnere daran, daß Graf Stürgkh das mit allen Mitteln verhindern wollte, daß ihm die damalige Obstruktion ein willkommenes Mittel war, dem Hause mit der sofortigen Beseitigung zu drohen, wenn nicht alle Wünsche der Regierung erfüllt werden. Das Stürgkhsche Regime war das

gehässigste antiparlamentarische Regime, das wir alle und das irgendjemand irgendwo erlebt hat.

Aber so wenig wählerisch und so skrupellos Graf Stürgkh in der Wahl seiner Mittel gegen das Haus war, so oft er auch Verfassungsbrüche, die weit über das hinausgegangen sind, was seine Vorgänger auf diesem Gebiete geleistet haben, sich zuschulden kommen ließ, an den klaren und unzweideutigen Bestimmungen des Budgets hätte auch seine Kunst, alle seine Geriebenheit, alle seine Schlauheit scheitern müssen.

Wir haben viele Gesetze in Österreich, die legistisch schlecht abgefaßt, unklar und zweideutig sind. Wir haben an den berühmten Kautschukgesetzen in Österreich keinen Mangel. Aber die Bestimmungen, die das Anleihebewilligungsrecht des Hauses in dem Staatsgrundgesetze und in dem Kontrollgesetz über die Staatsschuld festlegen, sind für den, der nicht absolut und unter allen Umständen das Gesetz brechen will, vollständig klar und unzweideutig.

Es handelt sich um die §§ 11 c und 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 und um die §§ 10 und 13 des Gesetzes über die Kontrolle der Staatsschuld vom 10. Juni 1868.

Als nach dem Kriege vom Jahre 1866, nach der damaligen Katastrophe die Verfassungsära in Österreich begann, hat der neue Reichsrat sofort getrachtet, die Garantien der Verfassung herzustellen, das heißt die Verfassung mit allen möglichen Garantien zu umgeben. Und es genügte den damaligen Gesetzgebern, von denen man sagen muß, daß sie eine große Sorgfalt in der Fertigstellung der Gesetze an den Tag legten, nicht bloß, ein Staatsgrundgesetz zu schaffen, sie glaubten eine neue, doppelte Sicherung für diese Verfassung zu schaffen, indem sie auch noch die Kontrollkommission einsetzten.

Es war das ein ungewöhnlicher Vorgang, und mit Recht wurde damals in den Beratungen über dieses Gesetz im Herrenhause vom Freiherrn v. Hock darauf hingewiesen, daß der Vorgang nicht unbedenklich sei; es sei das in keinem Lande der Fall und Österreich das einzige Land, wo man außer den Verfassungsgesetzen auch noch eine Staatsschulden-Kontrollkommission einsetze. Und man muß heute sagen, daß das damalige Herrenhausmitglied Freiherr v. Hock einen großen Weitblick an den Tag gelegt hat, denn er hat bereits vorausgesehen, daß die Einsetzung einer eigenen Kommission eine Gefahr sei, daß hier nicht eine doppelte Sicherung, wie man damals meinte, eintrete, sondern daß vielleicht sogar der Fall eintreten könnte, wo diese Kommission das Gegenteil einer Sicherung bedeutet.

Als Graf Stürgkh daranging, den Einfluß des Volkshauses auf die Geschicke des Volkes und des Staates just in dem Augenblicke auszuschalten, wo das gesamte Volk dazu aufgerufen wurde, mit seinem Blut, mit seinem Geld, mit seinem Hunger, mit seinem Elend den Staat zu verteidigen, als Dank dafür, wie das halt einer so ritterlichen Gesinnung entspricht, dem Volk sein oberstes politisches Recht, dem Reichsrat seine wichtigste Prärogative zu rauben, in diesem Augenblick sah nun die gesamte Bevölkerung förmlich mit atemloser Spannung auf den letzten Hort und Schutz der Verfassung, der noch geblieben war: auf die Staatsschulden-Kontrollkommission. Man fragte sich: wie wird sich nunmehr, nachdem die Gesetze mit vollem Bewußtsein von der Regierung mit Füßen getreten sind, nachdem alles geraubt worden ist, was an Verfassungsgarantien vorhanden war und nur noch die einzige Kommission als Schutz für die Verfassung übrig geblieben ist, wie wird sich diese verhalten?

Nun, meine Herren, die Antwort auf die Frage, was denn die Staatsschulden-Kontrollkommission zum Schutze der bedrohten Verfassung getan hat, gibt Ihnen der Bericht, gibt Ihnen der Antrag des Budgetausschusses, diesen Herren, soweit sie aus dem Abgeordnetenhause gewählt sind — denn auf die aus dem Herrenhause Gewählten haben wir keinen Einfluß — die Mißbilligung auszusprechen.

Ich habe über die Frage, wie sich die Herren verhalten haben, einen sehr ausführlichen Bericht mir zu erstatten erlaubt, so daß ich auf die Details einzugehen wohl nicht notwendig habe. Ich möchte hier einschaltend bemerken, daß inzwischen von der Staatsschulden-Kontrollkommission eine Mitteilung an das Präsidium des Hauses gelangt ist, die, offenbar weil das Präsidium nicht weiß, wie es die Sache geschäftsordnungsmäßig anders behandeln soll, mir als Referenten übergeben wurde. In dieser Mitteilung wird auf zwei Druckfehler hingewiesen, die ich die Herren zu korrigieren bitte. Bezüglich des einen heißt es, daß nicht von Ende 1912 bis zum 31. Dezember 1913, sondern vom Jahre 1895 die Schuld um vier Milliarden angewachsen ist. Der zweite Druckfehler ist der, daß die Kommission nicht erst im August, sondern schon im April 1914 die Zustimmung zu einer amortisablen Rente für 15 Jahre gegeben hat. Beides ist richtig.

Und dann ist noch eine Mitteilung da, die ich als eine Art Polemik gegen den Bericht auffasse und die ich Ihnen daher wörtlich vorlese *(liest)*: „Seite 10, Absatz 2 des Berichtes," sagt die Kommission, „enthält folgende Stelle: Bei den im Jahre 1914 durchgeführten Kreditoperationen wird der Abschlußtag angegeben, bei den späteren nicht."

Ich habe das nämlich im Berichte als eine zu tadelnde Ungleichmäßigkeit des Berichtes hingestellt. Die Kommission antwortet darauf *(liest)*: „Das Fehlen des Abschlußtages erklärt sich daraus, daß die Finanzgeschäfte bis Ende 1914 einen einzigen Einzahlungstermin hatten, während bei den späteren Finanzoperationen fortlaufende Einzahlungen oder periodisch wiederkehrende Buchungen von Guthaben der Finanzverwaltung stattfanden. Der Tag, an welchem die dem Finanzgeschäfte zugrundeliegenden Übereinkommen zustande kamen, war für die Schuldaufnahme selbst ohne wesentliche Bedeutung; alle Einzahlungstage aber anzuführen, hätte der Nachweisung wegen des dadurch hervorgerufenen Umfanges die Übersichtlichkeit gänzlich genommen."

Nachdem ich diese Frage erledigt habe, fassen wir das Ganze kurz zusammen. Ich stelle in bezug auf das Verhalten der Staatsschulden-Kontrollkommission folgendes fest: Die Kommission hat, als man an sie mit dem Ansinnen herantrat, ihre Unterschrift unter die Anleiheaufforderung der Regierung zu geben, erklärt, es müsse der Reichsrat einberufen werden. Die Regierung erklärt, sie tue es nicht und die Kommission beugt sich sofort und unterschreibt, ohne daß der Reichsrat einberufen wurde.

Die Kontrollkommission erklärt sich nicht für berechtigt, dauernde Belastungen zu kontrasignieren, bei der Aufnahme von Staatsschulden, die dauernde Belastungen sind, ihre Unterschrift zu geben. Die Regierung fordert kategorisch, daß das geschieht und die Kontrollkommission beugt sich sofort und unterschreibt nach und nach Vorschußgeschäfte bis zu der Höhe von 14 Milliarden. *(Hört! Hört!)*

Die Kommission erklärt, sie müsse bei der Aufnahme amortisabler Rente, weil das unbedingt eine dauernde Belastung sei, ihre Mitwirkung versagen. Der Finanzminister Engel und später der Finanzminister Leth wirken jedoch auf die Kommission ein und ihrer Argumentation gelingt es sofort, auch diese Überzeugung der Kommission zu beseitigen. Sie unterschreibt und bewilligt auch die Aufnahme amortisabler Rente.

Noch im Jahre 1914 hat die Kommission selbst gesagt, der Begriff der schwebenden Schuld könne doch nicht ins Uferlose ausgedehnt werden. Damals ist bekanntlich an sie die Forderung herangetreten, eine Schuld von nicht weniger als 375 Millionen . . . — ich bitte, meine Herren, heute sind wir im Kriege, da schaut das wie ein Spottgeld aus, aber im Frieden haben doch 400 Millionen eine ungeheuere Rolle gespielt und mußten sie noch mehr für eine Staatsschulden-Kontrollkommission spielen — . . . damals erklärte sie, das sei nicht möglich, eine amortisable Rente sei keine schwebende Schuld. Darauf wurde das Verlangen neuerdings gestellt und die Kommission bestimmte selbst, damit endlich eine obere Grenze geschaffen werde, fünf Jahre als die äußerste Grenze, bis zu welcher eine Schuld als schwebend angenommen werden dürfe. Nun was hat sie getan? Sie ist bei ihrem eigenen Beschlusse nicht geblieben, sie hat nicht nur das Gesetz, sondern schließlich auch ihre eigenen Beschlüsse übertreten, bloß auf das Zureden des Herrn Finanzministers ist sie umgefallen und hat aus den 5 Jahren 15 Jahre gemacht. Aber auch bei den 15 Jahren ist sie nicht stehen geblieben, der Finanzminister Leth hat 40 Jahre verlangt, die Kommission antwortete schüchtern und bescheiden: Na, machen wir's mit 20 Jahren! *(Heiterkeit.)* Der Finanzminister ließ nicht nach, da sagte die Kommission: Also machen wir's mit 30 Jahren! Auch da gab der Finanzminister nicht nach und schließlich gab die Kommission nach und kontrasignierte eine amortisable Rente mit 40 Jahren.

Ja, meine Herren, Sie werden sagen, unter den Männern, die drinnen sitzen, sind doch auch Juristen, sind erfahrene Parlamentarier, die offenbar überzeugt gewesen sind, daß sie recht gehandelt haben, daß das Gesetz für sie spricht oder mindestens so zu deuten ist. Aber mit dieser Annahme würden Sie einen großen Irrtum begehen. Die Kommission gesteht in dem Berichte — sie hat nämlich an den Kaiser berichtet, sie sollte zwar an den Reichsrat berichten, da aber der Reichsrat nicht da war, hat sie eine neue Verfassungswidrigkeit begangen und hat an den Kaiser berichtet. *(Abgeordneter Hillebrand: Reichsratsersatz! — Heiterkeit.)* Sie hat an den Kaiser selbst berichtet, daß sie überzeugt ist, daß das, was sie hier tut, dem Gesetze zuwiderläuft, sie hat mit voller Überzeugung die Gesetze übertreten, sie hat sich auf einen Opportunitätsgrund ausgeredet, von dem ich gleich sprechen werde, nämlich, daß eine unglaubliche finanzielle Katastrophe eingetreten wäre, wenn sie diesem Wunsche der verschiedenen Finanzminister nicht nachgekommen wäre.

Noch weiter, meine Herren! Wiederholt ist festgestellt worden, daß diese Kommission bloß eine deklarative, nicht eine konstitutive Funktion habe, das heißt, sie hat bloß festzustellen, ob die verfassungsmäßigen Bestimmungen eingehalten werden, und wenn nicht, hat sie ihre Unterschrift zu verweigern.

Was hat aber die Kommission getan? Die erste Aufgabe festzustellen, ob die Verfassung eingehalten wird, und wenn nicht, ihre Unterschrift zu verweigern, diese Aufgabe, die ganz klar in den Gesetzen vorgeschrieben und umschrieben ist, hat sie nicht erfüllt; dagegen hat sie etwas anderes getan, sie hat mit dem Herrn Finanzminister darüber beraten, wie denn diese ungeheueren Ausgaben zu bedecken wären. Sie hat das Verlangen gestellt und Beschlüsse gefaßt, es möge die Fürsorge für die Bedeckung dieser ungeheueren Schulden in das

Budget aufgenommen werden, sie hat verlangt, daß eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen vorgenommen werde, lauter Dinge, die die Kommission absolut nichts angehen, lauter Dinge, über die zu beschließen eine unerhörte Anmaßung der Kommission ist. *(Zustimmung.)*

Statt daß sie den Reichsrat gestützt hätte, hat sie sich an seine Stelle gesetzt, hat sie die beispiellose Anmaßung besessen, selbst sozusagen Gesetze fabrizieren zu wollen, wenn sie es auch nicht in voller Form getan hat. Sie hat, wie in einem Zwischenrufe richtig bemerkt wurde, Reichsratsersatz gespielt.

Nun, meine Herren, wenn ich das alles, was ich hier ganz kurz festgestellt habe und was Sie im Detail, bis in das Einzelnste nachgewiesen, im Berichte nachlesen können, nun zusammenfasse, so ist folgendes zu konstatieren: Die Kommission, die als Schützer des Reichsrates gedacht war, hat an der verfassungsbrecherischen Tätigkeit des Ministeriums Stürgkh teilgenommen, sie hat sich als ein vollständig rückgrat-, mark-, und haltloses Gebilde erwiesen, das weder die Gesetze beachtet noch die Rechte des Reichsrates achtet, sondern sie preisgibt, das nicht einmal vor seinen eigenen Aufstellungen Respekt hat, sondern bei der ersten Gelegenheit, wenn es von ihr verlangt wird, sie wiederum verrät, sie hat sich als eine Körperschaft erwiesen, die sich Rechte des Reichsrates angemaßt hat, sie hat somit alles getan, um bei dem Verbrechen der Ausschaltung des Reichsrates, bei der Zertretung des Reichsrates passive und aktive Assistenz zu leisten.

Und nun, meine Herren, komme ich auf die letzte Ausrede, die der Kommission beliebt hat, das ist folgende: Wenn sie nicht ein so schwankendes Rohr im Winde gewesen wäre, wenn sie nicht jedem Wunsche eines Finanzministers, jedem verfassungsbrecherischen Ansinnen des Ministeriums Stürgkh nachgegeben hätte, was wäre denn dann eingetreten? Wie sie behauptet, wäre für die Finanzen des Staates eine förmliche Katastrophe herbeigeführt worden und „die Kommissionsmitglieder durften nicht außer acht lassen, daß der tatsächlich vorhandene Bedarf, jedoch vielleicht unter ungünstigeren, den Staat noch mehr belastenden finanziellen Bedingungen, gedeckt worden wäre". Die Kommission deckt sich gegenüber dem Reichsrate mit dem Worte „vielleicht", das heißt sie selber zweifelt daran, daß die letzte Ausrede, die sie gebraucht, stichhältig ist. Aber ich frage, meine Herren, und man möge mir doch aus den Reihen der Kommissionsmitglieder antworten: Welche finanzielle Katastrophe wäre denn eigentlich eingetreten? Was wäre denn geschehen, wenn die Kommission das nicht getan hätte? Nach der Überzeugung der Mehrheit des Ausschusses wäre gar nichts anderes geschehen, als daß der Graf Stürgkh, der sah, daß er eine Kommission vor sich habe, mit der er alles machen könne, was ihm beliebe, der er förmlich den Verfassungsbruch diktieren könne, den er selber begeht und begehen wollte, gesehen hätte, daß er statt Chamäleone, die jeden Tag ihre Farbe ändern, Männer vor sich gehabt habe und daß er dann eben das getan hätte, was zu tun er sich kategorisch geweigert hat: er hätte den Reichsrat einberufen müssen. *(Zustimmung.)*

Und wenn man unter den Mitgliedern des Hauses nachfragt, so zeigt sich, daß auch die oppositionellste Partei überzeugt ist, daß in jener Stunde, damals, wo der Staat in der höchsten Gefahr war, wo der Feind an unseren Grenzen stand, der Reichsrat glatt funktioniert hätte und dem Staate in der Not des Landes zuhilfe gekommen wäre. Aber das wollte ja Graf Stürgkh eben nicht und die Kommission hat ihn dabei unterstützt.

Sehen wir uns nun einmal die Sache an, meine Herren. Die Herren reden von einer Katastrophe, die eingetreten wäre, wenn das Ansinnen nicht befolgt worden wäre. Vergleichen wir nun die einzelnen Länder. Ich habe hier ein Buch, das vor wenigen Wochen erschienen ist, vom Geheimrat Karl Theodor v. Eheberg, Professor in Erlangen: „Die Kriegsfinanzen". Das Buch dürfte ungefähr im März dieses Jahres dem Druck übergeben worden sein, es enthält also die neuesten Daten, soweit sie zu dieser Zeit zugänglich waren. Nein, wie ich sehe, ist es sogar erst Anfang Mai 1917 erschienen und das zweite Vorwort verzeichnet sogar das Datum vom 20. August. Es sind also die allerneuesten Daten über die Erstellung der Kriegsfinanzen in den verschiedenen Staaten. Was ergibt sich da? Vergleichen wir miteinander die Golddeckung, die Verzinsungen und das Disagio in den verschiedenen Staaten, so hat Deutschland um diese Zeit eine Golddeckung von 37½ Prozent, England von 137·8 Prozent, Frankreich von 22 Prozent, Rußland von 17½ Prozent, Italien von 25·5 Prozent — soweit es die Banca d'Italia anbelangt, die anderen zwei Banken, die von Neapel und von Sizilien, stehen ähnlich. Sie sehen, meine Herren, überall ist eine positive Golddeckung vorhanden, wenn auch in einem verhältnismäßig noch geringeren Prozentsatz. In Österreich haben wir gehört, daß wir einen Notenumlauf von 17 Milliarden — gegenwärtig dürfte er schon 22 Milliarden sein — und eine Deckung von ungefähr 200 Millionen haben, das ist wahrscheinlich nur Silber, das heißt also eine Deckung von beinahe gleich Null.

Die Verzinsung der verschiedenen Anleihen beträgt im Durchschnitt in Deutschland 5½ Prozent, in England 3½ bis 5 Prozent, in Frankreich

3½ bis 3⅝ Prozent, in Rußland 5½ bis 6 Prozent — selbst Rußland stand also wenigstens damals besser als wir — in Italien 5½ Prozent, in Österreich 6·2 bis 7·5 Prozent. Bei uns waren die Anleihen trotz des Mitwirkens der Staatsschulden-Kontrollkommission die teuersten von sämtlichen kriegführenden Ländern. Das Disagio hat gegen Ende Dezember des vorigen Jahres in Deutschland 30 Prozent, in England 2·9 Prozent — wobei ich bemerke, daß es sogar vor Ende 1915, wo es 6·2 Prozent betragen hat, auf 2·9 Prozent während des Krieges herabgesunken ist; es ist also die Valuta wertvoller geworden während des Krieges — in Frankreich 10 bis 12, in Rußland 41, in Italien 27 — alles Ende Dezember des vorigen Jahres — in Österreich 92 betragen und heute beträgt es 150 Prozent. *(Hört! Hört!)* Ich bitte, meine Herren, wenn Sie alle diese Daten in Betracht ziehen, so frage ich: Woher nimmt die Kommission den Mut zu sagen, daß es besser gewesen ist, als wenn der Reichsrat einberufen worden wäre? Schlechter können unsere Kriegsfinanzen nicht sein als sie unter der Mitwirkung der Kommission geworden sind. Eine ärgere Katastrophe als die teuerste Verzinsung, die elendeste Valuta, die miserabelste Verluderung der Organisation unseres inneren Geldmarktes, die gegenwärtig herbeigeführt wurde, die ärger ist, sage ich, als sie in Rußland gewesen ist — wie sie heute in Rußland ist, weiß ich nicht —, mehr hätte man wirklich, wenn die Kommission mannhaft geblieben wäre, ein mannhaftes Rückgrat besessen hätte, auch nicht erreichen können.

Ich fasse das also alles zusammen. Die Kommission hat in allen Beziehungen versagt; sie hat die Rechte des Reichsrates auf das schmählichste preisgegeben; sie hat die Anschläge der Regierung Stürgkh auf die Verfassung unterstützt, statt ihnen entgegenzutreten; sie hat das Vertrauen, das der Reichsrat mit der Wahl der Mitglieder in sie gesetzt hat, mißbraucht; sie hat sich selbst anmaßend an eine Stelle gesetzt und seine Rechte gegen die Verfassungsgesetze usurpiert.

Meine Herren! Eine solche Reihe von Mißbräuchen, die die Kommissionsmitglieder sich haben zuschulden kommen lassen, macht es begreiflich, daß selbst aus den Reihen der Minorität des Budgetausschusses mißbilligende Äußerungen laut geworden sind. Ich habe schon gesagt, daß der verehrte Herr Berichterstatter Kraft in seinem Bericht ausdrücklich dieses Vorgehen der Staatsschulden-Kontrollkommission als einen Fehler bezeichnet hat. Auf Seite 5 heißt es da *(liest)*:

„Für ein verfassungsmäßiges Empfinden und beurteilt nach dem Staatsbedarf von heute ist das Verhalten der Kontrollkommission als Fehler zu bezeichnen."

Und derselbe Herr Abgeordnete Kraft, der der Minorität des Ausschusses angehört, hat auf Seite 6 zusammenfassend gesagt *(liest)*:

„Heute handelt es sich darum, die Erfahrungen der Vergangenheit auszunützen und dem vorzubeugen, daß künftighin nicht Vorkommnisse gleicher und ähnlicher Art sich wiederholen."

So, meine Herren, spricht nicht die Mehrheit, sondern sogar die Minderheit des Budgetausschusses. Und diese Konsequenz hat der Budgetausschuß, beziehungsweise seine Mehrheit tatsächlich gezogen. Sie wollte, daß solche Dinge sich nicht wiederholen, sie will ein Exempel statuieren und beantragt dem Hause, daß es in einer weithin kenntlichen, in einer deutlich sichtbaren und durch nichts vertuschbaren Weise und weder geleitet durch Mitleid mit den Personen noch durch Freundschaft, noch durch andere Dinge, sondern lediglich geleitet von dem einzigen Gesichtspunkte, die Rechte des Hauses zu wahren, den Beschluß fasse, es sei den Mitgliedern der Staatsschulden-Kontrollkommission, soweit sie aus dem Abgeordnetenhaus gewählt wurden, die ausdrückliche Mißbilligung für ihr Verhalten auszusprechen. *(Lebhafter Beifall.)* Ich bitte, meine Herren, diesem Beschluß des Budgetausschusses beizutreten. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Zukel**: Zum Worte hat sich gemeldet Seine Exzellenz der Herr Finanzminister; ich erteile Seiner Exzellenz das Wort.

Finanzminister Dr. Freiherr v. **Wimmer**: Hohes Haus! Die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit dem Frühjahre 1914 durchgeführten Kreditoperationen hat im Budgetausschusse und dementsprechend auch in dem Berichte, welcher dem hohen Hause heute vorliegt, eine außerordentlich scharfe Kritik erfahren.

Die Regierung hat sich an den Debatten im Budgetausschusse über diesen Gegenstand nicht beteiligt, weil sie sich nicht für berufen erachten konnte, zu den Fragen Stellung zu nehmen, die zwischen der Kommission und den beiden Häusern des Reichsrates als ihren Mandanten auszutragen sind.

Die Regierung steht auch heute auf demselben Standpunkte. Wenn ich trotzdem das Wort ergreife, so geschieht es lediglich deshalb, weil sich die Regierung für verpflichtet hält, zur richtigen Beurteilung der Sachlage in jenem Punkte beizutragen, in dem sich die Staatsschulden-Kontrollkommission auf Erklärungen der früheren Regierung beruft.

Die Staatsschulden-Kontrollkommission verweist auf zwei wichtige Regierungserklärungen: 1. auf eine Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen

Stürgkh, die er im Oktober 1914 dem Herrn Präsidenten der Kommission in Gegenwart zweier Kommissionsmitglieder und des damaligen Herrn Finanzministers abgegeben hat, daß nämlich die Einberufung des Reichsrates in keiner Weise in Aussicht genommen sei und daß es keinen Minister gebe, der Seiner Majestät einen solchen Antrag stellen könne . . . . *(Zwischenrufe. — Abgeordneter Seitz: Hört! Hört!)* Das ist im Berichte enthalten . . . . . , sodann 2. auf eine Erklärung des damaligen Herrn Finanzministers, welcher die Zurücklegung der Mandate durch die Kommissionsmitglieder oder auch durch den Präsidenten allein als gleichbedeutend mit einer finanziellen Katastrophe bezeichnete.

Der Bericht des Budgetausschusses steht auf dem Boden dieser letzteren Erklärung, indem er annimmt, daß eine Anleihe ohne die Gegenzeichnung der Kommission, die weder im Publikum noch bei den Banken den richtigen Kredit gefunden hätte, mit voller Bestimmtheit hätte mißlingen müssen. Der Bericht folgert daraus, daß der Ministerpräsident Graf Stürgkh, falls die Kommission ihre Gegenzeichnung standhaft verweigert hätte, entweder seine Demission gegeben oder den Reichsrat einberufen hätte. *(Zwischenrufe.)* Ich bitte, ich zitiere, was der Berichterstatter anführt. *(Abgeordneter Glöckel: Das wäre keine finanzielle, sondern eine ministerielle Katastrophe gewesen!)* So ist es nach den Ausführungen dieses Berichtes. Die Kommission habe es daher in der Hand gehabt, eine dieser Wirkungen herbeizuführen, habe aber ihre Macht nicht gebraucht und dadurch das Verfassungsleben geschädigt. Das ist die Konsequenz, die im Berichte aus der Haltung der Kommission gezogen wird. Dieser Schlußfolgerung steht die vorerwähnte Erklärung des Grafen Stürgkh entgegen. Die Worte des Grafen Stürgkh, es gebe keinen Minister, der Seiner Majestät den Antrag auf Einberufung des Reichsrates unterbreiten könne, sind ein bestimmtes Zeugnis dafür *(Zwischenrufe)*, daß Graf Stürgkh die Einberufung des Reichsrates damals für einen schweren politischen Fehler gehalten hat. Diese Worte sind nicht anders als durch eine unumstößliche Überzeugung zu erklären, die irrig gewesen sein mag, mit der aber auch von der Staatsschulden-Kontrollkommission als mit einer Tatsache gerechnet werden mußte. Die Kommission konnte aus diesen Worten nicht den Eindruck gewinnen, daß Graf Stürgkh im Falle der Verweigerung der Gegenzeichnung seine Demission oder die Einberufung des Reichsrates der Aufnahme nicht kontrasignierter Schulden vorgezogen hätte. Mit dieser bestimmten Regierungserklärung wurde die Staatsschulden-Kontrollkommission vielmehr vor die Frage gestellt, ob sie die Verantwortung für die Kontrasignierung übernehmen oder durch Niederlegung ihrer Mandate die Staatsfinanzen den schweren Nachteilen preisgeben solle, die mit einer Anlehensemission ohne ihre Mitwirkung verbunden sein mußten. In dieser Zwangslage hat sich die Kommission im Interesse der Staatsfinanzen für die Kontrasignierung entschieden.

Dies ist die Sachlage, wie sie durch die Stellungnahme der damaligen Regierung für die Staatsschulden-Kontrollkommission gegeben war und zu deren Darlegung sich die Regierung in Übereinstimmung mit der Darstellung der Staatsschulden-Kontrollkommission verpflichtet erachtete.

Vizepräsident **Jukel**: Im Sinne des § 56 G. O. beantrage ich, die Redezeit für jeden einzelnen Redner mit 45 Minuten festzusetzen. Besteht dagegen eine Einwendung? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, mein Antrag ist angenommen.

Zum Worte gelangt der erste Kontraredner, Abgeordneter Freiherr v. Fuchs.

Abgeordneter Dr. Freiherr v. **Fuchs**: Hohes Haus! Es liegt uns ein Bericht des Budgetausschusses vor, der eine schwere Anklage gegen die Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates enthält. Der Herr Berichterstatter, den wir soeben gehört haben, hat nach meiner innersten Überzeugung geradezu ein Pamphlet gegen die Staatsschulden-Kontrollkommission vom Stapel gelassen. Der Antrag der Kommission geht schließlich dahin, daß mit Rücksicht darauf, daß die Staatsschulden-Kontrollkommission das Gesetz und das Recht übertreten habe, ihr die Mißbilligung des Hauses auszusprechen sei.

Die Anklage, die im Ausschußberichte erhoben wird, ist die, daß die Staatsschulden-Kontrollkommission durch die Kontrasignierung verschiedener von der Regierung ausgegebener Staatsschuldverschreibungen Gesetz und Recht umgangen oder, richtig gesagt, gebrochen habe und daß daher dieser Vorgang der Kommission nicht gebilligt werden könne, sondern zu mißbilligen sei. Die Frage, die uns heute vorliegt, ist eine verfassungsrechtliche Frage und ich werde daher als Jurist den Beweis antreten, daß die Staatsschulden-Kontrollkommission weder gegen das Recht noch gegen das Gesetz gehandelt hat, sondern daß sie sich bei ihren Abstimmungen einfach von den gesetzlichen Bestimmungen leiten ließ.

Maßgebend für die vorliegende Rechtsfrage sind zwei Paragraphen: Der § 14 des Staatsgrundgesetzes vom Jahre 1867, R. G. Bl. Nr. 141 und der § 10 des Gesetzes vom 10. Juni 1868 R. G. Bl. Nr. 54. Der § 14 — ich werde ihn zur Verlesung bringen — sagt folgendes *(liest)*:

„Wenn sich die dringende Notwendigkeit solcher Anordnungen, zu welchen verfassungsmäßig die

Zustimmung des Reichsrates erforderlich ist, zu einer Zeit herausstellt, wo dieser nicht versammelt ist, so können dieselben unter Verantwortung des Gesamtministeriums durch Kaiserliche Verordnung erlassen werden, insofern solche keine Abänderung des Staatsgrundgesetzes bezwecken, keine dauernde Belastung des Staatsschatzes und keine Veräußerung von Staatsgut betreffen."

Und der § 10 des Gesetzes vom Jahre 1868 sagt *(liest)*:

„Im Falle als das Finanzministerium der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder mit verfassungsmäßiger Bewilligung oder eventuell auf Grund des § 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 gegen oder ohne Verpfändung von Kreditseffekten oder von unbeweglichem Staatseigentume mittels auf kurze oder längere Zeit abgeschlossener Vorschußgeschäfte . . ." *(Abgeordneter Seitz: Vorschußgeschäfte!)* Gewiß, Vorschußgeschäfte, ich bitte, ich werde schon darauf zurückkommen. *(Liest:)* „. . . eine schwebende Schuld kontrahiert, hat . . ." — hat, ich sage es noch einmal: hat — „die Kommission die gehörige Vorschreibung und Evidenzhaltung der Vorschußgeschäfte und deren vertragsmäßige Abwicklung zu überwachen, dann die darüber ausgefertigten Urkunden zu kontrasignieren." *(Zwischenrufe.)* Ich bitte, ich habe den Herrn Berichterstatter ruhig reden lassen, Sie werden mir auch zubilligen, daß ich meine Rechtserörterung ruhig auseinandersetze. Diese beiden Bestimmungen, die ich soeben zitiert habe, und zwar aus den Jahren 1867 und 1868, stehen heute noch in Rechtskraft, sie sind nicht geändert worden, sie bestehen heute noch zurecht und sind daher sowohl für die Regierung wie für die Kontrollkommission maßgebend. Sie besagen erstens, daß, wenn der Reichsrat nicht beisammen ist, die Regierung Vorschußgeschäfte machen kann, wodurch der Staatsschatz oder der Staat nicht bleibend belastet wird — darüber kann ja selbstverständlich nur die Kontrollkommission die Zensur geben —, und zweitens sagt das Gesetz, daß für den Fall, als die Regierung Vorschüsse als schwebende Schuld aufnimmt, die Kontrollkommission die Verpflichtung hat, die diesbezüglichen Schuldtitres zu kontrasignieren.

Meine Herren! Dieses Gesetz, das ich Ihnen jetzt zitiert habe, existiert heute noch und ist heute noch rechtswirksam und maßgebend. Nun hat sich allerdings — um den Herren den pragmatischen Gang der Angelegenheit zu entwickeln — im Laufe der Zeit die Meinung geltend gemacht, daß das Gesetz über die Staatsschuldenkontrolle und damit auch diese zwei Paragraphen, die ich angeführt habe, durch die mittlerweile eingetretenen Ereignisse zum Teil obsolet geworden sind und daß insbesondere die Differenz zwischen schwebender Schuld und konsolidierter Schuld — und das ist der springende Punkt in der ganzen Angelegenheit — etwas klarer im Gesetze zum Ausdruck gelangen möge. Im Jahre 1912 — und das unterstreiche ich — also zu einer Zeit, wo vom Krieg noch gar keine Rede gewesen ist, hat das Abgeordnetenhaus eine Gesetzesvorlage erhalten, wodurch das Gesetz über die Staatsschulden-Kontrollkommission einer Revision unterzogen werden sollte und wodurch insbesondere die Differenz zwischen schwebender und konsolidierter Schuld präziser im Gesetz festgelegt werden sollte. Das Abgeordnetenhaus hat den diesbezüglichen Gesetzentwurf angenommen und ich werde, meine Herren, insofern das für den vorliegenden Fall notwendig ist, die beiden Paragraphen zitieren, die von aktueller Bedeutung und für die Entscheidung maßgebend sind, ob die Kontrollkommission eine Mißbilligung verdiene oder nicht. Es sind die beiden Paragraphen, welche hier maßgebend sind, folgende: § 14 des Entwurfes, der da sagt *(liest)*:

„Als schwebende Schuld ist jede Staatsschuld anzusehen, welche auf bloß vorübergehende (provisorische) Deckung des staatlichen Kreditbedarfes abzielt und deren Rückzahlung längstens binnen sechs Jahren bedungen ist."

Das ist der Entwurf, der daher gesagt hat, eine schwebende Schuld könne an und für sich nur eine Zeitdauer von längstens sechs Jahren haben, darüber hinaus sei eine Schuld keine schwebende Schuld mehr, sondern eine konsolidierte. Und der § 17 des Entwurfes sagt *(liest)*:

„Wenn auf Grund des § 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 141, eine schwebende Schuld gegen oder ohne Verpfändung von Kreditseffekten oder von unbeweglichem Staatseigentum kontrahiert wird, hat die Kontrollkommission, unbeschadet der übrigen ihr nach diesem Gesetze zustehenden Befugnisse, festzustellen, daß die Rückzahlung der Schuld binnen längstens sechs Jahren bedungen ist. Im Falle die Schuld auf mehr als sechs Jahre kontrahiert wird, hat die Kontrollkommission die Gegenzeichnung der Schuldverschreibungen zu verweigern."

Meine Herren! Dieses Gesetz, respektive dieser Gesetzentwurf samt den beiden soeben verlesenen §§ 14 und 17 ist vom hohen Abgeordnetenhause im Jahre 1913 angenommen worden. *(Hört!)* Ja, ich bitte, es ist mir sogar sehr lieb, daß Sie das sagen, damit es wirklich gehört wird. Nun fragt es sich: Was ist damit weiter geschehen? Ist das Gesetz oder der Gesetzentwurf in Rechtswirksamkeit getreten, wurde er vom Herrenhaus angenommen, hat er die Kaiserliche Sanktion erhalten oder nicht?

Meine Herren! Der Gesetzentwurf ist an das Herrenhaus zur verfassungsmäßigen Behandlung gegangen, das Herrenhaus hat diesen Gesetzentwurf

in eingehender Weise behandelt, es hat diverse Bestimmungen, die notwendig waren, angenommen, das Herrenhaus hat aber ganz entschieden gegen die beiden eben zitierten §§ 14 und 17 des Entwurfes Stellung genommen, welche bloß eine Frist von sechs Jahren für die schwebende Schuld festsetzen und welche der Kontrollkommission die Verpflichtung auferlegen, anderweitige Schuldtitres des Staates, welche über die Zeit von sechs Jahren hinausgehen, einfach nicht zu kontrasignieren. Der Berichterstatter des Herrenhauses, der sich mit dieser Angelegenheit sehr eingehend befaßt hat und der gewiß eine Kapazität in politischen und insbesondere in Finanzangelegenheiten ist — es war dies der ehemalige Finanzminister Exzellenz Freiherr v. Plener, ein Mann, der gewiß unsere volle Achtung und Beachtung verdient, wenn er in seiner Eigenschaft als Referent des Herrenhauses Erklärungen abgibt, die hier im gegebenen Falle von außerordentlich markanter Bedeutung sind —, sagt in seinem Berichte an das Herrenhaus über diese beiden Paragraphen folgendes *(liest)*:

„§ 14 versucht die Unterscheidung zwischen konsolidierten und schwebenden Schulden zu formulieren und die letzteren als solche Schulden zu definieren, die auf eine bloß vorübergehende Deckung des staatlichen Kreditbedarfes abzielen und deren Rückzahlung längstens binnen sechs Jahren bedungen ist. Nun ist es bekanntlich überhaupt finanzwissenschaftlich schwer, die Vielgestaltigkeit moderner schwebender Schulden genau zu definieren, während in der Praxis die Eigenschaft einer schwebenden Schuld gewöhnlich richtig erkannt und beurteilt wird. Die Zeitgrenze von sechs Jahren ist eine ganz willkürlich gewählte Ziffer, die das Wesen der schwebenden Schuld nicht trifft."

Weiter sagt der Berichterstatter in seinem Berichte an das Herrenhaus in Ansehung des § 17 folgendes *(liest)*:

„§ 17 (Beschluß des Abgeordnetenhauses) betrifft die auf Grund des § 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung kontrahierten schwebenden Schulden, bezüglich welcher die Kontrollkommission festzustellen hätte, daß die Rückzahlung binnen längstens sechs Jahren bedungen ist. Falls die Schuld auf mehr als sechs Jahre kontrahiert ist, habe die Kommission die Kontrasignierung der Schuldurkunde zu verweigern. Diese Bestimmungen enthalten eine Änderung sowohl des Grundgesetzes über die Reichsvertretung als des Gesetzes über die Staatsschulden-Kontrollkommission von 1868, R. G. Bl. Nr. 54. Während bisher die auf Grund des § 14 des Grundgesetzes kontrahierten Schulden legal sind, wenn sie neben dem Vorhandensein der andern gesetzlichen Voraussetzungen keine dauernde Belastung des Staatsschatzes betreffen und nach § 10, lit. a, des Gesetzes von 1868 kontrasigniert werden müssen, würde künftig eine zeitliche Begrenzung für die Kontrasignierung eingeführt; eine Schuld, in sieben Jahren rückzahlbar, dürfte nicht mehr kontrasigniert werden, eine konsolidierte Schuld wäre sie auch nicht, sie bliebe daher unter allen Umständen ohne Kontrasignatur. Ja selbst für die unter sechs Jahre laufenden Schulden ist die Kontrasignaturpflicht seitens der Kontrollkommission nicht ausdrücklich vorgeschrieben."

Nun, meine Herren, kommt eine sehr markante Stelle, auf die ich Sie besonders aufmerksam mache. Im Berichte des Herrn Baron Plener als Herrenhausreferent heißt es folgendermaßen *(liest)*:

„In Kriegszeiten oder bei anderen außerordentlichen Verhältnissen können Schuldaufnahmen auf Grund des § 14 des Grundgesetzes notwendig werden und die Kreditverhältnisse können unter Umständen auch Schuldformen der Finanzverwaltung aufnötigen, welche über die vorgeschlagene zeitliche Rückzahlungsgrenze hinausgehen; soll alsdann durch die Festlegung einer solchen Regel die freie Hand der Finanzverwaltung in kritischen Zeiten gebunden werden? Dies kann angesichts der ungeheueren Anspannung aller Kräfte in Kriegszeiten und des alsdann tatsächlich eintretenden Notstandsrechts des Staates nicht das Ziel einer alle Eventualitäten umfassenden gesetzgeberischen Finanzpolitik sein. Für solche Zeiten müssen dem Staatskredit alle Formen schwebender Schulden zur Verfügung bleiben und der Ausschluß einer dauernden Belastung des Staatsschatzes erscheint als genügende Garantie."

Nun, meine Herren, das Herrenhaus hat auf Grund dieses Berichtes nach einer sehr eingehenden Beratung den Entwurf des Abgeordnetenhauses, insofern er sich auf die Differenzierung zwischen konsolidierter und schwebender Schuld bezieht, abgelehnt. Dieser Gesetzentwurf, hat nie Gesetzeskraft erlangt, es hat weder das Herrenhaus zugestimmt noch ist eine Sanktion seitens der Krone erfolgt. Es war daher seit dem Bestande der Gesetze über die Kontrolle der Staatsschuld, wie ich eingangs meiner Rede angeführt habe, einzig und allein noch maßgebend der § 10 und § 14 der Staatsgrundgesetze von den Jahren 1867 und 1868.

Meine Herren! Es kam nunmehr der Krieg mit all seinen Begleiterscheinungen, mit allen seinen exorbitanten Forderungen an Gut und Blut, an Gesundheit und an Leben. Es kam aber auch der Krieg mit seinen ganz exorbitanten Forderungen an den Kredit, der beschafft werden mußte, wenn der Krieg wirklich wirksam geführt werden sollte. Und da hat die Finanzverwaltung zur Beschaffung der diesbezüglich notwendigen Geldmittel Kreditgewährung gesucht, respektive Schulden kontrahiert ich lege auf das Wort „kontrahiert" einen

besonderen Wert —, welche teilweise kurzfristige, teilweise langfristige Schulden waren. Wir haben daher — ich werde später darauf zu sprechen kommen — ein ganzes Sammelsurium von mindestens 14 Schuldtiteln, welche während der Kriegszeit vom Staate oder von der Finanzverwaltung ausgegeben worden sind. Nun hat die Finanzverwaltung erklärt: Ich bitte, das Gesetz, wonach eine schwebende Schuld nicht länger als sechs Jahre laufen darf, ist nicht in Rechtskraft erwachsen, weil es weder die Zustimmung des Herrenhauses gefunden noch die Sanktion der Krone erhalten hat. Es ist daher die Finanzverwaltung einzig und allein an das alte Gesetz gebunden gewesen und ebenso die Staatsschulden-Kontrollkommission, der ein anderweitiger Behelf nicht zur Verfügung stand. Allerdings — ich weiß ja, daß man das vielleicht einwenden wird — kann man sagen: Ja, die Kontrollkommissionsmitglieder, insofern sie dem Abgeordnetenhause entnommen worden sind, hätten sich an das Votum des Abgeordnetenhauses halten sollen, das in den Bestimmungen des Gesetzentwurfes niedergelegt ist. Dem ist nicht so. Ich sage darauf ganz entschieden: Quo non!

Da stelle ich sofort die Frage: Welchen rechtlichen Charakter hat die Staatsschulden-Kontrollkommission? Was ist sie denn? Allerdings ist sie nicht das, was der Herr Referent gesagt hat — ich will es nicht nacherzählen, es ist eine Schande, meine Herren, daß es gesagt worden ist. Sie ist eine verfassungsrechtlich festgelegte Institution, die einzig und allein dem Reichsrate untersteht. Die Kontrollkommission ist nicht eine Kommission des Abgeordnetenhauses, sie ist auch nicht eine Kommission des Herrenhauses, sondern sie ist eine Kommission, die einzig und allein dem Reichsrate als solchem unterstellt ist und welche die Aufgabe hat, die Gebarung mit der Staatsschuld zu kontrollieren, Berichte an die beiden Häuser des Reichsrates zu machen, Weisungen entgegenzunehmen, insofern diese Weisungen nicht den gesetzlichen Bestimmungen über die Kontrolle der Staatsschuld widersprechen. Nun, die Kontrollkommission hat die verschiedenen Schuldtitel, welche die Regierung oder, sagen wir, die Finanzverwaltung auf Grund des § 14 unter Verantwortlichkeit des Gesamtministeriums mit kaiserlicher Genehmigung kontrahiert hat, auf Grund des alten Gesetzes vom 10. Juni 1868 kontrasigniert und es fragt sich nunmehr, ob die schwebende Schuld, die die Regierung aufgenommen hat, eine wirkliche schwebende Schuld sei oder ob sie eine konsolidierte Schuld ist; denn nur eine von beiden kann sie sein, entweder eine konsolidierte Schuld oder eine schwebende Schuld. Nach meiner Ansicht und nach der Ansicht vieler Finanzgrößen — ich bin ja keine Finanzgröße, es fällt mir gar nicht ein, das zu sagen, heute schon gar nicht, nachdem ich so klein gemacht worden bin — sind die ganzen Schuldtitel, die aufgenommen worden sind, eine schwebende Schuld, die die Regierung auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1868 aufgenommen hat. Ich verlese Ihnen nochmals den § 10 des Gesetzes vom Jahre 1868. Derselbe lautet *(liest)*:

„Im Falle als das Finanzministerium der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder mit verfassungsmäßiger Bewilligung oder eventuell auf Grund des § 14 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 mittels auf kurze oder längere Zeit abgeschlossener Vorschußgeschäfte . . ." *(Abgeordneter Seitz: Vorschußgeschäfte!)* „. . . Vorschußgeschäfte eine schwebende Schuld kontrahiert, hat die Kommission die gehörige Vorschreibung und Evidenzhaltung der Vorschußgeschäfte und deren vertragsmäßige Abwicklung zu überwachen, dann die darüber ausgefertigten Urkunden zu kontrasignieren."

Ich bitte, meine Herren, sind das wirklich Vorschußgeschäfte oder sind sie es nicht? Und da komme ich auf die kritische Frage, respektive Antwort: Sie sind Vorschußgeschäfte. Die Finanzverwaltung hat im Laufe des Krieges, also während der Zeit von ungefähr dreieinhalb Jahren, folgende Schuldtitel aufgenommen. Ich bitte, geben Sie wohl acht. Sie hat ausgegeben: 1. Staatsschatzscheine mit verschiedenen Fälligkeitsterminen von 5 Jahren, von 10 und von 15 Jahren. Sie konnte sie ausgeben auf Grund des Gesetzes. Sie hat 2. ausgegeben 40jährige amortisable Staatsanleihe; 3. hat sie ausgegeben Lombarddarlehen; 4. Darlehen gegen Solawechsel; 5. Kontokorrentschulden an die Österreichisch-ungarische Bank; 6. Darlehen bei einem Konsortium für staatliche Kreditoperationen; 7. Lombarddarlehen derselben; 8. Darlehen gegen Schatzwechsel derselben; 9. Markdarlehen, nicht Marktdarlehen, gegen Schatzwechsel; 10. Darlehen in ausländischer Währung gegen Schatzscheine; 11. Darlehen von Sparkassen und 12. Darlehen von Versicherungsgesellschaften.

Es sind also 14 Typen von Verschuldungen vom Staate ausgegeben worden, die entweder kurzfristig oder langfristig waren. *(Abgeordneter Seitz: Alles Vorschußgeschäfte?)* Ja. *(Abgeordneter Seitz: Aber alle waren es nicht!)* Das waren alles Vorschußgeschäfte.

Die sämtlichen Schuldtitel, die ausgegeben worden sind, sind vom Finanzministerium kontrahiert worden — ich bitte auf das Wort „kontrahiert" Wert zu legen — und alle diese Schuldtitel . . . *(Abgeordneter Seitz: Sind sie auch alle kontrasigniert worden?)* Gewiß! *(Abgeordneter Seitz: Alle?)* Deshalb eben, weil sie schwebende Schulden waren. Herr Kollega, verstehen sie denn das nicht? Und sämtliche Schuldtitel — sehr geehrter Herr Kollega, wenn Sie Jurist sind, werden Sie mir beipflichten —, sämtliche Schuldtitel, die von

der Regierung ausgegeben worden sind, sind kontraktlich festgestellt worden als rückzahlbar. *(Abgeordneter Seitz macht eine Handbewegung.)* Sie machen so; das ist nicht gleichgültig, sämtliche Schuldtitel hat der Staat, respektive die Finanzverwaltung auf Grund des § 14 in der Weise kontrahiert, daß sich der Staat auch verpflichtet hat, binnen einer bestimmten Zeit die betreffenden Schulden zurückzuzahlen. *(Abgeordneter Schiegl: Das ist kein Vorschußgeschäft!)* Gewiß ist es ein Vorschußgeschäft. *(Abgeordneter Schiegl: Aber gar keine Rede!)* Das kann jeder sagen und glauben; das ist wirklich so. Das ist ein Geschwätz. Gewiß ist: das sind schwebende Schulden, die für eine bestimmte Zeit gemacht sind; sie sind keine bleibende Belastung des Staates, sondern Schulden, die sich der Staat binnen einer bestimmten Zeit zu bezahlen verpflichtet hat, und zwar — ich sage es nochmals — binnen einer bestimmten Zeit. Das sind keine ewigen Schulden, wie zum Beispiel unsere Rente, die Goldrente oder die Silberrente 2c., sondern eine schwebende Verpflichtung des Staates, die nachträglich erst der Konsolidierung harrt.

Sie müssen konsolidert werden, und das wird von allen, die, ich möchte sagen, nicht einen gehässigen Kampf gegen die Kontrollkommission führen wollen, angenommen werden.

Ich habe mit verschiedenen Finanzmännern, auch mit früheren Finanzministern, über diese Angelegenheit gesprochen und sie gefragt: „Erklären Sie mir ganz offen und ehrlich: glauben Sie, daß diese Schulden, die der Staat im Laufe des Krieges kontrahiert hat, wirklich bleibende Schulden oder schwebende Schulden sind, daß sie eine bleibende Belastung sind oder nicht?" Und sie haben erklärt, es seien schwebende Schulden, die der nachträglichen Konsolidierung durch den Staat harren.

Sie werden mir zugeben, daß dieses Sammelsurium von Titeln keine bleibende Schuld repräsentieren kann und auch nicht repräsentieren, daß sie von der Finanzverwaltung auch gar nicht als solche intendiert waren, sondern daß sie als schwebende Schulden angesehen und als solche kontrahiert worden sind. Aber auch die Finanzpresse, die doch auch eine Bedeutung hat, hat sich dieser Frage bemächtigt und hat in einem Artikel, den ich sofort anführen werde, festgestellt, daß diese Schulden, die der Staat kontrahiert hat, einfach der Konsolidierung erst harren und daher nicht als konsolidierte Schulden, sondern als schwebende Schulden zu behandeln seien.

In der „Finanzpresse" vom 15. September — also erst aus jüngster Zeit — in der Nummer 7 heißt es im ersten Artikel unter dem Schlagwort: „Die Konsolidierung unserer Kriegsschulden" in sehr interessanter Weise folgendermaßen *(liest)*:

„Für fruchtbringende Neuinvestitionen, Schiffahrtskanäle, Eisenbahnen, Kohlenschächte und Petroleumbohrungen, Schiffswerften und Schiffsbauten können wir ausländisches Kapital in Anspruch nehmen und dadurch Mitinteressenten unserer Valuta gewinnen, aber die zum größten Teil im Inland untergebrachte Kriegsschuld müssen wir im Interesse unseres Staatskredites und der Zahlungsfähigkeit unseres Geldes aus einer schwebenden Schuld in eine fundierte, hypothekarisch sichergestellte Schuld umwandeln, denn dann erst können wir sicher sein, unsere in heldenhaftem Kampf errungene Stellung in Europa nicht nur zu behaupten, sondern an Macht und Reichtum unserer Hilfsmittel, der geographisch so günstigen Lage entsprechend noch zuwachsen sehen."

Und am Schlusse dieses Artikels, im letzten Absatz, heißt es folgendermaßen *(liest)*:

„Der Gewinn an Zahlungskraft unseres Geldes und Vollwertigkeit unserer Staatspapiere und Kriegsanleihen wiegt die bei der Allgemeinheit der Auflage im Handel und Wandel den einzelnen gar nicht bedrückende Kriegsschuld der Staatsbürger weitaus auf, während das Schwebenlassen dieser Milliardenkriegsschuld" — ich bitte, meine Herren, „das Schwebenlassen dieser Milliardenkriegsschuld"! — „mit elementarer Notwendigkeit den Staatskredit, die Zahlungsfähigkeit des Geldes, den Unternehmungsgeist und das wirtschaftliche Gedeihen aller produzierenden Stände und somit des ganzen Volkes zu Boden drücken würde, um zuletzt das feindliche Ausland im rechtzeitigen Zusammenkaufen der auf den ruinösen Tiefstand gesunkenen Kriegsanleihen zu unserem unbarmherzigen finanziellen Bedrücker zu machen, aus welcher Schuldenknechtschaft wir uns teurer loszukaufen hätten, als durch rechtzeitige Fondierung und Konsolidierung unserer Kriegsschulden."

Es wird daher ausdrücklich erklärt, daß das eine schwebende Schuld sei, die der Konsolidierung harrt, und daß nur durch die Konsolidierung wieder die staatlichen Finanzen in die richtige Fassон, wenn ich so sagen darf, gebracht werden können.

Es unterliegt keinem Zweifel und ich gebe es zu, daß darüber verschiedene Meinungen in der Kontrollkommission gewesen sein mögen, daß die einen geglaubt haben, man brauche das Gesetz nicht zur Hand zu nehmen, sondern es sei schon der Notstand des Staates, in dem er sich zur Kriegszeit befunden hat, genügend, um dem Staate nicht die notwendigen Kredite zu verweigern, sondern sie ihm zu geben. Ich habe als Jurist — und ich spreche dermalen nur pro persona, nicht in Vertretung der Kontrollkommission — ich habe immer den juristischen Standpunkt vertreten, daß auf Grund der Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes vom Jahre

1868 die Kontrollkommission die Verpflichtung gehabt hat, die schwebenden Schulden, die der Staat kontrahiert hat, auch zu kontrasignieren. Wir haben daher nicht leichtsinnig gehandelt, wir haben daher nicht wissentlich, wie der Herr Berichterstatter sagt, in frivoler Weise . . . *(Berichterstatter Dr. Ellenbogen: Die Staatsschulden-Kontrollkommission sagt es, daß Sie das wissentlich gemacht haben!)* Es war das zweifelhaft und ich wollte da nicht entgegentreten, ich wollte nicht den einheitlichen Bericht an Seine Majestät stören, und habe denselben unterschrieben. Aber Sie haben es im Ausschusse von mir gehört und ich habe auch heute wieder die Rechtsanschauung vertreten, daß die Staatsschulden-Kontrollkommission vollständig im Rechte gewesen ist, die ausgegebenen Schuldtitel zu kontrasignieren. *(Abgeordneter Seitz: Darin stehen Sie aber allein, denn selbst der Präsident ist der Ansicht, daß er bewußt zu unrecht gehandelt hat!)*

Ich bitte — und jetzt komme ich zu einer zweiten Frage —, sehen wir vom Rechtsstandpunkte ganz ab, fassen wir lediglich den Utilitäts- und den Opportunitätsstandpunkt ins Auge.

Meine Herren! Unter Graf Stürgkh ist bekanntlich die Verfassung ausgeschaltet worden. Durch wen denn, meine Herren? Durch den Grafen Stürgkh? Werfen Sie dem Manne nicht Steine in das Grab nach! *(Zustimmung. — Zwischenrufe.)* Schämen Sie sich, meine Herren, eine solche Anklage, wie der Herr Referent es getan hat, gegen den Grafen Stürgkh zu erheben. Wissen Sie, wer sie ausgeschaltet hat? *(Berichterstatter Dr. Ellenbogen: Das ist unerhört!)* Unerhört ist, was Sie gesagt haben. De mortuis nil nisi bene! Den Standpunkt kennen Sie mir scheint nicht. *(Zwischenrufe.)* Wissen Sie, wer es ausgeschaltet hat? Meine Herren! Die Obstruktion hat das Parlament ausgeschaltet. *(Zustimmung. — Zwischenrufe.)* Die Obstruktion hat den Grafen Stürgkh in die Notwendigkeit gesetzt, das Parlament zu schließen. *(Zwischenrufe.)* Ich habe zu wiederholten Malen Gelegenheit gehabt — und ich fühle mich verpflichtet, der Wahrheit die Ehre zu geben und der Lüge die Larve vom Gesicht zu reißen —, ich habe zu wiederholten Malen Gelegenheit gehabt, mit dem Grafen Stürgkh zu sprechen und ihn zu bitten, ob es nicht zur Entlastung der Staatsschulden-Kontrollkommission von ihrer Verantwortung passend und opportun sei, den Reichsrat einzuberufen. Da hat er mir erklärt: Ich habe gewiß eine genaue Information über die Verhältnisse; ich kann Sie versichern, daß es mir ganz und gar unmöglich ist, den Reichsrat einzuberufen, denn ich bin der festen Überzeugung — geben Sie jetzt auf die Worte acht, die ich nahezu wörtlich wiederhole —, ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn ich heute das Abgeordnetenhaus wieder zusammenberufe, das Abgeordnetenhaus wieder beschlußunfähig sein wird durch Obstruktion . . . . *(Abgeordneter Schiegl: Ausrede!)* Aber bitte Sie! *(Abgeordneter Schiegl: Ja, natürlich!)* Ja, natürlich! *(Abgeordneter Seitz: Das Parlament ist ja schließlich doch einberufen worden!)* Später. Und ist denn das Parlament heute für Sie ein Ideal? *(Abgeordneter Schiegl: Gescheiter ist es, als gar keines. — Abgeordneter Modráček: Sie sind ja auch kein Ideal des Parlamentes!)* Aber ich bitte, Graf Stürgkh hat gesagt, ich betrachte, wenn ich verpflichtet sein sollte, das Parlament eventuell nach kurzer Zeit wieder nach Hause zu schicken, daß dies als eine verlorene Schlacht gelte, und auf das kann ich als treuer Diener meines Herrn und Kaisers es nicht ankommen lassen. *(Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Herr Niedrist, was sagen Sie zu dieser Erklärung? — Zwischenrufe.)* Was bedeutet das? *(Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Der Mann hat gespürt, was das bedeutet, den Reichsrat auszuschalten!)* Schauen Sie, der Herr Abgeordnete Niedrist lacht über Sie! *(Abgeordneter Dr. Ellenbogen: Reden Sie ihm das nicht ein!)* Nein, er ist gescheit genug, das zu wissen. Er lacht.

Ich erlaube mir nun, meine Herren, zum Schlusse überzugehen. Die Kontrollkommission hat auf Grund der bestehenden Gesetze ihres Amtes gewaltet und die sehr schwere Pflicht ausgeübt. Ich sage — es ist nicht Anmaßung — als alter Parlamentarier und als ein Mann, der nahezu 40 Jahre dem Parlamente angehört, sage ich es: Statt daß uns gedankt worden wäre in diesem Notstande des Staates . . . . . *(Abgeordneter Glöckel: . . . haben Sie die Mauer dem Verfassungsbruche gemacht! — Zwischenrufe.)* Schauen Sie, meine Herren, mich bringen Sie nicht aus der Fassung. Ich bin ein so alter Mann und ein alter Parlamentarier, ich lasse mir nicht bange machen. Ich gebe der Wahrheit die Ehre und sage, wie ich denke und fühle. *(Bravo! Bravo! — Abgeordneter Glöckel: Dieses Recht haben die anderen auch! — Abgeordneter Dr. Schlegel: Dann lassen Sie die anderen auch reden!)* Die Sozialdemokraten sind aber gewöhnlich diejenigen, die gewohnheitsmäßig unterbrechen. Ich sage, die Kontrollkommission hat ihre Pflicht ehrlich und treu erfüllt, sie verdient nicht die Mißbilligung. Ich bitte Sie daher, meine Herren, den Antrag des Budgetausschusses, der heute in so „wirksamer Weise" vom Herrn Referenten vertreten wurde, einfach abzulehnen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile das Wort dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Modráček.

Abgeordneter **Modráček**: Meine Herren! Mit dem Berichte des Budgetausschusses wurde uns ein Fall vorgelegt, der sich in keinem der kriegführenden Staaten ereignet hat und der im Verfassungsleben aller Staaten als etwas Unerhörtes gilt. Mitglieder dieses hohen Hauses, unsere Vertrauensmänner, die von uns mit dem Ehrenamte bekleidet worden waren, über die verfassungsmäßige Gebarung mit der Staatsschuld zu wachen, haben unser Vertrauen schwer betrogen, indem sie wiederholt langfristige Kreditoperationen kontrasigniert haben, obwohl das einen schreienden Verfassungsbruch darstellte. Es handelt sich um etwa 35½ Milliarden Anleihen verschiedener Art, die auf diese Weise die Sanktion erhielten.

Die Mitglieder der Kontrollkommission bekunden selber, daß sie nicht richtig gehandelt haben, daß die Anleihen ungesetzlich begeben wurden, da ihnen die notwendige Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaft fehlte. Sie haben an die Regierung Stürgkh tatsächlich das Ansuchen gestellt, sie möge das Parlament einberufen. Ich muß dem Herrn Baron Fuchs erwidern, daß es nicht den Tatsachen entspricht, daß die Kontrollkommission der Meinung ist, daß sie richtig gehandelt habe, sondern sie gibt umgekehrt in ihrem eigenen Berichte ausdrücklich zu, daß sie ungesetzlich gehandelt hat. Die Kontrollkommission hat also tatsächlich das Parlament begehrt; als aber die Regierung das kategorisch abgelehnt hatte, haben die Mitglieder der Kommission den Mut verloren und sich eingeredet, daß sie sich dem Wunsche der Regierung im Interesse des Staates fügen müssen und den Anleihen den gesetzlichen Schein nicht absprechen dürfen.

Diese Logik, meine Herren, ist sicher nicht stichhaltig. Sie haben es dadurch der Regierung erleichtert, ohne das Parlament absolutistisch zu regieren, sie haben es ihr ermöglicht, während einer langen Zeit den unerhörtesten Terrorismus auf allen Seiten ausüben zu können, sie haben ihr sozusagen einen Freibrief geschenkt, mit dem Vermögen der Bevölkerung und des Staates nach ihrem Gutdünken zu wirtschaften, ohne die Verantwortlichkeit vor dem Parlament zu befürchten.

Es war das eine Auslieferung der ganzen Bevölkerung an die Macht einer despotischen Willkür. Es ist daher die Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates schuldig, daß sie ungesetzliche finanzielle Operationen kontrasignierte, sie ist mitschuldig an dem schrecklichen Regime der damaligen Regierung, sie ist mitschuldig daran, daß erst beinahe nach drei Jahren dieses verheerenden Krieges das Haus zu seiner verfassungsmäßigen Tätigkeit zusammentrat, als die russische Revolution uns aus den Krallen des Absolutismus befreit hatte.

Die Mitglieder der Kontrollkommission müssen sich es daher gefallen lassen, wenn wir ihnen mit berechtigter Entrüstung zurufen: Das war von Ihnen nicht nur eine schwere Verschuldung, das war ein Verrat, ein Verrat an dem Parlament, das Sie gewählt hat, ein Verrat, der nicht verziehen werden darf, der gerügt werden muß.

Ich gebe ohneweiters zu, daß wir zwischen den Motiven der einzelnen Mitglieder der Staatsschulden-Kontrollkommission unterscheiden müssen, wenn wir gerecht vorgehen wollen.

Lesen wir nur die außerordentlich charakteristische Bemerkung im Berichte des Budgetausschusses. Da wird unverholen gesagt, es müsse eingeräumt werden, daß einzelne Mitglieder unter der schrankenlosen absolutistischen Herrschaft der Ära Stürgkh Grund zu der Befürchtung haben konnten, im Falle einer gewissenhaften Erfüllung ihrer Pflichten persönlich verfolgt zu werden.

Es waren aber, meine Herren, unter ihnen auch Leute, denen dieser Milderungsgrund — wie der Bericht beifügt — nicht zugebilligt werden kann, die das, was ihnen zur Last gelegt wird, aus Kriecherei und verkehrtem Patriotismus gemacht haben. *(Zustimmung.)* Gegen diese soll sich eigentlich unsere ganze Verachtung wenden.

Wir wollen den Herren ihren Patriotismus nicht nehmen, aber Patriotismus betreibt man auf eigene Rechnung, nicht aber auf Kosten der heiligsten Güter der modernen politischen Entwicklung, auf Kosten der Verfassung und der bürgerlichen Rechte. Die Herren mit solchem Patriotismus eignen sich nicht nur nicht zu dem Amte der verfassungsmäßigen Kontrolle, sondern sie gehören auch nicht einmal als Abgeordnete in dieses Haus. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Meine Herren! Wenn wir aber die slawischen Mitglieder, es handelt sich um zwei, um ein tschechisches und ein südslawisches, in Betracht ziehen, so sage ich offen, da müssen wir doch ein wenig milder urteilen. Was zum Beispiel das tschechische Mitglied — den Abgeordneten Mastálka — betrifft, so bin ich überzeugt, wenn er in den erwähnten Fällen eine Stellung gegen die Regierung eingenommen hätte, so hätte man ihm ohne Zweifel einen Hochverratsprozeß auf den Hals geworfen und er hätte vielleicht wie viele andere seiner Landsleute — wenigstens theoretisch — mit dem Galgen eine Bekanntschaft gemacht. Wir meinen, daß den Militärgerichten ein Gesetz ein nebensächliches Ding war, sie haben gerichtet, wie die Straßenräuber den Reisenden richten. Ohne Zweifel wäre seine persönliche Stellungnahme, als ein Ausdruck der Feindschaft des ganzen Volkes gegenüber dem Staate ausgelegt worden und die Regierung und die Militärkreise hätten dafür eine entsprechende Rache genommen. In dieser Hinsicht müssen wir die

Handlung dieser Kommissionsmitglieder ganz anders beurteilen als die Handlung derjenigen Mitglieder, die das absichtlich und freiwillig gemacht haben, um den Grafen Stürgkh zu unterstützen und die Verfassungsbrüche zu sanktionieren.

Wir können darüber urteilen wie wir wollen, ob die erwähnten Rücksichten als Entschuldigungsgrund für die verfassungswidrige Handlung gelten können oder nicht, aber die Tatsache selbst, daß solche Befürchtungen am Platze waren, ist eine unheimliche Illustration der Zustände in diesem Staate; diese Tatsache zeigt uns, welchen Menschen bei uns die staatliche Gewalt anvertraut war und was bei uns im 20. Jahrhundert das Gesetz, das Bürgerrecht und die Verfassung gelten.

Ich frage: Kann uns genügen, daß nur die Staatsschuldenkommission auf der Anklagebank vor uns sitzt? Kann uns genügen, daß wir der Kommission unsere Mißbilligung aussprechen? Ich sage: Hier sollen auf der Anklagebank zugleich und vor allem die vorherigen Regierungen sitzen.

Die Kontrollkommission hat nur mitgewirkt, sozusagen als Werkzeug an den Verfassungsbrüchen, die die Regierungen begangen haben. Diese sind — und da hauptsächlich die Regierung Stürgkh, die dieses System zur vollen Blüte herausgebildet hat — die eigentlichen Schuldigen.

Es ist eine traurige Tatsache, daß dieses Haus sich bisher nicht so weit aufraffen konnte, diese Regierung in Anklagezustand zu setzen. Diese Herren sollen längst im Kriminal sitzen. Statt dessen leben sie irgendwo im Stillen und beziehen noch für ihre fluchwürdige Tätigkeit Pensionen aus der Tasche der Bevölkerung.

Das ist unser Rechtszustand: Man bestraft bei uns fürchterlich Leute ohne Gesetz und wider das Gesetz; und man läßt straflos die größten Gauner herumlaufen, trotz des Gesetzes. *(Sehr gut!)*

Und jetzt fragen wir, meine Herren, weiter: Sind wir schon so weit, um sagen zu dürfen, daß diese elende Ära definitiv abgetan ist, daß wir schon in besseren Zeiten leben?

Ich will die Teufel nicht an die Wand malen. Aber in dieser Zeit, wo die österreichisch-ungarischen Nationen mit ihren Hoffnungen auf ein besseres Leben hervortreten, das sie im Rahmen dieser Monarchie erreichen wollen, ist es doch klar, daß wir uns die Frage vorlegen müssen, wo wir sind und woran wir sind.

Haben wir wirklich heute schon ein Verfassungsleben, worauf wir uns verlassen konnten, wovon wir Schutz und Möglichkeit einer besseren Zukunft erhoffen können? Haben wir ein Parlament, nein meine Herren, wir sind nur ein Ersatzparlament, wir sind nur eine Dekoration vor der Welt zur Verdeckung des Absolutismus, der tatsächlich bei uns weiter herrscht.

Wir sprechen vom Frieden, nach dem sich die ganze Bevölkerung sehnt. Schauen wir aber auf den Präsidenten dieses Hauses, wie er vor einem Antrage auf Einsetzung eines Ausschusses zur Erörterung der Friedensfragen zurückschreckt, wie er sich sträubt, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, wie er sich vor den Mächten beugt, die vom Hintergrunde aus dieses Haus kontrollieren.

Schauen wir auf das Treiben der Zensur, die während der Tagung dieses Hauses die Zeitungen verbietet, die die hier gehaltenen Reden willkürlich beschneidet, so daß die Öffentlichkeit von der Stimmung und den Ideen dieses Hauses nur ein verzerrtes Bild bekommt.

Und was erfahren wir über den ungarischen Ministerpräsidenten, was erfahren wir über unseren Justizminister? Hinter dem Rücken dieses Hauses sendet er eine Zuschrift an die ungarische Regierung, worin er nicht bloß Verfügungen über Strafaktionen auf die hier im Hause proklamierten Forderungen der tschechischen und südslawischen Parteien in Aussicht stellt, sondern auch mitteilt, daß Studien in der Richtung gepflogen werden, ob schon die heutigen Strafgesetze die Möglichkeit einer Vergeltung geben. Den Ungarn genügt aber diese Versicherung bei weitem nicht, sie fordern außerdem eine verschärfte Anwendung der Zensur gegen die Tschechen und Südslawen und natürlich die schärfste Anwendung des Strafgesetzes.

Der Ministerpräsident hat die Mitteilungen des ungarischen Ministerpräsidenten abgeschwächt. Wir werden erfahren, wer eigentlich die Wahrheit gesprochen hat: unser Ministerpräsident oder der ungarische Ministerpräsident. Wir werden sehen, wer mehr Macht hat: unser Ministerpräsident oder der ungarische. Wahrscheinlich wird unser Ministerpräsident weggefegt werden und die Ansichten des ungarischen Ministerpräsidenten werden siegen. Nebenbei muß ich meine Verwunderung darüber aussprechen, wie sich der ungarische Ministerpräsident in dieser Zeit erdreisten kann, von den ungarischen Nationen zu sagen, daß sie in Ungarn in einem großen Wohlstand leben.

Er hat nämlich in der Rede, in welcher er eine Strafaktion gegen unser Volk forderte, ausgeführt, daß die ungarländischen Nationalitäten vollständige Gleichberechtigung genießen, daß sie die persönliche Freiheit in einem Maße genießen, wie es in keinem anderen Staate der Welt der Fall ist. In Ungarn soll eine Freiheit herrschen, wie in keinem anderen Staate der Welt!

Ich mache weiter darauf aufmerksam, daß in der Zeit der Erneuerung des Verfassungslebens bei uns eine völlige Knechtung unserer Arbeiterschaft zu konstatieren ist.

Hunderttausende von Arbeitern der Munitionsfabriken werden einfach ihrer Bürgerrechte beraubt

und willkürlich unter das Militärstrafgesetz gestellt. Was das bedeutet, haben wir in dem Prozesse gegen die Arbeiterschaft der Ringhofferschen Fabrik in Prag gesehen.

Wenn die Arbeiter größeren Lohn verlangen, eine bessere Approvisionierung wünschen und zur Erlangung ihrer Forderungen auf einen Tag oder zwei die Arbeit einstellen, werden Sie sofort als Empörer behandelt und zu den strengsten Strafen verurteilt.

Wenn wir bloß diese Beispiele betrachten, müssen wir uns sagen: die Kreise, die dunklen Mächte, meine Herren, aus denen der fluchwürdige Geist der Regierung Stürgkh bei uns und der Regierung Tisza in Ungarn hervorging, der absolutistische Geist, der der Ursprung dieses Weltbrandes ist, der uns mit dem schrecklichsten Despotismus, den die Menschengeschichte kennt, heimgesucht hat, diese Gespenster der vergangenen Zeiten sind noch nicht verschwunden, sie leben noch weiter bei uns wie hinter der Leitha. Ich rufe allen Parteien dieses Hauses zu: Nehmen wir uns in acht! Machen wir uns keine Illusionen, daß wir ein Verfassungsleben haben!

Auf allen Seiten spüren wir, daß die Ereignisse an den Fronten und in Rußland, hauptsächlich aber in Rußland, die revolutionären Mächte bei uns von neuem lebendig machen.

Ihre ursprüngliche Furcht vor der russischen Revolution schwindet dahin, und wir können das sonderbare Bild betrachten, daß die Annexionisten und Hakatisten in Deutschland, die „Neue Freie Presse" in Wien und die Tiszas in Budapest in Lenin und Trotzki ihre besten Bundesgenossen gefunden zu haben glauben. Mit ihrem sozialen und nationalen Programme werden sie zwar ein wenig im Widerspruch stehen, aber für Rußland allein sind sie sogar imstande, auch den sozialistischen Staat gut zu heißen.

Wir dürfen uns tatsächlich nicht verheimlichen, daß die große revolutionäre Macht Rußlands, die die Freiheit und Gleichheit aller Völker mit solcher Kraft auf die Tagesordnung der Welt gestellt hatte, daß sie die wilden Stürme des Krieges übertönte, vorläufig durch die Revolution der Bolschewiki als Stütze und Hoffnung der bedrückten Nationen sowie der Arbeiterschaft außerhalb Rußlands nicht mehr in Betracht kommt.

Die Revolution zerstört ihre eigene Macht, die notwendig wäre, um ihren hochfliegenden Ideen auf der Friedenskonferenz Geltung zu verschaffen. Aber auch durch diese Tragödie im Osten lasse ich mir mein Vertrauen nicht erschüttern, daß auch hier bei uns die Gerechtigkeit und die Idee der Freiheit siegen werden.

Das alte Österreich hat sich selbst unmöglich gemacht. Die Knochen der Söhne der österreichisch-ungarischen Völker auf den Schlachtfeldern, die Armeen von Krüppeln, das auf Jahrzehnte hinaus verwüstete wirtschaftliche Leben, die schrecklichen Taten des Despotismus und Militarismus, die gefüllten Kerker, die Galgen, die Gräber, die sich die Opfer der Militärjustiz selbst graben mußten, um darin verscharrt zu werden, das Geschrei der ermordeten Kinder und Mütter, die Schuld an diesem Kriege, von der die Kinder der ganzen Welt hundert Jahre nach dem Kriege in ihren Schulbüchern lesen werden, das alles hat über das alte, auf der Unterdrückung der Völker aufgebaute Regierungssystem beider Hälften dieser Monarchie ein endgültiges Urteil gefällt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Und wenn die morsche Gesellschaft, die diesen Staat in die Katastrophe des Weltbrandes hineingehetzt hat, hier und drüben ihr System dadurch retten will, daß sie nach der Methode vom Jahre 1867 einen Teil dieser Hälfte der Monarchie abzutrennen plant, um hauptsächlich uns Tschechen besser mundtot zu machen, so sage ich ihr im vorhinein, daß sie mit uns doch nicht werden fertig werden. Es ist schon zu spät für das Gelingen solcher Experimente. Ich will nicht mit unserer nationalen Macht prahlen, die man vielleicht durch die Gewalt brechen könne, ich weise darauf hin, daß für uns große allgemeine Interessen sprechen, nicht nur dieses Staates, sondern auch Europas. Die Freiheit und Selbstbestimmung der österreichisch-ungarischen Völker ist die Voraussetzung des inneren Friedens und der Zukunft dieses Staates, und der innere Friede dieses Staates ist die Voraussetzung des internationalen Friedens. *(Zustimmung.)*

Wenn man uns den Kampf um unsere nationale Existenz aufdrängen will, so werden wir ihn aufnehmen. Wir stellen uns an die Spitze der bedrückten Nationen Österreich-Ungarns, wie wir schon einmal an der Spitze eines großen Kampfes gegen die Herrschaft Roms waren, und werden kämpfen für das Recht und die Freiheit im Interesse unseres Volkes und im Interesse der Menschheit. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Seitz das Wort.

Abgeordneter **Seitz:** Geehrte Herren! Das ausgezeichnete Referat des Budgetausschusses und die mündlichen Ergänzungen des Herrn Referenten haben den Gegenstand so durchleuchtet und die Berechtigung der Anträge des Budgetausschusses so schlagend erwiesen, daß es eigentlich müßig wäre, noch ein Wort hinzuzufügen. Nur die Ausführungen des Herrn Baron Fuchs als des Vertreters der Staatsschulden-Kontrollkommission fordern zu einigen Worten heraus.

Meine Herren! Es muß überraschen, wenn wir Sozialdemokraten einen Kampf gegen einzelne Personen führen, weil wir gewohnt sind, rein sachlich zu verhandeln. Gewiß, wir führen nur sachliche Kämpfe, wir wünschen nicht, daß in der Arbeiterschaft die tatsächlichen Verhältnisse verschleiert werden, wir legen Wert darauf, immer festzustellen, daß das Proletariat einen prinzipiellen Kampf gegen eine bestimmte Gesellschaftsordnung führt und nicht gegen die Repräsentanten dieser Ordnung, daß es den Kampf nicht zu führen hat gegen Personen, die mehr oder weniger gezwungen, mit Liebe oder ohne Liebe, eine gewisse gesellschaftliche Funktion ausüben. Im Interesse unserer eigenen Bildung und nicht bloß aus ästhetischen Gründen scheuen wir den persönlichen Kampf.

Aber, meine Herren, in dieser Frage steht es ganz anders. Es handelt sich hier um bestimmte Personen, die für einen bestimmten Pflichtenkreis in Eid genommen sind und deren Geschäftsgebarung wir auf ihre Gesetzmäßigkeit zu prüfen haben. Haben sie in ihrer Vertrauensstellung entgegen der beschworenen Pflicht ihre Aufgabe nicht erfüllt, dann müssen sie persönlich zur Verantwortung gezogen werden. Und da ergibt sich nun aus den Belegen, aus den Akten der Kommission selbst und aus dem Referate des Budgetausschusses, daß die betreffenden Herren ihre Pflicht gröblich vernachlässigt, ja, daß sie ihr Amt mißbraucht haben. Wir beschäftigen uns natürlich nur mit den Mitgliedern, die vom Abgeordnetenhause entsendet sind. Die Mitglieder des Herrenhauses sind von uns nicht gewählt und wir können sie schwer in ihrer Eigenschaft als Gewählte — als staatliche Funktionäre gewiß — zur Verantwortung ziehen. Aber wir sind dieser Pflicht auch schon deshalb enthoben, weil ja die Haltung gerade der aus dem Herrenhaus gewählten Mitglieder der Staatsschulden-Kontrollkommission schon in anderen Gelegenheiten genügend beleuchtet wurde. Ich erinnere zum Beispiel an eine Rede, die der Herr Abgeordnete Dr. Lecher vor einigen Jahren hier gehalten hat und in der er insbesondere die Stellung des Mitgliedes Schoeller gebührend beleuchtet und das Inkompatibilitätsverhältnis zwischen seinen Stellungen nachgewiesen hat.

Nun, meine Herren, was hat diese Staatsschulden-Kontrollkommission zu tun und was hat sie getan? Eigentlich ist die Institution einer Staatsschulden-Kontrollkommission überhaupt völlig unnütz und überflüssig und tatsächlich finden wir in anderen konstitutionellen Staaten eine derartige Institution überhaupt nicht. Die Staatsschulden-Kontrollkommission ist eben noch ein Überrest, ein längst obsolet gewordener Überrest aus der Zeit des Absolutismus. Ein Parlament, das sich seiner Aufgaben voll und ganz bewußt ist, wird die Kontrolle seiner Staatsschulden ebenso selbständig führen, wie es die Kontrolle der gesamten Staatsverwaltung überhaupt führt. Ein solches Parlament bedarf einer eigenen Kommission zur Prüfung der Staatsschulden gar nicht. Wir könnten also ohne weiteres das ganze Gesetz vom Jahre 1868 aus unseren Gesetzbüchern streichen und wir würden dabei sogar weitaus besser fahren: Die Kontrolle wäre eine weitaus zweckmäßigere und nachdrücklichere. Wenn aber schon diese Kommission besteht und wenn das Abgeordnetenhaus Mitglieder entsendet, damit sie eine Kontrolle über die Gebarung der Staatsschulden ausüben, dann haben die Mitglieder zu kontrollieren, genau nach dem Gesetze vorzugehen und alles zu vermeiden, was eine Pflichtverletzung darstellt. Diese Pflicht, genau nach dem Gesetze vorzugehen, haben die Mitglieder der Staatsschulden-Kontrollkommission gröblich verletzt. Baron Fuchs beruft sich immer wieder auf den § 10 des Gesetzes vom Jahre 1868. Sonderbarerweise zitiert er uns aber immer nur den zweiten Teil des Alineas a) des § 10 und verhehlt dabei mit aller Vorsicht und ganz geschickt, was der eigentliche Inhalt dieses Alinea a) ist, was die allgemeine Bestimmung ist und nicht eine besondere wie die, die er immer vorliest. Diese allgemeine Bestimmung des § 10 a sagt nämlich *(liest)*:

„Die Kommission hat demnach unter Anwendung richtiger Kontrollprinzipien darüber zu wachen, daß die bestehende konsolidierte Staatsschuld nur im verfassungsmäßigen Wege vermehrt oder verändert werde." *(Hört! Hört!)*

Deutlicher kann man in einem Gesetz überhaupt nicht mehr sprechen. Das ist die Vorschrift des Gesetzes. Und nun frage ich Sie, meine Herren: Wer, der überhaupt nur den Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission, ihren eigenen Bericht, gelesen hat, kann behaupten, daß diese Kommission tatsächlich darüber gewacht habe, daß die bestehende Staatsschuld nur im verfassungsmäßigen Wege vermehrt werde? Der Herr Baron Fuchs liest nur immer den zweiten Teil, der nun folgt und der im wesentlichen sagt *(liest)*:

„Im Falle, als das Finanzministerium mittels abgeschlossener Vorschußgeschäfte eine schwebende Schuld kontrahiert, hat die Kommission die darüber ausgefertigten Urkunden zu kontrasignieren."

Er legt die Hauptbetonung auf die Worte „hat zu kontrasignieren" und leitet nun ab: Allerdings, die Kommission hat die Pflicht, darüber zu wachen, daß die Staatsschuld nur auf verfassungsmäßigem Wege vermehrt werde, aber, sagt er, die zweite Bestimmung lautet: Ich habe als Staatsschulden-Kontrollkommission zu kontrasignieren, wenn die Regierung ein Vorschußgeschäft macht, auch mittels des § 14 des Staatsgrundgesetzes auch unter

Mißbrauch des § 14 des Staatsgrundgesetzes. Er konstruiert also gewissermaßen einen Gegensatz im Gesetze selbst und sagt: Ich habe erstens die Aufgabe, über das verfassungsmäßige Zustandekommen der Schuld zu wachen, aber ich habe zweitens mich überhaupt um das verfassungsmäßige Zustandekommen gar nicht zu kümmern, wenn mir nur die Regierung sagt, daß sie hiermit ein Vorschußgeschäft gemacht hat; in diesem Falle habe ich zu kontrasignieren. Die Unhaltbarkeit einer solchen juristischen Auffassung irgendwie noch zu erweisen, wäre geradezu eine Beleidigung des Hauses.

Aber, meine sehr geehrten Herren, selbst wenn der Baron Fuchs Recht hätte, selbst wenn der zweite Satz des Alinea a) eine Aufhebung oder eine Einschränkung der ersten allgemeinen gesetzlichen Weisung darstellen würde — angenommen, nicht zugegeben —, fragen wir uns: Liegt denn hier ein Vorschußgeschäft vor und handelt es sich denn hier um eine schwebende Schuld? Ja! sagt der Baron Fuchs und beruft sich auf den Freiherrn v. Plener, der seinerzeit als Referent über das von uns entworfene Gesetz, betreffend die Staatsschulden-Kontrollkommission, die Ansicht geäußert habe, es könne für den Begriff der schwebenden Schuld die Zeit überhaupt nicht maßgebend sein und man könne nicht den Begriff einer schwebenden Schuld damit festlegen, daß man sagt, sie müsse rückzahlbar sein in 5 Jahren, in 6 oder in 7 Jahren und dergleichen. Diese Auffassung des Herrn v. Plener ist nicht ganz zutreffend; gewiß, die Zeit kann nicht allein den Begriff der schwebenden Schuld bestimmen, sie ist aber mit ein Merkmal dieses Begriffes. Aber, meine sehr geehrten Herren, wieder angenommen, ohne es zuzugeben, auch der Baron Plener hätte Recht und man würde sagen, die Zeit ist nicht maßgebend — hat auch dann irgend jemand den Mut, aufzustehen und zu sagen, eine Schuld von 35 Milliarden Kronen, eine Schuld, die in 40 Jahren rückzahlbar ist, kann als eine schwebende Schuld aufgefaßt werden — ein Schuldengeschäft, das auf 40 Jahre über den Betrag von 35 Milliarden Kronen abgeschlossen wird, kann als ein Vorschußgeschäft betrachtet werden? Meine Herren! Das heißt doch wirklich alle Vernunft auf den Kopf stellen und die deutsche Sprache geradezu mißbrauchen.

Es kann also hier von einem Vorschußgeschäft und von einer schwebenden Schuld nie die Rede sein. Die Schulden, die aufgenommen wurden, waren nicht verfassungsmäßig, sie waren kein Vorschußgeschäft, sie waren keine schwebenden Schulden, sie haben der ersten zwingenden Vorschrift des § 10, Alinea a), strikte widersprochen.

Die Verfassungswidrigkeit ergibt sich aber auch aus dem Charakter des Geschäftes, denn § 14 schreibt ausdrücklich vor, daß durch die unter Berufung auf ihn getroffenen Kaiserlichen Verordnungen der Staatsschatz nicht bleibend belastet werden kann. Nun, meine Herren, wenn ich 35 Milliarden Schulden mache und dann weggehe und sage: Ich habe den Staatsschatz nicht bleibend belastet, da muß man schon Graf Stürgkh sein oder Baron Fuchs. Denn wer sich in der Auslegung der Gesetze noch etwas Vernunft bewahrt hat, kann eine solche Behauptung nicht aufstellen.

Der Herr Baron Fuchs gleitet auch an einem, wie ich glaube, sehr zutreffenden Argumente des Budgetausschußberichtes vorüber, nämlich an der Frage, in welcher Weise denn diese Schuldurkunden unterzeichnet wurden. Es wird in dem Berichte ganz genau nachgewiesen, daß, wenn es sich um Vorschußgeschäfte gehandelt hätte, die Mitglieder der Staatsschulden-Kontrollkommission ja verpflichtet gewesen wären, jede einzelne der Urkunden persönlich zu unterzeichnen, mit ihrer Unterschrift zu versehen. Ich habe den Herrn Baron Fuchs absichtlich in einem Zwischenrufe gefragt, ob er unterzeichnet hat, und er hat mir ausweichend geantwortet, er habe „kontrasigniert".

Aus alledem ist ersichtlich, daß jene Mitglieder der Staatsschulden-Kontrollkommission, die diese Schulden anerkannt haben und durch ihre Beschlüsse gestattet haben, daß diese Anlehen begeben wurden, eine grobe Pflichtverletzung begangen haben *(Sehr richtig!)*, für die sie persönlich zur Verantwortung gezogen werden müssen. Das kann nur geschehen im Wege einer Verhandlung hier im Hause; das Urteil kann auch nur durch Beschluß des Hauses gesprochen werden — ein anderes Mittel steht uns nicht zu Gebote —, und das wird hoffentlich das Abgeordnetenhaus tun.

Allerdings müssen wir, wenn wir auf das persönliche Verschulden eingehen, unter den Mitgliedern, die vom Abgeordnetenhause entsendet sind, wesentlich unterscheiden. Gewiß sind sie alle Mitschuldige des Grafen Stürgkh, gewiß haben sie alle die Mauer gemacht, gewiß haben sie alle die gesamte Öffentlichkeit und insbesondere auch ihre Kreditgeber in der gröblichsten Weise hintergangen und betrogen; denn sie haben vorgetäuscht, daß diese Schulden unter Garantien begeben werden, die ihnen eigentlich nicht zugekommen sind. Sie haben sich also nicht nur einer widergesetzlichen, sondern auch einer unmoralischen Handlung schuldig gemacht, einer Handlung, für die jeder Private, wenn er sie in seinem Geschäfte begehen würde, unweigerlich eingesperrt werden würde. Das trifft auf alle zu.

Unterscheiden müssen wir sie nur in geständige Verbrecher und in nichtgeständige Verbrecher. Die geständigen sind zuerst einmal die Herren vom „Český Svaz" und von der Südslawischen

Vereinigung. Man muß ihnen zubilligen, daß sie mindestens Milderungsgründe für ihre Tat haben. Diese zwei Mitglieder deuten es ja ganz offen an und ihre Parteigenossen sagen es ganz offen, es ist einfach an ihnen vom Ministerium Stürgkh eine Erpressung verübt worden; sie standen unter der Drohung, wenn sie nicht in der Staatsschulden-Kontrollkommission so stimmen, wie man es will, einfach eingezogen zu werden und unter irgendeine Anklage auf Hochverrat oder mindestens des § 65 u. dgl. gestellt zu werden. Wer die Praktiken unter dem Ministerium Stürgkh kennt, der wird zugeben, daß diese Vermutung wirklich sehr nahe gelegen war, ja ich möchte sogar die Behauptung wagen, daß neben dem Herrn Dr. Kramář nicht nur der Dr. Rašín, sondern wahrscheinlich auch der Herr Abgeordnete Mastálka auf der Anklagebank gesessen wäre, wenn man ihn nicht lieber als auf der Anklagebank wegen Hochverrat auf der Bank der Staatsschulden-Kontrollkommission als einen Schwurzeugen für die Kreditfähigkeit des Staates gesehen hätte. Man hat ihn lieber zu dieser Funktion verurteilt als zu der andern. Und ähnlich steht es auch mit dem südslawischen Mitgliede.

Der zweite Teil der geständigen Verbrecher wird repräsentiert durch den Herrn Abgeordneten Steinwender, der mit der ihm eigenen, bei einem alten, würdigen Herrn oft wirklich staunenserten Frivolität ganz offen sagt: „Ja, wir haben gewußt, daß wir gesetzwidrig handeln, wir gestehen es offen ein. Hätten wir nach Recht und Gesetz unsere Funktion ausgeübt, so hätten wir jede Mitwirkung an diesen Machinationen verweigern müssen. Wir haben es nicht getan. Ich bekenne das offen."

Die zweite große Gruppe wird nun repräsentiert durch den Herrn Abgeordneten Fuchs: „Nicht geständig, alter, unverbesserlicher Sünder." *(Heiterkeit.)* Und wenn ihm noch so klipp und klar nachgewiesen wird, daß er ein Verbrechen begangen hat, er läßt sich nicht erwischen und er wird niemals gestehen. *(Abgeordneter Hillebrand: Ein schlauer Fuchs!)* Ich weiß nicht, ob ich dieses Vorgehen gerade als schlau bezeichnen könnte. Es ist etwas zu derb, um schlau zu sein und etwas zu durchsichtig. Und als Nichtgeständiger sucht er sich schließlich in der bekannten Art auszureden; wir haben ja nachgewiesen und es ist überhaupt erst gar nicht nachzuweisen, sondern jedem auf dem ersten Blick ersichtlich, wie fadenscheinig seine ganze Argumentation ist.

Sowohl die Geständigen à la Steinwender, wie auch die Nichtgeständigen à la Fuchs erklären einer: Abgesehen davon, ob wir gesetzmäßig gehandelt haben oder nicht, wir mußten so handeln aus Opportunitätsgründen, wir mußten so handeln, weil wir durch eine Ablehnung der Kontrasignatur eine schwere Schädigung des Staatskredits heraufbeschworen hätten.

Nun, meine sehr geehrten Herren, seitdem es überhaupt konstitutionelle Ideen gibt und seitdem man von Staatsschuldenkontrolle gesprochen hat, hat immer der Grundsatz gegolten: Die beste Sicherung des Staatskredits liegt in der Konstitution. Das war ja eines der Argumente für die Verfassungsmäßigkeit und für die Errichtung der Verfassung, für die Durchführung der Konstitution, denn der Absolutismus hat ja immer dort versagt, wo es sich um Finanzoperationen gehandelt hat. Den aller rückständigsten Reaktionären hat man, wenn alle Gründe vergebens waren, die Verfassung schließlich mit dem Hinweis darauf abgerungen, daß man ihrer bedarf als der besten Sicherung der Staatsfinanzen und der Sicherung des Staatskredits. Wenn wir nun eine Ära des Absolutismus aufgerichtet haben, wie das unter Stürgkh geschehen ist, so war das der schwerste Schlag gegen den Staatskredit. Wir haben unsere Finanzen auf diese Art geradezu devastiert, und wenn diese Staatsschulden-Kontrollkommission die Absicht gehabt hätte, den Staatskredit zu heben und zu sichern, hätte sie die Verpflichtung gehabt, dahin zu wirken, daß die Verfassung hergestellt und das Parlament einberufen werde *(Zustimmung)*, und das Mittel dazu wäre eben die pflichtgemäße Ausübung ihres Mandats gewesen, die Verweigerung der Unterschrift, eventuell die Niederlegung des Mandats. Dann wäre es selbstverständlich vor ganz Europa und der ganzen Welt offenkundig gewesen, daß dieser Staat in diesem Zustande unhaltbar ist und dann wären wir vielleicht zwei Jahre vor der Einberufung des Parlaments zur Wiederherstellung der Verfassung geschritten, und es ist gar nicht abzusehen, wieviel Elend, wieviel Not, wieviel Unglück von diesem Staate dadurch abgewehrt worden wäre. *(Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)* Es ist also auch dieser sogenannte opportunistische Grund nicht zutreffend, ja die Herren haben auch politisch schwer gefehlt, indem sie ihr Amt in so gewissenloser Weise ausgeübt haben.

Und da kommt uns der Herr Baron Fuchs in seiner gekünstelten Schlichtheit und sagt uns: Meine Herren! Wir verdienen keine Mißbilligung, im Gegenteil, wir verdienen noch einen Dank für unser Vorgehen. Das erinnert einen schon an einen Verbrecher, der einem reichen Manne seine Brieftasche stiehlt und sagt: Schau, ich habe dir eigentlich ein gutes Werk getan, indem ich dich entlastet habe; denn bisher warst du ein Reicher und jetzt bist du ein Armer im Sinne des Evangeliums, also einer, der Hoffnung hat, in das Himmelreich einzuziehen.

Nein, meine Herren! Der Herr Baron Fuchs hat unrecht, wenn er sich bescheiden bloß einen alten Parlamentarier nennt. Er ist viel mehr: er ist ein alter Sünder. *(Heiterkeit.)* Wir kennen ihn doch schon aus der Zeit der Badeni-Krise her, wo er allem, was in Österreich rückständig und reaktionär war, die Mauer gemacht hat. Leute seiner Art sind es ja, die das alte absolutistische Österreich immer gehalten haben, Leute seiner Art sind es ja, die dem Absolutismus, wo sie konnten, zur Herrschaft verholfen haben, Leute seiner Art sind es, die so viel Unglück über diesen Staat heraufgebracht haben. Und es wundert mich, daß seine eigene Vereinigung, die doch schließlich eine Vereinigung, wenn auch von konservativen Männern, so doch eine Vereinigung von wirtschaftenden Bauern, Gewerbetreibenden und nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft ist, die es doch an ihrem eigenen Leibe verspürt haben, was der Absolutismus bedeutet, es duldet, daß ein Mann mit derartigen Ansichten und einer solchen Auffassung über die Verfassung des Staates ihre Partei hier repräsentiert und in der Staatsschulden-Kontrollkommission sitzt. Selbst von der christlichsozialen Partei, für die ich gewiß nicht viel übrig habe, wundert es mich, daß sie bei ihrer Auffassung über Konstitution und Verfassungsmäßigkeit den Herrn Baron Fuchs nicht desavouiert hat, sondern sich derartige Dinge von ihm bieten ließ.

Der Herr Baron Fuchs fragt uns höhnisch: Wissen Sie denn nicht, meine Herren, wer das Parlament ausgeschaltet hat? Und er antwortet: Nicht der Graf Stürgkh hat systematisch die Obstruktion gezüchtet, nicht der Graf Stürgkh hat systematisch im März 1914 eine Vereinbarung mit der Obstruktion verhindert, nicht der Graf Stürgkh hat bewußt das Parlament zuschanden werden lassen, um seine absolutistische Ära aufzurichten. Nein, sagt der Herr Baron Fuchs, die Obstruktion hat ja selbst das Parlament ausgeschaltet und hat den armen Grafen Stürgkh in die Notwendigkeit versetzt, zu schließen.

Meine Herren! Für welchen Menschen, der die Verfassung beschworen, der einen Eid auf die Verfassung geleistet hat, wie es Graf Stürgkh tun mußte, gibt es einen Zwang zu einem Eidbruch? Welchen Mann, der einen Eid auf die Verfassung geleistet hat, kann irgendeine sogenannte Notwendigkeit zwingen, ihn zu brechen? Der Herr Baron Fuchs gehört allerdings zu diesen Leuten und seine übrige Auffassung kennzeichnet er ja selbst, wenn er sagt: „Und ist denn das Parlament von heute ein Ideal?" Nein, meine Herren, dieses Parlament ist kein Ideal und es kann kein Ideal sein, weil jedes Parlament nur ein Spiegelbild des Staates ist, den es vertritt. Wie dieser Staat kein Ideal ist, so ist selbstverständlich auch dieses Parlament kein Ideal, und wie dieser Staat als ein Nationalitätenstaat, als eine Zusammenfassung von Nationen, die alle nach Selbständigkeit ringen, mitten in der Entwicklung ist und immer nur unter den größten Schwierigkeiten seiner Funktion gerecht werden kann, so kann es natürlich auch dieses Parlament immer nur unter den größten Schwierigkeiten.

In dem Zustande, in dem das Parlament heute ist und sein muß bei dem gegebenen Stande der Entwicklung des Nationalitätenstaates, ist es kein Ideal, aber Sophismus ist es, daraus den Schluß zu ziehen, daß das Parlament als Institution schlecht ist. *(Sehr richtig!)* Und dieser Sophismus kennzeichnet den Herrn Baron Fuchs. Das Parlament von heute ist kein Ideal, aber unser Ideal ist, das Volk in diesem Staate in die Macht zu setzen, das Parlament in die Funktion zu setzen, zu der es berufen ist, den Völkern und ihrer Volksvertretung die Macht zu geben, die ihnen gebührt. In der Verwirklichung dieses Ideals hindern derartige Machinationen, wie sie die Staatsschulden-Kontrollkommission verübt hat, vor allem andern.

Das Parlament hat die Pflicht, über die verfassungsmäßige Gebarung mit den Staatsschulden zu wachen, das Parlament hat darüber zu wachen, daß die Finanzkraft des Staates nicht verschwendet und mißbraucht werde. Es hat zu diesem Zwecke eine Kommission eingesetzt und diese Kommission hat ihr Amt gröblich mißbraucht. Das Parlament hat diese Männer berufen, auf daß sie über die Verfassung und über den Kredit des Staates wachen, und sie haben die Verfassung und den Kredit an eine gewissenlose absolutistische Regierung preisgegeben. Deshalb, meine Herren, sind diese Mitglieder tatsächlich — und ich sage das Wort in vollem Bewußtsein seiner Bedeutung, und ohne mich einer Übertreibung bewußt zu sein — deshalb sind sie, weil sie auch mitschuldig gewesen sind an dem Verfassungsbruche, also an einem Verbrechen, schuldig des Staatsverbrechens, sie sind Staatsverbrecher und das Parlament hat die Pflicht, sie auch öffentlich als solche zu kennzeichnen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Es ist mir vom Herrn Abgeordneten Hummer folgender Antrag überreicht worden *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, insolange ihr andere gesetzliche Mittel zur Erreichung des vom hohen Hause hiermit zum Ausdrucke gebrachten Willens nicht zur Verfügung stehen, alle Vorkehrungen zu treffen, um in Hinkunft jene Unternehmungen, an denen Mitglieder der Staatsschulden-Kontrollkommission, sei es als Besitzer, Teilhaber oder Verwalter von Einzelunternehmungen,

sei es als Mitglieder der Leitung von Gesellschaften in irgendeiner Art beteiligt sind, von jeder Art Geschäftsverbindung mit dem Staate, insbesondere von Lieferungen für den Staat auszuschließen."

Der Antrag ist gehörig unterstützt und steht n Verhandlung.

Mit Rücksicht darauf, daß wichtige Ausschußitzungen stattfinden, breche ich die Verhandlung ab und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Der Herr Abgeordnete Bernt hat um Verlängerung des ihm mit Beschluß des hohen Hauses vom 2. Oktober 1917 bis Ende November bewilligten Urlaubes bis Ende Dezember angesucht.

Zu dieser Urlaubserteilung ist ein Beschluß des Hauses erforderlich.

Ich ersuche diejenigen Herren, die der Urlaubsverlängerung bis Ende Dezember zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Der Urlaub ist bewilligt.

Als nächsten Sitzungstag schlage ich vor: Mittwoch, den 28. November 1917 um 10 Uhr vormittags, und als Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Ist ein Einwand dagegen? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, daher bleibt es dabei.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 1 Uhr 25 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 44. Sitzung, Mittwoch, den 28. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen (679 der Beilagen). — 2. Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feld- und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse, die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und die Bildung der Geschwornenlisten (790 der Beilagen). — 3. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 152 der Beilagen, welche die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 304, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege zum Gegenstande hat (793 der Beilagen). — 4. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserlichen Verordnungen: 1. vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der österreichischen Kriegsanleihe vom Jahre 1915 (87 der Beilagen); 2. vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der dritten österreichischen Kriegsanleihe (88 der Beilagen); und 3. vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, über die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der vierten österreichischen Kriegsanleihe (89 der Beilagen) (803 der Beilagen). — 5. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 30. August 1914, R. G. Bl. Nr. 234, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt (804 der Beilagen). — 6. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1916, R. G. Bl. Nr. 334, wegen Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr (805 der Beilagen). 7. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1914, R. G. Bl. Nr. 227, über den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf Fristen, Termine und das Verfahren (820 der Beilagen). — 8. Bericht des Flüchtlingsausschusses über den Beschluß des Herrenhauses zum Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge (816 der Beilagen).

# Inhalt.


**Personalien.**

ubsverteilung (Seite 2317).

esenheitsanzeigen (Seite 2347).

Mandatsniederlegungen in Ausschüssen (Seite 2347):

1. des Abgeordneten Schweiger als Mitglied des Budget- und Wehrausschusses;

2. des Abgeordneten Miklas als Mitglied des Wehrausschusses;

3. des Abgeordneten Grim als Mitglied des Eisenbahnausschusses;

4. des Abgeordneten Dr. Leo als Mitglied des Finanzausschusses.

## Verhandlung.

Fortsetzung der Debatte über den Bericht des Budgetausschusses, betreffend die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen (679 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Ellenbogen [Seite 2317] — Abstimmung [Seite 2320]).

Bericht des Finanzausschusses über den Beschluß des Herrenhauses, betreffend die Kriegssteuer (834 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Steinwender [Seite 2322], die Abgeordneten Hillebrand [Seite 2325], Miklas [Seite 2328], Dr. v. Langenhan [Seite 2331], Modráček [Seite 2331], Finanzminister Dr. Freiherr v. Wimmer [Seite 2332], die Abgeordneten Hummer, [Seite 2333], Dr. Heilinger [Seite 2338], Dr. Waber [Seite 2339], Seitz [Seite 2342], Dr. Hruban, [Seite 2343], Dr. Viškovský [Seite 2344], Kadlčák [Seite 2346]).

## Ausschüsse.

Zuweisung des Antrages 807 der Beilagen an den Unterhaltsbeitragsausschuß (Seite 2347).

Ersatzwahlen in den Budget-, Wehr-, Eisenbahn- und Finanzausschuß (Seite 2347).

**Unterbrechung der Sitzung.** (Seite 2325).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge

1. der Abgeordneten Dr. Waber, Kraft, Kittinger, Dr. Schürff und Genossen, betreffend die Errichtung einer Abteilung „Kleinhandel" im Amte für Volksernährung, zum Zwecke der direkten Belieferung des reellen legitimen Kleinhandels mit Verbrauchsgütern (837 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Beyer, Dr. Dinghofer, Erb, Hartl und Genossen, betreffend die Einstellung eines außerordentlichen Beitrages für Handelsschulen in das Budget 1917/18 (838 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Lisý und Genossen, betreffend die Abänderung der Vorschriften über den Gebrauch der Waffe in der Ehrennotwehr (839 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Kreilmeir, Waldl, Frankenberger und Genossen, betreffend die Überlassung der Häute notgeschlachteter Tiere an die Besitzer zur Lederverarbeitung (840 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. v. Baechlé und Genossen an den Finanzminister, betreffend den Tabakmangel (Anhang I, 1544/I);

2. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Richtpreise für böhmische Weine (Anhang I, 1545/I);

3. des Abgeordneten Exner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Mißhandlung eines Landsturmmannes bei der Scheinwerferkompagnie Nr. 15 (Anhang I, 1546/I);

4. der Abgeordneten Kletzenbauer, Wagner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung betreffend die Enthebung von Landwirten vom Landsturm-, beziehungsweise Militärdienst (Anhang I, 1547/I);

5. der Abgeordneten Mayer, Jukel, Jedek und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Vor

nahme von Kelleraufnahmen bei Weinbautreibenden (Anhang I, 1548/I);

6. der Abgeordneten Staněk, Klofáč und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die ungleichmäßige Verteilung requirierten Getreides (Anhang I, 1549/I);

7. des Abgeordneten M. Brandl und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Ablieferung von Heu und Stroh in Knittelfeld (Anhang I, 1550/I);

8. der Abgeordneten Dr. Stölzel, Dr. Dinghofer, Hueber und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Flüssigmachung der für die Lehrer bestimmten Anschaffungsbeiträge (Anhang I, 1551/I);

9. des Abgeordneten Dr. v. Langenhan und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister Höfer, betreffend den Zuschub von Kartoffeln im Bezirke Warnsdorf (Anhang I, 1552/I);

10. des Abgeordneten Votruba und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend eine Enthebungsangelegenheit (Anhang I, 1553/I);

11. des Abgeordneten Kroy und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Ernährungsverhältnisse im Bezirke Görkau (Anhang I, 1554/I);

12. der Abgeordneten Dr. Michl, Strziska und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend den Zustand der auf den Linien der Staatsbahnen in der Zeit der ersten russischen Offensive in der Bukowina abgelagerten Materialien, eventuell den raschen Verkauf derselben (Anhang I, 1555/I);

13. der Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Tabaknot (Anhang I, 1556/I);

14. der Abgeordneten A. Němec, Stejskal und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die neue Ausgabe von Lesebüchern für böhmische Mittelschulen (Anhang I, 1557/I);

15. des Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Vorschriften über die Prüfung ungarischer Staatsprüfungs- und Maturitätszeugnisse und sonstiger amtlicher Urkunden (Anhang I, 1558/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 28. November 1917:

ie Regierungsvorlage 831 der Beilagen.

Berichte:

1. des Justizausschusses 826 der Beilagen;

2. des Finanzausschusses 834 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German, Jukel**, Ritter v. **Pogačnik, Simionovici, Udržal.**

Schriftführer: **Serbu**, Dr. **Rychlik, Seliger, Fahrner**, Dr. **Stojan.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca.**

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 27. November d. J. liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Dem Herrn Abgeordneten Kalina habe ich einen aus Gesundheitsrücksichten angesuchten 14tägigen Urlaub bewilligt.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Erster Gegenstand derselben ist die Fortsetzung der Verhandlung, betreffend den Bericht des Budgetausschusses über die Mitwirkung der Staatsschulden-Kontrollkommission des Reichsrates bei den seit 1912 durchgeführten Finanzoperationen *(679 der Beilagen)*.

Es gelangt noch der Herr Berichterstatter zum Wort; ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Dr. **Ellenbogen** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Der Herr Finanzminister hat gestern in die Debatte eingegriffen, aber seinen Ausführungen war eine merkwürdige Gleichgültigkeit gegen das Schicksal, das den Herren Mitgliedern der Staatsschulden-Kontrollkommission durch das Haus bereitet werden soll, anzumerken. *(Abgeordneter Dr. Rybář: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan!)* Das möchte ich nicht sagen; ich vermute eher, daß der Herr Finanzminister glücklich ist, daß er nicht zu denjenigen zu gehören die Gelegenheit hatte, die ein solches Ansinnen an die Staatsschulden-Kontrollkommission zu stellen hatten. Im übrigen waren die Ausführungen des Herrn Finanzministers lediglich eine Wiederholung dessen, was in dem Berichte der Staatsschulden-Kontrollkommission ohnehin schon enthalten ist.

Wenn aber der Herr Finanzminister gemeint hat, gegenüber dem Wunsche der Kontrollkommission habe Graf Stürgkh erklärt, er werde das Parlament unter keinen Umständen einberufen, er halte das für einen politischen Fehler und die Kommission habe mit dieser Tatsache zu rechnen gehabt, so muß ich denn doch sagen, daß ich erstaunt bin über die Auffassung, daß die Behauptung oder Erklärung eines Ministers als eine Art Ersatz des Staatsgrundgesetzes zu gelten hat. *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Sic volo, sic jubeo!)* Ja, ganz richtig. Ich weiß nicht, seit wann Ministerworte so ungeheuer verläßlich sind. Es gibt auch in den Reihen der deutschen Abgeordneten einige sehr ehrenwerte und achtungswerte Mitglieder, die überzeugt sind, daß der Graf Stürgkh die deutschen Abgeordneten mit seinem Versprechen, die berühmten „nationalen Belange" auf dem Wege des § 14 zu erledigen, einfach an der Nase herumgeführt hat. Dieses unbedingte Vertrauen in die Erklärungen eines Ministers scheint also nicht allgemein zu sein und es gibt auf slawischer Seite ebenso eine ganze Reihe von Parteien, die behaupten, daß auch sie vom Herrn Grafen Stürgkh an der Nase herumgeführt worden seien. Nur die Staatsschulden-Kontrollkommission hat sich durch eine so beispiellose Naivität ausgezeichnet, daß sie das Wort eines Ministers als Rechtfertigung einer Handlung ansah, durch die sie eines der schwersten politischen Verbrechen, nämlich die Verletzung des Staatsgrundgesetzes begangen hat.

Im übrigen, meine Herren, betrachte ich es als ein gutes Zeichen, daß außer dem Herrn Baron Fuchs und der „Reichspost" sich in ganz Österreich niemand der Staatsschulden-Kontrollkommission angenommen hat. Die „Reichspost" hat heute einen Wutanfall bekommen, immerhin ein Zeichen, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Was aber den Herrn Baron Fuchs anbelangt, so begreife ich ja die Peinlichkeit seiner Situation. Aber ich hätte es doch für entsprechend gefunden, wenn der Herr Abgeordnete sich seine Sache der Verteidigung der Haltung der Kommission

nicht gar so leicht gemacht hätte, als er es tatsächlich getan hat. Seine ganze juristische Argumentation war die Berufung auf den § 10 des Kontrollgesetzes vom 10. Juni 1868. Dort heißt es allerdings, wenn der Staat eine schwebende Schuld kontrahiert, „hat die Kommission die gehörige Vorschreibung und Evidenzhaltung . . . zu überwachen, dann die darüber ausgefertigten Urkunden zu kontrasignieren". Dieses „hat" betrachtet nun der Herr Baron Fuchs als einen kategorischen Befehl, als ob der Paragraph aus gar nichts anderem, als aus dem Worte „hat" bestünde. Indessen muß man ja doch auch die diesem Worte vorhergehenden Worte in diesem Paragraphen lesen, um ihn zu verstehen. Es heißt nämlich dort: Im Falle als die Regierung eine schwebende Schuld kontrahiert . . . . Es ist also vor allem Aufgabe der Kommission, zu prüfen, ob eine schwebende Schuld kontrahiert worden ist, ob also die Bestimmungen dieses Paragraphen in dem einzelnen bestimmten Falle zutreffen. Denn sonst liefe die Bestimmung ja darauf hinaus, daß, wenn die Regierung erklärt, irgend eine Geldaufnahme sei eine schwebende Schuld, die Kommission stumm und gehorsam zu unterschreiben hat.

Es wird wohl niemand außer dem Baron Fuchs in diesem Hause sein — ich hoffe, auch den Herrn Justizminister mitinbegriffen —, der diese Auffassung des § 10 des Kontrollgesetzes gutheiße. Aber daß diese Prüfungspflicht der Kommission tatsächlich besteht, hat ja niemand geringerer als die Kommission selbst festgestellt *(Sehr richtig!)*, denn sie hat in einem früheren Stadium der Entwicklung selbst verlangt, daß der Begriff der schwebenden Schuld definiert, ja sogar in einem Gesetze definiert werde, sie verlangte also die Grundlage für die Prüfung des Begriffes „schwebende Schuld".

Nun, meine Herren, was ist eine schwebende Schuld? Nach den Darlegungen des Herrn Baron Fuchs ist schwebende Schuld das, was von der Regierung dafür erklärt wird. Baron Fuchs hat sich aber auch auf den Herrn Baron Plener berufen, den er bei dieser Gelegenheit als einen großen Fachmann nicht nur in finanziellen, sondern auch — und das hat mich gewundert — in politischen Fragen erklärte. Allerdings, Baron Plener hat einmal in einem vergangenen Stadium der Dinge bei irgendeiner Gelegenheit erklärt, man müsse hier in Österreich darauf schauen, daß die konstitutionellen Begriffe etwas gestärkt werden, denn wir sind schwach in konstitutioneller Beziehung. Das ist vollständig richtig und der Herr v. Plener ist das leuchtendste Beispiel dieser seiner eigenen Behauptung, denn er selbst hat in einem Berichte an das Herrenhaus, den Baron Fuchs zitiert hat, eine so unerhörte Meinung von dem § 14 kundgegeben. . . . *(Unruhe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Berichterstatter Dr. **Ellenbogen** *(fortfahrend)*: . . . er hat darin geradezu eine Befürwortung des Verfassungsbruches nicht nur ausgesprochen, sondern ihm sogar die Wege geebnet.

Nun, um was handelt es sich bei dieser Frage: schwebende Schuld oder nicht? Für jeden, der nicht bloß formal juristisch argumentieren will, für jeden, der nicht lediglich nach Ausreden sucht, um eine unentschuldbare Haltung zu beschönigen, für jeden, der sich nicht bloß mit oberflächlichen Advokatenargumenten begnügt, steht die Sache folgendermaßen: Die Gesetzgeber der Jahre 1867 und 1868, von denen ich schon in meiner Eingangsrede gesagt habe, daß sie sehr ernste, sehr tüchtige und im Gegensatz zu heute sehr sorgfältige Gesetzgeber gewesen sind, die sich jedes Wort und jeden Buchstaben, den sie in das Gesetz aufnahmen, genau überlegten, wollten offenbar das Budgetbewilligungsrecht des Reichsrates feststellen, das durch nichts, aber auch gar nichts zu umgehen sei. Nachdem sie dieses kategorische Recht im § 11 c des Grundgesetzes über die Reichsvertretung, wo sie von den Aufgaben, die zum Wirkungskreise des Reichsrates gehören, sprechen, festgelegt hatten, fiel ihnen ein: es kann jedoch sein, daß der Staat eines Tages in Geldverlegenheit ist, es können plötzlich große Zahlungen kommen und die Steuereingänge fließen nicht reichlich genug — in einer solchen Situation kann sich jeder Staat in einem bestimmten Augenblick befinden —, aber der Staat muß zahlen. Nehmen wir an, es erfolgt ein großes katastrophales Erdbeben; woher das Geld nehmen für diesen Ausnahmsfall? Und da haben nun die Herren im § 14 eine genau umschriebene Ausnahmsbestimmung gemacht und haben gesagt, damit nur ja das Budgetbewilligungsrecht des Reichsrates nicht umgangen werde: In diesem ganz bestimmten Ausnahmsfall, „wenn sich die dringende Notwendigkeit solcher Anordnungen, zu welchen verfassungsmäßig usw. . . . zu einer Zeit herausstellt, wo dieser nicht versammelt ist, so können diese unter Verantwortung . . ." 2c. — Sie kennen ja alle den § 14, meine Herren!

Außerdem wurde eine zweite Sicherung in dem Kontrollgesetze geschaffen, wo von der schwebenden Schuld usw. die Rede ist. Es ist also klar, die Ausnahmsbestimmung, die die Schöpfer der Staatsgrundgesetze, der Verfassungsgesetze schaffen wollten, betrifft bloß eine vorübergehende, momentane Geldverlegenheit des Staates und es kann sich somit hier nur um ganz kleine Summen handeln, die aus dem laufenden Budget gedeckt werden können, das heißt, wenn die Steuern wieder normal fließen,

kann diese vorübergehende Verlegenheit gedeckt werden. Und was hat daraus unter Assistenz des Herrn Baron Fuchs die Staatsschulden-Kontrollkommission gemacht? Aus der momentanen Geldverlegenheit sind 42 Milliarden geworden! Gibt es einen Menschen mit normalem Rechtsgefühl, gibt es einen Menschen, ich sage nicht, der Gesetze, sondern der Deutsch lesen kann, der glauben könnte, daß mit dem § 14 und mit den §§ 10 und 13 des Kontrollgesetzes 42 Milliarden Kreditanleihe gemeint sein können?

Diese oberflächliche Betrachtung ist also falsch, daß es sich um den Unterschied zwischen schwebender und konsolidierter Schuld handelt, sondern es handelt sich um den Unterschied zwischen schwebender Schuld und dauernder Belastung. *(So ist es!)* Das ist das Entscheidende.

Wenn nun der Herr Abgeordnete Baron Fuchs sich zur Stützung seiner Ansicht auf die „Finanzpresse", eines der schäbigsten Börsenblätter beruft, dessen wir uns in Österreich erfreuen, so kann ich nur sagen, jeder sucht sich die Gesellschaft aus, die ihm behagt. *(Abgeordneter Zenker: Geschmacksache!)* Gewiß, das ist Geschmacksache. Für mich ist dieses Blatt, obwohl es den Titel „Finanzpresse" an der Stirne trägt, keine Autorität und in Fachkreisen, die also wirklich Autoritäten sind, ist es am allerwenigsten eine Autorität. *(Abgeordneter Zenker: Sonst berufen sich die Christlichsozialen auch nicht auf diese Blätter!)* Gewiß nicht! Aber, wenn dort gesagt wird, es wäre an der Zeit, daß diese schwebende Schuld von dieser ungeheuren Höhe in eine konsolidierte Schuld umgewandelt werde, und wenn Herr Baron Fuchs daraus den Schluß zieht: also offenbar ist das eine schwebende Schuld, so kann ich nur sagen, daß hier die Absicht vorwaltet, unter dem Vorwande und dem Scheine einer schwebenden Schuld eine dauernde Belastung einzuführen. *(Zustimmung.)* Im übrigen, hochverehrte Herren, glaube ich, mich mit den Ausführungen des Herrn Baron Fuchs um so weniger länger befassen zu müssen, als die glänzendste, ja eine geradezu niederschlagende Widerlegung seiner Argumente von seinen eigenen Kollegen besorgt worden ist, denn die Staatsschulden-Kontrollkommission hat ausdrücklich das Gegenteil von dem gesagt, was Herr Baron Fuchs hier ausgeführt hat. Ich zitiere, damit man mich nicht etwa der Fälschung beschuldige. In dem Berichte vom 26. Juni 1915 an den Kaiser sagt die Staatsschulden-Kontrollkommission, daß alle einzelnen Anleihen und insbesondere alle zusammengenommen nur formell das Merkmal der schwebenden Schuld an sich tragen *(Heiterkeit)*, daß aber eine dauernde Belastung des Staatsschatzes die unvermeidliche Konsequenz dieser Anleihen sei. *(Hört! Hört!)*

Zweitens: Die Kommission selbst hat erklärt, daß sie nur jene schwebenden Schulden als Vorschußgeschäfte anerkenne, welche einen bestimmten Betrag nicht überschreiten und deren Rückzahlung voraussichtlich aus den laufenden Einnahmen erfolgen könne. Ganz korrekt! So habe ich es auch hier definiert, das ist der Begriff der schwebenden Schuld.

Und endlich sagt die Kommission: „Wenn die Kontrollkommission ihre Mitwirkung zuzusagen beschlossen hat, so war sie sich dessen bewußt, damit, was die schwebende Schuld betrifft, über den Wortlaut des Gesetzes hinausgegangen zu sein." *(Hört! Hört! — Heiterkeit.)*

Es ist also ein verlorener Posten, den Herr Baron Fuchs verteidigt und seine Verteidigung ist daher auch so matt und schwach ausgefallen: sie kann niemanden überzeugen. Aus dem Umstande, daß sich kein weiterer Abgeordneter gegen den Bericht zum Worte gemeldet hat, schließe ich, daß selbst bis in die Reihen derjenigen, die vielleicht heute dagegen stimmen werden, das ganze Haus einig ist in der Verurteilung des Vorgehens der Kommission.

Aber nun möchte ich an den Herrn Baron Fuchs noch eine andere Frage richten. *(Anhaltende Unruhe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Berichterstatter Dr. **Ellenbogen** *(fortfahrend)*: Er hat bloß von der schwebenden Schuld gesprochen. Ich frage ihn nun: Wie steht es aber mit der amortisablen Rente, von der nicht einmal er zu behaupten wagt, daß sie den Bestimmungen des § 14 entspricht? Das ist doch wirklich eine schon an der Stirne, auf dem bedruckten Papier, den Namen einer dauernden Belastung tragenden Anleihe.

Warum hat er denn auch für diese in der Kommission gestimmt? Dieser Frage weicht Herr Baron Fuchs vorsichtig, mehr vorsichtig als tapfer, aus.

Ich habe eine weitere Frage an Seine Exzellenz, den Herrn Baron Fuchs. Er hat den § 14 zitiert. In dem § 14 des Staatsgrundgesetzes heißt es *(liest)*: „Wenn sich die dringende Notwendigkeit solcher Anordnungen, zu welchen die Zustimmung des Reichsrates erforderlich ist" — ich bitte, meine Herren, aufzumerken! — „zu einer Zeit herausstellt, wo dieser nicht versammelt ist, so können usw." Die 375-Millionenanleihe ist bekanntlich seinerzeit unter Stürgkh hier im Hause in Verhandlung gestanden. Ihre Notwendigkeit hat sich buchstäblich während der Tagung des Reichsrates herausgestellt. Dann ist der Reichsrat vertagt worden, weil der Graf Stürgkh hier im Hause eine Majorität nicht fand. Und während dieser Ver-

tagung hat man an die Kommission das unerhörte Ansinnen gestellt, eine Anleihe, deren Notwendigkeit sich ausdrücklich während der Vertagung des Reichsrates herausgestellt hat, zu bewilligen, zu einer Zeit, wo der Reichsrat nicht mehr versammelt war. Ich frage den Herrn Baron Fuchs, der selbst den § 14 zitiert hat: Paßt der Wortlaut des § 14 auch auf diese Handlung, die die Kommission begangen hat?

Herr Baron Fuchs hat zum Schlusse seiner Ausführungen sich zu einer gewissen Wärme seiner Darstellung aufgeschwungen und während im ersten Teil seiner Rede seine Ausführungen etwas matt und mühselig klangen, schienen ihm in dem Augenblick, wo er den Herrn Grafen Stürgkh gegenüber diesem Hause als einen glorienumstrahlten Mann hinzustellen versuchte, die Töne förmlich vom Herzen zu fließen.

Was Herr Baron Fuchs da gesagt hat, war einfach, um es kurz zu sagen, ein offenes Plädoyer nicht nur für den Brecher der Verfassung, sondern auch für den Bruch der Verfassung. *(Zustimmung.)* Ich überlasse es seinen Parteigenossen und den Herren deutschen Abgeordneten zu erklären, ob sie mit dieser Haltung des Herrn Fuchs einverstanden sind.

Im übrigen habe ich gestern bei diesem Anlaß den Zwischenruf „Niedrist" gemacht und vielleicht wird der Herr Baron Fuchs sich doch die Mühe geben, seinen Parteigenossen darüber zu befragen, wie angenehm, wie nützlich, wie volkstümlich, wie vor allem für Volk und Staat förderlich die Aufrichtung jenes Militärabsolutismus war, der nur durch den Verfassungsbruch des Grafen Stürgkh möglich geworden ist. *(Zustimmung.)*

Damit, meine Herren, glaube ich die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Fuchs dem Verständnis des Hauses entsprechend nähergebracht zu haben und bin überzeugt, daß das Haus sie auch bei der Abstimmung entsprechend würdigen wird.

In der gestrigen Debatte hat der Herr Abgeordnete Modráček für zweckmäßig gefunden, über die Bolschewiki-Revolution in Rußland folgende Worte zu sagen *(liest)*: „Die Revolution zerstört ihre eigene Macht, die nötig wäre, um ihren hochfliegenden Ideen auf dem Friedenskongreß Geltung zu verschaffen." Und weiter sagte er, daß durch die Revolution der Bolschewiki die große revolutionäre Macht Rußlands „als Stütze und Hoffnung der unterdrückten Nationen nicht mehr in Betracht komme". Ich bedauere es auf das tiefste, daß ein Mann, der sich einen Sozialdemokraten nennt, über die größte Tat, die irgendein Proletariat der Welt jemals zustandegebracht hat und die vielleicht von entscheidendem Einfluß auf den von uns, den Proletariern der ganzen Welt, das tschechische Proletariat inbegriffen, so heiß ersehnten Frieden ist, über diese Tat so herabsetzende Worte auszusprechen für gut befunden hat. *(Lebhafter Beifall.)*

Dem Hause liegt nun noch ein Antrag des Herrn Abgeordneten Hummer vor, welcher lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, insolange ihr andere gesetzliche Mittel zur Erreichung des vom hohen Hause hiermit zum Ausdrucke gebrachten Willens nicht zur Verfügung stehen, alle Vorkehrungen zu treffen, um in Hinkunft jene Unternehmungen, an denen Mitglieder der Staatsschulden-Kontrollkommission, sei es als Besitzer, Teilhaber oder Verwalter von Einzelunternehmungen, sei es als Mitglieder der Leitung von Gesellschaften in irgendeiner Art beteiligt sind, von jeder Art Geschäftsverbindung mit dem Staate, insbesondere von Lieferungen für den Staat auszuschließen."

Ich erkläre, daß ich persönlich mit dem Meritum dieses Antrages einverstanden bin. Ich glaube jedoch, meine Herren, nicht das Recht zu haben, als Berichterstatter für einen ganz bestimmten und umschriebenen Gegenstand in einer so bedeutungsvollen Sache, über die die Meinung des Ausschusses nicht gehört worden ist, dem Hause eine Entscheidung zu empfehlen. Ich bitte daher, diesen Antrag dem Budgetausschusse zuzuweisen.

Im übrigen aber bitte ich die Herren, dem entschiedenen Willen des Hauses zum Ausdrucke zu bringen, daß es sich eine solche Behandlung seiner Rechte durch eine von ihm selbst eingesetzte Kommission nicht gefallen lasse, und wünsche, daß das Haus den Mißbrauch des Vertrauens brandmarke an den Mitgliedern, die dieses Vertrauen mißbraucht haben. Ich bitte Sie daher, für die Anträge des Ausschusses zu stimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich bitte, die Plätze einzunehmen, weil wir abstimmen werden.

Der Budgetausschuß hat drei Anträge gestellt. Zur Abstimmung hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Dr. Waldner; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Waldner:** Ich ersuche, bei den Anträgen unter I eine getrennte Abstimmung über den ersten Satz vorzunehmen, und zwar zunächst mit Auslassung der Worte „nur mit Bedauern".

Weiters ersuche ich um getrennte Abstimmung über den Absatz 2 des Antrages I, und zwar von

den Worten angefangen: „Wenn auch eingeräumt werden muß“ usw.

**Präsident:** Zur Abstimmung hat sich ferner gemeldet der Herr Abgeordnete Sever.

Abgeordneter **Sever:** Ich beantrage die namentliche Abstimmung über den Absatz, in dem das Bedauern ausgesprochen wird.

**Präsident:** Worüber beantragen Sie namentliche Abstimmung?

Abgeordneter **Sever:** Über die Worte „Nur mit Bedauern.“

**Präsident:** Dem Wunsche nach getrennter Abstimmung, den der Herr Abgeordnete Dr. Waldner geäußert hat, wird Rechnung getragen werden.

Der Herr Abgeordnete Sever hat den Antrag gestellt, über die Worte „nur mit Bedauern“ namentlich abzustimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist genügend unterstützt und es wird namentlich abgestimmt werden.

Ich ersuche also diejenigen Herren, die den ersten Satz des Ausschußantrages I: „Das Abgeordnetenhaus nimmt den Bericht der Staatsschulden-Kontrollkommission nur mit Bedauern zur Kenntnis“, und zwar mit Weglassung der Worte „nur mit Bedauern“ annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Derselbe ist angenommen.

Nunmehr kommen die Worte „nur mit Bedauern“ zur Abstimmung. Darüber wird namentlich abgestimmt werden.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche die Worte „nur mit Bedauern“ annehmen wollen, die Stimmzettel mit „Ja“, diejenigen Herren, welche dagegen sind, die Stimmzettel mit „Nein“ abzugeben. *(Rufe: Wir haben keine Stimmzettel!)* Die Herren müssen sämtlich die Stimmzettel in ihren Laden haben, sie sind wiederholt verteilt worden und ich habe erst dieser Tage wieder, soweit es möglich war, kontrollieren lassen, ob die Herren die Stimmzettel haben. Insofern sie keine Stimmzettel besitzen, sind Reservestimmzettel vorbereitet. Jedenfalls müssen aber die Stimmzettel den Namen des abstimmenden Abgeordneten tragen, um gültig zu sein.

Ich bitte, die Stimmzettel abzugeben.

*(Die Stimmzettel werden abgesammelt. — Mit „Ja“ stimmen die Abgeordneten:*

Adler, Angermann, Aust, Baczyńskyj Wladimir, Baxa, Bechyně, Biňovec, Bomba, Bradáč, Brenčič, Brettschneider, Bugatto, Bukvaj, Chaloupka, Charvát, Conci, Czaykowski Roman, Čech, Daszyński, David, De Carli, Diamand, Dnistrianśkyj, Dötsch, Donát, Dulibić, Ellenbogen, Exner, Fahrner, Feltl, Fiedler, Filipinský, Formánek, Forstner, Franta, Funk, Gall, Gentili, German, Glöckel, Goetz, Grandi, Grigorovici, Gröger, Groß Adolf, Habermann, Hanusch, Hillebrand, Hladnik, Hnátek, Hock, Hrásky, Hruban, Hübschmann, Hyrš, Ivčević, Jäger, Janovec, Jarc, Jaroš, Jokl, Kadlčák, Kędzior, Klička, Klofáč, Koerner, Kolessa, Konečný, Korosec, Kotlant, Kratochvíl, Krž, Kulich, Kuranda, Leuthner, Lewickyj Eugen, Lewyckyj Konstantin, Lišý, Lodgman, Löw, Loudzin, Lukavský, Malik Rudolf, Marek Jaroslav, Mašata, Matakiewicz, Mèchura, Mlčoch, Modráček, Moraczewski, Muchitsch, Müller Rudolf, Navrátil, Neumann, Němec Anton, Ofner, Okleštěk, Okunewskij, Oliva, Onyszkewycz, Padour, Palme, Pavlok, Petruszewycz, Pik, Pittoni, Pogačnik Josef, Pokorný, Polke, Pongratz Josef, Potoczek, Prášek, Prodan, Prokeš, Prošek, Prunar, Rauch, Redlich, Reifmüller, Reizes, Renner, Resel, Reumann, Rieger Eduard, Roškar, Rybář, Rychlik, Rychtera, Rydlo, Schacherl, Schäfer, Schiegl, Seitz, Sever, Skaret, Slavíček, Smal-Stocki, Smikowski, Smitka, Smrček, Soukup Franz, Spinčić, Srdinko, Stanek, Stapiński, Stejskal, Stern, Steslowicz, Stránský, Straucher, Stříbrný, Svěcený, Svoboda, Średniawski, Šamalik, Špaček, Šubrt, Švejk, Tertil, Tobolka, Tomášek, Tomschik, Trylowskyj, Tusar, Udržal, Vacek, Valoušek, Vaněk, Velich, Viškovský, Vodňanský, Vojta, Volkert, Votruba, Winter Leo, Winter Max, Witt, Wityk, Wróbel, Wüst, Wutschel, Zahradník, Zenker, Zieleniewski, Zdárský;

*mit „Nein“ stimmen die Abgeordneten:*

Albrecht, Baechle, Barbo, Bauchinger, Baumgartner, Berger, Beyer, Bogendorfer, Brandl Alois, Dinghofer, Diwald, Einspinner, Eisenhut, Eisterer, Erb, Erler, Fink, Fischthaler, Frankenberger, Freißler, Fuchs, Glöckner, Goll, Grafinger, Grim, Guggenberg, Hartl, Hauser, Heilmayer, Heine, Held, Herold, Herzmansky, Höher, Hötzendorfer, Hofer, Hofmann, Huber Franz, Huber Michael, Hueber, Hummer, Jedek, Jerzabek, Jukel, Kienzl, Kittinger, Kletzenbauer, Kofler, Kopp, Kraft, Kraus, Kreilmeir, Kroy, Kudlich, Lecher, Lechner, Leys, List, Loser, Lutsch, Lutschounig, Marckhl, Mataja, Michl, Miklas, Neuntenfel, Niedrist, Noggler, Pacher, Parrer, Paulik, Perwein, Pirker, Pongratz Leopold, Prisching, Rieger

Alois, Roitinger, Roller, Schachinger, Scheicher, Schlegel, Schoiswohl, Schraffl, Schreiner, Schreiter, Schürff, Schürl, Schweiger, Seidel, Siegele, Starck, Stölzel, Strziska, Stumpf, Sylvester, Teltschik, Teufel, Thurnher, Tomaschitz, Urban, Wagner (Mähren), Wagner (Steiermark), Waldl, Waldner, Wedra, Weiss, Wichtl, Wohlmeyer, Wollek, Zaunegger.

Der Antrag des Ausschusses, in der ersten Zeile die Worte „nur mit Bedauern" einzuschalten, wurde mit 184 gegen 112 Stimmen angenommen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Wir werden nunmehr über den Rest des ersten Absatzes, angefangen von: „Es mißbilligt" bis „begeben hat", abstimmen. Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Sätze nach dem Antrage des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zum zweiten Absatze des Antrages I. Ich ersuche diejenigen Herren, die dem zweiten Absatze zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die den II. und III. Antrag annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Sie sind gleichfalls angenommen.

Weiters liegt ein Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Hummer vor, bezüglich dessen der Herr Berichterstatter die Zuweisung an den Ausschuß beantragt.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dafür sind, daß diese Entschließung des Herrn Abgeordneten Hummer dem Ausschusse zugewiesen wird, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist dem Ausschusse zugewiesen und damit ist der Gegenstand erledigt.

Es ist heute vor der Sitzung der Bericht des Finanzausschusses, betreffend die Kriegssteuer *(834 der Beilagen)*, aufgelegt worden. Mit Rücksicht auf die große Dringlichkeit der Angelegenheit, die sich namentlich aus den zwischen dem Abgeordnetenhause und Herrenhause bestehenden Differenzen ergibt, beantrage ich, diesen Bericht auf die Tagesordnung zu stellen und sofort in Verhandlung zu nehmen. Zu diesem Beschlusse ist aus zwei Gründen die Zweidrittelmehrheit notwendig: einmal deshalb, weil der Bericht noch nicht auf der Tagesordnung steht, weiters deshalb, weil der Bericht noch nicht 24 Stunden aufliegt. Ich ersuche diejenigen Herren, die meinem Antrage, den Bericht, betreffend die Kriegssteuer, sofort in Verhandlung zu ziehen, zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, die Kriegssteuer sofort in Verhandlung zu ziehen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Dr. Steinwender, die Verhandlung einzuleiten. *(Unruhe.)* Ich bitte um Ruhe, meine Herren, der Berichterstatter kann ja sonst nicht reden.

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Als letzter von allen Staaten ist Österreich mit der Kriegsgewinnsteuer gekommen und diese Kriegsgewinnsteuer, die durch Kaiserliche Verordnung vom 16. April 1916 eingeführt wurde, wurde eigentlich erst vor zwei Monaten, also nach einer Zeit von 17 Monaten — denn erst vor zwei Monaten sind die Bestimmungen über die Kontrolle und die Strafen in Kraft getreten — in Wirksamkeit gesetzt. *(Andauernde Unruhe.)*

**Präsident**: Ich bitte um Ruhe, meine Herren, der Herr Berichterstatter ist ja nicht imstande, sich verständlich zu machen.

Berichterstatter Dr. **Steinwender**: 17 Monate haben wir also dazu gebraucht. Dafür sieht auch die Kaiserliche Verordnung schlecht genug aus. Allerdings, in der Besteuerung der Einzelpersonen hat die Kaiserliche Verordnung sich an die Sätze von Deutschland herangewagt, bei den Gesellschaften nicht. Eine große Gesellschaft zum Beispiel, welche — wie die Wiener Banken — 9 Prozent verdient, zahlt nach der Kaiserlichen Verordnung bei 5 Prozent Mehrgewinn 10 Prozent, in Deutschland schon nach der ersten Festsetzung 15·6 Prozent. Es hat sich also gleich von allem Anfang an die zarte Sorge der österreichischen Regierung um das Wohlbefinden der Banken gezeigt. Auch das Parlament hat sich nicht übereilt. Wir haben bei der Kaiserlichen Verordnung, die einer gründlichen Umarbeitung bedurfte, indem darin nur die Bedürfnisse der Aktiengesellschaften berücksichtigt waren, nicht aber die der Einzelpersonen, im Ausschusse eine Zeit lang gebraucht, um damit fertig zu werden. Im Juli wurden wir fertig und erst am 26. Oktober hat das Herrenhaus darüber beschlossen. Nun haben wir im Ausschuß wiederum einen Monat gebraucht und so stehen wir endlich heute davor, diese Kriegssteuer, wie sie jetzt heißt, tatsächlich zu erledigen.

Mit dem Herrenhaus befinden wir uns in zwei wichtigen Punkten bis jetzt im Widerspruch: Zunächst in bezug auf die Rückwirkung auf das Jahr 1916. Der Berichterstatter des Herrenhauses Fürst Lobkowicz hat gefunden, die Rückwirkung sei nicht sehr gerecht und hat später gesagt, sie sei nicht besonders gerecht. Zugegeben: Die Rückwirkung eines Gesetzes, insbesondere eines Steuergesetzes, ist durchaus nicht schön; aber daran sind nicht wir schuld, sondern die Regierung, weil sie eine so minderwertige Verordnung herausgegeben hat, daß wir

eine Rückwirkung durchführen mußten. Eine weitgehende Konzession von uns ist es schon, daß wir die Rückwirkung nicht ausdehnen auf die Jahre 1915 und 1914, sondern uns bloß mit dem Jahre 1916 begnügen.

Der Herr Minister hat im Herrenhaus und auch hier prinzipielle Bedenken geäußert, die wir ja teilen, allerdings nicht mit der Begründung, die im Referate des Herrenhauses steht. Dort heißt es nämlich, es sei das natürliche Recht des Staatsbürgers, hinterdrein nichts zu zahlen. Mit solchen Behauptungen darf man in Kriegszeiten denn doch nicht kommen; da wird über andere natürliche Rechte brutal hinweggegangen, daher kann sich der Kriegsgewinner nicht darauf kaprizieren, daß er nach seinem natürlichen Rechte, nicht zu zahlen, behandelt werde. Andere Staaten, die reicher sind als wir, sind uns mit der Rückwirkung vorangegangen; von Italien spreche ich nicht, ich spreche aber von England und von Deutschland. *(Unruhe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe, meine Herren.

Abgeordneter Dr. **Steinwender** *(fortfahrend)*: England hat eine Rückwirkung bezüglich der Erhöhung auf ein Jahr beschlossen und Deutschland hat im April dieses Jahres eine Rückwirkung der Erhöhung bis zum Beginn des Krieges, also bis August 1914, mithin auf zwei Jahre und acht Monate beschlossen. Was diesen reicheren Staaten, England und dem Deutschen Reiche, erlaubt ist, muß wohl auch uns erlaubt sein, um so mehr als wir erheblich mehr auf die Steuer angewiesen sind als diese beiden Staaten.

Der weitere Differenzpunkt betrifft die verschiedene Besteuerung der Gesellschaften. Im Herrenhause hat ein hervorragender Redner gesagt, die Gesellschaft sei eine moralische Person, eine solche moralische Person solle überhaupt keine Steuer zahlen *(Heiterkeit)*, denn die Fiktion der juristischen Person habe nirgends größeres Unheil angestiftet, als auf dem Gebiete der Besteuerung der Aktiengesellschaften. Der Aktionär zahle ja ohnedies und da solle man doch die Gesellschaft in Ruhe lassen. Na, das wäre auch ein System. In England besteht das System, daß nicht die Gesellschaft die Steuer bezahlt, sondern der Aktionär. Aber geben Sie uns die englische Steuer und die englische Bevölkerung in bezug auf das Steuerzahlen — in England beträgt die Kriegsgewinnsteuer oder die Mehrgewinnsteuer, wie sie dort heißt, 80 Prozent, und was noch übrig bleibt, die übrigen 20 Prozent werden der Einkommensteuer unterworfen, die bis über 60 Prozent steigt, da kommt natürlich mehr heraus — und geben Sie uns die englische Gewissenhaftigkeit in der Fassion der Steuer. Nachdem wir aber weder das englische System haben noch auch die Gesetze noch die englische Art, dem Staate die Steuern abzustatten, müssen wir wohl bei unserem System bleiben.

Nachdem wir nun also gegenwärtig dieses System, die Aktiengesellschaften gar nicht zu besteuern und alles auf den Aktionär zu werfen, nicht einführen können, hat die Regierung und das Herrenhaus einen anderen Weg eingeschlagen, sie haben die Steuer auf die Gesellschaften herabgesetzt. Es zahlt also bei einer Million Mehrgewinn eine Gesellschaft von 5 Millionen Kapital 379.500 K, eine Gesellschaft von 10 Millionen Kapital 291.500 K, eine von 20 Millionen Kapital 220.000 K, eine von 50 Millionen Kapital 137.500 K gegenüber einer Leistung von 547.500 K des einzelnen. Also die große Gesellschaft zahlt von demselben Gewinn fast genau bloß ein Viertel dessen was der einzelne zahlt.

Es ist ja richtig, wenn derselbe Gewinn von einer großen Gesellschaft gemacht wird wie von einer kleinen, so bekommen die Aktionäre weniger. Das ist aber ihre Schuld, daß sie bei einer großen Gesellschaft sind; dafür sind sie sicherer, dafür wird ja ein anderes Mal mehr herauskommen. Das geht den Staat nichts an; für den Staat ist einfach die Gesellschaft da mit ihrem Einkommen und dieses Einkommen muß der Staat heranziehen. Aber sagen Sie mir, wenn es sich um einen einzelnen handelt, verdient überhaupt der einzelne Aktionär irgendetwas? Er verdient gerade nach den Behauptungen im Herrenhause und bei der Regierung eigentlich gar nichts, nur die Gesellschaft, nur die Assoziation verdient. Die Assoziation wird mit Recht und auch über Gebühr gepriesen. Wenn es aber zum zahlen kommt, verschwindet auf einmal die Assoziation, da will man nichts mehr davon wissen, da kommt jetzt der einzelne heraus, da kommt der Dienstbote, der seine Aktie erspart hat, da kommt die arme Witwe, die mit ihrer einzigen Aktie ihre Blößen bedeckt. *(Heiterkeit.)* Kurz und gut, mit solchen Dingen macht man Stimmung und will behaupten: Das sind nicht reiche Leute, das sind arme Näherinnen und arme Witwen, welche zahlen müssen. Solche Dinge haben wir schon bei der Verstaatlichung der Nordbahn gehört und hören sie heute wieder: geglaubt wurden sie damals nicht und werden auch heute nicht geglaubt werden.

Es wird auch beanstandet, insbesondere von der Regierung, welche Beispiele anführt, daß auch bei gleichem Prozentsatz, zum Beispiel von 10 Prozent Gewinn, das eine Mal weniger, das andere Mal mehr gezahlt wird. Der Minister hat gesagt, in einem Fall von 10 Prozent Gewinn 27·50 Prozent, in einem anderen Falle 48·75 Prozent, nämlich bei zehnfachem Kapital. Es ist da ein kleiner

Irrtum, es sind nicht 48·75 Prozent, sondern es sind 54·75 Prozent. Es ist wahr, von 10 Prozent Gewinn werden in einem Falle nur 27½ K bei 100 K gezahlt und im andern Falle 54·75 K. Aber diesen bedeutenden Unterschied gibt es nur zwischen den kleinen und den großen Gewinnen und für kleine Gewinne haben wir eine begünstigte Skala eingeführt. Wie wir aber auf die großen Beträge kommen, sind auch nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses die Unterschiede sehr geringfügig; bei einem Kapitale von 10 Millionen ist der Prozentsatz 54·75, dann steigt er allmählich nahe bis 60. Es sind also geringe Unterschiede, sobald ich von der niedrigsten Stufe weggehe. Bei der Skala des Herrenhauses haben Sie dasselbe. Da haben Sie auch Abstufungen, nämlich von 26 Prozent bis zu 33 Prozent, ungefähr dieselben Abstufungen, wie nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses, aber der Unterschied ist eben der, daß wir über 50 bis nahezu 60 Prozent gehen, das Herrenhaus nur etwas über 30 Prozent. Die Skala ist so gemacht, nicht wegen des Prinzipes, das ganz gleichgültig ist, sondern damit die großen Gesellschaften weniger zahlen. Diese ganze Rentabilitätsskala hat nur den Zweck, die großen Gesellschaften zu entlasten. Allerdings gibt es auch Gesellschaften, welche 54, 58 Prozent nach dem Herrenhause zu zahlen haben. Um aber 54 Prozent zu zahlen, muß die Gesellschaft 50 Prozent Mehrgewinn von ihrem Kapital haben usf. Das kommt nur in seltenen Fällen vor und nur bei kleinen Gesellschaften. Bei großen Unternehmungen mit 100 oder mehr Millionen Kapital kommt ein 50- oder 100prozentiger Gewinn nicht vor, das kommt nur bei kleinen vor. Es handelt sich also um die Entlastung der Großen, um sonst nichts. Das durchzuführen war die Absicht der Regierung. Leider hat sich die gegenwärtige Regierung von den Traditionen der früheren nicht losgemacht und hält sie aufrecht, was falsch ist. Man führt allerdings als Grund gegen die gleiche Besteuerung der Aktiengesellschaften die doppelte Zahlung an. Es zahlen nämlich erstens die Aktiengesellschaft und dann die Aktionäre. Wie geht es meistens vor? Wenn die Gesellschaft 10 Millionen wirklich verdient, so weist sie in ihren Bilanzen und den Aktionären gegenüber den Gewinn um ein Drittel weniger aus. *(Heiterkeit.)*

Natürlich, sie zahlt für zehn Millionen die Steuer, wenn sie wirklich beaufsichtigt wird, weist aber durch die stillen Reserven weniger aus. Und von dem, was sie ausweist, behält sie wieder einen Teil für sich an offenen Reserven, sie verteilt daher nur einen Teil ihres Gewinnes, etwa ein Drittel, oft viel weniger. Schauen Sie an, was die Banken pro 1916 ausgezahlt haben, wie wenig das gegenüber ihrem wirklichen Gewinn ist. Von dem, was wirklich ausgezahlt wird, ist ein Teil — unter 5000 K — ohnedies steuerfrei und ein viel größerer Teil wird nicht fatiert.

Ich möchte wissen, was das für eine Doppelbesteuerung ist. Das kann bei einzelnen vorkommen, bei großen Aktionären, welche offen fatieren, aber im allgemeinen nicht. Im übrigen haben wir wiederholt erklärt, wir sind ja bereit, diese Doppelbesteuerung aufzugeben, dann ist die Gleichheit zwischen der Gesellschaft und dem einzelnen vollständig hergestellt. Aber darauf geben die Herren nichts, weil das zu wenig ergibt. Sie wissen ganz gut, daß nur ein ganz kleiner Teil in die Doppelbesteuerung fällt, daher verzichten sie darauf und wollen lieber die großen Gesellschaften entlasten.

Nun verwerfen wir im Abgeordnetenhaus — vorderhand im Ausschuß — den Unterschied, der hier gemacht wird, daß der Große weniger besteuert wird als der Kleine. Im Herrenhaus wurde gesagt: „Dem fiskalisch-demagogischen Geist ist nun einmal alles Große widerwärtig, er ist mit neidvollem Bemühen bestrebt, den Starken zu schwächen." *(Heiterkeit.)* Wenn das Demagogie ist, daß der Große ebenso viel verhältnismäßig zahlen soll wie der Kleine, dann um Gotteswillen sind wir alle Demagogen, vor dieser Größe beugen wir uns nicht! Vor der Größe einer übermästeten, mit fetten Verwaltungsräten gespickten Gesellschaft beugen wir uns nicht! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Es wurde auch auf Ungarn hingewiesen. Ungarn werde eine solche Steuer nie einführen, unsere Industrie werde nach Ungarn wandern usw. usw., Dinge, die ich nicht wiederholen werde, weil sie im Ausschuß schon so X-mal gesagt wurden, als sie falsch sind. Was hat Ungarn getan? Von einigen Herren des Ausschusses und vom Herrenhaus wurde vorausgesagt, Ungarn werde nur eine geringe Steuer einführen. Prinz Lobkowitz zum Beispiel sagte: Weniger schwer wird die ungarische Kriegsgewinnsteuer bestimmt sein. Wie schaut sie nun aus? In den Zeitungen wurde die ungarische Kriegsgewinnsteuer nicht besprochen — erst heute in der „Arbeiter-Zeitung"; warum nicht? Weil das Publikum nicht wissen soll, daß die Ungarn mehr Kriegsgewinnsteuer zahlen als wir.

Wie steht es nun damit? Die Ungarn haben eine etwas andere Skala. Sie schonen die Kleinsten nicht so stark wie wir. Wir haben insbesondere die kleineren Beträge, die für Gewerbetreibende und kleinere Landwirte in Betracht kommen, etwas gemildert. Das geschieht in Ungarn nicht. Dagegen schreiten sie dann etwas langsamer vor und so kommt es zu kleinen Unterschieden. Bei 100.000 K werden zum Beispiel in Ungarn 24.500 K gezahlt werden, bei uns 27.500 K, also ziemlich dasselbe. Bei einer Million ist der Unterschied größer. Da werden nach der ungarischen Skala 464.500 K gezahlt, nach der unserigen 547.500 K. Über 900.000 K hinaus

ist es in Ungarn wie bei uns gleich, nämlich 60 Prozent. Bei uns fangen allerdings die 60 Prozent schon früher an. Aber jetzt kommt der Unterschied. In Ungarn wird von dem Kriegsgewinn keinerlei Abzug von Steuern und Zuschlägen gemacht und damit wächst die ungarische Steuer über die österreichische hinaus. Ich werde durchaus nicht Beispiele anführen, wie wir sie immer gehört haben, daß die Industrie die Hälfte an Steuer zahlt und so fort. Nein, ich nehme an, es werden bei einem gut besteuerten Unternehmen 30 Prozent an Steuer, Kriegszuschlägen und autonomen Zuschlägen gezahlt, das kommt ja vor. Was kommt dann heraus? Dann zahlt der Kriegsgewinner bei uns, der davon 30 Prozent an Steuer abzieht, wenn er Industrieller ist, 367.500 K, in Ungarn 464.500 K, also in Ungarn in diesem Fall um ein Viertel mehr. Durch den Wegfall der Steuern und der Zuschläge wird also die ungarische Steuer, wenn sie auch etwas geringere Sätze, aber nur um weniges geringere Sätze hat als die unserige, tatsächlich zu einer höheren. Die Behauptung also, wir dürfen es Ungarns wegen nicht tun, fällt in sich zusammen. In Ungarn geht man eben anders vor, dort glaubt man an den Staat und an seine Zukunft und handelt danach. Ich hoffe, das Haus wird beweisen, daß es dieselbe Meinung hat von der Existenz des Staates und von seiner Zukunft wie die Ungarn. Ich bitte, den Antrag, wie er vorliegt, anzunehmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Wir haben lediglich über die Abänderungen zu beraten und Beschluß zu fassen, welche der Ausschuß im Vergleich zu den früheren Beschlüssen des Hauses beantragt. Mit Rücksicht darauf werden wir in der Weise vorgehen, daß nur eine Debatte abgeführt wird.

Ich werde nunmehr die Sitzung behufs Eintragung in die Rednerliste auf fünf Minuten unterbrechen und bitte die Herren, die in der Debatte zu sprechen wünschen, sich im Präsidialsalon einzufinden.

Die Sitzung ist unterbrochen.

*(Die Sitzung wird um 11 Uhr 10 Minuten unterbrochen. — Nach Wiederaufnahme der Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten:)*

Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Ich schlage vor, in der Debatte über die Kriegssteuer die Rededauer auf 30 Minuten zu beschränken. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Vorschlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat die Beschränkung der Rededauer auf 30 Minuten beschlossen.

Zum Worte sind gemeldet: pro die Herren Abgeordneten Hillebrand, Waber, Modráček, Miklas, Kraft, Renner, Goll. Kontra ist vorläufig niemand gemeldet.

Ich bitte den Herrn Abgeordneten Hillebrand, das Wort zu ergreifen.

Abgeordneter **Hillebrand:** Meine Herren! Es ist selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten dem Gedanken, die Kriegsgewinner ganz ordentlich zu besteuern, außerordentlich sympathisch gegenüberstehen. Es kann nicht anders sein, als daß die Vertreter der Arbeiterklasse in einer Zeit, die täglich eine Steigerung der unermeßlichen Not und des unerhörtesten Elends für die Masse der Bevölkerung bringt, mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß jene, die die Nutznießer dieses unerhörten Blutvergießens sind, daß jene, die über alle Schwierigkeiten des Tages durch die einfache Tatsache hinwegkommen, daß sie Besitzer des Kapitals, daß sie Besitzer reichlicher Gewinne geworden sind, zu denen sich das vergossene Blut verdichtete, bei der Besteuerung möglichst herangezogen werden müssen; es kann nicht anders sein, als daß wir selbstverständlich für die größtmögliche Erfassung dieser unmoralischen, dieser aufreizenden Gewinne sind. Wir haben ja auch bereits im Oktober 1914, damals, als die sozialdemokratischen Abgeordneten gemeinsam mit dem Parteivorstande der Regierung eine Denkschrift überreichten, deren Zweck es war, der Regierung die Wege zu weisen, wie man die Bevölkerung des Hinterlandes am besten über die Bedrängnis des Krieges hinwegführen könnte, darauf hingewiesen, wie notwendig es sei, sich an die Besitzenden zu halten, ohne Zögern, entschlossen zuzugreifen und dadurch die Mittel zu schaffen, um denen, die am allerbedrängtesten sind, über diese schwierigste Zeit hinwegzuhelfen.

Meine Partei steht auf dem Standpunkt und hat diesen Standpunkt im Ausschusse bereits mit aller wünschenswerten Schärfe präzisiert, daß für uns nur die früher vom Abgeordnetenhause gefaßten Beschlüsse maßgebend sein können. Schon aus einem Grunde: Wir bestreiten im vorhinein rundweg die Kompetenz des Herrenhauses, in Sachen des Budgets und der Steuergesetzgebung ernsthaft mitzusprechen. Die Herren, die drüben im Herrenhause sitzen, sind Vertreter ganz bestimmter Klassen, sind Vertreter des vermögendsten Teiles der Bevölkerung, sind Vertreter jener Klassen, die vermöge ihrer wirtschaftlichen Situation vor allen anderen berufen sind, dem Staate von ihrem Einkommen viel zu geben. Sie müßten vor allen anderen Objekt der Steuergesetzgebung sein. Es steht den Herren im vorhinein nicht zu, in diesen Dingen entscheidend mitzusprechen. Es ist ja auch außerordentlich bezeichnend, daß in

allen Staaten mit einer moderneren Verfassung dem Gesichtspunkte entsprochen ist, daß das Herrenhaus in diesen Fragen nicht mitzusprechen hat. Wie recht wir haben und wie sehr der bei uns geltende Zustand allen modernen Ideen in dieser Frage ins Gesicht schlägt, wird schon dadurch deutlich dokumentiert, daß selbst in dem reaktionärsten Staate Europas, in Preußen, das Abgeordnetenhaus allein in diesen Fragen beschließt, während dem Herrenhause diese Befugnis entzogen ist.

Wir haben ferner zu diesem prinzipiellen Standpunkt noch die besonderen Bedenken, die sich aus der Zusammensetzung speziell unseres österreichischen Herrenhauses ergeben. Wer sind die Herren, die dort drüben sitzen, wer sind die Leute, die mit solch unerhörter Anmaßung die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, die Beschlüsse der Volksvertreter zu korrigieren sich erdreisten? Erst unlängst ist eine Liste aller der Namen und der Titel der Herren veröffentlicht worden, die sich nunmehr auch in der Frage der Besteuerung der Kriegsgewinner erdreistet haben, die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses einfach zur Seite zu schieben. Warum denn? Wenn ein Funke von Scham in den Herren steckte, so würden sie sich hüten, die Besteuerung der Kriegsgewinner mildern oder hindern zu wollen, sie, die zum großen Teile selbst Kriegsgewinner, die Nutznießer dieses schrecklichsten Blutvergießens sind, die aus dem Elend, aus der Not, aus den unerträglichen Lasten, die der Krieg auf die Bevölkerung gewälzt hat, Gold schlagen, die sich daran bereichern.

Wir sind also der Meinung, daß das Abgeordnetenhaus schon aus dem Gefühle der Würde seiner Funktion keineswegs vor diesen Dienstmannen des Kapitals zurückweichen darf. Die Herren Großgründler und Kriegsgewinner, die dort drüben sitzen, die es ja bisher verstanden haben, mit Hilfe der Regierung sich relativ steuerfrei zu erhalten, die Herren sollten sich hüten, in gar zu große Überhebung zu verfallen. Es muß in der Bevölkerung die tiefgründigste Erbitterung erzeugen, wenn sie wahrnimmt, daß diese Herrenhäusler nunmehr, wo sie aus den reichen Schätzen, die ihnen aus dem Blutvergießen erflossen sind, etwas abgeben sollen, sich weigern, dies zu tun oder sich doch bemühen, diese Abgabe an den Staat möglichst einzuschränken.

Freilich, es muß schon gesagt werden, wenn die Herrenhäusler diese Stellung einnehmen, ist es weniger verwunderlich, weil sie ja immer in der Regierung den treuesten Anwalt ihrer kapitalistischen Interessen gefunden haben. Ich erinnere daran, wie zum Beispiel vor dem Kriege bei Beratung des Finanzplanes die Regierung immer und immer wieder Einspruch erhoben hat, wenn wir eine höhere Besteuerung der Reichen verlangt haben. Ich erinnere daran, daß insbesondere bei der Beratung des Einkommensteuergesetzes der damalige Finanzminister Graf Zaleski mit einem großen Aufwande von Überredungskunst dem Ausschusse klarzumachen versucht hat, daß wir die reichen Leute alle verlieren würden, daß sie auswandern würden, wenn wir ihre Einkommensteuer allzusehr erhöhen würden. Ist denn die Sache wirklich so und besteht heute etwa diese Gefahr für uns? Wir hören doch und wir haben es insbesondere vorher von dem Herrn Berichterstatter vernommen, daß andere Staaten, daß auch Ungarn die Steuerschraube gegenüber den Kriegsgewinnern in weit beträchtlicherem Maße anzieht. Die Furcht vor dieser Auswanderung darf uns also wahrhaftig nicht bestimmen, nachgiebig zu sein, darf uns nicht verleiten, etwa die im Kriege zusammengeraubten Goldschätze der Kriegsgewinner und damit eines großen Teiles der Herrenhäusler zu schonen.

Ich muß aber auch noch ein Wort darüber sagen, daß es die Würde des Abgeordnetenhauses verlangt, dem Herrenhause gegenüber nicht zurückzuweichen, schon deswegen, weil wir doch bei jeder Gelegenheit auf dieselbe Haltung des Herrenhauses stoßen. Haben wir es nicht gesehen, wie das Herrenhaus zum Beispiel in der Frage der Justizgesetze, in der Frage des Kampfes des Abgeordnetenhauses gegen die schamlose § 14-Wirtschaft uns in den Rücken fällt, wie sich das Herrenhaus, dessen moralische Berechtigung in diesem Staate heute wohl kaum noch irgend jemand zu verteidigen wagen wird, das Herrenhaus, das seine Befugnisse und Rechte aus alten, vermoderten, heute längst unmodern gewordenen Begriffen herleitet, daß das Herrenhaus uns im Kampfe gegen den § 14 konsequent und mit einer aufreizenden Bosheit entgegentritt und das Abgeordnetenhaus zu hindern sucht? Haben wir es nicht auch oft und oft erleben müssen, daß dieselben anmaßenden Herren sich erdreisten, immer dann, wenn es sich um Fragen des Arbeiterschutzes handelt, mit einer geradezu aufreizenden Regelmäßigkeit entweder die vom Abgeordnetenhause beschlossenen Gesetze zu verstümmeln und zu verschlechtern oder sie einfach liegen zu lassen und einer Erledigung nicht zuzuführen, so daß der spärliche Arbeiterschutz, den wir haben und der seit einer Reihe von Jahren völlig zum Stillstand gekommen ist, nicht vorwärts kommen kann, wegen der stockreaktionären, arbeiterfeindlichen Gesinnung jenes Klüngels von auf angemaßte Rechte sich stützenden Herren, die da drüben das zweite Haus des Reichsrates bilden?

Angesichts der Haltung, die die Herrenhäusler dem Abgeordnetenhaus gegenüber bekunden, lehnen wir es also ab, auf die Abänderungsanträge des Herrenhauses einzugehen; wir stehen auf dem Standpunkte, daß das Abgeordnetenhaus sich selbst vergessen müßte, daß es sich vor aller Öffentlichkeit

bloßstellt und der armseligen Unterordnung unter das Haus der ernannten und geborenen Gesetzgeber denunziert, wenn das Abgeordnetenhaus in dieser Frage zurückweichen wollte. Wir haben es deswegen auch schon im Ausschuß in so entschiedener Weise zurückgewiesen und wir halten es für nötig, das auch hier vor dem Plenum des Hauses zu tun, daß einzelne Mitglieder des Finanzausschusses sich nicht gescheut haben, die Würdelosigkeit, ihr Knechtseelentum so weit zu treiben, daß sie unter der Hand mit Abgesandten des Herrenhauses gemäkelt und geschachert haben, ohne irgend einen Auftrag, ohne eine Befugnis, ohne eine Zustimmung des Ausschusses dazu zu haben. Es ist würdelos im höchsten Maße, den Zwischenträger zu bilden und zu versuchen, auf Schleichwegen, ohne daß man es eigentlich ausspricht, daß man Beauftragter des Herrenhauses ist, die Meinung des Herrenhauses herüberzuschleppen und in Diskussionen die Abgeordneten zu den Auffassungen hinüberleiten, hinüberziehen zu wollen, die da drüben bestehen.

Wir haben dieses Apportieren der Meinung der Herrenhäusler, dieses Herüberschleppen in unsere Kreise durch einzelne Abgeordnete auf das schärfste verurteilt und schon aus diesem Grunde sind wir gegen die vom Herrn Abgeordneten Hummer beantragte Fassung.

Wir beharren, wie gesagt, konsequent und entschlossen auf den früheren Beschlüssen, die das Abgeordnetenhaus gefaßt hat.

Wenn wir so auf den früheren Beschlüssen des Abgeordnetenhauses verharren, so bitte ich dies keineswegs als einen Beweis dafür aufzufassen, daß wir von diesen Beschlüssen sonderlich entzückt wären. Ich bitte, unsere Haltung nicht so zu werten, als ob wir der Meinung wären, daß die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses das Beste dessen wären, was in der Sache hätte beschlossen werden können. Wir halten die vom Abgeordnetenhause beschlossene Kriegsgewinnsteuer für unsachgemäß, wir glauben, daß sie nicht weit genug geht, daß sie viel zu sehr noch Rücksicht auf die Geldsackinteressen derer nimmt, die im Verlaufe dieses Krieges die Bevölkerung schamlos und verbrecherisch ausgeplündert und ausgewuchert haben. Wir halten dieses Gesetz auch für einseitig. Wir glauben, und wir haben bei jeder Gelegenheit diese unsere Meinung präzisiert, daß eine entsprechend hohe Vermögenssteuer und eine Vermögenszuwachssteuer das Wichtigere, das Bessere wäre. Wir haben das auch schon in der vorhin erwähnten Denkschrift vom Jahre 1914 niedergelegt und der Standpunkt, den wir dort vertraten, ist bis heute der unsere geblieben.

Indes, wir befinden uns in einer Zwangslage und wenn wir auf den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses verharren, so tun wir es deswegen, weil es unter den gegebenen Umständen das beste ist, was wir tun können, um doch wenigstens einen Teil jener ungeheuerlichen Gewinne der Kriegswucherer zu erfassen, die sonst vielleicht dem Staate völlig verloren gehen würden. Das wollen wir natürlich verhüten und wir wollen, soweit wir es vermögen, dazu beitragen, die bestehenden § 14-Verordnungen soweit als möglich zu verbessern. Aus diesem Grunde beharren wir auf den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses. Aus den Motiven heraus, die ich darzulegen versucht habe, lehnen wir es schroff und prinzipiell ab, hier in die Spuren des Herrenhauses zu treten, jenem anmaßenden Klüngel von Kriegsgewinnern nachzugeben, der uns seine Meinung aufoktroyieren will und der da glaubt, daß das Abgeordnetenhaus aus Furcht davor zurückweichen werde, daß sonst vielleicht das ganze Gesetz überhaupt nicht zustande käme.

Auch darüber muß noch ein Wort gesagt werden.

Meine Herren! Wo bleibt denn die Regierung, wenn es sich darum handelt, die Auffassungen des Abgeordnetenhauses im Herrenhause zu verfechten? Wenn uns die Regierung einmal vorjammert, daß sie diese Kriegsgewinnsteuer unbedingt braucht — und wir glauben es ihr aufs Wort, wir wissen, daß die Anforderungen an die Staatskasse außerordentlich hohe sind —, wenn die Regierung uns klagt, daß sie auf diese Einnahme unmöglich verzichten könne, dann darf sie natürlich nicht den Mut sinken lassen, wenn es sich darum handelt, vor dem Herrenhause die gefaßten Beschlüsse mit aller Energie zu vertreten. Aber auch jetzt noch, trotz der Tatsache, daß in den Jahren dieses Krieges die große Masse der Bevölkerung die unsäglichsten Leiden, den unfaßbarsten Jammer zu ertragen hat und andererseits ein kleiner Teil der Bevölkerung Riesengewinne angehäuft hat, auch in dieser Zeit sehen wir bei der Regierung immer noch die Tendenz, mit einer gewissen Schonung und Zurückhaltung gegenüber der Bande von Kriegswucherern vorzugehen. Die Hochachtung vor dem heiligen Eigentum besteht bei der Regierung fort, auch dort, wo dieses Eigentum so gar nicht heilig ist, wo es zusammengestohlen und zusammengeplündert ist durch den gewissenlosesten, unerhörtesten Wucher.

Wenn die Regierung also will, daß dieses Gesetz über die Kriegssteuer mit größtmöglicher Beschleunigung in Kraft trete, dann eigne sie sich den Standpunkt an, daß hier die Volksvertreter sitzen, daß hier in diesem Hause die Meinung des Volkes zum Ausdruck kommt, nicht aber bei jenen abgelegten Exzellenzen und verbrauchten Herren, bei jenen ernannten Gesetzgebern, die das Herrenhaus bilden. Wenn die Regierung mit entsprechender Entschlossenheit im Herrenhause für die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses eintritt, bin ich überzeugt,

das Herrenhaus wird sich dann unseren Beschlüssen fügen müssen und es wird uns gelingen, die Kriegsgewinner entsprechend scharf zum Besten der Staatskasse zu fassen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Waber. *(Nach einer Pause:)* Der Herr Abgeordnete Dr. Waber ist im Saale nicht anwesend und verliert daher das Wort.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Modráček. *(Nach einer Pause:)* Der Herr Abgeordnete Modráček ist im Saale nicht anwesend, er verliert daher das Wort.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Miklas. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Miklas:** Hohes Haus! Der notwendig gewordene Verzicht mehrerer Vorredner, welche vor mir das Wort hätten ergreifen sollen, nötigt mich, in einem früheren Moment, als ich erwartet habe, zu Ihnen zu sprechen. Ich muß aber schon sagen, daß der Anblick des Hauses, in dem die vorgemerkten Redner nicht vorhanden sind, leider Gottes wenig Interesse für eine so überaus wichtige Sache erkennen läßt. Es handelt sich doch, hohes Haus, um die ehebaldigste Gesetzwerdung einer alten Schuld, die der Parlamentarismus in Österreich zu begleichen hat. Wie der Herr Referent in seinen Ausführungen mitteilte, sind es über 1½ Jahre seit dem Erlassen der Kaiserlichen Verordnung vom April 1916, ohne daß wir zu einer gesetzlichen Regelung dieser Materie gekommen wären. Wir stehen jetzt am Ende des Kalenderjahres 1917 und sollen eine Kriegssteuer oder Kriegsgewinnsteuer, wie sie früher geheißen hat, zum Beschluß erheben, die sich nicht bloß auf das fast schon verflossene Jahr 1917, sondern infolge der von uns angestrebten Rückwirkungsklausel auch auf das Jahr 1916 beziehen soll.

Aus diesem Anlaß ist, wie bekannt, ein Konflikt zwischen den beiden Häusern des österreichischen Reichsrates entstanden; der Konflikt bezieht sich im wesentlichen auf die Höhe der Besteuerung, mit welcher der Mehrgewinn, insbesondere von den Gesellschaften, für den Staatsschatz herangezogen werden soll.

Der unmittelbare Herr Vorredner, Abgeordneter Hillebrand, hat aus diesem Anlaß eine überaus scharfe Philippika gegen das Herrenhaus losgelassen. Insoweit sich dieselbe auf das Meritum bezieht, das heißt auf die Differenzpunkte, welche zwischen dem Abgeordnetenhaus einerseits und dem Herrenhaus andrerseits in der vorliegenden Materie bestehen, kann ich ihm nur vollinhaltlich beipflichten. Er wird mir aber verzeihen, wenn ich die daran geknüpften verfassungsrechtlichen, beziehungsweise politischen Ausführungen nicht in gleichem Umfange gutheißen kann. Es handelt sich in diesem Falle nicht um Herbeiführung eines Verfassungskonflikts. Es liegt uns ferne, aus dem Anlaß der Kriegsgewinnsteuer es auf einen Verfassungskonflikt mit dem Herrenhaus ankommen zu lassen. Speziell meine Parteifreunde und ich stehen auf dem realen, gegebenen Standpunkt, daß nun einmal in der österreichischen Verfassung zwei Häuser vorgesehen sind, daß auch das Oberhaus, das Herrenhaus, berechtigt ist, ein gleichwertiges Votum in dieser Materie abzugeben. *(Abgeordneter Hillebrand: Aber etwas weniger Bescheidenheit wäre nützlich!)* In merito habe ich gesagt, können wir uns verständigen, aber in bezug auf die verfassungspolitischen Anschauungen möchte ich schon sagen, halte ich es nicht für angebracht, bei diesem Anlaß, wo wir ehemöglichst zu einem Beschlusse beider Häuser gelangen müssen, einen Verfassungskonflikt heraufzubeschwören.

Wir stehen also auf dem Standpunkt, daß das Herrenhaus ebenso wie das Abgeordnetenhaus mitzureden hat und nur ein übereinstimmender Beschluß beider Häuser uns das verschaffen kann, was wir alle sehnlichst wünschen, was wir baldigst haben wollen, nämlich die Gesetzwerdung einer Kriegsgewinnsteuer.

Wir sind daher auch im Finanzausschusse auf dem Standpunkt gestanden, daß es nicht angeht, im Sinne des Minoritätsantrages Dr. Renner die Vorlage, wie sie vom Herrenhause herübergekommen ist, einfach unbesehen a limine abzuweisen. Wir stellten uns auf den Standpunkt, daß jeder, der an uns mit irgendwelchen verfassungsmäßigen Vorschlägen herantritt, also auch das Herrenhaus, ein Recht hat, daß seine Vorschläge besehen und geprüft werden. Ob wir dann in merito zustimmen, ist natürlich eine andere Frage, hängt von der Entscheidung dieses Hauses ab.

Die Bestreitung der Kompetenz des Herrenhauses, wie Sie in den Ausführungen des unmittelbaren Herrn Vorredners enthalten ist, erschwert uns nur das baldige Zustandekommen der Kriegsgewinnsteuer. Namens unserer Parteivereinigung kann ich hier vielmehr ganz offen erklären, daß wir alles daransetzen werden, innerhalb der Verfassung, möglichst bald zu einer Beschlußfassung über die Kriegsgewinnsteuer in einem solchen Sinne zu kommen, daß wirklich dasjenige, was wir anstreben, auch Gesetz und in die Tat umgesetzt wird. Wir haben auch eine gewisse Eile, meine Herren. Wir können nicht warten, denn die Millionen, ja vielleicht die Hunderte von Millionen, um die es sich hier handelt und die wir erfassen sollen, verschwinden sozusagen aus dem Lande, sie sind, je länger die Gesetzwerdung aussteht, desto schwerer zu erfassen. Jeder Tag, jede Woche, jeder Monat

der Verzögerung der Gesetzwerdung bedeutet für uns den Verlust von ungezählten Millionen Mehrgewinne, die wir für den Staat erfassen wollen. *(Abgeordneter Schiegl: Das Herrenhaus hat es verschleppt!)* Gewiß hat das Herrenhaus auch Schuld daran, aber andrerseits darf ein absolut intransigenter Standpunkt unsererseits, der etwa Verfassungsfragen aus diesem Anlasse hineinzerrt, nicht ein weiterer Anlaß der Verzögerung werden.

Wir stehen also auf dem Standpunkt, daß ein möglichst baldiges Zustandekommen des Gesetzes von allergrößter Wichtigkeit für den Erfolg desselben, für die finanzielle Wirkung sein wird. Wenn ich in diesem gewissermaßen gemilderten Sinne unseren Standpunkt gegenüber dem Herrenhause gekennzeichnet habe, etwas abweichend von den Ausführungen des Herrn sozialdemokratischen Vorredners, so soll damit natürlich nicht gesagt sein, daß wir uns nicht mit aller Entschiedenheit für die Vorlage, wie sie der Ausschuß hier auf den Tisch des Hauses gelegt und der Referent Dr. Steinwender vertreten hat, einsetzen und für deren baldige Gesetzwerdung stimmen werden.

Wir müssen diesen Standpunkt um so mehr einnehmen, weil wir uns nicht bange machen lassen. Es wird zwar immer gesagt: Ja, das Herrenhaus wird diese Vorlage nicht annehmen, es hat sie schon einmal, und wenn man das Stadium des Sicherungsgesetzes dazurechnet, eigentlich schon zweimal zurückgewiesen und an das Abgeordnetenhaus zurückgeleitet und es sei zu erwarten, daß wir auf diesem Wege zu keinem Einvernehmen mit dem Herrenhaus kämen, daß also neuerdings eine Ablehnung erfolgen werde. Demgegenüber muß ich sagen: bange machen gilt nicht! Wir haben in der Haltung des Herrenhauses uns gegenüber schon manche sonderbare Erfahrung gemacht. Wir haben wiederholt — auch von der Regierungsbank — in dem einen oder anderen Falle die bestimmte Versicherung gehört, daß diese oder jene Finanzvorlage im anderen Hause nicht angenommen werden würde. Und doch ist schließlich das hier scheinbar Unerwartete geschehen. *(Abgeordneter Schiegl: Einkommensteuer!)* Ja wohl! Meine sehr verehrten Herren, der Herr Kollege Schiegl erinnert mich da auch an die Einkommensteuer. Wir Christlichsozialen können gerade in diesem Punkte etwas erzählen. Wir haben damals auch von seiten der Regierung die Versicherung erhalten, daß eine Abänderung unserer Kompromißanträge, die im Abgeordnetenhause hier auf Grund eines allgemeinen Kompromisses der Majoritätsparteien und der Regierung zustandegekommen waren und für welche wir Christlichsozialen, obwohl wir in wesentlichen Punkten eine andere Parteimeinung hatten, uns einsetzten, ja ich konnte sagen, opferten, nicht angehe, haben hier gesehen, daß dann jene Kompromißabmachungen dennoch drüben im Herrenhause gefallen sind unter der Begeisterung derselben Herren, die heute als Kriegsgewinner gegen die Kriegssteuer Front machen, und unter dem Applaus der Herren von der sozialdemokratischen Partei. Und, was das schmerzlichste an dieser Erfahrung war, ist das, daß auch jene Kompaziszenten in diesem Hause, die sich an die Kompromißvorschläge damals gebunden hatten, einschließlich der Regierung, uns im Stiche ließen und wir sozusagen zur Schlappe noch den Spott dazu hatten. So etwas, meine Verehrten, vergißt man nicht ohneweiters. Wir haben damals die weise Lehre daraus gezogen, niemals mehr einer Versicherung, daß das Herrenhaus etwas nicht annehmen würde, so ohneweiters zu glauben. Und so hoffen wir denn, daß vielleicht auch diesmal das Unwahrscheinliche zur Tat wird, daß das Herrenhaus bezüglich dieser Vorlage sich eines besseren besinnt, dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses beitritt. Wir wenigstens unsererseits wollen der Volksfreundlichkeit des Herrenhauses keine Schranken gesetzt wissen.

Es ist bei Gelegenheit der Beratungen des Finanzausschusses auch die Frage der eventuellen Überweisungen, beziehungsweise Zuschläge zugunsten der autonomen Korporationen, also der Länder, der Bezirke, der Gemeinden, zur Sprache gekommen. Wir müssen sagen, ein Antrag, wie er von dem Abgeordneten Dr. Dinghofer, dem Bürgermeister von Linz, namens der deutschen Städtevereinigung vorgebracht wurde, ist uns in merito außerordentlich sympathisch. Wir sind jederzeit für die Gemeinden und deren finanzielle Möglichkeit eingetreten, aber ich persönlich fürchte leider, daß, wenn ein derartiger Antrag die Mehrheit bekommt, dann an eine baldige Gesetzwerdung der Kriegssteuervorlage noch viel weniger zu denken wäre.

Außerdem werde ich von einer anderen Überlegung geleitet. Sie haben ja heute auf dem Tische des Hauses eine Regierungsvorlage, bezüglich der Überweisungen aus Staatsmitteln an die Länder, gefunden, also jedenfalls eine Finanzvorlage, bei deren Beratung wir die großen Fragen der finanziellen Dotierung unserer autonomen Korporationen, der Länder, der Bezirke, der Gemeinden usw., zur Sprache bringen können. Ich gebe schon heute der Erwartung Ausdruck, daß, wenn wir uns bei der Kriegssteuervorlage mit dem, was der Ausschuß uns vorlegt, bescheiden und von dem Antrage Dinghofer, so sehr er uns in merito willkommen wäre, absehen, dafür dann bei der Behandlung der Überweisungen aus Staatsmitteln an die Länder die Interessen unserer Länder, unserer Gemeinden usw. entsprechend zur Berücksichtigung kommen werden. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß es meines Erachtens wohl höchste Zeit wäre, überhaupt sich einen großen Finanzplan einmal in diesem Staate zurechtzulegen.

*(Sehr richtig!)* Das, was wir heute treiben, ist einfach eine Ziel- und Planlosigkeit, die wir schon jetzt, noch mehr aber dann, wenn der Friede kommen wird, werden bitter büßen und bezahlen müssen. Meines Erachtens ist es ganz falsch, wenn die Regierung sich auf den Standpunkt stellt, ein großzügiger Finanzplan, eine Verteilung der öffentlichen Einnahmsquellen zwischen Staat, Ländern, autonomen Gemeinden usw. nach einem gewissen Schlüssel sei heute nicht zu machen. Ich bin vielmehr überzeugt, daß wir in großen Grundzügen jetzt schon die Grundlinien dieses Finanzplanes feststellen müßten, weil wir sonst Gefahr laufen, unter der Not und dem Zwange des Krieges und unter dem Druck der Umstände, die der Krieg herbeigeführt hat, bei unserer Finanzgesetzgebung falsche Richtlinien einzuschlagen, die Zukunft zu verschütten und förmlich zu verrammeln. Ich möchte infolgedessen, ohne daß ich diesbezüglich einen speziellen Antrag stellen will — vielleicht greift irgend jemand anderer aus dem Hause in Form eines Resolutionsantrages diesen Gedanken auf — dringendst gebeten haben, daß die hohe Regierung, also das Finanzministerium, eventuell zusammen mit dem Finanzausschusse schon jetzt sich über die Grundzüge eines großen, weitausschauenden Finanzplanes einige und, wenn es notwendig ist, zur Beratung und Feststellung desselben auch eine Enquete von Fachmännern auf diesen Gebieten zusammenberufe. *(Abgeordneter Kuranda: Berichterstatter Steinwender!)* Das hat der Finanzausschuß dann zu bestimmen.

Ich möchte also recht sehr gebeten haben, daß die Beratung des jetzigen Kriegssteuergesetzes, das doch nur eine transitorische Maßnahme ist, auch noch die weitere Wirkung habe, daß wir aus diesem Anlasse uns ermannen, den ersten Schritt zu tun zu einem großzügigen Finanzplan, zu einer Auseinandersetzung über die Einnahmsquellen zwischen Staat und autonomen Instanzen, damit wir einmal klarer in die Zukunft sehen, als wir es heute tun, wo wir im Unsicheren, im Dunkeln herumtappen.

Während der Beratungen des Finanzausschusses ist wiederholt auch der Vorwurf erhoben worden, daß wir mit dieser Kriegssteuer die Industrien, die Produktion förmlich erschlagen. Sehr geehrte Herren! Ich glaube kein Vorwurf ist ungerechtfertigter als dieser. Sie können die Versicherung entgegennehmen, daß uns nichts ferner liegt, als die Produktion, sei es auf industriellem, sei es auf landwirtschaftlichem Gebiete, irgendwie zu beschränken. Jede Maßnahme, die geeignet ist, die Produktion zu fördern — und auf der möglichsten Förderung der Produktion wird sich ja unsere ganze wirtschaftliche Zukunft aufbauen —, wird auch von uns in jeder Weise unterstützt werden. Aber es will mir scheinen, man verwechselt vielfach die wirklich schaffende Industrie, die Produktion mit der sogenannten Arbeit des großen Finanzkapitals. Dieses Finanzkapital ist vielmehr in seiner ungeheuren, machtvollen Assoziation nach unserer Überzeugung heutzutage direkt eine Gefahr für die schaffende Kraft, für die Produktion sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft.

Wenn es sich um bloße Kredithilfe für Industrie und Landwirtschaft handelt, werden wir gerne für jede nur mögliche Begünstigung eintreten, beziehungsweise sie zu schaffen helfen. Wo es sich aber darum handelt, das große Finanzkapital zu fördern und zu begünstigen, worauf leider Gottes unsere ganze jetzige Finanzpolitik hinauszulaufen scheint, da halten wir uns an ein Wort, das auch im Ausschusse gefallen ist: Wir wollen energisch die Macht dieses großen Finanzkapitals eindämmen, soweit wir es nur können. Nur auf diesem Wege können wir die Produktion von diesem Würgengel Großkapital, von diesem Auswucherer befreien.

Das Herrenhaus hat in der letzten Zeit durch einige Äußerungen zu erkennen gegeben, daß man unsere Beschlüsse denn doch nicht so ohne weiteres ablehnen wird. Es hat zum Beispiel dem Gesetz über die Unterhaltsbeiträge, obwohl auch damals die Regierung und verschiedene Faktoren erklärt haben, es sei in der Form, wie es das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, ganz unannehmbar, doch eigentlich wider Erwarten zugestimmt. In der letzten Zeit ist weiters aus den Herrenhauskreisen eine Notiz in die Presse gegangen, in der es geheißen hat, man werde auch bei der Totalisateursteuer, bei der Wettsteuer — das ist also etwas, was den Jockeyklub ganz besonders interessiert — keine Schwierigkeiten bereiten und sei bereit, auch in der Tantiemensteuer, welche das Abgeordnetenhaus beschlossen hat, nachzugeben und die Herrenhausbeschlüsse denen des Abgeordnetenhauses anzugleichen.

Man sieht, es geschieht förmlich das Unwahrscheinlichste, was man vielleicht noch vor kurzem nach der bisherigen Praxis für nicht möglich gehalten hätte. Diese Dinge lassen erhoffen, daß das Herrenhaus auch bezüglich der jetzigen Vorlage also bezüglich des Kriegssteuergesetzes ein Einsehen haben wird und daß es uns schließlich erspart bleiben wird, in einer verfassungsmäßig vorgesehenen gemeinsamen Kommission — jetzt heißt sie Reichsratsausschuß — Aug' in Aug' zusammenzukommen. Ich erwarte vielmehr, daß das Herrenhaus, bevor es dazu kommt, den Anträgen des Ausschusses beziehungsweise des Abgeordnetenhauses seine Zustimmung nicht verweigern wird. Im Sinne dieser meiner Ausführungen wird die Christlichsoziale Vereinigung den Anträgen des Referenten, beziehungsweise des Ausschusses zustimmen und hofft, daß diese Anträge ehebaldigst Gesetz werden. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Modráček hat sich neuerlich zum Worte eintragen lassen.

Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. v. Langenhan das Wort.

Abgeordneter Dr. v. **Langenhan:** Hohes Haus! Der Bericht des Finanzausschusses über den Beschluß des Herrenhauses, betreffend die Kriegssteuer, wurde uns heute um 10 Uhr bei Beginn der Sitzung, also vor zirka zwei Stunden vorgelegt. Ich hatte die Absicht, über diese Materie zu sprechen. Da ich aber kein Tausendkünstler und nicht in der Lage bin, über eine Materie, die in dem Berichte 47 gedruckte Seiten einnimmt, im Moment zu sprechen, ohne den Bericht gelesen zu haben, nachdem ich also nicht die Gelegenheit hatte, mich darüber zu informieren, kann ich selbstverständlich über diesen Bericht nicht sprechen. Ich konstatiere nur, daß keiner der bisherigen Redner, außer dem Herrn Berichterstatter in der Lage war, diesen Bericht zu lesen oder ihn zu studieren, und ich konstatiere, indem ich erkläre, daß ich selbstverständlich über diesen Bericht auch nicht abstimmen kann, in welch oberflächlicher, um nicht zu sagen leichtfertiger Weise, wirtschaftliche Fragen von der großen, einschneidenden Bedeutung der Kriegssteuer in diesem hohen Hause behandelt und durchgepeitscht werden.

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Modráček; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Modráček:** Meine Herren! Es gibt zwei patriotische Betätigungen in dieser Kriegszeit bei uns. Die einen verlieren ihr Leben auf den Schlachtfeldern, während ihre Familien zu Hause hungers sterben, und verlangen jeden Tag den Frieden; die anderen machen im Hinterlande Geschäfte, verdienen Millionen und wollen bis zum Siege durchhalten, auch wenn der Sieg vielleicht noch einige Jahre auf sich warten läßt.

Meine Herren! Der vorliegende Bericht des Finanzausschusses hat den Zweck, auch diese zweite Sorte von Patrioten für einen baldigen Frieden gefügiger zugänglich zu machen, er verfolgt also einen nützlichen und allgemein menschlichen Zweck, den wir alle anerkennen müssen. Ich habe für den Antrag Steinwender gestimmt, nicht deshalb, weil ich ihn vielleicht für ein sehr gutes Steuerprojekt halte, sondern weil er nach meiner Ansicht imstande ist, eine in dieser Richtung bessere Stimmung bei der erwähnten Kategorie von Patrioten zu erzeugen und weil das Herrenhaus sich in den Kopf gesetzt hat, daß das Abgeordnetenhaus sich unter allen Umständen einfach nach seinem Gutdünken richten muß.

Ich füge aber bei, daß diese unsere Stellungnahme für die weiteren Steuerprojekte, von denen wir schon ein ganzes Bukett unter den Regierungsvorlagen haben, kein Präjudiz bildet. Wir werden die weiteren Steuern ohne Rücksicht auf unsere heutige Stellung zu dieser Steuer betrachten und unsere Haltung hauptsächlich danach einrichten, welchen Zweck sie verfolgen. Für eine Unterstützung des Krieges durch neue Steuerquellen werden wir nicht zu haben sein, wir wollen unter keinen Umständen durch neue Steuereinnahmen den Machthabern neue Mittel in die Hand geben, den Frieden noch lange hinauszuschieben.

Aber es ist meine Absicht, hier noch etwas anderes hervorzuheben. Wenn der Krieg in einem Jahre zu Ende sein wird, dann werden wir bei einem Nationalvermögen von 126 Milliarden etwa 100 Milliarden Kriegsschulden haben. Man bemüht sich schon, für die Verzinsung dieser ungeheuren Last eine Bedeckung zu finden. Man sucht nach allen möglichen Steuern und wendet sich, wie gewöhnlich, meist an die Verbrauchssteuern; man will aber natürlich auch andere Steuern heranziehen. Ich will heute nicht über die Verbrauchssteuern sprechen, wir werden dazu noch genügend Gelegenheit haben, sondern ich will etwas über die allgemeine Tendenz der Steuermethode, die sich da vor uns entwickelt, sagen.

Wir sehen, wie sich ein merkwürdiges Komplott in dem sich entwickelnden Steuersystem bildet. Der Mehrwert der wirtschaftlichen Tätigkeit soll unter drei Kategorien aufgeteilt werden: Auf die Unternehmer, auf die Kriegsrentenbesitzer und auf den Staat. Diese ungeheuren Drohnen der Gesellschaft soll die Arbeit in Friedenszeiten auf ihrem Rücken tragen und sich zu ihren Gunsten auspressen lassen. Man hat bisher die Frage des Mehrwertes sehr einfach beurteilt; man sagte: Der Mehrwert ist Sache der Kapitalisten, die Arbeiter haben da nichts dreinzureden. So wird es aber nicht weitergehen. Der Mehrwert ist vor allem ein Resultat der Arbeit und die Arbeiter haben das Recht darauf, einen Anteil an dem von ihnen geschaffenen Wert zu fordern. Sie haben dieses Recht gegenüber dem Staate und noch mehr gegenüber den Kriegsanleihezeichnern. Ich sage es rund heraus: Die Arbeiter haben ebenso ein Recht an dem Mehrwert wie die Kapitalisten, die Unternehmer, und dieses Recht werden sie auch für sich verlangen. Sie wollen sich in dem Zeitalter der sozialen Umgestaltung, die aus diesem Kriege hervorgeht, mit dem bloßen Lohn nicht mehr begnügen, sie wollen auch da eingreifen, wo sich aus ihrer Arbeit die Millionen anhäufen und sie werden schon darauf achten, daß sie nicht zur leergegessenen Schüssel kommen.

Wir lesen in den sozialistischen Proklamationen Lenins, daß die Fabriken in die Hände der Arbeiter

übergehen sollen. Das läßt sich freilich nicht so einfach und plötzlich machen, aber gewiß ist es für die heutige Zeit bezeichnend, daß solche Forderungen erhoben werden konnten. Es stürzen in den Abgrund nicht nur die Prinzipien des Gottesgnadentums, sondern auch die Prinzipien der heiligen kapitalistischen Ordnung, und der erste Schritt dazu ist das gesetzliche Recht des Arbeiters auf Gewinnbeteiligung und auf die Kontrolle des Ertrages der Unternehmungen. Ein weiterer Schritt ist die Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Betriebe. Dazu wird es auch kommen müssen. Der Staat darf sich nicht einbilden, daß die Arbeiter sich zugunsten der Kriegsrentenbesitzer aussaugen lassen. Diese Dinge, meine Herren, bekommen wir ebenso auf die Tagesordnung, wie sie schon in Rußland auf der Tagesordnung sind.

Der Herr Kollege Dr. Ellenbogen hat über meine gestrige Rede die Äußerung getan, daß ich die große russische Revolution herabgesetzt hätte. Meine Herren! Die Revolution der Bolschewiki ist ein Unglück für die Revolution, für die russische Republik, für alle bedrückten Nationen Europas. Das ist nicht nur meine Ansicht, das ist die Ansicht des größten Teiles der sozialistischen Welt *(Widerspruch)* und auch eines großen Teiles der russischen Sozialisten.

Entgegen den Worten des Herrn Kollegen Dr. Ellenbogen führe ich an: Die Revolution der Bolschewiki hätte einen Sinn, wenn sie an ihrer Seite eine revolutionäre Macht der deutschen Sozialdemokratie hätte. *(Sehr richtig!)* Solange aber die deutsche Sozialdemokratie die Arbeitermassen im Interesse des Imperialismus wie eine Schafherde auf die Schlachtfelder führen läßt und zu der ungeheuren Bedrückung der Arbeitermassen im Hinterlande beinahe schweigt, solange an der russischen Grenze ein deutsches und österreichisches Heer steht, das in jedem Moment die Revolution ersticken kann, bedeuten die Aktionen der Bolschewiki nicht eine Arbeit für den Sozialismus, sondern für den deutschen und russischen Zarismus.

Ich setze die Bedeutung und die Größe der russischen Revolution nicht herab. Wer sie herabsetzt, das ist vor allem die deutsche Sozialdemokratie, die ihre geschichtliche Aufgabe in diesem Kriege nicht erfüllt hat. Wenn den werten deutschen Genossen die Revolution der Bolschewiki so gefällt, warum weisen sie dann in ihren Zeitungen so entschieden ab, die Bolschewiki nachzuahmen? Wer der Revolution der Bolschewiki bei uns und in Deutschland Beifall klatschen will, der muß sie mitmachen, sonst halte ich ihn für einen bloßen Schwätzer.

Meine Herren! Ich wiederhole, daß wir ausnahmsweise für diese Steuer stimmen werden, aber daß wir im voraus alle Steuervorlagen ablehnen müssen, die diesen Krieg zu verlängern imstande sind und den Imperialismus stärken wollen. Wir sind immer dabei, die Kapitalistenklasse zu besteuern, aber wir müssen uns auch nach dem Gesichtspunkte richten, ob wir für den Frieden oder gegen den Frieden arbeiten und ich sage hier: Wir werden nur für den Frieden arbeiten! *(Beifall.)*

**Präsident:** Zum Worte hat sich gemeldet Seine Exzellenz der Herr Finanzminister; ich erteile ihm das Wort.

Finanzminister Dr. Freiherr v. **Wimmer:** Hohes Haus! Ich glaube, in dem in Verhandlung stehenden Gegenstande mich auf wenige Worte beschränken zu können. Die Materie, die jetzt erörtert wird, ist durch so viele Verhandlungen gezogen worden, durch mehrere Plenarsitzungen in diesem hohen Hause und im anderen hohen Hause, durch Ausschußsitzungen und Kommissionssitzungen, so daß ich glaube, daß ich, wenn ich über das Meritorische dieser Vorlage noch viele Worte verlieren würde, die Zeit der Herren wirklich übermäßig in Anspruch nehmen würde.

Ich habe mir ja erlaubt, bei der ersten Beratung dieses Gegenstandes in diesem hohen Hause, die Regierungsvorlage zu vertreten. Die Regierungsvorlage steht in den zwei Hauptpunkten, die eigentlich überhaupt nur in Diskussion stehen, betreffs der Skala und betreffs der Zeit der Wirkung, auf dem Standpunkte des Rentabilitätsprinzips hinsichtlich der Besteuerung der Gesellschaften und auf dem Standpunkte, daß das neue Gesetz nicht zurückwirken soll. Das hohe Haus hat bei seiner ersten Beschlußfassung diesen Standpunkt der Regierungsvorlage nicht akzeptiert, es hat die Rückwirkung beschlossen und eine Skala, die lediglich auf dem Quantitätsprinzip beruht. Das waren nun die ersten beiden Fassungen des Gesetzentwurfes: Die Regierungsvorlage und der Beschluß des Abgeordnetenhauses. Nun gelangte die Sache an das Herrenhaus. Das Herrenhaus war bestrebt, ein Kompromiß in den widerstreitenden Ansichten zu finden. Das Herrenhaus ist prinzipiell auf den Standpunkte der Regierungsvorlage gestanden, hat aber mit Rücksicht auf die Stellungnahme dieses hohen Hauses getrachtet, schon die Bahn zu einem Kompromiß zu legen. Es hat zwar die Rückwirkung nicht akzeptiert, hat aber betreffs der Skala ein Kombination zwischen Rentabilitäts- und Quantitätsprinzip aufgestellt. Diese Vorlage ist die dritte Formulierung des uns beschäftigenden Gesetzes.

Der Beschluß des Herrenhauses ist an dieses hohe Haus gelangt und da haben sich nun anknüpfend an den Vermittlungsvorschlag des Herrenhauses, weitere Kompromißvorschläge angeschlossen. Nach längeren Verhandlungen ist es im Finanzausschusse zu einer Beschlußfassung gekommen

in welcher die Majorität des Ausschusses den ursprünglichen Beschluß des Abgeordnetenhauses aufrechterhalten hat unter Annahme gewisser kleiner Modifikationen, die im Herrenhause beschlossen wurden. Nebstdem wurden verschiedene Minoritätsanträge vorgelegt, unter anderem ein Antrag von dem Herrn Abgeordneten Hummer, dem zuzustimmen ich im Ausschusse Gelegenheit genommen habe. Dieser Antrag ist grundsätzlich aufgebaut auf dem Kompromißvorschlage des Herrenhauses, aber er bedeutet gegenüber dem Antrage des Herrenhauses eine wesentliche Verschärfung betreffs der Skala, nämlich eine Steigerung des Quantitätszuschlages, der vom hohen Herrenhause beschlossen wurde, ich glaube auf zirka das Dreifache. Es ist das, was das Ausmaß der Besteuerung betrifft, eine sehr wesentliche Annäherung an den ersten Beschluß des hohen Hauses. Außerdem ist in diesem Antrage des Abgeordneten Hummer in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Abgeordnetenhauses die Rückwirkung auf das Jahr 1916 akzeptiert.

Ich habe unter Rückstellung der schwerwiegenden prinzipiellen Bedenken, die ich gegen die Rückwirkung von Steuergesetzen hege und die ich in der früheren Verhandlung des hohen Hauses des näheren ausgeführt habe, erklärt, daß ich auch diesem Vorschlage der Rückwirkung der Steuer auf das Jahr 1916 zustimme, und zwar auch in Würdigung der Argumente, die für diesen Vorschlag im hohen Hause selbst vorgebracht wurden.

Ich gebe ja zu, daß, wie in so vielen Dingen, auch betreffs der Rückwirkung gewisse Argumente für den entgegengesetzten Standpunkt geltend gemacht werden können und das hohe Haus hat in seiner überwiegenden Mehrheit den Argumenten für die Rückwirkung Raum gegeben. Ich akzeptiere also diesen Standpunkt. *(Abgeordneter Schiegl: Im Interesse des Staates!)* Ich bitte Herr Abgeordneter, es ist nicht immer so, daß das, was unmittelbar Vorteil bringt, auch auf die Dauer Vorteile bringt. Aber ich gebe zu, es sprechen Argumente, pro und kontra. *(Abgeordneter Dr. Lodgmann: Ist es richtig, daß auch in England die Rückwirkung beschlossen wurde?)* In England ist im Jahre 1916 eine Kriegsgewinnsteuer beschlossen worden, die bis auf die Mitte des Jahres 1915, auf das Verwaltungsjahr 1915/16 zurückwirkt, — ich glaube, so ist es. Nun wir jetzt die Steuer pro 1917 beschließen, wirkt diese Steuer eben auch auf das ganze Jahr 1917 zurück. Das ist eine Rückwirkung auf das Jahr. *(Abgeordneter Hummer: In dem englischen Gesetz, auf das laufende Geschäftsjahr!)* Auf das laufende Geschäftsjahr. *(Abgeordneter Hummer: Und nicht a dato des Beschlusses!)* Ich will diese Frage der Rückwirkung tatsächlich nicht weiter in Diskussion ziehen, weil ich, ich möchte sagen, submittiert habe. Es ist nicht notwendig, diese Frage hier noch weiter zu erörtern.

Es ist selbstverständlich, daß ich vom Standpunkt meines Ressorts den größten Wert darauf legen muß, daß dieses Gesetz baldigst zustande kommt. Es sind widersprechende Auffassungen vorhanden, es ist wirklich eine Materie, in der prinzipiell verschiedene Gesichtspunkte in Betracht kommen. Die Standpunkte der beiden Häuser des hohen Reichsrates stimmen nicht vollständig überein. Das Herrenhaus ist den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses entgegengekommen und ich glaube, daß man sich auf dieser Bahn weiter bewegen und sich nicht auf den unbedingt ablehnenden Standpunkt versteifen soll, indem man unbedingt auf der Festhaltung der Quantitätssteuer beharrt. Ich glaube, daß der Antrag des Herrn Abgeordneten Hummer, der als Minoritätsantrag angemeldet ist, eher die Möglichkeit bietet, zu einem Kompromiß mit dem Herrenhause zu gelangen, als das starre Festhalten an dem ersten Beschluß des hohen Abgeordnetenhauses. Und im Interesse des baldigen Zustandekommens eines Kompromisses würde sich die Annahme des Minoritätsantrages des Herrn Abgeordneten Hummer empfehlen. *(Beifall. — Zwischenrufe.)*

Vizepräsident **Tusar:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Hummer.

Abgeordneter **Hummer:** Hohes Haus! Ich kann nicht umhin, meine Ausführungen damit zu beginnen, daß ich mich dem vom Herrn Abgeordneten Dr. v. Langenhan vorgebrachten Proteste in vollem Umfange anschließe. Die Art, wie hier eine so wichtige Vorlage wie die Kriegssteuer behandelt wird, ist der Würde dieses hohen Hauses nicht angemessen. Dem Herrn Berichterstatter scheint ja diese Art der Behandlung zu entsprechen. *(Abgeordneter Steinwender: Sie haben ja auch dafür gestimmt!)* Warum? Darum, weil er vor leeren Bänken leichteres Spiel zu haben glaubt. *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Zu dumm!)* Man kann mit seichten Witzen . . . . *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Erlauben Sie mir? Ich bitte, den Redner zur Ordnung zu rufen! — Vizepräsident Tusar gibt das Glockenzeichen.)* . . . . Man kann mit seichten Witzen über gewisse ernste Dinge nicht hinwegkommen und, meine Herren, es ist bezeichnend für die Gedankengänge des Herrn Berichterstatters, daß er bei den Worten „seichte Witze", ohne daß sie noch in eine Relation zu seiner Person gebracht worden wären, auffährt und protestiert. Meine Herren! Es ist ein altes Sprichwort: „Wo 's brennt, da meldt 's". Es scheint,

daß der Herr Berichterstatter Grund gehabt hat, sich zu melden.

Also, ebenso salopp wie die Behandlung des Gegenstandes im hohen Hause, ebenso salopp war die Behandlung im Ausschuß. Da wurde zuerst einmal etwas ganz Neues beschlossen, und zwar von einem beschlußunfähigen Ausschuß. Es waren genau noch fünf Personen drinnen, denn die übrigen Herren waren zu Abstimmungen in den Wehrausschuß, in den Budgetausschuß geeilt und gleichzeitig hat auch der Immunitätsausschuß, soviel ich weiß, getagt. Es wurde also mit fünf Stimmen beschlossen, zwei Beratungsgrundlagen zu wählen, und zwar zwei total voneinander verschiedene, nämlich den uns zugewiesenen Beschluß des Herrenhauses und einen nicht in Verhandlung stehenden ehemaligen Beschluß des Abgeordnetenhauses.

Es lag auch keinerlei gedruckter Bericht vor und bei der Vorliebe des Herrn Berichterstatters für epigrammatische Kürze kann sich jeder in diesem Hause vorstellen, wie der mündliche Bericht ausgeschaut hat. Er war eigentlich nur eine Polemik gegen die Mitberichterstatter und gegen das Herrenhaus. Sachliches war in den einleitenden Worten nicht zu finden. Nun hatten wir also mit Gotteshilfe über zwei Beratungsgrundlagen zu beraten und als es zur Abstimmung kam, wurde beschlossen, zur Grundlage der Abstimmung den seinerzeitigen Abgeordnetenhausbeschluß zu nehmen. Der Herr Berichterstatter hat aber dasjenige, was er aus dem Herrenhausbeschlusse herausnehmen und in den seinerzeitigen Abgeordnetenhausbeschluß einfügen wollte, nicht vorbereitet gehabt und die Folge davon war, daß plötzlich die Abstimmungsgrundlage mitten während der Abstimmung geworfen und an Hand irgendeines Beschlusses des Herrenhauses die Abstimmung weiter vorgenommen wurde. Ich glaube, daß die Konstatierung dieser Tatsachen vollkommen genügt. Nun wurden diese Beschlüsse im Ausschusse mit 15 oder 16 zu 21 Stimmen gefaßt, es haben also mindestens 15 Herren im Ausschusse selbst bei dieser letzten und entscheidenden Abstimmung gefehlt. Meine Herren! Unter diesen Verhältnissen werden Sie mir zugeben müssen, daß die Behauptung, es sei in dieser Sache nicht mit dem nötigen Ernst vorgegangen worden, berechtigt ist.

Nun hat es der Herr Berichterstatter immer ungeheuer eilig, immer ungeheuer eilig dann, wenn diese Eile seinen Zwecken und seinen Zielen dient. Daher mußten wir heute plötzlich um 10 Uhr vormittags erfahren, der Bericht liege zwar noch nicht auf, er sei soeben erst ins Abgeordnetenhaus gekommen. Kein Mensch hat ihn gelesen, aber vom Hause wurde verlangt, mit Zweidrittelmehrheit zu beschließen, von den Erfordernissen der Geschäftsordnung Umgang zu nehmen und weiters zu beschließen, daß die Sache sofort in Verhandlung genommen werde. Die Folge davon war, daß von den Rednern, die sich gemeldet haben, einer nach dem andern gestrichen werden mußte, weil jeder gemeint hat, es werde der vorangehende Redner doch zum Worte kommen. Es hat sich aber der ersteingetragene Redner streichen lassen und die übrigen haben dann das Wort verloren.

Meine Herren! So kann man eine Angelegenheit von einer solchen Wichtigkeit, wie die Kriegsgewinnsteuer, nicht behandeln. Und die Kriegsgewinnsteuer ist von einer Bedeutung, wiewohl der Herr Berichterstatter sie gern als eine kleine und nebensächliche Sache hinstellen möchte. Der Herr Berichterstatter begeht einen Fehler: Er übersieht vollkommen das Wesen der Aktie. Ich habe einmal gesagt, ich würde Gott danken, wenn sich ein Wohltäter fände, der eine alte, ungültig gewordene Aktie spenden würde, damit man sie denen, die darüber reden und abstimmen, wenigstens zeigt, damit sie wenigstens einmal eine Aktie kennen lernen und sie nicht, wenn sie sie einmal in die Hand bekommen, verkehrt halten und für eine Speisekarte ansehen. Das muß gesagt werden. Denn es geht nicht an, daß Personen, die im allgemeinen von dem, worum es sich hier dreht, wenig Vorstellung haben, falsche Vorstellungen, durch die beredten Ausführungen des Herrn Berichterstatters eingeimpft werden.

Meine Herren! Der Herr Berichterstatter sieht in dem Aktionär immer nur eine Drohne, die nichts arbeitet und den andern sozusagen den Verdienst wegnimmt. So ist das nicht! Vor allem anderen würde ich ihnen wünschen, sich einmal über die Art der Verteilung des Aktienbesitzes zu vergewissern. Da werden Sie finden, daß es keineswegs so viele Großaktionäre gibt, wenn auch manche Großaktionäre eine Gesellschaft beherrschen. Ich will hier nicht näher darauf eingehen, wie es geschieht, aber es geschieht mit einem verschwindend kleinen Anteil am Gesamtaktienbesitz. Die große Masse der Aktien ist in den Händen kleiner Leute. *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Das ist nicht richtig!)* Es ist richtig! Vielleicht nicht in Kärnten, denn Kärnten hat wenig Industrie, wenig Wechselstuben und Bankgeschäfte, aber in den industriellen Gebieten Deutschböhmens namentlich sind die Aktien hauptsächlich bei kleinen Leuten, weil wir sehr viele Bankfilialen und Wechselstuben dort haben und weil durch den Verkehr mit diesen Instituten es selbstverständlich ist, daß die Leute zum Ankauf von Industriepapieren hingedrängt werden. Dazu waren sie eigentlich genötigt, weil wir im Frieden keineswegs so viel an Staatsrenten verkauft haben, als Kapital zur Thesaurierung gedrängt hat. Es ist daher die Aktie für den einzelnen so ein Sparpapier oder ein Anlagepapier, eine Sicherung für das Alter geworden, wie etwa ein Pfandbrief oder eine Rente.

Und nun soll auf einmal diesen Rentenbesitzern ihr Gewinn in einer ganz übermäßigen Weise gekürzt werden.

Der Herr Berichterstatter übersieht immer, daß die Aktie kein starr verzinsliches Papier ist. *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Um Gottes Willen!)* Ja, bitte. Der Herr Berichterstatter mag es ja wissen, aber er verhindert es ja immer, daß das, was er weiß, auch anderen gesagt wird. Er möchte nämlich gern die Gescheitheit für sich haben und die anderen sollen ihm bedingungslos folgen. So geht das nicht. *(Berichterstatter Dr. Steinwender macht zu den ihn umgebenden Abgeordneten Bemerkungen.)* Ich bitte, Herr Dr. Steinwender, hetzen Sie nicht, Sie haben von der Tribüne genug Demagogie getrieben und es ist nicht notwendig, daß Sie das auch noch aus dem Auditorium heraus machen!

Wenn wir uns, meine Herren, über die Verteilung des Aktienbesitzes klar werden, so wird jeder einzelne von Ihnen erkennen müssen, daß er mit einer so exorbitanten Besteuerung der Gesellschaften, wie sie Herr Dr. Steinwender ins Auge faßt, nicht etwa die unpersönliche Gesellschaft, sondern einen Großteil seiner eigenen Wähler trifft. *(Widerspruch beim Berichterstatter.)* Nun wendet sich Herr Dr. Steinwender immer an die Herren Landwirte und denen hat er zugesichert, sie werden bei der Kriegsgewinnsteuer nichts zahlen. *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Wann habe ich einen solchen Unsinn gesagt!)* Von der Tribüne und wiederholt im Ausschusse. Es werden sich auch genügend Zeugen finden, die das bestätigen werden. Taktisch ist es ja für seine Zwecke ungeheuer klug, eine so große Gruppe von Abgeordneten, wie es die Vertreter der Landwirtschaft sind, für sich einzuspannen, aber übersehen Sie nicht, meine Herren, auch Sie haben Zuckerfabriken und Brennereien, die als Aktienunternehmungen entstanden und anzusehen sind und heute ist auch schon der mittlere Landwirt sehr häufig in die Lage gekommen, seine Sparpfennige nicht allein in Renten anzulegen, sondern in Aktien. Ich kann Ihnen nur wiederholt empfehlen, dasselbe zu tun, was ich gemacht habe, nämlich festzustellen, wie eigentlich der Aktienbesitz unter der Bevölkerung verteilt ist, und dann werden sie zu ganz anderen Auffassungen kommen, als sie sich heute in einem großen Teile des Hauses geltend machen.

Der Herr Berichterstatter — ich muß natürlich im wesentlichen gegen ihn polemisieren — spielt mit den Ausdrücken „Groß" und „Klein". Das ist eine alte Geschichte, daß jemand, der sich mit einer Sache weniger beschäftigt, sofort fasziniert wird, wenn es heißt: Jetzt hauen wir einmal die Großen und werden den Kleinen dafür etwas geben. Diese Kleinen, um die es sich hier handelt, das sind aber nicht diejenigen, denen wir unser Mitleid entgegenbringen müssen. Wer ist denn hier der Kleine? Der Kleine ist eine angeblich kleine Gesellschaft, die mit einer Million Aktienkapital, manchmal sogar darunter, jetzt im Kriege die unglaublichsten Gewinne gemacht hat. Mir ist der Herr Finanzminister als Quelle für die Bestätigung derartiger Dinge viel maßgebender, als irgend jemand anderer, namentlich in diesem Falle der Herr Berichterstatter. Es sind vor allem andern jene kleineren Betriebe, die im Kriege entstanden sind, die lediglich als Kriegsgewinner anzusehen sind und Gewinne gemacht haben, die in vielen Fällen das Anlagekapital mehrfach übersteigen. *(Sehr richtig!)* Das sind die Munitionsfabriken, das sind die Kriegsmaterialfabriken, und für die hat der Herr Berichterstatter *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Nein!)* ein warmfühlendes Herz gefunden. *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Das ist nicht wahr!)* Dagegen wendet er sich angeblich gegen die Großen.

Nach meinem Antrage, den ich gar nicht zu empfehlen brauche, weil ihn die Regierung empfiehlt *(Heiterkeit und Zwischenrufe)*, ja, weil die Regierung sich diesem, wie ich glaube, vernünftigen Antrag anschließt. *(Ruf: Das ist die beste Empfehlung, wenn ihn die Regierung empfiehlt!)* Entschuldigen Sie, eine Sache wird dadurch noch nicht schlechter, daß die Regierung sie empfiehlt *(Zwischenrufe)*, im Gegenteil, es ist anzunehmen . . . *(Abgeordneter Sever: Die Regierung hätte eine Vorlage einbringen sollen!)* Die Regierung hatte keine Vorlage mehr einzubringen. Herr Kollege Sever, machen Sie keine Zwischenrufe bei Dingen, die Sie vielleicht doch nicht ganz erfassen, oder geben Sie acht, um was es sich handelt. Es lag hier eine Herrenhausvorlage vor, dazu waren Unteranträge und Nebenanträge vorhanden und die Regierung hat sich für einen solchen entschieden. Es ist also der Vorwurf des Herrn Abgeordneten Sever ganz unbegründet und es ist also besser, er redet über Sachen, die er versteht, und nicht über Sachen, die er nicht versteht.

Meine Herren! Der Herr Berichterstatter weist weiter auf Ungarn hin. Nun, erstens einmal haben die Ungarn weniger Industrie, sie können daher die Industrie, die sie jetzt dort haben, etwas schärfer nehmen. *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Um Gottes willen.)* Auch kann der Herr Berichterstatter überzeugt sein — er glaubt und weiß es ja auch —, daß die Ungarn schon dafür sorgen werden, daß ihre Industrie und namentlich die Industrie, die noch hinkommen soll, nämlich aus Österreich, so behandelt wird, daß sie gegenüber unserer im Vorteil sein wird. Übrigens mache ich den Herrn Berichterstatter darauf aufmerksam, daß ja in Ungarn bekanntlich weitgehende Befreiungen von den übrigen Steuern üblich sind und daß dort daher bei der Kriegssteuer schon manches genommen wer-

den kann, was auf anderem Wege wieder refundiert wird. Wir wissen ja übrigens nicht, ob die Kriegssteuer in Ungarn so angenommen werden wird, wie sie eingebracht wurde.

Was nun England anbelangt, das der Herr Berichterstatter auch herangezogen hat und wo er gefleht hat, es möge der englische Geist uns beschatten und das englische Gesetz uns zur Verfügung stehen, muß ich ihm sagen, daß er unsere Bevölkerung für die Sünden unserer Verwaltung strafen will. Ja können denn wir dafür, daß unsere Verwaltung die Steuerquellen mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, nicht genügend erfaßt? Ist es in der Tat notwendig, den Steuerträger deshalb zu vexieren, weil allenfalls die Verwaltung versagt? *(Abgeordneter Löw: Also strafe Gott England!)* Herr Kollega, man kann oft einen Zwischenruf machen, von dem die gescheitesten Leute nicht verstehen, in welcher Relation er zu der Rede stehen soll. Ich kann Ihnen daher auf diesen Zwischenruf keine Antwort geben, obwohl ich sonst wirklich nicht verlegen bin, auf einen Zwischenruf zu antworten.

Meine Herren! Für die Fehler der Verwaltung können wir also die Bevölkerung nicht verantwortlich machen. Aber der Herr Berichterstatter ist generös, er ist gern bereit, die sogenannte Doppelbesteuerung fallen zu lassen. Wen trifft er denn damit, beziehungsweise wem tut er da etwas Angenehmes? Doch nicht den kleinen Leuten, die ja bis zu einem gewissen Mehrertrage, 2000 bis 3000 oder 5000 K, frei bleiben? Er tut doch, wenn er die Doppelbesteuerung aufgeben will, nur denjenigen etwas Gutes, die sehr viel gewinnen und die eigentlich, wenn wir auf dem Boden seiner Anschauungen stehen bleiben sollen, stark besteuert werden müßten. Aber in dem Streben, unter allen Umständen hier den Justament durchzusetzen, ist der Herr Berichterstatter auch bereit, den Vorteil der Staatskassa preiszugeben. Dagegen muß die Regierung sich wehren, weil sie sehr gut weiß, wieviel diese Doppelbesteuerungen ausmachen. *(Abgeordneter Dr. Steinwender: Die weiß etwas?!)* Ja, das weiß die Regierung. Sie bindet nicht jedem alles auf die Nase; aber sie weiß doch manches und sie kann auch nicht alles immer dem Herrn Berichterstatter sagen, weil er es ins Gegenteil umwandelt und gegen die Regierung benützt. Das muß auch einmal gesagt werden.

Also mit diesem Nachgeben bei der Doppelbesteuerung ist es nichts. Wenden wir uns aber etwas anderem zu, beschäftigen wir uns einmal mit der allein seligmachenden Sozialdemokratie und mit ihrem Verhalten zu dieser Steuer. *(Zwischenrufe.)* Die Herren werden gleich aufhören, Zwischenrufe zu machen. Die Herren Sozialdemokraten stehen mit Recht auf dem Standpunkte, zu sagen, daß das, was der Herr Berichterstatter beantragt, sozusagen der Verwirklichung ihres Programms entspricht. *(Ruf: Um Gottes willen!)*

Ja, der Herr Kollege Seitz im Ausschusse, der Herr Kollege Renner wiederholt und der Herr Kollege Ellenbogen und andere haben gesagt, es entspreche diese Depossedierung durchaus den Ansichten der Sozialdemokraten. Dem Inhalte nach aber fügten sie bei, sie seien selbst nicht der Meinung, daß die Dinge so reif sind, um ihr Programm jetzt schon in diesem Augenblicke zur Durchführung zu bringen. Auf diese Art sind die Herren Sozialdemokraten in einer unangenehmen Lage. Sie müssen zwar aus programmatischen Gründen, und weil man das der Bevölkerung nicht klar machen kann oder weil sie es ihren Wählern wahrscheinlich nicht gut klarmachen können, daß ihr Programm als Zukunftsprogramm momentan noch nicht reif sei, für den Berichterstatter stimmen, obwohl sie sich innerlich sagen, daß das, was er beantragt, nicht zum Vorteile der Industrie, nicht zum Vorteile des Staates und natürlich auch nicht zum Vorteile ihrer eigenen Wähler sein kann.

Wenn das hohe Haus also auf diesem Justamentstandpunkte, wie es ja außer Zweifel ist, bleiben wird, dann wird es zur gemeinsamen Konferenz kommen. Und da frage ich Sie: Was wird bei dieser gemeinsamen Konferenz herauskommen? Gewiß nicht viel anderes als das, was von mir als Kompromißvorschlag eingebracht wurde. *(Abgeordneter Dr. Steinwender: Was man's? — Heiterkeit.)* Ja, man wird es wissen und jedenfalls ist diese Frage, ob „man's was", nicht am Platze, denn der Herr Berichterstatter selbst war bei jenen Besprechungen zwischen den Mitgliedern beider Häuser dabei *(Abgeordneter Dr. Steinwender: Einmal und nie wieder!)*, wo das Herrenhaus erklärt hat, um zu einem Frieden zu kommen, sei es, obwohl es ihm sehr große Opfer koste, bereit, auf den Kompromißvorschlag einzugehen. Was wird also geschehen? Wir werden wahrscheinlich ein paar Monate oder ein paar Wochen später dasjenige im Kompromißwege machen, was wir heute ganz billig und schnell haben könnten, und inzwischen werden Zinsen verloren gehen und inzwischen wird sich Kapital verflüchtigen, es werden Kriegsgewinne verschwinden und der Herr Berichterstatter wird dann ganz gewiß nicht das erreicht haben, was er angeblich möchte, nämlich dem Staatsschatze aufzuhelfen. Auch mit diesem Aufhelfen des Staatsschatzes wird hier viel zu viel herumgeworfen. Wenn wir heute Kriegsschulden haben, die weit über 60 Milliarden hinausgehen — 60 Milliarden sind vor ein paar Wochen zugegeben worden, heute schätze ich sie schon auf 80 Milliarden — und wenn der Krieg noch mit Gottes Hilfe oder mit des Teufels Zutun bis Mitte des nächsten Jahres

dauert und die Demobilisierung mit einem Jahre angenommen wird, wenn wir rechnen, was wir für die Invaliden zu zahlen haben werden und für die Hinterbliebenen der Gefallenen, wenn wir alles das rechnen, was mit dem Kriege zusammenhängt, dann werden wir bei der recht netten Summe von mindestens 120 Milliarden Kronen angelangt sein. *(Abgeordneter Hillebrand: Und trotzdem wollen Sie den Verständigungsfrieden nicht!)* Deshalb wollen wir, daß andere Leute das mit uns tragen, weil wir niemals den Betrag werden aufbringen können, den wir aufbringen müssen; Staatsbankerott ist heute aber Volksbankerott. Hochverehrter Herr Kollege Hillebrand, glauben Sie nicht, daß der Staatsbankerott etwa an Ihren Wählern vorübergehen wird, ohne sie zu berühren. Wenn wir also einen Betrag zwischen 7 und 9 Milliarden jährlich — denn auch die Erfordernisse unseres Budgets werden steigen, sie werden wenigstens so bleiben wie sie jetzt sind, denn die Schienen werden nicht billiger, die Beamten werden nicht weniger gezahlt haben wollen —, wenn wir also einen Betrag von 7 bis 9 Milliarden jährlich mehr aufbringen müssen, dann ist der lächerliche Betrag von 1 Milliarde — Herr Berichterstatter, ich konzediere Ihnen 2 Milliarden, wenn Sie wollen, 3 Milliarden —, dann ist dieser Betrag von 3 Milliarden ... *(Unruhe und Zwischenrufe.)*

**Präsident:** Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter **Hummer** *(fortfahrend)*: ... ein Nichts gegenüber der Verzinsung eines einzigen Jahres. Aber da werden Sie mir sagen: Warum so viel Aufhebens um ein Nichts? Ich werde Ihnen das gleich beantworten. Dieses Nichts zur Bezahlung und Verzinsung von Schulden ist leider genug, um unsere Industrie auf das schwerste zu schädigen.

Meine Herren! Jetzt, wo wir eine Unmasse Rente draußen liegen haben, wo diese Rente wahrscheinlich um 70 von 100, vielleicht noch billiger zu haben sein wird, wird es doch keinem Menschen einfallen, sein Kapital dem Risiko einer Industrie auszusetzen, denn er bekommt eine entsprechende Verzinsung seines Anlagekapitals, wenn er Rente kauft; er kauft Rente billig, er hat also keine Veranlassung, ein Aktienpapier zu kaufen, dessen Ertrag nicht feststeht. Da wird es sich zeigen ... *(Ruf: Das haben Sie auf der Börse bewiesen!)* Ich bitte, ich habe kein Aktienpapier, ich spiele nicht auf der Börse. Warten Sie doch, bis der Kladderadatsch kommt, Sie reden immer vom Kladderadatsch, warten Sie ihn nur ab. Wenn Sie also in einer Zeit, wo wir der Industrie auf das dringendste bedürfen werden — auch Ihre Arbeiter, vor allem andern Ihre Arbeiter, weil sie Verdienst und Arbeit suchen werden — die Industrie auf eine solche Art schädigen und wenn Sie insbesondere das der Industrie zustrebende Kapital dadurch wegnehmen, daß Sie es der Gefahr aussetzen, dann machen Sie etwas, wovon wir Sie nicht abhalten können, wovon kein ruhig Denkender aber sagen könnte, daß das klug sei, sondern das Gegenteil. *(Ruf: Ist das die Gefahr der Kriegsgewinnsteuer?)* Nicht die Gefahr der Kriegsgewinnsteuer, sondern die Gefahr ist eine unangemessen hohe und ungerechte Steuer, und gegen diese, meine Herren, mich zu wenden, habe ich den Mut.

Meine Herren! Wenn man sich dieses Haus ansieht, wenn man den Herrn Berichterstatter reden hört, wenn man Ihre Presse liest, wenn man insbesondere weiß, daß der Berichterstatter auch in der „Arbeiter-Zeitung" unter Umständen, wie zum Beispiel heute, Artikel loslässt *(Berichterstatter Dr. Steinwender: Warum nicht!)* — ich nehme es zur Kenntnis, daß der Herr Berichterstatter es zugibt, während die „Arbeiter-Zeitung" heute noch verschämt von einem bürgerlichen Abgeordneten spricht, der dort schreibt — wenn also die Dinge so liegen, gehört schon einiger Mut dazu, gegen die aufgehetzte Menge das zu behaupten, was richtig ist. Und heute glaube ich, voraussagen zu können, daß es eine der größten Augenauswischereien ist, die das Haus begeht, die überhaupt zu begehen ist. Im Bewußtsein dessen, daß das, was Sie beschließen, nicht Gesetz werden wird, daß es zu einem Kompromiß kommen wird, in diesem Bewußtsein, beschließen Sie lediglich, um ein Theater zu machen, ein Ding, von dem Sie wissen, daß es im anderen Hause nicht wird angenommen werden und daß Sie von diesem Ding werden absehen müssen. *(Ruf: Weil Sie würdelos dem Herrenhause nachlaufen!)* Verehrter Herr Kollege! Was das Nachlaufen anbelangt, lassen Sie das meine Sorge sein. *(Gelächter und Zwischenrufe.)* Ich kann Ihnen sagen, daß Kollegen von Ihnen bei anderen Fragen viel mehr dort nachgelaufen sind. Und, meine Herren, geben Sie nur acht, daß ich Ihnen nicht vorhalte, wie Sie unter Stürgkh, über den Sie heute schimpfen, sich benommen haben. Der Finanzminister *(Rufe: Heraus damit!)*, der Finanzminister, der Ihnen das Geld für gewisse Parteiunternehmungen gegeben hat, hat es im Einvernehmen mit dem Grafen Stürgkh gegeben. *(Hört! Hört! — Stürmische Zwischenrufe und Lärm. — Abgeordneter Hillebrand: Wenn Sie nicht sofort sagen, was Sie meinen, sind Sie ein Verleumder! — Andauernde Zwischenrufe.)* Darüber werden wir bei geeigneter Zeit reden. *(Lärm.)* Bei geeigneter Zeit ... *(Fortgesetzte stürmische Zwischenrufe. — Lärm. — Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen.)*

Sie sehen, meine Herren, daß zum Aussprechen der Wahrheit immerhin hier einiger Mut gehört *(Rufe: Reden Sie! Sie sind ein Verleumder!)* Ich habe diesen Mut und ich erwarte von dem hohen Hause, wenigstens . . . *(Zwischenrufe und Lärm.)* Meine Herren! Wenn die Argumente ausgehen, fangen bei den Sozialdemokraten selbstverständlich die Beschimpfungen an. *(Abgeordneter Hillebrand: Wenn Sie Beschuldigungen aussprechen, so beweisen Sie sie!)* Sie haben für die Hammerbrotwerke Geld bekommen . . *(Rufe: Sie elender Verleumder!)* der Herr Spitzmüller hat es Ihnen gegeben. Seien Sie darüber ganz ruhig. *(Stürmische Zwischenrufe. — Lärm.)* Der Spitzmüller hat es Ihnen für die Hammerbrotwerke gegeben und Sie haben für die „Arbeiter-Zeitung" auch Geld genug bekommen. *(Abgeordneter Hillebrand: Wenn Sie das nicht beweisen, sind Sie ein Schurke, ein ganz gemeiner Schurke! — Stürmische Zwischenrufe. — Lärm.)*

**Präsident** *(wiederholt das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe!

Abgeordneter **Hummer:** Meine Herren! Durch alles Schimpfen werden Sie natürlich Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Es ist nur bezeichnend.. *(Abgeordneter Forstner: Sagen Sie es außerhalb des Hauses! — Abgeordneter Hillebrand: Ein elender Schuft sind Sie, ein ehrloser Verleumder sind Sie, wenn Sie nicht sagen, wofür die Partei Geld von der Regierung bekommen hat! — Abgeordneter Prokeš: Sie haben eine sehr leichte Rolle, beweisen Sie es! — Fortgesetzte stürmische Zwischenrufe. — Lärm.)* Ich brauche Ihnen gar nichts beweisen, Sie brauchen bloß in ihren Büchern nachzuschauen. Da werden Sie finden, was ich sage Wenn Sie also auch in dieser Sache so oft dem Herrenhause und anderen Faktoren nachgelaufen sind . . . *(Andauernde stürmische Zwischenrufe der Abgeordneten Hillebrand, Sever und Schiegl.)* Schreien Sie weiter! Wenn Sie also dem . . . *(Andauernde lärmende Zwischenrufe. — Lärm.)*

**Präsident** *(wiederholt das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe, meine Herren!

Abgeordneter **Hummer:** Wenn Sie also dem Herrenhause und anderen Faktoren so oft nachgelaufen sind, so ist anzunehmen, daß Sie kein Recht haben, mir jetzt den Vorwurf des Nachlaufens gegenüber dem Herrenhause zu machen. Ich bin nicht davon überzeugt, daß die Mehrheit dieses Hauses für meinen Antrag stimmen wird, ich bin jedoch vollkommen davon überzeugt, daß eine angemessene Minderheit die Grundlage jenes Kompromisses vorbereiten wird, auf dem endlich die Kriegsgewinnsteuer zustandekommen wird. *(Andauernde lärmende Zwischenrufe.)*

**Präsident** *(das Glockenzeichen gebend):* Ich bitte um Ruhe für den Präsidenten. *(Fortgesetzte lärmende Zwischenrufe.)* Ich bitte um Ruhe.

Es sind während des herrschenden Lärms eine ganze Reihe von Schimpfworten gefallen. Da ich nicht ausnehmen kann, von wem dieselben ausgegangen sind, so erübrigt mir nur, mein Bedauern über diese Szenen auszusprechen, ohne weiter darauf eingehen zu können.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Heilinger das Wort.

Abgeordneter Dr. **Heilinger:** Hohes Haus! Nach dieser aufgeregten Szene will ich mich lediglich einzelnen sachlichen Bemerkungen zuwenden.

Über die Ausführungen der verehrten Herren Kollegen möchte ich nicht sprechen, sondern nur sagen, was ich mir über dieses Gesetz denke. Vor allem, was ich unter einem Kriegsgewinner verstehe. Ein Kriegsgewinner ist nichts anderes als ein Mann, der aus dem Unglück anderer Gewinn zieht. Es gibt zwei Gattungen von Kriegsgewinnern. Die eine Gattung sind die staatlichen Lieferanten, die anderen sind die Preistreiber.

Ich habe in einer Zeitschrift eines Berliner Wirtschaftsverbandes seinerzeit ausgeführt, daß es unmoralisch ist, aus dem Kriege, wo Tausende ihr Leben lassen müssen, Gewinne zu ziehen. Was bekommt der Mann, der an der Front für das Vaterland eintritt? Er bekommt Titel und Orden. Die Spekulanten des Hinterlandes aber sollen noch mit Reichtümern beladen werden?

Ich bin der Ansicht, daß dieses Gesetz überhaupt nicht hinreicht. Jeder der Herren, die gesprochen haben, hatte daran etwas auszustellen. Am besten wäre es, wenn man sämtliche Kriegsgewinne einzöge, denn das Gesetz, wie es jetzt ist, ist eigentlich nichts anderes, als ein Spekulantenschutzgesetz.

Nehmen Sie es in dieser oder in jener Weise, die Spekulanten werden belohnt. Wie kommen sie dazu? Die Krüppeln des Krieges gehen herum und haben nichts, und Leute, die enthoben sind, ganz minderwertige Individuen, werden oft mit Millionen belohnt!

Ein Mann aus dem Kriegsministerium hat mir vor wenigen Tagen mitgeteilt, daß es 5000 Millionäre allein infolge der Kriegslieferungen gibt. Ist es notwendig, daß wir die Leute auf diese Weise füttern, brauchen wir das Geld nicht notwendiger für andere Zwecke? Darum, wenn wir schon ein Kriegssteuergesetz machen, machen wir ein solches, das sämtliche Kriegsgewinne einzieht.

*(Abgeordneter Dr. Wichtl: Stellen Sie einen Antrag, Herr Kollege!)* Der Herr Kollege meint, ich soll einen Antrag stellen. Das würde die Sache meines Erachtens nicht fördern.

Besser wäre es, dieses Gesetz nach einiger Zeit zu renovieren, dann können wir das machen, was wir wollen. Derzeit geht es nicht anders, wir sind froh, wenn wir endlich diese Kriegssteuer hereinbringen, wenn der Staat etwas bekommt. Sie haben vom Herrn Referenten wie von anderen Herren gehört, daß eigentlich nur ein Pappenstiel eingegangen ist von den vielen Milliarden, die gewonnen worden sind, nicht einmal ein halbes Prozent der Gewinne ist an den Staat gelangt. Derzeit zahlen eigentlich die Kriegskosten — es ist ganz seltsam, es zu sagen — die Fixangestellten! Wie die dazu kommen, ist wohl schwer begreiflich.

Das Referat des Herrn Dr. Steinwender ist sehr mäßig gehalten. Wenn da noch von seiten des Herrenhauses und von anderer Seite gefeilscht wird, dann weiß ich nicht, was übrig bleibt. Ich billige absolut nicht die Taktik des Herrenhauses, die mir als eine Verschleppungstaktik erster Ordnung erscheint. Das Herrenhaus soll in dieser traurigen Zeit etwas anderes tun, als diese Steuer zu frustrieren, beziehungsweise ihre Einhebung hinauszuschieben.

Ich bin für die Anträge des Referenten und werde für sie stimmen. Der Herr Finanzminister Dr. Wimmer hat vor wenigen Minuten erklärt, es sei notwendig, daß endlich einmal diese Steuer erledigt wird. Darum stimmen Sie dem Antrage des Herrn Referenten zu. Ich hoffe, daß diese Kriegsgewinnsteuer nur ein Präludium zur wirklichen Kriegsgewinnsteuer, das heißt zur Einziehung aller Gewinne, zu Nutz und Frommen der Enterbten in diesem Kriege sein wird. Damit schließe ich. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Dr. Waber. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Waber:** Hohes Haus! Die vorliegende Gesetzesvorlage hat tatsächlich die öffentliche Meinung schon in sehr bedeutender Weise erregt. Wir sehen einen Kampf zwischen denen auf der einen Seite, welche den Kapitalsbesitz möglichst zu schützen und zu schonen sich bestreben, und denjenigen auf der anderen Seite, welche meinen, daß die im Kriege erworbenen großen Gewinne in entsprechender Weise zur Steuer heranzuziehen sind. Daß die Kapitalsassoziationen von ganz ungeheurem Werte sind, daß der Unternehmungsgeist nach jeder Richtung hin gefördert werden muß, das steht außer Frage und auch diejenigen, welche für die Kriegsgewinnsteuer in dem Sinne stimmen, wie sie der Ausschuß vorgeschlagen hat, werden sich gewiß keinen Maßnahmen verschließen, welche auf die Förderung des Unternehmungsgeistes und auf die Industrieförderung überhaupt gerichtet sind. Die Bedeutung der Industrie ist für uns alle von einer ganz offensichtlichen Wichtigkeit und wir werden nach dem Kriege viel mehr arbeiten und auch die Industrie zu größerer Entfaltung bringen müssen, wenn wir die großen Lasten, die uns durch den Krieg auferlegt worden sind, ertragen wollen. Nun aber verkennt man bei der Beratung dieser Steuer eines: die allgemeinen Grundsätze betreffs der Besteuerung und die Grundsätze bei der Besteuerung eines Übergewinnes. Es handelt sich gegenwärtig nicht um die Grundsätze für die Besteuerung der Aktiengesellschaften und der übrigen Gesellschaften, sondern um die Heranziehung dieses Übergewinnes. Es war schon eine gewisse Verdunkelung der Verhältnisse, als hier im hohen Hause beschlossen worden ist, an Stelle des Ausdruckes „Kriegsgewinnsteuer" den Ausdruck „Kriegssteuer" zu setzen. Denn tatsächlich ist ja sogar dieser Ausdruck „Kriegsgewinnsteuer" noch nicht bezeichnend genug; wir sollten sogar sagen: „Kriegsübergewinnsteuer". Und nach meiner Meinung gelten für die Besteuerung von Übergewinnen, besonders von Kriegsübergewinnen andere Grundsätze als für die Besteuerung von normal erworbenen Gewinnen, es gelten andere Grundsätze für die Besteuerung von Gewinnen, welche durch den die Produktion hebenden und fördernden Unternehmungsgeist entstanden sind, und für Gewinne, welche lediglich der rücksichtslosen Ausnützung, um nicht zu sagen Ausbeutung der Kriegskonjunktur und der Kriegsnot zu verdanken sind.

Mein Herr Vorredner hat schon darauf hingewiesen, daß er eigentlich für das Prinzip zu haben wäre, die ganzen Kriegsübergewinne einfach zu konfiszieren. Und tatsächlich hat dieser Grundsatz eine große Berechtigung, und England, welches gewiß den Unternehmungsgeist zu fördern bestrebt ist und bis zum Kriege auf durchaus liberalen Grundsätzen gefußt hat, wo eine Regierung am Ruder war, die in weitestgehender Weise dem freien Spiel der Kräfte entgegengekommen ist, hat sich entschlossen, während des Krieges einfach 80 Prozent vom Kriegsgewinn zu konfiszieren. Man darf dieses Konfiskationsprinzip gegenüber den Kriegsgewinnen nicht mit dem allgemeinen Konfiszieren von redlich erworbenem Vermögen vergleichen. Im jetzigen Momente wissen wir, daß alle, auch die redlich erworbenen Vermögen nach dem Kriege ganz gewaltig zur Besteuerung werden herangezogen werden müssen und es scheint mir ein vollständig gesundes Prinzip zu sein, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß man, bevor man an die übrige tiefgreifende Besteuerung heranschreitet, zu-

nächst einmal die im Kriege erzielten Übergewinne in entsprechender Weise heranzuziehen hat. Jedenfalls schreitet in der Heranziehung der Übergewinne der Antrag des Ausschusses weiter vor, als dies im Herrenhausberichte der Fall ist, und ich möchte von Haus aus dagegen Verwahrung einlegen, daß man mit schönen allgemeinen Grundsätzen über die Schonung und Förderung des Unternehmungsgeistes zu dem Ergebnisse kommt, daß man die Wuchergewinne, die im Kriege erzielt worden sind, schonen will. Förderung des Unternehmungsgeistes und der Industrie ist gut und notwendig, aber nicht durch Schonung der Kriegsgewinne.

Das sind zwei ganz verschiedene Dinge: man kann ein entschiedener Anhänger der Förderung und Schonung der Industrie sein, wie ich es aus voller Überzeugung bin, und kann sich auf der anderen Seite mit allem Nachdruck gerade gegen diese Kriegsübergewinne wenden.

Es wird in dieser Richtung vor allem anderen auch bezüglich der Rückbesteuerung eine Einwendung erhoben. Gewiß hat jede Zurückbesteuerung sehr Nachteiliges an sich. Es ist selbstverständlich, daß wir Erhöhungen allgemeiner Steuern — nehmen wir zum Beispiel die Erwerbsteuer für den normalen Erwerbsbetrieb, die Grundsteuer, die Einkommensteuer — nicht auf Jahre zurückwirken lassen können. Wenn also auch dieses Prinzip, daß keine Rückwirkung eintreten soll, im allgemeinen richtig ist, so darf man doch nicht verkennen, daß in dem Moment, wo es sich um Kriegsübergewinne handelt, eine andere Auffassung Platz zu greifen hat. Daß so ungeheure Vermögen in diesem Krieg erworben worden sind, ist ja nicht zuletzt auf eine ganz einseitige Begünstigung dieser Unternehmungen durch die Regierung bei der Preisbildung zurückzuführen. Ich erinnere nur daran, wie das Kriegsministerium in ganz unbegreiflicher Weise schon bei Beginn des Krieges, ohne daß es von den Produzenten verlangt worden wäre, höhere Preise aus dem Gesichtspunkt heraus geboten hat, daß die Produktion angeregt werden müsse. Das war doch nicht notwendig. Zu Beginn des Krieges waren ja sogar viele Unternehmungen besorgt, ob sie ihren Betrieb werden aufrecht erhalten können. Wenn man ihnen unter die Arme gegriffen hätte, um ihnen die Umbildung von Friedens- in Kriegsunternehmungen zu erleichtern, wenn man die Risken, die damit verbunden sind, erleichtert, wenn man in dieser Hinsicht die Gefahren übernommen hätte, welche die einzelnen Unternehmer auf sich genommen haben, so wäre dies vollkommen richtig und billig gewesen. Das Kriegsministerium hat aber zu dem viel kostspieligeren Mittel der Preiserhöhung gegriffen und hat derart in die allgemeine Preisbildung in nachteiligster Weise eingegriffen. Es liegen hier ungeheure Fehler seitens des Kriegsministeriums vor und wenn man immer darüber spricht — auch im Herrenhause ist das der Fall gewesen —, daß wir sparen müssen, so ist das ja ganz richtig. Sparen soll man, aber am richtigen Ort. Wir in Österreich aber haben folgende Sonderbarkeit: Unsere Zivilverwaltung spart vielfach, insbesondere bei produktiven Auslagen viel zu sehr, sie knausert geradezu; ich erinnere nur beispielsweise an die Beschaffung von Eisenbahnmaterial. Wie oft ist in diesem hohen Hause der Antrag gestellt worden, in dieser Richtung einzugreifen. Wie engherzig hat sich jedoch unser Finanzministerium und selbst das Eisenbahnministerium solchen Anträgen gegenüber verhalten! Was hätten wir nicht alles mit einem Bruchteile des Geldes, das im Kriege ausgegeben worden ist, leisten können, wenn wir nicht am unrechten Orte gespart hätten! Wie hätten wir in den Krieg eintreten können! Auf der anderen Seite aber sehen wir wieder, daß Geld blind hinausgeworfen wird. Wir kommen in dieser Hinsicht nicht zu dem richtigen goldenen Mittelweg, daß man rechtzeitig Auslagen bestreitet, rechtzeitig investiert, rechtzeitig vorsorgt; dann kommt die Kriegsverwaltung, überstürzt alles und wirft das Geld geradezu aus dem Fenster hinaus. Auf diese Weise haben gerade die Aktiengesellschaften ungeheure und unberechtigte Gewinne gemacht, und wenn wir im gegenwärtigen Moment, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, daß es sich um unrechtmäßig hohe Gewinne handelt, diese Übergewinne rückwirkend besteuern, so ist vom Standpunkte der Rückwirkung dagegen gar nichts einzuwenden, sie ist durch den Ausnahmszustand unerlaubt hoher Gewinne vollkommen gerechtfertigt. Gegen einen großen Teil dieser Leute, die diese Gewinne gemacht haben, sollte man ja eigentlich strafrechtlich vorgehen und ich bin der Meinung, daß viele dieser Aktiengesellschaften eigentlich unter das Strafgesetz gehören, weil sie sich nicht mehr mit bürgerlichen Gewinnen begnügt, sondern ganz unglaubliche Gewinne erzielt haben. Allerdings ist auch eine Fahrlässigkeit der Behörden in dieser Richtung zu verzeichnen, die eine noch viel größere Verantwortung auf sich geladen haben als die privaten Unternehmer.

Wenn man von diesem Gesichtspunkt aus die ganze Frage überprüft, so kann man vor einer Rückwirkung des Gesetzes nicht zurückschrecken. Und der Finanzausschuß hat diesen Standpunkt nur geschwächt, in dem er nicht auf die Kriegsgewinne seit Beginn des Krieges zurückgegriffen, sondern sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hat, indem er nur auf das Jahr 1916 zurückgegriffen hat. Er hat gerade dadurch den richtigen Grundsatz der Rückbesteuerung der Kriegsgewinne dadurch geschwächt und dadurch den Herren im Herrenhause manche Argumente gegeben, welche aber tatsächlich bei entsprechender Betrachtung dieses Gesetzes und der Aufgabe, die

dieses Gesetz zu erfüllen hat, absolut nicht zutreffen.

Nun wird auch von der Doppelbesteuerung so viel gesprochen. Gewiß, eine Doppelbesteuerung liegt vor, aber doch im Grunde nur in einem sehr beschränkten Ausmaß. Die Doppelbesteuerung liegt dort vor, wo Familienaktiengesellschaften bestehen und diese Familienaktiengesellschaften einerseits als Aktiengesellschaften und andrerseits als Privatpersonen herangezogen werden. Wo solche Fälle vorhanden sind, wo tatsächlich der einzelne die Unternehmung leitet und in der Hand hat, könnte man ja diesen Verhältnissen Rechnung tragen und die Doppelbesteuerung beheben. Allerdings ist die Sache praktisch auch nicht so arg, wie sie aussieht, denn diese Familienaktiengesellschaften schützen sich vor der Doppelbesteuerung dadurch, daß sie die in der Aktiengesellschaft erzielten Gewinne einfach nicht ausschütten, so daß das nur ein theoretisches Beispiel ist, das in dieser Richtung angeführt wird. Eine weit gehende Doppelbesteuerung kommt tatsächlich gar nicht vor. Die in Frage kommenden Unternehmer wissen sich schon praktisch zu schützen.

Wenn man aber den einzelnen Aktionär in Betracht zieht, kann von einer Doppelbesteuerung nicht die Rede sein, denn dieser Ertrag aus der Aktie ist ja doch tatsächlich gewiß nicht ein Unternehmergewinn, sondern ein Kapitalgewinn von dem angelegten Kapital. Und wenn man in dieser Richtung nur die Übergewinne etwas beschneidet, wenn man den Aktionären von Haus aus ihre Friedensgewinne läßt, so versündigt man sich wieder nicht gegen die Prinzipien einer gerechten Steuergesetzgebung. Und ich frage: Wer verdient eigentlich mehr Rücksicht, der Aktionär, dem der Friedensgewinn unter allen Umständen bleibt, oder aber der Zeichner der Kriegsanleihe, der unter Verzichtleistung auf jeden Spekulationsgewinn sein Geld dem Staate zur Verfügung gestellt hat? Ist es hier jemanden eingefallen, zu sagen: Ja, da muß man auch trachten, daß diese Zeichner von Kriegsanleihe über diesen Prozentsatz hinaus auch noch etwas bekommen? Nein, meine Herren, da wird selbstverständlich die Zeichnung der Kriegsanleihe als Pflicht angesehen. Aber in dem Momente, wo es sich um den Aktionär handelt, der spekuliert und zu verdienen sucht, der auf der Börse spielt, da entdeckt man auf einmal in sich das Herz und will ihm einen möglichst weitgehenden Übergewinn sichern.

Ich wiederhole, weil das eben nicht immer so scharf zum Ausdruck kommt, der Kriegsübergewinn der Aktionäre als solcher ist gewiß kein Unternehmergewinn, der Aktionär ist im besten Falle ein Spekulant und ihn bezüglich des Kriegsübergewinnes zu schützen, ist absolut nicht gerechtfertigt. Und wenn die Leute die Aktien auf Grund der Kriegsgewinne der Aktiengesellschaften in die Höhe getrieben haben und Aktien zu ungeheuren Preisen gekauft haben statt Kriegsanleihe zu zeichnen und ihre staatsbürgerliche Pflicht zu erfüllen, wenn sie der Aktiengesellschaft mehr Vertrauen entgegengebracht haben als dem Staate, verdienen sie nicht noch eine besonders hohe Prämie von Staats wegen.

Wir werden ja auf der anderen Seite sehr hohe Steuern beschließen müssen, um das Gleichgewicht im Staatshaushalte wieder herzustellen. Wir werden dann alle Unternehmungen heranziehen müssen, auch die Unternehmungen, die kleinen, die mittleren und die großen Gewerbsleute, die im Kriege keine Übergewinne erzielt haben, die schwere Opfer im Kriege gebracht haben und die sich mühsam wieder aufrichten werden. Und da sollen wir jetzt die Übergewinne der Gesellschaften schonen? Und wenn wir schon zu großen Besteuerungen schreiten, so werden wir sicher diejenigen hauptsächlich berücksichtigen müssen, die in diesem Kriege Verluste erlitten haben. Und das ist die Masse der Gewerbetreibenden, das ist die Masse der Fixangestellten, die tatsächlich schwere Opfer gebracht haben. Und was von den Leuten, die Übergewinne erzielt haben, nicht gezahlt werden wird, müssen wir auf die Masse der Staatsbürger wälzen.

Und wenn man sagt: Ja, wir wünschen die Ansammlung des Kapitalbesitzes in den Unternehmungen, ja, dann fällt natürlich dieses Argument bezüglich des Aktionärs weg, dann müssen wir eben die Unternehmungen einfach zwingen, noch viel mehr Beträge, die sie im Kriege gewonnen haben, zu thesaurieren und wir müssen verhindern, daß sie diese Übergewinne ausschütten.

Wir haben also auch in dieser Richtung keinen Grund, irgendwie auf die Aktionäre besonders Rücksicht zu nehmen.

Wenn die Aktionäre von jedem Übergewinn auch nur die Hälfte behalten, so haben sie noch immer genug, noch immer zu viel aus dem Kriege gewonnen. Wir haben einmal im Kriege zwei große Gruppen von Staatsbürgern, solche, die außerordentlich viel durch den Krieg gewonnen haben, und solche, welche durch den Krieg sehr viel verloren haben und wir müssen uns bei jeder Besteuerung an diejenigen wenden, welche durch den Krieg gewonnen haben, um eben auf diese Weise alle die zu entlasten, welche durch diesen Krieg verloren haben.

Nun möchte ich mich, nachdem ich diese Streiflichter auf die ganze Angelegenheit geworfen habe, nicht in alle Details einlassen, die sich daraus ergeben. Ich möchte aber nur eines sagen. Wenn man sich schon auf den Standpunkt des Herrenhauses stellen wollte, daß eine besondere, von der für Einzelpersonen geltenden Steuerskala abweichende Progression bezüglich des Mehrertrages der Gesellschaften gelten soll, und daß andere Grundsätze

auf die Gesellschaften angewendet werden sollen, als auf Einzelpersonen, dann müßte man selbstverständlich die Progression in der Besteuerung bedeutend schärfer gestalten, als sie vom Herrenhause in Vorschlag gebracht worden ist. In dem Gesetzentwurf des Herrenhauses ist im § 6 in Aussicht genommen, daß der Mehrertrag, welcher ein Prozent des Anlagekapitals nicht übersteigt, mit zehn Prozent besteuert werden soll, dann steigt die Besteuerung in acht Staffeln und erst bei einem Mehrgewinn von über 20 Prozent des Anlagekapitals ist eine fünfzigprozentige Besteuerung in Aussicht genommen.

Diese Vorsicht und diese außerordentliche, allzu zarte Rücksichtnahme bei der Besteuerung des Mehrertrages, wohlgemerkt des Kriegsübergewinnes, ist gewiß nicht gerechtfertigt. Stellt man sich auf den Grundsatz des Herrenhauses, dann müßte man die unteren Stufen der Skala zu einer viel rascheren Progression bringen, und zwar würde ich mir in dieser Richtung einen Antrag zu stellen erlauben und ihn als Eventualantrag ankündigen. Er lautet *(liest)*:

„Eventualantrag zum Antrag des Abgeordneten Hummer (Licht).

§ 6 hat zu lauten:

Die Steuer ist bei den inländischen Gesellschaften für jenen Teil des Mehrertrages, welcher ein Prozent des Anlagekapitals (§ 5, II) nicht übersteigt, mit zehn Prozent; ein Prozent, aber nicht zwei Prozent des Anlagekapitals übersteigt, mit 20 Prozent; zwei Prozent, aber nicht drei Prozent des Anlagekapitals übersteigt, mit 30 Prozent; drei Prozent, aber nicht vier Prozent des Anlagekapitals übersteigt, mit 40 Prozent und von dem vier Prozent übersteigenden Teile des Mehrertrages mit 50 Prozent zu entrichten."

Ich glaube, daß dieser Antrag, wenn man sich auf den Standpunkt des Herrenhauses stellt, jedenfalls geeignet wäre, sich den Anträgen, die im Ausschusse in dieser Angelegenheit gestellt worden sind, zu nähern und ich begründe das damit, daß wir Mehrerträge nicht zu schonen, sondern die im Krieg erzielten Mehrerträge mit aller Schärfe zur Besteuerung heranzuziehen haben, und daß in dieser Richtung die Vorschläge, die vom Ausschusse gemacht worden sind, durchaus nicht das Maximum der Möglichkeit der Erfassung erreichen, sondern noch in bescheidener Weise zurückbleiben. Höher als der Aktionär steht derjenige, der Kriegsanleihe gezeichnet und dem Staate vertraut hat und wenn der 6 Prozent erhält — es ist auch darin eine Prämie für die Zeichnung von Kriegsanleihe, ein Kriegsübergewinn enthalten — dann hätte eigentlich auch der Aktionär und die Aktiengesellschaft und jede Erwerbsgesellschaft keinen Anspruch auf einen höheren Kriegsübergewinn. Die Aktionäre erhalten und die Gesellschaften behalten noch immer weit mehr. Wir verringern den Wert der Prämie für den Zeichner von Kriegsanleihe und setzen die Kriegsanleihezeichnung in ihrem staatlichen und sittlichen Werte herab, wenn wir die Kriegsübergewinne schonend behandeln und die Aktionäre begünstigen, dem Aktionär einen größeren Wert beimessen als dem, der Kriegsanleihe zeichnet. Wir wollen gewiß kräftige Erwerbsgesellschaften, wir wollen den Produktionsgeist mit allen zweckmäßigen und sittlich erlaubten Mitteln heben und fördern. Die Kräftigung der Erwerbsgesellschaften durch Belassung möglichst hoher Kriegsübergewinne scheint mir nicht gerechtfertigt. Wir brauchen eine gerechte Steuergesetzgebung, eine durchgreifende Steuerreform. Die steht aber noch nicht in Verhandlung, jetzt handelt es sich um die Besteuerung der Kriegsübergewinne. Schonen und unterstützen müssen wir diejenigen, die im Kriege verloren haben, aber diejenigen, die im Kriege effektiv Übergewinne erzielt haben, verdienen keine Schonung, und sollen mit aller Schärfe zur Besteuerung herangezogen werden. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Seitz das Wort.

Abgeordneter **Seitz:** Ich bitte das hohe Haus um Entschuldigung, wenn ich es mit einem Gegenstande beschäftigen muß, der nicht zu der Sache gehört. Das ist sonst nicht unsere Gewohnheit, aber ich bin heute dazu gezwungen, weil in der Rede meines mittelbaren Vorsprechers Angriffe gegen unsere Partei erhoben wurden, die einer sofortigen Zurückweisung bedürfen.

Es liegt mir sonst fern, den Reden des Herrn Abgeordneten Hummer zuzuhören. Sie sind für mich belanglos. Ich war daher während seiner Rede nicht im Saale. Nach den Berichten, die mir zukommen, scheint es aber, daß die harmlose Narreteien an denen er sonst leidet, allmählich gefährlich zu werden drohen *(Rufe: Sehr gut!)* und geradezu störend für den Betrieb des Hauses werden könnten. Das zwingt mich zu einer Abwehr.

Der Herr Abgeordnete Hummer hat, wie uns berichtet wird, behauptet, daß die sozialdemokratische Partei von einem Finanzminister unter dem Grafen Stürgkh und im Einvernehmen mit dem Grafen Stürgkh Geld bekommen hätte. Über einen Zwischenruf eines meiner Freunde, er möge doch nicht solche aus der Luft gegriffene Verleumdungen ausstoßen, hat der Herr Abgeordnete Hummer gesagt: „Ja, Sie haben für die Hammerbrotwerke Geld bekommen. Der Herr Spitzmüller hat es Ihnen

gegeben, der Spitzmüller hat es Ihnen für die Hammerbrotwerke gegeben und Sie haben für die „Arbeiter-Zeitung" auch Geld bekommen". Aufgefordert, diese mehr lächerlichen als perfiden Beschuldigungen irgendwie zu erweisen, also Beweise zu erbringen, hat der Herr Abgeordnete Hummer gesagt: „Ich brauche Ihnen gar nichts zu beweisen *(Heiterkeit)*, Sie brauchen nur in den Büchern nachzusehen, da werden Sie finden, was ich sage."

Ich meine, geehrte Herren, der eine Satz: „Ich brauche Ihnen gar nichts zu beweisen" ist für die Kampfesweise, die derartigen Individuen beliebt, allein schon kennzeichnend. Es ist unter unserer Würde, viel über diese Sache zu reden; man ist auch ganz wehrlos, man kann ja auch nichts reden. Jemand behauptet, wir seien bestochen worden und hätten Geld bekommen; wir ersuchen, es zu beweisen, und er sagt: ich brauche keine Beweise zu erbringen.

Darüber läßt sich nicht viel reden, es verurteilt sich selbst.

Meine Herren! Es wäre sehr bedauerlich, wenn derartige Methoden, die an die schlimmsten Zeiten des Kurienparlamentes erinnern, hier einreißen würden. Ich weise daher die Beschuldigungen und Pauschalverdächtigungen des Herrn Abgeordneten Hummer zurück. Sie sind erstens unwahr, sie sind frei erfunden, ja, sie sind erlogen. *(Rufe: So ist es!)* Einen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, bin ich aus Rücksicht auf mich selbst und meine Partei und auf dieses hohe Haus nicht in der Lage. Mit Leuten, die derart lügen, können wir nicht weiter verkehren. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Hruban das Wort.

Abgeordneter Dr. **Hruban:** Slavná sněmovno! Přihlásil jsem se k několika slovům k této předloze, která jedná o válečné dani. Naše strana zajisté považuje za spravedlivo, aby válečné zisky, které z poměrů, jež tolik hrůz a bídy uvrhly na lidstvo, byly vyzískány často všelijakým způsobem, aby tyto zisky co nejvíce byly zdaněny. A v tom nám žádná hranice do výše není dosti velkou. *(Souhlas.)*

Hohes Haus! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um meine Stellungnahme zum Minoritätsantrage, der zu § 11 dieser Vorlage angemeldet wurde, zu präzisieren. Der Minoritätsantrag der Abgeordneten Dr. Viškovský, Donát und Vojta geht dahin, daß der Endpassus des § 11, wo es heißt: „ferner beim Übergange einer Pfründe von einem Inhaber an einen anderen," zu streichen ist. Die Eliminierung dieser Worte in dieser Bestimmung würde nach meiner Ansicht nicht nur der Steuergerechtigkeit, sondern auch dem System dieser Kriegssteuer widersprechen. Aus diesem Grunde habe ich mich im Finanzausschusse, wo ich die Ehre hatte, den Vorsitz zu führen, entschlossen, gegen die Eliminierung zu stimmen und durch meine Stimme zugunsten der Beibehaltung zu dirimieren.

Der leitende Grundsatz, der dem System der Kriegssteuer zugrunde gelegt wird, ist doch der, daß bei dem Vergleiche zwischen dem Erträgnisse des Kriegsjahres mit jenem der Friedensjahre als Basis nicht Verhältnisse angenommen werden, die ganz heterogen sind und deshalb oft ein Mehrerträgnis für die Kriegsjahre aufscheinen lassen, deren besondere Besteuerung eine offensichtliche Ungerechtigkeit in sich schließen würde. Deshalb hat man in den § 11 der heutigen Vorlage gewisse Bestimmungen aufgenommen, die diesem Prinzipe ganz und gar entsprechen. Es wird zum Beispiel bestimmt *(liest)*:

„Das Einkommen aus einem nach Beginn des Jahres 1913 (der Durchschnittsjahre) ererbten Vermögen ist nur mit jenem Betrage als Mehreinkommen des Erben zu behandeln, um den es das aus diesem Vermögen im Jahre 1913 (in den Durchschnittsjahren) erzielte Einkommen übersteigt." Hier wird, wie ich, hohes Haus, glaube, mit vollem Rechte angenommen, daß nicht der Erbe als Person sein Einkommen erhöht hat, sondern daß er sozusagen die ganze Persönlichkeit des Erblassers übernommen hat und daher dessen Persönlichkeit weiter repräsentiert und daß also nur jener Mehrertrag, jenes Mehreinkommen zu besteuern ist, welches er aus diesem Grunde erzielt hat.

„In gleicher Weise" — bestimmt der § 11 weiters — „ist auch in den Fällen von Vermögensübertragungen durch Heiratsgutbestellung und Ausstattung, durch Übergabsverträge oder Schenkungen zwischen Eltern (Großeltern) und Kindern (Enkelkindern) oder zwischen Eheleuten vorzugehen."

Ich glaube, hohes Haus, es ist ein absolut gerechtes Steuerprinzip. Die Kriegssteuer will und soll nach der ganzen Tendenz der Vorlage doch nur das erfassen, was der einzelnen Person als solcher wirklich zur freien Verfügung zufließt. Ist es bei der Erbschaftsübertragung gerecht, ist es gerecht bei den Heiratsgutbestellungen und bei Übergabsverträgen zwischen Eltern und Kindern, zwischen Ehegatten usw., wie es die Vorlage des näheren bestimmt, dann glaube ich, muß es auch konsequenterweise beim Übergange einer Pfründe an einen neuen Inhaber billig sein, denn es ist doch dasselbe oder wenigstens ein analoges Verhältnis. Bei der Pfründe erhält der Benefiziant beim Übertritt auf eine andere, wo oft der Übertritt ohne sein Zutun erfolgt, doch nur den Nutzgenuß eines Vermögens, aus welchem er das Einkommen bezieht oder zu beziehen hat. Es kann daher, hohes Haus, nur das aus diesem

speziellen Grunde im Kriegsjahre gezogene Einkommen mit den in den Friedensjahren aus ihm erzielten Erträgen zum Zwecke der Sonderbesteuerung verglichen werden und nichts anderes. Ich glaube, das entspricht ganz dem Prinzip, welches dieser Vorlage und der Kriegssteuer zugrunde gelegt wurde. Wenn anders verfahren werden sollte als bei Erbschaften, Heiratsgutbestellungen, Übertragsverträgen usw., dann wäre das eine offensichtliche Ungerechtigkeit. *(Sehr richtig!)* Es könnte oft eine derartige Benachteiligung des Pfründeninhabers erfolgen, daß viele Pfründen nicht einmal zur Besetzung gelangen könnten. Es wäre ja vielleicht manchen Strömungen erwünscht, wenn viele Pfründen unbesetzt blieben, aber, meine Herren, wir müssen uns hier auf einen ganz objektiven Standpunkt stellen und müssen die Dinge vom rechtlichen Standpunkt aus ansehen.

Aber noch auf etwas möchte ich, wie ich glaube, ganz sachlich aufmerksam machen. Es gibt ja auch Pfründen, die aus staatlichen und sonstigen öffentlichen Mitteln dotiert werden und da sind die Inhaber derselben nach den Bestimmungen von jeder Kriegssteuer frei. Dann kann man also, glaube ich, Pfründen, deren Einkommen aus Privatdotationen fließt, nicht anders und nachteiliger behandeln als Pfründen, die aus staatlichen und öffentlichen Mitteln dotiert werden, denn diese Pfründen, von denen ich spreche, entlasten doch den Staatsschatz und es wäre für jeden Staatsbürger eigentlich nur erwünscht, wenn es recht viele solcher Pfründen geben würde.

Ich glaube also, hohes Haus, daß man hier nicht anders verfahren kann als bei den Erbschaften und bei den anderen Fällen, die ich des näheren ausgeführt habe. Das waren die sachlichen Gründe, die mich dahin geführt haben, im Finanzausschuß zugunsten der Beibehaltung dieser Bestimmungen zu dirimieren.

Ich wurde, wie es einem im öffentlichen Leben stehenden Manne ja so oft geschieht, dafür angegriffen; ich befand mich aber damals wohl in einer sehr guten Gesellschaft, denn der Antrag, der uns zur Abstimmung vorlag, war der des Referenten Herrn Kollegen Steinwender und auch beide Korreferenten, die Herren Hummer und Dr. v. Licht, haben sich ebenfalls diesem Antrage angeschlossen. Ich glaube, niemand in diesem hohen Hause und auch außerhalb des hohen Hauses wird namentlich dem Herrn Dr. Steinwender vorwerfen können, daß er vielleicht etwas nicht besteuern wollte, was zu besteuern nur halbwegs gerecht wäre und wo man aus der Besteuerung auch für den Staatsschatz wieder neue Einnahmen erhalten könnte. *(Sehr richtig!)*

Ich habe aber, hohes Haus, auch noch einen anderen Grund gehabt, als diese rein sachlichen Gründe, und den streife ich nur. Ich konnte mich nicht entschließen, zugunsten eines Antrages zu stimmen, dem nach meiner Ansicht der Stempel des Tendenziösen zu offenkundig auf die Stirn gedrückt war. Die Zeit ist wohl nicht danach, daß wir hier Debatten und Abstimmungen kulturkämpferischer Art beginnen, namentlich ist die Zeit nicht danach, einen Kulturkampf in den Reihen unseres Volkes, welches in dem Kampf um sein gutes Recht und um seine bessere Zukunft alle seine Kräfte geeinigt haben soll, zu inaugurieren.

Das waren die Gründe, die mich dazu bestimmt haben, meine Stimme zugunsten der Beibehaltung der Worte in die Wagschale zu legen *(Beifall)*.

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Višňovský.

Abgeordneter Dr. **Višňovský:** Slavná sněmovno! Za účelem zkrácení debaty nebyl bych se hlásil k slovu, kdyby pan předřečník neujal se slova, aby polemisoval proti minoritnímu návrhu, který jsem byl ve sněmovně ohlásil.

Hohes Haus! Ich hätte mich nicht zum Worte gemeldet, wenn der sehr geehrte Herr Vorredner Dr. Hruban nicht Anlaß genommen hätte, gegen meinen Minoritätsantrag, den ich zum § 11 angemeldet habe, zu sprechen. Mein Minoritätsantrag geht dahin, daß im § 11 die Worte „bei Übergang einer Pfründe von einem Inhaber zu einem anderen" gestrichen werden. Das Herrenhaus hat nämlich in den Entwurf eine neue Bestimmung aufgenommen, wonach die Kriegssteuer bei Übergang einer Pfründe auf eine andere Person nicht zu entrichten ist. Mein Minoritätsantrag geht aber dahin, daß der Beneficiant, wenn er eine bessere Pfründe bekommt, die Kriegssteuer geradeso zu zahlen hätte wie ein anderer, der ein höheres Einkommen erlangt. *(Zwischenruf.)* Diese Bestimmung, die nachträglich im Herrenhause in die Vorlage aufgenommen wurde, befand sich weder im Beschlusse des Abgeordnetenhauses, noch im Regierungsentwurfe; denn es wäre ja niemand eingefallen, auf einmal ohne jeden Grund gerade die Geistlichen — da bezieht sich diese neue Bestimmung namentlich auf die hohe Geistlichkeit *(Zwischenrufe)* — von der Kriegssteuer zu befreien. *(Abgeordneter Dr. Hruban: Von der Kriegssteuerpflicht!)* Ich bitte zu erwägen, was Kriegssteuer ist. Man sagt nämlich, die Kriegssteuer ist eine Steuer, die die Kriegsgewinner treffen soll. Schon in den früheren Debatten haben wir mehrmals nachgewiesen, daß diese Auffassung der Kriegssteuer eine grundfalsche ist, und es ist auch im Ausschusse verlangt worden, daß sie geändert werde, weil das zu einer Irreführung der Öffentlichkeit führt. Es handelt sich um die Besteuerung der Differenz im Einkommen, welches nicht durch den

Krieg, sondern welches während des Krieges als Mehreinkommen erzielt wurde. Ich glaube, wenn einmal dieses Prinzip aufgenommen wird, dann muß es für jedermann gelten, es muß geradeso für die Kleinen wie für die Großen, geradeso für die Geistlichen wie für die Laien gelten. *(Abgeordneter Dr. Hruban: Es muß dann auch für die Erbschaften und für die anderen Fälle gelten!)* Ich komme gerade dazu. Nun hat man diesen § 11 herausgefunden und in diesen Paragraphen die Bestimmung aufgenommen, oder ich möchte sagen, hineingeschmuggelt, derzufolge die hohen kirchlichen Würdenträger, die während des Krieges eine bessere Pfründe erlangt haben, von der Kriegssteuer befreit werden sollen. Was sagt nun der § 11? § 11 sagt, daß von der Kriegssteuer das ererbte Vermögen, die Schenkungen zwischen Eltern und Kindern, sowie die Ausstattung usw. befreit werden sollen. Die Sache steht hier ganz anders. Wenn jemand ein Vermögen ererbt, so ist es keine neue Erwerbung; das Vermögen bleibt ja in der Familie und daß der Tod der Eltern bei den Kindern als Kriegsgewinn besteuert wird, geht doch nicht an.

Oder soll man aus sozialpolitischen Gründen es erschweren, daß der Vater dem Kinde eine Mitgift gibt? Daß darf man nicht machen. Infolgedessen hat man diese Ausnahme zugelassen und das ist nach meiner Ansicht nicht nur gerecht, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen gerechtfertigt.

Was würde man denn machen, wenn diese Ausnahme nicht zugelassen würde? Dann müßte man auf einem Schleichwege die Mitgift dem Kinde ohne Vertrag übergeben, man müßte das unter der Hand geben und das Kind hätte das unangenehme Gefühl, daß es infolge dieser neuen Steuer diese Mitgift nicht bekommen kann. Übrigens bleibt, wie ich gesagt habe, dieses Vermögen in der Familie. Der Vater stirbt, das Kind bekommt die Erbschaft, oder das Kind heiratet und bekommt die Mitgift.

Nun, meine Herren, etwas ganz anderes ist der Übergang der Pfründe von einer Person zur anderen. Ich bitte zu erwägen, daß, wenn jemand während des Krieges avanciert als Beamter, als Privatbeamter, zum Beispiel — ich habe dieses Beispiel schon einmal angeführt — wenn ein tüchtiger Ingenieur während des Krieges Direktor geworden ist, er diese Steuer zahlen muß; aber nicht nur ein Direktor, auch ein besserer Arbeiter, wie sie zum Beispiel bei den Skodawerken vorkommen, die sehr gut bezahlt werden, muß, wenn er als Vorarbeiter einen höheren Gehalt bekommt, die Kriegssteuer zahlen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Hruban.)*

Meine Herren! Jetzt kommen aber die hohen kirchlichen Würdenträger. Wir haben beobachtet, daß während des Krieges ein Changement, ein Übergang auf manche höhere Posten zustande gekommen ist. Wir wissen ja, wie die hohen kirchlichen Würdenträger geradezu ein Kettengeschäft in schönen, gut dotierten Pfründen getrieben haben. *(Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Hruban.)* Wir wissen ja, daß einer von den Herren aus Mähren nach Böhmen gekommen ist und daß das Kettengeschäft auch in Mähren getrieben wurde. Auf dieses Kettengeschäft, auf den Leib dieser hohen Herren ist diese Bestimmung zugeschnitten. Ich rede nicht von dem kleinen, von dem niederen Klerus. Wir wissen ja, daß es dem nicht besonders gut geht und haben auch die Verbesserung der Kongrua selber vorgeschlagen. *(Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Hruban.)* Ich bin auch überzeugt, daß sich das Herrenhaus um das Wohl und Wehe dieser kleinen Leute kaum gekümmert hätte, aber um das Wohl und Wehe dieser hohen Herren, die eine schöne und große Pfründe erlangt haben und die jetzt die große Kriegssteuer hätten zahlen müssen, handelt es sich und da kann man nicht sagen, daß die Bestimmung, die ich beantrage, der Gerechtigkeit widerspricht. Weder die Regierung noch das Abgeordnetenhaus hat das beantragt und selbst Sie, Herr Doktor, sind, obzwar Sie im Finanzausschusse sitzen, trotz der langwierigen, bereits dreimaligen Verhandlungen über diesen Steuerentwurf nicht auf diese Idee gekommen. Auf einmal aber kommt das Herrenhaus, nämlich die Herren, die dort die Macht haben und das Wort führen, und verlangen, daß ihnen eine Sonderstellung in dieser Beziehung gewährt werde, daß ihnen etwas nachgelassen werde, was ein kleiner Privatbeamter, wenn er avanciert, und was sogar ein besserer Arbeiter bezahlen muß. Deswegen, meine Herren, weil das meinem Gerechtigkeitsgefühl zuwiderläuft, deswegen habe ich diesen Minoritätsantrag gestellt, der im Finanzausschuß beinahe angenommen worden wäre, hätte nicht Herr Dr. Hruban für diese neue Bestimmung dirimiert. Nun, meine Herren, glaube ich, ist es eine der größten Zumutungen, die an das Abgeordnetenhaus gestellt werden konnte, wenn das Herrenhaus diese Gelegenheit dazu benützt, diese Bestimmung in das Gesetz hineinzuschmuggeln. Ein mittelalterliches Privilegium soll bei diesem Anlasse wieder erneuert werden. *(Sehr gut.)* Und wenn Sie sagen, es ist kein Kriegsgewinn, so muß ich wieder sagen, es ist doch ein Kriegsgewinn, den nur während des Krieges und unter der Herrschaft der Zensur, die den Protest unserer Nationalität gegen die Vergebung dieser Pfründen und namentlich der Prager Erzbischofwürde an einen deutschen Würdenträger nicht zugelassen hat *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)*, die es nicht zugelassen hat, daß unser Protest seinen Weg über Wien nach Rom nimmt, nur unter dem Druck dieser Germanisierung und dieses Absolutismus, da uns alles im Stiche gelassen hat, ist das geschehen. Und da muß ich sagen, es ist

wirklich ein Kriegsgewinn, ein doppelter Kriegsgewinn, es war ein Mißbrauch des Kriegsabsolutismus. *(Zwischenruf des Abgeordneten Dr. Hruban.)*

Es ist gesagt worden, daß es von mir tendenziös ist, daß ich diesen Minoritätsantrag gestellt habe. Meine Tendenz ist die Gerechtigkeit und das Gerechtigkeitsgefühl, und zu dieser Tendenz, meine Herren, will ich mich bekennen. Dr. Hruban rügte es, daß durch diesen Antrag diesem Hause ein Kulturkampf aufoktroyiert worden ist; wenn es wahr wäre und der Kulturkampf beginnen sollte, dann ist es die Schuld des Herrenhauses, wenn es solche mittelalterliche Privilegien in das Gesetz hineinschmuggeln will. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Dr. Waber hat einen eventuellen Abänderungsantrag zum Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. v. Licht eingebracht. Der Antrag lautet *(liest)*:

„§ 6 hat zu lauten:

Die Steuer ist bei den inländischen Gesellschaften für jenen Teil des Mehrertrages, welcher 1 Prozent des Anlagekapitals (§ 5, II) nicht übersteigt, mit 10 Prozent, 1 Prozent, aber nicht 2 Prozent des Anlagekapitals übersteigt, mit 20 Prozent; 2 Prozent, aber nicht 3 Prozent des Anlagekapitals übersteigt, mit 30 Prozent; 3 Prozent, aber nicht 4 Prozent des Anlagekapitals übersteigt, mit 40 Prozent und von dem 4 Prozent übersteigenden Teile des Mehrertrages mit 50 Prozent zu entrichten."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Antrag ist unterstützt und steht in Verhandlung.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Miklas folgende Resolution eingebracht *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, mit tunlichster Beschleunigung die Grundzüge eines umfassenden Finanzplanes dem Reichsrat zu unterbreiten."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Antrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Auch dieser Antrag ist unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte hat sich noch gemeldet der Herr Abgeordnete Kadlčák; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Kadlčák:** Přihlásil jsem se ke slovu, abych několik poznámek pronesl k předmětu, který se stal neočekávaně jakýmsi jabličkem sporu.

Nám zajisté nezáleží na tom, aby ti, kdo mají příjmy, neplatili daní, nýbrž naopak, nám záleží na tom, aby každý, kdo má příjmy, přispíval také k veřejným potřebám, a sice měrou náležitou. My jsme poslední, kteří bychom hlasovali pro něco, co znamená výjimečný stav nebo privilegium kohokoliv.

Hohes Haus! Ich gehöre zu einer Partei, die keinem Ausnahmsgesetze und überhaupt keiner Ausnahme zustimmt, die nicht berechtigt erscheint. Wir sind für das gleiche Recht für alle, nicht nur, wo es zu befehlen, sondern auch, wo es zu zahlen gilt. Aber die Frage, die hier aufgeworfen und die von Fachleuten in diametraler Weise besprochen wurde, hat mich dazu bewogen, einige Worte darüber zu sprechen.

Ich bin der Meinung — und eine große Menge der Herren Kollegen wird mir wahrscheinlich beistimmen — daß die Sache doch nicht so steht, wie sie hier von dem Herrn Vorredner geschildert wurde. Um was handelt es sich? Es ist eine Bestimmung in das Gesetz gekommen, nach welcher die Übernahme einer Pfründe — und das ist nicht ein selbstgeschaffenes Vermögen, sondern das ist ein ererbter Besitz — so behandelt werden soll wie die Kriegsgewinne, das heißt wie die Einnahmen jener Leute, die während des Krieges, sei es auf reelle oder unreelle Weise Millionen oder wenigstens Hunderttausende von Kronen sich erwirtschaftet haben — ich könnte einen etwas derberen Ausdruck gebrauchen und wäre auch im Rechte.

Ist denn wirklich die Übernahme einer Pfründe ein Kriegsgeschäft? Es ist hier nämlich das Wort gefallen, daß die Pfründner ein Kettengeschäft gemacht haben. Diese Behauptung hätte ich von einem so ernsten Herrn nicht erwartet, daß er einen Vergleich aufstellt zwischen einem Agenten, der hier in Wien oder in Prag oder sonstwo Kettenhandel treibt, und einem Erzbischof, der über Weisung seines Vorgesetzten ein Amt übernehmen muß. Das ist doch ein gewaltiger Unterschied. Und wenn die Herren meinen, daß die Erbschaften zwischen Vater und Sohn, zwischen Großvater und Enkel usw. der Kriegssteuer, wie sie jetzt genannt wird, nicht unterliegen soll, so muß man doch logisch dasselbe von der Erbschaft sagen, die der Pfründner übernimmt. Es ist ja eine Art von Erbschaft, es ist aber gewiß kein Geschäft, es ist auch kein gewerbliches Unternehmen und kein Handelsunternehmen, aus dem ein Kriegsgewinn gemacht wird, es ist eine Erbschaft, die von unseren Vorfahren — bei anderen Völkern von deren Vorfahren — gestiftet worden ist, um die Verwaltung der religiösen Gesellschaften möglich zu machen. Es ist eine Art Privatbesitz, im gewissen Sinne nicht ein öffentlicher Besitz; denn alle diese Pfründen sind bei uns wenigstens, um die es sich handelt, doch aus Schenkungen hervor-

gegangen, die gewiß niemand der Kriegssteuer unterwerfen will.

Anders ist die Frage freilich, wenn sich bei einer bestimmten Pfründe nachweisen ließe, daß sie im Kriege soundso viele Millionen gewonnen hat. Diese Millionen wären der Steuergesetzgebung zu unterstellen *(Zustimmung)* und ich würde gewiß durchaus dafür stimmen.

Überall, wo man nachweisen kann, daß der Pfründner, sei es ein Kaplan, ein Pfarrer, ein Dechant oder ein Erzbischof, durch geschäftliche Unternehmungen einen Kriegsgewinn erzielt hat, da soll er auch die Kriegssteuer zahlen, da ist es gerechtfertigt und da ist der Vergleich zwischen Arbeiter und Erzbischof am Platze. Und gewiß wird auch ein solcher Gewinn, wo er sich wirklich vorfindet, mehr besteuert als so mancher Kriegsgewinner, der heute Millionen hat und es versteht, sie bei Zeiten in Sicherheit zu bringen, sei es durch Ankauf von Kunstschätzen, von Antiken, oder auf die bekannte Art und Weise, wie die Millionen verschwinden. Ein Erzbischof, ein Probst und wie alle diese Herren heißen, ist nicht in der Lage, so zu wirtschaften, denn er steht unter staatlicher Kontrolle.

Es ist ja bekannt, daß ein Erzbischof nur der Nutznießer ist, daß er nicht einmal selbständig verwaltet, weil die Statthalterei und das Ministerium und weiß Gott wer noch ihm überall hineinreden; er darf nicht einen Meter vom Boden verkaufen, er kann sich nicht rühren ohne die Bewilligung der hohen Regierung, da wird er ganz gewiß auch diese Millionengewinne, die er angeblich haben soll, nicht beiseite schaffen können.

Und wenn wir, da wir schon von dieser Sachlage sprechen, in Betracht ziehen, woher diese Vermögen stammen, wie sie eigentlich beschaffen sind, dann müssen wir doch alle einsehen, daß ihre Heranziehung zur Kriegssteuer eine grasse Ungerechtigkeit wäre, und zwar für alle in gleicher Weise. Ich stimme darum vollkommen den Ausführungen des Obmannes des Finanzausschusses bei, daß man genau denselben Standpunkt wie bei den Erbschaften, bei der Abtretung des Vermögens unter Verwandten, auch einnehmen soll, wenn es sich um Pfründen handelt, weil der Pfründner, der angehende Nutznießer, nichts weiter ist, als der das Erbe Antretende, wenn er auch nicht den Titel eines Verwandten hat.

Aus diesen Gründen muß ich mich gegen den Minoritätsantrag aussprechen, denn das, was damit bezweckt werden soll, wäre eine Ungerechtigkeit, eine Ungleichmäßigkeit und sozial nicht richtig. Wir werden dem gewiß nicht zustimmen. Damit schließe ich. *(Beifall.)*

**Präsident:** Die Rednerliste ist erschöpft, die Debatte ist geschlossen.

Ich breche die Verhandlung ab.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Schweiger als Mitglied des Budgetausschusses,

Miklas und Schweiger als Mitglieder des Wehrausschusses,

Grim als Mitglied des Eisenbahnausschusses,

Leo als Mitglied des Finanzausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* — und dies ist nicht der Fall — nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben.

*(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Die Herren Abgeordneten Šmeral, Hybeš und Jiráček haben sich krank gemeldet.

Den Antrag des Abgeordneten Friedmann und Genossen, betreffend die Unterhaltsbeiträge für Angehörige von zur Dienstleistung eingerückten Gagisten *(807 der Beilagen)*, werde ich, falls keine Einwendung erhoben wird, dem Unterhaltsbeitragsausschuß zuweisen. *(Nach einer Pause:)* Es wird kein Einwand erhoben, der Antrag wird also dem Unterhaltsbeitragsausschusse zugewiesen werden.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen, Donnerstag, den 29. November, 10 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Finanzausschusses über den Beschluß des Herrenhauses Nr. 748 der Beilagen, betreffend die Kriegssteuer *(834 der Beilagen)*.

2. Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im feld- und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse, die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und die Bildung der Geschwornenlisten *(790 der Beilagen)*.

3. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 152

der Beilagen, welche die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 304, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege, zum Gegenstande hat *(793 der Beilagen)*.

4. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserlichen Verordnungen:

1. vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der österreichischen Kriegsanleihe vom Jahre 1915 (Beilage 87),

2. vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der dritten österreichischen Kriegsanleihe (Beilage 88) und

3. vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, über die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der vierten österreichischen Kriegsanleihe (Beilage 89) *(803 der Beilagen)*.

5. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 30. August 1914, R. G. Bl. Nr. 234, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt *(804 der Beilagen)*.

6. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1916, R. G. Bl. Nr. 334, wegen Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr *(805 der Beilagen)*.

7. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1914, R. G. Bl. Nr. 227, über den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf Fristen, Termine und das Verfahren *(820 der Beilagen)*.

8. Bericht des Flüchtlingsausschusses über den Beschluß des Herrenhauses zum Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge *(816 der Beilagen)*.

9. Bericht des Gewerbeausschusses über die Anträge des Abgeordneten Erb, betreffend Hilfe für den Gewerbestand, gestellt als eigene Anträge in den Beratungen des Gewerbeausschusses über die staatliche Kreditunterstützung des Gewerbes und Bericht über Punkt 3, Beilage Nr. 423 des stenographischen Protokolles, Antrag der Abgeordneten Dr. Roller, Dr. Wichtl und Genossen *(819 der Beilagen)*.

10. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage, 114 der Beilagen, betreffend die Einführung von Vorschriften über den Versicherungsvertrag (Versicherungsordnung) *(826 der Beilagen)*.

11. Bericht des Justizausschusses über den Antrag des Abgeordneten Dr. Adolf Groß und Genossen (336 der Beilagen), betreffend die Entschädigung ungerechtfertigt verurteilter Personen *(825 der Beilagen)*.

Wird dagegen Einwand erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, somit bleibt es bei meinem Vorschlage.

Ich erkläre die Sitzung für geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 2 Uhr nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 45. Sitzung, Donnerstag, den 29. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Finanzausschusses über den Beschluß des Herrenhauses Nr. 748 der Beilagen, betreffend die Kriegssteuer (834 der Beilagen). — 2. Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feld- und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse, die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und die Bildung der Geschwornenlisten (790 der Beilagen). — 3. Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 152 der Beilagen, welche die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 304, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege, zum Gegenstande hat (793 der Beilagen). — 4. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserlichen Verordnungen: 1. vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der österreichischen Kriegsanleihe vom Jahre 1915 (87 der Beilagen); 2. vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der dritten österreichischen Kriegsanleihe (88 der Beilagen) und 3. vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, über die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der vierten österreichischen Kriegsanleihe (89 der Beilagen) (803 der Beilagen). — 5. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 30. August 1914, R. G. Bl. Nr. 234, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt (804 der Beilagen). — 6. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1916, R. G. Bl. Nr. 334, wegen Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr (805 der Beilagen). — 7. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1914, R. G. Bl. Nr. 227, über den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf Fristen, Termine und das Verfahren (820 der Beilagen). — 8. Bericht des Flüchtlingsausschusses über den Beschluß des Herrenhauses zum Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge (816 der Beilagen). — 9. Bericht des Gewerbeausschusses über die Anträge des Abgeordneten Erb, betreffend Hilfe für den Gewerbestand, gestellt als eigene Anträge in den Beratungen des Gewerbeausschusses über die staatliche Kreditunterstützung des Gewerbes und Bericht über Punkt 3, Nr. 423 der Beilagen des stenographischen Protokolles. Antrag der Abgeordneten Dr. Roller, Dr. Wichtl und Genossen (819 der Beilagen). — 10. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage 114 der Beilagen, betreffend die Einführung von Vorschriften über den Versicherungsvertrag (Versicherungsordnung)

(826 der Beilagen). — **11.** Bericht des Justizausschusses über den Antrag des Abgeordneten Dr. Adolf Groß und Genossen (336 der Beilagen), betreffend die Entschädigung ungerechtfertigt verurteilter Personen (825 der Beilagen).

# Inhalt.


## Allerhöchstes Kaiserhaus.

Zuschrift des Ministerpräsidenten, betreffend den Dank Seiner Majestät für die Kundgebung des Abgeordnetenhauses anläßlich der Errettung des Kaisers aus ernster Lebensgefahr (Seite 2353).

## Personalien.

Abwesenheitsanzeigen (Seite 2353).

Urlaubserteilungen (Seite 2353).

Mandatsniederlegung in Ausschüssen (Seite 2386):

1. des Abgeordneen Dr. Mataja als Mitglied des Ausgleichsausschusses:
2. des Abgeordneten Baumgartner als Mitglied des Preßausschusses;
3. des Abgeordneten Eisenhut als Mitglied des Eisenbahnausschusses;
4. des Abgeordneten Kleski als Ersatzmann des Finanzausschusses;
5. des Abgeordneten Dr. Kolischer als Ersatzmann des Finanzausschusses.
6. des Abgeordneten Miklas als Ersatzmann des Ausgleichsausschusses.

## Regierungsvorlage,

betreffend den Gesetzentwurf, mit welchem anläßlich der Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden (841 der Beilagen — Seite 2353).

## Sanktionierung

des Gesetzentwurfes, betreffend Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes (Seite 2353).

## Verhandlung.

Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Finanzausschusses über den Beschluß des Herrenhauses, betreffend die Kriegssteuer (834 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Steinwender [Seite 2354] — Abstimmung [Seite 2357] — Dritte Lesung [Seite 2360]).

Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feld- und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse, die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und die Bildung der Geschwornenlisten (790 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Ofner [Seite 2360 und 2369], Abgeordneter Dr. Neumann [Seite 2365], Justizminister Dr. Ritter v. Schauer [Seite 2367] — Abstimmung [Seite 2370] — Dritte Lesung [Seite 2371]).

Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage 152 der Beilagen, welche die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 304, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege zum Gegenstande hat (793 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Reger [Seite 2371 und 2384], Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. Homann [Seite 2375], die Abgeordneten Aust [Seite 2377], Starck [Seite 2379], Prokeš [Seite 2382] — Abstimmung [Seite 2385] — Dritte Lesung [Seite 2386] — 857 der Beilagen).

## Beantwortung

der schriftlichen Anfrage des Abgeordneten Dr. Wichtl, betreffend die in der 44. Sitzung gegen ihn gefallenen Beschimpfungen — durch den Präsidenten (Seite 2386).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 44. Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Budget-, Wehr-, Eisenbahn- und Finanzausschuß (Seite 2353).

Zuweisung:

1. der Regierungsvorlage 831 der Beilagen an den Finanzausschuß (Seite 2353).
2. der Regierungsvorlage 841 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (S. 2386).

Ersatzwahlen in den Ausgleichs-, Preß-, Eisenbahn- und Finanzausschuß (Seite 2386).

---

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen.

### Antrag

des Abgeordneten Alois Rieger und Genossen, betreffend die Freigabe von Hinterlein zur Ergänzung von Leinöl für die landwirtschaftliche Bevölkerung und betreffend die Öffnung der gesperrten Ölmühlen (842 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Dr. Dnistriańskyj und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Bevölkerung in der Gemeinde Kornie, Bezirk Rawa ruska (Anhang I, 1559/I);

2. des Abgeordneten Dr. Dnistriańskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Mißbräuche der Gendarmerie im Bezirke Sokal (Anhang I, 1560/I);

3. des Abgeordneten Dr. Dinghofer und Genossen an den Minister Höfer, betreffend den Rückersatz von Zivilmehl durch das Militärärar (Anhang I, 1561/I);

4. des Abgeordneten Dr. Korošec und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Urlaube der politisch verdächtigten Eisenbahnangestellten (Anhang I, 1562/I);

5. des Abgeordneten Dr. Trylowskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend den Etappenbezirkskommandanten Csasar in Kolomea (Anhang I, 1563/I);

6. des Abgeordneten Dr. Trylowskyj und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Requirierung von 69 Rindsfellen durch einen ungarischen Zugsführer in Kuty (Anhang I, 1564/I);

7. des Abgeordneten Dr. Trylowskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Mißhandlung von Rekruten in Lysenyczi (Anhang I, 1565/I);

8. des Abgeordneten Dr. Trylowskyj und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Einberufung eines auf zwölf Monate beurlaubten Zugsführers in Iwaniwci (Anhang I, 1566/I);

9. der Abgeordneten Dr. Waber, Dr. Schürff und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Vorrückungsverhältnisse der im Militärjustizdienste stehenden Juristen (Anhang I, 1567/I);

10. des Abgeordneten Wagner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend landwirtschaftliche Urlaube (Anhang I, 1568/I);

11. der Abgeordneten Dr. Trylowskyj, Lawruk und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Justifizierung des Nykolyszyn durch einen Gendarmeriekommandanten in Tekucza (Anhang I, 1569/I);

12. des Abgeordneten Hladnik und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Zurücksetzung der geprüften Forstzöglinge (Anhang I, 1570/I);

13. des Abgeordneten Dr. Trylowskyj und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister des Innern, betreffend die Revisionen in Horodenka (Anhang I, 1571/I);

14. des Abgeordneten Paulik und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Viehlieferungen im Bezirk Prachatitz (Anhang I, 1572/I);

15. des Abgeordneten Spies und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Ablieferung von Vieh für den Heeresbedarf und den Zivilkonsum in den Bezirken Tepl und Marienbad (Anhang I, 1573/I);

16. der Abgeordneten Roškar, Brenčič und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Requisition von Lebens- und Futtermitteln in den Bezirken Luttenberg, Marburg und Pettau (Anhang I, 1574/I);

17. des Abgeordneten Fon und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister des Innern, betreffend die Versorgung der in die Heimat zurückkehrenden Flüchtlinge mit Lebensmitteln (Anhang I, 1575/I);

18. des Abgeordneten Jaroš und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Ausstellung der Rechnungen für Telephongespräche in Prag (Anhang I, 1576/I);

19. der Abgeordneten Pacher, Dr. Michl und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Stellung der Militärärzte (Anhang I, 1577/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 29. November 1917:

Regierungsvorlage 841 der Beilagen;

Anfragebeantwortungen ad 175, 265, 938, 1110, 1111, 1124, 1178/I;

# Beginn der Sitzung: 10 Uhr 15 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Vogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: **Čech**.

Auf der Ministerbank: Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Ministerialrat **Hohn** des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

**Präsident:** Ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 27. November d. J. ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten; jenes über die Sitzung vom 28. November d. J. liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Die Herren Abgeordneten d'Elvert, Jesser und Keller haben sich krank gemeldet.

Bei den gestern vorgenommenen Ergänzungswahlen in verschiedene Ausschüsse wurden 151 Stimmzettel abgegeben, die absolute Stimmenmehrheit beträgt daher 76.

Gewählt wurden mit je 151, also allen Stimmen:

in den Budgetausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Wagner (Steiermark);

in den Wehrausschuß als Mitglieder die Herren Abgeordneten Thurnher und Wagner (Steiermark);

in den Eisenbahnausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Eisenhut;

in den Finanzausschuß als Mitglied der Herr Abgeordnete Dr. Loewenstein.

Dem Herrn Abgeordneten Keller habe ich einen achttägigen Urlaub, dem Herrn Abgeordneten Freißler einen solchen bis 2. Dezember erteilt.

Die Regierungsvorlage Nr. 831 der Beilagen, betreffend die Überweisungen aus Staatsmitteln an die Landesfonds in den Jahren 1917 und 1918 (Überweisungsgesetz), werde ich dem Finanzausschuß zuweisen.

Es ist eine Zuschrift des Herrn Ministerpräsidenten eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche.

Schriftführer **Čech** *(liest)*: „Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 25. November d. J. die von Euer Hochwohlgeboren vermittelte Kundgebung des Abgeordnetenhauses des Reichsrates anläßlich Allerhöchst seiner glücklichen Errettung aus ernster Lebensgefahr dankend zur Allerhöchsten Kenntnis zu nehmen geruht.

Hiervon beehre ich mich Euer Hochwohlgeboren in Kenntnis zu setzen.

Wien, am 28. November 1917.

Seidler."

**Präsident**: Diese Zuschrift dient zur Kenntnis.

Es ist eine Zuschrift der Regierung eingelangt, mit welcher von der Sanktionierung eines Gesetzentwurfes Mitteilung gemacht wird. Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer **Čech** *(liest)*: „Dem von beiden Häusern des Reichsrates im Oktober l. J. beschlossenen Entwurfe eines Gesetzes, betreffend Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes, wurde am 20. November 1917 die Allerhöchste Sanktion erteilt.

Hiervon beehre ich mich, das löbliche Präsidium in Kenntnis zu setzen.

Wien, am 27. November 1917.

Der k. k. Minister des Innern:

Toggenburg."

**Präsident:** Diese Zuschrift dient zur Kenntnis.

Schriftführer **Čech** *(liest)*: „In der Anlage beehre ich mich den Entwurf eines Gesetzes, womit anläßlich der Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit gesetzliche Bestimmungen über den Wirkungskreis einzelner Ministerien abgeändert werden

*(841 der Beilagen)*, mit dem Ersuchen zu übermitteln, diesen Entwurf der verfassungsmäßigen Behandlung zuführen zu wollen.

Wien, am 28. November 1917.

Seidler."

**Präsident:** Diese Regierungsvorlage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Wir gelangen zur Tagesordnung.

Erster Gegenstand derselben ist die Fortsetzung der Verhandlung über den Bericht des Finanzausschusses über den Beschluß des Herrenhauses, Nr. 748 der Beilagen, betreffend die Kriegssteuer *(834 der Beilagen)*.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Steinwender** *(von der Tribüne)*: Meine Herren! Es ist gestern vom Herrn Abgeordneten v. Langenhan und von dem Herrn Abgeordneten Hummer Einsprache erhoben worden gegen die versuchte und vollführte Überrumpelung des Hauses. Da ist nun festzustellen, daß der Herr Präsident erst nach Rücksprache mit den Parteien den Antrag gestellt hat, daß die Vorlage sofort behandelt werde, und nachdem keine Einsprache erfolgt ist, hat der Herr Präsident erst diese Einschiebung zur Abstimmung gebracht. Bei dieser Abstimmung wurde die Einschiebung, wie ich glaube, einstimmig angenommen. Von einer Überrumpelung kann also, keine Rede sein. Eine Überrumpelung ist aber auch dadurch ausgeschlossen, daß ich als Referent gar nichts anderes beantragt habe, als das, was das Haus schon einmal zum Beschlusse erhoben hat. Die Herren waren also, nachdem wir den Beschluß im Juli gefaßt haben, schon seit mehreren Monaten auf das vorbereitet, was heute kommen wird.

Die kleinen Abänderungen, die das Herrenhaus gemacht hat, bilden ja keinen Gegenstand der Sorge der Kapitalsdiener *(Heiterkeit)*, sondern damit sind ja die Herren sehr einverstanden *(Heiterkeit und Beifall)* und damit erklären wir uns alle einverstanden, bis auf eine Kleinigkeit, die der Herr Abgeordnete Dr. Viškovský beanstandet hat.

Da keine Spezialdebatte stattfindet, muß ich auf den Antrag Viškovský gleich eingehen. Er beantragt nämlich die Streichung jenes Absatzes, in welchem Pfründner ebenso behandelt werden wie Erben. Es schien uns die Anregung des Herrenhauses, die Kriegsgewinnsteuer beim Antritt von Pfründen ebensowenig eintreten zu lassen, wie beim Antritt eines Erbes, ganz gerechtfertigt. Der Pfründner übernimmt allerdings mit der Pfründe ein größeres Einkommen, steigt aber dadurch sofort in ungeheuer stärkere Ausgaben, die mit seiner Pfründe verbunden sind. Im übrigen handelt es sich nur um ein paar Leute, ich bitte daher, bei dem Antrage des Herrenhauses zu bleiben, wie ich überhaupt bei jeder billigen Sache — übrigens auch unbilligen *(Heiterkeit)* — dem Herrenhause entgegenzukommen immer bereit war.

Der Herr Abgeordnete Hummer war von mir in meinem Berichte weder genannt noch war sein Antrag von mir besprochen worden, ich weiß also durchaus nicht, warum er sich persönlich so angegriffen fühlte, daß er sofort über mich hergefallen ist. Ich muß ihm also etwas antworten und ich werde versuchen, das in einer ruhigeren Weise zu tun, als es der verehrte Herr Kollege Hummer getan hat.

Wenn er behauptet, daß ich vor leeren Bänken lieber spreche, so verkennt er die Eigentümlichkeit jedes Redners *(Heiterkeit)*, der ja gern vor einem vollen Hause spricht, und insbesondere ich, der ich stets auf den Beifall meiner Zuhörerschaft rechne *(lebhafte Heiterkeit)*, würde es sehr bedauern, wenn ich vor leeren Bänken sprechen würde.

Der Herr Abgeordnete Hummer sagt weiter, daß ich seichte Witze vorgebracht habe. *(Heiterkeit.)* Mein Gott, die Witze, die ich mache, gefallen nicht nur mir, sondern gefallen auch den anderen. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Ich werde also nicht aufhören, künftighin — natürlich nur, wenn mir etwas einfällt — Witze zu machen und ich glaube, bei der gegenwärtigen allgemeinen Not ist es ja gut, wenn hie und da ein Ausdruck gebraucht wird, der nicht allzu langweilig ist.

Auch sei ich salopp. Ich bin also noch ein junger Herr und habe allen Grund dazu, salopp zu sein. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Ich hätte auch nichts Sachliches vorgebracht. Ich habe sowohl im Ausschuß wie hier Ziffern gebracht, ganz genaue Ziffern, die also auf Sachlichkeit doch einigen Anspruch machen können.

Aber das sind ja Nebensachen. Er sagte aber, ich hätte den Landwirten versprochen, daß sie gar nichts zahlen werden. Der Herr Abgeordnete Hummer scheint mit Landwirten nicht viel zusammenzukommen, sonst würde er sie nicht für so einfältig halten, daß sie auf einen solchen Pflanz eingehen würden. Tatsächlich habe ich so etwas nicht gesagt. Wenn der Abgeordnete Hummer behauptet, ich hätte es von der Tribüne — also hier — gesagt, dann bitte: wo ist das stenographische Protokoll? Er beruft sich immer auf Dinge, die nicht da sind. Er hat auch gesagt, im Ausschuß hätte ich das gesagt. Da bitte ich irgendeinen

landwirtschaftlichen Vertreter, mir zu sagen, ob ich ihn durch die Anbiederung und durch das Versprechen, er habe nichts zu zahlen, wenn er für mich stimmt, jemals angegangen bin. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Also dagegen spreche ich mich ganz entschieden aus, das habe ich niemand gesagt, das hat niemand gehört, und die Landwirte sind viel zu gescheit, als daß man ihnen mit solchen Dingen kommen dürfte.

Er hat auch hier sowie im Ausschuß auf den großen Unterschied einer Aktie von einem andern Papier hingewiesen, zum Beispiel von einer Speisekarte, hat er gestern gesagt. *(Lebhafte Heiterkeit.)* Er sagt, ich weiß es vielleicht, worin der Unterschied besteht, aber ich verheimliche es den anderen. *(Neuerliche lebhafte Heiterkeit.)* Er wünsche daher, den Herren eine Aktie zu zeigen, wie sie aussieht, er wünsche auch, den Herren eindringlich zu Gemüte zu führen, daß die Aktie nicht immer dasselbe trägt, sondern einmal mehr und einmal weniger. Es ist merkwürdig, der Herr Abgeordnete Hummer behauptet, das ganze Volk, namentlich also alle Bauern, Dienstmädchen, Näherinnen usw. seien Besitzer von Aktien. *(Heiterkeit.)* Wenn die Kenntnis von der Aktie so weit verbreitet ist beim männlichen und weiblichen Geschlecht, dann kann man doch nicht glauben, daß ich den Leuten etwas vormachen und ihnen verheimlichen werde, daß die Aktie einmal viel trägt und einmal wenig! *(Heiterkeit und Zustimmung.)*

Der Herr Abgeordnete Hummer sagt auch, das, was wir machen, ist ganz unnütz, denn erstens einmal haben wir in der nächsten Zeit 120 Milliarden Schulden und da liegt ohnedies nichts daran, ob wir etwas einnehmen oder nicht. *(Heiterkeit.)* Woher er diese 120 Milliarden hat, weiß ich wirklich nicht. Seine Beziehungen mit den maßgebenden Kreisen müssen also viel innigere sein, als die meinen. *(Heiterkeit.)* Ich habe bis jetzt etwas anderes herausgebracht. Jedenfalls ist diese Mitteilung, daß wir in Bälde 120 Milliarden Schulden haben werden, sehr aufmunternd für die Zeichner der Kriegsanleihe, wenn sie geglaubt würde, aber sie wird eben nicht geglaubt; sie ist ebenso unrichtig, wie die anderen Behauptungen, die der Herr Abgeordnete Hummer aufgestellt hat. Wir haben leider sehr viele Schulden, nach dem letzten Ausweis waren es 42 Milliarden und wir werden am Schlusse des nächsten Halbjahres, also bis zum Juli, wahrscheinlich, wie die Regierung sagt, auf 60 Milliarden kommen. Das ist aber immer erst die Hälfte von 120 Milliarden. *(Ruf: Das ist aber sehr viel!)* Es ist immerhin sehr viel, aber gerade, wenn unsere Schulden groß sind, sind die paar Milliarden, die wir aus der Kriegssteuer . . . *(Abgeordneter Kraft: Die Kriegsschulden werden 60 Milliarden sein!)* Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen; ja, die 42 Milliarden sind Kriegsschulden und auf 60 Milliarden werden wir kommen. Aber wenn wir so viel Schulden haben, dann sind wir nicht nur auf jede Milliarde, sondern schon auf jede Million an Einnahmen angewiesen. Es wird hoffentlich der allgemeine Zusammenbruch nicht proklamiert werden, sondern wenn wir uns retten wollen — und wir wollen uns retten und wir wollen den Ungarn nicht nachstehen —, dann müssen wir dorthin greifen, wo etwas ist. *(Sehr richtig!)* Darum werden wir hoffentlich die Kriegssteuer, so wie der Ausschuß sie beantragt hat, wieder annehmen.

Der Herr Abgeordnete sagt auch, der ganze Beschluß sei unnütz, weil das Herrenhaus etwas anderes machen wird. Zum Teufel noch einmal, wir sind doch auch jemand! *(Heiterkeit.)* Und obwohl ich das Herrenhaus in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung durchaus nicht für irgend etwas Ideales ansehe, setze ich doch voraus, daß die Herren Einsicht nehmen werden in das, was wir jetzt zweimal beschlossen haben, in das, was der ungarische Minister jetzt vorgeschlagen hat und in das, was notwendig ist und ich kann nicht glauben, daß die Herren aus Theorie sich weiter auf irgend etwas stützen werden. Überhaupt, auf Theorie gebe ich gar nichts, gibt das Herrenhaus auch nichts; es gibt nur Leute, welche wollen, daß die Großen weniger zahlen, das ist die ganze Theorie! *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Nun hat der Herr Abgeordnete Hummer einen Antrag eingebracht, welcher eine Verschärfung der Bestimmungen enthält. Während nämlich nach dem Antrag des Herrenhauses nur kleinere Zuschläge nach der Größe der Gewinnsumme waren, hat er diese Zuschläge bis auf 60 Prozent erhöht. 60 Prozent schaut natürlich sehr viel aus, was kommt aber dabei heraus? Ich muß, da die ganze Differenzierung zwischen einzelnen und Gesellschaften hauptsächlich zunutzen der Banken geschieht, eine Bank — nicht eine bestimmte — als Beispiel nehmen. Wenn eine Bank sagen wir vier Millionen Gewinn ausweist, so hat sie tatsächlich viel mehr erzielt. Denn, wenn auch der strengste und gewandteste Steuerbeamte kommt, so wird es doch nicht möglich sein, zu verhindern, daß gewisse Dinge schlechter eingeschätzt werden, als sie tatsächlich wert sind. Auch die Vorsicht gebietet es ja, wirklich vorsichtig die Effekten, die man besitzt, nicht einmal zu den heutigen Kursen, geschweige denn zu jenen vor einem Monat einzuschätzen, sondern da werde ich vorsichtig sein und Abschreibungen vornehmen müssen an dem Werte der Effekten, welche ich besitze. Das werden selbstverständlich die Banken tun und sie haben auch ganz recht. Dadurch entgeht aber ein Teil des Gewinnes.

Dann gibt es andere Arten, die Bilanz herzustellen: Verteinstellungen verschiedener Art, es werden auch Dinge höher eingeschätzt, wenn es Verluste sind; es ist ja möglich, daß Verluste kommen, diese Verluste wird nun ein vorsichtiger Mann überhaupt ziemlich hoch einschätzen und eine Bank um so höher, weil sie dadurch in eine niedrigere Steuer hineinkommt. Das heißt also: Bis eine Bank dazu kommt, sagen wir 4 Millionen Mehrgewinn einzugestehen, muß sie viel mehr gemacht haben. *(Sehr richtig!)* Was zahlt nun von diesem ausgewiesenen Mehrgewinn eine Bank mit 100 Millionen Kapital? Dann zahlt sie nach Hummer 28 Prozent *(Hört!)* und ist sie eine ganz große Bank mit 200 Millionen, dann zahlt sie 20 Prozent und die anderen zahlen 60 Prozent. Ein großes Institut mit reichem Kapital zahlt also in dem einen Fall nicht einmal die Hälfte, in dem anderen ein Drittel. Allerdings kommen nach dieser Skala Fälle vor, bei denen die 60 Prozent tatsächlich erreicht werden, aber dann muß der Gewinn 20 Prozent erreichen. Das kann er bei einer Bank nie. Das kann er bei einem Industrieunternehmen, bei einer Bank ist das ganz unmöglich. Daher werden vielleicht einzelne Industriegesellschaften so hoch getroffen werden können. Und da wirft er mir vor, ich setze mich auf einmal für die Industriegesellschaften ein. Eher schon als für die Banken. Aber wie der Abgeordnete Hummer dazukommt, zu sagen, ich protegiere die kleineren Gesellschaften, weiß ich nicht, denn auch er setzt sie nicht höher an als ich. Die höchste Stufe ist bei ihm wie bei mir 60 Prozent. Es handelt sich nur darum, ob die Banken mit großem Kapital ebenso viel zahlen sollen wie die kleinen. Darauf kommt es an.

Es liegt daher, wie ich vollständig nachgewiesen zu haben glaube — nicht mit faulen Witzen, sondern mit Ziffern —, eine offenbare Begünstigung der größten Unternehmungen, das ist der Banken, vor. Wollen Sie das, so machen Sie es halt, aber dann schieben Sie doch um Gotteswillen nicht die kleinen Leute vor *(Sehr richtig!)*, die angeblich daran so stark interessiert sind, dann behaupten Sie nicht, daß es hunderttausende oder noch viel mehr Leute gibt, die durch die Steuer schwer getroffen werden. Wenn einmal ausnahmsweise ein kleiner Besitzer eine Aktie hätte, so würde er durch eine starke Besteuerung ein paar Kronen verlieren, aber nicht mehr. Der Herr Abgeordnete Hummer stellt das aber so dar, als würde über das ganze Volk der Landwirte, der Näherinnen usw. *(Heiterkeit)* ein Unheil verhängt werden. Das geschieht eben immer, es ist nichts neues, daß man, wenn irgendeine Steuer kommt, immer die kleinen Leute aufruft, die am wenigsten davon getroffen werden. Wenn man von der Erwerbsteuer redet, so werden immer die kleinen Leute, die 10 und 20 K zahlen, aufgeboten. Es mag denen auch unangenehm sein, ein paar Kronen mehr zu zahlen, aber es kommt ihnen nicht so nahe. Die werden aber immer aufgeboten und die Großen, die dahinterstehen, freuen sich darüber, wie gescheit das Volk ist, daß es gegen jede neue Besteuerung auftritt, obwohl sie davon getroffen werden und das Volk nicht.

Die Sache ist also ungeheuer einfach. Entweder Sie wollen alle gleich besteuern, ob eine Unternehmung groß ist oder klein — das war bis jetzt der Standpunkt des Abgeordnetenhauses, oder Sie wollen die Großen noch größer machen —, gut, dann schließen Sie sich dem Herrenhause an. Es gibt nur eine Wahl: Entweder Sie tun das, was wir mit guter Überlegung beschlossen haben und was jetzt auch Ungarn zu tun beabsichtigt oder Sie gehen einen ganz neu erfundenen Weg, der hinter der Theorie lediglich die Begünstigung einzelner verbirgt. Entweder — oder. Entweder Sie wollen aus dieser Steuer einen angemessenen Ertrag für den Staat erzielen oder Sie wollen es nicht. Und wollen Sie es nicht, wollen Sie mit dazu beitragen, daß wir möglichst bald in Schwierigkeiten kommen, dann stimmen Sie mit dem Herrenhaus. Wollen Sie sich aber bemühen oder wenigstens die Absicht zeigen, das Unheil zu verhindern, dann stimmen Sie für diese Steuer. Glauben Sie an die Zukunft des Staates, dann machen Sie es so, wie wir es getan haben; glauben Sie aber, daß alles umsonst ist, dann machen Sie, was Sie wollen, dann nehmen Sie aber auch den Antrag Hummer nicht an, sondern das einfachste ist dann, wenn Sie sich sagen: Wir haben 120 Milliarden Schulden, wir zahlen gar nichts. Das ist auch eine Rede. *(Heiterkeit.)*

Ich glaube im übrigen, daß das Herrenhaus nicht so fest auf seiner Meinung bestehen wird, denn das Herrenhaus ist leider ganz unrichtig informiert worden. Es wurde ihm immer gesagt, es sei hier im Abgeordnetenhaus die große Mehrheit mit dem Herrenhaus einverstanden. Jede einzelne Äußerung eines Abgeordneten, der aus theoretischen Gründen vielleicht etwas anderes wollte, wurde benützt, um zu sagen: Nein, die Mehrheit ist ohnehin dafür, das bin nur ich, der die Leute aufhetzt. *(Heiterkeit.)* Das Herrenhaus ist falsch informiert; wenn es aber sieht, daß die große Mehrheit des Abgeordnetenhauses bei dem bleibt, was es beschlossen hat und was wir für recht halten, dann wird es einsehen, was es zu tun hat, dann wird es nachgeben; es wird das tun, weil es auch die Pflichten der Besitzenden kennen soll. Im Herrenhaus sitzen ja die Besitzenden, es sitzen dort die Verwaltungsräte der Aktiengesellschaften usw., und diese Stellung legt ihnen auch Pflichten auf, deren sie sich auch gewiß erinnern werden.

Was ich bedauere, ist nur, daß die Regierung keine Schwenkung vorgenommen hat. Die Regierung bleibt bei dem ihr von ihrer Vorgängerin hinterlassenen Erbe, sie nimmt nur mit einem gewissen Widerstreben die Rückwirkung an und weist größere Einnahmen geradezu zurück. Auf diese Weise geht es nicht; auf diese Weise ist es aber auch unmöglich, das Abgeordnetenhaus jemals bereit zu finden, daß wir für indirekte Steuern stimmen werden. *(Lebhafte Zustimmung.)* Erst kommt das eine, dann das andere. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Wollen Sie überhaupt keine neuen Steuern, dann machen Sie es so, wie es die Regierung will. Wir bleiben dabei, wir werden auch höhere indirekte Steuern zahlen müssen, aber nur dann, wenn der Besitz ausreichend herangezogen wird. Nun bitte ich, sich zu entscheiden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Meine Herren! Ich bitte die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen. Bei der Abstimmung über den Antrag des Ausschusses und die vorliegenden Minderheitsanträge handelt es sich hauptsächlich um die Meinungsverschiedenheit darüber, ob Einzelpersonen und Gesellschaften gleichmäßig oder differenziert behandelt werden sollen. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieser Frage für die ganze Abstimmung, mit Rücksicht darauf, daß die Reihung der vorliegenden Abänderungsanträge große Schwierigkeiten hervorrufen würde, beabsichtige ich, entsprechend dem § 60, letzter Absatz der Geschäftsordnung so vorzugehen, daß ich zunächst eine grundsätzliche Abstimmung darüber einleite, ob Einzelpersonen und Gesellschaften verschiedenartig oder ob sie gleichartig behandelt werden sollen. Nachdem der Ausschuß eine gleichmäßige Behandlung von Gesellschaften und Einzelpersonen beantragt, die Abänderungsanträge aber eine verschiedenartige Behandlung vorschlagen, werde ich zuerst die Frage zur Abstimmung bringen, ob das Haus eine verschiedenartige Behandlung von Gesellschaften und Einzelpersonen wünscht. Sollte das abgelehnt werden, dann wird entsprechend dem Ausschußantrage über den Grundsatz abgestimmt, daß Gesellschaften und Einzelpersonen gleichmäßig behandelt werden.

Ist ein Einwand gegen diesen Vorgang bei der Abstimmung? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, wir werden daher so vorgehen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche wünschen, daß Einzelpersonen und Gesellschaften, entsprechend den Anträgen Hummer, Licht und Waber, verschiedenartig behandelt werden, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das ist die Minderheit.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die entsprechend dem Ausschußantrage grundsätzlich dafür sind, Gesellschaften und Einzelpersonen gleichmäßig zu behandeln, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das ist die Mehrheit, das ist angenommen.

Nunmehr werden wir über die einzelnen Paragraphen abstimmen, und zwar selbstverständlich nur über die gegenüber den früheren Beschlüssen des Hauses vorgenommenen Änderungen.

Im § 1 ist abzustimmen über die Worte, die in Kursivschrift gedruckt sind, „1916 und 1917" im ersten Absatz zweimal und im zweiten Absatz „1916 und 1917 haben", dann noch einmal „1916 und 1917".

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage des Ausschusses zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 2 ist abzustimmen über die Worte „1916, beziehungsweise 1917".

Ich ersuche diejenigen Herren, die dem zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 3 ist keine Änderung.

Im § 4, erster Absatz, werden wir abstimmen über die mit Kursivschrift gedruckten Worte: „der autonomen Körperschaften und den Kriegszuschlägen", und im zweiten Absatz über die fettgedruckten Worte *(liest)*: „Bei den der allgemeinen Erwerbsteuer unterliegenden Gesellschaften m. b. H. ist der abzurechnende Erwerbsteuerbetrag nach den Bestimmungen zu ermitteln, welche für Gesellschaften m. b. H. mit einem Anlagekapital über eine Million Kronen gelten. Behufs Ermittlung des abzurechnenden Umlagenbetrages ist dieser Steuerbetrag in dem Verhältnisse der in den einzelnen Gemeinden vorgeschriebenen Beträge an allgemeiner Erwerbsteuer unter Berücksichtigung der auf den Sitz der Gesellschaft entfallenden Quote aufzuteilen. Bei Geltendmachung dieser Abzugspost haben die Gesellschaften alle erforderlichen Ausweise zu liefern. Die von der Gesellschaft verrechnete allgemeine Erwerbsteuer samt Umlagen ist in den Reinertrag einzubeziehen."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Anträgen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 5 haben wir abzustimmen unter I über den siebenten Absatz, der fettgedruckt ist. Er lautet *(liest)*:

„Ist eine Gesellschaft während der Friedens- oder Kriegsgeschäftsjahre zur Fortführung desselben Unternehmens in eine andere Gesellschaft der im § 1 bezeichneten Art umgewandelt worden, so ist der Durchschnittsertrag unter Mitberücksichtigung der Geschäftsergebnisse und, wenn es sich um die Kriegs-

steuer einer inländischen Gesellschaft handelt, auch unter Bedachtnahme auf das Anlagekapital des Unternehmens in der früheren Gesellschaftsform zu ermitteln. Diese Bestimmung ist auch bei Aktiengesellschaften, welche eine andere Gesellschaft durch Fusion in sich aufgenommen haben, entsprechend anzuwenden."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 6, erster Absatz, sind die Worte „1916 und 1917" zur Abstimmung zu bringen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Worten zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

§ 7 kommt zur Gänze zur Abstimmung, weil er neu stilisiert ist.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den § 7 nach dem Ausschußantrag annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 8, erster Absatz, haben wir abzustimmen über die Worte: „1916 und 1917."

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Worten zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 9, Punkt 3, sind zur Abstimmung zu bringen die Worte *(liest)*:

„Unter den gleichen Bedingungen kann der Finanzminister auch dann, wenn Spenden anderen wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken zugewendet werden, die Befreiung der hierfür aufgewendeten Beträge von der Kriegssteuer nach Prüfung des einzelnen Falles gestatten."

Weiter ist zur Abstimmung zu bringen der Punkt 5, welcher lautet *(liest)*:

„Mehreinkommen aus außerordentlichen Waldabstockungen, insoweit es nicht auf die Preiserhöhung im Kriege zurückzuführen ist. Es ist daher in solchen Fällen nur jener Betrag in die Bemessungsgrundlage der Kriegssteuer einzubeziehen, der dem Unterschiede des im Kriegsjahre erzielten Erlöses gegenüber den nach den durchschnittlichen Preisverhältnissen der letzten fünf Friedensjahre zu berechnenden Wertansätzen gleichkommt. Bei Waldabstockungen, die in den Gebieten, in welchen kriegerische Ereignisse stattgefunden haben, wegen der hierdurch unmittelbar oder mittelbar eingetretenen Beschädigungen der Wälder, wie Insektenfraß, vorgenommen werden mußten, ist die auf die Preiserhöhung im Kriege zurückzuführende Mehreinnahme nur mit der Hälfte in das steuerpflichtige Mehreinkommen einzubeziehen."

Weiters ist unter III noch das Wort „auch", die Ziffer „1916" und das Wort „betreffenden" zur Abstimmung zu bringen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Anträgen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 10 sind keine Änderungen.

Zu § 11 ist ein Minoritätsvotum des Herrn Abgeordneten Dr. Viškovský angemeldet, welches sich gegen den letzten Satz richtet.

Diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Viškovský zustimmen . . .

Abgeordneter **Viškovský**: Ich beantrage die Feststellung des Stimmenverhältnisses.

**Präsident**: Diesem Wunsche wird Rechnung getragen. *(Abgeordneter Seitz: Ich bitte ums Wort zur Abstimmung!)* Der Herr Abgeordnete Seitz hat das Wort.

Abgeordneter **Seitz**: Es würde sich empfehlen, daß der Herr Präsident zuerst diesen Paragraphen unter vorläufiger Weglassung dieses Satzes und dann diesen Satz separat zur Abstimmung bringen.

**Präsident**: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter haben nicht gewartet. Ich wollte ja erklären, daß diejenigen Herren, welche dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Viškovský zustimmen, gegen diesen einen Satz stimmen werden. Über den übrigen Teil dieses Paragraphen haben wir ja nicht abzustimmen, weil hier keine Änderung vorgenommen wurde; wir haben lediglich über den letzten Satz abzustimmen.

Ich ersuche also diejenigen Herren, die nach dem Ausschußantrage den letzten Satz, welcher lautet: „ferner beim Übergang einer Pfründe von einem Inhaber an einen anderen" annehmen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Ich bitte die Herren stehen, beziehungsweise sitzen zu bleiben und ersuche die Herren Schriftführer, das Stimmenverhältnis festzustellen. *(Zwischenrufe und Unruhe. — Abgeordneter Dr. Ritter v. Mühlwerth: Das ist ein Irrtum bei der Abstimmung!)* Nachdem der Herr Abgeordnete sagt, das ist ein Irrtum, wiederhole ich nochmals: Ich ersuche diejenigen Herren, die den Satz: „ferner beim Übergange einer Pfründe von einem Inhaber an einen anderen" annehmen wollen, sich zu erheben, diejenigen, die diesen Satz nicht aufgenommen haben wollen, bitte ich, sitzen zu bleiben. *(Geschieht.)* Ich bitte nunmehr die Herren Schriftführer, das Stimmenverhältnis festzustellen. *(Nach Auszählung des Hauses:)*

Die Worte: „ferner beim Übergange einer Pfründe von einem Inhaber an einen anderen" im § 11 wurden mit 169 gegen 148 Stimmen angenommen.

Im § 12 ist keine Änderung beantragt.

Im § 13 ist über die Worte: „auf einen höheren Betrag richtig gestellt",

ferner über die Worte: „das ist sowohl den Betrag des Einkommens des Jahres 1913 (der Durchschnittsjahre) als auch des Kriegsjahres",

ferner in der drittletzten Zeile über die Worte: „für das Jahr 1914 (1913 und 1912)" abzustimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Änderungen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 14 ist abzustimmen über die Ziffer „1917" in der zweiten Zeile und über das Wort „letztvorangehenden" in der vorletzten Zeile.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche im § 14 in der zweiten Zeile die Ziffer „1917" und in der vorletzten und letzten Zeile das Wort „letztvorangehenden" annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 15 ist im ersten Satze über die Worte „Mehrertrages oder",

ferner nach der Skala über den fettgedruckten Satz: „Sofern das Mehreinkommen ganz oder zum Teile aus einer bloß zeitweise ausgeübten, auf Gewinn gerichteten Beschäftigung herrührt, welche die gelegentliche Vermittlung von Kriegslieferungen oder von anderen Geschäften zum Gegenstande hat, die mit der Kriegswirtschaft zusammenhängen, ist die Steuer, beziehungsweise deren verhältnismäßiger Teil",

im nächsten Absatz über die Worte „der Mehrertrag oder" abzustimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Abänderungen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

In den §§ 16 und 17 sind keine Abänderungen.

Im § 18 ist im zweiten Absatz über die fettgedruckten Worte: „Betriebseinrichtungen, einschließlich des toten und lebenden Inventars der Landwirtschaft", dann in der letzten Zeile auf dieser Seite über die Einschaltung des Wortes „Rein" und in der dritten Zeile auf der nächsten Seite über die Worte „nicht abzuheben" abzustimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Abänderungen zustimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Sie sind angenommen.

In § 19 sind im Absatz 2 die Worte „in Abzug bringen", dann „einer voraussichtlichen künftigen Wertminderung entspricht. Diese ist nach den im bezeichneten Zeitpunkte bestehenden Verhältnissen zu veranschlagen" zur Abstimmung zu bringen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Abänderungen zustimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

In den §§ 20, 21, 22, 23, 24, 25 und 26 sind keine Abänderungen.

Im § 27 sind die Worte „1916 und", ebenso im § 28 im drittletzten Absatz auch „1916 und" und im § 29 dieselben Worte zur Abstimmung zu bringen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die die Worte „1916 und" in diesen drei Paragraphen annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

In den §§ 30 und 31 sind keine Abänderungen.

Im § 32 sind wieder die Worte „1916 und", nämlich im zweiten Absatze als Abänderung zur Abstimmung zu bringen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dieser Änderung zustimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

In den §§ 33, 34, 35, 36 und 37 sind keine Abänderungen.

Im § 38 ist über das Wort „Maßnahmen" abzustimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dieser Abänderung zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 39 sind der zweite, dritte, vierte und fünfte Absatz neu textiert. Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Absätze nach dem Ausschußantrage annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Im § 40 ist keine Änderung.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die den Titel des Gesetzes, in dem auch eine Abänderung enthalten ist, weil „1916 und" eingeschaltet ist, annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen. Das Gesetz ist hiermit in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. **Steinwender:** Ich bitte um die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, die dritte Lesung vorzunehmen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die dem in zweiter Lesung beschlossenen Gesetze in dritter Lesung zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz betreffend die Kriegssteuer von höheren Geschäftserträgnissen der Gesellschaften und vom Mehreinkommen der Einzelpersonen aus den Jahren 1916 und 1917 ist auch in dritter Lesung *(gleichlautend mit 834 der Beilagen)* angenommen.

Es ist eine Resolution vom Herrn Abgeordneten Miklas überreicht worden, welcher der Herr Berichterstatter zustimmt.

Ich bitte dieselbe zu verlesen.

Berichterstatter Dr. **Steinwender:** Diese Resolution lautet *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, mit tunlichster Beschleunigung die Grundzüge eines umfassenden Finanzplanes dem Reichsrat zu unterbreiten."

Ich ersuche, diesen Antrag anzunehmen.

**Präsident:** Ich ersuche diejenigen Herren, welche der eben verlesenen Resolution zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolution ist angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, das ist Bericht des Justizausschusses über die Beschlüsse des Herrenhauses, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feld- und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse, die ausnahmsweise Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichtsbarkeit und die Bildung der Geschwornenlisten (790 der Beilagen).

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Ofner** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Zum dritten Male kommen die Justizgesetze vor das Haus. Das Herrenhaus ist bei seinen Beschlüssen geblieben und hat lediglich das Junktim aufgelassen. Dadurch ist das Gesetz, welches die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feldverfahren und im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse behandelt, frei geworden. Über den Inhalt dieses Gesetzes ist kein Streit und der Justizausschuß stellt daher den Antrag, betreffs dieses Gesetzes dem Beschlusse des Herrenhauses beizutreten.

Zugleich stellt er dem hohen Hause den Antrag, einige Beschlüsse anzunehmen, welche zum Teil den anderen Gesetzen entnommen sind, zum Teil unsere Absichten ergänzen. Die erste Resolution will, daß Zivilpersonen in jedem Falle ihre Freiheitsstrafen in Zivilgefängnissen abbüßen. Die zweite stellt fest, daß nicht bloß im standrechtlichen und im Feldverfahren furchtbar harte und unbillige Urteile gefällt worden sind, sondern nach vielen Erfahrungen auch von den Militärgerichten sonst, und verlangt daher, daß die betreffenden Minister die Urteile von diesem Gesichtspunkt aus überprüfen lassen und, wenn eine unbillige Härte ersichtlich ist, im Wege der Gnade dieselben bessern lassen. Die dritte endlich ist auf Antrag der Herren Lazarski, Groß und der anderen Herren des Polenklubs angenommen worden und fordert das Gesamtministerium auf, den § 14 der Militärstrafprozeßordnung mit Rücksicht darauf, daß derzeit keine Notwendigkeit mehr besteht Zivilpersonen unter Militärgerichtsbarkeit zu stellen, außer Wirksamkeit zu setzen.

Was die beiden anderen Gesetze betrifft, so hat das Herrenhaus auf der Streichung jener Einleitungsformel bestanden, welche wir dem Militärgerichtsgesetze vorausgestellt haben. Meine Herren! Es handelt sich hierbei um das Schwurgericht und um die Organisation der unabsetzbaren Berufsrichter, welche uns beide durch das Staatsgrundgesetz gewährleistet sind. Es versteht sich ganz von selbst, daß wir auf der Forderung, daß nur in der Form des Verfassungsgesetzes ein Durchbruch dieser grundgesetzlichen Bestimmungen zulässig ist, beharren müssen. Es ist möglich, meine Herren, daß dieses Gesetz überhaupt nicht zustande kommt, denn die beiden Ursachen, welche das Gesetz veranlaßt haben, haben im Grunde ihre Bedeutung verloren. Es waren das zwei Gründe: Erstens hatte eine Reihe von zivilen Gerichtshöfen ihre Tätigkeit eingestellt und es sollte Vorsorge getroffen werden, daß in diesen juristisch verödeten Gebieten eine gewisse Gerichtsbarkeit geübt werde. Nun haben die allermeisten Gerichtshöfe ihre Tätigkeit wieder aufgenommen; es sind nur mehr sehr wenige Strecken, welche vielleicht auch in kürzester Zeit frei werden, und dieser Grund ist, wie gesagt, nicht mehr von so außerordentlicher Wichtigkeit. Der zweite Grund bestand darin, daß die Urteile, welche am 7. Juli noch nicht rechtskräftig waren, in die normale Ziviljudikatur überleitet werden. Hier hat nun das oberste Militärgericht uns zum Rechte verholfen. Es hat korrekt erklärt, daß es sich nicht mehr für befugt halte, über zivile Personen zu judizieren, und mit großer Beschämung müssen wir feststellen, daß die Ziviljustiz, daß die Staats-

anwaltschaften, leider unter Leitung des Herrn Justizministers, die Gerichte und insbesondere der Kassationshof sich gewehrt haben, die Verhandlungen zu übernehmen und daß der Kassationshof zweimal von dem obersten Militärstrafgerichtshofe gezwungen werden mußte, nachzugeben. Das einemal hatte er noch einen Vorbehalt gemacht bezüglich derjenigen Akte, wegen deren schon bereits ein erstrichterliches Urteil gefällt worden war.

Nunmehr mußte er ein zweitesmal auch bezüglich dieser Strafakte eines Besseren belehrt werden. Es ist sehr bedauerlich, daß, während wir glaubten, uns auf unsere Gerichte in erster Reihe verlassen zu können, daß sie die bürgerlichen Rechte der zivilen Personen schützen, und daß wir gemeint haben. wenn es sich um Kollisionen handelt, dann werden gerade die zivilen Gerichte mit aller Macht dafür eintreten, daß Zivilpersonen unter Zivilgerichtsbarkeit gehören, sich die Verhältnisse vollständig umgekehrt haben. Ich werde auf diese Frage vielleicht noch zurückkommen müssen. Allein, meine Herren, wenn auch etwa dieses Gesetz gar nicht zustande kommen sollte und wenn dadurch die Einleitungsformel bei diesem Anlasse gar nicht behandelt wird, so ist der Streit dennoch nicht beseitigt. Wir hinterlassen es als ein wichtiges Vermächtnis für das Abgeordnetenhaus zu jeder Zeit, daß es dafür eintrete, daß ein Durchbruch der Schwurgerichtsbarkeit, ein Durchbruch der Organisation der unabhängigen und unabsetzbaren Gerichte nur in der Form, nur auf dem Wege der Änderung der Verfassung, nur mit einer Zweidritteln ehrheit beschlossen werden dürfe.

Ich übergehe zu demjenigen Gesetze, welches noch lebendig ist und bezüglich dessen der Konflikt noch fortbesteht, dem sogenannten Schwurgerichtsgesetz. Wir können hier feststellen, daß das Abgeordnetenhaus einen moralischen Sieg erfochten hat, denn die bedeutenden Juristen des Herrenhauses haben sich sämtlich auf die Seite des Abgeordnetenhauses gestellt und haben in Wort und Schrift anerkannt — das ist das wichtige und erfreuliche —, daß wir nicht etwa auf einer spitzfindigen Auslegung irgendeines Paragraphen beharren, sondern daß es sich um die Verfassung handelt und daß wir die Verfassung verteidigen gegen Eingriffe der Exekutivgewalt.

Meine verehrten Herren! Es ist dem Berichterstatter vorgeworfen worden, daß er in dieser Sache zu leidenschaftlich, ich glaube, es wurde auch gesagt, unhöflich vorgegangen sei. Meine Herren! Ich erkenne durchaus an, daß ich in dieser Sache leidenschaftlich war und bin, aber ich glaube, daß die Sache dazu herausforderte und daß, wer in gewissen Dingen nicht leidenschaftlich ist, eine Leidenschaft überhaupt nicht aufzubringen vermag. Bedenken Sie, meine Herren, die Lage. Das Ministerium Stürgkh hatte mit der Verfassung geradezu Fangball gespielt — erst vor wenigen Tagen hat der Budgetausschuß über die § 14 Verordnungen, welche sich auf die Kriegsanleihen bezogen, ein vernichtendes Urteil gefällt — insbesondere aber hatte es die Organisation der unabhängigen Gerichte zerstört und es ist ihnen ja bekannt, wir haben es erlebt, wie die ersten Tage, man könnte sagen, die ersten Wochen in diesem Hause von dem Wutgeschrei über die furchtbaren Urteile der Feld- und Standgerichte widerhallt haben.

Dennoch hatten wir uns die allergrößte Selbstbeherrschung auferlegt, eine so große Selbstbeherrschung, daß wir von den Verfechtern einer absoluten Konsequenz der Schwäche angeklagt wurden. Wir hatten davon abgesehen, die Folge zu ziehen, daß die Urteile, welche auf Grundlage der verfassungswidrigen Verordnungen gefällt wurden, nichtig seien. Wir hatten den 7. Juli, den Tag, nachdem wir den Verordnungen die Genehmigung versagt hatten, als Stichtag aufgenommen. Wir hatten erklärt, daß wir vor den rechtskräftigen Urteilen Respekt haben wollen, daß wir bezüglich ihrer uns begnügen, sei es eine erleichterte Wiederaufnahme, sei es eine Besserung im Wege der Gnade zu verlangen. Nur bezüglich der noch nicht rechtskräftigen haben wir verlangt, daß sie in das Normale überleitet werden müssen. Wir haben dadurch vermieden, daß das tatsächliche Rechtsleben durch die Wiederaufnahme von einigen tausend Verhandlungen auf lange Zeit verlegt werde. Es hat sich nunmehr lediglich um 21 Verhandlungen gehandelt, es war also wirklich nur die prinzipielle Frage zu besprechen, es war gar kein tatsächliches Hindernis mehr vorhanden.

Und nun waren zwei verschiedene Auffassungen, auf die unser Urteil gestützt werden konnte. Die eine Auffassung, welcher ich zugehöre und welche nicht sowohl auf die Form als auf das Wesen, auf die sozialrechtliche Bedeutung das Gewicht legt, ist davon ausgegangen, daß eigentlich alle Urteile als verfassungswidrig aufzuheben seien, daß lediglich aus Rücksichten auf das Staatswohl, auf die ungestörte Rechtspflege von dieser vollen Konsequenz abgesehen werden soll, daß deshalb der Grundsatz der absoluten Inkompetenz sowie des Respektes vor der Rechtskraft des Urteiles zur Unterlage genommen werden soll.

Die andere Auffassung war formalrechtlich und stand auf demselben Standpunkt, auf welchem die Militärstrafgerichte bezüglich des anderen Gesetzes gestanden sind. Sie haben erklärt, daß mit dem Augenblick, in welchem die Genehmigung versagt ist, alle und jede Judikatur, welche die Ver-

ordnung zur Unterlage hat, aufhören müsse. Auch der Kassationshof hatte keine andere Unterlage, als beim Militärgerichtsgesetze das Oberste Militärgericht. So wie diesem, so war ihm die Grundlage für eine Judikatur entzogen. Es war also eine Lücke da und diese Lücke kann nur ausgefüllt werden, indem man das ordentliche, das normale Verfahren einleitet. Nun hat der Herr Justizminister im Herrenhause gesagt, es sei eigentlich ein Irrtum, wenn man von Ausnahmsgerichten spricht. Es gebe gar keine Ausnahmsgerichte, es seien die Gerichtshöfe erster Instanz. Ja, meine Herren, nach dieser Auslegung ist auch das Standgericht kein Ausnahmsgericht, es ist auch der Gerichtshof erster Instanz. Dann weiß ich überhaupt nicht, wie das Grundgesetz über die richterliche Gewalt von Ausnahmsgerichten sprechen kann. Dann gibt es überhaupt keine Ausnahmsgerichte; das sind gewöhnliche Gerichte erster Instanz. Wenn der Herr Justizminister nicht einmal die Sechsersenate, welche ja nur bei Einstellung der Schwurgerichte amtieren, als Ausnahmsgerichte anerkennt, dann muß ich sagen, hat dieser Begriff überhaupt keinen Sinn.

Wir hatten zugleich den Grund für uns, daß wir uns an die Auffassung der Regierung selbst anlehnten, denn im Militärgerichtsgesetz hatte die Regierung erklärt, daß sie einverstanden sei, daß die zur Zeit der Wirksamkeit — wir hatten den 7. Juli dafür eingesetzt — noch nicht rechtskräftig gewordenen Urteile in das Vorverfahren zurückversetzt werden sollten. Es war also die Auffassung der Regierung, welche wir aufnahmen und dann nicht bloß für die Militärgerichte, sondern auch für die Ausnahmsgerichte in Zivilsachen anwandten.

Nun, meine Herren, ich habe bereits gesagt, weil wir uns eine solche Selbstbeherrschung auferlegt hatten, wurden wir von den Konsequenten als schwach bezeichnet. Wir konnten aber gerade aus diesem Grunde erwarten, daß die Konservativen unsere Selbstbeschränkung anerkennen würden. Und was haben wir erlebt? Der Herr Justizminister hat uns hier eine ganze Reihe von sophistischen Darlegungen gebracht, welche der Scholastik des Mittelalters alle Ehre gemacht hätten. Er hat gesprochen von schlichten Gesetzen und von besonderen Gesetzen in demselben Grundgesetz, in welchem der § 11 die Schwurgerichte eingesetzt hatte, während es doch ganz selbstverständlich ist, daß, wenn ein Gesetz eine Bestimmung trifft, deren Abänderung Zweidrittelmehrheit verlangt, die Abänderung anderer Bestimmungen aber einfache Mehrheit, daß die erste die wichtigere ist und durch die andern nicht abgeändert werden kann. Und er hat sich ferner als Beispiel — ich will nur eines anführen — auf ein Gesetz vom Jahre 1869 berufen, während im Jahre 1869 ein Schwurgericht für die gemeinen Delikte noch gar nicht bestand.

Nun kam unser Beschluß an das Herrenhaus, und in der Justizkommission des Herrenhauses und im ganzen Herrenhause fand sich nicht ein Mann, welcher für den Schutz der Verfassung einstand, nicht ein Mann! *(Zustimmung.)* Nicht ein Wort wurde dafür gesprochen, nicht eine Hand rührte sich! Und da sollte ich nicht leidenschaftlich werden und da wirft man mir vor, daß ich nicht in hofmännischer Art, daß ich nicht mit der Grazie der Mitglieder des Herrenhauses gesprochen hätte? *(Heiterkeit. — Sehr gut!)*

Meine Herren! Es handelt sich hier um eine außerordentlich wichtige, grundlegende Frage. Es ist der Kampf gegen den Übermut des § 14. Es ist ja auch ein wichtiger Unterschied zwischen den Verfassungsgesetzen und einfachen Gesetzen, weil die letzteren durch eine bloße Zufallsmehrheit beschlossen werden können, aber weit wichtiger ist natürlich der Gegensatz zwischen Legislative und Exekutive, zwischen verfassungsmäßiger Gesetzgebung und autokratischer, wenn dieselbe sich auch als Provisorium hinstellt. Hier haben wir erlebt, was der § 14 zu leisten imstande ist.

Meine Herren! Wer den § 14 unbefangen liest, wer zugleich weiß, wie er aus dem § 13 der Februarverfassung entstanden ist, der kann über seinen Sinn gar nicht im unklaren sein. Der § 13 der Februarverfassung hatte dem Ministerium das Recht gegeben, zur Zeit, da der Reichsrat nicht versammelt ist, Verfügungen zu treffen und dann die Gründe derselben dem Reichsrate darzulegen. Das hatte zu Mißbräuchen geführt und man hatte sich nunmehr alle Mühe gegeben, die Rechte der Exekutive auf das Notwendigste zu beschränken. Ich greife aus dem Berichte Hasners, des damaligen Berichterstatters im Herrenhaus, heraus, daß er erklärte, es sei erstens an Stelle von „Dringlichkeit" die „dringliche Notwendigkeit" eingesetzt worden, dann aber seien bestimmte Gebiete der Judikatur der Kaiserlichen Verordnung völlig entzogen worden, so daß die Kaiserlichen Verordnungen in diese Gebiete auch bei der allergrößten Notwendigkeit nicht eindringen können: eine Änderung der Staatsgrundgesetze, eine dauernde Belastung des Staates und eine Veräußerung von Staatsgut. Hier heißt es nicht, daß die Verordnungen nicht eingreifen dürfen, sondern daß sie es nicht können. Es ist eine juristische Unmöglichkeit, sie sind juristisch gar nicht vorhanden, wenn sie in diese Sphäre eindringen.

Erst dann spricht der § 14 davon, daß solche Verordnungen, welche bestehen können, welche nach Rechten sein können, provisorische Gesetzeskraft haben. Ich habe, wie einigen der Herren wahrscheinlich bekannt ist, eine Anfrage auf dieser Grundlage an Herrn Dr. v. Grabmayr gerichtet, wie er sich denn das vorstelle, wenn es dem Grafen Stürgkh eingefallen wäre, alle unsere Staatsbahnen an eine

Privatgesellschaft zu verkaufen; ob wir uns das wirklich nach Rechten gefallen lassen müßten, ob das nach unserer Verfassung möglich gewesen wäre, ob wir erklären müßten, es sei sehr bedauerlich und ein Überschwang des § 14, aber es sei nach Rechten und diese kaufende Gesellschaft habe ein wohlerworbenes Recht an den Staatsbahnen. Ich glaube nicht, daß Herr Dr. v. Grabmayr diese Folge bejahen würde. Aber ich erkenne an, der Herr Justizminister hatte wirklich den Mut, sie zu bejahen. Er hat im Herrenhause ausdrücklich erklärt, das Recht nach § 14 sei völlig unbeschränkt, es sei nur die Verantwortung des Ministeriums, welche vor Übergriffen sichere; im übrigen sei mit demselben Moment, in welchem sich eine Verordnung auf den § 14 beruft und im Reichsgesetzblatt veröffentlicht ist, der Richter außerstande, sich überhaupt in die Beurteilung der Verordnung einzulassen. Ferner sei die Gesetzgebung allerdings berechtigt, überhaupt alles zu tun, und daher auch hier einzugreifen, aber das sei nur ein Akt der Zweckmäßigkeit, das sei kein Akt des Rechtes. Er hat sich also auf den Standpunkt gestellt, verfassungsmäßig, gemäß den Bestimmungen der Verfassung sei wirklich nach Rechten eine § 14-Verordnung imstande, das ganze Staatsgut zu veräußern, den Staat dauernd mit Milliarden zu belasten, ja sogar die ganze Verfassung in die Luft zu sprengen. Im Wege des § 14 könnten unsere ganzen Verfassungsgesetze einfach außer Kraft gesetzt werden und alles das sei gedeckt durch die Verantwortung der Regierung.

Meine verehrten Herren! Ich möchte darauf sagen, daß schon juristisch diese Anlage ganz verfehlt ist. Auf dieselbe Art könnte jemand erklären, wenn er betrügerischerweise ein Rechtsgeschäft abgeschlossen hat, man könne ihn zwar zur Verantwortung ziehen, man könne ihn bestrafen, das Rechtsgeschäft selbst aber sei gültig. Eine derartige Verletzung des Verfassungsgesetzes hat allerdings die Verantwortung zur Folge, aber zunächst versteht es sich von selbst, daß, was verfassungswidrig gesetzt ist, nicht besteht.

Das ist nun aber von außerordentlicher Wichtigkeit, meine Herren! Wenn es möglich ist, daß der Justizminister den § 14 in solcher Weise deutet, wenn es möglich ist, daß die höchsten Gerichtshöfe, wie es ja leider geschehen ist, wirklich erklären, sowie eine Verordnung sich auf den § 14 berufe, so sien sie überhaupt nicht in der Lage, sich in eine Prüfung derselben einzulassen, und wenn auch einige theoretische Stimmen sich gleichfalls für eine solche Auffassung erklären, so können und dürfen wir den § 14 in dieser Fassung nicht mehr bestehen. Wir müssen es für alle Zukunft verhüten, daß eine solche Erklärung möglich ist. Der Gedanke, den § 14 völlig aufzuheben, muß aufgegeben werden, wir würden damit nicht durchdringen. Es handelt sich lediglich um die Fassung des § 14. Es muß festgestellt werden, daß, wenn eine Verordnung in die Sphäre eingreift, welche ihr absolut entzogen ist, sowohl sie, als alle Akte, welche auf ihrer Grundlage geschehen sind, null und nichtig sind. Es muß festgestellt werden, in welcher Form diese Nichtigkeit auch von uns ausgesprochen werden soll. Es muß ferner mit Rücksicht darauf, daß der Kaiser außerhalb der Debatte steht und daß deshalb seine Unterschrift nur eine Scheindeckung ist, welche lediglich die Situation verdunkelt, ohne irgendeine Gewähr zu bieten, der Weg beschritten werden, welchen schon das Gesetz vom Mai 1869 und das Gesetz vom Jahre 1873 gegangen sind, das heißt an Stelle der Kaiserlichen Verordnung muß eine Verordnung des Gesamtministeriums treten. Damit wird dann auch der § 7 des Gesetzes über die richterliche Gewalt frei. Eine solche Verordnung kann nicht mehr als eine Verordnung eigener Art erklärt werden, es kann nicht mehr gesagt werden, diese Verordnung sei keine Verordnung. Es wird sich vielleicht empfehlen, auch das in sehr klarer Weise festzustellen. Kurz, die Art und Weise, in welcher der § 14 im Herrenhause erklärt worden ist, wobei der Herr Justizminister hinzugefügt hat, es werde vielleicht die gute Folge dieser Entwicklung sein, daß mindestens die Tragweite des § 14 erkannt wird, muß dazu führen, daß sofort der Weg beschritten wird, um den § 14 in dieser Fassung, wie er jetzt besteht, abzuschaffen und eine Fassung herzustellen, welche es für alle Zeiten unmöglich macht, derartige Eingriffe zu bewerkstelligen, wie es die Regierung Stürgkh getan hat.

Meine Herren! Der Herr Justizminister hat sowohl bei uns wie auch im Herrenhaus immer das Gewicht darauf gelegt, daß eine Verordnung des Gesamtministeriums und eine Kaiserliche Verordnung verschiedene Dinge sind. Er hat erklärt, das Gesetz vom Jahre 1873 sage allerdings, daß eine Verordnung des Gesamtministeriums nur für ein Jahr die Geschwornengerichte einstellen dürfe, aber das gelte nicht für Kaiserliche Verordnungen. Abgesehen von anderen Argumenten, welche ich bereits wiederholt ausgeführt habe, möchte ich das eine anführen, das schlagend ist: Die Regierung hat in ihrer Vorlage zu dem Gesetze vom 23. Mai 1873 nämlich nicht von einer Verordnung des Gesamtministeriums, sondern von einer Kaiserlichen Verordnung gesprochen, von einer Kaiserlichen Verordnung, welche notwendig sei, damit innerhalb des Jahres die Schwurgerichte eingestellt werden können. Erst im Ausschusse des Abgeordnetenhauses ist die Kaiserliche Verordnung durch eine Verordnung des Gesamtministeriums ersetzt worden, weil man erklärt hat, man wolle die Verantwortlichkeit des Ministeriums dadurch,

daß der Kaiser unterschrieben sei, nicht verdecken lassen, man wolle diese Verantwortlichkeit freistellen.

Es ist also unrichtig, daß man an die Kaiserliche Verordnung nicht gedacht hatte und daß die Kaiserliche Verordnung einen freieren Spielraum habe. Nein, es war ausdrücklich von der Regierung an die Kaiserliche Verordnung gedacht worden und dieser Kaiserlichen Verordnung war von Regierungswegen der Wirkungskreis in solcher Art beschränkt worden, daß sie nur innerhalb eines Jahres die Schwurgerichte einstellen könne.

Es ist im Herrenhause von Franz Klein und Lammasch ein Vermittlungsantrag gestellt worden. Der Antrag ist im Herrenhause nicht angenommen worden, er könnte aber auch uns nicht befriedigen; er sagt nämlich, man solle die gerichtlichen Erkenntnisse als richtig anerkennen und der Kassationshof solle in ähnlicher Weise prüfen, wie wir die Überprüfung der von den Militärgerichten im feld- und standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse jetzt gesetzlich verlangen. Damit ist aber die ganze Frage auf ein falsches Geleise gebracht *(Zustimmung)*, damit hätten wir die verfassungsrechtliche Frage ausgeschieden.

Ich will hierbei kein Gewicht darauf legen, daß wir zu gar keinem Erfolg kommen würden, denn bei dem Unterschied zwischen der Judikatur in den Geschwornengerichten und in den Berufsgerichten steht ja der Kassationshof nicht in der Mitte, er ist ein Berufsgericht par excellence, er steht dem Leben weit ferner als die Gerichtshöfe erster Instanz, welche doch immerfort im Leben stehen und mit dem Volk in steter lebendiger Fühlungnahme bleiben.

Ich habe schon in einer früheren Session darauf hingewiesen: unser Oberster Gerichtshof ist falsch zusammengesetzt. Ich erinnere mich daran, wie mir der alte Hye gesagt hat, daß in früheren Zeiten die juristische Fakultät in Wien die allerschlechteste war, und zwar aus dem Grunde, weil die Professoren zuerst nach Krakau, dann nach Graz und dann nach Prag und wenn sie ganz alt und matt waren und wenn sie keinen funkelnden Verstand, keine Schwungkraft mehr hatten, dann erst nach Wien kamen. *(Heiterkeit.)* So hatte Wien große Namen, aber es hatte bereits alt gewordene und nicht mehr starke Naturen. Ganz in derselben Weise ist nun unser Oberster Gerichtshof zusammengesetzt. Jedes Mitglied von ihm muß bereits 25, 30, 35 Jahre in den verschiedenen Gerichten gewesen sein, bevor es an den Gerichtshof kommt. Dann hat der Betreffende einen Namen, aber die rasche Bewältigung des Falles mit allen seinen Einzelheiten kann man derartigen alten Herren gar nicht zumuten. *(Abgeordneter Freiherr v. Hock: Sie sind selbst der beste Beweis, daß Ihre Ausführungen in dieser Beziehung nicht ganz richtig sind!)* Entschuldigen Sie, Herr Baron, Sie sind sehr liebenswürdig, aber das ist gar kein Gegenbeweis. Ich würde, wenn ich Richter wäre, durchaus dafür sein, daß ich gerade so wie jeder andere mit 70 Jahren aufzuhören hätte, Richter zu sein.

Wenn man es bei einem Professor verlangt, wie viel mehr bei einem Richter! Außerdem handelt es sich selbstverständlich nicht um den Einzelnen, sondern um den Durchschnitt, um die Zusammensetzung des Obersten Gerichtshofes. Ich hatte bereits, wie gesagt, im Jahre 1907 verlangt, daß der Oberste Gerichtshof, wie dies auch im Deutschen Reiche ist, ähnlich zusammengesetzt werde wie unser Verwaltungsgerichtshof, daß er stets frisches Blut bekomme, indem man ihm die besten Kräfte aus allen juristisch-praktischen Kreisen zuführe. Es wäre das sicher eine ganz außerordentlich wertvolle Reform und wenn die Art, die wir jetzt bei unserem Obersten Gerichtshofe erprobt haben, dazu führen würde, so wäre das ein großer Gewinn.

Ich kann nur erklären, daß wir auf Billigkeitsurteile unseres Obersten Gerichtshofes uns in keiner Weise verlassen können. Ich habe dafür Belege aus der letzten Zeit, gerade aus der Zeit der Stürgkhschen Periode, aber ich will lediglich die Begründung eines einzigen Erkenntnisses anführen. Ich hatte eine Beschwerde gegen ein Straferkenntnis geführt, welches der Billigkeit geradezu ins Gesicht geschlagen hatte. Das Erkenntnis war auch juristisch angreifbar, und ich habe bei dem Kassationshofe ausgeführt, daß, wenn die juristische Auslegung zweifelhaft sei, in einem solchen Falle doch die Billigkeit, der Urquell des Rechtes, maßgebend sein muß. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen und der Präsident, welcher auch jetzt noch im Amt und ein sehr scharfsinniger Jurist ist, begann mit folgenden Worten: Der Kassationshof ist nicht da, um Billigkeit zu üben, sondern um das Gesetz anzuwenden.

Meine Herren! In meinem Leben werde ich niemals das furchtbare Wort vergessen, das furchtbare Wort in dem Munde eines Richters: ein Gerichtshof sei nicht da, um Billigkeit zu üben.

Das wird uns, meine Herren, in dem Antrage Klein-Lammasch nunmehr in Vorschlag gebracht, wir sollten uns auf die Billigkeit des Obersten Gerichtshofes verlassen. Ich glaube, das ist kein Antrag, den wir annehmen können. Soweit es sich also um Artikel IV handelt, können wir nichts anderes, als auf unserem Beschlusse beharren.

Ich wiederhole, wir haben ohnehin uns selbst derart beschränkt, daß es ein Unrecht gegen uns ist und daß wir es als Unrecht brandmarken müssen, wenn man vermeint, wir hätten irgendeine Tendenz

bei unserem Beschlusse gehabt. Wir hatten keine Tendenz, die Tendenz war dort, wo man einen Gegensatz zwischen Militärgericht und Schwurgericht machte, wo man anerkannte, wir hätten mit dem § 7 des Militärgerichtsgesetzes recht und wo man die ganz gleiche Konsequenz, die wir im Artikel IV gezogen hatten, bekämpfte, als ob wir unrecht und als ob wir eine Tendenz hätten.

Der Justizausschuß kann Ihnen daher lediglich nach bestem Wissen und Gewissen nur den Antrag stellen, das hohe Haus wolle in bezug auf das Militärgerichtsgesetz und in bezug auf das Schwurgerichtsgesetz auf seinen früheren Beschlüssen vom 14. Juli 1917 beharren. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Dr. **German**: Zum Worte gelangt nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Neumann; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Neumann**: Von den drei Gesetzen, deren Entwürfe das Abgeordnetenhaus heute wiederholt beschäftigen, hat das erste, das sogenannte Revisionsgesetz, die Überprüfung von feld- und standrechtlichen Urteilen zum Gegenstande, während das dritte Gesetz, betreffend die Bildung von Geschwornenlisten, in seinem vielumstrittenen Artikel IV die Aufhebung von Urteilen der Ausnahmsgerichte anstrebt.

Während das Herrenhaus der Revision feld- und standrechtlicher Urteile ohne weiteres zustimmte, hat sich um die Aufhebung ausnahmsgerichtlicher Urteile zwischen beiden Häusern des Reichsrates ein Kampf entwickelt, welcher von der gemeinsamen Hauptaufgabe, den Opfern der unseligen Kriegsjustiz nach Möglichkeit zu helfen, vollständig abglitt, indem dieser Kampf einerseits in beiden Häusern des Reichsrates unverkennbar von einem in den Debatten nicht genannten Einzelfall beeinflußt wurde und sich andrerseits ausschließlich in dem Prinzipienstreit um die ex tunc- oder ex nunc-Frage verlor.

Obwohl beiläufig 5000 Personen von Ausnahmsgerichten verurteilt wurden, hat das Abgeordnetenhaus die Aufhebung nur eines ganz geringen Bruchteiles dieser Urteile verlangt; und wenngleich das Herrenhaus aus seiner Debatte die unrichtige Folgerung zog: Weil das Abgeordnetenhaus zu wenig beantragt hat, wird gar nichts bewilligt — bemerkte beispielsweise der Präsident des Reichsgerichtes mit Recht, daß es sich um nichts anderes als um das Recht eines jeden Staatsbürgers handle, nur von dem kompetenten Richter über seine Schuld oder Unschuld den maßgebenden Spruch entgegenzunehmen, und daß der Artikel IV das Grunddogma der Demokratie „Gleiches Recht für alle!“ verletzte, indem er — so die Worte Dr. v. Grabmayrs — eine ganz unzulässige Auswahl trifft, es für Tausende bei dem Urteil des angeblich inkompetenten Richters bewenden läßt und nur 21 Auserwählten die vermeintliche Wohltat einer neuen schwurgerichtlichen Verhandlung vergönnt.

Mit dieser tatsächlich bedenklichen Lücke, welche im Herrenhause wohl mit behaglicher Ironie, aber ohne den sittlich-ernsten Versuch einer Abhilfe erörtert wurde, sollte der Gesetzentwurf meines bescheidenen Dafürhaltens nicht neuerlich von dem Abgeordnetenhause verabschiedet werden.

Die Ausnahmsrichter haben sehr häufig mit nicht minderer kriegspsychotischer Verirrung judiziert als ihre feld- und standgerichtlichen Kollegen; denn schon das Bewußtsein an Stelle der suspendierten Geschwornengerichte als absolutistische Ausnahmsrichter zu amtieren, scheint zu Urteilen bestimmt zu haben, welche sich von der Judikatur der verfassungsmäßig berufenen Volksrichter geradezu besonders unterscheiden wollten.

Dazu kommt, daß zu Vorsitzenden der Ausnahmsgerichte zumeist in strengen Urteilen besonders geübte Richter bestimmt wurden.

Und in dieser Weise wurden über ungefähr 5000 Personen hohe, in vielen Fällen die Existenz vernichtende Urteile gefällt.

Der Oberste Gerichts- und Kassationshof scheint aber an der Judikatur der Ausnahmsgerichte ein derartiges Gefallen gefunden zu haben, daß er sich von ihr nicht trennen und selbst jetzt noch — also lange nach dem 6. Juli 1917 — ein Ausnahmsgericht tagen lassen will *(liest)*:

„Das k. k. Landesgericht Wien für Strafsachen als Ausnahmsgericht hat am 21. Mai 1917 zu Recht erkannt“, daß Josef K. — ein unbescholtener Wiener Gemischtwarenhändler — wegen Mitschuld an einem Diebstahl von Waren per 3120 K zu eineinhalb Jahren Kerkers verurteilt werde.

Der Oberste Gerichts- und Kassationshof hat mit Urteil vom 18. September d. J. über die Nichtigkeitsbeschwerde ausgesprochen *(liest)*: „Mit Recht wird in derselben geltend gemacht, daß bezüglich der Person dieses Angeklagten das Urteil jeder Begründung ermangle ... Beim Mangel der Feststellung der erheblichen Tatsachen zeigt sich, daß die Anordnung einer neuen Hauptverhandlung nicht zu vermeiden ist, weshalb die Sache an das Landesgericht Wien zurückzuverweisen ist.“

Bei einem Schadensbetrage von 3120 K ist das Landes- als Geschwornengericht zuständig, nachdem die Suspension der Geschwornengerichte am 6. Juli d. J. über das Verlangen des Abgeordnetenhauses aufgehoben wurde.

Doch der Tenor des oberstgerichtlichen Urteils bringt zum Ausdrucke, daß etwas ganz anderes gewollt ist.

Er sagt *(liest)*: „. . . daß das angefochtene Urteil im Ausspruche über die Schuld und über die Strafe bezüglich dieses Angeklagten aufgehoben und die Sache zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an dasselbe k. k. Landes- als Erkenntnisgericht zurückverwiesen wird."

Der Fall, der als unzweifelhaft vor die Geschwornen zu stellen ist, wird vor dasselbe Landes- als Erkenntnisgericht gestellt.

Es ist mir nicht klar, ob dies ein Vierrichtersenat sein soll, nachdem Erkenntnisgerichte gemäß § 13 St. P. O. in Vierrichtersenaten judizieren, obwohl selbst das Suspensionsgesetz für mit mehr als fünfjähriger Kerkerstrafe bedrohte Verbrechen sechs Richter beruft und obwohl ein Vierrichtersenat nicht „dasselbe" Gericht darstellen würde wie der Sechsrichtersenat, der die erste Entscheidung fällte oder ob der Oberste Gerichtshof jetzt noch einen Sechsrichtersenate tagen lassen will, wie er selbstverständlich nur während der Zeit der Suspension tagen lassen darf. Jedenfalls sagt er: Vor dasselbe Landes- als Erkenntnisgericht. Seine Exzellenz der Herr Justizminister scheint zu verneinen, daß der betreffende Mann jetzt noch vor einen Sechsrichtersenat kommen kann. Der Mann, der mit einer mehr als fünfjährigen Strafe bedroht ist, käme also vor einen Vierrichtersenat. *(Justizminister Dr. R. v. Schauer: Vor Geschworne!)* Er soll vor ein Geschwornengericht kommen. Bitte, was heißt es dann, wenn der Oberste Gerichtshof sagt, die Sache ist zur neuerlichen Verhandlung und Entscheidung an dasselbe k. k. Landes- als Erkenntnisgericht zu verweisen? *(Justizminister Dr. R. v. Schauer: In erster Instanz!)* Ja, das Geschwornengericht ist ja auch erste Instanz. *(Justizminister Dr. R. v. Schauer: Er kommt sicher vor die Geschwornen!)* Ich entnehme aber aus verschiedenen Stellen dieses Urteils, daß er vor das Landes- als Erkenntnisgericht kommt. Die Strafprozeßordnung spricht es unzweifelhaft aus, daß das Erkenntnisgericht ein Vierrichtersenat ist. Der Oberste Gerichtshof wollte zweifellos die Ausnahmsgerichtsbarkeit hier perpetuieren. Man erhält aber einen Begriff von der Ausnahmsgerichtsbarkeit, wenn der Oberste Gerichtshof, der diesen Ausnahmsgerichten, wie sich hier zeigt, sicherlich sehr wohl gesinnt ist, aussprechen muß, daß ein unbescholtener Wiener Bürger, jeder Begründung ermangelnd, zu eineinhalb Jahren schweren Kerker verurteilt worden ist. Das ist eines jener Urteile, welche am 7. Juli 1917 noch nicht rechtskräftig waren. Es bezieht sich auf drei Personen.

Ich habe hier ein zweites Urteil, welches am 7. Juli noch nicht rechtskräftig war, das auch ein Ausnahmsgericht gefällt hat, und sich allein auf 15 Personen bezieht; das sind 18 Personen in einer einzigen bescheidenen Wiener Advokaturskanzlei. Und ich habe ein drittes Ausnahmsgerichtsurteil hier, welches gleichfalls am 7. Juli noch nicht rechtskräftig war, also zusammen 19 Personen und mit einem oft genannten Fall im ganzen 20.

Es ist mir vollkommen unerfindlich, wie im Herrenhause und auch vom Herrn Justizminister so häufig erklärt wurde, daß es sich im ganzen um 21 Personen handle, die am 7. Juli 1917 noch nicht rechtskräftig von Ausnahmsgerichten verurteilt worden sind. Es ist ganz unmöglich, daß im großen Österreich bei allen anderen Gerichten als beim Wiener Ausnahmsgerichte und in allen anderen Advokaturskanzleien als den zwei von mir genannten ein einziges derartiges Urteil vorliegen sollte. Die Urteile liegen hier und stehen zur Einsicht zur Verfügung.

Eines dieser Urteile ist auch dafür charakteristisch, was ein Ausnahmsgericht ist. Es wurde eine halberblindete Arbeiterin, die von 21 K mit ihrem Kinde leben mußte, von dem Ausnahmsgerichte wegen Mordes zum Tode verurteilt, weil diese halberblindete Person einen Trunkenbold, der ihr die Ehe versprochen hatte und sie mit ihrem kleinen Kinde zur Nachtzeit auf die Straße jagte, im höchsten Affekte erschlug. Es ist für jeden praktischen Juristen zweifellos, daß diese Person von den Geschwornen vielleicht freigesprochen, höchstens aber wegen Totschlages verurteilt worden und dann mit einigen Jahren Kerker bestraft worden wäre.

Das ist, an Beispielsfällen, der tiefgehende Unterschied zwischen der Judikatur der verfassungswidrigen Ausnahmsgerichte und der Judikatur der von dem Gesetze allein als zuständig berufenen Geschwornengerichte. Die Geschwornengerichte lassen sich bei ihren Urteilen von Umständen leiten, welche für die Wahrsprüche der Ausnahmsgerichte in der Regel überhaupt nicht in Betracht kommen, so wenn die Tat in höchster Verzweiflung, im höchsten Affekte oder nicht aus einem niedrigen Motive verübt wurde. Unter den nahezu 5000 Personen, welche von den Ausnahmsgerichten verurteilt worden sind, mögen sich sehr viele befinden, welche von den Schwurgerichten überhaupt nicht oder nicht in gleichem Maße schuldig gesprochen worden wären. *(Abgeordneter Dr. Rybář: Sie wären ja gar nicht angeklagt worden!)* Vielleicht wären sie auch gar nicht angeklagt worden. Aus diesem Grunde stelle ich folgenden Zusatz-, beziehungsweise Eventualantrag zu Artikel IV *(liest)*:

„Wer während des gegenwärtigen Krieges von einem nach § 3 des Gesetzes vom 28. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 120, an die Stelle des Geschwornengerichtes getretenen Senate rechtskräftig verurteilt worden ist, kann die Aufhebung des Urteiles und die Verweisung der Sache zur nochmaligen Ver-

handlung und Entscheidung an das Geschwornengericht verlangen, wenn in dem Strafverfahren behauptet worden ist, daß die Tat in einem Notstand oder in heftiger Gemütsbewegung oder nicht aus ehrloser Gesinnung verübt worden ist.

Das Verfahren über einen solchen Antrag findet in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse statt."

Hierdurch ist allen jenen, bei welchen die Verurteilung vor einem Geschwornengerichte möglicherweise oder wahrscheinlicherweise nicht erfolgt wäre, die Gelegenheit geboten, eine neuerliche Verhandlung vor dem Schwurgerichte zu verlangen. Es wurden mit Absicht die Worte gewählt: „wenn in dem Strafverfahren behauptet worden ist", daß die angeführten Umstände vorliegen, denn das lehnt sich an die Terminologie der strafprozessualen Bestimmung an, wann Eventualfragen an die Geschwornen zu stellen sind. Es kann dem Spruche des Prüfungsgerichtes, das nicht zu entscheiden hat, ob der Notstand, die heftige Gemütsbewegung oder die ehrlose Gesinnung vorliegen oder nicht, sondern nur festzustellen hat, ob diese Umstände in dem Strafverfahren behauptet worden sind, vollkommen vertraut werden, daß dort, wo diese Umstände behauptet worden sind, eine Bejahung und nur dort eine Verneinung erfolgt, wo diese Umstände tatsächlich nicht behauptet wurden. Das ist nur eine einfache Konstatierung. Das Überprüfungsgericht als solches spielt infolgedessen keine sehr wesentliche Rolle.

Überdies aber ist das Verfahren, welches bei der Überprüfung feld- oder standgerichtlicher Urteile vorgenommen wird, sehr sorgfältig festgesetzt worden. Es kann eine Abweisung vom Dreirichtersenate des Oberlandesgerichtes nicht erfolgen, ohne daß eine mündliche Verhandlung stattfindet, und es erscheinen mir alle Garantien geboten, daß denjenigen Personen, für welche die gesetzliche Voraussetzung hier geschaffen ist, tatsächlich die Gelegenheit gegeben wird, eine neuerliche Verhandlung vor dem Schwurgerichte zu erhalten. Immerhin wird der Kreis der 4760 Verurteilten ein begrenzter sein, denn es werden sich darunter auch viele Geständige oder unzweifelhaft Überwiesene befinden und bei vielen werden eben die angeführten Voraussetzungen nicht vorhanden sein. Den unglücklichen Opfern der Kriegsjustiz muß aber nach meinem bescheidenen Dafürhalten das Abgeordnetenhaus Gelegenheit geben, vielleicht die Sanierung einer Verurteilung zu erhalten, welche vor einem Geschwornengericht möglicherweise nicht erfolgt wäre. Das ist eine viel wichtigere Aufgabe, als die Austragung des Prinzipienstreites um das ex tunc oder ex nunc auf dem Rücken zahlreicher Unglücklicher. Um die, wie es im Herrenhause genannt wurde, „Doktorfrage" auszutragen, ob die Wirksamkeit einer Kaiserlichen Verordnung ex tunc oder ex nunc erloschen ist, wäre zweifellos ein anderes der ungezählten Themen, für welche die Tätigkeit des § 14 Anlaß geboten hat, mehr am Platze, als das Schicksal von Tausenden von Personen. Ich empfehle deshalb den von mir gestellten Zusatz-, respektive Eventualantrag zu Artikel IV zur Annahme.

Vizepräsident Dr. **German**: Der Herr Abgeordnete Dr. Neumann hat folgenden Zusatz-, beziehungsweise Eventualantrag eingebracht. *(Wiederholt den Antrag Neumann.)*

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Antrag ist gehörig unterstützt und steht in Verhandlung.

Außerdem stellt Abgeordneter Dr. Stránský zu diesem Antrage folgenden Zusatzantrag *(liest)*:

„Am Schlusse des ersten Absatzes ist anzufügen: „oder wenn die dem Verurteilten zur Last gelegte Tat auf politischen Motiven beruht hat."

Ich bitte diejenigen Herren, die auch diesen Zusatzantrag unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Zusatzantrag ist ebenfalls unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte gemeldet hat sich Seine Exzellenz der Herr Justizminister. Ich erteile ihm das Wort.

Justizminister Dr. Ritter v. **Schauer**: Hohes Haus! Ich habe nicht die Absicht gehabt, zu diesem Gegenstande nochmals das Wort zu ergreifen, denn es war mir schon zu wiederholten Malen beschieden, in derselben Sache sowohl hier als im anderen hohen Hause meine Auffassung darzulegen, und ich bin nicht in der Lage, mitzuteilen, daß ich sie seither geändert hätte.

Ich möchte auf die Ausführungen des Herrn Referenten nur eines erwidern. Wenn ich erklärte, es sei nach meiner Meinung nicht möglich, daß es ein Gesetz gibt, von dem niemand weiß, ob es gilt oder nicht gilt, weil dies praktisch zu ganz unmöglichen Konsequenzen führen würde, so bin ich von der Auffassung ausgegangen, die heute von sämtlichen Obersten Gerichtshöfen vertreten wird, daß die Gerichte nicht berechtigt sind, die Gültigkeit einer

§ 14-Verordnung zu prüfen. Ich habe damit nicht aussprechen wollen, daß das gut oder nicht gut ist, ich habe konstatiert. Ich habe nur gesagt: Wenn die Gerichte eine § 14-Verordnung nicht prüfen können, bleibt gar nichts übrig, als daß die § 14-Verordnung als gültige Rechtsquelle behandelt wird, bis sie aufgehoben wird. Die Konsequenzen der gegenteiligen Auffassung wären höchst bedenklich. Es könnte nach Jahren dazu kommen, daß durch einen Parlamentsbeschluß eine § 14-Verordnung aufgehoben wird, und das Parlament ist kein Gerichtshof, sondern eine politische Körperschaft, die nach politischen Gründen und unter Umständen auch aus anderen Gründen beschließt. Eine solche Entscheidung könnte dann auf Jahre zurückwirken und es würde alles, was inzwischen geschehen ist, in Frage gestellt sein. Wenn die Gültigkeit einer Vorschrift in Frage gestellt werden darf, dann muß sie im einzelnen Falle von einem Gerichtshof geprüft werden. Solange das nicht zulässig ist — man kann ja der Meinung sein, daß das ein Mangel ist —, bleibt nichts anderes übrig, als die Kaiserliche Verordnung so zu behandeln wie jedes Gesetz, das, wenn es den formellen Voraussetzungen Rechnung trägt, als bindend zu betrachten ist. *(Ruf: Oder keine Kaiserliche Verordnung zu machen!)* Das ist eine andere Frage.

Hauptsächlich habe ich mich mit Rücksicht auf die Ausführungen des geehrten Herrn Abgeordneten Dr. Neumann und seinen Antrag zum Worte gemeldet. Zunächst muß ich auf eine Ausführung reflektieren, nämlich auf einen schweren Vorwurf, den er der Justizverwaltung gemacht hat. Er ist völlig unbegründet. Ich muß die Behauptung zurückweisen, daß bei der Zusammensetzung der sogenannten Ausnahmssenate die besonders strengen Richter ausgewählt worden sind. *(Zwischenrufe.)* Ich kann Ihnen versichern, daß dies nicht geschehen ist, sondern es sind bloß die Strafrichter verwendet worden, die beim Strafgerichte tätig waren.

Meine Herren! Das sind dieselben Richter, die auch bei den Erkenntnisgerichten ihres Amtes walten. Ich habe auch aus Parteienkreisen die Äußerung gehört, daß man mit den Ausnahmsgerichten ganz zufrieden war. Daß die Ausnahmsgerichte anders judizieren als die Schwurgerichte, ist ganz begreiflich. Es sind Berufsrichter, die sich an das Gesetz gebunden erachten, während Schwurgerichte unter Umständen auch anders entscheiden. Daß in einzelnen Fällen, wie in dem konkreten Falle, den der Herr Abgeordnete Neumann vorgeführt hat, die Gerichte vielleicht nicht richtig entschieden, die Entscheidungen unter Umständen vielleicht nicht entsprechend begründet haben, das mag vorgekommen sein, aber in dem Falle, den er vorgebracht hat, hat es sich gezeigt, daß das ordentliche Rechtsmittel, die Nichtigkeitsbeschwerde, genügt und daß der Kassationshof die ganze Sache wieder in Ordnung gebracht hat. *(Zwischenrufe.)* Wegen vereinzelter, verfehlter Entscheidungen, die nicht zu vermeiden sind, die überall vorkommen und zu deren Beseitigung eben Rechtsmittel eingerichtet sind, darf man keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Gerichte erheben. Unsere Gerichte haben während des Krieges ihre Aufgabe in außerordentlich tüchtiger, selbstloser Weise erfüllt. *(Zwischenrufe.)* An der Unparteilichkeit unserer Gerichte zu zweifeln ist gar kein Anlaß: dazu hat niemand einen Grund. Die Regierung hat gar kein Interesse an der Verurteilung oder Nichtverurteilung. Ich kann Sie versichern, daß die Justizverwaltung über nichts so glücklich ist, als darüber, daß sie gar nicht das Recht hat, den Gerichten in Sachen der Rechtsprechung irgend etwas vorzuschreiben. *(Abgeordneter Dr. Witt: Der Majorauditor Zbanski wirft in seinem Buche den Gerichten Machtdünkel vor!)* Das ist ja nicht die Ziviljustizverwaltung.

Meine Herren! Was nun aber den Antrag des Herrn Abgeordneten Neumann selbst anbelangt, so muß ich mich dagegen aussprechen. Der Antrag will an den Bestand jenes großen Blocks von Urteilen rühren, an denen das Abgeordnetenhaus selbst aus Respekt vor der Rechtskraft und aus Opportunitätsgründen, weil nicht die ganze Justiz in Unordnung gebracht werden darf — es handelt sich, bitte, um über 4600 Urteile — nicht gerührt wissen will. *(Zwischenrufe.)* Da der Antrag als Zusatzantrag zu Artikel IV gestellt wird, so bleibt die durch Artikel IV nach der Art der Begründung aufgerollte prinzipielle Frage noch immer bestehen. Vom Standpunkte der Justizverwaltung ist es auch keine Erleichterung, wenn die von ihr befürchtete Aufrüttelung und Beunruhigung aller derjenigen, die rechtskräftig verurteilt sind, nicht bloß dadurch herbeigeführt wird, daß man den am 7. Juli noch nicht rechtskräftig Verurteilten eine neue Verhandlung vor den Geschwornen gewährt, sondern daß man sie durch das Gesetz in noch weiterem Umfang unmittelbar hervorruft.

Dieser Antrag würde nahezu jedem der 4600 Verurteilten jetzt die Möglichkeit geben, vom Oberlandesgericht eine Entscheidung über die Wiederaufnahme des Verfahrens zu begehren. Die Belastung der Gerichte wäre unerhört. Ich bange vor dem, was uns bei der Strafjustiz droht. Wir haben jetzt — ich habe mir die Ausweise geben lassen — eine sehr große Zahl von rechtskräftig Angeklagten. Es sind über 600, in Wien allein 120.

Es kommt das Schwurgericht am 1. Jänner, und Sie werden sehen, meine Herren, in der Bevölkerung werden sich schwere Klagen seitens derjenigen erheben, die jetzt genötigt werden, als Geschworne tätig zu sein, denn diese Schwurgerichtssessionen werden sehr lange dauern. Unsere

Gerichte sind so überlastet, daß ich bereits zu gewaltsamen Mitteln habe greifen müssen, um ihnen unter die Arme zu greifen. Ich mußte zum Beispiel bei der Ziviljustiz eine Art Sperre eintreten lassen und Senate zusammenlegen, um überhaupt den Strafgerichten Hilfe zu bringen. *(Abgeordneter Dr. Redlich: Mehr entheben!)* Die Justizverwaltung hat bereits Versuche gemacht, ich kann aber leider nicht mitteilen, daß sie von Erfolg gewesen wären. *(Zwischenrufe.)* Die Strafjustiz ist gegenwärtig der wichtigste Zweig der Justiz, die strafbaren Handlungen nehmen leider sehr zu und die Justiz ist blockiert. Wenn wir diese neue Last noch dazubekommen, dann ist dies — das kann ich Ihnen von vornherein sagen — das völlige Debakel, dann können wir überhaupt keine Strafjustiz und keinen Rechtsgüterschutz mehr gewährleisten. Ich muß mich daher gegen diesen Antrag ganz entschieden aussprechen und bitte, den Artikel IV und diesen Zusatzantrag anzulehnen. *(Zwischenrufe.)*

Weil ich schon beim Worte bin, will ich auch noch ein Wort über die Resolutionen sprechen. Dem ersten Resolutionsantrag, Verfügung zu treffen, daß die in militärischen Strafgefängnissen angehaltenen Zivilpersonen an die Zivilgefängnisse oder Zivilstrafanstalten abgegeben werden, habe ich bereits entsprochen. Ich habe der Militärbehörde bereits mitgeteilt, wie viel Plätze in jeder Strafanstalt frei sind und habe sie aufgefordert, die betreffenden Sträflinge ungesäumt zu überstellen. Das ist bereits im Zuge.

Was im übrigen die Aufforderung anbelangt, daß die einzelnen Fälle revidiert werden, und daß man, wenn eine unbillige Härte vorliegt, im Wege der Begnadigung helfen soll, so erwarte ich einen Antrieb von seiten der Verurteilten selbst. Es wird wohl kaum möglich sein, alle diese vielen Tausende von Akten in die Hand zu nehmen, ich glaube aber, wenn die Verurteilten selbst — sie finden auch sonst den Weg zu dem betreffenden Minister — um die Begnadigung ansuchen, so wird bei dem großen Wohlwollen und der großen Güte, die bei der Handhabung dieses wichtigen Kronrechtes unzweifelhaft bemerkbar ist, ihre Bitte nicht unerfüllt verhallen. Damit habe ich geschlossen.

**Präsident:** Wünscht noch jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Ofner:** Der Herr Abgeordnete Dr. Neumann hat eine Änderung des Artikels IV verlangt. Es ist derselbe Gedanke, den anfangs der Herr Abgeordnete Hummer vertreten hat, der damals erklärt hatte, es gehe nicht an, daß wir mit dem 7. Juli einen Abschluß machen, wir müßten konsequent sein, wir müßten alle Urteile aufheben. Wir haben aber aus jenen Gründen, welche wir ihnen wiederholt auseinandergesetzt haben, aus dem Grunde, weil wir das Rechtsleben nicht verlegen lassen wollten, erklärt, wir wollen mit dem 7. Juli eine Zäsur machen, wir wollen die Urteile, welche am 7. Juli noch nicht rechtskräftig waren, in das rechte Verfahren überleiten, wir wollen bezüglich der übrigen die Besserung im Wege der Gnaden. Sie erinnern sich, daß bezüglich der Militärgerichte, als es sich um die erleichterte Wiederaufnahme gehandelt hat, der Justizminister uns erklärt hat, die Regierung sei bezüglich der Feldgerichte und der Standgerichte einverstanden, dagegen könne sie sich bezüglich der übrigen Militärgerichte nicht einverstanden erklären.

Um nun zu erreichen, was zu erreichen war, hatten wir damals erklärt: Gut, wir verlangen hier die Wiederaufnahme und behalten uns betreffs der anderen Urteile vor, zu verlangen, was Ihnen nun hier als Resolution empfohlen wird *(liest)*:

„Da die Militärgerichte auch außerhalb des Feldverfahrens oder standrechtlichen Verfahrens nach Ausweis vieler veröffentlichten Entscheidungen in der Beurteilung der Tat und Bemessung der Strafe oft eine außergewöhnliche, dem Fall nicht entsprechende Härte geübt haben, werden die Minister für Justiz und für Landesverteidigung aufgefordert, die Entscheidungen der Militärgerichte, mögen dieselben zufolge der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914 oder vom 4. November 1914 oder auf Grund des § 14 M. St. P. O. oder anderer gesetzlicher Bestimmungen ergangen sein, aus diesem Gesichtspunkt überprüfen zu lassen und in den geeigneten Fällen die gnadenweise Ermäßigung oder Nachsicht der Strafe zu erwirken."

Ich kann mich namens des Justizausschusses damit einverstanden erklären, daß wir eine gleiche Resolution bezüglich derjenigen Entscheidungen stellen, welche vor dem 7. Juli von den Ausnahmsgerichten, die an Stelle der Schwurgerichte getreten sind, gefällt worden sind, daß wir betreffs ihrer den Justizminister auffordern, er möge sie von diesem Gesichtspunkte aus überprüfen lassen und möge die Sanierung im Wege der Gnade veranlassen. Dagegen können wir doch nicht, nachdem wir den Streit mit dem Herrenhause bereits zweimal ausgetragen haben, nunmehr plötzlich unseren Gesichtspunkt fallen lassen und den Rechtsstreit auf einer ganz neuen Grundlage wieder aufnehmen.

Das ist ganz unmöglich, wir setzen uns damit ins Unrecht. Warum hätten wir bis jetzt auf dieser Unterlage und mit Argumenten, die auf ihr aufgebaut sind, unseren Standpunkt vertreten? Es ist ganz unmöglich, daß wir

uns in solcher Weise selbst desavouieren. Ich bin aus diesem Grunde dagegen.

Ich bemerke, es hat sich bei uns nicht gehandelt — ich verwahre mich dagegen — um die Frage ex nunc oder ex tunc. Wir haben ausdrücklich immer gesagt, nach dem § 14 gilt die Aufhebung ex nunc. Aber die Absätze 2 und 3 des § 14 beziehen sich nur auf solche Kaiserliche Verordnungen, welche sich im Rahmen des § 14 bewegt haben. Diejenigen, welche in Gebiete eingedrungen sind, die der Kaiserlichen Verordnung absolut entzogen sind, sind durch den § 14 nicht gedeckt, infolgedessen kann die Frage des ex nunc auf sie gar nicht angewendet werden. Das haben wir stets betont, wir haben aus diesem Grunde immer erklärt: Zunächst müßten wir die Verordnungen außer Kraft setzen — das versteht sich von selbst — und dann wollen wir in den Gesetzen, welche nachfolgen, die Konsequenz dessen ziehen, daß die Verordnungen verfassungswidrig waren. Die Aufhebung ex nunc ist also nicht unser Standpunkt gewesen, das ist nicht richtig.

Was Seine Exzellenz gesagt hat, brauche ich nicht zu widerlegen. Es ist nicht richtig, wir verwahren uns dagegen, daß eine § 14-Verordnung, überall, auch wenn sie in Gebiete eingedrungen ist, die ihr entzogen sind, trotzdem nur ex nunc aufgehoben werden kann. Wenn Graf Stürgkh die Staatsbahnen verkauft hätte, dann hätten wir sie wieder genommen. Dieses Gesetz wäre kein Zweckmäßigkeitsgesetz gewesen, es hätte nichts anderes getan, als dem Staate zurückgegeben, was des Staates ist. Ich halte auch dafür, daß es gar nicht eines Gesetzes bedurft hätte, daß vielmehr alle Gerichte, welche in anderer Weise judiziert hätten, direkt die Verfassung und das Recht mit Füßen getreten hätten. Und wir hätten gewiß alle Mittel ergriffen, um die Gesetzwidrigkeit, die absolute Verletzung des Rechtes, welche in einem solchen Verkaufe gelegen ist, zu sanieren. In welcher Weise das geschehen wäre, darüber will ich jetzt nicht sprechen; wäre es nicht auf normale Weise möglich gewesen, dann wäre es in abnormaler Weise zustandegekommen, aber zweifellos hätte das Abgeordnetenhaus sich derartige Dinge nicht bieten lassen. Aus diesem Grunde aber, um das für alle Zukunft zu verhindern, habe ich vorgeschlagen — und ich hoffe, daß das hohe Haus mit mir darin einig ist — daß es den § 14 in dieser Form nicht mehr beläßt; wir müssen ihm eine andere Form geben, damit ein solcher Rechtsbruch für alle Zukunft ausgeschlossen sei. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Im übrigen bitte ich, alle Abänderungsanträge abzulehnen und bei dem Antrage zu beharren, welchen das Haus bereits zweimal beschlossen hat, sich selbst getreu zu bleiben. Ich habe gesagt, ich bin ganz einverstanden, es zu unterstützen, wenn der Herr Abgeordnete Neumann an Stelle der Abänderung eines Artikels des Gesetzes eine Resolution beantragt, welche in derselben Weise wie gegen die Militärgerichte, auch gegen die Ausnahmsgerichte sorgt. Ich glaube im Einverständnisse mit dem ganzen Justizausschusse zu handeln, wenn ich die Annahme einer solchen Resolution befürworten würde.

**Präsident:** Ich bitte die Plätze einzunehmen.

Wir haben zunächst abzustimmen über das erste Gesetz, betreffend die Überprüfung der von den Militärgerichten im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse.

Der Ausschuß beantragt bezüglich dieses Gesetzes den Beschlüssen des Herrenhauses beizutreten.

Ich ersuche diejenigen Herren, die entsprechend dem Antrage des Ausschusses diesbezüglich den Beschlüssen des Herrenhauses beitreten, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Ausschußantrag ist angenommen.

Im zweiten Gesetz, womit Zivilpersonen ausnahmsweise der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden, ist abzustimmen über die Abweichungen im § 6 des Gesetzes gegenüber den Beschlüssen des Herrenhauses und über die Abweichungen im Eingang des Gesetzes.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den § 6 nach dem Antrage des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Ich ersuche ferner diejenigen Herren, die den Eingang des Gesetzes entsprechend dem Antrage des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Im dritten Gesetze haben wir abzustimmen über den Artikel IV. Zu Artikel IV hat der Herr Abgeordnete Dr. Neumann einen Zusatzantrag folgenden Wortlautes gestellt *(liest)*:

„Wer während des gegenwärtigen Krieges von einem nach § 3 des Gesetzes vom 28. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 120, an die Stelle des Geschwornengerichtes getretenen Senate rechtskräftig verurteilt worden ist, kann die Aufhebung des Urteiles und die Verweisung der Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Geschwornengericht verlangen, wenn in dem Strafverfahren behauptet worden ist, daß die Tat in einem Notstand oder in heftiger Gemütsbewegung oder nicht aus ehrloser Gesinnung verübt worden ist.

Das Verfahren über einen solchen Antrag findet in sinngemäßer Anwendung der Vorschriften des Gesetzes über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse statt."

Der Herr Abgeordnete Dr. Neumann stellt diesen Antrag als Zusatzantrag und für den Fall der Ablehnung des Artikels IV als eventuellen selbständigen Antrag.

Der Herr Abgeordnete Dr. Stránský hat zum Absatz 1 des Antrages Neumann einen Zusatzantrag gestellt, welcher lautet *(liest)*: „oder wenn die dem Verurteilten zur Last gelegte Tat auf politischen Motiven beruht hat".

Zur Abstimmung hat sich der Herr Abgeordnete Seitz zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Seitz**: Mit Rücksicht darauf, daß man sich jetzt in der kurzen Zeit über diesen Gegenstand gewiß nicht klar werden kann, beantrage ich die Zuweisung des Antrages Neumann und der Zusatzanträge an den Justizausschuß.

**Präsident**: Wir werden nun in der Weise abstimmen, daß zunächst Artikel IV nach dem Antrage des Ausschusses und dann der Zuweisungsantrag des Herrn Abgeordneten Seitz zur Abstimmung kommt.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den Artikel IV des Gesetzes nach dem Ausschußantrage annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Es ist die Mehrheit, Artikel IV ist angenommen.

Ich ersuche nun diejenigen Herren, die für die Zuweisung der Anträge Neumann und Stránský an den Justizausschuß sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Anträge sind dem Justizausschusse zugewiesen.

Berichterstatter Dr. **Ofner**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche die soeben in zweiter Lesung angenommenen Gesetze auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Gesetz über die Überprüfung der von den Militärgerichten auf Grund der Kaiserlichen Verordnungen vom 25. Juli 1914, R. G. Bl. Nr. 156, und vom 4. November 1914, R. G. Bl. Nr. 307, im Feldverfahren oder im standrechtlichen Verfahren gefällten verurteilenden Erkenntnisse; das Gesetz, womit Zivilpersonen ausnahmsweise der Militärgerichtsbarkeit unterstellt werden, und das Gesetz über die Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 23. Mai 1873, R. G. Bl. Nr. 121, betreffend die Bildung der Geschwornenlisten, mit Zweidrittelmajorität *(gleichlautend mit 790 der Beilagen)* in dritter Lesung angenommen.

Vom Ausschusse werden ferner drei Resolutionen vorgeschlagen. Wünschen die Herren, dieselben zu hören? *(Rufe: Nein!)* Wenn das nicht der Fall ist, so werden wir über die Resolutionen gemeinsam abstimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Resolutionen annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolutionen sind angenommen.

Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über die Regierungsvorlage Nr. 152 der Beilagen, welche die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 304, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege zum Gegenstande hat *(793 der Beilagen)*.

Als Regierungsvertreter ist zu diesem Gegenstande Herr Ministerialrat Hohn vom Ministerium für öffentliche Arbeiten im hohen Hause erschienen.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Abgeordneten Reger, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Reger** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Es gibt eine Arbeiterschichte — und zwar sind das die Bergarbeiter — die am meisten gequält ist, deren Arbeit die schwerste und gefährlichste von allen anderen Beschäftigungen ist und die andrerseits für den Staat das Wichtigste leistet, ohne deren Arbeit der Staat, insbesondere der jetzige Staat, der auf Maschinen und Eisenbahnen aufgebaute wirtschaftliche Bedingungen hat, gar nicht

existieren könnte, denn der Staat braucht die Kohle und daher die Arbeit der Bergarbeiter. Gerade dieser Schichte droht die sehr ernste Gefahr einer großen Schädigung infolge des Krieges. Die Bergarbeiter besitzen nämlich seit undenklichen Zeiten bereits eigene Versorgungsinstitute, sogenannte Bruderladen. Diese Bruderladen wurden im Jahre 1889 auf Grund eines Staatsgesetzes in ordentliche Versicherungsinstitute umgemodelt und der Bergarbeiter zahlt eine ziemlich hohe Prämie in die Bruderlade, auf Grund deren er später im Falle einer Erkrankung oder der Arbeitsunfähigkeit, wenn er invalid geworden ist, gewisse Anrechte hat. Wenn er stirbt, bekommt seine Familie, Frau und Kinder, eine kleine Pension. Es muß von vornherein gesagt werden, daß diese sogenannten Bruderladen-Provisionen für die Invaliden und für die Witwen und Waisen sehr klein sind. Bis zu dem heutigen Tage hat der Staat für die Versicherung der Bergarbeiter nicht einen Heller gegeben, alles, was die Bergarbeiter in ihren Bruderladen besitzen, haben sie aus ihren eigenen Mitteln, aus dem Schweiße und dem Blut ihrer eigenen Arbeit zusammengespart. Diese Provisionen sind sehr gering; trotzdem bedeuten sie für den armen Arbeiter, im Falle er arbeitsunfähig geworden ist, im Falle er infolge Invalidität oder Alters nicht mehr erwerbsfähig ist und sich sowie seine Familie nicht mehr durch die Arbeit seiner Hände ernähren kann, gewiß eine sehr wichtige Versicherung. Diese erworbenen Anwartschaften in den Bruderladen sollen nun den Bergarbeitern, welche im Kriegsdienste stehen, verloren gehen. Nach dem § 9 des Gesetzes vom Jahre 1889, R. G. Bl. Nr. 127, kann nämlich die Bruderlade die sogenannten Kriegsrisken überhaupt nicht auf sich nehmen. Nach diesem Gesetze heißt es: Wenn ein Bergarbeiter aus der Arbeit ausgetreten ist, verliert er auch die Mitgliedschaft in der Bruderlade. Er kann sich diese Mitgliedschaft in der Bruderlade nur auf die Weise wahren, daß er die gesamten Beiträge, sowohl den eigenen Beitrag wie auch den des Unternehmers, einzahlt. Wenn der Bergarbeiter zum Kriegsdienst, auch zum gewöhnlichen Militärdienst eingezogen wird, hat er eigentlich kein Recht, weiter Mitglied der Bruderlade zu bleiben. Wenn er vom Militärdienst zurückkehrt, so kann er zwar — allerdings nur, wenn er sofort, binnen 14 Tagen oder vier Wochen nach Beendigung des Militärdienstes zurückkommt — weiter in derselben Bruderlade bleiben und er kann sogar nachzahlen, er muß aber für die ganze Zeit den Beitrag sowohl für sich wie auch für den Unternehmer nachzahlen. Wenn schon in der gewöhnlichen Zeit infolgedessen eine große Menge von Anrechten der Mitglieder der Bruderlade verloren geht, so war es natürlich infolge der langen Dauer dieses Krieges mit jedem Momente um so sicherer, daß diese Schädigung der Rechte und erworbenen Anwartschaften der Bergarbeiter immer größer wurde. Deshalb haben auch die Bergarbeiter schon zu Anfang des Krieges, und zwar bereits im November 1914 sich um diese Sache bekümmert. Insbesondere die Gruppe 2, das heißt die Arbeitergruppe der Zwangsgenossenschaft der Bergarbeiter aus dem Steinkohlenrevier Mährisch-Ostrau, aber auch die „Union der Bergarbeiter" haben mehrere Deputationen nach Wien entsendet. Ich selbst habe dazumal im November 1914 mit einer solchen Deputation bei den unterschiedlichen Ministerien vorgesprochen und verlangt, daß diese Sache auf irgendeine Weise geregelt werde, daß den Bergarbeitern ihre in der Bruderlade erworbenen Rechte gewahrt bleiben, daß sie nicht alles das, was sie in die Bruderlade eingezahlt haben, verlieren. Damals hat es sich nur um solche Leute gehandelt, die nicht älter waren als 40 oder 42 Jahre. Mit der Zeit sind aber auch viel ältere eingerückt, der Krieg hat immer länger gedauert und das Malheur wurde eigentlich immer größer. Schließlich hat das die Regierung eingesehen; anfangs wollte sich die Regierung nämlich mit der Sache überhaupt nicht befassen, insbesondere die damalige Finanzverwaltung war dagegen, aber auch das Ministerium des Innern war nicht dafür und wenn auch Exzellenz Heinold für die Bergarbeiter sonst sehr sympathisch gestimmt war, in dieser Hinsicht war dort doch nicht viel zu erreichen, und beim Finanzministerium war überhaupt nichts zu machen. Der Herr Finanzminister hat einfach gesagt: Ja, wenn der Krieg einmal aus ist und wenn wir die Kriegsentschädigung bekommen, dann werden wir vielleicht auch etwas für die Bergarbeiter aus der Kriegsentschädigung geben. Aber ein Eingreifen und ein energisches Durchsetzen der Sache der Bergarbeiter war damals zu erreichen nicht möglich.

Endlich aber erschien eine sogenannte Kriegsverordnung in Deutschland, insbesondere in Preußen, über die Knappschaftskassen, welche dort nicht nur den eigenen Staatsbürgern die Rechte gewahrt, sondern auch für die österreichischen Staatsbürger, welche im preußischen Bergbau beschäftigt sind, etwas getan hat. Daraus ergab sich eben die unumgängliche Notwendigkeit, auch für die Bergarbeiter in Österreich etwas zu machen, und so ist schließlich und endlich die Kaiserliche Verordnung vom 15. September 1916, R. G. Bl. Nr. 304, mit welcher sich die Regierungsvorlage, welche Gegenstand der heutigen Beratung ist, befaßt, zustandegekommen. So ist endlich einmal auch diese Frage auf die Tagesordnung des Hauses gekommen.

Der vorliegende Bericht umfaßt diese ganze Geschichte und es ist ja ziemlich klar hier ausgesagt, um was es sich in dem Berichte selbst und in der Vorlage des sozialpolitischen Ausschusses handelt. Es handelt sich in dieser Vorlage um drei

verschiedene Dinge. Erstens handelt es sich darum, die Rechte der Mitglieder zu wahren, das heißt jenen Mitgliedern, welche Kriegsdienst leisten und welche, wenn sie aus dem Kriege gesund zurückgekommen sind, wieder in die Bergarbeit zurücktreten und wieder Mitglieder der Bruderlade werden, die bereits vor dem Kriege erworbenen Rechte zu wahren. Das ist ein Ziel dieses Gesetzes und dieses Ziel wird erreicht im § 1 dieser Vorlage.

Dann kommt aber die Frage: Was geschieht mit denjenigen, welche im Kriege invalid geworden sind oder infolge des Krieges invalid werden. Diese Frage wird im § 3 des Gesetzes entschieden. Dann kommen wieder Fragen der Witwen und Waisen nach den im Kriege gefallenen oder infolge des Krieges verstorbenen Mitgliedern der Bruderladen. Diese Frage wird im § 4 der Vorlage gelöst. Außerdem sind noch andere Nebenfragen gelöst worden, welche zwar nicht direkt aus der ganzen Sache erfließen, aber so nebenbei bei dieser Gelegenheit, insbesondere, weil sie infolge des Krieges ziemlich kraß hervorgetreten sind, schon in der Kaiserlichen Verordnung zugunsten der Bergarbeiter gelöst wurden und natürlich auch vom Ausschusse in derselben Weise wieder ohne jede Änderung aufgenommen wurden.

Trotzdem im Ausschusse diese Vorlage einstimmig angenommen wurde, muß ich doch zugeben, daß nicht alle Punkte, welche diese Vorlage umfaßt, so ohne jeden Widerstand durchgekommen sind: es werden noch immer gewisse Bedenken laut und es ist nicht ausgeschlossen, daß auch hier im Hause noch gewisse Bedenken hervorgehoben werden. Einige von diesen Bedenken weiß ich im vorhinein und deshalb werde ich mir gestatten, als Referent denselben entgegenzutreten.

Da ist zum Beispiel die Frage, ob es gerade notwendig ist, die Rechte der Mitglieder, die erworbenen Rechte derselben im § 1 so weit auszudehnen, wie wir es im Ausschusse getan haben. Nach dem Beschluß des Ausschusses heißt es nämlich, daß das Mitglied das Recht hat, bei jener Bruderlade seine Versicherungspflicht zu erfüllen, bei der es selbst will, also nach freier Wahl. Das Mitglied hat daher das Recht, entweder bei derjenigen Bruderlade zu verbleiben, bei der es vor dem Kriege versichert war, oder aber in jene Bruderlade einzutreten, zu der die Grube gehört, in der es jetzt nach dem Kriege wieder arbeitet. Der Ausschuß hat also beschlossen, dem Mitgliede das Recht der Entscheidung zu überlassen. Um was handelt es sich hier? Es handelt sich darum, daß wir eine ganze Menge von solchen Fällen aufzuweisen haben, wo die Bergarbeiter strafweise an die Front geschickt werden. Diese Klage habe ich hier in diesem hohen Hause zum ersten Male, und zwar als erster schon anfangs Juli d. J. erhoben und präzisiert und diese Klage will seit dieser Stunde hier nicht mehr verstummen und wird immer lauter und energischer von uns erhoben werden müssen, daß eine ganze Menge der tüchtigsten Leute, die nicht nur die besten fleißigsten Arbeiter, aber auch die intelligentesten, die in der Organisation, nicht nur in der sozialdemokratischen Organisation, sondern, ich möchte sagen, in der patriotischen, vaterländischen Organisation das Meiste leisten, welche in den verschiedenen Konsumorganisationen, in den Approvisionierungskomitees, weiß Gott, wo überall, wo sie für den Staat, für die Gesellschaft und für die Arbeiterschaft dringend notwendige Arbeit leisten, — daß diese Leute, zur Strafe dafür, daß sie dort ihre bürgerlichen Rechte ausüben, an die Front geschickt werden. Wir bemühen uns, auch Seine Exzellenz bemüht sich mit uns, und viel Arbeit hat das Ministerium und haben wir aufgewendet, um die Leute wieder von der Front in die Arbeit zurückzubekommen. Dieselben werden aber dann entweder zum zweiten Male an die Front geschickt oder sie werden anderswohin kommandiert; und so kommen sie auf eine schlechte Grube, kommen sie in viel schlechterere Verhältnisse, kommen sie in solche Verhältnisse, wo die Bruderlade arm, heruntergekommen ist und daher nur sehr niedrige Provisionen zahlt, und es ist nur natürlich, daß man einem solchen Menschen die Wahl überläßt, bei der alten Bruderlade zu bleiben, wo er vielleicht nicht zwei, fünf oder zehn Jahre, sondern, nachdem man jetzt auch die Fünfzigjährigen einberufen wird, vielleicht 35 Jahre eingezahlt und wo er sich schon große Rechte erworben hat. Ein solcher Mensch würde sonst geschädigt werden und es ist ihm damit nicht geholfen, wenn es in der Regierungsvorlage heißt *(liest)*: „Findet der Übertritt des Bruderlademitgliedes zu einem anderen Bergbau deshalb statt, weil es bei dem Bergbaue, bei dessen Bruderlade es im Zeitpunkte seiner Einrückung provisionsversichert war, nicht wenigstens in die Kategorie von Bediensteten, welcher es vor seiner Einrückung angehört hat, aufgenommen wurde, . . .“ Dieser Kompromißantrag, der von der Regierung gestellt wurde, genügt uns deshalb nicht, weil er in den meisten Fällen nur zu neuen Streitigkeiten Anlaß geben würde. Das Mitglied müßte einen ganzen Prozeß durchführen, um nachzuweisen, daß es jetzt in einer schlechteren Kategorie von Bediensteten ist usw. Man will ja diese Streitigkeiten los werden. Wozu brauchen wir das? Man soll dem Mitgliede die Wahl freigeben — ohne Kautelen, ohne Bedingungen oder Voraussetzungen — der Bruderlade beizutreten, der es eben beitreten will. Das hängt ja mit dem Rechte zusammen, welches in den §§ 1 und 3 dem Mitgliede zugesichert ist, daß ihm nämlich die Kriegsdienstjahre nicht bloß auf die Karenzzeit, sondern für die Mitglied-

schaft angerechnet werden, und ihm infolgedessen die an die Bruderlade erworbenen höheren Rechte gewahrt bleiben, auch in dem Falle, wenn er infolge Krankheit oder Invalidität nicht weiter arbeiten kann. Das ginge ihm verloren, wenn er gezwungen wäre einer schlechten, passiven Bruderlade beizutreten. Man darf nämlich diese Dinge nicht auseinanderreißen, sondern muß sie im Zusammenhang lassen. Der § 3 fließt aus dem § 1 und der § 1 wieder aus dem § 3, sie sind innig miteinander verbunden. Das ist die eine Sache.

Es handelt sich noch um eine andere Sache. Wir haben auch eine Reform in folgender Beziehung vorgenommen. Nach der Regierungsvorlage gehen sämtliche Rechte verloren, wenn das Mitglied zum Feind übergelaufen ist oder wenn das Mitglied wegen eines ähnlichen Verbrechens militärgerichtlich verurteilt wurde. Man könnte ja noch darüber reden, ob es überhaupt gerecht ist, einem Mitgliede seine Rechte wegzunehmen. Jedenfalls wäre es aber eine sehr große Ungerechtigkeit, der unglücklichen und unschuldigen Familie ihre Rechte wegzunehmen. Deshalb haben wir diese kleine Reform vorgenommen, die übrigens nicht so bedeutend ist, die Bruderladen finanziell sehr wenig belasten wird, aber doch eine Ungerechtigkeit ausschaltet, daß nämlich in diesem Falle die Familie ihre Rechte nicht verliert.

Ich will noch darauf aufmerksam machen: in Verbindung mit der vorher von mir besprochenen Sache über § 1 und § 3 ist nicht zu vergessen, daß doch in den meisten Bruderladen erst nach dem vollendeten 15. Dienstjahre eine Erhöhung der Provision eintritt. Sehr selten haben wir eine Bruderlade, wo schon mit dem 10. Dienstjahre eine Erhöhung der Provision vorkommt. Die Ansicht nun, daß eine große Überlastung der Bruderladen mit administrativen Arbeiten und eine Unordnung in den Bruderladen dadurch eintreten könnte, daß man den Mitgliedern die freie Wahl überläßt, ist nicht stichhaltig, denn es werden nur sehr selten Fälle vorkommen, daß jemand, der 15 Jahre oder 16, 18, 20 Jahre bereits in einer alten Bruderlade versichert gewesen ist, dann später in eine fremde Grube hinübergeschickt werden wird. Das Hinüberschicken in fremde Gruben trifft am meisten die jüngeren Leute, nicht die alten, diese werden in der fremden Grube auch nicht so bald aufgenommen. Und dann haben wir keine so große Fluktuation der Bergarbeiterschaft zwischen den verschiedenen Revieren zu verzeichnen. Das ist nicht wahr. Wir sehen zwar, daß im Ostrau-Karwiner Revier die Bergarbeiter von einer Grube auf die andere übergehen, aber auch da ist die Fluktuation nicht übergroß. Sie gehen von einer Grube zur anderen, aber in demselben Revier. Von Nordböhmen zu uns nach Mährisch-Ostrau kommen bloß in den seltensten Fällen Arbeiter, so wenige, daß das wirklich nur Ausnahmen sind. Eine größere Partie von Bergarbeitern aus dem Kladnoer Bezirke ist nur einmal nach dem Jahre 1900, nach dem großen Bergarbeiterstreik gekommen, als im Kladnoer Reviere einige hundert Arbeiter entlassen worden sind und als die Bergbauunternehmer, um die ziemlich gute und feste Organisation der Bergarbeiter im Ostrau-Karwiner Revier zu zerstören, absichtlich verschiedene anarchistische Elemente aus der ganzen Welt zusammengezogen und in das Revier hineingeschmuggelt haben, um unsere Organisation auf diese Art zu schädigen und zu zerstören. Es ist ihnen aber nicht gelungen, die Organisation ist geblieben und die anarchistischen Elemente sind weggegangen, wir haben keine mehr. Es kommen Zuzügler, das sind aber frische Arbeitskräfte, die noch bei keiner Grube beschäftigt waren. Das ist aber keine Fluktuation, sondern ein Zuzug von frischen Elementen, so daß man von dieser großen administrativen und sonstigen wirtschaftlichen Gefahr für die Bruderladen nicht sprechen kann, weil das alles nicht zutreffen wird.

Nachdem die ganze Vorlage im Ausschusse einstimmig angenommen wurde, so hoffe ich, daß auch das hohe Haus diese Sache annehmen wird, und ich werde wohl gewiß dem Wunsche des hohen Hauses entsprechen, wenn ich mich möglichst kurz halte.

Ich darf aber hier nicht unterlassen zu erwähnen, daß vorerst die Absicht bestanden hat, den § 8 vollständig umzuändern. Wir waren der Ansicht, daß es notwendig ist, die Organisation der Bruderladen, welche auf dem Prinzipe der Zweidrittelmajorität der Arbeiterschaft im Ausschusse aufgebaut ist, unberührt zu belassen. Wir waren der Meinung, daß es nicht notwendig ist, besondere Kriegsausschüsse zu bilden, welche über die sogenannten Kriegsprovisionen zu entscheiden haben usw. Nachdem aber sowohl die Herren bürgerlichen Vertreter im Ausschusse einstimmig für die von den Arbeitervertretern gestellten Anträge gestimmt als auch die Herren Regierungsvertreter sich sympathisch und unterstützend unseren Anträgen gegenüber verhalten haben, so haben wir ohne weiteres dem Antrage der Regierung zugestimmt, daß man den § 8 nach der Regierungsvorlage beläßt. Wir wissen, daß das die Bergarbeiter nicht sehr oder überhaupt nicht schädigen wird, wir wissen jedoch, daß das eine Sache des Prestiges für die Herren Unternehmer ist und wir wollten ihnen einmal dieses kleine Geschenk, oder besser gesagt, eine Konzession gönnen; diese Konzession machen wir ohne weiteres und ich stehe nicht an, ich habe keinen Grund, es nicht zu sagen, daß ich damit einverstanden bin, und ich bitte das hohe Haus, auch diese Vorlage so anzunehmen, wie sie im Berichte ist. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich schlage vor, die General- und Spezialdebatte über das vorliegende Gesetz zusammenzufassen. Wenn kein Einwand dagegen erhoben wird *(nach einer Pause)*, so werden wir so vorgehen.

Ich erlaube mir ferner den Vorschlag zu machen, die Rededauer in dieser Debatte auf 30 Minuten zu beschränken. Ich ersuche diejenigen Herren, welche dem zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat beschlossen, die Rededauer auf 30 Minuten einzuschränken.

Es haben sich zum Worte gemeldet, und zwar pro die Herren Abgeordneten Aust und Prokes, kontra der Herr Abgeordnete Starck.

Vor allem aber hat sich zum Worte gemeldet Seine Exzellenz der Herr Minister für öffentliche Arbeiten. Ich erteile ihm das Wort.

Minister für öffentliche Arbeiten Ritter v. **Homann:** Hohes Haus! Die Vorschriften, welche ich heute in diesem hohen Hause zu vertreten die Ehre habe, sind sozialfortschrittliche im besten und schönsten Sinne des Wortes. Denn, meine sehr geehrten Herren, wessen Herz und namentlich, wenn es das Herz eines Bergmannes ist, schlägt nicht höher, wenn es gilt, das Los gerade jenes Standes von Arbeitern zu erleichtern, welche, wie ja nicht zu bezweifeln ist, vermöge der Eigenart ihres Berufes unter den schwierigsten Verhältnissen ihre Arbeit verrichten? Ich könnte infolgedessen mich der Notwendigkeit enthoben wähnen, insbesondere das geschichtliche Zustandekommen der Kaiserlichen Verordnung Ihnen, meine sehr verehrten Herren, näher darzulegen. Ich lege aber trotzdem Wert darauf, dies zu tun, einerseits mit Rücksicht auf die Ausführungen des hochgeehrten Herrn Berichterstatters, andrerseits weil ich es als notwendig erachte, hier in Ihrem Kreise auch den Nachweis zu erbringen, daß diese Kaiserliche Verordnung, welche auf Grund des § 14 des Grundgesetzes vom 21. Dezember 1867 erlassen worden ist, so außerordentlich dringende Maßnahmen umfaßt, daß sie eben keinen Aufschub duldete.

Wie bereits der Herr Berichterstatter in seinem Berichte hervorgehoben hat, war bis zur Erlassung der Kaiserlichen Verordnung zur Wahrung der Rechte der Bruderlademitglieder im Falle ihrer militärischen Dienstleistung der § 9 des Bruderladegesetzes vom 28. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 127, maßgebend. Die wichtigste Bestimmung dieses Paragraphen lautet: Wird ein Bruderlademitglied während der militärischen Dienstleistung oder der Beurlaubung invalid, so hat er nur das Recht, seinen Reserveanteil, nicht aber seine Provision zu verlangen. Stirbt das Mitglied während dieser Zeit, so können auch seine Hinterbliebenen lediglich den Reserveanteil, nicht aber ihre Provisionen begehren. Meine Herren! Auf den ersten Blick ergibt sich, daß dieser Paragraph auf Kriegsverhältnisse überhaupt nicht abgestellt gewesen ist, sondern daß er Friedenszeiten im Auge gehabt hat. Es lag daher von vornherein nahe, gleich nach Ausbruch des Krieges nach Maßnahmen zu sinnen, welche geeignet schienen, dieser Unbilligkeit abzuhelfen. Und in der Tat, meine sehr geehrten Herren, hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten bereits unmittelbar nach Kriegsausbruch eine derartige Regelung in Angriff genommen. Wenn ich mich recht erinnere, war es am 18. August 1914, an welchem Tage wir unter Zuziehung von Vertretern der beteiligten Ministerien, insbesondere des Ministeriums des Innern, über diese Frage beraten haben. Wir sind damals zu keinem Ergebnis gekommen, nicht deshalb, weil, wie der Herr Berichterstatter meint, das Finanzministerium und das Ministerium des Innern gegen die in Aussicht genommene Regelung Einwendungen erhoben haben — im Gegenteil, auch diese beiden Ministerien waren von der Überzeugung erfüllt, daß hier Remedur geschaffen werden müsse —, sondern wir kamen zu keinem endgültigen Erfolg aus dem Grunde, weil wir damals — es war ja kurz nach Ausbruch des Krieges — noch nicht über jene Erfahrungen verfügten, welche zur Festsetzung von Maßnahmen, die die Bergarbeiterschaft tatsächlich befriedigen würden, unbedingt notwendig sind. Wir haben infolgedessen die Regelung vertagt, wobei wir uns aber von vornherein darüber klar gewesen sind, daß bei Regelung der ganzen Materie dem betreffenden Gesetze selbstverständlich die rückwirkende Kraft werde zuerkannt werden müssen. Mittlerweile war es möglich, diese Erfahrungen zu sammeln, das Ministerium des Innern hat eine Statistik geführt, mittlerweile sind uns auch die Wünsche der Bergarbeiter in diesem Belange zur Kenntnis gekommen, kurz und gut, es waren die Grundlagen gegeben, welche nunmehr die Fertigstellung eines Gesetzes ermöglicht haben.

Die Forderungen der Bergarbeiter waren ursprünglich auf drei Punkte gerichtet: Sie wünschten einerseits die Befreiung von der Beitragsnachzahlung zur Bruderlade während der Zeit des Krieges, zweitens die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Bruderlademitgliedzeit und endlich die Auszahlung von Provisionen auch in dem Falle, wenn die Invalidität oder der Tod des Mitgliedes infolge des Krieges herbeigeführt worden sind. Nach längeren Beratungen, welche wir sowohl mit den Vertretern der Werksunternehmer als auch mit den Vertretern der Arbeiterschaft geführt haben, ist die Bruderlade-Kriegsverordnung zustande gekommen. Meine Herren! Ich muß hier offen erklären, daß

das Zustandekommen dieser Verordnung zum großen Teile auf das überaus dankenswerte Entgegenkommen der Bergwerksbesitzer zurückzuführen ist, welche ihre Bereitwilligkeit erklärt hatten, die Lasten, welche damit verbunden sind, zu übernehmen. *(Abgeordneter Dr. Leo Winter: Nur einen Teil!)* Bitte, meine Herren, ich konstatiere dies aus dem Grunde, weil ich im Interesse der Aufrechterhaltung oder, sagen wir vielleicht besser, im Interesse einer Besserung der Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern den größten Wert darauf lege, gewisse mißverständliche Auffassungen zu beseitigen, und da ich es auch als meine Pflicht ansehe, hier Hand anzulegen und alles, was zur möglichst raschen und intensiven Herbeiführung dieser Besserung beitragen kann, zu tun.

Wir kamen nunmehr zur Feststellung der Grundzüge, von welchen wir uns bei der Festsetzung der einzelnen Bestimmungen in der Bruderlade-Kriegsverordnung leiten lassen wollten. Diese Grundzüge sind im wesentlichen: die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die statutarische Wartezeit, die Aufrechthaltung der Provisionsanwartschaften ohne Beittragsnachzahlung oder Beitragserhöhung, ferner die Festsetzung von Provisionen im gesetzlichen Mindestausmaße von 200 K für die Invaliden und in den statutarisch festgesetzten Beträgen für die Hinterbliebenen, ferner das Verbot der Anrechnung der militärischen Versorgungsgenüsse auf die Provisionen der Bruderlademitglieder und ihrer Angehörigen, die Überwälzung der Lasten, welche infolge der Bruderlade-Kriegsverordnung in bezug auf den Rentenanspruch erwachsen, auf die Werksunternehmungen und die Rückwirkung der Bruderlade-Kriegsverordnung auf den ersten Tag des Krieges, das ist auf den 24. Juli 1914. Diese Grundzüge stellten ein Kompromiß dar zwischen den Forderungen der Bergarbeiterschaft einerseits und den Forderungen der Werksunternehmungen andrerseits. Es sind ja im Zuge der Verhandlungen, welche wir geführt haben, sowohl von der einen, wie von der anderen Seite noch viel weitergehende Wünsche gestellt worden, welchen wir dadurch die Spitze abzubrechen glaubten, daß wir den Mittelweg gegangen sind.

Die Kaiserliche Verordnung ist in Kraft. Meine sehr geehrten Herren! Ich glaube durch die vorstehenden Mitteilungen die Richtigkeit meiner Ausführungen, die ich eingangs dargelegt habe, bewiesen zu haben, daß es sich hier tatsächlich um sozialfortschrittliche Maßnahmen handelt, welche einen Aufschub nicht erduldeten, und daß daher auch ihre Anordnung auf Grund Kaiserlicher Verordnung gerechtfertigt war. Der sozialpolitische Ausschuß hat nun beschlossen zu beantragen, einerseits die Kaiserliche Verordnung in ein Gesetz umzuwandeln, in dem Sinne, daß nämlich das Gesetz mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates zustandekommen soll, andrerseits einige Bestimmungen zu ändern und auch Ergänzungen an diesem Gesetze vorzunehmen. Die Änderungen und Ergänzungen betreffen insbesondere die §§ 1, 3, 5, 6 und 12.

Meine Herren! Nach meinem Standpunkte, welchen ich Ihnen sowohl heute wie auch zu wiederholten Malen anderwärts dargelegt habe, werden Sie nicht überrascht sein, wenn ich sage, daß ich nicht nur der Umwandlung der Kaiserlichen Verordnung in ein Gesetz der erwähnten Art namens der Regierung die volle Zustimmung erteile, sondern daß ich auch den Beschlüssen des sozialpolitischen Ausschusses in seiner Mehrheit die Zustimmung gebe. *(Bravo! Bravo!)* Es gilt dies insbesondere von jenen Beschlüssen, welche die weitere materielle Besserstellung der Bergarbeiterschaft zum Gegenstande haben, welche insbesondere sich einerseits auf die Einrechnung der Kriegsdienstzeit in die Bruderlademitgliedszeit beziehen, also nicht in die Karenzzeit, ferner welche sich darauf beziehen, daß den Bruderlademitgliedern nicht die gesetzlich festgesetzte Minimalprovision, sondern die in den Bruderladestatuten festgesetzte, somit auch die steigende Provision gewährt werden soll.

Nur gegen zwei Änderungen, welche vom sozialpolitischen Ausschuß auch angenommen wurden, erlaube ich mir, meine Bedenken zu erheben. Diese Bedenken richten sich gegen die Abänderung des § 1, Absatz 3 und 4, ferner auf die Abänderung des § 6. Da möchte ich mir ganz ergebenst auf folgendes aufmerksam zu machen erlauben:

Was den § 1 betrifft, so beruht die Differenz zwischen den Beschlüssen des sozialpolitischen Ausschusses und der Bestimmung der Kaiserlichen Verordnung darauf, daß die Kaiserliche Verordnung die freie Wahl der Bruderlade bei Wiederübertritt des zur Kriegsdienstleistung einberufenen Bruderlademitgliedes zur Bergbauarbeit davon abhängig macht, daß das Bruderlademitglied bei dem Bergbau, bei welchem es vor Ausbruch des Krieges beschäftigt gewesen ist, nicht in der gleichen Kategorie Beschäftigung findet. In diesem Falle sollte das Bruderlademitglied das Recht haben, im Falle des Übertrittes zu einem anderen Bergbau bei der Bruderlade jenes Bergbaues als Mitglied zu verbleiben, bei welchem es früher bedienstet war. Der sozialpolitische Ausschuß wünscht nun, daß die Wahl dem Mitglied überhaupt freigestellt werden soll, das heißt, es soll diese Wahl nicht auf den Fall beschränkt bleiben, in welchem es bei dem früheren Bergbau nicht in der gleichen Kategorie Beschäftigung findet.

Meine Herren! An sich wäre ja der Gedanke nicht abzuweisen, weil die Zuerkennung der freien Bruderladewahl mit dazu beitragen würde,

die Freizügigkeit der Arbeiter zu erhöhen. Wenn ich gleichwohl dagegen Bedenken erhebe, so geschieht es insbesondere aus dem Grunde, weil ich besorge, daß durch eine derartige Wahl die Administration bei den Bruderladen wesentlich erschwert und kompliziert werden würde, weil insbesondere die Arbeiter der verschiedensten Bergbaue dann bei einer und derselben Bruderlade versichert werden müßten, was wieder zur Folge hätte, daß Arbeiter eines und desselben Bergbaues nach verschiedenen Grundsätzen versichert werden würden, was ja erfahrungsgemäß nie gut tut.

Ich fürchte aber weiters auch, daß das Interesse des Bergbauunternehmers an seiner eigenen Bruderlade schwindet und daß insbesondere, wenn wir die vom sozialpolitischen Ausschuß vorgeschlagene Fassung wählen, die kapitalsschwächeren Bruderladen zum Erliegen kommen müßten, denn der Bergarbeiter wird sich ja selbstverständlich immer für jene Bruderlade entscheiden, welche kapitalsstärker ist. Es würden mit einem Wort die kapitalsschwächeren Bruderladen eine stets sinkende Mitgliederzahl aufweisen, während die kapitalsstarken Bruderladen selbstverständlich den größeren Zuzug erhielten.

Meine Herren! Die ganze Sache wäre ja ohne weiteres gelöst, wenn wir heute schon die Bruderladen, wenn schon nicht zu einer Reichsbruderlade, so doch zu Revierbruderladen vereinigt hätten, wie wir es ja nach der Reform der Bruderladen im Auge haben und wie es tatsächlich eintreten wird, wenn die beiden Gebiete, soziale Versicherung und Bruderladewesen, dann in einem werden behandelt werden.

Was den § 6 anbelangt, so richtet sich gegen die beantragte Änderung insofern mein Bedenken, als nach den vom Herrn Berichterstatter gegebenen Erläuterungen die Absicht zu bestehen scheint, zu verhindern, daß das Bruderlademitglied, wenn es seinen Reservebeitrag nach Ablauf der vier Monate bezogen hat, seiner Provisionsansprüche verlustig werden soll. Nun scheint mir allerdings aus dem Kontext der Abänderungen einerseits und dem Kontext der Bestimmungen der Kaiserlichen Verordnung andrerseits nicht hervorzugehen, daß die Absicht des Herrn Berichterstatters unangefochten bleiben könnte, im Gegenteil, es ergibt sich auch bei Annahme der Abänderung des sozialpolitischen Ausschusses aus den Bestimmungen der Kaiserlichen Verordnung, daß nach Auszahlung des Reservebeitrages ein Provisionsanspruch nicht mehr besteht. Es würde also die Abänderung, welche der Herr Berichterstatter vorgeschlagen hat, eigentlich nur dazu führen, die Gesetzeslage zu verwirren und Komplikationen zu schaffen.

Diese Bedenken sind es, welche mich veranlaßt haben, das hohe Haus darauf aufmerksam zu machen, daß es sich empfehlen würde, § 1, Absatz 3 und 4, sowie § 6 mit Ausnahme der im Hinblick auf eine anderwärts vorgenommene Abänderung notwendige Änderung des Absatzes 3 des § 6 in der Fassung der Kaiserlichen Verordnung aufrecht zu halten.

Sie sehen, meine sehr geehrten Herren, die Regierung unterstützt alle Bestrebungen, welche dazu führen sollen, die materielle Lage der Bergarbeiter zu verbessern. Wir tun es nicht nur mit unserem Verstande, wir tun es auch mit unserem Herzen, weil wir davon ausgehen, daß jeder Schritt, welcher zur Verbesserung ihrer materiellen Lage dient, ein Fortschritt ist zur Hebung des kulturellen Niveaus der Bergarbeiter.

Meine sehr geehrten Herren! Seine Majestät der Kaiser hat das Wort gesprochen: Die Bergarbeiter sind Helden der Arbeit, die Bergarbeiter, welche ihre Pflicht unter schwierigen Verhältnissen getan haben, welche ungeachtet aller Mühen und aller Erschwernisse ihre Arbeit unentwegt verrichten.

Ja, meine Herren, sie sind Helden der Arbeit und darum müssen wir auch für sie sorgen. Darum bitte ich Sie, sehr geehrte Herren, geben Sie den Bergarbeitern dasjenige, was dazu dienen soll, ihnen die bange Sorge um ihre Angehörigen zu bannen, wenn sie im Kampfe für das Vaterland fallen sollten, lehnen Sie andrerseits aber auch jene Bestimmungen ab, welche dazu führen könnten, das Gesetz, welches gegenüber der Kaiserlichen Verordnung mehrere wichtigere Verbesserungen enthält, irgendwie zu erschweren. Damit, meine sehr geehrten Herren, schließe ich. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Der Minister wird beglückwünscht.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Aust.

Abgeordneter **Aust**: Slavná sněmovno! Slyšeli jste řeč pana ministra veřejných prací. Prohlašuje zde a žádá, aby sněmovna hlasovala pro zákon, o nějž se dnes jedná. Praví, že Jeho Veličenstvo sám prohlásil horníky za hrdiny práce, a že vláda sama snažiti se bude všemi prostředky pracovati, aby život horníka, život nejdůležitějšího pracovníka byl zlepšen a existence jeho zajištěna — slova krásná, slova, kterým by bylo možno věřiti, kdyby skutečnost nevypadala jinak.

Ti „hrdinové práce“ nevypadají jako hrdinové, ale jako žebráci a trhani *(Souhlas)*, vyhladovělí, sedření a zničení. *(Poslanec Prokeš: Pod holí kaprála jako arestanti!)* Ano, přijdu k tomuto kaprálu!

Zákon, jenž se projednává, nepodrobím specielnímu rozboru. Chci jenom s tohoto místa opakovati výkřik bolesti, onen výkřik zoufalství,

jenž slyšeti je každodenně v hornickém revíru naší pánve kladenskoslánské.

Hospodářský a sociální stav hornictva, dříve již převahou kapitálové a organisační moci majitelů uhelných dolů v Rakousku velmi nepříznivý, během války utvářil se tak, že holá jeho existence úplně jest ohrožena. Ochranná a zákonodárná opatření hornictva vlivem mimořádných poměrů válečných byla zhoršena. Výdělečná schopnost hornictva permanentním nedostatkem nejnutnějších životních potřeb a k panující úrahotě — velmi nízkou mzdou — snížena tak považlivě, že jest nebezpečím pro celou společnost, pro její průmysl a sociální život.

Za tohoto stavu byla také všeobecně materiální, duševní a morální bída velmi zvýšena a jest zase jen v zájmu celého státu, aby rozsáhlá záchranná akce ve prospěch hornictva byla ihned zahájena.

Ne však zmilitarisováním hornictva, krutým trestáním vojenskými správci dolů, bezdůvodně a různými šikany tato náprava se provede.

Jestliže majitelé dolů v době předválečné snažili se odmítati každýkoli požadavek horníků za zlepšeníje jich situace, v době nynější války, v době těžkého postavení dnešního počínají si tím krutěji, tím bezuzdněji.

Velectění pánové! Vojenská správa u nás na Kladně nezjednala si úcty a važnosti a bylo by dobře, kdyby pan ministr zeměbrany byl zde přítomen, aby jemu přímo tváří v tvář mohlo se říci, jakého to muže postavil jako správce vojenského na Kladno, do jaké zodpovědnosti ho postavil a co tento muž tam činí. Trest za trestem stíhá dělníka, který u své nemocné ženy musí chvíli prodlíti, poněvadž tato nemá nikoho, kdo by jí ošetřil. Přijde-li proto dělník do práce o nějakou hodinu později, diktuje se mu trest, chce-li říci, že byl u nemocné ženy, dostane dvakráte tolik, otevře-li ústa a ohradí se proti tomu, dostane trojnásobný trest. Dělnictvo nemůže se brániti a ochrany nedostane se mu v žádném případě, poněvadž plukovník sám, jménem František Hložek, je člověkem, úplně bez mravní zodpovědnosti.

V této věci podána byla již interpellace. Tento člověk jest nejméně na svém místě a musí býti odstraněn, má-li býti zachován klid v horním revíru kladenském *(Výkřiky.)* Ku karakteristice tohoto pána poukazuji na toto: Dům, ve kterém bydlí, jest majetkem Poldiny huti *(Slyšte!)* a jest bez činžovní daně proto, poněvadž nájemník neplatí nájemného! Tento pán však béře „Quartiergeld" jako štábní důstojník *(Slyšte!)* a pro příplatek obce chodí sám dát si potvrditi kvitance u městského úřadu, ale činže ovšem neplatí *(Slyšte! — Veselost.)* Od ledna 1915 se stravuje ve „Werkshotelu", v závodním hostinci, kde vedle stravy a pití — k němuž je silně nachýlen, při čemž hodně spotřebuje — dostává i kuřivo zdarma, takže již i personál hotelu se mu směje. Jest to vskutku znedůstojnění a znehodnocení jeho postavení *(Výkřiky.)*. Tato bytost je všemohoucím pánem na celém Kladensku. Tomuto člověku dány jsou na pospas desetitisíce rodin hornického a hutnického lidu. Jaký to má význam pro vojenskou správu, jak se dělnictvo dívá na takovouto vojenskou správu a co očekává od takovéto správy, na to dá možná dělnictvo v nejkratší době odpověď.

Vedle toho chci však poukázati také na vlastní jednání správ různých závodů. Od 1. ledna 1917 vešlo u nás v platnost ustanovení občanského zákona § 1154 b. Hornictvo i hutníci nemohou se však dovolati náhrady, hornictvu upírá se náhrada s poukazem, že jest to využívání zákona, že je to lenošení atd. A prosím, ministr veřejných prací sám prohlásil, že tento nárok hornictva jest oprávněn, ale teprve cestou soudní lze náhrady docíliti. Tu bych radil panu ministru veřejných prací, aby z moci svého úřadu nařídil, že pro horníky i hutníky platí ustanovení občanského zákona čís. 1154 b, aby šikany v tomto směru byly znemožněny.

Hornictvo ví však, že jako odbor je nejvýše důležitým činitelem. Ono také ví, že rozvoj průmyslu, celkový sociální život a vůbec kultura lidstva — jak zde sám pan ministr veřejných prací prohlásil — jest závislá na zabezpečení klidného rozvoje hornického lidu. Dnes volá hornický lid nejenom: „Chléb a mír", ale volá také „světlo a vzduch", poněvadž není hroznějšího postavení, není, abych tak řekl, nižšího, otročtějšího odboru práce jako hornictvo. Proto prosím slavnou sněmovnu a zejména sociálně politický výbor, aby v příští době vzal na se úkol, co možno nejvíce působiti, aby hornictvu dostalo se zlepšení jeho hospodářského postavení, aby dostalo se mu zlepšení mzdy a pracovních poměrů. A tu mám na mysli, aby zejména osmihodinová pracovní doba pro horníky byla co nejdříve zákonem zavedena. *(Poslanec Vaněk: Měla býti zavedena již dávno!)* Ano, dnes již i v Rusku zavedli osmihodinovou pracovní dobu pro všechno dělnictvo; také v Americe staví dělnictvo požadavek osmihodinné doby pracovní. O tomto požadavku musí se jednati na kongresu mírovém, mírové postuláty dělnictva mohou v sobě obsahovati jen stanovení osmihodinné pracovní doby. Mám tedy za to, že v tomto státě bude uznána ona povinnost k hornickému lidu *(Od-*

*por)* a bude pracováno co nejvíce a nejrychleji, aby osmihodinná pracovní doba stala se zákonem.

Dále projevuji jenom přání hornického lidu, když dožaduji se s tohoto místa, aby nevyhovující horní zákon z roku 1854, který vyžaduje úplného přepracování ve smyslu moderním a v souhlase se zájmy hornického odboru, byl v tomto smyslu změněn.

Dále jeví se potřeba dokonalého specielního zákonodárství na ochranu života horníků v dolech. Tato potřeba sociálního zákonodárství nesmí býti jen uznávána, ale musí býti i provedena.

Současně důležito jest, aby báňská inspekce byla prováděna prostřednictvím nezávislých, hornictvem volených důvěrníků.

Další požadavek je, aby zlepšeny byly poměry pracovní, upraveny mzdy a přivoděn snesitelnější život horníků. Doly musí býti vzaty z rukou soukromého kapitalismu, *(Výkřik: Vydřiduchů!)* ano, soukromých vlastníků a aby doly vůbec buďto byly sestátněny nebo sezemštěny. *(Výkřiky.)* Budoucnost ukáže, co v této věci bude lepší.

Nechci věřiti, že by Rakousko zůstalo starým, copatým Rakouskem; mám naději, že z Rakouska stane se moderní stát, *(Odpor. — Veselost.)* kde velké sociální úkoly ve smyslu moderních idejí mohou býti uplatněny. *(Poslanec Vaněk: Nikdy!)* Pánové, moje naděje opírá se o prohlášení vládní, o prohlášení pana ministra veřejných prací, *(Výkřiky.)* kterému, jak jsem v úvodu své řeči řekl, můžeme snad věřiti.

Další požadavek horníků týče se nemocenského, úrazového a invalidního pojišťování, které má a musí býti jednotné pro dělnictvo všech odborů, aby se zabránilo zjevům, které nynější zákon hledí aspoň částečně odstraniti. Hornictvo nesmí býti podrobeno mimořádným zákonům, ono musí požívati téže ochrany a pomoci, jaké vyžaduje dělnictvo ostatních odborů.

Nejdůležitějším však pro tuto chvíli bych považoval ustanovení, které by zajistilo minimální mzdu horníků, jak jest tomu v Anglii. Není zbědovanějšího a méně placeného dělníka nad horníka, ačkoli práce jeho je nejdůležitější a nejvýznačnější. *(Výkřiky.)* Zde nutno v každém směru pracovati k tomu, aby postavení horníkovo bylo zlepšeno.

Končím slovy, která zde pronesl sám pan ministr: Vším, co učiníte ve prospěch hornictva, co učiníte k zlepšení jeho poměrů pracovních a k zlepšení jeho existence, zajišťujete sociální rozvoj, sociální život vůbec, život průmyslový a stavíte lepší, vyšší, ušlechtilejší kulturu. *(Výborně! — Potlesk. — Řečníku se blahopřeje.)*

**Präsident:** Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Starck das Wort.

Abgeordneter **Starck:** Hohes Haus! Selbstverständlich werde ich für die Anträge des Ausschusses stimmen. Ich habe mich aber kontra eintragen lassen, weil ich in der Hauptsache namens der deutschen freisozialen Bergarbeiter gegen die Bruderladen überhaupt bin. Aber wir haben mit den Zeitverhältnissen der Gegenwart zu rechnen und für den Übergang in eine Zeit zu sorgen, wo andere Zustände Platz greifen, daher müssen wir uns mit diesem zu schaffenden Gesetze einverstanden erklären, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es wenigstens eine teilweise Abhilfe sein soll gegen das Unrecht, das man an den Familien der eingerückten Bergarbeiter begangen hat. Es sind kaum einige Wochen nach dem 27. Juli 1914, nach diesem denkwürdigen Tage der Weltgeschichte verflossen, als die Bergarbeiterfamilien weinend in die Rechtschutzbureaus kamen und dort erklärten, daß sie keinen Unterhaltsbeitrag bekommen, aus dem einfachen Grunde, weil sie Bruderladenpensionen haben.

Dagegen haben die Bruderladenverwaltungen die Pensionen, die monatlich 8 K betragen, eingestellt, mit dem Hinweise darauf, daß die Familien einen Unterhaltsbeitrag hatten, also ein und dieselbe Familie auf zwei Seiten etwas bekäme, sowohl von der Unterhaltsbezirkskommission wie von der Bruderlade; daß in im Elbogener und Falkenauer Bezirke geschehen, aber auch anderswo. Auf diese Art wird den Leuten das Leben unmöglich gemacht.

Es dauerte monatelang, bevor wir den Kampf mit den Herren des Ministeriums des Innern und des Ministerratspräsidiums durchgeführt haben, daß endlich die betreffenden Parteien den Unterhaltsbeitrag bekamen. Die Pension wurde ihnen selbstverständlich entzogen, weil die eingerückten Bergarbeiter die Zeit versäumt haben und dieselbe versäumen mußten und weil sie auch nicht einmal davon wußten, daß sie die Schiedsgerichtsklage zu ergreifen in der Lage wären; diese Leute haben heute noch ein trauriges Los. Dann kam jener Zustand, der heute noch zu denken gibt und der sich noch fortsetzt, trotz der Kaiserlichen Verordnung, die damals zum Schutze der Bergarbeiter erlassen worden ist.

Das war am 15. September 1916. Und heute, wo wir daran schreiten, ein neues Gesetz auf Grund dieser Kaiserlichen Verordnung herbeizuführen, finden wir noch immer dieselben Zustände bei den Bergarbeitern, daß nämlich den eingerückten Bergarbeitern, die nicht enthoben werden, trotz aller Urgenzen, trotz der Mithilfe des Ministeriums für öffentliche Arbeiten nicht wieder in ihre Arbeit zum Bergbau

als Kohlenhäuer usw. zurückkehren und die für ein halbes Jahr provisioniert sind, diese Provision genommen wird. Sie kennen sich keiner ärztlichen Untersuchung unterziehen, weil sie sich irgendwo im Kriegshilfsdienst befinden.

So kommt ihre Familie um ihre Ansprüche an die Bruderlade, um die Provisionen, die die jämmerliche Summe, die bereits genannt wurde, von zirka 8 K monatlich oder 200 K jährlich betragen. Aber auch heute noch entscheiden die betreffenden Beamten — die Unterhaltsbezirkskommissionen kommen gar nicht dazu, solche Dinge zu entscheiden — bei Bergarbeitern dahingehend, daß, nachdem der Ehemann oder die Familie eine Provision von 8 K monatlich oder eine freiwillige Rente von seiten des Bergwerksbesitzers von jährlich 100 K bezieht, infolgedessen der Unterhaltsbeitrag niedriger zu bemessen sei.

Einem Bergarbeiter, dessen Namen ich hier nennen kann, einem gewissen Hojer aus Pürgles bei Gossengrün, wurde in demselben Moment die Pension, die Unfallsrente und auch die übrigen Ansprüche genommen, als er eingerückt ist. Der Beamte erklärte aber, er habe eine Pension und eine Unfallsrente und daher keinen Anspruch auf den Unterhaltsbeitrag, und zwar seit dem Juli 1917. Als vorige Woche das Weib dieses Bergarbeiters weinend in der Kanzlei erschien und erklärte, daß sie keine Pension, keine Bruderladenprovision bekomme, auch keine Unfallsrente mehr, antwortete ihr der dortige Beamte namens Plodek: „So hängts Euch auf!" Zu anderen drei Bergarbeiterfrauen, die ihm ebenfalls ihr Leid klagten, antworte er: „Nun, so macht nicht so viel Kinder!" Was nutzt uns denn eine Kaiserliche Verordnung, was nutzt uns denn eine neue Gesetzgebung, wenn der Geist, der in Österreich in die Armut seine Krallen schlägt, kein andrer wird! Der Geist muß ein andrer werden, die Seele der Menschheit muß anders werden, wenn auch hier ein andrer Geist Platz greifen soll.

Es ist nicht ganz so, wie der Herr Berichterstatter meint, wenn er sagt, es sei ihm gelungen, die anarchistischen Elemente unmöglich zu machen. Wer schafft diese anarchistischen Elemente? Die Sozialdemokratie selbst und jeder Unzufriedene, wenn er auch nicht Anarchist ist, wird als Anarchist bei den Behörden denunziert, damit sie weiter in ihrer Glückseligkeit schwimmen können. Wer war es auch, der in diesem Geist der Unterdrückung gegen die Arbeiterschaft vorging, als die Vertretung der großen gewerkschaftlichen Organisationen, die kaum als der Krieg ausgebrochen war, bei dem damaligen Minister des Innern erschienen sind und verlangt haben, daß das Krankengeld nicht mehr in diesem Maßstab gegeben werden soll und daß die leichten Kranken ausgeschieden werden sollen. Und tatsächlich ist es der Parteiführung und den Gewerkschaften gelungen, zu erreichen, daß ein Erlaß des Ministeriums an alle Krankenkassen, auch an die sozialdemokratischen, hinausgegangen ist, der die Ärzte angewiesen hat, daß diese Kranken kein Krankengeld bekommen, selbst wenn es mitunter ein Schwererkrankter war. Es ist in Wildstein ein Genosse von Ihnen gestorben, der kein Krankengeld bekommen konnte und seine Familie leidet heute noch darunter. Wenn man sich dann beschwert und solche Mitglieder zu dem Arzt geführt hat, so hat mancher Arzt hohnlächelnd auf diesen Erlaß des Ministeriums des Innern hingewiesen und hat gesagt: da gibt es kein Krankengeld! So schaut in Wirklichkeit die soziale Arbeiterfürsorge der Sozialdemokratie aus, die sich immer brüstet, daß sie das Bessere als alle, als die Regierung selbst will. Wiederholt mußten wir die Regierung, beziehungsweise die Bezirkshauptmannschaften oder andere zum Schutze für die Arbeiter, zum Schutz gegen die Sozialdemokraten, gegen den Mißbrauch der sozialdemokratischen Kassenverwaltung und gegen dieses System anrufen. Dieses fluchwürdige System mordet auch jede Arbeiterschutzgesetzgebung, dieser Geist ist es, der in Österreich verheerend unter der Arbeiterschaft wirkt. Es muß endlich gesagt werden, daß es nicht weiter angeht, hier diese Schwindelsozialpolitik aufzuführen, wie sie bis heute gang und gäbe ist. Daher ist der Zustand unter den Bergarbeitern Österreichs folgender: Sie sagen sich: Heute ist es nicht anders. Aber sie wollen die Abschaffung der Bruderladen überhaupt. Wenn Sie heute für eine Reichszentral-Bruderlade sind, so sind sie es nur deshalb, weil Sie damit rechnen, daß Sie da wieder so viele Beamte unterbringen können, so viele Revisoren und Kontrollore aus den Reihen Ihrer Parteigenossen anstellen können, damit sie dann ihren eigenen Parteigenossen durch Denunziation, wie das oft vorkommt, das Krankenkassengeld wieder nehmen können. Die Bergarbeiter Österreichs wollen in ihrem Innern die Abschaffung der Bruderladen; wir haben dies auch schon wiederholt bekundet und ich möchte an die hohe Regierung den Appell richten, sich endlich einmal, wenn ein siegreicher oder wenn der Friede überhaupt kommt, mit diesem Thema zu beschäftigen. Die Abschaffung der Bruderladen wollen wir deshalb, weil wir aus dieser doppelten Zwangsjacke heraus wollen. Wir wollen vor allem aus der Zwangsjacke der Unterdrückung seitens der Arbeitgeber heraus, denn es steht fest, so lange das brutale Recht der Kündigung und der sofortigen Entlassung besteht, so lange kann von Arbeiterschutz überhaupt nicht gesprochen werden. Solange die Unternehmerschaft Österreichs es nicht versteht, durch Teilnahme der Bergarbeiterschaft am Jahresgewinne den Bergarbeiter arbeitsfreudig zu machen, so lange sie sich den Zielen der Bodenreform nicht nähert, so lange

wird sie nicht damit rechnen können, daß die Arbeiter seßhaft werden. So lange das nicht der Fall ist, werden die Bergarbeiter nicht aufhören, Ausbeutungsobjekte der Sozialdemokratie und der gewaltigen Grubenbesitzer zu sein, die ihre Millionen zusammenraffen, wenn sie auch zum Scheine einmal für die sogenannte Wohltätigkeit einige Tausende, und sei es eine Million für Kriegsfürsorgezwecke springen lassen, während sie mit Hilfe der Sozialdemokratie die österreichischen Bergarbeiter ausplündern und ausrauben können.

Daher sind wir der Anschauung, daß es eine Notwendigkeit ist, die Abschaffung der Bruderladen herbeizuführen, sowie die Einbeziehung der Bergarbeiter Österreichs in die allgemeine Alters- und Invalidenversorgung, wie sie unter dem Namen „Sozialversicherung Österreichs" bekannt ist. Wir gehen noch weiter. Wir wollen, daß alle die Opfer des Krieges, auch die Invaliden und Waisen der Krieger in eine einzige, ganz Österreich umfassende Versicherung einbezogen werden sollen, zu der auch wir, die Bergarbeiter, gehören wollen, damit wir nicht das Ausbeutungsobjekt einer Parteimaschinerie bleiben, wie dies auch dann der Fall ist, wenn große Bruderladen oder, sagen wir, eine Zentralbruderlade für ganz Österreich geschaffen wird. Nein, nein, die Bergarbeiter leiden schon seit Jahrzehnten, ja seit Jahrhunderten fast unter dem System der Bruderladen, denn so lange sie bestehen, sind die Bergarbeiter ein Ausbeutungsobjekt für die jeweiligen Ausnützer der menschlichen Arbeitskraft. Bei jedem Anlaß, auch wenn sie ihr gesetzliches Recht fordern, wird ihnen mit der Entlassung, mit der Kündigung gedroht und aus Furcht, daß sie ihre Rente verlieren könnten, daß sie die Bruderlade verlieren könnten, müssen sie sich schweigend in ihr Schicksal ergeben. Unter den Bergarbeitern sind es besonders die Grubenhäuer, die diesem Zustand ausgeliefert sind. Gehören wir der allgemeinen Sozialversicherung an, sind wir von den Fesseln der Bruderlade befreit, dann sind wir freie Arbeiter, dann brauchen wir nicht einmal große Streiks, weil wir das Recht haben, die Arbeit dort zu suchen und zu nehmen, wo es uns gefällt, wo die Arbeit bezahlt wird.

Es ist dann ein Stück Koalitionsfreiheit, eine wirkliche Arbeiterfreiheit geschaffen, der Bergarbeiter ist nicht gezwungen, in der Grube zu bleiben, wenn er anderswo eine besser bezahlte Arbeit bekommen kann. Ob er heute in Triest als Schiffsarbeiter arbeitet oder in eine Fabrik geht, ob er in Wien arbeitet oder in welcher Arbeit immer im ganzen Reiche, es bleiben ihm seine Rechte gesichert, wenn diese allgemeine Sozialversicherung in einem solchen Sinne geschaffen wird. Als Bruderlademitglied dagegen muß er Bergmann bleiben, muß er ein Sklave sein, über dem die Peitsche mit der Drohung, daß ihm die Bruderladenrente geraubt wird, über dem die Peitsche der Kündigung, der Entlassung und der ungerechten Behandlung immerfort geschwungen wird. Unter solchen Umständen schaffen Sie nicht jene Arbeiterfertigkeit, die notwendig ist, sondern einen steten Groll, der jedoch von Zeit zu Zeit trotz aller Unterdrückungsbestrebungen zum Ausdrucke kommen muß.

Ich will mich damit nicht weiter beschäftigen, sondern nur darauf hinweisen, daß es eine Schmach ist, wenn alle Bergarbeiter, wenn sie nicht arbeiten können, mit einer halbjährigen Provisionsdauer bedacht sind. Nach einem halben Jahre versucht man ihnen zu sagen, daß sie wieder arbeitsfähig sind und wenn sie als arbeitsfähig erklärt werden, werden sie mit 50 und 55 Jahren in die Bruderlade nicht mehr aufgenommen oder man beschäftigt sie ein bis drei Wochen, worauf sie dann aus irgendeinem nichtigen Grunde abermals entlassen werden, so daß sie dann keine Provision mehr bekommen, weil sie nicht als Kranke entlassen wurden, sondern weil sie so entlassen wurden. Das ist ein fluchwürdiges System, das nur möglich ist, weil der Geist der Korporation darnach ist und weil die Ärzte Sklaven der jeweiligen Vorstandssitzungen und Parteimachthaber sind, mögen sie diesen oder jenen Namen führen. Deshalb können die Bruderladenärzte nicht nach ihrem freien Gewissen entscheiden, sondern müssen so entscheiden, wie es im Interesse der Kasse, im Interesse der Medikamentenerhöhung für die Apotheker und der Gehaltserhöhung für die Ärzte gelegen ist. Die Bergarbeiter müssen verbluten und zugrundegehen. Niemand kümmert sich um die Reform der Bruderladegesetzgebung. Aber immerhin muß ich sagen, ist ein Trost darin zu suchen, daß dies in Zukunft aufhören soll, weshalb ich wünschen möchte, daß das Herrenhaus keine Hindernisse bereitet, daß ein Teil von dem heute gutgemacht wird, was durch die Kriegsjahre an den Bergarbeiterfamilien verbrochen worden ist.

Darum wiederhole ich kurz, weil meine Zeit bereits abläuft, daß wir uns mit der Änderung des Ausschußberichtes einverstanden erklären, daß wir das als eine kleine Konzession für die Bergarbeiter betrachten, damit ihnen über die Kriegsdauer hinweggeholfen und das Unrecht gegenüber den verschiedenen Bergarbeitern, die darunter leiden müssen, gutgemacht wird. Aber ich möchte Sie, meine Herren, darauf aufmerksam machen, daß Sie eine falsche Rechnung aufstellen, wenn Sie glauben, daß Sie für die spätere Zukunft die Bergarbeiter damit abfinden können, daß Sie ihnen eine reformierte Bruderladevereinigung oder eine Reichszentrale-Bruderlade für Österreich schaffen wollen. Es ist nicht wahr, Sie lügen die Öffentlichkeit und die

Regierung bewußt an, wenn Sie sagen, daß die Bergarbeiter derartige Bruderladekassen haben wollen.

Nein, sie wollen die Abschaffung der Bruderladen, sie wollen, daß sie diejenige Bewegungsfreiheit bekommen, die jeder Taglöhner besitzt, der hingehen kann, wo er will, und es kann dies dadurch geschaffen werden, daß sie einer allgemeinen Invaliden- und Waisenversicherung unterstellt werden. Ja ich gehe noch weiter, daß auch in Zukunft im Zusammenhange damit die Versicherung unserer Kriegsinvaliden verbunden wird.

Zum Schlusse glaube ich noch auf einiges hinweisen zu müssen. Man hat die Bergarbeiter jetzt zum großen Teile militarisiert. Zum Teile — ich muß das sagen, um nicht mißverstanden zu werden — finde ich es gerechtfertigt aus dem Grunde, weil die Bergwerksbesitzer jeden enthobenen Bergarbeiter, wenn er nach Hause gekommen ist, sofort wieder mit Assistenz wegschicken ließen und sagten, daß sie ihn nicht aufnehmen. Viele Bergarbeiter haben gesagt: es wäre am besten, wir würden militärisch kommandiert, dann könnten uns die Bergwerksbesitzer oder die Beamten nicht so entlassen wie bisher. Aber leider scheint die Militarisierung der Bergarbeiter nur dahin zu führen, daß sie willige Werkzeuge bleiben und zu niedrigen, erbärmlichen Löhnen weiter leben sollen, wobei selbstverständlich infolge der ungenügenden Lebensmittelversorgung die Familien und Kinder der Bergarbeiter elend zugrunde gehen müssen.

Es ist hoch an der Zeit, hier endlich eine ehrliche und wirkliche Reform herbeizuführen, welche die wahre Freiheit — von Freiheit kann man ja eigentlich heute in der Welt nicht mehr reden — aber wenigstens die Existenzmöglichkeit für die Bergarbeiter schafft. An die Herren Unternehmer kann man von dieser Seite nur den Appell richten, sie mögen nicht hoffen, daß die Bergarbeiter durch die Bruderladen ewig ein Ausbeutungsobjekt bleiben werden. Nach Schluß des Weltkrieges werden ganz andere Arbeitsmöglichkeiten Platz greifen und Sie können eine Massenauswanderung der geschulten Bergarbeiter erleben, wenn nicht die Arbeiterfürsorge jenen Weg weist, der dem Bergarbeiter in Österreich die Möglichkeit gibt, zu sagen: hier habe ich mein Auskommen und eine gewisse Freiheit, wie sie einem Staatsbürger gebührt, hier kann ich bleiben. Wenn das nicht geschieht, wenn Sie glauben, durch die Fesseln einer engherzigen und erbärmlichen Bruderladengesetzgebung den Bergarbeiter halten zu können, dann irren Sie sich. Dann sind Streiks nicht mehr notwendig, sondern die Bergarbeiter werden auswandern und Sie können sich dann Ihre Arbeiter suchen, wo Sie wollen.

**Präsident:** Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete **Prokeš**; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter **Prokeš:** Velectění pánové! Vřelá slova, která zde pronesl Jeho Excellence ministr veřejných prací Homann pro moderní požadavky horníků, dotkla se nás všech jistě blaživě. Kdo zná ministra Homanna, toho slova jeho nepřekvapila. Jest to beze vší pochybnosti jediný ministr rakouských vlád, který má opravdu smysl pro moderní požadavky dělnictva. *(Souhlas.)* Nevím, zda mu slova moje prospějí: také nemám v úmyslu mu podkuřovati, ale pokládám za svoji povinnost, s tohoto místa pronésti jménem horníků dík za jeho pochopení vůči moderním požadavkům a účinnou pomoc, kdykoliv se jedná o dobro horníků. Bohužel jeho vliv nesahá tak daleko, aby lámal demonický vliv, který se strany zástupců kapitálu proti těmto moderním snahám se projevuje, a který beze vší pochybnosti mezi ostatními jeho kolegy nalézá dosti ohlasu. *(Tak jest!)*

Hohes Haus! Als Vertreter des mährischen Teiles des Ostrauer Kohlengebietes erachte ich es für meine Pflicht, auf gewisse Verhältnisse hinzuweisen, die eine öffentliche Erwähnung verdienen. Durch den Beschluß des Hauses über den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses, betreffend die Sicherstellung der Rechte der Mitglieder der Bruderladen, wird nur ein unbedeutender Teil des Schadens gutgemacht, welchen der Krieg den Bergarbeitern zugefügt hat. Diese kleine sozialpolitische Reform entschädigt bei weitem nicht für alle Nachteile, die die Bergarbeiterschaft im Kriege erlitten hat. Ich sehe hier ganz ab von den furchtbaren Entbehrungen und dem Hunger, welchem die Bergarbeiter infolge mangels an Lebensmitteln heute ausgesetzt sind. Die Unterstellung der Bergarbeiter unter das militärische Kommando ist das fürchterlichste Unrecht, das an ihnen begangen werden konnte. Dadurch gelangten sie vollends unter die Knute des Kapitalismus und wurden ihrer Freiheit und der Möglichkeit beraubt, ihre Ansprüche mit Hilfe der Organisationen zur Geltung zu bringen.

Wie die Kohlenbarone in der Kriegszeit mit den Bergarbeitern umgehen, beweisen die nachstehenden Tatsachen:

Die Praktiken der Grubenbarone werden nunmehr geradezu zu einer öffentlichen Gefahr. Es wird allgemein von den höchsten amtlichen Stellen anerkannt, daß die Bergarbeiterschaft trotz aller Entbehrungen und trotz der ihr auferlegten Überarbeit alle Pflichten gegen die Öffentlichkeit erfüllt. Die Grubenbarone scheinen es jedoch darauf angelegt zu haben, die Arbeiterschaft aufs Äußerste zu reizen. Man könnte fast zu der Überzeugung gelangen, daß die Grubenbarone ein Interesse daran haben, daß durch Arbeitseinstellung die Förderung sinkt. Haben doch bekanntlich einige Grubenbetriebe ältere Schlüsse zu billigeren Preisen.

unter welchen die Schlüsse mit den Staatsbahnen an erster Stelle stehen.

Bei dieser Sachlage werden die Stimmen immer lauter, daß die Grubenbarone an einer Drosselung der Förderung ein hervorragendes Interesse haben. Ohne dieses Motiv wäre es ja unerklärlich, warum die Grubenbesitzer besonders in der letzten Zeit alles daran setzen, um die schwerste und tiefgehendste Mißstimmung unter der Bergarbeiterschaft hervorzurufen. Es waren zwei besonders wichtige, die Lebensinteressen der Arbeiterschaft berührende Angelegenheiten, in welchen die Grubenbesitzer mit der perfidesten Brutalität auftraten.

Die Bergarbeiterschaft kämpft seit dem 1. Jänner 1917 um die Anwendung der Bestimmung des § 1154 b a. b. G. B. auf das Arbeitsverhältnis der Bergarbeiter. Von den Grubensitzern wurden alle möglichen Kniffe angewendet, um die Bergarbeiterschaft um ihr Recht zu betrügen. Vor allem handelte es sich darum, eine Entscheidung der Beschwerdekommission zu verhindern. Die Rechnung der Grubenbarone war dabei eine durchaus gute. Sie sagten sich: selbst wenn alle Bezirksgerichte den Bergarbeitern die auf Grund des § 1154 b geltend gemachten Ansprüche zuerkennen, so werden höchstens 10 Prozent der Gesamtheit der Anspruchsberechtigten die Klage bei den ordentlichen Gerichten erheben, weil die Prozeßführung bei den ordentlichen Gerichten eine schwierigere ist und im allgemeinen ein rechtsfreundlicher Beistand nicht umgangen werden kann. Die Beschwerdekommission in Mährisch Ostrau ist den Grubenbesitzern bei dieser Kalkulation zu Hilfe gekommen, indem sie sich zur Entscheidung für unzuständig erklärte.

Nunmehr hat die Direktion der Beschwerdekommissionen über Einschreiten der Gruppe II der Steinkohlenbergbaugenossenschaft nach gepflogenem Einvernehmen mit dem k. k. Ministerium für öffentliche Arbeiten und mit dem k. k. Justizministerium am 3. November 1917 die Entscheidung gefällt, daß die Beschwerdekommissionen zur Entscheidung über Begehren, die auf Grund des § 1154 b gegen Bergwerksbetriebe erhoben werden, zuständig sind und daß dieser Paragraph auch für Bergwerksbetriebe gültig ist. Mit Rücksicht auf diese Entscheidung der Direktion der Beschwerdekommissionen wurden nunmehr mehrere Klagen bei der Beschwerdekommission in Mährisch-Ostrau eingebracht.

Die Grubenbarone sehen nun ein, daß sie trotz aller ihrer Helfershelfer der Erfüllung der ihnen durch das Gesetz auferlegten Pflichten gegen die Arbeiterschaft nicht werden ausweichen können und greifen zu einem Mittel, welches so niedrig und gemein ist, daß es nicht einmal einem Grubenbaron zuzutrauen war: die Grubenbarone machen einfach die Beschwerdekommission durch Abstinenz beschlußunfähig. (*Hört! Hört!*) Am Freitag, den 23. November, sollte der Berginspektor der Gräflich Wilczekschen Steinkohlengruben Dekanowsky als Vertreter der Arbeitgeber bei einer Verhandlung der Beschwerdekommission über ein nach § 1154 b gestelltes Begehren fungieren. Er redete sich zunächst auf dienstliche Verhinderung und schließlich auf Krankheit aus. Die Verhandlung wurde von dem Herrn Vorsitzenden der Beschwerdekommission in entgegenkommendster Weise auf den 24. November nachmittags angesetzt.

Herr Bergdirektor Mittag der Ostrau-Karwiner Montangesellschaft, welcher als Arbeitgeberbeisitzer geladen wurde, sagte sein Erscheinen bestimmt zu. Als die Kommission bereits versammelt war, langte die telephonische Nachricht ein, Herr Bergdirektor Mittag sei, unbekannt wohin, abgereist. Der Herr Vorsitzende der Beschwerdekommission vertagte nun in der Erkenntnis der Dringlichkeit der Angelegenheit die Verhandlung auf Montag, den 26. November. Herr Bergdirektor Lendl der Guttmannschen Gruben Orlau-Lazy und Poremba sagte sein Erscheinen mit Bestimmtheit zu. Am Montag vormittags langte die telephonische Nachricht ein, Herr Bergdirektor Lendl sei krankheitshalber am Erscheinen verhindert. Am Dienstag, den 27. November, sollte eine zweite Verhandlung in derselben Angelegenheit stattfinden, bei welcher der Bergdirektor der Nordbahngruben Bergrat Pospisil als Arbeitgeberbeisitzer fungieren sollte. Am 26. d. M. nachmittags entschuldigte er sein Fernbleiben von der Sitzung mit einer dringlichen beruflichen Reise. Die Grubenbarone müssen wahrlich von ihrer Macht überzeugt sein, daß sie sich eine derartige Mißachtung des Gesetzes erlauben. Es dürfte ihnen wohl der Kamm geschwollen sein, weil die Herren Regierungsvertreter beim Industriellentag alle die Anwürfe gegen die Beschwerdekommissionen und gegen die Bestimmung des § 1154 b, welche von den Industriemagnaten beim Industriellentag vorgebracht wurden, widerspruchslos hinnahmen.

Die zweite, womöglich noch größere Gemeinheit haben die Grubenbesitzer gelegentlich der Anpassung der Statuten der Bruderladen an die Krankenversicherungsnovelle begangen. Da der Vertreter der Grubenbarone in der im Sozialversicherungsamte des k. k. Ministeriums des Innern am 24. September abgehaltenen Konferenz unter Hinweis auf den Mangel an Arbeitskräften in den einzelnen Bruderladen die Hinausschiebung der Anpassung der Statuten an die Krankenversicherungsnovelle über den 1. Jänner 1918 hinaus verlangte, hat die Bergarbeiterschaft, nachdem alle Kompromißverhandlungen mit den Grubenbesitzern gescheitert waren, in allen Bruderladenvorständen die in einer Bergarbeiterkonferenz ausgearbeiteten Statutenänderungsentwürfe eingebracht. Da die Arbeiter-

schaft in den Bruderladen selbst die zu einer Statutenänderung notwendige Zweidrittelmajorität hat, griffen einige Bruderladenvorsitzende — und das sind die Grubenbarone und ihre Vertreter —, welche nach dem Gesetze von den Arbeitgebern bestellt werden, zu dem perfiden Mittel, den ihnen von der Arbeiterschaft zugekommenen Statutenentwurf einfach zu unterschlagen und die Arbeiterschaft irrezuführen. Dies taten nach den uns bisher zugekommenen Nachrichten die Vorsitzenden der Bruderladen der Zwierzinaschen Steinkohlengruben, der Salmgruben und in besonders ausgezeichneter Weise der Vorsitzende der Nordbahnbruderlade Herr Dr. Julius Eisner. Herr Dr. Eisner erklärte nämlich, es sei ihm wohl ein Entwurf zugekommen, doch sei dies nicht derjenige, der in der Konferenz der Bergarbeiter abgestimmt worden war Der richtige Entwurf dürfte wohl auf der Post verloren gegangen sein. *(Hört! Hört!)* Tatsächlich wurde der in der Bergarbeiterkonferenz beschlossene Entwurf nicht durch die Post, sondern durch einen Boten gegen Empfangsbestätigung zugestellt, wovon sich sofort nach der Vorstandssitzung ein Vertreter der Arbeiterschaft durch Augenschein überzeugte. Herrn Dr. Eisner gelang es aber jedenfalls, die Abstimmung über diesen Entwurf, welcher den Grubenbesitzern größere Lasten und den Arbeitern größere Vorteile gewährt, zu verhindern, und das war die Hauptsache.

Vielleicht wird nunmehr Herr Minister Homann, dessen sozialen Sinn zu schätzen wir schon häufig Gelegenheit hatten, seine letzte Rede im Abgeordnetenhaus vom 6. November l. J. wesentlich revidieren.

Soweit wir unterrichtet sind, bilden nur zwei Bruderladen eine rühmliche Ausnahme, und zwar die Bruderladen der österreichischen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft in Mährisch-Ostrau und des Ignazschachtes in Marienberg. Bei diesen Bruderladen haben die Vorsitzenden wesentliche Konzessionen gemacht und es wird bezüglich jener Anträge der Arbeiterschaft, bezüglich welcher eine Vereinbarung nicht zustande kam, auch zur ordnungsmäßigen Abstimmung kommen.

Aus all dem geht über jeden Zweifel hervor, daß die Bergarbeiter einen Schutz durch die Gesetzgebung notwendig haben, den auch die Kohlenbarone respektieren müßten. Wenn die Regiernng nicht in der Lage ist, dem Gesetze bei den Kohlenmagnaten Achtung zu verschaffen, so trifft sie selbst die Schuld an den unsicheren Verhältnissen. Sieht der Bergarbeiter, daß er infolge der Aufnahmsverordnungen, der militärischen Disziplin, des militärischen Kriminales wie ein Galeerensträfling behandelt wird, daß dagegen die Bergbauunternehmer mit dem Gesetze Spott treiben und die Verordnungen der Regierung mißachten, so sinkt auch bei ihm der Respekt vor der staatlichen Obrigkeit, die sich der Herrschaft des goldenen Kalbes fügt, aber den breiteren Volksmassen nicht zum Rechte zu verhelfen weiß. In der Zeit des allgemeinen Hungers bedeutet die Passivität der Regierung nichts anderes als ein Spiel mit Feuer über einem Pulverfaß. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Zum Schlusse erlaube ich mir folgende Resolution zu beantragen *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, noch bevor die beabsichtigte allgemeine Sozialversicherungsreform zustande kommt, im Rahmen des geltenden Bruderladengesetzes eine zeitgemäße Reform der Bruderladen, und zwar auf Grundlage der Revierbruderladen durchzuführen."

**Präsident:** Die soeben vom Herrn Abgeordneten Prokeš eingebrachte Resolution ist genügend gezeichnet und steht in Verhandlung.

Wünscht noch jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Reger** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Prokeš hat in dem tschechischen Teile seiner Rede die Meinung ausgesprochen, daß Seine Exzellenz der Herr Arbeitenminister Homann wirklich ein großer Freund der Bergarbeiterschaft und ein warmer Förderer sämtlicher sozialpolitischer Reformen für die Bergarbeiterschaft wie auch für die Arbeiterschaft überhaupt sei. Das wird seitens der Bergarbeiterschaft anerkannt und mit aufrichtigen Dankesworten überall und immer hervorgehoben. Leider steht die Sache aber so, daß die sozialpolitischen Ideen und Bestrebungen Seiner Exzellenz des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten nicht die entsprechende Unterstützung bei seinen Kollegen auf der Ministerbank und bei der Regierung überhaupt finden. Sehr oft werden die besten Absichten Seiner Exzellenz durchkreuzt und zunichte gemacht. Das hat der Herr Abgeordnete Prokeš in dem böhmischen Teile seiner Rede gesagt und ich dachte, es sei wirklich meine Pflicht, das nicht nur zu wiederholen, sondern auch zu unterstreichen und auch von dieser Stelle aus in meinem und in meiner engeren Parteigenossen Namen den Ausführungen des Herrn Kollegen Prokeš beizupflichten.

Leider jedoch bin ich als Referent nicht in der Lage, allen Forderungen Seiner Exzellenz, so gut gemeint sie auch sind, beizutreten. Insbesondere bin ich dazu nicht in der Lage, was die Abänderungen des § 1 der Regierungsvorlage anbelangt. Seine Exzellenz ist nämlich der Meinung, es wäre notwendig, den Wortlaut der Regierungs-

vorlage beizubehalten, und zwarin dem Punkte, wo es sich um die Fortsetzung der Mitgliedschaft in der Bruderlade handelt.

Ich habe schon in meinen vorigen Ausführungen darauf aufmerksam gemacht, daß es sich nicht nur um das freie Recht der Freizügigkeit der Bergarbeiter, sondern hauptsächlich darum handelt, daß die alten Bergarbeiter, welche zum Kriegsdienst einberufen worden sind, wirklich an der Front, gewissermaßen zur Strafe, behalten werden. Alle ihre Kameraden kommen zurück und arbeiten in der Grube, verdienen, sind bei ihrer Familie, haben ihre Rechte in der Bruderlade usw., während einzelne, und zwar gewöhnlich gerade die Tüchtigsten, weiter an der Front bleiben müssen, weil sie eben die Tüchtigsten sind. *(Abgeordneter Dr. Leo Winter: Vertrauensmänner!)* Ja, Vertrauensmänner der Bergarbeiter und auch sonst die Tüchtigsten. Diese würden nun, wenn wir das nicht so machen würden, wie es der Ausschuß beschlossen hat, ungemein geschädigt werden. Ich habe auch bereits hervorgehoben und wiederhole es, daß die Befürchtungen Seiner Exzellenz, daß dadurch große administrative Schwierigkeiten — das hat Seine Exzellenz unterstrichen — in der Bruderlade entstehen werden, durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt sind. In der Theorie, am grünen Tisch, schaut es wirklich so aus, wenn man nur den Text des Gesetzes nimmt, ohne die Sache praktisch durchzudenken und ohne praktische Erfahrung zu haben. Tatsächlich sieht es so aus. Es wäre möglich, daß große Mengen von Bergarbeitern fortwährend von einer Bruderlade zur anderen fluktuieren und daß die Bruderladen mit diesen administrativen, mit diesen Evidenzhaltungsarbeiten überlastet werden. In der Praxis jedoch — das habe ich bereits ausgeführt — ist die Sache etwas anders. Die Fluktuation, wenn sie stattfindet, geschieht höchstens im Reviere selbst; die Bruderladen jedes einzelnen Reviers sind so gleichmäßig, daß dann eigentlich für den Bergarbeiter kein Grund besteht, von einer Bruderlade in die andere zu überspringen; er wird sich wohl damit begnügen, was das praktischeste ist, und nicht immer auf sein Recht pochen, in freier Wahl zu entscheiden, wo er Mitglied sein will.

Wenn aber Seine Exzellenz meint, die Sache wäre dann viel leichter zu akzeptieren, wenn Revierbruderladen bestehen würden, so kehre ich den Spieß um und sage: Ich bitte, das ist der Weg, um die Revierbruderladen endlich einmal durchzuführen. Wenn die Regierung und die Bergarbeiter zusammen nicht imstande sind, die Revierbruderladen durchzuführen, weil sie auf einen zu großen Widerstand der Unternehmer stoßen, so wird die Praxis, die aus dem § 1 des Kriegsbruderladengesetzes sich ergeben wird, die Bergwerksunternehmer eines besseren belehren und sie zwingen, endlich einmal diesem Wunsche nach einer Zentralisation und durchgreifenden Reform der Bruderladen beizustimmen. Aus diesem Grunde habe ich mit dem Herrn Kollegen Prokeš und einer Reihe anderer Abgeordneten einen Resolutionsantrag eingebracht und ich bitte das hohe Haus, ihn anzunehmen —, in welchem wir verlangen, daß die Regierung sich jetzt anstrengen möge, eine Reform der Bruderladen im Rahmen des gegenwärtigen Gesetzes, bevor noch die Sozialversicherung zustande kommt, im Sinne der Revierbruderladen durchzuführen.

Dafür aber, meine Herren, bin ich in der angenehmen Lage, nicht nur in meinem Namen, sondern im Namen beinahe sämtlicher Kollegen aus dem sozialpolitischen Ausschusse zu erklären, daß wir dem Wunsche der Regierung, den Punkt 6, Absatz 2, unverändert nach der Regierungsvorlage zu belassen, beitreten. Wir werden den Antrag in dieser Form annehmen und ich bitte den Herrn Präsidenten, das auch bei der Abstimmung zu berücksichtigen.

**Präsident:** Ich bitte die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen.

Zu den §§ 1, 2, 3, 4 und 5 sind keine Abänderungsanträge gestellt.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche die §§ 1 bis 5 annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Die §§ 1 bis 5 sind angenommen.

Zu § 6 stellt der Herr Berichterstatter den Antrag, den Absatz 2 in folgender Fassung anzunehmen: „Ist gleichwohl die Auszahlung des Reserve- (Vermögens-) Anteiles erfolgt, so werden dadurch nach Maßgabe der folgenden Vorschriften die Ansprüche gemäß dieses Gesetzes nicht beeinträchtigt."

Im übrigen soll der § 6 dem Ausschußantrag entsprechend unverändert bleiben.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche den § 6 mit dieser vom Berichterstatter befürworteten Änderung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

§ 6 ist in dieser Form angenommen.

Zu den §§ 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 sind keine Anträge gestellt.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diese Paragraphen sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter **Reger** *(von der Tribüne)*: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich ersuche diejenigen Herren, welche der sofortigen Vornahme der dritten Lesung zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz, betreffend die Wahrung der Rechte der Bruderladenmitglieder während ihrer militärischen Dienstleistung im gegenwärtigen Kriege *(gleichlautend mit 857 der Beilagen)*, ist auch in dritter Lesung angenommen.

Ferner ist von dem Herrn Abgeordneten Prokes eine Resolution eingebracht worden, welche der Herr Berichterstatter befürwortet.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche dieser Resolution zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Diese Resolution ist gleichfalls angenommen und damit dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Mit Rücksicht auf die Anberaumung verschiedener Ausschußsitzungen breche ich die Verhandlung ab.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Dr. Mataja als Mitglied des Ausgleichsausschusses;

Baumgartner als Mitglied des Preßausschusses;

Eisenhut als Mitglied des Eisenbahnausschusses;

Kleski als Ersatzmann des Finanzausschusses;

Dr. Kolischer als Ersatzmann des Finanzausschusses;

Miklas als Ersatzmann des Ausgleichsausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause)*, und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben. *(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist beendet, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Der Herr Abgeordnete Dr. Wichtl hat eine schriftliche Anfrage an mich gerichtet, in welcher er sich darüber beschwert, daß er in der gestrigen Sitzung während der Rede des Abgeordneten Hummer in verschiedentlicher Weise von anderen Abgeordneten angegriffen und beschimpft worden sei. Er stellt an mich die Anfrage, was ich zu tun gedenke, um ein Mitglied des Hauses vor derartigen Angriffen zu schützen. Es hat sich gestern während der Rede des Abgeordneten Hummer ein starker Tumult erhoben und ich konnte in diesem Tumulte wohl einzelne Schimpfworte und Angriffe unterscheiden, nicht aber feststellen, von wem diese Angriffe ausgegangen sind. Ich mußte mich daher auch gestern darauf beschränken, mein Bedauern über diese Vorgänge auszusprechen, ohne einzelne Abgeordnete namhaft zu machen und ihnen eventuell den Ordnungsruf zu erteilen. Ich kann bei dieser Gelegenheit nur neuerlich mein tiefstes Bedauern über diese Vorgänge aussprechen, die gewiß nicht geeignet sind, die Würde des Hauses zu fördern, und ich muß weiter bedauern, daß mir kein Mittel zur Verfügung steht, um die Wiederholung solcher Vorgänge zu verhindern.

Die Regierungsvorlage *(841 der Beilagen)* (Errichtung des Ministeriums für Volksgesundheit) werde ich dem Verfassungsausschusse zuweisen.

Als nächsten Sitzungstag beantrage ich Freitag, den 30. November, 10 Uhr vormittags, mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung. Ist ein Einwand dagegen? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall. Es bleibt daher bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 2 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 46. Sitzung, Freitag, den 30. November 1917.

**Tagesordnung:** 1. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserlichen Verordnungen: 1. vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der österreichischen Kriegsanleihe vom Jahre 1915 (87 der Beilagen); 2. vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der dritten österreichischen Kriegsanleihe (88 der Beilagen); und 3. vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, über die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der vierten österreichischen Kriegsanleihe (89 der Beilagen) (803 der Beilagen). — 2. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 30. August 1914, R. G. Bl. Nr. 234, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt (804 der Beilagen). — 3. Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1916, R. G. Bl. Nr. 334, wegen Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr (805 der Beilagen). 4. Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1914, R. G. Bl. Nr. 227, über den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf Fristen, Termine und das Verfahren (820 der Beilagen). — 5. Bericht des Flüchtlingsausschusses über den Beschluß des Herrenhauses zum Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge (816 der Beilagen). 6. Bericht des Gewerbeausschusses über die Anträge des Abgeordneten Erb, betreffend Hilfe für den Gewerbestand, gestellt als eigene Anträge in den Beratungen des Gewerbeausschusses über die staatliche Kreditunterstützung des Gewerbes und Bericht über Punkt 3, Beilage Nr. 423 des stenographischen Protokolles, Antrag der Abgeordneten Dr. Roller, Dr. Wichtl und Genossen (819 der Beilagen). — 7. Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage 114 der Beilagen, betreffend die Einführung von Vorschriften über den Versicherungsvertrag (Versicherungsordnung) (826 der Beilagen). — 8. Bericht des Justizausschusses über den Antrag des Abgeordneten Dr. Adolf Groß und Genossen (336 der Beilagen), betreffend die Entschädigung ungerechtfertigt verurteilter Personen (825 der Beilagen).

## Inhalt.

**Friedensverhandlungen.**

eilung des Ministerpräsidenten, betreffend die Einladung der russischen Regierung zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden (Seite 2395).

## Personalien.

Mandatsniederlegungen in Ausschüssen (Seite 2467,:

1. des Abgeordneten Dr. Gląbiński als Mitglied des Budgetausschusses;

2. des Abgeordneten Waldl als Mitglied des Eisenbahnausschusses.

## Zuschriften des Herrenhauses,

betreffend:

1. die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes (Seite 2396);

2. die Geschäftsführung der auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1896, R. G. Bl. Nr. 156, errichteten Bergbaugenossenschaften (Seite 2396);

3. die Ausdehnung der Bestimmungen des § 9 des Bruderladengesetzes vom 28. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 127, auf Bruderlademitglieder, welche im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche unmittelbar oder mittelbar Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leisten (Seite 2396);

4. die Verlängerung der Wirksamkeit und Ergänzung der Gesetze vom 30. August 1891, R. G. Bl. Nr. 136, und vom 22. Jänner 1902, R. G. Bl. Nr. 40, über die Konsulargerichtsbarkeit und die Konsulargebühren (Seite 2396);

5. Vergeltungsmaßregeln auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete anläßlich der kriegerischen Ereignisse (Seite 2397);

6. die Todeserklärung von im Kriege Vermißten und Änderungen des Verfahrens zum Zwecke der Todeserklärung und der Beweisführung des Todes (844 der Beilagen — Seite 2398);

7. die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen (Seite 2497).

## Reichsgericht.

Zuschrift des Herrenhauses, betreffend den Terna vorschlag für die Stelle eines Mitgliedes des Reichsgerichtes (Seite 2397).

## Quotendeputation.

Zuschrift des Herrenhauses, betreffend die Wahl von fünf Mitgliedern der Quotendeputation (Seite 2397).

## Verhandlung.

Berichte des Finanzausschusses über die Kaiserlichen Verordnungen:

1. vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der österreichischen Kriegsanleihe vom Jahre 1915 (87 der Beilagen);

2. vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der dritten österreichischen Kriegsanleihe (88 der Beilagen) und

3. vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, über die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der vierten österreichischen Kriegsanleihe (89 der Beilagen) (803 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Ritter v. Łukaszewicz [Seite 2398] — Abstimmung [Seite 2399]).

Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 30. August 1914, R. G. Bl. Nr. 234, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt (804 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Ritter v. Łukaszewicz [Seite 2399] — Abstimmung und dritte Lesung [Seite 2399]).

Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1916, R. G. Bl. Nr. 334, wegen Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr (805 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Ritter v. Łukaszewicz [Seite 2400] — Abstimmung und dritte Lesung [Seite 2400]).

Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1914, R. G. Bl. Nr. 287 über den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf Fristen, Termine und das Verfahren (820 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Neumann [Seite 2401] — Abstimmung und dritte Lesung [Seite 2401]).

...richt des Flüchtlingsausschusses über den Beschluß des Herrenhauses zum Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge (816 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Bugatto [Seite 2402 und 2419], Minister des Innern Graf v. Toggenburg [Seite 2403], die Abgeordneten Dr. Kosť Lewyckyj [Seite 2404], Spadaro [Seite 2406], Fon [Seite 2411], Dr. Kolesſa [Seite 2414], Dr. Pogačnik [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 2416], Dr. Rybář [Seite 2417] — Abstimmung [Seite 2420] — Dritte Lesung [Seite 2421]).

...richt des Gewerbeausschusses über die Anträge des Abgeordneten Erb, betreffend Hilfe für den Gewerbestand, gestellt als eigene Anträge in den Beratungen des Gewerbeausschusses über die staatliche Kreditunterstützung des Gewerbes und Bericht über Punkt 3, Beilage Nr. 423 des stenographischen Protokolles, Antrag der Abgeordneten Dr. Roller, Dr. Wichtl und Genossen (819 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Erb [Seite 2421 und 2456], Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser [Seite 2425], Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant v. Czapp [Seite 2427], die Abgeordneten Votruba [Seite 2429], Ganser [Seite 2433], Svoboda [Seite 2437], Gostinčar [Seite 2439], Sever [Seite 2441], Einspinner [Seite 2446], Stavůček [Seite 2450], Dr. Stojan [Seite 2452], Lutschounig [Antrag auf Schluß der Debatte — Annahme des Antrages — Seite 2453], Kittinger [Seite 2453], Loser [Seite 2455], Stark [Seite 2458] — Abstimmung [Seite 2458]).

...ht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (114 der Beilagen), betreffend die Einführung von Vorschriften über den Versicherungsvertrag (Versicherungsordnung) (826 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Redlich [Seite 2459], Abgeordneter Dr. Dnistrianskyj [Seite 2463] — Abstimmung [Seite 2465] — Dritte Lesung [Seite 2465]).

...t des Justizausschusses über den Antrag des Abgeordneten Dr. Adolf Groß und Genossen (336 der Beilagen), betreffend die Entschädigung ungerechtfertigt verurteilter Personen (825 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Adolf Groß [Seite 2466] — Abstimmung und dritte Lesung [Seite 2467]).

## Ausschüsse.

Ergebnis der in der 45. Sitzung vorgenommenen Ersatzwahlen in den Ausgleichs-, Preß-, Eisenbahn- und Finanzausschuß (Seite 2396).

Ersatzwahlen in den Budget- und Eisenbahnausschuß (Seite 2467).

Fristverlängerung zur Erstattung des Berichtes über den Staatsvoranschlag (Seite 2468).

Zuweisung (Seite 2468):

1. der Anträge 785 und 791 der Beilagen an den Budgetausschuß;
2. der Anträge 784, 786 und 788 der Beilagen an den Eisenbahnausschuß;
3. der Anträge 809, 810 und 811 der Beilagen an den Finanzausschuß;
4. des Antrages 794 der Beilagen an den Gewerbeausschuß;
5. der Anträge 797 und 830 der Beilagen an den Justizausschuß;
6. der Anträge 798 und 821 der Beilagen an den kriegswirtschaftlichen Ausschuß;
7. des Antrages 808 der Beilagen an den landwirtschaftlichen Ausschuß;
8. der Anträge 795, 827 und 829 der Beilagen an den Notstandsausschuß;
9. der Anträge 782 und 828 der Beilagen an den sozialpolitischen Ausschuß;
10. der Anträge 787, 796, 813, 822 und 823 der Beilagen an den Staatsangestelltenausschuß;
11. des Antrages 812 der Beilagen an den Verfassungsausschuß;
12. des Antrages 814 der Beilagen an den volkswirtschaftlichen Ausschuß;
13. des Antrages 806 der Beilagen an den wasserwirtschaftlichen Ausschuß;
14. der Anträge 789, 818 und 824 der Beilagen an den Wehrausschuß;
15. des Antrages 783 der Beilagen an den Wiederherstellungsausschuß.

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge (Anhang I)

1. des Abgeordneten Vacek und Genossen, betreffend die Berechtigung zur Führung des Ingenieurtitels (845 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Wedra, Dr. Schürff, Kittinger, Richter und Genossen, betreffend die Verwendung von Kriegsinvaliden in öffentlichem Dienste (846 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Dr. v. Oberleithner und Genossen, betreffend den Bau eines zweiten Geleises auf der Strecke Prerau—Olmütz (847 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Freiherrn v. Pantz, Dr. Bugatto, Čech, Friedmann, Dobernig, Dr. Freiherrn v. Hormuzaki, Hauser, Kofler, Dr. Petruszewicz, Dr. Sylvester, Dr. Stölzel, Ritter v. Pogačnik, Dr. Wróbel und Genossen, betreffend die Einsetzung eines 26-gliedrigen Fremdenverkehrsausschusses (848 der Beilagen);

5. der Abgeordneten Dr. Zahradnik, Mèchura und Genossen, betreffend die Regelung der Ehebewilligung und der Bezüge bei der Gendarmerie (849 der Beilagen);

6. des Abgeordneten Dr. Funk und Genossen, betreffend einige Abänderungen der Gebäudesteuergesetze (850 der Beilagen);

7. des Abgeordneten Dr. S. Marek und Genossen, betreffend die Stundengelder für das Fahrpersonal der Nordbahndirektion (851 der Beilagen);

8. der Abgeordneten Dr. Schürff, Wedra, Fahrner, Huber (Graz) und Genossen, betreffend die Auflösung der Gemüse- und Obstversorgungsstelle „Geos" (852 der Beilagen);

9. der Abgeordneten Teufel, Hummer, Pacher, Wolf, Dr. Bodirsky, Schürl, Schreiter, Glöckner, Felzmann, Dr. Michl, Kroy und Genossen, betreffend die Zuerkennung von Teuerungszulagen pro 1918 an die aktiven und pensionierten Lehrpersonen der öffentlichen Volks- und Bürgerschulen, sowie an die Witwen und Waisen nach solchen Lehrpersonen (853 der Beilagen);

10. des Abgeordneten Wohlmeyer und Genossen, betreffend die Wein- und Obstweinsteuer (854 der Beilagen);

11. des Abgeordneten Ganser und Genossen, betreffend die Einführung einer vierten Wagenklasse auf den österreichischen Staatsbahnen (855 der Beilagen).

### Anfragen

1. der Abgeordneten Dr. Adler, Pernerstorfer, Seitz und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Einladung der russischen Regierung zu Verhandlungen über Waffenstillstand und allgemeinen Frieden (Anhang II, 1578/I);

2. der Abgeordneten Fink, Dr. Waldner, Dr. Sylvester, Dr. Urban, Wolf, Freiherrn v. Pantz, Wüst, Knirsch, Friedmann und Genossen an den Ministerpräsidenten in derselben Anlegenheit (Anhang II, 1579/I);

3. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Benachteiligung der Textilindustrie durch die Berechnung von Verzugszinsen für die im Zwangsanbotswege abgelieferte Ware (Anhang II, 1580/I);

4. der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Stölzel und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend Erhöhung der Gebühren und Gewährung von Bereitschaftszulagen für die Mannschaft im Hinterlande und Kreditierung der Urlaubsfahrten (Anhang II, 1581/I);

5. der Abgeordneten Dr. Dinghofer, Dr. Stölzel und Genossen an den Handelsminister, betreffend Beschaffung von Zwirn für die Gewerbetreibenden und den Privatbedarf (Anhang II, 1582/I);

6. der Abgeordneten Dr. Hruban, Valoušek, Dr. Stojan und Genossen an die Regierung, betreffend die Ablieferung der Kirchenglocken (Anhang II, 1583/I);

7. des Abgeordneten Dr. Zahradník und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Glockenrequisition (Anhang II, 1584/I);

8. des Abgeordneten Parrer und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Verwendung der requirierten Glocken (Anhang II, 1585/I);

9. der Abgeordneten Schweiger, Tomaschitz und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Kirchenglocken- und Orgelpfeifenrequisition (Anhang II, 1586/I);

10. der Abgeordneten Pik, Habermann und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Eintreibung der Personaleinkommensteuer von militarisierten Arbeitern (Anhang II, 1587/I);

11. des Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Zuweisung von Papier für die Presse außerhalb Wiens (Anhang II, 1588/I);

12. der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber, Wedra und Genossen an den Minister für Landesverteidigung und an den Eisenbahnminister, betreffend die Zustände auf den Wiener Bahnhöfen (Anhang II, 1589/I);

13. des Abgeordneten Dr. Belich und Genossen an den Handelsminister und an den Minister des Innern, betreffend den wucherischen Zwirngroßhandel (Anhang II, 1590/I);

14. des Abgeordneten Dr. Baczyńskyj und Genossen an den Finanzminister, betreffend den Salzmangel im Bezirke Stanislau (Anhang II, 1591/I);

15. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Herausgabe deutscher Drucksorten über den Anbotzwang für Baumwollwaren (Anhang II, 1592/I);

16. des Abgeordneten Aust und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Arbeiterschaft in Klnadno (Anhang II, 1593/I);

17. der Abgeordneten Sedlák, Stanèk und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Erledigung der Gesuche der Frauen der im Felde stehenden Soldaten um Unterhaltsbeiträge (Anhang II, 1594/I);

18. des Abgeordneten Čech und Genossen an den Handelsminister und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Berufung der Postbeamten zum Militärdienst (Anhang II, 1595/I);

19. des Abgeordneten Onyszkewycz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Evidenzoffizials Kostrys in Staryj Sambir gegen die Bevölkerung (Anhang II, 1596/I);

20. des Abgeordneten Onyszkewycz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Erdäpfelrequisitionen in Galizien (Anhang II, 1597/I);

21. des Abgeordneten Dr. Proban und Genossen an den Handelsminister, betreffend das Vorgehen der ungarischen Behörden gegen die österreichischen Weinhändler (Anhang II, 1598/I);

22. des Abgeordneten Dr. Bobrowski und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Unterdrückung der Publikation eines wirtschaftlichen Artikels durch die Staatsanwaltschaft Wien (Anhang II, 1599/I);

23. des Abgeordneten Vojta, Stanèk und Genossen an den Ministerpräsidenten, an den Minister für Landesverteidigung, an den Minister Höfer, an den Handelsminister, an den Minister für öffentliche Arbeiten, an den Finanzminister und an den Ackerbauminister, betreffend die Verhältnisse im Post-, Telegraphen- und Telephondienst (Anhang II 1600/I);

24. der Abgeordneten Dr. Tryłowskyj, Sawruk und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Zusammensetzung der Unterhaltsbeitragskommission in Kolomea (Anhang II, 1601/I);

25. der Abgeordneten Dr. Tryłowskyj, Sawruk und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den Gendarmeriepostenkommandanten Beistätter in Kosmacz (Anhang II, 1602/I);

26. des Abgeordneten Stapiński und Genossen an den Ministerpräsidenten und an den Minister des Innern, betreffend die Zustände in Zmigrod, Galizien (Anhang II, 1603/I);

27. des Abgeordneten Stapiński und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Zustände bei der Feldhaubitzenbatterie 4 45 (Anhang II, 1604/I);

28. des Abgeordneten Stapiński und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend eine Enthebungsangelegenheit (Anhang II, 1605/I);

29. des Abgeordneten Stapiński und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend eine Requisition des Militärkommandos Przemyśl (Anhang II, 1606/I);

30. des Abgeordneten Stapiński und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Bestimmung eines Epileptikers zum Frontdienst (Anhang II, 1607/I);

31. des Abgeordneten Dr. Hołubowicz und Genossen an den Justizminister, betreffend die Richterernennungen im Gebiete des Lemberger Oberlandesgerichtes (Anhang II, 1608/I);

32. des Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister für Landesverteidigung und an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Wiederherstellung der abgebrannten und beschädigten Gebäude in Orawa, Bezirk Skole (Anhang II, 1609/I);

33. des Abgeordneten Ganser und Genossen an den Finanzminister, betreffend die Abgabe eines Stempels bei Ausfolgung von Bezugsscheinen auf Kleider oder Wäsche (Anhang II, 1610/I);

34. des Abgeordneten Wüst und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Enthebung von Gewerbetreibenden (Anhang II, 1611/I);

35. des Abgeordneten Zenker und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend den Wortlaut des von der russischen Regierung gemachten Friedensanbotes (Anhang II, 1612/I);

36. des Abgeordneten Hillebrand und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend den von Oberleutnant Friedrich Hoffmann verübten Totschlag (Anhang II, 1613/I);

37. des Abgeordneten Sever und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Nichtzuerkennung der Löhnung bei den zum Hilfsdienst eingeteilten Invalidenpensionisten Anhang II, 1614/I);

38. des Abgeordneten Jokl und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, an den Handelsminister und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Heranziehung der mährisch schlesischen Schieferindustrie bei Vergebung staatlicher und ärarischer Lieferungen (Anhang II 1615/I);

39. des Abgeordneten Sever und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Urlaubsberechtigung der Mannschaftspersonen (Anhang II. 1616/I);

40. der Abgeordneten Bretschneider, Volkert und Genossen an den Minister für Landesverteidigung betreffend die Beurlaubung der freiwillig eingetretenen bereits im 47. Lebensjahre stehenden, landsturmpflichtigen Personen (Anhang II, 1617/I);

41. des Abgeordneten Gröger und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Soldaten der Reservebauabteilung Nr. 82 in Villach (Anhang II, 1618/I);

42. des Abgeordneten Reunteufel und Genossen an den Finanzminister, betreffend Unterhaltsbeiträge (Anhang II, 1619/I);

43. des Abgeordneten Hladnik und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Konfiskation von Lebensmitteln auf der Unterkrainerbahn (Anhang II 1620/I);

44. des Abgeordneten Leo Lewickyj und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Verweigerung der Wiederherstellung mehrerer Pfarramtshäuser im Bezirke Skole seitens der Wiederaufbausektion dieses Bezirkes (Anhang II, 1621/I);

45. des Abgeordneten Pišek und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, an den Minister des Innern und an den Eisenbahnminister, betreffend die Explosion in Pragerhof (Anhang II 1622/I);

46. des Abgeordneten Pišek und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Requisitionen im Bezirke Marburg (Anhang II. 1623/I);

47. des Abgeordneten Jedek und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Lieferungsaufträge für Heu und Stroh in den Gerichtsbezirken Spitz, Pöggstall, Persenbeug, Ottenschlag und in der Wachau (Anhang II, 1624/I);

48. der Abgeordneten Volke, Forstner, Müller und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Errichtung einer Universität in Salzburg (Anhang II, 1625/I);

49. der Abgeordneten Perwein, Heilmayer und Genossen an den Handelsminister, betreffend den Verkauf der Hallein er Zellulosefabrik (Anhang II, 1626/I);

50. des Abgeordneten Schweiger und Genossen an den Eisenbahnminister, betreffend die Inbetriebsetzung der Sulmtalbahn (Anhang II, 1627/I);

51. des Abgeordneten Marckhl und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Zustände an der nautischen Schule in Lussin (Anhang II, 1628/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 30. November 1917:

er Beschluß des Herrenhauses 843 der Beilagen;

ie Anfragebeantwortungen ad 181, 823, 902, 1053, 1333/I.

Berichte des Immunitätsausschusses 835, 836 der Beilagen.

# Beginn der Sitzung: 10 Uhr 55 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German**, **Jukel**, Ritter v. **Pogačnik**, **Simionovici**, **Udržal**.

Schriftführer: **Čech**, Ritter v. **Lukaszewicz**.

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler**, Minister Generalmajor Anton **Höfer**, Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg**, Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ludwig **Ewikliński**, Minister Dr. Viktor **Mataja**, Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans**, Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer**, Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg**, Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer**, Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger**, Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant Karl **Czapp** v. **Birkenstetten**, Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna**, Minister Dr. Johann **Horbaczewski**, Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser**, Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca**.

Auf der Bank der Regierungsvertreter: Sektionschef Dr. Franz **Müller** und Sektionsrat Ottokar **Dokupil** des Handelsministeriums, Sektionschef Dr. **Schreyer**, Regierungsrat Dr. **Ehrenzweig** und Ministerialsekretär Dr. Heinrich **Montel** des Ministeriums des Innern, Sektionschef Dr. **Mayr** des Justizministeriums, Ministerialsekretär Ludwig v. **Hahn** des Ministeriums für öffentliche Arbeiten.

**Präsident:** Ich eröffne die Sitzung und erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Dr. Ritter v. **Seidler:** Hohes Haus! Wie dem hohen Hause aus der offiziellen Meldung des k. k. Korrespondenzbureaus vom gestrigen Tage bekannt ist, hat die k. u. k. Regierung die Einladung der russischen Regierung zu sofortigen Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden bereits angenommen. *(Lebhafter, lang anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Die k. u. k. Regierung ist im Sinne ihres wiederholt bekanntgegebenen Standpunktes entschlossen, die einzuleitenden Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit zu führen *(lebhafter Beifall)*, da ihre Absicht darauf gerichtet ist, baldigst einen Frieden zu erreichen, welcher das vertrauensvolle Zusammenarbeiten der Völker in Hinkunft ermöglicht. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Wie aus der gestern veröffentlichten Antwort des Ministers des Äußern an die Regierung der russischen Republik weiters ersichtlich ist, hat sich die Regierung Österreich-Ungarns bereit erklärt, in Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden einzutreten. *(Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Bei diesen Verhandlungen wird die Regierung Österreich-Ungarns anstreben, mit jenen Staaten, die sich auf Grund der jetzt von Rußland ergangenen Einladung bereit erklären, einen Frieden zu schließen, zu einem Frieden zu gelangen, welcher für die vertragschließenden Gruppen gleich ehrenvoll ist und der von dem Grundsatze „ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen" geleitet sein wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Hierbei wird die österreichisch-ungarische Regierung das Recht der mit ihr zum Friedensvertrag schreitenden Staaten anerkennen, den zu ihnen gehörigen Völkern volle Freiheit der Entschließung über ihre staatliche Zukunft zu gewähren und wird sich jeder Einmischung in die innerstaatlichen Verhältnisse ihrer Kompazizenten enthalten, wird aber ihrerseits verlangen, daß jede Einmengung in unsere eigene staatliche Organisation unterbleibt. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Ich, von meinem Standpunkt als österreichischer Ministerpräsident, muß anschließend hieran darauf hinweisen, daß ein Staat wie der unsere, der ein auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechtes gewähltes Abgeordnetenhaus hat, mit Recht behaupten kann, eine Volksvertretung zu besitzen, wie sie demokratischer kaum gedacht werden kann und daß alle Voraussetzungen dafür gegeben sind, das politische Schicksal der Völker des Staates selbst zu bestimmen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Damit erledigen sich, glaube ich, auch die Anfragen, die einerseits von den Herren Abgeordneten Dr. Adler, Pernerstorfer, Seitz und Genossen, andrerseits von den Herren Abgeordneten Fink, Dr. Waldner, Dr. Sylvester, Wolf, Pantz, Knirsch und Genossen eingebracht worden sind. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Hohes Haus! Die Mitteilungen des Herren Ministerpräsidenten können zwar augen-

blicklich nicht den Gegenstand unserer Beratung und Beschlußfassung bilden, ich bin aber überzeugt, in Ihrer aller Sinne zu sprechen, wenn ich unserer innigen Freude darüber Ausdruck gebe, daß der erste ernste Schritt zur Einstellung des Menschenschlachtens geschehen ist *(lebhafter Beifall und Händeklatschen)* und daß wir dem heiß ersehnten Frieden wirklich näher gekommen sind. Noch lange ist der Friede nicht erreicht, wir dürfen uns nicht darüber täuschen. Aber ich bin überzeugt und ich glaube, Sie alle, meine Herren, mit mir, daß nach den Schritten, die von der russischen provisorischen Regierung unternommen wurden und die von den Mittelmächten in treuer Befolgung der stets gezeigten Friedensbereitschaft und in vollem Einvernehmen der Mittelmächte untereinander *(lebhafter Beifall)* unternommen worden sind, wohl niemand mehr — auch die ärgsten Kriegshetzer der Entente nicht — die Verantwortung für die Fortsetzung dieses menschenmordenden Krieges tragen können wird.

Möge dieser erste Schritt, der da geschehen ist, zum Heile unseres Vaterlandes ausgehen und möge unserem Vaterlande bald der heiß ersehnte Frieden, den alle Völker so notwendig brauchen, zuteil werden. *(Lebhafter anhaltender Beifall und Händeklatschen.)*

Das Protokoll über die Sitzung vom 28. November d. J. ist unbeanstandet geblieben, demnach als genehmigt zu betrachten; jenes über die Sitzung vom 29. November d. J. liegt im Bureau zur Einsicht auf.

Bei den in der Sitzung vom 29. November d. J. vorgenommenen Ergänzungswahlen in verschiedene Ausschüsse wurden 142 Stimmzettel abgegeben; die absolute Stimmenmehrheit beträgt 72. Gewählt erscheinen mit je 142 Stimmen.

in den Ausgleichsausschuß als Mitglied: Miklas;

in den Preßausschuß als Mitglied: Dr. Stumpf;

in den Eisenbahnausschuß als Mitglied: Perwein;

in den Finanzausschuß als Ersatzmänner: Dr. Kolischer und Kleski;

in den Ausgleichsausschuß als Ersatzmann: Jachowicz.

Vom Präsidium des Herrenhauses sind Zuschriften eingelangt, welche von der erfolgten Verabschiedung mehrerer vom Abgeordnetenhause erledigten Gesetzentwürfe Mitteilung machen. Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 28. d. M. den mit der Zuschrift vom 11. Oktober d. J., Z. 396/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ermächtigung der Vorstände von Krankenkassen und Bergwerksbruderladen und der Ausschüsse von Ersatzinstituten der Pensionsversicherung zu besonderen Vorsorgen während der Dauer des Kriegszustandes, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 28. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 28. d. M. den mit der Zuschrift vom 11. Oktober d. J., Z. 399/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Geschäftsführung der auf Grund des Gesetzes vom 14. August 1896, R. G. Bl. Nr. 156, errichteten Bergbaugenossenschaften, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 28. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 28. d. M. den mit der Zuschrift vom 11. Oktober d. J., Z. 400/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausdehnung der Bestimmungen des § 9 des Bruderladengesetzes vom 28. Juli 1889, R. G. Bl. Nr. 127, auf Bruderlademitglieder, welche im gegenwärtigen Kriege dem Deutschen Reiche unmittelbar oder mittelbar Kriegs-, Sanitäts- und ähnliche Dienste leisten, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung

genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 28. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 28. d. M. den von der Regierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes wegen Verlängerung der Wirksamkeit und Ergänzung der Gesetze vom 30. August 1891, R. G. Bl. Nr. 136, und vom 22. Jänner 1902, R. G. Bl. Nr. 40, über die Konsulargerichtsbarkeit und die Konsulargebühren auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und demselben in dritter Lesung ohne Änderung die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 28. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 29. d. M. den mit der Zuschrift vom 2. Oktober 1917, Z. 373/A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Vergeltungsmaßregeln auf rechtlichem und wirtschaftlichem Gebiete anläßlich der kriegerischen Ereignisse, auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 29. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

**Präsident**: Diese Zuschriften dienen zur Kenntnis.

Vom Präsidium des Herrenhauses sind weiters Zuschriften eingelangt, betreffend den Ternavorschlag für die erledigte Stelle eines Mitgliedes des Reichsgerichtes und die Wahl von fünf Mitgliedern der Quotendeputation. Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Das Herrenhaus des Reichsrates hat in seiner Sitzung vom 28. November 1917 in Gemäßheit des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, R. G. Bl. Nr. 143, über die Einsetzung des Reichsgerichtes die Wahl jener Kandidaten vorgenommen, welche Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät zur Besetzung der durch das Ableben des Mitgliedes Gustav Ritter Scharfen v. Hennedorf erledigten Stelle eines Mitgliedes dieses Gerichtshofes in Vorschlag zu bringen wären und hierbei beschlossen:

Primo loco den k. k. Hofrat und ordentlichen öffentlichen Professor an der Universität in Wien, Dr. Adolf Menzel;

secundo loco den k. k. Notar Dr. August v. Kolisko in Wien und

tertio loco den Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Heinrich Freiherrn v. Haerdtl in Wien,

als Ternavorschlag namhaft zu machen.

Das Präsidium des Herrenhauses beehrt sich, hiervon das Präsidium des Abgeordnetenhauses in Kenntnis zu setzen.

Wien, 28. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

„Das Herrenhaus des Reichsrates hat in seiner Sitzung vom 29. November d. J. auf Grund des Gesetzes vom 28. März 1877, R. G. Bl. Nr. 23, die Wahl der aus dem Herrenhause zu entsendenden Deputation zur Verhandlung mit dem ungarischen Reichstage über das Verhältnis der Beitragsleistung zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten der Monarchie vorgenommen, wobei

Dr. Josef Maria Baernreither,
Alois Freiherr v. Czedik,
Witold v. Korytowski,
Adolf Rhomberg und
Dr. Rudolf Sieghart

zu Mitgliedern dieser Deputation gewählt wurden.

Hiervon wird dem Präsidium des Abgeordnetenhauses Kenntnis gegeben.

Wien, 29. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

**Präsident:** Diese Zuschriften dienen gleichfalls zur Kenntnis.

Vom Präsidium des Herrenhauses ist ferner eine Zuschrift eingelangt, mit welcher ein Beschluß des Herrenhauses zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung dem Abgeordnetenhause übermittelt wird. Ich ersuche um deren Verlesung.

Schriftführer Ritter v. **Lukaszewicz** *(liest)*:

„Das Herrenhaus des Reichsrates hat in seiner Sitzung vom 29. November d. J. den von der k. k. Regierung eingebrachten Entwurf:

I. eines Gesetzes über die Todeserklärung von im Kriege Vermißten;

II. eines Gesetzes über Änderungen des Verfahrens zum Zwecke der Todeserklärung und der Beweisführung des Todes *(844 der Beilagen)* auf Grundlage des anverwahrten Kommissionsberichtes in Verhandlung genommen und demselben in dritter Lesung mit den in dem mitfolgenden Beschlusse ersichtlich gemachten Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses gemäß § 14, Alinea 3, des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates das Präsidium des Abgeordnetenhauses wegen der weiteren verfassungsmäßigen Behandlung in Kenntnis zu setzen.

Wien, 29. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Kowy,
Schriftführer."

**Präsident:** Dieser Beschluß des Herrenhauses wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt werden.

Wir gelangen nunmehr zur Tagesordnung. Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserlichen Verordnungen:

1. vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der österreichischen Kriegsanleihe vom Jahre 1915 *(87 der Beilagen)*;

2. vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der dritten österreichischen Kriegsanleihe *(88 der Beilagen)* und

3. vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, über die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der vierten österreichischen Kriegsanleihe *(89 der Beilagen)*, *(803 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Ritter v. **Lukaszewicz** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Namens des Finanzausschusses erlaube ich mir, den Bericht über die Kaiserlichen Verordnungen vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der österreichischen Kriegsanleihe vom Jahre 1915; vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, betreffend die Gewährung von Gebührenbefreiungen für Zwecke der Zeichnung der dritten österreichischen Kriegsanleihe und vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, über die Gewährung von Gebührenbefreiungen zur Förderung der Zeichnung der vierten österreichischen Kriegsanleihe zu erstatten.

Auf Grund der bei der ersten Kriegsanleihe gemachten Erfahrungen hat die Regierung mit der Kaiserlichen Verordnung vom 20. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 129, Gebührenbefreiungen für die grundbücherliche Eintragung des Pfandrechtes zugunsten von Darlehen zum Zwecke der Zeichnung der Kriegsanleihe sowie auch Befreiungen von der Stempelgebühr und anderen unmittelbaren Gebühren für die grundbücherliche Eintragung oder Löschung des Pfandrechtes gewährt.

Eine weitere Befreiung sollte die Anlage von Mündel- und Stiftungsvermögen in Kriegsanleihe fördern, indem die Eingaben um Erteilung der bezüglichen behördlichen Zustimmung zur Zeichnung der Kriegsanleihe sowie zur Erfolglassung der hierzu benötigten Barmittel für stempelfrei erklärt wurden.

Mit der weiteren Kaiserlichen Verordnung vom 13. Oktober 1915, R. G. Bl. Nr. 305, hat die Regierung den Kreis der Gebührenbefreiungen erweitert, indem dieselben auch auf die grundbücherliche Eintragung des Pfandrechtes zugunsten von Darlehen sowie auf die Belehnung der Titres der dritten Kriegsanleihe sowie anderer Wertpapiere ausgedehnt wurden.

Mit der Kaiserlichen Verordnung vom 15. April 1916, R. G. Bl. Nr. 101, wurde der Kreis noch mehr erweitert, indem weitere Gebührenbefreiungen zugestanden wurden, und zwar bestehen die Erweiterungen in der Gewährung der Gebührenfreiheiten für die zum Zwecke der Kriegsanleihe-

zeichnung stattfindende Rückzahlung von Hypothekarforderungen, in der Befreiung der Versicherungsanstalten von der Prozentualgebühr für die dem genannten Zwecke dienenden Polizzendarlehen, in der Einräumung von Gebührenfreiheit für Vereinigungen, die sich ausschließlich mit der Zeichnung und Bezahlung der Kriegsanleihe für gemeinschaftliche Rechnung ihrer Mitglieder und mit der Propaganda für die Kriegsanleihe befassen und auf diese Weise den Minderbemittelten den Erwerb der Kriegsanleihe erleichtern, dann in der Befreiung von den Stempelgebühren für gewisse, die Kriegsanleihe betreffende, im Verkehr zwischen den Banken und Zeichnern ausgestellte Urkunden.

Nachdem alle diese drei Kaiserlichen Verordnungen bereits konsumiert sind und die Erlassung derselben zum Zwecke der Förderung der Kriegsanleihe unbedingt notwendig war, beantragt der Ausschuß, diese drei Kaiserlichen Verordnungen zur Kenntnis zu nehmen und bittet das hohe Haus, um Annahme des diesbezüglichen Antrages.

**Präsident:** Wünscht jemand zu den Anträgen des Finanzausschusses das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen. Wir werden abstimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche den Anträgen des Finanzausschusses, wonach den betreffenden Kaiserlichen Verordnungen die Zustimmung erteilt wird, zustimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Anträge sind angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 30. August 1914, R. G. Bl. Nr. 234, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt *(804 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Ritter v. **Lukaszewicz** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Namens des Finanzausschusses erlaube ich mir, den Bericht über die Kaiserliche Verordnung vom 30. August 1914, R. G. Bl. Nr. 234, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt, zu erstatten.

Hohes Haus! Der Krieg blieb auch für den Wechselverkehr nicht ohne Einfluß. Die für Galizien und für die Bukowina erlassenen Moratorien, die verfügten Einberufungen zum Militär, machten die rechtzeitige Präsentierung der Wechsel unmöglich und es mußten daher, da die Wechsel nach Ablauf dieses Zeitraumes einer Ergänzungsgebühr nach Skala II unterworfen werden mußten, gewisse Erleichterungen und Begünstigungen erteilt werden.

Die Regierung hat diesem Umstand Rechnung getragen und die Kaiserliche Verordnung erlassen, welche dahin geht, daß im Falle einer auf gesetzlicher Anordnung beruhenden Stundung der Wechselforderung oder einer durch höhere Gewalt herbeigeführten Verhinderung der Präsentation des Wechsels zur Zahlung die Verpflichtung zur Entrichtung der Ergänzungsgebühr entsprechend hinausgeschoben wird. Die gleiche Begünstigung wurde auch denjenigen Urkunden zuerkannt, welche hinsichtlich der Gebührenpflicht den Wechseln gleichzuhalten sind. Es wurde daher die gedachte Begünstigung auch auf diese Urkunden gemäß § 2 der gleichen Verordnung ausgedehnt.

Da aber die Verhältnisse, welche die Regierung zur Erlassung dieser Kaiserlichen Kundmachung veranlaßten, noch zum Teile weiter fortbestehen, beantragt der Finanzausschuß, an die Stelle der Kaiserlichen Verordnung ein Gesetz gleichen Inhaltes treten zu lassen. Der Finanzausschuß stellt daher die Bitte, das hohe Haus wolle beschließen:

„Die von der Regierung erlassene Kaiserliche Verordnung wird vom hohen Hause als Gesetz zum Beschluß erhoben."

**Präsident:** Da das Gesetz nur einen meritorischen Paragraphen hat, werde ich, wenn keine Einwendung dagegen erhoben wird, die General- und Spezialdebatte vereinigen. *(Nach einer Pause:)* Es ist kein Einwand, wir werden so vorgehen.

Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den §§ 1, 2, 3, 4 sowie Titel und Eingang des Gesetzes zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Ritter v. **Lukaszewicz:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, die der sofortigen Vornahme der dritten Lesung zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehr-

heit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat das Gesetz, betreffend die gebührenrechtliche Behandlung von Wechseln im Falle der Hinausschiebung der Wechselzahlung infolge gesetzlicher Stundung oder höherer Gewalt *(gleichlautend mit 804 der Beilagen)* auch in dritter Lesung angenommen. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Finanzausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1916, R. G. Bl. Nr. 334, wegen Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr *(805 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Ritter v. Lukaszewicz, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Ritter v. **Lukaszewicz** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Namens des Finanzausschusses erlaube ich mir, den Bericht über die Kaiserliche Verordnung vom 21. September 1916, R. G. Bl. Nr. 334, wegen Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr zu erstatten

Auf Grund des Einvernehmens mit der königlich ungarischen Regierung ist im Juni 1916 im administrativen Wege die Erhöhung der Preise für inländische Tabakfabrikate erfolgt. In der Folge wurden diese Preise auch bei uns erhöht. Es ergab sich daher die Notwendigkeit, daß das aus dem Auslande hierher eingeführte Tabakmaterial, und zwar sowohl Zigarren als auch Zigaretten und der übrige Tabak außer dem Zolle, einer höheren Lizenzgebühr, wie sie zuletzt mit unserem Gesetze vom Jahre 1912 normiert worden ist, unterworfen werde.

Es geht nicht an, daß der einheimische Tabak höher belastet und besteuert werde als der aus dem Auslande kommende. Es ist daher eine unbedingte Notwendigkeit, eine höhere Besteuerung, beziehungsweise eine höhere Vorschreibung der Lizenzgebühr für den aus dem Auslande kommenden und hierher in welcher Form immer eingebrachten Tabak einzuführen. Diese Notwendigkeit ergab sich auch schon deshalb, weil einerseits in normalen Zeiten unsere Tabaksorten den sämtlichen Geschmacksrichtungen, somit auch den feinsten Geschmacksrichtungen Rechnung tragen, und andrerseits valutarische Gründe dafür sprechen, daß die Lizenzgebühr recht hoch gestellt werde.

Im übrigen trifft die Erhöhung der Lizenzgebühr nicht die ärmeren, sondern gerade die reichsten Klassen, weil ja die ärmeren Klassen zumeist den hier erzeugten und hier zur Ausgabe gelangten Tabak verbrauchen. Um aber der infolge der Erhöhung der Lizenzgebühr drohenden Gefahr des Schmuggels vorzubeugen, wurden Übertretungen dieser Kaiserlichen Verordnung nicht nur unter administrativen Schutz, sondern auch unter gefällsstrafrechtlichen Schutz gestellt. Eine diesbezügliche Bestimmung hat im § 2 der Kaiserlichen Verordnung Aufnahme gefunden.

Heute ist eigentlich diese Kaiserliche Verordnung illusorisch, weil aus valutarischen Gründen die Einfuhr des Tabaks in die Monarchie dermalen überhaupt untersagt ist.

Der Finanzausschuß beantragt, die erlassene Kaiserliche Verordnung in Form des vorliegenden Gesetzes zum Beschlusse zu erheben, und ich bitte das hohe Haus, diesen Gesetzentwurf annehmen zu wollen.

**Präsident**: Nachdem das Gesetz nur einen meritorischen Paragraphen hat, werden wir nur eine Debatte durchführen. Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche die §§ 1, 2, 3, 4 sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Ritter v. **Lukaszewicz**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche jene Herren, welche diesem Antrag zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz, betreffend die Abänderung der bei der Einfuhr von Tabak und Tabakfabrikaten zu entrichtenden Lizenzgebühr *(gleichlautend mit 805 der Beilagen)*, ist auch in dritter Lesung angenommen. Somit ist dieser Gegenstand erledigt.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Justizausschusses über die Kaiserliche Verordnung vom 29. August 1914, R. G. Bl. Nr. 227, über den Einfluß der kriegerischen Ereignisse auf Fristen, Termine und das Verfahren *(820 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Dr. Neumann, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Neumann** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Die Heranziehung eines sehr großen Teiles der gesamten Bevölkerung zum militärischen Dienste, die Störung des öffentlichen Verkehres, die Einstellung der Tätigkeit im Kriegsgebiete gelegener Ämter und mannigfache andere kriegerische Ereignisse haben es mit sich gebracht, daß Fristen und Termine, die für das Entstehen, das Erlöschen oder die Geltendmachung von Rechten von Bedeutung sind, häufig nicht eingehalten und Verfahren nicht ordnungsmäßig durchgeführt werden können.

Um die Rechtsnachteile, welche hierdurch für einen weiten Kreis von Beteiligten entstehen konnten, zu vermeiden, hat die Kaiserliche Verordnung vom 20. August 1914, R. G. Bl. Nr. 227, die Ermächtigung erteilt, durch Verordnung entsprechende Verfügungen zu treffen.

Auf Grund dieser Ermächtigung wurden für die verschiedensten Gebiete des Rechtslebens zahlreiche, nämlich die in dem schriftlichen Berichte angeführten 38 Ministerialverordnungen und 14 Kundmachungen erlassen.

Den unmittelbaren Anlaß dafür, ehestens an Stelle der gegenständlichen Kaiserlichen Verordnung eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, gab folgender Sachverhalt:

Österreich gehört der Internationalen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums an, welche unter anderem Patent-, Muster- und Markenrechte gegen den nachteiligen Einfluß von Ereignissen, die sich zwischen der Anmeldung in dem einen und dem anderen Staate zutragen können, innerhalb gewisser Fristen sichert.

Mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse hat eine Reihe von Unionstaaten diese Prioritätsfristen verlängert und die Wiedereinsetzung gegen ihre Versäumung zugelassen, welche Begünstigungen den Angehörigen anderer Unionstaaten unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit zugestanden werden, und Österreich hat durch mehrere der vorgenannten Ministerialverordnungen den Bestand der Gegenseitigkeit im Verhältnisse zu den betreffenden Staaten festgestellt.

Die Voraussetzungen für solche gegenseitige Begünstigungen sind für Österreich gegenwärtig wieder im Verhältnisse zu Staaten des neutralen und auch des feindlichen Auslandes gegeben, und es empfiehlt sich deshalb, die gesetzliche Grundlage für bezügliche Verfügungen ehestens zu schaffen.

Der von dem Justizausschusse vorgeschlagene Gesetzentwurf ist ein Ergebnis der Erscheinung, daß trotz des furchtbaren Völkerkampfes die feindlichen Staaten, wenn auch nicht durch unmittelbaren Verkehr, so doch durch tatsächliche Verwaltungsakte den internationalen Gewerberechtsschutz respektieren, was zu der zuversichtlichen Hoffnung berechtigt, daß die Kämpfe mit den Waffen keineswegs in Wirtschaftskriege übergehen, sondern daß sich mit dem Friedensschlusse wieder alle Staaten zu gemeinsamem kulturellen Fortschritt vereinen werden.

Aus diesen Gründen wird beantragt, den Vorschlag des Justizausschusses anzunehmen.

**Präsident**: Ich schlage vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzufassen und nur eine Debatte durchzuführen. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich in dieser Weise vorgehen. *(Nach einer Pause:)* Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche die §§ 1, 2, 3, 4, 5 sowie Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das Gesetz ist in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. **Neumann**: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident**: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, welche das in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz, mit welchem die Regierung ermächtigt wird, über den Einfluß des gegenwärtigen Krieges auf Fristen, Termine und das Verfahren die notwendigen Verfügungen zu treffen *(gleichlautend mit 820 der Beilagen)*, ist auch in dritter Lesung angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Flüchtlingsausschusses über den Beschluß des Herrenhauses zum Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge *(816 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Berichterstatter Herrn Abgeordneten Dr. Bugatto, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Bugatto** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Diese Vorlage beschäftigt das Haus zum zweitenmal, und zwar aus dem Grunde, weil das Herrenhaus einige Abänderungen an unserem Entwurf vorgenommen hat. Aus dem Bericht der Kommission des Herrenhauses geht hervor, daß das Herrenhaus sich der Bedeutung der Vorlage bewußt war und sie schon das erstemal unverändert angenommen hätte, wenn nicht die Regierung Bedenken gegen den § 9 erhoben und gleichzeitig versprochen hätte, die finanziellen Bestimmungen des Gesetzes auf administrativem Wege durchzuführen.

Wenn wir die Abänderungen des Herrenhauses durchgehen, so müssen wir konstatieren, daß eigentlich an unserem Gesetze im Wesen nicht viel geändert worden wäre, wenn nicht der § 9 eben den Stein des Anstoßes abgegeben hätte.

Im allgemeinen wurde zum Beispiel gar keine Bestimmung unserer Vorlage gestrichen. Beweis dafür, daß sämtliche Bestimmungen für inuerlich berechtigt befunden wurden.

Ergänzungen wurden nach zwei Richtungen vorgenommen: erstens wurde versucht, im § 1 eine Anhaltung zur Arbeitsbereitschaft einzuschalten und zweitens über die Übersiedlungen eine besondere Norm aufzunehmen. Mit dem ersten Gedanken stimmt das Abgeordnetenhaus auch in der Tendenz überein, daß die Flüchtlinge zur Arbeit möglichst anzuspornen sind, glaubt aber, daß gerade die bisherige Praxis viel dazu beigetragen hat, daß die Arbeitslust der Flüchtlinge abgenommen hat, nämlich die Abrechnung jedes Nebenverdienstes von der Flüchtlingsunterstützung. Durch die neue Bestimmung bezüglich des Nebeneinkommens und durch einen an Stelle der Bestimmungen des Herrenhauses aufgenommenen neuen Zusatz im § 5 glaubt der Flüchtlingsausschuß der Tendenz des Herrenhauses entgegengekommen zu sein, indem er es den Behörden nahelegt, für Arbeitsmöglichkeiten zu sorgen und die nötigen amtlichen Dokumente den Flüchtlingen, welche Arbeit suchen, zu beschaffen.

In bezug auf die Übersiedlungsnormen hat das Abgeordnetenhaus sich in der Idee auch den Forderungen des Herrenhauses akkommodiert, es hat lediglich eine andere Fassung vorgeschlagen, welche weniger die Freizügigkeit einschränkt, sondern nur den Behörden die Möglichkeit gibt, in Fällen des Vorliegens zwingender Gründe die Aufenthaltsveränderungen zu regeln.

Was die Abänderungen anbelangt, so wurde zum Beispiel die Bestimmung, der zufolge die Beamten in den Sammelniederlassungen die Sprache der Flüchtlinge vollkommen beherrschen müssen, abgeschwächt. Das Herrenhaus will nicht zugeben, daß nur solche Beamte anzustellen sind, welche die Sprache vollkommen beherrschen, sondern will auch die Möglichkeit zugeben, daß Ausnahmen von dieser Regel zugelassen werden können. Das Abgeordnetenhaus hat im Interesse der Gesetzwerdung der Vorlage sich dem Standpunkte des Herrenhauses akkommodiert. Die Abänderungen im § 6 wurden im Sinne der geltenden administrativen Vorschriften, der Wünsche der Regierung und auch der Tendenz des Herrenhauses angenommen.

Das Wichtigste ist der § 9, in welchem das Abgeordnetenhaus auf dem Standpunkte beharrt, daß auch für die Vergangenheit die Flüchtlinge nicht dem Ermessen der Behörden anheimgestellt bleiben sollen, sondern auch für die Vergangenheit eine rechtliche Ordnung der Verhältnisse stattfinden muß. Wir glauben, auch in dieser Beziehung nicht mit dem Herrenhause in unüberwindlichem Gegensatze zu stehen, weil das Herrenhaus in seinem Kommissionsberichte ausdrücklich hervorgehoben hat, daß es „in voller Übereinstimmung mit dem vom Abgeordnetenhause vertretenen Standpunkte vor allem von der Anschauung ausgeht, daß an Stelle der niemals zu praktischer Wirkung gelangten Kaiserlichen Verordnung vom 11. August 1914, R. G. Bl. Nr. 213, ein Gesetz zu treten habe, in dem einerseits die Pflicht des Staates, den Kriegsflüchtlingen seine besondere Fürsorge angedeihen zu lassen, andrerseits aber auch das Recht der letzteren auf diese Fürsorge zur Anerkennung gelangt".

Wenn also in der Grundtendenz das Herrenhaus mit uns übereinstimmt, daß den Flüchtlingen nicht eine Gnade, sondern ein Recht gebührt, so kann es nicht große Schwierigkeiten dagegen erheben, wenn wir das auch für die Vergangenheit anerkannt wissen wollen, denn in der Vergangenheit hat nicht das Gesetz, sondern das Ermessen geherrscht, weil es der Volksvertretung nicht möglich war, regelnd einzugreifen. Um aber der Regierung auf halbem Wege entgegenzukommen, hat der Flüchtlingsausschuß vorgeschlagen, daß man die finanzielle Tragweite dieser rückwirkenden Kraft einschränke, und zwar dahin, daß man Beträge, die mehr als 500 K ausmachen, nicht konzediert, so daß sich die betreffenden Flüchtlinge mit dieser Abschlagszahlung begnügen müssen, andrerseits, daß Flüchtlinge, welche in einem geringeren Zeitraume einer Flüchtlingsfürsorge nicht teilhaftig waren, keinen Anspruch erheben dürfen, für diesen geringeren Zeitraum eine staatliche Nachzahlung zu bekommen.

Den Haupteinwendungen, welche nicht so sehr von finanzieller, sondern administrativer Seite erhoben wurden, glauben wir auch entgegengekommen zu sein, indem wir den Kreis der Personen, welche diesen Anspruch erheben können, deutlich umgrenzt

haben, indem wir verlangen, daß die Parteien selbst ihr Ansuchen entsprechend begründen müssen.

Nachdem in dieser Weise sowohl den finanziellen als administrativen Bedenken bedeutend entgegengekommen wurde und wir glauben, daß es uns im Ausschusse gelungen ist, die Bedenken der Regierungsvertreter zu zerstreuen, dürfen wir nicht zweifeln, daß das Herrenhaus sich jetzt diesem Kompromißvorschlage anschließen wird und wir hoffen, daß die Regierung diesen Kompromißvorschlag im Herrenhause auch vertreten wird, so daß dann jede Verhinderung der Gesetzwerdung ausgeschlossen wäre. Wir glauben, daß jetzt eine weitere Verzögerung der Entscheidung in dieser Beziehung nicht mehr vorkommen wird, es wäre auch sehr bedauerlich, wenn das eintreten sollte und wir hoffen, daß bei jenen armen Verdrängten, welche noch einmal die Weihnachtszeit fern von ihrem Herde, vielleicht auch ohne Herd verbringen müssen, diese Vorlage dazu beitragen wird, daß sie gehobenen Mutes der letzten Phase ihres Leidensweges entgegen gehen.

Ich bitte um unveränderte Annahme des Vorschlages des Flüchtlingsausschusses.

**Präsident:** Ich schlage vor, die Debatte über das Gesetz zusammenzufassen und nur Debatte abzuführen. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werden wir in dieser Weise vorgehen.

Ich schlage ferner vor, die Rededauer auf 30 Minuten einzuschränken. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat beschlossen, die Rededauer auf eine halbe Stunde einzuschränken.

Als Regierungsvertreter zu diesem Gegenstande ist im Hause der Herr Ministerialsekretär Dr. Heinrich Montel erschienen.

Es haben sich zum Worte gemeldet, und zwar pro die Abgeordneten Spadaro, Koleſſa, Pittoni; kontra Koſt' Lewyckyj, Fon und Rybář.

Zunächst hat sich zum Worte gemeldet Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern. Ich erteile ihm das Wort.

Minister des Innern Graf v. **Toggenburg:** Hohes Haus! Schon bei der ersten Beratung dieses Gesetzentwurfes habe ich mich in dem Sinne ausgesprochen, daß die Regierung eine gesetzliche Regelung der Flüchtlingsfürsorge im allgemeinen nur begrüßen kann. Weil dieselbe bis heute nicht zustandegekommen ist, hat die Regierung bereits vor längerer Zeit im Erlaßwege diese ganze Fürsorge in einer Form geregelt, welche den Intentionen des Hauses in den wichtigsten Belangen entsprochen hat. Immerhin kann ich auch heute nur wiederholen, daß die gesetzliche Regelung zweifellos Vorteile mit sich bringt und demnach von der Regierung willkommen geheißen werden kann.

Ich möchte, was die Bestimmungen des Gesetzes anbelangt, lediglich auf den § 9 zurückkommen, weil dieser seinerzeit die größten Schwierigkeiten verursacht hat. Bei der ersten Erörterung des Gesetzes habe ich darauf hingewiesen, daß eine unbeschränkte Zusicherung einer nachträglichen Auszahlung von Unterstützungen an jene Flüchtlinge, welche keine Geldzuwendungen erhalten haben, zweierlei Bedenken gegen sich hat: Erstens die überaus große Belastung der Staatsfinanzen, welche dadurch zu gewärtigen käme, ohne daß es uns heute überhaupt möglich wäre, das präzise Ausmaß dieser Belastung uns klar zu machen, andrerseits eine geradezu unabsehbare Überbürdung des Administrativverfahrens durch die vielen, vielen Gesuche, welche auf diesem Gebiete zu gewärtigen gewesen wären. Abgesehen von den vielen Gesuchen wäre aber auch eine Unzahl von Rechtsmitteln ergriffen worden, weil durch § 9 in der Fassung, wie ihn das hohe Abgeordnetenhaus in seiner ersten Beratung beschlossen hatte, einfach das unbeschränkte Recht ausgesprochen wurde, ohne dem Rechtswerber die Verpflichtung aufzuerlegen, seine Ansprüche irgendwie zu begründen.

Das hohe Herrenhaus hat sich in Anerkennung dieser Schwierigkeit dazu entschlossen, den § 9 einer gründlichen Änderung zu unterziehen und ihn in einen Ermächtigungsparagraphen für die Regierung umzuwandeln, welcher der Regierung die Vollmacht erteilte, in rücksichtswürdigen Fällen derartige nachträgliche Unterstützungen auszuzahlen. Bei der jetzigen zweiten Beratung des Flüchtlingsgesetzes hat der Regierungsvertreter im Flüchtlingsausschusse für die Fassung des Herrenhauses votiert und die Vorteile, welche aus derselben sowohl für das Administrativverfahren als immerhin auch für die Flüchtlinge abgeleitet werden können, zu vertreten getrachtet. Der hohe Ausschuß hat sich aber diesen Ausführungen nicht angeschlossen und hat eine neue Fassung des § 9 beschlossen.

Die Fassung, wie sie heute vorliegt, weist im Verhältnisse zu der ursprünglichen Fassung des § 9 gewisse Änderungen auf, welche ihn heute für die Regierung als annehmbar erscheinen lassen. *(Bravo! Bravo!)* Die Unterschiede gegenüber der ersten Fassung des § 9 bestehen darin, daß heute nur mehr jene Flüchtlinge, welche im Kriegsgebiete, beziehungsweise in den wenigen aus dem Flüchtlingsunterbringungsgebiete nachträglich ausgeschiedenen Aufenthaltsorten zurückgeblieben sind, einen nachträglichen Anspruch erheben können, während in der ursprünglichen Fassung alle Flüchtlinge, wo immer sie waren, in diese Berechtigung einbezogen waren. Das ist also immerhin schon eine scharfe Abgrenzung,

welche uns halbwegs vorausberechnen läßt, wie hoch sich die Belastung beziffern wird. Dieser Vorteil wäre auch in der Fassung des Herrenhauses gegeben gewesen. Der zweite Unterschied — und das ist vielleicht der wichtigste — ist jener, daß nicht mehr jeder kleine Betrag, der unter dem Titel der während einer Zeit von einer oder mehreren Wochen ausgebliebenen Unterstützung heute angesprochen würde, von den Behörden anerkannt werden muß. Es ist vielmehr jetzt die mindeste Zeitdauer, während welcher der betreffende Flüchtling ohne Unterstützung geblieben ist, im Gesetzentwurf limitiert, und zwar auf die Dauer von drei Monaten. *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Das ist aber eine große Ungerechtigkeit, Exzellenz!)* Die Regierung muß in dieser Beschränkung ein sehr wichtiges Moment des neugefaßten § 9 erblicken, weil er eben das Gegengewicht bildet gegen die zwei großen Übelstände, welche die frühere Fassung hervorgerufen hat, einerseits gegen eine nicht genau vorauszusehende Belastung, deren Höhe wir eventuell nicht verantworten können, und andrerseits gegen die Überschwemmung des Administrativverfahrens, die geradezu zu einem Zusammenbruch in diesem Belange führen könnte, weil es unmöglich wäre, die unzähligen einlaufenden Gesuche, welche sich darauf berufen würden, ich habe eine Woche, zwei Wochen keine Unterstützung bekommen, zu überprüfen und der Entscheidung durch alle Instanzen zuzuführen. *(Abgeordneter Dr. Kolessa: Ein Monat würde genügen!)* Der sehr verehrte Herr Abgeordnete weist darauf hin, daß die Frist von drei Monaten eine Ungerechtigkeit ist.

Wenn wir irgendeine Frist setzen, bedeutet es, wenn Sie wollen, für denjenigen, der in diese Frist hineinfällt, immer eine Härte. Es ist nur fraglich, machen wir eine Frist von 14 Tagen, einem Monat, zwei Monaten oder drei Monaten. Das ist immer eine willkürliche Annahme. Es ist aber ein Kompromiß, welches im Ausschusse zustandegekommen ist, ein Kompromiß, welches es dem Regierungsvertreter ermöglicht hat, diesem § 9 zuzustimmen, und ich würde das hohe Haus sehr bitten, an dieser Begrenzung festzuhalten, da wir sonst wieder vor denselben Schwierigkeiten und Bedenken stehen würden, wie es bei der ersten Fassung der Fall war.

Eine weitere Verbesserung und eine sehr fühlbare Verbesserung vom Standpunkte der politischen Verwaltung ist, daß wir jetzt einen einheitlichen Satz von 1 K haben, während es früher der jeweilige Unterstützungssatz war.' Eine weitere Verbesserung bedeutet es, daß wir eine beschränkte fixe Ziffer, eine Maximalziffer von 500 K haben, welche es der Finanzverwaltung sehr erleichtert hat, auf den Beschluß des Ausschusses einzugehen. Der letzte Vorteil endlich liegt darin, daß der Anspruch binnen drei Monaten geltend gemacht werden muß. Dadurch ist die Sicherheit geboten, daß nicht nach ganz unbeschränkten Zeiten noch derartige Streitigkeiten wegen nachträglicher Bezahlung von Flüchtlingsunterstützungen sich ergeben werden.

Ich gestatte mir deshalb namens der Regierung an das hohe Haus die Bitte zu stellen, den Beschluß des Ausschusses über das Flüchtlingsgesetz, wenn möglich, ohne Abänderung, vor allem aber den § 9, den ich als ein durch das große Entgegenkommen und die sachgemäße Behandlung im Ausschusse erst ermöglichtes Kompromißoperat bezeichnen möchte, unverändert annehmen zu wollen. *(Lebhafter Beifall.)*

**Präsident:** Zum Worte gelangt der erste Kontraredner, der Herr Abgeordnete Dr. Kost' Lewyckyj.

Abgeordneter Dr. Kost' **Lewyckyj:** Hohes Haus! Der Bericht des Flüchtlingsausschusses über den Beschluß des Herrenhauses zum Gesetzentwurfe, betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge, konstatiert, daß der vorliegende Gesetzentwurf die eheste Verbesserung der bisherigen staatlichen Leistungen an diese Personen bezweckt und ferner, daß, trotz der Verzögerung in der Stellungnahme des Herrenhauses zu den Anträgen des Abgeordnetenhauses, im administrativen Wege eine sehr anerkennenswerte Erleichterung der ökonomischen Lage der Kriegsflüchtlinge erzielt wurde.

Dieser Auffassung des Flüchtlingsausschusses sind wir Ukrainer nicht in der Lage zuzustimmen, und zwar in Anbetracht der schweren Verhältnisse, in welchen sich gegenwärtig unsere ukrainischen Kriegsflüchtlinge und insbesondere unsere Evakuierten befinden. Im Gegenteil, wir müssen entschieden feststellen, daß diese bedauernswertesten Opfer des Krieges immer mehr und mehr zurückgesetzt werden.

Die durch Kriegszwang von ihrer Heimat Verdrängten waren genötigt, in fremden Gegenden und in schwerster Not ihr Leben zu fristen, um den Zeitpunkt ihrer Repatriierung zu erleben. Es handelte sich ja darum, dem Wunsche der Flüchtlinge nach schleunigster Rückkehr in die Heimat einerseits möglichst Rechnung zu tragen, andrerseits aber gleichzeitig dafür zu sorgen, daß sich die Rückkehr dieser Kriegsflüchtlinge möglichst günstig gestalte und nicht neue und noch schwerere Leiden schaffe.

Unsere ukrainische parlamentarische Vertretung hat die Aufmerksamkeit der hohen Regierung schon im Monate August l. J. darauf gerichtet, daß die wiedergewonnenen Gebiete Ostgaliziens sich im Zustande einer völligen Zerstörung befinden, die Bevölkerung obdachlos und aller Lebensmittel und Kleidung beraubt ist. Bei dieser Sachlage war für

die Bevölkerung eine unverzügliche und ausgiebige Hilfe in allen genannten Richtungen unerläßlich, damit die Bevölkerung sich den Winter über unter einem Dach geborgen sehe und mit Lebensmitteln und Kleidung versorgt werde. Die kaiserliche Regierung, mit Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten an der Spitze, hat uns das alles versprochen.

Nun hat die Regierung den Evakuierten erlaubt, in ihre Gemeinden zurückzukehren, die aber fast gänzlich zerstört sind, und es wurde für die zurückkehrenden Evakuierten gar nichts vorgesorgt, weder für Unterkünfte noch Lebensmittel, ja sogar die Auszahlung dieser kleinen Staatsunterstützungen wird immer weiter verzögert. Man hat ganz einfach diese bedauernswertesten Opfer des Krieges im Felde auswaggoniert und vogelfrei gelassen. *(Sehr richtig!)* Inzwischen aber halten bereits die zwei großen Gäste, Kälte und Hunger, ihren Einzug und fordern ihre Opfer!

Solche Verhältnisse fand ich in meinem Wahlbezirke Rohatyn, welchen ich vor zehn Tagen besuchte. Dieselben Verhältnisse herrschen auch in den Nachbarbezirken Podhajce und Brzezany, so daß wir diese Verhältnisse als sehr triste und bedauernswerte bezeichnen müssen.

Auf die Bedürfnisse der so schwer leidenden Bevölkerung wird nicht im geringsten Rücksicht genommen, auch die letzten spärlichsten Bissen werden den Leuten bei uns auf dem flachen Lande durch die Requisitionen und die Art ihrer Durchführung weggenommen.

Schon in der Sitzung des hohen Hauses vom 6. Juli 1917 haben wir eine dringliche Anfrage, betreffend die unverzügliche Einstellung der militärischen und zivilbehördlichen Requisitionen von Arbeitskräften, Arbeits- und Nutzvieh, von Nahrungs- und Futtermitteln in Ostgalizien, an die Regierung gestellt. Wir haben dann die Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die in Ostgalizien untergebrachten Armeen auf die letzten Viehbestände, auf die letzten Arbeitskräfte, auf die letzten Nahrungs- und Futtermittel greifen, obwohl dieses Gebiet dadurch vollständig ausgesogen und gänzlich ruiniert wird, so daß unsere Bevölkerung sich in kurzer Zeit vor dem Hungertode befinden wird.

Die kaiserliche Regierung hat diese Warnung zur Kenntnis genommen, aber ihrerseits gar nichts vorgekehrt, um das schwergeprüfte ostgalizische Gebiet vor einer Katastrophe zu schützen, die nun eingetreten ist.

Und nun wird bei uns in Ostgalizien in lebhaftester Weise Klage geführt, daß die Lasten ungleich verteilt werden, weil diese durch den Krieg auf das schwerste getroffenen Gebiete durch die schärfsten Requisitionen förmlich verwüstet werden, so daß unsere unglückliche Bevölkerung an den Rand der Verzweiflung gebracht worden ist. Was die Russen nicht genommen, das haben unsere und reichsdeutsche Truppen der landwirtschaftlichen Bevölkerung weggenommen und den Rest nimmt jetzt die heilige Requisition. Die Bevölkerung Ostgaliziens steht ohne Nahrungsmittel und insbesondere die zurückgekehrten Evakuierten sind ohne Unterkünfte, ohne Kleidung, ohne Nahrungsmittel und ohne Unterhaltsbeiträge der bittersten Not preisgegeben. Die Sterblichkeit unter der evakuierten Bevölkerung nimmt einen erschreckenden Umfang an. Leute, die aus Hunger und Erschöpfung umfallen, sind ein gewohntes Straßenbild geworden.

Alles das, was die Herren Kollegen aus Westgalizien, aus Mähren und Deutschböhmen über die gesundheitlichen Zustände veröffentlichen und hier erzählen, ist noch ein Paradies im Vergleich mit dem Hungertode, zu welchem die Kriegswirtschaft unsere ukrainische Bevölkerung tatsächlich verurteilt hat. Und unsere Regierungsorgane inspizieren von Fall zu Fall die ostgalizischen Bezirke, veranstalten immer neue Konferenzen und versprechen wohlwollend alles mögliche. Galizien hat ein Manko an Getreide, welches mit Not durch Kartoffeln ersetzt werden konnte. Nun hat uns aber der Herr Ernährungsminister vor einigen Tagen mitgeteilt, daß Galizien den Bedarf der Armee bis 22.000 Waggons Kartoffeln deckt, der Rest sei zur Ausfuhr aus dem Kronlande bereit. Sagt das ein kaiserlicher Minister, der Verstand und ein Herz für die notleidende Bevölkerung hat?

Wir verlangen in dieser letzten Stunde im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, daß die ostgalizischen Bezirke sofort abgesperrt, daß alle Requisitionen und jede Ausfuhr von Nahrungsmitteln aus diesen Bezirken, mit Ausnahme von Requisitionen für die Ernährung der ansässigen Bevölkerung und insbesondere der Evakuierten, eingestellt werden. Heute ist die höchste Zeit, in die Versorgungsverhältnisse Ostgaliziens eine Ordnung zu bringen und das ostgalizische Gebiet gegen jede Ausfuhr zu schützen.

Wir können uns nicht gefallen lassen, daß unsere ukrainische Bevölkerung in unserem eigenen Lande außerhalb des Rechtes gestellt werde! Und deswegen appellieren wir an das Haus der Volksvertretung und wir fordern die Regierung auf, sehr ernst zu überlegen, worüber die Bevölkerung klagt, damit die Hilfe nicht zu spät kommt.

Wir müssen alles aus dem Wege schaffen, was dieses schreckliche Elend im ostgalizischen Gebiete verursacht hat.

In erster Reihe hat die galizische Wiederaufbauzentrale ein unmenschliches Delictum ommissionis begangen. Trotz zahlreicher Vorstellungen wurde weder ein Baumaterial für den Wiederaufbau der Wohnstätten den Leuten zur Verfügung gestellt

noch auch provisorische Unterkünfte für die obdachlos gewordenen Evakuierten errichtet, obgleich für diesen Zweck die freigewordenen Militärbaracken im fertigen Zustande und um billiges Geld erstanden werden konnten. Dafür zu sorgen war die Pflicht der Wiederaufbauzentrale!

Und jetzt werden Sie verstehen, meine Herren, warum wir verlangt haben und immer verlangen, daß für die ostgalizischen Gebiete eine besondere Wiederaufbauzentrale errichtet werde, und daß unsere Leute zur Leitung dieser Zentrale zugelassen werden. So ist die obdachlos gebliebene Bevölkerung gezwungen, in menschenunwürdigen Schlupfwinkeln und in die Erde gegrabenen Höhlen zu wohnen, wo sie nicht nur Kälte leiden, sondern auch hungern muß.

Nicht weniger schuldtragend ist auch das hohe Amt für Volksernährung, das geneigt ist, immer aus Galizien nur zu nehmen und nichts zu geben.

Wir hören immer von einem Kontingent für die Armee, von einem Kontingent für die Ausfuhr, aber von einem Kontingent zur Versorgung der Bevölkerung haben wir nichts gehört, das gibt es nicht. *(Sehr richtig!)* Und ferner unsere Verwaltungsbehörden, die interessieren sich sehr wenig für das Schicksal der notleidenden Bevölkerung! Sie berufen sich darauf, daß sie keine Weisungen erhalten haben, daß sie über keine Fonds disponieren, daß sie überhaupt nicht wissen, was sie zu tun haben. Sie haben überhaupt kein Verständnis und kein Herz für unsere schwergeprüfte Bevölkerung! Demgegenüber können wir leider jetzt nur feststellen, wie unglücklich ist die Nation, die von ihren politischen Gegnern und Feinden verwaltet und regiert wird!

Und das Vorgehen der Armee? Das Vorgehen des Militärs unserer Bevölkerung gegenüber ist geradezu feindlich. Ich verweise hier noch einmal auf einen Befehl des k. u. k. Korpskommandos, Feldmarschalleutnant Halbmann vom 15. Oktober 1917, Z. 1487, betreffend die Behandlung der Bevölkerung in den wiedereroberten Gebieten Ostgaliziens und der Bukowina, welchen der Herr Kollege Abgeordnete von Lukaszewicz gebracht hat.

In diesem Befehle heißt es ausdrücklich: „Es sind in der letzten Zeit zahlreiche Fälle von unberechtigten Requisitionen, Diebstählen, Raub und Plünderungen vorgekommen, wobei es sogar nicht an Mißhandlungen der Zivilpersonen fehlte, welche ihr Eigentum vor solchen Mißgriffen — das sind nicht Mißgriffe, meine Herren, das sind Verbrechen — schützen wollten, Mißhandlungen, die in einzelnen Fällen sogar einen tödlichen Ausgang hatten." *(Hört! Hört!)* Dieser Befehl der kompetenten militärischen Behörden beweist uns am deutlichsten, wie traurig die Verhältnisse bei uns in bezug auf die Requisitionen sind und wie drakonisch bei uns gegen die Bevölkerung vorgegangen wird.

Und für was führen wir den Krieg? Nicht für die Befreiung und für die bessere Zukunft der Bevölkerung unserer Monarchie? Wenn unsere eigene und die verbündete Armee die bodenständige Bevölkerung berauben, ausplündern und ausrotten, kann man das noch öffentlich behaupten? In solchen Umständen zu leben, ist für unsere ukrainische Bevölkerung sehr schwer und dieser Depravation muß ein Ziel gesetzt werden.

Als unsere jüngste Offensive in Ostgalizien begonnen hatte, geruhte Seine Majestät sofort anzubefehlen, daß der Bevölkerung der wiedergewonnenen Gebiete mit Wohlwollen entgegenzukommen sei. Das war am 30. Juli d. J. Haben unsere Zivil- und Militärbehörden diesen Befehl des Kaisers ausgeführt oder haben sie an ihre Pflicht vergessen? Hat die kaiserliche Regierung den guten Willen und die Kraft, die militärische Willkür aufzuhalten und die Bevölkerung in Schutz zu nehmen? Und im Falle der Weigerung seitens der Militärbehörden ist die Regierung verpflichtet, sich an die höchste Stelle zu wenden, damit im Namen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit die unglückliche Bevölkerung vor dem unentrinnbaren Tode bewahrt werde.

Diese Forderungen, meine Herren, betreffend die Versorgung und die Rettung des Lebens unserer Bevölkerung in dieser schwersten Zeit, haben ja gar nichts Gemeinsames mit der Politik und mit der Stellungnahme unserer Partei zu der gegenwärtigen Regierung und sie hätten daher von jeder rechtlich denkenden und fühlenden Regierung schon längst verwirklicht werden sollen. Wir verlangen eine ernste und rasche Behandlung unserer gerechten Forderungen seitens der Regierung, sonst können wir für die Folgen der unmenschlichen Behandlung eigener Staatsbürger nicht mehr die Verantwortung tragen. Ich habe geschlossen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Spadaro.

Abgeordneter **Spadaro:** Hohes Haus! Als Vertreter der italienischen Bevölkerung Istriens, von welcher ein großer Teil, und zwar der Städte Pola, Rovigno, Dignano und Valle sich als Flüchtlinge fern der Heimat aufhalten muß, möchte ich das Wort ergreifen, um dem hohen Hause das unverschuldete Elend zu schildern, welches diese armen Leute bis zum heutigen Tage durchmachen mußten, für welches Elend jedoch die Regierung kein besonderes Verständnis gezeigt hat.

Beim Ausbruche des Krieges mit Italien wurden ohne vorherige Verständigung und oft auch ohne hinreichenden Grund die Gemeinden der vorerwähnten Bezirke evakuiert.

Die Leute wurden einfach von den Gendarmen mit aufgepflanztem Bajonett, meistens mitten in der Nacht, aus den Häusern geholt, beziehungsweise gejagt und hatten nicht einmal Zeit, auch nur die notwendigsten Kleider oder sonstige Bedarfsgegenstände mit sich zu nehmen. Sie wurden in die Eisenbahnwaggons rücksichtslos wie Vieh hineingepfercht und mußten, trotzdem für die Transporte genügend Zeit war, viele Stunden lang auf der Abfahrtsstation warten, bevor der Zug abging, ohne daß ihnen die Erlaubnis gegeben wurde, sich aus ihren gut verproviantierten Häusern das Notwendigste an Lebensmitteln abzuholen. Damit begann für diese armen Leute ein Leidensweg, ein wahrer Kreuzweg, der sich mehrere Jahre hingezogen und leider noch immer kein Ende gefunden hat. Ich frage, warum hat man bloß die ärmeren, durchwegs kaisertreuen Bewohner dieser Gemeinden zur Flucht gezwungen, während die Reichen zurückbleiben durften. Warum wurden die armen Flüchtlinge, unter denen sich nur Frauen, Kinder und Greise befanden, während die Männer fast durchwegs unter den Waffen standen und dem Vaterlande treu dienten, wie Verbrecher und Verräter behandelt und warum standen sie immer unter der Aufsicht der Bajonette?

Nach einer langwierigen, beschwerlichen Reise langten die Flüchlinge halbverhungert in Leibnitz an, wo sie zur Verlustrierungskommission geführt und von dieser zum Transport in die einzelnen Flüchtlingsgemeinden bestimmt wurden. Die Ankunft eines solchen Flächtlingszuges bietet das Bild unbeschreiblichen Jammers, und ich selbst war Zeuge, wie 120 Kinder von drei bis acht Jahren aus Pola nach einer dreitägigen Reise ohne Begleitung, ohne Nahrung und ohne Obsorge in Leibnitz ankamen. Stellen Sie sich vor, meine hochverehrten Herren, 120 kleine Kinder, die nach ihren Eltern schreien, ganz verwahrlost und verhungert, an einem fremden Orte, wo sie keinen Laut verstehen und dem harten Schicksal preisgegeben sind! Gott fügte es, daß ich drei aus Dignano stammende barmherzige Nonnen fand, die ich bat, sich der Kinder anzunehmen, und die auch bis heute noch die Mutterstelle bei diesen unglücklichen kleinen Kindern vertreten. Am selben Tage kam auch eine Flüchtlingsfrau in Leibnitz an, an der den Tag vorher der Kaiserschnitt vorgenommen worden war, die man ohneweiters den Unbilden des Transportes ausgesetzt hatte. Von Leibnitz wurden die meisten nach Ungarn transportiert, wo sie nur in sehr seltenen Fällen gute Aufnahme fanden. Es waren keinerlei Vorbereitungen für ihre Aufnahme getroffen worden, die betreffenden Gemeinden wußten nichts davon, daß sie Flüchtlinge aufnehmen sollten, und als diese unter der Begleitung von Gendarmen ankamen, war es kein Wunder, daß die Ortsbewohner glaubten, es wären internierte Reichsitaliener und daß sie ihnen daher auch einen dementsprechenden Empfang bereiteten. Als Unterkunft dienten zumeist Stallungen, in welchen die Flüchtlinge auf dem nackten Lehmboden schlafen mußten. Die staatlichen Flüchtlingsunterstützungen erhielten die Flüchtlinge in Ungarn unregelmäßig und nur in den allerseltensten Fällen; von Beteilung mit Kleidern und Schuhen war natürlich keine Rede. Die ihnen gebührende Flüchtlingsunterstützung haben die seinerzeit in Ungarn untergebracht gewesenen Flüchtlinge für jene Zeit bis heute noch nicht erhalten und ich möchte mir die Frage erlauben, was mit den betreffenden Geldern, und zwar mit den Millionen, die von der österreichischen Regierung zu diesem Zwecke der ungarischen zur Verfügung gestellt wurden, geschehen ist.

Alle diese Tatsachen bewiesen nur, daß die Regierung auch nach einem Kriegsjahre noch nicht fähig war, die Fürsorge für die infolge des Krieges mit Italien neu hinzugekommenen Flüchtlinge rechtzeitig und entsprechend zu organisieren. Nach mehreren Monaten des qualvollsten Aufenthaltes in Ungarn wurden die Flüchtlinge endlich nach Österreich transportiert und nach einzelnen Gemeinden von Böhmen, Niederösterreich und Steiermark gebracht, ohne daß auch diesmal die notwendigsten Vorbereitungen getroffen worden wären, so daß der Leidensweg nur eine Fortsetzung fand. Erst nach einem Jahre wurden diese Flüchtlinge in verschiedenen Barackenlagern für die Flüchtlinge aus dem Süden aufgeteilt, daher eine neue Übersiedlung, neue Leiden und neue Beschwernisse. Wie sahen nun diese Baracken aus? Das waren einfache Holzverschläge, die ohne jede Erhöhung direkt auf den bloßen Erdboden gesetzt waren, ohne Fenster, nur mit kleinen Öffnungen ganz beim Dach oben direkt wie Kuhställe, nur mit dem Unterschiede, daß sie gegen die Witterung fast keinen Schutz boten. Beim Regen dringt das Wasser hinein und beim kalten Wetter mußten die Leute einfach frieren. Daher ist es kein Wunder, daß die an ein warmes Klima gewöhnten Bewohner des Südens massenhaft in den Barackenlagern, weit von dem blauen adriatischen Meere dahinstarben und die Kindersterblichkeit zeitweise einen gradezu furchtbaren Umfang annahm, so daß von den geflüchteten Bewohnern der früher erwähnten Gemeinden ein großer Teil, wenigstens 25 Prozent, die Heimat nicht mehr sehen wird.

Was die Verpflegung in den Lagern anbelangt, so war auch diese mit ein Grund der hohen Sterblichkeit unter den Flüchtlingen und trotz der allgemeinen schwierigen Verhältnisse hinsichtlich der Lebensmittelversorgung, wären, wenn sich die

Regierung der Flüchtlinge besser angenommen hätte, nicht so viele und berechtigte Klagen über die außerordentlich schlechte Verproviantierung in den Lagern laut geworden.

Glücklicher waren jene Leute daran, denen die Verproviantierung der Lager anvertraut war, die keine Kontrolle zu fürchten hatten und glänzende Geschäfte machten, bei welchen selbstverständlich die Flüchtlinge nicht auf ihre Rechnung kamen.

Die in den Lagern untergebrachten Flüchtlinge waren bloß auf die ihnen daselbst gewährte Naturalverpflegung angewiesen, ohne daß sie einen Heller Bargeld auf die Hand bekommen hätten. Meine Herren, diese Flüchtlinge sind doch unsere Mitbürger und gehören einer zivilisierten Nation an, welche nicht an gänzliche Bedürfnislosigkeit gewöhnt ist, wie etwa die Wilden, die keinerlei Kulturbedürfnisse empfinden. Wie soll ein Kulturmensch, sagen wir, eine Mutter mit mehreren Kindern ohne einen Kreuzer Geld alle die größeren oder kleineren Bedürfnisse ihrer Kinder, die das bloße Dahinvegetieren übersteigen, bestreiten?

Vergebens habe ich und meine Kollegen im Vorjahre wiederholt beim Ministerium des Innern vorgesprochen, um einen kleinen Bargeldzuschuß für diese Flüchtlinge zu erwirken; erst nach langer Zeit bewilligte die Regierung einen solchen in der Höhe von fünf Hellern pro Kopf und Tag.

Außerhalb der Lager sind die Zustände meistens nicht besser. In der Diaspora müssen die Flüchtlinge mit dem kleinen Betrage, den ihnen der Staat gewährt, ihre ganze Verpflegung, überdies oft auch noch die Beheizung und Wohnung besorgen. Im fremden Lande, der Sprache nicht mächtig, sind die armen Leute zumeist auf das gute Herz einiger Personen angewiesen, die sich ihrer annehmen und ihnen in ihren täglichen Bedürfnissen mit Rat und Tat an die Hand gehen, nämlich wenn sich solche gute Herzen überhaupt finden; sonst sind die Flüchtlinge sehr übel daran, weil sie von der einheimischen Bevölkerung bei der Lebensmittelknappheit als lästige Konkurrenten angesehen werden und ihnen oft der Kauf der Lebensmittel verweigert wird.

Zwar sind die Bezirkshauptmannschaften in erster Linie verpflichtet, für die Flüchtlinge zu sorgen. Viele Bezirkshauptmannschaften haben diese ihre Pflicht und Schuldigkeit, wie nachgewiesen werden kann, nur schlecht erfüllt, sowohl was die Versorgung mit Lebensmitteln als auch die Beteilung mit Kleidern und Schuhen anbelangt, und sollten daher von der Regierung zur Verantwortung gezogen werden.

Das Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus dem Süden, welches die einzige Unterstützung der armen Flüchtlinge war, hat weder beim Ministerium des Innern noch bei den übrigen politischen Behörden jene loyale Unterstützung gefunden, welche denselben für seine Arbeit gebührte.

Was ist aber, meine Herren, mit jenen Flüchtlingen geschehen, welche sich nach Triest oder ins Innere von Istrien begeben haben, um den leidensvollen Kreuzweg zu ersparen und nicht in den Baracken vorzeitig zu sterben? Diese Flüchtlinge wurden von der Regierung doppelt gestraft, und zwar indem sie bis vor kurzem weder irgendwelche staatliche Unterstützung noch die Erlaubnis, nach Rovigno oder nach Dignano oder nach Valle zurückkehren zu dürfen, erhielten. Sind diese armen Leute nicht Flüchtlinge wie die anderen, haben nicht ihre Männer das Vaterland verteidigt wie die anderen?

Und dann, meine Herren, was ist mit den vielen Lebensmitteln, welche die Flüchtlinge in großen Mengen in ihren Häusern zurückgelassen haben, wie Weizen, Speck, Wein, Kukuruz usw., geschehen? Leider, meine Herren, wurden die Häuser der armen Flüchtlinge aus dem Süden Istriens von den Zurückgebliebenen und von den neu Eingerückten nicht nur rücksichtslos requiriert, sondern direkt geplündert, und keine Behörde hat bis heute den Mut gehabt, die schon bekannten Diebe zu bestrafen und die für die Aufrechterhaltung der Ordnung in diesen Städten bestellten Organe zur Verantwortung zu ziehen, so daß die armen und unschuldigen Flüchtlinge nicht nur ihre zurückgelassenen Lebensmittel und Bodenprodukte, sondern auch das diesbezügliche Geld verloren haben. Wenn wir aber die am 14. Juni d. J. seitens Seiner Exzellenz des gewesenen Finanzministers Dr. Spitzmüller gehaltene Rede durchlesen, finden wir folgenden Passus *(liest)*:

„Die Ziffern der Ausgaben für die Flüchtlingsfürsorge erreichen bis Ende April 1917 den Betrag von zirka 600 Millionen Kronen."

Mit einer so hohen Geldsumme glaube ich und halte dafür, daß auch das Haus davon überzeugt ist, wäre eine mehr als ausreichende Fürsorge für die Flüchtlinge möglich gewesen; heute aber bleibt von dieser enormen Geldsumme nur dafür etwas übrig, daß die aus Holz gebauten Baracken bald durch neue zu ersetzen sein werden, daß die Flüchtlinge verhungern und immer unzufriedener werden, wogegen die Lieferanten von Baumaterialien, Lebensmitteln, Kleidern und Schuhen für die Flüchtlinge vielfache Millionäre geworden sind.

Und hier muß ich noch betonen, daß die Regierung dem den Flüchtlingen gewährten staatlichen Schutz den Charakter einer charitativen Leistung, gleichsam eines Almosens, unrechtmäßigerweise gegeben hat, wogegen die Flüchtlingsfürsorge eine staatliche Pflicht und eine gesetzlich zu regelnde staatliche Leistung darstellt. Daher war es nur sehr billig, gerecht und höchst notwendig, ein Gesetz,

betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge, auszuarbeiten, was erst infolge der über Wunsch unseres Kaisers erfolgten Eröffnung des Parlamentes ermöglicht worden ist.

Was die Rückkehr der Flüchtlinge anbelangt, kann ich dem hohen Hause versichern, daß dies der sehnlichste Wunsch derselben ist, und ich bitte daher die hohe Regierung, alle Flüchtlinge aus Pola, Rovigno, Dignano und Valle sobald als möglich in ihre Heimat, für welche während des Krieges nicht die geringste Gefahr vorhanden ist, zurückkehren lassen zu wollen, weil alle Flüchtlinge es vorziehen, in ihre Heimat zurückzukehren und dort lieber, wenn es sein müßte, unter den Granaten und an Hunger zu sterben, als weiter in den Baracken zu leben.

Nun gestatten Sie, meine hochverehrten Herren, daß ich über die in Istrien zurückgebliebene Bevölkerung spreche und die Situation Istriens während des Krieges in kurzem schildere.

Zuerst muß ich feststellen, daß die Regierung Stürgkh den istrianischen Landtag aufgelöst hat und für die eingesetzte Verwaltungskommission, statt Vertreter der verschiedenen politischen und nationalen Parteien Istriens zu ernennen, welche die Nationalitätsfrage des Landtages im Kompromißwege lösen sollten, um die Zukunft des Landtages sicherzustellen, provisorische Staatsbeamte ernannte, für die ich zwar die größte Hochachtung hege, welche aber immer eine sehr relative Verantwortung für ihre Arbeit tragen.

Diese Verwaltungskommission hat beim Beginne ihrer Amtstätigkeit sofort die Schließung von Schulen mit italienischer Unterrichtssprache, und zwar des Realgymnasiums in Pisino und des Töchterlyzeums in Pola, der einzigen Institute Istriens dieser Art, verfügt.

Da jede Nation das staatsgrundgesetzlich gewährleistete Recht auf Schulen in ihrer eigenen Muttersprache hat und die Landesverwaltungskommission zur Schließung der Schulen weder gesetzlich noch auf Grund des eigenen Statutes berechtigt war, so protestiere ich gegen die in Rede stehende Schließung der vorbezeichneten Mittelschulen und bitte die hohe Regierung, die Wiedereröffnung der erwähnten Anstalten ehebaldigst zu veranlassen, damit das Realgymnasium in Pisino wenigstens mit Beginn des nächsten Schuljahres und das Lyzeum in Pola sofort nach Beendigung des Krieges wieder eröffnet werden.

Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat weiters angeordnet, daß in allen italienischen Mittelschulen der Unterricht in einigen Fächern nur in deutscher Sprache erteilt werde.

Diese Anordnung ist verfassungswidrig und didaktisch-pädagogisch undurchführbar.

Meine Herren! Die italienische Bevölkerung des Küstenlandes hat gewiß nie eine Abneigung gegen die Erlernung der deutschen Sprache gehabt. Am städtischen Obergymnasium in Triest fand der deutsche Sprachunterricht schon bisher eine intensivere Pflege, als an Mittelschulen mit deutscher Unterrichtssprache. Gegen eine weitere Vermehrung der für die deutsche Sprache bestimmten Stundenzahl, sowie gegen die Einführung von Konversationsstunden in dieser Sprache würde von keiner Seite der italienischen Bevölkerung eine Einwendung erhoben werden.

Da aber ein sprachlicher Zwang nur dem italienischen Volksstamme auferlegt wird, der bei anderen Volksstämmen des Reiches gar nicht versucht werden könnte, und bei dem Umstand, daß die sprachliche Gleichberechtigung in der Schule staatsgrundgesetzlich gewährleistet ist und jede Abänderung dieses Verfassungsrechtes nur gleichmäßig allen Volksstämmen gegenüber und nur auf gesetzlichem Wege vorgenommen werden kann, legte ich in meiner Interpellation vom 14. Juli 1917 im Namen der italienischen Bevölkerung Österreichs gegen diese Anordnung des Ministeriums für Kultus und Unterricht unter Berufung auf die bestehende österreichische Verfassung nachdrücklichste Verwahrung ein und bat die Regierung, die sofortige Zurückziehung dieser Verordnung zu veranlassen, was auch bereits geschehen ist.

Weiters mußte ich gegen die im Monate September 1916 am ersten Tage des Schuljahres 1916/17 erfolgte unbegründete plötzliche Schließung der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Capodistria sowie gegen die unbegründete, erst im Monate März d. J. durchgeführte Transferierung derselben von Capodistria nach Triest protestieren, welche für die Zöglinge einen großen Schaden bedeutet, die in so kritischen Zeiten fünf Monate einfach auf die Straße gesetzt wurden, entgegen allen von der Regierung zahlreich erlassenen Rundschreiben, um die studierende Jugend vor den Gefahren der Straße zu bewahren.

Die Schulbehörde, Gott sei Dank, hat später den Fehler anerkannt und die Lehrerbildungsanstalt ist mit Anfang des gegenwärtigen Schuljahres in Capodistria wieder eröffnet. Weiters hat das Justizministerium, um die arme Bevölkerung der Stadt Rovigno für ihren ehrlichen und weltbekannten Patriotismus für das Haus Habsburg, für den Kaiser und für Österreich zu bestrafen, sowie um die unglückliche Bevölkerung von Rovigno, welche infolge des Krieges umsonst evakuiert wurde und seit 30 Monaten alle möglichen und unerhörtesten Leiden ertragen hat, zu belohnen, mit der Verordnung vom 16. Februar d. J., R. G. Bl. Nr. 64, die Verlegung des seit 107 Jahren in Rovigno bestehenden Kreisgerichtes nach Pola verfügt, ohne daß das nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 26. April 1873, R. G. Bl.

Nr. 62, von dem Landtage abzugebende Gutachten vorgelegen wäre. Da nun aber die Gesetzlichkeit dieser Verordnung in der von mir in diesem Hause am 26. Juni 1917 eingebrachten Anfrage bestritten wurde, hat das Justizministerium, da es die Ungesetzlichkeit der Verordnung selbst anerkannt hat, einen diesbezüglichen Gesetzentwurf in diesem Hause vorgelegt, welcher aber in der vorgestrigen Sitzung des Justizausschusses als unbegründet abgewiesen wurde. Der Justizausschuß hat aber auch die Ungesetzlichkeit der von mir bestrittenen Verordnung anerkannt. Jetzt werden wir sehen, ob die Verlegung des fraglichen Kreisgerichtes auch auf Grund einer ungesetzlichen Verordnung stattfinden wird oder nicht.

Ich werde die kostbare Zeit dieses hohen Hauses nicht in Anspruch nehmen, um über die ungesetzlichen und unbegründeten Internierungen und Konfinierungen von Italienern aus Istrien zu sprechen, weil darüber schon viel gesprochen wurde und noch viel wird gesprochen werden. Diesbezüglich erlaube ich mir nur zu bemerken, daß der größte Fehler, welcher von der Regierung begangen wurde, darin liegt, daß die betreffenden Behörden nicht den Prozeß gegen die Internierten und Konfinierten sofort eingeleitet haben, um die Schuld oder Schuldlosigkeit derselben festzustellen, damit die Unschuldigen — und solche waren wenigstens 99 Prozent — sofort in Freiheit gesetzt würden und in ihre Heimat rückkehren könnten.

Die Rückkehr derselben in die Heimat sollte sobald als möglich erfolgen, weil der Kaiser seinen großherzigen Gnadenakt der Amnestie sicherlich auch diesen unschuldigen Konfinierten zugedacht hat.

Was aber die Lebensverhältnisse Istriens anbelangt, kann ich nur sagen, daß sowohl die Militärbehörde als auch die politische Behörde einig sind, die istrianische Bevölkerung verhungern zu lassen. Die Requisitionen erfolgen wie in einem eroberten Lande. Die Bauern müssen der Militärbehörde alles zu niedrigsten Preisen abliefern und dann mit wahrem Heroismus Hunger leiden.

Aus meinem Bezirke ist es Buje, wo die Leute am meisten hungern, wo das Gruppenkommando seinen Sitz hat.

Die Bauern Istriens müssen ihre Bodenprodukte den Behörden zu niedrigsten Preisen übergeben und die Behörde erlaubt dann, daß die Spekulanten aus den Bodenprodukten der Bauern große Gewinne erzielen. Der krasseste Fall ist folgender: Die Statthalterei in Triest hat mit der Verordnung vom 9. September 1916 die Höchstpreise für Wein pro 1916 für Istrien mit 140 bis 172 K pro Hektoliter festgesetzt, und die bei derselben Statthalterei amtierende Approvisionierungskommission hat der Genossenschaft der Gastwirte in Triest erlaubt, den aus Istrien um 140 K pro Hektoliter gekauften Wein um 3 bis 6 K per Liter, daher mit einem Reingewinn von 100 bis 300 Prozent zu verkaufen. Darüber habe ich eine ausführliche Interpellation am 26. Mai d. J. an die hohe Regierung vorgelegt, in welcher ich nicht nur um Verfolgung wegen Preistreiberei angesucht, sondern auch nachgewiesen habe, wie die Militärbehörde und die Statthalterei einig sind, um die armen kleinen Bauern Istriens direkt zu schädigen, um den aufrichtigen Patriotismus dieser ehrlichen und loyalen Staatsbürger zu bestrafen.

Infolge der vorerwähnten Statthaltereiverordnung hat Istrien im Vorjahre, mit Rücksicht auf die allgemeinen Weinpreise aller anderen Provinzen Österreichs, einen Verlust von wenigstens 15 Millionen Kronen erlitten, welcher Verlust für eine so arme Provinz in so kritischen Jahren erheblich genug war und wäre derselbe daher nach Billigkeit und Gerechtigkeit von der Regierung zu ersetzen.

Ich erlaube mir daher an die hohe Regierung die Bitte zu stellen, den durch die vorerwähnte Statthaltereiverordnung der Provinz Istrien verursachten Schaden zu ersetzen, um auch der Bevölkerung Istriens beweisen zu können, daß das Kaisermotto: „Justitia regnorum fundamentum“ von der Regierung wirklich beobachtet wird.

Bei der Requirierung der Obst- und Gemüseernte durch die Militärbehörde in Buje ist es heuer vorgekommen, daß die Militärbehörde für die Gemeinden Buje und Pirano bestimmte Preise gestellt hat, gegen welche die armen Bauern alles Obst und Gemüse dieser Militärbehörde zwangsweise abtreten mußten.

Die nahegelegenen Gemeinden Isola und Capodistria haben dagegen für die Approvisionierung der Stadt Triest zu sorgen, aber der größte Teil des Gemüses und Obstes, welches nach Triest transportiert wurde, wurde auch dort ohne Rücksicht auf die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung von Triest von dem Militär um Preise angekauft, welche zwei- oder auch dreimal höher waren, als die von dem Gruppenkommando in Buje festgesetzten Preise.

Jetzt frage ich, warum mußten die armen Bauern von Pirano und Buje gegen andere und viel niedrigere Preise als die Bauern von Isola und Capodistria ihre Bodenprodukte dem Militär verkaufen?

Noch weiter, meine Herren! Die bei der Statthalterei in Triest für das ganze Küstenland fungierende Approvisionierungskommission bevorzugt, ohne sich die Mühe zu geben, die wahren Verhältnisse Istriens kennen zu lernen, unter dem Vorwande, daß Istrien eine landwirtschaftliche Provinz ist und daher als solche ohnehin mit Lebensmitteln versorgt ist, die Stadt Triest bei der Verteilung der Lebensmittel auf Kosten Istriens, so daß in Istrien, wo die Dürre sowohl im Vorjahre als

heuer die ganze Bodenproduktion gänzlich vernichtet hat, viele Fälle von Hungertod wahrgenommen wurden.

Um in diesem Kampfe zwischen Leben und Tod sich zu behaupten, fahren die armen Frauen aus Pirano, Capodistria und Isola, welche seit zwei Jahren kein Brot für sich und ihre armen und kranken Kinder erhalten, häufig mit kleinen Quantitäten an Olivenöl, Wein, Fischen und Gemüse nach Triest, um sich Brot im Austauschwege zu verschaffen. In Triest finden dieselben immer Leute, welche, um Olivenöl oder Wein, Fische oder Gemüse zu erhalten, auf ihr Brot freiwillig und sehr gern verzichten.

Die Frauen aber werden bei ihrer Abfahrt sowie bei ihrer Rückfahrt von den Behörden visitiert und wenn sie im Besitze von solchen Bodenprodukten gefunden werden, können sie ihre Reise nicht fortsetzen und bei der Rückfahrt wird das bei ihnen vorgefundene Brot sequestriert und die Frauen werden noch dazu mit Arrest bestraft.

Solche skandalöse Sachen müssen einmal aufhören und die Behörden sollten der Provinz Istrien eine eigene Approvisionierungskommission geben, damit das, was die Zentralen für Istrien bestimmen werden, auch in Istrien zur Verteilung gelange.

Zwei Jahre habe ich für diese so gerechte Sache gekämpft, aber alles umsonst.

Ich möchte mir daher erlauben anzufragen, warum die Provinz Istrien während des Krieges so viel zu leiden hat? Hat vielleicht die Bevölkerung Istriens nicht ihre Pflicht gegen das Vaterland vollständig erfüllt? Hat nicht dieselbe wie die anderen Nationen für das Vaterland Blut und Leben geopfert? Hat nicht diese Bevölkerung, weil sie ein Kriegsgebiet bewohnt, sechs Monate früher als die andere im Inlande wohnende Bevölkerung das Leben für das Vaterland hergegeben?

Leider aber ist es wahr, daß die italienische Bevölkerung Istriens während des Krieges viel gelitten hat und wahr ist es auch, daß diese Bevölkerung dies alles mit Geduld und größter Opferwilligkeit ertragen hat.

Es wäre die höchste Zeit, daß die Regierung auch für die Approvisionierung Istriens sorgen würde und daher erlaube ich mir im Namen der Gerechtigkeit die hohe Regierung dringend zu bitten, sofort zu verfügen, daß für Istrien eine eigene Approvisionierungskommission bestellt werde, welche mit Hilfe der von der Landesverwaltungsbehörde schon bestellten Kommission für die nicht kontingentierten Lebensmittel sofort in Wirksamkeit treten könnte.

Selbstverständlich ist, daß in diesem Falle die Statthalterei in Triest der für Istrien neu bestellten Kommission ein verhältnismäßiges Quantum an Mahlprodukten in natura sowie den der Provinz Istrien gebührenden Reingewinn aus den Bilanzen der Jahre 1915 und 1916 und des laufenden Jahres in barem Gelde anweisen müßte, damit die Approvisionierung Istriens keine Unterbrechung erleide.

Wird die hohe Regierung eine solche Maßnahme nicht sofort treffen, so wird der größte Teil der Bevölkerung Istriens sicherlich Hungers sterben und es wird nur die Regierung die Verantwortung für ein solches Verbrechen vor der ganzen Welt zu tragen haben.

Hohes Haus! Die sehr bedauerlichen Verhältnisse Istriens werden leider nur beseitigt werden, wenn der von allen Parteien dieses Hauses gewünschte Friede in der kürzesten Zeit eine Tatsache sein wird.

Auch die mißlichen Zustände der armen Flüchtlinge werden nicht durch das heute zur Diskussion vorgelegte Gesetz, sondern durch den Frieden geregelt werden.

Das vorliegende Gesetz hat aber den Zweck, die den armen Flüchtlingen zugefügten Ungerechtigkeiten und Schäden zu beseitigen und zu ersetzen, und für ihre Zukunft besser zu sorgen. Daher erlaube ich mir, das hohe Haus zu bitten, das vorliegende, mit Rücksicht auf die vom Herrenhause ausgesprochenen Forderungen umgearbeitete Gesetz gütigst annehmen zu wollen. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile das Wort dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Fon.

Abgeordneter **Fon**: Hohes Haus! Ich werde nicht den Spuren des unmittelbaren Herrn Vorredners folgen, obwohl es von meinem südslawischen Standpunkt aus sehr angezeigt wäre, wenn ich auf seine Gravamina in national-politischen Angelegenheiten reagieren würde. Ich werde mich ganz kurz fassen. Ich muß zunächst konstatieren, daß die Debatte, welche wir hier im Sommer über das Flüchtlingsgesetz abgeführt haben, einen viel frischeren, einen viel kräftigeren Zug hatte. Wir haben damals besonders viele Hoffnungen in der Richtung gehegt, daß wir unseren Flüchtlingen, diesen Leuten, welche durch den Krieg am allermeisten geschädigt wurden, ausgiebig werden helfen können. Alle Schäden hätten wir ja durch das Gesetz, wie wir es beschlossen haben, nicht abgestellt, allein wir hätten den Flüchtlingen wenigstens einen teilweisen Tribut abgestattet, den wir ihnen sicher schuldig sind. Aber das Gesetz, wie wir es beschlossen haben, stieß auf Widerstand bei der Regierung und erlitt im Herrenhaus Schiffbruch.

Nun, hohes Haus, gehen wir daran, ein Gesetz anzunehmen, welches in wesentlichen Punkten hinter jenen Hoffnungen zurücksteht, welche wir im verflossenen Sommer gehegt haben. Zunächst einmal ist die Freizügigkeit für die Flüchtlinge aufgehoben.

Die Flüchtlinge dürfen sich ohne Bewilligung von der politischen Behörde aus ihren Gemeinden nicht rühren. Wie nun die politischen Behörden bei der Bewilligung zur Übersiedlung der Flüchtlinge vorgehen, ist ja hinlänglich bekannt; ich glaube, es genügt, wenn ich darauf hinweise, daß man ihnen diese Möglichkeit benimmt, auch dann, wenn die Gemeinde des neuen Wohnsitzes gewillt ist, den Flüchtling in die Approvisionierung aufzunehmen, auch wenn der Flüchtling sich eine Wohnung aufgenommen hat, auch wenn er sogar hie und da ein Grundstück zum Anbau gemietet hat. Und wenn schon die Bewilligung erteilt wird, so geschieht es sehr oft, daß man den Flüchtling in der Weise schikaniert und ihm die Übersiedlung ökonomisch unmöglich macht, daß man ihm nicht erlaubt, die Flüchtlingsunterstützung in der neuen Gemeinde fortzubeziehen. So gehen die politischen Behörden vor und, wie wir ja wissen, ist die Bureaukratie derart eingerichtet, daß sie von ihrem einmal eingenommenen Standpunkt nicht absteht. Sie ist immer nur bestrebt, dahin zu wirken, daß sie sich möglichst wenig Arbeit aufbürdet, und es ist ja selbstverständlich: ein armer Flüchtling verursacht dem Bezirkshauptmann unendlich viele Scherereien und den will er sich daher vom Halse schaffen, den will er nicht in der Nähe haben.

Ein zweiter Punkt, der im neuen Gesetz viel schlechter geregelt ist als in der vorhergehenden Fassung, ist der Punkt wegen der Auszahlung von Unterstützungen pro praeterito. Im § 9 des früheren Gesetzentwurfes war bestimmt, daß die Flüchtlinge auch für die Vergangenheit die ihnen gebührende Unterstützung ausgezahlt bekommen sollen. Das neue Gesetz hat dieses Prinzip nicht mehr in diesem Maße angenommen, sondern teilt die Flüchtlinge in zwei Kategorien ein. Die eine Kategorie bilden diejenigen, welche sich im Kriegsgebiete befinden, und die zweite Kategorie umfaßt diejenigen, welche sich außerhalb des Kriegsgebietes befinden. Welches Kriterium dafür maßgebend sein soll, daß man diesen Unterschied macht, ist mir nicht erfindlich. Es ist klar, daß beide Kategorien ganz gleich sind: beiden Kategorien ist es schlecht gegangen, geht es heute schlecht und wird es immer schlecht gehen. Nun sagt Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern, wenn wir das Gesetz in der ursprünglichen Fassung annehmen würden, so würde das direkt bedeuten, daß ein Zusammenbruch stattfindet, weil angeblich die politischen Beamten nicht in der Lage wären, die ungeheure Arbeit, die ihnen dieses Gesetz im § 9 aufbürdet, zu bewältigen. Ich wundere mich darüber, daß der Chef der politischen Verwaltung seine Beamten so gering einschätzt. Ich glaube, wenn an einen Beamten die Aufgabe herantritt, er müsse das und das leisten, so wird er diese Arbeit auch leisten. Freilich leisten die Herren Beamten diese Arbeit nicht, aber das ist eben die Anarchie in der Bureaukratie. *(Zustimmung.)* Indes, ich muß mich bescheiden; ich kann dagegen nichts machen, das Gesetz wird in der Fassung angenommen werden, wie es der Ausschuß beantragt hat, und ich kann nur meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der § 9 nicht in der ursprünglichen Fassung zum Beschlusse des Ausschusses erhoben worden ist. Die Flüchtlinge werden uns dafür sicher keinen Dank wissen.

Nun, meine Herren, möchte ich noch einige Sachen vorbringen. Was die Unterbringung der Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern anbelangt, so ist im Ausschusse und im Hause wiederholt über die direkt unleidlichen Zustände gesprochen worden, welche in den Flüchtlingslagern herrschen. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt, mich an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern mit Klagen und Beschwerden zu wenden, es ist aber seitdem, kann man sagen, gar nichts geschehen. Die Sachen sind heute dort, wo sie früher waren. Es ist hier und da ein bißchen etwas remediert worden, aber im allgemeinen ist die Wirtschaft genau dieselbe wie früher. Eine unglaubliche Protektionswirtschaft herrscht in diesen Lagern und es wird Luxus getrieben von seiten der Verwaltung *(Hört! Hört!)*, wobei natürlich dieser Luxus aus den Geldern bezahlt wird, welche für die Flüchtlinge bestimmt sind. Und dann wird immer darauf hingewiesen, welche ungeheure Summen die Flüchtlinge verschlingen. Man sieht zum Beispiel Barackenlager, wo der Barackenverwalter oder Barackenvorstand ein Automobil zur Verfügung hat. *(Ruf: Und eine Kutsche dazu!)* Selbstverständlich, eine Kutsche mit zwei Pferden und ein Reitpferd auch noch dazu. Meine Herren! Wozu das alles notwendig ist, das begreift wohl kein Mensch in diesem Hause. *(Zwischenrufe.)* Die Flüchtlinge sind heute genau so schlecht untergebracht wie früher und was die Verköstigung der Flüchtlinge anbelangt, so sind da die Verhältnisse wirklich greulich. *(Abgeordneter Gostinčar: Wohin gehen die Ersparnisse bei der Verköstigung der Flüchtlinge?)* Das ist auch eine Frage! Ob Ersparnisse gemacht oder ausgewiesen werden, ist mir nicht bekannt; sicher ist aber, daß auf ziemlich breiter Grundlage in den Flüchtlingslagern gestohlen wird. Wenn die Flüchtlinge wirklich das alles bekämen, was die Speisekarte, dieser gewisse Speisezettel, ausweist, so müßten die Flüchtlinge sicher zufrieden sein, denn es sind ganz anständige Mengen von allen möglichen Vorräten vorhanden . . . *(Ruf: Sie bekommen Kraut und Wasser, Wasser und Kraut und wieder Kraut und Wasser!)* Natürlich in Intervallen von drei zu drei Monaten. Das geht selbstverständlich weiter.

Auf diese Weise werden die Flüchtlinge selbstverständlich ausgehungert und verfallen, was ja ganz natürlich ist, der Tuberkulose. Das sieht man am meisten an der Kindersterblichkeit. Es macht auf einen, der diese Dinge sieht, beinahe den Eindruck, als ob auf diese Weise unser Volk einfach zum Tode verurteilt, als ob es einfach ausgerottet werden sollte. *(Sehr richtig!)*

Nun ist es doch höchst sonderbar, daß in den Flüchtlingslagern, welche eine geordnete Verwaltung haben — es ist hier und da ein Apparat zu 150 bis 200 Mann —, noch immer Flüchtlinge vorkommen, welche den Unterhaltsbeitrag heute noch nicht beziehen. Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern hat uns einmal im Ausschusse erklärt, er habe eine Zusage von seiten des Herrn Landesverteidigungsministers, daß er eine eigene Kommission in die Flüchtlingslager schicken wird, welche Nachschau halten wird, ob wohl alle Flüchtlinge schon ihren Unterhaltsbeitrag beziehen oder nicht. Von der Kommission ist gar keine Spur, sie ist in keinem Lager erschienen. Aber auch die Verwaltung kümmert sich darum nicht.

Ich war bei dem traurigen Anlaß in Wagna, und als ich in ein paar Baracken trat und mich erkundigte: Bezieht ihr alle den Unterhaltsbeitrag?, da haben sich gleich ein paar Leute gemeldet, die ihn nicht haben. Ich habe das in ein paar Minuten erfahren, der Barackenverwalter, der Lagervorstand weiß aber davon nichts. *(Abgeordneter Gostinčar: Dasselbe ist in Bruck!)* Überall, in Bruck, Steinklamm und Pottendorf, es ist überall gleich. Die Lagervorstände brillieren durch ihren Absentismus, der Mann ist zwar da, aber nicht für den Flüchtling. Er kennt ihn nicht und kümmert sich um ihn nicht.

Erfreut hat mich, zu erfahren, daß wenigstens Steinklamm teilweise geräumt werden und daß ein Teil unserer Flüchtlinge von dort nach Deutschbrod kommen soll, wo die Lebensverhältnisse viel günstiger sind. Es sind die Unterkünfte viel besser, es sind Doppelfenster überall angebracht, außerdem gibt es Beheizung genug und an Lebensmittel wären auch genügende Mengen vorhanden. Mit dieser Maßregel hat das Ministerium des Innern den Flüchtlingen sicher einen großen Gefallen erwiesen.

Was außerhalb des Lagers vorgeht, ist ja tief bedauerlich. Aber man sollte doch nicht glauben, daß heute nach der Ministerialverordnung, die das Datum vom 23. Juli trägt, die Flüchtlinge noch immer nicht überall ihre Flüchtlingsunterstützung bekommen. Ich bekomme heute noch Briefe von Flüchtlingen, die mich bitten, ich solle doch beim Ministerium intervenieren, daß sie die ihnen gebührende Unterstützung bekommen. Ja, ich begreife das einfach nicht, ich kann mich in diese Geschäftsführung des Ministeriums des Innern nicht hineindenken. Ich bin vollkommen überzeugt, Seine Exzellenz der Herr Minister des Innern ist ein Mann, von den besten Absichten beseelt, er ist ein seelensguter Mann, durch und durch korrekt, er geht mit Liebe bei diesen Sachen vor, wir finden ein Entgegenkommen, wie wir es — man kann es ohneweiters sagen — in anderen Ministerien vermissen, aber dazu bringt es Seine Exzellenz der Herr Minister nicht, daß die untergeordneten Beamten ihre Arbeit endlich fertig bringen, daß sie den Flüchtlingen die Unterstützungen anweisen. Sie sind dazu einfach nicht zu bewegen, sie tun es nicht.

Zum Schlusse möchte ich noch auf eine Frage kommen, die bei uns natürlich jetzt in Fluß kommen muß, es ist nämlich die Rückkehr der Flüchtlinge ins Görzische. Das Görzerland ist nunmehr vom Feinde geräumt, hoffentlich kommt der Feind nicht mehr herein. Es ist aber natürlich, daß in diesem Belange das erste Wort wohl das Armeeoberkommando hat. Das Armeeoberkommando kann ungefähr ermessen, ob die Kriegslage momentan sich derart gefestigt hat, daß von einem neuerlichen Einbruch der Italiener keine Rede sein kann, denn sonst wäre es unsinnig, wenn die Flüchtlinge hineingingen und dann wieder bei nächster Gelegenheit hinausgehen müßten. Allein ich fürchte eines: Wenn man unsere Kriegsberichte liest, so ist ja die Sache die, daß sich die Italiener nie mehr rühren können, sie sind einfach geschlagen, sie sind beinahe schon erschlagen; man sollte also meinen, das Armeeoberkommando müßte ohneweiters erklären, die Rückkehr, und zwar die allgemeine Rückkehr ist vom militärischen Standpunkt aus möglich. Aber ich könnte viel darauf wetten, daß das nicht geschehen wird, und ich wette sogar, daß, wenn die Rückkehr wirklich möglich ist, die Militärverwaltung, beziehungsweise das Armeeoberkommando noch immer Schwierigkeiten machen wird, und zwar aus Gründen, die sich meiner Kenntnis entziehen. Ich weiß nicht, welche Gründe die Militärverwaltung drängen, in diesem Belange immer Schwierigkeiten zu machen. *(Abgeordneter Dr. Verstovšek: Sie will dort deutsche Kolonisten hinunterschaffen!)* Vielleicht deswegen, vielleicht auch, damit das Militär dort unten ganz freie Hand hat und schalten und walten kann, wie es ihm beliebt. Ich war kurze Zeit in Görz. Es gibt in Görz sehr wenig Zivilisten, der größte Teil der Bevölkerung besteht aus Militär und aus russischen und italienischen Kriegsgefangenen. Man sieht russische und italienische Kriegsgefangene sich ganz frei in der Stadt bewegen, aber Zivilisten sieht man sehr wenig. Dafür sieht man das Militär, wie es sich frei bewegt, und zwar in den verlassenen Häusern; wie man von einer Straße in die andere geht, sieht man, aus dem einen Hause kommt einer, aus einem anderen zwei und in ein anderes gehen zwei, drei hinein.

Bei hellichtem Tage habe ich gesehen, wie drei Soldaten durch ein Fenster, welches sie erbrochen hatten, ein Kanapee herausgeschleppt haben. *(Hört!)* Es wird einfach alles gestohlen und alles geplündert, und zwar auf eine Weise, die einfach erschreckend ist. Es wurde ein Kommandant — ich will seinen Namen nicht nennen — darauf aufmerksam gemacht, daß er endlich diesem Treiben ein Ende mache; darauf bekam man die verblüffende Antwort: Ich habe keine Macht!

Nun, ich meine, es wird an der Zeit sein, daß man Vorbereitungen für die Rückkehr treffe. Die Heimkehr unserer Flüchtlinge in ihre Heimat ist ja selbstverständlich ein dringender Wunsch der Flüchtlinge. Andrerseits aber liegt die Heimkehr sicherlich auch im allergrößten Interesse der Bevölkerung und des Gesamtstaates, weil ja bei uns nicht so wie im Norden vielleicht im Winter die Arbeit aussetzt. *(Abgeordneter Stern: Bei uns in Galizien liegen sie auf der Straße! Es wurde eine Expedition von Nachod, 70 Mann stark, in einem Pferdewagen nach Galizien geschickt — sie liegen heute noch auf der Straße!)* Hoffentlich haben sie einen Schwarmofen. *(Heiterkeit.)* Nun könnte das fruchtbare Land angebaut werden, davon hätten die Flüchtlinge, beziehungsweise die autochthone Bevölkerung zu leben, außerdem hätte das Hinterland einen Profit davon, erstens weil man die Flüchtlinge im Hinterlande nicht zu ernähren brauchte, und andrerseits könnte das Hinterland von unserem Lande sehr viel Gemüse bekommen. Ich richte daher die dringende Bitte an Seine Exzellenz den Herrn Minister des Innern, daß er möglichst rasch wegen dieser Heimkehr das nötige bewerkstellige, dabei die so traurigen Erfahrungen, die bei der Repatriierung in Galizien gemacht wurden, berücksichtige und unsere Flüchtlinge nicht diesen wirklich überflüssigen Leiden aussetze, denen die Flüchtlinge in Galizien ausgesetzt waren. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Tusar**: Ich erteile dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Dr. Kolessa, das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kolessa**: Hohes Haus! Das Schicksal dieses Gesetzentwurfes, den wir zu erledigen haben, bildet einen besonders traurigen Abschnitt in der Leidensgeschichte unserer Flüchtlinge. Ich bin bei weitem nicht entzückt über die Gesetzesvorlage, die hier schon vom Abgeordnetenhause erledigt worden ist. Ich kenne die Mängel dieses Gesetzes und ich habe Gelegenheit gehabt, darüber schon in meinen früheren Ausführungen hier im Hause zu sprechen. Diese Gesetzesvorlage ist ganz gewiß nicht zufriedenstellend, ihre Verzögerung aber, verursacht einerseits durch eine gewisse ablehnende Haltung der Regierung und andrerseits durch das Verschulden des Herrenhauses, läßt sich nicht rechtfertigen und hat der Bevölkerung schon immensen Schaden zugefügt, obwohl zum Ersatze dieses Gesetzes eine Ministerialverordnung erlassen worden ist. Man hätte erwarten können, daß das Herrenhaus, welches unsere Gesetzesvorlage abgelehnt hat, mit einer sehr gründlichen, für die Gesamtheit der Flüchtlinge sehr nützlichen Vorlage kommen werde, man hätte erwartet, daß die reichen und bemittelten Herren vom Herrenhause vielleicht eine reichhaltigere Versorgung der Flüchtlinge votieren würden, als es im Abgeordnetenhause der Fall war. Doch nein, keine Spur davon, die Gesetzesvorlage des Herrenhauses verschärft sogar noch die Mängel der Gesetzesvorlage des Abgeordnetenhauses sowie es gewöhnlich bei der heretitären Belastung der Fall ist; die neue Vorlage verschlechtert noch bedeutend die Lage der Flüchtlinge. In erster Linie möchte ich hier die weitere Einschränkung der ohnehin schon so geringen Rechte der Flüchtlinge auf Freizügigkeit erwähnen.

Es liegt nicht im Interesse der Flüchtlinge, daß sie ihrer bürgerlichen Rechte beraubt werden. Aus diesem Grunde haben wir für die Flüchtlinge eine gewisse Freizügigkeit verlangt, wir haben verlangt, daß die Flüchtlinge nicht gezwungen werden dürfen, sich in Barackenlagern aufzuhalten. Diese Bestimmung hat nun die Vorlage des Herrenhauses mit solchen Kautelen umstellt, daß diese Barackenlager wirklich weiter bestehen und sich sogar, wie wir noch sehen werden, gewissermaßen zu Kerkeranstalten ausgestalten würden, falls wir diesen Bestimmungen beipflichten würden, welche das Herrenhaus vorgeschlagen hat. Um das zu verhüten, verlangen wir, daß die Bestimmungen der ersten Gesetzesvorlage wiederhergestellt werden, daß die Flüchtlinge, insofern sie überhaupt in Barackenlagern untergebracht werden müssen, nach Nationalität, Religion und Herkunft getrennt werden, wobei ihnen das Recht gewahrt werden soll, jederzeit außerhalb der Sammelniederlassungen ihren Aufenthalt zu nehmen. Darauf müssen wir bestehen, denn das ist das Minimum dessen, was den Flüchtlingen gewährt merden muß. Außerdem hoffen wir, daß der vom Abgeordnetenhause bereits gefaßte Beschluß vom 13. Oktober ausgeführt werden wird, demzufolge es jenen Flüchtlingen, welche in ihre Heimat zurückgekehrt sind, die aber dort keine entsprechenden Lebensbedingungen, keine entsprechenden Wohnungs- und Ernährungsmöglichkeiten gefunden haben, erlaubt werden soll, in benachbarten Gebieten Wohnung zu nehmen und dort ihre staatliche Unterstützung zu beziehen. Wir müssen mit Nachdruck verlangen, daß dieser Beschluß des Abgeordnetenhauses zur Geltung gebracht und ausgeführt werde. *(Zustimmung.)*

Dann, meine Herren, haben die Herren des Herrenhauses die Lage der armen Flüchtlinge, speziell in den Barackenlagern noch dadurch erschwert oder wenigstens erschweren wollen, daß sie die Zwangsarbeit einführen wollten. *(Hört! Hört!)* Das ist einerseits eine Forderung, die eine Einschränkung der durch die Staatsgrundgesetze gewährleisteten Rechte bedeutet, andrerseits ist es eine Verleumdung gegenüber allen Flüchtlingen, denn in der Regel sind sie arbeitslustig. Man muß ihnen aber an Stelle des Arbeitszwanges eine Arbeitsmöglichkeit geben und diese Arbeitsmöglichkeit mit allen Kräften herbeiführen. Aus diesem Grunde hat der Flüchtlichtlingsausschuß über meinen Antrag eine diesbezügliche Bestimmung gefaßt, wodurch eine gewisse Besserung der Lage der Flüchtlinge herbeigeführt werden wird.

Ferner sehen wir im § 9 der Vorlage des Herrenhauses eine weitere materielle Beeinträchtigung der Flüchtlinge. Aber auch die Fassung, die der Ausschuß beschlossen hat, entspricht nicht ganz den Interessen der Flüchtlinge. Es handelt sich hier darum, daß nur denjenigen Flüchtlingen die staatliche Unterstützung gewährleistet werde, welche länger als drei Monate evakuiert waren und die Unterstützung nicht erhalten haben. Das ist eine große Ungerechtigkeit, gegen die wir uns schon im Ausschusse verwahrt haben. Wenn schon die Regierung gewisse Bedenken hat, daß zu viele Ansprüche erhoben werden würden, daß sich zum Beispiel einzelne Flüchtlinge melden würden, welche bloß einige Tage evakuiert sind, und daß dadurch eine gewisse Verwirrung entstehen würde, so könnte man ja einen Termin von zwei Wochen oder höchstens einem Monat festsetzen und auf diese Weise den Ansprüchen der Regierung Rechnung tragen, womit man aber auch wenigstens dem Gros der armen Flüchtlinge das gewähren würde, worauf sie wirklich Anspruch haben.

Das Schrecklichste aber in dieser ganzen Leidensgeschichte ist, daß wir nicht nur sehr viel zu tun haben mit den notleidenden, bisher schon evakuierten Flüchtlingen, sondern daß man außerdem noch neue Evakuierungen veranlaßt. Wir haben schon am 13. Oktober in diesem Hause einen Beschluß gefaßt, wonach die Regierung aufgefordert wird, die neuen Evakuierungen einzustellen. Diesem Beschlusse wurde jedoch nicht Rechnung getragen. Wozu fassen wir denn aber hier Beschlüsse? Ist das in einer solchen schweren Zeit eine Respektierung der Beschlüsse der Volksvertretung? Als die ersten Nachrichten über die Anordnung der neuen Evakuierungen gekommen sind, haben wir Vertreter des ukrainischen Volkes uns an alle zuständigen Behörden, in erster Linie an das Ministerium des Innern gewendet. Das Ministerium des Innern, speziell der Herr Minister, hat uns versprochen, diesbezüglich Schritte bei den andern zuständigen Behörden zu machen.

Er hat auch Telegramme, Zuschriften und Briefe an das Armeeoberkommando gerichtet; wir haben uns selbst an das Armeeoberkommando gewendet und im Armeeoberkommando hat man uns gesagt, daß es prinzipiell auf dem Standpunkt steht, keine neuen Evakuierungen vorzunehmen, aber das Armeeoberkommando müsse mit den betreffenden Armeekommandanten in Fühlung treten. Wir haben dann Versuche gemacht, bei den Armeekommandanten an Ort und Stelle vorzusprechen. Ich habe zum Beispiel eine längere Besprechung mit einem hervorragenden und vom Glücke und Erfolg begünstigten Feldherrn gehabt, der eine Einsicht für das Schicksal der Bevölkerung und der Flüchtlinge gehabt hat. Er hat mir erklärt, daß er für sich nur eine Fünfkilometerzone beansprucht und auch innerhalb dieser Fünfkilometerzone von der Feuerlinie gerechnet nicht unbedingt die Evakuierung verlange, sondern daß diese Fünfkilometerzone gesperrt wird und daß jemand, der sich in dieser Fünfkilometerzone befindet, sich nicht frei bewegen kann; aber auf eigene Gefahr kann jeder dort bleiben, der bleiben will. Dann habe ich auch mit einigen anderen hervorragenden Generälen an der Front gesprochen, die auch analoge Ansichten geäußert haben. Dann aber ist es geschehen, daß trotz alledem und alledem das Gegenteil geschehen ist, daß doch neue Evakuierungen vorgenommen wurden. Wo ist also eigentlich die zuständige Behörde, die darüber verfügt? Seit einundeinhalb Monaten wurden neue Evakuierungen besonders in den Bezirken Tarnopol und Trembowla vorgenommen; es ist eine ganze Reihe von blühenden Dörfern an der Front evakuiert worden, zum Beispiel: Bobowiw, Borky, Chodoczkiw, Proszowa, Skomorochy, Smolanka, Jlaweze, Kozivka, Loszniw, Suszczyn, Dubyna, Boryczivka, Hleszczawa ꝛc. ꝛc. Das ist ja eine große Anzahl von Gemeinden. Droht uns denn von Osten eine so große Gefahr, daß wir aufs neue evakuieren müssen?

Droht uns eine Invasion seitens der zerschlagenen und zerrütteten russischen Armee? Wie kann man solche Vorgänge im gegenwärtigen Moment rechtfertigen? Die Evakuierungen, meine Herren, sind ja der schrecklichste von allen Schrecken des Krieges. Ein Dorf, welches evakuiert wird, verschwindet vollständig von der Oberfläche der Erde. Es wird auf eine solche Weise evakuiert, daß man der Bevölkerung nicht die Gelegenheit, die Möglichkeit und die Zeit gibt, ihr Hab und Gut mitzunehmen. Oft veranstaltet man einen Alarm während der Nacht und auf diese Weise zwingt man die Bevölkerung zu entfliehen und all ihr Hab und Gut zurückzulassen. Auf diese Weise wird dann alles ausgeplündert und requiriert, so daß die arme Bevölkerung ganz einfach von einer Katastrophe getroffen

wird. Die Furcht vor einer solchen Katastrophe ist so groß, daß in manchen Gemeinden, zum Beispiel in der Gemeinde Kozivka, die Leute auf die Nachricht hin, daß sie evakuiert werden, Selbstmord begangen haben *(Hört! Hört!)*, weil sie das Elend und alle diese Entbehrungen und Schrecknisse der Evakuation nicht überleben konnten.

Meine Herren! Die Flüchtlinge werden dann in anderen Ortschaften untergebracht und die Verwaltung, wenigstens in Ostgalizien, die sowieso viel zu tun hat, die sowieso schon längst den Kopf verloren hat, hat jetzt noch neue Aufgaben zu erledigen. Es wird zum Beispiel ein Teil der Flüchtlinge aus evakuierten Gemeinden in den westlich gelegenen Gemeinden des Bezirkes Trembowla untergebracht, der andere Teil wird aber weiter ins Hinterland abtransportiert. Aber auch für diejenigen Flüchtlinge, die sich in diesen näher liegenden Gemeinden befinden, wird gar nicht vorgesorgt. Sie beklagen sich darüber, daß sie bisher keine Flüchtlingsunterstützung erhalten haben. Das geschieht nicht nur in diesen Bezirken, sondern diese Klagen sind überall laut und ich muß hier noch einmal mit Nachdruck an den Vertreter der Regierung appellieren: das muß hintangehalten werden, das darf nicht so lange dauern; diejenigen, die sich dieses Versäumnis zuschulden kommen ließen, müssen zur strengen Verantwortung gezogen werden. Wozu gibt denn die Regierung die Verordnungen heraus, wenn sie nicht befolgt werden? Die Flüchtlingsunterstützungen müssen unbedingt und sofort ausgezahlt werden.

Weitere Schwierigkeiten werden bei der Repatriierung gemacht, speziell für diejenigen Bezirke, die sich zur Repatriierung besonders eignen, das sind die westlichen Teile des Bezirkes Trembowla, Czortków und auch der westliche Teil des Bezirkssprengels Mikuliñce.

Es ist aber ein Verbrechen, daß man diesen Leuten bisher nicht erlaubt hat zurückzukehren. Es wird ihnen berichtet, sie erhalten Briefe von ihren Angehörigen, daß sie dort eine Unterkunft und eine entsprechende Nahrung bekommen werden; manche dieser Gemeinden, wie zum Beispiel Ludwikiwka oder Ladyczyn, haben sich bereit erklärt und eine gewisse Garantie dafür übernommen, daß sie für die zurückgekehrten Flüchtlinge sorgen werden. Das wurde auch im entsprechenden Wege der Regierung zur Kenntnis gebracht. Nichtsdestoweniger erlaubt man den Flüchtlingen die Rückkehr in die erwähnten Bezirke nicht. Es ist das keine große Zahl; die Zahl der Flüchtlinge, die aus diesem Gebiete stammt, beziffert sich vielleicht auf anderthalb Tausend. Sie werden weiter im Hinterlande und in Barackenlagern untergebracht.

Wie wird aber der Transport der Neuevakuierten durchgeführt in dieser kalten Jahreszeit? Als Beispiel dafür könnte der Zustand dienen, in welchem die Flüchtlinge nach Cieszaniw und nach den in diesem Bezirke gelegenen Gemeinden gekommen sind. Das sind die armen Evakuierten aus den Bezirken Tarnopol und Trembowla. Viele von ihnen wurden auf der Station Lubaczów schon als Leichen auswaggoniert. Das sollte auch der Vertreter der Regierung zur Kenntnis nehmen und uns auch darüber berichten, aus wessen Verschulden es geschehen ist, daß solche Transporte unternommen worden sind, wo die Flüchtlinge gar keinen Schutz gehabt haben. Viele von ihnen sind erkrankt und viele arme Kinder sind nach dem Eintreffen in Lubaczów, Cieszaniw und in den benachbarten Orten aus Erschöpfung gestorben. Wozu denn all diese Leiden? Ist das für den Staat notwendig, und zwar gerade jetzt, angesichts dessen, was in Rußland geschieht? Es müssen nicht nur die neuen Evakuierungen eingestellt, es muß unbedingt auch den Flüchtlingen erlaubt werden, wieder in ihre Dörfer zurückzukehren, denn nur auf diese Weise haben wir eine gewisse Garantie dafür, daß die Flüchtlinge wenigstens einen Teil ihrer Habseligkeiten retten können.

Die vorliegende Fassung des Gesetzentwurfes entspricht, wie gesagt, nicht vollständig den Interessen der Bevölkerung, speziell der armen Verbannten, aber angesichts dessen, daß darin schon einige günstige Änderungen vorgenommen worden sind, ist ein solches Gesetz doch besser als Gesetzlosigkeit und Willkür, und aus diesem Grunde werden wir, indem nach der Erklärung der Regierung weitere Änderungen aussichtslos erscheinen, für diesen Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschusses stimmen. *(Beifall.)*

Vizepräsident **Tusar**: Zu einem formalen Antrage erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. L. Pogačnik das Wort.

Abgeordneter Dr. L. **Pogačnik**: Ich beantrage den Schluß der Debatte.

Vizepräsident **Tusar**: Der Herr Abgeordnete Dr. L. Pogačnik stellt den Antrag auf Schluß der Debatte. Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Wir schreiten zur Wahl von Generalrednern.

Eingetragen sind, und zwar pro: der Herr Abgeordnete Pittoni, kontra: die Herren Abgeordneten Dr. Rybář, Roškar, Pogačnik und Demšar.

Ich ersuche die kontra eingetragenen Herren, einen Generalredner zu wählen. *(Nach Vornahme der Wahl:)* Zum Generalredner wurde der Herr

Abgeordnete Dr. Rybář gewählt, pro kommt der Herr Abgeordnete Pittoni zum Wort.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Rybář das Wort.

Abgeordneter Dr. **Rybář**: Hohes Haus! Die Kritik, welche von ruthenischer Seite an dem in Verhandlung stehenden Gesetzentwurfe geübt wurde, ist gewiß berechtigt und es ist zu bedauern, daß der erste Beschluß des Abgeordnetenhauses nicht zum Gesetz geworden ist. Aber, meine Herren, schon der letzte ukrainische Redner hat erklärt, daß im Interesse der Gesetzwerdung der Bestimmungen über das Flüchtlingswesen seine Partei für diesen Gesetzentwurf, wie er uns nunmehr vorliegt, stimmen wird, und dieselbe Erklärung gebe auch ich ab, trotzdem ich auf der Kontraseite eingetragen bin. Ich werde auch nicht viele Klagen hier über die Praxis vorbringen, welche von den Behörden gegenüber den Flüchtlingen geübt wird. Nur zwei Punkte möchte ich zur Sprache bringen, die gewiß wichtig sind und daher eine Erwähnung verdienen.

Wir haben in der Praxis gegenüber den Flüchtlingen schon eine große Anzahl von Entscheidungen des höchsten Gerichtshofes in dieser Sache, des Verwaltungsgerichtshofes. In vielen Fällen waren nämlich die Flüchtlinge gezwungen, sich gegen die Entscheidungen der unteren Instanzen an die höheren und selbst an den Verwaltungsgerichtshof zu wenden und es muß hier anerkennend festgestellt worden, daß der Verwaltungsgerichtshof in den allermeisten Fällen in einem den Flüchtlingen günstigen Sinne entschieden hat. Aber was ist geschehen? Etwas, was überall überraschen würde, bei uns in Österreich aber nicht, denn Österreich ist ja das Land der Unwahrscheinlichkeiten: die Unterbehörden halten sich ganz einfach nicht an die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes. *(Hört! Hört!)*

Die Sache ist zur Sprache gekommen und da ist etwas noch Unglaublicheres geschehen: ein Regierungsvertreter hat im Flüchtlingsausschusse ganz offen erklärt, daß in gewissen Fragen die Praxis — also die unteren Behörden — sich auch in Zukunft nicht an die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes halten werde *(Hört! Hört!)*, sondern daß die Regierung es versuche, eine ihr oder dem Regierungsstandpunkte besser entsprechende Entscheidung herbeizuführen.

Meine Herren! Wenn ein Advokat gegenüber wiederholten gleichartigen Entscheidungen der obersten Gerichtshöfe trotzdem wieder mit Beschwerden an die obersten Gerichtshöfe herantreten würde, so würde er wahrscheinlich von dem betreffenden obersten Gerichtshof zu einer Mutwillensstrafe verurteilt werden; jedenfalls würde man ihm auch Streitsucht und Händelsucht vorwerfen und würde es überhaupt bedauern, daß so etwas geschieht. Und nun erklärt die Regierung durch den Mund eines ihrer Regierungsvertreter ganz offen, daß sie sich an diese Entscheidungen nicht halte, und zwar mit der Begründung, daß ja jede Entscheidung nur für den betreffenden Fall gilt.

Das ist ja prinzipiell richtig, aber wozu werden dann die Entscheidungen gesammelt? Wozu werden diese Entscheidungen studiert? Damit man sich eben in analogen Fällen an diese Entscheidungen hält und damit man — das ist ja zwar nur ein Oportunitätsgrund, aber auch ein Grund — die obersten Gerichtshöfe nicht mit unnützen und unbegründeten Beschwerden behelligt. Wir müssen also, meine Herren, auf das entschiedenste verlangen, daß das Ministerium nicht nur nicht gegen die Entscheidungen prinzipieller Natur des Verwaltungsgerichtshofes Verfügungen trifft, sondern im Gegenteil, daß sie es den unterstehenden Behörden zur Pflicht macht, sich diesen Entscheidungen zu unterwerfen und in analogen Fällen darnach zu handeln. Es ist doch selbstverständlich, daß, wenn von den einfachen Staatsbürgern verlangt wird, daß die Autorität gewahrt und geachtet werde, die Behörden dies in erster Linie tun müssen und nicht die Autorität unserer obersten Gerichtshöfe untergraben.

Der zweite Punkt, den ich berühren würde, betrifft die Repatriierung der Flüchtlinge. Im vorliegenden Gesetzentwurfe findet sich im § 8 eine Bestimmung, daß die unbemittelten Kriegsflüchtlinge Anspruch auf kostenlose Beförderung für sich und ihre Fahrnisse sowie auf Verpflegung während der Reise haben. Eine ähnliche Bestimmung ist auch in verschiedenen — ich glaube drei — Ministerialverordnungen bereits getroffen worden und sollte in der Praxis angewendet werden. Nun, meine Herren, treffen fast täglich Klagen ein, daß die Behörden hier eine ganz eigentümliche Praxis üben. Sie erklären nämlich den Flüchtlingen, welche sich an sie um diese Transportbegünstigungen wenden, daß nur diejenigen Flüchtlinge Anspruch auf diese Begünstigung haben, die in einem Flüchtlingslager untergebracht waren. Nun, diese Unterscheidung zwischen Flüchtlingen im Flüchtlingslager und sonst freiwohnenden Flüchtlingen kennt das Gesetz nicht und kennen auch diese Ministerialverordnungen nicht. Es heißt wohl im Gesetz — und natürlich hat es auch in den Ministerialverordnungen so geheißen —, daß nur unbemittelte Flüchtlinge diesen Anspruch haben und es scheint, daß die betreffenden Behörden ganz einfach diese Unbemittelten auf diese Weise feststellen wollen, daß sie untersuchen, ob der Betreffende im Flüchtlingslager war, also sagen wir, daß er die Unterstützung der Regierung in dieser Weise in Anspruch genommen hat oder nicht. Aber

das ist ganz falsch, nachdem wir auch viele Flüchtlinge haben, die Arbeit gefunden haben, andere, die Verwandte gefunden haben usw., die aber trotzdem gerade so arm, vielleicht noch unbemittelter sind als diejenigen, die im Flüchtlingslager untergebracht sind. *(Zustimmung.)* Ich möchte daher an die hohe Regierung den dringenden Appell richten, daß sie in diesen Belangen und was die Reparrierung anbelangt die Behörden sofort darauf aufmerksam macht, daß diese Praxis eine ganz unbegründete und — wir möchten beinahe sagen — gesetzwidrige ist. *(Sehr richtig!)*

Meine Herren! Ich hätte damit diesen Teil meiner Ausführungen geschlossen, und wenn ich mich kontra gemeldet habe, tat ich dies nur aus dem Grunde, weil ich mit einigen kritischen Worten die Art und Weise berühren möchte, wie wir zu diesem Gesetze kommen werden. In der heutigen Sitzung, zu Beginn der Sitzung hat der Herr Ministerpräsident rühmend festgestellt, daß unser Parlament eines der demokratischesten der Welt ist, mit Rücksicht auf das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht. Diese seine Konstatierung ist nur teilweise richtig. Unser Volkshaus ist wohl auf Grund eines sehr demokratischen Wahlrechtes zusammengesetzt, aber zu unserem Parlament gehört leider auch das Herrenhaus, und dieser Teil unseres Parlaments spricht allen demokratischen Grundsätzen und Begriffen Hohn. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)*

Meine Herren! Wenn das Herrenhaus es darauf abgesehen hätte, in recht anschaulicher Weise der Welt einen Anschauungsunterricht über die Schädlichkeit des Zweikammersystems zu liefern, so hätte es diesen Unterricht in der schönsten Weise geliefert. Denn wir sehen jetzt in den letzten Monaten ein gerade für uns demütigendes Schauspiel. Wir sehen, wie Gesetze, die oft sogar durch übereinstimmende Abstimmung, durch einhellige Willenserklärung des Volkshauses zustandegekommen sind, vom Herrenhause in der willkürlichsten Weise umgeändert oder abgelehnt und unserem Hause, dem Volkshause, zurückgestellt werden. Wir haben es erlebt, daß solche Gesetzentwürfe schon zum drittenmal in das Abgeordnetenhaus zurückgekommen sind und daß der einhellige Wille des Abgeordnetenhauses in keiner Weise geachtet wird. *(Abgeordneter Gostinčar: Aber auch nicht von der Regierung!)* Ganz richtig, auch von der Regierung nicht. Aber die Regierung hätte diese Möglichkeit nicht, wenn sie eben nicht einen Rückhalt im Herrenhause finden würde. *(Zustimmung.)* Eine Regierung, die nur uns gegenüber stehen würde oder einem Herrenhause, das auch ein Volkshaus, auch eine Volksvertretung ist, eine solche Regierung hätte nicht den Mut, hier so aufzutreten, wie einzelne der Herren Ressortminister hier aufgetreten sind.

Nun, meine Herren, das Herrenhaus hat das formale Recht, unsere Gesetze abzulehnen oder abzuändern. Aber es hat nicht die moralische Berechtigung dazu. Denn, meine Herren, wir hier, das Abgeordnetenhaus, sind der Ausdruck des Volkswillens, das Abgeordnetenhaus ist die Vertretung des Volkes. *(Zustimmung.)* Die Herren dort sind aber, wie unser verstorbener Kollege Dr. Krek ganz richtig bemerkt hat, nur Selbstvertreter. Sie vertreten niemanden als nur sich selbst. Diese Herren sind in das Herrenhaus gekommen entweder auf Grund ihrer Geburt, was gewiß kein Verdiensttitel ist, oder auf Grund eines Gnadenaktes des Kaisers. Sie sind also nur durch die Gnade des Monarchen, des Herrschers, hineingekommen, ohne daß sie das Recht hätten, sich auf irgendeine sonstige Bevollmächtigung oder Ermächtigung zu berufen. Diese Herren haben also nicht das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen, und am allerwenigsten haben sie das Recht, den Willen des Volkes zu vereiteln und zu verhindern. *(Beifall.)* Trotzdem die Sachen so stehen, hören wir aus dem Herrenhause in mehr oder minder versteckter Form den Vorwurf der Demagogie, des Eigensinns und, ich weiß nicht, wie die schönen Ausdrücke noch sonst heißen. Ja, den Herren ist alles Demagogie, was im Interesse des Volkes gemacht wird. Das, was wir machen, ist nicht Demagogie, sondern ein Entgegenkommen gegenüber den Bedürfnissen, den Notwendigkeiten des Volkes, für welche diese Herren kein Verständnis haben und kein Verständnis haben können, weil sie eben nicht aus dem Volke sind, weil sie die Bedürfnisse des Volkes nicht kennen. *(Beifall.)*

Nun, meine Herren, wenn unsere Verfassung reformbedürftig ist, und die Regierung hat ja das selbst zugegeben, die Herren erinnern sich ja an diese Sache mit der Verfassungsänderung, die so plötzlich von seiten der Regierung in die Öffentlichkeit geworfen wurde: wenn eine Sache reformbedürftig ist, so ist es das Parlament, und zwar in erster Linie das Herrenhaus. Wir haben es dieser Tage in den Zeitungen gelesen, daß sogar in Preußen, welches in der ganzen Welt als der Hort der schwärzesten Reaktion, des Junkertums usw. verschrien ist, die Regierung eingesehen hat, daß in den heutigen demokratischen Zeiten ein solches Herrenhaus nicht weiter bestehen kann und darf und sie hat deshalb eine Vorlage zur Reform des Herrenhauses eingebracht. Und bei uns, meine Herren, denkt kein Mensch daran, denkt besonders die Regierung nicht daran.

Ich möchte hier nur nebenbei an einem Beispiel zeigen, wie wenig das Herrenhaus den Anforderungen der demokratischen Idee entspricht, wie wenig es aber auch den Verhältnissen in Österreich entspricht. Daß die unteren Schichten der Bevölkerung dort gar nicht vertreten sind, ist ja bei

dieser Zusammensetzung selbstverständlich. Aber es ist charakteristisch, was schon unser Klubobmann Dr. Korošec in einem Zwischenruf erwähnt hat, daß ein ganzes Volk in Österreich im Herrenhaus nicht vertreten ist, und das sind gerade wir Slowenen. Wir haben zwar einige Kirchenfürsten slowenischer Nationalität, die darin sitzen, die aber nicht in das Herrenhaus berufen wurden als Slowenen, sondern weil sie eben Kirchenfürsten sind, und da wird kein Unterschied in der Nationalität gemacht. Aber wir haben keinen bürgerlichen — von adeligen spreche ich nicht, denn wir haben keinen solchen Adel, Gott sei Dank — aber auch sonst keinen einzigen Vertreter unserer Nation im Herrenhaus. Und in jenem Hause wird natürlich auch über die Interessen unseres Volkes verhandelt und beschlossen. Und darum, meine Herren, benütze ich diese Gelegenheit, um nach einer Reform des Herrenhauses zu rufen. Es geht nicht an, daß noch in Hinkunft Gesetzentwürfe auf diese Weise behandelt werden, wie sie in den letzten Monaten vom Herrenhaus behandelt wurden. Es kommt einfach dazu, daß nicht unser Wille durchgesetzt wird, sondern daß das Herrenhaus seinen Willen durchsetzt; denn leider haben wir in vielen Fällen, wie zum Beispiel in dem vorliegenden Falle nachgegeben. Man sagt zwar, der Klügere gibt nach — ich weiß nicht, ob es auch in diesem Falle den Herren angenehm sein würde, wenn wir dieses Sprichwort auf sie anwenden würden —, aber davon, als Klügere zu gelten und daher immer nachgeben zu müssen, haben wir nichts.

So kann die Sache nicht weitergehen. Wir haben das Recht, den Volkswillen zur Geltung zu bringen, und die Herrenhäusler haben, so lange die geltende Verfassung besteht, höchstens das Recht, Ausschreitungen zu verhindern, sie haben aber nicht das Recht, direkt einzugreifen, unseren Willen zu vereiteln und zunichte zu machen. Ich schließe daher meine Ausführungen mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß es wirklich zu einer Verfassungsänderung kommen wird, und zwar in erster Linie zu einer Reform des Herrenhauses. Damit schließe ich. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Nachdem der Generalredner pro auf das Wort verzichtet hat, ist die Debatte geschlossen und ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. **Bugatto:** Hohes Haus! In der eben abgeführten Debatte sind zu dem Gesetzentwurf selbst keine Abänderungsanträge eingebracht worden. Es wurden zwar über einzelne Bestimmungen kritische Bemerkungen laut und ich kann als Berichterstatter nur hervorheben, daß dieselben kritischen Bedenken bereits im Ausschusse laut geworden sind und daß wir alle ihnen zustimmen. Das Elaborat des Ausschusses ist eben nur die Resultante aus verschiedenen Richtungen und es hat schon bei der ersten Besprechung große Mühe gekostet, auf eine einheitliche Basis zu gelangen.

Um so mehr war es bedauerlich, daß eine Umarbeitung uns veranlaßt und gezwungen hat, dieselben Themen nochmals zu behandeln und auch neue Streitthemen mit in Behandlung zu nehmen, so daß die Mühe, die wir früher aufgewendet haben, durch die neuen Gedanken, die uns vorgelegt wurden, nur erschwert wurde. Wenn aber trotzdem der Ausschuß auf ein einheitliches Elaborat sich geeinigt und wenn das Haus heute keine Abänderungsanträge gestellt hat, so ist das ein Beweis für die Konzilianz, für das Entgegenkommen sämtlicher Parteien des Hauses und ein Grund mehr, daß man im anderen Hause dieser Tendenz Rechnung trägt und nicht störend in den Weg tritt.

Die vielen Klagen, die über die Durchführung laut geworden sind, haben im Berichte selbst auch Ausdruck gefunden. Wir haben ja gewiß nicht gemeint und zum Ausdruck bringen wollen, daß die Verfügung der Regierung an sich schon eine materielle Besserung der Lage der Flüchtlinge bewirkt hat, sondern daß sie in der Lage war und die Absicht hatte, diese materielle Besserung zu bringen. Wenn in einzelnen Fällen die Durchführung den Intentionen der Erlässe nicht entsprochen hat, so ist das gewiß zu bedauern. Der Ausschußbericht selbst hebt ja auch hervor, daß manche Grundsätze des Entwurfes in der Praxis unbeachtet blieben und daß auch die finanziellen Anordnungen der Regierung nicht überall durchgeführt wurden. Wir müssen uns also vom Standpunkt des Flüchtlingsausschusses den Ausführungen der Redner, welche diese Kritik geübt haben, insofern anschließen, als wir wünschen müssen, daß Anordnungen der Zentralbehörden, insbesondere aber das Gesetz, wenn es einmal Gesetz wird, auch faktisch durchgeführt und respektiert werden.

Die beklagte unvollständige Beachtung der Anordnungen der Zentralregierung ist durch die Kriegsereignisse zu einer chronischen Krankheit geworden, und es ist für die Vertreter der Flüchtlinge ein Bedürfnis und eine Pflicht, zwar nicht direkt die Forderung nach einer Änderung der Verfassung hier aufzustellen, wohl aber zu erklären, daß auch von unserem Standpunkt gewünscht wird, daß die bestehende Verfassung vollinhaltlich anerkannt und respektiert werde. Im Rahmen der bestehenden behördlichen Organisation haben die verschiedenen Faktoren des Staates einander zu helfen, in einander zu greifen und nicht nebeneinander und durcheinander zu regieren. Wenn wir durchsetzen, daß jeder Machtfaktor in seinem Rahmen wirklich

alles durchführt, was ihm von der Verfassung anvertraut ist, dann haben wir auch bei Bestand der gegenwärtigen Organisation Möglichkeit genug, den Wünschen des Volkes Rechnung zu tragen, besonders aber dem Willen des Hauses Respekt zu verschaffen. Wenn Übergriffe seitens einzelner Faktoren gegenüber der Machtsphäre der anderen Faktoren der Regierung geschehen, so ist es Pflicht der Regierung, diesen Erscheinungen entgegenzuwirken und wir glauben, die Forderung stellen zu müssen, daß die Koordination, die Einordnung der verschiedenen Gewalten auch im jetzigen Zustand der Verfassung durchwegs eingehalten werde.

Die Regierung hat schon erklärt, daß sie der gegenwärtigen Fassung des Gesetzes keine Schwierigkeiten entgegensetzt. Wir hoffen, daß diese Erklärung die Grundlage dafür sein wird, daß das Herrenhaus das Gesetz ohne Änderungen und rasch annehmen wird. Als Berichterstatter des Ausschusses danke ich allen Herren, welche die Arbeit des Ausschusses anerkannt haben, und bitte jene Herren, welche dem Ausschuß nicht angehört haben, sich mit dem Ausschuß solidarisch zu erklären und die Vorlage möglichst einstimmig zum Beschlusse erheben zu wollen. *(Beifall.)*

**Präsident:** Ich bitte die Plätze einzunehmen, weil wir abstimmen werden.

Wir haben bei der Abstimmung über die Anträge des Flüchtlingsausschusses lediglich über jene Gesetzesstellen abzustimmen, bei welchen der Ausschuß entweder eine Abänderung an den früheren Beschlüssen des Abgeordnetenhauses oder eine Änderung an den Beschlüssen des Herrenhauses vorgenommen hat.

Im § 1 sind die Absätze 1, 2 und 5 unverändert zur Annahme empfohlen. Dagegen beantragt der Ausschuß die Eliminierung der Absätze 3 und 4.

Ich bitte diejenigen Herren, welche entsprechend dem Antrage des Ausschusses die Absätze 1, 2 und 5 annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen. Bezüglich der Absätze 3 und 4 ist kein Antrag gestellt worden, diese Absätze entfallen also.

Im § 2 beantragt der Ausschuß einen Zusatzantrag. Ich ersuche diejenigen Herren, welche den Zusatz zu § 2 nach dem Antrage des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Zusatz ist angenommen.

Bei § 3 sollen nach dem Antrage des Ausschusses in der vorletzten Zeile die Worte „Absatz 2" entfallen. Ich ersuche diejenigen Herren, welche den § 3 mit Weglassung der Worte „Absatz 2" annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 4 sind die Absätze 1, 3 und 4 unverändert. Beim Absatz 2 ist eine Änderung beantragt. Ich ersuche diejenigen Herren, die den Absatz 2 in der vom Ausschusse vorgeschlagenen geänderten Fassung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 5 beantragt der Ausschuß einen Zusatz. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Zusatz annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Zusatz ist angenommen.

Im § 6 sollen die Absätze 1, 2, 4 und 5 geändert werden, während der Absatz 3 unverändert bleibt. Ich ersuche diejenigen Herren, welche die Absätze 1, 2, 4 und 5 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Absätze sind nach den Ausschußanträgen angenommen.

Zu den §§ 7 und 8 ist keine Änderung beantragt.

§ 9 ist abgeändert. Ich ersuche diejenigen Herren, die den § 9 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Bei § 10 bleibt der erste Absatz unverändert. Der zweite Absatz ist abgeändert und es treten noch ein dritter und vierter Absatz hinzu. Ich ersuche diejenigen Herren, welche die Absätze 2, 3 und 4 des § 10 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Im § 11 ist der erste Absatz unverändert. Im zweiten Absatz ist eine Änderung vorgeschlagen. Ich ersuche diejenigen Herren, welche Absatz 2 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Angenommen.

Ich bitte ferner diejenigen Herren, welche den § 12 in der Fassung des Ausschusses annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Ist angenommen.

Berichterstatter Dr. **Bugatto:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Herren, welche das soeben in zweiter Lesung angenommene Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz betreffend den Schutz der Kriegsflüchtlinge (gleichlautend mit 816 der Beilagen) ist in dritter Lesung angenommen. Damit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, das ist der Bericht des Gewerbeausschusses, über die Anträge des Abgeordneten Erb, betreffend Hilfe für den Gewerbestand, gestellt als eigene Anträge in den Beratungen des Gewerbeausschusses über die staatliche Kreditunterstützung des Gewerbes, und Bericht über Punkt 3, Beilage Nr. 423 des stenographischen Protokolles, Antrag der Abgeordneten Dr. Roller, Dr. Wichtl und Genossen *(819 der Beilagen)*.

Zu diesem Gegenstande sind als Regierungsvertreter im Hause erschienen Sektionschef Dr. Franz Müller und Sektionsrat Ottokar Dokupil vom Handelsministerium.

Ich erlaube mir den Vorschlag zu machen, daß die Redezeit in der Debatte auf 30 Minuten eingeschränkt wird. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Vorschlage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat beschlossen, die Rededauer auf 30 Minuten zu beschränken.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Herrn Abgeordneten Erb, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter **Erb** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Vielfach hat sich das hohe Haus schon mit der außerordentlich schlimmen und sich von Tag zu Tag verschlechternden Lage des Gewerbestandes in verschiedenen Anträgen, Interpellationen und Reden beschäftigt. In der Sitzung des Gewerbeausschusses, welche sich mit der staatlichen Kredithilfe für den Gewerbestand beschäftigte, wurde die Lage des Gewerbestandes neuerdings geschildert und darauf verwiesen, daß unbedingt eine Abhilfe dringendst notwendig wäre. In Erfassung dieser Ansicht gestattete ich mir, im Gewerbeausschuß mehrere Anträge zu stellen, welche im Bericht verzeichnet sind, um dem Gewerbestande — man kann ruhig sagen, noch in letzter Stunde — Hilfe, und zwar staatliche Hilfe nach einer anderen Richtung hin als im Wege des Kredits angedeihen zu lassen. Wenn auch der einstimmig gefaßte Beschluß des hohen Hauses hinsichtlich der staatlichen Kredithilfe eine weitgehende Hilfeleistung verspricht, so kann er aber gewiß anderen auf dem Gewerbestande lastenden Umständen nicht Abhilfe bringen. Die großen Lasten, die der Gewerbestand jetzt am allerempfindlichsten spürt, sind nach der einen Richtung hin der Mangel an Rohmaterialien und an Halbfabrikaten zur weiteren Verarbeitung, nach der anderen Richtung der immer stärker fühlbar werdende Mangel an Hilfskräften. Nach diesen beiden Richtungen bewegen sich auch die vom Gewerbeausschuß gestellten Anträge.

Wenn wir heute im Gewerbestande Umschau halten, so sehen wir, daß die Leder verarbeitenden Gewerbe kein Leder, die Stoffe verarbeitenden Gewerbe keine Stoffe, beide zusammen zur weiteren Verarbeitung des Materials keinen Zwirn besitzen. Wir sehen weiters, daß die Metalle verarbeitenden Gewerbe keine Metalle mehr haben, ja, was noch am allerschlimmsten für diese Gewerbe ist, daß die wichtigsten Metalle, Eisen und Stahl, in der Form von Halbfabrikaten bereits aufhören überhaupt erhältlich zu sein. So haben die Schlosser kein Blech mehr zur Verarbeitung, Nägel und Draht sind nicht mehr aufzutreiben; wir sehen beim Tischler, daß kein Holz mehr zu haben ist. Unter diesen Verhältnissen leidet nicht nur der Gewerbestand selbst, unter diesen Verhältnissen leiden auch die Konsumenten. Der Hausbesitzer kann heute keine Reparatur mehr im Hause machen lassen, teils deshalb, weil die Handwerker kein Material, teils deshalb, weil Sie keine Hilfsarbeiter haben. Unter diesen Umständen leidet wiederum der Mieter, denn die geringe Brauchbarkeit seiner Wohnung bietet ihm weniger Bequemlichkeit als früher.

Der Handelsstand hat nichts mehr zu verkaufen; darunter leiden wieder die Konsumenten, weil sie nichts einkaufen können, und so können wir ruhig sagen, daß die Klagen, welche der Gewerbestand erhebt, nicht allein eine Standesangelegenheit des Gewerbestandes für sich, sondern eine Angelegenheit der allgemeinen Öffentlichkeit geworden sind. Vielleicht wären diese Zustände nicht so weit gekommen, wenn nicht in früherer Zeit, vor einigen Jahren, mindestens in den ersten Jahren des Krieges rücksichtslos gegenüber dem Gewerbestande vorgegangen worden wäre.

Man hat den Gewerbestand einfach in allen Belangen des öffentlichen Lebens ausgeschaltet. An Stelle des Gewerbestandes sind leider zum Teil Elemente gekommen, die mit dem reellen Handel und mit dem bodenständigen Gewerbe gar nichts zu tun hatten, die sich einfach hineingedrängt und den Handel und den Gewerbestand ausgeschaltet haben. Wir müssen der Tatsache mit tiefem Bedauern Ausdruck geben, daß sowohl seitens der Militärverwaltung als auch seitens der betreffenden Ministerien, insbesondere seitens der sogenannten Zentralen und Wirtschaftsämter und seitens der politischen Behörden auf den Gewerbestand gar keine Rücksicht genommen wurde; ja, man kommt fast zu der Ansicht, als ob man danach getrachtet hätte, den Gewerbestand als solchen überhaupt aus der Welt zu schaffen und zu vernichten. Ich gebe ja zu, daß jetzt auch im Bürokratismus, spät aber doch, der Wert des Gewerbestandes nach und nach zur Geltung kommt,

wir müssen aber vor allem hervorheben, daß der Staat selbst die größte Bedeutung auf einen steuerkräftigen Mittelstand legen muß. Wir wissen ja, daß gerade der Mittelstand als solcher, der Gewerbestand der von den Steuern am meisten heimgesuchte und belastete Stand war. Man muß sich unter dem Gewerbestand nicht bloß den allerkleinsten Stand vorstellen; bis weit hinauf in den mittleren Gewerbestand reicht die Belastung und Überbelastung durch die Steuern. Aber auf allen Gebieten des Gewerbes sehen wir, daß der Staat nicht einmal von seinem fiskalischen Standpunkt aus auf die Erhaltung des Gewerbestandes die nötige Rücksicht nimmt. Der Staat braucht jetzt, wie uns ja der Herr Berichterstatter Professor Steinwender gestern mitgeteilt hat, und wie wir ja alle wissen, Geld, Geld und wieder viel Geld. Wenn er nun eine seiner natürlichen und wichtigsten Steuerquellen, das sind sicher die bodenständigen Gewerbetreibenden, selbst dem Untergang mehr oder weniger preisgibt und nichts dazutut, um diesen Stand zu erhalten, so schneidet er sich in das eigene Fleisch. Muß man sich nicht die Frage vorlegen: wer soll denn eigentlich in Zukunft die Steuern bezahlen? Das geht ja nicht bloß den Gewerbestand allein an, ich bitte, das trifft auch den überlasteten Hausbesitz; denn der größte Teil der Gewerbetreibenden ist genötigt, Werkstätten, Verkaufslokale und Wohnungen zu haben, und diese kann er nur in Häusern haben. Wenn die Gewerbetreibenden nicht mehr in der Lage sein werden, sich zu erhalten, so wird die nächste Folge davon sein, daß auch die Hausbesitzer nicht mehr in der Lage sein werden, die Hauszinssteuer zu bezahlen und so schädigt sich auch nach dieser Richtung hin der Staat in seinen Einkünften selbst. So sieht man also nach allen Erwägungen, wie bedenklich es ist, den Gewerbetreibenden vollständig zu vernachlässigen. Ich glaube, nicht zu viel zu sagen und zu übertreiben: wir alle miteinander in diesem hohen Haus haben das Gefühl, der Gewerbestand wurde als letzter Stand nicht nur seitens der Bürokratie, sondern auch zum Teil seitens dieses Hauses, leider Gottes, behandelt.

Deshalb meine ich, ist es zu begrüßen, wenn wir heute endlich einmal hier im Hause in die Lage kommen, sowie es bezüglich anderer Stände dieses Staates schon der Fall war, auch über die schweren Bedrängnisse des Gewerbestandes zu sprechen. Dieser Ansicht entspringen nun die Anträge, die hier gestellt wurden, und die zahlreichen Anmeldungen von Rednern zu diesem Gegenstand beweisen, daß es notwendig war, über diese Verhältnisse im Gewerbestand endlich einmal hier im Abgeordnetenhaus, das heißt vor der breiten Öffentlichkeit zu sprechen und zu verhandeln, damit das Gewerbe nicht die so oft gebrauchten Worte sagen kann, die uns in die Ohren schallen: Um den Gewerbestand kümmert sich niemand! Das ist in der allgemeinen Fassung nicht richtig, wir haben uns immer um den Gewerbestand gekümmert, leider oft erfolglos. Nun wird es ziemlich spät durch die Verhältnisse vorhergegangener Jahre.

Ich meine, daß der Gewerbestand im Kriege derjenige Stand war, der wohl am meisten unter den Einberufungen leiden mußte. Die von selbständigen Meistern geführten Gewerbe wurden ihrer Führer beraubt oder es wurden ihnen die Führer entzogen, welche das Gewerbe leiteten; und gerade die tatkräftigsten, im besten Mannesalter stehenden Gewerbetreibenden wurden zum Heere einberufen. Wie schwer es in den jetzigen Zeiten war, an Stelle der eingerückten Gewerbetreibenden irgend jemand anderen Tüchtigen zu finden, das werden alle jene Herren zu beurteilen wissen, zu denen die Frauen der eingerückten gewerblichen Krieger gekommen sind, um sich darüber zu beklagen, daß sie ja niemanden mehr haben, der ihr Gewerbe fortführt. Daher wurden auch im Gewerbeausschusse Anträge gestellt, vor allem die eingerückten Gewerbetreibenden, soweit es nur angängig ist, zu entheben, insbesondere die älteren und ältesten Jahrgänge.

Auch darauf ist Bedacht zu nehmen, daß ein großer Teil der geschäftstüchtigen und geschäftskundigen Söhne der Gewerbetreibenden einrückten. Der alte Vater mußte zurückbleiben, der das Gewerbe später übernehmen sollende Sohn mußte einrücken und der alte kränkliche Vater in vielen Fällen nicht nur sein eigenes Geschäft weiterführen, obzwar er oft schon zur Ruhe gegangen war oder sich vom Geschäfte zurückgezogen hatte, ja, er mußte auch das im Betriebe befindliche, oft blühende Geschäft seines Sohnes weiter betreiben, damit nicht auch das Geschäft dieses eingerückten Sohnes zugrunde gehe. Wir erlebten ja auch sehr oft den Fall, daß Gewerbetreibende teils gefallen sind, teils kriegsgefangen wurden, und daß die Frau das Geschäft weiterführen muß, daß kein Sohn da ist, um dieses Gewerbe weiter zu betreiben und daß es außerordentlich schwer wurde, für derartige Gewerbe Geschäftsführer zu bekommen, oft zu ganz anderen Dienstleistungen, damit das Gewerbe für die Kriegerswitwe und für die hinterbliebenen Waisen oder für den in Kriegsgefangenschaft befindlichen Vater fortgeführt werden konnte. Auch nach dieser Richtung hin tut Abhilfe für den Gewerbestand dringend not.

Leider aber muß man sagen, daß wir nicht immer das geneigte Gehör gefunden haben. Ich stehe gar nicht an, hier von diesem Platze aus — ich bin da der Zustimmung des hohen Hauses, meine ich, sicher — zu betonen, daß das Landesverteidigungsministerium in seinen obersten Spitzen das möglichste getan hat, um uns entgegenzukommen. Sowohl der frühere Herr Minister für

Landesverteidigung als auch der jetzige Minister für Landesverteidigung und seine Präsidialisten tun alles, um uns entgegenzukommen. Nirgends herrscht eine so musterhafte Ordnung — ich sage das nicht als Schmeichelei, sondern aus Erfahrung — als wie im Landesverteidigungsministerium, und jeder von uns hat Beweise dafür in der Hand, wie gerne man uns entgegenkommen würde. Ich hätte aber dazu nur einen Wunsch, daß dieser gute Wille und dieses Entgegenkommen im Landesverteidigungsministerium selbst auch bei den unterstehenden Kommandanten den nötigen Widerhall finden möchte. *(Sehr richtig!)* Und darüber müssen wir oft bittere Klage führen. Ich meine, je weiter ein Kommandant und je niedriger er im Range ist, umso schwieriger ist es, in Enthebungs- oder Beurlaubungsfragen irgend etwas zu erreichen.

Ich würde daher wünschen, daß der Geist des Landesverteidigungsministeriums auch auf die entfernteren Stellen ausstrahlen möchte, denn wie oft kommt es vor, daß, wenn wir für einen Gewerbetreibenden im Landesverteidigungsministerium eine Enthebung erreicht haben *(Abgeordneter Dr. Roller: Wo eine Existenz auf dem Spiele steht!)* — so ist es — durch das Wort „unentbehrlich" von einem Kommandanten, der vielleicht nur ein Leutnant ist, oder vielleicht von einer noch tieferstehenden Charge, der gute Wille des Landesverteidigungsministeriums vereitelt und dadurch auch vielleicht eine Existenz und eine Familie zugrunde gerichtet wird, wie ja der Herr Kollege Dr. Roller in seinem Zwischenruf ganz richtig bemerkt hat.

Wir möchten also an das Landesverteidigungsministerium die Bitte richten und wir sind ja der Erfüllung dieser Bitte, soweit es möglich ist, sicher, daß die unterstehenden größeren und kleineren Kommanden, insbesondere dort, wo es sich um Hilfsdienstler auf Wachen oder bei anderen Arbeiten handelt, nur dann einen Mann als unentbehrlich zu erklären, wenn er tatsächlich unbedingt nicht enthoben oder beurlaubt werden kann. Ich kenne selbst mehrere Fälle, wo der betreffende Mann schon zwei- oder dreimal enthoben wurde, wo die Zustimmung für ihn da ist, der aber nicht zu haben ist; er kommt einfach von seinem Bestimmungsort, auch wenn er nicht an der Front, sondern nur Hilfsdienstler und oft nur mit „C" qualifiziert ist, nicht weg, weil es irgendein Kommandant eben nicht haben will.

Die Lage des Gewerbestandes ist schon dermalen eine sehr schiefe und schlimme geworden. Wir müssen aber in die Zukunft schauen und da sind wir uns alle miteinander dessen wohl bewußt, daß die Lage des Gewerbestandes mit jedem Tage eine schwierigere und haltlosere wird, aus allen den Verhältnissen, die ich hier geschildert habe, insbesondere aber — ich betone das nochmals — deshalb, weil ihm die Materialien vollständig ausgehen. Wie kann ein Gewerbe weiter existieren, wenn es nichts mehr zu verarbeiten hat? Und da, meine ich, wäre es Sorge aller beteiligten Faktoren, die da etwas dreinzureden und anzuschaffen haben, daran mitzuwirken, diese Zustände zu bereinigen.

Wo liegen solche Materialien? Sie liegen erstens einmal bei den verschiedenen Zentralen. Diese Zentralen versorgen fast nur die großen Geschäftshäuser mit Materialien und es bleibt für die kleineren Gewerbetreibenden, für die Genossenschaften, wenig übrig.

Zweitens, meine ich, liegt auch bei den Militärverwaltungen sehr viel Material, das nicht verwendet wird, Material, welches zerstreut ist. Ich gebe zu, es sind schwierige Zeiten, aber vielleicht kann irgendwie erhoben werden, wo diese Materialien und in welchen Mengen sie da sind. Man erzählt sich viel von dem Zugrundegehen von Materialien; vielleicht wäre es auch möglich, daß die Heeresverwaltung an das Handelsministerium oder an die damit betraute Abteilung des Handelsministeriums entbehrliche Materialien abgibt.

Damit ist es aber noch nicht getan. Auch wenn diese Materialien abgegeben werden, ist es eine außerordentlich schwierige Sache, diese Materialien dem Gewerbestande, und zwar dem kleineren Gewerbetreibenden zuzuführen und zugänglich zu machen, denn zwischen Handelsministerium und Kleingewerbetreibenden schieben sich eine ganze Reihe verschiedener Faktoren ein, welche bestrebt sind, diese Materialien sofort aufzukaufen, zusammenzuraffen und eine neuerliche Preistreiberei mit den eigentlich den Gewerbetreibenden zur Verfügung zu stellenden Materialien in Szene zu setzen. Es ist eine schwierige Aufgabe, das zu verhindern, und es wäre nach meiner Meinung nur auf die Art und Weise möglich, diesem Verschwindenlassen der zuzuführenden Materialien entgegenzutreten, wenn die gewerblichen Organisationen als solche zur Verteilung herangezogen würden. *(Zustimmung.)* Wozu haben wir denn Genossenschaften und den Aufbau der Genossenschaften? Von den Genossenschaften zum Landesverbande, vom Landesverbande zum Reichsverbande, oder von ihm herab, führt bei der Verteilung ein sehr vernünftiger Weg, der von den Behörden überwacht werden könnte.

Wir haben aber nach einer anderen Richtung auch die so wohltätig wirkenden Gewerbeförderungsinstitute. Der Krieg hat uns gezeigt, mit welch außerordentlicher Tatkraft und — was im Kriege nicht immer der Fall war — mit welch großem Verständnis die Gewerbeförderungsinstitute eingegriffen haben. Die Gewerbeförderungsinstitute haben heute Millionenbeträge in ihrer Hand, die sie zur

Verteilung von Rohmaterialien, zur Unterstützung von Gewerbetreibenden, zur Aufnahme und Ablieferung gelieferter Waren benützen, und ihnen ist es überhaupt zu verdanken, daß ein großer Teil der Gewerbetreibenden sich heute noch erhalten kann. Leider aber müssen wir auch bei dieser Gelegenheit konstatieren, daß auf diese Gewerbeförderungsinstitute und auf die gewerblichen Organisationen viel zu spät Rücksicht genommen wurde. In den ersten Kriegsjahren hörte man von der Regierung nur immer ein Wort und das hieß „Zentrale" und diese Zentralisierung hat uns in ihrer ganz entschieden nicht richtigen Durchführung so weit gebracht, daß wir heute hier diese Klagen über den zurückgesetzten Gewerbestand erheben müssen. Deshalb, glaube ich, müßte noch in letzter Stunde ein Weg gefunden werden, um alle diejenigen und deren Familien, die noch nicht im Gewerbestande zugrunde gegangen sind, zu retten. Alle Faktoren müssen zusammenhelfen, die hier in Betracht kommen.

Noch weitere große Sünden sind gegenüber dem Gewerbestande begangen worden. Es existiert ein Gewerberat und ein Gewerbeförderungsbeirat, aber bei der Gründung der Wirtschaftsämter und der Zentralen und bei der Verteilung der Rohstoffe und Betriebsmittel, wie Kohle, Schmiermittel u. dgl., und was sonst für den Gewerbestand notwendig ist, hat man den Gewerberat und den Gewerbeförderungsbeirat nicht gekannt und gehört. Wozu schafft man diese Ämter, das Gewerbeamt und das Gewerbeförderungsamt, das eine im Handelsministerium, das andere im Ministerium für öffentliche Arbeiten, wenn man sie nur ein oder zwei Mal im Jahre einberuft, damit irgendein Referent aus der Bureaukratie dort einen außerordentlich schönen Vortrag hält, wenn aber, nachdem der Vortrag vorbei ist, die Türen wieder zugemacht werden und das Gewerbeförderungsamt und der Gewerbeförderungsbeirat einfach nicht mehr einberufen werden? Auf diese Art und Weise ist es ganz überflüssig, überhaupt solche Ämter einzusetzen, wenn sie in der allerkritischesten Zeit, die der Gewerbestand durchzumachen hat, und nicht einmal für die allerwichtigsten Belange um Rat befragt werden, geschweige, daß sie überhaupt Einfluß auf die ganzen Angelegenheiten genommen haben. So, glaube ich, geht es für die Zukunft nicht weiter. Diese Vertretungen der Gewerbetreibenden müssen nicht nur um Rat befragt werden, sondern sie müssen auch Einfluß bekommen, und genau so wie andere Stände sich selbst führen, so sollte auch der Gewerbestand sich selbst führen.

Außer dem Ministerium für öffentliche Arbeiten und dem Handelsministerium muß zur Durchführung dessen, was ich über militärische Angelegenheiten gesagt habe, auch das Kriegsministerium und das Ministerium für Landesverteidigung und die ihm unterstehenden Kommanden angewiesen werden, den Gewerbestand rücksichtsvoll zu behandeln. Jeder andere Stand ist eher zur Enthebung zu bringen als der Gewerbestand und je fähiger und tüchtiger ein Gewerbetreibender ist, desto weniger ist er zur Enthebung oder zur Beurlaubung zu bringen, weil ja die Gewerbetreibenden zu den verschiedensten Arbeiten beim Militär verwendet werden, oft auch zu Arbeiten, die für den militärischen Dienst nicht unbedingt notwendig sind. Natürlich läßt man den Mann desto weniger los, je besser er als Tischler, als Schuster, Schlosser, Dreher oder Mechaniker verwendbar ist.

So bewegt sich also die Hilfe für den Gewerbestand im großen und ganzen nach zwei Richtungen — ich wiederhole dies nochmals: Zuwendung von Hilfskräften, also Enthebungen, Beurlaubungen, insbesondere dort, wo die Existenz auf dem Spiel steht, und Zuwendung von Rohmaterialien und von Halbfabrikaten.

Ich muß hier noch betonen, daß die Beratungen im Gewerbeausschuß in voller Einmütigkeit verlaufen sind. Im Berichte finden sich Auszüge der Reden niedergelegt, welche die einzelnen Herren im Gewerbeausschuß gehalten haben, und auch eine Reihe von Zusatzanträgen, die hier als Resolutionen bezeichnet worden sind, sind angefügt worden, welche alle einstimmig angenommen wurden.

Auf einen Druckfehler sei noch aufmerksam gemacht, der auf Seite 3 unterlaufen ist. Hier ist gedruckt *(liest)*:

„Die Enthebungspolitik wird eine falsche sein müssen, wenn die vom Ministerium angeordneten, von irgendeinem Wachkommandanten nicht gebilligten Enthebungen als solche verzeichnet werden."

Es soll nicht heißen „Enthebungspolitik", sondern „Enthebungsstatistik". Ein Redner hat nämlich gemeint, daß, wenn die vom Ministerium für Landesverteidigung bewilligten Enthebungen als solche aufgeführt werden, die Statistik falsch ist, weil ein großer Teil dieser Enthebungen ja durch die Kommandanten behindert wurde. Darauf bezieht sich dieser Satz.

Wenn es möglich sein sollte, daß ein Teil der Gewerbetreibenden noch rechtzeitig beurlaubt und enthoben wird, wenn es möglich sein wird — und wir werden ja vielleicht heute von berufener Stelle darüber Aufklärung erhalten — daß den Gewerbetreibenden entsprechende Rohmaterialien zugewendet werden, wenn es möglich sein wird, daß diese Rohmaterialien den Gewerbetreibenden als solchen wirklich zugute kommen und nicht unter der Hand verschwinden, dann kann noch in letzter Stunde für einen Teil der Gewerbetreibenden die Existenz erhalten bleiben, eine Existenz, die ja auch, wie ich schon geschildert habe, für den Konsumenten

von größter Bedeutung ist, und ich hoffe, daß durch die Annahme der Beschlüsse seitens des hohen Hauses diese Möglichkeiten geboten sein werden.

Die Anträge, die der Gewerbeausschuß stellt, lauten *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert:

1. Bei den Militärverwaltungen, insbesondere beim k. k. Ministerium für Landesverteidigung entschiedenst darauf hinzuwirken, daß die Gewerbetreibenden, besonders die älteren und jene, welche zu Hilfsdiensten verwendet werden, enthoben oder auf möglichst lange Zeit beurlaubt werden. Zu Wachdiensten zugeteilte oder sonst in militärischer Verwendung stehende Gewerbetreibende, die nicht enthoben oder beurlaubt werden können, sind am Standorte ihres Gewerbes zu verwenden. Für das Gewerbe unbedingt notwendige Hilfskräfte, vor allem die Söhne alter oder kranker Gewerbetreibender und von Witwen sind zu entheben oder zu beurlauben.

2. Zwecks Beschaffung der nötigen Rohstoffe und Materialien zur Bearbeitung für den Gewerbestand sind seitens der beteiligten Ministerien und Zentralen und der hierzu geschaffenen staatlichen Organisationen ungesäumt die notwendigen Schritte zur Beteilung der Gewerbetreibenden mit Rohstoffen und Verarbeitungsmaterialien zu tun. Gleichzeitig ist auch von diesen Seiten an die Heeresleitung um Überlassung aller irgendwie entbehrlichen Materialien heranzutreten, wozu auch die Kommanden zu beauftragen sind.

3. Zur Überweisung von Rohstoffen und Materialien sind die gewerblichen Organisationen, Gewerbeförderungsinstitute, Verbände und Vereinigungen usw. sofort heranzuziehen und ist eine große Organisation zu schaffen, welche vor allem auf die mittleren und kleinen Betriebe Bedacht zu nehmen hat und diese Gewerbetreibenden vor dem Untergange schützt.

4. Die Zuteilung von Kriegsgefangenen an mittlere und kleine Gewerbebetriebe ehestens zu regeln, damit dem Mangel an Hilfskräften, hervorgerufen durch die Einrückungen und durch die Kriegsindustrie, möglichst entgegengearbeitet und Einhalt getan wird.

5. Innerhalb von je drei Monaten dem hohen Hause über alle jene Maßnahmen und deren Folgen zu berichten, die seitens der Regierung zur Verhinderung des Niederbruches der Gewerbe getroffen wurden."

Meine Herren! Ich glaube, auch der Punkt 5 ist von Bedeutung, denn die hohe Regierung ist gegenüber einem so wichtigen Stande wie dem Gewerbestande wohl verpflichtet, dem hohen Hause Bericht zu erstatten, und zwar von Fall zu Fall, gebunden durch die Beschlüsse des Hauses, was sie eigentlich für seine Erhaltung getan hat und was sie in Zukunft tun wird. Ich empfehle die Anträge des Ausschusses dem hohen Hause zur Annahme. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel:** Zum Worte gelangt Seine Exzellenz der Herr Handelsminister.

Handelsminister Dr. Freiherr v. **Wieser:** Hohes Haus! Die Anträge, welche seitens des Gewerbeausschusses vorgelegt und soeben begründet wurden, sind der höchsten Beachtung seitens der Regierung wert. Der Gewerbestand hat die Schwierigkeiten und Entbehrungen, die wir alle im Laufe dieses Krieges im Haushalte zu tragen hatten, in vollem Ausmaße mitgetragen. Aber er ist, glaube ich, mehr als irgendein anderer schaffender Stand und mehr wohl, glaube ich, als überhaupt einer der Stände auch in seinem Erwerbe und Einkommen getroffen. Gewiß sind die Beamten — die Staatsbeamten, öffentlichen Beamten und namentlich auch die Privatbeamten — in ihrem Erwerbe schwer getroffen worden, aber da hat man doch zur Aushilfe schreiten können, dasjenige, was sie durch die abnehmende Kaufkraft des Geldes verloren haben, zu einem Teile ihnen durch Teuerungszulagen oder sonstige Aushilfen wieder zu ersetzen. Und der Beamte ist wenigstens seines Amtes sicher, er wird dieses Amt auch nach dem Kriege fortsetzen. Die kleinen Rentner mit festen Bezügen sind ja auch dadurch schwer getroffen, daß sie nun unter der abnehmenden Kaufkraft des Geldes leiden. Aber wir haben doch die Erscheinung vor uns, daß das Rentenkapital — und nicht bloß das große Rentenkapital, sondern auch das mittlere und kleine Rentenkapital — in diesem Kriege in einer geradezu außerordentlichen Weise zugenommen hat; die Ersparnisse an Geldkapital sind ungeheuer und diese Ersparnisse an Geldkapital sind nicht bloß von großen Kriegsgewinnern gemacht worden, sondern auch von — wenn ich sie so nennen darf — mittleren und kleinen Kriegsverdienern, Leuten, die durch ihre Arbeit oder weil sie draußen im Felde die erhöhten Bezüge gehabt haben, in der Lage waren, derartige Verdienste zu machen und als Sparpfennige zurückzulegen. Wir sehen ja in den Sparkassen, daß die Einlagen der kleinen und mittleren Einleger ganz gewaltig gestiegen sind und wir wissen, daß die außerordentlichen Zeichnungen auf die Kriegsanleihen zum guten Teile auch aus diesen Kreisen herrühren *(Ruf: Das ist leider zu unter-*

*streichen! Das ist das Betriebskapital!)* Wir können allerdings nicht sagen, daß jeder kleine Rentner von früher derartige neue Renten hinzugewonnen hat, viele von ihnen haben nicht zugewonnen, aber es sind doch ohne Zweifel in diesen Kreisen der kleinen Rentner derartige, ganz beträchtliche Zurücklegungen gemacht worden.

Daß unter den schaffenden Ständen der Gewerbestand derjenige ist, der in seinem Erwerbe am meisten gelitten hat, darf, glaube ich, nicht bezweifelt werden. Ich will nur den Vergleich mit einer anderen Gruppe des Mittelstandes, mit der bäuerlichen Landwirtschaft, durchführen. Gewiß ist auch der Bauer schwer getroffen worden; sein Boden ist heute verschlechtert, sein lebendes und totes Inventar ist verschlechtert und vermindert, die Ertragsfähigkeit seines Besitzes ist herabgesetzt und es wird einige Jahre tüchtiger Arbeit nach dem Kriege bedürfen, um wieder auf den alten Stand der Ertragsfähigkeit zu kommen.

Aber wir sehen doch, daß die Marktlage für den Bauern günstig war. *(So ist es!)* Er ist infolgedessen in den Stand gesetzt worden, Geldkapital anzusammeln, und er wird, wenn der Krieg zu Ende ist, mit Hilfe dieses Geldkapitals verhältnismäßig frei disponieren können. Er wird die Marktlage, die auch nach dem Kriege für ihn günstig bleiben wird, ausnützen können und es ist der Landwirtschaft die Aussicht eröffnet, daß sie nach dem Kriege, wenn die Dinge so liegen, wie wir sie denken, zu gesteigerter Ertragsfähigkeit wird kommen können. *(Abgeordneter Ganser: Das Anlagekapital ist den Landwirten erhalten geblieben!)* Gewiß, das Anlagekapital ist ihnen erhalten geblieben und der Landwirt hat an seinem Boden und an seinem Anlagekapital eine Unterstützung, die der Gewerbetreibende nicht hat. Der Gewerbetreibende ist auch auf seine persönliche Kraft viel mehr angewiesen als der Landwirt. Der Landwirt hat die Unterstützung durch die Familie, durch die älteren und jüngeren Leute in der Familie, und wenn er selbst ins Feld abberufen worden ist, so haben diese wenigstens die Arbeit machen können. Bei den Gewerbetreibenden liegen die Dinge nicht in gleicher Weise. Der Gewerbetreibende ist oft der einzige in seinem Geschäfte gewesen, der das Geschäft aufrecht erhalten konnte, und wenn er selbst nicht da war, ist das Geschäft vielfach still gestanden. *(Zustimmung.)* Es ist von seiten des Herrn Berichterstatters dasjenige, was in dieser Beziehung zu sagen ist, mit voller Deutlichkeit und überzeugender Kraft gesagt worden und ich kann mich dem, was er gesagt hat, nur anschließen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß der Gewerbestand die schweren Lasten, die ihm durch den Krieg auferlegt worden sind, in staatsbürgerlicher Treue getragen hat. *(Zustimmung.)* Ich glaube, es ist kein Wort zu hoch für die Art und Weise, wie der Gewerbestand diese Lasten getragen hat. Es ist eine alte Überlieferung des Gewerbestandes, gut staatsbürgerlich zu sein, und wenn wir das Wort „staatsbürgerlich" gebrauchen, so ist darin der Beweis dafür erbracht, wie alt diese Überlieferung ist. Denn dieses Wort „Staatsbürger" ist genommen von „Bürger in der Stadt" und es ist damit gesagt, daß das Wesen des Bürgers in der Stadt das Vorbild ist für uns alle im Staate, wenn wir unsere Pflichten gegen den Staat in Treue erfüllen wollen.

Ich habe neulich eine Abordnung von deutschen Gewerbetreibenden aus allen Gebieten Österreichs, soweit deutsch gesprochen wird — von Bozen und Innsbruck angefangen bis nach Troppau — empfangen; die Herren waren bei mir, um mir die Wünsche des Gewerbestandes vorzubringen. Der Eindruck, den ich erhalten habe — wenn es Abgeordnete anderer Zunge gewesen wären, würde ich den gleichen Eindruck erhalten haben —, war ein außerordentlich tiefer und ich habe das Gefühl, das ich immer hatte, das Gefühl von der treu staatsbürgerlichen Gesinnung dieses Standes und von der Größe, mit der er dasjenige, was er im Kriege auf sich zu nehmen hatte, während des Krieges getragen hat, hier bestätigt gefunden. Ich glaube, daß so wie ich, jeder andere, der das Amt des Handelsministers zu führen haben wird, sich das gleiche Ziel wird stecken müssen, alles daranzusetzen, daß dieser wirtschaftlich und staatsbürgerlich gleich wichtige Stand durch den Krieg uns nicht verloren gehe und nicht verkümmert werde. *(Beifall.)*

Damit ist der Wille, den die Regierung in diesen Dingen hat, gekennzeichnet und ich möchte nun auf die konkreten Forderungen eingehen, die gestellt worden sind. Ich werde sie aber nicht im einzelnen durchbesprechen, sondern möchte mich auf dasjenige beschränken, was hier wohl der Grundgedanke ist. Der Grundgedanke ist der — und er ist ja auch vom Herrn Berichterstatter klar ausgesprochen worden —, daß die Organisation der Kriegswirtschaft eine für den Gewerbestand beunruhigende ist.

Die Organisation der Kriegswirtschaft hat vornehmlich den Großbetrieb betroffen und es hat den Anschein, als ob der schwere Kampf, den schon vor dem Kriege der Gewerbestand mit dem Großbetrieb hat führen müssen, ihm durch die Organisation der Kriegswirtschaft während des Krieges noch um sehr viel mehr erschwert worden wäre *(Zustimmung)* und als ob, wenn einmal der Krieg zu Ende ist, für den Gewerbestand in diesem seinem Ringen um seine Existenz noch viel schwierigere Bedingungen eintreten müßten, als er sie vorher ohnedies gehabt hat.

Ich werde nicht im einzelnen über unsere Zentralen und ihre Wirtschaft und die Kriegsverbände sprechen. Ich möchte nur eines hervorheben: daß diese Verbände vor allem den Großbetrieb organisieren, ist durch die Natur der Sache gegeben, denn die Aufgabe, um die es sich gehandelt hat, ist vor allem die Aufgabe der Verteilung der Rohstoffe, die ja von den Großbetrieben zunächst aufgenommen und verarbeitet werden. Aber immerhin ist dadurch, daß diese Organisationen zunächst den Großbetrieb angehen, die Gefahr, von der früher die Rede war, für den kleinen und mittleren Betrieb näher gerückt. Ich möchte aber doch darauf aufmerksam machen, daß durch allerlei Einrichtungen, die namentlich in letzter Zeit getroffen worden sind, dafür gesorgt wird, daß dasjenige, was der Gewerbestand braucht, ihm möglichst unmittelbar, und zwar im Wege seiner eigenen Genossenschaften, zukommt. *(Zustimmung.)*

Ich möchte darauf hinweisen, wie es bei der Lederverteilung gehalten wird. 70 Prozent des Sohlenleders, das wir haben, ist den Schuhmachern, also dem Gewerbestande zugedacht. *(Abgeordneter Wüst: Wo bekommen wir denn etwas, Exzellenz? Keiner hat etwas zu arbeiten, alle Kunden gehen dem armen Teufel verloren!)* Es ist eine andere Frage, wieviel Leder wir haben, ich kann aber die Versicherung geben, daß es meine Sorge ist, auch in der Beziehung das Möglichste zu tun.

In bezug auf das Textilgewerbe liegt die Sache etwas anders. Da sind wir im großen und ganzen darauf angewiesen, uns auf die Volksbekleidungsware zu beschränken. Aber auch da ist die Einrichtung getroffen, daß die Landesbekleidungsstellen dasjenige, was sie an Arbeit nach der Richtung zu vergeben haben, möglichst an das Kleingewerbe vergeben, und zwar im Wege der kleingewerblichen Organisationen.

So ist die Sache auch bezüglich des Zwirnes gedacht. *(Heiterkeit und Zwischenrufe.)* Wenn Zwirn in genügender Menge nicht da ist, so ist das eine Sache, der abzuhelfen ich im Augenblick nicht in der Lage bin. *(Abgeordneter Ganser: Es wäre Sache der Polizei, ihn zu fassen, wo er ist!)* Aber was an Zwirn zur Verteilung kommt — man hat den Verteilungsmodus eben wegen gewisser trauriger Erfahrungen, die man gemacht hat, geändert —, was also zur Verteilung kommt, wird im Wege der Gewerbeförderungsinstitute unmittelbar an die Gewerbetreibenden selbst verteilt. *(Abgeordneter Wüst: Exzellenz, bei den Landwirten nimmt man Vorratsaufnahmen auf; warum nicht auch bei gewissen Leuten, wo man vermutet, daß Rohware, insbesondere Zwirn, tatsächlich aufgespeichert liegt? In solchen Fällen hört man von keinen Recherchen!)* Ich möchte auf die Einzelheiten, wie sie hier vorgebracht werden, nicht eingehen, sondern möchte dasjenige hervorheben, was, glaube ich, getan werden muß, damit derartige Einzelheiten möglichst verhindert werden. Und ich glaube, das liegt in der Organisation.

Es ist ein ganz berechtigter Wunsch, daß dem Kleingewerbe Anteil gegeben wird auch an den Hauptorganisationen der Kriegswirtschaft und Übergangwirtschaft. Es ist namentlich der Wunsch da, daß im Hauptausschuß des Generalkommissariats das Gewerbe möglichst vertreten sei. Auch jetzt sind schon einige Vertreter des Gewerbes darin, es ist aber richtig, für das kleine und mittlere Gewerbe ist bisher keine organische Vertretung geschaffen. Das ist aber im Zuge. Es ist zwischen dem Handelsministerium und dem Arbeitsministerium in dieser Beziehung auch das Einvernehmen getroffen worden und es werden demnächst 18 Vertreter der Gewerbeförderungsinstitute, jener Institute, die vom Herrn Berichterstatter in ihrer Wirksamkeit für das Gewerbe mit Recht so außerordentlich gerühmt worden sind, in den Hauptausschuß für Kriegswirtschaft einberufen werden.

Ich werde auch das Versprechen, das ich neulich einer Abordnung von Gewerbetreibenden bezüglich der Einberufung des Gewerberates gegeben habe, getreulich erfüllen. *(Zustimmung. — Abgeordneter Wüst: Das wäre schon längst notwendig gewesen, Exzellenz. — Abgeordneter Friedmann: Fast vier Jahre ist er nicht einberufen worden!)* Die Herren können darauf rechnen, daß ich mit dem Gewerberat alles dasjenige, was für die dauernde Aufrechterhaltung des Gewerbes zu besprechen ist, beraten werde. Ich glaube, damit ist der beste Schutz dahin gegeben, daß die Dinge in dem Sinne gewendet werden, in dem Sie es wünschen.

Die Bestimmung, daß von drei zu drei Monaten über dasjenige, was zugunsten des Gewerbestandes vorgekehrt wird, Bericht erstattet werde, nehme ich selbstverständlich ohne weiteres entgegen.

Ich möchte damit schließen, daß ich das Ziel bezeichne, das mich bei allen diesen Dingen führen wird — es ist sehr einfach: ich will das meinige dazu tun, daß die Schwächung, die der Gewerbestand im Kriege erfahren hat, möglichst wieder gutgemacht wird, damit er in den schweren Kampf, den er zu kämpfen hat, mit möglichst ungeschwächten Kräften nach dem Krieg eintreten könne. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile Seiner Exzellenz dem Herrn Minister für Landesverteidigung das Wort.

Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant **Czapp v. Birkenstetten**: Hohes Haus! Ich hatte bisher im hohen Hause nur Gelegenheit, mich über den Standpunkt näher zu äußern, welchen

die Militärverwaltung gegenüber der Landwirtschaft und deren personellen Bedürfnissen einnimmt. Bei diesen Anlässen habe ich den hohen Wert einer tunlichst produktiv betriebenen Landwirtschaft im Staate für die Kriegführung betont und hervorgehoben, daß sich die Militärverwaltung der großen Schwierigkeiten vollauf bewußt ist, mit welchen die Landwirtschaft dermalen zu kämpfen hat.

Ich ergreife gerne die sich mir heute bietende Gelegenheit, um nunmehr mit einigen Worten auch das Verhältnis der Militärverwaltung zum Gewerbestande zu charakterisieren. *(Hört!)*

Die Militärverwaltung ist sich der hohen Bedeutung sehr wohl bewußt, welche namentlich auch dem Gewerbestand in der Volkswirtschaft überhaupt und speziell im Kriege zukommt, und rechnet ihn mit zu jenen Faktoren im Staate, deren unermüdlicher und unter anerkannt schwierigen Verhältnissen geleisteter wirtschaftlicher Arbeit das Durchhalten im Kriege zu danken ist.

Daher liegt es auch im Interesse der Militärverwaltung selbst, wenn sie — ähnlich wie bei der Landwirtschaft — bestrebt ist, innerhalb der durch die militärischen Notwendigkeiten gezogenen Grenzen die tunlichste Aufrechterhaltung gewerblicher Betriebe zu erleichtern und darauf abzielenden Wünschen, so weit es eben geht, Rechnung zu tragen. Dies um so mehr, als die Militärverwaltung die hervorragenden Leistungen des Gewerbestandes speziell auch auf dem Gebiete des gewerblichen Lieferungswesens nicht genug hoch einschätzen kann, was ich mich von dieser Stelle aus mit warmer Anerkennung hervorzuheben für verpflichtet erachte. *(Abgeordneter Ganser: Die Praxis war leider anders!)* Die Herren werden überzeugt sein, daß ich dort, wo die Praxis nicht die nötigen Ergebnisse gezeigt hat, helfend eingegriffen habe. *(Bravo!)*

Naturgemäß hat sich, wie überall, so auch bei den gewerblichen Berufen, im Kriege der Mangel an Arbeitskräften in steigendem Maße von Jahr zu Jahr immer empfindlicher fühlbar gemacht. Die Militärverwaltung war und ist bestrebt, durch wohlwollende Beurteilung gewerblicher Enthebungs- und Beurlaubungsangelegenheiten auch hier helfend einzugreifen und habe ich bereits aus den Ausführungen des sehr geehrten Herrn Berichterstatters entnehmen können, daß die diesbezügliche wohlwollende Praxis der Zentralstellen Würdigung findet.

Auf die vielfach wiederkehrenden, auch in den heutigen Ausführungen des Herrn Berichterstatters zum Ausdrucke kommenden und — wie ich nicht in Abrede stellen kann — teilweise nicht unbegründeten Beschwerden, daß bereits bewilligte Enthebungen nicht durchwegs mit der gewünschten Raschheit durchgeführt werden, beehre ich mich bei diesem Anlasse dem hohen Hause zur Kenntnis zu bringen, daß ich neuerlich Maßnahmen ergriffen habe, um in dieser Hinsicht die erforderliche Abhilfe zu schaffen. *(Bravo! Bravo!)*

Ich muß jedoch darauf aufmerksam machen, daß die Ursache dieser Unzukömmlichkeiten weniger in den Schwierigkeiten, die seitens der unteren militärischen Stellen gemacht werden, als in dem Umstande liegt, daß in den Enthebungseingaben vielfach unrichtige und unzureichende Daten über die militärische Einteilung der zu Enthebenden enthalten sind, die die Erledigung der Betreffenden erschweren.

Als weitere entgegenkommende Maßnahmen der Militärverwaltung möchte ich in diesem Zusammenhange noch jene berühren, von welchen ich dem hohen Hause schon bei einer anderen Gelegenheit Mitteilung gemacht habe und welche sich auf die möglichste Verwendung Frontdienstuntauglicher — namentlich der älteren Jahrgänge — in ihrer Heimat oder deren unmittelbaren Nähe beziehen und die speziell auch dem Gewerbestande viele Arbeitskräfte zurückführen. Wie dem hohen Hause bekannt, sind erst vor kurzem neuerliche Anordnungen in dieser Richtung ergangen, und hoffe ich, daß sich deren wohltätige Wirkung für die gewerblichen Berufe bald weiter fühlbar machen wird.

Leider jedoch sind allen diesen gewiß von den besten Absichten getragenen Intentionen der Militärverwaltung gewisse Grenzen dadurch gezogen, daß anderenfalls der Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse der Kriegführung empfindlicher Abbruch geschehen würde. Ich habe schon einmal die Ehre gehabt, dem hohen Hause darzustellen, welch schwieriges Problem es ist, das richtige Kompromiß zwischen den beiden oft im Widerspruch zueinander stehenden Notwendigkeiten zu finden, welche einerseits die Befriedigung der personellen Ansprüche der Armee und andrerseits jene der Hinterlandsbedürfnisse bilden. *(Abgeordneter Parrer: Exzellenz, warum werden bei uns nichtgemusterte Gewerbetreibende als Hilfsarbeiter nach Brunn am Gebirge einberufen? Manche müssen infolgedessen jetzt ihr kleines Geschäft sperren und müssen gehen!)* Das ist jene Maßnahme, wonach die zum Waffendienst nicht Geeigneten jetzt herangezogen werden können. Ich bitte, meine Herren, es ist seinerzeit doch gesagt worden, daß sich diese Maßnahme vorwiegend auf jene Berufe erstrecken wird und erstrecken muß, durch deren Heranziehung dem Wirtschaftsleben möglichst wenig Abbruch getan wird. Wenn nun ein oder der andere der Gewerbetreibenden sich unter den Herangezogenen befindet, so wollen die Herren mir glauben, daß die Not uns dazu zwingt, auch einzelne dieser Leute mit heranzuziehen; sie ganz auszuschließen, kann man unmöglich von uns verlangen.

Aus diesen Gründen würde es der Militärverwaltung nicht möglich sein, die in dem Resolutionsantrage des Herrn Abgeordneten Ganser angeregte generelle Beurlaubung aller frontdienstuntauglichen Gewerbetreibenden, welche das 18. Lebensjahr vollendet haben, in Erwägung zu ziehen, und muß dies um so mehr von den noch weitergehenden Resolutionsanträgen der Herren Abgeordneten Kratochvíl und Sever gelten, wobei ich mit Bezug auf den einen Resolutionsantrag des letztgenannten Herrn Abgeordneten noch ausdrücklich feststellen muß, daß das darin erwähnte, angeblich von meiner Seite gegebene Versprechen bezüglich einer allgemeinen Entlassung der 1867 geborenen Landsturmmänner mit 31. Dezember d. J. nur auf einem Mißverständnis beruhen kann, da ich ein solches Versprechen niemals gegeben habe und leider auch nicht geben konnte.

Was jedoch andrerseits die mein Ressort betreffende vom sehr geehrten Herrn Berichterstatter im Ausschußberichte unter Zahl 1 vorgeschlagene Resolution anbelangt, so bin ich in der angenehmen Lage, erklären zu können, daß sich die Militärverwaltung den Inhalt dieser Resolution innerhalb der durch die militärischen Rücksichten gezogenen Grenzen zu eigen macht und bereit ist, die Existenzinteressen des Gewerbestandes, in welchem sie eine der wichtigsten Stützen des Staates sieht, nach Möglichkeit zu fördern. *(Abgeordneter Čech: Was ist es mit den Weihnachtsurlauben für die Gewerbetreibenden? Werden die heuer erteilt werden?)* Die Weihnachtsurlaube werden sich in jenen Grenzen bewegen, wie es bisher üblich war. Daß an eine erhöhte Berücksichtigung nicht nur der Gewerbetreibenden, sondern auch aller anderen Berufe innerhalb der Möglichkeiten gedacht ist, das wollen die Herren mir glauben. Ich habe diesbezüglich auch an das hohe Armeeoberkommando ein Ansuchen gerichtet *(Bravo! Bravo!)*, um den Wünschen der Bevölkerung tunlichst entgegenzukommen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel**: Zu diesem Gegenstande sind eingetragen, und zwar pro die Herren Abgeordneten: Ganser, Gostinčar, Einspinner, Dr. Stojan, Beyer, Kittinger, Hueber, Jarc, Kraft, Dr. Schürff, Richter, Dr. Waber, Wedra, Dr. Roller, Wüst, Parrer, Loser, Pichler, Goll, Diwald, Wohlmeyer, Brandl, Fink, Gruber, Roggler, Schweiger, Tomaschitz, Bauchinger, Eisterer, Zaunegger; kontra die Herren Abgeordneten: Sever, Slavíček, Schäfer, Mašata, Starck.

Ich erteile dem ersten Kontraredner, Herrn Abgeordneten Votruba das Wort.

Abgeordneter **Votruba**: Slavná sněmovno! Jako zástupcové středního stavu živnostenského uvítali jsme, že konečně dnes byla nám dána možnost a příležitost rozhovořiti se trochu o přáních, požadavcích a bolestech živnostenského stavu v době válečné.

Po nedávném jednání, ve kterém bez debaty přijat byl návrh živnostenského výboru na opatření pomocného úvěru pro živnostnictvo, přichází živnostenský výbor s novými návrhy kolegy Erba, který směřuje k tomu, aby ulehčil trudné postavení živnostnictva ve válce, které dnes se všeobecně uznává a které konečně právě před chvíli uznal také Jeho Excellence pan ministr obchodu sám.

Musíme s potěšením vítati bez praejudice politického postavení našeho k vládě prohlášení ministra obchodu, které nás úplně uspokojilo. Uznal požadavky živnostnictva a pravil při tom, že do středního stavu patří každý dobrý člověk, živnostník, rolník a mnohý úředník, že však úřednictvu ve válce mohlo se dostati pomoci se strany tohoto zákonodárného sboru a že je třeba pomoci též živnostnictvu.

I když rolnictvo utrpělo ve válce tím, že půdu jeho nemožno řádně obdělávati a že následkem toho není tak úrodná, jako když ji rolník před válkou mohl věnovati větší péči, jestli rolník utrpěl velkou ztrátu na živém i mrtvém fundu instruktu, přece zůstala mu půda a našetřený kapitál, kdežto malý živnostník pozbyl živnosti, nemá půdy, nemá kapitálu. Živnost musil zavříti zvláště drobný živnostník proto, poněvadž její zdar spočíval v osobní jeho zdatnosti. *(Souhlas.)*

Pan ministr slíbil, že chce této otázce věnovati náležitou pozornost a že hlavně hodlá prosaditi zastoupení živnostnictva v centrálách a hlavním výboru pro válečné hospodářství. Kvitujeme s povděkem sliby tyto a přejeme si jen, aby ve skutek byly uvedeny.

Hohes Haus! Daß der gewerbliche Mittelstand durch den Krieg vielfach in eine wirtschaftliche Notlage versetzt worden ist, daß vor allem die mittleren Existenzen in Gewerbe und Handel, die kleinere und mittlere Industrie durch den Krieg getroffen worden sind, ist zweifellos. Wurde der Geschäftsinhaber oder Leiter eines gewerblichen Betriebes, der gleichzeitig fast immer die Hauptarbeitskraft verkörperte, zum Kriegsdienste einberufen, so stockte natürlich sofort das ganze Geschäft. Die Knappheit, beziehungsweise der Mangel an Rohstoffen, zogen eine allmähliche Betriebseinschränkung, ja öfters sogar eine Betriebseinstellung nach sich. Dabei mußten die Ausgaben für Miete, Versicherungen und allerlei Unkosten weiter bezahlt werden, so daß verschiedene Betriebe und Geschäfte bei dem Mangel an Einnahmen und bei der

Verteuerung der Lebenshaltung in Schulden gerieten. Der Ausblick auf die Zukunft ist nicht rosig. Geld wird nur zu harten Bedingungen zu haben sein, die ersparten Mittel sind verbraucht, Außenstände aus der Friedenszeit zum Teil verloren. Waren und Rohstoffe nur zu höchsten Preisen zu ergänzen, Schulden zu bezahlen, aufgeschobene Ausgaben für die täglichen Familienbedürfnisse nachzuholen: das alles sind gerade keine ermutigenden Aussichten. Darum müssen Staat, Land und nach Möglichkeit auch Gemeinden in allen in Betracht kommenden Fragen dem gewerblichen Mittelstande zur Seite stehen. Diesen Stand vor völliger Proletarisierung zu bewahren, liegt darum nicht nur in dessen eigenem Lebensinteresse, sondern erscheint auch vom sozialen, politischen und finanziellen, namentlich die Steuerkraft betreffenden Standpunkte als eine dringende Notwendigkeit.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß wir wirtschaftlich, vor allem aber wirtschaftspolitisch auf einen Krieg dieses Umfanges nicht vorbereitet waren. Die Erfahrungen bei Beginn des Krieges, die völlige Ungewißheit über die künftige Gestaltung der Geldverhältnisse, der Rohstoffbeschaffung, der Möglichkeiten für Absatz und Verkehr sind noch in unser aller frischer Erinnerung. Es erwächst aus diesen Erfahrungen vor allem die Mahnung, rechtzeitig dafür vorzusorgen, daß der Übergang zum Frieden uns entsprechend vorbereitet finde.

Noch donnern die Geschütze an der Front, aber schon überall beschäftigen sich die berufenen Kreise mit Problemen, welche nach Friedensschluß ehemöglichst einer günstigen Lösung zugeführt werden sollen. Was will man mit dem gerade nicht besonders schön klingenden Worte „Übergangswirtschaft" sagen? Wohl nach dem Friedensschlusse Wege zu finden und zu bahnen, welche Industrie, Handel und Gewerbe, ja das gesamte geschäftliche Leben vom Großkonsumenten bis zum kleinen Verbraucher herab wieder in die altgewohnten Bahnen leiten sollen.

Hier handelt es sich um den in seiner selbständigen Existenz arg gefährdeten gewerblichen Mittelstand.

Und dabei gibt es neben der Beschaffung eines Hilfskredites noch andere wichtige Fragen, die im Interesse des Gewerbestandes tunlichst zu lösen sind.

Die Frage der Rohstoffbeschaffung ist gewiß eine Frage von hervorragender Wichtigkeit, die mittelbar und unmittelbar Handel und Gewerbe im weitesten Umfange berührt. Noch immer fehlt es an einer Erklärung der Regierung über die im Auslande gekauften und bezahlten Rohstoffe.

Nicht mit Unrecht wird das Problem unserer Versorgung mit Rohstoffen im Hinblick auf einen Zusammenhang vor allem mit valutapolitischen Rücksichten als der Angelpunkt der Übergangswirtschaft in den Vordergrund gestellt. Ein Teil dieses Problems ist aber sofort zu lösen und ist von den Obsorgen für die Valuta schon jetzt völlig losgetrennt. Es sind dies die im Auslande gekauften und bereits bezahlten Rohstoffe.

Die österreichischen Eigner, und zwar nicht nur große Industrie- und Handelsfirmen, sondern auch kleinere Gewerbsleute verfügen über Rohstoffe, die, schon längst gekauft und bezahlt, an ausländischen Plätzen lediglich der freien Verfrachtungsmöglichkeit auf den österreichischen Markt harren.

Angesichts der enormen Preiserhöhungen für Rohmaterialien aller Art liegt die Versuchung sehr nahe, die Rohstoffe im Auslande mit großem Gewinne abzustoßen, wenn die österreichische Regierung den Eignern nicht eine bindende Zusage darüber gibt, daß sie die Materialien oder wenigstens einen namhaften Teil derselben im eigenen Betriebe verwerten können werden. Jedes Rohstofflager im Auslande ist der größten Gefahr ausgesetzt, jeder Eigner desselben trägt das Risiko, daß neue Staaten in den Kriegszustand eintreten, er trägt auch die Gefahr von Beschlagnahmen, Requisitionen und damit verbundenen Vermögensverlusten in neutralen und auch in verbündeten Staaten.

Wenn also der Eigner die Sicherheit nicht hat, daß er nach Eintritt des Friedens über noch vorhandenen Rohstoff, zumindestens über einen wesentlichen Teil desselben im eigenen Betriebe wird frei verfügen können, und läuft Gefahr, daß er bei Eintritt des Friedens seine gesamten Bestände, womöglich zu Verlustpreisen, an eine Zentrale abführen muß, die ihn genau so schlüsselmäßig bedenkt, wie irgendeinen seiner Konkurrenten, der keine Rohstoffe gekauft und kein Risiko getragen hat, so wird er es sicher vorziehen, seine Rohstoffe so rasch als möglich noch im Kriege mit großem Gewinne abzustoßen.

Um auch den Gewerbetreibenden die Beschaffung dieser Rohstoffe zu ermöglichen, habe ich mir erlaubt, eine diesbezügliche Resolution dem hohen Präsidium vorzulegen und bitte um deren Annahme.

Die Angelegenheiten der Übergangswirtschaft, von denen eine die Rohstoffbeschaffung bildet, gehören in den Wirkungskreis des bei dem Handelsministerium bestehenden Generalkommissariates. Der kleine und mittlere Gewerbe- und Handelsstand besitzt jedoch weder in dem Hauptausschusse noch in den Unterausschüssen dieses Kommissariates eine Vertretung, weshalb diese beiden Stände in den mit ihren weiteren Lebensinteressen verbundenen Fragen ohne Führung und ohne jegliche Informationen dastehen. Und da wird mit Recht darauf hingewiesen, daß auch in den Kriegsverbänden, Zentralen, ausschließlich nur die Industrie, und zwar die Großindustrie vertreten ist. Und es ist ganz begreiflich, daß der Gewerbestand es beklagt, daß er in diesen Korporationen keinen Platz gefunden hat, ja, daß

ihm keinerlei Möglichkeit zur Betätigung in irgendeiner Form gewährt wird.

Jetzt komme ich zu einer anderen wichtigen Frage der Übergangswirtschaft, nämlich zur Personen- und Sachendemobilisierung. Wie man die Demobilisierung der Personen bei uns durchführen wird, ist noch nicht bestimmt. Es bestehen namentlich über die Reihenfolge der Demobilisierung verschiedene Pläne. Aber das eine scheint sicher zu sein und gewinnt mehr und mehr an Überzeugung, daß zwar die Demobilisierung nach Altersklassen der Gerechtigkeit am meisten entsprechen würde, es aber aus wirtschaftlichen Gründen unumgänglich notwendig erscheint, bestimmte Gruppen von Erwerbstätigen in erster Linie ihrem Zivilberufe zurückzugeben.

So haben die Gewerkschaften Deutschlands aller Richtungen vor wenigen Wochen in einer an den Bundesrat und den Reichstag gerichteten Denkschrift erklärt, für den Aufbau des Wirtschaftslebens sei es nötig, daß die Gewerbetreibenden, Werkmeister, Facharbeiter, Verwaltungsbeamten, kaufmännischen Angestellten und das Bureaupersonal zunächst entlassen werden, da deren Dienstleistung für das Ingangkommen der Betriebe von besonderer Wichtigkeit ist. Im gleichen Sinne haben sich die in der handelspolitischen Zentralstelle vereinigten Handels- und Gewerbekammern ausgesprochen und auch den Vorschlag erstattet, eine aus Vertretern der Behörden unter Zuziehung der wichtigsten Berufsstände, vor allem auch von Industrie, Handel und Gewerbe zusammengesetzte Kommission solle die Frage der Demobilisierung und deren zweckmäßigste Durchführung gemeinsam beraten und vorbereiten. Und im Ausschusse des Reichsrates für Handel und Gewerbe führte, wie aus dem Buche „Übergangswirtschaft" von Dr. Alfred Schmidt hervorgeht, der Kommissär des preußischen Kriegsministeriums im Mai l. J. unter anderem aus *(liest)*:

„Um den für die Friedenswirtschaft wichtigsten Betrieben so schnell als möglich die nötigen Kräfte zuzuführen, ist folgende Einteilung vorgesehen: Unter Berücksichtigung des Grundsatzes, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen die älteren Jahresklassen zuerst zu entlassen sind, haben bei Auswahl der zu entlassenden Personen nachgenannte Berufe vorzugsweise Berücksichtigung zu finden:

Führende Persönlichkeiten aus dem Bereich des Handels, der Industrie, der Schiffahrt und des sonstigen Wirtschaftslebens,

Leiter von Handels-, Industrie- und landwirtschaftlichen Betrieben und deren Angestellte, zum Beispiel Ingenieure, Werkmeister, Inspektoren",

und an dritter Stelle

„Selbständige Gewerbetreibende, Landwirte usw."

Vor allem aber scheint es schon jetzt als unumgänglich, daß berufene Faktoren, in erster Linie die Militärverwaltung, die von mehrfachen Stellen beantragte Entlassung der im Militärdienste stehenden Handwerker und Handelsleute, die das 45. Lebensjahr überschritten haben, in Erwägung ziehen. Und dabei muß ich noch auf folgendes hinweisen:

Anfangs Oktober laufenden Jahres wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt, daß die bisher bei den Musterungen für nicht geeignet befundenen Landsturmpflichtigen zum Hilfsdienste für Kriegszwecke zugezogen werden sollen. Gleichzeitig wurde jedoch bekanntgegeben, daß die Durchführung dieser Maßregel ohne Schädigung des wirtschaftlichen Erwerbs- und Produktionswesens im Hinterlande erfolgen soll. Da man schon in dieser Zeit an die Einberufung der in Frage kommenden Landsturmmänner schreitet, so erachte ich es für gerecht, darauf hinzuweisen, daß auch das Gewerbe in gleicher Weise dieselbe Berücksichtigung verdient, wie diese von maßgebenden Stellen der Landwirtschaft zugesprochen wurde, zumal bis jetzt die Gewerbetreibenden nur selten enthoben worden sind und infolge der Zurückhaltung der sowohl für das Heer als auch für die Zivilbevölkerung äußerst wichtigen Produktion an verschiedensten Bedarfsartikeln unentbehrlich sind. Sollte eine Entlassung aus militärischen Gründen derzeit nicht möglich sein, wird es notwendig sein, die Gewerbetreibenden der ältesten Jahrgänge militärisch im Orte ihrer Betriebsstätten oder in der Nähe derselben zu beschäftigen, damit sie Gelegenheit haben, ihre Betriebe zu beaufsichtigen und vor drohender Gefahr gänzlicher Zerrüttung zu schützen.

Neben der Personendemobilisierung ist auch die sachliche Demobilisierung für Handel und Gewerbe von größter Wichtigkeit. Es wird dafür zu sorgen sein, daß dem Mittelstande bei dieser Demobilisierung Materialien, Bauobjekte, Motoren, Maschinen und sonstige für die Heeresverwaltung entbehrliche, für Gewerbe und Handel jedoch geeignete Geräte im Wege der Gewerbeförderungsinstitute oder anderer damit betrauter gewerblicher Organisationen zur Verfügung gestellt werden. Es ist gewiß schwer, so lange der Krieg noch dauert, heute schon endgültige Pläne zu machen, aber es wäre hoch an der Zeit, eine Übersicht darüber zu gewinnen, in welchem Umfange annähernd Materialien und Gegenstände für die Demobilisierung zur Verfügung stehen werden, vor allem aber rechtzeitig vorzubereiten, daß diese Materialien auch ihre zweckentsprechende Verwendung finden. Und zur Durchführung dessen kommen die Gewerbeförderungsinstitute und Landesgewerberäte, wo sie gerade bestehen, in Betracht.

Übergangswirtschaft aber heißt auch Rückkehr zur normalen Arbeit; da darf kein Raum mehr sein für wilde Spekulationswut des Kapitals, dessen Moral während der langen Zeit des Krieges keineswegs gewonnen hat, und sollen sich Industrie und Handel noch weitere Bevormundungen gefallen lassen,

dann muß der wilden Spekulation die Gelegenheit benommen werden, sich noch weiter auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Schützt man den Handel vor Überspekulation, vor Preistreiberei, erleichtert man dem Konsumenten die Eindeckung seines Bedarfes; auch dies muß in den Bestrebungen der Übergangswirtschaft gelegen sein.

Wie sich die Verhältnisse im Handel während des Krieges verschoben, welch unlautere Elemente sich seiner bemächtigt, davon haben uns die in den Zeitungen nur allzu häufig erscheinenden Gerichtsverhandlungen genügende Details gegeben; auch hier also hat der Wandel zum Besseren mächtig einzusetzen.

Die Aufgabe der Übergangswirtschaft muß aber auch auf den Abbau der Zentralen gerichtet sein, damit der Industrie und dem Handel wieder die ihnen gebührende Rolle zufalle und die Kriegsprivilegien aufhören. Die Beschränkungen und Verordnungen müssen mildere werden und schließlich ganz verschwinden und der ganze Reorganisationsprozeß wird sich so, auf gesunder Basis, ohne besondere Schädigung des Einzelnen vollziehen, bis der normale Verkehr wieder in die gewohnten Kanäle zurückgeflutet ist.

Der legale Handel hat während dieses so lange währenden Krieges große Opfer bringen müssen; er wurde im Verordnungswege ausgeschaltet; möge ihm durch die Übergangswirtschaft ehestens die Möglichkeit werden, sein früheres Arbeitsfeld wieder voll und ganz aufnehmen zu können.

Jestliže mluvíme o přechodním hospodářství, jest nemožno, nedotknouti se tak zvaného ústředního hospodářství státního, hospodářství centrál. My jen z prostého rozumu již máme pojem o centrálách ustálený. Zřídí-li se centrála pro nějaké zboží, má to nezbytně dvojí následek: zboží jest jednak dražší než dříve, než centrála se zřídila, a za druhé zmizí z trhu. Zřídila se centrála pro tuky a tuků u nás není a nebude *(Výkřiky)*; zřídila se centrála pro zužitkování odpadků živočišných a řeklo se, že se z nich bude vyráběti mýdlo, následkem toho odpadky jsou pryč a mýdla není.

Chci poukázati k tomu, že v otázce tohoto hospodářství nejsou za jedno vedoucí kruhy zdejší, že zvláště jsou to vynikající mužové z obchodního, živnostenského a průmyslového světa, kteří se proti zřizování centrál postavili. Na poradě v Berlíně, kde jednalo se o přechodním hospodářství v Rakousku, byl to v první řadě říšský poslanec dr. Stressemann, který poukázal, jak v budoucnosti německé světové hospodářství nemůže více utrpěti nikdy tak svým nepřítelem jako pokračováním v nynějším hospodářském systemu. Řekl pak výslovně *(čte)*:

„Die Tätigkeit von Tausenden von Hirnen kann man doch unmöglich durch die Schablone eines staatlichen Organismus ersetzen. Das wäre ein Ding der Unmöglichkeit. Der Staat kann ja das, was vom Kaufmann gefordert werden muß, nicht leisten, und deshalb sollte er es auch nicht versuchen und den freien Wettbewerb wieder in Tätigkeit setzen, sobald die normalen Verhältnisse eingetreten sind".

President Hansabundu, tajný rada Riesser pravil výslovně *(čte)*:

„Nicht die schlechtesten, sondern sehr weitsichtige und sehr einsichtige Männer seien heute der Ansicht, der Staat habe sich im Kriege so glänzend bewährt, daß er nachher sein Rezept weiterbrauen muß, zum Besten von Handel und Industrie, die nichts Besseres tun können, als sich in die weitgeöffneten Arme des Staates auch fernerhin zu begeben. Auch wenn das Experiment gelungen wäre, während des Krieges würde es nach Ansicht des Redners gar nichts beweisen, denn da der Staat alle Bedingungen kommandiert und vorgeschrieben hat, so ist es kein Wunder, daß die Dinge halbwegs gut gegangen sind, allerdings nur halbwegs. Und so ist dies ein Beweis eher gegen die Staatswirtschaft als für die Staatswirtschaft."

Dále praví *(čte:)* „Wir sind nicht Vertreter eines zügellosen Erwerbstriebes, aber Gott bewahre uns vor einer normierenden Eichungskommission des Erwerbstriebes, vor dem staatlich konzessionierten Erwerbstrieb. Wir wünschen einen freien Lauf der Dinge: Wir wünschen eine möglichst rasche Wiedereinsetzung des freien Angebotes und der freien Nachfrage und nur, weil diese gefehlt haben, und nur, weil der Markt gefehlt hat und das freie Angebot und die freie Nachfrage, nur darum konnte sich der Wucher so frei entwickeln wie niemals. Wir wünschen aber auch keine — lassen Sie mich es mit einem kurzen Kernwort aussprechen, Sie wissen, was damit gemeint ist — keine Militarisierung des Erwerbslebens, sondern wir wünschen das Beamtentum, das wir hochschätzen, außerordentlich hochschätzen, dort verwendet zu sehen, wo es hingehört, und im Frieden gehört es nicht dahin, die Zirkel von Handel und Industrie selbständig bestimmen zu wollen."

Také rakouský referent v tomto zasedání dr. Bedřich Herz mluvě o správě centrál a působení jich na náš národohospodářský život praví výslovně toto *(čte)*:

„Wir sehen es jetzt im Kriege mit Entsetzen, wenn wir es vielleicht auch nicht so aussprechen dürfen, was für eine riesige Menge von Waren infolge der zentralen Bewirtschaftung zugrunde geht, und es sei sehr fraglich, ob sich der Wirtschaftsbeamte ebenso genau darum kümmern wird, ob etwas ruiniert wird oder verdirbt, als wenn es aus seiner eigenen Tasche ginge."

Tyto zkušenosti s centrálami máme konečně my také, neboť také nevíme, kolik se zkazilo u nás tuku, kolik se zkazilo ovoce právě tímto hospodářstvím našich ústředen.

Durch den Krieg sind vor allem die mittleren Existenzen in Gewerbe und Handel, die kleinere und mittlere Industrie getroffen worden. Es muß die Aufgabe unserer Regierung sein, schon jetzt mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß der gewerbliche und kaufmännische Mittelstand nach dem Kriege finanziell und wirtschaftlich wiederhergestellt werde, ohne der Verelendung anheimzufallen. Gerade in dieser Richtung vermissen wir aber leider noch immer ein energisches, tatkräftiges und zielbewußtes Vorgehen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Ganser, das Wort.

Abgeordneter **Ganser**: Hohes Haus! Es ist lange her, daß ich auf eine Gelegenheit warte, in gewerblicher Beziehung das Wort zu ergreifen und zu schildern, wie es bei uns im Gewerbestande eigentlich zugeht. Die Klage, wie schwer wir zu leiden haben, ist ja nicht aus dem Kriege, sie ist auch nicht von heute, sondern sie geht auf weit zurück, denn die Belastungen, die wir ertragen mußten, sind langsam immer mehr und mehr geworden und sind nun so weit gediehen, daß wir fürchten, unter diesen Lasten einfach zusammenzubrechen und vollständig zugrunde zu gehen. Schon in Friedenszeiten waren ja die Gewerbetreibenden die Stiefkinder der Volkswirtschaft. Während sich alles andere entwickelt hat, während für alle anderen in der Volkswirtschaft Vorsorge vorhanden war, auch für die verschiedensten Zweige der Beamtenschaft immer Berücksichtigung gefunden wurde, war es geradezu das Gewerbe, welches auf sich selbst angewiesen war und welches vergeblich um Hilfe nach rechts und nach links sich umsah. So haben wir die schwere Zeit vor dem großen Weltkriege gehabt, immer weiter sind wir in unserer Leistungsfähigkeit heruntergekommen und so sind wir in den Krieg getreten.

Der Krieg hat fürchterliche Musterung unter den Gewerbeleuten gehalten. Wenn man sich vor Augen hält, wie schwer es ist, sich sein Gewerbe, seine freie Existenz aufzubauen, wenn man sich vor Augen hält, daß Jahrzehnte vergehen, bis man sich das Kapital erspart oder erarbeitet hat, um selbständig zu werden, und wenn man weiß, wie schwer es ist, daß, ein Selbständiger sich auf eine halbwegs gesicherte Existenz stützen kann, bis er einen gesicherten Kundenkreis sich erarbeitet hat, kann man ermessen, was dazu gehört und was für ein Schmerz, was für ein Entsetzen es ist, wenn dieser, der seine Lebensaufgabe darin gesehen hat, seine selbständige Existenz aufzubauen und sich im Gewerbe einen entsprechenden Namen zu verschaffen, von der Stätte seines Wirkens plötzlich weggehen und alles, was er zurückläßt, dem Zugrundegehen anheimgeben muß. Denn bei uns ist es nicht so wie in der Landwirtschaft, wie heute bereits gesagt wurde, wo nicht nur der Bauer, sondern auch seine Angehörigen wenigstens schlecht und recht den Dienst im Heime versehen können, bei uns ist es der Familienernährer allein, der seine Existenz aufgebaut hat, auf dessen Wissen und Kraft die ganze Existenz beruht und der nun plötzlich von der Familie weg gerissen ist. Während aber für alle Angestellten und auch für die Arbeiter gesorgt war, daß sie wenigstens die schwere Zeit mit entsprechenden Unterhaltsbeiträgen, mit Unterstützungen sich fortfretten können, ist es gerade wieder der Gewerbetreibende gewesen, der sehr schwer darunter gelitten hat, daß er während der ganzen Zeit von keiner Seite Unterstützung finden konnte, weil man in ihm, beziehungsweise in seiner Familie diejenige Klasse gesehen hat, die sich soviel erworben hat, daß sie auch ohne weitere Unterstützung vom Staate existieren könnte.

Endlich, nachdem wir so lange tagen, ist man auch zum Bewußtsein gekommen, daß man den Gewerbestand nicht vollständig kann zugrundegehen lassen. Dieses „nicht vollständig" ist zu unterstreichen, weil wir ja ohnehin bereits nahezu zugrunde gegangen sind. Einzelne Betriebe haben sich allerdings mit Mühe und Not aus dem Grunde fortbringen können, weil ihre Bedarfsartikel am meisten gebraucht wurden. Wie es aber vom Anfang an gegangen ist und wie der Großteil des Gewerbestandes während der Kriegszeit behandelt wurde, das sich etwas genauer anzusehen, ist wohl der Mühe wert.

Zu Beginn des Krieges haben wir alle geglaubt, wir müssen das Unsere leisten und uns an die Zentralbehörden wenden, nicht nur, damit wir die Arbeit bekommen sollen, um uns erhalten zu können, sondern weil wir gewußt haben, daß die Zentralbehörden die Arbeiten brauchen und wir geglaubt haben, wir müssen das Unsere beitragen, um diese Arbeiten auch tatsächlich zu leisten. So ist es vorgekommen, daß sich zum Beispiel unsere Genossenschaft, die Genossenschaft der Mechaniker in Wien, bereits am 6. August an die Militärbehörde gewendet hat, mit dem Bemerken, die Genossenschaft, also die Vertretung der Allgemeinheit, ist bereit, ihre ganze Kraft, ihr ganzes Wissen und Können dem Staate zur Verfügung zu stellen und sie möge berücksichtigt werden, wenn die Militärbehörde Aufträge zu vergeben hat. Da hat es sich dann gezeigt, daß die Behörde am 6. August noch keinen erhöhten

Bedarf hatte, im Gegenteil, am 21. August hat man noch immer bemerkt, daß speziell für das Gewerbe ein erhöhter Bedarf der Militärbehörde nicht vorhanden war. Beweis dafür ist eine Zuschrift der Artilleriezeugsfabrik vom 21. August 1914. Am 21. August war noch kein erhöhter Bedarf vorhanden. Aber bereits am 22. August ist man an die verschiedensten Geschäftsleute herangetreten und hat sie gefragt: Wer kann diesen oder jenen Artikel erzeugen? So ist es gekommen und ist das eingetreten, was unseren Gewerbestand am tiefsten geschädigt hat und wie weit es ihn schädigt, ist heute noch nicht zu ermessen und daß die bodenständigen Gewerbsleute, die sich angetragen und ein Refus erhalten haben, sich dann zurückgesetzt fühlten. Während dieser verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit, in der man sich hätte besinnen sollen, haben sich andere Organe, die mit dem Gewerbe und mit dessen Ausführungen nichts zu tun haben, vorgedrängt und haben die Arbeiten bekommen, ob sie sie hätten machen können oder nicht. Aus dieser Zeit stammen die verschiedenen Lieferungsaufträge, zum Beispiel von Weizen an einen Hutmacher, von Zündbestandteilen an einen Goldarbeiter usw. Man kann aber nicht sagen, daß diese Goldarbeiter und Hutmacher ihre Fabriken um ihr eigenes Geld eingerichtet haben, sondern diese Leute haben sich diese Fabriken eingerichtet mit dem Gelde der Allgemeinheit, mit Vorschüssen, die ihnen erteilt worden sind, sie haben sich Meister von den verschiedensten Branchen entheben lassen und mit diesen Meistern haben sich gewerbe- und industriefremde Elemente ein Riesenvermögen verschafft, während diejenigen, die die Arbeiten tatsächlich geleistet haben, mühselig durch die ganze Kriegszeit sich durchzubringen hatten. Wenn man denkt an die ungeheuren Summen von Vorschüssen, die damals von der Militärbehörde an solche Leute abgegeben wurden, und wenn man denkt, wie der österreichische Gewerbestand hätte gesteigert und vorwärts gebracht werden können, wenn diese ungeheuren Summen der Vorschüsse nur dem bodenständigen Gewerbe zugeflossen wären, so kann man sich einen Begriff machen, wie heute nicht nur Gewerbe und Industrie, sondern auch der durchschnittliche Mittelstand und Gewerbestand dastehen könnten, wenn man damals Vorsorge getroffen hätte, das Notwendige zu tun, den bodenständigen Gewerbestand zu schützen und zu fördern.

Es hat nicht an Vorstellungen der Gewerbevertreter gefehlt. Ich kann Sie versichern, meine Herren, daß ich als Abgeordneter von Wien wiederholt bei den einzelnen Behörden vorstellig geworden bin, besonders beim Kriegsministerium und beim Ministerium für Landesverteidigung, um für die Gewerbetreibenden gesicherte Aufträge zu erhalten. Wenn ich mich erinnere, daß die Wiener Schneidergenossenschaft anfangs nicht in der Lage gewesen ist, Aufträge für die Heeresausrüstung zu erhalten und daß es erst einer solchen direkten Vorstellung bedurfte, damit diese Aufträge gegeben wurden, wenn ich mich weiter erinnere, daß bei gewissen Vorstellungen man ruhig gesagt hat: „Lieber Herr, wenn Ihnen das Rohmaterial abgeht oder dieser Branche die Arbeitskräfte abgehen, so gibt es vorläufig nichts zu machen; in einer Zeit, wo so viele Menschen zugrunde gehen, kommt es auf eine Branche nicht an", so muß man sagen, daß bei den ausführenden Organen der Regierung das Verständnis für diese Dinge gefehlt hat.

Meine Herren! Gewiß, der Krieg hat schweres Unheil gebracht und Unglaubliches zerstört, aber daß das zerstört wurde, was nicht hätte zerstört werden müssen, war jedenfalls hintanzuhalten. Es wäre nicht notwendig gewesen, daß man auf den Vorhalt, wie denn die Militärbehörde Betriebe zerstören kann, deren sie selbst bedarf, einfach gesagt hat: „Lieber Herr, jetzt in Kriegszeiten brauchen wir Soldaten und sonst gar nichts". Am Anfang des Krieges sind die betreffenden Herren noch der Meinung gewesen, daß der Krieg nur mit Soldaten zu führen ist.

Wir waren damals schon so weit, daß wir gewußt haben, mit Soldaten allein kann man den Krieg nur so lange führen, als dem Soldaten das zur Kriegführung Notwendigste herbeigeschafft wird. Und damit allein, daß er einmal ausgerüstet wird und ins Feld rückt, geht es nicht, er muß einen Nachschub haben und vor allem muß der Entwicklung der Dinge Rechnung getragen werden. Auf das scheint man aber zu Beginn des Krieges ganz vergessen zu haben. Man war der Meinung, im Kriege ist ein status quo der Bewaffnung vorhanden und in diesem status quo wird der Krieg geführt. Tatsache ist aber, daß sich die Kriegsmittel erst im Laufe des Krieges vervollständigt haben und daß schwere Zeitversäumnis dadurch begangen wurde, daß die Militärverwaltung im entscheidenden Momente der Ausführung neuer und moderner Kriegsmittel nicht auf jene zurückgreifen konnte, die in ihrem Gewerbe und in der Technik ihres Betriebes vollkommen erfahren gewesen sind.

Die Militärverwaltung muß ja in dieser Beziehung selbst viel Erfahrung gesammelt haben und vielleicht wird sie auch aus diesen Erfahrungen die notwendigen Konsequenzen ziehen, ebenso wie die Zivilverwaltung. Es ist ja ganz richtig, die Zivilverwaltung hat vielleicht seit mehr als einem Jahrzehnt schon eingesehen, wie wichtig der Gewerbestand für die gesamte Staatswirtschaft ist. Sie tut ja auch ihr Möglichstes. Sie hat in den Gewerbeförderungsinstituten das Entsprechende geleistet, die Schaffung dieser Institute hat viel Gutes bewirkt. Aber wie es bei uns in Österreich überhaupt ist,

wenn oben die Einsicht vorhanden und alles mögliche Gute vorgekehrt wird, so ist der Weg bis hinunter ungeheuer weit und unten werden die besten Ideen und die besten Absichten oft in das Gegenteil verkehrt.

So hat man zum Beispiel bei Kriegsbeginn das Selbstverständliche nicht getan und gesagt: Es existieren ja gewerbliche Behörden, die freien Organisationen, beziehungsweise die im Gesetz festgesetzten Organisationen der Gewerbe, die Genossenschaften. Diese Genossenschaften haben sich alle zur Verfügung gestellt und hätten sicher das Beste leisten können, wenn man über sie nicht zur Tagesordnung geschritten wäre. Es ist eine Tatsache, daß man die verschiedensten Genossenschaftsvorsteher, welche die Verpflichtung in sich gefühlt haben, bei den verschiedensten Militärbehörden und auch bei den Zivilbehörden gelegentlich der Schaffung der verschiedenen Zentralen und ähnlichen Institutionen, die für die Kriegswirtschaft notwendig waren, im Interesse ihrer Mitbürger vorstellig zu werden, lächelnd, oft nicht immer sehr höflich empfangen und auf ihre Dienste überhaupt verzichtet hat.

Was sollen sich die Gewerbetreibenden von ihren Organisationen denken, wenn sie sehen, daß sie im entscheidenden Momente versagen — nicht weil sie schlecht sind, sondern deshalb, weil sie von den Regierungsorganen eben nicht ernst genommen werden. Nicht ernst genommen wurden sie bis heute und werden sie noch. Wenn wir auch heute Versicherungen Seiner Exzellenz des Herrn Ministers für Landesverteidigung gehört haben, so ist doch, wie ich bereits erwähnt habe, zwischen den guten Vorsätzen und der Durchführung noch ein großer Weg. Es ist als richtig anzunehmen, daß die Lederbeschaffung und überhaupt die Beschaffung der Rohmaterialien eine Sorge des Handelsministeriums sein wird. Das Handelsministerium allein reicht aber für diesen Zweck nicht aus. Man sollte, wenn man den Weg gehen, die Gewerbe tatsächlich vorwärts bringen oder wenigstens noch erhalten will, was nicht ganz zugrunde gegangen ist, rücksichtslos vorgehen und die Preistreibereien in diesen Rohstoffen mit allen Mitteln verhindern.

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß eine große Anzahl von beschlagnahmten Artikeln kaum oder vielleicht nur in einem gewissen Maße in den Zentralen zu finden ist, während jeder Einzelne, der sich dafür interessiert, ganz genau weiß, wo er diese Artikel, allerdings zu horrenden, zu Wahnsinnspreisen erhalten kann. Wenn es der einzelne Interessent weiß, muß es auch die Polizei wissen, und wenn es die Polizei weiß, so hat sie ihrer Pflicht Genüge zu leisten und die beschlagnahmten Artikel, die ungerechtfertigterweise unter der Hand verteuert werden, wieder zu konfiszieren, die konfiszierten Artikel dann aber nicht den Zentralen zurückzugeben, sondern den gewerblichen Genossenschaften, damit diese ihre Mitglieder auszurüsten imstande sind.

Wir haben gehört, daß der Herr Minister für Landesverteidigung gefunden hat, er kann die 48jährigen noch nicht nach Hause schicken, das sei technisch nicht möglich, aber man wird den Gewerbetreibenden soviel als möglich entgegenkommen. Wie das Entgegenkommen tatsächlich aussieht, werde ich Ihnen an einzelnen Beispielen demonstrieren.

Da ist ein Hutmacher in Wien, der einen mittleren Gewerbetreibenden vorstellt. Er wird bei der dritten oder vierten Musterung für tauglich befunden, dann kommt er zur weiteren Untersuchung, ist selbstverständlich feld- und frontdiensttauglich, hat einen C-, D- oder F-Befund und kommt als militärischer Schreiber irgendwohin. Das ist ein Familienvater, ein Mann, der vier Söhne im Felde hat und der schließlich doch eine gewisse Position im bürgerlichen Leben bekleidet hat. Der kommt als militärischer Schreiber irgendwohin. Glauben Sie, daß er nach Wien kommt, damit er am Abend den notwendigsten Geschäften weiter nachgehen kann? Nein, er kommt hinaus nach Niederösterreich, irgendwo in ein Gefangenenlager und hat dort Dienst zu machen. Wenn er um Urlaub bittet, um nach Wien zu fahren, ist er den größten Insulten seitens seiner Vorgesetzten ausgesetzt, da man ihm nachsagt, er wolle nur nach Wien gehen, um sich zu unterhalten, und er muß auch dann draußen bleiben, wenn für ihn eingeschritten wird. In dem Moment aber, wo man gesagt hat, man kann diesen Menschen als Gewerbetreibenden nicht vollständig zugrunde gehen lassen und er ist daher zu entheben, und wenn das Enthebungsgesuch alle Instanzen durchgelaufen hat und die Enthebung durchgeführt wurde, sagt der Kommandant des Gefangenenlagers: Diesen Schreiber kann ich nicht entbehren, ich brauche ihn notwendig, ich kann ihn erst abgeben, bis ein anderer, der die gleiche Bildung hat, den Betreffenden abzulösen imstande ist. Und so vergehen dann wieder Wochen. Die Erbitterung ist gestiegen, weil die Leute gesehen haben, wenn man für sie eintritt und das Ministerium und die untergeordneten Stellen es einsehen, daß der Fall berücksichtigungswürdig ist, dann gibt es noch immer eine unterste Instanz, die einfach erklärt, ich gebe den Mann nicht her. Das ist ein Zeichen von Verantwortungslosigkeit, welches nicht stark genug gekennzeichnet werden kann.

Solcher Fälle könnte ich selbstverständlich verschiedene anführen. Es gibt auch Arbeiten, die die Militärbehörde selbst ausschreibt, die konzessionierte Arbeiten sind, und wenn dann ein konzessionierter Geschäftsmann, der 48 oder 49 Jahre alt ist, bei der zehnten Musterung behalten wurde und als Freiwilliger Magazineurdienst macht und wenn er nun in seinem konzessionierten Gewerbe eingreifen will, so sagt man, der Mann ist nicht zu ersetzen.

Die Leute müssen ruhig zusehen, wie ihr Gewerbebetrieb zugrunde geht. Praktische Gewerbeförderung ist dieses Vorgehen nicht; praktische Gewerbeförderung könnte aber gemacht werden, wenn nicht nur die Militär-, sondern auch die Zivilbehörden sich mehr auf die Genossenschaften stützen würden, und zwar in verschiedener Beziehung, vor allem durch die notwendige Beschaffung von Rohstoffen. Rohstoffe sind oft genug vorhanden und es erbittert den Bürger am allermeisten, wenn er mit eigenen Augen sehen kann, wie gewisse andere Bevölkerungsschichten sich Rohstoffe verschaffen können und er nur wenig von dem braucht, was er mit seinen eigenen Augen vorbeiführen sieht und sich das doch nicht verschaffen kann und nicht imstande ist, seinen Betrieb weiterzuführen. Ich erinnere nur an Koks. Wie viel Betriebe brauchen Koks notwendig und können ohne dieses Brennmaterial ihren Betrieb einfach nicht weiterführen? Wer auf der Gasse geht, kann Kokswagen in unbeschränkter Anzahl sehen; ein Gewerbetreibender braucht aber oft nicht etwa einen Wagen, sondern nur ein paar Zentner Koks, und ist nicht imstande, ihn aufzutreiben, und sogar die Militärbehörde ist oft nicht imstande, dem Manne den Koks zu verschaffen, selbst dann, wenn er daraus einen Guß für die Militärbehörde herstellen soll. Und das ist nicht etwa eine Sache von Tagen oder Wochen, sondern von Monaten und Jahren; immer ist es den Gewerbetreibenden so gegangen und auch heute geht es ihnen nicht besser, ja eher noch schlechter.

Wenn die Leute sehen, wie sie mit aller Kraft, mit aller Energie, die sie aufbringen, nicht imstande sind, ihren Gewerbebetrieb zu erhalten, so ist es kein Wunder, wenn sie sich selbst einer stummen Verzweiflung hingeben und sich sagen: Uns ist nicht zu helfen, lassen wir die Sache gehen, wie sie geht, ob wir dabei zugrunde gehen, ist uns schon gleichgültig. Und eine solche Verzweiflung hat sich der Gewerbetreibenden bereits bemächtigt, die meisten sind schon gleichgültig, sie sehen ihre Existenzen zugrunde gegangen und haben kaum mehr die Hoffnung, daß sie sich irgendwie wieder werden erheben können. Sie sagen sich heute: Wozu haben wir bis jetzt Steuern gezahlt, wozu uns an den Kriegsanleihen beteiligt, so lange wir dazu überhaupt noch in der Lage gewesen sind, wenn wir trotz alledem dem Ruin anheimgegeben sind, ohne daß sich der Staat unser rechtzeitig erinnert? Nun, der Staat soll sich ihrer erinnern, der Staat soll wissen, daß der Gewerbestand jederzeit eine treue Stütze des Staates gewesen ist und es auch wieder sein wird, er soll wissen, daß er im letzten Moment dafür Sorge tragen muß, diesen Gewerbestand zu erhalten. Der Staat muß Sorge tragen nach den verschiedensten Richtungen. Zunächst darf man sich nicht mit platonischen Versicherungen begnügen, man muß Taten zeigen und die Leute, welche eine Betriebsstätte besitzen, die bisher noch nicht zugrunde gegangen sind, entlasten, oder zum mindesten dorthin schicken, wo sie ihre Betriebsstätte haben, damit sie neben dem nebensächlichen Militärdienst — meist handelt es sich ja doch um ältere Leute, die kaum zu brauchen sind — wenigstens am Abend sich um ihr Geschäft kümmern können, damit ihr Betrieb nicht ganz zugrunde geht. Weiter ist dafür Sorge zu tragen, daß diesen Leuten so bald als möglich, so bald sie imstande sind, zu ihrem Betrieb zurückzukehren, Betriebsmittel wieder zur Verfügung gestellt werden. Seine Exzellenz der Herr Handelsminister hat heute erwähnt, daß der Bauer wohl auch schwere Zeiten mitgemacht hat; aber man kann feststellen, daß der Bauer wenigstens sein Anlagekapital behalten hat, außer dort, wo er unmittelbar in der Kriegszone gewesen ist. Wenn der Bauer zurückkehrt, findet er sein Haus und seine Felder wieder.

Anders steht es mit dem Gewerbetreibenden. Der Gewerbetreibende, der ins Feld gezogen ist, hätte während der vier verflossenen Jahre gar nicht einmal den Zins bezahlen können; woher hätte er das Geld dazu nehmen sollen, wenn er als einfacher Soldat dient und 16 Heller pro Tag mit der Kriegszulage erhält? Die Familie des Gewerbetreibenden hat trachten müssen, so gut als möglich über die schwere Zeit hinweg zu kommen. Die handwerksmäßige Einrichtung des Gewerbetreibenden konnte nicht in gebrauchsfähigem Zustand erhalten werden, kurz und gut, der größte Teil unserer Gewerbetreibenden wird zurückkehren und wird vielleicht nicht einmal eine nackte Herdstelle finden, viel weniger eine gebrauchsfähige Betriebsstätte. Für diese Leute muß vorgesorgt werden, damit sie eine Betriebsstätte bekommen. Auch für diejenigen Gewerbetreibenden, die noch nicht ganz zugrunde gegangen sind, muß anders vorgesorgt werden als bisher, man muß trachten, ihnen die Betriebsmittel, die sie brauchen, zu beschaffen. Für die wenigen Gewerbetreibenden, die gegenwärtig da sind, könnte wohl vorgesorgt werden, wenn nur ein bißchen Einteilung in der Sache wäre. Wenn zum Beispiel ein Bronzearbeiter das bißchen Messing oder andere Materialien hätte, welche er zu seinem Gewerbebetrieb benötigt, so könnte er sich fortfretten. Es gibt ja eine Menge Arbeiten, die auch jetzt gemacht werden. Ich erinnere nur an die verschiedenen Metallgegenstände bei der soldatischen Ausrüstung, von den Knöpfen und Nägeln angefangen bis zu den Ordensauszeichnungen. Diese Dinge werden auch gegenwärtig gemacht, aber natürlich haben nur die Personen, die gute Verbindungen haben, das notwendige Material, diejenigen aber, die sich nur auf ihrer Hände Arbeit stützen können, haben gar nichts, sie können ruhig zugrunde gehen. Aber auch

den Staat trifft in der Richtung ein großes Verschulden. Der Staat weiß, daß alles teurer geworden ist, er nimmt Rücksicht darauf und bessert allen seinen Beamten und Angehörigen die Löhne auf. Wenn aber ein Gewerbetreibender vor einigen Monaten eine Arbeit übernommen hat und dann kommt und sagt: „Staat, ich kann diese Arbeit nicht mehr weiter machen, ich verliere bei der Ausführung, statt zu verdienen", dann bleibt der Staat auf seinem Scheine stehen und sagt: „Das haben wir ausgemacht, du kriegst so viel für die Arbeit, mehr bekommst du nicht." In dieser Beziehung würde mehr Großherzigkeit und Großzügigkeit gegenüber den Gewerbetreibenden sicher am Platze sein. Ebenso könnte das Finanzministerium seine Valutasorgen nicht gerade so weit ausdehnen, daß auch die Gewerbetreibenden so schwer darunter leiden. Wir haben eine große Anzahl von Gewerbsleuten, welche Halbfabrikate fertig machen. Die Halbfabrikate kommen oft aus dem Auslande, das fertige Produkt, das qualitativ hoch gesteigert ist, geht oft wieder in das Ausland. Man könnte also meinen, daß da valutarisch eigentlich ein Schade für das Inland nicht vorkommen könnte. Trotzdem drosselt das Finanzministerium auch jede solche Einfuhr unter dem Vorwande der Valuta und richtet die ganze Industrie zugrunde. Ich erwähne hier nur die Hutbranche.

Daß das Zollamt in dieser Beziehung ebenfalls das Seine dazu beiträgt, um die Produktionsschwierigkeiten zu erhöhen, könnte ich ihnen auch an verschiedenen Beispielen erweisen, ich begnüge mich aber, sie im allgemeinen zu nennen.

Wenn also der Handwerker zurückkommt oder wenn demjenigen, dem noch geholfen werden kann, dann geholfen werden soll, so muß man es ihm möglich machen, daß er weiter arbeiten kann. Dazu benötigt er außer den Betriebsmitteln und Rohstoffen unter anderem auch den Kredit. Nun kann er sich ja Kredit verschaffen, aber Kredit erhält man nur, wenn die Unterlagen vorhanden sind. Der Handwerker hat aber keine Unterlagen mehr. Er muß sich also auf Leumund Kredit verschaffen können, und dieser Leumund soll festgelegt werden unter anderem von seinen gewerblichen Organisationen.

Es ist selbstverständlich, daß wir darauf dringen müssen, daß die kriegswirtschaftlichen Organisationen entsprechend modernisiert werden, das heißt, daß die Gewerbetreibenden einen entsprechenden Einfluß in diesen Organisationen gewinnen, damit wir auch in der Lage sind, das Notwendige für unsere Gewerbetreibenden durchzusetzen. Wenn das durchgeführt ist, wenn wir tatsächlich unseren Wünschen Ausdruck verleihen und auch unseren Einfluß entsprechend geltend machen können, dann wird der Schleichhandel sich sicherlich ganz bedeutend eindämmen und das Gewerbe wird, bevor es ganz zugrunde geht, sich so weit erraffen, daß es die schwere Zeit bis zum Frieden durchbringen wird. Ist es einmal so weit, dann wird es unsere Sorge sein, dem Gewerbestande eine andere Zukunft zu bieten, als sie ihm in der Vergangenheit geboten war.

Vizepräsident **Jukel**: Im Laufe der Debatte ist folgende Resolution der Herren Abgeordneten Votruba und Genossen eingebracht worden *(liest)*:

„Die Regierung wird aufgefordert, grundsätzlich zu erklären, daß jedem Eigner der im Auslande gekauften und bereits bezahlten Rohstoffe die Verwertung im eigenen Betriebe unter der Bedingung zugelassen wird, daß ein prozentuell bestimmter Teil zur Versorgung der minderkapitalskräftigen Betriebe, namentlich der Gewerbetreibenden, abzuführen ist."

Der Antrag ist entsprechend gezeichnet und steht in Verhandlung.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Svoboda.

Abgeordneter **Svoboda**: Velectění pánové! Projednávaná zpráva živnostenského výboru jest apelem a výzvou, aby rozhodující kruhy v Rakousku nezapomněly učiniti svoji povinnost, směřující k ulehčení těžkého postavení živnostenského stavu. Návrhy doporučené živnostenským výborem zdají se mně býti jaksi minimem toho, co jest potřeba, aby živnostenskému stavu vyšlo se vstříc do té míry, aby katastrofa existenční, která byla přivoděna válkou, nenabyla opravdu rozsahu a působnosti příliš škodlivé. *(Souhlas.)*

Jest, abych tak řekl, prapodivné, že živnostenský výbor nešel dále a že nevolil a nevytvořil své požadavky v rozsahu maximálním. Učinil tak snad z opatrnosti a snad jaksi v předtuše, že naše vláda sotva bude chtíti vyhověti požadavkům minimálním. To, co se žádá, je dle mého mínění nedostatečné. Jest pouze náplastí na rozervané velké rány, jejichž vyléčení bude vyžadovati daleko intensivnější pomoci a léčení. A jednou z těchto pomocí bylo by rychlé skončení války, uzavřením míru. *(Souhlas. — Potlesk.)*

Velectění pánové! Jestli se mluví, že živnostnictvo utrpělo válkou velice mnoho, dlužno zaznamenati, že vedle živnostnictva jest dělnictvo oním stavem, který nejvíce válkou utrpěl a na nějž nynější vláda béře nejmenší ohled. *(Tak jest!)*

V této sněmovně bylo několikráte mými kolegy prokázáno, že dělnictvo za války bylo zbaveno všech práv tím, že bylo zmilitarisováno

*(Výkřiky)*, že nejtěžší břemena uložena byla na bedra dělnictva *(Souhlas)* v závodech muničních. Jedná-li se dnes o odpomoc a výhody pro živnostnictvo, připomínám, že na válečné poměry bude míti velice smutné vzpomínky nejen živnostnictvo, ale také dělnictvo. A k těmto válečným smutným vzpomínkám dostává již v této době válečný drahotní přídavek, smutné existenční vyhlídky. *(Souhlas.)*

Jest jisto, že po válce bědné poměry nebudou tak snadno odklízeny. Bude potřeba mnoho práce a činnosti, aby poválečné bědy byly pozvolna zažehnány. *(Poslanec Němec: Dlouhá léta bude to trvati. — Souhlas.)*

Velectění pánové! V nejhorších dobách, kde stížnosti všeho druhu byly přednášeny a tlumočeny se strany živnostnictva a dělnictva, právě v té době se všech stran úředních a vojenských se ozývalo vyzvání „vydržeti“. Toto slovo „vydržeti“ bylo doplněno několika vykřičníky. *(Souhlas.)* Není těžko nařizovati a komandovati „vydržeti“, ale jedná se o umění vydržeti. *(Tak jest! — Potlesk.)*

Pánové vydávali heslo „vydržeti“, ale měli míti na mysli působiti k tomu, aby opravdu ony třídy, které nejvíce jsou válkou zatíženy, byly schopny tyto poměry vydržeti. *(Tak jest! — Výkřiky.)*

Při debatě zásobovací bylo na tyto poměry správně poukázáno, a proto já si dovolím poukázati jen na některé věci, toho se týkající a připomínám, jestli ve zprávě živnostenského výboru se žádá, aby při poskytování dovolených brán byl zřetel na živnostníky a jestli pan ministr zemědělství zde učinil prohlášení, že vojenská správa bude přihlížeti k potřebám živnostenského stavu a při poskytování sproštění, pak dlužno si připomenouti, že vojenská správa má v této věci různou methodu. *(Tak jest!)* Od pana ministra zemědělství slýcháme ujištění, že se bude vycházeti vstříc jednotlivým stavům, ale vojenská správa má různá vojenská pravidla a také různé výminky. A při poskytování dovolených a sproštění je tolik těch ustanovení a výminek, že se v nich nikdo nevyzná. *(Tak jest!)*

Velectění pánové! Mně se zdá, že pravidla v otázce poskytování dovolených více ovládají a mají více pravomoci podřízenější páni, jako šikovatelé jako velitelé celých oddílů. *(Tak jest!)* Často se stalo, že když velitel poskytl dovolenou vojínům, šikovatel z různých služebních důvodů ji stornoval. *(Výkřiky.)* To jsou osoby, které mají větší právo než samo ministerstvo zemědělství. *(Souhlas.)* U jednoho pěšího pluku, který bojoval na italské frontě, sloužil jistý domobranec, který byl asi 45 let stár, před válkou byl topičem ve všeobecné nemocenské pokladně v Brně. Po dva roky byl již na frontě, žádal tudíž za dovolenou a přes to, že pro mužstvo po jistou dobu ve frontě sloužící jest dovolená zaručena, přece dotyčný nemohl se dovolené domoci přes to, že mu ji velitel slíbil a také poskytl.

Avšak šikovatel službu konající mu dovolenou překazil a když se to stalo několikráte, a když viděl domobranec, že na dovolenou se dostati nemůže, ba šikovatel mu „Urlaubschein“, který měl již v rukou, roztrhal, v zoufalství chopil se pušky a sám se usmrtil, otec několika dětí, poněvadž mu nebyla poskytnuta dovolená, která mu příslušela. *(Výkřiky.)*

Tento případ dokazuje, jak častokráte mají podřízení vojenští činovníci jsou v stavu zameziti to, co je shora nařízeno. *(Tak jest!)*

Chci připomenouti, že právě v otázce dovolených a sprošťování a jiných vyhodách, které mají býti mužstvu poskytovány hrají šikovatelé hlavní roli. *(Souhlas.)* Pro mnohé, ne pro všechny nadešla zvláštní válečná konjunktura. *(Výkřiky. — Výkřiky: Berou dary a zvláštní výhody. — Poslanec Bechyně: Velitel 54. pěšího pluku nedá dovolenou nikomu, než kdo se zaváže, že přinese mouku, špek a jinou aprovisaci.)* Tak je to u všech pluků. I když vyšší důstojník dá dovolenou, šikovatel ji znemožní. Dovolenou dostanou jen ti, kteří mohou z dovolené něco přinésti.

Poněvadž dělníci a živnostníci z domova nemohou ničeho přinésti, nemajíce sami ničeho pro sebe, jest vyloučeno, aby se mohl dostati na dovolenou. A za to jsou trestáni tím, že se jim dovolená odpírá ač mají na ní právo.

Dále ve zprávě živnostenského výboru se žádá, aby osobám, při strážní službě zaměstnaným, bylo možno docíliti přidělení do míst jejich živností nebo do míst jejich nejbližší působnosti. V tomto ohledu bylo vydáno již několik nařízení, ale jak se dodržují, o tom jsou rovněž smutné kapitoly. Vládne tu zase protekcionářství a působí se různé obtíže jmenovitě českým domobrancům, zvláště oněm, kteří byli potrefení označením politického úřadu jako politicky podezřelí; těm se vůbec říkalo ještě před nedávnem, že na dovolenou nemají nároku. Nevím, kde vojenští pánové vzali ustanovení, že má býti někdo zbaven nároku na dovolenou, aspoň v roce 1915 a 1916 — a zdá se, že také ještě tohoto roka — u některých vojenských oddílů praktikují toto opatření, že tak zvané politicky podezřelým osobám, které bývají z různých příčin podezřelé, zejmena z příčin denunciačních, dovolená se neposkytuje.

Jiným zajímavým zjevem jsou různé praktiky vojenských oddílů, jež můžeme sledovati při tak zvaných profesionistech. Jsou jisté věci, na kterými člověk žasne; kovář je přidělen do litografie, litograf nebo řezník do kovodělnictví, elektrotechnik

se nemůže dostati k telegrafickému oddělení, ale přidělují se tam obuvníci a krejčí.

Zdá se jako by ti pánové ztratili hlavy, že nedovedou mužstvo rozdělovati do oborů, kam by povoláním a znalostmi přislušelo. *(Výkřik: Pefel je pefel!)* Správně řečeno, pefel je pefel, jen že příkaz vykoná se často tak, jak se vykonati nemá.

Mnoho nepřístojností možno zaznamenati při komandyrkách řemeslníků. Když profesionisté jsou přidělováni různým závodům, jsou obyčejně zase přehazováni z místa na místo. Z Čech a Moravy přidělují je na práci do Uher, Tyrol, Salcpurku, Horních a Dolních Rakous, a Tyroláky, Horno- a Dolnorakušáky přidělují do Čech a na Moravu atd. Místo co by je přidělili do oblasti jejich země, přidělují je hodně daleko, a tím namnoze stěžují to, nač se poukazuje ve zprávě živnostenského výboru, aby totiž pokud možno největší počet osob přišel do obvodu svých bydlišť a živností.

Při této příležitosti právě chci připomenouti, že vojenská správa nadělá nesmírných škod přemísťováním pluků *(Výborně!)*; na příklad brněnské pluky byly přesídleny do Hallu v Tyrolích a do Sibíně v Uhrách — nestalo se tak ostatně jen s brněnskými pluky, nýbrž všechny posádky byly přemístěny na druhý konec říše. Máme čest míti zde Maďary, naši lidé musí býti v Uhrách, tak to přeházeli přes celou říši a přivodili stav, že mnozí domobranci, kteří, kdyby byli poblíže svých živností, mohli by občas na ně dohlížeti a jejich prosperitu udržovati a o ně se starati, častokráte, když jsou příliš vzdáleni od své domoviny, nemají příležitosti, aby se dostali domu a dostane-li se jim dovolení, ztrávi většinu dovolené na dráze a jsou od svých živností do té míry odříznuti, že raději živnosti odhlašují a zavírají.

Tvrdí se, že asi na 200.000 vojáků je neustále ve vlacích a na cestách. Jaké je to zatížení dopravy a jaké náklady vedle toho vznikají!

Tu dlužno zdůrazniti, že by vojenská správa opravdu měla se již zabývati otázkou opětného přemístění pluků do domácích obvodů. *(Výborně! — Potlesk.)* Dovedla-li je přemístiti na nejvzdálenější místa, ať je přemístí opět domů, aby obtíže s přemísťováním odpadly.

V jedné resoluci živnostenského výboru se žádá, aby při propouštění byl brán zřetel na ročníky všech stavů od 45 do 50 let. Předpokládám, že sněmovna by se mohla plným právem postaviti na to stanovisko a žádati propuštění všech domobraneckých ročníků od 42 do 50 roku, poněvadž domobranecka povinnost od 42 do 50 roků nebyla poslaneckou sněmovnou dosud schválena; jest zde pouze císařské nařízení, kterého ze svého stanoviska nemůžeme uznávati za právoplatné.

Nemá-li se však operovati stále jen s pouhou naplastí, jako jsou požadavky vyslovené živnostenským výborem, jest potřeba, aby naše vláda a vojenská správa zabývaly se vážně ukončením války a přivoděním míru. Nyní jest k tomu vhodná příležitost, když jim ruská zatímní vláda podává ruku k smíru, nabízí příměří a žádá za zahájení mírového vyjednávání. Předpokládám, že má-li býti mír skutečným požehnáním pro rakouské národy, bude potřebí, aby k mírovému vyjednávání nezasedli jen naši diplomaté, ale aby mírová smlouva tentokráte nesla také pečeť a signum souhlasu zástupců národů a zástupců dělnické demokracie. *(Výborně. — Potlesk.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Goštinčar.

Abgeordneter **Goštinčar**: Visoka zbornica! Skrajni čas je, da se enkrat tudi v tej visoki zbornici razpravlja o obrtnih zadevah. O vseh stanovih se je tukaj že razpravljalo in govorilo, le obrtni stan je ostal pozabljen. Zaradi tega je prav in nujno potrebno, da se tudi o tem stanu enkrat izpregovori v tej visoki zbornici resna beseda. Jasno je, da je baš obrtni stan vsled vojnih dogodkov med vsemi stanovi skoro največ trpel, in sicer iz razlogov, ki so jih tukaj povdarili že razni govorniki. Zaradi tega je tudi nujna potreba, da se vlada, da se država, za katero so trpeli vsi stanovi, osobito obrtni stan, spomni na svojo dolžnost, ki jo ima do obrtnikov, in jim oskrbi dejansko pomoč. Slišali smo danes od ministerskega predsednika, da ima naša država demokratično ljudsko zastopstvo, na katero se zdaj naslanja v tem resnem času naša vlada. Mi pričakujemo, da bo naša vlada to poudarjala ne samo tedaj, ko je treba nastopiti nasproti svetu za neki demokratizem, ki ga pa v naši državi v resnici ni, dokler vladajo v zakonodaji take razmere, da odločajo o vsem pravzaprav samo tisti, ki zastopajo sami sebe. *(Tako je!)*

Hohes Haus! Der Krieg hat allen Ständen dieses Reiches, ich kann sagen, allen Ständen der Welt Vieles gebracht, was sie fast nicht ertragen können. Bei uns ist insbesondere der Gewerbestand jener Stand, über den die Kriegsfurie fast die größte Verheerung gebracht hat. Es ist aber nicht nur der Gewerbestand, der unter der Kriegsfurie leidet, sondern mit dem Gewerbestand sind alle diejenigen Stände, die vom Gewerbestand und den gewerblichen Arbeiten abhängig sind, in Mitleidenschaft gezogen, besonders der Bauernstand.

Infolge der allgemeinen Militärpflicht sind dem Volke fast alle Handwerker entzogen worden,

weil sie zum Kriegsdienste einrücken mußten, so daß heute am Lande die Leute nicht einmal ihre Werkzeuge sich ausbessern lassen können. *(Zwischenrufe.)* Dadurch leidet die Landwirtschaft. Die Leute sind ohne Handwerker, sie können ihre landwirtschaftlichen Maschinen nicht ausbessern lassen, sie können die Pferde, wenn sie überhaupt noch welche haben, nicht beschlagen lassen, weil keine Schmiede da sind, sie können ihre Wagen nicht ausbessern lassen, weil keine Leute da sind, die sich damit befassen. Alles ist eingerückt und deswegen leidet auch alles darunter. Es wäre von der Regierung zu erwarten, daß sie in dieser Hinsicht Remedur schaffe. Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister hat in uns heute wieder eine neue Hoffnung erweckt, indem er sagte, daß er neuerdings Anordnungen herausgab, wonach gewisse Leute, die im Gewerbe und bei der Landwirtschaft unbedingt notwendig sind, befreit werden. Leider Gottes werden diese Anordnungen bei den militärischen Unterbehörden nicht berücksichtigt. Ich habe heuer fünf Fälle gehabt. Ein Bauer, dem sein ganzes Haus und alle Wirtschaftsgebäude abgebrannt sind, diente eine halbe Stunde von demselben Orte. Er wurde enthoben, jedoch wurde die Enthebung nicht durchgeführt, weil der betreffende Kommandant es nicht wollte. *(Hört! Hört!)* Ich bitte, ich habe fünf solcher Fälle heuer gehabt und bei allen diesen Fällen waren es die Unterbehörden, die den Oberbehörden nicht Folge leisten wollten.

Diese Verhältnisse sind ja unhaltbar. Der Mann, sei er in der Werkstatt oder am Lande, wird enthoben, und schließlich läßt ihn die Lokalbehörde nicht nach Hause. Das muß besonders bei den Gewerbetreibenden in die Wagschale fallen. Mit Recht hat man heute beteuert, daß der Gewerbetreibende auf sich selbst angewiesen ist. Er hat keine Arbeitskräfte, er muß selbst schauen, daß er seine Arbeit verrichtet, er muß selbst alles zurichten, er muß selbst für alles sorgen usw., wenn er überhaupt etwas verdienen will. Dazu kommt noch, daß er keine Rohstoffe und andere Stoffe bekommen kann. Es ist merkwürdig, was uns Seine Exzellenz der Herr Handelsminister gesagt hat, nämlich daß 70 Prozent des Sohlenleders an die Gewerbetreibenden verteilt werden. *(Abgeordneter Einspinner: Ja, vom freigegebenen! Aber wie wenig das ist!)* Das ist eben die ganze Geschichte. Soweit ich die Verhältnisse kenne, bekommt bei uns kein Schuhmachermeister ein einziges Stück Leder und die Leute werden bald bloßfüßig gehen müssen. Es gibt nämlich nicht viele Meister, aber auch diejenigen, die zu Hause sind, können eine Arbeit nicht ausführen, weil sie eben die Materialien nicht bekommen können und darin liegt der größte Schaden, den das Gewerbe erleidet. *(Abgeordneter Einspinner: Auch das Publikum!)* Gewiß, auch das Publikum, weil das Publikum die Arbeiten braucht und nicht bekommen kann. *(So ist es!)*

Meine Herren! Wie ist es bei den Schlossern? Ich habe in jüngster Zeit mit mehreren Schlossern bei uns gesprochen: sie hätten viel Arbeit, aber sie können kein Eisen bekommen. Es finden langwierige Verhandlungen statt, um vielleicht irgendwo einen halben Waggon Eisen für diese Leute zu bekommen. Die Leute haben zerschlagene Herde, sie können fast nicht kochen, und es gibt kein Eisen, um diesen Leuten helfen zu können. Der Gewerbetreibende leidet aber am meisten darunter, weil er in diesen teuren Zeiten wegen Mangel an Materialien nicht das Nötige für seine Familie verdienen kann.

Gestatten Sie mir, meine Herren, daß ich noch einmal auf die Beurlaubungen und auf das Verhältnis zwischen den Ober- und Unterbehörden zurückkomme. In Oberkrain, in Cesnjica haben wir eine Faßbindereigenossenschaft.

Diese Faßbindereigenossenschaft erzeugt Fässer fast für alle Länder dieser Monarchie, nämlich Krautfässer. *(Ruf: Auch Honigfässer!)* Ja, verschiedene Fässer. Die Leute sind vom Militärdienste enthoben, in Wahrheit wurden aber fast alle einberufen, so daß die Genossenschaft keine Arbeiter zur Herstellung ihrer Erzeugnisse zur Verfügung hat. Alle Bitten helfen nichts. Darum aber, ob das Gewerbe, ob diese Genossenschaft oder andere Gewerbsleute zugrunde gehen, kümmert sich niemand und auch unsere hohe Regierung hat sich bisher in dieser Beziehung um nichts gekümmert.

Seine Exzellenz der Herr Handelsminister hat uns heute in schönen Worten das Versprechen gegeben, daß die Regierung den Wünschen der Gewerbetreibenden Folge leisten, daß sie die Gewerbetreibenden in ihren Bestrebungen unterstützen wird und er hat auch den Gewerbetreibenden einen Lobgesang gesungen.

Meine Herren! Ich will Seiner Exzellenz glauben, daß er den guten Willen hat, glaube aber nicht, daß dieser gute Wille durchgeführt werden wird. Gebe es Gott, daß ich irre, aber ich glaube, daß ich in dieser Beziehung nicht irre, weil uns die Erfahrung lehrt, daß hier allen Ständen viel versprochen, daß aber sehr wenig eingehalten wird.

Meine Herren! Es sind von verschiedenen Herren im Ausschusse Resolutionen gestellt worden, die alle darauf abzielen, den Gewerbetreibenden die allernotwendigste Hilfe zu bringen. Wir werden für diese Anträge stimmen und ich möchte nur wünschen, daß auch die hohe Regierung diese Resolutionsanträge berücksichtigt und auch für die Gewerbetreibenden etwas schafft. Denn wenn in der Beziehung und besonders in der Angelegenheit der Beurlaubung der Hilfsarbeiter nicht Wandel geschaffen wird, so wird es dazu kommen, daß im Frühjahr auch der Bauer sein Feld wird nicht

bebauen können. Und doch wissen wir, daß, wenn der Krieg nicht aufhört, auf dem Felde die größten und besten Kanonen für diesen Krieg erzeugt werden und daß diese Kanonen stärker sind als die an der Front.

Darum ist es unbedingt notwendig, daß Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister allen militärischen Unterbehörden auf das strengste befiehlt, seine Weisungen zu befolgen, damit es nicht wie jetzt vorkommt, daß die Weisungen des Ministeriums von irgendeinem Korporal oder Feldwebel durchkreuzt werden. Das sind Verhältnisse, die auf Anarchie hindeuten.

Meine Herren! Die erste und beste Hilfe für alle Stände würde wohl die Beendigung des Krieges sein. Wolle Gott, daß der Krieg bald zu Ende geht, damit sich alle Stände des Volkes wieder aufrichten können zum friedlichen Zusammenwirken für das allgemeine Wohl. Aber vergessen wir auch nicht, daß auf alle Nationen gesehen werden und daß allen Nationen nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich Gerechtigkeit widerfahren muß.

Was die Gewerbetreibenden anbelangt, so muß ich betonen, daß wir im Süden der Monarchie immer benachteiligt worden sind. Um unsere Gewerbetreibenden hat man sich sehr wenig oder gar nicht gekümmert und deswegen ist unser Gewerbe ziemlich zurückgeblieben. Erst in der letzten Zeit vor dem Kriege geschah etwas, aber nicht viel. Es wäre daher Aufgabe der Staatsverwaltung, alle Teile der Monarchie mit gleichem Wohlwollen zu behandeln und allen Teilen der Monarchie die notwendige Hilfe zuteil werden zu lassen. Vor allem muß gefordert werden, daß die gewerblichen Organisationen auch bei den Behörden Berücksichtigung finden, daß sie als Faktoren angesehen werden, die in dem Gewerbe das erste, das entscheidende Wort zu führen haben. Bis heute sehen wir von ihrer Bedeutung nicht viel. Die Organisationen werden noch immer als etwas Privates angesehen, nicht aber als etwas, was der Allgemeinheit zugute kommt. Wenn wir einmal dazu kommen werden, daß die gewerblichen Organisationen so angesehen werden, wie sie es wirklich verdienen und wozu sie tatsächlich geschaffen worden sind, dann werden vielleicht auch für das Gewerbe andere und bessere Tage kommen. Es ist aber auch an den Gewerbetreibenden selbst gelegen, daß sie ihre Organisation ausbauen und auf Grundlage dieser Organisation ihre Wünsche und Interessen vertreten.

Meine Herren! Es liegen zwar schon mehrere Resolutionen vor, für die wir, wie ich bereits gesagt habe, alle stimmen werden, trotzdem erlaube ich mir noch eine allgemeine Resolution zu stellen und den Herrn Referenten und das hohe Haus zu bitten, diese Resolution anzunehmen. Die Resolution lautet *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird aufgefordert, das Kleingewerbe im ganzen Reiche mit aller Kraft und mit allen dazu dienlichen Mitteln zu unterstützen und zu fördern."

Es ist dies eine allgemeine Resolution, womit die Regierung aufgefordert wird, im ganzen Reiche für das Gewerbe Sorge zu tragen. Ich bin heute zufrieden, daß diese Frage hier einmal zur Erörterung gelangt ist, denn es ist unbedingt notwendig, daß die gewerblichen Verhältnisse auch in diesem Hause gründlich besprochen werden. Leider ist die Zeit zu kurz, um die Fragen, die da in Betracht kommen, so gründlich zu besprechen, als es unbedingt notwendig wäre. Darum begnügen wir uns damit, nur die größeren Beschwerden, die da vorhanden sind, vorzubringen, und wünschen, daß die Regierung und die maßgebenden Faktoren unseren Wünschen Folge geben. Es ist keine Phrase, meine Herren, daß der Gewerbestand heute unter den Kriegsverhältnissen leidet. Wie viele Gewerbsleute haben ihre Geschäfte wegen Einrückung sperren müssen, und ihre Familien darben heute und führen ein Leben, welches eigentlich kein Leben mehr ist. Das Schlimmste ist aber, daß diese Familien eben mit Rücksicht auf das Gewerbe in sehr vielen Fällen keine Unterstützung erhalten können, so daß der Gewerbetreibende und seine Familie sich in der größten Not auf die allerschwierigste Art durcharbeiten müssen. Diese Verhältnisse schreien zum Himmel und erheischen dringend eine Abhilfe. Die Regierung helfe, so lange es noch Zeit ist! *(Beifall.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Sever das Wort.

Abgeordneter **Sever**: Meine sehr verehrten Herren! Wir haben gestern den Herrn Landesverteidigungsminister die mündliche Erklärung abgeben gehört, daß er für die Landwirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte schaffen werde, und heute haben wir einen Antrag des Gewerbeausschusses vor uns, der besagt, daß die Gewerbetreibenden die im Hilfsdienst stehen und den Geburtsjahrgängen 1867 bis 1872 angehören, enthoben oder entlassen werden sollen. Meine Herren! Wir sehen die Notwendigkeit ein, der Volkswirtschaft sowie auch der Landwirtschaft zu helfen; wir sehen es ein, daß die erwähnten Altersklassen entlassen, beurlaubt oder enthoben werden sollten, aber nicht allein die genannten Altersklassen des Bauernstandes und der Gewerbetreibenden, sondern auch jene der Arbeiter sollten entlassen werden. Wir verlangen, daß alle Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1867 bis 1872,

welche Hilfsdienst leisten, das heißt nicht frontdiensttauglich sind, entlassen werden sollen, um dem wirtschaftlichen Leben zurückgegeben zu werden, weil wir denken, daß der Arbeiter für das öffentliche Leben ebenso wichtig ist wie der Bauer und der Gewerbetreibende. Wir verlangen das gleiche Recht für alle Stände und wurde der Antrag, daß alle Stände gleich behandelt werden sollen, im Gewerbeausschuß einstimmig angenommen. Meine Herren! Wir wissen ja, daß überall Mangel an Arbeitskräften herrscht; es herrscht Mangel bei den Gewerbetreibenden, bei der Landwirtschaft, es herrscht aber auch Mangel bei der Industrie. Ein Großteil der Arbeiterschaft wird zu Hilfsdiensten verwendet, während er in der Industrie eine viel notwendigere Verwendung finden könnte. Wir wissen, daß mit den Enthebungen sehr viel Schindluder, sehr viel Mißbrauch getrieben wird, wir wissen, daß eine Anzahl von Menschen es versteht, sich dem Militärdienst zu entziehen, ohne daß sie von dem Moment an, wo sie enthoben sind, auch nur einen Finger für das Wohl des Volkes rühren, ohne daß sie irgendwie mithelfen, damit es in der Volkswirtschaft vorwärts geht, die ihre Enthebung einzig und allein dazu benützen, um sich zu bereichern, um die anderen zu bewundern, ja um die anderen, die Dienst machen, noch zu verhöhnen, nachdem sie durch Protektion enthoben worden und vom Militär losgekommen sind. Obwohl wir das wissen und obwohl sich das in Hunderten und Tausenden von Fällen gezeigt hat, sind wir für die Forderung und wollen uns mit aller Macht dafür einsetzen, daß dem Gewerbe, der Landwirtschaft, aber auch der Industrie diejenigen Kräfte, die zum Kriegsdienst nicht mehr taugen, aber doch zurückgehalten werden, zurückgegeben werden, damit sie für die Volkswirtschaft tätig sein können.

Allerdings müssen wir die Frage stellen, ob eine richtige Aufteilung der menschlichen Arbeitskraft, der Rohstoffe, der Verkehrsmittel sowie aller Bedarfsartikel beim Zivil und beim Militär erfolgt ist, und wir müssen die weitere Frage stellen, ob die Aufteilung bei der Armee im Felde und beim Militär im Hinterlande sowie bei der produzierenden und konsumierenden Zivilbevölkerung tatsächlich in gleicher Weise durchgeführt wurde. Und da können wir, meine Herren, sagen, daß diese Aufteilung nie gleich, daß sie nie zu Rechten durchgeführt wurde, sondern daß die Zivilbevölkerung immer zu kurz gekommen ist, weil die Militärverwaltung es immer verstanden hat, alles für sich zu okkupieren, ohne Rücksicht darauf, ob darunter einzelne Stände der Bevölkerung leiden oder vollständig zugrundegehen. Das eine muß heute schon gesagt werden: Es ist für die Dauer nicht zu ertragen, daß gewisse Kreise der Militärverwaltung einfach alles für sich in Anspruch nehmen, keine Rücksicht auf das Hinterland und auf die Zivilbevölkerung nehmen, kurzerhand erklären: Alles, was da ist, ist bloß für das Militär da! Es ist nicht zu ertragen, daß diese Kreise mit dem Menschenmaterial und mit den Rohmaterialien wüsten, alles, was nur irgendwie zu beschaffen ist, mit Beschlag belegen, ohne daran zu denken, daß ja auch die Menschen, die im Hinterlande sind, leben wollen, daß auch sie es notwendig haben, daß ihnen geholfen wird und daß ihnen wenigstens etwas belassen wird, damit sie weiter leben oder wenigstens weiter vegetieren können.

Da ist es, meine sehr Verehrten, wohl notwendig, auch einmal über die Mannschaftsverschwendung zu sprechen, die heute bei unserer Heeresleitung getrieben wird *(Zustimmung)*, es ist notwendig, darüber zu sprechen und klar aufzuzeigen, welche Massen von Menschen unnötig beim Militär zurückgehalten werden *(Zustimmung)*, die der Öffentlichkeit gute und praktische Dieste leisten könnten. Tausende von Bauern, Tausende von Gewerbetreibenden und Tausende von Arbeitern sehen wir mit Befunden, die sie als zu jedem Dienst untauglich erscheinen lassen, mit Befunden, die es unmöglich erscheinen lassen, daß sie dem Militarismus noch irgendwie dienen könnten, die aber mit aller Macht zurückgehalten werden, um sie nur ja nicht freizugeben, um nur ja nicht zu zeigen, daß man endlich einmal die Einsicht hat, diejenigen Leute, die man nicht brauchen kann, dem Zivilstande zurückzugeben, damit sie dort wirken können. Meine Herren, gehen Sie einmal durch die Straßen Wiens und sehen Sie sich die Arbeiten, die auf der Straße verrichtet werden, an. Es sind Soldaten, die mit einer schwarzgelben Binde versehen sind, die der Straßenbahn von einzelnen Regimentern zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Schienen putzen und reparieren, damit sie die Straßen kehren. Andrerseits sehen Sie bei Privatfuhrwerken Soldaten, die von der Militärverwaltung den betreffenden Großfuhrwerkern als Kutscher abgegeben werden, Leute, die im Soldatengewande Privatdienste leisten müssen, die meistenteils auch Lohndrücker sind *(Zustimmung)*, weil sie ja billiger arbeiten müssen als der Kutscher oder der Arbeiter, den sich die Kommune oder die Straßenbahn zu ihren Arbeiten aufnehmen müßte. Da fragen wir: Ist es nicht möglich, daß diese Leute, wenn sie für den Militärstand nicht taugen, wenn sie keinen anderen Dienst versehen als den, daß man man sie an Private vermietet, entlassen werden? Es sind darunter selbständige Bauern, die zu Hause vielleicht nur Kriegsgefangene haben, die ihre Felder bearbeiten müssen, während sie selbst hier als Straßenarbeiter arbeiten; es gibt viele Gewerbetreibende darunter, die ihre Werkstätten geschlossen halten und hier eine Arbeit verrichten müssen, die ja jeder andere im Zivilstand auch verrichten könnte, ohne daß er die

Montur anhat und ohne daß er unter dem Zwange der Militärgerichtsbarkeit steht. Ganz dasselbe ist es auch mit den Arbeitern. Intelligente Arbeiter, die eine Branche gelernt haben, die in der Branche notwendig wären, Metallarbeiter, Tischler, Bäcker, alle möglichen Arbeiter sehen wir auf verkehrten Posten stehen, nur nicht dort, wo sie notwendig wären. Da wäre es wohl Zeit, daß die Heeresverwaltung sich endlich einmal auch darüber klar werde, daß alle diese Menschen, die da widerrechtlich zurückgehalten, widerrechtlich den Privaten zur Arbeit, zur Verfügung gestellt werden, entweder zu militärischen Diensten verwendet oder, wenn sie dazu nicht verwendet werden können, aus dem Militärverbande entlassen werden sollten. *(Abgeordneter Löw: Eine ganze Anzahl von Mühlen haben wir stillstehen und andere Mühlen werden wiederum anderen Arbeitern übergeben!)* Mühlen, Bäckereien, allerlei Gewerbe stehen still. Es ist beim Militär heute noch immer so, daß der Mann auf dem verkehrten Posten steht; der Hilfsarbeiter oder der Bauer kommt in eine Kanzlei und der Beamte kommt zur Gangtour oder zu einer anderen Arbeit; das werden wir nicht ändern und das wird jedenfalls auch die Zukunft nicht ändern. Wir haben in Wien allein jetzt 126.000 Militärpersonen einquartiert, um 100.000 Militärpersonen mehr als in der Friedenszeit.

Ich bin überzeugt, daß unter diesen 126.000 mindestens 30 Prozent C-Befundler sind, Leute, die tatsächlich zu keiner militärischen Dienstleistung fähig sind; aber sie werden nicht freigelassen. *(Zwischenruf: Trotzdem sie dem Staate Millionen kosten!)* Ja, Millionen an Unterhaltsbeiträgen, Millionen an Mannschaftsgebühren — dies darf man eigentlich nicht sagen, weil diese Mannschaftsgebühr nicht so hoch ist, nur 16 h zahlt der Staat dem Manne — aber an Unterhaltsbeiträgen, an Erhaltungskosten werden vom Staate Millionen ausgegeben an Leute, die dem Staate nichts nützen und uns in der Volkswirtschaft dadurch schaden, weil wir die Leute notwendig brauchen würden und sie nicht haben können, da sie nicht freigegeben werden. *(Zustimmung.)*

Meine sehr verehrten Herren! Machen Sie einmal einen Spaziergang in die Wiener Kasernen und sehen Sie sich da an, wie die Leute den ganzen Tag herumstehen, die zu nichts zu brauchen sind. Leute, die bei der Landwirtschaft ganz gut die Feldarbeiten verrichten oder in irgendeinem Betriebe als Arbeiter arbeiten könnten, die müssen den ganzen Tag verlungern; *(Ruf: Und die Steuer zahlen könnten!)* ja, die auch Steuer zahlen könnten, wenn sie die Möglichkeit hätten, für sich zu arbeiten, die müssen die gute Zeit mit Nichtstun verschwenden, weil man nicht einen Menschen auslassen will, weil man ja nicht zeigen will, daß man endlich einmal Vernunft annimmt und alle die Untauglichen und alle, die nicht mehr Dienst leisten können, dem Zivilstande wieder zurückgibt.

Aber, meine sehr verehrten Herren, dieselbe Verschwendung, die wir bei dem Menschenmaterial sehen, ist auch bei den Rohstoffen zu sehen. Das Gewerbe bekommt keine Rohstoffe, die Bevölkerung kann sich keine Schuhe, keine Kleider kaufen, weil keine Stoffe und kein Leder da ist. *(Ruf: Keinen Zwirn!)* Wir haben nichts, wir haben keinen Zwirn, gar nichts. Es ist nichts zu haben und in den Militärmagazinen ist alles aufgestapelt; es wird das Leder hin, es werden Stoffe hin. Der Herr Kollege Jokl hat uns letzthin hier gesagt, daß in Schlesien von den Zwirnfabrikanten Magazine gebaut werden müssen, um den Zwirn aufzubewahren, der requiriert worden ist; und hier muß der Zwirn mit 24, 28 und 32 K bezahlt werden, weil keiner zu haben ist; ja einzelne Schneidermeister, Bekleidungsindustrien, Wäschefabriken können nicht arbeiten, weil sie keinen Zwirn haben, während draußen der requirierte Zwirn liegt, liegen bleibt vielleicht bis nach dem Kriege ja nicht freigegeben werden darf, weil die Magazine voll sein müssen, weil die Zahl der Stücke, die bei Kriegsbeginn dort aufgestapelt waren, auch heute noch dort sein müssen, ganz so wie in der Friedenszeit, wo in den Monturmagazinen soundso viel Waffenröcke, soundso viele Blusen, soundso viel Hosen, Schuhe und Stiefel aufgestapelt dort gestanden sind. Das muß auch jetzt sein, in einer Zeit, wo die Bevölkerung bereits bloßfüßig herumlaufen muß und bald ohne Gewand herumgehen wird, weil sie nichts mehr zu kaufen bekommt. Vor einigen Monaten hat noch jeder Offizier die Berechtigung gehabt, monatlich ein halbes Kilo Leder, Sohlenleder, für sich zu beziehen. Ich weiß nicht, ob das heute noch der Fall ist; aber man hat gesehen, daß Leder noch genug vorhanden sein muß *(Abgeordneter Einspinner: Jetzt auch noch vorhanden!)*, und jedenfalls auch jetzt noch in allen Magazinen vorhanden ist. Damals muß doch mehr als genug Leder vorhanden gewesen sein, wenn man jedem Offizier monatlich ein halbes Kilo zugesprochen hat. Das Leder, das er monatlich bezogen hat, kann er ja gar nicht für sich selbst verwerten, es ist ja nicht möglich, daß er für sich jeden Monat ein neues Paar Schuhe machen läßt. Und doch dürfen Sie dessen sicher sein, daß das Leder behoben worden ist, daß kein einziger Offizier sein Leder verfallen läßt. Und für die Zivilbevölkerung hat man gar nichts weder Leder noch Stoff noch irgendwas anderes.

Aber das alles ist noch gering gegen das, was auf dem Gebiete des Verkehrs geboten wird. Es spottet jeder Beschreibung, in welcher Art auf der einen Seite mit Waggons und Lokomotiven gewüstet wird und welche Not und welches Elend

auf der andern Seite in bezug auf den Waggonbedarf besteht. Trotzdem wir Waggonmangel haben, trotzdem wir Lokomotivenmangel haben, hören und lesen wir täglich davon, daß so und so viele Salonwagen mitlaufen, daß der Herr und der Herr einen Salonwagen für sich allein in Anspruch nimmt, daß zum Beispiel, wie die „Arbeiter-Zeitung" heute berichtet, auf der Ostbahn in einem Monat 36 Salonwagen gelaufen sind. Es sind die Namen der Herren und der Damen angeführt, die diese Waggons benützt haben. *(Ruf: Es sind ein paar ausgekratzt!)* Einige sind ausgekratzt; ich glaube, die Militärverwaltung schämt sich selbst, daß sie einigen davon einen Salonwagen zur Verfügung gestellt hat, denn nicht einmal die Namen aller Herrschaften durften wir nennen, die diese Salonwagen benutzten. Einen Salonwagen bei einem Zug mitführen heißt entweder eine zweite Maschine ankuppeln oder so und so viele Personenwagen zurücklassen. Damit der eine gnädige Herr oder die gnädige Frau bequem im Salonwagen fahren kann, müssen Leute auf den Bahnhöfen zurückbleiben. *(Abgeordneter Winter: Und die anderen Leute müssen auf der Plattform stehen!)* Auf der Plattform? Auf den Dächern können sie oben sitzen, da schert sich kein blauer Teufel darum, aber der Salonwagen fährt mit.

Meine Herren! Hier sehen Sie ein Dienstelegramm, das wir gestern veröffentlicht haben, wo angesagt wird *(liest)*:

„Diensttelegramm Nr. 277.

Angekommen 26. November 1917.

Der in der Nacht vom 29. zum 30. mit Zug Nr. 5 in Oberberg einlangende Salonwagen Nr. 290 mit Durchlaucht Fürst Hohenlohe-Ohringen ist gegen Einhebung der tarifmäßigen Gebühren mit Zug Nr. 6 bis Wien durchzuführen."

Andere Reisende sind bestimmt zu derselben Zeit draußen am Perron stehen geblieben, weil sie nicht weiter gekonnt haben. Andere wurden sicher nicht mitgenommen, aber der Salonwagen ist kurzerhand mitgegangen. Sie haben lesen können, daß uns im Eisenbahnrat bei einer Sitzung ruhig erklärt wurde: Salonwagen gehen für gewöhnlich nicht ab, wenn aber welche abgehen, so sind es solche, die an die Front abgehen. Meine Herren! Daß die einen im Salonwagen an die Front fahren und die andern im Viehwagen, ist nicht zu verstehen; daß die einen einen Salonwagen haben müssen und die andern zu 30, 40, 50 in einem Viehwagen zusammengepfercht sind, dieser Zustand muß doch einmal sein Ende finden, dieser Zustand kann sich doch nicht halten! *(Abgeordneter Winter: Wir sind doch der Staat mit der größten Demokratie!)* Die Demokratie besteht darin, daß die einen die ganze Bequemlichkeit für sich in Anspruch nehmen und die andern die ganzen Lasten tragen dürfen. Darin besteht für die Herren die Demokratie, die sie meinen. Auf der einen Seite sehen wir, daß Salonwagen abgelassen werden, auf der andern Seite, daß Separatzüge eingeschaltet werden und auf der dritten Seite haben wir eine ganze Anzahl von Hofzügen, die die ganze Zeit in Verwendung stehen, und für diejenigen, die die Waggons brauchen, sind keine vorhanden. Wir wissen schon, daß der Kaiser an der Front sein muß; wir haben nichts dagegen, wenn er mit seinem Zug hinunterfährt; aber es gehen auch Hofzüge hinunter, in denen nicht der Kaiser sitzt, die von Leuten benützt werden, die eigentlich an der Front nichts zu tun haben. Da glaube ich die maßgebenden Faktoren bitten zu dürfen, daß sie den Herrschaften sagen, sie mögen sich halt auch so wie das andere Publikum in die Personen-Waggons hineinzwängen, und sie mögen diese Hofzüge) die dadurch freigegeben werden können, zu dem verwenden, wozu wir sie notwendig brauchen. Wir können die Kartoffeln nicht hereinbringen, sagen uns die Landwirte, weil wir keine Waggons haben. Der Frost frißt uns die Kartoffeln auf, denn wir können nicht die notwendige Anzahl von Waggons haben, um diese Frucht zur Ernährung des Volkes nach Wien hereinzubringen. Die sollen doch eine Ergänzung für das Brot sein, und auf der andern Seite rollen die Salon-, die Extra- und Hofwagen daher.

Der Herr Minister für öffentliche Arbeiten hat uns letzthin hier erklärt, daß er Kohle genug hat, daß in Ostrau mehr als genug Kohle sei, daß ihm aber die Waggons zur Beförderung fehlen und er die Kohle nicht herbringen kann. Man stellt ihm nicht die notwendige Anzahl von Waggons bei. Es ist den Herren viel lieber, daß ganze Betriebe eingestellt werden, ganze Fabriken stehen bleiben müssen, weil sie nicht die notwendige Kohle haben, weil sie ohne Kohle nicht arbeiten können. Bevor sie die Bequemlichkeit einiger hoher Herrn aufgeben. Und da gebe ich Ihnen, meine Herren, wohl eines zu bedenken: Sie müssen sich klar darüber sein, ob Sie zu der Not und dem Elend, die das Volk jetzt hat, auch noch die Arbeitslosigkeit dazu brauchen können. Ich gebe Ihnen, meine Herren, das zu bedenken und glaube, das in Zukunft weniger auf die Salonwagen und weniger auf die Herrschaften die bequem fahren wollen, gesehen werden soll, dafür aber mehr Kohle dem Gewerbestande, den Fabriken und Unternehmungen gegeben werden müßte, damit wir weiter arbeiten können und für die Arbeiter Arbeit haben. Das sollte für die Militärverwaltung jetzt das wichtigste sein. Überall, auf allen Gebieten, wo die Militärverwaltung ihre Hand dabei hat, sehen wir eine Verschwendung, mag es sich um Menschenmaterial, um Rohmaterial oder um das Wagenparkmaterial eines Eisenbahnzuges handeln, überall

sehen wir Verschwendung, es wird auf gar nichts Rücksicht genommen, wenn es sich darum handelt, die Zwecke des Militarismus zu fördern; es wird alles hergenommen, ohne Rücksicht darauf, ob die Zivilbevölkerung dabei zugrunde geht oder nicht. Es würde sich über dieses Kapitel sehr viel sagen lassen, aber nachdem ich noch einige andere Sachen vorbringen möchte, gestatten Sie, meine Herren, daß ich dieses Kapitel verlasse.

Wir haben gehört, daß für die Landwirtschaft und für das Gewerbe Enthebungen eintreten sollen, damit nicht eine Stauung irgendwie sich geltend mache. Diesbezüglich möchte ich noch auf einen Zweig verweisen, der es notwendig hätte, daß auch für ihn etwas mehr an Enthebungen geleistet würde, auf einen Stand, der in Zukunft nicht so stiefmütterlich behandelt werden sollte, wie es bis jetzt geschehen ist. Das sind unsere Sozialversicherungsinstitute, die Krankenkassen, diejenigen Institute, die doch auch über den Krieg fortbestehen müssen, die notwendig von geschulten Leuten fortgeführt werden sollen. Trotzdem hat man ohne Rücksicht und ganz willkürlich aus dem Beamtenstande herausgerissen, was herausgerissen werden konnte, ohne sich zu fragen, ob das Institut weiter existieren, ob es seine Geschäfte weiter fortführen oder ob es dabei alles aufgeben muß. Ich will Ihnen nur ein Beispiel vorführen: Die Allgemeine Arbeiterkrankenkasse in Wien hat 160.000 Mitglieder und hatte dazu 140 Beamte bis zu Beginn des Krieges; davon wurden 70, also 50 Prozent einberufen. Die Krankenkasse hat sich einen Ersatz geschaffen, vom Ersatze wurden wieder 30 einberufen. Und da, meine Herren, verlangen Sie und die Gewerbetreibenden mit Recht, daß die Kassengeschäfte in dieser Kasse so wie in allen anderen regelrecht und gerecht durchgeführt werden sollen. Dasselbe Bild sehen wir bei den genossenschaftlichen Krankenkassen Wiens, dasselbe Bild sehen wir in Böhmen, in Mähren, in Steiermark, also überall; überall wurden die Kassenbeamten weggerissen, ohne daß es möglich war, irgendeinen Ersatz zu schaffen. Und dann, meine Herren, müssen Sie noch eines bedenken: Gestern haben Sie hier vernommen, daß das neue Gesetz der Krankenversicherung mit 1. Jänner durchgeführt werden soll. Die Kassen sind verpflichtet, es durchzuführen, sie müssen alles das machen, was das neue Gesetz verlangt; aber es fällt dem Ministerium und auch der Militärverwaltung nicht ein, die notwendigen Beamten freizugeben, damit diese Kassen klaglos die Erneuerung durchführen können.

Ein weiteres ist, daß man uns ohne Rücksicht auf das Wohl der Bevölkerung die Ärzte einen nach dem anderen einberuft. *(Zustimmung.)* Dem Verbande der Krankenkassen Wiens wurden in Wien 68 Ärzte und in der Provinz 72 einberufen. Ersatz wurde von keiner Seite gegeben, die Kassen können sich nicht helfen, die Mitglieder können nicht so behandelt werden, wie es notwendig ist. Aber auch die sonstige Zivilbevölkerung kann nicht behandelt werden, weil keine Ärzte da sind, weil die Ärzte ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung einberufen werden, ohne daß sich jemand darum kümmert, was dann mit der Bevölkerung geschehen soll. *(Abgeordneter Löw: Und der Skandal mit den Spezialärzten!)* Es wird keine Rücksicht darauf genommen, ob das ein Spezialarzt oder ein Rayonsarzt ist, er wird kurzerhand weggerissen, es wird nicht gefragt, welche Tätigkeit er entfaltet. Wenn wir, meine Herren, hier von Enthebungen reden und wenn die Herren sagen, daß alle Stände Menschenmaterial notwendig brauchen, wenn wir die Richtigkeit dessen zugeben, so verlangen wir von Ihnen, daß Sie das nötige Verständnis dafür aufbringen, auch für alle unter die Sozialversicherung fallenden Stände das notwendige Menschenmaterial freigegeben werden muß, weil wir nach dem Kriege nicht frisch aufzubauen anfangen können, sondern nur auf dem weiterbauen können, was heute schon besteht.

Nun gestatten Sie mir, meine sehr verehrten Herren, daß ich noch etwas vorbringe. Vor einigen Monaten wurde uns ein Erlaß des Kaisers zur Kenntnis gebracht, in dem uns gesagt wurde, daß Väter, die mehr als sechs Kinder haben und draußen an der Front stehen, von der Front zurückgezogen werden sollen, ein Erlaß, der ja bestimmt schön und gut gemeint ist, der vom Kaiser hinausgegeben wurde, der jedoch von den unteren Kommandos nicht eingehalten wird. Hunderte und Hunderte von Gewerbetreibenden, von selbständigen Bauern und Arbeitern stehen heute noch draußen an der Front, trotz dieses Erlasses. *(Sehr richtig!)* Es wird keine Rücksicht darauf genommen. Die Frau reicht das Gesuch ein, der Mann meldet sich beim Rapport... *(Abgeordneter Einspinner: Er wird eingesperrt, wenn er sich auf den Erlaß beruft!)* Ja, er wird noch dafür bestraft, wenn er den Mut hat, sich auf den Erlaß zu berufen. Der Kommandant kennt den Erlaß nicht; was geht ihn der Kaiser an! Er macht nichts auf diesem Gebiet und die Väter zahlreicher Kinder trotz des wohlwollenden Erlasses des Kaisers sind heute noch ebenso wie früher an der Front.

Der Herr Landesverteidigungsminister hat heute hier bezüglich des letzten Antrages, der im Berichte steht und von mir stammt, wonach die Entlassungen der 1867er nun endlich einmal — wie ich sage — „seinem Versprechen gemäß" durchgeführt werden sollen, gemeint, er habe nie das Versprechen gegeben, er konnte es nicht geben; das heißt, er will uns nichts Klares darüber sagen, was mit den 1867ern geschehen soll. Meine Herren! Das Versprechen ist in der Form gegeben worden: Als wir vor Monaten den Kampf für die 1865er und 1866er geführt und verlangt haben, daß auch die 1867er beurlaubt oder entlassen werden sollen,

wurde uns vom Herrn Landesverteidigungsminister gesagt, die 1867er können höchstens mit dem 31. Dezember entlassen werden. Das ist noch heute in allen Blättern nachzulesen und es ist nur recht, daß diese Leute entlassen werden, denn sie werden mit Unrecht noch heute zurückgehalten. Die Leute sind über 50 Jahre alt, sie stehen im 51. Lebensjahre und sie sind berechtigt, zu verlangen, daß man sie entläßt. Daß die Fünfzigjährigen im Zivilstande für die Volkswirtschaft oder für den Bauernstand viel mehr wirken und leisten können als heute beim Militär, wird jedermann zugeben müssen. In Deutschland entläßt man jeden Mann, der das fünfundvierzigste Jahr überschritten hat. Gestern haben wir nach Zeitungsberichten gelesen, daß in Rußland die 1899er entlassen werden sollen und bei uns muß man einen Kampf führen, um die 1867er, um die Leute, die über 50 Jahre alt sind, freizubekommen für die Volkswirtschaft, für den Staat, um arbeiten zu können. Ich glaube, daß es sich hier nicht darum handeln kann, ob sich der Herr Minister an das Versprechen erinnert oder ob er das Gesagte als Versprechen angenommen hat. Es handelt sich darum, daß das Gesetz eingehalten wird, es handelt sich darum, daß der Mann, der 50 Jahre alt ist, nach Hause geschickt werden muß. Wir erklären, daß wir alles daran setzen werden, diesen Leuten zu ihrem Recht zu verhelfen, um sie endlich ihrem zivilen Berufe zurückgeben. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Es sind zwei Resolutionsanträge eingebracht worden. Der Herr Abgeordnete Richter hat folgenden Antrag gestellt *(liest)*:

„Die Maßnahmen, welche zur Erhaltung und Wiederaufrichtung gewerblicher Betriebe, deren Inhaber einberufen wurden, dienen, setzen voraus, daß der einkehrende Gewerbetreibende sich im Vollbesitze seiner Gesundheit befinde. Nachdem jedoch zu befürchten steht, daß durch die monate-, ja oft jahrelangen Strapazen und Entbehrungen häufig der Keim der Krankheit schon mitgebracht und später auch zu tatsächlichen Erkrankungen als Folgeerscheinungen des Krieges führt, ist durch Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung geeignete Vorkehrung zu treffen, derartig Erwerbsunfähige teilweise schadlos zu halten und vor gänzlicher Verarmung zu schützen.

Es sind ferner bei der Knappheit des Belagsraumes unserer öffentlichen Krankenhäuser die Errichtung entsprechender Heilstätten und Rekonvaleszentenheime ins Auge zu fassen und hierzu, soweit es sich um Institutionen für den Gewerbestand handelt, die Gewerbegenossenschaften und gewerblichen Organisationen sowie die vorerwähnten Krankenkassen zur Mitwirkung heranzuziehen.

Die Regierung wird aufgefordert, diesbezüglich geeignete Vorschläge dem Hause ehestens zu unterbreiten."

Der Antrag ist genügend unterzeichnet und steht in Verhandlung.

Der Herr Abgeordnete Gostinčar hat folgenden Resolutionsantrag eingebracht *(liest)*:

„Die k. k. Regierung wird dringend aufgefordert, das Kleingewerbe im ganzen Reiche mit aller Kraft und mit allen dazu dienlichen Mitteln zu unterstützen und zu fördern."

Ich bitte diejenigen Herren, die diese Resolution unterstützen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolution ist unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Einspinner.

Abgeordneter **Einspinner**: Hohes Haus! Man weiß nicht, welchen Teil man herausholen soll, um nur einigermaßen das zum Ausdruck bringen zu können, was in dieser wichtigen Sache zum Ausdruck gebracht werden soll. Eine halbe Stunde hat man Zeit zum Reden. Soll man in dieser halben Stunde die Enthebungsfragen besprechen, soll man über die Rohstoffrage oder sonstige kriegswirtschaftliche Angelegenheiten sprechen? Man weiß nicht, wie man da eigentlich auskommen soll, es ist für einen, der sich diesen Dingen ernst gegenüberstellt, aber wirklich schwer, mit diesen paar Minuten sein Auslangen zu finden. Ich muß mich daher darauf beschränken, nur schlagwortartig einzelne Punkte herauszuheben.

Ich muß leider feststellen, daß bisher die Leistungen des Gewerbestandes während des Krieges für die Allgemeinheit und für die Kriegführung selbst nicht jene Anerkennung gefunden haben, die sie hätten finden sollen. Wir haben ja heute zwei Exzellenzen gehört, die in freundlichen Worten betont haben, daß das Gewerbe während des Krieges große Opfer gebracht habe. Dafür danken wir herzlich. Es ist ja in der Tat kaum ein Stand, der vom Kriege derartig schwer mitgenommen wurde, wie das Gewerbe. Es steht fest, daß Tausende von ehemals blühenden Gewerbebetrieben vernichtet sind, nicht mehr existieren und auch nach dem Kriege nicht mehr zur Auferstehung kommen werden. Es steht fest, daß Zehntausende von Angehörigen des Gewerbestandes neu werden anfangen müssen, Menschen, die sich ein oder zwei Jahrzehnte schwer und hart geplagt haben, um sich Einiges zu erringen. Kurz und gut: wo wir hinsehen, sehen wir Verhältnisse im Gewerbestande, die zeigen, wie schwer die Dinge heute dort eigentlich liegen. Diese

traurigen Erscheinungen werden ja anerkannt. Aber wir müssen mit Bedauern feststellen, daß die Leistungen, die der Gewerbestand durch seine hervorragenden Qualitäten, durch die Köpfe, die er hinausstellen konnte, gebracht hat, nicht jene Anerkennung gefunden haben, die sie verdienen würden. Während zum Beispiel die Industrie bei jeder sich nur bietenden Gelegenheit in ganz hervorragender Weise von allen möglichen Stellen durch Anerkennung ausgezeichnet wurde, hat man für den Gewerbestand nur selten ein Wort gefunden. Dabei ist noch zu bemerken, daß die Industrie bekanntlich alle nur mögliche öffentliche Förderung gefunden hat, die dem Gewerbestande nicht zuteil geworden ist. Ich erinnere Sie an die Förderung der Industrie durch die Beistellung von Arbeitern, durch die Festsetzung der Preise nach Belieben der Industrie, durch weitgehende Enthebungen, durch Beistellung großer Arbeiterpartien aus den Reihen der Kriegsgefangenen usw.

Nun, meine Herren, was das Handwerk aus eigenem leistete, das bildet in der Geschichte dieses Krieges wahrhaftig ein Ehrenblatt. Was zum Beispiel die Handwerkerfrauen im Hinterlande für die Öffentlichkeit, nicht nur für die Erhaltung ihrer Familien, durch die Aufrechterhaltung so vieler wichtiger Betriebe geleistet haben, das läßt sich kaum durch Worte gebührend preisen und kennzeichnen. *(Beifall.)* Was diese braven tüchtigen Frauen an Entbehrungen, an Aufopferung, an Hingabe für die Ihren und durch ihre emsige Tätigkeit in den Geschäften für die Öffentlichkeit geleistet haben, das wird erst später einmal in gehöriger Weise gekennzeichnet werden. Tiefer Dank gebührt diesen Heldinnen. *(Beifall.)*

Ich will aufzeigen, was das Handwerk an den Fronten geleistet hat, und da sei es mir gestattet, aus den diesbezüglichen Ausführungen eines Offiziers nur einige Sätze zur Kenntnis zu bringen. Dieser sagt *(liest)*:

„Mit Unrecht unbesprochen blieben aber die hervorragenden Verdienste unseres Kleingewerbes und im besonderen der Kleingewerbetreibenden in den Militärwerkstätten, deren Arbeit die Armee im Felde ihre Ausrüstung und Instandhaltung vorzüglich verdankt.

Eingerichtete Werkstätten fehlten zumeist und maschinelle Einrichtungen waren gar nicht oder nur in langen Lieferfristen erhältlich. Bezugsquellen für Rohstoffe und Hilfsmaterial konnten nur mühsam entdeckt und erschlossen werden. Trotzdem mußte die Arbeit begonnen und die Erzeugnisse termingerecht geliefert werden. Daß dies möglich war, ist in erster Linie zu danken der Tüchtigkeit und Geschicklichkeit unserer Handwerker. Mit ihnen war es möglich, das zu leisten, was geleistet werden mußte. Mit dem ganzen Erzeugungsprozeß vertraut und nicht durch kleinste Arbeitsteilung verwöhnt und einseitig geworden, konnten diese Braven auch beim Mangel arbeitsfördernder Maschinen die Erzeugnisse mit erstaunlichem Geschick in solcher Gediegenheit zustande bringen, daß sie an die besten Handwerksprodukte des Mittelalters gemahnten. Doch durfte der Satz „Handwerk gedeiht langsam" keine Geltung haben, denn die Lieferungstermine waren unerstreckbar.

Mit übermenschlicher Anstrengung wuchs aus diesen Händen das schnelle Produkt und in der unerhörten Hitze der Essen und dem undurchdringlichen Qualm der Feuer hielten sich die Helden der Arbeit in zehn- bis elfstündiger Anstrengung heroisch aufrecht. Das Fehlen von Maschinen und die Notwendigkeit der raschen Arbeitsherstellung weckte bald den Erfindergeist und brachte, wie in den Anfängen der Industrie, originelle Ideen der Arbeiter zu nutzbringendem Ausdruck. Daneben entwickelten sich in der Menge der Professionisten von selbst wieder die vorteilbringenden Prinzipien der Arbeitsteilung, begründet in dem unwandelbaren Gedanken, daß jede Arbeit und jedes Produkt ein Zusammengesetztes ist.

Den Hauptgrund für die konkurrenzlose Wohlfeilheit der Erzeugnisse in Militärwerkstätten bildet die billigste Arbeitskraft der Professionisten, zu denen der Krieg die Mehrzahl der Kleingewerbetreibenden gemacht hat. Ihr Arbeitsmotiv ist nicht mehr Lohn und Erwerb, sondern die militärische Pflicht. Während aber sonst erzwungene Arbeit die schlechtesten Leistungen erbringt, hat der Krieg auch darin einen schönen Erfolg gezeitigt.

Der mit der Einrichtung der Militärkriegswerkstätten angestrebte Zweck ist nicht nur erreicht, sondern weit übertroffen worden. Dies ist neben der zielbewußten Leitung derselben zu danken dem einträchtigen, verständnisvollen Zusammenwirken aller, die in diesen Betrieben tätig sind und dem ungewöhnlich hohen Pflichtgefühl, von dem jeder einzelne, von der Leitung bis zum letzten Arbeitsmann, durchdrungen ist."

Aus diesen paar Zeilen geht genügend deutlich hervor, was unsere Handwerker an den Fronten geleistet haben und noch leisten und wie ihre dort vollbrachte Arbeit einzuschätzen ist. Soweit nun die persönlichen Kenntnisse der Handwerker für den Kriegsdienst in Anspruch genommen wurden, sei nur gesagt, daß es die Pflicht eines jeden ist, sein volles Können in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Nicht dasselbe kann aber gesagt werden, wenn das persönliche Können des einzelnen für persönliche Zwecke bestimmter Herren ausgenützt wird. Es ist eine feststehende Tatsache, daß tüchtige Handwerksmeister und Handwerksgehilfen, nicht immer zu Dienstleistungen verwendet werden, die der Armee zugute kommen, sondern einzelnen Vorgesetzten. Da läßt sich irgendein Offizier eine Einrichtung von einem

Tischler machen, der daheim seine Werkstätte geschlossen hat, dort läßt sich einer eine Kunstschmiedearbeit für seinen privaten Haushalt machen, dort wird seine Privatwohnung hergerichtet, der beschäftigt Tapezierer für seine eigenen Zwecke und weiß Gott, wie da die verschiedenen Handwerker für Privatzwecke ausgenützt werden.

Gegen diese Ausbeutung und Ausnützung des persönlichen Könnens für persönliche Zwecke erhebe ich entschiedenen Protest! *(Lebhafte Zustimmung.)* Ich habe die Gelegenheit wiederholt wahrgenommen, dies zur Kenntis hoher militärischer Stellen zu bringen, es wurde aber immer gesagt: „Ja, bitte aber um konkrete Beweise." Die alte Geschichte! Ich habe darauf verwiesen, daß diese konkreten Beweise sofort fast überall gefunden werden könnten, wenn man in den einzelnen Kasernen ernste Nachschau halten ließe. Es ist eine feststehende Tatsache, daß es in manchen Kasernen ganze Werkstätten gibt, wo die Leute für derartige private Zwecke von ihren Vorgesetzten verwendet werden. Wenn wir gegen die Zurückhaltung so verwendeter Leute Protest erheben, so ist das gewiß gerechtfertigt, denn da hat kein Mensch das Recht zu sagen, daß solche Dienstleistungen „unentbehrlich" seien und daß darauf nicht verzichtet werden könne. *(Zustimmung.)*

Ein Kapitel ist das der Enthebungen. Wie leicht gehen die Enthebungen vielfach bei der Industrie und wie schwer beim Handwerk. Und wenn der Industrielle enthoben ist, kann er machen, was er will. Nicht so beim Gewerbe. Während zum Beispiel die Vertreter der Industrie ihre industriellen Interessen als Enthobene ohneweiters vertreten dürfen — wir sehen das ja bei allen möglichen Zentralen, wo ja vielfach eine Reihe von enthobenen Herren sind, die sich sehr lebhaft um die Interessen ihrer engeren Berufsgruppen annehmen — während also diese Enthobenen die Interessen ihrer Berufsgruppe ohneweiters vertreten dürfen, erleben enthobene gewerbliche Vertreter, die sich um ihre Berufskollegen annehmen, oftmals recht merkwürdige Dinge. So haben wir es zum Beispiel in Graz erlebt, daß ein Genossenschaftsobmann, der enthoben war, nebenbei bemerkt ein Mann, der einen bedeutenden Betrieb hat, weil er im Interesse seiner Berufsgenossen beim Militärkommandanten vorgesprochen hat, innerhalb 48 Stunden zusammengepackt und in die vorderste Reihe der Front gestellt wurde. *(Hört!)* Alle Bemühungen, diesen Mann im Interesse der Öffentlichkeit wieder zurückzubekommen, blieben erfolglos, der Mann ist bis heute nicht wieder enthoben, weil er sich erlaubt hat, die Interessen seines Berufes zu vertreten. Das geschah in der Ära Makanovich, dem traurigsten Kapitel in der Geschichte des Landes Steiermark.

An allen Ecken und Enden, wo wir hinblicken, sehen wir, daß ganze Gebiete von den tüchtigsten Handwerkern entblößt sind. Die Landwirtschaft leidet unter diesen Verhältnissen in geradezu unglaublicher Weise Es steht fest, daß wichtige landwirtschaftliche Arbeiten nicht mehr gemacht werden können, weil die Handwerker nicht da sind, die die notwendigen Geräte herstellen können. Man weist wiederholt darauf hin, daß sich dieser und jener dort in irgendeiner bestimmten Etappenstellung befindet und daß der Mann dort gar nicht gebraucht wird. Es ist aber oft unmöglich, den Mann loszubekommen. Vom Landesverteidigungsministerium wird oft entschieden, daß Leute zu entheben sind, irgendein Offizial bei einem Verpflegsmagazin oder sonstwo — ich bin in der Lage, diesbezüglich konkrete Beweise vorzubringen — erklärt hingegen den Mann einfach für unentbehrlich. Und damit ist die Affäre dann erledigt, der Mann kommt einfach nicht weg, trotz der Entscheidung des Landesverteidigungsministeriums. Ob nun die bäuerlichen Betriebe aufrechterhalten werden können, ob weite Kreise der Bevölkerung auf das schwerste geschädigt werden, ob damit unter Umständen in bestimmten Gebieten die Approvisionierung ins Schwanken kommt, das ist gleichgültig, darum kümmert sich dann kein Mensch. *(Zustimmung.)*

Worüber wir auch Klage führen müssen, ist die Festhaltung von Gewerbetreibenden in Konzentrationslagern. Es ist entsetzlich, wie dort oft Hunderte, ja Tausende von Menschen ohne ersichtlichen Grund zurückgehalten werden, während sie daheim, wenn sie bei ihrer Arbeit sein könnten, als Bauern, Gewerbetreibende, Gehilfen usw., im Interesse der Öffentlichkeit außerordentlich ersprießlich wirken könnten. Es wird von der Bevölkerung nicht eingesehen, daß es nicht möglich sein sollte, diese Leute, die daheim so notwendig wären, heimzuschicken. Wenn man sie zu militärischen Dienstleistungen braucht, kann man sie ja innerhalb 48 Stunden telegraphisch oder sonstwie einberufen.

Ein Kapitel, über welches auch gesprochen werden muß, ist die Verwendung vieler qualifizierter Arbeiter und qualifizierter selbständiger Gewerbetreibender zu untergeordneten Dienstleistungen in Industriebetrieben. Ich bin in der Lage, eine Reihe von Beweisen dafür anzuführen, daß selbständige Geschäftsleute, deren Betriebe für die Öffentlichkeit von außerordentlicher Bedeutung wären, wenn sie aufrechterhalten blieben, in Fabriken als ganz gewöhnliche Taglöhner verwendet werden. *(Zustimmung.)* Ich bin, wie gesagt, in der Lage, für diese Behauptung eine Reihe von konkreten Beweisen anzuführen, die ich hier ja selbstverständlich nicht einzeln behandeln kann. Es ist ein Verbrechen an der Volkswirtschaft, wenn man hochqualifizierte Arbeitskräfte, die im Interesse der Öffentlichkeit Wertvolles zu leisten imstande wären, nicht zu ihren Betrieben zurückkehren läßt, sondern privaten Unter-

nehmern zu Dienstleistungen überantwortet, zu denen man jeden beliebigen Handlanger verwenden kann. *(Beifall.)*

Auch das Kapitel „Kriegsgefangene" gehört in den Kreis dieser Betrachtungen. Während man den Industrien — ich bitte, ich habe ja gar nichts dagegen — Kriegsgefangene in beliebiger Anzahl zur Verfügung stellt, darf zum Beispiel ein Bürger in einem kleinen Ort, der einen Kriegsgefangenen hat, ja nicht sagen, daß dieser für seinen gewerblichen Betrieb verwendet wird, weil er ihm sonst sofort entzogen wird. Denn für gewerbliche Betriebe dürfen Kriegsgefangene nicht verwendet werden. *(Hört!-Rufe.)*

Das sind Zustände, die darauf schließen lassen, daß man während des ganzen Krieges überhaupt nicht die Absicht gehabt hat, auf den Gewerbestand weiter Rücksicht zu nehmen. *(Zustimmung.)* Es muß hier festgestellt werden, meine Herren, daß jenes Ministerium, welches die Pflicht und die Aufgabe gehabt hätte, auch die Interessen des Gewerbestandes zu vertreten, ich meine das Handelsministerium, bis vor kurzem diesen unerhörten Zuständen mit verschränkten Armen zugesehen hat. *(Sehr richtig!)* Ich glaube, wir haben ein Recht, darüber Auskunft zu verlangen, wer eigentlich die Schuld daran trägt, daß diese unerhörte Vernachlässigung des Gewerbestandes Platz greifen konnte. Ich frage: Wer trägt Schuld daran, daß der Gewerbestand im Handelsministerium während dieses Krieges fast ausgeschaltet wurde? Wiederholt haben wir verlangt, es möge der Gewerberat einberufen werden, um durch diese ständische Vertretung die Möglichkeit zu schaffen, daß dort zu den einzelnen Fragen des Gewerbestandes Stellung genommen werden könne.

Man hat sich auf das Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft ausgeredet sowie darauf, daß in dessen Hauptausschuß ohnehin die Möglichkeit geboten sei, zu den einzelnen Fragen Stellung zu nehmen. Diese Behauptung ist einfach nicht wahr. Erstens waren in diesem Generalkommissariat, beziehungsweise in diesem Hauptausschuß keine Gewerbetreibenden, die die Möglichkeit gehabt hätten, dazu Stellung zu nehmen. Es war unter 150 Großindustriellen ein einziger Gewerbetreibender *(Hört! Hört!)* und auch bei diesem war es nur ein Zufall, daß er in diesen Hauptausschuß gekommen ist, weil er von seiner Handels- und Gewerbekammer, wo er dem Präsidium angehörte, für diesen Hauptausschuß in Vorschlag gebracht wurde. Nicht der Regierung, nicht dem Handelsministerium ist es also zu danken, daß in dem Hauptausschusse ein Gewerbetreibender neben 150 Großindustriellen gewesen ist, sondern einzig nur der betreffenden Kammer, die eben diesen einen Gewerbetreibenden entsendet hat. So sieht es aus mit der Vertretung der gewerblichen Interessen im Generalkommissariate für Kriegs- und Übergangswirtschaft.

Es ist selbstverständlich, daß dagegen gleich nach der Zusammensetzung Einspruch erhoben wurde. Leider ist es nicht gelungen, für diese Idee auch sonst Anhänger zu finden. Um so aufreizender mußte diese Erscheinung wirken, wenn man sehen konnte, wie man jeder einzelnen schnoddrigen Schnackerlzentrale, die eine Vertretung im Hauptausschusse des Generalkommissariates für Kriegs- und Übergangswirtschaft verlangt hatte, sofort entgegenkam. Gehen Sie einmal die Listen dieser Zentralen durch, die dort vertreten sind und Sie werden sehen, welche Zentralen dort eine Vertretung haben, und halten Sie dem entgegen, daß der bedeutende gewerbliche Mittelstand mit seinem ungeheuren Können und seiner gewaltigen Leistungsfähigkeit achtlos links gelassen wurde. *(Abgeordneter Brandl: Das ist mit Absicht geschehen!)* Gewiß ist es mit Absicht geschehen. Monatelangem Drängen scheint es nun gelungen zu sein, daß jetzt wenigstens den einzelnen Gewerbeförderungsinstituten Vertreter entnommen werden.

Diese 18, die uns heute in Aussicht gestellt worden sind, sind natürlich auch zu wenig, denn auch sie bilden gar keine Phalanx gegenüber den 150 Industrievertretern.

Meine Herren! Wir verlangen daher unter allen Umständen, daß der Gewerberat einberufen werde, damit dem Gewerbestande so die Möglichkeit gegeben werde, zu den Fragen, die ihn betreffen, Stellung zu nehmen.

Wir verlangen weiter, daß dem Gewerbestande auch die Möglichkeit gegeben werde, in den neuen sozialen Ministerien seine Stimme zu erheben, denn auch die sozialen Fragen, die nunmehr begreiflicherweise in erhöhter Anzahl an die Öffentlichkeit herantreten, interessieren selbstverständlich den Gewerbestand ebenfalls lebhaft.

Und wir verlangen noch, daß auch der Gewerbeförderungsbeirat des Ministeriums für öffentliche Arbeiten raschestens einberufen werde.

Wir stehen — ob in kürzerer oder längerer Zeit, ist ganz Nebensache — vor der Sachendemobilisierung und es ist wohl selbstverständlich, daß da die Gewerbeförderungsinstitute ihr Wort mitzureden haben werden. Ich und mit mir viele stehen auf dem Standpunkte, daß die Gewerbeförderungsinstitute zur Sachendemobilisierung in allererster Linie heranzuziehen sind.

Weiters muß es durch Beistellung entsprechender Geldmittel den Gewerbeförderungsinstituten möglich gemacht werden, den bedeutenden Aufgaben, die in Zukunft an sie herantreten, entsprechend gewachsen zu sein. Das ganze Gewerbeförderungswesen, der Gewerbeförderungsdienst wird sich zweifellos vollständig verschieben.

Es tut mir sehr leid, daß ich nicht die nötige Zeit habe, speziell über dieses Thema mich etwas eingehender zu äußern, ich muß auch diese Frage nur so schlagwortartig erledigen.

Die Qualitätsarbeit, der wir in den letzten Jahren mit großen Erfolgen ergeben waren, wird wahrscheinlich nach dem Kriege in die zweite Reihe treten müssen. Weil uns jetzt für die Qualitätsarbeit auf eine Reihe von Jahren hinaus die Arbeiter fehlen; das Können fehlt uns. Es wurden doch im Gewerbe weite Lücken gerissen. Bedenken wir, daß aus dem Handwerke durch den Krieg die jungen Leute teilweise sechs bis sieben Jahre herausgerissen wurden. Wir wissen ja von früher her ganz genau, daß schon die drei Militärdienstjahre vielfach schädlich auf das Können des jungen Handwerkers eingewirkt haben. Es hat viele gegeben, die den Weg zum Handwerk nicht mehr zurückgefunden haben, die nicht mehr die Kraft aufgebracht haben, nach drei Jahren Pause neu zu lernen. Wenn einer zurückgekommen ist, so hat er immer Meister und Kollegen gefunden, die ihm das Lernen, das Nachholen erleichtert haben. Das fehlt uns heute vollständig. Uns fehlen die Meister und die Gehilfen, alles steht draußen, alles ist doch durch Jahre hindurch weggerissen gewesen. Wir werden also Schweres zu leisten haben, um diese Lücken im Können, die hier gerissen wurden, einigermaßen wieder auszufüllen.

Meine verehrten Herren! Es ist kein Almosen, das man gibt, wenn man den Gewerbeförderungsinstituten reiche Geldmittel für diese Zwecke zur Verfügung stellt, es liegt nur im öffentlichen Interesse, wenn die Schäden und die Lücken, die der Krieg in die Reihen des Gewerbestandes gerissen hat, nach Möglichkeit und, so bald es möglich ist, wieder ausgefüllt werden.

Es gibt natürlich noch eine Fülle von anderen Aufgaben für die Gewerbeförderungsinstitute. Die Leute müssen, wenn sie zurückkommen, einzeln, individuell unterstützt und gefördert werden; es wird notwendig sein, Kurse für Zwecke abzuhalten, an die man heute vielleicht noch gar nicht denkt. Und es wird für alle die Heimkommenden vor allem Arbeit und Verdienst zu suchen sein. Das wird alles Geld kosten, bei allen diesen Dingen ist es daher notwendig, daß wir im weitesten Maße die Förderung der Regierung und aller öffentlichen Faktoren, die der Regierung sonst zu Gebote stehen, finden. *(Beifall.)*

Ich wende mich in Kürze einem anderen Kapitel zu, den Rohstoffen. *(Präsident gibt das Glockenzeichen.)* — Es tut mir leid, daß meine Zeit abgelaufen ist. Ich möchte nur kurz folgendes sagen: Leder zum Beispiel befindet sich in den Monturdepots in großer Menge, man braucht dieses Leder lediglich nur herauszugeben. Stoffe befinden sich in einzelnen Monturdepots auch in ziemlicher Menge. Beweis, weil an Offiziersfamilien solche Stoffe abgegeben werden. Ich möchte zum Schluß an das Handelsministerium den dringenden Appell richten, sich zu bemühen, daß von diesen dort aufgestapelten Mengen für den Gewerbestand und für die Öffentlichkeit entsprechende Quantitäten zur Verfügung gestellt werden. *(Beifall.)*

Meine Zeit ist leider um und ich muß schließen. Ich erkläre, daß ich mich selbstverständlich den Anträgen des Herrn Referenten anschließe und ich empfehle auch Ihnen das gleiche zu tun. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Slavíček das Wort.

Abgeordneter **Slavíček:** Slavná sněmovno! Přihlásil jsem se ke slovu jenom k vůli tomu, abych při projednávání záležitostí živnostenských poukázal na stezky se strany českého živnostnictva do hospodářství státního, zejména pokud se týká přidělování materiálu a abych poukázal na poměry při spořstování a poskytování dovolených samostatným živnostníkům.

Pokud se týče materiálu, reklamuji jej pro všechny živnosti a ne snad jen pro ony, o nichž bylo zde mluveno. Nedostatkem materiálu trpí velice mnoho stavební živnosti ať již jsou to mistři zedničtí nebo stavitelé anebo řemeslníci na stavbách pracující. Ačkoliv uznávám, že není možno přikročiti ke stavbám, snad ke stavbám nouzovým, přece jen požadují na ministerstvu a vládě, zejména na ministerstvu veřejných prací, aby ohled vzali na tyto živnosti a přípravné práce pro nutné stavby po válce jim přidělila. Jest nutno, aby po válce byl dán k disposici stavitelům a zednickým mistrům materiál, aby mohli přikročiti k pracím a zaměstnati dělnictvo a svoji existenci uhájiti.

Jest pravda, že bývalý ministr veřejných prací baron Trnka slíbil českým stavitelům a zednickým mistrům, že svolá anketu pro tuto věc, ale pan ministr odešel a přišla nová vláda. Dnes jsme slyšeli na výtku, že nebyla svolána říšská rada živnostenská, že pan ministr za to nemůže a pokrčil rameny. Ovšem vláda nemůže za činy dřívější vlády, kdyby vláda předchozí dobré nebo zlé učinila. Příští vláda by se k dobrému hlásila, ale, stalo-li se něco špatného, pokrčí rameny, že za to nemůže. *(Poslanec Hnátek: Což je vláda svolala?)* Slíbila, že ji svolá.

Zmíním se o některých živnostech aprovisačních. Cukrářům byl po léta přidělováno jisté kvantum cukru k výrobě cukroví. Tak tomu bylo v roce 1914 a 1915. Nyní cukráři nedostávají cukr téměř žádný. Za to továrny na

cukrovinky dostávají cukru dosti. Ba zjistil se případ, ne s naší strany, ale s německé, že vídeňští továrníci cukrovinek vyrábějí cukroví z našeho cukru, prodávají cukrovinky do Uher a z Uher pak totéž zboží přichází k nám a do Vídně, a za drahé peníze se prodává. *(Slyšte!)*

Donkonce byl zjištěn případ, který byl vídeňskými listy uveřejněn, že se zboží ani do Uher již neposílá nýbrž ve Vídni se přepíše pouze faktura a obratem ruky se zboží to prodává za uherské zboží za přemrštěné ceny, za ceny enormní.

Při přídělu cukru přišli jsme na další zajímavou věc. Určitá část cukru byla k zavařování ovoce přikázána majitelům zahrad a zemědělcům. Rozumí se, že po tomto přídělu cukru přišel výnos, že všechno ovoce v určitých okresech, které slynou ovocnářstvím, bylo zrekvirováno pro ústřednu! Ústředně dal se cukr k disposici. *(Poslanec Švejk: Zemědělci nedostali cukr.)* Přece něco dostali. Cukr byl zužitkován jinak a s cukrem současně zmizelo ovoce a s ovocem marmeláda, která se vyrábí z ovoce, tak že ve skutečnosti veřejnost nedostala nic a živnostníci byli zničeni, nemajíce cukru. *(Poslanec Janovec: Velkoobchody ho mají dosti! Z Plzně se vyrážel cukr ven. Když tam byly demonstrace, bylo nalezeno cukru dost ve velkoobchodech!)*

Vedle cukrářů trpí velice mnoho též živnosti uzenářská a řeznická nejen proto, že jest nedostatek dobytka a že byla omezena spotřeba masa, ale hlavně proto, že ve vojenských porážkách byly zřízeny konsumy a všechny rodiny důstojnické byly odkázány k nákupu masa na vojenské konsumy. Závody řeznické přirozeně hynuly.

Dále musím s tohoto místa — proto mluvím česky — protestovati proti počínání si našich českých měst, z nichž mnohá nevzala žádného ohledu na živnosti zabývající se aprovisací. A tu na prvním místě jest to Praha, která proti živnostnictvu postupovala často bezohledným způsobem, ač se nalézá v zastupitelstvu královského hlavního města Prahy tuším 35 až 37 samostatných živnostníků.

Že živnost hostinská trpí válečnými poměry taktéž jest známá věc, a tím uvedeno jest tisíce lidí na mizinu. Rovněž i pekaři jsou těžce postiženi a bylo by záhodno, aby o těchto poměrech bylo na příslušných místech rozhodně promluveno.

Stopujeme-li a obíráme-li se živností oděvní, tu vyjdou zajímavé věci na jevo. Obuvníci nemají kůži a následkem toho obyvatelstvo nemá boty. Kdo chce si koupiti pořádnou obuv, musí za ni zaplatiti 200 K. *(Souhlas. — Výkřiky.)* Jak jsme slyšeli z úst zástupce vlády, spotřebuje se každý měsíc pro armádu 100.000 kusů dobytka, takže máme měsíčně 100.000 kusů syrových kožích. *(Poslanec Lisý: Odvážejí se do Německa a zbytek jest ve vojenských skladištích.)* Kožní ústředna má dosti kožích k disposici a že je svým lidem dává do rozprodeje a tito že je pokoutním způsobem a řetězovým obchodem dále prodávají, jest jisto. *(Výkřiky.)*

Zjistil jsem, že 1 kilogram kůže se prodává za 180 K. A nyní se ptám, zač mohou býti boty? *(Poslanec Švejk: 3 miliony párů bot se spotřebují pro vojsko a pouze 6 procent se propouští pro potřebu občanstva.)* Tím trpí veškeré obyvatelstvo. *(Výkřiky.)*

Řezník odvádí kůže a komisionář je roztřiďuje do tříd. A na těchto třídách ústředna vydělává veliké peníze, poněvadž ona je teprve dle tříd rozděluje. *(Výkřiky.)*

Komisionář vedle své odměny dostává ještě zvláštní odměnu od ústředny, připadne-li kůže do vyšší a dražší třídy. Hospodaření s kožemi jest po každé stránce naprosto špatné. *(Poslanec Votruba: Komisionáři hledí se zardělčiti ústředně.)*

Živnost krejčovská rovněž trpí a to nejen tím, že není dostatek látek.

Kdyby vládě záleželo na udržení materiálu pro krejčí, netrpěla by, aby po centech vyvážel se z Rakouska do Uher nebo i jinam. Kdyby kolegové polští chtěli si koupiti látky na oděv — v Krakově je látek dost a dost — našli by jich tam tolik jako nikde jinde. Ačkoliv se nestavím na stanovisko konfesionelní, musím prohlásiti, že jsou to polští židé, kteří v krámech skoupili všechny látky a pak je vyváželi. *(Výkřiky.)*

Když policie byla upozorněna na toto jejich hospodářství a zakázala jim vyvážení z Prahy, tu chytře vyvezli zboží na venkovské stanice, ku příkladu do Hostivaře, a tam odtud bez kontroly vyváželi spousty balíků z Čech do Krakova, do Uher a jinam. *(Poslanec Prošek: Teď kupují i jízdní lístky na dráhu na špekulaci.)* Vláda též v této věci nekonala své povinnosti. *(Souhlas.)* Nyní jest nedostatek podšívek pro civilní i vojenskou potřebu.

Vláda nařídila rekvisici vlněných a bavlněných potřeb u krejčí, takže každý malý mistr krejčovský, který měl sebemenší zásobu, musí odevzdati z toho 50 procent. Kdyby se toto nařízení mělo provésti do důsledků, za dva až tři měsíce by žádný člověk nemohl obdržeti oblek. *(Poslanec Špaček: Nosili bychom fíkové listy.)*

Mám-li mluviti o jiné věci, jsou to nitě. U nás anglický kapitál již v míru, v době před válkou, výrobu nití zmonopolisoval. Všechny domácí podniky a výrobny musely kapitulovati před velkým kapitálem. Když žádána byla

ochrana od vlády, byli jsme briskně odbyti. Naproti tomu v Uhrách se průmysl a výroba těšily blahovolné pozornosti u vlády. Nyní se přichází k resultátu, že nemáme nití, poněvadž výrobu jejich uchvátil anglický kapitál, který si s nimi dělal, co chtěl. *(Tak jest.)*

Když má býti provedena rekvisice, a každý má ze svých zásob 50 procent odvésti, nechť je provedena rekvisice do důsledků. Přesvědčili jsme se, co je ve Vídni nití a zboží. Obchodník, který byl minulý měsíc ve Vídni, nakoupil v zastrčeném nepatrném krámečku vídeňském látku na dva zimníky. *(Výkřiky.)* Tvrdil, že jest skladiště nabité látkami, že však majitel nechce nic prodati než na jeden oblek neb kabát. *(Výkřiky.)* O věci té správně se vyjádřil kolega Einspinner; aby bylo o vojsko postaráno, rekviruje a hromadí se zboží v množství, kterého není potřeba. Nadbytek je ve skladištích vojenských. Z oskárky se dělaly boty, které se pro pole nehodí a takových kůží je dosti a mohla by býti část uvolněna.

Rovněž pro krejčí mohlo by býti zboží uvolněno, neboť jest ho prozatím u vojenské správy dostatek. Jménem českého živnostnictva žádám, aby vláda v tomto směru nějaké kroky učinila. *(Tak jest!)* Pokud pak se týče materiálu, musím, velectění pánové, též jménem českého živnostnictva co nejrázněji protestovati proti úmyslu pana generálního komisaře, sekčního šéfa Riedla, proti jeho programu poválečnému, aby todiž továrny, které by rychle zboží zpracovaly, aby mohlo býti použito jako platidlo za hranice ku zlepšení valuty, byly po válce zásobeny a drobné živnostnictvo nikoli. Střední stav, jest vydán v ruce pana generálního komisaře Riedla. *(Výkřiky.)* Velké podniky nahrabaly již dosti během války a není potřeba, aby i po válce sami zisky shrábly. *(Souhlas.)*

Velectění pánové! Ještě několik slov si dovolím uvésti o dovolených a sprošťování samostatných živnostníků. Věc se má prostě takto. Měl jsem příležitost býti komandován jako voják u pracovního oddělení, „Arbeiterdepot." Měli jsme až 2000 lidí, s kterými jsme nevěděli co počíti. Byli posíláni na různé práce, ku příkladu zametání silnic. Na cestu 200 metrů dlouhou s Petřína na Hradčany bylo posíláno denně na zametání přes 200 lidí. *(Poslanec Prošek: Pak přišel na jeden metr cesty jeden člověk k zametání.)* Ostatní neměli co dělati. Pro vodu s voznicí bylo posíláno 80 lidí najednou; dva pumpovali a 78 lidí leželo.

Když ze 2000 lidí někdo šel k raportu o dovolenou, byl briskně odbyt, že z důvodů vojenských nemůže dovolenou dostati. Rolníkům ještě bylo vyhověno, ale samostatnému živnostníku ne. Že tímto způsobem byli samostatní živnostníci poškozováni, jest známo. Vojenská správa kdyby pracovala s rozmyslem, byla by lidi bezezbraně, samostatné živnostníky a nevojíny nechala doma pracovati v jejich dílnách pro vojenské účely, byla by tak zaměstnávala i řemeslné dělnictvo, které trpí rovněž. Rolníci a živnostníci, kteří byli povoláni na vojnu na základě „Kriegsleistungsgesetzu", byli placeni 16 haléři denně, zatím co od vojenských sborů, od „Arbeiterdepot" byli komandováni do fabrik, které vydělávali statisíce denně. Znám případ, že z takových lidí bylo do Ringhofferovy továrny komandováno přes 200. *(Výkřiky.)*

Proč je volala vojenská správa na vojnu a komandovala do velkotováren? Proti takovému počínání musíme protestovati a nemůže nás uspokojiti prohlášení ministra zemědělství, že bude brán k žádostem blahovolný zřetel. *(Poslanec Konečný: Slibů pro nás má vždy dosti!)*

Konečně se chci zmíniti o nesvolávání poradních sborů živnostenských. Jestli ministr obchodu nyní slíbil, že konečně jednou po 4 letech živnostenskou radu svolá, jest to jen malá ukázka spravedlnosti vůči střednímu stavu. Jsem přesvědčen, že kdyby všichni interesovaní lidé a specielně odborníci byli bývali povoláni ihned na začátku války do různých poradních sborů, nebylo by došlo k takovým koncům v hospodářství v říši jako nyní. *(Souhlas.)*

Žádám proto nejen o svolání rady živnostenské, ale také o nejrychlejší svolání poradního sboru živnostenského při ministerstvu veřejných prací. Čeká je velmi mnoho práce, raditi se nejen o zlepšení a zvelebení živností i vedle toho bude je čekati hodně úkolů, jmenovitě raditi se o tom, jakým způsobem se bude muset živnostenská mládež vychovávati, jakým způsobem se bude do živností usazovati, což jest jistě neobyčejně důležitá část sociální politiky. *(Tak jest!)*

Ku konci prohlašují, že přirozeně budeme hlasovati pro návrh, poněvadž v tom vidíme akt spravedlnosti vůči střednímu stavu. *(Potlesk. — Řečníka se blahopřeje.)*

**Präsident:** Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Stojan.

Abgeordneter P. **Stojan:** Slavná sněmovno! Přihlásil jsem se ke slovu při projednávání předlohy ve prospěch živnostnictva, jenž jest jedna z hlavních opor státních. Platí-li to o jiném národě, že živnostnictvo jest činitelem pro jeho vývoj, platí to zvýšenou měrou o našem národě,

v jehož historii živnostnictvo udávalo mnohdy směr dějin. Jest tudíž naší povinností pečovati o to, aby se povzneslo v čest a v slávu naše poctivé řemeslo. *(Souhlas.)*

Hohes Haus! Allgemein ist anerkannt worden, daß der Gewerbestand eine Hauptstütze des Staates ist; allgemein ist anerkannt worden, daß er wirklich auch der Hilfe, der Unterstützung bedürftig ist, nachdem der Gewerbetreibende ja so große und so viele Opfer im Kriege dargebracht hat, oft mit Hintansetzung seiner eigenen Existenz. Es wird allgemein zugegeben, daß im Kriege dem Gewerbestande Wunden geschlagen wurden, zu deren Gesundung der Staat eben Opfer aufbringen soll, nachdem der Gewerbetreibende so viele Opfer dargebracht hat, während sein Geschäft daheim lahmgelegt war, wenn es nicht gar zugrunde ging. Man ist also der Pflicht enthoben, die Notwendigkeit einer solchen Unterstützung, die ja eine Volksnotwendigkeit im wahren Sinne eine Volksnotwendigkeit ist — sie ist aber auch eine Staatsnotwendigkeit —, zu beweisen, denn dies hieße Holz in den Wald hineintragen und Wasser in das Meer gießen. Man muß der falschen Meinung, daß die Gewerbetreibenden Kriegsgewinner sind, entgegentreten. Sie teilen das Schicksal, das herbe Schicksal der lieben Konsumenten.

Wir haben letzthin eine Geldsumme für die Gewerbetreibenden bewilligt, damit ihnen im Kreditwege geholfen werde. Es ist dies wohl nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Nun handelt es sich jetzt wiederum darum, daß sie Rohstoffe bekommen. Hierüber ist ja schon recht viel gesprochen worden. Aber wir müssen auch verlangen, daß ihnen ein gewisser Einfluß bei allen den Organisationen zuteil werde, die ohnedies den so abnormalen Markt beherrschen. Nachdem nun alles klar zutage liegt und nachdem die Notwendigkeit der Abhilfe gar nicht zu bestreiten ist, ist es wohl nicht nötig, noch mehr Worte darüber zu verlieren. Ich habe mich aber aus einem besonderen Grunde zum Worte gemeldet.

Bei den Beratungen im Gewerbeausschusse hat der Arbeitsminister Seine Exzellenz v. Homann den Gewerbetreibenden Dank gezollt und es ist ihm auch wiederum Dank zu zollen für die Anerkennung, die er den Gewerbetreibenden zuteil werden ließ für die großen dargebrachten Opfer während des Krieges. Er hat dabei dessen Erwähnung getan, daß der mährische Gewerbeförderungsrat eigentlich die Initiative zu diesen Anträgen gegeben hat, die eben jetzt in Verhandlung sind.

Er hat erwähnt, daß der mährische Gewerbeförderungsrat während des Krieges Beratungen gepflogen und hierbei die Richtlinien angegeben hat, wie dem Gewerbestande zu helfen wäre. Die mährischen Gewerbetreibenden waren es auch, welche die Anregung zur Novellierung der Gewerbeordnung gegeben haben und unter diesen waren wiederum die Gewerbetreibenden in Kremsier die eifrigsten Agitatoren, die alles für die neue Gewerbeordnung vorbereitet haben. Ich benutze also diese Gelegenheit, um dies zur Kenntnis zu bringen. Ich benutze diese Gelegenheit, um den mährischen Gewerbetreibenden beider Nationalitäten Dank zu sagen für ihr edles Bestreben. Der Erfolg, den sie erzielt haben und die Anerkennung mögen sie in ihrem edlen Bestreben bestärken. Unser Bestreben wird es sein, daß der Gewerbestand, die kräftige Stütze des Staates, erstarke. Ehre dem ehrlichen Handwerk! und ich füge das Wort Kolpings hinzu: „Gott segne das ehrliche Handwerk!" *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zu einem formalen Antrage erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lutschounig das Wort.

Abgeordneter **Lutschounig:** Ich beantrage Schluß der Debatte.

**Präsident:** Der Herr Abgeordnete Lutschounig beantragt Schluß der Debatte. Ich ersuche diejenigen Herren, die diesem Antrage zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Der Antrag ist angenommen.

Es sind noch eingetragen und zwar pro die Herren Abgeordneten: Beyer, Hueber, Jarc, Kraft, Dr. Schürff, Richter, Dr. Waber, Wedra, Dr. Roller, Wüst, Parrer, Loser, Pichler, Goll, Diwald, Wohlmeyer, Brandl, Fink; kontra die Herren Abgeordneten: Schäfer, Masata, Starck, Kittinger, Dr. Sylvester, Dr. v. Oberleithner, Primavesi.

Ich ersuche die Herren, sich auf Generalredner zu einigen — links pro, rechts kontra.

*(Nach Vornahme der Wahl:)*

Zum Generalredner pro wurde der Herr Abgeordnete Loser, zum Generalredner kontra der Herr Abgeordnete Kittinger gewählt.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kittinger das Wort.

Abgeordneter **Kittinger:** Hohes Haus! Bei Beurteilung der uns zur Verhandlung vorliegenden Frage ist es, glaube ich, vor allem andern notwendig, sich darüber klar zu sein, von welchem Gesichtspunkt wir den Staat als solchen auffassen. Nehmen wir das Gottesgnadentum des Staates an und betrachten wir ihn als eine von Gottes Gnade einzelnen Wenigen zur Ausbeutung überlieferte Domäne, dann kommen wir zu dem Schluß, daß das Wirtschaftssystem, welches gegenwärtig

besteht, daß einzelne Wenige ungeheure Reichtümer auf Kosten der Allgemeinheit ansammeln können und dadurch zur Herbeiführung des Zweiständesystems — Reich und Arm, ohne Mittelstand — beitragen, die richtige Entwicklung sei.

Nehmen wir aber den Staat wie es unsere Auffassung ist, als eine Wirtschaftsgemeinschaft höchster Art, dann kommen wir zu dem Schluß, daß der Staat die Aufgabe hat, vielen zu einer gesicherten Existenz, allen aber den Weg zum Wohlstand zu erschließen. Damit kommen wir zum Dreiständesystem oder zur Beibehaltung des Mittelstandes in seiner bisherigen Art. Warum? Im Mittelstand finden wir Kapital und Arbeit vereinigt, während wir bei dem Zweiständesystem das Großkapital oder den Grundbesitz in den Händen einzelner Weniger zusammengezogen sehen und die große Masse Besitzloser einer trostlosen Zukunft entgegengeht.

Wir müssen aber wollen, daß nicht nur der gewerbliche Mittelstand bestehe, sondern als Vertreter des Gewerbestandes wünschen wir gleichzeitig neben ihm das Blühen und Gedeihen des Bauernstandes, weil wir uns voll bewußt sind, daß unser gewerblicher Mittelstand auf dem flachen Lande draußen seine sicheren Wurzeln in der Kaufkraft des Bauernstandes zu suchen hat und daß daher die wirtschaftlichen Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Ständen untrennbare sind. Im Bauernstande ist ja auch geradeso wie im Arbeiterstande das Reservoir für den mittelständischen gewerblichen Nachwuchs zu sehen, weil ja nicht jeder Bauer jedem Sohn wieder ein Bauerngut ankaufen kann, sondern bemüßigt ist, einen oder zwei Söhne der gewerblichen Berufstätigkeit zuzuführen. Es muß daher auch dem Bauernstande an der Erhaltung des gewerblichen Mittelstandes ebenso gelegen sein, wie uns, sowie andrerseits dem gewerblichen Mittelstande an dem Gedeihen des Bauernstandes gelegen sein muß. Diese Frage ist um so dringlicher und erwägenswerter, als wir jetzt in einem Zeitabschnitt stehen, in welchem wir, wenn wir die Zeit richtig verstehen, die Grundlage für eine glückliche Entwicklung des gewerblichen Lebens aller Berufsarten, des handwerkmäßigen sowie des bäuerlichen, durch Ausnützung und Vermittlung der elektrischen Kräfte schaffen können.

Meine Herren! Erfassen wir die Frage in ihrer Wichtigkeit, dann werden wir uns sofort darüber klar, daß durch die Vermittlung der elektrischen Kräfte dem gewerblichen Mittelstand eine solche Erwerbsmöglichkeit und Konkurrenzfähigkeit auch gegenüber größeren Betrieben gegeben ist, wie er sie eben zu einem wirtschaftlich guten Gedeihen braucht, weil der elektrischen Kraft Teilbarkeit innewohnt und weil sie dabei eine gewisse Billigkeit auch in der kleinsten Quantität behalten kann, während das bei der Dampfkraft nicht möglich ist. Je größer die Dampfkraftanlage, um so billiger sind die einzelnen Pferdestärken. Es kann daher der kleine Gewerbetreibende sich vorteilhaft der Dampfkraft nicht bedienen, während er elektrische Kraft, von einer Zentrale ihm zugeführt, ein paar Kilowattstunden zu demselben Preise oder zu einem nicht wesentlich höheren Preise bekommt, als ein anderer kraftkonsumierender Betrieb. Hierin liegt, hohes Haus, die Bedeutung der Erfassung der Naturwasserkräfte für die Erzeugung der elektrischen Energie und weiters die hohe Bedeutung derselben als wirtschaftliche Grundlage für sämtliche mittelständischen sowie auch für alle industriellen Betriebe.

Wenn ich vom Großkapital spreche, so unterscheide ich, meine Herren, sehr streng zwischen dem produktiven Großkapital und dem spekulativen Großkapital. Von dem produktiven Großkapital, welches in den Industrieanlagen investiert ist, wünschen wir, daß es sich erfolgreich betätige, weil wir der vollen Überzeugung sind, daß wir in der gegenwärtigen Bedürfnisbefriedigung auf die Tätigkeit einer gesund fundierten Großindustrie — Groß- und der Mittelindustrie — nicht verzichten können. *(Sehr richtig!)* Das ist produktive Arbeitsleistung, und zwar in einer Art, wie sie wieder der kleine Mann so vorteilhaft nicht entwickeln kann. Wir wünschen ein Gedeihen der produktiven Industrie und respektieren daher auch das produktive Kapital. Aber so wie wir das produktive Kapital respektieren und wertschätzen, so verurteilen wir die Tätigkeit des spekulativen Kapitals, welches sich lediglich zur Aufgabe macht, sich vom Schweiße der Produzierenden den Löwenanteil durch Zwischenhändlergewinne zuzueignen und dadurch sowohl den Erzeuger wie den Verbraucher als Dazwischenstehender auszubeuten.

Da uns ja bekannt sein muß, daß der Finanzmann den Staat so trägt wie der Strick den Gehenkten, das heißt, daß das konzentrierte mobile Kapital eben durch diese fortgesetzte Konzentrierung für den Staat gefährlich werden kann, daß es letzten Endes den Staat erwürgt und erdrosselt, haben wir die Hoffnung, daß wir auch in unseren Mahnrufen von seiten der hohen Regierung verstanden, daß wir eine wohlwollende Erwägung in diesen Kreisen wachrufen werden und daß man daher auch der mittelständischen Weiterentwicklung, der mittelständischen Unterstützung ein höheres Augenmerk zuwenden wird als wir es leider in früheren Jahren bemerkt haben. Es kann hiefür nicht so sehr die Beamtenschaft zur Verantwortung gezogen werden, sondern vielmehr die von unseren Hochschulen ausgestreuten Theorien, welche zum großen Teil dahin gingen, daß der Mittelstand besser zu beseitigen sei. Man kann es der aus diesen Hochschulen hervorgegangenen Beamtenschaft nicht verübeln, wenn sie

diesen Anschauungen noch zum Teil huldigt, sowie man es ihr auch nicht verübeln kann, wenn sie in der gegenwärtigen schweren Zeit für unsere volkswirtschaftlichen Belange nicht jenes Verständnis aufbringt, welches wir mit Freude erwarten würden. Das kann man dem Beamten nicht zum Vorwurf machen. Er hat seinen Befähigungsnachweis für den Eintritt in den Staatsdienst durch Absolvierung mindestens der Mittelschule erlangt, und wenn wir es versäumt haben, den Mittelschul- und Hochschullehrplan schon früher so zu regeln, wie er zeitgemäß auszugestalten gewesen wäre, um den jungen Mann, welcher diesen Bildungsgang absolviert, mit entsprechenden Kenntnissen auszustatten, dann trifft ein großer Teil der gegenwärtig entstandenen Schuld auch uns selbst. Daher wird es unsere Pflicht sein, wenn wir ein gedeihliches mittelständisches Leben erwecken wollen, zuvörderst auf den Unterricht an unseren Mittel- und Hochschulen Einfluß zu nehmen, damit derselbe entsprechend geändert, damit nicht dem jungen akademischen Bürger gesagt wird, der Mittelstand sei nicht mehr lebensfähig, der Fortschritt der Technik und der wissenschaftlichen Entwicklung erfordere vielmehr dessen Beseitigung und die Konzentrierung der Bedarfsbefriedigung in den Händen einzelner Großbetriebe. Wir müssen dafür sorgen, daß man den jungen Leuten wahr und richtig sagt, der Mittelstand hat sich bewährt, er ist jenes feste Fundament der Gesellschaft und des Staates, das es auch dem einzelnen Menschen ermöglicht, durch Tüchtigkeit und fleißige Arbeitsleistung eine selbständige Existenz zu erringen und sich in dieser Selbständigkeit weiter zu entwickeln. *(Beifall.)*

Aus diesem Grunde müssen wir auch fordern, daß in der gegenwärtigen schweren Zeit alles geschehe, was für die Erhaltung unserer mittelständischen Betriebe notwendig ist. Welche Forderungen das sind, haben ja meine verehrten Herren Vorredner von dieser Stelle aus bereits dargelegt; ich schließe mich diesen Ausführungen vollständig an und möchte nur betonen, daß diesen Darlegungen, wie ich schon früher gesagt habe, von seiten der Regierung volles Verständnis entgegengebracht, daß insbesondere von seiten der Militärverwaltung auf diese berechtigten Beschwerden und Belange eingegangen werde. Damit schließe ich. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Generalredner pro, Herrn Abgeordneten Loser, das Wort.

Abgeordneter **Loser:** Hohes Haus! Das Haus arbeitet derzeit wieder einmal mit Volldampf. Nach einem so arbeitsreichen Tag und nach bald neunstündiger Dauer der Sitzung ist es wohl keine dankbare Aufgabe, in vorgerückter Stunde noch das Wort zu ergreifen und ich werde mich daher trotz meiner Eigenschaft als Generalredner ganz kurz fassen.

Ich gebe zunächst in meinem sowie im Namen meiner Parteifreunde der Befriedigung darüber Ausdruck, daß wir es heute mit einer Frage zu tun haben, die eine Gewerbeförderung bedeutet. Vor ganz kurzer Zeit war ein ähnlicher Gegenstand auf der Tagesordnung, indem die bekannte Kreditaktion durchgeführt wurde, welche aus den Beschlüssen resultierte, die gelegentlich der Budgetberatung hier gefaßt wurden. Auch der heutige Beratungsgegenstand bedeutet eine gewerbliche Hilfsaktion von nicht zu unterschätzender Bedeutung, aber nur dann, wenn die, wie wir hoffen, einmütig zu fassenden Beschlüsse auch tatsächlich von allen berufenen Organen konsequent durchgeführt werden. *(Zustimmung.)*

Es wäre zu alldem manches noch zu sagen, obwohl der Bericht sehr ausführlich ist, ich will mich aber, wie gesagt, in Rücksicht auf die obwaltenden Umstände längerer Ausführungen enthalten und erklären, daß wir selbstverständlich allen diesen Anträgen bereitwilligst zustimmen. Auch wir haben die Überzeugung, daß die Militärverwaltung bei der Behandlung von Enthebungsgesuchen Gewerbetreibender, die man im Hinterlande unbedingt notwendig braucht, etwas mehr Rücksicht walten lassen sollte und auch bei gutem Willen und bei entsprechender Einsicht walten lassen könnte. Das wäre nicht nur im Interesse der einzelnen betreffenden Gewerbetreibenden und ihrer Familien, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit gelegen. *(Zustimmung.)*

Es ist eine ganz berechtigte Forderung, die von einer Reihe meiner Vorredner, mit denen ich in diesen und den meisten anderen Belangen vollständig übereinstimme, erhoben wurde, daß die frontdienstuntauglichen Gewerbetreibenden, namentlich der älteren und ältesten Jahrgänge, wenn möglich enthoben oder doch zumindest in dem Standorte, in welchem sie ihr Gewerbe ausüben, in Verwendung kommen sollen, was bei gutem Willen in vielen Hunderten von Fällen möglich ist. Es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß diese einberufenen Leute oft eine ganz verkehrte Verwendung finden, es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß verschiedene Anordnungen nicht befolgt werden, daß sogar Erlässe, die der humanen Denkungsart des Kaisers entsprungen sind, von der Militärverwaltung im Bewußtsein ihrer Machtvollkommenheit nicht beachtet und, wie es geheißen hat, nicht durchgeführt wurden. Mit Recht erwähnt auch der Berichterstatter und weist auf Fälle hin, daß zum Beispiel Gerber, Lederer der Reihe nach einberufen wurden, während daheim die Häute verdarben.

Ich kann den Beweis dafür nicht erbringen, aber bei dem Umstande, daß wir so manches erlebt haben, was die Rücksichtnahme nach dieser Seite

hin seitens der Militärverwaltung betrifft, müssen wir wohl daran glauben. Man muß sich aber an den Kopf greifen, wenn es eine Tatsache ist, daß zu einer Zeit, wo Hunderte und Tausende, ja die überwältigende Mehrheit in diesem Reiche nicht weiß, wo sie die notwendigste, die allerdürftigste Beschuhung hernehmen soll, Lederer oder Gerber in so großer Zahl einberufen werden, daß die zur Verfügung gestellten und zu Leder zu verarbeitenden Häute nicht verarbeitet werden können, sondern zugrunde gehen müssen. Die berufenen Organe, besonders aber die Militärverwaltung sollten sich dessen bewußt sein, daß die Schuh- und Ledernot allerorts in der ganzen Monarchie ein wahrhaft trauriges, nicht ernst genug zu nehmendes Kapitel ist und daß daher alles aufgeboten werden muß, um wenigstens die allernotwendigste Beschuhung herstellen zu können. Ich mache darauf aufmerksam, daß heute bei dem Mangel an Leder hunderte und tausende Kinder und Erwachsene sich mit Holzschuhen behelfen müssen, daß das in den flachen Gegenden noch angeht, daß aber die Alpenländer doppelt darunter leiden, weil der Bauer in den Gebirgsgegenden, der sein Holz bergen und das Heu zu Tal bringen muß, mit Holzschuhen nicht arbeiten kann, wenn er sich nicht einer direkten Lebensgefahr aussetzen will. Es muß daher bei der Verteilung des wenigen zur Verfügung stehenden Leders auch darauf Bedacht und Rücksicht genommen werden, denn die Not und die Klagen in diesen Kreisen sind groß und in ihrer Gänze vollauf berechtigt.

Was die Zuwendungen von Halbfabrikaten und Rohmaterialien anbelangt, so ist dieses Kapitel auch in dem Berichte genügend ausgeführt und von den Vorrednern erwähnt worden. Ich schließe mich dem vollständig an und wünsche und hoffe nur, daß hier schleunigst und planmäßig vorgegangen werde, wenn die Katastrophe, in der sich alle jene zahllosen Gewerbe befinden, die einen vollständigen Mangel an Rohstoffen aufzuweisen haben, irgendwie einigermaßen eingedämmt oder aufgehalten werden soll. Wenn es richtig ist, daß die Heeresverwaltung große, übergroße und keineswegs unbedingt notwendige Mengen aufgestapelt hat, wenn es wahr ist, daß die Zentralen mit den Rohstoffen nicht herausrücken wollen, wenn es wahr ist, daß Kaufhäuser große Mengen aufgestapelt haben und wenn es richtig ist, daß sogar Winkelhändler große Mengen und Vorräte angesammelt haben um Kettenhandel damit zu treiben, wenn das alles richtig ist und zutrifft, was vor mir ausgeführt wurde, dann ist es Aufgabe und Pflicht der Regierung, die Mittel und Wege zu finden, um diese Vorräte herauszubekommen und der Allgemeinheit zuzuführen.

Es sind heute von der Regierungsbank, von berufenster Seite, von Seiner Exzellenz dem Herrn Handelsminister und von Seiner Exzellenz dem Herrn Landesverteidigungsminister Worte höchster Anerkennung dem Gewerbestande gezollt worden. Es wurde die Bedeutung des Gewerbestandes hervorgehoben, seine patriotische Hingabe in guten und bösen Zeiten, und es wurde seine fachmännische Leistungsfähigkeit rückhaltslos anerkannt und zugegeben. Es ist auch zugegeben worden, daß der Gewerbestand durch die Kriegsfolgen von allen Ständen am allermeisten und schwersten in Mitleidenschaft gezogen, daß er in seinem Lebensnerv getroffen wurde.

Daraus erwächst aber auch der Regierung die Verpflichtung, alle Maßnahmen zu treffen und alles vorzukehren, um diese Schäden gutzumachen oder — vollständig heilen wird sie sie nicht können — wenigstens einigermaßen auszubessern und dem Gewerbestand wieder einigermaßen zur Existenz zu verhelfen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß den schönklingenden, wohlwollenden Worten, die von der Regierungsbank gefallen sind, alsbald auch Taten folgen werden, auch in dem Sinne, daß die Beschlüsse, die der Gewerbeausschuß heute durch seinen Berichterstatter beantragt, zur Gänze und in kürzester Zeit zur Ausführung gelangen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter **Erb** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Der Verlauf der Debatte war ein sehr erfreulicher und ist der beste Beweis dafür, wie notwendig es war, daß in diesem hohen Hause über die Notlage des Gewerbestandes öffentlich vor allen Leuten gesprochen wird.

Die Ausführungen des Herrn Handelsministers waren einerseits sehr erfreulich, andrerseits aber sehr bedauerlich. Was Seine Exzellenz der Herr Handelsminister uns gesagt hat, das war alles außerordentlich schön, wir freuen uns der besonderen Anerkennung, die der Herr Handelsminister dem Gewerbestande nach allen Richtungen hin gezollt hat. Für die Zukunft sind also diese Ausführungen erfreulich, insbesondere dann, wenn sie in die Tat umgesetzt werden. Aber für die Vergangenheit sind sie traurig und erbitternd. Denn was geht aus diesen Ausführungen hervor? Daß bis zum heutigen Tage sich im Handelsministerium um den Gewerbestand während des Krieges niemand gekümmert hat. Diese Tatsache wäre nicht möglich gewesen, meine Herren, wenn das hohe Haus zu Beginn des Krieges oder zumindest vor zwei oder drei Jahren einberufen worden wäre. Ich bin mir dessen voll bewußt, daß das, was heute hier gesprochen wurde, was wir beschließen werden und was hoffentlich zur

Ausführung gebracht werden wird, um drei Jahre zu spät kommt. Diese drei Jahre sind eine furchtbare Belastung geworden und haben zu dem Zustande des Gewerbestandes geführt, in dem er sich leider traurigerweise heute befindet. Nicht den Herrn Handelsminister, der so kurze Zeit erst in seinem Amte ist, kann irgendein Vorwurf treffen. Schon durch die Rede des Herrn Abgeordneten Einspinner ist es ganz klar geworden und ich kann es hier ruhig aussprechen: Schuld daran sind ein großer Teil der bleibenden Bureaukraten im Handelsministerium *(Zustimmung)* und diejenigen, die heute den Hauptausschuß im Handelsministerium zusammengesetzt haben, das Generalkommissariat, haben in der Zusammensetzung schon den Beweis geliefert, daß sie sich um den Gewerbestand nicht kümmern und nicht kümmern wollen. *(Zustimmung.)* Warum? Weil sie nicht wollen. Denn die Zusammensetzung dieses Generalkommissariates ohne einen einzigen Gewerbetreibenden ist der beste Beweis dafür, wie man im zuständigen Ministerium — das ist das Handelsministerium für den Gewerbestand — diesen Stand immer mißachtet und zurücksetzt bei jeder Gelegenheit. Um alle Zentralen hat man sich gekümmert, überall hat man in die Zentralen massenhaft Leute hineingegeben und diese überfüllt zu entsprechenden Gehältern — für den Gewerbestand fand man keine Vertreter und keine Vertretung. Hunderttausende von selbständigen gewerblichen Berufsangehörigen sind in den kriegswirtschaftlichen Ämtern unvertreten. Betrachten wir einmal die Zentralen. Finden Sie da eine Vertretung des Gewerbestandes, des bodenständigen, ansässigen Gewerbestandes? Schauen Sie sich die Zusammensetzung dieser Zentralen an, ob ein wirklicher Handwerker, ob ein wirklicher Kaufmann drinnen sitzt! Zum großen Teile sind es Elemente, die niemals mit dem handwerklichen Berufe, vielleicht auch zum großen Teil mit dem Handelsstande nichts zu tun hatten, sondern Existenzen, die plötzlich während des Krieges aufgetaucht sind, finden wir in den Zentralen, um das Volkswohl auch dementsprechend zu vertreten.

Darum sage ich: Der erste Teil der Ausführungen Seiner Exzellenz war sehr erfreulich, die Vergangenheit aber ist wirklich sehr unerfreulich. Man könnte dieses Kapitel noch weiter ausdehnen; ich habe aber die Aufgabe, diesen Teil zu schließen und nicht zu lange zu reden. Aber gesagt muß es werden, schon deshalb, weil man aus der Vergangenheit lernen muß, um es in der Zukunft anders zu machen. Wir vertrauen dem Herrn Handelsminister und darauf, was er heute gesagt hat, wir wünschen ihm aber auch die Kraft, daß er hineinfährt in diese Gesellschaft im Handelsministerium, die vom Gewerbe nichts wissen kann *(Zustimmung)* oder vielmehr etwas wissen sollte, aber nichts wissen will.

Eine sehr energische Hand wird nötig sein, um die Feindseligkeit gegen das Gewerbe zu beseitigen, die dort direkt herrscht und die ich in meinen ersten Ausführungen schon durch den Hinweis auf die Art der Zusammensetzung der wirtschaftlichen Verbände aller Art glaube bewiesen zu haben. Jeder Redner hier hat den Beweis erbracht, daß das wahr und klar ist, was ich hier sage.

Eine Lücke war in meinen Ausführungen als Berichterstatter, die durch den Herrn Kollegen Gostinčar ausgefüllt wurde. Ich habe gesagt, daß der Gewerbestand eine besondere Bedeutung für die Konsumenten, für den Hausbesitz, für die Mieter besitzt. Kollege Gostinčar hat ausgeführt, daß der Gewerbestand auch für die Landwirtschaft eine außerordentliche Bedeutung gewinnt. Leider konnte ein Herr von den Agrariern nicht zu Worte kommen, aber wir verstehen es auch: Wie soll der Landwirt im nächsten Frühjahr seine Äcker bebauen, wenn der Pflug schlecht ist, wenn er keinen Schmied zur Ausbesserung findet, wenn die Egge nicht mehr zu benützen ist und die ganzen Gerätschaften, die der Bauer braucht, nicht mehr zu haben sind? Wie soll er den Boden bearbeiten können, wenn ihm dazu die Werkzeuge fehlen? Und wo soll er die Werkzeuge hernehmen, wenn er die Gewerbetreibenden nicht mehr zur Hand hat? Und die vielen Klagen, die uns alle untergekommen sind: „Bitte, wir brauchen doch einen Schmied, soundsoviel Stunden weit ist kein Schmied zu finden, kein Wagner aufzutreiben und kein Schlosser!" Was bedeutet das bei unseren zerstreuten Gehöften für den Landmann, der keine Arbeitsutensilien und keine Geräte mehr verwenden kann? Auch von der Beschuhung war die Rede gewesen. Wen trifft denn dieser Mangel am allermeisten? Wer braucht denn viel Schuhwerk und bei wem geht es am meisten zugrunde? In der Landwirtschaft, weil sie der Landwirt auch am meisten ausnützt. Ich will damit sagen, daß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens der Gewerbetreibende direkt unentbehrlich ist und daß besonders jetzt, wo er nicht nur zum großen Teile überhaupt durch die Einberufungen ausgeschaltet ist, sondern wo auch der daheimgebliebene alte Gewerbetreibende keine Rohmaterialien hat, der Konsument, und das ist der Landwirt, schwer darunter leidet.

Ich will auf die weiteren Ausführungen nicht zurückkommen, um die Debatte zu beenden. Nur folgendes sei zum Schlusse gesagt: Wenn die heutigen Ausführungen, die Beschlüsse des Gewerbeausschusses und die Anträge dazu beitragen werden, einen Teil der Gewerbetreibenden, soweit er noch vorhanden ist, zu schützen und in seiner Existenz zu sichern, so kann der Gewerbestand den heutigen Tag mit Freude begrüßen, weil es sich endlich einmal gezeigt hat, daß auch Herz und Sinn in diesem

hohen Hause und bei der hohen Regierung für den Gewerbestand zu finden sind. Wenn Seine Exzellenz der Herr Landesverteidigungsminister heute in seiner klaren und offenen Weise wieder zum Ausdruck gebracht hat, daß von seiner Seite alles geschehen wird, um dem Gewerbestande entgegenzukommen, so glaube ich das vollständig. Ich habe schon bei meinen ersten Ausführungen erwähnt, daß der Geist des Landesverteidigungsministeriums auch bei den Kommanden sich geltend machen möchte, und aus den Ausführungen des Herrn Landesverteidigungsministers meine ich entnehmen zu können, daß auch nach dieser Richtung hin etwas geschehen wird, um auch die unterstehenden Kommandanten eine gewisse Achtung und ein gewisses Entgegenkommen gegenüber dem Gewerbestande zu lehren.

Halten und helfen nun alle diese Faktoren zusammen, so hoffen wir, daß bessere Zeiten für den Gewerbestand kommen. Ich wünsche, daß dies baldigst der Fall ist und bitte, die Anträge und die Resolutionen des Ausschusses anzunehmen. Was die im Laufe der Debatte gestellten Resolutionen anbelangt, so erlaube ich mir, zu beantragen, daß diese dem Gewerbeausschuß zur weiteren Berichterstattung und Beschlußfassung überwiesen werden. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Starck.

Abgeordneter **Starck:** Hohes Haus! Die Ausführungen Seiner Exzellenz des Herrn Handelsministers haben auf mich den Eindruck eines ehrenhaften Mannes gemacht und ebenso auch die Zusicherung von seiten des Herrn Landesverteidigungsministers. Ich glaube auch, daß der Wille besteht, dem Gewerbestand eine bessere Zukunft vorzubereiten. Allein in einer Beziehung muß ich tatsächlich berichtigen und das ist der Umstand, daß jene energische Kontrolle fehlt, die wir . . .

**Präsident** *(unterbrechend):* Ich bitte, Herr Abgeordneter, eine tatsächliche Berichtigung kann sich nur auf in der Debatte vorgebrachten Sachen beziehen, aber Sie dürfen nicht allgemeine Bemerkungen vorbringen!

Abgeordneter **Starck:** Ich berichtige tatsächlich, daß bezüglich des Leders nicht der Mangel besteht, der allgemein in der Debatte hervorgekommen ist. In zwei Minuten bin ich mit folgendem Beweise fertig. Ich erhalte folgende Zuschrift *(liest):*

„Anbei übersende ich Ihnen einige Muster . . ."

**Präsident** *(unterbrechend):* Ich bitte, Herr Redner, eine Zuschrift, die Sie von irgendwem erhalten haben, kann unmöglich den Gegenstand einer tatsächlichen Berichtigung bilden. Ich ersuche Sie, sich auf tatsächliche Berichtigungen zu beschränken.

Abgeordneter **Starck:** Ich verzichte also auf die Verlesung der Zuschrift und stelle nur fest, daß die Lederstanzfabrik in Aussig vollständig gesundes Leder so verarbeitet, wie es hier der Fall ist *(Redner legt einige Stücke vor)*, und daß heute mehr als 12.000 Kilogramm Leder dort liegen, welche die arme Bevölkerung haben könnte und es in die Millionen geht, was nutzlos verarbeitet wird. Während also das arme Volk barfuß herumlaufen muß, wird so mit vollständig gesundem Leder, das das Ärar und der Staat der Lederstanz-Aktiengesellschaft in Aussig zuweist, verfahren und so werden auf diese Weise Staat und Volk betrogen. Seine Exzellenz mag sich davon überzeugen. Ich bitte ihn, diesen Brief zur Kenntnis zu nehmen, weil der Herr Präsident es nicht zulassen will, denselben zu verlesen. Damit ist wohl tatsächlich richtiggestellt, daß ein elender, erbärmlicher Betrug und Schwindel vollzogen wird und das arme Volk barfuß laufen muß.

**Präsident:** Ich bitte die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen.

Der Gewerbeausschuß hat erstens über Antrag des Berichterstatters fünf Resolutionen beantragt. Wünschen die Herren dieselben zu hören? *(Rufe: Nein!)* Wenn das nicht der Fall ist, werden wir über diese Resolutionen gemeinsam abstimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die den vom Gewerbeausschuß über Antrag des Herrn Berichterstatters beantragten Resolutionen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Die Resolutionen sind angenommen.

Außerdem hat der Gewerbeausschuß über Antrag einzelner Abgeordneter noch neun andere Resolutionen beantragt. Wenn keine Einwendung erhoben wird, werden wir über diese Resolutionen gemeinsam abstimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die auch diesen Resolutionen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Auch diese Resolutionen sind angenommen.

Es sind ferner im Laufe der Debatte drei Resolutionen beantragt worden. Der Herr Berichterstatter beantragt die Zuweisung derselben an den Gewerbeausschuß.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dieser Zuweisung zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Diese Resolutionen sind dem Gewerbeausschuß zugewiesen.

Wir gelangen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage *(114 der Beilagen)*, betreffend die Einführung von Vorschriften über den Versicherungsvertrag (Versicherungsordnung) *(826 der Beilagen)*.

Zu diesem Gegenstande sind als Regierungsvertreter im Hause erschienen: Sektionschef Dr. Schreyer und Regierungsrat Dr. Ehrenzweig vom Ministerium des Innern und Sektionschef Dr. Mayr vom Justizministerium.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Dr. Redlich die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. **Redlich** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Die vorgerückte Stunde verhindert es, daß über die Gesetzesvorlage, betreffend den Versicherungsvertrag, die ich namens des Justizausschusses hier dem hohen Hause als Beschluß des Justizausschusses unterbreite, eine längere Ausführung als unbedingt notwendig gegeben wird. Dennoch muß ich mir die Aufmerksamkeit des hohen Hauses für einige Ausführungen erbitten, um Ihnen in wenigen Worten den Inhalt, den Zweck und die Bedeutung des Gesetzentwurfes über den Versicherungsvertrag zu kennzeichnen.

Meine sehr geehrten Herren! Der Justizausschuß hat hier eine Aufgabe gelöst, die seit dem Jahre 1909 das österreichische Abgeordnetenhaus und Herrenhaus beschäftigt hat. Mit dem Gesetz über den Versicherungsvertrag wird überhaupt zum ersten Mal seit langer Zeit ein in Umfang und Inhalt bedeutsames Stück des Zivilrechtes durch die Beschlüsse dieses hohen Hauses neu geregelt. *(Zwischenrufe des Abgeordneten Reger.)*

**Präsident:** Bitte, meine Herren, nicht so laut zu diskutieren! *(Abgeordneter Reger: Das ist eine Gaunerei, was da mit dem Leder geschieht!)*

Abgeordneter Dr. **Redlich**: Herr Kollege Reger, vielleicht sprechen Sie später! *(Abgeordneter Reger: Da soll der Minister die Strafanzeige erstatten!)*

**Präsident:** Aber ich bitte, wir sind jetzt bei einer anderen Angelegenheit! *(Zwischenrufe.)*

Abgeordneter Dr. **Redlich** *(fortfahrend)*: Wer die Geschichte unseres Zivilrechtes überblickt, ist sich darüber klar, daß nach der Schöpfung unseres großen und von der gegenwärtigen Juristengeneration mehr noch als von den früheren bewunderten und anerkannten bürgerlichen Gesetzbuches die Tätigkeit, insbesondere der parlamentarischen Gesetzgebung auf dem Gebiete des Zivilrechtes nicht bedeutend gewesen ist, nur an einzelnen Punkten eingegriffen hat und daß vielleicht auch darin mit ein Rückstand unseres Zivilrechtes zu erblicken ist. Mit diesem Gesetze wird nun, meine verehrten Herren, ein einziges Rechtsverhältnis, ein einziger von den vielen Verträgen, die unser bürgerliches Gesetzbuch kennt, besonders geregelt. Es ist dies der Versicherungsvertrag. Der Versicherungsvertrag ist — und vielleicht ist das bezeichnender als vieles andere, um die Entwicklung zu kennzeichnen, die im Laufe eines Jahrhunderts stattgefunden hat — in unserem bürgerlichen Gesetzbuch in kaum acht Paragraphen, im wesentlichen eigentlich nur in zwei Paragraphen geregelt. Und nun, meine Herren, liegt Ihnen hier ein Gesetz von 170 Paragraphen vor, welches diese Materie regelt! Doch muß ich feststellen, daß nach wie vor auch in diesem Punkte die klassische Definition des Versicherungsvertrages, wie sie das bürgerliche Gesetzbuch gegeben hat, aufrechterhalten wird. Unser Gesetz bildet nun den kodifikatorischen Abschluß der gewaltigen Entwicklung, die sowohl in wirtschaftlicher wie in juristischer Hinsicht das so merkwürdige für alle Klassen der Bevölkerung bedeutungsvolle Institut des Versicherungsvertrages im Laufe eines Jahrhunderts genommen hat.

Gestatten Sie nun, daß ich Ihnen ganz kurz die parlamentarische Geschichte dieses Gesetzes vorführe, weil das auch mit zum Verständnis des vorliegenden Berichtes notwendig ist.

Es ist das Verdienst eines der anwesenden Regierungsvertreter, des damaligen Ministerialsekretärs, jetzt Sektionschefs Dr. Mayer, daß er den ersten Entwurf eines Gesetzes über den Versicherungsvertrag im Jahre 1908 ausgearbeitet und fertiggestellt hat.

Dieser Entwurf ist zunächst dem Herrenhause vorgelegt worden und führte dort zu einer außerordentlich gründlichen Beratung und Arbeit, welche von dem heute noch fungierenden Referenten des Herrenhauses, Hofrat Grünhut, dem Rechtslehrer der ganzen jüngeren und mittleren Juristengeneration unserer Universität auf dem Gebiete des Handels- und Wechselrechtes, geleistet wurde. Diese Umarbeitung war außerordentlich umfassend und tiefschürfend. Allein schon das Erscheinen des Regierungsentwurfes hat die Literatur wesentlich befruchtet, wie überhaupt die Wissenschaft des österreichischen Versicherungsrechtes durch die Vorlagen beider Häuser des Reichsrates und der Regierungsvorlage auf diesem Gebiete in mannigfacher Hinsicht zu sehr anerkennenswerten Leistungen angeregt worden ist. Es erschien 1909 ein Gegenentwurf des gegenwärtigen Professors an der Wiener Universität, Dr. Hupka, gegen den Entwurf der Regierung, der auf diese Weise die Kritik dieser schwierigen Materie in selbständiger Kodifikation übersichtlich zum Ausdruck brachte. Unter Berücksichtigung des Gegenentwurfes

schuf die Herrenhauskommission förmlich einen neuen Entwurf und dieser Entwurf gelangte erst im Jahre 1911 zum erstenmal zur Beratung ins Abgeordnetenhaus. Im Justizausschusse wurde damals auf Grund sehr eingehender Beratungen das Referat von Seiner Exzellenz dem Herrn Dr. v. Wittek erstattet, aber der Bericht selbst ist im Hause nicht mehr zur Beratung gekommen!

Parlamentarische Schwierigkeiten, der Schluß der Session und andere Umstände verhinderten es. Derselbe Entwurf ist dann in der Session 1911/12 neuerdings in den Justizausschuß gekommen. Damals hatte ich die Aufgabe, das Referat zu führen.

Wir haben, während der frühere erste Bericht des Justizausschusses an dem Herrenhausoperate keine Änderung vorgenommen hat, nunmehr wesentliche Änderungen vorgenommen und der so gestaltete Entwurf ist dann im Justizausschusse angenommen, auch dem hohen Hause vorgelegt worden, aber nicht mehr zur Beratung gekommen. Also zum zweiten Male nicht. Sie werden auch daraus vielleicht eine Entschuldigung entnehmen, warum ich heute trotz der so vorgerückten Stunde auf die Erledigung des vorliegenden Berichtes dringen muß.

Nun sind aber nicht bloß parlamentarische Schwierigkeiten, sondern auch sachliche die Ursache der Aufschiebung und des Nichtzustandekommens dieses Gesetzes gewesen. Diese Gründe lagen vor allem in der Kritik, die der damalige Entwurf in einem bestimmten Kreise von Versicherungsinteressenten, nämlich in Kreisen der wechselseitigen Provinzialinstitute, fand, welchen wir ja in Österreich in unseren Kronländern vielfach bedeutende Leistungen im Versicherungswesen zu verdanken haben und die fanden, daß dieser Entwurf ihre besonderen Interessen nicht genügend wahrt. Das bildete den Anlaß für die Regierung und die übrigen beteiligten Kreise, den Entwurf des Jahres 1912 neuerlich zur Grundlage vor allem von ministeriellen und fachlichen Beratungen zu machen und dank einer nicht genug anzuerkennenden großen Arbeit der Beamten der beteiligten Ministerien gelang es, eine Anzahl solcher Abänderungen und Verbesserungen durchzuführen im Einverständnisse mit dem Verbande der Versicherungsanstalten, darunter auch der auf Wechselseitigkeit beruhenden Institute, so daß nunmehr auch tatsächlich dieser ursprüngliche Mangel des Entwurfes beseitigt erscheint.

Nun kommt ein neuer parlamentarischer Abschnitt in der Geschichte dieser ganzen Materie. Im Jahre 1915 entschloß sich der damalige Justizminister, das Gesetz über den Versicherungsvertrag in der Form einer Versicherungsordnung als Inhalt und Beilage einer Kaiserlichen Verordnung nach § 14 zu veröffentlichen, und zwar in jener Fassung, wie sie durch die vorhin von mir erwähnte Fachberatung in den Ministerien hergestellt worden war. Diese Kaiserliche Verordnung sah vor, daß nach zwei Jahren, das ist am 1. Jänner 1917, das Gesetz in Kraft treten sollte. Man sah sich aber genötigt, diesen Termin um ein Jahr zu verlängern, so daß der nunmehr bevorstehende 1. Jänner 1918 der Termin wäre, der nach dem gegenwärtigen Stande der ganzen Angelegenheit der Beginn der Gültigkeit der Versicherungsordnung, wie sie nun heißt, wäre. Der Justizausschuß hat nun auch in diesem Falle der als unberechtigt erachteten Methode der Gesetzgebung mittels Kaiserlicher Verordnungen beschlossen, zunächst im Ausschusse der Kaiserlichen Verordnung die Genehmigung zu versagen, vor allem aber auf Grund des vorliegenden Gesetzesmaterials ein neues Gesetz auszuarbeiten. Dieser Beschluß ist nun von folgenden wichtigen Umständen diktiert. Die gegenwärtige langdauernde Kriegs- und die wirtschaftliche Lage haben es mit sich gebracht, daß die Arbeit zur Durchführung der „Versicherungsordnung", wie ich nun kurz sagen will und womit ich das neue Versicherungsgesetz meine, schon während der beiden letzten Jahre tatsächlich nicht vollzogen werden konnte. Der Mangel an Kräften in den Versicherungsanstalten, zum Teil der Mangel an Material, die Erschwernisse des Druckes — es handelt sich um eine große Anzahl von Formularien und sonstigen Drucksachen, die neu aufgelegt und geändert werden müssen — das alles wirkt zusammen, um das mühsame Geschäft der vollständigen Überführung aus dem bisherigen Zustande des Versicherungswesens in den neuen zu verlangsamen. Daher war schon der frühere Minister genötigt, die Verlängerung um ein Jahr vorzusehen. Nun steht die Sache so, daß wir dieses Gesetz jetzt unbedingt machen müssen. Die Verlängerung des Termins könnte nicht anders mehr erfolgen, als auf Grund einer § 14-Verordnung, was wir nicht zulassen wollen und nicht können. Man könnte vielleicht die Auslegung versuchen, wonach die administrative Gewalt noch fortbestünde, die administrative Befugnis, die in den betreffenden Paragraphen des Gesetzes gegeben wird. Ich bin aber der Meinung, daß das nicht möglich ist. Dieser 1. Jänner ist also auch für uns ein Stichtag. Dabei muß ich bemerken, daß nach dem ganzen Inhalte des Gesetzes eine ganze Anzahl wichtiger Bestimmungen schon in Kraft steht, und zwar sind in Kraft getreten am 1. Jänner 1916 vor allem jene Bestimmungen, die für die Bevölkerung als Versicherungsnehmer wichtig sind.

Die Regierung hat seinerzeit erklärt, daß sie dieses Gesetz mit dem § 14 an das Licht der Welt deshalb gebracht habe, weil der Krieg gerade sehr viele Bedürfnisse auf diesem Gebiete hervorruft, weil es im Interesse der vielfach durch den Krieg betroffenen Volksschichten liege, daß die günstigere Rechtslage, in

welche dieses Gesetz die Bevölkerung, die Versicherungsnehmer bringt, ihnen gleich zuteil werde. Der Ausschuß war in dieser Hinsicht der Meinung, daß mit einer Publizierung mittels des § 14 seiner Bestimmungen, welche tatsächlich die Qualifizierung dringenden Bedürfnisses vertragen und dringend notwendig gewesen wären, auch der Justizausschuß sich hätte einverstanden erklären können; aber die Erlassung des ganzen Gesetzes, von dem der größte Teil nach der Bestimmung der Verordnung erst in zwei Jahren in Kraft treten sollte, erschien uns durchaus unberechtigt. Ich will aber jetzt über Gegenstand nicht weiter sprechen.

Es liegt Ihnen nunmehr ein vollkommen in Ordnung befindlicher, durch gründliche Beratung des Justizausschusses geschaffener Gesetzentwurf vor, welcher das Versicherungsrecht Österreichs zum ersten Male kodifiziert, was zur Folge hat, daß Österreich nunmehr geradeso wie Deuschland seit 1910, geradeso wie die Schweiz seit ungefähr derselben Zeit, tatsächlich ein modernes Versicherungsrecht besitzt.

Dieses moderne Versicherungsrecht — und das ist das allerwichtigste, was hier im Hause von dem Berichterstatter des Ausschusses ausgesprochen werden muß — ist durchaus erfüllt von einem großen Bestreben: nämlich darin, entsprechend dem wirtschaftlichen Mißverhältnis, das zwischen dem Versicherer und Versicherungsnehmer besteht, zwischen dem Versicherer als in der Regel einer großen, häufig sehr mächtigen Gesellschaft und dem einzelnen rechts- und geschäftsunkundigen oder minder kundiger Versicherungsnehmer, dem sozialpolitisch schwächeren Teil, dem Versicherungsnehmer, durch die Kraft der Gesetzgebung zu Hilfe zu kommen. Das ist die Tendenz der ganzen modernen Gesetzgebung über den Versicherungsvertrag. Sie ist in dem Gesetze vom Jahre 1910 in Deutschland zur Geltung gekommen und ist auch bei uns im vollsten Maße durchgeführt. Die große Arbeit der hierbei beschäftigten beiden Zentralstellen wie des Justizausschusses in allen langwierigen Phasen dieser Gesetzwerdung war darauf gerichtet, die Interessen der Bevölkerung, der Versicherungsnehmer, nicht nur zu wahren, sondern sie in jeder Hinsicht zu befestigen, und andrerseits doch das Verhältnis, das einmal beim Vertrag gegeben ist, die privatrechtliche Ordnung, aufrecht zu erhalten.

Sie wissen ja, daß der Versicherungsgedanke einer der großen Träger der ganzen modernen sozialpolitischen Entwicklung unseres Staates geworden ist, nämlich der Versicherungsgedanke in jener Form, wie er seit der berühmten Botschaft des Fürsten Bismarck durch die ganze Welt hin sich verbreitet hat, der Gedanke der Versicherung als öffentlicher oder Zwangsversicherung. Der Versicherungsgedanke, der an sich nicht alt ist, in seinen ersten Spuren kaum ins 17. Jahrhundert hineinreicht, praktisch erst im 18. Jahrhundert lebendig wurde, spaltet sich in der zweiten Hälfte oder vielmehr erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts in zwei Äste, von denen der jüngere den älteren weit überflügelt hat, wenigstens in Österreich-Ungarn und Deutschland und in den letzten Jahren vor dem Kriege selbst in England zur Geltung kam. Der jüngere Ast ist die öffentliche oder Zwangsversicherung. Der Gedanke ist derselbe. Der Gedanke ist auch hier, vor den unbekannten, aber für die große Zahl der Fälle mit einer mathematischen Sicherheit eintretenden Schäden vor allem die Volksmassen zu bewahren. So entstand der Gedanke der öffentlichen Krankenversicherung, der Unfallversicherung, der Invaliditätsversicherung und in Deutschland der Altersversicherung.

Daneben steht nach wie vor der Versicherungsgedanke in seiner alten Form als privater Vertrag. Dieses Institut der Versicherung hat sich in Österreich sehr spät entwickelt, genau betrachtet hat, es sich erst in den letzten zwei, drei Jahrzehnten mit irgendwelcher bedeutendere Kraft zu entwickeln begonnen. Diese Entwicklung vollzog sich nun in Österreich merkwürdigerweise so daß der Versicherungsvertrag in seinem Inhalt im wesentlichen von den Versicherungsgesellschaften bestimmt wurde. Die Versicherungsgesellschaften brachten sozusagen das Recht, das sie sich selbst geschaffen hatten, dem Versicherungsnehmer ins Haus und er mußte es wohl oder übel nehmen. Nun ist hier wieder eine weitere Merkwürdigkeit gerade in der Entwicklung des österreichischen Versicherungsrechtes die, daß man die großen Übelstände, die schon seit den Sechziger und Siebzigerjahren beklagt wurden, nicht auf dem Wege des Privatrechtes, nicht durch Schaffung eines Gesetzes, wie das vorliegende, zu beseitigen versuchte, sondern daß dagegen zunächst das Verwaltungsrecht, das heißt das Aufsichtsrecht des Staates über die Versicherungsanstalten angerufen wurde, und dieses Aufsichtsrecht beruht im Grunde auf dem berühmten Kaiserlichen Patente aus dem Jahre 1852, welches die Rechte der Staatsaufsicht gegenüber unseren Aktiengesellschaften, Sparkassen und Versicherungsgesellschaften schafft.

Aber erst 1880 entschloß sich die Regierung, das zu schaffen, was man seither das Versicherungsregulativ nennt, das heißt eine Anzahl von durch Verordnung erlassenen Normen, welche das Aufsichtsrecht des Staates über die Versicherungsaktiengesellschaften und die wechselseitigen Versicherungsgesellschaften näher regelt. Diese Normen haben im Jahre 1896 zugleich mit dem neuen Aktienregulativ eine Verbesserung erfahren und der Sinn dieser Normen war der, daß durch die Aufsichtsgewalt, welche das Ministerium des Innern als Vereinsbehörde gegenüber den Versicherungsgesellschaften übt, nach und nach die Versicherungsbedingnisse, die Antragsformulare, die Antragsbedingungen, gewisse

Zahlungsbedingungen gewisse Bestandteile der Polizze usw. gewissermaßen als Verwaltungsrecht geschaffen und ins Leben gerufen wurden, indem es die Vereinsbehörden den Aktiengesellschaften und Versicherungsanstalten zur Pflicht machten, nur so und nicht anders die Versicherungsverträge zu gestalten. Dieses Mittel hat gewiß manches Gute gewirkt, aber das darf wohl auch gesagt werden, daß es viel zu schwach gewesen ist. Vor allem fehlte bis zum heutigen Tage eine reale Sanktion, es fehlt der Aufsicht des Staates eine eigentliche Strafmöglichkeit und, wenn ich auch besonders hervorheben will, daß in den letzten Jahren durch eine Reorganisation des betreffenden Departements mehr Kraft auf diesem Gebiete angewendet wurde, so muß ich doch sagen, es ist hohe Zeit, daß wir das moderne Versicherungsvertragsrecht in die gesetzgeberische Scheune einbringen in Form eines Gesetzes, das sich durch eine mehr als fünfzigjährige Entwicklung als ein durch die Mitwirkung aller Faktoren, der Advokatur, der Gerichte, der Versicherungsgesellschaften, der Versicherungsnehmer, des Widerstandes derselben gegen allzu schwere Bedingungen, endlich der Aufsichtsgewalt der Regierung, durch die Praxis unserer modernen sozialpolitischen Auffassung sich ergeben hat. Diese Kodifikation ist von den durch fünf Jahrzehnte im Leben geschaffenen Grundlagen ausgegangen und hat nun mehr auf diesen Grundlagen ein neues — und ich darf wohl sagen —, allseitig durchdachtes, kompliziertes, aber für den Juristen vollkommen klares, die Materie erschöpfendes Gesetz geschaffen.

Dieses Gesetz ist auch für den Laien schon in seiner äußeren Gliederung sehr übersichtlich. Es enthält in seinem ersten Hauptstück, dem allgemeinen Teil, alle jene Bestimmungen, welche für alle Versicherungen mehr oder minder gelten. Es enthält dann in seinem zweiten Hauptstück eine umfassende Kodifikation der Schadensversicherungen, nämlich aller jener Versicherungen, wie Hagelversicherung, Feuerversicherung usw., welche wir unter dem Begriff der Schadensversicherung zusammenfassen. Besondere Hauptstücke regeln die Lebensversicherung, die ja von der Schadensversicherung begrifflich streng geschieden sind, und die Unfallversicherung. Dagegen schließt das Gesetz gewisse geschäftlich wichtige, aber des Schutzgedankens nicht bedürftige Versicherungen, wie die Rückversicherung, die Losversicherung, die Seeversicherung u. a., von ihrem Bereiche aus.

Der Grundgedanke dieses Gesetzes ist, wie ich schon hervorgehoben habe, ein sozialpolitischer. Das drückt sich schon darin aus, daß eine große Anzahl von Bestimmungen Zwangsbestimmungen sind, das heißt, daß eine große Anzahl von Qualifikationen des Versicherungsvertrages, wenn ich mich so ausdrücken darf, durch Verabredungen der Parteien nicht geändert werden können, daß die Versicherungsgesellschaften alle diese zum Schutz der Versicherungsnehmer gedachten Bestimmungen gegen sich gelten lassen müssen und daß sie nicht durch sonstige Versprechungen von Vorteilen oder durch private Verabredung beseitigt werden können. Das ganze ist ein sehr subtiles, für den Juristen gewiß sehr interessantes, für den Laien schwieriges Gesetz und ich muß von vornherein sagen, daß Sie schon ein gewisses Vertrauen zu Ihrem Justizausschuß haben müssen, daß er da ein gutes Gesetz gemacht hat. Denn wenn Sie dieses Gesetz in den Details prüfen wollten, so wäre das endlos und ich glaube, sagen zu dürfen, es würde dadurch nichts Besseres geschaffen werden, als wir es getan haben. Darum glaube ich, hohes Haus, daß ich an Ihr Vertrauen in die Leistungen des Ausschusses appellieren muß.

Der Ausschuß selbst hat die Pflicht empfunden, durch seinen Obmann den an dieser Arbeit beteiligten Beamten der Regierung, insbesondere dem Herrn Sektionschef Mayer, als dem eigentlichen Urheber und Referenten im Justizministerium, dem Herrn Sektionschef Schreyer, als Chef des Versicherungsdepartements und dem Herrn Regierungsrat Dr. Ehrenzweig für ihre außerordentlich wertvolle und nimmermüde Arbeit den wärmsten Dank zu sagen. Den Anspruch, den wir an die Kraft der Herren gestellt haben, war ein um so höherer, als wir viel Arbeit in einer kurzen Zeit leisten mußten, weil uns der 1. Jänner 1918 als Stichtag von entscheidender Bedeutung war. Gestatten Sie mir, zu bemerken, daß in diesem Falle die Situation eine andere war, als es sonst bei § 14-Verordnungen der Fall ist, da eine große Anzahl von Bestimmungen bereits in Kraft getreten ist und auf Grund dieser Bestimmungen feste Rechtsverhältnisse für einzelne Staatsbürger geschaffen waren. Diese können wir nicht aufheben und wir müssen trachten, um jeden Preis zu vermeiden, daß ein juristisches Vakuum, eine Lücke zwischen dem 31. Dezember und dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes eintrete. Sonst würde, da nach der noch geltenden Kaiserlichen Verordnung die „Versicherungsordnung" am 1. Jänner in Kraft tritt, für die Zwischenzeit und die während dieser aus Versicherungsverträgen gegründeten Privatrechte ein wahres Chaos auf dem Gebiet des ganzen Versicherungswesens und aller jener Prozesse eintreten die mittlerweile geführt werden.

Ich glaube, daß ich nicht mehr viel hinzufügen muß, um Ihnen die Wichtigkeit und Bedeutung dieses Instituts ans Herz zu legen. Ich glaube im Namen des Justizausschusses sagen zu dürfen, daß der Ausschuß nicht nur glaubt, sondern sicher ist, ein gutes Werk geleistet zu haben, ein Werk, das wahrhaft volksfreundlich ist, ein Werk,

das gleichzeitig einen so wichtigen Zweig des geschäftlichen Lebens, wie es unsere in den letzten zwei Jahrzehnten so sehr angewachsene Privatversicherung geworden ist, ungehindert auf seinen gesunden Grundlagen beläßt und in keiner Weise schädigt, ein Gesetz, das den von den Landtagen der Königreiche und Länder geschaffenen, sich immer kräftiger entwickelnder Landesversicherungsanstalten vollständig Rechnung trägt und ihre Interessen gleichfalls wahrt, ein Gesetz, dessen sich auch die österreichische Juristenschaft nicht zu schämen hat, die mitten in dieser furchtbaren Zeit der Kämpfe doch auch auf dem Gebiete geistigen Fortschrittes eine zweifellose Leistungsfähigkeit der legislatorischen Kraft Österreichs deutlich an den Tag legt. Aus diesem Grunde möchte ich die Herren bitten, diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung zu geben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich eröffne die Generaldebatte und erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dnistriańskyj.

Abgeordneter Dr. **Dnistriańskyj**: Hohes Haus! Die Grundlage der Gesetzesvorlage bildet die Kaiserliche Verordnung vom 22. November 1915. Der Justizausschuß hat die Aufgabe gehabt, zu dieser Kaiserlichen Verordnung Stellung zu nehmen und es war zunächst Pflicht des Justizausschusses, sich über das Vorgehen der Regierung zu äußern, welche während der parlamentslosen Zeit die Gesetzesvorlage über den Versicherungsvertrag, welcher seinerzeit vom Justizausschuß zwar beschlossen, aber nicht zum Gesetz erhoben wurde, als Kaiserliche Verordnung erlassen hat. Es war die allgemeine Meinung des Justizausschusses, daß dieses Vorgehen der Regierung ein frivoles gewesen ist, daß die Regierung gar keinen Grund gehabt hat, aus der Schublade mir nichts, dir nichts eine Gesetzesvorlage herauszuholen, um sie ohne Parlament zu veröffentlichen. Die Frivolität lag insbesondere darin, daß die Regierung selbst, als sie die Kaiserliche Verordnung am 22. November 1915 schon erlassen hatte, sich nachher bemüßigt gefunden hat, sehr viele Bestimmungen erst später in Kraft treten zu lassen. Dieses Vorgehen der Regierung selbst hat bewiesen, daß die Vorlage gar nicht dringend war, daß es also keine dringende Angelegenheit im Sinne des § 14 gewesen ist, und sie hat daher selbst bewiesen, daß sie diese Verordnung ganz gesetzwidrig erlassen hat. Da aber sehr wichtige Bestimmungen dieser Kaiserlichen Verordnung schon Gesetz geworden sind und in der Kaiserlichen Verordnung der 1. Jänner 1918 als Stichtag bezeichnet wurde, so war es die Aufgabe des Justizausschusses, so schnell als möglich die Vorlage selbst Gesetz werden zu lassen, und zwar auf Grund der bereits vorbereiteten gründlichen Arbeiten früherer Gesetzesvorlagen. Diese Aufgabe ist gelöst worden, und zwar war der Justizausschuß direkt gezwungen, die Arbeit so rasch als möglich zu machen und dem hohen Hause vorzulegen, um die § 14-Wirtschaft in dieser Frage für die Zukunft überhaupt unmöglich zu machen, aber eine gesetzliche Regelung, nämlich mit dem Stichtage, zu Ehren kommen zu lassen.

Das Gesetzeswerk, das wir vor uns haben, ist in der Tat das Produkt einer gründlichen Arbeit, ein Produkt ehrlichen Bemühens sowohl der Wissenschaft als der Regierung. Es ist ein echtes Professorengesetz. Professoren haben an der Fassung desselben gearbeitet, Professoren haben die Vorlagen kritisiert und ein Professor ist Referent der Vorlage im hohen Hause. Ich will nicht in Details eingehen, weil Mangel an Zeit mich daran hindert. Ich werde mich daher beschränken, nur die soziale Seite des Problems ganz kurz zu skizzieren.

Sowohl die Wissenschaft als die Regierung haben sich die Aufgabe gestellt, den Versicherungsnehmer in Schutz zu nehmen, ihn also vor der Ausbeutung der Versicherungsunternehmungen zu schützen. Die ganze Gesetzesvorlage ist von dem Geiste beseelt, den Versicherten gegen ein unlauteres Vorgehen der Versicherer genügenden Schutz angedeihen zu lassen, und es ist ein unbestreitbares Verdienst aller an der Gesetzesvorlage beteiligten Faktoren, daß es ihnen gelungen ist, diesen Schutz nach allen Richtungen hin zu begründen und zu sichern. Man muß auch ehrlich zugestehen, daß die Gesetzesvorlage nicht hinter einem ähnlichen Gesetze des Deutschen Reiches zurücksteht. Dennoch kann ich nicht umhin, über die Grundauffassung der Vorlage einige Bedenken zu äußern. Die Vorlage handelt bloß von dem Versicherungsvertrage. Der Herr Referent, Professor Redlich, hat mit Recht beantragt, den von der Regierung beliebten Titel des Gesetzes „Versicherungsordnung" durch „Versicherungsvertrag" zu ersetzen, da die Vorlage nicht das ganze Versicherungsinstitut trifft, sondern bloß jene Verhältnisse regelt, die sich auf den Versicherungsvertrag gründen. Als Typus erscheint der Fall, daß jemand sich bei einer privaten Versicherungsgesellschaft versichern will, und die Gesetzesvorlage nimmt ihn in Schutz, damit er von der Versicherungsgesellschaft nicht ausgebeutet werde. Zu diesem Zwecke wird das private Vertragsrecht mit den öffentlich-rechtlichen Elementen verstrickt, es werden dispositive Normen durch Zwangsnormen ersetzt und mithin eine Art sozialen Fürsorgerechtes geschaffen, das aus Rücksicht des allgemeinen Wohles die Vertragsfreiheit einzuschränken sucht. Die Gesetzesvorlage geht also von dem Interessengegensatze aus, der zwischen dem Versicherungsnehmer und dem Versicherer zu bestehen pflegt. Liegt aber dieser

Gegensatz in dem Wesen des Versicherungsinstituts, oder ist er — wie ich vorgreifen will — erst durch den kapitalistischen Charakter der privaten Versicherungsunternehmungen geschaffen worden?

Dieser Gegensatz der Interessen zwischen Versicherungsnehmer und Versicherer liegt nicht im Wesen des Versicherungsinstituts. Versicherung ist dem Wesen nach kein privatwirtschaftliches, sondern ein gemeinwirtschaftliches Institut. Sie basiert auf dem gemeinwirtschaftlichen Prinzip der Schadensverteilung unter mehrere Mitglieder der Gesellschaft. Jede Versicherung ist eine Schadensversicherung. Wie Professor A. Wagner richtig behauptet, ist selbst die Lebensversicherung in der Tat nur eine Schadensversicherung. Ferner ist jede Versicherung eine Schadensverteilung ohne Rücksicht darauf, ob es sich um private Versicherungsunternehmungen oder um wechselseitige Versicherungsgesellschaften handelt. Schon der historische Entwicklungsgang des Versicherungswesens weist auf das Verteilungsprinzip hin - - aber noch mehr: selbst die moderne Versicherungsunternehmung kann dieses wesentliche Merkmal von sich nicht abschütteln, denn trotz des kapitalistischen Unternehmungscharakters derselben und etwaigen Gründungsvermögens der Gesellschaft bleibt es immer wahr, daß sie sich ausschließlich auf den Beiträgen mehrerer Interessenten aufbaut, deren Gesamtbetrag für die Gesamtsumme der durch wirtschaftliche Schäden betroffenen Einzelwirtschaften haftet, so daß der konkret eingetretene Schade indirekt unter mehrere Beitragspflichtige verteilt wird. Auch wirtschaftlich betrachtet kann eine Versicherungsunternehmung solange nicht bestehen, bis eine genügende Anzahl der Versicherten vorhanden ist, die in ihren Beiträgen für die Gesamtgefahr eine vollständige Deckung bietet.

Somit erscheint mir die Form der wechselseitigen Versicherungsgesellschaft als eine reine Betätigungsform des wahren Versicherungsprinzips. Die privaten Versicherungsunternehmungen sind dagegen Schöpfungen — man kann getrost sagen: Auswüchse - des Kapitalismus.

Natürlich muß man sich gegen die Auswüchse des Kapitalismus wehren. Und dazu hat die Regierungsvorlage ein großangelegtes Gesetz von 170 Paragraphen gebraucht. Es kommen einem unwillkürlich die Worte des Tacitus in Erinnerung: „Corruptissima respublica — plurimae leges". Nur weil wir die kapitalistische Form der Versicherung, die, wie wir gesehen haben, dem Wesen des Instituts nicht entspricht, uns gefallen lassen, müssen wir zum Schutze der Bevölkerung ein so umfangreiches, und ich füge hinzu, ein so umständliches Gesetz beschließen.

Anders steht die Sache bei den wechselseitigen Versicherungsgesellschaften. Hier kommt das gemeinwirtschaftliche Schadensverteilungsprinzip unmittelbar zum Ausdruck, und weil Versicherungsnehmer zugleich Mitglieder der als Versicherer fungierenden Gesellschaft sind, so ist grundsätzlich ein Interessengegensatz zwischen Versicherer und Versicherten nicht vorhanden. Für wechselseitige Versicherungsgesellschaften braucht man also ein solches Gesetz, wie es uns vorgelegt wird, nicht. Und daher haben sich auch die wechselseitigen Versicherungsgesellschaften stets gegen diese Vorlage über den Versicherungsvertrag geäußert und obwohl man ihnen in der jüngsten Zeit durch Einzelkorrekturen entgegenzukommen sucht, steht es fest, daß die Gesetzesvorlage nicht auf die wechselseitigen Versicherungsgesellschaften, sondern auf die kapitalistischen Versicherungsunternehmungen gemünzt und auf sie angelegt ist.

Wenn nun der Gesetzgeber in solcher Weise vorgeht, so entfernt er sich von dem eigentlichen Wesen des Versicherungsinstituts und anstatt über die kapitalistischen Formen der Versicherungsunternehmungen den Stab zu brechen, trägt er weiter dazu bei, daß der Kapitalismus ein volkswirtschaftlich so wichtiges Institut wie die Versicherung nach wie vor zu seiner Domäne wählen wird. Man muß also, um den kapitalistischen Auswüchsen der Versicherungsunternehmungen zu steuern, im modernen Staat auf die Vergesellschaftung der Versicherung drängen. Und so bleiben eigentlich nur zwei Formen der Versicherung übrig: die wechselseitige Versicherungsgesellschaft und eine öffentliche Versicherungsanstalt. Die Gesetzgebung soll also nur diese beiden Formen anerkennen und für sie gesetzliche Grundlagen schaffen. Die Vergesellschaftung des Versicherungswesens heißt in der modernen politischen Sprache, welche die Nationalökonomie zur Voraussetzung hat, Nationalisierung. Das Versicherungswesen soll also nationalisiert werden; durch nationale Selbstverwaltung solcher öffentlich rechtlicher Institute müssen alle kapitalistischen Reibungen aufhören und sie werden auch sicher aufhören.

Diese Umstände werden es Ihnen, meine Herren, erklären, warum die Vertreter des ukrainischen Volkes sich der Gesetzesvorlage über den Versicherungsvertrag so lange widersetzten. Wir haben eine wechselseitige Versicherungsgesellschaft in Lemberg, die im ureigensten Sinne des Wortes ein Nationalinstitut ist. Es ist dort nahezu die ganze Bauernschaft versichert. Was an Intelligenz in anderen Versicherungsunternehmungen versichert ist, ist sicherlich eine verschwindende Zahl. Daher haben wir auch an einem Gesetz, welches nur dem Interessengegensatz zwischen den Versicherungsnehmern und den Versicherern Ausdruck verleiht, eigentlich kein besonderes Interesse.

Wie gesagt, ist in dieser wechselseitigen Gesellschaft nahezu die ganze ukrainische Bauernschaft versichert und nun kommt ein neues Gesetz, das zwar

den Versicherungsnehmer schützt, aber solche detaillierte Vorschriften enthält und darunter zum Beispiel etwa 64 Fristen und andere Zeiträume festsetzt, daß es den breiten Schichten der Bevölkerung geradezu unmöglich ist, sich in dem ganzen Material auszukennen, es wäre denn, daß man den Bauer zwingen würde, einen Hausadvokaten für Versicherungsangelegenheiten zu nehmen, was natürlich ein Luxus wäre, den sich unsere Bauern jedenfalls nicht leisten können.

Es unterliegt keinem Zweifel, ein so kompliziertes Gesetz konnte auch nicht anders gemacht werden, als wirklich unpopulär und das Gesetz gehört, was die Ausdrucksweise und das Verständnis betrifft, zu den unpopulärsten Gesetzen der neuen Zeit. Ich verstehe, daß es vielleicht unter den gegebenen Umständen nicht anders zu machen war, weil die Verhältnisse bei den kapitalistischen Versicherungsunternehmungen zu komplizierte sind. Aber da, wie ich gesagt habe, unser Volk überhaupt keine Reibungen mit den kapitalistischen Versicherungsunternehmungen hat, so haben wir auch kein großes Interesse daran, daß dies geregelt wird. Wir sehen aber ein, daß, solange die kapitalistischen Formen noch bestehen, dem Unfug gesteuert werden muß. Das macht dieses Gesetz. Wir können uns leider für dieses Gesetz nicht erwärmen, aber wir wollen das Zustandekommen des Gesetzes wegen der großen Vorteile desselben nicht verhindern, sprechen jedoch die Hoffnung aus, daß die Zukunft der gemeinwirtschaftlichen Regelung des Versicherungswesens zum Siege verhelfen wird. *(Beifall.)*

**Präsident:** Es ist niemand mehr vorgemerkt, die Generaldebatte ist geschlossen. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, wir werden abstimmen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die für das Eingehen in die Spezialdebatte des vorliegenden Gesetzentwurfes stimmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Für die Spezialdebatte schlage ich folgende Einteilung vor:

Erste Gruppe: §§ 1 bis 47, „Allgemeine Vorschriften"; zweite Gruppe: II. Hauptstück, „Schadensversicherung", §§ 48 bis 129; dritte Gruppe: III. und IV. Hauptstück, „Lebens- und Unfallversicherung", §§ 130 bis 163; vierte Gruppe: V. Hauptstück, „Schlußvorschriften", §§ 164 bis 170.

Wünscht jemand in der Spezialdebatte der ersten Gruppe zu sprechen? *(Niemand meldet sich.)*

Es ist nicht der Fall. Ich ersuche diejenigen Herren, die die §§ 1 bis 47 nach der Ausschußvorlage annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Die §§ 1 bis 47 sind angenommen.

Wünscht jemand in der Spezialdebatte der zweiten Gruppe zu sprechen? *(Niemand meldet sich.)*

Es ist nicht der Fall. Ich schreite zur Abstimmung und ersuche diejenigen Herren, welche die §§ 48 bis 129 annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Die §§ 48 bis 129 sind angenommen.

Wünscht jemand in der dritten Spezialdebatte, betreffend das III. und IV. Hauptstück, zu sprechen? *(Niemand meldet sich.)*

Wenn es nicht der Fall ist, so werden wir abstimmen. Ich ersuche diejenigen Herren, die die §§ 130 bis 163 annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Die §§ 130 bis 163 sind angenommen.

Wünscht jemand in der vierten Spezialdebatte, betreffend das V. Hauptstück, zu sprechen? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Im V. Hauptstück ist ein Druckfehler zu korrigieren, und zwar soll es in § 168, 2. Absatz, statt: „vor dem 1. Jänner 1919" heißen: „nach dem 31. Dezember 1918".

Ich ersuche diejenigen Herren, die die §§ 164 bis 170 annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Die §§ 164 bis 170 sind gleichfalls angenommen.

Ich ersuche diejenigen Herren, welche Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Angenommen. Das Gesetz ist hiermit in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. **Redlich:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Ich ersuche diejenigen Herren, die dem zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz über den Versicherungsvertrag *(gleichlautend mit 826 der Beilagen)* ist auch in dritter Lesung angenommen.

Es erübrigt uns noch die Abstimmung über die zwei vom Ausschusse beantragten Resolutionen. Wünschen die Herren, daß ich dieselben verlese?

*(Nach einer Pause:)* Wenn dies nicht der Fall ist, so bitte ich diejenigen Herren, die den beiden vom Ausschusse beantragten Resolutionen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Auch diese Resolutionen sind angenommen und damit dieser Gegenstand erledigt.

Wir kommen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung, das ist der Bericht des Justizausschusses über den Antrag des Abgeordneten Dr. Adolf Groß und Genossen *(336 der Beilagen)*, betreffend die Entschädigung ungerechtfertigt verurteilter Personen *(825 der Beilagen)*.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Adolf **Groß** *(von der Tribüne)*: Hohes Haus! Dieses Gesetz beabsichtigt in erster Linie diejenigen Bestimmungen, welche bereits im Gesetze vom Jahre 1892 über die Entschädigung ungerechtfertigt verurteilter Personen enthalten sind, entsprechend zu novellieren und zweitens diese Verpflichtung des Staates zur Entschädigung auf diejenigen Fälle auszudehnen, wo es sich um militärgerichtliche Urteile handelt.

Die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes sind ja den Herren bekannt. Die Verpflichtung des Staates ist insofern erweitert, als sie sich nicht nur auf diejenigen Fälle bezieht, wo nachträglich der Verurteilte befreit wurde, sondern auch auf die Fälle, wo der Verurteilte nachträglich zwar nicht befreit, aber zu einer geringeren Strafe verurteilt wurde. Es ist zum Beispiel eine Handlung, welche früher als Raub behandelt wurde, dann nachträglich bloß als Diebstahl behandelt worden und statt, sagen wir, zehn Jahre schweren Kerkers, hat der Mann bloß drei Monate Arrest bekommen. Früher konnte er nach dem Gesetz vom Jahre 1892 gar keine Entschädigung beanspruchen, weil es dort heißt, daß nur diejenigen eine Entschädigung beanspruchen können, die nachher vollständig befreit werden. Nach dem gegenwärtigen Gesetze soll die Entschädigung auch dann beansprucht werden können, wenn der Verurteilte zwar nicht befreit, aber nach einem milderen Strafgesetz zu einer geringeren Strafe verurteilt worden ist.

Dann ist das Verfahren geändert worden. Wir haben nämlich jetzt ein reines gerichtliches Verfahren. Früher bestand ein administratives Verfahren und dann ging die Beschwerde an das Reichsgericht. Jetzt ist nur das Güteverfahren vorgesehen, das heißt das Justizministerium, beziehungsweise das Landesverteidigungsministerium wird aufgefordert, den Anspruch anzuerkennen und zu bezahlen, und wenn das nicht geschieht, hat die Partei binnen drei Monaten den gewöhnlichen Klageweg, nur geht die Klage anstatt an den Gerichtshof erster Instanz gleich an das Oberlandesgericht als erste Instanz. Es ist aber ein gewöhnliches gerichtliches Verfahren nach der Zivilprozeßordnung. Die Berufung geht an den Obersten Gerichtshof als zweite Instanz und ist mündlich wie beim Syndikatsprozeß. Der Ausschuß war zwar der Meinung, daß es sehr gut ginge, als erste Instanz den Gerichtshof erster Instanz fungieren zu lassen, da aber die Regierung Wert darauf legt, daß ebenso wie es im Syndikatsverfahren geschehen ist, als erste Instanz das Oberlandesgericht eintrete, hat der Ausschuß sich damit einverstanden erklärt.

In bezug auf die militärgerichtlichen Urteile mußten wir leider eine Einschränkung übernehmen. Der Ausschuß war der Meinung, daß sämtliche militärgerichtlichen Urteile in bezug auf die Haftung des Staates ebenso behandelt werden sollen wie die zivilrechtlichen Urteile. Wenn somit eine Zivilperson oder eine Militärperson aus welchem Grunde immer durch ein militärgerichtliches Urteil verurteilt wurde, später aber befreit oder zu einer milderen Strafe verurteilt wird, soll sie nach der Meinung des Ausschusses ebenso eine entsprechende Entschädigung bekommen, wie es geschieht, wenn ein zivilgerichtliches Strafurteil gefällt wird. Die Regierung hat sich aber bloß damit einverstanden erklärt, daß vorläufig nur diejenigen Fälle von militärgerichtlichen Urteilen hineingenommen werden, wo die Kompetenz der Militärgerichte auf Grund des § 14 der Militärstrafprozeßordnung begründet ist, oder auf Grund der bereits aufgehobenen Kaiserlichen Verordnungen, oder auf Grund eines Gesetzes, welches im Zuge ist und bis nun noch nicht erledigt wurde, über die Unterstellung von Zivilpersonen unter die Militärgerichte in denjenigen Fällen, wo die Zivilgerichte nicht fungieren. Die Regierung hat erklärt, daß zwar ein staatsrechtliches Hindernis gegen die Einbeziehung auch anderer Fälle nicht bestehe, daß sie aber aus finanziellen Gründen diejenigen Fälle, wo es sich um eine reguläre Militärgerichtsbarkeit handelt, nicht auf den österreichischen Staatsschatz übernehmen könne, weil die Ungarn in diesen Fällen auch einen gewissen Teil beitragen müssen. Der Ausschuß hat somit vorläufig die Sache einer solchen Regelung unterzogen, wie es die Regierung gewünscht hat, aber er hat zugleich hier den Vorschlag gebracht, daß eine Resolution vom Hause beschlossen wird, mit welcher der Ausschuß den Auftrag erhält, sofort in die Beratung eines Gesetzentwurfes auch für diejenigen Fälle einzugehen, wo militärgerichtliche Urteile gefällt wurden, welche hier im Gesetze nicht enthalten sind und zwar für den Fall, wenn es sich zeigt, daß die Verhandlungen mit Ungarn nicht zu einem Resultat führen.

Wir werden also noch sehr kurze Zeit warten und wenn es sich zeigen sollte, daß die Verhandlungen mit Ungarn nicht zu einem entsprechenden Resultat führen, wird der Ausschuß, wenn die Resolution angenommen wird, die Sache selbständig für Österreich regeln. Um aber den österreichischen Staatsschatz nicht zu stark zu belasten, werden wir in diesem Falle die Haftung des Staates auf österreichische Staatsbürger beschränken und die Gegenseitigkeit vorbehalten, das heißt wenn Ungarn dasselbe bei sich einführt und auch österreichischen Bürgern dieselbe Entschädigung zuerkennt, werden wir dieselbe den ungarischen Staatsbürgern zuerkennen.

Der Ausschuß bittet somit, daß auch die Resolution in dem Sinne, den ich hier angegeben habe, angenommen wird.

Nun möchte ich noch auf einen weiteren Punkt aufmerksam machen, nämlich daß das Gesetz, insoferne es sich auf militärgerichtliche Urteile bezieht, rückwirkend ist, das heißt es bezieht sich auf sämtliche militärgerichtliche Urteile, welche während des Krieges, also vom 25. Juli 1914 an, gefällt wurden, und das ist auch im § 9 enthalten. In bezug auf die zivilgerichtlichen Urteile ist das Gesetz nur teilweise rückwirkend, weil wir schon ein Gesetz vom Jahre 1892 hatten. Diese Erweiterungen, die in dem § 1 des jetzigen Gesetzes sind und die ich bereits die Ehre hatte vorzubringen, beziehen sich also in bezug auf zivilgerichtliche Urteile nur auf jene Fälle, wo die Rechtskraft erst nach Inkrafttreten des Gesetzes eingetreten ist. Wir glauben also mit dieser Sache den Anfang eines Abbaues dieser Unregelmäßigkeiten, welche im Kriege eingetreten sind, gemacht zu haben.

Ich erlaube mir hier zu bemerken, daß die Regierung sich mit diesem Gesetze einverstanden erklärt hat und auch bei Ausarbeitung des Gesetzes mitgewirkt und daß die Regierung erklärt hat, sie freue sich, daß dieses Gesetz zustandekommt. Wir haben daher die Hoffnung, daß das Gesetz auch in kurzer Zeit sanktioniert werden wird.

Ich bitte das Gesetz anzunehmen und ebenso die Resolution, die ich hier vorgebracht habe.

**Präsident:** Ich schlage vor, die Spezial- und Generaldebatte unter einem durchzuführen. Wenn kein Einwand erhoben wird, werde ich in diesem Sinne vorgehen.

Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Nachdem keine Abänderungsanträge gestellt sind, ersuche ich diejenigen Herren, die die §§ 1 bis 10 nach dem Ausschußantrage annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben *(Geschieht.)* Die §§ 1 bis 10 sind angenommen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die Titel und Eingang des Gesetzes annehmen wollen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Titel und Eingang sind angenommen; das Gesetz somit in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. Adolf **Groß:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

**Präsident:** Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich ersuche diejenigen Herren, die für diesen Antrag sind, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche nunmehr diejenigen Herren, die dem Gesetze in dritter Lesung zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Das Gesetz über die Entschädigung ungerechtfertigt verurteilter Personen *(gleichlautend mit 825 der Beilagen)* ist auch in dritter Lesung angenommen.

Ich ersuche diejenigen Herren, die der Resolution zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)*

Die Resolution ist gleichfalls angenommen und dieser Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Wir schreiten zum Schluß der Sitzung.

Ausschußmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Głąbiński als Mitglied des Budgetausschusses,

Waldl als Mitglied des Eisenbahnausschusses.

Sofern diese Herren Abgeordneten weniger als vier Ausschüssen angehören, bedürfen sie zur angezeigten Mandatszurücklegung der Genehmigung des Hauses.

Wenn keine Einwendung erhoben wird *(nach einer Pause:)* und dies ist nicht der Fall, nehme ich an, daß die Genehmigung erteilt ist.

Mit Zustimmung des Hauses werde ich die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen lassen und ersuche die Herren, die Stimmzettel abzugeben.

*(Nach Abgabe der Stimmzettel:)* Die Stimmenabgabe ist geschlossen, die Stimmenzählung wird von der Kanzlei vorgenommen werden.

Vom Präsidium des Herrenhauses ist eine Zuschrift eingelangt, um deren Verlesung ich ersuche

Schriftführer **Čech** *(liest):*

„Das Herrenhaus hat in seiner Sitzung vom 29. d. M. den mit der Zuschrift vom 16. No-

vember d. J., Z. 497 A. H., mitgeteilten Beschluß des Abgeordnetenhauses, betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Verwendung von Teilen der Gebarungsüberschüsse der gemeinschaftlichen Waisenkassen, auf Grundlage mündlicher Berichterstattung in Verhandlung genommen und ist diesem Beschlusse in dritter Lesung ohne Änderung beigetreten.

Hiervon beehrt sich das Präsidium des Herrenhauses, gemäß § 14, Alinea 3 des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Reichsrates, die Mitteilung mit dem Beifügen zu machen, daß die übereinstimmenden Beschlüsse beider Häuser gleichzeitig an das Ministerium geleitet werden.

Wien, 29. November 1917.

Alfred Fürst Windisch-Graetz.

Nowy,
Schriftführer."

**Präsident:** Dient zur Kenntnis.

Das hohe Haus hat dem Budgetausschusse zur Beratung des Staatsvoranschlages eine zweimonatige Frist erteilt, welche übermorgen abläuft. Da der Budgetausschuß seine diesbezüglichen Arbeiten noch nicht vollendet hat, hat der Obmann des Budgetausschusses an mich das Ersuchen um eine Verlängerung dieser Frist gestellt. Ich erlaube mir den Vorschlag zu machen, daß die dem Budgetausschusse gesetzte Frist zur Erstattung des Berichtes über den Staatsvoranschlag bis zum 12. Jänner 1918 verlängert wird.

Ich bitte diejenigen Herren, welche diesem Vorschlag zustimmen sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diese Fristverlängerung beschlossen.

Wir haben weiters eine Reihe von Anträgen verschiedenen Ausschüssen zuzuweisen, und zwar:

die Anträge 785 und 791 der Beilagen dem Budgetausschuß;

die Anträge 784, 786 und 788 der Beilagen dem Eisenbahnausschuß;

die Anträge 809, 810 und 811 der Beilagen dem Finanzausschuß;

den Antrag 794 der Beilagen dem Gewerbeausschuß;

die Anträge 797 und 830 der Beilagen dem Justizausschuß;

die Anträge 798 und 821 der Beilagen dem kriegswirtschaftlichen Ausschuß;

den Antrag 808 der Beilagen dem landwirtschaftlichen Ausschuß;

die Anträge 795 827 und 829 der Beilagen dem Notstandsausschuß;

die Anträge 782 und 828 der Beilagen dem sozialpolitischen Ausschuß;

die Anträge 787, 796, 813, 822 und 823 der Beilagen dem Staatsangestelltenausschuß;

den Antrag 812 der Beilagen dem Verfassungsausschuß;

den Antrag 814 der Beilagen dem volkswirtschaftlichen Ausschuß;

den Antrag 806 der Beilagen dem wasserwirtschaftlichen Ausschuß;

die Anträge 789, 818 und 824 der Beilagen dem Wehrausschuß;

den Antrag 783 der Beilagen dem Wiederherstellungsausschuß.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für Montag, den 3. Dezember d. J. um 10 Uhr vormittags, mit folgender Tagesordnung:

Berichte des Ausgleichsausschusses über die Regierungsvorlage *(802 der Beilagen)*, betreffend die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone sowie den Entwurf eines Gesetzes über die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-ungarischen Bank und des Münz- und Währungsvertrages
und über die

Regierungsvorlage *(815 der Beilagen)*, betreffend die von der Oesterreichisch-ungarischen Bank zu entrichtende Kriegssteuer und die Schaffung außerordentlicher Reserven bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank.

Wird ein Einwand dagegen erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist nicht der Fall, es bleibt daher bei meinem Vorschlage.

Ich ersuche die verehrten Parteien, ihre Redner für die Debatte nach der von der Obmännerkonferenz vereinbarten Rednerliste bis Montag halb zehn Uhr vormittags in der Kanzlei namhaft zu machen.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 7 Uhr 15 Minuten abends.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

# Stenographisches Protokoll.

## Haus der Abgeordneten. XXII. Session.

### 47. Sitzung, Montag, den 3. Dezember 1917.

**Tagesordnung:** Berichte des Ausgleichsausschusses über die Regierungsvorlage 802 der Beilagen, betreffend die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone, sowie den Entwurf eines Gesetzes über die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank und des Münz- und Währungsvertrages (856 der Beilagen) und über die Regierungsvorlage 815 der Beilagen, betreffend die von der Österreichisch-ungarischen Bank zu entrichtende Kriegssteuer und die Schaffung außerordentlicher Reserven bei der Österreichisch-ungarischen Bank (858 der Beilagen).

## Inhalt.

### Verhandlung.

Berichte des Ausgleichsausschusses über die Regierungsvorlage 802 der Beilagen, betreffend die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone, sowie den Entwurf eines Gesetzes über die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank und des Münz- und Währungsvertrages (856 der Beilagen) und über die Regierungsvorlage 815 der Beilagen, betreffend die von der Österreichisch-ungarischen Bank zu entrichtende Kriegssteuer und die Schaffung außerordentlicher Reserven bei der Österreichisch-ungarischen Bank (858 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Miklas [Seite 2473], Handelsminister Dr. Freiherr v. Wieser [Seite 2481], die Abgeordneten Spinčić [Seite 2483], Dr. Urban [Seite 2487], Dr. Fiedler [Seite 2490], Dr. Kolischer [Seite 2497], Dr. Eugen Lewicky j. [Seite 2504], Dr. Jerzabek [Seite 2508], Dr. Dulibić [Seite 2514]).

### Ausschüsse.

Ergebnis der in der 46. Sitzung vorgenommenen Ergänzungswahlen in den Budget- und Eisenbahnausschuß (Seite 2473).

Zuweisung des Herrenhausbeschlusses 844 der Beilagen an den Justizausschuß (Seite 2473).

# Verzeichnis

## der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

### Anträge (Anhang I.):

1. des Abgeordneten Grafen Lasocki und Genossen, betreffend die Bildung einer ständigen Kontrollkommission, bestehend aus Mitgliedern beider Häuser des Reichsrates, zur Prüfung und Überwachung der Tätigkeit der Kriegswirtschaftsorganisationen und Zentralen (859 der Beilagen);

2. des Abgeordneten Klemensiewicz und Genossen, betreffend die Erhöhung der Löhnung der Unteroffiziere und Soldaten des Heeres und Landsturmes (860 der Beilagen);

3. des Abgeordneten Jarc und Genossen, betreffend den Notstand in Rosalnice, Bezirk Tschernembl (861 der Beilagen).

### Anfragen

1. des Abgeordneten Bomba und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entlassung der Jahrgänge 1867 und 1868 (Anhang II, 1629/I);

2. des Abgeordneten Exner und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen des Kommandanten des Infanterieregiments Nr. 18 gegen einen Zugsführer (Anhang II, 1630/I);

3. des Abgeordneten Friedmann und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Wiedereinführung der während des Krieges aufgehobenen Getreidezölle zwischen Österreich und Ungarn (Anhang II, 1631/I);

4. des Abgeordneten Glöckel und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Agitation für die Zeichnung der siebenten Kriegsanleihe (Anhang II, 1632/I);

5. des Abgeordneten Dr. Heilinger und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Benachteiligung der Reserveoffiziere beim Novemberavancement (Anhang II, 1633/I);

6. der Abgeordneten Dr. Korošec, Dr. Ravnihar, Dr. Rybář und Genossen an die Regierung, betreffend die Einstellung der Tätigkeit der slowenischen Turnvereine „Sokol" in Krain, Steiermark und Kärnten (Anhang II, 1634/I);

7. des Abgeordneten Lisý und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Approvisionierung des Personals der Bahnposten (Anhang II, 1635/I);

8. der Abgeordneten Lisý, Rydlo, Exner und Genossen an den Handelsminister, betreffend eine reichlichere Petroleumzuweisung an die Glaser- und Weberhausindustrien (Anhang II, 1636/I);

9. des Abgeordneten Ritter v. Semaka und Genossen an den Minister des Innern, an den Minister Höfer und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die der Gemeinde Raranczе in der Bukowina drohende Hungersnot (Anhang II, 1637/I);

10. des Abgeordneten Šamalík und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Beschädigung der Bezirksstraße Blansko—Lazanek—Ruditz durch Fuhrwerke mit Kriegsbedarfsartikeln (Anhang II, 1638/I);

11. des Abgeordneten Vojta und Genossen an den Handelsminister, betreffend die Ersetzung der beim Postamte Prag-Franz Josefsbahnhof verwendeten ungarischen Soldaten durch Postbedienstete (Anhang II, 1639/I);

12. des Abgeordneten Seitz und Genossen an den Minister des Innern, betreffend eine Enthebungsangelegenheit (Anhang II, 1640/I);

13. des Abgeordneten Dr. Neumann und Genossen an die Regierung, betreffend den Verkauf bedeutender Mengen österreichisch-ungarischer Silber- und Goldmünzen im neutralen Auslande (Anhang II, 1641/I);

14. des Abgeordneten Dr. Franta und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Requisition der Kirchenglocken (Anhang II, 1642/I);

15. des Abgeordneten Witos und Genossen an die Regierung, betreffend die Vergütung von Kriegsleistungen in den Bezirken Brzesko und Tarnów (Anhang II, 1643/I);

16. der Abgeordneten Witos, Dyko und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Soldaten durch den Kommandanten der 3. Kompagnie des 32. Schützenregiments in Bochnia (Anhang II, 1644/I);

17. der Abgeordneten Pišek, Dr. Pogačnik und Genossen an den Ackerbauminister und an den Eisenbahnminister, betreffend Transportbewilligungen für Obstbäumchen (Anhang II, 1645/I);

18. des Abgeordneten Dr. L. Pogačnik und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Verstümmelung der Ortsnamen in slowenischen Gemeinden (Anhang II, 1646/I);

19. des Abgeordneten Jachowicz und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Entschädigung der Familien mehrerer Hingerichteten in Wola Zarczycka (Anhang II, 1647/I);

20. des Abgeordneten Dobija und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Beschlagnahme von Kartoffeln im Bezirke Wadowice (Anhang II, 1648/I);

21. des Abgeordneten Dobija und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend das Vorgehen der Bezirkshauptmannschaft in Wadowice anläßlich der Zuerkennung von Unterhaltsbeiträgen (Anhang II, 1649/I);

22. des Abgeordneten Prokeš und Genossen an den Minister des Innern, betreffend das Vorgehen der Behörden bei den Bezirkshauptmannschaften Troppau und Wagstadt bei Verfolgung der Kartoffeldurchfuhr auf der Bahnstrecke Schönbrunn—Troppau (Anhang II, 1650/I);

23. des Abgeordneten Prokeš und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung von Soldaten seitens der militärischen Vorgesetzten und betreffend die Manipulation mit Nahrungsmitteln zum Nachteile der Soldaten und des Militärärars (Anhang II, 1651/I);

24. der Abgeordneten Dr. Grandi, Dr. Degasperi und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Aushebung von Geiseln im Bezirke Cles (Anhang II, 1652/I);

25. des Abgeordneten Dr. Rybář und Genossen an den Minister des Innern und an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Vorenthaltung der Unterhaltsbeiträge und der Flüchtlingsunterstützung (Anhang II, 1653/I);

26. des Abgeordneten Dr. Vukotić und Genossen an den Minister Höfer, betreffend die Verweigerung der Zuweisung von Fischen an die Bevölkerung der Boka Kotorska (Anhang II, 1654/I);

27. der Abgeordneten Klemensiewicz, Ritter v. Moraczewski und Genossen an den Ackerbauminister, betreffend die Wirtschaft in den Staatsforsten in Galizien (Anhang II, 1655/I);

28. der Abgeordneten Dr. Korošec, Dr. Laginja, Dr. Vukotić und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die Bereisung der südlichen Alpenländer durch eine Ministerialkommission (Anhang II, 1656/I);

29. des Abgeordneten Gostinčar und Genossen an den Minister des Innern, betreffend die Ausgabe des Amtsblattes in Laibach in slowenischer Sprache (Anhang II, 1657/I);

30. des Abgeordneten Gostinčar und Genossen an den Minister für Landesverteidigung, betreffend die Behandlung der Näherinnen und Arbeiterinnen in der Montur-Retablierungsanstalt Josefsthal in Krain (Anhang II, 1658/I);

31. des Abgeordneten Gostinčar und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Reichsstraße Logatec—Idrija in Krain (Anhang II, 1659/I);

32. des Abgeordneten Exner und Genossen an den Minister für öffentliche Arbeiten, betreffend die Verweigerung der Auszahlung von Provisionen der Bruderlade in Kl. Schwadowitz an einen Obersteiger (Anhang II, 1660/I);

33. des Abgeordneten Dr. Prodan und Genossen an den Justizminister, betreffend die Mißbräuche mit den Kirchenglocken (Anhang II, 1661/I);

34. des Abgeordneten Dr. Prodan und Genossen an den Minister Höfer und an den Minister für soziale Fürsorge, betreffend die Verteilung des Petroleums am Lande und in den Städten in einem größeren Umfange als bisher (Anhang II, 1662/I);

35. des Abgeordneten Dr. Prodan und Genossen an die Regierung, betreffend die Dürre und die künstliche Bewässerung in Dalmatien. (Anhang II, 1663/I);

36. des Abgeordneten Dr. Prodan und Genossen an die Regierung, betreffend die Ausnützung des Kriegsmaterials zum Vorteile der breiten Volksmassen (Anhang II, 1664/I);

37. des Abgeordneten Dr. Prodan und Genossen an den Minister für Kultus und Unterricht, betreffend die Kirchen und die Geistlichkeit in Dalmatien (Anhang II, 1665/I);

38. des Abgeordneten Dr. Prodan und Genossen an die Regierung, betreffend die Beamten in Dalmatien (Anhang II, 1666/I);

39. des Abgeordneten Dr. Prodan und Genossen an den Minister des Innern, Minister Höfer und an den Minister für soziale Fürsorge, betreffend die Reform der öffentlichen Verwaltung (Anhang II, 1667/I);

40. der Abgeordneten Dr. Korošec, Stanèk, Dr. Petruszewicz und Genossen an den Ministerpräsidenten, betreffend die russische Zirkularnote vom 28. November 1917 (Anhang II, 1668/I).

---

Zur Verteilung gelangen am 3. Dezember 1917:

der Beschluß des Herrenhauses 844 der Beilagen;

die Anfragenbeantwortungen ad 366, 435, 417 und 1072 I.

# Beginn der Sitzung: 10 Uhr 20 Minuten vormittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Gustav **Groß**, Vizepräsidenten Dr. **German, Jukel**, Ritter v. **Pogačnik, Simionovici, Udržal.**

Schriftführer: Dr. **Stojan.**

Auf der Ministerbank: Ministerpräsident Dr. Ernst Ritter v. **Seidler,** Minister des Innern Friedrich Graf v. **Toggenburg,** Minister Dr. Viktor **Mataja,** Eisenbahnminister Dr. Karl Freiherr v. **Banhans,** Justizminister Dr. Hugo Ritter v. **Schauer,** Minister für öffentliche Arbeiten Emil Ritter **Homann** v. **Herimberg,** Finanzminister Dr. Ferdinand Freiherr v. **Wimmer,** Minister Dr. Ivan Ritter v. **Žolger,** Minister Dr. Julius v. **Twardowski-Skrzypna,** Minister Dr. Johann **Horbaczewski,** Handelsminister Dr. Friedrich Freiherr v. **Wieser,** Ackerbauminister Ernst Graf **Silva-Tarouca.**

**Präsident:** Ich eröffne die Sitzung.

Die Protokolle über die Sitzungen vom 29. und 30. November d. J. sind unbeanständet geblieben und demnach genehmigt.

Bei den in der letzten Sitzung vorgenommenen Ausschußergänzungswahlen wurden 125 Stimmzettel abgegeben, die absolute Mehrheit beträgt sonach 63. Gewählt wurden mit allen abgegebenen Stimmen: der Herr Abgeordnete Londzin als Mitglied des Budgetausschusses und der Herr Abgeordnete Zaunegger als Mitglied des Eisenbahnausschusses.

Den Beschluß des Herrenhauses 844 der Beilagen über die Gesetze, betreffend die Todeserklärung von in dem gegenwärtigen Kriege Vermißten, werde ich dem Justizausschusse zuweisen.

Wir kommen zur Tagesordnung.

Gegenstand unserer Tagesordnung sind die Berichte des Ausgleichsausschusses über die Regierungsvorlage 802 der Beilagen, betreffend die provisorische Regelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone, sowie den Entwurf eines Gesetzes über die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank und des Münz- und Währungsvertrages *(856 der Beilagen)* und über die

Regierungsvorlage 815 der Beilagen, betreffend die von der Österreichisch-ungarischen Bank zu entrichtende Kriegssteuer und die Schaffung außerordentlicher Reserven bei der Österreichisch-ungarischen Bank *(858 der Beilagen).*

Wir haben heute zum erstenmal seit dem Bestand der neuen Geschäftsordnung Vorlagen auf der Tagesordnung, die nach den §§ 71 und 72 der Geschäftsordnung befristet sind.

Ich erlaube mir, zunächst den Vorschlag zu machen, daß die General- und Spezialdebatte über die auf der Tagesordnung befindlichen Vorlagen, nämlich das Ausgleichsprovisorium, die Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank und die Kriegssteuer der Österreichisch-ungarischen Bank unter einem abgeführt werde.

Wenn kein Einwand dagegen erhoben wird — *(Nach einer Pause:)* —, so werden wir in dieser Weise vorgehen.

Ferner erlaube ich mir, im Sinne des § 72 der Geschäftsordnung zu beantragen, daß erstens die Rededauer für die einzelnen Redner auf eine Stunde eingeschränkt werde und daß zweitens die Abstimmung über die in Verhandlung stehenden Vorlagen am Mittwoch, den 5. d. M., um 6 Uhr abends stattfinde.

Ich ersuche diejenigen Herren, die diesen Anträgen zustimmen, sich zu erheben. *(Geschieht.)* Das hohe Haus hat diesen Anträgen zugestimmt, es wird darnach vorgegangen werden.

Es haben sich in dieser Debatte zum Worte gemeldet, und zwar pro die Herren Abgeordneten: Dr. Urban, Dr. Kolischer, Dr. Jerzabek, Dr. Schürff, Daszyński, Friedmann, Angermann, Goll;

kontra die Herren Abgeordneten: Spinčić, Dr. Fiedler, Dr. Eugen Lewicki, Dr. Renner, Dr. Stránský, Kuranda, Tuiar, Dr. Verstovšek, Dr. Viskovský, Dr. Hruban.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter, das Wort zu ergreifen.

Berichterstatter **Miklas** *(von der Tribüne):* Hohes Haus! Ich habe die Ehre, namens des Ausgleichsausschusses über die Regierungsvorlagen zu referieren, welche am 21. November 1917 in Sachen

der Ausgleichsmaterie und der damit zusammenhängenden Angelegenheiten eingebracht worden sind. Es sind dies drei Gesetze:

Erstens das Gesetz, betreffend die Verlängerung des Ausgleiches samt angeschlossenem Anhang, welcher den Vertrag vom 18. November 1917 enthält;

zweitens das Gesetz, betreffend die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank und des Münz- und Währungsvertrages sowie die Ordnung der damit zusammenhängenden Angelegenheiten. Endlich

drittens das Gesetz, betreffend die Kriegssteuer der Österreichisch-ungarischen Bank und die Schaffung außerordentlicher Reserven bei derselben.

In dem in Ihren Händen befindlichen gedruckten Berichte des Ausschusses sind ein paar Druckfehler zu berichtigen.

Der Bericht des Ausgleichsausschusses, welcher von den beiden erstgenannten Gesetzen handelt, ist nämlich von Exzellenz Dr. Urban als „Obmann" unterzeichnet. Hier liegt eine kleine Auslassung vor: Dr. Urban ist der Obmannstellvertreter, unter dessen Vorsitz diese Gesetze im Ausschusse perfektioniert worden sind.

Ferner habe ich einen kleinen Druckfehler im Minoritätsantrage Angerman auf Seite 12 zu berichtigen. Dort soll es in der letzten Zeile statt „Produktion des Geldes", heißen „Produktion des Goldes", was ja aus dem Inhalt ohneweiters erhellt.

Ich gehe nun zur Besprechung des ersten Gesetzes, des Gesetzes über die Ausgleichsverlängerung über. Da müssen wir zunächst die Frage aufwerfen, was verlängert werden soll. Es handelt sich um eine Prolongation der Geltungsdauer auf zwei weitere Jahre für jene Ausgleichsgesetze, welche am Ende des Jahres 1907 in diesem hohen Hause parlamentarisch verabschiedet worden sind. Sie betreffen den Vertrag vom 8. Oktober 1907, der zu Budapest abgeschlossen worden ist. Die Basis ist jedoch diesmal gegenüber dem Jahre 1907 eine etwas erweiterte. Es kommt nämlich zu den genannten Ausgleichsgesetzen auch noch der Zusatzvertrag vom 30. November 1908 hinzu, welcher durch das Gesetz vom 29. Dezember 1908, R. G. Bl. Nr. 269, genehmigt wurde und Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes betrifft.

Es ist dieser Vertrag damals anläßlich des Beitrittes beider Staaten unserer Monarchie zur internationalen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums und zum Madrider Abkommen vom 14. April 1891 durch Gesetz genehmigt worden. Die diesbezüglichen Bestimmungen wurden in die Artikel XVI und XVII des Ausgleichsvertrages vom Jahre 1907 aufgenommen. Ich betone also noch einmal, die Basis, um die es sich hier handelt, ist eine gegenüber dem Jahre 1907 etwas verbreiterte.

Bis wann soll nun dieser ganze Komplex von Ausgleichsfragen, der unsere Handels- und Verkehrsbeziehungen zu Ungarn einschließlich unseres Münz- und Währungswesens, einschließlich des Bankstatuts usw. betrifft, in seiner Geltungsdauer erstreckt werden? Nach dem Vorschlage der Regierung, welchem auch der Ausschuß zugestimmt hat, und im Sinne des von der Regierung am 18. November 1917 mit Ungarn abgeschlossenen Vertrages soll sich diese Prolongation bis Ende Dezember des Jahres 1919 erstrecken, es soll also ein zweijähriges Provisorium sein, dem das Haus zuzustimmen gebeten wird. Es ist jedoch vorgesehen, daß eventuell auch ein früherer Endtermin zustandekommen könnte, und zwar im Falle einer früheren Neuregelung der ganzen Ausgleichsmaterie. Diesbezüglich ist in den Text des Vertrages, den die Regierung am 18. November 1917 mit Ungarn geschlossen hat, der Passus aufgenommen worden: „bis zu dem Zeitpunkte, in dem die zwischen den beiden Regierungen vereinbarte Neuregelung dieser Angelegenheiten mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten in Kraft tritt" — längstens jedoch bis 31. Dezember 1919. Dieser Passus „bis die zwischen den beiden Regierungen vereinbarte Neuregelung dieser Angelegenheiten in Kraft tritt" hat im Ausschuß lebhaftes Bedenken erregt. Er bezieht sich offenbar auf Dinge, die bereits zwischen den beiden Regierungen vereinbart sind. Er bezieht sich auf jenen sogenannten Stürgkh-Tiszaschen Ausgleich, der in den Verhandlungen der österreichischen mit der ungarischen Regierung zustande kam und, wie eine offizielle Mitteilung in der „Wiener Zeitung" uns meldete, am 24. Februar 1917 zu einem vorläufigen Ergebnis dieser Verhandlungen geführt hat. Der Ausdruck „vorläufiges Ergebnis" allein läßt schon erraten, daß noch keineswegs über alle Fragen der gesamten Ausgleichsmaterie ein Einvernehmen erzielt worden sei. Doch wird immerhin über einen beträchtlichen Teil ein Einvernehmen zustandegekommen sein, was um so mehr vorausgesetzt werden muß, weil auf Grund dieses vorläufigen Ergebnisses der Vereinbarungen handelspolitische Unterhandlungen mit dem Ausland, vor allem mit dem Deutschen Reich begonnen haben.

In der politischen Öffentlichkeit und auch in wirtschaftlichen Kreisen hat selbstverständlich die Kundmachung der beiden Regierungen, daß sie in ihren Vereinbarungen zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen seien, größtes und lebhaftes Interesse erregt. Auf Grund von Veröffentlichungen des „Pester Lloyd", die allerdings von den Regierungen als durchaus nicht authentisch erklärt werden,

entstand speziell in der österreichischen Öffentlichkeit über den vereinbarten Inhalt dieses Tisza-Stürgkhschen Ausgleiches eine gewisse Beunruhigung, ja vielleicht sogar Erregung. Manche wilde Gerüchte über eine vereinbarte schwere Benachteiligung Österreichs durchschwirrten die Luft, ohne daß ihnen authentisch entgegengetreten werden konnte. Auch in dieses Parlament herein warf die Beunruhigung unserer Öffentlichkeit ihre Wellen. Im Abgeordnetenhause wurden Anträge eingebracht, und zwar von den Abgeordneten Friedmann und Genossen, Dr. Mataja und Genossen, Kraft und Dr. Schürff und Genossen. In den beiden erstgenannten Anträgen wurde die Regierung unter Hinweis auf jene Beunruhigung, die in Sachen des Ausgleiches entstanden sei, um Bekanntgabe ihres vorläufigen Ergebnisses ersucht. Die Abgeordneten Kraft, Dr. Schürff und Genossen hinwieder beantragten, mit Rücksicht auf die große Tragweite, die diese Angelegenheiten hätten, eine geschlossene Sitzung abzuhalten und in derselben wenigstens die Richtlinien zu beraten, welche der Regierung zur Darnachachtung für künftige Verhandlungen in unserem wirtschaftlichen Verhältnisse zu Ungarn und in weiterer Folge zum Ausland zu dienen hätten. In der Motivierung dieser Anträge wurde auch Klage geführt, daß man zwar in Ungarn angeblich eine Reihe von fachlichen Wirtschaftsorganisationen zu Rate gezogen habe, daß aber ein ähnlicher Vorgang in Österreich nicht erfolgt sei.

Eines muß wohl gesagt werden: Es ist gewiß vom Standpunkt Österreichs außerordentlich bedauerlich, daß wir keine zuverlässigen Nachrichten über den Inhalt dieses Stürgkh-Tiszaschen Ausgleiches besitzen. Man mag über den Grafen Stürgkh denken wie man will; wahrscheinlich wird man von verschiedenen politischen Gesichtspunkten aus zu verschiedenen Anschauungen gelangen. Ihn persönlich — das darf ich hier wohl erklären — habe ich, soweit seine Person in Betracht kommt, wegen seiner Lauterkeit und seiner Absichten hochgeschätzt, aber die richtige Perspektive zu finden, ein gerechtes Urteil über seine Vorzüge und auch über seine Fehler, die er begangen hat, wird wohl erst in einer späteren Zeit möglich sein; das endgültige Urteil wird man der Geschichte überlassen müssen.

Eines aber sei in diesem Zusammenhang doch noch gesagt: Bedauerlich vom Standpunkte Österreichs und speziell der Volksvertretung ist es, daß wir so gar nicht zu Rate gezogen wurden, wo es sich um die wichtigsten wirtschaftlichen Belange Österreichs gegenüber Ungarn und dem Auslande handelt.

Es war vielleicht der größte Fehler des Grafen Stürgkh, daß er die lebendigen Kräfte, die im Volke ruhen, und auch den Rat der Volksvertretung nicht ausgewertet, nicht benützt hat da, wo es galt, die wichtigsten wirtschaftlichen Interessen aller Völker, die in diesem Hause vertreten sind, zu sichern.

Es ist übrigens darauf hinzuweisen, daß auch in Ungarn, daß ja doch ein starkes Parlament hat, wo kein absolutistisches Regime während der Kriegsjahre Platz gegriffen hat, dennoch eine Veröffentlichung der vereinbarten Ausgleichsbestimmungen, die am 24. Februar d. J. zu einem „vorläufigen Ergebnis" gelangt waren, nicht erfolgt ist. Man muß wohl also auch in Ungarn Gründe haben, die wir nicht kennen, Gründe, die die beiden Regierungen bestimmt haben, von einer Veröffentlichung dieser Ausgleichssatzungen abzusehen. Die Regierung, die gegenwärtig hier in Österreich am Ruder ist, die Regierung des Herrn Dr. v. Seidler, hat diese vereinbarte Neuregelung einfach übernommen.

Beweis dafür ist die Stilisierung des am 18. November 1917, also erst vor ganz kurzer Zeit abgeschlossenen Vertrages zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung, in welchem eine Prolongation des bisherigen Ausgleichszustandes eventuell bis zu dem Zeitpunkte in Aussicht genommen ist, „in dem die zwischen den beiden Regierungen vereinbarte Neuregelung dieser Angelegenheit in Kraft tritt". Es kann kein Zweifel sein, daß die Regierung damit den zwischen Österreich und Ungarn vereinbarten Ausgleich meint, wenn auch die Stilisierung des Paktes immerhin die Möglichkeit zuließe, dieses Partizip des Perfekts „vereinbart", das kein Datum im Vertragstexte selber trägt, zu beziehen auf eine erst zu vereinbarende Neuregelung, welche in dem Momente, wo sie dann dem Abgeordnetenhause vorgelegt wird, doch auch eine „vereinbarte" wäre.

Auf Grund dieser Vereinbarung sind, wie gesagt, bereits Verhandlungen mit dem Auslande eingeleitet worden. Wir können in der Beziehung der Regierung natürlich nicht Unrecht geben. Wir finden es begreiflich, daß in so ernsten Zeiten, wie es jene sind, in denen die Monarchie sich derzeit befindet, die regierenden Männer dieses Reiches darnach streben, nicht bloß das Waffenbündnis mit unseren Bundesgenossen aufrechtzuerhalten, sondern auch zu wirtschaftlichen Abmachungen, zu einer gewissen wirtschaftlichen Annäherung vor allem mit dem Deutschen Reiche zu kommen. Es soll ja, hohes Haus, dieser Weltkrieg auch auf diesem Gebiete nicht ganz spurlos vorübergehen.

Wir haben mit unseren Bundesgenossen Schulter an Schulter gegen unsere gemeinsamen Feinde gekämpft — das gemeinsam vergossene Blut soll nicht vergebens geflossen sein. Mit Recht können wir verlangen, daß diese Freundschaft auch in die

Friedenszeit hinübergerettet werde und daß ein engeres wirtschaftliches Verhältnis zwischen denen, die gemeinsam auf den Schlachtfeldern Europas Schulter an Schulter gegen die Feinde gekämpft haben, im Frieden Platz greife. Die Regierung der Monarchie muß daher gerüstet sein, schon für die Friedensverhandlungen nicht bloß den Verbündeten und den Neutralen gegenüber, sondern auch gegenüber jenen Staaten, die uns heute noch feindlich gegenüberstehen, die es aber nicht ohneweiters ablehnen, mit uns wieder in freundschaftliche Beziehungen und in ein wirtschaftliches Vertragsverhältnis zu kommen. Das dürfte wohl der Hauptgrund sein, der die Regierungen veranlaßt hat, von einer Veröffentlichung der vereinbarten Neuregelung abzusehen, um sich vollkommen freie Hand zu wahren, um sich gewissermaßen nicht in die Karten schauen zu lassen in einem Momente, wo in Europa noch alles im Flusse ist. So sehr wir aber einerseits diesen Standpunkt der Regierung begreiflich finden, ebenso begreiflich ist es andrerseits, daß ein seiner Verantwortung und seiner Rechte bewußtes, über seine Rechte eifersüchtig wachendes Parlament verlangen und begehren muß, daß es ins Vertrauen gezogen werde, wo es sich um die wirtschaftliche Zukunft der Monarchie, um unser Verhältnis zu Ungarn handelt. *(Sehr richtig!)* Ein seiner Rechte bewußtes Parlament muß darauf bestehen oder sollte darauf bestehen, daß wenigstens in großen Zügen die Richtlinien festgelegt werden, nach denen die Neueinrichtung unserer Handels- und Verkehrsbeziehungen zu Ungarn und anderen Staaten erfolgen sollen. Die Materie ist ja von ungeheurer Tragweite. Unsere ganze wirtschaftliche Zukunft wird zum großen Teil davon beeinflußt. Und davon, ob es uns wirtschaftlich gut geht, hängt eine ganze Reihe von anderen Dingen in unserer inneren Politik ab. *(Sehr richtig!)* Ich sage es offen, auch ein gutes Stück unserer staatlichen und vor allem unserer sozialen Ordnung wird davon abhängen, ob wir eine gute Wirtschaftspolitik, ob wir ein klares, offenes, gerechtes Verhältnis zu Ungarn gewinnen und ob wir gute Handelsverträge mit dem Auslande erlangen. *(Zustimmung.)*

Als besonders erschwerend kommt in der Vorlage noch ein anderer Umstand in Betracht, ein Passus in dem vorliegenden Vertrage, den uns die Regierung zur Genehmigung unterbreitet hat. Es heißt dort, daß das Provisorium eventuell schon früher ende, wenn die vereinbarte Neuregelung der Angelegenheiten „in Kraft tritt". Man hat nun im Ausschusse und, wie mir scheint, auch in der politischen Öffentlichkeit in dieser Stilübung eine absichtliche Falle gesehen; man hat der Regierung imputiert, daß sie durch eine derartige Stilisierung des Vertrages für die Ausgleichsmaterie der Anwendung des § 14 die Tür öffnen wolle, also eine nicht konstitutionelle Behandlung dieser Materie in Aussicht nehme. Die ganze Ausgleichsmaterie, die mit Ungarn vereinbart sei, würde eines Tages im Wege des § 14 in Kraft gesetzt werden, mit Übergehung der Rechte der Volksvertretung, welche sonst in Zeiten konstitutionellen Lebens unbedingt mitzusprechen hätte.

Es bestand also ein gewisses Mißtrauen, das aus zahlreichen Reden und Äußerungen in der Bevölkerung herauszulesen war. Demgegenüber stand allerdings die dezidierte Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, daß es absolut nicht seine oder die Absicht der Regierung wäre, irgendwie das Parlament in seinen Rechten zu beeinträchtigen, dasselbe auszuschalten und den Ausgleich nur mit dem § 14 in Kraft zu setzen. Ich gestehe offen, persönlich habe ich zu Seiner Exzellenz dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler, der sich in seinem bisherigen Wirken auf streng konstitutionellen Boden gestellt hat, volles persönliches Vertrauen. Ich setze dasselbe auch in seine Worte. Aber die Dinge liegen anders; in Österreich wechseln die Regierungen kaleidoskopartig; wir wissen nicht, wer nach Seiner Exzellenz Dr. v. Seidler als Regierungschef in Österreich kommen wird und wer nach diesem usw. Wir müssen uns infolgedessen für alle Fälle sichern und dürfen nicht auf das Wort eines einzelnen Ministerpräsidenten, mag er auch persönlich die redlichsten Absichten haben, so ohne weiteres vertrauen, wenn wir die Möglichkeit haben, andere, stärkere, verfassungsmäßige Sicherungen in diesem Hause zu setzen.

Um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, wurde im Ausschusse, und zwar vom Abgeordneten Hummer beantragt, eine starke Sicherung in Form eines neuen Paragraphen in das Mantelgesetz aufzunehmen. Der Text des Vertrages möge unverändert bleiben, im Mantelgesetz möge jedoch eine Bestimmung aufgenommen werden, die kurz besage, daß eine Gesetzwerdung, eine Inkraftsetzung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches seinerzeit, wenn sie kommen soll, nie und nimmer erfolgen könne, außer unter Mitwirkung und Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten, also auch dieses Parlaments.

Die Aufnahme einer solchen Klausel in das Mantelgesetz, durch welches wir den angeschlossenen Vertrag genehmigen sollen, würde nun zweifellos die österreichische Regierung gesetzlich binden. Aber es ist von einer Seite gesagt worden, diese gesetzliche Bindung durch ein österreichisches Gesetz genüge auch nicht, denn in Österreich habe es schon viele Gesetze gegeben, die nicht immer eingehalten wurden, und es könne geschehen, daß sich doch vielleicht einmal eine Regierung fände, die auch dieses Gesetz nicht einhalten würde. Es wurde daher

immer wieder versucht, auf den Vertragstext selbst zurückzugreifen und eine Änderung desselben zu beantragen.

Abgeordneter Hofrat Kuranda und ebenso der Sprecher der sozialdemokratischen Partei Abgeordneter Dr. Renner haben sich auf den Standpunkt gestellt, daß nur eine Änderung im Text des Vertrages selbst wahre Garantien, konstitutionelle Garantien dem Parlament geben könnte. Beide Anträge besagen etwa folgendes: Es soll im Text des Vertrages ein Passus aufgenommen werden, durch welchen sich beide Regierungen verpflichten, den Ausgleich, so wie er vereinbart worden ist, nur mit Zustimmung der beiden gesetzgebenden Körperschaften in Kraft zu setzen. Abgeordneter Dr. Renner ging dabei noch einen Schritt weiter, indem er überhaupt den Passus „vereinbarte Neuregelung" ausgeschaltet wissen wollte. *(Abgeordneter Dr. Kuranda: Ich früher!)* Jawohl! Ebenso schon vor Dr. Renner auch Abgeordneter Kuranda. Beide gingen einen Schritt weiter, indem sie unter Streichung der Worte „zwischen den beiden Regierungen vereinbarte" nur mehr von einer allgemeinen Neuregelung dieser Materie etwas wissen wollten, die selbstverständlich nur zustande kommen könnte auf Grund neuer Vereinbarungen, welche die beiden Regierungen zu treffen hätten.

Von dritter Seite wurde der Versuch gemacht, im Wege eines Ermächtigungsgesetzes dieser Schwierigkeit Herr zu werden. Es hätte ein Ermächtigungsgesetz beschlossen werden sollen, in dem die Regierung ermächtigt wird, den bisher geltenden Ausgleich provisorisch für zwei Jahre zu erstrecken, eventuell bis zu einer früheren gesetzlichen Neuregelung, die nur mit Zustimmung der Vertretungskörper in den beiden Staaten erfolgen könnte. Es wurde jedoch auch gegen diesen Ausweg mancherlei eingewendet und darauf hingewiesen, daß es vielleicht nicht gut sei, das Moment der vertragsmäßigen Bindung zwischen den beiden Staaten ganz auszuschalten, ein Moment, das immerhin für beide Teile von Bedeutung sein könnte.

So standen die Dinge im Ausschuß, als die Schwierigkeiten durch eine Erklärung des Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler zum größten Teil behoben wurden. Ministerpräsident Dr. v. Seidler verpflichtete sich nämlich, in den Text des Vertrages selbst, zwar unter Aufrechterhaltung des Ausdruckes „vereinbarte Neuregelung" doch den Passus aufzunehmen: „Mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten". Er verpflichtete sich, die Aufnahme dieses Passus bei der ungarischen Regierung zu beantragen und zu erwirken und dadurch die Annahme dem Hause möglich zu machen. Damit war, wie gesagt, der größte Teil der Schwierigkeiten behoben; eigentlich könnten auch diejenigen sich jetzt zufrieden geben, die das Wort „vereinbarte" gestrichen wissen wollten, weil sie nämlich dann, wenn der Ausgleich auf den Tisch des Hauses gelegt werden wird, immer noch reichlich Gelegenheit haben werden, zu diesem Ausgleichsoperate Stellung zu nehmen, es zu kritisieren, es anzunehmen oder abzulehnen. Es ist also jede, auch die stärkste verfassungsmäßige konstitutionelle Garantie geboten, daß das Parlament unbedingt über die Ausgleichsmaterie entscheiden wird und daß ohne die Zustimmung des Parlaments eine Intraftsetzung des Ausgleiches ausgeschlossen ist.

Österreich vergibt sich, wenn dieser Text des Vertrages zugrundegelegt wird, in den Beziehungen zu Ungarn gar nichts: es vergibt sich auch nichts bezüglich der Zukunft, es schafft damit nicht das geringste Präjudiz, das sei hier ausdrücklich festgestellt. Der Tisza-Stürgkhsche Ausgleich oder, wie man ihn jetzt bezeichnen muß, der Seidler-Wekerlesche Ausgleich oder irgendein anderer, der etwa an seine Stelle tritt, kommt auf alle Fälle in das österreichische Parlament, wenn er überhaupt vor Ende des Jahres 1919 in Kraft treten soll. Ich mache ausdrücklich aufmerksam, mit dem Ende des Jahres 1919 endet nicht nur die beantragte Prolongation, sondern damit endet natürlich auch jene konstitutionelle Sicherungsklausel, die wir in den Vertrag hineingenommen haben. Letzteres geschah über Antrag des Abgeordneten Hummer, der auf Grund der Erklärungen des Ministerpräsidenten beantragt, in den Vertragstext ausdrücklich den Passus aufzunehmen: „Mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten". In dem vorliegenden Elaborate ist dies mit fetten Lettern gedruckt.

Mag also was immer für ein Ausgleichsoperat vorgelegt werden, das hohe Haus wird Gelegenheit haben, dazu in merito Stellung zu nehmen, es abzulehnen oder anzunehmen. Es ist möglich, daß der Ausgleich noch vor dem Ende des Jahres 1919 auf den Tisch des Hauses gelangen wird. Da auf Grund der erfolgten Vereinbarung, die wenigstens zu einem gewissen vorläufigen Ergebnisse geführt hat, wie die amtliche Mitteilung sagt, bereits Vertragsverhandlungen handelspolitischer Natur mit dem Auslande, vor allem mit Deutschland stattfinden und wir unmittelbar nach dem Frieden sehr bald zu irgendeinem Vertragsverhältnisse mit dem uns befreundeten Auslande, mit den Neutralen und auch mit manchen heute noch feindlichen Staaten gelangen müssen, mit jenen Mächten, die ernsten Willens sind, die Feindschaft nicht auf wirtschaftlichem Gebiete weiter fortzusetzen, so wird eine gewisse Koinzidenz der neuen auswärtigen Handelsverträge mit dem neuen österreichisch-ungarischen Ausgleich höchstwahrscheinlich schon in absehbarer Zeit eintreten und werden wir vielleicht bald unser Placet oder aber unsere Verweigerung aussprechen müssen.

Damit hätte ich den viel umstrittenen Artikel I des Vertrages in Kürze erläutert. Zu Artikel II ist eine Voranmeldung erwähnt, welche im Artikel IV des jetzt geltenden Ausgleichsvertrages über die wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen vorgesehen ist. Diese bezieht sich nämlich auf etwa mit ausländischen Staaten geschlossene handelspolitische Verträge; die Kündigung derselben kann natürlich sowohl von Österreich wie von Ungarn beansprucht werden mit der Wirkung, daß sie sofort erfolgen muß, weil wir sonst angesichts der gewöhnlich sechsmonatigen Kündigungsfrist, die bei Handelsverträgen dem Auslande gegenüber besteht, in ein zeitliches Gedränge kommen würden. Es ist das also eine Bestimmung, die eigentlich ganz selbstverständlich ist, in der Natur der Sache liegt, aber in den Text des Vertrages aufgenommen werden mußte. Sie hat weder im Ausschuß irgendeine Beanständung gefunden, noch wird sie, wie ich hoffe, hier in diesem Hause beanständet werden.

Ich erlaube mir nun, hohes Haus, zum zweiten Gesetze überzugehen, das ist der Gesetzantrag, betreffend die provisorische Verlängerung des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank, ferner des Münz- und Währungsvertrages sowie die Ordnung der damit in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten. Zu diesem Gesetze sind im Ausschusse keine wesentlichen Bemerkungen gemacht worden. Es wurde in toto unverändert angenommen und wird dem hohen Hause auch zur Annahme empfohlen. Es ist ja selbstverständlich, daß wir jetzt unmöglich unsere österreichisch-ungarische Notenbank auflösen und ihr das Privilegium, das sie bisher besessen hat, entziehen könnten. Wir würden damit die Interessen unserer Monarchie auf das allerschwerste schädigen. *(Zustimmung.)* Ebensowenig können wir unseren derzeit bestehenden Münz- und Währungsvertrag nullifizieren, der im heurigen Jahre — bekanntlich datiert die Kronenwährung aus dem Jahre 1892 — das 25jährige Jubiläum gefeiert hat.

Bei Beratung dieses Gesetzes wurde im Ausschusse von seiten des Herrn Abgeordneten Hofrat Kuranda auf jene teilweise Suspendierung, beziehungsweise Änderung der Bankstatuten hingewiesen, die auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 4. August 1914 in Anbetracht der Kriegsnotwendigkeiten erfolgt ist und die auch heute noch zu Recht besteht. Von seiten des Finanzministers wurde darauf hingewiesen, daß diese teilweise Suspendierung einzelner Punkte des Bankstatuts sich nur als eine vorübergehende außerordentliche Maßnahme darstelle und daß sie sich selbstverständlich auch auf das prolongierte Bankprivilegium bezieht, natürlich nur insolange und insoweit, als die kriegerischen Notwendigkeiten, als der Zwang der Verhältnisse fortdauern werden. Zur Frage des Bankstatuts haben diese Dinge eigentlich keine weitere Beziehung. Was aber die Kaiserliche Verordnung vom 4. August 1914 anlangt, betreffend die außerordentlichen Maßnahmen hinsichtlich der Geschäftsführung der Österreichisch-ungarischen Bank, so kann man ja darüber verschiedener Meinung sein, ob diese Maßnahmen in allem und jedem gerechtfertigt waren oder ob nicht doch vielleicht das eine oder das andere hätte vermieden werden können. Ich bitte aber, von einer Diskussion über diese Materie jetzt bei der Ausgleichsberatung abzusehen, weil das hohe Haus noch Gelegenheit haben wird, bei Beratung des Referates des Herrn Abgeordneten Kraft, das er im Budgetausschuß zu erstatten sich bereit erklärt hat und das bereits im Druck vorliegt, zu dieser Materie ausführlich Stellung zu nehmen.

Nun gestatten Sie mir noch ein paar Worte zum dritten Gesetz, zum Gesetz, betreffend die von der Österreichisch-ungarischen Bank zu entrichtende Kriegssteuer und die Schaffung außerordentlicher Reserven bei der Österreichisch-ungarischen Bank. Es ist ja bekannt, daß unsere Österreichisch-ungarische Bank während der Kriegsjahre in ihren normalen Funktionen naturgemäß außerordentlich zurückgetreten ist und daß unser Noteninstitut während dieser ganzen schweren Kriegszeit wesentlich eine andere Aufgabe hatte. Sie hatte nämlich erstens den finanziellen Kriegsbedarf der beiden Staatsverwaltungen, in Österreich und in Ungarn, zu bestreiten, eine Tatsache, die zwar sehr bedauerlich, die aber leider Gottes eine unabänderliche ist, und zweitens hatte unser Noteninstitut auch die Aufgabe, den ausländischen Zahlungsdienst in dringenden, notwendigen und unausbleiblichen Fällen zu besorgen. Freilich hat es im zweiten Falle seine während der Friedenszeit angesammelten Reserven an Gold und ausländischen Zahlungsmitteln in sehr bedeutendem Maße angegriffen. Insbesondere, will mir scheinen, ist die zweite Hälfte des Jahres 1915 eine unglückselige für uns und unser Noteninstitut, für unsere ganze Finanzwirtschaft gewesen. Österreich und seine Bevölkerung haben damals allem Anscheine nach etwas zu gut gelebt — es ist das natürlich cum grano salis zu nehmen —, aber im Verhältnis zu dem, was die Kriegsverhältnisse uns erlaubt hätten, haben wir etwas besser gelebt und dabei große Mengen Gold, unsere kostspielige und kostbare Reserve, an das Ausland hinausgezahlt. Für die Zukunft wird unsere Notenbank eine überaus wichtige Aufgabe zu übernehmen haben, die Wiederherstellung unserer Währung. Wie diese wieder hergestellt werden wird, wie unsere Valuta wieder gebessert werden soll, darüber werden wir ja wohl noch eingehend bei anderer Gelegenheit sprechen. Unser Finanzminister hat nur einmal in einer seiner Reden angedeutet, daß eine Valutabesserung ohne eine Reform der

Währung kaum denkbar sei. Wie er sich das vorstellt, weiß ich nicht. Wir wollen diese Frage einer zukünftigen Behandlung überlassen. Aber eines ist gewiß. Unser Noteninstitut muß wieder vollwertige Deckung bekommen, muß wieder seine geschwächten Bestände auffüllen, auffüllen mit Gold, auffüllen mit internationalen verwertbaren Zahlungsmitteln. Daß das alles, hohes Haus, nicht ohne gewisse, vielleicht sogar große finanzielle Opfer möglich sein wird, liegt auf der Hand. Für diesen Zweck soll auf Grund des Gesetzes, das in Ihren Händen sich befindet, bei der Österreichisch-ungarischen Bank eine Reserve geschaffen werden, eine außerordentliche Reserve für Währungszwecke. Sie soll gebildet werden aus den Eingängen, welche die Österreichisch-ungarische Bank im Devisen- und Valutaverkehre seit Ausbruch des Krieges dadurch erzielt hat, daß Gold, Devisen, Valuten zu einem dem Buchwerte, beziehungsweise dem die Anschaffungskosten übersteigenden Preise abgegeben wurden. Diese außerordentliche Reserve für Währungszwecke wird nach den Angaben der Regierung für den Stichtag des 30. September 1917 mit etwa 255 Millionen Kronen berechnet. Auch nach dem 30. September 1917 soll sie aus den gleichartigen Eingängen bei der Bank, ferner natürlich auch aus der Gebarung mit der Reserve selber und den Erträgnissen, die daraus fließen, gestärkt und vermehrt werden. Diese Reserve soll unter Mitwirkung und Kontrolle beider Finanzminister vom Generalrat der Österreichisch-ungarischen Bank verwaltet und verwendet werden. Diesbezüglich soll zwischen den beiden Regierungen und dem Generalrat der Österreichisch-ungarischen Bank ein entsprechendes Übereinkommen abgeschlossen werden. Sollte das Bankprivilegium erlöschen, so wird der Restbestand dieser Reserve den beiden Staatsverwaltungen zufallen.

Das sind die gesetzlichen Bestimmungen, welche in Artikel II eines zwischen den beiden Regierungen abzuschließenden Vertrages, der durch Gesetz genehmigt werden soll, enthalten sind.

Es soll aber in der Österreichisch-ungarischen Bank außerdem auch noch ein anderer Reservefonds gebildet werden. Die Bank hat nämlich während des Krieges gewisse, derzeit ziffernmäßig nicht feststellbare Verluste erlitten, die sich aber nach Versicherung der Regierung in ziemlich engen Grenzen bewegen werden. Es ist eine ganz selbstverständliche Sache, es ist Sache einer vorsichtigen Geschäftsgebarung, daß man für diesen Fall eine gewisse Reserve hinterlegt. Diese Reserve soll die Höhe von 20 Millionen Kronen erreichen, und zwar sollen aus den Geschäftserträgnissen des Jahres 1914 entnommen werden 3,600.000, des Jahres 1915 7,400.000 und aus den Geschäftserträgnissen des Jahres 1916 9,000.000 K; zusammen im ganzen 20 Millionen Kronen.

§ 4 enthält die Ermächtigung an die Regierung, auf Grund eines Vertrages mit der königlich-ungarischen Regierung diese beiden Reservefonds, also einerseits den Reservefonds für Währungszwecke, andererseits den Reservefonds für Verluste, die sogenannte Kriegsverlustreserve, bei der Österreichisch-ungarischen Bank zu errichten.

Die Bank soll aber außerdem sowie alle anderen großen Institute und wie auch die Einzelnen zur Leistung einer Kriegssteuer, oder wenn man sie so nennen will, einer Kriegsgewinnsteuer für den Staat herangezogen werden.

Es ist ja selbstverständlich, daß die Österreichisch-ungarische Bank während der Kriegsjahre ganz ungeheuer verdient hat, daß sie verdient hat gerade durch das Darlehensgeschäft mit den beiden Staatsverwaltungen.

Sie haben, meine Herren, auf der letzten Seite des gedruckten Berichtes in der Anlage eine Zusammenstellung, betreffend die Ermittlung der Kriegssteuer der Österreichisch-ungarischen Bank für die Jahre 1914, 1915 und 1916. Aus dieser Tabelle erhellt folgendes: Das durchschnittliche Jahreserträgnis der Österreichisch-ungarischen Bank in den Jahren 1911, 1912 und 1913 war, pro Jahr berechnet, 38,604.545 K 46 h. Das Geschäftserträgnis des Jahres 1914 jedoch betrug bereits 57,630.219 K 56 h, so daß sich schon für das Jahr 1914 eine Steigerung des Geschäftserträgnisses um über 19 Millionen Kronen ergibt.

Noch weit günstiger war diese Steigerung im Jahre 1915. Gegenüber dem dreijährigen Durchschnittsertrage von 38 Millionen von früher hatte das Geschäftserträgnis der Bank im Jahre 1915 auszuweisen 108,119.235 K 81 h. *(Hört!)* Das ist ein Plus gegenüber dem Durchschnitt der früheren Jahre um 69,514.690 K 35 h. Das bedeutendste Erträgnis, die bedeutendste Steigerung fällt jedoch in das Jahr 1916. Da betrug das Geschäftserträgnis der Bank 136,724.113 K 49 h, somit eine Steigerung gegenüber dem Durchschnittserträgnis von früher um 98,119,568 K 03 h.

Die beiden Regierungen sind nun übereingekommen, von diesem Plus des Erträgnisses der Österreichisch-ungarischen Bank durchschnittlich 80 Prozent an Kriegssteuer oder Kriegsgewinnsteuer zu nehmen, da ja doch der weitaus größte Teil dieses Plus davon rührt, daß eben die Bank mit dem Staat sehr rentable Darlehensgeschäfte gemacht hat.

Es handelt sich da also um eine verhältnismäßig ganz beträchtliche Summe, die den beiden Staatsverwaltungen in Form einer Kriegssteuer zufließen soll.

Wie wird nun dieser Betrag verteilt? Die beiden Regierungen haben am 14. August 1914 auf Grund des Artikels 102 der Bankstatuten ein

Übereinkommen für die Jahre 1914, 1915 und 1916 getroffen, welches festsetzt, wie die Erträgnisse der Österreichisch-ungarischen Bank an Österreich und Ungarn verteilt werden sollen. Auf Österreich entfallen nach diesem Übereinkommen für das Jahr 1914 8,354.614 K 83 h, für das Jahr 1915 36,107.596 K 52 h und für das Jahr 1916 50,245.240 K 64 h. In Summe erhält Österreich von der Österreichisch ungarischen Bank für die drei Jahre 1914 bis 1916 einen Betrag von 94,707.451 K 99 h.

In gleicher Weise erhält natürlich auch Ungarn seinen Anteil, und zwar für das Jahr 1914 6,865.924 K 45 h, für das Jahr 1915 19,504.155 K 76 h und für das Jahr 1916 28,250.413 K 78 h. Unter der Voraussetzung, daß diese Kriegssteuer auch in Ungarn in der Gesamthöhe von rund 54 Millionen Kronen Gesetz wird, wird also auch Österreich nach diesem Gesetze eine Kriegssteuer der Österreichisch-ungarischen Bank in der Höhe von rund 95 Millionen Kronen erhalten. Im Ausgleichsausschusse wurde diese Vorlage unverändert angenommen und ich bitte daher, sie auch hier zum Beschlusse zu erheben.

Ich will zum Schlusse eilen. Nur noch ein paar allgemeine Bemerkungen! Was wir hier beschließen sollen, ist, das fühlen wir wohl alle, eine politische Notwendigkeit ersten Ranges. Das gemeinsame Wirtschaftsgebiet ist eine der unbedingt notwendigen Voraussetzungen für den aufrechten Bestand der Monarchie. Das Gegenteil wäre geradezu unausdenkbar. Wenn man sagt, daß wir ohnedies die pragmatischen Gemeinsamkeiten haben, so muß demgegenüber erklärt werden, daß die pragmatischen Gemeinsamkeiten in modernen Zeiten allein nicht genügen, sie müssen eine notwendige Ergänzung durch eine Wirtschaftsgemeinschaft finden. Die von der Donau durchströmten Gebiete, das Donauland, das große Donaubecken bilden eine geographische Einheit, eine wirtschaftspolitische Einheit, die sich nicht so ohne weiteres oder nur unter den allergefährlichsten Zuckungen und Konvulsionen in zwei feindliche Wirtschaftsgebiete zerlegen ließe. In der heutigen Zeit, wo alle großen Staaten, die Weltstaaten, einen wirtschaftlichen Imperialismus treiben, ist es absolut unmöglich, daß wir unser bisheriges gemeinsames Wirtschaftsgebiet zerschlagen und in kleinere Wirtschaftsgebiete zerlegen. *(Zwischenrufe.)* Wir müssen, schon um die Konkurrenz mit den großen Weltwirtschaft treibenden imperialistischen Staaten der Erde auszuhalten, unser gemeinsames großes Wirtschaftsgebiet auch weiterhin aufrechterhalten.

Eine großzügige gemeinsame Wirtschaftspolitik schafft auch politische Macht und umgekehrt, politische Macht schafft wiederum eine gute Wirtschaft. Der Weltkrieg hat unsere früher so verkannte politische und militärische Macht zweifellos in ungeahntem Maße erhöht. Wir stehen heute vor den Völkern des Erdballs in ganz anderem Ansehen, als wir vor dem Kriege waren. Jetzt aber gilt es, dieses neu gewonnene, erstarkte Ansehen der habsburgischen Monarchie, das sich auf der gewonnenen politischen und militärischen Macht, die sie bewiesen hat, aufbaut, zu nutzen, die Gelegenheit nicht zu verpassen und davon auch Früchte für unsere weltwirtschaftliche Bedeutung zu ernten. Dazu ist aber die erste Voraussetzung, daß wir eine große wirtschaftspolitische Einheit bilden. Diese Einheit, wenn sie nicht wäre, müßte geschaffen werden. Wir gehören nun einmal zusammen. Das möge man sich nicht bloß hier merken, sondern auch drüben jenseits der Leitha.

Das möge man jederzeit, wo es sich um die großen Fragen der Monarchie handelt, recht verstehen und begreifen. Wir gehören nun einmal zusammen durch die Gemeinsamkeit vergossenen Blutes, durch die gemeinsame Arbeit der Völker hüben und drüben, wir gehören zusammen durch die Gemeinsamkeit einer ruhmreichen Geschichte während vieler Jahrhunderte, wir gehören zusammen durch die Gemeinsamkeit der Dynastie und durch die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Die einzelnen Teile des Donaureiches ergänzen sich gegenseitig in glücklicher Weise.

Seien wir, wenn wir uns mit Ungarn vereinbaren, auch nicht kleinlich! Wir dürfen nicht nur immer trachten, einzig und allein auf uns zu schauen, dem andern dagegen keinen Vorteil zu gönnen. Nein, da wir nun einmal zu einer Einheit zusammengehören, ist der Vorteil des einen auch der Vorteil des anderen, aber leider auch der Nachteil des einen, der Nachteil und das Unglück des anderen. Wenn diese Wahrheit heute noch nicht so ganz erfaßt ist, wenn in der Öffentlichkeit so manche berechtigte Klagen ertönen, insbesondere auch über manch einseitige Deutung und Durchführung des Ausgleichsvertrages, so dürfen wir die Sachen dennoch nicht allzu tragisch nehmen. Mag auch ab und zu hüben und drüben ein Wort des Hasses und selbst offener Feindschaft hinüber und herüberfliegen, es ist nicht jedes Wort auf die Goldwage zu legen. Schließlich handelt es sich besonders in unserem Parlamente hier um alte und junge, aber durchaus lebenskräftige und lebensfähige Völker, die nicht immer in jener Tonart in öffentlichen Dingen sprechen, wie man es vielleicht in Staaten, in denen mehr oligarchische Zustände herrschen, haben möchte. Es wird gewiß einmal in diesem Reiche gelingen, es muß einer weisen, klugen, vorausblickenden Führung der Monarchie gelingen, diese überschäumenden, oft irregeleiteten Kräfte, die sich diesseits und jenseits der Leitha äußern, in das richtige Bett zu leiten, und alle

ohne Ausnahme, die einen im Guten, die andern mit starker Hand, schließlich dem einen großen Ganzen unterzuordnen, der gemeinsamen Monarchie, der einen unteilbaren, untrennbaren, ehrwürdigen und doch ewig jungen Monarchie, die der starke Hort aller ihrer Völker, die in ihren Grenzen wohnen, sein soll. Ich wenigstens glaube an die Zukunft dieser Monarchie, ich glaube an die Größe Österreichs, ich glaube an die Zukunft der habsburgischen Monarchie. Dieses zukunftsfrohe Bekenntnis soll auch von dieser Stelle aus in die Welt hinausgerufen werden, unseren Freunden zum Trost, unseren Feinden zum Trotz.

Treten auch Sie, meine sehr geehrten Herren vom hohen Hause, an die Prüfung dieser Vorlage heran, mit demselben starken Glauben an die Monarchie! Es kann Ihnen dann nicht schwer fallen, das zweijährige Provisorium, das hier verlangt wird und das die Monarchie braucht, zu bewilligen, eine Maßnahme, deren Ablehnung kein ernster Politiker in Zeiten von so weltgeschichtlicher Bedeutung, wie wir sie jetzt durchleben, vor der Monarchie und vor der Geschichte verantworten könnte. In diesem Sinne bitte ich um vollinhaltliche, unveränderte Annahme der Ausgleichsvorlagen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik**: Der Herr Abgeordnete Friedmann hat folgende Anträge gestellt *(liest)*:

„Antrag der Abgeordneten Friedmann und Genossen, betreffend das Geheimprotokoll zu § 12 der Verordnung der Minister des Ackerbaues und des Handels vom 31. Dezember 1907.

Das Abgeordnetenhaus erklärt, daß das Geheimprotokoll zu § 12 der Verordnung der Minister des Ackerbaues und des Handels vom 31. Dezember 1907, R. G. Bl. Nr. 282, mit welchem Vorschriften über den Viehverkehr über die Länder der heiligen ungarischen Krone erlassen wurden, mit den Bestimmungen des Artikels XX des Zoll- und Handelsvertrages vom 30. Dezember 1907, R. G. Bl. Nr. 278 nicht in Einklang steht und mithin der gesetzlichen Grundlage entbehrt."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche diesen Antrag unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Es ist ein weiterer Antrag Friedmann und Genossen eingelangt, betreffend

„den § 12 der Verordnung der Minister des Ackerbaues und des Handels vom 31. Dezember 1907, R. G. Bl. Nr. 282.

Da der § 12 der Verordnung der Minister des Ackerbaues und des Handels vom 31. Dezember 1907, R. G. Bl. Nr. 282, welcher bestimmt, daß hinsichtlich der Ein- und Durchfuhr von Tieren, Fleisch und tierischen Rohstoffen, gleichartig vorgegangen wird, Österreich eine Bindung auferlegt, die im Zoll- und Handelsvertrag mit Ungarn nicht begründet ist und über den Rahmen der im Artikel XX getroffenen Vereinbarungen hinausgeht, wird die Regierung aufgefordert, den erwähnten § 12 mit dem Zoll- und Handelsvertrag in Einklang zu bringen."

Ich ersuche diejenigen Herren, welche auch diesen Antrag unterstützen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschieht.)*

Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Ich erteile nun das Wort Seiner Exzellenz dem Herrn Handelsminister.

Handelsminister Dr. Freiherr v. **Wieser**: Hohes Haus! Durch die bestehenden Anordnungen waren die beiden Regierungen, die österreichische und die ungarische verpflichtet, vor Ablauf des Ausgleichtermines zu Vereinbarungen behufs Neuregelung des wirtschaftlichen Ausgleichsverhältnisses zusammenzutreten. Das ist auch, wie bekannt, am 24. Februar d. J. geschehen, an welchem Tage das betreffende Übereinkommen unterzeichnet worden ist. Es ist damit eine Vorarbeit geleistet worden, die für die parlamentarische Behandlung des Ausgleichsverhältnisses notwendig ist, es ist damit aber auch eine Vorarbeit von ganz besonderer Bedeutung für die Aufgaben geleistet worden, wie sie durch diesen ungeheuren Krieg sich entwickelt haben. Dieser Krieg ist ein Wirtschaftskrieg seinen Veranlassungen und seinen Mitteln nach und es wird auch der Frieden, der diesen Krieg beendigen soll, sich vor allem auf die wirtschaftlichen Dinge der Welt zu beziehen haben. Es könnte ganz gut sein, daß die territorialen Abmachungen im Friedensvertrag an Bedeutung weitaus von den Abmachungen in bezug auf das wirtschaftliche Verhältnis der Völker der Welt übertroffen werden. Jedenfalls muß die Monarchie gerüstet zum Kongreßtisch gehen und es müssen die beiden Regierungen über ihr inneres Verhältnis übereingekommen sein, bevor sie sich an Friedensverhandlungen wirksam beteiligen können. Es geht nicht an, daß man mit dem Gegner verhandelt, wenn man nicht unter sich selbst klar und

einig geworden ist. Es gilt ja wohl auch diesmal, was so oft gesagt worden ist, daß das, was durch die Waffen errungen ist, nicht durch die Diplomaten zerstört werden soll. Durch die beharrliche Tapferkeit unserer Truppen haben wir durch die Waffen Außerordentliches errungen, wir haben den eisernen Ring, der uns einschnüren sollte, überall aufgehalten und auf großen, weiten Strecken der Front heute aufgelöst. Wir wollen nun auch wirtschaftlich die Früchte dieses beharrlichen militärischen Ringens ernten. *(Abgeordneter Renner: Also den zollpolitischen Ring wiederherstellen!)* Es ist auch notwendig, daß wir, bevor wir mit unseren Gegnern über diese Dinge verhandeln, zunächst mit unseren Freunden verhandeln, und auch dazu ist das Übereinkommen, welches die beiden Regierungen beschlossen haben, die notwendige Vorarbeit. Es ist ja bekannt, daß die Verhandlungen mit dem uns nächststehenden Freund, mit Deutschland, bereits begonnen haben.

Es scheint nun ein Widerspruch zu sein, daß, wenn solches Gewicht gelegt wird auf ein Abkommen zwischen den beiden Regierungen, doch dieses Abkommen nicht jetzt schon endgültig zur gesetzlichen Festlegung vorgelegt wird. Das ist aber in Wirklichkeit kein Widerspruch. Die Regierungen müssen aktionsbereit sein, wie das auch im Berichte des Herrn Berichterstatters gesagt ist, sie müssen in jedem gegebenen Augenblick zur Handlung fertig sein, klar zum Gefecht. Aber die Dinge sind noch nicht so weit gediehen, daß auch die gesetzliche Festlegung durch die Parlamente heute schon erfolgen könnte. Ich kann die Lage, wie sie besteht, nicht deutlicher wiedergeben, als durch eine Äußerung, die ein oppositioneller Redner im Ausschusse getan hat, Herr Dr. Renner. Er wünscht — und ein Zwischenruf, den er eben gemacht hat, hat das wieder in Erinnerung gebracht — ein Abkommen auf Grund vollkommener Verkehrsfreiheit, er hat aber zugegeben, daß im Laufe der Friedensverhandlungen es sich zeigen könnte, daß diese vollkommene Verkehrsfreiheit trotz des besten Willens der Mittelmächte nicht zu erreichen sei und er hat zugegeben, daß, wenn unsere Gegner sich zu einem engeren Wirtschaftsbunde zusammenschließen, der die Welt absperrt, den Mittelmächten nichts anderes übrig bliebe, als desgleichen zu tun. So stehen die Dinge. Es läßt sich heute noch nicht absehen, welche Rückwirkungen von den territorialen und sonstigen Abmachungen im Friedensvertrage ausgeübt werden auf das wirtschaftliche Verhältnis zwischen den beiden Staaten der Monarchie und auch mit unseren Freunden. Dafür müssen die Gelegenheiten offen gehalten werden; es darf noch nicht der ganze schwere Apparat der parlamentarischen gesetzgeberischen Tätigkeit aufgewendet werden, denn es ist ja immerhin möglich, daß dieser Apparat ein zweites Mal aufgewendet werden müßte und dieser Apparat ist ja ein sehr schwer beweglicher Apparat.

Es ist heute noch nicht so weit, daß den Abmachungen, wie sie zwischen den Regierungen bestehen und wie sie getroffen werden müßten, das gesetzliche Siegel gegeben werden könnte. Wenn dieses gesetzliche Siegel einmal gegeben ist, so soll es nicht mehr aufgelöst werden und wir sind nicht so weit, daß wir heute ein Abkommen zu treffen vermöchten, von dem wir sagen könnten, daß es durchaus unverändert werde durchgeführt werden können. Man denke nur an den Zolltarif. Es ist heute doch nicht möglich, einen Zolltarif festzulegen, der so geartet ist, daß er für jede Möglichkeit der wirtschaftlichen Weltverhältnisse ausreichen könnte.

Diese Erwägungen sind ja auch vom Ausschusse vollkommen angenommen worden und es ist im Ausschusse daraufhin mit überwiegender Mehrheit der Bericht dem Hause unterbreitet worden, welcher die Annahme der von der Regierung gemachten Vorlage mit einem gewissen Zusatze, auf den ich noch zu sprechen kommen werde, empfiehlt. Es soll ein zweijähriges Provisorium durch die Verlängerung des alten Ausgleichs geschaffen werden. Zugleich ist aber die Bestimmung getroffen, daß, wenn es gelingt, früher die Neuregelung zu vereinbaren, die Neuregelung früher schon in Kraft treten soll. Es ist das auch ganz selbstverständlich, denn je früher wir zu einer endgültigen Ordnung kommen, desto mehr ist das zu begrüßen. Gerade diese Dinge sind es aber, die im Ausschusse zu lebhaften Erörterungen geführt haben, welche dann endlich, wie der Herr Berichterstatter ausführlich erzählt hat, dadurch beigelegt worden sind, daß jener früher erwähnte Zusatz in den von der Regierung vereinbarten Vertragstext eingeschoben wurde.

Dadurch, daß der Ausschuß mit ganz überwiegender Mehrheit sich auf diesen Boden gestellt hat, ist es wohl unnötig geworden, daß ich darüber ausführlich spreche. Ich möchte aber doch mit ein paar Worten wenigstens hierauf zurückkommen, um die Absichten, mit denen die Regierung ihren Entwurf vorgelegt hat, ganz ins Klare zu stellen.

Es soll keine Unklarheit zurückbleiben, als ob die Regierung irgendetwas beabsichtigt hätte, was sie nicht streng verfassungsmäßig hätte beabsichtigen dürfen. Es handelt sich, wie bekannt, einmal um das Wort „vereinbart", die „vereinbarte Neuregelung". Es ist die Befürchtung ausgesprochen worden, daß durch die Annahme dieser Worte das Abgeordnetenhaus festgelegt oder wenn ich so sagen darf, hereingelegt worden wäre, auf den Text des Übereinkommens vom 24. Februar 1917. Es ist allerdings im Ausschusse und auch jetzt wieder vom Herrn Berichterstatter gesagt worden, daß man dieser Regierung eine solche Absicht keineswegs

zumuten wolle, aber es ist erklärt worden, daß irgendwann später eine Auslegung möglich sein könnte, die man gegen das Abgeordnetenhaus in diesem Sinne zu deuten vermöchte. Ich glaube, daß das Wort „vereinbart" keineswegs so bedenklich ist; durch dieses Wort ist es nicht im mindesten ausgeschlossen, daß neue Abmachungen zwischen den Regierungen getroffen werden. Wenn derartige neue Abmachungen getroffen und vereinbart werden sollten, so werden sie dann auch dem Hause vorgelegt werden müssen und wenn das Haus seine Zustimmung dazu gibt, so ist es dann auch eine „vereinbarte Neuregelung". *(Zwischenrufe.)* Die zweite Wendung, auf die sich die Erörterungen im Ausschusse noch bezogen haben, sind die Worte „in Kraft tritt". Man hat gefürchtet, daß das Übereinkommen in irgendeiner anderen Weise ohne Zustimmung des Parlamentes in Wirkung treten könnte. Ich möchte nun betonen, daß auch da der Regierung jede derartige Absicht ferne gelegen hat, und die Worte „in Kraft tritt" sagen das ja eigentlich deutlich. In einem Verfassungsstaate gibt es keinen anderen Weg, um Dinge in Kraft zu setzen, als den verfassungsmäßigen Weg, jeder andere Weg mag ein Weg der Gewalt oder der Macht sein, aber es wird ein Weg der Zerrüttung und daher der Schwäche sein. Der Regierung schien daher mit diesem Ausdruck jede Bürgschaft dafür gegeben zu sein, daß der verfassungsmäßige Weg beschritten werden muß. Die Regierung hat übrigens keinen Anstand genommen, durch Einfügung der Worte „mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften beider Staaten" jeden Zweifel nach dieser Richtung hin auszuschließen und ich bin in der Lage zu erklären, daß laut Mitteilung des ungarischen Ministerpräsidenten die ungarische Regierung sich damit einverstanden erklärt hat, auch ihrerseits diese Worte in den Text der ungarischen Fassung einzufügen, so daß die erforderliche Übereinstimmung im Texte in Österreich und in Ungarn hergestellt ist.

Der Zeitraum von zwei Jahren, der vorgesehen ist, dürfte menschlichem Ermessen nach lange genug sein, um dem Parlament eine eingehende Erörterung des Übereinkommens, das von den Regierungen geschlossen ist oder geschlossen werden wird, zu erlauben. Das Parlament wird der Zeit nach so wenig wie sonst in eine Zwangslage gesetzt sein und es sind, wie der Herr Berichterstatter gesagt hat, wohl alle verfassungsmäßigen Bürgschaften dafür gegeben, daß das Parlament zu der vollen ihm gesetzlich zustehenden Aussprache über diese Dinge gelangen wird. *(Lebhafter Beifall.)*

Vizepräsident Ritter v. **Pogačnik**: Ich erteile dem ersten Kontraredner Herrn Abgeordneten Spinčić das Wort.

Abgeordneter **Spinčić**: Visoka kućo! Preko tri godine bjesni rat, kakovu nejma para u povjesti svih vjekova i svih naroda. Članovi ove kuće i predstavnici naroda našega i drugih slavenskih naroda bijahu dugo odsudjeni na šutnju. U to bijaše i njih pod oružjem, u ognju, u ratu, u vojničkoj službi. Bijahu dionici ili bar svjedoci svih onih grozota, koje su se skoro po cieloj Evropi počinjale i još se počinjaju. Stanovita kultura dovela je do toga, da se je posvema smetnulo s vida kršćansku ljubav do bližnjega, načela bratstva, jednakosti i slobode, i da je zavladala gruba sila. I u svrhu uništenja protivnika nežaca se ničesa. Izmislilo se je već prije i izmišljalo tečajem rata svakim danom nova sredstva i nove načine, kako da se uništuje i ljude i njihova obitališta. *(Tako je!)* Kugle, granate, bombe, mine, torpedi, zadušljive i otrovne tvari razaraju što, njim pod domašaj dolazi. Polja, vinogradi, livade, šume pretvorena su u pustave. Gradovi i sela izravnana su zemljom. Uništeni su hramovi božji, sto i stogodišnji uresi i dike odnosnih gradova i naroda. Razorene su i gospodske palače i gradjanske kuće i seljačke i radničke kućice. Potopljeno je na tisuće ladja a s njima milijuni i milijuni tona raznih predmeta medju njima i hrane. Pali su milijuni i milijuni ljudskih života sve najljepše i najmuževnije dobe. Toliko jih je i ranjenih, na sve načine osakaćenih, te će se jih još najmanje po vieka vidjeti kao dokaze i ostanke barbarstva ovo zadnjih triju godina. *(Tako je!)* Smrkava se čovjeku, kad na sve to samo pomisli. I kad se još vidi, kako su milijuni i milijuni posve nedužnih ljudskih stvorova nastradali, kako milijuni majki i otaca oplakuju svoje sinove, udova svoje muževe, sirota svoje otce, kako milijuni i milijuni ljudi trpe, gladuju, od glada umiru i inače pogibaju, onda nije čudo, da se sa svih strana pita, kad će se svršiti rat sa svim svojim posljedicama, kad će se sklopiti mir. Nije čudo, da je obćenit vapaj za mirom i da najplemenitiji muževi u najvišim položajima razmišljaju dan i noć, kako da do njega dodje.

Hohes Haus! Bei dem Greuel des schon über drei Jahre dauernden und nie dagewesenen Krieges wünschen das Ende desselben Alle, von den Höchsten bis zu den Niedrigsten. Alle rufen nach dem Frieden. Ich mache dabei selbstverständlich keine Ausnahme und schließe mich diesem Rufe vom ganzen Herzen an.

Unter den Voraussetzungen des Friedens ist auch das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker gestellt; und dieses Recht müßte überall zur Geltung gebracht werden *(So ist es!)* und dürfte nicht in Parlamenten ausgeübt werden, wo mehrere Völker vertreten sind, wo einzelne majorisiert werden könnten; in Parlamenten, welche zwar auf Grund

des gleichen Wahrechtes für einzelne Personen, nicht aber des gleichen Wahlrechtes für einzelne Nationen, gewählt wurden, in welchen Abgeordnete einiger Nationen Wahlbezirke mit nur 20.000 Einwohnern, während andere anderer Nationen Wahlbezirke mit 50, 60, 70, 100.000 und mehr Einwohnern vertreten. *(So ist es!)* Um einen wirklichen und dauernden Frieden zu machen, ist es notwendig, daß jedes Volk für sich durch eigene Vertreter in eigener Versammlung über sein Schicksal entscheidet. *(Bravo!)* In diesem Sinne ans Werk, nach außen und nach innen, meine Herren Minister!

Nach dem Kriege dürfen sich im Innern zwischen den Völkern der Monarchie nie die Zustände erneuern, wie sie vor dem Kriege waren; muß man für immer alles das unmöglich machen, was man gegen gewisse Völker, auch gegen unser kroatisch-serbisch-slowenisches, am Anfang und während des Krieges unternommen und gemacht hat; dürfen nie mehr zweierlei Nationen, herrschende und dienende sein, darf nie mehr die nationale Fremdenherrschaft, welche sich in vielen Gegenden, namentlich unseres slowenisch-kroatisch-serbischen Heimes, in eine wahre Schreckensherrschaft verwandelt hat, möglich sein.

Und wenn das möglich war, so ist es hauptsächlich dem herrschenden System, dem Dualismus, zuzuschreiben, auf welchem der bisherige Ausgleich zwischen den „im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen heiligen Krone" beruht, und auf welchem der in den vorliegenden Gesetzesvorlagen enthaltene Ausgleich beruhen sollte.

Abgesehen davon, daß die Bestimmungen dieses Ausgleiches, sowie auch desjenigen zwischen Kroatien-Slawonien und Ungarn nicht eingehalten, daß sie mißdeutet und in den meisten Fällen zugunsten der Magyaren, sowohl gegenüber dieser Hälfte der Monarchie als namentlich gegenüber Kroatien-Slawonien, gedeutet werden, ist der Dualismus an und für sich ein Unglück, namentlich für die Südslawen *(Sehr richtig!)*, bedeutet sozusagen die Vernichtung, den Tod unseres Volksstammes. *(Beifall.)*

Durch denselben wurden wir, die einen den Deutschen, die anderen den Magyaren, die dritten den Deutschen und den Magyaren, unterworfen und denselben auf Gnade und Ungnade übergeben.

Über unsere kläglichen Zustände in normalen Zeiten vor dem Kriege, seit dem Bestande des Ausgleiches, seit 50 Jahren, sprechen klar und zur Genüge die Protokolle dieses Hauses, des ungarischen Reichstages, des kroatisch-slawonischen und des bosnisch-hercegovinischen Sabor, der Landtage von Kärnten, Steiermark, Krain, Triest, Görz-Gradiska, Istrien und Dalmatien — das System beglückt uns mit so vielen gesetzgebenden Körpern, in welchen wir aber nirgends Herren sind, über unser Schicksal frei entscheiden zu können. Aus den erwähnten Protokollen kann ein jeder, der nicht Gelegenheit hatte, an Ort und Stelle die Verhältnisse zu studieren, ersehen, wie man uns politisch, finanziell, kulturell, kommerziell, gewerblich, wirtschaftlich vernachlässigt, zurücksetzt, schwächt, nach und nach zugrunde richtet. Verschiedenartige Versuche hat man unternommen, um uns zu germanisieren, magyarisieren, und wo es nicht anders gegangen ist, mit Hilfe der Deutschen und Magyaren zu italienisieren. Das möglichste hat man getan, um uns zu demoralisieren, Zwistigkeiten unter uns gesät, Kroaten gegen Serben und Slowenen, Serben gegen Kroaten und Slowenen, Slowenen gegen Kroaten und Serben gehetzt, die einen oder die andern oder die dritten oder alle zusammen denunziert, unglaubwürdige angebliche Beweise gegen uns erdichtet, Dokumente gefälscht und fabriziert, einzelne oder ganze Gruppen unserer besten Leute vor die Gerichte gezogen, mehrere verurteilt, in die Kerker geworfen, ums Leben gebracht — alles, um den Dualismus aufrecht zu erhalten, um leichter über uns zu regieren, und uns nach und nach zu vernichten. Die verantwortlichen Faktoren, die Herren Minister, haben unsere Klagen lächelnd angehört oder überhaupt nicht hören wollen, sind über dieselben schweigend hinweggegangen, haben uns auch weiter nicht als ebenbürtige Staatsbürger, sondern als Staatsbürger niedriger Ordnung oder sogar als rechtlose Individuen, als Sklaven behandelt und behandeln lassen.

Wie man uns während des Krieges behandelt hat, das überschreitet alles, was in der Geschichte der Menschheit vorgekommen ist. Nie und nirgends sind die Regierungen mit eigenen Staatsbürgern so schlecht, so schrecklich, so grausam, so verbrecherisch umgegangen, wie unsere Regierungen mit uns Kroaten, Serben und Slowenen während des noch immer dauernden Krieges. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Bekanntlich ist dieser Krieg in seinem Anfange seitens sehr maßgebender Persönlichkeiten des Deutschen Reiches als ein Krieg zwischen dem Deutschtum und dem Slawentum, seitens vieler Magyaren als ein Krieg gegen die Slawen bezeichnet worden; und wird in seinem weiteren Verlaufe als ein Krieg gegen den deutschen Militarismus und für die Freiheit und Selbstbestimmung der Völker gekennzeichnet. Und in einem solchen Kriege hat man Millionen von Slawen kommandiert, daß sie für die Ziele der Deutschen und der Magyaren kämpfen. Unser Dichter Petar Prerodović sagt:

„Čast je iznosit život na žrtvenik gorućih
čuvstva
Za plaću ljevati krv, čermerni posao je to!"

Hätte er gesehen, was schon seit drei Jahren geschieht, hätte er gewiß in bezug auf unser Volk seinen erwähnten Worten noch folgende oder gleichbedeutende zugesetzt:

„Za robstvo svoje boriti se, grozota najveća je to!“

Aber nicht genug daran, daß man unsere jungen Leute und unsere Männer vom 17. bis 50. Jahre zum Militär einberufen und auf allen Kampffeldern als die ersten in das Feuer geschickt hat, wo die meisten um ihr Leben gekommen oder Krüppel geworden sind, man hat auch unsere jungen Leute unter 17 Jahren und unsere Männer über 50 Jahre zur Kriegsleistung zugezogen. Man hat sie gezwungen zu schwersten Arbeiten. Und während unsere besten Kräfte im Kriege bedienstet sind, hat man unseren Leuten zuhause das Vieh, die Nahrung und allerlei Geräte und Mobilien weggenommen und weggeführt, Greise, Weiber und Kinder nackt und ohne die notwendigsten Nahrungsmittel gelassen, so daß viele infolge Elend, durch Hunger gestorben sind oder dieselben direkt übermütig umgebracht. Hunderte und Tausende unserer älteren und jüngeren Intelligenz in Kärnten, in Steiermark, in Krain, in Triest, Görz und Gradiska, in Istrien, in Dalmatien, in Bosnien und Hercegovina, in einigen Teilen von Kroatien und Slawonien, sowie auch in der Bačka und im Banat hat man ohne jedweden Grund zufolge infamer Denunziationen seitens der Lieblinge unserer Regierungen und deren bezahlten Kreaturen gefangen genommen, beschimpfen, bespucken, angreifen lassen; als Geisel auf den Bahnen und Dampfern gebraucht, auf den Zwangsreisen verschiedentlich schikaniert, in die Kerker, zumal mit einfachen Verbrechern, geworfen und in denselben Monate und Monate, ja auch Jahre lang gehalten, ohne daß man ihnen je gesagt hätte, warum. Mehrere hat man aufhängen und erschießen lassen, ohne einen ordentlichen Prozeß durchzuführen. Tausende und Tausende unserer Nation hat man konfiniert, interniert, evakuiert, in die Baracken, auch in verpestete Baracken gesteckt, wo Tausende, namentlich Kinder, gestorben sind.

Für unser übergebliebenes Volk hat man schon während des Krieges für die Zeit nach dem Kriege stärkere Ketten geschmiedet, in welche es noch mehr gefesselt hätte sein sollen: Deutsche Staatssprache, deutscher Unterricht, deutsche Beamte, militärische Verwaltung: oder Veräußerung des kroatischen Bodens, der kroatischen Meeresküste, Errichtung von verschiedenen Geldzentralen, magyarische Staatssprache, magyarische Schulen. Dabei hat man in perfidester Weise gerechnet, daß man dies während des Krieges, während die besten Kräfte unserer Nation kämpfen, während dieses Parlament geschlossen war und die Abgeordneten entweder im Kriege oder in Arresten waren oder doch nicht sprechen durften, am leichtesten tun kann. Die hohen kaiserlich-königlichen, beziehungsweise königlichen Regierungen waren damit ganz einverstanden, haben manches von sich selbst getan, manches nach den gegebenen Rezepten durchgeführt und waren bereit, das übrige durchzuführen und dies, wie die Gemäßigten unter den Deutschen und Magyaren sagen würden, weil es so die Entwicklung der dualistischen Monarchie, beider Staaten derselben erheischt, weil es so die Deutschen und die Magyaren brauchen.

Die Deutschen sagen: Wir brauchen Dalmatien, wir brauchen Istrien, Triest, der Weg zu denselben führt durch slowenische Länder, wir brauchen auch diese, deswegen können wir, dürfen wir, wollen wir nicht, daß diese Länder von dem sogenannten Österreich abgerissen werden, wollen nicht, daß sich dieselben mit anderen südslawischen Ländern vereinigen.

Die Magyaren sagen: Wir brauchen Rieka, und haben sie schon in unseren Händen, sei es auch durch unerhörte Falsifikate; bis zu derselben führt der Weg durch Slawonien und Kroatien; es ist notwendig, daß wir in diesen Ländern eine staatliche Macht ausüben. Dalmatien ist ein Bestandteil Kroatiens und Slawoniens, wir müssen auch über dieses eine Macht haben.

Die Deutschen und die Magyaren sagen gemeinschaftlich: Österreichisch-ungarische Truppen haben Bosnien und Hercegovina erobert. Wir haben das Recht über dieselben zu herrschen, und wir herrschen auch, wir brauchen sie für unsere Entwickelung und lassen nicht zu, daß sie mit anderen südslawischen Ländern vereinigt werden.

Die Deutschen und die Magyaren — nicht ausgenommen die Herren Minister — sprechen und handeln so, als ob die Nationen für die Staaten da wären und nicht die Staaten für die Nationen. *(So ist es!)* Als ob die Nationen da wären, um aus denselben gewisse, ganz unnatürliche, künstliche Staatsgebilde für die Ewigkeit zu schaffen. Als ob unsere slowenischen, kroatischen und serbischen Länder eine res nullius wären, mit welchen Deutsche und Magyaren frei verfügen können. Sie brauchen dieselben, sie wollen sie haben. Ihnen fällt nicht auf, daß diese Länder ihren natürlichen Herrn schon Tausend und mehr Jahre haben, daß dieser Herr die slowenisch-serbisch-kroatische Nation ist, und daß das Greifen nach derselben gleich dem Diebstahle, dem Raube ist, und daß diejenigen, welche nach denselben greifen, welche sie rauben wollen, gleich dem Diebe, dem Räuber sind, welcher Geld und andere Gegenstände stiehlt und raubt, angeblich weil er sie braucht. *(So ist es!)* Soll ein jeder das Seinige haben, und über das Seinige Herr sein! Einzelne Nationen sind diejenigen, welche

sich entwickeln müssen und sich staatlich so einrichten sollen, wie es ihnen am besten paßt. Sie haben das Recht, über sich selbst zu bestimmen. Das ist so natürlich, daß man darüber kein Wort zu verlieren braucht. Wer anders denkt und handelt, der denkt und handelt nicht menschlich und auch nicht christlich. Das wahre demokratische und wohl auch das wahre christliche Prinzip, daß man heutzutage von allen Seiten so hervorhebt und das das einzige herrschende in der Welt sein müßte, erheischt nicht nur die Gleichstellung einzelner Personen, sondern auch die Gleichstellung einzelner Nationen. Die letztere ist eine natürliche Folge der ersteren.

Sollten sich die Herren aus den Kreisen der Deutschen und Magyaren auf das seit einer Zeit in der Monarchie Bestehende berufen, so möge ihnen klipp und klar erklärt werden: Das seit einer Zeit in der Monarchie Bestehende ist die Folge von Wortbrüchen, Betrügen, Willkürakten, Ungesetzlichkeiten, Gewalttaten. *(Zustimmung und Zwischenrufe.)* In Wahrheit ist die Monarchie der Habsburger ein Zusammenschluß von verschiedenen Bestandteilen, von verschiedenen, im Grunde genommen, nationalen Staaten, dem kroatischen, dem tschechischen, dem magyarischen, Teilen des polnischen und ukrainischen und deutschen. Alle ersteren waren zur Zeit, als sie sich zusammenschlossen, wichtiger als der letztere, als Österreich ob und unter der Enns, als das Österreich. Was diesem Österreich durch Jahrhunderte einen besonderen Glanz gebracht hat, das war die römische Krone, mit welcher seine Herrscher lange Zeit gekrönt waren. Aber dadurch, daß sie einmal römische Kaiser waren, haben sie kein Recht gehabt, etwas gegen die Könige von Kroatien oder von Böhmen oder anderen zu unternehmen, und noch weniger, die Rechte der kroatischen, der böhmischen oder einer anderen Nation zu schmälern. Am wenigsten haben ein solches Recht die Deutschen oder die Magyaren und ihre Vertreter.

Die Kroaten samt ihren Stammesgenossen Serben und Slowenen — um nur bei diesen zu bleiben — haben nie die magyarische Nation, sondern nur einen Mann, welcher König der Magyaren war, zu ihrem Herrscher gewählt; sie haben nie die deutsche Nation, sondern einen Fürsten, der über einen Teil der Deutschen regierte, zu ihrem Herrscher gewählt, und dies unter der Bedingung, daß er und seine Nachfolger, die damals von dem Gesamtkönigreiche Kroatien losgerissenen Teile wiederum mit diesem Königreiche vereinigen werden. Durch die diesbezüglichen Wahlen oder sonstiges Eingreifen der Regierungsmacht in unseren Ländern seitens der Herrscherhäuser haben weder die Magyaren noch die Deutschen noch irgendeine andere Nation irgendwelche Rechte in unseren Ländern, über unsere Nation erworben. Es waren bilaterale Verträge oder sonstige Einvernehmen lediglich zwischen unserer Nation und dem Herrscherhause. Soweit man sich neben dem Naturrechte auf das historische Recht beruft, so sind dabei nur die Verträge und Einvernehmen zwischen den beiden genannten Faktoren zu berücksichtigen und können die Verhältnisse zwischen ihnen allein, ohne Einmischung jeglicher Dritten besprochen und geregelt werden.

Wir wollen alles, was der Natur nach unser ist, für uns haben. Wir wollen kein Stück unseres Territoriums an irgend jemand abtreten. Wir wollen keine Herrschaft der Deutschen oder der Magyaren, auch der Italiener nicht. Wir wollen überhaupt keine Fremdherrschaft. Wir wollen nicht, daß man mit unseren Ländern Handel treibt. Wir wollen nicht, daß unsere Länder Streitobjekte zwischen den Deutschen, Magyaren und Italienern seien, wem von ihnen sie gehören sollen. Wir wollen nicht, daß am adriatischen Meere, auf welchem die Kroaten schon im IX. Jahrhunderte die größte Rolle spielten und die größte Macht hatten, Deutsche, Magyaren oder Italiener herrschen. Wir wollen nicht, daß unsere Länder sozusagen Kolonien, Niederlassungen anderer Nationen zur Bereicherung derselben seien, daß wir dabei Hunger leiden und Hungers sterben, wie dies gegenwärtig in vielen Gegenden unseres Vaterlandes, namentlich in Bosnien und Hercegovina, Dalmatien und Istrien der Fall ist, während wir uns, wenn wir vereinigt und selbständig wären, ganz gut ernähren könnten. Wir wollen nicht von den Deutschen und Magyaren abhängig sein und wollen nicht, daß uns diese, soweit sie uns selbst nicht beherrschen können, anderen Nationen auf Gnade oder Ungnade überliefern, wie sie uns durch Jahrzehnte den Italienern überliefert haben. Wir wollen nicht, daß in unseren Ländern fremdsprechende und fremdfühlende Männer verwalten, die glauben, daß unser Volk für sie da sei, und daß jede kulturelle und wirtschaftliche Einrichtung, zum Beispiel der Gebrauch der Sprache in der Kirche, in der Schule, im Amte, von solchen Männern abhängt.

Wir haben schon genug von der Gleichberechtigung, von der wir hie und da von den Bänken der Regierung hören und welche schon 50 Jahre auf dem Papier steht, ohne daß sie durchgeführt wäre. Ein jeder unserer Volksgenossen, der auch nur wenig liest, weiß, wie man unsere Nation in Kroatien und Slawonien, in Bosnien und der Hercegovina, in Dalmatien und Istrien, in Triest und im Görzischen, in Krain und Steiermark stiefmütterlich behandelt und wie unsere Konnationalen in Kärnten, in Medjumurje, in der Bačka, im Banat und in Rjeka national rechtlos sind; und lacht, wenn er einen österreichen oder einen ungarischen Ministerpräsidenten oder überhaupt einen Minister über die Gleichberechtigung der Völker in

der Monarchie sprechen hört, lacht namentlich jetzt, wenn er sieht, daß die leitenden Staatsmänner der Monarchie auch während der letzten drei Jahre, wo eine gänzliche Umwälzung im Denken und in den Gemütern der Völker stattgefunden hat, wo schon auch etliche Deutsche über die Notwendigkeit der Vereinigung der Kroaten, Serben und Slowenen sprechen und schreiben, nichts, gar nichts gelernt haben und glauben, daß man die Völker mit hohlen Phrasen und Brotsamen abfertigen kann oder daß man die natürlichsten Rechte unserer Nation auf Einigung und Selbstverwaltung — ohne Rücksicht auf die bisherigen staatlichen oder Landesgrenzen — mit Gewalt, mit strafgesetzlichen Bestimmungen, mit Zensur der Reden und Zeitungen unterdrücken kann.

Wir Abgeordneten samt unserem Volke lassen uns nicht länger täuschen.

Man wird versuchen, und man hat schon angefangen, unser Volk irrezuführen, innerhalb desselben Zwistigkeiten zu säen, Verirrungen zu verursachen; man wolle aber schon jetzt zur Kenntnis nehmen, daß auch hochgestellte Würdenträger — ich will nicht nach den Motiven ihres Vorgehens forschen — oder sonst wer immer, seien sie auch mit Millionen und Milliarden versehen —, gegen den allgemeinen Willen des Volkes nichts ausrichten werden. *(So ist es!)* Wir können während dieses Krieges als angebliche Verräter des Staates noch ärger verfolgt werden, als wir es bis jetzt waren; wir wollen lieber als Verräter des Staates angesehen werden, welche uns vernichten wollen, denn als Verräter unseres Volkes, welches das Recht hat, selbständig zu leben. Schon, wie man vor dem Kriege mit uns verfahren ist, stößt uns gänzlich von den Deutschen und Magyaren sowie auch von den Italienern ab. Im Laufe des Krieges hat sich in unserem Volke die Überzeugung befestigt, daß wir nur Schlechtes von den Deutschen und den Magyaren sowie auch von den Italienern zu erwarten haben *(So ist es!)*, daß das herrschende System, der Dualismus, der Ausgleich für uns verderblich ist, und, daß wir uns von demselben befreien müssen. *(Sehr richtig!)* Und wir wollen es auch. Wir wollen ein freies kroatisch-serbisch-slowenisches Vaterland. Wir wollen ein von allen anderen Nationen unabhängiges Staatsleben, ein würdiges nationales Leben und vertrauen dabei auf Gott und auf die Gerechtigkeit, auf unsere Rechte und auf unsere moralischen Kräfte.

Das Zeitalter der äußeren Schönheit ist schon lange vorüber. Das Zeitalter der Gewalt hat seinen Höhepunkt erreicht und nähert sich seinem Ende. Ausgebrochen ist das Zeitalter der inneren Schönheit, der Güte.

Nachdem die vorliegenden Ausgleichsvorlagen ein Ausfluß der Gewalt sind, nachdem dieselben dem demokratischen Prinzipe und dem Selbstbestimmungsrechte der Nationen widersprechen, ja geradezu Hohn sprechen, werden wir gegen dieselben stimmen und lassen uns davon von dem sich ernst nennenden Politiker Abgeordneten Miklas nicht abbringen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Exzellenz Dr. Urban das Wort.

Abgeordneter Dr. **Urban:** Hohes Haus! Es ist durchaus nicht meine Absicht, die mir zur Verfügung stehende Redezeit auszunutzen, zumal in der allgemeinen Interesselosigkeit des hohen Hauses, welche sich durch einen überaus schwachen Besuch bekundet — ich glaube, es sind kaum zwei Dutzend Abgeordnete hier im Hause anwesend —, gewiß kein Ansporn gelegen ist, in eine weitere Besprechung dieser Materie einzugehen.

Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um zunächst einige ergänzende Bemerkungen zu dem vorliegenden Bericht zu machen und dann auf die Angriffe gegen diese Vorlagen einiges zu erwidern.

Die beiden Hauptvorlagen, die heute in Verhandlung stehen, zeichnen sich durch eine ganz besondere Einfachheit aus. Die erste Vorlage über den Ausgleich besagt ja nur, daß der gegenwärtige Vertragszustand bis auf eine einzige Ausnahme aufrechterhalten bleibt und daß derselbe auf zwei Jahre verlängert wird. Diese Ausnahme bezieht sich auf die Kündigung der Handelsverträge. Es ist bekannt, daß wir mit fünf Staaten Handelsverträge abgeschlossen haben, von denen drei, und zwar jene mit Belgien, Italien und Rußland infolge der Kriegsereignisse hinfällig geworden sind, so daß gegenwärtig nur zwei Handelsverträge in Rechtskraft stehen. Nun enthält Artikel IV die Bestimmung, daß solche Verträge über Wunsch eines Teiles spätestens sechs Monate nach Bekanntgabe dieses Wunsches an den andern Teil gekündigt werden sollen. Diese Bestimmung — und darauf möchte ich besonders hinweisen — hat demnach jedem der beiden Staaten das Recht gesichert, selbständig und unabhängig von dem anderen Teile mit dritten Staaten in Handelsvertragsverhandlungen einzutreten, sofern zwischen ihnen keine Vereinbarung über ein gemeinsames Vorgehen erfolgt. Tatsächlich hat nun die ungarische Regierung am 30. Juni vergangenen Jahres der österreichischen Regierung ihre Absicht mitgeteilt, diese Handelsverträge zu kündigen und sie ist von dieser Absicht lediglich deshalb abgekommen, weil eben im Februar des vergangenen Jahres die bekannten Vereinbarungen zustande gekommen sind.

Nach dem vorliegenden Text soll die Voranmeldung entfallen und es soll lediglich eine einjährige Kündigungsfrist bestehen, welche vollständig ausreichen wird, um Vorsorge zu treffen, daß der Beginn des künftigen Ausgleiches mit jenem der Handelsverträge zusammenfällt.

Auch die zweite Vorlage bezüglich des Privilegiums der Österreichisch-ungarischen Bank enthält ja nur die Bestimmung, daß dieses Privilegium auf die Dauer des Ausgleichsvertrages verlängert wird. Nun sind allerdings während des Krieges im Statut der Bank tief eingreifende Veränderungen eingetreten, zu denen die Regierung durch die Verordnung vom 4. August 1915 ermächtigt war. Der Ausgleichsausschuß war leider der Ansicht, daß in eine kritische Besprechung dieser hochwichtigen Änderungen nicht eingegangen, daß vielmehr die Erörterung hierüber sowie über die ganze Gebarung der Bank während des Krieges auf jenen Zeitpunkt verschoben werden soll, in welchem der diesbezügliche Bericht des Budgetausschusses in Behandlung kommt. Ich sage, dies ist zu bedauern, weil damit gewiß ein hochwichtiger Teil der ganzen Ausgleichsmaterie aus unserer Debatte ausgeschaltet ist. Aus dieser Darstellung geht nun wohl hervor, daß der sachliche Inhalt der Gesetzentwürfe wenig Gelegenheit zu einer Anfechtung bietet und tatsächlich hat die Kritik ihre Angriffe gegen drei Punkte, die nicht mit dem sachlichen Inhalt zusammenhängen, gerichtet, und zwar zunächst gegen eine stilistische Fassung der Ausgleichsvorlage, weiters gegen den Dualismus und drittens gegen die Februar-Vereinbarungen.

Was nun, meine Herren, den ersten Punkt anbelangt, so hat die Fassung eines Schaltsatzes in dem ursprünglichen Texte der Ausgleichsvorlage zu einer Mißdeutung Anlaß gegeben, als könnte die Regierung die Absicht haben, auch ohne verfassungsmäßige Genehmigung die Vereinbarungen, welche bezüglich des Ausgleiches zustande gekommen sind, in Kraft zu setzen. Durch die gegenwärtige Stilisierung ist wohl dieses Bedenken beseitigt. Ich persönlich habe aber auch die Überzeugung, daß eine solche Absicht den Regierungen jederzeit vollständig fernegelegen war.

Weiters aber meine Herren, wurden die Angriffe gegen den Ausgleich als ganzes, als die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der beiden Staaten gerichtet. Nun, es läßt sich allerdings nicht leugnen, daß infolge der Kriegsereignisse eine Lockerung der wirtschaftlichen Bande zwischen den beiden Staaten eingetreten ist und die Freiheit des wirtschaftlichen Verkehres gefesselt wurde. *(Sehr richtig!)* Das ist aber eine von jenen Kriegsfolgen, die sich überhaupt in unseren ökonomischen und kommerziellen Verhältnissen eingestellt haben. In beiden Staaten sind unter Einschränkung der privatwirtschaftlichen Tätigkeit neue Systeme der staatlichen Bewirtschaftung entstanden, in beiden Staaten sehen wir, daß diese Systeme eine Absperrung einzelner Länder, ja sogar einzelner Bezirke zur Folge hatten. Es ist daher nicht zu verwundern, wenn es auch in dem Zwischenverkehr zwischen den beiden Staaten der Monarchie zu Prohibitivmaßnahmen gekommen ist, welche eine Drosselung des freien Verkehres herbeigeführt haben. Diese beiden Systeme der staatlichen Bewirtschaftung harmonieren durchaus nicht miteinander. Das sehen wir auch aus einer Reihe von Maßnahmen, wie zum Beispiel bezüglich der Bestimmung der Höchstpreise, bezüglich der Vorratsaufnahmen und weiters auch bezüglich des sehr beklagenswerten zeitlichen Auseinanderfallens der einzelnen Verfügungen in dieser Richtung. Ebenso wie es uns nicht gelungen ist, alle diese Probleme zu lösen, so muß man leider sagen, daß diese Übelstände auch im zwischenstaatlichen Verkehr bestehen, wobei ich ja allerdings auch darauf hinweisen muß, daß auch im Verkehr zwischen den deutschen Bundesstaaten ähnliche Erfahrungen gemacht wurden. Für alle kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und Organisationen gilt übrigens das zutreffende Geleitwort des früheren deutschen Staatssekretärs Dr. Helfferich, daß ihre Aufgabe darin bestehe, sich selbst so rasch als möglich überflüssig zu machen. Und diesem Ziele zuzustreben und in der, wie wir alle hoffen, nicht allzu fernen Übergangszeit aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft einen möglichst raschen Abbau aller dieser Sperrungen und Beschränkungen durchzuführen, darin erblicke ich eine Hauptaufgabe der Regierung, und zwar schon in jenem Zeitraume, welchen dieses gegenwärtige Ausgleichsprovisorium umfaßt.

Allein die Gravamina richten sich nicht allein gegen die Störungen, die im zwischenstaatlichen Verkehre eingetreten sind, sondern auch gegen die Form der politischen Gemeinsamkeit überhaupt, gegen den Dualismus. So hätte derjenige, welcher die Ausführungen des geehrten Herrn Vorredners vernommen hat, glauben müssen, daß nicht der wirtschaftliche Ausgleich in Verhandlung stünde, sondern vielmehr eine Änderung der verfassungsmäßigen Beziehungen zur andern Reichshälfte. Nun ist es ja allerdings möglich, daß die territorialen Umwälzungen, welche der Friedensschluß bringen dürfte, ihre Rückwirkung auf die pragmatischen Angelegenheiten der beiden Reichshälften äußern werden. Aber auch für diese immerhin mögliche Revision muß der Fundamentalsatz gelten, daß wir uns eine jede Einmischung einer auswärtigen Macht auf das allerentschiedenste verbieten müssen. *(Beifall.)* Der verfassungsmäßig einzig zulässige Weg ist auch in diesem Falle gegeben, indem von den beiden Legislativen Deputationen zu wählen sind, welche zu einer gemeinsamen Beratung zusammentreten müssen. Dabei

wird man sich aber gegenwärtig halten müssen, daß, bevor es zu einer solchen Neuregelung der verfassungsmäßigen Beziehungen zur andern Reichshälfte kommt, es zunächst geboten ist, die nationalpolitischen Verhältnisse in unserem eigenen Staate in Ordnung zu bringen. *(Zustimmung.)* So lange aber der ernstliche Wille dazu fehlt, erscheint es mir müssig und namentlich bei der Unklarheit jener Verhältnisse, welche dann der Friedensschluß bringen wird, auch im gegenwärtigen Zeitpunkte überflüssig, in eine Erörterung über die künftige staatsrechtliche Konstruktion der Monarchie einzutreten. *(Zustimmung.)*

Meine Herren! Was aber auch immer die Zukunft bringen mag — eine realpolitische Auffassung wird sich dem Gewichte von zwei Tatsachen nicht entziehen können: Erstlich, daß es wenige Beispiele gibt, wo zwei Staaten in ihren wirtschaftlichen Interessen derart aufeinander angewiesen sind wie Österreich und Ungarn, und weiters, daß die in allen ihren Zukunftsweiten kaum erfaßbare Größe der wirtschaftlichen Fragen ihr gemeinsames und geschlossenes Auftreten nach außen zu einer Art Naturgebot macht. Diese Überzeugung war es, welche auch das leitende Motiv zum Abschluß der letzten Vereinbarungen im Februar gebildet hat. Ein hierüber veröffentlichtes Kommunique besagt, daß ein vorläufiges Ergebnis insoweit erzielt wurde, als nunmehr der Einleitung handelspolitischer Verhandlungen mit dritten Staaten, insbesondere mit dem Deutschen Reiche, kein Hindernis mehr im Wege stehe. Mit Recht wird in diesem Kommunique auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, welche gegenwärtig dem Abschlusse eines Handelsübereinkommens jeder Art entgegenstehen; denn die Nebel, die über der künftigen Gestaltung der ökonomischen und sozialen Verhältnisse nicht nur bei uns, sondern auch in anderen Staaten und in allen Beziehungen der Weltwirtschaft lagern, sind derzeit undurchdringlich.

Im Vergleiche mit der Epoche vor dem Kriege sehen wir zunächst, daß eine außerordentliche Erhöhung der Produktionskosten eingetreten ist und daß die Absatzpreise eine noch größere Steigerung erfahren haben. In welcher Zeitdauer und bis zu welcher Tiefe eine Senkung dieses Überpreisniveaus erfolgen wird, das ist gegenwärtig noch nicht zu ermessen. Wir können weiters die fortschreitenden Wandlungen verfolgen, die in den technischen und in den kommerziellen Verhältnissen einzelner Industriezweige eingetreten sind, wodurch sich die Rentabilitätsbasis derselben vollständig verschoben hat. Das aber, meine Herren, sind für einen Handelspolitiker sehr wichtige Erscheinungen, weil sie bei der Beurteilung der Frage, inwiefern die Konkurrenzfähigkeit eines Industriezweiges eine Stärkung erfahren hat, eine außerordentlich wichtige Rolle spielen.

Als ein weiterer gewichtiger Faktor tritt nun die Ungewißheit rücksichtlich der Wiederherstellung unserer Geldverhältnisse, unserer Valuta, dazu. Schließlich läßt sich gar nicht abschätzen, wie das gegenwärtige Lohnniveau auf die künftige Gestaltung der Erzeugungskosten einwirken wird und welchen Einfluß auch die steuerpolitischen Maßnahmen auf die Produktionskosten überhaupt und auch auf die Löhne nehmen werden. Aber alle diese Unklarheiten werden noch vermehrt durch die Ungewißheit jener großen territorialen Veränderungen, welche die Landkarte nach dem Kriege aufzeigen wird.

Wenn man nun, meine Herren, aus dieser Gedankenreihe die Folgerung zieht, so ergibt sich auch daraus die Antwort auf die Frage, warum über das Februarabkommen keine Mitteilungen gemacht worden sind. Ein jedes Handelsübereinkommen, welches heute abgeschlossen ist, teilt sich in zwei Gruppen von Vereinbarungen; in solche, deren Lösung von den erwähnten ökonomischen und politischen Fragen vollständig unabhängig ist und in einen zweiten Teil, welcher einer Gleichung mit einer großen Anzahl von Unbekannten ähnelt, wobei in diese einzelnen algebraischen Größen je nach der Gestaltung der Dinge erst bestimmte Ziffern eingesetzt werden können. Und dieser letzte Vergleich trifft nun gerade auf den handelspolitischen Teil des Ausgleiches zu, welcher Bestimmungen darüber enthalten muß, wie nach den verschiedenen, gar nicht vorauszusehenden Eventualitäten vorgegangen werden soll. Daß solche Bestimmungen nicht veröffentlicht werden können, ist selbstverständlich. Das wesentlichste Ergebnis dieser Vereinbarungen liegt ja eben darin, daß sie eine rechtsverbindliche Grundlage für die Verhandlungen mit den anderen Staaten geschaffen haben, eine Grundlage allerdings in einem so elastischen Rahmen, daß er allen künftigen Entwicklungsmöglichkeiten Rechnung trägt. Dazu kommt aber noch, daß das Ergebnis der Verhandlungen nur als ein vorläufiges bezeichnet werden kann, weil ja durch die Verhandlungen mit den anderen Staaten und durch den Friedesschluß darin wesentliche Änderungen eintreten könnten. *(Abgeordneter Schiegl: Aber die Richtlinien könnte man doch erfahren!)* Ich möchte auch auf einige Ausführungen über die künftige Richtung unserer Handelspolitik reflektieren, welche in dem Ausgleichsausschusse gefallen sind. Daß die künftigen Handelsverträge nach der bisherigen Schablone nicht abgeschlossen werden können, das, glaube ich, kann man gewiß annehmen. Ich stimme mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Renner vollständig darin überein, daß schon die Passivität unserer Handelsbilanz uns nötigt, nach dem Kriege für unsere Handelspolitik neue Wege

zu verfolgen, obzwar man allerdings zugestehen muß, daß der Zollschutz mit Rücksicht auf die Entwicklung der Preise gegenwärtig an und für sich eine geringe Größe bildet. Aber auch durch die handelspolitischen Annäherungen an die mit uns verbündeten Staaten wird jedenfalls der Kurs unserer künftigen Handelspolitik eine wesentliche Änderung erfahren müssen, gewiß in einer Richtung, welche sich von der gegenwärtigen hochschutzzöllnerischen wesentlich unterscheidet.

Zu einem Zusammengehen mit unseren Verbündeten zwingt uns aber auch die uns aufgedrängte Abwehr der von den feindlichen Staaten angekündigten feindseligen Maßnahmen. Wer die Beschlüsse der von der Entente beschickten Konferenzen verfolgt hat, der weiß, was wir in dieser Richtung hin zu erwarten haben. *(Sehr richtig!)* Nur wenn wir unseren Gegnern in einer ganz geschlossenen Front entgegentreten, können wir zeigen, daß sie von der Ausführung ihrer Pläne keinen Erfolg zu erwarten haben. Nur durch ein solches Übereinkommen über die wirtschaftlichen Kriegsziele können wir uns der Hoffnung hingeben, daß es uns gelingt, gleichzeitig mit dem politischen und mit dem militärischen Kriege auch dem wirtschaftlichen Krieg ein Ende zu setzen, seine Fortführung in der Zukunft zu verhindern und zu jenem Wirtschaftsfrieden zu kommen, von dem Seine Exzellenz der Herr Handelsminister gesprochen hat. Über die wirtschaftlichen Kriegsziele sich gegenwärtig zu äußern, ist wohl gewiß nicht zeitgemäß. Ich möchte daher nur zum Schluß feststellen, daß die Pläne unserer auswärtigen Politik mit jenen unserer Handelspolitik vollständig übereinstimmen und daß wir uns nur dem Wunsch hingeben können, daß die Erreichung dieser Ziele bald von einem Erfolg begleitet sein möge. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Exzellenz Dr. Fiedler.

Abgeordneter Dr. **Fiedler**: Hohes Haus! Während des Krieges haben wir Erfahrungen gesammelt, welche uns über unser Verhältnis zur anderen Reichshälfte ein anderes Bild zu bieten, unsere Gesichtspunkte, wie das Verhältnis in Zukunft zu regeln wäre, bedeutend zu ändern imstande sind. Die bisherigen Verträge mit Ungarn gingen immer von einem Gedanken aus: Jeder der beiden Kompaziszenten war von dem Bestreben geleitet, daß er den Markt des anderen Kompaziszenten für seine Erzeugnisse gewinne, seinen eigenen Markt aber den Erzeugnissen des anderen Kompaziszenten womöglich verschließe. Diese beiden Gesichtspunkte liefen diametral auseinander, sie konnten nicht anders ausgeglichen werden, als durch eine Menge von Kompromissen, so daß das ganze Ausgleichswerk einem Baue gleicht, der aus Steinen besteht, so zusammengefügt, daß das Herausnehmen eines Steines den ganzen Bau zum Fall bringt. Und da Österreich der industriell, Ungarn der agrarisch stärkere Staat ist, so bestand unser Bestreben bei allen Ausgleichsverhandlungen darin, für unsere Industrieprodukte den ungarischen Markt zu gewinnen; das Bestreben Ungarns ging wieder dahin, seinen agrarischen Erzeugnissen den freiesten Zugang in unsere Hälfte sicherzustellen.

Nun hat der Krieg bedeutende Änderungen, man kann sagen, einen fundamentalen Umschwung, herbeigeführt. Heute klagen wir, daß uns aus Ungarn nicht genug Agrarprodukte, nicht genug Getreide, Mahlprodukte, Vieh, Viehprodukte, Rohstoffe für die Industrie eingeführt werden; Ungarn wieder wünschte wohl, daß wir ihm mehr Papier, mehr Kohle, mehr Petroleum usw. liefern. Wenn wir heute unter den heutigen Verhältnissen einen Vertrag mit Ungarn abschließen wollten, so müßte der Vertrag ganz anders lauten, als alle die Verträge, welche wir früher abgeschlossen haben; wir würden beispielsweise uns nicht mehr dagegen stemmen, daß unsere Bahntarife und Schiffahrtstarife so erstellt würden, daß der Einfuhr von ungarischem Getreide zu uns Vorteile gewährt würden; im Gegenteil, wir würden dem ungarischen Getreide, dem ungarischen Vieh sehr gerne die allergrößten Tarifvorteile gewähren, wenn wir nur diese Waren bekommen könnten. Die ganzen Tarifbestimmungen von früher würden heute hinfällig werden.

Nun schließt man die Verträge nicht auf kurze, sondern auf lange Sichten. Es fragt sich, wenn wir heute unter den neuen Gesichtspunkten, da wir der Einfuhr von agrarischen Produkten aus Ungarn gerne alle Türen und Tore öffnen wollten, wogegen Ungarn unsere Industrieprodukte sehr gerne aufnehmen würde, einen Vertrag abschließen würden, ob ein solcher Vertrag auch den zukünftigen Verhältnissen entsprechen würde? Es steht in Frage, wie die handelspolitischen Verhältnisse zwischen den beiden Teilen sich in Zukunft gestalten werden: Werden wir die Folgen des Krieges rasch überwinden, werden die früheren Zustände rasch wiederkehren, daß wir zu den alten Verträgen werden zurückgreifen müssen oder werden die Nachwehen des Krieges von einer so langen Dauer sein, daß wir unser Verhältnis zu Ungarn auf einer ganz neuen Basis werden aufbauen müssen? Die Antwort darauf kann uns niemand sagen.

Wir wissen nicht, was nach dem Kriege geschehen wird, wir wissen nicht, wie bald alle die schweren Wunden, die der Krieg geschlagen hat, geheilt werden. Wir wissen nur so viel: Nach allen großen Kriegen trat ein Herabdrücken des allgemeinen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Niveaus ein, es dauerte immer eine sehr lange Zeit, ehe dieses Niveau sich

wieder emporschnellen könnte. Der gegenwärtige Krieg hat Dimensionen angenommen, aus denen man füglich daraus den Schluß ziehen kann, daß nach diesem Kriege, wie nach allen früheren großen Kriegen dieselben Folgen eintreten werden, dasselbe Herabdrücken der Kulturstufe, wie sonst. Wir können ja diese Folgen schon heute in unserem täglichen Leben beobachten. Unser tägliches Leben hat sich in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung gegen die Zeiten vor dem Kriege bedeutend geändert, sein Niveau ist in jeder Richtung gesunken. Und die zweite Folge, die wir zu gewärtigen haben, ist die, daß wir kaum auf jenen freien Verkehr mit anderen Ländern, insbesondere mit den Westländern werden rechnen können, wie es vor dem Kriege der Fall war; denn wenn auch nach dem Kriege durch den Friedensschluß viele Feindseligkeiten, viele herbe Stimmungen an Schärfe verlieren werden, so ist nicht zu erwarten, daß dies in so kurzer Zeit eintreten wird, daß auf einmal alle die alten Verbindungen wieder hergestellt werden können. Wir müssen also damit rechnen, daß wir auf diesen Gebieten uns nicht so bequem und so reichlich mit den notwendigen Rohstoffen und Nahrungsmitteln werden versorgen können, daß wir aber auch nicht mit unseren Erzeugnissen nach diesen Gebieten jenen Export werden betreiben können, wie es früher der Fall gewesen ist.

Und das Dritte, was nach dem Kriege ganz bestimmt zu gewärtigen ist, ist, daß die Nahrungssorgen, die uns heute quälen, und die Sorgen um die Rohstoffe für unsere Industrie nicht so bald aufhören werden. Es wird einen Wettbewerb um die Rohstoffgewinnung nach dem Kriege geben, der nicht leicht wird befriedigt werden können.

Das alles wird bei allen den Vertragsverhandlungen, die wir nicht nur mit fremden Staaten, sondern auch mit Ungarn werden pflegen müssen, zu berücksichtigen sein. Die Schlußfolgerung daraus ist, daß unser Verhältnis zu Ungarn mit Rücksicht auf diese Erwartungen, auf diese künftigen Möglichkeiten, die sehr wahrscheinlich sind, auf eine ganz andere Basis werden gestellt werden müssen, falls es zu einer Erneuerung unseres Verhältnisses zu Ungarn überhaupt kommen wird. Diesen durch die Kriegsereignisse herbeigeführten Verhältnissen würden die bisherigen Verträge und, wie wir glauben, auch jene Verträge oder wenigstens Vertragsentwürfe, welche unter dem Regime Stürgkh-Tisza zwischen den beiden Reichshälften vereinbart worden sind, keinesfalls entsprechen. Wir wissen von diesen Vereinbarungen eigentlich recht wenig.

Authentisch sind sie uns ja nicht mitgeteilt worden, und was bekannt ist, beschränkt sich auf folgende Punkte. Die Verträge sollten auf zwanzig Jahre verlängert werden, dafür sollten wir als Preis die Erhöhung unseres Quotenanteils in Kauf nehmen. Weiters sollten wir Ungarn die Bindung von bestimmten Zollpositionen im Auslandsverkehr zugestehen, insbesondere sollen das jene Zollpositionen gewesen sein, welche die agrarischen Produkte betrafen. Nun scheint es mir, daß diese Vereinbarungen heute unhaltbar geworden sind. Es ist im Ausschusse von allen Seiten darauf hingewiesen worden, daß man verhüten müsse, daß die Regierung — ob nun diese oder vielleicht eine andere Regierung, die kommen wird — vielleicht auf diese Abmachungen zurückgreife und sie etwa im Wege des § 14 in Kraft setze. Deshalb hat man Vorkehrungen in den Vertrag selbst aufnehmen zu müssen geglaubt.

Aber wenn wir nur das, was wir von diesen Verhandlungen kennen, in Betracht ziehen, so müssen wir uns sagen, daß die Vertragsverlängerung auf zwanzig Jahre unter den heute obwaltenden Verhältnissen von uns zu teuer bezahlt werden müßte. Es fragt sich, ob überhaupt unter den gegenwärtigen oder auch unter den unmittelbar folgenden Verhältnissen ein so langer Vertrag wird geschlossen werden können, denn wir wissen nicht, wie ich bereits erwähnt habe, wie lange die Nachwehen des Krieges Wirkungen ausüben werden. Deshalb ist eine vertragsmäßige Bindung auf lange Zeit ein sehr gefährliches Experiment. Außerdem scheint es uns, daß die Quotenerhöhung, die da zu unseren Ungunsten versprochen wurde, nicht begründet ist in den faktischen Machtverhältnissen. Es wurde vor kurzem konstatiert, daß Ungarns Verhältnisse während des Krieges sich viel günstiger gestaltet haben als die Verhältnisse bei uns, und das unlängst veröffentlichte ungarische Budget zeugt davon. Es endet nicht, wie unser Budget, mit einem so großen Defizit, sondern mit einem gewissen Überschuß. *(Zwischenrufe.)*

Wenn wir heute also den Vertrag mit Ungarn auf zwei Jahre erstrecken, so soll das nicht etwa bedeuten, daß wir zu den Bestimmungen desselben oder vielleicht zu jenen Bestimmungen, die zwischen Stürgkh und Tisza vereinbart worden sind, zurückkehren wollen; im Gegenteile sprechen wir unsere Überzeugung aus, daß der nächste Vertrag, den wir mit Ungarn abschließen werden, auf eine andere Basis gestellt sein wird als der gegenwärtige Vertrag. Aber wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die bloß provisorische Verlängerung auch aus dem Grunde zu erfolgen hat, weil wir nicht recht an den unveränderten Bestand des ganzen Dualismus glauben. In den Katechismus eines jeden guten Österreichers gehört der Glaubenssatz, daß man an dem Dualismus ja nicht rühren dürfe. Der Dualismus wäre unersetzlich. Ich begreife, daß man vom deutschen Standpunkte die Frage des unveränderten oder veränderten Bestandes des Dualismus sich vom Leibe schieben wollte; denn der Dualismus war es ja, der die

Vorherrschaft, das Überwiegen des deutschen Elementes in dieser Hälfte gegründet und gesichert hatte. *(Abgeordneter Dr. v. Lodgman: Begründen sollte, sagen wir vielleicht!)* Aber nichts destoweniger sind wir schon einmal des Glaubens, daß bei dieser Gelegenheit, wo es sich um die Neuregelung des Verhältnisses zu Ungarn handelt, denn doch die Frage der ganzen dualistischen Verfassung, die Kritik der gegenwärtigen Organisationsform der Monarchie nicht außer Diskussion zu bleiben hat.

Man wird mir vielleicht einwenden, diese Frage sei nicht aktuell, es handle sich heute nicht um die Änderung des Dualismus, wir in Österreich hätte dazu nicht die Kraft, um an den Bestand des Dualismus etwas zu ändern, deshalb sei es überflüssig, davon zu sprechen. Mir scheint aber, daß diese Frage doch nicht so ganz inaktuell ist. Es kann die Frage in das Rollen gebracht werden durch die Verhältnisse, wie sie sich — wir wissen nicht, ob noch vor dem Friedensschlusse oder erst beim Friedensschluß gestalten werden. Es kommt die Polenfrage. Die Polenfrage muß eine Lösung erfahren, weil sie zu weit vorgeschritten ist. Und welche Lösung wird das sein? Auch das wissen wir heute nicht; denn über die Verhandlungen, die zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung gepflogen worden sind, haben wir gar keine Informationen. Wir wissen aber so viel, daß an zwei Möglichkeiten gedacht worden ist. Die eine mögliche Lösung war jene, welche das kaiserliche Manifest vom November des vergangenen Jahres inaugurierte; das war jene Lösung, welche die Errichtung eines selbständigen Königreiches Polen aus dem Kongreßpolen im Sinne hatte, und hiebei dem Lande Galizien in Österreich eine Sonderstellung gewähren sollte. Auf Grund dieses Manifestes ist dann der Polenklub mit seinen Anträgen hervorgetreten und hat ganz detailliert ausgearbeitete Pläne vorgelegt. Aus diesen Plänen ersehen wir, daß, wenn sie zur Verwirklichung gelangen sollten, an dem Dualismus, insbesondere an seiner wirtschaftlichen Struktur, starke Änderungen gemacht werden müßten, denn beinahe in alle jene Fragen, welche die Wirtschaftseinheit Österreichs mit Ungarn betreffen, sollten durch die Sonderstellung Galiziens eingegriffen werden, so daß wir in dieser Beziehung — ich meine, was die wirtschaftliche Angelegenheit anbelangt — mit drei selbständigen Staatskörpern zu tun haben würden: mit Österreich, mit Ungarn und mit Galizien. Es ist klar, daß, wen man an diese Lösung noch heute denken sollte, diese nicht ohne eine Änderung in den Verhältnissen der dualistischen Verfassung geschehen könnte. Allerdings ist dieses Projekt jetzt zurückgestellt worden. Die Polenbeschlüsse in Krakau haben sich auf einen anderen Standpunkt gestellt. Ich glaube, auch die Stimmung in Kongreßpolen war eine derartige, daß Deutschland und Österreich zu einer anderen Lösung greifen mußten. Die neue Lösung könnte aber ohne einen tiefgreifenden Eingriff in das ganze Gefüge des Dualismus nicht erfolgen. Wenn aus Kongreßpolen und Galizien ein selbständiges Königreich geschaffen werden sollte, so gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder wird dieses unter dem österreichisch-ungarischen Kaiserhause stehende Königreich ganz selbständig, dann werden Verhältnisse geschaffen, wie sie einstens zwischen Schweden und Norwegen bestanden haben; allerdings würde dann die Gefahr bestehen, daß ebenso leicht, wie es in dem bezeichneten Falle geschehen ist, durch einen einfachen Landtagsbeschluß das Verhältnis des neu geschaffenen Königreiches Polen zu Österreich gelöst werden könnte. Soll dieses austro-polnische Projekt von Dauer sein, dann müßten Garantien geschaffen werden, daß in diesem Königreiche dieselbe auswärtige Politik geführt und daß auch die Heeresleitung in einer Hand vereinigt werde. Es müßte also ein Gebilde geschaffen werden, welches eigentlich unseren Dualismus in einen Trialismus verwandeln müßte, welcher aus dem Königreiche Polen, aus Ungarn und den Königreichen und Ländern diesseits der Leitha bestehen würde. *(Zwischenrufe.)* Das wäre eine weitgreifende Änderung in den gegenwärtigen Verhältnissen zwischen den beiden Reichshälften. Daß bei einer solchen Änderung denn doch auch andere Fragen nicht außer Acht gelassen werden könnten, steht außer Frage. Da nun die Polenfrage einmal gelöst werden muß und da sie nicht gelöst werden kann, ohne daß Österreich-Ungarn hineinspricht, so scheint es mir recht naheliegend, daß dabei der Dualismus berührt werden wird. Und schließlich wird man auch die bosnisch-hercegovinische Frage lösen müssen. Es geht ja nicht an, daß man nach dem Kriege, der so große Veränderungen und Umwälzungen verursacht hat, vor einer Frage stehen bleibt, die immer zu Schwierigkeiten Anlaß gegeben hat.

Für uns gilt also als höchstwahrscheinlich, daß die Folgen des Krieges zu einer Änderung der gegenwärtigen dualistischen Form der Monarchie drängen werden. Und wenn man sagt, das sei trotzdem nicht aktuell, weil die Diskussion darüber gegenwärtig keine praktischen Folgen zeitigen kann, so müssen wir darauf antworten: Große Änderungen in den staatlichen Zuständen müssen vorbereitet, es müssen die Bevölkerungskreise unterrichtet werden. Wenn das nicht geschieht, dann kommt es zu überstürzten Änderungen, die nicht zufrieden stellen. Es ist also notwendig, daß diese Frage in Österreich ernst und rechtzeitig erwogen, daß darüber auch in diesem Hause gesprochen werde; das wollen wir tun und begründen es durch diese Umstände.

Wir können darüber sprechen. Wir wissen wohl, daß der ganze Dualismus keine besonders

beliebte Institution ist. Der Referent, Herr Abgeordneter Miklas, hat auf die Gemeinsamkeit der beiden Reichshälften Lobeshymnen gesungen. *(Heiterkeit.)* Das klang ganz anders, als wir es sonst von jenen Bänken zu hören gewohnt sind. Man sprach da seinerzeit von der ungarischen Reichshälfte, insbesondere von den Magyaren ganz anders. Aber ich glaube, diese Lobeshymnen sind nur eine vereinzelte Erscheinung. Wir wissen, daß der Dualismus schon bei seiner Geburt bei den meisten Völkern Österreichs und Ungarns auf Widerstand gestoßen ist. *(Zustimmung.)* Neutral haben sich damals die Polen verhalten aus politischen Gründen, auf die nicht näher eingegangen werden soll. Zufrieden waren in Ungarn eigentlich nur die Deakisten, in Österreich nur die deutschen Autonomisten unter Kaiserfeld und Rechbauer. Alle anderen Völker waren damals gegen den Dualismus. Die ungarischen Deutschen grollten, weil man ihnen die sächsische Universität zerstört hatte. Es grollten die Rumänen, weil sie genau sahen, welches Schicksal sie in Ungarn erwartet. Es grollten die Serben und Kroaten, weil sie den Anschluß an Österreich und an die österreichischen Südslawen verlangt hatten. Es grollten die Slowaken, weil sie bei der Neuregelung der Verhältnisse zwischen Österreich und Ungarn die Autonomisiernng der dreizehn slowakischen nordungarischen Komitate erwartet hatten.

Und in Österreich waren damals die Verhältnisse ganz ähnlich. Die liberalen Deutschen grollten, weil man den Einheitsgedanken des Reiches gänzlich verlassen hatte. *(Abgeordneter Kuranda: Und die westungarischen Komitate!)* Ja und die westungarischen Komitate. Es grollten die Südslawen aus demselben Grunde, wie die Kroaten und Serben in Ungarn. Es grollten die Tiroler, weil der Ausgleich über ihre Köpfe hinweg geschlossen wurde und weil sie damals den Grundsatz verteidigten, daß über diese Frage die Länder hätten befragt werden müssen. Und daß unser Volk damals in der schärfsten Opposition gegen den Ausgleich vom Jahre 1867 stand, ist ja bekannt. Wir wußten damals, was der Dualismus für uns bedeutet, daß er die Vorherrschaft der Magyaren in Ungarn, die Unterdrückung der Slowaken und die Vorherrschaft der Deutschen bei uns inauguriert, also die Vernichtung aller Hoffnungen in sich schließt, die wir an eine Neuordnung der Verhältnisse knüpften in dem Sinne der großen Programme, die unsere Väter aufgestellt hatten.

Diese Stimmung gegenüber dem Dualismus hat sich während der Dauer desselben ganz und gar nicht freundlicher gestaltet. Wir wissen, daß der Dualismus in Ungarn steten Anfechtungen ausgesetzt gewesen ist, man rüttelte förmlich in Ungarn zeitweise an den Grundpfeilern dieser Institution. Es ist ja in Erinnerung, wie im Jahre 1889 bei Behandlung der damaligen Wehrvorlagen die Opposition in Ungarn die Heeresfrage aufwarf, wie die Heeresfrage dann in Ungarn die Fahne gebildet hat, um welche sich die Parteien scharten, wie das Streben dahin ging, den ungarischen Teil der Heeresmacht in eine selbständige ungarische Armee umzuwandeln. Und wenn dieses Streben nicht zur Erfüllung gediehen ist, so verdanken wir das ganz und gar nicht etwa der Festigkeit, der Kraft, des österreichischen Parlamentes, nein, sondern einzig und allein dem Umstande, daß die Verteidigung der Einheit der Heeresmacht in den Händen des Monarchen gelegen ist und der Monarch von seinen Rechten sich nichts wegdrohen ließ. Wohl aber haben die Ungarn mit Erfolg an der wirtschaftlichen Einheit gerüttelt. Es ist das frühere Handelsbündnis in einen Vertrag umgewandelt worden. Allerdings hat diese Umwandlung heute nur eine formale Bedeutung, weil zwischen Ungarn und Österreich die Zollgrenzen noch nicht errichtet worden sind. Aber diese Umwandlung könnte einmal von großer praktischer Bedeutung werden.

Von unserer Seite aber wurden fortwährend Klagen gegen den Dualismus erhoben. Es gab nicht eine einzige Verhandlung in diesem Parlament über die Erneuerung des Vertragsverhältnisses mit Ungarn, in welcher nicht auf alle möglichen Schattenseiten des Dualismus für unsere Reichshälfte hingewiesen worden wäre. Die Protokolle über diese Verhandlungen enthalten Reden, die von Angriffen gegen den Dualismus förmlich strotzen. Wir haben finanziell gelitten, wir haben zuschauen müssen, wie Ungarn trotz der gemeinsamen Zollgrenze nach und nach Grenzsperren oder wenigstens Grenzhindernisse gegen die Einführung unserer Erzeugnisse aufrichtete, wir haben zusehen müssen, wie Ungarn oft recht unbescheiden in unsere Verhältnisse eingriff usf.

Hat sich aber der Dualismus während des Krieges bewährt? Wir konnten in den offiziösen Blättern Lobeshymnen lesen, wie der Dualismus während des Krieges die Probe glänzend bestanden habe. Ist das richtig gewesen? Kann man diesen Lobeshymnen Glauben schenken? Es ist bekannt, und es wurde auch von der Regierung nicht geleugnet, daß Österreich nicht mit jener kriegerischen Machtentfaltung in den Krieg treten konnte, wie es seiner Bewohnerzahl, seiner territorialen Ausdehnung entsprochen hätte. Und es war ein deutscher Abgeordneter, der Herr Abgeordnete Lecher, der in einer früheren Phase des Krieges die Gründe dafür bekanntgab. Er sagte: wie kann die Heeresorganisation in der Monarchie sich kräftig entwickeln, wenn die Ausgestaltung derselben so kompliziert, so schwierig ist, wie es der Dualismus vorschreibt? Drei Regierungen, die gemeinsame, die österreichische und die ungarische müssen zuerst über jene Maßnahmen miteinander übereinstimmen, durch

welche die Verhältnisse der Heeresmacht zu ordnen sind. Es müssen zwei Delegationen, es müssen zwei Parlamente von je zwei Häusern übereinstimmen, wenn bestimmte Fragen der Heeresorganisation geregelt werden sollen. Alle diese Organe müssen übereinstimmen, wenn neue Mittel für die Vervollkommnung der Armee beschafft werden sollen. Wie kann man da die Armee schlagfertig gestalten, sie auf jene Höhe heben, die den gegenwärtigen Zeitumständen entspricht? Das sei unmöglich, rief Lecher aus und er hat vollkommen recht.

Und wie hat sich der Dualismus wirtschaftlich bewährt? Darüber brauchen wir nicht zu sprechen *(Abgeordneter Kuranda: In diesem Moment!)*, in diesem Moment. Es sind in diesem Hause Debatten gehalten worden, in denen sehr klar auseinandergesetzt worden ist, was wir von Ungarn zu erwarten berechtigt waren und was wir von Ungarn nicht erhalten haben. *(Abgeordneter Dr. Rybář: Aber die Magyaren sind mit dem Dualismus zufrieden!)* Ja, selbstverständlich. Hat aber der Dualismus im Kriege an Haltbarkeit gewonnen? Wir sehen, daß in Ungarn die alten Schlagwörter auferstehen. Polonyi hat in der letzten ungarischen Debatte wieder das Schlagwort von der Errichtung des selbständigen ungarischen Heeres gebracht. *(Hört!)* Und auch Ministerpräsident Wekerle, um seine Wahlrechtsvorlage zu sichern und im ungarischen Parlament die Majorität dafür zu gewinnen, scheint sich mit Plänen zu befassen, welche im Grunde genommen zu demselben Ziele führen würden, das Polonyi ganz offen ausspricht — zur selbständigen Heeresmacht Ungarns. In der Interpellation Schürff, die in diesem Hause überreicht worden ist, sind die Pläne Wekerles genau auseinandergesetzt worden: ein selbständiges königlich ungarisches Kriegsministerium, und die Gemeinsamkeit der Armee soll nur durch einen gemeinschaftlichen Generalstab um die Person Seiner Majestät aufrechterhalten werden. Selbstverständlich müßte dann die Kommandosprache, die Dienstsprache des Heeres in Ungarn nur die magyarische sein.

Bei dieser Unbeliebtheit des Dualismus fragt man sich, wie kommt es denn, daß der Dualismus trotzdem aufrechterhalten werden konnte? Der Grund liegt sehr einfach darin, daß das österreichische Parlament nie so kräftig war, um in den gemeinsamen Fragen einen festen Willen bilden zu können, und dies deshalb, weil man im österreichischen Parlament sich eigentlich nie darüber hätte einigen können, was an Stelle des Dualismus zu setzen wäre. Bekanntlich gehen da die Ansichten in diesem Hause sehr weit und sehr grundsätzlich auseinander. *(Abgeordneter Kuranda: Auch im ungarischen Parlament, nur haben die Nationen dort nicht das Wort, bei uns haben sie es unbeschränkt! — Ruf: Ja, das Wort, aber nicht die Rechte! — Heiterkeit.)* Unhaltbar wird der Dualismus nach dem Kriege auch deshalb sein, weil sich unter der mächtigen Einwirkung der Kriegsereignisse die Anschauungen der einzelnen Völker in Österreich und Ungarn in den grundlegendsten politischen Fragen geändert haben. Der Krieg hat da einen überwältigenden Einfluß geübt. Alle Völker stehen unter der gewaltigen Einwirkung der Ereignisse, welche durch den Krieg gezeitigt worden sind. Man bedenke nur: die Hälfte der ganzen Menschheit steht im Kriege. Der Krieg wird in der härtesten, grausamsten Weise mit allen technischen Errungenschaften geführt; Schützengrabenlinien reichen vom Meere bis zum Meere. Staaten, in denen man nie an die Heranbildung von Heeren gedacht hat, sind militarisiert worden — England, die Vereinigten Staaten. Die Mittelmächte sind wirtschaftlich isoliert worden, mächtige Kriegsorganisationen mußten geschaffen werden, um die Völker ernähren zu können. Ganze Staaten sind während des Krieges zugrunde gegangen, andere Staaten sind aus selbständigen Staaten zu Vasallenstaaten herabgesunken.

Alles das muß die Phantasie, die Denkweise der einzelnen Völker mächtig beeinflussen und dabei erfahren die Völker alles Leid und Wehe, das der Krieg an der Front und hinter der Front mit sich bringt. Es sei hier ganz offen auseinandergesetzt: Zu all dem physischen, seelischen Leid der einzelnen Völker, insbesondere der nichtdeutschen und nichtmagyarischen Völker, traten die politischen Verfolgungen, denen diese Völker während des Krieges ausgesetzt waren. Man hat die Leiden politisch verschärft. Lesen Sie die Reden der Abgeordneten Trešić-Pavičić, Okunewskyj, Stříbrný in diesem Hause und Sie werden da Dinge erfahren, die Sie das Grauen lehren werden. Man hat Späher und Häscher unter die einzelnen nichtdeutschen und nichtmagyarischen Völker geschickt, die nach weitverzweigten Verschwörerorganisationen spüren sollten. Man fühlte sich nicht sicher, man glaubte, man müsse solche Verschwörerorganisationen aufdecken und vernichten. Und obwohl man von solchen Organisationen gar nichts gefunden hat, obwohl alles Bemühen in dieser Beziehung ganz fruchtlos war, hat man dann doch Prozesse inszeniert, welche, wenn sie auch gegen Einzelpersonen inszeniert wurden, doch gegen ganze Völker gerichtet waren. *(So ist es!)* Das alles sind bekannte Dinge, die wir nicht weiter ausführen brauchen. Aber was damals geschehen ist, das mußte in den Herzen der Völker scharfe Stacheln zurücklassen. Hier in Wien hat man Vorträge gehalten, in denen die böhmischen Verhältnisse so geschildert wurden, wie wenn der böhmische Teil von Böhmen von lauter Hochverrätern bevölkert würde. An das Armeeoberkommando, an die Zentralbehörden gingen von Böhmen Berichte, welche die böhmische Bevölkerung in einer ebensolchen Weise schilderten. Wie klein-

lich man da war, zu welchen Auslegungen man da gegriffen hat, das wollen wir nicht ausführen, es würde unter den heutigen Verhältnissen beinahe lächerlich klingen. Der Staat, die Machtfaktoren in der Monarchie, diejenigen, die damals die wirkliche Macht in Händen hatten und sie ausübten, hatten für die nichtdeutschen und nichtmagyarischen Völker kein freundliches Wort. Das erste freundliche Wort, es mußte vom Auslande kommen, es war die Botschaft von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker *(Zustimmung)*, von dem Anspruche der Völker auf Freiheit. Es war eine neue Idee, eine neue politische Idee, die da ausgesprochen wurde. Neue Ideen haben Wert, mögen sie kommen von wo immer, wenn sie nur einen Fortschritt gegenüber dem alten Zustande bedeuten. Wundern Sie sich deshalb nicht, daß diese neue Idee, durch welche die alte, ruhigere und genügsamere Idee der Völkergleichberechtigung erweitert wurde, raschen Anklang unter den politisch unselbständigen Völkern gefunden hat. Sie mußte zünden, denn sie traf die empfindsamste Seite der Volksseele. Polen, Finnen, Litauer, Letten, Weißrussen, Ukrainer, Tartaren, Georgier, Juden haben diese Idee aufgegriffen und sich um ihren Banner geschart. Und in reißendem Strome ergoß sich die gewinnende Macht dieser Idee von der Oder, von dem böhmischen Randgebirge, von der Adria beginnend nach Osten bis nach Sibirien.

Wunderbar ergreifend, und es liest und hört sich förmlich wie eine Erzählung aus dem Andersenschen Märchenlande, war die Auferstehung, die das ukrainische Volk gefeiert hat, ein Volk, geknechtet, seiner Sprache im öffentlichen Leben beraubt; ein Volk, dem jede politische Freiheit fehlte, hat unter dieser Selbstbestimmungsrechtsidee die Kraft gefunden, in einer kurzen Spanne Zeit, fast in einem Tage, sich zu erheben und sich weite Freiheiten zu erringen. *(Beifall.)* Und wenn diese Idee von dem Selbstbestimmungsrechte der Völker unter jenen Völkern zur Herrschaft gelangte, welche von anderen Völkern beherrscht sind, so ist es klar, daß von diesen Völkern jene, die an alte historische Traditionen anknüpfen können, diese Idee in ihrer Volksseele in einer Weise verarbeitet haben, daß in derselben diese alten historischen Traditionen verkörpert sind. Die Erreichung dieser Idee setzt aber die Zusammenfassung aller Kräfte der einzelnen Völker voraus. Es ist deshalb erklärlich, daß die Polen, die Südslawen und die Ruthenen in ihren Erklärungen vom 30. Mai auf den völkischen Zusammenhang hingewiesen und daß die zwei letzteren nicht vor den dualistischen Grenzen Halt gemacht haben. Wir wissen, daß, wenn wir den Dualismus angreifen, wir auf den größten Widerstand stoßen werden. Das ist das Schicksal aller großen Ideen, daß sie zuvörderst allseitigen Widerstand erfahren. Es haben alle großen Ideen der Menschheit dies erlebt; die Idee der Glaubensfreiheit, die Idee der politischen Freiheit, die Idee der sozialen Gerechtigkeit, alle stießen auf die schärfsten Hindernisse, welche ihnen von jenen bereitet waren, die gegenüber diesen Ideen ihre Klasseninteressen zu wahren suchten. Aber wir wissen eines: im Kampfe zwischen den Ideen und den Interessen siegen wohl zuerst die Interessen, auf die Dauer aber nur die Ideen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Und deshalb sind wir überzeugt, daß, mag man auch unseren Bestrebungen, insbesondere in Ungarn, soviele Hindernisse als möglich in den Weg legen, wir hinter einer großen Idee stehen und daß wir hinter dieser Idee zum Siege schreiten werden. *(Neuerlicher Beifall und Händeklatschen.)*

Wir bedauern, daß die leitenden Staatsmänner in dieser Reichshälfte wenig Sinn für die großen Umwälzungen in der Denkweise der Völker bekunden. Würden sie die Volksseele, richtiger gesagt, die Völkerseele besser verstehen, so würden sie zur Überzeugung gelangen, daß man mit den alten Beschwichtigungsmitteln nicht mehr ausreichen wird. *(Sehr richtig!)* Sie würden einsehen, daß die Lösung des alten Nationalitätenproblems in der Monarchie eine Lebensfrage, eine Schicksalsfrage der Monarchie ist. *(Lebhafte Zustimmung und Zwischenrufe.)* Ausländer, die unsere Verhältnisse aus der Ferne betrachten, pflegen ein klareres Urteil zu haben als wir *(Zwischenrufe)*, denn sie betrachten die Verhandlungen . . . *(Abgeordneter Kuranda: In unserer Geographie sind sie nicht sehr bewandert!)*

Ich zitiere eine Persönlichkeit, die sich in der Geographie gut auskennt. *(Zwischenrufe.)* Ein Ausländer, der schwedische Staatsrechtsgelehrte Kjellén, ein Mann, der gewiß nicht gegen die Deutschen voreingenommen ist, ein Mann, der in seinem Werke „Die Großmächte der Gegenwart" sympathisch über die Deutschen geschrieben hat, der auch während des Krieges unverhohlen seine Sympathien den Mittelmächten gegenüber gezeigt hat, hat über die Lösung des Nationalitätenproblems in der österreichisch-ungarischen Monarchie folgende Worte gebraucht: „An der Lösung dieses Problems arbeiten die österreichischen Staatsmänner in dem immer deutlicher werdenden Gefühl, daß es sich hierbei für ihren Staat um Leben und Tod handelt." Das hat Kjellén vor dem Kriege geschrieben. Wenn er die letzte Rede des Ministerpräsidenten gelesen hätte, so hätte er nicht geschrieben, daß die österreichischen Staatsmänner an der Lösung des Nationalitätenproblems arbeiten, wohl wissend, daß davon Leben und Tod des Staatswesens abhänge. Der Herr Ministerpräsident hat uns ein Progamm entwickelt, das eigentlich kein Programm ist. Was hat er eigentlich jenen Forderungen, die wir auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen stellen, entgegengesetzt? Er sagte uns, das Programm der

Regierung bedeute: Staatseinheit, Aufrechterhaltung der Ländergrenzen. Staatseinheit! Ja, ist denn die Staatseinheit heute nicht durch Verfassungsgesetze und durch alle möglichen Gesetze, die wir in diesem Hause tagtäglich beschließen, vollständig gesichert, mehr als hinreichend gesichert? Wenn die papierenen Gesetze die Garantien für die Staatseinheit zu bieten imstande wären, dann brauchte dem Ministerpräsidenten um die Staatseinheit nicht bange zu sein. Aber die Staatseinheit sichern nicht die papierenen Gesetze, sondern die Staatseinheit wird gesichert durch das Bewußtsein und die tiefe, innere Überzeugung der Völker, die den Staat bilden. *(Zustimmung.)* Und haben sich die Regierungen bemüht, in den Völkern, insbesondere in den nichtdeutschen Völkern das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Staatseinheit einzupflanzen? *(Abgeordneter Bechyně: O ja, mit dem Galgen!)* Die Methode, die man während des Krieges angewendet hat, die war jedenfalls wenig dazu geeignet. Und die Erhaltung der Ländergrenzen! Die Ländergrenzen sind ja gesichert, die greift ja niemand an, auch wenn Österreich-Ungarn umgestaltet würde, so müßten ja die alten Länder einheiten in irgend einer Form aufrecht bleiben, weil sie sich historisch entwickelten. *(Abgeordneter Dr. Ritter v. Lodgman: Oho, was ist denn mit den Slowenen und Südslawen?)* Sie würden auch ihre Ländergrenzen haben, vielleicht geändert.

Das Programm des Ministerpräsidenten sagt uns gar nichts. Als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts die Zeitverhältnisse zu Reformen drängten, da ergingen an die damaligen Stände Aufforderungen seitens der Zentralen, Vorschläge darüber zu erstatten, wie diese notwendigen Reformen insbesondere zur Hebung des Bürger- und Bauernstandes einzuleiten wären. Damals antworteten die Stände mit den kurzen Worten: Quieta non movere! Und es scheint mir, daß der Herr Ministerpräsident uns mit seinen Programmen eigentlich nichts anderes gesagt hat, als die damaligen Stände: quieta non movere! Der Ministerpräsident ist also für den Stillstand, ignoriert alles das, was während des Krieges geschehen ist, ignoriert die Veränderungen, die da eingetreten sind.

Die Geschichte aber stellt sich nicht an die Seite derjenigen, die stille stehen, sondern sie schreitet ihren Gang fort an der Seite derjenigen, die den Fortschritt predigen; deshalb sind wir für die fortschrittliche Entwicklung im Sinne der Ideen, welche heute unter die beherrschten Völker Eingang gefunden haben.

Aber unsere Programme, die wir in diesem Hause ausgesprochen haben, haben eine laute Resonanz in der anderen Reichshälfte gefunden; es hätten Zeichen und Wunder am Himmel geschehen müssen, wenn der ungarische Reichstag nicht scharfe Stellung gegen uns genommen hätte. Eine ganze Debatte widmete man im ungarischen Reichstag am 20. November unseren programmatischen Erklärungen. Lissauers Haßgesang ins Magyarische übertragen, gegen die Tschechen angestimmt! Aber nicht nur wir wurden angegriffen, es fielen dabei harte Schläge auch gegen die anderen Parteien in Österreich, es wurde der Name Weiskirchner genannt, es wurden im allgemeinen alle Abgeordneten gescholten, die an der Ernährungsdebatte sich beteiligten und von den Ungarn Berücksichtigung gefordert haben. Aber im Vordergrunde der ungarischen Angriffe standen doch wir Tschechen allein.

Weshalb diese Heftigkeit in Ungarn? Die Gründe liegen klar zutage. Würde wirklich die Idee des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, der Zusammenfassung aller Volkszweige in einheitliche Gebilde ohne Rücksicht auf die dualistischen Grenzen verwirklicht werden, dann würde es um die Vorherrschafft des magyarischen Elementes in der ungarischen Reichshälfte geschehen sein, denn nur darauf stützt sich die Vorherrschaft der Ungarn, daß sie im Dualismus die volle Freiheit sich bewahrt und infolge dieser Freiheit sich Institutionen geschaffen haben, welche ihnen diese Vormacht sichern. Allerdings rühmen sich die Ungarn, daß dort die Freiheit der Nationen voll gewahrt ist *(Gelächter)*, sie schildern ihren Staat als ein Eldorado für die Nationen und lange Zeit hat man in Europa diese ungarischen Schilderungen geglaubt, weil der magyarische Volksstamm im Jahre 1848 noch in Erinnerung aller Völker lebte als ein Volksstamm, welcher heldenmütig um seine Freiheit zu kämpfen und Blut zu vergießen vermag. Aber heute ist dieser Glaube zerstört worden; es sind Personen in Ungarn gewesen, die ihre Erfahrungen der Welt mitgeteilt haben, ein Scotus Viator hat darüber Bücher geschrieben und selbst Naumann, der die Ungarn in seinem Werke „Mitteleuropa" für das mitteleuropäische Bündnis zu werben gesucht hat, mußte gestehen, daß es in Ungarn wohl freiheitliche Nationalitätengesetze gibt, daß aber diese freiheitlichen Gesetze nicht durchgeführt werden. *(So ist es!)* Wer noch zweifeln würde, der wird an verschiedenen Maßnahmen der ungarischen Regierung den Geist erkennen, von welchem man dort gegen die nichtmagyarischen Nationalitäten beseelt ist. Den Hakatismus, der in Posen nunmehr beseitigt werden soll, will man nach Ungarn übertragen.

Es soll eine Kolonisationsaktion ins Leben gerufen werden, welche Staatsgüter, hauptsächlich in den slowakischen und rumänischen Gegenden, an Kolonisten verlaut, nur sollen diese Kolonisten aus den Reihen der Magyaren genommen werden und es sollen an der Peripherie des ungarischen

Staates besondere Verwaltungsmaßregeln geschaffen werden. Wir wissen, was diese Verwaltungsmaßregeln bezwecken, man braucht das nicht näher auszuführen.

Und diese Vorherrschaft der Magyaren in Ungarn stützt sich darauf, daß die Deutschen hier die Vorherrschaft üben. Die Vorherrschaft der Magyaren stützt sich auf die Bajonette aller Volksstämme Österreichs. Aber es handelt sich den Magyaren nicht nur um die Vorherrschaft in Ungarn, sondern auch um die Vorherrschaft in der ganzen Monarchie. Bekanntlich haben die Ungarn in wirtschaftlicher Beziehung sich während des Krieges zu einer großen Macht aufgeschwungen. Sie waren die tonangebenden, sie haben die auswärtige Politik bestimmt. Tisza war eigentlich der Minister des Äußern. *(Zustimmung.)* Wir wissen, welche Einwirkung die magyarischen Politiker auf das Entstehen des Krieges, auf das Ultimatum gegen Serbien hatten, wir wissen auch, welchen Einfluß sie während des Krieges geübt haben. Und die Magyaren wollen, daß diese Vormachtstellung des magyarischen Elementes in der ganzen Monarchie anerkannt werde. Es ist im ungarischen Reichstage während der Debatte vom 20. November dem Grafen Andrássy das folgende Geständnis entschlüpft *(liest)*: „Es liegt in unserem Interesse, das neben einem starken Ungarn ein starkes Österreich steht. Diese Auffassung steht keineswegs im Gegensatz zu der alten Tradition, daß Ungarn die Führung in den gemeinsamen Institutionen anstreben soll. Ich habe stets verkündet, daß wir die ersten sein sollen, doch nie, daß wir aus diesem Grunde die Zerrüttung Österreichs anstreben müssen."

Die ersten wollen die Magyaren sein, wie sie es während des Krieges gewesen sind *(Zwischenrufe)* und gegen unsere Bestrebungen rufen sie den Staatsanwalt, die Polizei, das Gefängnis zu Hilfe.

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, zum Schlusse zu kommen, die Redezeit ist verstrichen.

Abgeordneter Dr. **Fiedler**: Ich schließe. Wird die österreichische Regierung den Rat befolgen, den man ihr von Ungarn aus erteilt? Einmal hat man bereits den Versuch gemacht, gegen uns mit dem Staatsanwalt, mit dem Gefängnis, sogar mit dem Galgen vorzugehen. Die Erfahrungen sind bekannt und sie sind nicht derart beschaffen, daß sie zu einer Erneuerung, zu einer Wiederholung aufmuntern könnten. Wir glauben deshalb nicht, daß man von neuem zu diesen drastischen Mitteln, um das Volk zu dem österreichischen Staatsgedanken zu erziehen *(Heiterkeit)*, wird greifen wollen. Aber wir vernehmen so manches. Es wird leise und lauter hie und da geflüstert, daß man gegen die bösen, verräterischen Tschechen wieder mit Strenge vorgehen soll. *(Hört!)* In den südslawischen Blättern haben wir einzelne Bemerkungen darüber gelesen. Wir lesen in den Protokollen des ungarischen Reichstages, wie der Minister Wekerle die Interpellation eines Abgeordneten, der die Entfernung der ungarischen Regimenter aus Böhmen verlangte, damit beantwortete, daß dies erst dann geschehen werde, wenn zuverlässige Truppen vorhanden sein werden.

**Präsident**: Ich bitte den Herrn Redner nochmals, zu schließen.

Abgeordneter Dr. **Fiedler**: Ich bin in zwei Sätzen fertig. Wir bemerken auch in Prag, wie eine gewisse Strömung an der Arbeit ist, um zu verhetzen. In einer deutschen Zeitung, in der „Bohemia", lasen wir einen Artikel, der eigentlich einen Artikel aus einer ausländischen Zeitung übersetzt und veröffentlicht, der augenscheinlich gegen eine der böhmischen Parteien gerichtet ist, um aufzuhetzen. Dieser Artikel trägt die Unterschrift „A. O. K." *(Hört! Hört!)* Und es scheint, daß man in der Redaktion vergessen hat, diese Worte zu streichen. Es scheint, daß man zur alten Mode zurückkommt, daß das Armeeoberkommando den Zeitungen Artikel liefert, die hetzerisch wirken sollen.

Ich wiederhole: Wir glauben nicht, daß die Regierung zu solchen Maßnahmen Zuflucht nehmen wird. Sollte sie es, dann warnen wir sie und wir können ihr nur das zu bedenken geben: Das böhmische Volk hat auf seinem Schicksalswege so manche Leidensstation durchmachen müssen. *(Zustimmung.)* Keine dieser Leidensstationen hat den eisernen Willen und die herbe Entschlossenheit des Volkes, seine Ideale zu verfolgen, gebrochen. Eine Leidensstation mehr oder weniger, was bedeutet das für das Volk! Und deshalb schließe ich: Wir werden gegen die vorliegenden Vorlagen deshalb stimmen, weil wir damit unsere Stellung gegen den Dualismus ausdrücken wollen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Kolischer. *(Zwischenrufe.)* Ich bitte um Ruhe, meine Herren.

Abgeordneter Dr. **Kolischer**: Hohes Haus! Seine Exzellenz mein Herr Vorredner hat seine Ansprache mit den Worten geschlossen, daß die tschechische Nation aus diesem Grunde gegen diese Vorlagen stimmen wird, weil sie gegen die Ideen, gegen die Taten und gegen die Gesetzgebung Ausdruck geben will, welche im Dualismus, im Staatengebilde der österreichisch-ungarischen Monarchie ausgedrückt ist. Ich glaube, daß, wenn man Gründe höherer politischer Erwägung des tschechischen Volkes . . . *(Zwischenrufe. — Abgeordneter Svejk: Des böhmischen Volkes!)* . . . des böhmischen Volkes

— bitte, es ist ja nicht in einem andern Sinne gesprochen — hier als Motiv angibt, so kann ja auch dieses Motiv gelten. In Wirklichkeit ist aber durch diese Gesetzesvorlage, welche wir heute zu behandeln haben, nicht die Frage des Fortbestehens des gegenwärtigen Zustandes zu Ungarn auf die Dauer zu regeln, sondern es handelt sich um eine Kriegsmaßregel, um ein Provisorium kategorien, welches eigentlich gar nichts ändert und welches im Laufe des Krieges, wo die politischen Verhältnisse noch gar nicht geklärt sind, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege nicht einmal im Embryo gedacht werden können, sich als eine Notwendigkeit darstellt, wie viele andere Notwendigkeiten im Kriege ohne Präjudize in politischer, in sozialer und in ökonomischer Bedeutung. Der Ausgleichsausschuß hat mit Argusaugen darüber gewacht, daß ja — ja nichts für die Zukunft präjudiziert wird. Wir haben im Ausschuß alle ohne Ausnahme daran gedacht, daß es in der Öffentlichkeit bekannt ist, daß unter den verschiedenen Regierungen des § 14, welche den Parlamentarismus unterbrochen haben, Abkommen mit der ungarischen Reichshälfte oder mit dem ungarischen Staate geschaffen wurden, von denen verlautet, daß es darin Bestimmungen gibt, die ein Parlamentarier, ein Volk auf die Dauer in ökonomischer und sozialer Beziehung nicht schlucken kann. Wir fürchten und fürchten und fürchten — weil jeder fürchtet, welcher einmal sich angebrannt hat —, daß man auch dem § 14 eine verfassungsmäßige Bedeutung imputieren könnte. Deswegen haben wir uns weder mit Erklärungen der Regierung noch mit anderen Formeln bei der Gesetzwerdung zufriedenstellen können, sondern in den Vertrag mit Ungarn und teilweise auch in das Mantelgesetz aufnehmen müssen, daß ein dauernder Vertrag, ein dauerndes Übereinkommen, mit Ungarn ohne parlamentarische Bestätigung und Mitwirkung nicht beschlossen werden kann. Es war dem Herrn Abgeordneten Kuranda vorbehalten, im Ausschusse die Bedenken, die berechtigten Bedenken, darüber auszudrücken, daß durch die Festlegung in einem bestimmten Falle man umgekehrt das Präjudiz schaffen könnte, daß das Parlament anerkennen könnte, daß andere Gesetze von derselben oder von anderer Wichtigkeit ohne parlamentarische Bestätigung gemacht werden könnten. Wir haben uns da nicht anders hinweghelfen können, als daß wir es in den Vertrag selbst aufnehmen ließen und der Herr Ministerpräsident hat die Erklärung abgegeben, daß er die Verpflichtung übernimmt, daß dieser provisorische, auf zwei Jahre abzuschließende Vertrag mit Ungarn derart geändert werde, daß in diesem Vertrage schon statuiert werden wird, daß, welches Übereinkommen immer, ob gültig oder nicht gültig, ob bindend oder nicht bindend für die Regierungen, die früheren Regierungen geschlossen haben, dieses oder ein ähnliches oder ein anderes Übereinkommen dauernder Natur ohne parlamentarische Mitarbeit nie in Kraft treten kann.

Meine Herren! Das Verhältnis zu Ungarn während des Krieges ist ja eigentlich nicht das Verhältnis, welches in den Ausgleichsgesetzen vorgesehen war; das Verhältnis ist ja nicht einmal dasjenige, welches in dem letzten Ausgleiche mit Ungarn statuiert ist und wenn man die Dinge objektiv und ohne politische Voreingenommenheit betrachtet, kann das Rechtsverhältnis und das wirkliche wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich und Ungarn kaum den antiquierten Rechtsanschauungen des Jahres 1867 und während des Krieges auch nicht den wirtschaftlichen Rechtsauffassungen vor dem Kriege ganz und voll entsprechen. Zwischen der Form eines Gesetzes und dem effektiven Leben ist ein gigantischer Unterschied. Meine Herren! Seit dem Jahre 1867 haben sich alle wirtschaftlichen, sozialen und sonstigen Begriffe sowohl in Ungarn als in Österreich vollständig geändert. Die Tradition, auf welcher der Ausgleich im Jahre 1867 aufgebaut war und noch mehr die wirtschaftliche Kontinuität des damals unter der Hegemonie Österreichs stehenden Ungarns war, daß Ungarn damals oder vor dem März und vor dem Jahre 1867 noch immer in einer ökonomischen Unterordnung unter Österreich stand. Ich will nicht das scharfe Wort gebrauchen, daß man immerhin vor dem Jahre 1866 in den Erbländern, in Österreich, wenn nicht dem Worte nach, so doch psychologisch und ökonomisch das Gefühl hatte, daß Ungarn das Hinterland ist, das, was man einmal Hinterland und einmal Kolonie nennt.

Wir in Galizien spüren es ohne Unterschied der Nationalität, ob Polen oder Ruthenen — Ukrainer, wenn Sie wollen — bis zum heutigen Tage, was es heißt, ein Hinterland zu sein; wir spüren, was es heißt, eine nebenan liegende Kolonie für den Absatz zu sein und das Land Galizien — sowohl die Polen als die Ukrainer — würde sich in der Zeit, in der es zu Österreich gehört, außerordentlich besser entwickelt haben, wenn man es immer als wirtschaftlich und sozial gleichberechtigten Faktor betrachtet hätte, wenn man es nicht durch mehr als 100 Jahre als eine Kolonie, als ein Absatzgebiet, als ein Hinterland betrachten würde.

Es ist selbstverständlich, daß, je mehr die Ungarn seit dem Jahre 1867 ihre staatliche Selbstständigkeit erreichten, desto mehr neben der Ausgestaltung der politischen Macht auch das wirtschaftliche Bedürfnis der Emanzipation auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens bei ihnen entstand und es ist selbstverständlich und eine Naturnotwendigkeit, daß Ungarn bei allen Ausgleichen, die es mit Österreich seit dem Jahre 1867 geschlossen hat, sich immer bemühte, die vollständige Verkehrs-

freiheit, soweit sie nach der Ansicht der Ungarn nicht in ihrem Interesse war, zu durchbrechen. Wenn wir uns die Ausgleichsgesetze anschauen, so finden wir, daß für ewige Zeiten das Prinzip gewahrt werden soll, daß auf dem Gebiete der Steuerpolitik, auf dem Gebiete der Gebührenpolitik, auf dem Gebiete der Verkehrspolitik und selbstverständlich auf dem Gebiete der indirekten Steuern, der Verzehrungssteuern, eine vollständig gleichartige Behandlung gewährleistet sein soll. Die Erfahrung lehrt uns aber, daß die Ungarn — angeblich oder nicht angeblich — zur Hebung ihrer Zuckerindustrie gelegentlich der Brüsseler Konvention eine Art von Surtaxe für Zucker eingeführt haben und daß sie wähnten oder glaubten oder es vielleicht in Wirklichkeit erreichten, daß sie dadurch ihre Zuckerindustrie und ihren Rübenbau mehr förderten, als sie ihn ohne diese Differenzierung gefördert hätten.

Wenn wir unsere Steuergesetzgebung insbesondere auf dem Gebiete der indirekten Steuern bis in die jüngsten Wochen und Tage ansehen, so finden wir, daß zum Beispiel auf dem Gebiete der Spiritussteuer in Ungarn schon heute eigentlich eine ganz andere Gesetzgebung besteht wie hier. Denn wir können ja nicht gezwungen werden, insbesondere dort, wo die Sachen auf parlamentarischem Wege zu machen sind, immer den Ungarn zu folgen, die Ereignisse sind mächtiger als der Wille hier und dort und die Gesetzgebung geht in Ungarn auch in diesem Belange ihrer Wege. *(Abgeordneter Dr. Diamand: Aber unsere Regierung muß doch zugestimmt haben!)* Ich weiß nicht, ob sie zugestimmt hat oder nicht, aber nach meiner Rechtsauffassung hat sie nicht die Verpflichtung, zuzustimmen. *(Abgeordneter Dr. Diamand: Sie hat nicht das Recht, sie ändert den Vertrag ohne das Parlament!)* Sie hat nicht die Pflicht und nicht das Recht, Ungarn gegenüber zuzustimmen, weil nach meiner Rechtsauffassung Ungarn in diesem Belange autonom ist und die Sache durch das Überweisungsgesetz geregelt werden soll. *(Abgeordneter Dr. Diamand: Die Überweisung ist aber nicht möglich bei dieser Regelung!)* Sie ist immer möglich bei der Spiritussteuer . . . *(Abgeordneter Dr. Diamand: Das ist keine Steuer, sondern ein Gewinnanteil!)* Was den Gewinnanteil betrifft, welcher die Überweisung zur Unmöglichkeit macht, so sind wir ja in dem abnormen Zustande, daß wir überhaupt von Ungarn in diesem Belange jetzt nichts hereinbekommen, wenigstens legaler Weise, so zwar, daß de facto, — wir sind ja im Kriege und in einem Momente des Mangels der Ware — wir fiskal weder einen Vorteil noch Schaden haben. *(Zwischenruf.)*

Was die Hauptsache betrifft, die Verkehrsfreiheit, so ist diese seit dem ersten Tage des Krieges völlig durchbrochen worden, zunächst ohne Hinzutun von Ungarn, indem sich Österreich in 338 Wirtschaftsgebiete geteilt hat und jeder Bezirkshauptmann seinen Bezirk wie einen besonderen Staat behandelte. Man mußte für den Transport von einem Bezirke zum anderen Ausfuhr- und Einfuhr- und Durchfuhrbewilligungen haben, und es haben selbstverständlich und logisch und analog auch die Kronländer sich schon ganz gegen einander abgegrenzt. Es ist, wenn unsere eigenen Kronländer und Bezirke einander wie feindliche Brüder behandelt haben, dann wirklich sehr schwer, an Ungarn mit dem Anspruch heranzutreten, Ungarn, ein separater Staat, welcher zu den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern doch nur wie ein Kompassiszent zum andern steht, möge uns gegenüber loyaler und kulanter und verkehrsfreundlicher sein, als die Länder der österreichischen Reichshälfte untereinander.

Aber es soll zugegeben werden, daß schwere und ernste Bedenken gegen die Praxis der Ungarn Österreich gegenüber im Kriege zu erheben sind. Es kann unter einer loyalen Haltung in der Kriegswirtschaft in einem Momente, wo beide Teile des Reiches um ihre Existenz und vielleicht auch trotz aller Beschwerden und Nörgeleien, trotz aller berechtigten und unberechtigten Einwendungen auch um die ökonomische soziale und politische Existenz der Völker ringen, nicht am Platze sein, wenn Ungarn seine politische und ökonomische Macht als Agrarstatt Österreich gegenüber oft in einem Maße ausnutzte, welches weder vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Produktionskosten, noch vom Standpunkte der Billigkeit und Gerechtigkeit, zu verteidigen wäre. *(Abgeordneter Svejk: Maisstengelmehl!)*

Es ist, wenn man davon spricht, wirklich höchst peinlich, in einem Moment ernster politischer Debatte sich daran erinnern zu müssen, daß wir in Österreich vor nicht zu langer, ja sogar vor sehr kurzer Zeit in der Futterzentrale von seiten Ungarns ein Offert auf geschrotete Maisstengel, also ohne Mais, zum Preise von 80 K per Meterzentner offeriert bekommen haben *(Hört!)*, also zum doppelt so hohen Preise, als ihn der österreichische Bauer für Weizen bekommt. *(Abgeordneter Svejk: Also eigentlich Strohmehl!)* Ja, meine Herren, Ungarn hat sich während dieses Krieges — das muß, wenn man die Sachen ehrlich behandelt, unbedingt zugestanden werden — mehr bereichert, als es den natürlichen Verhältnissen entspricht. *(Sehr richtig!)* Nach meiner Ansicht hat sich Ungarn noch außerordentlich mehr bereichert als bestimmte Berufskreise in Österreich, welche auf die Preisbildung und auf die Devalvierung der Währung durch zu hohe Preise, die ihnen bewilligt wurden, schädlichen Einfluß gewonnen haben — worüber ich im nachfolgenden Teil meiner Rede heute noch sprechen werde — so

daß ich als Ökonomist das Gefühl habe, daß, wenn man die Sache nach ehrlicher Münze behandeln würde, sich heute jeder objektive, sachverständige Mann dafür aussprechen müßte, daß sich Ungarn, wenn es zu einem gerechten Verteilungsverhältnisse der Lasten käme, wenn nicht Machtfaktoren und äußere Einflüsse, sondern reale Grundlagen des ökonomischen Verständnisses maßgebend wären, in einem derartigen Vorteile befindet, daß die Quote oder die Beitragspflicht, oder wie man es immer nennen will, Ungarns, wenn das Territorium gleich bleiben würde, wie es heute in der Monarchie ist, sich außerordentlich zugunsten Ungarns, aber außerordentlich zuungunsten der im Reichsrate vertretenen Länder geändert hat. Denn es ist klar, daß in einem Moment, wo die Massen der Bevölkerung nach ihrer tiefsten Seele das tägliche Gebet um das tägliche Brot sprechen und wo das tägliche Brot, das in normalen Zeiten eine Notwendigkeit und Selbstverständlichkeit ist, schon ein besonderer Segen Gottes ist, diejenigen, die über dieses tägliche Brot in größerer Hülle und Fülle verfügen, im Vorteil sind und daß, wenn sie diesen Vorteil in ziemlich egoistischer Weise ausnützen, dies die Quelle besonderer Bereicherung sein muß. Andrerseits möge man bedenken, daß, soweit es sich nicht um Kriegsindustrie handelt, die österreichische Industrie ohne Rücksicht auf die Absatzmöglichkeit in Ungarn sich in der fatalen Situation befindet, daß sie keine Kompensationswaren für diese Nahrungsmittel nach Ungarn verkaufen kann, weil sie über den notwendigen Rohstoff, über die erforderlichen Materialien nicht verfügt. *(So ist es!)* Andrerseits muß man den Ungarn zubilligen — und darüber will ich heute noch ausführlicher sprechen — daß die Produktionsmöglichkeit der Landwirtschaft sich während des Krieges außerordentlich verschlechtert hat und daß infolgedessen die Ungarn nicht über jene Lebensmittelmengen verfügen und verfügen können, über welche sie in Friedenszeiten verfügen. Der Krieg ist nämlich nicht das, als was ihn vor allem in Deutschland die kapitalistischen Kreise darzustellen suchen, Darstellungen oder Nachrichten, gegen welche in Deutschland erst in der jüngsten Zeit eine Gegenbewegung entstanden ist. Man wollte den Krieg, die größte Geisel der Menschheit, als eine Quelle der Bereicherung darstellen. Der Krieg ist aber keine Quelle der Bereicherung, der Krieg ist seinem ganzen Wesen nach die Zerstörung der Güter. Diese Zerstörung der Güter kann zwar einzelnen Schichten oder Personen individuell zugute kommen, der Krieg als solcher aber ist eine Zerstörung des Volksvermögens, des Volksglücks, der Möglichkeit der Entfaltung, der Möglichkeit der Produktivität der Landwirtschaft, des Bergbaues und der Industrie. Und wenn dem so ist, so ist es klar, daß auf allen Gebieten menschlicher Arbeit die Produktivität außerordentlich leidet, daß die Selbstkosten ungeheuerlich steigen und die Menge der gewonnenen Produkte sinkt. Besonders in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft hat nämlich die Eigenschaft, daß der Boden ein der menschlichen Arbeit gegenüber außerordentlich dankbares Ding ist, der Boden denkt aber an alle Mißetaten, die man ihm zufügt und wenn man ihn physikalisch nicht entsprechend bebaut, wenn man ihn nicht düngt, wenn man ihn wie bei uns in Ostgalizien durch den Zwang der Verhältnisse brach liegen läßt, so versauert der Boden, er ruht sich nicht aus, sondern wird schlechter und trägt immer weniger, ja er verwandelt sich, wenn das so lange dauert, wie im ukrainischen Teile des Landes, in Ostgalizien, in Steppe, deren Bewirtschaftung eines der größten und schwierigsten Probleme der Übergangswirtschaft bilden wird.

Und so ist es natürlich, daß wir, soweit man die kontinentalen Verhältnisse, insbesondere die reichsdeutsche, die österreichische und die ungarische Volks- und Landwirtschaft in Betracht zieht, mit jeder Stunde — ich betone: mit jeder Stunde — je weiter wir uns vom Frieden entfernen, desto weniger auf die Ertragsfähigkeit des Bodens rechnen können. Die Tragik der Situation liegt nicht in dem, was wir erlebt haben, sondern darin, was wir erleben werden, in dem Momente der Kriegsübergangswirtschaft und in den ersten Friedenszeiten. *(Sehr richtig!)* Je länger der Krieg dauert, desto schlechter — Gott gebe, daß ich ein falscher Prophet sei — desto schlechter werden in der ersten Zeit die Erträge der Felder, der Wiesen und Liegenschaften sein, weil der Boden, je weiter er sich von der Friedenswirtschaft, von der ordentlichen Kultur, von der ordentlichen Düngung, von der ordentlichen Bewirtschaftung entfernt, je mehr er auf diese Subsidiarwirtschaft angewiesen ist, welche ihm in der Kriegszeit die Weiber und Kinder angedeihen lassen, desto weniger tragen wird. Es ist ja selbverständlich und wir haben es aus den Worten Seiner Exzellenz des Herrn Ministers für öffentliche Arbeiten gehört, daß auf dem so wichtigen Gebiete des Bergbaues, obwohl es uns oder dem Herrn Minister gelungen ist — und zwar dem Herrn Minister, weil wir Parlament sind und hinter ihm stehen — die Bergarbeiter aus dem Felde wieder zurückzubekommen, die Produktivität des Bergbaues trotz der Einstellung von so vielen Menschen nicht vorwärts, sondern rückwärts geht, weil diese Arbeiter ausgehungert sind, weil man sie nicht entsprechend ernähren kann, weil wir den Bergbau im Kriege nicht so kultivieren können, wie wir wollten, weil wir nicht über die genügenden Zufuhren des Grubenholzes verfügen, weil wir die Durchschläge im Bergbau während des Krieges nicht so machen können, wie in normalen Zeiten. Es ist selbstverständlich, daß wir, je weiter wir uns

auf dem Gebiete des Bergbaues von dem Friedensmoment entfernen, desto mehr nach dem Ende des Krieges in kritische Verhältnisse kommen werden. Und schon gar auf dem Gebiete der Industrie. Sehen wir auf dem Gebiete der Industrie vollkommen ab von dem vernichteten Galizien, sehen wir ganz ab von den teilweise verwüsteten Südländern, vergessen wir Monfalcone, vergessen wir alles das, was in den ersten Anfängen der industriellen Entwicklung in Galizien, der Bukowina usw. geschehen ist, und nehmen wir nur die Westländer. Vergessen Sie einen Moment diesen Papiergewinn der Banknoten — über welchen ich später noch zu sprechen die Ehre haben werde — der Kriegsgewinner, schauen Sie sich diese Fabriken an: das ist alles überarbeitet, ist alles ausgeleiert und das alles muß, wenn es in die Friedenswirtschaft kommt, neu gemacht werden, es muß erneuert werden, um eine ordentliche Friedensware zu machen. Und doch befinden wir uns in der Position, daß wir diese Kriegsübergangswirtschaft werden durchmachen müssen. Ich halte das nach meiner tiefsten Kenntnis und nach meiner tiefsten Überzeugung für die schwerste Epoche, welche wir als Abgeordnete und hinter uns die Völker Österreichs durchmachen werden. Heute, meine Herren, befinden wir uns noch alle im Fieberzustande, wir sind krank, wir wissen aber nicht, wie schwer unsere Wunden sind. Das werden wir erst erkennen, wenn der Fieberzustand endigen wird, wenn die Volkswirtschaft nach Beendigung des Krieges in ihre normalen Bahnen kommen wird, wenn man aufhören wird, die Völker Österreichs mit der Tünche der Banknotenwirtschaft über die Situation hinüber zu täuschen, und wenn wirklich reelle produktive Arbeit den Wiederaufbau der Volkswirtschaft der österreichischen Völker beginnen und initiieren wird. Dann werden wir spüren, wie es mit der Bekleidungsindustrie sein wird, dann werden wir spüren, je weiter wir uns von dem Moment des ehemaligen Friedens des Jahres 1914 entfernen, wie schwer es sein wird, die breiten Massen der Bevölkerung mit Kleidung und Schuhen und mit dem täglichen Brote zu versehen; wir werden aber das eminenteste Interesse haben, ein Programm zu erfüllen, über welches ich im nachfolgenden ein paar Worte sprechen will.

Meine Herren! Die Situation nach dem Kriege wird nicht nur so schlecht sein, weil der Boden ausgesaugt, die Industrie zertrümmert, die Bergwerke im Stocken sein werden, sondern auch deswegen, weil der Krieg uns außerordentliche Lasten gebracht hat, deren redliche Erfüllung zu den Volks- und Staatsnotwendigkeiten gehört. Der Vergleich in diesem Belange mit England und Frankreich ist im höchsten Grade deplaciert, und zwar aus dem Grunde, weil England und Frankreich außerordentlich reichere Länder sind als Österreich und weil einem Reichen immer jedes außerordentlich schwere Opfer weniger trifft, wie den Ärmeren; aber auch aus nachfolgendem Grunde: Der Krieg hat uns in Österreich, zum Teil auch in Deutschland — aber in Deutschland relativ weniger wie hier — bedeutend mehr gekostet, als er kosten sollte.

Und wenn Sie die deutsche Presse diesbezüglich — diese Literatur gibt sich am klarsten kund in der so ausgezeichnet redigierten „Frankfurter Zeitung" — in der jüngsten Zeit verfolgen, so finden Sie folgenden Gedankengang ausgedrückt, welchem ich hier, weil er für die österreichischen Verhältnisse noch außerordentlich viel mehr paßt, wie für die deutschen, Raum geben möchte. In Deutschland wird behauptet, daß der Krieg so viel Geld kostet, weil die Militärverwaltung außerordentlich viel zu der außerordentlichen Preissteigerung der Waren beigetragen hat, und zwar ist das dadurch geschehen, daß man, im Gegensatz zu Amerika, wo man nach einer Art speziellen Kriegsleistungsgesetzes der Industrie imperativ Preise aufdiktierte, die etwas niedriger waren als die Friedenspreise, in Deutschland und schon gar in Österreich nach dem Grundsatze manipulierte: Geld ist eine Kleinigkeit, nur das Material her. So ist es geschehen, daß selbst für solche Waren, bezüglich welcher wir in Österreich, selbstverständlich in geringerem Umfang in Deutschland, gar nicht auf das ausländische Material direkt oder indirekt angewiesen waren, die Preise von der Kriegsverwaltung immer höher und höher angesetzt wurden, welche dann folgende Wirkung hatten. Es ist selbverständlich, daß die Kriegsverwaltung allein nicht die vollständige Devalvierung des österreichischen Papiergeldes hervorgerufen hat.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn eine Volkswirtschaft statt $2^1/_2$ Milliarden 17 Milliarden Umlaufmittel hat und diese Volkswirtschaft selbst zweimal so schnellen Umsatz hat, dies nicht genügt, um bei dieser Inflation, bei diesem Überfluß es zu erreichen, daß diese Banknoten nicht schon durch die Natur der Dinge, infolge des primären Prinzips von Angebot und Nachfrage in ihrem Werte fallen.

Aber wie im ganzen Leben, spielt auch hier das Prinzip der Wechselwirkung, des Kausalnexus. Dadurch, daß man eine so kolossale Preiserhöhung zuließ, hat sich der Zustand herausgebildet, daß man zur Berichtigung dieser Zahlungen um so viel mehr Zahlungsmittel brauchte. Und nachdem die Menge der Zahlungsmittel abhängig war von der Leistungsfähigkeit der Papier- und Notendruckpresse-Industrie, so ist auch diese übermäßige, unnatürliche Überspannung der Preise genau wie in Deutschland oder eigentlich noch mehr wie in Deutschland, auch

mit ein Grund der Notinflation und der kolossalen Entwertung des Geldes gewesen.

Es entsteht nun die Frage, ob dieses entwertete Geld wieder auf seinen alten Standard kommen werde. Wenn Sie die Regierungserklärungen lesen, so finden Sie, daß die Regierung immer nach außen der Ansicht Ausdruck gibt, daß das Geld wieder einmal auf die alte Relation kommen wird. Ich persönlich gehe von der Ansicht aus, daß dies weder möglich, noch im allgemeinen Interesse des Staates gelegen ist, und begründe meine Auffassung mit folgenden Motiven.

Meine Herren! Wir haben durch den Krieg so enorme Lasten übernommen, daß, wenn sie erfüllt werden sollen, und wenn der Wert des Volksvermögens mit dem Wertmesser gemessen werden sollte, wie er vor dem Kriege war, bis jetzt schon durch den Krieg 40 oder 45 Prozent des Nationalvermögens verloren gegangen sind.

Denn man muß nicht nur die Summe der Kriegsanleihen, sondern auch die schwebenden Verpflichtungen des Staates dazu rechnen. Wenn demgemäß eine Verbesserung der Währung gegenüber dem gegenwärtigen Stande erfolgen würde, würde das für die nächsten Generationen eine so enorme Belastung sein, daß die nächsten Generationen sie einfach nicht ertragen könnten. Demgemäß stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Staatsverwaltung genug zu tun haben wird, um eine weitere Devalvierung der Währung hintanzuhalten und selbstverständlich absolut ganz andere und viel wichtigere Aufgaben zu lösen haben wird, als die, mit den größten Opfern, mit den größten Entbehrungen der breiten Masse der Bevölkerung eine Besserung der Währung zu erzwingen. Es genügt, wenn es durch eine vernünftige Devisenpolitik möglich sein wird, am Ende des Krieges so viel Rohstoffe nach Österreich hereinzubekommen, als wir aus Gründen der äußeren Politik und aus Gründen der Möglichkeit der Anschaffung nach Österreich bekommen würden. Hier sei noch bemerkt, daß die größte Gefahr vorhanden ist, daß wir am Ende des Krieges Wolle, Baumwolle und Kupfer nicht in genügenden Mengen vom Auslande bekommen werden, und daß der Staat die schwierigsten Aufgaben haben wird, Ersatzstoffe für die Textilindustrie teils auf dem Gebiete der Forstwirtschaft und der Papierindustrie, teils auf dem Gebiete der substituierenden Industrien zu schaffen.

Trotzdem kann diese Volkswirtschaft der Zukunft absolut nicht bestehen, wenn sie gegen die Friedenswirtschaft nicht höhere Töne der Intensität der Volkswirtschaft anschlagen wird. Wenn wir auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft, der Wasserwege, der Bewässerung, wenn wir auf dem Gebiete der Landwirtschaft durch die Ausgestaltung des besseren Feldbaues, durch die größere Verbreitung von Dampfpflügen, durch tiefere Ackerung, durch Findung und Schaffung von Industriequellen, welche uns Stickstoff für die Landwirtschaft billig zuführen werden, nichts machen werden, so werden wir die Übergangswirtschaft nach dem Kriege nicht bestehen. *(Sehr richtig.)*

Deswegen werden die Probleme der Kriegsübergangswirtschaft so schwierig und so ernst sein, daß ich glaube, daß wenn es in dieser oder jener politischen Gestaltung zu einem neuerlichen Übereinkommen mit Ungarn kommen sollte, man in Detailfragen, über welche man in früheren Epochen auseinandergegangen ist, einen versöhnlichen Ton wird annehmen müssen, weil sowohl hier als in Ungarn ganz andere und schwierigere Probleme zu lösen sein werden, von welchen in der Zeit vor dem Kriege die Völker Österreichs verschont geblieben sind.

Wenn ich systematisch den Gegenstand behandeln soll, zu welchem wir die gesetzliche Sanktion geben sollen, so muß ich mit einigen Worten auch auf die zweite Regierungsvorlage zurückkommen, welche sich mit der Bank beschäftigt. Meine Herren! Wenn ein Student bei einer Prüfung vor dem Kriege auf die Frage, wie eine Bank aussehen soll, eine Antwort gegeben hätte, die so ausgefallen wäre, wie unsere Bank heute aussieht, so wäre der Student bei der Prüfung bestimmt durchgefallen *(Heiterkeit!)*, denn der Begriff einer Bank beruht auf einer bankmäßigen Fundation, während unsere Bank ein Trümmerhaufen einer Bank ist, die aufgehört hat, eine Notenbank im wissenschaftlich nationalökonomischen Sinne zu sein; sie ist in eine Druckerei verwandelt worden, in welcher die Bedürfnisse beider Staaten nach der einfachsten Formel der Beschaffung von Druckerschwärze und Papier gelöst werden. Die Bank hat außerordentlich wenig mit dem Publikum zu tun, die Einreichungen von Wechseln gehören zu den Seltenheitswerten, dagegen macht die Bank Geschäfte mit der Staatsschulden-Kontrollkommission oder mit den Finanzverwaltungen zu einhalb und ein Prozent und ist dabei in der Lage, in drei Jahren das doppelte Aktienkapital zu verdienen. Es ist nämlich klar, daß, wenn man nichts einzulegen hat, als nur Papier und Druckerschwärze in unendlicher Menge, man dann auch bei einhalb bis ein Prozent außerordentlich viel verdient, und es ist selbverständlich, daß die Bank so kulant sein mußte, diesen Hauptverdienst den Herren Finanzministern in Österreich und in Ungarn wieder abzugeben durch eine Besteuerung von 80 Prozent und durch ganz bedeutende Reservierungen in doppeltem Belange: einmal in dem Belange, daß die Bank von ihren Erträgnissen der letzten drei Jahre 20 Millionen dafür zurückstellte, um die in außerordentlich kleinem

Umfange zu erwartenden Differenzen oder Ausfälle beim Wechselportefeuille und, wie die Bank sich ausdrückt, bei hypothekarischen Sicherstellungen zu decken. Ich wüßte nicht, wo; denn in Galizien und der Bukowina hat die Bank außerordentlich wenig Hypotheken und Ungarn ist ja doch in landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Beziehung nicht in seinem Werte gefallen, sondern außerordentlich gestiegen.

Da aber die 20 Millionen nur reserviert sind, der Bank nicht zugute kommen und soweit sie nicht bis zum Jahre 1920 verwendet werden — und sie werden bestimmt nur zum allergeringsten Teile verwendet werden — wiederum dem Valutafonds zugute kommen werden, so ist ja gegen diese Konstruktion eigentlich nichts einzuwenden. Die zweite Sache ist aber die ganz kolossale Reserve, die sich diese Bank durch das Drucken der Banknoten in den letzten drei Jahren erworben hat, nämlich die Reserve, welche sie für Herstellungszwecke oder für Valutazwecke überhaupt zurückstellt. Auch dagegen ist nichts einzuwenden, denn wenn ich auch der Ansicht, ja der Überzeugung bin, daß es nach menschlicher Voraussicht während der nächsten Generation in Österreich nie einer Notenbank gelingen kann und gelingen wird, die alte Relation wieder herzustellen, so werden wir doch für Valutazwecke, insbesondere für den Import unserer Rohstoffe in der Übergangswirtschaft Valuta brauchen und es ist selbstverständlich, daß die aus der Notendruckerei entstandenen Verdienste zunächst diesen Zwecken zugeführt werden sollen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Wogegen aber etwas einzuwenden ist, das ist folgendes: Wir haben schon im Ausschuß, und zwar einhellig und einstimmig bemerkt und ich möchte das von dieser Stelle ausdrücklich hervorheben, damit es festgelegt werde —, daß über das Geschäft, welches die absolutistischen Regierungen des § 14 mit der Verwaltung der Oesterreichisch-ungarischen Bank gemacht haben, nicht zur Tagesordnung übergegangen werden kann, wonach die Oesterreichisch-ungarische Bank für diese Konzession bei der Goldausfuhr in dem Moment wo ihr einmal das Privilegium nicht prolongiert sein wird, berechtigt ist, für jede Aktie von Staats wegen statt der festgelegten 1520 K 1520 K in effektivem Gold *(Hört! Hört!)* nach dem Münzfuße von anno dazumal zu bekommen, oder daß jeder von uns, vom kleinsten Bauern bis zum Magnaten, den Kriegsschaden allein tragen soll, während die Bank, welche das Monopol hat, über die Banknoten und das ganze Geldwesen zu verfügen, nicht nur keinen Kriegsschaden hat, sondern einen statuierten Kriegsgewinn. Darüber kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Die Sache ist dem Budgetausschuß zugewiesen, aber die Regierung hat bis jetzt den Vertrag mit der Österreichisch-ungarischen Bank nicht vorgelegt. Die Regierung wird diesen Vertrag vorlegen müssen und das Parlament wird diesen Vertrag ratifizieren oder nicht ratifizieren, aber als genehmigt kann man diesen Vertrag ohne parlamentarische Genehmigung nicht betrachten *(Zustimmung)*, weil sonst jede § 14-Regierung über das ganze Volksvermögen, über das Bedürfnis des Krieges hinaus verfügen könnte. *(Zustimmung.)* Wir können bestimmte Sachen schlucken. Aber wir werden nicht Konzessionen schlucken, welche eine nicht dazu autorisierte Regierung gewährt hat. Und der Herr Berichterstatter Kraft hat klar und deutlich in seinem Vorreferate nachgewiesen, daß sogar die § 14-Verordnung so ungeschickt verfaßt war, daß ein Jurist auf Basis dieser § 14-Verordnung gar nie, wenn auch die Verordnung gelten würde, diese Konzessionen für die Bank statuieren wird.

Die Bank hat ja in Friedenszeiten im großen und ganzen ihre Aufgaben in Ordnung gemacht. Wir in Galizien haben immer mit der Bank Schwierigkeiten gehabt, weil, wie alle Welt und wie der Westen überhaupt, auch die Bank uns als Kolonie behandelt hat. *(Zustimmung.)* Aber in diesen schwierigen Zeiten, wo wir in Galizien in stummer Resignation die schwersten Unbilden erleiden, in dieser schwierigen Zeit, wo niemand wie in Deutschland und Ungarn auf die Idee kam, ähnlich wie Ostpreußen und Siebenbürgen, sich gegenseitig ein ruthenisches Dorf zu schenken oder aufzubauen, wo wir bis jetzt auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, wo wir von Regierungs wegen nur Resolutionen und Versprechungen hören und bis jetzt noch nicht die Tat, sollte doch die Bank Kleinigkeiten erfüllen, und es ist unkulant, nicht gentlemenmäßig, wenn die Bank in drei galizischen Städten bedeutenden Charakters, in Kolomea, Stanislau und Jaroslau, bis jetzt aus leeren Ausreden und Gründen die Bankfilialen nicht restituierte, wozu die Bank nach dem geltenden Statut nicht berechtigt, sondern verpflichtet ist. *(Zustimmung.)* Und die Ausrede der Bank, daß sie noch keine Möbel hat, kann man ja im zwanzigsten Jahrhundert nicht als ernst betrachten.

Meine Herren! Ich schließe diese meine Ausführungen. Wir Polen aus Galizien werden für dieses Provisorium stimmen. Wir werden dafür stimmen, weil es zu den Gepflogenheiten der polnischen Nation in Galizien gehört, den Staat, den Gesamtstaat, die Monarchie nicht in den schwierigsten Momenten zu schwächen, sondern zu unterstützen, ohne Rücksicht darauf, ob wir Anerkennung finden oder nicht.

Wir werden aber auch für das Provisorium weiters stimmen, weil es zu den Traditionen unserer Nation gehört, mit den Ungarn ein mögliches und freundschaftliches Verhältnis zu haben, und wir

glauben auch, daß bei der Neugestaltung der Verhältnisse in Mitteleuropa und bei der Lösung der polnischen Frage die Ungarn uns die alte Freundschaft bewahren werden. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Vizepräsident **Jukel**: Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Lewyckyj.

Abgeordneter Dr. Eugen **Lewyckyj**: Hohes Haus! Bei dieser Debatte haben auch wir Ukrainer die Pflicht, zur Vorlage über das Provisorium Stellung zu nehmen. Jedesmal, so oft die Debatte über den wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn abgeführt wird, wird die Frage von zwei Standpunkten, vom meritorischen und vom politischen Standpunkte aus behandelt. Vom meritorischen Standpunkte wären tatsächlich nicht viele Worte zu verlieren, weil wir es vorläufig nur mit einem Provisorium, mit der Verlängerung des jetzt bestehenden rechtlichen und sachlichen Zustandes zu tun haben. Aber der Schwerpunkt liegt nicht in der jetzigen Vorlage über das Provisorium, sondern in denjenigen Abmachungen, welche zwischen beiden Regierungen noch im Februar dieses Jahres abgeschlossen wurden. Denn, meine Herren, nach außenhin haben wir ein Provisorium, eine nichtssagende Vorlage, aber im geheimen haben wir es mit einem Abkommen zu tun, welches einem Ausgleiche mit Ungarn gleich steht. Es ist aber hervorzuheben, daß bei allen Provisorien, die wir mit Ungarn gehabt haben, wir immer den kürzeren ziehen mußten.

Ich verweise darauf, daß im Jahre 1897, als der damalige Ausgleich nicht zustande gekommen ist, wir durch zwei Jahre Provisorien gehabt haben, wo die zweite Reichshälfte diesen provisorischen Zustand dazu auszunützen wußte, um ihre Stellung in unserer Monarchie zu verbessern.

Es ist allgemein bekannt, daß die Magyaren die damaligen Zwistigkeiten in Österreich, die Unmöglichkeit der parlamentarischen Verabschiedung des Ausgleiches dazu ausnützten, um die berühmte Széllsche Formel durchzusetzen, wo zum ersten Male das alte Bündnisverhältnis aufgehört hat und Ungarn auch in wirtschaftlicher Beziehung sich als ein selbständiger Staat konstituierte und dadurch zum ersten Male das Recht für sich in Anspruch nahm, wie ein ganz selbständiger Staat vorzugehen. Geradeso wie damals die Magyaren das Provisorium für ihre egoistischen Ziele ausnutzten, ist es auch diesmal geschehen. Es war leider zu einer Zeit, wo das Parlament ausgeschaltet war, und nicht nur das Parlament ausgeschaltet war, sondern jede öffentliche Meinungsäußerung unterdrückt wurde. Ganz im geheimen sind diese Vereinbarungen vom 24. Februar dieses Jahres getroffen worden, wo in verschiedenen Zeitungen gestanden ist, daß wir diesmal einen ganz schlechten Ausgleich gemacht haben, daß wir es aber haben tun müssen, angeblich, weil die Monarchie im Kriegszustande einheitlich auftreten mußte; man habe also für dieses hohe Ziel die Interessen Österreichs preisgeben müssen. Diese Äußerungen wurden nun damals unterdrückt. Aber trotz alledem ist manches zutage getreten. Ich verweise dabei insbesondere auf die „Neue Freie Presse", wo gesagt wurde, daß die zustande gekommenen Abmachungen nicht in allem für uns vorteilhaft sind, wir aber dafür den Vorteil haben, daß die Regelung der Handelsbeziehungen mit Deutschland bereits angebahnt werden kann, daß ein zwanzigjähriger Ausgleich, also ein Ausgleich für eine längere Zeitdauer sichergestellt wurde. Das sollten die Vorteile sein, welche die Nachteile aufheben. Diejenigen, welche aber Gelegenheit hatten, etwas Genaueres noch darüber zu wissen, berichten viel schlimmere Sachen und haben geradezu ihre Befürchtungen ausgesprochen, daß, wenn es bei diesen Abmachungen bleiben sollte, Österreich in wirtschaftlicher Beziehung schwer geschädigt wäre.

In der Debatte im Ausschusse und auch in der Begründung der Regierungsvorlage wird, meine hochverehrten Herren, die Sache so dargestellt, als ob im Februar dieses Jahres nur Besprechungen stattgefunden hätten. Man will offenbar den Sachverhalt verhüllen, man will die ganze Angelegenheit als harmlos hinstellen. Demgegenüber erlaube ich mir aber darauf hinzuweisen, daß der ungarische Ministerpräsident Tisza auf eine Interpellation im ungarischen Abgeordnetenhause in der Sitzung vom 26. Februar dieses Jahres festgestellt hat, daß in bezug auf die zukünftige Regelung des wirtschaftlichen Verhältnisses zwischen Österreich und Ungarn in allen Hauptpunkten das vollste Einvernehmen erzielt wurde. *(Hört! Hört!)* Der ungarische Ministerpräsident hat somit festgestellt, daß man es nicht etwa mit unverbindlichen Besprechungen zu tun hat, nicht mit irgendwelchen Bestimmungen allgemeinster Natur, mit Weisungen, welche beide Teile einzuhalten verpflichtet sind, sondern, daß wir unter der absolutistischen Regierung Stürgkh eine Vereinbarung mit Ungarn in allen wesentlichen Punkten tatsächlich getroffen haben.

Und da erlaube ich mir nun, meine Herren, die Frage zu stellen: Was bedeutet die Votierung des jetzigen Provisoriums? Die Votierung dieses Provisoriums ist dasselbe, wie die tacite erteilte Ermächtigung an die Regierung, die Vereinbarung vom Februar dieses Jahres durchzuführen und uns dann eventuell vor ein fait accompli zu stellen. Denn wenn diese Vereinbarungen dazu dienen sollen, mit Deutschland und den anderen verbündeten Ländern schon jetzt Handelsverträge abzuschließen, damit man mit einem fertigen Elaborat vor die

Friedenskonferenz treten kann, so möchte ich fragen: Was werden wir dann davon haben, wenn die bereits abgeschlossenen Verträge dem österreichischen Parlamente vorgelegt werden? Es wird ja doch jeder einsehen müssen, daß wir dann keine Möglichkeit haben werden, etwas daran zu ändern, und daß wir unter dem Druck stehen werden, alle Handelsverträge, und die Abmachungen vom Februar dieses Jahres als deren Grundlage, zu akzeptieren. Denn es wird sich nicht mehr allein um das Verhältnis zu Ungarn handeln, sondern schon um die fertigen Verträge mit dem ganzen mitteleuropäischen Bunde. *(Zustimmung.)* Und dann kommen wir tatsächlich zu spät.

Eben deshalb haben wir Ukrainer schon im Ausschusse den Standpunkt eingenommen, es müsse wohl zugegeben werden, daß ein Vacuum nicht entstehen konnte, daß ein Provisorium notwendig war, aber der Schwerpunkt der ganzen Sache und das eigentliche Übel liege darin, daß die unter der absolutistischen Regierung insgeheim mit Ungarn abgeschlossenen Verträge vor uns geheimgehalten werden und daß auf der anderen Seite offen ausgesprochen wird, die Regierung stehe auf dem Standpunkt dieser Verträge und trachte, sie durch Abschluß von Verträgen mit anderen Staaten zu petrifizieren. Das aber können wir absolut nicht zulassen. *(Zustimmung.)*

So viel läßt sich vom rein meritorischen Standpunkt über die vorliegende Regierungsvorlage und aus Anlaß derselben sagen. Wenn wir aber daraus für das Verhalten unseres Klubs einen Schluß ziehen wollen, so müssen wir erklären: Es ist zwar richtig, daß ein Provisorium notwendig war; aber solange wir nicht wissen, was hinter diesem Provisorium steckt, solange wir nicht wissen, auf welcher Grundlage jetzt die Verhandlungen mit anderen Staaten geführt werden, solange können wir auch nicht für diese Vorlage stimmen. *(Zustimmung.)*

Und nun, meine hohen Herren, übergehe ich zur politischen Seite der Abmachungen mit Ungarn. Es ist selbstverständlich, daß, so oft die Frage der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen mit der andern Reichshälfte zur Sprache kommt, man sich immer daran erinnert, daß der Dualismus eigentlich eine Vereinbarung war, mit der man den Magyaren das volle staatliche Recht in politischer Beziehung konzedierte, dafür aber ein einheitliches Zollgebiet, überhaupt eine Erleichterung in der einheitlichen Wirtschaftsführung haben wollte. Wir sehen, daß in keiner dieser beiden Richtungen unsere Reichshälfte einen Vorteil zu erwarten hat.

Über den Dualismus selbst wurde schon viel gesprochen und ich werde mich darüber nicht auslassen. Was wir aber jetzt in diesem wichtigen Momente hervorheben müssen und worüber zu sprechen uns auch die Machthaber in Pest nicht verbieten können, das ist die Behandlung der nichtmagyarischen Nationalitäten, die Art und Weise, wie die Magyaren ihre staatliche Macht im Innern ausnützen. *(Zustimmung.)* Und wenn die ungarische Regierung sich an unsere Regierung gewendet hat, um hier die freie Kritik zu unterdrücken, so müssen wir ein derartiges Vorgehen — ich will mich nicht anders ausdrücken — auf das entschiedenste zurückweisen. Wir werden nicht gestatten, daß in dieser wichtigen Zeit, wo Existenzfragen ganzer Völker auf der Tagesordnung stehen, von Pest aus nach dem österreichischen Staatsanwalt gerufen wird. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Meine hochverehrten Herren! Beschämend ist die Stellung, welche diesfalls unsere Regierung eingenommen hat. Sie hat erklärt, sie stehe auf dem Standpunkt des Dualismus, sie wolle an der jetzigen Staatsverfassung, beziehungsweise an dem Verhältnis zu Ungarn in politischer Beziehung nicht rütteln. Das ist eine Erklärung, welche vom Standpunkte einer Regierung erklärlich ist. Was aber nicht erklärlich ist, das ist die Äußerung des ungarischen Ministerpräsidenten, daß die österreichische Regierung nicht nur diese Erklärung abgegeben habe, sondern auch Garantien dafür gegeben habe, daß die gegen Ungarn und gegen die dortigen Verhältnisse gerichtete Agitation bei uns unterdrückt werde. *(Hört! Hört!)*

Und das geht auch aus der Erklärung unseres Ministerpräsidenten hervor. Denn was hat er seinem ungarischen Kollegen mitgeteilt? Nicht nur, daß die österreichische Regierung auf dem Standpunkt der dualistischen Staatsform steht, sondern auch daß die Ländergrenzen aufrecht bleiben. *(Hört! Hört!)* Da muß man fragen: warum hat denn der österreichische Ministerpräsident sich veranlaßt gesehen, dem ungarischen Kollegen ein solches Geheimnis zu verraten? Offenbar wurde er darum gefragt. Und da liegt eben diese Garantie, welche von österreichischer Seite gegeben wurde: nicht nur die dualistische Form bleibt erhalten, sondern auch die jetzige Einteilung Österreichs in Kronländer als eine Sicherstellung dafür, daß wir hier die nationale Autonomie tatsächlich nicht erlangen werden. Denn vor dieser nationalterritorialen Autonomie haben die jetzigen Herrscher in Ungarn eine unbegrenzte Furcht und sie strecken auch hier ihre Hand über die Grenze aus, um die Umgestaltung Österreichs auf wahrhaft nationaler Grundlage nicht zuzulassen. *(Zwischenrufe.)*

Hohes Haus! Gegen eine derartige Anmaßung der ungarischen Regierung und gegen das Vorgehen unserer Regierung in diesem Belange, müssen wir hier öffentlich Protest erheben. *(Lebhafter Beifall.)*

Und dann, meine hochverehrten Herren, wir stehen jetzt vor einem Sonderfrieden mit Rußland und wir müssen mit den hochwichtigen Idealen und Prinzipien rechnen, welche als Grundlage für die zukünftige Weltordnung aufgestellt wurden, mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Magyaren sind nun die ersten, welche dazu drängen, daß sobald wie möglich der Friedensschluß komme. Aber wie schaut es mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen in Ungarn aus? Darnach fragt niemand. Und doch handelt es sich dort nicht um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, sondern um die Erhaltung der bloßen nationalen Existenz. *(So ist es!)*

Schließlich müssen wir, meine Herren, als Ukrainer darauf hinweisen, wohin die magyarische Hegemonie in Ungarn unser Volk dortselbst gebracht hat. Wir müssen das aus zwei Gründen tun: erstens weil wir in Ungarn noch nie einen Volksvertreter im ungarischen Reichstag gehabt haben *(Hört!)*, trotzdem wir eine Bevölkerung von einer halben Million der ungarischen Staatsbürger ausmachen, und zweitens, weil wir in einem so wichtigen Moment über die Lage unserer Brüder in Ungarn nicht schweigen dürfen. *(Zustimmung.)* Und wie es da ausschaut, werde ich Ihnen nur ganz kurz illustrieren, damit Sie einen Begriff bekommen, was es bedeutet, ein nichtmagyarisches Volk in der anderen Reichshälfte zu sein.

Wie ich bereits hervorgehoben habe, leben nach der offiziellen Statistik in Ungarn 464.270 Ukrainer. Es wurde schon in der letzten ungarischen offiziellen Statistik vom Jahre 1910 angeführt, daß von dieser rund einer halben Million Ruthenen bereits 64.915 als ihre Muttersprache die ungarische Sprache angegeben haben. *(Hört! Hört!)* Es sind also bereits 14 Prozent dieser Bevölkerung entnationalisiert und magyarisiert worden. Wenn man nun fragt, auf welche Weise die Entnationalisierung durchgeführt wurde, so muß man vor allem folgendes hervorheben: In Ungarn gibt es keine Sprachenrechte für die ukrainische Bevölkerung. Ich bitte, fahren Sie nur über die Grenze und versuchen Sie, mit irgendeinem Beamten oder auch nur mit einem Amtsdiener in ukrainischer, in ruthenischer Sprache zu sprechen! Er wird Ihnen sagen: Nem tudom, ich verstehe es nicht. Man darf tatsächlich in der Muttersprache mit den ungarischen Behörden nicht verkehren. *(So ist es!)*

Zweitens, was die Volksschulen anbelangt, so gibt es in ganz Ungarn 2990 Kindergärten, von diesen ist aber keine einzige Anstalt mit ukrainischer Sprache. In Ungarn gibt es lauter ungarische Kindergärten. Ich bitte, sich das nur ganz genau anzusehen; diese Kindergärten sind dazu da, um die Jugend aller nichtmagyarischen Völker in Ungarn zu magyarisieren. Es wird in den Kindergärten dort als Umgangssprache hauptsächlich nur die ungarische Sprache angewandt.

Was die Volksschulen anbelangt, so haben wir im Jahre 1910 in Ungarn 16.929 Volksschulen gehabt, also rund 17.000 Volksschulen. Davon waren angeblich — ich sage angeblich, und werde das noch erklären — 47 ruthenische Volksschulen *(Hört! Hört!)* Also auf 17.000 Volksschulen kommen bloß 47 ruthenische Volksschulen. In den letzten Schuljahren zählte man 46.680, somit rund 47.000 ruthenische Schulkinder und für diese 47.000 Schulkinder ukrainischer Nationalität gab es bloß 47 Volksschulen, also durchschnittlich für je 1000 Kinder eine Volksschule. Nun, meine Herren, ich hatte selbst Gelegenheit, mich seinerzeit zu überzeugen, was das heißt — eine ruthenische Volksschule in Ungarn.

Diese Volksschulen sind nur nach außenhin ruthenisch, damit man den Eindruck hat, daß die Ruthenen in Ungarn auch Volksschulen in ihrer Muttersprache haben. Man muß diese ukrainischen Volksschulen aber in der Weise verstehen — und sie werden auch so geführt —, daß die Lehrer, beziehungsweise Lehrerinnen an diesen Schulen angewiesen sind, in der ersten Klasse, also auf der niedrigsten Stufe das Magyarische in der ukrainischen Sprache zu erklären. *(Hört! Hört!)* Die ukrainische Sprache dient somit nur dazu, um das Magyarische den ruthenischen Kindern um so leichter beizubringen. In den höheren Klassen dagegen wird als Vortrags- und Lehrsprache nur die magyarische Sprache anerkannt. Das nennt man also ruthenische Volksschulen und solche Schulen gibt es, wie gesagt, bloß 17.

Das zweite Mittel, meine Herren, welches man gegen uns in Ungarn anwendet, ist die Vernachlässigung der ruthenischen Bevölkerung überhaupt, eine, wie ich sagen muß, absichtliche Vernachlässigung. Man will die ruthenische Bevölkerung auf der niedrigsten Stufe halten, um der magyarischen Beamtenschaft, den magyarischen Großgrundbesitzern usw. das Politiktreiben und Verwalten um so leichter zu machen. Ich will nicht zu vieles hier anführen, gestatten Sie nur ein Beispiel: Im Marmaroser Komitat, wo 160.000 Ruthenen sind, sind 74·2 Prozent Analphabeten! *(Hört! Hört!)*

Da kann man sich denken, auf welche Weise diese Gebiete in kultureller Beziehung behandelt, wie sie absichtlich in ihrer kulturellen Entwicklung aufgehalten werden aus rein national-magyarischen Rücksichten. Schon während des Krieges wurde aber dann das lateinische Alphabet eingeführt; absichtlich, um um so leichter zu Zwecken der Entnationalisierung eine Brücke zu der ruthenischen Bevölkerung zu schlagen, welche sich derselben Schriftzeichen bedient wie wir. *(Abgeordneter Dr. Baczyńskyj: Zyrillische Schrift!)* Schließlich wurde vor einigen Tagen ein Erlaß

herausgegeben, demzufolge jede Veränderung im Besitze von Grundeigentum in unserem und im rumänischen Gebiete nur unter Zustimmung der Behörden erfolgen kann. *(Hört! Hört!)* Das sind, meine Herren, die Gewaltmaßregeln, die angewendet werden, um zu verhindern, daß einerseits das ruthenische Element nach dem Kriege wirtschaftlich stärker werde und um andrerseits diesem Element in seiner Verarmung allmählich den Grund und Boden zu entziehen und ihn dem magyarischen Element auszuliefern.

Das ist nun, meine hochverehrten Herren, nur eine kurze Illustrierung der Verhältnisse in Ungarn. Wenn sie aber je nach Ungarn kommen und sich diese Gebiete selbst anschauen, werden Sie noch einen düstereren Eindruck von dem empfangen, was alles an dieser Bevölkerung geschehen ist. *(Abgeordneter Dr. Trylowskyj: Wucher!)* Ja, die Auswucherung, die Gewaltanwendung gegen diese Bevölkerung von seiten der Behörden ist ungeheuerlich, die ganze Bevölkerung wird nicht nur wirtschaftlich und kulturell ruiniert, sondern sie ist jedem Wucherer und jeder Gewalt von seiten der Behörden ausgeliefert. *(Zwischenruf.)* Als der Krieg ausgebrochen war und hie und da über Verrat gesprochen wurde, hat der Herr Ministerpräsident Tisza sich geäußert, die ruthenische Bevölkerung ist loyal und hat den Beweis geliefert, daß sie dem ungarischen Staate treu gesinnt sei und für diesen Staat kämpfe. Damals also hat die ungarische Regierung die Loyalität der ruthenischen Bevölkerung zuerkannt, aber sie hat für diese Bevölkerung keine Rechte, sondern nur die Entrechtung und die Zurückdrängung von der heimatlichen Scholle gehabt. *(Abgeordneter Dr. Baczynskyj: Kalender!)* Der julianische Kalender wurde auch abgeschafft, und zwar nur zu dem Zwecke der Entnationalisierung.

Ich schreite zum Schlusse. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß mit Rücksicht auf die Zustände in Ungarn auch bei uns alles mögliche getan werde, damit die Neuordnung, welche jetzt kommen soll, nicht derart ausfällt, wie es im Interesse der einzelnen Völker steht. Und da möchte ich dabei insbesondere auf jene Äußerungen des „Fremdenblatt" über das Communiqué hinweisen, das wir zusammen mit den Tschechen und Südslawen hinausgegeben haben.

Meine hochverehrten Herren! Wir haben in dem bekannten Communiqué hervorgehoben, daß wir auf dem Standpunkte des Selbstbestimmungsrechtes der Völker stehen, daß dieses Prinzip auch in dem Angebot der russischen Regierung enthalten war und daß wir dagegen protestieren, daß dieser Punkt auf irgendwelche Weise verheimlicht oder gar unterdrückt werde. Das war dasjenige, was wir in diesem Communiqué gesagt haben. Aber, meine Herren, es wurde sofort verlautbart, der Zweck sei, sich zwischen Rußland und Österreich zu stellen, eine politische Intrige zu machen usw. usw.

Es wurden uns, kurz gesagt, Sachen unterschoben, die uns tatsächlich ganz ferne lagen. Wenn aber von der russischen Regierung der Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes für alle Völker hervorgehoben wurde, dann haben wir das Recht, zu verlangen, daß sich auch die österreichische Regierung auf denselben Standpunkt stelle *(Beifall)*, weil wir eben ein Nationalitätenstaat sind und weil diese Prinzipien auch bei uns zur Anwendung gelangen sollen. *(Zustimmung.)* Wenn man speziell uns Ukrainern vorwerfen könnte, daß wir mit einem solchen Communiqué hervorgetreten sind, so möchte ich fragen: Welches Volk in Österreich wurde in seinem Selbstbestimmungsrecht so verletzt und so bedroht wie eben die Ukrainer mit den Abmachungen von Berlin und Wien, wo man schon im vorhinein gesagt hat; man werde die Ukrainer dem zukünftigen polnischen Staate ausliefern? Und dann wollen Sie sich, meine Herren, nicht wundern, wenn wir mit Rücksicht darauf nicht nur gegen die Verheimlichung der betreffenden Stelle des russischen Angebotes protestieren, sondern wenn wir darauf bestehen, daß dieses Prinzip nicht etwa zu einer leeren Phrase herabgedrückt werde, wie man es bei uns machen möchte. Wir werden trachten, daß dieses Prinzip tatsächlich zur Anwendung gelange. *(Abgeordneter Dr. Baczynskyj: Über das allgemeine gleiche Wahlrecht spricht der Ministerpräsident und wie schaut dieses Wahlrecht in Galizien aus?)* Der Herr Ministerpräsident hat sich auf das gleiche Wahlrecht berufen, trotzdem er weiß, daß es kein gleiches Wahlrecht ist; denn wir haben kein gleiches Wahlrecht, wir haben bloß ein allgemeines, aber kein gleiches Wahlrecht. Und eben darin liegt ja, meine Herren, die ganze nationale Ungerechtigkeit, daß es nicht gleich ist. Zweitens: Der Chef der Regierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, man darf sich überhaupt in die inneren Zustände nicht einmischen. Meine hochverehrten Herren, das kann formell vom rein staatlichen Standpunkt vielleicht richtig sein, aber das ist nicht richtig, wenn es sich darum handelt, eine neue Ordnung in allen Staaten einzuführen. *(So ist es!)*

Und nun, meine Herren, möchte ich noch auf eine Parole hinweisen, welche einmal für Österreich gegolten hat. Man hat die Parole ausgegeben: Austria erit in orbe ultima, si erit justa suis gentibus. Es war eine schöne Parole, aber statt dessen, was in den obigen Worten enthalten ist, haben wir etwas anderes auszukosten bekommen und ich befürchte, daß diese schöne Parole anderswo, in einem anderen Staate durchgeführt wird, ja bereits teilweise durchgeführt wurde. Und das letztere, meine Herren, sollen diejenigen bedenken, welche hier und auch in Budapest die Herren sind.

So viel mußte aus Anlaß der Regelung unseres Verhältnisses zu der anderen Reichshälfte von unserem Standpunkte aus hier ganz offen gesagt werden und damit schließe ich. *(Lebhafter Beifall. — Redner wird beglückwünscht.)*

**Präsident:** Ich erteile nunmehr dem Herrn Abgeordneten Dr. Jerzabek das Wort.

Abgeordneter Dr. **Jerzabek:** Hohes Haus! Da es sich bei unserer gegenwärtigen Beratung nicht um eine endgültige Regelung des wirtschaftlichen Ausgleiches beider Staaten der Monarchie handelt, sondern bloß eine provisorische Verlängerung der derzeit geltenden Abmachungen, deren Geltungsdauer mit 31. Dezember l. J. abläuft, in Aussicht genommen erscheint, glaube ich mir die Mühe ersparen zu dürfen, mich über die Ausgleichsmaterie selbst zu verbreiten, nachdem dies bereits in ausgezeichneter Weise der sehr geehrte Herr Berichterstatter getan hat, und ich will nur kurz im Namen meiner Partei die Erklärung abgeben, daß wir Christlichsozialen für den Antrag des Herrn Berichterstatters stimmen werden.

Allerdings muß ich dabei von vornherein betonen, daß dies keineswegs als ein Vertrauensvotum für Ungarn aufgefaßt und insbesondere nicht so gedeutet werden darf, als ob wir im großen und ganzen und insbesondere in der gegenwärtigen Zeit in allem und jedem mit Ungarn einverstanden gewesen wären. Wir wissen ganz gut, und ich will es auch durchaus nicht in Abrede stellen, daß während des gegenwärtigen Krieges Ungarn seinen Pflichten als Bruder und Nachbar nur wenig oder gar nicht nachgekommen ist, daß bei uns während dieser Zeit wirklich eine große Not an Bedarfsartikeln geherrscht hat, Ungarn aber nichtsdestoweniger uns in dieser Not nicht beigesprungen ist. Und wir haben ja auch vor kurzer Zeit eine Debatte abgeführt, die speziell den Notstand Deutschböhmens behandelt hat, und haben da aus den Ausführungen mehrerer Redner erfahren, welchen Umfang die Nahrungsmittelnot dort angenommen hat, welche Opfer die in Deutschböhmen heute herrschende chronische Hungersnot bereits gefordert hat, daß wir in Deutschböhmen massenhaft Fälle des sogenannten Hungerödems zu verzeichnen haben und daß dies in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß jene Gegenden, die dieses Gebiet mit Nahrungsmitteln, insbesondere mit Brot und Mehl zu versorgen hätten, in dieser Hinsicht ihre Pflicht nicht erfüllt haben. In einer ganz anderen Lage befindet sich Ungarn und es ist auch begreiflich, daß dieses Land, das an und für sich einen Agrarstaat vorstellt, auch in der jetzigen Zeit sich besserer Verhältnisse erfreuen kann als Österreich, wenn wir nur die feindlichen Invasionen ins Auge fassen, die bei uns und in Ungarn stattgefunden haben. Bei uns war bekanntlich durch lange Zeit die ganze Bukowina, ganz Galizien, dann später ein großer Teil des Südens unserer Monarchie, insbesondere Südtirol und ein Teil von Istrien vom Feinde besetzt, und diese Länder kamen daher für die Nahrungsmittelversorgung nicht mehr in Betracht. Auch dauerte bei uns die Invasion bedeutend länger als jenseits der Leitha. Dort hatten die Russen nur einzelne Bezirke in der Nähe der Karpathen, die an und für sich nicht sehr fruchtbar sind, okkupiert, vorübergehend auch Teile von Südungarn und ebenso eine ganz kurze Zeit Teile von Siebenbürgen. Aber, wie gesagt, das war alles nur vorübergehend und die Ungarn konnten daher den größten Teil der Zeit der Bearbeitung ihres eigenen Bodens widmen und daher nicht die Entschuldigung gebrauchen, die bei uns geltend war, daß ein großer Teil des Landes für die Ernährung der Bevölkerung nicht ausgenützt werden konnte.

Hierzu kommt noch, daß Ungarn an und für sich reichere Ernteerträgnisse aufweist und auch in den früheren Jahren viel größere Mengen Getreide produzierte als Österreich. So liefert nach den Mitteilungen eines Fachmannes eine Mittelernte in Ungarn an Weizen und Roggen allein laut 15-jährigem Durchschnitt 58½ Millionen Meterzentner, während bei uns in Österreich die Mittelernte an Weizen und Roggen kaum 42 Millionen Meterzentner beträgt, also um 13 Millionen Meterzentner weniger als in Ungarn. Und faktisch ist auch dieser Überschuß der früheren Jahre immer nach Österreich ausgeführt worden, so daß noch im Jahre 1913 aus Ungarn nach Österreich 7,700.000 Meterzentner Mehl und 7,500.000 Meterzentner Getreide ausgeführt werden konnten. Auch darf nicht vergessen werden, daß der ungarische Boden ertragfähiger ist als der österreichische, wenn auch in der Statistik der Ernteertrag als geringer angegeben wird. Es wird nämlich nach den statistischen Nachweisen der Weizenertrag in Ungarn mit 9½ Meterzentner pro Hektar angegeben, während er bei uns 13 Meterzentner beträgt. Aber ich bitte, meine Herren, diese Ziffern nicht so ernst zu nehmen, denn speziell Ungarn versteht es seit jeher, die Statistik so zu gestalten, wie sie den jeweiligen Bedürfnissen entspricht. Die geehrten Herren werden sich erinnern, daß jedesmal kurz vor der Ernte in den ungarischen Blättern die Nachricht verbreitet wird, daß das Getreide außerordentlich günstig stehe. Kaum ist die Ernte eingebracht, so versäumt es der ungarische Ackerbauminister oder der ungarische Ministerpräsident nicht zu erklären, daß die Ernte den Erwartungen nicht entsprochen habe.

Aber in Wirklichkeit hat Ungarn immer gute Ernten gehabt. Das ist auch begreiflich. Wer das Land selbst gesehen hat und den Boden mit dem

unsrigen vergleichen konnte, insbesondere den Boden der Komitate, die an Österreich grenzen, die Teile von Südungarn und des Banates, der weiß auch, daß dort bedeutend größere Erträgnisse eingebracht werden können als bei uns in Österreich.

Einen weiteren Beweis für den Getreidereichtum Ungarns liefert auch die Ausmahlungsvorschrift, die in Ungarn nicht so streng ist wie bei uns. Bei uns greift man schon bis zu 90 Prozent der Ausmahlung, während in Ungarn heute noch immer feines Weizenmehl zu haben ist und erst kürzlich der Budapester Magistrat gestattet hat, daß feines Weizenmehl zu Brot, und zwar zum Preis von 1 K 30 h pro Brotlaib verbacken werden kann, während bei uns eine so strenge Ausmahlungsvorschrift besteht und feines ungemischtes Weizenmehl überhaupt nicht mehr zum Verkaufe gebracht wird.

Daß die Lebensmittelversorgung und die Lebensverhältnisse Ungarns überhaupt äußerst günstige sind, geht auch aus einem Schreiben hervor, das ein Deutschböhme aus seiner Arbeitsstelle in Ungarn hierher gesandt hat und worin er ausführt, daß die Lebensverhältnisse in Ungarn in allen Belangen besser zu sein scheinen als in Böhmen. Brot bekommt man überall zu kaufen und das ist von tadelloser Güte. In seinem Aufenthaltsorte erhält man auf den Kopf 12 Kilogramm Getreide auf einen Monat, das aber gleich auf ein Vierteljahr verabfolgt wird. Das Getreide trägt man selbst in die Mühle und bekommt das Mehl und die Kleie zurück.

Sie finden hier noch einen weiteren Vorzug gegenüber Österreich, indem bekanntlich bei uns die Landwirte das Getreide an eine Mühle abliefern müssen, die Kleie aber von einem ganz anderen Ort zurückgeschickt erhalten; ob es dann dieselbe Qualität und dieselbe Menge von Kleie ist, bleibt natürlich eine andere Frage.

Weiters ist erst im März 1917 in Budapest die Mehlquote von 24 Dekagramm auf 20 Dekagramm herabgesetzt worden, während bei uns eine so geringe Mehlquote bereits im Frühjahr 1915 eingeführt wurde. Aber trotz alledem erklärt Ungarn, für uns nichts übrig zu haben, es behauptet, nur so viel zu besitzen, um selbst nicht Not leiden zu müssen und wenn etwas verlangt wird, bekommen wir höchstens ein Anbot über ein Maisstengelmehl oder verschimmelten Mais, aber Brotgetreide ist nur unter den schwierigsten Verhältnissen aus Ungarn zu beziehen.

Sie mögen sich unter anderem erinnern, meine Herren, was der Herr Minister Höfer, der Leiter des Ernährungsamtes, gelegentlich der Ernährungsdebatte am 21. September l. J. gesagt hat, als er über die Zuschüsse aus Rumänien und Ungarn zu sprechen kam; er meinte damals, daß Rumänien bereits erschöpft sei, von Ungarn sprach er weiter kein Wort mehr, sondern wir haben nur erfahren, daß Verhandlungen eingeleitet wurden und diese erst über Initiative des Kaisers insoweit zu einem Abschluß gekommen sind, daß wir wenigstens für die notleidenden Bezirke Böhmens sowie für Wien Mehlsendungen aus Ungarn erhalten werden. Es ist das umso bedauerlicher, als wir gleichzeitig die Erfahrung machen mußten, wie auch der ungarische Justizminister Balogh in der Sitzung des ungarischen Reichstages am 26. Jänner l. J. zugeben mußte, daß die Ungarn während der Kriegszeit Getreide und Mehl ins Feindesland, insbesondere nach Italien hinüber geschafft haben. Ich sage, es ist das umsomehr zu verdammen, weil diese Leute für ihre eigenen Bundesbrüder und Nachbarn keine Nahrungsmittel übrig zu haben erklären, aber trotzdem einen solchen Lebensmittelschmuggel betreiben können.

Übrigens wenn es sich darum handelt, viel Geld zu verdienen, lassen auch die Ungarn in ihrer Zurückhaltung gern etwas locker. So zum Beispiel ist es zwar verboten, von Ungarn nach Österreich Gerste zu bringen, aber das Bier lassen sie herüber kommen, allerdings den Hektoliter zu 130 K. *(Hört! Hört!)* Daß auf diese Weise die ungarischen Brauer sehr gute Geschäfte machen können, liegt auf der Hand und es wird auch in dieser Hinsicht aus Budapest vom 2. d. Mts. gemeldet *(liest)*:

„Die Erste ungarische Bierbrauerei-A.-G. begeht gegenwärtig ihr fünfzigjähriges Bestandsjubiläum. Ihre Aktionäre überraschte die Gesellschaft mit einer Dividende von 100 Prozent."

Auch in anderer Beziehung besteht in Ungarn die Tendenz, uns bei allen Sachen, die uns geliefert werden, zu schröpfen. So hat zum Beispiel in einer am 10. Juni l. J. in Budapest abgehaltenen Versammlung des ungarischen Agrikulturvereines ein Redner über den geringen Weizenpreis in Ungarn geklagt, da derselbe mit 41 K pro Meterzentner an die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft abgeliefert werden müsse, während er in Chikago 51 K und in Italien schon im Vorjahre 50 K kostete. Er hat aber nicht erwähnt, daß bei uns in Österreich der Übernahmspreis für Weizen nur 35 K beträgt. Der Redner hielt daher eine Erhöhung des Weizenpreises für dringend geboten, wobei er aber nur die Preise des Feinmehles erhöht wissen wollte, um die Preissteigerung auf Österreich abzuwälzen. Also da ist der Österreicher gut genug, wenn er die höheren Preise zahlen soll, obwohl die Ungarn an und für sich nimals Ursache haben, über niedrige Preise Klage zu führen.

Die Übernahmspreise sind durchwegs, wie ich ausgeführt habe, bedeutend höher und auch sonst bekommen die Ungarn immer alles, was sie verlangen. Daraus erklärt es sich auch, warum die

Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft, die ungefähr das gleiche darstellt, wie bei uns die Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, einen außerordentlich hohen Gewinn abwerfen konnte, und zwar betrug derselbe, wenn man die Reserven und alles andere zusammenrechnet, gegen 20 Millionen Kronen. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß diese Gesellschaft wohl mit einem Kapital von 20 Millionen Kronen gegründet wurde, in Wirklichkeit aber nur sechs Millionen Kronen eingezahlt worden sind, so daß sich infolge dessen hier ein Gewinn von mehr als 300 Prozent herausstellt.

Aber, meine sehr verehrten Herren, auch die Heeresverwaltung zeigt sich Ungarn gegenüber bedeutend freigiebiger als gegenüber Österreich, so insbesondere beim Zucker. Diesen hat die Heeresverwaltung von Ungarn um 137 K pro Meterzentner gekauft, von Österreich um 102 K. Es besteht also hier eine Differenz von 35 K pro Meterzentner zu unseren Ungunsten. Später ist diese Differenz allerdings in der Weise ausgeglichen worden, daß die Heeresverwaltung auch für österreichischen Zucker 137 K zahlen mußte, wobei aber nicht die Zuckerfabriken diesen Mehrbetrag erhalten haben, sondern derselbe in den gewissen Fonds geflossen ist. Hierzu muß noch bemerkt werden, daß Österreich im laufenden Betriebsjahre 1,650.000 Meterzentner Zucker an das Heer geliefert hat, Ungarn 290.000 Meterzentner. Rechnet man das zusammen, so resultiert eine Gesamtsumme von 2 Millionen Meterzentner. Nehmen wir an, daß beiläufig zehn Millionen Personen damit versorgt werden sollen, wobei auch diejenigen eingerechnet erscheinen, die zu Kriegsdienstleistungen herangezogen wurden, so kämen auf den Kopf ungefähr 20 Kilogramm, also mehr als das Doppelte von dem, was die Zivilbevölkerung bekommt. Die Heeresverwaltung, beziehungsweise die Vertreter der Regierung haben aber gelegentlich der Debatte, in der über die Zuckerzentrale gesprochen wurde, nicht angeben können, ob wirklich das Heer selbst, das heißt die Angehörigen desselben so viel Zucker verbrauchen, weil ja bekanntlich Klagen laut geworden sind, daß auch beim Militär, insbesondere bei der Mannschaft, gegenwärtig mit Zucker außerordentlich gespart werden muß, was aber nicht möglich wäre, wenn wirklich eine derart hohe Quote auf den Kopf entfiele. Daß aber die Heeresverwaltung den Ungarn höhere Preise zahlt als uns, hat für uns einen doppelten Nachteil, da bekanntlich die Auslagen für die Heeresverwaltung gemeinsame sind und diese gemeinsamen Auslagen nach dem Quotenverhältnis aufgeteilt werden. Da nun dieses Quotenverhältnis gegenwärtig für Österreich 63·6 Prozent, für Ungarn 36·4 Prozent der gemeinsamen Auslagen ausmacht, so werden Sie unschwer erkennen, daß wir jeden Mehrbetrag, welchen die Ungarn erhalten, unbedingt noch aus unserem Steuersäckel bezahlen müssen.

Meine sehr verehrten Herren, auch bezüglich der Zufuhr der tierischen Nahrungsmittel bleibt Ungarn im Rückstand und es betreibt auch hier eine Absperrungspolitik, die jener würdig erscheint, die auch England uns gegenüber ausübt. Es hat ja vor einigen Tagen eine Fettdebatte stattgefunden, in welcher schon Klage geführt wurde über die mangelhafte Ablieferung von Fett aus Ungarn, das bekanntlich früher unser einziger Fettlieferant gewesen ist. Aber nicht allein in bezug auf Fleisch und Fett, sondern auch hinsichtlich der Vieheinfuhr selbst läßt das Verhalten Ungarns in der gegenwärtigen Zeit sehr viel zu wünschen übrig. In früheren Jahren sind nämlich von Ungarn nach Österreich immer um 250.000 Stück Rindvieh mehr eingeführt worden, als umgekehrt von Österreich nach Ungarn gegangen sind, während wir in der Kriegszeit froh sein mußten, wenn wir monatlich 4000 Stück Rindvieh mehr aus Ungarn bekommen konnten. Dabei mag als Kuriosum angeführt werden, daß, wie auch Sektionschef Ertl in der Sitzung der gemeinsamen kriegswirtschaftlichen Kommission am 10. Oktober l. J. zugeben mußte, wir gar kein offizielles statistisches Material über den Viehstand in Ungarn besitzen. Wir sind da nur auf beiläufige Schätzungen angewiesen und wissen infolgedessen nur, daß der Viehstand in Ungarn eine Erhöhung erfahren hat, keineswegs eine Herabminderung, wie dies gegenwärtig in Österreich der Fall ist, und daß insbesondere auch der Stand der Schweine eine außerordentliche Zunahme auch während des Krieges zu verzeichnen hat. In letzter Zeit ist allerdings die Fleischversorgung von Ungarn aus insofern besser geworden, weil auch dort eine Futtermittelnot eingetreten ist und die Bevölkerung daher zu zahlreichen Schlachtungen gezwungen war, wodurch auch unsere Märkte besser versorgt werden konnten. Selbstverständlich zahlt die Militärverwaltung auch für ungarisches Fleisch viel höhere Preise als für österreichisches.

Die Absperrungsmaßregeln, die Ungarn durchführt, werden überdies außerordentlich streng eingehalten. Es finden nicht bloß an der Grenze, in den ungarischen Ortschaften selbst peinliche Untersuchungen der Reisenden statt, wobei alles konfisziert wird, auch schon außerordentlich geringe Quantitäten von Lebensmitteln, mir sind solche Fälle bekannt, wo man Zigarettenschachteln, die mit Bohnen angefüllt waren — Sie können sich vorstellen, daß da nicht viel darin gewesen sein kann — der Konfiskation verfallen sind, es geht sogar so weit, daß auch das Gepäck, das die Soldaten aus Rumänien bringen, bei der Durchreise in Ungarn ebenfalls untersucht und — wenigstens bis in die letzte Zeit — wenn es sich

um österreichische Soldaten handelte, die in demselben mitgeführten Lebensmittel von den ungarischen Behörden beschlagnahmt worden sind, beziehungsweise nicht über die ungarische Grenze gebracht werden durften, obwohl den Angehörigen unserer Truppen ausdrücklich eine bestimmte Menge von Nahrungsmitteln, und zwar bis zu 25 Kilogramm aus Rumänien mitzunehmen erlaubt war. Und das Bedauerliche ist dabei, daß auch unsere Sicherheitsbehörde der ungarischen Regierung ihre Unterstützung leiht. So findet die Durchsuchung des Gepäcks der Reisenden nach Lebensmitteln, sobald sie aus Ungarn kommen, auch noch auf den Wiener Bahnhöfen, insbesondere am Ostbahnhofe durch unsere eigenen Organe statt und wird auch da alles konfisziert. Ich habe einen Antrag eingebracht, der sich mit diesen Übelständen befaßt und darunter auch ein Beispiel angeführt, wo ein Leichenwagen in Baden festgenommen wurde, weil er angeblich aus Ungarn leer zurückgekommen ist, aus der Gangart der Pferde aber zu entnehmen war, daß er beladen sein müsse: man hat ihn untersucht und auch wirklich Mehl vorgefunden, das sofort beschlagnahmt worden ist.

Angesichts solcher Vorkommnisse muß man den alten lateinischen Spruch: „Extra Hungariam non est vita, et si est vita, non est ita“ nur so übersetzen: Ihr, die ihr außerhalb Ungarns wohnt, habt kein Recht zu leben, und wenn wir Euch wirklich ein bischen Leben gönnen, so muß es ein Hundeleben sein im Vergleiche mit dem unseren! *(Zustimmung.)*

Dafür aber kann von uns aus Österreich alles frank und frei nach Ungarn ausgeführt werden. Da wird nichts aufgehalten. Ich erinnere nur daran, welche Unmengen von Kleiderstoffen in der letzten Zeit nach Ungarn abgegangen sind, um dann mit riesigen Preisen wieder heraufgebracht zu werden, und insbesondere welcher schwunghafte Ausfuhrhandel mit Schuhen betrieben worden ist. Sie finden heute noch, daß die großen Schuhniederlagen, bei denen die Bevölkerung ihren Bedarf decken muß, weil die handwerksmäßigen Schuster infolge Rohmaterialmangels nicht mehr in der Lage sind, Schuhe selbst zu erzeugen, vollständig ausverkauft erscheinen und daß hier nichts zu bekommen ist, weil in Wirklichkeit die ganze Ware nach Ungarn gegangen ist. Aber auch bei den Nahrungsmitteln ist es nicht anders. Selchfleisch, Schinken, Würste sind bereits seit dem Vorjahre nach Ungarn verkauft worden, weil dort teurere Preise bezahlt wurden. Andrerseits wiederum ist Österreich seinen Verpflichtungen in bezug auf die Belieferung jener Artikel, die bei uns im Überfluß, zumindest in größerer Anzahl vorhanden sind, immer nachgekommen. Ich erinnere nur an die Kohlenlieferungen nach Ungarn: da ist Ungarn viel besser herausgekommen als Österreich, was schon daraus erhellt, weil während der letzten strengen Winterszeit, wo bei uns infolge Kohlenmangels die Vergnügungsetablissements lange Zeit gesperrt werden mußten, wo auch eine Einschränkung des Straßenbahnverkehrs stattgefunden hat, in Ungarn letztere gar nicht notwendig geworden ist, während die Theater in Budapest nur eine Woche lang geschlossen blieben. Bei uns aber hat sich das wochenlang hingezogen.

Fragen wir uns aber: Was berechtigt Ungarn zu einem derartigen feindseligen Verhalten gegen Österreich? Haben wir vielleicht unsere Pflicht diesem Nachbarlande gegenüber nicht erfüllt, sind wir insbesondere saumselig im gegenwärtigen Kriege gewesen, sind wir unserer Verteidigungspflicht dem gemeinsamen Vaterlande gegenüber nicht nachgekommen oder steckt eine andere Ursache dahinter? Es ist ja bekannt, daß, wenn irgend eine militärische Aktion, ein Sieg gemeldet wird, bei uns in erster Linie immer die ungarischen Truppen genannt werden und offiziell gemeldet wird, daß gerade dieses oder jenes ungarische Regiment sich besonders ausgezeichnet habe, eventuell ihm vielleicht auch der Hauptanteil an dem Siege zuzuschreiben sei. Nun, meine Herren, ich will ja ohneweiters zugeben, daß die Ungarn, die echten Magyaren auch heute noch eine tapfere Nation bilden. Ich habe in dieser Hinsicht bei den diversen Musterungen, bei denen ich mitwirkte, selbst Erfahrungen gesammelt und konnte da die Wahrnehmung machen, daß von den Ungarn die wenigsten irgendwelche Gebrechen angeben wollten, sondern die meisten von vorneherein jede gründliche Untersuchung ablehnten mit dem Bemerken, sie seien vollkommen gesund. Das gilt aber, wie gesagt, nur von den echten Magyaren; von denjenigen, die erst später in diese Nation aufgenommen worden sind, kann allerdings dasselbe nicht behauptet werden und Sie wissen ja, meine Herren, daß in Ungarn genau so Stellungsschwindeleien vorkommen, wie sie ja auch in der diesseitigen Reichshälfte aufgedeckt worden sind, und daß dieselben hüben und drüben immer bestimmte Namen betreffen, also ein Beweis, daß dies dann nicht der ungarischen Nation zur Schuld angerechnet werden darf, sondern nur denjenigen, die erst in neuerer Zeit zu den Ungarn gerechnet werden.

Aber, meine Herren, daß unsere, nämlich die österreichischen Truppen den Ungarn niemals an Tapferkeit nachgestanden sind, sondern in dieser Hinsicht zum mindesten genau so viel geleistet haben, wenn nicht noch bedeutend mehr, darüber kann ich Ihnen mit einigen Ziffern dienen, und zwar bitte ich Sie, die Zahl von 100 Soldaten, die insgesamt als Verlust zu zählen sind, sich vor Augen zu halten.

Da fallen denn auf das österreichisch-ungarische gemeinsame Heer 33 Prozent, auf die österreichische Landwehr 44 Prozent, auf die ungarische Landwehr 23 Prozent blutige Verluste. Sie sehen

also, daß die blutigen Verluste bei der ungarischen Landwehr schon geringer sind als die Verluste beim gemeinsamen Heer und bei der österreichischen Landwehr. Was aber die Verluste bei je 100 Mann Gefangene anbelangt, so beläuft sich das Prozentverhältnis folgendermaßen: 22 Prozent fallen auf das gemeinsame Heer, 15 Prozent auf die österreichische und 30 Prozent auf die ungarische Landwehr. Man sieht aus diesem Zahlenverhältnisse ganz deutlich, daß die österreichische Landwehr den doppelten Prozentsatz an blutigen Verlusten, die ungarische Landwehr den doppelten Prozentsatz an Gefangenen zu beklagen hat.

Was den Landsturm anbelangt, so hat der österreichische Landsturm 5 Prozent blutige Verluste, der ungarische 3 Prozent. An Gefangenen entfallen auf den österreichischen Landsturm 3 Prozent und auf den ungarischen 5 Prozent. Man kann also das nicht als ein Zeichen besonderer Tapferkeit ansehen, sobald nur die Gefangenenzahl bei den Ungarn größer ist, als bei den Österreichern. Und dabei, meine Herren, dürfen Sie nicht vergessen, daß, wenn vom österreichischen gemeinsamen Heere die Rede ist, — das wird ja jeder zugeben — gerade die deutschen Truppen das meiste geleistet haben, die Deutschen aber nur 34 Prozent der Bevölkerung Österreichs ausmachen, und wenn daher von der Tapferkeit, die das gemeinsame Heer und die österreichische Landwehr an den Tag gelegt haben, gesprochen wird, der auf die Deutschösterreicher entfallende Anteil um so höher bewertet werden muß.

Aber, meine Herren, auch bezüglich der Kriegsanleihe hat Ungarn bei weitem nicht das geleistet, was Österreich vollbracht hat. Ich will Sie nicht mit den einzelnen Zahlen belästigen, welche die sechs Kriegsanleihen aufweisen, sondern bloß die Gesamtsumme anführen: Bei den sechs bisher abgeschlossenen Kriegsanleihen hat Österreich 23 Milliarden 268 Millionen gezeichnet, Ungarn nur 11 Milliarden 128 Millionen. Das Verhältnis ist also 68 : 32. Nach dem Quotenverhältnisse sollte es aber 63·6 : 36·4, nach der Bevölkerungsziffer 60 : 40 ausmachen. Auf alle Fälle ist also Ungarn weit hinter Österreich zurückgeblieben. Und es gilt auch hier der Einwand nicht, wenn die Ungarn vielleicht sagen wollten: Ja, wir Ungarn sind unserer Pflicht schon nachgekommen, aber die anderen Völker, die in Ungarn hausen, haben vielleicht weniger gezeichnet! Dasselbe können mit mehr Recht wir behaupten und auch dann sind wir immer noch im Vorteil, weil bei uns, wie gesagt, die Deutschen nur 34 Prozent der Bevölkerung, in der jenseitigen Reichshälfte aber die Magyaren 45 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Aus dem Ganzen entnehmen Sie, meine Herren, daß wir unsere vaterländische Pflicht in diesem Weltkriege vollkommen erfüllt haben und daß uns Ungarn absolut nichts vorwerfen kann, um daraus ein Recht ableiten zu können, uns mit einer solchen Politik für eine eventuell lässige Haltung im Weltkriege strafen zu können. Auch wäre es begreiflich, wenn die ungarische Absperrungspolitik erst jetzt eingesetzt hätte, wenn Ungarn erst jetzt ein so feindseliges Verhalten zur Schau trüge, nachdem bekanntlich bei uns in Österreich Dinge vorgekommen sind, die allerdings das ungarische Volk erbittern mußten. Die von gewisser Seite geltend gemachten staatsrechtlichen Bestrebungen, die darauf hinzielen, die Unabhängigkeit Ungarns zu verletzen, können selbstredend von letzterem nicht gleichgültig hingenommen werden, denn Ungarn weiß ja nicht, wie die anderen Völker Österreichs sich zu solchen Bestrebungen verhalten, es weiß nicht, daß letztere von uns nur als Utopien angesehen werden, die ihrer Verwirklichung nur zugeführt werden könnten, wenn es über die Leichen aller Deutschen ginge. So lange aber noch ein Deutscher hier lebt, wird er diese Bestrebungen niemals zur Wirklichkeit werden lassen. Wenn aber von gewisser Seite gehofft wird, daß die Entente beim Friedensschluß in dieser Frage ein Machtwort sprechen wird, so dürften die Erfolge unserer Truppen diese Hoffnung ebenfalls schon längst als hinfällig erscheinen lassen. Von dieser Seite ist jedenfalls nichts zu erwarten. Es wird daher den Herren Tschechen, die aus Ungarn Teile herausreißen wollen, um ein tschechoslawisches Königreich zu gründen, oder den Herren Südslawen, die ein ähnliches Bestreben haben, nichts übrig bleiben, als den Kampf gegen Ungarn mit Waffengewalt zu führen, und ob der von ihnen auch wirklich geführt werden kann, ob sie dabei Aussichten auf einen Sieg haben werden, darüber besteht wohl kaum ein Zweifel.

Ich begreife übrigens auch gar nicht, wie die genannten Nationen auf einmal zu solchen Aspirationen kommen. Die Herren Vertreter dieser Völker haben ja immer erklärt, wenn ein Friede geschlossen werden soll, so darf es nur ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen sein. Diese Herren verlangen aber jetzt für sich selbst, für ihren neu zu gründenden Staat Annexionen von Ungarn, sie werden also sich selbst wortbrüchig. Denn wenn sie es uns, dem österreichischen Gesamtstaate, nicht erlauben, irgendwo aus Feindesland Gebiete zu nehmen und zu behalten, so sind sie dann um so weniger berechtigt, aus dem Nachbarstaate solche Territorien für sich in Anspruch zu nehmen. Ungarn hat ja auch deutsche Gebiete, die vier deutschen Komitate Preßburg, Ödenburg, Eisenburg und Wieselburg und es besteht auch bekanntlich auf alldeutscher Seite das Bestreben, diese Komitate mit Österreich zu vereinigen, die drei erstgenannten zu Niederösterreich, Wieselburg zu Steiermark zu schlagen. Aber es wird uns nicht einfallen, diese Forderungen heute

geltend zu machen, so wichtig deren Erfüllung für die Approvisionierung Wiens wäre, weil wir wissen, daß in dem Augenblick, wo wir von Ungarn so etwas verlangen, Ungarn das gleiche Recht hat, auf unsere Gebiete Anspruch zu erheben und sich in Dinge einzumischen, die lediglich in unsere Kompetenz fallen.

Wenn demnach solche Bestrebungen auch auf österreichischer Seite auf das Schärfste verurteilt werden müssen, so geht andrerseits — und das will ich gerne zugeben — Ungarn viel zu weit, wenn es verlangt, daß derartige Versuche strafgerichtlich verfolgt werden sollen.

Das ist eine Zumutung, die wir uns in Österreich wieder nicht bieten zu lassen brauchen, denn wir werden schon den Richter im eigenen Hause machen, wir werden das schon von uns aus verurteilen können und dieses Recht einzig und allein für uns in Anspruch nehmen, ganz abgesehen davon, daß in Ungarn oftmals viel ärgere Dinge vorgekommen, viel heftigere Angriffe auf Österreich erfolgt sind, ohne daß ein Redner im ungarischen Reichstage jemals zur Ordnung gerufen worden wäre. Die Losung: Los von Österreich! ist in Ungarn wiederholt gegeben worden und es hat sich niemand darum gekümmert, niemand hat dies als einen Zertrümmerungsversuch des österreichischen Staates angesehen oder gar daran gedacht, den betreffenden Redner strafgerichtlich verfolgen zu lassen. Wenn aber heute dies die Ungarn verlangen, so paßt auf sie nur der Satz: Gracchi de seditione querentes!

Aber Ungarns Feindschaft oder besser gesagt, Ungarns Abneigung datiert nicht erst seit jener Zeit, wo die Tschechen und Südslawen mit ihren Bestrebungen hervorgetreten sind, sie ist leider viel älteren Datums. Und zwar trägt zunächst die Schuld daran unsere Regierung, die sich ja seit jeher immer der ungarischen Regierung freiwillig unterworfen hat. Es heißt zwar in den Vereinbarungen, daß alles, was bei uns abgehandelt und beschlossen werden soll, soweit es nämlich die ganze Monarchie betrifft oder zumindest auf Ungarn Rückwirkungen ausüben kann, immer nur im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung geschehen soll; aber es erfolgt niemals im Einvernehmen, sondern immer auf Befehl, über Anordnung der ungarischen Regierung, und wenn der österreichische Ministerpräsident nach Budapest fährt, so kommt er nicht hin, um sich eventuell mit dem ungarischen Ministerpräsidenten zu beraten, sondern nur um dessen Meinung einzuholen, und was beim ungarischen Ministerpräsidenten Wunsch ist, das ist für den österreichischen Ministerpräsidenten Befehl, das wird dann ausgeführt. Und wenn auch der Chef der ungarischen Regierung so gütig ist und den österreichischen Ministerpräsidenten per „Lieber Freund und Kollege“ anspricht und auch seine Schreiben immer „in kollegialer Hochachtung“ schließt, so ist das jedenfalls nicht höher zu bewerten, als wenn ein alter Generalstabsarzt einen frischgebackenen Assistenzarzt als Freund und Kollegen tituliert; denn dieser wird sich hüten, in denselben Ton zu verfallen, wenn er nicht gegen den Respekt verstoßen will.

Vor allem hat Ungarn in den letzten Jahren Gelegenheit gehabt, eine besondere Machtstellung zu erhalten, da bei uns in Österreich das Parlament drei Jahre ausgeschaltet war, unsere Reichshälfte in der Außenwelt gar nichts gegolten hat und man dort immer nur von Ungarn etwas gehört hat, die Ungarn stets auch alle österreichischen Verhältnisse nach außen hin vertreten konnten, was selbstverständlich in den Kreisen unserer Bevölkerung die Erbitterung erst recht steigern mußte. Wenn man auch behauptet, der österreichische Reichsrat hätte während jener Zeit kein besonders erquickliches Bild geboten, es wäre zu Störungen gekommen, so kann dies nicht zur Entschuldigung dienen, denn wir können darauf hinweisen, daß auch der ungarische Reichstag nicht immer das Bild einer Musterknabenanstalt geboten hat und daß es dort ebenfalls sehr oft zu ähnlichen widrigen Szenen gekommen ist wie bei uns.

Aber auch an Allerhöchster Stelle ist Ungarn immer bevorzugt worden, natürlich deshalb, weil man glaubte, man sei Ungarn gegenüber zu Dank verpflichtet für die Opfer, die es für das Habsburgerreich gebracht hat. Man erinnert sich besonders gern an den berühmten Krönungslandtag in Preßburg vom 11. September 1741, wo die Kaiserin Maria Theresia sich an die Ungarn um Hilfe gewendet hat. Bekanntlich hat die Sage diese Szene mit einem romantischen Kleid umwoben, die Ungarn sollen nach derselben mit dem Rufe: Moriamur pro rege nostro Maria Theresia! gleich ein Heer von 40.000 Mann gestellt und auf diese Weise Maria Theresia aus höchster Not errettet haben. In Wirklichkeit aber verhielt sich die Sache doch etwas anders. Es war nicht lediglich Begeisterung, es war nicht der Liebreiz allein, den die Kaiserin Maria Theresia auf die ungarischen Stände ausgeübt und der die letzteren so hilfsbereit gemacht hat, sondern die Stände haben vorher außerordentlich mit der Kaiserin gefeilscht und gehandelt, sie haben sich diese Bereitwilligkeit sehr teuer abkaufen lassen, so zwar, daß Maria Theresia, wie ein bekannter Historiker schreibt, später oft Ursache hatte, darüber andere als Freudentränen zu weinen. Man hat aber trotzdem diese loyale Haltung den Ungarn nie vergessen, obwohl sie gleich dem Nachfolger Maria Theresias, dem Kaiser Josef II. den Gehorsam gekündigt haben, obwohl sie sich im Jahre 1848 überhaupt von Österreich loslösten und

obwohl sie im Jahre 1866 die damalige Kriegsnot dazu benutzten, um für sich einen besonders günstigen Ausgleich herauszudrücken. Was aber die Deutschen geleistet haben, wie diese dem Staate treu geblieben sind von allem Anfang an, wie sie ihr Blut vergossen haben, nicht bloß für die Erhaltung des österreichischen Staates, sondern auch für Ungarn, wie gerade sie es gewesen sind, die den Türken hinausgetrieben haben, den die Ungarn vorher selbst in das Land gebracht hatten, das alles ist später wieder in Vergessenheit geraten.

Eine ganz besondere Förderung erfuhr aber der Machtdünkel der Ungarn durch die Judenpresse. Sie verzeihen, daß ich auch bei diesem Gegenstande auf mein Lieblingsthema komme, aber speziell bei der ungarischen Frage kann darüber nicht ohneweiters hinweggegangen werden. Sie erinnern sich, daß unser seliger Führer Dr. Karl Lueger einen eigenen Ausdruck: „Judäo-Magyaren" geprägt hat, weil gerade damals in Ungarn das Judentum zu besonderer Macht gelangt ist. In den neunziger Jahren ist es bekanntlich geschehen, wo den Juden in Ungarn die völlige Gleichstellung eingeräumt worden ist, und seit der Zeit, wo sie mit einem Kronenstempel — nach der heutigen Währung — ohneweiters das ungarische Staatsbürgerrecht erhalten können, wimmelt es in Ungarn von den Apponyis, Esterhazys und Hunyadis — lauter schöntlingende magyarische Namen für Herrschaften, die aber in Wirklichkeit ganz anders heißen und nicht Ungarn, sondern ein ganz anderes Land als ihr Stammland zu betrachten haben. Auch ist das ungarische Reich ein Kanaan für die Kriegsgewinner geworden und da erinnere ich nur an einen einzigen Namen, an Manfred Weiß, der es zustande gebracht hat, während des Krieges sein Vermögen auf 600 Millionen Kronen hinaufzubringen. Sie wissen auch, daß er die gesamten Kirchenglocken als Munitionslieferant übernommen hat, daß er aber daraus Vitriol erzeugt hat, statt das Glockengut für Munition zu verwenden, und daß er auf diese Weise selbstverständlich ebenfalls neue Reichtümer gewonnen hat. Es hat auch dieses Vorgehen des genannten Kriegslieferanten einen Kollegen, den Abgeordneten Parrer, veranlaßt, diesbezüglich einen Antrag einzubringen, in welchem dagegen Stellung genommen wird.

Unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß Ungarn sich nicht besonders freundschaftlich zu Österreich hingezogen fühlen kann, insbesondere dann, wenn in Österreich, wie heute, eine starke antisemitische Welle sich zu regen beginnt. Aber ich glaube, meine Herren, es wird die Zeit kommen, wo man auch in Ungarn erkennen wird, daß man mit der Aufnahme dieser 50 Kreuzer-Staatsbürger kein glänzendes Geschäft gemacht hat und es dämmert die Erkenntnis den Herren jenseits der Leitha jetzt schon. Denn man wird sich erinnern, daß in unserer Presse vor einiger Zeit die Nachricht die Runde machte, daß man die Fremden aus Budapest hinausgeworfen hat. Darüber ist auch ein großes Geschrei erhoben worden. Allerdings haben unsere Blätter es vermieden, diese Fremden mit Namen zu bezeichnen und insbesondere anzugeben, welcher Nation diese Fremden angehörten, daß dies Leute gewesen sind, welche nur zu Handelszwecken nach Budapest gekommen waren, und zwar zu solchen Handelszwecken, für die ihnen in Österreich der Boden bereits zu heiß geworden war, und daß es daher nur als eine verdienstvolle Tat der ungarischen Regierung bezeichnet werden muß, wenn sie sich solcher Fremder so schnell wie möglich entledigt hat.

Nun, meine Herren, ich glaube, wenn es nach dieser Richtung in Ungarn bereits zu dämmern beginnt, dann wird auch die Stunde nicht mehr ferne sein, wo man drüben ebenfalls einsehen wird, daß wir zwei, wie bereits der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, der Österreicher und der Ungar Brüder sind und daß beide zusammengehören, untrennbar und unteilbar und daß dieselben Feinde, die uns bedrohen und die gegenwärtig einen Krieg gegen den Bestand unserer Monarchie führen, auch als Feinde Ungarns anzusehen sind, daß es daher nur als ein Gebot der Klugheit erscheint, wenn wir fest und innig zusammenhalten und daß wir nur in dieser Einigkeit einer glorreichen Zukunft entgegengehen können.

In der Hoffnung, daß es zu einer solchen Erkenntnis kommen und insbesondere dann kommen wird, sobald wir uns an den Tisch setzen, um einen regelrechten, dauernden oder zum mindesten langfristigen Ausgleich zu beraten und zu beschließen, in dieser sicheren Erwartung werden wir auch für das vorliegende Ausgleichsprovisorium stimmen. *(Beifall und Händeklatschen.)*

**Präsident**: Ich breche die Verhandlung ab.

Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Dulibić zum Worte gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Dulibić**: Hohes Haus! Gegenüber den Ausführungen des sehr geehrten Herrn Referenten erlaube ich mir einen Umstand, der mir wichtig erscheint, richtigzustellen und die Tatsache zu konstatieren, daß durch die einfache Annahme der Bestimmung, daß der neue Ausgleich nur mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zustande zu kommen habe, der § 14 gar nicht ausgeschaltet oder ausgeschlossen erscheint. *(Sehr richtig!)* Der § 14 ist ein Teil unseres Staatsgrundgesetzes, und um die Bestimmung des § 14 außer Kraft zu

setzen oder abzuändern, ist ein qualifizierter Beschluß des hohen Hauses erforderlich. Während der Verhandlungen hat man vielfach erwogen, ob man nicht das Wort „verfassungsmäßig" zur Frage des Zustandekommens des neuen Ausgleiches einschalten soll, man ist aber davon abgegangen, weil man daran gedacht hat, daß der § 14 in Österreich eben zu den Verfassungsgesetzen gehört. Und nun glaubt man, daß man mit dieser Einschaltung in der Vorlage bombensicher ist, daß der neue Ausgleich ohne Zustimmung des Parlaments gar nicht zustande kommen könne. Das ist meiner Ansicht nach grundfalsch, und wenn am Ende des Jahres 1919 das Parlament nicht beisammen sein wird, wird es für die Regierung ganz leicht sein, den neuen Ausgleich ohne Parlament auf Grund des § 14 in Kraft zu setzen. Der Beschluß über diese Bestimmung, welche die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften voraussetzt, müßte gemäß § 15 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung meiner Ansicht nach mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden. *(Abgeordneter Kuranda: Wenn es ein Gesetz wäre — so aber ist es ein Vertrag!)* Ja, das ist ein Vertrag, aber in den Verhandlungen wollte man ihn eben in das Gesetz aufnehmen und überdies ist dieser Vertrag ein integrierender Bestandteil des Gesetzes.

Ich glaube wenigstens nachgewiesen zu haben, daß dieser Beschluß, wenn er nicht mit Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit der Hälfte aller Abgeordneten gefaßt werden sollte, nicht zu dem gewünschten Ziele führt, wie man es allgemein annimmt. Ich habe mir erlaubt, das hohe Haus darauf aufmerksam zu machen, weil es sich hier um eine sehr wichtige Sache handelt.

Es handelt sich nämlich um eine Vorlage, welche den Dualismus provisorisch, wenn auch angeblich nur für zwei Jahre regelt. Der Dualismus ist die Quelle und die Ursache aller Leiden, aller Qualen, des ganzen Elends der Südslawen . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, Herr Abgeordneter, das ist keine tatsächliche Berichtigung!

Abgeordneter Dr. **Dulibić**: Ich bin gleich fertig, Herr Präsident! — Der Dualismus . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte, vom Dualismus hat der Herr Berichterstatter nicht gesprochen!

Abgeordneter Dr. **Dulibić**: Es ist eine tatsächliche Berichtigung! *(Fortfahrend:)* Der Dualismus macht die Lösung der für die Monarchie und Dynastie hochwichtigen südslawischen Frage unmöglich . . .

**Präsident** *(unterbrechend)*: Ich bitte Herr Redner, sich auf eine tatsächliche Berichtigung zu beschränken!

Abgeordneter Dr. **Dulibić** *(fortfahrend)*: . . . der Dualismus macht uns Südslawen überhaupt eine menschenwürdige Existenz unmöglich, er ruiniert uns wirtschaftlich und verekelt dem Volke das Leben im Staate . . .

**Präsident**: Ich bedauere, Herr Abgeordneter, Ihnen das Wort entziehen zu müssen.

Es ist eine Anfrage überreicht worden, um deren Verlesung ich bitte.

Schriftführer Dr. **Stojan** *(liest)*:

„Anfrage der Abgeordneten Dr. Korošec, Stanek, Petruszewycz und Genossen an Seine Exzellenz den Herrn Ministerpräsidenten wegen einer Verstümmelung der russischen Zirkularnote vom 28. November 1917 und der Führung der Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen.

Am 29. November 1917 veröffentlichte das k. u. k. Ministerium des Äußern eine aus Zarskoje Selo, 28. November 1917 datierte Zirkularnote des Rates der Volkskommissäre und die Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung auf dieselbe. In dieser Antwort werden Richtlinien für den abzuschließenden Friedensvertrag erwähnt, ohne daß in der Zirkularnote solche vorzufinden sind. Aus einem Bericht des k. u. k. Ministeriums des Äußern an das Armeeoberkommando in Baden ersieht man aber klar, daß die Gerüchte über eine willkürliche Verstümmelung der Zirkularnote voll begründet sind. Man ersieht daraus, daß der gesamte Anfangsabsatz der Note fehlt, welcher mitteilt, daß die deutsche Regierung auf Grund der Richtlinien der russischen Revolution ohne Annexionen und Kontributionen und mit Garantie des nationalen Selbstbestimmungsrechtes Friedensverhandlungen zu beginnen bereit ist, demnach diese Richtlinien auch für Österreich-Ungarn gelten und sich der betreffende Passus der Antwort auf sie bezieht. Es wird weiter verschwiegen, daß sich der Rat der Volkskommissäre auch an die Arbeitermassen Deutschlands und Österreich-Ungarns wendet und einen Völkerfrieden nur vom Kampf revolutionärer Massen gegen alle imperialistischen Anschläge erwartet. Endlich wurde unter dem Titel einer „Störung" der ganze letzte Passus der Note verschwiegen, wo man eine Antwort der Völker nicht in Worten, sondern mit Taten verlangt.

Der Antwort der österreichisch-ungarischen Regierung an Rußland, wie sie am 29. November 1917 veröffentlicht wurde, ließ das Ministerium des Äußern eine Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten vor dem Abgeordnetenhaus folgen, welche mit ihr in tiefgehendem Gegensatz ist: Während nämlich die Antwort des Grafen Czernin in den russischen Richtlinien eine geeignete Verhandlungsgrundlage erblickt und sich nur Gegenvorschläge vorbehält, lehnt die Erklärung des Ministerpräsidenten die Forderung nach Garantien des nationalen Selbstbestimmungsrechtes implicite damit offen ab, daß sie alle Voraussetzungen der nationalen Selbstbestimmung in beiden Staaten der Monarchie schon in der heutigen Verfassung derselben gegeben sieht.

Wir stellen an den Herrn Ministerpräsidenten folgende Anfragen:

„1. Wie kann es die Regierung verantworten, daß weltgeschichtliche Dokumente, wie es die russische Zirkularnote vom 28. November 1917 ist, absichtlich in verstümmelter Form veröffentlicht werden?

Warum ließ man gerade den Passus fallen, der von der russischen Friedensbedingung spricht, welcher zufolge man Garantien für die nationale Selbstbestimmung bieten müsse?

2. Ist die am 29. November 1917 veröffentlichte Antwort der Monarchie an Rußland tatsächlich in dieser Form erfolgt?

Denn wie könnte der russische Rat der Volkskommissäre überallhin mitteilen, Österreich-Ungarn habe das ganze Friedensprogramm der Revolution, das ist auch die Forderung nach Garantien des nationalen Selbstbestimmungsrechtes als Verhandlungsgrundlage angenommen? Wurde daraufhin die Erklärung des österreichischen Ministerpräsidenten vollinhaltlich nach Petrograd mitgeteilt?

3. Wie kann die Regierung behaupten, in der Erklärung des Ministerpräsidenten sei das Selbstbestimmungsrecht der Nationen Österreich-Ungarns anerkannt?

Ohne hierauf einzugehen, ob es in Österreich tatsächlich ein demokratisches Wahlrecht gibt, wo eine starke slawische Majorität im Abgeordnetenhause nur eine Minorität bildet, während die slawische Vertretung im Herrenhause nur ganz gering ist, ohne auf die ungarischen Verhältnisse einzugehen, wo 60 Prozent Nichtungarn nur 7 Prozent Abgeordnetenmandate besitzen, sehen wir in der Anschauung, daß ein aus vielen Nationen bestehender Reichsrat über das Schicksal der einzelnen Nationen entscheiden soll, einen der natürlichen Logik widersprechenden Gegensatz zum klaren Programm der „Selbstbestimmung" der Nationen. Wenn Graf Hertling am 29. November 1917 im deutschen Reichstag das Selbstbestimmungsrecht der Polen, Litauer und Kurländer dahin definiert, daß diese Völker sich selbst diejenige staatliche Gestaltung geben werden, welche ihren Verhältnissen und der Richtung ihrer Kultur entspricht, wenn selbst die Erklärung Ritter v. Seidlers den jenseits der russischen Grenze wohnenden Völkern die volle Freiheit der Entschließung über ihre staatliche Zukunft gönnt, so stellen die Mittelmächte hiermit selbst Auffassungen vom Selbstbestimmungsrecht auf, welche jener, wie sie an die österreichisch-ungarischen Nationen appliziert werden soll, diametral widersprechen. Über das Schicksal der Nation, über ihre staatliche Gestaltung kann nach dem Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechtes nur die Vertretung der Nationen selbst entscheiden. Unser diesbezügliches Verlangen wurde in den Deklarationen vom 30. Mai 1917 und später wiederholt von den berufensten Faktoren klar geäußert und hiermit unser Selbstbestimmungsprogramm präzisiert. Glaubt die Regierung nicht, daß sie durch obangeführte Verstümmelungen sowie durch ganz sinnwidrige Verdrehungen des Begriffes der Selbstbestimmung nicht die Würde eines Staates schädigt?

4. Wir wollen den Frieden, wir verlangen die Entfernung jedweder Hindernisse des baldigsten Abschlusses desselben, glauben jedoch, daß mit gewollten Unklarheiten, Geheimtuerei und Verstümmelungen von Dokumenten über anfängliche Scheinerfolge hinaus nur eine tiefgehende Erbitterung, Mißtrauen und neue Schwierigkeiten hervorgerufen werden und für die friedensbedürftigen Völker eine neue furchtbare Enttäuschung. Wir verlangen eine offene Friedensarbeit, ohne Zweideutigkeiten und Hinterhalt, damit das tatsächliche Friedenshindernis offen zutage tritt und alle Völker an der Beseitigung desselben mitarbeiten können. Glaubt die Regierung daher nicht, daß sie die Völker durch das befremdende Spiel mit der Idee der nationalen Selbstbestimmung vom Frieden entfernt? Ist die Regierung geneigt, diese Frage klar und offen zu behandeln, ohne Bemäntelungen und Verdre-

hungen und tatsächlich nach innen und außen Garantien für die volle Ausführung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen zu bieten?"

Wien, 3. November 1917.

Bradáč. Dr. Korošec.
Dr. Rybář. F. Staněk.
Spinčić. Dr. Petruszewycz.
Vojta. Pašour.
Krž. Dr. Dulibić.
Kotlant. Dr. Trylowskyj.
Dr. Okunewskyj. Stefanyk.
Dr. Kolessa. Habermann.
Pišek. Leo Lewyckyj.
Roškar. V. Klofáč.
Chaloupka. Ryšlo.
Dr. Jankovič. Udržal.
Brenčič. Mašata.
Dr. Bukotič. Viankini.
Dr. Verstovšek. Dr. Eugen Lewyckyj.
Lawruk. Dr. Koerner.
Cingrija. Dr. Zahradník.
Tomášek. Dr. Laginja.
Feltl. Budzynowskyj.

**Präsident:** Diese Interpellation wird dem Herrn Ministerpräsidenten zugemittelt werden.

Als nächsten Sitzungstag schlage ich vor morgen, Dienstag, den 4. Dezember d. J., 10 Uhr vormittags und als Tagesordnung die Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Wird dagegen eine Einwendung erhoben? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall, es bleibt also bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

## Schluß der Sitzung: 4 Uhr 15 Minuten nachmittags.

---

### Berichtigung zum Protokoll der 46. Sitzung.

Auf Seite 2406, Spalte 1, Zeile 17 von unten soll es statt „Halbmann" heißen „Habermann".

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
328.4361 AU7A C001 1917/18:2
Stenographische Protokolle uber die Sitz
3 0112 087730658